C/2024/1928

8.3.2024

Veröffentlichung einer Mitteilung über die Genehmigung einer Standardänderung der Produktspezifikation eines Namens im Weinsektor gemäß Artikel 17 Absätze 2 und 3 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission

(C/2024/1928)

Die Veröffentlichung der vorliegenden Mitteilung erfolgt gemäß Artikel 17 Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission ([1]).

MITTEILUNG ÜBER DIE GENEHMIGUNG EINER STANDARDÄNDERUNG

„Ventoux“

PDO-FR-A0399-AM01

Datum der Mitteilung: 8.12.2023

BESCHREIBUNG UND BEGRÜNDUNG DER GENEHMIGTEN ÄNDERUNG

1. Gebiete, in denen die einzelnen Vorgänge durchgeführt werden

In Kapitel I der Produktspezifikation wird die Nummer IV – Gebiete, in denen die einzelnen Vorgänge durchgeführt werden – geändert, um die Liste der Gemeinden, aus denen das geografische Gebiet und das Gebiet in unmittelbarer Nachbarschaft bestehen, auf den aktuellen Stand zu bringen:

— Unter Ziffer 1 – Geografisches Gebiet – und unter Ziffer 3 – Gebiet in unmittelbarer Nachbarschaft – wird die Liste der Gemeinden mit dem amtlichen Gemeindeschlüssel von 2023 in Einklang gebracht.

  Dank dieser Änderung kann das geografische Gebiet durch Verweis auf den vom Institut national de la statistique et des études économiques (Nationales Institut für Statistik und Wirtschaftsstudien, INSEE) herausgegebenen amtlichen Gemeindeschlüssel in der gültigen Fassung von 2023 bezeichnet werden, wodurch die Abgrenzung des geografischen Gebiets auf eine rechtliche Grundlage gestellt wird.

— Unter Ziffer 1 – Geografisches Gebiet – und unter Ziffer 3 – Gebiet in unmittelbarer Nachbarschaft – werden, nach einer Überprüfung des abgegrenzten Parzellengebiets, zwei Gemeinden des Departements Vaucluse (L'Isle-sur-la-Sorgue und Velleron) zu dem geografischen Gebiet hinzugefügt und aus dem Gebiet in unmittelbarer Nachbarschaft gestrichen. Diese Gemeinden grenzen an das geografische Gebiet an und weisen die gleichen Kriterien auf, die auch für die Erzeugung von Wein mit der g. U. Ventoux maßgebend sind.

  Die Punkte „Geografisches Gebiet“ und „Gebiet in unmittelbarer Nachbarschaft“ des Einzigen Dokuments werden entsprechend geändert.

2. Abgegrenztes Parzellengebiet

In Kapitel I der Produktspezifikation wird die Nummer IV – Gebiete, in denen die einzelnen Vorgänge durchgeführt werden – ergänzt, indem unter Ziffer 2 – Abgegrenztes Parzellengebiet – die Daten eingefügt werden, an denen von der zuständigen nationalen Behörde die Genehmigung für die Parzellenabgrenzung der g. U. erteilt wurde.

Das Einzige Dokument wird von dieser Aktualisierung nicht berührt.

3. Rebsortenbestand

In Kapitel I Nummer V Ziffer 1 – Rebsortenbestand – der Produktspezifikation wird die Liste der Rebsorten wie folgt geändert:

— Weißweine: Die Rebsorten Vermentino B und Viognier B werden aus der Liste der Nebensorten gestrichen und in die Liste der Hauptrebsorten aufgenommen.

  Der Anbau dieser Rebsorten, die in der Cuvée passende Ergänzungen bieten, nimmt in dem Weinbaugebiet einen bedeutenden Platz ein. Aus Vermentino B werden ausgewogene, füllige Weine mit großer aromatischer Vielfalt hergestellt, während Viognier B für rundere und aromatischere Cuvée-Weine sorgt. Beide Sorten ermöglichen es, die Ausgewogenheit und die charakteristische Frische der Weine mit Ursprungsbezeichnung zu erhalten.

([1]) ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 2.

— Rot- und Roséweine:

— Die Rebsorte Caladoc N wird mit Anteilen von 5 % des Rebsortenbestands und 10 % in der Cuvée in die Liste der Nebensorten aufgenommen. Der Name dieser Rebsorte darf bei der Kennzeichnung von Weinen mit der Ursprungsbezeichnung nicht angegeben werden.

Die Aufnahme dieser Rebsorte gehört zu den Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels, die in Bezug auf die Ursprungsbezeichnung eingeführt wurden. Diese als Nebensorte eingeführte Rebsorte entspricht dem Profil der Weine mit der Ursprungsbezeichnung und ermöglicht eine Anpassung an Trockenheit.

Der Punkt „Keltertraubensorten“ des Einzigen Dokuments wird entsprechend ergänzt.

Der Anteil der Rebsorten am Rebsortenbestand ist in der Produktspezifikation unter Nummer V Ziffer 2 – Vorgaben zu den Anteilen im Betrieb – angegeben. Diese Änderung hat keine Auswirkungen auf das Einzige Dokument.

Der Anteil der Rebsorten in der Cuvée ist in der Produktspezifikation unter Nummer IX Ziffer 1 – Rebsorten in der Cuvée – angegeben. Diese Änderung hat keine Auswirkungen auf das Einzige Dokument.

4. **Erziehungsform**

In Kapitel I Nummer VI der Produktspezifikation wird der Buchstabe b – Schnittregeln – geändert, um den einfachen Guyot-Schnitt für alle Rebsorten der Ursprungsbezeichnung zuzulassen. Mit dieser Änderung kann dem Klimawandel, insbesondere im Hinblick auf die zunehmende Frostgefahr im Weinbaugebiet, entgegengewirkt werden.

Der Punkt „Weinbereitungsverfahren“ des Einzigen Dokuments wird entsprechend geändert.

5. **Übergangsmaßnahme betreffend den Rebsortenbestand**

In Kapitel I Nummer XI Ziffer 1 der Produktspezifikation wird die obsolet gewordene Übergangsmaßnahme betreffend die Vorschriften für den Rebsortenbestand bestimmter Sorten bis zur Ernte 2014 gestrichen.

Das Einzige Dokument wird von dieser Aktualisierung nicht berührt.

6. **Kennzeichnung**

Kapitel I Nummer XII Ziffer 2 der Produktspezifikation wird wie folgt ergänzt:

— Bei der Kennzeichnung von Weinen mit der kontrollierten Ursprungsbezeichnung kann gemäß den in der Vereinbarung zwischen den einzelnen betroffenen Interessenvertretungen und Verwaltungsorganisationen festgelegten Bedingungen die größere geografische Einheit „Vignobles de la Vallée du Rhône“ angegeben werden. Diese Angabe muss im gleichen Sichtfeld wie alle obligatorischen Angaben erscheinen und in Schriftzeichen derselben Schriftart und Farbe wie die Ursprungsbezeichnung aufgedruckt sein, wobei die Größe dieser Angabe höchstens zwei Drittel der Größe der Ursprungsbezeichnung betragen darf.

— Die Rebsorte Caladoc, eine für Anpassungszwecke interessante Sorte, darf in der Kennzeichnung nicht angegeben werden.

Diese Vorschriften für die Kennzeichnung werden unter dem Punkt „Weitere Bedingungen“ in das Einzige Dokument aufgenommen.

7. **Verweise auf die Kontrollstelle**

In Kapitel III der Produktspezifikation wird die sich auf die Kontrollstelle beziehende Nummer II vereinfacht, um zu präzisieren, dass die Kontrolle der Einhaltung der Produktspezifikation auf der Grundlage eines genehmigten Kontrollplans von einer externen Stelle durchgeführt wird, die im Auftrag des Institut national de l’origine et de la qualité (Nationales Institut für Ursprung und Qualität, INAO) handelt und Garantien für Kompetenz, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit bietet.

Das Einzige Dokument wird von dieser Änderung nicht berührt.

EINZIGES DOKUMENT

1. **Name(n)**

Ventoux

2. **Art der geografischen Angabe**

g. U. – geschützte Ursprungsbezeichnung

3. **Kategorien von Weinbauerzeugnissen**

1. Wein

4. **Beschreibung des Weines/der Weine**

—

KURZBESCHREIBUNG

Die Ursprungsbezeichnung „Ventoux“ ist stillen Weiß-, Rot- und Roséweinen vorbehalten.

Die Weine weisen den folgenden natürlichen Mindestalkoholgehalt auf:

— 11,5 % vol bei Weiß- und Roséweinen,

— 12 % vol bei Rotweinen.

Die Rotweine, mit Ausnahme der Weine, die mit dem Zusatz „Primeur“ oder „Nouveau“ gekennzeichnet werden dürfen, weisen zum Zeitpunkt der Verpackung einen Apfelsäuregehalt von weniger als 0,4 g/l auf.

FARBE DER WEINE, ergänzende Angabe

—

GEHALT AN VERGÄRBAREN ZUCKERN und Zeitpunkt, für den der Wert gilt

(Glucose und Fructose)

(g/l)

GEHALT AN FLÜCHTIGER SÄURE und Zeitpunkt, für den der Wert gilt

(mäq/l)

Weine, die mit dem Zusatz „Primeur“ oder „Nouveau“ gekennzeichnet werden dürfen

höchstens 10,2

(unverpackte Charge)

Rotweine, die mit dem Zusatz „Primeur“ oder „Nouveau“ gekennzeichnet werden dürfen

weniger als 2

(verpackte Charge)

Weiß- und Roséweine

höchstens 4

(bei Verpackung)

Rotweine (mit einem natürlichen Alkoholgehalt von höchstens 14 % vol)

höchstens 3

(bei Verpackung)

Rotweine (mit einem natürlichen Alkoholgehalt von mehr als 14 % vol)

höchstens 4

(bei Verpackung)

Nach der Anreicherung haben die Weine einen Gesamtalkoholgehalt von höchstens 13 % vol (Weiß- und Roséweine) bzw. 13,5 % vol (Rotweine).

Der Gesamtsäuregehalt, der Gehalt an flüchtiger Säure und der Höchstgehalt an Schwefeldioxid entsprechen den Unionsvorschriften.

Die Rotweine machen den Großteil der Erzeugungsmenge aus. Sie werden aus den traditionellen Rebsorten der Großregion um die Rhône bereitet und profitieren in vollem Umfang von der Vielfalt der Böden des geografischen Gebiets. So zeigen sie sich auf steinigen Lehm-Kalk-Böden gehaltvoll, ausgewogen und alterungsfähig, während sie sich auf Sand und ockerfarbenem Sandstein eher aromatisch und körperreich präsentieren. Die Identität der Weine kommt in der Kombination all dieser Merkmale zum Ausdruck.

Die Roséweine sind durch ihre aromatische und frische Ausgewogenheit mit einer bemerkenswert intensiven und aromatischen Länge im Abgang gekennzeichnet.

Die Weißweine, die in der Weinlandschaft aktuell weniger stark vertreten sind und ebenfalls aus traditionellen Rebsorten der Region bereitet werden, zeichnen sich durch ihre aromatische Komplexität und ihre Struktur aus und werden als junge Weine geschätzt.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	
Mindestgesamtsäure	
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

5. **Weinbereitungsverfahren**

5.1. *Spezifische önologische Verfahren*

1. Anbauverfahren

— Pflanzdichte:

— Jeder Rebstock verfügt über eine Fläche von höchstens 2,50 m². Diese Fläche ergibt sich durch Multiplikation der Abstände zwischen den Rebzeilen mit dem Abstand zwischen den Rebstöcken ein und derselben Zeile.

— Der Abstand zwischen den Rebzeilen darf nicht mehr als 2,50 m betragen.

— Der Abstand zwischen den Rebstöcken einer Rebzeile muss zwischen 0,80 m und 1,50 m betragen.

— Schnittregeln:

Die Reben werden wie folgt geschnitten:

— entweder kurz (Gobelet- oder Cordon-Schnitt), wobei an jedem Rebstock höchstens sechs Zapfen verbleiben dürfen und jeder Zapfen höchstens zwei Augen trägt,

— oder im einfachen Guyot-Schnitt mit einem Strecker mit höchstens acht Augen und einem oder zwei Ersatzzapfen mit jeweils höchstens zwei Augen

— oder, bei den Rebsorten Syrah N und Viognier B, im doppelten Guyot-Schnitt mit einem Strecker mit höchstens sechs Augen und einem oder zwei Zapfen mit jeweils höchstens zwei Augen.

— Die Bewässerung ist zulässig.

2. Spezifisches önologisches Verfahren

— Anreicherungsverfahren durch Wasserentzug sind für Rotweine bis zu einem Konzentrationsgrad von 10 % zulässig.

— Bei der Herstellung von Roséweinen darf önologische Holzkohle ausschließlich für durch Pressen gewonnene Moste innerhalb eines Grenzwerts von 20 % des Gesamtvolumens der von dem jeweiligen Weinbereitungsbetrieb hergestellten Roséweine für die betreffende Ernte verwendet werden.

— Darüber hinaus müssen die Weine hinsichtlich der önologischen Verfahren sämtliche auf Unionsebene geltenden und sämtliche sich aus dem Code rural et de la pêche maritime (Gesetzbuch für Landwirtschaft und Seefischerei) ergebenden Verpflichtungen erfüllen.

5.2. *Höchsterträge*

66 Hektoliter je Hektar

6. **Abgegrenztes geografisches Gebiet**

Traubenlese, Weinbereitung und Weinausbau finden auf dem Gebiet der folgenden Gemeinden im Departement Vaucluse statt, auf der Grundlage des amtlichen Gemeindeschlüssels für das Jahr 2023:

Apt, Aubignan, Le Barroux, Le Beaucet, Beaumettes, Beaumont-du-Ventoux, Bédoin, Blauvac, Bonnieux, Cabrières-d'Avignon, Caromb, Carpentras, Caseneuve, Crestet, Crillon-le-Brave, Entrechaux, Flassan, Fontaine-de-Vaucluse, Gargas, Gignac, Gordes, Goult, L'Isle-sur-la-Sorgue, Joucas, Lagnes, Lioux, Loriol-du-Comtat, Malaucène, Malemort-du-Comtat, Maubec, Mazan, Méthamis, Modène, Mormoiron, Murs, Pernes-Les-Fontaines, Robion, La Roque-sur-Pernes, Roussillon, Rustrel, Saignon, Saumane, Saint-Didier, Saint-Hippolyte-le-Graveyron, Saint-Martin-de-Castillon, Saint-Pantaléon, Saint-Pierre-de-Vassols, Saint-Saturnin-lès-Apt, Velleron, Venasque, Viens, Villars und Villes-sur-Auzon.

7. **Keltertraubensorte(n)**

Bourboulenc B – Doucillon blanc

Caladoc N

Carignan N

Cinsaut N – Cinsault

Clairette B

Counoise N

Grenache N

Grenache blanc B

Marsanne B

Marselan N

Mourvèdre N – Monastrell

Piquepoul noir N

Roussanne B

Syrah N – Shiraz

Vermentino B – Rolle

Viognier B

8. **Beschreibung des Zusammenhangs bzw. der Zusammenhänge**

Beschreibung der natürlichen Faktoren, die für den Zusammenhang von Bedeutung sind

In den Weinbergen des Rhônetals erstreckt sich das geografische Gebiet östlich der Rhône von den Vororten von Vaison-la-Romaine im Norden bis nach Apt im Süden und vom Flusslauf der Ouvèze bis ins Coulon-Tal.

Es verläuft von den Dentelles de Montmirail bis zu den Nordhängen des Luberon, quert die Monts du Vaucluse und windet sich am Fuße des Mont Ventoux entlang, dem „Riesen der Provence“, der mit seiner Höhe von 1 912 m die gesamte Landschaft dominiert. Das Gebiet umfasst 51 Gemeinden im Departement Vaucluse.

Die Geomorphologie des durch die pyrenäische Orogenese entstandenen geografischen Gebiets ist durch zahlreiche Hänge auf Kalksubstrat geprägt. Eine dicke Formation aus hartem urgonischen Kalkstein (untere Kreidezeit) bildet das Tragwerk dieses Reliefs, dessen heutige Struktur sich bei der alpidischen Hebung im mittleren Miozän gebildet hat.

Dadurch bildeten sich mediterrane rote Böden, trockene und wenig entwickelte braune Kalksteinböden sowie durch Erosion entstandene Kolluvial-, Eluvial- und Skelettböden heraus. Alle sind vergleichsweise steinig und werden durch den Kalkschutt genährt, der sich in den Höhenlagen bildet.

Am bedeutendsten sind zweifellos die sandigen, leichten und kiesreichen Böden der „Safres“, wie im Comtat die aus Sandstein, Sand und Mergel bestehenden Formationen aus dem Miozän bezeichnet werden. Ebenfalls bemerkenswert sind die Sandböden und der ockerfarbener Sandstein aus der Kreidezeit, die die Landschaft im südlichen Teil des geografischen Gebiets prägen (sogenannte „Ocres des Roussillon“).

In dem geografischen Gebiet ist zwar das Mittelmeerklima vorherrschend, dennoch findet hier ein Übergang zu den kälteren Alpenregionen statt. Außerdem ist es eines der sonnigsten Gebiete des Departements (mit 2 800 Sonnenstunden pro Jahr in Carpentras). Die durchschnittliche Jahresniederschlagsmenge beträgt 700 mm, wobei die meisten Niederschläge im Herbst fallen, während im Sommer während der Reifezeit der Trauben die geringsten Niederschläge zu verzeichnen sind. Durch kühlere Nächte sind die täglichen Temperaturschwankungen im Spätsommer zudem größer als im übrigen Departement.

Der Mistral ist zwar spürbar, aber seine übermäßige Stärke und Kälte werden durch die Klimabarriere der Dentelles de Montmirail und der Ausläufer des Mont Ventoux (Berg aller Winde) erheblich abgemildert. Die positiven Effekte des von Trockenheit geprägten Windes bleiben dabei erhalten.

In diesem Übergangsgebiet, den von Jean Giono geschätzten durch das bäuerliche Leben geprägten Bergen, ist der Weinbau stets auch mit dem mediterranen Obstbau verknüpft und die Rebpflanzen bilden zusammen mit Kirsch-, Aprikosen- und Olivenbäumen einen Flickenteppich verschiedener Anbaukulturen.

Beschreibung der menschlichen Faktoren, die für den Zusammenhang von Bedeutung sind

Eine Töpferwerkstatt und Weintöpferwaren aus dem Jahr 30 v. Chr. sind die ersten Spuren der Ansiedelung des Weinbaus, was – wie überall in dem Gebiet – damit in Zusammenhang stand, dass erst die Griechen und dann die Römer hier siedelten.

An den Hängen des Mont Ventoux wurde seit der Antike Weinbau betrieben. Dieser höchste und spektakulärste Berg des gesamten vauklusischen Kalksteinmassivs (der zuweilen auch als „Riese der Provence“ bezeichnet wird) dominiert und beeinflusst das Weinbaugebiet, dem er einst seinen Namen gab. Schriftliche Belege hierfür reichen bis in das 9. Jahrhundert zurück.

Natürlich wirkte sich auch das avignonesische Papsttum positiv auf die „Ventoux“-Weine aus, die von 1309 bis 1414 auf der päpstlichen Tafel gereicht wurden. Die Kataster der Gemeinden des Comtat Venaissin, die zwischen 1414 und 1417 entstand, geben Aufschluss über die zu dieser Zeit bepflanzten Flächen.

Vom 16. bis zum 18. Jahrhundert wurde der Beginn der Weinlese in den sogenannten „Bans de vendage“ durch die Konsuln von Pernes amtlich bekannt gegeben. Das zeigt, dass die Erzeugung von Qualitätsweinen bereits damals ein Anliegen der lokalen Behörden war.

In den notariellen Registern findet sich in Form der „Baux à complant“ genannten Pachtverträge für Rebflächen der Beleg dafür, dass einige der gegenwärtigen Rebsorten bereits seit dem 15. Jahrhundert angebaut werden. Dies gilt beispielsweise für die Rebsorten Piquepoul noir N, Bourboulenc B oder Clairette B. 1876 erwähnte J. A. Barral in seinem Bericht über Bewässerungspraktiken insbesondere folgende Rebsorten: Piquepoul noir N, Grenache N und Syrah N für Rotweine sowie Clairette B und Borboulenc B für Weißweine.

Am Anfang der Bemühungen um eine offizielle Anerkennung der Qualität der Weine stand am 29. Juli 1939 die Gründung des Winzerverbands „Côtes du Ventoux et des Monts de Vaucluse“. 1951 erfolgte dann die Anerkennung als „Vin délimité de qualité supérieure“ (Wein höherer Qualität aus begrenztem Anbaugebiet) sowie im Jahr 1973 die Anerkennung der kontrollierten Ursprungsbezeichnung „Côtes du Ventoux“ durch das Décret du 27 juillet 1973

(Dekret vom 27. Juli 1973). Im Bestreben nach Vereinfachung und zur Hervorhebung des geografischen Namens wurde der Name der kontrollierten Ursprungsbezeichnung mit dem Décret du 17 octobre 2009 (Dekret vom 17. Oktober 2009) in „Ventoux“ geändert.

2009 war es die zweitgrößte kontrollierte Ursprungsbezeichnung des Rhônetals, mit einer Erzeugungsmenge von 271 000 hl Wein auf 6 374 ha Fläche. Hergestellt wurden dabei hauptsächlich Rotweine (66 %) und Roséweine (30 %).

Die Weine werden von 142 Privatkellereien und 14 Genossenschaftskellereien erzeugt. Bei den Weinen mit der kontrollierten Ursprungsbezeichnung „Ventoux“ handelt es sich um trockene, stille Rot-, Rosé- und Weißweine.

Der natürliche Mindestalkoholgehalt beträgt bei den Rotweinen 12 % vol sowie bei den Weiß- und Roséweinen 11,5 % vol. Die Weine können mit dem Zusatz „Primeur“ oder „Nouveau“ gekennzeichnet werden.

Die Rotweine machen den Großteil der Erzeugungsmenge aus. Sie werden aus den traditionellen Rebsorten der Großregion um die Rhône bereitet und profitieren in vollem Umfang von der Vielfalt der Böden des geografischen Gebiets. So zeigen sie sich auf steinigen Lehm-Kalk-Böden gehaltvoll, ausgewogen und alterungsfähig, während sie sich auf Sand und ockerfarbenem Sandstein eher aromatisch und körperreich präsentieren. Die Identität der Weine kommt in der Kombination all dieser Merkmale zum Ausdruck.

Die Roséweine sind durch ihre aromatische und frische Ausgewogenheit mit einer bemerkenswert intensiven und aromatischen Länge im Abgang gekennzeichnet.

Die Weißweine, die in der Weinlandschaft aktuell weniger stark vertreten sind und ebenfalls aus traditionellen Rebsorten der Region bereitet werden, zeichnen sich durch ihre aromatische Komplexität und ihre Struktur aus und werden als junge Weine geschätzt.

Der Einfluss des Reliefs (Dentelles de Montmirail, Mont Ventoux und Mont du Vaucluse), der ausgeprägter ist als im übrigen Departement, ist entscheidend für die Identität des geografischen Gebiets und für die Auswirkungen, die sich einerseits für die Anbaumerkmale und andererseits natürlich auch für die erzeugten Weine ergeben können.

Außerdem schwächt das Relief den vorherrschenden Mistral ab, ohne ihn vollständig abzulenken, es mildert dessen übermäßige Stärke ab und ermöglicht es den Reben, von Trocknungseffekten zu profitieren, die für den natürlichen Schutz vor Pilzbefall einen äußerst wichtigen Beitrag leisten.

Das Relief, vor allem aber die große Höhe des Mont Ventoux führt insbesondere in der Nacht zu einem kälteren Luftstrom. Diese relative Frische, die in der Sommerzeit spürbar ist und einen Kontrast zu den bisweilen extrem heißen Tagestemperaturen bildet, fördert die Synthese der Anthocyane und den Erhalt des Säuregehalts in den Trauben. Sie trägt somit zur Finesse der Aromen und zur Farbbildung der Rotweine bei.

Diese Gegebenheiten werden durch das Mittelmeerklima und die hohe Sonneneinstrahlung ergänzt, sodass Trauben erzeugt werden können, die auf diesen steinigen, kohlensauren Böden mühelos reifen und eine hohe Konzentration aufweisen.

In Verbindung mit dem Know-how, das die Erzeugergemeinschaft im Verlauf der Geschichte aufbauen konnte, sind es ebendiese natürlichen Faktoren, durch die sich die Weine mit der kontrollierten Ursprungsbezeichnung „Ventoux“ von ihren benachbarten Pendants aus dem Rhônetal unterscheiden.

Neben der Anerkennung der geschützten Ursprungsbezeichnung „Muscat du Ventoux“ zeigt sich das Know-how der Winzer auch darin, dass in diesem Gebiet zahlreiche Baumschulen und Winzer anzutreffen sind und es einen Markt für veredelte Pflanzen mit Sitz in Carpentras gibt.

Menschliche Aktivitäten wie insbesondere die Anbauverfahren sind eng mit diesem besonderen Umfeld verbunden und haben dazu geführt, dass der Mont Ventoux im Jahr 1990 von der UNESCO als Biosphärenreservat eingestuft wurde. Mit diesem internationalen Gütesiegel werden außergewöhnliche biologische Vielfalt, kultureller und historischer Reichtum, aber auch menschliche Aktivitäten anerkannt, die dieses Erbe achten. Ziel des Reservats ist es, den Schutz der natürlichen Ressourcen, der Landschaften und der Ökosysteme miteinander in Einklang zu bringen und die Weiterentwicklung menschlicher Aktivitäten sicherzustellen.

Das Ansehen der „Ventoux“-Weine reicht weit in die Vergangenheit zurück. Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts werden die Weine über das Staatsgebiet hinaus vermarktet. So wurde ein Händler aus Mazan, Nicolas Sautel, am 4. Juli 1860 in London vom British Institute of Universal Genius (Britisches Institut für Universalgenies) für seinen ausgezeichneten Wein mit einer Goldmedaille und mit der „Crown of genius“ ausgezeichnet.

9. **Weitere wesentliche Bedingungen (Verpackung, Kennzeichnung, sonstige Anforderungen)**

Gebiet in unmittelbarer Nachbarschaft

Rechtsrahmen:

Nationale Rechtsvorschriften

Art der weiteren Bedingung:

Ausnahmeregelung in Bezug auf die Erzeugung in dem abgegrenzten geografischen Gebiet

Beschreibung der Bedingung:

Das Gebiet in unmittelbarer Nachbarschaft, für das in Bezug auf die Herstellung und Bereitung der Weine eine Ausnahmeregelung gilt, umfasst gemäß dem amtlichen Gemeindeschlüssel für das Jahr 2023 die folgenden Gemeinden:

— Departement Alpes-de-Haute-Provence: Aubenas-les-Alpes, Banon, Céreste, L'Hospitalet, Montjustin, Montsalier, Oppedette, Redortiers, Reillanne, Revest-des-Brousses, Revest-du-Bion, La Rochegiron, Sainte-Croix-à-Lauze, Saumane, Simiane-la-Rotonde, Vachères, Villemus,

— Departement Bouches-du-Rhône: Alleins, Aureille, Barbentane, Cabannes, Châteaurenard, Eygalières, Eyguières, Eyragues, Graveson, Lamanon, Mallemort, Mollégès, Mouriès, Noves, Orgon, Plan-d'Orgon, Rognonas, Saint-Andiol, Sénas, Vernègues, Verquières,

— Departement Drôme: Arpavon, Aubres, Aulan, Ballons, Barret-de-Lioure, La Baume-de-Transit, Beauvoisin, Bellecombe-Tarendol, Bénivay-Ollon, Bésignan, Bouchet, Buis-les-Baronnies, Châteauneuf-de-Bordette, Chaudebonne, Clansayes, Condorcet, Curnier, Eygalayes, Eygaliers, Eyroles, Ferrassières, Izon-la-Bruisse, Laborel, Lachau, Mérindol-les-Oliviers, Mévouillon, Mirabel-aux-Baronnies, Mollans-sur-Ouvèze, Montauban-sur-l'Ouvèze, Montaulieu, Montbrun-les-Bains, Montfroc, Montguers, Montségur-sur-Lauzon, Nyons, La Penne-sur-l'Ouvèze, Piégon, Pierrelongue, Les Pilles, Plaisians, Le Poët-en-Percip, Propiac, Reilhanette, Rioms, Rochebrune, Rochegude, La Roche-sur-le-Buis, La Rochette-du-Buis, Saint-Auban-sur-l'Ouvèze, Sainte-Euphémie-sur-Ouvèze, Sainte-Jalle, Saint-Ferréol-Trente-Pas, Saint-Maurice-sur-Eygues, Saint-Paul-Trois-Châteaux, Saint-Restitut, Saint-Sauveur-Gouvernet, Sèderon, Solérieux, Suze-la-Rousse, Tulette, Valouse, Venterol, Vercoiran, Vers-sur-Méouge, Villebois-les-Pins, Villefranche-le-Château, Vinsobres,

— Departement Vaucluse: Althen-des-Paluds, Ansouis, Aurel, Auribeau, Avignon, La Bastide-des-Jourdans, La Bastidonne, Beaumes-de-Venise, Beaumont-de-Pertuis, Bédarrides, Bollène, Brantes, Buisson, Buoux, Cabrières-d'Aigues, Cadenet, Cairanne, Camaret-sur-Aigues, Castellet-en-Luberon, Caumont-sur-Durance, Cavaillon, Châteauneuf-de-Gadagne, Châteauneuf-du-Pape, Cheval-Blanc, Courthézon, Cucuron, Entraigues-sur-la-Sorgue, Faucon, Gigondas, Grambois, Jonquerettes, Jonquières, Lacoste, Lafare, Lagarde-d'Apt, Lagarde-Paréol, Lamotte-du-Rhône, Lapalud, Lauris, Lourmarin, Ménerbes, Mérindol, Mirabeau, Mondragon, Monieux, Monteux, Morières-les-Avignon, Mornas, La Motte-d'Aigues, Oppède, Orange, Pertuis, Peypin-d'Aigues, Puget, Puyméras, Puyvert, Rasteau, Roaix, La Roque-Alric, Sablet, Saint-Christol, Sainte-Cécile-les-Vignes, Saint-Léger-du-Ventoux, Saint-Marcellin-lès-Vaison, Saint-Martin-de-la-Brasque, Saint-Romain-en-Viennois, Saint-Roman-de-Malegarde, Saint-Saturnin-lès-Avignon, Saint-Trinit, Sannes, Sarrians, Sault, Savoillan, Séguret, Sérignan-du-Comtat, Sivergues, Sorgues, Suzette, Taillades, Le Thor, La Tour-d'Aigues, Travaillan, Uchaux, Vacqueyras, Vaison-la-Romaine, Vaugines, Vedène, Villedieu, Villelaure, Violès, Vitrolles-en-Luberon.

Kennzeichnung

Rechtsrahmen:

Nationale Rechtsvorschriften

Art der weiteren Bedingung:

Zusätzliche Bestimmungen für die Kennzeichnung

Beschreibung der Bedingung:

Die fakultativen Angaben, deren Verwendung nach dem Unionsrecht von den Mitgliedstaaten geregelt werden kann, sind auf dem Etikett in einer Schrift anzugeben, die sowohl in der Höhe als auch in der Breite und Stärke höchstens doppelt so groß ist wie die für den Namen der kontrollierten Ursprungsbezeichnung verwendete Schrift.

Der Name der kontrollierten Ursprungsbezeichnung kann durch den Zusatz „Primeur“ oder „Nouveau“ ergänzt werden. Weine mit dem Zusatz „Primeur“ oder „Nouveau“ sind mit der Angabe des Jahrgangs zu versehen.

Bei der Kennzeichnung von Weinen mit der kontrollierten Ursprungsbezeichnung darf der Name einer kleineren geografischen Einheit angegeben werden, sofern

— es sich um eine im Kataster geführte Einzellage handelt,

— diese geografische Einheit in der Erntemeldung angegeben ist.

Bei der Kennzeichnung von Weinen mit der kontrollierten Ursprungsbezeichnung kann gemäß den in der Vereinbarung zwischen den betroffenen Interessenvertretungen und Verwaltungsorganisationen festgelegten Bedingungen die größere geografische Einheit „Vignobles de la Vallée du Rhône“ angegeben werden. Diese Angabe muss im gleichen Sichtfeld wie alle obligatorischen Angaben erscheinen und in Schriftzeichen derselben Schriftart und Farbe wie die Ursprungsbezeichnung aufgedruckt sein, wobei die Größe dieser Angabe höchstens zwei Drittel der Größe der Ursprungsbezeichnung betragen darf.

— Die Rebsorte Caladoc N, eine für Anpassungszwecke interessante Sorte, darf in der Kennzeichnung nicht angegeben werden.

Link zur Produktspezifikation

http://info.agriculture.gouv.fr/gedei/site/bo-agri/document_administratif-388160e1-3c7f-41a8-987b-04c846cd7601

C/2024/1929

8.3.2024

Euro-Wechselkurs ([1])

7. März 2024

(C/2024/1929)

1 Euro =

	Währung	Kurs		Währung	Kurs
USD	US-Dollar	1,0895	CAD	Kanadischer Dollar	1,4705
JPY	Japanischer Yen	161,09	HKD	Hongkong-Dollar	8,5215
DKK	Dänische Krone	7,4552	NZD	Neuseeländischer Dollar	1,7688
GBP	Pfund Sterling	0,85445	SGD	Singapur-Dollar	1,4549
SEK	Schwedische Krone	11,1944	KRW	Südkoreanischer Won	1 446,67
CHF	Schweizer Franken	0,9577	ZAR	Südafrikanischer Rand	20,4622
ISK	Isländische Krone	148,50	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan	7,8412
NOK	Norwegische Krone	11,3940	IDR	Indonesische Rupiah	17 038,20
BGN	Bulgarischer Lew	1,9558	MYR	Malaysischer Ringgit	5,1266
CZK	Tschechische Krone	25,359	PHP	Philippinischer Peso	60,794
HUF	Ungarischer Forint	395,43	RUB	Russischer Rubel	
PLN	Polnischer Zloty	4,3020	THB	Thailändischer Baht	38,764
RON	Rumänischer Leu	4,9707	BRL	Brasilianischer Real	5,3835
TRY	Türkische Lira	34,6929	MXN	Mexikanischer Peso	18,3715
AUD	Australischer Dollar	1,6501	INR	Indische Rupie	90,1205

([1]) *Quelle*: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/1956

8.3.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 12. SEPTEMBER 2016

(C/2024/1956)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 12. bis 15. September 2016

STRASSBURG

Inhalt

Seite

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode . . . 3
2. Erklärung des Präsidenten . . . 3
3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll . . . 3
4. Mitteilung des Präsidenten . . . 4
5. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll . . . 4
6. Prüfung von Mandaten: siehe Protokoll . . . 4
7. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität: siehe Protokoll . . . 4
8. Abschluss eines Verfahrens zur Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll . . . 4
9. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll . . . 4
10. Schriftliche Erklärung (Artikel 136 GO): siehe Protokoll . . . 4
11. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll . . . 4
12. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll . . . 4

Inhalt Seite

13. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll 4

14. Übermittlung von Abkommenstexten durch den Rat: siehe Protokoll 4

15. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll 4

16. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll 4

17. Arbeitsplan 5

18. Auf dem Weg zur Umgestaltung des Energiemarkts - EU-Strategie für die Wärme- und Kälteerzeugung (Aussprache) 7

19. Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU - Kohäsionspolitik und Forschungs- und Innovationsstrategien für intelligente Spezialisierung (RIS3) - Europäische territoriale Zusammenarbeit – bewährte Verfahren und innovative Maßnahmen - EU-Strategie für den Alpenraum (Aussprache) 28

20. Der EU-Treuhandfonds für Afrika: Auswirkungen auf Entwicklung und humanitäre Hilfe (Aussprache) 51

21. Schaffung von für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf förderlichen Arbeitsmarktbedingungen (kurze Darstellung) 62

22. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung 68

23. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll 74

24. Schluss der Sitzung 74

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 12. SEPTEMBER 2016

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

(Die Sitzung wird um 17.00 Uhr eröffnet.)

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die am Donnerstag, dem 7. Juli 2016, unterbrochene Sitzungsperiode für wieder aufgenommen.

2. Erklärung des Präsidenten

Der Präsident. – Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Am 24. August wurde Mittelitalien von einem schweren Erdbeben erschüttert. Schäden wurden in mehr als 70 Dörfern gemeldet, manche Gemeinden wurden komplett zerstört.

Wir alle haben mit großer Erschütterung die Bilder aus Amatrice, Accumoli oder Pescara del Tronto gesehen: Mehr als 3 000 Menschen sind über Nacht obdachlos geworden und standen von einem Tag auf den anderen im wahrsten Sinne des Wortes vor den Trümmerhaufen ihrer individuellen Existenz.

Im Namen des Europäischen Parlaments möchte ich zunächst dem italienischen Katastrophenschutz, der Feuerwehr, den medizinischen Hilfskräften, den lokalen Behörden und allen Freiwilligen unseren Dank aussprechen: all denjenigen, die halfen, Leben zu retten, Schutz zu bieten und die Erstversorgung zu gewährleisten.

Die Europäische Union wird in voller Solidarität an der Seite der Menschen stehen.

Das Erdbeben hat schwere materielle Zerstörungen angerichtet. Die Dörfer, die von diesen Schlägen dem Erdboden gleichgemacht wurden, sind nicht nur italienisches, sie sind auch europäisches Kulturerbe. Doch der materielle Schaden verschwindet im Angesicht der menschlichen Katastrophe und des Schmerzes der Familien der fast 300 Todesopfer. Die Häuser, die Paläste und die Kirchen können wieder aufgebaut werden und werden sicher wieder aufgebaut, aber die Leere, die die Toten hinterlassen, kann nicht gefüllt werden.

In Solidarität mit den Menschen und mit der gesamten italienischen Nation darf ich Sie bitten, sich für eine Schweigeminute von Ihren Plätzen zu erheben.

(Das Parlament erhebt sich zu einer Schweigeminute.)

3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

4. Mitteilung des Präsidenten

Der Präsident. – Meine Damen und Herren! Sie können sich daran erinnern, dass ich am 6. Juli gegen Herrn Korwin-Mikke eine Sanktion für seine inakzeptablen Bemerkungen über afrikanische Migranten während der Sitzung vom 7. Juni verhängt habe. Herr Korwin-Mikke hat daraufhin eine Beschwerde gegen diese Entscheidung eingereicht. Das Präsidium hat sich mit der Beschwerde befasst und hat einstimmig meine Entscheidung bestätigt.

Durch diese Sanktion verliert Herr Korwin-Mikke für die Dauer von zehn Tagen seinen Anspruch auf Tagegeld und wird für die Dauer von fünf Tagen von allen Aktivitäten des Parlaments suspendiert, unbeschadet der Ausübung seines Stimmrechts im Plenum. Die Sanktion findet ab dem heutigen Tage, dem 12. September, Anwendung.

5. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

6. Prüfung von Mandaten: siehe Protokoll

7. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität: siehe Protokoll

8. Abschluss eines Verfahrens zur Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll

9. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

10. Schriftliche Erklärung (Artikel 136 GO): siehe Protokoll

11. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll

12. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll

13. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll

14. Übermittlung von Abkommenstexten durch den Rat: siehe Protokoll

15. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll

16. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

17. Arbeitsplan

Der Präsident. – Der endgültige Entwurf der Tagesordnung dieser Tagung, wie er in der Konferenz der Präsidenten in ihrer Sitzung vom Donnerstag, dem 8. September 2016, gemäß Artikel 149 der Geschäftsordnung festgelegt wurde, ist verteilt worden. Zu diesem Entwurf wurden folgende Änderungen beantragt:

Montag und Dienstag: Keine Änderungen.

Mittwoch:

Für Mittwoch hat die ECR-Fraktion beantragt, Erklärungen des Rates und der Kommission zu Verhandlungsvorbereitungen bei Geltendmachung des Artikels 50 durch einen Mitgliedstaat als ersten Punkt am Nachmittag auf die Tagesordnung zu setzen. Die Aussprache soll mit einem Entschließungsantrag abgeschlossen werden.

Sander Loones, *namens de ECR-Fractie*. – Wij staan voor de belangrijkste onderhandelingen die de Europese Unie ooit in haar geschiedenis gevoerd heeft: de Brexit-onderhandelingen. Traditioneel gaan we in dit Parlement dan op zoek naar een ruime meerderheid over de verschillende fracties heen. De redenering is dat wij zo sterker staan in die onderhandelingen, sterker staan ten opzichte van de Commissie, sterker staan ten opzichte van de Raad. En wat zien wij nu? Dat vorige week opeens meneer Verhofstadt aangeduid is om die onderhandelingen voor het Parlement te coördineren, aangeduid door de Conferentie van voorzitters. Tot mijn verbazing zonder debat, zonder stemming. Dat dit plaatsvindt! Dan klaagt men dikwijls dat er een democratisch deficit zou zijn. Maar als ik zie dat zelfs de fractieleider van de fractie die zich de liberalen en democraten noemt, zo'n debat en zo'n stemming uit de weg gaat, dan vraag ik toch om deze aan de agenda toe te voegen. Ik ga er overigens van uit dat meneer Verhofstadt de eerste is om ook dit debat met dit Parlement aan te gaan.

Paul Nuttall (EFDD). – Mr President, we would like to support the ECR's recommendation. I cannot believe that the Conference of Presidents have selected Mr Verhofstadt as someone who will be negotiating on behalf of the European Parliament regarding Brexit. I have been in this Parliament for six years and I have heard the ramblings of Mr Verhofstadt: I am telling you now, he is no friend of Britain.

The last time I spoke in this Parliament, I said that we need to be cool, we need to be calm, we need to ensure that we all get the best deal. Mr Verhofstadt's appointment is no good for French farmers, and no good for British car manufacturers who sell a lot of cars into Britain. We need the best deal possible, and I ask you, please, to rethink Mr Verhofstadt's appointment and come up with a more neutral candidate.

Esteban González Pons (PPE). – Señor Presidente, en primer lugar, no entiendo si el debate es sobre la aplicación del artículo 50 o sobre el señor Verhofstadt. En segundo lugar, tampoco entiendo que se pida un debate sobre la aplicación de un artículo que nadie ha pedido que se aplique. Debatir sobre cosas que aún no han sucedido conduce a la melancolía. En tercer lugar, no tiene sentido que el Gobierno británico se haya pedido dos años para decidir si solicita o no la aplicación del artículo 50 y nosotros tengamos que resolverlo en dos días. Es una desproporción impropia para la situación seria que estamos tratando. En cuarto lugar, me parece frívolo que un asunto tan importante se pretenda resolver por la espalda, sin avisar y con prisas, en dos días de debate parlamentario. No está a la altura del gravísimo problema al que se enfrenta la Unión Europea.

Ya hay un procedimiento parlamentario, y cuando llegue el día ese procedimiento parlamentario se activará y este Parlamento debatirá. Y déjenme que les diga que deberían organizarse un poco mejor, porque a la vez que ustedes quieren que este Parlamento debata sobre el artículo 50 —que nadie ha pedido que se aplique—, en otra sala va a examinarse al nuevo Comisario británico que quiere formar parte de los órganos de gobierno de la Unión Europea. Hagan una cosa o la otra, pero las dos al mismo tiempo es contradictorio. Vamos a votar que no, para evitar los malos entendidos.

Der Präsident. – Über den Antrag ist namentliche Abstimmung erbeten worden.

(Das Parlament lehnt den Antrag ab.)

Ebenso für Mittwoch beantragt die S&D-Fraktion, eine Erklärung des Rates und der Kommission zu der Notwendigkeit einer europäischen Re-Industrialisierungspolitik angesichts der jüngsten Fälle bei Caterpillar und Alstom als ersten Punkt am Nachmittag auf die Tagesordnung zu setzen. Die Aussprache soll mit einer Entschließung abgeschlossen werden, über die in der Oktober-I-Tagung abgestimmt werden soll.

Die Sitzung müsste dann bis 24.00 Uhr verlängert werden.

Gianni Pittella, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, lei ha detto bene: noi siamo preoccupatissimi per gli effetti devastanti sul piano della disoccupazione che le crisi della Caterpillar in Belgio e della Alstom in Francia stanno provocando – si tratta di migliaia e migliaia di perdite di posti di lavoro. Dobbiamo discuterne nell'ambito di una più generale discussione sulla crisi industriale che si sta avendo in Europa e sulle politiche che l'Unione europea deve fare per contrastare questi effetti così devastanti.

Bart Staes (Verts/ALE). – Ik denk dat de vraag van de S&D-Fractie bij monde van meneer Pittella volledig gerechtvaardigd is. Wat er de voorbije weken is gebeurd in Wallonië, in Gosselies, in Charleroi, is het ontstaan van een massale werkloosheid. 2 200 jobs die op de tocht staan, vele duizenden andere jobs die op de tocht staan in de toeleveringssector en in de dienstensector rond de fabriek in Gosselies. Ik denk inderdaad dat we een debat hierover nodig hebben, temeer omdat we weten dat Caterpillar een bedrijf is dat formeel winst maakt, dat het een bedrijf is dat steeds hogere dividenden uitkeert aan z'n aandeelhouders en daar de werknemers echt toe gijzelt. Ik denk dat het verzoek van de S&D-fractie al onze steun verdient.

David Casa (PPE). – Aħna naqblu illi din hija sitwazzjoni mhux feliċi. Naqblu illi jkollna dibattitu. Però sakemm niġbru iktar informazzjoni - għaliex s'issa għad m'għandniex l-informazzjoni kollha - jiena naħseb illi r-riżoluzzjoni, għalissa, ma nagħmluhiex. Jiena naqbel però li għandu jsir dibattitu. Għandna metodi li diġà ntużaw fil-passat ma' Caterpillar illi kien hemm il-possibilitajiet li tintuża l-EGF, u naħseb għandu jsir l-istess, in the meantime. Però naħseb illi r-riżoluzzjoni, f'dan il-mument, aħna kontriha, imma favur id-dibattitu.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, απλά θέλω να δηλώσω ότι στην προηγούμενη ψηφοφορία ψήφισα την πρόταση του ECR αλλά δεν δουλεύει το σύστημα και η ψήφος μου δεν καταγράφηκε. Παρακαλώ να το λάβετε υπόψη. Εγώ ψήφισα αλλά η κάρτα μου δεν λειτούργησε με αποτέλεσμα να μην καταγραφεί η θετική ψήφος υπέρ του ECR στην προηγούμενη ψηφοφορία.

Manfred Weber (PPE). – Wenn ich noch unterbrechen darf: Wir hatten darum gebeten, dass über die Entschließung und die Debatte getrennt abgestimmt wird.

Also wir sind für die Debatte, aber gegen die Entschließung.

Der Präsident. – Vielen Dank für den Hinweis. Dann lasse ich neu abstimmen.

Der Antrag von Herrn Pittella lautete: Debatte jetzt, Entschließung in der Oktober-Tagung.

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

Damit wird die Sitzung bis Mitternacht verlängert.

Meine Damen und Herren! Ich bin darüber informiert worden, dass für diese Sitzung – für den Mittwochnachmittag – der Rat keine Anwesenheit garantieren kann. Ich würde Sie doch bitten: Bei der umfassenden Anzahl von Ministern und Staatssekretären, die eigentlich jede Regierung hat, müsste doch sichergestellt sein, dass wenigstens ein Vertreter der Regierung des amtierenden Ratsvorsitzes hier anwesend sein kann.

(Beifall)

Donnerstag:

Die GUE-Fraktion hat beantragt, die Anfrage zur mündlichen Beantwortung des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten zu Regelungen zum Mindesteinkommen in der EU von Donnerstagnachmittag auf Donnerstagvormittag vorzuziehen und als ersten Punkt der Tagesordnung zu behandeln. Am Nachmittag soll stattdessen die Anfrage zur mündlichen Beantwortung des Kulturausschusses zu Spielabsprachen auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Die Sitzung müsste dann schon um 8.00 Uhr morgens beginnen.

João Pimenta Lopes, *em nome do Grupo GUE/NGL.* – Senhor Presidente, teremos, na quinta-feira de manhã, um importante debate sobre dois documentos da Comissão do Emprego.

Num momento em que, na União Europeia, temos 125 milhões de pobres e 30 milhões de desempregados, dificilmente se justificaria que se separasse desta discussão o debate sobre esta pergunta oral, que foi relegado para quinta-feira à tarde.

Nesse sentido, esta proposta visa que a discussão possa juntar-se e somar-se às discussões dos dois documentos que serão apresentados e debatidos no período da manhã, tendo, então, em alternativa a discussão da pergunta oral da cultura à tarde.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL). – Αγαπητοί συνάδελφοι νομίζω ότι το θέμα που συζητάμε είναι πολύ σοβαρό. Εξάλλου, την Πέμπτη το πρωί έχουμε και άλλα θέματα της Επιτροπής Απασχόλησης, ιδιαίτερα το θέμα του κατώτερου μισθού στη σημερινή Ευρώπη που αντιμετωπίζει οικονομική κρίση με αποτέλεσμα εκατομμύρια εργαζόμενοι να βρίσκονται σε δύσκολες συνθήκες. Νομίζω ότι η συζήτηση αυτή πρέπει να γίνει σε άλλη συνεδρίαση στην οποία να είναι περισσότεροι παρόντες στην αίθουσα και όχι το απόγευμα της Δευτέρας.

David Casa (PPE). – Jiena nifhem illi dan huwa suġġett importanti, però għandna rapporti importanti ħafna iktar minn das-suġġett filgħodu. Allura ma naqblux illi għandu jitneħħa d-dibattitu illi għandna filgħodu bħala partit. Jiena naħseb li għandu jkun hawn Membri biżżejjed waranofsinhar il-Ħamis għaliex irridu niftakru li l-Ħamis waranofsinhar ukoll hija ġurnata illi aħna suppost inkunu hawn preżenti f'dan il-Parlament biex naħdmu.

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

Franz Obermayr (ENF). – Herr Präsident! Ich möchte heute auf einen für Europa sehr wichtigen historischen Tag hinweisen, einen Tag von europäischer christlicher Solidarität. Denn genau heute vor 333 Jahren befreite eine europäische Armee unter dem polnischen König Jan Sobieski die von den türkischen Osmanen belagerte Stadt Wien und rettete somit Mitteleuropa vor türkischer Besetzung, Unterdrückung und Islamisierung, wie Sie dies in den letzten Jahrhunderten in Südosteuropa und am Balkan auch erleben und beurteilen konnten. Ich möchte mich heute mit meinen Worten für die heldenhaften Verteidiger von Wien, die mutigen Europäer aussprechen, die Wien entsetzten, und ihnen Respekt und entsprechende Anerkennung zukommen lassen.

Der Präsident. – Ich weiß zwar nicht, was das mit der Tagesordnung zu tun hatte. Aber Sie sind ja mit der Geschäftsordnung sonst immer so gut vertraut, Herr Kollege, dass Sie sie mir ständig vorhalten. Jetzt haben Sie sie aber mal aus propagandistischen Gründen missbraucht.

18. Auf dem Weg zur Umgestaltung des Energiemarkts - EU-Strategie für die Wärme- und Kälteerzeugung (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die gemeinsame Aussprache über

— den Bericht von Werner Langen im Namen des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie über das Thema „Auf dem Weg zur Umgestaltung des Energiemarkts“ (2015/2322(INI)) (A8-0214/2016) und

— den Bericht von Adam Gierek im Namen des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie über die EU-Strategie für die Wärme- und Kälteerzeugung (2016/2058(INI)) (A8-0232/2016).

Werner Langen, *Berichterstatter.* – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen, gemessen an der Befreiung von Wien ist natürlich die Debatte über das künftige Energiemarktdesign ein nachgeordnetes Thema.

Wir diskutieren heute über den Bericht, den der Industrieausschuss vorgelegt hat und mit guter, großer Mehrheit beschlossen hat, im Hinblick auf den Vorschlag der Kommission vom Juli 2015. Hier wurden drei politische Ziele für den künftigen Elektrizitätsmarkt formuliert: Erstens soll ein EU-weiter Elektrizitätsmarkt mit klaren Preissignalen für neue Investitionen geschaffen werden. Zweitens soll ein europäischer Ansatz zur Energieversorgungssicherheit begründet werden, und drittens soll die regionale Zusammenarbeit in der Energiepolitik, insbesondere bei Investitionen in neue Energieerzeugungsanlagen, erheblich gestärkt werden.

Der Berichtsentwurf hat dazu geführt, dass wir insgesamt über 590 Änderungsanträge abgestimmt haben, die in insgesamt 36 Kompromisse eingeflossen sind. Der Bericht deckt die wichtigsten Themen ab, das heißt, die Frage der künftigen Gestaltung von Kapazitätsmechanismen, die Förderung von erneuerbaren Energien, die Debatte über Preiszonen und Verteilnetzbetreiber sowie die Rolle der Europäischen Energieagentur ACER.

Der Bericht formuliert die Richtung für den von der Kommission bis Ende des Jahres vorzulegenden Legislativvorschlag für eine Neugestaltung des Energiemarktes. Nachdem die Kompromisse eine überwiegend breite Zustimmung gefunden haben, kann man durchaus sagen, dass die wichtigsten Schritte zur Harmonisierung des europäischen Energiebinnenmarkts enthalten sind.

Ich will im Einzelnen einige kurze Ausführungen als Berichterstatter darüber machen, was der Industrieausschuss beschlossen hat:

Erstens Kapazitätsmechanismen, das sind die Ziffern 25 und 24. Mittlerweile gibt es in zehn der 28 Mitgliedstaaten nationale Kapazitätsmechanismen. Unnötige oder schlecht konzipierte Mechanismen dieser Art können zu Wettbewerbsverzerrungen, zu einer Beeinträchtigung des grenzüberschreitenden Handels und zu überhöhten Strompreisen führen. Die im Ausschuss angenommene Linie sieht vor, dass Kapazitätsmechanismen weiterhin möglich sein sollen, wenn eine EU-weit harmonisierte und transparente Analyse der Versorgungssicherheit auf regionaler Ebene ergeben hat, dass ein Bedarf besteht. Das war nicht ganz unumstritten, aber wir haben uns geeinigt auf eine Formulierung, die fast alle mittragen konnten.

Das zweite Thema sind die erneuerbaren Energien – die Ziffern 49 und 54. Der Ausschuss ist der Meinung, dass die Dauersubventionierung der erneuerbaren Energien nicht mehr zeitgemäß ist. Auch sie müssen im neuen Energiesystem auf Marktsignale reagieren. Der Bericht sieht ein graduelles Auslaufen von Subventionen für ausgereifte erneuerbare Energien vor. Außerdem wird auf die Gefahr von Verzerrungen durch unsachgemäße Subventionen hingewiesen. Betreiber von Anlagen erneuerbarer Energien – und wir kennen ja die intensive Nutzung der Windenergie in den nordischen Ländern, auch in Deutschland – müssen die konsequente Bilanzkreisverantwortung tragen. Der prioritäre Netzzugang soll weiterhin bestehen bleiben, wird aber überprüft, sobald der umgestaltete Energiemarkt umgesetzt ist.

Drittens die Abschaffung regulierter Preise und die Debatte über Preiszonen, Ziffer — 22. Damit der *Energy-only*-Markt richtig funktioniert, müssen generell Preisspitzen zugelassen werden, damit Marktpreissignale auch zu Investitionen führen können und die Preise die tatsächliche Energieknappheit widerspiegeln. Das ist heute nicht der Fall, wie man an den Großhandelspreisen erkennen kann. Dabei müssen auch unterschiedliche Preiszonen innerhalb eines Mitgliedstaates als Ultima Ratio möglich sein, um die tatsächliche Energieknappheit widerzuspiegeln. Und wenn wir jetzt sehen, welche Umleitungen der Strom, der im Norden Europas erzeugt wird, machen muss, um im Süden an den Verbraucher zu kommen, dann ist das ein wichtiges Thema.

Der vierte Punkt: Die nationalstaatliche Verantwortung für den Energiemix, so wie es in den Verträgen festgeschrieben ist, soll erhalten bleiben. In Ziffer 47 wird auf das Klimaschutzabkommen von Paris verwiesen, das dem Ziel der schrittweisen Dekarbonisierung Rechnung trägt.

Ich habe noch zwei Minuten für meine Fraktion addiert – insgesamt sechs Minuten, Herr Präsident!

In Ziffer 53 wird richtigerweise vor der Verflechtung der Versorgungsziele mit klimapolitischen Zielen gewarnt. Hier sind getrennte Abstimmungen beantragt worden.

Der fünfte Punkt: Verteilnetzbetreiber, die Ziffern 61 bis 64. Die weitere Entflechtung über das dritte Energiepaket hinaus wird im Bericht nicht gefordert. Verteilnetzbetreiber sollen neutrale Vermittler sein, denen eine größere Rolle zugestanden wird.

Und der letzte Punkt: die Rolle der ACER, der europäischen Behörde. Sie soll mit Entscheidungskompetenz bei der Koordinierung grenzüberschreitender Fragen ausgestattet werden, aber keine umfassende Überwachung des Energiemarktes vornehmen können.

Ich möchte zum Schluss allen, die mitgewirkt haben, insbesondere den Schattenberichterstattern, herzlich danken – und jetzt haben wir sechs Minuten und zwei Sekunden Danke!

Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

Adam Gierek, *sprawozdawca*. – Panie Przewodniczący! Ogrzewanie i chłodzenie dotyczy przetwarzania około 40 % całkowitej energii pierwotnej – to poważny problem energetyczny – na około 50 % całkowitej energii użytkowej w postaci ciepła.

O ile wytwarzanie energii elektrycznej może podlegać ujednoliceniu na jednolitym rynku energii, o tyle ogrzewanie i chłodzenie wymagają lokalnych rozwiązań. Narasta jednak zależność grzania i chłodzenia od rynku energii, który na przykład w skali lokalnej, zarówno do produkcji energii elektrycznej, jak i ciepła bądź chłodu wykorzystywać może kogenerację.

O zróżnicowaniu potrzeb zapewnienia komfortu cieplnego obywatelom Unii świadczy fakt, że w skali rocznej rozpiętość użytkowania energii na metr kwadratowy ogrzewanej powierzchni waha się w państwach członkowskich od około 60 do nawet 300 kWh.

Największe rezerwy efektywnego użytkowania energii cieplnej tkwią w termomodernizacji około 2/3 tzw. starej substancji budynków mieszkalnych, publicznych i komercyjnych, jako najprostszym, najszybszym sposobie najbardziej efektywnego wykorzystania energii, ograniczenia emisji CO_2 i stworzenia licznych miejsc pracy. Oznacza to, że dla tego celu priorytetowego winny być zwiększone publiczne środki finansowe i zniesione dotychczasowe limity, np. w Funduszu Rozwoju Regionalnego, zwłaszcza gdy chodzi o całe osiedla wzniesione na przykład w technologii wielkiej płyty. Problematyka ta niestety została przez nas w przeszłości zmarginalizowana. To był błąd. Straciliśmy dużo czasu.

W następnej kolejności niezbędna staje się wymiana przestarzałych ciepłowni osiedlowych na tzw. ciepło systemowe z wysokosprawnych elektrociepłowni. Niezbędna jest likwidacja przestarzałych małych, nieekologicznych ciepłowni osiedlowych i przejście na ciepło z wysokosprawnych systemów kogeneracyjnych. Może temu sprzyjać na przykład czasowe odejście od stosowania ETS w tych systemach produkcji ciepła i prądu.

Trzeba także wziąć pod uwagę różnicę między Zachodem a Wschodem Unii w użytkowaniu bardziej efektywnego gazu dla celów grzewczych. Ilość ta jest wielokrotnie większa w unijnych państwach Europy Zachodniej, natomiast w Europie Środkowo-Wschodniej dla celów ogrzewnictwa dotychczas bazuje się głównie na węglu, a to wymaga stopniowego ograniczania jego nieefektywnego spalania. Trzeba poprawić tę efektywność. Zmorą aglomeracji tego regionu Europy jest bowiem niska emisja, tj. emisja do atmosfery organicznych gazów pirolitycznych niepełnego spalania, a w tym węglowodorów aromatycznych oraz tlenków azotu i sadzy, a także popiołów lotnych.

W państwach członkowskich Europy Południowej narasta w związku z ociepleniem klimatu problem sezonowego chłodzenia, które angażuje około 5 % energii z całej kwoty energii na grzanie i chłodzenie.

Problematyka dzisiaj omawiana wymaga zastosowania wielu kompleksowych przyszłościowych rozwiązań, w tym: architektonicznych i urbanistycznych; z zakresu wykorzystania naturalnych źródeł ciepła i chłodzenia. Wymaga pilnego rozwoju innowacyjnych badań i stworzenia całego przemysłu nowych materiałów do izolowania cieplnego oraz zrównoważonych technologii ekologicznego grzania i chłodzenia ze szczególnym uwzględnieniem paneli słonecznych i rewersyjnych pomp cieplnych.

Przyszłościowo komfort cieplny mieszkańców Unii Europejskiej zależeć będzie w pierwszym rzędzie od zeroemisyjnej termomodernizacji oraz od optymalnego dla całej strefy klimatycznej wykorzystania odnawialnych źródeł energii.

Koledzy, znane są priorytety, lecz winny one być również priorytetowo finansowane oraz wdrażane, według hierarchii ważności różnej jednak w różnych państwach członkowskich, bo to zagwarantuje nam optymalizację uzyskanych rozwiązań i walkę z ubóstwem energetycznym.

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission*. – Mr President, let me start by thanking this House, and in particular the two rapporteurs, for their supportive work on these two important files.

Starting with the Langen report, I am very glad that this House shares our commitment to promoting a more market-oriented, flexible and decentralised energy system providing the right investment signals for the energy transition. Ultimately we need a system that puts prosperity and the decarbonisation of our economy at its very heart, and our review of market design rules will be key to that end.

On the one hand, thanks to the three consecutive legislative packages, we have introduced competition to varying degrees in different markets and more cross-border flows of electricity. But, on the other hand, we have not yet managed to adapt our market framework sufficiently to the challenges that decarbonisation, and in particular the massive roll-out of variable renewable generation, have brought along.

Adapting our energy system to the new challenges will require action on at least four fronts. First, we have to ensure that the new market design will work for consumers by making them more active market participants. Innovative and smart technologies are available but they are not properly used in many cases because the right regulatory framework is not there. Wholesale and retail markets must be more closely linked, giving consumers access to a wider choice of products, and consumers must be able to market their flexibility by removing obstacles for aggregators to enter the market.

Second, we need electricity markets to give the right investment incentives for a successful energy transition by strengthening price signals. This means the price must be able to rise when demand is high or generation is scarce. Constraints on pricing must be removed, as a matter of the first order, so as to reward flexibility. It is in this context that our reforms will be aimed at promoting shorter markets. The integration of the European Union-wide intraday and cross-border balancing markets must be significantly accelerated.

Third, a more integrated energy market will also require us to find new ways of deepening our cooperation across borders on all levels. But full market integration will also require the seamless cooperation of transmission system operators (TSOs) at operational level, and we will need to look at ways of strengthening regional TSO cooperation based on existing approaches. Likewise, more cooperation between regulators will be needed to match closer TSO cooperation and this includes reviewing the role of the Agency for the Cooperation of Energy Regulators (ACER).

Lastly, while the aim of this exercise is to strengthen the internal market, public policy interventions are likely to remain a part of the reality. We will therefore need a stronger framework to ensure that such measures are compatible with the internal market. The most urgent issue is dealing with the generation adequacy policies that we see emerging in a number of Member States. In many cases these follow a purely national logic and focus exclusively on introducing measures to remunerate national generation capacities, without taking account of the benefits of market integration. This is not a viable approach and, if left untouched, it seriously risks distorting the internal energy market.

That is why we will propose a European or regional framework for capacity remuneration mechanisms. The main purpose of such a framework will be offer a common approach to assess the adequacy of energy systems. From the Commission's point of view, it is crucial that such an assessment takes into account the contribution of capacity across the border to security of supply. Likewise, when a capacity mechanism is introduced, such cross-border capacity, as well as demand response, must be able to participate. As a principle, this is already the case but with our proposals it must become a reality.

Last but not least, let me pick up on another key point mentioned in the report. It is all well and good to update our market design, but we must absolutely commit ourselves to ensuring the effective implementation of the system legislation. That will continue to be a priority for the Commission. We will of course look at the report in detail as we prepare our proposals and I look forward to coming back to this House to present them later this year.

Turning now to the Gierek report on heating and cooling, this report highlights the fact that this sector could be an absolute game changer when it comes to energy security, economic growth and reaching our energy and climate targets. The report places emphasis on the 'energy efficiency first' principle and the push for renewables to replace fossil fuels. It focuses on building renovation and the deployment of modern and smart technologies and systems, and highlights the need to reinforce the capacities of citizens, industries and public authorities through better information, awareness, training and education, research and innovation and targeted capacity-building initiatives. These all go in the direction of the Commission.

Let me remind you that heating and cooling in our buildings and industry account for half of European Union energy consumption and are largely powered by fossil fuels. Seventy-five percent of our buildings are energy inefficient and are mostly fitted with old boilers with low efficiency rates. That is why our study focused on removing barriers to decarbonisation in buildings and industry. We need to link up heating and cooling to electricity networks and to renewable energy more effectively. That will reduce costs for consumers and provide storage for valuable energy.

Our market design proposals will provide the flexibility and demand response to make that happen, and our upcoming review of the Energy Performance of Buildings Directive will prepare the ground for making buildings smart and ready for the new solutions. Under the revised Renewable Energies Directive, we will be aiming at further integrating renewable energies of all types in this sector, but we also need to speed up renovation rates. Our implementation work, combined with the upcoming review of the Energy Performance of Buildings Directive and the Energy Efficiency Directive, will strengthen the drive to replace inefficient boilers faster and incentivise renovations in multi-apartment buildings. To do that we also need to make the right financing available. The good news is that we have started to do that through the European Fund for Strategic Investments and we will back that up with an initiative to help facilitate access to new innovative funding mechanisms.

Both of these reports highlight how important it is that we get on with building the energy union that this House has supported since day one. The reports in our debate here today are a solid basis from which we can get to work on the whole range of legislative files that are coming up in the next weeks and months.

Christofer Fjellner, *föredragande av yttrande från utskottet för miljö, folkhälsa och livsmedelssäkerhet*. – Herr talman! I den klimatpolitiska debatten pratar vi oftast om utsläpp från industrier, elproduktion eller trafik, men faktum är att en av de största utsläppskällorna är uppvärmning och kyla. Nästan 50 procent av den energi som vi använder i EU går åt till just detta, och 75 procent av den kommer från fossila källor.

För att komma till rätta med detta är fjärrvärme ett oslagbart verktyg – någonting som Sverige dessutom råkar vara ett utmärkt exempel på. Trots att det är ett stort och glesbefolkat land, är 90 procent av alla flerfamiljshus uppkopplade till fjärrvärme, och helt utan fossila källor.

Som vi hörde i debatten ser dock förutsättningarna otroligt olika ut i olika delar av Europa. Därför har jag i mitt arbete med denna strategi i miljöutskottet fokuserat på att EU inte ska detaljstyra eller låsa in sig i en specifik lösning. Då kommer vi nämligen aldrig att kunna lyckas.

En annan sak som är nästan lika viktig är att se potentialen i biomassan från skogen för att föda fjärrvärme och också att våga se möjligheterna med energiåtervinning, för om vi börjar bekämpa den, på det sätt som många nu vill, då blir vi fast i det fossila.

Algirdas Saudargas, *PPE frakcijos vardu*. – Ačiū, Pirmininke. Pirmą kartą apie šildymą ir vėsinimą kalbama kaip apie atskirą energetikos sektorių, kuris, beje, yra vienas iš didžiausių, sunaudojantis apie 50 procentų pagaminamos energijos. Noriu pasveikinti Komisiją parengus tokią išsamią ir detalią studiją. Pateiktas veiksmų planas padės gerinti pastatų energetinį efektyvumą, integruoti pažangias technologijas ir atsinaujinančius energijos šaltinius.

Valstybių narių šildymo ir vėsinimo poreikiai skiriasi priklausomai nuo klimato, pastatų stovio ar šilumos ūkio. Todėl strategijos įgyvendamas turi būti lankstus, o kiekviena šalis turi surasti sau tinkamiausią būdą kaip pasiekti optimalų šildymo sektoriaus efektyvumą. Svarbus vaidmuo tenka vietos bei regiono valdžiai – tikriesiems strategijos įgyvendintojams. Dirbant su šiuo pranešimu ne kartą girdėjau, kad viena iš pagrindinių problemų yra ta, kad miestai neturi pakankamai specialistų ir patirties, kuri padėtų jiems visapusiškai įvertinti ir efektyviai planuoti šilumos ūkį. Dažnai atliekinė šiluma iš pramonės yra nepanaudojama dėl biurokratijos, renovacija yra pavienė, o ne kompleksinė, todėl esamas potencialas neišnaudojamas. Reikia sukurti priemones ir palankias sąlygas, padėsiančias šiam lygmeniui priimti tinkamus, ekonomiškai tvarius, ilgalaikius sprendimus.

Čia pridėtinė Europos Komisijos vertė yra akivaizdi. Ji turi bendrą sektoriaus vaizdą ir ekspertizę. Esu įsitikinęs, kad Komisija turėtų parengti suderintą ir išsamų miestų energijos planavimo priemonių rinkinį, padėsiantį įvertinti vietos šildymo ir vėsinimo energijos galimybes, vykdyti optimizuotą ir integruotą pastatų renovaciją ir šildymo bei vėsinimo infrastruktūros kūrimą.

Manau, kad yra vienodai svarbu sukoncentruoti pastangas tiek į pastatų renovacijos spartinimą, tiek į šildymo ir vėsinimo sistemų atnaujinimą. Kaip matome iš įvairių šalių patirties, patrauklios finansinės paskatos turi puikių rezultatų ir jos nebūtinai apima tik valstybės paramą, tai gali būti ir lengvatinės paskolos, garantijos ar savivaldybių programos.

Flavio Zanonato, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il settore energetico europeo è cambiato. Siamo passati da produzioni energetiche centralistiche a modelli più flessibili, organizzati sulla produzione decentrata, sull'integrazione delle tecnologie da fonti rinnovabili, con l'obiettivo del superamento di protezionismi nazionali che rischiano di minare la costruzione dell'Unione europea dell'energia.

Oggi l'obiettivo è quello di aggiornare le regole di mercato: un impegno non facile perché vuol dire mettere mano all'impalcatura normativa del settore energetico europeo e al contempo mettere il dito nelle dinamiche energetiche degli Stati membri.

Evidenzio tre punti che ritengo qualificanti nella relazione Langen. Il primo: un approccio che integra la produzione da fonti rinnovabili in tutte le fasi del mercato – produzione, immissione in rete, immagazzinamento, distribuzione, aperture a nuovi mercati dei piccoli produttori. Un impegno concreto, dunque, nella direzione della transizione energetica verso un modello decarbonizzato di sviluppo, in linea con gli obiettivi della risoluzione quadro sull'Unione dell'energia dello scorso dicembre.

Secondo: una visione di mercato che guarda all'innovazione tecnologica e gestionale in chiave europea, per incrementare le potenzialità dell'immagazzinamento, per la gestione virtuosa di domanda e offerta, per investimenti in trasmissione, per il superamento delle strozzature di mercato, quelle che tendono a confinare il potenziale energetico tutto all'interno dei rispettivi Stati membri. Quindi ogni Stato membro dovrà perseguire singolarmente gli obiettivi di sicurezza, ma il legislatore europeo indicherà un percorso di prospettiva per il mercato energetico, che non sarà più la sommatoria di diverse esperienze nazionali, ma un disegno organico e credibile.

A questo proposito, apprezzo le parti che entrano nel merito degli aspetti distorsivi del mercato elettrico e che in prospettiva dobbiamo superare: sono i meccanismi di capacità e gli schemi di supporto alle tecnologie. I primi devono garantire capacità certe e non potranno più essere disegnati su base nazionale, ma dovranno avere carattere transnazionale. I secondi, cioè gli schemi di supporto all'energia rinnovabile, hanno svolto un ruolo importante, tuttavia devono essere rivisti sulla base del grado di maturità delle rispettive tecnologie rinnovabili.

Nel complesso, quindi, è un testo alto. Mi auguro che questo Parlamento voglia sostenerlo: sarebbe davvero un modo importante per dare solidità alla posizione del Parlamento in previsione delle proposte legislative previste per fine anno.

Zdzisław Krasnodębski, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Sprawozdanie pana Langena dotyczy kluczowego zagadnienia – jak powinien wyglądać rynek energii elektrycznej w Unii Europejskiej w perspektywie długoterminowej. Z perspektywy grupy ECR jest w nim wiele pozytywnych elementów, przede wszystkim wezwanie do urynkowienia odnawialnych źródeł energii i, w perspektywie długoterminowej, zakończenia ich subwencjonowania. To subwencjonowanie staje się coraz bardziej zakłócającym elementem rynku, jest coraz bardziej absurdalne i myślę, że to jest ten element, który należy podkreślić w tym sprawozdaniu.

Dążenie do wspólnego rynku energii elektrycznej nie powinno jednak służyć jako pretekst do przyjęcia przez Unię odpowiedzialności za kształtowanie koszyków energetycznych poszczególnych państw. Dobór źródeł energii musi pozostać w kompetencji krajów unijnych. Niestety ten element nie został należycie zaakcentowany w sprawozdaniu przez sprawozdawcę, choć jak pan sprawozdawca wspominał, został uwzględniony.

Innym, jeszcze ważniejszym problemem tego sprawozdania jest sceptyczne nastawienie sprawozdawcy do tak zwanych rynków mocy. Rynki mocy są kluczowe, jeżeli chodzi o zabezpieczenie dostaw elektryczności w poszczególnych państwach członkowskich. Ponadto rynki mocy zapewniają niezbędne wsparcie źródeł odnawialnych (energii odnawialnej), które jeszcze przez długi czas będą musiały być ubezpieczane przez tradycyjne formy wytwarzania energii. Rynki mocy są więc niezbędne, by zmienić sytuację, zagwarantować inwestorom stabilność i zabezpieczać dostawy.

(Mówca zgodził się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Tisztelt Képviselőtársam! Nem igazán vitatkozni szeretnék Önnel, inkább kérdezni. Ön azt mondja – és hát sokan vannak, akik Önnel ebben egyetértenek – hogy az energiamix kialakítása tagállami hatáskör. De vajon lehetne-e Ön szerint olyan elvet kialakítani az európai intézményekben, hogy – mondjuk – 2030-ra nulla legyen a fosszilis forrásokból származó energiák aránya az energiamixen belül?

Zdzisław Krasnodębski (ECR), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Tak jak powiedziałem, wydaje mi się, że – pomijając bardzo długą perspektywę – w tej chwili koszyk energetyczny jest w kompetencji państw członkowskich i państwa członkowskie powinny same móc decydować, w jaki sposób będą osiągać cele, które stawiamy sobie w kwestii odnawialnych źródeł energii i w innych tego rodzaju kwestiach. Natomiast nie powinno być to przedmiotem ingerencji ze strony władz unijnych i Komisji. Powinno to pozostać w gestii, w kompetencji państw członkowskich, ponieważ państwa członkowskie najlepiej wiedzą, jak osiągnąć cele, które sobie stawiamy.

Pavel Telička, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I can either repeat what Mr Langen has already eloquently said in the report – which I fully back, although maybe on one or two issues, like the capacity mechanisms, I would appreciate stronger language but I really fully back the report and I think it is a balanced one – or I can instead make a political point, and I would like to do exactly that.

If we look today at the market, whether it is gas or whether it is any other source of energy, it is not economically viable to invest. That is the situation: that is what we are facing today and, unless we want to maintain that situation, we need to create different conditions. I believe this is the key issue. Of course, cooperation among the Member States – on the original approach, the market signals, the level of protectionism, which is too high, and the national approach – is vital.

So my point today is that we have a balanced report, which addresses the right issues. In fact, if we have listened to the Commissioner, I think these two positions and points of view very much merge. So what I hope is that tomorrow, when we vote on the report, we will give it strong support and send out a signal to the Member States, which clearly, on the basis of the Third Package, still do not comprehend the situation fully.

Cornelia Ernst, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! Die Frage ist, was man mit einem Strommarktdesign im Zeitalter von COP 21 tatsächlich anstrebt. Unser Ziel ist es, alles zu tun, um die Klimaziele zu erreichen, und zugleich jedem und jeder genügend bezahlbare Energie zu gewähren. Und in dieser Doppelfunktion sehen wir keinen Widerspruch, im Gegenteil: Ein konsequentes „Ja" zur Vorfahrt der Erneuerbaren schafft Zukunft, und zwar für alle. Und genau deshalb gehört als Antwort auf bestehende und angedachte Kapazitätsmechanismen ein klares „Nein", weil es in einer Reihe von Ländern Überkapazitäten gibt und weil dabei in erster Linie auf fossile Energieträger zurückgegriffen wird. Das ist ein Problem, und wir haben das häufig thematisiert.

Und genauso bereiten uns die steten Forderungen nach Abbau jedweder Subvention für die Erneuerbaren Sorgen. Ich glaube, dass das strategisch ein Fehler und auch am Ende ein Wettbewerbsnachteil ist. Wir haben oft darüber gestritten, dass auch ignoriert wird, dass Kohle, Gas und Öl nach wie vor weiter subventioniert werden. Allein 2015 in Deutschland waren das 49,2 Milliarden, die direkt und indirekt geflossen sind.

Was wir brauchen, sind nicht dort Subventionierungen, sondern tatsächlich mehr Orientierung auf Erneuerbare. Wir brauchen noch Subventionierung. Wir brauchen den Einspeisevorrang. Was wir nicht brauchen, sind beispielsweise Sonnensteuern, und wir dürfen nicht die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher vernachlässigen. *Smart meter* ist gut, aber zur Überwachung darf es nicht dienen.

Claude Turmes, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, we are at a difficult moment in our power market in Europe. Why? because we are confronted with extreme over-capacities in most of the markets. Why do we have these extreme over-capacities? Because of the failure of the EU CO_2 trading regime. With CO_2 prices of EUR 7 or 8 per tonne, and no prospect of that changing with the actual proposals on the table, coal power stations which, politically, Europe decided to phase out when it adopted its climate package in 2008, will stay in the market.

So what do we do in that situation? What are we saying in the Langen report? The first thing is, do not go for capacity payments. It would be completely counter-productive. Why should we pay the coal power stations to stay alive?

Commissioner, when you say that you want consumer orientation, in Denmark there has been a very detailed analysis which says that a strategic reserve – so just keeping some power plants in reserve for an extreme moment, but outside the market – is ten times cheaper for consumers than capacity payments. Why should we go for capacity payments if, firstly, they keep the old, dirty power plants in the market and, secondly, they are more expensive for the consumer?

The very clear message which we are giving – and this is also thanks to the Socialist Group – is that we want to keep priority access and dispatch for renewable energy. Why is that important? Because when you have over-capacity in a market, there will be situations where you have to curtail, where you have to decide whether it is a coal power plant running, or whether it is renewable energy running. So you, Commissioner, who was a champion in Paris, how could you penalise renewals by taking away priority access and dispatch? Because if we take priority access and dispatch away, then we will have a purely economic merit order of curtailment, and renewables will be the first to be shut down. Do we want a market where renewable investments are penalised? I do not think so. Look at our report, and think again; no capacity payments. If we need to think about something, then it should be more strategic reserve and, secondly, priority access and dispatch for renewables are necessary as long as the CO_2 market is a failure, and as long as we have such huge over-capacity.

Dario Tamburrano, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, noi concordiamo che il mercato energetico debba essere profondamente ridisegnato per velocizzare la transizione energetica, decentrare la produzione e favorire il raggiungimento degli obiettivi climatici ed energetici dell'Unione.

A tal fine va trasformata l'attuale struttura basata su pochi grandi impianti convenzionali per incrementare invece la produzione locale da rinnovabili, dando più spazio e voce a produttori più piccoli e meno organizzati, come *prosumer* e cooperative, e a nuovi servizi ad essi associati.

Purtroppo la relazione Langen, a nostro modesto parere, non riflette sufficientemente queste necessità, pur essendo molto, molto migliorata – lo ringraziamo per questo – durante gli *shadow meeting*, per come è uscita dal voto in commissione, ma persistono riferimenti al fossile e al nucleare e non è ben netta, come vorremmo, la posizione sul contrasto dei meccanismi di capacità, che sono in realtà dei sussidi mascherati alle fonti fossili. Contemporaneamente, si vorrebbero eliminare i sussidi alle rinnovabili, cosa che noi anche accetteremmo se nel costo delle energie fossili e del nucleare venissero sempre considerate le esternalità negative su salute, ecosistemi e clima: allora sì che potremmo parlare davvero di libero mercato!

Diamo invece il benvenuto alla relazione Gierek, che crea il necessario equilibrio tra decarbonizzazione e lungimiranza tecnologica, graduale ma decisa riduzione delle fonti fossili, e per l'importanza che fornisce a edifici intelligenti ed efficienti e a elettrodomestici *smart*. Non siamo in realtà d'accordo sull'incenerimento dei rifiuti, nutriamo dei dubbi su alcune forme di riscaldamento e sul biogas, ma vedremo come andranno gli emendamenti in plenaria durante il voto.

Barbara Kappel, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar Cañete! Der vorliegende Bericht für ein neues Energiemarktdesign entspricht den Vorgaben der Kommission und kommt ihnen in Bezug auf die Versorgungssicherheit und in Bezug auf die verbesserte regionale Zusammenarbeit sehr gut nach. Der Bericht wird auch dazu beitragen, dass die Funktionsfähigkeit des europäischen Binnenmarktes erhöht wird und dass es zu einem mehr marktwirtschaftlich orientierten Ansatz kommt. Mein Dank gilt dafür dem Berichterstatter.

Hauptpunkte des vorliegenden Berichts sind sicherlich die Verbesserung der regulatorischen Rahmenbedingungen, insbesondere wenn es darum geht, einen erhöhten Anteil an erneuerbaren Energien einzuspeisen, die Dezentralisierung, um Investitionen anzukurbeln und insbesondere KMU einen besseren Zugang zum Energienetz zu ermöglichen und auch die Netze auszubalancieren, die Stellung der Prosumenten – erstmals wurde eine Forderung nach einem Kapitel zu Prosumenten in der Erneuerbare-Energien-Richtlinie hier gemacht – mehr Transparenz bei den Preissignalen, insbesondere um bei den Konsumenten Marktpreise besser ankommen zu lassen, und eine höhere Systemadäquanz im Bereich der regionalen Zusammenarbeit, höhere Interkonnektivität und eine adäquate Bedeutung der Speicherung.

Es wird allerdings einiges nachzuschärfen geben – es wurde heute auch schon kurz angesprochen –, nämlich insbesondere, wenn es um die grenzüberschreitenden Preiszonen geht. Hier möchte ich die österreichisch-deutsche Preiszone anführen, wo jetzt insbesondere vom deutschen Wirtschaftsminister die Einführung eines Engpassmanagements zu Österreich gefordert wird und auch ein einseitiges Vorgehen möglich ist: Das soll möglichst verhindert werden. Hier funktioniert die Preiszone. Aber auch einzelne regulatorische Details auf der Mikroebene sind zu berücksichtigen. Ich glaube generell, dass es im Bereich der Kapazitätsmechanismen bei der Auslegung noch unklar ist, wie das Parlament letztlich zu strategischen Netzreserven und zu marktbasierten Mechanismen zur Kapazitätssicherung steht.

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Úr, a párizsi klímatalálkozó óta ebben az ülésteremben az energetikai kérdésekről csak úgy lehet beszélni, mint a klímapolitika alfejezetéről. Talán az sem véletlen, hogy a jelentés is így fogalmazza meg a célokat, hogy „éghajlati és energiaügyi" – miközben a villamosenergia-piacról van szó. És talán az se véletlen, hogy nem Šefčovič energiaunióért felelős biztos képviseli a Bizottságot ebben az ügyben. Természetesen a párizsi találkozónak a célkitűzéseit szerintem is teljesíteni kell. De sokan ambiciózusnál ambiciózusabb célokat fogalmaznak meg – nem veszik figyelembe az ellátás biztonságát. Azt, hogy ingadozó teljesítménye van a megújuló energiáknak, és ezért korlátozott egy rendszeren belüli aránya. Nem veszik figyelembe a megfizethetőséget.

Nem minden ország olyan gazdag, mint Németország, hogy hatalmas összeget fizessen a megújuló energia átvételéért. És az alacsony szén-dioxid-kibocsátású technológiák között csak a megújulóról beszélnek – holott ott van az atomenergia, amely tiszta energia. És hozzáteszem: 2014-ben amerikai, környezetvédelemből ismert tudósok jelentették ki, hogy a klímavédelem szempontjából még hosszú ideig számítani kell az atomenergiára. És még egy megjegyzés: egy ország számára az energetikai biztonság létkérdés. Ezt a felelősséget nem lehet a nemzeti kormányok kezéből kivenni.

Bendt Bendtsen (PPE). – Hr. formand! Der er ingen tvivl om, at begge betænkninger spiller en vigtig rolle for, at vi sammen kan skabe en mere bæredygtig udvikling. Der er brug for at skabe et bedre indre marked for energi. Der er brug for at bruge den energi, vi har til rådighed, meget bedre. Ikke mindst når vi taler om opvarmning og køling er der gode muligheder for at gøre det bedre. Vi importerer som bekendt meget mere energi ind i Europa end nødvendigt. Køling og opvarmning er et område, hvor vi kan gøre det ekstremt bedre med hensyn til at bruge den energi, som er til rådighed. Vi spilder milliarder af euro på at importere gas og olie fra henholdsvis Rusland og Mellemøsten. Pengene kunne bruges meget bedre, hvis vi prioriterede energieffektivitet højere. Når vi taler om energieffektivitet, er det selvfølgelig en rød tråd, som jeg gerne ser gå videre igennem de forslag, der ligger, og jeg håber på, at det kan blive implementeret i den kommende lovgivning. At satse mere på energieffektivitet er også den bedste måde at reducere CO_2 på. Samtidig med at vi laver besparelser, giver vi også den industri, der ligger bagved, en meget større mulighed for at lave innovation og skabe nye produkter, der kan klare sig på verdensmarkedet. Der er mange andre steder end Europa, der kræver omstillinger på dette område, og herved får vi mulighed for at sælge gode produkter. Oven i at vi kan spare på vores energi og bruge den bedre, så er det også et sted, hvor vi kan skabe en masse arbejdspladser og en masse vækst i fremtiden.

Dan Nica (S&D). – Domnule Președinte, domnule comisar, doresc să subliniez importanța celor două rapoarte în cadrul acestei dezbateri, „Strategia UE pentru încălzire și răcire” și „Către o nouă organizare a pieței energiei”. Către finele acestui an, Comisia va veni cu noua legislație privind eficiența energetică, organizarea pieței energiei și performanța energetică a clădirilor - propuneri legislative cu un rol major în realizarea obiectivelor uniunii energetice și cu impact pe care noi îl dorim pozitiv asupra locurilor de muncă și asupra industriei Uniunii Europene. Cred că este nevoie să insistăm și să ne ocupăm mai mult de locurile de muncă și de industrie, fără de care Uniunea Europeană nu poate fi competitivă.

Este clar că avem nevoie de o reorganizare a pieței energiei orientată către viitor și care să aibă în vedere noile realități energetice: necesitatea de a încorpora energiile regenerabile în rețea, zone tarifare mai largi, piețe de tranzacționare pe termen scurt și, bineînțeles, infrastructura fizică care să permită toate acestea. Referitor la mecanismele de capacitate, acestea ar trebui să fie utilizate în ultimă instanță, pentru echilibrarea rețelei, deoarece ar pune o presiune financiară prea mare asupra consumatorilor.

Deoarece încălzirea și răcirea reprezintă aproximativ jumătate din cererea finală de energie a Uniunii Europene, este important ca acest sector să devină mai eficient, pentru a reduce dependența de importurile de energie, pentru a contribui la reducerea emisiilor, precum și pentru a reduce costurile pentru consumatori, în special pentru cei cu risc de sărăcie energetică.

Subliniez încă o dată importanța asigurării accesului la finanțare, atât pe termen scurt, cât și pe termen lung, pentru investiții în proiecte legate de modernizarea sectorului încălzirii și răcirii, inclusiv pentru încălzirea și răcirea centralizată, modernizarea rețelelor de infrastructură actuale, modernizarea sistemelor de încălzire și pentru trecerea la surse regenerabile.

Ținte obligatorii privind deficiența energetică trebuie să fie însoțite, repet și subliniez, de acces adecvat la finanțare.

Felicitări colegilor mei, domnilor Gierek și Zanonato pentru contribuția și munca deosebită la producerea acestor două rapoarte foarte bune.

Николай Бареков (ECR). – Г-н Комисар, стратегията на Европейския съюз за отоплението и охлаждането е от фундаментално значение за ефекта от усилията на Общността в сферата на намаляването на вредните въглеродни емисии, използването на възобновяеми енергийни източници, енергийната независимост, опазването на околната среда и устойчивото развитие.

Документът представлява изключително задълбочен анализ на потребяването на енергия за отопление и охлаждане и дава отлична насока на националните правителства за политиките в сферата на екологията и ефективното използване на енергията. Ползите от приемането и прилагането на тази стратегия ще се отразят както на повечето домакинства на територията на Европейския съюз, така и на почти всеки бизнес, индустрия и институция, която използва сграден фонд за дейността си.

Ключовата дума, която до голяма степен обединява изводите от стратегията, е синергия. От една страна синергия между възобновяемите източници на енергия, които трябва да се увеличат спрямо използването на изкопаеми горива, заемащи 75% от първичната енергия за отопление и охлаждане. От друга страна синергия между спешната необходимост от производство и масово внедряване на енергоспестяващи уреди, реновиране на сградния фонд и прилагане на иновациите в областта на централизираното отопление и промишлеността, които реално са най-големите потребители на енергия от изчерпаеми източници.

Чрез изпълнението на стратегията Европейският съюз ще подкрепи развитието на малките водноелектрически централи, преработката на биомаса, слънчевите, вятърните, геотермалните електроцентрали, биогоривата, извличането на енергия чрез дъжд, приливи и вълни и други иновативни методи за рекреативни източници на енергия.

Morten Helveg Petersen (ALDE). – Hr. formand! Vi kan i den kommende tid forvente en byge af lovgivning på energiområdet. Lovgivning, som er helt afgørende for den grønne omstilling i Europa. Vi har brug for en progressiv og ambitiøs linje, og derfor er det godt, at vi nu får en strategi for varme og køling - det er på høje tid, for vi ved, at de europæiske borgeres energiforbrug netop bruges på at varme huse op eller køle dem ned. Hvis vi mener den grønne omstilling alvorligt, er vi nødt til varme- og køledelen. Vi får store opgaver her i Parlamentet i den kommende tid. Jeg vil gerne appellere til, at vi søger at anlægge et helhedssyn, en holistisk tilgang til lovgivningen. For ellers risikerer vi en silotænkning, hvor vi ikke optimerer vores systemer og dermed spilder muligheder, vi ellers kunne have udnyttet. Vi skal blive bedre til at integrere den vedvarende energi i fjernvarmen. Når vi taler om energieffektivisering, skal vi ikke blot tale om isolering, vi skal diskutere, hvordan et samspil mellem vores teknologier kan sikre maksimalt udbytte af mindst mulig energi. I forbindelse med den udmærkede betænkning om markedsdesign skal vi integrere ny teknologi i nettet og være yderst opmærksomme på, hvordan forbrugerne agerer med de nye muligheder. Ambitionen må være et sammenhængende energisystem til gavn for os alle. Det kræver fokus på løsninger, ikke teknologierne i sig selv.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL). – Αγαπητοί συνάδελφοι η κατάργηση των εθνικών πολιτικών και η ενίσχυση των εξουσιών της Επιτροπής για ενοποίηση της αγοράς και η δημιουργία μιας πανευρωπαϊκής αγοράς ηλεκτρικής ενέργειας έτσι όπως προτείνεται στην έκθεση θα έχει καταστροφικές συνέπειες για τους καταναλωτές. Κερδισμένοι θα είναι μονάχα οι μεγάλες εταιρείες καθώς θα μπορούν να λειτουργούν και να δρουν απρόσκοπτα αυξάνοντας τα κέρδη τους. Για μας που ανήκουμε στην αριστερά είναι ξεκάθαρο πώς η ενέργεια πρέπει να διασφαλιστεί ως δημόσιο κοινωνικό αγαθό στο οποίο όλοι να έχουμε ισότιμη και φθηνή πρόσβαση.

Εξίσου σημαντικό είναι η παροχή ενέργειας στους πολίτες να αποτελεί ζήτημα εθνικής πολιτικής η οποία να καθορίζεται βάσει των αναγκών της χώρας και του λαού με στόχο πάντα την κοινωνική ανάπτυξη.

Τέλος, ο σχεδιασμός της αγοράς ηλεκτρικής ενέργειας θα έπρεπε να εδράζεται σε μια ολοκληρωμένη πρόταση για στήριξη και ανάπτυξη των ανανεώσιμων πηγών ενέργειας, στοιχείο που επίσης απουσιάζει από την έκθεση. Ως εκ τούτου, εμείς θα καταψηφίσουμε την έκθεση αφού έχει σαν μοναδικό στόχο να καταστήσει την ενέργεια εργαλείο για ενίσχυση των μεγάλων ιδιωτικών συμφερόντων και της ανταγωνιστικότητας στην Ένωση.

Jakop Dalunde (Verts/ALE). – Herr talman! Om vi ska klara av att genomföra en grön omställning av Europas energisystem, så behöver elmarknaden organiseras på ett sådant sätt att vi använder resurser mer effektivt.

Våra historiska, nationella gränser är sällan den bästa geografiska indelningen för våra energimarknader, som skulle kunna tillåtas att fungera bättre med nya geografiska indelningar. Genom en ökad sammanlänkning mellan regionala energimarknader får vi dels ett lägre energipris, dels skulle vi också använda våra resurser mer effektivt då man kan ha elsystemet i en del av Europa och vara reserv åt ett annat. När solen inte skiner i ett land kan man använda vindkraften från ett annat eller vattenkraften från ett tredje.

För att möta klimathotet krävs en energimarknad och en utformning av denna som producerar mer förnybar energi. Det kämpar vi gröna för.

Julia Reid (EFDD). – Mr President, we in UKIP object both to the EU strategy on heating and cooling and the Commission's new energy market design. It is clear that the EU strategy on heating and cooling would be used to reinforce the disruptive EU energy and climate policy that has already brought irreparable damages to the European industry and economy.

With regard to the new energy market design, we opposed the implementation of the Third Energy Package in all Member States. The disaster of the EU over-commitment to unreliable, intermittent and hugely expensive renewables has now made clear that the EU climate policies have done far more economic damage than anything that could be envisaged as a result of climate change. They have forced up prices, undermined competitiveness and driven energy-intensive industries out of the EU altogether, taking their jobs and investment with them. The UK as an independent country will soon be free to choose how to make its own energy policy and to exploit and invest in lower-cost, reliable energy sources like coal, gas and nuclear.

Angelo Ciocca (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, grazie all'esperienza amministrativa di prossimità fatta prima di oggi a livello comunale, provinciale e regionale proverò a fornire a tutti voi quella che a mio parere è la visione del mondo reale che fatica, con impegno, passione e maestria, a produrre anche per noi. La visione del mondo reale che è bussola, deve essere bussola del buon lavoro.

Purtroppo in vent'anni di politiche europee pro-liberalizzazione di mercati, energia, acqua e trasporti, di fatto, assistiamo a una scarsa accessibilità, a un contino aumento delle tariffe per il cittadino e per le imprese, a un aumento dei tempi di risposta, a meno efficienza del servizio e a una scarsa trasparenza della bolletta. Inoltre nella relazione troviamo un utilizzo spasmodico della parola «semplificazione»: attenzione, perché di questo passo si semplifica sicuramente la possibilità di chiudere rapidamente per le piccole e medie imprese e si semplifica l'aumento del tasso di disoccupazione. Sì, se non invertiamo la direzione di marcia, sarà più semplice restare senza lavoro. Grazie, viva la Lombardia.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η στρατηγική ανασχεδιασμού της αγοράς ενέργειας αποτελεί χαρακτηριστικό παράδειγμα εφαρμογής κακής ενωσιακής οικονομικής πολιτικής. Προωθείται συνδυασμός μέτρων στα οποία παράλληλα με τις ανανεώσιμες πηγές ενέργειας πρέπει να συνυπολογίζονται και οι τεχνολογίες παραγωγής με χαμηλότερες εκπομπές ρύπων. Μια στρατηγική επωφελής για το περιβάλλον και τον άνθρωπο. Όμως, η σχεδιαζόμενη δημιουργία ενιαίου πανευρωπαϊκού φόρου άνθρακα θα επιβαρύνει τους κατόχους επιβατικών και εταιρικών οχημάτων της Ένωσης επιπλέον της αυξανόμενης φορολογίας που ήδη υφίστανται σε εθνικό πλαίσιο. Σχεδιάζουμε την υιοθέτηση πρακτικών ενάντια στις αρχές της αναλογικότητας – και μιλάω για την αρχή «ο ρυπαίνων πληρώνει» – αλλά και στην αποφυγή τυχόν διπλής φορολόγησης παραβλέποντας και την αρχή της επικουρικότητας. Η διασύνδεση των τομέων παραγωγής και διάθεσης ενέργειας αλλά και η ανάπτυξη και η υιοθέτηση καινοτόμων τεχνολογιών δεν πρέπει να χρηματοδοτούνται από μέτρα υπερφορολόγησης των πολιτών της Ένωσης. Μπορούν να χρηματοδοτηθούν από φορολόγηση των μεγάλων εταιρειών παραγωγής και διάθεσης ενέργειας και κυρίως αυτών που δεν επενδύουν σε ανανεώσιμες και φιλικά προς το περιβάλλον πηγές.

Angelika Niebler (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zunächst bei den Berichterstattern – bei Herrn Gierek und beim Kollegen Langen – für ihre beiden hervorragenden Berichte ganz herzlich bedanken. Ich spreche jetzt zum Bericht von Herrn Langen und möchte gerne die Punkte hervorheben, die mir besonders wichtig sind. Erstens die regionale Zusammenarbeit – die regionalen Märkte stärken. Ich denke, das ist ganz wichtig. Auf dem Weg zu einem europäischen Binnenmarkt brauchen wir einfach die Integration im Rahmen der regionalen Märkte.

Zweitens: Mit Blick auf den Ausbau der erneuerbaren Energien finde ich es richtig und gut, dass in dem Bericht festgehalten wird, dass wir keine Dauersubventionierung von erneuerbaren Energiesystemen wollen und dass es in Richtung einer marktwirtschaftlichen Ausrichtung der Einspeisevergütungssysteme gehen muss. Vielleicht kommen wir auch irgendwann mal zu einem europäischen Einspeisevergütungssystem. Bis dahin ist es aber wichtig, die marktwirtschaftliche Ausrichtung entsprechend zu unterstützen. Übrigens habe ich mich auch gefreut, dass in diesem Bericht auch mal die Wasserkraft angesprochen wurde.

Dritter Punkt: Stromspeicherung nimmt einen ganz zentralen, wesentlichen Teil in dem Bericht ein. Das ist heute noch nicht angesprochen worden; ich halte das für elementar. Je mehr wir die Erneuerbaren ausbauen, umso wichtiger wird diese Frage und umso mehr müssen wir in Forschung und Entwicklung in dem Bereich investieren.

Und letzter Bereich: Kapazitätsmärkte. Ich weiß, sie sind natürlich nicht integrationsfördernd, aber sie sind auf jeden Fall für eine Übergangszeit ein notwendiges Übel, solange wir eben die Integration des europäischen Binnenmarktes nicht haben. Insofern finde ich es gut, dass wir uns hier mit dem Thema beschäftigen und konkrete Konditionen festsetzen wollen, unter denen Kapazitätsmärkte national zugelassen sind.

José Blanco López (S&D). – Señor Presidente, estamos sentando las bases de la que debe ser una Unión de la Energía basada en un mercado interconectado y capaz de asegurar el suministro eléctrico a precios asequibles, con el aprovechamiento óptimo de los recursos y la eficiencia energética como pilares, e integrando a las energías renovables y a las cogeneradoras por los propios ciudadanos.

Este objetivo exige incrementar las interconexiones en el mercado interior, el despliegue de redes inteligentes que acaben con islas energéticas, como la península ibérica.

Señor Comisario, calefacción y refrigeración suponen aproximadamente la mitad de la demanda de la energía de la Unión Europea; de ahí la importancia de mejorar la eficiencia energética en este ámbito, para reducir la dependencia, para reducir las emisiones y los costes para los consumidores y, en especial, para aquellos en riesgo de pobreza energética.

En definitiva, debemos situar al ciudadano en el centro de la configuración del nuevo mercado de la energía.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR). – Arvoisa puhemies, hyvin toimivat energiamarkkinat ovat meille kaikille hyvin tärkeät. Ilmeisesti energiaveronpalautuksista on tullut merkittävä verotukiautomaatti joillekin kansainvälisille suuryrityksille. Ne kuittaavat Suomessakin 200 miljoonan euron verotukipotista yli 95 prosenttia.

Meillä eniten verotukia kuittaa paperiteollisuus. VATT:n tutkimuksen mukaan suurella osalla energiaveronpalautuksen saaneista yrityksistä ei ollut kilpailukykyongelmia lainkaan, vaan ne olivat jo ennen veronpalautusautomaattia keskimääräistä tuottavampia. Näin ollen valtio menettää vuosittain 200 miljoonaa euroa verotuloja saamatta rahoilleen minkäänlaista vastinetta.

Jos energiantuotantoa tuetaan, toivoisin, että jatkossa tukirahat ohjattaisiin lähellä kuluttajaa olevien pienimuotoisten ja vähäpäästöisten ratkaisujen edistämiseen ja parannettuun energiatehokkuuteen.

Angelika Mlinar (ALDE). – Herr Präsident! Zur Schaffung einer europäischen Energieunion brauchen wir einen großen Wurf: die tiefgreifende und marktbasierte Umgestaltung des Energiemarktes gemeinsam mit der Umsetzung der bestehenden Rechtsvorschriften. Ich bin davon überzeugt, dass wir uns in Europa einen wettbewerbsfähigen, transparenten und liberalen Binnenmarkt im Energiebereich verdient haben. Nur so können wir die Energieversorgung für europäische BürgerInnen gewährleisten und gleichzeitig bessere Bedingungen für KonsumentInnen schaffen. Dafür notwendig sind einige grundlegende Änderungen im jetzigen System:

Zuerst müssen wir sicherstellen, dass wir ein marktbasiertes Energiesystem auf die Beine stellen. Dazu gehört vor allem die Abschaffung regulierter Preise und die Schaffung besserer Preissignale für Investitionen im Energiebereich. Auch im Bereich der erneuerbaren Energien ist klar: Diese müssen besser in den Energiemarkt integriert werden. Hier braucht es mehr Flexibilität und ein marktbasiertes System. Uns muss klar werden, dass das jetzige Fördersystem nicht mehr zeitgemäß ist und wir wettbewerbsfreundlichere und anpassungsfähigere Lösungen finden müssen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die regionale Kooperation zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Hier müssen wir den gezielten Ausbau der Verbindungsleitungen sowie verstärkte regionale Zusammenarbeit fördern. Ich bin mir sicher, dass nur eine ganzheitliche Markttransformation einen erfolgreichen europäischen Energiebinnenmarkt schafft.

Marcus Pretzell (ENF). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Von einem dezentralisierten und flexiblen Markt ist die Rede, den wir hier schaffen wollen. Im gleichen Satz allerdings heißt es, ein reguliertes marktbasiertes System solle geschaffen werden. Das, meine Damen und Herren, ist das exakte Gegenteil des zuerst Genannten. Da müssen Sie sich schon entscheiden, was Sie haben möchten.

Sie erkennen an, dass wir unterschiedliche lokale Situationen sowohl bei den Ressourcen als auch beim Bedarf an Energie haben. Sie erkennen an, dass die Mitgliedstaaten weiter über den Energiemix entscheiden, und doch glauben Sie, so etwas wie einen Markt schaffen zu können, wo Sie doch 28 verschiedene nationale Regelungen haben. Das grenzt an eine babylonische Sprachverwirrung, hat aber mit Markt wenig zu tun. Gleichzeitig wollen Sie den Verbrauchern mit *smart grids* kommen, was Kosten verursachen wird, was in ihre Bürgerrechte eingreifen wird, was Überwachung möglich macht. Das, meine Damen und Herren, hat nichts mit einem sinnvollen europäischen Markt zu tun.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE). – Domnule Președinte, dezbatem astăzi un raport extrem de important pentru economia europeană, realizarea pieței unice a energiei, o piață pe care o dorim funcțională și eficientă. Există progrese, dar avem blocaje încă, în realizarea acestui obiectiv.

În primul rând, este vorba de insuficientele investiții și un ritm foarte lent pentru interconectarea rețelelor naționale de energie. În al doilea rând, discutăm de o armonizare încă insuficientă a legislațiilor naționale cu privire la energie. Avem țări în care a obține un permis de conectare a unei întreprinderi la rețelele de energie națională durează peste o sută cincizeci de zile. În sfârșit, în al treilea rând, discutăm despre disfuncționalitățile provocate de unele politici de stimulare a energiei regenerabile, care au dus la costuri exagerate pentru industrii intensive, esențiale, strategice pentru Uniunea Europeană.

Susțin amendamentele de compromis propuse, deoarece ele contribuie la eliminarea acestor blocaje.

Csaba Molnár (S&D). – Tisztelt Képviselőtársaim! A megújuló energiáról szóló eredményjelentés szerint, amit nem olyan régen fogadott el az Európai Parlament, kettő tagállamnak van komoly problémája abban, hogy elérje a megújuló energiára vonatkozó célszámokat 2020-ig: az egyik közülük Magyarország. Nem véletlen ez a helyzet, hiszen a magyar kormány azért, hogy megpróbálja bebizonyítani, hogy az általa tervezett paksi atomerőmű-bővítés rentábilis lehet, mindenáron vissza akarja szorítani a megújuló energiák elterjedését Magyarországon. Így volt lehetséges az a világon egyedülálló dolog, hogy különadót vetettek ki a napelemekre, és így történhetett meg szintén az az egyedülálló dolog, hogy a közelmúltban tulajdonképpen betiltották a szélerőműveket Magyarországon.

Amire nagy szükség már nem volt, hiszen az elmúlt tíz évben egyetlenegy szélerőmű sem épülhetett az országban. Az ok egyszerű: így próbálják meg rentábilissá tenni a paksi atomerőmű bővítését. De valamennyien tudjuk, hogy ennek a vége Európa legdrágább áramára és hatalmas építési korrupció lesz, ezért mindent meg kell tennünk a paksi atomerőmű bővítése ellen.

VORSITZ: ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF

Vizepräsident

Anneleen Van Bossuyt (ECR). – Een doortastend beleid, zowel de Europese strategie voor verwarming en koeling als het voorstel voor een nieuwe energiemarkt zijn essentieel voor het realiseren van onze Europese energie-unie. We moeten de energiegrenzen tussen de lidstaten verwijderen. Wat zien we vandaag de dag? Dat nog veel te veel regeltjes, maar ook letterlijk fysieke grenzen een struikelblok vormen om te komen tot een efficiënte energiemarkt. Het is jammer dat in het verslag wordt opgeroepen om Brussel de energiemix van de lidstaten te laten bepalen. Het zijn de lidstaten zelf en de markt die die moeten bepalen, en niet DG Energie van de Commissie. De grote energiebesparingen kunnen verwezenlijkt worden in de sector van de verwarming en de koeling. Ik ben dan ook heel tevreden over deze strategie. We moeten in de eerste plaats inzetten op een verhoogde efficiëntie: een lager energieverbruik door onder andere de technologische toepassingen, maar ook het hergebruik van warmte uit industriële processen zijn hiervoor interessante pistes.

Kaja Kallas (ALDE). – Mr President, the wholesale electricity markets were designed for a different time – a time where there were no renewable energies, or there was much less renewable energy and technology. The current design is clearly not fit for the integration of more renewables into the market. It is not bringing the necessary flexibility for the market to function properly. Innovation provides us with new solutions that make it possible to bring that flexibility: automatic switches; new storage solutions; and also data-driven solutions like data hubs or platforms. Digital solutions are crucial, for instance, to send the right price signals for making demand and response work. The new market design needs to be innovation-driven and to provide a smarter way of storing and using power. This is important for the market participants as well as energy consumers.

Marijana Petir (PPE). – Gospodine predsjedniče, gospodine povjereniče, pozdravljam prijedlog Komisije kao i prijedlog ovog izvješća kojim se na pravi način promišlja strategija Europske unije za grijanje i hlađenje. U Europskoj uniji se gotovo 50 % krajnje potražnje za energijom koristi za grijanje i hlađenje od čega 80 % u stambenim zgradama. Ta je potrošnja energije ovisna o potrošnji fosilnih goriva u omjeru od 75 % dok obnovljivi izvori energije sudjeluju tek s 18 %.

Iz toga možemo zaključiti kako je stambeni sektor pravo mjesto za intenzivniji investicijski angažman za postizanje željenih rezultata u klimatskoj i energetskoj politici. Sinergijom s drugim politikama Europske unije, poput onih usmjerenih na proizvodnju obnovljive energije ili podizanje energetske učinkovitosti u zgradarstvu, otvara se potpuno nova perspektiva europskom gospodarstvu, pa time i radu i zapošljavanju.

To sve ima potencijal pokrenuti novi investicijski ciklus, otvoriti nova radna mjesta, od istraživanja i razvoja, inženjeringa, projektiranja pa sve do srednjeg i malog poduzetništva koji te sustave projektira, gradi ih te ih kasnije održava. Također, potrebno je omogućiti participaciju što šireg broja građana, kao proizvođača i potrošača, kako taj investicijski potencijal ne bi bio namijenjen velikim energetskim tvrtkama.

Theresa Griffin (S&D). – Mr President, while I respect the outcome of the UK referendum I still believe that many people were not given adequate information, especially when it comes to energy. This week we are voting on two reports on EU guidelines for renewables. Meanwhile, data highlights the fact that the UK is failing to achieve our 2020 renewable targets. Post Brexit, the UK has a big decision to make: do we want to follow ambitious EU targets creating a strong economy and a safer environment for future generations, or do we want a race to the bottom and the scrapping of renewable targets to massage big business?

I call on the UK Government and our Secretary of State for Business, Energy and Industrial Strategy, Greg Clark, to clarify the Government's position ahead of Brexit negotiations. What is it, Greg: a race to the bottom, or a future for our young people?

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, επιτρέψτε μου καταρχάς να ενημερώσω το Σώμα ότι αυτές τις ώρες το πευκόφυτο νησί της Θάσου καίγεται ολοσχερώς. Μεταφέρω την κραυγή αγωνίας των κατοίκων και των τοπικών αρχών που ζητούν, κύριε Cañete, την άμεση ενεργοποίηση του μηχανισμού πολιτικής προστασίας της Ευρωπαϊκής Ένωσης προκειμένου οι άλλες χώρες της Ένωσης να παράσχουν πυροσβεστικά αεροσκάφη για να συνδράμουν τα ελληνικά καναντέρ στην κατάσβεση της πύρινης λαίλαπας στη Θάσο.

Κύριε Πρόεδρε, η περαιτέρω απορρύθμιση της αγοράς ενέργειας δεν βοηθά τους πολίτες αλλά τις πολυεθνικές. Αυτό αποδείχθηκε με τη σκανδαλώδη εμπειρία της απελευθέρωσης της αγοράς ηλεκτρικού ρεύματος στην Ελλάδα που είναι πλέον πανάκριβο. Και όλα αυτά παρά τις υποσχέσεις, κύριε Cañete, εδώ, τον περασμένο Ιανουάριο για την αντιμετώπιση του μείζονος προβλήματος της υπερφορολόγησης του ηλεκτρικού ρεύματος στην Ελλάδα της οποίας οι πολίτες, λόγω του μνημονίου, αναγκάζονται να μην αγοράζουν πλέον το πανάκριβο πετρέλαιο θέρμανσης και να καίνε ό,τι βρουν, με αποτέλεσμα να υπάρχει αιθαλομίχλη η οποία οδηγεί κάθε χρόνο χιλιάδες συμπολίτες μας στον θάνατο.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, θα συμφωνήσω ότι οι μεσογειακές χώρες πραγματικά είναι ευάλωτες όσον αφορά τις πυρκαγιές. Χθες ήταν η Κύπρος, σήμερα είναι η Θάσος αλλά και άλλες περιοχές της Μεσογείου, και είναι επιβαλλόμενη αναγκαιότητα να συνδράμει με όλα τα μέσα η Ευρωπαϊκή Ένωση προς αυτή την κατεύθυνση όχι μόνο για την κατάσβεση των πυρκαγιών αλλά για την αποκατάσταση των ζημιών.

Σίγουρα, τα θέματα ενέργειας είναι υψίστης σημασίας για την Ευρωπαϊκή Ένωση, τις χώρες μέλη και τους καταναλωτές. Και δεν νοιάζονται περισσότερο για τους καταναλωτές οι βουλευτές της Αριστεράς οι οποίοι τηρούν άρνηση όσον αφορά τα ζητήματα αυτά και δεν αντιλαμβάνονται ότι μέσα από τον ανασχεδιασμό της αγοράς ενέργειας θα επέλθει μεγαλύτερη ενεργειακή απόδοση, το οποίο συνεπάγεται και μείωση του κόστους για τους καταναλωτές. Όμως, οι λέξεις κλειδιά εδώ είναι μεγαλύτερη ενεργειακή απόδοση αλλά και ενεργειακή ασφάλεια. Ενεργειακή ασφάλεια, κύριε Επίτροπε, και απευθύνομαι σε εσάς, εάν αυτός είναι πραγματικά ο στόχος μας, λέγοντας ότι πρέπει να στραφούμε προς τις χώρες εκείνες που έχουν δυνατότητες για μελλοντική ενεργειακή στήριξη της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Η Ανατολική Μεσόγειος προσφέρεται προς αυτή την κατεύθυνση και θα σας καλέσω να αναλάβετε πρωτοβουλία προκειμένου να καταστεί η Κύπρος συντονιστικό ενεργειακό κέντρο και κόμβος. Να υπάρξει σύγκλιση όλων των χωρών και των δυνάμεων στην περιοχή για να μπορέσει η Ευρώπη πραγματικά να απεξαρτηθεί, μέσα και από αυτόν τον παράγοντα της παροχής ενεργειακού πλούτου, μέσα από χώρα μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Όμως, ταυτόχρονα, θέλω να τονίσω ότι για απομονωμένες χώρες, και ιδιαίτερα νησιωτικές περιοχές τις οποίες πιθανόν να μην αγγίζει η ενιαία εσωτερική αγορά ενέργειας λόγω της διασύνδεσης, πρέπει να υπάρξει άλλου είδους στήριξη και ενίσχυση. Τελειώνω, κύριε πρόεδρε, τονίζοντας ότι αυτές οι χώρες, ιδιαίτερα της Μεσογείου, έχουν συγκριτικά πλεονεκτήματα όσον αφορά τις ανανεώσιμες πηγές ενέργειας.

Martina Werner (S&D). – Herr Präsident! Es ist höchste Zeit für ein europäisches Strommarkt-Design. In den vergangenen Jahren hat sich im Energie- und im Strombereich unglaublich viel bewegt. Das Strommarkt-Design muss deshalb entsprechend flexibler ausgestaltet werden. Mit der insgesamt guten Entwicklung der Erneuerbaren und ihrem stetig wachsenden Anteil im Energiemix verändern sich das Gesicht und die Bedingungen des Energiemarktes ja rasant: Das Gewicht verlagert sich von zentraler hin zu dezentraler Organisation und vor allen Dingen zu den Bürgerinnen und Bürgern als Konsumenten und auch als Erzeuger.

Im Juni haben wir hier im Parlament beschlossen, dass der Anteil der Erneuerbaren bis zum Jahr 2030 mindestens 30 % betragen soll. Wir dürfen diese Entwicklung auf keinen Fall abwürgen. Angesichts äußerst unterschiedlicher Entwicklungen in den Mitgliedstaaten sollten wir uns auch davor hüten, die jeweiligen Maßnahmen zur Förderung der Erneuerbaren durch europäische Vorgaben zu verhindern, und deshalb sollten wir auch die noch notwendige Subventionierung von erneuerbaren Energien nicht ausschließen. Dies gilt auch für langfristig garantierte Abnahmepreise.

Luděk Niedermayer (PPE). – Mr President, energy security, an Energy Union – these were big topics that we were discussing here in Parliament around a year ago. Now we have bigger issues to work on, like Brexit, the migration crisis, etc. But strategically speaking, the energy sector remains one of the key issues for the future of the European Union. For the future of our economy – because cheaper, clean and reliable energy resources are a precondition for the good development of our economies. That is why I very much welcome the reports, especially the reports of Mr Langen.

Regarding this report there is one key issue, and the issue was debated here. The energy mix and most of the issues concerning energy are considered to be the responsibility of the Member States, but efficient solutions, the efficient use of resources, the design of grids, and consumption and production do not respect the borders of states. That is why we should increasingly take this fact into account, otherwise we will not reach an effective solution at the European level. That is why I call on the Member States to look at the issues that will allow us to efficiently use our resources and create the conditions that will lead to affordable energy supplies. Especially, we should allow a better use of price signals to ensure capacity is available; we should strengthen the role of ESRA in order to promote regional development; and obviously we should support R&D because for the better use of renewable energies in particular we need to work on the storage of energy.

I believe that better rules will ensure that more private investment is made in this market and that is why I call on the Member States to look at this issue as a priority.

Franc Bogovič (PPE). – Tudi sam pozdravljam obe pomembni poročili, kakor tudi poročili Komisije, ki govorita o urejanju in zasnovi energetskega trga ter tudi seveda o ogrevanju in hlajenju v Evropi in strategiji na tem področju.

Sprejemamo dokumenta v času, ko na eni strani govorimo o energetski uniji, na drugi strani pa smo tudi se zavezali k okoljskim ciljem lansko leto v Parizu, in prav ti dve poročili gresta v pravo smer.

Gresta v smer, kjer se na eni strani spodbuja učinkovita raba energije in učinkovita raba energije je alfa in omega vsega, o čemer moramo govoriti v sami energetiki.

Veliko stvari lahko uredimo z našimi regulativami, veliko lahko uredijo države same, veliko teh stvari pa se lahko ureja tudi na lokalnem nivoju. Tudi sam imam, kakor mnogi med vami, izkušnje z lokalnega delovanja.

Bil sem župan občine, ki je bila v Sloveniji kot prva proglašena za energetsko najbolj učinkovito občino, in iz lastnih izkušenj lahko povem, kako veliko stvari lahko uredimo na lokalnem nivoju.

Prav tako je pri obnovljivih virih energije potrebno spregovoriti tudi o vodnem potencialu. Zopet v Sloveniji, v državi, od koder izhajam, smo s prizadevanji v regionalnem okolju umestili pet hidroelektrarn, ki proizvedejo sedaj 7 % električne energije v Sloveniji. Zelena energija, delovna mesta in tudi hkrati zaščita pred poplavami.

Tako da v teh poročilih je, kot v Sloveniji rečemo, veliko soli, zato je prav, da se jih resno obravnava, sprejme tako na evropskem nivoju, kakor tudi po principu subsidiarnosti prevzemajo svoj del odgovornosti države kakor tudi lokalne skupnosti.

In samo skupaj nam bo na tem področju uspelo.

Der Präsident. — Vielen Dank für das präzise Einhalten der Redezeit.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, lo scenario internazionale evidenzia che la sicurezza energetica contribuisce a consolidare l'indipendenza politica degli Stati membri. Tale scenario non può essere disgiunto da quello relativo all'utilizzo efficiente dell'energia e alla riduzione delle emissioni di CO_2, alla resilienza energetica dei singoli paesi…

(Il Presidente interrompe l'oratore.)

President. – Mr Caputo, do you understand English? Please slow down. You are speaking much too quickly.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, lo scenario internazionale evidenzia che la sicurezza energetica contribuisce a consolidare l'indipendenza politica degli Stati membri. Tale scenario non può essere disgiunto da quello relativo all'utilizzo efficiente dell'energia e alla riduzione delle emissioni di CO_2, alla resilienza energetica dei singoli paesi e alla lotta alla povertà energetica. Va incoraggiato e perseguito dunque un dialogo che ci ponga l'obiettivo di perfezionare lo svolgimento dei processi di cambiamento energetico.

Concordo con i relatori: l'obiettivo è urgente, vincolante, ma innanzitutto geopolitico, se solo si considera che i mercati dell'energia mantengono tuttora un carattere fortemente regionalistico, sulla base del principio della responsabilità nazionale del mix energetico. Questa differente gestione di sovranità è parte importante delle sfide che l'Europa deve affrontare nel settore delle energie che in definitiva ha bisogno di…

(Il Presidente interrompe l'oratore.)

President. – Let me just say that it was impossible for the majority of colleagues to follow what you have said. It was just too fast for the interpreters and they are really doing their very best, I know that.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señor Presidente, Comisario, la creación de un mercado único de la energía que garantice la seguridad en el abastecimiento, avance en la generación limpia y proporcione marcos legales estables para favorecer la inversión es uno de los mayores retos de nuestra Unión. Conseguir este objetivo es útil para los ciudadanos, en primer lugar, como consumidores, pero también como emprendedores, y es útil para las empresas y para su competitividad. Es, además, básico para que se pueda hablar de libre competencia en el mercado interior. Ahora mismo las diferencias en los precios de la energía entre Estados miembros son uno de los principales factores de distorsión. Por esas razones, insisto en que este objetivo es prioritario y recuerdo que los cimientos de nuestra causa común, la credibilidad de nuestra Unión —de la Unión Europea—, empiezan por nuestra capacidad para resolver los problemas cotidianos generales y que afectan a todos los europeos. Cuando hablamos de fragmentación del mercado eléctrico, estamos hablando de este tipo de problemas.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, a criação do mercado único da energia não serve objetivos distintos daqueles que são prosseguidos noutras áreas, ou seja, defender os interesses e a pulsão do lucro dos grandes grupos económicos europeus do sector, promover a concentração monopolista à escala europeia.

Com mais ou menos floreados sociais e ambientais, o processo legislativo o que faz é reproduzir o caderno de encargos destes interesses, seja ao nível da ambicionada integração dos mercados, seja ao nível do desenvolvimento das infraestruturas, este último apoiado por instrumentos como o Plano Juncker, que coloca recursos públicos nos bolsos dos grandes grupos económicos privados, que passam a controlar infraestruturas estratégicas.

Só com o controlo público democrático do setor energético, o que quer dizer propriedade e gestão públicas das empresas de produção e distribuição, podemos responder a questões candentes como a eficiência energética, a diversificação, o avanço das renováveis, a segurança do aprovisionamento, entre outras. Mesmo a questão das interconexões deve ser considerada neste quadro.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, τα όσα καθορίζονται στην έκθεση για τον ανασχεδιασμό της αγοράς ενέργειας περιορίζουν σημαντικά τη δυνατότητα του κράτους να ρυθμίζει, προς όφελος των πολιτών του, το τόσο σημαντικό αυτό θέμα της ενέργειας. Παράλληλα, δίνει τη δυνατότητα στις μεγάλες εταιρείες οι οποίες ασχολούνται με αυτό το αντικείμενο να αυξάνουν την τιμή και να κερδοσκοπούν εις βάρος του κόσμου. Η ενέργεια είναι ένα πολύ σημαντικό αγαθό για τη σύγχρονη κοινωνία και πρέπει να είναι κτήμα όλων των ανθρώπων στην ποσότητα που απαιτείται και σε χαμηλές τιμές. Για να γίνει αυτό θα πρέπει η ενέργεια να ελέγχεται και να καθορίζεται από το κράτος. Σε διαφορετική περίπτωση, θα έχουμε δημιουργία μονοπωλίων και εκμετάλλευση από πολυεθνικές εταιρείες. Ο κόσμος θα υποφέρει, όπως ακριβώς συμβαίνει αυτή τη στιγμή στην Ελλάδα, κάτι το οποίο, δυστυχώς, δεν σας το λένε. Το αποκρύπτουν διότι δεν θέλουν να δημιουργήσουν προβλήματα στην Ευρωπαϊκή Ένωση.

Jasenko Selimovic (ALDE). – Mr President, heating and cooling represent the largest share in the EU's energy demand. If you want that demand not to ruin the climate goals we set, we will have to solve the existing problems. As an example, two thirds of the EU's buildings were built when energy efficiency requirements were non-existent, and nearly half of buildings have individual boilers that were installed before 1992.

That is why improving the heating and cooling sector all around the EU is going to play a crucial role in reaching the goals of the Paris Agreement but, in order to achieve that, EU Member States should be pushed to do more, to do something concrete, to support concretely innovation, energy prosumers, households, local enterprises that are constantly monitoring their energy consumption, that produce energy they sell back to the grid. If there is concrete support for these rising stars of the European Union, then maybe we can achieve the goal that we set; otherwise it is just empty talk which will end in a surprise.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I am sorry I have only just come in because I was in a bus to Strasbourg for over three hours – an indication I suppose of a waste of energy, in some respects. I would like to compliment the Commissioner, who has done tremendous work in this whole area as we build towards a future European Energy Union. Every aspect of it is very important. I was fortunate to be in Paris at the COP 21 and I will be in Morocco at the end of November. But implementation is crucial, and heating and cooling has a huge part to play. Sometimes it is almost the silent solution that people are not aware of, but there is growing awareness of it now and I saw it in my own constituency recently, where people are clubbing together to ensure that they can put in heating and cooling systems. I think that, once we bring the public with us, they will be very pleased to be part of this whole process, because everybody now, I think, is clued in to the need to limit the damage being done by climate change and to play their part, and this is one aspect of it.

Jiří Maštálka (GUE/NGL). – Pane předsedající, vítám dnešní diskusi k energii v EU, a to zejména k tématu vytápění a chlazení. V EU stejně jako v České republice trpí velká část budov plýtváním energií, což je dáno jejich stářím a zastaralými technologiemi vytápění. Teplem plýtváme a přitom téměř 11 % občanů EU trpí energetickou chudobou. Potřebujeme tedy taková opatření a dodatečné investice do výzkumu moderních šetřících technologií, které sníží celkové náklady na vytápění domácností a zvýší energetickou účinnost ve všech základních fázích využívání energie.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, I want, first of all, to thank all of you for your comments and for this fruitful and timely discussion. I am very glad that broadly, we are following the same line towards achieving our 2030 and COP 21 targets. Here in the debate I think there is full support for the two reports in the House.

Naturally, some points have been raised on which there are elements of divergence, mainly in relation to capacity support schemes: this is an extremely difficult issue and it will be one of the most important elements of the package that the Commission will propose. The electricity market design proposal is one of the key pieces of legislation in the Union action plan, and probably the most difficult to engineer. We have a unique opportunity, we have made progress with the previous packages but here we have an opportunity in a different scenario because, as Mr Kelly pointed out, in COP 21, in Paris, we assumed very ambitious objectives.

The European Union has a very ambitious renewables target and to achieve that we have to change absolutely the functioning of our market and the integration of renewables and, as Mr Turmes says, it is a big challenge. We can discuss many of the elements, but the main purpose of the new package will be to put the consumers in the centre: consumers must be at the centre of the market design because they are prosumers, they redistribute the generation, and this is about the use of renewables. It is a different market from the old decentralised market, and the current market is not fit for purpose. So it is a very challenging exercise and I appreciate all the comments made here.

For sure, the Commission is going to present a package. It is not only about market design, it covers energy efficiency, the energy performance of buildings and a renewables directive. And on all of these proposals we must follow the same logic. The logic is that we have to follow a pattern of decarbonisation of our economies: that is the message from Paris. Renewables have come to stay, and we have to develop them, and we have to make the market fit for purpose.

So, as I stated earlier, and as I can confirm again, both reports and the rich debate we have just had constitute a very solid basis from which we can get to work on the whole range of issues that will be coming up in the next weeks and months. In the context of decarbonising of our economies, there is no doubt that the heating and cooling sector is an absolute game changer when it comes to security, economic growth and reaching our climate and energy targets. We have to dedicate lots of time to this sector, and it is very important that work in this sector – work on energy efficiency, making the best use of the EPC (Energy Performance Certificate) and the future EPC that is also coming – will be one of the priorities of the Commission.

I also note with satisfaction that this House as a whole is committed to achieving a truly integrated and flexible market, providing the right signals for investment where they are most needed. The market does not currently give signals for investment in the right places – that is for sure – and Mr Turmes is right to point out the problem, but probably I have more trust than he does in the reform of the emission trading system, and the emission trading system is before this House. At the moment you are discussing it, and I think that the changes that have been introduced will be effective in the future. I am not as pessimistic as Mr Turmes is.

I count on all of you to back these reports because they are excellent reports and they give a solid basis for the work the Commission has to do in the coming months. We want to deliver the whole package this year, as set out in the action plan. Next year we will come along with targets for CO_2 emissions: we will have, I am sure, a very fruitful discussion with this Parliament, and I am sure, when I see the spirit and the concerns of the MEPs who have intervened, that there will be a high degree of consensus between the Commission and Parliament on developing a market that functions, a market which is fit for the targets we have in our climate policy, and a market which brings us affordable, secure and clean energy. On that we all agree, and now we have to put all the tools in place to achieve it.

Adam Gierek, *sprawozdawca*. – Panie Komisarzu! Kiedy słucham tych wystąpień kolegów, to muszę powiedzieć, że boję się, żeby nie pomylić dwóch spraw. Mianowicie rynek energii elektrycznej to jest rynek związany z tym, że prąd, czyli energię elektryczną, można przesyłać na duże odległości, czyli to może być jednolity rynek. Natomiast, jeśli chodzi o ciepło, to te dystanse przesyłania ciepła są znacznie mniejsze, czyli możemy mówić tutaj o rynkach lokalnych. Może to być kilka, kilkanaście czy nawet kilkadziesiąt kilometrów, chociaż nie za daleko, czyli możemy mówić o rynkach lokalnych i bardzo bym prosił, żeby tutaj przy tych ustawach te kwestie jednak uwzględnić, żeby nie traktować tych rynków jednakowo.

Natomiast, jeśli chodzi o kwestię grzania i chłodzenia, muszę przyznać, że istotnie, jeśli chodzi o paryską kwestię ochrony naszego klimatu, czyli COP 21, to uważam, że największe rezerwy (chociaż to jest prawdopodobnie niemierzalne, ponieważ to nie jest w ETSie) znajdują się w termomodernizacji budynków – to dwie trzecie. Wystarczy wyjść na ulicę chociażby w Brukseli i zobaczyć, jak kiepsko jest to miasto zaizolowane, a co dopiero mówić o wielu osiedlach i miastach w Europie Środkowej i Wschodniej. To są największe rezerwy, które najszybciej można wykorzystać. Jeszcze jedną rzecz muszę powiedzieć, również jeśli chodzi o energię odnawialną, najszybciej można właśnie tam ją wprowadzić i wykorzystać, w termomodernizacji budynków, przez ocieplanie budynków, ale potrzebne są nowe rozwiązania, dalsze rozwiązania techniczne. My mówimy na innych tutaj posiedzeniach o reindustrializacji. Trzeba powiedzieć, że istnieją takie energie odnawialne, jak energia geotermalna, jak energia uzyskana z pomp cieplnych i na tym również musimy się skupić, ponieważ to jest przyszłość w ramach właśnie przyszłej industrializacji i trzeba tę propozycję postawić.

Der Präsident. – Die gemeinsame Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Dienstag, 13. September 2016, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Bendros ES energijos rinkos sukūrimas yra vienas iš svarbiausių ES prioritetų ne tik pačios energetikos srityje, bet ir apskritai kalbant apie visos ES konkurencingumo, atsparumo įvairioms krizėms didinimą bei įgyvendinant ES nustatytus 2030 m. klimato kaitos ir energetikos tikslus. Tinkamo modelio ir deramai įgyvendinta Europos energijos rinka turi galimybę iš esmės sustiprinti Europos energetinį saugumą ir nepriklausomybę, ypač nuo monopolinių išorės tiekėjų, nuo kurių Sąjunga yra vis dar priklausoma. Siekiant sukurti tikrą energijos rinką, reikia skubiai panaikinti likusias ES energetines salas bei jas integruoti į Europos energijos tinklus dujų ir elektros srityse. Kuriant naują elektros rinkos modelį reikia užtikrinti didesnį elektros ir dujų sistemų sveikumą, kas ateityje ES ir atskiroms valstybėms narėms leistų tapti labiau atsparesnėms ir greičiau bei veiksmingiau reaguoti į tiekimo sutrikimus.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Heating and cooling consume half of the EU's energy. What is shocking, however, is the fact that around 84% of this is still generated by fossil fuels. Bottom line – we are still far off our aims and targets.

Heating and cooling have a direct and important impact on the EU economy. For this reason, and also due to its size, we need to discuss and address the sector's competitiveness, decarbonisation and energy security. Their direct impact on our citizens and our households means that affordability and energy poverty are essential topics that need to be addressed, as do the geographical, economic and climate differences among our Member States.

Currently, heating and cooling are produced and consumed locally within a fragmented European market. Consumers need to be at the heart of a strategy for heating and cooling. They need to be empowered to participate and have control over their demand. Moreover, the reality of Southern European countries need to be taken into account, particularly where Member States like Malta require extensive infrastructural changes to adopt and implement the proposed strategy.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Tisztelt Képviselőtársak! Az Európai Unió teljes a földgázfelhasználásának 59%-át, míg a kőolajfogyasztásának a 12%-át fordítja fűtésre és hűtésre, miközben minden 1%-nyi energiahatékonyságbeli növekedés 2,6%-kal csökkenti a földgázimportot. Az Unió ezért kiemelt figyelmet fordít a fűtési és a hűtési stratégia megalkotásra annak érdekében, hogy el tudja érni a kitűzött klímacélokat és csökkenteni tudja a függőségét az energiahordozók beszállítóitól.

Épületeink fűtése és hűtése emészti fel a teljes energiafelhasználásunk közel 35%-át, komoly felújítási munkálatokkal viszont ez jelentősen csökkenthető lenne. Továbbra is tetemes a nem megfelelő hatékonyságú, rendes szigetelés nélküli falak, illetve egyrétegű ablakok állománya. Ennek érdekében jött létre az Épületek Energiateljesítményéről szóló Direktíva, amely kötelező minimum-energiahatékonysági kritériumokat szab meg az új beruházások terén. Az ipar esetében szigeteléssel és hatékonyságnöveléssel alacsonyabb kibocsátás érhető el, mivel a megfelelő hőfokra fűtés sokszor szerves része a gyártási folyamatnak. Ennek ellenére cél a folyamatok minél teljesebb dekarbonizációja. Ugyanakkor, az igazán magas hőfokon zajló folyamatok esetében nem lehet megoldás a megújulókból termelt árammal való fűtés, tehát fosszilis tüzelőanyagra van szükség. Az Unió kiemelt célja, hogy a létrejövő hőfelesleget – vagy éppen hidegfelesleget – minél jobban tudja hasznosítani. Végezetül, érdemes kiemelni az LNG-importterminálok szerepét mint fontos távhűtési forrásokat.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Si hay un sector que requiere de una planificación estratégica, ese es el energético. El desarrollo de los recursos convencionales soberanos, la necesidad de asegurar un suministro asequible a la industria y a los hogares, el control público sobre los comunes energéticos, la transición energética hacia un modelo sostenible medioambientalmente… Todos éstos son objetivos que el mercado es incapaz de desarrollar, algo que la Unión reconoce implícitamente al impulsar simultáneamente a la privatización y liberalización del sector energético una regulación que, sin embargo, no hace sino reforzar los privilegios de los oligopolios energéticos frente a los consumidores. El informe Langen no es sino una pieza retórica más en la misma dirección.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *în scris*. – O nouă concepție a pieței energiei electrice trebuie să promoveze o aprovizionare cu energie electrică sigură, durabilă și eficientă care ține cont de dinamica relației dintre producerea de energie regenerabilă și cea convențională.

Volatilitatea prețurilor este un semnal pentru accelerarea reformelor pe piața energiei electrice și un element important pentru a găsi soluții la nivel european pentru construirea viitoarelor interconexiuni, a terminalelor de GNL și a capacităților de stocare a energiei.

Subliniez că generarea convențională rămâne esențială pentru menținerea securității aprovizionării energetice, lucru de care noul design al pieței energiei electrice trebuie să țină cont pentru a asigura o bună funcționare. Utilizarea resurselor energetice naționale, exploatarea energiei hidraulice în cazul României, a centralelor electrice pe gaz și pe bază de cărbune cu randament ridicat beneficiind de cele mai recente tehnologii, pot aduce o contribuție esențială la deblocarea pieței energetice europene, la decarbonizare și la securitatea aprovizionării.

Consider esențială, de asemenea, introducerea unui mecanism de remunerare a capacității bazat pe piață, care să elimine decalajul dintre costurile tehnologice și veniturile pieței, pentru a integra pe piață investițiile cu emisii reduse de carbon, a asigura securitatea aprovizionării și a reduce riscurile pentru investitori.

Carolina Punset (ALDE), *por escrito*. – En un mundo en transición es necesario un nuevo modelo de mercado energético y la Unión Europea ha de liderar ese cambio hacia las energías limpias. Es hora de abandonar progresivamente los combustibles fósiles y dar más peso a las energías renovables, clave para la independencia, diversificación y seguridad energéticas. Todo ello pasa por un mercado seguro para los nuevos inversores. En relación con esto algunos Estados como España han empañado la seguridad jurídica de cualquier inversión en energía renovable mediante una batería de regulaciones con carácter retroactivo que ha sembrado de inseguridad cualquier inversión en renovables, mientras se aumenta la quema de carbón en un 24 % y se disparan sus emisiones de CO_2, lo que compromete seriamente el cumplimiento de los acuerdos del clima. En cuatro años España ha perdido 35 000 empleos cualificados y el sector de la energía fotovoltaica, en el que fue referente mundial. Al mismo tiempo se subvenciona el carbón nacional con el visto bueno de la Comisión y se ponen trabas al autoconsumo con el impuesto al sol. Estas y otras cuestiones, como las subvenciones disfrazadas de pagos por capacidad para la generación de energía fósil y nuclear, son las grandes cuestiones que debe abordar el nuevo mercado de la energía.

Damiano Zoffoli (S&D), *per iscritto*. – L'*Heating and Cooling*, cioè il riscaldamento e il raffreddamento degli edifici, è una materia di primaria importanza per l'UE, dal momento che è responsabile del 50 % del consumo totale di energia in Europa e che una parte di questa viene mal utilizzata o sprecata. Ridurre gli sprechi, produrre calore con impianti di cogenerazione e isolare termicamente gli edifici sono tutte azioni che potrebbero apportare enormi benefici all'UE e ai suoi cittadini, nonché favorire il raggiungimento degli impegni assunti dall'Europa in occasione della COP21 di Parigi. Da un lato, infatti, i consumatori avrebbero la possibilità di risparmiare sul costo delle bollette, dall'altro l'Europa potrebbe ridurre la propria dipendenza energetica dai paesi esportatori. È necessario, inoltre, promuovere l'utilizzo di tecnologie e materiali coibentanti, in particolare nella ristrutturazione degli edifici vecchi o con una scarsa efficienza

energetica, sia per le strutture pubbliche che per quelle private. È importante, infine, ricordare i benefici che una netta diminuzione dei consumi di energia per il riscaldamento e il raffreddamento potrebbe recare all'ambiente, permettendo ai cittadini di vivere in contesti ambientali più salutari, puliti e sicuri.

19. Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU - Kohäsionspolitik und Forschungs- und Innovationsstrategien für intelligente Spezialisierung (RIS3) - Europäische territoriale Zusammenarbeit – bewährte Verfahren und innovative Maßnahmen - EU-Strategie für den Alpenraum (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die gemeinsame Aussprache über

— den Bericht von Rosa D'Amato im Namen des Ausschusses für regionale Entwicklung über die Umsetzung des thematischen Ziels „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU" (Artikel 9 Absatz 3 der Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen) (2015/2282(INI)) (A8-0162/2016),

— den Bericht von Ramón Luis Valcárcel Siso im Namen des Ausschusses für regionale Entwicklung über Kohäsionspolitik und Forschungs- und Innovationsstrategien für intelligente Spezialisierung (RIS3) (2015/2278(INI)) (A8-0159/2016),

— den Bericht von Iskra Mihaylova im Namen des Ausschusses für regionale Entwicklung über die europäische territoriale Zusammenarbeit – bewährte Verfahren und innovative Maßnahmen (2015/2280(INI)) (A8-0202/2016) und

— den Bericht von Mercedes Bresso im Namen des Ausschusses für regionale Entwicklung über die EU-Strategie für den Alpenraum (2015/2324(INI)) (A8-0226/2016).

Rosa D'Amato, *relatrice*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio i colleghi e i relatori ombra con cui ho operato in maniera produttiva durante le negoziazioni.

La relazione che abbiamo approvato in commissione REGI è una relazione di attuazione, volta ad analizzare «olisticamente» i diversi aspetti concernenti l'implementazione dell'obiettivo tematico 3, ossia la competitività delle piccole e medie imprese nella nuova programmazione.

Ben 23 milioni di piccole e medie imprese in Europa (ovvero aziende con meno di 250 dipendenti) rappresentano circa il 99% di tutte le imprese, e apportano un contributo fondamentale allo sviluppo, alla coesione sociale, all'innovazione e alla creazione di occupazione di alta qualità e producono oltre 100 milioni di posti di lavoro e reddito.

In Europa, le piccole e medie imprese sono molto diversificate tra loro: cresce il numero di microimprese (quindi meno di dieci dipendenti) operanti sia nei settori tradizionali, sia a livello di *start-up*. Oggi sono il 93% di oltre 22 milioni di piccole e medie imprese.

Nell'attuale programmazione, si sono raddoppiati i fondi rispetto alla vecchia, ma la pur ingente mole di finanziamenti – 64 miliardi che diventeranno 140 – è una condizione necessaria, ma non sufficiente per far fronte alle numerose difficoltà con cui si scontrano quotidianamente le nostre imprese.

Innanzitutto dobbiamo affermare che la crisi economica e le politiche di austerità hanno soffocato la domanda interna. In secondo luogo, il contesto burocratico e normativo è una vera e propria giungla che rende di fatto impossibile investire.

Nella relazione abbiamo ribadito quanto sia importante che gli appalti pubblici siano organizzati in modo trasparente e innovativo. Ben venga dunque la direttiva sugli appalti e il documento di gara unico europeo, che dovrebbero ridurre considerevolmente l'onere amministrativo per le piccole e medie imprese.

Allo stesso tempo, dobbiamo essere vigili, e invito la Commissione e gli Stati membri ad esserlo, sia sull'arretrato dei pagamenti sia sul fatto che la direttiva sui ritardi di pagamento sia applicata adeguatamente. Non possiamo assolutamente permetterci che le nostre piccole e medie imprese siano scoraggiate dal partecipare a progetti e a programmi per mancanza di fiducia nel sistema.

(Il Presidente interrompe l'oratore.)

President. – Ms D'Amato, please try to speak more slowly. There are a few languages in which we are used to listening a bit more slowly than in Italian. Colleague Caputo had the same issue. You are used to speaking very fast, you think very fast, but it needs to be interpreted, and some languages take the interpretation via another interpretation, so please slow down so that we can understand what you have to say.

Rosa D'Amato, *relatrice*. – Dobbiamo essere quindi vigili – e invito la Commissione ad esserlo –

Bisogna poi segnalare l'importanza dell'accesso al credito. Le piccole e medie imprese, ed in particolare le micro, hanno pagato sulla loro pelle la stretta creditizia e spesso incontrano una notevole difficoltà nel farsi aprire linee di credito dagli istituti bancari. Il rischio è di mettere una pezza peggiore del buco se si ricorre all'ingegneria finanziaria, per fornire loro dei prodotti ad elevato rischio.

Se a questo aggiungiamo i ritardi della politica di coesione, la sovra-regolamentazione, le normative sugli aiuti di Stato, capiamo quanto sia complesso ed urgente aiutare le nostre imprese.

Cosa proponiamo? Un processo integrato di politica regionale ed europea, che si concentri su settori specifici, come il manifatturiero, le nuove tecnologie, le costruzioni sostenibili, i veicoli verdi e le *smart grid*.

Dobbiamo, nel rispetto della specificità territoriale di ogni regione, promuovere i principi del pacchetto dell'economica circolare, avendo come obiettivo uno sviluppo economico sostenibile e prestando particolare attenzione alla promozione dei *green job*.

Una catena di valore più verde, che comprenda la rifabbricazione, la riparazione, la manutenzione, il riciclaggio e la progettazione ecocompatibile, può offrire considerevoli opportunità commerciali alle piccole e medie imprese.

L'approvvigionamento di energia a costi contenuti è fondamentale: le imprese europee hanno il costo dell'energia più alto nel mondo e bisogna proporre un deciso processo di decarbonizzazione e di autoproduzione dell'energia.

Alla luce dell'attuale crisi della migrazione, le piccole e medie imprese possono offrire un'opportunità innovativa per l'integrazione dei rifugiati che entrano nel mercato del lavoro dell'Unione europea.

Le nostre piccole e medie imprese devono essere più *glocal*, come si suol dire, ma il loro processo di internazionalizzazione dovrebbe basarsi sulla responsabilità sociale delle imprese.

Ramón Luis Valcárcel Siso, *ponente*. – Señor Presidente, estimada Comisaria Creţu, saben que algunos de los ejes de actuación de la Comisión Europea en su actual mandato son los relativos al crecimiento económico, de un lado, y también a la creación de empleo de calidad, por otro lado.

La Comisión puso en su momento en marcha una herramienta basada en las llamadas estrategias para la especialización inteligente. Pero ¿qué es esto de las estrategias para la especialización inteligente? Verán: consisten en la aplicación de la innovación, del desarrollo tecnológico y también de la investigación a la realidad económica y productiva de las regiones, una vez que estas han podido identificar sus fortalezas y también sus debilidades. Las llamadas RIS3 se diseñan, pues, a partir de los programas operativos, algo que, por otra parte, obliga a las regiones a elaborar sus estrategias *ex ante*, porque, si no fuera así, sería del todo imposible que estas, las regiones, pudieran acceder a los fondos.

Además, diremos también que estas estrategias tienen un marcado carácter participativo. En ellas intervienen la ciudadanía, empresas, universidades y, por supuesto, administraciones públicas.

Nosotros, en el Parlamento, y en la Comisión de Desarrollo Regional, elaboramos un informe que pretende, entre otras cosas, animar a la Comisión a que continúe hacia delante con estas estrategias. Diremos sobre este informe que es el primero que trata este asunto en esta legislatura y aquí, en este Parlamento. Diremos también que la elaboración del mismo ha contado con la propuesta de diversas asociaciones, muchas por cierto, especializadas en este sector, así como también con un amplísimo consenso de los miembros de la Comisión, ya referida, de Desarrollo Regional; pues les diré que en el momento en que fue presentado, la votación arrojó el siguiente resultado: 33 votos a favor, tan solo 3 en contra y, además de todo ello, se ha venido enriqueciendo el mismo informe a través de una serie —importante en su número pero, sobre todo, importante en su contenido— de enmiendas, hasta un total de 20.

Querría destacar sobre el contenido de este informe, por una parte, la necesidad de que la Unión Europea intensifique todos los esfuerzos posibles para lograr ese crecimiento económico, que sea inteligente, sostenible y también integrador. Querría, asimismo, destacar la importancia de que la investigación, el desarrollo tecnológico y la innovación constituyan una de las prioridades de inversión para que el Fondo de Desarrollo Regional los convierta en la auténtica base desde la cual poder reforzar la competitividad y también la creación de empleo de calidad.

Es asimismo necesario que se produzcan análisis acerca de las capacidades, de los activos, también de las competencias, de cada región y que de esta forma se puedan abrir nuevas oportunidades empresariales.

Querría también destacar que es precisa una mayor cooperación entre autoridades regionales, así como entre programas de cooperación transnacional, para evitar duplicidades —termino, señor Presidente—, como también la creación de un observatorio nacional que pueda garantizar indicadores más sólidos.

Y ya termino preguntando, y aprovechando la presencia de la señora Comisaria, acerca de cuáles han sido los problemas que se han podido encontrar en relación con dichas estrategias, no solo en relación con su diseño e implementación, sino también en relación con su evaluación.

Искра Михайлова, *докладчик*. – Г-н Председател, уважаема г-жо Комисар, днес представям дискутирания, одобрен от комисията по регионална политика към Европейския парламент доклад, посветен на една от двете цели на политиката за сближаване – европейското териториално сътрудничество или добре известните INTERREG програми.

Докладът обхваща няколко ключови теми: добрите практики, включително иновативния принос към стратегия „Европа 2020“ и териториалното сближаване, опростяване на прилагането на териториалните програми и бъдещи препоръки за развитие. В този контекст бих искала да посоча, че трансграничното и транснационалното сътрудничество постигнаха през годините добри практики в областта на по-добрата свързаност и достъпност, в трансфера на знания и иновации, справянето с предизвикателствата за околната среда, повишаване на административния капацитет в здравеопазването, образованието, заетостта и мобилността на работната сила, както и създаването на нови партньорства.

Същевременно докладът посочва, че бюджетът на INTERREG в размер на около 10 милиарда евро представлява едва два процента и осем десети от бюджета на политиката за сближаване и за съжаление не отговаря на големите предизвикателства, пред които е изправено европейското териториално сътрудничество.

Докладът отбелязва със загриженост късното приемане на INTERREG програмите и настоятелно призовава Комисията и държавите членки да мобилизират своите усилия за тяхното успешно изпълнение. Призовават се Комисията, държавите членки и управляващите органи да създадат структурни и по подходящ начин организирани системи за наблюдение и планове за оценка, с оглед по-доброто оценяване и разпространяване на знания за постигнатото от INTERREG.

Докладът насърчава използването на програмите по INTERREG в отговор на предизвикателствата, свързани с преодоляването на кризата с бежанците, както и обмена на добри практики между местните и регионалните органи в граничните райони, включително трети държави, чрез макрорегионални стратегии.

Докладът отбелязва и важната роля, която играят INTERREG програмите за повишаване на потенциала за иновации на регионите чрез насърчаване на полезните взаимодействия между стратегиите за интелигентна специализация и развитието на мрежи за иновации. Подчертава се необходимостта от създаване на съвместни програми за научни изследвания, съвместна научноизследователска инфраструктура, партньорства и мрежи за сътрудничество.

Призовава взаимодействието между програмата „Хоризонт 2020“, Европейския фонд за стратегически инвестиции и европейските структурни инвестиционни фондове да бъде насочено към увеличаване на количеството, качеството и въздействието на инвестициите в научни изследвания и иновации. Финансовите инструменти трябва да бъдат неразделна част от INTERREG програмите чрез допълване на безвъзмездните средства.

Докладът отбелязва и ролята на европейските групи за териториално сътрудничество за насърчаване на европейското териториално сътрудничество. Призовава комисиите и държавите членки да се възползват в пълна степен от възможностите, предоставени от INTERREG, за да се улесни трансграничната трудова мобилност чрез адаптиране, ако е необходимо, на административната и социалната регулаторна рамка. Програмите INTERREG следва при зачитане на договорените приоритети, както и в допълване с друго подходящо финансиране, да подкрепят предизвикателствата, свързани с миграцията, и да насърчат ефективни политики на интеграция.

В тази връзка докладът подчертава възможностите на европейското териториално сътрудничество и неговия потенциал, който може да бъде развит в бъдещите програми за териториално сътрудничество и да залегне в основата на бъдещата политика на сближаване, базирани на нуждите на конкретната територия.

Mercedes Bresso, *relatrice*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, gentile Commissaria, la politica di coesione, di cui discutiamo oggi con queste 4 relazioni, è uno dei pochi strumenti che sono saldamente a fianco dei cittadini, degli studenti, dei lavoratori, delle imprese. Le risorse a sua disposizione sono risorse che ricadono interamente sui territori e rimangono oggi una delle poche fonti di investimento in tutta l'Unione europea, particolarmente a livello locale. Il ruolo delle regioni e degli enti locali è importante per la politica di coesione, così come è fondamentale nella strategia per la macroregione alpina, di cui parla, in particolare, la mia relazione.

La strategia EUSALP offre ai paesi della regione – di questa grandissima regione – un'opportunità per investire in progetti comuni di impatto europeo, non solo regionale, sviluppando anche nuove forme di *governance* multilivello, originate dalle regioni e realizzate con il contributo delle istituzioni europee. Sono convinta, quindi, che il ruolo di regioni ed enti locali debba essere rafforzato nella strategia. Come ho scritto nella relazione che abbiamo votato: le regioni e gli enti locali dovranno essere pienamente coinvolti nella gestione della strategia se vorremo ottenere risultati.

Sappiamo inoltre quanto sia importante che in questa strategia non si sovrapponga la cooperazione interregionale e transfrontaliera già esistente, ma che invece essa sia in grado di fornire un valore aggiunto, di integrare le esperienze già avviate. Si tratta soprattutto di affrontare obiettivi comuni all'intera area alpina e prealpina con riflessi però su tutta l'Europa – questa è la grande area di riequilibrio del Sud Europa. Ciò che accade in questa regione ha rilievo, come ben sappiamo, per tutta l'Unione.

In coerenza con i grandi obiettivi europei di Europa 2020 — in materia di sviluppo sostenibile, ambiente, energia – si dovranno favorire, anche tramite questa strategia, l'ideazione e la realizzazione di progetti di dimensione macroregionale. La strategia EUSALP vuole proprio proporsi come uno strumento utile a tale scopo.

Sarà importante quindi che la strategia serva come nuovo strumento di supporto per lo sviluppo economico, la crescita e l'occupazione in queste aree, non solo nei settori tradizionali come il turismo e l'enogastronomia – che comunque restano fondamentali – ma anche e soprattutto in settori più innovativi. Ciò che sarà importante, sarà l'interazione fra le grandi aree urbane, le zone periurbane e quelle rurali con quelle di montagna, che permetterà di determinare la buona riuscita di questa strategia, ma soprattutto la ripresa economica di queste aree.

Esistono risorse inutilizzate o usate male che aspettano solo di essere rivitalizzate. Una delle nostre proposte è quella di creare una piattaforma di investimento per tutta la regione alpina e perialpina che consenta di mobilitare finanziamenti pubblici e privati, anche tramite la BEI, le opportunità offerte, oltre che dalla politica di coesione, anche dall'EFSI.

Non possiamo però pensare a uno sviluppo di questi territori, fino a quando non saremo in grado di connetterli al resto del mondo. Esistono, in queste regioni, nelle zone alpine in particolare, ancora troppe zone buie in cui la connessione Internet è debole o per giunta assente. Servono nuove soluzioni che, combinate con le tradizionali, consentano a chi veramente vuole fare impresa o semplicemente contribuire allo sviluppo di queste aree, di poterlo fare in condizioni di parità con la concorrenza.

In sostanza dobbiamo rendere queste zone attrattive, un polo di attrazione per i giovani, con opportunità e strumenti. Nella relazione ribadiamo anche che la maggioranza delle grandi infrastrutture previste nel piano TEN-T, questi assi, dovranno poi essere collegate a infrastrutture locali diffuse, efficienti e sostenibili. Insomma, non sarà da sola la soluzione di tutti problemi, ma è un'opportunità unica per la macro regione.

Corina Crețu, *Membră a Comisiei.* – Domnule Președinte, stimați deputați, stimați colegi, bună ziua, mă bucur foarte mult să fiu astăzi din nou alături de dumneavoastră în plenară. Aș dori să încep prin a mulțumi călduros raportorilor: doamna Mihaylova, doamna D'Amato, doamna Bresso și domnul Valcárcel, precum și, desigur, Comisiei pentru Dezvoltare Regională a Parlamentului European pentru aceste patru rapoarte excelente care aduc în centrul discuției noastre atât sprijinul politicii de coeziune pentru creștere inteligentă și cooperare teritorială, cât și pentru strategia pentru regiunea alpină. Având în vedere faptul că, așa cum știți, am la dispoziție doar cinci minute pentru a vorbi despre aceste teme atât de vaste, am să încerc să trec direct la subiect.

În ceea ce privește raportul doamnei D'Amato privind îmbunătățirea competitivității întreprinderilor mici și mijlocii, Comisia Europeană salută și împărtășește viziunea Parlamentului European, respectiv aceea că programele operaționale sunt, în prezent, mult mai concentrate pe priorități strategice și, mai ales atunci când au ca obiectiv inovarea, ele joacă un rol esențial în crearea de locuri de muncă de calitate superioară. Sprijinul pentru întreprinderile mici și mijlocii, inclusiv pentru *start-up*-uri, trebuie, într-adevăr, să aibă în vedere mecanisme de sprijin pentru competențele antreprenoriale, precum și o serie de servicii externe în beneficiul întreprinderilor mici și mijlocii pentru a relansa, dezvolta și inova în multe regiuni.

În același timp, sunt de acord cu dumneavoastră că trebuie să ne asigurăm că aceste mecanisme sunt ușor accesibile pentru întreprinderile mici și mijlocii. Acesta este motivul pentru care, după cum știți, am luat o serie de măsuri pentru a simplifica regulile, iar rezultatele grupului de lucru pentru simplificare, care are în vedere sprijinul întreprinderilor mici și mijlocii, se vor vedea la sfârșitul lunii septembrie. Încercăm să introducem încă din acest ciclu financiar câteva recomandări referitoare, în special, la *e-cohesion* și costurile simplificate, să facem viața beneficiarilor mult mai ușoară. Știți foarte bine că nu este simplu pentru noi să găsim acest echilibru între nevoia de a simplifica regulile și nevoia de a ști și a avea un control eficient asupra modului în care sunt cheltuiți banii contribuabililor europeni.

Comisia Europeană, de asemenea, ia act de propunerea de a crea o platformă participativă care să asigure diseminarea rezultatelor proiectelor întreprinderilor mici și mijlocii. Doresc să precizez faptul că deja există o pagină specială pe site-ul Comisiei Europene - *Open Data Platform* - unde sunt prezentate toate proiectele finanțate din bani europeni, inclusiv cele ale întreprinderilor mici și mijlocii din fiecare țară și din fiecare regiune.

În legătură cu raportul domnului Valcárcel pe tema strategiilor de cercetare și inovare pentru specializarea inteligentă, doresc să salut, bineînțeles, sprijinul puternic al Parlamentului European pentru specializarea inteligentă în cadrul politicii de coeziune. Mulțumesc domnului Valcárcel pentru prezentarea sa, ca și pentru întrebarea dumneavoastră concretă. Într-adevăr, provocările cele mai puternice sunt când vine vorba despre implementare. Provocarea noastră, acum, este aceea de a asigura punerea în aplicare a acestor strategii pe teren și sunt pe deplin de acord cu raportul dumneavoastră, care subliniază necesitatea unei coordonări mai bune a programelor și de a institui platforme și parteneriate de colaborare, precum și a promova colaborarea la toate nivelurile: intra-regional, inter-regional, transfrontalier și transnațional. Comisia va continua să sprijine aceste procese, de exemplu, prin platforma de specializare inteligentă care oferă un sprijin extrem de valoros regiunilor în ceea ce privește dezvoltarea și implementarea acestor strategii. Din acest punct de vedere Spania, prin institutul din Sevilia, aduce o contribuție importantă pentru statele membre și pentru regiuni. În plus, sigur că ne vom asigura că regiunile europene vor profita de potențialul de combinare a finanțării politicii de coeziune cu alte instrumente ale Uniunii Europene, cum ar fi programul Orizont 2020 și planul de investiții, fondul de investiții strategice, ceea ce numim, deja, generic, planul Juncker. În acest sens, după cum știți, am publicat deja un ghid care să vină în sprijinul celor care doresc să folosească aceste fonduri în mod complementar. Sigur că nu ne vom opri aici, intenționăm să elaborăm și alte ghiduri dacă este nevoie. Acestea vor fi urmate de schimburi de bune practici în care eu cred foarte mult. Este o realitate a vieții, până la urmă, faptul că unele state membre și regiuni sunt mai avansate, au mai multă experiență și o mai mare capacitate administrativă, iar alte state membre sunt încă la început de drum și cred că avem mereu de învățat unii de la alții.

În legătură cu raportul doamnei Mihaylova privind cooperarea teritorială europeană, acesta este un subiect care este în atenția mea, personal, și a DG REGIO. Aș dori să subliniez că, datorită investițiilor prin programele INTERREG vedem acum, într-adevăr, o schimbare reală în bine în ceea ce privește cooperarea transfrontalieră de la cercetare la transport și protecția mediului. Practic, am vizitat 25 de țări în cei doi ani de mandat și am încercat să vizitez foarte multe obiective care privesc cooperarea transfrontalieră. Sigur că acest instrument mai poate fi optimizat în continuare și trebuie optimizat într-un mediu aflat în continuă schimbare. Prin urmare, apreciez personal foarte mult acest raport din proprie inițiativă. Vreau să vă felicit pentru această idee. În mod special, sunt de acord cu recomandările dumneavoastră care încurajează stabilirea în comun a strategiilor de dezvoltare teritorială integrată și durabilă în zonele de frontieră. O strategie comună este esențială pentru utilizarea eficientă a celor două instrumente specifice, respectiv investițiile teritoriale integrate și dezvoltarea locală plasată sub responsabilitatea comunității, care pot juca un rol important în acest sens. Sigur că pentru a reuși este nevoie de un angajament puternic politic și de o colaborare strânsă la nivel tehnic între statele membre la nivelul transfrontalier. Din păcate, avem câteva programe transfrontaliere blocate și sigur că vom încerca împreună cu țările respective să le deblocăm pentru a demara aceste programe transfrontaliere. Dar, sigur, pe de altă parte, avem regiuni transfrontaliere care au folosit la maxim acest potențial de dezvoltare comun. Eu cred că sprijinul dumneavoastră este esențial. Vă asigur că pentru mine, personal, într-o vreme în care multe state membre își doresc să construiască din nou frontiere, pentru mine este o prioritate ridicarea barierelor administrative între statele membre.

În ceea ce privește raportul doamnei Bresso cu privire la strategia Uniunii Europene pentru regiunea alpină, doresc să salut abordarea echilibrată și bine elaborată, care are în vedere efortul și contribuția mai multor comisii de specialitate din Parlamentul European. Am avut ocazia, după cum știți, să vorbim în mai multe rânduri despre această strategie care reunește țări avansate, unele dintre cele mai avansate țări din Uniunea Europeană, dar și state non-membre și regiuni mai sărace, după cum și dumneavoastră ați subliniat. Sunt pe deplin de acord cu dumneavoastră că este necesară promovarea și alinierea, coordonarea finanțării politicii de coeziune, precum și a altor fonduri ale Uniunii Europene și instrumente financiare. În plus, lansarea proiectelor și acțiunilor la nivel macro regional, este extrem de importantă în vederea exploatării pe deplin a posibilelor opțiuni de finanțare și sinergii în cadrul strategiei. După cum știți, Comisia a adaptat cadrul juridic al politicii de coeziune, astfel încât programele să aibă în vedere obiectivele și proiectele strategiilor macroregionale. Aș vrea, însă, să precizez că strategia alpină, ca toate celelalte strategii macro regionale (strategia Dunării, strategia zonei baltice, strategia Adriatică-Ionică), această strategie alpină aparține, în primul rând, statelor membre și, de altfel, ea a fost adoptată ca urmare a solicitărilor acestor state membre. Comisia Europeană își va menține rolul de facilitator. Salut ideea dumneavoastră de a avea această platformă de investiții. Suntem parteneri în această idee de a vedea în ce măsură putem combina fondurile europene, fondurile structurale cu fondurile strategice pentru proiectele de infrastructură, dar și pentru zonele mai puțin dezvoltate. Comisia își păstrează acest rol activ și vom fi aici prezenți dacă activitatea noastră va aduce o valoare adăugată, dar, sigur, acest lucru nu-l putem face ca și Comisie fără un parteneriat activ cu statele membre și regiunile participante. Îmi cer scuze că am depășit timpul, sunt patru rapoarte. Vă mulțumesc foarte mult și aștept cu interes dezbaterea din plen.

Jérôme Lavrilleux, *rapporteur pour avis de la commission de l'emploi et des affaires sociales.* – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, permettez-moi tout d'abord de remercier la rapporteure sur la stratégie alpine, Mercedes Bresso, et de souligner la qualité de son rapport.

C'est en effet en qualité de rapporteur pour avis de la commission de l'emploi et des affaires sociales que j'ai l'honneur et le plaisir d'intervenir à ce sujet, même si, dans ma circonscription européenne, loin des Alpes, la montagne la plus élevée est le Mont-Saint-Michel, qui culmine bravement à 80 mètres de hauteur.

J'ai essayé de souligner dans ce rapport pour avis, avec mes collègues, les particularités de la région alpine et de faire des propositions concrètes en matière d'emploi. Il est avant tout primordial que notre stratégie se concentre sur les secteurs stratégiques et, à cette fin, nous proposons notamment la création de pôles régionaux de recherche en y associant les entreprises.

Nous devons également encourager la pluriformation et des formations en adéquation avec le marché du travail. Nous pouvons notamment imaginer des centres de formation spécifique et un centre d'emploi régional multilingue en ligne.

Des réponses spécifiques doivent aussi être apportées aux différents défis, tels que la saisonnalité et la multiactivité.

Pour finir, Monsieur le Président, j'ai souhaité rappeler que la libre circulation des personnes est un prérequis pour atteindre les objectifs de cohésion économique, sociale, territoriale et environnementale, notamment pour les travailleurs transfrontaliers.

Renata Briano, *relatrice per parere della commissione per l'ambiente, la sanità pubblica e la sicurezza alimentare*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, i temi ambientali sono trasversali a molte discipline: è questo il pensiero che sta alla base del parere della commissione ENVI. Basti pensare alle relazioni tra biodiversità, turismo, agricoltura, gestione forestale e allevamento, tra inquinamento, industria, trasporti, energia ed economia circolare.

Nella macroregione è necessario porre più attenzione alle zone di montagna, spesso trascurate rispetto alle aree urbane, conciliando ambiente e sviluppo economico e sociale nell'aria alpina, un'area ricchissima di risorse naturali, di cultura e di tradizioni. La lotta ai cambiamenti climatici ha ripercussioni positive nelle zone alpine perché oggi assistiamo, purtroppo, alla riduzione dei ghiacciai e alle piogge torrenziali che causano frane e inondazioni. È fondamentale combattere l'abbandono del territorio perché il presidio rappresenta un importante strumento contro il dissesto idrogeologico.

In quest'area, e non solo, l'Europa dovrebbe dimostrare maggiore elasticità, anche perché le rigidità burocratiche poco si adattano a queste piccole realtà. Mi congratulo con la relatrice Bresso per il lavoro svolto e per aver ripreso molti temi che abbiamo votato ad ampia maggioranza in commissione Ambiente.

Daniela Aiuto, *relatrice per parere della commissione per i trasporti e il turismo*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, in quanto relatrice per parere della commissione Trasporti, io esprimo il mio disappunto sia in relazione al metodo che ha adottato la relatrice nella stesura della relazione finale sia riguardo ad alcuni contenuti importanti approvati nelle commissioni responsabili per parere ma non presenti nel testo finale.

Quanto al metodo, la relatrice ha deciso di non voler includere nella relazione nessun elemento così come approvato nelle altre commissioni, ha ritenuto di voler riformulare il tutto in maniera autonoma. Ritengo che ciò non sia rispettoso del lavoro svolto da ognuno di noi, lavoro che è condiviso tra i vari gruppi politici per la commissione di riferimento. Vi invito pertanto a prendere in seria considerazione gli emendamenti che verranno votati domani e che contengono proprio i punti provenienti dai testi dei diversi pareri e che non sono stati considerati dalla relatrice.

In questi emendamenti abbiamo riproposto temi quali la necessità di garantire l'accesso dei cittadini ai documenti relativi alle opere finanziate con fondi pubblici, abbiamo chiesto di considerare la salute pubblica e l'ambiente motivi prioritari sulla cui base garantire l'accesso agli atti, abbiamo chiesto anche di non avviare né finanziare nuovi progetti relativi a infrastrutture di trasporto, finché le infrastrutture esistenti continuano a non essere sfruttate appieno.

La commissione Trasporti aveva anche richiesto di non finanziare infrastrutture che comportano un rischio evitabile e sproporzionato per l'ambiente, le risorse naturali o la salute pubblica. Come non pensare, quindi, alla Torino-Lione, opera che è stata costantemente respinta e rifiutata dalle popolazioni locali, mai interpellate e mai tenute in considerazione nelle decisioni finali. In commissione Trasporti chiedevamo infatti di promuovere le consultazioni pubbliche per rispettare la volontà dei cittadini e non dover creare nuove grandi opere inutili che danneggiano irrimediabilmente la salute e l'ambiente e che alimentano corruzione e infiltrazioni mafiose.

Ulrike Müller, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Landwirtschaftsausschusses*. – Herr Präsident! Die Landwirtschaft ist die Grundlage für einen lebendigen Alpenraum, wie wir ihn in vielen Ländern kennen und schätzen. Somit legt auch die Land- und Forstwirtschaft die Grundlage für eine erfolgreiche Umsetzung der EU-Strategie für den Alpenraum. Nur mit funktionierender Land- und Forstwirtschaft gelingt es uns, Kulturlandschaft zu pflegen, Artenvielfalt zu schützen und einen attraktiven Lebensraum für unsere jungen Familien zu erhalten, um Landflucht vorzubeugen.

Demzufolge müssen wir sorgsam mit unseren Ressourcen umgehen und das Eigentum bäuerlicher Familien schützen. Die Alpenstrategie mit dem vernetzten Ansatz erkennt die Notwendigkeit, gezielt auf die Bedürfnisse der Regionen einzugehen. So stärken wir Handwerk, Tourismus, Mobilität und erhalten den Alpenraum als Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum.

Ich bedanke mich bei allen Kollegen, denn es ist uns gemeinsam gelungen, die wesentlichen Kernpunkte zur Weiterentwicklung des Alpenraums aufzugreifen.

Krzysztof Hetman, *w imieniu grupy PPE.* – Panie Przewodniczący! Chciałbym bardzo serdecznie podziękować pani poseł Mihaylovej za zwrócenie uwagi swoim sprawozdaniem na europejską współpracę terytorialną. Europejska współpraca terytorialna to – według mnie – kwintesencja tego, czym jest Unia Europejska. Historia europejskiej współpracy terytorialnej to sukces wszystkich, którzy demonstrują wartość wspólnego działania ponad granicami. To sukces beneficjentów, którzy zostawili po sobie tysiące projektów i dobrych praktyk.

Szczególnie ważne są programy transgraniczne. Są one dowodem na to, jak ważne jest oddziaływanie na obszarach przygranicznych Unii Europejskiej, a także państw trzecich. To wciąż właśnie na terenach przygranicznych musimy budować odpowiedni poziom zaufania i partnerstwa po każdej stronie granicy. Pamiętajmy także, że obszary transgraniczne to obszary peryferyjne, którym powinniśmy się w szczególności przyglądać, zajmować nimi oraz je wspierać.

Musimy zagwarantować również, aby po roku 2020 europejska współpraca terytorialna miała odpowiednio wysoki budżet, aby zwiększyć skuteczność i efektywność tych instrumentów. Potrzebujemy także większej elastyczności we wdrażaniu europejskiej współpracy terytorialnej, a przede wszystkim więcej zaufania na każdym poziomie zarządzania i wdrażania europejskiej współpracy terytorialnej.

Viorica Dăncilă, *în numele grupului S&D*. – Domnule Președinte, doamnă comisar, politica de coeziune și, implicit, cooperarea teritorială reprezintă mâna vizibilă a pieței unice, care urmărește să asigure o dezvoltare echilibrată și durabilă a regiunilor Uniunii Europene. Ea favorizează integrarea economică în țările Uniunii Europene și permite îmbunătățirea poziției competitive a economiilor regionale, furnizând bunuri publice europene pe care piața nu le poate asigura. Fiecare teritoriu european are propriul său rol și poate, și trebuie să devină o sursă de dezvoltare în sine printr-o repartizare echitabilă a activităților economice. Analizele economice recente confirmă această abordare prin numeroase studii care demonstrează faptul că geografia contează și că politica regională poate schimba lucrurile. Un element esențial pentru reușită îl reprezintă implicarea guvernelor naționale, regionale și locale în strategii fundamentale și în crearea unor rețele care depășesc granițele fizice și politice naționale. Chiar dacă nu există o rețetă universală pentru această cooperare și pentru politica de dezvoltare regională, principii precum parteneriatul, transparența, subsidiaritatea și participarea societății civile se îmbină armonios, iar consolidarea parteneriatelor dintre sectorul public și cel privat permite eficientizarea descentralizării și implicării active a întregii societăți. Pe de altă parte, trebuie subliniat rolul întreprinderilor mici și mijlocii care au generat 58 % din valoarea adăugată din sector. În acest context, consider esențială o cooperare eficientă între Comisie și statele membre pentru a sprijini proiectele de formare antreprenorială în rândul femeilor și tinerilor din mediul rural, IMM-uri care vor contribui la crearea de locuri de muncă, dezvoltarea de servicii noi, precum și creșterea veniturilor și evitarea depopulării acestor zone. Pe de altă parte, nu trebuie să uităm faptul că regiunile Europei sunt nevoite să se adapteze presiunilor economiei globale. Schimbările climatice reprezintă o amenințare pentru unele sectoare și o oportunitate pentru altele, iar modificările demografice și îmbătrânirea populației impun noi politici pe piața forței de muncă. Atâta timp cât Uniunea Europeană are aspirații, trebuie să aibă și o politică de coeziune adecvată care să permită îndeplinirea acestora. Unul din lucrurile la care aspirăm cu toții este progresul comun într-o Europă reunificată. La urma urmei, regiunile, zonele și orașele noastre sunt cele care realizează investițiile, implementează politicile naționale și comunitare și aplică legislația în Uniunea Europeană. De aceea, ele trebuie să nu rămână deoparte ca niște simpli spectatori, ci trebuie să reprezinte parteneri viabili.

Ruža Tomašić, *u ime kluba ECR*. – Gospodine predsjedniče, mala i srednja poduzeća čine kralježnicu europske ekonomije pa je jačanje njihove konkurentnosti od iznimne važnosti za gospodarski rast i smanjenje nezaposlenosti. Još nikad nisam čula političara koji je protiv rasta konkurentnosti, ali velika većina njih svojim idejama i potezima onemogućava taj proces, jer na poduzetnike stavljaju preveliko porezno i administrativno opterećenje.

Prekomjerna regulacija tržišta kojoj često pribjegava i ovaj dom može samo onemogućiti mala i srednja poduzeća u njihovom rastu, jednako kao visoki porezi iz kojih se onda financiraju predimenzionirane ili čak sasvim nepotrebne javne politike.

Mala i srednja poduzeća će biti konkurentnija ako se politika bude manje miješala u njihov rad i oslobodi im prostor regulatornom giljotinom i smanjenjem poreznog opterećenja. Zato, svesrdno podržavam program REFIT koji zasad vrlo uspješno otklanja regulatorne barijere. Nažalost, uspostava jedinstvenog tržišta nije ih sama po sebi otklonila, nego smo u mnogim industrijama nacionalnoj regulaciji samo dodali onu europsku i tako zapravo povećali regulatorni teret.

Slažem se da moramo povećati iskorištavanje sredstava iz fondova, ali pritom moramo imati na umu kako mikro, mala i srednja poduzeća, naročito iz novijih država članica, često nemaju potreban kapacitet. Zato je potrebno maksimalno pojednostavniti pravila i procedure kako bi novac lakše stizao onima kojima je namijenjen. U protivnom će ga koristiti uglavnom poduzeća iz razvijenijih regija i država članica, što nikako nije u skladu s našim kohezijskim ciljevima.

Petras Auštrevičius, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, for the European Liberals, SMEs have always been the key driver for the EU's growth, development and job creation. In the EU we are dealing with about 23 million SMEs which make up around 99% of all businesses and generate two in three private-sector jobs. I believe these figures are more than enough to expect that the EU authorities make every effort to simplify common rules and measures, foster synergies of different programmes, boost diversification of sources for SMEs and strengthen policy coordination. Also, the cultural gap needs to be bridged between the Structural Fund procedures and SMEs' daily business practices in different countries and the regions.

The EU Cohesion Policy has never had an easy life. Since its inception, the criticism has been rather constant. However, we all know what a huge impact for growth and development the European Structural and Investment Funds had and have for many EU Member States. And again, to invite money is no longer an option. The only way to meet and empower this important EU investment instrument is to think, talk and act for effective and innovative employment of public resources, which would bring maximum impact and added value. Still too much of EU cohesion money is deposited in the concrete; still too little is aimed at innovations.

Martina Michels, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! Frau Kommissarin, Kolleginnen und Kollegen! Die vorliegenden Berichte fassen zweifellos wichtige Erfahrungen bei der Umsetzung der Regionalpolitik zusammen, die es aber jetzt konkret umzusetzen gilt. Das betrifft Fragen der Vereinfachung für regionale Verwaltungen, KMU und kleinere Projekte, engere grenz- und themenübergreifende Zusammenarbeit, größere Entscheidungskompetenzen vor Ort und letztlich mehr Bürgernähe.

Von besonderer Bedeutung wäre allerdings das Ende einseitiger Sparpolitik, denn sie ist die größte Bedrohung der Kohäsions- und öffentlichen Investitionspolitik. Und es ist doch absurd, mit dem Einfrieren von Strukturfondsmitteln zu drohen, wenn Länder wie Portugal oder Spanien sowieso kaum Investitionsspielraum haben. Schließlich gefährden die massiven Kürzungsvorhaben am EU-Haushalt 2017 gerade im Bereich Kohäsionspolitik den Erfolg aller Bemühungen um die Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa. Eine neue soziale Säule à la Juncker klingt gut, aber das einzige vorhandene Instrument, mit dem die EU solidarische Politik betreibt, nämlich die Kohäsionspolitik, dürfen wir nicht im gleichen Atemzuge beschneiden.

Michèle Rivasi, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, ce rapport devrait normalement avoir pour but de promouvoir le développement durable dans la région alpine et il manque réellement d'ambition sur le plan écologique au niveau des transports et du développement des énergies renouvelables.

Nous resterons inflexibles sur les grands projets d'infrastructures, et le Lyon-Turin en particulier. Si nos amendements ne sont pas acceptés, nous refuserons d'adopter ce rapport. Nous demandons à ce qu'il ne soit plus possible de lancer un projet d'infrastructure s'il existe déjà une infrastructure qui est sous-exploitée, et c'est le cas pour le Lyon-Turin.

En France même, nous en avons eu la confirmation récemment par la Cour des comptes et par le président de la SNCF, qui pensent que le Lyon-Turin est une gabegie totale.

Les écologistes se battent depuis des années contre le Lyon-Turin, qui est la répétition en six fois plus cher du Perpignan-Figueras.

Le Perpignan-Figueras avait déjà coûté 25 millions d'euros le kilomètre; le Lyon-Turin coûtera 200 millions d'euros!

Aujourd'hui on voit que la ligne Perpignan-Figueras est en faillite et on découvre dans le rapport financier de la SNCF que les prévisions voyageurs ont été surévaluées de 85 % et celle du fret de 92 %.

Au final, ce sont les contribuables qui payent l'addition aux banques, alors que l'Union européenne, la France et l'Espagne ont apporté 58 % du budget.

Nous réclamons une gestion saine des deniers publics, nous sommes pour le report modal, bien sûr, immédiat qui désengorgera les vallées alpines de la pollution des poids lourds, mais nous proposons des solutions moins chères et plus faciles à mettre en œuvre pour lesquelles il est parfaitement possible d'utiliser les infrastructures ferroviaires existantes.

Julia Reid, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, cohesion or regional subsidy is too often a means to throw good taxpayers' money after bad. In the real world, to help SMEs to deliver growth you have to make markets work and make them deliver high quality competitive products and services from satisfied, well-paid workers. You put the role of the market centre stage but only as a vehicle to deliver prosperity, not as an ideological end in its own right.

Getting markets to operate in the general or public interest is one of the most vital, yet difficult, tasks of politicians. We have to recognise the massively damaging consequences of all cartels and oligopoly, and of private monopoly and state control – in short of cronyism at taxpayers' expense. There is little or nothing in these reports which shows any understanding of this. What is required is not cronyism, but proper competition which is not rigged or manipulated. That has to mean lots of players in the market, none of whom is able to achieve dominance. Dominance does not just mean monopoly. It also means a small number of big players effectively operating as a cartel.

As usual, the EU starts with worthy intentions but, because it does not understand the nature of the problem, it will waste money, achieve little and probably make the situation worse. That is why my country has voted to leave.

Olaf Stuger, *namens de ENF-Fractie*. – Afgelopen week kwam de Europese Rekenkamer met een niet al te verrassend verslag over Moldavië. In de afgelopen jaren is in dat kleine landje 780 miljoen euro in rook opgegaan. Voorzitter, hoe kan het nou zijn dat een land dat elk jaar weer een dikke onvoldoende scoort op de corruptie-index, beloond wordt met miljoenen euro's aan geld? En dan kunnen we hier wel praten over innovatiestrategieën, maar laten we nou eens kijken naar hoe innovatief om te gaan met het besteden van belastinggeld en geen geld meer geven aan zwaar corrupte landen. Want voorzitter, elk jaar komen tientallen keren berichten binnen over gesjoemel met belastinggeld zonder dat dat bestraft wordt. En daarom vraag ik u, uit naam van de belastingbetaler: wanneer stopt dit?

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η αποκαλούμενη οικονομική συνοχή εντός της Ένωσης δεν είναι υπαρκτή παρά μόνο στα γραφεία και στους διαδρόμους των ευρωπαϊκών οργάνων αλλά ακόμη και αυτό χρειάζεται πολύ συζήτηση. Σημαντικότατος τομέας στον οποίο θα έπρεπε να υπάρχει στήριξη και προώθηση της καινοτομίας είναι οι μικρές και μεσαίες επιχειρήσεις. Ουσιαστικά, μόνο χάρη σε αυτού του είδους τις επιχειρήσεις υπάρχει το σημερινό επίπεδο διαβίωσης που, παρά τις τεράστιες διαφορές από χώρα σε χώρα, είναι πολύ καλύτερο από αυτό των αναπτυσσομένων χωρών. Δεν μπορούμε να μιλάμε για στρατηγικές που θα δημιουργήσουν τη βάση γνώσης για βιώσιμη ανάπτυξη και υψηλής ποιότητας θέσεις εργασίας όταν πολλές από τις λάθος πολιτικές της Ένωσης έχουν οδηγήσει σε πτώση του βιοτικού επιπέδου, ειδικά στις χώρες του Νότου, με υποαπασχόληση και κατώτατο μισθό πείνας. Μάλιστα συμφωνίες, όπως η TTIP, θα είναι καταστροφικές για τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις. Η γενικότερη κατεύθυνση είναι λανθασμένη. Πάλι θα δώσετε επιχορηγήσεις με κριτήρια που μικρή σχέση έχουν με την πραγματικότητα και τις ανάγκες της αγοράς, με δαιδαλώδεις γραφειοκρατικές διαδικασίες, που σε μεγάλο βαθμό θα τις εισπράξουν οι συνήθεις ύποπτοι. Εάν θέλετε πραγματικά συνοχή της οικονομίας της Ένωσης τότε απαιτείται να λάβουμε μέτρα. Θεσπίστε ενιαίο βασικό μισθό, θεσπίστε ενιαίους φορολογικούς συντελεστές, δίκαιους για όλους, και καταργήστε τις επιδοτήσεις ώστε να εξοικονομηθούν πόροι για την αύξηση των μισθών και για να αναπληρωθούν οι όποιες φορολογικές απώλειες. Να είστε σίγουροι πως έτσι οι επιχειρήσεις θα αναπνεύσουν και θα μπορέσει να επιτευχθεί σημαντικός ρυθμός ανάπτυξης. Όμως, για να ληφθούν τέτοια μέτρα, θα έπρεπε η Ένωση να ενδιαφέρεται πραγματικά για υγιείς επενδύσεις και το καλό των εργαζομένων και των ελεύθερων επαγγελματιών και όχι για την εξυπηρέτηση των συμφερόντων των κεφαλαιοκρατών και των πολυεθνικών.

Claudia Schmidt (PPE). – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Anfänglich möchte ich mich bei der Berichterstatterin, Frau Bresso, für die gute und meiner Ansicht nach sehr erfolgreiche Zusammenarbeit beim Bericht „EU-Strategie für den Alpenraum" bedanken. Wir haben einen gelungenen Bericht auf die Beine gestellt, und es ist mir ein Anliegen, einige Punkte heute hier anzusprechen.

Jeder, der sich mit diesem EUSALP-Bericht auseinandergesetzt hat, weiß, dass dieser Auswirkungen auf den Lebensraum von 80 Millionen Menschen in 48 Regionen und in 7 Ländern hat. Bei einem Bericht mit einer solchen Tragweite gibt es meiner Meinung nach keinen Platz für links-grüne Phantasien. Der Schutz und der nachhaltige Umgang mit unserer Natur und Umwelt sind selbstverständlich wichtig und erstrebenswert; jedoch dürfen die Menschen bei der Verfolgung dieses Zieles nicht auf der Strecke bleiben. An einer noch so schönen alpinen Landschaft kann sich der Einheimische zwar erfreuen – wenn er jedoch vor Ort keinen Arbeitsplatz bekommt oder andere Umstände ihn zwingen, aus seiner Heimatregion abzuwandern, ist der Preis, der für Natur und Umwelt bezahlt wird, ein zu hoher.

Aus diesem Grunde ist es wesentlich, den Menschen dieser Regionen zu ermöglichen, in ihrer Heimat zu bleiben. Und dies gelingt nur durch Unterstützung und Investitionen: finanzielle Unterstützung für die Wirtschaft, für mehr Arbeitsplätze, für grenzüberschreitenden Verkehr, für den Ausbau des Internets, für einen wirtschaftlich starken alpinen Lebensraum, in dem es auch künftigen Generationen möglich sein soll, zu leben und zu arbeiten.

Liliana Rodrigues (S&D). – Senhor Presidente, gostaria de felicitar a senhora relatora Mihaylova pelo documento final sobre a Cooperação Territorial Europeia. De facto, alcançámos melhorias na conectividade, na mobilidade, na acessibilidade, na transferência de conhecimentos, na criação de novas parcerias e na gestão de riscos nas respostas às catástrofes.

Portugal foi fustigado pelos incêndios e arderam mais de cem mil hectares. Na minha região – a Madeira, uma região ultraperiférica – arderam quase seis mil hectares e o fogo desceu ao centro urbano do Funchal, consumindo cerca de 23 % do seu território. Tivemos mil deslocados e quinhentos desalojados, três pessoas morreram e temos agora 23 % do nosso território na capital da Madeira ardido. Os prejuízos ascendem a 61 milhões de euros.

54 % da área total ardida da União Europeia foi em Portugal. Quanto tempo estima a Comissão ser necessário para ajudar o meu país? Não posso deixar de agradecer aos países que nos ajudaram – Itália e Espanha, e também Marrocos e a Rússia.

Iremos aprovar este relatório pedindo maior respeito pelas regiões, aquelas que estão estruturalmente em desvantagem, dando espaço ao poder local e regional através, particularmente, do ITI e do CLLD.

Neste sentido, continuo sem compreender a obstinação desta Comissão em ameaçar Portugal com sanções através dos fundos europeus, que afetam fortemente o país e as suas regiões.

Remo Sernagiotto (ECR). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io intervengo con molto piacere, perché la relazione sulla strategia alpina – e ringrazio la relatrice, l'onorevole Bresso – è una relazione attenta a due grandi questioni: tiene conto di una macroarea di ottanta milioni di cittadini, l'area a Nord e a Sud delle Alpi, che si è sviluppata con uno sviluppo che possiamo definire di un tempo andato, se vogliamo, e, in mezzo, questa straordinaria area alpina, utile all'intera Europa, ma così fragile, così difficile. Pensate che solo lo spopolamento in quei territori degli ultimi dieci-quindici anni è pari al 40%.

È un'area che, se non abbiamo l'attenzione dovuta rispetto alle infrastrutture attive che a Nord e a Sud delle Alpi producono ricchezza, benessere e sviluppo, attenzione all'ambiente, a tutto quello che stiamo introducendo, quelle stesse infrastrutture, quando attraversano quella regione così fragile, diventano strutture passive.

E là dove lo spopolamento è dovuto a una terra difficile da lavorare, un'area molto difficile da sviluppare – ma nello stesso tempo un'area importantissima – noi ci ritroviamo a dover garantire un reddito a quei territori, perché in futuro ci sia popolamento, non spopolamento.

La possibilità di popolare quelle aree è data da una strategia come quella che approveremo domani, che stiamo discutendo questa sera, capace di poter fornire un reddito aggiuntivo a quei territori, dove lo spopolamento non è dovuto all'amore che manca rispetto a quella terra – che c'è ed è forte, l'amore – ma perché è impossibile, così, in queste condizioni.

Io ogni tanto sento parlare di infiltrazioni criminali – uso questo termine per non usare termini molto italiani. Io credo che noi dovremmo invece pensare allo sviluppo, poi ci sono gli strumenti, le persone incaricate di controllare il buon esito dello sviluppo, però lo sviluppo è necessario.

Matthijs van Miltenburg (ALDE). – Investeringen zijn de basis voor groei en werkgelegenheid en daarom investeert de Europese Unie ook miljarden in onderzoek en ontwikkeling. Daarom investeren we in kansen voor de toekomst, maar een investering in innovatie levert niet automatisch een nieuwe baan op. Daarvoor is samenwerking nodig tussen het bedrijfsleven, kennisinstellingen, overheden en maatschappelijke instellingen. En dat is nou precies wat we voor ogen hebben bij die zogenaamde slimme-specialisatiestrategieën. De ervaringen met die strategieën zijn tot nu toe positief. Dat is heel mooi, maar het kan natuurlijk altijd beter. Daarom twee punten: Ten eerste is niet elke regio hetzelfde. Daarom roep ik regio's op om niet elkaars succesmodellen te gaan kopiëren. Ga uit van je eigen kracht. Ga uit van je eigen mogelijkheden en baseer de regionale innovatiestrategie daarop. Baseer die dus op de eigen specifieke krachten en de eigen specifieke behoeften in de regio. Tweede punt: slimme specialisaties kunnen echt een enorme impuls geven aan nieuwe innovaties en economische groei in de regio's. Maar dan is het wel zaak dat de Europese Unie samen met nationale overheden ook die lokale en regionale partners voldoende financiële middelen geeft om te kunnen investeren op basis van die slimme-specialisatiestrategie. Alleen op die manier kunnen we een sprong maken naar een sterker en een competitiever Europa.

Curzio Maltese (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, stiamo sprecando 26 miliardi per costruire una nuova Torino-Lione, al posto di una rete già esistente perfettamente in grado di sbrigare il traffico commerciale. In Italia, si sono sprecati quasi 6 miliardi per costruire il Mose, un sistema di dighe mobili che non serve a proteggere Venezia dalle acque, ma è servito ad arricchire dei corrotti. Si sono trovati invece solo 509 euro per la sicurezza del campanile di Accumuli, un paese del terremoto italiano, che è crollato uccidendo una famiglia.

Le nostre regioni alpine non trovano da anni i fondi per mettere in sicurezza i fiumi, le montagne devastate dalla speculazione, e ogni anno le alluvioni e le frane diventano sempre più catastrofiche. I politici visitano i luoghi delle sciagure e promettono che non accadrà mai più e sanno di mentire. Tutto questo continuerà fino a quando non archivieremo la politica sciagurata delle grandi opere inutili per destinare il denaro pubblico al vero interesse comune, che è la tutela soprattutto della vita dei cittadini, dei territori e dei corsi d'acqua.

Per questa ragione vi invito a votare gli emendamenti alla relazione Bresso che sostengono il finanziamento di progetti trasparenti, la tutela delle fonti d'acqua pubbliche, che devono rimanere pubbliche, e contro l'assurdità e lo spreco della Torino-Lione.

Ernest Maragall (Verts/ALE). – Señor Presidente, apoyaremos el informe sobre las RIS3, pero permitan que, desde esta valoración positiva, aporte algunos elementos de puesta al día que nos parecen adecuados para que la Comisión los incorpore a partir de la revisión intermedia. Uno: más región, menos Estado, en la definición y gestión de los programas, más y mejor relación directa entre Comisión y regiones. Dos: mayor atención y prioridad a los proyectos de pequeña escala y a la penetración real en los tejidos productivos de cada región, definidos casi siempre por las pequeñas y medianas empresas. Tres: atención al riesgo de la conversión gradual de las RIS3 en una mera expectativa de mayores ingresos que los Estados miembros quieran recuperar del presupuesto de la Unión Europea. Hay que reforzar, pues, los mecanismos de evaluación y acompañamiento. Cuatro: nuevos acentos en el sentido territorial y sectorial. Ciudades y áreas metropolitanas deben asumir un rol explícito y protagonista. Hay que poner énfasis en la conexión de programas regionales con estrategias centrales europeas, en especial con la referida a la transición energética, la economía circular y el cambio climático. Cinco: especialización no quiere decir trabajar en solitario. La innovación relativa, poner en contacto útil las regiones más avanzadas con las que intentan recuperar posiciones, debe ser un elemento central del programa. Solo así evitaremos que ese programa acabe aumentando las disparidades entre regiones que aún hoy caracterizan negativamente a la Unión Europea. Y seis: precaución en la introducción de nuevos instrumentos financieros, *grants to loans*, si no queremos caer en la contradicción de convertir la rentabilidad en criterio único de un programa que debe ser, cada vez más, el eje de una genuina política pública europea orientada a la reducción de desequilibrios y a la convergencia económica entre sus regiones.

Beatrix von Storch (EFDD). – Herr Präsident! Wir sprechen heute über die Kohäsionspolitik. Das bedeutet: Mit Subventionen will die EU die wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Regionen ausgleichen. Seit 1988 sind so über 1 000 Milliarden Euro schon umverteilt worden, 350 Milliarden sollen bis 2020 noch dazukommen.

Ich halte das für Hohn, dass die Europäische Union nun den kleinen und mittelständischen Unternehmen sagt, sie mit 140 Milliarden Euro fördern zu wollen. Es sind diese kleinen und mittelständischen Unternehmen, es sind diese KMU das Rückgrat unserer Gesellschaft. Sie erwirtschaften erst die Mittel, die hinterher umverteilt werden, die man ihnen aus der rechten Tasche herauszieht, um sie in die linke zum Teil wieder hineinzustecken.

Stoppen wir die Umverteilung! Stoppen wir diese Kohäsionspolitik! Stoppen wir sie jetzt und sorgen wir lieber dafür, dass die KMU – gerade die KMU – von überflüssigem steuerlichen und bürokratischen Ballast befreit werden – das könnte ein echter Mehrwert sein.

Mireille D'Ornano (ENF). – Monsieur le Président, élue du sud-est de la France, je suis très attachée à la préservation du deuxième plus grand bassin de biodiversité en Europe que constitue la région alpine.

Depuis 25 ans, je défends la qualité de vie des populations et le respect de l'environnement. Je n'ai pas hésité à dénoncer, à ce titre, le projet de ligne Lyon-Turin. Même si l'Union européenne finance ce projet au coût démesuré, la stratégie alpine a quant à elle le mérite de défendre une gestion durable des forêts et des écosystèmes ainsi que la coopération transfrontalière dans la gestion des risques climatiques et hydrogéologiques.

De même, le maintien des cultures et des élevages en montagne, la lutte contre l'exode rural et la consommation de produits locaux sont une priorité.

Cela étant, l'Union européenne doit respecter le rôle des collectivités locales ainsi que des coopérations internationales comme la convention alpine de 1991, qui rassemble plusieurs pays, dont la Suisse, qui n'est pas dans l'Union.

Enfin, en un mot, restons vigilants face aux stratégies d'intégration macrorégionales de l'Union européenne, qui visent à supplanter à terme le cadre d'actions nationales et locales.

Joachim Zeller (PPE). – Herr Präsident! Frau Kommissarin, die heutige gemeinsame Aussprache zu gleich vier Berichten zur Kohäsionspolitik zeigt nochmal deutlich, wie vielfältig dieses zentrale Politikfeld der Europäischen Union sein kann, wenn die Maßnahmen im Rahmen der Kohäsions- und Strukturpolitik zielgerichtet und zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt werden.

Ich möchte nochmal Bezug nehmen auf den Bericht zur europäischen territorialen Zusammenarbeit. Eines der Prinzipien der Europäischen Union ist die Freizügigkeit – die Grenzen sind physisch nicht mehr für die Menschen erlebbar, das ist gut so. Sie können zusammenkommen, sie können zusammenarbeiten, und gerade in den Grenzregionen, die oftmals zu den nicht gerade entwickelten Regionen innerhalb eines Mitgliedstaates gehören, kann das von Vorteil sein. Die Europäische Union unterstützt das seit 25 Jahren mit dem Interreg-Programm, aber europäische territoriale Zusammenarbeit geht noch weiter.

Es gibt dafür eine eigene Verordnung, es gibt Mittel dafür, und wir haben mit dem Rechtsinstrument des Europäischen Verbundes zur territorialen Zusammenarbeit auch die Möglichkeit geschaffen, dass institutionell über noch bestehende Staatsgrenzen hinweg zusammengearbeitet werden kann. Leider müssen wir feststellen, dass oftmals aus den Hauptstädten heraus, aus nationalem Egoismus, diese Arbeit in den Grenzregionen blockiert wird, dass das eigene Rechtssystem, das oftmals noch nicht an das der Nachbarstaaten angeglichen ist, höher gehalten wird als die territoriale Zusammenarbeit. Ich glaube, hier müssen wir noch weiter arbeiten, und ich hoffe, dass beim nächsten Kohäsionsbericht die territoriale Zusammenarbeit auch wieder einen Stellenwert findet – im sechsten Kohäsionsbricht.

Derek Vaughan (S&D). – Mr President, I would like to thank the rapporteurs, as well as the Commissioner for her contribution. I certainly welcome these reports we are discussing this evening and I want to concentrate on the reports on research and innovation and SMEs.

Traditionally, we have focused our investment in cohesion funds on infrastructure, training and job creation, but we should not neglect the opportunities to also invest in research and development. One way of doing this would be to use structural funds and Horizon 2020 funds together. This does happen, but of course that are many obstacles in the way. We should be looking to make it easier to use those funds together; I think our own regulations can help in terms of improving simplification and bringing the regulations of the two funds closer together.

We should also be making it easier for SMEs to access structural funds. I am sure we have all heard complaints from SMEs in our own regions. Many SMEs do benefit from structural funds, through capital investments and through training programmes, etc., but again I believe we can do even more on this. Once again, our own regulations can help with that.

I just wanted to conclude by saying that I understand that there are many critics of cohesion policy – and we have heard some critics here tonight – but I think sometimes we can be far too negative. Cohesion policy is a huge success story; you only have to look at the figures, the jobs created, the businesses created, in your own regions, to know it is a success story. I wish sometimes that colleagues would be more positive about it.

Arne Gericke (ECR). – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissarin! In der heutigen Kohäsionsdebatte diskutieren wir auch die künftige EU-Alpenstrategie. Zwei Punkte sind mir wichtig, die ich im Rahmen der Familienpartei erfolgreich über die EKR eingebracht habe: Demografie und Geburtshilfe. Die Zukunft für die Alpenregion ist mehr als bloß Ökonomie und Ökologie. Dritte Säule ist die Demografie, denn Zukunft braucht Wachstum, braucht Nachwuchs. Zweitens die Geburtshilfe: Überall da, wo Nachwuchs kommen soll, braucht es Hebammen. Und das ist in alpinen Regionen nicht einfach. Das habe ich für meine Familienpartei auch eingebracht. Wie aktuell das ist, zeigt das Aus vieler Hebammen und Geburtsstationen, sei es in Illertissen oder in Sterzing.

Mein Dank gilt auch den Freunden der Südtiroler Bürgerunion. Ihre Petition zum Erhalt der Geburtshilfe in Bergregionen unterstreicht die Notwendigkeit meiner Forderung. Kämpfen wir gemeinsam für Hebammen, kämpfen wir für das Recht unserer Mütter auf sichere Geburt!

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, poštovana gospođo povjerenice, poštovane kolegice i kolege, dozvolite mi da danas naglašavajući niz iznimno zanimljivih tema koje imamo na dnevnom redu, kada govorimo o regionalnoj i kohezijskoj politici, istaknem činjenicu da su naša predsjednica Odbora za regionalni razvoj, gospođa Mihaylova i naša članica gospođa Bresso ponudile odlične izvještaje.

Naročito, i tema koja govori o konkurentnosti srednjih i malih poduzeća je tema koja nam je iznimno važna, iznimno bitna, pogotovo za nas liberali, ali i kao što čujem za sve ostale ovdje u ovoj auli. Kao izvjestitelj za Jadransko-jonsku makroregiju htio bih iskoristiti priliku i uključit se u raspravu oko Alpske makroregije, odnosno alpske strategije Europske unije.

I tu želim istaknuti jedan globalni problem, problem koji je vezan za sve strategije. Imamo povijesna tri NE. NE za novu strukturu kada govorimo o makroregijama, NE za za financiranje makroregija, dakle ne nova sredstva, i imamo isto tako NE novi propisi. Nastale su makroregije, počele su funkcionirati, i Baltička i Dunavska, Jadransko-jonska je tu i Alpska je sada tu. Mi trebamo ipak revidirati ova povijesna tri NE i vidjeti kako da ove makroregije zaista zažive do kraja.

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL). – Κυρία Επίτροπε, τα τελευταία χρόνια έχουν αυξηθεί πολύ οι ανισότητες, τόσο οι κοινωνικές όσο και οι περιφερειακές, γεγονός που υπονομεύει τη συνοχή της ίδιας της Ευρωπαϊκής Ένωσης και γίνεται αιτία να αυξάνεται όλο και περισσότερο ο αριθμός των πολιτών οι οποίοι δεν βλέπουν στην Ευρωπαϊκή Ένωση την εκπλήρωση των προσδοκιών τους, ιδίως στις χώρες του Νότου. Αυτό σημαίνει ότι η πολιτική συνοχής πρέπει να ενισχυθεί και όχι να αποδυναμωθεί, γιατί τα τελευταία χρόνια παρατηρούμε αποδυνάμωση. Επίσης πρέπει να αλλάξουν τα κριτήρια έτσι ώστε τα χρήματα από την πολιτική συνοχής και περισσότερα να γίνουν και να πάνε εκεί που υπάρχει μεγαλύτερη φτώχεια, μεγαλύτερη ανεργία, μεγαλύτερες κοινωνικές ανισότητες, μεγαλύτερη αποεπένδυση. Και φυσικά χρειάζεται για τη χώρα μου, την Ελλάδα, που τις τελευταίες μέρες έχει υποστεί μια μεγάλη φυσική καταστροφή με νεκρούς, με πλημμύρες, με καταστροφές, να κινηθεί επειγόντως και ταχύτερα το Ταμείο Αλληλεγγύης με βάση τους προβλεπόμενους κανονισμούς.

Mario Borghezio (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, esprimo l'appoggio convinto di noi della Lega a questa relazione, a questa strategia EUSALP fortemente voluta dalle regioni del Nord del mio paese, e in particolar modo dalla Lombardia.

È una risposta tardiva, certo, ma finalmente una risposta seria e piena di promesse alle tante domande che vengono da queste popolazioni alpine straordinarie, legate al proprio territorio, alla propria identità, magari un po' meno alle grandi opere, ma fortemente ansiose di vedere la mano dell'Europa, la solidarietà dell'Europa, che fino adesso si è vista ben poco, rispetto alle loro esigenze di comunicazione, di produttività, di sostegno all'avvio di diverse attività.

E poi, però, c'è un grosso interrogativo – perché c'è da domandarsi, il Commissario se lo deve domandare, il relatore se lo deve domandare, la relatrice se lo deve domandare – riguardo cioè all'appoggio politico degli Stati membri, per esempio nel nostro paese, dove c'è un governo Renzi che propone una riforma della Costituzione che annulla i poteri delle regioni! E poi vanno a Ventotene – si dovrebbero vergognare! – e poi parlano della Carta di Chivasso: si dovrebbero vergognare! Quindi forte difesa dei diritti e dei poteri locali, delle regioni e dei comuni…

(L'oratore viene interrotto.)

Franc Bogovič (PPE). – Čestitke poročevalkam, spoštovana komisarka.

Kohezijska politika je namenjena prvič, da države in regije z razvojnimi zaostanki te razvojne zaostanke odpravijo, drugič, da usmerjamo razvoj novih tehnologij, naredimo razvojni preboj v državah, in tretjič tudi, da države med seboj povezujemo in ljudi širom po Evropi.

Tudi poročila se nanašajo na ta področja. Naj se dotaknem dveh. Najprej poročila okoli pametne specializacije: v Evropi imamo zelo velik primanjkljaj, da ne znamo vzpostaviti učinkovitega sodelovanja gospodarstva in znanosti, raziskav, inovacij. Zaradi tega je tudi Evropa danes v razvojnem zaostanku.

Bojim se, da tudi uvedba pametne specializacije v nekaterih državah zaostaja, kajti akterji ne razumejo tega pomena. Zato prosim za aktivnost, da se bo to področje kohezije dobro uresničilo tudi v tem programskem obdobju.

Naslednje področje, ki se danes nanaša, je področje za alpsko regijo, strategija za alpsko regijo. Prihajam iz Slovenije, ki tudi predseduje alpski regiji. Skupaj sva bila na prvem sestanku te alpske regije, spoštovana komisarka, in resnično je to priložnost, da države, ki živijo v tem čudovitem prostoru, po eni strani ta prostor očuvajo, po drugi strani pa z gospodarsko aktivnostjo, z deljenjem izkušenj tudi ohranijo življenje in gospodarsko aktivnost v tem območju.

Monika Smolková (S&D) – Vo svojom vystúpení sa chcem venovať malým a stredným podnikom, pretože práve k správe o zvyšovaní konkurencieschopnosti malých a stredných podnikov som v našom výbore REGI podávala aj pozmeňujúce návrhy a sú aj súčasťou návrhu uznesenia.

O tom, aké dôležité sú malé a stredné podniky z hľadiska ekonomiky Európskej únie a z hľadiska tvorby nových pracovných miest a zamestnávania ľudí aj v odľahlých regiónoch a malých sídlach, nemusíme veľa hovoriť, na tom sa všetci zhodneme. Preto je nevyhnutné malým a stredným podnikom na úrovni členských štátov vytvárať také podmienky ako veľkým podnikom. Musia mať rovnaký prístup k štátnej pomoci, musia sa zrovnoprávniť úrokové sadzby ich financovania. Ich zrovnoprávnenie s veľkými podnikmi by bolo rozhodujúcim prvkom pre modernizáciu, rozvoj služieb, poznatkov a vytvárania nových pracovných miest. Za dôležité tiež považujem dôkladnejšie dodržiavanie súčasne platných smerníc, ktoré si okrem iného vyžadujú, aby orgány verejnej správy vykonávali platby v lehote do tridsať dní, čo sa práve pri malých a stredných podnikoch nedodržiava.

Malé a stredné podniky nedisponujú veľkou administratívou, ani si ju nemôžu dovoliť, preto zjednodušenie administratívnej záťaže aj pri čerpaní štrukturálnych fondov musí byť prioritou každej legislatívy na úrovni Európskej únie, ale aj členských štátov. Na záver chcem skutočne poďakovať všetkým spravodajcom za perfektnú správu.

Franz Obermayr (ENF). – Herr Präsident! Es ist durchaus zu begrüßen, dass die Alpenregionen wirtschaftlich gestärkt werden sollen, dass die schienengebundenen Verkehrsnetze als Faktor erkannt werden, und auch der Schutz der dortigen Wasserressourcen ist ganz wesentlich. Für die sensible Alpenregion muss auch der Naturschutz im Fokus stehen. Ob alleine, wie im Bericht vorgesehen, die Ansiedlung von Beutegreifern, sprich Raubvögel und Prädatoren, die Biodiversität sichert, ist schon aus jagdlicher Sicht durchaus diskussionsbedürftig.

Es ist bei diesen Strategien daher ganz wichtig, dass die alpine Kulturlandschaft bearbeitet wird und auch die Tierwelt gepflegt wird, und da sind natürlich auch diejenigen zu beachten, die diese Maßnahmen durchführen. Ich denke da vor allem an unsere Land- und Forstwirte, die letztlich den Erhalt unseres alpinen Kulturraumes sichern. Sie brauchen faire Preise für ihre hervorragenden Produkte und keine Almosen. An sie sollten wir bei dieser Strategie auch denken.

Herbert Dorfmann (PPE). – Herr Präsident! Der Alpenraum ist insgesamt ein komplexes System, durchzogen von Grenzen, politischen Grenzen, und auch durchzogen von schwierigen Verkehrswegen. Der Alpenraum ist ein touristisch wichtiges Gebiet, wenn man nur daran denkt, dass ungefähr hundert Millionen Menschen jährlich im Alpenraum Urlaub machen und diesen Alpenraum damit zum wichtigsten Urlaubsraum in Europa machen. Im Alpenraum gibt es sehr entwickelte Regionen und daneben oft sehr unterentwickelte Regionen, und deswegen ist eine gemeinsame Strategie sehr richtig. Auch eine gemeinsame Verkehrsstrategie und die Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene ist richtig, und dazu braucht es große Investitionen, sowohl am Brenner, wo ich herkomme, als auch an der Fréjus-Linie und auf der Turin-Lyon-Linie, und deswegen bin ich absolut gegen die Änderungsanträge, die hier eingebracht worden sind.

Der Alpenraum ist ein Naturraum; er ist ein Kulturraum; er ist aber vor allem auch ein Wirtschaftsraum. Mein Vorredner hat ja schon gesagt: Im Alpenraum will man wohl offensichtlich mit Gewalt die großen Beutegreifer wieder ansiedeln. Ich denke, wenn man das tut und wenn man hier den Menschen, die dort leben, keine Möglichkeit des Eingriffs gibt, dann verschiebt sich halt dieses sensible Gleichgewicht eindeutig zugunsten des Naturraums, und der Kultur- und Wirtschaftsraum wird darunter leiden. Auch unter diesem Aspekt sollten wir wirklich nachdenken, ob der Alpenraum wirklich Wölfe und Bären überall in allen Regionen braucht.

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, gentile Commissario, prima di tutto vorrei approfittare di questa occasione per ringraziarti della sensibilità e della prontezza che hai mostrato con le tue dichiarazioni nel post-terremoto in Italia centrale, a proposito della disponibilità della Commissione a riprogrammare interventi sulla base delle esigenze di quel territorio duramente e drammaticamente colpito in termini di vite e di strutture.

La politica di coesione deve creare crescita, sviluppo ma soprattutto occupazione. Un benessere stabile e duraturo non può prescindere da un solido tessuto industriale che possa crescere ed espandersi. Le piccole e medie imprese sono alla base di questo tessuto, soprattutto in contesti economici meno sviluppati come il Mezzogiorno d'Italia. Le piccole e medie imprese sono la vera forza trainante dell'economia ed è dunque a loro che deve rivolgersi la politica di coesione.

Ma la realtà, purtroppo, ci dice che i Fondi strutturali non sono ancora a misura di piccole e medie imprese perché ci sono ostacoli importanti da superare. Due su tutti: la burocrazia e l'accesso al credito. Come è ben sottolineato dalla relazione, le piccole e medie imprese incontrano ancora troppe barriere a causa della complessità del sistema di programmazione in tutte le fasi. E poi l'accesso al credito: è fondamentale il sostegno alla politica di coesione dei nuovi strumenti finanziari che consentono alle banche di liberare capitale di vigilanza, ed è ancora più importante che gli amministratori locali abbiano contezza di questi strumenti grazie ai quali le piccole e medie imprese potranno creare sviluppo.

Julie Ward (S&D). – Mr President, first of all a comment on SMEs, which represent the backbone of our economy. We must therefore facilitate their ability to operate and trade across Europe, especially in the creative and media sector. Any strategy on SMEs must include support for cooperatives, social enterprises and alternative business models because these have so much potential for a more ethical way of doing business and can bring about accountability to the private sector. We must also ensure that vulnerable excluded groups have access to entrepreneurship education, particularly women and girls who face greater obstacles and prejudice.

With reference to innovation and the need to build synergies between cohesion policy and innovation strategies, innovation is by definition a cross-cutting concept. So I welcome the efforts to better coordinate funding tools that are crucial for the sustainable development of European regions in both urban and rural areas. Last July I attended the European Science Open Forum in Manchester in my Northwest constituency where I co-hosted a session on the links between the arts and science together with my colleague Eva Kaili. This session confirmed the demand in both communities to change the silo mentality. Businesses, scientists and artists all argued in favour of a more global approach to innovation and to jointly explore their common impact on societies. This should be the essence of smart specialisation strategies. They should not only be seen as a tick-box exercise.

(The President cut off the speaker)

Csaba Molnár (S&D). – Tisztelt Képviselőtársaim! Minden európai uniós kohéziós program, pénzügyi támogatási program legnagyobb rákfenéje a burjánzó korrupció. Egész sor európai uniós tagállamból érkeznek ilyen hírek. Sajnos a legrosszabb példák az én hazámból, Magyarországról származnak. Ahol szinte nem telt el olyan nap az elmúlt néhány évben, amikor a sajtó fel ne fedezett volna a kormány valamelyik politikusához vagy hozzá kötődő pénzemberekhez, oligarchákhoz fűződő korrupciós ügyletet. Az igazi probléma viszont az, hogy ezeket a korrupciós ügyeket nem követi büntetőeljárás és a végén büntetés. Vannak ugyanis olyan tagállamok – Magyarország is ide tartozik – ahol az ügyészség vonakodik eljárni a kormánypárti politikusokat érintő korrupciós ügyekben.

Nem véletlen, hogy mindig azok a tagállamok utasítják el leginkább a közös európai ügyészség létrehozását, akik leginkább félnek attól, hogy saját politikusaik, saját környezetük érintett lehet ezekben az ügyekben. Ez maga a beismerés. Ha egy tagállami kormány nem szeretné létrehozni a közös európai uniós ügyészséget az ilyen típusú korrupciós ügyek kivizsgálására, akkor tulajdonképpen ezzel azt állítja, hogy nem is akarja, hogy ezek a korrupciós ügyek kivizsgálásra, nyomozásra kerüljenek. Ezért azt javasoljuk, hogy ha most már nem is, de a 2020-at követő kohéziós időszakban csak azok a tagállamok kaphassanak európai uniós támogatást, amelyek vállalják a közös európai uniós ügyészség felállítását. Az nem lehetséges, hogy a pénzt elfogadjuk, de a bűncselekményeket nem… *(Az elnök megvonta a szót a képviselőtől.)*

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Catch-the-eye-Verfahren

Андрей Новаков (PPE). – Г-н Председател, г-жо Комисар, да се родиш на Балканите невинаги е нещо лошо. Суровата реалност там ти дава възможност да виждаш най-рационалното решение, колкото и труден и сложен да ти изглежда един въпрос или един проблем. От тази гледна точка искам да Ви кажа, че искрено съжалявам да чуя, че в тази зала има гласове, които призовават за ограничаване на кохезионната политика.

Скъпи колеги, кохезионната политика не е торта, от която можем да режем всеки път, когато ни хрумне. Зад нея стои европейският бюджет, стои Многогодишната финансова рамка, стоят национални бюджети, скроени така, че да финансират стотици проекти. Стотици региони разчитат на нас. Нима искаме да се простреляме в крака?

Същите тези гласове искам да попитам: Какво ще остане, ако ограничим тази политика? Приказки, колеги, само приказки. А хората са чули достатъчно от тях. Аз съм сигурен, че тази зала е чула много и всякакви неща, но този път гласът, който ще надделее, е гласът на разума. Със сигурност има въпроси, които трябва да повдигнем, но те не са за кохезионната политика. Те са за прекомерната бюрокрация или затова защо 70% от „Хоризонт“ заминава в шест държави. Сигурен съм, че този път гласът на разума ще надделее.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, doamnă comisar, apreciez foarte mult dezbaterea de astăzi, pentru că eu consider că nimic nu poate fi mai important pentru o Europă unită decât coeziunea.

Vreau să mă refer în mod special la raportul dedicat IMM-urilor, pentru că sunt și vicepreședinta intergrupului pentru IMM-uri. Este important să avem măsuri noi, dar cred că este și mai important să verificăm, doamnă comisar, sigur, prin autoritățile naționale, care este efectul aplicării acestor măsuri. Pentru că IMM-urile încă nu au acces, nu numai la finanțare, nici la achiziții publice, nici la piața muncii, nici la cercetare-inovare. Și atunci cred că este foarte important, dacă vorbim de coeziune și acest lucru este în Tratat, să vorbim și de Fondul strategic de investiție care nu ajută la coeziune.

Fondul strategic de investiție, fără criterii regionale, geografice, crește disparitățile regionale, nu face să ajungem la o coeziune; de aceea, vă cer, doamnă comisar, să încercați să discutați la jumătatea mandatului, acum, dacă nu se pot revedea acele criterii stabilite - primul venit, primul servit - la Fondul strategic.

Și mai cred că trebuie, în mod deosebit, să ne gândim la *start-up*-uri și la crearea de noi locuri de muncă și acest lucru, așa cum și dumneavoastră ați spus, se poate face prin discuție cu autoritățile naționale, transfrontalier, prin toate celelalte rapoarte care aici au fost expuse, fie că vorbim de cercetare-inovare, de proiectul alpin și așa mai departe.

De aceea, îmi pun speranța că îmbunătățirea coeziunii noastre ține de tratat și de respectarea acestor reguli.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señor Presidente, señora Comisaria, la innovación es una de las áreas que demuestran con más claridad que una Unión Europea eficiente necesita cambiar por completo sus paradigmas de gobernanza. Las regiones, las áreas de desarrollo y especialización inteligente que promueven la innovación mediante el aprovechamiento de sus fortalezas y de las sinergias naturales que nacen de ellas, demuestran que la lógica estatal, a veces más proteccionista que promotora, no es la que mejor se adapta a la promoción y al apoyo de la economía productiva.

Me alegro de que la Comisión asuma cada vez más esta lógica, que ha permitido, por ejemplo al País Vasco, integrarse en el grupo de cabeza de las regiones europeas con estrategias de especialización inteligente, mantener el peso de la industria en su producto interior bruto y no perder el tren de la competitividad en un espacio global. Mantener esa capacidad de acción estratégica y mejorar esa posición, que es la base de la creación de empleo de calidad y es el primer sentido de nuestras políticas y reivindicaciones como país.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhor Presidente, falo num período onde prossegue uma inaceitável chantagem da Comissão Europeia contra Portugal e o seu povo.

Reconhecendo o fracasso de todos os planos de austeridade que não resolveram nem os problemas da economia, nem os problemas das finanças públicas, o povo português decidiu, em outubro de 2015, de forma democrática, interromper o ciclo infernal das políticas da troica que afundaram o país. Desde então, Portugal deixou de ser o aluno exemplar de Bruxelas para ser alvo de todas as chantagens, que incluem agora o corte dos fundos estruturais.

Revela-se assim a verdadeira natureza desta União Europeia, que não está minimamente preocupada com a coesão e com a correção das assimetrias nacionais e regionais. Em vez de reconhecer o fracasso das suas políticas, não só em Portugal, mas na maioria dos Estados-Membros, a Comissão Europeia pretende agora castigar ainda mais os países fustigados pela austeridade, agravando ainda mais o garrote europeu e comprometendo todas as possibilidades de relançamento da nossa economia. Lamentável.

Dominique Bilde (ENF). – Monsieur le Président, les petites et moyennes entreprises représentent le vecteur de croissance et de création d'emplois le plus important dans l'UE. 23 millions de PME emploient plus de 100 millions de personnes et sont à l'origine de 85 % de nouveaux emplois.

En France, ce sont quelque 3,5 millions de PME et TPE qui font travailler plus de 6 personnes sur 10.

J'ai été pendant 40 ans chef d'une petite entreprise et j'ai constaté que bien souvent les propositions politiques sont trop éloignées de la réalité vécue par les entrepreneurs.

Certes, ce rapport formule de bons constats et de bonnes préconisations, mais oublions les querelles partisanes et idéologiques pour nous montrer efficaces. Faisons preuve de l'esprit d'innovation et de pragmatisme que nous demandons aux chefs d'entreprise pour éviter que le politique soit encore en retard sur l'économique.

Les gouvernements ont une vision très sommaire de l'économie: ajouter des taxes, imposer des lois, donner des subventions.

Les PME ont besoin d'un environnement fiscal stable, de moins de contraintes administratives, de plus de facilités d'accès au crédit, mais aussi de protections intelligentes face au dumping. Voilà la réalité des besoins.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η βελτίωση της ανταγωνιστικότητας των μικρομεσαίων επιχειρήσεων δεν είναι αποκλειστικά και μόνο θέμα χρηματοδότησης. Όσα χρήματα και αν επενδυθούν δεν θα φέρουν από μόνα τους την ανάπτυξη. Αν ήταν τόσο απλό, τα δισεκατομμύρια ευρώ που έχουν χορηγηθεί από τα ευρωπαϊκά διαρθρωτικά και επενδυτικά ταμεία θα έπρεπε να μεταφράζονται σε μειωμένους δείκτες ανεργίας και εσωτερικής μετανάστευσης. Η Ένωση πρέπει να υιοθετήσει μέτρα και κανόνες που ευνοούν τη σύσταση και ανάπτυξη των μικρομεσαίων επιχειρήσεων και στηρίζουν την επιβίωσή τους εντός του ανταγωνιστικού περιβάλλοντος με τις μεγάλες επιχειρήσεις.

Θα αναφερθώ σε τρία απλά μέτρα: την κατάργηση των γραφειοκρατικών αγκυλώσεων στη σύσταση των μικρομεσαίων επιχειρήσεων θεσμοθετώντας ένα πανευρωπαϊκό πρότυπο, μια οδηγία εφαρμόσιμη από όλα τα κράτη μέλη για τη δημιουργία ευνοϊκού περιβάλλοντος προς δύο κατευθύνσεις: τη μετάβαση προς μια κυκλική οικονομία χαμηλών εκπομπών άνθρακα και την προώθηση πράσινων προϊόντων και υπηρεσιών, τον συνδυασμό των διαρθρωτικών ταμείων με άλλους πόρους που θα ευνοήσουν τον τραπεζικό δανεισμό των μικρομεσαίων επιχειρήσεων και, τέλος, την ανάπτυξη μιας ενιαίας φορολογικής πρακτικής των μικρομεσαίων επιχειρήσεων που θα επιτρέπει τη φορολόγηση μετά από μια συγκεκριμένη περίοδο χάριτος ή θα επιβάλει ενιαίες φορολογικές κλίμακες από όλα τα κράτη μέλη.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Corina Crețu, *Membră a Comisiei*. – Mulțumesc foarte mult, mulțumesc, în primul rând, pentru această discuție foarte interesantă și pentru contribuția dumneavoastră, pentru ideile foarte utile avansate de către reprezentanții comisiilor de specialitate ale Parlamentului European.

În ceea ce privește ceea ce s-a spus aici în legătură cu IMM-urile, a fost ca un laitmotiv al tuturor discuțiilor, sunt de acord cu faptul că sprijinul din partea politicii de coeziune este esențial pentru a stimula competitivitatea întreprinderilor mici și mijlocii, care reprezintă, așa cum s-a spus aici, în nenumărate rânduri, coloana vertebrală a economiei europene.

Ca remarcă generală, aș vrea să spun că mă bucur foarte mult că majoritatea vorbitorilor au subliniat importanța politicii de coeziune, în ciuda lucrurilor care, într-adevăr, trebuie îmbunătățite. Cred că politica de coeziune este cea mai vizibilă politică prin care, practic, viața de zi cu zi a oamenilor se îmbunătățește, are un impact considerabil în toate regiunile Uniunii Europene, în toate statele membre, fie ele dezvoltate sau mai puțin dezvoltate.

În ceea ce privește întreprinderile mici și mijlocii, 90 de miliarde de euro sunt disponibile până în anul 2020 și facem tot ce ne stă în putință pentru ca aceste întreprinderi să profite din plin de aceste oportunități. În special, cred că am făcut eforturi semnificative împreună pentru a reduce birocrația în sprijinul beneficiarilor programelor și cred că ar trebui să avem un dialog mai strâns împreună cu Comisia CONT, pentru că știți foarte bine că există un punct de vedere în Comisia de politică regională și un cu totul alt punct de vedere în Comisia de control bugetar, unde, într-adevăr, se ridică problema controlului banilor contribuabililor, modului în care se investesc acești bani.

În legătură cu raportul domnului Valcárcel, sigur că ne dorim o politică de coeziune de succes. Avem nevoie de strategii de specializare inteligentă foarte bună. În acest scop, cred că, așa cum spuneați, trebuie să ne asigurăm că toate părțile interesate, în special autoritățile locale și regionale, universitățile, mediul academic, instituțiile de cercetare, partenerii socio-economici, întreprinderile mici și mijlocii, dispun de mijloacele necesare pentru a exploata potențialul strategiilor de specializare inteligentă.

Am instituit, așa cum am menționat, o platformă de strategie specializată inteligentă, am creat, de asemenea, o serie de platforme tematice care furnizează deja sprijin specific în domenii precum energia, industria alimentară, agroalimentară, în domeniul digital sau economia circulară în funcție de specializarea aleasă de către fiecare regiune. Știți foarte bine, poziția mea este că fiecare regiune este unică, nu în fiecare regiune poate fi *Silicon Valley*, deci fiecare regiune trebuie să-și găsească punctele forte pe care să se sprijine. Și sigur că vom continua să asigurăm asistență și sper că această asistență va fi utilă în utilizarea optimă a diferitelor fonduri disponibile.

În ceea ce privește raportul din proprie inițiativă al doamnei Iskra Mihaylova privind cooperarea teritorială europeană, salut încă o dată sprijinul ferm al Parlamentului European pentru cooperarea teritorială. Eu cred că INTERREG s-a dovedit a fi un laborator al integrării europene.

Regiunile de frontieră sunt, de fapt, locurile în care putem arăta cel mai bine ceea ce înseamnă și ceea ce poate face Europa. 25 % din populația Europei trăiește în jurul frontierelor. Cred că trebuie să dăm un nou impuls acestei cooperări transfrontaliere. Așa cum spuneam, lucrăm pentru a ridica barierele administrative.

Salut, de pildă, cooperarea foarte bună care există între Germania și Polonia, dar, de exemplu, între Belgia și Franța, deși limba nu este un obstacol, nu putem avea aceeași cooperare din cauza faptului că legislația nu este aliniată. Deci, cred că este foarte important să ridicăm toate aceste bariere, mai ales în aceste momente, când reintroducerea temporară a controalelor la frontieră sporește dificultățile cu care se confruntă aceste regiuni.

Consider că acțiunile politice menite a promova prosperitatea în aceste regiuni sunt mai mult decât necesare. În ceea ce privește calendarul INTERREG, suntem în curs de aplicare al INTERREG 5 în perioada 2014-2020 și vedem deja efectele benefice ale simplificării și lucrăm la această analiză transfrontalieră, *cross border review*, care va reprezenta o bază utilă pentru elaborarea următorului ciclu de programe, INTERREG 6.

În legătură cu raportul doamnei Mercedes Bresso, regiunea alpină, strategia alpină, așa cum s-a subliniat aici, cum a subliniat și doamna Bresso, eu cred că strategia alpină ar trebui să fie o componentă esențială a viitoarei cooperări teritoriale.

În luna decembrie, Comisia va prezenta raportul semestrial privind procesele înregistrate în derularea tuturor strategiilor macro-regionale, așa cum ați solicitat în raport, și, sigur că acest raport va oferi o primă evaluare a strategiei Uniunii Europene pentru regiunea alpină, precum și o imagine asupra modului în care cooperarea teritorială ar trebui să arate în viitor pentru a servi mai bine cetățenii europeni și, în special, pe cei care locuiesc în zonele de frontieră, în zonele mai puțin dezvoltate.

Ca și concluzii, acestea ar fi principalele aspecte pe care doresc să le discut în această fază. Din păcate, normele care reglementează timpul alocat intervențiilor nu-mi permit să răspund la numeroasele probleme pe care le-ați ridicat în cele 4 rapoarte, dar aș vrea, dacă-mi dați voie, să spun două lucruri.

Mi se pare absolut nedrept, și domnul Fontoulis din Grecia a plecat, ca o țară care a beneficiat de miliarde de euro în ultimii ani, din 1981, de când a devenit membră a Uniunii Europene, să vorbească despre faptul că politica de coeziune nu există decât pe culoarele Uniunii Europene. Aș vrea să invit toți parlamentarii greci, poate să mergem împreună să vedem în ce măsură Grecia a beneficiat și aș vrea să vă mulțumesc dumneavoastră, membrilor Parlamentului European, pentru că ați adoptat măsuri excepționale pentru o situație excepțională și nu cred că este drept ca o țară care beneficiază acum de 100 % cofinanțare, cum nici o altă țară nu beneficiază, nu cred că este drept să vină și să atace această politică de coeziune!

Haideți să ne uităm: ar fi existat metroul din Atena fără 90 % cofinanțare din partea Uniunii Europene? Așteptam acum să construim metroul din Tesalonic! Ar fi existat miile de școli și de spitale din întreaga Grecie? Ar fi existat miile de kilometri de autostradă? Cum arăta Grecia înainte 1981, când a intrat în Uniunea Europeană? Deci, așa cum spunea domnul Papadimoulis, cred că politica de coeziune a contribuit masiv la ameliorarea situației în care s-a aflat, în nenumărate rânduri, Grecia și, ca om care am luptat atât cu Comisia Europeană , cât și aici, în Parlamentul European, împreună cu dumneavoastră, în Comisia de Dezvoltare Regională pentru a facilita și a ajuta Grecia, mi se pare absolut nedrept și chiar o insultă la adresa muncii dumneavoastră și a Comisiei pentru a găsi soluții pentru salvarea și îmbunătățirea vieții oamenilor în Grecia. Deci, din acest punct de vedere, am vrut să fac această precizare, pentru că este absolut nedrept.

În legătură cu ceea ce s-a întâmplat în Madeira, în Italia, în această vară, sigur că, personal, îmi exprim solidaritatea. Am vorbit deja, autoritățile italiene au la dispoziție până la jumătatea lunii noiembrie pentru a aplica pentru fondul de solidaritate.

Din păcate, Italia este țara care a beneficiat cel mai mult, peste 1,3 miliarde de euro pentru această prevenire a calamităților. O sumă importantă de bani s-a dus în Italia în 2009 cu prilejul cutremului din Aquila. O altă sumă importantă de bani pentru prevenirea cutremurelor s-a dus în Italia, în 2012, cu prilejul cutremului din regiunea Emilia Romagna. Haideți să vedem ce s-a întâmplat cu toate aceste planuri de prevenire a calamităților. Și suntem gata, și de această dată, să contribuim, suntem gata să schimbăm programul operațional-regional, dacă aceasta o cere, dar cred că trebuie să vedem în ce măsură sumele care s-au alocat cu prilejul acestor dezastre din ultimii ani în Italia, pentru că într-adevăr, cum spuneți dumneavoastră, zona apenină, care este coloana vertebrală a Italiei, este supusă acestor încercări masive, să investim cât mai bine acești bani.

Iar în Madeira îmi va face plăcere să vin la întâlnirea anuală a regiunilor ultra periferice în data de 22 septembrie, luna aceasta, și, sigur că modul în care putem ajuta Madeira împreună cu fondul de solidaritate va fi unul dintre subiectele pe care le vom aborda împreună cu autoritățile din această regiune. Știți foarte bine că pentru mine regiunile ultraperiferice reprezintă un subiect special și vom avea din nou ocazia să ne reîntâlnim cu toții, membrii Parlamentului European din aceste regiuni care necesită, în opinia mea, un tratament special.

Vă mulțumesc foarte mult.

(Aplauze)

Der Präsident. – Vielen Dank, Frau Kommissarin! Sie haben Herrn Kollegen Fountoulis angesprochen. Der ist leider nicht mehr da. Manchmal wäre es gut, wenn man Kollegen, die sprechen und dann gehen, nicht dadurch honoriert, dass man sie nochmals extra anspricht.

Rosa D'Amato, *relatrice*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, a conclusione della discussione volevo sottolineare alcuni aspetti per me fondamentali: la crisi economica, sì, ma soprattutto le politiche di austerità hanno soffocato la domanda interna e anche le imprese e le nostre piccole e medie imprese. Queste vanno aiutate nell'accesso al credito. A tal fine, dobbiamo fare in modo di migliorare e di cambiare il rapporto tra sistema bancario e piccole imprese. Gli strumenti finanziari ad oggi presentano profili di rischio molto elevati, non abbiamo ancora elementi che ci facciano propendere per un uso privilegiato degli stessi rispetto alle sovvenzioni.

Il *Capital Market Union* è un'iniziativa anch'essa in fieri e non condividiamo l'ottimismo a prescindere della Commissione. Quello su cui dobbiamo investire sono la capacità amministrativa, la trasparenza, maggiore trasparenza nell'uso dei fondi, tasso più alto di partecipazione di tutte le autorità locali, degli attori della società civile e degli imprenditori nel processo di definizione dei requisiti previsti per presentare proposte di progetto al fine di rispondere in modo più mirato alle esigenze dei beneficiari finali.

Dobbiamo applicare in maniera rigida il principio di partenariato ed evitare che la politica di coesione sia percepita come un'ulteriore imposizione dall'alto. La politica di coesione è altamente perfettibile, ma in quanto principale strumento di investimento dell'Unione europea va difesa strenuamente. In questo, una grandissima responsabilità ce l'hanno gli Stati membri, e soprattutto quelli del Sud Europa, che fino ad ora ne sono stati i principali fruitori. Tra questi Stati, molti ancora non hanno espresso una posizione chiara di fronte a tale minaccia.

Di fronte, infatti, all'incalzare di altri programmi di finanziamento europei più snelli, come *Horizon 2020*, la politica di coesione e i suoi programmi vengono percepiti come retrogradi, ma non capiamo quindi che la ratio di queste vere e proprie politiche è completamente differente. La politica di coesione resta forse l'unico strumento veramente democratico e profondamente unitario della nostra comunità.

Ramón Luis Valcárcel Siso, *ponente*. – Señor Presidente, señora Comisaria, yo le agradezco la favorable valoración que la Comisión hace de este informe de REGI sobre las RIS3. Le felicito, también, por lo acertado de la publicación de guías de buenas prácticas relativas al diseño y al desarrollo de estas estrategias de especialización inteligente y también le felicito por los esfuerzos que está haciendo la Comisión encaminados a una mayor cooperación entre las autoridades locales y regionales, así como entre los programas de cooperación transnacional, en aras de optimizar recursos y, también, de evitar duplicidades.

Diré, por último, que la cohesión construye carreteras, levanta hospitales, también centros de educación. Todo esto es necesario. España se vio muy beneficiada por esta política de cohesión. Pero no hemos de olvidar que la mejor y más importante autovía que conecta a los pueblos es la del conocimiento, y este se adquiere de forma especial a través de la innovación, del desarrollo tecnológico, también de la investigación. Es decir, la base que sustenta a estas estrategias de especialización inteligente es, en definitiva, esa autovía, la autovía del futuro, y pienso que urge ya que ese futuro sea presente.

Искра Михайлова, *докладчик*. – Г-н Председател, уважаема г-жо Комисар, благодаря за Вашите коментари по доклада за териториалното сътрудничество. Благодаря на всички колеги, които изразиха своето становище в продължение на дебатите в комисията REGI, в която ние работихме много упорито по този доклад.

Искам да подчертая още веднъж, че европейското териториално сътрудничество е доказвало своята ефективност и потенциал и отвъд рамките на традиционната регионална политика: в области като Единния пазар, цифровите технологии, заетостта, мобилността, енергетиката, научните изследвания, защо не и специализацията, интелигентната специализация в отделни региони; в областта на образованието, културата, здравеопазването, околната среда.

Убедена съм, че европейското териториално сътрудничество има потенциал за развитие и в бъдеще. В бъдещата политика на сближаване след 2020 г. то може да бъде в основата на едно специализиране според нуждите на територията, потенциала на конкретната територия и на базата на стратегическото планиране за развитието на територията, била тя трансгранична или територия, в която имаме конкретна специализация.

Териториалното сътрудничество може да даде още на общата идея за Европейския съюз. Европейското териториално сътрудничество носи потенциал за бъдещо развитие и аз съм убедена, че такива дебати ще доведат до бъдещо развитие на идеята за териториалното сътрудничество.

Mercedes Bresso, *relatrice*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, vi ringrazio per gli interventi e ringrazio la Commissaria per gli annunci interessanti che ci ha fatto sul futuro sviluppo delle strategie macro-regionali e della nostra in particolare.

La sfida di questa strategia, l'ho detto prima, sarà di tenere insieme un'area così complessa e diversificata: ci sono aree estremamente sviluppate economicamente, altre incontaminate, altre in gravi difficoltà economiche. È la prima strategia che non coinvolge le capitali ma delle aree che sono considerate marginali da tutti i loro paesi; montagne, certo, ma anche pianure, città di respiro internazionale, da sempre caratterizzate da dinamismo e capacità di innovazione, e queste possono aiutare le aree montane a sviluppare nuovi progetti in modo che non esistono cittadini di serie A e di serie B.

Le nuove tecnologie ci potranno venire molto in soccorso, ad esempio con la *e-health*, il telelavoro, le nuove opportunità della *sharing economy* – pensiamo a un Uber nelle Alpi, che sarebbe graditissimo perché i taxi da noi non si trovano per niente – e quindi l'insegnamento a distanza: insomma molte soluzioni innovative possono permettere di affrontare meglio le esigenze di un'area così complessa come quella delle Alpi.

Ci sono stati una serie di interventi riguardo alla Torino-Lione. Ribadisco: la Torino-Lione non riguarda questo parere, è un'opera già decisa e in realizzazione. Quello di cui parliamo in questo parere è la necessità che da queste grandi opere derivino delle connessioni in tutta l'area alpina e perialpina, in modo che vengano pienamente valorizzate. Ricordo anche che è una linea comunque fondamentale per ridurre il traffico delle auto e dei camion nelle aree alpine, si veda il caso del Gottardo dove oramai la stragrande maggioranza del traffico…

(L'oratrice viene interrotta.)

Der Präsident. – Die gemeinsame Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Dienstag, 13. September 2016, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az európai területi együttműködés átfogó célja a nemzeti határok hatásának csökkentése, a régiók közötti különbségek csökkentése, a határokon átívelő beruházások és közös munka tekintetében még fennálló akadályok felszámolása, a kohézió megerősítése és az Unió egésze harmonikus gazdasági, társadalmi, kulturális és területi fejlődésének előmozdítása. Mivel az európai lakosság mintegy 38%-a határ menti régiókban él, és mivel az Unió jelentős gazdasági, pénzügyi és társadalmi válsággal néz szembe, a meghatározó politikáknak ezeket a tényeket kell figyelembe venniük. Úgy vélem, hogy az európai területi együttműködés bizonyította hatékonyságát, de a benne rejlő lehetőségeket még jobban ki kell bontakoztatni.

Fontos, hogy a jelentés kiemeli a regionális politikán túlmutató lehetőségeit olyan területeken, mint az egységes piac, a digitális menetrend, a foglalkoztatás, a mobilitás, az energiaügy, a kutatás, az oktatás, a kultúra, az egészségügy és a környezetvédelem. Ezért kérem a Bizottságot és a tagállamokat, hogy fontolják meg az európai területi együttműködés – mint fontos eszköz – fenntartását, sőt, szánjanak neki markánsabb szerepet a 2020 utáni időszakra szóló kohéziós politikán belül, egyúttal jelentősen növelve költségvetését. Ugyanakkor szavazatommal nem tudom támogatni a jelentés elfogadását, mivel a jelentés (a hasznos gondolatok mellett) több olyan bekezdést is tartalmaz, mely a kohéziós forrásokat a bevándorlók integrálására fordítaná.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Ritengo che la promozione della competitività delle PMI sia di primaria importanza per la realizzazione degli obiettivi della politica di coesione. Vanno rafforzati meccanismi di informazione e di sostegno efficaci per consentire alle PMI di beneficiare di fondi europei e di adottare misure ambiziose i programmi come COSME, Orizzonte 2020 con i Fondi strutturali. Il rafforzamento della ricerca, dello sviluppo tecnologico e dell'innovazione è di fondamentale importanza per il raggiungimento degli obiettivi di coesione. In particolare, nell'ambito delle strategie di innovazione nazionali per la specializzazione intelligente (RIS3), le regioni dovrebbero sviluppare servizi di sostegno innovativi che integrino o sostituiscano quelli esistenti, per poter sfruttare appieno il proprio potenziale competitivo e aiutare le imprese ad assorbire nuove conoscenze e tecnologie.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Αποτελεί πάγια μας θέση ότι οι μικρομεσαίες επιχειρήσεις (ΜΜΕ) αποτελούν τη ραχοκοκαλιά της ευρωπαϊκής οικονομίας. Αντιπροσωπεύουν άλλωστε πάνω από το 90% του συνόλου των ευρωπαϊκών επιχειρήσεων και απασχολούν τα 2/3 του αριθμού των εργαζομένων στην Ευρώπη. Είναι αδιαμφισβήτητο πως η ανάπτυξή των ΜΜΕ αποτελεί κρίσιμη προϋπόθεση για την τόνωση της ανταγωνιστικότητας της Ευρώπης και για την προσέλκυση επενδύσεων και παραγωγικών μονάδων. Αυτό που προσδοκούμε από την ευρωπαϊκή νομοθεσία είναι η στήριξη στις μικρομεσαίες επιχειρήσεις, ώστε να επεκτείνουν αποτελεσματικά τις δραστηριότητές τους στις διεθνείς αγορές. Για την περίοδο 2007-2013, με την υποστήριξη της πολιτικής για τη συνοχή, διατέθηκαν 70 δισεκατομμύρια ευρώ για τη στήριξη εταιρειών, κυρίως ΜΜΕ, και χαιρετίζουμε τον στόχο διπλασιασμού του ποσού αυτού για την περίοδο 2014-2020.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Az Európai Strukturális és Beruházási Alapok az Unió intelligens, fenntartható és befogadó növekedésének legfőbb előmozdítói. A kohéziós politika egy kézzelfogható eredményekkel rendelkező beruházási politika, mely rendkívül példaértékű reformokon ment keresztül az elmúlt időszakban. A végbement eredményszemléletű reform követendő példa lehet az uniós költségvetés többi kiadási területe számára is. A kohéziós politika számos új kihívással szembesül, melyeket úgy kell megoldani, hogy tiszteletben tartjuk a politika eredeti és továbbra is releváns céljait, valamint a régiók egyedi szükségleteit. Általános elmozdulás tapasztalható az infrastrukturális fejlesztésektől a tudásalapú gazdaságot támogató fejlesztések irányába, azonban szem előtt kell tartani, hogy az infrastruktúra-fejlesztést továbbra sem lehet háttérbe szorítani, mert sokszor a fejlettebb tagállamokban is hiányos az infrastruktúra, a fejlesztés piaci alapon nem mindig oldható meg, és a megfelelő infrastrukturális összekapcsolás az egységes belső piac működésének is előfeltétele. A 2014-2020-as periódusban a pénzügyi eszközök aránya jelentősen megnőtt a vissza nem térítendő támogatások rovására, és ezen tendencia további erősödése várható. Fontosnak tartom hangsúlyozni, hogy a pénzügyi eszközök ugyan hasznosak lehetnek, de nem tudnak megvalósítható megoldást nyújtani minden esetben, hiszen számos fejlesztés értéke ugyan jelentős társadalmilag, de nem származik belőle közvetlen anyagi nyereség. Ezért a pénzügyi eszközök arányának növelése előtt kohéziós politikai hozzájárulásuk eredményeinek alapos elemzésére van szükség.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a Bresso-jelentés elfogadását. A makroregionális stratégiák kiemelten fontosak az Európai Unió sokszínűségének a megőrzéséhez és az európai örökség védelmének a biztosításához. Egységesen kell látni a makrorégiók fejlesztési igényeit, azért az EU által a legutóbbi reform során megfogalmazott több pénzalapból történő összehangolt támogatás (multi-funding) jól szolgálja ezt a célt. Most a régiókon, az érintett tagállamok kormányain, valamint a megyei és a települési önkormányzatokon a sor, hogy szoros együttműködésben megfogalmazzák ezeknek az egységeknek a fejlesztési igényeit. Számomra természetesen a Duna-makrorégióra vonatkozó stratégia véghezvitele a legfontosabb.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE), *na piśmie*. – Chciałabym wyrazić swoje uznanie dla opracowanego sprawozdania dotyczącego sytuacji małych i średnich przedsiębiorstw w Europie. Uważam, że małe i średnie przedsiębiorstwa są siłą napędową gospodarki Unii Europejskiej. Mimo wielu trudności to właśnie MŚP przetrwały w czasach recesji gospodarczej oraz załamania sektora finansowego, dlatego tak ważne jest, aby Komisja oraz wszystkie kraje członkowskie stworzyły dogodne warunki funkcjonowania tego typu przedsiębiorstwom, bo to one są przyszłością naszego kontynentu.

Wzywam więc zatem wszystkich Państwa, aby wznieść się ponad podziałami, aby usunąć bariery, jakie napotykają MŚP. Niezbędne jest ograniczenie biurokracji, uproszczenie prawodawstwa, a także ułatwienie dostępu do kredytowania. Bez wsparcia ważnych instytucji unijnych część MŚP może znaleźć się w trudnej sytuacji, dlatego opowiadam się za wypracowaniem takich standardów, które ułatwią funkcjonowanie MŚP w przestrzeni publicznej.

Jarosław Wałęsa (PPE), *in writing*. – The report on the European added value of European territorial cooperation (ETC) showed an imbalance between the budget and the upcoming challenges. However, positive outcomes from transnational cooperation cannot be denied. From adapting to climate change, supporting research and innovation, to the increase in cooperation between cities and regions on various issues, it is in this case important to emphasise these positive outcomes. At the same time, we must stress the importance of fully taking advantage of the Interreg programmes, which for 2014-2020 are not playing a major role, to advocate cross-border projects and labour markets. The expansion of ETC in, for instance, education, culture, energy and mobility is on the basis of the report, and the results of this report, recommended.

20. Der EU-Treuhandfonds für Afrika: Auswirkungen auf Entwicklung und humanitäre Hilfe (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Ignazio Corrao im Namen des Entwicklungsausschusses über den EU-Treuhandfonds für Afrika: Auswirkungen auf Entwicklung und humanitäre Hilfe (2015/2341(INI)) (A8-0221/2016).

Ignazio Corrao, *relatore*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Commissario, il titolo della relazione di cui discutiamo oggi potrebbe far pensare a problemi lontani, ma in realtà tratta questioni che sono vicinissime ai cittadini europei e di assoluta attualità. L'*Africa Trust Fund* è uno strumento estremamente delicato che va programmato bene, fatto funzionare efficacemente e infine comunicato in modo adeguato.

Oggi l'Europa si trova ad un bivio: ha la possibilità di incidere positivamente nella vita di milioni di persone oppure può farsi guidare dalla paura e dagli egoismi nazionali e quindi fallire nei suoi obiettivi. Il Fondo fiduciario per l'Africa è concepito per rispondere alla necessità di sradicare le cause profonde delle migrazioni attraverso degli interventi che mirano a creare sviluppo in quei paesi che sono teatro di emigrazioni di massa.

Per riuscire a rendere efficace il Fondo è necessario: 1) operare sul lungo termine in maniera definita e programmatica, evitando quindi di intervenire solo in chiave emergenziale; 2) prestare una particolare attenzione nei confronti dei paesi meno sviluppati, facendo le opportune differenziazioni tra i diversi contesti; 3) investire su istruzione, salute, formazione e servizi pubblici essenziali; 4) coinvolgere le ONG e la società civile locale nella programmazione e nella realizzazione di tutti i progetti sul campo; 5) prevedere forme di controllo e di monitoraggio periodico da parte di questo Parlamento sull'utilizzo dei fondi; 6) predisporre degli obblighi di trasparenza, di informazione e di diffusione dei risultati che siano facilmente verificabili da parte dei cittadini; 7) pretendere che gli Stati mantengano le loro promesse in materia di finanziamento aggiuntivo.

Per queste ragioni, la relazione che sto presentando in quest'Aula cerca di mettere chiaramente in luce che siamo d'accordo sia sul mettere insieme più risorse al fine di intervenire alla base del problema sia sulla natura di uno strumento che permetta di agire rapidamente con flessibilità di fronte a situazioni urgenti, così come siamo d'accordo a ripristinare le necessarie unità di *budget*.

Allo stesso tempo, però, non possiamo non evidenziare come permangono alcune perplessità. Gli Stati aderenti, ad esempio, a parole si impegnano in pompa magna – come abbiamo visto al *summit* di La Valletta del novembre scorso – ma poi, a riflettori spenti, si dimenticano delle loro promesse e dei loro impegni. Inoltre, dobbiamo segnalare il rischio concreto che i fondi destinati allo sviluppo possano essere dirottati su altri settori, come il controllo dei confini dei paesi coinvolti. Questo tipo di interventi, infatti, non ha nulla a che vedere con lo sviluppo e non risolverà mai il problema alla radice.

Concludo sottolineando come tutte queste tematiche sono state al centro di un costruttivo dibattito tra le parti politiche, che è continuato anche nella fase degli emendamenti e dopo il voto in commissione Sviluppo. Similmente, grazie agli strumenti di partecipazione democratica on line che usiamo come Movimento 5 Stelle, come il sistema Rousseau, molti cittadini hanno avuto la possibilità di conoscere il progetto di relazione e di esprimere la loro opinione ed alcune di queste osservazioni si sono trasformate in emendamenti a mia firma e sono state inserite nel testo votato in commissione. Infine, vorrei ringraziare tutti i relatori ombra per la volontà mostrata in questi mesi di voler contribuire alla redazione di una buona relazione parlamentare su una tematica così delicata.

Eider Gardiazabal Rubial, *ponente de opinión de la Comisión de Presupuestos*. – Señor Presidente, desde nuestro punto de vista, evidentemente tiene cierta lógica que la Comisión proponga la creación de este fondo, porque esto nos debería permitir desembolsar fondos con más rapidez y flexibilidad, contar con financiación extrapresupuestaria y también, mejorar la coordinación de las políticas y de los instrumentos en esa región. Pero esto en ningún caso es un cheque en blanco para que se financie cualquier tipo de política, y me gustaría dejar claro que no vamos a permitir que desvíe dinero de los objetivos y prioridades que ya se habían acordado ni que, por supuesto, se ponga en peligro la política de cooperación al desarrollo.

Me gustaría recordar, además, que uno de los motivos por los que se creó este fondo era facilitar las aportaciones de los Estados miembros, las aportaciones presupuestarias y desde luego, esto a día de hoy no ha ocurrido y esas aportaciones siguen siendo vergonzosamente irrisorias. Por último, me gustaría señalar que la necesidad de crear este tipo de instrumentos es por la nula capacidad de los presupuestos a adaptarse a nuevas circunstancias, aunque creo que esto la Comisión lo va a solucionar inteligentemente en la propuesta que nos va a hacer en dos días.

Christos Stylianides, *Member of the Commission*. – Mr President, I am here on behalf of my dear colleague Neven Mimica, and I would like to welcome this report and congratulate the rapporteur, Mr Corrao. The EU Trust Fund for Africa was created as a swift and flexible implementing tool to, *inter alia*, better manage migration and deliver quick results. The Trust Fund reduces the risk of aid fragmentation and provides a platform for political visibility and engagement with countries of origin, transit and destination.

In the three regions concerned – the Sahel and Lake Chad, the Horn of Africa and the North of Africa – the root causes of instability, forced displacement and irregular migration are diverse, complex and often inter-related. They thus require a holistic and integrated approach.

I have personally witnessed this in my visits to Mali, Somalia, Ethiopia, Kenya and lately in the last few months to Niger and Chad. I saw the situation on the ground and I strongly believe that the EU Trust Fund is definitely supporting programmes aimed at creating employment opportunities in local communities of origin and return, with a focus on vocational training and the creation of micro and small enterprises. It also supports actions aimed at strengthening access to basic services across a variety of resilience programmes. It particularly targets young people and women as well as other vulnerable groups.

The EU Trust Fund for Africa complements existing EU instruments, national and regional frameworks as well as bilateral programmes of EU Member States. Development cooperation addresses migration issues in two ways: firstly, by helping partner countries to improve migration governance, tapping into the development potential of migration; and secondly, by addressing political, economic and social instability, development cooperation addresses the causes of irregular migration and forced displacement, in order to help ensure that migration takes place in an orderly and safe manner.

The Trust Fund supports programmes aiming at better migration management, including affording international protection, offering long-term solutions to displaced people and facilitating the safe, and also dignified and sustainable, return of migrants. This is in line with the United Nations 2030 Agenda for Sustainable Development and these are clearly development objectives.

In the design and implementation of activities, the Commission follows three key principles. Firstly, the need for a strong human rights focus, especially in actions in support of law enforcement and border management; secondly, the need for continuous monitoring to ensure that European Union support is used for its intended purpose and is delivering the expected results; and thirdly, the need to be transparent and inclusive with EU Member States, African partners, and relevant international organisations and civil society.

Bogdan Brunon Wenta, *w imieniu grupy PPE*. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Jako kontrsprawozdawca z ramienia grupy EPL chciałbym podziękować panu Corrao za współpracę przy tym projekcie rezolucji. Fundusz powierniczy na rzecz Afryki jest nowym instrumentem, który ma na celu wyeliminowanie przyczyn destabilizacji przymusowych wysiedleń i imigracji nieuregulowanej. Nie może on jednak zastępować skutecznego zarządzania i kontroli granic oraz musi podlegać zasadom transparentności nie tylko w aspekcie jego wdrażania, ale także finansowania.

Regiony Rogu Afryki, Sahelu i basenu jeziora Czad oraz Afryki Północnej, które są nim objęte, należą do najbardziej niestabilnych w kontekście obecnego kryzysu migracyjnego i uchodźców, dlatego też fundusz przyniesie rezultaty tylko wtedy, gdy szybsze i bardziej elastyczne wydatkowanie środków będzie powiązane z długoterminowymi celami rozwojowymi czyli zapewnieniem pokoju i praworządności a także wdrożeniem praktyk dobrego zarządzania przez kraje beneficjentów.

Wola polityczna krajów partnerskich jest kluczowa, ponieważ fundusz ma także wzmocnić ich lokalny potencjał poczucia zaangażowania i odpowiedzialności. Trudno oczekiwać, że tego typu doraźne wsparcie przyniesie natychmiastowe efekty, dlatego też należy postrzegać fundusz jako działanie uzupełniające 11. Europejski Fundusz Rozwoju. Spójna polityka rozwojowa i zasada komplementarności pomiędzy wszystkimi instrumentami oraz aktorami pomocy rozwojowej musi być respektowana także w tym przypadku. Musimy położyć duży nacisk na potrzebę zwiększenia zaangażowania państw członkowskich i wywiązania się nie tylko z zobowiązań dotyczących wkładów w fundusz powierniczy, a także szerzej na rzecz oficjalnej pomocy rozwojowej, zwłaszcza w kontekście zmniejszenia składek państw członkowskich do tegorocznego budżetu Unii dzięki 1,3 miliarda euro nadwyżki z 2015 roku.

Arne Lietz, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Schönen guten Abend, Herr Kommissar! Als Schattenberichterstatter der S&D-Fraktion möchte ich besonders auf zwei Aspekte zu diesem Fonds hinweisen. Erstens ist es das Ziel des Treuhandfonds, schnell und konkret auf Notsituationen in den folgenden Regionen zu reagieren. Es betrifft die Sahelzone, die Region um den Tschadsee, das Horn von Afrika sowie Nordafrika. Durch Projekte zur Wirtschaftsförderung soll vor allem zur Bekämpfung von Fluchtursachen beigetragen werden, und – da stimme ich mit Ihnen, Herr Kommissar, überein – das ist gut und richtig.

Aber leider sind dabei auch Projekte zur Grenzsicherung vorgesehen. Und die Sozialdemokraten sagen dazu ganz eindeutig, dass Grenzkontrollen keine Fluchtursachen bekämpfen und Grenzsicherung das Problem eigentlich noch mehr verschärft. Wenn jemand fliehen will und Anspruch auf ein Asylverfahren in Europa hätte, darf er nicht daran gehindert werden. Verstärkte Grenzkontrollen führen dazu, dass Schlepper sich noch waghalsigere Strategien ausdenken und die Menschen, die vor Not fliehen, in weitere Gefahren bringen.

Deswegen müssen wir sehr genau darauf achten, wofür die Gelder in den Regionen ausgegeben werden. Und bei der Planung der Projekte und der Kontrolle sollte das EU-Parlament – also wir – als demokratisch gewählte Institution einen stärkeren Einfluss bekommen.

Der zweite Punkt betrifft die Finanzierung von Projekten über die Treuhandfonds. Sie darf nicht dazu führen, dass langfristig angelegte Projekte, die eine echte Entwicklung ermöglichen, zugunsten kurzfristiger Programme gefährdet werden.

Der Treuhandfonds wird zum größten Teil aus dem Europäischen Entwicklungsfonds finanziert, welcher außerhalb des EU-Haushalts liegt. Der Rückgriff auf Finanzinstrumente außerhalb des Haushaltsplans der EU ist aber nicht nachhaltig. Grund dafür ist, dass die Mitgliedstaaten ihre Beiträge freiwillig beisteuern und die Summen selber festlegen können. Bei diesem Fonds war angedacht – und das wurde heute Abend schon öfters von meinen Kollegen festgestellt –, dass die Mitgliedstaaten ebenfalls, wie die Kommission, einen Beitrag in Höhe von 1,8 Milliarden Euro einzahlen. Bisher sind nur etwas über 81 Millionen Euro zusammengekommen. – also nur ein Bruchteil, der gleich mehrere Regionen Afrikas versorgen soll. Das ist eine Blamage, die den ganzen Fonds seitens der Mitgliedstaaten in Frage stellt.

Vielleicht sollten wir uns deswegen langfristig überlegen, was wir Sozialdemokraten schon lange fordern, nämlich, dass der Europäische Entwicklungsfonds in naher Zukunft ganz in den EU-Haushalt eingegliedert wird.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Marek Jurek (ECR). – To jest podstawowym obowiązkiem każdego państwa wobec jego własnych obywateli, a tym bardziej zrzeszenia państw, jakim jest Unia Europejska, wobec państw, które zrzesza. Nie rozumiem jak można mówić, że w związku z tym, że grupy przestępcze organizujące nielegalny przemyt imigrantów rozwiną jeszcze swoją infrastrukturę, mamy ograniczyć kontrolę nad (…).

(Przewodniczący odebrał głos mówcy, ponieważ stwierdził, że nie jest to pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki)

Der Präsident. – Herr Kollege! Wir haben das System der „blauen Karte" für Fragen. Sie haben keine Frage gestellt. *You did not ask a question.*

Jussi Halla-aho, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, the rapporteur notes that the EU's financial allocation for the Trust Fund comes mainly from the European Development Fund and he condemns the use of EDF funds for migration management. I do not agree with this point of view.

I think there should be a close link between any development assistance and migration control. I do not think the European taxpayer can be expected to contribute more, while not being entitled to demand something in return. At the moment, African countries have very little incentive to curb the migration of their citizens to Europe. Furthermore, the effectiveness of traditional development assistance is questionable. Instead, we should find ways of mutually beneficial cooperation, for example in the field of migration management.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! W czwartej sekundzie mojego pytania przerwał mi Pan, zanim zdążyłem je sformułować i poprosić kolegę Lietz o uzasadnienie swojego stanowiska. Także bardzo proszę, żeby kolega Lietz mógł odpowiedzieć na pytanie, które postawiłem.

Der Präsident. – Herr Kollege Jurek! Ich habe Sie nach ziemlich genau 24 Sekunden unterbrochen. Wenn Sie nach fünf Sechsteln der vorhandenen Zeit noch nicht einmal ansatzweise dazu kommen, in der Dolmetschung eine Frage zu stellen, dann entziehe ich Ihnen das Wort.

Beatriz Becerra Basterrechea, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor Presidente, señor Comisario, desde que comenzaron las migraciones masivas hacia Europa, como miembro de la Comisión de Desarrollo y Vicepresidenta de la Subcomisión de Derechos Humanos, he defendido que es imprescindible abordar las causas más profundas que llevan a millones de personas a un desplazamiento forzoso.

La creación de este fondo de emergencia, Comisario Stylianides, pretende contribuir a la solución de este problema, pero la forma no es la adecuada.

Necesitamos una verdadera estrategia para acabar con la inestabilidad y la pobreza; una estrategia en perfecta coordinación con todas las áreas implicadas en los asuntos exteriores de la Unión Europea; una estrategia con nuevos fondos, que no minen los actuales planes del Fondo Europeo de Desarrollo.

Pero esta ha sido la propuesta de la Comisión y sobre ella tenemos que trabajar. Por ello, me gustaría hacerle algunas consideraciones.

En primer lugar, me preocupa no solo que no se haya involucrado al Parlamento en la creación del fondo, sino que no tengamos las suficientes competencias para cumplir con uno de nuestros principales mandatos como Parlamento: supervisar la buena aplicación de cada euro que nuestros ciudadanos gastan. Recibiremos cada seis meses información de su Dirección General, pero no tenemos instrumentos para poder realizar esta labor.

Por otro lado, el Parlamento no está representado en el consejo estratégico, a pesar de que una buena cantidad del presupuesto total proviene, como he dicho, del Fondo Europeo de Desarrollo. Necesitamos que la Autoridad Presupuestaria del Parlamento esté presente en ese consejo y volver así al método comunitario.

Necesitamos estrategias claras, desde la máxima la legalidad. Acuerdos como el de Turquía, que no respetan los convenios internacionales ni los derechos humanos, solo van en detrimento de la imagen de la Unión Europea.

Gracias al gran trabajo de mi colega, el señor Corrao, muchas de estas quejas están en este informe. Escúchenos, porque somos la voz de 500 millones de ciudadanos.

Marina Albiol Guzmán, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, la propuesta de la Comisión Europea de un fondo para África de 1 800 millones de euros podría parecer, a simple vista, una buena idea para países como Uganda, Mali o Senegal. Ahora bien, cuando vemos para qué son concretamente estos 1 800 millones, la idea pasa a ser perversa y repulsiva. Se trata de destinar recursos de la ayuda oficial al desarrollo al control de las personas migrantes. El dinero para Eritrea, Somalia o Etiopía ya no será para construir escuelas o para que mejoren sus políticas de salud pública. El dinero ahora es para que actúen de policías de las fronteras de Europa.

Estamos ante un nuevo episodio de la externalización del control de fronteras, utilizando a países empobrecidos, a países en guerra o a países con dictaduras criminales. El objetivo de este fondo es comprar a estos países para que impidan a los migrantes salir de su país, les impidan pasar o les acepten en su país después de haber sido deportados desde Europa. Un fondo para el chantaje. Dinero a cambio de que repriman y controlen los flujos migratorios.

Estamos hablando de fondos para Gobiernos, en muchos casos, corruptos, que violan permanentemente los derechos humanos, como el Gobierno de Sudán, cuyo Presidente está perseguido por la Corte Penal Internacional. Cuando decimos que hay que actuar en el origen, desde luego no nos referimos a esto. Nos referimos a actuar en las causas reales del empobrecimiento de los países.

Y acabo simplemente agradeciendo al señor Corrao su trabajo. El problema no lo tenemos con su informe, sino con el propio fondo fiduciario.

Heidi Hautala, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, Commissioner, it is, of course, in your best interest that we are going to address the so-called root causes of migration and the need of millions of people who have been forcibly displaced. But I am afraid that when I listen to you defending the Trust Fund I cannot take you 100% seriously. Why? Because we are concerned that the Trust Fund constitutes yet another attempt to divert the diminishing development funds towards aims related to protecting Europe from people fleeing war and poverty – and this is not acceptable.

We cannot be sure that the internationally agreed principles of development effectiveness are fulfilled. Parliament has extremely limited rights of scrutiny and, as already mentioned by colleagues, if we look at how this fund was put together, we can conclude that, despite the expectation that Member States would be eager to contribute to it, the contributions by Member States to complement EU development funding, mainly from the European Development Fund (EDF), have been extremely limited – to my knowledge around EUR 69 million.

So why, again, a separate structure which diverts our work from really addressing the root causes? Of course, we have colleagues like Mr Halla-aho who says that migration control should be the main aim of spending on EU development assistance, but I could not disagree with him more. We have to come back to making sure that we really help people's everyday lives: that we create livelihoods, we build schools, we help with health and education and we support women and girls. A lot of other things can be done but, please, not with development money.

We have another example which is very topical: we have this amendment to the Regulation on the Instrument contributing to Peace and Stability, and I am sorry to say it but this is yet another attempt to divert development money to other purposes.

Jussi Halla-aho (ECR). – Mr President, I certainly did not say that the main aim of development assistance should be immigration control. I said there should be a close link between the two. I think mass immigration is not even in the best interest of the countries of origin, not to mention …

(The President cut off the speaker)

Der Präsident. – Herr Kollege! Sie können solche Dinge gerne im Rahmen einer persönlichen Erklärung berichtigen, wenn Sie ungerechtfertigterweise angesprochen worden sind. Die „blaue Karte" ist dafür da, dass man eine Frage stellt.

Margot Parker, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, foreign aid should be about helping a country that is not as well off as our own by providing them with medicines, schools and equipment to have clean water and to grow their own food. This way, developing nations do not continually have to rely on aid from developed countries as they will have the tools to grow their own country without the unwanted influence of the European Union and its vanity projects.

Overseas aid can be good if used properly in the short term, but it does not help developing nations out of poverty in the long term. The only way that this can be achieved is by removing barriers to trade, rather than giving aid handouts. If handouts are continually given, this will lead to corrupt leaders purposefully obstructing economic growth within their country which, in turn, will lead to a total misuse of British taxpayers' funds. We should not be using development aid funds to further the EU's expansionist policies by influencing political participation and governance. This is not acceptable and it is one of the reasons why the United Kingdom voted to leave the EU.

PRÉSIDENCE DE MME Sylvie GUILLAUME

Vice-présidente

Joachim Zeller (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! 2009 hat der Lissabon-Vertrag dem Europäischen Parlament die volle Mitentscheidung in den Haushaltsfragen der Europäischen Union, beim europäischen Haushalt, gegeben. Und nun erleben wir allenthalben, dass Teile des Haushalts aus dem mehrjährigen Finanzrahmen oder auch aus den jährlichen Haushaltsteilen genommen werden, um derartige Treuhandfonds, wie auch hier den „Treuhandfonds für Afrika: Auswirkungen auf Entwicklung und humanitäre Hilfe", zu bilden, um so dann wieder das Parlament außen vor zu halten und hier seiner Rechte zu berauben.

Von diesen 1,8 Milliarden, die für diesen Fonds bereitgestellt werden, kommen 375 Millionen aus den Bereichen Instrument für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe sowie aus dem Nachbarschaftsinstrument. Für alle drei Instrumente hatten wir genügend Gründe, die Mittel dort vorzuhalten. Nun kommt es hier zu einer neuen Strategie, die wieder außerhalb des Parlaments erdacht wurde.

Wenn der Rat in La Valletta mit den Vertretern der afrikanischen Regime zusammen saß, dann sind es gerade und oftmals diejenigen Personen gewesen, die letztlich mit ihrer Politik in ihren Ländern zur Flucht von vielen Menschen beitragen. Das heißt: Wie wollen wir jetzt die Probleme lösen, die oftmals politische Ursachen haben, indem wir versuchen, den Bock zum Gärtner zu machen?

1,8 Milliarden sind da nicht viel, und die Zielrichtungen, die also mit dem Fonds verfolgt werden, das ist ein Mischmasch aus Unterstützung von *good governance* oder verbesserter Regierungsführung, und auf der anderen Seite von Entwicklungsprojekten, wie wir sie bereits in den anderen Entwicklungsmaßnahmen ebenfalls haben. Wenn ich zum Beispiel lese, dass 80 Millionen aus dem neunten EDF, dem Europäischen Entwicklungsfonds – jetzt haben wir den elften – für Südsudan bereitgestellt werden sollen, dann frage ich mich, wie das umgesetzt werden soll, wenn in diesem Land zurzeit kein einziger Hilfstransport ankommt, weil der Bürgerkrieg weiter tobt.

Also, hier sind mehr Fragen, als Antworten gegeben werden. Wir müssen hier nochmals verstärkt in die Debatte über die Sinnhaftigkeit solcher Treuhandfonds einsteigen.

Elly Schlein (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio i relatori e i colleghi per il loro lavoro. Sono molti i dubbi e le criticità del Parlamento, legittimi direi, riguardo allo strumento del *Trust Fund*. Il primo riguarda i contributi degli Stati membri: siamo a 81,8 milioni, un po' pochino rispetto a quanto già messo a disposizione dalla Commissione – 1,8 miliardi. Secondo: queste risorse devono essere destinate ad affrontare la povertà, le disuguaglianze, le cause alla radice delle migrazioni, e non certo al *border management*, all'esternalizzazione delle nostre frontiere. Vorrei capire cosa intende la Commissione quando dice che uno degli obiettivi è aiutare questi paesi a gestire meglio i flussi. Fornire ai giovani istruzione per realizzare il loro potenziale e creare opportunità di lavoro: questo serve per promuovere uno sviluppo sostenibile. Alzare muri, invece, aumenta solo le disuguaglianze.

Il fine ultimo della politica di sviluppo dell'UE, come sancito dall'articolo 208 del trattato, deve essere la riduzione e l'eliminazione della povertà. Bisogna poi assicurare il rispetto dei diritti umani come condizione, non come un *optional*, per evitare che questi fondi vadano nelle mani di regimi liberticidi. Da ultimo, non vorrei che la moltiplicazione di questi strumenti di emergenza si traducesse in un abbandono del metodo comunitario e anche dell'unità di bilancio. Questo Parlamento deve avere pieno e democratico scrutinio e lo stesso vale anche per il coinvolgimento della società civile nell'implementazione di questo strumento.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL). – Señora Presidenta, felicito al señor Corrao por su informe, porque llama la atención sobre problemas fundamentales de estos fondos, destacando los siguientes: en el modelo de Fondo Fiduciario de la UE para África, una vez más, priman los intereses geoestratégicos de la Unión Europea sobre el interés por contribuir al desarrollo de los países de tránsito y origen de las personas migrantes; el control democrático sobre estos fondos es muy deficitario y, lamentablemente, esta Cámara tiene muy poco poder en su diseño y su ejecución; prácticamente no pintamos nada. Una vez más estamos ante un ejemplo de la incoherencia de las políticas de la Unión Europea.

Con el pretexto de incidir en las causas raíz de la movilidad humana, este Fondo destina recursos de ayuda oficial al desarrollo a la externalización del control de las fronteras y al control de las personas, en lugar de al fomento del desarrollo en los países de origen. Levantar vallas a la pobreza y a la desesperación no es contribuir al desarrollo en ningún caso.

Hago de nuevo un llamamiento sobre la necesidad de una política exterior migratoria y comercial coherente con nuestros objetivos, con los derechos humanos y con los ODS, que con tanta pompa firmó la Unión Europea en el seno de las Naciones Unidas.

György Hölvényi (PPE). – Madam President, Europe has always been a leading donor for people in need, but today there is more at stake than before in terms of aid. Mass migration creates a new humanitarian and security situation, not only in Africa but in Europe. Our primary task is to lend a hand in crisis areas. The EU Trust Fund aims to prevent displacement but we have to go further and we need a clear strategy.

I would like a really clear strategy on protecting vulnerable communities in their homeland. Without a common European strategy we cannot overcome the challenges of irregular migration. If you look at Africa, displacement is often driven by religious hatred. Europe is responsible for these people, whose basic rights are in danger. We need to join forces in relief activities, and the EU Trust Fund that we have discussed today strongly promotes this idea.

Let me make a serious suggestion here: EU action will be more effective if we bring religious organisations on board as well. They manage efficiently functioning local relief networks. The efficiency of organised church bodies often exceeds that of public aid. It would be a failure to ignore their local experience as they have a significant impact on creating social stability. Without this cooperation, negative impacts will increase in the future. We need a new level of comprehensive support in this situation: we are helping them and they are showing up in Europe. The recent illegal migration has been handled through the improvement of security and economic development to stop the displacement.

Finally, I thank my colleagues very much for their efforts in this work.

Neena Gill (S&D). – Madam President, as the budget rapporteur for the Committee on Foreign Affairs I want to raise a number of concerns on the use of Trust Funds as an instrument. I appreciate why the funds were created; it was basically to enable the EU to respond to many new crises that were unforeseen by the Multiannual Framework and to bring on board new donors. However, we have a situation where the African Trust Fund is currently short of EUR 1.7 billion due to lack of Member States' contributions.

Now how is this gap to be plugged? I hope not by taking away resources from our long-standing commitments to sustainable development goals and undermining other goals that the EP has set which are already in need of additional resources. So what we need urgently is a fully resourced and a permanent EU crisis reserve. It is incredulous that some members of the Trust Fund have a seat on the board and have a say on how it is executed with contributions of as little as EUR 50 000, when the European Parliament, despite its 1.8 billion contribution, is not represented.

Liliana Rodrigues (S&D). – Senhora Presidente, é fundamental promover a estabilidade destas regiões e contribuir para uma melhor gestão da migração. No entanto, e como aqui já foi reiterado, apenas 4,5 % dos compromissos assumidos pelos Estados-Membros foram concretizados.

Já em 2005, a União Europeia e os seus Estados-Membros também se comprometeram a aumentar a ajuda pública ao desenvolvimento para 0,7 % do Rendimento Nacional Bruto da União Europeia até 2015.

Como um todo, continuamos a falhar esse objetivo: esse compromisso passou agora para 2030. A União Europeia tem de enfrentar a crise das migrações e investir na melhoria das condições de vida das pessoas nos países mais carenciados, e não apostar, através do medo da fome e do arame farpado, em manter os migrantes nas fronteiras da Europa.

Por outro lado, teremos de estar atentos a eventuais utilizações indevidas deste dinheiro, reforçando o papel supervisor do Parlamento Europeu. Os contribuintes europeus não compreenderiam se este fundo estivesse a fortalecer ditadores e déspotas, mas isto não deve ser confundido com a ajuda e com a solidariedade a países terceiros.

Interventions à la demande

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já bych chtěl rovněž ve svém příspěvku vyjádřit podporu svým kolegům, kteří vznášeli otázky právě ohledně fungování tohoto fondu a jeho naplnění. Myslím, že provázanost na aktuální témata stran migrace byla zvýrazněna v debatě poměrně dostatečně, proto bych se věnoval jinému tématu, které souvisí s bodem, který zde pravidelně máme na pořadu jednání Parlamentu, a to je věci lidskoprávní. Já jsem přesvědčen, že bychom měli věnovat rovněž pozornost, pokud směřují prostředky EU na podporu různým africkým zemím, jak jsou tam dodržována i ta základní lidská práva, protože to je téma, které se zde v této budově projednává mnohokrát. Myslím si, že je poměrně ostudné, pokud my vytýkáme konkrétním zemím konkrétní porušování lidských práv a pokud do takovýchto zemí potom dlouhodobě směřují prostředky evropských občanů. Myslím si, že bychom se nad tím měli skutečně zamyslet.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, 1,5 δισεκατομμύριο άνθρωποι παγκοσμίως διαβιούν στις λεγόμενες ευάλωτες περιοχές που πλήττονται από συγκρούσεις, ανομία και αυξανόμενη διαφθορά. Ο μεγαλύτερος πληθυσμός που διαβιεί σε τέτοιες περιοχές είναι ο πληθυσμός της Αφρικής. Είναι σημαντική λοιπόν η οικονομική στήριξη των χωρών της Αφρικής διότι μόνο έτσι θα αποφευχθούν τα φαινόμενα της μαζικής εξόδου των πληθυσμών της που προκαλούν η εξαθλίωση και η έλλειψη προοπτικών. Απαιτείται λοιπόν ειλικρινής στήριξη στις οικονομίες που πασχίζουν περισσότερο να ανταπεξέλθουν στην οικονομική παγκοσμιοποίηση. Ταυτόχρονα όμως πρέπει να στηριχθούν πρώτα από όλα τα βιώσιμα μοντέλα ανάπτυξης και να ενισχυθεί η συνεργασία των χωρών και των λαών της περιοχής. Η περιφερειακή συνεργασία θα συνδράμει στην εμπέδωση της ειρήνης και έτσι θα μειωθούν οι συγκρούσεις ώστε να έχουμε ένα δεύτερο θετικό αποτέλεσμα: να περιοριστούν οι προσφυγικές ροές οι οποίες ξεκινούν από αυτή την περιοχή με κατεύθυνση την Ευρώπη. Η στήριξη αυτή όμως πρέπει να είναι απαλλαγμένη από τις φιλελεύθερες ιδεοληψίες και να μην αποσκοπεί στο κέρδος διότι έτσι, αντί να αντιμετωπίσει τις αιτίες της μετανάστευσης, θα τις ενισχύσει.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođo predsjednice, stotine tisuća, milijuni migranata koji čekaju na vratima Europe i koji danas dolaze s Bliskog istoka ili azijskih zemalja su više migranti čiji je dolazak prouzročen kriznim žarištima i ratovima. Međutim, dugoročno gledajući, nema nikakve dileme da građani Afrike žele u velikoj mjeri doći u Europu. Zato snažno podržavam ovaj europski uzajamni fond za Afriku jer vjerujem da upravo koncept kojega je gospodin Corrao izložio u sedam točaka, ali želim naglasiti točku dugoročnosti ovoga projekta i cjelovitosti ovoga Fonda. Cjelovitost na način da se zaista pomogne svim ključnim zemljama, ali dugoročno. To je koncept na koji moramo ići i zato sam jedan od onih koji ovdje zaista snažno žele izraziti podršku ovom Fondu.

Marek Jurek (ECR). – Pani Przewodnicząca! Mówimy o rzeczach oczywistych: tylko rozwój Afryki, rozwój Południa może ustabilizować społecznie te społeczeństwa, może zahamować tę falę imigracyjną, z którą ani oni ani my nie możemy sobie poradzić. Znajdujemy się w sytuacji destabilizacji społecznej. Padło bardzo wiele głosów o tym, że nie możemy finansować skorumpowanych rządów – to również jest prawda.

Natomiast, co z tym wszystkim mają wspólnego zawarte na przykład w 24 punkcie wszystkie te rekomendacje eksportu tak zwanych praw seksualnych, reprodukcyjnych, LGBTI, prawa mniejszości. Bardzo wielu przywódców afrykańskich mówi otwarcie, że to jest imperializm kulturowy. Narzucamy im własne problemy zamiast udzielać im naszej pomocy. My naprawdę musimy pomagać w ich rozwoju, a nie przekazywać im naszą dekadencję.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhora Presidente, os migrantes que todos os dias tentam pisar solo europeu e os que morrem na travessia do Mediterrâneo são como pedras atiradas à cara da União Europeia – pedras que lhe lembram as responsabilidades que teve e tem no subdesenvolvimento, na ingerência, na desestabilização e na guerra que estão na origem dos fluxos migratórios.

Perante isto, a União Europeia, depois do vergonhoso acordo com a Turquia, quer alargar aos países africanos a política de externalização das fronteiras e de gestão dos fluxos migratórios, ao sabor dos interesses e das necessidades de mão-de-obra do grande capital europeu. Uma vergonha, mais ainda quando se quer condicionar a política de ajuda ao desenvolvimento à aceitação da política migratória da União Europeia e à submissão aos seus princípios.

Uma intolerável chantagem de recorte neocolonial sobre países e povos que se encontram numa posição de enorme fragilidade. Ir ao fundo das causas do fluxo migratório implica uma profunda modificação das políticas e orientações da União Europeia e uma genuína e reforçada cooperação para o desenvolvimento, respeitadora da soberania e do direito ao desenvolvimento dos países africanos.

(Fin des interventions à la demande)

Christos Stylianides, *Member of the Commission*. – Madam President, first of all I completely agree with all of you who already focus on the root causes of this unprecedented crisis. I am sure that the EU Trust Fund for Africa definitely wants to focus on the root causes, and I am sure that this is our intention and our beliefs as Europeans. My experience on the ground has already convinced me that without dealing with the root causes there is no possibility to overcome and to see specific results on the ground. Please give me the chance before concluding to report on progress achieved so far by the EU Trust Fund.

In approximately six months, 59 programmes have been approved across the three regions, for a total of EUR 927 million. We are now concluding a great number of contracts with implementers to start activities on the ground. Let me underline that funding in the countries of Sudan, South Sudan and Eritrea, is given only to partners, not to the governments. This is an important feature of our assistance.

Migration issues are an integral part of our dialogue with African partners. In line with the new partnership framework endorsed by the European Council, the European Union is engaged in the process of developing comprehensive partnership 'compacts' with a limited number of initial countries of origin and transit.

In addition to the nearly EUR two billion committed at Valletta, the Commission is ready to provide an additional EUR 500 million from the European Development Fund to finance actions in support of the new partnership approach, and calls upon EU Member States and other donors to match this additional contribution.

So this is our initiative, and these are our activities making up the comprehensive approach in this very difficult area. I would like to reassure you that the Commission is fully committed to keeping the European Parliament and its relevant committees involved in the development of the EU Trust Fund for Africa, and we would like to continue via constant dialogue and regular sharing of the progress achieved.

Ignazio Corrao, *relatore*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io ringrazio tutti i colleghi che sono intervenuti, apprezzo lo spirito costruttivo dimostrato, condivido molte delle osservazioni che sono state fatte. È ovvio che sono preoccupato anche io che i soldi per lo sviluppo possano finire ai *janjaweed*, ai diavoli a cavallo che commettono violenze di ogni genere in Sudan. Ringrazio il Commissario per le osservazioni: ho avuto modo di parlare con il Commissario Mimica, che mi ha assicurato una maggiore diffusione delle informazioni che riguardano i vari progetti e un maggiore coinvolgimento del Parlamento perché possa esercitare un controllo democratico sui fondi.

Io spero che questa relazione possa servire da stimolo per colmare alcune lacune del Fondo fiduciario e mi auguro che possa essere uno strumento utile per intervenire efficacemente sulle cause profonde della crisi migratoria. Il problema è complesso e il nostro obiettivo deve essere quello di muovere qualche passo, di andare avanti. Qualche cosa è migliorata nel frattempo: alcune ONG, ad esempio, ci hanno segnalato una crescita in termini di trasparenza circa le procedure che le riguardano, che in origine erano molto confuse. Speriamo che sia la strada giusta e pretendiamo che Parlamento e cittadini siano sempre coinvolti nei vari processi riguardanti il Fondo fiduciario.

La costruzione di questa relazione è stata segnata dal dialogo e dalla ricerca di soluzioni fattive. Domani si vota sia sul testo che su emendamenti che nella maggior parte sono il frutto di questo dialogo. Sono certo che il Parlamento tutto saprà mostrarsi compatto e deciso nel votare un testo che affronta temi più che mai delicati ed attuali e anche nel mandare un segnale deciso alla Commissione e al Consiglio.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu demain.

Déclarations écrites (article 162)

Ana Gomes (S&D), *por escrito*. – O uso do Fundo Fiduciário de Emergência da UE para combater a migração irregular para a UE é uma política desastrosa e desumana, que financia regimes antidemocráticos e brutalmente repressivos, como os da Etiópia e do Sudão, e que são, na verdade, os principais causadores dos fluxos migratórios para a Europa.

Os refugiados e migrantes fogem das guerras, da perseguição política e da tirania, do desgoverno económico e da falta de oportunidades causados por cleptocracias opressivas.

Financiar regimes corruptos e autoritários para criarem cercas e barreiras para controlarem as pessoas e intensificarem o sufoco em que vivem trai os nossos valores e princípios, é uma política ineficaz e insustentável, e um vergonhoso desperdício dos recursos dos contribuintes europeus.

A única forma de a UE ter uma política eficaz de gestão das migrações é adotar uma estratégia de promoção de democracia, de paz e da resolução de conflitos e ajudar a criar instituições inclusivas, que abram oportunidades e um genuíno desenvolvimento e deem esperança às pessoas.

A Europa que se deixa chantagear e manipular por governos opressivos perde credibilidade e destrói-se a si própria.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Доверителният фонд на ЕС за Африка е важен инструмент за укрепване на стабилността в Африка и за преодоляване на първопричините за незаконната и насилствената миграция. Несекващият миграционен поток ясно показва, че миграционната криза не може да бъде овладяна без трайно стабилизиране на съседните на ЕС региони.

Африка има най-голям прираст на населението в света, като се очаква неговият относителен дял да достигне 25% от световното население през 2050 г. Европейският съюз трябва да продължи да предоставя подкрепа за сигурността и развитието на страните от региона. Държавите членки трябва да направят повече за изпълнението на официално поетите ангажименти, но е важно също така да се повиши гъвкавостта на бюджета на ЕС, за да има повече възможности за реакция при извънредни обстоятелства.

Въпреки големите си възможности Европа не може сама да премахне първопричините на проблемите с миграцията. Затова трябва да се търсят повече общи подходи с международните партньори в рамките на ООН за намиране на решение на предизвикателствата, свързани с миграцията, както и по-голямо финансово участие от тяхна страна. Международното право се прилага еднакво в целия свят и други страни с високи или средни доходи биха могли да направят повече като увеличат своята финансова подкрепа.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Ustanovitev nujnega skrbniškega sklada Evropske unije za Afriko ter dodelitev 1,8 milijarde evrov finančni sredstev EU je ad hoc odziv na izzive, s katerimi se soočamo, opozarja pa nas, da potrebujemo bolj fleksibilen proračun EU ter večje proračunske rezerve, če se bomo v prihodnosti želeli uspešneje spopadati z nepričakovanimi krizami.

Kljub izrednim razmeram, ki terjajo od nas hitro in učinkovito ukrepanje, pa ne smemo pozabiti na zakonito, pregledno in odgovorno rabo proračuna Evropske unije. Če želimo v polnosti izkoristiti potencial skrbniškega sklada, potem potrebujemo večji prispevek držav članic, ki so v sklad prispevale manj kot 5 %. Želim si, da bodo države članice prešle od besed k dejanjem, spoštovale svoje zaveze ter prispevale v sklad.

21. Schaffung von für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf förderlichen Arbeitsmarktbedingungen (kurze Darstellung)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le rapport de Tatjana Ždanoka et Vilija Blinkevičiūtė, au nom de la commission de l'emploi et des affaires sociales et de la commission des droits de la femme et de l'égalité des genres, sur la mise en place, sur le marché du travail, de conditions favorisant l'équilibre entre la vie professionnelle et la vie privée (2016/2017(INI)) (A8-0253/2016).

Tatjana Ždanoka, *rapporteur.* – Madam President, the report points to the need to makes changes to society. Having achieved the situation where women and men are equal earners and equal carers, there is a need for strong action at European, local and national levels for legislative measures, combined with non-legislative measures, in order to allow men and women to better reconcile work, caring for and spending time with family and friends and time for leisure and personal development. A labour market unable to provide flexible working arrangements and adequate-level schemes is a matter of everyday concern for a very high proportion of the population.

The EU has to urgently adopt work-life balance policies – today's reality – by taking into account the needs of an increasingly diverse society. In the report we call on the Commission to put forward a number of legislative proposals on family and care-related types of leave, namely a revised maternity leave directive, a paternity leave directive and a carers' leave directive. Furthermore, Member States are in particular called upon to provide for accessible, available and affordable, high-quality care services for children, older relatives, family members with disabilities or those with illnesses.

A specific part of the report is dedicated to the quality of employment. The crisis has also led to an increase in the numbers of the working poor throughout Europe, causing people to have to work more and longer hours, even combining several jobs, in order to earn a decent income.

It is therefore important to ensure an inadequate wage for all workers and provide worker-oriented flexible working arrangements that do not cause an additional burden for the personal and family situation of both women and men.

Finally, labour market conditions favourable for work-life balance can only be created if quality of life is supported within and outside work. This means ensuring people have enough time outside work for personal development and leisure, and combating inequalities in society as a whole.

We the co-rapporteurs are very satisfied with the outcome of the vote on the draft report by the Committee on Employment and Social Affairs and the Committee on Women's Rights and Gender Equality. We regret, and are extremely anxious about, the large number of requests for split votes. We have all received the joint statement of 11 networks of NGOs – that is the text – who have been working together since 2012 in order to raise awareness about the daily challenges faced by women and men across the EU in reconciling their work, family and private life. These 11 networks of NGOs are calling on us to adopt this report in full to avoid undermining its comprehensive and coherent nature. I very much hope that colleagues will not ignore this request.

Vilija Blinkevičiūtė, *pranešėja*. – Ačiū, ponia Pirmininke. Pirmiausia aš dėkoju bendrapranešėjai Tatjanai Ždanokai ir visiems šešėliniams pranešėjams už mūsų bendrą darbą, nes iš tikrųjų šis mūsų pranešimas – tai Europos Parlamento indėlis, reakcija į Komisijos 2015 m. vasarą paskelbtą veiksmų planą dėl sprendimų siekiant suderinti asmeninį gyvenimą ir darbą, ypač toms šeimoms, kurios augina vaikus, ir tai kartu yra indėlis į Komisijos paskelbtą viešą konsultaciją bei konsultacijas su socialiniais partneriais.

Klausimas iš tikrųjų yra labai svarbus, todėl tikimės sulaukti teisėkūros pasiūlymų iš Komisijos, nes tai labai aktuali tema ir valstybėse narėse, kadangi paliečia kiekvieną mūsų pilietį. Šių metų birželio mėnesį Taryba priėmė išvadas dėl lyčių lygybės, kuriose pabrėžė, jog būtina priimti ir stiprinti teisines priemones, kurios realiai suteiktų sąlygas ir vienodas galimybes moterims ir vyrams suderinti darbą, asmeninį ir šeiminį gyvenimą. Džiugu, kad visi norime ir siekiame bendro tikslo šioje srityje. Taigi pranešime mes raginame Komisiją kuo skubiau pateikti naują ambicingą Motinystės atostogų direktyvos pasiūlymą, taip pat Prižiūrinčių asmenų atostogų direktyvą, kuri sudarytų sąlygas šeimos nariams prižiūrėti priklausomus savo šeimos narius, neįgaliuosius ar senyvo amžiaus šeimos narius ir užtikrinti jiems tam tikrą socialinę apsaugą.

Taip pat raginame Komisiją pateikti pasiūlymą dėl Tėvystės atostogų direktyvos, kurioje būtų numatytos mažiausiai dviejų savaičių visiškai apmokamos atostogos tėvams, ir galiausiai raginame peržiūrėti Vaikų priežiūros atostogų direktyvą ir pailginti minimalią apmokamą atostogų trukmę nuo keturių iki šešių mėnesių, nes iš tikrųjų moterys turi dalyvauti darbo rinkoje, kadangi moterų integravimas į darbo rinką yra pagrindinė kovos su skurdu ir socialine atskirtimi priemonė. Tačiau jeigu moteris skatiname dirbti ir kuo ilgiau likti darbo rinkoje, privalome suteikti ir visas sąlygas darbui ir asmeniniam gyvenimui suderinti.

Be to, svarbu pabrėžti, kad geresnis įvairių atostogų valstybėse narėse koordinavimas, darna ir galimybės jas gauti tikrai padidintų užimtumą. Privalome įvertinti ir tai, jog Europa sparčiai senėja, palankesnės sąlygos derinti darbą ir asmeninį gyvenimą įgalintų tėvus daugiau dėmesio skirti savo šeimai, tuo pačiu ir skatintų gimstamumą. Neretai atsitinka taip, kad, jei šeimoms, ypač moterims, nepavyksta suderinti profesinės veiklos su vaikų priežiūra, tai jos nesiryžta turėti daugiau vaikų arba nusprendžia iš viso jų neturėti. Todėl nenuostabu, kad Europos Sąjunga patiria gimstamumo mažėjimo problemą.

Taigi labai svarbu, kad darbo vietoje būtų sukurta šeimai draugiška aplinka ir kad darbdaviai garantuotų vaikus auginančioms šeimoms lanksčius darbo santykius, suteiktų papildomų socialinių garantijų. Turime užtikrinti lyčių lygybę ir teisingą šeimos pareigų pasiskirstymą. Deja, bet vis dar yra nusistovėjęs požiūris, kad darbo ir šeimos derinimo problema dažniau yra pabrėžiama kaip moterų problema, nes joms tenka didžiausia šeimos priežiūros našta. Taip pat tikrai raginame Komisiją per semestrą pradėti taikyti tam tikrus tikslinius pagyvenusių asmenų ir kitų priklausomų asmenų priežiūros rodiklius, panašius į Barselonos tikslus, ir, kad šis procesas vyktų, raginame Eurostatą ir „Eurofound“ rinkti atitinkamus duomenys ir atlikti tyrimus šioje srityje. Taigi norint suderinti darbą, asmeninį ir šeimos gyvenimą, nėra vieno visiems tinkamo sprendimo ir reikia ieškoti kiekvienam žmogui tinkamos pusiausvyros siekiant patenkinti profesinius, asmeninius ir šeimos poreikius. Mieli kolegos, labai tikiuosi, kad rytoj Europos Parlamente iš visų frakcijų bus supratimas ir pritarimas šiam mūsų pranešimui, ir tikrai mes turime rytoj pasiųsti mūsų Europos Sąjungos piliečiams žinią, kad nesame akli jų problemoms. Labai prašau palaikymo rytoj balsuojant už šį pranešimą.

Interventions à la demande

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, děkuji kolegyním za předložení jejich zprávy. Já považuji také za důležité, aby Evropský parlament hovořil o negativním demografickém vývoji v EU a abychom hledali opatření, kterými budeme reagovat na demografický pokles. Souhlasím také s důrazem na rodinnou politiku, s opatřeními, která mají posílit jistotu v zaměstnání a zlepšit obtížné pracovní podmínky. S ohledem na výše uvedené důvody bych očekávala, že Evropský parlament bude povzbuzovat členské státy k prorodinné politice, která ocení rodičovskou péči, podpoří členy rodiny pečující jak o děti, tak o jejich potřebné členy. A bude tak podporovat stabilní rodinné vztahy, protože nejde jen o materiální podmínky, ale také o prostředí jistoty, bezpečí, důvěry a dobrých vztahů, které rodina poskytuje a měla by poskytovat. Místo toho zde EP vyzývá Komisi, aby uznávala a také podporovala všechny různorodé formy vztahů, které tradiční rodinu mají nahradit.

Julie Ward (S&D). – Madam President, I would like to thank my colleague Vilija Blinkevičiūtė for all her work on this report, which I know has taken some time. It is extremely important that the report takes a clear stand against austerity and widening social inequality.

It highlights the sad reality that women are especially affected by precarious labour, zero-hour contracts and cuts in public services. The Commission and national governments must heed the call here and take action. It is an important example of how the EU promotes gender equality and social justice and why it is so important that we stand up for our core values. As Labour MEPs here in the European Parliament, we have a duty to draw attention to the important work done in this House. We must make sure that our constituents in the UK continue to benefit from the social protection enshrined in EU law, in any eventuality.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, οι πρωτοβουλίες που έχουν αναληφθεί μέχρι στιγμής, τόσο σε ευρωπαϊκό όσο και σε εθνικό επίπεδο, για την εξισορρόπηση της επαγγελματικής και προσωπικής ζωής δεν έχουν φέρει τα επιθυμητά αποτελέσματα. Μάλιστα οι διακρίσεις που παρατηρούνται στους εργασιακούς χώρους ανάμεσα στα δύο φύλα καθιστούν για τις γυναίκες ακόμη πιο δύσκολη την εναρμόνιση αυτή. Οι τύποι αδείας που συνδέονται με οικογενειακούς λόγους εξακολουθούν να επιφέρουν δυσμενείς διακρίσεις παρά την υφιστάμενη νομοθεσία ενώ, σε χώρες όπως η Ελλάδα, οι έντονες μισθολογικές διαφορές και τα ποσοστά ανεργίας που φτάνουν στο 28,7% στις γυναίκες, τις καθιστούν οικονομικά ευάλωτες. Επομένως, είναι αναγκαίο η Ένωση να αναλάβει πολιτικές δράσεις προκειμένου να αντιμετωπιστούν οι κοινωνικο-οικονομικές προκλήσεις που δημιουργούνται στα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Ωστόσο, όσο εξακολουθούν να επιβάλλονται πολιτικές λιτότητας στις ευρωπαϊκές χώρες του Νότου η εναρμόνιση προσωπικής και επαγγελματικής ζωής, καθώς και η βιώσιμη ανάπτυξη θα γίνονται ακόμη πιο δύσκολες.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođo predsjednice, moram reći da mi se dopala Vaša reakcija kada ste vidjeli da sam digao papir i zatražio ponovno *catch the eye*. Ne zato što se često javljam za *catch the eye* i pokušavam dobiti *catch the eye*, ali ovom prilikom želim podijeliti moje iskustvo, 25 godina u politici u jednoj konzervativnoj zemlji kao što je Hrvatska i pokušaj da se zaista stvore svi mogući uvjeti ravnopravnosti spolova i antidiskriminacijski pristup na tržištu rada, ali i u samoj politici.

Kada sam kreirao liste stranke koju sam vodio dugo godina, uvijek sam pokušavao da barem jedna žena bude više od muškaraca na listi. To nije jednostavno. I dobro je da muškarci govore upravo o toj temi. Zato vjerujem da su upravo odlične poruke ono što poručuju ovi izvještaji naših kolegica ovdje i naravno ćete u meni uvijek imati saveznika za ovakve poruke.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhora Presidente, décadas de políticas neoliberais, a imposição de políticas de austeridade, o empobrecimento e a exploração por governos e pela União Europeia significam graves retrocessos sociais de que resultam hoje 125 milhões de pobres, 30 milhões de desempregados e uma cada vez maior desigualdade na distribuição da riqueza.

Políticas que têm esmagado os direitos dos trabalhadores e conquistas sociais, que atacaram a contratação coletiva, que impuseram a desvalorização de salários, a desregulação dos horários de trabalho, a precariedade e a destruição e privatização da oferta pública de serviços de apoio à família; opções de classe, como o abandono da diretiva de maternidade ou licenças que não são pagas a 100 %, quando existem; e políticas, como o Semestre Europeu, que agora alguns tentam travestir com a capa do social, escamoteando as consequências práticas dos seus objetivos, evidenciam que o combate às desigualdades e a elevação das condições de vida dos trabalhadores só será possível com a necessária rutura com as políticas de direita.

Jordi Sebastià (Verts/ALE). – Señora Presidenta, poco hay que decir. Creo que las cosas han quedado bastante claras. Naturalmente, para la compatibilización de la vida laboral y la vida familiar, lo que hay que tomar es —como ha comentado el compañero— medidas claras y decididas, y la política de la Comisión Europea hasta el momento lo que está haciendo es ocultar y dejar a un lado aquello que aquí ya se había consensuado, como la petición de una normativa europea para la baja parental y maternal.

Consideramos, por tanto, que, si no se cambia esa evolución, si no se cambia esa dirección en el trabajo de la Comisión Europea, naturalmente no vamos a tener nunca una real conciliación y una real posibilidad de conciliar esa vida laboral y esa vida familiar, algo que, recordemos, es fundamental para las estrategias de igualdad y que figura en todos los Tratados de esta Unión Europea. No será posible si no se cambia esa dirección política.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já na té zprávě vidím samozřejmě i pozitivní moment, jako je věc, která souvisí s právem na odpočinek, se sladěním otázek opravdu rodinného života s podmínkami pracovního trhu. Je tam celá řada pozitivních momentů, ale chtěl bych zdůraznit i některé negativní. Podle mého názoru už dnes je pracovní právo svázáno celou řadou předpisů. Myslím si, že by se Evropský parlament neměl stát jaksi paternalistou, právě vstupovat z tohoto pohledu do pracovních vztahů, je to otázka kolektivního vyjednávání. Já bych byl velmi nerad, kdyby se EP stal do jisté míry odborovou organizací pro všechny pracovníky na pracovním trhu. Myslím si, že to je věc i zásady ochrany subsidiarity, že by v této věci měly jaksi dokázat i svoji aktivitu samy členské státy. Já mám k té zprávě vážné výhrady.

Maria Arena (S&D). – Madame la Présidente, quand on parle du Parlement européen, qui ne devrait pas être un syndicat, je voudrais dire que, malgré les demandes incessantes des syndicats nationaux, mais aussi du syndicat européen, la Commission, en 2015, avait décidé d'abandonner la révision de la directive «congé de maternité» sous prétexte que cette directive n'était pas moderne et ne remplissait pas les exigences d'un nouveau monde en matière d'équilibre entre vie privée et vie professionnelle.

Aujourd'hui, ce rapport – et je tiens particulièrement à remercier les deux corapporteures – me semble complet, équilibré et moderne. Il propose effectivement une approche législative en matière de congés parentaux – maternité, paternité et congé parental. Si cela n'est pas moderne sur la nouvelle répartition des rôles, que veut-on de plus moderne?

Il propose une garantie «enfants» pour les enfants qui n'ont pas de structure d'accueil, pour les enfants les plus défavorisés. Là aussi, il s'agit de rompre le cercle vicieux de la pauvreté. Enfin, ce rapport propose également d'inscrire cela en tant que droit fondamental dans le pilier des droits sociaux.

Je pense qu'il s'agit vraiment d'un rapport extrêmement moderne et je remercie les corapporteures.

Viorica Dăncilă (S&D). – Doamnă președintă, Europa se confruntă cu o mare provocare, respectiv schimbările demografice. Speranța de viață a crescut, natalitatea rămâne la un nivel scăzut, copiii apar la vârste mai avansate ale mamei, structurile familiale se modifică și apar noi forme de construire a relațiilor, la care se adaugă fenomenul migrației.

În plus, criza economică și financiară a dus la reduceri bugetare ale fondurilor publice destinate politicilor de echilibrare a vieții profesionale cu cea privată. Ca atare, este necesară o mai bună cooperare între Comisie și statele membre pentru aplicarea unor politici pozitive și susținerea reînnoirii demografice, încurajarea participării mai mari a bunicilor, precum și menținerea sistemelor de securitate socială.

În final, vreau să felicit cele două raportoare pentru abordarea avută în cadrul acestui raport, care a atins toate punctele esențiale referitoare la echilibrarea vieții de familie cu cea profesională.

Victor Negrescu (S&D). – Doamnă președintă, astăzi, echilibrul între viața privată și cea profesională este din ce în ce mai greu de găsit. Tinerii sunt nevoiți să dețină mai multe locuri de muncă pentru a asigura un trai decent pentru familiile lor. Riscul șomajului împinge angajații să lucreze peste program, iar concurența generează factori de stres cu risc ridicat pentru sănătate. Am lucrat în domeniul resurselor umane și, deseori, am întâlnit persoane care regretau că nu au avut timp pentru viața privată. Dar, pentru a proteja salariații de astăzi, nu mai vorbim doar de programul de muncă, ci de o serie de factori, uneori folosiți de angajatori, care pun presiune pe angajați și pe viața privată. Avem nevoie de o legislație europeană care să introducă o flexibilitate mai mare pentru a asigura o viață familială echilibrată. Avem nevoie de mecanisme care să combată activ mijloacele folosite pentru a împinge salariații să se dedice mai ales vieții profesionale. Comisia Europeană să vină cu o propunere ambițioasă și, mai ales, familia trebuie să redevină un factor de stabilitate pentru că o viață privată echilibrată conduce la o viață profesională performantă.

(Fin des interventions à la demande)

Christos Stylianides, *Member of the Commission*. – Madam President, firstly I would like to thank, on behalf of my dear colleagues Commissioners Marianne Thyssen and Věra Jourová, the two rapporteurs, Ms Ždanoka and Ms Blinkevičiūtė. The Commission shares many of your analyses and conclusions.

Parenting – and caring more generally – is no longer only the role of women. To care is to be human, and anyone can become a carer. In fact, many men would like to spend more time with their families, but do not have the possibility or are somehow discouraged from doing so. But the Commission believes that, if a woman wants to be more active on the labour market, making the most of her high level of educational attainment, she should have the possibility to do so, even when she has children or when relatives get older or ill. And the same is valid for a working man who wants to be more present at home to be with his young children or care for his relatives.

This report comes at the right moment: it supports our ongoing initiative to improve work-life balance for working parents and caregivers. We welcome very much the work and effort of the Committee on Women's Rights and Gender Equality and the Committee on Employment and Social Affairs to draw attention to these important challenges and to suggest interesting options.

The Commission's aim now is to present a more holistic approach to addressing the challenges of work-life balance. We have an existing EU legal framework in this field and policy instruments such as policy guidance, benchmarks and monitoring. But these are not enough. Both the legal instruments and the policy measures need to be modernised and updated. First, to enable both women and men to realise their potential in the labour market. Second, to support employers to have the skills they need. Third, to combat discrimination, and fourth, to reduce the gender-based exposure to poverty and achieve gender equality.

We are envisaging a comprehensive package with both legislative and non-legislative elements to support working families and businesses. The challenges for working parents start with the arrival of a new baby and continue into childhood and the teenage years. There needs to be a decent level of childcare and care services infrastructure in place to give people a meaningful choice. And we must not forget the challenges of caring for elderly or infirm dependants faced by today's 'sandwich generation'.

We want to propose up-to-date solutions to meet real needs. We are now running the second consultation with social partners, seeking their views on possible avenues for EU legislative action. We also held a broad public consultation which ended in February this year.

The views expressed by experts and key stakeholders point to the need for developing and implementing a range of non-legislative EU measures such as policy guidance, improved monitoring, better utilisation of EU funds and knowledge-sharing activities. Subject to the social partners' prerogative to negotiate, it is the Commission's intention to accompany this process.

If the social partners decide not to enter into negotiation, the Commission intends to explore all avenues leading to the establishment of an effective legislative and policy framework. You have seen this commitment in our work programme, and we are pleased to have your support in this endeavour. We will tackle these challenges together, for working men and women across Europe.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu demain.

Déclarations écrites (article 162)

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – La conciliación entre la vida laboral y familiar sigue siendo una asignatura pendiente en Europa y representa un obstáculo para el logro de una igualdad real entre hombres y mujeres. Queremos enviar un mensaje claro a la Comisión para que actualice y complete la legislación europea. Debe presentar cuanto antes una revisión de la directiva de maternidad, una mejora de la directiva de permiso parental y dos nuevas directivas, una sobre el permiso de paternidad y otra sobre el permiso de los cuidadores. Asimismo, es importante que se mejore la provisión de servicios de calidad a precios asequibles de cuidado de niños y otras personas dependientes, para que las mujeres, que son mayoría entre los cuidadores, puedan participar en el mercado laboral y optar a trabajos a jornada completa, que les permitan generar una pensión digna para el futuro. También hay que racionalizar los horarios laborales e introducir mayor flexibilidad para que todos los trabajadores puedan disfrutar de su vida privada, porque que con ello no solo se mejora el bienestar de las personas, sino que también, se benefician las empresas puesto que las personas con un equilibrio satisfactorio entre vida laboral y privada son más productivas en el trabajo.

Krzysztof Hetman (PPE), *na piśmie*. – Przyjęte sprawozdanie jest bardzo złożone i podejmuje wiele wątków, ale to dobrze pokazuje, że powinniśmy mieć całościowe podejście do tematyki równowagi między życiem zawodowym i pracą. Dlatego też głosowałem za tym sprawozdaniem. W sprawozdaniu dużo uwagi poświęcone jest urlopom rodzicielskim i równemu dzieleniu się opieką przez oboje rodziców. Uważam, że to niezwykle ważne i należy promować rozwiązania, które pozwolą mamom i tatom na swobodne korzystanie z prawa do opieki w sposób optymalny nie tylko dla ich kariery i życia prywatnego, ale przede wszystkim dla dobra dziecka.

Cieszę się, że w sprawozdaniu znalazły się też zapisy o innowacyjnych rozwiązaniach, które można wprowadzić w miejscu pracy. Uważam, że należy korzystać z możliwości takich jak teleworking czy praca na część etatu i, tam, gdzie to możliwe, uelastyczniać czas pracy. Oczywiście powinno się to odbywać na zasadzie dwustronnych ustaleń między pracodawcą a pracownikiem i w żadnym wypadku nie może być przymusowe.

Danuta Jazłowiecka (PPE), *na piśmie*. – Szanowni Państwo! Temat poruszony w niniejszym sprawozdaniu ma bardzo istotne znaczenie zarówno dla społeczeństw państw członkowskich, jak i dla unijnej gospodarki. Jest on jednak bardzo złożony i dotyka kwestii kulturowych, co wymaga od Unii Europejskiej niezwykłej ostrożności w doborze instrumentów i kształtowania aktów prawnych. Niemniej jednak musimy pamiętać, iż zachodzą obecnie pewne obiektywne procesy, które część specjalistów nazywa drugim przejściem demograficznym. Mamy do czynienia z redefiniowaniem modelu rodziny i radykalnym spadkiem dzietności. Do historii odchodzi tzw. rodzina nuklearna. Unia, aby dalej się rozwijać gospodarczo potrzebuje dostosować się do nowych czasów, a przede wszystkim powstrzymać negatywny trend demograficzny. Jak słusznie jednak zauważają sprawozdawczynie, nie istnieją żadne uniwersalne rozwiązania sprawdzające się we wszystkich państwach członkowskich.

Mimo wszystko potrzebne są zdecydowane działania, w tym przede wszystkim polityka przyjazna rodzinie. Dlatego też, o ile zgadzam się, że potrzebny jest przegląd dyrektywy macierzyńskiej, to uważam, iż niezbędna jest pewna wrażliwość przy przygotowywaniu wniosków legislacyjnych z uwagi na odmienności kulturowe w zakresie urlopów ojcowskich i opiekuńczych. Z pewnością Komisja musi rygorystycznie przestrzegać zasady pomocniczości, inaczej bowiem może się okazać, że wspomniane akty legislacyjne zostaną zablokowane, czy to przez rządy w Radzie, czy też przez parlamenty narodowe.

Karol Karski (ECR), *na piśmie*. – Godzenie życia zawodowego z prywatnym jest coraz większym wyzwaniem współczesności. Rosnące koszty życia powodują, że niewiele rodzin może sobie pozwolić na to, aby jedno z rodziców zostało w domu z dziećmi. Z reguły obydwoje zmuszeni są pracować lub poszukiwać pracy. Odbija się to negatywnie na jakości życia rodzin, ale także często na dzietności, gdyż rodziny z trudem podejmują decyzję o potomstwie, co grozi zapaścią demograficzną. Dlatego tak ważne są gwarancje pracownicze, szczególnie dla matek, które po urodzeniu dziecka chcą wrócić do pracy. Cieszy zatem, że sprawozdanie przyjęte przez Komisję Zatrudnienia i Komisję Praw Kobiet zwraca w kilku miejscach uwagę na potrzebę zachowania prawa powrotu na stanowisko pracy, a także innych udogodnień szczególnie ważnych dla młodych matek, tj. np. elastycznych godzin pracy, o ile te wynikają z potrzeb pracownika i są dostosowane do jego możliwości.

Innym ważnym elementem sprawozdania, z którym się zgadzam, jest konieczność zapewnienia, aby rodziny z dziećmi nie były skazane na pogorszenie ich sytuacji finansowej. Dlatego tak ważne są programy wsparcia, których przykładem może być polski program 500+ wspierający rodzicielstwo, jednoznacznie pozytywnie odbierany przez rodziny.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Stopa nataliteta u Europskoj uniji smanjila se posljednjih desetljeća te se Unija suočava sa zabrinjavajućim demografskim izazovima. Nesigurnost rada i teški radni uvjeti odražavaju se negativno na planiranje obitelji. Radi toga Europska unija treba usmjerene i proaktivne politike za podržavanje obiteljskog života. Plan kojeg je predstavila Komisija nije konačno rješenje, ali je svakako dobra polazna točka za poticanje pozitivnih demografskih trendova.

Politike usklađivanja poslovnog i privatnog života moraju biti kvalitetno osmišljene, jer su ključne za poboljšanje radnog okruženja koje posljedično generira dobre radne uvjete te društvenu i poslovnu dobrobit. To se između ostalog odnosi na problem rodnih nejednakosti u plaćenom i neplaćenom radu te promicanje jednake podjele odgovornosti, troškova i skrbi za djecu.

Pogotovo brine činjenica što još uvijek postoji znatna razlika u plaćama među spolovima, što ne priliči vrijednostima koje zagovaramo u Europskoj uniji. Smatram da su smjernice navedene u izvješću o stvaranju povoljnih uvjeta na tržištu rada za ostvarivanje ravnoteže između privatnog i poslovnog života dobra polazna točka za usklađivanje poslovnog i obiteljskog života koje treba biti zajamčeno kao temeljno pravo za sve ljude, bez rodne diskriminacije.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Žalosti me dejstvo, da se ženske še vedno prepogosto soočajo z diskriminacijo na trgu dela, kar je v 21. stoletju nedopustno.

Konkretno lahko opazimo, da so pogoji za usklajevanje zasebnega in poklicnega življenja še posebej vidni v večjih mestih, kjer zaradi pomanjkanja prostora v vrtcih, domovih za ostarele predvsem ženske težko usklajujejo kariero z zasebnim življenjem.

V večini evropskih držav moški in ženske še vedno niso enakopravni oskrbovalci. Dober primer in zgled pa je lahko moja država, Slovenija. Naši državljani so poleg porodniškega in materinskega nadomestila ter starševskega dopusta upravičeni tudi do očetovskega dopusta, kar moškim omogoča enakopravno sodelovanje in pomoč ženskam pri skrbi za otroka.

Komisija in države članice morajo oblikovati politike in ukrepe, ki bodo omogočile lažje usklajevanje poklicnega in zasebnega življenja. Bistvenega pomena pa je tudi vlaganje v infrastrukturo in izgradnja novih vrtcev in domov za ostarele.

22. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung

La Présidente. – L'ordre du jour appelle les interventions d'une minute sur des questions politiques importantes (article 163 du règlement).

Claude Rolin (PPE). – Madame la Présidente, en décidant de fermer son siège de Gosselies, en Belgique, Caterpillar provoque un séisme social: plus de 2 000 emplois directs, plus de 6 000 si on compte les sous-traitants qui en dépendent directement. Cette décision est d'autant plus inacceptable qu'elle est prise au mépris total des salariés et des autorités politiques tant locales, régionales, que nationales.

En 2013, Caterpillar avait déjà supprimé 1 200 emplois. Les salariés et leur organisation syndicale ont fait preuve d'une grande responsabilité pour sauver l'activité du site en faisant de nombreuses concessions. Pour tout remerciement, ils se retrouvent en dehors, tandis que la direction américaine n'a même pas le courage de s'expliquer et bafoue les règles élémentaires du dialogue social.

Cette catastrophe nous impose une réaction rapide en termes d'accompagnement des salariés, mais pas seulement. Il est urgent de mettre en place une ambitieuse politique industrielle et de relancer les investissements.

Viorica Dăncilă (S&D). – Doamnă președintă, femeile din Europa, mai ales cele din zonele rurale și urbane mici, continuă să se confrunte cu dificultăți serioase în ceea ce privește găsirea unui loc de muncă și menținerea stabilității financiare, prevenția și identificarea problemelor de sănătate pentru femeile însărcinate, sprijinul pentru combaterea discriminării și a actelor de violență fizică și verbală. Aceste probleme au un impact negativ direct asupra bunăstării familiilor din statele membre ale Uniunii Europene. În România am făcut câteva propuneri de politici publice pe care cred că instituțiile europene ar putea să le preia și să le finanțeze la nivelul întregii Uniuni. Acestea se referă la facilități pentru femeile din mediul rural pentru găsirea unor locuri de muncă stabile, sprijin pentru copiii din mediul rural cu mame plecate la muncă în spațiul comunitar, campanii de prevenire a riscului de cancer mamar, gratuitatea analizelor pentru femeile însărcinate. Prin colaborare strânsă între instituții, societatea civilă și guverne putem găsi soluții punct cu punct la aceste probleme.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η πρόσφατη αρνητική απόφαση της Επιτροπής Αναφορών για τις οφειλές της Γερμανίας προς την Ελλάδα είναι ηθικά απαράδεκτη και πολιτικά εντελώς προκατειλημμένη. Αποτελεί όνειδος για την ίδια την Ευρωπαϊκή Ένωση που νίπτει τας χείρας της σαν νέος Πόντιος Πιλάτος στο ζήτημα των γερμανικών πολεμικών επανορθώσεων. Αποτελεί ιταμή ιστορική πρόκληση προς τους Έλληνες αγωνιστές της Εθνικής Αντίστασης αλλά και τους λαούς της Ευρώπης που δεν έσκυψαν το κεφάλι στο ναζιστικό θηρίο. Αποτελεί τρανή απόδειξη ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει πλέον μετατραπεί σε γερμανική Ευρώπη που προσπαθεί να αλλάξει ακόμη και την ίδια την Ιστορία. Αποτελεί απόφαση που αποθρασύνει ακόμη περισσότερο το Βερολίνο όπως φάνηκε από τις σημερινές προκλητικές δηλώσεις του εκπροσώπου της γερμανικής καγκελαρίας, Στέφεν Ζάιμπερτ, που δηλώνει ότι το θέμα των γερμανικών αποζημιώσεων έχει δήθεν ρυθμιστεί. Βέβαια η Επιτροπή και οι διάφορες μνημονιακές δυνάμεις στην Ευρωβουλή ενθαρρύνθηκαν από την προκλητική αδιαφορία που έδειξε η κυβέρνηση Τσίπρα που δεν υποστήριξε την αναφορά των αγωνιστών της Εθνικής Αντίστασης (ΠΕΑΕΑ/ΔΣΕ). Όμως δεν πρόκειται να το βάλουμε κάτω: ο αγώνας για τη διεκδίκηση των γερμανικών αποζημιώσεων συνεχίζεται.

Jasenko Selimovic (ALDE). – Fru talman! Det kommande valet i Bosnien och Hercegovina har fått vissa politiker att driva att det ena av landets två entiteter, Republika Srpska, ska ha en folkomröstning om sin enhetsdag. Detta trots att Bosniens högsta domstol har förklarat att det strider mot landets sekulära statsskick.

Jag har viss, begränsad förståelse för politiska valkampanjer i jagandet av väljare, men att leka med sådana saker i Bosnien kan sluta mycket illa. Denna folkomröstning inte bara utmanar landets suveränitet, säkerhet och konstitution, utan den sprider rädsla för väpnad konflikt. Vi får inte låta denna låga tändas igen och backa landet tillbaka till 90-talet. Inga val och inga väljare är värda att äventyra den svårt åstadkomna freden på Balkan.

Därför måste kommissionen agera. Visar vi inte nu att freden och stabilitet inte är förhandlingsbara, kan vi aldrig mer begära av andra att göra det. Kommissionen måste omedelbart kräva att man sätter stopp för denna lagvidriga omröstning.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhora Presidente, em Portugal, o caminho da devolução de direitos e rendimentos aos trabalhadores e pensionistas e da reversão de alguns dos aspetos mais negativos da política do anterior Governo, ainda que muito aquém do necessário, esse caminho, apesar de modesto e limitado, choca inapelavelmente com as imposições da União Europeia.

É clara a intenção de fazer implodir qualquer solução política que ponha em causa a orientação política dominante, a mesma que trouxe a Europa, e em especial a Zona Euro, a uma crise sem precedentes. É esse o sentido do intolerável processo de sanções aberto contra Portugal e da chantagem que lhe está associada relativamente à suspensão de fundos, visando condicionar a discussão e a elaboração do Orçamento de Estado para 2017.

Não é surpresa, apenas deixa mais clara a necessidade de uma rutura com as imposições e as chantagens, a necessidade de recuperar a soberania monetária, uma moeda própria, um Banco Central desvinculado do BCE, uma gestão financeira, cambial e orçamental ajustada às necessidades do país, a par de uma renegociação da dívida, dos prazos, dos juros e dos montantes e da recuperação do controlo público sobre o setor da banca.

Jordi Sebastià (Verts/ALE). – Señora Presidenta, el Ministerio de Medio Ambiente español asegura que ha iniciado el trámite para declarar como zona especialmente protegida de importancia para el Mediterráneo el corredor de cetáceos que transcurre entre las costas de las Islas Baleares y las del País Valenciano y Cataluña.

La Comisión Europea apoya el proyecto y, sin embargo, al mismo tiempo, el Gobierno español mantiene y prorroga permisos para realizar prospecciones en esa área. Mientras el Gobierno español quiere dar la imagen de defensor del medio ambiente, autoriza actividades que amenazan la biodiversidad y además el futuro económico de unas zonas, especialmente las Baleares, que tienen el turismo como base de su economía.

La Comisión Europea tiene en sus manos la denuncia de la plataforma ciudadana Alianza Mar Blava, que describe las irregularidades que el Gobierno español cometió al adjudicar esos permisos, incluyendo el incumplimiento de normas europeas. Pero guarda silencio.

Pido desde aquí a la Comisión Europea que reaccione, que escuche a la ciudadanía y a los científicos que han alertado del peligro que esas prospecciones representan y que se implique para detener esos proyectos aberrantes.

Ignazio Corrao (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, nella mia regione, in Sicilia, mancano all'appello circa 5 000 ettari di piante che producevano ossigeno, che producevano reddito, che producevano ricchezza, che producevano posti di lavoro. Sto parlando di piante che producevano questo frutto qui: il limone, questo agrume.

In quest'Aula, che ha votato accordi di libero scambio, come il trattato UE-Marocco, che però lo ha fatto senza assicurare requisiti di tracciabilità, requisiti di etichettatura del prodotto, siedono colleghi che molto probabilmente non hanno mai conosciuto il sapore di un vero limone, di un vero limone siciliano, eppure hanno agito, andando a colpire un intero settore produttivo.

Io dico che le soluzioni esistono, ed esistono da decenni: stiamo parlando della modifica della direttiva sulla tracciabilità, parliamo appunto di attivare delle clausole di salvaguardia, e sono delle cose che possiamo fare e che dovremmo davvero pensare di fare quanto prima.

Mario Borghezio (ENF). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, poche settimane fa, come tutti sappiamo, un terribile terremoto ha sconvolto tre regioni del mio paese. Sentivo pochi minuti fa il sindaco molto combattivo di uno dei comuni più pesantemente colpiti, il sindaco Pirozzi di Amatrice, che mi diceva: se ne hai la possibilità, parla nell'Aula di Strasburgo, in vista dell'arrivo nelle zone terremotate di una delegazione della Commissione europea, fai in modo che questi signori commissari parlino direttamente con noi sindaci, che rappresentiamo le popolazioni, affinché gli aiuti vengano monitorati, arrivino presto, perché queste popolazioni non vogliono lasciare il loro territorio, stanno per affrontare un inverno sicuramente temibile, vogliono aiuti per poter ricominciare a lavorare e a produrre, perché sono popolazione attaccate al loro territorio, ma anche al loro lavoro, tenacemente e costantemente, nella loro richiesta di poter salvare il loro paese, la loro identità, il loro lavoro. L'Europa faccia subito il necessario.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, πρόσφατα η Επιτροπή Αναφορών του Ευρωκοινοβουλίου, προσβάλλοντας τα χιλιάδες θύματα της ναζιστικής θηριωδίας στην Ελλάδα, απέρριψε αναφορά της Πανελλήνιας Ένωσης Αγωνιστών Εθνικής Αντίστασης/Δημοκρατικού Στρατού Ελλάδας, εκπρόσωποι των οποίων βρίσκονται εδώ στο Στρασβούργο για να δώσουν αύριο συνέντευξη Τύπου για τη συνεχιζόμενη για δεκαετίες προκλητική άρνηση των γερμανικών κυβερνήσεων να καταβάλουν πολεμικές αποζημιώσεις για τα ναζιστικά εγκλήματα, παραβιάζοντας τη διεθνή συμφωνία των Παρισίων περί πολεμικών επανορθώσεων, τις οποίες μόνο η Ελλάδα δεν έλαβε παρά το ότι, αναλογικά, είχε τα περισσότερα θύματα. 71 χρόνια μετά την αντιφασιστική νίκη των λαών, αντικειμενικά καταδικάζονται πάλι τα θύματα, αθωώνονται οι σφαγείς. Μόνοι ευτυχείς η Χρυσή Αυγή και οι άλλοι νοσταλγοί του Χίτλερ. Παρά τις μεγαλοστομίες, η απαράδεκτη προκλητική άρνηση των ελληνικών κυβερνήσεων και της σημερινής ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ να διεκδικήσουν τις αποζημιώσεις υπηρετώντας τις διεθνείς συμμαχίες της ελληνικής αστικής τάξης ενισχύει τη γερμανική αδιαλλαξία. Το ΚΚΕ θα κλιμακώσει τον αγώνα του για αυτή τη δίκαιη λαϊκή απαίτηση σαν αιμοδότης και πρωτομάχος της Εθνικής Αντίστασης.

Andrea Bocskor (PPE). – Elnök Asszony, mélységes felháborodásomnak szeretnék hangot adni amiatt, hogy bár a Bizottság már decemberben elismerte, hogy Ukrajna teljesítette a vízumliberalizációs tervet, a mai napig bürokratikus eljárásokkal hátráltatják a polgárok vízummentes beutazását. Miközben Európát illegális bevándorlók százezrei lepik el bármiféle személyi azonosító okmány nélkül, az európai közösséghez tartozó ukrajnai állampolgároknak, azon belül a kárpátaljai magyaroknak, még a vízum birtokában is órákat kell várakozniuk a kevés rendelkezésre álló határátkelőhelyen.

Ukrajna polgárai sok áldozatot hoztak az európai orientációért, amiért cserébe az EU ezt a szimbolikus gesztust sem késlekedés nélkül hozta meg. Ezért azt kérem, hogy az ukrán dossziét a fontosságának megfelelően kezeljék, és mielőbb tegyék meg a vízummentességhez szükséges lépéseket, illetve dolgozzanak ki fejlesztési és költségvetési tervet a határ menti infrastruktúra kibővítésére, a nemzetközi útvonalak és a határátkelők fejlesztése érdekében, mert ez végre kézzelfogható segítség lenne a polgárok számára.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, domnule comisar, criza privind încrederea în Uniunea Europeană afectează grav viitorul Europei. După o proastă gestionare a crizei refugiaților, atacuri teroriste repetate și Brexit, cetățenii europeni au nevoie de o comunicare clară din partea Comisiei, dar și de măsuri privind siguranța lor, îmbunătățirea calității vieții, respectarea drepturilor omului, indiferent în ce țară europeană trăiesc.

Din păcate, Comisia, la aproape jumătate de mandat, nu are o strategie de ieșire din criză clară și bine comunicată și explicată cetățenilor europeni. Cum ar putea crește încrederea cetățenilor în Uniunea Europeană, în Comisie, dacă cetățenii nu văd schimbări pozitive în viața lor.

Un exemplu este Fondul strategic de investiții: nu a adus nici un efect pozitiv în țările din est și acest lucru duce la creșterea disparităților regionale. Cer Comisiei, în numele cetățenilor pe care îi reprezint, să țină cont de prevederile din tratat și în ceea ce privește siguranța, dar și în ceea ce privește coeziunea socială. Nu se poate să continuăm cu două Europe, Schengen și non-Schengen. Cetățenii din țara mea se simt discriminați pe bună dreptate.

Cred că Uniunea Europeană se află la o răscruce și este nevoie de o revizuire a strategiei, dar și a modului de comunicare, dacă dorim o Europă unită.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođo predsjednice, kakva je budućnost Europske unije nakon Brexita? Kada slušam neke govore ovdje i kada gledam neke kolegice i kolege, imam osjećaj kao da sam to sve skupa vidio već prije 25 godina. Naime, mislim na ono što smo gledali kada se raspadala Jugoslavija.

Može li zaista Brexit biti uvod u raspad Europske unije? Osobno ne želim to. Dapače, želim potpuno suprotno. Želim da razgovori koji su bili neki dan o jačanju obrambenih sustava Europske unije, o većoj povezanosti o kojoj su razgovarale i članice Višegradske skupine, o nekom konfederalnom ili federalnom modelu. To vidim kao budućnost Europske unije.

Ali s druge strane, ako objektivno i brzo ne promijenimo politiku i u ovom Parlamentu, više riskiramo raspad nego uspjeh.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señora Presidenta, acabo de venir del campamento de Calais y la situación allí es sinceramente vergonzosa.

Seis meses después de empezar el último de los desalojos forzosos, la población del campamento ha aumentado en 3 000 personas, mientras que la superficie que se deja ocupar se ha reducido considerablemente, empeorando las condiciones de hacinamiento.

Enfrente, a los lados de la carretera que lleva al Reino Unido, un muro de concertina se aumenta en altura y vigilancia con un presupuesto de 17 millones de euros. Es la viva imagen de la «Europa fortaleza»: por un lado, la miseria en la que viven las personas refugiadas que huyen de la guerra y, de frente, la respuesta violenta de las fuerzas de seguridad y los presupuestos desorbitados de muros tan altos como inútiles; todo para crear una sensación de incapacidad de gestión totalmente falsa, esa sensación de invasión que tanto gusta a la derecha, sea extrema o popular.

Con un compromiso político real, debemos dar acogida con derechos a todo aquel que lo necesite. Nadie asume su parte en esto, pero ya sabemos quién paga el pato: miles y miles de refugiados dentro y fuera de la Unión.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE). – Señora Presidenta, ayer, 11 de septiembre de 2016, casi un millón de personas volvieron a salir a las calles y plazas de Cataluña para celebrar su fiesta nacional y para clamar en favor de la independencia de Cataluña. Eso ocurrió ayer por quinto año consecutivo. No ha habido en Europa un clamor tan enorme y tan sostenido como el que se mantiene en mi país. Pero el Gobierno español, contrariamente a toda lógica democrática, se niega repetidamente a convocar un referéndum, como el que tuvo lugar en Escocia, para que todo el mundo pueda saber si la voluntad de independencia es mayoritaria o no en Cataluña.

Hoy, al celebrar el éxito de ayer, quiero también denunciar de nuevo en esta Cámara la negativa antidemocrática de las autoridades españolas, porque, en una democracia, la ley no se usa para amordazar la libertad; en una democracia lo que es realmente ley es la voluntad del pueblo. En España se ha olvidado. En Cataluña lo recordamos y exigimos.

Beatrix von Storch (EFDD). – Frau Präsidentin! Aus dem Brexit hat hier offenbar niemand etwas gelernt. Diese Woche kommen die deutsche Regierung und Frankreich mit der tollen neuen Idee einer EU-Armee mit EU-Militärforschung und EU-Budget. Die Kommission plant die EU-Arbeitslosenversicherung und ein Eurozonenbudget sowie Mindeststeuersätze für bestimmte Einnahmen. Und als ob das alles noch nicht ausreicht, wird jetzt eifrig daran gearbeitet, die EU mit eigenem Steuererhebungsrecht auszustatten, mit sonstigen Eigenmitteln auszustatten und ihr zum Beispiel die CO_2-Steuer zuzubilligen oder die EU-Autobahnvignette.

Die Briten haben noch nicht mal einen Fuß aus der EU gesetzt und schon denken hier viele daran, den EU-Superstaat jetzt mit besonderer Intensität durchzusetzen. Ich habe den Eindruck, Sie haben nichts gelernt, Sie wollen nichts lernen, Sie haben nichts gelernt und vermutlich werden Sie auch nichts lernen: Die Menschen wollen das nicht; die nächsten Referenden werden das zum Glück zeigen.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já bych se chtěl dnes ve své jedné minutě vyjádřit k tématu, které do jisté míry boří hranice vyjadřování právě např. ve Francii, a to je otázka zahalování žen burkinami. Nechci se vyjadřovat k tomuto tématu z pozice člena EP, ale z pozice toho, komu jde o to, aby se v orgánech EU dodržovala zásada subsidiarity. Já se chci vyjádřit proti tomu, aby se takováto témata vnášela do debaty právě před EP z toho důvodu, aby se v nich řešila národní politika. Myslím si, že naše rozhodování a naše jednání by mělo být zaměřeno na to, co je skutečně obsahem Smlouvy o fungování EU a o fungování jejich institucí. Jsem si zcela jist tím, že bychom neměli porušovat zásadu subsidiarity i v řadě jiných témat, to z toho důvodu, aby EU byla především tělesem, které funguje v souladu s tím, jak si to přejí členské státy, vlády těchto členských států, a aby poskytovala dobrou službu občanům ve vymezených politikách.

Jude Kirton-Darling (S&D). – Madam President, for decades the EU has channelled vital funding to the northeast of England, my home region. Between 2014 and 2020 we were set to receive over half a billion pounds sterling in regional and social funding. This money underpins our local economy, securing thousands of jobs, developing key infrastructure and driving real innovation and excellence in our region.

Following the Brexit vote, there is a real danger that one of the poorest English regions could be heavily out of pocket. We were promised by the Leave campaigners that Brexit would make us richer and that these funds would be protected, but ministers have only committed to underwriting contracts concluded by the autumn statement. That is just not good enough. Tonight I call on the British Government to guarantee that all EU funds promised are delivered and that long-term investment in regions like mine is guaranteed.

Marian Harkin (ALDE). – Madam President, is the Commission apolitical? Well, recent statements by Moscovici and Vestager about the EUR 13 billion simply waiting for Ireland to collect have convinced me that it is not. They have said Ireland can spend all of this money on hospitals and schools, yet they know that many other countries, including the US are already lining up to get their fair share of the cake, and that whatever share is left for Ireland will be a fraction. Yet they have dangled what I now call the 'Brussels bribe' in front of our noses. Our French Commissioner rubbed our noses in it by expressing his surprise: the Irish did not want this money in light of the crisis.

This is the self-same Commission that, as part of the Troika, forced us to shoulder over 60% of the cost of the crisis and to pay unsecured bondholders, some of whom, I have no doubt, were in French banks. It reminds me of the Brexiteers who promised EUR 350 million per week to the UK National Health Service if people voted to leave. It is the worst kind of politics from the Commission: promising what you cannot deliver.

Matt Carthy (GUE/NGL). – Madam President, the then Fianna Fáil Government's response to the financial and banking crisis in Ireland included well-known pillars such as the burdening of private debt on ordinary families and the imposition of a savage austerity agenda, but it also included another pillar, the establishment of NAMA (the National Asset Management Agency), set up as a 'bad bank' – although even those of us who opposed its creation failed to imagine just how bad it would become.

It is now clear that NAMA's sale in 2014 of its Project Eagle property portfolio in the North of Ireland was based on bribery and insider trading. Assets were sold to a US vulture fund at a shocking discount of 72% – billions below their value.

All NAMA transactions must be suspended immediately. It is clear that the Irish Government cannot delay a commission of investigation much longer. Irish taxpayers should not have to wait for another state aid investigation to get to the truth about how they have been fleeced.

James Carver (EFDD). – Madam President, the many threats facing Europe's bee population, including those of environmental changes and the Varroa parasite, are well known, but it is my duty to address the appalling lack of focus and public attention being given to the spread of the small hive beetle in southern Italy. This parasite has been wreaking havoc on Italian beekeepers for over two years and despite serious eradication efforts similar to the failed attempts in the United States, Canada and Australia, the small hive beetle has now established itself in Italy, and what is more, it is there to stay.

Tonight I call for the immediate ban on the export of all Italian queen bees and the placing of a movement ban on Italian hives. Unless such drastic steps are taken, our honeybees face extinction. British and European beekeepers are calling for this, but, to their despair, no one listens. Action must now be taken or it will be too late.

Jaromír Štětina (PPE). – Paní předsedající, volby do ruské Dumy, dolní komory parlamentu Ruské federace, se mají konat 18. září 2016. Uskuteční se nejenom na území Ruské federace, ale mají proběhnout i na okupovaném Krymu. Kreml se snaží těmito volbami legitimizovat v očích mezinárodního společenství výsledky takzvaného referenda z 16. března 2014.

Rád bych zdůraznil, že přes veškeré úsilí ruské diplomacie i nákladné mediální desinformační kampaně vedené Kremlem dle platného mezinárodního práva (např. usnesení Valného shromáždění OSN 68/262) je status tohoto poloostrova jednoznačný. Jedná se o integrální součást Ukrajiny. Jakékoli zpochybňování této skutečnosti je snahou o destabilizaci respektu k mezinárodním závazkům a k územní suverenitě.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D). – Doamnă președintă, chiar nefinalizată, acțiunea de ieșire a Marii Britanii din Uniunea Europeană a adus cu ea incertitudine și avertismente ale partenerilor externi ai Uniunii Europene, precum și ale marilor companii ale căror operațiuni ce vizează piața europeană au sediul principal în Regatul Unit. În urma unui studiu, guvernul Japoniei și-a manifestat de curând temerile privind viitorul investițiilor în Europa ale marilor companii nipone. În acest context, oficialii japonezi menționează clar Agenția Europeană a Medicamentelor și au rezerve asupra continuării activității cetățenilor japonezi în această instituție. Motiv pentru care propunerea pe care am făcut-o în fața dumneavoastră în cadrul sesiunii trecute, aceea de a muta sediul central al Agenției Europene a Medicamentelor din Marea Britanie în România, devine de maximă importanță, iar rapiditatea este esențială pentru ca ieșirea efectivă a Marii Britanii din Uniunea Europeană să nu aducă cu sine sincope și o dereglare insurmontabilă a activității instituției. România este una din țările Uniunii Europene cu tradiție îndelungată în cercetarea farmaceutică, dar și în producerea și studiul medicamentelor. Profit de ocazie și vă invit să vă alăturați lansării unei declarații scrise pe această temă. A sosit momentul ca noi, membrii Parlamentului European, să demonstrăm că militățm și acționăm pentru o Uniune Europeană solidară, unde națiunile membre se bucură de aceeași încredere.

Martina Anderson (GUE/NGL). – Madam President, the British Government, not content with dragging the people of the North of Ireland out of the EU, are now keeping us in the dark about their intentions for our future.

Theresa May's Government is divided and confused. Brexit means Brexit, but what does it mean for the people of England, Scotland or Wales and for the people in the North of Ireland? They do not know, and that is hurting communities and businesses. Both the British and Irish Governments must immediately explore ways by which the democratic wishes of the people of the North of Ireland can be respected.

Fifty-six per cent of the people voted to remain – so they need to listen to the people, including human rights groups, language activists, children's campaigners, businesses, the voluntary and community sector, students, farmers and political parties, who all said loud and clear: 'remain means remain'. Hundreds and thousands of us in the North of Ireland have Irish passports and that means we are EU citizens, therefore remain must mean remain.

Pál Csáky (PPE). – Elnök Asszony, az Európai Unió egyik problémája a hitelesség kérdése. Tavaly volt egy vitám Timmermans alelnök úrral a Petíciós Bizottságban az őshonos európai nemzeti kisebbségekről. Ő akkor azt javasolta, írjak egy projektet az általam felvázolt problémák kezelésére. Megtettem, és a projekt az Európai Bizottságtól a legmagasabb szakmai besorolást kapta, és ugyanígy értékelte a LIBE bizottság is. Az Európai Parlament tavaly decemberi döntése alapján a projekt egymillió eurós támogatással az Európai Unió idei költségvetésének részévé vált. A projekt neve: „Sokszínű Európa". A Bizottság januárra ígérte a program meghirdetését, de erre nem került sor. Utána február, április, majd június, s később szeptember eleje lett a meghirdetés időpontja –azonban máig nem történt semmi. Elfogadhatatlannak tartom a Bizottság eljárását, amit szóvá teszek itt is, levélben Juncker úrnak is, és ha októberig nem történik semmi, akkor a sajtóban is.

Victor Negrescu (S&D). – Doamnă președintă, astăzi, peste trei milioane de elevi și preșcolari au început un nou an școlar în România. Ca în fiecare an, ne gândim în ce măsură sistemul educațional oferă un viitor mai bun copiilor noștri. De prea multe ori, educația este privită ca un cost, când, de fapt, este o investiție în felul în care va arăta lumea și modul în care copiii noștri își pot realiza visele. Această abordare face ca, dincolo de scopul educației, să finanțăm cifre, în loc să ne preocupăm de elevi, să contabilizăm matematic destinele, în loc să-i îndrumăm pe tinerii noștri și să rămânem blocați în mecanisme birocratice, în loc să adaptăm sistemul la nevoile de astăzi. Stânga europeană, prin vocea Partidului socialiștilor europeni, a propus o serie de măsuri prin Pactul pentru tineri, prin care încearcă să convingă decidenții europeni că este nevoie de o acțiune fermă, coerentă, consistentă pentru sprijinirea viitoarei generații. În calitate de tânăr europarlamentar, cred că este datoria mea să vă spun că, astăzi, tinerii din România își doresc ca educația să devină o competență a Uniunii Europene și, astfel, să devină, cum am spus și mai devreme, o prioritate pe agenda europeană.

Andor Deli (PPE). – Madam President, the goal of each western Balkan state is to join the European Union. This political ambition cannot be overlooked or neglected because it could easily cause accession fatigue.

I am glad to see that the European People's Party is working very intensively with the western Balkan countries. The presence of the EPP and, through that, the presence of Christian democratic values in the region is of great importance. This was underpinned by yesterday's election victory of the HDZ in Croatia but the EPP was also very active in the resolution of political stalemates in Macedonia and Bosnia-Herzegovina. I would like especially to emphasise the ambition of the governing Serbian Progressive Party (SNS) to become an associate member of the EPP. We will see the final decision on this request in November. Through that the EPP will gain a strong member party which would greatly help in terms of its ambition to fortify stability in the region.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, kolegyně a kolegové, vystupuji proto, abych upozornila na velmi napjatou situaci, které čelíme ve vztahu k Turecku. Jako členka výboru EMPL jsem měla příští týden navštívit Turecko, ale bohužel tato cesta je zrušena s ohledem na aktuální situaci, která nezajišťuje ani bezpečnost, ani to, že navštívíme instituce, se kterými jsme měli hovořit. Podobně byly odloženy i cesty dalších výborů. Mě tato situace velmi zneklidňuje s ohledem na tlak Turecka na urychlení zavedení bezvízového styku a také s ohledem na celkový vývoj v Turecku. Já osobně považuji za velmi důležité, aby dohoda EU–Turecko byla naplňována a také abychom měli možnost se osobně přesvědčit o plnění podmínek této dohody ze strany Turecka. Pokud se ale budeme muset bát do Turecka jet a nebudou nám poskytovány informace a nebudou poskytovány informace bezpečnostním složkám, pak nebudeme moci souhlasit se zavedením bezvízového styku.

La Présidente. – Ce point de l'ordre du jour est clos.

23. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

24. Schluss der Sitzung

(La séance est levée à 23 heures)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/1957

8.3.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 13. SEPTEMBER 2016

(C/2024/1957)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 12. bis 15. September 2016

STRASSBURG

Inhalt

Seite

1. Eröffnung der Sitzung 5

2. Ergebnisse des G20-Gipfels (Aussprache) 5

3. Untersuchung zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (Aussprache) 25

4. Abstimmungsstunde 45

4.1. Kohäsionspolitik und Forschungs- und Innovationsstrategien für intelligente Spezialisierung (RIS3) (A8-0159/2016 - Ramón Luis Valcárcel Siso) (Abstimmung) 45

4.2. Europäische territoriale Zusammenarbeit – bewährte Verfahren und innovative Maßnahmen (A8-0202/2016 - Iskra Mihaylova) (Abstimmung) 45

4.3. Untersuchung zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (A8-0246/2016 - Pablo Zalba Bidegain, Gerben-Jan Gerbrandy) (Abstimmung) 45

4.4. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von István Ujhelyi (A8-0229/2016 - Tadeusz Zwiefka) (Abstimmung) 45

4.5. Antrag auf Schutz der Vorrechte und der parlamentarischen Immunität von Rosario Crocetta (A8-0230/2016 - Heidi Hautala) (Abstimmung) 45

4.6. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Sotirios Zarianopoulos (A8-0233/2016 - Gilles Lebreton) (Abstimmung) 45

4.7. Abkommen EU-China im Zusammenhang mit dem Beitritt Kroatiens zur EU (A8-0231/2016 - Iuliu Winkler) (Abstimmung) 45

4.8. Abkommen EU-Uruguay im Zusammenhang mit dem Beitritt Kroatiens zur EU (A8-0241/2016 - Pablo Zalba Bidegain) (Abstimmung) 46

Inhalt Seite

4.9. Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshofs – Lazaros Stavrou Lazarou (A8-0258/2016 - Igor Šoltes) (Abstimmung) . . . 46

4.10. Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshofs – João Figueiredo (A8-0259/2016 - Igor Šoltes) (Abstimmung) . . . 46

4.11. Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshofs – Leo Brincat (A8-0257/2016 - Igor Šoltes) (Abstimmung) . . . 46

4.12. Statistiken des Außenhandels mit Drittländern (delegierte Befugnisse und Durchführungsbefugnisse) (A8-0240/2016 - Bernd Lange) (Abstimmung) . . . 46

4.13. Erdgas- und Strompreisstatistiken (A8-0184/2016 - Barbara Kappel) (Abstimmung) . . . 47

4.14. Auf dem Weg zur Umgestaltung des Energiemarkts (A8-0214/2016 - Werner Langen) (Abstimmung) . . . 47

4.15. EU-Strategie für die Wärme- und Kälteerzeugung (A8-0232/2016 - Adam Gierek) (Abstimmung) 47

4.16. Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU (A8-0162/2016 - Rosa D'Amato) (Abstimmung) . . . 47

4.17. EU-Strategie für den Alpenraum (A8-0226/2016 - Mercedes Bresso) (Abstimmung) . . . 47

4.18. Der EU-Treuhandfonds für Afrika: Auswirkungen auf Entwicklung und humanitäre Hilfe (A8-0221/2016 - Ignazio Corrao) (Abstimmung) . . . 47

4.19. Schaffung von für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf förderlichen Arbeitsmarktbedingungen (A8-0253/2016 - Tatjana Ždanoka, Vilija Blinkevičiūtė) (Abstimmung) . . . 48

5. Stimmerklärungen . . . 48

5.1. Kohäsionspolitik und Forschungs- und Innovationsstrategien für intelligente Spezialisierung (RIS3) (A8-0159/2016 - Ramón Luis Valcárcel Siso) . . . 48

5.2. Europäische territoriale Zusammenarbeit – bewährte Verfahren und innovative Maßnahmen (A8-0202/2016 - Iskra Mihaylova) . . . 84

5.3. Untersuchung zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (A8-0246/2016 - Pablo Zalba Bidegain, Gerben-Jan Gerbrandy) . . . 119

5.4. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von István Ujhelyi (A8-0229/2016 - Tadeusz Zwiefka) . . . 155

5.5. Antrag auf Schutz der Vorrechte und der parlamentarischen Immunität von Rosario Crocetta (A8-0230/2016 - Heidi Hautala) . . . 168

5.6. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Sotirios Zarianopoulos (A8-0233/2016 - Gilles Lebreton) . . . 181

5.7. Abkommen EU-China im Zusammenhang mit dem Beitritt Kroatiens zur EU (A8-0231/2016 - Iuliu Winkler) . . . 192

5.8. Abkommen EU-Uruguay im Zusammenhang mit dem Beitritt Kroatiens zur EU (A8-0241/2016 - Pablo Zalba Bidegain) . . . 215

5.9. Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshofs – Lazaros Stavrou Lazarou (A8-0258/2016 - Igor Šoltes) . . . 234

Inhalt Seite

5.10. Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshofs – João Figueiredo (A8-0259/2016 - Igor Šoltes) . 244

5.11. Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshofs – Leo Brincat (A8-0257/2016 - Igor Šoltes) 253

5.12. Statistiken des Außenhandels mit Drittländern (delegierte Befugnisse und Durchführungsbefugnisse) (A8-0240/2016 - Bernd Lange) 263

5.13. Erdgas- und Strompreisstatistiken (A8-0184/2016 - Barbara Kappel) 279

5.14. Auf dem Weg zur Umgestaltung des Energiemarkts (A8-0214/2016 - Werner Langen) 303

5.15. EU-Strategie für die Wärme- und Kälteerzeugung (A8-0232/2016 - Adam Gierek) 340

5.16. Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU (A8-0162/2016 - Rosa D'Amato) 377

5.17. EU-Strategie für den Alpenraum (A8-0226/2016 - Mercedes Bresso) 415

5.18. Der EU-Treuhandfonds für Afrika: Auswirkungen auf Entwicklung und humanitäre Hilfe (A8-0221/2016 - Ignazio Corrao) 448

5.19. Schaffung von für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf förderlichen Arbeitsmarktbedingungen (A8-0253/2016 - Tatjana Ždanoka, Vilija Blinkevičiūtė) 484

6. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll 525

7. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll 525

8. Aktuelle Entwicklungen in Polen und ihre Auswirkungen auf die in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Grundrechte (Aussprache) 525

9. Lage in der Türkei (Aussprache) 534

10. Berichtigungen (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll 553

11. Lage in Gabun nach den Wahlen (Aussprache) 553

12. Gipfel hochrangiger Vertreter der VN zum Thema „Große Flüchtlings- und Migrantenströme" (Aussprache) 561

13. Die Beziehungen der EU zu Tunesien vor dem aktuellen regionalen Hintergrund (Aussprache) 575

14. Sozialdumping in der EU (Aussprache) 586

15. Erläuterung des Standpunkts des Rates zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017 (Aussprache) 603

16. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und den SADC-WPA-Staaten - Parlamentarische Kontrolle und zivilgesellschaftliche Begleitung des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens EU-SADC (Aussprache) 609

Inhalt Seite

17. Schlüsselziele für die 17. Konferenz der Vertragsparteien des CITES-Übereinkommens in Johannesburg (Südafrika) (Aussprache) 619

18. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll 626

19. Schluss der Sitzung 626

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 13. SEPTEMBER 2016

Puhetta johti ANNELI JÄÄTTEENMÄKI

varapuhemies

1. Eröffnung der Sitzung

(Istunto avattiin klo 9.00)

2. Ergebnisse des G20-Gipfels (Aussprache)

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana neuvoston ja komission julkilausumat G20-huippukokouksen tuloksista (2016/2769(RSP)).

Pierre Moscovici, *membre de la Commission*. – Madame la Vice-présidente, Mesdames et Messieurs les députés, je suis heureux d'être ici au nom du Président Juncker, qui s'adressera à vous demain, pour vous donner mon sentiment sur le résultat du sommet du G20, qui a eu lieu les 4 et 5 septembre à Hangzhou en Chine.

L'Union européenne était représentée comme toujours par le Président Juncker et par le président du Conseil, Donald Tusk, que j'ai eu le plaisir d'accompagner, compte tenu de l'agenda fortement économique du sommet et du fait que le commissaire aux affaires économiques et financières accompagne toujours le président de la Commission au sommet du G20.

Ce fut l'occasion pour la Chine de faire preuve, d'abord, d'un très grand sens de l'organisation – on n'en doutait pas – mais aussi d'une responsabilité globale qu'elle assume dorénavant en tant qu'acteur clé de l'économie mondiale.

Pour le G20 dans son ensemble, ça a été l'occasion de démontrer, après des années de crise, que nous pouvons prendre des décisions politiques plus offensives pour assurer une croissance durable à long terme et rétablir la confiance. Je pense que, dans un contexte de questions, ce défi était important, et il a été relevé.

Nous avons présenté une série de dossiers sur lesquels l'Union européenne est à la pointe. Je pense à tout ce qui va dans le sens d'une stratégie de croissance globale, dans l'idée de poursuivre les réformes structurelles, mais aussi de se positionner comme un exemple dans le domaine de la fiscalité, de la lutte contre l'évasion fiscale et d'être un promoteur du commerce international et un défenseur de l'investissement.

Ces thèmes étaient d'ailleurs les priorités pour les principaux dirigeants mondiaux.

Notre stratégie a été de montrer que notre triangle européen – investissement, réformes structurelles, finances publiques responsables – fonctionne, mais nous devons poursuivre sur cette voie pour garantir un changement qui soit durable et positif à long terme.

Vous pourriez m'accuser de complaisance pour ces propos. Non, il y a pas de quoi faire preuve de complaisance, ça a été dit et redit lors de la plupart des interventions au cours de nos deux jours à Hangzhou comme un appel à agir d'urgence pour fournir des résultats tangibles pour nos citoyens qui les attendent.

Nos grandes économies sont très étroitement liées, et la croissance mondiale qui est lente fait face, on le sait, à de multiples obstacles. Le risque d'un cercle vicieux était bien identifié: faible croissance de la productivité, inégalités allant également croissant, le tout provoquant une réponse populiste – nous n'en avons pas le privilège – qui à son tour freine les réformes et, par conséquent, ralentit encore plus la croissance et ainsi de suite.

Le G20 a donc décidé d'utiliser tous les outils politiques – outils monétaires, outils budgétaires ou outils structurels – pour stimuler la croissance et privilégier les efforts pour mettre en place les réformes. Une coopération a également été lancée sur l'innovation et sur l'économie numérique pour augmenter la productivité et la croissance à long terme.

En outre, les dirigeants réunis au G20 ont délivré un message fort: après une période de longue crise, il faut penser à l'avenir; les bénéfices de la croissance, de la mondialisation, de l'innovation doivent être appréciés par tous, pas seulement par un groupe de quelques privilégiés.

Pour la première fois, et cela fait maintenant un certain nombre d'années que je participe à ces sommets, un concept a fait irruption dans le débat public, et c'est heureux. Il s'agit du concept d'inclusion, principe fondamental qui devrait être observé en mettant davantage l'accent sur les compétences, sur la protection sociale, mais aussi sur la définition des politiques budgétaires commerciales et autres qui doivent prendre en compte ce paramètre de croissance inclusive.

Les priorités de cette Commission, comme celles du G20 sont, vous le savez, déjà tournées vers la justice sociale.

Le commerce était aussi à l'ordre du jour. Le commerce international est un moteur pour les emplois, la croissance et le développement. C'est la raison pour laquelle nous sommes préoccupés par la croissance atone du commerce mondial et c'est aussi la raison pour laquelle nous continuons à défendre vigoureusement le libre-échange contre les tentations protectionnistes qui se font jour.

Mais la Commission a aussi beaucoup insisté sur le fait que le libre-échange doit être équitable pour avoir le soutien de nos peuples et de ce Parlement. Être favorable au libre-échange, ce n'est pas être favorable au libre-échange quelles qu'en soient les conditions, quels qu'en soient les termes, sans réserve ni régulation.

Le G20 joue un rôle essentiel dans le soutien à un système de commerce multilatéral qui soit solide et fondé sur le respect des règles. Nous avons largement insisté sur cet aspect dans nos discussions au G20 et le président de la Commission s'est personnellement engagé dans un combat qui, je le sais, tient à cœur à ce Parlement: la défense des intérêts de l'industrie européenne de l'acier et des travailleurs touchés par un contexte de surcapacité mondiale et, disons-le aussi, de surcapacités chinoises.

C'est d'ailleurs une question sur laquelle un pas important a été fait, à Hangzhou, avec l'accord G20, pour former un forum mondial sur la capacité de l'acier avec l'appui de l'OCDE et bien sûr l'approbation de la présidence chinoise.

Une fiscalité internationale équitable, voilà une autre condition essentielle pour restaurer la confiance de nos citoyens dans l'économie mondiale et pour permettre aussi au gouvernement de fournir les investissements et les services qui sont si nécessaires à nos économies.

Toutes les entreprises, je ne cesse de le dire ici, en ma capacité de commissaire chargé de la fiscalité, doivent payer leur juste part d'impôts dans les pays où elles réalisent leurs profits. Vous savez que l'Union européenne est à la pointe de ces efforts et qu'elle a déjà adopté l'an dernier plusieurs propositions très ambitieuses.

Nous avons été encouragés de voir l'ensemble des pays du G20 à nouveau fermement et fortement engagés non seulement à mettre en œuvre les accords passés, mais aussi à aller plus loin dans le sillage de l'affaire des *Panama Papers*, qui continue, c'est vrai, de peser sur les esprits. Le G20 a donc convenu de mettre en place une liste des juridictions non coopératives pour le prochain sommet de 2017 et d'envisager des mesures défensives en cas de non-conformité. Cette liste internationale du G20 est complémentaire de la liste que l'Union européenne, elle-même, s'apprête à lancer et qui doit également être opérationnelle en 2017, avec les problématiques qui sont complémentaires et qui, je crois, s'emboîtent bien.

En ce qui concerne la lutte contre le financement du terrorisme, le G20 continuera à diriger les travaux du GAFI. Les dirigeants ont appelé à une mise en œuvre rapide et résolue de sa nouvelle stratégie contre le financement du terrorisme et pour le renforcement de la coordination avec ceux qui ne participent pas à la task force, et particulièrement les pays vulnérables.

La réunion de Hangzhou a également permis de discuter de la réforme de la régulation financière, qui, je le rappelle, a été une initiative phare du G20. L'accent est maintenant mis sur la mise en œuvre cohérente des réformes convenues, tels que le cadre de Bâle III et sa finalisation pour la fin de 2016.

La présidence chinoise a aussi renforcé les discussions sur l'architecture financière internationale. Nous savons qu'il y a risque continu pour l'économie mondiale. L'accord unanime de maintenir un FMI fort avec des ressources suffisantes constitue un résultat appréciable.

L'an dernier à Antalya, nous avions appelé le G20 à reconnaître la crise des réfugiés pour ce qu'elle est: un défi mondial qui exige une réponse mondiale. Avec l'aide de ce Parlement, l'Union européenne a mis en place un ensemble complet de mesures pour gérer cette crise, mais nous ne pouvons relever ce défi que si la communauté internationale dans son ensemble fait des efforts coordonnés.

Nous avons tenu un message clair à l'égard de nos partenaires du G20, à savoir que nous souhaitons que le niveau de solidarité entre les nations nécessaire pour résoudre ce problème, qui est toujours manquant, fasse maintenant son émergence. La réponse suscite un optimisme résolu mais aussi prudent. Les membres du G20 ont déclaré qu'ils étaient prêts à partager le fardeau de la crise des réfugiés, appelant spécifiquement à une aide financière accrue et à la réinstallation des réfugiés.

La coopération du G20 pour soutenir le développement, la sécurité alimentaire, en particulier en Afrique, est aussi importante du point de vue du contrôle des flux migratoires.

Le sommet a aussi été l'occasion pour le G20 de réaffirmer son engagement envers l'accord de Paris. Le rythme des ratifications est bon et il est maintenant très probable que le seuil de l'entrée en vigueur de l'accord – je parle de la COP 21 – sera atteint cette année.

Le principal message de l'Union européenne aux membres du G20 à cet égard est qu'ils doivent agir maintenant tout aussi rapidement pour mettre en œuvre cet accord.

Bien sûr, vous vous en doutez, de nombreux dirigeants présents au sommet voulaient entendre la réponse des européens au référendum du Royaume-Uni.

Le Président Juncker a tenu à les rassurer, leur disant que nous étions prêts à y faire face, une fois que le gouvernement britannique aura communiqué ses intentions. Vous savez que la Commission a nommé son négociateur, mon compatriote, prédécesseur au poste de commissaire français, Michel Barnier. Nous souhaitons construire un nouveau partenariat avec la Grande-Bretagne qui fonctionne pour tout le monde. Une formule me vient toujours à l'esprit, et elle est d'ailleurs partagée avec le gouvernement britannique: la Grande-Bretagne, c'est son choix, ne sera plus, après cette négociation, un pays membre de l'Union européenne mais elle restera une nation européenne tout à fait décisive pour toute une série de politiques que nous avons à mener ensemble.

Dans le même temps, le président a souligné qu'il y avait beaucoup de choses que l'Union européenne des 27 pourrait réaliser ensemble. C'est cela notre objectif pour l'avenir et c'est dans cet esprit que le Président s'adressera ici à l'Assemblée, demain, pour son discours sur l'état de l'Union, parlant à la fois de l'Europe des 28, qui est la nôtre, de l'Europe des 27, qui est notre avenir, et de l'Europe des 19, celle de la zone euro, qui est le cœur battant de l'Europe.

Mais je ne veux pas anticiper sur ce qu'il vous dira, je pense que ce sera un moment important pour la Commission, pour le Parlement, pour l'Union européenne, avant la réunion des dirigeants des 27, qui se tiendra à Bratislava le 16 septembre.

Voilà les quelques éléments que je voulais vous présenter. Je ne voudrais pas être plus long, je pourrai revenir plus tard sur cette réunion du G20, qui a été je crois, encore une fois organisée d'une manière impressionnante par la Chine, très bien conduite par le président chinois, avec des résultats, nombreux, qui vont tout à fait dans le sens de ce que l'Union européenne pouvait en attendre.

Françoise Grossetête, *au nom du groupe PPE.* – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, il est regrettable que le Conseil soit absent pour parler de ce dernier sommet du G20, qui a été riche en déclarations de principe, mais qui n'a pas convaincu sur le plan des faits.

On peut se réjouir – M. le commissaire nous l'a expliqué – que l'Europe soit parvenue à imposer son agenda en matière économique. La feuille de route adoptée au sommet recoupe en effet une grande partie des priorités qui sont proposées par notre groupe du Parti populaire européen et qui guident notre travail depuis des mois, c'est-à-dire la justice, l'équité fiscale, pour lutter contre les inégalités – vous en avez parlé –, la promotion des échanges commerciaux dans le cadre d'une mondialisation régulée et une stratégie de croissance basée sur la relance de l'investissement et les réformes structurelles.

On pourrait dire aussi qu'il y a une petite victoire sur la question de la surproduction d'acier au niveau mondial, puisqu'elle a pu être enfin mise sur la table et qu'il n'est pas anodin que ce sujet ait été discuté en Chine, pays dont les subventions alimentent un dumping insupportable, qui accable l'industrie sidérurgique européenne.

Malgré ces avancées, je regrette que beaucoup d'autres sujets cruciaux n'aient été abordés qu'à demi-mot, voire pas du tout. Parmi ceux-là, la crise des réfugiés. Vous en avez parlé, Monsieur Moscovici, mais, s'il faut être optimiste, je crois que cela reste quand même très limité. Le changement climatique: bien sûr, il y a eu annonce sur la ratification de l'accord de Paris de la part des États-Unis et de la Chine. Néanmoins, nous attendons les faits. Il y a aussi la guerre en Syrie. Je citerai également un autre sujet, évoqué en quelques lignes dans le communiqué final. Il s'agit de la lutte conte l'antibiorésistance: aucun engagement concret n'a été pris, alors qu'il s'agit là d'un des plus grands fléaux de santé publique de notre siècle.

Face à des enjeux qui appellent une réponse d'envergure, on retient finalement peu de choses de ce sommet. Même la volonté affichée de lutter contre les populismes, si elle est positive, ne parvient pas à nous rassurer entièrement.

Les promesses n'engagent que ceux qui les croient, dit-on. Espérons néanmoins que ces promesses formulées à ce G20 engagent aussi ceux qui les ont faites, sans quoi ce sommet n'aura servi qu'à une chose: démontrer une fois de plus la puissance de la Chine, qui s'impose pour le meilleur et pour le pire, comme un acteur international incontournable.

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council.* – Madam President, I am grateful for the invitation to discuss the outcome of the G20 Summit which took place last week in China and where the European Union was represented by President Tusk and President Juncker.

G20 leaders discussed various topics of global importance and, crucially, issues on which the G20 should provide leadership. I will focus on issues which I find are of particular relevance from the point of view of the Council, including migration, the global economy, trade, taxation and climate.

Let me start with an issue which is very high on our agenda, namely the management of migration. I consider the G20's recognition of the current crisis as an issue of global concern to be a very positive signal. The EU has stated in international forums on various occasions that migration requires efficient and coordinated action and it calls for all stakeholders to take responsibility in a spirit of partnership and burden sharing. The EU and its Member States are fully assuming their responsibilities, but expect other partners, namely our G20 partners, also to do their part.

The communiqué by G20 leaders is a step in the right direction, as it calls for scaled-up support to refugees and host communities. The EU will certainly use the opportunity of the forthcoming New York summit on refugees and migration, which you will discuss with High Representative Mogherini later today, to take the G20 conclusions forward and pursue more equitable sharing of responsibility for what is clearly a global challenge.

My second point is the global economy. G20 leaders in China pointed to the progressing global economic recovery, while recognising that growth was still weaker than desirable and that downside risks remained. Challenges originating from geopolitical developments were also mentioned. Accordingly, leaders declared their determination to use all policy tools –monetary, fiscal and structural – individually and collectively to achieve the intended growth. Importantly, there was the recognition that growth needs to be inclusive in order to ensure that it serves the needs of everyone and benefits all countries and people so that no one is left behind. This is recognised in the Hangzhou Action Plan, which summarises the main commitments by G20 members.

The G20 summit also made a strong case for international trade as a driver of global economic recovery. To this end, G20 leaders committed to strengthening an open world economy by working towards trade and investment facilitation and liberalisation. The establishment of the G20 Trade and Investment Working Group is an important step in this regard. The G20 reaffirmed its commitment to the multilateral trading system, with the WTO at its core, and to advancing the post-Nairobi work in the WTO, including the outstanding issues of the Doha Development Round, with a view to achieving positive outcomes at the next WTO Ministerial Conference in 2017.

I also welcome the G20 commitment to ratifying the Trade Facilitation Agreement by the end of this year and its call for other WTO members to do the same. The EU, for its part, has already ratified. However, we need to recognise that anti-globalisation sentiment and opposition to trade are increasing. The G20 therefore emphasised the need to communicate the benefits of trade and open markets more effectively and to ensure that the benefits of trade are spread more widely. It also recognised the structural problems caused by excess capacity in some industries, most notably in the steel sector, and agreed that this required a collective response. G20 leaders therefore agreed to establish a global forum on steel access capacity, which should report to the relevant G20 Ministers in 2017.

Let me mention two more issues. Taxation is another priority that the EU shares with the G20. I particularly welcome the establishment of the G20/OECD Inclusive Framework for the implementation of the Base Erosion and Profit Shifting initiative (BEPS) as well as its first meeting in Kyoto. The EU has pioneered BEPS implementation with the recent adoption of the Anti-Tax Avoidance Directive (ATAD), but timely, consistent and widespread implementation of the BEPS package at global level remains critical in order to establish an international level playing field and avoid further loopholes.

I am also satisfied with the endorsement of the proposal for objective criteria to identify non-cooperative jurisdictions with respect to tax transparency and with the objective to prepare, by July 2017, a list of jurisdictions that have not yet sufficiently progressed towards a satisfactory level of implementation, as well as to consider defensive measures against them.

Following the adoption of conclusions on taxation last May, the Council has already started to determine, on the basis of a first screening by the Commission, non-cooperative third country jurisdictions with which dialogues should begin during the course of next year. The objective is to establish an EU list of such jurisdictions and explore defensive measures at EU level, in the tax as well as in the non-tax area, to be endorsed by the Council by the end of this year.

Finally, the G20 Summit reaffirmed the commitment of its members to sustainable development and strong and effective action to tackle climate change. The G20 leaders are committed to countries' ratifying and implementing in a timely fashion all aspects of the Paris climate agreement, including financial assistance for developing countries. In particular, the G20 supported efforts to enable the Paris Agreement to enter into force by the end of 2016.

Alessia Maria Mosca, *a nome del gruppo S&D*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, riglobalizzazione, condivisione delle regole e inclusione: sono queste le parole chiave del G20, che vanno ora però implementate per non restare parole vuote.

Riglobalizzazione, perché abbiamo il dovere, come Unione europea, prima di tutto, di dare vita a una nuova globalizzazione che valuti l'impatto dei fenomeni globali, gli accordi commerciali, la rivoluzione digitale, i flussi migratori e introduca correttivi adeguati per non lasciare nessuno ai margini. Condivisione, perché abbiamo bisogno di regole e di fiducia tra i partner. L'istituzione di un forum che controlli gli eccessi di capacità, a partire dall'acciaio, è un primo segnale positivo. Infine inclusione, perché tutti ne siano parte e facciano la propria parte. Significativamente per la prima volta questo vertice riconosce l'importanza dell'inclusione delle donne come *driver* di crescita.

Davanti ai fallimenti della vecchia globalizzazione offrire una risposta protezionistica è tanto facile quanto dannoso. Sta a noi avanzare una proposta nuova, che tenga il mondo connesso senza lasciare nessuno indietro.

Sander Loones, *namens de ECR-Fractie*. – In het communiqué van de G-20-leiders lezen we dat de wereldeconomie zich herstelt. Al kan je tussen de lijnen lezen dat men daar toch wat aan twijfelt. Men vraagt tegelijk om meer overheidsinvesteringen en als ik dan de weekendkranten lees, dan staat daar: "Eindelijk, het beleid van besparingen heeft gefaald. Het is tijd om iets anders te proberen." Dat was trouwens ook de lijn van de zes Zuid-Europese landen die vrijdag op de koffie zijn geweest bij meneer Tsipras in Athene. Met alle respect, maar de waarheid heeft haar rechten. De globale schulden zijn sinds 2008 niet gedaald. Integendeel, de schulden zijn toegenomen bij de bedrijven, bij de banken, bij de huishoudens en zeker ook bij de overheden. De totale schuld in de wereld bedraagt momenteel 200 biljoen euro. Dat is meer dan drie keer de totale wereldeconomie. Laat ons alsjeblieft dus geen blaasjes wijsmaken. Meer investeringen oké, maar dan zullen we ook eerst moeten besparen om die investeringen mogelijk te maken.

Pavel Telička, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, thank you for the debriefing that we received. I do not want to reiterate what has been said, and I think there are a number of important points. The reconfirmed commitment to growth, innovation, facilitation of investment and liberalisation of free trade is, of course, highly relevant. I also appreciate that China committed itself to free trade and to fight protectionism, and of course the decision to set up a global monitoring entity for the over-production of steel is highly relevant, especially nowadays for Europe.

In this respect it would be interesting to know from the Commissioner what will precede the work at multilateral level, how we are going to perceive it and whether the Commission has already considered the technicalities.

I would like a bit more information on two points. On refugees, to which the Minister devoted some time, I think that the recognition of the problem might not be entirely sufficient. Secondly, we know that Putin met Obama on the sidelines of the summit and that a deal has been brokered on a ceasefire but I wonder why we do not have anything in the conclusions from the G20 summit. I think that, both on the refugee crisis and on this, this does not send the best signal.

However, my main point is the following: while there is a recommitment to free trade, I wonder how credible the EU is in reconfirming this with its international partners if, at the same time, while on the one hand we are talking multilateral liberalisation, bilateral agreements and so on, we have, on the other, voices in Germany, France and elsewhere in Europe saying that the Transatlantic Trade and Investment Partnership – an important free trade agreement – is basically dead.

We know what the Commission had to say but I wonder how the Council, and how the Presidency, will react on the issue, because this is definitely a hit to the credibility of the European Union.

Δημήτριος Παπαδημούλης, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κύριε Moscovici, κύριε εκπρόσωπε του Συμβουλίου, στην Κίνα είδαμε ενδιαφέρουσες διακηρύξεις στο τέλος της συνάντησης του G20. Αλλά οι πολίτες ζητούν έργα χειροπιαστά όχι λόγια. Μετρήσιμο αποτέλεσμα και όχι απλά μια ανούσια ρητορική. Για παράδειγμα, στο θέμα της φοροδιαφυγής: ήταν σωστή η απόφαση της Επιτροπής για την φορολόγηση της Apple, για την εκτεταμένη της φοροδιαφυγή στην Ιρλανδία. Έργα χρειαζόμαστε. Σωστά επισημάνατε, κύριε Moscovici, ότι χρειάζεται παγκόσμια συνεργασία στο προσφυγικό. Αλλά μπορεί η Ευρώπη να δίνει το παράδειγμα σε αυτό το θέμα, όταν η ίδια η ευρωπαϊκή συνεργασία δεν υλοποιείται, και έχουμε κράτη μέλη που αρνούνται να δεχθούν και να εφαρμόσουν τις αποφάσεις για αναλογική κατανομή των προσφύγων; Όταν ακόμη από τους 400 ειδικούς έχουν σταλεί λιγότεροι από 40 στη χώρα μου, την Ελλάδα, που σηκώνει ένα τεράστιο βάρος, για να βοηθήσουν στις διαδικασίες καταγραφής των προσφύγων;

Επιπλέον, όσον αφορά τις επενδύσεις και τη φοροδιαφυγή: η φοροδιαφυγή μόνο στην Ευρωπαϊκή Ένωση είναι 7 φορές μεγαλύτερη από τον ευρωπαϊκό προϋπολογισμό για το 2016, ανερχόμενη σε 1 τρισεκατομμύριο ευρώ τον χρόνο. Χρειαζόμαστε λοιπόν αποτελεσματικά έργα και όχι απλώς λόγια και περιμένω από τον εκπρόσωπο του Συμβουλίου να μας εξηγήσει στη δευτερολογία του, μαζί με όσα θα μας πει, γιατί σε μια τόσο σημαντική συνάντηση άργησε να έρθει.

Reinhard Bütikofer, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, sehr geehrter Vertreter des Rates, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dem Vertreter des Rates ausdrücklich dankbar dafür, dass er zu spät gekommen ist, weil uns das die Gelegenheit geboten hat, zu Beginn in voller Schönheit zur Kenntnis zu nehmen, wie Herr Kommissar Moscovici beim Bullshit-Bingo brilliert. Herr Moscovici hat gesagt, man hat sich erfolgreich darauf verständigt, dass man langfristig nachhaltiges Wachstum gewährleisten werde. Er hat gesagt, Europa habe eine Spitzenposition beim Wachstum. Er hat gesagt, die Kommission habe völlig zu Recht und erfolgreich auf die Priorität des Sozialen gesetzt. Herr Moscovici, Sie haben völlig Recht, wenn Sie sagen, man kann nicht der Meinung sein, Sie wären selbstgefällig. Sie sind nicht selbstgefällig, Sie berichten aus einem Paralleluniversum!

Sie haben gesagt, die Ergebnisse des Gipfels in Hangzhou würden den Erwartungen der EU vollständig gerecht. Das ist das Erbärmlichste, was man sagen kann, denn das heißt, *business as usual* ist für die EU gut genug. Wenn man von einigen kleinen Fortschritten absieht, wie zum Beispiel dem Stahlforum für Überkapazitäten, auf das schon hingewiesen worden ist, oder dass man jedenfalls die Kooperation beim Thema *Green Finance* nicht beerdigt hat, hat dieses Treffen in Hangzhou wenig Substanzielles gebracht.

Was es aber gebracht hat, ist die Einsicht, dass Europa bei einem solchen globalen Ereignis nur noch die zweite Geige spielt. Im Vorfeld dieses Gipfels ist viel darüber schwadroniert worden, wenn China die Entscheidung des UNCLOS *Arbitration Panel* nicht anerkenne, würde China als internationaler Paria behandelt. Es ist viel darüber geredet worden, dass Russland in die Ecke gestellt werden solle wegen der Rolle, die es zum Beispiel leider in der Ukraine und auf der Krim spielt. Fakt ist: Davon konnte beim Gipfel überhaupt nicht die Rede sein. China und Russland standen im Zentrum des Geschehens, während die EU auf der zweiten Bank saß. Und ich glaube, wir müssen anfangen, aufzuhören mit der Selbstzufriedenheit, dass *business as usual* für uns gut genug wäre, wenn wir daran etwas ändern wollen.

Die EU hat es nicht geschafft, das Klimaabkommen zu ratifizieren. Die Amerikaner und die Chinesen haben einen großen *act* daraus gemacht in Hangzhou. Das zeigt, wie sehr wir hinterherrudern, und Sie, Herr Kommissar, bringen genau die Geisteshaltung zum Ausdruck, die dafür sorgt, dass es nicht besser wird.

David Borrelli, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'ultimo G20 tenutosi in Cina non ha prodotto quei risultati che tutti noi avremmo diritto di aspettarci da un tale incontro di vertice, né quelle decisioni che la gravità della situazione mondiale richiederebbe. Tuttavia, delle posizioni utili a camminare verso un progresso più vero e più condiviso sono emerse e in qualche caso si sono affermate.

Voglio sottolineare i pochi fattori positivi, anziché richiamare quelli problematici, che pur ci sono, soprattutto in termini di omissioni. Ritengo infatti che una realtà come l'Unione europea debba dimostrare una sua capacità progettuale e concreta per essere credibile nel mondo e quindi influire su esso. Vi è in primo luogo il sostegno alla lotta dei cambiamenti climatici. Ora, dopo le ratifiche dell'accordo di Parigi da parte dei principali inquinatori mondiali – penso agli Stati Uniti e alla Cina – l'Unione europea deve fare in modo che non solo tutti gli Stati membri provvedano rapidamente a tale atto ma influire affinché anche i paesi terzi coinvolti facciano lo stesso.

In quest'ottica va anche valutata l'iniziativa sulla *green finance* e la proposta di incanalare verso soluzioni energetiche pulite una quota significativa dei fondi oggi diretti ai combustibili fossili. In questo senso, ci aspettiamo che la Commissione dia concretezza al progetto di economia circolare. Anche la dichiarazione di costruire un sistema finanziario aperto e resistente che punti su una cooperazione internazionale sul piano della tassazione e della trasparenza finanziaria è un elemento da non lasciar cadere, occorre però che gli si dia concretezza con grande rapidità. Mi auguro che questo Parlamento voglia affrontare questi temi e che la Commissione lo faccia sin da subito con il piano di lavoro 2017.

Janice Atkinson, *on behalf of the ENF Group*. – Madam President, at the recent G20 meeting my Prime Minister, Theresa May, expressed the UK's determination to once again be a global leader in free trade. Now that the UK will soon unshackle itself from the EU, it will be able to reach out to its Commonwealth partners, which it could not do before, because of EU restrictions. Africa kept in poverty by aid from this place will instead be able to trade freely again with the UK. India and Australia, representing major markets, have already shown their interest in a free trade deal. China, another huge market, is equally ready to look into a free trade deal with my country. If even a tiny country such as Switzerland has a trade deal with China, then surely the UK can have one as well. And it will. All the while the EU has no trade deal with major markets around the world. You exclude Russia because of your stupid sanctions. I hope my country reopens trade negotiations with Russia and we will continue to have a good relationship with it.

The EU dictates the trade policies of European countries and, unsurprisingly, with meagre results, unless you believe that the few deals that it has managed to negotiate with countries such as Morocco, Papua New Guinea and Algeria are game changers. Of course you do have your secret TTIP negotiations – and how is that going, by the way? Your friend Obama tries to push through TTIP, and that mostly serves the interests of multinationals. It does not serve the people. TTIP will end up in the bin, as the French and German Ministers have already publicly announced that it is dead in the water.

I am not gloating over these failures, but I do want to point out that the EU has a bad track record and has failed the peoples of the EU. Member States have their hands tied behind their backs because an unelected Commission is deciding for you. I bet the UK will have a trade deal with all major economies across the globe before the EU and yes, even with the USA. Obama will soon leave office and a new US government will be more than happy to sign a trade deal with the UK, just like the rest of the world.

Bruno Gollnisch (NI). – Madame la Présidente, que retenir du sommet du G20 en Chine? Il y avait pourtant beaucoup à dire dans le pays des excédents d'acier, des textiles à bas prix qui inondent les marchés mondiaux, avec les conséquences que l'on connaît ici en matière de suppressions d'emplois.

Le président chinois s'est élevé contre toute idée de protectionnisme ou de barrières commerciales. Il défend ses intérêts, mais nous défendons mal les nôtres.

Sur le plan écologique, on a fait grand cas de la signature de l'accord de Paris par les États-Unis et la Chine, mais on apprenait dans le même temps que la Turquie programmait la construction de 80 centrales à charbon et la Chine ne renonce pas à son plan de construction de centrales thermiques jusqu'en 2030.

La situation en Syrie n'a guère progressé, malgré le très fragile et très partiel cessez-le-feu qui est intervenu.

Au G20, on aura beaucoup communiqué, occupé le terrain. On a parlé morale, la main sur le cœur, on a voulu faire avancer la croissance et surtout lutter contre les populismes, comme M[me] Grossetête s'en est, à l'instant, félicitée. Le problème, c'est que lutter contre les populismes, c'est de plus en plus lutter contre les peuples.

Daniel Caspary (PPE). – Frau Präsidentin! Es ist schon interessant, zum einen das G20-Abschlussdokument zu lesen und zum anderen die Ausführungen von Rat und Kommission zu hören und sie mit der Realität in Einklang bringen zu wollen. Ich möchte dies nur an vier Beispielen aufzeigen: Seit Jahren wird in der G20 über die Frage von Steuergleichheit und Steuerfairness gesprochen. In der Europäischen Union kommen wir überhaupt nicht voran, und wenn wir nicht wenigstens eine Wettbewerbskommissarin hätten, die jetzt versucht, die Notbremse zu ziehen, weil die Mitgliedstaaten diesen unfairen Steuerwettbewerb immer noch nicht stoppen, dann wären wir auch in Europa noch keinen einzigen Schritt weiter. Von daher ist das, was Kommissarin Vestager macht, aus meiner Sicht zumindest ein kleines gutes Zeichen am Horizont.

Das zweite – Innovationen: Wir sprechen darüber, dass man Innovationen stärken soll. Wenn man sich dann in der Praxis aber anschaut, was wir in Europa machen: Wir sprechen über eine Stärkung von Innovationen zur Finanzierung des Juncker-Plans, nehmen dann Mittel aus dem Breitbandausbau in Europa raus und hängen damit die Räume, für die es besonders wichtig ist europäische Förderung zu bekommen, um nicht von der Zukunft abgehängt zu werden – nämlich unsere ländlichen Regionen – von der Entwicklung ab.

Das dritte, Strukturreformen: auch da viele, viele Erklärungen. Da ist es schade, dass in meinem Land etliche Strukturreformen, die vor zehn, fünfzehn Jahren gemacht wurden, zurückgenommen wurden, aber wenn ich mir andere Staaten anschaue – Frankreich und Italien –, ist zumindest mein Eindruck von außen, dass dort überhaupt keine Strukturreformen vorankommen, sondern faktisch Stillstand herrscht.

Und zum Thema Handel: Da sprechen wir über *trade facilitation agreements*, wir sprechen darüber, dass wir den Handel verbessern wollen, und sehen dann im Prinzip zeitgleich zu den G20-Gesprächen in China, wie unsere Mitgliedstaaten es schaffen, das gute Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada wirklich zu beschädigen, indem man es durch die Europäische Kommission zu einem gemischten Abkommen erklären lässt und überhaupt nicht vorankommt, dieses Abkommen weiter zu verhandeln, sondern ganz im Gegenteil; es wird von der Kommission hintertrieben.

Ich wünsche mir, dass nicht nur Erklärungen abgegeben werden, sondern dass versucht wird, diese Erklärungen wirklich in die Tat umzusetzen; hierbei versagt der Rat aus meiner Sicht vollkommen und die Kommission leider in vielen Bereichen.

Victor Boștinaru (S&D). – Madam President, the G20 summit in Hangzhou was a successful one, and I would like to say a few words to congratulate China for the way it was organised and presided over.

The S&D Group certainly welcomes the decisions in key sectors such as fair taxation, the refugee crisis and terrorism, and also the commitments to solve the problem of over- production, especially in the steel sector. But, as we know, it is one thing taking a decision and a totally different one putting it into practice.

We are very happy about the stance taken by the Commission against Apple in Ireland because, for the S&D Group, fair taxation is a key element in a wealthy and competitive economy. It is evident, however, that, alongside the measures to be taken at EU level, we need to act globally in order to make sure that the rules are binding for all. This is where Europe should assume its own responsibility as an important actor in the international community.

One key message, deriving from the G20 summit and more generally from the global economic situation, is that we need more growth, and that we cannot expect only developing countries to be the ones leading the process. The EU needs to do more in order to re-launch growth in the economy and to create more jobs, with more flexibility and more investment.

The G20 was also an occasion for the US and China to ratify jointly – and I would underline the symbolic importance of that 'jointly' – the Paris Agreement on climate change. This is an area in which Europe had always taken the lead but, at least this time, the United States and China got there first. They are the two biggest world polluters, so maybe this is equally a sign of world change. Europe should draw its own lessons because No EU Member State has ratified the Paris Agreement, and this is once again the difference between nice speeches and the action which is so necessary for European citizens and for the survival of the European project.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, το κυριότερο συμπέρασμα από τη σύνοδο των G20 είναι ότι οι παγκόσμιοι ηγέτες απέφυγαν να αντιμετωπίσουν την αναγκαιότητα για δίκαιη κατανομή του παραγόμενου πλούτου και για καταπολέμηση της φτώχειας και της ανεργίας που πλήττει τον πλανήτη. Η καταπολέμηση της παγκόσμιας φτώχειας γίνεται επιτακτική, όχι μόνο για λόγους ηθικής τάξεως, αλλά επίσης επειδή το χτύπημα της φτώχειας θα ενισχύσει σε τεράστιο βαθμό την ενεργό ζήτηση. Επιπλέον, πρέπει να αντιμετωπιστεί το φορολογικό ντάμπινγκ, η φοροδιαφυγή και η φοροαποφυγή των πολυεθνικών, καθώς επίσης και το παγκόσμιο χρέος, το οποίο έχει εκτοξευθεί στα ύψη. Οι G20 παρέπεμψαν στις καλένδες τα μέτρα για την προσφυγική κρίση και για την αντιμετώπιση των προβλημάτων της ευρωπαϊκής χαλυβουργίας. Για το προσφυγικό, το μόνο που έκαναν οι G20 ήταν να εκφράσουν απλά ευχολόγια, χωρίς όμως να αναλάβουν συγκεκριμένες δεσμεύσεις και να επωμιστούν το αντίστοιχο βάρος. Τέλος, αντί να λάβουν μέτρα για την προστασία της ευρωπαϊκής χαλυβουργίας και των εργαζομένων της, αποφάσισαν απλά τη δημιουργία ενός φόρου, και το ζήτημα της λήψης μέτρων κατά της Κίνας, η οποία δημιουργεί το πρόβλημα στην παγκόσμια χαλυβουργία, απλά παραπέμφθηκε στο μέλλον.

Jasenko Selimovic (ALDE). – Fru talman! G20-toppmötet hade en väldigt ambitiös rubrik: På väg mot en innovativ, vital, sammankopplad och inkluderande världsekonomi. Jag var glad över att globala ledare förstod att dagens omfattande utmaningar kräver en sådan ambition.

Dessvärre stannade det goda vid rubriken. Slutdeklarationen innehåller inte ett enda bindande åtagande och är snarare ett bevis på att de 20 mäktigaste ekonomierna inte vet hur de ska komma överens om hur de ska lösa dagens utmaningar. För hur ska man annars tolka följande mening:

”We support efforts to promote voluntary knowledge diffusion and technology transfer on mutually agreed terms and conditions.”

Allvarligt talat! Inte ett enda ord överhuvudtaget om vem, när, hur, med vilka. Vi lever i en tid av enorm populism. Vi behöver desperat tillväxt för att röra oss från den främlingsfientliga fläck som vi har fastnat i. Vi behöver hantera flyktingkrisen, Syrien, Ryssland, klimatet, epidemier, rasism – och det enda som de 20 mäktigaste ekonomierna kommer överens om är *voluntary knowledge diffusion*. Seriöst!

Kolleger, G20-mötet demonstrerar avsaknaden av gemensamma nämnare och visar att EU- och G20-ledarna inte är vuxna uppdraget. Då är det inte så konstigt att väljarna röstar på populister som lovar guld och gröna skogar. Vi behöver konkreta åtgärder, mätbara resultat, rimliga och genomtänka svar på dagens utmaningar och beslutsamhet att bemöta dem. Det är bara så man kan vinna väljarnas förtroende.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhora Presidente, esta reunião do G20 – mais uma –representa um verdadeiro hino à hipocrisia. Perplexos perante os resultados desastrosos das suas políticas, os países do G20, representando mais de 80 % da riqueza mundial, propõem-nos mais uma tentativa para resolver a quadratura do círculo.

Desta forma, procura-se conciliar o crescimento económico, a desregulamentação do comércio internacional e as questões climáticas, tudo devidamente embrulhado com justiça social. Naturalmente estas piedosas declarações poderão iludir muita gente durante algum tempo, mas não poderão enganar toda a gente para todo o sempre.

A instabilidade financeira, a corrupção, as desigualdades sociais e o próprio aquecimento do planeta representam outras tantas faces das políticas neoliberais ao serviço do grande capital internacional.

Não serão dois ou três ou até vinte países ricos a resolver os problemas da humanidade, serão os povos em luta na construção de uma alternativa progressista e anticapitalista, capaz de dar resposta aos graves problemas do planeta em benefício dos trabalhadores e dos povos e não em favor de um punhado reduzido de multimilionários.

Patrick O'Flynn (EFDD). – Madam President, it is good that countries meet to talk things through. It is even good that the EU – for so long as it exists – tags along for the ride. But let us be clear: summits in China are not going to solve the key problems facing Europe, namely economic stagnation and the social disruption caused by uncontrolled, irregular and large-scale immigration from Africa and Asia.

So long as the euro remains, growth across its members will be weak. We have had 15 years to find this out and every year provides us with more evidence. On migration, Mrs Merkel seems to expect all the Schengen countries to clear up her mess, and Mr Juncker thinks national borders should be abolished altogether. The EU's representatives will keep going to G20 summits but every year they will be pushed a little further out to the fringes in the family photograph. The awkward truth is that, with every passing year, the failing EU and its members count for less in the world.

Mr Moscovici is right to say that the UK will remain a decisive European country in the years ahead. I very much hope that it can be a beacon for Europe, encouraging other European countries to take back control of their politics at a national level and make good use of the extra social solidarity that the nation-state provides. Only by harnessing this can European voices command the influence in the world that our great continent deserves.

Barbara Kappel (ENF). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, geschätzter Vertreter des Rates! Am 4. und 5. September fand das 11. Treffen der Regierungschefs der Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer in Hangzhou in China statt. Im Zentrum der Beratungen stand der Aufbau einer innovativen, gestärkten, vernetzten und inklusiven Weltwirtschaft. Gefordert wurde ein Aktionsplan zur Ankurbelung der schwachen Weltwirtschaft. Dieser Aktionsplan wird dringend notwendig sein, wenn wir sehen, dass in Europa die Investitionen immer noch nicht das Vorkrisenniveau erreicht haben, wir allein in Europa eine Investitionslücke von 400 Milliarden Euro haben und Eurostat das europäische Wachstum jetzt für das erste Halbjahr 2016 wieder zurückstufen musste.

Mittels des sogenannten Hangzhou-Konsenses soll nun ein inklusiveres Wachstum basierend auf besserer makroökonomischer Koordinierung, offenem Handel und Innovation erreicht werden. Ein Schwerpunkt liegt auf der Digitalisierung. Ja, das sind die richtigen Schwerpunkte. Konkreter scheint mir aber die Einrichtung des weltweiten Stahlforums, das beschlossen wurde und das bereits im kommenden Jahr ganz konkrete Maßnahmen vorlegen soll.

Ebenso hat sich die Konferenz zur Umsetzung der Klimaschutzziele verpflichtet. China und die Vereinigten Staaten haben hier sicher das Highlight gesetzt, indem sie sich dazu verpflichtet haben, die Klimaschutzziele von Paris zu vereinbaren. Das ist das Highlight, da hat man den Europäern die Show gestohlen. Das ist aber auch wichtig. Positiv ist auch die Einschätzung der *Green Finance,* der Kampf gegen die Steuerflucht und insbesondere gegen intransparente Steueroasen. Eine Liste soll es nächstes Jahr beim G20-Gipfel geben. Ich hoffe, man schafft diese Liste; bisher ist es nicht gelungen. Schauen wir, was die Zukunft bringt.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η σύνοδος κορυφής των ηγετών των 20 ανεπτυγμένων χωρών πραγματοποιήθηκε στον απόηχο τριών σημαντικών γεγονότων: του «Brexit», της προσέγγισης Ρωσίας-ΗΠΑ και του αποτυχημένου πραξικοπήματος στην Τουρκία. Η Ρωσία, οι ΗΠΑ, η Αυστραλία και η Κίνα εξέφρασαν την πρόθεσή τους για οικονομική και εμπορική συνεργασία με τη Βρετανία. Ως Ευρωπαϊκή Ένωση, πρέπει να προσέξουμε, και απευθύνομαι κυρίως στη διαπραγματευτική ομάδα: αν η Ένωση τηρήσει εκδικητική στάση στις διαπραγματεύσεις – και αναφέρομαι κυρίως στη Γερμανία – τότε θα περάσει αρνητικό μήνυμα στις υπόλοιπες χώρες της Ένωσης και, κυρίως, στον υπόλοιπο κόσμο.

Οι ΗΠΑ και η Ρωσία προχωρούν σε συνεργασία για την καταπολέμηση της τρομοκρατίας, ενώ ο Πούτιν και η βρετανίδα Πρωθυπουργός May συμφώνησαν σε ανάπτυξη των διμερών εμπορικών και στρατηγικών σχέσεων. Είναι λοιπόν καιρός να καταργηθεί το καθεστώς κυρώσεων στη Ρωσία, το οποίο μόνο προβλήματα δημιουργεί στις εξασθενημένες οικονομικά χώρες της Ένωσης. Τέλος, όσον αφορά την Τουρκία, πρέπει πλέον να της επιβληθούν αυστηρές κυρώσεις, ιδίως μάλιστα μετά από τις απειλές του Ερντογάν να απελευθερώσει ροές λαθρομεταναστών και προσφύγων. Ο Πρόεδρος του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου, κύριος Tusk, δήλωσε ότι η Ευρώπη δεν έχει άλλες δυνατότητες να υποδεχθεί νέα κύματα μεταναστών. Είναι εκβιασμός λοιπόν να ζητάει ο Ερντογάν όλο και περισσότερα από την Ένωση, αλλά είναι κυρίως ανοησία οι Ευρωπαίοι ηγέτες να υπομένουν τέτοιο εξευτελισμό επιδεικνύοντας υποχωρητικότητα.

Gunnar Hökmark (PPE). – Madam President, the G20 meeting was held at a time that is more uncertain and more risk-laden than we have seen for decades. It could have been an important meeting in this perspective, but very little came out of it. And what came out of it did so because all the crucial problems that the global world order is facing were avoided. Nothing was really said about Syria, with its global impact not only on refugees but also on stability and security. Nothing was said about Ukraine, with the breaking of international law and international agreement that is undermining the rules underpinning world stability. Nothing was said about the need to fulfil Western sanctions against Russia, which is breaking international rules.

The conflicts on the islands in the South China Sea were also avoided, as were, in reality, the issues about obligations for the countries to fulfil to combat climate change. Nothing was said, either, about the need to enhance legal certainty for investments in the global order. We are today facing the undermining of respect for international rules. We see this very much in Russia and in China, who say they will not follow international court decisions. The next time there is a G20 meeting it will be important for the European Union to take the lead in restoring legal certainty and respect for international rules, because otherwise these meetings have no real meaning.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Ангел Джамбазки (ECR), *въпрос, зададен чрез вдигане на синя карта.* – Г-жо Председател, уважаеми колега, не смятате ли, че на тази среща трябваше да се обърне повече внимание на ролята на диктаторския режим в Турция в имигрантската криза? И не смятате ли, че трябваше да се обърне повече и време, и да се постави въпросът за санкции за Турция, която така, както Русия анексира част от Украйна, за втори път анексира територии от суверенна държава? Напомням: анексът на Кипър и сегашното нахлуване на въоръжените сили на Турция в Сирия.

Gunnar Hökmark (PPE), *blue-card answer.* – I think it could have been a good idea also to mention what has happened in Turkey in two ways: first of all, to strongly react against any sort of attempt to have a coup d'état, because what could have followed that would have been a civil war with a real disaster, even more than the disaster we are facing. Secondly, I think the importance of Turkey coming back to full respect for civil society and independence could have been stressed. I think both things should have been said, but the G20 avoided things that were crucial and I do not think that, in the time we are living in, we can avoid the complicated issues. We need to deal with them, hopefully together, but at least together with democratic nations.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Asszony, szeretnék köszönetet mondani Tusk elnök úrnak, amiért fölhívta a G20 résztvevőinek figyelmét a tevőleges szolidaritás igényére. Hiszen az Európára nehezedő migrációs nyomás okai globálisak, és ennélfogva a megoldásoknak is globálisaknak kell lenniük. Bár azért nehéz dolgunk van, hiszen magán az Európai Unión belül is vannak olyan tagországok, amelyek nem nagyon akarják kivenni a részüket ennek a problémának a kezeléséből, illetve a megoldásából. A másik köszönet Juncker elnök úrnak jár, hiszen nagyon elokvens módon figyelmeztette a résztvevőket, pontosabban a kínai vendéglátókat, az EU tagállamaiba irányuló kínai acélexport visszásságai kapcsán. Úgy gondolom, hogy az európai munkahelyek védelmében nagyon jó szolgálatot tett.

Végezetül pedig szeretném azt is fölvetni, hogy bár pont a tanácskozás idejére vagy a köré esett Kínának a csatlakozása a párizsi klímamegállapodásokhoz, az elkövetkezendő G20-ak alkalmával – úgy gondolom – nagyobb, még nagyobb és folyamatos figyelmet kell biztosítani annak érdekében, hogy az európai akaratokat – miszerint a fosszilis energiahordozókat, hacsak lehet a föld alatt hagyjuk – képviselni tudjuk.

Bernd Lucke (ECR). – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieser Gipfel hat in mehrfacher Hinsicht zu kurz gegriffen. Einiges ist schon erwähnt worden: Er greift zu kurz im Bereich des Freihandels, wenn nicht auch darüber geredet wird, dass der Freihandel gerade auch von vielen europäischen Politikern nicht etwa verteidigt, sondern immer wieder in Frage gestellt wird. Er greift zu kurz, wenn mehr Staatsausgaben gefordert werden, ohne darauf hinzuweisen, dass wir große Probleme dabei haben, die Überschuldung der Staaten zu bekämpfen, die diese Staatsausgaben finanzieren sollen.

Er greift aber auch zu kurz, wenn über den Terror und die Bekämpfung des Terrors geredet wird, ohne über die geistigen Grundlagen des Terrors zu reden und darüber, dass es dringend erforderlich wäre, die Ausbreitung radikalen gewaltbereiten islamistischen Gedankengutes stark zu bekämpfen – in allen Ländern der Welt und insbesondere in muslimischen Ländern der Welt, die dem zum Teil wehrlos ausgesetzt sind, die dem Angriff dieser salafistischen und wahhabitischen und fundamentalistischen und den Taliban oder dem IS nahestehenden Richtungen des Islam nichts entgegenzusetzen haben – nichts entgegenzusetzen haben in den sozialen Medien, nichts entgegenzusetzen haben in der Sozialarbeit, die von diesen radikalen Organisationen zum Teil vorbildlich betrieben wird.

Hier muss deutlich gemacht werden, dass der Westen auch eine Antwort hat für gläubige Menschen, die ein konservatives Weltbild haben, die aber nicht gewaltbereit sein wollen und die sich diesen Angriffen auf ihre Religion verschließen wollen.

Νικόλαος Χουντής (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, στα συμπεράσματα της συνόδου κορυφής των G20 επαναλαμβάνονται η πίστη στα δόγματα της νεοφιλελεύθερης παγκοσμιοποίησης και η υπόσχεση - τα ευχολόγια - ότι αυτή η παγκοσμιοποίηση θα λειτουργήσει σε όφελος όλων των λαών, όλων των χωρών. Γίνεται μια απεγνωσμένη προσπάθεια να αποκρυφτούν οι ευθύνες για την προσφυγική κρίση, για την αστάθεια στη Μέση Ανατολή, για τα οικονομικά προβλήματα, για τη φτώχεια, για τη φτώχεια σε πλούσιες και φτωχές χώρες, για την περιβαλλοντική κρίση.

Κύριε Moscovici, τα μεγάλα προβλήματα της παγκόσμιας οικονομικής κρίσης είναι κυρίως ευρωπαϊκά προβλήματα. Αιτία γι αυτό είναι οι δικές σας πολιτικές: οι πολιτικές της λιτότητας, της δημοσιονομικής πειθαρχίας, της περικοπής των δημόσιων επενδύσεων και των δημόσιων δαπανών, της αναπαραγωγής της ανεργίας και της διαρροής εγκεφάλων από τις φτωχές χώρες προς τις πλουσιότερες. Αυτή είναι η πολιτική την οποίαν εισπράττει και η Ελλάδα των μνημονίων, με χαρακτηριστικότερο παράδειγμα τις μνημονιακές πολιτικές που οδηγούν σε αυτά τα αποτελέσματα. Τα ευχολόγια λοιπόν των G20 και της Ευρωπαϊκής Ένωσης, κύριε Moscovici, περί εξανθρωπισμού του καπιταλισμού δεν πείθουν πια κανέναν.

Udo Voigt (NI). – Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen, wir haben hier einen tollen Bericht gehört, der alles schöngefärbt hat. Es wird gesprochen von gerechtem Freihandel, gerechtem Wachstum für alle; niemand soll künftig mehr auf der Strecke bleiben. Werte Kolleginnen und Kollegen, wenn niemand mehr auf der Strecke bleibt, haben wir ja alles gelöst. Dann haben wir auch kein Migrationsproblem mehr, und dann haben wir ja gerechten Handel, gerechtes Wachstum für alle.

Sie fordern, dass in der Flüchtlingskrise mehr Solidarität kommt. Wo ist denn diese Solidarität? Auf der einen Seite wird Frontex statt zur Grenzschutzagentur zum Fährdienst für Migranten umformiert, und auf der anderen Seite macht Australien genau das Gegenteil: Sie retten die Migranten und bringen sie zum entsprechenden Ausgangspunkt zurück. Haben Sie denn auch mit den USA gesprochen, die verantwortlich sind für diese ganzen Migrationsströme? Wie viele Millionen Flüchtlinge nehmen denn die Vereinigten Staaten von Amerika auf?

Cristian Dan Preda (PPE). – Madame la Présidente, je souhaiterais tout d'abord saluer les conclusions du dernier sommet du G20, car l'accent a été mis sur plusieurs éléments qui sont d'une importance stratégique pour l'Union.

Je voudrais insister tout d'abord sur la question du développement et la nécessité de mettre en œuvre efficacement les objectifs de l'agenda 2030. Comme je suis le rapporteur du Parlement sur la cohérence des politiques au service du développement, j'ai été ravi de voir que la question de la cohérence politique pour un développement soutenable a été mentionnée dans les conclusions. Je crois que l'Union a un rôle-clé à jouer pour promouvoir ce concept de la CPD, de la cohérence des politiques au service du développement, et ce forum a été une belle opportunité.

Un autre point est la question des réfugiés. Nous avons été frappés plus durement que d'autres par la crise des réfugiés, et quand il s'agit de cette question, il faut s'efforcer de travailler avec les autres partenaires pour déterminer les causes profondes de la crise, et les causes profondes sont aussi des causes politiques. Il ne faut pas oublier que les réfugiés viennent de régimes qui ne sont pas démocratiques et qui sont très loin de l'état de droit, et la coopération doit donc s'engager sur ce point.

Dans ce contexte, il est un peu triste de voir que la Russie est de retour sur la scène internationale. Elle est acceptée comme un partenaire normal, même si, comme on le sait, la Crimée est toujours occupée. La Russie continue à violer ouvertement le droit international, et on en voit les effets. Les séparatistes sont encouragés. En Transnistrie, il y a trois jours, le chef de la prétendue république de Transnistrie vient de demander l'adhésion de la Transnistrie à la Russie sur la base d'un référendum tenu il y a dix ans. Nos actes ont toujours des conséquences et il importe de rappeler que la Russie est un très mauvais partenaire du point de vue du droit international et, effectivement, de l'état de droit.

Agnes Jongerius (S&D). – Ik denk dat je kunt zeggen dat de uitkomst van de G-20 enerzijds bemoedigend was, maar anderzijds ook zeer teleurstellend. Want ja, het ging heel veel over groei en banen, maar de oplossingen in de verklaringen van de G-20 zijn toch heel veel "business as usual": supply-side economics, een strikt budgettair beleid en heel veel nadruk op hervormingen, terwijl de wereld wanhopig zit te wachten op het tegenovergestelde, namelijk vraag, vraag en nog eens vraag. De wereldeconomie kampt met een vraagtekort. De lage rentes en de grote tegoeden bij overheden en bij bedrijven dienen daarom ingezet te worden om de echte economie te stimuleren. Het is zo enorm jammer dat dat vorige week over het hoofd gezien is. Investeringen, zowel publiek als privaat, en ruimte voor loonstijging zijn heel hard nodig. Ik hoop dan ook van harte dat aanstaande vrijdag in Bratislava daar wel een open oog voor is.

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Asszony, az Európát sújtó népvándorlás megállítása nem lehet csupán európai feladat, ahogyan a létrejöttében is súlyos felelőssége van a globális szereplőknek – mindenek előtt az Egyesült Államoknak. Ezt kellett volna érvényesíteni az EU-nak a G20-ak találkozóján. Idézek a Tanács és a Bizottság elnökének közös leveléből: „felhívást fogunk intézni a részt vevő felekhez a humanitárius támogatások növelése, a migránsok áttelepítésének fokozása érdekében". Ugyanakkor Donald Tusk kijelentette: „Európa lassan eléri kapacitásának határát a menekültek befogadása terén". Nos, a valósághoz ez az állítás áll közelebb. Ideje lenne annak, hogy az európai országok vezetői, élükön Angela Merkellel, kiemeljék a fejüket a homokból, és szembenézzenek a lakosság többségi akaratával. Meg akarjuk védeni európai identitásunkat és európai kultúránkat!

Milan Zver (PPE). – V zanimivi razpravi smo slišali, da je bil vrh skupine G20 le deloma uspešen.

Voditelji so se sicer dogovorili glede novih ukrepov v boju proti utaji davkov, Združene države Amerike in Kitajska sta se sporazumeli o ratifikaciji pariškega sporazuma o podnebnih spremembah, voditelji so pokazali rumeni karton kitajskemu dampingu v jeklarski industriji, ponovno so pokazali zavezanost svetovni trgovini in prostotrgovinskim sporazumom. Kaže tudi, da sta ZDA in Rusija dokončno prevzeli odgovornost za premirje v Siriji.

Zagotovo pa vrh ni bil posebno uspešen za novo premierko Združenega kraljestva. Na njem je namreč ameriški predsednik Obama novi britanski premierki Mayevi ponovno sporočil, da Velika Britanija ne bo imela privilegijev pri pogajanjih za nov trgovinski sporazum z ZDA, niti ZDA ne nameravajo spreminjati svojih tradicionalnih zunanjepolitičnih prioritet. Poudaril je, da je ena glavnih prioritet Amerike čezatlantsko partnerstvo z Evropsko unijo.

Kmalu potem je celo japonska vlada predala Mayevi študijo, v kateri ugotavljajo, da bodo številna japonska podjetja prisiljena seliti svoje sedeže iz Združenega kraljestva v druge članice Evropske unije, v kolikor Britanci ne ostanejo člani enotnega trga.

No, kljub temu pa je G20 prinesel nekaj morda manj vidnih sporočil. To je močnejšo zavezanost dvajseterice k prosti trgovini in s tem v zvezi boj proti različnim oblikam protekcionizma. To se zagotovo nanaša na Kitajsko in zveni tudi kot svarilo morebitni spremembi kursa po volitvah v ZDA.

Nov gospodarski zagon mora temeljiti na inovativnosti in pravičnosti, gospodarska rast pa naj bo inkluzivna. Ta sporočila vrha G20 so dobra.

Upam, da bodo rezultati tega vrha spodbudili Evropsko unijo, da pospeši sprejemanje prostotrgovinskih sporazumov s Kanado in ZDA.

Hugues Bayet (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, même le G20 s'éloigne un peu plus maintenant du dogme de l'austérité et appelle à recourir à l'investissement public pour relancer la croissance.

L'Europe a en effet un besoin criant d'investissements publics puisqu'ils n'ont plus été aussi faibles depuis des décennies, alors même que les taux d'intérêts sont historiquement bas. Je pense que c'est un combat important, car l'investissement public, c'est un gage d'emplois de qualité et de progrès social pour tous, mais c'est aussi un soutien indispensable à l'économie réelle.

C'est aussi parfois un palliatif à la fuite, voire à la lâche désertion du secteur privé. Le dernier exemple en date, c'est le brutal licenciement boursier de Caterpillar à Gosselies en Belgique, où plus de 5 000 emplois ont été perdus en quelques minutes. Il n'y a rien d'économique là-dedans, c'est juste quelques milliers de familles qui sont sacrifiées pour remplir les poches de quelques nantis avec de plantureux dividendes. Ajoutons au passage que, depuis 15 ans, Caterpillar prive les recettes publiques belges de plusieurs millions d'euros en rapatriant ses bénéfices en Suisse. Pourtant le G20 demande aussi de lutter efficacement contre les paradis fiscaux.

Caterpillar est donc devenu un peu le symbole de ce qui ne va pas en Europe, et, si l'Europe n'est pas capable dans l'urgence d'évoluer vers plus de justice sociale et fiscale, ses citoyens lui tourneront définitivement le dos, et je pense qu'ils auront raison.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! Solche Gipfel wie der G20-Gipfel sind eigentlich grundsätzlich problematisch. Es werden im Vorfeld große Erwartungen genährt, die dann nicht erfüllt werden können, und sie zeigen auch, dass vieles von dem, was wir in Europa als vorrangig betrachten, auf globaler Ebene nicht als wirklich wichtig erachtet wird, vor allem dann, wenn man sich vorher selber schwächt wie beim Referendum über den Brexit.

Aus europäischer Sicht gibt es neben der sehr oberflächlichen und keineswegs innovativen Behandlung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vor allem drei Mängel: Migration wurde nur vage andiskutiert; vor allem mangelt es an gemeinsamen Absichten, die Flüchtlingskrise zu lösen. Ähnliches trifft auf die Bekämpfung des Terrorismus zu, wo Maßnahmen gegen Geldwäsche und illegalen Waffenhandel vorrangig wären. Wenn das nicht gelingt, dann gleicht unsere Arbeit der des Sisyphus. Und schließlich wurde ein Bereich, der zu den Stärken der EU zählt, der digitale Sektor, fast vollständig ausgespart. Nachhaltiges Wachstum muss sich vor allem dieser Thematik zuwenden.

Francisco Assis (S&D). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, mesmo que destas cimeiras não saiam soluções, no imediato, de que o mundo precisa, é já importante que as grandes potências consigam, pelo menos, consensualizar um diagnóstico acertado dos principais problemas que se colocam ao mundo.

Nesta cimeira, os líderes do G20 perceberam que o mundo enfrenta o regresso dos discursos nacionalista e protecionista. Seduzidas por tais discursos, as populações de diversos países estão a apontar a globalização como o principal culpado das dificuldades laborais e sociais que as afetam. Ora, no seu comunicado final, os líderes do G20 dispõem-se a lutar contra o protecionismo e a eliminar obstáculos ao comércio e ao investimento internacional, reconhecendo, no entanto, o que é importante, que a globalização não é um fenómeno homogéneo.

Nos países em desenvolvimento e nas economias emergentes, a globalização está ligada, nos últimos anos, a progressos no campo da redução da pobreza, do aumento da esperança média de vida e da redução da mortalidade infantil, entre outros. Mas nos países desenvolvidos, tem tido alguns efeitos adversos ao nível, por exemplo, da precarização do trabalho e da evasão fiscal.

O comunicado final reconhece os benefícios da globalização e que estes têm de ser amplamente partilhados. Mas um comunicado não substitui um plano, e faltou um compromisso claro em torno das medidas de regulação global capazes de neutralizar as dificuldades que a globalização também tem provocado e relançar o crescimento.

Sergio Gaetano Cofferati (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, Le confesso che mi sarei aspettato conclusioni migliori da parte della discussione del G20. Va bene dire che bisogna far crescere l'economia e prendere atto che, senza una crescita diffusa e uniforme, i problemi drammatici di carattere sociale ed economico che il mondo sta attraversando non si risolverebbero, però bisogna fare anche proposte che siano coerenti con l'assunto e queste proposte non ci sono.

Per avere una crescita sostenibile, bisogna avere norme ambientali rigide da rispettare. Queste non ci sono, e il rispetto delle norme esistenti, con Lei sa, è molto lasco. In secondo luogo, bisogna avere una politica economica fondata su una comune politica fiscale. Riguardo alle cose di cui Lei si occupa, io apprezzo molto il Suo lavoro, però bisogna dire che nel mondo l'attenzione alle politiche fiscali è molto bassa. La competizione tra la qualità dei prodotti e i sistemi produttivi è stata sostituita dalla competizione basata sul non far pagare tasse.

Credo che occorra cambiare radicalmente questa direzione e l'Europa può dare il buon esempio risolvendo i problemi dei quali Lei si sta occupando.

Elly Schlein (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, le conclusioni del G20 in materia di immigrazione sembrano una semplice presa d'atto della gravità della crisi e un inutile esercizio retorico. Si è preferito rinviare invece di intervenire con soluzioni concrete.

È assurdo che al tema dell'immigrazione sia stato dedicato solo 1 paragrafo su 48 (c'è da chiedersi in che mondo vivano i leader del G20!), un paragrafo che molti, tra cui Amnesty, hanno definito ipocrita perché la richiesta di una condivisione maggiore degli oneri da parte di paesi che non si assumono per primi le proprie responsabilità suona come un appello vuoto e ridicolo.

Attualmente solo 27 paesi nel mondo hanno programmi regolari per il reinsediamento dei rifugiati e appena 9 di questi fanno parte del G20. E non mi convince nemmeno Tusk, che dice che l'Europa sta arrivando al limite: l'86% delle persone sfollate si trova nei paesi in via di sviluppo. Ma di cosa stiamo parlando? Saremmo più credibili nel chiedere un maggiore sforzo di condivisione globale se intanto dessimo l'esempio facendolo al nostro interno.

Monika Flašíková Beňová (S&D) – Stretnutie lídrov G20 v Číne bolo plné dôležitých tém a dobrou správou je, že lídri sa na mnohých veciach dohodli. Za ekonomickými a obchodnými témami aj napriek tomu, že išlo o stretnutie najvýznamnejších svetových politikov, však musí byť vidieť zlepšenie života ľudí nielen v ekonomicky vyspelých krajinách, ale na celom svete, pretože práve zlepšovanie sociálnych podmienok a kvality života má významný dopad aj na globálne témy, ktorými sú napríklad už spomínaná migrácia či udržateľnosť svetového hospodárstva a globálneho obchodu. Za veľmi dôležitú oblasť tiež považujem boj proti daňovým únikom, ktoré ožobračujú naše štátne rozpočty o množstvá miliárd eur, ale aj riešenie naliehavých diplomatických otázok najmä vo vzťahu k Turecku, ktoré je pre Európsku úniu veľmi dôležité aj z pohľadu riešenia migračnej krízy. Napriek niektorým všeobecným deklaráciám a dohodám však aj po tomto samite ostáva akýsi zvláštny pocit, ako keby každý z lídrov hovoril viac individuálne za svoju krajinu ako za celé Spoločenstvo.

Catherine Stihler (S&D). – Madam President, the recent G20 Summit in Hangzhou saw several notable outcomes in steel dumping, tax avoidance and the refugee crisis. However, it was the comments made to my own country, the United Kingdom, which were chilling. With the focus of the meeting on economic growth, trade and investment, and with the UK's decision to exit the EU, until that exit is concluded, uncertainty will exist in all of these areas. We do not even know, almost three months on since the referendum result, whether the UK's negotiating position will prioritise access to the EU single market, a single market critical to the health of the British economy, critical to British jobs and, I would say, critical to Britain's national interest.

And then there were the comments made by President Obama that a trade deal between the US and the EU will be a priority over any trade deal with the UK, followed by the warning from the Japanese that their firms could pull out of the UK if there was no single market access. I urge the British Government to listen, to take action, and to ensure that Britain can maintain what it has in accessing 500 million consumers in 27 different countries with one single set of rules, ensuring certainty for business and the highest standards for consumers.

Georgi Pirinski (S&D). – Thank you Madam President. By all accounts, this year's G20 summit was dominated by a new and overriding awareness. The rising anger of people at the ravages that present-day neoliberal globalisation has caused in their lives. Media reports have claimed that Australian Prime Minister Turnbull actually called on leaders to 'civilise capitalism.'

Some of this awareness has found its way in the final communiqué, which states: 'quality employment is at the centre of the G20's domestic and global agenda, together with reducing inequalities and promoting inclusive labour force participation.' These precisely are the Big Issues (in capital letters) that President Junker and his Commission must directly tackle with the utmost urgency and full priority, or see the European project disintegrate under the tidal wave of widespread and completely justified popular protest.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhora Presidente, as declarações dos líderes e os comunicados oficiais da recente Cimeira do G20 indiciam um bom diagnóstico dos problemas que afetam o atual quadro de globalização desregulada. Deixam também perceber um bom entendimento sobre as soluções, reforçar a agenda de crescimento, aumentar a transparência, garantir a equidade territorial no impacto nas relações económicas, resolver as questões que multiplicam as crises de refugiados e os fluxos migratórios não sustentáveis, lutar contra o terrorismo e responder aos desafios das alterações climáticas.

Num mundo em que as desigualdades se aprofundam cada vez mais e as pessoas são cada vez mais instrumentalizadas, a agenda proclamada pelo G20 aumenta a responsabilidade de quem a subscreve. É preciso concretizá-la e, por isso, nós, na União Europeia, temos de dar o exemplo, colocando estas prioridades na nossa agenda. Aumenta assim a expectativa em relação ao discurso que amanhã será aqui proferido pelo Presidente da Comissão.

Depois de as políticas de austeridade cega terem empobrecido e enfraquecido a União, os abutres populistas e nacionalistas sobrevoam agora a sua possível presa. Mas quando olhamos para a agenda do G20, vemos que essa é uma agenda em que só uma União Europeia unida, cooperante e solidária pode vencer. O caminho é claro, comprometemo-nos com um caminho. Façamo-lo portanto, acontecer.

Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot

Laima Liucija Andrikienė (PPE). – Ačiū. Kolegos, galime pasidžiaugti, kad G20 susitikimas Kinijoje įvyko. Deja, tenka pastebėti, kad jis nepasižymėjo svarbiais susitarimais ir sprendimais. Kas iš tiesų galėtų džiaugtis rezultatu – tai jo šeimininkė, Kinija, kuri išnaudojo G20 formatą kaip dar vieną progą pareklamuoti Pekino ekonominį pasaulio modelį, „One belt, one road" strategiją, deatlantizacijos strategiją. Tuo metu Kanada pasiprašė priimama į AIIB, Azijos infrastruktūros investicijų banką, ir dabar iš didžiųjų valstybių tik JAV ir Japonija nėra įsijungusios į šią Kinijos vadovaujamą kredito instituciją. Europos Sąjunga, kamuojama daugybės problemų, neskiria pakankamo dėmesio OBOR strategijai ir galimoms jos pasekmėms. Baigdama noriu pasidžiaugti, kad baigiamajame komunikate nemažai vietos skiriama ir AMR, antimikrobakterinio atsparumo problemos sprendimui, kad siekiama į sprendimą įjungti Pasaulio sveikatos organizaciją, FAO – Jungtinių tautų Maisto ir žemės ūkio organizaciją, EBPO, apskritai iškelti šią problemą iki Jungtinių Tautų lygio.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođo predsjedavajuća, mnogo je tema bilo na meniju sastanka G20 i treba jednostavno reći da su dvije teme, koje su ustvari međusobno potpuno isprepletene, a to su tema migracija i izbjegličke krize i tema ekonomskog rasta, za mene bile zaista ključne teme.

Mogu reći da, na neki način, ohrabrujuće poruke dolaze sa sastanka G20. Uostalom i sama činjenica da se G20 bavi migrantskom krizom pokazuje ozbiljnost i zrelost u ovom trenutku. S druge strane, ekonomski rast je povezan s onim što znači migrantska kriza, pogotovo kada govorimo o Africi, i potpuno jasno daje do znanja što nam treba narednih godina činiti.

Ja mislim da upravo u ovom slučaju Europska unije mora pokazati svoju snagu i jedinstvo, jer inače, ako ne bude konkretnih poteza i konkretnih rezultata, mnogo toga će ići krivim putem, a to nam sigurno ne treba.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία πρόεδρε, κατά την σύνοδο κορυφής των ηγετών των είκοσι περισσότερο ανεπτυγμένων χωρών, δηλαδή των G20, αποφεύχθηκε επιμελώς η εξέταση σοβαρών προβλημάτων τα οποία αντιμετωπίζει η διεθνής κοινότητα όπως, το προσφυγικό, η παράνομη μετανάστευση, καθώς επίσης και οι συνέπειες του πολέμου της Συρίας. Πώς όμως θα ήταν δυνατόν να γίνει αυτό όταν μεταξύ των είκοσι αυτών ηγετών υπάρχουν και οι κύριοι υπεύθυνοι όλων αυτών των προβλημάτων και ανάμεσά τους, βεβαίως, και ο Πρόεδρος της Τουρκίας, χώρα η οποία, με την ανοχή όλων, αυθαιρετεί και γίνεται κίνδυνος για την ειρήνη, τουλάχιστον, στη Μέση Ανατολή. Δεν δόθηκε όμως πειστική απάντηση και σε ορισμένα οικονομικά προβλήματα όπως είναι, για παράδειγμα, η προστασία της χαλυβουργίας των ευρωπαϊκών χωρών, η φορολογία των παγκόσμιων οικονομικών κολοσσών και η αντιμετώπιση της κοινωνικής και οικονομικής ανισότητας σε όλο τον κόσμο.

Τέλος, θα ήθελα να επισημάνω στον κύριο Επίτροπο, τον κύριο Moscovici, ότι η αντιμετώπιση των γεωστρατηγικών προβλημάτων παγκοσμίως, δεν γίνεται με τη λήψη οικονομικών μέτρων αλλά με τη λήψη πολιτικών μέτρων.

αν θα είναι η πρώτη το πάμε σ ένα μάλιστα μας καμπή στην πλησίασε μέχρι σήμερα να την τυπική διότι χώρων ο Φέτελ αφού νωρίτερα υποπτεύονται σχεδίου της ουσίας έχουν φτάσει ο οποίος τον κουμπαρά αναφορά στο διαγωνισμό θα γίνει ο ο συμβούν VW κομψή και ούτε η γκόλντεν Ντεμικέλις Ζε συγκρατούν λοιπόν τη χθεσινή το όλο ο παίκτης συλλέκτης Financial στην τιμή του δείκτη Μιχάλης ποτέ του μπήκε σε ο οικονομική Financial γκρεμό ενίσχυσε η υπουργική κλειστά και η και

(Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot päättyvät)

Pierre Moscovici, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés, votre débat reflète à la fois l'intérêt que vous portez aux conclusions du G20 et aussi un certain nombre de frustrations, que je peux comprendre, à la fois sur le déroulement même de la réunion et sur ses conclusions.

Ce dont nous devons être tous conscients ici – je le dis à ceux qui auraient souhaité qu'on parle de tel ou tel sujet –, c'est de la nature du G20. Le G20 a été créé dans le contexte de la crise économique et financière des années 2008-2013 pour débattre avant tout des questions économiques et financières.

Évidemment, les sujets géopolitiques, stratégiques – la Syrie, par exemple –ont été présents. Évidemment, toute une discussion s'est déroulée sur le rôle de la Turquie, en présence du président Erdogan, mais l'objectif essentiel était bien de faire le point sur la politique économique suivie à l'échelle de la planète par les grands pays et de parvenir à un certain nombre d'orientations.

Je dis orientations parce que le G20 n'est pas non plus un lieu où des conclusions extrêmement opérationnelles peuvent être adoptées. Il y en a, j'ai cité celles qui concernaient la question des surcapacités, mais le G20, d'une part, définit des signaux qui sont tout à fait importants pour l'économie mondiale et, d'autre part, donne à un certain nombre d'institutions – le GAFI, l'OCDE – des missions qu'il s'agit de poursuivre.

Cette compréhension de vos frustrations étant exprimée, je crois aussi qu'il ne faut pas sous-estimer la qualité de cette réunion particulière du G20. On aurait pu en espérer plus et autre chose, comme toujours, et d'ailleurs vous en espérez plus et autre chose avec vos différences de sensibilité, ce qui est tout à fait naturel.

Je crois qu'il y a, dans ce G20, une opportunité à saisir dans la coopération mondiale et nous devons exiger de nos partenaires du G20 qu'ils utilisent cette coopération pour promouvoir d'abord ne serait-ce qu'une croissance solide et complète qui peut offrir des avantages tangibles pour nos concitoyens, et puis des relations commerciales libres et équitables, encore une fois au bénéfice de tous, et enfin des sociétés plus inclusives.

L'Union européenne apporte au débat une expérience précieuse, celle de l'intégration la plus poussée, la plus réussie à l'échelle continentale sur un grand marché intérieur, qui fait de nous, les Européens, la première puissance économique du monde, et puis aussi d'un modèle politique, d'un modèle social, d'un modèle culturel.

Nous avons fait part de cette expérience à Hangzhou, à la fois à travers le rôle du président du Conseil, celui du président de la Commission, mais aussi des pays européens qui sont présents en nombre et en force, parce que ce sont de grandes économies. Nous avons obtenu, je crois, des résultats qui renforcent un certain nombre de nos priorités, qui convergent avec elles, et j'ai parlé, par exemple, de la lutte contre l'évasion fiscale et la fraude fiscale.

Voilà un sujet sur lequel, depuis des années, le G20 est le lieu où se déploie une stratégie mise en œuvre grâce à l'OCDE avec l'initiative BEPS, et qui est convergente avec nos propres priorités et l'action que, au nom de la Commission, je m'efforce d'impulser pour une fiscalité qui soit à la fois plus transparente et plus efficace. Nous aurons l'occasion d'avoir de nombreux rendez-vous à ce sujet dans les mois qui viennent.

C'est vrai que vous avez évoqué les uns et les autres la situation de la Grande-Bretagne et du Brexit. Je ne veux pas revenir sur les propos que je cite en introduction, mais peut-être un point toutefois, qui concerne la négociation d'accords de libre-échange.

Là-dessus, la conclusion du président Juncker et la réaction de nos partenaires ont été extrêmement claires. À l'heure où nous parlons, la négociation de sortie de la Grande-Bretagne n'a pas commencé. Nous attendons que cela puisse se produire le plus tôt possible, en comprenant qu'il faille prendre un peu de temps pour se préparer, pour définir des priorités, mais pas trop de temps si nous voulons que l'incertitude ne se dissémine pas et ne finisse pas par pénaliser l'investissement et l'activité économique. Ensuite commencera la négociation.

Pendant tout ce temps – et le Parlement a auditionné hier M. King, qui est le commissaire pressenti pour représenter la Grande-Bretagne –, la Grande-Bretagne est membre de l'Union européenne et c'est donc à l'Union européenne qu'il revient de négocier les accords de libre-échange et c'est à la Commission qu'il revient de le faire pour le compte de l'Union européenne.

Donc n'ayons pas là un fonctionnement qui serait curieux temporellement, avec des négociations bilatérales, alors que la négociation entre la Grande-Bretagne et l'Union européenne n'a pas commencé et que l'Union européenne elle-même a son initiative.

Je parlais de l'Europe. N'oublions pas un facteur tout à fait important, qui est que, en décembre, c'est l'Allemagne qui va prendre la présidence du G20. C'est bien sûr l'occasion pour nous, Union européenne de travailler avec un pays de l'Union, un partenaire majeur de la communauté mondiale qui connaît, qui partage, par définition, les priorités de l'Union européenne. J'attends beaucoup du travail de M. Schäuble, en tant que ministre de l'économie et des finances allemand pendant cette présidence, au niveau des ministres de l'économie et des finances qui préparent le G20, et aussi de la Présidence allemande ensuite à l'occasion du sommet qui la conclura.

La Commission va travailler en étroite collaboration avec la Présidence allemande pour préparer le prochain sommet du G20 à Hambourg, les 7 et 8 juillet 2017. Nous espérons bien que certains des domaines prioritaires sur lesquels un accord a été cette fois atteint pourront progresser encore et, rapidement, nous travaillerons à ce qu'il y ait des priorités fortes qui soient affirmées. Il n'y a pas de temps à perdre et, encore une fois, je voulais présenter ces conclusions du G20 aussi objectivement que possible, en étant conscient des limites inhérentes à l'exercice, mais aussi de la qualité indéniable de cette réunion, et dans sa forme et dans sa substance.

Je vous remercie de votre temps et de vos observations plus que judicieuses.

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, I would like to thank Honourable Members very much for all the speeches and comments. They confirm your huge interest in the agenda that was a subject of discussion at the G20 meeting in in China. Many issues were raised: economic growth, migration, free trade, tax evasion, steel, China, the Paris agreement and many others. I tried to present how we viewed the discussion on those issues in my initial statement. I share the views expressed by Commissioner Moscovici when he spoke on behalf of the Commission.

All these items are extremely important. I dare say that we, as a union, have a clearly defined interest in those areas, but I think that the G20 Summit in China has reminded us once again that this is maybe the time for us to pull together, as a union, to work on those items in order to have an even better position when we try to protect the interests of the Union and its citizens on the global stage. We are committed as a Presidency to working intensively with you, Parliament, and the Commission on all the points mentioned so that, as I said, we can make progress and strengthen our position on the global stage.

Finally, two issues were raised which are part of our Presidency's responsibility. Mr Telička asked about our further steps as the Presidency when it comes to TTIP. I can say that this will be very high on the agenda for the upcoming Foreign Affairs Trade Council, which will take place on 23 September in Bratislava. I believe this is the place where we Member States, together with the Commission, should assess where we stand in negotiations with the United States. This may be, I dare say, the last moment for us to consolidate our position together and look where progress is still possible in the remaining time of the Obama Administration. But we are aware that our mandate says very clearly where our offensive interests lie, and we as a Presidency will do our utmost to ensure that those interests are protected.

On the Paris agreement, which was also mentioned several times, I can assure you that we as a Presidency are currently trying to agree on a clear timetable that will allow the ratification of the Paris agreement on behalf of the European Union so as to ensure the participation of the EU at the upcoming COP 22 Marrakesh meeting on global climate change.

Finally, I should have said at the beginning – but I came late and I apologise for that – that we as a Presidency are trying to control the agenda. I found out this morning that I was not able to control the traffic in Strasbourg, but it was a very nice walk. At the last moment I had to leave my car somewhere in Germany and I apologise once again for this.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

Presidente. – La discussione è chiusa.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Durante il summit del G20 di Hangzhou, che si è svolto il 4 e 5 settembre, l'Unione europea ha ribadito la necessità di un'azione condivisa per raggiungere obiettivi quali la lotta al terrorismo internazionale e alla corruzione, una maggiore cooperazione in ambito fiscale, combattere la sovrapproduzione nel settore dell'acciaio e risolvere finalmente la crisi migratoria e dei rifugiati. In particolar modo, meritano positiva attenzione le risposte emerse dal summit del G20 per quanto riguarda queste ultime due priorità. Finalmente emerge la consapevolezza di dover affrontare insieme gli effetti della crisi migratoria che ha colpito l'Europa, per rispondere alle esigenze di protezione dei rifugiati e alle cause profonde di una crisi che ha provocato la morte di migliaia di vite umane. Inoltre, come hanno promesso i leader del G20, servirà una risposta collettiva per combattere l'eccesso di produzione di alcuni paesi nel settore dell'acciaio, la Cina su tutti. Per questo potrebbe essere utile l'istituzione di un forum specifico per vigilare questi paesi e dunque contrastare un fenomeno che rischia di mettere a repentaglio la produzione nel settore siderurgico e i milioni di lavoratori che operano in quello che deve rimanere un comparto vitale per l'industria europea e italiana.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A imprensa internacional noticiou mais esta reunião do G20 salientando a tentativa que dela resulta de resolver a quadratura do círculo. Ou, dito de outra forma, o G20 quer «civilizar o capitalismo». Debalde. Crescimento económico, desregulação do comércio internacional e da circulação de capitais, clima, justiça social: eis alguns dos ingredientes do cozinhado do G20, que procura, no fundo, curar o doente inoculando-lhe mais uma dose generosa do agente causador da doença. O resultado não pode ser diferente do que temos.

As piedosas declarações que ecoaram do G20, que não esqueçam os pungentes apelos contra o canto da sereia dos «protecionismos», poderão iludir muita gente durante algum tempo, mas não poderão enganar toda a gente para todo o sempre. A instabilidade financeira, a corrupção, as desigualdades sociais e a degradação ambiental do planeta, representam outras tantas faces das políticas neoliberais ao serviço do grande capital internacional. Não serão dois ou três ou até 20 países ricos a resolver os problemas da humanidade. Serão os povos em luta, na construção de uma alternativa progressista e anticapitalista, capaz de responder aos graves problemas do planeta, em benefício dos trabalhadores e dos povos e não em favor de um punhado reduzido de multimilionários.

Илхан Кючюк (ALDE), *в писмена форма*. – Срещата на върха на Г-20 се проведе в изключително деликатна обстановка за света и Европа. Прави силно впечатление, че обсъжданите във форума теми бяха от пряко значение за Европейския съюз и това ясно показва редицата предизвикателства, пред които всички ние сме изправени. Наред с необходимостта за по-устойчив и по-качествен икономически растеж, за наказателни мерки срещу данъчните убежища в света, нуждата от инвестиции в нови технологии и предприемане на мерки срещу глобалното затопляне, във фокуса на обсъжданията попаднаха борбата с тероризма и справянето с международната бежанска криза.

В тази връзка смятам, че срещата на Г-20 беше чудесна възможност за Европейския съюз да препотвърди предприемането на всеобхватни действия в световен мащаб, чрез които да се сподели отговорността за разрешаването на бежанската и миграционна криза и за отстраняване на нейните първопричини. Не трябва да пренебрегваме и факта, че в заключителния документ от срещата беше посочено, че резултатите от референдума във Великобритания добавят несигурност на глобалната икономика.

Също така, форумът очерта важната роля, която играят двустранните и регионални търговски споразумения и считам, че Европейският съюз трябва да работи за скорошно ратифициране на споразумение за улесняване и либерализация на международната търговия.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Kina je odgovorna za polovicu svjetske proizvodnje čelika te zbog zasićenja tržišta uzrokuje damping cijene željeza i čelika na svjetskom tržištu, te europsko gospodarstvo cijenom ne može konkurirati Kini. Pozdravljam govor predsjednika Europske komisije, Jeana-Claudea Junckera, koji je rekao kako trebamo braniti interese europske industrije čelika, u kojoj je 10 000 radnih mjesta izgubljeno u posljednjih nekoliko godina, te podržavam njegova nastojanja u pomaganju Kini kako bi prihvatila stvaranje mehanizma za praćenje prekapacitiranosti u sektoru čelika.

Jedna od negativnih posljedica za Hrvatsku jest i nemogućnost uspješnog poslovanja željezara u Splitu i Sisku gdje je više stotina radnih mjesta nepovratno uništeno kao posljedica kretanja cijena na svjetskom tržištu, ali i drugih problema. Također želim pozdraviti dogovor EU-a i Kine o uspostavi globalnog foruma za praćenje prekapacitiranosti.

Za Europljane, samim tim i Hrvate, adekvatno rješenje ovog problema je od velike važnosti prije prihvaćanja dodjele statusa tržišnog gospodarstva Kini i odlučivanju o mjerama trgovinske zaštite na europskom tržištu. Odluke donesene na globalnoj razini utječu na sve države članice i radna mjesta, stoga sprječavanjem dampinga i uspostavom poštenih odnosa na tržištu pridonosimo zaštiti europske industrije i radnih mjesta.

3. Untersuchung zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Pablo Zalba Bidegain e Gerben-Jan Gerbrandy, a nome della commissione d'inchiesta sulla misurazione delle emissioni nel settore automobilistico, sull'inchiesta sulla misurazione delle emissioni nel settore automobilistico (2016/2090(INI)) (A8-0246/2016).

Pablo Zalba Bidegain, *ponente*. – Señor Presidente, hace casi un año Volkswagen confesaba, ante la Agencia de Protección Ambiental de los Estados Unidos, la utilización de mecanismos de trucaje para superar las pruebas de emisiones y lograr así la homologación de esos productos en los Estados Unidos.

La primera pregunta que creo yo que debemos hacernos es por qué no se descubrió ese escándalo en la Unión Europea; por qué en la Unión Europea no fuimos capaces de descubrir un fraude de tal magnitud. Evidentemente, la respuesta no es fácil pero sí que hay muchos factores, que me gustaría debatir hoy aquí, que lo explican. En primer lugar, obviamente, una falta de Europa. Una falta de Europa debida, sobre todo, a la insuficiente integración.

Yo no tengo ninguna duda de que si hubiéramos sido unos verdaderos Estados Unidos de Europa, este escándalo no se habría podido producir. Pero estoy seguro, sin ninguna duda, de que si hubiéramos sido los Estados Unidos de Europa, nuestros consumidores, los millones de europeos que utilizan a diario un automóvil, habrían estado más protegidos. Pero no tengo ninguna duda tampoco de que si tuviésemos un sistema judicial único, los consumidores de la Unión Europea, sin duda alguna, estarían más protegidos.

Hay otro factor que también explica por qué hemos llegado a esta situación. Sin duda alguna, una vaga legislación impulsada en tiempos del Comisario Verheugen explica también por qué no hemos sido capaces de descubrir este escándalo y —lo que es más importante— por qué este escándalo se ha podido producir. Además, yo creo que tenemos que hacer autocrítica, porque el comisario Verheugen precisamente negoció en esta casa, con algunos de nuestros colegas, una legislación que, como el tiempo ha demostrado, ha sido insuficiente.

Llegó el Comisario Tajani e intentó poner el cascabel al gato para intentar impulsar una legislación que fuera ambiciosa a la hora de reducir las emisiones de NO_x. Todos éramos conscientes de las discrepancias. Esta misma casa aprobó un informe que demuestra que éramos conscientes de las discrepancias entre los tests en condiciones de conducción reales y los tests en laboratorio. La pregunta es: ¿hicimos entonces lo suficiente?

Yo creo que es momento de mirar al futuro. Lo que esperan los ciudadanos europeos de esta Comisión de investigación, sin duda alguna, es que conozcamos la verdad y, lo que es más importante, que hagamos propuestas para impulsar medidas que impidan que fraudes como este se vuelvan a producir. Y yo no tengo ninguna duda de que todos mis colegas estarán de acuerdo en que vamos a intentar llegar a este punto. Las crisis son oportunidades y esta, sin duda alguna, es la crisis que necesitaba el sector de la automoción para adaptarse a una realidad del siglo XX mucho más exigente con las emisiones, mucho más exigente en la búsqueda de nuevas fórmulas de movilidad.

Y tenemos que ser conscientes de que los ingresos de doce millones de familias están en juego. Tenemos que ser lo suficientemente rigurosos, no solo para garantizar los ingresos de estas familias, sino sobre todo, para darles un futuro mejor. De nada sirve reconocer que deberíamos haber conocido este fraude; lo que tenemos que hacer ahora es descubrir la verdad y, sobre todo, y lo más importante, mirar al futuro.

Ha sido un placer trabajar con mi colega holandés, con el que espero seguir trabajando estos próximos meses, así como con el resto de colegas, de ponentes alternativos.

Gerben-Jan Gerbrandy, *rapporteur*. – Mr President, let me start by thanking my fellow rapporteur, Pablo Zalba, for the excellent work so far and I am also looking forward to working closely together in the coming months. This interim report is primarily procedural and there was a reason for it, because we only just started with our work. There is, however, one strong political point in it and that is that we call upon the Commission to better and more swiftly cooperate with the work of our committee of inquiry. That was the case when we adopted this interim report in committee. I must say that since then the Commission has considerably improved its cooperation, and I hope that we can continue that way of working.

So far, our committee of inquiry has collected a lot of, well, let us say, technical evidence. We spoke with car manufacturers, producers of emission control technologies, software experts, academics, NGOs. Most of the technical part we have done so far, and we have just begun with the political part of our inquiry. We have had hearings with a whole bunch of Commissioners starting with former Commissioners Dimas, Potočnik, Verheugen and Tajani, and yesterday evening with the current Commissioners Bieńkowska and Vella.

Very crucial also will be our focus on the Member States; I am very much looking forward to the hearings with national ministers in the coming weeks, and I sincerely call upon those ministers who have not yet confirmed their attendance to do so. European democracy also means that national ministers are accountable for their position in Europe. We will also hear the American EPA and the national type approval authorities.

What have we found so far? Well, first of all, we of course discovered that this is much more than just the Volkswagen case. We have seen that other car manufacturers are shutting down their emission abatement technology when the temperature goes below 17°C, or after 22 minutes. That comes close to the 20-minute test cycle, so we have seen that the problem is much bigger than just Volkswagen and that is something that we have to explore further on. Also we still have a lot of questions concerning the role of Member States. We do see that there has been quite a weak implementation and enforcement of European legislation and that is something that we sincerely have to discuss very closely with the national ministers.

Another question that we are still digging into is why did it take so long to develop this new real driving emission test? In 2010 the Commission work document said that it would take roughly two years for the technical exercise to develop this test; we all know that it took many many more years and that is something that we have to dig into as well.

Finally, it is one year since the scandal broke and since then we have done a lot, but there are still millions and millions of diesel cars on the European roads that do not comply with current legislation. That is something that we have discussed yesterday with Commissioner Bieńkowska and I am very happy with her strong approach now. We are awaiting, within weeks, some infringement procedures, but it is certainly something that we are still going to focus upon. Also the recall of vehicles, that is still primarily based on a voluntary approach.

I am very much looking forward to the coming months. We will conclude our report in March next year and I hope that we can draw not only conclusions about what happened in the past, but also some conclusions, some lessons for the future, because that might be the most important part of our inquiry.

Elżbieta Bieńkowska, *Member of the Commission*. – Mr President, this is an important debate and I am glad to be here. Firstly, I would like to thank both the rapporteurs for their work. It has been almost a year since the Volkswagen emissions scandal broke, and more than six months have passed since the Committee of Inquiry on Emission Measurements in the Automotive Sector started its work. This was, for both of us, a period of very intense work, both for Parliament and for the Commission. I can assure you that I did my best to act in full cooperation and transparency, and I am committed to continue to do so: to fully cooperate with Parliament in the months to come and until the end of the work of the inquiry committee.

I have done whatever I could to answer all of your questions. I know that you are not fully satisfied, but we tried to do our best and we will continue to do so. I am convinced that this is the best way to uncover all the facts, and to help conclude on the best way forward: for the Commission in its role as a legislator, for the Member States in their efforts to enforce the law, and for the industry to be credible, modern and environmentally conscious.

We are ready to help as much as we can, but, of course, we expect, and I also expect, Member States to be equally transparent and cooperative. The Commission has invited Member States to investigate the presence of defeat devices in the vehicles circulating on their territories and to report back to us. Until now, four Member States – the UK, Germany, France and Italy – have prepared such reports. These reports have been made available to the Commission and to the general public at the same time. The Commission recently, by the end of July, transmitted to the European Parliament a first overview on the national investigation. But unfortunately we do not have the complete picture yet. The data submitted by Member States is incomplete and there are still many outstanding questions for which additional technical information is still needed.

We, and myself personally, are disappointed with where things stand for now. We need this technical information to be able to make an independent judgement on what has happened. I have insisted with Member States that they should transmit this information to the Commission, and I will continue doing so, while of course continuing to monitor how the national investigations progress.

Let me also add one word on defeat devices. They have been prohibited in the EU for more than 18 years now. The legal provisions on defeat devices are clear. Manufacturers, and every type approval authority, never questioned these rules or how they should be implemented. If they do not honour these rules, there must be consequences because this is a law.

I am ready to help in ensuring a coherent interpretation of the rules across the Single Market. For that reason I offered, with my services, to provide practical guidance to the national authorities on how to handle emissions control systems at type approval. We are confident that this will ensure a coherent approach across all EU territory.

We all know that enforcement for now is the key problem to be urgently solved. We face the current situation because of lenient enforcement and weak market surveillance. We have proposed to change this and to enforce the current system. A new supervisory system with Commission oversight and mutual control between Member States, together with EU penalties, is crucial for overcoming the problems we are facing today. It will also be key to restore the confidence of our citizens which was very seriously harmed.

The Commission tabled its proposal in January 2016 and it is now up to the European Parliament and the Council to decide. No position has been reached yet in the Council. We would like the work on the draft report of Mr Dalton and the Internal Market Committee to proceed as quickly as possible, but also to adopt the proposal as soon as possible. The reluctance – I would even say the resistance to necessary changes – is discouraging, not to say disappointing. To succeed, we need your support to keep the level of ambition of this proposal. I particularly hope that the work of the EMIS Committee can demonstrate how important the proposed changes to our type approval system are.

I therefore call on all of you to deal with the past, but as always I would say to pave the way for the future. Otherwise, a year of very intensive work will not be satisfactory in bringing tangible change. We will continue to fully cooperate with you in the months to come, and of course I would like to say that the Commission welcomes your interim report. I wish both of us success in the forthcoming weeks and months.

Krišjānis Kariņš, *PPE grupas vārdā.* – Priekšsēdētāja kungs, komisāres kundze! Mēs gandrīz pusgadu esam uzklausījuši dažnedažādus lieciniekus. Tie ir nākuši no zinātnieku un pētniecības aprindām, no nevalstiskām organizācijām, no auto industrijas, tiem piegādātājiem utt., kā arī no Eiropas Komisijas.

Kas tad šajā pusgadā — ko mēs esam uzzinājuši? Pirmais ir jautājums — kā mēs vispār nokļuvām tur, kur mēs esam? Ko mēs esam uzklausījuši, ir tas, ka Eiropā mēs ideoloģisku iemeslu dēļ, es nesaku, ka nepareizi, bet ideoloģisku iemeslu dēļ, uzstādījām galveno mērķi — klimata mērķi — samazināt CO_2 izmešus. Tā rezultātā veicināja, apzināti veicināja dīzeļindustrijas attīstību un pircēju ieinteresētību iegādāties dīzeļdzinējus, bet ignorēja vai pārskatīja faktu, kas jau sen bija zināms, ka, kaut dīzelim ir zemi CO_2 izmeši, viņam ir augsti slāpekļa dioksīda, oksīdi dažādie, *nokši* saucamie, kas ir tieši kaitīgi cilvēka veselībai.

Dzenoties pakaļ vienam mērķim, tika pārskatīts tas, ka viņam ir blakusefekts, negatīvs efekts cilvēka veselībai.

Otrais. Pieņemot pēdējo regulu par auto emisijas standartiem, to *Euro 5* un *6* 2007. gadā, neatrisināja jau zināmo grūtību ar ceļu emisijām, ka tās ir daudz augstākas par laboratoriskām.

Un, treškārt, neatrisināja problēmu ar to, ka mums nav Eiropas līmeņa uzraudzības, viss palika dalībvalstu līmenī.

Tātad, mums vajag mācīties no ideoloģijas, tomēr vajag apsvērt visus blakusefektus, kas varētu būt. No testiem, mums ir jābūt pārbaudēm, kas ir saistīti ar ceļu emisijām, nevis tikai ar laboratoriju. Un ar uzraudzību — mums ir jāizveido Eiropas līmeņa uzraudzība, lai nav nekoordinēta dalībvalstu darbība.

Kathleen Van Brempt, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, as the Commissioner rightly said, it is now a year since the Volkswagen scandal broke, and we were all completely shocked. We were shocked because of the behaviour of one of the largest and most epic, iconic European companies, trying to increase their own profits at the expense of planet and people. But we were equally shocked because it was not our European institutions or our many type approval authorities or market surveillance bodies that discovered this fraud, but it had been discovered in the States.

So rightly we decided to install a Committee of Inquiry committee in the European Parliament – it is the first Committee of Inquiry for more than 10 years – looking at the maladministration, but also making sure that we get the truth above the waterline. This EMIS committee should also rebuild the trust in the European legislation but also in our European products. We are halfway now, and we discovered that it is not only Volkswagen, but many other companies that overstretched loopholes – the legal loopholes – by switching off emission control under a broad range of operational conditions, with the result that after 10 years we have now more emissions and our legal system is being violated. An average diesel car today emits 4 to 5 times more.

Of course, the future of RDE will solve part of the problem but, Madam Commissioner, we were very happy with your statements yesterday. We have to take into account that we also have to readjust the situation as it is today. Cars with illegal defeat strategies are entering our markets daily, letting them emit too much, and that will cause extra pollution for the years to come. In the next month we will focus on the Member States, and that will equally be very important. As the Chair of the committee, I sincerely hope that all of us, together with the Commission, with the Member States, but especially in the EMIS committee, can overcome differences between the political groups and stand as one to solve this problem.

Hans-Olaf Henkel, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Neben dem kriminellen Fehlverhalten von Volkswagen brachte der Untersuchungsausschuss auch das Versagen der Europäischen Kommission ans Tageslicht. Selbst der ehemalige Industriekommissar Günter Verheugen – einer der Vorgänger der Kommissarin, die heute hier sitzt – hat auf meine Nachfrage zugeben müssen, dass die europäischen Richtlinien viel zu vage waren. Auch müssen wir inzwischen erkennen, dass die amerikanischen Abgasrichtlinien wesentlich anspruchsvoller sind als die europäischen und, wie bereits besprochen, es die Amerikaner waren, die diesen Skandal aufdeckten, und nicht etwa die Europäer.

Wir ziehen daraus eigentlich nur die logische Konsequenz: Wir fordern die Kommission auf, in die Verhandlungen über TTIP auch die Harmonisierung der Emissionsrichtlinien für Kraftfahrzeuge mit aufzunehmen und jeweils die höheren Standards des anderen Partners anzuerkennen. Das hat große Vorteile. Erstens: Es verbessert den Schutz von Millionen von Menschen beiderseits des Atlantiks vor gesundheitsschädlichen Emissionen. Zweitens: Die Kosten für die Entwicklung und Produktion unterschiedlicher Abgassysteme werden drastisch reduziert. Und drittens: Die Vorteile eines Freihandelsabkommens könnten so auf eindrucksvolle Art und Weise demonstriert werden. So könnte die Kommission in dieser kritischen Lage auch einen Beitrag zur Akzeptanz von TTIP leisten.

Dita Charanzová, *za skupinu ALDE*. – Pane předsedající, paní komisařko, občanům Evropské unie zatím nikdo nepředložil objektivní a jasné odpovědi, fakta o tom, co se přesně stalo. Mandát pro jednání Komise formuluje jasné dotazy – prošetřit údajná selhání Komise a členských států. Měla být přijata opatření pro dohled nad použitím tzv. *defeat devices*, tedy šidících odpojovacích zařízení, a ve skutečnosti nebyla. Mělo být zavedeno měření emisí odpovídající provozu auta – a nebýt odhalení z USA, neměli bychom ani toto. V rámci slyšení před vyšetřovacím výborem vystoupili experti, kteří tvrdí, že se jednalo o dlouho známý problém. Dieselová auta nesplňovala emisní limity v reálném provozu a mohla dokonce využívat různé prostředky, jak toho dosáhnout.

Na druhou stranu Evropská komise odmítá, že by pochybila či konala opožděně, a o možném podvodném jednání prý nevěděla. Plno dotazů, plno nevysvětlených otázek. Bez toho, abychom dali jasnou odpověď na tyto otázky, nebudeme schopni obnovit důvěru evropských spotřebitelů, a to já osobně považuji za jeden z hlavních cílů našeho snažení.

Proto bych ráda vyzvala zpravodaje, aby výsledný dokument, který vzejde z práce vyšetřovacího výboru, byl ve svých sděleních naprosto jasný a uživatelsky srozumitelný. Každému občanovi EU, který se s výsledky vyšetřování bude moci seznámit, musí být zřejmé, k jakým pochybením došlo a hlavně kdo za ně nese odpovědnost.

Výsledná zjištění by měla za celým případem udělat tlustou čáru. Měli bychom se ze závěrů vyšetřování poučit a promítnout je do další připravované legislativy v této oblasti, jako například schvalování typu vozidel či pravidla pro měření emisí. V neposlední řadě na naše výsledky čeká také evropský automobilový průmysl. Průmysl, který vytváří v Evropě více než 12 milionů pracovních míst. Průmysl, pro který další otálení může znamenat brzdu dalšího vývoje.

Poslední poznámka, vidím, že zde nemáme zástupce členských států, zástupce Rady, považuji to za velkou chybu. Myslím si, že má být snahou všech institucí dobrat se jasného výsledku pro naše občany.

Νεοκλής Συλικιώτης, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Αγαπητοί συνάδελφοι, η πρώτη έκθεση που υποβάλλει η εξεταστική επιτροπή περιορίζεται στην περιγραφή του προγράμματος εργασίας και δεν προβαίνει σε καμιά πολιτική εκτίμηση, καθώς η έρευνα συνεχίζεται. Αυτό όμως δεν σημαίνει πως δεν έχουν ήδη εξαχθεί τα πρώτα συμπεράσματα. Αντιθέτως, μετά από πολύωρες ακροάσεις και μελέτη εσωτερικών εγγράφων, είναι πλέον ξεκάθαρο πως υπάρχουν σοβαρές πολιτικές ευθύνες. Τόσο οι εκτιμήσεις του 2010, όσο και η μελέτη του Κοινού Ερευνητικού Κέντρου της Επιτροπής το 2013, επιβεβαίωσαν πως υπήρχε δυνατότητα αλλοίωσης των μετρήσεων. Και όμως, δεν λήφθηκε κανένα μέτρο. Η Επιτροπή γνώριζε για την δυνατότητα απάτης, αλλά δεν έπραξε τίποτε με τη δικαιολογία ότι δεν γνώριζε συγκεκριμένες περιπτώσεις. Τα κράτη μέλη, αν και είχαν ενημερωθεί, δεν έκαναν επίσης κανέναν έλεγχο. Εξάλλου, ενώ ήταν γνωστό πως οι μετρήσεις εκπομπών είναι πολύ υψηλότερες σε πραγματικές συνθήκες σε σχέση με τις τιμές που καταγράφονται στα εργαστήρια, δεν ζητήθηκε να γίνονται έλεγχοι μόνο σε πραγματικές συνθήκες δρόμου. Υπήρξαν, λοιπόν, σημαντικές παραλείψεις και από την Επιτροπή αλλά και από τα κράτη μέλη στην εφαρμογή του ενωσιακού δικαίου και στην επιβολή κυρώσεων.

Ας πούμε όμως τα πράγματα με το όνομά τους: τα κενά στη νομοθεσία, οι ισχυρές πιέσεις της αυτοκινητοβιομηχανίας και το δίχτυ προστασίας των πολυεθνικών εταιρειών οδήγησαν στο πολιτικό σκάνδαλο με τις μετρήσεις των εκπομπών. Γιατί η απάτη της Φολκσβάγκεν δεν είναι μια μεμονωμένη περίπτωση. Εμείς, αγαπητοί συνάδελφοι, θα συνεχίσουμε την έρευνα και θα ασκήσουμε περαιτέρω πιέσεις. Θα συνεργαζόμαστε πάντοτε εποικοδομητικά με τους εισηγητές και τους σκιώδεις εισηγητές για να φτάσουμε στο αποτέλεσμα. Στόχος μας είναι να τερματιστούν όλες οι πρακτικές που επιδιώκουν το αθέμιτο κέρδος σε βάρος της δημόσιας υγείας και του περιβάλλοντος.

Claude Turmes, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, one year of the VW scandal, which is in reality a scandal of the whole car industry. In April - May 2014, US authorities get detailed data showing discrepancies. They did not know anything about defeat devices. What did the US authorities do in that moment? They called in VW and asked them a very simple question: Please can you explain the discrepancy between the test in the lab and your very high emissions on the road? One meeting, a second meeting, a third and fourth meeting, a fifth meeting: VW lied and lied and lied. Fifteen months later in September 2015 US authorities say 'It's game over' and VW has to admit massive fraud.

Then VW tried to carry out recall campaigns in the US. They proposed one recall campaign, a second one, a third one. The US authorities had one very simple question: please show us that your NO_x emissions are fulfilling the law after the recall. VW was not able to show that, not one single recall campaign was admitted, therefore action 3 came: compensation of consumers and huge fines for not having respected the law.

So Obama and his administration were merely doing their job. You have an industry which commits fraud, and they get caught. What have we done in Europe? We had the same information as the US, years earlier. We had it in winter 2009-2010. The Commission and Member States did not once ask a manufacturer the same question that the US did: Please explain to us the discrepancy between on-road and the lab. Why still no infringement procedures? So the Commission is part of this *omertá* .

Second thing: it is very interesting that the same VW recall campaign which was refused by the American authorities has now been admitted and waved through by KBA; so VW is cheating against consumers, this time with the official logo of the German Government. You come here today with no single action on recall. Why do you not act on recall? You could act on recall.

And the third issue is compensation. No compensation, so recapitulation: the Juncker Commission comes here and says 'restore confidence'. No infringement procedures, despite the facts that you know. No action to restore, no action on compensation, so with that attitude of the Juncker Commission, we will not regain the confidence of citizens and we need it.

Eleonora Evi, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nonostante le deboli aspettative sull'efficacia della commissione di inchiesta, sono dell'idea che il lavoro stia portando numerosi elementi significativi utili ad individuare le mancanze, le debolezze, le opacità dell'intero sistema di omologazione dei veicoli e del controllo delle loro emissioni.

Una cosa è sicuramente certa: i *defeat device* sono solo la punta dell'iceberg dell'intero sistema. Non mi voglio dilungare sulla relazione, ma voglio cogliere l'occasione di questo intervento in plenaria per denunciare pubblicamente che il rapporto di indagine sulle vetture Diesel Euro 5 commercializzate in Italia, rapporto realizzato dal ministero delle Infrastrutture e dei trasporti italiano, è un insulto al lavoro della commissione di inchiesta di questo Parlamento e soprattutto è gravemente offensivo nei confronti dei cittadini europei, che meritano serietà, competenza e massima trasparenza da parte delle istituzioni.

Il rapporto è volutamente incompleto e omissivo: le indagini sulle 15 auto inizialmente citate nel rapporto seguono procedure diverse a seconda che si tratti di auto del gruppo FCA o meno; addirittura le auto Fiat sono testate nei laboratori Fiat a Torino, mentre le altre auto sono testate in altri laboratori del CNR. Si perdono completamente le tracce di alcuni modelli Fiat e Jeep, che letteralmente spariscono dai grafici e dalle tabelle del documento – guarda caso sono proprio i modelli per i quali vi sono i più forti sospetti che montino dispositivi illegali, in un caso dispositivi che pare si spengano dopo ventidue minuti, esattamente due minuti dopo la fine del ciclo di test di omologazione e, nell'altro, un modello che nel test a caldo ha dimostrato emissioni di ossidi di azoto tre volte la norma.

Siamo davanti ad un tentativo maldestro di nascondere i valori reali delle auto Fiat. Il Movimento 5 Stelle propone di rispedire al mittente questo rapporto che è un'offesa alla commissione EMIS, al Parlamento e ai cittadini italiani ed europei.

Marcus Pretzell, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Wir haben neben der Tatsache, dass VW ganz offenkundig hier gegen Gesetze verstoßen hat, in den Anhörungen der letzten Monate mehrere Dinge erfahren können: Wir haben festgestellt, dass die Kommission offenbar unzureichende Kontrollmöglichkeiten für die Gesetzeslage hat, dass sie sich aber auch über die wenigen Kontrollmöglichkeiten, die sie hat, offenbar nicht im Klaren ist.

Frau Bieńkowska, es gibt seit vielen Jahren mehr als nur Gerüchte, dass wir nicht nur einen VW-Skandal haben, sondern möglicherweise auch noch Skandale bei anderen Automobilherstellern. Sie könnten sich die technischen Unterlagen nicht nur von VW, sondern auch von anderen Automobilherstellern spätestens jetzt vorlegen lassen. Sie haben offenbar nichts in dieser Richtung unternommen. Sie konnten uns auch nicht erklären, was Sie eigentlich gegenüber den Staaten, die Ihnen zur Auskunft verpflichtet sind, unternommen haben. Sie haben bislang keinerlei Qualitätssicherungssystem für diese Gesetzeslage vorgesehen.

Wenn wir Gesetze ernst nehmen in der Europäischen Union, wenn wir diese Dinge europäisch regeln, dann müssen wir den Anspruch erheben, auch entsprechende Qualitätssicherungssysteme einzuführen. Stattdessen vertrauen wir jetzt auf die Erkenntnisse amerikanischer Stellen. Und vielleicht spielen an dieser Stelle auch die unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen der USA und Europas eine Rolle. Wir sollten uns hier nicht nur vor den Karren der Amerikaner spannen lassen, sondern wir sollten unabhängig eigene Erkenntnisse entwickeln. Das muss der Anspruch der Europäischen Union sein.

Es kann nicht damit getan sein, dass VW in den USA hohe Entschädigungszahlungen in Höhe von fast 15 Milliarden Dollar zahlt. Hier sind weitere Ermittlungen auch bei anderen Herstellern vonnöten.

Jens Gieseke (PPE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin Bieńkowska, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben Halbzeit bei der wichtigen Arbeit im Abgas-Untersuchungsausschuss, und wir machen eine intensive zeitaufwändige und tatsächlich manchmal auch sehr technische Arbeit. Ich bin durchaus davon überzeugt, dass wir schon einige Fortschritte gemacht haben. Wir sollten den Weg der sachlichen Aufarbeitung fortsetzen.

Natürlich ist der Reiz immer da, ein solches Thema auch politisch auszuschlachten. Es gibt immer wieder Kollegen, die behaupten, die Kommission und speziell einzelne Kommissare hätten von der Schummel-Software gewusst. Allein, der Nachweis wurde bislang nicht erbracht. Noch in der letzten Woche hörten wir diese Spekulationen: Der ehemalige Kommissar für Umwelt, Potočnik, hätte seinen Kollegen Tajani darüber sogar in einem Brief informiert. Mir liegt dieser Brief vor. Die Vorwürfe sind haltlos. Ich kann darin keinen entsprechenden Nachweis erkennen. Das wäre auch verwunderlich, denn Potočnik sagte vor dem Untersuchungsausschuss, er selbst habe keine Schummel-Software vermutet. Wie soll er einen entsprechenden Brief schreiben, wenn er selber keine Kenntnis hatte?

Vor uns liegt jetzt die zweite Halbzeit der Ausschussarbeit, und ich rege an, für die zweite Halbzeit auf diese politischen Spielchen zu verzichten und stattdessen die Gesetzgebungsprozesse tatsächlich besser, aber auch schneller zu machen. In der Kommission waren die Unterschiede bei Stickoxiden zwischen der Labormessung und im realen Fahrbetrieb seit 2005 bekannt. Tatsächlich benötigen wir für die gesetzgeberische Lösung – da schließe ich das Europäische Parlament ausdrücklich mit ein –, für die Einführung der RDE-Testverfahren, die nun hoffentlich zügig zum Abschluss gebracht werden, über zehn Jahre.

Die Abgasgesetzgebung dauert zu lang – darin waren sich alle Kommissare parteiübergreifend einig. Hier liegt die Chance unseres Ausschusses, erstens sachlich aufzuklären, zweitens auf politische Spielchen zu verzichten, und dann drittens die Gesetzgebung zukünftig so eindeutig zu formulieren, dass Betrügereien in Zukunft unterbleiben.

Seb Dance (S&D). – Mr President, as has been said, this is a time to take stock of what the committee's work has uncovered. We have heard already that a decision was taken in the past to move in a direction that has led to higher NO_x emissions, concentrating rightly – yes – on reducing CO_2, but having this side effect.

It has been stated on numerous occasions that there has been a lack of knowledge and a lack of credible evidence as to the effects of diesel on public health. But, of course, part of the reason why that evidence was not forthcoming is the myriad of levels of responsibility that exist under the current frameworks, ensuring that nobody can take full responsibility for what has happened. You have Member States blaming the European Union, you have the Commission blaming the Member States, and you have the car companies in effect slipping through various loopholes, taking advantage of loopholes and slipping through the net. What we have found out so far is that there is a terrible discrepancy in the interpretation of existing legislation.

The Commissioner is absolutely correct when she says that we must use what we find out in this committee of inquiry to make sure that forthcoming legislation does not have the same mistakes, and does not contain the same loopholes and opportunities for ambiguous interpretation of what must be very clear rules.

Finally, I thank my colleagues from across the political spectrum on this. It is essential that we work together and it is essential that this does not become a political slanging match between left and right, because we owe it to European consumers and to public health throughout the European Union, to get this right.

Mark Demesmaeker (ECR). – Als ondervoorzitter van deze onderzoekscommissie steun ik het tussentijds verslag voluit. Hoewel het te vroeg is om eindconclusies te trekken, kunnen we toch al enkele belangrijke vaststellingen doen. We hebben propere wagens in het lab, maar niet op de weg. De relevante wetgeving mist dus haar doel en dat was duidelijk voor heel wat betrokkenen. De vraag van één miljoen is waarom er niet adequater en sneller werd gehandeld om de manifeste problemen te remediëren, om de regels te handhaven en om de volksgezondheid te beschermen. Er is sprake van een echte implementatiekloof, waarbij de realiteit ver afstaat van wat technisch mogelijk is. Alle technologie is er om de Euro-6-NO_x-normen voor diesel vandaag te halen, ook in reële rijomstandigheden en zonder negatieve impact op de CO_2-uitstoot. Hoewel de Europese wetgeving het gebruik van sjoemelsoftware verbiedt, lijken niet alle achterpoortjes gesloten. Zo worden emissiecontrolesystemen soms onrechtmatig uitgeschakeld en is het bijvoorbeeld onduidelijk vanaf welke temperatuur het uitschakelen al dan niet geoorloofd is. Wij moeten verder werken aan een sterk eindverslag in het belang van de volksgezondheid, het milieu en het consumentenvertrouwen. We zullen kritische vragen blijven stellen met deze prioriteiten: de waarheid naar boven halen, oplossingen voor de toekomst formuleren en beste praktijken, zoals uit Californië, de Verenigde Staten, in beeld brengen.

Nils Torvalds (ALDE). – Mr President, I would like to thank Commissioner Bieńkowska. I will continue to speak in Swedish for the benefit of the public back home.

Vi befinner oss i ett synnerligen intressant och, kanske, pinsamt läge. I Förenta staterna har processen varit alldeles klar och konsumenterna och medborgarna har fått, så att säga, sin belöning genom att man entydigt och klart har kunnat påvisa att Volkswagen har använt det som kallas *defeat devices*, dvs. manipulationsanordningar.

I Europa har vi en lite annan situation och den oroar mig ytterst mycket. Vi har nämligen inte bara *defeat devices*, manipulationsanordningar. Vi har även *defeat performance*, dvs. manipulationsverksamhet. Utskottet har inte fått den information utskottet behöver, och det pekar på att det eventuellt finns andra skyldiga än enbart Volkswagen.

För medborgarnas och konsumenternas del är det av yttersta vikt att man kan påvisa klart och entydigt att kommissionen och kommissionens ledamöter inte hade sina händer i syltburken under denna process. Om man inte kan visa det kommer kommissionen att vara skyldig till att medborgarna inte får sin ersättning för de förluster de har utsatts för, både i fråga om en sämre miljö och i fråga om en sämre produkt som de har köpt. Av den orsaken uppmanar jag nu kommissionären att med största allvar ta denna fråga och ta den rakt framifrån och sluta slingra sig. Ge oss våra uppgifter så kanske vi kan rädda konsumenten.

Merja Kyllönen (GUE/NGL). – Arvoisa puhemies, yksi syksyn merkittävimmistä kysymyksistä on liikenteen päästöjen vähentäminen. Komission kunnianhimo on korkealla, haaveillaan kokonaan päästöttömästä liikenteestä. Valitettavasti EMIS-skandaali on osoittanut, että kun ahneus hyppää auton rattiin, ralli on rajua ja kyyti kylmää. Miettikää: 400 000 ennenaikaista kuolemaa, jotka johtuvat liikenteen pienhiukkaspäästöistä, vuodessa Euroopassa – ei mikään pieni kysymys.

Ympäristönsuojelun lisäksi toinen suurista skandaalin koko kuvion selvittelytyön haasteista on kuluttajien luottamuksen palauttaminen. Meillä kaikilla on nyt näytön paikka. Eurooppalaisen autoteollisuuden on lopetettava kiertely ja tunnustettava vastuunsa. Toisaalta meidän kolmen – komission, neuvoston ja parlamentin – on työskenneltävä yhdessä, jotta tulevat pelisäännöt ovat riittävän tiukat ja huijauksille ei ole enää tilaa. Syyllisten etsiminen ei riitä. Koko ketju on käytävä lävitse, niin että virheistä opittua tietoa pystytään hyödyntämään ja tällaista ei enää tulevaisuudessa tapahdu.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Mr President, I would like to thank the Commissioner for being here today. I think if you just look at what we learned after half a year of the committee of inquiry, what is very important is that all the technical experts say there is no technical reason at all to switch off any abatement technology. It is technically not needed for protecting engines or anything else.

We know that a lot of, if not all, car manufacturers are using software to switch off these technologies. Only Volkswagen has been sentenced for using defeat devices, but Fiat are using it, shutting it off after 22 minutes, and other car manufacturers are turning it off below 17°C. There is no reason for that. Still, no other car manufacturer is being blamed for using defeat devices, and action by the Commission is urgently needed. More importantly, as we speak, polluting cars are still driving on our streets. When is the Commission going to coordinate a European recall to get those dirty cars off our streets?

Roger Helmer (EFDD). – Mr President, first of all I ought to congratulate colleagues because the debate, as I am hearing it, is a great deal more interesting than the interim report, although that was unanimously supported by the committee. It is a very curious report since it is almost totally devoid of content. It is an extraordinarily reflexive and self-referential document. Indeed, in paragraph 1, the committee calls on itself to fulfil its own mandate, which seems strangely tautological and redundant. It also calls on the Commission for more cooperation.

I would, however, take issue with one word in the report. With extraordinary hubris, paragraph 4 *requires* governments, parliaments and the competent authorities of Member States to take certain actions. It is no business of this Parliament or of its temporary committee to require sovereign governments to take any action at all. Had common courtesy prevailed, had the committee requested rather than required, we might have supported the report. As it is, I am afraid we cannot.

Jean-François Jalkh (ENF). – Monsieur le Président, chers collègues, je tiens à saluer les travaux de notre Commission qui s'emploie à révéler avec beaucoup de minutie les carences de nos industries et de nos institutions concernant le contrôle des émissions de polluants.

Je regrette cependant que nos travaux orientés sur des questions techniques négligent par trop le fait que les révélations sur Volkswagen s'inscrivent dans le contexte d'une guerre économique entre l'Europe et l'Amérique. Quand on veut tuer son berger allemand, on l'accuse d'avoir la rage !

Si le contexte n'excuse rien, il peut permettre de comprendre la logique et les implications de ce dysfonctionnement. Le contexte, c'est notamment l'hostilité croissante que suscite le dioxyde d'azote depuis quelques années, alors que l'industrie européenne excelle dans le domaine des moteurs diésels, c'est aussi la priorité accordée par la législation américaine au tout essence.

Je formule donc le vœu que la rédaction de notre rapport ne soit pas seulement technique, mais d'une tonalité plus offensive, plus politique.

Ivo Belet (PPE). – We zijn inderdaad halfweg de termijn van deze onderzoekscommissie en ik denk, beste collega's, en dat is hier ook net geïllustreerd, dat we een heel goed beeld hebben van wat er is fout gelopen, hoe dat sjoemelsoftware-schandaal is kunnen gebeuren en vooral wat we nu moeten doen om te vermijden dat dit zich in de toekomst zou herhalen. Dat de verantwoordelijkheid, mevrouw de commissaris, een gedeelde verantwoordelijkheid is, dat hebben we gisteren tijdens de hoorzitting met uzelf heel duidelijk kunnen vernemen, dat wisten we. Niemand, geen enkele instantie, ook dit Parlement niet, had voldoende in de gaten dat we veel harder moesten opletten met de trucs van de software in de dieselauto's. En met name de nationale overheden zijn tekortgeschoten in hun controletaak, ondanks wat hier een paar minuten geleden door een paar sprekers is gezegd. Precies zij zijn immers verantwoordelijk voor de uitvoering van de Europese wetgeving, die we met alle 28 lidstaten toch hebben goedgekeurd. Het komt er nu dus op aan - en mevrouw de commissaris, daarvoor rekenen we uiteraard op u - die controle zelf als het ware onder curatele te zetten en op een wat striktere manier toe te passen, zodat er eindelijk - en dat was meneer Helmers net vergeten - een gelijk speelveld ontstaat in de Europese Unie. Dat is het belang van die controle. Europa had altijd, en dit is vandaag ook nog het geval, niet alleen de beste, maar ook de meest milieuvriendelijke auto's op de markt. Dat moeten we zo houden. We moeten voortrekker blijven, ook inzake schone technologie. Vandaag zijn er al diesels op de markt, ook in Europa, die die grens van 80 milligram wel degelijk eerbiedigen. Dat bewijst dat onze aanpak goed is, dat we de autosector vooruit jagen en dat de autoconstructeurs weten dat ze inderdaad - om dat woord maar te gebruiken - in een hogere versnelling moeten gaan. De auto-industrie, of een deel daarvan, beste collega's, dat weten we allemaal, heeft ons allemaal bedrogen, heeft de consument bedrogen. En het is nu zaak - en wij moeten daar met ons verslag en met onze commissie een belangrijke rol in spelen - druk te zetten om ervoor te zorgen dat dat vertrouwen snel kan terugkomen. Dat kan alleen met ambitie en met volledige transparantie.

(De spreker gaat in op een "blauwe kaart"-vraag (artikel 162, lid 8, van het Reglement))

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *blue-card question*. – In fact I welcome your speech and would like to underline the good methodology and transparency of the investigation by the committee of inquiry. At the same time, I have a question for you. How do you think that the committee of inquiry could help, as you mentioned, to restore consumer confidence and ensure that this situation will not happen again?

Ivo Belet (PPE), *"blauwe kaart"-antwoord*. – Twee zaken: Eerst en vooral door alles op tafel te leggen, alle informatie. De commissaris heeft gisteren van een aantal documenten die zogezegd geheim zijn of niet op tafel zouden komen, gezegd: "ik kom met die documenten". Totale transparantie. En ten tweede, collega, door ervoor te zorgen dat wij de wetgevende voorstellen, typegoedkeuring onder andere, en de volgende voorstellen op het vlak van emissies onder reële rij-omstandigheden, want we moeten nog verdere stappen zetten, zo snel mogelijk kunnen goedkeuren, hopelijk in snel akkoord met de Raad, zodat dat wetgeving kan worden.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, qu'il est compliqué de légiférer pour faire coïncider la conduite des véhicules en préservant la santé de tous, faire respecter les conditions normales et, donc, reconnaître que la conduite en conditions normales se fait sur route, et pas sur des rouleaux dans un laboratoire de test, sans siège ni chauffage ou climatisation! Il a fallu dix ans pour arriver aux tests en conditions réelles, qui seront mis en place par paliers et avec un facteur de conformité de 2,5.

Mais il est encore plus compliqué de faire respecter, de contrôler et de sanctionner le non-respect de la législation européenne. Aujourd'hui, la situation est incompréhensible aux yeux des citoyens qui, eux, sont tenus de respecter cette législation européenne. Malheureusement, la chaîne de contrôle et de sanctions ne fonctionne pas, alors qu'il est question de santé publique. L'image de l'Europe et des institutions européennes qui en ressort est terrible et nous dessert tous.

Parce que je suis profondément européenne et convaincue que l'Union doit poursuivre sa construction politique, je crois qu'il est de notre responsabilité de tirer les conséquences du scandale qui aurait pu être évité ici même si toutes les parties prenantes avaient fait respecter la loi, rien que la loi, mais toute la loi.

Il est plus que jamais temps de rappeler nos positions et la raison d'être de cette commission d'enquête: la défense de l'intérêt général. L'enjeu n'est pas de tirer à boulets rouges sur l'industrie, pas plus qu'il n'est de couvrir des agissements qui plaçaient l'économie au-dessus de toutes les valeurs. L'enjeu est de restaurer la confiance des consommateurs et des citoyens. L'enjeu est de garantir une mobilité plus propre, dans le respect de la santé publique et de l'environnement, tout en pérennisant les emplois. L'enjeu est de favoriser le développement durable qui bénéficie à tous.

C'est ce qui motive ma mission en tant que rapporteure fictive de la commission EMIS pour le groupe des socialistes et des démocrates et c'est ce qui motive mon mandat de députée européenne.

Daniel Dalton (ECR). – Mr President, it has been a year since we discovered that motorists around the world have been cheated by Volkswagen and, since then, the question has been: how did they do it without regulators noticing, not just in Europe but throughout the world?

If a company wants to cheat, no system will be 100% secure. But the key is to make it as hard as possible to cheat, and we need to do that as soon as we can. We have new 'real driving emissions' (RDE) testing rules already in place, which is one key part of the answer, and we have new market surveillance proposals from the Commission, which are the second key part. We need to deal with this as soon as possible, even while the EMIS Committee is examining specific lessons with a view to reporting back to us next year. We have a type-approval system at national level with mutual recognition. It is the right system, but it needs national administrations to enforce it, as the Commissioner herself said last night.

So let us be clear: every administration in the world was fooled by Volkswagen, not just those in Europe. We need a proper peer-to-peer review system for Member States and we need proper market surveillance both at national and EU level. We need a system that works and that we can deliver. We can deliver it to protect consumers and the environment, but we need to get on with it. There is no time to delay.

José Inácio Faria (ALDE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, Caros Colegas, a maior parte dos países europeus estão confrontados, hoje em dia, com graves problemas de qualidade do ar, nomeadamente nas cidades onde se verifica uma maior densidade de tráfego rodoviário. É também nos centros urbanos que vivem e trabalham a maior parte dos cidadãos europeus, que ficam dessa forma expostos às nefastas consequências da poluição atmosférica, a qual constitui uma verdadeira ameaça à saúde pública.

De acordo com dados deste ano da Agência Europeia do Ambiente, mais de 70 mil pessoas morrem prematuramente na União Europeia como consequência dos elevados níveis de óxido nítrico na atmosfera. Sabemos também que o trânsito rodoviário e em especial os motores *diesel* são as fontes predominantes destes gases nas zonas urbanas.

Perante as dificuldades dos municípios em travar o problema da qualidade do ar, a que assistimos, nós, a nível da política europeia? Assistimos a uma Comissão Europeia que, no mínimo, se pode qualificar de omissa, inoperante e disfuncional. Esta aparece aos olhos do cidadão europeu como refém de uma pretensa e ilusória competitividade industrial que é procurada de forma desonesta e batoteira por parte de alguns grandes operadores da indústria automóvel.

Sem dúvida, a competitividade industrial é um objetivo pelo qual nos devemos bater. Mas será, sem dúvida, desta forma que a conseguiremos?

Apostemos antes na inovação tecnológica, procuremos responder às necessidades dos cidadãos de melhor qualidade de vida nas cidades, apostemos em transportes urbanos mais sustentáveis e mais eficientes, apostemos nas renováveis e na mobilidade elétrica mais limpa e mais barata, e ponhamos os olhos naquilo que outros, nossos concorrentes, estão a fazer neste momento.

É vergonhoso que não tenhamos sido capazes de detetar e atuar sobre a fraude das emissões de combustíveis e que outros o tenham feito por nós. Olhemos também para a forma expedita como os americanos assacaram responsabilidades e tomaram medidas para assegurar a defesa dos legítimos interesses dos consumidores.

Importa que a comissão de inquérito seja capaz de repor a verdade sobre todo este processo. O mínimo que se pode exigir por parte da Comissão Europeia é que seja diligente na sua cooperação com o Parlamento no apuramento da verdade.

Interessa, acima de tudo, saber o que vai mudar para assegurar de forma eficaz a fiscalização e a implementação da legislação europeia. Devemos colocar os cidadãos em primeiro lugar, mas não foi isso que vimos durante este processo. Não é esta a Europa que queremos construir.

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – Pane předsedající, paní komisařko, ve slavném seriálu „Jistě, pane ministře“ se uvádí, že pokud nechcete, aby se pravda dostala na povrch a vše se ututlalo, založíte vyšetřovací výbor. Jsem velmi ráda, že Evropský parlament se rozhodl potenciál vyšetřovacího výboru skutečně využít. Za dobrý úmysl však často přichází trest, a tak musíme čelit nespolupracující Komisi, výmluvám automobilek, přehazování odpovědnosti, obviňování druhých apod.

Vyšetřovací výbor EMIS se snaží odhalit to, co už všichni dávno víme, že o celém skandálu se dlouhodobě vědělo, ale byl tutlán všemi zasvěcenými stranami. Narážíme však na odpor těch, kteří by měli být voláni k zodpovědnosti, a na jejich aroganci, která nás však ještě více nutí odhalit pravdu.

Děkuji moc všem svým kolegům za spolupráci a dovolte mi poděkovat především předsedkyni vyšetřovacího výboru, která svou systematičností dokazuje, že je možné, že se nám opravdu podaří dojít k zdárnému konci.

Karima Delli (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, il y a un an que le scandale Volkswagen a éclaté. Il est vite devenu le scandale de l'industrie automobile mondiale.

Un an après la découverte de cette fraude massive au test antipollution, rien n'a été fait, à part la création de notre commission d'enquête. Aucune mesure d'envergure n'a été prise, ni par la Commission, ni par les États membres pour faire respecter les normes européennes antipollution, pour protéger la santé des citoyens et pour rétablir la confiance des consommateurs. Depuis un an, on laisse le consommateur européen se faire arnaquer pendant que les Américains se font rembourser, on laisse des poubelles ambulantes polluer nos routes.

Vous allez lancer des mesures d'infraction contre les États qui ont homologué ces véhicules, c'est un premier pas. Mais qu'attendez-vous – lorsque je regarde le gouvernement français qui protège Renault, un des pires pollueurs en Europe – pour garantir qu'il n'y ait plus de diesel gates?

Réformons radicalement le système d'homologation, créons enfin une agence européenne indépendante pour certifier les véhicules et exiger un rappel automatique des véhicules si une fraude est contestée. Il est de votre devoir désormais d'agir.

Sven Schulze (PPE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Ausschuss läuft jetzt seit März diesen Jahres, und wir haben dort technische Experten gehört, wir haben Vertreter von NGO gehört, wir hatten Vertreter der Automobilindustrie dort und auch frühere Kommissare – und auch nochmal mein Dank an alle, die recht schnell ihr Kommen zugesagt haben. Bis auf einen Gast hat das ja auch alles sehr gut geklappt. Zu den Ergebnissen:

Erstens: Man muss aus meiner Sicht ganz klar unterscheiden zwischen illegalen Abschaltvorrichtungen und erhöhten Emissionswerten von Diesel-PKW im Straßenbetrieb. Illegale Abschaltvorrichtungen sind ganz klar, wie sie auch schon sagen, illegal. Das muss bestraft werden, und das ist auch in der Gesetzgebung so vorgesehen. Man muss auch Zweifel haben, ob Volkswagen hier alleine am Pranger stehen darf. Wenn ich mir beispielsweise anschaue, was das italienische Unternehmen Fiat im Moment so an Schlagzeilen produziert, dann muss man da auch klar nochmal sagen, dass die Behörden da ganz, ganz stark prüfen sollten.

Zweitens: Mit den RDE-Messungen, die jetzt kommen werden, sind illegale Abschaltvorrichtungen sinnlos. Unrealistische Labormessungen, die mit der Realität nichts zu tun haben, werden der Vergangenheit angehören. Hier hat die europäische Ebene geliefert. Hier haben wir den richtigen Weg eingeschlagen, und hier hat auch Kommissar Tajani entsprechend mitgewirkt.

Drittens: Abschaltvorrichtungen aufgrund von Bauteilschutz: Dass dies möglich war, ist nur vielen Experten bekannt gewesen, der breiten Bevölkerung jedoch eher nicht. Ich denke, hier hat auch der Ausschuss hervorgebracht, dass die Hersteller teilweise den Bogen überspannt haben. Aber ich sage als Ingenieur auch ganz klar: Wir brauchen in ganz engem Rahmen diese Abschaltmöglichkeiten, die legal sind, denn bei ganz extrem hohen oder niedrigen Temperaturen oder unter anderen Voraussetzungen muss es möglich sein, die Technik zu schützen.

Ich möchte noch eine Anmerkung zum Ausschuss generell machen. Ich hatte das Gefühl, dass viele Ausschussmitglieder eine Verschwörung zwischen Kommission und der Automobilindustrie gegen den Verbraucher und gegen Umweltinteressen nachweisen wollten. Ich glaube, der Ausschuss hat jetzt schon gezeigt, dass das nicht der Fall ist.

Massimo Paolucci (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, i lavori della commissione d'inchiesta hanno fatto venire alla luce in modo chiaro che lo scandalo Volkswagen è solo la punta di un iceberg. Non c'è solo l'uso fraudolento di dispositivi nati per difendere i motori in condizioni particolari, c'è di più.

Già nel 2007, ma in modo ufficiale dal 2011, era noto che le auto messe in commercio su strada avevano emissioni 7-8 volte più alte di quelle testate in laboratorio in fase di omologazione. È una truffa grave ai danni degli utenti e un colpo per la qualità dell'aria delle nostre città, una truffa ancor più grave perché da tempo esistono le tecnologie per abbassare le emissioni di NO_x.

Ecco perché è essenziale andare avanti con i controlli sulle emissioni reali su strada, cambiare profondamente le norme di omologazione, andare oltre a controlli affidati solo ai singoli Stati nazionali e avere norme più chiare e stringenti a tutela dei consumatori.

Kosma Złotowski (ECR). – Panie Przewodniczący! Skandal, który stał się przyczyną powołania tej komisji, poważnie nadwyrężył poziom zaufania zarówno do europejskiej branży motoryzacyjnej, jak i do organów kontrolnych, zarówno krajowych, jak i unijnych. Nie chodzi w tym wszystkim jedynie o naruszenie prawa konsumentów do otrzymywania rzetelnych informacji o specyfikacji kupowanych produktów, ale także o przyszłość sektora, który jest bardzo ważny dla europejskiej gospodarki i rynku pracy w wielu państwach członkowskich, w tym także i w moim kraju.

Niestety mimo wielu przesłuchań i ekspertyz wciąż trudno jednoznacznie stwierdzić, czy fałszowanie wyników pomiarów emisji spalin było rzeczywiście działaniem celowym i świadomym czy, po prostu, efektem niedoskonałych metod testowania nowych modeli samochodów. Mam nadzieję, że ostatni etap prac komisji EMIS przyniesie jednoznaczną odpowiedź na pytanie, kto ponosi największą odpowiedzialność i kto powinien zostać ukarany, ale nie doprowadzi do trwałej recesji w europejskim przemyśle motoryzacyjnym.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señor Presidente, parece un exceso de prudencia demorar más la presentación de alguna conclusión política sobre el caso de los motores diésel. A estas alturas, sabemos que la existencia de dispositivos de manipulación de emisiones y la discrepancia entre la contaminación aérea y la prometida por los nuevos motores era generalmente conocida, sin que nadie actuara.

En los interrogatorios, las compañías de automóviles y la Comisión balbucean contradicciones y evasivas, pero no pueden negar que los fabricantes de coches influenciaron la definición de nuevos objetivos de emisiones y los estándares técnicos que deberían implementarlos, orientando la regulación hacia sus propios intereses.

Es probable que este caso sea tan solo la punta del iceberg de cómo los grandes oligopolios determinan la normativa europea, de cómo los beneficios privados cuentan más que la vida de las personas.

En la Unión Europea son centenares de miles las muertes prematuras al año por óxidos de nitrógeno, por eso cuesta entender tanto sigilo en este informe.

Julia Reda (Verts/ALE). – Mr President, at half-time we have seen deficits with this committee's foundation on which its work is supposed to stand. The Commission's reaction to our request for documents has been unsatisfactory. Time has been wasted by both the Commission and by the Joint Research Centre. Adding insult to injury, we were given the most ridiculous explanations for their non-compliance, including 'the document was too large' and 'we didn't think the documents were relevant.'

Yesterday Commissioner Bieńkowska in turn expressed her dissatisfaction with Member States' withholding information. Commissioner Bieńkowska, it is now your moment to excel. Give us your information, give it to us in full and give it to us now. The need to strengthen Parliament's investigatory powers was also highlighted by a former Commissioner's refusal to even appear before the committee. Let us therefore work to introduce the Verheugen clause to Rule 198, the right to summon a witness, plain and simple.

Ivan Štefanec (PPE) – Vyšetrovací výbor EMIS bol zriadený najmä z dvoch dôvodov. Tým prvým je pravdivé popísanie príčin, ktoré viedli k tomu, že zo strany veľkých firiem mohla byť dlhodobo a hrubo obchádzaná európska legislatíva. Druhým dôvodom je téma obnovy naštrbenej dôvery európskeho spotrebiteľa.

Dôkladné vypočutie všetkých aktérov má preto viesť k tomu, že predpisy v tejto oblasti budú jasnejšie, prísnejšie a budú viac odrážať realitu. Pri procese tvorby novej legislatívy treba povedať, že sme aj dosiahli pokrok. Zhodujeme sa s Komisiou na tom, že kontrola emisií nesmie prebiehať len v laboratórnych podmienkach, ale najmä v reálnej premávke a tiež na tom, že pravidlá musia v rámci spoločného trhu platiť pre všetkých rovnako a všade rovnako. Treba ale otvorene povedať, že nie všetky členské štáty v tejto oblasti spolupracujú, čo celý proces spomaľuje a blokuje. Kauza má aj ďalší rozmer, ktorý ešte nie je uzavretý. Tisíce európskych spotrebiteľov sa stali obeťami zavádzania. V rovnakom prípade v Spojených štátoch amerických automobilka majiteľov odškodní sumou niekoľko tisíc dolárov, voči európskym zákazníkom ale takéto odškodnenie stále odmieta. Ak máme v našich občanoch obnoviť dôveru v to, že Európska únia stojí na ich strane a háji ich práva, je potrebné urobiť všetko pre to, aby aj Európania dostali spravodlivé a adekvátne odškodnenie. Našim zámerom a úlohou nie je trestať. Automobilový priemysel je pre Európu kľúčový a chceme ho podporovať, najmä čo sa týka zavádzania nových technológií a inovácií. Európska únia musí vytvárať pre automobilky stabilné prostredie. Čo ale od nich aj od každého požadujeme, je dodržiavanie dohodnutých pravidiel.

Ismail Ertug (S&D). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die letzten Wochen haben eindrucksvoll gezeigt, dass dieser Untersuchungsausschuss sehr, sehr erforderlich ist. Aus den bisherigen Hearings lassen sich folgende Schlüsse ziehen: Die Europäische Kommission beantwortet unsere Fragen nur ausweichend, teilweise gar nicht. Die Europäische Kommission kennt ihre eigene Gesetzgebung nicht oder will sie nicht kennen, und sie weiß auch nicht, welche Befugnisse sie hat, beziehungsweise sie will nicht wahrhaben, welche Befugnisse sie hat.

Besonders auffällig ist, wie die Mitgliedstaaten Gesetzgebung umsetzen beziehungsweise nicht umsetzen. Ich frage mich: Wie kann es sein, dass die Europäische Kommission zum Beispiel im Streit um ein Kühlmittel in Autos sofort mit Vertragsverletzungsverfahren zur Hand ist, während sie aber bei einem solch großen Thema wie der Typgenehmigungsrichtlinie 23 Mitgliedstaaten ungeschoren davonkommen lässt? Die Mitgliedstaaten tragen auch eine entscheidende Mitverantwortung, aber eines ist klar: dass die Europäische Kommission hier eine Mitschuld trägt, weil sie nämlich nicht tätig geworden ist.

Julie Girling (ECR). – Mr President, I would like to thank the rapporteurs for this interim report. It does not tell us a great deal, but it does set out where we have been going with this, and, for me, there are clearly two strands.

I came to this because of my rapporteurship on air quality, and my problems started when I was given a presentation from the Directorate-General for the Environment at the beginning of that process – that is about three years ago now – which clearly showed that they were very well aware of the disconnect between the actual standards and what they delivered on the road. I honestly can tell you that was the first time I was aware of it, and from that moment on I was determined that we should get to the bottom of why that should happen.

Now, in this particular inquiry, with these two strands, political and technical, my concern is that we make sure that, at the end of this, we know what the political lessons were; we understand clearly why the parts of the Commission that should have been working together, to make this work for citizens and their health, were not doing so quickly enough and not taking their responsibility seriously enough; and that we have in place a system that will ensure this never happens again.

Luděk Niedermayer (PPE). – Mr President, during the last year we have learnt a lot not about Volkswagen, but mostly about the enforcement of EU regulation, about how division of responsibility between the Union and the State works, and about the behaviour or ethics of some of the firms. It was very sad to learn all this, and frustrating, but we have got a chance to change things for the better. I am not afraid that industry cannot do it or that it is too expensive: industry just needs to have very clear and simple rules to follow.

I do not believe that blaming and shaming should be a key part of the committee work. We should be focused on the future: that is the most important thing. We should start with understanding the basic facts and I will try to describe some of them. Firstly, I believe that only cars complying with the rules should be allowed onto the market. That is what we must do: we have proper rules and these are the only way to avoid unnecessary health risks. We know that, by using existing technologies, even current diesel cars can be made clean. What will happen in the future is hard to tell because technology is evolving so quickly.

We were late in introducing better laboratory testing. We are now on track. We must make sure that any altering of vehicles for testing will be prohibited. Real driving tests and random sampling should be a very important component of a future better system and should be supported alongside independent testing. I believe that this general failure on our part should be turned into victory, namely into a new system that will be better for us all and that we must bring about.

Christel Schaldemose (S&D). – Hr. Formand! Skandalen om snydesoftware i millioner af biler på det europæiske marked handler ikke kun om snyd. Skandalen handler om menneskeliv. På grund af snyderiet har der været langt større mængder af de sundhedsskadelige NOX-gasser i den luft, vi indånder. I EU dør 72.000 mennesker for tidligt om året på grund af NOX, ca. det samme som dør i trafikulykker. Det er kernen i skandalen: Folk dør, og miljøet lider. I undersøgelsesudvalget er vi i fuld gang med at finde ud af, hvorfor denne skandale ikke blev opdaget noget før. Foreløbig tyder alt på en systemfejl. Ingen vidste tilsyneladende noget, og alle fralægger sig ansvaret – fra EU-Kommissionen til medlemsstaterne. EU's måde at godkende og kontrollere biler på har slået fejl. Vi har brug for en ny måde at gøre det på. Vores kontrolsystemer skal være langt mere mistænksomme. Når noget ser mærkeligt ud, skal det undersøges til bunds, og vi skal have en entydig ansvarsfordeling. Lad os lære af denne skandale, lad os bygge et nyt system op, hvor vi først og fremmest tager hensyn til mennesker og miljø.

Evžen Tošenovský (ECR). – Pane předsedající, paní komisařko, probíhající práce vyšetřovacího výboru pro měření emisí dává skutečně celistvý obraz o technických systémech spalovacích motorů, a to hlavně dieselových. Dozvěděli jsme se ohromné množství informací, a to nejen o technických aspektech, ale i o procesech při přípravě a schvalování potřebné legislativy. Pro mne osobně je skutečně poučné, jak silný politický tlak na snižování emisí CO_2, který je na hraně technických možností, vede k obrovským problémům. Tlačí výrobce k nepřijatelným postupům až k podvodům, jako u VW, a zároveň přivádí i úřední dohled do složitých situací.

Věřím, že výsledkem práce vyšetřovacího výboru bude nejen popis, co se vlastně stalo u výrobců nebo při přípravě legislativy, ale hlavně, jak k případným regulacím přistupovat do budoucna. Přijímaná legislativní regulativní opatření musí zajistit technicky dosažitelné podmínky pro kontrolu a stejné postupy při homologaci vozidel v jednotlivých zemích EU.

Francesc Gambús (PPE). – Señor Presidente, señora Comisaria, el pasado 13 de julio aprobábamos por unanimidad el informe preliminar, cumpliendo así el mandato que se nos dio tras el surgimiento del llamado «Dieselgate» en los Estados Unidos, que ha afectado a millones de vehículos en el mundo. Tras el escándalo, a los miembros a quienes se nos asignó a la comisión de investigación de este Parlamento se nos dio un mandato que cumplir. Y por ello, hoy queremos que se apruebe este informe, cuya petición primordial es dejar que la comisión de investigación pueda llegar al fondo de la cuestión. Se nos encomendó aportar luz a un caso al que no es fácil aproximarse.

Créanme, los diputados y las diputadas de esta Cámara que somos miembros, a la vez, de las Comisiones de Medio Ambiente y de Industria sabemos que debemos batallar entre intereses difíciles de encajar. Pero también sabemos que para conseguir la reindustrialización de Europa nos será necesario hallar una estrategia europea que preserve el medio ambiente y la salud pública sin dejar de apostar por la economía productiva, la investigación, la innovación y la industria.

Se nos encomendó aportar luz en un caso en el que la neblina de las normas impulsadas durante el mandato del Comisario Verheugen ha sido, en parte, causa de los hechos que nos han llevado hasta donde estamos hoy; una neblina que llegó incluso a dificultar la realización de nuestro cometido tras su rechazo inicial a comparecer ante la Comisión y la poca claridad de su posterior declaración. Debemos, cierto, mirar al futuro, ser transparentes, actuar con luz y taquígrafos. Y, por ello, con este informe emplazamos a la Comisión Europea, a los Estados miembros y a todas las autoridades competentes y actores involucrados a que cooperen y respeten el principio de leal colaboración con la comisión de investigación, para poder mejorar el trabajo hecho hasta ahora y evitar que, una vez más, donde esté hecha la ley, se pueda hallar la trampa.

Por ello, porque nuestra prioridad es la salud de nuestros ciudadanos, sus empleos y su bienestar, queremos llegar al final de la investigación y que esta sirva para aclarar responsabilidades y guiar por el camino del crecimiento a un sector que prevé la creación de unos 880 000 puestos de trabajo en Europa hasta el año 2025.

Miriam Dalli (S&D). – Għandna eluf ta' ċittadini Ewropej, eluf ta' tfal li ta' kull sena qegħdin jispiċċaw jimirdu serjament u ġieli aġħar minn ħekk. U l-kawża ta' dan hi t-tniġġis fl-ibliet tagħna. Ma qegħdin ngħidu xejn ġdid. Imma suppost li għandna liġijiet ċari li jipprojbixxu dan, imma sal-lum il-ġurnata, xorta waħda, sfortunatament, qiegħed jiġri bil-kontra.

Is-sitwazzjoni li għandna quddiemna m'hijiex limitata għal produttur wieħed tal-karozzi. Għandna aktar minn kumpanija waħda li qed jiġġeneraw tniġġis - f'ċertu każi, għaxar darbiet aktar mil-limitu legali. Ma jistax ikun jibqa' jkollna awtoritajiet nazzjonali li ma jieħdu l-ebda azzjoni kontra kumpaniji tal-karozzi li jabbużaw mir-regoli. Ma nistgħux naċċettaw aktar sitwazzjoni fejn min jipproduċi l-karozzi jħossu kunfidenti biżżejjed li l-awtoritajiet nazzjonali se jibqgħu jgħattulu.

L-għan tagħna huwa li naċċertaw ruħna li ħadd ma jdur mar-regoli. Għalhekk li rridu nibqgħu ninvestigaw, nistaqsu, naslu għal konklużjonijiet u nagħmlu r-rakkomandazzjonijiet tagħna, biex dawn l-affarijiet ma jerġgħux jirrepetu ruħhom.

Peter van Dalen (ECR). – De onderzoekscommissie, voorzitter, is halverwege de autorit eensgezind: het onderzoek gaat de goede kant op en er moet sneller meer informatie komen van alle betrokkenen. Die eensgezindheid op de achterbank zou wel eens kunnen verdwijnen, wanneer er straks conclusies moeten worden getrokken en er concrete maatregelen moeten komen. Om een paar hete hangijzers te noemen: Op welke manier moet de verwevenheid tussen de overheid en de auto-industrie worden aangepakt? En ook nog die duizenden lobbyisten? En hoe krijgen we echt schone lucht? Ik denk, voorzitter, dat er maar één oplossing is: zo snel mogelijk emissieloze auto's. Schone dieselauto's bestaan niet. Schone benzineauto's bestaan ook niet. Niet met en niet zonder sjoemelsoftware. Rijden op elektriciteit en waterstof, daar zit toekomst in. Laat de Europese Unie daar alle energie op richten. Ruim baan voor de emissieloze auto.

Dariusz Rosati (PPE). – Mr President, first of all let me express my thanks to our rapporteur for the work he has done on the report. It is a good summary of our six months' work in the EMIS Committee of Inquiry. Nevertheless, our mandate has not been fulfilled yet. There is still much work to be done. There are a lot of doubts and there are also many unanswered questions. We are all in this House looking forward to the final conclusions and results. This cannot be done without close and loyal cooperation with the Commission.

During the meetings many of us blamed the Commission for the failure to reform the emission control testing system and the type-approval procedure, but this is not the full picture. Not only was the Commission late with taking proper actions, but also Parliament lost time to finalise its first report on the real driving emission legislation. Member States did not take effective action to enforce the explicit ban on defeat devices. The final outcome was that customers lost trust in the car manufacturer and consumers suffered from increased air pollution. We expect the Commission to make sure the Volkswagen Group compensates all customers affected by its illegal practices in the EU, and we expect Member States to swiftly penalise all such practices.

Now we should focus on the legislative work and finalise the third and fourth real driving emissions packages. We have half a year to investigate all failures and submit the final report, which will serve to improve the cars emission framework. Now it is time to make sure that such maladministration will never happen again. We, as the European Parliament, are here to protect European citizens and consumers in the first place from being cheated.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, é do interesse dos europeus, da sua indústria, dos seus centros de conhecimento e dos seus cidadãos que a União Europeia assuma um papel liderante na transição para a mobilidade inteligente.

A mobilidade inteligente poupa vidas, melhora a qualidade de vida e abre novas perspetivas de competitividade. Neste domínio, a EMIS já teve um impacto muito positivo.

Depois dela, as instituições europeias e os Estados-Membros terão de sair da sua zona de conforto, têm de assumir responsabilidades de efetiva fiscalização, têm de divulgar informação transparente e credível aos consumidores e têm de tirar partido do conhecimento existente, nomeadamente no Centro Comum de Investigação. Depois dela também, as metodologias de medição de emissões e as tecnologias associadas ao setor automóvel na União Europeia e fora dela não serão mais as mesmas.

Perante indícios de manipulações fraudulentas, as autoridades apostaram num salto tecnológico. Senhora Comissária, isso é importante, mas não basta. É preciso erradicar a cultura que permitiu a potencial fraude que está a ser avaliada – é esse o caminho que este relatório intercalar espelha e que a comissão de inquérito continua a percorrer de forma sólida.

Procedura catch-the-eye

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, doamnă comisar, vreau, de la bun început, să apreciez munca Comisiei, așa, la jumătate de mandat, dar vreau să subliniez câteva lucruri. S-au spus aici foarte-foarte multe aprecieri sau comparații între Statele Unite și Europa. Eu sunt raportor din umbră din partea grupului meu pe raportul de omologare. Doamna comisar, nu cred că trebuie să grăbim acest raport Dalton privind omologarea de tip, atât timp cât nu avem rezultatul Comisiei. Ce rost mai are să avem o Comisie care lucrează la anchetă dacă noi grăbim acest raport? Asta este o problemă. A doua problemă: eu nu cred că Statele Unite sunt mai bune decât Europa, nu aici este problema. Acolo este o reglementare extrem de lejeră, însă există o conformare voluntară și eu cred că nu putem transforma Comisia în jandarmul Europei, ci autoritățile naționale trebuie să pledeze pentru respectarea unor reguli simple care să protejeze și populația, dar să nu omoare industria în favoarea industriașilor non-europeni. Eu vin din industrie, știu ce greu este când supra-reglementăm pentru cei vinovați și-i omorâm și pe cei buni. Cred că este important să urmărim respectarea legilor și nu să supra-reglementăm. Și nu sunt de acord ca în raport să apară doar numele Volkswagen, pentru că sunt și alte companii care greșesc în acest domeniu și trebuie să vorbim despre toți.

Patricija Šulin (PPE). – Preiskovalni odbor za merjenje emisij v avtomobilskem sektorju skupaj z Evropsko komisijo opravlja pomembno nalogo v tej preiskavi.

Več kot očitno je, da imamo v Evropski uniji slab tržni nadzor nad dogajanjem v avtomobilskem sektorju. Škandal, ki je bil odkrit v Volkswagnu, ni osamljen, in to ugotavljamo po tem, ko so v Evropski uniji odklopne naprave uradno prepovedane že 18 let. Dizelska vozila z neustreznimi odklopnimi napravami še vedno vozijo po naših cestah in tako onesnažujejo naše ozračje.

Znižanje emisij CO_2 je pomembna naloga nas vseh, zato je potrebno na tovrstni škandal odločneje odreagirati, tudi z odkrivanjem in ustreznim sankcioniranjem odgovornih.

Evropska uredba je na tem področju preveč nejasna, saj kljub zakonski prepovedi uporabe odklopnih naprav dopušča preveč možnosti razlage glede uporabe teh naprav, zato je potrebno v najkrajšem možnem času to urediti.

Prav tako je pomembno, da v tej preiskavi poleg Evropske komisije in preiskovalnega odbora sodelujejo tudi države članice. Nenazadnje gre za zaupanje potrošnika v evropske proizvode.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε πρόεδρε, το σκάνδαλο της Φολκσβάγκεν απέδειξε ότι η περίφημη ανταγωνιστικότητα των γερμανικών εταιρειών οφείλεται σχεδόν αποκλειστικά στις μίζες και στις παράνομες και βρώμικες πρακτικές που χρησιμοποιούν για να εξαπατήσουν τις ελεγκτικές αρχές και τους καταναλωτές. Σε ερώτηση που κατέθεσα στις 23 Σεπτεμβρίου του 2015, είχα ζητήσει η έρευνα που διεξήχθη στις ΗΠΑ και αποκάλυψε το σκάνδαλο της Φολκσβάγκεν να επεκταθεί και στην Ευρώπη και να καλύψει και άλλες εταιρείες του κλάδου. Όπως επισημαίνει και η επίτροπος κυρία Bieńkowska στην απάντησή της, έρευνες που διεξήχθησαν σε διάφορα άλλα κράτη μέλη απέδειξαν ότι υπήρξαν παραπτώματα και μέθοδοι καταστρατήγησης των αποτελεσμάτων και σε άλλους κατασκευαστές. Θα πρέπει συνεπώς η Ευρωπαϊκή Ένωση να λάβει άμεσα μέτρα για την αυστηροποίηση των ελέγχων στα αυτοκίνητα όλων των εταιρειών σε όλη την Ευρώπη και να επιβάλει βαρύτατες κυρώσεις σε όσους παρανομούν.

Εύχομαι η νεοσύστατη επιτροπή του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου να ρίξει άπλετο φως στις παράνομες πρακτικές της αυτοκινητοβιομηχανίας το γρηγορότερο, και να σεβαστεί αυστηρά το χρονοδιάγραμμα που έχει τεθεί. Στις 2 Μαρτίου του 2017, οι πολίτες πρέπει να γνωρίζουν!

José Blanco López (S&D). – Señor Presidente, a estas alturas podemos decir que estamos ya ante un gran fracaso colectivo. Fracaso por parte de aquellos que intentaban engañar con mecanismos de trucaje a los ciudadanos, a la Comisión y a los Estados miembros, porque se ha descubierto el fraude; fracaso de la Comisión, porque, sabiendo — como dijo un Comisario— que las normas eran flexibles y que así lo interpretaba la industria, no impulsó a tiempo nuevas normas, nueva regulación, para evitar que estas cosas volvieran a suceder; y, desde luego, fracaso de los Estados miembros, porque las autoridades nacionales tienen el deber de controlar y el deber de investigar para que este tipo de situaciones, que atentan contra el medio ambiente, que atentan contra la salud de los ciudadanos, no se produzcan.

Desde luego tenemos que tomar nota para que en el futuro, que es lo más importante, estas cosas no se repitan. Estamos hablando de nuestra salud. Estamos hablando, en definitiva, del medio ambiente, pero también estamos hablando de la industria, que crea empleos y, desde luego, este tipo de cosas, este tipo de fraudes, tampoco ayuda a la industria, porque está bajo sospecha.

Gesine Meissner (ALDE). – Herr Präsident! Der Ausschuss hat ganz offensichtlich einiges nicht zutage gebracht, aber auch andere Erkenntnisse ergeben, die ich für sinnvoll und auch gut halte. Also eine Sache zum Beispiel – ich fasse es mal in meinen Worten zusammen: VW konnte ganz offensichtlich die 80 Milligramm NOX, die in Kalifornien in den USA zugelassen sind, nur mit Dieselautos mit betrügerischer Software erreichen. Betrug ist natürlich strafbar und zu verurteilen. In Europa ist der Grenzwert wesentlich höher, und vor allen Dingen gab es ganz offensichtlich – für alle bekannt oder für alle, die es wissen wollten, bekannt – einen hohen Toleranzfaktor. Das heißt, 600 Milligramm kamen statt 180 Milligramm raus, also mehr als das Dreifache.

Deswegen scheint es auch zu sein, dass in Europa die Rechtslage für Autobesitzer eine andere ist als in den USA. Wir müssen daraus lernen, dass es wichtig ist, dass wir natürlich versuchen, Emissionen zu senken, also was jetzt *greenhouse gas* CO_2 angeht, aber auch, zum Beispiel für saubere Luft und weniger Schadstoffe zu sorgen. Da müssen wir die Rahmenbedingungen haben, die die Industrie realistische Dinge produzieren lassen und die den Verbrauchern das Vertrauen in sozusagen gesunde Fahrzeuge ermöglichen. Und da müssen wir auch ambitioniert kontrollieren und auf die Umsetzung achten, und zwar so schnell wie möglich – inklusive der *real driving emissions*.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, più volte abbiamo evidenziato il ruolo di *leadership* dell'Unione europea nella lotta all'inquinamento ambientale: basti pensare al ruolo propulsivo che ha giocato nell'accordo di Parigi sul clima o a quello che sta giocando insieme all'ICAO per un'estensione dello schema ETS a livello mondiale.

Tuttavia tale *leadership* comporta obblighi. La commissione d'inchiesta sul *dieselgate* che questo Parlamento ha istituito deve inviare un segnale forte, di grande rigore e terzietà, nella conduzione dell'inchiesta, perché il mondo non abbia a dire che è l'Europa la prima a violare quelle norme. Occorre prendere una posizione decisa, avendo il coraggio di denunciare, se necessario, anche eventuali comportamenti omissivi nell'adozione di misure appropriate per rendere effettiva l'applicazione dell'esplicito divieto di impianti di manipolazione. La credibilità dell'Unione europea dipende anche e molto da questa inchiesta.

Werner Kuhn (PPE). – Herr Präsident! Bevor wir emissionsfreie Fahrzeuge auf unseren Straßen haben – ob die elektrisch angetrieben werden oder auch mit Wasserstoffverbrennungs-Kraftmaschinen –, müssen wir uns schon mit der gegenwärtigen Situation auseinandersetzen und versuchen, technische Lösungen zu finden, damit diese Grenzwerte, was NO_x betrifft, was CO_2 betrifft, auch eingehalten werden können. Deshalb ist es notwendig, dass wir bei *type approval*, bei der Typenzulassung, in besonderer Weise Obacht darauf geben, dass die Abgasreinigungsanlagen nach Euronorm 6 auch technisch installiert werden. Und da ist es eben notwendig, unter Laborbedingungen 80 Milligramm pro Kilometer NO_x hier in Deutschland auch einzuhalten, und da ist es notwendig, dass man auch auf den amerikanischen Markt reagiert. Aber der hat 70 Milligramm pro Meile; das sind 44 Milligramm pro Kilometer. Das geht nur dadurch, dass man eine solche AdBlue- oder Blue-Motion-Technologie einsetzt, wässrigen Harnstoff sozusagen, in einer Abgasreinigungsanlage, die diese Nitrosengase, dieses NO_x,bindet und sie umwandelt in molekularen Stickstoff, der völlig unschädlich ist für Mensch und Wasser. Das ist das Thema, mit dem wir uns bei *type approval* auseinandersetzen werden, damit solche Dinge nicht mehr passieren können.

Da muss eine Marktüberwachung her, und diese Marktüberwachung muss stichprobenartig auch die neu zugelassenen Fahrzeuge testen, auch bei *real driving emissions*. Es ist natürlich klar, dass es einen Riesenunterschied macht, was den Abgasausstoß betrifft, ob Sie Kraftstoff verbrauchen bei 130 Stundenkilometern oder 170 Stundenkilometern oder 200 Stundenkilometern. Das muss mit neuen Technologien kompensiert werden. Nur so werden wir dieses Ziel tatsächlich erreichen. Es ist festgelegt, dass bis 2017 oder bis 2019, ich glaube, 168 Milligramm NO_x ausgestoßen werden darf unter *real driving emissions*-Bedingungen und bis 2021 nur noch 129 Milligramm. Das muss unser Ziel sein. Ansonsten werden wir tatsächlich in unseren Innenstädten ein Klima schaffen, das absolut nicht verträglich und gesundheitsschädlich ist.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Elżbieta Bieńkowska, *Member of the Commission*. – Mr President, I want to thank all the honourable Members for this exchange of views and this honest debate. There is no doubt for me that we have a common objective: that we have to uncover fully the defeat devices scandal, that we have to draw the best appropriate conclusions from it, and that we have to move forward. Our guiding principles, for all of us, must be truth and transparency.

Again, let me underline that I will do all that is necessary, and use the Commission's mandate and power as a regulator and as a guardian of the Treaty, to restore confidence in the law and trust in the industry. However, let me be honest about it: I do not really want to play the blame game that we are seeing now. I am the last person to do this but I have to be very vocal and say loudly that I cannot, with 100% confidence, blame other car manufacturers, because I do not have the full evidence.

I am sending several letters to the Member States, and I will continue to push them, as I am doing now, but I do not have any legal power in this respect. Some of you mentioned EU recalls, and I would very much like to go ahead with EU recalls, but I do not have any legal basis right now on which to do so.

I agree it is very odd that in some Member States we are seeing mandatory recalls, in some voluntary recalls, and in some nothing. This is not appropriate and it should not go on like this. However, I believe the Member States have really started to understand that we have to break with some past practices: that they have to be transparent, and give us all the relevant information, the technical and other information, that we need; and that it is their commitment to establishing real market surveillance that will be key to future success.

I need the commitment from the Member States – as, of course, I need it from you – so that we will be able to put in place a modern, efficient coherent framework for approving cars, and I want to be very clear about it. I am not doing this against the industry, quite the contrary. I am the Commissioner responsible for industry and I will do all that it takes for the car industry to flourish, to be competitive and to be respected. However, in the interests of the industry today – and I hope that the industry also starts to understand it – I need to be tough, we need to be tough, and we need to be demanding on the industrial side.

I want to use this current crisis – and I hope this is a common goal – to put better legislation in place, to have more efficient market surveillance and structures and to move industry into a really new dimension of performance, mobility and automation. I am certain that, with your support and engagement, together, and definitely not blaming each other because that leads us nowhere, we will be able to achieve those objectives. The time is right for this. This is the momentum that we have to use for the future of our automotive industry.

Pablo Zalba Bidegain, *ponente*. – Señor Presidente, señora Comisaria, deseo agradecer a todos los colegas sus aportaciones y agradecer y reiterar mi agradecimiento al señor Gerbrandy por el gran trabajo que estamos haciendo, creo yo, conjuntamente, y que espero continuar en la segunda parte de este informe. Algunos colegas han lamentado la falta de contenido, incluso la falta de ambición de este informe, pero debo recordarles que acordamos que se trataba de un informe provisional y que decidimos que fuera un informe eminentemente técnico.

Ha dicho el señor Dance que no tenemos que batallar entre nosotros. Estoy de acuerdo. Los ciudadanos no esperan de nosotros que nos peleemos sin conseguir nada a cambio, sino todo lo contrario. Conjuntamente, tenemos que conseguir saber la verdad y, lo que es más importante, conjuntamente tenemos que hacer propuestas para impedir que esto vuelva a suceder en el futuro. Y no podemos permitir, queridos colegas, que esto sea un informe en contra de la industria, un informe en contra del empleo, sino todo lo contrario. Tiene que convertirse en un informe a favor del medio ambiente, en un informe a favor de la industria del automóvil y en un informe a favor del empleo.

Gerben-Jan Gerbrandy, *rapporteur*. – Mr President, I believe that this was a very encouraging debate, a debate that was obviously not about the interim report, because that was limited to procedures, but much more about the current state of the investigation of our inquiry committee. Why did I believe that it was so encouraging? Because I noticed a very broadly shared common understanding of the problem that did not necessarily already reach commonly shared conclusions, but will be the challenge for my dear colleague, Pablo Zalba, and myself to get Parliament behind shared conclusions in the end. But I do believe that we are on the right track. We should not forget that we are only half-way through our investigation. There is still a lot to be investigated and a lot of evidence to be found.

I would like to highlight two elements. I think it was Seb Dance who very eloquently talked about the myriad of responsibilities. He said – and many others did as well – that there seems to be nobody really responsible in the end – not the Commission, not a Member State, not national authorities, etc. That might be the core of the problem that we are facing here. I am sure that, when we dig much deeper into that, we can also draw conclusions for the future, not only reflecting the car industry, but other policy fields as well.

Finally, I think it was my colleague Ivo Belet who said that, if we look at responsibilities, a lot has to do with the inability of the Member States to take their responsibility. I believe that it is a very important thing that came today. Many talked about naming and shaming, whether to do so or not. I believe that in politics in a well-functioning democracy political accountability is crucial, and that might mean naming and shaming if that is necessary. I am not afraid of it and I am not looking for it, but it is part of a strong democracy. That is what we are still building together in Europe, so let us continue with that.

Presidente. – Grazie a tutti gli oratori, ai relatori, alla signora Commissaria per questo approfondito dibattito.

La votazione su questa relazione si svolgerà oggi.

(La seduta, sospesa alle 12.20, è ripresa alle 12.30)

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Schriftliche Erklarungen (Artikel 162 GO)

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Tisztelt Elnök Asszony! Üdvözlöm az EMIS vizsgálóbizottság kiegyensúlyozott, tényekhez ragaszkodó jelentését, mely nem hoz elhamarkodott döntéseket, hanem további tényfeltáráshoz köti végleges álláspontját. Abban egyetértünk, hogy fontos a típusjóváhagyás folyamatának felülvizsgálata és javítása. Úgy vélem, az egész emissziós botrányból megerősödve és egységesen kell kijönnie az európai autóiparnak. Az előállt helyzetet arra kell felhasználni, hogy új stratégiákat, fejlesztési terveket készítsünk az elkövetkező időszakra vonatkozóan, különös hangsúlyt fektetve az új, innovatív technológiákra. Hiszen mára már egyértelművé vált, hogy az autóipar nagy és mélyreható változások előtt áll.

Ez nagyon komplex folyamat, amelyben figyelembe kell venni azt a tényt, hogy jelen pillanatban az autóiparban, a hagyományos üzemanyagokra épülő technológiák és az új alternatív megoldások még évekig párhuzamos vonalakon fognak mozogni. A fokozatosság pedig azt kell, hogy segítse, hogy az európai autóipar továbbra is megőrizze helyét, mint az európai gazdaság alapköve, de egyúttal növelni tudja versenyképességét és jövőképességét.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Emisný škandál priniesol odhalenie viacerých svetových výrobcov automobilov o ich úmyselnom skresľovaní emisných údajov osobných a úžitkových vozidiel. Zároveň spôsobil pokles spotrebiteľskej dôvery. Európsky parlament preto v snahe o jej prinavrátenie zriadil vyšetrovací výbor. Zaoberá sa meraním emisií v automobilovom priemysle a dodržiavaním platných predpisov, či už zo strany Európskej komisie alebo príslušných orgánov v rámci členských štátov. Vyšetrovací výbor v súčasnosti zbiera a analyzuje informácie týkajúce sa používania rušiacich mechanizmov pri meraní emisií jednotlivými automobilkami. To by malo pokračovať ešte v priebehu jesene tohto roka. Dôležitá bude predovšetkým následná správa a z nej vyplývajúce odporúčania. Ich dodržiavanie by malo pomôcť, aby k podobným situáciám v takom veľkom rozsahu v budúcnosti nedochádzalo. Fungovanie automobilového priemyslu je výrazným faktorom ekonomického rastu a zamestnanosti. Emisná kauza ukázala dôležitosť ekolo-

gizácie celého odvetvia. Je potrebné zamerať sa aj na obmedzovanie využívania ťažkých kovov a iných škodlivín pri jednotlivých komponentoch a súčiastkach v automobiloch. Členské štáty sa k tomu zaviazali už v roku 2003. Napriek tomu dodnes existuje množstvo výnimiek. Viaceré z nich však vďaka moderným materiálom a pokroku už nie sú potrebné. Týka sa to napríklad využívania olova v autobatériách. Už dnes existujú overené technológie, ktoré vedia klasické olovené akumulátory plnohodnotne nahradiť.

4. Abstimmungsstunde

Der Präsident. — Als nächster Punkt folgt die Abstimmungsstunde.

4.1. Kohäsionspolitik und Forschungs- und Innovationsstrategien für intelligente Spezialisierung (RIS3) (A8-0159/2016 - Ramón Luis Valcárcel Siso) (Abstimmung)

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD). – Mr President, I just wonder if it is in order to congratulate the former president of the Commission, Mr Barroso, on his appointment with Goldman Sachs. And also to express my concern that his pension as a former president of the Commission seemingly is not enough. Is that in order Mr President?

Der Präsident. – Zum ersten Teil Ihrer Frage: Ich habe mir die Frage nicht gestellt. Und zum zweiten Teil Ihrer Frage: Dafür gibt es Regeln.

Wir kommen nun zur Abstimmung.

4.2. Europäische territoriale Zusammenarbeit – bewährte Verfahren und innovative Maßnahmen (A8-0202/2016 - Iskra Mihaylova) (Abstimmung)

4.3. Untersuchung zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (A8-0246/2016 - Pablo Zalba Bidegain, Gerben-Jan Gerbrandy) (Abstimmung)

4.4. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von István Ujhelyi (A8-0229/2016 - Tadeusz Zwiefka) (Abstimmung)

4.5. Antrag auf Schutz der Vorrechte und der parlamentarischen Immunität von Rosario Crocetta (A8-0230/2016 - Heidi Hautala) (Abstimmung)

4.6. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Sotirios Zarianopoulos (A8-0233/2016 - Gilles Lebreton) (Abstimmung)

4.7. Abkommen EU-China im Zusammenhang mit dem Beitritt Kroatiens zur EU (A8-0231/2016 - Iuliu Winkler) (Abstimmung)

4.8. Abkommen EU-Uruguay im Zusammenhang mit dem Beitritt Kroatiens zur EU (A8-0241/2016 - Pablo Zalba Bidegain) (Abstimmung)

4.9. Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshofs – Lazaros Stavrou Lazarou (A8-0258/2016 - Igor Šoltes) (Abstimmung)

— Vor der Abstimmung:

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Dovolite mi, da pred glasovanjem o današnjih kandidatih za člane Evropskega računskega sodišča izpostavim dve pomembni dejstvi.

Prvič, Pogodba o delovanju Evropske unije v 286. členu določa, da Svet po posvetovanju z Evropskim parlamentom sprejme seznam članov za Evropsko računsko sodišče, sestavljeno v skladu s predlogi držav članic.

Seveda to pomeni strogo formalno, da naj bi Parlament imel samo posvetovalno vlogo, vendar to ne pomeni, da Svet naj ne spoštuje in upošteva tudi volje Evropskega parlamenta.

Zato mislim, kar se je zgodilo v nekaterih prejšnjih primerih, da tokrat in tudi v bodoče resno Svet vidi in upošteva stališče Evropskega parlamenta pri teh kandidaturah, sicer ne vem, zakaj izvajamo ves ta postopek, če ima na koncu Svet odločilno besedo. In mislim, za dobro sodelovanje v bodoče, je to pomembna informacija.

In drugič, še večjo skrb pa vzbuja dejstvo, da so na današnjem seznamu kandidatov za nove člane Evropskega računskega sodišča ponovno zgolj kandidati moškega spola.

In Parlament že dalj časa opozarja na pomen ustreznosti ravnovesja spolov. Poročilo Parlamenta o vlogi Evropskega računskega sodišča v prihodnosti navaja, da bo Parlament zelo resno upošteval vprašanje uravnoteženosti zastopanosti spolov med člani Računskega sodišča.

In samo za informacijo: trenutno Evropsko sodišče zastopajo samo štiri članice od skupno 28 članov. In če se bo tempo nadaljeval tako, kot kaže, bo slika še bolj porazna.

Mislim pa da, v primerjavo naj dodam, da je prav ta Parlament takratnemu kandidatu Junckerju jasno povedal, da število komisark v trenutni Komisiji ne sme biti nižje od števila komisark prejšnjega kolegija.

Čas je, da uveljavimo enake standarde v vseh evropskih inštitucijah, in upam, da se bo to resno upoštevalo tudi vnaprej.

4.10. Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshofs – João Figueiredo (A8-0259/2016 - Igor Šoltes) (Abstimmung)

4.11. Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshofs – Leo Brincat (A8-0257/2016 - Igor Šoltes) (Abstimmung)

4.12. Statistiken des Außenhandels mit Drittländern (delegierte Befugnisse und Durchführungsbefugnisse) (A8-0240/2016 - Bernd Lange) (Abstimmung)

4.13. Erdgas- und Strompreisstatistiken (A8-0184/2016 - Barbara Kappel) (Abstimmung)

4.14. Auf dem Weg zur Umgestaltung des Energiemarkts (A8-0214/2016 - Werner Langen) (Abstimmung)

4.15. EU-Strategie für die Wärme- und Kälteerzeugung (A8-0232/2016 - Adam Gierek) (Abstimmung)

Beatrix von Storch (EFDD). – Herr Präsident! Sie haben gerade mitten in der Abstimmung einen Punkt gemacht, und ich würde Sie fragen, auf welchen Punkt der Geschäftsordnung Sie sich berufen. Sie haben gesagt, Sie haben Probleme bei der Feststellung der Mehrheitsverhältnisse, weil der Whip der S&D-Fraktion nicht anzeigt. Ist für Sie der Whip, der anzeigt, maßgeblich oder die Beteiligten, die sich an der Abstimmung beteiligen?

Der Präsident. – Frau Kollegin von Storch! Ich habe nicht gesagt, dass ich Schwierigkeiten habe. Ich habe nur gesagt, dass ich mich sehr viel leichter tue. Selbstverständlich achte ich auf jeden einzelnen Kollegen sehr genau, auch auf Sie.

4.16. Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU (A8-0162/2016 - Rosa D'Amato) (Abstimmung)

4.17. EU-Strategie für den Alpenraum (A8-0226/2016 - Mercedes Bresso) (Abstimmung)

— *Vor der Abstimmung über Ziffer 31:*

Mercedes Bresso, *autore.* – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'emendamento orale introduce il supporto al coordinamento dei servizi di soccorso alpino.

4.18. Der EU-Treuhandfonds für Afrika: Auswirkungen auf Entwicklung und humanitäre Hilfe (A8-0221/2016 - Ignazio Corrao) (Abstimmung)

— *Vor der Abstimmung über Ziffer 4:*

Ignazio Corrao, *author.* – Mr President, I would like to move the oral amendment as tabled. You can find it at the end of your voting list.

— *Vor der Abstimmung über Ziffer 13:*

Ignazio Corrao, *author.* – Mr President, again I would like to move the oral amendment as tabled. You can find it at the end of your voting list. If you want me to read it, I can read it. It is long.

— *Vor der Abstimmung über Ziffer 15:*

Ignazio Corrao, *author.* – Mr President, the oral amendment covers here the split vote with the addition of the word 'particularly'. And then you can find the entire amendment at the end of your voting list. But, if you want, I can read it all.

— *Vor der Abstimmung über Ziffer 32:*

Ignazio Corrao, *author.* – I think you know what I am going to say.

(Laughter)

I would like to move the oral amendment as tabled. You can find it at the end of your voting list.

(Applause and laughter)

4.19. Schaffung von für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf förderlichen Arbeitsmarktbedingungen (A8-0253/2016 - Tatjana Ždanoka, Vilija Blinkevičiūtė) (Abstimmung)

Der Präsident. — Damit ist die Abstimmungsstunde geschlossen.

5. Stimmerklärungen

Der Präsident. – Sie wissen, dass der Präsident den Herrn Kollegen Korwin-Mikke von der Sitzung ausgeschlossen hat. Er hat selbstverständlich das Recht, abzustimmen. Das hat er heute getan. Er hat auch das Recht, Stimmerklärungen abzugeben. Deshalb gebe ich ihm jetzt in Abweichung von der eigentlich vorgesehenen Reihenfolge das Wort, damit er sofort seine Stimmerklärung abgeben kann und danach den Sitzungssaal verlässt.

5.1. Kohäsionspolitik und Forschungs- und Innovationsstrategien für intelligente Spezialisierung (RIS3) (A8-0159/2016 - Ramón Luis Valcárcel Siso)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Panie Przewodniczący! Chciałem wyjaśnić, że wszelki postęp w dziedzinie nauki i techniki powstał w wyniku wolnej konkurencji, wolnych badań bez koordynowania przez rządy, bez robienia tego, co my tu robimy. Działalność Unii Europejskiej w kierunku koordynacji badań naukowych powoduje wyraźnie widoczne zahamowanie badań naukowych, zahamowanie postępu, dlatego głosowałem przeciwko temu sprawozdaniu.

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kollege Korwin-Mikke. Ich möchte Sie jetzt bitten, den Saal zu verlassen.

Seine Stimmerklärung betraf den Bericht betreffend die Kohäsionspolitik. Wir kehren jetzt zur normalen Reihenfolge zurück.

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho votato a favore di questa relazione perché si tratta di un testo completo e convincente, e ritengo che valutare l'attuazione delle strategie di ricerca e di innovazione sia molto importante per indirizzare la programmazione europea in corso.

Sono molti, purtroppo, gli Stati – compresa l'Italia – che sono ancora in ritardo rispetto agli investimenti pubblici in innovazione e ricerca tecnologica ed è un *gap* che è necessario sanare al più presto a beneficio dell'intera economia, soprattutto in un momento in cui l'innovazione è una valida risposta alla crisi.

Le RIS sono fondamentali anche per l'attuazione stessa della politica di coesione. Solo soluzioni innovative possono e devono essere usate, per esempio, per aumentare la capacità amministrativa degli enti locali. Lo chiedono anche le piccole e medie imprese, che sono costrette a confrontarsi con sistemi che sono ancora arcaici, complessi.

Supporto una valutazione e la revisione nel 2017 di quanto fatto fino ad oggi, per recuperare ritardi e rispettare gli impegni.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, what is the purpose of cohesion payments? It seems to me there isn't really a moral case for them. There are parts of the world that are genuinely needy. There are many more deserving recipients of our aid than these territories within the European Union. If we have money to give away as development money, it should be targeted to Africa, Asia, and places where it will be useful. Or is it, then, that it is raising the standard of living in the recipient countries? Well if that worked, then Greece would be the wealthiest country in the European Union, having been the largest per capita recipient since 1981 of cohesion and structural funds.

The reality is, of course, this money goes to purchasing the loyalty of interest groups within the recipient countries, and this is relevant because as the UK negotiates its disengagement there is going to be a question of what we continue to pay into and what we do not. Obviously, if we're going to continue to be part of any programmes or common structures, of course we are going pay our share of those. You will not find anyone arguing about that. But the idea of paying simply because somebody has a medium-level GDP? Not going to happen.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, tehnologia și inovarea sunt atuurile Europei și ale progresului în orice domeniu. Depinde, însă, cum le folosim. Există investiții din Fondul European de Dezvoltare tocmai pentru a se face strategii care să ducă la inovații și specializări inteligente. Nu trebuie să investim în orice, oricum, trebuie să vedem care este rezultatul. Și rezultatul trebuie să fie o specializare inteligentă. Din 2014, practic, orice regiune din Uniunea Europeană are o strategie de dezvoltare și inovare inteligentă, însă, în realitate, nu toate regiunile le pun în practică și le folosesc. Este o mare diferență între regiuni. Acolo unde nu există în practică și astfel de strategii de dezvoltare inteligentă, banii nu trebuie investiți, pentru că vor fi risipiți și pierduți. Ca atare, ceea ce susțin este să investim numai acolo unde regiunile și țările și-au făcut treaba și au adoptat astfel de strategii.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem tuto zprávu podpořil, protože samozřejmě politika soudržnosti je téma, které Evropou hýbe, a myslím si, že bychom neměli zůstat tzv. vzadu. V tomto smyslu je důležité, abychom do politiky soudržnosti přidávali ještě více inteligentní specializace, více vědy, tato inteligentní specializace by měla být součástí politiky soudržnosti. Měla by se rozšiřovat víceúrovňová správa a zvyšovat její kapacity. Rovněž by měl být podřízen participativní přístup v politice soudržnosti pro rozhodování regionů. Já jsem tuto zprávu podpořil, my jsme ji probírali ve Výboru pro regionální rozvoj a myslím si, že je dobrý základ pro další práci na inteligentní specializaci.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I too supported this proposal sharing the rapporteur's belief that RIS 3 strategies play an instrumental role in tackling the innovation gap that Europe and its Member States often face. And partly in reply to Mr Hannan's question, there is no doubt that continued improvements and advances in the field of both regional and national legislation provide the key to the European Union's future in this domain.

This report outlines the ways and means by which such deliberate evaluation, regulation and moderation would occur. From an Irish perspective I can appreciative the regional focus that RIS 3 may take incorporating regional and local authorities, thus encouraging multi-level involvement. Such efforts are essential in promoting knowledge-based growth not only in well-developed areas, but also in less well-developed regions. We find ourselves at a pivotal stage where the evaluation of existing policies, as well as the coordination of future ones, may be facilitated.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La strategia di specializzazione intelligente (RIS3) comprende molteplici politiche che toccano diversi ambiti come imprenditorialità, istruzione e innovazione ed è quindi un elemento fondamentale per la concessione di fondi UE agli Stati membri e alle regioni. Considerando il ruolo fondamentale che esercitano le PMI e le start-up nello sviluppo regionale, l'importanza dei sistemi di supporto per le imprese e la necessità di adottare sistemi affidabili per monitorare l'efficienza a tutti i livelli di governance, ho deciso di votare a favore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — We voted against this report because, as usual, it was filled with buzzwords and phrases that sound impressive but which will do nothing to create growth and jobs. The EU's obsessive interference and over-regulation damage both jobs and growth, and we fail to see how buzzwords and corporate-speak will change that.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained on this own initiative report, which covers the innovation objective of the Europe 2020 Strategy. Each Member State has adopted its own national targets in each of these areas (employment, innovation, education, social inclusion and climate/energy). National and regional authorities across Europe will design smart specialisation strategies in entrepreneurial discovery process, so that the European Structural Investment Funds (ESIF) can be used more efficiently and synergies between different EU, national and regional policies, as well as public and private investments can be increased.

There are some good points in the report, including a broad view of innovation, support for technological as well as practice-based and social innovation, and a monitoring and evaluation system. It also provides investment choices for regions with a limited number of priorities, particularly knowledge-based investments and/or clusters.

However, the report focuses very heavily on using cohesion policies to meet the Europe 2020 objectives, places a strong emphasis on public-private funding and financial mechanisms, and identifies competitiveness is the main overarching goal of the innovation strategy. For these reasons I could not support the report entirely, so abstained.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport. Si l'on considère que l'innovation est un domaine qui est en constante évolution, les stratégies de recherche et d'innovation pour la spécialisation intelligente devraient être constamment révisées.

À cet effet, un examen des stratégies après 2017 semble obligatoire si l'on veut accroître l'efficience et l'efficacité de ces politiques de cohésion, en prenant notamment en compte les enseignements tirés des premières années de leur mise en œuvre.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the Report on Cohesion policy and Research and Innovation Strategies for Smart Specialisation (RIS3). Research and innovation strategies for smart specialisation are an ex-ante conditionality for the allocation of the European Structural and Investment (ESI) funds. Smart specialisation combines and brings together different policies, including those for entrepreneurship, education and innovation, in order for regions to identify and select priority areas for their development and related investments by focusing on their strengths and comparative advantages and contributes to the achievement of the Europe 2020 objectives. The S3 platform, located at the JRC in Seville, plays a key role in advising regions and setting benchmarks on their innovation strategies, helping lagging regions and enhancing multi-level governance and synergies between regions, by providing information, methodologies, expertise and advice to national and regional policymakers. The report stresses that there is a still limited role for civil society, which must be more actively involved, a lack of interregional cooperation and of synergies across ESI funds and other EU funds. RIS3 strategies have to be well implemented and improved in order to tackle the innovation gap and boost jobs in Europe.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση σχετικά με την πολιτική συνοχής και τις στρατηγικές έρευνας και καινοτομίας για έξυπνη εξειδίκευση, διότι σε μια περίοδο οικονομικής ύφεσης και δημοσιονομικών περιορισμών με τον παγκόσμιο ανταγωνισμό συνεχώς να εντείνεται, η συνεχής βελτίωση της ΕΕ σε θέματα καινοτομίας είναι μείζονος σημασίας.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Alors que ce rapport concerne l'innovation et la recherche, on pourrait s'attendre à ce qu'il critique les politiques d'austérité sur les budgets publics et privés qui soutiennent ces domaines. Selon le rapporteur, le mode de gouvernance de la stratégie doit être à multi-niveaux et compatibles avec la stratégie Europe 2020. Les États membres doivent ainsi se tenir en retrait par rapport à la Commission européenne, tête de file de la stratégie.

De fait, l'Union européenne utilise la stratégie SRI-SI pour renforcer les relations directes entre la Commission européenne et les régions devenues autorité de gestion du FEDER, ainsi que la coopération transeuropéenne au détriment de la coopération entre États nations.

Il convient de noter également que la stratégie SRI-SI favorise la concentration thématique, ce qui a pour conséquence de miser exclusivement sur des gros clusters ou pôles de recherche sans soutenir les petites structures et les grappes d'innovation. Aussi ai-je voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – In the interest of transparency and democracy I voted against this report. This report has been prepared by the Committee on Regional Development and therefore contains many EU buzzwords but ultimately delivers little.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car la SRI-SI permet d'accroître la valeur ajoutée, l'impact et la visibilité des financements européens. Elle est synonyme d'un réel retour sur investissement alors même que les budgets et ressources publiques sont mis à rude épreuve.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už sanglaudos politikos ir mokslinių tyrimų ir inovacijų strategijas, skirtas pažangiosios specializacijos (RIS3) iniciatyvai. RIS3 strategijos yra svarbi priemonė, kurią pasitelkus Europoje galima išspręsti inovacijų atotrūkio problemą, paskatinti darbo vietų kūrimą ir ekonomikos augimą. Pritariu, kad valdžios institucijos turėtų atkreipti ypatingą dėmesį į stebėseną ir strategijų peržiūrą, kad pasiektų aukštų rezultatų ir kiek galima būtų padidintas tarpregioninis bendradarbiavimas plėtojant plačios apimties projektus, kuriantys pridėtinę vertę ekonomikai.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A jelentés kohéziós politikáról és az intelligens szakosodást célzó kutatási és innovációs stratégiákról szól. Hasonló, innovációs stratégiák már korábban is készültek. A mostani abban különbözik elődeitől, hogy egyrészt a stratégiaépítésbe széleskörűen bevonja a helyi célközönséget és erőforrásokat, másrészt a hangsúlyt a technológiai kutatás-fejlesztésről áthelyezi az innováció teljes folyamatának felkarolására, harmadrészt nem csupán a legjobb gyakorlatokat másolná le, hanem a területek saját egyedi erősségeit és értékeit fölismerve gazdasági versenyelőnyökre és jövőbeli potenciálokra alapozna. A jelentés nem tűz ki konkrét, csak általános célokat, amiket mindig el lehet mondani.

Hasonló az egykori KGST-anyagokhoz, ott is mindig növelni kellett a hatékonyságot és elmélyíteni az együttműködést. Fő mondanivalója végül is az, hogy felkéri Régiók Főigazgatóságát, hogy készítsen rövid szakpolitikai dokumentumot a stratégiával kapcsolatos korábbi tapasztalatokról, és széles körben terjessze azt. Ezt támogatandónak ítéltem.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – We voted against this report because as usual, it was filled with buzz words and phrases that sound impressive but which will do nothing to create growth and jobs. The EU's obsessive interference and over regulation damages both jobs and growth and we fail to see how buzz words and corporate speak will change that.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Dans ce texte, rien n'est prévu pour soutenir le principe de labellisation (entreprises innovantes) ou aborder l'épineux problème des brevets et de l'espionnage industriel, qui constituent pourtant des sujets majeurs pour l'avenir des économies de nos États membres. Il convient de noter également que la stratégie SRI-SI favorise la concentration thématique ce qui a pour conséquence de miser exclusivement sur des gros «clusters» ou pôles de recherche sans soutenir les petites structures et les grappes d'innovation.

De manière plus générale, on utilise la stratégie SRI-SI pour renforcer les relations directes entre la Commission européenne et les régions devenues autorités de gestion du FEDER, ainsi que la coopération transeuropéenne, au détriment de la coopération entre États nations.

Je me suis donc opposé à ce texte.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Au vu des défis que rencontrent de nombreuses régions d'Europe dans le cadre d'une mondialisation exacerbant la compétition internationale et charriant avec elle un insoutenable lot de fermetures et de délocalisations, j'ai voté favorablement à ce rapport d'initiative soutenant notamment les stratégies de spécialisation intelligente (SRI-SI) mais également d'autres bonnes pratiques telles que la promotion des clusters ou encore de meilleures synergies entre les fonds et les outils disponibles.

Les fonds ESI représentant le principal instrument de la politique d'investissement de l'UE avec un budget de 454 milliards d'euros pour la période 2014-2020, il est en effet primordial que nous nous assurions que la part de ceux-ci allouée à la politique de cohésion soit utilisée le plus intelligemment et le plus spécifiquement possible.

Il apparaît en effet capital de permettre aux régions de se spécialiser dans des secteurs d'avenir et à forte croissance qui leur correspondent le mieux au regard de leurs atouts spécifiques, de leurs capacités mais également des compétences présentes sur leurs territoires, permettant ainsi de recréer un tissu économique pérenne et surtout l'emploi direct et indirect dont elles ont tant besoin.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – Las estrategias de investigación e innovación para la especialización inteligente representan un instrumento esencial para la innovación, así como, para impulsar el crecimiento y el empleo en Europa. Este informe me ha parecido muy equilibrado, y hace hincapié en la necesaria simplificación y coordinación de los programas puestos en marcha, importante para su correcta aplicación.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Valcárcel Siso su politica di coesione e strategie di ricerca e innovazione per la specializzazione intelligente. Si tratta di un testo importante che sottolinea la necessità di intensificare gli sforzi per creare una crescita economica intelligente, sostenibile e inclusiva. Una scelta obbligata, soprattutto in un momento in cui l'Europa sembra risentire ancora degli effetti generati dalla crisi economica mondiale. La relazione ribadisce il ruolo centrale delle RIS3 per il conseguimento degli obiettivi di Europa 2020, senza dimenticare di mettere in evidenza quegli aspetti che dovrebbero essere ritenuti di particolare importanza, penso in primo luogo alla corretta analisi delle priorità, dei punti di forza e del potenziale delle diverse regioni, ma anche all'utilizzo di metodologie adeguate che prevedano l'elaborazione di monitoraggi periodici di tipo quantitativo e qualitativo. L'elaborazione di processi partecipativi e la creazione di sinergie tra attori pubblici e privati è un altro punto cruciale che si lega strettamente al tema della governance multilivello. Occorre rilanciare al più presto un serio approccio dal basso verso l'alto per favorire la creazione di nuove sinergie e una crescita fondata sull'innovazione.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de este informe que apoya las políticas de cohesión y las estrategias de investigación e innovación para la especialización inteligente (RIS3).

Las RIS3 contribuyen a la programación estratégica de los Fondos de Cohesión y pueden tener un papel fundamental en el cumplimiento de los objetivos de Europa 2020, en la búsqueda de un desarrollo equilibrado y sostenible y en la creación de empleos de calidad.

Propone además el apoyo a las gobernanzas multinivel y mayor participación a todos los niveles en los programas de ayudas, así como, la creación de sinergias positivas en las diferentes regiones para determinar sus puntos fuertes.

Aunque el informe contiene muchas «odas al viento» estoy a favor de la innovación tecnológica y social, de la evaluación del sistema de ayudas, el refuerzo de las fortalezas de cada región y de las pymes, para conseguir un desarrollo más sostenible.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe porque creo que las sinergias entre áreas homogéneas en conocimiento, tejido productivo y especialización han demostrado ser más eficaces para estimular y apoyar la innovación. Las áreas de desarrollo que se asocian a la cooperación transfronteriza, por ejemplo, demuestran esta realidad y los resultados que van obteniendo las regiones, como el País Vasco que han apostado por este modelo, acreditan que esta forma de organizar el apoyo a la innovación es más eficaz.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport qui prétend donner un cadre favorable au domaine de la recherche et de l'innovation sans réellement s'attaquer aux véritables problèmes qui freinent l'expansion de ce secteur.

S'inscrivant dans la perspective du plan Juncker, la spécialisation «intelligente» préparée par Bruxelles doit prétendument booster la compétitivité de l'«économie européenne», notamment par l'utilisation et le recadrage d'une partie du FEDER. Outre que cet instrument fait doublon avec les politiques de recherches nationales et les contrats de plan État-région, il passe surtout à côté des enjeux stratégiques pour ce secteur: rien sur le problème des brevets ni sur les problèmes d'espionnage industriel.

Par ailleurs, on prescrit le remède en ignorant la cause du mal puisqu'aucune mention n'est faite des conséquences désastreuses des politiques d'austérité imposées par Bruxelles sur le secteur de la recherche et de l'innovation, stratégie qui ne sera favorable qu'aux grands pôles de recherches au détriment des petites structures, et qui a pour seul but de consolider l'emprise de la Commission européenne sur les régions au détriment de grandes stratégies nationales.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione sulle strategie di ricerca e innovazione per la specializzazione intelligente è ben ponderata e condivisibile, per questi motivi ho inteso sostenerla col mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El objetivo de las estrategias RIS3 es impulsar un crecimiento inteligente, sostenible e integrador basado en el conocimiento, capaz de generar empleos de calidad en todas las regiones, no solo en zonas desarrolladas. Estas estrategias contribuyen a la concentración temática y la programación estratégica de los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos (Fondos EIE) y conducen a una mayor orientación a los resultados sobre el terreno.

Pasados dos años del inicio de su implementación, este informe se centra en los principales ámbitos de mejora de las RIS3. En particular, subraya la necesidad de impulsar una utilización coordinada y complementaria de los Fondos EIE con el programa Horizonte 2020 y el Fondo Europeo para Inversiones Estratégicas para impulsar la innovación a escala regional, nacional y de la Unión, aumentando el atractivo de las inversiones en investigación e innovación con el fin de atraer capital privado como complemento de la financiación pública, para lo que se pide a autoridades locales y regionales que aprovechen al máximo las posibilidades de combinación de estos instrumentos. Destaca igualmente la necesidad de mejorar la coordinación entre todos los niveles de gobernanza y de otorgar un papel más activo a la sociedad civil.

Por todo ello, he votado a favor.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas išsakė savo poziciją dėl sanglaudos politikos bei mokslinių tyrimų ir inovacijų strategijų, skirtų pažangiosios specializacijos iniciatyvai. Mokslinių tyrimų, technologinės plėtros ir inovacijų stiprinimas yra vienas iš investavimo prioritetų pagal Europos regioninės plėtros fondo 2014-2020 m. nuostatas. Visgi, įvairiose ES valstybėse parama inovacijoms labai skiriasi, visų pirma kai kalbama apie žinių ir technologijų panaudojimą inovacijų skatinimo srityje. Šiuo programavimo laikotarpiu valstybės narės pirmą kartą įpareigojamos parengti nacionalines ir regionines pažangiosios specializacijos strategijas, į verslininkystės procesą įtraukiant nacionalines ir regionines valdymo institucijas bei aukštojo mokslo institucijas, pramonės ir socialinius partnerius. Todėl šiuo pranešimu Parlamentas pabrėžia, kad šių strategijų tikslas – užtikrinti žiniomis paremtą tvarų augimą, darnų vystymąsi ir aukštos kokybės darbo vietas visuose regionuose – ne tik išsivysčiusiose teritorijose, bet ir pereinamojo laikotarpio regionuose, taip pat mažiau išsivysčiusiuose ir kaimo regionuose bei salose. Parlamentas taip pat reikalauja, kad reikalauja, kad būtų visapusiškai laikomasi naujų *ex ante* nuostatų dėl ESI fondų skyrimo sąlygų siekiant užtikrinti, kad veiktų pažangiosios specializacijos strategijos.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Határozott véleményem, hogy a kutatási és innovációs stratégiák (RIS3) hozzájárulnak az uniós alapok hatékony felhasználásához, az Európai Unió minden tagállamát és régióját érintik, valamint felszabadítják valamennyi régió potenciálját, ezáltal elősegítve, hogy az Unió leküzdje mind a belső, mind a külső innovációs szakadékokat annak érdekében, hogy globális szinten versenyképesebbé váljon. Helyes, hogy ezek a regionális stratégiák az energiaügyre, az egészségügyre, az információs és kommunikációs technológiákra, a korszerű anyagokra, az élelmiszerekre, a szolgáltatásokra, a turizmusra, a fenntartható innovációra és közlekedésre, a bioalapú gazdaságra, a gyártási rendszerekre és a kulturális és kreatív ágazatokra összpontosítanak.

Sajnálatos azonban, hogy sok stratégia nem elég részletes, úgy vélem, hogy az intelligens szakosodási stratégiák nemzeti megfigyelőközpontjainak támogatása segíthet a RIS3 nyomon követését biztosító megfelelőbb indikátorrendszerek kiépítésében, különösen a módszertan és a képzés vonatkozásában. Szavazatommal ezért támogattam a jelentés elfogadását.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Si ce rapport a le mérite de s'intéresser à la compétitivité des entreprises de l'Union européenne, plus particulièrement sous l'angle de l'innovation et de la spécialisation, il oublie ce qui fait l'essentiel du problème à savoir le carcan de la monnaie unique et l'absence de protection économique aux frontières.

Ce sont ces facteurs qui font que les marges des entreprises sont si basses et ne leur permettent pas d'investir suffisamment dans la recherche et l'innovation.

Par ailleurs je suis en faveur de laisser la politique de recherche dans les compétences des États membres alors que ce rapport a tendance à mettre ces États sous la tutelle de la Commission.

Pour toutes ces raisons, j'ai voté contre.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Le Strategie di innovazione nazionali o regionali per la specializzazione intelligente (RIS3) sono un elemento chiave della riforma della politica di coesione dell'Unione europea, che ha lo scopo di portare l'innovazione nelle regioni, spingendole a creare sinergie tra loro e col territorio, oltre a rafforzare la programmazione strategica che è un elemento ancor più importante in tempo di crisi e carenza di risorse disponibili per molti territori. Se vogliamo che l'Unione europea diventi un'economia intelligente, sostenibile e inclusiva, dobbiamo coinvolgere le regioni e gli Enti locali, sostenendo un'innovazione che parta dai territori e dia forza a tutte quelle realtà, locali e regionali, che producono ricchezza e lavoro nonostante la crisi e dalla cui prosperità dipende, oggi come domani, una parte significativa del prodotto interno lordo nazionale ed europeo.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le présent rapport vante les mérites de la stratégie de recherche et d'innovation pour la spécialisation intelligente (SRI-SI), stratégie censée s'inscrire, avec le plan Juncker, dans la nouvelle politique européenne d'investissement.

Ce document de cadrage oriente la mise en œuvre de la politique de cohésion et le versement du Fonds européen de développement économique régional (FEDER). Il considère que la stratégie économique de l'Union doit tout miser sur la spécialisation, l'innovation dans le but d'améliorer la compétitivité de nos PME. Globalement, la SRI-SI fait doublon avec les politiques de recherche nationale et surtout avec les contrats de plan État-région. Elle ne formule aucune critique ou remise en cause des politiques d'austérité sur les budgets publics et privés de soutien aux politiques de recherche et d'innovation.

Par ailleurs, ces stratégies reposent sur un mode de gouvernance multi-niveaux au détriment des gouvernements nationaux. L'Union européenne utilise en effet la stratégie SRI-SI pour renforcer ses relations directes avec les collectivités locales. Enfin, il convient de noter que la stratégie SRI-SI favorise la concentration thématique, ce qui a pour conséquence de miser exclusivement sur des gros clusters ou pôles de recherche sans soutenir les petites structures et les grappes d'innovation.

J'ai donc voté contre ce rapport.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Într-un context european marcat de crize economice și sociale, Uniunea Europeană are rolul de a stimula o creștere economică sustenabilă prin valorificarea potențialului de inovare.

Dezvoltarea unor strategii de specializare inteligente vine ca răspuns la provocările actuale, aceste strategii având un impact semnificativ în îmbunătățirea competitivității economiei europene. Astfel, rolul RIS3 este unul fundamental în contextul contribuției politicii de coeziune la obiectivele Strategiei Europa 2020. Acest instrument impulsionează crearea de locuri de muncă, respectiv creșterea economică, dar contribuie și la combaterea decalajului în materie de inovare. Având în vedere importanța acestor strategii, e nevoie de o monitorizare atentă pentru a obține rezultatele scontate, dar și pentru a consolida cooperarea dintre regiuni în vederea îndeplinirii obiectivelor Strategiei Europa 2020.

M-am exprimat în favoarea acestui raport deoarece consider că strategiile de specializare inteligentă sunt un instrument esențial în vederea consolidării cercetării, stimulării inovației și încurajării unei creșteri economice sustenabile.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Afin que l'Union devienne en 2020 une économie intelligente, durable et inclusive, les régions doivent mettre en place des stratégies de recherche et d'innovation pour la spécialisation intelligente. Il est important que les régions utilisent les fonds structurels comme le FEDER pour investir dans la recherche, le développement et l'innovation.

Une telle stratégie permettra de stimuler l'entrepreneuriat, l'éducation et l'innovation. Les régions pourront alors déceler leurs potentiels et atouts afin de pouvoir se développer et se spécialiser. La plateforme de spécialisation intelligente (S3) a un rôle déterminant dans ce processus. Un suivi des stratégies doit impérativement être correctement mis en place afin de pouvoir évaluer leurs véritables bénéfices.

J'ai voté en faveur de ce rapport.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in questione perché il rafforzamento della ricerca, dello sviluppo tecnologico e dell'innovazione è di fondamentale importanza per il raggiungimento degli obiettivi della politica di coesione. In particolare, le strategie di innovazione nazionali o regionali per la specializzazione intelligente (RIS3) sono necessarie per favorire un utilizzo più efficiente dei Fondi strutturali e di investimento europei e per sostenere il passaggio a un'economia intelligente e sostenibile.

Nel quadro delle strategie di innovazione per la specializzazione intelligente (RIS3), penso che le regioni debbano sviluppare regimi di servizi di sostegno innovativi che integrino o sostituiscano i servizi di sostegno esistenti, al fine di consentire a una determinata regione di sfruttare appieno il suo potenziale competitivo, aiutare le imprese ad assorbire nuove conoscenze e tecnologie per rimanere competitive, nonché garantire che le risorse della ricerca e dell'innovazione raggiungano una massa critica.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained on this own initiative report, which covers the innovation objective of the Europe 2020 Strategy. Each Member State has adopted its own national targets in each of these areas (employment, innovation, education, social inclusion and climate/energy). National and regional authorities across Europe will design smart specialisation strategies in entrepreneurial discovery process, so that the European Structural Investment Funds (ESIF) can be used more efficiently and synergies between different EU, national and regional policies, as well as public and private investments can be increased.

There are some good points in the report, including a broad view of innovation, support for technological as well as practice-based and social innovation, and a monitoring and evaluation system. It also provides investment choices for regions with a limited number of priorities, particularly knowledge-based investments and/or clusters.

However, the report focuses very heavily on using cohesion policies to meet the Europe 2020 objectives, places a strong emphasis on public-private funding and financial mechanisms, and identifies competitiveness is the main overarching goal of the innovation strategy. For these reasons I could not support the report entirely, so abstained.

David Casa (PPE), *in writing*. – At a time of economic recession and resulting budget constraints, and in an increasingly competitive global environment, I believe that it is important that the European Union keeps improving its capacity to innovate. RIS3 strategies are a valuable tool to tackle the innovation gap, and boost jobs and growth in Europe. Simplification, as well as coordination of the existing programmes, is also essential in contributing to a good implementation of those strategies in the years to come. A review of the strategies after 2017 is essential to boost the efficiency and effectiveness of RIS3 strategies, taking into account the lessons learned from the initial years of their implementation. I voted in favour of this report.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Sono diversi gli spunti positivi contenuti nella relazione sulla «RIS3» (Research, Innovation and Smart Specialisation Strategy), ovvero sulla specializzazione intelligente. Innanzitutto, si ricorda che i finanziamenti pubblici rimangono un potente motore dell'innovazione. Si invitano le autorità interessate a essere cauti nel concentrarsi maggiormente sugli strumenti finanziari in quanto l'innovazione non dovrebbe essere incentrata soltanto sulle sovvenzioni, ma dovrebbe altresì essere in grado di identificare mezzi di finanziamento alternativi, quali prestiti e garanzie. Si evidenzia l'importanza della consultazione delle imprese e in particolare delle PMI, in quanto la «visione dell'innovazione» avrà successo soltanto se le imprese realizzeranno anche il corrispondente potenziale. Infine, si segnala ai responsabili decisionali locali e regionali l'importanza del loro impegno a utilizzare le RSI3 come strumento di trasformazione economica nella propria regione e quindi, («ottimisticamente»), a influenzare la politica dell'UE. Per questi motivi, ho votato a favore del testo finale.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – In risposta alla crisi economica e nello sforzo di promuovere una crescita intelligente, sostenibile e inclusiva, il rafforzamento dello sviluppo tecnologico e dell'innovazione è diventato una delle priorità d'investimento per l'Unione europea. A tale scopo, la politica di coesione e strategie di ricerca e innovazione per la specializzazione intelligente (RIS3) mira a rendere l'economia dell'Unione più competitiva sviluppando un valore aggiunto europeo in tali ambiti.

A tale proposito, ritengo che la politica RIS3 si debba basare su una partecipazione congiunta e una governance multilivello. Gli Stati membri non devono perdere l'occasione di coinvolgere nell'elaborazione delle strategie le autorità regionali e locali, più vicine alle piccole e medie imprese e alle start-up, pioniere dell'innovazione. Occorre inoltre procedere a un monitoraggio periodico sull'attuazione delle strategie RIS3 e stimolare la partecipazione della società civile, troppo spesso limitata, mediante piattaforme e partenariati di collaborazione.

Infine, la sinergia tra i fondi strutturali e di investimento (SIE) e gli altri strumenti finanziari dell'UE disponibili nell'ambito RIS3, come il Fondo europeo per gli investimenti strategici (FEIS), deve ritenersi necessaria per valorizzare il potenziale della ricerca e dell'innovazione nelle imprese e massimizzarne i risultati. Per questi motivi, ho votato a favore della relazione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και τονίζουμε πως η συνεχής βελτίωση της ικανότητας της ΕΕ για καινοτομία είναι αποφασιστικής σημασία. Οι RIS3 πρέπει να επανεξετάζονται διαρκώς καθώς αφορούν ένα χώρο που αλλάζει συνεχώς.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε την έκθεση σχετικά με την πολιτική συνοχής και τις στρατηγικές έρευνας και καινοτομίας για έξυπνη εξειδίκευση. Θεωρώ πως ανάλογες διαδικασίες είναι θετικές για την εξέλιξη και βελτίωση των πρακτικών εκπαίδευσης, κάτι που υποστηρίζει τις προοπτικές των ευρωπαίων πολιτών. Γι' αυτό και ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Mi sono espresso a favore della relazione del collega Valcarcel Siso sulla politica di coesione e sulle strategie di ricerca e innovazione per la specializzazione intelligente (RIS3). Si tratta infatti di un'ottima relazione che evidenzia come le strategie RIS3 contribuiscano alla crescita dell'Europa sia nel campo dell'innovazione che in quello dell'occupazione, in linea con gli obiettivi di Europa 2020. Chiedendo che le strategie RIS3 siano una condizionalità ex ante per l'allocazione dei fondi SIE, la relazione propone una crescita equilibrata e basata sulla conoscenza non solo nelle regioni ben sviluppate, ma anche nelle aree meno sviluppate o in transizione. Mi congratulo con il collega per l'ottimo lavoro svolto.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on cohesion policy and research and innovation strategies for smart specialisation (RIS3) and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – As estratégias de investigação e inovação para a especialização inteligente (Research and innovation strategies for smart specialisation - RIS3) constituem um vetor fundamental para o crescimento económico baseado no conhecimento, para o incremento da capacidade de inovação da UE e para a construção de uma política de coesão assente nos objetivos da Europa 2020.

Como tal, constituem uma condição «ex ante» para os Estados-Membros e as regiões beneficiarem dos fundos europeus estruturais e de investimento (FEIE), o que conduz à conceção de uma Estratégia RIS3 em cada uma das regiões, facto que é positivo.

Acompanho a preocupação com a necessidade de reduzir estrangulamentos burocráticos para agilizar a execução das estratégias e a necessidade de assegurar uma revisão contínua das mesmas, considerando a constante evolução verificada nesta matéria.

Sublinho que a aplicação destas estratégias deve procurar promover a cooperação inter-regional, promovendo também sinergias entre as infraestruturas de investigação da UE, no contexto da política de coesão 2014-2020.

A plena aplicação da Agenda Urbana, centrada na criação de cidades inteligentes, deve ser prioritária, bem como as áreas das energias renováveis, da agenda digital ou da saúde pública, conforme a análise SWOT de cada região.

Pelo exposto, apoio o relatório.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — The proper functioning of a digital single market requires high-quality skilled jobs with smart specialisation that could lead to new skills, knowledge, innovation and employment in order to better exploit research results and take advantage of all forms of innovation.

I support therefore the call upon the EU and the Member States to use existing tools such as the Community Innovation Survey (CIS) to carry out periodic (annual and mid-term) monitoring – both quantitative and qualitative on of the implementation of the strategies, and to involve all stakeholders, including civil society in the exercise.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención en este informe, porque a pesar de contener aspectos positivos promueve la lógica de los mercados como gobernantes de facto de los Estados y sus ciudadanos, y potencia la financiación público-privada en la política de cohesión. El informe versa sobre el objetivo de la innovación dentro de la Estrategia 2020. Trata la innovación desde una perspectiva muy amplia, apoyando el desarrollo tecnológico, así como, innovación social basada en la experiencia. Fomenta la innovación regional y su adaptabilidad a las circunstancias particulares del entorno. También promueve una mejor rendición de cuentas y sistemas de evaluación. Se echa en falta una reflexión y pronunciamiento acerca de la recolocación de puestos de trabajo destruidos por la innovación tecnológica, así como, sobre el fenómeno de la concentración de la riqueza generada por la especialización inteligente.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Le PMI sono essenziali per l'economia delle regioni dell'UE in termini di occupazione e la competitività. Negli ultimi dieci anni le PMI hanno creato l'85 % dei posti di lavoro europei e nel 2015 hanno contribuito fino al 71 % della crescita dell'occupazione nell'economia commerciale non finanziaria. Attraverso i fondi ESI, in particolare l'Obiettivo Tematico 3, possiamo contribuire a migliorare ulteriormente la competitività delle piccole e medie imprese e la loro capacità di generare buona occupazione.

Per il periodo 2014-2020 sono previsti 63 miliardi di EUR che potranno sostenere oltre 800 000 PMI. La parte finanziaria, tuttavia, è solo uno degli aspetti. Persistono infatti alcune strozzature che impediscono di svilupparne appieno le potenzialità, a cominciare dalle difficolta che, a livello di Stati membri, si hanno nell'accesso al credito. Inoltre, la relazione sottolinea giustamente la necessità di semplificare le procedure amministrative e il ruolo che le amministrazioni locali devono svolgere, in particolare offrendo la necessaria assistenza tecnica. Con una più stretta cooperazione tra tutti i livelli possiamo sicuramente migliorare sia l'assorbimento delle risorse che la capacità delle PMI di contribuire alla crescita socio-economica europea.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Cu o economie globală aflată într-o continuă transformare și care este marcată de recesiuni, dar și constrângeri bugetare, UE este obligată să-și îmbunătățească potențialul de inovare. Strategiile trebuie revizuite constant atunci când discutăm despre un domeniu aflat în continuă transformare. Am votat pentru creșterea sinergiei dintre instrumentele europene pentru a folosi resursele cât mai eficient. Este esențial ca autoritățile locale și cele regionale să-și dezvolte propriile opinii, precum și să asigure o cooperare mai extinsă între regiuni, pentru a evita dublarea eforturilor și cheltuielile ineficiente.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. - A technológiai fejlesztés és innováció megerősítése egyike az Európai Regionális Fejlesztési Alap 2014-2020 közötti időszakra vonatkozó beruházási prioritásainak. Az innováció, kutatás támogatásának pozitív hatásai vitathatatlanok. Az intelligens szakosodási stratégiák pozitív hatást gyakorolhatnak az európai gazdaság versenyképesebbé tételére, a munkahelyteremtésre, a vállalkozói szellemre. A stratégiák elősegítik a tudásalapú, fenntartható növekedést, a kiegyensúlyozott fejlődést és a minőségi munkahelyteremtést. A fentiek mellett az alapinfrastruktúra fejlesztését sem szabad elhanyagolni, mivel a megfelelő infrastrukturális összekapcsolás az egységes belső piac működésének is előfeltétele. Támogattam a jelentést.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Popieram działania związane z polityką spójności i strategią dotyczącą badań naukowych i innowacji na rzecz inteligentnej specjalizacji, które muszą jeszcze podjąć niektóre państwa członkowskie w celu spełnienia wymogów związanych z warunkiem ex ante RIS3. Ustalenia EFRR (Europejskiego Funduszu Rozwoju Regionalnego) dotyczące ukierunkowania inwestycji (w okresie programowania 2014-2020) na obszary badań naukowych, rozwoju technologicznego i innowacji za pomocą strategii inteligentnej specjalizacji są bardzo istotne. W pełni rozumiem, że RIS3 jest warunkiem ex ante, aby otrzymać wsparcie na powyższe inwestycje.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as I agree with the main areas outlined, where improvement for RIS3 should be carried out. The coordinated and complementary use of ESI Funds together with Horizon 2020 and EFSI, provides excellent options for boosting innovation at regional, national and EU levels. This strategy is fundamentally important to create a knowledge-based economy, sustainable growth and balances development and high quality jobs in all regions. This increases performance and also contributes to the achievement of the Europe 2020 objectives.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Consider necesară utilizarea complementarității dintre fondurile structurale și de investiții europene (ESIF) și fondurile europene pentru investiții strategice (EFSI) și a potențialului de a combina aceste fonduri în scopul de a face uz pe deplin de garanțiile Uniunii Europene pentru finanțarea platformelor de investiții.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative donne les premières conclusions ainsi que la position du Parlement européen sur les stratégies de recherche et d'innovation pour une spécialisation intelligente.

Élément clé de la nouvelle politique de cohésion 2014-2020, les stratégies SRI-SI visent à mieux mobiliser les fonds européens en incitant les régions à investir dans leurs atouts pour favoriser la croissance et l'emploi. Parmi les mesures principales, le rapport propose d'initier une réflexion pour l'amélioration de la mise en œuvre de ces stratégies.

Considérant que les spécificités des territoires sont des composantes essentielles du modèle de développement économique des régions, à l'exemple des zones de montagne, j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – We voted against this report because as usual, it was filled with buzz words and phrases that sound impressive but which will do nothing to create growth and jobs. The EU's obsessive interference and over regulation damages both jobs and growth and we fail to see how buzz words and corporate speak will change that.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu ce texte sur la politique de cohésion et les stratégies de recherche et d'innovation pour la spécialisation intelligente (SRI-SI). Afin de garantir la meilleure efficacité dans l'utilisation des fonds européens vers les actions prioritaires, il est indispensable que des stratégies de spécialisation intelligentes (SRI-SI) soient mises en place.

Ces stratégies de spécialisation intelligentes doivent alors se développer dans des conditions propices à l'amélioration de la compétitivité et de l'innovation en Europe qui doivent être encouragées par une synergie des différents instruments à notre disposition.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A technológiai fejlesztés és innováció megerősítése egyike az Európai Regionális Fejlesztési Alap 2014-2020 közötti időszakra vonatkozó beruházási prioritásainak. Az intelligens szakosodási stratégiák pozitív hatást gyakorolhatnak az európai gazdaság versenyképesebbé tételére, a munkahelyteremtésre, a vállalkozói szellemre. A stratégiák elősegítik a tudásalapú, fenntartható növekedést, a kiegyensúlyozott fejlődést és a minőségi munkahelyteremtést. Az innováció, kutatás támogatásának pozitív hatásai vitathatatlanok, ezért szavazatommal támogattam a jelentést a plenáris szavazás során.

Azonban fontosnak tartom megjegyezni, hogy az alapinfrastruktúra-fejlesztést sem szabad elhanyagolni, mert sokszor a fejlettebb tagállamokban is hiányos az infrastruktúra, a szükséges fejlesztés piaci alapon nem mindig oldható meg, és a megfelelő infrastrukturális összekapcsolás az egységes belső piac működésének is előfeltétele.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione perché ritengo che sia importante che l'Unione europea continui a rafforzare la propria capacità di innovare a fronte della crescente concorrenza mondiale. Inoltre, sostengo gli investimenti nella ricerca e nelle strategie di specializzazione intelligente per fornire servizi innovativi e competitivi, garantire crescita economica e nuovi posti di lavoro.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce texte sert de fil conducteur à la mise en œuvre du Fonds européen de développement économique et régional (FEDER). Ce dernier vise à instaurer une relation directe entre l'Union européenne (la Commission) et les collectivités, en faisant ainsi l'impasse sur les États membres.

En outre, ce programme cadre qui s'inscrit dans la droite ligne de la stratégie «Europe 2020» ne remet nullement en cause les politiques d'austérité imposées en Europe aussi bien sur les budgets publics que privés. Aussi, j'ai voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих този доклад, тъй като той подчертава ролята на многостепенното управление в процеса на създаване на стратегии, ролята на програмата за градско развитие на ЕС в създаването на синергии и силните връзки за ефективно използване на ресурсите, както и ролята на мониторинга и оценката като важна част от стратегиите за интелигентна специализация в програмния период 2014 –2020 г.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η πολιτική συνοχής, πέρα από μη λειτουργική γενικότερα, δεν οδηγεί σε δημιουργία ποιοτικών θέσεων. Αντιθέτως, έχει προκαλέσει μεγάλη απώλεια πολύτιμου ανθρώπινου δυναμικού και στην χώρα μας αλλά και σε όλες τις άλλες οικονομικά αδύναμες χώρες της Ένωσης.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A technológiai fejlesztés és innováció megerősítése egyike az Európai Regionális Fejlesztési Alap 2014-2020 közötti időszakra vonatkozó beruházási prioritásainak. Az intelligens szakosodási stratégiák pozitív hatást gyakorolhatnak az európai gazdaság versenyképesebbé tételére, a munkahelyteremtésre, a vállalkozói szellemre. A stratégiák elősegítik a tudásalapú, fenntartható növekedést, a kiegyensúlyozott fejlődést és a minőségi munkahelyteremtést. Az innováció, kutatás támogatásának pozitív hatásai vitathatatlanok, ezért szavazatommal támogattam a jelentést a plenáris szavazás során.

Azonban fontosnak tartom megjegyezni, hogy az alapinfrastruktúra-fejlesztést sem szabad elhanyagolni, mert sokszor a fejlettebb tagállamokban is hiányos az infrastruktúra, a szükséges fejlesztés piaci alapon nem mindig oldható meg, és a megfelelő infrastrukturális összekapcsolás az egységes belső piac működésének is előfeltétele.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – As estratégias de RIS3 constituem uma ferramenta valiosa para colmatar o fosso em termos de inovação e impulsionar os empregos e o crescimento na Europa. As autoridades públicas devem tentar ter uma atenção especial ao acompanhamento e à revisão das estratégias, a fim de maximizar, por um lado, os seus resultados e, por outro, a cooperação inter-regional, com o objetivo de desenvolver projetos ambiciosos que criam valor acrescentado para a economia. A organização de uma conferência à escala europeia e o desenvolvimento de um documento de orientação política que incorpore os principais ensinamentos da experiência nesta área são ferramentas muito úteis a favor de uma melhoria contínua.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: il convient de noter que la stratégie SRI-SI favorise la concentration thématique, ce qui a pour conséquence de miser exclusivement sur des gros clusters ou pôles de recherche sans soutenir les petites structures et les grappes d'innovation

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O Fundo Europeu de Desenvolvimento Regional (FEDER), em apoio ao Objetivo Temático n.º 1, estabeleceu que as regiões devem canalizar os respetivos investimentos em IDI (investigação, desenvolvimento e inovação) através de estratégias de especialização inteligente no período de programação 2014-2020. Por conseguinte, as RIS3 constituem uma condição «ex ante» para os Estados-Membros e as regiões da UE beneficiarem dos Fundos Europeus Estruturais e de Investimento. Todas as regiões europeias dispõem de uma Estratégia RIS3. Estas estratégias foram moldadas e começaram a ser executadas durante 2014 e 2015.

Ainda que o relatório se ligue à dimensão de cumprimento de objetivos da UE (nomeadamente através da Estratégia UE 2020, que rejeitamos), a lógica de centrar as estratégias de IDI nos Estados-Membros e nos organismos regionais e locais permite uma definição de necessidades mais realista e perspetivas de desenvolvimento mais sustentadas (não impostas, parecendo a lógica ser a de que a concretização do objetivo local poderá contribuir para o objetivo geral). A mobilização de fundos estruturais e de investimento, ligados à coesão social e territorial, enquadrados numa lógica RIS, poderá contribuir para o investimento na dinamização económica, nomeadamente no apoio às PME, o que, principalmente no quadro de depressão económica que a austeridade e as políticas de asfixia neoliberal impuseram, parece positivo.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – In un periodo di recessione economica e ristrettezze di bilancio e in un contesto di crescente inasprimento della concorrenza mondiale, è di vitale importanza che l'Unione europea continui a rafforzare la propria capacità di innovare. Ho votato a favore della relazione sull'implementazione della politica di coesione e delle strategie di ricerca e innovazione per la specializzazione intelligente, perché mette in evidenza gli aspetti a cui le strategie dovrebbero prestare particolare attenzione, come: l'analisi delle priorità, dei punti di forza e del potenziale di ogni regione; l'elaborazione di un monitoraggio periodico di tipo quantitativo e qualitativo; l'elaborazione di processi partecipativi; la creazione di sinergie tra attori pubblici e privati; il coordinamento tra tutti i livelli di governance e servizi. Ciascun paese dell'UE dovrebbe adoperarsi al massimo per promuovere sinergie tra questi strumenti e utilizzare le risorse nel modo più efficiente.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Cieľom stratégie RIS3, ktorá je založená na politike súdržnosti, stratégie a výskumu a inovácií pre inteligentnú špecializáciu, je na základe poznatkov, udržateľného rastu, vyváženého rozvoja a vysoko kvalitných pracovných miest vo všetkých oblastiach – nielen v ekonomicky silných oblastiach, ale aj v regiónoch v procese transformácie rovnako ako v menej rozvinutých, vidieckych a odľahlých oblastiach – skvalitniť stratégiu inteligentnej špecializácie podpory tematického zamerania a strategického plánovania lepšieho využitia európskych štrukturálnych fondov a investičných fondov, zvýšiť orientáciu na výkon na zemi, a tým prispieť k dosiahnutiu cieľov, ktoré boli stanovené v rámci stratégie EUROPA2020.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione perché sono per un maggiore e continuo monitoraggio della strategia di innovazione per la specializzazione intelligente.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πολιτική συνοχής και τις στρατηγικές έρευνας και καινοτομίας για έξυπνη εξειδίκευση (RIS3), διότι η πολιτική συνοχής πέρα από μη λειτουργική γενικότερα, δεν οδηγεί σε δημιουργία ποιοτικών θέσεων, αντιθέτως, έχει προκαλέσει μεγάλη απώλεια πολύτιμου ανθρώπινου δυναμικού στην χώρα μας, όπως και σε όλες τις άλλες οικονομικά αδύναμες χώρες της Ένωσης.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – During the year 2014, regions have started to develop and publish their RIS3 strategies. The aim of these strategies is to create knowledge-based, sustainable growth, balanced development and high quality jobs in all regions, not only in well-developed areas but also in regions in transition as well as in less developed, rural and island regions. Smart specialisation strategies support thematic concentration and strategic programming of the European Structural and Investment Funds (ESI Funds) and lead to increased performance orientation on the ground, thus contributing to the achievement of the Europe 2020 objectives. I therefore support the report.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A technológiai fejlesztés és innováció megerősítése egyike az Európai Regionális Fejlesztési Alap 2014-2020 közötti időszakra vonatkozó beruházási prioritásainak. Az intelligens szakosodási stratégiák pozitív hatást gyakorolhatnak az európai gazdaság versenyképesebbé tételére, a munkahelyteremtésre, a vállalkozói szellemre. A stratégiák elősegítik a tudásalapú, fenntartható növekedést, a kiegyensúlyozott fejlődést és a minőségi munkahelyteremtést. Az innováció, kutatás támogatásának pozitív hatásai vitathatatlanok, ezért szavazatommal támogattam a jelentést a plenáris szavazás során.

Azonban fontosnak tartom megjegyezni, hogy az alapinfrastruktúra-fejlesztést sem szabad elhanyagolni, mert sokszor a fejlettebb tagállamokban is hiányos az infrastruktúra, a szükséges fejlesztés piaci alapon nem mindig oldható meg, és a megfelelő infrastrukturális összekapcsolás az egységes belső piac működésének előfeltétele.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a néppárti álláspontot, mivel a gazdasági recesszió és ennek következtében a szigorú költségvetési korlátozások és egyre élesedő globális verseny idején létfontosságú az EU számára innovációs képességének fenntartható javítása. A RIS3 központi szerepet tölt be a kohéziós politikának az Európa 2020 stratégia célkitűzéseihez való hozzájárulásában, ezért a RIS3 előzetes feltételnek számít a tagállamok és az uniós régiók számára ahhoz, hogy részesülhessenek az európai strukturális és beruházási alapok forrásaiból. Valamennyi európai régió rendelkezik RIS3 stratégiával, amelyeket folyamatosan felül kell vizsgálni.

Az innovációról van szó, azaz egy olyan területről, amely folyamatosan változik, ezért alapvető fontosságú, hogy a stratégiákat folyamatosan hozzáigazítsák a szakosodás területén bekövetkező változásokhoz. Ezenkívül ki kell emelni azokat a területeket, amelyekre a stratégiáknak különös figyelmet kell fordítaniuk: a prioritások elemzése, az egyes régiók erősségei és potenciálja, a négyes spirál bevonása a stratégiák meghatározásába, a módszertan használata, rendszeres időközönkénti mennyiségi és minőségi nyomon követés kialakítása, részvételi eljárások kialakítása, az érdekelt felek meghívása, különös tekintettel a magánszférára, a köz- és a magánszféra közötti szinergiák kialakítása, az összes irányítási szint és szervezeti egység közötti koordináció, illetve alternatív finanszírozási módok felkutatása.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor totalmente convencido de que es necesario, en un momento de recesión económica y restricciones presupuestarias, y en un entorno mundial cada vez más competitivo, que la Unión Europea siga mejorando su capacidad de innovar. Estamos hablando de innovación, un ámbito en constante cambio. Por ello, es esencial que las estrategias se adapten constantemente a los cambios operados en el ámbito de especialización. Todas las regiones europeas disponen de una estrategia RIS3, y estas estrategias se han empezado a aplicar a lo largo de 2014 y 2015.

Elisabetta Gardini (PPE), *in writing*. — This is a very important report and it aims to increase the impact of the ESI funds on for example job creation and growth. The report outlines that the regions should develop RIS3 strategies based on analyses of competences, assets and more. It is important that these RIS3 strategies are developed on a regional level so that no growth opportunities are not lost. I also support the report in its assessment that more synergies are needed across different EU funding instruments, such as ESI. These obstacles hinders the coordination and the coherence of EU funding and reduces their overall impact.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Coordinare al meglio le risorse provenienti dall'Europa è un'esigenza cruciale per la crescita. Il ruolo delle autorità locali e regionali è essenziale per perseguire tale obiettivo. La relazione che abbiamo approvato sottolinea come ad una specializzazione strategica per l'innovazione debba anche e necessariamente corrispondere una complementarità tra tutti i fondi a disposizione. La crisi economico-finanziaria e le conseguenti riduzioni dei bilanci pubblici impongono ai territori uno sforzo per razionalizzare le capacità di investimenti per l'innovazione; con questa relazione auspichiamo che si pongano le basi per un approccio più comune ed efficace.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del Parlamento europeo sulla politica di coesione e strategie di ricerca e innovazione per la specializzazione intelligente (RIS3) perché sono fermamente convinta che in questi tempi di crisi economica, finanziaria e sociale l'UE debba intensificare gli sforzi per creare una crescita economica intelligente, sostenibile ma soprattutto inclusiva.

L'innovazione deve essere la chiave di volta per rafforzare le sinergie tra i paesi membri per la crescita e la creazione di nuovi posti di lavoro, e le aree urbane dell'UE devono svolgere un ruolo fondamentale in questo processo, diventando catalizzatori delle strategie di *smart specialization*. Le regioni e le città, come fatto in Puglia, devono fungere da poli per vari attori e settori, declinando le sfide e le opportunità per la crescita intelligente, ed essendo pioniere dell'approccio territoriale integrato.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über Kohäsionspolitik und Forschungs- und Innovationsstrategien für intelligente Spezialisierung (RIS3) gestimmt, da ich der Überzeugung bin, wir müssen regionale Förderung und Forschungsförderung noch weiter verzahnen – gerade zum Vorteil strukturschwacher Regionen. Dort schaffen wir Arbeit. Beispiele existierender regionaler Forschungs- und Innovationsstrategien beweisen das – etwa in Thüringen.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich unterstütze die Kohäsionspolitik der Europäischen Union. Vor allem in den jetzigen Zeiten von wirtschaftlicher Rezession, knappen Haushalten und einem sich verschärfenden weltweiten Wettbewerb ist es absolut notwendig, dass die Europäische Union ihre Innovationskraft ausweitet und die europäischen Regionen gestärkt werden. Die Unterstützung wird vor allem im Bereich der Förderung von Beschäftigung und dem interregionale Austausch ansetzen.

Besonders begrüße ich, dass die Kohäsionspolitik wirtschaftliches Wachstum in ländlichen Regionen als ein zentrales Ziel anerkennt.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report because innovation is an area that is continuously evolving. It follows therefore that RIS3 strategies should be constantly revised. In order to achieve this, a review of the strategies after 2017 seems mandatory so as to boost efficiency and effectiveness, also taking into account the lessons learned from the initial years of their implementation.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de este informe que apoya las políticas de cohesión y las estrategias de investigación e innovación para la especialización inteligente (RIS3).

Las RIS3 contribuyen a la programación estratégica de los Fondos de Cohesión y pueden tener un papel fundamental en el cumplimiento de los objetivos de Europa 2020, en la búsqueda de un desarrollo equilibrado y sostenible y en la creación de empleos de calidad.

Propone además el apoyo a las gobernanzas multinivel y mayor participación a todos los niveles en los programas de ayudas, así como, la creación de sinergias positivas en las diferentes regiones para determinar sus puntos fuertes.

Aunque el informe contiene muchas «odas al viento» estoy a favor de la innovación tecnológica y social, de la evaluación del sistema de ayudas, el refuerzo de las fortalezas de cada región y de las pymes, para conseguir un desarrollo más sostenible.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Głosowałam za przyjęciem sprawozdania w sprawie polityki spójności i strategii dotyczących badań naukowych i innowacji na rzecz inteligentnej specjalizacji, tzw. RIS3.

Strategie RIS3 są cennym narzędziem do minimalizowania luki innowacyjnej i zwiększenia zatrudnienia oraz pobudzenia wzrostu gospodarczego w Europie. Strategia wymaga jeszcze wielu usprawnień, a władze publiczne powinny stale monitorować strategie w celu maksymalizacji ich wyników i zapewnienia możliwie jak najefektywniejszej współpracy międzyregionalnej. Uproszczenie i skoordynowanie istniejących programów jest ponadto niezbędne dla odpowiedniej realizacji tych strategii w kolejnych latach.

W tym kontekście przegląd strategii po 2017 r. powinien być obowiązkowy w celu zwiększenia efektywności i skuteczności strategii RIS3, biorąc pod uwagę doświadczenia zdobyte w pierwszych latach ich realizacji.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – With my EPLP colleagues I voted in favour of this report because innovation is an area that is continuously changing, RIS 3 strategies should be constant revised. For this purpose, a review of the strategies after 2017 seems mandatory in order to boost the efficiency and effectiveness of them, taking also into account the lessons learned from the initial years of their implementation.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report. RIS3 strategies are a valuable tool to tackle the innovation gap, and boost jobs and growth in Europe. Simplification, as well as coordination of the existing programmes, is also essential in contributing to a good implementation of those strategies in the years to come.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. — Υπερψηφίσαμε την έκθεση αφού προωθεί την ανάπτυξη της καινοτομίας παρέχοντας ένα ευρύ φάσμα επιλόγων για μια ισορροπημένη ανάπτυξη μέσω επενδύσεων σε δυσμενείς περιοχές, σε περιφέρειες καθώς και σε λιγότερο ανεπτυγμένες, αγροτικές και νησιωτικές περιοχές.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report because within cohesion policy, the European Regional Development Fund (ERDF) established that regions were required to concentrate their investments within four priorities including R&D and Innovation via smart specialisation strategies (RIS3) in the 2014-2020 programming period. Therefore, RIS3 is an ex-ante condition for Member States and EU regions for receiving European Structural and Investment Funds (ESIF). I was happy that the report focused on the RIS3 and its central role within cohesion policy and its contribution to the Europe 2020 goals. Moreover, the report highlights that the implementation of RIS3 can only be successful if based on local and regional assets. In addition, the report asks for better synergies for growth and job creation between funding instruments, ESIF, EFSI and Horizon 2020. Finally, the report acknowledges the importance of Smart cities as catalysts for RIS3 and presents the main lessons for the future of RIS3.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour as I have no objections.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A technológiai fejlesztés és innováció megerősítése egyike az Európai Regionális Fejlesztési Alap 2014-2020 közötti időszakra vonatkozó beruházási prioritásainak. Az intelligens szakosodási stratégiák pozitív hatást gyakorolhatnak az európai gazdaság versenyképesebbé tételére, a munkahelyteremtésre, a vállalkozói szellemre. A stratégiák elősegítik a tudásalapú, fenntartható növekedést, a kiegyensúlyozott fejlődést és a minőségi munkahelyteremtést. Az innováció, kutatás támogatásának pozitív hatásai vitathatatlanok, ezért szavazatommal támogattam a jelentést a plenáris szavazás során.

Azonban fontosnak tartom megjegyezni, hogy az alapinfrastruktúra-fejlesztést sem szabad elhanyagolni, mert sokszor a fejlettebb tagállamokban is hiányos az infrastruktúra, a szükséges fejlesztés piaci alapon nem mindig oldható meg, és a megfelelő infrastrukturális összekapcsolás az egységes belső piac működésének is előfeltétele.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – The aim of these strategies is to create sustainable growth, balanced development and high quality jobs in all regions. Smart specialisation strategies support thematic concentration and strategic programming of the EFSI funds in order to increased performance.

This report deals with the areas where improvement for RIS3 should be carried out and underlines the fact that the use of ESI Funds, together with Horizon 2020, provides excellent options for boosting innovation at national and EU levels. I voted in favour of this report.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o kohezijskoj politici te istraživačkim i inovacijskim strategijama za pametnu specijalizaciju (RIS3) s obzirom na središnju ulogu strategije RIS3 u doprinosu kohezijske politike ciljevima strategije Europa 2020, te s obzirom da bi strategije RIS3 trebale pomoći pri jačanju konkurentnosti europskoga gospodarstva, razvoju europske dodane vrijednosti u inovacijama i otvaranju većeg broja boljih visokokvalitetnih radnih mjesta.

Razvoj strategije RIS3 uključuje postupak razvoja mehanizama upravljanja s pomoću kojih se utvrđuju konkretna područja s najvećim strateškim potencijalom i određuju strateški prioriteti. Strategijama pametne specijalizacije podržava se tematska koncentracija i strateško programiranje u okviru europskih strukturnih i investicijskih fondova čime se poboljšava učinak na terenu.

U okviru platforme S3 u Sevilli, posebnu pozornost bi trebalo posvetiti regijama koje zaostaju te im pružiti pomoć u oblikovanju i usmjeravanju njihovih strategija. Postoji problem što su neke države članice uspostavile nacionalne strategije RIS3 tako da lokalnim i regionalnim tijelima nisu pružile šansu da oblikuju vlastite stavove.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – La stratégie présentée dans ce rapport s'inscrit dans le cadre du Fonds européen pour les investissements stratégiques (plan Juncker). Ce document de cadrage oriente la mise en œuvre de la politique de cohésion et le versement du Fonds européen de développement économique régional (FEDER). Il considère que la stratégie économique de l'Union doit tout miser sur la spécialisation et l'innovation dans le but d'améliorer la compétitivité de notre économie.

Cependant, rien n'est prévu pour soutenir le principe de labellisation (entreprises innovantes) ou aborder le problème des brevets et de l'espionnage industriel, sujets pourtant stratégiques. De plus, on ne trouve aucune critique ou remise en cause des politiques d'austérité sur les budgets publics et privés de soutien aux politiques de recherche et d'innovation.

L'État français, pris en tenaille entre l'Union européenne et les régions, n'est pas chef de file de la mise en œuvre de cette stratégie qui répond à des orientations décidées par la Commission européenne.

L'Union européenne utilise la stratégie SRI-SI pour renforcer les relations directes entre la Commission européenne et les régions devenues autorité de gestion du FEDER, ainsi que la coopération transeuropéenne au détriment de la coopération entre États nations. J'ai donc voté contre ce texte.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I supported this resolution because RIS3 will allow our regions to remain competitive, create more quality jobs and achieve sustainable growth by helping them develop in the areas of their strength. Put differently, smart specialisation means that these regions will be able to focus in priority sectors where they have the biggest competitive potential. I believe in the participatory approach of this strategy that concentrates on targeted research and innovation programmes but at the same time offers support for regions and businesses to take full advantage of the new technologies and knowledge. This way we will be able to bridge the development and innovation gap in Europe.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Ramón Luis Valcárcel Siso au sujet des stratégies de recherche et d'innovation pour une spécialisation intelligente. Ces stratégies encouragent les différentes régions européennes à identifier leurs atouts afin d'orienter au mieux les fonds européens et de maximiser ainsi leur contribution à la croissance.

Le rapport tire les premières leçons de la mise en œuvre de ces stratégies et émet plusieurs recommandations de bon sens pour l'avenir. Il souligne par exemple l'importance de mieux adapter l'enseignement et la recherche aux besoins réels, afin que l'innovation réponde à la demande et débouche sur la croissance.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport Valcárcel Siso qui apporte son soutien aux stratégies de spécialisation intelligente et qui appelle à tirer les leçons de la mise en œuvre de ces stratégies afin d'obtenir de meilleurs résultats à l'avenir.

En effet, les stratégies de recherche et d'innovation pour une spécialisation intelligente (SRI-SI) sont une conditionnalité ex-ante pour l'attribution des fonds ESI.

Les SRI-SI favorisent la concentration thématique et la programmation stratégique des fonds. En fonction des atouts et des avantages de chaque région, ces stratégies ont pour but d'engendrer la croissance dans toutes les régions européennes.

Eva Kaili (S&D), *in writing*. – The report of Ramón Luis Valcárcel Siso on Cohesion policy and research and innovation has been focusing on the importance of certain aspects of our policies that I align with. At a time of economic recession and resulting budget constraints, and in an increasingly competitive global environment, it is crucial that the European Union keep improving its capacity to innovate.

The rapporteur is of the opinion that RIS3 strategies are a valuable tool to tackle the innovation gap, and boost jobs and growth in Europe. For the time being, we can see that creation of the strategies still leaves room for changes to be made. Public authorities should try to pay special attention to the monitoring and review of the strategies in order to maximise its output on the one hand, and interregional cooperation on the other hand, in order to develop ambitious projects that create added value for the economy. Simplification, as well as coordination of the existing programmes, is also essential in contributing to a good implementation of those strategies in the years to come.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für den vorliegenden Bericht. In seiner Ausgewogenheit bringt er Vorschläge an die Kommission ein, welche die intelligente Spezialisierung in der Kohäsionspolitik und RIS3 weiter vorantreiben, um so einen größeren Mehrwert für die Rezipienten zu schaffen.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as innovation is an area that is continuously changing. Therefore, a review of the strategies after 2017 seems mandatory in order to boost the efficiency and effectiveness of them, taking also into account the lessons learned from the initial years of their implementation.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A technológiai fejlesztés és innováció megerősítése egyike az Európai Regionális Fejlesztési Alap 2014-2020 közötti időszakra vonatkozó beruházási prioritásainak. Az intelligens szakosodási stratégiák pozitív hatást gyakorolhatnak az európai gazdaság versenyképesebbé tételére, a munkahelyteremtésre, a vállalkozói szellemre. A stratégiák elősegítik a tudásalapú, fenntartható növekedést, a kiegyensúlyozott fejlődést és a minőségi munkahelyteremtést. Az innováció, kutatás támogatásának pozitív hatásai vitathatatlanok, ezért szavazatommal támogattam a jelentést a plenáris szavazás során.

Azonban fontosnak tartom megjegyezni, hogy az alapinfrastruktúra-fejlesztést sem szabad elhanyagolni, mert sokszor a fejlettebb tagállamokban is hiányos az infrastruktúra, a szükséges fejlesztés piaci alapon nem mindig oldható meg, és a megfelelő infrastrukturális összekapcsolás az egységes belső piac működésének is előfeltétele.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. — Подкрепих доклада относно политиката на сближаване и научноизследователските и иновационните стратегии за инициативата за интелигентна специализация (RIS3), тъй като смятам, че технологиите и иновациите са основна предпоставка за икономически растеж както за регионите, така и за ЕС. Политиката на сближаване предоставя инструменти за насърчаване на научните изследвания и развитие на иновациите чрез използване на местните и регионални активи, чрез които могат да бъдат преодолени разликите в иновативния напредък между регионите.

Смятам, че чрез регионална насоченост, стратегическо и ефективно планиране и използване на инвестициите за публични изследвания и иновации ще се подпомогнат не само добре развитите области, но и по-слабо развитите и селските райони, ще се даде тласък за засилването на заетостта и растежа на местно ниво и ще се спомогне за засилване на административния капацитет на местно и регионално ниво.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – Research and innovation strategies for Smart specialisation are particularly important in times when the EU needs to create smart, sustainable and inclusive growth in order to tackle financial and social crises across the Union. I supported the resolution and it is important to note that for the 2014-2020 programming period, Member States are required, for the first time, to develop national and/or regional smart specialisation strategies by involving national and regional managing authorities and stakeholders such as higher education institutions, industry and social partners, in an entrepreneurial discovery process. Therefore, research and innovation strategies for smart specialisation should be designed by a strong governance system and should stimulate private investment in research, technology and development.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La seguente proposta di risoluzione mira al raggiungimento di una crescita sostenibile che si basi sulla conoscenza, su uno sviluppo armonioso e sulla creazione di posti di lavoro, non solo nelle aree ben sviluppate, ma anche nelle regioni in transizione e in quelle meno sviluppate, rurali e insulari. Avendo riguardo al presente obiettivo tematico, il FESR prevede che, durante il periodo 2014/2020, le regioni debbano concentrare gli investimenti nella RSI, mediante le strategie di specializzazione intelligente.

In questo contesto trova attuazione la RIS3, che costituisce la condizione attraverso la quale è possibile concedere agli Stati membri e alle regioni dell'UE, le quali godono di una propria strategia RIS3, fondi strutturali e di investimento europei (i cosiddetti fondi SIE). Pertanto, ritengo che le summenzionate strategie rappresentino uno strumento in grado di promuovere la crescita occupazionale europea e, per contribuire ad una buona attuazione di tali strategie, sono essenziali la semplificazione e il coordinamento dei programmi esistenti.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport parce qu'il ne veut opérer aucune remise en cause des politiques d'austérité sur les budgets publics et privés de soutien aux politiques de recherche et d'innovation.

D'autre part, je déplore que l'Union européenne utilise la stratégie SRI-SI pour renforcer les relations directes entre la Commission européenne et les régions devenues autorités de gestion du FEDER, au détriment de la coopération entre États nations.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur la politique de cohésion et les stratégies de recherche et d'innovation pour la spécialisation intelligente.

Ce texte vante les mérites de la stratégie de recherche et d'innovation pour la spécialisation intelligente. Il ne comporte aucune critique ou remise en cause des politiques d'austérité sur les budgets publics et privés de soutien aux politiques de recherche et d'innovation.

Le mode de gouvernance de la stratégie doit être à multi-niveaux et compatible avec la stratégie Europe 2020. Cela veut dire que l'État français n'est pas chef de file de la mise en œuvre de cette stratégie qui répond à des orientations décidées par la Commission européenne. L'Union européenne utilise la stratégie SRI-SI pour renforcer les relations directes entre la Commission européenne et les régions devenues autorité de gestion du FEDER, ainsi que la coopération transeuropéenne au détriment de la coopération entre États nations.

Dans le texte, rien n'est prévu pour soutenir le principe de labellisation (entreprises innovantes) ou aborder l'épineux problème des brevets et de l'espionnage industriel, qui constituent des sujets majeurs pour l'avenir des économies de nos États membres.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vante les mérites de la stratégie de recherche et d'innovation pour la spécialisation intelligente. Il considère qu'en termes de stratégie économique, l'UE doit tout miser sur la spécialisation et l'innovation, afin d'améliorer la compétitivité économique européenne.

Néanmoins, derrière ces poncifs se dessinent plusieurs éléments négatifs. Tout d'abord, le texte ne prévoit pas de soutien pour la labellisation, n'aborde pas la question des brevets et de l'espionnage industriels.

De plus, il tend à écarter l'échelon national au profit d'une relation directe entre la Commission et les régions, devenues autorité de gestion du FEDER (Fonds européen de développement régional).

Enfin, on n'y trouve nulle remise en cause de la politique monétaire de la Banque centrale européenne et des politiques d'austérité menées depuis des années.

Pour toutes ces raisons, j'ai voté contre ce rapport.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe porque se ha centrado en los principales ámbitos de mejora de las RIS3. En particular, el informe subraya que la utilización coordinada y complementaria de los Fondos EIE con el programa Horizonte 2020 y el Fondo Europeo para Inversiones Estratégicas (FEIE), en consonancia con las orientaciones sobre complementariedades entre el FEIE y los Fondos EIE publicadas por la Comisión en febrero de 2016, ofrece excelentes posibilidades para impulsar la innovación a escala regional, nacional y de la Unión, aumentando el atractivo de las inversiones en investigación e innovación con el fin de atraer capital privado como complemento de la financiación pública.

En este sentido, el informe pide a las autoridades locales y regionales que aprovechen al máximo las posibilidades de combinación de estos instrumentos.

El informe pide que se realice una revisión de las estrategias RIS3 después de 2017 con el propósito de mejorar su eficiencia y eficacia, teniendo en cuenta lo aprendido en los primeros años de su aplicación.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención en este informe, porque a pesar de contener aspectos positivos promueve la lógica de los mercados como gobernantes de facto de los Estados y sus ciudadanos, y potencia la financiación público-privada en la política de cohesión. El informe versa sobre el objetivo de la innovación dentro de la Estrategia 2020. Trata la innovación desde una perspectiva muy amplia, apoyando el desarrollo tecnológico, así como, innovación social basada en la experiencia. Fomenta la innovación regional y su adaptabilidad a las circunstancias particulares del entorno. También promueve una mejor rendición de cuentas y sistemas de evaluación. Se echa en falta una reflexión y pronunciamiento acerca de la recolocación de puestos de trabajo destruidos por la innovación tecnológica, así como, sobre el fenómeno de la concentración de la riqueza generada por la especialización inteligente.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – En un momento de recesión económica y restricciones presupuestarias, y en un entorno mundial cada vez más competitivo, es crucial la labor de este informe que apuesta por la innovación y por las políticas de cohesión.

Como ya se estableció, el Fondo Europeo de Desarrollo Regional (FEDER) debe ser utilizado por las diferentes regiones europeas para definir su inversión en I+D+i a través de estrategias de especialización inteligente. Los RIS3 son una condición *ex ante* para que los Estados miembros y las regiones de la Unión puedan recibir los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos (Fondos EIE). Así contribuimos a la concentración temática y a la programación estratégica de los mismos, conduciendo a una mayor orientación de los resultados sobre el terreno.

Doy mi voto positivo para la aprobación de este informe, que además de lo anteriormente descrito, fomenta un crecimiento sostenible basado en el conocimiento, que impulsa un desarrollo equilibrado y la creación de empleos de calidad en todas las regiones.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report that aims to bolster knowledge-based growth equally in developed and less-developed regions.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Jde o neužitečné usnesení plné nesmyslných provolání, jako např., že „strategie inteligentních specializací by měly být účinným nástrojem k vypořádání se se sociálními, environmentálními, klimatickými a energetickými výzvami." Nesouhlasím ani s tím, „aby vnitrostátní orgány investovaly do regionálního zpravodajství a hloubkové analýzy velkého objemu dat, což jim umožní pochopit vývojové trendy týkající se regionálních podniků v globálním hodnotovém řetězci." Podle mě nic takového vnitrostátní orgány dělat nemají.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – I support the report's idea to develop Strategies for Smart Specialisation on the basis of analyses of each region's existing capabilities, assets and competences, to focus on entrepreneurial discovery in order to detect emerging niches or comparative advantages for smart specialisation, and to enhance a stronger partnership between public and private sectors.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Politika súdržnosti musí byť zameraná na efektívne a účinné využívanie zdrojov pri dosahovaní cieľov stratégie Európa 2020. Zvyšujúca sa konkurencieschopnosť si prirodzene vyžaduje zamerať sa na rozvoj a zvyšovanie podpory výskumu, vývoja a inovácií a na činnosti s vysokou pridanou hodnotou, ktoré posilnia rast zamestnanosti a rozvoj regiónov. Stratégia výskumu a inovácií pre inteligentnú špecializáciu (RIS3) je základom pre tvorbu operačných programov a vyžaduje si od všetkých zúčastnených subjektov nielen dôkladné poznanie regiónov a vzájomnú kvalitnú spoluprácu, ale aj kontrolu, monitorovanie a hodnotenie výsledkov pri dosahovaní cieľov. RIS3 je dôležitým nástrojom na riešenie rozdielov v oblasti inovácií a zvýšenie zamestnanosti a rastu v Európe.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – Dans le cadre d'«Europe 2020», chaque État membre a défini en 2014 ses stratégies nationales et régionales d'innovation pour une spécialisation intelligente (SRI-SI). Ces dernières visent à accroître les synergies entre les différentes politiques européennes, nationales et régionales, afin d'investir dans des domaines clés tels que l'éducation, l'innovation, l'inclusion sociale et l'énergie.

Ce rapport identifie principalement les domaines dans lesquels des améliorations peuvent être apportées en matière de spécialisation intelligente. Il rappelle par ailleurs la nécessaire complémentarité entre les fonds structurels européens, la stratégie Horizon 2020 et le fonds européen pour les investissements stratégiques (Plan Juncker) afin de stimuler l'innovation.

Je vote pour ce rapport qui promeut l'optimisation de l'utilisation des fonds européens au service de la croissance locale.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πολιτική συνοχής και τις στρατηγικές έρευνας και καινοτομίας για έξυπνη εξειδίκευση (RIS3), διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce document sert de fil conducteur à la mise en œuvre du Fonds européen de développement économique et régional (FEDER).

Dans sa mise en œuvre, il vise à instaurer une relation directe entre l'Union européenne (la Commission), en faisant ainsi l'impasse sur les États membres.

En outre, ce programme cadre, qui s'inscrit dans la droite ligne de la stratégie «Europe 2020» ne remet nullement en cause les politiques d'austérité imposées en Europe aussi bien sur les budgets publics que privés.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. — Regarding the Report on Cohesion Policy and Research and Innovation Strategies for Smart Specialisation, I voted in favour, as the report highlights the need to develop sustainable and inclusive economic growth. The European Union has room for improvement, and, therefore, I find essential the need for technological development, education, specialisation strategies, and innovation, during these times of economic, financial, and social crisis the union is undergoing. Only by improving these areas is the EU able to develop a more competitive economy, allowing for the creation of more and better high-quality jobs.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – La Unión necesita tomar medidas que ayuden a fomentar un crecimiento económico sostenible e integrador, así como, el empleo de calidad, que es uno de los objetivos más importantes de la estrategia Europa 2020. Por eso es tan importante el informe que hemos aprobado, con mi total apoyo, en el que mi compañero Ramón Luis Valcárcel aboga por reforzar la competitividad de las regiones.

Para ello, proponemos impulsar las estrategias de especialización inteligente, que se deben convertir en herramientas indispensables para crear empleo de calidad y de futuro, dando la oportunidad a nuestras regiones para modernizarse y transformarse en polos innovadores que puedan competir en este mundo globalizado.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Η βελτίωση της ικανότητας της ΕΕ για καινοτομία και εξειδίκευση είναι θεμελιώδους σημασίας. Θα πρέπει να διαμορφωθούν καλύτερες στρατηγικές σε τομείς που αφορούν το RIS3 και να προσαρμόζονται συνέχεις στις αλλαγές του τομές εξειδίκευσης. Για την αποτελεσματική εφαρμογή των στρατηγικών αυτών είναι απαραίτητη η διευκόλυνση και απλούστευση των διάφορων διοικητικών διαδικασιών. Υπάρχουν διάφοροι τρόποι για την τόνωση της έρευνας και της καινοτομίας οι οποίοι μπορούν να συμβάλουν στη δημιουργία θέσεων απασχόλησης. Τέλος δεν πρέπει να αγνοείται και η σημαντικότητα της αξιολόγησης των καινοτομιών αυτών και της διαδικασίας που οδηγεί στην έρευνα και την εξειδίκευση, για τη σωστή αξιολόγηση είναι απαραίτητο να χρησιμοποιούνται σωστά ποιοτικά και ποσοτικά μέτρα και να δημοσιεύονται έγκυρες εκθέσεις οι οποίες θα αναλύουν τον αντίκτυπο των στρατηγικών RIS3.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Hier wird über die Stärkung der Wirtschaft durch die effiziente Verwendung von EU-Mitteln im Rahmen der RIS3 berichtet. Mehr Innovation ist notwendig, um hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen. Dies kann ich nur unterstützen.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Mokslinių tyrimų, technologinės plėtros ir inovacijų stiprinimas yra vienas iš investavimo prioritetų pagal Europos regioninės plėtros fondo 2014-2020 m. nuostatas. Visgi, įvairiose ES valstybėse parama inovacijoms labai skiriasi, visų pirma kai kalbama apie žinių ir technologijų panaudojimą inovacijų skatinimo srityje. Šiuo programavimo laikotarpiu valstybės narės pirmą kartą įpareigojamos parengti nacionalines ir regionines pažangiosios specializacijos strategijas, į verslininkystės procesą įtraukiant nacionalines ir regionines valdymo institucijas bei aukštojo mokslo institucijas, pramonės ir socialinius partnerius. Todėl šiuo pranešimu Parlamentas pabrėžia, kad šių strategijų tikslas – užtikrinti žiniomis paremtą tvarų augimą, darnų vystymąsi ir aukštos kokybės darbo vietas visuose regionuose

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La spécialisation intelligente vise à mieux mobiliser l'ensemble des fonds structurels pour «une croissance intelligente, durable et inclusive», en incitant les régions à adopter des modèles de développement économique adaptés à leurs atouts et en renforçant les synergies entre les politiques européennes en faveur de la recherche et de l'innovation.

Ces stratégies de recherche et d'innovation favorisent la concentration thématique et la programmation stratégique des fonds structurels et d'investissement européens (fonds ESI).

Le rapport se félicite de la mise en place de ces stratégies, tout en soulignant le rôle des services publics dans l'efficacité de ces stratégies. «La capacité administrative des autorités et la stabilité du service public sont déterminantes pour l'efficacité de la mise en œuvre des stratégies».

Un bavardage moins pontifiant qu'à l'accoutumée, avec une reconnaissance du rôle de l'État. Je vote pour ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Dans ce texte, rien n'est prévu pour soutenir le principe de labellisation (entreprises innovantes) ni pour régler le problème des brevets et de l'espionnage industriel, qui constituent des sujets majeurs pour l'avenir des économies de nos États membres.

L'ensemble de la stratégie mise en place découle de la stratégie Europe 2020, directement imputable à la Commission. À ce titre, l'État français n'est pas maître de son propre destin en la matière.

Enfin, la stratégie SRI-SI favorise la concentration thématique, ce qui a pour conséquence de miser exclusivement sur des pôles de recherche exclusifs sans soutenir les petites structures et les grappes d'innovation.

En conséquence, j'ai voté contre ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Nesta época de crise económica, financeira e social, a UE deve intensificar os seus esforços em prol de um crescimento económico inteligente, sustentável e inclusivo. É necessário que os intervenientes desenvolvam as RIS3 com base na análise das capacidades, dos recursos e das competências de cada região, com o objetivo de identificar nichos emergentes ou vantagens comparativas para a especialização inteligente, evitar uma super-especialização forçada e artificial e reforçar uma parceria mais sólida entre os setores públicos e privados, evitando simultaneamente eventuais conflitos de interesses entre os setores públicos e privados. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report, which focuses on delivering research and innovation funds to less-developed and rural regions. The report expresses Parliament's support for the RIS3 platform and points out ways that they can improve through greater oversight, planning and participation.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Ce rapport a toute sa pertinence car il permet de tirer les enseignements de la mise en œuvre progressive au niveau régional des «stratégies de recherche et innovation pour la spécialisation intelligente» (SRI-SI).

Nous ne resterons compétitifs au niveau mondial qui si nous créons les conditions d'une croissance intelligente, durable et inclusive ; ce qui présuppose l'amélioration de notre capacité à innover. Pour y arriver, les SRI-SI doivent être conçues dans le cadre d'un système de gouvernance fort, fondées sur une analyse swoft (atouts, faiblesses, perspectives), faire l'objet d'un suivi et prévoir des mesures destinées à stimuler les investissements.

Ce ne sera que de cette manière que l'Europe pourra se revendiquer d'un savoir-faire européen qui lui permettra d'accroître sa compétitivité, de renouveler ses compétences, de créer des emplois, en un mot de continuer à exister au niveau mondial.

Dans ce cadre, je tiens à souligner le rôle essentiel joué par la plateforme pour la spécialisation intelligente (la «plateforme S3») dans la diffusion d'informations, de méthodes, de compétences et de conseils auprès des autorités responsables de l'élaboration des politiques à tous les niveaux de pouvoir et dans le cadre de la coopération transnationale.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* — V predchádzajúcom období sa v rámci Európskeho fondu regionálneho rozvoja pre tematický cieľ č. 1 stanovilo, aby regióny v programovom vyhlásení zamerali investície na výskum, vývoj a inovácie prostredníctvom stratégií inteligentnej špecializácie. Stratégie RIS3 sú pre štáty a regióny EÚ predbežnou podmienkou pre čerpanie prostriedkov z európskych fondov, majú ich všetky regióny a ich uplatňovanie sa začalo počas rokov 2014 a 2015. Stratégie RIS3 sú dôležitým nástrojom na riešenie rozdielov v oblasti inovácií a zvýšenie zamestnanosti a rastu. Keďže ide o inovácie, a teda oblasť, ktorá sa neustále mení, je nevyhnutné, aby sa stratégie neustále prispôsobovali zmenám, ku ktorým v oblasti špecializácie dochádza. Je potrebné, aby verejné orgány venovali osobitnú pozornosť monitoringu a preskúmaniu stratégií, aby sa na jednej strane maximalizoval ich výstup a medziregionálna spolupráca, a na strane druhej, aby sa vytvárali projekty prinášajúce pridanú hodnotu pre hospodárstvo. Návrh kladie dôraz aj na zjednodušenie a koordináciu existujúcich programov, na preskúmanie stratégií po roku 2017 s cieľom posilniť účinnosť a efektívnosť stratégií RIS3. Usporiadanie fóra pre dialóg zainteresovaných strán a vypracovanie politického dokumentu, ktorý by zahŕňal hlavné poznatky vyplývajúce z reálnych skúseností v tejto oblasti, sú užitočným nástrojom, a preto za daný návrh budem hlasovať kladne.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report on Cohesion Policy and Research and Innovation Strategies for smart specialisation (RIS3), which aims to create knowledge-based, sustainable growth, balanced development and high quality jobs in all regions, not only in well-developed areas but also in regions in transition as well as in less developed, rural and island regions. Smart specialisation strategies support thematic concentration and strategic programming of the European Structural and Investment Funds and lead to increased performance orientation on the ground, thus contributing to the achievement of the Europe 2020 objectives. A review of the strategies after 2017 seems mandatory in order to boost the efficiency and effectiveness of them, taking also into account the lessons learned from the initial years of their implementation.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A gazdasági recesszió és ennek következtében szigorú költségvetési korlátozások és egyre élesedő globális verseny idején létfontosságú az EU számára innovációs képességének fenntartható javítása. Az Európai Regionális Fejlesztési Alap (ERFA) meghatározta, hogy a régióknak a K+F+I-re irányuló beruházásaikat intelligens szakosodási stratégiák révén kell koncentrálniuk a 2014-2020 közötti programozási időszakban. Ezért a RIS3 előzetes feltételnek számít a tagállamok és az uniós régiók számára ahhoz, hogy részesülhessenek az európai strukturális és beruházási alapok forrásaiból. Valamennyi európai régió rendelkezik RIS3 stratégiával.

A stratégiákat a régiók 2014 során kezdték el kidolgozni és közzétenni. A stratégiák közzétételét és végrehajtásuk megkezdését követően le kell vonni a tanulságokat, és meg kell próbálnunk jobban összpontosítani a következő években végrehajtandó intézkedéseket, hogy a RIS3 stratégiákat eredményesebbé és hatékonyabbá tegyük. A Regionális Fejlesztési Bizottság jelentése áttekinti a stratégia kulcsfontosságú szempontjait, és azokra a főbb területekre koncentrál, amelyek esetében a RIS3-ra vonatkozóan fejlesztéseket kell végrehajtani. Az állásfoglalás-tervezetet megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le présent rapport vante les mérites de la stratégie de recherche et d'innovation pour la spécialisation intelligente. Il ne formule aucune critique ou remise en cause des politiques d'austérité et de leurs conséquences sur les budgets publics et privés de soutien aux politiques de recherche et d'innovation.

L'État français n'est pas chef de file de la mise en œuvre de la stratégie Europe 2020 qui répond à des orientations décidées par la Commission européenne.

L'Union européenne utilise la stratégie SRI-RI pour renforcer les relations directes entre la Commission européenne et les régions devenues autorités de gestion du FEDER ainsi que la coopération transeuropéenne au détriment de la coopération entre États-nations. La stratégie SRI-RI favorise la concentration thématique, ce qui a pour conséquence de miser exclusivement sur des gros clusters ou pôles de recherche sans soutenir les petites structures et les grappes d'innovation.

Vote défavorable.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Subscrevo a posição do relator quando afirma que nesta era de recessão económica e, consequentemente, de escassez de recursos orçamentais, bem como de concorrência cada vez mais renhida ao nível mundial, torna-se determinante para a UE melhorar de forma sustentável a sua capacidade de inovação.

Entendo que as estratégias de RIS3 constituem um mecanismo valioso para diminuir as assimetrias em termos de inovação e impulsionar os empregos e o crescimento na Europa.

Defendo que as estratégias de RIS3 devem adaptar-se continuamente, uma vez que a inovação está em constante evolução e, deste modo, torna-se vital que as estratégias estejam sujeitas a uma revisão contínua. Entendo ser essencial a simplificação e a redução dos estrangulamentos nos procedimentos administrativos, de modo a assegurar a boa aplicação e execução efetiva das estratégias.

Pelo exposto, e por identificar que as estratégias de especialização inteligente são ferramentas valiosas para encarar os desafios na UE, o presente relatório merece o meu voto favorável.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport fait l'éloge de la stratégie de recherche et d'innovation pour la spécialisation intelligente qui s'inscrit dans la nouvelle politique européenne d'investissement.

Ce rapport fait l'impasse sur les désastreuses politiques d'austérité imposées à la recherche et aux budgets nationaux. Cette stratégie répond à des orientations décidées par la Commission européenne et non par les États.

J'ai donc décidé de voter contre ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – With my EPLP colleagues I voted in favour of this report because innovation is an area that is continuously changing, RIS 3 strategies should be constant revised. For this purpose, a review of the strategies after 2017 seems mandatory in order to boost the efficiency and effectiveness of them, taking also into account the lessons learned from the initial years of their implementation.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur la politique de cohésion et les stratégies de recherche et d'innovation pour la spécialisation intelligente.

La mise en place d'une croissance nouvelle et durable, basée notamment sur la recherche et sur l'innovation, est fondamentale dans une Union européenne frappée par le chômage et par la concurrence déloyale des pays émergents.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport Valcárcel Siso sur la politique de cohésion et les stratégies de recherche et d'innovation pour la spécialisation intelligente (SRI-SI).

Les SRI-SI favorisent la concentration thématique et la programmation stratégique des fonds structurels et d'investissement et conduisent à une démarche plus axée sur l'efficacité de leur mise en œuvre.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – La capacità di innovare è essenziale per la ripresa economica dell'Unione, alla luce del complesso contesto di recessione economica e delle sempre maggiori pressioni competitive sui mercati globali. Le strategie di specializzazione intelligente mirano a raggiungere una crescita sostenibile basata sulla conoscenza e creare posti di lavoro di qualità in tutta l'Unione, con speciale attenzione a quelle regioni in fase di transizione o meno sviluppate. È quindi da accogliere in maniera positiva la relazione proposta dal Parlamento europeo, che identifica le principali opportunità di miglioramento per le strategie di specializzazione intelligente, puntando quindi a sfruttarne appieno il potenziale. In particolare, la relazione evidenzia il bisogno di un monitoraggio costante delle strategie RIS3, al fine di tenerle aggiornate, vista l'alta dinamicità del settore dell'innovazione.

Considerando poi che le strategie per la specializzazione intelligente supportano i programmi dei Fondi strutturali di investimento e concorrono al raggiungimento degli obiettivi strategici di Europa 2020, è importante che si raggiungano sinergie tra i vari strumenti finanziari dell'Unione. Presentando questa relazione, il Parlamento europeo si fa anche portavoce di un necessario cambiamento di mentalità per promuovere un approccio a partire dal basso, poiché sino ad ora il sistema di governance multilivello non è stato adeguatamente sfruttato.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo provvedimento poiché ritengo importante che l'Unione europea continui a investire e a potenziare l'attività di ricerca e innovazione considerato anche l'attuale periodo di recessione economica e di conseguenti ristrettezze di bilancio. Per mezzo del Fondo europeo di sviluppo regionale (FESR) le regioni concentreranno gli investimenti nella RIS, mediante strategie di specializzazione intelligente. Pertanto, la RIS3 costituisce una condizione ex ante per la concessione agli Stati membri e alle regioni dell'UE dei Fondi strutturali e d'investimento europei (fondi SIE). A seguito della pubblicazione delle strategie, è necessario individuare meglio le azioni da compiere nei prossimi anni per rendere le strategie RIS3 più efficaci ed efficienti. La presente relazione si concentra sui principali settori in cui si dovrebbero apportare miglioramenti alle RIS3.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Támogatom a jelentést, mivel úgy gondolom, hogy a RIS3 rendszer nagyban hozzájárul a fenntartható, intelligens és inkluzív gazdaság megvalósításához. A rendszer teljesen új módon ötvözi az ipari, oktatási és innovatív politikákat. Hármas spirál alapú megközelítést használ például a városfejlesztésben, melynek alapja az üzleti szereplők, a kutatóközpontok és a városok közötti fenntartható kapcsolat és együttműködés. A városok kulcsfontosságú szerepet töltenek be az Unió gazdasági és társadalmi fejlődésében, hiszen központokként szolgálnak a különböző szereplők és ágazatok számára. A jelentés rámutat arra, hogy a kisebb régiókban gondot okoz a megfelelő stratégiák kidolgozása és működtetése, a RIS3 rendszer innovációja hozzájárul ahhoz, hogy a bevált gyakorlatok cseréje alapján ezekben a régiókban a megfelelő stratégiák jól működjenek, illetve hogy ezek ismertté váljanak.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Improving the European Union's capacity to innovate is crucial during these times of economic recession. I have voted for this report which through the RIS3 strategy will, amongst others, stimulate private investment in research, technology and development.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. — Дадох подкрепата си за тази резолюция, призоваваща държавите от ЕС да подобрят изпълнението и мониторинга на „стратегии за интелигентна специализация“ (RIS3 или S3), защото съм на мнение, че S3 може да запълни някои от недостатъците на политиката на сближаване.

Въпреки че политиката на сближаване на ЕС е изключително важен механизъм, чиято основна цел трябва да е премахването на съществуващите социално-икономически неравенства между различните европейски региони, голяма част от европейските структурни и инвестиционни фондове не успяват да бъдат привлечени от селски и други по-слабо развити региони, които изпитват трудности при изготвянето и изпълнението на регионални стратегии.

В този контекст, заставам твърдо зад апела на тази резолюция за развиване на административния капацитет на региони в неравностойно положение. Именно чрез подобрения в административен капацитет селските и по-слабо развити региони, каквито има и в моята страна България, ще могат да идентифицират своите силни страни и приоритетни сфери за развитие по начин, по който да използват максималния потенциал на тяхното население, създавайки нови умения, знания, иновация и работни места.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Strategiile de cercetare și inovare pentru specializare inteligentă (RIS3) ar trebui să ajute la îmbunătățirea competitivității economiei europene, la dezvoltarea unei valori adăugate europene în inovație si la crearea de noi locuri de muncă de înaltă calitate. Strategiile de specializare inteligentă pot fi și instrumente puternice de abordare a provocărilor în materie de energie, eficiența resurselor și securitate energetică.

Subliniez importanța adaptării învățământului și cercetării la nevoile reale ale pieței, în efortul de a se asigura că inovațiile nou-apărute satisfac cererea și conduc la creștere economică.

Susțin noul Consiliu european al inovării, menit să creeze un ghișeu unic pentru inovatori, și care va face legătura între reușitele științifice și nevoile mediului de afaceri și ale autorităților publice din Europa.

Având în vedere că cercetarea, dezvoltarea tehnologică și inovarea constituie priorități de investiții în cadrul Fondului european de dezvoltare regională (FEDER) pentru perioada 2014-2020, am votat pentru rezoluția Parlamentului European referitoare la politica de coeziune și la strategiile de cercetare și inovare pentru specializare inteligentă (RIS3).

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I abstained on this own-initiative report, which covers the innovation objective of the Europe 2020 Strategy. Each Member State has adopted its own national targets in each of these areas (employment, innovation, education, social inclusion and climate/energy). National and regional authorities across Europe will design smart specialisation strategies in entrepreneurial discovery process, so that the European Structural Investment Funds (ESIF) can be used more efficiently and synergies between different EU, national and regional policies, as well as public and private investments can be increased.

There are some good points in the report, including a broad view of innovation, support for technological as well as practice-based and social innovation, and a monitoring and evaluation system. It also provides investment choices for regions with a limited number of priorities, particularly knowledge-based investments and/or clusters.

However, the report focuses very heavily on using cohesion policies to meet the Europe 2020 objectives, places a strong emphasis on public-private funding and financial mechanisms, and identifies competitiveness is the main overarching goal of the innovation strategy. For these reasons I could not support the report entirely, so abstained.

Андрей Новаков (PPE), *в писмена форма*. – С все по-изостряща се конкуренция в световен мащаб за ЕС е от решаващо значение да продължи да подобрява потенциала си за иновации. RIS3 допринасят за ефикасното използване на средствата на ЕС и отключват потенциала на всички региони, подпомагат ЕС в борбата с разликите в иновациите и увеличават конкурентоспособността му.

Докладът подчертава нуждата от регионален подход в изпълнение на RIS3 и призовава ЕС и държавите членки да извършват периодичен мониторинг на изпълнението на стратегиите. Стратегиите RIS3 са ценен инструмент за преодоляване на разликите в иновациите и за засилване на заетостта и растежа в Европа.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da hier über die Stärkung der Wirtschaft durch die effiziente Verwendung von EU-Mitteln im Rahmen der RIS3 berichtet wird. Mehr Innovation ist notwendig, um hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Στην περίοδο οικονομικής ύφεσης και χρηματοπιστωτικής και κοινωνικής κρίσης που διανύουμε, θέλουμε την ΕΕ να εξελιχθεί σε μια έξυπνη, διατηρήσιμη και χωρίς περιορισμούς οικονομία στα πλαίσια της στρατηγικής «Ευρώπη 2020». Στα πλαίσια λοιπόν της προγραμματικής περιόδου 2014-2020, ορίστηκε ότι οι περιφέρειες θα πρέπει να εστιάσουν τις επενδύσεις τους στην έρευνα, την ανάπτυξη και την καινοτομία μέσω στρατηγικών έξυπνης εξειδίκευσης (RIS3).

Αυτές οι στρατηγικές, που καταρτίζουν οι εθνικές και περιφερειακές αρχές σε όλη την Ευρώπη, συμβάλλουν έτσι ώστε να γίνει πιο αποδοτική η χρήση των διαρθρωτικών και επενδυτικών ταμείων της ΕΕ και να αυξηθούν οι συνέργειες μεταξύ διαφορετικών εθνικών και περιφερειακών πολιτικών σε επίπεδο ΕΕ, καθώς και μεταξύ δημόσιων και ιδιωτικών επενδύσεων.

Επιπλέον οι RIS3 θα συμβάλουν στο να καταστεί η ευρωπαϊκή οικονομία πιο ανταγωνιστική, να δημιουργηθεί ευρωπαϊκή προστιθέμενη αξία στην καινοτομία, να δημιουργηθούν περισσότερες και καλύτερες θέσεις απασχόλησης υψηλής ποιότητας και να προστεθεί ένα ευρύ φάσμα νέων εμπειριών· Είναι πολύ θετικό ότι οι RIS3 υποστηρίζουν τη δημιουργία θέσεων εργασίας όχι μόνο σε σημαντικούς πόλους της έρευνας και της καινοτομίας αλλά και σε λιγότερο αναπτυγμένες και αγροτικές περιοχές.

Υπερψήφισα την έκθεση η οποία επικεντρώνεται στα κύρια σημεία που πρέπει να βελτιωθούν με στόχο την καλύτερη διαμόρφωση των στρατηγικών.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – We voted against this report because as usual, it was filled with buzz words and phrases that sound impressive but which will do nothing to create growth and jobs. The EU's obsessive interference and over regulation damages both jobs and growth and we fail to see how buzz words and corporate speak will change that.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I voted in favour because one of my priorities is to encourage innovation at all levels. I believe that RIS3 aims to create knowledge- based growth not only in well-developed areas, but also in less-developed and rural regions. The report sends a support signal from the EU to RIS3 strategies, calls for them to be improved and also to for lessons to be learned from the strategies already initiated in order to achieve the best results in the forthcoming years in this area.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Jedan od prioriteta kohezijske politike jest razvijanje istraživanja, tehnološkog razvoja i inovacija čemu su usmjerene RIS3 strategije. Konačni cilj tih strategija jest stvaranje održivog i uključivog gospodarskog rasta što je imperativ za EU jer se nalazi u gospodarskoj, financijskoj i socijalnoj krizi.

Podržavam ovu rezoluciju zbog navedenih stavova i odredbi. Rezolucija jasno daje do znanja da su RIS3 strategije usmjerene prema jačanju konkurentnosti europskog gospodarstva te da pridonose razvoju poduzetničkog duha, postizanju uravnoteženog razvoja i otvaranju visokokvalitetnih radnih mjesta. Osim toga, te strategije pridonose učinkovitom korištenju fondova EU-a i zato utječu na sve države članice s ciljem da se oslobađa potencijal svih regija. Rezolucija u tom pogledu predlaže određene norme i smjernice kao što su poštivanje novih odredbi o *ex ante* uvjetima za dodjelu sredstava iz fondova ESI-ja te podržavanje uloge platforme S3. Rezolucija također naglašava važnost procesa „odozgo prema gore" zbog čega svaka država članica treba dati šansu lokalnim i regionalnim tijelima da oblikuju svoje stavove.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Le rapport vante la stratégie de recherche et d'innovation pour la spécialisation intelligente, censée s'inscrire, avec le Fonds européen pour les investissements stratégiques (plan Juncker), dans la nouvelle politique européenne d'investissement. Il oriente la mise en œuvre de la politique de cohésion et le versement du Fonds européen de développement économique régional (FEDER). Il considère que la stratégie économique de l'Union doit tout miser sur la spécialisation, l'innovation.

Rien n'est prévu sur le principe de labellisation (entreprises innovantes) ou l'épineux problème des brevets et de l'espionnage industriel. On ne lit aucune critique des politiques d'austérité.

Le mode de gouvernance de la stratégie doit être à multi-niveaux et compatibles avec la stratégie Europe 2020. Les orientations sont décidées par la Commission européenne, non par les États. L'Union européenne utilise la stratégie SRI-SI pour renforcer les relations directes entre la Commission européenne et les régions, devenues autorités de gestion du FEDER, au détriment de la coopération entre nations.

Notons aussi que la stratégie SRI-SI favorise la concentration thématique, ce qui a pour conséquence de miser exclusivement sur des gros clusters ou pôles de recherche sans soutenir les petites structures. Pour toutes ces raisons, je vote contre ce rapport.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Budući da u ovim vremenima gospodarske, financijske i socijalne krize EU mora ulagati više napora u stvaranje pametnog, održivog i uključivog gospodarskoga rasta, te da pravovremen i uspješan razvoj strategija RIS3 u državama članicama uvelike ovisi o njihovu rastućem administrativnom kapacitetu programiranja, pripreme proračuna, provedbe i evaluacije unutar okvira politike u cilju povećanja privatnih ulaganja u istraživanje, razvoj i inovacije.

U okviru tog razvoja treba voditi računa o činjenici da su inicijalne procjene strategija za pametnu specijalizaciju dale nejasnu sliku, pogotovo u pogledu izbora prioriteta koje se često smatralo previše općenitima ili nedovoljno povezanima s regionalnim gospodarskim i inovacijskim strukturama, što znači da je strategije pametne specijalizacije potrebno poboljšati u tom smislu. Zbog svega navedenog, podržavam usvajanje predloženog izvješća.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* – Il Fondo europeo di sviluppo regionale (FESR) stabilisce che, nel periodo di programmazione 2014-2020, le regioni debbano concentrare gli investimenti nella RIS, mediante strategie di specializzazione intelligente. All'interno di questo contesto la RIS3 costituisce una condizione ex ante per la concessione agli Stati membri e alle regioni dell'UE dei Fondi strutturali e d'investimento europei (fondi SIE). La concessione di questi fondi può avvenire, giustamente, solo a seguito del raggiungimento di determinati obiettivi tra i quali: l'elaborazione di un monitoraggio periodico di tipo quantitativo e qualitativo; l'elaborazione di processi partecipativi; il coinvolgimento delle parti interessate, con particolare attenzione al settore privato; la creazione di sinergie tra attori pubblici e privati; il coordinamento tra tutti i livelli di governance e l'individuazione di modalità alternative di finanziamento. Ritengo che sia di vitale importanza che l'Unione europea continui a rafforzare la propria capacità investire nella ricerca e nello sviluppo. Per questo motivo ho deciso di votare a favore dell'approvazione di questa risoluzione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie.* – Podczas ostatniej kadencji Europejski Fundusz Rozwoju Regionalnego (EFRR) ustalił w kontekście wspierania realizacji pierwszego celu tematycznego, że w okresie programowania 2014-2020 regiony muszą ukierunkować inwestycje na obszary badań naukowych, rozwoju technologicznego i innowacji za pomocą strategii inteligentnej specjalizacji. Dlatego RIS3 jest dla państw członkowskich i regionów UE warunkiem ex ante, by otrzymać wsparcie za pośrednictwem europejskich funduszy strukturalnych i inwestycyjnych (ESIF). Wszystkie regiony europejskie posiadają strategię RIS3. Strategie te zostały opracowane i zaczęto je realizować w latach 2014 i 2015. Zastosowanie warunku ex ante okazało się ważnym krokiem naprzód, ponieważ większość regionów przyjęła już strategię RIS3. Jednakże niektóre z nich muszą kontynuować prace mające na celu spełnienie wymogów związanych z warunkiem ex ante RIS3.

W sprawozdaniu podkreślono kluczowe znaczenie RIS3 dla wkładu polityki spójności w realizację celów strategii „Europa 2020", rolę zarządzania wielopoziomowego w procesie określania strategii, rolę unijnego programu dla miast w tworzeniu synergii i silnych powiązań umożliwiających skuteczne wykorzystywanie zasobów, rolę nadzoru i oceny. Niniejszym poparłem to sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur de ce rapport portant sur la politique de cohésion et les stratégies de recherche et d'innovation pour la spécialisation intelligente (SRI-SI).

Ces stratégies, qui sont une condition préalable à l'attribution de fonds structurels et d'investissements européens, favorisent la programmation et la concentration thématique des fonds.

Ce texte tire les conclusions de la mise en œuvre initiale de ces stratégies et réaffirme son soutien à l'Union européenne pour renforcer les stratégies SRI-SI au cours des années à venir.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – We voted against this report because as usual, it was filled with buzz words and phrases that sound impressive but which will do nothing to create growth and jobs. The EU's obsessive interference and over regulation damages both jobs and growth and we fail to see how buzz words and corporate speak will change that.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente por no meu entender ser cada vez mais fundamental apostar na inovação sustentável como forma de fazer face à escassez de recursos orçamentais bem como de concorrência a um nível mundial.

As estratégias RIS3, pela sua importância no contributo da Política de Coesão para os objetivos da Europa 2020, devem ser fruto de constante revisão. Uma vez que a inovação está em constante evolução, importa também destacar os domínios em que as estratégias se devem focar, através da análise de prioridades, pontos fortes e potencialidades de cada região, do acompanhamento periódico quantitativo e qualitativo, da criação de sinergias entre os intervenientes públicos e privados, permitindo também a redução dos estrangulamentos nos procedimentos administrativos, possibilitando o aconselhamento às regiões de modo a definirem e recentrarem as suas estratégias.

A inovação deve ser utilizada para reforçar a capacidade administrativa das autoridades públicas, especialmente ao nível local e regional, recorrendo às novas tecnologias e apostando na racionalização de procedimentos para melhor servir o público. É fundamental que as regiões desenvolvam as suas ideias inovadoras e trabalhem em conjunto de modo a evitar a duplicação de esforços e o uso indevido de recursos.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Numa era de recessão económica e de escassez de recursos orçamentais, bem como de concorrência cada vez mais renhida ao nível mundial, torna-se determinante para a UE melhorar de forma sustentável a sua capacidade de inovação ao nível das estratégias de investigação e inovação para a especialização inteligente. Teremos de olhar com especial atenção para a revisão contínua dessas mesmas estratégias; analisando prioridades, pontos fortes e potencialidades de cada região; desenvolvendo processos de participação; criando sinergias entre os intervenientes públicos e privados; coordenando entre todos os níveis de governação e departamentos e identificando vias alternativas de financiamento e, finalmente, simplificando e reduzindo os procedimentos administrativos.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – El objetivo de las estrategias RIS3 es impulsar un crecimiento inteligente, sostenible e integrador basado en el conocimiento, capaz de generar empleos de calidad en todas las regiones, no solo en zonas desarrolladas. Estas estrategias contribuyen a la concentración temática y la programación estratégica de los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos (FEIE) y conducen a una mayor orientación a los resultados sobre el terreno.

Pasados dos años del inicio de su implementación, este informe se centra en los principales ámbitos de mejora de las RIS3. En particular, subraya la necesidad de impulsar una utilización coordinada y complementaria de los FEIE con el programa Horizonte 2020 y el Fondo Europeo para Inversiones Estratégicas para impulsar la innovación a escala regional, nacional y de la Unión, aumentando el atractivo de las inversiones en investigación e innovación con el fin de atraer capital privado como complemento de la financiación pública, para lo que se pide a autoridades locales y regionales que aprovechen al máximo las posibilidades de combinación de estos instrumentos. Destaca igualmente la necesidad de mejorar la coordinación entre todos los niveles de gobernanza y que se otorgue un papel más activo a la sociedad civil.

Por todo ello, he votado a favor.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport d'initiative sur la politique de cohésion et stratégies de recherche et d'innovation pour la spécialisation intelligente (SRI-SI).

En effet, il convient d'encourager le développement de la recherche et de l'innovation pour la spécialisation intelligente car celles-ci devraient permettre d'accroître notamment la compétitivité économique européenne et de créer davantage d'emplois de qualité.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame aptariama sanglaudos politikos ir mokslinių tyrimų bei inovacijų strategijų nauda ir esminiai iššūkiai jas rengiant. Reikia pastebėti, kad šios strategijos yra svarbios, nes jas pasitelkus Europoje galima išspręsti inovacijų atotrūkio problemą, paskatinti darbo vietų kūrimą ir ekonomikos augimą. Vis dėlto ne viskas yra padaryta įgyvendinant sanglaudos politiką. Būtina padidintas tarpregioninis bendradarbiavimą, ypač kai yra vykdomi dideli, pridėtinę vertę ekonomikai teikiantys projektai. Ne mažiau svarbi dokumente minima mintis, jog geresnį koordinavimą visais valdymo lygmenimis galima pasiekti skatinant regioninių strategijų viziją „iš viršaus į apačią“. Manau, jog būtent toks veiklos principas, gali apdėti apsiekti daug geresnių rezultatų.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – As estratégias de investigação e inovação para a especialização inteligente (RIS3) são uma condicionalidade *ex-ante* para a atribuição de financiamento através dos Fundos EEI (Europeus Estruturais e de Investimento). De facto, as estratégias RIS3 apoiam os objetivos de concentração temática e a programação estratégica dos Fundos EEI, promovendo a sua «orientação para o desempenho».

Este relatório, que analisou a relação/inclusão destas estratégias no âmbito da Politica de Coesão, reflete a posição deste Parlamento sobre as mesmas no âmbito da aplicação do atual Quadro Financeiro Plurianual, demonstrando o apoio do Parlamento Europeu à implementação «no terreno» das estratégias RIS3, apelando ao seu aprofundamento e a um processo de aprendizagem permanente com os projetos entretanto aprovados ou em fase de implementação, à simplificação de procedimentos, bem como a uma maior coordenação na aplicação dos atuais programas.

O relatório, que votei favoravelmente, sublinha que as estratégias RIS3 não se destinam exclusivamente às regiões mais desenvolvidas. Pelo contrário, pretendem ser um meio inteligente, inovador e eficaz para potenciar os pontos fortes e as oportunidades das regiões menos desenvolvidas, criando sinergias com vista ao desenvolvimento de uma economia mais baseada no conhecimento, na criação de valor e de mais-valias para a população.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui donne les premières conclusions et la position du Parlement européen sur les stratégies SRI-SI.

Les stratégies SRI-SI signifient stratégies de recherche et d'innovation pour une spécialisation intelligente et sont une conditionnalité ex ante pour l'attribution de financements.

Elles favorisent la concentration thématique et la programmation stratégique des fonds ESI et conduisent, sur le terrain, à une démarche plus axée sur l'efficacité de leur mise en œuvre.

J'ai voté en faveur de ce texte qui envoie un signal de soutien de l'Union européenne aux stratégies SRI-SI, appelle à certaines améliorations et à aboutir ainsi à de meilleurs résultats dans les prochaines années.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de este informe que apoya las políticas de cohesión y las estrategias de investigación e innovación para la especialización inteligente (RIS3).

Las RIS3 contribuyen a la programación estratégica de los Fondos de Cohesión y pueden tener un papel fundamental en el cumplimiento de los objetivos de Europa 2020, en la búsqueda de un desarrollo equilibrado y sostenible y en la creación de empleos de calidad.

Propone además el apoyo a las gobernanzas multinivel y mayor participación a todos los niveles en los programas de ayudas.

Aunque el informe contiene muchas «odas al viento» estoy a favor de la innovación tecnológica y social, de la evaluación del sistema de ayudas, el refuerzo de las fortalezas de cada región y de las pymes, para conseguir un desarrollo más sostenible.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die Kohäsionspolitik und für die Forschungs- und Innovationsstrategien für intelligente Spezialisierung gestimmt, da dies ein wichtiges Signal für ein solidarisches Europa darstellt.

Die Kohäsionspolitik dient der Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts. Es gilt, Unterschiede zwischen den verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete zu verringern.

Die Forschungs- und Innovationsstrategien sind eine Bedingung für die Zuweisung von Mitteln aus dem Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI).

Sie zielen darauf ab, auf der Grundlage der jeweiligen Stärken und des Potenzials jeder Region auf Wissen gegründetes Wachstum zu schaffen, und zwar nicht nur in hochentwickelten Gegenden, sondern auch in weniger entwickelten und ländlichen Gebieten.

María Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención en este informe, porque a pesar de contener aspectos positivos promueve la lógica de los mercados como gobernantes de facto de los Estados y sus ciudadanos, y potencia la financiación público-privada en la política de cohesión. El informe versa sobre el objetivo de la innovación dentro de la Estrategia 2020. Trata la innovación desde una perspectiva muy amplia, apoyando el desarrollo tecnológico, así como, innovación social basada en la experiencia. Fomenta la innovación regional y su adaptabilidad a las circunstancias particulares del entorno. También promueve una mejor rendición de cuentas y sistemas de evaluación. Se echa en falta una reflexión y pronunciamiento acerca de la recolocación de puestos de trabajo destruidos por la innovación tecnológica, así como, sobre el fenómeno de la concentración de la riqueza generada por la especialización inteligente.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – L'esistenza di strategie di ricerca e innovazione per la specializzazione intelligente (RIS3) costituisce una delle condizioni ex ante per la concessione agli Stati membri e alle regioni dell'UE dei Fondi strutturali e d'investimento europei per il periodo di programmazione 2014-2020. Al fine di perseguire con successo questo nuovo approccio strategico, è importante che l'attuazione di tali strategie sia basata su punti di forza locali e regionali. Le regioni si trovano infatti in una posizione favorevole per scegliere le priorità giuste, partendo dal rafforzamento delle rispettive caratteristiche, potenzialità e vantaggi competitivi.

La ricerca e l'innovazione sono importanti fattori per il rilancio della crescita. Attualmente sono in atto circa 121 strategie RIS3 a livello nazionale e regionale. Si prevede che fino al 2020 verranno mobilitati ben 250 miliardi di EUR. Per continuare in questa direzione, è necessario promuovere approcci politici innovativi per dare impulso alla collaborazione interregionale, semplificare le procedure e ridurre le strozzature nel processo amministrativo delle strategie, migliorare le sinergie tra i fondi SIE e gli altri strumenti finanziari dell'UE e fornire maggiore sostegno alle PMI e alle imprese start-up. Queste sono alcune delle raccomandazioni formulate nella relazione che condivido pienamente. Ho deciso pertanto di votare a favore.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – A política de coesão é a marca distintiva da União Europeia, refletindo a prática da solidariedade que está na base da sua construção. A política de coesão serve de catalisador às políticas nacionais públicas destinadas a fomentar o desenvolvimento e o crescimento económico, oportunidades de emprego, mais e melhor educação e inclusão social. Este aspeto adquire especial relevância nas regiões da Europa onde existem maiores disparidades sociais, económicas e territoriais e que, inevitavelmente, dispõem de menor resiliência face a situações de crise económica.

As regiões ultraperiféricas inscrevem-se neste contexto. Apelo, por isso, a que a política de coesão continue a fazer parte das prioridades políticas da UE, traduzindo-se no seu financiamento adequado. Contesto qualquer tentativa de penalização de Estados-Membros que sofrem de importantes desequilíbrios macroeconómicos através da suspensão de instrumentos de política com impacto na coesão, que, justamente, são fulcrais para relançar o investimento, a economia e a criação de emprego. A possibilidade de suspensão dos fundos estruturais implica uma dupla-penalização que obedece a uma lógica que se afasta do princípio de solidariedade fundador da União e que se aproxima antes de uma estratégia de estrangulamento absoluto das economias que sofrem de fragilidades suplementares. Esta é uma lógica que apenas posso repudiar.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – We voted against this report due it being an EU Commission project and we do not recognise their competency in this area.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *na piśmie*. – W dobie ciągłej walki ze skutkami kryzysu i związanych z tym ograniczeń budżetowych, a także z uwagi na coraz silniejszą światową konkurencję ze strony takich krajów jak USA, Chiny czy Korea Południowa decydujące znaczenie dla UE ma stałe zwiększanie zdolności innowacyjnych.

„Europa 2020" to strategia UE na rzecz wzrostu gospodarczego na okres do roku 2020. W zmieniającym się świecie chcemy, aby UE stała się inteligentną i zrównoważoną gospodarką sprzyjającą włączeniu społecznemu. Unia chce osiągnąć do 2020 r. pięć ambitnych celów związanych z zatrudnieniem, innowacyjnością, kształceniem, włączeniem społecznym i klimatem/energią. W każdym z tych obszarów swoje własne cele krajowe określiło też każde państwo członkowskie. Za wspomnianą strategią stoją konkretne działania na szczeblu krajowym i unijnym. Władze krajowe i regionalne w całej Europie opracują strategie na rzecz inteligentnej specjalizacji w celu wykorzystania europejskich funduszy strukturalnych i innowacyjnych w sposób bardziej efektywny oraz zwiększenia synergii między różnymi politykami unijnymi, krajowymi i regionalnymi, a także inwestycjami publicznymi i prywatnymi.

Wspomniane strategie powinny przyczynić się do niwelowania luki innowacyjnej i zwiększania zatrudnienia oraz pobudzenia wzrostu gospodarczego w Europie. Obecnie widać już, że w tworzeniu strategii można wprowadzić szereg ulepszeń. Władze publiczne powinny starać się przywiązywać szczególną wagę do monitorowania i przeglądu strategii w celu maksymalizacji ich wyników.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — With my EPLP colleagues I voted in favour of this report because innovation is an area that is continuously changing, RIS 3 strategies should be constant revised. For this purpose, a review of the strategies after 2017 seems mandatory in order to boost the efficiency and effectiveness of them, taking also into account the lessons learned from the initial years of their implementation

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Stratégiu politiky súdržnosti a stratégie výskumu a inovácií pre inteligentnú špecializáciu (RIS3) vnímam ako veľmi cenný nástroj na riešenie rozdielov v oblasti inovácií a zvýšenia zamestnanosti a rastu v celej Európe. Rovnako za jednu z investičných priorít v rámci Európskeho fondu regionálneho rozvoja (EFRR) na roky 2014-2020 považujem aj posilnenie výskumu, technologického vývoja a inovácií. Aj keď stratégiu RIS3 majú v súčasnosti vypracovanú všetky európske regióny a ich uplatňovanie sa začalo v priebehu rokov 2014 a 2015, chcem poukázať na rozdielnosť podpory inovácií v EÚ a v rámci členských štátov, ktorá sa značne líši, najmä pokiaľ ide o využívanie znalostí a technológií pri podpore inovácií. Som toho názoru, že RIS3 je potrebné nepretržite skúmať a neustále prispôsobovať zmenám, ku ktorým v oblasti špecializácie dochádza. Uznesenie som podporila najmä preto, že prichádza s opatreniami, ktoré môžu výrazným spôsobom pomôcť, aby stratégie RIS3 boli efektívnejšie a účinnejšie. Od správy taktiež očakávam, že sa zlepší kvalita spolupráce správnych orgánov a príslušných subjektov v regiónoch, ktorá bude mať rozhodujúci vplyv na stratégiu RIS3, a zreteľne sa zníži riziko nesprávneho výberu priorít.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Pametna specializacija lahko pripomore k usmerjanju investicij ter koncentraciji raziskav in inovacij na področjih, kjer je prisotnih največ regionalnih in lokalnih kompetenc.

Razlike, ki se pojavljajo med evropskimi regijami na področju raziskav in inovacij, kažejo na to, da obstaja potreba po politikah, ki bodo krojene v skladu z lokalnimi potrebami. Prav pametna specializacija ponuja možnost za diferenciacijo in ekonomsko transformacijo na podlagi inovacij, ki bodo temeljile na lokalnih sredstvih in komparativnih prednostih. Prizadevanja in investicije se bodo tako osredotočile na omejeno število prioritet, ki bodo identificirane v postopku, v katerem bodo glavno vlogo igrali podjetniki in raziskovalci. Pametna specializacija je postala glavno načelo in predpogoj, na podlagi katerega se lahko pridobivajo sredstva iz Evropskega sklada za regionalni razvoj (ERDF).

Poročilo tako ponovno poudarja pomembno vlogo pametne specializacije, ki jo ta igra v kohezijski politiki. Menim, da je to prava smer razvoja na tem področju, zato sem glasoval za sprejem poročila.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Inovatívne postupy a využívanie moderných technológií pomáhajú zvyšovať hospodársky rast, znižovať nezamestnanosť a maximálne znižovať náklady. Na základe princípu subsidiarity pristupujeme k tomu, aby do týchto procesov boli maximálne zapojené samosprávy, a to najmä v zaostalých regiónoch. Kľúčové bude optimálne nastavenie spolupráce európskych inštitúcií, národných vlád, škôl, samospráv a podnikateľského prostredia.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments über Kohäsionspolitik und Forschungs- und Innovationsstrategien für intelligente Spezialisierung (RIS3) habe ich nicht zugestimmt.

Die Kohäsionspolitik lehne ich als ein rein umverteilendes Instrument ab. Die AfD steht in Deutschland für selbständige und starke Gebietskörperschaften. Wir wollen regionale und lokale Selbstverwaltung ermöglichen und Subsidiarität garantieren, damit regionale Eigen- und Besonderheiten gepflegt werden können. Wir wollen dem Föderalismus wieder mehr Gewicht verleihen.

Die AfD ist also schon einer Politik des regionalen Ausgleichs innerhalb Deutschlands einigermaßen skeptisch eingestellt. Auf Ebene der EU hat diese erst recht nichts zu suchen. Wir stehen für starke und selbständige Nationalstaaten.

Eine durch die Kohäsionspolitik zentralplanerisch bewirkte und geförderte Spezialisierung der Regionen, die dadurch Schwerpunktbereiche für ihre Entwicklung und damit verbundene Investitionen bestimmen und auswählen können, lehne ich ab.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Istraživačke i inovacijske strategije za pametne specijalizacije (RIS3) uvjet su financiranja iz Europskih strukturnih i investicijskih fondova. RIS3 podržava tematske koncentracije i strateško programiranje sredstava Europskog socijalnog fonda te nastoji poboljšati provedbu na terenu.

Ovo izvješće nam daje prve pokazatelje provedbe strategije za razdoblje 2014.-2019. U vremenu gospodarske, financijske i socijalne krize EU mora ulagati više napora u stvaranje pametnog, održivog i uključivog gospodarskog rasta. Podržavam ovaj prijedlog Rezolucije o kohezijskoj politici te istraživačkim i inovacijskim strategijama za pametnu specijalizaciju, jer smatram da je važno da se pametnom specijalizacijom kombiniraju i povezuju različite politike, pogotovo politike poduzetništva, obrazovanja i inovacija, kako bi regije mogle utvrditi i odabrati prioritetna područja za svoj razvoj te povezati ulaganja usredotočujući se na svoje jače strane i relativne prednosti.

Krajnji cilj je da se stvori veći broj visokokvalitetnih radnih mjesta i da se strategijama doprinosi širenju dobrih praksi i razvoju novog poduzetničkog duha.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o kohezijski politiki ter raziskovalnih in inovacijskih strategijah za pametno specializacijo.

Podpiram prizadevanja Evrope po ustvarjanju na znanju temelječe in trajnostne rasti, uravnoteženega razvoja in visokokakovostnih delovnih mest v vseh regijah. V času gospodarske krize je to še posebej pomembno. Kohezijska politika je tista, ki skrbi, da Evropa enakomerno raste, da ni prevelikih razlik v razvitosti med različnimi regijami v EU.

Podpiram poziv regijam, naj oblikujejo inovativne sheme podpornih storitev, ki bodo dopolnjevale ali nadomeščale obstoječe storitve, da bi posameznim regijam omogočile doseganje vsega konkurenčnega potenciala.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Υπερψηφίσαμε την έκθεση καθώς προωθεί την ανάπτυξη της καινοτομίας δίνοντας ένα ευρύ φάσμα επιλόγων για μια ισορροπημένη ανάπτυξη μέσω επενδύσεων σε δυσμενείς περιοχές, σε περιφέρειες καθώς και σε λιγότερο ανεπτυγμένες, αγροτικές και νησιωτικές περιοχές. Επίσης δίνει ιδιαίτερη έμφαση στην αξιοποίηση της τεχνολογικής ανάπτυξης για την δημιουργία νέων ποιοτικών θέσεων εργασίας και την στήριξη των ΜΜΕ.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η πολιτική συνοχής, πέρα από μη λειτουργική γενικότερα, δεν οδηγεί σε δημιουργία ποιοτικών θέσεων. Αντιθέτως, έχει προκαλέσει μεγάλη απώλεια πολύτιμου ανθρώπινου δυναμικού στην χώρα μας, όπως και σε όλες τις άλλες οικονομικά αδύναμες χώρες της Ένωσης.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Suomi on ollut aina innovaatioiden kärkimaa, ja tämä on luonut taloudellista kasvua. Tässä mietinnössä nostettiin esille se, että innovaatioita tulee tukea tehokkaasti jatkossa koko Euroopan unionin alueella, mikä on ehdottoman tärkeä taloudellisen kasvun mahdollistaja. Muun muassa näistä syistä äänestin mietinnön puolesta.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – During the year 2014, regions have started to develop and publish their RIS3 strategies. The aim of these strategies is to create knowledge-based, sustainable growth, balanced development and high quality jobs in all regions, not only in well-developed areas but also in regions in transition as well as in less developed, rural and island regions. All this shall contribute to the achievement of the Europe 2020 objectives. I agree with the main areas identified by the report, where improvement for RIS3 should be carried out. Moreover, this report provides excellent options for boosting innovation at regional, national and EU levels. Because innovation is an area that is

continuously changing, I believe that RIS 3 strategies should be constant revised. Therefore, I support the review of the strategies after 2017, which seems mandatory in order to boost the efficiency and effectiveness of them, taking also into account the lessons learned from the initial years of their implementation.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Les SRI-SI constituent un outil précieux pour combler le retard en matière d'innovation ainsi que pour stimuler l'emploi et la croissance en Europe.

Pour l'heure, il existe encore une marge d'amélioration au regard de l'élaboration des stratégies. Les autorités devraient s'efforcer d'accorder une attention particulière au suivi et à la révision des stratégies afin de maximiser, d'une part, les résultats obtenus et, d'autre part, la coopération interrégionale, afin d'élaborer des projets ambitieux et de créer de la valeur ajoutée pour l'économie.

La simplification et la coordination des programmes existants sont également essentielles en vue de contribuer à la réussite de la mise en œuvre des stratégies dans les années à venir.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – In an increasingly competitive global environment, it is crucial that the EU keeps improving its capacity to innovate. I voted in favour of the report on Cohesion Policy and Research and Innovation Strategies for smart specialisation, as these strategies will be valuable to overcome Europe's innovation gap and encourage growth. In fact, by combining and bringing together different policies, including those for entrepreneurship, education and innovation, RIS3 enables regions to identify and select priority areas for their development and investments. RIS3 is also a condition for receiving European Structural and Investment Funds (ESIF), and therefore contributes to an increased performance orientation on the ground. Moreover, I am very supportive of including a review of the strategies after 2017, in order to ensure their continuing relevance and maximise their output.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam izvješće o kohezijskoj politici te istraživačkim i inovacijskim strategijama za pametnu specijalizaciju (RIS3), jer se njime potiče otvaranje radnih mjesta, i to visokokvalitetnih radnih mjesta koja se trebaju otvoriti ne samo u razvijenim područjima nego i u tranzicijski slabije razvijenim regijama.

Smatram da će upravo predložene socijalne inovacije pridonijeti uspostavi novih poslovnih modela i kultura. Držim da je ovo izvješće dobar put ka uspješnom razvitku Europe i država članica, prije svega slabije razvijenih regija.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog o kohezijski politiki ter raziskovalnih in inovacijskih strategijah za pametno specializacijo (RIS3) sem podprla.

Cilj slednje je ustvariti na znanju temelječo in trajnostno rast, uravnotežen razvoj in visokokakovostna delovna mesta v vseh regijah, tudi v manj razvitih, podeželskih in otoških regijah. Strategije RIS3 so pomembno orodje za odpravo inovacijske vrzeli ter spodbujanje zaposlovanja in rasti v Evropi.

Zaenkrat lahko opazimo, da vzpostavitev strategij še vedno daje dovolj možnosti za spremembe. Javni organi bi si morali prizadevati, da posebno pozornost namenijo spremljanju in pregledu strategij, da bi tako čim bolj izkoristili njihov učinek ter medregijsko sodelovanje, s čimer bi oblikovali ambiciozne projekte, ki ustvarjajo dodano vrednost za gospodarstvo.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de este informe que apoya las políticas de cohesión y las estrategias de investigación e innovación para la especialización inteligente (RIS3).

Las RIS3 contribuyen a la programación estratégica de los Fondos de Cohesión y pueden tener un papel fundamental en el cumplimiento de los objetivos de Europa 2020, en la búsqueda de un desarrollo equilibrado y sostenible y en la creación de empleos de calidad.

Propone además el apoyo a las gobernanzas multinivel y mayor participación a todos los niveles en los programas de ayudas, así como, la creación de sinergias positivas en las diferentes regiones para determinar sus puntos fuertes.

Aunque el informe contiene muchas «odas al viento» estoy a favor de la innovación tecnológica y social, de la evaluación del sistema de ayudas, el refuerzo de las fortalezas de cada región y de las pymes, para conseguir un desarrollo más sostenible.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le présent rapport vante les mérites de la stratégie de recherche et d'innovation pour la spécialisation intelligente, stratégie censée s'inscrire, avec le Fonds européen pour les investissements stratégiques (plan Juncker), dans la nouvelle politique européenne d'investissement.

Ce document de cadrage oriente la mise en œuvre de la politique de cohésion et le versement du Fonds européen de développement économique régional (FEDER). Globalement, la SRI-SI fait doublon avec les politiques de recherche nationales et surtout avec les contrats de plan État-Région. Ce rapport ne présente aucune critique des politiques d'austérité sur les budgets publics et privés de soutien aux politiques de recherche et d'innovation.

Le mode de gouvernance de la stratégie doit être à multi-niveaux et compatible avec la stratégie Europe 2020. Cela veut dire que l'État français n'est pas chef de file de la mise en œuvre de cette stratégie qui répond à des orientations décidées par la Commission européenne.

Il convient de noter également que la stratégie SRI-SI favorise la concentration thématique, ce qui a pour conséquence de miser exclusivement sur des gros clusters ou pôles de recherche sans soutenir les petites structures et les grappes d'innovation.

J'ai donc voté contre.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Strategie RIS3 są istotnym czynnikiem w gospodarce, gdyż wypełniają one luki innowacyjne, wzmacniają efektywność inwestycji oraz stanowią bodziec do wzrostu zatrudnienia. Instytucje publiczne, monitorujące współpracę międzyregionalną i wspierające regionalne specjalizacje, mogą zapewnić stabilny wzrost i rozwój gospodarczy w całej Europie. Biorąc pod uwagę doświadczenia zdobyte w pierwszych latach realizacji projektu, by móc zwiększyć możliwość inicjatywy oddolnej i podkreślić znaczenie społeczeństwa obywatelskiego, istotne jest wsłuchanie się w głos władz lokalnych poszczególnych obszarów zaangażowanych w projekt.

Strategia jest ważnym elementem kształtującym rozwój gospodarczy i wzmacniającym siłę regionów, dlatego zagłosowałem za przyjęciem wniosku.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Gazdasági recesszió és ennek következtében szigorú költségvetési korlátozások és egyre élesedő globális verseny idején létfontosságú az EU számára innovációs képességének fenntartható javítása. Voksommal támogattam a jelentést.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — Voto a favor de este informe que apoya las políticas de cohesión y las estrategias de investigación e innovación para la especialización inteligente (RIS3).

Las RIS3 contribuyen a la programación estratégica de los Fondos de Cohesión y pueden tener un papel fundamental en el cumplimiento de los objetivos de Europa 2020, en la búsqueda de un desarrollo equilibrado y sostenible y en la creación de empleos de calidad.

Propone además el apoyo a las gobernanzas multinivel y mayor participación a todos los niveles en los programas de ayudas, así como, la creación de sinergias positivas en las diferentes regiones para determinar sus puntos fuertes.

Aunque el informe contiene muchas «odas al viento» estoy a favor de la innovación tecnológica y social, de la evaluación del sistema de ayudas, el refuerzo de las fortalezas de cada región y de las pymes, para conseguir un desarrollo más sostenible.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted for, as smart specialisation can help channelling investment and concentrate research and innovation on areas which are linked to local or regional competences, qualifications and assets regardless of their size.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Report on Cohesion Policy and Research and Innovation Strategies for Smart Specialisation (RIS3). The RIS3 supports a broad definition of innovation as signifying the transformation of an idea into a new or improved product or service introduced on the market, into a new or improved operational process used in industry and commerce, or into a new approach to a social service. I strongly believe that in these times of economic, financial and social crisis the EU must step up its efforts to create smart, sustainable and inclusive economic growth. I voted in favour because I am of the opinion that RIS3 should help make the European economy more competitive, develop European added value in innovation, create more and better high-quality jobs, and

take on board a wide range of new experiences.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Las estrategias de investigación e innovación para la especialización inteligente son una herramienta fundamental para luchar contra la crisis económica y el alto desempleo en Europa. La economía del conocimiento es una herramienta vital para promover empleo de calidad en la Unión y poder dar a nuestros jóvenes las oportunidades que se merecen. Este informe ha tenido en cuenta la opinión de los expertos en el área, así como, la de la gran mayoría de los grupos políticos de la cámara y pretende dar una clara señal de apoyo por parte de este Parlamento a dichas estrategias, poniendo énfasis en la necesidad de poder disponer de datos para evaluar su actual implementación, para de este modo, poder aprender de posibles errores y mejorarlas de cara al futuro. Por todo ello creo necesario votar a su favor.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Dit verslag schenkt aandacht aan de rol van onderzoeks- en innovatiestrategieën. Europa zet financiële middelen in om innovatie te promoten als motor voor groei in tewerkstelling en investering in de toekomst van het industriebeleid van de EU. Ik stemde voor dit verslag omdat de EU in deze tijden van economische, financiële en sociale crisis extra inspanningen moet leveren om slimme, duurzame en economische groei te creëren.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Em período de recessão económica, e fruto dos constrangimentos do Euro, deveria ser determinante para a UE melhorar de forma sustentável a sua capacidade de inovação.

Na prática, nada disso acontece. A política de coesão está inclusivamente a tornar-se um elemento fomentador de assimetrias. Com efeito, hoje, são os países ricos que absorvem os apoios à investigação e os países pobres que ficam com as migalhas do FSE para minorar os dados da austeridade.

Portugal forma aos milhares os investigadores que migraram para outros países em virtude da descontinuidade dos projetos de investigação. São crimes que estamos a cometer, cujas consequências irão perdurar por muitos anos.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht sieht in RIS3 ein wichtiges Instrument für die Bewältigung der Innovationslücke und für die Förderung von Beschäftigung und Wachstum in Europa. Grundsätzlich ist es ein sehr ausgewogener Bericht zur und über intelligente Spezialisierung. Daher habe ich dem Bericht zugestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Innovation is, by definition, a cross-cutting concept. I therefore welcome the effort made in this report to build synergies across policy areas and better coordinate funding tools that are crucial for the sustainable development of regions, in both urban and rural areas. I attended the European Symposium on Science (ESOF) 2016 last July in my region in Manchester, and where I co-hosted with my Greek S&D colleague Eva Kaili a session on the natural links between the Arts and Science. This session confirmed that there is a demand in both communities to work beyond the obvious and to change the mentality of working in silos. Attending businesses, scientists and artists all argued in favour of a more global approach to innovation, and to jointly explore their common impact on societies. For me this should be the essence of 'smart specialisation' strategies. Smart specialisation should not only be seen as a tick box exercise for jobs and growth, but help us answer ecological, social, economic and cultural challenges. And we must invest in creative thinking and transferable skills if the EU wants to be at the forefront of innovation in a fast changing world.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul din proprie inițiativă referitor la Politica de coeziune și strategiile de cercetare și inovare pentru specializare inteligentă (RIS3). Raportorul consideră că într-o perioadă marcată de recesiune economică și de constrângeri bugetare inevitabile, precum și de o concurență globală tot mai acerbă, este esențial ca UE să își îmbunătățească în continuu potențialul de inovare. În opinia acestuia, RIS3 reprezintă un instrument valoros pentru a combate decalajul în materie de inovare și pentru a impulsiona crearea de locuri de muncă și creșterea economică în Europa.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), *na piśmie*. – Warunkiem otrzymania wsparcia finansowego przez przedsiębiorstwa, za pośrednictwem europejskich funduszy strukturalnych, przez państwa członkowskie i regiony UE było uprzednie ukierunkowanie inwestycji na obszary badań naukowych, rozwoju technologicznego i innowacji za pomocą strategii inteligentnej specjalizacji. Strategia ta jest instrumentem realizacji polityki rozwoju i jej zadaniem jest wpieranie państw UE w wypracowaniu własnych ścieżek rozwoju gospodarczego, pobudzenie rozwoju przedsiębiorstw i zapewnienie im dalszego wzrostu.

Ograniczony budżet UE, a także recesja gospodarcza na całym świecie wymusiły zwiększenie konkurencyjności przedsiębiorstw poprzez podniesienie zdolności innowacyjnych. Obecnie wszystkie regiony europejskie posiadają strategię inteligentnej specjalizacji. Zostały one opracowane i zaczęto je realizować w latach 2014 i 2015. Sprawozdanie sprzyja wspieraniu przedsiębiorstw poprzez pobudzenie ich rozwoju, co w konsekwencji wpływa na wzrost ich konkurencyjności na arenie międzynarodowej.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραπτώς*. – Η έκθεση αναλύει τον ρόλο της έξυπνης ανάπτυξης και της καινοτομίας στα πλαίσια της πολυεπίπεδης διακυβέρνησης. Επίσης, θέτει τις απαραίτητες προϋποθέσεις για την αποτελεσματική εφαρμογή των έξυπνων στρατηγικών. Τέλος, ενθαρρύνει την δημιουργία συνεργιών με στόχο, μεταξύ άλλων, την ενίσχυση της απασχόλησης και την δημιουργία νέων θέσεων εργασίας. Ψήφισα θετικά.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – Las estrategias de investigación e innovación para una especialización inteligente (RIS3) son una condición *ex ante* para la asignación de financiación de los Fondos EIE. Las RIS3 apoyan la concentración temática y la programación estratégica de los Fondos EIE y dan lugar a una mayor orientación hacia el rendimiento de su aplicación sobre el terreno.

Su objetivo es crear un crecimiento basado en el conocimiento, no solo en áreas desarrolladas, sino también en otras menos desarrolladas y en las regiones rurales.

Este informe es el primero que realiza el Parlamento Europeo en el período legislativo 2014-2019 en el que expresa su apoyo a las estrategias RIS3. Se aboga por una mejora de las estrategias ya iniciadas y un mayor aprendizaje a partir de ellas, con el fin de lograr mejores resultados en los próximos años.

Estoy a favor de este informe ya que no solo favorece a las regiones menos favorecidas sino que, además, es positivo para todos los europeos.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei a favor do relatório Valcárcel Siso, por entender que as propostas apresentadas para as estratégias de especialização inteligente contribuem para a consecução dos objetivos da Europa 2020 através de um crescimento sustentável baseado no conhecimento, um desenvolvimento equilibrado e criação de emprego de elevada qualidade.

Sublinho o papel da plataforma S3, criada pela DG REGIO da Comissão e localizada no CCI de Sevilha, que desempenha um papel essencial no aconselhamento das regiões e na definição de critérios de referência no tocante às suas estratégias de inovação, no reforço da governação a vários níveis e das sinergias entre as regiões, mediante a disponibilização de informação, metodologias, conhecimentos especializados e consultoria aos decisores políticos nacionais e regionais.

Defendo ainda que a plataforma S3 de Sevilha preste especial atenção às regiões menos desenvolvidas, devendo, em especial, auxiliá-las a configurar e orientar as suas estratégias.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o kohezijski politiki ter raziskovalnih in inovacijskih strategijah za pametno specializacijo (RIS3).

Strinjam se, da mora Evropska unija v teh časih gospodarske, finančne in socialne krize okrepiti svoja prizadevanja za pametno, trajnostno in vključujočo gospodarsko rast.

Zato menim, da bodo raziskovalne in inovacijske strategije za pametno specializacijo (RIS3) doprinesle k večji konkurenčnosti evropskega gospodarstva, razvoju evropske dodane vrednosti v inovacijah, ustvarjanju večjega števila visokokakovostnih delovnih mest in pridobivanju širokega spektra novih izkušenj.

5.2. Europäische territoriale Zusammenarbeit – bewährte Verfahren und innovative Maßnahmen (A8-0202/2016 - Iskra Mihaylova)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhor Presidente, reconhecemos o potencial da cooperação territorial. Uma parte significativa da população europeia vive em zonas transfronteiriças e, por sua vez, estas regiões transfronteiriças são, na sua maioria, regiões deprimidas, sofrendo quase sempre dos problemas inerentes à interioridade e ao afastamento dos grandes centros.

Lamentamos, todavia, toda a propaganda à volta dos sucessivos programas Interreg, como se fosse possível fazer algo palpável apenas com algumas migalhas. Não é, se calhar, por acaso que não existe nenhum balanço minimamente objetivo sobre o impacto de 25 anos de cooperação territorial. Não se conhece nenhum impacto visível sobre o desenvolvimento socioeconómico dessas regiões e, muito menos, sobre a permeabilidade transfronteiriça, seja nas trocas comerciais, seja na partilha de infraestruturas.

Mas as críticas que fazemos estendem-se à política de coesão a nível global, que são, naturalmente, extensíveis à cooperação territorial. Esta política de coesão que levou um corte substancial no atual quadro plurianual é, infelizmente, cada vez mais uma miragem e cada vez mais está ao reboque das agendas neoliberais da União Europeia. A política de coesão está hoje condicionada não às necessidades das regiões e às estratégias locais de desenvolvimento, mas antes à agenda neoliberal da União Europeia.

A política mais grave, a política de coesão, na concretização, tende a transformar-se num elemento promotor das assimetrias, quando vemos os fundos destinados a apoiar a inovação serem centralizados nos países mais ricos do Norte, e os fundos destinados a apoiar o desemprego de longa duração são drenados para o Sul com o objetivo de minorar as consequências das políticas de liberalização impostas pela União Europeia.

Urge pôr cobro a esta situação, rompendo com este modelo e pugnando por uma nova Europa de paz e cooperação. Se queremos, de facto, a coesão social e territorial, desafiamos as instituições europeias a duplicar o orçamento para a coesão e a mudar completamente o seu figurino, por forma a dar liberdade às regiões para poderem escolher as suas estratégias de desenvolvimento, de acordo com as suas características, e, então, sim, poderemos lutar, de facto, contra as assimetrias regionais.

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho votato a favore di questa relazione perché credo che la cooperazione territoriale sia fondamentale per l'attuazione della politica di coesione, e non si può prescindere dalla cooperazione con i paesi frontalieri. Per le regioni di confine, come per esempio la mia, la Sicilia nel Sud Italia, la cooperazione con le regioni vicine è fondamentale per crescere e perseguire risultati di sviluppo che poggiano sullo sfruttamento delle stesse risorse: una cultura comune, una tradizione e soprattutto storie condivise.

L'obiettivo della cooperazione territoriale è crescere insieme, che è un concetto che le regioni frontaliere conoscono molto bene, così come affrontare le stesse difficoltà. Per questo la Commissione dovrebbe certamente ampliare e incentivare i programmi di cooperazione territoriale e li dovrebbe inserire nel contesto più ampio delle nuove sfide che l'Unione sta affrontando: prima di tutto, come sappiamo, la migrazione e il terrorismo.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, 38 % din populația europeană trăiește în regiuni transfrontaliere și cooperează din toate punctele de vedere: oamenii trăiesc împreună, iar această cooperare este un element cheie pentru stabilitatea în regiunile respective, pentru locurile de muncă, pentru dezvoltare, pentru investiții. Tocmai de aceea am susținut acest raport și insist pentru accentul pus pe dezvoltarea investițiilor și trimiterea de fonduri în aceste regiuni tocmai pentru a le asigura dezvoltarea în continuare și pentru a le asigura stabilitatea. Iarăși, este importantă integrarea regională, pentru că se pune și problema crizei migrației și imigranții care ajung în astfel de regiuni, cum sunt integrați sau dacă sunt integrați. Prin urmare, foarte mare atenție pe această cooperare regională și, încă o dată, fonduri pe măsura eforturilor pe care le fac cei de acolo.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, pokud jde o územní teritoriální spolupráci, tak bych chtěl uvést, že toto je skutečně nezbytný předpoklad kohezní politiky pro to, aby fungovala. Myslím si, že bychom měli kohezní politiku více propagovat, není vidět toliko hvězd. Myslím si, že kohezní politika právě v té podobě územní spolupráce by měla ukazovat, jakým způsobem dokáží regiony spolu spolupracovat a přinášet další benefity, ať je to odstraňování znevýhodnění nebo tvorba pracovních příležitostí. Tvorba regionálního HDP, to je velmi podstatné. V tomto smyslu je důležité, aby územní soudržnost byla součástí kohezní politiky, která bude pevnou součástí rovněž tedy evropské politiky regionálního rozvoje. Já jsem přesvědčen, že není dobré, abychom kohezní politiku oslabovali nějakými zvláštními nástroji, ta má své pevné místo v programu EU a já jsem velmi rád, že ji můžeme podporovat.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La cooperazione territoriale europea (CET) risulta essere uno degli obiettivi della politica di coesione della strategia Europa 2020. Essa svolge infatti un ruolo fondamentale nella ricerca e sviluppo. Per questo motivo è necessario introdurre sistemi monitoraggio e piani di valutazione che garantiscano maggiore trasparenza utili al conseguimento degli obiettivi in termini integrazione territoriale. Allo stesso tempo però ritengo che un uso più ampio di strumenti finanziari, congiuntamente alle sovvenzioni, non sia propriamente adeguato per l'implementazione dei programmi di cooperazione territoriale europea. Per questi motivi ho deciso di astenermi dal votare.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — We voted against this report because it enshrines the EU principle of harmonising everything and refusing to allow different regions and territories to have their own way of developing. This report will not help the situation.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this own initiative report focusing on improving the effective use of the Interreg initiative (a Community Initiative in place since 1990) in order to develop European Territorial Cooperation (ETC). The overarching objective of ETC is to lessen the influence of borders in order to reduce disparities between regions, removing the remaining obstacles to investment and cooperation across borders. The report calls for increased funds to be directed towards ETC, for cross-border innovation policy and research cooperation, and for a focus on projects that promote the adaptation of social and mobility infrastructure to demographic change and migratory flows.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, estimant que la coopération territoriale européenne participe pleinement à l'amélioration du potentiel économique, sociale et territoriale de nos régions.

Je regrette l'issue des négociations sur le cadre financier pluriannuel 2014-2020 en ce qui concerne les crédits pour la coopération territoriale européenne qui ont été fortement réduits.

Dans cette résolution nous appelons la Commission et les États membres à maintenir la coopération territoriale européenne comme un instrument d'intégration européenne.

Nous demandons par ailleurs d'attribuer à la coopération territoriale européenne un rôle plus spécifique au sein de la politique de cohésion après 2020, et enfin, d'augmenter son budget pour la prochaine période de programmation.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on European territorial cooperation (ETC). ETC so far has made a significant contribution to strengthening the EU's objective of territorial cohesion through integrating diverse sectorial policies on a territorial scale. However, the ETC budget of EUR 10.1 billion represents only 2.8% of the total cohesion policy budget; therefore, an increased budget for ETC in the next programming period will boost the added value of cohesion policy. The report also calls for greater respect for Article 174 TFEU on territorial cohesion (rural areas, islands, cross-border and mountains regions, outermost regions). The report underlines the lack of reliable data on cross-border cooperation and thus calls on the Commission, Eurostat and other managing authorities to cooperate with the aim to set up common criteria and a common database. The ETC programmes have proved to be effective; however, their potential should be further developed in areas beyond regional policy such as the single market, the digital agenda, employment, mobility, energy, research, education, culture, health and the environment. The report calls on the Commission and the Member States to consider preserving ETC as an important instrument.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την ευρωπαϊκή εδαφική συνεργασία (ΕΕΣ) διότι, ανεξάρτητα από τον μικρό προϋπολογισμό, τα έργα ΕΕΣ έχουν σημαντικά αποτελέσματα σε τομείς όπως οι μεταφορές, η εκπαίδευση, η ενέργεια, η υγειονομική περίθαλψη, η κατάρτιση και η απασχόληση.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Seitdem das ETZ-Programm (Interreg) vor ungefähr 25 Jahren ins Leben gerufen wurde, hat es sich zu einem der wichtigsten Instrumente für den territorialen Zusammenhalt entwickelt. Eine ganze Reihe von Programmen mit hohem europäischem Mehrwert und besonderer Auswirkung auf die europäischen Grenzregionen, wurden im Rahmen dieses Programms bereits unterstützt. Hierbei konnten Mehrwerte in wichtigen Sektoren wie u.a. Vernetzung, Innovation und Wissen, Kultur oder Bildung geschaffen werden.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist ein Schlüsselinstrument für die Entwicklung von Grenzregionen. Insbesondere als Bewohner und Vertreter einer Grenzregion unterstütze ich diese Maßnahmen, die zur Verbesserung der territorialen Zusammenarbeit beitragen sollen.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport encourage l'utilisation de la coopération territoriale pour financer l'accueil des immigrés clandestins, notamment grâce aux programmes Interreg; ces programmes ont également vocation à faciliter la mobilité de la main-d'œuvre au sein de l'Union.

Par ailleurs, la coopération territoriale est utilisée pour financer les politiques de voisinage et d'élargissement de l'Union européenne. Elle met l'accent sur la concentration thématique qui délaisse les projets plus locaux, entraînant un accroissement des disparités régionales.

En outre, le rapport demande une augmentation rapide du budget dédié à la coopération territoriale alors qu'il s'élève déjà à 10,1 milliards d'euros pour la période de programmation 2014-2020 soit 2,8 % du budget de la politique de cohésion tout en reconnaissant qu'il n'existe aucune donnée quantitative fiable démontrant l'efficacité de ces programmes de coopération territoriale.

Par conséquent, j'ai voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – In the interest of transparency and democracy I voted against this report. I believe that the UK should be good neighbours to the European Union. However there is a difference in being willing to share best practices with other countries and other countries, although the EU forcing us to do so.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération portée par ma collègue Iskra Mihaylova car ce rapport montre clairement qu'«Interreg» a prouvé son efficacité.

Il met également en évidence son potentiel au-delà de la politique régionale, dans des domaines tels que le marché unique, l'agenda numérique, l'emploi, la mobilité, la culture, la santé et l'environnement.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už ši pranešimą, kurio tikslas ir toliau skatinti Europos teritorinio bendradarbiavimo (ETB) veiklą, kuri tapo viena iš dviejų lygiaverčių 2014-2020 m. sanglaudos politikos tikslų. ETB yra veiksminga priemonė plėtojant potencialą tokiose srityse kaip: bendroji rinka, skaitmeninė darbotvarkė, užimtumas, judumas, energetika, moksliniai tyrimai, švietimas, sveikata bei aplinkos apsauga, todėl būtina išsaugoti ETB kaip svarbią priemonę ir po 2020 m. ir iš esmės didinti jo biudžetą.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – We voted against this report because it enshrines the EU principle of harmonising everything and refusing to allow different regions and territories to have their own way of developing. This report will not help the situation.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport qui vise à renforcer la coopération territoriale européenne en favorisant «l'accueil des migrants» en augmentant le budget qui s'élève déjà à 10,1 milliards d'euros.

La place des immigrés clandestins n'est pas dans des centres d'accueil, elle est dans des charters de retour au pays.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport d'initiative qui souligne la valeur ajoutée de la coopération territoriale européenne notamment dans des domaines tels que la protection de l'environnement ou la mobilité. La coopération territoriale a également permis de multiples collaborations entre villes, améliorant ainsi de nombreuses politiques régionales et locales.

Le rapport demande notamment aux États membres de recourir davantage aux programmes de coopération transfrontalière. Il souligne l'importance de créer des approches de politique d'innovation transfrontalières telles que des programmes communs de recherche et de mobilité.

Il souligne enfin la nécessité de simplifier davantage la mise en œuvre des programmes de coopération territoriale.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – La iniciativa Interreg tiene un espíritu absolutamente europeo, es decir, resolver problemas que sobrepasan fronteras administrativas nacionales y requieren soluciones comunes. He votado a favor de este informe porque me parece esencial que tras más de 25 años de actuación en la cooperación regional reflexionemos sobre las mejores prácticas llevadas a cabo y los desafíos futuros.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La cooperazione territoriale europea ha come obiettivo generale quello di ridurre l'influenza dei confini nazionali per diminuire le disparità fra le regioni e gli ostacoli ancora esistenti per gli investimenti e le attività di cooperazione transfrontaliera. La relazione Mihaylova, che ho sostenuto con il mio voto, sottolinea efficacemente il ruolo della CTE all'interno della politica di coesione, pur sottolineandone la ristrettezza di finanziamento che non risulta essere all'altezza dell'elevato valore aggiunto che essa è in grado di apportare in settori quali i trasporti, l'ambiente, la sanità e l'innovazione.

Nel prossimo futuro occorre potenziare la CTE rafforzando ulteriormente la sua dimensione innovativa. Bisogna sollecitare il coinvolgimento di più attori privati, generando partenariati transfrontalieri pubblico-privato di successo e consentendo l'attuazione e la diffusione di approcci integrati. L'armonizzazione di strumenti di pianificazione, procedure amministrative e disposizioni giuridiche transfrontaliere rappresenta un passo ulteriore che può garantire un vero rafforzamento della coesione e un'efficace promozione dello sviluppo economico, sociale e culturale dell'Unione nel suo complesso.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor en este informe porque pienso que es crucial disminuir las disparidades entre las regiones fronterizas y fomentar la paz, la estabilidad y la integración regional en estas zonas. Además, este dossier apoya la adaptación social y la movilidad de infraestructuras, con el objetivo de crear un cambio demográfico y fomentar los flujos migratorios. Apoya también la creación de empleos para personas mayores, mujeres y migrantes con el fin de contribuir a una mayor integración social.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Fomentar la capacidad y posibilidades de las regiones de colaborar en régimen transfronterizo vertebra y construye Europa porque estimula el desarrollo, favorece la convivencia en diversidad y genera potencialidad y posibilidades que no pueden frenar antiguas fronteras. Igualmente apostamos por simplificar los procedimientos y la burocracia que afecta a esta mecánica de cooperación y apuesta con la ponente por dar a estas políticas un papel estelar en la política de cohesión más allá de 2020.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Je me suis farouchement opposée à ce rapport qui utilise la dialectique bien connue de concepts en soi positifs — ici la coopération — pour des objectifs dévoyés. En effet, sous prétexte d'améliorer la coopération territoriale européenne il s'agit en fait ici d'un levier vers la fédéralisation de l'UE.

La soi-disant coopération viendrait donc effacer toujours plus les frontières nationales, et ce, en faveur de projets iniques tels que le financement de l'accueil sans fin des migrants; la circulation des travailleurs sur le mode des travailleurs détachés, qui, on le sait, favorise le dumping social et la précarisation des travailleurs nationaux; ou encore la concentration thématique qui accroîtra encore l'exclusion des zones rurales en faveur de maxi régions de l'État Europe.

Dans les détails même, ce rapport est scandaleux puisqu'il demande par ailleurs une augmentation du budget dédié à la coopération territoriale alors qu'il s'élève déjà à 10,1 milliards d'euros, et que dans le même temps, les politiques publiques nationales sont soumises à la pression des politiques d'austérité menées par Bruxelles.

Le clou du spectacle réside dans ces plateformes institutionnalisées qui utiliseraient l'argent du contribuable à des fins de propagande pro-UE.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione che analizza le migliori pratiche riguardo al finanziamento per la cooperazione territoriale risulta equilibrata e condivisibile. Le nostre regioni del Nord si sono già dimostrate capaci di sfruttare queste opportunità di sviluppo collaborando con partner come Austria e Slovenia; per questo motivo ho inteso votare a favore di questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La cooperación territorial europea (CTE) debe ser un elemento clave de la política de cohesión. Cabe recordar que aproximadamente el 38 % de la población europea vive en regiones fronterizas, por lo cual esta política se revela como fundamental a la hora de promover un mayor desarrollo económico, social y territorial de estas regiones.

No obstante, el presupuesto de la CTE solo representa el 2,8 % del presupuesto de la política de cohesión, por lo que, como indica el informe, no está a la altura de los grandes desafíos a los que se ha de enfrentar la CTE y no refleja su elevado valor añadido europeo. De ahí la reclamación de una mayor dotación presupuestaria para el próximo período de programación, dada la necesidad de dedicar atención especial a las zonas más desfavorecidas de la Unión desde el punto de vista geográfico y demográfico.

Por todo ello, he votado a favor del informe.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas išsakė savo poziciją dėl Europos teritorinio bendradarbiavimo, geriausios patirties ir naujoviškų priemonių. Visa apimantis Europos teritorinio bendradarbiavimo tikslas – sumažinti nacionalinių sienų įtaką, kad būtų mažinami regionų skirtumai, šalinamos likusios investavimo ir bendradarbiavimo nepaisant sienų kliūtys, stiprinama sanglauda ir skatinamas darnus ekonominis, socialinis, kultūrinis ir teritorinis vystymasis visoje Sąjungoje. Deja, šiandien vis dar nepakankamai Europos Sąjungos piliečių naudojasi visomis galimybėmis, kurias suteikia ES vidaus rinka ir laisvas judėjimas. Todėl Europos Parlamentas pabrėžė, kad 2014-2020 m. laikotarpiu maždaug 41 proc. Europos regionų plėtros fondo lėšų bus investuota į priemones aplinkai gerinti, 27 proc. į pažangaus augimo stiprinimą, įskaitant mokslinius tyrimus ir inovacijas, o 13 proc. bus skirta integraciniam augimui skatinti vykdant veiklą, susijusią su užimtumu, švietimu ir mokymu, be to, 33 programomis bus apskritai siekiama gerinti susisiekimą tarp skirtingų šalių.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az európai területi együttműködés átfogó célja a nemzeti határok hatásának csökkentése, a régiók közötti különbségek csökkentése, a határokon átívelő beruházások és közös munka tekintetében még fennálló akadályok felszámolása, a kohézió megerősítése és az Unió egészének harmonikus gazdasági, társadalmi, kulturális és területi fejlődésének előmozdítása. Mivel az európai lakosság mintegy 38%-a határ menti régiókban él, és mivel az EU jelentős gazdasági, pénzügyi és társadalmi válsággal néz szembe, a meghatározó politikáknak ezeket a tényeket kell figyelembe venniük. Úgy vélem, hogy az európai területi együttműködés bizonyította hatékonyságát, de a benne rejlő lehetőségeket még jobban ki kell bontakoztatni.

Fontos, hogy a jelentés kiemeli a regionális politikán túlmutató lehetőségeit az olyan területeken, mint az egységes piac, a digitális menetrend, a foglalkoztatás, a mobilitás, az energiaügy, a kutatás, az oktatás, a kultúra, az egészségügy és a környezetvédelem terén. Ezért kérem a Bizottságot és a tagállamokat, hogy fontolják meg az európai területi együttműködés – mint fontos eszköz – fenntartását, sőt, szánjanak neki markánsabb szerepet a 2020 utáni időszakra szóló kohéziós politikán belül, jelentősen növelve egyúttal költségvetését. Ugyanakkor szavazatommal nem támogattam a jelentés elfogadását, mivel a jelentés (a hasznos gondolatok mellett) több olyan bekezdést is tartalmaz, mely a kohéziós forrásokat a bevándorlók integrálására fordítaná.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Même s'il est toujours utile de s'interroger sur les bonnes pratiques et de les partager, ce rapport vise à affaiblir le rôle des États en faveur du pouvoir supra national de l'UE.

Notamment il traite de l'élargissement de l'UE, de l'accueil des migrants, et favorise les liens avec les collectivités locales. Sans justifier à aucun moment de l'efficacité de cette politique, il demande une augmentation du budget déjà très conséquent et sollicite les États pour en faire la promotion.

Pour ces raisons, j'ai voté contre.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Se siamo consapevoli che l'Unione europea è la casa comune di tutti noi, viene naturale promuovere la cooperazione reciproca e quella fra le istituzioni di livello amministrativo minore degli Stati membri. La qualità di questa cooperazione ha importanti ricadute sia in termini di efficienza delle istituzioni e di servizi al cittadino, che in termini direttamente economici. I dati di Eurobarometro evidenziano che è necessaria una maggiore collaborazione transfrontaliera per l'attuazione dei programmi comuni, di cui deve essere semplificata sia la modalità di fruizione e accesso dei fondi che quella di gestione del programma. Troppo spesso i cittadini non sono a conoscenza dell'operato dei programmi sul loro territorio, della loro attivazione, delle possibili ricadute positive come servizi offerti e come opportunità lavorative. Dobbiamo renderci conto che il primo passo per un'Europa più vicina ai cittadini è un'Europa che comunica meglio e che rende comprensibili i risultati del proprio operato.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à renforcer la coopération territoriale dont l'objectif est de réduire l'influence des frontières nationales au sein de l'Union européenne.

Bien que la coopération territoriale puisse favoriser la multiplication des projets transfrontaliers, elle constitue une étape supplémentaire vers la fédéralisation de l'Union européenne. C'est la raison pour laquelle je me suis opposé à ce rapport qui encourage l'utilisation de la coopération territoriale pour financer non seulement la politique de voisinage et d'élargissement de l'Union mais également l'accueil des migrants clandestins notamment grâce aux programmes Interreg.

Sans compter que ces nouvelles orientations nécessiteront une augmentation du budget dédié à la coopération territoriale qui s'élève déjà à plus de 10 milliards d'euros pour la période 2014-2020.

Alors qu'il n'existe aucune donnée quantitative fiable pour démontrer l'efficacité des programmes de coopération territoriale, il est demandé aux États membre de faire la promotion de cette politique en finançant la création de plateformes de communication institutionnalisées.

Enfin, la mise en place des programmes de coopération territoriale repose sur une gouvernance multi-niveaux avec une participation accrue des collectivités locales dans les instances décisionnaires au détriment des gouvernements nationaux.

J'ai donc voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Cooperarea teritorială europeană are o contribuție semnificativă la consolidarea obiectivului Uniunii de coeziune teritorială, stimulând atât creșterea economică, cât și dezvoltarea teritorială a regiunilor.

În urma restructurării CTE în concordanță cu obiectivele Strategiei Europa 2020, se constată un impact pozitiv crescut, rolul CTE fiind unul esențial în continuarea priorităților regionale. Acest instrument este prezent atât la nivelul orașelor și regiunilor, cât și în afara granițelor naționale, încurajând consolidarea cooperării și integrării regionale cu precădere în regiunile insulare.

În ceea ce privește practicile optime, se remarcă îmbunătățirea conectivității regionale, a mobilității și a accesibilității serviciilor prin surmontarea problemelor transfrontaliere în ceea ce privește mobilitatea persoanelor. Salut, de asemenea, consolidarea capacității instituționale și a capitalului social, întărirea structurilor rețelelor transfrontaliere și crearea unor noi parteneriate.

M-am exprimat în favoarea acestui raport deoarece consider că reprezintă un instrument valoros în asigurarea stabilității și integrării regionale, având o contribuție importantă în cadrul politicii de extindere și a celei de vecinătate.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – La coopération territoriale européenne permet à des régions de coopérer et d'échanger leurs bonnes pratiques. Elles pourront alors poursuivre le plus efficacement possible les objectifs de la politique de cohésion.

La coopération territoriale européenne se décline en trois volets: la coopération transfrontalière, transnationale et interrégionale. Cela donne l'opportunité à des porteurs de projets de s'associer pour financer leurs projets dans différents domaines tels que l'emploi, l'environnement ou encore le tourisme.

Il est important que cette coopération reçoive un soutien politique et financier approprié à l'accomplissement de son objectif.

J'ai voté en faveur de ce rapport.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in questione perché la cooperazione territoriale europea (CTE) è stata ripensata al fine di ottenere un maggiore impatto e un uso più efficace degli investimenti attraverso l'attenzione sulla concentrazione tematica e sull'orientamento al risultato.

Penso che la nuova cooperazione territoriale europea (CTE) sia di primaria importanza perché può contribuire all'accrescimento del potenziale economico, sociale e territoriale delle regioni, rispecchiando e integrando diverse politiche settoriali su scala territoriale, superando i confini nazionali.

Tuttavia, penso sia necessario rendere meno burocratiche le fasi di attuazione e gestione dei programmi e dei progetti per la cooperazione territoriale europea. Da un lato, la Commissione dovrebbe armonizzare le norme e i modelli relativi ai programmi di cooperazione territoriale europea. Dall'altro, gli Stati membri dovrebbero semplificare le loro disposizioni nazionali, al fine di evitare inutili oneri amministrativi non riconducibili alla normativa comunitaria.

Penso sia fondamentale promuove la cooperazione territoriale europea in materia di ricerca e innovazione, come progetti comuni di ricerca e cooperazione tra istituti di ricerca e imprese, fondazione di università internazionali transfrontaliere, centri di ricerca transfrontalieri, istituti di formazione transfrontalieri, creazione di cluster e reti aziendali transfrontalieri, incubatori e servizi di consulenza transfrontalieri alle PMI.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this own initiative report focusing on improving the effective use of the Interreg initiative (a Community Initiative in place since 1990) in order to develop European Territorial Cooperation (ETC). The overarching objective of ETC is to lessen the influence of borders in order to reduce disparities between regions, removing the remaining obstacles to investment and cooperation across borders. The report calls for increased funds to be directed towards ETC, for cross-border innovation policy and research cooperation, and for a focus on projects that promote the adaptation of social and mobility infrastructure to demographic change and migratory flows.

David Casa (PPE), *in writing*. – The survey Flash Eurobarometer 'Cross-border cooperation in the EU' (2015) established that the majority of the people living in EU border regions are not aware of EU-funded cross-border cooperation activities in their region falling under the umbrella of European Territorial cooperation (ETC). Therefore, I agree that more effective communication on the results and achievements from completed projects is needed and also to enhance synergies with the other EU-funded programmes/initiatives. I also believe that all parties involved in ETC should provide critical analysis of project thematic achievements in order to provide recommendations for post-2020, and at the same time ensuring for projects a high level of quality, transparency and closeness to citizens. I agree with this report.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione in questione fa uno stato dell'arte piuttosto completo e dettagliato degli obiettivi, delle finalità e della criticità del nuovo quadro della cooperazione territoriale europea (CTE), con diversi spunti positivi e altri, invece, che non condivido totalmente. Tra gli aspetti più controversi figurano l'uso degli strumenti finanziari dei programmi di CTE, in particolar modo quando si incoraggia un uso più ampio degli strumenti finanziari quali meccanismi di flessibilità da utilizzare parallelamente alle sovvenzioni o quando si afferma che gli strumenti finanziari debbano costituire parte integrante dei programmi di cooperazione territoriale europea. Non condivisibile neanche un paragrafo sugli investimenti privati in cui però, a fronte di una raccomandazione sui possibili vantaggi dei partenariati pubblico-privato, si sottolinea il rischio di conflitto di interesse, che dovrebbe essere adeguatamente affrontato attraverso gli strumenti di legge vincolanti e non vincolanti. Per questi motivi ho preferito astenermi sul voto finale.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – La cooperazione territoriale europea (CTE) è uno dei due pilastri della politica di coesione dell'UE, nonché un'iniziativa chiave nella promozione di pace, stabilità e integrazione tra regioni europee, e consente di beneficiare appieno dei vantaggi del mercato interno. Nei 25 anni della sua esistenza ha dato un importante valore aggiunto, specialmente nell'affrontare le sfide transfrontaliere, e può rappresentare un'opportunità per le regioni europee, soprattutto per quelle più esposte alla crisi migratoria, che attraverso lo scambio di buone pratiche possono trovare soluzioni e approcci comuni.

Di fronte a questi esiti positivi e al potenziale del programma, ritengo che il bilancio di 10,1 miliardi di EUR (rappresentante solo il 2,8% del bilancio per la politica di coesione) non potrà essere all'altezza delle grandi sfide che la CTE deve affrontare.

Come succede per molti programmi complessi, il successo della CTE dipende molto dalle procedure amministrative richieste per la sua attuazione. Per tali motivi abbiamo rivolto alla Commissione la richiesta di ridurre l'onere amministrativo e di armonizzare le procedure dei programmi CTE.

Alla luce di tali considerazioni, ho votato a favore della relazione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και συμφωνούμε με τη θέση της εισηγήτριας περί ανάγκης περιορισμού της γραφειοκρατίας που χαρακτηρίζει τη διαχείριση και την υλοποίηση των προγραμμάτων και των έργων ΕΕΣ. Η υλοποίηση των προγραμμάτων ΕΕΣ παραμένει περίπλοκη και, ως εκ τούτου, ζητούμε από την Ομάδα ανεξάρτητων εμπειρογνωμόνων υψηλού επιπέδου για την παρακολούθηση της απλούστευσης για τους δικαιούχους των ευρωπαϊκών διαρθρωτικών και επενδυτικών ταμείων να εξετάσει μέτρα για την απλούστευση και τη μείωση του διοικητικού φόρτου που βαρύνει τους δικαιούχους.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με την ευρωπαϊκή εδαφική συνεργασία και τις βέλτιστες πρακτικές και καινοτόμα μέτρα αφορά σύνθετους και διαφορετικούς τομείς της συνεργασίας μεταξύ των κρατών μελών της ΕΕ. Καθώς χρειαζόμαστε βελτιώσεις ως προς τη συνεργασία αυτή, θεωρώ πως η έκθεση αποτελεί ένα σωστό βήμα και για αυτό τον λόγο ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Mi esprimo a favore di quanto riportato nella relazione della collega Mihaylova dal momento che l'*European Territorial Cooperation* ha consentito numerosi progressi in termini di connettività e innovazione, in special modo nelle regioni di confine dell'Unione. La cooperazione territoriale rappresenta uno degli obiettivi di Europa 2020 per la coesione e fornisce un quadro di riferimento per l'attuazione di azioni comuni e scambi politici tra gli attori nazionali, regionali e locali dei diversi Stati membri. Ritengo che sia fondamentale supportare adeguatamente un progetto che da 25 anni implementa uno sviluppo economico, sociale e territoriale quanto più armonioso possibile poiché ciò rientra tra quelle che considero le priorità per il mio territorio.

Il valore aggiunto apportato dall'ETC emerge sotto numerosi profili che spaziano da un miglioramento della connessione regionale fino ad una maggiore accessibilità ai servizi per i cittadini, consentendo così una velocizzazione nel trasferimento della conoscenza e dell'innovazione che a sua volta si traduce in maggiore competitività per le nostre imprese. In questo modo, oltre a far nascere numerose partnership imprenditoriali e istituzionali, si è comunque contribuito ad accrescere l'immagine e l'identità regionale stessa.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on European territorial cooperation – best practices and innovative measures, and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A Cooperação Territorial Europeia (CTE) compreende as dimensões de cooperação transfronteiriça, transnacional e inter-regional, constituindo-se como um dos dois objetivos da política de coesão.

A significativa dimensão financeira do INTERREG para o período 2014-2020 (10,1 mil milhões de euros) que, além destas dimensões, compreende o cofinanciamento de programas de cooperação de desenvolvimento regional fora da UE, atesta a sua importância, mas também a necessidade de desburocratizar e agilizar processos, de forma a concentrar recursos nos objetivos prioritários, reforçar a consecução da estratégia Europa 2020 e melhorar o potencial económico, social e territorial das regiões, integrando as suas políticas setoriais.

Entendo que, nos 25 anos do INTERREG, devem ser reunidas as melhores práticas de orientação do financiamento nos domínios da conectividade, mobilidade e acessibilidade; apoio à inovação e ciência; incremento de competitividade das PME; prevenção de catástrofes naturais; promoção do crescimento inclusivo, assente no emprego, educação e formação; e gestão sustentável dos recursos ambientais e energéticos.

Acompanho o alerta para a necessidade de coordenar melhor os mecanismos de financiamento da CTE com os fundos estratégicos e de investimento, eliminando sobreposições e garantindo uma governação mais coerente com os objetivos de coesão territorial.

Pelo exposto, apoio o relatório.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — I agree with the rapporteur in advocating greater respect for territorial cohesion, in particular islands when implementing cohesion policy. There are intrinsic peculiarities which need to be addressed through this funding tool. In this sense it is disappointing to note the outcome of the negotiations on the MFF 2014-2020 regarding the cut in appropriations for ETC.

I agree that an increased budget for ETC in the next programming period will boost the added value of cohesion policy.

Member States need to simplify national provisions urging the implementation of e-cohesion and streamlining of administrative procedures.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque contiene algunos aspectos positivos de relevancia para mejorar las condiciones de la población de referencia. Recomienda que se preste especial atención a los proyectos que se esfuerzan en adaptar los municipios y las regiones a la nueva situación demográfica, tales como: la adaptación de la infraestructura social y de movilidad al cambio demográfico y los flujos migratorios, el apoyo a la búsqueda de empleo para personas de edad, mujeres y migrantes, contribuyendo a una mejor inclusión social. Refuerza la idea sobre la simplificación de los programas y la involucración de la sociedad civil, teniendo en cuenta la transparencia y rendición de cuentas. Insta a que las instituciones locales y regionales tengan un papel mayor en la propuesta, gestión y evaluación de los programas de cooperación territorial europea.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Pentru perioada 2014-2020 s-a marcat o orientare clară în alocarea fondurilor pentru dezvoltarea transfrontalieră a priorităților strategice. Aceste modificări au contribuit la creșterea potențialului economic, social și teritorial al regiunilor, mergând chiar dincolo de granițele naționale.

Am votat pentru debirocratizarea programelor și a proiectelor CTE. O dezbatere publică structurată la nivelul UE cu privire la viitorul politicilor de coeziune pentru perioada post-2020 este necesară.

Aceste proiecte cu rezultate concrete în eliminarea impedimentelor pentru dezvoltarea securității, a transporturilor, a educației, a energiei sau a sănătății trebuie să continue.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. –Az európai területi együttműködés a 2007-2013-as programozási időszak óta a kohéziós politika önálló célkitűzése, mégse kap megfelelő figyelmet ez a terület. Azonban több paragrafusban megjelenik annak gondolata, hogy a kohéziós forrásokat, területfejlesztési eszközöket a migránsok társadalmi integrációjának támogatására, a menekültválság által támasztott kihívások kezelésére, a migráció és a menekültügy területét célzó intézkedésekre is kell fordítani. Ez a javaslat figyelmen kívül hagyja a kohéziós politika EUMSZ 174. cikkében megfogalmazott eredeti célkitűzését, amely „a különböző régiók fejlettségi szintje közötti egyenlőtlenségek és a legkedvezőtlenebb helyzetű régiók lemaradásának csökkentése”, „a gazdasági, társadalmi és területi kohézió erősítése”. Nem tudok egyetérteni azzal, hogy az európai régiók számára oly fontos kohéziós forrásokat migrációval kapcsolatos célokra fordítsák.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Popieram sprawozdanie dotyczące europejskiej współpracy terytorialnej (Interreg), gdyż podejmuje ono bardzo istotne kwestie takie jak: opis najlepszych praktyk, wkład w spójność terytorialną, uproszczenia oraz wartość dodaną UE. Interreg stanowi ramy realizacji wspólnych działań i wymiany doświadczeń w zakresie polityki między podmiotami krajowymi, regionalnymi i lokalnymi z różnych państw członkowskich.

Poparłem to sprawozdanie, gdyż dla mnie bardzo ważna jest realizacja polityki spójności, a Interreg, o którym mowa w sprawozdaniu, jest jego częścią.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this report as it highlights the importance for the Commission and Member States of working towards preserving European territorial cooperation. I strongly believe that this cooperation is a fundamental basis for the European integration process and that it should be given a more distinct role within cohesion policy.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Consider că buna cooperare dintre CE, BEI și autoritățile locale și regionale reprezintă un element esențial pentru asigurarea succesului utilizării instrumentelor financiare în dezvoltarea teritorială și în întreaga politică de coeziune.

În acest context, cred că este necesară intensificarea schimbului de experiență și de cunoștințe între CE și BEI, pe de o parte, și autoritățile locale și regionale, de cealaltă parte.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative dresse un bilan de la politique de coopération territoriale européenne (Interreg), dont le but est de renforcer et développer les rapports de voisinage entre collectivités ou autorités territoriales de plusieurs États.

Le rapport recommande notamment de développer plusieurs secteurs clés tels que la connectivité, l'innovation, la connaissance, la culture et l'éducation.

Considérant que la coopération entre pays appartenant à un même espace géographique, tel que les régions montagneuses, est un élément clé permettant d'établir une réelle politique de développement territoriale, j'ai soutenu ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – We voted against this report because it enshrines the EU principle of harmonising everything and refusing to allow different regions and territories to have their own way of developing. This report will not help the situation.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu ce texte sur les bonnes pratiques liées la coopération territoriale européenne. Le programme Interreg participe indéniablement au renforcement de la cohésion territoriale en Europe, notamment en favorisant la connectivité interrégionale et transfrontalière.

Il était particulièrement important de souligner la nécessité d'accorder une attention particulière aux projets visant les régions insulaires, les régions ultrapériphériques et les régions peu peuplées, ainsi que les régions de montagne et les régions rurales en vue de remplir nos objectifs fixés dans le cadre de la politique de cohésion pour la période 2014-2020.

Enfin, les politiques d'innovation transfrontalières, et notamment les programmes communs de recherche et de mobilité, doivent être encouragés pour favoriser la compétitivité et la croissance en Europe.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A plenáris szavazás során nem tudtam támogatni az európai területi együttműködésről szóló jelentést. A jelentés számos értékes gondolatot tartalmaz. Kétségtelen, hogy bár az európai területi együttműködés a 2007-2013-as programozási időszak óta a kohéziós politika önálló célkitűzése, mégse kap megfelelő figyelmet ez a terület. Azonban több paragrafusban megjelenik annak gondolata, hogy a kohéziós forrásokat, területfejlesztési eszközöket a migránsok társadalmi integrációjának támogatására, a menekültválság által támasztott kihívások kezelésére, a migráció és a menekültügy területét célzó intézkedésekre is kell fordítani.

Ez a javaslat figyelmen kívül hagyja a kohéziós politika eredeti célkitűzését, mely „a különböző régiók fejlettségi szintje közötti egyenlőtlenségek és a legkedvezőtlenebb helyzetű régiók lemaradásának csökkentése", „a gazdasági, társadalmi és területi kohézió erősítése" (EUMSZ 174. cikk). Nem a sokat hangoztatott szolidaritásról van szó, hanem egy befektetési politikáról, melynek a nettó befizetők legalább annyira haszonélvezői mint a támogatásban részesülő országok. Nem tudok egyetérteni azzal, hogy az európai régiók számára oly fontos kohéziós forrásokat migrációval kapcsolatos célokra fordítsák. Itt az ideje felismerni, hogy a kötelező befogadási kvóta, az áttelepítés nem működik. A migránsok, menekültek számára származási országukban kell segítséget nyújtani, és nem az uniós tagállamokba hozni a problémát.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ho sostenuto questa relazione perché sono convinta che una migliore connettività a livello comunitario, nazionale e regionale sia indispensabile per lo sviluppo dell'UE. Il testo pone tra i propri obiettivi l'incremento della qualità dei trasporti, della salute e dell'istruzione e un maggiore impegno comune alla salvaguardia della sicurezza dei cittadini.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – La politique territoriale de l'Union européenne absorbe déjà 10,1 milliards d'euros, soit 2,8 % du budget de la politique de cohésion pour la période 2014-2020.

Outre le fait que son efficacité n'a jamais été démontrée, elle s'appuie sur une régionalisation toujours plus poussée de l'Union au détriment des États nations. En l'occurrence, le programme de coopération multiterritoriale repose sur une implication accrue des collectivités dans les instances décisionnaires.

Enfin, ce programme encourage nombre de politiques que nous contestons, en particulier le financement de l'accueil des migrants, ou bien de la politique de voisinage et d'élargissement de l'Union européenne.

J'ai voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада на г-жа Искра Михайлова относно европейското териториално сътрудничество – най-добри практики и новаторски мерки, тъй като тази политика е част от кохезионната политика на Европейския съюз, която е от изключително значение за България и за нейното икономическо и социално развитие. С отпуснатата сума от 10.1 милиарда евро за програмния период 2014 – 2020 г. целта на Европейското териториално развитие е да подпомогне цялостното сътрудничество между национални, регионални и местни участници, като акцент се поставя на трансграничното сътрудничество и подпомагането на граничните региони.

Докладът на г-жа Михайлова е важен най-вече поради две причини. На първо място той призовава за значително увеличение на бюджета в следващия програмен период, за да се увеличат инвестициите в граничните региони, тъй като те са изключително много засегнати от настоящата бежанска криза. На второ място докладът изисква да се опрости изпълнението на програмите за териториално сътрудничество, за да станат по-достъпни за различните участници и по този начин да се увеличи ефектът от инвестираните средства.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Σύμφωνα με την έκθεση, ο πρωταρχικός ρόλος της Ευρωπαϊκής Εδαφικής Συνεργασίας είναι η μείωση της επίδρασης των εθνικών συνόρων, γεγονός το οποίο συνιστά άμεση απειλή στην εθνική κυριαρχία των κρατών μελών.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A plenáris szavazás során nem tudtam támogatni az európai területi együttműködésről szóló jelentést. A jelentés számos értékes gondolatot tartalmaz. Kétségtelen, hogy bár az európai területi együttműködés a 2007-2013-as programozási időszak óta a kohéziós politika önálló célkitűzése, mégse kap megfelelő figyelmet ez a terület. Azonban több paragrafusban megjelenik annak gondolata, hogy a kohéziós forrásokat, területfejlesztési eszközöket a migránsok társadalmi integrációjának támogatására, a menekültválság által támasztott kihívások kezelésére, a migráció és a menekültügy területét célzó intézkedésekre is kell fordítani.

Ez a javaslat figyelmen kívül hagyja a kohéziós politika eredeti célkitűzését, mely „a különböző régiók fejlettségi szintje közötti egyenlőtlenségek és a legkedvezőtlenebb helyzetű régiók lemaradásának csökkentése", „a gazdasági, társadalmi és területi kohézió erősítése" (EUMSZ 174. cikk). Nem a sokat hangoztatott szolidaritásról van szó, hanem egy befektetési politikáról, melynek a nettó befizetők legalább annyira haszonélvezői, mint a támogatásban részesülő országok. Nem tudok egyetérteni azzal, hogy az európai régiók számára oly fontos kohéziós forrásokat migrációval kapcsolatos célokra fordítsák. Itt az ideje felismerni, hogy a kötelező befogadási kvóta, az áttelepítés nem működik. A migránsok, menekültek számára származási országukban kell segítséget nyújtani, és nem az uniós tagállamokba hozni a problémát.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Atualmente, a CTE beneficia 28 Estados-Membros. O montante afeto à CTE ascende aos 10,1 mil milhões de euros: 74,1 % para a cooperação transfronteiriça - 60 programas, 20,4 % para a cooperação transnacional - 15 programas e 5,6 % para a cooperação inter-regional - 4 programas. O Interreg também cofinancia programas de cooperação de desenvolvimento regional fora da UE: programas de colaboração transfronteiriça do Instrumento de Assistência de Pré-Adesão (242 milhões destinados especificamente à cooperação transfronteiriça) e 16 programas de colaboração transfronteiriça do Instrumento Europeu de Vizinhança (634 milhões destinados especificamente à cooperação transfronteiriça). Concordo por isso, que a CTE tem um grande efeito de alavancagem.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: reconnaît qu'il n'existe aucune donnée quantitative fiable démontrant l'efficacité de ces programmes de coopération territoriale.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A nossa posição relativamente à Cooperação Territorial Europeia (CTE) tem sido crítica, tendo por base o entendimento de que esta prossegue o objetivo de superar os obstáculos que ainda subsistem ao funcionamento do mercado único da UE, nomeadamente os que têm que ver com os entraves à livre circulação de mercadorias e à migração dos trabalhadores entre países, tendo por base não os seus interesses e aspirações (e aproveitando as carestia de vida que lhes é imposta), mas sim as necessidades de mão-de-obra do capital.

A CTE não corresponde a uma cooperação assente no benefício mútuo, solidária e tendo na sua base a soberania e os interesses complementares dos países envolvidos, com a qual estaríamos indubitavelmente de acordo, mas antes com a intenção de obstaculizar o empecilho que consideram ser os modelos de desenvolvimento de base soberana e nacional.

A cooperação e a integração são uma realidade e uma necessidade potenciada pelo desenvolvimento das forças produtivas, particularmente do desenvolvimento tecnológico e científico. Este relatório, ao enfatizar a questão dos instrumentos financeiros e ao privilegiar as parcerias público-privado, faz notar que, como noutros momentos, promove-se uma cooperação impositiva com vista a facilitar a concentração e a centralização do capital (monopolista) por todo o espaço da UE.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole poiché la presente relazione sottolinea la necessità di una maggiore integrazione e complementarietà tra i programmi Interreg e gli altri programmi finanziati sia a livello nazionale che UE, quali Orizzonte 2020, il Fondo europeo per gli investimenti strategici (FEIS) e la Banca europea per gli investimenti.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione auspicando anche una maggiore collaborazione con i privati.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Σύμφωνα με την έκθεση, ο πρωταρχικός ρόλος της Ευρωπαϊκής Εδαφικής Συνεργασίας είναι η μείωση της επίδρασης των εθνικών συνόρων, γεγονός το οποίο συνιστά άμεση απειλή στην εθνική κυριαρχία των κρατών μελών. Για αυτόν τον λόγο καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την ευρωπαϊκή εδαφική συνεργασία - βέλτιστες πρακτικές και καινοτόμα μέτρα.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Having in view that ETC has made a significant contribution to enhancing the economic, social and territorial potential of regions, Parliament expressed its disappointment concerning the outcome of the negotiations on the MFF 2014-2020 regarding the cut in appropriations for ETC. Thus, one of the important goals of this report was to call on the Commission and Member States to work towards preserving ETC as an important and positive instrument for the European integration process, through allocating ETC a more distinct role within Cohesion policy post-2020 and increasing its budget for the next programming period. I supported the report in the Plenary.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A plenáris szavazás során nem tudtam támogatni az európai területi együttműködésről szóló jelentést. A jelentés számos értékes gondolatot tartalmaz. Kétségtelen, hogy bár az európai területi együttműködés a 2007-2013-as programozási időszak óta a kohéziós politika önálló célkitűzése, mégse kap megfelelő figyelmet ez a terület. Azonban több paragrafusban megjelenik annak gondolata, hogy a kohéziós forrásokat, területfejlesztési eszközöket a migránsok társadalmi integrációjának támogatására, a menekültválság által támasztott kihívások kezelésére, a migráció és a menekültügy területét célzó intézkedésekre is kell fordítani.

Ez a javaslat figyelmen kívül hagyja a kohéziós politika eredeti célkitűzését, mely „a különböző régiók fejlettségi szintje közötti egyenlőtlenségek és a legkedvezőtlenebb helyzetű régiók lemaradásának csökkentése", „a gazdasági, társadalmi és területi kohézió erősítése" (EUMSZ 174. cikk). Nem a sokat hangoztatott szolidaritásról van szó, hanem egy befektetési politikáról, melynek a nettó befizetők legalább annyira haszonélvezői, mint a támogatásban részesülő országok. A magyar néppárti delegáció tagjaként nem értek egyet azzal, hogy az európai régiók számára oly fontos kohéziós forrásokat migrációval kapcsolatos célokra fordítsák. Itt az ideje felismerni, hogy a kötelező befogadási kvóta, az áttelepítés nem működik. A migránsok, menekültek számára származási országukban kell segítséget nyújtani, és nem az uniós tagállamokba hozni a problémát.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor al constatar que es necesario continuar apostando por mejorar y ampliar la cooperación territorial dentro de la UE. En la actualidad, la cooperación territorial europea beneficia a los 28 Estados miembros y se ha convertido en uno de los objetivos de la política de cohesión. Dispone de un presupuesto de 10 100 millones de euros: un 74,1 % para la cooperación transfronteriza (60 programas), un 20,4 % para la cooperación transnacional (15 programas) y un 5,6 % para la cooperación interregional (4 programas). La cooperación territorial europea contribuye a reforzar el potencial económico, social y territorial de las regiones, traspasando las fronteras nacionales y eliminando los obstáculos para la mejora de la seguridad, el transporte, la educación, la energía, la sanidad, la formación y el empleo. Por lo tanto, debemos seguir apostando decididamente por la mejora y la ampliación de la cooperación territorial de la UE.

Elisabetta Gardini (PPE), *in writing*. – I voted to approve this reports as it outlines several possible improvements in the area of ETC and aims to strengthen the program and its role in supporting cross-border initiatives. Cross-border cooperation and initiatives are one of the things that lie at the heart of what the EU is as they bring citizens of different Member States together in cooperation. The ETC is also important when it comes to closing the gaps in cross-border governance and regulation, an issue that makes it harder to do business and to facilitate investment to these regional cross-border areas.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Rafforzare la cooperazione territoriale europea significa investire in una crescita larga, democratica e intelligente, ambire ad un piano di solidarietà ed inclusione socio-economica, supportare la piccola e media impresa, rispondere ad esigenze di aree e territori diversi ma con urgenze comuni. Per questo ritengo che l'Europa non possa accettare ulteriori tagli alle politiche di coesione, ma anzi debba confermare con totale convinzione la necessità di investimenti nella crescita dei singoli territori per rafforzare l'intero progetto europeo.

Le politiche di coesione sono determinanti per il raggiungimento degli obietti di Europa 2020, per questo ritengo di dover dare il mio pieno appoggio alla relazione, ritenendo che nella sinergia tra governi locali e nazionali e tra città metropolitane, regioni e i diversi Stati risieda la vera anima dell'Europa, che trova nel rispetto di diverse identità la sua vera forza di propulsione.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del Parlamento europeo sulla cooperazione territoriale europea – migliori pratiche e misure innovative, perché sono fortemente convinta del valore aggiunto europeo dello strumento della cooperazione territoriale e di programmi specifici come il programma Interreg, che fin dal 1990 supporta lo sviluppo dei territori. È infatti fondamentale dotarsi di un quadro efficace per la cooperazione transfrontaliera dato l'alto numero di cittadini che vivono in regioni transfrontaliere con simili difficoltà economiche, finanziarie e sociali.

La cooperazione territoriale rappresenta la risposta a sfide tradizionali come la ricerca, l'innovazione, l'adattamento al cambiamento climatico e la promozione della mobilità e dei trasporti sostenibili, ma anche a nuove sfide come la gestione dei flussi migratori e la scarda mobilità dei giovani.

Condivido dunque le preoccupazioni del Parlamento rispetto all'assenza di risorse sufficienti nel bilancio 2014-20 in favore della cooperazione territoriale, così come la necessità di aumentarne i fondi se vogliamo considerare le regioni transfrontaliere come laboratori dell'integrazione europea. Ritengo importantissimo infine il collegamento tra il programma Interreg e le strategie macro regionali e ritengo che esso possa diventare il braccio finanziario per lo sviluppo della Macroregione Adriatico-Ionica.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den „Bericht über die Europäische territoriale Zusammenarbeit – bewährte Verfahren und innovative Maßnahmen" gestimmt. Die Europäische territoriale Zusammenarbeit ist ein wichtiger Teil der Kohäsions- und Strukturpolitik der Europäischen Union und fördert die grenzübergreifende Zusammenarbeit der Regionen in Europa. Ihr Ziel ist die Stärkung einer harmonischen, ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung sowie des Zusammenhalts und der Wettbewerbsfähigkeit Europas. Gerade ein Binnenland wie Deutschland profitiert davon in seinen Grenzregionen – und das soll auch so bleiben.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Europäische territoriale Zusammenarbeit (ETZ) ist als eine Schlüsselkomponente der Europa-2020-Strategie weiter zu fördern. Die ETZ liefert in diesem Hinblick einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Potenzials der Regionen. Dies wird besonders im Bereich des Wissens- und Innovationstransfers und der transregionalen Verkehrsanbindung sichtbar.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report because it calls on the Commission and Member States to work towards preserving European Territorial Cooperation (ETC) as an important and positive instrument for the European integration process, by allocating ETC a more distinct role within cohesion policy post 2020 and increasing its budget for the next programming period.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – A quoi sert la coopération territoriale européenne sinon à rendre encore plus floues les frontières des États et à servir, comme le dit le rapporteur, de «laboratoires de l'intégration européenne»?

C'est là une formule piquante à l'heure où l'euro et les politiques européennes favorisent la divergence des économies et accroissent les disparités sociales et territoriales. Plus piquant encore, cet enthousiasme affiché sur l'efficacité des coopérations transfrontalières et leur valeur ajoutée, qui côtoie l'aveu d'absence de données et de preuves fiables.

Bref, ce rapport est avant tout un acte de foi qui réclame que l'on investisse encore plus dans des projets qui ne marchent pas bien, sont inutiles voire nuisibles et créent des effets d'aubaine.

J'ai voté contre.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor en este informe porque pienso que es crucial disminuir las disparidades entre las regiones fronterizas y fomentar la paz, la estabilidad y la integración regional en estas zonas. Además, este dossier apoya la adaptación social y la movilidad de infraestructuras, con el objetivo de crear un cambio demográfico y fomentar los flujos migratorios. Apoya también la creación de empleos para personas mayores, mujeres y migrantes con el fin de contribuir a una mayor integración social.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Głosowałam za przyjęciem sprawozdania w sprawie Europejskiej współpracy terytorialnej – najlepsze praktyki i działania innowacyjne.

Dla osiągnięcia lepszych rezultatów i bardziej wydajnego wykorzystania inwestycji europejska współpraca terytorialna (Interreg) w programie na lata 2014-2020 przyjęła nowy kształt. Było to możliwe dzięki skupieniu się na obszarach tematycznych i ukierunkowaniu na wyniki.

Aktualnie bardzo ważne jest podnoszenie świadomości społecznej na temat europejskiej współpracy regionalnej i jej większe wyeksponowanie, bowiem większość mieszkańców regionów przygranicznych UE nie jest świadoma prowadzonej w ich regionach współpracy transgranicznej finansowanej ze środków Unii Europejskiej.

Dlatego w mojej ocenie bardzo ważnym jest zarówno skuteczne nagłaśnianie wyników związanych z ukończonymi projektami, jak i lepsza koordynacja działań pomiędzy Komisją, organami zarządzającymi i wszystkimi zainteresowanymi stronami w trakcie realizacji programów transgranicznych. Pozwoli to zapewnić krytyczną analizę projektów pod kątem ich osiągnięć w poszczególnych obszarach tematycznych i ułatwi dalszą realizację programów po roku 2020 przy jednoczesnym zagwarantowaniu wysokiej jakości i przejrzystości projektów.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report because it calls on the Commission and Member States to work towards preserving ETC as an important and positive instrument for the European integration process, through allocating ETC a more distinct role within Cohesion policy post-2020 and increasing its budget for the next programming period.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui fait le point sur les progrès obtenus grâce à la coopération territoriale européenne (le programme Interreg), très utile notamment dans les régions frontalières.

Ce programme rassemble une série de projets à forte valeur ajoutée, de dimension transfrontalière, dans les domaines clés de la connectivité, de l'innovation de la culture ou de l'éducation.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report. European Territorial Cooperation represents high value for money and has future potential beyond regional policy. It makes a significant contribution to boosting integrated and sustainable territorial development, including implementation and dissemination of integrated approaches, development of governance approaches, harmonisation of planning instruments, administrative procedures and legal provisions across borders.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. — Το 1990, το Interreg αναπτύχθηκε ως κοινοτική πρωτοβουλία με προϋπολογισμό μόλις 1 δισεκατομμυρίου ευρώ που κάλυπτε αποκλειστικά τη διασυνοριακή συνεργασία και με δικαιούχους 11 κράτη μέλη. Αργότερα, το Interreg επεκτάθηκε στη διακρατική και τη διαπεριφερειακή συνεργασία. Κατά την περίοδο 2014-2020, εγκρίθηκε ειδικός κανονισμός που καλύπτει τις δράσεις ΕΕΣ με τη στήριξη του ΕΤΠΑ. Επί του παρόντος, η ΕΕΣ έχει 28 κράτη μέλη δικαιούχους και έχει αναχθεί στον έναν από τους 2 στόχους της πολιτικής συνοχής. Υπερψηφίσαμε την έκθεση αφού διασφαλίζει:

— Καλύτερη περιφερειακή συνδεσιμότητα, κινητικότητα και προσβασιμότητα στις υπηρεσίες,

— Μεταφορά γνώσης και καινοτομίας, ενίσχυση της ανταγωνιστικότητας των ΜΜΕ,

— Αντιμετώπιση περιβαλλοντικών προκλήσεων, καλύτερη διαχείριση κινδύνων και αντίδραση σε καταστροφές,

— Ενίσχυση της ανάπτυξης της θεσμικής ικανότητας και του κοινωνικού κεφαλαίου, εδραίωση διασυνοριακών δομών δικτύων και δημιουργία νέων εταιρικών σχέσεων ενώ συμβάλλει επίσης στην εδαφική συνοχή.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I support the report of my colleague Iskra Mihaylova. I believe that European Territorial Cooperation should facilitate better regional connectivity, mobility and accessibility to services throughout Member States. Already it has helped to support research, innovation and the knowledge economy, adapting to climate change, and promoting sustainable transport and mobility through transnational approaches, and has contributed to enhancing institutional capacity of cities in the EU. Equally, cross-border labour markets are becoming an increasingly important element of ETC. I support the initiative of the Luxembourg Presidency, which proposed a specific legal tool for border regions, as well as the Commission's initiative of carrying out, by the end of 2016, an analysis of the barriers to cross-border cooperation that will look at solutions and examples of good practices. I agree that potential of the European Territorial Cooperation should be further developed, especially in areas such as the single market, the digital agenda, employment, mobility, energy, research, education, culture, health and the environment.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour as I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – In diesem Initiativbericht wird die Europäische territoriale Zusammenarbeit (ETZ) behandelt. Dieses Finanzierungsinstrument wurde 1990 als Gemeinschaftsinitiative im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik entwickelt und umfasst für den aktuellen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 10,1 Milliarden Euro. Ziel ist eine verbesserte grenzüberschreitende bzw. transnationale und interregionale Zusammenarbeit innerhalb der EU. Positiv am Bericht sind die Forderungen nach mehr Ergebnisorientierung, einer besseren Umsetzung von ETZ-Programmen, nach mehr Daten und Überwachungssystemen, nach mehr Koordination, Synergie und Komplementarität. Zudem wird eine bessere Verknüpfung mit Anstrengungen zur Bewältigung der aktuellen Migrationskrise eingefordert. Negativ ist allerdings die Aussage, dass „nur" 10,1 Milliarden Euro für 2014-2020 zur Verfügung stehen, sowie die pauschale Forderung, nach 2020 mehr Geld für die ETZ aufzuwenden, ohne dass gleichzeitig auf Einsparungen in anderen Bereichen gedrängt wird. Aufgrund der Tatsache, dass neben sinnvollen Projekten im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik etliche Aktivitäten weder zielorientiert noch nachhaltig oder effizient umgesetzt werden und zur Verfügung stehende Gelder in einzelnen Mitgliedstaaten mangels professioneller Verwaltungskapazitäten nicht abgerufen werden können, ist eine pauschale Forderung nach mehr Mitteln für ein Instrument der Kohäsionspolitik blanker Hohn für die europäischen Steuerzahler. Aus diesem Grund lehne ich diesen Bericht ab. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Er führt zu Zwietracht und Zwist in Europa.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A plenáris szavazás során nem tudtam támogatni az európai területi együttműködésről szóló jelentést. A jelentés számos értékes gondolatot tartalmaz. Kétségtelen, hogy bár az európai területi együttműködés a 2007-2013-as programozási időszak óta a kohéziós politika önálló célkitűzése, mégse kap megfelelő figyelmet ez a terület. Azonban több paragrafusban megjelenik annak gondolata, hogy a kohéziós forrásokat, területfejlesztési eszközöket a migránsok társadalmi integrációjának támogatására, a menekültválság által támasztott kihívások kezelésére, a migráció és a menekültügy területét célzó intézkedésekre is kell fordítani.

Ez a javaslat figyelmen kívül hagyja a kohéziós politika eredeti célkitűzését, mely „a különböző régiók fejlettségi szintje közötti egyenlőtlenségek és a legkedvezőtlenebb helyzetű régiók lemaradásának csökkentése", „a gazdasági, társadalmi és területi kohézió erősítése" (EUMSZ 174. cikk). Nem a sokat hangoztatott szolidaritásról van szó, hanem egy befektetési politikáról, melynek a nettó befizetők legalább annyira haszonélvezői, mint a támogatásban részesülő országok. Nem tudok egyetérteni azzal, hogy az európai régiók számára oly fontos kohéziós forrásokat migrációval kapcsolatos célokra fordítsák. Itt az ideje felismerni, hogy a kötelező befogadási kvóta, az áttelepítés nem működik. A migránsok, menekültek számára származási országukban kell segítséget nyújtani, és nem az uniós tagállamokba hozni a problémát.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – This report calls on the Commission and Member States to work closely towards preserving European Territorial Cooperation as an important instrument for the European integration process. European Territorial Cohesion receives a more distinct role within Cohesion policy post 2020 and has its budget increased for the next programming period. I voted in favour of this report.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o europskoj teritorijalnoj suradnji – najbolje prakse i inovativne mjere, s obzirom da iz iskustva župana Istarske županije odlično poznajem vrijednost programa teritorijalne suradnje osobito za nove odnosno buduće zemlje članice. Svojevremeno je Istarska županija bila najuspješnija hrvatska regija u korištenju EU fondova osobito onih iz programa prekogranične suradnje sa Slovenijom i prekogranične suradnje na Jadranu.

Ti programi su nam osobito pomogli u pripremi institucija i građana za EU-u, ali i usvajanju naprednih razvojnih rješenja po uzoru na tadašnje razvijene regije u zemljama članicama. Programi teritorijalne suradnje izvrstan su instrument u prevladavanju razlika između članica osobito regija u prekograničnom području te postizanje socijalne i ekonomske kohezije.

Nažalost, teritorijalna suradnja ima tek 2,8 % od ukupnih sredstava kohezijske politike. Postoji trenutni problem slabije implementacije zbog kasnog usvajanja operativnih programa, ali i permanentni problem brojnih prepreka u implementaciji koje su često vezane s birokratskim pristupom rada u upravljačkim tijelima.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à renforcer la coopération territoriale dont l'objectif général est de réduire l'influence des frontières nationales au sein de l'Union européenne.

Cet objectif n'est ni légitime, ni opportun. Le rapport ouvre outre la porte à des dérives auxiliaires: il encourage ainsi l'utilisation de la coopération territoriale pour financer l'accueil des migrants clandestins, notamment grâce aux programmes Interreg.

Enfin, concernant le dumping social, ces programmes ont également vocation à faciliter la mobilité de la main-d'œuvre au sein de l'Union.

J'ai donc voté contre.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report on ETC because it is important to further develop and support the large number of programmes that play a crucial role in achieving our cohesion policy goals. Such programmes will further improve our cross-border cooperation in many policy domains. Besides transportation, we will see a positive impact in healthcare, research and innovation, and even environment. As it has great potential to enhance the economic, social and territorial development across European regions and boost competitiveness of our small and medium enterprises (SMEs), it will positively affect our citizens and businesses, and I am pleased to support such a decision.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Iskra Mihaylova au sujet de la coopération territoriale européenne.

Cet objectif de la politique régionale favorise la coopération entre différentes régions de l'Union en permettant de financer des projets qui dépassent les frontières nationales dans les domaines de l'emploi, des transports, de l'environnement ou encore du tourisme.

Du fait de sa position géographique, la France est très impliquée dans la coopération territoriale. La région des Pays de la Loire participe de son côté à deux programmes transnationaux («Europe du Nord-Ouest» et «Espace atlantique») et un interrégional (Interreg Europe).

Le rapport Mihaylova fait le point sur les progrès permis par la coopération territoriale et pointe plusieurs marges d'amélioration, notamment en matière de simplification. Il appelle à poursuivre et à amplifier cette coopération, c'est pourquoi je me réjouis de l'adoption de ce rapport.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui fait le point sur la coopération territoriale européenne.

Mise en place il y a environ 25 ans, la coopération territoriale européenne demeure un instrument clé pour parvenir à une cohésion territoriale par le biais d'une série de programmes et de projets à forte valeur ajoutée européenne, avec des retombées plus importantes dans les 60 régions frontalières européennes.

Elle a permis des progrès considérables dans une série de secteurs clés – connectivité, innovation et connaissance, culture et éducation.

Eva Kaili (S&D), *in writing*. – The rapporteur stresses the need for the management and implementation of European territorial cooperation (ETC) programmes and projects to become less bureaucratic. Irrespective of the separate regulation, the implementation of ETC programmes remains too complicated, and the report therefore urges the High Level Group of Independent Experts on Monitoring Simplification for Beneficiaries of ESI Funds to consider measures for significantly simplifying and reducing the administrative burden on beneficiaries.

As I am of this opinion I supported the report.

Jarosław Kalinowski (PPE), *na piśmie*. – Współpraca terytorialna w obrębie Wspólnoty Europejskiej jest istotnym elementem polityki spójności. W jej ramach rozwijanych jest wiele programów mających na celu ułatwienie transportu poprzez budowanie transnarodowych sieci komunikacyjnych, co jest ważnym aspektem na terenach przygranicznych, gdzie wiele osób codziennie przekracza granice, aby dojechać do pracy. Ponadto ułatwia to transport towarów, tym samym redukując koszty dostawy, a także przyczynia się do rozwoju turystyki.

Państwa współpracujące na terenach przygranicznych mają większe możliwości radzenia sobie z wyzwaniami środowiskowymi. Wiele obszarów zagrożonych leży na terytorium kilku krajów członkowskich, tak więc współpraca w zakresie ich ochrony daje dużo większe możliwości niż działania podejmowane osobno przez każde państwo. To samo dotyczy mórz i kontrolowania zanieczyszczeń wód.

Współpraca terytorialna skutkuje także wzrostem innowacyjności i badań podejmowanych przez instytuty badawcze i przedsiębiorstwa pochodzące z różnych krajów, a także daje możliwość współpracy międzynarodowych uniwersytetów przygranicznych.

Ważne jest także zwiększenie atrakcyjności tych obszarów dla przedsiębiorstw handlowych. Wykorzystanie potencjału ludzkiego, regionalnego i transgranicznego daje możliwości rozwoju terenów przygranicznych, a także stwarza nowe miejsca pracy, zapobiegając wyludnieniu.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ein gut ausdifferenzierter Bericht, der die besten Beispiele für die territoriale Zusammenarbeit aufzeigt, um einen tatsächlichen Mehrwert für die europäischen Bürger zu schaffen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind innovativ und dennoch realistisch umsetzbar. Aus diesen Gründen stimme ich für den vorliegenden Bericht.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as it calls on the Commission and Member States to work towards preserving ETC as an important and positive instrument for the European integration process.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – In diesem Initiativbericht wird die auch als Interreg bekannte Europäische territoriale Zusammenarbeit (ETZ) behandelt. Dieses Finanzierungsinstrument wurde 1990 als Gemeinschaftsinitiative im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik entwickelt und umfasst für den aktuellen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 10,1 Milliarden Euro. Ziel ist eine verbesserte grenzüberschreitende bzw. transnationale und interregionale Zusammenarbeit innerhalb der EU. Positiv am Bericht sind die Forderungen nach mehr Ergebnisorientierung, einer besseren Umsetzung von ETZ-Programmen, nach mehr Daten und Überwachungssystemen, nach mehr Koordination, Synergie und Komplementarität sowie einer Vereinfachung der Programme und einer Verringerung des dafür notwendigen Verwaltungsaufwands. Zudem wird eine bessere Verknüpfung mit Anstrengungen zur Bewältigung der aktuellen Migrationskrise eingefordert. Negativ ist allerdings die Aussage, dass „nur" 10,1 Milliarden Euro für 2014-2020 zur Verfügung stehen, sowie die

pauschale Forderung, nach 2020 mehr Geld für die ETZ aufzuwenden, ohne dass gleichzeitig auf Einsparungen in anderen Bereichen gedrängt wird. Aufgrund der Tatsache, dass neben sinnvollen Projekten im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik etliche Aktivitäten weder zielorientiert noch nachhaltig oder effizient umgesetzt werden und zur Verfügung stehende Gelder in einzelnen Mitgliedstaaten mangels professioneller Verwaltungskapazitäten nicht abgerufen werden können, ist eine pauschale Forderung nach mehr Mitteln für ein Instrument der Kohäsionspolitik blanker Hohn für die europäischen Steuerzahler. Aus diesem Grund lehne ich diesen Bericht ab.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Dne 13. září 2016 jsme na plenárním zasedání Evropského parlamentu ve Štrasburku hlasovali o zprávě k evropské územní spolupráci – osvědčené postupy a inovativní opatření. Přibližně 38 % evropské populace žije v příhraničních oblastech. Vzhledem k tomu, že se sama aktivně podílím na programu spolupráce Moravskoslezského kraje s jeho příhraničními regiony a jsem si vědoma různých problémů, které tuto spolupráci často sužují, je mi toto téma poměrně blízké. Základním cílem evropské územní spolupráce je snížit vliv hranic za účelem zmenšení rozdílů mezi regiony, odstranění zbývajících překážek pro investice a intenzivnější spolupráci napříč hranicemi, posílit soudržnost a podporovat harmonický ekonomický, sociální, kulturní a územní rozvoj Unie jako celku. Evropská územní spolupráce dle mého názoru přispívá k míru, stabilitě a regionální integraci. Zpravodaji se podařilo do zprávy zakomponovat potřebu vytvářet společný přístup k přeshraničním inovacím, jako jsou společný výzkum, programy mobility, společná infrastruktura pro výzkum apod. Zpráva zmiňuje, že kulturní spolupráce by měla být jedním z cílů evropské územní spolupráce, a poukazuje na to, že je třeba v příhraničních oblastech podporovat kulturní a vzdělávací spolupráci, neboť osoby žijící na opačných stranách hranice spolu často sdílejí kulturní i jazykové dědictví. Zprávu považuji za poměrně vyváženou, proto jsem ji ráda podpořila.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A plenáris szavazás során nem tudtam támogatni az európai területi együttműködésről szóló jelentést. A jelentés számos értékes gondolatot tartalmaz. Kétségtelen, hogy bár az európai területi együttműködés a 2007-2013-as programozási időszak óta a kohéziós politika önálló célkitűzése, mégse kap megfelelő figyelmet ez a terület. Azonban több paragrafusban megjelenik annak gondolata, hogy a kohéziós forrásokat, területfejlesztési eszközöket a migránsok társadalmi integrációjának támogatására, a menekültválság által támasztott kihívások kezelésére, a migráció és a menekültügy területét célzó intézkedésekre is kell fordítani.

Ez a javaslat figyelmen kívül hagyja a kohéziós politika eredeti célkitűzését, mely „a különböző régiók fejlettségi szintje közötti egyenlőtlenségek és a legkedvezőtlenebb helyzetű régiók lemaradásának csökkentése", „a gazdasági, társadalmi és területi kohézió erősítése" (EUMSZ 174. cikk). Nem a sokat hangoztatott szolidaritásról van szó, hanem egy befektetési politikáról, melynek a nettó befizetők legalább annyira haszonélvezői, mint a támogatásban részesülő országok. Nem tudok egyetérteni azzal, hogy az európai régiók számára oly fontos kohéziós forrásokat migrációval kapcsolatos célokra fordítsák. Itt az ideje felismerni, hogy a kötelező befogadási kvóta, az áttelepítés nem működik. A migránsok, menekültek számára származási országukban kell segítséget nyújtani, és nem az uniós tagállamokba hozni a problémát.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – The aim of this report is to lessen the influence of borders in order to reduce disparities between regions. Around 38% of Europe's population lives in border regions. Through these measures presented in this report we should manage to reinforce cohesion, promote the economic, social, cultural and territorial development of the Union as a whole. One innovative measure is also the mention of the cultural cooperation, promote cultural and educational cooperation for a common cultural heritage. Last but not least to contribute to peace, stability and regional integration. For all these reasons I voted in favour of this report.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Гласувах в подкрепа на Доклада относно европейското териториално сътрудничество – най-добри практики и новаторски мерки, тъй като считам, че ЕТС е важен инструмент на политиката на сближаване, чиято цел е разрешаването на проблеми, които надхвърлят административните граници и изискват общи решения. За периода 2014 – 2020 г. е разпределена сума в размер на над десет милиарда евро по програми за трансгранично, транснационално и междурегионално сътрудничество. Средствата по тях са допринесли за по-добра регионална свързаност, мобилност и достъп до услуги, трансфер на знания и иновации, повишаване на конкурентоспособността на МСП, както и засилване на регионалната идентичност.

Много добри резултати се наблюдават при справянето с предизвикателствата, свързани с околната среда, по-доброто управление на рисковете и реакция при бедствия, както и засилване на изграждането на институционален капацитет и социален капитал, укрепване на трансграничните мрежови структури и създаване на нови партньорства.

Подкрепям призива към Комисията и държавите членки да работят за запазване на ЕТС като важен и положителен инструмент за процеса на европейска интеграция, като на ЕТС се отреди по-важна роля в рамките на политиката на сближаване след 2020 г.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – I supported the text because European territorial cooperation (ETC) is one of the most important goals of cohesion policy for 2014-2020. The ETC makes a significant contribution to strengthening the EU's objective of territorial cohesion through integrating diverse sectoral policies on territorial scale. In this regard, it could be argued that the ETC has a significant European added value. It contributes to peace, stability, economic development and regional integration not only in Europe but also in the world (in the framework of enlargement and neighbourhood policy). Therefore, ETC's potential should be further developed beyond regional policy in areas such as the single market, the digital agenda, employment, mobility and energy, research, education, culture, health and environment. The Commission and Member States should consider preserving ETC as an important instrument, allocating it a more distinct role within cohesion policy post-2020 and significantly increasing its budget.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La cooperazione territoriale, relativamente al periodo 2014 2020, è stata considerata con la finalità di ottenere un maggiore impatto e un adeguato uso degli investimenti. Almeno circa l'80 % del bilancio di ciascun programma di cooperazione deve infatti basarsi su almeno quattro obiettivi tematici, contribuendo in tal modo alla realizzazione della strategia Europa 2020. La CTE contribuisce dunque all'accrescimento economico, sociale e territoriale delle regioni, rappresentando e integrando le diverse politiche su scala territoriale. Esso resta dunque uno strumento fondamentale per la coesione territoriale, concepito per risolvere i problemi che trascendono i confini amministrativi e richiedono soluzioni comuni. In ragione di tali motivazioni, accolgo favorevolmente l'adozione di una nuova strategia orientata all'applicazione di migliori prassi e misure innovative per il nostro paese.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car sous prétexte de renforcer la coopération territoriale européenne, il demande une augmentation du budget qui s'élève déjà à 10,1 milliards d'euros pour 2014-2020.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Le but affirmé est de renforcer la coopération territoriale, et donc de réduire l'incidence des frontières nationales au sein de l'UE.

On trouve ainsi, distillés en filigrane dans ce rapport, les aspects suivants: utilisation de la coopération territoriale pour financer l'accueil des migrants clandestins; participation accrue des collectivités locales dans les instances décisionnaires, au détriment des gouvernements nationaux; volonté de créer des plateformes institutionnelles de coopération pour faire de la propagande européiste aux frais du contribuable, etc.

Tout ceci, alors même qu'il n'existe aucune donnée quantitative fiable démontrant l'efficacité de ces programmes de coopération territoriale.

J'ai logiquement voté contre ce rapport.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque teniendo en cuenta que la Cooperación Territorial Europea (CTE) es un instrumento fundamental para el desarrollo económico, social y territorial de las regiones, el informe recuerda la decepción del Parlamento ante el resultado de las negociaciones del MFP 2014-2020 en lo que respecta al recorte en la dotación para la CTE.

Además, el informe pide a la Comisión y a los Estados miembros que preserven la CTE como un instrumento importante y positivo para el proceso de integración europea, asignando a la CTE un papel más claro dentro de la política de cohesión posterior a 2020. En este contexto, se pide un mayor presupuesto para la CTE en el próximo período de programación.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque contiene algunos aspectos positivos de relevancia para mejorar las condiciones de la población de referencia. Recomienda que se preste especial atención a los proyectos que se esfuerzan en adaptar los municipios y las regiones a la nueva situación demográfica, tales como: la adaptación de la infraestructura social y de movilidad al cambio demográfico y los flujos migratorios, el apoyo a la búsqueda de empleo para personas de edad, mujeres y migrantes, contribuyendo a una mejor inclusión social. Refuerza la idea sobre la simplificación de los programas y la involucración de la sociedad civil, teniendo en cuenta la transparencia y rendición de cuentas. Insta a que las instituciones locales y regionales tengan un papel mayor en la propuesta, gestión y evaluación de los programas de cooperación territorial europea.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – La Cooperación Territorial Europea (CTE) ha sido adaptada para conseguir un mayor impacto mediante un esfuerzo de concentración temática y orientación hacia resultados. Es un instrumento fundamental para el desarrollo de las regiones fronterizas, consideradas verdaderos laboratorios de la integración europea.

Apoyo la aprobación de este informe ya que considero que la cooperación interregional y transnacional permite que las distintas ciudades y regiones europeas cooperen en las diferentes cuestiones que les atañen, con el consiguiente intercambio buenas prácticas y apoyando al mismo tiempo la investigación conjunta, la innovación y la economía del conocimiento.

Doy mi voto positivo para su aprobación porque ofrece un valor añadido europeo considerable al contribuir a la estabilidad y la integración regional, dentro del marco de la política de ampliación y de vecindad.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – In diesem Initiativbericht wird die auch als Interreg bekannte Europäische territoriale Zusammenarbeit (ETZ) behandelt. Dieses Finanzierungsinstrument wurde 1990 als Gemeinschaftsinitiative im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik entwickelt und umfasst für den aktuellen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 10,1 Milliarden Euro. Ziel ist eine verbesserte grenzüberschreitende bzw. transnationale und interregionale Zusammenarbeit innerhalb der EU. Positiv am Bericht sind die Forderungen nach mehr Ergebnisorientierung, einer besseren Umsetzung von ETZ-Programmen, nach mehr Daten und Überwachungssystemen, nach mehr Koordination, Synergie und Komplementarität sowie einer Vereinfachung der Programme und einer Verringerung des dafür notwendigen Verwaltungsaufwands. Zudem wird eine bessere Verknüpfung mit Anstrengungen zur Bewältigung der aktuellen Migrationskrise eingefordert. Negativ ist allerdings die Aussage, dass „nur" 10,1 Milliarden Euro für 2014-2020 zur Verfügung stehen, sowie die pauschale Forderung, nach 2020 mehr Geld für die ETZ aufzuwenden, ohne dass gleichzeitig auf Einsparungen in anderen Bereichen gedrängt wird. Aufgrund der Tatsache, dass neben sinnvollen Projekten im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik etliche Aktivitäten weder zielorientiert noch nachhaltig oder effizient umgesetzt werden und zur Verfügung stehende Gelder in einzelnen Mitgliedstaaten mangels professioneller Verwaltungskapazitäten nicht abgerufen werden können, ist eine pauschale Forderung nach mehr Mitteln für ein Instrument der Kohäsionspolitik blanker Hohn für die europäischen Steuerzahler. Aus diesem Grund lehne ich diesen Bericht ab.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I supported this report, which seeks to achieve territorial cohesion through programmes and projects with an important impact on border regions.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Jde o neužitečné usnesení plné nesmyslných provolání, jako např., že „strategie inteligentních specializací by měly být účinným nástrojem k vypořádání se se sociálními, environmentálními, klimatickými a energetickými výzvami." Nesouhlasím ani s tím, „aby vnitrostátní orgány investovaly do regionálního zpravodajství a hloubkové analýzy velkého objemu dat, což jim umožní pochopit vývojové trendy týkající se regionálních podniků v globálním hodnotovém řetězci." Podle mě nic takového vnitrostátní orgány dělat nemají.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – I support this report that encourages the Member States to make greater use of Integrated Territorial Investment and Community-Led Local Development, and its recommendation that special focus be placed on projects that strive to adapt localities and regions to the new demographic situation and counteract the inequalities resulting from it. I think that the implementation of territorial cooperation programmes should be further simplified.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Európska územná spolupráca je nástroj politiky súdržnosti, ktorý pri efektívnom a rozumnom využití pomôže vyrovnávať regionálne rozdiely, posilní rozvoj regiónov najmä pri cezhraničnej spolupráci a zároveň prispeje k zvýšeniu územnej súdržnosti. Na roky 2014-2020 je vyčlenených na realizáciu cieľov tejto politiky 10,1 mld. EUR, z toho 74,1 % prostriedkov ide na cezhraničnú spoluprácu, 20,4 % na nadnárodnú spoluprácu a 5,6 % na medziregionálnu spoluprácu. Oceňujem, že z týchto zdrojov bude vybudovaný nový most medzi Rakúskom a Slovenskom a že tieto zdroje pomôžu posilniť malé a stredné podniky pri zvyšovaní ich konkurencieschopnosti.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – La coopération territoriale européenne vise à résoudre les problèmes communs à toute l'UE à travers la mise en œuvre d'objectifs partagés et l'échange de bonnes pratiques entre régions. Dotée d'un budget de 10 milliards d'euros pour la période 2014-2020, elle constitue l'un des deux objectifs de la programmation actuelle de la politique de cohésion.

Malgré son importance, cette politique a subi des coupes budgétaires lors des négociations sur le cadre financier pluriannuel 2014-2020.

Le présent rapport rappelle à la Commission et aux États membres l'importance de préserver la coopération territoriale européenne ainsi que de lui conférer un rôle distinct dans la politique de cohésion post 2020. Cette dernière devrait s'accompagner d'une hausse du budget qui lui est alloué pour la prochaine période de programmation.

Je vote donc en faveur de ce rapport qui soutient ce puissant outil de l'intégration européenne qu'est la coopération territoriale.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την ευρωπαϊκή εδαφική συνεργασία - βέλτιστες πρακτικές και καινοτόμα μέτρα, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

La politique territoriale de l'Union européenne absorbe déjà 10.1 milliards d'euros, soit 2.8 % du budget de la politique de cohésion pour la période 2014-2020.

Outre que son efficacité n'a jamais été démontrée, elle s'appuie sur une régionalisation toujours plus poussée de l'Union européenne au détriment des États nations. En l'occurrence, le programme de coopération multiterritoriale repose sur une implication accrue des collectivités territoriales dans les instances décisionnaires.

Enfin, ce programme encourage nombre de politiques que nous contestons, en particulier le financement de l'accueil des migrants, ou bien de la politique de voisinage et d'élargissement de l'Union européenne.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. — I have voted in favour of the Report on European Territorial Cooperation, as I consider being of extreme importance the EU's goal to make gender equality the main element in all policies and practices that relate to European Territorial Cooperation. The report emphasises the principles of shared management, multi-level governance and partnership, all relevant to manage the migration crisis, and contribute to peace, stability, and regional integration.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme hlasovali o zprávě, která se zabývá územní spoluprací v EU. Zpráva konstatuje, že v příhraničních regionech žije přibližně 38 % evropského obyvatelstva, a zdůrazňuje význam spolupráce fungující přes hranice v rámci politiky soudržnosti. Přeshraniční spolupráce je klíčovým nástrojem pro rozvoj příhraničních regionů. Orientuje se na lepší propojenost a přístupnost, posilování přenosu znalostí a inovací stejně jako řešení problémů životního prostředí. Souhlasím s tím, že je třeba usilovat o lepší koordinaci, součinnost a doplňkovost a zlepšit spolupráci a integraci širších strategických oblastí v rámci regionů. Zprávu jsem při hlasování podpořil.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Mi apoyo al informe sobre mejoras prácticas y medidas innovadoras para mejorar la cooperación territorial europea.

Tenemos un inmenso reto por delante para mejorar esta cooperación, ya que se ha avanzado mucho pero queda por hacer aún un largo camino, teniendo en cuenta que aproximadamente el 38 % de la población europea vive en regiones fronterizas.

Por eso, debemos seguir trabajando para reducir la influencia de las fronteras nacionales con el fin de reducir las diferencias regionales, eliminando los obstáculos que subsisten a la inversión y cooperando a través de las fronteras, reforzar la cohesión y promover el desarrollo económico, social y cultural armonioso de la Unión en su conjunto.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την Ευρωπαϊκή Εδαφική Συνεργασία (ΕΕΣ) επειδή ενισχύει τις οικονομικές, κοινωνικές και εδαφικές δυνατότητες των περιφερειών και οδηγεί σε μια διασυνοριακή και διακρατική συνεργασία αφού ολοκληρώνει διαφορετικές τομεακές πολιτικές υπερβαίνοντας τα εθνικά σύνορα. Επίσης, προάγει την ασφάλεια και συμβάλλει στο να ξεπεραστούν εμπόδια που σχετίζονται με την εκπαίδευση, την υγειονομική περίθαλψη τις μεταφορές και την ενέργεια.

Αναμφισβήτητα, η ΕΕΣ πετυχαίνει βέλτιστες πρακτικές σε τομείς όπως η καλύτερη περιφερειακή συνδεσιμότητα, κινητικότητα και προσβασιμότητα στις υπηρεσίες, η μεταφορά γνώσης και καινοτομίας, στην αντιμετώπιση πολλών περιβαλλοντικών προκλήσεων με την εφαρμογή βέλτιστων πρακτικών σε περιβαλλοντικά ζητήματα. Τέλος, η ΕΕΣ στηρίζει την έρευνα και την καινοτομία αφού διαδικασίες έρευνας μπορούν να διεξαχθούν σε μεγαλύτερη κλίμακα.

Για όλους τους παραπάνω λόγους, υπερψηφίζω το συγκεκριμένο ψήφισμα.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Hier werden die regionale Markenentwicklung und die Stärkung der regionalen Identität genauso wie das Risikomanagement und der Katastrophenschutz verbessert. Daher habe ich diesem Bericht zugestimmt.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La notion de coopération territoriale européenne recouvre aussi bien la coopération entre régions, entre régions transfrontalières et entre grandes zones ou bassins économiques comme la «région alpine». Mais c'est la formule territoriale de la concurrence généralisée.

Ce rapport appelle à réduire les disparités régionales et à développer ces coopérations. Incroyable! Cela existe déjà; ça s'appelle l'État ou la nation. Il demande plus de programmes de recherche et de culture en commun, de soutenir la création d'emploi, notamment pour les séniors, les femmes et les migrants.

À ce niveau de généralité, qui pourrait être contre? Mais c'est là un pansement sur les conséquences de la politique de la Commission de «mise en concurrence des territoires».

Pour contrer la crise économique et le chômage, l'idée sous-jacente est donc d'inciter les chômeurs à la «mobilité», à aller chercher du travail ailleurs. En tant que travailleur détaché ?

Quand les fonds structurels auraient besoin de plus de budget, la politique est à la promotion des partenariats publics-privés qui ruinent et vident les autorités publiques de leurs compétences, à la promotion des prêts privés (fonds Juncker) au détriment de la politique de cohésion.

Je note les bonnes volontés du rapport mais dénonce ce cadre général de mise en concurrence; je m'abstiens.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à renforcer la coopération territoriale dont l'objectif général est de réduire l'influence des frontières nationales au sein de l'Union européenne.

Bien que la coopération territoriale puisse favoriser la multiplication des projets transfrontaliers, elle constitue surtout dans ce rapport une étape supplémentaire vers la fédéralisation de l'Union européenne.

En conséquence, j'ai voté contre ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O objetivo global da CTE passa por reduzir a influência das fronteiras nacionais com vista a reduzir as disparidades entre as regiões, reduzir os obstáculos que subsistem ao investimento e ao trabalho baseado na cooperação nas fronteiras nacionais, reforçar a coesão e promover o desenvolvimento económico, social, cultural e territorial harmonioso de toda a União. Assim temos que continuar a encontrar as melhores práticas para conseguir atingir os objetivos traçados. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it notes the successes that have been brought about through the interregional cooperation facilitated by European Territorial Cooperation programmes. However, it also notes that that these programmes do not have enough visibility amongst the Union's citizens and that more needs to be done for these programmes to be used to their greatest effectiveness and reach.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — La coopération territoriale bénéficie à l'ensemble des États membres. Dotée d'un budget de 10,1 milliards d'euros, elle est essentielle en tant qu'instrument de cohésion au niveau européen.

Pour améliorer son efficience et contribuer à la mise en œuvre de la stratégie 2020, il fallait d'une part rassembler l'ensemble des programmes de coopération autour de grandes thématiques et d'autre part affecter les fonds à des priorités de développement transfrontalier plus stratégiques. Cette stratégie a permis de dégager des bonnes pratiques dans des domaines aussi divers que la connectivité, la mobilité et l'accessibilité des services au niveau régional, le transfert des connaissances, le développement de l'innovation et par conséquent le développement de la compétitivité des PME, la valorisation de l'image de marque régionale, la réponse aux défis environnementaux, l'amélioration de la gestion des risques, la réaction aux catastrophes, etc.

Il est absolument indispensable de préserver la coopération territoriale en tant que vecteur de l'intégration européenne. Dans le cadre de la cohésion post-2020, nous devons nous attacher à renforcer sa dimension innovante et favoriser les partenariats publics-privés transnationaux et transrégionaux, ce qui présuppose des harmonisations des procédures administratives et des dispositions juridiques.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* — Európska teritoriálna spolupráca (Interreg) je kľúčovým nástrojom na dosiahnutie územnej súdržnosti prostredníctvom rôznych programov a projektov s európskou pridanou hodnotou a s dopadom na 60 európskych hraničných regiónov. V súčasnosti Európsku územnú spoluprácu využíva 28 členských štátov a je jedným z dvoch cieľov politiky súdržnosti. V programovom období 2014-2020 sa v rámci Interregu podporuje z Európskeho fondu regionálneho rozvoja cezhraničná, nadnárodná a medziregionálna spolupráca. Napriek malému rozpočtu prinášajú projekty cezhraničnej spolupráce pozitívne výsledky, či už ide o odstránenie prekážok, ktoré stoja v ceste lepšej bezpečnosti, doprave, vzdelávaniu, energetike, zdravotnej starostlivosti, odbornej príprave a zamestnanosti. Pre lepšie fungovanie ETS bude v budúcnosti dôležité zamerať sa na efektívnejšie čerpanie finančných prostriedkov, na zriadenie vhodných koordinačných mechanizmov, redukciu byrokracie pri riadení a vykonávaní Európskej územnej spolupráce, ako aj väčšie zapojenie finančné súkromného sektora do projektov ETS.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on European territorial cooperation since it is important to share best practices and innovative measures. One of the important elements of this report is that it calls on the Commission and Member States to work towards preserving European territorial cooperation as an important and positive instrument for the European integration process by allocating ETC a more distinct role within cohesion policy post 2020 and increasing its budget for the next programming period.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – 1990-ben közösségi kezdeményezésként, 1 milliárd eurós költségvetéssel, kizárólag a határokon átnyúló együttműködés támogatására, 11 kedvezményezett tagállammal jött létre az Interreg, az Európai Unió négy közösségi kezdeményezésének egyike. Kezdeményezései az egész európai térség fejlesztése és kohéziója szempontjából alapvetően fontos együttműködési területek. Később kiterjesztették a transznacionális és a régióközi együttműködésre is. A 2014 és 2020 közötti időszakra külön rendeletet fogadtak el az ERFA által támogatott európai területi együttműködési fellépésekre vonatkozóan. Az európai területi együttműködésben jelenleg mind a 28 tagállam részt vesz, és ez lett a kohéziós politika két célja közül az egyik.

A Regionális Fejlesztési Bizottság jelentése áttekinti az európai területi együttműködés hozzáadott értékét, az Európa 2020 stratégia céljaihoz való hozzájárulást és számba veszi legjobb gyakorlatokat, továbbá ajánlásokat tesz a jövőre nézve. Az állásfoglalás-tervezetet megszavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O Interreg, criado em 1990, foi desenvolvido como iniciativa comunitária com um orçamento de mil milhões de euros, abrangendo exclusivamente a cooperação transfronteiriça e beneficiando 11 Estados-Membros. Mais tarde foi alargado à cooperação transnacional e inter-regional. Em 2015, destacava-se a Cooperação Territorial Europeia (CTE) como um instrumento importante da política de coesão, concebido para solucionar os problemas que transcendem as fronteiras administrativas e exigem soluções comuns.

A CTE tem inúmeros exemplos das vantagens nas seguintes melhores práticas: ultrapassar desafios fronteiriços em termos de transportes e circulação de pessoas, apoiar soluções de transporte inteligentes e centros de transportes multimodais; simplificar as viagens que atravessam fronteiras; melhorar a interconectividade com ênfase nas infraestruturas rodoviárias, melhorar a acessibilidade marítima, efetuando melhorias nos portos regionais, serviços especializados como cuidados de saúde para idosos, soluções transfronteiriças no domínio da saúde, plano de investimentos destinado à construção de estruturas para idosos, com vista a mantê-los ativos na sociedade e a proporcionar-lhes vidas tão saudáveis e gratificantes quanto possível, entre outros.

Subscrevo a posição da relatora na necessidade de tornar menos burocrática a gestão e execução dos programas de CTE. Defendo a importância da CTE como instrumento vital para o processo de integração europeia.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport relatif à la coopération territoriale européenne vise à renforcer la coopération territoriale dont l'objectif général est de réduire l'influence des frontières nationales au sein de l'Union européenne en multipliant les projets transfrontaliers. Il s'agit donc de faire disparaître les nations au nom de l'intérêt européen pour parachever le fédéralisme européen (on y encourage la coopération pour financer l'accueil de migrants, les politiques de voisinage de l'UE, etc.).

Ce budget s'élève déjà à 10,1 milliards d'euros, mais son augmentation est exigée. Compte tenu de ces éléments, j'ai voté contre ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report because it calls on the Commission and Member States to work towards preserving ETC as an important and positive instrument for the European integration process, through allocating ETC a more distinct role within Cohesion policy post-2020 and increasing its budget for the next programming period.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – Je me suis abstenue lors du vote de ce rapport relatif à la coopération territoriale européenne. Ce texte dresse un bilan de cette politique positive pour le développement de l'Union européenne.

Cependant, je regrette la présence d'une disposition qui demande des mesures de soutien à la création d'emplois pour les migrants. Une telle disposition constitue une fois de plus un appel d'air à l'immigration illégale.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport Mihaylova sur la coopération territoriale européenne, en particulier les bonnes pratiques et les mesures inédites.

Il s'agit de faire le point sur une coopération mise en place il y a 25 ans qui a permis des progrès considérables dans 60 régions frontalières. La position du groupe PPE est bien reflétée dans ce rapport.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – La cooperazione territoriale europea è un punto cardine delle politiche di coesione e, dunque, contribuisce allo sviluppo del potenziale economico, sociale e territoriale delle regioni europee. La suddetta importanza strategica però non si rispecchia nei fondi stanziati nel bilancio 2014-2020, inferiori al periodo precedente, rappresentando solo il 2,8 % delle risorse previste per le politiche di coesione.

Siamo dunque favorevoli alla relazione sulla cooperazione territoriale europea, in quanto, attraverso di essa, il Parlamento europeo chiede esplicitamente alla Commissione e agli Stati membri di affidare, in futuro, un ruolo più consistente alla cooperazione territoriale europea nel contesto delle politiche di coesione. La relazione sottolinea in maniera chiara il valore aggiunto generato dalle iniziative che rientrano nella cooperazione territoriale, specialmente quelle in materia di sostegno alla ricerca e all'innovazione, nonché al potenziamento della competitività delle PMI e la gestione delle sfide ambientali. La relazione inoltre, identificando in maniera precisa le migliori pratiche, riconosce l'impatto dei suddetti progetti e il maggiore potenziale della cooperazione transfrontaliera e transnazionale. Se si vuole promuovere un'integrazione europea al servizio dei cittadini, è fondamentale continuare a supportare politiche di cooperazione territoriale e il Parlamento europeo si impegna in questa direzione attraverso la relazione proposta.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – La cooperazione territoriale europea è uno strumento importante per la politica di coesione concepita per risolvere i problemi che trascendono i confini amministrativi e richiedono soluzioni comuni. Per il 2014-2020 è stato adottato uno specifico regolamento riguardante le azioni della cooperazione territoriale europea (CTE), sostenuto dal FESR, ed è stata ripensata al fine di ottenere un maggiore impatto e un uso più efficace degli investimenti attraverso l'attenzione sulla concentrazione tematica e sull'orientamento al risultato, raggiungendo progressi concreti in settori chiave come la connettività, innovazione e conoscenza, cultura ed educazione. Pertanto, mi sono espressa a favore del provvedimento.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Az európai területi együttműködés témájával foglalkozó jelentés teljes támogatásomat élvezi. A mintegy 26 évvel ezelőtt, szerény pénzügyi keretek között született program mára az Európai Uniós kohéziós politika egyik fő célkitűzésének megvalósítását teszi lehetővé. Az európai területi együttműködés által támogatott programok úgy segítik elő a környezet állapotának javulását, illetve a kutatás és innováció mértékének növekedését, hogy azt az adott területek lakói közvetlenül érezzék.

Szlovákia is számos terülten profitált az európai együttműködési programok jóvoltából. Példaként szeretném említeni azt a projektet, aminek köszönhetően megépült a Morva folyót áthidaló, Szlovákiát és Ausztriát összekötő híd, egyszerű átkelési lehetőséget biztosítva mind a bicikliseknek és gyalogosoknak. A projekt hosszú távú eredményeket is hozott: a turizmus fellendülésének következtében pihenőhelyekre és éttermekre lett szükség, ami vállalkozások beindításához és ezáltal munkahelyek új születéséhez vezetett. Országunk ismét számos projektbe kapcsolódott be, első számú partnereink az elkövetkező időszakban Ausztria, Csehország, Magyarország, Románia, valamint Ukrajna lesznek.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report that aims at achieving a greater impact and more effective use of investments by focusing on thematic concentration and results-orientation.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. — Европейското териториално сътрудничество е една от двете важни цели на политиката за сближаване за периода 2014 – 2020 г., макар че едва 2,8% от бюджета на политиката на сближаване са отделени за тази цел. Подкрепих доклада на г-жа Михайлова, целящ да подкрепи териториалното сътрудничество на държавите членки, вземайки също така под внимание, че 38% от европейското население живее в гранични райони.

Всеобхватната цел на трансграничното сътрудничество е да намали въздействието на социалните граници с цел да се намалят различията между регионите и оставащите пречки за инвестициите. Считам, че по-доброто сътрудничество между България и съседните държави членки би допринесло за подобряването на икономическото, социално, културно и териториално развитие не само на Балканския регион, но и на ЕС като цяло.

Нараства и значението на трансграничните пазари на труда, които са силно динамични относно създаването на работни места. Държавите членки трябва да се възползват от програмите Interreg, за да улеснят трансграничната трудова мобилност и да насърчат, ако е необходимо, адаптирането на административната и социалната регулаторна рамка, както и да засилят диалога на всички равнища на управление.

Европейското териториално сътрудничество трябва да бъде подобрено, тъй като все още малък брой европейски граждани се възползват от всички възможности, които предоставя вътрешният пазар на ЕС и свободата на движение.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Cooperarea transfrontalieră este un instrument esențial pentru dezvoltarea regiunilor de frontieră cu un mare potențial în domenii care depășesc cadrul politicii regionale, precum: piața unică, agenda digitală, ocuparea forței de muncă, mobilitatea, energia, cercetarea, educația, cultura, sănătatea și mediul.

Comisia și statele membre ar trebui să ia în considerare perspectiva de a continua Cooperarea transfrontalieră ca instrument important, alocându-i într-o mai mare măsură un rol distinct în politica de coeziune post-2020, precum și un buget mult mai consistent.

Implementarea programelor de cooperare teritorială ar trebui simplificată prin reducerea complicațiilor administrative pentru beneficiari. Totodată, statele membre ar trebui să își simplifice dispozițiile naționale și să evite supra-reglementarea, în special prin implementarea e-coeziunii și prin raționalizarea procedurilor administrative.

Norica Nicolai (ALDE), *in writing*. – European Territorial Cooperation (ETC) is an instrument with which to promote equal development and territorial integration across the regions of the EU. The resolution draws on examples of best practices of ETC from the periods 2000-2006 and 2007-2013, finding that there have been great cross-border collaboration achievements made in areas such as mobility and regional connectivity, handling environmental challenges, education, employment as well as knowledge transfer and innovation. The resolution stresses the importance of continuing the development of such good results for the 2014-2020 period while evaluating certain issues that need improvement to reach full efficiency of ETC, such as simplifying the management and absorption of ETC programmes and raising public awareness about its positive contributions to EU regional cohesion. As such, I can only offer it my full support.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this own initiative report focusing on improving the effective use of the Interreg initiative (a Community Initiative in place since 1990) in order to develop European Territorial Cooperation (ETC). The overarching objective of ETC is to lessen the influence of borders in order to reduce disparities between regions, removing the remaining obstacles to investment and cooperation across borders. The report calls for increased funds to be directed towards ETC, for cross-border innovation policy and research cooperation, and for a focus on projects that promote the adaptation of social and mobility infrastructure to demographic change and migratory flows.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Auch für diesen Bericht habe ich mich ausgesprochen, da hier die regionale Markenentwicklung und die Stärkung der regionalen Identität genauso wie das Risikomanagement und der Katastrophenschutz verbessert werden.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση για την Ευρωπαϊκή εδαφική συνεργασία (ΕΕΣ) επειδή, με αυτό τον τρόπο, τονίζεται η σημασία της ΕΕΣ ως σημαντικό μέσο της πολιτικής συνοχής σχεδιασμού να επιλύει προβλήματα που υπερβαίνουν τα διοικητικά σύνορα και που απαιτούν κοινές λύσεις.

Η ΕΕΣ συμβάλλει σημαντικά στην ενίσχυση των οικονομικών, κοινωνικών και εδαφικών δυνατοτήτων των περιφερειών, δεδομένου ότι αντανακλά και ολοκληρώνει διαφορετικές τομεακές πολιτικές σε εδαφική κλίμακα, υπερβαίνοντας τα εθνικά σύνορα (διασυνοριακή και διακρατική συνεργασία), καθώς και σε μεμονωμένες πόλεις και περιφέρειες (διαπεριφερειακή συνεργασία).

Ανεξάρτητα από τον μικρό προϋπολογισμό, τα έργα ΕΕΣ έχουν απτά αποτελέσματα: άρση των εμποδίων για καλύτερη ασφάλεια, μεταφορά γνώσης και καινοτομίας, καλύτερη περιφερειακή συνδεσιμότητα, ενίσχυση της ανταγωνιστικότητας των ΜΜΕ καθώς και την αντιμετώπιση περιβαλλοντικών προκλήσεων.

Για όλους αυτούς τους λόγους, υπερψήφισα το εν λόγω ψήφισμα.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – We voted against this report because it enshrines the EU principle of harmonising everything and refusing to allow different regions and territories to have their own way of developing. This report will not help the situation.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I supported this Resolution as for 25 years the ETC has been a key instrument to achieve territorial cohesion through support of a number of programmes and projects with strong European added value. It has made significant progress in a number of key sectors – connectivity, innovation and knowledge, to mention a few. The report in question takes the measure of these developments.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Europska teritorijalna suradnja postala je jedan od najvažnijih ciljeva kohezijske politike EU-a i zato s pravom zaslužuje ne samo punu pozornost, nego i podršku za nove planove koje stvara kohezijska politika EU-a.

Interregionalna suradnja na međunarodnoj razini među članicama EU-a, ali i izvan EU-a, dosada se pokazala kao vrlo plodno polje surađivanja: doprinijela je boljoj suradnji i zbližavanju među zemljama članicama, napretku gospodarstva, unapređenju institucionalnih kapaciteta, prilagodbi na klimatske promjene i dr. Europska teritorijalna suradnja važna je i za čitav niz drugih čimbenika, kao što su proširenje EU-a, poticanje razvoja otoka i drugih rjeđe naseljenih regija i izbjegličku krizu. U svemu tome europska teritorijalna suradnja može itekako pomoći.

Prijedlozi rezolucije da se poveća proračun europske teritorijalne suradnje, da se nadvladaju prepreke granične suradnje, da se pojednostave administrativni zahtjevi i da se povrh svega programi vezani uz ovo polje ne odgađaju, nego da se učinkovito provode na vrijeme, dobri su i hvalevrijedni te zbog toga podržavam rezoluciju.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à renforcer la coopération territoriale dont l'objectif général est de réduire l'influence des frontières nationales au sein de l'Union européenne.

Bien que la coopération territoriale puisse favoriser la multiplication des projets transfrontaliers, elle constitue surtout dans ce rapport une étape supplémentaire vers la fédéralisation de l'Union européenne.

Je vote bien évidemment contre ce texte.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Budući da oko 38 % stanovništva Europe živi u pograničnim regijama te budući da se EU suočava s velikom gospodarskom, financijskom i socijalnom krizom koja posebno pogađa žene u svim područjima, te da postoji potreba za zajedničkim preispitivanjem strukture europske teritorijalne suradnje nakon 2020., potpuna dodana vrijednost programa europske teritorijalne suradnje ne može se samo ocijeniti kvantitativnim pokazateljima. Zbog toga se pridružujem pozivima Komisiji da izradi više kvalitativnih pokazatelja kako bi bolje došli do izražaja rezultati ostvareni teritorijalnom suradnjom, te podržavam usvajanje ovog izvješća.

Učinkovita prekogranična i transnacionalna suradnja dovodi do veće privlačnosti određenog geografskog područja za trgovačka društva, na način da se što učinkovitije koristi lokalni, regionalni i prekogranični potencijal te ljudski kapital kako bi se bolje zadovoljile potrebe i očekivanja trgovačkih društava te izbjegle pojave poput preseljenja poduzeća u treće zemlje, depopulacije regija EU-a i povećane nezaposlenosti.

Miroslav Poche (S&D), *in writing*. – European Territorial Cooperation, also known as Interreg, has been essential in cross-border, transnational, and interregional cooperation. ETC currently services 28 Member States' and regional development cooperation programmes outside of the EU. As ETC now only represents 2.8% of the cohesion policy budget, I am disappointed in the budget cuts. These cuts will negatively impact areas like the single market, the digital market, mobility, energy, research, education, health, the environment and culture. I hope to preserve ETC post-2020 by increasing its funds because of its important role and positive impact on the European integration project. It has played a significant part in enhancing economic, social and territorial potential of the regions, so increasing its future funding is integral in maximising the regions' full utility. I call on the Commission and Member States to work together with Parliament towards preserving European Territorial Cooperation as an important tool in the European integration process.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La cooperazione territoriale tra le diverse regioni che costituiscono l'Unione europea rappresenta a mio avviso uno degli obiettivi più importanti della politica di coesione. Per il 2014-2020 è stato adottato uno specifico regolamento riguardante le azioni della cooperazione territoriale europea (CTE), sostenuto dal FESR. Attualmente i 28 Stati membri beneficiano della CTE, diventata uno dei due obiettivi della politica di coesione. L'importo totale stanziato è pari a 10,1 miliardi di EUR. Il valore aggiunto della cooperazione territoriale europea si riscontra soprattutto nello scambio di buone pratiche nella gestione dei trasporti, nel trasferimento di conoscenze e innovazione e nel potenziamento della competitività delle PMI. Credo fortemente nella collaborazione tra i diversi enti locali e, in particolare, ritengo che sia fondamentale investire sulle capacità dei nostri amministratori locali mettendo a loro disposizione strumenti e risorse adeguate. Pertanto, ho votato a favore di questa risoluzione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Europejska współpraca terytorialna Interreg jest jednym z dwóch celów polityki spójności i stanowi ramy realizacji wspólnych działań i wymiany doświadczeń w zakresie polityki między podmiotami krajowymi, regionalnymi i lokalnymi z różnych państw członkowskich. Sprawozdanie koncentruje się na zagadnieniach dotyczących opisu najlepszych praktyk i wkładu w spójność terytorialną. Szereg ustępów dotyczy kolejnego okresu po roku 2020 i zawiera konkretne propozycje w tym zakresie. Wzywa do zwiększenia budżetu na europejską współpracę terytorialną w kolejnym okresie programowania oraz wyraża opinię, że współpraca transgraniczna może wnieść wartość dodaną w zarządzanie kryzysem migracyjnym. Zachęca również do wykorzystania programów Interreg i wzywa do ich realizacji, aby sprostać wyzwaniom w zakresie kryzysu uchodźczego.

Zawarta jest w nim opinia, że Europejska współpraca terytorialna udowodniła swoją skuteczność, ale ubolewa, że nie wykorzystano w pełni potencjału tej inicjatywy. W sprawozdaniu zawarta jest opinia, że współpraca transgraniczna jest kluczowym narzędziem rozwoju regionów przygranicznych, które są uznawane za prawdziwe laboratoria integracji europejskiej, i podkreślony jest fakt, że niezależnie od istnienia osobnego rozporządzenia dotyczącego europejskiej współpracy terytorialnej należy w większym stopniu uprościć wdrażanie terytorialnych programów współpracy.

Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport qui fait un bilan des progrès permis par la coopération territoriale européenne.

Dans le cadre de la politique de soutien aux régions des États membres, l'UE favorise la coopération entre pays (qu'elle soit transfrontalière, transnationale ou bien interrégionale), qui se caractérise notamment par des projets communs en matière d'emploi, de transports, de tourisme ou d'environnement.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – We voted against this report because it enshrines the EU principle of harmonising everything and refusing to allow different regions and territories to have their own way of developing. This report will not help the situation.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente pois, no meu entender, a CTE através da sua orientação para os resultados, contribui significativamente para melhorar o potencial económico, social e territorial das regiões ao refletir e integrar diversas políticas setoriais à escala territorial e ao transpor as fronteiras nacionais, afetando também municípios e regiões em termos individuais.

O desejo de ultrapassar os desafios fronteiriços permitiu a participação das PME em atividades inovadoras concretas: criação de redes entre empresas, institutos promotores de conhecimentos e prestadores de serviços, acesso a tecnologias de ponta para testarem ideias de produtos, utilizarem técnicas de fabrico adequadas e comercializarem os seus produtos a nível mundial tal como, desenvolvimento do turismo, entre outras.

A CTE tem também permitido respostas conjuntas a problemas ambientais como a monitorização conjunta de bacias hidrográficas, a melhor utilização dos recursos e dos subprodutos marinhos, criando recifes artificiais para melhorar a biodiversidade, a cooperação conjunta na harmonização de atividades em matéria de prevenção de cheias e melhoria da qualidade da água e a melhoria do planeamento territorial e a gestão de risco na zona dos Alpes, bem como a resolução de outros desafios ambientais, tais como a poluição costeira, o risco de incêndios florestais e melhorar a monitorização dos portos, etc.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del Informe sobre cooperación territorial europea, pues gracias al Reglamento adoptado para el periodo 2014-2020, que recoge las acciones de la Cooperación Territorial Europea (CTE), financiadas por el FEDER, se redundará en un desarrollo económico, social y territorial mayor para las regiones.

Sin embargo, se presenta como necesario el preservar la CTE como un instrumento importante para el proceso de integración europea, así como, el dotarlo de un mayor presupuesto para el próximo período de programación.

Gracias a todo ello se podrá reforzar el objetivo de cohesión territorial de la Unión.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui plaide pour un renforcement de la coopération territoriale étant donné que celle-ci vise à réduire les disparités et à promouvoir un développement économique, social et culturel harmonieux de l'Union dans son ensemble.

En effet, il est nécessaire d'attribuer à la coopération territoriale un rôle plus spécifique dans le cadre de la cohésion post 2020 et d'augmenter significativement son budget.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame aptariamos Europos teritorinio bendradarbiavimo geriausios patirtys ir priemonės. Europos teritorinio bendradarbiavimo poveikis neša didelę ekonominę naudą. Kartu – tai potencialas ateities projektams. Todėl pranešimu Europos Komisiją ir valstybės narės raginamos stengtis išsaugoti ETB kaip svarbią, teigiamą Europos integracijos proceso priemonę ir Sanglaudos politikoje po 2020 m. Vis dėlto ETB programų ir projektų valdymas ir įgyvendinimas ateityje turi tapti mažiau biurokratiškas. Kartu dar vis trūksta privataus sektoriaus indėlio įgyvendinant ETB. Todėl būtina sukurti finansines priemones, kurios leistų įtraukti privačius suinteresuotuosius subjektus, skatintų steigti viešojo ir privačiojo sektorių partnerystes.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A partir de 1990 o INTERREG - na génese da Cooperação Territorial Europeia (CTE), foi desenvolvido com o objetivo de promover a cooperação transfronteiriça, beneficiando 11 Estados-Membros, tendo sido posteriormente alargado à vertente da cooperação transnacional e inter-regional.

Já no anterior Quadro Financeiro Plurianual (QFP), a CTE demonstrou servir com eficácia os objetivos da Politica de Coesão, enquanto programa concebido para solucionar problemas que ultrapassam as fronteiras administrativas - mas que exigem soluções comuns, envolvendo diversos Estados-Membros ou mesmo países terceiros.

Neste QFP, a CTE foi reestruturada de forma a tornar-se mais direcionada e eficiente. Pretendeu-se também tornar a utilização dos investimentos mais eficaz através da concentração temática e da orientação para os resultados.

Verifica-se, assim, que a CTE contribui significativamente para a melhoria do potencial económico, social e territorial das regiões, ao refletir e integrar políticas setoriais diversas à escala territorial e ao promover a cooperação transfronteiriça/-transnacional, bem como a cooperação inter-regional.

Por reconhecer a importância da CTE nas áreas estratégicas mencionadas e por considerar que o relatório evidencia de uma forma sistemática e bastante clara o seu valor acrescentado, as melhores práticas, o apoio à investigação e à inovação e o seu contributo para Estratégia Europa 2020, votei-o favoravelmente.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui porte sur la coopération territoriale européenne et plus spécifiquement sur les bonnes pratiques et mesures inédites.

La coopération territoriale européenne, également connue sous le nom «Interreg», a été mise en place il y a environ 25 ans et demeure un instrument clé pour parvenir à une cohésion territoriale par le biais d'une série de programmes et de projets à forte valeur ajoutée européenne et avec notamment des retombées plus importantes pour les régions frontalières.

J'ai donc voté en faveur de ce rapport qui soutient la coopération territoriale européenne et rappelle que celle-ci a permis des progrès considérables dans une série de secteurs clés comme l'innovation, la connaissance, la culture ou encore l'éducation.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor en este informe porque pienso que es crucial disminuir las disparidades entre las regiones fronterizas y fomentar la paz, la estabilidad y la integración regional en estas zonas. Además, este dossier apoya la adaptación social y la movilidad de infraestructuras, con el objetivo de crear un cambio demográfico y fomentar los flujos migratorios. Apoya también la creación de empleos para personas mayores, mujeres y migrantes con el fin de contribuir a una mayor integración social.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die Verlängerung des Programms der Europäischen territorialen Zusammenarbeit (ETZ-Programm) gestimmt, da es eines der wichtigsten Instrumente für den territorialen Zusammenhalt der EU darstellt.

Das Programm wurde bereits vor 25 Jahren ins Leben gerufen, und seitdem sind bereits eine ganze Reihe von Projekten mit hohem europäischem Mehrwert unterstützt worden, die sich besonders auf die vielen Grenzregionen der EU auswirken.

Dadurch wurden in Sektoren wie Vernetzung, Innovation und Wissen sowie Kultur und Bildung erhebliche Fortschritte erzielt.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque contiene algunos aspectos positivos de relevancia para mejorar las condiciones de la población de referencia. Recomienda que se preste especial atención a los proyectos que se esfuerzan en adaptar los municipios y las regiones o naciones a la nueva situación demográfica, tales como: la adaptación de la infraestructura social y de movilidad al cambio demográfico y los flujos migratorios, el apoyo a la búsqueda de empleo para personas de edad, mujeres y migrantes, contribuyendo a una mejor inclusión social. Refuerza la idea sobre la simplificación de los programas y la involucración de la sociedad civil, teniendo en cuenta la transparencia y rendición de cuentas. Insta a que las instituciones locales y regionales o nacionales tengan un papel mayor en la propuesta, gestión y evaluación de los programas de cooperación territorial europea.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – La relazione formula delle condivisibili raccomandazioni per il futuro della cooperazione territoriale europea al fine di accrescere il potenziale economico, sociale e territoriale delle regioni dell'UE. Il valore aggiunto europeo della cooperazione territoriale europea è stato dimostrato in molti settori: connettività, mobilità e accessibilità regionale ai servizi; trasferimento di conoscenze e innovazione; gestione delle sfide ambientali e reazione ai disastri; consolidamento delle strutture di rete transfrontaliere e creazione di nuovi partenariati. È evidente, tuttavia, che vi è la necessità di semplificare e rendere meno burocratiche le fasi di attuazione e gestione dei programmi e dei progetti Interreg al fine di sfruttare pienamente le potenzialità di questo strumento. Mi auguro pertanto che questa iniziativa del Parlamento europeo contribuisca a lanciare un dibattito strutturato tra tutte le parti interessate a livello UE sul futuro della cooperazione territoriale europea, in vista della preparazione della politica di coesione successiva al 2020. Per queste ragioni, ho votato a favore della relazione.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – Estas novas práticas de Cooperação Territorial Europeia destinam-se essencialmente a reforçar, promover e favorecer as ações do espaço territorial dos Estados-Membros da União Europeia na colaboração a nível transnacional e a nível inter-regional. Esta colaboração de nível transnacional e de nível inter-regional beneficia imediatamente as macrorregiões e os espaços transfronteiriços, aumentando de imediato o seu nível de integração e de coesão económica e social no espaço estratégico europeu.

Há ainda que vincar a importância das parcerias público-privadas para uma harmonização destas boas práticas de cooperação, facilitando as questões políticas e económicas. Claramente, a isto terá de estar associada a garantia de transparência e correção em todos os planeamentos, abordagens e procedimentos.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – We voted against this report due it being an EU Commission project, and we do not recognise the Commission's competency in this area.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — I voted in favour of this report because it calls on the Commission and Member States to work towards preserving European territorial cooperation (ETC) as an important and positive instrument for the European integration process by allocating it a more distinct role within cohesion policy post 2020 and increasing its budget for the next programming period.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Európsku územnú spoluprácu (EÚS) vnímam ako základný kameň európskej integrácie, ktorá zohráva mimoriadne dôležitú úlohu pri vytváraní spoločného európskeho priestoru. Som rada, že EÚS už dlhodobejšie preukazuje svoju účinnosť, no na druhej strane je mi ľúto, že pre nedostatočné zdroje sa jej potenciál doteraz naplno nerozvinul v niektorých oblastiach (jednotný trh, mobilita, zamestnanosť, výskum, vzdelávanie…). Hlasovala som za uznesenie, pretože správa nehovorí len o úspechoch, ale prichádza s námetmi a inovatívnymi opatreniami, ktoré môžu prispieť k dosiahnutiu vyrovnanej integrácie rôznych území EÚ. Napriek tomu, že do Európskej územnej spolupráce sa v poslednom období zaviedlo viac flexibility a pri vykonávaní programov spolupráce došlo k zníženiu administratívnej záťaže orgánov zodpovedných za programy, ešte stále existujú výrazné rozdiely medzi vidieckymi a mestskými oblasťami. Očakávam preto, že výraznejším spôsobom sa posilní prepojenie a súlad programov EÚS s vnútroštátnymi a regionálnymi programami. Rovnako očakávam, že pri vykonávaní politiky súdržnosti sa bude väčšia pozornosť venovať geograficky a demograficky znevýhodneným oblastiam.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Evropsko teritorialno sodelovanje je pomemben instrument v kohezijski politiki. Oblikovan je tako, da si prizadeva za preseganje upravnih meja, zmanjševanje vpliva nacionalnih meja in odstranjevanje ovir za sodelovanje in teritorialno integracijo. Čezmejno sodelovanje v obdobjih od 2000 do 2006 in od 2007 do 2013 je oblikovalo dobre prakse na področjih boljše povezljivosti in dostopnosti, prenosa znanja in inovacij, krepitve regionalne identitete, obravnavanja okoljskih izzivov in ostalega.

Evropsko teritorialno sodelovanje zagotavlja znatno dodano vrednost za Evropsko unijo, saj prispeva k miru, stabilnosti in regionalnemu povezovanju v okviru politike širitve in sosedske politike. Čezmejno sodelovanje lahko prinese tudi dodano vrednost k obvladovanju migracijske krize.

Parlament je analiziral implementacijo Evropskega teritorialnega sodelovanja, kot je bilo to predstavljeno v programskem obdobju 2014-2020. Parlament je vseskozi podpiral tovrstno politiko in tako v ta namen zaprosil tudi za več sredstev.

Poročilo predlaga nekaj novih načinov urejanja tega mehanizma, kot sta tematska osredotočenost in usmerjenost delovanja. Pomembno je poudariti tudi, da je približno 41 % proračuna za evropsko teritorialno sodelovanje v okviru Evropskega sklada za regionalni razvoj namenjenih za ukrepe izboljšanja okolja. Iz vseh omenjenih razlogov sem poročilo podprl.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – In diesem Initiativbericht wird die auch als Interreg bekannte Europäische territoriale Zusammenarbeit (ETZ) behandelt. Dieses Finanzierungsinstrument wurde 1990 als Gemeinschaftsinitiative im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik entwickelt und umfasst für den aktuellen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 10,1 Milliarden Euro. Ziel ist eine verbesserte grenzüberschreitende bzw. transnationale und interregionale Zusammenarbeit innerhalb der EU. Positiv am Bericht sind die Forderungen nach mehr Ergebnisorientierung, einer besseren Umsetzung von ETZ-Programmen, nach mehr Daten und Überwachungssystemen, nach mehr Koordination, Synergie und Komplementarität sowie einer Vereinfachung der Programme und einer Verringerung des dafür notwendigen Verwaltungsaufwands. Zudem wird eine bessere Verknüpfung mit Anstrengungen zur Bewältigung der aktuellen Migrationskrise eingefordert. Negativ ist allerdings die Aussage, dass „nur" 10,1 Milliarden Euro für 2014-2020 zur Verfügung stehen, sowie die pauschale Forderung, nach 2020 mehr Geld für die ETZ aufzuwenden, ohne dass gleichzeitig auf Einsparungen in anderen Bereichen gedrängt wird. Aufgrund der Tatsache, dass neben sinnvollen Projekten im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik etliche Aktivitäten weder zielorientiert noch nachhaltig oder effizient umgesetzt werden und zur Verfügung stehende Gelder in einzelnen Mitgliedstaaten mangels professioneller Verwaltungskapazitäten nicht abgerufen werden können, ist eine pauschale Forderung nach mehr Mitteln für ein Instrument der Kohäsionspolitik blanker Hohn für die europäischen Steuerzahler. Aus diesem Grund lehne ich diesen Bericht ab.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Pohraničné regióny tvoria prirodzené prírodné, ekonomické a sociologické celky, ktoré boli v minulosti často rozdelené politickými rozhodnutiami. Mnohé z nich predstavujú v rámci svojho štátu, ako aj Európy najchudobnejšie regióny. Európska únia sa snaží podporovať ich prirodzenú spoluprácu, a to ako finančne, tak aj prostredníctvom zdieľania know-how a informácií.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Thema „Europäische territoriale Zusammenarbeit – bewährte Verfahren und innovative Maßnahmen" habe ich nicht zugestimmt.

Die Europäische territoriale Zusammenarbeit (ETZ) ist integraler Bestandteil der Kohäsionspolitik, da sie den territorialen Zusammenhalt der Union stärkt. Ihr Ziel besteht darin, den Einfluss nationaler Grenzen zu verringern, um Ungleichgewichte zwischen den Regionen abzubauen, die Hemmnisse, die den Investitionen und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit noch entgegenstehen, zu beseitigen, den Zusammenhalt zu stärken und die harmonische wirtschaftliche, soziale und territoriale Entwicklung der gesamten Union zu fördern.

Die Kohäsionspolitik lehne ich als ein rein umverteilendes Instrument ab. Die AfD steht in Deutschland für selbständige und starke Gebietskörperschaften. Wir wollen regionale und lokale Selbstverwaltung ermöglichen und Subsidiarität garantieren, damit regionale Eigen- und Besonderheiten gepflegt werden können. Wir wollen dem Föderalismus wieder mehr Gewicht verleihen.

Die AfD ist also schon gegenüber einer Politik des regionalen Ausgleichs innerhalb Deutschlands einigermaßen skeptisch eingestellt. Auf Ebene der EU hat diese erst recht nichts zu suchen. Wir stehen für starke und selbständige Nationalstaaten.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Interreg je ključan instrument za postizanje teritorijalne kohezije kroz podršku brojnih programa i projekata s jakom europskom dodanom vrijednošću, s posebnim utjecajem na 60 europskih pograničnih regija. Ovo izvješće nam daje pregled mjera i dodane vrijednosti europske teritorijalne suradnje, najbolje prakse i doprinose ciljevima strategije Europa 2020.

Projekti prekogranične suradnje pokazuju konkretne rezultate: njima se uklanjaju prepreke za napredak u području sigurnosti, prijevoza, obrazovanja, energije, zdravstva, osposobljavanja i zapošljavanja. Podržavam ovaj prijedlog rezolucije o europskoj teritorijalnoj suradnji – najbolje prakse i inovativne mjere jer smatram da je prekogranična suradnja ključna za napredak graničnih regija.

Međutim, potrebno je osnažiti suradnju između različitih mehanizama financiranja i suradnje poput makroregionalnih strategija te ojačati veze i usklađenost s nacionalnim i regionalnim programima. Države i regije moraju poboljšati suradnju i izraditi zajedničke, integrirane strategije s provedbenim odredbama o mehanizmu za koordinaciju prekograničnih i transnacionalnih programa kojima će se omogućiti bolje koordinirano i dugoročno rješavanje izazova.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o evropskem teritorialnem sodelovanju – najboljša praksa in inovativni ukrepi.

Podpiram evropsko teritorialno sodelovanje, ki je del kohezijske politike in ki prispeva k zmanjšanju vplivov nacionalnih meja, da bi zmanjšali razlike med regijami ter odpravili ovire za naložbe, ki bi delovale čez mejo. Strinjam se s poročilom, ki pravi, da če bi želeli v polnosti izkoristiti potencial evropskega teritorialnega sodelovanja, bi mu morali nameniti več sredstev znotraj kohezijske politike, saj trenutno predstavlja 2,8% proračuna kohezijske politike.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Σύμφωνα με την έκθεση, ο πρωταρχικός ρόλος της Ευρωπαϊκής Εδαφικής Συνεργασίας είναι η μείωση της επίδρασης των εθνικών συνόρων, γεγονός το οποίο συνιστά ευθεία απειλή στην εθνική κυριαρχία των κρατών μελών.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Utworzona 25 lat temu Europejska Współpraca Terytorialna (Interreg) pozostaje kluczowym narzędziem do osiągnięcia spójności terytorialnej między ponad 60 europejskimi regionami przygranicznymi. W ostatnim ćwierćwieczu udało się osiągnąć postępy w wielu kluczowych sektorach jak transport, innowacyjność, wiedza, kultura czy edukacja.

Co więcej, współpraca międzyregionalna pozwoliła miastom i regionom nawiązać współpracę w szerokim zakresie i w różnorodnych obszarach tematycznych, obejmującą wymianę doświadczeń i sprawdzonych rozwiązań, co poprawiło skuteczność wielu regionalnych i lokalnych strategii politycznych.

Mimo tych osiągnięć pozostało wiele przeszkód dla dalszego zbliżenia, jak m.in. rozbieżne przepisy krajowe w dziedzinie zatrudnienia, opieki zdrowotnej i ubezpieczeń społecznych.

W sprawozdaniu właściwie określono obecne problemy współpracy terytorialnej oraz cele, na których powinniśmy się skupić w najbliższych latach. Badania i innowacyjność, wspólne projekty badawcze, tworzenie międzynarodowych uniwersytetów przygranicznych, transgranicznych klastrów i sieci przedsiębiorstw czy wspólne przyciągnięcie zagranicznych inwestorów to wyzwania, którym należy poświęcić szczególnie wiele uwagi.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Cooperarea teritorială europeană (CTE) reprezintă una dintre componentele esențiale ale Uniunii Europene, izvorâtă din înseși principiile fondatoare ale acesteia. Ea este acoperită, începând cu anul 1990 de inițiativa comunitară Interreg, care, pe lângă colaborarea transfrontalieră, a ajuns să includă, în prezent, cooperarea transnațională și cooperarea interregională (între orașe și regiuni).

CTE aduce o valoare adăugată certă la obiectivele Strategiei Europa 2020 prin îmbunătățirea conectivității regionale, a mobilității și a accesibilității serviciilor (inclusiv în domeniul transporturilor), transferul de cunoștințe și inovare, creșterea competitivității IMM-urilor, marca de calitate și consolidarea identității regionale, contracararea provocărilor legate de mediu, un mai bun management de risc și reacția în caz de dezastre, consolidarea capacității instituționale și a capitalului social, întărirea structurilor rețelelor transfrontaliere și crearea unor noi parteneriate.

Toate aceste dimensiuni contribuie la atenuarea decalajelor de dezvoltare regională din cadrul UE, asigurând o platformă a dezvoltării locale strâns legată de interesele imediate ale cetățenilor europeni. Ele permit, totodată, o susținere corespunzătoare a cercetării și inovației, coordonarea politicilor guvernamentale și simplificarea mecanismelor birocratice.

Pentru toate motivele de mai sus, finanțarea acestei politici trebuie menținută cel puțin la același nivel ca până acum, coroborată cu o mai bună informare a cetățenilor și o vizibilitate crescută.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte. Les meilleures pratiques comportent une valeur ajoutée manifeste: préparation conjointe d'une proposition d'inscription de la région minière germano-tchèque sur la liste du patrimoine mondial de l'UNESCO [Allemagne (Saxe)-République tchèque]; développement d'activités de tourisme «vert» pour préserver le patrimoine naturel exceptionnel de la région (Allemagne/Bavière-Autriche); développement de stratégies locales basées sur les résultats de projets spécifiques des programmes (Norvège, Suède, Danemark), projet Ramsar Eco NaTour, création d'espaces de loisirs pour les villes urbaines de Vienne et de Bratislava et amélioration de la sensibilisation locale et de la coopération régionale sur le changement climatique et la protection de la biodiversité (Autriche, Slovaquie), etc.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report which looked at best practices and innovative measures for European Territorial Cooperation (ETC), an important instrument of cohesion policy designed to solve problems which transcend administrative borders and require common solutions. While the ETC has been proven to be an effective instrument, best practice and particularly innovative measures have the potential to develop the fund even further by encouraging synergies between actors and programmes, reduce the administrative burden on beneficiaries, and simplify the implementation of its programmes. However, the ETC budget of EUR 10.1 billion represents 2.8% of the cohesion policy budget, which does not match the great challenges that ETC has to meet.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam izvješće o europskoj teritorijalnoj suradnji kojemu je cilj uklanjanje preostalih prepreka za ulaganje i prekograničnu suradnju, jačanje kohezije te poticanje gospodarskog i socijalnog razvoja Unije.

Smatram da je europska teritorijalna suradnja iznimno važna za jačanje regionalne suradnje i integracije u otočnim regijama, najudaljenijim regijama, slabo razvijenim regijama te planinskim i ruralnim područjima. Osobito podržavam poziv državama članicama da više koriste integrirana teritorijalna ulaganja (ITI) i lokalni razvoj pod vodstvom zajednice (CLLD), nove alate u kohezijskoj politici.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog Evropskega teritorialnega sodelovanja – najboljša praksa in inovativni ukrepi sem podprla.

Evropsko teritorialno sodelovanje je bilo v obdobju 2014-2020 preoblikovano, da bi s poudarkom na tematsko osredotočenost in usmerjenost v rezultate doseglo večji učinek in učinkovitejšo uporabo naložb. Evropsko teritorialno sodelovanje pomembno prispeva k povečanju gospodarskih, socialnih in teritorialnih možnosti regij z obravnavanjem in povezovanjem različnih sektorskih politik na teritorialni ravni. Povečati je treba sodelovanje med različnimi mehanizmi financiranja in sodelovanja, kot so makroregionalne strategije, ter okrepiti povezave in skladnost z nacionalnimi in regionalnimi programi.

Države članice in regije bi morale razviti skupne celostne strategije z izvedbenimi določbami za mehanizem usklajevanja med ustreznimi čezmejnimi in transnacionalnimi programi ter njihovim teritorialnim značajem, s čimer se bodo lahko nastali izzivi obravnavali celostno in bolj usklajeno ter z dolgoročnega vidika.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor en este informe porque pienso que es crucial disminuir las disparidades entre las regiones fronterizas y fomentar la paz, la estabilidad y la integración regional en estas zonas. Además, este dossier apoya la adaptación social y la movilidad de infraestructuras, con el objetivo de crear un cambio demográfico y fomentar los flujos migratorios. Apoya también la creación de empleos para personas mayores, mujeres y migrantes con el fin de contribuir a una mayor integración social.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à renforcer la coopération territoriale dont l'objectif général est de réduire l'influence des frontières nationales au sein de l'Union européenne. Bien que la coopération territoriale puisse favoriser la multiplication des projets transfrontaliers, elle constitue surtout dans ce rapport une étape supplémentaire vers la fédéralisation de l'Union européenne.

J'ai voté CONTRE.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Rezolucja wskazuje efektywne decyzje podjęte w ramach współpracy terytorialnej w państwach członkowskich i koncentruje się na istotnych planach możliwych do realizacji w przyszłości. Sukces gwarantują: współpraca na polu terytorialnym i komunikacyjnym, zapewnienie konkurencyjności i wspieranie sektora MŚP, osiągnięcia w obszarze badań i innowacji, wspieranie tożsamości regionalnej, spójność terytorialna i zwiększanie potencjału instytucjonalnego i kapitału społecznego. Europejska współpraca terytorialna jest ważnym instrumentem pozytywnie wpływającym na integrację europejską, dlatego zdecydowałem się zagłosować za przyjęciem rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – 1990-ben közösségi kezdeményezésként létrejött az Interreg, mindössze 1 milliárd eurós költségvetéssel, kizárólag a határokon átnyúló együttműködés támogatására, 11 kedvezményezett tagállammal. Később kiterjesztették a transznacionális és a régióközi együttműködésre is. Voksommal támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor en este informe porque pienso que es crucial disminuir las disparidades entre las regiones fronterizas y fomentar la paz, la estabilidad y la integración regional en estas zonas. Además, este dossier apoya la adaptación social y la movilidad de infraestructuras, con el objetivo de crear un cambio demográfico y fomentar los flujos migratorios. Apoya también la creación de empleos para personas mayores, mujeres y migrantes con el fin de contribuir a una mayor integración social.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted for as European Territorial Cooperation (ETC) is an important instrument in cohesion policy, designed to tackle challenges that transcend administrative borders, lessen the influence of national borders, and remove obstacles to cooperation and territorial integration. An appropriate budget is needed to meet this crucial tool of European added-value and to re-focus on real cooperation among citizens and actors especially in the closest border areas.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on European Territorial Cooperation – best practices and innovative measures. The overarching objective of ETC is to lessen the influence of national borders in order to reduce disparities between regions, removing the remaining obstacles to investment and cooperative working across borders, reinforce cohesion, and promote the harmonious economic, social, cultural and territorial development of the Union as a whole. The report emphasises that efficient cross-border and transnational cooperation makes a geographical area more attractive for trading companies, by using local, regional and cross-border potential, as well as human capital, as effectively as possible. I voted in favour because I believe that cross-border cooperation is a key tool for the development of border regions, which are considered true laboratories of European integration.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – La ponente trata con acierto la importante labor que la Cooperación Territorial Europea (Interreg) ha desempeñado en los últimos 25 años a través del apoyo de programas y proyectos europeos con un gran valor añadido. Del mismo modo trata con acierto los retos y desafíos de esta herramienta en el medio y largo plazo de la política de cohesión, incidiendo en la necesidad de seguir promocionando la cooperación interregional a través de la cooperación y coordinación entre autoridades locales, regionales, nacionales y europeas cuando proceda para poder, de este modo, favorecer el incremento de sinergias, del uso de diversos programas europeos, del fomento de la gobernanza multinivel y del intercambio de las buenas prácticas y conseguir de este modo un uso más eficiente del dinero público. Por todo ello creo necesario votar a favor de dicho informe.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ongeveer 38 % van de Europese bevolking woont in een grensstreek. De EU kampt met een ernstige economische, financiële en sociale crisis, die vooral voor vrouwen op alle fronten belemmerend is in deze regio's. Ik stemde voor dit verslag omdat ik van mening ben dat er moet worden gestreefd naar meer coördinatie, synergie en complementariteit tussen grensoverschrijdende en transnationale dossiers. Sommige van deze regio's hebben ook te maken met grote uitdagingen op het gebied van migratie. We vragen om de spoedige tenuitvoerlegging van Interreg-programma's om onder meer de vluchtelingencrisis aan te pakken en te zorgen voor de uitwisseling van beproefde praktijken tussen plaatselijke en regionale autoriteiten in grensgebieden.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht stellt fest, dass die ETZ zu einem der beiden gleichwertigen Ziele der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2014-2020 geworden ist. Interregionale Zusammenarbeit ermöglicht Städten und Regionen bei einer Vielzahl verschiedener Probleme zusammenzuarbeiten. Ebenso ermöglicht die ETZ eine verstärkte Zusammenarbeit in dünn besiedelten Gebieten. Der Bericht ist sehr gut ausdifferenziert, und ich habe daher auch zugestimmt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. –Ho votato a favore della relazione sulla cooperazione territoriale europea – migliori prassi e misure innovative. Uno dei principali obiettivi della relazione è quello di richiamare l'interesse degli Stati membri e della Commissione nel preservare l'ETC come strumento significativo e positivo per il processo di integrazione europea, assegnando all'ETC un ruolo fondamentale nell'ambito della politica di coesione post 2020 e aumentando il suo bilancio per il prossimo periodo di programmazione.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report because it calls on the Commission and Member States to work towards preserving ETC as an important and positive instrument for the European integration process, through allocating ETC a more distinct role within Cohesion policy post-2020 and increasing its budget for the next programming period.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραπτώς*. – Με την παρούσα πρωτοβουλία, την οποία και υποστήριξα, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, συμβάλλει στην δημιουργία ενός ευέλικτου και απλοποιημένου πλαισίου για την υποστήριξη της Ευρωπαϊκής Εδαφικής Συνεργασίας. Στο κείμενο αναδεικνύεται η συμβολή της στην εδαφική συνοχή, η υποστήριξη της έρευνας και της καινοτομίας, ο καλύτερος συντονισμός των πολιτικών και δίνεται ιδιαίτερη σημασία στην ενημέρωση των πολιτών.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Rozhodl jsem se tuto zprávu podpořit, protože evropskou územní spolupráci považuji za jeden z důležitých nástrojů politiky soudržnosti, která pomáhá snižovat rozdíly mezi jednotlivými regiony EU a prosazuje vyvážený územní rozvoj. Evropská územní spolupráce podle mého názoru přispívá ke zlepšení přeshraniční spolupráce a k potenciálu různých území. Zároveň však i podporuje vzdělávání a kulturní výměnu. Z pohledu České republiky mohou být vhodnými partnery pro EUS především výzkumné instituce, vysoké školy a univerzity a malé a střední podniky.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Európska územná spolupráca ako jeden z dvoch cieľov kohéznej politiky poskytuje rámec na implementáciu spojených akcií a výmenu politík medzi národnými, regionálnymi a miestnymi subjektmi z rôznych členských štátov, pričom na všetkých týchto úrovniach zohráva významnú úlohu a v súčasnosti z nej profituje všetkých 28 členských štátov. Cezhraničná spolupráca je vo všeobecnosti kľúčovým nástrojom pri rozvoji pohraničných regiónov. Takisto medziregionálna spolupráca umožňuje mestám a regiónom spolupracovať na mnohých témach. Práve preto si myslím, že Európska územná spolupráca ponúka výraznú európsku pridanú hodnotu a prispieva k stabilite a integrácii. Táto spolupráca je obzvlášť dôležitá v izolovaných regiónoch či riedko osídlených a vidieckych oblastiach, čo správa pani poslankyne Mihaylovovej správne identifikovala, ako aj nabádala, aby bol potenciál tejto územnej spolupráce naplno využívaný. Zo všetkých týchto dôvodov, ako aj z dôvodu vyváženosti správy som sa rozhodla dať jej svoj hlas.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o evropskem teritorialnem sodelovanju – najboljša praksa in inovativni ukrepi.

Čezmejno sodelovanje je ključno orodje za razvoj obmejnih regij, ki so pogosto geografsko in demografsko v najbolj neugodnem položaju. Strinjam se s priporočilom, da je treba potencial evropskega teritorialnega sodelovanja še nadalje razviti na področjih, kot so enotni trg, digitalna agenda, zaposlovanje, mobilnost, energetika, raziskave, izobraževanje, kultura, zdravstvo in okolje.

Komisija in države članice naj tako ohranijo evropsko teritorialno sodelovanje kot pomemben instrument ter zanj določijo bolj izrazito vlogo znotraj kohezijske politike po letu 2020 in občutno povečajo proračun.

5.3. Untersuchung zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (A8-0246/2016 - Pablo Zalba Bidegain, Gerben-Jan Gerbrandy)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Curzio Maltese (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho votato a favore della relazione intermedia per sostenere il difficile lavoro della commissione d'inchiesta, ma non dobbiamo nasconderci la realtà. In questa commissione sono già entrate in conflitto due tendenze: una, decisa a fare chiarezza su uno scandalo nato in Europa e scoperto in America, in una vicenda che toglie ulteriormente credibilità alle istituzioni europee. L'altra tendenza è quella di annacquare fatti e prove per giungere a un'autoassoluzione conveniente per alcuni gruppi politici.

Occorre, anzitutto, rispondere alle domande dell'opinione pubblica, per esempio: la Commissione era a conoscenza delle discrepanze fra test di laboratorio e test su strada, come ha ammesso lo stesso ex Commissario italiano Tajani? E, se lo sapeva, perché ha taciuto e non ha fatto nulla per anni?

Si tratta della salute e del lavoro dei cittadini europei. Non possiamo tollerare altre ambiguità, tantomeno indulgere in un'omertà che nel mio paese si definisce mafiosa.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I listened very carefully to the debate here this morning on this issue, and I am pleased to support this report, in which this extremely important committee of inquiry has asked for support on all the measures needed for it to fulfil its mandate. It is important that Parliament gives support to the committee to ensure they can hold hearings, bring the relevant people before them and get the right insights into the automotive-sector emissions scandal from last year. The hearings that the committee has held thus far have managed to provide some very interesting insights, as we heard this morning. I am pleased that it is working to get to the bottom of the scandal.

Ensuring that the rules we make at EU and national level are adhered to is vital, and the fitting of the so-called defeat devices by Volkswagen is a clear breach of those rules. We must ensure that companies who cheat the system are found out and exposed, not least because they undermine our efforts to limit our carbon emissions and to ensure high-quality ambient air for our citizens.

Marian Harkin (ALDE). – Mr President, I support the Committee of Inquiry in regard to the investigation of emissions in the automotive sector. This work of course is triggered by the Volkswagen scandal, but the European Parliament is not the only place in Europe where Volkswagen's actions are being questioned.

Despite the fact that the Volkswagen legal team walked out, a case is proceeding in Castlebar court in County Mayo in Ireland on this issue. The case seeks to make public the original expert opinion and technical evidence VW used to develop a fix for the affected engines. The case brings to the fore the fact that there is no mechanism at European level for citizens to take a class action, and that is something we have to deal with. Volkswagen settled on a figure of USD 15 billion in relation to a class action taken in the US. EU citizens deserve no less than US citizens when it comes to defending their rights. So I say well done to those who took the case, and those who decided to hear it in the Castlebar court.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La collaborazione tra Stati membri e Commissione è un elemento imprescindibile per il corretto svolgimento dell'inchiesta che verifica una eventuale mala amministrazione, sia a livello europeo che nazionale, nell'applicazione della normativa attualmente in vigore per le emissioni delle autovetture. Per favorire e incentivare questa collaborazione, ho votato positivamente.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – Sin perjuicio de la competencia de los tribunales, el 17 de diciembre de 2015 se constituyó una comisión de investigación sobre las alegaciones de infracción y mala administración en la medición de emisiones en el sector del automóvil.

El alcance de la investigación está limitado por el art. 226 TFUE y la Decisión sobre el derecho de investigación del PE, conforme a los que debe centrarse en investigar el cumplimiento de Comisión y Estados de las obligaciones del Reglamento (CE) n.º 715/2007. Además de recopilar y analizar información sobre la aplicación de la Directiva 2007/46/CE, determinar si tenían pruebas de la utilización de dispositivos de desactivación y formular las recomendaciones que considere necesarias.

Mientras que el informe final tendrá lugar en marzo de 2017, este voto se refiere al informe intermedio que, por su naturaleza, no puede adelantar conclusiones antes de que todos los testigos sean escuchados y se reúnan evidencias bastantes.

Tiene, por tanto, carácter puramente técnico, haciendo hincapié en los aspectos procedimentales. Se recuerdan los principios de trasparencia y de buena cooperación entre instituciones y se solicita a todos los actores involucrados que proporcionen la asistencia necesaria para el cumplimiento del mandato de la Comisión EMIS.

Por todo ello, voto a favor del Informe.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — We believe that national parliaments should be responsible for all investigations related to maladministration in the application of environmental law.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – Je me suis prononcé en faveur du rapport concernant l'enquête sur la mesure des émissions dans le secteur de l'automobile. Ce rapport intermédiaire énonce les méthodes et auditions qui constituent l'enquête du Parlement suite au scandale Volkswagen.

Il s'agit d'un rapport qui encourage les représentants des institutions et les autorités des États membres à collaborer avec loyauté pour que soient réunis tous les éléments nécessaires à une enquête neutre et efficace.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this motion for resolution, which is the interim report of the Committee of Inquiry that was established in December to investigate alleged contraventions or maladministration in the application of Union law in relation to emission measurements in the automotive sector (Volkswagen scandal). The inquiry is ongoing and the report does not include any conclusions or recommendations. It calls for ongoing support and cooperation for the inquiry by the Commission and national governments, such as providing swifter access to requested documents.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte dont l'objectif est de maintenir la pression sur les États membres et la Commission européenne qui traînent des pieds pour venir s'expliquer devant le Parlement européen. Les résultats des enquêtes menées dans les différents États membres se font aussi toujours attendre.

S'il est important de déterminer les responsabilités des différentes institutions dans le scandale, l'enjeu est aussi d'identifier les dysfonctionnements qui l'ont permis.

La législation européenne définit clairement ce qui est interdit, mais sa mise en œuvre effective et le contrôle de sa bonne application laissent parfois à désirer: la Commission renvoie la balle aux États membres, qui renvoient la balle aux constructeurs, démontrant que l'Europe manque cruellement d'un cadre global cohérent pour garantir le respect des normes qui limitent la pollution. Si l'Europe est capable de produire une législation pour un contrôle harmonisée pour les chemins de fer, elle devrait pouvoir le faire pour les automobiles.

Nous restons mobilisés avec la révision imminente du cadre européen d'homologation des véhicules: définir et faire respecter des normes d'émissions polluantes exigeantes est une priorité. Il s'agit de sauver des vies!

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the interim report on the inquiry into emission measurements in the automotive sector. The report encourages the Committee of Inquiry to pursue its work and to implement fully the mandate given by Parliament in its decision of 17 December 2015; it asks the Conference of Presidents and the Bureau to support all measures needed to enable the Committee of Inquiry to fulfil its mandate. The interim report asks the Commission to ensure prompt support and full transparency in assisting the work of the Committee of Inquiry, and requires that the governments, parliaments and competent authorities of Member States assist the Committee of Inquiry in its tasks with full respect for the principle of loyal cooperation established in the Union law. I fully support the approach taken and look forward to the hearings to take place later this year.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της ενδιάμεσης έκθεσης σχετικά με την εξέταση των μετρήσεων εκπομπών στην αυτοκινητοβιομηχανία, διότι υπενθυμίζει την αρχή της καλής συνεργασίας μεταξύ των θεσμικών οργάνων, επιμένει στην πλήρη διαφάνεια και τέλος ζητά απ' όλους τους εμπλεκόμενους φορείς να παράσχουν την απαιτούμενη βοήθεια για την εκπλήρωση της αποστολής της επιτροπής EMIS.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Im Zuge der Enthüllungen um manipulierte Abgastests bei Dieselautos hat das EU-Parlament einen Untersuchungsausschuss zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (EMIS) eingesetzt.

Dieser EMIS-Ausschuss untersucht, ob die EU-Kommission oder nationale Beamte von dem Betrug wussten oder zumindest einen Verdacht hegten, bevor diese rechtswidrige Praxis in den USA entdeckt wurde, und warum sie angesichts der Unterschiede bei den verschiedenen Messarten sich des Problems nicht – bewusst oder unbewusst – aktiver angenommen haben. Dem Parlament wurde nun der Zwischenbericht des Ausschusses vorgelegt.

Ich habe dem Text zugestimmt, da ich eine vollständige Aufklärung dieser Angelegenheit uneingeschränkt unterstütze und mir Maßnahmen wünsche, die solche Praktiken auf Kosten des Verbrauchers in Zukunft gänzlich verhindern. Ich unterstütze daher ebenfalls die Forderung an die Kommission nach einer transparenten und loyalen Zusammenarbeit sowie der Bereitstellung dringend zusätzlich angeforderter Informationen.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – En 2015, les révélations de chercheurs américains concernant des logiciels de trucage permettant de masquer les émissions de dioxyde d'azote des moteurs diesel entraînèrent le scandale Volkswagen. Ce procédé permettait au premier constructeur automobile mondial d'exporter aux États-Unis en dépit des strictes limites d'émission de dioxyde d'azote.

Le 17 décembre 2015, une commission d'enquête afin d'examiner les allégations d'infraction au droit de l'Union ou de mauvaise administration dans l'application de celui-ci était créée au Parlement européen.

Ce rapport intermédiaire énonce la méthode et les auditions qui constituent l'enquête du Parlement sur les émissions dans le secteur de l'automobile. Les auditions proprement dites se poursuivront «jusqu'à l'automne 2016», après quoi les députés travailleront à la rédaction du rapport final.

Ce texte bref et très neutre encourage la commission d'enquête à poursuivre ses travaux, invite la Conférence des présidents ainsi que la Commission et les autorités des États membres à collaborer avec loyauté, pour qu'aucun élément de l'enquête n'échappe à la commission.

J'ai donc voté en faveur de ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – In the interests of transparency and democracy I voted against this report. I believe that national parliaments should be responsible for all investigations related to maladministration in the application of environmental law. Although the report is broadly OK I oppose it because it urges Member States too assist the EU Committee of Inquiry. I think the UK automotive industry has been through enough already.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – 2015 m. gruodžio 17 d. Europos Parlamentas, siekdamas ištirti įtariamus pažeidimus ar netinkamą administravimą įgyvendinant Sąjungos teisę dėl išmetamųjų teršalų matavimų automobilių įkūrė Tyrimo komitetą, kuris sudarytas iš 45 Parlamento narių. Pritariu raginimui, kad Tyrimo komitetas privalo tęsti savo darbą ir visapusiškai įgyvendinti savo įgaliojimus.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – We believe that national parliaments should be responsible for all investigations related to maladministration in the application of environmental law.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui encourage la commission d'enquête à poursuivre ses travaux, qui consistent à examiner les allégations d'infraction au droit de l'Union concernant le premier constructeur automobile mondial Volkswagen, lequel aurait utilisé des logiciels de trucage pour masquer les émissions de dioxyde d'azote afin d'exporter en plus grande quantité aux États-Unis.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Suite au scandale relatif à la falsification des tests anti-pollution des voitures Volkswagen en septembre 2015, le Parlement européen a décidé de constituer une commission d'enquête sur les allégations d'infraction au droit de l'Union en ce qui concerne la mesure des émissions dans le secteur de l'automobile composée de 45 membres et chargée d'examiner ces allégations d'infraction.

Pour d'évidentes raisons environnementales et de santé publique, mais également pour de simples raisons d'honnêteté envers les citoyens et de concurrence loyale entre constructeurs, nous ne pouvons accepter l'idée que des acteurs économiques se sentent autorisés à falsifier leurs émissions au vu d'une éventuelle insuffisance des contrôles ou d'une mauvaise application du droit de l'Union en la matière.

Convaincu de la nécessité d'envoyer un message fort et de pouvoir améliorer les législations en vigueur pour prévenir ce genre de comportement à l'avenir, j'ai voté en faveur de ce rapport intermédiaire de la commission d'enquête qui encourage la commission d'enquête à poursuivre ses travaux et à remplir son mandat et apporte son soutien à toutes les actions et initiatives visant à l'accomplissement de ce dernier.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – Es necesario continuar con el avance en la investigación por parte de la comisión parlamentaria sobre Medición de las Emisiones en el Sector del Automóvil para valorar los aspectos más políticos del escándalo Volkswagen. Además, estamos estudiando actualizar la normativa existente en la Unión para asegurar que las mediciones son más cercanas a las circunstancias reales de conducción.

La comisión parlamentaria que investiga las mediciones de las emisiones de los coches, determina que el fabricante alemán y sus filiales tienen que acometer la revisión de 8,5 millones de unidades en Europa, 2,4 millones de ellas solo en Alemania. En el informe se denuncia la falta de cooperación de los Estados miembros para esclarecer cómo se pudo producir este fraude a los consumidores. La propia Comisaria europea de Mercado Interior, Elzbieta Bienkowska, ha anunciado la intención de abrir expedientes a aquellos estados miembros que incumplieron sus obligaciones de control por no tomar las medidas sancionadoras pertinentes.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – A seguito degli scandali verificatisi in seguito alle rivelazioni sui dispositivi truccati utilizzati per ridurre le emissioni inquinanti durante i test ufficiali sulle auto, il Parlamento europeo ha deciso di costituire, lo scorso dicembre, una commissione d'inchiesta. L'obiettivo è quello di esaminare le denunce di infrazione e di cattiva amministrazione nell'applicazione della legislazione dell'Unione sulla misurazione delle emissioni nel settore automobilistico. La commissione EMIS ha iniziato i propri lavori a marzo, stabilendo un calendario preciso in vista della relazione finale prevista per la primavera 2017.

La relazione interlocutoria presentata oggi al Parlamento, che ho deciso di sostenere con il mio voto, invita la commissione d'inchiesta a proseguire il proprio lavoro, appoggiando tutte le azioni e le iniziative volte a garantire l'espletamento del suo mandato. Il testo chiede agli Stati membri e alla Commissione di fornire tutto il sostegno tecnico e politico necessario e invita in particolare la Commissione a presentare rapidamente la documentazione richiesta relativa alle misurazioni delle emissioni dei veicoli, compresi il lavoro svolto dal Centro comune di ricerca (CCR) e tutte le registrazioni delle attività dei vari gruppi di esperti che si occupano di legislazione in materia di procedure di omologazione veicoli.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor dado que la Resolución insta a la comisión de investigación sobre la Medición de las Emisiones en el Sector del Automóvil, a raíz del escándalo de VW, a que ponga en práctica plenamente el mandato impartido por el Parlamento en su Decisión de 17 de diciembre de 2015.

Pide a la Conferencia de Presidentes y a la Mesa que apoyen todas las medidas necesarias, particularmente, en lo que respecta a la autorización de audiencias y reuniones extraordinarias, el reembolso de los gastos de expertos y testigos, las misiones y cualquier otro medio técnico debidamente justificado.

Solicita a la Comisión Europea que garantice un apoyo inmediato y la plena transparencia, proporcionando todo el apoyo político y técnico posible, concretamente presentando con mayor prontitud la documentación que se le solicite; espera la plena colaboración de los comisarios y de las direcciones generales pertinentes, tanto de los que se encuentran actualmente en funciones como de aquellos que lo estuvieron durante mandatos anteriores.

Pide a los Gobiernos, Parlamentos y autoridades competentes de los Estados miembros que asistan a la comisión de investigación en su labor con pleno respeto del principio de cooperación leal establecido en el Derecho de la Unión.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe porque estoy de acuerdo con tres cuestiones básicas que contiene: reclamar más información a la Comisión y mejorar la colaboración con ella, reforzar los aspectos preventivos de este trabajo sobre emisiones, para evitar que un caso así pueda repetirse y examinar también las responsabilidades en que han incurrido los Estados miembros que no pueden desconocer que buena parte de las funciones inspectoras les competen.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport intermédiaire qui détaille la méthode et le calendrier pour cette commission spéciale relative à l'enquête sur la mesure des émissions dans le secteur de l'automobile.

Rappelons-le, cette commission a été créée à la suite du scandale Volkswagen révélant la «fraude» du premier constructeur automobile à des fins d'exportation.

Ce rapport n'évoque pas le fond puisque les députés travailleront jusqu'à la fin de l'année sur le rapport final. Aussi, je ne peux que soutenir la volonté affichée des rapporteurs à un véritable travail de coopération entre la Commission et les autorités compétentes des États membres, afin de faire toute la lumière sur cette affaire.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione fa il punto sui progressi nelle attività svolte dalla commissione di inchiesta sulla misurazione delle emissioni nel settore automobilistico e illustra puntualmente il programma di lavoro futuro. Ritengo che il testo sia chiaro, condivisibile e privo di criticità, per questo ho inteso sostenerlo col mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Sin perjuicio de la competencia de los tribunales, el 17 de diciembre de 2015 se constituyó una Comisión de Investigación sobre la Medición de las Emisiones en el Sector del Automóvil.

El alcance de la investigación está limitado por el artículo 226 del TFUE y la Decisión sobre el derecho de investigación del PE, conforme a los que debe centrarse en investigar el cumplimiento por parte de la Comisión y los Estados de las obligaciones del Reglamento (CE) n.º 715/2007. Además de recopilar y analizar información sobre la aplicación de la Directiva 2007/46/CE, debe determinar si tenían pruebas de la utilización de dispositivos de desactivación y formular las recomendaciones que considere necesarias.

Dado que el informe final se presentará en marzo de 2017, este voto se refiere al informe provisional que, por su naturaleza, no puede adelantar conclusiones antes de que todos los testigos sean escuchados y se reúnan evidencias bastantes.

Tiene, por tanto, carácter puramente técnico, ya que hace hincapié en los aspectos procedimentales. Se recuerdan los principios de transparencia y de buena cooperación entre instituciones y se solicita a todos los actores involucrados que proporcionen la asistencia necesaria para el cumplimiento del mandato de la Comisión EMIS.

Por todo ello, voto a favor del informe.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pasisakė dėl išmetamųjų teršalų automobilių sektoriuje matavimo tyrimų. Europos Parlamentas 2015 m. nusprendė sudaryti Tyrimo komitetą, kuris tirtų įtariamus pažeidimus įgyvendinant Sąjungos teisę išmetamųjų teršalų matavimų automobilių sektoriuje srityje, ir nusprendė, kad šis komitetas pateiks rekomendacijas, kurias manys esant reikalingas šiuo klausimu.

Šiuo pranešimu Parlamentas prašo Komisiją užtikrinti skubią paramą ir visišką skaidrumą padedant Tyrimo komitetui vykdyti darbą, visapusiškai atsižvelgiant į lojalaus bendradarbiavimo principą, teikiant visokeriopą galimą techninę ir politinę paramą, ypač greičiau pateikiant reikalaujamus dokumentus. Parlamentas taip pat prašo valstybes nares visapusiškai laikantis lojalaus bendradarbiavimo principo teikti Tyrimo komitetui būtiną techninę ir politinę paramą, visų pirma sudarant Komisijai galimybę greičiau pateikti reikalaujamus dokumentus ir, jei dokumentams pateikti reikia valstybių narių sutikimo, paskubinant savo tokio sutikimo suteikimo vidaus procedūras.

Franc Bogovič (PPE), *napisan*. – Aktivnosti odbora EMIS su bile u skladu s mandatom i prihvaćenom metodologijom rada, posebno u organizaciji saslušanja svjedoka i stručnjaka, što je temeljna aktivnost odbora. Svim članovima odbora EMIS omogućena je dostupnost svih iskaza svjedoka i stručnjaka preko internetske stranice, što doprinosi tome da se sve relevantne informacije uzmu u obzir u završnom izvješću odbora.

Istražne radnje u prikupljanju pisane dokumentacije provedene su detaljno i sveobuhvatno kroz uključivanje najšireg kruga relevantnih institucija. Omogućena je transparentnost u radu i dostupnost u prikupljanju dokaza, postavljanjem posebne internetske stranice odbora. U daljnjem radu, uz poštovanje načela odane saradnje, odboru EMIS treba pružiti svu moguću tehničku i političku podršku od strane nadležnih institucija, zato sam na sjednici glasao za potvrdu izvješća.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Skandal s ispušnim plinovima je zapravo napad na zdravlje i potrošačka prava građana te ekonomiju Europske unije i država članica. „Štelalo" se ispuštanje dušičnih oksida koji su posebno štetni za jetru, pluća i krvnu sliku građana. Varalo ih se s prodajom skupljih automobila koji su navodno bili manje štetni za okoliš. Podržavam ovaj izvještaj i nadam se da će rad EMIS-a pridonijeti rasvjetljavanju afere i sprječavanju novih.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Il est en effet particulièrement judicieux de s'interroger sur les pratiques des constructeurs automobiles en matière de rejets de dioxyde de carbone et sur les éventuelles tricheries des constructeurs par rapport aux contrôles en la matière.

Ce rapport qui encourage la commission d'enquête nommée à cet effet à poursuivre ses travaux invitant la commission et les États membres à collaborer avec loyauté va dans le bon sens.

J'ai par conséquent voté pour ce texte.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il 16 dicembre 2015 il Parlamento europeo ha deciso di istituire una commissione d'inchiesta incaricata di indagare sui casi di infrazione e di cattiva amministrazione nell'applicazione del diritto dell'Unione in relazione alla misurazione delle emissioni nel settore automobilistico. La commissione d'inchiesta è stata istituita a seguito della rivelazione che il gruppo Volkswagen aveva eluso i limiti delle emissioni di NO_x (ossidi di azoto) per i veicoli diesel. Il suo mandato deve essere rispettato ed è importante che i cittadini europei siano informati sull'accaduto e che venga appurata la verità. Le leggi devono essere uguali per tutti e chi ha sbagliato deve renderne conto, sia per il principio di giustizia che per non incrinare la fiducia dei cittadini nel ruolo imparziale di garanzia e di controllo svolto dalle Istituzioni.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le 18 septembre 2015 éclatait le scandale Volkswagen, suite aux révélations de chercheurs américains concernant des logiciels de trucage permettant de masquer les émissions de dioxyde d'azote des moteurs diesel.

Ce procédé permettait au premier constructeur automobile mondial d'exporter aux États-Unis en dépit des strictes limites d'émission de dioxyde d'azote. Le Parlement avait alors décidé le 17 décembre 2015 de former une commission d'enquête afin d'examiner les allégations d'infraction au droit de l'Union.

Ce rapport intermédiaire détaille la méthode de l'enquête du Parlement sur les émissions dans le secteur automobile. Ce n'est qu'après la clôture des auditions, au courant de l'automne 2016, que les députés européens s'attèleront à la rédaction du rapport final.

J'ai voté en faveur de ce rapport qui encourage simplement la commission d'enquête à poursuivre ses travaux et qui invite la Conférence des présidents ainsi que la Commission et les autorités des États membres à collaborer afin qu'aucun élément de l'enquête n'échappe à la Commission.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Constituirea unei comisii de anchetă care să investigheze presupusele contravenții sau cazuri de administrare defectuoasă în aplicarea legislației Uniunii în ceea ce privește măsurarea emisiilor în sectorul autovehiculelor reprezintă o inițiativă oportună în vederea asigurării protecției mediului, cât și a monitorizării cu atenție a legislației în vigoare.

Activitatea acestei comisii de anchetă este una complexă și se bazează pe colectarea și analizarea de informații în vederea stabilirii dacă statele membre aveau la dispoziție dovezi privind folosirea dispozitivelor de manipulare, precum și informații referitoare la punerea în aplicare de către statele membre a Directivei 2007/46/CE.

Salut acest raport interimar referitor la Ancheta privind măsurarea emisiilor în sectorul autovehiculelor deoarece am convingerea că rezultatele anchetei vor contribui la îmbunătățirea cadrului de omologare tip al Uniunii Europene, iar acțiunile acestei Comisii vor contribui la respectarea legislației în vigoare cu privire la măsurarea emisiilor în sectorul autovehiculelor.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – Sin perjuicio de la competencia de los tribunales, el 17 de diciembre de 2015 se constituyó una comisión de investigación sobre las alegaciones de infracción y mala administración en la medición de emisiones en el sector del automóvil.

El alcance de la investigación está limitado por el art. 226 TFUE y la Decisión sobre el derecho de investigación del PE, conforme a los que debe centrarse en investigar el cumplimiento de Comisión y Estados de las obligaciones del Reglamento (CE) n.º 715/2007. Además de recopilar y analizar información sobre la aplicación de la Directiva 2007/46/CE, determinar si tenían pruebas de la utilización de dispositivos de desactivación y formular las recomendaciones que considere necesarias.

Mientras que el informe final tendrá lugar en marzo de 2017, este voto se refiere al informe intermedio que, por su naturaleza, no puede adelantar conclusiones antes de que todos los testigos sean escuchados y se reúnan evidencias bastantes.

Tiene, por tanto, carácter puramente técnico, haciendo hincapié en los aspectos procedimentales. Se recuerdan los principios de trasparencia y de buena cooperación entre instituciones y se solicita a todos los actores involucrados que proporcionen la asistencia necesaria para el cumplimiento del mandato de la Comisión EMIS.

Por todo ello, voto a favor del Informe.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Con il voto di oggi mi sono espresso in favore della relazione interlocutoria sul lavoro svolto finora dalla commissione d'inchiesta istituita dal Parlamento europeo all'indomani dello scandalo Volkswagen sulle violazioni delle norme comunitarie in materia di misurazioni delle emissioni di auto.

La commissione d'inchiesta lavorerà per un anno (siamo a metà del suo mandato), con compito di indagare sul presunto inadempimento di verifica dei cicli di prova utilizzati da parte Commissione, sulla presunta mancata adozione da parte della Commissione e delle autorità degli Stati membri di misure appropriate per rendere effettiva l'applicazione dell'esplicito divieto di «impianti di manipolazione» e sulla presunta omissione della Commissione nell'introduzione di prove che riflettano le condizioni reali di guida.

L'Unione europea è leader a livello mondiale nella lotta all'inquinamento ambientale. Basti pensare al ruolo propulsivo che ha giocato nel raggiungimento dell'accordo di Parigi sul clima o a quello che sta giocando in seno all'ICAO per un estensione dello schema ETS a livello mondiale. La credibilità dell'Unione europea agli occhi del mondo dipende anche, e molto, da questa inchiesta.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this motion for resolution, which is the interim report of the Committee of Inquiry that was established in December to investigate alleged contraventions or maladministration in the application of Union law in relation to emission measurements in the automotive sector (Volkswagen scandal). The inquiry is ongoing and the report does not include any conclusions or recommendations. It calls for ongoing support and cooperation for the inquiry by the Commission and national governments, such as providing swifter access to requested documents.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it sets out the need for cooperation from all those entities involved in order to be able to implement its mandate effectively. Amongst others it asks the Commission to ensure prompt support and full transparency in assisting the work of the Committee of Inquiry, in particular through swifter submission of requested documentation; expects full cooperation from the relevant current Commissioners and Directorate-Generals as well as from those who were in charge during past terms. It asks the Member States, to provide the Committee with the necessary technical and political support, by enabling the Commission to submit documents that are requested more swiftly and, if necessary by accelerating their internal proceedings for the granting of such consent.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione in esame è la relazione di metà termine con cui la commissione speciale d'inchiesta EMIS informa il Parlamento sull'avanzamento dei lavori. Non vi è alcun riferimento diretto al merito dell'inchiesta – ovvero la verifica delle condizioni in cui l'UE e gli Stati membri stanno applicando la normativa in materia di controllo delle emissioni delle autovetture –, ma la relazione richiama Stati membri e Commissione a una piena collaborazione nel fornire tutte le informazioni utili all'inchiesta. Ho votato senza dubbio a favore.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Credo che il lavoro della commissione d'inchiesta sulla misurazione delle emissioni nel settore automobilistico (EMIS) sia indispensabile per esaminare le presunte infrazioni al diritto dell'Unione o i casi di cattiva amministrazione in materia di misurazione delle emissioni nel settore automobilistico.

I recenti scandali che hanno investito il mercato automobilistico e intaccato la fiducia dei consumatori europei ci impongono di stabilire se la Commissione e gli Stati membri fossero a conoscenza dell'utilizzo di impianti di manipolazione e altresì di raccogliere dati attendibili sull'applicazione della direttiva da parte degli Stati membri.

Ho ritenuto di votare a favore della relazione intermedia poiché auspico che la commissione d'inchiesta prosegua i suoi lavori e porti a compimento il mandato che le è stato affidato. A tal fine, la relazione invita la Commissione europea ad assicurare tutto il sostegno tecnico e politico ai membri di EMIS in piena trasparenza. Infine, credo che i governi, i parlamenti nazionali e le autorità competenti degli Stati membri debbano collaborare con la commissione d'inchiesta nello svolgimento dei suoi compiti, nel pieno rispetto del principio di leale cooperazione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και χαιρετίζουμε τη διαφάνεια για το κοινό σε σχέση με τις εργασίες τις επιτροπής, με την επιφύλαξη της διατήρησης της εμπιστευτικότητας, όπου απαιτείται, καθώς μέσω του ειδικού ιστότοπου της επιτροπής EMIS, τα μέλη της επιτροπής και το κοινό μπορούν να βρουν εκεί όλες τις σχετικές πληροφορίες που συνδέονται με το έργο της επιτροπής.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η ενδιάμεση έκθεση σχετικά με την εξέταση των μετρήσεων εκπομπών στην αυτοκινητοβιομηχανία, την οποία ψηφίσαμε σήμερα, αποτελεί ένα από τα βήματα που καλούμαστε να κάνουμε ώστε να αναβαθμίσουμε το ρυθμιστικό πλαίσιο σε έναν πολύ σημαντικό τομέα, όπως αυτός των εκπομπών ρύπων. Μετά τις αποκαλύψεις προ ολίγων μηνών σχετικά με παραποιημένα αποτελέσματα εκπομπών στην αυτοκινητοβιομηχανία, θεωρώ πως η έκθεση αυτή αποτελεί μια ορθή προσπάθεια διόρθωσης των προβλημάτων και των ελλείψεων που υπάρχουν. Γι' αυτό και ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Voto a favore dell'assegnazione di maggiore supporto alla commissione d'inchiesta per le emissioni nel settore automobilistico, data la gravità e la rilevanza rappresentata da questo delicato tema per l'Europa, per i suoi cittadini e per le sue industrie. Ci troviamo in un momento storico ove la crescita non può non essere che sostenibile, dunque pregna di risvolti su tutti: dagli *stockholders* ai cittadini, dai lavoratori all'ambiente. Per consentire un'evoluzione efficace, è necessario accertare l'entità del fenomeno emissivo e i suoi lasciti multilivello.

Di fronte agli scandali emersi si rende, orbene, quanto più necessario accelerare il flusso di informazioni e documenti tra Parlamento e Stati membri per assicurare trasparenza e giustizia. Pur essendo fermamente convinto di tale esigenza, spero che questa collaborazione tra organismi europei e nazionali si sviluppi entro i confini del rispetto per le diverse giurisdizioni e delle relative competenze. In attesa della relazione finale, calendarizzata per il 2 marzo 2017, mi auguro che l'esito dell'inchiesta possa far luce al più presto sui comportamenti giusti e sbagliati per evitare in futuro il ripetersi di situazioni dannose per i cittadini.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the Inquiry into emission measurements in the automotive sector and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – No seguimento das denúncias feitas, em setembro de 2015, pela Agência de Proteção Ambiental dos Estados Unidos (EPA) de que o grupo Volkswagen fabricava veículos capazes de enganar os controlos de poluição, o Parlamento Europeu decidiu, em 17 de dezembro de 2015, constituir uma comissão de inquérito para investigar as alegadas contravenções ou a má administração na aplicação do direito comunitário em relação à medição das emissões no setor automóvel.

O objetivo do presente relatório intercalar da Comissão EMIS consiste em fornecer uma panorâmica geral das atividades da Comissão desde a sua constituição a 2 de março de 2016 e uma perspetiva sobre o próximo plano de trabalho sobre a primeira metade do mandato da Comissão.

Felicito a Comissão por ter cumprido o prazo estabelecido para a apresentação deste relatório preliminar, bem como pela criação de um sítio Web onde os membros e o público podem obter todas as informações pertinentes relacionadas com as atividades da Comissão, contribuindo para que o trabalho da Comissão seja o mais transparente possível, sem prejuízo, sempre que necessário, da preservação da confidencialidade.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — There are alleged failures in the application of Union law in relation to emission measurements in the automotive sector which need to be investigated. I agree that the results of the ongoing investigation could bring added value to the Union's type-approval framework support all measures needed to enable the Committee of Inquiry to fulfil its mandate.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en esta resolución porque aun no pudiendo oponerme a su contenido, la misma carece de significación política. Es mi opinión que las informaciones conocidas sobre el escándalo de las emisiones (y en particular, el escándalo que supone la revelación que las regulaciones europeas fueron implementadas para permitir graves discrepancias entre las emisiones reales y ficticias, por lo que muchos sistemas de manipulación de emisiones análogos al *software* desarrollado por Volskwagen-Bosch eran utilizados legalmente con la aprobación y el conocimiento de las autoridades nacionales y europeas) deberían haberse visto reflejadas en el mismo, en lugar de esperar otros seis meses para presentar las conclusiones finales.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – În data de 17 decembrie 2015, Parlamentul European a instituit o comisie care să ancheteze presupusurile cazuri de administrare defectuoasă în aplicarea legislației UE în ceea ce privește emisiile din sectorul autovehiculelor. Comisia colectează și analizează informațiile pentru a determina dacă statele membre aveau dovezi privind folosirea dispozitivelor de manipulare.

Am votat pentru includerea reuniunilor suplimentare la Bruxelles și Strasbourg, pentru schimbul de opinii și pentru continuarea investigațiilor în cazul emisiilor din sectorul autovehiculelor.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – W pełni popieram treść sprawozdania śródokresowego dotyczącego pomiarów emisji w sektorze motoryzacyjnym. Cieszy mnie fakt, że zgodnie z obietnicami sprawozdanie ma w pełni techniczny, a nie polityczny wymiar. Skupia się na konieczności współpracy pomiędzy organami unijnymi (Konferencją Przewodniczących, Prezydium PE, Komisją Europejską) i organami narodowymi każdego państwa członkowskiego.

Uważam, że należy popierać sprawozdania, które skupiają się na ważnych aspektach życia, dlatego też zagłosowałem za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Following the outbreak of the Volkswagen scandal, the European Parliament set up the Committee of Inquiry into the Emission Measurements of the Automotive Sector. This report represents the committee's first six months of work. The report pushes for transparency and asks for assistance from actors involved. Together with my colleagues of the EMIS committee, I have been working to reform the emission measurements in the automotive sector while also ensuring that Europeans' health is safeguarded. I believe that as the work of this committee progresses, more evidence is collected and the picture becomes more clear, these elements are crucial to have effective and reliable emissions measurements which is crucially important in safeguarding the health of our citizens. This is why I have voted in favour of this report, which will be a stepping stone into the second half of the inquiry committee's mandate.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – Whilst we must await the eventual final outcome of the EMIS Committee's investigation I can support this interim technical summary of progress made so far.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Dopo oltre sei mesi dall'istituzione della commissione d'inchiesta, decisa nel dicembre del 2015 in seguito alla scoperta dello scandalo «Dieselgate», il Parlamento europeo ha approvato oggi la relazione interlocutoria sulla misurazione delle emissioni nel settore automobilistico.

Il lavoro che ci aspetta nei prossimi mesi sarà quello di andare ancora più a fondo, per fare piena luce sulle responsabilità tecniche e politiche e quindi poter correggere le lacune che negli ultimi anni hanno consentito non soltanto l'utilizzo di dispositivi di manipolazione, ma anche il continuo superamento dei limiti di emissioni dei veicoli a motore previsto dal diritto comunitario. Sono fiducioso e convinto che i risultati dell'indagine in corso potranno apportare un valore aggiunto e costituire una base per definire quadro normativo europeo più stringente, integrato e soprattutto trasparente.

Adesso dobbiamo guardare al futuro e essere capaci di ripristinare regole europee che finalmente garantiscano un livello adeguato per la salute e la sicurezza dei cittadini europei, in modo da riconquistarne la piena fiducia. Non possiamo assolutamente consentire che si ripeta una frode di tale portata e che il comportamento sleale di alcune case automobilistiche possa danneggiare milioni di consumatori e cittadini europei.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative présente un bilan à mi-parcours de la commission d'enquête sur la mesure des émissions dans le secteur de l'automobile (commission EMIS), dont je suis membre suppléant.

Cette commission a été créée en mars dernier, suite au scandale Volkswagen, afin de faire toute la lumière sur le dépassement des limites d'émissions des véhicules en Europe.

Les corapporteurs des groupes PPE et ALDE font état des travaux menés durant les six premiers mois, au cours desquels 37 auditions de représentants politiques, représentants du secteur de l'automobile et membres de la société civile ont été menées.

Le rapport présente également le programme de travail jusqu'au printemps 2017, date à laquelle nous présenterons nos conclusions. Soutenant ces objectifs, j'ai soutenu ce rapport intérimaire.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – We believe that national parliaments should be responsible for all investigations related to maladministration in the application of environmental law.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce rapport intermédiaire sur l'enquête sur la mesure des émissions dans le secteur de l'automobile menée au Parlement européen suite au scandale de «l'affaire Volkswagen».

Afin de mener à bien cette enquête sur les allégations d'infractions au droit européen, l'Union européenne et ses États membre se doivent de faire preuve de transparence afin que la commission en charge de l'enquête puisse avoir accès aux informations nécessaires.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Sono a favore della misurazione delle emissioni in quanto ritengo che il numero di macchine presenti in strada vada monitorato e regolamentato con una normativa che limiti l'inquinamento dell'aria. Il dialogo sulle emissioni deve continuare ad essere una priorità dell'Unione europea per tutelare l'ambiente e la salute dei cittadini.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution parce qu'il apparaît assez clairement qu'à mi-mandat, la commission parlementaire d'enquête sur les émissions automobiles (créée suite aux révélations concernant des dispositifs de fraude utilisés par le groupe Volkswagen pour réduire les émissions polluantes au cours des tests officiels d'automobiles) a besoin de plus d'informations de la part de la Commission européenne, notamment sur les mesures des émissions ainsi que des détails des groupe de travail d'experts sur les procédures d'homologation de véhicule.

Même si la coopération avec la Commission européenne semble s'être améliorée depuis cet été, il est indispensable que la commission d'enquête puisse déterminer si la Commission européenne et les représentants nationaux suspectaient ou étaient au courant de la fraude avant qu'elle ne soit découverte aux États-Unis.

Il est tout aussi nécessaire de comprendre pourquoi les autorités européennes et nationales n'ont pas fait preuve de plus de prudence face aux divergences des mesures d'émissions entre les tests d'homologation et la conduite en conditions réelles.

C'est pourquoi je soutiens sans réserve l'appel lancé à la Commission et aux États membres à faciliter l'enquête en respectant le principe de «coopération loyale» défini par les règles européennes.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'un rapport intermédiaire méthodologique du Parlement européen concernant l'enquête sur les émissions dans le secteur de l'automobile. La constitution de cette commission d'enquête fait suite au «scandale Volkswagen».

Le 18 septembre 2015 était révélé le recours de la multinationale à des manœuvres frauduleuses visant à falsifier les mesures d'émission de dioxyde d'azote par les moteurs diesel de ses véhicules.

Ce subterfuge permettait à Volkswagen de se conformer à la législation américaine, rendant ses produits aptes à l'exportation dans ce pays. Ce rapport d'étape ouvre la voie à la poursuite des travaux de la commission d'enquête et notamment des auditions jusqu'à l'automne 2016.

J'ai donc voté pour ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих междинния доклад относно разследването на емисиите в автомобилния сектор, дело на анкетната комисия, занимаваща се със случая. Подкрепям факта, че докладът се основава на техническа информация и данни, а не съдържа в себе си какво и да е било политически констатации и изявления. Съгласен съм, че е необходимо пълно сътрудничество между европейските институции и националните правителства, за да се постигнат по-добри резултати.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Λαμβάνοντας υπόψη τις καταστροφικές συνέπειες που προκαλεί η ατμοσφαιρική ρύπανση ετησίως, η υγεία και ασφάλεια των ευρωπαίων πολιτών πρέπει να αποτελεί προτεραιότητα.

Για αυτόν τον λόγο, τα κράτη μέλη θα πρέπει να συνδράμουν στην εξασφάλιση του έργου της εξεταστικής επιτροπής ώστε να διασφαλιστεί η αποτελεσματικότητα των συστημάτων ελέγχου και να διερευνηθούν τυχόν παραβάσεις.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – Il voto positivo a questa relazione interlocutoria sui lavori della commissione d'inchiesta nel settore automobilistico è principalmente dovuto alla natura della relazione stessa, prettamente tecnica e procedurale. Gli elementi significativi che sono emersi nel corso del primo semestre di audizioni dei testimoni e che emergeranno nei prossimi mesi verranno trattati nella relazione conclusiva. Con questa relazione il Parlamento europeo richiama alla necessità di collaborazione da parte di Stati membri e Commissione nel fornire le informazioni necessarie all'inchiesta.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Com este relatório intercalar é possível ter uma visão clara de como os fabricantes do sector automóvel eram capazes de alegar que os seus carros poluíam muito menos do que realmente fazem em condições reais de condução. Segundo o mesmo documento, a Comissão Europeia tem dificuldade em atuar contra a crescente discrepância entre as emissões em condições de condução e as geradas em ciclos de ensaios e os Estados-Membros não apoiaram nem foram rígidos na implementação e na aplicação da legislação para as emissões dos automóveis. Por isso, esta é uma boa oportunidade para melhorar os testes.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: ce texte bref et très neutre encourage simplement la commission d'enquête à poursuivre ses travaux, invite la Conférence des présidents ainsi que la Commission et les autorités des États membres à collaborer avec loyauté, pour qu'aucun élément de l'enquête n'échappe à la commission.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A 17 de dezembro de 2015, o Parlamento Europeu decidiu constituir uma comissão de inquérito de 45 membros para investigar as alegadas violações e a má administração na aplicação do direito da UE em relação às medições das emissões no sector automóvel, após o escândalo da Volkswagen. Um escândalo que confirma a promiscuidade existente entre o poder político e o poder económico na UE.

A Comissão EMIS foi constituída em 2 de março de 2016, sendo que o seu mandato prevê a apresentação de um relatório intercalar nos primeiros 6 meses e um relatório final no prazo de 12 meses do início do seu trabalho.

O trabalho da Comissão de Inquérito EMIS está ainda em curso, tendo sido já realizadas várias audiências de diferentes testemunhas e peritos, que continuarão durante o período de Outono. Este relatório intercalar não contém quaisquer resultados nem recomendações. No relatório, a comissão solicita apoio para o seu trabalho a partir Conferência de Presidentes e da Mesa do Parlamento, da Comissão Europeia e das Autoridades dos Estados-Membros, de forma transparente, no respeito pelo princípio da cooperação.

Tendo apoiado a constituição desta comissão e apoiando a sua continuação em funções, expressamos novamente as reservas que temos quanto ao alcance e consequências práticas do seu trabalho.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Sono favorevole al progetto di relazione costituito dalla commissione d'inchiesta per la misurazione delle emissioni nel settore automobilistico, che necessita urgentemente di ulteriori informazioni da parte della Commissione europea. Ritengo di fondamentale importanza indirizzare il lavoro della commissione d'inchiesta, non solo al fine di indagare su quello che è successo in passato, ma anche di avanzare delle proposte per evitare che qualcosa di simile si ripeta in futuro. Per far sì che questo accada, l'inchiesta deve concentrarsi sulle responsabilità delle autorità nazionali, perché democrazia europea vuol dire anche responsabilità in Europa dei ministri nazionali. Questa crisi è anche un'opportunità per adeguare l'industria automobilistica europea al XXI secolo e per garantire un futuro migliore ai milioni di famiglie dei lavoratori nel settore automobilistico.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Emisný škandál priniesol odhalenie viacerých svetových výrobcov automobilov o ich úmyselnom skresľovaní emisných údajov osobných a úžitkových vozidiel. Zároveň spôsobil pokles spotrebiteľskej dôvery. Európsky parlament preto v snahe o jej prinavrátenie zriadil vyšetrovací výbor. Zaoberá sa meraním emisií v automobilovom priemysle a dodržiavaním platných predpisov, či už zo strany Európskej komisie alebo príslušných orgánov v rámci členských štátov. Vyšetrovací výbor v súčasnosti zbiera a analyzuje informácie týkajúce sa používania rušiacich mechanizmov pri meraní emisií jednotlivými automobilkami. To by malo pokračovať ešte v priebehu jesene tohto roka. Dôležitá bude predovšetkým následná správa a z nej vyplývajúce odporúčania. Ich dodržiavanie by malo pomôcť, aby k podobným situáciám v takom veľkom rozsahu v budúcnosti nedochádzalo. Fungovanie automobilového priemyslu je výrazným faktorom ekonomického rastu a zamestnanosti. Emisná kauza ukázala dôležitosť ekologizácie celého odvetvia. Je potrebné zamerať sa aj na obmedzovanie využívania ťažkých kovov a iných škodlivín pri

jednotlivých komponentoch a súčiastkach v automobiloch. Členské štáty sa k tomu zaviazali už v roku 2003. Napriek tomu dodnes existuje množstvo výnimiek. Viaceré z nich však vďaka moderným materiálom a pokroku už nie sú potrebné. Týka sa to napríklad využívania olova v autobatériách. Už dnes existujú overené technológie, ktoré vedia klasické olovené akumulátory plnohodnotne nahradiť.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione interlocutoria sull'inchiesta sulla misurazione delle emissioni nel settore automobilistico.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Λαμβάνοντας υπόψη τις καταστροφικές συνέπειες που προκαλεί η ατμοσφαιρική ρύπανση ετησίως, η υγεία και η ασφάλεια των ευρωπαίων πολιτών πρέπει να αποτελεί προτεραιότητα.

Για αυτόν τον λόγο υπερψηφίζω την ενδιάμεση έκθεση σχετικά με την εξέταση των μετρήσεων των εκπομπών στην αυτοκινητοβιομηχανία. Τα κράτη μέλη θα πρέπει να συνδράμουν στην εξασφάλιση του έργου της εξεταστικής επιτροπής, ώστε να διασφαλιστεί η αποτελεσματικότητα των συστημάτων ελέγχου καθώς και να διερευνηθούν τυχόν παραβάσεις.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – This interim report is a purely technical report as at this point in time it is premature to draw any definite conclusions from the work of the Inquiry Committee. However, it is interesting to understand the progresses of the work of the Committee, since as more and more evidence emerges the picture becomes more and more clear. All these elements have to become part of the final report.

Several countries around the globe have opened investigations into whether car manufacturers respect vehicle emission limits on the road, as opposed to under test conditions. Investigations have shown that most manufacturers switch off or turn down their emission-control technologies at temperatures and conditions outside those of the lab test. It is important to re-establish confidence in the consumer and to ensure that this situation will not happen again.

I welcome the good methodology and the transparency of the investigation of the Committee of Inquiry.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az EMIS vizsgálóbizottság tagjaként pozitív szavazatommal támogattam az időközi jelentést a gépjárműiparban alkalmazott kibocsátásmérés vizsgálatáról. Rendkívül fontos ügyről van szó az Európai polgárok számára, a levegő minőségének javítása és a Volkswagen-botrány feltárásának szempontjából egyaránt. Vitathatatlan, hogy a Volkswagen becsapta a fogyasztókat, ezért legfontosabb célkitűzésünknek az európai fogyasztók bizalmának visszaszerzését kell tekinteni. A jogszabályokat a gyártókkal be kell tartatni a nemzeti hatóságok által, egy megfelelő valós vezetési körülmények között tapasztalt kibocsátási tesztciklus létrehozása és egy hatásos piacfelügyeleti rendszer mentén.

A dízelbotránnyal kapcsolatban nyomatékosan ki kell jelenteni, hogy különféle gazdasági érdekek nem állhatnak a szilárd közérdek felett. Emellett határozottan fel kell hívnunk az Európai Bizottság és a Közös Kutatóközpont (JRC) figyelmét, hogy minden releváns dokumentumot, ami segítheti a vizsgálóbizottság munkáját, bocsássa a vizsgálóbizottság részére. A témával kapcsolatos összes kommunikáció, amelyet a JRC-n belül, valamint a JRC és az Európai Bizottság Belső Piaci Főigazgatósága, a Környezetvédelmi Főigazgatóság, a tagállamok nemzeti hatóságai és a típusjóváhagyási hatóságok között folytattak, hasznos lehet. Továbbá a különféle szakértői csoportok tevékenységeivel kapcsolatos összes dokumentumot, ezen kívül minden hivatalos és informális levelezést, amelyet a Bizottság az Európai Gépjárműgyártók Szövetségével (ACEA) folytatott.

A fogyasztói bizalom helyreállításának szempontjából a hasonló tényfeltárás és a bizonyítékok összegyűjtése elengedhetetlen.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe provisional de la Comisión EMIS, que detalla las actividades de dicha comisión desde su constitución, el 2 de marzo de 2016, y presenta el programa de trabajo futuro para la primera mitad de su mandato. Es importante tener presente que la Comisión EMIS debe recopilar y analizar la información para determinar si la Comisión y los Estados miembros tenían pruebas de la utilización de dispositivos de desactivación, y, asimismo, recopilar y analizar información sobre la aplicación por parte de los Estados miembros de la Directiva 2007/46/CE. No obstante, no debemos centrar nuestra atención solamente en los hechos pasados, sino asegurarnos de que la legislación sobre este tema sea respetada e implementada correctamente, siempre intentando que exista un equilibrio entre el respeto al medio ambiente, la competitividad económica y la protección de los ciudadanos.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – Sin perjuicio de la competencia de los tribunales, el 17 de diciembre de 2015 se constituyó una comisión de investigación sobre las alegaciones de infracción y mala administración en la medición de emisiones en el sector del automóvil.

El alcance de la investigación está limitado por el art. 226 TFUE y la Decisión sobre el derecho de investigación del PE, conforme a los que debe centrarse en investigar el cumplimiento de Comisión y Estados de las obligaciones del Reglamento (CE) n.º 715/2007. Además de recopilar y analizar información sobre la aplicación de la Directiva 2007/46/CE, determinar si tenían pruebas de la utilización de dispositivos de desactivación y formular las recomendaciones que considere necesarias.

Mientras que el informe final tendrá lugar en marzo de 2017, este voto se refiere al informe intermedio que, por su naturaleza, no puede adelantar conclusiones antes de que todos los testigos sean escuchados y se reúnan evidencias bastantes.

Tiene, por tanto, carácter puramente técnico, haciendo hincapié en los aspectos procedimentales. Se recuerdan los principios de trasparencia y de buena cooperación entre instituciones y se solicita a todos los actores involucrados que proporcionen la asistencia necesaria para el cumplimiento del mandato de la Comisión EMIS.

Por todo ello, voto a favor del Informe.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. — Sin perjuicio de la competencia de los tribunales, el 17 de diciembre de 2015 se constituyó una comisión de investigación sobre las alegaciones de infracción y mala administración en la medición de emisiones en el sector del automóvil.

El alcance de la investigación está limitado por el Art. 226 TFUE y la Decisión sobre el derecho de investigación del Parlamento Europeo. La investigación persigue recopilar y analizar información sobre la aplicación de la Directiva 2007/46/CE, así como, determinar si existían pruebas de la utilización de dispositivos de desactivación y formular las recomendaciones que se consideren necesarias.

Mientras que el informe final tendrá lugar en marzo de 2017, este voto se refiere al informe intermedio que, por su naturaleza, no puede adelantar conclusiones antes de que todos los testigos sean escuchados y se reúnan evidencias.

Tiene, por tanto, carácter puramente técnico, haciendo hincapié en los aspectos procedimentales. Se recuerdan los principios de trasparencia y de buena cooperación entre instituciones y se solicita a todos los actores involucrados que proporcionen la asistencia necesaria para el cumplimiento del mandato de la Comisión EMIS.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Ho sostenuto la relazione preliminare presentata dai colleghi della commissione speciale di inchiesta sulle emissioni nel settore delle autovetture, di cui ho apprezzato i toni costruttivi con l'obiettivo di fare luce e assicurare la trasparenza su alcune situazioni di grande importanza per la sostenibilità ambientale e per la produzione industriale dell'Unione europea.

Mi associo alla richiesta rivolta alla Commissione europea affinché assicuri un tempestivo sostegno e piena trasparenza nel coadiuvare il lavoro della commissione d'inchiesta, nel pieno rispetto del principio di leale cooperazione tra le istituzioni europee. Sarà fondamentale garantire al Parlamento un accesso efficace e rapido ai documenti richiesti; auspico che tale cooperazione possa essere la premessa di un approccio di sempre maggiore trasparenza e apertura da parte del Consiglio nei confronti del Parlamento.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione interlocutoria sull'inchiesta sulla misurazione delle emissioni nel settore automobilistico dei colleghi Pablo Zalba Bidegain e Gerben-Jan Gerbrandy, perchè condivido l'importanza dell'inchiesta parlamentare e l'invito alle istituzioni europee tutte a supportare i lavori della Commissione in modo costruttivo.

Lo scandalo delle emissioni nel settore automobilistico dello scorso anno rappresenta una brutta pagina che merita di essere approfondita in ogni dettaglio al fine di chiarire eventuali responsabilità politiche, e per questo il gruppo dei Socialisti e Democratici ha da subito spinto per la formazione di un organo parlamentare che, nel rispetto dei sistemi giurisdizionali nazionali, verificasse eventuali responsabilità dei regolatori pubblici.

Penso che dopo sei mesi i lavori della commissione d'inchiesta possano essere valutati positivamente e spero che, grazie anche alla collaborazione del personale politico e amministrativo della Commissione europea, l'inchiesta possa concludersi rapidamente e con ottimi risultati.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Zwischenbericht über die Untersuchung zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie gestimmt. Er ist Teil einer wichtigen parlamentarischen Aufarbeitung des Abgas-Skandals. Wichtig ist mir, dass sowohl Management aller betroffenen Automarken als auch die Verantwortlichen in der Politik – EU und Deutschland – zur Verantwortung gezogen werden.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Es herrscht Wahlkampf im Abgas-Untersuchungsausschuss. Diesen Eindruck habe ich zumindest beim Halbzeit-Zwischenbericht des Abgas-Untersuchungsausschusses. Im Ausschuss kommen immer wieder Vorwürfe auf, die sich später als haltlos herausstellen. Einige Kollegen der SPD behaupten, man habe innerhalb der Kommission lange von Schummel-Software in der Automobilindustrie gewusst. Der ehemalige Umweltkommissar Potočnik hätte seinen Kollegen Tajani darüber sogar in einem Brief informiert. Mir liegt dieser Brief vor, und ich kann darin keinen Inhalt erkennen, der zu diesen Vorwürfe Anlass böte. Das wäre auch verwunderlich, denn Potočnik selbst sagte vor dem Untersuchungsausschuss aus, er habe keine Schummel-Software vermutet. Vielleicht möchte hier der eine oder andere den Untersuchungsausschuss zum eigenen Wahlkampf nutzen. Schließlich sollen bald wichtige Parlamentsposten neu besetzt werden. Wir sollten auf solche politischen Spielchen verzichten und uns auf die inhaltliche Arbeit fokussieren. Ich habe für den Zwischenbericht gestimmt.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – The European Parliament decided in December 2015 to set up a Committee of Inquiry to investigate alleged contraventions or maladministration in the application of Union law in relation to emission measurements in the automotive sector. This interim report is not of a political nature, rather it outlines the working methods and the plan adopted so far by the EMIS committee and does not include any political assessments or policy conclusions. I voted in favour of this report.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Ce rapport n'est qu'un rapport d'étape, essentiellement technique, de la commission d'enquête mise en place par le Parlement après ce que l'on a appelé le scandale Volkswagen, ou encore le «Dieselgate».

Il est l'occasion de rappeler la faiblesse des pouvoirs d'une commission d'enquête du Parlement européen qui, fort heureusement, n'est pas le Congrès américain, et n'a donc ni la capacité de contraindre des individus à témoigner ni celle de les sanctionner en cas de non-comparution ou de déclarations partielles ou mensongères. Peut-être est-ce pour cela que ses investigations sont avant tout techniques.

Car, au-delà des véritables responsabilités du constructeur allemand, le cas Volkswagen s'inscrit dans ce que l'on peut considérer comme une véritable guerre économique avec les États-Unis, avec en toile de fond les négociations du traité transatlantique. La bataille des sanctions fait d'ailleurs rage aujourd'hui de part et d'autres de l'océan: Apple et Amazon, contre BNP, Volkswagen et Deutsche Bank…

Une pareille affaire aurait pu tuer une entreprise moins solide. Elle aura sans doute la peau du diesel, pourtant très prisé des Européens, et aura un coût pour tout le secteur automobile.

Ces aspects doivent aussi être pris en compte.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor dado que la Resolución insta a la comisión de investigación sobre la Medición de las Emisiones en el Sector del Automóvil, a raíz del escándalo de VW, a que ponga en práctica plenamente el mandato impartido por el Parlamento en su Decisión de 17 de diciembre de 2015.

Pide a la Conferencia de Presidentes y a la Mesa que apoyen todas las medidas necesarias, particularmente, en lo que respecta a la autorización de audiencias y reuniones extraordinarias, el reembolso de los gastos de expertos y testigos, las misiones y cualquier otro medio técnico debidamente justificado.

Solicita a la Comisión Europea que garantice un apoyo inmediato y la plena transparencia, proporcionando todo el apoyo político y técnico posible, concretamente presentando con mayor prontitud la documentación que se le solicite; espera la plena colaboración de los comisarios y de las direcciones generales pertinentes, tanto de los que se encuentran actualmente en funciones como de aquellos que lo estuvieron durante mandatos anteriores.

Pide a los Gobiernos, Parlamentos y autoridades competentes de los Estados miembros que asistan a la comisión de investigación en su labor con pleno respeto del principio de cooperación leal establecido en el Derecho de la Unión.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Głosowałam za przyjęciem sprawozdania wstępnego w sprawie dochodzenia w sprawie pomiarów emisji w sektorze motoryzacyjnym.

W dniu 17 grudnia 2015 r. Parlament Europejski postanowił powołać złożoną z 45 członków komisję śledczą mającą na celu zbadanie zarzutów naruszenia lub niewłaściwego administrowania w stosowaniu prawa Unii w odniesieniu do pomiarów emisji w sektorze motoryzacyjnym, bez uszczerbku dla właściwości sądów krajowych lub sądów Unii.

Zakres tego dochodzenia jest ograniczony mandatem komisji i musi się koncentrować na przestrzeganiu przez Komisję i państwa członkowskie obowiązków nałożonych rozporządzeniem (WE) nr 715/2007. Ponadto zadaniem komisji EMIS jest gromadzenie i analizowanie informacji, by stwierdzić, czy Komisja i państwa członkowskie mają dowody na stosowanie urządzeń ograniczających skuteczność działania oraz gromadzenie i analizowanie informacji w sprawie wdrożenia przez państwa członkowskie dyrektywy 2007/46/WE. Wreszcie komisja ma również obowiązek przedstawiać wszelkie zalecenia, jakie uważa za konieczne w tej sprawie.

Ze względu na wagę tematyki i jej wpływ na środowisko, a przez to zdrowie i życie obywateli UE, poparłam to sprawozdanie.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this interim report on the inquiry into emission measurements in the automotive sector which outlines the working methods and plan adopted so far by the EMIS committee.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport. Ce rapport intermédiaire de la Commission d'enquête fait un état des lieux des auditions réalisées.

Il est important de continuer le travail sur ce sujet afin de comprendre les raisons du retard pris dans la mise en place des nouveaux tests pour réduire la différence entre les émissions réelles sur la route et les émissions testées en laboratoire.

Mais il apparaît déjà clairement que la priorité donnée à la lutte contre les émissions de CO_2 a éclipsé pendant longtemps le combat contre les NO_x, très nuisibles aussi pour la santé. Cela doit évoluer ! L'innovation nous aidera aussi à respecter les nouvelles normes.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the interim report. The interim report is factual and methodological in nature, aiming to provide an overview of the work programme of the EMIS Committee. As the investigation of Volkswagen case is still ongoing, it does not draw any conclusions. However, it is rather critical to provide it with all the technical and political support possible, in particular through swifter submission of requested documentation.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – Sin perjuicio de la competencia de los tribunales, el 17 de diciembre de 2015 se constituyó una comisión de investigación sobre las alegaciones de infracción y mala administración en la medición de emisiones en el sector del automóvil.

El alcance de la investigación está limitado por el art. 226 TFUE y la Decisión sobre el derecho de investigación del PE, conforme a los que debe centrarse en investigar el cumplimiento de Comisión y Estados de las obligaciones del Reglamento (CE) n.º 715/2007. Además de recopilar y analizar información sobre la aplicación de la Directiva 2007/46/CE, determinar si tenían pruebas de la utilización de dispositivos de desactivación y formular las recomendaciones que considere necesarias.

Mientras que el informe final tendrá lugar en marzo de 2017, este voto se refiere al informe intermedio que, por su naturaleza, no puede adelantar conclusiones antes de que todos los testigos sean escuchados y se reúnan evidencias bastantes.

Tiene, por tanto, carácter puramente técnico, haciendo hincapié en los aspectos procedimentales. Se recuerdan los principios de trasparencia y de buena cooperación entre instituciones y se solicita a todos los actores involucrados que proporcionen la asistencia necesaria para el cumplimiento del mandato de la Comisión EMIS.

Por todo ello, voto a favor del Informe.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour as I have no objections

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – In Folge des VW-Abgasskandals wurde am 2. März 2016 der Untersuchungsausschuss zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie eingerichtet, um die mutmaßlichen Verstöße gegen das Unionsrecht und Missstände bei dessen Anwendung im Zusammenhang mit Emissionsmessungen in der Automobilindustrie unbeschadet der Zuständigkeiten der nationalen Gerichte oder der Gerichte der Union zu prüfen. Der Ausschuss nahm sich vor, neben den endgültigen Schlussfolgerungen auch einen Zwischenbericht nach der ersten Hälfte der Anhörungen zu produzieren. Dieser ist jetzt zur Abstimmung gestellt worden. ALFA hat sich stark dafür eingesetzt, dass der Bericht rein technischer Natur bleibt und keine frühzeitigen Feststellungen oder politischen Botschaften darstellt. Aus diesem Grund konnte ich dem Bericht zustimmen. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Er führt zu Zwietracht und Zwist in Europa.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – The interim report is a purely technical one at this point, it is early to draw any definite conclusions. While the work of the Inquiry Committee is in progress, more evidence emerges, all of which will be included in the final report.

Anneli Jäätteenmäki (ALDE), *kirjallinen*. – Volkswagen-skandaalia edeltävistä virheistä pitää oppia. Päästömittaukset on yhtenäistettävä, sääntöjen kiertäminen on sanktioitava nykyistä tiukemmin ja verotusta on suunnattava pois dieselautojen tukemisesta. Samalla katsetta on suunnattava rohkeammin tulevaisuuteen. Polttomoottori ei ole inhimillisen kehityksen viimeinen vaihe.

Toivon, että tutkimusvaliokunnan työ etenee jouhevasti ja että se saa kaikki tarvitsemansa tiedot kaikilta relevanteilta tahoilta.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o istrazi mjerenja emisija u automobilskom sektoru, zbog toga što snažno podržavam nastavak rada Odbora kako bi se konkretno doprinijelo homologacijskom okviru Unije. U tom kontekstu potrebna je bezuvjetna potpora Europske komisije kroz političku i tehničku pomoć.

Također, nužno je odobriti potrebna saslušanja, izvanredne sjednice, naknade troškova te sva ostala tehnička sredstva koja su neophodna za nesmetan rad Odbora. Moraju se jasno i nedvojbeno ustanoviti koje su to nepravilnosti i povrede počinjene pri provedbi europskog prava. Iako spomenuti Odbor djeluje po planu rada, potrebno je snažnije i odlučnije nastaviti s istragom svih točaka uvrštenih u njegov mandat, te stoga podržavam ovo privremeno izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce texte bref et très neutre encourage simplement la commission d'enquête à poursuivre ses travaux, invite la Conférence des présidents ainsi que la Commission et les autorités des États membres à collaborer avec loyauté, pour qu'aucun élément de l'enquête n'échappe à la commission.

J'ai cependant rappelé lors du débat en séance plénière que notre rapport se doit d'être politique et pas seulement technique. En effet, les moteurs diesel sont l'objet d'une guerre économique que les États-Unis livrent à l'industrie automobile européenne, et particulièrement allemande.

J'ai voté en faveur du rapport intermédiaire.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Pablo Zalba Bidegain concernant les travaux de la commission d'enquête sur la mesure des émissions dans le secteur de l'automobile.

Ce rapport dresse un état des lieux des auditions et présente le programme de travail de la commission d'enquête pour les semaines à venir. Il s'agit d'un travail important qui doit être mené pour faire toute la lumière sur la tricherie de Volkswagen et surtout pour avancer des solutions afin qu'un tel scandale ne se reproduise plus.

À cette fin, mon groupe politique sera vigilant pour que la commission d'enquête ne soit pas instrumentalisée ni détournée de ses objectifs.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport intermédiaire concernant les travaux de la commission d'enquête sur la mesure des émissions dans le secteur de l'automobile (EMIS).

En effet, suite au scandale Volkwagen, le Parlement européen a décidé en décembre 2015 de constituer une commission d'enquête composée de 45 membres et chargée d'examiner les allégations d'infraction au droit de l'Union ou de mauvaise administration dans l'application de celui-ci en ce qui concerne la mesure des émissions dans le secteur de l'automobile.

Dans son rapport final, la commission d'enquête sera tenue de formuler toutes les recommandations qu'elle juge nécessaires en la matière. Il est important que le Parlement s'implique pour faire la lumière sur ce scandale.

Eva Kaili (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report as it is absolutely necessary that the EMIS Committee has the necessary backing to continue its work. It is crucial that all involved parties play their part in a constructive way.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der Zwischenbericht des EMIS-Ausschusses hat sich an der technischen Natur der Thematik orientiert, verzichtet auf politische Aussagen und stellt einen sachlichen Überblick über die Arbeit des Ausschusses dar. Ich stimme daher für den Bericht.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Es balsoju par starpposma ziņojumu par izmeklēšanu saistībā ar emisiju mērījumiem autobūves nozarē, jo uzskatu, ka nepieciešams nonākt līdz konkrētiem piedāvājumiem kā uzlabot gaisa kvalitāti Eiropas pilsētās. Komitejas darbs aizsākās ar "Volkswagen" skandālu, ar kuru arī aktualizējās jautājums par gaisa kvalitātes problēmām Eiropas pilsētās. Tieši dīzeļa automašīnas rada lielu daļu kaitīgo izmešu, vairākas reizes pārsniedzot ar likumu noteiktās atļautās normas.

Šobrīd ir uzklausīti bijušie un esošie komisāri, tehniskie eksperti, autobūves uzņēmumu un nevalstisko organizāciju pārstāvji. Tuvākajos mēnešos uzklausīsim arī dalībvalstu pārstāvjus. Komitejas darbs noslēgsies ar izvērstu gala ziņojumu un ieteikumiem.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report as it outlines the working methods and plan adopted so far by the EMIS Committee.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – In Folge des VW-Abgasskandals wurde am 2. März 2016 der Untersuchungsausschuss zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie eingerichtet, um die mutmaßlichen Verstöße gegen das Unionsrecht und Missstände bei dessen Anwendung im Zusammenhang mit Emissionsmessungen in der Automobilindustrie unbeschadet der Zuständigkeiten der nationalen Gerichte oder der Gerichte der Union zu prüfen. Der Ausschuss nahm sich vor, neben den endgültigen Schlussfolgerungen auch einen Zwischenbericht nach der ersten Hälfte der Anhörungen zu produzieren. Dieser ist jetzt zur Abstimmung gestellt worden.

ALFA hat sich stark dafür eingesetzt, dass der Bericht rein technischer Natur bleibt und keine frühzeitigen Feststellungen oder politischen Botschaften darstellt. Aus diesem Grund konnte ich dem Bericht zustimmen.

Was die künftigen Schlussfolgerungen des Ausschusses angeht, muss ich allerdings meine ernste Besorgnis zum Ausdruck bringen. Wie mehrmals von meinem Kollegen und ALFA-Abgeordneten Hans-Olaf Henkel gewarnt, versuchen einige Parlamentarier anderer Fraktionen wie Paloma López Bermejo (Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne) und Bas Eickhout (Grüne), die Untersuchung in eine unakzeptable Richtung zu steuern und die gesamte Automobilindustrie wegen technischer Manipulationen bei einem Hersteller (VW) in Sippenhaft zu nehmen. Ähnliche politisch motivierte Schlussfolgerungen lehnt ALFA als eine der Industrie und dem technologischen Fortschritt nahe deutsche Partei deutlich ab.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution because there is no doubt that the Committee of Inquiry should have full support from the Conference of Presidents and the Bureau, the Commission and the governments, parliaments and competent authorities of Member States. All support is needed for Committee's actions and initiatives leading to the accomplishment of the mandate given by Parliament in its decision of 17 December 2015.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Il Parlamento europeo, in data 17 dicembre 2015, ha istituito una commissione d'inchiesta sulla misurazione delle emissioni nel settore automobilistico (EMIS). A seguito dello scandalo derivato dal caso Volkswagen, abbiamo deciso di vederci chiaro e capire come sia stato possibile per tale azienda usare meccanismi in grado di eludere le norme relative alle omologazioni delle auto in relazione ai livelli di emissione. Nello specifico, la sua funzione risulta essere quella di raccogliere e analizzare informazioni inerenti a stabilire se la Commissione e gli Stati membri disponessero di prove con le quali stabilire se fossero stati effettivamente utilizzati dei meccanismi di manipolazione in grado di alterare i risultati reali delle emissioni delle automobili. Ritengo imprescindibile continuare a procedere con un'inchiesta il più possibile trasparente e approfondita, al fine di stabilire quanto realmente accaduto e impedire, grazie alla nuova legislazione, che ciò possa accadere nuovamente a scapito dei nostri consumatori e a danno dell'ambiente.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport car il encourage simplement la commission d'enquête à poursuivre ses travaux, et invite la Conférence des présidents ainsi que la Commission et les autorités des États membres à collaborer avec loyauté, pour qu'aucun élément de l'enquête n'échappe à la commission.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport intérimaire de la commission d'enquête sur le scandale Volkswagen demande une meilleure coopération de la Commission dans la fourniture de documents. Ceux-ci pourraient faire la lumière sur les responsabilités dans le scandale des émissions de gaz toxique des moteurs diesels.

Alors qu'il s'avère de plus en plus clair que la Commission était au courant de logiciels truquant les tests de pollution en laboratoire, la commission d'enquête du Parlement européen cherche désormais à savoir qui a bloqué les révélations au sein de la Commission.

À cet effet, la commission d'enquête a organisé plusieurs auditions. De celles-ci on voit certains département de la Commission tirer l'alarme sur ces logiciels bien avant que le scandale n'éclate, alors que certains commissaires semblent de leur côté avoir cherché à faire taire ces inquiétudes.

Tout cela confirme le besoin de poursuivre les travaux de cette commission d'enquête parlementaire afin de dégager les responsabilités sur la couverture politique de cet énorme scandale industriel et sanitaire. Voilà pourquoi j'ai soutenu ce rapport intermédiaire.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport sur l'enquête sur la mesure des émissions dans le secteur de l'automobile.

Ce rapport intermédiaire énonce la méthode et les auditions qui constituent l'enquête du Parlement sur les émissions dans le secteur de l'automobile. Les auditions proprement dites se poursuivent jusqu'à l'automne 2016, après quoi les députés travailleront à la rédaction du rapport final. Aussi aucune orientation de fonds n'est-elle donnée dans ce texte voté en commission le 13 juillet.

Ce texte encourage simplement la commission d'enquête à poursuivre ses travaux, invite la Conférence des présidents ainsi que la Commission et les autorités des États membres à collaborer avec loyauté, pour qu'aucun élément de l'enquête n'échappe à la commission.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Suite au scandale Volkswagen, le Parlement européen a créé cette commission ad hoc en décembre 2015, chargée d'enquêter sur les pratiques frauduleuses de Volkswagen quant aux calculs des émissions de dioxyde d'azote de ses moteurs diesel.

Ce rapport intermédiaire, très neutre, encourage simplement cette commission d'enquête à poursuivre ses travaux. Il invite également à une collaboration maximale entre la Commission européenne et les autorités compétentes des États membres, afin qu'aucun élément n'échappe à l'enquête.

J'ai soutenu cette initiative de transparence et de justice en votant pour ce texte.

Javi López (S&D), *por escrito*. – Sin perjuicio de la competencia de los tribunales, el 17 de diciembre de 2015 se constituyó una comisión de investigación sobre las alegaciones de infracción y mala administración en la medición de emisiones en el sector del automóvil.

El alcance de la investigación está limitado por el art. 226 TFUE y la Decisión sobre el derecho de investigación del PE, conforme a los que debe centrarse en investigar el cumplimiento de Comisión y Estados de las obligaciones del Reglamento (CE) n.º 715/2007. Además de recopilar y analizar información sobre la aplicación de la Directiva 2007/46/CE, determinar si tenían pruebas de la utilización de dispositivos de desactivación y formular las recomendaciones que considere necesarias.

Mientras que el informe final tendrá lugar en marzo de 2017, este voto se refiere al informe intermedio que, por su naturaleza, no puede adelantar conclusiones antes de que todos los testigos sean escuchados y se reúnan evidencias bastantes.

Tiene, por tanto, carácter puramente técnico, haciendo hincapié en los aspectos procedimentales. Se recuerdan los principios de trasparencia y de buena cooperación entre instituciones y se solicita a todos los actores involucrados que proporcionen la asistencia necesaria para el cumplimiento del mandato de la Comisión EMIS.

Por todo ello, voto a favor del Informe.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – Sin perjuicio de la competencia de los tribunales, el 17 de diciembre de 2015 se constituyó una comisión de investigación sobre las alegaciones de infracción y mala administración en la medición de emisiones en el sector del automóvil.

El alcance de la investigación está limitado por el art. 226 TFUE y la Decisión sobre el derecho de investigación del PE, conforme a los que debe centrarse en investigar el cumplimiento de Comisión y Estados de las obligaciones del Reglamento (CE) n.º 715/2007. Además de recopilar y analizar información sobre la aplicación de la Directiva 2007/46/CE, determinar si tenían pruebas de la utilización de dispositivos de desactivación y formular las recomendaciones que considere necesarias.

Mientras que el informe final tendrá lugar en marzo de 2017, este voto se refiere al informe intermedio que, por su naturaleza, no puede adelantar conclusiones antes de que todos los testigos sean escuchados y se reúnan evidencias bastantes.

Tiene, por tanto, carácter puramente técnico, haciendo hincapié en los aspectos procedimentales. Se recuerdan los principios de trasparencia y de buena cooperación entre instituciones y se solicita a todos los actores involucrados que proporcionen la asistencia necesaria para el cumplimiento del mandato de la Comisión EMIS.

Por todo ello, voto a favor del Informe.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en esta resolución porque aun no pudiendo oponerme a su contenido, la misma carece de significación política. Es mi opinión que las informaciones conocidas sobre el escándalo de las emisiones (y en particular, el escándalo que supone la revelación que las regulaciones europeas fueron implementadas para permitir graves discrepancias entre las emisiones reales y ficticias, por lo que muchos sistemas de manipulación de emisiones análogos al *software* desarrollado por Volskwagen-Bosch eran utilizados legalmente con la aprobación y el conocimiento de las autoridades nacionales y europeas) deberían haberse visto reflejadas en el mismo, en lugar de esperar otros seis meses para presentar las conclusiones finales.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – Como miembro substituto de esta comisión y tras haber seguido muy de cerca todos los avances de la misma, doy mi voto positivo al proyecto de informe provisional de la Comisión EMIS. El objetivo del mismo no es más que presentar una breve descripción de las actividades de dicha comisión desde su constitución el 2 de marzo de 2016.

En la comisión nos hemos centrado en investigar y esclarecer si tanto la Comisión como las autoridades de los Estados miembros ejecutaron de manera adecuada las obligaciones impuestas por el Reglamento (CE) n.º 715/2007.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – In Folge des VW-Abgasskandals wurde am 2. März 2016 der Untersuchungsausschuss zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie eingerichtet, um die mutmaßlichen Verstöße gegen das Unionsrecht und Missstände bei dessen Anwendung im Zusammenhang mit Emissionsmessungen in der Automobilindustrie unbeschadet der Zuständigkeiten der nationalen Gerichte oder der Gerichte der Union zu prüfen. Der Ausschuss nahm sich vor, neben den endgültigen Schlussfolgerungen auch einen Zwischenbericht nach der ersten Hälfte der Anhörungen zu produzieren. Dieser ist jetzt zur Abstimmung gestellt worden.

ALFA hat sich stark dafür eingesetzt, dass der Bericht rein technischer Natur bleibt und keine frühzeitigen Feststellungen oder politischen Botschaften darstellt. Aus diesem Grund konnte ich dem Bericht zustimmen.

Was die künftigen Schlussfolgerungen des Ausschusses angeht, muss ich allerdings meine ernste Besorgnis zum Ausdruck bringen. Wie mehrmals von meinem Kollegen und ALFA-Abgeordneten Hans-Olaf Henkel gewarnt, versuchen einige Parlamentarier anderer Fraktionen wie Paloma López Bermejo (Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne) und Bas Eickhout (Grüne), die Untersuchung in eine unakzeptable Richtung zu steuern und die gesamte Automobilindustrie wegen technischer Manipulationen bei einem Hersteller (VW) in Sippenhaft zu nehmen. Ähnliche politisch motivierte Schlussfolgerungen lehnt ALFA als eine der Industrie und dem technologischen Fortschritt nahe deutsche Partei deutlich ab.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this interim report, which documents the workings of the EMIS Committee so far.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Nesouhlasil jsem se zřízením vyšetřovacího výboru. Pokud společnost Volkswagen podváděla, má to řešit německá policie a soudy, ne výbor Evropského parlamentu. Nesouhlasím s výzvou, aby vyšetřovací výbor ve své činnosti nadále pokračoval.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – From my point of view it is very important to collect and analyse information to ascertain whether the Commission and the Member States had evidence of the use of defeat mechanisms, as well as to collect and analyse information on the implementation by the Member States of Directive 2007/46/EC. Transparency and coordinated actions are the best weapons against abuses in the automotive sector.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Európsky parlament v súlade s článkom 226 Zmluvy o fungovaní EÚ zriadil v decembri 2015 dočasný vyšetrovací výbor. Jeho úlohou je vyšetrovanie nedostatkov pri uplatňovaní právnych predpisov Únie týkajúcich sa merania emisií v automobilovom priemysle. Výbor musí vypracovať vyšetrovaciu správu a predložiť všetky odporúčania, ktoré považuje za nevyhnutné v tejto veci. Keďže výsledky vyšetrovania môžu byť podkladom na pridanú hodnotu rámca Únie na typové schvaľovanie, vyžaduje si naplnenie mandátu dočasného výboru viac času na vyšetrovanie. Preto je potrebné, aby Komisia a členské štáty s Európskym parlamentom spolupracovali a poskytli výboru maximálnu súčinnosť.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – Le présent rapport intermédiaire de la commission d'enquête du Parlement européen sur la mesure des émissions dans le secteur de l'automobile (EMIS) intervient suite au scandale «Volkswagen» qui a éclaté fin 2015.

En effet, un vaste système de logiciels permettant la fraude aux tests anti-pollution de l'UE avaient été découvert sur 11 millions de véhicules diesel dans le monde.

Au regard des enjeux en matière d'intérêt général, de santé publique et d'environnement, je vote en faveur de ce rapport de la commission d'enquête EMIS, afin que toute la lumière soit faite sur ce scandale de fraude aux tests anti-pollution.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω την ενδιάμεση έκθεση σχετικά με την εξέταση των μετρήσεων εκπομπών στην αυτοκινητοβιομηχανία, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 13/9/2016, καθώς και διότι η εν λόγω ενδιάμεση έκθεση είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

Il s'agit d'un rapport intermédiaire méthodologique du Parlement européen concernant l'enquête sur les émissions dans le secteur de l'automobile. La constitution de cette commission d'enquête fait suite au «scandale Volkswagen» qui, le 18 septembre 2015, révélait le recours de la multinationale à des manœuvres frauduleuses visant à falsifier les mesures d'émission de dioxyde d'azote par les moteurs diesel de ses véhicules.

Ce subterfuge permettait à Volkswagen de se conformer à la législation américaine, rendant ses produits aptes à l'exportation dans ce pays. Ce rapport d'étape ouvre la voie à la poursuite des travaux de la commission d'enquête, et notamment des auditions jusqu'à l'automne 2016.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. — The European Union is on a regular process of improvement. We all in the EPP group certainly want a better and smarter Europe, but only by correcting our mistakes we will be able to accomplish the aforementioned goal. The promised investigation is important and any objections to carrying it out would only go against the principle of loyal cooperation established in Union Law. Therefore, I voted in favour of the Report on the Inquiry into Emission Measurements in the Automotive sector.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme se seznámili s prvními průběžnými závěry činnosti výboru pro vyšetřování údajných přestupků nebo nesprávného úředního postupu při uplatňování práva Unie v souvislosti s měřením emisí v automobilovém průmyslu. Jedná se o zvláštní orgán Evropského parlamentu, který nijak nezasahuje do kompetencí vnitrostátních soudních ani exekutivních orgánů. Výbor EMIS má za úkol shromažďovat informace a údaje a analyzovat je. Při dnešním hlasování jsme podpořili další činnost výboru EMIS, přislíbili jsme veškerou možnou součinnost a spolupráci. Hlasoval jsem pro přijetí zprávy.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – El primer informe presentado ante el pleno por la Comisión de Investigación del Parlamento Europeo sobre la medición de emisiones contaminantes en el sector del automóvil pone a las claras que algo se hizo mal y que es preciso tomar medidas para evitar que algo así vuelva a producirse.

Voto a favor de este informe, que pone de manifiesto que la legislación actual es suficiente. Y pido a los miembros de la Comisión un esfuerzo para plantear soluciones en el informe definitivo, puesto que Europa se juega mucho en la resolución de un problema fundamental para un sector tan importante como la industria automovilística y también para el medio ambiente.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Eine parlamentarische Untersuchung bzgl. des Abgasskandals soll eingeleitet werden. Die Arbeit des Ausschusses soll für die Öffentlichkeit möglichst transparent werden. Daher unterstütze ich diesen Untersuchungsausschuss.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau EP parengtam pranešimui dėl išmetamųjų teršalų matavimo automobilių sektoriuje tyrimų. Šiame pranešime apžvelgiamos EMIS komiteto pirmosios kadencijos pusės darbo plano perspektyvos. Be to, komitetas raginamas surinkti ir išanalizuoti informaciją, kad būtų nustatyta, ar Komisija ir valstybės narės turėjo įrodymų dėl išderinimo įtaisų naudojimo, bei surinkti ir išanalizuoti informaciją dėl valstybių narių Direktyvos 2007/46/EB įgyvendinimo.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le 17 décembre 2015, le Parlement européen a décidé de constituer une commission d'enquête composée de 45 membres et chargée d'examiner les allégations d'infraction au droit de l'Union ou de mauvaise administration dans l'application de celui-ci en ce qui concerne la mesure des émissions dans le secteur de l'automobile, sans préjudice des compétences des juridictions nationales ou de celles de l'Union.

Le rapport qui nous est présenté a pour objet de donner un bref aperçu des activités de ladite commission depuis sa constitution, le 2 mars 2016, ainsi qu'une idée du plan de travail pour la première moitié du mandat de cette commission.

La commission a d'ores et déjà procédé à de nombreuses auditions dont les comptes rendus sont accessibles au public via un site dédié. Je vote pour ce rapport et encourage la commission d'enquête à poursuivre ses travaux avec rigueur.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Suite au scandale Volkswagen, le Parlement avait décidé de former une commission d'enquête.

Il s'agit ici d'un rapport intermédiaire bref et neutre qui vise à assurer une bonne collaboration entre les différentes autorités compétentes.

J'ai donc voté pour ce texte.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – É necessário assegurar o apoio imediato e a total transparência no apoio ao trabalho da Comissão de Inquérito, respeitando plenamente o princípio da cooperação leal, prestando todo o apoio técnico e político possível, nomeadamente através de uma maior rapidez na apresentação da documentação requerida. A plena cooperação dos atuais comissários e diretores-gerais pertinentes, bem como dos que exerceram funções em anteriores mandatos é fundamental para o sucesso desta Comissão de Inquérito. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this report as it is essential that Parliament's committees, especially its committees of inquiry, receive the necessary support for them to fulfil their mandates. It is important for Member States and for the Commission to comply with the committee's requests for information in a prompt and transparent manner.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — Vorig jaar werd Europa opgeschrikt door de bevinding dat auto's veel méér schadelijke gassen uitstoten dan is toegelaten en dat tal van autoconstructeurs in de voertuigen sjoemelsoftware hadden ingebouwd zodat ze ongestoord de officiële controles konden passeren. Op 17 december vorig jaar heeft het Parlement dan ook terecht het startschot gegeven voor de oprichting van een parlementaire onderzoekscommissie. Deze EMIS-commissie heeft tot doel onderzoek te voeren naar de inbreuken en het wanbeheer bij de toepassing van het Unierecht op het gebied van emissiemetingen in de automobielsector. Op basis van het tussentijds verslag is het prematuur conclusies te verbinden aan het mandaat van deze commissie, maar verwacht wordt dat de EMIS-commissie op het eind van haar werkzaamheden de nodige aanbevelingen presenteert. Om te garanderen dat de commissie haar werk naar behoren kan doen, is het noodzakelijk dat ze beschikt over alle relevante informatie over het gebruik en de kennis van manipulatiemechanismen in de automobielsector. Daarom is het aangewezen dat alle betrokken partijen de nodige technische en politieke ondersteuning bieden aan het onderzoek van de EMIS-commissie. Zo kunnen we onze auto-industrie in de toekomst beter doen presteren en tegelijk alle inwoners van Europa een betere luchtkwaliteit garanderen.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – 17. decembra 2015 Európsky parlament rozhodol o zriadení vyšetrovacieho výboru vo veci merania emisií v automobilovom priemysle na vyšetrenie údajného porušenia alebo nesprávneho úradného postupu pri uplatňovaní práva Únie v súvislosti s meraním emisií v automobilovom priemysle bez toho, aby bola dotknutá právomoc vnútroštátnych súdov alebo súdov Spoločenstva. Touto predbežnou správou Výbor žiadal o podporu všetkých opatrení, potrebných na plnenie svojho mandátu, ktorého rozsah je upravený článkom 226 TFEU a rozhodnutím Parlamentu, Rady a Komisie. Požiadavka výboru sa týkala zaistenia plnej podpory, transparentnosti a lojálnej spolupráce, zaistením technickej a politickej pomoci európskych inštitúcií a členských štátov. Za návrh predbežnej správy výboru EMIS hlasujem kladne.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which recalls the principle of good cooperation between the institutions, insists on full transparency and asks all actors involved to provide the necessary assistance for the fulfilment of the Committee's mandate. The interim report is a purely technical report as at this point in time it is premature to draw any definite conclusions from the work of the Inquiry Committee.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Parlament tavaly december 17-én határozatot fogadott el vizsgálóbizottság felállításáról az uniós jog állítólagos megsértése és állítólagos hivatali visszásságok kivizsgálására a gépjárműiparban alkalmazott kibocsátásmérés kapcsán, felszólítva egyúttal a vizsgálóbizottságot arra, hogy a munka megkezdésétől számított hat hónap elteltével nyújtson be időközi jelentést. A vizsgálóbizottság a határidő lejártával az eddigiekben hozzá benyújtott és az általa megvizsgált szóbeli és írásbeli tanúvallomások alapján időközi jelentésében megállapítja, hogy további vizsgálatokra van szükség minden olyan szempontból, amelyre megbízatása kiterjed.

Azt indítványozza ezért, hogy a Parlament utasítsa a vizsgálóbizottságot munkája folytatására és támogassa a megbízatás teljesítésére irányuló valamennyi intézkedést és kezdeményezést, továbbá kérje föl az Elnökök Értekezletét és az Elnökséget, hogy támogasson minden ahhoz szükséges intézkedést, hogy a vizsgálóbizottság képes legyen teljesíteni megbízatását. Azt kéri továbbá, hogy a Parlament fogalmazzon meg a tagállamok kormányainak, parlamentjeinek és felhatalmazással rendelkező hatóságainak szóló elvárást arra nézve, hogy támogassák a vizsgálóbizottságot feladatainak végrehajtásában, az uniós jogba bevésődött jóhiszemű együttműködés alapelvének teljes tiszteletben tartásával. Az időközi jelentés elfogadását támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le 18 septembre 2015 éclatait le scandale Volkswagen à la suite des révélations de chercheurs américains concernant des logiciels de trucage permettant de masquer les émissions de dioxyde d'azote des moteurs diesel. Ce procédé permettait au premier constructeur automobile mondial d'exporter aux États-Unis en dépit des strictes limites d'émission de dioxyde d'azote.

Le Parlement avait alors décidé le 17 décembre 2015 de former une commission d'enquête afin d'examiner les allégations d'infraction au droit de l'Union ou de mauvaise administration dans l'application de celui-ci.

Ce rapport intermédiaire énonce la méthode et les auditions qui constituent l'enquête du Parlement sur les émissions dans le secteur de l'automobile. Les auditions proprement dites se poursuivent «jusqu'à l'automne 2016», après quoi les députés travailleront à la rédaction du rapport final.

Aussi aucune orientation de fond n'est-elle donnée. Ce texte bref et très neutre encourage simplement la commission d'enquête à poursuivre ses travaux, invite la conférence des présidents ainsi que la Commission et les autorités des États membres à collaborer avec loyauté, pour qu'aucun élément de l'enquête n'échappe à la commission.

Vote favorable.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A Comissão de Inquérito à indústria automóvel não se coibiu de analisar várias áreas de negócio por forma a aprofundar a investigação em curso. Neste sentido, enviou diversos questionários aos Estados-Membros, às instituições da União e a outros organismos, e abriu um convite público à apresentação de elementos de prova no seu sítio Web.

Voto favoravelmente o presente relatório e defendo que temos de evoluir para uma indústria automóvel elétrica, que contribua para o aumento da sustentabilidade das cidades e a melhoria das condições de vida de todos os cidadãos.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport intermédiaire concernant l'enquête sur la mesure des émissions dans le secteur de l'automobile énonce la méthode et les auditions qui constituent l'enquête du Parlement sur les émissions dans le secteur de l'automobile mise en place suite au scandale Volkswagen.

Ces auditions se poursuivront jusqu'à l'automne 2016. Le texte encourage simplement la commission d'enquête à poursuivre ses travaux. J'ai voté en faveur de ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report which outlines the working methods and plan adopted so far by the EMIS Committee, without introducing any political assessment or anticipating policy conclusions or recommendations.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – Ce texte est relatif aux travaux de la commission d'enquête sur la mesure des émissions dans le secteur de l'automobile.

Il constitue un état des lieux des auditions de la Commission et n'a aucune portée normative. J'ai voté pour.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur l'enquête concernant la mesure des émissions dans le secteur de l'automobile (EMIS), chargé de collecter des informations sur les erreurs ou les malversations commises dans l'application de la directive européenne.

Ce rapport intermédiaire présentait les mesures déjà adoptées et celles prévues, faisait état de la coopération loyale de cette commission dans son travail et demandait aux États d'apporter à cette enquête le support politique et technique dont elle a besoin pour mener à bien sa mission.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Támogattam a jelentést, amely ésszerű egyensúlyt kíván teremteni az egészség és az Európai Unió versenyképessége között. Az európai ipar jövőjéről van itt szó. A cél a szén-dioxid-kibocsátás csökkentése. Jelenleg az Európai Unió alkalmazza a legszigorúbb szabályokat a káros anyag kibocsátásokra vonatkozóan. Nagyon fontos, hogy harmonizált szabályokat fogalmazzunk meg. Célunk, hogy a környezet minőségét tovább javítsuk, és ezáltal az európai polgárok egészsége javuljon. Véleményem szerint minden lépést meg kell tenni, hogy az ipar versenyképessége megmaradjon, és így a foglalkoztatottság tovább nőjön.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report that offers a brief overview of the activities of the EMIS Committee and also provides an outlook on the upcoming working plan of the Committee. The EMIS Committee has been set up since the 2nd of March 2016 to investigate alleged contraventions or maladministration relating to emission measures in the automotive sector.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Comisia temporară de anchetă a fost instituită în 2015 ca să ancheteze presupusele lacune în aplicarea legislației Uniunii în ceea ce privește măsurarea emisiilor în sectorul autovehiculelor, această comisie urmând să prezinte eventuale recomandări.

Am votat pentru rezoluția Parlamentului European referitoare la ancheta privind măsurarea emisiilor în sectorul autovehiculelor deoarece consider că această comisie trebuie să-și continue activitatea și să-și îndeplinească integral mandatul acordat de Parlament. Rezultatele anchetei în curs ar putea duce la îmbunătățirea cadrului de omologare de tip al Uniunii.

Invităm Comisia să asigure un sprijin prompt și o transparență deplină atunci când îi acordă asistență comisiei de anchetă în activitatea acesteia, cu respectarea deplină a principiului cooperării loiale, asigurându-i tot sprijinul tehnic și politic posibil, în special prin transmiterea mai rapidă a documentației solicitate.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this motion for resolution, which is the interim report of the Committee of Inquiry that was established in December to investigate alleged contraventions or maladministration in the application of Union law in relation to emission measurements in the automotive sector (Volkswagen scandal). The inquiry is ongoing and the report does not include any conclusions or recommendations. It calls for ongoing support and cooperation for the inquiry by the Commission and national governments, such as providing swifter access to requested documents.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Hier wird eine parlamentarische Untersuchung eingeleitet, die den Abgasskandal der Automobilindustrie bearbeitet. Die Arbeit des Ausschusses wird – unter Wahrung der Vertraulichkeit – für die Öffentlichkeit möglichst transparent werden. Aus diesem Grund unterstütze ich den vorliegenden Bericht.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – Esta resolución sobre la investigación sobre la medición de las emisiones en el sector del automóvil, creada como consecuencia del escándalo de las emisiones de los motores diésel del Grupo Volkswagen, se presenta seis meses después del inicio de su mandato, con el único objetivo de mostrar una descripción de las actividades realizadas desde su constitución el 2 de marzo de 2016.

Por la naturaleza de dicha comisión no le está permitido presentar conclusiones antes de la finalización de su mandato. Lo que sí sabemos a través de este informe, es que las evidencias del trabajo realizado hasta el momento confirman la necesidad de seguir trabajando, y para ello es necesario que los Gobiernos, las autoridades competentes y las partes implicadas muestren una cooperación leal que será la muestra su compromiso con los ciudadanos. Por ello he decidido votar a favor.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση η οποία προβλέπει την συνέχιση των προσπαθειών της επιτροπής ούτως ώστε να διερευνηθούν οι καταγγελίες για παραβιάσεις ή κακής διαχείρισης κατά την εφαρμογή του κοινοτικού δικαίου, σε σχέση με τις μετρήσεις εκπομπών στην αυτοκινητοβιομηχανία. Πλέον η επιτροπή καλείται να συγκεντρώσει και να αναλύσει τις πληροφορίες προκειμένου να εξακριβωθεί κατά πόσο η Επιτροπή και τα κράτη μέλη είχαν αποδείξεις για τη χρήση μηχανισμών αναστολής και να διατυπώσει οποιεσδήποτε συστάσεις κρίνει σκόπιμες σχετικά με το θέμα.

Επιπρόσθετα, η διαφάνεια των συγκεκριμένων μετρήσεων είναι ένα θέμα το οποίο πρέπει να ξεκαθαρίσει το συντομότερο δυνατό, κάτι το οποίο με την ενισχυμένη δράση της επιτροπής, μετά και το ψήφισμα, ενισχύεται ακόμη περισσότερο.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – We believe that national parliaments should be responsible for all investigations related to maladministration in the application of environmental law.

Alojz Peterle (PPE), *in writing*. – I voted for the interim report that highlights several important issues regarding NO_x emissions and steers the EMIS Committee's work in the second half of its mandate. We need to better explore what happened during the relevant period, both in the Commission as well as in the Parliament that lead eventually to vague legislation, which partially enabled the situation we are facing today. The confidence in the industry has been damaged and in order to regain trust, the testing regime clearly needs to reflect the real world more accurately.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Pozdravljam rad Istražnog odbora za mjerenje emisija u automobilskom sektoru o istrazi mjerenja emisija. Ovo izvješće podsjeća da pratimo utvrđivanje činjenica kako bi se rasvijetlili svi uzroci i okolnosti koje su dovele do jednog od najvećih skandala u novijoj europskoj povijesti. Taj skandal osim svojih mjerljivih ekonomskih učinaka za sve zaposlene u automobilskom sektoru ruši istovremeno ugled europske industrije, pogotovo industrije vozila koja je na svjetskom tržištu suočena sa snažnom konkurencijom.

Najteže posljedice koje ovaj skandal ima su ipak one koje utječu na povjerenje građana u institucije EU-a i nacionalnih država. Narušava se povjerenje građana u zajednički projekt Unije, u ispravnost, primjerenost i dosljednost europskih politika. Naša vjerodostojnost kao i vjerodostojnost EU institucija može se oporaviti samo ukoliko povjerenstvo bude ispunilo u potpunosti zadani mandate - utvrdilo poštivanje obveza propisanih Uredbom (EZ) br. 715/2007 (homologacija) od strane država članica i Komisije, utvrdilo jesu li Komisija i države članice imale dokaze o uporabi uređaja za ometanje te također informacije o provedbi Direktive 2007/46/EZ (implementacija homologacije) od strane država članica.

Iako Europski parlament nema nadležnost nad pravosuđem, važno je da i države budu vjerodostojne te da provedu odgovarajuće pravosudne aktivnosti ukoliko se utvrdi kaznena odgovornost pojedinih osoba ili zainteresiranih skupina.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport intermédiaire énonce la méthode et les auditions qui constituent l'enquête du Parlement sur les émissions dans le secteur de l'automobile. Les auditions proprement dites se poursuivent «jusqu'à l'automne 2016», après quoi les députés travailleront à la rédaction du rapport final. Aussi aucune orientation de fond n'est-elle donnée dans ce texte voté en commission le 13 juillet.

Ce texte bref et très neutre encourage simplement la commission d'enquête à poursuivre ses travaux, invite la Conférence des présidents ainsi que la Commission et les autorités des États membres à collaborer avec loyauté, pour qu'aucun élément de l'enquête n'échappe à la commission. Je vote donc en sa faveur.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Svrha obrazloženja nacrta privremenog izvješća odbora EMIS je dati sažet pregled aktivnosti navedenog Odbora od njegova osnivanja 2. ožujka 2016. te u glavnim crtama predstaviti predstojeći plan rada za prvu polovinu mandata odbora EMIS.

Budući da je članak 226. UFEU-a za Europski parlament pravna osnova za osnivanje privremenog Istražnog odbora radi istrage navodne povrede ili nepravilnosti u provedbi prava Unije, ne dovodeći u pitanje nadležnosti nacionalnih sudova ili sudova Unije, te budući da je to važan sastavni dio nadzornih ovlasti Parlamenta, slažem se sa stajalištem da Istražni odbor nastavi sa svojim radom te da u potpunosti ispuni mandat koji mu je Parlament povjerio u svojoj Odluci od 17. prosinca 2015. i podržavam sve mjere i inicijative koje vode do ispunjenja mandata.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Jsem velmi rád, že v prosinci 2015 se Evropský parlament rozhodl zřídit vyšetřovací výbor složený ze 45 poslanců k vyšetřování údajných přestupků nebo nesprávného úředního postupu při uplatňování práva Unie v souvislosti s měřením emisí v automobilovém průmyslu. Vyšetřování výboru EMIS se zaměřuje na dodržování povinností stanovených nařízením (ES) č. 715/2007, má za úkol shromažďovat a analyzovat informace s cílem zjistit, zda Komise a členské státy měly důkazy o používání odpojovacích zařízení, a dále shromažďovat a analyzovat informace o provádění směrnice 2007/46/ES členskými státy. Jako sociální demokrat usiluji o větší transparentnost v dnešním světě, proto oceňuji, že bude možné sledovat svědectví podávaná odborníky a svědky pomocí doslovného záznamu ze slyšení v angličtině, který bude také zveřejněn na webových stránkách výboru EMIS. Věřím, že konečná zpráva vyšetřovacího výboru přinese nové poznatky, které budou užitečné nejen pro hodnocení této kauzy kolem emisí v automobilovém průmyslu, ale i pro soudní orgány.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Il 17 dicembre 2015 il Parlamento europeo ha deciso di costituire una commissione d'inchiesta composta da 45 membri, incaricata di esaminare le denunce di infrazione o di cattiva amministrazione nell'applicazione della legislazione dell'Unione in relazione alla misurazione delle emissioni nel settore automobilistico. Sono convinto che una delle prerogative di maggiore importanza del Parlamento europeo sia quella di vigilare sull'operato delle altre istituzioni dell'Unione, rappresentando gli interessi dei cittadini europei. Per quanto concerne il merito di questa inchiesta, reputo doveroso contribuire al ristabilimento della piena fiducia da parte dei consumatorie e appurare le singole responsabilità senza danneggiare l'intero comparto automobilistico che rappresenta un'eccellenza europea. Ho votato a favore dell'approvazione di questa relazione interlocutoria.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Na podstawie decyzji Parlamentu z dnia 17 grudnia 2015 r., aby utworzyć komisję śledczą ds. pomiarów emisji w sektorze motoryzacyjnym, komisja ma przedstawić sprawozdanie śródokresowe w ciągu 6 miesięcy od jej powołania. Sprawozdanie będzie poddane pod głosowanie w dniu 13 września 2016 r.

Biorąc pod uwagę, że przesłuchania EMIS wciąż trwają, koordynatorzy uzgodnili, że sprawozdanie nie będzie zawierało żadnych treści o charakterze politycznym. Jest ono zatem czysto techniczne i opisuje ramy czasowe oraz podkreśla konieczność pełnej współpracy pomiędzy Konferencją Przewodniczących, Prezydium PE, Komisją Europejską i władzami narodowymi. Niniejszym poparłem to sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport intermédiaire de la commission d'enquête sur la mesure des émissions dans le secteur de l'automobile (EMIS), dont je suis membre.

Le texte voté ici fait état des travaux à mi-parcours, essentiellement techniques car retraçant les auditions d'experts réalisées jusqu'à présent. Cette commission a été mise en place en décembre 2015 à la suite du scandale Volkswagen.

À travers les travaux de cette commission, mon objectif est de rappeler l'importance de protéger les automobilistes et les citoyens de ce genre de pratiques et d'améliorer ensuite les procédures de tests, en harmonie avec la lutte perpétuelle pour maintenir la compétitivité et le savoir-faire automobile européens, notamment français.

Cette démarche s'inscrit d'ailleurs dans la continuité des recommandations effectuées dans mon rapport CARS 2020 sur l'avenir de l'automobile.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – We believe that national parliaments should be responsible for all investigations related to maladministration in the application of environmental law.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. – La commission d'enquête sur les fraudes aux émissions des véhicules n'en est qu'à la moitié de ses travaux mais un élément s'impose déjà aux yeux de ses membres: le problème n'est pas tant la législation européenne qui encadre les émissions que sa mise en œuvre effective et le contrôle de sa bonne application.

En tant que législateurs, il est de notre responsabilité de faire toute la lumière sur le scandale du Dieselgate car la confiance de nos concitoyens dans l'Europe s'érode un peu plus chaque jour.

Il faut restaurer cette confiance, elle est indispensable à la cohésion en Europe. Pour cela il faut absolument mettre au jour tous les dysfonctionnements politiques et institutionnels qui ont permis un tel scandale.

Plus largement, l'enjeu est de garantir une mobilité plus propre, dans le respect de la santé publique et de l'environnement, tout en pérennisant les emplois, in fine pour favoriser un développement durable qui bénéficie à tous.

Dans mon travail de rapporteure fictive de la commission EMIS pour le groupe des socialistes et des démocrates, la défense de l'intérêt général est ma motivation principale, et je continuerai d'œuvrer en ce sens jusqu'à la fin de l'enquête parlementaire.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – O objetivo do relatório consiste em dar uma panorâmica geral sucinta das atividades da Comissão EMIS desde a sua constituição, bem como em fornecer uma perspetiva sobre o próximo plano de trabalho sobre a primeira metade do mandato.

Em 17 de dezembro de 2015, o Parlamento decidiu constituir uma comissão de inquérito para investigar as alegadas contravenções ou má administração na aplicação do direito comunitário relacionadas com a medição das emissões no setor automóvel, sem prejuízo das competências cometidas aos órgãos jurisdicionais nacionais ou da União.

Além disso, a Comissão EMIS é chamada a recolher e analisar informações para verificar se a Comissão e os Estados-Membros dispunham de provas da utilização de mecanismos manipuladores, bem como a recolher e analisar informações sobre a aplicação.

Os coordenadores da EMIS adotaram o calendário das reuniões EMIS para 2016, tendo em conta a necessidade de limitar a sobreposição com as comissões permanentes e concordaram em limitar o número de missões das comissões ao mínimo necessário, solicitar uma análise aprofundada sobre as obrigações legais no que se refere à medição das emissões no setor automóvel da UE, entre outras medidas. Face ao exposto, votei favoravelmente.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Sin perjuicio de la competencia de los tribunales, el 17 de diciembre de 2015 se constituyó una comisión de investigación sobre las alegaciones de infracción y mala administración en la medición de emisiones en el sector del automóvil.

El alcance de la investigación está limitado por el art. 226 TFUE y la Decisión sobre el derecho de investigación del PE, conforme a los que debe centrarse en investigar el cumplimiento de Comisión y Estados de las obligaciones del Reglamento (CE) n.º 715/2007. Además de recopilar y analizar información sobre la aplicación de la Directiva 2007/46/CE, determinar si tenían pruebas de la utilización de dispositivos de desactivación y formular las recomendaciones que considere necesarias.

Mientras que el informe final tendrá lugar en marzo de 2017, este voto se refiere al informe intermedio que, por su naturaleza, no puede adelantar conclusiones antes de que todos los testigos sean escuchados y se reúnan evidencias bastantes.

Tiene, por tanto, carácter puramente técnico, haciendo hincapié en los aspectos procedimentales. Se recuerdan los principios de trasparencia y de buena cooperación entre instituciones y se solicita a todos los actores involucrados que proporcionen la asistencia necesaria para el cumplimiento del mandato de la Comisión EMIS.

Por todo ello, voto a favor del Informe.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport intermédiaire relatif à l'enquête sur la mesure des émissions dans le secteur de l'automobile, car il est essentiel que la Commission fasse preuve de transparence totale sur cette question.

La fraude apparue au grand jour ne fait que confirmer le besoin de renforcer les systèmes de contrôle des normes et de faire en sorte qu'ils soient supervisés par un organisme indépendant au niveau européen.

Les États membres doivent également apporter leur soutien, notamment l'aide technique et politique nécessaires à la poursuite des travaux.

Cette tricherie est non seulement inacceptable, mais elle a aussi un coût. Le coût de la non-Europe, car elle détériore l'image de l'industrie automobile – singulièrement l'industrie allemande, et il sera plus difficile, demain, de faire la leçon aux autres grandes puissances mondiales qui rechignent à contribuer à la baisse d'émission de gaz à effet de serre.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriuo aptariamas specialaus tyrimų komiteto dėl išmetamųjų teršalų automobilių sektoriuje darbas. Esu šio komiteto narys ir turiu pripažinti, kad jis dirba labai nelengvomis sąlygomis. Pirmiausia jo nariams nėra taip paprasta išsireikalauti reikiamų dokumentų, nuolatos vėluojama juos pateikti. Nepaisant to, jau ima ryškėti galimi komiteto darbo rezultatai, kurie turėtų atskleisti, jog iki šiol esama nekompetentingų pareigūnų, kurie nenorėjo tirti tikrųjų išmetimų didėjimo, o ne mažėjimo, priežasčių.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Em dezembro de 2015, no seguimento do chamado «escândalo das emissões no sector automóvel», o Parlamento Europeu constituiu uma Comissão de Inquérito de 45 membros, para investigar as alegadas infrações na aplicação do direito comunitário relacionadas com a medição das emissões de gases no setor automóvel (sem prejuízo das competências cometidas aos órgãos jurisdicionais nacionais ou da União Europeia).

O presente relatório intercalar vem referir a importância do bom desenrolar das ações de avaliação previstas, devendo para isso a Comissão de Inquérito prosseguir com o seu trabalho de forma a poder cumprir integralmente as obrigações que lhe foram acometidas no âmbito do seu mandato.

Para além disso, também a Comissão Europeia, os Estados-Membros, através dos seus governos, parlamentos nacionais e autoridades competentes, deverão assegurar o apoio ao trabalho da Comissão de Inquérito, respeitando plenamente o princípio da cooperação leal e prestando todo o apoio técnico e político possível.

Em face do exposto, votei favoravelmente este relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui a été élaboré par la commission parlementaire d'enquête sur les émissions automobiles créée par le Parement le 17 décembre 2015 et mise en place le 2 mars dernier, à la suite du scandale Volkswagen.

Depuis sa création, la commission d'enquête EMIS a tenu 12 réunions et auditionné 37 experts; une étude a également été commandée sur les divergences des mesures d'émissions entre les tests d'homologation et la conduite en conditions réelles.

Ce texte, qui est un rapport à mi-parcours des travaux de la commission EMIS, appelle une nouvelle fois la Commission et les États membres à faciliter l'enquête en respectant le principe de coopération loyale défini par les règles européennes.

Il est important que la sécurité et la santé de nos citoyens et des automobilistes soient assurées et c'est en ce sens que nous devons améliorer les procédures de tests.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor dado que la Resolución insta a la comisión de investigación sobre la Medición de las Emisiones en el Sector del Automóvil, a raíz del escándalo de VW, a que ponga en práctica plenamente el mandato impartido por el Parlamento en su Decisión de 17 de diciembre de 2015.

Pide a la Conferencia de Presidentes y a la Mesa que apoyen todas las medidas necesarias, particularmente, en lo que respecta a la autorización de audiencias y reuniones extraordinarias, el reembolso de los gastos de expertos y testigos, las misiones y cualquier otro medio técnico debidamente justificado.

Solicita a la Comisión Europea que garantice un apoyo inmediato y la plena transparencia, proporcionando todo el apoyo político y técnico posible, concretamente presentando con mayor prontitud la documentación que se le solicite; espera la plena colaboración de los comisarios y de las direcciones generales pertinentes, tanto de los que se encuentran actualmente en funciones como de aquellos que lo estuvieron durante mandatos anteriores.

Pide a los Gobiernos, Parlamentos y autoridades competentes de los Estados miembros que asistan a la comisión de investigación en su labor con pleno respeto del principio de cooperación leal establecido en el Derecho de la Unión.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *in writing*. – I welcome this report and the work of Parliament's special Committee of Inquiry into the car emissions scandal. Public trust in the car manufacturers has been seriously eroded, as has confidence in the authorities tasked with regulating this industry. We should take every opportunity to improve legislation where necessary, but we also need an effective enforcement regime with appropriate oversight. Type approval authorities must have the necessary powers and resources to enforce the law and deter criminal activities, otherwise any improvements to legislation will be meaningless. I hope this report marks the beginning of long-lasting changes to improve environmental standards and restore public trust.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Interimsbericht des Untersuchungsausschusses zur Emissionsmessung in der Automobilindustrie gestimmt.

Es wurden Experteninformationen zur Emissionsmessung gesammelt und ehemalige Kommissare angehört, um die Motive ihres Handelns herauszufinden.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Průběžná zpráva o vyšetřování měření emisí v automobilovém průmyslu potvrzuje mandát a pokračování činnosti vyšetřovacího výboru po polovině jeho funkčního období. Požaduje také po zúčastněných stranách, zejména po Evropské komisi, včasnou podporu a plnou transparentnost procesu vyšetřování. Zprávu jsem proto podpořila. S ohledem na stále probíhající proces slyšení pozvaných hostů se jedná o čistě technický dokument, protože výbor nechce před ukončením vlastního šetření předjímat žádné, byť dílčí, závěry. Shrnutí faktické činnosti výboru a výsledné poznatky budou obsahem závěrečné zprávy, kterou bude Evropský parlament přijímat v souladu s uděleným mandátem po roce činnosti.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en esta resolución porque aun no pudiendo oponerme a su contenido, la misma carece de significación política. Es mi opinión que las informaciones conocidas sobre el escándalo de las emisiones (y en particular, el escándalo que supone la revelación que las regulaciones europeas fueron implementadas para permitir graves discrepancias entre las emisiones reales y ficticias, por lo que muchos sistemas de manipulación de emisiones análogos al *software* desarrollado por Volskwagen-Bosch eran utilizados legalmente con la aprobación y el conocimiento de las autoridades nacionales y europeas) deberían haberse visto reflejadas en el mismo, en lugar de esperar otros seis meses para presentar las conclusiones finales.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Dal mese di marzo 2016, a seguito dello scandalo Volkswagen, la commissione d'inchiesta EMIS indaga su presunte violazioni delle norme europee e casi di cattiva amministrazione in relazione alla misurazione delle emissioni nel settore automobilistico. La relazione interlocutoria fornisce una panoramica del programma di lavoro della commissione: fino ad oggi EMIS ha tenuto 12 riunioni, per un totale di circa 50 ore, e 37 audizioni con esperti provenienti da istituti di ricerca e organizzazioni non governative, rappresentanti dell'industria e la Commissione europea. Dal momento che l'indagine è ancora in corso, la relazione non trae alcuna conclusione. Ho votato quindi a favore del testo in cui il Parlamento si limita a chiedere agli Stati membri e alla Commissione europea di fornire il sostegno tecnico e politico necessario per l'espletamento del mandato della commissione d'inchiesta.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this report as the commission is calling on Member States to follow the lead of the European Parliament. We believe that the EU should not instruct Member States in any way.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — On 17 December 2015, the European Parliament decided to set up a Committee of Inquiry to investigate alleged contraventions or maladministration in the application of Union law in relation to emission measurements in the automotive sector. I voted in favour of the interim report which sets up working methods for the committee.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Hlasoval som za. Podporujem ideu technickej dočasnej správy a jej návrhy. Komisia by mala zabezpečiť podporu a plnú transparentnosť v rámci pomoci práci vyšetrovacieho výboru a plne rešpektovať zásadu lojálnej spolupráce, pričom zabezpečí všetku možnú technickú a politickú podporu.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Podporila som návrh uznesenia, pretože považujem za veľmi dôležité, aby sme mali pravidelné informácie o tom, ako pokračuje vyšetrovanie merania emisií v automobilovom priemysle. Vyšetrovací výbor bol vytvorený 2. marca 2016 a v zmysle rozhodnutia predkladá aj predbežnú právu po šiestich mesiacoch svojej činnosti. Záverečnú správu predloží Parlamentu do 12 mesiacov. Počas uplynulého polroka vyšetrovací výbor si najprv vymenil názory s predstaviteľmi Komisie o tom, ako budú počas roka postupovať pri vyšetrovaní. Následne uskutočnil niekoľko vypočutí príslušných svedkov a znalcov v automobilovom priemysle. Práca vyšetrovacej komisie nie je jednoduchá, pretože členovia, kolegovia poslanci, sa vo väčšine musia spoľahnúť na znalecké posudky a svedecké výpovede, čo nie vždy musia korelovať s pravdivými údajmi. Všetci sme presvedčení, že automobilka Volkswagen porušila zákon, ale za dôležité považujem, aby sa už podobný prípad porušovania zákona a zavádzania spotrebiteľa nikdy v budúcnosti neopakoval.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Preiskovalni odbor Evropskega parlamenta za meritve emisij (EMIS) v avtomobilskem sektorju je aprila 2016 pričel delo z izmenjavo mnenj s predstavniki Evropske komisije, temu pa je sledilo zaslišanje ustreznih prič in strokovnjakov. Odbor je prav tako določil oglede strokovnih laboratorijev, ki merijo emisije, ter se odločil naročiti več strokovnih študij s tega področja. Vzpostavljena je bila posebna spletna stran, kjer lahko poslanci in javnost najdejo vse pomembne informacije v zvezi z delom odbora. V pripravi je tudi program zaslišanj v drugem delu mandata odbora. Ta zaslišanja se bodo nadaljevala vsaj do jeseni 2016, nato pa se bo odbor posvetil pripravi končnega poročila, ki mora biti pripravljeno v roku 12 mesecev od začetka dela.

Ker menim, da je potrebno raziskati nepoštene prakse, vezane na emisije v avtomobilskem sektorju, sem vmesno poročilo podprl.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – In Folge des VW-Abgasskandals wurde am 2. März 2016 der Untersuchungsausschuss zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie eingerichtet, um die mutmaßlichen Verstöße gegen das Unionsrecht und Missstände bei dessen Anwendung im Zusammenhang mit Emissionsmessungen in der Automobilindustrie unbeschadet der Zuständigkeiten der nationalen Gerichte oder der Gerichte der Union zu prüfen. Der Ausschuss nahm sich vor, neben den endgültigen Schlussfolgerungen auch einen Zwischenbericht nach der ersten Hälfte der Anhörungen zu produzieren. Dieser ist jetzt zur Abstimmung gestellt worden.

ALFA hat sich stark dafür eingesetzt, dass der Bericht rein technischer Natur bleibt und keine frühzeitigen Feststellungen oder politischen Botschaften darstellt. Aus diesem Grund konnte ich dem Bericht zustimmen.

Was die künftigen Schlussfolgerungen des Ausschusses angeht, muss ich allerdings meine ernste Besorgnis zum Ausdruck bringen. Wie mehrmals von meinem Kollegen und ALFA-Abgeordneten Hans-Olaf Henkel gewarnt, versuchen einige Parlamentarier anderer Fraktionen wie Paloma López Bermejo (Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne) und Bas Eickhout (Grüne), die Untersuchung in eine unakzeptable Richtung zu steuern und die gesamte Automobilindustrie wegen technischer Manipulationen bei einem Hersteller (VW) in Sippenhaft zu nehmen. Ähnliche politisch motivierte Schlussfolgerungen lehnt ALFA als eine der Industrie und dem technologischen Fortschritt nahe deutsche Partei deutlich ab.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – K objasneniu pozadia emisného škandálu sme o krok bližšie. Spolupráca s Európskou komisiou sa zlepšila, no narazili sme na komplikácie zo strany niektorých členských štátov, ktoré odmietajú poskytovať kľúčové informácie. Ako člen výboru EMIS budem spokojný vtedy, keď spoločne nastavíme realistické pravidlá, ktoré budú firmy dodržiavať a nebudú brániť rozvoju automobilového priemyslu v Európe. Európske inštitúcie spolu s členskými štátmi by tiež mali vyvinúť maximálne úsilie, aby dosiahli podobné odškodnenie podvedených zákazníkov, aké prebehlo v USA.

Beatrix von Storch (EFDD), *in writing*. – I voted against the motion for an EU Parliament resolution on the inquiry into emission measurements in the automotive sector. Given the EU's penchant for regulatory harmonisation the outcome of such an inquiry can only result in further calls for more stringent regulations on Member States. Monitoring and enforcement of emissions standards should be left to the Members States in which best practices will be adopted through regulatory competition.

Furthermore, the inquiry requires that the governments, parliaments and competent authorities of Member States assist the Committee of Inquiry in its tasks. I find the legal basis for this demand lacking.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Na temelju prijedloga Konferencije predsjednika, Parlament je odlučio u prosincu 2015. godine osnovati Istražni odbor radi istrage navodnih propusta u primjeni prava Unije u vezi s mjerenjima emisija u automobilskom sektoru. Plan rada Istražnog odbora odnosi se na saslušanje relevantnih svjedoka i stručnjaka, pisanih dokaza, službenih putovanja, naručenih sažetaka i studija stručnog mišljenja te službeno pisano mišljenje Prave službe Europskog parlamenta o pozivanju na svjedočenje osoba koje će možda morati sudjelovati u sudskom postupku.

Budući rezultati istrage koja je u tijeku mogli bi donijeti dodanu vrijednost homologacijskom okviru Unije. Podržavam privremeno izvješće o istrazi mjerenja emisija u automobilskom sektoru kako bi se u potpunosti ispunio mandat Istražnog odbora koji mu je Parlament povjerio uz potporu Konferencije predsjednika, Predsjedništva i Komisije te pomoć vlada, parlamenata i nadležnih tijela država članica.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za vmesno poročilo o preiskavi glede merjenja emisij v avtomobilskem sektorju.

Preiskovalni odbor za meritve emisij v avtomobilskem sektorju skupaj z EK opravlja pomembno nalogo. Več kot očitno je, da imamo v EU slab tržni nadzor nad dogajanjem v avtomobilskem sektorju. Škandal, ki je bil odkrit v VW, ni osamljen, to pa ugotavljamo po tem, ko so odklopne naprave v Evropski uniji uradno prepovedane že 18 let.

Dizelska vozila z neustreznim delovanjem odklopnih naprav še vedno vozijo po naših cestah in tako onesnažujejo naše ozračje. Znižanje emisij CO_2 je pomembna naloga vseh, zato je potrebno na tovrstne škandale odločneje odreagirati, tudi z odkrivanjem in ustreznim sankcioniranjem odgovornih. Evropska Uredba je na tem področju preveč nejasna, saj kljub zakonski prepovedi uporabe odklopnih naprav dopušča preveč možnosti razlage glede uporabe teh naprav, zato je potrebno v najkrajšem možnem času to urediti. Prav tako je pomembno, da v tej preiskavi poleg Evropske komisije in Evropskega parlamenta sodelujejo tudi države članice.

Nenazadnje gre za zaupanje potrošnika v evropske proizvode.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Υπερψηφίσαμε την έκθεση καθώς περιορίζεται στην περιγραφή του προγράμματος εργασίας και δεν προβαίνει σε καμία πολιτική εκτίμηση λόγω του ότι η έρευνα συνεχίζεται. Αυτό όμως δεν σημαίνει πως δεν έχουν ήδη διεξαχθεί τα πρώτα συμπεράσματα. Αντιθέτως, μετά από πολύωρες ακροάσεις και μελέτη εσωτερικών εγγράφων είναι πλέον ξεκάθαρο πως υπάρχουν σοβαρές πολιτικές ευθύνες. Τόσο οι εκτιμήσεις του 2010 όσο και η μελέτη του Κοινού Ερευνητικού Κέντρου της Επιτροπής το 2013 επιβεβαίωσαν πως υπήρχε η δυνατότητα αλλοίωσης των μετρήσεων και όμως δεν λήφθηκε κανένα μέτρο. Η Επιτροπή γνώριζε για την δυνατότητα απάτης αλλά δεν έπραξε τίποτε με την δικαιολογία ότι δεν γνώριζε συγκεκριμένες περιπτώσεις. Και τα κράτη μέλη, αν και είχαν ενημερωθεί, επίσης δεν έκαναν κανένα έλεγχο. Υπήρξαν λοιπόν σημαντικές παραλείψεις και από την Επιτροπή αλλά και από τα κράτη μέλη στην εφαρμογή του ενωσιακού δικαίου καθώς και στην επιβολή κυρώσεων. Τα κενά στην νομοθεσία, οι ισχυρές πιέσεις της αυτοκινητοβιομηχανίας και το δίκτυ προστασίας των πολυεθνικών εταιρειών οδήγησαν στο πολιτικό σκάνδαλο με τις μετρήσεων των εκπομπών. Εμείς θα συνεχίσουμε την έρευνα και θα ασκήσουμε περαιτέρω πιέσεις. Στόχος μας είναι να τερματιστούν όλες οι πρακτικές που, έχοντας στόχο το αθέμητο κέρδος, προκαλούν σοβαρές συνέπειες στην δημόσια υγεία και το περιβάλλον.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Λαμβάνοντας υπόψη τις καταστροφικές συνέπειες που προκαλεί η ατμοσφαιρική ρύπανση ετησίως, η υγεία και ασφάλεια των ευρωπαίων πολιτών πρέπει να αποτελεί προτεραιότητα.

Για αυτόν τον λόγο τα κράτη μέλη θα πρέπει να συνδράμουν στην εξασφάλιση του έργου της εξεταστικής επιτροπής, ώστε να διασφαλιστεί η αποτελεσματικότητα των συστημάτων ελέγχου καθώς και να διερευνηθούν τυχόν παραβάσεις.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Constituirea Comisiei de anchetă privind măsurarea emisiilor în sectorul autovehiculelor (EMIS) a fost răspunsul instituțional al Parlamentului European față de declanșarea scandalului falsificării testelor de emisii poluante în cazul unor constructori europeni de autovehicule.

Scopul raportului de față derivă din însuși mandatul comisiei, acela de a prezenta un document interimar la mijlocul perioadei sale de activitate de un an.

Astfel, lucrările EMIS s-au concentrat în ultimele luni pe schimburi de opinii cu reprezentanții Comisiei Europene, pe audieri ale martorilor și experților relevanți, pe organizarea unor misiuni de informare la Institutul pentru Energie și Transporturi din cadrul Centrului Comun de Cercetare (JRC-IET), la Laboratorul pentru măsurarea emisiilor autovehiculelor (VELA) și, respectiv, la autoritățile de omologare de tip din Luxemburg și la instalația de testare a autovehiculelor din Lambsheim (Germania). La acestea s-au adăugat o serie de studii, informări și note punctuale, precum și cereri de documente, chestionare și apel la martori relevanți. Pentru transparența activității EMIS a fost creat și un site special, unde pot fi accesate toate informațiile relevante pentru public.

Toate aceste măsuri vor contribui la aflarea adevărului și determinarea celor responsabili pentru situația de față. Este vorba despre realizarea uneia dintre misiunile fundamentale ale PE, de a apăra interesele cetățenilor.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Nous exigeons de la Commission qu'elle apporte un soutien rapide et garantisse une transparence totale en assistant la commission d'enquête dans ses travaux, dans le plein respect du principe de coopération loyale, en fournissant toute l'aide technique et politique possible, notamment en présentant plus promptement les documents demandés.

Nous comptons sur la pleine coopération des actuels commissaires et directions générales concernés ainsi que des personnes responsables précédemment.

Enfin nous invitons les États membres, dans le plein respect du principe de coopération loyale, à fournir à la commission d'enquête l'aide technique et politique nécessaire, notamment en permettant à la Commission de présenter plus rapidement les documents requis et, si la communication de documents est soumise à l'approbation des États membres, en accélérant leurs procédures internes en la matière

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the draft interim report on the EMIS Committee, a committee which was set up in March this year to investigate alleged contraventions or maladministration in the application of Union law in relation to emission measurements in the automotive sector. I believe that the work done by this Committee is crucial to establish the facts and clearly identify the figures responsible for the alleged offenses, but also to restore the credibility not only of the European automotive sector but also of our inquiry authorities. I hope that the committee's work will continue being done in full transparency and in closer cooperation with the Commission. I am looking forward to the Committee's final report in March next year.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – La commission d'enquête parlementaire mise en place suite à la découverte de l'ampleur des fraudes aux émissions des véhicules routiers a rendu un premier rapport intermédiaire.

Le scandale du «Dieselgate» a mis en lumière de graves dysfonctionnements administratifs et institutionnels, car dans ce cas la législation européenne existe et définit clairement ce qui est interdit. Mais c'est sa mise en œuvre effective et sa bonne application qui n'ont pas suivi.

En tant que législateur, le Parlement européen se doit de déterminer les responsabilités de ce scandale, États membres et constructeurs se renvoyant la faute.

Il en va de la crédibilité de l'Union européenne dans son action contre la pollution, pour un meilleur cadre de vie, et par voie de conséquence, de la confiance qu'elle suscite chez les citoyens.

À quoi bon encadrer, légiférer, règlementer, si nos efforts ne sont pas suivis d'effets? Cette commission d'enquête doit faire toute la lumière et maintenir la pression sur les autres institutions afin qu'elles coopèrent. Je lui ai témoigné mon soutien en votant en faveur de ce rapport.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržavam privremeno izvješće o istrazi mjerenja emisija u automobilskom sektoru. Smatram da bi rezultati takvih istraga mogli donijeti dodanu vrijednost homologacijskom okviru Unije, a da pritom ne dovode u pitanje nadležnost nacionalnih sudova ili sudova Unije.

Također, privremeno izvješće odbora EMIS sadrži i sažet pregled aktivnosti Odbora od njegova osnivanja te u glavnim crtama predstavlja predstojeći plan rada za prvu polovinu mandata. Smatram da će istrage navodne povrede ili nepravilnosti u primjeni prava Unije u vezi s mjerenjima emisija u automobilskom sektoru biti od velike koristi građanima Europske unije.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije glede preiskave merjenja emisij v avtomobilskem sektorju sem podprla.

Evropski parlament je 17. decembra 2015 ustanovil preiskovalni odbor EMIS s 45 člani, da bi brez poseganja v pristojnost nacionalnih sodišč ali sodišč Unije raziskal domnevne kršitve ali nepravilnosti pri izvajanju zakonodaje Unije v zvezi z meritvami emisij v avtomobilskem sektorju. Zato je prav, da delo preiskovalnega odbora podpremo in jim zagotovimo popolno preglednost.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor dado que la Resolución insta a la comisión de investigación sobre la Medición de las Emisiones en el Sector del Automóvil, a raíz del escándalo de VW, a que ponga en práctica plenamente el mandato impartido por el Parlamento en su Decisión de 17 de diciembre de 2015.

Pide a la Conferencia de Presidentes y a la Mesa que apoyen todas las medidas necesarias, particularmente, en lo que respecta a la autorización de audiencias y reuniones extraordinarias, el reembolso de los gastos de expertos y testigos, las misiones y cualquier otro medio técnico debidamente justificado.

Solicita a la Comisión Europea que garantice un apoyo inmediato y la plena transparencia, proporcionando todo el apoyo político y técnico posible, concretamente presentando con mayor prontitud la documentación que se le solicite; espera la plena colaboración de los comisarios y de las direcciones generales pertinentes, tanto de los que se encuentran actualmente en funciones como de aquellos que lo estuvieron durante mandatos anteriores.

Pide a los Gobiernos, Parlamentos y autoridades competentes de los Estados miembros que asistan a la comisión de investigación en su labor con pleno respeto del principio de cooperación leal establecido en el Derecho de la Unión.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I fully support this report. With this report and vote, we ask the Commission to ensure prompt support and full transparency in assisting the work of the Committee of Inquiry, with full respect for the principle of loyal cooperation, providing all the technical and political support possible, in particular through swifter submission of requested documentation; we expect full cooperation from the relevant current Commissioners and Directorate-Generals as well as from those who were in charge during past terms.

We ask the Member States to provide the Committee of Inquiry with the necessary technical and political support, in particular by enabling the Commission to submit documents that are requested more swiftly and, if the submission of documents requires the Member States' consent, by accelerating their internal proceedings for the granting of such consent. All clarification and information should be made public and fully transparent.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le 18 septembre 2015 éclatait le scandale Volkswagen, suite aux révélations de chercheurs américains concernant des logiciels de trucage permettant de masquer les émissions de dioxyde d'azote des moteurs diesel. Ce procédé permettait au premier constructeur automobile mondial d'exporter aux États-Unis en dépit des strictes limites d'émission de dioxyde d'azote.

Le Parlement avait alors décidé le 17 décembre 2015 de former une commission d'enquête afin d'examiner les allégations d'infraction au droit de l'Union ou de mauvaise administration dans l'application de celui-ci.

Ce rapport intermédiaire énonce la méthode et les auditions qui constituent l'enquête du Parlement sur les émissions dans le secteur de l'automobile. Les auditions proprement dites se poursuivent «jusqu'à l'automne 2016», après quoi les députés travailleront à la rédaction du rapport final. Aussi aucune orientation de fond n'est-elle donnée dans ce texte voté en commission le 13 juillet.

Ce texte bref et très neutre encourage simplement la commission d'enquête à poursuivre ses travaux, invite la Conférence des présidents ainsi que la Commission et les autorités des États membres à collaborer avec loyauté, pour qu'aucun élément de l'enquête n'échappe à la commission.

J'ai voté pour ce texte.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Prace komisji śledczej, która ma na celu zbadanie zarzutów naruszenia lub niewłaściwego administrowania w stosowaniu prawa Unii Europejskiej w odniesieniu do pomiarów emisji w sektorze motoryzacyjnym, są wartościowe z punktu widzenia odpowiedniego zarządzania polityką klimatyczną i przemysłem motoryzacyjnym. Wskazane misje informacyjne, ustalony harmonogram prac, stałe gromadzenie dokumentacji i dostarczanie informacji opinii publicznej przekonują mnie do istotności omawiania danej kwestii przez komisję, dlatego głosuję za przyjęciem projektu rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az EMIS bizottság időközi jelentéstervezetének célja, hogy rövid áttekintést nyújtson arról, hogy az EMIS bizottság milyen tevékenységeket végzett 2016. március 2-i létrehozása óta, valamint bepillantást engedjen az EMIS megbízatásának első felére vonatkozó, hamarosan elkészülő munkatervbe. Támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor dado que la Resolución insta a la comisión de investigación sobre la Medición de las Emisiones en el Sector del Automóvil, a raíz del escándalo de VW, a que ponga en práctica plenamente el mandato impartido por el Parlamento en su Decisión de 17 de diciembre de 2015.

Pide a la Conferencia de Presidentes y a la Mesa que apoyen todas las medidas necesarias, particularmente, en lo que respecta a la autorización de audiencias y reuniones extraordinarias, el reembolso de los gastos de expertos y testigos, las misiones y cualquier otro medio técnico debidamente justificado.

Solicita a la Comisión Europea que garantice un apoyo inmediato y la plena transparencia, proporcionando todo el apoyo político y técnico posible, concretamente presentando con mayor prontitud la documentación que se le solicite; espera la plena colaboración de los comisarios y de las direcciones generales pertinentes, tanto de los que se encuentran actualmente en funciones como de aquellos que lo estuvieron durante mandatos anteriores.

Pide a los Gobiernos, Parlamentos y autoridades competentes de los Estados miembros que asistan a la comisión de investigación en su labor con pleno respeto del principio de cooperación leal establecido en el Derecho de la Unión.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Interim report on the inquiry into emission measurements in the automotive sector. On the basis of a proposal by the Conference of Presidents, Parliament decided on 17 December 2015 to set up a Committee of Inquiry to investigate the alleged failures in the application of Union law in relation to emission measurements in the automotive sector. According to the mandate, the Committee's investigation has to focus on the compliance by the Commission and Member States' authorities with the obligations imposed by Regulation (EC) No 715/2007. The Committee is required to make any recommendations that it deems necessary in the matter. I voted in favour because I believe that the results of the ongoing investigation could bring added value to the Union's type-approval framework.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Este informe intermedio refleja los pasos dados por la comisión de investigación EMIS desde su constitución, el 17 de diciembre de 2015, en aras de dirimir si se produjeron posibles incumplimientos o malas prácticas de administración en la aplicación de la legislación europea, relativa a la medición de las emisiones en el sector automovilístico. Para llevar a cabo las investigaciones necesarias (y así cumplir con el mandato que le fue otorgado por el Parlamento Europeo), EMIS precisa recopilar y analizar importantes cantidades de información de diversa índole, de manera que viene convocando audiencias en las que prestan declaración funcionarios de la Comisión Europea y representantes de los servicios técnicos nacionales y de autoridades de homologación, entre otros. Para poder completar su tarea, cuyos logros se verán condensados en un documento final que se presentará en marzo de 2017, a través de este informe la comisión EMIS solicita a la Mesa y a la Conferencia de Presidentes que apoyen las medidas que sean necesarias para permitirle terminar de cumplir con su cometido. Así pues, en apoyo al trabajo que está desempeñando esta comisión, he votado a favor del mismo.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Naar aanleiding van de vaststelling dat niet alle auto's die nieuw op de weg komen voldoen aan de emissienormen vermeld in de aankoopbrochure en/of handleiding, heeft het Europees Parlement een onderzoekscommissie in het leven geroepen om de ware toedracht te kennen van de zogenaamde emissie-fraude bij nieuwe wagens. In het besluit tot oprichting van deze onderzoekscommissie stond de verplichting een interimverslag op te stellen. De commissie zelf heeft al laten weten dat ze hard aan het werk is met het opvragen van informatie en het horen van betrokkenen, maar dat ze inhoudelijk nog geen conclusies kan trekken. Ik stemde ermee in de commissie verder haar werk te laten doen en de betrokkenen (zoals bedrijven, getuigen en overheden) de nodige informatie te laten leveren om tot een duidelijk beeld van de toedracht te komen.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A 17 de dezembro de 2015, o Parlamento Europeu decidiu constituir uma comissão de inquérito de 45 membros para investigar as alegadas violações e a má administração na aplicação do direito da União em relação às medições das emissões no setor automóvel, após o escândalo da Volkswagen.

A comissão EMIS foi constituída em 2 de março de 2016, e o seu mandato prevê que a comissão de inquérito apresente um relatório intercalar nos primeiros 6 meses e um relatório final no prazo de 12 meses do início do seu trabalho.

O trabalho da comissão de inquérito EMIS está ainda em curso, já tendo sido realizadas várias audiências de diferentes testemunhas e peritos que continuarão durante o período de outono. Este relatório intercalar não contém, portanto, quaisquer resultados nem recomendações.

Sublinhamos a necessidade de mais apoio no pleno respeito do princípio da cooperação estabelecido na legislação da União, facilitando o acesso a toda a documentação relevante, dando assim pleno sentido à função fiscalizadora do Parlamento Europeu.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Dieser Zwischenbericht ist sehr unkritisch verfasst und wurde auch im Ausschuss einstimmig angenommen. Daher habe ich auch hier dem Bericht zugestimmt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione d'inchiesta sulla misurazione delle emissioni nel settore automobilistico. Nel dicembre 2015 il Parlamento ha deciso di istituire una commissione d'inchiesta per indagare sulle presunte violazioni e sulla cattiva amministrazione nell'applicazione del diritto dell'UE in materia di emissioni nel settore automobilistico, chiedendo di riferire entro sei mesi dall'inizio dei lavori. Data la natura della commissione d'inchiesta, essa non può fornire conclusioni definitive prima di aver ascoltato tutti i testimoni e prima di aver raccolto le prove sufficienti. È dunque prematuro per la stessa presentare eventuali osservazioni. La relazione interlocutoria ha una natura puramente tecnica, ma sottolinea gli aspetti procedurali e ribadisce il principio di buona cooperazione tra le istituzioni, insistendo su una maggiore trasparenza.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — The report clearly reflects on what has been done and where we are at this stage. To mention just a few, the committee has planned fact-finding missions, it has requested and taken into account numerous studies and it has gathered a significant amount of facts and information. In addition, a great number of involved stakeholders has been heard, such as the relevant current and former Commissioners, representatives from the industry itself as well as consumer organisations, etc. As is stated in the resolution, it is too early to draw final conclusions. Much more work is to be done. I therefore welcome its call to the European Commission, the Member States and all other competent authorities to ensure full transparency and exchange of information in order to support the Committee in performing its duties.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), *na piśmie*. – W dniu 17 grudnia 2015 r. Parlament Europejski powołał komisję śledczą, składającą się z 45 członków, w celu weryfikacji zarzutów niewłaściwego administrowania w stosowaniu prawa Unii w odniesieniu do pomiarów emisji w sektorze motoryzacyjnym. Poddane pod głosowanie sprawozdanie jest śródokresowym efektem prac komisji, w którym to zwraca się ona do Konferencji Przewodniczących i Prezydium o poparcie wszystkich środków umożliwiających organizację przesłuchań i posiedzeń nadzwyczajnych, zwrot kosztów ponoszonych przez ekspertów i świadków, misje oraz wszelkie inne należycie uzasadnione środki techniczne. Zwraca się również do KE o zagwarantowanie wsparcia pomocy w pracy komisji śledczej.

Głosowałam za przyjęciem sprawozdania w celu sprawnej kontynuacji prac komisji śledczej.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την πρόταση των εισηγητών. Η παρούσα έκθεση εγκρίθηκε ομόφωνα από την αρμόδια εξεταστική επιτροπή για τις μετρήσεις εκπομπών στην αυτοκινητοβιομηχανία.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Abbiamo oggi approvato la relazione di metà termine con la quale la commissione speciale d'inchiesta sulla misurazione delle emissioni nel settore automobilistico informa il Parlamento sullo stato di avanzamento dei lavori. Tale relazione non contiene ancora alcun riferimento diretto al merito dell'inchiesta – ovvero verificare un'eventuale cattiva amministrazione da parte delle Istituzioni europee e degli Stati membri nell'applicazione della normativa vigente in materia di controllo delle emissioni delle autovetture –, ma sottolinea, seppur in maniera piuttosto generale, la necessità di maggiore collaborazione tra gli Stati membri e la Commissione al fine di fornire le informazioni necessarie all'inchiesta.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Túto priebežnú správu špeciálneho výboru na vyšetrovanie merania emisií v automobilovom priemysle, ktorá bola vydaná po pol roku od jeho založenia, som podporila. Keďže ešte stále prebieha vyšetrovanie v tejto veci, správa neobsahuje žiadne predbežné závery či politické vyhlásenia, ale má výlučne technickú povahu. Obsahuje teda najmä rozvrhy jednotlivých výsluchov a podrobný popis činnosti výboru. Zároveň vyzýva na čo najefektívnejšiu spoluprácu a najrýchlejšie reakcie na žiadosti o poskytnutie informácií či dokumentov tak, aby bolo možné riadne vyšetriť všetky potrebné skutočnosti.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei a favor do relatório Zalba e Gerbrandy, por concordar com as linhas gerais deste relatório intercalar que elenca as atividades da Comissão de Inquérito EMIS, onde sou membro efetivo.

De facto, enquanto membro ativo desta Comissão de inquérito, para além da necessidade de erradicar a cultura que permitiu a potencial fraude, tenho vindo a confirmar a inevitabilidade de a União Europeia assumir um papel de liderança na transição para a mobilidade inteligente.

Esta transição tecnológica é do interesse dos Europeus, da sua indústria e dos seus centros de conhecimento, na medida em que poupa vidas, melhora a qualidade de vida e abre novas perspetivas de competitividade.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o preiskavi glede merjenja emisij v avtomobilskem sektorju.

Podpiram vse ukrepe ter pobude, ki vodijo k izpolnitvi mandata preiskovalnega odbora, ki mu ga je Parlament podelil v sklepu z dne 17. decembra 2015 z namenom, da bi preučil domnevno neustrezno uporabo zakonodaje Unije v zvezi z meritvami emisij v avtomobilskem sektorju, in podal morebitna priporočila, ki bi bila po njegovem mnenju v tej zadevi potrebna.

5.4. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von István Ujhelyi (A8-0229/2016 - Tadeusz Zwiefka)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Considerando quanto prescritto dalla legge europea in materia di immunità parlamentare, congiuntamente a quanto indicato dalla legge ungherese, ho deciso di votare in favore della revoca dell'immunità parlamentare del deputato ungherese al Parlamento europeo, Istvàn Ujhelyi.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP MEPs voted to uphold the waiver of immunity as Ujhelyi was not a Member of the European Parliament at the time the incident took place.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – This is a request to waive the parliamentary immunity of Hungarian S&D MEP István Ujhelyi. In Hungarian law defamation is treated as a criminal offence, and criminal proceedings have been taken against the MEP over comments he made on Hungarian TV in April 2014 in which he opposed Tamás Sneider's application for the post of Vice-President of the Hungarian Parliament by saying about Mr Sneider that 'he stated that he had a fight with a gipsy Mafioso and hit him with… baseball bats', and that 'everyone else says he was the local boss of a Mafia-style organisation, a skinhead organisation'. The comments were made before he was elected as MEP but while he was a candidate. In November 2014 the Hungarian court suspended the procedure and moved that the EP waive his immunity. István Ujhelyi believes the EP should defend his immunity because under Hungarian law candidates for European elections have parliamentary immunity. But under European law only MEPs are covered, so the interpretation by JURI is that immunity should be waived as he wasn't acting in his capacity as MEP when he made the comments. I believe this is the correct interpretation, so voted in favour.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Istvan Ujhelyi n'était pas membre du Parlement européen au moment de l'infraction présumée. Il ne pouvait donc se prévaloir juridiquement d'une quelconque immunité de notre Parlement.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Dans le cadre de l'émission «Egyenes Beszéd» diffusée le 25 avril 2014 par la chaîne de télévision hongroise ATV, M. István Újhelyi a déclaré qu'il s'opposait à la candidature de M. Tamás Sneider au poste de vice-président de l'Assemblée nationale en affirmant, à propos de la personne de Tamás Sneider, qu'il a déclaré qu'il s'était battu avec un tzigane mafieux et qu'il l'avait roué de coups avec je ne sais quoi, une batte de baseball, et que tout le monde dit qu'il a été le chef local d'une organisation mafieuse, d'une bande de «skinheads».

Le tribunal de Pest a demandé la levée de l'immunité parlementaire d'István Ujhelyi. La demande du tribunal porte sur une procédure pénale pour diffamation concernant un particulier en Hongrie.

Considérant que les accusations qui pèsent sur István Ujhelyi ne se rapportent pas à des opinions exprimées ou à des votes émis dans l'exercice de ses fonctions en tant que député au Parlement européen, l'immunité prévue n'est donc pas applicable.

Néanmoins, István Ujhelyi plaide pour que le Parlement européen ne lève pas son immunité au motif qu'en vertu d'une loi hongroise, les candidats aux élections européennes en Hongrie jouissent d'une immunité parlementaire.

Je me suis donc abstenue.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – In the interest of transparency and democracy I voted in favour of this waiver. I voted to waive the immunity. The event took place before Ujhelyi was even an MEP.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération comme le préconisait la commission au fond

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Parlamento pirmininkas pranešė, kad 2015 m. liepos 15 d. gavo Vengrijos nuolatinio atstovo ES laišką, kuriuo pateikiama Pešto centrinio apygardos teismo nutartis dėl prašymo atšaukti Europos Parlamento nario Istváno Ujhelyi'aus imunitetą dėl šmeižto. Kadangi teiginiai buvo pateikti prieš Istvánui Ujhelyi'ui tampant Europos Parlamento nariu, todėl pritariu sprendimui atšaukti Istváno Ujhelyi'aus imunitetą.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP MEP's voted to uphold the waiver of immunity as Ujhelyi was not a Member of the European Parliament at the time the incident took place.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Le tribunal central d'arrondissement de Pest a demandé la levée de l'immunité parlementaire d'István Ujhelyi, l'immunité prévue par l'article 8 du protocole nº 7 n'est pas applicable, car, au moment des faits reprochés, il n'était pas encore député mais simplement en campagne. Cependant, István Ujhelyi plaide pour que le Parlement européen ne lève pas son immunité au motif qu'une loi hongroise permet aux candidats aux élections européennes en Hongrie de jouir déjà d'une immunité parlementaire. Je me suis donc abstenu, respectant le droit hongrois en la matière et laissant à ce député le bénéfice du doute.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté la levée d'immunité de Monsieur Ujhelyi suivant en cela la décision de la commission des affaires juridiques

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – Me abstuve en la votación para retirar la inmunidad parlamentaria al eurodiputado húngaro, István Ujhelyi, del Grupo de la Alianza Progresista de Socialistas y Demócratas. Esta solicitud se produce como consecuencia de una acusación de difamación a otro cargo público en Hungría.

Aunque estos sucesos ocurrieron antes de que se convirtiera en diputado al Parlamento Europeo tras las elecciones al Parlamento Europeo de 2014, es decir, fuera de la actividad parlamentaria por la que goza de inmunidad, considero que los elementos de juicio no me permiten adoptar una posición rotunda en este caso. Al mismo tiempo, siendo un diputado húngaro opositor al Gobierno de Viktor Orbán, caracterizado en los últimos años por su creciente autoritarismo, es un motivo más para ser prudente en relación a esta solicitud de retirada de la inmunidad parlamentaria que, además, fue promovida por el portavoz parlamentario del partido ultraderechista Jobbik, Tamás Sneider, que ha estado envuelto en varios episodios violentos y con connotaciones racistas.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Attenendomi alle indicazioni della commissione giuridica, ho votato a favore della revoca dell'immunità dell'onorevole István Ujhelyi. Si tratta di una richiesta presentata sulla base di una decisione del 26 novembre 2014 del tribunale distrettuale centrale di Pest (Ungheria) in relazione a un procedimento penale per diffamazione.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad, tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Estoy de acuerdo con las apreciaciones jurídicas que consideran que las declaraciones que han dado origen a la imputación del señor Uhjelyi, se produjeron cuando no era parlamentario europeo, no tiene que ver en modo alguno con su condición de tal, ni con las funciones que nos competen a los diputados del Parlamento Europeo y tiene cauce para esclarecerse en el ámbito de la justicia húngara.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai préféré m'abstenir sur cette demande de levée de l'immunité parlementaire du député socialiste hongrois Istvan Ujhelyi.

M. Ujhelyi est en effet l'objet en Hongrie d'une procédure pénale pour des faits de diffamation. Pour rappel, il aurait accusé en 2014 lors d'une émission tv le candidat au poste de vice-président de l'Assemblée nationale hongroise d'être le chef local d'une organisation mafieuse, d'une «bande de skinheads» .

En soi, ces propos n'ayant pas été tenu dans l'exercice de ses fonctions de députés européens, l'immunité ne tient pas. Cependant, il semblerait qu'une loi hongroise prévoit que cette immunité soit applicable à tous candidats aux élections européennes.

Dans le doute et en attendant que des autorités compétentes démêlent cet imbroglio juridique, il valait donc mieux s'abstenir.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria de István Ujhelyi a la vista del informe elaborado por la Comisión de Asuntos Jurídicos, que constata que el Tribunal Central de Distrito de Pest ha solicitado la suspensión en relación con un procedimiento penal en curso por un delito de difamación vinculado con las declaraciones efectuadas por el citado parlamentario el 25 de abril de 2014 sobre una persona de Hungría, cuando no era diputado al Parlamento Europeo, y que, por tanto, los cargos contra él no se refieren a una opinión expresada o a un voto por él emitidos en el ejercicio de sus funciones como diputado al Parlamento Europeo.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas nutarė atšaukti Vengrijos europarlamentaro Istváno Ujhelyi'aus imunitetą. Pešto centrinis apygardos teismas pateikė prašymą atšaukti Europos Parlamento nario Istváno Ujhelyi'aus imunitetą, susijusį su šiame teisme nagrinėjama byla dėl šmeižto, t. y. dėl 2014 m. Istváno Ujhelyi'aus teiginių apie privatų asmenį Vengrijoje. Kaltinimai Istvánui Ujhelyi'ui nesusiję su jam, kaip Europos Parlamento nariui, einant pareigas pareikšta nuomone ar balsavimu ir todėl negalima taikyti absoliutaus imuniteto pagal Protokolo (Nr. 7) 8 straipsnį apsaugos.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam zahtjev za ukidanje imuniteta Istvánu Ujhelyiju.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Dans le cadre de l'émission télévisée diffusée en avril 2014 sur la chaine hongroise ATV, le député européen István Ujhelyi avait affirmé s'opposer à la candidature de Tamas Sneider en tant que vice-président de l'Assemblée nationale. Selon lui, le candidat avait déclaré s'être battu avec un Tzigane qu'il aurait par la suite roué de coup. Toujours selon István Ujhelyi, Tamas Sneider aurait été le chef local d'une organisation mafieuse par le passé.

Par ces propos, le député européen hongrois est accusé de diffamation et fait par conséquent l'objet d'une demande de levée d'immunité parlementaire formulée par le tribunal central d'arrondissement de Pest. Considérant que les accusations qui pèsent sur István Ujhelyi ne se rapportent pas à des opinions exprimées ou à des votes émis dans l'exercice de ses fonctions en tant que député au Parlement européen, l'immunité prévue par l'article 8 du protocole n° 7 n'est donc pas applicable.

Néanmoins, István Ujhelyi plaide pour que le Parlement européen ne lève pas son immunité au motif que les candidats aux élections européennes en Hongrie jouissent d'une immunité parlementaire en vertu de loi hongroise. Je me suis donc abstenu sur ce texte.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in questione perché, nel quadro di un procedimento penale dinanzi al tribunale di Pest, István Ujhelyi è accusato di aver commesso il reato di diffamazione ai sensi dell'articolo 226, paragrafo 1 della legge C del 2012 del codice penale ungherese.

Da quanto emerge dalla decisione del tribunale, István Újhelyi, nel corso del programma «Parliamo chiaro», trasmesso sull'emittente ungherese ATV il 25 aprile 2014, ha dichiarato di essersi opposto alla candidatura di Tamás Sneider alla carica di vicepresidente del parlamento ungherese.

Secondo István Újhelyi, il candidato alla vicepresidenza Sneider «ha affermato di essersi battuto con un mafioso zingaro colpendolo con non so quale tipo di strumento, mazze da baseball» e «tutti dicono che fosse il boss locale di un'organizzazione di stampo mafioso, un'organizzazione di teste rasate».

Il 26 novembre 2014, il tribunale centrale di Pest ha sospeso l'azione penale a carico di István Ujhelyi e ha chiesto al Parlamento europeo di revocarne l'immunità. István Ujhelyi, dal canto suo, ritiene che il Parlamento europeo debba salvaguardare la sua immunità in quanto i candidati alle elezioni ungheresi al Parlamento europeo godono dell'immunità parlamentare.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This is a request to waive the parliamentary immunity of Hungarian S&D MEP István Ujhelyi. In Hungarian law defamation is treated as a criminal offence, and criminal proceedings have been taken against the MEP over comments he made on Hungarian TV in April 2014 in which he opposed Tamás Sneider's application for the post of Vice-President of the Hungarian Parliament by saying about Mr Sneider that 'he stated that he had a fight with a gipsy Mafioso and hit him with… baseball bats', and that 'everyone else says he was the local boss of a Mafia-style organisation, a skinhead organisation'. The comments were made before he was elected as MEP but while he was a candidate. In November 2014 the Hungarian court suspended the procedure and moved that the EP waive his immunity. István Ujhelyi believes the EP should defend his immunity because under Hungarian law candidates for European elections have parliamentary immunity. But under European law only MEPs are covered, so the interpretation by JURI is that immunity should be waived as he wasn't acting in his capacity as MEP when he made the comments. I believe this is the correct interpretation, so voted in favour.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Le dichiarazioni di István Ujhelyi sono state rilasciate il 25 aprile 2014, quando non era membro del Parlamento europeo, ma membro del Parlamento ungherese. Ho quindi deciso di votare a favore della revoca dell'immunità parlamentare.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση, καθώς τα πραγματικά περιστατικά που προκύπτουν από το αίτημα άρσης ασυλίας και την ακρόαση του István Ujhelyi καταδεικνύουν ότι οι δηλώσεις έγιναν σε χρονική περίοδο, κατά την οποία αυτός δεν ήταν βουλευτής του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου. Συνεπώς, σύμφωνα και με την Επιτροπή, όταν ο István Ujhelyi προέβη στις επίμαχες δηλώσεις δεν ενεργούσε στο πλαίσιο της άσκησης των καθηκόντων του ως βουλευτής του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου. Το γεγονός ότι η ουγγρική νομοθεσία αναγνωρίζει ότι οι υποψήφιοι βουλευτές στις εκλογές για το εθνικό ή το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο απολαύουν βουλευτικής ασυλίας βάσει των εθνικών διαδικασιών ουδόλως επηρεάζει τω ως άνω συμπέρασμα για τους σκοπούς της διαδικασίας στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς την άρση ασυλίας του István Ujhelyi. Καθώς η διαδικασία αυτή δεν σχετίζεται με τη δράση του στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, αποφάσισα να ψηφίσω θετικά.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the Request for waiver of the parliamentary immunity of István Ujhelyi and noted no objections.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della revoca dell'immunità in oggetto perché le dichiarazioni in questione sono state rese prima che il collega István Ujhelyi fosse eletto al Parlamento europeo e conseguentemente non possono essere ritenute rilasciate nell'esercizio delle sue funzioni di membro del Parlamento europeo.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — The waiver was requested for parliamentary immunity of a Member of the European Parliament, István Ujhelyi, in connection with proceedings before it. The report grants the waiver on criminal proceedings relating to the crime of defamation, which I support.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de retirar la inmunidad parlamentaria de István Ujhelyi puesto que ha sido imputado por realizar unas declaraciones difamatorias y de contenido racista en la televisión húngara, cuando aún no era eurodiputado. Por el carácter del delito que se le imputa, he decidido votar a favor de la retirada de su inmunidad parlamentaria para que los tribunales de su país puedan seguir con el proceso judicial.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Popieram wniosek o uchylenie immunitetu panu Istvánowi Ujhelyi'emu. Eurodeputowany został oskarżony przed sądem węgierskim o zniesławienie pana Sneidera, twierdząc, że był on szefem organizacji o charakterze mafijnym. Pan Ujhelyi uważa, że powinien go chronić immunitet, mimo że zniesławienia dokonał w czasie, kiedy jeszcze nie był eurodeputowanym. Jasnym jest fakt, że nie miało to żadnego związku z wykonywaniem obowiązków wynikających z bycia eurodeputowanym. Sprawozdawca zaleca zniesienie immunitetu, ja uważam dokładnie tak samo.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour for the waiver of the immunity of István Ujhelyi, because in this way he can prove his innocence or otherwise in full compliance with the rule of law.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted to uphold the waiver of immunity as Ujhelyi was not a Member of the European Parliament at the time the incident took place.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Le 25 avril 2014 à la télévision hongroise, M. István Újhelyi a déclaré qu'il s'opposait à la candidature de M. Tamás Sneider au poste de vice-président de l'Assemblée nationale en affirmant que Tamás Sneider avait eu une violente altercation avec un Tsigane. Pour les besoins de la procédure pénale en diffamation, il est nécessaire de lever l'immunité parlementaire d'István Ujhelyi. Dans le cas d'espèce, l'immunité parlementaire n'est de toute façon pas applicable, mais l'intéressé a fait valoir une disposition particulière de la législation hongroise, qui la confère aux candidats aux élections européennes. Je me suis donc abstenue sur ce rapport.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Τα κοινοβουλευτικά προνόμια δεν πρέπει σε καμία περίπτωση να οδηγούν σε άνιση και προνομιακή μεταχείριση των βουλευτών έναντι τρίτων όσον αφορά την εφαρμογή του νόμου και την απονομή της δικαιοσύνης.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – Está establecido que los miembros del Parlamento Europeo no podrán ser buscados, detenidos ni procesados por las opiniones o los votos por ellos emitidos en el ejercicio de sus funciones; hay que tener en cuenta que las declaraciones por las que se inició este asunto, se efectuaron cuando el Sr Ujhelyi no era todavía diputado al Parlamento Europeo, y por tanto, al realizar dichas declaraciones, no actuó en el ejercicio de sus funciones como diputado al Parlamento Europeo.

Por ello la Comisión de Asuntos Jurídicos recomienda que el Parlamento Europeo suspenda la inmunidad parlamentaria de István Ujhelyi

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – No âmbito do processo penal instaurado junto do Tribunal Distrital Central de Pest, István Ujhelyi foi acusado do crime de difamação. Segundo o acórdão do Tribunal, os factos na origem do processo penal são os seguintes: num programa televisivo o deputado teceu comentários sobre a candidatura de Tamás Sneider para Vice-Presidente do Parlamento húngaro. Os factos do processo, tal como constam do pedido de levantamento da imunidade e da audição de István Ujhelyi, indicam que as declarações foram proferidas quando este ainda não era membro do Parlamento Europeu. Concordo com o levantamento da imunidade parlamentar de István Ujhelyi.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention: il s'agit d'une procédure pénale pour diffamation concernant un particulier en Hongrie.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este pedido de levantamento da imunidade parlamentar tem por base um processo pendente perante o Tribunal Distrital Central de Pest. O processo diz respeito a um crime de difamação relacionado com declarações feitas por István Ujhelyi sobre uma pessoa na Hungria, nomeadamente dizendo que esta não tinha condições para exercer um determinado cargo público por relações que tinha com criminosos. Estas declarações foram proferidas quando István Ujhelyi ainda era deputado do parlamento nacional húngaro e não do Parlamento Europeu. Não estando as declarações objeto de processo relacionadas com opiniões ou votos emitidos no exercício das suas funções de deputado do Parlamento Europeu, o que por consequência faz com que a imunidade absoluta prevista no artigo 8.º do Protocolo n.º 7 não seja aplicável. Como tal e face aos factos, votamos favoravelmente o levantamento da imunidade.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την έκθεση σχετικά με την αίτηση άρσης της βουλευτικής ασυλίας του István Ujhelyi. Τα κοινοβουλευτικά προνόμια δεν πρέπει σε καμία περίπτωση να οδηγούν σε άνιση και προνομιακή μεταχείριση των βουλευτών έναντι τρίτων όσον αφορά την επιβολή του νόμου και την απονομή της δικαιοσύνης.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The committee unanimously followed the rapporteur's recommendation to waive the immunity.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über den Antrag auf Aufhebung der Immunität von István Ujhelyi gestimmt, um ein transparentes Verfahren in einem gegen ihn laufenden Verfahren vor ungarischen Gerichten zu ermöglichen. Dem Gerichtsbeschluss zufolge hat das Strafverfahren folgenden Hintergrund: István Ujhelyi hatte sich in der Sendung Egyenes Beszéd („Direkte Rede") des ungarischen TV-Senders ATV vom 25. April 2014 gegen Tamás Sneiders Kandidatur für das Amt des stellvertretenden Präsidenten des ungarischen Parlaments ausgesprochen, weil Tamás Sneider gesagt habe, er habe sich mit einem Zigeuner-Mafioso geprügelt und diesen mit Baseballschlägern oder „wer weiß womit" geschlagen. Außerdem, so István Ujhelyi weiter, werde allgemein behauptet, dass er der lokale Chef einer mafiösen Organisation, einer Skinhead-Organisation, gewesen sei.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I supported the request as I agreed with the stated reasons to waive immunity.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad, tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. — Υπερψηφίσαμε την έκθεση για την άρση της βουλευτικής ασυλίας του István Ujhelyi αφού η υπό εξέταση υπόθεση για την οποία ζητείται η άρση της ασυλίας του έλαβε χώρα πριν να εκλεγεί Ευρωβουλευτής.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I support the waiver of the immunity of István Ujhelyi. Considering that Mr. Ujhelyi made the defamatory states at a time when he was not a Member of the European Parliament, it must be noted that when making the statements in question, István Ujhelyi was not acting in the performance of his duties as Member of the European Parliament. The fact that under national Hungarian legislation candidates standing in elections to the national parliament or to the European Parliament may enjoy parliamentary immunity in accordance with national procedures does not alter this conclusion for the purposes of the procedure in the European Parliament.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour as I have no objections.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za prijedlog odluke Europskog parlamenta o zahtjevu za ukidanje imuniteta Istvánu Ujhelyiju zbog toga što je to bio stav ALDE grupe.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Le tribunal central d'arrondissement de Pest a demandé la levée de l'immunité parlementaire de M. István Ujhelyi. La demande du tribunal porte sur une procédure pénale pour diffamation concernant un particulier en Hongrie. Ce député a en effet attaqué lors d'un entretien à la radio un homme politique de la majorité, l'accusant d'un passé politique extrémiste et violent. Je tiens en ces matières à la prudence, et me suis abstenu.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Tadeusz Zwiefka sur la demande de levée d'immunité parlementaire de d'István Ujhelyi. Cette procédure est une formalité qui, sans se prononcer sur le fond de l'affaire, vise à permettre aux autorités judiciaires de pouvoir effectuer leur travail d'investigation.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – Comme le préconisait la Commission JURI, j'ai voté en faveur de la levée de l'immunité parlementaire de Monsieur István Ujhelyi qui est poursuivi pour diffamation car ses propos ne se référait nullement à des opinions liées à son mandat de parlementaire.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für die Aufhebung der Immunität des Kollegen Ujhelyi. Die ihm vorgeworfenen Sachverhalte passierten alle vor bzw. außerhalb seines Mandates, sodass die Aufhebung seiner Immunität ihn nicht bei der Mandatsausübung behindert.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I supported the request as I agree with the reasons for the proposal to waive the immunity.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce rapport. Certes, M Ujhelyi est accusé de diffamation avant son mandat mais il bénéficie du doute quant à l'intention de lui nuire malgré une loi hongroise prévoyant la défense de son immunité en Hongrie.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur la levée de l'immunité parlementaire de M. István Újhelyi, accusé d'avoir diffamé un député national hongrois. Considérant que les accusations qui pèsent sur István Ujhelyi ne se rapportent pas à des opinions exprimées ou à des votes émis dans l'exercice de ses fonctions en tant que député au Parlement européen, l'immunité prévue par l'article 8 du protocole nº 7 n'est donc pas applicable.

Toutefois István Ujhelyi plaide pour que le Parlement européen ne lève pas son immunité au motif qu'en vertu d'une loi hongroise, les candidats aux élections européennes en Hongrie jouissent d'une immunité parlementaire.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Les accusations qui pèsent sur István Ujhelyi ne se rapportent pas à des opinions exprimées ou à des votes émis dans l'exercice de ses fonctions en tant que député au Parlement européen, l'immunité prévue par l'article 8 du protocole nº 7 n'est pas applicable.

Néanmoins, István Ujhelyi plaide pour que le Parlement européen ne lève pas son immunité au motif qu'en vertu d'une loi hongroise, les candidats aux élections européennes en Hongrie jouissent d'une immunité parlementaire.

Par conséquent, je me suis abstenu.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de retirar la inmunidad parlamentaria de István Ujhelyi puesto que ha sido imputado por realizar unas declaraciones difamatorias y de contenido racista en la televisión húngara, cuando aún no era eurodiputado. Por el carácter del delito que se le imputa, he decidido votar a favor de la retirada de su inmunidad parlamentaria para que los tribunales de su país puedan seguir con el proceso judicial.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem pro zbavení pana Ujhelyiho imunity. Předmětná událost (údajná pomluva jiného poslance, že spolupracoval s mafií) se stala před vznikem jeho poslaneckého mandátu, nechť tedy tuto záležitost řeší maďarské orgány.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – I am opposed to the waiver of the immunity of István Ujhelyi. He was charged with having committed the crime of defamation. I am in principle against such kind of articles in the Criminal Codes. Especially I am sceptical when such articles are used against journalists and politicians. Sometimes it is a very useful instrument against political opponents, especially when it was used against opponents of Hungarian regime leader Mr Orbán.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Ústredný obvodný súd v Budapešti obvinil poslanca Istvána Ujhelyiho z trestného činu ohovárania, ktorého sa mal dopustiť pred získaním mandátu poslanca EP. Zároveň v súlade s maďarskými právnymi predpismi požiadal súd EP o zbavenie jeho poslaneckej imunity. Keďže výroky a vyjadrenia poslanca Ujhelyiho sa netýkajú jeho názorov a vyjadrení pri výkone mandátu europoslanca, EP v súlade s rokovacím poriadkom rozhodol o zbavení jeho imunity. Samozrejme, že verím v spravodlivé vyšetrenie celého prípadu.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την αίτηση άρσης της ασυλίας του István Ujhelyi, κατόπιν της θετικής εισήγησης της Επιτροπής Νομικών Υποθέσεων του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce rapport.

Le 25 avril 2014 à la télévision hongroise, M. István Újhelyi a déclaré qu'il s'opposait à la candidature de M. Tamás Sneider au poste de vice-président de l'Assemblée nationale en affirmant que Tamás Sneider avait eu une violente altercation avec un Tsigane.

Pour les besoins de la procédure pénale pour diffamation, il est nécessaire de lever l'immunité parlementaire d'István Ujhelyi.

Dans le cas d'espèce, l'immunité parlementaire n'est de toute façon pas applicable, mais l'intéressé a fait valoir une disposition particulière de la législation hongroise, qui la confère aux candidats aux élections européennes.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Hier geht es um die Aufhebung der Immunität des MdEP István Ujhelyi. Dieser wurde in einem Strafverfahren nach Artikel 226 Absatz 1 des Gesetzes C/2012 über das ungarische Strafgesetzbuch der Verleumdung angeklagt. Ob der Tatbestand erfüllt ist, obliegt der richterlichen Beurteilung. Deswegen unterstütze ich diesen Antrag.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu EP pranešimui, kuriuo siūloma naikinti Europos Parlamento nario I. Ujhelyi teisinį imunitetą. Manau, jog tai padės teisėsaugai greičiau ištirti baudžiamąją bylą dėl šmeižto.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport demande la levée de l'immunité parlementaire d'István Újhelyi, député hongrois social-démocrate. Dans le cadre d'une émission de télévision István Újhelyi a déclaré à propos de son adversaire d'extrême-droite au poste de vice-président de l'assemblée nationale, M. Tamás Sneider, qu'il était «le chef local d'une organisation mafieuse, d'une bande de skinheads». Le tribunal central d'arrondissement de Pest a demandé au Parlement européen de lever l'immunité afin de pouvoir le poursuivre en diffamation.

Je vote contre car à l'évidence il s'agit d'une opinion politique dans le cadre de l'exercice du mandat non moins politique de István Újhelyi.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Considérant que les accusations qui pèsent sur István Ujhelyi ne se rapportent pas à des opinions exprimées ou à des votes émis dans l'exercice de ses fonctions en tant que député au Parlement européen, l'immunité prévue par l'article 8 du protocole nº 7 n'est pas applicable mais István Ujhelyi plaide pour que le Parlement européen ne lève pas son immunité au motif qu'en vertu d'une loi hongroise, les candidats aux élections européennes en Hongrie jouissent d'une immunité parlementaire.

Par conséquent, je me suis abstenue.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A defesa da independência do mandato do deputado europeu é da competência do Parlamento Europeu e essa independência não pode ser posta em causa. De acordo com o artigo 8.º do Protocolo relativo aos Privilégios e Imunidades da União Europeia, os membros do Parlamento Europeu não podem ser procurados, detidos ou perseguidos pelas opiniões ou votos emitidos no exercício das suas funções.

Neste caso o Tribunal Distrital Central de Pest solicitou o levantamento da imunidade parlamentar de um deputado ao Parlamento Europeu, István Ujhelyi, no âmbito de um processo pendente perante o dito tribunal. O pedido do tribunal diz respeito a um processo penal instaurado pelo crime de difamação, relacionado com declarações feitas por István Ujhelyi sobre uma pessoa na Hungria. As acusações proferidas contra István Ujhelyi não estão relacionadas com opiniões ou votos emitidos no exercício das suas funções de deputado ao Parlamento Europeu e que, por conseguinte, a imunidade absoluta prevista no artigo 8.º do Protocolo n.º 7 não é aplicável, daí que votei favoravelmente ao levantamento da sua imunidade.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la levée de l'immunité parlementaire d'István Ujhelyi dont la demande a été formulée par le tribunal central d'arrondissement de Pest (Hongrie) dans le cadre d'une procédure pénale dont István Ujhelyi a été saisi pour diffamation en lien avec des déclarations émises par le concerné à l'encontre d'un particulier en Hongrie.

L'immunité parlementaire est octroyée aux membres du Parlement européen afin de les protéger contre toute pression en lien avec des opinions ou votes émis par eux dans l'exercice de leurs fonctions, conformément à l'article 8 du protocole nº 7.

Les déclarations incriminées ont été formulées le 24 avril 2014, alors qu'István Ujhelyi n'était pas député au Parlement européen mais député au parlement national hongrois. L'immunité ne s'applique donc pas dans ce cas de figure.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the request for the waiver of the immunity of István Ujhelyi, since he was brought before the Central District Court of Pest criminal proceeding and was charged with having committed the crime of defamation pursuant to Article 226(1) of Act C of 2012 on the Hungarian Criminal Code.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Pesti Központi Kerületi Bíróság 2014. november 26-én kelt végzésében a rágalmazás vétségének elkövetésével vádolt Ujhelyi István mentelmi jogának felfüggesztését kérte. A vád alapjául szolgáló kijelentéseket Ujhelyi István 2014. április 25-én tette, még azt megelőzően, hogy a 2014. évi európai parlamenti választásokon európai parlamenti képviselővé választották volna. A Jogi Bizottság ezért jelentésében úgy véli, hogy Ujhelyi István nem európai parlamenti képviselői feladatait látta el, amikor a szóban forgó kijelentéseket tette, és így azt indítványozza, hogy az Európai Parlament függessze fel Ujhelyi István mentelmi jogát.

Ujhelyi István álláspontja szerint ezzel szemben az Országgyűlésről szóló 2012. évi XXXVI. magyar törvény szerint a magyarországi európai parlamenti választásokon induló jelöltet is megilleti a mentelmi jog, ezért mentelmi jogát az Európai Parlamentnek fenn kellene tartania. A magam részéről Ujhelyi István álláspontját megalapozottnak tartom, ezért a Jogi Bizottság határozati javaslata ellen szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Dans le cadre d'une émission de télévision hongroise ATV, M. István Ujhelyi a déclaré qu'il s'opposait à la candidature de M. Tamás Sneider au poste de vice-président de l'Assemblée nationale en affirmant, à propos de la personne de Tamás Sneider, que «tout le monde dit qu'il a été le chef local d'une organisation mafieuse, d'une bande de skinheads». Le tribunal central d'arrondissement de Pest a demandé la levée de l'immunité parlementaire d'István Ujhelyi. La demande du tribunal porte sur une procédure pénale pour diffamation concernant un particulier en Hongrie.

Considérant que les accusations qui pèsent sur István Ujhelyi ne se rapportent pas à des opinions exprimées ou à des votes émis dans l'exercice de ses fonctions en tant que député au Parlement européen, l'immunité prévue par l'article 8 du protocole nº 7 n'est pas applicable.

Toutefois, István Ujhelyi plaide pour que le Parlement européen ne lève pas son immunité au motif qu'en vertu d'une loi hongroise, les candidats aux élections européennes en Hongrie jouissent d'une immunité parlementaire.

Dans le doute, cette demande appelle une abstention.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O presente relatório merece o meu voto favorável, uma vez decorridos todos os trâmites legais exigidos e pelo facto de o delito em causa não estar, de alguma forma, relacionado com o desempenho das funções de deputado e por não existir prova ou suspeita de que, na origem da ação penal, se encontre a intenção de prejudicar politicamente o deputado em causa.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Zwiefka concerne la poursuite d'Istvan Ujhelyi, par la chaine hongroise ATV, pour avoir tenu des propos diffamatoires.

Cette poursuite est sans liens avec son activité parlementaire n'étant pas mue par des considérations politique. Cependant, M. Ujhelyi plaide pour que le Parlement européen ne lève pas son immunité au motif qu'en vertu d'une loi hongroise, les candidats aux élections européennes en Hongrie jouissent d'une immunité parlementaire.

J'ai donc décidé de m'abstenir sur ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la levée de l'immunité Parlementaire de Monsieur István Ujhelyi . Toute demande adressée au Président du Parlement européen par les autorités d'un État membre en vue de lever l'immunité d'un député est instruite par la commission Parlementaire compétente. J'ai voté conformément à l'avis rendu par cette commission.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Támogattam az Ujhelyi képviselő úr mentelmi jogának felfüggesztésére irányuló kérelmet. A mentelmi jog felfüggesztése iránti kérelem és Ujhelyi István meghallgatása alapján az ügy tényállása szerint a kijelentéseket olyan időpontban tették, amikor Ujhelyi István még nem volt európai parlamenti képviselő. Egyébként véleményem szerint Ujhelyi képviselő úr extremista politikusok címére tett kérdéses kijelentései nem lépték túl a személyiségvédelem határát, és ezért biztos vagyok, hogy Ujhelyi kollégámnak ad majd igazat a magyarországi bíróság.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report according to the evaluation made by the JURI Committee.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — This is a request to waive the parliamentary immunity of Hungarian S&D MEP István Ujhelyi. In Hungarian law defamation is treated as a criminal offence, and criminal proceedings have been taken against the MEP over comments he made on Hungarian TV in April 2014 in which he opposed Tamás Sneider's application for the post of Vice-President of the Hungarian Parliament by saying about Mr Sneider that 'he stated that he had a fight with a gipsy Mafioso and hit him with… baseball bats', and that 'everyone else says he was the local boss of a Mafia-style organisation, a skinhead organisation'. The comments were made before he was elected as MEP but while he was a candidate. In November 2014 the Hungarian court suspended the procedure and moved that the EP waive his immunity. István Ujhelyi believes the EP should defend his immunity because under Hungarian law candidates for European elections have parliamentary immunity. But under European law only MEPs are covered, so the interpretation by JURI is that immunity should be waived as he wasn't acting in his capacity as MEP when he made the comments. I believe this is the correct interpretation, so voted in favour.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Hier geht es um die Aufhebung der Immunität des MdEP István Ujhelyi. Dieser wurde in einem Strafverfahren nach Artikel 226 Absatz 1 des Gesetzes C/2012 über das ungarische Strafgesetzbuch der Verleumdung angeklagt. Ob der Tatbestand erfüllt ist, obliegt der richterlichen Beurteilung. Aufgrund dessen unterstütze ich diesen Bericht.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted to uphold the waiver of immunity as Ujhelyi was not a Member of the European Parliament at the time the incident took place.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Considérant que les accusations qui pèsent sur István Ujhelyi ne se rapportent pas à des opinions exprimées ou à des votes émis dans l'exercice de ses fonctions en tant que député au Parlement européen, l'immunité prévue par l'article 8 du protocole nº 7 n'est donc pas applicable. Mais István Ujhelyi plaide pour que le Parlement européen ne lève pas son immunité au motif qu'en vertu d'une loi hongroise, les candidats aux élections européennes en Hongrie jouissent d'une immunité parlementaire.

Je préfère donc m'abstenir.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Budući da optužbe protiv kolege Istvána Ujhelyija nisu povezane s izražavanjem mišljenja ili njegovim glasovanjem pri izvršavanju dužnosti zastupnika u Europskom parlamentu i stoga apsolutni imunitet u skladu s člankom 8. Protokola br. 7 nije primjenjiv, podržavam odluku o ukidanju imuniteta.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – No dia 26 de novembro de 2014 deu entrada, no Tribunal Distrital de Pest, um pedido de levantamento da imunidade parlamentar de István Újhelyi.

Na origem do pedido estão declarações proferidas pelo deputado num programa de televisão local. Alegadamente, Újhelyi terá protagonizado um conjunto de declarações e acusações a Tamás Sneider, previstas e punidas segundo as normas do Código Penal húngaro como crime de difamação.

As declarações em questão foram alegadamente proferidas no dia 25 de abril de 2014, antes das eleições para a atual legislatura do Parlamento Europeu, que resultaram na eleição de István Ujhelyi como deputado. Ou seja, gostaria de salientar que factos indicam que as declarações foram proferidas quando este ainda não era membro do Parlamento Europeu. Assim, com base na recomendação da Comissão dos Assuntos Jurídicos, votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted to uphold the waiver of immunity as Ujhelyi was not a Member of the European Parliament at the time the incident took place.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – No âmbito do processo instaurado junto do Tribunal Distrital Central de Pest, István Ujhelyi foi acusado do crime de difamação. Segundo o acórdão do Tribunal, os factos na origem do processo penal são os seguintes: no programa Egyenes Beszéd («Conversa Franca»), em 25 de abril de 2014, István Ujhelyi afirmou que se opunha à candidatura de Tamás Sneider para Vice-Presidente do Parlamento húngaro, referindo que «ele declarou que teve um desentendimento com um mafioso cigano e lhe deu com não sei que espécie de instrumentos, tacos de basebol» e que «todos os outros dizem que ele era o chefe local de uma organização de tipo mafioso, uma organização de cabeças-rapadas».

As declarações em questão foram feitas em 25 de abril de 2014, antes das eleições para o Parlamento Europeu de 2014, que resultaram na eleição de István Ujhelyi como deputado. Tendo em conta que o procedimento judicial não diz respeito a opiniões ou votos emitidos no exercício das suas funções enquanto deputado ao Parlamento Europeu e que não há razão para supor que a intenção subjacente à ação judicial consiste em prejudicar a atividade política do deputado, este pedido, que votei favoravelmente, decide levantar a imunidade ao deputado István Ujhelyi.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – As acusações proferidas contra István Ujhelyi não estão relacionadas com opiniões ou votos emitidos no exercício das suas funções enquanto deputado ao Parlamento Europeu.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria de István Ujhelyi a la vista del informe elaborado por la Comisión de Asuntos Jurídicos, que constata que el Tribunal Central de Distrito de Pest, ha solicitado la suspensión en relación a un procedimiento penal en curso, por un delito de difamación vinculado con las declaraciones efectuadas por el citado parlamentario el 25 de abril de 2014 sobre una persona de Hungría, cuando no era diputado al Parlamento Europeo, y que, por tanto, los cargos contra él no se refieren a una opinión expresada o a un voto por él emitidos en el ejercicio de sus funciones como diputado al Parlamento Europeo.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée d'immunité de M. István Ujhelyi, afin que la justice hongroise puisse effectuer son travail, dans le strict respect des droits de la défense, étant entendu que les faits incriminés (propos tenus à l'occasion d'une émission de télévision hongroise) n'ont pas de lien direct avec la fonction de député européen de M. Ujhelyi — qui était alors député national — et ne sont pas motivés par une quelconque volonté de nuire.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą. Pešto centrinio apygardos teismo nagrinėjamoje baudžiamojoje byloje István Ujhelyi kaltinamas šmeižtu. 2014 m. balandžio 25 d. laidoje „Tiesiai šviesiai" István Ujhelyi pareiškė, kad prieštaravo, jog Tamás Sneider kandidatuotų į Vengrijos parlamento Pirmininko pavaduotojo pareigas, ir pasakė, kad T. Sneider „susimušė su romų mafijos nariu ir sudavė jam, nežinau, kokiu, įrankiu, beisbolo lazda" ir kad „visi sako, kad jis vietos lygmeniu vadovavo mafijos pobūdžio organizacijai (skustagalvių organizacijai)". Nepaisant to, kad šie apsisakymai išsakyti tuo metu, kai minėtas asmuo nebuvo Europos Parlamento narys, vis dėlto siekiant ištirti įvykį buvo būtina atšaukti István Ujhelyi neliečiamybę.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Este relatório diz respeito ao pedido de levantamento da imunidade parlamentar do colega István Ujhelyi. Trata-se de um pedido efetuado pelo Tribunal Distrital Central de Pest, relativo a 26 de novembro de 2014, e que diz respeito a um processo pendente nesse Tribunal no âmbito de um alegado crime de difamação, de que foi acusado István Ujhelyi nos termos do artigo 226.º, n.º 1, da Lei C de 2012 sobre o Código Penal húngaro.

Uma vez que se trata de uma alegada conduta praticada fora do seu mandato enquanto Eurodeputado (exercendo István Ujhelyi, à data dos factos que estão na origem deste processo judicial, as funções de Membro do Parlamento Nacional) e não havendo quaisquer razões para acreditar que existam intenções subjacentes à ação judicial no sentido de prejudicar a sua atividade política, votei favoravelmente este pedido de levantamento da imunidade parlamentar.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad, tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de retirar la inmunidad parlamentaria de István Ujhelyi puesto que ha sido imputado por realizar unas declaraciones difamatorias y de contenido racista en la televisión húngara, cuando aún no era eurodiputado. Por el carácter del delito que se le imputa, he decidido votar a favor de la retirada de su inmunidad parlamentaria para que los tribunales de su país puedan seguir con el proceso judicial.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted to waive the immunity, as this event took place before the subject was an MEP.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Ústredný obvodný súd v Pešti požiadal EP o zbavenie parlamentnej imunity poslanca EP Istvána Ujhelyiho v súvislosti s trestným činom ohovárania, ktorého sa mal poslanec dopustiť ešte v apríli v roku 2014. Podľa rozhodnutia súdu je skutková podstata taká, že István Ujhelyi počas televíznej besedy uviedol výroky na kandidáta za podpredsedu maďarského parlamentu, ktorým ho okrem iného označil za miestneho bossa mafiánskej organizácie, a povedal, že sa pobil s cigánskym mafiánom,… Podľa maďarského trestného zákona každý, kto pred inými osobami uvedie skutočnosť, spôsobilú ohroziť vážnosť osoby, rozširuje neoverené správy alebo použije výraz priamo odkazujúci na takúto skutočnosť, sa dopustí trestného činu ohovárania. Tieto výroky mal povedať poslanec Ujhelyi v čase, keď ešte nevykonával mandát poslanca EP, preto v záujme vyšetrenia uvedenej skutočnosti som podporila návrh na uznesenia, aby István Ujhelyi bol zbavený imunity.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Európsky parlament nemôže brániť zákonnému a riadne odôvodnenému trestnému stíhaniu svojho člena. Poslanec Európskeho parlamentu nereprezentuje len seba, ale aj svoju krajinu a celú Európsku úniu. Vždy by sa preto mal vyvarovať nevhodného správania, ako je napríklad aj osočovanie a urážanie svojich politických protivníkov. O to viac, ak ide o verejné vystúpenie.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Ich habe für die Aufhebung der Immunität gestimmt, weil es sich nicht um einen mandatsbezogenen Sachverhalt handelt.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Tijekom programa Egyenes Beszed (Otvoreni razgovori) emitiranog na mađarskom TV kanalu ATV 25. travnja 2014. István Ujhelyi izjavio je da je protiv prijave Tamása Sneidera na mjesto potpredsjednika mađarskog parlamenta te u tom pogledu naveo navodne sporne izjave gospodina Sneidera.

Podržavam izvješće o zahtjevu za ukidanje imuniteta Istvánu Ujhelyiju u skladu s člankom 226. stavkom 1. Zakona C iz 2012. mađarskog Kaznenog zakonika prema kojem svaka osoba koja pred drugima iznese kao činjenicu nešto što može naštetiti nečijem ugledu ili časti, širi glasine ili izravno upućuje na takvu tvrdnju, čini kazneno djelo klevete koje je kažnjivo.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Τα κοινοβουλευτικά προνόμια δεν πρέπει σε καμία περίπτωση να οδηγούν σε άνιση και προνομιακή μεταχείριση των βουλευτών έναντι του νόμου και της δικαιοσύνης.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Nous avons voté en faveur de la levée d'immunité afin que cette personne puisse s'expliquer devant la justice de son pays.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of waiving the immunity of the Member of the European Parliament István Ujhelyi, who is being accused of defamatory statements made during a talk show broadcasted by a Hungarian TV Channel, towards an applicant for the post of Vice-President of the Hungarian Parliament. Waving the immunity will facilitate the enquiry in connection to criminal proceedings, as the statement was made at a time when István Ujhelyi was not a Member of the European Parliament, but a Member of the National Parliament. It therefore cannot be covered by the immunity provided by his status of Member of the European Parliament.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržavam zahtjev za ukidanje imuniteta Istvánu Ujhelyiju. Smatram to opravdanim, budući da je njegova izjava izrečena u razdoblju kada on nije bio zastupnik u Europskom parlamentu. Optužba protiv Istvána Ujhelyija nije povezana s izražavanjem mišljenja ili njegovim glasovanjem pri izvršavanju dužnosti zastupnika u Europskom parlamentu i stoga smatram da nadležna tijela trebaju istražiti moguće kazneno djelo.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog sklepa o zahtevi za odvzem imunitete Istvánu Ujhelyiju sem podprla.

V sodnem postopku pred osrednjim okrožnim sodiščem v Pešti je bil István Ujhelyi obtožen kaznivega dejanja obrekovanja v skladu s členom 226(1) zakona C madžarskega kazenskega zakonika iz leta 2012.

Kaznivo dejanje nima veze z delovanjem poslanca, zato odvzem imunitete podpiram.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad, tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad, tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the request for waiver of the immunity of István Ujhelyi. In criminal proceedings brought before the Central District Court of Pest, István Ujhelyi was charged with having committed the crime of defamation pursuant to Article 226(1) of Act C of 2012 on the Hungarian Criminal Code. Since the statements in question were made on 25 April 2014, they were made before István Ujhelyi became a Member of the European Parliament following his election during the 2014 European Parliament elections. I voted in favour of the report because when making the statements in question, István Ujhelyi was not acting in the performance of his duties as Member of the European Parliament.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Ao deputado István Ujhelyi foi feito um pedido de levantamento da imunidade parlamentar no âmbito de um processo pendente perante o Tribunal Distrital Central de Pest.

O processo diz respeito a um crime de difamação, relacionado com declarações feitas por István Ujhelyi sobre uma pessoa na Hungria, nomeadamente dizendo que esta não tinha condições para exercer um determinado cargo público por relações que tinha com criminosos.

Estas declarações foram proferidas quando István Ujhelyi ainda era deputado do Parlamento Nacional Húngaro e não do Parlamento Europeu. As declarações objeto de processo não estão relacionadas com opiniões ou votos emitidos no exercício das suas funções de deputado ao Parlamento Europeu, o que, por consequência, faz com que a imunidade absoluta prevista no artigo 8.º do Protocolo n.º 7 não seja aplicável.

Como tal, e face aos factos, votamos a favor do levantamento da imunidade.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Da die Geschehnisse vor bzw. außerhalb seiner Tätigkeit als Abgeordneter erfolgten, habe ich dem Antrag zugestimmt.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – In dem zur Abstimmung stehenden Bericht bzw. Fall von Immunitätsaufhebung geht es um ein reines Meinungsdelikt. Da die parlamentarische Immunität eines Abgeordneten gerade dessen freie Meinungsäußerung schützen soll, steht die hier geforderte Immunitätsaufhebung dem Geist der parlamentarischen Demokratie entgegen, weshalb hier ein „Nein“ am Platze war.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Mnohokrát je plénu Európskeho parlamentu predložená žiadosť o zbavenie imunity poslancov Európskeho parlamentu na základe rôznych skutočností. Môj názor na tieto správy je taký, že pokiaľ ide o žiadosť o zbavenie imunity v dôsledku činu, ktorý sa udial v čase, keď bol príslušný poslanec už členom Európskeho parlamentu a zároveň predmetný čin sa udial v súvislosti s výkonom jeho mandátu (napríklad týkal sa jeho výrokov v pléne), nemal by byť poslaneckej imunity zbavený. Pokiaľ však ide o udalosti, ktoré s výkonom mandátu poslanca Európskeho parlamentu nesúvisia, prípadne sa stali ešte predtým, ako sa poslanec svojho mandátu ujal, nevidím dôvod na hlasovanie proti takejto žiadosti. Myslím si, že pravidlá sú v prípade zbavovania imunity poslancov dostatočne jasné, a preto som aj v tomto prípade – keďže v čase incidentu ešte nešlo o poslanca Európskeho parlamentu – hlasovala za zbavenie imunity.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za zahtevo za odvzem imunitete Istvánu Ujhelyiju.

Kot izhaja iz poročila, obtožbe zoper Istvána Ujhelyija niso povezane z mnenjem ali glasom, ki bi ga ta poslanec izrekel pri opravljanju svojih dolžnosti poslanca Evropskega parlamenta, zato zanj ne velja absolutna imuniteta v smislu člena 8 Protokola št. 7.

5.5. Antrag auf Schutz der Vorrechte und der parlamentarischen Immunität von Rosario Crocetta (A8-0230/2016 - Heidi Hautala)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP MEPs voted to uphold the defence of parliamentary privilege as Crocetta was a Member of the European Parliament at the time the incident took place and was fulfilling his role.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of defending the immunity of Rosario Crocetta. This immunity procedure is a rejection of the request to waive the immunity of former Italian S&D Rosario Crocetta who is subject to criminal proceedings for alleged defamation. In 2012 Crocetta made several comments relating to organised crime involvement in public procurement procedures in relation to environmental policies, including saying the certain waste-to-energy plants were controlled by the Mafia. He was MEP at the time, and a member of ENVI and first Vice-Chair of the Special Committee on Organised Crime, Corruption and Money Laundering. JURI's position is that there is a direct and obvious link between his activities as an MEP and the comments and his immunity should be defended. I support the Committee's position.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la défense de l'immunité de Rosario Crocetta.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Rosario Crocetta est accusé d'avoir tenu des propos diffamatoires alors qu'il était député européen parce qu'il a publiquement accusé des individus de travailler avec la mafia italienne.

Dans le cadre de la procédure pénale le visant en Italie, il a demandé la défense de son immunité parlementaire au Parlement européen.

Rosario Crocetta était député au Parlement européen lorsqu'il a tenu les propos en question et le compte-rendu des débats auxquels M. Crocetta a participé montre qu'il a toujours été très actif dans la lutte contre la criminalité organisée et son impact sur l'Union et ses États membres. Il a également mis l'accent sur l'influence de la corruption systématique sur la politique et l'économie, notamment en ce qui concerne les marchés publics liés à la politique environnementale. Enfin, il ressort des documents fournis à la commission des affaires juridiques et de l'audition devant celle-ci que les déclarations de M. Crocetta ont un lien direct et évident avec ses fonctions parlementaires.

J'ai donc voté pour le maintien de son immunité parlementaire.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – In the interest of transparency and democracy I voted in favour of this waiver. This is a defamation issue which took place before Crocetta was an MEP.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération comme le préconisait la commission au fond.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Parlamento pirmininkas pranešė, kad gavo buvusio Europos Parlamento nario Rosario Crocettos prašymą ginti jo parlamentinį imunitetą Palermo teisme (Italija) nagrinėjamoje baudžiamojoje byloje. Atsižvelgiant į visas pateiktas aplinkybes, Teises reikalų komitetas rekomenduoja Europos Parlamentui ginti Rosario Crocettos parlamentinį imunitetą, todėl balsavau už šį pranešimą.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP MEP's voted to uphold the defence of parliamentary privilege as Crocetta was a Member of the European Parliament at the time the incident took place and was fulfilling his role.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Je me suis montré favorable à la défense de l'immunité de cet ex-député italien au Parlement européen, étant donné que les propos et les écrits critiques de Rosario Crocetta sur la mafia italienne ont un lien direct et évident avec ses fonctions parlementaires.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour la demande de défense des privilèges et immunités de Monsieur Crocetta suivant en cela la décision de la commission des affaires juridiques.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de amparar la inmunidad parlamentaria del exeurodiputado italiano Rosario Crocetta, que fue acusado en Italia de difamaciones y calumnias. La Comisión de Asuntos Jurídicos recomienda que el Parlamento Europeo ampare sus privilegios e inmunidades, ya que las declaraciones efectuadas fueron realizadas dentro de su actividad parlamentaria como MEP.

Considero que es necesario proteger la libertad de expresión de los cargos públicos que, en el ejercicio de su función, deben poder expresar libremente opiniones y comentarios acerca de los asuntos más diversos.

Asimismo el Sr. Crocetta, actual presidente de Sicilia, siempre ha destacado en su actividad pública por su lucha contra la delincuencia organizada y la influencia de la corrupción en el ámbito económico y medioambiental. Durante su actividad como europarlamentario, Crocetta insistió en el poder que ostenta la mafia en Europa, por ello propuso crear una Comisión Antimafia de la Unión. Su compromiso por liberar a Italia y especialmente a su región, Sicilia, de la mafia le ha valido numerosos enemigos y amenazas.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Attenendomi alle indicazioni della commissione giuridica, ho votato a favore della richiesta di difesa dei privilegi e delle immunità di Rosario Crocetta. Si tratta di una richiesta presentata il 7 gennaio 2016 da Rosario Crocetta in difesa dei suoi privilegi e delle sue immunità, nel quadro del procedimento penale per diffamazione pendente dinanzi alla terza camera penale del tribunale di Palermo. Secondo la commissione, le dichiarazioni del Crocetta hanno un nesso diretto ed evidente con le sue funzioni parlamentari e si può quindi ritenere che Rosario Crocetta abbia agito nell'esercizio delle sue funzioni di deputato al Parlamento europeo.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la defensa de inmunidad del parlamentario Rosario Crocetta, ya que fue acusado por hacer unas declaraciones en un debate político sobre la mafia. En este caso, entendemos que sus declaraciones están directamente vinculadas con su actividad política como MEP, por lo que voto a favor de la defensa de su inmunidad.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Estoy de acuerdo con los argumentos jurídicos que aconsejan amparar al señor Crocetta. Las declaraciones que dieron origen al litigio judicial, se producen en temas y actividades relacionados con su actividad y se refieren a un asunto, la influencia de la mafia en la contratación pública, de interés general a nivel europeo. El señor Crocetta, era además eurodiputado cuando se produjo esta denuncia.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la défense de l'immunité parlementaire de Monsieur Rosario Crocetta du fait que celui-ci soit accusé de propos diffamatoires mais dont le lien avec ses fonctions et son mandat de député européen sont avérés.

M. Crocetta a en effet accusé publiquement des individus de collusion avec la mafia italienne, mais l'on sait de par les comptes rendu des débats du Parlement qu'il a toujours politiquement été très actif sur la question des organisations criminelles, des associations de malfaiteurs et des cas de corruption, le tout en lien avec leurs conséquences sur l'Union européenne et les États Membres.

Le lien direct entre les propos pour lesquels il est poursuivi et son action politique de député européen étant établi, il devrait pouvoir jouir de son immunité parlementaire.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de amparar la inmunidad del antiguo diputado al Parlamento Europeo Rosario Crocetta a la vista del informe elaborado por la Comisión de Asuntos Jurídicos, que constata que el procedimiento penal en curso seguido contra él en la Tercera Sala de lo Penal del Tribunal de Palermo versa sobre unas supuestas declaraciones difamatorias realizadas cuando era diputado al Parlamento Europeo; que las declaraciones del señor Crocetta están directa y manifiestamente relacionadas con su actividad parlamentaria y que, de conformidad con el artículo 8 del Protocolo n.º 7, los miembros del Parlamento Europeo no podrán ser buscados, detenidos ni procesados por las opiniones o los votos por ellos emitidos en el ejercicio de sus funciones, inmunidad destinada a proteger la libre expresión y la independencia de los diputados al Parlamento Europeo.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas nutarė ginti buvusio Italijos europarlamentaro Rosa Crocettos imunitetą. Buvęs Europos Parlamento narys Rosario Crocetta paprašė ginti jo, kaip Parlamento nario, imunitetą Palermo teismo 3-iojo bylų skyriaus nagrinėjamoje baudžiamojoje byloje, kurioje remiantis prokuratūros pateiktu pranešimu, R. Crocetta įtariamas padaręs šmeižiančius pareiškimus, už kuriuos baudžiama pagal Italijos baudžiamojo kodeksą. Rosario Crocetta tuo metu, kai jis padarė minėtuosius pareiškimus, buvo Europos Parlamento narys, o iš R. Crocettos parlamentinių įrašų matyti, kad jis visuomet labai aktyviai kovojo su organizuotu nusikalstamumu ir jo poveikiu Sąjungai ir valstybėms narėms. Jis taip pat didelį dėmesį skyrė sistemingos korupcijos neigiamam poveikiui politikai ir ekonomikai, visų pirma kiek tai susiję su viešaisiais pirkimais aplinkos politikos srityje.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam zahtjev za zaštitu povlastica i imuniteta Rosarija Crocette.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Rosario Crocetta est accusé d'avoir tenu des propos diffamatoires lorsqu'il était député européen. Il avait en effet accusé publiquement des individus d'entretenir des liens avec la mafia italienne. Dans le cadre de la procédure pénale le visant en Italie, il a demandé la défense de son immunité parlementaire au Parlement européen. Rosario Crocetta était député au Parlement européen au moment des faits et le compte-rendu des débats auxquels il a participé montre qu'il a toujours été très actif dans la lutte contre la criminalité organisée.

Il a également mis l'accent sur les cas de corruption systématique notamment en ce qui concerne l'attribution des marchés publics liés à la politique environnementale. Enfin, il ressort des documents fournis à la commission des affaires juridiques que les déclarations de Rosario Crocetta ont un lien direct et évident avec ses fonctions parlementaires. C'est la raison pour laquelle j'ai voté pour la défense de son immunité parlementaire.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in questione perché ritengo che le circostanze del caso giustificano l'applicazione dell'articolo 8 del protocollo n. 7 in materia di privilegi e immunità dell'Unione europea. Anche la commissione giuridica, infatti, invocando l'articolo 9, paragrafo 3, del regolamento e dopo un'attenta analisi della fattispecie, ha raccomandato al Parlamento europeo di difendere l'immunità e i privilegi di Rosario Crocetta.

Il concetto di «opinione», alla luce dell'articolo 8 del protocollo, include i discorsi e le dichiarazioni che, in merito al contenuto, corrispondono a valutazioni soggettive. La commissione giuridica ha ritenuto che le circostanze del caso mostrano che le dichiarazioni dell'on. Crocetta hanno un collegamento evidente e diretto con l'esercizio delle sue funzioni parlamentari.

L'on. Crocetta, anche a livello europeo, ha mostrato particolare interesse alla lotta contro la criminalità organizzata e l'influenza che quest'ultima esercita sulla politica e sull'economia. Egli, infatti, è stato primo vicepresidente della commissione speciale del Parlamento europeo sulla criminalità organizzata, la corruzione e il riciclaggio di denaro e membro della commissione per l'ambiente, la sanità pubblica e la sicurezza alimentare.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of defending the immunity of Rosario Crocetta. This immunity procedure is a rejection of the request to waive the immunity of former Italian S&D Rosario Crocetta who is subject to criminal proceedings for alleged defamation. In 2012 Crocetta made several comments relating to organised crime involvement in public procurement procedures in relation to environmental policies, including saying the certain waste-to-energy plants were controlled by the Mafia. He was MEP at the time, and a member of ENVI and first Vice-Chair of the Special Committee on Organised Crime, Corruption and Money Laundering. JURI's position is that there is a direct and obvious link between his activities as an MEP and the comments and his immunity should be defended. I support the Committee's position.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – In questo caso è ovvio, anche alla luce della successiva nomina di Musumeci a Presidente della Commissione antimafia, che l'on. Crocetta abbia utilizzato il suo potere di insindacabilità in modo strumentale per fini elettorali. Ho perciò deciso di votare contro il mantenimento dell'immunità dell'ex deputato europeo.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση καθώς όταν ο κ. Rosario Crocetta ήταν βουλευτής του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, και ιδίως όταν προέβη στις επίμαχες δηλώσεις, συμμετείχε ενεργά, σε πολιτικό επίπεδο, στην καταπολέμηση του οργανωμένου εγκλήματος και των επιπτώσεών του στην πολιτική και την οικονομία, ιδίως όσον αφορά τις δημόσιες συμβάσεις στον τομέα της περιβαλλοντικής πολιτικής. Διετέλεσε, μάλιστα, αντιπρόεδρος της ειδικής επιτροπής του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου για το οργανωμένο έγκλημα, τη διαφθορά και τη νομιμοποίηση εσόδων από εγκληματικές ενέργειες και υπήρξε μέλος της Επιτροπής Περιβάλλοντος, Δημόσιας Υγείας και Ασφάλειας των Τροφίμων.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε σχετικά με την αίτηση για την υπεράσπιση της ασυλίας του Rosario Crocetta. Καθώς το αρχικό αίτημα άρσης ασυλίας είχε άμεση σχέση με τη δράση του ως Ευρωβουλευτή, θεωρώ πως οφείλαμε να υπερασπιστούμε την ασυλία του και για αυτό τον λόγο ψήφισα θετικά.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the Request for defence of the parliamentary immunity of Rosario Crocetta and noted no objections.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del mantenimento dell'immunità in quanto le dichiarazioni sono state rese quando era deputato al Parlamento europeo e le sue affermazioni possono essere ritenute collegate all'attività parlamentare da lui svolta.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — The report concerns the election of the Members of the European Parliament by direct universal suffrage, indicating that Mr Crocetta's statements had a direct and obvious connection with his parliamentary duties. The report defends the immunity and privileges of Rosario Crocetta, I support it.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que pide el mantenimiento de la inmunidad parlamentaria de Rosario Crocetta, puesto que este antiguo eurodiputado, ha sido imputado en relación a unas declaraciones de denuncia del crimen organizado y de la mafia italiana cuando era europarlamentario. Al ser él, en ese momento el primer vicepresidente de la Comisión Especial del Parlamento Europeo sobre delincuencia organizada, corrupción y blanqueo de dinero, considero que sus declaraciones fueron realizadas en el marco de su mandato parlamentario, por lo que coincido con la ponente en mi consideración de que no se le debe retirar su inmunidad en este caso.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of the immunity of Rosario Crocetta because in this way he can prove his innocence or otherwise in front of the relevant judicial authorities.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted to uphold the defence of parliamentary privilege as Crocetta was a Member of the European Parliament at the time the incident took place and was fulfilling his role.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne l'immunité parlementaire d'un député pour les besoins d'une poursuite pénale en diffamation. En l'occurrence, le député européen Rosario Crocetta est accusé d'avoir tenu des propos diffamatoires en accusant publiquement des individus de liens mafieux. Très impliqué dans la lutte contre la criminalité organisée, Rosario Crocetta a tenu des propos cohérents avec son mandat de député européen. Pour cette raison, je soutiens le maintien de son immunité. J'ai voté pour ce rapport.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Καταψήφισα την πρόταση για τη διατήρηση της βουλευτικής ασυλίας καθώς τα κοινοβουλευτικά προνόμια δεν πρέπει σε καμία περίπτωση να οδηγούν σε άνιση και προνομιακή μεταχείριση των βουλευτών έναντι τρίτων όσον αφορά την επιβολή του νόμου και την απονομή της δικαιοσύνης.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – Como señala la Comisión en su informe, los hechos del presente asunto cumplen con los requisitos para la aplicación de esta disposición, ya que siendo el diputado del Parlamento Europeo, puede considerarse que a la vista de las circunstancias del caso y del contenido de las declaraciones, las denuncias vertidas por el señor Crocetta guardaban una relación directa y manifiesta con sus actividades como diputado del Parlamento Europeo. Teniendo en cuenta que los miembros del Parlamento Europeo no podrán ser buscados, detenidos ni procesados por las opiniones o los votos por ellos emitidos en el ejercicio de sus funciones, este informe recoge la recomendación de la Comisión de Asuntos Jurídicos que indica que el Parlamento Europeo debería amparar sus privilegios e inmunidades.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Em 2 de outubro de 2012, durante um debate político realizado no Centro Pio La Torre, em Palermo, Rosario Crocetta proferiu um conjunto de declarações que viriam a finalizar com uma ação por difamação num tribunal italiano. A Comissão dos Assuntos Jurídicos considera que os factos do processo, como evidenciam os documentos fornecidos e a audição Rosario Crocetta, mostram que as declarações em causa têm um nexo direto e óbvio com as atividades parlamentares de Rosario Crocetta estando estreitamente associado, a nível político, à luta contra a criminalidade organizada e respetiva influência na política e na economia, em especial no que toca à contratação pública no domínio da política ambiental. Concordo com a defesa da imunidade e os privilégios de Rosario Crocetta.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote: pour la défense de son immunité.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório aborda um pedido de defesa da imunidade parlamentar do então deputado no Parlamento Europeu Rosario Crocetta. Este deputado está a enfrentar uma ação penal pendente na 3.ª Secção Criminal do Tribunal de Palermo, por ter alegadamente proferido declarações difamatórias, comportamento que é punível pelo artigo 595.º do Código Penal italiano.

Os deputados no Parlamento Europeu não podem ser procurados, detidos ou perseguidos pelas opiniões ou votos emitidos no exercício das suas funções, sendo esta uma forma de proteger a sua liberdade de expressão e a sua ação política, artigo 8.º do Protocolo n.º 7. As declarações do deputado em questão proferidas no âmbito do combate à criminalidade organizada foram as que foram alvo da ação penal em causa. Considera-se que os factos do caso, como mostram os documentos fornecidos às autoridades competentes, como a Comissão de Assuntos Jurídicos, indicam que as declarações de Rosario Crocetta têm um nexo direto e óbvio com as suas funções parlamentares. Pode-se considerar que Rosario Crocetta estava a agir no exercício das suas funções de deputado ao Parlamento Europeu. Logo votámos favoravelmente a defesa das imunidades e dos privilégios de Rosario Crocetta.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την αίτηση για την υπεράσπιση των προνομίων και ασυλιών του Rosario Crocetta καθώς τα κοινοβουλευτικά προνόμια δεν πρέπει σε καμία περίπτωση να οδηγούν σε άνιση και προνομιακή μεταχείριση των βουλευτών έναντι τρίτων όσον αφορά την επιβολή του νόμου και την απονομή της δικαιοσύνης.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über den Antrag auf Schutz der Vorrechte und der Immunität von Rosario Crocetta gestimmt. Das Parlament hat nach eingehender Prüfung den weiteren Schutz des italienischen Exabgeordneten beschlossen, der zu einem der engagiertesten Kämpfer gegen die Machenschaften der Mafia in Sizilien zählt.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on the request for defence of the parliamentary immunity of Rosario Crocetta.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la defensa de inmunidad del parlamentario Rosario Crocetta, ya que fue acusado por hacer unas declaraciones en un debate político sobre la mafia. En este caso, entendemos que sus declaraciones están directamente vinculadas con su actividad política como MEP, por lo que voto a favor de la defensa de su inmunidad.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. — Υπερψηφίσαμε τη αίτηση για προστασία του κ. Crocetta έτσι ώστε να μην αρθεί η βουλευτική του ασυλία. Δεν υπάρχει αμφιβολία ότι, όταν ο κ. Crocetta προέβη στις επίμαχες δηλώσεις (για τις οποίες κατηγορείται), έθεσε ένα ζήτημα γενικού ενδιαφέροντος που προκαλεί ανησυχία στους ευρωπαίους πολίτες, δηλαδή την επιρροή που φέρεται ότι ασκεί το οργανωμένο έγκλημα σε συγκεκριμένες διαδικασίες σύναψης δημόσιων συμβάσεων με σημαντικές οικονομικές και περιβαλλοντικές συνέπειες, καθώς και σε γνωστούς πολιτικούς, ζήτημα η αντιμετώπιση του οποίου μπορεί να θεωρηθεί ως ένα από τα βασικά καθήκοντα των βουλευτών του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου. Λαμβανομένων υπόψη των περιστάσεων της υπόθεσης και του περιεχόμενου των δηλώσεων, οι ισχυρισμοί του κ. Crocetta αποδεικνύουν άμεσο και πρόδηλο σύνδεσμο με τις δραστηριότητές του ως βουλευτή του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I would defend the immunity and privileges of Rosario Crocetta. Considering the facts of the case, it is clear that the statements in question have direct and obvious connection with Mr Crocetta's parliamentary activities. It is uncontested that, when he was a Member of the European Parliament and, in particular at the time of the statements in question, Mr Crocetta was very much involved, at a political level, in the fight against organised crime and its influence on politics and economy, especially as regards public procurement in the field of environmental policy. Therefore I support his immunity as a Member.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour as I have no objections.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za prijedlog odluke Europskog parlamenta o zahtjevu za zaštitu povlastica i imuniteta Rosarija Crocette jer je g. Crocetta bio uvijek aktivan u borbi protiv organiziranog kriminala i njegova utjecaja na politiku i gospodarstvo.

Budući da je g. Crocetta bio zastupnik u Europskom parlamentu kada su sporne izjave dane, te s obzirom na to da je potrebno zaštititi slobodu izražavanja i neovisnosti zastupnika u Europskom parlamentu pri obnašanja parlamentarnih dužnosti, podržavam ovo izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Rosario Crocetta est accusé d'avoir tenu des propos diffamatoires alors qu'il était député européen. Il accusa publiquement des individus de travailler avec la mafia italienne.

Dans le cadre de la procédure pénale le visant en Italie, il a demandé la défense de son immunité parlementaire au Parlement européen. Les propos tenus l'étaient dans le cadre de ses fonctions parlementaires: j'ai donc voté pour la défense de l'immunité de M. Crocetta.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Heidi Hautala sur la demande de défense des privilèges et immunités parlementaires de Rosario Crocetta. La commission des affaires juridiques a en effet estimé que les propos qu'il a tenus, en lien avec la lutte contre la criminalité, avaient un lien direct et évident avec les fonctions parlementaires du député européen, ce qui ne justifiait donc pas la levée de son immunité parlementaire.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – Alors qu'il était député européen de 2009 jusqu'en décembre 2012, date de son élection à la présidence de la région de la Sicile, Monsieur Crocetta, très investi sur les questions de lutte contre la criminalité organisée et la corruption, a tenu des propos dans le cadre de sa campagne, alors qu'il était encore député européen, laissant entendre des liens entre certains de ses concurrents et la mafia sicilienne au sujet d'un marché public suspecté de fraude. Suite à ces propos, Monsieur Crocetta, a été poursuivi pour diffamation.

J'ai suivi la recommandation de la Commission JURI en votant en faveur de la défense de l'immunité de Monsieur Crocetta qui a estimé que les propos tenus avaient un lien direct et évident avec les fonctions parlementaires du député.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für die Aufhebung der Immunität des Kollegen Crocetta. Die ihm vorgeworfenen Sachverhalte passierten alle vor bzw. außerhalb seines Mandates, sodass die Aufhebung seiner Immunität ihn nicht bei der Mandatsausübung behindert.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour défendre l'immunité parlementaire de M. Crocetta car il a courageusement attaqué la mafia dans le cadre de ses fonctions. Il est étonnant que la justice italienne le lui reproche!

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la défense de l'immunité parlementaire de M. Rosario Crocetta, accusé d'avoir tenu des propos diffamatoires alors qu'il était député européen. Il a publiquement accusé des individus de travailler avec la mafia italienne. Rosario Crocetta était député au Parlement européen lorsqu'il a tenu les propos en question et le compte-rendu des débats auxquels M. Crocetta a participé montre qu'il a toujours été très actif dans la lutte contre la criminalité organisée et son impact sur l'Union et ses États membres.

Il a également mis l'accent sur l'influence de la corruption systématique sur la politique et l'économie, notamment en ce qui concerne les marchés publics liés à la politique environnementale. Enfin, il ressort des documents fournis à la commission des affaires juridiques et de l'audition devant celle-ci que les déclarations de M. Crocetta ont un lien direct et évident avec ses fonctions parlementaires.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour défendre l'immunité parlementaire de M. Crocetta, car il a courageusement attaqué la mafia italienne dans le cadre de ses fonctions. Député européen, il a toujours fait preuve d'une grande pugnacité dans la lutte contre le crime organisé et son impact dans les États-membres de l'Union. Il est par ailleurs étonnant que la justice italienne le lui reproche.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que pide el mantenimiento de la inmunidad parlamentaria de Rosario Crocetta, puesto que este antiguo eurodiputado, ha sido imputado en relación a unas declaraciones de denuncia del crimen organizado y de la mafia italiana cuando era europarlamentario. Al ser él, en ese momento el primer vicepresidente de la Comisión Especial del Parlamento Europeo sobre delincuencia organizada, corrupción y blanqueo de dinero, considero que sus declaraciones fueron realizadas en el marco de su mandato parlamentario, por lo que coincido con la ponente en mi consideración de que no se le debe retirar su inmunidad en este caso.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem pro zbavení imunity pana Crocetty, který je stíhán pro pomluvu. Nechť věc řeší italské soudy.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Bývalý europoslanec p. Rosario Crocetta požiadal o ochranu svojej imunity, keďže sa mal podľa talianskeho práva dopustiť spáchania trestného činu ohovárania. Tohto skutku sa mal dopustiť svojimi názormi a vyjadreniami počas výkonu mandátu europoslanca. V zmysle záverov Súdneho dvora, okolností prípadu a v súlade s rokovacím poriadkom EP rozhodol o ochrane výsad a imunity poslanca Crocettu. Návrh som podporil.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την αίτηση άρσης της ασυλίας του Rosario Crocetta, κατόπιν της θετικής εισήγησης της Επιτροπής Νομικών Υποθέσεων του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

Il s'agit d'une demande de levée de l'immunité parlementaire pour les besoins d'une poursuite pénale en diffamation. En l'occurrence, le député européen Rosario Crocetta est accusé d'avoir tenu des propos diffamatoires en accusant publiquement des individus de liens mafieux.

Très impliqué dans la lutte contre la criminalité organisée, Rosario Crocetta a tenu des propos cohérents avec son mandat de député européen. Pour cette raison, je soutiens le maintien de son immunité.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Hier geht es um die Aufhebung der Immunität des MdEP Rosario Crocetta. Ob der Tatbestand erfüllt ist, obliegt der richterlichen Beurteilung. Deswegen unterstütze ich diesen Bericht.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport demande la défense de l'immunité parlementaire de Rosario Crocetta, député social-démocrate italien. Dans le cadre d'un débat politique au Centro Pio La Torre, en 2012, il a déclaré «Dimanche, durant notre convention, je fournirai les noms des personnes concernées par l'accord entre Musumeci et Miccichè pour revenir sur la question des quatre thermovalorisateurs gérés par la mafia».

À la demande des parties lésées, le procureur près le tribunal de Palerme a inculpé M. Crocetta pour délit de diffamation sanctionné par l'article 595 du code pénal de l'Italie. À noter l'époque des déclarations en cause, M. Crocetta était très engagé, au niveau politique, dans le cadre de la lutte contre le crime organisé et son influence sur la politique et l'économie, en particulier en ce qui concerne les marchés publics à la politique environnementale.

Au vu des circonstances de l'espèce et de la teneur des propos, les allégations de M. Crocetta sont dès lors susceptibles de présenter un lien direct et évident avec ses activités en tant que député au Parlement européen. Aussi je vote pour la défense de son immunité.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Rosario Crocetta était député au Parlement européen lorsqu'il a tenu les propos litigieux et le compte-rendu des débats auxquels M. Crocetta a participé montre qu'il a toujours été très actif dans la lutte contre la criminalité organisée. Il ressort aussi des documents fournis à la commission des affaires juridiques et de l'audition devant celle-ci que les déclarations de M. Crocetta ont un lien direct et évident avec ses fonctions parlementaires.

Ainsi, j'ai voté pour la défense de son immunité.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A defesa da independência do mandato do Deputado Europeu é da competência do Parlamento Europeu e essa independência não pode ser posta em causa. De acordo com o artigo 8.º Protocolo relativo aos Privilégios e Imunidades da União Europeia, os membros do Parlamento Europeu não podem ser procurados, detidos ou perseguidos pelas opiniões ou votos emitidos no exercício das suas funções. O presente pedido de imunidade vem no âmbito da ação penal pendente na 3.ª Secção Criminal do Tribunal de Palermo que, de acordo com a notificação do Ministério Público, Rosario Crocetta terá, alegadamente, proferido declarações difamatórias, comportamento que é punível pelo artigo 595.º do Código Penal italiano. Tendo em consideração que o registo das atividades parlamentares de Rosario Crocetta revela que este sempre desempenhou um papel muito ativo na luta contra a criminalidade organizada e o seu impacto na União e nos Estados-Membros, que a ação do deputado em causa se centrou igualmente na influência da corrupção sistemática na política e na economia. Considero que Rosario Crocetta estava a agir no exercício das suas funções de deputado ao Parlamento Europeu. Assim, voto favoravelmente a defesa dos privilégios e das imunidades de Rosario Crocetta.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — J'ai décidé de voter en faveur de la défense des privilèges et immunités de Rosario Crocetta dont la demande a été formulée par l'ancien député européen lui-même dans le cadre d'une procédure pénale en instance auprès de la troisième chambre criminelle du tribunal de Palerme pour laquelle il est accusé d'avoir tenu des propos diffamatoires – comportement réprimé dans le code pénal de l'Italie.

Compte tenu de l'article 8 du protocole nº 7, les membres du Parlement européen ne peuvent être recherchés, détenus ou poursuivis en raison des opinions ou votes émis par eux dans l'exercice de leurs fonctions. Or, il ressort que les déclarations de Rosario Crocetta ont un lien direct et évident avec ses fonctions parlementaires. L'immunité parlementaire est donc d'application dans ce cas de figure.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have supported the request for defence of the privileges and immunities of Rosario Crocetta since his parliamentary record shows that he had always been very active in the fight against organised crime and its impact on the Union and its Member States and was focused on the influence of systematic corruption on politics and the economy, especially as regards public procurement in the field of environmental policy. Therefore, I have voted in favour of the decision to defend the immunity and privileges of Mr Rosario Crocetta.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az olasz Büntető Törvénykönyv 595. cikke értelmében büntetendő, rágalmazó kijelentések megtételével vádolt Rosario Crocetta volt európai parlamenti képviselő egy palermói bíróság előtt folyó büntetőügy kapcsán az Európai Unió kiváltságairól és mentességeiről szóló 7. jegyzőkönyv 8. és 9. cikke alapján kérte mentelmi jogának fenntartását. A Jogi Bizottság jelentésében megállapítja, hogy a szóban forgó kijelentéseket Rosario Crocetta akkor tette, amikor európai parlamenti képviselő volt, a bizottságnak átadott dokumentumokból és a terhelt meghallgatásából pedig az tűnik ki, hogy Crocetta úr kijelentései közvetlen és nyilvánvaló kapcsolatban állnak parlamenti képviselői feladatainak ellátásával.

A bizottság ennélfogva vélelmezi, hogy Rosario Crocetta a szóban forgó ügyben európai parlamenti képviselői tisztségét gyakorolta, ezért azt javasolja, hogy a Parlament Rosario Crocetta mentelmi jogát és kiváltságait tartsa fenn. A Jogi Bizottság javaslatát támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Rosario Crocetta est accusé d'avoir tenu des propos diffamatoires alors qu'il était député européen. Il accusa publiquement des individus de travailler avec la mafia italienne. Dans le cadre de la procédure pénale le visant en Italie, il a demandé la défense de son immunité parlementaire au Parlement européen.

Rosario Crocetta était député au Parlement européen lorsqu'il a tenu les propos en question et le compte rendu des débats auxquels M. Crocetta a participé montre qu'il a toujours été très actif dans la lutte contre la criminalité organisée et son impact sur l'Union et ses États membres. Il a également mis l'accent sur l'influence de la corruption systématique sur la politique et l'économie, notamment en ce qui concerne les marchés publics liés à la politique environnementale.

Enfin, il ressort des documents fournis à la commission des affaires juridiques et de l'audition devant celle-ci que les déclarations de M. Crocetta ont un lien direct et évident avec ses fonctions parlementaires. Vote favorable au maintien de l'immunité parlementaire.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Após análise dos argumentos a favor e contra a defesa da imunidade de Rosario Crocetta e considerando que o mesmo estava a agir no exercício das suas funções de deputado ao Parlamento Europeu, o presente relatório tem o meu voto favorável.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Hautala concerne la défense des privilèges et immunités parlementaires de Rosario Crocetta. Ce dernier est accusé d'avoir tenu des propos diffamatoires alors qu'il était député européen accusant publiquement des individus de travailler avec la mafia italienne. Étant donné que M.Crocetta était député au parlement européen lorsqu'il a tenu ces propos, et membre très actif de la lutte contre la criminalité organisée, il ressort que ces déclarations étaient en lien avec ses fonctions parlementaires. J'ai donc voté pour la défense de son immunité.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la défense de l'immunité Parlementaire de Rosario Crocetta. Toute demande adressée au Président du Parlement européen par les autorités d'un État membre en vue de lever l'immunité d'un député est instruite par la commission Parlementaire compétente. J'ai voté conformément à l'avis rendu par cette commission

József Nagy (PPE), *írásban*. – Szavazatommal támogatom Rosario Crocetta képviselő úr mentelmi jogának fenntartását, többek közt azért is, mert vitathatatlan, hogy amikor Crocetta úr a szóban forgó kijelentéseket tette, politikai szinten rendkívül sokat foglalkozott a szervezett bűnözéssel és hatásaival szembeni küzdelemmel. Tekintettel az ügy körülményeire és a kijelentések tartalmára, állításai nyilvánvaló módon kapcsolódnak európai parlamenti képviselői tevékenységéhez.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report according to the evaluation made by the JURI Committee.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of defending the immunity of Rosario Crocetta. This immunity procedure is a rejection of the request to waive the immunity of former Italian S&D Rosario Crocetta who is subject to criminal proceedings for alleged defamation. In 2012 Crocetta made several comments relating to organised crime involvement in public procurement procedures in relation to environmental policies, including saying the certain waste-to-energy plants were controlled by the Mafia. He was MEP at the time, and a member of ENVI and first Vice-Chair of the Special Committee on Organised Crime, Corruption and Money Laundering. JURI's position is that there is a direct and obvious link between his activities as an MEP and the comments and his immunity should be defended. I support the Committee's position.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Aufgrund eines Strafverfahrens wegen eines verwaltungsrechtlichen Delikts wurde ein Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität gestellt. Ich habe für die Entziehung der Freiheit zulasten von Rosario Crocetta gestimmt und bin für die Aufhebung der parlamentarischen Immunität, bis dieser Fall gelöst ist und keine Anschuldigung mehr vorliegt.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted to uphold the defence of parliamentary privilege as Crocetta was a Member of the European Parliament at the time the incident took place and was fulfilling his role.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Rosario Crocetta est accusé d'avoir tenu des propos diffamatoires alors qu'il était député européen. Il a accusé publiquement des individus de travailler avec la mafia italienne. Dans le cadre de la procédure pénale le visant en Italie, il a demandé la défense de son immunité parlementaire au Parlement européen.

Rosario Crocetta était député au Parlement européen lorsqu'il a tenu les propos en question et le compte-rendu des débats auxquels M. Crocetta a participé montre qu'il a toujours été très actif dans la lutte contre la criminalité organisée et son impact sur l'Union et ses États membres. Il a également mis l'accent sur l'influence de la corruption systématique sur la politique et l'économie, notamment en ce qui concerne les marchés publics liés à la politique environnementale.

Enfin, il ressort des documents fournis à la commission des affaires juridiques et de l'audition devant celle-ci que les déclarations de M. Crocetta ont un lien direct et évident avec ses fonctions parlementaires. Je vote donc pour le rapport, qui défend le maintien de son immunité.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Budući da je iz parlamentarnog djelovanja g. Crocette vidljivo da je uvijek bio vrlo aktivan u borbi protiv organiziranog kriminala i njegova utjecaja na Uniju i njezine države članice, te da je također bio usredotočen na utjecaj sustavne korupcije na politiku i gospodarstvo, posebno u pogledu javne nabave u području politike zaštite okoliša, slažem se s odlukom o očuvanju povlastica i imuniteta kolege.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Em janeiro de 2016, o Presidente recebeu um pedido de Rosario Crocetta, antigo deputado ao Parlamento Europeu, relativo à defesa da sua imunidade parlamentar no âmbito de um processo penal pendente no Tribunal de Palermo.

Naquele processo, Rosario Crocetta é acusado de crimes de difamação relacionados com criminalidade organizada, durante um debate político em 2 de outubro de 2012. Segundo o Tribunal de Justiça, uma declaração proferida por um deputado fora do Parlamento Europeu pode constituir uma opinião expressa no exercício das suas funções, na aceção ao artigo 8.º do Protocolo n.º 7, dando relevância não ao local em que a declaração foi proferida, mas à natureza e ao seu conteúdo.

Para estar compreendida no espectro da imunidade, uma opinião de um eurodeputado deve ter uma relação direta e óbvia com as suas funções parlamentares. Os factos do processo, como evidenciam os documentos e a audição realizada, mostram que as declarações têm um nexo óbvio com as atividades parlamentares de Rosario Crocetta.

Em face do ante exposto, e por concordar com as premissas do TJUE, não posso deixar de considerar que Rosario Crocetta, ao proferir as declarações em causa, agiu no quadro do exercício das suas funções. Portanto, em concordância com a recomendação da Comissão dos Assuntos Jurídicos, voto favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted to uphold the defence of parliamentary privilege as Crocetta was a Member of the European Parliament at the time the incident took place and was fulfilling his role.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – A pedido dos lesados, os serviços do Ministério Público junto do Tribunal de Palermo acusaram Rosario Crocetta do crime de difamação, punível pelo artigo 595.º do Código Penal italiano.

A Comissão dos Assuntos Jurídicos considera que os factos do processo, como evidenciam os documentos fornecidos e a audição Rosario Crocetta, mostram que as declarações em causa têm um nexo direto e óbvio com as atividades parlamentares de Rosario Crocetta. Tendo em conta as circunstâncias do caso e o conteúdo das declarações, as alegações de Rosario Crocetta são, por conseguinte, suscetíveis de apresentar um nexo direto e óbvio com suas atividades enquanto deputado ao Parlamento Europeu.

À luz do que precede, pode considerar-se que Rosario Crocetta, ao proferir as declarações em causa, agiu no quadro do exercício das suas funções de deputado ao Parlamento Europeu.

Com base no artigo 9.º, n.º 3, do Regimento, após o exame dos argumentos a favor e contra a defesa da imunidade de Rosario Crocetta, a Comissão dos Assuntos Jurídicos recomenda que o Parlamento Europeu defenda a imunidade e os privilégios de Rosario Crocetta. Neste sentido, votei favoravelmente o presente pedido.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Este antigo deputado ao PE solicitou a defesa da sua imunidade parlamentar no âmbito da ação penal pendente num Tribunal de Palermo (Itália) por alegadas declarações difamatórias. As afirmações em questão foram proferidas enquanto Rosario Crocetta era deputado europeu e possuem um nexo direto com as suas funções parlamentares. O Parlamento decidiu corretamente manter a sua imunidade.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de amparar la inmunidad del antiguo diputado al Parlamento Europeo Rosario Crocetta a la vista del informe elaborado por la Comisión de Asuntos Jurídicos, que constata que el procedimiento penal en curso seguido contra él en la Tercera Sala de lo Penal del Tribunal de Palermo, versa sobre unas supuestas declaraciones difamatorias realizadas cuando era diputado al Parlamento Europeo; que las declaraciones del señor Crocetta están directa y manifiestamente relacionadas con su actividad parlamentaria y que, de conformidad con el artículo 8, del Protocolo n.º 7, los miembros del Parlamento Europeo no podrán ser buscados, detenidos ni procesados por las opiniones o los votos por ellos emitidos en el ejercicio de sus funciones, inmunidad destinada a proteger la libre expresión y la independencia de los diputados al Parlamento Europeo.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la défense des privilèges et immunités de M. Rosario Crocetta, ancien député européen, très actif dans la lutte contre la criminalité organisée, car la procédure pénale en instance en Sicile au sujet de propos diffamatoires présumés de M. Crocetta ont un lien direct avec ses fonctions parlementaires. Cette procédure étant liée de façon évidente à l'exercice de ses fonctions de député au Parlement européen, il y a lieu de requérir la défense de ses droits, dans le strict respect de la justice.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą. 2012 m. spalio 2 d. per politines diskusijas centre „Pio La Torre“ ir per 2012 m. spalio 7 d. teatro „Politeama“ scenoje vykusį rinkimų komisijos susirinkimą R. Crocetta padarė pareiškimus, kurie tam tikrų asmenų įvertinti kaip šmeižtas. Žalą patyrusių šalių prašymu Palermo teismo prokuratūra pateikė R. Crocettai kaltinimus dėl šmeižto, už kurį baudžiama pagal Italijos baudžiamojo kodekso 595 straipsnį. Kadangi minėto parlamentaro pareiškimai turi tiesioginį ir akivaizdų ryšį su jo parlamentine veikla, Parlamentas nusprendė ginti jo imunitetą.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la defensa de inmunidad del parlamentario Rosario Crocetta, ya que fue acusado por hacer unas declaraciones en un debate político sobre la mafia. En este caso, entendemos que sus declaraciones están directamente vinculadas con su actividad política como MEP, por lo que voto a favor de la defensa de su inmunidad.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que pide el mantenimiento de la inmunidad parlamentaria de Rosario Crocetta, puesto que este antiguo eurodiputado, ha sido imputado en relación a unas declaraciones de denuncia del crimen organizado y de la mafia italiana cuando era europarlamentario. Al ser él, en ese momento el primer vicepresidente de la Comisión Especial del Parlamento Europeo sobre delincuencia organizada, corrupción y blanqueo de dinero, considero que sus declaraciones fueron realizadas en el marco de su mandato parlamentario, por lo que coincido con la ponente en mi consideración de que no se le debe retirar su inmunidad en este caso.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted to waive the immunity, as this event took place before the subject was an MEP.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Bývalý poslanec EP Rosario Crocetta požiadal o ochranu svojej poslaneckej imunity v súvislosti s prebiehajúcim trestným konaním pred trestným senátom v Palerme, keďže podľa oznámenia prokuratúry sa pán Crocetta údajne dopustil ohovárania, ktoré sa podľa talianskeho trestného zákonníka považuje za trestný čin. Pán Rosario Crocetta bol v čase, keď urobil príslušné vyhlásenie, poslancom EP a bol vždy veľmi aktívny v boji proti organizovanej trestnej činnosti a jej vplyvu na Úniu a jej členské štáty. Pri svojej práci vždy upozorňoval na vplyv, ktorý má systematická korupcia na politiku a ekonomiku, najmä pokiaľ ide o verejné obstarávanie v oblasti environmentálnej politiky. Ako vyplýva z dokumentov poskytnutých Výboru pre právne veci a z vypočutia pred týmto výborom, ukazujú na to, že vyhlásenia pána Crocettu majú priamu a zjavnú súvislosť s výkonom poslaneckej funkcie, preto sme hlasovali za to, aby sme ochránili výsady a imunity Rosaria Crocettu.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Poslanec Európskeho parlamentu, ktorý je vystavený zákonnému trestnému stíhaniu, by mal mať možnosť obhájiť svoje tvrdenia na súde. Imunita chráni poslancov pri bezprostrednom výkone ich mandátu. Všetko, čo vykonajú nad jeho rozsah, je vecou posúdenia príslušných národných orgánov.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Dem Antrag auf Schutz der Vorrechte und der Immunität von Rosario Crocetta habe ich zugestimmt. Es kann davon ausgegangen werden, dass Rosario Crocetta in Ausübung seines Amtes als Mitglied des Europäischen Parlaments handelte.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Bivši zastupnik u Europskom parlamentu Rosario Crocetta podnio je zahtjev za zaštitu svojeg parlamentarnog imuniteta u vezi s kaznenim postupkom koji se vodi pod trećim kaznenim sudskim vijećem suda u Palermu. Prema priopćenju Ureda javnog tužitelja, gospodin Crocetta navodno je dao klevetničke izjave što je kažnjivo na temelju članka 595. talijanskog Kaznenog zakona.

Podržavam izvješće o zahtjevu za zaštitu povlastica i imuniteta Rosarija Crocette budući da u skladu s člankom 8. Protokola br. 7 zastupnici u Europskom parlamentu ne mogu biti podvrgnuti nikakvom obliku ispitivanja, zadržavanja ili sudskog postupka zbog izraženih mišljenja ili glasovanja pri obnašanju svojih dužnosti, i budući da se taj imunitet mora smatrati apsolutnim imunitetom izuzetim iz bilo kakvih sudskih postupaka zbog izraženog mišljenja ili glasovanja pri obavljanju parlamentarnih dužnosti.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Τα κοινοβουλευτικά προνόμια δεν πρέπει σε καμία περίπτωση να οδηγούν σε άνιση και προνομιακή μεταχείριση των βουλευτών έναντι του νόμου και της δικαιοσύνης.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Nous avons vote en faveur de la levee d'immunité afin que cette personne puisse s'expliquer devant la justice de son pays.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of defending the privileges and immunities of the Member of the European Parliament Rosario Crocetta, who is accused by the Court of Palermo of making defamatory statements about alleged influence of organised crime on specific public procurement procedures. Based on the evidence given by the Committee on Legal Affairs, I agree that the statements made constitute an opinion expressed in the performance of his duties as a Member of the European Parliament, even if they were made outside the precincts of the Parliament. Crocetta has always been very active in the fight against organised crime and its impact on the EU. In the name of freedom of speech, Crocetta should therefore be allowed to use the immunity granted to him in this position.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – S ovim prijedlogom se slažem, jer prema odluci Europskog parlamenta njegovi zastupnici ne mogu biti podvrgnuti nikakvom obliku ispitivanja ili sudskog postupka zbog izražavanja svoga mišljenja pri obnašanju svojih dužnosti. Također, imunitet koji posjeduju zastupnici nije osobna povlastica tih zastupnika već jamstvo neovisnosti Parlamenta kao cjeline pa tek onda njegovih zastupnika.

Zastupnik Crocetta je bio uključen u borbu protiv organiziranog kriminala pa je zbog toga tijekom svoje službe uvijek upozoravao na prikrivene, ali opasne posljedice organiziranog kriminala. Iz prethodno navedenih razloga, izjave zastupnika Crocette mogu biti u izravnoj vezi s njegovim aktivnostima zastupnika u Europskom parlamentu i iz tog razloga prihvaćam i pozdravljam odluku da se zaštite njegove zastupničke povlastice i imunitet.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog sklepa za zaščito privilegijev in imunitete Rosaria Crocette sem podprla.

Rosario Crocetta se je v svoji zahtevi skliceval na člen 8 Protokola št. 7 o privilegijih in imunitetah Evropske unije. Zaradi okoliščin primera, ki se dotikajo dela poslanca Evropskega parlamenta, sem zaščito privilegijev in imunitete podprla.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la defensa de inmunidad del parlamentario Rosario Crocetta, ya que fue acusado por hacer unas declaraciones en un debate político sobre la mafia. En este caso, entendemos que sus declaraciones están directamente vinculadas con su actividad política como MEP, por lo que voto a favor de la defensa de su inmunidad.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Rosario Crocetta est accusé d'avoir tenu des propos diffamatoires alors qu'il était député européen. Il accusa publiquement des individus de travailler avec la mafia italienne.

Dans le cadre de la procédure pénale le visant en Italie, il a demandé la défense de son immunité parlementaire au Parlement européen.

Rosario Crocetta était député au Parlement européen lorsqu'il a tenu les propos en question et le compte-rendu des débats auxquels M. Crocetta a participé montre qu'il a toujours été très actif dans la lutte contre la criminalité organisée et son impact sur l'Union et ses États membres.

Il a également mis l'accent sur l'influence de la corruption systématique sur la politique et l'économie, notamment en ce qui concerne les marchés publics liés à la politique environnementale. Enfin, il ressort des documents fournis à la commission des affaires juridiques et de l'audition devant celle-ci que les déclarations de M. Crocetta ont un lien direct et évident avec ses fonctions parlementaires.

J'ai voté pour la défense de son immunité.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Rosario Crocetta volt európai parlamenti képviselő kiváltságainak és mentelmi jogának fenntartását kérte egy palermói bíróság előtt folyamatban lévő büntetőeljárással összefüggésben; mivel az ügyészség által küldött értesítés azzal vádolja Crocetta urat, hogy az olasz büntető törvénykönyv 595. cikke értelmében büntetendő, rágalmazó kijelentéseket tett. Döntésemben követtem a frakció álláspontját.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor de la defensa de inmunidad del parlamentario Rosario Crocetta, ya que fue acusado por hacer unas declaraciones en un debate político sobre la mafia. En este caso, entendemos que sus declaraciones están directamente vinculadas con su actividad política como MEP, por lo que voto a favor de la defensa de su inmunidad.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the request for defence of the privileges and immunities of Rosario Crocetta. A former Member of the European Parliament, Rosario Crocetta, has requested the defence of his parliamentary immunity in connection with criminal proceedings pending before the third Criminal Chamber of the Court of Palermo. According to the notice served by the Public Prosecutor's Office, Mr Crocetta is alleged to have made defamatory statements, which behaviour is punishable under Article 595 of the Italian Criminal Code. Mr Crocetta's parliamentary record shows that he had always been very active in the fight against organised crime and its impact on the Union and its Member States. He also focused on the influence of systematic corruption on politics and the economy. The Committee on Legal Affairs considers that the facts of the case show that the statements in question have direct and obvious connection with Mr Crocetta's parliamentary activities. I believe that when he made the statements in question, he raised an issue related to a general interest of concern to European citizens which can be regarded as one of the duties of a Member of the European Parliament.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório aborda um pedido de defesa da imunidade parlamentar do então deputado ao Parlamento Europeu Rosario Crocetta.

Este deputado está a enfrentar uma ação penal pendente na 3.ª Secção Criminal do Tribunal de Palermo por ter alegadamente proferido declarações difamatórias, comportamento que é punível pelo artigo 595.º do Código Penal italiano.

Os deputados ao Parlamento Europeu não podem ser procurados, detidos ou perseguidos pelas opiniões ou votos emitidos no exercício das suas funções – isto é uma forma de proteger a sua liberdade de expressão e a sua ação política, ao abrigo do artigo 8.º do Protocolo n.º 7.

As declarações do deputado em questão, proferidas no âmbito do combate à criminalidade organizada, foram alvo da ação penal em causa. Considera-se que os factos do caso, como demonstram os documentos fornecidos às autoridades competentes, como a Comissão de Assuntos Jurídicos, indicam que as declarações de Rosario Crocetta têm um nexo direto e óbvio com as suas funções parlamentares.

Pode-se considerar que Rosario Crocetta estava a agir no exercício das suas funções de deputado ao Parlamento Europeu. Logo votamos a favor da defesa das imunidades e dos privilégios de Rosario Crocetta.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Mitglieder des Europäischen Parlaments dürfen wegen einer Äußerung oder Abstimmung im Zusammenhang mit der Ausübung ihres Amtes weder in ein Ermittlungsverfahren verwickelt noch festgenommen oder verfolgt werden. Die Immunität ist dazu da, um die Meinungsfreiheit der Abgeordneten zu schützen. Daher habe ich dem Antrag zugestimmt.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Mnohokrát je plénu Európskeho parlamentu predložená žiadosť o zbavenie imunity poslancov Európskeho parlamentu na základe rôznych skutočností. Môj názor na tieto správy je taký, že pokiaľ ide o žiadosť o zbavenie imunity v dôsledku činu, ktorý sa udial v čase, keď bol príslušný poslanec už členom Európskeho parlamentu a zároveň predmetný čin sa udial v súvislosti s výkonom jeho mandátu (napríklad týkal sa jeho výrokov v pléne), nemal by byť poslaneckej imunity zbavený. Pokiaľ však ide o udalosti, ktoré s výkonom mandátu poslanca Európskeho parlamentu nesúvisia, prípadne sa stali ešte predtým, ako sa poslanec svojho mandátu ujal, nevidím dôvod na hlasovanie proti takejto žiadosti. Myslím si, že pravidlá sú v prípade zbavovania imunity poslancov dostatočne jasné, a preto som aj v tomto prípade – keďže skutočnosti nasvedčujú, že k udalosti došlo v súvislosti s výkonom poslaneckého mandátu – hlasovala za zachovanie imunity.

5.6. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Sotirios Zarianopoulos (A8-0233/2016 - Gilles Lebreton)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Tenendo conto che secondo la legge europea i membri del Parlamento europeo possono beneficiare anche in territorio nazionale dell'immunità parlamentare e che i reati imputati a Sotirios Zarianopoulos dalla Corte suprema greca possono essere considerati dei presupposti gravi abbastanza per la revoca dell'immunità parlamentare, ho deciso di votare a favore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP MEPs voted to uphold the waiver of immunity as Zarianopoulos was not fulfilling his role as a Member of the European Parliament: this incident took place when Zarianopoulos was a member of Thessaloniki City Council.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – This relates to an MEP from the Greek Communist Party, Sotirios Zarianopoulos. The Greek authorities are proposing to prosecute him jointly with others in his capacity as a former member of Thessaloniki City Council for failing to comply with legal obligations. The case concerns the issuing in 2011 by Thessaloniki City Council of allegedly illegal permits to use public property for the purpose of setting up outside seating areas on pavements. Zarianopoulos himself informed MEPs that he would vote in favour of the report that will result in the waiving of his immunity. Because the proposed proceedings do not concern opinions expressed or votes cast in the performance of the duties as MEP, and the proceedings involve all those who were members of the city council at the time, I voted in favour of waiving immunity.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Il s'agit ici d'un cas clair et non problématique de levée d'immunité parlementaire: j'ai voté avec mes collègues socialistes en faveur.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La poursuite envisagée concerne l'émission en 2011 par le conseil municipal de Salonique d'autorisations prétendument illégales d'occupation du domaine public aux fins d'installation de terrasses sur des voies piétonnes. Sotirios Zarianopoulos est poursuivi en sa qualité d'ancien membre de ce conseil municipal.

La poursuite envisagée est manifestement sans aucun lien avec le statut de député au Parlement européen de Sotirios Zarianopoulos, mais plutôt en lien avec son mandat antérieur de membre du conseil municipal de Salonique. Elle ne concerne pas non plus une opinion ou un vote émis par le député dans l'exercice de ses fonctions de membre du Parlement européen, au sens de l'article 8 du protocole nº 7 sur les privilèges et immunités de l'Union européenne.

Il n'existe ainsi aucun motif de présumer que la poursuite envisagée serait inspirée par l'intention de nuire à l'activité politique du député (fumus persecutionis), d'autant plus que la poursuite concerne l'ensemble des membres du conseil municipal de l'époque (poursuites judiciaires pour prévarication commise conjointement (article 13bis, 45 et 259 du code pénal) contre 34 conseillers municipaux qui ont voté pour.

J'ai donc voté en faveur de la levée d'immunité.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – In the interest of transparency and democracy I am in favour of this waiver. The proposed proceedings are unrelated to his status as an MEP.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération comme le préconisait la commission au fond.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Parlamento pirmininkas pranešė, kad Graikijos Respublikos Aukščiausiojo Teismo prokuroras 2016 m. kovo 28 d. perdavė prašymą atšaukti Sotirioso Zarianopouloso imunitetą, kuris susijęs su procesu, kurį ketina inicijuoti prokuroras dėl Salonikuose įvykdytos nusikalstamos veikos. Kadangi procesas, kurį ketinama inicijuoti, yra akivaizdžiai nesusijęs su Sotirioso Zarianopouloso, kaip Europos Parlamento nario statusu, todėl pritariu sprendimui atšaukti Sotirioso Zarianopouloso imunitetą.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP MEP's voted to uphold the waiver of immunity as Zarianopoulos was not fulfilling his role as a Member of the European Parliament: this incident took place when Zarianopoulos was a member of Thessaloniki City Council.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – La poursuite envisagée est manifestement sans aucun lien avec le statut de député au Parlement européen de Sotirios Zarianopoulos, mais plutôt en lien avec son mandat antérieur de membre du conseil municipal de Salonique. Elle ne concerne pas non plus une opinion ou un vote émis par le député dans l'exercice de ses fonctions de député grec au Parlement européen, au sens de l'article 8 du protocole n° 7 sur les privilèges et immunités de l'Union européenne.

Je suis donc favorable à la levée de son immunité, qui semble logique.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée d'immunité de Monsieur Zorianopoulos suivant en cela la décision unanime de la commission des affaires juridiques.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de retirar la inmunidad parlamentaria al MEP griego Sotirios Zarianopoulos. Este diputado está acusado de un caso de corrupción durante su desempeño como conejal del Ayuntamiento de Salónica.

Debido a que los cargos de los que se le acusa son ajenos a su actividad parlamentaria como eurodiputado, la inmunidad no puede ser utilizada para obviar a la justicia griega ante un caso de fraude en la administración pública.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Attenendomi alle indicazioni della commissione giuridica, ho votato a favore della revoca dell'immunità per l'onorevole Sotirios Zarianopoulos. Si tratta di una richiesta che è in relazione ad un'azione penale che riguarda l'emissione nel 2011, da parte del Consiglio comunale di Salonicco, di autorizzazioni presumibilmente illegittime di occupazione del demanio pubblico per l'installazione di terrazze su zone pedonali. L'onorevole è stato perseguito in qualità di ex consigliere comunale.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad, tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Los hechos por los que se juzga al señor Zarianopulos, nada tienen que ver con su condición de eurodiputado. Por el contrario, guardan relación con su condición anterior de concejal de Salónica y de un procedimiento vinculado a la revisión de supuestos fraudes en la concesión de varias autorizaciones administrativas. En consecuencia no procede concederle la inmunidad.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette demande de levée de l'immunité de Sotirios Zarianopoulos dont le rapport a été rédigé par mon collègue Gilles Lebreton.

Monsieur Zarianopoulos doit faire l'objet de poursuite en raison du rôle qu'il aurait eu en tant que conseiller municipal de Salonique dans l'émission d'autorisations soupçonnées d'être illégales d'occupation du domaine public à des fins d'installation de terrasses sur des voies piétonnes.

Comme on le voit, ces poursuites n'ont rien avoir avec ses fonctions de député européen ni avec aucune opinion qu'il aurait émises dans le cadre de ce mandat. Il n'y a donc aucun doute que la poursuite serait motivée par une intention de nuire à son activité politique de député, d'autant que les autres membres du dit conseil municipal sont également poursuivis.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria de Sotirios Zarianopoulos a la vista del informe elaborado por la Comisión de Asuntos Jurídicos, que constata que el fiscal del Tribunal Supremo griego ha solicitado la suspensión de la misma en relación con unos hechos acaecidos en el año 2011 —unas autorizaciones supuestamente ilegales de ocupación del espacio de uso público para la instalación de terrazas en vías peatonales realizadas por el Ayuntamiento de Salónica cuando Sotirios Zarianopoulos era concejal de dicho Ayuntamiento—, hechos que no guardan relación con su condición de diputado al Parlamento Europeo.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas nutarė atšaukti Graikijos europarlamentaro Sotirioso Zarianopouloso imunitetą. Procesą dėl įtariamai įvykdytos nusikalstamos veikos numatoma inicijuoti dėl to, kad 2011 m. Salonikų miesto taryba išdavė, kaip įtariama, neteisėtus leidimus bendrą teritoriją naudoti terasoms pėsčiųjų zonoje įrengti, ir Sotiriosui Zarianopoulosui procesas inicijuojamas kaip buvusiam šios miesto tarybos nariui. Procesas, kurį ketinama inicijuoti, yra akivaizdžiai nesusijęs su Sotirioso Zarianopouloso, kaip Europos Parlamento nario, statusu, tačiau yra susijęs su jo ankstesniais – Salonikų miesto tarybos nario – įgaliojimais.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam zahtjev za ukidanje imuniteta Sotiriosu Zarianopoulosu.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – La poursuite concerne l'émission en 2011 par le conseil municipal de Salonique d'autorisations prétendument illégales d'occupation du domaine public à des fins d'installation de terrasses sur des voies piétonnes. Sotirios Zarianopoulos, député européen est poursuivi en sa qualité d'ancien membre de ce conseil municipal. La poursuite engagée à l'encontre de Sotiros Zarianopoulos n'a aucun lien avec son statut de député au Parlement européen mais concerne directement ses activités en tant qu'ancien conseiller municipal de Salonique.

Elle ne concerne pas non plus une opinion ou un vote émis par le député dans le cadre de l'exercice de ses fonctions de député du Parlement européen, au sens de l'article 8 du protocole n° 7 sur les privilèges et immunités de l'Union européenne.

Il n'y a par conséquent aucune raison de croire que la poursuite serait inspirée par l'intention de nuire à l'activité politique du député européen, d'autant plus qu'elle concerne l'ensemble des membres du conseil municipal de l'époque. C'est la raison pour laquelle j'ai voté pour la levée de son immunité parlementaire.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This relates to an MEP from the Greek Communist Party, Sotirios Zarianopoulos. The Greek authorities are proposing to prosecute him jointly with others in his capacity as a former member of Thessaloniki City Council for failing to comply with legal obligations. The case concerns the issuing in 2011 by Thessaloniki City Council of allegedly illegal permits to use public property for the purpose of setting up outside seating areas on pavements. Zarianopoulos himself informed MEPs that he would vote in favour of the report that will result in the waiving of his immunity. Because the proposed proceedings do not concern opinions expressed or votes cast in the performance of the duties as MEP, and the proceedings involve all those who were members of the city council at the time, I voted in favour of waiving immunity.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore alla richiesta di revoca dell'immunità del collega Sotirios Zarianopoulos.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την αίτηση για άρση της ασυλίας του Σωτηρίου Ζαριανόπουλου λαμβάνοντας υπόψη ότι οι ελληνικές αρχές προτίθενται να ασκήσουν δίωξη στον Σωτήριο Ζαριανόπουλο για παράβαση καθήκοντος εν συμβουλίω.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the Request for waiver of the parliamentary immunity of Sotirios Zarianopoulos and noted no objections.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della revoca dell'immunità per il collega in quanto l'azione penale oggetto della richiesta è priva di nesso con il suo status di parlamentare europeo e inoltre non riguarda opinioni espresse nell'esercizio delle sue funzioni di deputato europeo e non è ravvisabile un «fumus persecutionis» in merito alla sua attività politica.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — I support the report granting waiver of the immunity of Sotirios Zarianopoulos MEP in connection with proceedings relating to an alleged offence

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – El actual eurodiputado del Partido Comunista Griego está siendo imputado en Grecia, por la supuesta concesión de permisos ilegales de utilización de la propiedad pública, para el establecimiento de zonas de descanso en las calles de Tesalónica cuando era concejal.

Dado que no se puede considerar la existencia del *fumus persecutionis* para dañarlo políticamente, puesto que la causa va dirigida a todos los concejales en esa época, y puesto que el propio Zarianopoulos expresó su voluntad de que le fuera retirada su inmunidad parlamentaria, he votado a favor del levantamiento de la misma.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Popieram wniosek o uchylenie immunitetu panu Zarianopoulosowi, mimo że czyn, którego się dopuścił, został dokonany, zanim stał się on europosłem. Czyn, o którym mowa, dotyczy wydawania rzekomo nielegalnych pozwoleń na użytkowanie własności publicznej w celu wykorzystania jej na rzecz zorganizowania przestrzeni do siedzenia (miało to miejsce w 2011 roku, kiedy pan Zarianopoulos był członkiem Rady Miasta Saloniki). Sam pana Zarianopoulos postanowił nie korzystać z immunitetu i przywilejów z niego płynących, ja natomiast uważam, że takie zachowanie powinno być równoznaczne z odebraniem immunitetu, stąd moja decyzja o zagłosowaniu za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of the immunity of Sotirios Zarianopolus because in this way he can prove his innocence or otherwise in front of the relevant judicial authorities.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted to uphold the waiver of immunity as Zarianopoulos was not fulfilling his role as a Member of the European Parliament: this incident took place when Zarianopoulos was a member of Thessaloniki City Council.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Sotirios Zarianopoulos est poursuivi en qualité d'ancien membre du conseil municipal de Salonique, concernant des autorisations prétendument illégales d'occupation du domaine public. Il n'existe aucun lien entre ces poursuites et le mandat parlementaire de Sortirios Zarianpoulos. En outre, rien ne permet de supposer que ces poursuites seraient motivées par la volonté de nuire à l'activité de ce député. J'ai voté pour cette demande.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Τα κοινοβουλευτικά προνόμια δεν πρέπει σε καμία περίπτωση να οδηγούν σε άνιση και προνομιακή μεταχείριση των βουλευτών έναντι τρίτων όσον αφορά την επιβολή του νόμου και την απονομή της δικαιοσύνης.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – El fiscal del Tribunal Supremo griego ha solicitado la suspensión de la inmunidad parlamentaria de Sotirios Zarianopoulos, diputado al Parlamento Europeo, en relación con un procesamiento relativo a una supuesta infracción, y atendiendo a que el procesamiento que se quiere iniciar no guarda relación manifiesta con la condición de diputado al Parlamento Europeo, sino con su mandato anterior como concejal de Salónica.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A ação intentada prende-se com a atribuição, em 2011, pelo Município de Salónica, de autorizações, alegadamente ilícitas, de ocupação do espaço público para efeitos da instalação de esplanadas em zonas pedonais e onde Sotorios Zarianopoulos é acusado na sua qualidade de antigo vereador deste município. Esta ação não está, de modo algum, relacionada com o estatuto de deputado ao Parlamento Europeu, mas sim com o seu anterior mandato de vereador do Município de Salónica. Por isso, concordo com o levantamento da imunidade parlamentar.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: n'existe aucun motif de présumer que la poursuite envisagée serait inspirée par l'intention de nuire à l'activité politique du député (fumus persecutionis).

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O Procurador do Supremo Tribunal Grego solicitou o levantamento da imunidade parlamentar a Sotirios Zarianopoulos que é deputado do Partido Comunista Grego no Parlamento Europeu. A ação intentada prende-se com a atribuição, em 2011, pelo Município de Salónica, de autorizações, alegadamente ilícitas, de ocupação do espaço público para efeitos da instalação de esplanadas em zonas pedonais. Sotirios Zarianopoulos é acusado, na sua qualidade de antigo vereador deste município, de ajudar a esta situação. Considera-se que não existem motivos para suspeitar que a intenção subjacente ao processo penal seja prejudicar a atividade política do deputado tanto mais que a referida ação envolve todos os, à época, vereadores do município.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την έκθεση σχετικά με την αίτηση για την άρση της βουλευτικής ασυλίας του Σωτηρίου Ζαριανόπουλου καθώς τα κοινοβουλευτικά προνόμια δεν πρέπει σε καμία περίπτωση να οδηγούν σε άνιση και προνομιακή μεταχείριση των βουλευτών έναντι τρίτων όσον αφορά την επιβολή του νόμου και την απονομή της δικαιοσύνης.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – In der Erwägung, dass die Staatsanwaltschaft beim Obersten Gerichtshof Griechenlands im Zusammenhang mit der Verfolgung einer mutmaßlichen Straftat die Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Sotirios Zarianopoulos, Mitglied des Europäischen Parlaments, beantragt hat, habe ich heute für einen entsprechenden Bericht im Parlament gestimmt, um ein transparentes Verfahren zu ermöglichen.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on the request for waiver of the parliamentary immunity of Sotirios Zarianopoulos.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad, tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. — Ψηφίσαμε υπέρ της άρσης της βουλευτικής ασυλίας του βουλευτή Κώστα Ζαριανόπουλου (ΚΚΕ) αφού και ο υπό αναφορά ευρωβουλευτής δήλωσε ότι θα ψηφίσει υπέρ της άρσης της ασυλίας του ώστε να διελευκανθεί η υπόθεση.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I support this waiver of immunity. I believe that there is no reason to suspect that the intention underlying the proposed proceedings is to cause political damage to the MEP concerned. It is evident that the proposed proceedings do not concern opinions expressed or votes cast in the performance of the duties of the Member of the European Parliament in question and therefore a waiver is appropriate.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour as I have no objections.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – — Glasao sam za odluku Europskog parlamenta o zahtjevu za ukidanje imuniteta Sotiriosu Zarianopoulosu zbog toga što je ovdje riječ o navodnom kaznenom djelu. Naime, radi se o nezakonitom izdavanju dozvola Općinskog vijeća u Solunu, te je g. Zarianopoulos obuhvaćen spomenutim postupkom u svojstvu bivšeg člana Općinskog vijeća.

Obzirom da navedeni kazneni postupak nije povezan s obnašanjem dužnosti zastupnika u Europskom parlamentu, te se ne tiče izražavanja mišljenja ili glasovanja, podupirem ovo izvješće kojim se ukida imunitet g. Zarianopoulosu.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – La demande de levée d'immunité de Sotirios Zarianopoulos concerne l'émission en 2011 par le conseil municipal de Salonique d'autorisations prétendument illégales d'occupation du domaine public aux fins d'installation de terrasses sur des voies piétonnes. Sotirios Zarianopoulos est poursuivi en sa qualité d'ancien membre de ce conseil municipal. Cette accusation de prévarication concerne tous les conseillers municipaux qui avaient voté pour les autorisations. L'affaire ne relevant pas de ses fonctions de parlementaire, j'ai voté pour la levée d'immunité.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée de l'immunité de mon collègue, Monsieur Zarianopoulos, qui est poursuivi dans le cadre d'une enquête relative à l'attribution d'autorisations prétendument illégales d'occupation de l'espace public. Cette affaire est sans lien avec le mandat du parlementaire.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für die Aufhebung der Immunität des Kollegen Zarianopoulos. Die ihm vorgeworfenen Sachverhalte passierten alle vor bzw. außerhalb seines Mandates, sodass die Aufhebung seiner Immunität ihn nicht an der Mandatsausübung behindert.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la levée de l'immunité parlementaire de M. Zarianopoulos car il est poursuivi pour des faits (commis en 2011 en tant que membre d'un conseil municipal) qui n'ont rien à voir avec ses actuelles fonctions. L'intéressé en convient d'ailleurs lui-même. Il est à noter que je suis l'auteur de ce rapport.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la levée de l'immunité parlementaire de Sotirios Zarianopoulos. La poursuite envisagée est manifestement sans aucun lien avec le statut de député au Parlement européen de Sotirios Zarianopoulos, mais plutôt en lien avec son mandat antérieur de membre du conseil municipal de Salonique.

Elle ne concerne pas non plus une opinion ou un vote émis par le député dans l'exercice de ses fonctions de membre du Parlement européen, au sens de l'article 8 du protocole nº 7 sur les privilèges et immunités de l'Union européenne.

Il n'existe ainsi aucun motif de présumer que la poursuite envisagée serait inspirée par l'intention de nuire à l'activité politique du député, d'autant plus que la poursuite concerne l'ensemble des membres du conseil municipal de l'époque.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la levée de l'immunité parlementaire de M. Zarianopoulos, car il est poursuivi pour des faits (commis en 2011, en tant que membre d'un conseil municipal) qui n'ont rien à voir avec ses actuelles fonctions. L'intéressé en convient d'ailleurs lui-même. Il est à noter que le rapporteur de ce texte est un député de notre groupe ENL, Gilles Lebreton.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – El actual eurodiputado del Partido Comunista Griego está siendo imputado en Grecia, por la supuesta concesión de permisos ilegales de utilización de la propiedad pública, para el establecimiento de zonas de descanso en las calles de Tesalónica cuando era concejal.

Dado que no se puede considerar la existencia del *fumus persecutionis* para dañarlo políticamente, puesto que la causa va dirigida a todos los concejales en esa época, y puesto que el propio Zarianopoulos expresó su voluntad de que le fuera retirada su inmunidad parlamentaria, he votado a favor del levantamiento de la misma.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem pro zbavení imunity pana Zarianopoulose. Jeho stíhání nijak nesouvisí s funkcí poslance, nechť jeho případ řeší příslušné řecké orgány.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Prokurátor gréckeho Najvyššieho súdu podal žiadosť o zbavenie imunity europoslanca Sotiriosa Zarianopoulosa z dôvodu jeho trestného stíhania ako bývalého člena mestskej rady v Solúne za údajne nezákonné povolenie na obsadenie verejného priestoru mestskou radou v Solúne. V zmysle rokovacieho poriadku, Protokolu o výsadách a imunitách EÚ a vzhľadom na to, že vyšetrovanie sa netýka vyjadrení, názorov a činností p. Zarianopoulosa pri výkone mandátu europoslanca, EP rozhodol o zbavení imunity. Tento návrh som podporil.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την αίτηση άρσης της ασυλίας του Σωτηρίου Ζαριανόπουλου, κατόπιν της θετικής εισήγησης της Επιτροπής Νομικών Υποθέσεων του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette demande.

Sotirios Zarianopoulos est poursuivi en qualité d'ancien membre du conseil municipal de Salonique, concernant des autorisations prétendument illégales d'occupation du domaine public.

Il n'existe aucun lien entre ces poursuites et le mandat parlementaire de Sortirios Zarianopoulos. En outre, rien ne permet de supposer que ces poursuites seraient motivées par la volonté de nuire à l'activité de ce député.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme hlasovali o zbavení imunity kolegy z KKE, S. Zarionopulose. S jeho případem jsme se seznámili již při jednání Výboru pro právní záležitosti. Po osobní konzultaci s jeho kanceláří mi bylo sděleno, že soudruh Zarianopulos si sám přeje být poslanecké imunity zbaven, aby se mohl řádně obhajovat a bránit v řízení před vnitrostátními orgány. Protože jsem mu chtěl vyhovět, hlasoval pro zbavení jeho imunity.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Hier geht es um die Aufhebung der Immunität des MdEP Sotirios Zarianopoulos. Ob die Voraussetzungen hierfür erfüllt sind, obliegt der richterlichen Beurteilung. Deswegen unterstütze ich diesen Antrag.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport demande la levée de l'immunité parlementaire de Sotirios Zarianopoulos, député communiste grec. Les autorités grecques envisagent de poursuivre Sotirios Zarianopoulos pour la délivrance en 2011, par le conseil municipal de Salonique, d'autorisations prétendument illégales d'occupation du domaine public aux fins de l'installation de terrasses sur des voies piétonnes.

Sotirios Zarianopoulos est poursuivi en sa qualité d'ancien membre de ce conseil municipal, aussi la poursuite envisagée est manifestement sans aucun lien avec son statut de député au Parlement européen.

De plus la poursuite ne concerne pas une opinion ou un vote émis par le député dans l'exercice de ses fonctions de membre du Parlement européen, au sens de l'article 8 du protocole nº 7 sur les privilèges et immunités de l'Union européenne.

Je vote pour la levée de l'immunité.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il n'existe aucun motif pour que la poursuite envisagée soit inspirée par l'intention de nuire à l'activité politique du député, d'autant plus que la poursuite concerne l'ensemble des membres du conseil municipal de l'époque.

Ainsi, j'ai voté pour la levée de son immunité

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A defesa da independência do mandato do Deputado Europeu é da competência do Parlamento Europeu e essa independência não pode ser posta em causa. De acordo com o artigo 8.º do Protocolo relativo aos Privilégios e Imunidades da União Europeia, os membros do Parlamento Europeu não podem ser procurados, detidos ou perseguidos pelas opiniões ou votos emitidos no exercício das suas funções. Neste caso a ação intentada está relacionada com a atribuição, em 2011, pelo Município de Salónica, de autorizações, alegadamente ilícitas, de ocupação do espaço público para efeitos da instalação de esplanadas em zonas pedonais e que Sotorios Zarianopoulos é acusado na sua qualidade de antigo vereador deste município.

Assim a ação intentada não está, de modo algum, relacionada com o estatuto de deputado ao Parlamento Europeu de Sotirios Zarianopoulos, mas que se prende, ao invés, com o seu anterior mandato de vereador do Município de Salónica. Voto assim favoravelmente o pedido de levantamento de imunidade.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — J'ai décidé de voter en faveur de la levée d'immunité parlementaire de Sotirios Zarianopoulos dont la demande a été formulée par le procureur près la Cour suprême grecque suite à la délivrance d'autorisations prétendument illégales d'occupations du domaine publics aux fins de l'installation de terrasses sur voies piétonnes par Sotirios Zarianopoulos en sa qualité d'ancien membre du conseil municipal.

Étant donné que la poursuite menée contre Sotirios Zarianopoulos ne concerne pas une opinion ou un vote émis par le député dans l'exercice de ses fonctions de membre du Parlement européen, au sens de l'article 8 du protocole nº 7 sur les privilèges et immunités de l'Union européenne, la levée de l'immunité parlementaire est reconnue.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A görög főügyész 2016. március 28-i kérelmében jogellenes cselekmény feltételezett elkövetésére vonatkozó nyomozati eljárással összefüggésben kérte Szotiriosz Zarianopulosz európai parlamenti képviselő parlamenti mentelmi jogának felfüggesztését. A görög hatóságok azzal a váddal kívánnak eljárni Szotiriosz Zarianopoulosszal szemben, hogy 2011-ben a szaloniki önkormányzat tagjaként nem tett eleget jogszabályi kötelezettségeinek.

A Jogi Bizottság jelentése szerint nyilvánvaló, hogy a tervezett eljárás nem Szotiriosz Zarianopulosz európai parlamenti képviselői megbízatásával, hanem korábbi, a szaloniki önkormányzatban betöltött tagságával függ össze, továbbá nincs ok feltételezni, hogy a tervezett eljárás mögöttes szándéka a képviselő politikai tevékenységének akadályozása, már csak azért sem, mert az eljárás kiterjed a nevezett időszakban a szaloniki önkormányzatban tagsággal rendelkező valamennyi személyre. A bizottság ezért azt javasolja, hogy az Európai Parlament a képviselő mentelmi jogát függessze föl. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – La poursuite envisagée concerne l'émission en 2011 par le conseil municipal de Salonique d'autorisations prétendument illégales d'occupation du domaine public aux fins d'installation de terrasses sur des voies piétonnes. Sotirios Zarianopoulos est poursuivi en sa qualité d'ancien membre de ce conseil municipal, manifestement sans aucun lien avec le statut de député au Parlement européen, mais plutôt en lien avec son mandat antérieur de membre du conseil municipal de Salonique.

Elle ne concerne pas non plus une opinion ou un vote émis par le député dans l'exercice de ses fonctions de membre du Parlement européen. Il n'existe ainsi aucun motif de présumer que la poursuite envisagée serait inspirée par l'intention de nuire à l'activité politique du député, d'autant plus que la poursuite concerne l'ensemble des membres du conseil municipal de l'époque contre 34 conseillers municipaux qui ont voté pour. On ne saurait donc s'opposer à la levée de l'immunité.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O presente relatório merece o meu voto favorável, uma vez decorridos todos os trâmites legais exigidos e, pelo facto de o delito em causa não estar, de alguma forma, relacionado com o desempenho das funções de deputado e por não existir prova ou suspeita de que, na origem da ação penal, se encontre a intenção de prejudicar politicamente o deputado em causa.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Lebreton concerne sur la poursuite de M. Zarianopoulos, ancien membre du conseil municipal de Salonique accusé d'occupation illégale du domaine public aux fins d'installation de terrasses sur des voies piétonnes.

Cette poursuite étant sans liens avec son activité parlementaire n'étant pas mue par des considérations politique, j'ai décidé de voter pour ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la levée de l'immunité Parlementaire de Monsieur Zarianopoulos . Toute demande adressée au Président du Parlement européen par les autorités d'un État membre en vue de lever l'immunité d'un député est instruite par la commission Parlementaire compétente. J'ai voté conformément à l'avis rendu par cette commission.

József Nagy (PPE), *írásban*. – A Sotirios képviselő úr mentelmi jogának felfüggesztésére irányuló kérelmet a Görög Köztársaság főügyésze továbbította az Európai Parlamentnek. Jogellenes engedélyek kibocsátásával vádolják, amely tehát nem az európai parlamenti megbízatásával függ össze, hanem korábbi, szaloniki önkormányzatban betöltött tagságával. Szavazatommal ezért támogattam a jelentést.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report according to the evaluation made by the JURI Committee.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — This relates to an MEP from the Greek Communist Party, Sotirios Zarianopoulos. The Greek authorities are proposing to prosecute him jointly with others in his capacity as a former member of Thessaloniki City Council for failing to comply with legal obligations. The case concerns the issuing in 2011 by Thessaloniki City Council of allegedly illegal permits to use public property for the purpose of setting up outside seating areas on pavements. Zarianopoulos himself informed MEPs that he would vote in favour of the report that will result in the waiving of his immunity. Because the proposed proceedings do not concern opinions expressed or votes cast in the performance of the duties as MEP, and the proceedings involve all those who were members of the city council at the time, I voted in favour of waiving immunity.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Im Zusammenhang mit der von der Staatsanwaltschaft angestrebten gerichtlichen Verfolgung von Vergehen in Thessaloniki wurde ein Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität gestellt. Ich habe für die Entziehung der Freiheit zulasten von Sotirios Zarianopoulos gestimmt und bin für die Aufhebung der parlamentarischen Immunität, bis dieser Fall gelöst ist und keine Anschuldigung mehr vorliegt.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted to uphold the waiver of immunity as Zarianopoulos was not fulfilling his role as a Member of the European Parliament: this incident took place when Zarianopoulos was a member of Thessaloniki City Council.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – La poursuite envisagée concerne l'émission en 2011 par le conseil municipal de Salonique d'autorisations prétendument illégales d'occupation du domaine public aux fins d'installation de terrasses sur des voies piétonnes. Sotirios Zarianopoulos est poursuivi en sa qualité d'ancien membre de ce conseil municipal.

La poursuite envisagée est manifestement sans aucun lien avec le statut de député au Parlement européen de Sotirios Zarianopoulos, mais plutôt en lien avec son mandat antérieur de membre du conseil municipal de Salonique. Elle ne concerne pas non plus une opinion ou un vote émis par le député dans l'exercice de ses fonctions de membre du Parlement européen, au sens de l'article 8 du protocole nº 7 sur les privilèges et immunités de l'Union européenne.

Il n'existe ainsi aucun motif de présumer que la poursuite envisagée serait inspirée par l'intention de nuire à l'activité politique du député (fumus persecutionis), d'autant plus que la poursuite concerne l'ensemble des membres du conseil municipal de l'époque (poursuites judiciaires pour prévarication commise conjointement (article 13bis, 45 et 259 du code pénal) contre 34 conseillers municipaux qui ont voté pour.

Je vote donc en faveur du rapport, qui demande la levée d'immunité.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Budući da ništa ne ukazuje na to da je predmetni kazneni postupak potaknut s namjerom nanošenja štete političkom djelovanju zastupnika *(fumus persecutionis)*, posebice imajući u vidu da su tim postupkom obuhvaćeni svi tadašnji članovi Općinskog vijeća, podržavam odluku o ukidanju imuniteta kolegi Sotiriosu Zarianopoulosu.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – No dia 28 de março de 2016, o Procurador junto do Supremo Tribunal de Justiça da Grécia requereu o levantamento da imunidade parlamentar de Sotirios Zarianopoulos. Com efeito, as autoridades judiciárias gregas acusam Zarianopoulos de, com alegada ilicitude, atribuir autorizações de ocupação do espaço público para efeitos de instalação de esplanadas, enquanto este exerceu o mandato de vereador do Município de Salónica.

Considero que a ação intentada não está relacionada com o estatuto de deputado ao Parlamento Europeu de Zarianopoulos, prendendo-se, ao invés, com o seu anterior mandato como vereador municipal. Nesse sentido, sem antolhar nem compactuar com qualquer forma de *fumus persecutionis*, voto a favor do presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted to uphold the waiver of immunity as Zarianopoulos was not fulfilling his role as a Member of the European Parliament: this incident took place when Zarianopoulos was a member of Thessaloniki City Council.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – O Procurador-Geral do Supremo Tribunal grego solicitou o levantamento da imunidade parlamentar de Sotirios Zarianopoulos, deputado ao Parlamento Europeu, no âmbito da instauração de um processo de inquérito relativo a um alegado delito. A ação intentada prende-se com a atribuição, em 2011, pelo Município de Salónica, de autorizações, alegadamente ilícitas, de ocupação do espaço público para efeitos da instalação de esplanadas em zonas pedonais e que Sotorios Zarianopoulos é acusado na sua qualidade de antigo vereador deste município.

Tendo em conta que o procedimento judicial não diz respeito a opiniões ou votos emitidos no exercício das suas funções enquanto deputado ao Parlamento Europeu e que não há razão para supor que a intenção subjacente à ação judicial consiste em prejudicar a atividade política do deputado, este pedido, que votei favoravelmente, decide levantar a imunidade ao deputado Sotirios Zarianopoulos.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – A ação intentada não está relacionada com o estatuto de deputado ao Parlamento Europeu de Sotirios Zarianopoulos.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria de Sotirios Zarianopoulos, a la vista del informe elaborado por la Comisión de Asuntos Jurídicos, que constata que el fiscal del Tribunal Supremo griego ha solicitado la suspensión de la misma en relación a unos hechos acaecidos en el año 2011 -unas autorizaciones supuestamente ilegales de ocupación del espacio de uso público, para la instalación de terrazas en vías peatonales realizadas por el Ayuntamiento de Salónica, cuando Sotirios Zarianopoulos era concejal de dicho Ayuntamiento-, hechos que no guardan relación con su condición de diputado al Parlamento Europeo

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée d'immunité de M. Sotirios Zarianopoulos, afin que la justice grecque puisse effectuer son travail, dans le strict respect des droits de la défense, étant entendu que les faits présumés (non-accomplissement d'obligations légales en réunion et autorisations prétendument illégales d'occupation du domaine public aux fins de l'installation de terrasses sur des voies piétonnes) n'ont pas de lien direct avec la fonction de député européen de M. Zarianopoulos, qui était alors membre du conseil municipal de Salonique, et ne sont pas motivés par une quelconque volonté de nuire.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą. Atsižvelgdamas į Graikijos Respublikos Aukščiausiojo Teismo prokuroro 2016 m. kovo 28 d. perduotą prašymą atšaukti Sotirioso Zarianopouloso imunitetą, kuris susijęs su procesu, kurį ketina inicijuoti prokuroras dėl Salonikuose įvykdytos nusikalstamos veikos, bei S. Zarianopoulosui suteiktą galimybę patiekti savo įvykių versiją EP komitetui, Europos parlamentas priėmė sprendimą atimti minėto parlamento nario neliečiamybę.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Este relatório diz respeito ao pedido de levantamento da imunidade parlamentar do Membro do Parlamento Europeu Sotirios Zarianopoulos.

Trata-se de um pedido efetuado pelo Procurador do Supremo Tribunal grego, que diz respeito a um processo relacionado com um alegado delito em que o eurodeputado terá estado envolvido em 2011 no Município de Salónica no que respeita a autorizações, alegadamente ilícitas, de ocupação do espaço público para efeitos da instalação de esplanadas em zonas pedonais quando exercia o cargo de Vereador deste Município.

Ora, sendo que se trata de uma conduta alegadamente praticada fora do seu mandato enquanto Eurodeputado, prendendo-se sim com o seu anterior mandato de Vereador do Município de Salónica e não havendo quaisquer razões para acreditar que existam outras intenções subjacentes à ação judicial no sentido de prejudicar a atividade política, votei favoravelmente este pedido de levantamento da imunidade parlamentar, atenta a verificação dos pressupostos elencados no artigo 9.º Do Protocolo n.º 7 relativo aos Privilégios e Imunidades da União Europeia.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad, tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – El actual eurodiputado del Partido Comunista Griego está siendo imputado en Grecia, por la supuesta concesión de permisos ilegales de utilización de la propiedad pública, para el establecimiento de zonas de descanso en las calles de Tesalónica cuando era concejal.

Dado que no se puede considerar la existencia del *fumus persecutionis* para dañarlo políticamente, puesto que la causa va dirigida a todos los concejales en esa época, y puesto que el propio Zarianopoulos expresó su voluntad de que le fuera retirada su inmunidad parlamentaria, he votado a favor del levantamiento de la misma.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Prokurátor Gréckeho najvyššieho súdu v súvislosti s trestným konaním vo veci údajného prečinu požiadal o zbavenie parlamentnej imunity poslanca Európskeho parlamentu Sotiriosa Zarianopoulosa. Plánované trestné stíhanie sa týka vydania údajne nezákonného povolenia na obsadenie verejného priestoru mestskou radou v Solúne, a to na účely zriadenia terás na chodníkoch pre chodcov, a keďže Soltirios Zarianopoulos je stíhaný ako bývalý člen tejto mestskej rady. Keďže plánované stíhanie nemá žiadnu súvislosť so štatútom Sotiriosa Zarianopoulosa ako poslanca Európskeho parlamentu, ale súvisí skôr s jeho predchádzajúcim mandátom člena mestskej rady v Solúne, rozhodli sme sa ako poslanci EP zbaviť Sotiriosa Zarianopoulosa imunity, aby sa mohli podozrenia v súvislosti s trestným konaním vo veci údajného prečinu vyšetriť.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Činnosť poslancov Európskeho parlamentu, ktorá nemá priamy súvis s výkonom ich mandátu, vrátane rozhodnutí, ktoré urobili ako členovia miestnych zastupiteľských orgánov, je vždy predmetom skúmania príslušných národných orgánov.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Ich habe für die Aufhebung der Immunität gestimmt, weil es sich nicht um einen mandatsbezogenen Sachverhalt handelt.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Tužitelj pri grčkom Vrhovnom sudu zatražio je da se zastupniku u Europskom parlamentu Sotiriosu Zarianopoulosu ukine zastupnički imunitet u vezi s planiranim kaznenim postupkom u vezi s kaznenim djelima u Solunu (predmet ABM A2015/1606) i koji je objavljen na plenarnoj sjednici 27. travnja 2016.

Podržavam izvješće o zahtjevu za ukidanje imuniteta Sotiriosu Zarianopoulosu budući da kazneni postupak o kojem je riječ nije ni na koji način povezan sa statusom Sotiriosa Zarianopoulosa kao zastupnika u Europskom parlamentu, već s njegovim ranijim mandatom člana Općinskog vijeća Soluna.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Τα κοινοβουλευτικά προνόμια δεν πρέπει σε καμία περίπτωση να οδηγούν σε άνιση και προνομιακή μεταχείριση των βουλευτών έναντι του νόμου και της δικαιοσύνης.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Nous avons voté en faveur de la levée d'immunité afin que cette personne puisse s'expliquer devant la justice de son pays.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of waving the immunity of the Member of Parliament Sotirios Zarianopoulos, as requested by the public prosecutor at the Greek Supreme Court. The proposed proceedings concern the fact that in 2011, the Thessaloniki City Council, which Zarianopoulos was member of in that time, allegedly issued illegal permits to use public property for the purpose of setting up outside seating areas on pavements. The proposed proceedings are thus clearly unrelated to Sotirios Zarianopoulos's status as a Member of the European Parliament. He should therefore not be granted the immunity provided by that position, but be prosecuted in his capacity as a former member of that city council.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam zahtjev za ukidanje imuniteta zastupniku Sotiriosu Zarianopoulusu koje se odnosi na neispunjenje pravnih obveza na sjednici te na navodno nezakonito izdavanje dozvola Općinskog vijeća u Solunu za korištenje javnih površina u vidu postavljanja terasa u pješačkoj zoni.

Naime, budući da se predmetni kazneni postupak ne odnosi na izraženo mišljenje niti glasovanje zastupnika u okviru obnašanja njegovih dužnosti zastupnika u Europskom parlamentu, može se zaključiti da postupak nije pokrenut s namjerom nanošenja štete političkom djelovanju zastupnika. Tim postupkom obuhvaćeni su svi tadašnji članovi Općinskog vijeća te smatram da je potrebno omogućiti nadležnim institucijama da obave potpunu istragu kako bi se utvrdila eventualna odgovornost za navedena djela.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog zahteve za odvzem imunitete Sotiriosu Zarianopulosu sem podprla, ker v skladu s členom 9 Protokola št. 7 o privilegijih in imunitetah Evropske unije poslanci Evropskega parlamenta uživajo na ozemlju svoje države imunitete, priznane članom parlamenta te države, ter se v skladu z 62. členom Grške ustave proti poslancem v času njihovega mandata ne sme začeti kazenskega postopka, jim odvzeti prostosti, jih zapreti ali drugače zadržati brez dovoljenja poslanske zbornice.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad, tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A görög főügyész 2016. március 28-án továbbított és a plenáris ülésen 2016. április 27-én bejelentett kérelemben a főügyész – a jogellenes cselekmény ügyében eljáró szaloniki ügyész által indítani kívánt nyomozati eljárás kapcsán – kéri Szotiriosz Zarianopulosz mentelmi jogának felfüggesztését. Döntésemben követtem a frakció álláspontját.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad, tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the request for waiver of the immunity of Sotirios Zarianopoulos. The public prosecutor at the Greek Supreme Court has requested the waiver of the immunity of Sotirios Zarianopoulos MEP in connection with proceedings relating to an alleged offence. The proposed proceedings concern the issuing in 2011 by Thessaloniki City Council of allegedly illegal permits to use public property for the purpose of setting up outside seating areas on pavements, and Sotirios Zarianopoulos is to be prosecuted in his capacity as a former member of that city council. I voted in favour because I believe that the proposed proceedings are clearly unrelated to Sotirios Zarianopoulos's status as a Member of the European Parliament, but are related to his former mandate as a member of Thessaloniki City Council.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O Procurador do Supremo Tribunal grego solicitou o levantamento da imunidade parlamentar de Sotirios Zarianopoulos, que é deputado do Partido Comunista Grego no Parlamento Europeu.

A ação intentada prende-se com a atribuição, em 2011, pelo Município de Salónica, de autorizações, alegadamente ilícitas, de ocupação do espaço público para efeitos da instalação de esplanadas em zonas pedonais e que Sotorios Zarianopoulos é acusado, na sua qualidade de antigo vereador deste município, de ajudar a esta situação.

Considera-se que não existem motivos para suspeitar que a intenção subjacente ao processo penal seja prejudicar a atividade política do deputado, tanto mais que a referida ação envolve todos os que, à época, eram vereadores do município.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Da die Geschehnisse vor bzw. außerhalb seiner Tätigkeit als Abgeordneter erfolgten, habe ich dem Antrag zugestimmt.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Mnohokrát je plénu Európskeho parlamentu predložená žiadosť o zbavenie imunity poslancov Európskeho parlamentu na základe rôznych skutočností. Môj názor na tieto správy je taký, že pokiaľ ide o žiadosť o zbavenie imunity v dôsledku činu, ktorý sa udial v čase, keď bol príslušný poslanec už členom Európskeho parlamentu a zároveň predmetný čin sa udial v súvislosti s výkonom jeho mandátu (napríklad týkal sa jeho výrokov v pléne), nemal by byť poslaneckej imunity zbavený. Pokiaľ však ide o udalosti, ktoré s výkonom mandátu poslanca Európskeho parlamentu nesúvisia, prípadne sa stali ešte predtým, ako sa poslanec svojho mandátu ujal, nevidím dôvod na hlasovanie proti takejto žiadosti. Myslím si, že pravidlá sú v prípade zbavovania imunity poslancov dostatočne jasné, a preto som aj v tomto prípade – keďže na základe dostupných informácií nemajú udalosti súvis s výkonom poslaneckého mandátu – hlasovala za zbavenie imunity.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Kot izhaja iz poročila kazenski postopek ni povezan s statusom Sotiriosa Zarianopoulosa kot poslanca Evropskega parlamenta, temveč z njegovim predhodnim mandatom člana občinskega sveta mesta Solun, zato podpiram zahtevo za odvzem imunitete Sotiriosu Zarianopoulosu.

5.7. Abkommen EU-China im Zusammenhang mit dem Beitritt Kroatiens zur EU (A8-0231/2016 - Iuliu Winkler)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – A seguito dei negoziati, imposti dall'Organizzazione mondiale del commercio, sono state apportate le seguenti modifiche al quadro tariffario UE-Cina: aumento del contingente tariffario per alcuni prodotti alimentari e diminuzione delle aliquote tariffarie per altre categorie di prodotti come le calzature e «split-system». Poiché tale accordo è necessario per l'adeguamento del quadro tariffario, ho deciso di votare positivamente.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — We abstained on this as it was merely a technical update to reflect the fact that Croatia has joined the EU since the original agreement was signed with China.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – Suite à l'adhésion de la Croatie, l'UE a dû renégocier les tarifs douaniers avec la Chine conformément aux règles de l'organisation Mondial du Commerce. Alors que la Chine ne fait aucune concession, la Commission européenne a dû, une nouvelle fois, céder sur les tarifs douaniers et les quotas.

Je me suis donc opposé à cet accord car il s'agit d'une relation déséquilibrée dans laquelle l'UE et la France sont perdantes.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report which will slightly amend quotas on trade with China following the accession of Croatia to the EU without affecting the Irish economy. Under the WTO rules, the EU has to negotiate with its trade partners new conditions due to the accession of Croatia to the EU. The Commission negotiated new conditions on industrial goods – slightly lower EU tariffs on footwear and air-conditioners. On agriculture quotas, the Commission will propose a regulation to increase the tonnage allocation for garlic and mushrooms from China (while maintaining the same percentage).

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport technique qui vise à conclure l'accord UE-Chine, en tenant compte de l'adhésion de la Croatie à l'UE, conformément aux exigences de l'OMC. La Commission a négocié avec la Chine la question du retrait de concessions spécifiques liées au retrait de l'annexe de la Croatie dans le cadre de son adhésion à l'UE. Ces négociations ont abouti à un projet d'accord sous forme d'échange de lettres qui a été paraphé le 7 Octobre 2015. Il convient maintenant de conclure l'accord.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της σύστασης σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου που αφορά τη σύναψη συμφωνίας υπό μορφή ανταλλαγής επιστολών μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Λαϊκής Δημοκρατίας της Κίνας, καθώς η συμφωνία περιλαμβάνει αναλογικές τροποποιήσεις στις παραχωρήσεις και συνάδει με την προηγούμενη πρακτική και το πλαίσιο του ΠΟΕ.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Il s'agit ici d'une recommandation d'une proposition de décision du Conseil autorisant conclusion de l'accord sous forme d'échange de lettres entre l'Union européenne et la République populaire de Chine au titre de l'article XXIV, paragraphe 6, et de l'article XXVIII de l'accord général sur les tarifs douaniers et le commerce (GATT) de 1994 concernant la modification de concessions dans la liste d'engagements de la République de Croatie, dans le cadre de son adhésion à l'Union européenne.

Suite à l'adhésion de la Croatie, l'UE a dû renégocier avec la Chine des accords de tarifs douaniers conformément aux règles de l'OMC.

Du coup, la Commission Européenne a fait plusieurs concessions sur les tarifs douaniers et sur les quotas: chaussures, appareils d'air conditionné, ail, champignons. La Chine n'a fait aucune concession.

Les tarifs douaniers de l'UE vis-à-vis de la Chine étant déjà très défavorables (le commerce extérieur de la France avec la Chine est d'ailleurs très déficitaire), cette nouvelle liste de concessions n'est pas la bienvenue. Ce type de relations n'est pas équilibré.

C'est pourquoi je me suis opposée à ce rapport.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur de cette recommandation car avec l'adhésion de la République de Croatie, l'Union européenne a élargi son union douanière. Par conséquent, elle était tenue, selon les règles de l'Organisation mondiale du commerce (OMC) (article XXIV, paragraphe 6, du GATT de 1994), d'ouvrir des négociations avec les membres de l'OMC ayant des droits de négociation en ce qui concerne la liste d'engagements de la Croatie afin de convenir éventuellement d'une compensation.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu.* – Kroatijos Respublikai įstojus į Europos Sąjungą, išsiplėtė ES muitų sąjunga. Todėl Europos Sąjunga pagal Pasaulio prekybos organizacijos (PPO) taisykles buvo įpareigota pradėti derybas su derybų teisę turinčiomis PPO narėmis dėl Kroatijos muitų tarifų sąrašo siekiant galiausiai susitarti dėl kompensacinio sureguliavimo. Toks sureguliavimas privalomas, jei patvirtinus ES išorės muitų tarifų režimą muitų tarifai padidėja, palyginti su muitais, dėl kurių stojančioji šalis įsipareigojo PPO.

Pritariu šiai rekomendacijai, kad šis susitarimas su Kinijos Liaudies Respublika būtų sudarytas Sąjungos vardu.

Gerard Batten (EFDD), *in writing.* – We abstained on this as it was merely a technical update to reflect the fact that Croatia has joined the EU since the original agreement was signed with China.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit.* – Suite à l'adhésion de la Croatie, l'UE a dû renégocier avec la Chine des accords de tarifs douaniers conformément aux règles de l'OMC. La Commission Européenne a fait plusieurs concessions sur les tarifs douaniers et sur les quotas; en revanche, la Chine n'en a fait aucune, alors même que les tarifs douaniers de l'UE vis-à-vis de la Chine lui sont très favorables. Voilà pourquoi je considère que cette liste de nouvelles concessions n'est pas la bienvenue, d'autant moins que la Commission n'a rien prévu pour nous protéger du dumping chinois: en décembre prochain, 15 ans après son adhésion à l'OMC, la Chine se verra en effet accorder automatiquement le statut d'économie de marché…

Hugues Bayet (S&D), *par écrit.* – J'ai approuvé ce rapport sur la proposition de décision du Conseil autorisant la conclusion de l'accord sous forme d'échanges de lettre entre l'Union et la Chine au titre de certaines dispositions du GATT concernant la modification de concessions dans la liste d'engagements de la Croatie dans le cadre de son adhésion à l'Union.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito.* – Como consecuencia de la adhesión de Croacia a la Unión Europea y debido a las normas de la OMC, la Unión, debe negociar con el restante de los miembros de la OMC que tengan derechos de negociación respecto a la lista arancelaria de Croacia.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto.* – Oggi ho votato a favore della relazione Winkler, un provvedimento di natura tecnica che approva l'accordo tra UE e Cina che consente al paese asiatico di vedere ristabiliti i propri diritti commerciali, leggermente ridotti a seguito dell'allargamento dell'unione doganale dell'UE per l'adesione della Croazia nel luglio 2013. Le norme dell'Organizzazione mondiale del commercio (OMC) hanno imposto infatti all'Unione europea di avviare negoziati con i paesi membri dell'OMC, detentori di diritti di negoziato connessi all'elenco tariffario della Croazia, allo scopo di convenire un adeguamento compensativo.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito.* – He votado a favor de este informe necesario para formalizar el acceso de Croacia a la Unión Europea.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito.* – La aprobación de este informe es coherente y consecuencia del ingreso de Croacia en la Unión Europea. Con ese ingreso, la Unión ha ampliado su unión aduanera y corresponde, de acuerdo con las normas de la OMC, negociar respecto a la lista arancelaria de esta república de la Unión. En este caso con respecto a la República Popular de China.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit.* – J'ai voté contre ce rapport qui vise à prendre en compte l'adhésion de la Croatie à l'UE dans le cadre des accords de tarifs douaniers avec la Chine.

Si de prime abord, on pouvait considérer ce texte comme une simple mise en conformité juridique visant à prendre en compte la Croatie dans les accords, il s'avère que l'UE en a profité pour renégocier les dits accords avec la puissance chinoise, et ce, dans un sens éminemment défavorable aux pays européens.

L'UE a accepté de multiples concessions, et sur les tarifs douaniers, et sur les quotas, notamment sur les chaussures, mais également sur des produits alimentaires tels que l'ail ou les champignons. Le géant chinois, quant à lui, n'a admis aucun compromis.

Alors même que le commerce extérieur de la France est déjà déficitaire vis à vis de la Chine, ces nouvelles concessions risques d'aggraver le déséquilibre de notre balance commerciale. Comme d'habitude, le fait que l'UE soit responsable de la politique commerciale pour tous ses États-Membres ne nous permet pas de défendre nos intérêts économiques et stratégiques.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione Winkler analizza l'accordo fra UE e Cina per compensare le preferenze commerciali che questa aveva con la Croazia prima della sua adesione all'UE.

Pur non essendoci conseguenze dirette sul comparto produttivo italiano, ritengo che l'UE dovrebbe tutelare maggiormente il proprio mercato interno nei confronti della Cina, che si dimostra continuamente un concorrente commerciale estremamente agguerrito, sempre pronto a mettere in campo pratiche di concorrenza sleale per accaparrarsi quote di mercato a discapito delle produzioni di qualità dei nostri territori. Per questo motivo mi sono espressa contro questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de conceder la aprobación a la celebración del Acuerdo entre la Unión y China relativo a la modificación de las concesiones en la lista arancelaria de Croacia en el marco de la OMC como consecuencia de su adhesión a la Unión.

Con la adhesión de Croacia, la Unión ha ampliado su unión aduanera. En consecuencia, de acuerdo con las normas de la OMC, la Unión está obligada a entablar negociaciones con los miembros de la OMC que tengan derechos de negociación respecto a la lista arancelaria de Croacia para acordar un ajuste compensatorio. Así, la Comisión ha negociado con los miembros de la OMC, en este caso China, que tienen derechos de negociación respecto a la supresión de concesiones específicas en relación con la retirada de la lista arancelaria de Croacia por su ingreso en la Unión.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo siekiama ES teisės aktų suderinimo. Šiuo pranešimu Parlamentas pritaria Europos Sąjungos ir Kinijos Liaudies Respublikos susitarimo pasikeičiant laiškais dėl 1994 m. Bendrojo susitarimo dėl muitų tarifų ir prekybos (GATT) dėl nuolaidų pakeitimo Kroatijos Respublikos įsipareigojimų sąraše jai stojant į Europos Sąjungą.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A Horvát Köztársaság csatlakozásával kibővült az Európai Unió vámuniója. Ennek következtében a Kereskedelmi Világszervezet (WTO) szabályai alapján, az Európai Unió köteles tárgyalásokat kezdeményezni azon WTO tagállamokkal, melyekkel kapcsolatban Horvátország idáig ún. engedményes vámtarifalistával rendelkezett. Ez abban az esetben válik szükségessé, ha az uniós vámtarifarendszerhez történő csatlakozás eredményeként a vámtarifa szint ez okból történő emelkedése meghaladja a csatlakozó ország által a WTO-ban vállalt szintet. A tárgyalások megkezdéséhez szükséges felhatalmazást a Tanács 2013. július 15-én adta meg a Bizottságnak, mely felhatalmazás a GATT XXIV. cikkének 6. pontján alapul.

E tárgyalások eredményeképpen a Bizottság javasolta a Tanácsnak a megállapodás Unió nevében történő aláírását. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a Parlament egyetértését a tanácsi határozat tervezetére vonatkozóan.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovu preporuku koja je tehničke prirode. Ona ima za cilj sklapanje ugovora između EU-a i Kine, uzimajući u obzir pristupanje Hrvatske u EU-u i prilagodbe carinskih tarifa, kao i zahtjeve WTO-a.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Suite à l'adhésion de la Croatie, l'UE a dû renégocier avec la Chine des accords de tarifs douaniers conformément aux règles de l'OMC et la Commission a fait un certain nombre de concessions (chaussures, ails, champignons) tandis que la Chine n'en a fait aucune. Considérant une relation déséquilibrée et portant préjudice à la France, j'ai voté contre ce texte.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – È corretto che anche la Repubblica di Croazia, ora che è pienamente parte dell'Unione europea, partecipi degli accordi commerciali che la UE sigla con gli Stati esteri. Lo riteniamo un atto dovuto.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Suite à l'adhésion de la Croatie, l'Union européenne a renégocié avec la Chine les accords sur les tarifs douaniers conformément aux règles de l'Organisation mondiale du commerce (OMC). C'est dans ce contexte que la Commission européenne a accordé à la Chine, sans la moindre réciprocité, de nouvelles concessions tarifaires portant notamment sur les importations de chaussures, d'appareils d'air conditionné, d'ail ou de champignons.

Au lieu de mettre en place un protectionnisme intelligent visant à lutter contre le dumping social et environnemental que pratique la Chine, l'Union européenne préfère lui accorder de nouvelles concessions tarifaires qui renforceront le déficit de la balance courante des États membres. Les mêmes causes entrainant les mêmes effets, cette folle politique commerciale contribuera à accélérer la désindustrialisation qui frappe les pays occidentaux depuis le début des années 1980 avec à la clé la destruction de milliers d'emplois dans le secteur marchand.

C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce rapport.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Acordul între Uniunea Europeană și China vizează modificarea concesiilor tarifare legate de aderarea Croației la Uniune. Având în vedere că Uniunea Europeană și-a extins uniunea vamală odată cu aderarea Republicii Croația, devine obligatorie inițierea unor negocieri cu membrii Organizației Mondiale a Comerțului referitor la tariful vamal al Croației tocmai pentru a se ajunge la un acord privind ajustarea compensatorie.

Acest acord de compensare reprezintă o dovadă a atașamentului Uniunii față de regimul comercial bazat pe norme multilaterale, fiind marcată încă o dată supremația scopului constituirii uniunilor vamale și a zonelor de comerț liber.

Salut acordul încheiat cu Republica Populară Chineză privind modificarea concesiilor tarifare legate de aderarea Croației la Uniunea Europeană deoarece consider că prezentul acord conține modificări proporționale cu concesiile și este în conformitate cu practica anterioară.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho espresso voto favorevole in merito alla raccomandazione in questione poiché ritengo sia giusto che alla Repubblica popolare cinese vengano ripristinati i diritti commerciali. Questi, infatti, a seguito dell'allargamento dell'unione doganale UE, con l'adesione della Croazia, sono stati in parte ridotti.

Le norme dell'Organizzazione mondiale del commercio (OMC), in particolare l'articolo XXIV, paragrafo 6, del GATT 1994, prescrivono all'Unione europea di avviare negoziati con i paesi membri dell'OMC detentori dei diritti di negoziato connessi all'elenco tariffario della Croazia, al fine di consentire un adeguamento compensativo. Tale adeguamento è necessario qualora l'adozione del regime tariffario esterno dell'UE comporti un aumento dei dazi maggiore rispetto al livello al quale il paese aderente si è impegnato alla luce del quadro dell'OMC.

La Commissione, per compensare le perdite, ha individuato due particolari misure per i prodotti cinesi interessati: la prima prevede l'aumento del contingente tariffario e la seconda, invece, mira alla riduzione delle aliquote tariffarie consolidate.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report which will slightly amend quotas on trade with China following the accession of Croatia to the EU without affecting the Irish economy. Under the WTO rules, the EU has to negotiate with its trade partners new conditions due to the accession of Croatia to the EU. The Commission negotiated new conditions on industrial goods – slightly lower EU tariffs on footwear and air-conditioners. On agriculture quotas, the Commission will propose a regulation to increase the tonnage allocation for garlic and mushrooms from China (while maintaining the same percentage).

David Casa (PPE), *in writing*. – As a consequence of the accession of Croatia, the customs union of the EU has grown and consequently in line with WTO rules, the EU had to enter into negotiations with other WTO members, in this particular case, China, having negotiated rights related to the tariff schedule of Croatia. I give my consent to the proposal to conclude the Agreement as it includes proportionate modifications to the concessions and is consistent with earlier practice and WTO framework. It has also taken note of the Commission reports stating that the relevant compensatory adjustments to China are proportionate and do not exceed China's rights as affected by the withdrawal of Croatia's concessions to China.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – In seguito ai negoziati relativi all'adesione della Croazia all'Unione europea, e alle concessioni relative, l'accordo commerciale con la Cina ha subito modifiche con riferimento al commercio di alcuni prodotti. La relazione mira ad approvare queste modifiche, che non sollevano alcuna problematica. Ho votato a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Επικροτούμε τη συμφωνία με τη Λαϊκή Δημοκρατία της Κίνας και πιστεύουμε πως η τελευταία δικαιούται αποκατάσταση των προηγούμενων δικαιωμάτων εμπορικών συναλλαγών της, τα οποία περιορίσθηκαν ελαφρώς εξαιτίας της διεύρυνσης της τελωνειακής ένωσης της ΕΕ με την προσχώρηση της Κροατίας.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η ψηφοφορία ως προς τη σύναψη συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Λαϊκής Δημοκρατίας της Κίνας, σχετικά με την τροποποίηση των παραχωρήσεων που προβλέπονται στον πίνακα της Δημοκρατίας της Κροατίας στο πλαίσιο της προσχώρησής της στην Ευρωπαϊκή Ένωση, αποτελεί ένα θετικό βήμα και καθώς ανάλογες διαδικασίες ευνοούν την ομαλή εξέλιξη της πορείας προσχώρησης, ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Coerentemente con i principi economici che animano lo spirito dell'Unione europea fin dalle sue origini, accolgo con estremo favore l'accordo commerciale raggiunto con la Cina in merito all'adesione della Croazia. I negoziati, iniziati il 7 ottobre 2015, si sono conclusi con successo a dimostrazione delle ottime relazioni intrattenute dalla diplomazia europea con la Repubblica popolare cinese. Auspico che, in virtù di questo genere di accordi, si possa raggiungere un migliore grado di cooperazione e integrazione economica internazionale capace di riflettersi sul benessere dei rispettivi popoli.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the EU-China Agreement relating to the accession of Croatia and noted no objections.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Con l'adesione della Repubblica di Croazia, l'unione doganale dell'Unione europea si è estesa e di conseguenza sono stati avviati negoziati con alcuni partner dell'organizzazione mondiale del commercio, tra cui la Cina, per definire un adeguamento compensativo del regime tariffario. Ho espresso il mio voto a favore dell'accordo tra l'Unione europea e la Repubblica popolare cinese, perché ha l'obiettivo di facilitare e regolarizzare gli scambi commerciali, evitando l'insorgere di ostacoli al commercio comunitario con paesi terzi. Tale accordo di compensazione rappresenta l'impegno dell'Unione europea volto alla promozione di un regime commerciale multilaterale, fondato su chiare regole compatibili con il sistema normativo dell'Organizzazione mondiale del commercio.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – En coherencia con mi oposición anterior al Acuerdo UE-China relativo a la Organización Mundial de Comercio por su defensa y promoción de un modelo neoliberal de comercio internacional, también he votado en contra de la adhesión de Croacia al mismo.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Odată cu aderarea Republicii Croația la Uniunea Europeană, aceasta din urmă și-a extins uniunea vamală, fapt ce a generat o creștere a tarifelor peste nivelul pe care țara aflată în curs de aderare s-a angajat să-l respecte. Am votat pentru reducerea actualei taxe consolidate a UE pentru a sprijini stabilizarea economică. Ajustările compensatorii față de China sunt proporționale și nu depășesc drepturile Chinei afectate de retragerea concesiilor din partea Croației.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. - A Horvát Köztársaság csatlakozásával kibővült az Európai Unió vámuniója. Ennek következtében a Kereskedelmi Világszervezet (WTO) szabályai alapján, az EU köteles tárgyalásokat kezdeményezni azon WTO-tagállamokkal, melyekkel kapcsolatban Horvátország ez idáig ún. engedményes vámtarifa listával rendelkezett. Ez abban az esetben válik szükségessé, ha az uniós vámtarifarendszerhez történő csatlakozás eredményeként a vámtarifaszint ez okból történő emelkedése meghaladja a csatlakozó ország által a WTO-ban vállalt szintet. A tárgyalások megkezdéséhez szükséges felhatalmazást a Tanács 2013. július 15-én adta meg a Bizottságnak. E tárgyalások eredményeképpen a Bizottság javasolta a Tanácsnak a megállapodás Unió nevében történő aláírását.

Szavazatommal támogattam a Parlament egyetértését a tanácsi határozat tervezetére vonatkozóan.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – W pełni popieram porozumienia z Chińską Republiką związane z przystąpieniem Chorwacji do struktur Unii Europejskiej, co bezpośrednio wpłynęło na rozszerzenie się unii celnej. Pozytywnie przyjąłem wiadomość, że UE podjęła negocjacje z członkami WTO, które to mają na celu uzgodnienie wyrównania cen, chodzi także o obniżenie aktualnych stawek celnych UE na obuwie oraz klimatyzatory typu okiennego lub ściennego, oraz zwiększenia kontyngentów przywozowych na czosnek i grzyby. W moim przekonaniu, jeśli zależy nam na sprawnym działaniu unii celnej, należy zagłosować za, co też uczyniłem.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the EU-China Agreement relating to the accession of Croatia as I believe that the trading rights should be restored. This fullfills the purpose of a customs union as rightly outlined in GATT.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I welcome this agreement; as an important actor in global trade it is important that the EU continues to set an example in abiding by WTO rules and adopts a flexible approach in trade negotiations with third countries, particularly with growing markets such as China.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Nella seduta plenaria odierna mi sono espresso favorevolmente in merito al progetto di risoluzione in questione, il quale, essendo di natura strettamente tecnica, mira a definire l'accordo con la Cina in merito alla modifica delle concessioni nell'elenco della Croazia, in considerazione dell'adesione di quest'ultima all'UE.

In seguito all'acquisizione della *membership* europea della Repubblica croata, infatti, l'UE ha ampliato ulteriormente l'unione doganale. Ciò ha implicato l'avvio di negoziati con i paesi membri dell'Organizzazione mondiale del commercio (OMC) detentori di diritti di negoziato in relazione all'elenco tariffario della Croazia per concordare un adeguamento compensativo, tra i quali, appunto, la Cina.

Con l'approvazione di questo provvedimento, il Parlamento europeo contribuisce quindi a garantire la certezza e la coerenza delle regole in materia di scambi commerciali con i paesi terzi.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport présente la recommandation du Parlement Européen quant au protocole de mise à jour de l'accord UE-Chine suite à l'adhésion de la Croatie à l'Union Européenne et porte sur les possibles compensations auprès du pays partenaire de l'UE dès lors que l'Union élargit son marché à un nouveau membre. Le rapporteur propose de soutenir la proposition de la Commission en faveur de cette négociation. Considérant que l'élargissement du marché unique modifie les conditions d'échange avec les pays partenaires, et qu'il faut redéfinir ces conditions, j'ai soutenu ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – We abstained on this as it was merely a technical update to reflect the fact that Croatia has joined the EU since the original agreement was signed with China.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — L'adoption de ce texte permet la conclusion de l'accord sous forme d'échange de lettres entre l'Union européenne et la Chine au titre de l'accord général sur les tarifs douaniers et le commerce (GATT) de 1994 concernant la modification de concessions dans la liste d'engagements de la Croatie dans le cadre de son adhésion à l'Union européenne. J'ai voté en faveur de ce texte afin de tenir compte du fait qu'avec l'adhésion de la Croatie, l'Union européenne a élargi son union douanière, ce qui nous oblige à ajuster nos accords commerciaux en conséquence.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – L'Union européenne a renégocié ses tarifs douaniers avec la Chine suite à l'adhésion de la Croatie. Alors que le commerce extérieur de l'Union européenne est déjà largement déficitaire vis-à-vis de la Chine, cette renégociation acte une nouvelle série de concessions. Le groupe ENF dénonce cette relation commerciale déséquilibrée et qui ne correspond en rien aux intérêts économiques français. J'ai donc voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих препоръката относно споразумението между ЕС и Китай във връзка с присъединяването на Хърватия. Този технически доклад отразява нуждата от привеждане на споразумението след присъединяването на Хърватия към ЕС и разширяването на митническия съюз. Тази актуализация се отнася за намаляването на европейските мита за някои видове продукти и увеличаване на квотата за внос на други земеделски такива.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η συμφωνία αυτή θα έχει ως αποτέλεσμα την αποκατάσταση των προηγούμενων δικαιωμάτων εμπορικών συναλλαγών της Λαϊκής Δημοκρατίας της Κίνας, τα οποία περιορίσθηκαν εξαιτίας της διεύρυνσης της τελωνειακής ένωσης της ΕΕ με την προσχώρηση της Κροατίας. Θα ενισχυθεί δηλαδή περαιτέρω η με καλπάζοντα ρυθμό ανάπτυξη της ιδιαίτερα ανταγωνιστικής (για τις ευρωπαϊκές οικονομίες) οικονομίας της Κίνας.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A Horvát Köztársaság csatlakozásával kibővült az Európai Unió vámuniója. Ennek következtében a Kereskedelmi Világszervezet (WTO) szabályai alapján, az Európai Unió köteles tárgyalásokat kezdeményezni azon WTO tagállamokkal, melyekkel kapcsolatban Horvátország idáig ún. engedményes vámtarifalistával rendelkezett. Ez abban az esetben válik szükségessé, ha az uniós vámtarifarendszerhez történő csatlakozás eredményeként a vámtarifa szint ez okból történő emelkedése meghaladja a csatlakozó ország által a WTO-ban vállalt szintet. A tárgyalások megkezdéséhez szükséges felhatalmazást a Tanács 2013. július 15-én adta meg a Bizottságnak, mely felhatalmazás a GATT XXIV. cikkének 6. pontján alapul.

E tárgyalások eredményeképpen a Bizottság javasolta a Tanácsnak a megállapodás Unió nevében történő aláírását. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a Parlament egyetértését a tanácsi határozat tervezetére vonatkozóan.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Com a adesão da República da Croácia a União Europeia alargou a sua união aduaneira. Competia à União Europeia dar início a negociações com os membros da OMC que detêm direitos de negociação relacionados com a pauta aduaneira da Croácia a fim de chegar a acordo quanto a um eventual ajustamento compensatório. Esse ajustamento é necessário se a adoção do regime pautal externo da UE resultar num aumento dos direitos aduaneiros que exceda o nível ao qual o país aderente se vinculou no âmbito da OMC. Considero que o Parlamento Europeu deve aprovar o acordo porque a República Popular da China tem direito ao restabelecimento dos seus direitos comerciais anteriores, que sofreram uma ligeira degradação devido ao alargamento da união aduaneira aquando da adesão da Croácia à União.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: les tarifs douaniers de l'UE vis-à-vis de la Chine étant déjà très défavorables (le commerce extérieur de la France avec la Chine est d'ailleurs très déficitaire), cette nouvelle liste de concessions n'est pas la bienvenue. Ce type de relations n'est pas équilibré.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Com a adesão da República da Croácia a União Europeia alargou a sua união aduaneira. Consequentemente, em conformidade com as regras da Organização Mundial do Comércio (OMC) [artigo XXIV, n.º 6, do GATT de 1994], cumpria à UE dar início a negociações com os membros da OMC que detêm direitos de negociação relacionados com a pauta aduaneira da Croácia, a fim de chegar a acordo quanto a um eventual ajustamento compensatório.

Em 15 de julho de 2013, o Conselho autorizou a Comissão a encetar negociações nos termos do artigo XXIV, n.º 6, do GATT de 1994. A Comissão negociou com os membros da OMC que detêm direitos de negociação a questão da retirada de concessões específicas decorrente da retirada da pauta aduaneira da República da Croácia no contexto da adesão deste país à UE.

Pese embora o carácter eminentemente técnico deste relatório, a nossa posição é indissociável da posição de princípio relativamente aos fundamentos que determinam a sua necessidade, de que se destaca a competência exclusiva da UE em matéria de política comercial que lhe foi conferida pelo Tratado de Lisboa. Entendemos que os países devem poder estabelecer, de pleno direito, os acordos comerciais que soberanamente entenderem.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto favorevole alla presente raccomandazione in quanto approvo la proposta relativa alla conclusione dell'accordo tra l'Unione europea e la Repubblica popolare cinese sulla modifica delle concessioni nell'elenco della Repubblica di Croazia nel quadro della sua adesione all'Unione europea. Tale accordo, infatti, prevede delle idonee modifiche alle concessioni ed è coerente con la linea seguita nei casi precedenti e con il quadro dell'Organizzazione mondiale del commercio (OMC).

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – V tomto konkrétnom prípade ide o dohodu, ktorá má čisto technický charakter. Jej hlavným cieľom je uzavrieť dohodu medzi Európskou úniou a Čínou s prihliadnutím na pristúpenie Chorvátska k Európskej únii, v súlade s požiadavkami Svetovej obchodnej organizácie. Európska komisia dojednala s Čínou otázku zrušenia osobitných úľav v súvislosti s ukončením plánu pristúpenia Chorvátska k Európskej únii.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario alla raccomandazione in quanto non sono mai stato a favore delle preferenze commerciali nei confronti della Cina.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τη συμφωνία ΕΕ-Κίνας σχετικά με την προσχώρηση της Κροατίας, καθώς η συμφωνία αυτή θα έχει ως αποτέλεσμα την αποκατάσταση των προηγούμενων δικαιωμάτων εμπορικών συναλλαγών της Λαϊκής Δημοκρατίας της Κίνας, τα οποία περιορίσθηκαν εξαιτίας της διεύρυνσης της τελωνειακής ένωσης της ΕΕ με την προσχώρηση της Κροατίας. Θα ενισχυθεί δηλαδή περαιτέρω η με καλπάζοντα ρυθμό ανάπτυξη της ιδιαίτερα ανταγωνιστικής (για τις ευρωπαϊκές οικονομίες) οικονομίας της Κίνας.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – This is a file of technical nature. It aims to conclude the EU-China agreement, taking into account the accession of Croatia to the EU, as per the WTO requirements. The Commission has negotiated with China the issue of the withdrawal of specific concessions in relation to the withdrawal of the schedule of Croatia in the course of its accession to the EU. These negotiations resulted in a draft Agreement in the form of an Exchange of Letters that was initialled on 7 October 2015. It is now appropriate to conclude the Agreement.

No amendments were tabled in the Committee on International Trade (INTA). I support the conclusion of this agreement.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A Horvát Köztársaság csatlakozásával kibővült az Európai Unió vámuniója. Ennek következtében a Kereskedelmi Világszervezet (WTO) szabályai alapján, az Európai Unió köteles tárgyalásokat kezdeményezni azon WTO tagállamokkal, melyekkel kapcsolatban Horvátország ez idáig ún. engedményes vámtarifa listával rendelkezett. Ez abban az esetben válik szükségessé, ha az uniós vámtarifarendszerhez történő csatlakozás eredményeként a vámtarifa szint ez okból történő emelkedése meghaladja a csatlakozó ország által a WTO-ban vállalt szintet. A tárgyalások megkezdéséhez szükséges felhatalmazást a Tanács 2013. július 15-én adta meg a Bizottságnak, mely felhatalmazás a GATT XXIV. cikkének 6. pontján alapul.

E tárgyalások eredményeképpen a Bizottság javasolta a Tanácsnak a megállapodás Unió nevében történő aláírását. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a Parlament egyetértését a tanácsi határozat tervezetére vonatkozóan.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Megszavaztam az ajánlást. A Horvát Köztársaság csatlakozásával kibővült az Európai Unió vámuniója. Ennek következtében a Kereskedelmi Világszervezet (WTO) szabályai értelmében az Európai Unió kompenzációs kiigazítás esetleges megállapítása érdekében köteles volt tárgyalásokat kezdeni azon WTO-tagokkal, amelyek Horvátország engedményes listái vonatkozásában tárgyalási joggal rendelkeznek. Ezt a kiigazítást el kellett végezni, mivel az EU külső vámtarifarendszerének átvételéből eredően a vámtarifaszint emelkedésének mértéke meghaladja a Horvátország által a WTO-ban vállalt szintet.

Miután a Bizottság javasolta a Tanácsnak a Kínával levélváltás formájában létrejött megállapodás Unió nevében történő aláírását, a Parlamentnek is egyetértését kell adnia. A Kínai Népköztársaságnak joga van korábbi kereskedelmi jogainak visszaállításához, miután azok az EU vámuniójának Horvátország uniós csatlakozását követő bővülése következtében valamelyest erodálódtak. A Bizottság helyesen járt el, amikor az érintett kínai termékekkel kapcsolatos kompenzáció eszközeként 1) a vámkontingensek növelését és 2) a jelenlegi rögzített vámtarifák csökkentését javasolta a veszteségek ellensúlyozására.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor para tener en cuenta la adhesión de la República de Croacia a la Unión Europea. En consecuencia, de acuerdo con las normas de la Organización Mundial del Comercio, la Unión Europea está obligada a entablar negociaciones con los miembros de la OMC que tengan derechos de negociación respecto a la lista arancelaria de Croacia para acordar finalmente un ajuste compensatorio.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della raccomandazione concernente il progetto di decisione del Consiglio relativa alla conclusione dell'accordo in forma di scambio di lettere tra l'Unione europea e la Repubblica popolare cinese, a norma dell'articolo XXIV, paragrafo 6, e dell'articolo XXVIII dell'accordo generale sulle tariffe doganali e sul commercio (GATT) 1994, sulla modifica di concessioni nell'elenco della Repubblica di Croazia nel quadro della sua adesione all'Unione europea. L'UE, con l'adesione della Croazia, ha di fatto ampliato la propria unione doganale e pertanto si è reso necessario un adeguamento compensativo con i paesi membri dell'OMG possessori di diritti di negoziato. Ritengo pertanto che la Cina abbia il diritto a veder riconosciuti i suoi diritti commerciali, in maniera proporzionale, ridotti a causa dell'adesione della Croazia all'UE.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für das „Abkommen EU-China im Zusammenhang mit dem Beitritt Kroatiens zur EU" gestimmt, da es sich um eine technische Aktualisierung eines wichtigen Abkommens nach dem Beitritt Kroatiens zur EU handelt.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe necesario para formalizar el acceso de Croacia a la Unión Europea.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Głosowałam za rezolucją ustawodawczą Parlamentu Europejskiego w sprawie projektu decyzji Rady w sprawie zawarcia Porozumienia w formie wymiany listów między Unią Europejską a Chińską Republiką Ludową na podstawie art. XXIV ust. 6. oraz art. XXVIII Układu ogólnego w sprawie taryf celnych i handlu (GATT) z 1994 r. odnoszącego się do zmian list koncesyjnych Republiki Chorwacji w związku z jej przystąpieniem do Unii Europejskiej.

Przystąpienie Republiki Chorwacji spowodowało rozszerzenie unii celnej przez Unię Europejską, a to z kolei sprawiło, że Unia Europejska zobowiązana była do rozpoczęcia negocjacji z członkami WTO, którzy mają prawa negocjacyjne w zakresie listy koncesyjnej Chorwacji, w celu uzgodnienia wyrównania, które jest należne, jeżeli przyjęcie systemu zewnętrznej taryfy celnej UE powoduje wzrost stawek ponad poziom, do którego dane przystępujące państwo zobowiązało się w ramach WTO.

W mojej ocenie Parlament Europejski powinien wyrazić zgodę na to porozumienie, gdyż przywraca ono Chińskiej Republice Ludowej prawa handlowe, które zostały ograniczone wskutek rozszerzenia unii celnej UE w związku z przystąpieniem Chorwacji.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I support the conclusion of this agreement. Under WTO rules China has the right to have its previous trading rights restored, following their slight erosion due to the enlargement of the EU Customs Union with Croatian EU accession.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour. I welcome the Agreement with the People's Republic of China and believe the European Parliament should give its consent. The People's Republic of China has the right to have its previous trading rights restored, following their slight erosion due to the enlargement of the EU Customs Union with Croatian EU accession.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. — Η προσχώρηση της Δημοκρατίας της Κροατίας είχε ως συνέπεια τη διεύρυνση της τελωνειακής ένωσης της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Συνεπώς, η Ευρωπαϊκή Ένωση υποχρεώθηκε σύμφωνα με τους κανόνες του Παγκόσμιου Οργανισμού Εμπορίου (ΠΟΕ) να προβεί σε διαπραγματεύσεις με τα μέλη του ΠΟΕ που έχουν δικαιώματα διαπραγμάτευσης σχετικά με τον δασμολογικό πίνακα της Κροατίας, προκειμένου να επέλθει τελικά συμφωνία για αντισταθμιστική προσαρμογή. Σε αυτό το πλαίσιο, η Επιτροπή προτείνει στο Συμβούλιο να υπογραφεί εξ ονόματος της Ένωσης η συμφωνία υπό μορφή ανταλλαγής επιστολών με τη Λαϊκή Δημοκρατία της Κίνας. Παράλληλα, υποβάλλεται επίσης στο Συμβούλιο χωριστή πρόταση για τη σύναψη της εν λόγω συμφωνίας. Υπερψηφίσαμε την πρόταση αφού η έκθεση ήταν ισορροπημένη.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this EU-China agreement. The People's Republic of China has the right to have its previous trading rights restored, following the slight erosion due to the enlargement of the EU customs union with Croatian EU accession. The purpose of a customs union or of a free-trade area should be to facilitate trade between the constituent territories and not to raise barriers to the trade of other contracting parties with such territories. This compensatory agreement can therefore be seen as yet another sign of the EU's attachment to the multilateral rules-based trading regime, with the world trade organisation at its centre.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour as I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – After the EU enlarged its customs union with the accession of Croatia, it was required to negotiate the tariff schedule of Croatia with WTO members for a possible compensatory adjustment. Negotiations with China focused on lower EU duties on footwear and air conditioning machines and higher import quotas of garlic and mushrooms. My group and I are strong supporters of trade, and we have therefore voted in favour of this report.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A Horvát Köztársaság csatlakozásával kibővült az Európai Unió vámuniója. Ennek következtében a Kereskedelmi Világszervezet (WTO) szabályai alapján, az Európai Unió köteles tárgyalásokat kezdeményezni azon WTO tagállamokkal, melyekkel kapcsolatban Horvátország ez idáig ún. engedményes vámtarifalistával rendelkezett. Ez abban az esetben válik szükségessé, ha az uniós vámtarifarendszerhez történő csatlakozás eredményeként a vámtarifaszint ez okból történő emelkedése meghaladja a csatlakozó ország által a WTO-ban vállalt szintet. A tárgyalások megkezdéséhez szükséges felhalmazást a Tanács 2013. július 15-én adta meg a Bizottságnak, mely felhatalmazás a GATT XXIV. cikkének 6. pontján alapul.

E tárgyalások eredményeképpen a Bizottság javasolta a Tanácsnak a megállapodás Unió nevében történő aláírását. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a Parlament egyetértését a tanácsi határozat tervezetére vonatkozóan.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – The European Union enlarged its Customs Union with the accession of Croatia. This file aims to conclude the EU-China agreement, taking into account the accession of Croatia to the EU, as is required under WTO rules.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za preporuku o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju Sporazuma u obliku razmjene pisama između Europske unije i Narodne Republike Kine u skladu s člankom XXIV. stavkom 6. i člankom XXVIII. Općeg sporazuma o carinama i trgovini (GATT) iz 1994. u pogledu izmjene povlastica na popisu Republike Hrvatske u okviru njezina pristupanja Europskoj uniji, jer smatram da bi se prijedlog za uključenje Sporazuma trebao podržati s obzirom da sadrži proporcionalne izmjene povlastica i u skladu je s ranijom praksom i okvirom WTO-a.

U njemu su uzeta u obzir izvješća Komisije u kojima stoji da su relevantne kompenzacijske prilagodbe Kini proporcionalne i ne premašuju kineska prava na koja je utjecalo ukidanje hrvatskih povlastica Kini. U Općem sporazumu o carinama i trgovini s pravom se naglašava da bi svrha carinske unije ili područja slobodne trgovine trebala biti „olakšavanje trgovine između samostalnih područja, a ne podizanje prepreka trgovini između drugih članica i tih područja".

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce texte est une mise à jour des accords de tarifs douaniers, conformément aux règles de l'OMC. L'UE a dû renégocier sa position avec la Chine, suite à l'adhésion de la Croatie.

Ainsi, la Commission Européenne a fait plusieurs concessions sur les tarifs douaniers et sur les quotas (chaussures, appareils d'air conditionné, ail, champignons), alors que la Chine n'a fait aucune concession. J'ai voté contre.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Po přistoupení Chorvatské republiky se celní unie EU rozšířila a bylo nutné vyjednat kompenzační vyrovnání se členy Světové obchodní organizace, protože vnější celní tarif EU vedl ke zvýšení cel. Usnesení o uzavření dohody s Čínou jsem se rozhodl podpořit, protože toto vyrovnání je nejen přiměřené, ale i v souladu s předchozí praxí a rámcem WTO a snahou EU dodržovat pravidla mnohostranného obchodního režimu.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Iuliu Winkler concernant l'adhésion de la Croatie à l'accord UE-Chine. L'accord avec la Chine qui a été conclu en 2015 concerne essentiellement des arrangements commerciaux. Il est normal et nécessaire que ces arrangements soient à présent étendus à la Croatie suite à son adhésion à l'union douanière. Une décision qui me satisfait et qui va dans le sens d'un marché intérieur plus fort.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui prend en compte l'adhésion de la Croatie dans le cadre de l'accord entre l'Union européenne et la Chine. Avec l'adhésion de la Croatie, l'UE a élargi son union douanière. Par conséquent, la Croatie était tenue, selon les règles de l'OMC, d'ouvrir des négociations avec les membres de l'OMC ayant des droits de négociation afin de convenir éventuellement d'une compensation.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für das vorliegende Abkommen, da es lediglich die bestehenden Regeln im Hinblick auf den EU-Beitritt von Kroatien modifiziert und keine substanziellen Änderungen beinhaltet.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I supported the conclusion of this agreement. Under WTO rules China has the right to have its previous trading rights restored, following their slight erosion due to the enlargement of the EU Customs Union with Croatian EU accession.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A Horvát Köztársaság csatlakozásával kibővült az Európai Unió vámuniója. Ennek következtében a Kereskedelmi Világszervezet (WTO) szabályai alapján, az Európai Unió köteles tárgyalásokat kezdeményezni azon WTO tagállamokkal, melyekkel kapcsolatban Horvátország ez idáig ún. engedményes vámtarifa listával rendelkezett. Ez abban az esetben válik szükségessé, ha az uniós vámtarifarendszerhez történő csatlakozás eredményeként a vámtarifaszint ez okból történő emelkedése meghaladja a csatlakozó ország által a WTO-ban vállalt szintet. A tárgyalások megkezdéséhez szükséges felhalmazást a Tanács 2013. július 15-én adta meg a Bizottságnak, mely felhatalmazás a GATT XXIV. cikkének 6. pontján alapul.

E tárgyalások eredményeképpen a Bizottság javasolta a Tanácsnak a megállapodás Unió nevében történő aláírását. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a Parlament egyetértését a tanácsi határozat tervezetére vonatkozóan.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепих предложението за сключване на споразумение с Китайската народна република във връзка с изменението на отстъпките в списъка на Република Хърватия в процеса на присъединяването ѝ към Европейския съюз, тъй като то е в съответствие с практиката на ЕС при предходни разширявания и в съответствие с Общото споразумение за митата и търговията (ГАТТ). Подкрепям предвидените от Комисията компенсиращи корекции за Китай във връзка със загуби от оттеглянето на отстъпките от страна на Хърватия, тъй като те са пропорционални и в съответствие с предишни практики в рамките на СТО.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – With Croatia's accession on 1 July 2013, the EU enlarged its customs union. The European Parliament gave its consent to the compensatory agreement with the People's Republic of China and I supported the resolution. The agreement will respect the trading rights of the People's Republic of China and on the other hand is a sign of the EU's attachment to the WTO's multilateral rules-based trading regime. The compensatory agreement will enable Croatia to benefit fully from trade relations between the EU and the People's Republic of China (EU and China now trade well over EUR 1 billion a day). Last but not least, the compensatory agreement could serve as a basis and a proof that China meets its WTO obligations and trades.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La presente relazione analizza l'accordo negoziato tra l'UE e la Cina relativamente all'adesione della Croazia. Con il presente accordo l'UE ha allargato la propria unione doganale, prevedendo la possibilità di avviare negoziati con i membri dell'OMC, i quali godono del diritto di negoziare secondo il tariffario della Croazia. Lo scopo è di concordare un adeguamento compensativo. A sua volta, tale adeguamento diverrà necessario qualora l'adozione del regime tariffario esterno dell'UE comporti un aumento dei dazi superiore al livello rispetto al quale il paese aderente si è impegnato nel quadro dell'OMC.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il accorde des concessions supplémentaires à la Chine. C'est une nouvelle preuve de l'irresponsabilité de l'UE.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur l'accord UE-Chine concernant l'adhésion de la Croatie. Suite à l'adhésion de la Croatie, l'UE a dû renégocier avec la Chine des accords de tarifs douaniers conformément aux règles de l'OMC. Du coup, la Commission Européenne a fait plusieurs concessions sur les tarifs douaniers et sur les quotas (chaussures, appareils d'air conditionné, ail, champignons.

La Chine n'a fait aucune concession. Les tarifs douaniers de l'UE vis-à-vis de la Chine étant déjà très défavorables (le commerce extérieur de la France avec la Chine est d'ailleurs très déficitaire), cette nouvelle liste de concessions n'est pas la bienvenue. Ce type de relations n'est pas équilibré.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport. En effet, suite à l'adhésion de la Croatie à l'Union européenne, cette dernière a dû renégocier avec la Chine des accords de tarifs douaniers, conformément aux règles édictées par l'Organisation mondiale du commerce (OMC). Comme on pouvait s'y attendre, la Commission européenne a fait plusieurs concessions sur les tarifs douaniers et sur les quotas d'échange (chaussures, appareils d'air conditionné, ail, champignons…).

Comme on pouvait également s'y attendre, la Chine n'a, elle, fait aucune concession. Les barrières douanières entre l'UE et la Chine nous étaient déjà largement défavorables. Cette série de nouveaux accords va donc accentuer la balance déficitaire de notre commerce extérieur avec ce pays. Je ne pouvais donc pas souscrire à un tel texte.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de conceder la aprobación a la celebración del Acuerdo entre la Unión y China relativo a la modificación de las concesiones en la lista arancelaria de Croacia en el marco de la OMC como consecuencia de su adhesión a la Unión.

Con la adhesión de Croacia, la Unión ha ampliado su unión aduanera. En consecuencia, de acuerdo con las normas de la OMC, la Unión está obligada a entablar negociaciones con los miembros de la OMC que tengan derechos de negociación respecto a la lista arancelaria de Croacia para acordar un ajuste compensatorio. Así, la Comisión ha negociado con los miembros de la OMC, en este caso China, que tienen derechos de negociación respecto a la supresión de concesiones específicas en relación con la retirada de la lista arancelaria de Croacia por su ingreso en la Unión.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – En coherencia con mi oposición anterior al Acuerdo UE-China relativo a la Organización Mundial de Comercio por su defensa y promoción de un modelo neoliberal de comercio internacional, también he votado en contra de la adhesión de Croacia al mismo.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of modernising EU concessions with China to take into account the most recent enlargement to included Croatia in the Union.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Zdržel jsem se. Nemám námitky proti přiřazení Chorvatska k dohodě s Čínou, která navyšuje v souvislosti s rozšířením EU o Chorvatsko příslušné dovozní kvóty.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The purpose of this report is to conclude an Agreement in the form of an Exchange of Letters between the European Union and China pursuant to the General Agreement on Tariffs and Trade relating to the modification of concessions in the schedule of Croatia in the course of its accession to the European Union. I support the position of Parliament to give its consent to the conclusion of the Agreement.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Európsky parlament schválil uzavretie dohody, ktorou sa v súvislosti s pristúpením Chorvátska do Únie znižujú zmluvné colné sadzby určené v Spoločnom colnom sadzobníku pri vybraných priemyselných výrobkoch a upravujú kvóty pre vybrané poľnohospodárske výrobky z Číny. Návrh je v súlade s pravidlami WTO a záujmami zmluvných strán na vyrovnanom vzájomnom obchodovaní.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τη σύσταση σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου που αφορά τη σύναψη συμφωνίας υπό μορφή ανταλλαγής επιστολών μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Λαϊκής Δημοκρατίας της Κίνας, σύμφωνα με το άρθρο XXIV παράγραφος 6 και το άρθρο XXVIII της Γενικής Συμφωνίας Δασμών και Εμπορίου (ΓΣΔΕ) του 1994 σχετικά με την τροποποίηση των παραχωρήσεων που προβλέπονται στον πίνακα της Δημοκρατίας της Κροατίας στο πλαίσιο της προσχώρησής της στην Ευρωπαϊκή Ένωση, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

L'Union européenne a renégocié ses tarifs douaniers avec la Chine suite à l'adhésion de la Croatie. Alors que le commerce extérieur de l'Union européenne est déjà largement déficitaire avec la Chine, cette renégociation acte une nouvelle série de concessions. Le groupe ENF dénonce cette relation commerciale déséquilibrée, et qui ne correspond en rien aux intérêts économiques français.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. — Croatia is the youngest member of the European Union. Even though the country's economy has not reached the successful levels of those belonging to other Member States, Croatia is located in a strategic geographical position that can be beneficial to foreign investors. The EU's greatest trading partners, China included, should not underestimate Croatia's potential and capability. As stated in the report, Croatia needs to make some major changes to adapt its economy to the EU, but as a bloc, we will make sure that the country has all the necessary instruments to achieve the following goal.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – Le rapport Winkler avait pour vocation de transmettre au Conseil les recommandations du Parlement européen quant à la démarche à adopter pour ajuster, suite à l'adhésion de la Croatie à l'Union européenne, les concessions offertes à la Chine par l'UE à l'OMC.

S'il préfigure le type d'ajustements (inverses) que l'UE devra effectuer suite au Brexit, le dossier est principalement technique puisqu'il s'agit de modifier, selon la pratique établie, les droits de douane sur des produits industriels et les quotas de produits agricoles, proportionnellement à la taille du marché croate, pour tenir compte de l'élargissement du marché unique européen. Les changements sont mineurs: les droits de douane à l'entrée du marché européen pour les chaussures en caoutchouc en provenance de Chine passeront de 17 à 16,9%. De la même manière, la Chine aura la possibilité d'exporter 650 tonnes supplémentaires de champignons en Europe.

J'ai voté pour ce rapport car j'estime qu'il est n'est pas opportun d'engager une confrontation inutile avec la Chine. En revanche, je continuerai à me battre au niveau parlementaire pour l'Union européenne augmente ses droits de douane sur les produits dumpés que Pékin déverse en Europe: acier, céramique, produits chimiques, papier, etc.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Mit dem Beitritt der Republik Kroatien erweiterte die Europäische Union ihre Zollunion.

Im Rahmen des Abkommens wird die Kommission eine Angleichung von Zolltarifen mittels Durchführungsverordnung vornehmen und Warenkontingente anpassen. Das befürworte ich.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Kroatijos Respublikai įstojus į Europos Sąjungą, išsiplėtė ES muitų sąjunga. Todėl Europos Sąjunga pagal Pasaulio prekybos organizacijos (PPO) taisykles (1994 m. GATT XXIV straipsnio 6 dalis) buvo įpareigota pradėti derybas su derybų teisę turinčiomis PPO narėmis dėl Kroatijos muitų tarifų sąrašo siekiant galiausiai susitarti dėl kompensacinio sureguliavimo. Toks sureguliavimas privalomas, jei patvirtinus ES išorės muitų tarifų režimą muitų tarifai padidėja, palyginti su muitais, dėl kurių stojančioji šalis įsipareigojo PPO.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La République populaire de Chine et l'UE disposaient d'accords douaniers pour l'export et l'import de certaines marchandises, convenus dans le cadre de l'accord général sur les tarifs douaniers et le commerce (GATT) de l'OMC. Suite à l'adhésion de la Croatie en juillet 2013, il faut adapter ces quotas et contingents tarifaires à une Union à 28 États. C'est ce que propose cette décision. Je suis non seulement opposé à ces dernières vagues d'élargissement mais également au modèle de libre-échange de l'OMC. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Les tarifs douaniers de l'UE vis-à-vis de la Chine étant déjà très défavorables (le commerce extérieur de la France avec la Chine est d'ailleurs très déficitaire), cette nouvelle liste de concessions va à l'encontre de nos intérêts. Ce type de relations n'est pas équilibré et de fait dommageable.

Par conséquent, j'ai voté contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Com a adesão da República da Croácia a União Europeia alargou a sua união aduaneira. Consequentemente, em conformidade com as regras da Organização Mundial do Comércio (OMC) [artigo XXIV, n.º 6, do GATT de 1994], cumpria à União Europeia dar início a negociações com os membros da OMC que detêm direitos de negociação relacionados com a pauta aduaneira da Croácia, a fim de chegar a acordo quanto a um eventual ajustamento compensatório. Esse ajustamento é necessário se a adoção do regime pautal externo da UE resultar num aumento dos direitos aduaneiros que exceda o nível ao qual o país aderente se vinculou no âmbito da OMC. A República Popular da China tem direito ao restabelecimento dos seus direitos comerciais anteriores, que sofreram uma ligeira degradação devido ao alargamento da união aduaneira aquando da adesão da Croácia à União. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as it is important that Croatia, the newest member of our Customs Union, is included in existing conventions and agreements.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Le 1er juillet 2013, la République de Croatie est devenue le 28ème État membre de l'Union européenne. L'union douanière européenne s'est donc, par la même occasion, élargie.

Or, selon les règles de l'Organisation mondiale du commerce (OMC), conformément à l'article XXIV, paragraphe 6, du GATT de 1994, l'Union européenne était tenue d'ouvrir des négociations avec la République populaire de Chine en ce qui concerne la liste d'engagements de la Croatie afin de convenir éventuellement d'une compensation. Celle-ci est nécessaire si l'adoption du régime tarifaire extérieur de l'UE entraîne une augmentation des droits au-delà du niveau pour lequel le pays adhérent s'est engagé dans le cadre de l'OMC.

Le Parlement européen a ainsi donné son approbation à l'accord UE-Chine concernant l'adhésion de la Croatie. Les résultats ont été négociés par la Commission en accord avec les membres de l'OMC détenant des droits de négociation et concernent les produits industriels et les contingents agricoles. C'est dans cette optique que j'ai voté pour cette recommandation.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, which aims to conclude the EU-China Agreement, taking into account the accession of Croatia to the EU, as per the WTO requirements. The Commission has negotiated with China the issue of the withdrawal of specific concessions in relation to the withdrawal of the schedule of Croatia in the course of its accession to the EU. Therefore, I supported the conclusion of this agreement.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the Agreement, which is a necessary step in order to ensure compliance with WTO rules. After the accession of Croatia, the EU had to launch negotiations with WTO Members holding negotiating rights, amongst which China, in order to agree on compensatory adjustments linked to the fact that the EU has enlarged its customs union and Croatia has adopted the EU's external tariff regime, which led to an increase in tariff beyond the level for which Croatia had previously bound itself at the WTO.

The outcome of the negotiations with China is a balanced one, the number of products affected and the actual level of the compensation being quite limited, i.e. EU duty on footwear was reduced from 17% to 16,9% and on certain air conditioning machines from 2.7% to 2.5%, additional 2 150 tonnes of garlic were added under the EU tariff rate quota of 9.6% and additional 650 tonnes were added to the EU tariff rate quota for mushroom.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Horvát Köztársaság csatlakozásával kibővült az Európai Unió vámuniója. Horvátország ezzel átvette az EU külső vámtarifarendszerét, aminek következtében a Kínai Népköztársaság korábbi kereskedelmi jogainak a Nemzetközi Kereskedelmi Bizottság jelentésének megállapítása szerint valamelyest erodálódtak. Kína korábbi kereskedelmi jogainak visszaállítása ügyében a Bizottság a Tanács 2013. július 15-i fölhatalmazása alapján tárgyalásokat kezdeményezett, és javasolja a Tanácsnak a Kínai Népköztársasággal levélváltás formájában létrejött megállapodás Unió nevében történő aláírását. A Tanácsnak ehhez meg kell szereznie az Európai Parlament egyetértését is.

A Nemzetközi Kereskedelmi Bizottság jelentésében azt javasolja, hogy a Parlament a megállapodás megkötésével értsen egyet. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Suite à l'adhésion de la Croatie, l'UE a dû renégocier avec la Chine des accords de tarifs douaniers conformément aux règles de l'OMC. La Commission Européenne a fait plusieurs concessions sur les tarifs douaniers et sur les quotas (chaussures, appareils d'air conditionné, ail, champignons). La Chine n'a fait aucune concession. Les tarifs douaniers de l'UE vis-à-vis de la Chine étant déjà très défavorables pour les entreprises européennes (le commerce extérieur de la France avec la Chine est d'ailleurs très déficitaire), cette nouvelle liste de concessions n'est pas la bienvenue. Ce type de relations n'est pas équilibré. Vote défavorable.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Com a adesão da República da Croácia a União Europeia alargou a sua união aduaneira. A República Popular da China tem direito ao restabelecimento dos seus direitos comerciais anteriores, que sofreram uma ligeira degradação devido ao alargamento da união aduaneira aquando da adesão da Croácia à União.

Em conformidade com as regras da Organização Mundial do Comércio, cumpria à UE dar início a negociações com os membros da OMC que detêm direitos de negociação relacionados com a pauta aduaneira da Croácia. A Comissão escolheu o aumento dos contingentes pautais e a diminuição dos níveis de direitos pautais relativamente aos produtos chineses em questão, a fim de compensar perdas, como instrumentos compensatórios.

Uma vez que a proposta de celebração do acordo altera de forma proporcionada as concessões e é coerente com a prática anterior e com o quadro da OMC, sou favorável à celebração do presente Acordo.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne l'accord UE-Chine sur l'adhésion de la Croatie à l'UE. Cette dernière a dû en effet renégocier avec la Chine des accords de tarifs douaniers conformément aux règles de l'OMC. Considérant que cet accord est très favorable à la Chine qui n'a fait aucune concession, et donc déséquilibré, j'ai décidé de voter contre ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report as Labour MEPs support the conclusion of this agreement. Under WTO rules China has the right to have its previous trading rights restored, following their slight erosion due to the enlargement of the EU Customs Union with Croatian EU accession.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – Ce rapport vise à donner l'approbation du Parlement à l'adhésion de la Croatie à l'accord UE-Chine.

En effet, la Croatie ayant adhéré à l'Union européenne seulement à partir du 1er juillet 2013, elle n'était pas partie à cette convention alors qu'en tant qu'État membre elle y a totalement sa place. J'ai donc voté en faveur de ce rapport.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur l'accord entre l'Union européenne et la Chine concernant la modification de concessions dans la liste d'engagements de la République de Croatie dans le cadre de son adhésion à l'Union européenne. L'Union douanière de l'Union européenne s'est retrouvée agrandie par l'intégration de la Croatie en 2013. Il fallait alors négocier une compensation avec la Chine pour mettre le pays en conformité avec ses engagements dans le cadre de l'OMC.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – A seguito dell'adesione della Repubblica di Croazia, l'unione doganale dell'Unione europea si è estesa e di conseguenza sono stati avviati negoziati con alcuni partner dell'OMC, tra cui la Cina, per definire un adeguamento compensativo del regime tariffario. L'obiettivo dell'accordo tra l'Unione europea e la Repubblica popolare cinese è di facilitare e regolarizzare gli scambi commerciali e pertanto mi sono espressa a favore del provvedimento.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Az ajánlást elfogadtam, hiszen egy olyan lépés megtételéről szavaztunk, ami Horvátország Európai Unióhoz való csatlakozását követően teljesen természetes. Az új tagállammal az EU vámuniója is kibővült, ami hatással van a WTO többi tagjára, tehát Kínára is. Úgy gondolom, hogy a téma kapcsán sikerült mindkét fél számára kedvező feltételeket szabni.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) is part of the rules of the World Trade Organisation and regulates international trade. I have voted for this report that will start negotiations with the World Trade Organisation's Member, China, regarding the tariff schedule of Croatia following its accession to the European Union thus enlarging its customs.

The agreement, in the form of an Exchange of Letters with the People's Republic of China, will be signed by the European Council on behalf of the European Union, and in the meantime proposal is being submitted by the European Commission regarding the conclusions of the Agreement.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this report which will slightly amend quotas on trade with China following the accession of Croatia to the EU without affecting the Irish economy. Under the WTO rules, the EU has to negotiate with its trade partners new conditions due to the accession of Croatia to the EU. The Commission negotiated new conditions on industrial goods – slightly lower EU tariffs on footwear and air-conditioners. On agriculture quotas, the Commission will propose a regulation to increase the tonnage allocation for garlic and mushrooms from China (while maintaining the same percentage).

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Mit dem Beitritt der Republik Kroatien erweiterte die Europäische Union ihre Zollunion.

Im Rahmen des Abkommens wird die Kommission eine Angleichung von Zolltarifen mittels Durchführungsverordnung vornehmen und Warenkontingente anpassen. Dies befürworte ich.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – Con la adhesión de la República de Croacia, la Unión amplió su unión aduanera lo que exige, de acuerdo con las normas de la Organización Mundial del Comercio (OMC), entablar negociaciones con aquellos miembros de la OMC que tengan derechos de negociación respecto a la lista arancelaria de Croacia para acordar un ajuste compensatorio. Es el caso de China y es el objetivo del presente Acuerdo. Doy, por tanto, mi visto bueno a este informe y a la concesión de la aprobación a la celebración del Acuerdo.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – We abstained on this as it was merely a technical update to reflect the fact that Croatia has joined the EU since the original agreement was signed with China.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — As a member of Parliament's Delegation for Relations with China, I am following closely the relationship between the European Union and China. The EU is China's largest trade partner and China is the EU's second largest partner. With the accession of the Republic of Croatia, the European Union enlarged its Customs Union. Consequently, the European Union was required under World Trade Organisation (WTO) rules to enter into negotiations with WTO Members having negotiating rights related to the tariff schedule of Croatia in order to eventually agree on a compensatory adjustment. That is why I am fully supporting the agreement.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam sporazum u formi izmjene pisama između Europske unije i Narodne Republike Kine. Pristupanjem Hrvatske Europskoj uniji, Narodnoj Republici Kini su u manjoj mjeri smanjena trgovinska prava zbog proširenja carinske unije EU-a. Sukladno Općem sporazumu o carinama i trgovini Narodna Republika Kina ima pravo na obnovu svojih prethodnih trgovinskih prava. Ovim kompenzacijskim sporazumom povlastice obiju strana su proporcionalno izmijenjene te su u skladu s ranijom praksom i okvirom Svjetske trgovinske organizacije.

Republika Hrvatska je svojim ulaskom u EU svakako doprinijela proširenju tog tržišta te se kao hrvatska zastupnica nadam da će i Republika Hrvatska moći iskoristiti pogodnosti ovog kompenzacijskog sporazuma. Svrha same carinske unije treba biti olakšavanje trgovine između samostalnih područja, a ne podizanje prepreka trgovini između drugih članica i tih područja.

Sporazum je sagledan s više strana te je Odbor za vanjske poslove podržao prijedlog i naveo da su relevantne kompenzacijske prilagodbe Kini proporcionalne i da ne premašuju kineska prava na koja je utjecalo ukidanje hrvatskih povlastica Kini. Ovaj sporazum je još jedan dokaz kako EU podržava multilateralni trgovinski sustav, ali i poštuje trgovačka pravila ETO-a.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Suite à l'adhésion de la Croatie, l'UE a dû renégocier avec la Chine des accords de tarifs douaniers conformément aux règles de l'OMC. La Commission Européenne a fait plusieurs concessions sur les tarifs douaniers et sur les quotas (chaussures, appareils d'air conditionné, ail, champignons). La Chine n'a fait aucune concession. Les tarifs douaniers de l'UE vis-à-vis de la Chine étant déjà très défavorables (le commerce extérieur de la France avec la Chine est d'ailleurs très déficitaire), cette nouvelle liste de concessions n'est pas la bienvenue. Ce type de relations n'est pas équilibré. Je vote donc contre ce rapport.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Pristupanjem Republike Hrvatske Europska unija je proširila svoju carinsku uniju. Zbog toga je Europska unija na temelju pravila Svjetske trgovinske organizacije (WTO) (članak XXIV. stavak 6. GATT-a iz 1994.) morala pokrenuti pregovore sa zemljama članicama WTO-a koje imaju pregovaračka prava povezana s carinskom tarifom Hrvatske kako bi se na kraju usuglasili oko kompenzacijske prilagodbe.

Takva se prilagodba provodi ako donošenje vanjskog tarifnog sustava EU-a dovodi do povećanja carina iznad razine na koju se zemlja pristupnica obvezala pri WTO-u. Vijeće je 15. srpnja 2013. ovlastilo Komisiju za pokretanje pregovora na temelju članka XXIV. stavka 6. GATT-a iz 1994. Komisija je pregovarala sa zemljama članicama WTO-a koje imaju pregovaračka prava koja se odnose na ukidanje određenih povlastica u vezi s ukidanjem popisa Republike Hrvatske u okviru njezina pristupanja Europskoj uniji.

Uzimajući u obzir Sporazum u obliku razmjene pisama između Europske Unije i Narodne Republike Kine u skladu s člankom XXIV. stavkom 6. i člankom XXVIII. Općeg sporazuma o carinama i trgovini (GATT) iz 1994. u pogledu izmjene povlastica na popisu Republike Hrvatske u okviru njezina pristupanja Europskoj uniji (15562/2015), slažem se s preporukom o sklapanju ovog Sporazuma.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – EU rozšířila přistoupením Chorvatska svoji celní unii. Podle pravidel WTO je teď tedy povinna jednat s jejími členy o změně pravidel a kompenzačním vyrovnání. Toto vyrovnání je nutné vzhledem ke zvýšení cel nad úroveň, ke které se Chorvatsko u WTO zavázalo. Hlasoval jsem pro tuto technickou zprávu, která formálně umožňuje, aby upravená dohoda mezi Čínou a Evropskou komisí vstoupila v platnost.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Con l'adesione della Repubblica di Croazia l'Unione europea ha ampliato la propria unione doganale. Di conseguenza, le norme dell'Organizzazione mondiale del commercio (OMC) (articolo XXIV, paragrafo 6, del GATT 1994) hanno imposto all'Unione europea di avviare negoziati con i paesi membri dell'OMC detentori di diritti di negoziato connessi all'elenco tariffario della Croazia allo scopo di convenire infine un adeguamento compensativo. Tale adeguamento è necessario qualora l'adozione del regime tariffario esterno dell'UE comporti un aumento dei dazi superiore al livello rispetto al quale il paese aderente si è impegnato nel quadro dell'OMC. Ho votato a favore dell'approvazione di questa raccomandazione al fine di favorire lo sviluppo delle opportunità del commercio internazionale anche in Croazia.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Wraz z przystąpieniem Republiki Chorwacji Unia Europejska rozszerzyła unię celną. W związku z tym, zgodnie z regułami Światowej Organizacji Handlu (WTO), Unia Europejska zobowiązana była do rozpoczęcia negocjacji z członkami WTO, którzy mają prawa negocjacyjne w zakresie listy koncesyjnej Chorwacji, w celu uzgodnienia wyrównania. Takie wyrównanie jest należne, jeżeli przyjęcie systemu zewnętrznej taryfy celnej UE powoduje wzrost stawek ponad poziom, do którego dane przystępujące państwo zobowiązało się w ramach WTO. Wyrównania te dotyczą w szczególności obniżenia aktualnych stawek celnych UE na obuwie oraz klimatyzatory typu okiennego lub ściennego, a także zwiększenia kontyngentów przywozowych na czosnek i grzyby. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport qui s'inscrit dans le cadre de l'adhésion de la Croatie à l'Union européenne. En comptant un État membre supplémentaire, l'UE a élargi son union douanière et a donc été tenue de clarifier des règles techniques, formalisées par un accord sous forme d'échange de lettres entre l'Union européenne et la Chine.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A 1 de julho de 2013 a Croácia tornou-se o 28.º Estado Membro da União, alargando, assim, o número de países que integram a hodierna união aduaneira. Em conformidade com as regras da Organização Mundial de Comércio (OMC), cumpre à União renegociar os termos dos acordos comerciais subjacentes às pautas da OMC, em caso de aumento da sua união aduaneira.

Nesse sentido, a Comissão negociou com a República Popular da China a aplicação de alguns instrumentos compensatórios sobre alguns direitos comerciais. Este acordo garante a proporcionalidade das concessões de cada uma das partes e, ademais, é coerente com o quadro da OMC.

Respeitando o artigo XXIV, n.º 4, do GATT, na medida em que uma união aduaneira ou uma zona de livre comércio devem ter por objetivo facilitar as trocas comerciais entre os territórios constitutivos e não criar entraves ao comércio destes, assim como por considerar que os ajustamentos compensatórios são adequados, votei favoravelmente no presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – We abstained on this as it was merely a technical update to reflect the fact that Croatia has joined the EU since the original agreement was signed with China.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Trata-se apenas de um documento de natureza técnica relativo ao acordo UE-China, tendo em atenção a adesão da Croácia à UE.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de conceder la aprobación a la celebración del Acuerdo entre la Unión y China relativo a la modificación de las concesiones en la lista arancelaria de Croacia en el marco de la OMC como consecuencia de su adhesión a la Unión.

Con la adhesión de Croacia, la Unión ha ampliado su unión aduanera. En consecuencia, de acuerdo con las normas de la OMC, la Unión está obligada a entablar negociaciones con los miembros de la OMC que tengan derechos de negociación respecto a la lista arancelaria de Croacia para acordar un ajuste compensatorio. Así, la Comisión ha negociado con los miembros de la OMC, en este caso China, que tienen derechos de negociación respecto a la supresión de concesiones específicas en relación con la retirada de la lista arancelaria de Croacia por su ingreso en la Unión.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Suite à l'adhésion de la Croatie, l'Union européenne a élargi son union douanière. Elle était alors tenue, selon les règles de l'Organisation mondiale du commerce (OMC), d'ouvrir des négociations avec les membres de l'OMC ayant des droits de négociation dans les listes d'un des pays adhérents afin de convenir d'une compensation. Au même titre qu'une grande majorité des Députés européens, je juge le résultat de ces négociations avec la Chine et l'Uruguay comme étant acceptable, raison pour laquelle j'ai décidé de voter en faveur de ces actes.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą. Kroatijos Respublikai įstojus į Europos Sąjungą, išsiplėtė ES muitų sąjunga. Todėl Europos Sąjunga buvo įpareigota pradėti derybas su derybų teisę turinčiomis PPO narėmis dėl Kroatijos muitų tarifų sąrašo siekiant galiausiai susitarti dėl kompensacinio sureguliavimo. Kinijai taikomas atitinkamas kompensacinis sureguliavimas yra proporcingos ir neviršija Kinijos teisių, kiek jos susijusios su poveikiu šiai šaliai dėl Kroatijos nuolaidų panaikinimo.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Fui favorável à aprovação da proposta de recomendação sobre o projeto de decisão do Conselho relativa à celebração do Acordo entre a UE e a China, tendo em conta a adesão da Croácia à UE e, consequentemente, à União Aduaneira.

Tal como o relator refere, este acordo permitirá o restabelecimento dos direitos comerciais anteriores da República Popular da China com a UE, facilitando as trocas comerciais e evitando entraves ao comércio. Nessa medida, trata-se de um acordo de carácter compensatório, que cumpre as regras da Organização Mundial do Comércio (OMC) e do seu regime de comércio multilateral.

Destaco, a esse respeito, que a China é hoje a segunda maior economia do mundo e o principal país fornecedor de bens à UE e, nessa medida, os instrumentos compensatórios que compõem este Acordo são perfeitamente proporcionais e coerentes com a prática anterior à adesão da Croácia e com o quadro da OMC, pelo que atentos esses pressupostos, dei o meu aval à aprovação deste relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – Avec l'adhésion de la République de Croatie, l'Union européenne a élargi son union douanière. Par conséquent, elle était tenue, selon les règles de l'Organisation mondiale du commerce (OMC) (article XXIV, paragraphe 6, du GATT de 1994), d'ouvrir des négociations avec les membres de l'OMC ayant des droits de négociation en ce qui concerne la liste d'engagements de la Croatie afin de convenir éventuellement d'une compensation.

C'est en ce sens que j'ai soutenu ce rapport sur l'accord entre l'Union européenne et la Chine concernant la modification de concessions dans la liste d'engagements de la République de Croatie dans le cadre de son adhésion à l'UE.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe necesario para formalizar el acceso de Croacia a la Unión Europea.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für das Abkommen zwischen der EU und China im Hinblick auf die Änderung der Zugeständnisse in der Liste der spezifischen Verpflichtungen der Republik Kroatien gestimmt.

Hintergrund ist, dass durch den Beitritt Kroatiens zur EU im Jahre 2013 die Zollunion erweitert wurde und die EU somit gemäß den Bestimmungen der WTO verpflichtet ist, mit WTO-Mitgliedstaaten Verhandlungen über Ausgleichsregelungen aufzunehmen, wenn diese Verhandlungsrechte bezüglich des Zolltarifs Kroatiens besitzen.

Ein solcher Ausgleich ist vorzunehmen, wenn die Annahme des EU-Zolltarifs dazu führt, dass die Zölle das Niveau überschreiten, an das sich das Beitrittsland bei der WTO ursprünglich gebunden hatte.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – En coherencia con mi oposición anterior al Acuerdo UE-China relativo a la Organización Mundial de Comercio por su defensa y promoción de un modelo neoliberal de comercio internacional, también he votado en contra de la adhesión de Croacia al mismo.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this report as it is a technical update to an already established agreement.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — I supported the conclusion of this agreement. Under WTO rules, China has the right to have its previous trading rights restored, following their slight erosion due to the enlargement of the EU customs union with Croatian accession to the EU.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* — Hlasoval som za udelenie súhlasu s dohodou. Pristúpením Chorvátskej republiky rozšírila Európska únia svoju colnú úniu. Čínska ľudová republika má právo na základe dohody GATT na obnovenie svojich pôvodných obchodných práv. K ich čiastočnému narušeniu došlo následkom rozširovania colnej únie EÚ po pristúpení Chorvátska . Táto kompenzačná dohoda sa preto môže vnímať ako ďalší znak toho, že EÚ je súčasťou multilaterálneho obchodného systému založeného na pravidlách, v centre ktorého sa nachádza WTO. Komisia zvolila zvýšenie colných kvót a taktiež zníženie súčasných záväzných colných sadzieb ako nástrojov kompenzácie strát dotknutých čínskych výrobkov.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – S prihliadnutím na stanovisko Výboru pre medzinárodný obchod som sa rozhodla podporiť uzatvorenie dohody medzi EÚ a Čínou, ktorou sa mení koncesia ciel a kvót v súvislosti s pristúpením Chorvátska k Únii. Súhlasím s názorom, že Čínska ľudová republika má právo na obnovenie svojich pôvodných obchodných práv, ku ktorých slabému narušeniu došlo následkom rozširovania colnej únie EÚ pristúpením Chorvátska. EÚ touto dohodou napĺňa články dohody GATT, ktorou sa stanovili pravidlá pre fungovanie voľného obchodu. Uplatňujú sa tým zásady multilaterálneho obchodného systému, v ktorého centre je WTO. Táto dohoda týkajúca sa pristúpenia Chorvátska je navyše súčasťou bežnej praxe, ktorú EÚ uplatňovala aj pri predchádzajúcich rozšíreniach. Týka sa niekoľkých colných položiek, na ktoré sa používajú dovozné kvóty. Pre určité priemyselné a poľnohospodárske produkty, ktoré Čína do EÚ dováža, sa buď zníži viazaná colná sadzba alebo sa zvýši dovozná kvóta. Úprava týchto predpisov spôsobená pristúpením Chorvátska tak vychádza v ústrety Číne, a preto by mala byť vo vzájomných obchodných vzťahoch prijatá pozitívne.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Podstatou spoločného trhu, ktorý je základom európskej hospodárskej spolupráce, je princíp, že dohodnuté pravidlá sa vzťahujú aj na štáty, ktoré do Európskej únie pristúpili až po tom, ako bola príslušná smernica, regulácia, či medzinárodná dohoda prijatá. Čína je pre Európsku úniu dôležitý partner a rozširovanie spolupráce na nové členské štáty upevňuje našu pozíciu.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Bei der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss eines Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union und der Volksrepublik China nach Artikel XXIV Absatz 6 und Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 im Zusammenhang mit der Änderung der Zugeständnisse in der Liste der spezifischen Verpflichtungen der Republik Kroatien im Zuge ihres Beitritts zur Europäischen Union habe ich mich enthalten.

Ich lehne die Ausweitung der EU um weitere Mitgliedstaaten ab, so dass ich auch der Anpassung der verschiedenen völkerrechtlichen Verträge an den Beitritt Kroatiens jedenfalls nicht zustimmen kann.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Pristupanjem Republike Hrvatske Europskoj uniji proširena je carinska unija. Na temelju pravila Svjetske trgovinske organizacije, Europska unija je morala pokrenuti pregovore sa zemljama članicama WTO-a koje imaju pregovaračka prava povezana s carinskom tarifom Hrvatske kako bi se na kraju usuglasili oko kompenzacijske prilagodbe koja se provodi ako donošenje vanjskog tarifnog sustava EU-a dovodi do povećanja carina iznad razine na koju se zemlja pristupnica obvezala pri WTO-u.

Podržavam preporuku o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju Sporazuma u obliku razmjene pisama između Europske unije i Narodne Republike Kine u skladu s člankom XXIV. stavkom 6. i člankom XXVIII. Općeg sporazuma o carinama i trgovini (GATT) iz 1994. u pogledu izmjene povlastica na popisu Republike Hrvatske u okviru njezina pristupanja Europskoj uniji.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za priporočilo o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi Sporazuma v obliki izmenjave pisem med Evropsko unijo in Ljudsko republiko Kitajsko v skladu s členom XXIV:6 in členom XXVIII Splošnega sporazuma o carinah in trgovini (GATT) 1994 glede spremembe ugodnosti na seznamu ugodnosti Republike Hrvaške v okviru njenega pristopa k Evropski uniji.

Z vstopom Hrvaške v Evropsko unije se je razširila tudi carinska unija. Ker so se s tem carinske tarife povečale bolj, kot znaša stopnja, za katero se je pristopna država obvezala pri Svetovni trgovinski organizaciji, potrebujemo to prilagoditev.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Hlasoval jsem pro udělení souhlasu ze strany Evropského parlamentu s uzavřením dohody mezi EU a Čínou v souvislosti s přistoupením Chorvatska k EU, čímž se rozšířila celní unie EU, a proto byla podle pravidel WTO EU povinna zahájit jednání s Čínou o listině celních koncesí Chorvatska. Jedná se o prospěšný krok, který přinese snížení smluvní celní sazby stanovené společným sazebníkem či zvýšení kvóty u některých zemědělských produktů.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η συμφωνία αυτή θα έχει ως αποτέλεσμα την αποκατάσταση των προηγούμενων δικαιωμάτων εμπορικών συναλλαγών της Λαϊκής Δημοκρατίας της Κίνας, τα οποία περιορίσθηκαν εξαιτίας της διεύρυνσης της τελωνειακής ένωσης της ΕΕ με την προσχώρηση της Κροατίας. Θα ενισχυθεί δηλαδή περαιτέρω η με καλπάζοντα ρυθμό ανάπτυξη της ιδιαίτερα ανταγωνιστικής (για τις ευρωπαϊκές οικονομίες) οικονομία της Κίνας.

József Szájer (PPE), *írásban*. – A Horvát Köztársaság csatlakozásával kibővült az Európai Unió vámuniója. Ennek következtében, a Kereskedelmi Világszervezet (WTO) szabályai alapján, az Európai Unió köteles tárgyalásokat kezdeményezni azon WTO tagállamokkal, melyekkel kapcsolatban Horvátország ez idáig ún. engedményes vámtarifa listával rendelkezett. Ez abban az esetben válik szükségessé, ha az uniós vámtarifarendszerhez történő csatlakozás eredményeként a vámtarifa szint ez okból történő emelkedése meghaladja a csatlakozó ország által a WTO-ban vállalt szintet. A tárgyalások megkezdéséhez szükséges felhatalmazást a Tanács 2013. július 15-én adta meg a Bizottságnak, mely felhatalmazás a GATT XXIV. cikkének 6. pontján alapul.

E tárgyalások eredményeképpen a Bizottság javasolta a Tanácsnak a megállapodás Unió nevében történő aláírását. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a Parlament egyetértését a tanácsi határozat tervezetére vonatkozóan.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – This vote aims to conclude the EU- China agreement, taking into account the accession of Croatia to the EU, as per the WTO requirements. The vote is necessary, as the European Parliament's consent to a Council Decision is a mandatory component in the completion of the ratification process of the Additional Protocol. I support this agreement, as it is now appropriate to conclude it.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Le Parlement européen a suivi la commission des affaires étrangères qui a émis un avis sous forme de lettre; elle estime qu'il convient d'approuver le projet de conclusion de l'accord, car ce dernier apporte des modifications proportionnées aux concessions et est conforme aux pratiques antérieures dans le cadre de l'OMC. Elle prend acte des rapports de la Commission, selon lesquels les compensations en question sont proportionnées et n'excèdent pas les droits de la Chine concernés par le retrait des concessions de la Croatie à celle-ci.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the EU-China Agreement relating to the accession of Croatia, which will restore China's previous trading rights. In fact, these had been slightly eroded due to the enlargement of the EU customs union when Croatia joined the EU in 2013. In order to compensate for the losses, the agreement will therefore increase tariff rate quotas, and lower the current bound tariff rates as the instruments of compensation for the Chinese products that were involved. I believe it is important that multilateral rules-based trading regime, with the WTO at its centre, are upheld and further developed.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam Sporazum između Europske unije i Kine u pogledu izmjene povlastica na popisu Republike Hrvatske u okviru njezina pristupanja Europskoj uniji.

Naime, prema pravilima Svjetske trgovinske organizacije (WTO) Europska unija mora pokrenuti pregovore sa zemljama članicama WTO-a koje imaju pregovaračka prava povezana s carinskom tarifom Hrvatske kako bi se usuglasili oko kompenzacijske prilagodbe. Budući da smatram da Sporazum sadrži proporcionalne izmjene povlastica te je u skladu s ranijom praksom i okvirom WTO-a, glasovala sam za njegovo usvajanje.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o sporazumu med EU in Kitajsko, povezan s pristopom Hrvaške, sem podprla.

Po pristopu Republike Hrvaške je Evropska unija razširila carinsko unijo. Zato je morala v skladu s pravili Svetovne trgovinske organizacije (STO) (člen XXIV:6 GATT 1994) začeti pogajanja s članicami STO, ki imajo pogajalske pravice glede carinske tarife Hrvaške, da bi se dogovorila o kompenzacijski prilagoditvi. Taka prilagoditev je potrebna, če se zaradi sprejetja zunanjega tarifnega režima EU carinske tarife povečajo bolj, kot znaša stopnja, za katero se je pristopna država obvezala pri STO.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe necesario para formalizar el acceso de Croacia a la Unión Europea.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Suite à l'adhésion de la Croatie, l'Union européenne a dû renégocier avec la Chine des accords de tarifs douaniers conformément aux règles de l'OMC.

La Commission européenne a donc fait plusieurs concessions sur ces tarifs douaniers et sur les quotas(Chaussures, appareils d'air conditionné, ail, champignons).

La Chine n'a fait aucune concession.

Les tarifs douaniers de l'UE vis-à-vis de la Chine étant déjà très défavorables (le commerce extérieur de la France avec la Chine est d'ailleurs très déficitaire), cette nouvelle liste de concessions n'est pas la bienvenue.

J'ai voté contre.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Na skutek przystąpienia Republiki Chorwacji do Unii Europejskiej, w oparciu o przepisy WTO należało zrekompensować Chińskiej Republice Ludowej wycofanie list koncesyjnych i wzrost stawek na skutek unijnej zewnętrznej taryfy celnej. Ułatwianie wymiany handlowej poprzez eliminowanie barier jest ważnym celem międzynarodowej polityki handlowej, dlatego udzieliłem poparcia w/w rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A Horvát Köztársaság csatlakozásával kibővült az Európai Unió vámuniója. Ennek következtében a Kereskedelmi Világszervezet (WTO) szabályai értelmében az Európai Unió kompenzációs kiigazítás esetleges megállapítása érdekében köteles volt tárgyalásokat kezdeni azon WTO-tagokkal, amelyek Horvátország engedményes listái vonatkozásában tárgyalási joggal rendelkeznek. Ilyen kiigazítást abban az esetben kell elvégezni, ha az EU külső vámtarifarendszerének átvételéből eredően a vámtarifaszint emelkedésének mértéke meghaladja a csatlakozó ország által a WTO-ban vállalt szintet. Voksommal támogattam a jelentést.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor de este informe necesario para formalizar el acceso de Croacia a la Unión Europea.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Palankiai vertinu susitarimą su Kinijos Liaudies Respublika ir manau, kad Europos Parlamentas turėtų jam pritarti. Kinijos Liaudies Respublika turi teisę susigrąžinti savo ankstesnes prekybos teises, atsižvelgiant į nedidelį padėties pablogėjimą dėl ES muitų sąjungos išsiplėtimo į ES įstojus Kroatijai.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of Recommendation on the draft Council decision on the conclusion of the Agreement in the form of an Exchange of Letters between the European Union and the People's Republic of China pursuant to Article XXIV: 6 and Article XXVIII of the General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) 1994 relating to the modification of concessions in the schedule of the Republic of Croatia in the course of its accession to the European Union. With the accession of the Republic of Croatia, the European Union enlarged its customs union. Consequently, the European Union was required under World Trade Organisation (WTO) rules to enter into negotiations with WTO Members having negotiating rights related to the tariff schedule of Croatia in order to eventually agree on a compensatory adjustment. Such adjustment is due if the adoption of the EU's external tariff regime results in an increase in tariff beyond the level for which the acceding country has bound itself at the WTO. I believe that the People's Republic of China has the right to have its previous trading rights restored, following their slight erosion due to the enlargement of the EU Customs Union with Croatian EU accession.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Tras la adhesión de Croacia, la Unión, bajo las reglas de la Organización Mundial del Comercio, ha acordado una serie de ajustes de compensación en el acuerdo entre la Unión y China. Hablamos de un acuerdo equilibrado que ha sido logrado por la Comisión por lo que considero necesario votar a favor de su propuesta.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Bij de toetreding van Kroatië tot de Unie werd de douane-unie de facto uitgebreid. De Volksrepubliek China heeft recht op herstel van haar vroegere handelsrechten, na de lichte erosie ervan door de uitbreiding van de EU-douane-unie met de toetreding van Kroatië tot de EU. Ik stemde voor deze aanbeveling.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Com a adesão da República da Croácia, a União Europeia alargou a sua união aduaneira. Consequentemente, em conformidade com as regras da Organização Mundial do Comércio (OMC) [artigo XXIV, n.º 6, do GATT de 1994], cumpria à União Europeia dar início a negociações com os membros da OMC que detêm direitos de negociação relacionados com a pauta aduaneira da Croácia, a fim de chegar a acordo quanto a um eventual ajustamento compensatório.

Em 15 de julho de 2013, o Conselho autorizou a Comissão a encetar negociações nos termos do artigo XXIV, n.º 6, do GATT de 1994. A Comissão negociou com os membros da OMC que detêm direitos de negociação a questão da retirada de concessões específicas decorrente da retirada da pauta aduaneira da República da Croácia, no contexto da adesão deste país à União Europeia.

Embora estes acordos de livre comércio mereçam o nosso repúdio pelas suas consequências nas economias locais, entendemos que os países devem poder estabelecer, de pleno direito, os acordos comerciais que soberanamente entenderem. Por esta razão, o nosso voto de abstenção.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Durch den Beitritt Kroatiens zur EU wurde auch die Zollunion erweitert. Bei diesem Vorschlag handelt es sich um ein technisches Abkommen, das die Quoten in Bezug auf bestimmte landwirtschaftliche Produkte zwischen der EU und China nach dem Beitritt von Kroatien neu regelt. Ich habe dem Vorschlag daher zugestimmt.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Recomandarea cu privire la Acordul UE-China referitor la aderarea Croației, al cărui raportor sunt, vine în contextul în care UE, odată cu aderarea Republicii Croația, și-a extins uniunea vamală. Prin urmare, UE este obligată, conform normelor Organizației Mondiale a Comerțului (OMC) să deschidă negocieri cu membrii OMC care au drepturi de negociere în ceea ce privește tariful vamal al Croației, pentru a ajunge în cele din urmă la un acord referitor la o ajustare compensatorie.

Ca raportor, salut acordul încheiat cu Republica Populară Chineză și consider oportună aprobarea sa de către Parlamentul European.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραπτώς*. – Ενέκρινα με την θετική μου ψήφο το περιεχόμενο της παρούσα έκθεσης, την οποία έχει ήδη εγκρίνει η αρμόδια επιτροπή Διεθνούς Εμπορίου με αυξημένη πλειοψηφία, γεγονός που υπογραμμίζει και την ευρύτερη αποδοχή της από τις πολιτικές ομάδες.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe ya que es necesario adaptar el régimen arancelario actual con la República Popular de China. El Parlamento ha cumplido con su obligación y la Unión, una vez demuestra que acata las normas de la OMC.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Čína představuje pro EU silného ekonomického partnera, a proto jsem hlasoval pro tuto dohodu, která napomůže tomu, aby EU a Čína i nadále měly dobré a fungující obchodní styky. S přístupem Chorvatska mezi členské státy Evropské unie došlo k rozšíření evropské celní unie. Na základě pravidel Světové obchodní organizace (WTO) proto musela EU znovu projednat práva vztahující se k celnímu sazebníku Chorvatska tak, aby mohlo dojít k případnému vyrovnání cel.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Keďže v roku 2013 v dôsledku vstupu Chorvátska do Európskej únie došlo zároveň k zväčšeniu colnej únie, je podľa pravidiel Svetovej obchodnej organizácie potrebné začať rokovania týkajúce sa kompenzačných vyrovnaní. K takýmto rokovaniam je nutné pristúpiť vtedy, keď sa v dôsledku zväčšenia colnej únie zmenia clá, ktoré boli pôvodné dohodnuté. A keďže v prípade Číny k takejto zmene došlo, a to konkrétne pre obuv, klimatizačné stroje, huby a cesnak, súhlas s uzavretím dohody som podporila.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o sporazumu med EU in Kitajsko, povezan s pristopom Hrvaške, sem podprl.

Po pristopu Republike Hrvaške je Evropska unija razširila carinsko unijo. Zato je morala v skladu s pravili Svetovne trgovinske organizacije (STO) (člen XXIV:6 GATT 1994) začeti pogajanja s članicami STO, ki imajo pogajalske pravice glede carinske tarife Hrvaške, da bi se dogovorila o kompenzacijski prilagoditvi. Taka prilagoditev je potrebna, če se zaradi sprejetja zunanjega tarifnega režima EU carinske tarife povečajo bolj, kot znaša stopnja, za katero se je pristopna država obvezala pri STO.

5.8. Abkommen EU-Uruguay im Zusammenhang mit dem Beitritt Kroatiens zur EU (A8-0241/2016 - Pablo Zalba Bidegain)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Come conseguenza dei negoziati imposti dall'Organizzazione mondiale del commercio dopo l'entrata della Repubblica di Croazia nell'unione doganale sono state apportate delle modifiche ai contingenti tariffari sulle carni bovine. Poiché l'adeguamento compensativo delle tariffe esterne all'UE è un processo necessario, ho deciso di votare a favore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — We abstained on this as it was merely a technical update to reflect the fact that Croatia has joined the EU since the original agreement was signed with Uruguay.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – Suite à l'adhésion de la Croatie, l'UE a dû renégocier les tarifs douaniers avec l'Uruguay conformément aux règles de l'Organisation mondiale du commerce.

Je me suis opposé à cet accord car, une fois de plus, la Commission a cédé sur les quotas, notamment sur la viande bovine, alors qu'elle n'en a pas demandé autant à la partie adverse.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained on this report. Under the WTO rules, the EU has to negotiate with its partners new conditions due to the accession of Croatia to the EU. The Commission proposes modifications related to tariff rate quotas on bovine meat. The Commission is also preparing an implementing Regulation regarding several tariff rate quotas. The amendment to the Agreement is mainly technical, but because there is a possibility that the modification of the tariff rate quotas on beef may have a small effect on European farmers, including in Ireland, I did not vote in favour but abstained.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport de nature technique qui vise à conclure l'accord UE-Uruguay en tenant compte de l'adhésion de la Croatie à l'UE et en adaptant la grille tarifaire, conformément aux exigences de l'OMC. Il convient maintenant de conclure l'accord.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα τη σύσταση σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου που αφορά τη σύναψη συμφωνίας υπό μορφή ανταλλαγής επιστολών μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Ανατολικής Δημοκρατίας της Ουρουγουάης, διότι η ΕΕ διεύρυνε την τελωνειακή ένωσή της και σύμφωνα με τους κανόνες του ΠΟΕ, πρέπει να προβεί σε διαπραγματεύσεις σχετικά με τον δασμολογικό πίνακα της Κροατίας.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce texte est une recommandation sur le projet de décision du Conseil relative à la conclusion de l'accord sous forme d'échange de lettres entre l'Union européenne et la République orientale de l'Uruguay au titre de l'article XXIV, paragraphe 6, et de l'article XXVIII de l'accord général sur les tarifs douaniers et le commerce (GATT) de 1994 concernant la modification de concessions dans la liste d'engagements de la République de Croatie dans le cadre de son adhésion à l'Union européenne.

Après l'adhésion de la Croatie, l'UE a dû renégocier avec l'Uruguay des accords de tarifs douaniers conformément aux règles de l'OMC.

La Commission européenne en a profité pour fait deux concessions sur les quotas sur la viande bovine.

Dans toute négociation, l'Union européenne fait des concessions tarifaires ou de quotas sans que la partie adverse n'en fasse autant. Ce type de relations n'est pas équilibré.

Aussi me suis-je opposée à ce rapport.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šia rekomendaciją, nes pritariu susitarimo sudarymui tarp ES ir Urugvajaus Rytų respublikos, pagal kurią būtų susitarta dėl kompensacinio sureguliavimo.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – We abstained on this as it was merely a technical update to reflect the fact that Croatia has joined the EU since the original agreement was signed with Uruguay.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Suite à l'adhésion de la Croatie, l'UE a dû renégocier avec l'Uruguay des accords de tarifs douaniers conformément aux règles de l'OMC.

Du coup, la Commission européenne a fait deux concessions concernant les quotas sur la viande bovine. Les concessions tarifaires doivent venir des deux côtés. Je suis contre ce vote, qui va donc accroître cette relation non équilibrée.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport sur la proposition de décision du Conseil autorisant la conclusion de l'accord sous forme d'échanges de lettre entre l'Union et l'Uruguay au titre de certaines dispositions du GATT concernant la modification de concessions dans la liste d'engagements de la Croatie dans le cadre de son adhésion à l'Union.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – En consecuencia de la adhesión de Croacia a la Unión y debido a las normas de la OMC, la Unión debe negociar con el restante de los miembros de la OMC que tengan derechos de negociación respecto a la lista arancelaria de Croacia.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Zalba Bidegain, un provvedimento di natura tecnica che approva l'accordo tra UE e Uruguay, che consente al paese sudamericano di vedere ristabiliti i propri diritti commerciali, leggermente ridotti a seguito dell'allargamento dell'unione doganale dell'UE per l'adesione della Croazia nel luglio 2013. Le norme dell'Organizzazione mondiale del commercio (OMC) hanno imposto infatti all'Unione europea di avviare negoziati con i paesi membri dell'OMC, detentori di diritti di negoziato connessi all'elenco tariffario della Croazia, allo scopo di convenire un adeguamento compensativo.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe necesario para formalizar el acceso de Croacia a la Unión Europea.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – La aprobación de este informe es coherente y consecuencia del ingreso de Croacia en la Unión Europea. Con ese ingreso, la Unión ha ampliado su unión aduanera y corresponde, de acuerdo con las normas de la OMC, negociar respecto a la lista arancelaria de esta república de la Unión. En este caso con respecto a la República Oriental de Uruguay.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai refusé de voter en faveur de ce rapport sur le projet de décision du Conseil relative à la conclusion de l'accord sous forme d'échange de lettres entre l'Union européenne et la République orientale de l'Uruguay au titre de l'article XXIV, paragraphe 6, et de l'article XXVIII de l'accord général sur les tarifs douaniers et le commerce (GATT) de 1994 concernant la modification de concessions dans la liste d'engagements de la République de Croatie dans le cadre de son adhésion à l'Union européenne.

Comme dans le cas de la Chine en effet, sous prétexte de prendre en compte l'adhésion de la Croatie à l'UE, ont été renégociés les accords avec l'Uruguay et ce, dans un sens très défavorable puisque l'UE s'est couchée sur les quotas sur la viande bovine.

Il est inacceptable que l'UE continue à faire de telles concessions à sens unique, au détriment de notre économie mais également de notre agriculture, laquelle est déjà en situation périlleuse à l'heure actuelle.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Nonostante questa procedura sia una diretta conseguenza del recente ingresso della Croazia nell'UE, non condivido i contenuti di questa relazione, che ritengo potrebbe aprire a talune criticità per il comparto produttivo europeo. Per questo ho votato contro questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de conceder la aprobación a la celebración del Acuerdo entre la Unión y Uruguay relativo a la modificación de las concesiones en la lista arancelaria de Croacia en el marco de la OMC como consecuencia de su adhesión a la Unión.

Con la adhesión de Croacia, la Unión Europea ha ampliado su unión aduanera. En consecuencia, de acuerdo con las normas de la OMC la Unión está obligada a entablar negociaciones con los miembros de la OMC que tengan derechos de negociación respecto a la lista arancelaria de Croacia, para acordar un ajuste compensatorio. Así, la Comisión ha negociado con los miembros de la OMC, en este caso Uruguay, que tienen derechos de negociación respecto a la supresión de concesiones específicas, en relación con la retirada de la lista arancelaria de Croacia por su ingreso en la Unión.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo siekiama teisės aktų suderinimo ES. Šiuo pranešimu Parlamentas pritaria Europos Sąjungos ir Urugvajaus Rytų Respublikos susitarimo pasikeičiant laiškais dėl 1994 m. Bendrojo susitarimo dėl muitų tarifų ir prekybos (GATT) dėl nuolaidų pakeitimo Kroatijos Respublikos įsipareigojimų sąraše jai stojant į Europos Sąjungą.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A Horvát Köztársaság csatlakozásával kibővült az Európai Unió vámuniója. Ennek következtében a Kereskedelmi Világszervezet (WTO) szabályai alapján az Európai Unió köteles tárgyalásokat kezdeményezni azon WTO tagállamokkal, melyekkel kapcsolatban Horvátország ez idáig ún. engedményes vámtarifa listával rendelkezett. Ez abban az esetben válik szükségessé, ha az uniós vámtarifarendszerhez történő csatlakozás eredményeként a vámtarifaszint ez okból történő emelkedése meghaladja a csatlakozó ország által a WTO-ban vállalt szintet. A lefolytatott tárgyalások eredményeképpen a megállapodástervezetet 2015. december 18-án parafálták Nairobiban, majd ezt követően a Tanács 2016. április 11-én hozta meg határozatát a tervezet aláírását illetően.

Szavazatommal támogattam a jelentést, mivel az Európai Parlament e tanácsi határozattal történő egyetértése szükséges a kiegészítő jegyzőkönyv ratifikációjához.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovu preporuku koja je tehničke prirode. Ona ima za cilj sklapanje ugovora između EU-a i Urugvaja, uzimajući u obzir pristupanje Hrvatske u EU-u i prilagodbe carinskih tarifa, kao i zahtjeve WTO-a.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Suite à l'adhésion de la Croatie, l'UE a dû renégocier avec l'Uruguay des accords de tarifs douaniers conformément aux règles de l'OMC et la Commission a fait des concessions en ce qui concerne les quotas sur la viande bovine.

Considérant que cette relation est déséquilibrée, j'ai voté contre ce texte.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – È corretto che anche la Repubblica di Croazia, ora che è pienamente parte dell'Unione europea, partecipi degli accordi commerciali che l'UE sigla con gli Stati esteri. Lo riteniamo un atto dovuto.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Suite à l'adhésion de la Croatie, l'Union européenne a renégocié avec l'Uruguay les accords sur les tarifs douaniers conformément aux règles de l'Organisation mondiale du commerce (OMC). C'est dans ce contexte que la Commission européenne a accordé à l'Uruguay, sans la moindre réciprocité, de nouvelles concessions tarifaires portant sur les quotas d'importation de viande bovine. Au lieu de protéger nos éleveurs et nos agriculteurs, qui subissent déjà la chute du cours des matières premières, par le biais d'un protectionnisme intelligent, l'Union européenne s'enferme par dogmatisme et idéologie dans cette folle politique du libre-échange généralisé. À ces nouvelles concessions tarifaires s'ajoutera dans les mois à venir l'accord de libre-échange transatlantique avec les États-Unis, qui signera définitivement l'arrêt de mort de notre agriculture. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Acordul între Uniunea Europeană și Uruguay vizează modificarea concesiilor tarifare legate de aderarea Croației la Uniune. Având în vedere că Uniunea Europeană și-a extins uniunea vamală odată cu aderarea Republicii Croația, devine obligatorie inițierea unor negocieri cu Republica Orientală a Uruguayului referitoare la tariful vamal al Croației tocmai pentru a se ajunge la un acord privind ajustarea compensatorie.

Acest acord de compensare reprezintă o dovadă a atașamentului Uniunii față de regimul comercial, fiind marcată încă o dată supremația scopului constituirii uniunilor vamale și a zonelor de comerț liber.

Salut acordul încheiat cu Uruguay privind modificarea concesiilor tarifare legate de aderarea Croației la Uniunea Europeană deoarece consider că prezentul acord conține modificări proporționale cu concesiile și este în conformitate cu practica anterioară.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della raccomandazione concernente il progetto di decisione del Consiglio relativa alla conclusione dell'accordo in forma di scambio di lettere tra l'Unione europea e la Repubblica orientale dell'Uruguay, perché con l'adesione della Repubblica di Croazia e il relativo ampliamento dell'unione doganale l'UE è tenuta ad avviare i negoziati con l'Uruguay in merito al tariffario della Croazia. Tale adeguamento scaturisce dagli obblighi sanciti dalle norme dell'OMC, in modo particolare all'articolo XXIV, paragrafo 6, del GATT del 1994.

I negoziati con l'Uruguay hanno determinato un progetto di accordo siglato a Nairobi il 18 dicembre 2015. L'Unione europea dovrà integrare nel suo elenco per il territorio doganale le modifiche attinenti ai contingenti tariffari sulle carni bovine. In merito all'accordo, la Commissione europea sta redigendo un regolamento di applicazione relativo ai diversi contingenti tariffari. L'approvazione da parte del Parlamento europeo è indispensabile al fine del completamento del processo di ratifica del protocollo aggiuntivo.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained on this report. Under the WTO rules, the EU has to negotiate with its partners new conditions due to the accession of Croatia to the EU. The Commission proposes modifications related to tariff rate quotas on bovine meat. The Commission is also preparing an implementing Regulation regarding several tariff rate quotas. The amendment to the Agreement is mainly technical, but because there is a possibility that the modification of the tariff rate quotas on beef may have a small effect on European farmers, including in Ireland, I did not vote in favour but abstained.

David Casa (PPE), *in writing*. – As a consequence of the accession of Croatia, the customs union of the EU has grown and consequently in line with WTO rules, the EU had to enter into negotiations with other WTO members, in this particular case, Uruguay, having negotiated rights related to the tariff schedule of Croatia. I give my consent to the proposal to conclude the Agreement. The EU will incorporate in its schedule for the customs territory of the EU 28 that of the EU 27 with modifications related to tariff rate quotas on bovine meat. In connection to the Agreement, the European Commission is also preparing an implementing Regulation regarding several tariff rate quotas.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Con l'adesione della Repubblica di Croazia, l'Unione europea ha ampliato la propria unione doganale. Di conseguenza, le norme dell'Organizzazione mondiale del commercio (OMC) hanno imposto all'UE di avviare negoziati con i paesi membri dell'OMC detentori di diritti di negoziato connessi all'elenco tariffario della Croazia, allo scopo di convenire un adeguamento compensativo. Il mio voto è stato positivo.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση προκειμένου να ολοκληρωθεί η διαδικασία κύρωσης του πρόσθετου πρωτοκόλλου.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η ψηφοφορία σχετικά με τη σύναψη συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Δημοκρατίας της Ουρουγουάης, σχετικά με την τροποποίηση των παραχωρήσεων που προβλέπονται στον πίνακα της Δημοκρατίας της Κροατίας στο πλαίσιο της προσχώρησής της στην Ευρωπαϊκή Ένωση, αποτελεί ένα θετικό βήμα και καθώς ανάλογες διαδικασίες ευνοούν την ομαλή εξέλιξη της πορείας προσχώρησης, ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – L'accordo commerciale siglato dall'Unione europea con la Repubblica orientale di Uruguay successivamente all'adesione della Croazia accoglie da parte mia un parere conforme poiché si traduce in un'ulteriore possibilità di sviluppo per le imprese europee. Lo sviluppo di relazioni commerciali tra paesi relativamente giovani e provenienti da background economici molto distanti rappresenta un successo del progetto economico incarnato dall'Unione. Fino a venti anni fa sarebbe stato impensabile convenire a una partnership tra un paese dell'America Latina e uno appartenente alla Jugoslavia, per motivi non solo geografici, bensì prevalentemente legati all'ideologia economica e politica abbracciata dall'uno e dall'altro. Oggi, grazie al contributo dell'Unione europea, avvicinare ciò che una volta era molto lontano è possibile e sono orgoglioso di poter partecipare e supportare questa svolta storica.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the EU-Uruguay Agreement relating to the accession of Croatia and noted no objections.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della conclusione dell'accordo commerciale tra l'Unione europea e la Repubblica orientale dell'Uruguay, in quanto, a seguito dell'ingresso nell'Unione della Repubblica di Croazia, l'unione doganale si è ampliata ed è ora opportuno provvedere a degli adeguamenti compensativi del regime tariffario. Il fine di tale accordo è quello di semplificare e promuovere il commercio tra l'Unione europea e i paesi terzi, nel caso particolare la repubblica dell'Uruguay, nel pieno rispetto delle regole dell'Organizzazione mondiale del commercio.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — The EU will incorporate in its schedule for the customs territory of the EU 28 that of the EU 27 with modifications related to tariff rate quotas on bovine meat. In connection to the Agreement, the European Commission is also preparing an implementing Regulation regarding several tariff rate quotas. I concord with the rapporteur to grant European Parliament's consent.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – En coherencia con mi oposición anterior al Acuerdo UE-Uruguay, relativo a la Organización Mundial de Comercio por su defensa y promoción de un modelo neoliberal de comercio internacional, también he votado en contra de la adhesión de Croacia al mismo.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Odată cu aderarea Republicii Croația, UE și-a extins uniunea vamală și era obligată, conform normelor în vigoare, să demareze negocieri cu Republica Orientală a Uruguayului privind tariful vamal aplicat Croației pentru a ajunge la un acord privind o ajustare compensatorie, deoarece regimul tarifar extern al Uniunii Europene duce la o creștere a tarifelor. Aceste negocieri au dus la semnarea proiectului de acord la 18 decembrie 2015. Am votat pentru ratificarea acestui protocol adițional, decizia Consiliului constituind o componentă obligatorie în cadrul completării procesului de ratificare.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. - A Horvát Köztársaság uniós csatlakozásával kibővült az EU vámuniója, ennek következtében, a Kereskedelmi Világszervezet (WTO) szabályai alapján, az Európai Unió köteles tárgyalásokat kezdeményezni azon WTO tagállamokkal, melyekkel kapcsolatban Horvátország ez idáig ún. engedményes vámtarifa listával rendelkezett. Ez abban az esetben válik szükségessé, ha az uniós vámtarifarendszerhez történő csatlakozás eredményeként a vámtarifa szint ez okból történő emelkedése meghaladja a csatlakozó ország által a WTO-ban vállalt szintet. Az Uruguay-jal folytatott tárgyalások eredményeképpen a megállapodás-tervezetet 2015. december 18-án parafálták, majd ezt követően a Tanács meghozta határozatát a tervezet aláírását illetően.

Támogattam a jelentést, mivel az Európai Parlament e tanácsi határozattal történő egyetértése szükséges a kiegészítő jegyzőkönyv ratifikációjához.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Popieram porozumienie pomiędzy Chorwacją a Urugwajem dotyczące wyrównania kontyngentów taryfowych na mięso z bydła. To istotne porozumienie, zważywszy na fakt, że w momencie przystąpienia Chorwacji do UE unia celna automatycznie została rozszerzona. Podjęcie negocjacji pomiędzy Chorwacją a Urugwajem to ważne działanie mające na celu ustalenie zewnętrznej taryfy celnej UE, aby stawki te nie były wysokie. To są podwody dla których zagłosowałem „za".

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the EU-Uruguay Agreement which takes into account the accession of Croatia to the EU and adapting the tariff schedule as per the WTO requirements. I support this agreement, which represents a culmination of the deepening of relations between the European Union and Uruguay.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I welcome this agreement. As an important actor in global trade, it is important that the EU continues to set an example in abiding by WTO rules and adopts a flexible approach in trade negotiations with third countries.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Con l'adesione della Croazia, l'UE ha ampliato la propria unione doganale ed era pertanto tenuta, coerentemente con le regole stabilite nell'ambito nell'OMC, ad avviare negoziati con l'Uruguay relativamente al tariffario della Croazia allo scopo di raggiungere un accordo sull'adeguamento compensativo, in ragione del mutato regime tariffario esterno dell'UE. Il provvedimento, di natura strettamente tecnica e simile a quello votato con riferimento alla Repubblica popolare cinese, è indispensabile per il completamento del processo di ratifica del protocollo aggiuntivo.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative présente la recommandation du Parlement européen quant au protocole de mise à jour de l'accord UE-Uruguay suite à l'adhésion de la Croatie à l'Union européenne et porte sur les possibles compensations auprès du pays partenaire de l'UE dès lors que l'Union élargit son marché à un nouveau membre. Le rapporteur recommande de soutenir la proposition de la Commission en faveur de cette négociation. Considérant que l'élargissement du marché unique modifie les conditions d'échange avec les pays partenaires et qu'il faut redéfinir ces conditions, j'ai soutenu ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – We abstained on this as it was merely a technical update to reflect the fact that Croatia has joined the EU since the original agreement was signed with Uruguay.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu la conclusion d'un accord sous forme d'échange de lettres entre l'Union européenne et la République orientale de l'Uruguay au titre de l'accord général sur les tarifs douaniers et le commerce (GATT) de 1994 concernant la modification de concessions dans la liste d'engagements de la Croatie dans le cadre de son adhésion à l'UE. L'union douanière de l'Union européenne ayant été élargie suite à l'adhésion de la Croatie, il était nécessaire d'adapter nos accords commerciaux en conséquence.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport fait suite à l'adhésion de la Croatie, l'Union européenne a dû renégocier ses tarifs douaniers avec l'Uruguay. Ces renégociations ont donné lieu à des nouvelles concessions tarifaires et de quotas (viande bovine), sans contrepartie de l'Uruguay. Nous dénonçons ces relations commerciales déséquilibrées. J'ai donc voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих препоръката за сключване на споразумение между ЕС и Уругвай във връзка с изменението на отстъпките в списъка на Република Хърватия в процеса на присъединяването ѝ към Европейския съюз. Докладът е технически и отразява нуждата да се приспособят съществуващите споразумения след разширяването на европейския митнически съюз след присъединяването на Република Хърватия към ЕС.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η συμφωνία αυτή θα έχει ως αποτέλεσμα την αποκατάσταση των προηγούμενων δικαιωμάτων εμπορικών συναλλαγών της Ουρουγουάης, τα οποία επλήγησαν λόγω της διεύρυνσης της τελωνειακής ένωσης της ΕΕ με την προσχώρηση της Κροατίας.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A Horvát Köztársaság csatlakozásával kibővült az Európai Unió vámuniója. Ennek következtében, a Kereskedelmi Világszervezet (WTO) szabályai alapján, az Európai Unió köteles tárgyalásokat kezdeményezni azon WTO tagállamokkal, melyekkel kapcsolatban Horvátország ez idáig ún. engedményes vámtarifa listával rendelkezett. Ez abban az esetben válik szükségessé, ha az uniós vámtarifarendszerhez történő csatlakozás eredményeként a vámtarifa szint ez okból történő emelkedése meghaladja a csatlakozó ország által a WTO-ban vállalt szintet. Az Uruguay-jal folytatott tárgyalások eredményeképpen a megállapodástervezetet 2015. december 18-án parafálták Nairobiban, majd ezt követően a Tanács 2015. április 11-én hozta meg határozatát a tervezet aláírását illetően.

Szavazatommal támogattam a jelentést, mivel az Európai Parlament e tanácsi határozattal történő egyetértése szükséges a kiegészítő jegyzőkönyv ratifikációjához.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O Parlamento deve dar a sua aprovação à celebração do projeto de decisão do Acordo sob a forma de Troca de Cartas entre a União Europeia e a República Oriental do Uruguai relativo à alteração de concessões previstas na pauta aduaneira da República da Croácia, no contexto da adesão deste país à União Europeia. As negociações com o Uruguai resultaram num projeto de acordo rubricado a 18 de dezembro de 2015, em Nairobi. A UE integrará na sua pauta, para o território aduaneiro da UE-28, a pauta da UE-27 com modificações relativas aos contingentes pautais aplicados à carne de bovino.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: dans toute négociation, l'Union européenne fait des concessions tarifaires ou de quotas sans que la partie adverse n'en fasse autant. Ce type de relations n'est pas équilibré.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Na sequência da adesão da República da Croácia, a UE alargou a sua união aduaneira, cumprindo-lhe, de acordo com as regras da OMC (artigo XXIV, n.º 6, do GATT de 1994) dar início a negociações com a República Oriental do Uruguai relativamente à pauta aduaneira da Croácia, a fim de chegar a acordo quanto a um eventual ajustamento compensatório.

As negociações com o Uruguai resultaram num projeto de acordo rubricado a 18 de dezembro de 2015, em Nairobi. Uma proposta relativa à assinatura deste acordo foi também apresentada e a decisão do Conselho relativa à assinatura teve lugar em 11 de abril de 2016. A aprovação pelo Parlamento Europeu da presente decisão do Conselho constitui um elemento obrigatório para concluir o processo de ratificação do Protocolo Adicional.

Pese embora o carácter eminentemente técnico deste relatório, a nossa posição é indissociável da posição de princípio relativamente aos fundamentos que determinam a sua necessidade, de que se destaca a competência exclusiva da UE em matéria de política comercial, que lhe foi conferida pelo Tratado de Lisboa. Entendemos que os países devem poder estabelecer, de pleno direito, os acordos comerciais que soberanamente entenderem.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della presente raccomandazione in quanto approvo la proposta relativa alla conclusione dell'accordo tra l'Unione europea e la Repubblica orientale dell'Uruguay. Difatti, a seguito dell'adesione della Repubblica di Croazia, l'Unione ha ampliato la propria unione doganale ed era quindi tenuta, ai sensi delle norme dell'Organizzazione mondiale del commercio (OMC) ad avviare i negoziati con la Repubblica orientale dell'Uruguay in merito al tariffario della Croazia, allo scopo di convenire eventualmente un adeguamento compensativo poiché il regime tariffario esterno dell'UE comporta un aumento delle tariffe.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – V tomto konkrétnom prípade ide o súbor dojednaní, ktoré majú čisto technický charakter. Hlavným cieľom predmetnej dohody je uzatvorenie dohody medzi Európskou úniou a Uruguajom, ktorá bude prihliadať na pristúpenie Chorvátska k Európskej únii a prispôsobenie tarifných plánov podľa požiadaviek Svetovej obchodnej organizácie.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario alla raccomandazione relativa all'accordo UE-Uruguay in seguito alla adesione della Croazia.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τη συμφωνία ΕΕ-Ουρουγουάης, σχετικά με την προσχώρηση της Κροατίας καθώς η συμφωνία αυτή θα έχει ως αποτέλεσμα την αποκατάσταση των προηγούμενων δικαιωμάτων εμπορικών συναλλαγών της Ουρουγουάης, τα οποία επλήγησαν λόγω της διεύρυνσης της τελωνειακής ένωσης της ΕΕ με την προσχώρηση της Κροατίας.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – This is a file of technical nature. It aims to conclude the EU-Uruguay agreement, taking into account the accession of Croatia to the EU and adapting the tariff schedule, as per the WTO requirements. It is now appropriate to conclude the Agreement.

No amendments were tabled in the Committee on International Trade (INTA). I support the conclusion of this agreement.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A Horvát Köztársaság csatlakozásával kibővült az Európai Unió vámuniója. Ennek következtében, a Kereskedelmi Világszervezet (WTO) szabályai alapján, az Európai Unió köteles tárgyalásokat kezdeményezni azon WTO tagállamokkal, melyekkel kapcsolatban Horvátország idáig ún. engedményes vámtarifalistával rendelkezett. Ez abban az esetben válik szükségessé, ha az uniós vámtarifarendszerhez történő csatlakozás eredményeként a vámtarifaszint ez okból történő emelkedése meghaladja a csatlakozó ország által a WTO-ban vállalt szintet. Az Uruguay-jal folytatott tárgyalások eredményeképpen a megállapodástervezetet 2015. december 18-án parafálták Nairobiban, majd ezt követően a Tanács 2015. április 11-én hozta meg határozatát a tervezet aláírását illetően.

Szavazatommal támogattam a jelentést, mivel az Európai Parlament e tanácsi határozattal történő egyetértése szükséges a kiegészítő jegyzőkönyv ratifikációjához.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Jóváhagytam képviselőtársam ajánlását az EU–Uruguay közötti GATT egyezmény értelmében Horvátország felvételét a kiegészítő jegyzőkönyvbe. Az Európai Parlamentnek egyetértését kell adnia az Európai Unió és az Uruguayi Keleti Köztársaság között az 1994. évi Általános Vám- és Kereskedelmi Egyezmény (GATT) XXIV. cikkének 6. pontja és XXVIII. cikke alapján, a Horvát Köztársaság engedményes listáján szereplő engedményeknek ezen ország Európai Unióhoz való csatlakozása során történő módosítására vonatkozóan, levélváltás formájában létrejött megállapodás megkötéséhez. A Horvát Köztársaság csatlakozásával kibővült az Európai Unió vámuniója.

Ennek következtében a Kereskedelmi Világszervezet (WTO) szabályai értelmében az Európai Unió kompenzációs kiigazítás esetleges megállapítása érdekében köteles volt tárgyalásokat kezdeni azon WTO-tagokkal, amelyek Horvátország engedményes listái vonatkozásában tárgyalási joggal rendelkeznek. Ezt a kiigazítást el kellett végezni, mivel az EU külső vámtarifarendszerének átvételéből eredően a vámtarifaszint emelkedésének mértéke meghaladja a Horvátország által a WTO-ban vállalt szintet.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della raccomandazione concernente il progetto di decisione del Consiglio relativa alla conclusione dell'accordo in forma di scambio di lettere tra l'Unione europea e la Repubblica orientale dell'Uruguay, a norma dell'articolo XXIV, paragrafo 6, e dell'articolo XXVIII dell'accordo generale sulle tariffe doganali e sul commercio (GATT) del 1994, sulla modifica di concessioni nell'elenco della Repubblica di Croazia nel quadro della sua adesione all'Unione europea. Infatti, l'adesione della Croazia all'unione doganale ha reso necessario l'accordo per un adeguamento compensativo allo scopo di aggiornare il tariffario della Croazia. Con l'accordo raggiunto a Nairobi tra Unione europea e Uruguay, lo scorso dicembre 2015, e grazie anche al voto favorevole del Parlamento europeo, l'UE modificherà i contingenti tariffari sulle carni bovine.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für das Abkommen EU-Uruguay im Zusammenhang mit dem Beitritt Kroatiens zur EU gestimmt, da es sich um eine technische Aktualisierung eines wichtigen Abkommens nach dem Beitritt Kroatiens zur EU handelt.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe necesario para formalizar el acceso de Croacia a la Unión Europea.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Głosowałam za zaleceniem w sprawie projektu decyzji Rady w sprawie zawarcia Porozumienia w formie wymiany listów między Unią Europejską a Wschodnią Republiką Urugwaju na podstawie art. XXIV ust. 6. oraz art. XXVIII Układu ogólnego w sprawie taryf celnych i handlu (GATT) z 1994 r. odnoszącego się do zmian list koncesyjnych Republiki Chorwacji w związku z jej przystąpieniem do Unii Europejskiej.

W związku z przystąpieniem Republiki Chorwacji UE rozszerzyła unię celną, a ponieważ system zewnętrznej taryfy celnej UE powoduje wzrost stawek zgodnie z regułami WTO, UE była obowiązana do rozpoczęcia negocjacji z Wschodnią Republiką Urugwaju w sprawie listy koncesyjnej Chorwacji. Zwieńczeniem negocjacji z Urugwajem było sporządzenie projektu porozumienia, który parafowano w dniu 18 grudnia 2015 r. w Nairobi.

W mojej ocenie Parlament Europejski powinien wyrazić zgodę na zawarcie Porozumienia w formie wymiany listów między Unią Europejską a Wschodnią Republiką Urugwaju odnoszącego się do zmian list koncesyjnych Republiki Chorwacji w związku z jej przystąpieniem do Unii Europejskiej.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this EU-Uruguay Agreement relating to the accession of Croatia. With the accession of the Republic of Croatia, the EU enlarged its customs union and was therefore required under WTO rules to enter into negotiations with the Eastern Republic of Uruguay regarding the tariff schedule of Croatia in order to eventually agree on a compensatory adjustment as the EU's external tariff regime results in an increase of tariffs. The EU will now incorporate its schedule for the customs territory of the EU 28 that of the EU 27 with modifications related to tariff rate quotas.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour as I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – After the EU enlarged its customs union with the accession of Croatia, it was required to negotiate the tariff schedule of Croatia with WTO members for a possible compensatory adjustment. Negotiations with Uruguay focused on adjustments of tariff rate quotes on bovine meat. My group and I are strong supporters of trade, and we have therefore voted in favour of this report.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A Horvát Köztársaság csatlakozásával kibővült az Európai Unió vámuniója. Ennek következtében, a Kereskedelmi Világszervezet (WTO) szabályai alapján, az Európai Unió köteles tárgyalásokat kezdeményezni azon WTO tagállamokkal, melyekkel kapcsolatban Horvátország ez idáig ún. engedményes vámtarifalistával rendelkezett. Ez abban az esetben válik szükségessé, ha az uniós vámtarifarendszerhez történő csatlakozás eredményeként a vámtarifaszint ez okból történő emelkedése meghaladja a csatlakozó ország által a WTO-ban vállalt szintet. Az Uruguay-jal folytatott tárgyalások eredményeképpen a megállapodástervezetet 2015. december 18-án parafálták Nairobiban, majd ezt követően a Tanács 2015. április 11-én hozta meg határozatát a tervezet aláírását illetően.

Szavazatommal támogattam a jelentést, mivel az Európai Parlament e tanácsi határozattal történő egyetértése szükséges a kiegészítő jegyzőkönyv ratifikációjához.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – The European Union enlarged its Customs Union with the accession of Croatia. This file aims to conclude the EU-Uruguay agreement, taking into account the accession of Croatia to the EU, as is required under WTO rules.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za preporuku nacrta odluke Vijeća o sklapanju Sporazuma u obliku razmjene pisama između Europske unije i Istočne Republike Urugvaja na temelju članka XXIV. stavka 6. i članka XXVIII. Općeg sporazuma o carinama i trgovini (GATT) iz 1994. u pogledu izmjene koncesija u rasporedu Republike Hrvatske u okviru njezina pristupanja Europskoj uniji, jer se time daje suglasnost za sklapanje ovog sporazuma.

Nakon ulaska Hrvatske u EU-u proširena je carinska unija, te su stoga bili potrebni pregovori s Istočnom Republikom Urugvajem kako bi se usuglasila kompenzacijska prilagodba s obzirom na to da vanjski tarifni sustav dovodi do povećanja carina. Suglasnost Europskog parlamenta o ovom nacrtu Vijeća obvezan je dio dovršetka procesa ratifikacije Dodatnog protokola.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce rapport fait suite à l'adhésion de la Croatie à l'UE. Cette dernière a dû renégocier avec l'Uruguay des accords de tarifs douaniers conformément aux règles de l'OMC. En conséquence, la Commission européenne a fait deux concessions sur les quotas sur la viande bovine. J'ai donc voté contre ce rapport.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Po přistoupení Chorvatské republiky se celní unie EU rozšířila a bylo nutné vyjednat kompenzační vyrovnání se členy Světové obchodní organizace, protože vnější celní tarif EU vedl ke zvýšení cel. Pro usnesení o uzavření dohody s Uruguayskou východní republikou jsem hlasoval, poněvadž je vyrovnání jak v souladu s předchozí praxí a rámcem WTO, tak i a snahou EU dodržovat pravidla mnohostranného obchodního režimu.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour le texte de mon collègue Pablo Zalba concernant l'adhésion de la Croatie à l'accord UE-Uruguay. En 2015, les négociations avec l'Uruguay ont abouti à un accord commercial; ce vote permet à la Croatie de se voir également appliquer les dispositions de l'accord suite à son adhésion en 2013, une décision qui me satisfait et qui permet à la Croatie d'aligner son marché économique sur celui des autres États membres.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur l'accord UE-Uruguay concernant l'adhésion de la Croatie. Suite à l'adhésion de la Croatie, l'Union a élargi son union douanière et s'est trouvée par conséquent dans l'obligation, en vertu des règles de l'OMC, d'ouvrir des négociations avec l'Uruguay en ce qui concerne la liste d'engagements de la Croatie afin de convenir éventuellement d'une compensation, l'adoption du régime tarifaire extérieur de l'Union entraînant une augmentation des droits.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für das vorliegende Abkommen, da es lediglich die bestehenden Regeln im Hinblick auf den EU-Beitritt von Kroatien modifiziert und keine substanziellen Änderungen beinhaltet.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A Horvát Köztársaság csatlakozásával kibővült az Európai Unió vámuniója. Ennek következtében, a Kereskedelmi Világszervezet (WTO) szabályai alapján, az Európai Unió köteles tárgyalásokat kezdeményezni azon WTO tagállamokkal, melyekkel kapcsolatban Horvátország idáig ún. engedményes vámtarifalistával rendelkezett. Ez abban az esetben válik szükségessé, ha az uniós vámtarifarendszerhez történő csatlakozás eredményeként a vámtarifa szint ez okból történő emelkedése meghaladja a csatlakozó ország által a WTO-ban vállalt szintet. Az Uruguay-jal folytatott tárgyalások eredményeképpen a megállapodástervezetet 2015. december 18-án parafálták Nairobiban, majd ezt követően a Tanács 2015. április 11-én hozta meg határozatát a tervezet aláírását illetően.

Szavazatommal támogattam a jelentést, mivel az Európai Parlament e tanácsi határozattal történő egyetértése szükséges a kiegészítő jegyzőkönyv ratifikációjához.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – With Croatia's accession on 1 July 2013, the EU enlarged its customs union. In the light of this, the European Parliament should give its consent to the compensatory agreement with the Eastern Republic of Uruguay. The agreement will respect the trading rights of the Eastern Republic of Uruguay and, at the same time, it is a sign of the EU's attachment to the WTO multilateral rules-based trading regime. It is important to note that the EU will incorporate in its schedule for the customs territory of the EU 28 Uruguay's specific high-quality beef quota (EU Regulation 481/2012, 48 200 tons). Last but not least, the compensatory agreement will enable Croatia to benefit fully from trade relations between the EU and the Eastern Republic of Uruguay (worth EUR 1.603 million in EU exports to Uruguay and EUR 1.131 million in EU imports from Uruguay).

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La presente relazione analizza l'accordo UE-Uruguay relativamente all'adesione della Croazia. Si tratta di un atto dovuto al fine di tenere in conto, nell'ambito di applicazione dello stesso, dell'entrata della Croazia tra i 28 Stati membri.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il accepte que l'UE fasse des concessions tarifaires imprudentes.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Croatie, l'Union européenne a dû renégocier avec l'Uruguay des accords de tarifs douaniers conformément aux règles de l'OMC. Du coup, la Commission européenne a fait deux concessions sur les quotas sur la viande bovine. Dans toute négociation, l'Union européenne fait des concessions tarifaires ou de quotas sans que la partie adverse n'en fasse autant. Ce type de relations n'est pas équilibré.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Suite à l'adhésion de la Croatie à l'Union européenne, celle-ci a dû renégocier avec l'Uruguay ses tarifs douaniers, conformément aux règles de l'OMC. L'UE a malheureusement fait deux concessions importantes, concernant les quotas de viande bovine, alors que l'Uruguay n'en a fait aucune. Ce type de relation commerciale n'étant pas équilibré et fortement défavorable à notre commerce et à ses acteurs, en l'occurrence les éleveurs bovins, j'ai logiquement voté CONTRE ce texte.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe por el cual el Parlamento concederá su aprobación a la celebración del Acuerdo entre la Unión y Uruguay relativo a la modificación de las concesiones en la lista arancelaria de Croacia en el marco de la OMC como consecuencia de su adhesión a la Unión Europea.

Porque con la adhesión de Croacia, la Unión ha ampliado su unión aduanera. En consecuencia, de acuerdo con las normas de la OMC la Unión está obligada a entablar negociaciones con los miembros de la OMC que tengan derechos de negociación respecto a la lista arancelaria de Croacia, para acordar un ajuste compensatorio. Así, la Comisión ha negociado con los miembros de la OMC, en este caso Uruguay, que tienen derechos de negociación respecto a la supresión de concesiones específicas, en relación con la retirada de la lista arancelaria de Croacia por su ingreso en la Unión.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – En coherencia con mi oposición anterior al Acuerdo UE-Uruguay, relativo a la Organización Mundial de Comercio por su defensa y promoción de un modelo neoliberal de comercio internacional, también he votado en contra de la adhesión de Croacia al mismo.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – With the accession of Croatia, the EU's Customs Union grew and consequently the EU was required to negotiate the tariff schedule to incorporate Croatia. I voted in favour of the results of the negotiations between the EU and Uruguay.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Zdržel jsem se. Nemám námitky proti přiřazení Chorvatska k dohodě s Uruguayí, na jejímž základě se rozšíří v souvislosti se začleněním Chorvatska do EU dovozní kvóta na hovězí maso.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The purpose of this report is to conclude an Agreement in the form of an Exchange of Letters between the European Union and Uruguay pursuant to the General Agreement on Tariffs and Trade relating to the modification of concessions in the schedule of Croatia in the course of its accession to the European Union. I support the position that the European Parliament give its consent to the conclusion of the Agreement.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Pristúpením Chorvátska do Únie sa rozšírila colná únia, kde vonkajší colný režim spôsobuje zvýšenie tarif. Pravidlá WTO požadujú v takýchto prípadoch kompenzačné vyrovnania, preto Európsky parlament schválil uzavretie dohody, ktorá sa týka colných kvót na hovädzie mäso. V tejto súvislosti je potrebné, aby Komisia predložila návrh nariadenia, ktorým sa upravia colné kvóty.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Απείχα κατά την ψηφοφορία της σύστασης σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου που αφορά τη σύναψη συμφωνίας υπό μορφή ανταλλαγής επιστολών μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Ανατολικής Δημοκρατίας της Ουρουγουάης, σύμφωνα με το άρθρο XXIV παράγραφος 6 και το άρθρο XXVIII της Γενικής Συμφωνίας Δασμών και Εμπορίου (ΓΣΔΕ) του 1994, σχετικά με την τροποποίηση των παραχωρήσεων που προβλέπονται στον πίνακα της Δημοκρατίας της Κροατίας στο πλαίσιο της προσχώρησής της στην Ευρωπαϊκή Ένωση, διότι δεν είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce rapport fait suite à l'adhésion de la Croatie, l'Union européenne a dû renégocier ses tarifs douaniers avec l'Uruguay. Ces renégociations ont donné lieu à des nouvelles concessions tarifaires et de quotas (viande bovine), sans contrepartie de l'Uruguay. Nous dénonçons ces relations commerciales déséquilibrées.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. — In regards to the proposal concluding an agreement in the form of Exchange Letters between the EU and the Eastern Republic of Uruguay, I voted in favour. I support the strengthening of mutual relations by cooperating in terms of trade, investment, finance and technology, especially now that the bloc welcomed its latest member back in 2013.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – Comme le rapport Winkler, le rapport Zalba Bidegain, tel que soumis au vote en session plénière, visait à faire valider par le Parlement européen la démarche de la Commission et du Conseil d'ajuster les concessions offertes par l'Union européenne à l'Uruguay à l'OMC, ce afin de tenir compte de la récente adhésion de la Croatie à l'UE et de l'agrandissement du marché européen qu'elle a occasionné.

Les ajustements apportés sont relativement bénins, car proportionnels à la petite taille du marché croate: l'Uruguay pourra exporter une quantité légèrement plus importante de viande bovine dans l'Union européenne.

Si j'ai voté pour ce rapport technique, je serai très vigilant à la tournure des négociations entre l'Union européenne et les pays du Mercosur (Brésil, Argentine, Uruguay, Paraguay). Une rencontre entre les ministres du commerce concernés aura lieu très prochainement et l'Uruguay a déjà fait part de son objectif d'obtenir de généreux quotas d'exportation supplémentaires pour sa viande bovine. Je m'opposerai à un accord qui se ferait au détriment de l'élevage européen, en pleine crise

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Mit dem Beitritt der Republik Kroatien erweiterte die Europäische Union ihre Zollunion.

Im Rahmen des Abkommens wird die Kommission eine Angleichung von Zolltarifen mittels Durchführungsverordnung vornehmen und Warenkontingente anpassen. Das befürworte ich.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Į Europos Sąjungą įstojus Kroatijos Respublikai, išsiplėtė ES muitų sąjunga. Taigi ES pagal Pasaulio prekybos organizacijos (PPO) taisykles (GATT 1994 XXIV straipsnio 6 dalis) buvo įpareigota pradėti derybas su Urugvajaus Rytų Respublika dėl Kroatijos muitų tarifų sąrašo, kad galiausiai būtų susitarta dėl kompensacinio sureguliavimo, nes dėl ES išorės muitų tarifų režimo padidėja muitų tarifai.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – L'Uruguay et l'UE disposaient d'accords douaniers pour l'export et l'import de certaines marchandises, convenus dans le cadre de l'accord général sur les tarifs douaniers et le commerce (GATT) de l'OMC. Suite à l'adhésion de la Croatie en juillet 2013, il faut adapter ces quotas et contingents tarifaires à une Union à 28 États. C'est ce que propose cette décision. Je suis non seulement opposé à ces dernières vagues d'élargissement mais également au modèle de libre-échange de l'OMC. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Dans toute négociation, l'Union européenne fait des concessions tarifaires ou de quotas sans que la partie adverse n'en fasse autant. Ce type de relations n'est pas équilibré et est néfaste pour nos intérêts.

J'ai donc voté contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Voto favoravelmente a aprovação à celebração do projeto de decisão do Acordo sob a forma de Troca de Cartas entre a União Europeia e a República Oriental do Uruguai, nos termos do artigo XXIV, n.º 6, e do artigo XXVIII do GATT de 1994, relativo à alteração de concessões previstas na pauta aduaneira da República da Croácia, no contexto da adesão deste país à União Europeia.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as it is important that Croatia, the newest member of our Customs Union, is included in existing conventions and agreements.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Le 1er juillet 2013, la République de Croatie est devenue le 28ème État membre de l'Union européenne. L'union douanière européenne s'est donc, par la même occasion, élargie.

Or, selon les règles de l'Organisation mondiale du commerce (OMC), en vertu de l'article XXIV, paragraphe 6, du GATT de 1994, l'Union européenne a dû ouvrir des négociations avec la République orientale de l'Uruguay en ce qui concerne la liste d'engagements de la Croatie afin de convenir éventuellement d'une compensation, l'adoption du régime tarifaire extérieur de l'Union ayant entraîné une augmentation des droits.

Le Parlement européen a approuvé l'accord UE-Uruguay concernant l'adhésion de la Croatie auquel j'ai apporté mon soutien. Les résultats ont été négociés par la Commission en accord avec les membres de l'OMC détenant des droits de négociation et concernent la viande bovine.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, which aims to conclude the EU-Uruguay agreement, taking into account the accession of Croatia to the EU and adapting the tariff schedule, as per the WTO requirements. Therefore, I supported the conclusion of this agreement.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the Agreement, which is a necessary step in order to ensure compliance with WTO rules. After the accession of Croatia, the EU had to launch negotiations with WTO Members holding negotiating rights, amongst which Uruguay, in order to agree on compensatory adjustments linked to the fact that the EU has enlarged its customs union and Croatia has adopted the EU's external tariff regime, which led to an increase in tariff beyond the level for which Croatia had previously bound itself at the WTO.

The outcome of the negotiations with Uruguay is a balanced one, with concessions limited adding 76 tonnes in the country allocated (Uruguay) EU tariff rate quota 'boneless meat of bovine animals, fresh or chilled' and respectively 1 875 tonnes into the EU tariff rate quota 'Meat of bovine animals, frozen' while maintaining, in both cases, the present in-quota rate of 20%.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Horvát Köztársaság csatlakozásával kibővült az Európai Unió vámuniója. Horvátország ezzel átvette az EU külső vámtarifarendszerét, aminek következtében az ország engedményes listáján szereplő, az Uruguayi Keleti Köztársaságot megillető engedmények módosultak. Az ügyben a Bizottság a Tanács 2013. július 15-i fölhatalmazása alapján tárgyalásokat kezdeményezett, aminek eredményeként Uruguayjal levélváltás formájában megállapodás jött létre, amit 2015. december 18-án Nairobiban parafáltak. A megállapodás aláírásáról a Tanács 2016. április 11-én meghozta határozatát, amihez azonban meg kell szereznie az Európai Parlament egyetértését is.

A Nemzetközi Kereskedelmi Bizottság jelentésében azt javasolja, hogy a Parlament a megállapodás megkötésével értsen egyet. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Suite à l'adhésion de la Croatie, l'UE a dû renégocier avec l'Uruguay des accords de tarifs douaniers conformément aux règles de l'OMC. Du coup, la Commission européenne a fait deux concessions sur les quotas sur la viande bovine sans que la partie adverse n'en fasse autant. Ce type de relation n'est pas équilibré. Vote défavorable.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Com a adesão da República da Croácia a União Europeia alargou a sua união aduaneira. A República Oriental do Uruguai tem direito ao restabelecimento dos seus direitos comerciais anteriores, que sofreram uma ligeira degradação devido ao alargamento da união aduaneira aquando da adesão da Croácia à União.

Em conformidade com as regras da Organização Mundial do Comércio, cumpria à UE dar início a negociações com os membros da OMC que detêm direitos de negociação relacionados com a pauta aduaneira da Croácia.

Uma vez que a proposta de celebração do acordo altera de forma proporcionada as concessões e é coerente com a prática anterior e com o quadro da OMC, sou favorável à celebração do presente Acordo.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne l'accord UE-Uruguay sur l'adhésion de la Croatie à l'UE. Cette dernière a dû en effet renégocier avec l'Uruguay des accords de tarifs douaniers conformément aux règles de l'OMC. Considérant que cet accord est très favorable à l'Uruguay puisque la Commission a fait deux concessions sur les quotas de viande bovine sans contrepartie, j'ai décidé voter contre.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report which asks the Council to adopt a decision to conclude the Agreement in the form of an Exchange of Letters with Uruguay.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – Ce rapport vise à donner l'approbation du Parlement à l'adhésion de la Croatie à l'accord conclu entre l'UE et l'Uruguay.

En effet, la Croatie ayant adhéré à l'Union européenne seulement à partir du 1er juillet 2013, elle n'était pas partie à cette convention alors qu'en tant qu'État membre, elle y a totalement sa place. J'ai donc voté en faveur de ce rapport.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur l'accord entre l'Union européenne et l'Uruguay concernant la modification de concessions dans la liste d'engagements de la République de Croatie dans le cadre de son adhésion à l'Union européenne. L'union douanière de l'Union européenne s'est retrouvée agrandie par l'intégration de la Croatie en 2013. Il fallait alors négocier une compensation avec l'Uruguay pour mettre le pays en conformité avec ses engagements dans le cadre de l'OMC.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – A seguito dell'adesione della Repubblica di Croazia, l'unione doganale dell'Unione europea si è estesa e di conseguenza si ha l'obbligo di aprire i negoziati con i partner dell'OMC, in questo caso l'Uruguay, per convenire eventuali compensazioni a favore del paese terzo al fine di bilanciare l'aumento delle tariffe. L'obiettivo dell'accordo tra l'Unione europea e la Repubblica orientale di Uruguay ha lo scopo di semplificare e regolarizzare gli scambi commerciali e pertanto mi sono espressa a favore del provvedimento.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Az Európai Uniónak számos külső partnere van, ami bizonyos kötelességeket von magával. Éppen ezért természetes, hogy az új tagállamokkal való bővülés ezekre a szövetségesekre is hatással lehet. Mint a WTO tagja, az Uruguayi Keleti Köztársaság minden joggal kérte az eddigi megállapodások felülvizsgálatát. Úgy gondolom, hogy a két fél között folytatott tárgyalások eredménye az EU számára teljesen elfogadható, így ezt az ajánlást is helyénvalónak látom.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) is part of the rules of the World Trade Organisation and regulates international trade. I have voted for this report that will start negotiations with the World Trade Organisation's Member, Uruguay, regarding the tariff schedule of Croatia following its accession to the European Union thus enlarging its customs.

The agreement, in the form of an Exchange of Letters with the Uruguay, will be signed by the European Council on behalf of the European Union, and in the meantime another proposal is being submitted by the European Commission regarding the conclusions of the Agreement.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I abstained on this report. Under the WTO rules, the EU has to negotiate with its partners new conditions due to the accession of Croatia to the EU. The Commission proposes modifications related to tariff rate quotas on bovine meat. The Commission is also preparing an implementing Regulation regarding several tariff rate quotas. The amendment to the Agreement is mainly technical, but because there is a possibility that the modification of the tariff rate quotas on beef may have a small effect on European farmers, including in Ireland, I did not vote in favour but abstained.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen. Mit dem Beitritt der Republik Kroatien erweitert die Europäische Union ihre Zollunion.

Im Rahmen des Abkommens wird die Kommission eine Angleichung von Zolltarifen mittels Durchführungsverordnung vornehmen und Warenkontingente anpassen.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – Con la adhesión de la República de Croacia, la Unión Europea amplió su unión aduanera lo que exige, de acuerdo con las normas de la Organización Mundial del Comercio (OMC), entablar negociaciones con aquellos miembros de la OMC que tengan derechos de negociación respecto a la lista arancelaria de Croacia para acordar un ajuste compensatorio. Es el caso de Uruguay y es el objetivo del presente Acuerdo. Doy, por tanto, mi visto bueno a este informe y a la concesión de la aprobación a la celebración del Acuerdo.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – We abstained on this as it was merely a technical update to reflect the fact that Croatia has joined the EU since the original agreement was signed with Uruguay.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — With the accession of the Republic of Croatia, the EU enlarged its Customs Union and was therefore required under WTO rules (Article XXIV:6 of the GATT 1994) to enter into negotiations to the Eastern Republic of Uruguay regarding the tariff schedule of Croatia in order to eventually agree on a compensatory adjustment as the EU's external tariff regime results in an increase of tariffs. I voted in favour as trade is one of the key policies for the EU and for the benefit of EU citizens. Furthermore, this proposal has no financial impact on expenditure, but has a financial impact on revenue.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam Sporazum u formi Izmjene pisama između Europske unije i Istočne Republike Urugvaja. Sporazum je u skladu s praksom EU-a iz prethodnih proširenja te se temelji na praksi EU-a koja je u skladu s politikom vanjskog djelovanja.

Sporazumom koji je EU sklopila s državama članica WTO-a, EU se obvezuje da pri svakom proširenju treća zemlja koja uvozi na jedinstveno europsko tržište ima pravo na veće kvote. Republika Hrvatska je svojim ulaskom u EU svakako doprinijela proširenju tog tržišta te se kao hrvatska zastupnica nadam da će i Republika Hrvatska moći iskoristiti dio pogodnosti ovog kompenzacijskog sporazuma. Pristupanjem Hrvatske Europskoj uniji, Unija je proširila svoje granice, a to znači za Istočnu Republiku Urugvaj povećanje kvota pri izvozu proizvoda u EU, ali i dodatne olakšice za EU pri izvozu proizvoda u Urugvaj.

Ovaj sporazum je još jedan dokaz kako EU podržava multilateralni trgovinski sustav, ali i poštuje trgovačka pravila WTO-a.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Suite à l'adhésion de la Croatie, l'UE a dû renégocier avec l'Uruguay des accords de tarifs douaniers conformément aux règles de l'OMC. La Commission européenne a fait deux concessions sur les quotas sur la viande bovine. Dans toute négociation, l'Union européenne fait des concessions tarifaires ou de quotas sans que la partie adverse en fasse autant. Ce type de relations n'est pas équilibré. Je vote donc contre ce rapport.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – S pristupanjem Republike Hrvatske Europska unija je proširila svoju carinsku uniju te je stoga na temelju pravila Svjetske trgovinske organizacije (WTO) (članak XXIV. stavak 6. GATT-a iz 1994.) morala pokrenuti pregovore s Istočnom Republikom Urugvajem u vezi s tarifnim rasporedom Hrvatske kako bi se na kraju usuglasila kompenzacijska prilagodba s obzirom na to da vanjski tarifni sustav dovodi do povećanja carina.

Iz pregovora s Istočnom Republikom Urugvajem proizašao je nacrt Sporazuma koji je parafiran 18. prosinca 2015. u Nairobiju. Istovremeno je podnesen zasebni prijedlog o potpisivanju tog Sporazuma, a odluka Vijeća o potpisivanju donesena je 11. travnja 2016. Europska unija u svoj će raspored za carinsko područje EU 28 uvrstiti koncesije sadržane u rasporedu EU 27 s izmjenama povezanim s carinskim kvotama za goveđe meso.

Europska komisija također priprema provedbenu uredbu u vezi s nekoliko carinskih kvota. Uzimajući u obzir nacrt Sporazuma u obliku razmjene pisama između Europske unije i Istočne Republike Urugvaja na temelju članka XXIV. stavka 6. i članka XXVIII. Općeg sporazuma o carinama i trgovini (GATT) iz 1994. u pogledu izmjene koncesija u rasporedu Republike Hrvatske u okviru njezina pristupanja Europskoj uniji (06871/2016), podržavam stajalište o sklapanju Sporazuma.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Vnější celní tarif EU vede ke zvýšení cel. Bylo tedy potřeba, aby Evropský parlament schválil tuto zprávu a udělil tak souhlas s uzavřením dohody mezi EU a Uruguayí ve formě výměny dopisů o změnách koncesí v listině Chorvatské republiky v průběhu jejího přistoupení k Evropské unii.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Con l'adesione della Repubblica di Croazia, l'Unione ha ampliato la propria unione doganale ed era quindi tenuta, ai sensi delle norme dell'OMC (articolo XXIV, paragrafo 6, del GATT del 1994) ad avviare negoziati con la Repubblica orientale dell'Uruguay per quanto riguarda il tariffario della Croazia, allo scopo di convenire eventualmente un adeguamento compensativo poiché il regime tariffario esterno dell'UE comporta un aumento delle tariffe. Mi felicito del fatto che i negoziati con la Repubblica orientale dell'Uruguay si sono conclusi positivamente in quanto reputo l'America Latina una fonte di grandi opportunità di sviluppo per l'economia mondiale e in particolare per il mercato comune europeo. Ho votato a favore di questa raccomandazione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Wraz z przystąpieniem Republiki Chorwacji UE rozszerzyła unię celną. Była w związku z tym zobowiązana do rozpoczęcia negocjacji ze Wschodnią Republiką Urugwaju w sprawie listy koncesyjnej Chorwacji. Celem tych negocjacji było uzgodnienie wyrównania, gdyż system zewnętrznej taryfy celnej UE powoduje wzrost stawek. Negocjacje z Urugwajem doprowadziły do sporządzenia w 2015 r. projektu porozumienia, w którym uzgodniono wyrównania dotyczące kontyngentów taryfowych na mięso z bydła. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport, qui s'inscrit dans le cadre de l'adhésion de la Croatie à l'Union européenne. En comptant un État membre supplémentaire, l'UE a élargi son union douanière et a donc été tenue de clarifier des règles techniques, formalisées par un accord sous forme d'échange de lettres entre l'Union européenne et l'Uruguay.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A 1 de julho de 2013, a Croácia tornou-se o 28.º Estado-Membro da União, alargando, assim, o número de países que integram a hodierna união aduaneira. Em conformidade com as regras da Organização Mundial de Comércio (OMC), cumpre à União renegociar os termos dos acordos comerciais subjacentes às pautas da OMC, em caso de aumento da sua união aduaneira.

Nesse sentido, a Comissão negociou com o Uruguai a aplicação de alguns instrumentos compensatórios sobre alguns direitos comerciais. Este acordo garante a proporcionalidade das concessões de cada uma das partes e, ademais, é coerente com o quadro da OMC.

Respeitando o artigo XXIV, n.º 4, do GATT, na medida em que uma união aduaneira ou uma zona de livre comércio devem ter por objetivo facilitar as trocas comerciais entre os territórios constitutivos e não criar entraves ao comércio destes, assim como por considerar que os ajustamentos compensatórios são adequados, votei favoravelmente o presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – We abstained on this as it was merely a technical update to reflect the fact that Croatia has joined the EU since the original agreement was signed with Uruguay

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente por considerar importante a relação entre a UE e a República do Uruguai, não só, mas também, ao que respeita a celebração do projeto de decisão do Acordo sob a forma de Troca de Cartas entre a União Europeia e a República Oriental do Uruguai, nos termos do artigo XXIV, n.º 6, e do artigo XXVIII do GATT de 1994, relativo à alteração de concessões previstas na pauta aduaneira da República da Croácia, no contexto da adesão deste país à União Europeia.

A UE alargou a sua união aduaneira, cumprindo-lhe, de acordo com as regras da OMC, dar início a negociações com a República Oriental do Uruguai relativamente à pauta aduaneira da Croácia, a fim de chegar a acordo quanto a um eventual ajustamento compensatório, na medida em que o regime pautal externo da UE resulta num aumento dos direitos aduaneiros.

A UE integrará na sua pauta, para o território aduaneiro da UE-28, a pauta da UE-27 com modificações relativas aos contingentes pautais aplicados à carne de bovino. Além disso, a Comissão está a preparar, no contexto do acordo, um regulamento de execução relativo aos diferentes contingentes pautais.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Trata-se apenas de um documento de natureza técnica relativo ao acordo UE-Uruguai, tendo em atenção a adesão da Croácia à UE.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de conceder la aprobación a la celebración del Acuerdo entre la Unión y Uruguay relativo a la modificación de las concesiones en la lista arancelaria de Croacia en el marco de la OMC como consecuencia de su adhesión a la Unión.

Con la adhesión de Croacia, la Unión Europea ha ampliado su unión aduanera. En consecuencia, de acuerdo con las normas de la OMC la Unión está obligada a entablar negociaciones con los miembros de la OMC que tengan derechos de negociación respecto a la lista arancelaria de Croacia, para acordar un ajuste compensatorio. Así, la Comisión ha negociado con los miembros de la OMC, en este caso Uruguay, que tienen derechos de negociación respecto a la supresión de concesiones específicas, en relación con la retirada de la lista arancelaria de Croacia por su ingreso en la Unión.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Suite à l'adhésion de la Croatie, l'Union européenne a élargi son union douanière. Elle était alors tenue, selon les règles de l'Organisation mondiale du commerce (OMC), d'ouvrir des négociations avec les membres de l'OMC ayant des droits de négociation dans les listes d'un des pays adhérents afin de convenir d'une compensation. Au même titre qu'une grande majorité des députés européens, je juge le résultat de ces négociations avec la Chine et l'Uruguay comme étant acceptable, raison pour laquelle j'ai décidé de voter en faveur de ces actes.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo. Kroatijos Respublikai įstojus į Europos Sąjungą, išsiplėtė ES muitų sąjunga. Todėl Europos Sąjunga buvo įpareigota pradėti derybas su derybų teisę turinčiomis PPO narėmis dėl Kroatijos muitų tarifų sąrašo siekiant galiausiai susitarti dėl kompensacinio sureguliavimo. ES į savo muitų tarifų sąrašą, apimantį 28 valstybes, įtrauks 27 valstybių muitų tarifų sąrašą su pakeitimais, susijusiais su jautienai taikomomis tarifinėmis kvotomis. Šiuo metu Europos Komisija taip pat rengia su Susitarimu susijusį įgyvendinimo reglamentą dėl kelių tarifinių kvotų. Europos Parlamento pritarimas šiam Tarybos sprendimui yra privaloma šio papildomo protokolo ratifikavimo proceso užbaigimo sudedamoji dalis.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A adesão da Croácia à União Europeia implicou um alargamento da sua união aduaneira, resultando na necessidade de se efetuarem ajustamentos compensatórios nalguns acordos comerciais, tendo em conta que o regime pautal externo da UE resulta num aumento dos direitos aduaneiros.

Foi o que sucedeu no âmbito do Acordo UE-Uruguai, com modificações relativas aos contingentes pautais aplicados à carne de bovino. Tratando-se de uma medida compensatória que cumpre os critérios de coerência e proporcionalidade, bem como as regras da Organização Mundial de Comércio e do seu respetivo regime comercial multilateral, dei o meu voto favorável à aprovação deste relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – À la suite de l'adhésion de la République de Croatie, l'Union a élargi son union douanière et s'est trouvée par conséquent dans l'obligation, en vertu des règles de l'OMC (article XXIV, paragraphe 6, du GATT de 1994), d'ouvrir des négociations avec la République orientale de l'Uruguay en ce qui concerne la liste d'engagements de la Croatie afin de convenir éventuellement d'une compensation, l'adoption du régime tarifaire extérieur de l'Union entraînant une augmentation des droits.

C'est en ce sens que j'ai soutenu ce rapport sur l'accord entre l'UE et la République orientale de l'Uruguay concernant la modification de concessions dans la liste d'engagements de la République de Croatie dans le cadre de son adhésion à l'UE.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe necesario para formalizar el acceso de Croacia a la Unión Europea.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für das Abkommen zwischen der EU und Uruguay im Hinblick auf die Änderung der Zugeständnisse in der Liste der spezifischen Verpflichtungen der Republik Kroatien gestimmt.

Hintergrund ist, dass durch den Beitritt Kroatiens zur EU im Jahre 2013 die Zollunion erweitert wurde und die EU somit gemäß den Bestimmungen der WTO verpflichtet ist, mit WTO-Mitgliedstaaten Verhandlungen über Ausgleichsregelungen aufzunehmen, wenn diese Verhandlungsrechte bezüglich des Zolltarifs Kroatiens besitzen.

Ein solcher Ausgleich ist vorzunehmen, wenn die Annahme des EU-Zolltarifs dazu führt, dass die Zölle das Niveau überschreiten, an das sich das Beitrittsland bei der WTO ursprünglich gebunden hatte.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – En coherencia con mi oposición anterior al Acuerdo UE-Uruguay, relativo a la Organización Mundial de Comercio por su defensa y promoción de un modelo neoliberal de comercio internacional, también he votado en contra de la adhesión de Croacia al mismo.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this report as it is a technical update to an already established agreement.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — With the accession of Croatia, the EU enlarged its customs union. Consequently, it was required under WTO rules to enter into negotiations with WTO members in relation to the tariff schedule of Croatia in order eventually to agree on a compensatory adjustment.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Hlasoval som za. S pristúpením Chorvátskej republiky rozšírila EÚ svoju colnú úniu a podľa pravidiel WTO (článok XXIV 6 dohody GATT 1994) sa od nej preto vyžadovalo, aby začala rokovať s Uruguajskou východnou republikou o listine colných koncesií Chorvátska. Cieľom bola prípadná dohoda o kompenzačnom vyrovnaní, keďže vonkajší colný režim EÚ spôsobil zvýšenie taríf. Európska únia zaradí do svojej listiny pre colné územie EÚ-28 koncesie pre colné územie EÚ-27 so zmenami týkajúcimi sa colných kvót na hovädzie mäso.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Po pristúpení Chorvátska došlo k rozšíreniu colnej únie EÚ, a preto bolo potrebné urovnať obchodné vzťahy s Uruguajskou východnou republikou ohľadom listiny colných koncesií. Na základe pravidiel WTO, vzhľadom na dohodu GATT z roku 1994, sa od EÚ vyžadovalo, aby upravila svoje colné kvóty alebo sa s Uruguajom dohodla na kompenzačnom vyrovnaní. Dohoda s Uruguajom bola nakoniec vyjednaná koncom roku 2015 v Nairobi. EÚ podľa nej zaradí do svojej listiny pre colné územie zmeny týkajúce sa colných kvót najmä na hovädzie mäso. K tomu pripravuje Komisia aj vykonávacie nariadenie o niekoľkých ďalších colných kvótach. Keďže ide o vyrovnanie podmienok medzi Uruguajom a EÚ v rámci pravidiel WTO, uzavretie tejto dohody som podporila. Prispejeme tým k udržiavaniu dôvery medzi krajinami rešpektujúcimi zásady medzinárodných obchodných vzťahov.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Rozširovanie medzinárodných dohôd, ktoré EÚ uzatvorila s tretími krajinami, na nové členské štáty je praktickým vyjadrením jedného z pilierov Európskej únie, spoločného a jednotného trhu.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Bei der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union und der Republik Östlich des Uruguay nach Artikel XXIV Absatz 6 und Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 im Zusammenhang mit der Änderung der Zugeständnisse in der Liste der spezifischen Verpflichtungen der Republik Kroatien im Zuge ihres Beitritts zur Europäischen Union habe ich mich enthalten.

Ich lehne die Ausweitung der EU um weitere Mitgliedstaaten ab, so dass ich auch der Anpassung der verschiedenen völkerrechtlichen Verträge an den Beitritt Kroatiens jedenfalls nicht zustimmen kann.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – S pristupanjem Republike Hrvatske Europska unija je proširila svoju carinsku uniju. S obzirom na pravila Svjetske trgovinske organizacije, Europska unija je morala pokrenuti pregovore s Istočnom Republikom Urugvajem u vezi s tarifnim rasporedom Hrvatske kako bi se na kraju usuglasila kompenzacijska prilagodba s obzirom na to da vanjski tarifni sustav dovodi do povećanja carina.

Podržavam preporuku o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju Sporazuma u obliku razmjene pisama između Europske unije i Istočne Republike Urugvaja na temelju članka XXIV. stavka 6. i članka XXVIII. Općeg sporazuma o carinama i trgovini (GATT) iz 1994. u pogledu izmjene koncesija u rasporedu Republike Hrvatske u okviru njezina pristupanja Europskoj uniji, kao i suglasnost za sklapanje sporazuma.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za priporočilo o predlogu sklepa Sveta o sklenitvi Sporazuma v obliki izmenjave pisem med Evropsko unijo in Vzhodno republiko Urugvaj v skladu s členom XXIV:6 in členom XXVIII Splošnega sporazuma o carinah in trgovini (GATT) 1994 glede spremembe ugodnosti na seznamu ugodnosti Republike Hrvaške v okviru njenega pristopa k Evropski uniji.

Z vstopom Hrvaške v Evropsko unijo se je povečala tudi carinska unija. Ker so se s tem tarife povečale, se je EU morala z Urugvajem dogovoriti glede končne kompenzacijske prilagoditve. Zato tudi potrebujemo ta sporazum.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Hlasoval jsem pro udělení souhlasu ze strany Evropského parlamentu s uzavřením dohody mezi EU a Uruguayí v souvislosti s přistoupením Chorvatska k EU, čímž se rozšířila celní unie EU, a proto byla podle pravidel WTO EU povinna zahájit jednání s Uruguayí o listině celních koncesí Chorvatska. Jedná se o logický krok v návaznosti na rozšíření EU o Chorvatsko, což je okolnost pozitivní nejen pro Chorvatsko, ale i pro dosavadní členské státy EU.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η συμφωνία αυτή θα έχει ως αποτέλεσμα την αποκατάσταση των προηγούμενων δικαιωμάτων εμπορικών συναλλαγών της Ουρουγουάης, τα οποία επλήγησαν λόγω της διεύρυνσης της τελωνειακής ένωσης της ΕΕ με την προσχώρηση της Κροατίας.

József Szájer (PPE), *írásban*. – A Horvát Köztársaság csatlakozásával kibővült az Európai Unió vámuniója. Ennek következtében, a Kereskedelmi Világszervezet (WTO) szabályai alapján, az Európai Unió köteles tárgyalásokat kezdeményezni azon WTO tagállamokkal, melyekkel kapcsolatban Horvátország ez idáig ún. engedményes vámtarifalistával rendelkezett. Ez abban az esetben válik szükségessé, ha az uniós vámtarifarendszerhez történő csatlakozás eredményeként a vámtarifaszint ez okból történő emelkedése meghaladja a csatlakozó ország által a WTO-ban vállalt szintet. Az Uruguayjal folytatott tárgyalások eredményeképpen a megállapodástervezetet 2015. december 18-án parafálták Nairobiban, majd ezt követően a Tanács 2015. április 11-én hozta meg határozatát a tervezet aláírását illetően. Szavazatommal támogattam a jelentést, mivel az Európai Parlament e tanácsi határozattal történő egyetértése szükséges a kiegészítő jegyzőkönyv ratifikációjához.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Odată cu aderarea Croației, UE și-a extins uniunea vamală și a fost, prin urmare, obligată să demareze negocieri cu Uruguay privind tariful vamal al statului croat. Acest document referitor la acordul dintre UE și Uruguay ia în considerare aderarea Croației la UE și prevede o adaptare a programului de tarifare, în conformitate cu cerințele OMC.

Consider că acum este un moment oportun pentru încheierea noului acord și, din acest motiv, votez pentru susținerea acestuia.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai donné mon approbation à la conclusion de l'accord sous forme d'échange de lettres entre l'Union européenne et la République orientale de l'Uruguay au titre de l'article XXIV, paragraphe 6, et de l'article XXVIII de l'accord général sur les tarifs douaniers et le commerce (GATT) de 1994 concernant la modification de concessions dans la liste d'engagements de la République de Croatie dans le cadre de son adhésion à l'Union européenne.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – When the Republic of Croatia joined the EU in 2013, the EU's customs union was enlarged. Under WTO rules, it was therefore required to enter into negotiations with Uruguay regarding the tariff schedule of Croatia in order to agree on a compensatory adjustment, as the EU's external tariff regime had seen its tariffs increase. This is why I voted in favour of the EU-Uruguay Agreement relating to the accession of Croatia. The EU will now incorporate in its schedule for the customs territory of the EU 28 that of the EU 27, with modifications regarding the tariff rate quotas on bovine meat.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o sporazumu med EU in Urugvajem, povezan s pristopom Hrvaške, sem podprla.

Evropska unija je s pristopom Republike Hrvaške povečala svojo carinsko unijo, zato je morala v skladu s pravili Svetovne trgovinske organizacije (STO) (člen XXIV:6 GATT 1994) začeti pogajanja z Vzhodno republiko Urugvaj o carinskih tarifah Hrvaške, da bi se dogovorila o končni kompenzacijski prilagoditvi, saj so se zaradi zunanjega tarifnega režima EU tarife povečale.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe necesario para formalizar el acceso de Croacia a la Unión Europea.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Na skutek przystąpienia Republiki Chorwacji do Unii Europejskiej, w oparciu o przepisy WTO należało zrekompensować Wschodniej Republice Urugwaju wycofanie list koncesyjnych i wzrost stawek w związku z unijną zewnętrzną taryfą celną. Ułatwianie wymiany handlowej poprzez eliminowanie barier jest ważnym celem międzynarodowej polityki handlowej, dlatego udzieliłem poparcia ww. rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A jelentés készítője úgy véli, hogy az Európai Parlamentnek egyetértését kell adnia az Európai Unió és az Uruguayi Keleti Köztársaság között az 1994. évi Általános Vám- és Kereskedelmi Egyezmény (GATT) XXIV. cikkének 6. pontja és XXVIII. cikke alapján, a Horvát Köztársaság engedményes listáján szereplő engedményeknek ezen ország Európai Unióhoz való csatlakozása során történő módosítására vonatkozóan, levélváltás formájában létrejött megállapodás megkötéséhez. Egyetértettem vele.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor de este informe necesario para formalizar el acceso de Croacia a la Unión Europea.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Manau, kad Europos Parlamentas turėtų pritarti Europos Sąjungos ir Urugvajaus Rytų Respublikos susitarimo pasikeičiant laiškais pagal 1994 m. GATT XXIV straipsnio 6 dalį ir XXVIII straipsnį dėl nuolaidų pakeitimo Kroatijos Respublikos sąraše jai stojant į Europos Sąjungą sudarymui.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the recommendation on the draft Council decision on the conclusion of the Agreement in the form of an Exchange of Letters between the European Union and the Eastern Republic of Uruguay pursuant to Article XXIV:6 and Article XXVIII of the General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) 1994 relating to the modification of concessions in the schedule of the Republic of Croatia in the course of its accession to the European Union. With the accession of the Republic of Croatia, the EU enlarged its customs union and was therefore required under WTO rules to enter into negotiations to the Eastern Republic of Uruguay regarding the tariff schedule of Croatia in order to eventually agree on a compensatory adjustment as the EU's external tariff regime results in an increase of tariffs. Following the negotiations, the EU will incorporate in its schedule for the customs territory of the EU 28 that of the EU 27 with modifications related to tariff rate quotas on bovine meat.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Tras la adhesión de Croacia, la Unión, bajo las reglas de la Organización Mundial del Comercio, ha acordado una serie de ajustes de compensación en el acuerdo entre la Unión y Uruguay. Hablamos de un acuerdo equilibrado que ha sido logrado por la Comisión, por lo que considero necesario votar a favor de su propuesta.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor deze aanbeveling. Met de toetreding van de Republiek Kroatië heeft de Europese Unie haar douane-unie uitgebreid. Uit hoofde van de regels van de Wereldhandelsorganisatie ("WTO") moest de Europese Unie bijgevolg onderhandelingen openen met de Republiek ten oosten van de Uruguay over de tarievenlijst van Kroatië om uiteindelijk tot overeenstemming te komen over een compenserende regeling, omdat het buitentarief van de EU tot hogere tarieven leidt. Wanneer de EU uitbreidt, moet ze telkens eerder afgesloten verdragen of overeenkomsten aanpassen aan de bestaande situatie. In dit geval dus de overeenkomst met Uruguay vanwege de toetreding van Kroatië.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Na sequência da adesão da República da Croácia, a UE alargou a sua união aduaneira, cumprindo-lhe, de acordo com as regras da OMC (artigo XXIV, n.º 6, do GATT de 1994) dar início a negociações com a República Oriental do Uruguai relativamente à pauta aduaneira da Croácia, a fim de chegar a acordo quanto a um eventual ajustamento compensatório.

As negociações com o Uruguai resultaram num projeto de acordo rubricado a 18 de dezembro de 2015, em Nairobi. Uma proposta relativa à assinatura deste acordo foi também apresentada e a decisão do Conselho relativa à assinatura teve lugar em 11 de abril de 2016. A aprovação pelo Parlamento Europeu da presente decisão do Conselho constitui um elemento obrigatório para concluir o processo de ratificação do Protocolo Adicional.

Embora estes acordos de livre comércio mereçam o nosso repúdio pelas suas consequências nas economias locais, entendemos que os países devem poder estabelecer, de pleno direito, os acordos comerciais que soberanamente entenderem. Por esta razão, o nosso voto de abstenção

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Durch den Beitritt Kroatiens zur EU wurde auch die Zollunion erweitert. Bei diesem Vorschlag handelt es sich um ein technisches Abkommen, das die Quoten in Bezug auf bestimmte landwirtschaftliche Produkte zwischen der EU und Uruguay nach dem Beitritt von Kroatien neu regelt. Ich habe dem Vorschlag daher zugestimmt.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – Agradezco mucho el apoyo que ha recibido este informe. Era necesario adaptar el régimen arancelario actual. El Parlamento ha hecho bien en dar su consentimiento a la conclusión del acuerdo entre la Unión y la República de Uruguay, ya que a consecuencia de la ampliación de la unión aduanera tras la adhesión de Croacia y cumpliendo con las normas de la OMC, es necesario examinar un posible ajuste compensatorio del régimen arancelario actual.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Keďže v roku 2013 v dôsledku vstupu Chorvátska do Európskej únie došlo zároveň k zväčšeniu colnej únie, je podľa pravidiel Svetovej obchodnej organizácie potrebné začať rokovania týkajúce sa kompenzačných vyrovnaní. K takýmto rokovaniam je nutné pristúpiť vtedy, keď sa v dôsledku zväčšenia colnej únie zmienia clá, ktoré boli pôvodné dohodnuté. A keďže aj v prípade Uruguaja k takejto zmene došlo, a to konkrétne pre hovädzie mäso, súhlas s uzavretím dohody som podporila.

5.9. Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshofs – Lazaros Stavrou Lazarou (A8-0258/2016 - Igor Šoltes)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Nella composizione dei membri della Corte dei Conti vi è un netto squilibrio di genere: abbiamo infatti, su 28 membri, solo 4 donne. In caso di nomina del seguente candidato, questo squilibrio sarebbe ulteriormente accentuato. Inoltre, non vi è un vero controllo democratico delle nomine, in quanto il Parlamento non ha un potere vincolante in materia. Per queste ragioni ho deciso di astenermi.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du renouvellement du mandat de Lazaros Stavrou Lazarou comme membre de la Cour des comptes. Ce dernier a prouvé qu'il était compétent et bien qualifié pour le poste.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport a pour objet le renouvellement d'un membre de la Cour des comptes européenne. Le Parlement européen est consulté, pour avis, sur cette nomination.

Le candidat en question, le chypriote Lazaros Stavrou Lazarou, est membre de l'Association des comptables agréés depuis 1987, diplômé en fiscalité internationale, membre de la Cour depuis 2010.

Il fut successivement membre des chambres «Conservation et gestion des ressources naturelles», «Politiques structurelles, transport et énergie» puis membre non permanent de la chambre horizontale «Coordination, évaluation, assurance et développement».

Depuis 2014, il est membre responsable de la déclaration d'assurance sur les comptes de l'Union européenne. Pur produit de la nomenklatura européenne, Lazaros Stavrou Lazarou sollicite un nouveau mandat. Je me suis abstenue.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette nomination comme le préconisait la commission au fond.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už Lazarosą Stavrou Lazarou skyrimą Audito Rūmų nariu. Lazarosas Stavrou Lazarou Europos audito Rūmų narys nuo 2010 metų. Būdamas Audito Rūmų nariu konstruktyviai prisidėjo prie Audito Rūmų darbo bei prie 2013-2017 metų strategijos įgyvendinimo. Taip pat prisidėjo prie veiksmų tobulinant metines ataskaitas Europos Parlamentui.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Membre de la Cour des Comptes européenne depuis 2010, Lazaros Stavrou Lazarou sollicite un nouveau mandat.

Je me suis abstenu sur le renouvellement du mandat de ce pur produit de la nomenklatura eurocratique.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé la nomination de M. Lazarou à la Cour des comptes, suivant en cela la recommandation de la commission du contrôle budgétaire.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La Corte dei conti è un'importante istituzione europea che svolge il ruolo di revisore esterno e indipendente dei conti dell'Unione. Fondata nel 1977, essa è divenuta a pieno titolo un'istituzione UE solo nel 1993 continuando a fornire il proprio sostegno per il miglioramento della gestione del bilancio europeo. Si compone di un membro per ogni Stato dell'Unione, ciascuno dei quali viene nominato dal Consiglio previa consultazione del Parlamento rimanendo in carica per sei anni. In questa occasione, il Parlamento è stato chiamato ad esprimersi sulla nomina di Lazaros Stavrou Lazarou. Preso atto dei contenuti della relazione della commissione per il controllo dei bilanci e seguendo le indicazione del mio gruppo politico, l'S&D ho espresso il mio voto segreto sul nome proposto.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Se ha votado esta candidatura para el Tribunal de Cuentas.

Currículum vitae bien capacitado. En principio, no encuentro datos para objetar. A pesar de eso es preciso recordar que la institución sigue sin recibir candidatas.

Voto favorable.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Consideramos recogiendo el dictamen favorable de la Comisión de control presupuestario, que el currículo del señor Lazaros Stavrou como los resultados de su audiencia del cinco de septiembre, le acreditan como candidato idóneo para su nombramiento como miembro del Tribunal de Cuentas.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai préféré m'abstenir concernant la nomination de Lazaros Stavrou Lazarou comme membre de la Cour des comptes.

Le chypriote est déjà membre depuis 2010. Certes, ses antécédents montrent qu'il a le profil, puisqu'il est diplômé en fiscalité internationale et notamment membre de l'Association des comptables agréés depuis 1987.

Cependant, son parcours au sein de la Cour des comptes atteste de son appartenance à cette oligarchie européenne: membre de la chambre «Conservation et gestion des ressources naturelles», ou encore de la chambre «Politiques structurelles, transport et énergie». On a du mal à voir en quoi, depuis 2010, son travail a permis de faire avancer l'intérêt général.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Non metto in dubbio le capacità professionali di questo candidato, ma non dispongo di elementi di valutazione sufficienti per dargli il mio completo appoggio. Per questo motivo mi sono astenuta.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El pleno del Parlamento Europeo ha sometido esta mañana a votación, en voto secreto, la propuesta de nombramiento de Lazaros Stavrou Lazarou como miembro del Tribunal de Cuentas, tras la evaluación de las cualificaciones del candidato, la audiencia celebrada el pasado 5 de septiembre ante la Comisión de Control Presupuestario y su dictamen favorable, votación en la que he participado.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritarė Tarybos pasiūlymui skirti Lazarosą Stavrou Lazarou iš Kipro Audito Rūmų narių. Tokį sprendimą Parlamentas priėmė atsižvelgdamas į Biudžeto kontrolės komiteto siūlomo kandidato kvalifikacijos įvertinimą, visų pirma atsižvelgiant į Sutarties dėl Europos Sąjungos veikimo 286 straipsnio 1 dalyje nustatytus reikalavimus.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce texte porte sur le renouvellement d'un mandat d'un membre de la Cour des comptes européenne. Le Parlement européen est à ce titre consulté pour avis dans la nomination du chypriote Lazaros Stavrou Lazarou. Membre de l'Association des comptables agréés depuis 1987 puis diplômé en fiscalité internationale, le candidat est membre de la Cour depuis 2010 et responsable de la déclaration d'assurance des comptes de l'Union européenne depuis 2014. Pur produit de la nomenklatura européenne, Lazaros Stavrou Lazarou sollicite un nouveau mandat. Je me suis abstenu sur cette nomination.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho espresso voto positivo in merito alla relazione in questione perché ritengo pertinente e adeguata la nomina di Lazaros Stavrou Lazarou a membro della Corte dei conti.

Le qualifiche professionali del dott. Lazarou sono notevoli: membro dell'Associazione dei contabili certificati iscritti all'albo (ACCA) dal 1987, membro dell'Istituto cipriota dei revisori pubblici abilitati dal 1988, membro della Corte dei conti europea dal 2 novembre 2010, decano della sezione V «Finanziamento e amministrazione dell'Unione» e membro per la relazione annuale dalla campagna del giugno 2016. Dal febbraio 2014 al maggio 2016, Lazaros Stavrou Lazarou ha ricoperto il ruolo di membro permanente della Sezione CEAD «Coordinamento, valutazione, affidabilità e sviluppo» e di membro responsabile della dichiarazione di affidabilità.

Di notevole ambizione sono gli obiettivi personali prefissati: contribuire in modo costruttivo ai lavori della Corte e, in qualità di decano della sezione V, preparare e presiedere riunioni, coordinare i compiti e garantire che i lavori della sezione procedano spediti. In qualità di membro del comitato amministrativo, il candidato vorrebbe contribuire all'attuazione della strategia della Corte per il 2013-2017, stabilendo il programma di lavoro annuale che delinea le priorità, lo sviluppo e l'attuazione della strategia per il periodo 2018-2022.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε τον διορισμό του Λάζαρου Σταύρου Λαζάρου, καθώς πληροί όλα τα κριτήρια.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ο διορισμός του Λάζαρου Σταύρου ως μέλους του Ελεγκτικού Συνεδρίου αποτέλεσε ένα σωστό βήμα καθώς η εμπειρία και οι γνώσεις του εγγυώνται μια θετική συνεισφορά στο έργο του Συνεδρίου. Ως εκ τούτου υπερψήφισα.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I wish to respect the privacy of the secret ballot and not disclose my voting intentions.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – La candidatura di Lazaros Stavrou quale membro della Corte dei conti è stata valutata con successo dalla commissione per il controllo dei bilanci. Congratulandomi per la nomina di Lazaros Stavrou, gli auguro un buon lavoro.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — I have no reason not to support the CONT members' decision to grant favourable opinion on the Council's nomination of Lazaros Stavrou Lazarou as a Member of the Court of Auditors.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Popieram kandydaturę Lazarosa Stavrou Lazarou, mianowanego przez rząd Cypru, na kandydata na członka Trybunału Obrachunkowego. Pan Lazarou był członkiem Europejskiego Trybunału Obrachunkowego od dnia 2 listopada 2010 r, nie mam żadnych zastrzeżeń do jego wcześniejszej pracy, cenię jego doświadczenie w tym sektorze zarówno w obszarze unijnym, jak i krajowym (pełnił funkcję głównego inspektora rachunkowego Republiki Cypryjskiej, szefa instytucji certyfikującej dla funduszy UE, szefa organu ds. zamówień publicznych oraz członka Rady Audytu Wewnętrznego Republiki Cypryjskiej (od stycznia 2000 r. do października 2010 r.)).

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the renewal of Lazaros Stavrou Lazarou's mandate as a member of the Court of Auditors, as I believe that he has proved himself competent and well qualified for the post.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – La commission du contrôle budgétaire (CONT) a auditionné trois candidats à la nomination à la Cour des comptes, proposés par trois États membres: le Maltais Léo Brincat, le Portugais Joao Figueiredo et le Chypriote Lazaros Stavrou Lazarou.

Considérant qu'après audition, les membres de la commission ont validé ces trois nominations dès lors que les candidats répondent aux attentes du Parlement et de la Cour des comptes, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Le Parlement européen est consulté pour avis sur le renouvellement du mandat d'un membre de la Cour des comptes. Le Chypriote Lazaros Stavrou Lazarou, membre de l'Association des comptables agréés depuis 1987, diplômé en fiscalité internationale, est membre de la Cour des comptes depuis 2010. Depuis 2014, il est membre responsable de la déclaration d'assurance sur les comptes de l'Union européenne. Je me suis abstenue sur ce texte.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η επιλογή προσώπων για θέσεις ευθύνης θα πρέπει να βασίζεται στην ακεραιότητα του χαρακτήρα τους και στην αποδεδειγμένη δραστηριότητά τους όσον αφορά την προστασία δημόσιου, υπό την ευρεία έννοια, χρήματος.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention: pur produit de la nomenklatura européenne, Lazaros Stavrou Lazarou sollicite un nouveau mandat.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The ECA operates as a collegiate body of 28 Members, one from each Member State. The Members are appointed by the Council after consultation with the European Parliament for a renewable term of six years. Members elect one of their number as President for a renewable term of three years.

The nomination of Lazaros Stavrou Lazarou (CY) is for a renewal of his current mandate – he has been a Member of the ECA since 2010. Therefore, it could be expected that the appointments procedure progresses smoothly.

His hearing took place in the Committee on Budgetary Control (CONT) on Monday 5 September where he was approved by a large majority. I supported the candidate at the plenary stage.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über die Wiederernennung von Lazaros Stavrou Lazarou zum Mitglied des Rechnungshofs gestimmt, da ich den zypriotischen Wirtschaftsprüfer für einen geeigneten Kandidaten halte.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report - the mandate of the Mr Lazarou should be renewed as he has proved himself competent and well-qualified in that time.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Se ha votado esta candidatura para el Tribunal de Cuentas.

Currículum vitae bien capacitado. En principio, no encuentro datos para objetar. A pesar de eso es preciso recordar que la institución sigue sin recibir candidatas.

Voto favorable.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour as I have no objections.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za prijedlog odluke Europskog parlamenta o predloženom imenovanju Lazarosa Stavroua Lazaroua za člana Revizorskog suda, zbog toga što smatram da kvalifikacije predloženog kandidata ispunjavanju uvjete koji su potrebni kako bi se g. Lazaroua imenovalo za spomenutu funkciju.

Njegova profesionalna karijera, te iskustvo u državnim tijelima Republike Cipra i u međunarodnim revizorskim institucijama zasigurno su jamstvo da će g. Lazarou funkciju člana Revizorskog suda nastavljati obnašati stručno, dosljedno i savjesno.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – M. Lazaros Stavrou Lazarou est membre de l'Association des comptables agréés depuis 1987, diplômé en fiscalité internationale et membre de la Cour depuis 2010.

Il fut successivement membre des chambres «Conservation et gestion des ressources naturelles», «Politiques structurelles, transport et énergie» puis membre non permanent de la chambre horizontale «Coordination, évaluation, assurance et développement».

Depuis 2014, il est membre responsable de la déclaration d'assurance sur les comptes de l'Union européenne. S'il semble avoir les compétences requises pour cet emploi, Lazaros Stavrou Lazarou est aussi un membre de la nomenklatura de Bruxelles: je me suis abstenu pour ce vote.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Igor Soltes sur la nomination de M. Lazaros Stavrou Lazarou comme membre de la Cour des comptes. Ce texte approuve la candidature proposée par le Conseil après audition par la commission du contrôle budgétaire, attestant des compétences requises pour exercer cette fonction.

Cette nomination a été adoptée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – Comme le recommandait la commission CONT qui a auditionné Lazaros Stavrou Lazarou, j'ai voté en faveur de sa nomination.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Herr Lazarou kommt aus Zypern und ist bereits seit 2010 Mitglied des Europäischen Rechnungshofs. In den vergangenen Jahren hat Herr Lazarou leider keinen zufriedenstellenden Erfolgsnachweis erbracht. Aus diesem Grund enthalte ich mich meiner Stimme.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. — Подкрепих доклада относно предложението за назначаване на Лазарос Ставру Лазару за член на Сметната палата, тъй като господин Лазару разполага с нужната квалификация и нужния опит като член на сметната палата от 2010 г. Господин Лазару е автор на много специализирани доклади и съм убеден, че ще продължи да работи конструктивно за работата на Сметната палата.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La candidatura proposta dal Consiglio di nominare come membro della Corte dei conti Lazaros Stavrou Lazarou è stata ritenuta valida successivamente a una scrupolosa analisi delle credenziali e del background personale dell'aspirante.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur la nomination de M. Lazaros Stavrou Lazarou à la Cour des comptes.

Celui-ci est membre de la Cour depuis 2010. Il fut successivement membre des chambres «Conservation et gestion des ressources naturelles», «Politiques structurelles, transport et énergie» puis membre non permanent de la chambre horizontale «Coordination, évaluation, assurance et développement». Depuis 2014, il est membre responsable de la déclaration d'assurance sur les comptes de l'Union européenne. C'est un pur produit de la nomenklatura européenne.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Ce rapport défend le «renouvellement» du mandat d'un membre de la Cour des comptes européenne.

En l'occurrence, M. Lazaros Stavrou Lazarou, déjà membre depuis 2010, sollicite un nouveau mandat. Il est également membre de l'Association des comptables agréés depuis 1987 et diplômé en fiscalité internationale.

Personnage par ailleurs peu appréciable car pur produit de la nomenklatura européenne, il n'en demeure pas moins membre d'une institution respectable, et dont le travail est souvent à saluer.

J'ai opté pour l'abstention sur ce rapport.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Pese a su cualificación para este puesto, el nominado se ha manifestado públicamente sobre sus afinidades políticas, lo que puede comprometer su neutralidad. Por ello, me he abstenido.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Výbor pre kontrolu rozpočtu vypočul kandidáta a pozitívne posúdil jeho kvalifikáciu, doterajšiu profesionálnu prax a skúsenosti najmä ako člena Európskeho dvora audítorov. Návrh na jeho vymenovanie za člena Dvora audítorov som na základe kladného hodnotenia podporil.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τον προτεινόμενο διορισμό του Λάζαρου Λαζάρου ως μέλους του Ελεγκτικού Συνεδρίου, καθώς δεν συμφωνώ με βασικά σημεία της ως άνω έκθεσης.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce texte.

Le Parlement européen est consulté pour avis sur le renouvellement du mandat d'un membre de la Cour des comptes.

Le Chypriote Lazaros Stavrou Lazarou, membre de l'Association des comptables agréés depuis 1987, diplômé en fiscalité internationale, est membre de la Cour des comptes depuis 2010.

Depuis 2014, il est membre responsable de la déclaration d'assurance sur les comptes de l'Union européenne.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau Tarybos pasiūlymui skirti Audito Rūmų nariu Lazarosą Stavrou Lazarou iš Kipro. Tokį sprendimą Parlamentas priėmė atsižvelgdamas į Biudžeto kontrolės komiteto siūlomo kandidato kvalifikacijos įvertinimą.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Pur produit de la technocratie, Lazaros Stavrou Lazarou a fait une carrière de haut fonctionnaire. Il fut comptable général de la République de Chypre, responsable du contrôle constitutionnel et juridique ainsi que de la gestion des opérations financières publiques.

Il n'est membre d'aucun parti politique, n'a jamais exercé de mandat représentatif et a déjà exercé les fonctions de membre de la Cour des comptes européenne.

Je vote contre sa nomination en souvenir de la honteuse agression de Chypre par la BCE, à laquelle ce monsieur n'a rien trouvé à redire.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Membre de l'Association des comptables agréés depuis 1987, diplômé en fiscalité internationale, le candidat est membre de la Cour depuis 2010.

Il fut successivement membre des chambres «Conservation et gestion des ressources naturelles», «Politiques structurelles, transport et énergie» puis membre non permanent de la chambre horizontale «Coordination, évaluation, assurance et développement».

Depuis 2014, il est membre responsable de la déclaration d'assurance sur les comptes de l'Union européenne. Lazaros Stavrou Lazarou, malgré une expérience certaine, représente une caste de l'Union européenne que nous souhaiterions voir évoluer.

Je me suis donc abstenue.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O Tribunal de Contas é uma instituição fiscalizadora, que verifica a legalidade e regularidade das receitas e despesas da União Europeia, bem como a boa gestão financeira, exercendo as suas funções com total independência.

Dentro deste espírito, a nomeação das individualidades que o compõem tem de se reger por critérios de competência e independência.

O Senhor Lazaros Stravrou Lazarou apresentou o seu *Curriculum Vitae*, respondeu a um questionário escrito e foi ouvido na Comissão do Controlo Orçamental, tendo o mesmo apresentado argumentos suficientes para justificar a nomeação para o Tribunal de Contas para aí desempenhar as suas funções de forma competente e independente. Daí o meu voto favorável.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — J'apporte mon soutien à la candidature de Lazaros Stavrou Lazarou suite à sa nomination par le Conseil, approuvée par le Parlement européen, en vue d'assurer les fonctions de membre de la Cour des comptes.

Tant la formation académique que le parcours professionnel — dévoués aux domaines des finances publiques, de la gestion ou du contrôle de gestion — de M. Lazaros Stavrou Lazarou témoignent de ses compétences à exercer les fonctions de membre de la Cour des comptes avec maîtrise. D'autant plus que M. Lazaros Stavrou Lazarou dispose déjà d'une expérience en tant que membre de la Cour des comptes suite à sa première nomination par le Conseil en 2010.

Je suis convaincu que le savoir-faire de M. Lazaros Stavrou, son sens des responsabilités et ses connaissances de l'institution sont un atout pour la Cour des comptes.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Lazaros Stavrou Lazarou 2010 óta tagja a Számvevőszéknek. Mandátuma lejártával a Tanács újabb ciklusra kívánja Lazarou urat kinevezni, ehhez azonban konzultálnia kell az Európai Parlamenttel is. A Költségvetési Ellenőrző Bizottság jelentésében jelezte, hogy értékelte a javasolt jelölt képességeit, és 2016. szeptember 5-i ülésén meg is hallgatta a jelöltet. Mindennek alapján azt javasolja, hogy a Parlament nyilvánítson kedvező véleményt a Tanács Lazaros Stavrou Lazarou számvevőszéki taggá történő kinevezésére irányuló javaslatáról.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le Parlement européen est consulté, pour avis, sur cette nomination d'un membre de la Cour des comptes. Membre de l'Association des comptables agréés depuis 1987, diplômé en fiscalité internationale, le candidat est membre de la Cour depuis 2010. Il fut successivement membre des chambres «conservation et gestion des ressources naturelles», «politiques structurelles, transport et énergie» puis membre non permanent de la chambre horizontale «Coordination, évaluation, assurance et développement». Depuis 2014, il est membre responsable de la déclaration d'assurance sur les comptes de l'Union européenne. Pur produit de la nomenklatura européenne, Lazaros Stavrou Lazarou sollicite un nouveau mandat. Abstention.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Atendendo à avaliação das qualificações do candidato proposto e à sua audição do candidato proposto pelo Conselho para o cargo de membro do Tribunal de Contas, pela Comissão do Controlo Orçamental, dou parecer favorável à proposta do Conselho de nomeação de Lazaros Stavrou Lazarou para o cargo de membro do Tribunal de Contas.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue lors du vote de la nomination de M. Stavrou, puisqu'il s'agit d'un pur produit de «l'establishment» européen.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui approuve la nomination de Lazaros Stavrou Lazarou en tant que membre de la Cour des comptes.

Lazaros Stavrou Lazarou a été auditionné par la commission du contrôle budgétaire. Les membres de cette commission ont approuvé cette proposition de nomination à une très large majorité.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I support the nomination of Lazaros Stavrou Lazarou as a member of the Court of Auditors.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της ανανέωσης εντολής του Κύπριου μέλους, Λάζαρου Λαζάρου, ο οποίος αποτελεί μέλος του Ελεγκτικού Συνεδρίου από το 2010 και του εύχομαι καλή συνέχεια στο έργο του.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Na temelju životopisa gospodina Lazarosa Stavroua Lazaroua, kao i mišljenja Odbora za proračunski nadzor, podržavam imenovanje gospodina Lazarosa Stavroua Lazaroua članom Europskog revizorskog suda. U njegovom radu ističe se vršenje dužnosti člana I. revizijskog vijeća „Očuvanje i upravljanje prirodnim resursima", dužnosti člana II. revizijskog vijeća „Strukturne politike, promet i energetika" te vršenje dužnosti privremenog člana horizontalnog revizijskog vijeća CEAD „Koordinacija, procjena, jamstvo i razvoj".

Surađivao je s Europskom komisijom gdje je vodio poslove vezane za postizanje dogovora u vezi s kvantificiranjem pogrešaka u javnoj nabavi te određivanje ranijeg datuma objave godišnjeg izvješća i praćenje napretka prema tom cilju. U svom radu iskazao se kao stručna, odgovorna, kompetentna i poštena osoba. Posjeduje izvanredne revizorske sposobnosti i iskustvo jer je specijaliziran za područje revizije.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Il s'agit du renouvellement du mandat d'un membre de la Cour des comptes européenne. Le Parlement européen est consulté, pour avis, sur cette nomination.

Membre de l'Association des comptables agréés depuis 1987, diplômé en fiscalité internationale, le candidat est membre de la Cour depuis 2010.

Il fut successivement membre des chambres «Conservation et gestion des ressources naturelles», «Politiques structurelles, transport et énergie» puis membre non permanent de la chambre horizontale «Coordination, évaluation, assurance et développement». Depuis 2014, il est membre responsable de la déclaration d'assurance sur les comptes de l'Union européenne.

Pur produit de la nomenklatura européenne, Lazaros Stavrou Lazarou sollicite un nouveau mandat. Devant un tel profil, je préfère m'abstenir.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Budući da je Odbor za proračunski nadzor ocijenio kvalifikacije predloženog kandidata, posebno u smislu uvjeta navedenih u članku 286. stavku 1. Ugovora o funkcioniranju Europske unije i dao pozitivno mišljenje o prijedlogu Vijeća da se Lazaros Stavrou Lazarou imenuje članom Revizorskog suda, podržavam stajalište izvjestitelja.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – V případě pana Lazaroua se jedná o obnovení předchozího mandátu. Podpořil jsem jeho obnovenou nominaci na člena Evropského účetního dvora, se kterým v rámci Výboru pro rozpočtovou kontrolu intenzivně spolupracujeme. Evropský účetní dvůr tvoří kolegium 28 členů, každý je nominován z jednoho členského státu EU. Jejich mandát lze obnovit. Pana Lazaroua jsem podpořil již v hlasování na výboru, neboť jeho předchozí působení potvrdilo jeho vynikající kvalifikaci pro daný post.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Nous avons été appelés à nous prononcer sur la nomination d'un membre de la Cour des comptes européenne. Cette procédure témoigne de l'utilité du Parlement dans l'exercice de son contrôle sur le fonctionnement des institutions européennes.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Após a avaliação da Comissão do Controlo Orçamental às qualificações de Lazaros Stavrou Lazarou e posterior à audição do candidato, votei favoravelmente e este relatório dá parecer favorável à proposta do Conselho de nomeação de Lazaros Stavrou Lazarou para o cargo de membro do Tribunal de Contas.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – El pleno del Parlamento Europeo ha sometido esta mañana a votación, en voto secreto, la propuesta de nombramiento de Lazaros Stavrou Lazarou como miembro del Tribunal de Cuentas, tras la evaluación de las cualificaciones del candidato, la audiencia celebrada el pasado 5 de septiembre ante la Comisión de Control Presupuestario y su dictamen favorable, votación en la que he participado.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la désignation de M. Lazaros Stavrou Lazarou comme membre de la Cour des comptes pour un second mandat, en regard de son expérience et de ses objectifs.

M. Stavrou a annoncé vouloir contribuer à la mise en œuvre de la stratégie 2013-2017 et à l'élaboration et à la mise en œuvre de la stratégie 2018-2022, en mettant l'accent sur les échanges réguliers à entretenir avec le Parlement européen (via la commission CONT) et sur la fiabilité des informations sur lesquelles fonder le rapport annuel.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau dėl siūlymo skirti Lazarosą Stavrou Lazarou Audito Rūmų nariu. Jis yra įgijęs Halo universiteto ekonomikos mokslų bakalauro laipsnį bei šio universiteto J. F. Kenedžio viešojo administravimo mokyklos viešojo administravimo mokslų magistro laipsnį. Nuo 2010 m. lapkričio 2 d. jis yra Europos Audito Rūmų narys ir siekia būti paskirtas dar vienai kadencijai. Akivaizdu, kad jis turi reikiamą kompetenciją ir patirtį tęsti šį darbą.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O processo de seleção para este cargo foi realizado de forma aberta e transparente, pelo que votei favoravelmente no que diz respeito à nomeação de Lazaros Stavrou como Membro do Tribunal de Contas, uma vez que na audição por parte da Comissão de Controlo Orçamental Lazaros Stravou demonstrou possuir competência e experiência profissional comprovada para o desempenho das funções que lhe serão atribuídas.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Se ha votado esta candidatura para el Tribunal de Cuentas.

Currículum vitae bien capacitado. En principio, no encuentro datos para objetar. A pesar de eso es preciso recordar que la institución sigue sin recibir candidatas.

Voto favorable.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Rozhodla som sa, že podporím kandidáta Lazarou na vymenovanie za člena Dvora audítorov. Jeho vypočutie vo výbore pre rozpočtovú kontrolu prebehlo hladko a získal veľkú podporu. Pán Lazarou sa stal členom Dvora audítorov už v roku 2010 a teraz sa uchádza o obnovenie mandátu. Podľa dostupných informácií sa vo svojej funkcii osvedčil a aj jeho doterajšie profesijné skúsenosti ukazujú, že je na túto úlohu dobre vybavený. Štátnym príjmom z daní a poplatkov sa venoval od roku 1989 a v roku 2000 sa stal vedúcim Štátnej pokladne Cyperskej republiky. V rámci tejto funkcie bol zároveň vedúcim certifikačného orgánu pre prostriedky z EÚ, vedúci orgánu zodpovedného za verejné obstarávanie a nakoniec aj člen Internej rady audítorov Cypru. Keďže od roku 2010 ako člen Európskeho dvora audítorov viedol viacero osobitých správ v rôznych tematických oblastiach od ochrany a riadenia prírodných zdrojov, cez štrukturálne politiky až po dopravu a energetiku. Domnievam sa, že jeho skúsenosti budú pre Dvor audítorov prospešné aj do budúcnosti. Počas jeho nového mandátu mu prajem veľa úspechov.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Dvor audítorov je dôležitá inštitúcia, ktorá dohliada na účelnú alokáciu zdrojov. Po tom, ako sme spoločne s Európskou komisiou vyhlásili boj proti finančným podvodom, bude jeho význam narastať– pán Lazarou svojou profesionálnou kariérou spĺňa všetky predpoklady, aby bol pre prácu Dvora audítorov prínosom.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Bei der Nominierung habe ich mich enthalten. Den Kandidaten kenne ich nicht.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Odbor Parlamenta za proračunski nadzor, ocijenivši kvalifikacije predloženog kandidata, u smislu uvjeta navedenih u članku 286. stavku 1. Ugovora o funkcioniranju Europske unije, te nakon održanog saslušanja kandidata Vijeća za članstvo u Revizorskom sudu, dao je pozitivno mišljenje o prijedlogu Vijeća da se Lazaros Stavrou Lazarou imenuje članom Revizorskog suda.

Podržavam prijedlog odluke o predloženom imenovanju, jer smatram da je Odbor Parlamenta kompetentan dati mjerodavno mišljenje o kvalifikacijama kandidata.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η επιλογή προσώπων για θέσεις ευθύνης θα πρέπει να βασίζεται στην ακεραιότητα του χαρακτήρα τους και στην αποδεδειγμένη δραστηριότητά τους όσον αφορά στην προστασία δημόσιου, υπό την ευρεία έννοια, χρήματος.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of renewing the nomination of Lazaros Stavrou Lazarou as a Member of the Court of Auditors. Based on his long-standing experience in public service in Cyprus as well as his valuable performance as a Member of the Court of Auditors until now, I am certain that Lazaros Stavrou Lazarou will continue to perform his job at the best of his capacity and in the best interest of the European citizens.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam ponovno imenovanje Lazarosa Stavroua Lazaroua za člana Revizorskog suda budući da Lazarou od studenog 2010. godine na različitim položajima Suda obavlja svoje dužnosti pri provjeri ispravnosti prikupljanja i uporabe financijskih sredstava EU-a. S obzirom na to da je Lazarou istaknuo ciljeve za budući mandat, vjerujem da će nastaviti pošteno i učinkovito obavljati svoje dužnosti kao član Revizorskog suda.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Odbor za proračunski nadzor je ocenil kandidatova priporočila, zlasti glede na zahteve iz člena 286(1) Pogodbe o delovanju Evropske unije.

Pri tem sem glasovala po svojem prepričanju.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Se ha votado esta candidatura para el Tribunal de Cuentas.

Currículum vitae bien capacitado. En principio, no encuentro datos para objetar. A pesar de eso es preciso recordar que la institución sigue sin recibir candidatas.

Voto favorable.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Il s'agit du renouvellement du mandat d'un membre de la Cour des comptes européenne, M. Lazaros Stavrou Lazarou. Le Parlement européen est consulté, pour avis, sur cette nomination.

Membre de l'Association des comptables agréés depuis 1987, diplômé en fiscalité internationale, le candidat est membre de la Cour depuis 2010.

Il fut successivement membre des chambres «Conservation et gestion des ressources naturelles», «Politiques structurelles, transport et énergie» puis membre non permanent de la chambre horizontale «Coordination, évaluation, assurance et développement».

Depuis 2014, il est membre responsable de la déclaration d'assurance sur les comptes de l'Union européenne.

Pur produit de la nomenklatura européenne, Lazaros Stavrou Lazarou sollicite un nouveau mandat.

J'ai choisi l'abstention.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A jelölt szakmai múltjára és felkészültségére, illetve a korábbi meghallgatásainak eredményére tekintettel támogattam a kinevezését.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — Se ha votado esta candidatura para el Tribunal de Cuentas.

Currículum vitae bien capacitado. En principio, no encuentro datos para objetar. A pesar de eso es preciso recordar que la institución sigue sin recibir candidatas.

Voto favorable.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the nomination of Lazaros Stavrou Lazarou as a Member of the Court of Auditors because there are no legal, political or personal reasons on the grounds of which an objection to his nomination would be founded.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Nada tem contra a personalidade em conta. Todavia, não reconhecemos legitimidade a este tribunal europeu, que representa mais um instrumento ao serviço desta integração capitalista neoliberal e militarista da Europa.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Si è reso necessario nominare due nuovi membri della Corte dei conti e prorogare il mandato di un terzo. La procedura prevede che i membri della Corte dei conti siano scelti tra personalità che fanno o hanno fatto parte, nei rispettivi Stati, delle istituzioni di controllo esterno o che posseggano una qualifica specifica per tale funzione e che debbano offrire tutte le garanzie d'indipendenza. I tre candidati presentano un curriculum piuttosto variegato, il che mi ha portato a esprimere voti diversi.

Nonostante l'indubbia qualifica del candidato cipriota, mi sono astenuto, principalmente per due ragioni. Innanzitutto, continua a permanere la mancanza di una certa «parità di genere» nei candidati presentati. La Corte dei conti presenta infatti già uno squilibrio piuttosto marcato – su 28 membri solo 4 sono donne – e ritengo che gli Stati membri e il Consiglio dovrebbero dare un segnale per promuovere la parità di genere in tutte le Istituzioni e a tutti i livelli. Inoltre, il fatto che il voto del Parlamento non sia vincolante ha creato in passato attriti tra il Parlamento stesso e il Consiglio. Infatti, non esiste un vero controllo democratico nella scelta del candidato e la nomina risulta essere prettamente «politica».

5.10. Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshofs – João Figueiredo (A8-0259/2016 - Igor Šoltes)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Nella composizione dei membri della Corte dei conti vi è un netto squilibrio di genere: abbiamo infatti, su 28 membri, solo 4 donne. In caso di nomina del seguente candidato questo squilibrio sarebbe ulteriormente accentuato. Inoltre, non vi è un vero controllo democratico delle nomine, in quanto il Parlamento non ha un potere vincolante in materia. Per queste ragioni ho deciso di astenermi.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la nomination de Joao Figueiredo, dont le but est de remplacer le président sortant de la Cour des comptes européenne, M. Caldeira.

M. Figueiredo est actuellement juge à la Cour des comptes portugaise et a auparavant fait ses preuves comme secrétaire d'État et directeur général de l'administration publique.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport a pour objet le remplacement d'un membre de la Cour des comptes européenne. Le Parlement européen est consulté, pour avis, sur cette nomination.

Le candidat portugais Joao Figueiredo est diplômé en droit et a occupé différents postes dans la fonction publique, dont il est issu, depuis 1982. Chef de service, directeur de pôle, puis chef de cabinet du ministre de la justice, il s'investit dans le monde judiciaire de 1983 à 2002. Il occupa même une fonction de secrétaire d'État à l'administration portugaise. Depuis 2003, il occupe des fonctions dans le domaine des finances publiques. Il est actuellement juge à la cour des comptes portugaise.

Quoique versé dans le milieu du contrôle budgétaire et financier, il dispose essentiellement de compétences à caractère juridique et en planification de projets.

En raison des réussites qu'il évoque, comme la création d'un service d'évaluation de politiques publiques, l'annulation d'un partenariat public-privé illégal, sa probité et son souhait d'accroître la performance des budgets semblent acquis.

C'est pourquoi j'ai voté en sa faveur.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – In the interests of transparency and democracy I abstained from voting on this nomination.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette nomination comme le préconisait la commission au fond.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už João Alexandre Tavareso Gonçalveso de Figueiredo skyrimą Audito Rūmų nariu. João Alexandre Tavares Gonçalves de Figueiredo dirbo Portugalijos audito institucijos teisėju. Per ilgą darbo patirtį jam pavyko sukaupti didelę patirtį ne tik administravimo įstaigose ir valdžios institucijose, bet ir Audito institucijose, kuriose vykdoma išorės finansų kontrolė. Eidamas Portugalijos audito institucijos teisėju jis atliko auditus, ypač daug dėmesio skirdamas administraciniam ir finansiniam centrinės ir vietos valdžios institucijų sudarytų sutarčių vykdymo teisėtumui. Taip pat buvo atsakingas už auditus, kuriuos atliekant buvo tiriami finansiniai pažeidimai.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Joao Alexandre Tavares Gonçalves de Figueiredo me paraissant avoir le profil adapté pour ce poste, puisqu'il occupe depuis 2003 des postes dans les finances publiques et qu'il est actuellement membre de la Cour des comptes au Portugal, j'ai voté en faveur de sa nomination en tant que membre de la Cour des comptes.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé la nomination de M. Figuereido à la Cour des comptes.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La Corte dei conti è un'importante istituzione europea che svolge il ruolo di revisore esterno e indipendente dei conti dell'Unione. Fondata nel 1977, essa è divenuta a pieno titolo un'istituzione UE solo nel 1993 continuando a fornire il proprio sostegno per il miglioramento della gestione del bilancio europeo. Si compone di un membro per ogni Stato dell'Unione, ciascuno dei quali viene nominato dal Consiglio previa consultazione del Parlamento rimanendo in carica per sei anni. In questa occasione, il Parlamento è stato chiamato ad esprimersi sulla nomina di João Figueiredo. Preso atto dei contenuti della relazione della commissione per il controllo dei bilanci e seguendo le indicazione del mio gruppo politico, l'S&D ho espresso il mio voto segreto sul nome proposto.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Se ha votado esta candidatura para el Tribunal de Cuentas.

Trayectoria profesional como abogado notable, ha sido sensible a preguntas formuladas por delegaciones portuguesas del GUE/NGL, respondiendo debidamente. Lamento que se siga sin presentar a mujeres para estos puestos, en una institución en la que están infrarrepresentadas. Voto favorable.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Consideramos recogiendo el dictamen favorable de la Comisión de control presupuestario, que el currículo del señor Tavares como los resultados de su audiencia del cinco de septiembre, le acreditan como candidato idóneo para su nombramiento como miembro del Tribunal de Cuentas.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la nomination de João Figueiredo à la Cour des comptes.

Il semble avoir un parcours plutôt cohérent: après un passage au ministère de la justice, il fut secrétaire d'État à l'administration portugaise, occupant ensuite des fonctions dans le domaine des finances publiques. De fait, il est actuellement juge à la cour des comptes portugaise.

Étant donné que son profil est parfaitement adapté à la fonction qu'il brigue, je ne voyais donc pas de raison de m'opposer à cette nomination.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Pur non dubitando delle capacità professionali di questo candidato, non dispongo di elementi di valutazione sufficienti per dargli il mio completo appoggio. Per questo motivo mi sono astenuta.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El pleno del Parlamento Europeo ha sometido esta mañana a votación, en voto secreto, la propuesta de nombramiento de João Alexandre Tavares Gonçalves de Figueiredo como miembro del Tribunal de Cuentas tras la evaluación de las cualificaciones del candidato, la audiencia celebrada el pasado 5 de septiembre, ante la Comisión de Control Presupuestario y su dictamen favorable, votación en la que he participado.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritarė Tarybos pasiūlymui skirti João Alexandre Tavaresą Gonçalvesą de Figueiredą iš Portugalijos Audito Rūmų nariu. Tokį sprendimą Parlamentas priėmė atsižvelgdamas į Biudžeto kontrolės komiteto siūlomo kandidato kvalifikacijos įvertinimą, visų pirma atsižvelgiant į Sutarties dėl Europos Sąjungos veikimo 286 straipsnio 1 dalyje nustatytus reikalavimus.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce texte porte sur le remplacement d'un membre de la Cour des comptes européenne. Le Parlement européen est consulté pour avis sur cette nomination.

Diplômé en droit, le candidat portugais Joao Alexandre Tavares Gonçalves de Figueiredo a occupé différents postes dans la fonction publique depuis 1982. Chef de service, directeur de pôle, chef de cabinet du ministre de la justice, il s'investit dans le monde judiciaire de 1983 à 2002. Depuis 2003, il occupe des fonctions dans le domaine des finances publiques.

Actuellement juge à la Cour des comptes portugaise, il évoque la création d'un service d'évaluation des politiques publiques ainsi que l'annulation d'un partenariat public-privé illégal comme ses principales réussites.

J'ai voté en faveur de la nomination de Joao Alexandre Tavares Gonçalves de Figueiredo en raison de sa probité et de son souhait d'accroître la performance des budgets européens.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in questione poiché ritengo di notevole pertinenza la nomina di João Alexandre Tavares Gonçalves de Figueiredo a membro della Corte dei conti.

Le esperienze professionali del candidato in questione sono importanti e in linea con il ruolo da ricoprire. Il giudice de Figueiredo, infatti, dal 2003 al 2005 ha ricoperto il ruolo di responsabile di verifiche ispettive presso la Corte dei conti portoghese, dal 2006 al 2008 è stato Segretario di Stato per la pubblica amministrazione, ministero delle Finanze portoghese e dal 2008 svolge la professione di giudice presso la Corte dei conti portoghese. Nella veste di giudice, il candidato esercita il controllo della legittimità dei contratti stipulati da enti amministrativi o aziendali dell'amministrazione centrale dello Stato, delle regioni autonome e delle autorità locali ed esegue verifiche in merito ai risultati dei contratti e alla responsabilità finanziaria. Anche i requisiti linguistici posseduti dal candidato sono di primo livello. Il giudice de Figueiredo padroneggia, infatti, le lingue francese, inglese e spagnola.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση διορισμού του João Figueiredo, καθώς πληροί όλα τα κριτήρια.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ο διορισμός του João Figueiredo ως μέλους του Ελεγκτικού Συνεδρίου αποτέλεσε ένα σωστό βήμα, αφού η εμπειρία και οι γνώσεις του εγγυώνται μια θετική συνεισφορά στο έργο του Συνεδρίου. Ως εκ τούτου υπερψήφισα.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I wish to respect the privacy of the secret ballot and not disclose my voting intentions.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – La candidatura di João Figueiredo quale membro della Corte dei conti è stata valutata con successo dalla commissione per il controllo dei bilanci. Congratulandomi per la nomina di João Figueiredo, gli auguro un buon lavoro.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — I have no reason not to support the favourable opinion on the Council's nomination of João Alexandre Tavares Gonçalves de Figueiredo as a Member of the Court of Auditors.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Popieram kandydaturę Joãa Alexandra Tavaresa Gonçalvesa de Figueireda na członka Trybunału Obrachunkowego. W moim przekonaniu spełnia on niezbędne warunki, żeby wykonywać taką funkcję; ma zarówno kompetencje (ukończenie studiów prawniczych), jak i doświadczenie (od 2008 roku pełnił funkcję sędziego w Portugalskim Najwyższym Sadzie Audytywnym, był również audytorem przez całe życie zawodowe). Podczas przesłuchania CONT w dniu 5 września pan Figueiredo w sposób przekonywujący zaprezentował swoje kwalifikacje. Żadna negatywna opinia nie została zgłoszona.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the nomination of João Figueiredo as a member of the Court of Auditors, as I believe that he has proved himself competent and well qualified for the post.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – La commission du contrôle budgétaire (CONT) a auditionné trois candidats à la nomination à la cour des comptes, proposés par trois États membres: le Maltais Léo Brincat, le Portugais Joao Figueiredo et le Chypriote Lazaros Stavrou Lazarou.

Considérant qu'après audition, les membres de la commission ont validé ces trois nominations dès lors que les candidats répondent aux attentes du Parlement et de la Cour des comptes, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Le Parlement européen est consulté pour avis sur le remplacement d'un membre de la Cour des comptes européenne.

Diplômé en droit, Joao Alexandre Tavares Gonçalves de Figueiredo a initialement servi comme chef de cabinet du ministre de la justice du Portugal avant d'être nommé juge à la Cour des Comptes de ce pays. À son nouveau poste, il disposera essentiellement de compétences juridiques et de planification de projets.

Dans l'ensemble, je suis convaincue par son apparente probité, traduite par ses réussites professionnelles: évaluation des politiques publiques, annulation d'un partenariat public-privé illégal. J'ai donc voté pour ce texte.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η επιλογή προσώπων για θέσεις ευθύνης θα πρέπει να βασίζεται στην ακεραιότητα του χαρακτήρα τους και στην αποδεδειγμένη δραστηριότητά τους όσον αφορά την προστασία δημόσιου, υπό την ευρεία έννοια, χρήματος.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: en raison des réussites qu'il évoque, comme la création d'un service d'évaluation de politiques publiques, l'annulation d'un partenariat public-privé illégal, sa probité et son souhait d'accroître la performance des budgets semblent acquis.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The ECA operates as a collegiate body of 28 Members, one from each Member State. The Members are appointed by the Council after consultation with the European Parliament for a renewable term of six years. Members elect one of their number as President for a renewable term of three years.

The nomination of Joao Figueiredo is to replace the outgoing President of the ECA, Mr Caldeira. Mr Figueiredo is currently a Judge at the Portuguese Audit Court and also previously worked as a State Secretary and Director-General in the public administration.

His hearing took place in Committee on Budgetary Control (CONT) on Monday 5 September where he was approved by a large majority. I supported the candidate at the plenary stage.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über die Ernennung von João Alexandre Tavares Gonçalves de Figueiredo zum Mitglied des Rechnungshofs gestimmt, da ich den ehemaligen Richter am portugiesischen Rechnungshof für einen geeigneten Kandidaten halte.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report. I believe the candidate's nomination should be approved as he has proved himself competent and well-qualified for the post.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Se ha votado esta candidatura para el Tribunal de Cuentas.

Trayectoria profesional como abogado notable, ha sido sensible a preguntas formuladas por delegaciones portuguesas del GUE/NGL, respondiendo debidamente. Lamento que se siga sin presentar a mujeres para estos puestos, en una institución en la que están infrarrepresentadas. Voto favorable.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour as I have no objections.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za prijedlog odluke Europskog parlamenta o predloženom imenovanju Joãoa Alexandrea Tavaresa Gonçalvesa de Figueireda za člana Revizorskog suda, zbog toga što smatram da g. Figueiredo ima potrebno profesionalno i stručno iskustvo za dotičnu funkciju.

G. Figueiredo je bio sudac na portugalskom revizorskom sudu, radio je u Ministarstvu financija i pravosuđa Portugala te obnašao niz funkcija koje su mu omogućile da stekne potrebno znanje i vještine kako bi kompetentno obnašao funkciju člana Revizorskog suda. Povrh toga, ishod saslušanja održanog u Odboru za proračunski nadzor bio je pozitivan, te stoga podržavam njegovo imenovanje.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Joao Alexandre Tavares Gonçalves de Figueiredo sera prochainement nommé membre de la Cour des comptes. Quoique versé dans le milieu du contrôle budgétaire et financier, il dispose essentiellement de compétences à caractère juridique et en planification de projets.

En raison des réussites qu'il évoque, comme la création d'un service d'évaluation de politiques publiques, l'annulation d'un partenariat public-privé illégal, sa probité et son souhait d'accroître la performance des budgets semblent acquis. J'ai donc voté pour.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Igor Soltes sur la nomination de M. João Figueiredo comme membre de la Cour des comptes. Ce texte approuve la candidature proposée par le Conseil après audition par la commission du contrôle budgétaire, attestant des compétences requises pour exercer cette fonction.

Cette nomination a été adoptée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – Comme le recommandait la commission CONT qui a auditionné João Figueiredo, j'ai voté en faveur de sa nomination.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Herr João Figueiredo kommt aus Portugal, er ist seit 2008 Richter am portugiesischen Rechnungshof. Davor war er Staatssekretär für öffentliche Verwaltung im portugiesischen Finanzministerium sowie leitender Prüfer am portugiesischen Rechnungshof. Es spricht nichts gegen die Kandidatur von Herrn João Figueiredo. Daher stimme ich der Nominierung zu.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада относно предложението за назначаване на Жуан Алешандър Тавареш Гонсалвеш де Фигейреду за член на Сметната палата, тъй като смятам че господин Фигейреду притежава нужния опит в сферите на публичните финанси, бюджетирането и стратегическото управление.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La candidatura proposta dal Consiglio di nominare come membro della corte dei conti João Figueiredo è stata ritenuta valida successivamente a una scrupolosa analisi delle credenziali e del background personale dell'aspirante.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la nomination de M. João Figueiredo à la Cour des comptes.

Diplômé en droit, le candidat a occupé différents postes dans la fonction publique, dont il est issu, depuis 1982. Chef de service, directeur de pôle, puis chef de cabinet du ministre de la justice, il s'investit dans le monde judiciaire de 1983 à 2002. Il occupa même une fonction de secrétaire d'État à l'administration portugaise. Depuis 2003, il occupe des fonctions dans le domaine des finances publiques. Il est actuellement juge à la cour des comptes portugaise.

En raison des réussites qu'il évoque, comme la création d'un service d'évaluation de politiques publiques ou l'annulation d'un partenariat public-privé illégal, sa probité et son souhait d'accroître la performance des budgets semblent acquis.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Le Parlement devait ici rendre un avis sur la nomination d'un membre de la Cour des comptes européenne.

M. Joao Figueiredo est actuellement juge à la cour des comptes portugaise. Diplômé en droit, ancien haut fonctionnaire et membre de cabinets ministériels, il dispose de compétences en planification de projets, ainsi que dans le milieu du contrôle budgétaire et financier.

En raison de certaines réussites, telles que la création d'un service d'évaluation des politiques publiques ou l'annulation d'un partenariat public-privé illégal, de sa probité et de son souhait d'accroître la performance des budgets, je me suis prononcé pour cette nomination.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He preferido abstenerme en este voto, por considerar que el proceso de nominación no ha sido lo suficientemente exhaustivo para dar la aprobación.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τον προτεινόμενο διορισμό του João Alexandre Tavares Gonçalves de Figueiredo ως μέλους του Ελεγκτικού Συνεδρίου, καθώς δεν συμφωνώ με βασικά σημεία της ως άνω έκθεσης.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

Le Parlement européen est consulté pour avis sur le remplacement d'un membre de la Cour des comptes européenne.

Diplômé en droit, Joao Alexandre Tavares Gonçalves de Figueiredo a initialement servi comme chef de cabinet du ministre de la justice du Portugal avant d'être nommé juge à la Cour des Comptes de ce pays.

À son nouveau poste, il disposera essentiellement de compétences juridiques et de planification de projets. Dans l'ensemble, nous sommes convaincus par son apparente probité, traduite par ses réussites professionnelles: évaluation des politiques publiques, annulation d'un partenariat public-privé illégal.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Atsižvelgdamas į Biudžeto kontrolės komiteto įvertinimą pritariu Tarybos pasiūlymui skirti João de Figueiredą iš Portugalijos Audito Rūmų nariu.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – João Figueiredo, juriste de formation, a exercé dans la haute administration avant d'obtenir des responsabilités auprès du gouvernement socialiste portugais de António Manuel de Oliveira Guterres.

Il semble avoir démontré son expérience dans la gestion des finances publiques; néanmoins, je m'abstiens.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Quoique versé dans le milieu du contrôle budgétaire et financier, João Figueiredo dispose essentiellement de compétences à caractère juridique et en planification de projets.

En raison de certaines réussites, comme la création d'un service d'évaluation des politiques publiques ou l'annulation d'un partenariat public-privé illégal, de sa probité et de son souhait d'accroître la performance des budgets, j'ai voté en faveur de cette nomination.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O Tribunal de Contas é uma instituição fiscalizadora, que verifica a legalidade e regularidade das receitas e despesas da União Europeia, bem como a boa gestão financeira, exercendo as suas funções com total independência.

Dentro deste espírito, a nomeação das individualidades que o compõem tem de se reger por critérios de competência e independência.

O Senhor João Alexandre Tavares Gonçalves de Figueiredo apresentou o seu *Curriculum Vitae*, respondeu a um questionário escrito e foi ouvido na Comissão do Controlo Orçamental, tendo o mesmo apresentado argumentos suficientes para justificar a nomeação para o Tribunal de Contas para aí desempenhar as suas funções de forma competente e independente. Daí o meu voto favorável.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — J'apporte mon soutien à la candidature de M. João Figueiredo suite à sa nomination par le Conseil, approuvée par le Parlement européen, en vue d'assurer les fonctions de membre de la Cour des comptes.

La formation académique et le parcours professionnel de M. João Figueiredo se caractérisent à la fois par une spécialisation dans le domaine du droit et celui de la finance publique. João Figueiredo dispose également d'une expérience internationale de qualité.

L'ensemble de ces points laissent à penser que M. João Figueiredo exercera les fonctions de membre de la Cour des comptes avec maîtrise.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – João Alexandre Tavares Gonçalves de Figueiredo a Portugál Számvevőszék tagja, akit a Tanács az Európai Számvevőszék tagjává kíván kinevezni, ehhez azonban konzultálnia kell az Európai Parlamenttel is. A Költségvetési Ellenőrző Bizottság jelentésében jelezte, hogy értékelte a javasolt jelölt képességeit, és 2016. szeptember 5-i ülésén meg is hallgatta a jelöltet. Mindennek alapján azt javasolja, hogy a Parlament nyilvánítson kedvező véleményt a Tanács João Alexandre Tavares Gonçalves de Figueiredo számvevőszéki taggá történő kinevezésére irányuló javaslatáról.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le parlement européen est consulté, pour avis, sur cette nomination d'un membre de la Cour des comptes. Diplômé en droit, le candidat a occupé différents postes dans la fonction publique, dont il est issu depuis 1982. Chef de service, directeur de pôle, puis Chef de cabinet du ministre de la justice, il s'investit dans le monde judiciaire de 1983 à 2002. Il occupa même une fonction de secrétaire d'État à l'administration portugaise. Depuis 2003, il occupe des fonctions dans le domaine des finances publiques. Il est actuellement juge à la cour des comptes portugaise. Sa probité et son souhait d'accroître la performance des budgets semblent acquises. Vote favorable.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Atendendo à avaliação das qualificações do candidato proposto e à sua audição do candidato proposto pelo Conselho para o cargo de membro do Tribunal de Contas, pela Comissão do Controlo Orçamental, dou parecer favorável à proposta do Conselho de nomeação de João Figueiredo para o cargo de membro do Tribunal de Contas.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la nomination de M. João Figueiredo à la Cour des comptes en raison de ses réussites, comme la création d'un service d'évaluation des politiques publiques ou l'annulation d'un partenariat public-privé illégal. Sa probité et son souhait d'accroître la performance des budgets semblent acquis.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui approuve la nomination de João Figueiredo en tant que membre de la Cour des comptes.

João Figueiredo a été auditionné par la commission du contrôle budgétaire. Les membres de cette commission ont approuvé cette proposition de nomination à une très large majorité.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I support the nomination of João Figueiredo as a member of the Court of Auditors.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – João Alexandre Tavares Gonçalves de Figueiredo je učinio mnogo za državljane Portugala. Utjecao je na ustroj i djelovanje države i portugalskog društva u cjelini. Proveo je reforme portugalske javne uprave u kojima je: reorganizirao državnu upravu, uveo reformu zapošljavanja u javnom sektoru, kreirao sustav evaluacije javnih službi, rukovodećih osoba i zaposlenika, gdje je prvi put u portugalski javni sektor uveden sustav ocjenjivanja javnih službi i rukovoditelja, zajedno sa sustavom mjerenja učinkovitosti svih državnih službenika.

Uveo je reformu sustava socijalne zaštite za javne službenike i kontrolu zapošljavanja i mobilnosti ljudskih resursa. Nadalje, uveo je kontrolu koju Revizorski sud vrši nad ugovorima o javno-privatnim partnerstvima za davanje autocesta u koncesiju, reformu sustava kontrole maloljetničke delinkvencije i vođenje sustava elektroničkog nadzora prijestupnika u Portugalu. Sve navedeno čini ga pravim kandidatom za člana Europskog revizorskog suda.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Il s'agit du remplacement d'un membre de la Cour des comptes européenne. Le Parlement européen est consulté, pour avis, sur cette nomination.

Diplômé en droit, le candidat a occupé différents postes dans la fonction publique, dont il est issu, depuis 1982. Chef de service, directeur de pôle, puis chef de cabinet du ministre de la justice, il s'investit dans le monde judiciaire de 1983 à 2002. Il occupa même une fonction de secrétaire d'État à l'administration portugaise. Depuis 2003, il occupe des fonctions dans le domaine des finances publiques. Il est actuellement juge à la Cour des comptes portugaise.

Quoique versé dans le milieu du contrôle budgétaire et financier, il dispose essentiellement de compétences à caractère juridique et en planification de projets.

En raison des réussites qu'il évoque, comme la création d'un service d'évaluation des politiques publiques ou l'annulation d'un partenariat public-privé illégal, sa probité et son souhait d'accroître la performance des budgets semblent acquis. Je vote donc en faveur de sa nomination.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Budući da je Odbor za proračunski nadzor ocijenio kvalifikacije predloženog kandidata, posebno u smislu uvjeta navedenih u članku 286. stavku 1. Ugovora o funkcioniranju Europske unije i dao pozitivno mišljenje o prijedlogu Vijeća da se Joãa Alexandrea Tavaresa Gonçalvesa de Figueireda imenuje članom Revizorskog suda, podržavam stajalište izvjestitelja.

Miroslav Poche (S&D), *písemně.* – Podpořil jsem nominaci nového člena Evropského účetního dvora, se kterým v rámci Výboru pro rozpočtovou kontrolu intenzivně spolupracujeme. Pana Figueireda jsem podpořil již v hlasování na výboru, považuji ho za zcela kompetentního pro daný post. Jako člen Evropského účetního dvora získal šestiletý mandát. Pan Figueiredo nahrazuje odcházejícího předsedu Evropského účetního dvora pana Caldeiru. Nového předsedu si mezi sebou zvolí členové Účetního dvora na dobu tří let.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito.* – Após a Comissão do Controlo Orçamental ter procedido à avaliação das qualificações e posterior audição do candidato João Figueiredo, votei favoravelmente e este relatório dá parecer favorável à proposta do Conselho de nomeação de João Figueiredo para o cargo de membro do Tribunal de Contas.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito.* – El pleno del Parlamento Europeo ha sometido esta mañana a votación, en voto secreto, la propuesta de nombramiento de João Alexandre Tavares Gonçalves de Figueiredo como miembro del Tribunal de Cuentas tras la evaluación de las cualificaciones del candidato, la audiencia celebrada el pasado 5 de septiembre, ante la Comisión de Control Presupuestario y su dictamen favorable, votación en la que he participado.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu.* – Balsavau dėl dėl João Alexandre Tavareso Gonçalveso de Figueiredo skyrimo Audito Rūmų nariu. Nuo 2008 m. birželio mėn. jis yra Portugalijos audito institucijos teisėjas. Trejetą metų buvo Portugalijos Vyriausybės Finansų ministerijos už viešąjį administravimą atsakingas ministras. Lisabonos universitete įgijo teisės diplomą. Atsižvelgiant į jo patirtį ir kompetencijas, nėra priežasčių nepritarti jo kandidatūrai.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito.* – Votei favoravelmente a proposta de nomeação do Juiz João Figueiredo para membro do Tribunal de Contas Europeu, substituindo o Juiz Vítor Caldeira, atendendo ao seu inegável currículo na área, que demonstra uma larga e reconhecida competência do domínio do direito fiscal e financeiro.

Após a audição na Comissão do Controlo Orçamental no passado dia 5 de setembro, verificou-se estarem reunidos os requisitos à sua nomeação, designadamente, no que respeita à sua competência, ao percurso e experiência profissional, bem como no tocante às garantias de independência e imparcialidade inerentes ao exercício desta função e no escrupuloso respeito pelas disposições do Tratado sobre o Funcionamento da União Europeia. Por tudo quanto fica exposto e por vir substituir um outro juiz português de reconhecido mérito, deixo aqui expresso os meus votos de um excelente mandato ao serviço do Tribunal de Contas Europeu.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito.* – Se ha votado esta candidatura para el Tribunal de Cuentas.

Trayectoria profesional como abogado notable, ha sido sensible a preguntas formuladas por delegaciones portuguesas del GUE/NGL, respondiendo debidamente. Lamento que se siga sin presentar a mujeres para estos puestos, en una institución en la que están infrarrepresentadas. Voto favorable.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito.* – A nomeação de João Figueiredo para exercer funções como Membro do Tribunal de Contas é favorável porque este apresenta um nível de experiência profissional extremamente maduro para o exercício correto destas funções.

João Figueiredo, além de uma carreira notável a nível nacional, possui ainda a experiência internacional e multicultural necessária para cumprir os seus deveres no sistema europeu.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Podporila som vymenovanie kandidáta Figueiredo na člena Dvora audítorov, pretože sa domnievam, že jeho pracovné skúsenosti zodpovedajú potrebám tejto funkcie. Jeho odbornú a osobnostnú spôsobilosť na vykonávanie tejto pozície potvrdil aj výbor pre rozpočtovú kontrolu, keď pána Figueiredo po vypočutí schválil veľkou väčšinou. Nominácia pána Figueiredo je nahradením odchádzajúceho prezidenta Dvora audítorov, pána Caldeira. Pán Figueiredo je v súčasnosti sudcom portugalského Dvora audítorov a v minulosti pracoval ako štátny tajomník a generálny riaditeľ vo verejnej správe. Jeho bohaté skúsenosti z rôznych oblastí verejnej správy sú zárukou, že bude pre prácu Európskeho dvora audítorov prínosom. Najmä skutočnosť, že sa podieľal na všeobecnej účtovnej uzávierke Portugalska, plánovaní a kontrole verejných výdavkov, ako aj dlhodobé pôsobenie na portugalskom ministerstve financií ma presvedčili, že je na túto funkciu kvalitne pripravený. Verím, že bude svoj mandát vykonávať svedomite a držím mu v jeho pôsobení palce.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Dvor audítorov je dôležitá inštitúcia, ktorá dohliada na účelnú alokáciu zdrojov. Po tom, ako sme spoločne s Európskou komisiou vyhlásili boj proti finančným podvodom, bude jeho význam narastať – pán Figueiredo svojou profesionálnou kariérou spĺňa všetky predpoklady, aby bol pre prácu Dvora audítorov prínosom.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Bei der Nominierung habe ich mich enthalten. Den Kandidaten kenne ich nicht.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Odbor Parlamenta za proračunski nadzor, ocijenivši kvalifikacije predloženog kandidata, u smislu uvjeta navedenih u članku 286. stavku 1. Ugovora o funkcioniranju Europske unije, te nakon održanog saslušanja kandidata Vijeća za članstvo u Revizorskom sudu, dao je pozitivno mišljenje o prijedlogu Vijeća da se João de Figueiredo imenuje članom Revizorskog suda.

Podržavam prijedlog odluke o predloženom imenovanju, jer smatram da je Odbor Parlamenta kompetentan dati mjerodavno mišljenje o kvalifikacijama kandidata.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η επιλογή προσώπων για θέσεις ευθύνης θα πρέπει να βασίζεται στην ακεραιότητα του χαρακτήρα τους και στην αποδεδειγμένη δραστηριότητά τους όσον αφορά στην προστασία δημόσιου, υπό την ευρεία έννοια, χρήματος.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of nominating João Figueiredo as a Member of the Court of Auditors. In the light of his robust professional experience, I trust that he will successfully monitor the implementation of the budget of the European Union in an independent and competent manner

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam kandidata portugalske vlade za člana Revizorskog suda, zato što vjerujem da će njegovo prijašnje profesionalno iskustvo biti dobar temelj za obavljanje revizorskih dužnosti. Naime, kandidat João Goncalves de Figueiredo po zanimanju je pravnik, a ima osmogodišnje iskustvo suca na portugalskom Revizorskom sudu te je bio državni tajnik za javnu upravu, Ministarstvo financija, Vladu Portugala i glavni revizor portugalskog Revizorskog suda. Zbog toga smatram da će ovaj kandidat uspješno obavljati poslove revizorskog suca.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Odbor za proračunski nadzor je ocenil kandidatova priporočila, zlasti glede na zahteve iz člena 286(1) Pogodbe o delovanju Evropske unije. Pri tem sem glasovala po svojem prepričanju.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Se ha votado esta candidatura para el Tribunal de Cuentas.

Trayectoria profesional como abogado notable, ha sido sensible a preguntas formuladas por delegaciones portuguesas del GUE/NGL, respondiendo debidamente. Lamento que se siga sin presentar a mujeres para estos puestos, en una institución en la que están infrarrepresentadas. Voto favorable.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Il s'agit du remplacement d'un membre de la Cour des comptes européenne par M. Joao Figueiredo. Le Parlement européen est consulté, pour avis, sur cette nomination.

Diplômé en droit, le candidat a occupé différents postes dans la fonction publique, dont il est issu, depuis 1982. Chef de service, directeur de pôle, puis chef de cabinet du ministre de la justice, il s'investit dans le monde judiciaire de 1983 à 2002. Il occupa même une fonction de secrétaire d'État à l'administration portugaise. Depuis 2003, il occupe des fonctions dans le domaine des finances publiques. Il est actuellement juge à la cour des comptes portugaise.

Quoique versé dans le milieu du contrôle budgétaire et financier, il dispose essentiellement de compétences à caractère juridique et en planification de projets.

J'ai voté pour sa nomination.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A jelölt szakmai múltjára és felkészültségére, illetve a korábbi meghallgatásainak eredményére tekintettel támogattam a kinevezését.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — Se ha votado esta candidatura para el Tribunal de Cuentas.

Trayectoria profesional como abogado notable, ha sido sensible a preguntas formuladas por delegaciones portuguesas del GUE/NGL, respondiendo debidamente. Lamento que se siga sin presentar a mujeres para estos puestos, en una institución en la que están infrarrepresentadas. Voto favorable.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the nomination of João Figueiredo as a Member of the Court of Auditors because there are no legal, political or personal reasons on the grounds of which an objection to his nomination would be founded.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Nada tem contra a personalidade em conta. Todavia, não reconhecemos legitimidade a este tribunal europeu, que representa mais um instrumento ao serviço desta integração capitalista neoliberal e militarista da Europa.

5.11. Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshofs – Leo Brincat (A8-0257/2016 - Igor Šoltes)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Durante la sua carica al governo Leo Brincat, candidato alla nomina come membro della Corte dei conti, si è rifiutato, insieme ai membri del suo partito, di aprire un indagine riguardante i «Panama Papers» sul ministro Konrad Mizzi e sul capo dello staff del primo ministro Keith Schembri. Questa è la motivazione per cui ho deciso di esprimere un voto negativo.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – M. Brincat a apporté son soutien à un collègue du gouvernement maltais dans un vote de confiance lié aux documents de Panama de mai 2016. N'ayant pas reçu suffisamment d'informations sur ce sujet, j'ai décidé de m'abstenir.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne la nomination d'un membre de la Cour des comptes européenne. Le Parlement européen est consulté, pour avis, sur cette nomination.

Le candidat, Léo Brincat, ancien ministre maltais de l'environnement, participa à la mise en place de l'Office national public d'audit maltais. Après un passage très court (en 1966) par Barclays, il occupa différents postes politiques tout au long de sa carrière: secrétaire de cabinet du Premier ministre, membre de la commission des comptes publics de la Chambre des représentants, ministre des finances et du commerce et membre de la commission des affaires étrangères. En parallèle, il fut directeur du service recherche-stratégie d'HSBC Malta.

Orienté à gauche mais défendant des positions conservatrices, il ne fait pas l'objet d'un consensus total; pour autant il est proposé à ce poste par la gauche et la droite du Parlement maltais.

Leo Brincat est un personnage controversé. Alors que son rôle est de lutter contre la corruption, il a ouvertement soutenu le ministre maltais Konrad Mizzi (parti travailliste), dont le nom est apparu dans l'affaire des Panama Papers.

J'ai donc voté contre cette nomination.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – In the interests of transparency and democracy I abstained from voting on this nomination.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette nomination car cette personne n'incarne pas à mes yeux les valeurs d'intégrité et de transparence nécéssaires à l'exercice de cette fonction.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už Leo Brincatą skyrimą Audito Rūmų nariu. Leo Brincatas per finansų ir prekybos ministro kadenciją aktyviai veikė, kad Nacionalinė audito tarnyba taptų visiškai nepriklausoma – ji tapo Maltos parlamento tarnybos sudedamąja dalimi.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Alors que le rôle d'une Cour de comptes consiste notamment à lutter contre la fraude, il se trouve que Leo Brincat a ouvertement soutenu le ministre maltais Konrad Mizzi dont le nom est apparu dans l'affaire des Panama Papers. J'ai donc voté contre sa nomination.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé la nomination de M. Brincat à la Cour des comptes, suivant en cela la recommandation de la commission du contrôle budgétaire.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La Corte dei conti è un'importante istituzione europea che svolge il ruolo di revisore esterno e indipendente dei conti dell'Unione. Fondata nel 1977, essa è divenuta a pieno titolo un'istituzione UE solo nel 1993 continuando a fornire il proprio sostegno per il miglioramento della gestione del bilancio europeo. Si compone di un membro per ogni Stato dell'Unione, ciascuno dei quali viene nominato dal Consiglio previa consultazione del Parlamento rimanendo in carica per sei anni. In questa occasione, il Parlamento è stato chiamato a esprimersi sulla nomina di Leo Brincat. Preso atto dei contenuti della relazione della commissione per il controllo dei bilanci e seguendo le indicazione del mio gruppo politico, l'S&D, ho espresso il mio voto segreto sul nome proposto.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Se ha votado esta candidatura para el Tribunal de Cuentas.

Persona con trayectoria de irregularidades e intereses creados, tanto políticos –aprovechando la época en la que el Partido del Trabajo estaba en el Gobierno- como económicos particulares. Involucrado en el caso de los papeles de Panamá.

Voto en contra.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Le consensus étant absent autour de Leo Brincat, j'ai préféré voter contre sa nomination comme membre de la Cour des comptes.

Certes, cet ancien ministre maltais de l'environnement a notamment participé à la mise en place de l'Office national d'audit à Malte. On ne peut que, par ailleurs, reconnaître son parcours politique comme une forme de professionnalisme, notamment au travers de sa fonction de membre de la commission des comptes publics de la Chambre des représentants, ou encore comme ministre des finances et du commerce.

Cependant, ses liens étroits avec le milieu bancaire, et notamment son passage à Barclays et sa position de directeur du service recherche-stratégie chez HSBC Malta, me font me poser des questions sur sa totale impartialité.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Il candidato maltese proposto come membro della Corte dei conti europea, il cui ruolo sarebbe quello di combattere la corruzione, è noto nel suo paese per aver aiutato un collega di partito a sfuggire ad una mozione di sfiducia del proprio governo. Considerato questo precedente non ho quindi inteso supportare col mio voto la sua nomina.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El pleno del Parlamento Europeo ha sometido esta mañana a votación, en voto secreto, la propuesta de nombramiento de Leo Brincat como miembro del Tribunal de Cuentas, tras la evaluación de las cualificaciones del candidato, la audiencia celebrada el pasado 5 de septiembre, ante la Comisión de Control Presupuestario y su dictamen favorable, votación en la que he participado.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas atmetė Tarybos pasiūlymą skirti Leo Brincatą iš Maltos Audito Rūmų nariu. Tokį sprendimą Parlamentas priėmė neatsižvelgdamas į Biudžeto kontrolės komiteto siūlomo kandidato kvalifikacijos įvertinimą, visų pirma atsižvelgiant į Sutarties dėl Europos Sąjungos veikimo 286 straipsnio 1 dalyje nustatytus reikalavimus.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Leo Brincat, laureato presso il Chartered Institute of Bankers London e membro del medesimo Istituto, ha un curriculum vitae esemplare e vanta decenni di positive esperienze in ambito politico ed economico. Sia per la sua sensibilità dimostrata quando ha svolto l'incarico di ministro dello Sviluppo sostenibile, dell'ambiente e dei cambiamenti climatici della Repubblica di Malta, che per il suo lavoro di capo della ricerca aziendale presso la HSBC Bank Malta, in base alle informazioni in nostro possesso non rileviamo motivi per contrastare la sua nomina come membro della Corte dei conti dell'Unione europea.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce texte porte sur la nomination d'un membre de la Cour des comptes européenne. Le Parlement européen est consulté pour avis sur cette nomination.

Malgré l'expérience acquise tout au long de sa carrière en tant que secrétaire de cabinet du Premier ministre, membre de la commission des comptes publics de la chambre des représentants, ministre des finances et du commerce et membre de la commission des affaires étrangères, le candidat maltais Leo Brincat reste un personnage controversé. Alors qu'il devait lutter contre la corruption, il a ouvertement soutenu le ministre maltais Konrad Mizzi dont le nom est apparu dans l'affaire des Panama Papers, jusqu'à s'opposer à la motion de censure déposée à l'encontre du ministre.

Ce soutien sans faille jette une zone d'ombre sur sa candidature. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre la nomination de Leo Brincat.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione concernente la proposta di nomina di Leo Brincat a membro della Corte dei conti perché reputo il profilo del candidato di elevata caratura professionale.

L'ex ministro vanta numerose esperienze affini. Egli è stato, infatti, membro della prima commissione nazionale transpartitica istituita nel 1995 per introdurre trasparenza e regolamentazione nel settore dei finanziamenti dei partiti politici, nota come commissione Galdes, e ha ricoperto il ruolo di membro fondatore e presidente della commissione per i conti pubblici all'interno della Camera dei rappresentanti, organismo che rafforza i rapporti tra la Corte dei conti nazionale e il Parlamento.

In qualità di ministro di due diversi dicasteri, Leo Brincat, si è occupato di questioni attinenti alle finanze pubbliche, sia durante il mandato di ministro delle Finanze e del Commercio che in veste di ministro dello Sviluppo sostenibile, dell'ambiente e dei cambiamenti climatici. Proprio in concomitanza con il suo mandato di ministro delle Finanze e del Commercio, la Corte dei conti maltese ha assunto piena indipendenza entrando a far parte del gabinetto del Parlamento di Malta.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Μετά από αξιολόγηση της υποψηφιότητας, καταψηφίζουμε την έκθεση.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I wish to respect the privacy of the secret ballot and not disclose my voting intentions.

Therese Comodini Cachia (PPE), *bil-miktub*. — In-nomina ta' Leo Brincat għal pożizzjoni fil-Qorti tal-Awdituri ġiet miċħuda minn 381 Membru tal-PE. Dan ifisser li dan il-vot ma kienx il-PN kontra l-gvern. Dan kien vot mir-rappreżentanti taċ-ċittadini Ewropej kontra l-mod ta' kif Joseph Muscat juża l-poter biex jipproteġi lil Konrad Mizzi fl-iskandlu tal-Panama Papers. Fl-Ewropa, korruzzjoni istituzzjonalizzata hija inaċċettabbli.

Li Muscat jirreżisti u jisfida r-rieda tal-Parlament u jibqa' jdeffes rasu fir-ramel u jmexxi din in-nomina quddiem il-Kunsill ta' persuna li obdietu u vvutat favur Konrad Mizzi minkejja l-iskandlu ta' natura ta' servizzi finanzjarji li fih Mizzi jinstab, juri kemm Muscat mhux lest jaħdem favur Malta iżda lest jaħdem favur dawk ta' madwaru.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Popieram kandydaturę Lea Brincata, który został nominowany przez rząd Malty na kandydata na członka Trybunału Obrachunkowego. Pan Brincat ma kwalifikacje do pełnienia tej funkcji (ukończył Londyński Instytut Bankierski, następnie podjął współpracę z wymienionym Instytutem) oraz bardzo bogate doświadczenie zawodowe, pełnił funkcje: Ministra Ekorozwoju, Środowiska i Zmian Klimatu (od marca 2013 do kwietnia 2016), Ministra Finansów i Handlu (od marca 1997 do września 1998), Ministra Handlu (od października 1996 do marca 1997 r.), Przewodniczącego Narodowej Izby Kontroli (od marca 1999 do lutego 2003), Przewodniczącego Komisji Rachunków Publicznych w Izbie Reprezentantów (od 1998 do 2003 roku).

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the nomination of Leo Brincat for the European Court of Auditors as he has the qualifications and experience needed for the job. Coming from Malta myself, I truly believe that Leo Brincat's experience as a Minister for Finance and Commerce, and also as a founder member and chairperson of the Public Accounts Committee within the House of Representatives, is an asset for the European Court of Auditors. He also performed well in his hearing and proved himself to be competent and qualified to fill the role of ECA member.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – La commission du contrôle budgétaire (CONT) a auditionné trois candidats à la nomination à la cour des comptes, proposés par trois États membres: le Maltais Léo Brincat, le Portugais Joao Figueiredo et le Chypriote Lazaros Stavrou Lazarou.

Considérant qu'après audition, les membres de la commission ont validé ces trois nominations dès lors que les candidats répondent aux attentes du Parlement et de la Cour des comptes, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Le Parlement européen est consulté pour avis sur la nomination d'un membre de la Cour des comptes européenne.

Ancien ministre maltais de l'environnement, Leo Brincat a occupé divers postes politiques de premier plan après un bref passage par de la banque Barclays. Il fut successivement secrétaire de cabinet du Premier ministre, membre de la commission des comptes publics de la Chambre des représentants, ministre des finances et du commerce et membre de la commission des affaires étrangères.

Ce personnage est controversé, notamment en raison de son soutien au ministre maltais Konrad Mizzi, impliqué dans l'affaire des Panama Papers. J'ai donc voté contre ce texte.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η επιλογή προσώπων για θέσεις ευθύνης θα πρέπει να βασίζεται στην ακεραιότητα του χαρακτήρα τους και στην αποδεδειγμένη δραστηριότητά τους όσον αφορά την προστασία δημόσιου, υπό την ευρεία έννοια, χρήματος.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: alors que son rôle est de lutter contre la corruption, il a ouvertement soutenu le ministre maltais Konrad Mizzi (parti travailliste), dont le nom est apparu dans l'affaire des Panama Papers. Leo Brincat a voté contre la motion de censure déposée contre le ministre Mizzi.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Η επιλογή προσώπων για θέσεις ευθύνης θα πρέπει να βασίζεται στην ακεραιότητα του χαρακτήρα τους και στην αποδεδειγμένη δραστηριότητά τους όσον αφορά την προστασία δημόσιου, υπό την ευρεία έννοια, χρήματος. Για τον παραπάνω λόγο καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τον προτεινόμενο διορισμό του Leo Brincat ως μέλους του Ελεγκτικού Συνεδρίου.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Leo Brincat has been nominated by the Maltese government (Labour); he was formerly the Environment Minister in that government, playing a key role in the COP21 decisions earlier this year. He is the second candidate to be nominated for the Maltese post following the withdrawal by Toni Abela of his candidacy in April after the Committee on Budgetary Control (CONT) voted by a majority to reject him due to concerns relating to his political profile.

The hearing of Mr Brincat took place in CONT on Monday 5 September, where his candidacy was approved with 11 votes in favour, 9 against and 1 abstention. From the perspective of the CONT rapporteur (Green) and the S&D Group, the candidate proved himself to be qualified, competent and motivated, so I supported him at committee stage.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über die Ernennung von Leo Brincat zum Mitglied des Rechnungshofs gestimmt, da ich den ehemaligen Unternehmensberater und langjährigen Europaminister Maltas für einen geeigneten Kandidaten halte.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Se ha votado esta candidatura para el Tribunal de Cuentas.

Persona con trayectoria de irregularidades e intereses creados, tanto políticos –aprovechando la época en la que el Partido del Trabajo estaba en el Gobierno- como económicos particulares. Involucrado en el caso de los papeles de Panamá.

Voto en contra.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam Protiv prijedloga odluke Europskog parlamenta o predloženom imenovanju Lea Brincata za člana Revizorskog suda, zbog toga što je to bio stav ALDE grupe.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – La nomination de Leo Brincat comme membre de la Cour des comptes se justifie par une longue carrière et le soutien des deux bords du Parlement maltais.

Cependant, son profil de politique est orienté à gauche, même s'il défend des positions conservatrices, tel que cela se pratique à Malte. Il a ouvertement soutenu le ministre maltais Konrad Mizzi (parti travailliste), dont le nom est apparu dans l'affaire des Panama Papers.

Leo Brincat a voté contre la motion de censure déposée contre le ministre Mizzi, et cette affaire jette une zone d'ombre sur sa candidature. J'ai voté contre sa nomination.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre la nomination de Leo Brincat comme membre de la Cour des comptes. Il n'a en effet pas su convaincre lors de son audition par la commission du contrôle budgétaire du Parlement européen.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre la nomination du candidat maltais Léo Brincat, qui n'a pas convaincu le PPE lors de son audition en commission, particulièrement en raison du soutien qu'il a apporté au ministre de la santé et de l'énergie, alors inquiété par l'affaire des Panama papers.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Leo Brincat kommt aus Malta und ist ehemaliger Minister der Sozialistischen Regierungspartei. Als ein anderes Mitglied der maltesischen Regierung mit der Panama Papers-Affäre in Verbindung gebracht wurde, hat Herr Brincat bei einem Misstrauensvotum den Beschuldigten in Schutz genommen und gegen seine Verfolgung bzw. ein Objektivierungsverfahren gestimmt. Seine Kandidatur ist daher abzulehnen.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La candidatura proposta dal Consiglio di nominare come membro della Corte dei conti Leo Brincat è stata ritenuta valida successivamente ad una scrupolosa analisi delle credenziali e del background personale dell'aspirante.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la nomination de M. Leo Brincat à la Cour des comptes.

Leo Brincat est un personnage controversé. Alors que son rôle est de lutter contre la corruption, il a ouvertement soutenu le ministre maltais Konrad Mizzi (parti travailliste), dont le nom est apparu dans l'affaire des Panama Papers. Leo Brincat a voté contre la motion de censure déposée contre le ministre Mizzi.

Cette affaire jette une zone d'ombre sur sa candidature. Son gouvernement persiste et soutient sa nomination.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Leo Brincat est une personnalité controversée.

Alors que son rôle est de lutter contre la corruption, il a pourtant soutenu ouvertement le ministre maltais Konrad Mizzi (parti travailliste), dont le nom a été éclaboussé par l'affaire des Panama Papers.

Leo Brincat s'est alors distingué en votant contre la motion de censure déposée à l'encontre de M. Mizzi. Cette affaire porte, à mon sens, un coup à la crédibilité de cette candidature.

Je m'oppose donc à cette nomination.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de esta nominación al haberse planteado dudas sobre la probidad del candidato.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Po oboznámení sa s profesijným životopisom kandidáta, jeho skúsenosťami v oblastí rozpočtu, rozpočtového hospodárenia a auditu a na základe predchádzajúceho vypočutia kandidáta Výborom pre kontrolu rozpočtu som vyjadril podporu na jeho menovanie za člena Dvora audítorov. Kandidátovi v pléne Európskeho parlamentu chýbal potrebný počet hlasov. Preto je teraz na Rade, či sa rozhodne, aby kandidát do tejto funkcie nastúpil, alebo v spolupráci s dotknutým členským štátom predloží iného kandidáta.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τον προτεινόμενο διορισμό του Leo Brincat ως μέλους του Ελεγκτικού Συνεδρίου, καθώς δεν συμφωνώ με βασικά σημεία της ως άνω έκθεσης.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Le Parlement européen est consulté pour avis sur la nomination d'un membre de la Cour des comptes européenne.

Ancien ministre maltais de l'environnement, Leo Brincat a occupé divers postes politiques de premier plan après un bref passage par la banque Barclays: il fut successivement secrétaire de cabinet du Premier ministre, membre de la commission des comptes publics de la Chambre des représentants, ministre des finances et du commerce et membre de la commission des affaires étrangères.

Ce personnage est controversé, notamment en raison de son soutien au ministre maltais Konrad Mizzi, impliqué dans l'affaire des Panama Papers.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le candidat au poste de membre de la Cour des comptes est ici l'ancien ministre du développement durable maltais, Leo Brincat.

À noter qu'il a pris publiquement la défense de deux ministres de son gouvernement suspectés d'être liés à l'affaire des Panama papers.

Pour un poste ou la principale tâche est de lutter contre la fraude fiscale, cette proposition de candidature est inacceptable, je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Leo Brincat est un personnage controversé. Alors que son rôle est de lutter contre la corruption, il a ouvertement soutenu le ministre maltais Konrad Mizzi (parti travailliste), dont le nom est apparu dans l'affaire des Panama Papers. Leo Brincat a voté contre la motion de censure déposée contre le ministre Mizzi. Cette affaire jette une zone d'ombre sur sa candidature.

En conséquence, j'ai voté contre sa nomination.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O Tribunal de Contas é uma instituição fiscalizadora, que verifica a legalidade e regularidade das receitas e despesas da União Europeia, bem como a boa gestão financeira, exercendo as suas funções com total independência. Dentro deste espírito, a nomeação das individualidades que o compõem tem se reger por critérios de competência e independência.

O Senhor Leo Brincat apresentou o seu Curriculum Vitae, respondeu a um questionário escrito e foi ouvido na Comissão do Controlo Orçamental, não tendo apresentado argumentos suficientes para justificar a nomeação para o Tribunal de Contas para aí desempenhar as suas funções de forma competente e independente. Daí o meu voto desfavorável à sua nomeação.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the Maltese candidate for the European Court of Auditors. Mr Brincat's capabilities and qualifications for the post were never in question. Those are what he should have been judged on and what I based my vote on.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A több korábbi máltai kormányban korábban miniszteri tárcát viselő Leo Brincatot a Tanács az Európai Számvevőszék tagjává kívánja kinevezni, ehhez azonban konzultálnia kell az Európai Parlamenttel is. A Költségvetési Ellenőrző Bizottság jelentésében jelezte, hogy értékelte a javasolt jelölt képességeit, és 2016. szeptember 5-i ülésén meg is hallgatta a jelöltet. Mindennek alapján csekély szótöbbséggel támogatta ugyan a jelölt kinevezését, ám nem foglalt állást abban a tekintetben, hogy a Parlament kedvező vagy kedvezőtlen véleményt nyilvánítson a Tanács Leo Brincatnak számvevőszéki taggá történő kinevezésére irányuló javaslatáról. A Tanács javaslatát támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le Parlement européen est consulté, pour avis, sur cette nomination d'un membre de la Cour des Comptes. Ancien ministre maltais de l'environnement, Leo Brincat participa à la mise en place de l'office national public d'audit maltais.

Il occupa différents postes politiques tout au long de sa carrière: secrétaire de cabinet du premier ministre, membre de la commission des comptes publics de la Chambre des représentants, ministre des finances et du commerce et membre de la commission des affaires étrangères. En parallèle, il fut directeur du service recherche-stratégie d'HSBC Malta.

Il ne fait pas l'objet d'un consensus total, pour autant il est proposé à ce poste par la gauche et la droite du parlement maltais. Leo Brincat est un personnage controversé. Alors que son rôle est de lutter contre la corruption, il a ouvertement soutenu le ministre maltais Konrad Mizzi (parti travailliste), dont le nom est apparu dans l'affaire des Panama Papers. Leo Brincat a voté contre la motion de censure déposée contre le ministre Mizzi.

Cette affaire jette une zone d'ombre sur sa candidature. Son gouvernement persiste et soutient sa nomination. Vote défavorable.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Atendendo à avaliação das qualificações e à audição pela Comissão do Controlo Orçamental do candidato proposto pelo Conselho, dou parecer favorável à proposta de nomeação de Leo Brincat para o cargo de membro do Tribunal de Contas.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la nomination de M. Brincat à la Cour des comptes considérant qu'il s'agit là d'un personnage controversé. Il a en effet ouvertement soutenu le ministre maltais Mizzi dont le nom est apparu dans l'affaire des Panama papers.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport qui approuve la nomination de Leo Brincat en tant que membre de la Cour des comptes. En effet, les motivations de la nomination demeuraient trop floues pour que je la soutienne.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I support the nomination of Leo Brincat as a member of the Court of Auditors.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Revizorski sud jedan je institucionalnih stupova Europske unije. Među ostalim, Sud provodi reviziju prihoda i rashoda EU-a, provjerava jesu li financijska sredstva EU-a ispravno prikupljena i upotrijebljena, jesu li točno prikazana te ostvaruju li vrijednost za uloženi novac, provjerava svaku osobu ili organizaciju koja upravlja financijskim sredstvima EU-a, što uključuje i provjere na licu mjesta u institucijama EU-a (osobito u Komisiji), državama članicama EU-a i državama koje primaju pomoć od EU-a, predstavlja nalaze i sastavlja preporuke u izvješćima o reviziji za Europsku komisiju i nacionalne vlade, moguće prijevare, korupciju ili druge nezakonite aktivnosti prijavljuje Europskom uredu za borbu protiv prijevara (OLAF).

Gospodin Brincat bio je ministar u Malteškoj vladi. Utvrđeno je kako je Malta tijekom toga razdoblja prodavala svoje državljanstvo državljanima ne-EU zemalja za 650 000 eura. Članovi te Vlade spominju se i u aferi povezanoj s „dokumentima iz Paname", povezanoj s utajama poreza. S obzirom na reputaciju Suda koja mora biti besprijekorna i koja ovisi o sastavu časnih predstavnika država članica, smatram da bi imenovanje g. Brincata na dužnost člana Revizorskog suda, kojemu je upravo nadzor trošenja novaca Europskih poreznih obveznika glavna zadaća, narušila vjerodostojnost Suda.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Il s'agit de la nomination d'un membre de la Cour des comptes européenne. Le Parlement européen est consulté, pour avis, sur cette nomination.

Ancien ministre maltais de l'environnement, Leo Brincat a participé à la mise en place de l'Office national public d'audit maltais. Après un pasage très court (en 1966) par Barclays, il a occupé différents postes politiques tout au long de sa carrière: secrétaire de cabinet du Premier ministre, membre de la commission des comptes publics de la Chambre des représentants, ministre des finances et du commerce et membre de la commission des affaires étrangères. En parallèle, il a été directeur du service recherche-stratégie d'HSBC Malta.

Leo Brincat est un personnage controversé. Alors que son rôle est de lutter contre la corruption, il a ouvertement soutenu le ministre maltais Konrad Mizzi (parti travailliste), dont le nom est apparu dans l'affaire des Panama Papers. Leo Brincat a voté contre la motion de censure déposée contre le ministre Mizzi.

Cette affaire jette une zone d'ombre sur sa candidature. Dans ces conditions, je vote contre sa nomination.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Budući da je Odbor Parlamenta za proračunski nadzor ocijenio kvalifikacije predloženog kandidata, posebno u smislu uvjeta navedenih u članku 286. stavku 1. Ugovora o funkcioniranju Europske unije, te dao pozitivno mišljenje o prijedlogu Vijeća da se Leo Brincat imenuje članom Revizorskog suda, slažem se s preporukom izvjestitelja.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Nous avons été appelés à nous prononcer sur la nomination d'un membre de la Cour des comptes européenne. Cette procédure témoigne de l'utilité du Parlement dans l'exercice de son contrôle sur le fonctionnement des institutions européennes.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Após a Comissão do Controlo Orçamental ter procedido à avaliação das qualificações e à audição do candidato Leo Brincat, votei favoravelmente este relatório que dá parecer favorável à proposta do Conselho de nomeação de Leo Brincat para o cargo de membro do Tribunal de Contas.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – El pleno del Parlamento Europeo ha sometido esta mañana a votación, en voto secreto, la propuesta de nombramiento de Leo Brincat como miembro del Tribunal de Cuentas, tras la evaluación de las cualificaciones del candidato, la audiencia celebrada el pasado 5 de septiembre, ante la Comisión de Control Presupuestario y su dictamen favorable, votación en la que he participado.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre la nomination de M. Leo Brincat comme membre de la Cour des comptes, suite à son audition, et compte tenu de sa précédente fonction de ministre du développement durable, de l'environnement et du changement climatique au sein du gouvernement maltais, qui a agi de manière inopportune concernant les révélations des Panama Papers.

Compte tenu de ce passif, il est préférable, tant pour Malte que pour l'Union européenne, que le Premier ministre maltais propose un autre candidat, indépendant, plutôt qu'un ancien ministre.

Aussi, je souhaite que le vote défavorable intervenu ce jour au Parlement incite le Conseil à retirer sa proposition et à présenter un nouveau candidat au Parlement.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau dėl siūlymo skirti Leo Brincatą Audito Rūmų nariu. Chartered Institute of Bankers London įgijo asocijuotojo nario kvalifikaciją, trejus metus ėjo Tvaraus vystymosi, aplinkos ir klimato kaitos reikalų ministro pareigas Maltoje. Reikia apstebėti, kad abejonių dėl šio asmens kvalifikacijos būtent Audito rūmų nario pareigoms kilo nemažai. Taip pat netvirti ir neišsamūs buvo Leo Brincatos atsakymai atsakingame komitete.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Tendo sido apresentada uma proposta em que o processo de seleção foi realizado de forma aberta e transparente, concordo com a nomeação de Leo Brincat para o cargo de Membro do Tribunal de Contas, uma vez que, na audição por parte da Comissão de Controlo Orçamental ao candidato proposto, este demonstrou possuir competência e experiência profissional comprovada para o desempenho cabal destas funções.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Se ha votado esta candidatura para el Tribunal de Cuentas.

Persona con trayectoria de irregularidades e intereses creados, tanto políticos –aprovechando la época en la que el Partido del Trabajo estaba en el Gobierno- como económicos particulares. Involucrado en el caso de los papeles de Panamá.

Voto en contra.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. – De danske socialdemokrater har valgt at støtte den maltesiske regerings indstilling til udnævnelse til den europæiske revisionsret. Vi mener dog stadig, det er en uskik at udnævne politikere til revisionsretten og ikke revisorer, og vil gerne på det kraftigste opfordre medlemsstaterne til at indstille revisorer uden nogen politisk baggrund.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against Leo Brincat joining the court of auditors due to his pro EU stance.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – V prípade pána Brincata sme nenadobudli presvedčenie, že je dostatočne kvalitným kandidátom na obsadenie tak zodpovedného miesta, ako je člen Dvora audítorov. Jeho nomináciu sme preto neschválili.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Den Kandidaten habe ich abgelehnt, weil sein Hintergrund und Werdegang zu politisch gefärbt sind.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Odbor Parlamenta za proračunski nadzor, ocijenivši kvalifikacije predloženog kandidata, u smislu uvjeta navedenih u članku 286. stavku 1. Ugovora o funkcioniranju Europske unije, te nakon održanog saslušanja kandidata Vijeća za članstvo u Revizorskom sudu, dao je pozitivno mišljenje o prijedlogu Vijeća da se Leo Brincat imenuje članom Revizorskog suda.

Ne podržavam prijedlog odluke o predloženom imenovanju, zbog nejasnog držanja prema ministrima u vladi koji su bili povezani s međunarodnim financijskim skandalom Panama Papers. Također, ministar Brincat bio je protiv malteškog pristupanja EU-u i eurozoni, pa smatram da ne zadovoljava profil člana Revizorskog suda.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η επιλογή προσώπων για θέσεις ευθύνης θα πρέπει να βασίζεται στην ακεραιότητα του χαρακτήρα τους και στην αποδεδειγμένη δραστηριότητά τους όσον αφορά στην προστασία δημόσιου, υπό την ευρεία έννοια, χρήματος.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted against nominating Leo Brincat as a Member of the Court of Auditors. Despite his proven professional experience, his statements on the Panama Papers scandal disqualify him from becoming a Member of this Court, at this point in time. In the wake of the scandal, Brincat had defended a cabinet minister exposed in the Panama Papers, voting against the government's no-confidence motion.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam nominaciju gospodina Lea Brincata za člana Revizorskog suda budući da smatram da je kvalificiran za tu poziciju. Naime, revizori trebaju pridonijeti unaprjeđivanju načina na koji Europska komisija upravlja proračunom Europske unije te izvješćivati o financijama EU-a.

S obzirom na to da je kandidat malteške vlade Brincat član prvog međustranačkog odbora osnovanog 1995. godine kako bi se uvela transparentnost i regulacija u financiranju političkih stranaka te jedan od osnivača i predsjednik Odora za javne račune u Zastupničkom domu, tijela koje jača veze između Nacionalnog ureda za Reviziju i Parlamenta, vjerujem da će mu navedeno iskustvo pomoći pri obavljanju dužnosti na novoj poziciji.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Odbor za proračunski nadzor je ocenil kandidatova priporočila, zlasti glede na zahteve iz člena 286(1) Pogodbe o delovanju Evropske unije. Pri tem sem glasovala po svojem prepričanju.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Se ha votado esta candidatura para el Tribunal de Cuentas.

Persona con trayectoria de irregularidades e intereses creados, tanto políticos –aprovechando la época en la que el Partido del Trabajo estaba en el Gobierno- como económicos particulares. Involucrado en el caso de los papeles de Panamá.

Voto en contra.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Il s'agit de la nomination d'un membre de la Cour des comptes européenne, M. Leo Brincat. Le Parlement européen est consulté, pour avis, sur cette nomination.

Ancien ministre maltais de l'environnement, il participa à la mise en place de l'Office national public d'audit maltais. Après un passage très court (en 1966) chez Barclays, il occupa différents postes politiques tout au long de sa carrière: secrétaire de cabinet du Premier ministre, membre de la commission des comptes publics de la Chambre des représentants, ministre des finances et du commerce et membre de la commission des affaires étrangères. En parallèle, il fut directeur du service recherche-stratégie d'HSBC Malta.

Leo Brincat est un personnage controversé. Alors que son rôle est de lutter contre la corruption, il a ouvertement soutenu le ministre maltais Konrad Mizzi (parti travailliste), dont le nom est apparu dans l'affaire des Panama Papers.

J'ai voté contre sa nomination.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A jelölt szakmai múltjára és felkészültségére, illetve a korábbi meghallgatásainak eredményére tekintettel támogattam a kinevezését.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — Se ha votado esta candidatura para el Tribunal de Cuentas.

Persona con trayectoria de irregularidades e intereses creados, tanto políticos –aprovechando la época en la que el Partido del Trabajo estaba en el Gobierno- como económicos particulares. Involucrado en el caso de los papeles de Panamá.

Voto en contra.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the nomination of Leo Brincat as a Member of the Court of Auditors because there are no legal, political or personal reasons on the grounds of which an objection to his nomination would be founded.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Não reconhecemos legitimidade a este tribunal europeu, que representa mais um instrumento ao serviço desta integração capitalista neoliberal e militarista da Europa.

Contudo, esta nomeação merece-nos o nosso repúdio pelo facto de a personalidade em causa estar profundamente ligada a um governo fortemente implicado no escândalo fiscal dos «Panamá Papers».

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Si è reso necessario nominare due nuovi membri della Corte dei conti e prorogare il mandato di un terzo.

La procedura prevede che i membri della Corte dei conti siano scelti tra personalità che fanno o hanno fatto parte, nei rispettivi Stati, delle istituzioni di controllo esterno o che posseggano una qualifica specifica per tale funzione e che debbano offrire tutte le garanzie di indipendenza. I tre candidati presentano un curriculum piuttosto variegato, il che mi ha portato ad esprimere voti diversi.

Ho votato in maniera negativa la candidatura del maltese Leo Brincat, ministro dello sviluppo sostenibile, ex ministro delle finanze, eletto deputato nel 1981, per il fatto di aver ostacolato alcune indagini durante il suo mandato di carica al governo. I membri del suo partito politico al governo ed egli stesso hanno infatti respinto la richiesta di apertura di un'indagine sul ministro Konrad Mizzi e sul capo dello staff del primo ministro Keith Schembri legati all'affare Panama papers. Questo mi ha spinto a non considerare opportuno un voto positivo nei confronti del candidato.

5.12. Statistiken des Außenhandels mit Drittländern (delegierte Befugnisse und Durchführungsbefugnisse) (A8-0240/2016 - Bernd Lange)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report. The Commission was required to adapt the decision making rules in trade policy to the new regime of delegated and implementing acts as a consequence of the adoption of the Lisbon Treaty. Part of this includes amending the regulation on Community statistics.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette recommandation, un compromis équilibré entre les intérêts des colégislateurs ayant été trouvé.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have given my consent to the recommendation concerning Community statistics relating to external trade with non-member countries (delegated and implementing acts). In the light of the changes brought by the Lisbon Treaty and by the subsequent adoption of Regulation (EU) No 182/2011 (on implementing acts), the Commission was required to adapt the decision-making rules in trade policy to the new regime of delegated and implementing acts. Most of the legislation in the field of the Common Commercial Policy has been aligned to the new constitutional regime (Trade Omnibus I and Trade Omnibus II). The Commission committed to amend Regulation (EC) No 471/2009 on Community statistics, which is the only legislative act in the field of the Common Commercial Policy referring to the regulatory procedure with scrutiny. Following the adoption of the new Inter-institutional agreement on Better law-making in December 2015, the European Parliament and the Council were able to reach an agreement on the regulation in question, which was overwhelmingly approved by the Committee on International Trade of the European Parliament and by the Council.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα τη σύσταση για τη δεύτερη ανάγνωση σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση ενόψει της έγκρισης του κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 471/2009 για τις κοινοτικές στατιστικές του εξωτερικού εμπορίου με τις τρίτες χώρες όσον αφορά την ανάθεση κατ' εξουσιοδότηση και εκτελεστικών αρμοδιοτήτων στην Επιτροπή για την έγκριση ορισμένων μέτρων, διότι το τελικό κείμενο αποτελεί συμβιβασμό του Συμβουλίου με το Κοινοβούλιο.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le règlement (CE) nº 471/2009 concerne les statistiques communautaires relatives au commerce extérieur avec les pays tiers.

L'objectif de cette décision est de déterminer précisément les pouvoirs dont dispose la Commission et de fixer la procédure appropriée pour lui permettre d'adopter des mesures pour les statistiques du commerce extérieur en vertu de ces pouvoirs. L'objectif général est de supprimer, d'ici à la fin de la septième législature du Parlement et dans l'ensemble des instruments législatifs, toutes les dispositions renvoyant à la procédure de réglementation avec contrôle et de les remplacer par des procédures avec actes délégués et compétences d'exécution.

Le règlement (CE) nº 471/2009 du Parlement européen et du Conseil confère à la Commission le pouvoir d'exécuter certaines des dispositions de ce règlement. Afin d'aligner le règlement (CE) nº 471/2009 sur les articles 290 et 291 du TFUE, les compétences d'exécution conférées à la Commission par ce règlement doivent être remplacées par le pouvoir d'adopter des actes délégués et des actes d'exécution.

La disparition des procédures de réglementation avec contrôle pour les remplacer par des actes délégués et des compétences d'exécution est une mesure technique rendue obligatoire par l'adoption du TFUE.

J'ai donc voté pour.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette recommandation car dans un objectif d'allègement des charges administratives pesant sur les entreprises, la Commission promeut dans cette documentation une simplification de la législation en matière de statistiques communautaires. Cette ambition se double d'une volonté de fixer des priorités de collecte de données afin de mieux étudier les mutations du monde économique.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balavau už rekomendaciją dėl Statistikos, susijusios su išorės prekyba su ES nepriklausančiomis šalimis. Atsižvelgiant į Tarptautinės prekybos komiteto patvirtinimą, aš pritariu Tarybos pirmojo svarstymo pozicijai be pakeitimų.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte qui concerne une mesure technique: le remplacement dans le règlement des statistiques du commerce extérieur des procédures de réglementation avec contrôle par les actes délégués et les compétences d'exécution, ce qui va dans le bon sens.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai décidé de voter en faveur de cette recommandation, m'inscrivant dans la suite de l'excellent travail réalisé par mes collègues de la commission INTA.

Les modifications dont il est question dans ce texte consistent fondamentalement en la mise en conformité des procédures appliquées en matière de statistiques, pour deux points précis, avec le droit de l'Union relatif au nouveau régime d'actes délégués et d'actes d'exécution tel qu'issu du traité de Lisbonne.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Lange, che approva la posizione del consiglio in prima lettura sulla modifica il regolamento (CE) n. 471/2009, relativo alle statistiche comunitarie del commercio estero con i paesi terzi.

Si tratta di un provvedimento di natura tecnica che riguarda il conferimento alla Commissione dei poteri delegati e di esecuzione per l'adozione di alcune misure specifiche. Il testo tiene conto dei bilanciamenti sui contenuti che sono stati resi possibili a seguito dell'approvazione dell'accordo interistituzionale «Legiferare meglio» che ha consentito di superare lo stallo dei negoziati.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe en segunda lectura. Ya existe un acuerdo bajo el marco «Legislar mejor», que establece, entre otras cosas, una solución horizontal relativa a la consulta de expertos de los Estados miembros en la preparación de actos delegados.

La adopción del nuevo Acuerdo interinstitucional «Legislar mejor» en diciembre de 2015, permitió que los equipos negociadores del Parlamento y el Consejo alcanzaran un acuerdo sobre el Reglamento en cuestión.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre las estadísticas relativas al comercio exterior con terceros países. Quiero agradecer al ponente su labor en buscar acuerdos y llegar a este texto final.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur la position du Conseil en première lecture en vue de l'adoption d'un règlement du Parlement européen et du Conseil modifiant le règlement (CE) nº 471/2009 concernant les statistiques communautaires relatives au commerce extérieur avec les pays tiers en ce qui concerne les pouvoirs délégués et les compétences d'exécution conférés à la Commission pour l'adoption de certaines mesures.

Le règlement prévoit notamment la disparition des procédures de réglementation avec contrôle, et ce, pour les remplacer par des procédures avec actes délégués et compétences d'exécution.

Il ne s'agit là que d'une simple mise en conformité avec les traités, et notamment le TFUE qui prévoient ce remplacement dans ses articles 290 et 291.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Pur trattandosi di un provvedimento tecnico che normalmente non porrebbe particolari problemi, permane il mio scetticismo a causa dell'uso disinvolto e poco trasparente da parte della Commissione dello strumento degli atti delegati. Ho quindi optato per un voto di astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Tras los cambios introducidos por el Tratado de Lisboa y la posterior adopción del Reglamento (UE) n.º 182/2011, se hizo necesario adaptar las normas de toma de decisiones en materia de política comercial al nuevo régimen de actos delegados y de ejecución. La mayor parte de la legislación en el ámbito de la política comercial común se ha armonizado a través de los Reglamentos comerciales generales Trade Omnibus I y II y varias armonizaciones individuales posteriores. Había quedado pendiente de adaptación, sin embargo, el Reglamento (CE) n.º 471/2009 sobre estadísticas comunitarias.

Tras las negociaciones y el acuerdo con la Comisión y el Consejo, la Comisión INTA del Parlamento Europeo aprobó por abrumadora mayoría el texto acordado, que hoy ha sido sometido a votación en el Pleno y que ha contado con mi apoyo.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritarė bendrai pozicijai su Taryba dėl reglamento dėl Bendrijos statistikos, susijusios su išorės prekyba su ES nepriklausančiomis šalimis. Atsižvelgdama į pokyčius, kuriuos lėmė Lisabonos sutartis ir vėliau priimtas Reglamentas (ES) Nr. 182/2011 (dėl įgyvendinimo aktų), Komisija turėjo atitinkamai pritaikyti prekybos politikai taikomas sprendimų priėmimo taisykles. Komisija įsipareigojo pateikti pasiūlymą dėl antrojo nuostatų derinimo taikant komiteto procedūrą etapo – kad būtų derinami teisėkūros procedūra priimti aktai, kuriuose numatyta reguliavimo procedūra su tikrinimu.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće koje poravnaje prethodni Odborski režim post-Lisabonskog ugovora o povjerenim i provedbenim aktima kako bi se omogućila sustavna proizvodnja statistike Zajednice u području vanjske trgovine.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Afin d'aligner le règlement (CE) nº 471/2009 sur les articles 290 et 291 du TFUE, les compétences d'exécution conférées à la Commission par ce règlement doivent être remplacées par des pouvoirs d'adopter des actes délégués et des actes d'exécution. Il s'agit ici d'une mesure purement technique.

J'ai voté pour.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il regolamento (CE) n. 223/2009 del Parlamento europeo e del Consiglio, dell'-11 marzo 2009, relativo alle statistiche europee, definisce il sistema statistico europeo (SSE) come una partnership tra l'autorità statistica europea, ossia la Commissione (Eurostat), gli istituti nazionali di statistica (INS) e le altre autorità nazionali preposte, in ciascuno Stato membro, allo sviluppo, alla produzione e alla diffusione di statistiche europee.

Il comitato del sistema statistico europeo (comitato SSE), istituito ai sensi dell'articolo 7 del regolamento (CE) n. 223/2009, è considerato il comitato-ombrello in seno all'SSE. Esso assiste la Commissione nell'esercizio delle competenze di esecuzione in taluni settori statistici. Tali settori non comprendevano l'aspetto commerciale e l'analisi dei flussi import/export tra Unione e paesi terzi. Con il presente regolamento si amplia la portata dell'analisi statistica, si razionalizza e uniforma il metodo e si rendono più utili i dati fruibili alla pubblica consultazione.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce texte porte sur le règlement nº 471/2009 concernant les statistiques communautaires relatives au commerce extérieur avec les pays tiers. Ce règlement vise à déterminer les prérogatives de la Commission européenne lui permettant d'adopter des mesures pour les statistiques du commerce extérieur.

Concrètement, seront supprimées dans l'ensemble des instruments législatifs toutes les dispositions renvoyant à la procédure de réglementation avec contrôle afin de les remplacer par des procédures avec actes délégués et compétences d'exécution.

J'ai voté en faveur de cette mesure technique, rendue obligatoire par l'adoption du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne (TFUE).

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – În contextul modificărilor aduse de Tratatul de la Lisabona și prin adoptarea ulterioară a Regulamentului (UE) nr. 182/2011 (privind actele delegate), Comisiei i s-a solicitat să își adapteze normele de adoptare a deciziilor din cadrul politicii comerciale la noul regim al actelor delegate și al actelor de punere în aplicare.

Astfel, majoritatea actelor legislative din domeniul politicii comerciale comune au fost aliniate la noul regim constituțional prin intermediul actelor Omnibus I și II privind comerțul și al altor câteva alinieri individuale ulterioare.

Am acordat un vot favorabil, având în vedere faptul că, până la sfârșitul celei de a 7-a legislaturi, Comisia și-a luat angajamentul de a elabora a doua serie de alinieri privind procedura comitetelor cu privire la actele legislative care prevăd procedura de reglementare cu control.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in questione, che aggiorna il regolamento sulla raccolta delle statistiche del commercio estero con i paesi terzi. Alla luce dei cambiamenti introdotti dal trattato di Lisbona e della conseguente adozione del regolamento (UE) n. 182/2011 (sugli atti di esecuzione), la Commissione ha dovuto adeguare le regole decisionali in materia di politica commerciale al nuovo regime degli atti delegati e degli atti di esecuzione.

La maggior parte della normativa nel settore della politica commerciale comune è stata allineata al nuovo regime costituzionale tramite gli strumenti Omnibus I e II in materia di scambi commerciali e con vari allineamenti specifici successivi.

La Commissione ha proposto di modificare il regolamento (CE) n. 471/2009 relativo alle statistiche comunitarie, che è l'unico atto legislativo nel settore della politica commerciale comune a fare riferimento alla procedura di regolamentazione con controllo.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report. The Commission was required to adapt the decision making rules in trade policy to the new regime of delegated and implementing acts as a consequence of the adoption of the Lisbon Treaty. Part of this includes amending the regulation on Community statistics.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as in its current state the agreement is essentially in line with the original Commission proposal with the exceptions of some minor changes. The agreement also now takes into consideration the outcome of the inter-institutional agreement on better law-making adopted in Plenary in March 2016. The aim of the Commission proposal is to amend Regulation 471/2009 on Community statistics relating to trade with non-member countries to the new institutional context of delegated and implementing acts.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. — In linea con il trattato di Lisbona, la Commissione ha dovuto adeguare le regole decisionali in materia di politica commerciale al regime degli atti delegati e atti di esecuzione.

Gran parte della normativa nel settore della politica commerciale comune è stata modificata nei termini richiesti tramite gli strumenti Omnibus I e II in materia di scambi commerciali (Trade Omnibus I e II) e con modifiche puntuali successive. La Commissione si è inoltre impegnata a presentare una seconda serie di modifiche della procedura di comitologia entro la fine della settima legislatura. In tale contesto, viene proposta la modifica del regolamento (CE) n. 471/2009 relativo alle statistiche comunitarie, che è l'unico atto legislativo nel settore della politica commerciale comune a fare riferimento alla ex procedura di regolamentazione con controllo. Si tratta di un adeguamento necessario e dettato dal trattato, ho quindi votato a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 471/2009 σχετικά με τις κοινοτικές στατιστικές, ο οποίος είναι η μόνη νομοθετική πράξη στο πεδίο της κοινής εμπορικής πολιτικής που παραπέμπει στην κανονιστική διαδικασία με έλεγχο.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς τη σύσταση ενόψει της έγκρισης του κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 471/2009 για τις κοινοτικές στατιστικές του εξωτερικού εμπορίου με τις τρίτες χώρες όσον αφορά την ανάθεση κατ' εξουσιοδότηση και εκτελεστικών αρμοδιοτήτων στην Επιτροπή για την έγκριση ορισμένων μέτρων. Πρόκειται για μια διαδικασία τυπικής φύσεως ως προς την οποία δεν εκφράστηκαν αντιρρήσεις σε αυτό το στάδιο από καμία πλευρά. Ως εκ τούτου ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Accolgo favorevolmente la proposta della Commissione, volta alla modifica delle statistiche inerenti al commercio estero con paesi terzi.

Si tratta di un provvedimento di carattere tecnico, che consente di adattare le regole decisionali relative alla politica commerciale al nuovo regime di atti delegati e atti d'esecuzione, in linea con quanto previsto dal trattato di Lisbona. Il mio voto a favore giunge dalla considerazione che, implementando il regime di atti delegati, il Parlamento e dunque l'intera popolazione europea potrà avere maggiore controllo e consapevolezza riguardo all'elaborazione di dati inerenti la bilancia commerciale. Infatti, una conoscenza profonda e una miglior interpretazione delle informazioni su esportazioni e importazioni sono basilari per l'organizzazione e la pianificazione della nostra politica industriale.

Ricordando l'eccellenza delle nostre piccole e medie imprese e il loro ruolo all'interno del tessuto industriale europeo, grazie ad una maggiore consapevolezza dei risultati economici conseguiti, si potrà perseguire una strategia diretta all'internazionalizzazione con riflessi positivi per tutti.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the vote on statistics relating to external trade with non-member countries (delegated and implementing powers) and noted no objections.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento in quanto, in seguito ai cambiamenti introdotti dal trattato di Lisbona e alla conseguente adozione del regolamento (UE) n. 182/2011 sugli atti di esecuzione, si è reso necessario un adeguamento delle regole decisionali in materia di politica commerciale da parte della Commissione con particolare riferimento al regolamento 471/2009, inerente alle statistiche comunitarie relative al commercio estero con i paesi terzi, che rappresenta l'unico atto legislativo nel settore della politica commerciale comune che fa riferimento alla procedura di regolamentazione con controllo.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe mejora y actualiza las estadísticas relativas al comercio exterior con terceros países, una información fundamental para los estudios y la planificación económica. Por ello, he votado a favor.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Celem rozporządzenia jest dostosowanie rozporządzenia (WE) nr 421/2009 w sprawie statystyk dotyczących handlu zagranicznego z państwami trzecimi do TFUE pod względem przekazywania Komisji uprawnień delegowanych i wykonawczych do przyjęcia niektórych środków.

Po głosowaniu w pierwszym czytaniu na posiedzeniu plenarnym w dniu 12 marca 2014 r. PE i Rada prowadziły negocjacje z zamiarem zawarcia porozumienia na wczesnym etapie drugiego czytania na podstawie stanowiska Rady w pierwszym czytaniu, które PE może zatwierdzić jako odzwierciedlające kompromis osiągnięty między współprawodawcami i obejmujące kombinację aktów delegowanych, aktów wykonawczych, a także przenoszące pewne kwestie do podstawowego aktu ustawodawczego. Jedna kwestia pozostaje nierozstrzygnięta: konsultacje z ekspertami z państw członkowskich w trakcie przygotowywania aktów delegowanych, na które nalegała Rada. To właśnie wtedy postanowiono o zawieszeniu negocjacji w oczekiwaniu na wynik porozumienia międzyinstytucjonalnego w sprawie lepszego stanowienia prawa. Po przyjęciu tego porozumienia międzyinstytucjonalnego projekt rozporządzenia został odpowiednio zmieniony.

ECR wspiera zrównoważony wynik negocjacji następujących po porozumieniu międzyinstytucjonalnym w sprawie lepszego stanowienia prawa, a w konsekwencji również rekomendację przeprowadzenia drugiego czytania bez poprawek. Zagłosowałem za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this report as I believe that the negotiations and the outcomes further strengthen the regulation. This will lead to better decision making rules in trade policy.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Mi sono espresso a favore circa l'armonizzazione delle regole decisionali in materia di politica commerciale UE, con particolare riferimento al nuovo regime degli atti delegati e di esecuzione della Commissione europea.

Dopo lunghi negoziati, si è finalmente giunti ad un compromesso costituito dal presente provvedimento, il quale prevede l'adeguamento del vecchio regime di «comitatologia» alle regole intervenute in seguito all'entrata in vigore del trattato di Lisbona e del regolamento UE del 2011 sugli atti di esecuzione, il quale consentirebbe di realizzare sistematicamente indagini statistiche a livello comunitario in materia di commercio estero.

Un passo in avanti, quindi, verso una maggiore efficienza dell'azione europea in ambito commerciale.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Le présent rapport concerne les statistiques relatives au commerce extérieur de l'Union avec les pays tiers. Il s'attache principalement aux règles de mise en œuvre pratique de la législation européenne en la matière, que sont les actes d'exécution et les actes délégués.

Considérant que ce rapport permet d'harmoniser et de fiabiliser les données relatives au commerce extérieur afin d'établir des accords commerciaux en toute connaissance de cause, j'ai soutenu ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu ce texte qui permet d'aligner le règlement sur les statistiques communautaires relatives au commerce extérieur avec les pays tiers sur les nouvelles règles du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne concernant les pouvoirs délégués et d'exécution de la Commission.

Il est évident que nous devons adapter les législations en cohérence avec les règles institutionnelles en vigueur.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Il s'agit de la recommandation pour la deuxième lecture sur la position du Conseil en première lecture concernant les statistiques relatives au commerce extérieur de l'Union. L'objet de ce texte est de déterminer précisément les pouvoirs dont dispose la Commission et de fixer les procédures nécessaires à l'adoption de mesures statistiques. Le règlement (CE) nº 471/2009 du Parlement européen et du Conseil confère à la Commission le pouvoir d'exécuter certaines dispositions de ce règlement. J'ai donc voté pour ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Гласувах „за“ този проект за регламент, тъй като той се отнася до статистиката за външната търговия с трети страни и за функционирането на ЕС по отношение на възлагането на делегираните и изпълнителните правомощия на Комисията за приемане на определени мерки. Важно е, че е проведено задълбочено обсъждане.

За щастие, след публикуване на резултата от Междуинституционалното споразумение за по-добро законотворчество, проектът за регламент е бил преработен съобразно.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Προτείνεται η καταψήφιση της σύστασης καθώς δι' αυτής διευρύνονται οι παραχωρούμενες εκτελεστικές αρμοδιότητες προς την Επιτροπή.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A Comissão teve de adaptar as regras de tomada de decisão em matéria de política comercial ao novo regime de atos delegados e de execução e comprometeu-se a apresentar a segunda fase de alinhamentos de comitologia – relativos a atos legislativos que contenham o procedimento de regulamentação com controlo – antes do final da sétima legislatura.

Neste contexto, a Comissão propôs a alteração do Regulamento relativo às estatísticas comunitárias. A adoção do novo Acordo Interinstitucional «Legislar Melhor» permitiu que as equipas de negociação do Parlamento e do Conselho chegassem a acordo relativamente ao regulamento em questão. Votei favoravelmente.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: la disparition des procédures de règlementation avec contrôle pour les remplacer par des actes délégués et des compétences d'exécution est une mesure technique rendue obligatoire par l'adoption du traité FUE.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – À luz das alterações introduzidas pelo Tratado de Lisboa – das quais frontalmente discordamos – e pela posterior adoção do Regulamento (UE) n.º 182/2011 (sobre os atos de execução), a Comissão teve de adaptar as regras de tomada de decisão em matéria de política comercial ao novo regime de atos delegados e de execução. A maior parte da legislação no domínio da política comercial comum foi alinhada pelo novo regime, através dos regulamentos «Trade Omnibus» I e II e de vários alinhamentos individuais posteriores.

Neste contexto, a Comissão propôs a alteração do Regulamento (CE) n.º 471/2009 relativo às estatísticas comunitárias, o qual constitui o único ato legislativo no domínio da política comercial comum que se refere ao procedimento de regulamentação com controlo.

Na sequência da aprovação da posição do Parlamento em primeira leitura na sessão plenária de 12 de março de 2014, tiveram início negociações informais com a Presidência italiana tendo em vista chegar rapidamente a um acordo em segunda leitura.

Após várias rondas de trílogos, as negociações foram suspensas na pendência da adoção do novo Acordo Interinstitucional «Legislar melhor» que prevê, nomeadamente, uma solução horizontal no que se refere à consulta de peritos dos Estados-Membros aquando da preparação de atos delegados. Abstivemo-nos.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Nový návrh zo strany Európskej komisie prinesie v oblasti tvorby štatistík zosúladenie so stavom, ktorý sa vyžaduje po prijatí Lisabonskej zmluvy. V tomto prípade ide predovšetkým o tvorbu štatistík Európskej únie v oblasti zahraničného obchodu. Konečný kompromis je v tomto prípade kombináciou delegovaných a vykonávacích aktov.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την σύσταση καθώς δι' αυτής διευρύνονται οι παραχωρούμενες εκτελεστικές αρμοδιότητες προς την Επιτροπή.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – This file aligns the previous comitology regime to the post-Lisbon Treaty rules on delegated and implementing acts in order to enable the systematic production of Community statistics in the field of external trade. The final compromise involves a mix of delegated acts and implementing acts and also moves certain issues to the basic legislative act, a compromise that balanced the interests of the co-legislators.

After the initial agreement resulting from two trilogues in December 2014, the Council refused to accept its outcome due to one unresolved issue: the consultation of Member States' experts in the preparation of delegated acts. The negotiations were therefore suspended until December 2015, when the new Inter-institutional Agreement on Better law making was agreed and a new horizontal formulation for the issue in question had been found.

The text adopted in Council is in accordance with the compromise reached with Parliament. I therefore supported the outcome.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Jóváhagytam az EU harmadik országokkal folytatott külkereskedelmére vonatkozó statisztikáról szóló 471/2009/EK rendelet módosításáról szóló európai parlamenti és tanácsi rendelet elfogadása céljából első olvasatban kialakított tanácsi álláspontot. A Lisszaboni Szerződés következtében bevezetett módosítások felszólították a Bizottságot, hogy a kereskedelempolitikával kapcsolatos döntéshozatali szabályokat igazítsa hozzá a felhatalmazáson alapuló jogi aktusok és a végrehajtási aktusok új rendszeréhez. A közös kereskedelempolitika területére vonatkozó legtöbb jogszabály összehangolásra került az új alkotmányos rendszerrel.

Mivel a Bizottság elkötelezte magát a komitológiai kiigazítások második hullámának a 7. parlamenti ciklus végéig történő megvalósítása mellett, ennek értelmében javasolták a közösségi statisztikákról szóló szóban forgó rendelet módosítását, amely az egyetlen olyan jogalkotási aktus a közös kereskedelempolitika területén, amelyben szerepel az ellenőrzéssel történő szabályozási bizottsági eljárás.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor teniendo presente que, por los cambios introducidos por el Tratado de Lisboa, se pidió a la Comisión que adaptase las normas de toma de decisiones en materia de política comercial al nuevo régimen de actos delegados y de ejecución.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für die Empfehlung zu Statistiken des Außenhandels mit Drittländern (delegierte Befugnisse und Durchführungsbefugnisse) gestimmt. Es geht dabei darum, welche Freiheiten und Befugnisse die EU beim Erstellen solcher Statistiken haben soll, und bringt die bisherige Gesetzgebung dazu auf einen aktuellen Stand.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which aligns the former regulatory procedure with scrutiny to delegated and implementing acts in order to enable the systematic production of Community statistics in the field of external trade to the new post-Lisbon regime of delegated and implementing acts.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe en segunda lectura. Ya existe un acuerdo bajo el marco «Legislar mejor», que establece, entre otras cosas, una solución horizontal relativa a la consulta de expertos de los Estados miembros en la preparación de actos delegados.

La adopción del nuevo Acuerdo interinstitucional «Legislar mejor» en diciembre de 2015, permitió que los equipos negociadores del Parlamento y el Consejo alcanzaran un acuerdo sobre el Reglamento en cuestión.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Głosowałam za zaleceniem do drugiego czytania dotyczącym stanowiska Rady w pierwszym czytaniu w sprawie przyjęcia rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady zmieniającego rozporządzenie (WE) nr 471/2009 w sprawie statystyk Wspólnoty dotyczących handlu zagranicznego z państwami trzecimi w odniesieniu do powierzenia Komisji uprawnień delegowanych i wykonawczych do przyjmowania niektórych środków.

W związku ze zmianami po wejściu w życie traktatu lizbońskiego i przyjęciu rozporządzenia (UE) nr 182/2011 (w sprawie aktów wykonawczych) Komisja musiała dostosować zasady podejmowania decyzji w polityce handlowej do nowego systemu aktów delegowanych i wykonawczych. Większość przepisów ustawodawczych w tej dziedzinie dostosowano za pomocą aktu zbiorczego oraz w drodze kilku dostosowań indywidualnych. Komisja zobowiązała się przedstawić do końca siódmej kadencji drugi zbiór dostosowań procedury komitetowej w odniesieniu do aktów ustawodawczych obejmujących procedurę regulacyjną połączoną z kontrolą. Wobec tego Komisja zaproponowała wprowadzenie zmian do rozporządzenia (WE) nr 471/2009 w sprawie statystyk Wspólnoty, które jest jedynym aktem ustawodawczym w dziedzinie wspólnej polityki handlowej odnoszącym się do procedury regulacyjnej połączonej z kontrolą.

W mojej ocenie można poprzeć stanowisko Rady w tym zakresie.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the adoption of a regulation of the European Parliament and of the Council amending Regulation (EC) No 471/2009 on Community statistics relating to external trade with non-member countries as regards the conferral of delegated and implementing powers on the Commission for the adoption of certain measures. In the light of the changes brought about by the Lisbon Treaty and by the subsequent adoption of Regulation (EU) No 182/2011 (on implementing acts), the Commission was required to adapt the decision making rules in trade policy to the new regime of delegated and implementing acts. In this context, the Commission amended Regulation (EC) No 471/2009 on Community statistics which is the only legislative act in the field of the Common Commercial Policy referring to the regulatory procedure with scrutiny.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour as I have no objections.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za preporuku za drugo čitanje o stajalištu Vijeća u prvom čitanju radi donošenja uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o izmjeni Uredbe (EZ) br. 471/2009 o statistici Zajednice u vezi s vanjskom trgovinom sa zemljama nečlanicama u vezi s dodjelom delegiranih i provedbenih ovlasti Komisiji radi donošenja određenih mjera, jer smatram da je, nakon mnogobrojnih usklađivanja velikog broja propisa te pregovora i donošenja novog Međuinstitucijskog sporazuma 2015. između EP-a i Vijeća, došlo do zajedničkog stajališta i dogovora.

Na Odboru za međunarodnu trgovinu Europskog parlamenta ove je godine usuglašeni tekst na glasovanju odobren velikom većinom.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – L'objectif de cette décision est de déterminer précisément les pouvoirs dont dispose la Commission et de fixer la procédure appropriée pour lui permettre d'adopter des mesures pour les statistiques du commerce extérieur en vertu de ces pouvoirs. La disparition des procédures de règlementation avec contrôle pour les remplacer par des actes délégués et des compétences d'exécution est une mesure technique rendue obligatoire par l'adoption du traité FUE. J'ai voté en faveur de ce rapport.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de Bernd Lange concernant les pouvoirs de la Commission dans le domaine des statistiques relatives au commerce extérieur avec les pays tiers. Ce texte a pour objectif de supprimer une procédure ancienne (la procédure de règlementation avec contrôle) et de remplacer celle-ci par des actes délégués et/ou d'exécution. Cette démarche s'inscrit dans le cadre de l'accord «Mieux légiférer» , que je soutiens car il fait en sorte que la législation européenne serve au mieux les citoyens et les entreprises.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport Lange sur les statistiques relatives au commerce extérieur avec les pays tiers (pouvoirs délégués et compétences d'exécution), suite à l'obtention d'un accord en trilogue qui a ensuite été approuvé par le Conseil en janvier 2016.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Καλωσορίζουμε την ευθυγράμμιση την οποία προτείνει η Επιτροπή στο πεδίο της κοινής εμπορικής πολιτικής που έχει ευθυγραμμισθεί προς το νέο συνταγματικό καθεστώς μέσω των γενικών πράξεων για το εμπόριο I και II καθώς και την δέσμευση της Επιτροπής για την υλοποίηση του δεύτερου γύρου για τις απαραίτητες ευθυγραμμίσεις.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für den vorliegenden Bericht. Bestimmte Beschlussfassungsvorschriften im Bereich der Handelspolitik sollten neu gefasst und an die Praxis der delegierten Rechts- und Durchführungsrechtsakte, wie im letzten interinstitutionellen Abkommen festgelegt, angepasst werden.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – In the light of the changes brought about by the Lisbon Treaty the Commission was required to adapt the decision making rules in trade policy to the new regime of delegated and implementing acts. I voted in favour of the report as this file represents a compromise balancing the interests of the co-legislators.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Con la presente proposta, la Commissione mira a modificare il regolamento sulle statistiche comunitarie relative al commercio estero con i paesi terzi, che risulta essere l'unico atto legislativo nel settore della politica commerciale comune a fare riferimento alla procedura di regolamentazione con controllo.

Sono presenti modifiche dovute ad adeguamenti tecnici che consentiranno una più fedele e precisa rappresentazione dello status quo, utile nel determinare valutazioni il più fedeli possibile alla realtà degli accordi commerciali.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport sur les statistiques relatives au commerce extérieur avec les pays tiers. L'objectif de cette décision est de déterminer de quels pouvoirs dispose la Commission et de fixer la procédure appropriée pour lui permettre d'adopter des mesures pour les statistiques du commerce extérieur en vertu de ces pouvoirs. L'objectif général est de supprimer, d'ici à la fin de la septième législature du Parlement et dans l'ensemble des instruments législatifs, toutes les dispositions renvoyant à la procédure de réglementation avec contrôle et de les remplacer par des procédures avec actes délégués et compétences d'exécution. Il s'agit d'une mesure technique rendue obligatoire par l'adoption du traité FUE.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – La disparition des procédures de règlementation avec contrôle en vue de leur remplacement par des actes délégués et d'exécution est une mesure technique rendue obligatoire par l'adoption du traité FUE.

En conséquence, j'ai voté pour cette délibération.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of updating existing legislation on Community statistics relating to external trade with non-member countries to the new institutional context of delegating and implementing acts.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The proposal seeks to amend Regulation No 471/2009 in order to align it with the new institutional context. I support the position to empower the Commission to adopt delegated acts in respect of the adaptation of the list of customs procedures or provisions deriving from international conventions, changes necessary for methodological reasons.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – EP svojím uznesením postúpil do druhého čítania návrh nariadenia Európskeho parlamentu a Rady, ktorým sa mení nariadenie (ES) č. 471/2009 o štatistike Spoločenstva o zahraničnom obchode s nečlenskými krajinami, pokiaľ ide o prenesenie delegovaných a vykonávacích právomocí na Komisiu s cieľom prijať určité opatrenia. Podporujem návrh, aby transparentným a dôsledným uplatnením rozdelenia právomoci Komisie na prijímanie delegovaných a vykonávacích právomocí došlo k odstráneniu všetkých ustanovení odkazujúcich na regulačný postup s kontrolou a aby sa stanovil vhodný postup na prijímanie opatrení. Tento postup povedie aj k zjednodušeniu Európskeho štatistického systému.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τη σύσταση για τη δεύτερη ανάγνωση σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση ενόψει της έγκρισης του κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 471/2009 για τις κοινοτικές στατιστικές του εξωτερικού εμπορίου με τις τρίτες χώρες όσον αφορά την ανάθεση κατ' εξουσιοδότηση και εκτελεστικών αρμοδιοτήτων στην Επιτροπή για την έγκριση ορισμένων μέτρων διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

Il s'agit de la recommandation pour la deuxième lecture sur la position du Conseil en première lecture concernant les statistiques de l'Union relatives au commerce extérieur.

L'objet de ce texte est de déterminer précisément les pouvoirs dont dispose la Commission et de fixer les procédures nécessaires à l'adoption de mesures statistiques. Le règlement CE 471/2009 du Parlement européen et du Conseil confère à la Commission le pouvoir d'exécuter certaines dispositions de ce règlement.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La proposition de la Commission à l'examen vise à aligner le règlement du Parlement européen et du Conseil du 6 mai 2009 concernant les statistiques communautaires relatives au commerce extérieur avec les pays tiers aux dispositions contenues dans le traité de Lisbonne. Le texte délègue à la Commission le pouvoir d'adopter des actes en ce qui concerne: la liste des procédures douanières ou des destinations douanières admises ou l'exclusion de biens ou de mouvements des statistiques relatives au commerce extérieur. Les statistiques sont un enjeu politique qu'on ne peut laisser à la discrétion de la Commission, d'autant plus que ce sera sur la base de statistiques impartiales que nous mettrons en place le protectionnisme solidaire. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La disparition des procédures de règlementation avec contrôle pour les remplacer par des actes délégués et des compétences d'exécution est une mesure technique rendue obligatoire par l'adoption du traité FUE.

En conséquence, j'ai voté pour cette délibération.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O objetivo da presente proposta é alterar o Regulamento (CE) n.º 471/2009, de modo a alinhá-lo com o novo contexto institucional. Em especial, trata-se de identificar os poderes conferidos à Comissão e estabelecer o procedimento adequado para a adoção de medidas baseadas nesses poderes. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this legislative resolution, following the changes to the new Inter-institutional agreement on Better Law-making which will allow the Commission to make changes to Regulation (EC) No 471/2009 on Community statistics relating to external trade with non-member countries.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Déléguer des compétences d'exécution à la Commission, sous le contrôle de comités de représentants des États membres dans le cadre de la «comitologie» , se justifie pour des raisons d'uniformité et existe depuis les années 1960. Toutefois, le traité de Lisbonne a introduit une réforme majeure en distinguant les actes d'exécution des actes délégués, mettant le Parlement européen sur un pied d'égalité avec le Conseil et la Commission, augmentant d'autant les pouvoirs du Parlement européen dans la sphère exécutive. Ainsi, le Parlement peut désormais faire pression sur la Commission et le Conseil en menaçant de bloquer une décision législative en codécision ou une décision budgétaire. Avec le traité de Lisbonne, le législateur dispose du droit d'opposition pour quelque motif que ce soit, et du droit de révoquer purement et simplement la délégation ou un acte individuel. Il s'agit là d'un outil de pression conséquent sur la Commission. Pour ma part, et dans le cadre de l'accord interinstitutionnel «Mieux légiférer» , je soutiens une procédure de délégation qui permette au législateur de se concentrer sur l'essentiel, à condition que la compétence déléguée à la Commission soit bien encadrée et mise en application de manière tout à fait transparente.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* — Lisabonská zmluva zaviedla niekoľko zmien, v rámci ktorých Komisia musela prispôsobiť pravidlá rozhodovania v obchodnej politike novému režimu delegovaných a vykonávacích aktov. Prostredníctvom súhrnného aktu pre obchod I. a II. bola väčšina právnych predpisov v oblasti spoločnej obchodnej politiky zosúladená, ďalšia konsolidácia je potrebná v oblasti legislatívnych aktov týkajúcich sa regulačného postupu s kontrolou. Jediným legislatívnym aktom v tejto oblasti je nariadenie (ES) č. 471/2009 o štatistike Spoločenstva. Prijatie medziinštitucionálnej dohody o lepšej tvorbe práva umožnilo dosiahnuť dohodu o tomto nariadení a poskytlo horizontálne riešenie v otázke konzultácie odborníkov členských štátov pri príprave delegovaných aktov. Dohoda bola schválená Výborom pre medzinárodný obchod (INTA), ako aj Radou, ktorej pozíciu podporujem svojím hlasom.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which aligns the previous comitology regime to the post-Lisbon Treaty rules on delegated and implementing acts in order to enable the systematic production of Community statistics in the field of external trade, which is essential.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this uncontroversial proposal, which aims at amending the Regulation (EC) No 471/2009 in order to bring it in line with the new institutional framework applicable after the entry into force of Lisbon Treaty related to the adoption of delegated and implementing acts.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Közösség harmadik országokkal folytatott külkereskedelmére vonatkozó statisztikáról szóló 471/2009/EK rendeletnek bizonyos intézkedések elfogadása érdekében a Bizottságra ruházandó felhatalmazáson alapuló és végrehajtási hatáskörök tekintetében történő módosításáról szóló európai parlamenti és tanácsi rendelet tervezetéről a Parlament 2014. március 12-én első olvasatban kialakította álláspontját. Az ezt követően megkezdett háromoldalú tárgyalásokat több fordulót követően felfüggesztették a jogalkotás minőségének javításáról szóló új intézményközi megállapodás elfogadásáig. E megállapodás 2015. decemberi elfogadását követően a Parlament és a Tanács tárgyalócsoportjai megállapodásra jutottak a kérdéses rendelet vonatkozásában.

A Tanács 2016. június 16-án fogadta el első olvasatbeli álláspontját, megerősítve a megállapodást. A Nemzetközi Kereskedelmi Bizottság jelentésében azt javasolja, hogy a Parlament értsen egyet a Tanács első olvasatban elfogadott álláspontjával, és ezzel a rendeletet a Tanács álláspontjának megfelelően emelje jogerőre. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le rapport propose des amendements à une proposition de règlement instaurant un système obligatoire de statistiques sur les prix du gaz et de l'électricité en secteur résidentiel. La suppression de la délégation à la commission (amendements 1, 3, 6) va dans le bon sens. Certaines idées du rapporteur plus souverainistes et plus pro-industrie ont cependant été mises de côté en commission ITRE. Aussi, la proposition de la Commission n'est pas souhaitable du fait d'un niveau de contrainte trop élevé pour les États et les entreprises et d'une délégation injustifiée à la Commission. Vote favorable.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Segundo o relatório em causa, «Na sequência da aprovação da posição do Parlamento em primeira leitura na sessão plenária de 12 de março de 2014, tiveram início negociações informais com a Presidência italiana tendo em vista chegar rapidamente a um acordo em segunda leitura. Após várias rondas de trílogos, as negociações foram suspensas na pendência da adoção do novo Acordo Interinstitucional "Legislar melhor" que prevê, nomeadamente, uma solução horizontal no que se refere à consulta de peritos dos Estados-Membros aquando da preparação de atos delegados».

Voto assim favoravelmente o acordo celebrado em primeira leitura com vista a continuar o processo de negociações com o Conselho para que se chegue a um entendimento profícuo e interessante para ambas as partes.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Le rapport Lange concernant les statistiques européennes relatives au commerce extérieur avec les pays tiers a trait à une mesure purement technique, à savoir le remplacement dans le règlement sur les statistiques du commerce extérieur des procédures de réglementation avec contrôle par les actes délégués et les compétences d'exécution. J'ai donc voté pour ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report which aligns the former regulatory procedure with scrutiny to delegated and implementing acts, in order to enable the systematic production of Community statistics in the field of external trade to the new post-Lisbon regime of delegated and implementing acts.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte relatif aux statistiques sur le commerce extérieur avec les pays tiers. Il s'agissait ici d'approuver la position du Conseil en première lecture sur le projet de modification de la Commission concernant le règlement 471/2009. Cette modification se fait dans le seul but de l'aligner sur le nouveau régime institué par le traité de Lisbonne. Je soutiens tous les textes qui simplifient la lisibilité des textes européens.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Mi sono espressa positivamente sulla relazione sulle Statistiche del commercio estero con i paesi terzi, in quanto, alla luce delle modifiche introdotte dal trattato di Lisbona e alla successiva adozione del regolamento (UE) n. 182/2011 sugli atti di esecuzione, la Commissione ha adeguato le regole decisionali in materia di politica commerciale al nuovo regime degli atti delegati e degli atti di esecuzione.

In particolare, la Commissione mira a modificare il regolamento 471/2009 inerente alle statistiche comunitarie relative al commercio estero con i paesi terzi, che rappresenta l'unico atto legislativo nel settore della politica commerciale comune che fa riferimento alla procedura di regolamentazione con controllo.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Támogatom az ajánlást. Az Európai Unió rendkívüli munkát végez a harmadik országokkal folytatott külkereskedelmi területeken. Ezekhez a munkálatokhoz a Bizottságnak szüksége van a megfelelő jogkörökre és jogosítványokra. A kapcsolattartás, a különböző árukra és vámokra, vámkódexekre vonatkozó pontos statisztikai adatok mind fontos részei annak, hogy a külkereskedelmi kérdésekben gördülékeny és hatékony válaszok szülessenek.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – One of the steps toward updating the way decisions on trade policy are adopted in the European Union was the Omnibus proposal, covering over 24 regulations on trade defence instruments, Economic Partnership Agreement Market Access Regulation and Trade Barriers Regulation amongst others. I have voted for this report that aims at better law making in the EU's trade policy.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this report. The Commission was required to adapt the decision making rules in trade policy to the new regime of delegated and implementing acts as a consequence of the adoption of the Lisbon Treaty. Part of this includes amending the regulation on Community statistics.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Obzirom da je bilo nužno uskladiti donošenje odluka u trgovinskoj politici novom režimu implementiranih i delegiranih akata te imajući u vidu da su se nakon pregovora pregovarački timovi Parlamenta i Vijeća usuglasili oko predmetne uredbe te da je i prijedlog izvjestitelja bio podržavajući, glasovala sam pozitivno o preporuci za drugo čitanje o stajalištu Vijeća u prvom čitanju radi donošenja uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o izmjeni Uredbe (EZ) br. 471/2009 o statistici Zajednice u vezi s vanjskom trgovinom sa zemljama nečlanicama u vezi s dodjelom delegiranih i provedbenih ovlasti Komisiji radi donošenja određenih mjera.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – La disparition des procédures de règlementation avec contrôle en vue de leur remplacement par des actes délégués et des compétences d'exécution est une mesure technique rendue obligatoire par l'adoption du traité FUE. Bien que je reste opposé au traité FUE, adopté contre la volonté du peuple qui m'a élu, je ne pratique pas l'obstruction systématique et je vote donc en faveur de cette mesure purement technique.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Većina propisa u području zajedničke trgovinske politike usklađena je s novim ustavnim poretkom preko Združenih zakona o trgovini I i II te u nekoliko naknadnih pojedinačnih usklađivanja. Komisija je preuzela obvezu do kraja sedmog parlamentarnog saziva predstaviti sljedeći niz usklađivanja u okviru postupka komitologije za one zakonodavne akte za koje je predviđen regulatorni postupak s kontrolom.

Komisija je u tom smislu predložila izmjenu Uredbe (EZ) br. 471/2009 o statistici Zajednice, jedinom zakonodavnom aktu u području zajedničke trgovinske politike u kojem se navodi regulatorni postupak s kontrolom. Donošenje novog Međuinstitucijskog sporazuma u prosincu 2015. omogućilo je tako pregovaračkim timovima Parlamenta i Vijeća da postignu dogovor o predmetnoj uredbi.

Usuglašeni tekst predstavljen je 21. travnja 2016. odboru INTA na glasovanje o odobrenju i tada je odobren velikom većinom glasova. Predsjednik Odbora je na temelju izglasanog odobrenja istoga dana u dopisu predsjedniku Odbora stalnih predstavnika (COREPER) uputio preporuku da se na plenarnoj sjednici stajalište Vijeća potvrdi u prvom čitanju bez izmjena. Po pravnoj i jezičnoj provjeri Vijeće je 16. lipnja 2016. usvojilo svoje stajalište u prvom čitanju i time potvrdilo dogovor. U svjetlu gore navedenoga, podržavam stajalište izvjestitelja da se stajalište Vijeća u prvom čitanju odobri bez izmjena.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai approuvé cet accord entre la Commission européenne, le Conseil de l'Union européenne et le Parlement européen, qui apporte des modifications techniques au règlement (CE) nº 471/2009 concernant les statistiques communautaires relatives au commerce extérieur avec les pays tiers, conformément au nouveau contexte institutionnel relatif aux pouvoirs délégués et aux compétences d'exécution.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, por entender que, à luz das alterações introduzidas pelo Tratado de Lisboa e pela posterior adoção do Regulamento (UE) n.º 182/2011 (sobre os atos de execução), a Comissão teve de adaptar as regras de tomada de decisão em matéria de política comercial ao novo regime de atos delegados e de execução.

A maior parte da legislação no domínio da política comercial comum foi alinhada pelo novo regime constitucional, através dos regulamentos «Trade Omnibus» I e II e de vários alinhamentos individuais posteriores.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – El Informe legislativo respecto a las «Estadísticas comunitarias relativas al comercio exterior con terceros países, en lo que concierne a la atribución a la Comisión de competencias delegadas y de ejecución para adoptar determinadas medidas» busca adaptar el proceso de comitología a lo establecido en el Tratado de Lisboa. Así será posible crear estadísticas en terreno del comercio exterior.

Con la aprobación del «*Better law Making*» la aplicación se realizará con carácter horizontal, por lo que se permitirá la consulta a los expertos de los Estados miembros para preparar los actos delegados. Por todo ello, he votado a favor.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo. Dėl kurio Europos Parlamentas jau balsuoja antrą kartą. Pirmąjį kartą 2014 m. kovo 12 d. plenariniame posėdyje patvirtinus pranešimą, Italijai pirmininkaujant Tarybai buvo pradėtos neoficialios derybos tam, kad ankstyvu antrojo svarstymo etapu būtų galima pasiekti susitarimą.

Tačiau Tarpinstitucinio susitarimo dėl geresnės teisėkūros rengimo metu, trišalio dialogo derybos buvo sustabdytos. 2015 m. gruodžio mėn. šį naują Tarpinstitucinį susitarimą dėl geresnės teisėkūros priėmus, Parlamento ir Tarybos derybų grupėms buvo sudarytos sąlygos susitarti dėl šio reglamento.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Votei de forma favorável a proposta de recomendação em segunda leitura do Parlamento Europeu referente à alteração do Regulamento n.º 471/2009 do Conselho relativo às estatísticas comunitárias do comércio externo com países terceiros.

Trata-se de uma alteração que surge na sequência das alterações introduzidas pelo Tratado de Lisboa e pelo Regulamento n.º 182/2011 sobre atos de execução em matéria de política comercial, ao abrigo da qual a Comissão Europeia se comprometeu a apresentar uma segunda fase de alinhamentos de comitologia - método de controlo dos países da UE sobre a forma como a Comissão Europeia aplica a legislação europeia.

Esse alinhamento implica a alteração ao Regulamento n.º 471/2009 sobre estatísticas comunitárias, já que constitui o único ato legislativo no domínio da política comercial comum que se refere ao procedimento de comitologia relativo a uma regulamentação com controlo.

A dificuldade na definição de um acordo nesta matéria prendeu-se com o atraso na adoção do novo Acordo Interinstitucional «Legislar Melhor», que ocorreu em dezembro de 2015, entre as equipas de negociação do Parlamento e do Conselho, tendo posteriormente este Regulamento sido aprovado por larga maioria na Comissão de Comércio Internacional em abril de 2016.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – Ce rapport porte sur un accord en deuxième lecture concernant les statistiques relatives au commerce extérieur avec les pays tiers.

Sous la précédente mandature, la Commission s'est engagée à réviser les actes législatifs qui comprennent actuellement des références à la procédure de réglementation avec contrôle.

J'ai donc voté en faveur de ce texte de nature technique.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe en segunda lectura. Ya existe un acuerdo bajo el marco «Legislar mejor», que establece, entre otras cosas, una solución horizontal relativa a la consulta de expertos de los Estados miembros en la preparación de actos delegados.

La adopción del nuevo Acuerdo interinstitucional «Legislar mejor» en diciembre de 2015, permitió que los equipos negociadores del Parlamento y el Consejo alcanzaran un acuerdo sobre el Reglamento en cuestión.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe mejora y actualiza las estadísticas relativas al comercio exterior con terceros países, una información fundamental para los estudios y la planificación económica. Por ello, he votado a favor.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — I voted for the report because it aligns the former regulatory procedure with scrutiny to delegated and implementing acts in order to enable the systematic production of Community statistics in the field of external trade to the new post-Lisbon regime of delegated and implementing acts.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Hlasoval som za. Na základe zmien, ktoré priniesla Lisabonská zmluva, Komisia bola nútená navrhnúť zmeny nariadenia (ES) č. 471/2009 o štatistike Spoločenstva, ktoré je jediným legislatívnym aktom v oblasti spoločnej obchodnej politiky týkajúcej sa regulačného postupu s kontrolou. Nakoniec po veľmi zložitých rokovaniach a prijatím medziinštitucionálnej dohody o lepšej tvorbe práva v decembri 2015 sa dosiahla dohoda medzi Parlamentom a Radou o tomto nariadení.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Podporila som návrh legislatívneho uznesenia EP k pozícii Rady v prvom čítaní na účely prijatia nariadenia Európskeho parlamentu a Rady, ktorým sa mení nariadenie č. 471/2009 o štatistike Spoločenstva o zahraničnom obchode s nečlenskými krajinami, pokiaľ ide o prenesenie delegovaných a vykonávaných právomocí na Komisiu s cieľom prijať určité opatrenia. V súvislosti so zmenami, ktoré priniesla Lisabonská zmluva bola Komisia nútená prispôsobiť pravidlá rozhodovania v obchodnej politike novému režimu delegovaných a vykonávacích aktov. Preto v tejto súvislosti Komisia navrhla zmeny nariadenia č. 471/2009 o štatistike Spoločenstva, ktoré je jediným legislatívnym aktom v oblasti spoločnej obchodnej politiky týkajúci sa regulačného postupu s kontrolou. Po prijatí pozície Parlamentu v prvom čítaní v pléne 12. marca 2014 sa začali neformálne rokovania s cieľom dosiahnuť dohodu v druhom čítaní. Po niekoľkých kolách trialógov sa rokovania prerušili, ale prijatie Medziinštitucionálnej dohody o lepšej tvorbe práva v decembri 2015 umožnilo rokovacím tímom Parlamentu a Rady dosiahnuť dohodu o tomto nariadení. Text dohody bol schválený na výbore INTA, preto sme v pléne schválili pozíciu Rady v prvom čítaní bezo zmien.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Hospodársky rast je v súčasnosti závislý na výmene tovarov s inými krajinami a časťami sveta. Ako sme videli z analytických dát, jeho význam stále narastá. Preto je dôležité uzatvárať medzinárodné obchodné zmluvy, najmä s tými krajinami, ktoré sú k nášmu chápaniu slobody a férového obchodu najbližšie.

Beatrix von Storch (EFDD), *in writing*. – The draft EU Parliament legislative resolution on statistics relating to external trade with non-member countries was approved without a vote. However, had there been a vote I would have voted against the resolution.

Such statistics will simply be another justification through which the EU will call for further regulation. And in the EU context, regulation is synonymous with harmonisation.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – U svjetlu izmjena do kojih je došlo Ugovorom iz Lisabona, a zatim i donošenja Uredbe (EU) br.182/201, Komisija je pravila o donošenju odluka u trgovinskoj politici morala prilagoditi novom režimu provedbenih i delegiranih akata. Komisija je predložila izmjenu Uredbe (EZ) br. 471/2009 o statistici Zajednice, jedinom zakonodavnom aktu u području zajedničke trgovinske politike u kojem se navodi regulatorni postupak s kontrolom.

Donošenjem Međuinstitucijskog sporazuma u prosincu 2015. omogućeno je tako pregovaračkim timovima Parlamenta i Vijeća da postignu dogovor o predmetnoj uredbi. Po pravnoj i jezičnoj provjeri Vijeće je 16. lipnja 2016. usvojilo svoje stajalište u prvom čitanju.

Podržavam preporuku za drugo čitanje o stajalištu Vijeća u prvom čitanju radi donošenja uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o izmjeni Uredbe (EZ) br. 471/2009 o statistici Zajednice u vezi s vanjskom trgovinom sa zemljama nečlanicama u vezi s dodjelom delegiranih i provedbenih ovlasti Komisiji radi donošenja određenih mjera.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za priporočilo za drugo obravnavo o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja Uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe (ES) št. 471/2009 o statistiki Skupnosti o zunanji trgovini z državami nečlanicami v zvezi s podelitvijo delegiranih in izvedbenih pooblastil Komisiji za sprejetje nekaterih ukrepov.

Podpiram predlagano spremembo Uredbe o statistiki Skupnosti, s katero Komisija predlaga prilagoditvena pravila o sprejemanju odločitev v trgovinski politiki novemu režimu, po uvedbi Lizbonske pogodbe, delegiranih in izvedbenih aktov.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Hlasoval jsem pro vyslovení souhlasu ze strany Evropského parlamentu s postojem Rady, pokud jde o nařízení Evropského parlamentu a Rady, kterým se mění nařízení Rady (ES) č. 471/2009 o statistice Společenství týkající se zahraničního obchodu se třetími zeměmi, pokud jde o svěření přenesených a prováděcích pravomocí Komisi pro účely přijímání některých opatření, protože je potřeba přizpůsobit pravidla pro rozhodovací postupy v obchodní politice novému režimu aktů v přenesené pravomoci a prováděcích aktů. Komise se tedy zavázala, že do konce 7. volebního období předloží druhou vlnu přizpůsobení postupu projednávání ve výborech týkající se právních aktů odkazujících na regulativní postup s kontrolou a navrhla změnu nařízení o statistice Společenství. K projednávání dochází až nyní, jelikož nové znění nyní již reflektuje také nově uzavřenou interinstitucionální dohodu o zlepšení tvorby právních předpisů.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η συγκεκριμένη σύσταση προτείνει την ενίσχυση των εκτελεστικών αρμοδιοτήτων της Επιτροπής με σκοπό την πλήρη καθοδήγηση του εμπορίου των κρατών μελών με τρίτες χώρες.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az állásfoglalás elfogadását, amellyel a Parlament jóváhagyja a Tanácsban első olvasatban, valamint az intézményközi egyeztetés több fóruma és fordulója révén lefolytatott, több mint két éves jogszabály-előkészítési munka eredményét. A jogszabálytervezet tükrözi a Lisszaboni Szerződés nyomán előállt intézményi változások, valamint a jogszabályalkotás minősége javításának („Better Law-making") követelménye által szükségessé vált, a komitológiai szabályokat érintő módosításokat, az Unió nemzetközi kereskedelemre, valamint statisztikai adatszolgáltatása vonatkozó kompetenciája alapján.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – In light of the changes brought about by the Lisbon Treaty, the Commission was required to adapt the decision-making rules in trade policy to the new regime of delegated and implementing acts. This file aligns the previous comitology regime to the post-Lisbon Treaty rules on delegated and implementing acts in order to enable the systematic production of Community statistics in the field of external trade. The final compromise involves a mix of delegated acts, implementing acts, and also moving certain issues to the basic legislative act, a compromise that balanced the interests of the co-legislators. The text adopted in the Council is in accordance with the compromise reached with Parliament. I therefore support this report.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte. Des négociations informelles ont débuté sous la présidence italienne, à la suite de l'adoption de la position du Parlement en plénière et en première lecture le 12 mars 2014, en vue de parvenir rapidement à un accord en deuxième lecture. Après plusieurs cycles de trilogue, les négociations ont été suspendues dans l'attente du nouvel accord interinstitutionnel «Mieux légiférer» qui prévoit, entre autres, une solution horizontale pour la consultation des experts des États membres lors de la préparation des actes délégués.

L'adoption du nouvel accord interinstitutionnel «Mieux légiférer» en décembre 2015 a ainsi permis aux équipes de négociateurs du Parlement et du Conseil de trouver un accord sur le règlement à l'examen.

Le texte de l'accord a été présenté à la commission INTA pour être soumis à un vote d'approbation, le 21 avril 2016, et a été approuvé à une très grande majorité. Compte tenu de ce résultat, le président de la commission a recommandé au Parlement en séance plénière de voter pour.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The Lisbon Treaty introduced new decision-making rules in trade policy related to the use of delegated and implementing acts by the Commission. I voted in favour of the regulation on Statistics relating to external trade with non-member countries, as this will allow the newly negotiated decision-making rules to finally be adopted. In fact, negotiations regarding these new rules had been suspended while waiting for the Inter-institutional Agreement on Better Law-making to be adopted in 2015, which provides among other things for a horizontal solution regarding the consultation of Member States' experts in preparation of delegated acts.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Slažem se s promjenom uredbe o statistici Zajednice u vezi s vanjskom trgovinom sa zemljama nečlanicama u vezi s dodjelom delegiranih i provedbenih ovlasti Komisiji radi donošenja određenih mjera jer smatram da Komisija treba prilagoditi pravila o donošenju odluka u trgovinskoj politici novom režimu provedbenih i delegiranih akata.

Većina propisa koji se odnose na zajedničku trgovinsku politiku usklađeni su s novim sustavnim poretkom. S obzirom da Komisija pri pripremi i izradi delegiranih akata treba osigurati da se njima ne nameće dodatni administrativni teret državama članicama i njihovim predstavnicima, glasovala sam pozitivno.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o statistiki o zunanji trgovini z državami nečlanicami (delegirana in izvedbena pooblastila) sem podprla.

Komisija je morala zaradi sprememb, ki jih je uvedla Lizbonska pogodba in posledično sprejetje Uredbe (EU) št. 182/2011 (o izvedbenih aktih), prilagoditi pravila o sprejemanju odločitev v trgovinski politiki novemu režimu delegiranih in izvedbenih aktov.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe en segunda lectura. Ya existe un acuerdo bajo el marco «Legislar mejor», que establece, entre otras cosas, una solución horizontal relativa a la consulta de expertos de los Estados miembros en la preparación de actos delegados.

La adopción del nuevo Acuerdo interinstitucional «Legislar mejor» en diciembre de 2015, permitió que los equipos negociadores del Parlamento y el Consejo alcanzaran un acuerdo sobre el Reglamento en cuestión.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – La disparition des procédures de règlementation avec contrôle pour les remplacer par des actes délégués et des compétences d'exécution est une mesure technique et automatique rendue obligatoire par l'adoption du traité FUE.

J'ai voté pour.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A Lisszaboni Szerződéssel bevezetett módosítások, valamint a (végrehajtási jogi aktusokról szóló) 182/2011/EU rendelet ezt követő elfogadása fényében felszólították a Bizottságot, hogy a kereskedelempolitikával kapcsolatos döntéshozatali szabályokat igazítsa hozzá a felhatalmazáson alapuló jogi aktusok és a végrehajtási aktusok új rendszeréhez. A jelentést megszavaztam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor de este informe en segunda lectura. Ya existe un acuerdo bajo el marco «Legislar mejor», que establece, entre otras cosas, una solución horizontal relativa a la consulta de expertos de los Estados miembros en la preparación de actos delegados.

La adopción del nuevo Acuerdo interinstitucional «Legislar mejor» en diciembre de 2015, permitió que los equipos negociadores del Parlamento y el Consejo alcanzaran un acuerdo sobre el Reglamento en cuestión.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the recommendation for second reading on the Council position at first reading with a view to the adoption of a regulation of the European Parliament and of the Council amending Regulation (EC) No 471/2009 on Community statistics relating to external trade with non-member countries as regards the conferral of delegated and implementing powers on the Commission for the adoption of certain measures. In the light of the changes brought about by the Lisbon Treaty and by the subsequent adoption of Regulation (EU) No 182/2011 (on implementing acts), the Commission was required to adapt the decision making rules in trade policy to the new regime of delegated and implementing acts. The Commission committed itself to come up with the second wave of comitology alignments – concerning legislative acts containing the regulatory procedure with scrutiny – by the end of the 7th legislature. The agreed text was presented to the Committee on International Trade (INTA) for a vote of approval on 21 April 2016, and was approved by an overwhelming majority.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor deze aanbeveling. Het gaat om institutionele aanpassingen op het gebied van de bevoegdheid Handel van de Europese Commissie. In het licht van de veranderingen als gevolg van het Verdrag van Lissabon was de Commissie verplicht om de besluitvormingsregels inzake handelsbeleid aan te passen aan het nieuwe stelsel van gedelegeerde en uitvoeringshandelingen.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Na sequência da aprovação da posição do Parlamento em primeira leitura, na sessão plenária de 12 de março de 2014, tiveram início negociações informais com a Presidência italiana, tendo em vista chegar rapidamente a um acordo em segunda leitura.

Após várias rondas de trílogos, as negociações foram suspensas na pendência da adoção do novo Acordo Interinstitucional «Legislar melhor», que prevê, nomeadamente, uma solução horizontal no que se refere à consulta de peritos dos Estados-Membros aquando da preparação de atos delegados.

O voto de abstenção.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat recomandarea PE referitoare la poziția Consiliului în vederea adoptării unui regulament al PE și al Consiliului privind statisticile comunitare referitoare la comerțul exterior cu țările terțe în ceea ce privește acordarea de competențe delegate și de executare. Recomandarea PE vine ca urmare a modificărilor aduse de Tratatul de la Lisabona, Comisiei solicitându-i-se să-și adapteze normele de adoptare a deciziilor din cadrul politicii comerciale la noul regim al actelor delegate și al actelor de punere în aplicare. Adoptarea noului Acord interinstituțional privind o mai bună legiferare a permis, astfel, echipelor de negociere ale Parlamentului și Consiliului să ajungă la un acord cu privire la regulamentul respectiv.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe ya que se trata simplemente de adaptarnos a nuestro nuevo marco jurídico. Era necesario adaptar las normas de toma de decisiones en materia de política comercial al nuevo régimen de actos delegados y de ejecución.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Komisija je morala zaradi sprememb, ki jih je uvedla Lizbonska pogodba, in posledično sprejetja Uredbe (EU) št. 182/2011 (o izvedbenih aktih) prilagoditi pravila o sprejemanju odločitev v trgovinski politiki novemu režimu delegiranih in izvedbenih aktov.

Komisija se je zavezala, da bo do konca 7. zakonodajnega obdobja pripravila drugi val uskladitev s postopkom komitologije v zvezi z zakonodajnimi akti, ki vsebujejo regulativni postopek s pregledom. V okviru tega je Komisija predlagala spremembo Uredbe (ES) št. 471/2009 o statistiki Skupnosti, ki je edini zakonodajni akt na področju skupne trgovinske politike, ki se nanaša na regulativni postopek s pregledom.

V skladu z navedenim sem podprl Priporočilo za drugo obravnavo o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja Uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe (ES) št. 471/2009 o statistiki Skupnosti o zunanji trgovini z državami nečlanicami v zvezi s podelitvijo delegiranih in izvedbenih pooblastil Komisiji za sprejetje nekaterih ukrepov.

5.13. Erdgas- und Strompreisstatistiken (A8-0184/2016 - Barbara Kappel)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Ritengo di fondamentale importanza l'applicazione di un regolamento che renda obbligatoria la comunicazione dei dati al consumatore, soprattutto per quanto riguarda il gas e l'energia elettrica. Il consumatore deve sempre essere adeguatamente informato al fine di garantire una perfetta trasparenza. Va inoltre tutelata la confidenzialità dei dati forniti; per queste sono le ragioni per cui ho espresso un voto positivo.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained on this report. The objective of this regulation is to transform the voluntary basis regarding the collection of data for natural gas and electricity prices charged to household end-users into an obligatory one. Statistics must then be provided by Member States to Eurostat. The benefits of collecting the data regarding the natural gas and electricity prices that consumers pay in different Member States include that it will enhance transparency and may help to protect households from profiteering. However, the report also states that its aim is to develop a fully-integrated internal energy market. Sinn Féin believes that more transparency and obligatory reporting in the energy market is certainly required, but we have concerns about the Energy Union and the impact of a 'fully integrated internal energy market', so for this reason abstained.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the report concerning statistics on natural gas and electricity prices. Since the 1970s the Commission has been collecting data on natural gas and electricity prices. In 1990 the Council adopted the directive to define the procedure to improve the transparency of gas and electricity prices charged to industrial end-users. According to this directive, for household and final non-household consumers, the collection of data has been done by national authorities on a voluntary basis. I support the proposal to transform the voluntary basis into a mandatory one as serious problems in the data collection occurred as has been reported by several Member States.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Δεν συμμετείχα στη συγκεκριμένη ψηφοφορία εξαιτίας του γεγονότος πως ο εισηγητής της έκθεσης προέρχεται από την ομάδα του ENF και αποτελεί πάγια θέση της ομάδας των Σοσιαλιστών και Δημοκρατών να μη συμμετέχουν σε αντίστοιχες ψηφοφορίες.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Der Legislativvorschlag zur Änderung der geltenden Richtlinie 2008/92/EG wurde im November 2015 als Teil des Pakets betreffend die Lage der Energieunion veröffentlicht. Ziel dieses Vorschlags ist die Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für die Entwicklung, Erstellung und Verbreitung vergleichbarer europäischer Statistiken über Erdgas- und Strompreise für Haushaltskunden und Endkunden des Nichthaushaltssektors in der EU.

Das Ziel dieser Verordnung liegt nun darin, aus der Freiwilligkeit eine Verbindlichkeit zu machen, um so Probleme bei der Datenerfassung, die von mehreren Mitgliedstaaten gemeldet worden sind, zu unterbinden.

Ich stimme dem Vorschlag der Kommission zu, die Erhebung beider Datentypen durch einen Rechtsakt zu regeln. Nur so kann die Qualität der Erhebung der Strom- und Erdgaspreise im Bereich der privaten Haushalte garantiert und eine größtmögliche Transparenz über die vom industriellen Endverbraucher zu zahlenden Gas- und Strompreise gewährleistet werden. Die Märkte müssen weiterhin gründlich erfasst werden und die Preisdaten von hoher Qualität bleiben. Dies gelingt am besten durch ein gemeinschaftliches Verfahren.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La proposition de règlement prévoit de rendre obligatoire la collecte de statistiques sur les prix de l'électricité et du gaz délivrés aux particuliers, alors que cette collecte était auparavant volontaire. Pour les entreprises, une directive de 2008 rendait déjà cette collecte obligatoire.

Cette proposition est un accessoire des paquets de libéralisation dans le secteur de l'énergie adoptés dans les années 2004-2012. Le but affiché est de faire des statistiques européennes pour inciter ensuite à la création d'oligopoles transnationaux européens, puis transatlantiques, qui, «mis en concurrence», «baisseront les prix». C'est l'inverse qui s'est passé, la Commission a forcé la France à augmenter les tarifs d'EDF à partir de 2007, pour créer artificiellement un marché concurrentiel de l'électricité. Pour ce qui est du gaz, faire croire que des acteurs privés, non adossés à des États, vont garantir un approvisionnement sûr et abordable, relève de la gageure.

Au-delà de cette considération générale, trois reproches peuvent être faits au texte: le choix du règlement par rapport à la directive; une délégation de pouvoir (articles 9 et 10) sans limite de durée; un système déclaratif supplémentaire qui alourdira la gestion des entreprises concernées.

Aussi ai-je voté contre cette proposition.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – In the interest of transparency and democracy I voted against this report. In the context of the 'Energy Union strategy' the Commission has committed to preparing reports about energy costs and process every two years starting in 2016. The statistical data on gas and electricity prices are needed by the Commission to monitor the internal market and will no doubt be used as the basis for more unnecessary legislation from the EU.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui a pour objectif de passer d'une base facultative à une base obligatoire, de manière à éviter les problèmes dans la collecte des données signalés par plusieurs États membres.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Nebalsavau už pasiūlymo dėl Europos Parlamento ir Tarybos reglamento dėl Europos gamtinių dujų ir elektros energijos kainų statistikos.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette proposition de la Commission, qui veut renforcer les obligations faites aux États: le niveau de contrainte est trop élevé pour les États et les entreprises, et cette nouvelle délégation de compétences à la Commission me paraît totalement injustifiée.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce règlement visant à établir un cadre commun pour l'élaboration, la production et la diffusion de statistiques européennes comparables sur les prix du gaz naturel et de l'électricité aux clients finals résidentiels et non résidentiels dans l'Union. Ce texte propose que les États membres recueillent des données sur les prix du gaz naturel et de l'électricité et leurs sous-composants (coûts de réseau, taxes, prélèvements, redevances et charges) ainsi que sur les volumes de consommation.

La collecte de ces données s'effectue en effet pour l'instant sur la base d'un accord volontaire, rendant parfois difficile la collecte de statistiques complètes qui permettent de rendre compte de la réalité des coûts au sein de l'Union. La complexité croissante du marché intérieur de l'énergie rendant l'obtention de données fiables et à jour de plus en plus difficile et de plus en plus importante, un acte législatif couvrant la collecte des deux types de données sera bénéfique.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – Esta resolución tiene como objetivo convertir en obligatoria la recogida de datos relativos a los precios del gas natural y la electricidad aplicados a los usuarios domésticos que la Comisión lleva recabando desde 1970, a fin de evitar problemas en esta tarea como han señalado varios Estados miembros.

Considero que esta medida es necesaria para evitar que la calidad se deteriore considerablemente, así como, para continuar manteniendo una amplia cobertura del mercado y un elevado nivel de calidad de los datos relativos a los precios.

Esta información es indispensable para garantizar un alto nivel de transparencia e información tras el proceso de armonización y liberalización que se ha producido en el mercado interior de la energía de la Unión. Esta liberalización también debe repercutir en unos precios competitivos y un servicio de calidad, evitando las prácticas oligopolísticas que, en el caso de España, han supuesto un encarecimiento del 70 % de la factura en los últimos diez años. En la actualidad España es el cuarto país con la factura de la luz más alta de Europa. Por estos motivos he votado a favor.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La relazione Kappel, presentata oggi in Parlamento, ha come obiettivo di trasformare la rilevazione dei dati relativi ai prezzi di gas naturale ed energia elettrica da base volontaria a base obbligatoria, in modo da evitare i problemi già sperimentati da diversi Stati membri.

Si tratta di una misura necessaria per evitare un deterioramento significativo della qualità dell'indagine sui dati per il settore domestico e per continuare a mantenere un'ampia copertura di mercato e un'elevata qualità di informazioni sui prezzi. Pur condividendo nel merito il contenuto della relazione, ho deciso di non partecipare al voto, in dissenso con la legittimità dell'operato del gruppo di estrema destra ENF.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Si a primera vista la idea general del informe puede parecer buena: obligar a los Estados miembros a comunicar a Eurostat las estadísticas del precio del gas y de la electricidad, al final lo que busca es una vía para promover el mercado energético único a escala europea. Este mercado va en el sentido de una mayor liberalización del sector energético, lo que significa un papel más importante para el mercado y un poder menor para los Estados, para que estos puedan regular el sector en función de consideraciones medioambientales o sociales. Por ello, voto en contra.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai malheureusement dû voter contre cette résolution législative de ma collègue Kappel concernant la proposition de règlement relative aux statistiques européennes sur les prix du gaz et de l'électricité.

Malgré une tentative de la rapporteure d'amender ce texte dans un sens plus favorable à la souveraineté industrielle des nations européennes, lesdits amendements ont été vidés de leur contenu en commission ITRE.

Or, le but de cette proposition n'est autre que l'européanisation du secteur industriel, puisque les statistiques européennes doivent inciter à la création d'oligopoles d'abord européens puis transatlantiques, dans cette logique toujours similaire de libéralisation massive.

Rappelons que cette mise en concurrence, censée faire baisser les prix pour le consommateur, a eu l'effet inverse lorsque, par exemple, la Commission a poussé la France à augmenter les tarifs d'EDF en 2007 afin de créer artificiellement (où est donc la main invisible?) une concurrence sur le marché de l'électricité.

La Commission, en choisissant de passer par le règlement et non la directive, poursuit sa tentative d'emprise totale sur les États-membres, sans garantie de plus-value pour les consommateurs.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione della collega Kappel sulle statistiche in tema di prezzi del gas naturale e dell'energia elettrica è equilibrata e condivisibile. Ho quindi scelto di votare a suo favore.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La recogida de datos relativos a los precios del gas natural y la electricidad aplicados a los usuarios domésticos se ha estado realizando con carácter voluntario —con un índice de respuesta del 100 %—. El objetivo es convertir este carácter voluntario en obligatorio, como lo es para los precios industriales, lo que no debería conllevar una carga adicional para las autoridades de notificación; los datos seguirán siendo recogidos por las autoridades nacionales competentes.

El informe, entre otras cuestiones, tiene por objeto aclarar los objetivos, facilitar determinadas disposiciones para las autoridades de notificación y las empresas que han de facilitar los datos y evitar series de datos incomparables.

Conforme a las directrices del Grupo S&D, no voté el informe al corresponder su redacción a una ponente del Grupo de la Europa de las Naciones y la Libertad de, entre otros, el ultraderechista Frente Nacional francés. Ahora bien, su contenido no resulta controvertido y se alcanzó un acuerdo interinstitucional en primera lectura.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas išreiškė savo poziciją dėl būsimo ES reglamento dėl Europos gamtinių dujų ir elektros energijos kainų statistikos. Nuo XX a. 8 dešimtmečio Europos Komisija rinko duomenis apie gamtinių dujų ir elektros kainas. 1990 m. Taryba priėmė direktyvą, kurioje apibrėžta procedūrą, skirta padidinti dujų ir elektros kainų, taikomų galutiniams pramonės vartotojams, bet ne namų ūkių vartotojams, skaidrumą. Surinkti ir paskelbti duomenis privalo Eurostatas. 2007 m. metodika buvo patobulinta, kad būtų atsižvelgta į liberalizuotas energijos rinkas. Tuo pat metu duomenys apie galutiniams namų ūkių vartotojams taikomas gamtinių dujų ir elektros kainas buvo renkami savanoriškai, o atsakymų lygis buvo 100 proc. Reglamento tikslas yra savanorišką būdą paversti privalomu, kad būtų išvengta problemų renkant duomenis, kaip pranešė kai kurios valstybės narės. Šis žingsnis būtinas, siekiant neleisti reikšmingo elektros ir gamtinių dujų kainų duomenų apklausų kokybės sumažėjimo ir toliau siekti didelės rinkos dalies bei aukštos kainų duomenų kokybės.

Franc Bogovič (PPE), *napisan*. – Na osnovi dosadašnjih direktiva koje reguliraju područje prikupljanja podataka o cijenama prirodnog plina i električne energije, za krajnje korisnike u kućanstvima prikupljanje podataka je dobrovoljno. Ovakvo rješenje je dovodilo do određenih problema prilikom prikupljanja podataka od strane pojedinih država članica. Ova uredba sada omogućuje da prikupljanje podataka bude obavezno, kako za industrijske krajnje korisnike tako i za krajnje korisnike u kućanstvima.

Ovim se poboljšava i uvodi kompletna transparentnost cijena prirodnog plina i električne energije za sve korisnike i omogućuje održivost visoke kvalitete podataka u ovom području. Prikupljanje podataka o cijenama ne bi trebalo dodatno opteretiti tijela koja provode izvješćivanje, dok bi nadležna nacionalna tijela i dalje prikupljala podatke o cijenama.

Također, u izvješću je ukazano na nekoliko bitnih točaka i predložena su dobra rješenja, koja se odnose na probleme utvrđivanja subjekata odgovornih za raščlambu cijena, što se ne može prepustiti opskrbljivačima, zatim na očuvanju povjerljivosti podataka o opskrbljivačima i potrošačima, kao i u segmentu koji se odnosi na objašnjenje da se opći prosječni udio troškova prijenosa i distribucije može razlikovati samo na općoj razini kućanstva i kupaca koji nisu kućanstva. Procjenjujem da su to sve smišljena rješenja, zato moja potpora i glas idu ovome izvješću.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće koje je propis o prikupljanju statističkih podataka o cijenama plina i električne energije, pretvaranje džentlmenskog dogovora u propise za domaće cijene. Zakoni već postoje za industrijske cijene. Sadržaj, dakle, nije sporan.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – I cittadini hanno diritto di poter effettuare le proprie scelte di mercato in materia di energia elettrica e gas naturale in piena libertà e consapevolezza, per cercare il fornitore che offra loro il miglior soddisfacimento delle proprie esigenze personali e famigliari. Questo non è possibile se la normativa comunitaria non è aggiornata e se i prezzi finali reali di gas ed energia elettrica non sono trasparenti e comprensibili al cittadino. Occorre fare chiarezza sia sul termine «onere» sia sulle accise, precisando ove esse ricadano, a quanto ammontino e quale sia il prezzo reale finale del servizio per il fruitore. Si tratta di una norma di civiltà e di trasparenza.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à amender une proposition de règlement qui prévoit de rendre obligatoire la collecte de statistiques sur les prix du gaz et de l'électricité délivrés aux particuliers en secteur résidentiel. Pour rappel, une directive de 2008 rendait déjà cette collecte obligatoire pour les entreprises. D'après ce règlement, l'élaboration de statistiques européennes devrait aboutir à la constitution d'oligopoles européens transnationaux puis transatlantiques permettant de favoriser la concurrence, et donc la baisse des prix. Or, pour rappel, la Commission européenne avait imposé à la France une augmentation des tarifs d'EDF en 2007 pour créer artificiellement un marché concurrentiel de l'électricité. Par conséquent, croire que des acteurs privés non adossés à des États garantiront un approvisionnement sûr et abordable pour les consommateurs relève de l'illusion. Bien que ce rapport s'oppose à la délégation des pouvoirs à la Commission sans limite de durée, j'ai voté contre ce texte qui renforcera les contraintes administratives pour les États membres et les entreprises.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Obiectivul acestui regulament este de a transforma caracterul voluntar în caracter obligatoriu, pentru a evita problemele legate de colectarea de date raportate de mai multe state membre.

Este necesar acest demers pentru a nu permite calității colectării datelor privind prețurile la energie electrică și la gazele naturale pentru sectorul consumatorilor casnici să scadă în mod semnificativ și pentru a obține în continuare o acoperire largă de piață și o calitate ridicată a datelor privind prețurile.

Am votat în favoarea acestui raport prin care se dorește să se simplifice modalitatea de colectare a datelor privind prețurile, procedură care nu ar trebui să creeze o sarcină suplimentară pentru autoritățile de raportare, acestea urmând să fie colectate de autoritățile naționale competente.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – În 1990 a fost adoptată directiva prin care se definea procedura de creștere a transparenței prețurilor la gaze și energie electrică plătite de consumatorii finali industriali, iar în prezent colectarea datelor privind prețurile la gazele naturale și la energia electrică plătite de consumatorii casnici finali se efectuează pe bază de voluntariat.

Susțin prezentul regulament referitor la propunerea de regulament al Parlamentului European și al Consiliului privind statisticile europene referitoare la prețurile la gaze naturale și energie electrică și de abrogare a Directivei 2008/92/CE a Parlamentului European și a Consiliului privind o procedură comunitară de ameliorare a transparenței prețurilor la gaz și energie electrică aplicate utilizatorilor finali din industrie, întrucât consider necesar procesul de a transforma caracterul voluntar în caracter obligatoriu, pentru a evita problemele legate de colectare de date raportate de mai multe state membre. Colectarea datelor privind prețurile ar trebui sa revină autorităților naționale competente, pentru nu a complica cu nimic situația actuală.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore del regolamento in questione, che migliora la rilevazione dei dati relativi ai prezzi di gas naturale ed energia elettrica applicati ai consumatori finali domestici.

La metodologia attualmente applicata funziona su base volontaria. L'obiettivo del regolamento è quello di trasformare la base volontaria in base obbligatoria, in modo da evitare problemi nella rilevazione di dati, come segnalato da diversi Stati membri. Tale misura è necessaria per evitare un deterioramento significativo della qualità dell'indagine sui dati relativi ai prezzi di energia elettrica e gas naturale per il settore domestico e per continuare a mantenere un'ampia copertura di mercato e un'elevata qualità dei dati sui prezzi.

La rilevazione dei dati non comporterà un onere aggiuntivo per le autorità responsabili della trasmissione di dati e i dati sui prezzi continueranno a essere rilevati dalle autorità nazionali competenti.

La posizione del Parlamento mira a chiarire gli obiettivi, semplificare determinate disposizioni per le autorità responsabili della trasmissione di dati e le società che devono fornire i dati, nonché a evitare fraintendimenti che, nel peggiore dei casi, potrebbero dar luogo a serie di dati non comparabili.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained on this report. The objective of this regulation is to transform the voluntary basis regarding the collection of data for natural gas and electricity prices charged to household end-users into an obligatory one. Statistics must then be provided by Member States to Eurostat. The benefits of collecting the data regarding the natural gas and electricity prices that consumers pay in different Member States include that it will enhance transparency and may help to protect households from profiteering. However, the report also states that its aim is to develop a fully-integrated internal energy market. Sinn Féin believes that more transparency and obligatory reporting in the energy market is certainly required, but we have concerns about the Energy Union and the impact of a 'fully integrated internal energy market', so for this reason abstained.

David Casa (PPE), *in writing*. – Currently, the collection of data for natural gas and electricity prices charged to household end-users has been carried out on a voluntary basis. In order to ensure high quality reporting of price data for both the household and the-household sector, the Commission considered that the collection of both types of data should be covered by a legal act. I agree with the report and believe that in order to not let the quality of the survey of the electricity and natural gas price data for the household sector deteriorate significantly, and in order to continue to achieve a wide market coverage and high quality of price data, this step is necessary.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Si tratta di una relazione relativamente neutra, in quanto si occupa di formulazione di statistiche, corretta, senza criticità, già sostenuta in commissione ITRE. Ho quindi votato a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση, καθώς πιστεύουμε πως η εθελοντική βάση πρέπει να μετασχηματιστεί σε υποχρεωτική, έτσι ώστε να αποφεύγονται προβλήματα στη συγκέντρωση δεδομένων από ορισμένα κράτη μέλη. Το βήμα αυτό είναι απαραίτητο προκειμένου να αποφευχθεί η μείωση της ποιότητας της έρευνας για τα δεδομένα τιμών ηλεκτρικής ενέργειας και φυσικού αερίου για τον οικιακό τομέα και να συνεχιστεί η επίτευξη ευρείας κάλυψης της αγοράς και τιμολογιακών δεδομένων υψηλής ποιότητας.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε για την έκθεση σχετικά με τις ευρωπαϊκές στατιστικές όσον αφορά τις τιμές φυσικού αερίου και ηλεκτρικής ενέργειας. Πράγματι, η πρόταση για τη συλλογή των δεδομένων σχετικά με τις φυσικές τιμές του φυσικού αερίου και της ηλεκτρικής ενέργειας είναι θετική, καθώς μπορεί να ενισχυθεί, υπό προϋποθέσεις, η διαφάνεια και να προστατευθούν τα νοικοκυριά από την αισχροκέρδεια. Ωστόσο, στην έκθεση αναφέρεται ότι ο στόχος είναι να ενισχυθεί μια πλήρης, ολοκληρωμένη εσωτερική αγορά ενέργειας. Οφείλουμε να είμαστε προσεκτικοί ως προς το σημείο αυτό και να δρούμε πάντοτε με γνώμονα τα συμφέροντα των πολιτών. Καθώς κάτι τέτοιο δεν έχει εξασφαλιστεί, ψήφισα αρνητικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Mi esprimo a favore della relazione Kappel sulle statistiche in tema di gas naturale ed energia elettrica.

Infatti, questo documento si propone di migliorare la qualità dei dati sui prezzi di energia elettrica e gas naturale abrogando la direttiva 2008/92/CE e introducendo nuove misure. In particolare, il passaggio dalla comunicazione dei dati su base volontaria alla comunicazione su base obbligatoria rappresenta un passo in avanti nel campo della trasparenza per il consumatore finale domestico. Inoltre, la relazione chiarisce gli obiettivi e semplifica le procedure per la trasmissione dei dati al fine di evitare fraintendimenti, agevolando così il confronto dei dati.

Comprendo la decisione della delegazione francese, che ha ritenuto opportuno esprimere un parere contrario a questa relazione per ragioni politiche, ma sottolineo che, dal punto di vista pratico, il lavoro svolto dall'on. Kappel rimane molto buono.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the Statistics on natural gas and electricity prices and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Há muito que a UE procede à recolha de dados sobre os preços do gás natural e da eletricidade, recolhidos e publicados pelo Eurostat, tendo sido melhorado o seu procedimento, mas sendo a sua base de cariz voluntário.

Apoio o Relatório Kappel, que vem proceder à passagem de um regime voluntário a um regime obrigatório no que respeita à recolha de dados sobre os preços do gás natural e da eletricidade, evitando a ocorrência de problemas relatados pelos Estados, beneficiando o consumidor e permitindo uma vasta cobertura do mercado com elevado nível de qualidade dos dados relativos aos preços.

Com as novas regras estabelecidas neste relatório, clarificam-se objetivos, simplificam-se procedimentos e aumenta-se a transparência.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione, in quanto condivido la necessità di procedere ad una rilevazione obbligatoria dei dati relativi ai prezzi di gas naturale ed energia elettrica, applicati ai consumatori domestici per evitare da un lato problemi nelle rilevazioni statistiche e dall'altro per evitare che vi sia un deterioramento della qualità dell'indagine sui dati relativi ai prezzi. La tutela del consumatore finale deve essere garantita attraverso sistemi di rilevazione trasparenti ed omogenei.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — I support the call to define the procedure to improve the transparency of gas and electricity prices charged to industrial end-users.

A good understanding of the taxes, fees, levies and charges in each Member State is essential for ensuring price transparency. The importance of a breakdown of the data on network costs, taxes, fees, levies and charges is also a must, as the report rightly underlines.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe debido a que supone un paso adelante en la implementación de la Unión Energética. Pese a que consideramos importante la armonización en lo referente a la estructura de los precios, de cara a mejorar la transparencia de los mercados eléctricos y del precio final pagado por el consumidor, esta propuesta se hace con la única intención de profundizar la integración de los mercados energéticos. Nuestra apuesta es contraria a la Unión Energética, puesto que consideramos que la energía es un bien público y no solo una mercancía. Es por ello y nuestra oposición a la Unión Energética por lo que, pese a considerar necesario la armonización de las estadísticas en la Unión, he votado en contra de este informe.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Comisia Europeană a colectat datele privind prețurile la energie electrică și gaze naturale începând cu anii 1970. Colectarea datelor privind prețurile gazelor naturale și a energiei electrice plătite de consumatorii casnici se efectuează pe bază de voluntariat. Am votat pentru transformarea caracterului voluntar în cel obligatoriu, atât pentru consumatorii casnici, cât și pentru cei industriali. Aceste date urmează a fi colectate de către autoritățile naționale competente. Simplificarea procedurii de colectare și analizare a datelor reprezintă o prioritate în acest caz. Statisticile actuale au la bază verificarea facturilor din bazele de date ale furnizorilor. În acest sens, este important să se protejeze caracterul confidențial al informațiilor privind consumatorii și furnizorii.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zgadzam się z rozporządzeniem, w którym mowa o obowiązku nakładanym na państwa członkowskie, jeśli chodzi o gromadzenie i przedkładanie danych statystycznych dotyczących cen gazu ziemnego i energii elektrycznej dla odbiorców przemysłowych i gospodarstw domowych. Dane te dotyczą cen energii elektrycznej, opłat za dostęp do sieci, podatków i opłat oraz ich składników podrzędnych i byłyby zgłaszane co sześć miesięcy. Proponowane rozporządzenie ma celu zastąpienie dyrektywy 2008/92/WE, która taki obowiązek nakłada w odniesieniu do odbiorców przemysłowych. Gromadzenie, jak i przedkładanie danych ma na celu monitorowanie wewnętrznego rynku energii oraz skutków różnych strategii politycznych w dziedzinie energii, takich jak wspieranie odnawialnych źródeł energii. W głosowaniu oddałem głos za przyjęciem dokumentu.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif porte sur l'établissement de statistiques sur le prix du gaz et de l'électricité. Étant opposé aux valeurs et principes politiques défendus par la rapporteure Barbara Kappell, députée autrichienne et membre du groupe europhobe «Europe des Nations et des Libertés», j'ai décidé de ne pas soutenir ce rapport.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az Európai Bizottság az 1970-es évek óta gyűjt adatokat a földgáz- és villamosenergia-árakról. A Tanács 1990-ben fogadta el azt az irányelvet, amely meghatározta az ipari végfelhasználók által fizetendő gáz- és villamosenergia-árak átláthatóságának javítását célzó eljárást; ez azonban a háztartási fogyasztókra nem vonatozik. Az egyre bonyolultabbá váló belső energiapiac az adatszolgáltatásra vonatkozó, kötelező jogi erővel bíró szabályok hiánya egyre inkább megnehezítette a földgáz- és villamosenergia-árakkal kapcsolatos megbízható és naprakész adatok beszerzését, különösen a lakossági ágazat tekintetében. A jelentés célja, hogy a háztartási ágazatra vonatkozó villamosenergia- és földgázárak felmérésének minősége ne romoljon, továbbá a piac széles rétegeiről adjon képet, valamint hogy megmaradjon az áradatok magas minősége.

A javaslat értelmében az adatgyűjtés nem róna további terheteket az adatszolgáltató hatóságokra, és az áradatok gyűjtését továbbra is az illetékes nemzeti hatóságok végeznék. Ennek a jelentésnek a célja, hogy tisztázza a célokat és bizonyos rendelkezéseket egyértelművé tegyen az adatszolgáltatásra kötelezett hatóságok és cégek számára.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. –Az Európai Bizottság az 1970-es évek óta gyűjt adatokat a földgáz- és villamosenergia-árakról. A Tanács 1990-ben fogadta el azt az irányelvet, amely meghatározta az ipari végfelhasználók által fizetendő gáz- és villamosenergia-árak átláthatóságának javítását célzó eljárást; ez azonban a háztartási fogyasztókra nem vonatozik. Az egyre bonyolultabbá váló belső energiapiac, az adatszolgáltatásra vonatkozó, kötelező jogi erővel bíró szabályok hiánya egyre inkább megnehezítette a földgáz- és villamosenergia-árakkal kapcsolatos megbízható és naprakész adatok beszerzését, különösen a lakossági ágazat tekintetében.

A jelentés célja, hogy a háztartási ágazatra vonatkozó villamosenergia- és földgázárak felmérésének minősége ne romoljon, továbbá a piac széles rétegeiről adjon képet, valamint hogy megmaradjon az áradatok magas minősége. A javaslat értelmében az adatgyűjtés nem róna további terheteket az adatszolgáltató hatóságokra, és az áradatok gyűjtését továbbra is az illetékes nemzeti hatóságok végeznék. Ennek a jelentésnek a célja, hogy tisztázza a célokat és bizonyos rendelkezéseket egyértelművé tegyen az adatszolgáltatásra kötelezett hatóságok és cégek számára.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport, mais contre la proposition de la Commission et contre le mandat de délégation. Ce texte vient en complément des paquets de libéralisation dans le secteur de l'énergie adoptés dans les années 2004-2012. L'objectif est de rassembler des statistiques européennes pour inciter à la création d'oligopoles transnationaux européens. Toutefois, ce texte devrait en bonne logique faire l'objet d'une directive, et non pas d'un règlement. Deuxièmement, la délégation de pouvoir en faveur de la Commission ne connaît pas de limite dans le temps. Enfin, ce système met en place une gestion administrative lourde, source de difficultés pour les entreprises concernées.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Не подкрепих този доклад, въпреки че станахме свидетели на задълбочен консултативен процес под форма на диалог не само с държавите членки, но и националните регулатори. Регламентът бе тълкуван с цел да бъде заменена Директива 2008/92/ЕО.

Съгласно този регламент държавите членки ще трябва да се съберат и да представят статистически данни за цените за промишлените потребители и домакинства за природен газ и електроенергия. Данните за цените ще бъдат докладвани на всеки шест месеца за различните обеми на потребление и ще покриват цените на енергията, таксите за достъп, такси и налози, както и техните подкомпоненти.

Независимо от странното първо впечатление, този доклад се занимава само с фактическо отчитане и налага други задължения на държавите членки. Ето защо суверенитетът на държавите членки по отношение на политиката остава непокътнат. Това е причината, поради която реших да подкрепя тази инициатива.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η έκθεση παραχωρεί υπερεξουσίες στην Επιτροπή, ειδικά στον τομέα της έκδοσης κατ' εξουσιοδότησης πράξεων με σκοπό την τροποποίηση του κειμένου του κανονισμού.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az Európai Bizottság az 1970-es évek óta gyűjt adatokat a földgáz- és villamosenergia-árakról. A Tanács 1990-ben fogadta el azt az irányelvet, amely meghatározta az ipari végfelhasználók által fizetendő gáz- és villamosenergia-árak átláthatóságának javítását célzó eljárást; ez azonban a háztartási fogyasztókra nem vonatozik. Az egyre bonyolultabbá váló belső energiapiacon az adatszolgáltatásra vonatkozó, kötelező jogi erővel bíró szabályok hiánya egyre inkább megnehezítette a földgáz- és villamosenergia-árakkal kapcsolatos megbízható és naprakész adatok beszerzését, különösen a lakossági ágazat tekintetében. A jelentés célja, hogy a háztartási ágazatra vonatkozó villamosenergia- és földgázárak felmérésének minősége ne romoljon, továbbá a piac széles rétegeiről adjon képet, valamint hogy megmaradjon az áradatok magas minősége.

A javaslat értelmében az adatgyűjtés nem róna további terheteket az adatszolgáltató hatóságokra, és az áradatok gyűjtését továbbra is az illetékes nemzeti hatóságok végeznék. Ennek a jelentésnek a célja, hogy tisztázza a célokat, és bizonyos rendelkezéseket egyértelművé tegyen az adatszolgáltatásra kötelezett hatóságok és cégek számára. Az Európai Néppárt iránymutatásának értelmében szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A recolha de dados relativos aos preços no consumidor final do gás natural e da eletricidade foi efetuada numa base voluntária — com uma taxa de resposta de 100 %. O objetivo do presente regulamento consiste em transformar um regime voluntário num regime obrigatório, de modo a evitar a ocorrência de problemas na recolha de dados.

Este passo é necessário, a fim de evitar que a qualidade dos dados do inquérito sobre os preços da eletricidade e do gás natural para o setor do consumo doméstico se deteriore significativamente e para continuar a alcançar uma vasta cobertura do mercado, bem como um nível elevado de qualidade dos dados relativos aos preços.

O presente relatório visa clarificar os objetivos, simplificar determinadas disposições para as autoridades declarantes e as empresas que têm de fornecer os dados, bem como evitar mal-entendidos que – no pior dos casos – levariam a conjuntos de dados incomparáveis.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre la proposition de la Commission, contre le mandat de négociation et pour le rapport: même avec les amendements de suppression de la délégation qui limite la casse, la proposition de la Commission ne parait pas assez bonne pour être votée, du fait d'un niveau de contrainte trop élevé pour les États et les entreprises et d'une délégation injustifiée à la Commission.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Desde os anos 70 que a Comissão Europeia tem procedido à recolha de dados sobre os preços do gás natural e da eletricidade. Em 1990, o Conselho adotou a diretiva que define o procedimento com vista a melhorar a transparência dos preços no consumidor final industrial do gás e da eletricidade, mas não no que diz respeito ao consumidor doméstico.

A metodologia foi alterada em 2007 para ter em conta a liberalização dos mercados da energia. Entretanto, a recolha de dados relativos aos preços no consumidor final do gás natural e da eletricidade foi efetuada numa base voluntária — com uma taxa de resposta de 100%.

De acordo com a relatora, o «objetivo deste regulamento consiste em transformar um regime voluntário num regime obrigatório, de modo a evitar a ocorrência de problemas na recolha de dados, tal como tem vindo a ser relatado por diversos Estados-Membros».

Somos a favor da recolha de dados sobre os preços do gás e da eletricidade, tendo em vista a transparência e a proteção das famílias e consumidores finais. No entanto, este relatório é mais um capítulo do caderno de encargos do Mercado Único Europeu e da dita União Energética, maquilhado, aqui e ali, de pretensas boas intenções. Votámos contra.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole alla presente relazione, in quanto è necessario modificare il sistema di rilevazione dei dati relativi ai prezzi di gas naturale ed energia elettrica, applicati ai consumatori finali domestici, passando dall'attuale rilevazione su base volontaria a quella su base obbligatoria. Tale cambiamento evita un deterioramento della qualità dell'indagine, garantendo al tempo stesso un'ampia copertura di mercato ed un'elevata qualità dei dati sui prezzi.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Na základe zmenenej metodiky z roku 2007 bol zber údajov o cenách zemného plynu a elektriny účtovaných koncovým odberateľom vykonávaný na základe dobrovoľnosti. Cieľom tohto nariadenia je zmeniť dobrovoľný zber údajov na povinný, a to z dôvodu, aby sa nezhoršila kvalita štatistického zisťovania cien v sektore domácností a aby tieto údaje naďalej zabezpečovali vysokú kvalitu. Vnútroštátny regulačný orgán alebo vláda by mali navrhnúť metodiku rozčlenenia nákladov. Oznamovanie informácií o cenách sa stane pre veľkých odberateľov mimo domácností povinným.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione che rende obbligatoria la rilevazione di dati relativi ai prezzi di gas naturale ed energia elettrica, in modo da evitare problemi nella rilevazione.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την σχετική έκθεση καθώς παραχωρεί υπερεξουσίες στην Επιτροπή, ειδικά στον τομέα της έκδοσης κατ' εξουσιοδότησης πράξεων με σκοπό την τροποποίηση του κειμένου του κανονισμού.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. — I voted in favour of this report as the collection of statistical data will enable Member States to plan their energy needs better. In addition, the collection of prices will enable the internal energy market to function better and ultimately lead to lower prices for consumers. I am pleased that the Commission carried out extensive consultations with the Member States governments so that the proposal put forward that was acceptable to the majority.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az Európai Bizottság az 1970-es évek óta gyűjt adatokat a földgáz- és villamosenergia-árakról. A Tanács 1990-ben fogadta el azt az irányelvet, amely meghatározta az ipari végfelhasználók által fizetendő gáz- és villamosenergia-árak átláthatóságának javítását célzó eljárást; ez azonban a háztartási fogyasztókra nem vonatozik. Az egyre bonyolultabbá váló belső energiapiac, az adatszolgáltatásra vonatkozó, kötelező jogi erővel bíró szabályok hiánya egyre inkább megnehezítette a földgáz- és villamosenergia-árakkal kapcsolatos megbízható és naprakész adatok beszerzését, különösen a lakossági ágazat tekintetében.

A jelentés célja, hogy a háztartási ágazatra vonatkozó villamosenergia- és földgázárak felmérésének minősége ne romoljon, továbbá a piac széles rétegeiről adjon képet, valamint hogy megmaradjon az áradatok magas minősége. A javaslat értelmében az adatgyűjtés nem róna további terheteket az adatszolgáltató hatóságokra, és az áradatok gyűjtését továbbra is az illetékes nemzeti hatóságok végeznék. Ennek a jelentésnek a célja, hogy tisztázza a célokat és bizonyos rendelkezéseket egyértelművé tegyen az adatszolgáltatásra kötelezett hatóságok és cégek számára.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az Európai Bizottság az 1970-es évek óta gyűjt adatokat a földgáz- és villamosenergia-árakról. A Tanács 1990-ben fogadta el azt az irányelvet, amely meghatározta az ipari végfelhasználók által fizetendő gáz- és villamosenergia-árak átláthatóságának javítását célzó eljárást, ez azonban a háztartási fogyasztókra nem vonatozik. Az egyre bonyolultabbá váló belső energiapiac, az adatszolgáltatásra vonatkozó, kötelező jogi erővel bíró szabályok hiánya egyre inkább megnehezítette a földgáz- és villamosenergia-árakkal kapcsolatos megbízható és naprakész adatok beszerzését, különösen a lakossági ágazat tekintetében.

A jelentés célja, hogy a háztartási ágazatra vonatkozó villamosenergia- és földgázárak felmérésének minősége ne romoljon, továbbá a piac széles rétegeiről adjon képet, valamint hogy megmaradjon az áradatok magas minősége. A javaslat értelmében az adatgyűjtés nem róna további terheteket az adatszolgáltató hatóságokra, és az áradatok gyűjtését továbbra is az illetékes nemzeti hatóságok végeznék. Ennek a jelentésnek a célja, hogy tisztázza a célokat, és bizonyos rendelkezéseket egyértelművé tegyen az adatszolgáltatásra kötelezett hatóságok és cégek számára.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe, considerando que, desde la década de 1970, la Comisión Europea ha estado recabando datos sobre los precios del gas natural y la electricidad. La metodología se modificó en 2007 con el fin de tener en cuenta la liberalización de los mercados de la energía. Mientras tanto, la recogida de datos relativos a los precios del gas natural y la electricidad aplicados a los usuarios domésticos se ha estado realizando con carácter voluntario, con un índice de respuesta del 100 %. El objetivo del nuevo Reglamento es convertir este carácter voluntario en obligatorio, a fin de evitar problemas en la recogida de datos. No hay duda de que esta medida es necesaria para evitar que la calidad de la encuesta sobre los datos relativos a los precios de la electricidad y el gas natural correspondientes al sector de los hogares se deteriore considerablemente.

Elisabetta Gardini (PPE), *in writing*. – Energy, both gas and electricity is the lifeblood of the modern economy and thus energy policies have a huge impact on consumers and businesses alike. In order for us policy makers to make the best possible regulations in order to support the energy market there is a natural need for up-to-date quality information and data. Given this, I supported this report, as it will help us make rules and regulations for European energy market with the most relevant information. This is key to make the market sustainable while promoting economic growth in the wider economy.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Bericht zu Erdgas- und Strompreisstatistiken gestimmt. Was sehr technisch klingt, hat eine nicht unerhebliche Bedeutung für den Alltag von Bürgern und Familien in Europa, denen steigende Gas- und Strompreise immer mehr auf der Tasche lasten. Durch eine verbesserte Vergleichbarkeit nationaler Statistiken in diesem Bereich sorgt die EU für bessere Vergleichbarkeit und mehr echte Wahlfreiheit im Binnenmarkt. Das spart uns Bürgern und Familien bares Geld!

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Eine einheitliche Erdgas- und Strompreisstatistik innerhalb der Europäischen Union ist zu begrüßen. Eine solche Statistik, unter der Aufsicht von Eurostat, dient der Vergleichbarkeit und trägt wesentlich zur Transparenz des Energiemarktes bei. Ich bin der Ansicht, dass dadurch die Rechte des Endverbrauchers erheblich gestärkt werden.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Si a primera vista la idea general del informe puede parecer buena: obligar a los Estados miembros a comunicar a Eurostat las estadísticas del precio del gas y de la electricidad, al final lo que busca es una vía para promover el mercado energético único a escala europea. Este mercado va en el sentido de una mayor liberalización del sector energético, lo que significa un papel más importante para el mercado y un poder menor para los Estados, para que estos puedan regular el sector en función de consideraciones medioambientales o sociales. Por ello, voto en contra.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Following my group position, I did not vote on this report, as this is a report drafted by an ENF Member.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report. The price collection is supposed to not lead to an additional burden for the reporting authorities and the price data will continue to be collected by the competent national authorities. This report aims to clarify the goals, facilitate certain provisions for the reporting authorities and the companies which have to provide the data, as well as to avoid misunderstandings which – in the worst case – would lead to incomparable data sets.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση έχει ως βασικό στόχο την προώθηση μεταρρυθμίσεων για ενίσχυση της ανταγωνιστικότητας και ολοκλήρωση της ενιαίας αγοράς φυσικού αερίου και ηλεκτρικής ενέργειας. Κατά την δική μας άποψη είναι πολύ σημαντικό να ενισχυθεί η διαφάνεια όσον αφορά τις τιμές που χρεώνονται στους οικιακούς καταναλωτές για το φυσικό αέριο αλλά και για την ηλεκτρική ενέργεια. Βασικός μας στόχος είναι η προστασία των πολιτών από την αισχροκέρδεια, και να επιτύχουμε την ασφάλεια του ενεργειακού εφοδιασμού των νοικοκυριών με όσο το δυνατό πιο χαμηλές τιμές. Για τους ανωτέρω λόγους, θεωρούμε ενδεδειγμένη τη στάση αυτή της καταψήφισης.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this regulation that will make it mandatory for the national regulatory authority or government to submit a cost breakdown methodology on the natural gas and electricity prices in their Member State, to ensure the correct and fair comparability of prices between countries. Until now, the European Commission has been collecting data on natural gas and electricity prices on a voluntary basis from Member States. However as problems in the data collection have been increasingly reported by several Member States, this regulation is being brought in to law to transform the voluntary basis of collection into an obligatory one. I believe the introduction of this regulation will help prevent any further problems in the quality of data collection.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour as I have no objections

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – This regulation requires Member States to collect and submit statistics every six months on the prices charged to industrial consumers and households for natural gas and electricity. Seeing as it was proposed after consulting the Member States, and considering this reporting will not have an impact on policies of individual countries but will allow to monitor the market, I have voted favourably.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az Európai Bizottság az 1970-es évek óta gyűjt adatokat a földgáz- és villamosenergia-árakról. A Tanács 1990-ben fogadta el azt az irányelvet, amely meghatározta az ipari végfelhasználók által fizetendő gáz- és villamosenergia-árak átláthatóságának javítását célzó eljárást, ez azonban a háztartási fogyasztókra nem vonatozik. Az egyre bonyolultabbá váló belső energiapiac, az adatszolgáltatásra vonatkozó, kötelező jogi erővel bíró szabályok hiánya egyre inkább megnehezítette a földgáz- és villamosenergia-árakkal kapcsolatos megbízható és naprakész adatok beszerzését, különösen a lakossági ágazat tekintetében.

A jelentés célja, hogy a háztartási ágazatra vonatkozó villamosenergia- és földgázárak felmérésének minősége ne romoljon, továbbá a piac széles rétegeiről adjon képet, valamint hogy megmaradjon az áradatok magas minősége. A javaslat értelmében az adatgyűjtés nem róna további terheteket az adatszolgáltató hatóságokra, és az áradatok gyűjtését továbbra is az illetékes nemzeti hatóságok végeznék. Ennek a jelentésnek a célja, hogy tisztázza a célokat, és bizonyos rendelkezéseket egyértelművé tegyen az adatszolgáltatásra kötelezett hatóságok és cégek számára.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za izvješće o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o europskoj statistici cijena prirodnog plina i električne energije i stavljanju izvan snage Direktive 2008/92/EZ Europskog parlamenta i Vijeća o postupku Zajednice za poboljšanje transparentnosti cijena plina i električne energije koje se zaračunavaju industrijskim krajnjim korisnicima, jer smatram da je potrebno da se osiguraju kvalitetni i točni podaci o cijenama plina i električne energije za kućanstva da bi se osigurala velika pokrivenost tržišta.

Prikupljanje podataka o cijenama ne bi trebalo rezultirati dodatnim opterećenjem za tijela koja provode izvješćivanje, a nadležna nacionalna tijela i dalje će prikupljati podatke o cijenama. Cilj ovog izvješća jest razjasniti ciljeve, pojednostavniti određene odredbe za tijela koja provode izvješćivanje i poduzeća koja dostavljaju podatke o cijenama prirodnog plina i električne energije, kako bi se izbjegli nesporazumi, netočni podaci i nejasni rezultati.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce texte prévoit de rendre obligatoire la collecte de statistiques sur les prix de l'électricité et du gaz délivrés aux particuliers, alors que cette collecte était volontaire. Pour les entreprises, une directive de 2008 rendait déjà cette collecte obligatoire.

Cette proposition est un accessoire des paquets de libéralisation dans le secteur de l'énergie adoptés dans les années 2004-2012. Le but affiché est de faire des statistiques européennes pour inciter ensuite à la création d'oligopoles transnationaux européens, puis transatlantiques, qui «mis en concurrence», «baisseront les prix». Or, c'est l'inverse qui s'est passé, la Commission européenne a forcé la France à augmenter les tarifs d'EDF à partir de 2007, pour créer, artificiellement un marché concurrentiel de l'électricité. De plus, pour ce qui est du gaz, faire croire que des acteurs privés, non adossés à des États vont garantir un approvisionnement sûr et abordable relève de la gageure.

La suppression de la délégation à la commission (amendements 1,3,6) va dans le bon sens. Certaines idées du rapporteur plus souverainistes et plus «pro-industrie» ont été cependant vidées en commission ITRE.

Si je me suis opposé à la proposition de la Commission et au mandat de négociation, j'ai voté en faveur du rapport.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für den vorliegenden Bericht. Er sieht vor, dass Preisstatistiken nicht nur bei Nicht-Haushaltskunden erhoben werden, sondern auch bei Haushaltskunden, damit im Bereich der europäischen Energiepolitik informationsbasierte Entscheidungen zum Wohle der Elektrizitäts- und Gaskonsumenten getroffen werden können.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Lai nodrošinātu vienota enerģētikas tirgus darbību, ir nepieciešami uzticami statistikas dati. Tādēļ Eiropas Komisija ir nākusi klajā ar likumdošanu, kas nodrošinās augstvērtīgu datu apkopošanu un izvērtēšanu par gāzes un elektrības cenām Eiropas Savienībā. Komisija pēc šī likuma pieņemšanas iegūs datus par dabasgāzes un elektrības cenām, kuras maksā mājsaimniecības un uzņēmumi, un varēs padziļināti izvērtēt vienotā enerģētikas tirgus darbību, lai nepieciešamības gadījumā nāktu klajā ar attiecīgu likumdošanu nepilnību novēršanai. Ņemot vērā augstāk minētos iemeslus, balsoju par šo likumu.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report as its objective is to transform the voluntary basis of the collection of data for households into an obligatory one, so as to avoid problems in data collection as having been reported by several Member States.

Jaromír Kohlíček (GUE/NGL), *písemně*. – Ceny zemního plynu a elektrické energie jsou zajímavé z řady pohledů. Jedním z nejdůležitějších důvodů, proč právě tyto ceny mají být dlouhodobě povinně sledovány, je srovnatelnost shromažďovaných údajů. Dodávky plynu i elektrické energie představují v současnosti typická síťová odvětví. Naštěstí parametry elektrické energie i plynu jsou ve státech EU sjednoceny (stabilita napětí a frekvence u střídavého proudu, jakostní parametry u zemního plynu). Cena pro konečného spotřebitele ovšem má minimálně dvě složky, cenu za množství (normální metry kubické u plynu, kWh) a cenu za dodávku. Zejména u nejrůznějších „cen za dodávku" vidíme nutnost definovat, které poplatky budou součástí ceny energie v položce doprava, respektive využití sítě, a které v položce množství spotřebované energie. Jde zde zejména o spotřební daně a různě strukturované poplatky za připojení k síti.

Nařízení má sjednotit metodiku vykazování cen a odstranit tak případné zjištěné nejasnosti. Právě tím můžeme získat spolehlivou statistickou informaci. Jsou definována referenční období, četnost předávání údajů i možnost udílení výjimek. Zpráva je poměrně jasná, doufám, že praktické použití tohoto nařízení nenarazí na zásadní nejasnosti. Protože zároveň s přijetím daného nařízení se ruší směrnice 2008/92/ES, nedochází ani ke zvýšení počtu platných směrnic a nařízení EU. Přijetí zprávy proto podporuji.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Dne 13. září 2016 jsme na plenárním zasedání Evropského parlamentu ve Štrasburku hlasovali o zprávě o návrhu nařízení o evropských statistikách cen zemního plynu a elektřiny. Statistiky pro ceny plynu a elektřiny jsou součástí evropského systému energetických statistik, který spravuje Eurostat. Cílem tohoto nařízení je transformovat na dnes dobrovolné bázi založený sběr dat pro ceny zemního plynu a elektřiny účtované koncovým zákazníkům – domácnostem do povinného. Osobně jsem pro nápad shromažďovat údaje týkající se cen zemního plynu a elektřiny, které spotřebitelé platí v různých zemích, neboť to zvýší transparentnost a může to pomoci ochránit domácnosti a konečné spotřebitele před pochybnými cenovými praktikami některých dodavatelů energií a plynu. Tento krok je také nezbytný pro kvalitu průzkumu dat cen elektřiny a zemního plynu. Nicméně samotná zpráva je napsána v duchu směřování EU k úplnému, společnému vnitřnímu trhu s energií, s čímž nemohu vůbec souhlasit. Dlouhodobě totiž zastávám názor, že problematika dodávek energií a jejich produkce patří čistě jen do suverénních pravomocí národních států a na celoevropskou úroveň by se rozhodně přenášet neměla. Samotnému projednávání dokumentu z mého pohledu také neprospělo ani to, že se někteří kolegové pokusili do textu propašovat změny v neprospěch jaderné energetiky. Proto jsem se musela při hlasování zdržet.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az Európai Bizottság az 1970-es évek óta gyűjt adatokat a földgáz- és villamosenergia-árakról. A Tanács 1990-ben fogadta el azt az irányelvet, amely meghatározta az ipari végfelhasználók által fizetendő gáz- és villamosenergia-árak átláthatóságának javítását célzó eljárást; ez azonban a háztartási fogyasztókra nem vonatozik. Az egyre bonyolultabbá váló belső energiapiacon az adatszolgáltatásra vonatkozó, kötelező jogi erővel bíró szabályok hiánya egyre inkább megnehezítette a földgáz- és villamosenergia-árakkal kapcsolatos megbízható és naprakész adatok beszerzését, különösen a lakossági ágazat tekintetében. A jelentés célja, hogy a háztartási ágazatra vonatkozó villamosenergia- és földgázárak felmérésének minősége ne romoljon, továbbá a piac széles rétegeiről adjon képet, valamint hogy megmaradjon az áradatok magas minősége.

A javaslat értelmében az adatgyűjtés nem róna további terheteket az adatszolgáltató hatóságokra, és az áradatok gyűjtését továbbra is az illetékes nemzeti hatóságok végeznék. Ennek a jelentésnek a célja, hogy tisztázza a célokat, és bizonyos rendelkezéseket egyértelművé tegyen az adatszolgáltatásra kötelezett hatóságok és cégek számára.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. — Подкрепих доклада относно предложението за регламент на Европейския парламент и на Съвета относно европейската статистика на цените на природния газ и електроенергията и за отмяна на Директива 2008/92/ЕО на Европейския парламент и на Съвета относно процедура на Общността за подобряване на прозрачността на цените на газ и електроенергия за промишлени крайни потребители, тъй като смятам че достъпът до данни за цените на природен газ и електроенергия е в интерес на крайния битов потребител.

Тази стъпка би подобрила качеството на проучване на данните за цените на електроенергията и природния газ за битовия сектор, включването на компоненти, като например акцизи, както и осигуряване на сравнимостта на цените между отделните страни членки. Считам, че достъпът до данни за секторите на битови потребители и небитови потребители би спомогнало за по-добра методология за разбивка на разходите, както и за точността на общия среден дял на разходи за пренос и разпределение.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – I supported the resolution because the collection of the electricity and natural gas price charged to industrial consumers and households should become obligatory for all Member States. This step is necessary in order to continue to achieve a wide market coverage and high quality of price data. The price data on gas and electricity prices are needed for monitoring the internal market for energy, and the impacts of various policies in the field of energy, such as support for renewable energy sources. This is particularly important in the context of the Energy Union strategy, which obligates the Commission to prepare reports about energy costs and prices every two years, starting in 2016.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Le misure contenute nella presente relazione risultano essere doverose per evitare un danneggiamento della qualità dell'indagine sui dati relativi ai prezzi di energia elettrica e gas naturale per il settore domestico, e per continuare a mantenere una vasta copertura di mercato e un'elevata qualità dei dati sui prezzi. Essa intende, tra gli altri punti, agevolare determinate disposizioni per le autorità responsabili che si occupano della trasmissione di dati e le società che forniscono i dati, nonché evitare circostanze che possano addurre equivoci relativamente a dati non comparabili. Di conseguenza, reputo opportuno sostenere il progetto di risoluzione legislativa del Parlamento europeo, così come posto al voto oggi.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il renforce les obligations pesant sur les États.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur les statistiques sur les prix du gaz et de l'électricité. Ce texte prévoit de rendre obligatoire la collecte de statistiques sur les prix de l'électricité et du gaz délivrés aux particuliers, alors que cette collecte était volontaire. Pour les entreprises, une directive de 2008 rendait déjà cette collecte obligatoire. Cette proposition est un accessoire des paquets de libéralisation dans le secteur de l'énergie adoptés dans les années 2004-2012. Le but affiché est de faire des statistiques européennes pour inciter ensuite à la création d'oligopoles transnationaux européens, puis transatlantiques, qui «mis en concurrence», «baisseront les prix». Or, c'est l'inverse qui s'est passé, la Commission européenne a forcé la France à augmenter les tarifs d'EDF à partir de 2007, pour créer, artificiellement un marché concurrentiel de l'électricité. De plus, pour ce qui est du gaz, faire croire que des acteurs privés, non adossés à des États vont garantir un approvisionnement sûr et abordable relève de la gageure.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – La proposition de la Commission ne me semble pas acceptable, du fait d'un niveau de contrainte trop élevé pour les États et les entreprises, et d'une délégation injustifiée à la Commission.

J'ai donc voté contre la proposition de la Commission, contre le mandat de négociation et pour le rapport en lui-même.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe debido a que supone un paso adelante en la implementación de la Unión Energética. Pese a que consideramos importante la armonización en lo referente a la estructura de los precios, de cara a mejorar la transparencia de los mercados eléctricos y del precio final pagado por el consumidor, esta propuesta se hace con la única intención de profundizar la integración de los mercados energéticos. Nuestra apuesta es contraria a la Unión Energética, puesto que consideramos que la energía es un bien público y no solo una mercancía. Es por ello y nuestra oposición a la Unión Energética por lo que, pese a considerar necesario la armonización de las estadísticas en la Unión, he votado en contra de este informe.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in support of collecting data in order to be able to compare prices of natural gas and electricity in other Member States. This will ensure high quality price data.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Nesouhlasím s rozšiřováním okruhu povinného vykazování pro statistické účely, zbytečně to zatěžuje firmy.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The objective of this regulation is to transform the voluntary basis of collecting information about gas prices into an obligatory one to avoid problems in the data collection as has been reported by several Member States. I fully support the adoption of this regulation, because the creation of the common European energy market needs reliable information. The way to a common EU energy market consists of a lot of steps. This important decision is one of them.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Cieľom tohoto návrhu je zmeniť súčasný dobrovoľný zber údajov o cenách zemného plynu a elektrickej energie na povinný tak, aby sa zvýšila kvalita štatistického zisťovania a súčasne sa zachovala ochrana citlivých údajov o spotrebiteľoch a dodávateľoch. Zber údajov budú naďalej vykonávať vnútroštátne orgány. Podporujem preto správu o návrhu nariadenia Európskeho parlamentu a Rady o európskej štatistike cien zemného plynu a elektriny a o zrušení smernice Európskeho parlamentu a Rady 2008/92/ES o postupe Spoločenstva na zlepšenie transparentnosti cien plynu a elektrickej energie účtovaných priemyselným koncovým odberateľom.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Απείχα κατά την ψηφοφορία της έκθεσης σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για τις ευρωπαϊκές στατιστικές όσον αφορά τις τιμές φυσικού αερίου και ηλεκτρικής ενέργειας και για την κατάργηση της οδηγίας 2008/92/ΕΚ του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου σχετικά με κοινοτική διαδικασία για τη βελτίωση της διαφάνειας των τιμών αερίου και ηλεκτρικής ενέργειας για τον τελικό βιομηχανικό καταναλωτή, διότι δεν είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport, mais contre la proposition de la Commission et contre le mandat de délégation.

Ce texte est accessoire des paquets de libéralisation dans le secteur de l'énergie adoptés dans les années 2004-2012. L'objectif est de faire de rassembler des statistiques européennes pour inciter ensuite à la création d'oligopoles transnationaux européens.

J'adresse aux textes trois reproches essentiels: tout d'abord, ce texte devrait en bonne logique faire l'objet d'une directive, et non pas d'un règlement. Deuxièmement, la délégation de pouvoir en faveur de la Commission ne connaît pas de limite dans le temps. Enfin, ce système met en place une gestion administrative lourde, source de difficultés pour les entreprises concernées.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. — Regarding the report on the proposal for a regulation of the EU Parliament and of the Council on European statistics on natural gas and electricity prices, I find it crucial to make the voluntary collection of data obligatory not only to avoid any sort of conflict and misunderstanding, but also to be able to provide high-quality price data. I give my full support to the transparency of prices but also assert the need of confidentiality of sensitive information of consumers and suppliers. Without further delay, I want to express my positive vote towards the resolution.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme se zabývali zprávou, která stanoví postup shromažďování a předávání statistických dat Evropské komisi, resp. úřadu EUROSTAT, týkajících se cen plynu a elektřiny. Cílem nařízení, o kterém jsme dnes diskutovali, je změnit dosavadní dobrovolné shromažďování údajů na povinné. S tím bych v zásadě asi neměl problém, ačkoli v nařízení nevidím žádné přesvědčivé záruky ochrany osobních údajů spotřebitelů/zákazníků. Nesouhlasím však s tím, že zpravodajka navrhuje změny v rozpisu nákladů, návrh dále nespecifikuje, kdo bude mít odpovědnost za rozpis cen a ani nedefinuje termín „poplatek". Kvůli těmto nedostatkům jsem se při hlasování zdržel.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Hier wird die Qualität der Erhebung der Strom- und Erdgaspreise im Bereich der privaten Haushalte sichergestellt. Diese Statistiken dienen der Preisstabilität für private Endkunden.

Dies kann ich nur unterstützen.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La Commission européenne recueille des données sur les prix du gaz naturel et de l'électricité depuis les années 1970. Néanmoins, la fourniture de ces données reste facultative pour les prix des clients résidentiels. Le texte vise à rendre cette procédure obligatoire. Il s'attache également à en préciser les modalités afin que les données recueillies soient «des données de qualité, complètes et comparables qui indiquent le prix du gaz naturel et de l'électricité». L'existence de données comparables dans ce domaine sera favorable aux consommateurs et utilisateurs finaux. Je vote pour ce texte en regrettant l'identité politique de son auteur.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La proposition de la Commission ne paraît pas acceptable du fait d'un niveau de contrainte trop élevé pour les États et les entreprises et d'une délégation injustifiée à la Commission.

J'ai donc voté contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A competitividade, a sustentabilidade e a segurança energética são os objetivos globais de uma União da Energia resiliente, dotada de uma política visionária em matéria de alterações climáticas.

A existência de informação de elevada qualidade, comparável, atualizada, fiável e harmonizada sobre os preços do gás natural e da eletricidade cobrados aos consumidores finais é necessária para definir a política da União da Energia e acompanhar os mercados da energia dos Estados-Membros.

O presente regulamento tem por objetivo disponibilizar estatísticas europeias para apoiar as políticas energéticas, em especial dirigidas à criação de um mercado interno da energia plenamente integrado para os consumidores.

Deve haver uma maior transparência dos custos e dos preços da energia, bem como dos apoios públicos, para melhorar a integração no mercado. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this legislative resolution as it seeks to ensure that the quality of data related to electricity and natural gas for the household sector remains of a high standard by making reporting obligatory.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — La création d'un marché de l'énergie doit d'abord passer par la mise à disposition de statistiques fiables pour l'ensemble des États membres afin de pouvoir comparer le prix du gaz et de l'électricité facturé aux clients finaux résidentiels et non résidentiels au sein de l'Union européenne. Cela permet notamment de suivre l'évolution du marché européen et de proposer des réponses adéquates face à cet enjeu de première nécessité. Jusqu'à présent, la transmission de statistiques se faisait sur base volontaire, mais il est nécessaire qu'elle devienne obligatoire. Cela permettra à l'avenir de garantir une fiabilité continue des données récoltées. C'est un élément crucial car après tout, l'ensemble de notre société, de notre quotidien, repose sur l'approvisionnement en énergie. Pouvoir jouir d'un accès au gaz ou à l'électricité est essentiel notamment pour la compétitivité de nos entreprises.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* — Európska komisia prostredníctvom Eurostatu už dlhodobo zbiera údaje o cenách zemného plynu a elektriny, avšak pre koncových odberateľov – domácnosti doposiaľ platí zásada dobrovoľnosti. Toto nariadenie si kladie za cieľ zmeniť dobrovoľný zber na povinný. To by umožnilo lepšie získavanie údajov o cenách pre čo najväčšiu časť trhu a vo vysokej kvalite. Zber údajov o cenách nemá byť záťažou pre orgány aktívne v tomto procese, naopak, má objasniť ciele, zjednodušiť určité ustanovenia, ktoré sa týkajú orgánov podávajúcich správy a zabrániť nedorozumeniam, ktoré by mohli mať negatívny účinok na porovnávanie údajov. Správa poukazuje aj na potrebu zmeniť rozčlenenie v oblasti poplatkov, a tým aj súčasný stav, ktorý umožňuje presúvať poplatky zo siete na energie a naopak. Dôraz je kladený aj na zodpovednosť vnútroštátnych regulačných orgánov alebo vlád, aby navrhli metodiku rozčlenenia nákladov a poskytovali požadované informácie na jeho realizáciu po konzultácii so zainteresovanými stranami a po overení Eurostatom, čo umožní porovnateľnosť krajín. Dokument kladie dôraz aj na zvýšenie ochrany citlivých údajov informácii o spotrebiteľoch a dodávateľoch. Súčasné štatistiky sú založené na nahliadaní do faktúr z dodávateľských databáz. Fakturované ceny by sa však nemali uverejňovať, ak v určitom pásme spotreby nie je minimálny počet klientov. Daný návrh preto podporujem.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – Through this vote, I express my support for the new regulation on statistics on natural gas and electricity prices that creates a legal requirement for data collection in each Member States. Under the old framework, Member States disclosed statistics on a voluntary basis, making systematic and updated data unavailable for regulators. Consequently, the analysis on the impact of policies in our ever-changing socio-economic environment was challenging. As required under the Energy Union strategy, the Commission must issue every two years a report on energy costs and prices, hence the new regulation will be a helpful tool for the Commission's work.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság rendelet elfogadására tett javaslatot az Európai Parlamentnek és Tanácsnak a földgáz- és villamosenergia-árakra vonatkozó európai statisztikáról és az ipari végfelhasználók által fizetendő gáz- és villamosenergia-árak átláthatóságának javítását célzó közösségi eljárásról szóló 2008/92/EK európai parlamenti és tanácsi irányelv hatályon kívül helyezésére vonatkozóan. Az Ipari, Kutatási és Energiaügyi Bizottság jelentésében azt javasolja, hogy a parlament első olvasatban néhány módosítással hagyja jóvá a Bizottság indítványát. A javaslat elfogadását támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. — O presente regulamento tem como objetivo tornar obrigatória a recolha de dados relativos aos preços no consumidor final do gás natural e da eletricidade.

Esta alteração é fundamental, de modo a evitar que a qualidade dos dados do inquérito sobre os preços da eletricidade e do gás natural para o setor do consumo doméstico se deteriore significativamente, e para continuar a alcançar uma vasta cobertura do mercado, bem como um nível elevado de qualidade dos dados relativos aos preços.

O relatório visa clarificar os objetivos, simplificar determinadas disposições para as autoridades declarantes e as empresas que têm de fornecer os dados, bem como evitar mal-entendidos que – no pior dos casos – levariam a conjuntos de dados incomparáveis.

Relativamente à repartição dos preços, compete à autoridade reguladora nacional ou ao governo propor uma metodologia de repartição de custos e fornecer as informações necessárias para aplicar a repartição, sob reserva de uma consulta prévia das partes interessadas e de uma verificação pelo Eurostat, a fim de garantir a comparabilidade dos preços entre os países.

Subscrevo a posição do relator, segundo a qual, ao tornar obrigatória a comunicação, é importante proteger a confidencialidade de informações sensíveis relativas aos consumidores e aos fornecedores.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport sur les statistiques sur les prix de gaz et de l'électricité propose des amendements à une proposition de règlement qui présente un système obligatoire de statistiques sur les prix du gaz et de l'électricité en secteur résidentiel. Cependant, ce rapport renforce les obligations faites aux États membres et impose de fortes contraintes aux entreprises. J'ai donc décidé de voter contre ce texte.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Sin dagli anni '70, la Commissione europea raccoglie i dati relativi ai prezzi di gas naturale ed energia elettrica. Dal 2007 si tiene conto della liberalizzazione dei mercati energetici e la rilevazione dei dati è stata effettuata sempre su base volontaria con un tasso di risposta del 100 %. Oggi l'obiettivo di questo regolamento è di trasformare la base volontaria in obbligatoria, in modo tale da evitare problemi nella rilevazione dei dati, come segnalato da alcuni Stati membri.

Mi sono espressa a favore del provvedimento poiché ritengo sia una misura necessaria per evitare un deterioramento della qualità dell'indagine sull'andamento dei prezzi e soprattutto per continuare a mantenere una rilevazione sempre trasparente ed omogenea, tutelando il consumatore finale.

József Nagy (PPE), *írásban*. – A földgáz- és villamosenergia-árakra vonatkozó európai statisztikákról szóló jelentést elfogadtam. Az egyes tagállamoktól érkező számadatokat csak akkor tudjuk hatékonyan összehasonlítani, ha az adatok gyűjtésének megkezdése előtt közös kritériumokat fektetünk le. Ahhoz, hogy az Európai Unió reális adatokon alapuló statisztikákat állíthasson fel, először pontosan meg kell határoznunk, hogy ez milyen feltételek mellett is történjen.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The European Commission has been collecting data on natural gas and electricity prices charged to industrial end-users since the 1990's but not to household consumers, these being done only on a voluntary basis. I have voted against this report that will make it compulsory to collect the data regarding the household consumers, data that will not benefit household consumers.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am susținut prin votul de astăzi acest raport, deoarece consider că acesta aduce amendamentele necesare regulamentului privind statisticile europene referitoare la prețurile la gaze naturale și energie electrică, îmbunătățind astfel propunerea inițială a Comisiei. Consider că este foarte important ca aceste statistici să fie cât mai complete, iar faptul că Regulamentul stabilește cadrul ce va asigura o continuitate în colectarea acestor date, este un lucru extrem de pozitiv. De asemenea, susțin prezentul raport deoarece acesta subliniază importanța protejării tuturor acestor date cu caracter confidențial, în relația dintre consumatori și furnizori.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu o nařízení, jehož cílem je změnit dobrovolné shromažďování údajů na povinné, aby byly k dispozici údaje pro co největší část trhu a ve vysoké kvalitě. Vzhledem k tomu, že údaje o cenách by měly nadále shromažďovat příslušné vnitrostátní orgány, neměla by vznikat další byrokratická zátěž. Dochází ke zjednodušení některých ustanovení týkajících se orgánů, které provádějí shromažďování, a společností, které poskytují údaje. Mělo by se rovněž zamezit nedorozuměním, která by v krajním případě mohla vést k tomu, že soubory údajů nebudou vzájemně srovnatelné. Dále je nutné definovat „poplatek" a napravit tak současnou nevyhovující situaci, kdy je možné přesouvat poplatky ze sítě na energii a naopak. Schválené změny v rozpisu nákladů by měly lépe odrážet cenovou strukturu.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I abstained on this report. The objective of this regulation is to transform the voluntary basis regarding the collection of data for natural gas and electricity prices charged to household end-users into an obligatory one. Statistics must then be provided by Member States to Eurostat. The benefits of collecting the data regarding the natural gas and electricity prices that consumers pay in different Member States include that it will enhance transparency and may help to protect households from profiteering. However, the report also states that its aim is to develop a fully-integrated internal energy market. Sinn Féin believes that more transparency and obligatory reporting in the energy market is certainly required, but we have concerns about the Energy Union and the impact of a 'fully integrated internal energy market', so for this reason abstained.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Hier wird die Qualität der Erhebung der Strom- und Erdgaspreise im Bereich der privaten Haushalte sichergestellt. Diese Statistiken dienen der Preisstabilität für private Endkunden.

Dies kann ich nur unterstützen.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Cilj prijedloga Uredbe jest promjena energetske politike EU-a po kojoj bi se trebalo omogućiti kućanstvima i poduzećima da na siguran i održiv način te po pristupačnoj cijeni kupuju energiju. Podržavam prijedlog Uredbe jer smatram pozitivnim stvaranje mehanizama koji će dovesti do učinkovitijeg stjecanja pouzdanih podataka o cijenama prirodnog plina i električne energije.

Budući da je unutarnje energetsko tržište sve složenije i budući da je teško doći do pouzdanih podataka, Parlament i Vijeće smatrali su da se to područje mora regulirati zakonskim aktom. To je razlog koji smatram opravdanim za nastanak ove Uredbe. Ona dakle ima za cilj normirati određena pravila u pogledu obračunavanja cijena prirodnog plina i električne struje na razini cijele Europske Unije što će dovesti do uspostavljanja zajedničkog okvira te učinkovitije provedbe. Nadalje, Uredba traži od država članica da jamče vjerodostojnost sustava prikupljanja i obrade podataka, što će dovesti do veće transparentnosti.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce texte prévoit de rendre obligatoire la collecte de statistiques sur les prix de l'électricité et du gaz délivrés aux particuliers, alors que cette collecte était volontaire. Pour les entreprises, une directive de 2008 rendait déjà cette collecte obligatoire. Le but affiché est de faire des statistiques européennes pour inciter ensuite à la création d'oligopoles transnationaux européens, puis transatlantiques, qui, «mis en concurrence», «baisseront les prix». Or, c'est l'inverse qui s'est passé, la Commission européenne a forcé la France à augmenter les tarifs d'EDF à partir de 2007, pour créer, artificiellement, un marché concurrentiel de l'électricité. De plus, faire croire que des acteurs privés non adossés à des États vont garantir un approvisionnement sûr et abordable relève de la gageure.

Au-delà de cette considération générale, trois reproches peuvent être faits au texte: le choix du règlement par rapport à la directive, alors qu'il s'agit d'un texte d'harmonisation de outils statistiques. Comme d'habitude, l'UE veut mettre la main directement sur l'outil statistique des États membres par un règlement d'applicabilité directe; une délégation de pouvoir (articles 9 et 10) sans limite de durée; un système déclaratif supplémentaire qui alourdira encore plus la gestion des entreprises concernées.

Les amendements respectant la souveraineté des États ayant été rejetés, je vote contre ce texte.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Uzimajući u obzir članak 294. stavak 2. i članak 338. stavak 1. Ugovora o funkcioniranju Europske unije, u skladu s kojima je Komisija podnijela prijedlog Parlamentu (C8-0357/2015), te članak 294. stavak 3. Ugovora o funkcioniranju Europske unije, podržavam usvajanje stajališta u prvom čitanju.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – L'obiettivo del presente regolamento è di trasformare la base volontaria in base obbligatoria, in modo da evitare problemi nella rilevazione di dati. Tale misura è necessaria per evitare un deterioramento significativo della qualità dell'indagine sui dati relativi ai prezzi di energia elettrica e gas naturale per il settore domestico e per continuare a mantenere un'ampia copertura di mercato e un'elevata qualità dei dati sui prezzi.

Concordo con la relatrice sulla necessità che la rilevazione di dati non dovrebbe comportare un onere aggiuntivo per le autorità responsabili della trasmissione di dati. È importante tutelare la confidenzialità delle informazioni riservate dei consumatori e dei fornitori. La trasparenza dei prezzi e la chiarezza delle informazioni rivolte ai consumatori rappresentano il presupposto irrinunciabile per lo sviluppo di un rapporto fornitore/cliente incentrato sulla fiducia. Solo in un ambiente economico caratterizzato dalla fiducia è possibile creare benessere. Ho pertanto votato a favore di questa proposta di regolamento.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Zgodnie z przedmiotowym rozporządzeniem państwa członkowskie będą musiały gromadzić i przedkładać dane statystyczne dotyczące cen gazu ziemnego i energii elektrycznej dla odbiorców przemysłowych i gospodarstw domowych. Dane na temat cen byłyby zgłaszane co sześć miesięcy dla różnych wielkości zużycia, a dotyczyłyby cen energii elektrycznej, opłat za dostęp do sieci, podatków i opłat oraz ich składników podrzędnych. Dane statystyczne dotyczące cen gazu i energii elektrycznej są wymagane w celu monitorowania wewnętrznego rynku energii oraz skutków rożnych strategii politycznych w dziedzinie energii, takich jak wspieranie odnawialnych źródeł energii. W kontekście strategii Unii Europejskiej Komisja zobowiązała się do opracowywania sprawozdań na temat kosztów i cen energii co dwa lata, począwszy od roku 2016.

Wstępny wniosek Komisji został przedstawiony po przeprowadzeniu wszechstronnych konsultacji oraz w porozumieniu z państwami członkowskimi i krajowymi organami regulacyjnymi, w związku z czym między stanowiskami Parlamentu i Rady nie odnotowano istotnych problematycznych różnic. Porozumienie osiągnięte w ramach rozmów trójstronnych w czerwcu 2016 r. wymaga teraz zatwierdzenia przez zgromadzenie plenarne. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O principal objetivo da presente proposta consiste em aumentar a transparência dos preços do gás natural e da eletricidade sobre o consumidor doméstico.

A Diretiva 2008/92/CE do Parlamento Europeu e do Conselho estipula, neste âmbito, um quadro vinculativo comum sobre a produção, a transmissão e a divulgação de estatísticas comparáveis dos preços da eletricidade e do gás natural para os consumidores finais industriais. No entanto, a recolha de dados relativos aos referidos preços praticados pelos consumidores domésticos mantém-se numa base voluntária.

A proposta em apreço pretende, pois, estabelecer um regime vinculativo para a recolha dos mesmos dados também para os consumidores domésticos, evitando desta forma a ocorrência de problemas na recolha dos mesmos e garantindo a sua veracidade e comparabilidade.

Votei favoravelmente o presente relatório, porque considero importante a transparência de dados sobre os preços efetivamente pagos pelos consumidores domésticos, na medida em que esta proposta promove a justiça social e o escrutínio do mercado energético.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – The UK as an independent country should be free to choose how to collect statistics on energy prices.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente o presente relatório, pois é importante que a recolha de dados seja feita de forma primorosa de modo a evitar que a qualidade de dados dos inquéritos disponíveis sobre os preços da eletricidade e do gás natural para o setor do consumo doméstico se deteriore significativamente, e para continuar a alcançar uma vasta cobertura do mercado, bem como um nível elevado de qualidade dos dados relativos aos preços.

Deve ser proporcionada, em benefício do cidadão, uma recolha de dados por parte das autoridades nacionais competentes que seja correta e que inclua quaisquer subcomponentes que tenham sido omitidos, nomeadamente os impostos especiais de consumo.

A autoridade reguladora nacional ou o governo devem, após propor uma metodologia de repartição de custos, fornecer as informações necessárias para aplicar esta repartição, sob reserva de uma consulta prévia das partes interessadas e de uma verificação pelo Eurostat, a fim de garantir a comparabilidade dos preços entre os países.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La recogida de datos relativos a los precios del gas natural y la electricidad aplicados a los usuarios domésticos se ha estado realizando con carácter voluntario —con un índice de respuesta del 100 %—. El objetivo es convertir este carácter voluntario en obligatorio, como lo es para los precios industriales, lo que no debería conllevar una carga adicional para las autoridades de notificación y los datos seguirán siendo recogidos por las autoridades nacionales competentes.

El informe, entre otras cuestiones, tiene por objeto aclarar los objetivos, facilitar determinadas disposiciones para las autoridades de notificación y las empresas que han de facilitar los datos, así como evitar series de datos incomparables.

Conforme a las directrices del Grupo S&D, no voté el informe al corresponder su redacción a una ponente del Grupo de la Europa de las Naciones y la Libertad de, entre otros, el ultraderechista Frente Nacional francés. Ahora bien, su contenido no resulta controvertido y se alcanzó un acuerdo interinstitucional en primera lectura.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en défaveur du rapport de la députée Barbara Kappel concernant les prix du gaz et de l'électricité, car je refuse, pour d'évidentes raisons éthiques et au nom de valeurs d'humanisme et de démocratie, de soutenir quelque travail législatif que ce soit mené sous l'égide d'un membre du groupe extrémiste, anti-européen et raciste, Europe des Nations et des Libertés.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O presente relatório diz respeito à proposta de regulamento do Parlamento Europeu e do Conselho relativo às estatísticas sobre os preços do gás natural e da eletricidade.

Desde 1990 que existe um procedimento que promove a transparência dos preços no consumidor final industrial nestes sectores, mas não junto do consumidor doméstico. Por essa razão, o propósito deste regulamento é justamente transformar o atual regime voluntário de recolha de dados relativos aos preços no consumidor final num regime obrigatório, como forma de evitar dificuldades na recolha e melhorar a qualidade dos dados relativos aos preços da eletricidade e do gás natural.

Assim, subscrevo as alterações propostas pela relatora, que vêm clarificar e simplificar regras e procedimentos, quer para as autoridades declarantes, quer para as empresas aquando do fornecimento de dados.

E, naturalmente, por considerar relevante esta mudança do paradigma vigente, a bem da simplificação e transparência dos dados estatísticos, sem fazer perigar a confidencialidade de algumas informações relativas aos consumidores, apoiei este relatório, atribuindo o meu voto favorável.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Si a primera vista la idea general del informe puede parecer buena: obligar a los Estados miembros a comunicar a Eurostat las estadísticas del precio del gas y de la electricidad, al final lo que busca es una vía para promover el mercado energético único a escala europea. Este mercado va en el sentido de una mayor liberalización del sector energético, lo que significa un papel más importante para el mercado y un poder menor para los Estados, para que estos puedan regular el sector en función de consideraciones medioambientales o sociales. Por ello, voto en contra.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die Aufhebung der Richtlinie 2008/92/EG und somit für die Änderung zu den Europäischen Erdgas- und Strompreisstatistiken gestimmt.

Ziel der Änderung ist die Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für die Entwicklung, Erstellung und Verbreitung vergleichbarer europäischer Statistiken über Erdgas- und Strompreise für Haushaltskunden und Endkunden des Nichthaushaltssektors in der EU.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe debido a que supone un paso adelante en la implementación de la Unión Energética. Pese a que consideramos importante la armonización en lo referente a la estructura de los precios, de cara a mejorar la transparencia de los mercados eléctricos y del precio final pagado por el consumidor, esta propuesta se hace con la única intención de profundizar la integración de los mercados energéticos. Nuestra apuesta es contraria a la Unión Energética, puesto que consideramos que la energía es un bien público y no solo una mercancía. Es por ello y nuestra oposición a la Unión Energética por lo que, pese a considerar necesario la armonización de las estadísticas en la Unión, he votado en contra de este informe.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as I do not wish the EU to have access to our internal energy statistics.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Ceny zemného plynu a elektrickej energie je možné významne znížiť vďaka aplikovaniu inovatívnych technológií, rekonštrukcii a prepojeniu existujúcich sietí a hľadaniu nových, efektívnych a ekologických zdrojov.

Beatrix von Storch (EFDD), *in writing*. – I voted against the draft EU Parliament legislative resolution for statistics on natural gas and electricity prices.

I reject the notion that the provision of such statistics should be obligatory rather than voluntary. This is counter to the spirit of interstate cooperation. The entire basis for justification, that the 'growing complexity of the internal energy market make it increasingly difficult to obtain reliable and up-to-date price data', is insufficient.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Od 70-ih godina prošlog stoljeća Europska komisija prikuplja podatke o cijenama prirodnog plina i električne energije. 1990. godine Vijeće je usvojilo direktivu kojom se poboljšava transparentnost cijena plina i električne energije koje se zaračunavaju industrijskim korisnicima. Krajnji korisnici u kućanstvima nisu bili zahvaćeni ovom direktivom.

Podaci za kućanstva su se prikupljali na dobrovoljnoj bazi. Prikupljanje podataka o cijenama neće dodatno opteretiti tijela koja provode izvješćivanje, a nadležna nacionalna tijela i dalje će prikupljati podatke o cijenama. Podržavam ovaj prijedlog uredbe jer smatram da prikupljanje podataka o cijenama prirodnog plina i električne energije koje se zaračunava krajnjim korisnicima u kućanstvu treba biti obvezno, jer se na taj način osigurava kvaliteta istraživanja podataka o cijenama za sektor kućanstva i visoka kvaliteta podataka o cijenama.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o evropski statistiki cen zemeljskega plina in električne energije in o razveljavitvi Direktive 2008/92/ES Evropskega parlamenta in Sveta o enotnem postopku Skupnosti za večjo preglednost cen plina in električne energije, ki se zaračunavajo industrijskim končnim uporabnikom.

Podpiram predlagane spremembe iz poročila, da so države članice tiste, ki zagotovijo, da sistem zbiranja in urejanja podatkov zagotavlja razumljive in primerljive visokokakovostne reprezentativne podatke za cene zemeljskega plina in električne energije. Več držav članic se sooča s težavami pri zbiranju podatkov, zato potrebujemo to uredbo, s katero bomo preoblikovali prostovoljno osnovo v obvezno.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Για εμάς είναι πολύ σημαντικό να ενισχυθεί η διαφάνεια όσον αφορά τις τιμές που χρεώνονται στους οικιακούς καταναλωτές για το φυσικό αέριο αλλά και για την ηλεκτρική ενέργεια. Βασικός μας στόχος είναι βέβαια να προστατεύσουμε τα νοικοκυριά από την αισχροκέρδεια, και να επιτύχουμε την ασφάλεια του ενεργειακού εφοδιασμού των νοικοκυριών με όσο το δυνατό πιο χαμηλές τιμές. Ωστόσο δυστυχώς η έκθεση δεν κινείται προς αυτήν την κατεύθυνση αλλά βασικό στόχο έχει την προώθηση μεταρρυθμίσεων για ενίσχυση της ανταγωνιστικότητας και ολοκλήρωση της ενιαίας αγοράς φυσικού αερίου και ηλεκτρικής ενέργειας. Για τους λόγους αυτούς καταψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Δια της εν λόγω έκθεσης παραχωρούνται υπερεξουσίες στην Επιτροπή, ειδικά στον τομέα της έκδοσης κατ' εξουσιοδότησης πράξεων με σκοπό την τροποποίηση του κειμένου του κανονισμού, όσον αφορά τις τιμές φυσικού αερίου και ηλεκτρικής ενέργειας.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – A szavazás során tartózkodtam, mivel a jelentés elvi tartalmát támogathatónak tartottam. A földgáz- és villamosenergia-árakra vonatkozó európai statisztikákat érdemes felállítani, illetve kötelező rendszerbe foglalni, hisz az az ipari árak esetében ez már létezik. Ennek ellenére a már csak az előadó személye miatt is (aki frakciójával EU- és integráció ellenes) úgy vélem, hogy a témát alaposabban is meg kell vizsgálni. Hiszem, hogy itt és sok más területen is csak erősebb integrációval lehet EU szinten eredményeket elérni. Legyen ez az energiaárak összehasonlíthatósága vagy más kérdés. Egyetértek azzal, hogy az átfogó, összehasonlítható és időben elérhető adatok komoly kontrollt is jelenthetnek a tagállamoknak.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Le rapport aborde également les points importants qui figurent ci-après. En premier lieu, la proposition de la Commission ne précise pas quel sera l'agent chargé de fournir la répartition des prix, tâche qui ne saurait être remplie par les fournisseurs.

En deuxième lieu, la transmission d'informations sur les prix devient obligatoire pour les grands clients non résidentiels.

Enfin, il convient de préciser que la part moyenne globale des coûts de transport et de distribution ne peut être distinguée qu'à l'échelle de l'ensemble des clients résidentiels et non résidentiels. Les composants des charges d'utilisation du réseau ne peuvent être indiqués qu'à l'échelle de l'ensemble des secteurs «clients résidentiels» et «clients non résidentiels», à l'exclusion des tranches de consommation individuelles.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I supported this report on proposal for a regulation on European statistics on natural gas and electricity prices, I believe that harmonised methodology for data collection in the field of energy will help to recognize differences and disparities between the Member States. Clear and objective statistics will then be an important basis for setting up an EU-wide policies and appropriate measures in the field of energy.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Predloženim zakonodavnim aktom obuhvatit će se prikupljanje podataka o cijenama prirodnog plina i električne energije za sektor kućanstava i sektor potrošača koji nisu kućanstva. Cilj ovog izvješća je pojednostaviti određene odredbe za tijela koja provode izvješćivanje i poduzeća koja dostavljaju podatke te izbjeći nesporazume.

Budući da predloženo prikupljanje podataka o cijenama ne bi trebalo rezultirati dodatnim opterećenjem za tijela koja provode izvješćivanje, podržala sam ovo izvješće.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog uredbe o statistiki cen zemeljskega plina in električne energije sem podprla.

Namen te uredbe je preoblikovati prostovoljno osnovo v obvezno, da se preprečijo težave pri zbiranju podatkov, o katerih poroča več držav članic. To je potrebno, da se kakovost pregleda nad podatki o cenah elektrike in zemeljskega plina za sektor gospodinjstev ne bi znatno poslabšala in da bi še naprej zagotavljali široko pokritost trga ter visoko kakovost podatkov o cenah.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Si a primera vista la idea general del informe puede parecer buena: obligar a los Estados miembros a comunicar a Eurostat las estadísticas del precio del gas y de la electricidad, al final lo que busca es una vía para promover el mercado energético único a escala europea. Este mercado va en el sentido de una mayor liberalización del sector energético, lo que significa un papel más importante para el mercado y un poder menor para los Estados, para que estos puedan regular el sector en función de consideraciones medioambientales o sociales. Por ello, voto en contra.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I support this report.

I am in favour of full transparency and publication of the gas and electricity prices in all Member States so that consumers can better be aware and choose/change their providers.

Since the 1970s the European Commission has been collecting data on natural gas and electricity prices. In 1990 the Council adopted the directive to define the procedure to improve the transparency of gas and electricity prices charged to industrial end-users, yet not to household consumers. The responsibility to collect and publish the data lies with Eurostat.

The objective of this Regulation is to transform the voluntary basis into an obligatory one, so as to avoid problems in the data collection as having been reported by several Member States. In order to not let the quality of the survey of the electricity and natural gas price data for the household sector deteriorate significantly, and in order to continue to achieve a wide market coverage and high quality of price data, this step is necessary.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce texte prévoit de rendre obligatoire la collecte de statistiques sur les prix de l'électricité et du gaz délivrés aux particuliers, alors que cette collecte était volontaire. Pour les entreprises, une directive de 2008 rendait déjà cette collecte obligatoire.

Cette proposition est un accessoire des paquets de libéralisation dans le secteur de l'énergie adoptés dans les années 2004-2012. Le but affiché est de faire des statistiques européennes pour inciter ensuite à la création d'oligopoles transnationaux européens, puis transatlantiques, qui, «mis en concurrence», «baisseront les prix». Or, c'est tout l'inverse qui s'est passé, la Commission européenne a forcé la France à augmenter les tarifs d'EDF à partir de 2007, pour créer, artificiellement, un marché concurrentiel de l'électricité. De plus, pour ce qui est du gaz, faire croire que des acteurs privés, non adossés à des États vont garantir un approvisionnement sûr et abordable relève de la gageure.

J'ai voté contre ce texte.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Gromadzenie danych dotyczących cen energii i gazu jest istotne z racji zdobywania wiedzy na temat danego rynku. Celem rozporządzenia jest przekształcenie dobrowolnego gromadzenia danych w obowiązkowe, tak by uniknąć problemów ze zebraniem danych, z jakimi zmagały się pewne państwa członkowskie. W interesie Unii jest zapewnienie wysokiej jakości danych, by zapobiegać nieporozumieniom wynikającym z różnych metodologii i badań statystycznych. Zaproponowane poprawki uznałem za odpowiednie, dlatego poparłem projekt rezolucji.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — Si a primera vista la idea general del informe puede parecer buena: obligar a los Estados miembros a comunicar a Eurostat las estadísticas del precio del gas y de la electricidad, al final lo que busca es una vía para promover el mercado energético único a escala europea. Este mercado va en el sentido de una mayor liberalización del sector energético, lo que significa un papel más importante para el mercado y un poder menor para los Estados, para que estos puedan regular el sector en función de consideraciones medioambientales o sociales. Por ello, voto en contra.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted against as Greens are in favour or collecting and disseminating high quality and reliable data on the prices and cost of electricity and gas, for both households and industrial customers to bring transparency to the market and enable better energy policy making. However, the proposed framework, by simply distinguishing household and non-household consumers, remains insufficient to enable to provide a good understanding of the market for the different types of customer (ex. SMEs, energy-intensive industry, households). In addition if fails to provide a transparent picture of the cost of each energy source, by not accounting for direct and indirect subsidies that are not included in the final customer prices, for ex. for nuclear power and fossil fuels.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Siekiama, kad kainų duomenų rinkimas netaptų papildoma našta ataskaitas teikiančios institucijoms, o kainų duomenis toliau rinktų kompetentingos nacionalinės institucijos. Šia ataskaita siekiama patikslinti tikslus, palengvinti kai kurias nuostatas, taikomas ataskaitas teikiančios institucijoms ir bendrovėms, kurios turi patiekti duomenis ir vengti nesusipratimų, dėl kurių blogiausiu atveju duomenų rinkiniai galėtų tapti nesuderinami.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Mediante esta regulación se pretende establecer un marco común para el desarrollo, la producción y la diseminación de estadísticas europeas comparables en gas y electricidad natural para los hogares y demás consumidores europeos. Hablamos de un documento consensuado ampliamente en la comisión de industria, investigación y energía, por lo que creo necesario votar a su favor.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Somos a favor da recolha de dados sobre os preços do gás e da eletricidade naturais que os consumidores pagam em diferentes países, uma vez que irá aumentar a transparência e pode ajudar a proteger as famílias e consumidores finais de especulação.

No entanto, este relatório é mais um capítulo do caderno de encargos do Mercado Único Europeu e da União Energética Europeia, maquilhado, aqui e ali, de pretensas boas intenções.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Derzeit werden Daten über die von den Endkunden in privaten Haushalten zu zahlenden Erdgas- und Strompreise auf der Grundlage der Freiwilligkeit erfasst. Das Ziel dieser Verordnung ist, aus einer Freiwilligkeit eine Verbindlichkeit zu machen. Probleme der Datenerhebung, die von mehreren Mitgliedstaaten gemeldet worden sind, könnten dadurch unterbunden werden. Die Erfassung der Preisdaten würde wie bisher durch die zuständigen einzelstaatlichen Behörden erfolgen. Da durch die Annahme dieser Verordnung verhindert werden würde, dass die Qualität der Erhebung deutlich sinkt, habe ich dem Bericht zugestimmt.

Jarosław Wałęsa (PPE), *in writing*. – For the promotion of transparency within gas and electricity prices, I will be voting in favour of the first-reading agreement regarding this issue. Comprehensible and comparable are the two main words in this context. The Member States have to guarantee to provide comprehensible and comparable high-quality data, which needs a proper system for data collection and the compilation of those statistics, to truly represent the prices of natural gas and electricity, in order to truly serve the citizens of the EU.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution with regard to statistics on prices of natural gas and electricity in Europe. It concerns an important proposal for a regulation on statistics on prices of natural gas and electricity in Europe. This resolution aims at achieving more transparency for the consumers with regard to these prices, specifically aimed at the household sector and non-household consumers. In order to achieve this objective, an obligatory collection of data is needed. This should however not create additional burdens on the relevant authorities. Therefore, the report that this resolution concerns, aims at making this transition possible and easier. It also gives specific recommendations on what still needs to be done. One important aspect is that it stresses the importance of protecting the confidentiality of sensitive information.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), *na piśmie*. – W głosowaniu poparłam rozporządzenie, którego celem jest gromadzenie danych statystycznych dotyczących cen gazu i energii elektrycznej. Niezbędne są aktualne, wiarygodne i zharmonizowane dane dla sprawnego monitorowania rynku energii państw członkowskich oraz kształtowania polityki energetycznej. Do chwili obecnej takie zestawienie kosztów funkcjonowało jedynie dla odbiorców przemysłowych w UE, natomiast teraz ma być powszechnie dostępne, tak aby każdy obywatel UE miał dostęp do wiarygodnych i porównywalnych cen gazu i energii. Rozporządzenie nie zakłada harmonizacji struktury cen gazu i energii w UE, jedynie gromadzenie danych w celu tworzenia statystyk i zapewnienia przejrzystości cenowej.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραπτώς*. – Έδωσα την θετική μου ψήφο στην έκθεση του συναδέλφου Langen η οποία ακολουθεί μια σειρά εγγράφων της Ευρωπαϊκή Επιτροπής από το 2015 και που αφορούν τον σχεδιασμό της αγοράς ηλεκτρικής ενέργειας στην εσωτερική αγορά της ΕΕ. Στην έκθεση λαμβάνεται, μεταξύ άλλων, υπόψη η ενίσχυση των επενδύσεων, η ασφάλεια του ενεργειακού εφοδιασμού καθώς και η ενσωμάτωση των ΑΠΕ.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Návrh nariadenia, na základe ktorého budú musieť členské štáty zbierať a odovzdávať štatistiky týkajúce sa cien elektriny a plynu pre domácnosti a priemysel, som podporila. Okrem stanovenej povinnosti zbierať údaje o cenách energií, poplatkoch za siete či daniach budú mať členské štáty zároveň povinnosť tieto údaje pravidelne nahlasovať Európskej komisii (resp. Eurostatu). Na základe týchto údajov bude následne možné lepšie monitorovať vnútorný trh a tvoriť špecializované politiky presne na mieru. Zároveň, keďže aj doteraz mali členské štáty povinnosť zbierať údaje s výnimkou údajov pre domácnosti, ktoré budú podľa nového nariadenia taktiež povinné, nemala by táto dodatočná povinnosť spôsobiť žiadne výrazné zaťaženie.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za predlog uredbe o statistiki cen zemeljskega plina in električne energije.

Strinjam se, da je potrebno zagotoviti skupni okvir za evropsko statistiko v podporo energetski politiki, zlasti za vzpostavitev popolnoma integriranega notranjega energetskega trga za odjemalce.

Menim, da bo predlagana uredba omogočala večjo preglednost glede stroškov in cen energije ter glede ravni javne podpore.

5.14. Auf dem Weg zur Umgestaltung des Energiemarkts (A8-0214/2016 - Werner Langen)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señor Presidente, la semana pasada vinieron al Parlamento Europeo varios ciudadanos españoles afectados por el «impuesto al sol» y las medidas retroactivas. Nos explicaron cómo el diseño del mercado energético perjudica a los autoconsumidores de energías renovables.

Este informe podría haber aportado una solución para estas personas, que viven un verdadero drama social. Este informe podría haber creado también un marco jurídico y legislativo que ayudase a implementar las energías renovables, con prioridad de acceso a la red, frente a las energías provenientes de quemar combustibles fósiles como el carbón o el gas, primera causa del calentamiento global.

En cambio, supone que todas las tecnologías son neutrales, tanto la nuclear como la solar. Otro paso más para guiarnos ciegamente por las necesidades del mercado, es decir, las necesidades de las grandes empresas del sector energético, que, por cierto, seguirán recibiendo subvenciones encubiertas a los combustibles fósiles y a sus grandes infraestructuras, como ya conocemos —Castor, Doñana, el South Stream Corridor—, a través de los mecanismos de capacidad que este informe avala.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem podpořil tuto zprávu, považuji ji za důležitou. Pro mě budování vnitřního energetického trhu není jen otázkou ekonomické výhodnosti a posilování vnitřního trhu EU jako takového, ale je to pro mě i otázka energetické bezpečnosti, která je zvláště pro menší země, které dříve v dobách komunismu spadaly pod vliv Sovětského svazu, geopoliticky významná. Zkrátka a dobře, čím bude kvalitnější vnitřní energetický trh, tím budeme méně závislí na energiích z vnějšku EU, např. právě z území Ruska, a budeme schopni případně s těmi vnějšími partnery společně také vyjednávat lepší podmínky. Výhodou toho materiálu, proč ho schvaluji a podporuji, je mimo jiné i to, že zůstává na jednotlivých státech, aby si volily své energetické zdroje, včetně tedy atomové energie. Atomová energie není zde zapovězena, to si myslím, že je velmi správné a rozumné.

Момчил Неков (S&D). – Г-н Председател, докладът, който гласуваме днес, е озаглавен „Към нова концепция за енергийния пазар“. Аз обаче бих го поставил под въпрос. Моята страна България трябваше да извади от експлоатация общо четири реактора от атомна електроцентрала, която задоволяваше нуждите на редица страни от региона, за да влезе в Европейския съюз. От нетен износител на електроенергия, бих искал да припомня, че през 2012 г. страната ни трябваше да спре износа на електроенергия заради недостиг на мощности на вътрешния пазар.

Според направените изчисления по проекта „АЕЦ Белене“ е възможно около две хиляди души да работят на площадката на първи реактор, а общо не по-малко от четири хиляди да са заети в национален план. Всяко забавяне отнема възможността за създаване на заетост в един от най-бедните региони в Европейския съюз.

Как ще се постигне икономически ръст в Европа, ако разходите отиват в изграждане на нова и нова инфраструктура, вместо да се използват пълноценно вече започнати проекти? Това го плаща всеки ден българският гражданин.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, το στοίχημα της ενεργειακής ένωσης αποτελεί οδηγό ώστε το μείγμα της ενεργειακής πολιτικής να διευρύνει την ασφάλεια των κρατών μελών και τη συμπληρωματικότητα στην τροφοδοσία. Ειδικά, σε ό,τι αφορά την πατρίδα μου, την Ελλάδα, είναι ζωτικής σημασίας να μας δοθεί χρόνος ώστε να προχωρήσουμε στη σταδιακή απεξάρτηση από τον λιγνίτη και αυτό μπορεί να συμβεί με την παροχή δικαιωμάτων ρύπων στη χώρα μας μέσω του Ταμείου Εκσυγχρονισμού. Ήδη, ομάδα ευρωβουλευτών του Ευρωπαϊκού Λαϊκού Κόμματος έχει καταθέσει σχετική τροπολογία στην έκθεση για το σύστημα εμπορίας ρύπων.

Κύριε Πρόεδρε, συνάδελφοι, το ενεργειακό μείγμα οφείλει να βασίζεται σε διαφοροποιημένους προμηθευτές και θα ήθελα στο σημείο αυτό να θέσω ερώτημα για την ολοκλήρωση, εντός χρονοδιαγράμματος μέχρι το 2019, του αγωγού TAP που μεταφέρει αζέρικο αέριο στην Ευρώπη δεδομένου ότι η SOCAR, ως βασικός μέτοχος, προειδοποιεί ότι, λόγω των εμποδίων που αντιμετωπίζει με την αποκρατικοποίηση της ΔΕΣΠΑ, είναι πιθανό να μη συμβάλει στο έργο. Θα ήθελα, τέλος, να αναφέρω ότι είναι απαραίτητη η ενθάρρυνση της χρήσης των βιοκαυσίμων στις μεταφορές επειδή σε πολλά κράτη μέλη υπολειπόμεθα του στόχου.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, arís thugas tacaíocht don tuarascáil seo, curtha le chéile go healaíonta ag mo chomhghleacaí, Werner Langen.

I think that putting in place a single market for electricity in the EU can bring significant benefits in terms of supply security and price, but it is important that we get it right. With the points outlined in this report, I think we are heading in the right direction and I look forward to the legislative proposals later in the year.

A key point in these discussions will be the ways in which the new electricity market design can help us to meet our climate goals. The promotion of renewables will be crucial, and I think that any single market for electricity will need to ensure a favourable climate for investment in renewables and therefore send the right signals. Additionally, by ensuring that prices will reflect actual electricity supply and demand, we will allow for stronger price signals in the wholesale market and therefore encourage investment in new capacity and flexibility.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La relazione, che ha come tema la trasformazione del mercato dell'energia, introduce alcuni elementi innovativi e altamente interessanti, uno fra tutti è un approccio maggiormente orientato al futuro per quel che riguarda le energie rinnovabili. Tuttavia nella relazione sono presenti alcuni punti che non possono essere supportati, come quelli che si riferiscono allo sfruttamento dei fossili e alle centrali a gas ad alta efficienza. Per queste ragioni ho deciso di votare negativamente.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — We are against the report because we object new EU legislation in this field. We in UKIP believe that the UK should make its own energy policy and exploit and invest in lower-cost, reliable energy sources like coal, gas and nuclear.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – This own initiative report focuses on the design of a new EU electricity market in light of the aim to double the percentage of electricity produced by renewables from 25% to 50% of the total by 2030.

It proposes only market-based solutions to increase capacity such as incentives and rewards. GUE/NGL's position in favour of a focus on public support for developing renewable energy, access to the grid, the right to self-generation, decentralised solutions, and energy efficiency measures, etc. have been largely ignored. The report proposes that change be based mainly on market rules whilst being 'technology-neutral' i.e. not favouring one form of energy over another – which is the opposite of what is required as we need a strong intervention by Member States in favour of developing renewables. I voted against the report.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui va dans la bonne direction: développer un marché propre pour l'avenir, qui travaille pour les consommateurs et assure une énergie abordable. Telles doivent être nos priorités.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the report on a new energy market design. The report aims to strengthen the internal market for energy and to allow electricity to move freely to where it is most needed, to reap maximum benefits from cross-border competition and provide the right signals and incentives to drive the right investments. The electricity market should enhance regional cooperation on all dimensions of energy supply and demand, and should focus on improved, more decentralised and more flexible markets, in order to ensure a well-regulated, market-based system, which is capable of delivering on all of the EU's established energy and climate goals for 2030. The report also considers that all Member States have to implement fully the Third Energy Package and to be

more proactively involved in designing a flexible and decentralised internal market on electricity. Furthermore, renewables need to be fully integrated into the electricity system by ensuring that markets are fit for renewables, promoting their participation in electricity markets on an equal footing with conventional generation.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της συγκεκριμένης έκθεσης που προηγείται της νομοθεσίας σχετικά με την αγορά ηλεκτρικής ενέργειας και θα προταθεί στο τέλος του 2016. Η παρούσα έκθεση είναι σημαντική καθώς λαμβάνει υπόψιν της στο σχεδιασμό της νέας αγοράς ενέργειας, τη μετάβαση από τη παραδοσιακή, κεντρική παραγωγή ηλεκτρικής ενέργειας σε ένα σύστημα που βασίζεται περισσότερο στις ανανεώσιμες πηγές ενέργειες, που παράγονται συχνά σε ένα πιο τοπικό επίπεδο, και στην ευελιξία.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Das Ziel dieses Berichtes ist es den Energiebinnenmarkt zu stärken. Außerdem gilt es, weiterhin darauf hinzuarbeiten, dass Elektrizität frei zu den Orten geleitet werden kann, an denen sie am nötigsten gebraucht wird. So soll ein größtmöglicher Nutzen aus dem grenzüberschreitenden Wettbewerb gezogen und die richtigen Signale und Anreize für sinnvolle Investitionen gegeben werden. Des Weiteren fordert der Bericht, dass erneuerbare Energien in vollem Umfang in das Stromversorgungssystem integriert werden sollten, indem sichergestellt wird, dass die Märkte dafür ausgerüstet sind und der Anteil dieser Energien am Elektrizitätsmarkt im gleichen Umfang wie der Anteil an den konventionellen Energieträgern gefördert wird.

Ich habe dem Bericht zugestimmt, da ich den Standpunkt vertrete, dass ein aufeinander abgestimmter Ansatz mit Blick auf eine angemessene Stromerzeugung und die Zuverlässigkeitsstandards notwendig ist. Dadurch kann eine umfangreichere grenzüberschreitende Koordinierung und Zusammenarbeit sowie ein harmonisierter Ansatz bei den Kapazitätsmechanismen ermöglicht werden. Außerdem bin ich der Meinung, dass die regionale Kooperation im Bereich der Energiepolitik gestärkt werden muss und auf einen einheitlichen europäischen Rahmen für die Förderung erneuerbarer Energien hingearbeitet werden sollte.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport traite du nouveau marché de l'énergie, induit par les orientations adoptées dans le cadre de l'Union de l'énergie. Cela touche à des questions macroéconomiques sur le marché de l'énergie (capacités de production, marché de gros, interconnexion), mais se répète avec les rapports Union de l'énergie et interconnexion, à 7 mois de distance.

Ce rapport veut donner à l'ACER plus de pouvoirs, au nom d'une coordination renforcée au niveau régional, l'objectif étant de la faire passer progressivement du rôle de coordination entre les régulateurs nationaux à un rôle de régulateur supranational, même si le rapport reste prudent sur cette évolution.

Le texte est dans l'illusion d'un marché de l'énergie intégré et sur l'Union de l'énergie (points 3 et 4), brocardant pour cela les États qui ne vont pas assez vite dans le changement en se prononçant aussi contre les mécanismes nationaux de capacité (point 9), et fait passer le marché avant la sécurité d'approvisionnement, comme tous les textes européens en la matière.

Enfin, l'écologie (ici les énergies renouvelables) est un prétexte pour renforcer le fédéralisme européen et pour détruire les entreprises nationales, au nom de la fluidité nécessitée par les énergies intermittentes.

J'ai donc voté contre.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – In the interests of transparency and democracy I voted against this report. The report aims to ensure the implementation of the Third Energy Package in all Member States. It calls for a new regulatory framework and asks Member States to increase the use of renewable energy in order to reduce CO_2 emissions from electricity generation. I voted against this report because I object to any new EU legislation in this field. I believe that the UK should make its own energy policy and exploit and invest in lower-cost, reliable energy sources like coal, gas and nuclear.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui rappelle les objectifs à atteindre en matière de climat et d'énergie, ce qui nécessitera une transformation fondamentale du système européen d'électricité, ainsi que la réorganisation du marché européen de l'électricité.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą dėl naujo energijos rinkos modelio kūrimo. 2015 m. liepos 15 d. buvo paskelbtas komunikatas dėl Europos bendrosios rinkos ir nuo to buvo pradėtos viešos konsultacijos dėl to, kokia turėtų būti naujo elektros energijos rinkos modelio struktūra. Energetikos sektoriuje Europa, be kita ko, susiduria su tokiais iššūkiais: pastaraisiais metais išaugusi priklausomybė nuo naftos ir dujų importo, diversifikacijos stoka, didelės energijos kainos, kurioms įtaką daro dideli muito mokesčiai, bendrai didėjanti pasaulinė energijos paklausa, pavojus gamybos ir tranzito šalių saugumui, kova su klimato kaita, lėta pažanga energijos vartojimo efektyvumo srityje, didesnė atsinaujinančiųjų išteklių energijos dalis, energijos rinkų integracija ir susiejimas bei rinkos iškraipymai dėl skirtingų paramos schemų. Todėl pritariu geresnės energijos rinkos integravimui ir koordinavimui, kuris suteiks daugiau galimybių pasiekti bendrus Europos tikslus, t. y. užtikrinti saugų, ekonomiškai efektyvų ir aplinkai nekenksmingą energijos tiekimą.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – We are against the report because we object to new EU legislation in this field. We in UKIP believe that the UK should make its own energy policy and exploit and invest in lower-cost, reliable energy sources like coal, gas and nuclear.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport à la tonalité très libérale, qui vise une fois de plus la déréglementation du marché de l'énergie au nom d'une prétendue lutte contre les monopoles (d'État).

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui souligne notamment l'énorme potentiel d'une coopération régionale renforcée et l'importance d'une programmation coordonnée à long terme pour le développement efficace des infrastructures de transport et des marchés de l'électricité en Europe.

Le rapport regrette par ailleurs qu'il existe toujours de grosses lacunes dans l'interconnexion au sein de certains États membres et entre ceux-ci.

Soutenant la part croissante des énergies renouvelables dans l'Union européenne, le rapport souligne qu'une intégration pleine et entière des énergies renouvelables au sein du marché de l'électricité est essentielle. Les députés insistent ainsi sur l'importance de régimes de soutien aux énergies renouvelables stables et rentables pour l'investissement à long terme.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Le comunicazioni presentate dalla Commissione nel luglio 2015 hanno posto alcuni obiettivi chiari per il futuro del mercato dell'energia nel nostro continente. Essi ruotano attorno a tre questioni fondamentali: la creazione di un mercato dell'energia elettrica esteso a tutta l'UE; il conferimento di una dimensione europea alla sicurezza dell'approvvigionamento energetico e il rafforzamento della cooperazione regionale nell'ambito della politica energetica.

La relazione Langen, che oggi ho sostenuto con il mio voto, prende in esame le misure prospettate dalla Commissione, individuando efficacemente il rapporto tra obiettivi fissati e mezzi per il loro conseguimento. Oggi è prioritario definire un nuovo insieme di regole che siano adeguate alla nuova natura dell'offerta di energia. Il mercato dell'energia si sta sempre più muovendo da un sistema tradizionale centralizzato ad uno più flessibile, fondato sulle rinnovabili e la produzione a livello locale. L'Europa deve creare reti di distribuzione intelligenti, promuovere nuove soluzioni per lo stoccaggio e aumentare la fiducia degli attori coinvolti; solo così potrà creare un mercato dell'energia che possa funzionare al meglio sia per i consumatori sia per l'industria.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Je me suis opposée à ce rapport sur le marché de l'énergie, malgré quelques points positifs qu'il convient de souligner.

La nécessité d'investissement dans le réseau, la coordination des États au niveau régional, ou encore, le respect du principe de subsidiarité sont autant d'idées auxquelles je crois, tout comme le rappel de la compétence nationale sur le mix énergétique.

Cependant, une nouvelle fois un rapport parlementaire (faisant d'ailleurs doublon avec le rapport sur l'union de l'énergie, voté il y a seulement 7 mois) va dans le sens d'une Europe fédérale par la «politique des petits pas» : on cherche à faire concéder aux États-membres, petit à petit, des pans entiers de leurs compétences et ce, sous des prétextes fallacieux.

Ici, la technique est de donner plus de pouvoir à l'ACER (Agence européenne de coopération des régulateurs de l'énergie), qui se profile de plus en plus comme un régulateur transnational au lieu d'un coordinateur des régulateurs nationaux.

Outre cette visée idéologique, le rapport est irréaliste puisqu'il fait passer le marché avant la sécurité d'approvisionnement, au nom de la sacrosainte union de l'énergie.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione Langen sul nuovo assetto del mercato dell'energia è poco equilibrata e presenta criticità che mi hanno spinta ad esprimermi con un voto contrario.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El 15 de julio de 2015 la Comisión presentó su Comunicación sobre la nueva configuración del mercado de la energía, previa a la legislación prevista para finales de 2016.

Para un nuevo diseño del mercado de la energía, es necesario considerar la naturaleza cambiante de nuestros suministros. Debemos dotarnos de mayor flexibilidad, incorporar las renovables y las generadas a nivel local.

Entre los múltiples desafíos que afrontamos, está la dependencia del petróleo y el gas, la falta de diversificación y de progresos en eficiencia, los elevados precios, la creciente demanda mundial, los riesgos de seguridad o la lucha contra el cambio climático.

El informe sienta las bases de una Unión de la Energía basada en un mercado interconectado a escala europea, que asegure el suministro eléctrico a precios asequibles, con aprovechamiento óptimo de los recursos y eficiencia energética como pilares, integrando las renovables y las cogeneradas.

Esto exige incrementar las interconexiones interiores y acabar con islas energéticas como la península ibérica. Una mejor integración de los mercados abriga múltiples oportunidades para alcanzar un abastecimiento seguro y eficiente y sostenible para el medio ambiente.

Por todo ello, he votado a favor de este informe.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pasisakė dėl būsimo Europos elektros energijos rinkos modelio. Europos energetikos politika yra užtikrinamas energijos rinkos veikimas ir energijos tiekimo saugumas, skatinamas taupymas efektyviau vartojant energiją, atsinaujinančių energijos formų plėtojimas ir energetikos tinklų sujungimas. Visgi, keliose valstybėse narėse prognozuojami nepakankami gamybos pajėgumai, dėl kurių netolimoje ateityje gali nutrūkti elektros energijos tiekimas, jei nebus sukurti būtini atsarginiai mechanizmai. Todėl glaudesnis bendradarbiavimas regioniniu lygmeniu yra būtinas ir jis turėtų padėti sustiprinti rinkos integraciją Europos lygmeniu. Taigi, Parlamentas palankiai įvertino 2015 m. Komisijos komunikatą dėl naujo energijos rinkos modelio ir sutinka su nuomone, kad pertvarkyta energijos rinka ir įgyvendinti galiojantys teisės aktai turėtų sustiprinti regioninį bendradarbiavimą visais energijos tiekimo ir paklausos aspektais. Tačiau Parlamentas paragino koreguoti Europos rinkų reglamentavimo sistemą, kad galėtų didėti atsinaujinančiųjų išteklių energijos dalis ir būtų panaikintos esamos tarpvalstybinio reglamentavimo spragos.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – La risoluzione che approviamo oggi reagisce alla comunicazione della Commissione europea e intende fornire delle indicazioni in vista dell'attesa proposta legislativa.

L'assetto del mercato dell'energia è un aspetto fondamentale per il raggiungimento nel settore di un mercato realmente unico. Solo con un mercato armonizzato sarà possibile avere quei segnali di prezzo essenziali per mobilitare gli investimenti necessari a portarci in una dimensione di solide interconnessioni e di efficace integrazione dell'energia prodotta da fonti rinnovabili. Conosciamo tuttavia quali sono i dati relativi alla dipendenza energetica dell'Unione europea e abbiamo sperimentato negli ultimi anni come gli squilibri geopolitici possano esporci in questo senso. Di conseguenza è necessario avere dei piani affidabili per garantire la tenuta delle reti elettriche, anche in considerazione del graduale progresso tecnologico per l'integrazione delle rinnovabili.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport utilise l'écologie pour renforcer le pouvoir supra national de l'UE sur les États membres.

Ses réflexions sur le stockage de l'électricité pour les énergies renouvelables relèvent de l'utopie caractérisée.

Je considère essentiel le rôle de l'État en matière énergétique, en particulier pour une question de sécurité d'approvisionnement.

Pour toutes ces raisons, j'ai voté contre.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Nel 2014 il mercato dell'energia era il secondo mercato in ordine di importanza dell'Unione europea. Un mercato importante, dal cui funzionamento dipendono le utenze domestiche dei nostri cittadini, la produzione industriale, i trasporti, le grandi reti di comunicazione, i servizi sanitari e assistenziali, la difesa militare e molti altri aspetti della vita di ogni giorno.

Questo grande mercato va riformato, con la creazione di un mercato dell'energia elettrica esteso a tutta l'UE che fornisca chiari segnali di prezzo per nuovi investimenti, assieme al conferimento di una dimensione europea alla sicurezza dell'approvvigionamento energetico e al rafforzamento della cooperazione regionale nell'ambito della politica energetica, in particolare con riferimento agli investimenti nei nuovi impianti di produzione dell'energia, agli interconnettori e ai regimi di aiuto, avendo anche cura di sostenere e di promuovere l'integrazione delle energie rinnovabili nel mercato unico europeo.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport traite du nouveau marché de l'énergie induit par les orientations adoptées dans le cadre de l'Union de l'énergie. Bien que le texte mette l'accent sur la nécessité de financer de nouveaux investissements dans le réseau, je me suis opposé à ce rapport qui fait la promotion de l'Union de l'énergie.

D'une part, ce rapport vise à renforcer les pouvoirs de l'Agence de coopération des régulateurs de l'énergie (ACER) au nom d'une meilleure coordination entre les régulateurs nationaux. Il va sans dire que l'objectif tacite de ce rapport est de confier à l'ACER un rôle de régulateur supranational au détriment de la souveraineté des États membres.

D'autre part, l'Union européenne utilise l'écologie comme un prétexte pour avancer vers un fédéralisme européen et pour détruire les entreprises nationales bénéficiant d'un monopole naturel. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Printre provocările cu care se confruntă Europa în domeniul energiei se numără dependența de importurile de petrol și gaze care s-a amplificat în ultimii ani, lipsa de diversificare, prețurile ridicate la energie influențate de taxele pe energie impuse de către stat, creșterea cererii de energie la nivel global, precum și integrarea și interconectarea piețelor energetice și denaturările pieței provocate de diferite sisteme de sprijin.

Îndeplinirea obiectivelor UE privind schimbările climatice necesită un ansamblu de măsuri, fapt care implică, pe lângă utilizarea energiilor din surse regenerabile, și evaluarea beneficiilor tehnologiilor cu emisii reduse de carbon în raport cu tehnologiile cu niveluri ridicate de emisii.

Am votat în favoarea raportului care vizează o nouă organizare a pieței energiei, considerând că propunerea Comisiei Europene pentru o politică energetică implicând în egală măsură structuri centralizate și descentralizate este una corectă și viabilă în actualul context internațional.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Viitorul pieței de energie în țările UE constituie unul dintre subiectele actuale la nivel european. Mai mult decât atât, acesta a reprezentat, de la bun început, unul dintre catalizatorii actului fondator al Uniunii Europene, act direct legat de gestionarea resurselor de energie.

Datorită infrastructurii învechite, a piețelor slab integrate și a politicilor necoordonate, consumatorii, gospodăriile și întreprinderile nu beneficiază de o gamă mai variată de opțiuni sau de prețuri mai scăzute la energia electrică. La 15 iulie 2015, Comisia Europeană a publicat o serie de orientări și obiective prin care să reglementeze și să unifice piața energetică europeană. Toate măsurile trebuie verificate în ceea ce privește instrumentele, temeiul juridic, punerea în aplicare și posibilitățile europenizării aprovizionării cu energie electrică.

Susțin propunerea de rezoluție a PE referitoare la raportul „Către o nouă organizare a pieței energiei". Consider că este momentul să se finalizeze piața unică a energiei în Europa pentru o aprovizionare cu energie care să fie sigură, viabilă din punct de vedere ecologic și la prețuri abordabile. Prețuri previzibile la energie și securitatea aprovizionării vor crește nivelul de trai al gospodăriilor.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative du Parlement européen constitue une réponse à la communication et à la consultation publique de la Commission sur une nouvelle organisation du marché de l'électricité. Le constat est fait que nous avons besoin d'un marché européen de l'électricité davantage interconnecté. Nous devons également veiller à une plus grande indépendance énergétique et améliorer la sécurité de l'approvisionnement en électricité. Il est primordial également de renforcer la coopération régionale en matière de politique énergétique. J'ai voté en faveur de ce rapport.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Dopo attenta lettura e discussione in Aula ho dato il mio voto positivo alla proposta di risoluzione del Parlamento europeo sul tema «Verso un nuovo assetto del mercato dell'energia» in quanto ritengo che il nostro scenario internazionale evidenzi che la sicurezza energetica – sia in termini di approvvigionamento sia di regolamentazione – contribuisca a garantire e consolidare l'indipendenza politica degli Stati membri.

Di conseguenza va incoraggiato e perseguito un dialogo che si ponga l'obiettivo di perfezionare lo svolgimento dei relativi processi di cambiamento energetico verso le fonti più pulite e rinnovabili e di lenire le distorsioni di mercato. Questa differente gestione di sovranità è parte importante delle sfide che l'Europa deve affrontare nel settore dell'energia, che in definitiva necessita – innanzitutto – di maggiore integrazione ed interconnessione.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This own initiative report focuses on the design of a new EU electricity market in light of the aim to double the percentage of electricity produced by renewables from 25% to 50% of the total by 2030.

It proposes only market-based solutions to increase capacity such as incentives and rewards. GUE/NGL's position in favour of a focus on public support for developing renewable energy, access to the grid, the right to self-generation, decentralised solutions, and energy efficiency measures, etc. have been largely ignored. The report proposes that change be based mainly on market rules whilst being 'technology-neutral' i.e. not favouring one form of energy over another – which is the opposite of what is required as we need a strong intervention by Member States in favour of developing renewables. I voted against the report.

David Casa (PPE), *in writing*. – I believe that there is a big potential to strengthen the internal market for energy and to allow electricity to move freely to also benefit cross-border competition and provide the right signals for investments. Improved integration and coordination of energy markets means that there are many opportunities to achieve the common European goal of a secure, affordable, environmentally-sound energy supply. I generally support the ideas set out in this report and voted in favour.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La Commissione europea ritiene che il nuovo mercato elettrico debba trarre il massimo vantaggio dalla concorrenza transfrontaliera, consentire la generazione distribuita di energia elettrica, anche per l'autoconsumo, e sostenere la nascita di società di servizi energetici innovativi.

La riforma del mercato elettrico è fondamentale per raggiungere gli obiettivi UE in materia di clima ed energia. In particolare, deve creare le condizioni favorevoli a ridurre il consumo energetico, gestendo meglio la domanda grazie alle nuove tecnologie (reti, contatori e case intelligenti, impianti di stoccaggio energetico) ai nuovi servizi da parte di imprese innovative e intermediari affidabili e alla transizione dei consumi verso fonti alternative. Se la relazione dell'on. Langen è molto migliore molto rispetto alla versione iniziale, sono emersi elementi non sostenibili (ETS, carbon leakage, sfruttamento fossili, centrali a gas ad alta efficienza…) perciò ho deciso di votare contro.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – La politica energetica dell'Unione europea deve ormai adattarsi ai nuovi assetti del mercato globale dell'energia al fine di garantire la sicurezza dell'approvvigionamento, la sostenibilità ambientale e l'accessibilità in termini di prezzo per famiglie ed imprese. Ritengo che tali obiettivi vadano perseguiti promuovendo l'integrazione e il coordinamento dei mercati dell'energia degli Stati membri con il fine ultimo di creare un mercato unico europeo per l'energia elettrica. Ho votato a favore della relazione, poiché invita gli Stati membri e la Commissione a conferire un'elevata priorità alla promozione delle energie rinnovabili e a istituire mercati regionali più ampi, prefer-

ibilmente testando progetti innovativi a livello transfrontaliero. In effetti, l'Agenzia per la cooperazione fra i regolatori nazionali dell'energia (ACER) ha evidenziato che la cooperazione regionale presenta enormi potenzialità soprattutto con riferimento ai risparmi dei costi. Ritengo che le interconnessioni all'interno e fra alcuni Stati membri vadano potenziate poiché vi sono tuttora lacune che provocano strozzature delle reti e pregiudicano gli scambi energetici transfrontalieri. Auspico che la Commissione garantisca parità di condizioni per i produttori di energia di Stati membri e di paesi terzi poiché la concorrenza stimola la sicurezza energetica. Indispensabile infine lo sviluppo di nuove soluzioni di stoccaggio dell'energia elettrica al fine di consentire una gestione efficace della domanda.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση που προωθεί τους στόχους της ενεργειακής πολιτικής, δηλαδή την ασφάλεια ενεργειακού εφοδιασμού, την περιβαλλοντική βιωσιμότητα και τον καθορισμό των κατάλληλων τιμών. Στο πλαίσιο αυτό πρέπει να διευκολυνθεί η χρήση νέων τεχνολογιών και η πραγματοποίηση επενδύσεων, κυρίως σε ανανεώσιμες πηγές ενέργειας και σε μονάδες ηλεκτροπαραγωγής χαμηλών ανθρακούχων εκπομπών.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς την έκθεση με θέμα τον ανασχεδιασμό της αγοράς ενέργειας. Είναι προφανές πως το ζήτημα αυτό αφορά έναν από τους πιο σημαντικούς τομείς της ευρωπαϊκής βιομηχανίας, με άμεσες προεκτάσεις στην καθημερινότητα των ευρωπαίων πολιτών. Οφείλουμε λοιπόν να είμαστε ιδιαίτερα προσεκτικοί, αφού προοπτικές όπως η αύξηση του τελικού κόστους, καθώς και η παγίωση μιας μη βιώσιμης ικανότητας παραγωγής απειλούν τον τομέα αυτό. Θα πρέπει επίσης να δοθούν περισσότερες δυνατότητες συμμετοχής στους καταναλωτές, κάτι το οποίο δεν εξασφαλίζεται για την ώρα. Ως εκ τούτου ψήφισα αρνητικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Mi sono espresso a favore della relazione dell'on. Langen sul nuovo design del mercato dell'energia, la quale si inserisce nella serie di documenti sul mercato unico europeo pubblicati dalla Commissione il 15 luglio 2015.

Mi congratulo con il collega per l'accento posto sul bisogno di un unico, stabile sistema energetico al fine di garantire un approvvigionamento sostenibile ed efficiente. Ritengo che l'integrazione dei singoli mercati nazionali a livello europeo favorirà non solo una migliore cooperazione tra i paesi dell'Unione, ma anche una riduzione dei costi per industrie e consumatori europei grazie alla libera circolazione dell'energia. Inoltre, concordo con la relazione sulla necessità di promuovere investimenti e sviluppare progetti a lungo termine nel campo delle fonti rinnovabili.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report, Towards a New Energy Market Design, and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O mercado da eletricidade tem de gerar a efetiva transformação deste mercado, contribuir para a eficiência e a segurança do aprovisionamento, bem como para o desenvolvimento de energias renováveis e de interligações, e assegurar a realização do mercado interno da energia europeu.

O mercado europeu da energia, se bem concebido e devidamente aplicado, tem potencial para aumentar substancialmente a segurança e a independência energética da Europa, nomeadamente face aos principais fornecedores de que depende a União.

Apoio o presente relatório pois considero importante a revisão do quadro regulamentar existente, com vista a incentivar a utilização de sistemas de armazenamento de energia, com o objetivo de alimentar o sistema de energia com uma proporção mais elevada de energia proveniente de fontes renováveis intermitentes, com custos marginais reduzidos.

Uma melhor integração e coordenação dos mercados da energia encerra múltiplas oportunidades para alcançar os objetivos europeus comuns de um aprovisionamento energético seguro, sustentável e a preços acessíveis.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn dieser zeigt die Maßnahmen auf, die für eine Vervollständigung des EU- weiten Energie-Binnenmarktes erforderlich sind. Dabei ist es dem Berichterstatter gelungen, die Balance zwischen EU-weiten Regelungen, wie der generellen Abschaffung von Preiszonen, überflüssigen Subventionen und nationalen Schutzmechanismen, und der Subsidiarität zu wahren. Die Verantwortung über die Versorgungssicherheit obliegt den Mitgliedstaaten, aber die notwendigen Kapazitäten müssen gemeinsam berechnet werden.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché nella definizione di un nuovo assetto del mercato energetico è necessario dare priorità alle fonti rinnovabili, tenendo conto però del mantenimento di una sicurezza energetica duratura e di prezzi accessibili per i consumatori. Bisogna garantire una struttura del mercato che agevoli il processo di cambiamento, senza che si verifichino distorsioni della concorrenza e tenendo in considerazione fonti energetiche a bassa emissione di carbonio, affinché si possa integrare la produzione proveniente dalle fonti rinnovabili.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — As a Union we endeavour to promote energy efficiency savings, the development of renewable energy and the interconnection of energy networks. Such are essential in defining the Member States' energy mix and the conditions governing the use of their energy resources which nonetheless remains a national competence.

I support the call for proactively involving the civil society stakeholders in designing a flexible and decentralised European internal market in electricity in order to enhance coordination between national transition strategies whereby fees and taxes are to be applied fairly, avoiding double costs for the charging and discharging of energy and resulting in a market which rewards fast-reacting and flexible sources. This provides an essential contribution towards the creation of an EU-wide electricity market providing clear price signals for new investments.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe porque supone una decepcionante visión en torno al diseño de los mercados y redes energéticas en la Unión, que no aporta soluciones a los problemas presentes. Nuestro grupo ha incluido enmiendas en apoyo a las renovables y criticando mecanismos como los mecanismos de capacidad que permiten beneficiar a las grandes multinacionales del sector eléctrico. Este informe no recoge la necesidad de apoyar a los pequeños productores de renovables, ni tampoco la importancia de permitir la intervención del Estado en el sector eléctrico. El informe llama a la desaparición de los precios regulados, que han demostrado ser una de las mejores herramientas para enfrentar el problema de la pobreza energética. Es por todo esto por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La relazione pone le basi per un riordinamento del mercato dell'energia, tale da tener conto della natura mutevole del sistema, che tende sempre più a discostarsi da una visione centralizzata, andando verso un sistema basato in maniera crescente su fonti rinnovabili variabili che contribuiscano alla decarbonizzazione della nostra economia, spesso, per di più, prodotte a livello locale. La proposta pone tre obiettivi strategici. Una gestione virtuosa di domanda e offerta, che favorisca investimenti, superando le strozzature di mercato, che tendono a confinare il potenziale energetico tutto all'interno dei rispettivi Stati membri. In secondo luogo, rafforzamento del sistema di approvvigionamento energetico, attraverso un approccio realmente europeo. Infine, maggiore cooperazione e integrazione interregionale, in particolare per gli investimenti in nuove centrali. Il testo, nel complesso e nonostante qualche punto controverso – come nel caso degli incentivi nazionali che possono creare distorsioni di prezzi e mercati – è un ottimo punto di partenza per affrontare la discussione con la Commissione in vista della proposta di riforma del mercato e per questo ho ritenuto importante sostenerlo.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. - Az elmúlt időszakra jellemző változások, mint az új technológiák, az ingadozó nyersanyagárak vagy a megújuló áramtermelés gyors terjedése alapjaiban változtatták meg az európai energiapiacot. A jelentés három kitűzött célt kíván elérni. Elsősorban létre kell hozni egy, az Unió egész területén érvényes villamosenergia-piacot, amely egyértelmű árjelzéseket ad az új befektetések számára. Másodsorban meg kell teremteni biztonságos energiaellátás európai infrastruktúráját. Harmadrészt pedig erősíteni kell az energiapolitikán belüli regionális együttműködést, különös tekintettel az új energiatermelő berendezések fejlesztéseire, a rendszerösszekötőkre és a támogatási rendszerekre, valamint a megújuló energiaforrások európai belső piaci integrációjára.

A fenti célok elérése Európa közös érdeke, mivel a villamosenergia-piacok integrációja javítani fogja a biztonságos, költséghatékony és környezetvédelmi szempontból átgondolt energiaellátást. Az új stratégia kialakítása során a tagállamok nemzeti energiaszerkezetének általános struktúrája tiszteletben tartandó.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Nie popieram celów politycznych wymienionych w komunikacie konsultacyjnym w sprawie struktury rynku energii elektrycznej, będącego częścią sprawozdania dotyczącego europejskiego rynku wewnętrznego opublikowanego przez Komisję Europejską w dniu 15 lipca 2015 r. Nie jestem zwolennikiem stworzenia ogólnounijnego rynku energii elektrycznej z jasnymi sygnałami cenowymi dla nowych inwestycji. Nie uważam za stosowne ugruntowywanie europejskiego podejścia do bezpieczeństwa energetycznego oraz wzmocnienie współpracy regionalnej w zakresie polityki energetycznej, w szczególności przy inwestycjach w nowe instalacje do wytwarzania energii, przy sieciach międzysystemowych i systemie wsparcia oraz przy integracji energii ze źródeł odnawialnych z

europejskim rynkiem wewnętrznym. Faktem jest, że w sprawozdaniu znajduję pozytywne elementy, ale przeważają jednak negatywne, stąd moja decyzja, aby głosować przeciwko.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Our electricity supply is changing – moving away from the traditional, centralised, base-load power supply towards a system which is based on variable renewables. This is why we need to move towards a new energy market design which adapts and takes into account the elements of a changing energy supply. I am in favour of this report, as I believe that we need to move towards an energy market based on consumer needs whilst ensuring affordable energy.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – Whilst there are a number of areas of this report I agree with, the fact remains that decisions over the precise energy mix in each member state are a national competence and I oppose efforts to centralise this at a European level. This has previously been a subject of significant political debate within the UK and taking that decision-making power away from British voters is not something I can support.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative fait suite à la communication de la Commission européenne sur «une nouvelle organisation du marché de l'énergie» publiée en juillet 2015. Le rapport vise à renforcer le marché intérieur et à permettre la libre circulation de l'électricité. Il propose d'établir un contrôle régional de la sécurité de l'approvisionnement ainsi que des normes européennes claires d'adéquation du système afin de déterminer si un mécanisme de capacité est réellement nécessaire. Considérant qu'il est nécessaire d'intégrer pleinement les énergies renouvelables dans le réseau électrique commun en veillant à ce que leurs spécificités (par exemple, l'intermittence) soient mieux prises en compte, j'ai soutenu ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – We are against the report because we object to new EU legislation in this field. We in UKIP believe that the UK should make its own energy policy and exploit and invest in lower-cost, reliable energy sources like coal, gas and nuclear.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce rapport, sans valeur législative contraignante, qui appelle à une nouvelle organisation du marché de l'énergie en Europe. Je suis particulièrement favorable à un renforcement du marché intégré dans le domaine de l'énergie, notamment afin de garantir une stabilité propice aux investissements dans ce domaine. De plus, compte tenu de nos objectifs environnementaux, il est indispensable d'encourager l'Union européenne et ses États membres à se diriger vers une meilleure efficacité énergétique, permettant une moins grande consommation et encourageant le développement des énergies renouvelables.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az elmúlt évek főbb változásai, mint az új technológiák, az ingadozó nyersanyagárak, vagy a megújuló áramtermelés gyors terjedése alapjaiban változtatták meg az európai energiapiacot. A jelentés három kitűzött célt kíván elérni. Elsősorban létre kell hozni egy, az Unió egész területén érvényes villamosenergia-piacot, amely egyértelmű árjelzéseket ad az új befektetések számára. Másodsorban meg kell teremteni biztonságos energiaellátás európai infrastruktúráját. Harmadrészt pedig erősíteni kell az energiapolitikán belüli regionális együttműködést, különös tekintettel az új energiatermelő berendezések fejlesztéseire, a rendszerösszekötőkre és a támogatási rendszerekre, valamint a megújuló energiaforrások európai belső piaci integrációjára.

A fenti célok elérése Európa közös érdeke, mivel a villamosenergia-piacok integrációja javítani fogja a biztonságos, költséghatékony és környezetvédelmi szempontból átgondolt energiaellátást. Fontos, hogy az új stratégia kialakítása során a tagállamok nemzeti energiaszerkezetének és az energiaellátásának általános struktúrája mindvégig tiszteletben legyen tartva. A belső piac kiteljesítéséhez elengedhetetlen az energiatárolási lehetőségek hatékony használata, a hálózat fejlesztése, a megfelelő interkonnektorok megépítése és a megújuló források minél szélesebb körű alkalmazása. A villamosenergia-piacok jobb integrációja és összehangolása számos lehetőséget rejt magában a biztonságosabb, költséghatékonyabb és fenntarthatóbb energiaellátásra irányuló közös európai célok eléréséhez.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — L'Union dispose d'un cadre pour l'énergie et le climat qui prévoit à l'horizon 2030 une réduction des émissions de gaz à effet de serre de 40 % par rapport au niveau de 1990, une amélioration de l'efficacité énergétique de 30 % et une augmentation de la part des énergies renouvelables de 27 % dans le mix énergétique de l'UE.

Ces objectifs ne peuvent être atteints sans réorganiser en profondeur le secteur européen de l'électricité. Nous devons développer des énergies propres, améliorer les économies d'énergie. Cela passe par l'innovation et surtout une meilleure coordination de nos politiques nationales.

Enfin, l'Europe doit se doter d'une politique énergétique autonome, garantie de son indépendance.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. - Az elmúlt évek főbb változásai, mint az új technológiák, az ingadozó nyersanyagárak vagy a megújuló áramtermelés gyors terjedése alapjaiban változtatták meg az európai energiapiacot. A jelentés három kitűzött célt kíván elérni. Elsősorban létre kell hozni egy, az Unió egész területén érvényes villamosenergia-piacot, amely egyértelmű árjelzéseket ad az új befektetések számára. Másodsorban meg kell teremteni biztonságos energiaellátás európai infrastruktúráját. Harmadrészt pedig erősíteni kell az energiapolitikán belüli regionális együttműködést, különös tekintettel az új energiatermelő berendezések fejlesztéseire, a rendszerösszekötőkre és a támogatási rendszerekre, valamint a megújuló energiaforrások európai belső piaci integrációjára.

A fenti célok elérése Európa közös érdeke, mivel a villamosenergia-piacok integrációja javítani fogja a biztonságos, költséghatékony és környezetvédelmi szempontból átgondolt energiaellátást. Fontos, hogy az új stratégia kialakítása során a tagállamok nemzeti energiaszerkezetének és az energiaellátásának általános struktúrája mindvégig tiszteletben legyen tartva. A belső piac kiteljesítéséhez elengedhetetlen az energia tárolási lehetőségek hatékony használata, a hálózat fejlesztése, a megfelelő interkonnektorok megépítése és a megújuló források minél szélesebb körű alkalmazása. A villamosenergia-piacok jobb integrációja és összehangolása számos lehetőséget rejt magában a biztonságosabb, költséghatékonyabb és fenntarthatóbb energiaellátásra irányuló közös európai célok eléréséhez.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – En dépit de l'incitation à l'investissement dans le réseau, on peut regretter les pouvoirs renforcés accordés à l'ACER, régulateur supranational, au détriment de l'autorité des États. L'idéologie de marché prime sur la sécurité d'approvisionnement des États. Pour ces raisons, nous ne saurions soutenir ce rapport. J'ai voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Гласувах против този файл, защото, въпреки че съдържа някои добри идеи, се позовава на всеобщия подход „отгоре-надолу". Когато говорим за енергийните пазари, особено с препоръки за по-добро сътрудничество, не трябва да забравяме, че геополитическите предизвикателства в целия Европейски съюз широко се различават. Когато обсъждаме политиката, трябва незабавно да се вземат предвид тези регионални особености.

Освен това, има още по-фундаментално предизвикателство – инфраструктурата. България е една от държавите – членки на ЕС, които се борят с тези подобни предизвикателства.

Решението за преодоляване на тези препятствия не се въвежда както централизирани и децентрализирани структури. Трябва да се избегнат нарушения на пазара и неподходящи инвестиции в нови съоръжения и, ако тези бъдат водени от ЕС, ще поставим цялата система в риск. Включване на повече възобновяеми енергийни източници е добър подход и аз силно го подкрепям. Независимо от това, подходът на ЕС за определяне на политиката на енергийния микс ще пренебрегне регионалните особености и само ще наруши функционирането на цялата структура.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η προσέγγισή μου όσον αφορά το θέμα της ενεργειακής ασφάλειας και επάρκειας είναι τελείως διαφορετική, θεωρώ πως η ενέργεια αποτελεί υποδομή κρίσιμης σημασίας για το κάθε κράτος, πρέπει να έχει τον πλήρη έλεγχο της παραγωγής και διανομής της και να μην υπόκειται σε ελέγχους και περιορισμούς από το εξωτερικό, με μοναδική εξαίρεση ίσως ζητήματα προστασίας του περιβάλλοντος.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az elmúlt évek főbb változásai, mint az új technológiák, az ingadozó nyersanyagárak, vagy a megújuló áramtermelés gyors terjedése alapjaiban változtatták meg az európai energiapiacot. A jelentés három kitűzött célt kíván elérni. Elsősorban létre kell hozni egy, az Unió egész területén érvényes villamosenergia-piacot, amely egyértelmű árjelzéseket ad az új befektetések számára. Másodsorban meg kell teremteni biztonságos energiaellátás európai infrastruktúráját. Harmadrészt pedig erősíteni kell az energiapolitikán belüli regionális együttműködést, különös tekintettel az új energiatermelő berendezések fejlesztéseire, a rendszerösszekötőkre és a támogatási rendszerekre, valamint a megújuló energiaforrások európai belső piaci integrációjára.

A fenti célok elérése Európa közös érdeke, mivel a villamosenergia-piacok integrációja javítani fogja a biztonságos, költséghatékony és környezetvédelmi szempontból átgondolt energiaellátást. Fontos, hogy az új stratégia kialakítása során a tagállamok nemzeti energiaszerkezetének és az energiaellátásának általános struktúrája mindvégig tiszteletben legyen tartva. A belső piac kiteljesítéséhez elengedhetetlen az energiatárolási lehetőségek hatékony használata, a hálózat fejlesztése, a megfelelő interkonnektorok megépítése és a megújuló források minél szélesebb körű alkalmazása. A villamosenergia-piacok jobb integrációja és összehangolása számos lehetőséget rejt magában a biztonságosabb, költséghatékonyabb és fenntarthatóbb energiaellátásra irányuló közös európai célok eléréséhez. Az Európai Néppárt iránymutatásának megfelelően szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – La transizione verso la produzione decentralizzata di energia, basata sullo sfruttamento delle fonti rinnovabili è ormai in atto. Per questo motivo è necessario un cambiamento radicale nella governance e della normativa sul mercato energetico, affinché venga riconosciuta l'esistenza del numero sempre maggiore di attori coinvolti, non più solo grandi produttori, da una parte, e consumatori energetici passivi, dall'altra. Il relatore Langen, però, propone un testo che solo apparentemente sembra innescare un cambio di assetto nel mercato energetico, che metta al centro le rinnovabili e la produzione decentralizzata. Come Movimento Cinque Stelle abbiamo proposto emendamenti volti a introdurre elementi estremamente innovativi come il concetto di *prosumer*, per riconoscere l'esistenza di un nuovo soggetto, quello dei sempre più numerosi cittadini che, oltre a consumare, producono energia. Tuttavia noto con dispiacere che nel testo rimangono troppi riferimenti al continuo sfruttamento delle fonti fossili, al nucleare e al cosiddetto ETS o «*emission trading system*» (che finora ha coinciso solamente con la creazione di un mercato speculativo delle quote di CO_2 senza alcun beneficio per il clima). Osservo che questi aspetti non consentono veramente di cambiare il paradigma vigente nel mercato energetico. Pertanto il mio voto è negativo.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O futuro do mercado da eletricidade deve passar pela criação de um mercado de eletricidade à escala da UE que envie um sinal claro em matéria de preços para novos investimentos, pela criação de uma abordagem europeia para a segurança do aprovisionamento de energia e pelo reforço da cooperação regional no setor da energia, em especial no que diz respeito a investimentos em novas centrais, interligações e regimes de apoio, bem como à integração das energias renováveis no mercado único europeu.

Preços de energia comportáveis e segurança do aprovisionamento são imprescindíveis para o nível de vida dos agregados familiares, mas também para a segurança do emprego nas empresas com utilização intensiva de energia. A Comissão propõe, para este efeito, um pacote de medidas com o qual eu concordo.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution. Comme d'habitude, l'écologie (ici les énergies renouvelables) est un prétexte pour renforcer le fédéralisme européen et pour détruire les entreprises nationales, au nom de la fluidité nécessitée par les énergies intermittentes.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A Comissão Europeia enunciou três objetivos políticos para o futuro mercado único da energia: 1. Criar um mercado de eletricidade à escala da UE; 2. Criar uma abordagem da UE para a segurança do aprovisionamento de energia; 3. Reforçar a cooperação regional no sector da energia, em especial no que diz respeito a investimentos em novas centrais, interligações e a regimes de apoio, bem como à integração das energias renováveis no mercado único. Uma agenda indissociável dos objetivos dos grandes grupos europeus do sector e das potências que defendem os seus interesses.

No essencial, o relatório defende a liberalização do «mercado da energia», pressionando os Estados-Membros a acelerarem o processo de privatização do que ainda é público. Sem reconhecer que, contrariando miríficas promessas, nem trabalhadores nem consumidores beneficiaram com a liberalização. Muito pelo contrário! Aumentaram lucros à conta do emprego, salários e direitos dos trabalhadores e dos preços pagos pelos consumidores.

A energia é um sector estratégico, fundamental a um desenvolvimento económico soberano do país, apoiado no conhecimento científico, no progresso tecnológico e na sustentabilidade ambiental. Razão suficiente para dever ser conservado na esfera pública, sob escrutínio e controlo democráticos. Este relatório é incompatível com estes princípios. E esta é razão bastante para o nosso voto contra.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Predmetom tejto správy je európsky energetický trh a najmä predstavenie štruktúry, ako by tento systém mal vyzerať s prihliadnutím k schopnosti dosiahnuť ciele energetickej politiky. K výzvam, ktorým čelíme v oblasti energetiky, patrí najmä zvýšená závislosť na dovoze ropy a plynu, ale aj nedostatočná diverzifikácia. Navyše ceny energií sú zvyšované aj štátnymi daňami a globálnym dopytom po energii. Medzi problematické tiež patria bezpečnostné riziká, či už v krajinách, kde dochádza priamo k ťažbe, alebo v tranzitných krajinách. Oznámenie Európskej komisie je založené na 3 významných politických cieľoch pre budúcnosť trhu s elektrickou energiou.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario alla relazione: un altro attacco alla sovranità energetica degli Stati membri.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση με θέμα «Προς τον ανασχεδιασμό της αγοράς ενέργειας». Η προσέγγισή μου όσον αφορά το θέμα της ενεργειακής ασφάλειας και επάρκειας είναι τελείως διαφορετική. Θεωρώ πως η ενέργεια αποτελεί υποδομή ζωτικής σημασίας για το κάθε κράτος, πρέπει να έχει τον πλήρη έλεγχο της παραγωγής και διανομής της και να μην υπόκειται σε ελέγχους και περιορισμούς από το εξωτερικό, με μοναδική εξαίρεση ίσως ζητήματα προστασίας του περιβάλλοντος.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – This own-initiative report comes ahead of the expected electricity market design legislation to be proposed by the end of 2016. Part of the Energy Union, it concerns the rules for the electricity market and particularly trading, transmission and distribution of electricity. A new market design is needed to take into account the changing nature of our electricity supply, moving away from traditional, centralised, base-load power generation towards a system based more on variable renewables and flexibility, often produced at a more local level. Thus the energy markets need to adapt. We need to ensure a market design that is fit for the future, and one which works for consumers and industry, ensuring affordable energy. I therefore voted in favour of the report.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az elmúlt évek főbb változásai, mint az új technológiák, az ingadozó nyersanyagárak vagy a megújuló áramtermelés gyors terjedése alapjaiban változtatták meg az európai energiapiacot. A jelentés három kitűzött célt kíván elérni. Elsősorban létre kell hozni egy, az Unió egész területén érvényes villamosenergia-piacot, amely egyértelmű árjelzéseket ad az új befektetések számára. Másodsorban meg kell teremteni biztonságos energiaellátás európai infrastruktúráját. Harmadrészt pedig erősíteni kell az energiapolitikán belüli regionális együttműködést, különös tekintettel az új energiatermelő berendezések fejlesztéseire, a rendszerösszekötőkre és a támogatási rendszerekre, valamint a megújuló energiaforrások európai belső piaci integrációjára.

A fenti célok elérése Európa közös érdeke, mivel a villamosenergia-piacok integrációja javítani fogja a biztonságos, költséghatékony és környezetvédelmi szempontból átgondolt energiaellátást. Fontos, hogy az új stratégia kialakítása során a tagállamok nemzeti energiaszerkezetének és az energiaellátásának általános struktúrája mindvégig tiszteletben legyen tartva. A belső piac kiteljesítéséhez elengedhetetlen az energiatárolási lehetőségek hatékony használata, a hálózat fejlesztése, a megfelelő interkonnektorok megépítése és a megújuló források minél szélesebb körű alkalmazása. A villamosenergia-piacok jobb integrációja és összehangolása számos lehetőséget rejt magában a biztonságosabb, költséghatékonyabb és fenntarthatóbb energiaellátásra irányuló közös európai célok eléréséhez.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az elmúlt évek főbb változásai, mint az új technológiák, az ingadozó nyersanyagárak vagy a megújuló áramtermelés gyors terjedése alapjaiban változtatták meg az európai energiapiacot. A jelentés három kitűzött célt kíván elérni. Elsősorban létre kell hozni egy, az Unió egész területén érvényes villamosenergia-piacot, amely egyértelmű árjelzéseket ad az új befektetések számára. Másodsorban meg kell teremteni biztonságos energiaellátás európai infrastruktúráját. Harmadrészt pedig erősíteni kell az energiapolitikán belüli regionális együttműködést, különös tekintettel az új energiatermelő berendezések fejlesztéseire, a rendszerösszekötőkre és a támogatási rendszerekre, valamint a megújuló energiaforrások európai belső piaci integrációjára.

A fenti célok elérése Európa közös érdeke, mivel a villamosenergia-piacok integrációja javítani fogja a biztonságos, költséghatékony és környezetvédelmi szempontból átgondolt energiaellátást. Fontos, hogy az új stratégia kialakítása során a tagállamok nemzeti energiaszerkezetének és az energiaellátásának általános struktúrája mindvégig tiszteletben legyen tartva. A belső piac kiteljesítéséhez elengedhetetlen az energiatárolási lehetőségek hatékony használata, a hálózat fejlesztése, a megfelelő interkonnektorok megépítése és a megújuló források minél szélesebb körű alkalmazása. A villamosenergia-piacok jobb integrációja és összehangolása számos lehetőséget rejt magában a biztonságosabb, költséghatékonyabb és fenntarthatóbb energiaellátásra irányuló közös európai célok eléréséhez.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe teniendo presente que la UE afronta importantes retos en el ámbito de la energía: la dependencia de las importaciones de petróleo y gas, la falta de diversificación, los precios elevados de la energía, la creciente demanda mundial de energía, los riesgos para la seguridad en los países productores y en los países de tránsito, la lucha contra el cambio climático, la falta de progresos en la eficiencia energética, el aumento de la cuota de las energías renovables, la integración y la interconexión de los mercados de la energía y las distorsiones del mercado ocasionadas por los diferentes regímenes de ayuda. Estoy convencido de que es imprescindible una mejor integración y coordinación de los mercados de la energía en Europa que nos permita alcanzar los objetivos europeos comunes de un abastecimiento energético seguro y, al mismo tiempo, eficiente en términos de costes y sostenible desde el punto de vista del medio ambiente.

Elisabetta Gardini (PPE), *in writing*. – This report represents a necessary move towards decentralisation in the European energy market. If the European energy market is to functions to its fullest of potential it must become more regionalised, more flexible and with a high degree of regional cooperation. It is also very important that this design is specifically market-oriented to attract investment and to drive innovation in order to achieve a sustainable energy market for European consumers and businesses. For these regional markets to bear fruit, we need a flexible regulatory framework that covers all cross-border regulatory gaps that exists today.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – L'Europa ha assunto impegni molto significativi lo scorso anno nella conferenza COP21 sul clima. Per ottenere le riduzioni di consumo e di emissioni, è necessaria una evoluzione profonda dei nostri sistemi energetici, a partire dalle abitudini quotidiane.

Un peso fondamentale nella distribuzione delle emissioni è rappresentato dal riscaldamento e raffreddamento negli edifici, che da soli costituiscono anche un impegno finanziario importante per molte famiglie in Europa. Per raggiungere l'obiettivo fissato a Parigi di una riduzione del consumo energetico del 40 percento sono necessarie azioni straordinarie: chiediamo alla Commissione, nel quadro della annunciata proposta di riforma sull'efficienza energetica degli edifici, di introdurre misure ambiziose e impegnative.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del Parlamento europeo sul tema «Verso un nuovo assetto del mercato dell'energia» perché ritengo fondamentale l'integrazione di tutte le parti interessate per raggiungere gli obiettivi prefissati dal COP21 dello scorso dicembre 2015 a Parigi, in materia di energia sicura, conveniente, efficiente e sostenibile. Considero estremamente necessario un rafforzamento della cooperazione regionale nell'ambito della politica energetica in modo da coordinare al meglio gli investimenti nei nuovi impianti di produzione dell'energia e massimizzare l'effetto e l'efficacia dei finanziamenti. Le preoccupazioni sempre crescenti legate al clima e alla tutela dell'ambiente, già espresse in molteplici consessi internazionali, evidenziano la necessità di promuovere lo sviluppo delle energie rinnovabili, senza trascurare al contempo il bisogno di garantire la sicurezza e l'approvvigionamento energetico sostenibile e a prezzi accessibili, e questo soprattutto per sostenere un buon tenore di vita delle famiglie e per salvaguardare i posti di lavoro in aziende ad alto consumo energetico. Sono infine convinta della necessità di instaurare un dialogo più intenso e una cooperazione più stretta tra le istituzioni, i corpi e le agenzie UE al fine di delineare un contesto più favorevole per l'innovazione e la ricerca.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe mich bei der Abstimmung zum Bericht über das Thema „Auf dem Weg zur Umgestaltung des Energiemarkts" enthalten, da das Dossier zwar sicher gut gemeint ist, in zahlreichen Bereichen aber den notwendigen Dreiklang von Umweltfreundlichkeit, Verfügbarkeit und Preis aus dem Blick verliert. Hier wünsche ich mir mehr verbraucher- und familienorientierte Entscheidungen im Binnenmarkt.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Umgestaltung des europäischen Energiemarktes ist nötig, um

1. einen EU-weiten Elektrizitätsmarkt mit klaren Preissignalen für neue Investitionen zu schaffen. Es ist dabei ein richtiger Schritt, der Agentur ACER mehr Kompetenzen im Bereich der grenzübergreifenden Koordination zuzugestehen.

2. einen europäischen Ansatz zur Energieversorgungssicherheit zu begründen. Die Energieversorgungssicherheit ist nicht nur für die europäische Wirtschaft, sondern vor allem auch für die europäischen Verbraucher ein zentrales Anliegen. Die aufeinander abgestimmte Stromerzeugung und gemeinsame Zuverlässigkeitsstandards bieten hier erste Ansätze in die richtige Richtung.

3. die regionale Zusammenarbeit in der Energiepolitik, insbesondere bei Investitionen in neue Energieerzeugungsanlagen, bei Interkonnektoren und Förderregeln sowie bei der Integration erneuerbarer Energien in den europäischen Binnenmarkt, zu stärken.

Eine europäisch geförderte regionale Zusammenarbeit im Bereich der erneuerbaren Energien halte ich für sehr sinnvoll, da sich hierdurch überregionale Synergien ergeben können.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report because we need to implement a market design that is fit for the future, and one which works for both consumers and industry, ensuring affordable energy.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Les rapports du Parlement sur l'énergie se suivent et se ressemblent :

— même appel à un marché unique de l'énergie, négateur de la compétence exclusive reconnue aux États par les traités pour le choix de leur «mix» énergétique;

— même croyance erronée dans la capacité du marché à fixer le juste prix de l'énergie, satisfaisant à la fois pour le producteur et le consommateur et favorisant les investissements de long terme;

— même mise en avant de la nécessité d'un assouplissement du système électrique, conséquence de l'obligation d'un recours croissant aux énergies intermittentes, pour suggérer des pistes bientôt transformées en contraintes;

— et surtout, même ignorance des situations spécifiques des États, notamment au regard de la sécurité des approvisionnements.

Cela peut plaire ou ne pas plaire, mais la France n'a pas les mêmes problèmes ni les mêmes défis énergétiques que l'Allemagne ou la Lituanie. Il n'est pas innocent qu'elle ait choisi par exemple un mécanisme de capacité pour garantir l'approvisionnement en électricité en cas de pic de consommation, plutôt que des réserves stratégiques.

Comme d'habitude, j'ai voté contre un texte qui remet en cause l'indépendance de choix des États dans des domaines éminemment souverains.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del informe porque se basa sobre los mecanismos del mercado y no sobre las necesidades sociales y medioambientales. Deja de lado o trata al margen las cuestiones del acceso a la red para los autoconsumidores, la descentralización del sistema o la eficiencia energética.

El informe se basa también sobre la neutralidad de la tecnología, lo que implica que se considera de la misma manera la energía proveniente de fuente renovable o de fuente nuclear; cuando sabemos perfectamente que los impactos medioambientales son considerablemente diferentes.

Los mecanismos de capacidad son unas subvenciones encubiertas a las grandes empresas y posiblemente a las energías fósiles. Además, existe el riesgo que estos mecanismos conducen a la construcción de nuevas grandes infraestructuras que nos condenan a seguir con el modelo actual para varias décadas más.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report because we need to ensure a market design that is fit for the future, and one which works for consumers and industry, ensuring affordable energy.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport d'initiative. Il propose de réorganiser le marché de l'électricité. Il est notamment important de renforcer la coopération régionale sur toutes les dimensions de l'offre et de la demande afin d'être capable de réaliser tous les objectifs énergétiques et climatiques fixés par l'Union pour 2030. Le cadre réglementaire actuel des marchés européens a besoin d'être adapté afin de permettre l'augmentation de la part des énergies renouvelables et de combler les lacunes existantes dans la réglementation au niveau transfrontalier. Au sein d'un système énergétique de plus en plus décentralisé, il faut stimuler davantage l'investissement, l'accès des PME au marché de l'énergie et garantir un approvisionnement en électricité durable et efficace, grâce à un système d'énergie intelligent.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour. Improved integration and coordination of energy markets means that there are many opportunities to achieve the common European goal of a secure, affordable, environmentally-sound energy supply. Predictable energy prices and security of supply are indispensable in particular for maintaining domestic standards of living and ensuring job security at energy-intensive companies.

Jytte Guteland, Anna Hedh, Olle Ludvigsson, Jens Nilsson och Marita Ulvskog (S&D), *skriftlig*. — Vi socialdemokrater har idag röstat för betänkandet om en ny marknadsmodell för energimarknaden. Betänkandet lyfter fram flera bra saker, och en ny marknadsmodell för energimarknaden är nödvändig med tanke på den utveckling som sker inom området för förnybar och flexibel energi.

Under omröstningen röstade vi mot en skrivning som handlar om samordning på EU-nivå för att fastställa ett koncessionssystem för användning av vattenkraft och för att öppna sektorn för konkurrens i syfte att undvika snedvridning på marknaden. Vi ser ingen anledning till en EU-harmoniserad åtgärd inom detta område, och det kan vara ett hot mot självständigheten för lokalt, kommunalt ägda energibolag med egen produktion. Det finns redan idag EU-regler som innebär gemensamma spelregler för medlemsstaterna vad gäller vattenverksamheter, och reglerna på den inre marknaden främjar konkurrens. Vi ser inget behov av ytterligare åtgärder. Om nya åtgärder är befogade finns det i så fall andra större problem att ta tag i på elmarknaden.

Vi har också röstat mot en skrivning i betänkandet om vad som påstås vara bättre marknadsanpassade så kallade investeringsfrämjande åtgärder för att främja förnybar energi. Den generaliserande skrivningen är oklar och lämnar öppet för tolkningar av vad som är att betrakta som olika investeringsåtgärder.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση στοχεύει στην κατάργηση των εθνικών πολιτικών και στην ενίσχυση των εξουσιών της Κομισιόν για ενοποίηση της αγοράς και δημιουργία μιας πανευρωπαϊκής αγοράς ηλεκτρικής ενέργειας. Αυτές οι πολιτικές, κατά την άποψη μας, θα έχουν καταστροφικές συνέπειες για τους καταναλωτές. Κερδισμένοι θα είναι μονάχα οι μεγάλες εταιρείες καθώς θα μπορούν να δρουν απρόσκοπτα αυξάνοντας τα κέρδη τους. Στην δική μας άποψη είναι ξεκάθαρο πως η ενέργεια πρέπει να διασφαλιστεί ως δημόσιο κοινωνικό αγαθό, στο οποίο όλοι να έχουν ισότιμη και φτηνή πρόσβαση. Επίσης η παροχή ενέργειας στους πολίτες να είναι ζήτημα εθνικής πολιτικής, η οποία να καθορίζεται βάσει των αναγκών της χώρας και του λαού, με στόχο πάντα την κοινωνική ανάπτυξη. Τέλος ο σχεδιασμός της αγοράς ηλεκτρικής ενέργειας θα έπρεπε να στηρίζεται σε μια ολοκληρωμένη πρόταση για στήριξη και ανάπτυξη των ανανεώσιμων πηγών ενέργειας, στοιχείο που επίσης απουσιάζει από την έκθεση. Εφόσον η έκθεση έχει μοναδικό στόχο να καταστήσει την ενέργεια εργαλείο για ενίσχυση του ιδιωτικού συμφέροντος και της ανταγωνιστικότητας της ΕΕ θεωρούμε ενδεδειγμένη στάση αυτή της καταψήφισης.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported the resolution 'Towards a New Energy Market Design' for a number of reasons. Firstly, in order for Europe to meet its 2030 climate goals, there needs to be a transformation in the way the energy market in Europe operates. This means that we need an improved integrated energy market to achieve a secure, affordable, environmentally-sound energy supply and security. We need to reduce our dependency on oil and gas imports and incentivise development of new technologies, particularly low-carbon generating facilities. This report sets out the best way to achieve a properly functioning EU energy market with market led approaches. That is why I supported the rapporteur's call to phase-out subsidies for mature renewable technologies and I voted against an amendment which called for continuing financial support from governments to certain renewable technologies at the expense of other possibly more innovative technologies.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour as I have no objections

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht ist nicht konsequent und in sich konsistent. Entweder liberalisieren wir komplett die europäischen Energiemärkte und schaffen einen gemeinsamen europäischen Energiemarkt, wie z. B. jetzt mit dem Digital Single Market, oder wir überlassen den Mitgliedstaaten die Entscheidungshoheit über den Energie-Mix ihres Landes und die Sicherstellung der Energiesicherheit. Dieser Bericht spricht sich weder konsequent für Deregulierung und die Liberalisierung der Energiemärkte noch komplett für Subsidiarität aus. Er zeigt keine klare Linie, wie es in Europa energiepolitisch weitergehen soll. Im Einklang mit dem von der Parteivorsitzenden Ulrike Trebesius vorgestellten Konzeptpapier setzt sich ALFA dafür ein, dass energiepolitische Fragen gänzlich den Mitgliedstaaten überlassen werden. Deshalb habe ich den Bericht abgelehnt. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Er führt zu Zwietracht und Zwist in Europa.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az elmúlt évek főbb változásai, mint az új technológiák, az ingadozó nyersanyagárak vagy a megújuló áramtermelés gyors terjedése alapjaiban változtatták meg az európai energiapiacot. A jelentés három kitűzött célt kíván elérni. Elsősorban létre kell hozni egy, az Unió egész területén érvényes villamosenergia-piacot, amely egyértelmű árjelzéseket ad az új befektetések számára. Másodsorban meg kell teremteni a biztonságos energiaellátás európai infrastruktúráját. Harmadrészt pedig erősíteni kell az energiapolitikán belüli regionális együttműködést, különös tekintettel az új energiatermelő berendezések fejlesztéseire, a rendszerösszekötőkre és a támogatási rendszerekre, valamint a megújuló energiaforrások európai belső piaci integrációjára.

A fenti célok elérése Európa közös érdeke, mivel a villamosenergia-piacok integrációja javítani fogja a biztonságos, költséghatékony és környezetvédelmi szempontból átgondolt energiaellátást. Fontos, hogy az új stratégia kialakítása során a tagállamok nemzeti energiaszerkezetének és az energiaellátásának általános struktúrája mindvégig tiszteletben legyen tartva. A belső piac kiteljesítéséhez elengedhetetlen az energiatárolási lehetőségek hatékony használata, a hálózat fejlesztése, a megfelelő interkonnektorok megépítése és a megújuló források minél szélesebb körű alkalmazása. A villamosenergia-piacok jobb integrációja és összehangolása számos lehetőséget rejt magában a biztonságosabb, költséghatékonyabb és fenntarthatóbb energiaellátásra irányuló közös európai célok eléréséhez.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – We need to ensure a market design which works for consumers and industry alike, ensuring affordable energy. I voted in favour of this report.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o temi „Ususret novom modelu energetskog tržišta", s obzirom da daljnja integracija energetskog tržišta koja je potrebna traži i nova rješenja kako bi se osigurala sigurna, jeftina, učinkovita i ekološki održiva opskrba energijom. Energetski sustav u budućnosti treba biti fleksibilniji što se tiče proizvodnje, distribucije, potražnje i skladištenja.

Problem je što se predviđa nedostatak proizvodnih kapaciteta, nacionalna tržišta kapaciteta otežavaju integraciju tržišta, postoji problem nedovoljne prekogranične fizičke povezanosti infrastrukture i suradnje u nekim regijama, nedovoljno iskorištenog upravljanja potražnjom. Treba pravilno predvidjeti i rastući udio raznih obnovljivih izvora energije te razvoj novih pametnih mreža i novih tehnologija decentralizirane proizvodnje.

U nova ulaganja nužno je kombinirati sredstva Europskog fonda za strateška ulaganja i drugih specifičnih izvora financiranja za energetiku, kao što je Instrument za povezivanje Europe. Novi model se treba temeljiti na holističkom pristupu usmjerenom ka budućnosti s ciljem integrirane, stabilne i sigurne opskrbe energijom.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce texte récite les mantras de l'UE sur les énergies renouvelables et de longs passages sur le stockage (indispensable pour les énergies intermittentes solaire et éolienne) (points 26 à 36) qui sont parfaitement utopiques en l'état actuel de la recherche.

Ce rapport a une tonalité très centriste: on caresse les États dans le sens du poil sur les questions réglées par les traités (mix énergétique), on s'appuie sur une approche évolutive pour grignoter les compétences des États et on se repose sur un prétendu marché de l'énergie, qui est, quoiqu'en dise le rapporteur, un monopole naturel.

Comme d'habitude aussi, les énergies renouvelables sont un prétexte pour renforcer le fédéralisme européen et détruire les entreprises nationales, au nom de la fluidité nécessitée par les énergies intermittentes. J'ai voté contre de rapport d'initiative.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I am in favour of measures that will lead to a better functioning and competitive energy market, and thus lower and more predictable energy prices for our large and small consumers. As it will also improve our cross-border cooperation on energy policy, it will help secure our energy supply and decrease our dependence on suppliers from outside the EU. As this is an important step to achieve our priorities on energy and climate issues, I gladly voted in support of this resolution.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Werner Langen. Ce rapport vise à favoriser la libre circulation de l'électricité en Europe, pour une approche régionale plus efficace. Une approche régionale qui permettra de sécuriser les apprivoisements en électricité et la mise en place d'une tarification claire et plus juste. La question de l'énergie en Europe est centrale et je tiens à apporter mon soutien à un texte qui constitue une première étape vers une proposition législative sur l'organisation du marché de l'énergie attendue fin 2016.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport dont l'objectif est de rendre plus flexible le marché de l'énergie et notamment le secteur de l'électricité. Un compromis acceptable a été trouvé concernant la possibilité de mettre en place des mécanismes de capacité qui assurent une certaine sécurité d'approvisionnement. Ce rapport fait suite à la communication de la Commission et à la consultation publique sur «une nouvelle organisation du marché de l'énergie» publiée en juillet 2015. Une proposition législative sur l'organisation du marché de l'énergie est attendue fin 2016.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση σχετικά με τον ανασχεδιασμό της αγοράς ενέργειας γιατί θεωρώ υψίστης σημασίας, αφενός, να δημιουργηθεί μια πανευρωπαϊκή αγορά ηλεκτρικής ενέργειας που θα παρέχει, μέσω τιμών, σαφείς ενδείξεις, ώστε να πραγματοποιηθούν νέες επενδύσεις και, αφετέρου, να καθιερωθεί μία ευρωπαϊκή προσέγγιση σχετικά με την ασφάλεια ενεργειακού εφοδιασμού. Πρέπει να ενισχυθεί η περιφερειακή συνεργασία στην ενεργειακή πολιτική, ιδίως όσον αφορά τις επενδύσεις σε νέες μονάδες παραγωγής ενέργειας, τις διασυνδέσεις και τους κανόνες περί ενισχύσεων, καθώς και την ενσωμάτωση των ανανεώσιμων πηγών στην ευρωπαϊκή εσωτερική αγορά.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ein sehr gelungener Bericht, der die Öffnung der Energiemärkte grenzüberschreitend vorsieht und die Integration erneuerbarer Energien weiter vorantreibt. Gleichzeitig bestätigt der Berichterstatter, dass die Mitgliedstaaten bei der Festlegung ihres Energiemixes autonom sind. Ebenso beabsichtigt er, die Integration der Energiemärkte – ohne gleichzeitige Kompetenzausweitung der Kommission – weiter voranzutreiben. Ich teile die kritische Meinung des Berichterstatters zu Kapazitätsmechanismen und schließe mich seiner Forderung an, dass Preissignale jedenfalls beim Endkunden ankommen müssen. Deshalb stimme ich für diesen Bericht.

Tunne Kelam (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report. Security, interconnectivity, inter-operability and energy efficiency form the core of European energy market, and we have to further work towards achieving a fully integrated European energy market that would be built on innovative approaches, ensuring cross-border competition and empowering consumers. Electricity must flow freely to where it is most needed and wanted.

I especially welcome that the report calls on new and innovative approaches for smart grids and interconnectivity and on empowering decentralised generators, prosumers and consumers. This will ensure diversification of supply chains, make our systems less dependent on external energy resources and also increase conscious energy consumption. I support the notion of some pilot projects across Europe that could then be applied across the Member States. We need good and new innovative approaches to production and distribution.

Lastly, a functioning internal energy market is only viable when Member States play by the same rules, act in solidarity and ensure a swift implementation of needed measures.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report because we need to ensure a market design that is fit for the future, and one which works for consumers and industry, ensuring affordable energy.

Jaromír Kohlíček (GUE/NGL), *písemně*. – Langenova zpráva je zajímavým kompromisem mezi požadavky těch, kteří chtějí zrušit jakoukoliv jinou výrobu elektrické energie než tu, která pochází z tzv. obnovitelných zdrojů, a těch, kteří si uvědomují možná úskalí daného kroku. Mezi obnovitelnými zdroji totiž klíčovou úlohu z hlediska instalovaných kapacit mají vodní elektrárny, poté s odstupem větrné a s dalším odstupem fotovoltaika. Pouze geotermální energie je tedy dlouhodobě stabilním zdrojem. Vzhledem k této nestabilitě (slunce, vítr, voda určují nespolehlivost těchto zdrojů) je nutné zajistit buď záložní zdroje, či stabilizující kapacity, které v případě nedostatku energii do sítě mohou flexibilně doplnit. Zpráva bere na vědomí vznik nové třídy spotřebitelů energie, kteří zároveň tuto energii i vyrábí, a všímá si nepropojenosti evropského trhu s elektrickou energií jak uvnitř EU, tak vně společenství. Nedostatkem zprávy je malá pozornost věnovaná špatnému stavu propojení vysokonapěťových sítí, právě toto je přitom klíčový bod budoucího zajištění bezpečných dodávek elektrické energie. Energii je totiž nutné nejen vyrobit, ale i spolehlivě přenést.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht ist nicht konsequent und in sich inkonsistent. Entweder liberalisieren wir komplett die europäischen Energiemärkte und schaffen einen gemeinsamen europäischen Energiemarkt, wie z. B. jetzt mit dem Digitalen Binnenmarkt, oder wir überlassen den Mitgliedstaaten die Entscheidungshoheit über den Energie-Mix ihres Landes und die Sicherstellung der Energiesicherheit. Dieser Bericht spricht sich weder konsequent für Deregulierung und die Liberalisierung der Energiemärkte noch komplett für Subsidiarität aus. Er zeigt keine klare Linie, wie es in Europa energiepolitisch weitergehen soll. Im Einklang mit dem von der Parteivorsitzenden Ulrike Trebesius vorgestellten Konzeptpapier setzt sich ALFA dafür ein, dass energiepolitische Fragen gänzlich den Mitgliedstaaten überlassen werden. Deshalb habe ich den Bericht abgelehnt.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Dne 13. září 2016 jsme na plenárním zasedání Evropského parlamentu ve Štrasburku hlasovali o zprávě k tématu „Na cestě k novému uspořádání energetického trhu“. Trh s elektřinou se neustále mění a u elektřiny vyrobené z obnovitelných zdrojů se předpokládá zvýšení současného celkového podílu vyrobené elektřiny z 25 % na 50 % do roku 2030. Iniciativa Komise, o které zpráva pojednává, si klade za cíl zlepšit fungování vnitřního trhu s elektřinou tak, aby bylo možné elektřinu přesouvat tam, kde a kdy je jí nejvíce zapotřebí, a zároveň plně integrovat rostoucí podíl energie z obnovitelných zdrojů. Což je samozřejmě chvályhodná snaha. Bohužel na to jde Komise zase zcela špatně. Kdo mě delší dobu sleduje, ví, že z mnoha důvodů nejsem velkým fanouškem energie z obnovitelných zdrojů. Proto jsem také podpořila pozměňovací návrhy vyzývající k postupnému rušení dotací pro energii z obnovitelných zdrojů. Taktéž příliš nejsem pro další zvyšování pravomocí Agentury pro spolupráci energetických regulačních orgánů, neboť se domnívám, že tato oblast náleží čistě a pouze do národních kompetencí. Vzhledem k tomu, že konečné znění zprávy neprošlo ve znění, se kterým bych mohla souhlasit, rozhodla jsem se tuto zprávu nepodpořit a hlasovala proti jejímu znění.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az elmúlt évek főbb változásai, mint az új technológiák, az ingadozó nyersanyagárak, vagy a megújuló áramtermelés gyors terjedése alapjaiban változtatták meg az európai energiapiacot. A jelentés három kitűzött célt kíván elérni. Elsősorban létre kell hozni egy, az Unió egész területén érvényes villamosenergia-piacot, amely egyértelmű árjelzéseket ad az új befektetések számára. Másodsorban meg kell teremteni biztonságos energiaellátás európai infrastruktúráját. Harmadrészt pedig erősíteni kell az energiapolitikán belüli regionális együttműködést, különös tekintettel az új energiatermelő berendezések fejlesztéseire, a rendszerösszekötőkre és a támogatási rendszerekre, valamint a megújuló energiaforrások európai belső piaci integrációjára.

A fenti célok elérése Európa közös érdeke, mivel a villamosenergia-piacok integrációja javítani fogja a biztonságos, költséghatékony és környezetvédelmi szempontból átgondolt energiaellátást. Fontos, hogy az új stratégia kialakítása során a tagállamok nemzeti energiaszerkezetének és az energiaellátásának általános struktúrája mindvégig tiszteletben legyen tartva. A belső piac kiteljesítéséhez elengedhetetlen az energiatárolási lehetőségek hatékony használata, a hálózat fejlesztése, a megfelelő interkonnektorok megépítése és a megújuló források minél szélesebb körű alkalmazása. A villamosenergia-piacok jobb integrációja és összehangolása számos lehetőséget rejt magában a biztonságosabb, költséghatékonyabb és fenntarthatóbb energiaellátásra irányuló közös európai célok eléréséhez.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – This report is on the energy market design, which means the way that market actors generate, trade, supply and electricity. Among the members of GUE/NGL, we believe that new energy market design must be market-based and technology-neutral. We believe that the consumers should be more involved and allowed to participate in the market if they wish so, we promote the use of renewables and also new energy efficiency improvements. However, few of our amendments were tabled within the final report, this is why I voted against the report.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. — Подкрепих доклада относно нова концепция за енергийния пазар, тъй като смятам, че това е успешна крачка към постигането и гарантирането на енергийна независимост на ЕС. Необходимо е създаването на дългосрочна и прозрачна концепция, която да включва и защитава както националните, така и европейските цели и интереси, да се постигне равновесие както между сигурността на доставките, така и на устойчивостта на цените.

Единният интегриран енергиен пазар ще подпомогне преодоляването на енергийната зависимост на Европа от внос на газ и нефт от Русия, което ще даде предпоставка за осъществяването и договарянето на по-добри условия с нови и потенциални енергийни партньори на ЕС. Смятам, че координираната политика в сферата на възобновяемите енергийни източници между ЕС и националните енергийни политики ще насърчи производството и потреблението на енергия от възобновяемите енергийни източници, ще спомогне за интеграцията на енергийния пазар, ще намали предпоставките за енергийна бедност и ще насърчи борбата с изменението на климата.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport sur l'énergie, car il est d'inspiration ultra-libérale.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport intitulé «Vers une nouvelle organisation du marché de l'énergie». Tout d'abord, ce rapport veut faire donner à l'ACER des pouvoirs renforcés, au nom d'une coordination renforcée au niveau régional (points 70 et 72), l'objectif étant de la faire passer progressivement du rôle de coordination entre les régulateurs nationaux à un rôle de régulateur supranational. Ce rapport reste aussi dans l'illusion d'un marché de l'énergie intégré et sur l'Union de l'énergie (points 3 et 4), brocardant pour cela les États qui ne vont pas assez vite dans le changement. Il se prononce aussi contre les mécanismes nationaux de capacité (point 9) et fait passer le marché avant la sécurité d'approvisionnement, comme tous les textes européens en la matière. Comme d'habitude aussi, l'écologie (ici les énergies renouvelables) constitue un prétexte pour renforcer le fédéralisme européen et détruire les entreprises nationales, au nom de la fluidité nécessitée par les énergies intermittentes.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – L'approche évolutive dont il est fait état est un moyen de limiter un peu plus les compétences des États membres, de manière quasi indolore. De plus, le marché de l'énergie est logiquement un monopole naturel, alors même que les marges de manœuvre des États sont quasiment absentes sur les questions réglées par les traités. Les États, quoi qu'en dise le rapporteur, sont donc toujours perdants, quel que soit l'habillage et les formules employées.

L'écologie est, comme trop souvent, prise comme prétexte pour renforcer le fédéralisme européen et pour détruire les entreprises nationales, au nom de la fluidité nécessitée par les énergies.

Je ne pouvais que voter contre cette résolution.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque configura las futuras normas para el mercado energético y, particularmente, para su comercialización y distribución. Para un nuevo diseño del mercado de la energía es necesario tener en cuenta la naturaleza cambiante de nuestros suministros, por lo que los mercados de energía necesitan adaptarse, evolucionando desde los modelos tradicionales de generación centralizada hacia sistemas más basados en renovables variables y con una mayor flexibilidad, a menudo también generada a nivel más local.

Aboga por una evolución hacia un mercado eléctrico verdaderamente flexible, descentralizado, integrado y abierto, donde la mejora de las interconexiones potencialmente pueda garantizar que los servicios y suministros fluyan libremente a través de las fronteras nacionales, sobre la base de las necesidades y ventajas locales y regionales.

En definitiva, se trata de impulsar un diseño del futuro mercado de la energía, al servicio de consumidores e industria, por el que se garantice un suministro a precios asequibles.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe porque supone una decepcionante visión en torno al diseño de los mercados y redes energéticas en la Unión, que no aporta soluciones a los problemas presentes. Nuestro grupo ha incluido enmiendas en apoyo a las renovables y criticando mecanismos como los mecanismos de capacidad que permiten beneficiar a las grandes multinacionales del sector eléctrico. Este informe no recoge la necesidad de apoyar a los pequeños productores de renovables, ni tampoco la importancia de permitir la intervención del Estado en el sector eléctrico. El informe llama a la desaparición de los precios regulados, que han demostrado ser una de las mejores herramientas para enfrentar el problema de la pobreza energética. Es por todo esto por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – La Unión europea necesita un nuevo diseño del mercado de la electricidad para satisfacer las expectativas de los consumidores, aportar beneficios reales de las nuevas tecnologías, facilitar inversiones, en particular en energías renovables y, reconocer la interdependencia de los Estados miembros en lo que se refiere a la seguridad energética.

Considero que en el diseño de este nuevo mercado eléctrico europeo, deben tenerse en cuenta las particularidades nacionales y una de ellas sigue el bajo nivel de interconexiones.

Otro reto para el futuro es la integración en el mercado de un porcentaje creciente de energías renovables intermitentes no gestionables. Para ello se requieren buenas herramientas de previsión y mayor implantación de la participación de la demanda de manera flexible.

Debido a que el mercado europeo necesitará impulsar medidas para facilitar que el consumidor disponga de la información de sus consumos en tiempo real por medios electrónicos y de herramientas para que pueda gestionar mejor su energía y mejorar sus hábitos de consumo, reduciendo así su gasto energético, y para la protección del mismo, voto a favor de la aprobación de este informe.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht ist nicht konsequent und in sich konsistent. Entweder liberalisieren wir komplett die europäischen Energiemärkte und schaffen einen gemeinsamen europäischen Energiemarkt, wie z. B. jetzt mit dem Digital Single Market, oder wir überlassen den Mitgliedstaaten die Entscheidungshoheit über den Energie-Mix ihres Landes und die Sicherstellung der Energiesicherheit. Dieser Bericht spricht sich weder konsequent für Deregulierung und die Liberalisierung der Energiemärkte noch komplett für Subsidiarität aus. Er zeigt keine klare Linie, wie es in Europa energiepolitisch weitergehen soll. Im Einklang mit dem von der Parteivorsitzenden Ulrike Trebesius vorgestellten Konzeptpapier setzt sich ALFA dafür ein, dass energiepolitische Fragen gänzlich den Mitgliedstaaten überlassen werden. Deshalb habe ich den Bericht abgelehnt.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report, which looks at completing the internal energy market through the efficient use of energy storage capacities, network expansions and the efficient use of interconnectors.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Zpráva „podporuje stoupající podíl obnovitelných zdrojů energie v EU“, což já nepodporuji. Nesouhlasím ani s výzvou za „vytvoření regulačního rámce, který by vedl koncové spotřebitele k vlastní výrobě a ke skladování energie.“

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The existing regulatory framework for European markets needs to be adjusted in order to allow a growing share of renewable energy sources and to close existing cross-border regulatory gaps. A new market design for electricity must be based on market principles, which would stimulate investment, ensure that small and medium enterprises have access to the energy market and unlock a sustainable and efficient electricity supply through a stable, integrated and smart energy system. But from my point of view a lower electricity price for people is the most important factor.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Návrh Komisie v oblasti vnútorného trhu s energiou stanovuje tri politické ciele:

1. vytvorenie celoeurópskeho trhu s elektrickou energiou s jasnými cenovými signálmi pre nové investície,

2. stanovenie európskeho prístupu k bezpečnosti dodávok energie,

3. posilnenie regionálnej spolupráce v energetickej politike, najmä v súvislosti s investíciami do elektrární a začleňovaním obnoviteľných zdrojov energie do jednotného európskeho trhu.

Dôsledná implementácia týchto cieľov do všetkých politík dotýkajúcich sa vnútorného trhu s energiou zabezpečí Únii a jej obyvateľom sebestačnosť, udržateľnosť a dostatok cenovo dostupnej a bezpečnej energie, ktorá bude zohľadňovať ochranu životného prostredia a zamestnanosť v tomto sektore.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit.* – Le présent rapport a pour but de préciser la position du Parlement européen en vue de la proposition législative de la Commission européenne sur une nouvelle organisation du marché de l'énergie qui devra paraître en décembre 2016.

Compte tenu de l'évolution de notre approvisionnement en énergie (modes et lieux de productions, développement du renouvelable…) le marché doit nécessairement s'adapter à ces mutations.

Ce rapport établit différentes options pour parvenir à un marché de l'énergie plus fluide, plus ouvert et plus intégré. Il propose par exemple d'augmenter les interconnexions afin que les services et l'approvisionnement en énergie circulent au-delà des frontières de chaque État sur la base des besoins locaux et régionaux.

L'approvisionnement énergétique des 500 millions d'Européens constitue un enjeu crucial; je vote donc en faveur de ce rapport qui réunit un large consensus au sein du Parlement et respecte l'approche de notre groupe politique.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς.* – Καταψηφίζω την έκθεση με θέμα «Προς τον ανασχεδιασμό της αγοράς ενέργειας» για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 12/9/2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit.* – J'ai voté pour ce texte.

En dépit de l'incitation à l'investissement dans le réseau, nous critiquons les pouvoirs renforcés accordés à l'Agence européenne de coopération des régulateurs de l'énergie (ACER), régulateur supranational, au détriment de l'autorité des États. L'idéologie de marché prime sur la sécurité d'approvisionnement des États. Pour ces raisons, nous ne saurions soutenir ce rapport.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing.* — I voted in favour of the Report on Towards a New Energy Market Design because I consider that exemplary measures and initiatives must be taken in order to tackle the energy-related challenges Europe is facing. Such challenges include the dependency on oil and gas imports, high-energy prices, security risks, the fights against climate change, and poor progress in energy efficiency, among others. Only by taking the necessary measures to resolve these conflicts we will be able to achieve the common European goal of a secure, affordable, environmentally sound energy supply.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně.* – Dnes jsme hlasovali o zprávě, která se zabývá tématem nového uspořádání energetického trhu. Zpráva klade příliš velký důraz na zapojení Evropského fondu pro strategické investice, se kterým naše frakce již od počátku vůbec nesouhlasí. Dále se zde zdůrazňuje pouze význam působení tržních sil bez jakéhokoliv zapojení spotřebitelů a jejich postojů. Posilování úlohy ACER a jiných evropských agentur v oblasti energetiky rovněž není myšlenkou, kterou bych mohl podpořit. Řada pozměňovacích návrhů naší frakce směřujících např. k většímu soustředění na obnovitelné zdroje energie nebyla přijata. Proto jsem hlasoval proti přijetí této zprávy.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – O setor da energia é um setor extremamente importante e que requer um planeamento estratégico. É essencial promover as energias renováveis e olhar para a energia como um bem público a que todos devem ter um acesso justo.

Considero ainda que só é possível responder a questões como o desenvolvimento das energias renováveis, a eficiência energética e a sustentabilidade do meio ambiente com gestão e controlo público. O relatório Langen não reflete estas necessidades, por isso votei contra.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Mi apoyo a la propuesta de resolución sobre la comunicación de la Comisión en la que se avanzan los pasos de cara a una nueva configuración del mercado de la energía.

Creo que la reorganización del mercado de la electricidad, combinada con la aplicación de la legislación vigente, debe reforzar la cooperación regional en todos los ámbitos del abastecimiento y de la demanda de energía, y debe centrarse en la mejora de los mercados y en su mayor descentralización y flexibilidad para garantizar un sistema bien regulado y basado en el mercado, que sea capaz de alcanzar todos los objetivos establecidos por la Unión en materia de clima y energía para 2030.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Hier wird die Energieversorgungssicherheit als politisches Ziel für den künftigen Elektrizitätsmarkt postuliert. Insbesondere wird Wert auf erneuerbare Energien und kohlenstoffarme Stromerzeugungsanlagen gelegt. Da aber gleichzeitig nicht auf Atomstrom verzichtet werden soll, kann ich diesen Bericht nicht unterstützen.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – L'approche évolutive dont il est fait état est un moyen de limiter un peu plus les compétences des États membres de manière indolore. De plus, le marché de l'énergie est logiquement un monopole naturel, de même les marges de manœuvre des États sont quasiment absentes sur les questions réglées par les traités. Les États, quoi qu'en dise le rapporteur, sont donc toujours perdants, quel que soit l'habillage et les formules employées.

L'écologie est, comme trop souvent, un prétexte pour renforcer le fédéralisme européen et pour détruire les entreprises nationales, au nom de la fluidité nécessité par les énergies.

J'ai alors voté contre la résolution.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A integração dos mercados da energia, articulada com a integração de todos os operadores de mercado, incluindo os «produtores-consumidores», contribuirá para alcançar o objetivo consagrado no Tratado de um aprovisionamento energético seguro, a preços acessíveis, eficiente e sustentável.

Para atingir os objetivos em matéria de clima e energia, o sistema energético do futuro deverá ser mais flexível, pelo que é necessário investir em todas as soluções de flexibilidade, ou seja, numa produção flexível, no desenvolvimento de redes e numa procura e armazenamento flexíveis.

É, assim, importante que a nova estratégia relativa à União da Energia seja concebida por forma a tornar a UE líder no domínio das energias renováveis. Para atingir este objetivo, será necessária uma transformação fundamental do sistema de eletricidade europeu. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I supported this report which has the interests of the Union's customers as its main focus. It takes note of the changes in the energy market and how the Union must react in order to make changes in line with recent developments such as the increased presence of renewables with market-driven remuneration. The report also supports the need for a long-term strategy and policy in the field of energy to make the most of investments; therefore, I voted in favour of this report.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — Hoe garanderen we dat in de nabije toekomst de energiebevoorrading in Europa verzekerd blijft? En hoe garanderen we dat energie betaalbaar én duurzaam wordt? Om aan deze uitdagingen het hoofd te bieden wordt in dit verslag terecht gewezen op de noodzaak van versterkte Europese energienetwerken De uitbouw van een goed functionerende grensoverschrijdende interconnectie tussen de lidstaten en het ontwikkelen van de nodige back-upsystemen zal de elektriciteitsbevoorrading in Europa garanderen. Een sterkere energie-infrastructuur in Europa zou alvast onze energie-onafhankelijkheid verhogen. Een nieuwe opzet van de energiemarkt, die tegelijk gedecentraliseerd zal zijn, zou er bovendien toe leiden dat grensoverschrijdende concurrentie, door de aanwezigheid van meerdere energieleveranciers, prijsvoordelen voor de consument oplevert. Tegelijk zal het groeiend aanbod aan hernieuwbare energiebronnen, de integratie van die hernieuwbare energiebronnen in de energiemarkt en de ontwikkeling van slimme netten en nieuwe technologieën voor decentrale opwekking de consument ook in staat stellen een actievere rol te spelen als consument én producent van energie. Op die manier zal de consument-producent zowel aan de vraagzijde als aan de aanbodzijde op de elektriciteitsmarkt mee kunnen beslissen over de prijsvorming.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* — Európa čelí v oblasti energetiky niekoľkým zásadným výzvam, či už ide o zvýšenú závislosť od dovozu ropy a plynu, nedostatočnú diverzifikáciu, vysoké ceny energií, rastúci celosvetový dopyt po energii, bezpečnostné riziká v producentských a tranzitných krajinách, boj proti negatívnym klimatickým zmenám, pomalý pokrok v energetickej efektívnosti, zvyšovanie podielu energie z obnoviteľných zdrojov, integráciu a prepojenie energetických trhov a trhové deformácie spôsobené rôznymi systémami dotácií. Lepšia integrácia a koordinácia energetických trhov so sebou prináša veľa príležitostí, ako dosiahnuť spoločné európske ciele bezpečných, cenovo dostupných a ekologických dodávok energie. Avšak energetické trhy, najmä trhy s elektrickou energiou, sú v súčasnosti ešte stále výrazne charakterizované vnútroštátnou zodpovednosťou za energetický mix. Opatrenia na presadzovanie vnútroštátnych energetických mixov sú veľmi rozmanité a zahŕňajú napríklad významné dotácie na podporu obnoviteľných zdrojov energie a stanovovanie kapacitných mechanizmov na zaistenie bezpečnosti dodávok v niektorých členských štátoch. Daný návrh má za cieľ posilniť vnútorný trh s elektrickou energiou s jasnými cenovými signálmi pre nové investície, má zaistiť bezpečnosť pri dodávkach energie a posilniť regionálnu spoluprácu v oblasti energetickej politiky, najmä v súvislosti s investíciami do elektrární, prepojeniami, podpornými schémami, ako aj v súvislosti so začleňovaním obnoviteľných zdrojov energie do jednotného európskeho trhu, na čo je potrebné vhodne prispôsobiť jednotlivé trhy. S daným návrhom súhlasím a hlasujem kladne.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report towards a new energy market design because we need to ensure a market design that is fit for the future, and one which works for consumers and industry, ensuring affordable energy.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Bizottság 2015. július 15-én tette közzé az európai villamosenergia-rendszerekről szóló konzultatív közleményét, amelyben nyilvános konzultációt kezdeményezett arról, hogy az újonnan kialakított villamosenergia-piacnak hogyan kellene kinéznie ahhoz, hogy az energiapolitikai célok, azaz a biztonságos ellátás, a környezeti fenntarthatóság és az ár-érték arány elérhetővé váljanak. A villamosenergia-piacok jobb integrációja és összehangolása számos lehetőséget rejt magában a biztonságos, költséghatékony és környezeti szempontból fenntartható energiaellátásra irányuló közös európai célok eléréséhez, ugyanakkor az energiapiacok, különösen a villamosenergia-piacok kialakítását ma még erőteljesen a nemzetállami jelleg dominálja.

Az Ipari, Kutatási és Energiaügyi Bizottság jelentésében olyan állásfoglalás elfogadására tesz javaslatot, amely kritikusan, de alapvetően támogatólag viszonyul a Bizottság e tárgyban javasolt intézkedéscsomagjához. Az állásfoglalás tervezetét támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A crescente dependência, nos últimos anos, em relação às importações de petróleo e de gás, a falta de diversificação, o elevado preço da energia, o aumento da procura de energia, os riscos de segurança para os países produtores, a luta contra as alterações climáticas, o processo lento na eficiência energética, as quotas das energias renováveis tornaram-se os grandes desafios no domínio da Europa da energia.

A 15 de julho de 2015, a Comissão Europeia publicou uma série de documentos alusivos ao mercado interno europeu com três objetivos políticos para o futuro mercado de eletricidade: criar um mercado de eletricidade à escala da EU, criar uma abordagem europeia para a segurança do aprovisionamento de energia e reforçar a cooperação regional no setor da energia.

Subscrevo a posição do relator, que defende que uma melhor integração e coordenação dos mercados da energia encerra múltiplas oportunidades para alcançar os objetivos europeus comuns de um aprovisionamento energético seguro, sustentável e a preços acessíveis.

Destaco a importância desta abordagem à escala da UE, uma vez que preços da energia aceitáveis e segurança do aprovisionamento são essenciais para o nível de vida dos agregados familiares, assim como para a segurança do emprego nas empresas.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Langen vers une nouvelle organisation du marché de l'énergie traite du nouveau marché de l'énergie induit par les modifications apportées par l'Union de l'énergie. Quelques points positifs sont à mettre au crédit de ce rapport (investissement dans le réseau, rappel de la compétence nationale sur le mix énergétique…). Cependant, d'autres points entachent le rapport comme le renforcement des pouvoirs de l'ACER, la promotion sans fin de l'Union de l'énergie, le tout teinté de libéralisme. J'ai donc voté contre ce rapport.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report because we need to ensure a market design that is fit for the future, and one which works for consumers and industry, ensuring affordable energy.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur la nouvelle organisation du marché de l'énergie. Je soutiens notamment la volonté de le rendre plus flexible et celle de renforcer la sécurité de l'approvisionnement, ce qui est fondamental pour notre continent, notamment en créant un marché interconnecté à l'échelle européenne.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Werner Langen (PPE). Ce rapport met en avant la volonté de renforcer le marché intérieur de l'énergie pour permettre une circulation de l'électricité plus libre. À cette fin, il faut renforcer la coopération régionale et la coordination sur les politiques énergétiques, et encourager les échanges transfrontaliers.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – I mercati dell'energia, ed in particolare i mercati dell'energia elettrica, mantengono tuttora un carattere fortemente nazionale, sulla base del principio della responsabilità nazionale del mix energetico. Le misure per l'attuazione dei mix energetici nazionali si differenziano notevolmente e vanno dall'abbandono dell'energia nucleare fino alle sovvenzioni per le energie rinnovabili e all'introduzione dei cosiddetti meccanismi di regolazione della capacità in alcuni Stati membri al fine di garantire la sicurezza dell'approvvigionamento. La relazione dell'on. Langen mira a rafforzare il mercato interno europeo dell'energia contribuendo ad un approvvigionamento sicuro ed efficiente attraverso strategie chiare e concrete. Ho quindi espresso il mio voto a favore del provvedimento.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést. Az energiapiac újratervezésével egy fenntartható energiatermelési modell irányába kell elindulni. Szükség van elsősorban az energiatermelő berendezések fejlesztésére, valamint a megújuló energiaforrások európai belső piaci integrációjára. Az energiapiac újratervezésének fő céljaként az Unió egész területén érvényes villamosenergia-piac létrehozását látom, mely fő szempont volt számomra a jelentés támogatásában.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The European future electricity market has three political objectives: the creation of an EU-wide electricity market providing clear price signals for new investments; provision of a European dimension to security of electricity supply; strengthening of regional cooperation on energy policy, in particular when there is investment in new energy production facilities, for interconnectors and funding rules, and for the integration of renewables into the European Single Market. I have voted for this report that will ensure that energy policy objectives of security of supply, environmental impact and value for money can be achieved.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Noua strategie privind uniunea energetică furnizează noi beneficii pentru consumatorii de energie, le oferă acestora o gamă mult mai largă de opțiuni în ceea ce privește participarea la piețele energetice și asigură o protecție mai bună a consumatorilor.

Punerea deplină în aplicare a celui de-al treilea pachet legislativ privind energia în toate statele membre este unul dintre pașii cei mai importanți către o piață europeană a energiei.

Solicităm ca serviciile de furnizare a energiei electrice și de sistem să fie atribuite respectând principiile economiei de piață. O astfel de licitație publică, națională sau transfrontalieră, ar trebui să fie neutră din punct de vedere tehnologic și să permită și participarea operatorilor din domeniul stocării de energie.

Subliniez necesitatea de a accelera, la toate nivelurile decizionale, autorizarea proiectelor care vizează infrastructura energetică.

Deoarece propunerile Comisiei privind o nouă organizare a pieței energiei se referă exclusiv la sectorul energiei electrice, invităm Comisia să analizeze posibilitatea de a revizui conceptul pieței gazelor naturale pentru a răspunde provocărilor din sectorul gazelor.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport și am dat, deci, un vot în favoarea noii strategii privind uniunea energetică, pentru că trebuie să fim cu toții conștienți de importanța unei astfel de uniuni pentru piața europeană și pentru consumatorii care, într-un final, vor avea o gamă mai largă de opțiuni.

În același timp, raportul pune accent pe un aspect de natură practică: planificarea pe termen lung a dezvoltării infrastructurii, reiterând importanța tehnologiilor regenerabile, în vederea asigurării durabilității acestei piețe.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu, kterou považuji za vyváženou, když mimo jiné zdůrazňuje právo členských států na to, aby si mohly stanovovat podmínky pro využívání a skladbu vlastních energetických zdrojů. Souhlasím s výzvou k posílení role agentury ACER a oceňuji, že důležité místo ve zprávě zaujímá podpora digitálních technologií v souvislosti s vytvořením ambiciózní strategie digitalizace energetického sektoru zahrnující zavedení inteligentních sítí a inteligentních měřicích přístrojů, vypracování mobilních aplikací, internetových platforem a datových uzlů.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — This own initiative report focuses on the design of a new EU electricity market in light of the aim to double the percentage of electricity produced by renewables from 25% to 50% of the total by 2030.

It proposes only market-based solutions to increase capacity such as incentives and rewards. GUE/NGL's position in favour of a focus on public support for developing renewable energy, access to the grid, the right to self-generation, decentralised solutions, and energy efficiency measures, etc. have been largely ignored. The report proposes that change be based mainly on market rules whilst being 'technology-neutral' i.e. not favouring one form of energy over another – which is the opposite of what is required as we need a strong intervention by Member States in favour of developing renewables. I voted against the report.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Hier wird die Energieversorgungssicherheit als politisches Ziel für den künftigen Elektrizitätsmarkt postuliert. Insbesondere wird Wert auf erneuerbare Energien und kohlenstoffarme Stromerzeugungsanlagen gelegt. Dies kann ich nur unterstützen.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – El 15 de julio de 2015 la Comisión Europea presentó su Comunicación relativa a una nueva configuración del mercado de la energía en el que incluye una serie de medidas para hacer frente a los desafíos actuales. Mientras tanto, la dependencia energética sigue en aumento y también los precios, seguimos importando el 80 % del petróleo, el 100 % del uranio y el 60 % del gas que consumimos, hemos rebajado nuestros objetivos en energía para 2030 e incluso así el nivel de interconexiones sigue por debajo del nivel del deseable, por no hablar del trabajo pendiente en materia de eficiencia energética.

Este informe pone en el foco de debate todos los retos mencionados y pendientes en materia de energía con el fin de que podamos alcanzar los objetivos de energía y clima para 2030. Es por todo ello que he votado a favor de este informe.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ο ανασχεδιασμός της αγοράς ενέργειας στην ΕΕ αποτελεί ένα σημαντικότατο θέμα, τόσο για την Ένωση αλλά και τα κράτη μέλη της. Στο πλαίσιο επίτευξης των στόχων της ενεργειακής πολιτικής είναι σημαντική η διευκόλυνση χρήσης νέων τεχνολογιών και η πραγματοποίηση επενδύσεων, κυρίως σε ανανεώσιμες πηγές ενέργειας και σε μονάδες ηλεκτροπαραγωγής χαμηλών ανθρακούχων εκπομπών.

Οι προκλήσεις που αντιμετωπίζει η Ευρώπη στον τομέα της ενέργειας μπορούν να αντιμετωπιστούν μέσω καλύτερης ενοποίησης και συντονισμού των αγορών ενέργειας παρέχοντας πολλές δυνατότητες για την επίτευξη των κοινών ευρωπαϊκών στόχων για έναν πιο ασφαλή, οικονομικά αποδοτικό και περιβαλλοντικά βιώσιμο ενεργειακό εφοδιασμό.

Για όλους αυτούς τους λόγους υπερψήφισα την εν λόγω έκθεση.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – We are against the report because we object to new EU legislation in this field. We in UKIP believe that the UK should make its own energy policy and exploit and invest in lower-cost, reliable energy sources like coal, gas and nuclear.

Piernicola Pedicini (EFDD), *per iscritto*. – La relazione focalizza l'attenzione sulla necessità di concretizzare la «transizione» dei consumi verso fonti alternative. Di fatto la struttura del mercato energetico europeo necessita un armonizzazione rispetto all'attuale situazione di cambiamento: il passaggio da una produzione centralizzata che sfrutta mega impianti ad alimentazione fossile, a una produzione delocalizzata con un sempre maggiore numero di soggetti coinvolti, e soprattutto col mutare della figura del «consumatore» a «produttore & consumatore», ovvero il *prosumer*. Tuttavia la relazione non accoglie appieno quanto predetto rispetto al ruolo di fulcro dell'energia rinnovabile attorno a cui deve ruotare il mercato energetico, bensì enfatizza il ruolo del «mercato autoregolatore», delegittimando gli incentivi a supporto delle rinnovabili e, subdolamente, avallando quelli a sostegno delle fonti fossili o nucleari. Per le motivazioni sopracitate mi esprimo con voto negativo.

Alojz Peterle (PPE), *in writing*. – I voted for the report that highlights that only stronger market integration can ensure more energy security for the EU. A new energy market design is strategically needed for the achievement of a true EU Energy Union and this report indicates directions for the Commission and proposes relevant solutions for the obstacles that have been hindering a common European market for energy. In the future, more electricity will be traded across borders and that requires efficient cooperation from all market actors, therefore we have to build the capacity for cross-border cooperation to reflect the increasing variability of production so that sufficient energy can flow across the EU.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam prijedlog o novom modelu energetskog tržišta i općenito o modernizaciji energetskog tržišta koji vodi održivosti i koji je naklonjen brizi za okoliš. Neodržive modele u svim članicama EU-a bi trebalo smanjiti što je više moguće i posvetiti veliku pažnju obnovljivim izvorima energije. Potrebna su veća sredstva za ulaganje u nova postrojenja za proizvodnju takve energije.

Trenutni sustav električne energije je potrebno promijeniti, naglasak staviti na obnovljivost s niskom razinom emisije ugljika. Tržište električne energije je i dalje pod nacionalnim utjecajima, a cijene energije za standardna kućanstva su previsoke. Cijena energenata općenito u svijetu je sve veća i veća, pa je sve veća i potražnja za alternativnim načinom proizvodnje energije koji je u implementaciji skuplji, ali kasnije isplativiji nego dosadašnji sustavi. Zajednička energetska politika je dobra inicijativa, ali zbog raznolikosti zemalja teško će je biti moguće implementirati pogotovo zbog neslaganja nacionalnih uvjeta pojedine zemlje.

Slažem se da je potrebna analiza tržišta te treba preispitati postojeće sustave financiranja. Promicanje obnovljivih izvora energije je od izuzetne važnosti za ostvarenje klimatskih ciljeva EU-a.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport a une tonalité très centriste: on caresse les États dans le sens du poil sur les questions réglées par les traités (mix énergétique), on s'appuie sur une approche évolutive pour grignoter les compétences des États et on se repose sur un prétendu marché de l'énergie, qui est, quoiqu'en dise le rapporteur, un monopole naturel.

Comme d'habitude aussi, l'écologie (ici les énergies renouvelables) est un prétexte pour renforcer le fédéralisme européen et pour détruire les entreprises nationales, au nom de la fluidité nécessitée par les énergies intermittentes. Je vote donc contre ce texte.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Integracijom energetskih tržišta, zajedno s integracijom svih aktera na tržištu, uključujući i proizvođače-potrošače, doprinijeti će se ostvarenju u Ugovoru zadanog cilja sigurne, jeftine, učinkovite i ekološki održive opskrbe energijom te će energetski sustav u budućnosti morati biti fleksibilniji kako bi se ostvarili klimatski i energetski ciljevi, za što su potrebna ulaganja u sva četiri rješenja za fleksibilnost, a to su fleksibilna proizvodnja, razvoj mreže, fleksibilnost potražnje i skladištenje.

Podržavam pozive da se postojeći regulatorni okvir za europska tržišta prilagodi kako bi se omogućio veći udio obnovljivih izvora energije i kako bi se riješile postojeće prekogranične regulatorne praznine; ističe da se novi model tržišta električne energije kao dio sve decentraliziranijeg energetskog sustava mora temeljiti na tržišnim načelima, čime bi se potaknula ulaganja, omogućio pristup malih i srednjih poduzeća energetskom tržištu te otvorila opskrba održivom i učinkovitom električnom energijom s pomoću stabilnog, integriranog i pametnog energetskog sustava; smatra da bi se tim okvirom trebala promicati i nagrađivati fleksibilna rješenja za skladištenje energije, tehnologije odgovora na potražnju, fleksibilna proizvodnja energije, povećana međusobna povezanost i daljnja integracija tržišta, što će doprinijeti promicanju sve većeg udjela energije iz obnovljivih izvora i njihovoj integraciji na tržište.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Podpořil jsem tuto zprávu z vlastní iniciativy, která souvisí s připravovanou legislativou ohledně schématu fungování energetického trhu, která bude publikována v prosinci. V současné Evropě se mění způsoby výroby a dodávek energie a tomu je potřeba přizpůsobit tržní prostředí. Největším problémem bude správě definovat mechanismus, na základě kterého budou národní státy kompenzovat firmy za to, že budou garantovat určitou kapacitu energetického trhu pro případy, že dojde k omezení dodávek energie, např. v případě black outu, a zároveň co nejméně narušit tržní prostředí, resp. ochránit konečné spotřebitele od neadekvátního navýšení ceny za elektrickou energii. Jsem rád, že již v rámci jednání na výboru ITRE byly zohledněny návrhy naší politické skupiny, které představily soubor kritérií, která musejí být splněna před tím, než takový mechanismus bude zaveden.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Tra le sfide che l'Europa deve affrontare nel settore dell'energia si annoverano la dipendenza dalle importazioni di petrolio e gas, che è aumentata ulteriormente negli ultimi anni, la mancanza di diversificazione, i prezzi dell'energia elevati a causa dei prelievi statali, la crescita complessiva della domanda di energia a livello globale, i rischi in termini di sicurezza per i paesi produttori e di transito, la lotta contro i cambiamenti climatici, i limitati progressi nel campo dell'efficienza energetica, la quota crescente di energie rinnovabili, l'integrazione e l'interconnessione dei mercati dell'energia e le distorsioni del mercato dovute ai diversi regimi di aiuto. La relazione mira a rafforzare il mercato interno dell'energia e consentire all'elettricità di spostarsi liberamente dove è più necessario per trarre i massimi benefici dalla concorrenza transfrontaliera e fornire i giusti segnali e gli incentivi a guidare i giusti investimenti. Una società ed una economia dinamiche necessitano di un approvvigionamento energetico sicuro ed efficiente. Il mercato interno europeo può contribuire al raggiungimento di questo obiettivo e per farlo servono strategie chiare e ambiziose. Pertanto, ho votato a favore di questa relazione.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui incite au renforcement du marché intérieur de l'énergie, en permettant notamment une libre circulation de l'électricité, en lien avec la concurrence transfrontalière qui permettra de stimuler les investissements appropriés pour le secteur. En effet, la coopération régionale et la coordination sur les politiques énergétiques sont nécessaires. Aussi, ce rapport indique la possibilité de mettre en œuvre des mécanismes de capacité qui permettront d'assurer une sécurité d'approvisionnement pour les citoyens européens. L'Union de l'énergie démontre bien l'utilité de la coopération entre États dans un secteur où le prisme national seul n'est pas suffisant pour répondre aux attentes et aux besoins des citoyens.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A dependência em relação às importações de gás e de petróleo, a falta de diversificação, o crescente aumento da procura mundial de energia, o lento progresso na eficiência energética e o aumento da quota das energias renováveis são alguns dos desafios energéticos que a Europa atualmente enfrenta.

Em julho de 2015, a Comissão apresentou uma série de documentos alusivos à conceção de uma nova configuração do mercado de energia europeu, estando o presente documento no seu seguimento.

O relatório visa reforçar o mercado energético interno europeu, baseando-se em três objetivos principais: facilitação da circulação energética, garantindo a estabilidade de preços aos investidores; uso eficiente e seguro das capacidades de armazenamento energético; pela mão da cooperação regional no setor, aumento do investimento e melhoria da integração de energias renováveis.

Voto favoravelmente o presente relatório, salvaguardado, no entanto, que o disposto no artigo 194.º do TFUE, segundo o qual a política energética europeia deve assegurar o funcionamento do mercado da energia e a segurança do fornecimento da mesma, deve ser cumprido. Relembro, também, que a definição do cabaz energético dos Estados-Membros e das condições de exploração dos seus recursos energéticos continua a ser uma prerrogativa nacional.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – We are against the report because we object to new EU legislation in this field. We in UKIP believe that the UK should make its own energy policy and exploit and invest in lower-cost, reliable energy sources like coal, gas and nuclear.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, por considerar que é necessário continuar a proteger os consumidores europeus, uma vez que preços de energia comportáveis são imprescindíveis para o nível de vida dos agregados familiares, mas também para a segurança do emprego nas empresas com utilização intensiva de energia.

O presente relatório pretende criar um mercado de eletricidade à escala da UE, reforçando a cooperação regional no setor da energia, integrando as energias renováveis no mercado único europeu e limitando a dependência das importações de petróleo e gás, tendo como objetivo último a autossuficiência energética da União, reduzindo assim a dependência de países terceiros.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Senhor Presidente, é preciso um novo *design* do mercado energético que tenha em atenção a natureza variável de um fornecimento de eletricidade que se afasta do modelo centralizado tradicional e se encaminha para um sistema mais flexível com base em energias renováveis produzidas a um nível local.

Uma nova configuração do mercado da energia, associada à implementação da legislação em vigor, fortalece a cooperação regional em todas as vertentes da segurança do aprovisionamento energético e da procura energética, devendo centrar-se em mercados melhorados, mais descentralizados e mais flexíveis, a fim de assegurar um sistema baseado no mercado bem regulamentado e com capacidade para concretizar todos os objetivos estabelecidos pela UE em matéria de energia e clima para 2030.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – El 15.07.2015 la Comisión presentó su Comunicación para una nueva configuración del mercado de la energía, previa a la legislación prevista para finales de 2016.

Para un nuevo diseño del mercado de la energía es necesario considerar la naturaleza cambiante de nuestros suministros. Debemos dotarnos de mayor flexibilidad, incorporar a las renovables y las generadas a nivel local.

Entre los múltiples desafíos que afrontamos está la dependencia a petróleo y gas, la falta de diversificación y de progresos en eficiencia, los elevados precios, la creciente demanda mundial, los riesgos de seguridad o la lucha contra el cambio climático.

El Informe sienta las bases de una Unión de la Energía basada en un mercado interconectado a escala europea, que asegure el suministro eléctrico a precios asequibles, con aprovechamiento óptimo de los recursos y eficiencia energética como pilares, integrando a las renovables y a las cogeneradas.

Esto exige incrementar las interconexiones interiores acabando con islas energéticas como la Ibérica. Una mejor integración de los mercados abriga múltiples oportunidades para alcanzar un abastecimiento seguro y eficiente y sostenible para el medio ambiente.

Por todo ello, he votado a favor de este Informe.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution du Parlement européen pour une nouvelle organisation du marché de l'énergie pour qu'il soit davantage intégré au niveau européen.

Il est normal que les États membres cherchent à garantir l'approvisionnement en électricité pour répondre à la demande à moyen et long terme. Mais, comme la majorité des députés européens, j'estime que ces États membres doivent garantir cet approvisionnement dans la perspective de la coopération transfrontalière.

Je suis également en faveur de régimes de soutien aux énergies renouvelables qui soient adaptés aux circonstances nationales. Nous savons pertinemment bien que le développement de ces énergies renouvelables est une nécessité pour la planète et est porteur d'emplois et de croissance inclusive.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – No âmbito da Comunicação da Comissão de 15 de julho do ano passado, foi lançada uma consulta pública sobre a nova configuração do mercado da energia.

Nessa comunicação, enunciam-se três objetivos políticos claros: um mercado à escala da UE, que envie um sinal claro em matéria de preços para novos investimentos, uma nova abordagem europeia para a segurança do aprovisionamento, o reforço da cooperação regional no setor, em especial, no que diz respeito a investimentos em novas centrais, interligações e regimes de apoio, e a integração das energias renováveis no mercado único europeu.

A Europa enfrenta desafios no domínio da energia relativos ao aumento da dependência das importações de petróleo e de gás, ao elevado preço da energia, ao crescente aumento da procura mundial, a riscos de segurança nos países produtores e de trânsito ou ainda à luta contra as alterações climáticas.

Enquanto português, considero absolutamente prioritária a plena integração do mercado europeu, não descurando obviamente as outras vertentes evidenciadas na Comunicação da Comissão e apoiadas por este relatório - como a importância da diminuição da dependência energética externa ou da diminuição do preço da energia. Por me rever nas posições defendidas pelo presente relatório, votei-o favoravelmente.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR), *kirjallinen*. – Mietinnön energiamarkkinoiden turvallisuutta sekä kuluttaja- ja ympäristöystävällisyyttä edistävät kohdat ovat hyviä. Energiamarkkinoiden kehitys on välttämätöntä, jotta kasvihuonekaasuja voidaan vähentää. Tämä onnistuu luomalla toimivat energiamarkkinat uusiutuville energianlähteille. Tasapainoiset markkinat tukevat myös innovaatioita ja uusien kasvuyritysten menestystä. Useissa jäsenmaissa fossiilisia polttoaineita tuetaan yhä suorasti tai epäsuorasti. Tähän on jatkossa puututtava.

On tärkeää, että markkinoiden liittäminen toisiinsa tapahtuu huomioimalla myös jäsenvaltioiden näkemykset. Jäsenvaltioilla on usein paras kuva omasta tilanteestaan. Ne tietävät parhaiten, miten saavuttaa esimerkiksi vaadittu uusiutuvan energian tavoite.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport dont l'objectif principal est de rendre plus flexible le marché de l'énergie et notamment le secteur de l'électricité. Ce rapport plaide, en effet, pour un marché de l'électricité réorganisé, associé à la mise en œuvre de la législation existante.

Dans ce sens, le cadre règlementaire doit être modifié afin de permettre l'amélioration de la part des énergies renouvelables et de combler les lacunes existantes dans la réglementation au niveau transfrontalier. En effet, il est regrettable qu'il existe toujours d'importantes lacunes dans l'interconnexion entre les États membres. Il est nécessaire d'élaborer de nouvelles approches pour surmonter les goulets d'étranglement et parvenir à un réseau de distribution intelligent qui permette la bonne intégration des divers acteurs du marché de l'énergie.

J'ai soutenu ce rapport parce qu'il rappelle l'importance d'un marché de l'énergie plus flexible, ciblant les énergies renouvelables et mieux intégré au sein de l'Union.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del informe porque se basa sobre los mecanismos del mercado y no sobre las necesidades sociales y medioambientales. Deja de lado o trata al margen las cuestiones del acceso a la red para los autoconsumidores, la descentralización del sistema o la eficiencia energética.

El informe se basa también sobre la neutralidad de la tecnología, lo que implica que se considera de la misma manera la energía proveniente de fuente renovable o de fuente nuclear; cuando sabemos perfectamente que los impactos medioambientales son considerablemente diferentes.

Los mecanismos de capacidad son unas subvenciones encubiertas a las grandes empresas y posiblemente a las energías fósiles. Además, existe el riesgo que estos mecanismos conducen a la construcción de nuevas grandes infraestructuras que nos condenan a seguir con el modelo actual para varias décadas más.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *in writing*. – The increasing diversity of energy sources and the full integration of renewable energy into power grids require a new energy market design. This will allow the EU to reduce dependence on centralised power generation and increase the use of many more localised sources of energy. This vital transition will increase our energy independence. I welcome the S&D's approach to capacity mechanisms to ensure consumers get good value for money and to reduce the number of people living in energy poverty.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Vorschlag zur Umgestaltung des Energiemarkts gestimmt, da der Energiebinnenmarkt gestärkt und Netzengpässe vermieden werden sollen.

Dafür sind die effiziente Nutzung von Energiespeicherkapazitäten, der Netzausbau und die effiziente Nutzung von Verbindungsleitungen unumgänglich. Außerdem sollen erneuerbare Energien in vollem Umfang in das Stromversorgungssystem integriert werden.

Jasenko Selimovic (ALDE), *in writing*. – I do share the rapporteurs approach that a 'strengthened European internal market in electricity is possible'. Indeed, lots have been done in that regards. Today, new electricity suppliers can enter Member States' markets, while both industrial and domestic consumers are now free to choose their own suppliers, something that was completely unthinkable some decades ago.

However, the way for a complete, full-fledged internal energy market is still long, and further steps are needed. We need to continue pushing EU Member States for a full implementation of the Third Energy Package. Full and correct implementation of such legislation will bring more consumer protection, enhance the unbundling of energy networks and promote a better functioning of retails markets. However, the rapport is a good step forward and I welcome it.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe porque supone una decepcionante visión en torno al diseño de los mercados y redes energéticas en la Unión, que no aporta soluciones a los problemas presentes. Nuestro grupo ha incluido enmiendas en apoyo a las renovables y criticando mecanismos como los mecanismos de capacidad que permiten beneficiar a las grandes multinacionales del sector eléctrico. Este informe no recoge la necesidad de apoyar a los pequeños productores de renovables, ni tampoco la importancia de permitir la intervención del Estado en el sector eléctrico. El informe llama a la desaparición de los precios regulados, que han demostrado ser una de las mejores herramientas para enfrentar el problema de la pobreza energética. Es por todo esto por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this report as I am against any new legislation from the EU in this field.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — I voted in favour of this report because we need to ensure a market design that is fit for the future, and one which works for consumers and industry, ensuring affordable energy.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Elektrizačná sústava Európy prechádza obdobím zásadných zmien. Rovnako aj trh s elektrickou energiou sa neustále mení a dnešný trh od toho, ako vyzeral pred piatimi rokmi. Podiel elektrickej energie vyrobenej z obnoviteľných zdrojov by sa mal zvýšiť zo súčasných 25 % na 50 % v roku 2030. V danom kontexte považujem za mimoriadne dôležité, aby v záujme dosiahnutia cieľov stratégie energetickej únie prebehla zásadná transformácia elektrickej sústavy Európskej únie (EÚ), ktorá umožní prevádzkovateľom sietí, výrobcom a spotrebiteľom tak v domácnostiach, ako v priemysle, plne využívať nové technológie. Teší ma, že EÚ vstúpila do roku 2015 so záväzkom – popri boji proti príčinám zmeny klímy – poskytovať svojim občanom a podnikom bezpečné a cenovo prijateľné zásobovanie energiou. Myslím si, že prijatím globálnej dohody o klíme v Paríži v decembri (prijalo ju 195 krajín) sa vyslal jasný signál investorom, podnikom a tvorcom politík, že globálny prechod na čistú energiu je nezvratný proces, pričom je nevyhnutný odklon od využívania znečisťujúcich fosílnych palív. Hlasovala som za uznesenie, lebo je dôležité, aby opatrenia smerujúce k novej koncepcii trhu s energiou vytvorili dostatočné podmienky na spoľahlivé a dostupné dodávky energie pre všetkých občanov a podniky EÚ.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Julija 2015 je Evropska komisija izdala serijo dokumentov o skupnem evropskem trgu. Eden izmed njih je bil namenjen tudi trgu z električno energijo in njegovem prihodnjem razvoju, s ciljem, da bi ta izpolnil pričakovanja potrošnikov, prinesel prave koristi novih tehnologij in olajšal investicije, predvsem v obnovljive vire. Komisija mora do konca tega leta podati zakonodajni predlog za področje zasnove trga z električno energijo in varnostjo oskrbe z električno energijo.

V Evropski Uniji imamo trenutno preveliko število konvencionalnih elektrarn, kar je priložnost in hkrati izziv, da še bolj podpremo alternativne vire energije. To poročilo na žalost tega ne stori, ampak stanje v veliki meri ohranja tako, kot je bilo do sedaj, saj ne daje odločne podpore alternativnim virom energije in s tem ne pripomore k pocenitvi energije, ki bi iz takšnih virov izvirala, kar je ključnega pomena za bolj okolju prijazno gospodarstvo.

Zaradi premalo ambicioznega poročila sem se odločil glasovati proti.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht ist nicht konsequent und in sich konsistent. Entweder liberalisieren wir komplett die europäischen Energiemärkte und schaffen einen gemeinsamen europäischen Energiemarkt, wie z. B. jetzt mit dem Digital Single Market, oder wir überlassen den Mitgliedstaaten die Entscheidungshoheit über den Energie-Mix ihres Landes und die Sicherstellung der Energiesicherheit. Dieser Bericht spricht sich weder konsequent für Deregulierung und die Liberalisierung der Energiemärkte noch komplett für Subsidiarität aus. Er zeigt keine klare Linie, wie es in Europa energiepolitisch weitergehen soll. Im Einklang mit dem von der Parteivorsitzenden Ulrike Trebesius

vorgestellten Konzeptpapier setzt sich ALFA dafür ein, dass energiepolitische Fragen gänzlich den Mitgliedstaaten überlassen werden. Deshalb habe ich den Bericht abgelehnt.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Energetická únia je mimoriadne významný a ambiciózny projekt, na konci ktorého bude lacnejšia, čistejšia a bezpečnejšia energia pre domácnosti aj firmy. Nevyhnutným predpokladom na jeho realizáciu je odbúravanie existujúcich bariér a zbližovanie trhov jednotlivých členských štátov.

Beatrix von Storch (EFDD), *in writing*. – I voted against the motion for an EU Parliament resolution towards a new energy market design.

Markets cannot be designed. Rather, they are dynamic entities, created through voluntary interactions between buyers and sellers. Furthermore, where regulations regarding energy markets may be desired by the peoples of the Member States, their institutions rather than EU should supply them.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Planovi Europske komisije moraju doprinijeti energetskoj učinkovitosti, sigurnosti energetske opskrbe, kao i razvoju obnovljivih izvora energije. Također, mora se osigurati dovršetak uspostave europskog unutarnjeg energetskog tržišta. Integracija energetskih tržišta doprinijet će ostvarenju cilja sigurne, jeftine, učinkovite i ekološki održive opskrbe energijom.

Energetsko tržište koje bi se pravilno provodilo ima izniman potencijal za povećanje europske energetske sigurnosti i neovisnosti od velikih dobavljača. Nužno je kombinirati sredstva Europskog fonda za strateška ulaganja s izvorima financiranja u energetiku kako bi stvaranje tržišta bilo što učinkovitije. Danas, više od polovice električne energije EU-a proizvodi se bez nastanka stakleničkih plinova.

Podržavam ovo izvješće, jer smatram da je Europskoj uniji potreban novi model energetskog tržišta koji će pojačati regionalnu suradnju u svim dimenzijama opskrbe i potražnje za energijom. Tržište će postati decentraliziranije i fleksibilnije te će doprinijeti ostvarenju energetskih i klimatskih ciljeva Europske unije.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo Na poti k novi zasnovi energetskega trga.

Moramo iti v smer dokončanja evropskega notranjega trga z električno energijo, s tem pa prispevati k učinkovitosti, zanesljivosti oskrbe ter razvoju obnovljivih virov energije. Podpiram poziv k prilagoditvi obstoječega regulativnega okvira evropskih trgov, da bi omogočili večji delež obnovljivih virov energije in premostili obstoječe čezmejne regulativne vrzeli. Prav tako potrebujemo pri novi zasnovi trga z električno energijo celosten, v prihodnost usmerjen pristop.

V tem smislu poročilo pravilno poziva Komisijo, da se pri tem postavi na čelo participativnega procesa, katerega namen je doseganje skupne praktične opredelitve proizvajalcev.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η κατάργηση των εθνικών πολιτικών και η ενίσχυση των εξουσιών της Επιτροπής για ενοποίηση της αγοράς και δημιουργία μιας πανευρωπαϊκής αγοράς ηλεκτρικής ενέργειας, έτσι όπως προτείνεται στην έκθεση, θα έχει καταστροφικές συνέπειες για τους καταναλωτές. Κερδισμένοι θα είναι μονάχα οι μεγάλες εταιρείες καθώς θα μπορούν να δρουν απρόσκοπτα αυξάνοντας τα κέρδη τους. Για εμάς είναι ξεκάθαρο πως η ενέργεια πρέπει να διασφαλιστεί ως δημόσιο κοινωνικό αγαθό, στο οποίο όλοι να έχουμε ισότιμη και φτηνή πρόσβαση. Εξίσου σημαντικό είναι η παροχή ενέργειας στους πολίτες να είναι ζήτημα εθνικής πολιτικής, η οποία να καθορίζεται βάσει των αναγκών της χώρας και του λαού ,με στόχο πάντα την κοινωνική ανάπτυξη. Τέλος, ο σχεδιασμός της αγοράς ηλεκτρικής ενέργειας θα έπρεπε να στηρίζεται σε μια ολοκληρωμένη πρόταση για στήριξη και ανάπτυξη των ανανεώσιμων πηγών ενέργειας, στοιχείο που επίσης απουσιάζει από την έκθεση. Καταψηφίσαμε λοιπόν την έκθεση καθώς έχει μοναδικό στόχο να καταστήσει την ενέργεια εργαλείο για ενίσχυση του ιδιωτικού συμφέροντος και της ανταγωνιστικότητας της ΕΕ.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η στρατηγική ανασχεδιασμού της αγοράς ενέργειας αποτελεί χαρακτηριστικό παράδειγμα εφαρμογής κακής ενωσιακής οικονομικής πολιτικής. Η ενέργεια αποτελεί υποδομή κρίσιμης σημασίας για κάθε κράτος, το οποίο και θα πρέπει να έχει τον πλήρη έλεγχο παραγωγής και διανομής της και κυρίως να μην υπόκειται σε ελέγχους και περιορισμούς από εξωτερικούς παράγοντες, με μοναδική εξαίρεση ίσως ζητήματα που αφορούν την προστασία του περιβάλλοντος.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést, mivel úgy vélem, hogy az EU Alapszerződésében rögzített, energiaellátással kapcsolatos céljainkat egy szorosabb energiapiaci integrációval érhetjük csak el. Fontos, hogy biztonságos, megfizethető, hatékony és fenntartható energiaellátást biztosítsunk az egész EU tekintetében. Egyetértek a jelentéssel abban, hogy az éghajlati és energiaügyi célkitűzések eléréséhez a jövő energiarendszerének rugalmasabbnak kell lennie, így beruházásokra van szükségünk mind a négy rugalmassági megoldás – rugalmas termelés, hálózatfejlesztés, keresletrugalmasság és tárolás – terén.

Az energiapiac újratervezése során fontosnak tartom, hogy ne csak a teljes piaci integráció legyen a cél, hanem hogy a megújuló, biztonságos energiatermelést támogassuk, és a fosszilis, illetve nukleáris energiatermelést semmilyen módon ne. Itt meg kell jegyeznem azt a sajnálatos tényt, hogy Magyarország a tárolókapacitások és -technológiák hiányára hivatkozva 10 éve nem adott ki szélerőművekre engedélyt, és extra adót vet ki a napelemes rendszerekre. Így kétségesnek tartom, hogy elérjük a 2020-as 13%-os megújuló célszámot. Úgy gondolom, hogy ösztönözni kell a megújuló (lokális) energiaforrások tagállami fejlesztését, és hogy az energiatárolással kapcsolatos K+F+I-re több erőforrást kell fordítanunk.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – La decentralizzazione del mercato dell'energia necessita di un nuovo quadro normativo e di governance dell'energia. Con la relazione della Commissione europea «Verso un nuovo assetto del mercato dell'energia», la Commissione ritiene che il nuovo mercato elettrico debba consentire, in vista degli obiettivi UE in materia di clima ed energia, la costituzione di una rete distribuita di energia elettrica (incluso l'autoconsumo) e lo sviluppo di servizi energetici innovativi. Non sono soddisfatto di questa relazione che non riconosce davvero l'importanza delle energie rinnovabili e della decentralizzazione in vista della decarbonizzazione e in generale degli obiettivi UE. Il ruolo del mercato viene inoltre messo su un piedistallo favorendo le fossili e ostacolando le rinnovabili e l'autoconsumo. Ho cercato di riportare, con una serie di emendamenti, l'attenzione sull'importanza del mercato dell'energia di rinnovabili, *prosumer*, per una reale e inclusiva transizione energetica. Altri emendamenti che ho presentato tendevano a mitigare rischi collettivi (come il *«carbon bubble»)* e le esternalità negative. Per le problematiche riscontrate nella relazione mi sono espresso con voto negativo.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – În prezent, Uniunea Europeană se confruntă cu o serie de provocări în domeniul energiei, printre care dependența de importurile de petrol și gaze, lipsa de diversificare, prețurile ridicate la energie influențate de taxele pe energie impuse de către stat, creșterea cererii de energie la nivel global, riscurile în materie de securitate pentru țările producătoare și de tranzit, combaterea schimbărilor climatice, progresul lent în ceea ce privește eficiența energetică, creșterea ponderii energiei din surse regenerabile, integrarea și interconectarea piețelor energetice și denaturările pieței provocate de diferitele sisteme de sprijin.

În acest sens, Comisia a considerat că se impune o mai bună integrare și coordonare a piețelor de energie, prin crearea unei piețe de energie electrică la nivelul întregii UE, crearea unei dimensiuni europene veritabile pentru securitatea aprovizionării cu energie și întărirea cooperării regionale în domeniul interconexiunilor și sistemelor de sprijin, precum și în vederea integrării energiei din surse regenerabile.

Totuși, situația actuală este caracterizată de predominanța factorului decizional național, ceea ce accentuează nevoia de consultări, în subdomeniile prețurilor aplicabile în caz de penurie, extinderii supravegherii de reglementare la nivel european, creșterii interconectării, utilizării energiilor din surse regenerabile, subsidiarității organizării pieței europene, liberalizării prețurilor. Este un pas înainte pentru îmbunătățirea situației.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour le texte. En effet, parmi les défis à relever par l'Europe dans le domaine de l'énergie, on compte la dépendance vis-à-vis des importations de pétrole et de gaz, qui a encore augmenté ces dernières années, le manque de diversification, des prix de l'énergie élevés, caractérisés par des droits d'État, la demande mondiale croissante en énergie, les risques en matière de sécurité pour les pays producteurs et les pays de transit, la lutte contre le changement climatique, le peu de progrès en ce qui concerne l'efficacité énergétique, la part croissante d'énergies renouvelables, l'intégration et l'interconnexion des marchés de l'énergie et les distorsions de marché en raison de régimes d'aides différents.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – This own initiative report endorsed by the European Parliament is the first reaction to the Commission's communication from July 2015. As a shadow rapporteur I supported the report on the new energy market design as proposed by the rapporteur W. Langen as a result of negotiations between the groups. I consider this text to be well-balanced, with market-based approach, covering all important issues related to the EU's energy market including reform of ETS or role of ACER. It is not an easy task to bring forward a solution for transformation of the entire market design, but I believe this report will serve as an good first step towards this target.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Izvješćem o temi „Ususret novom modelu energetskog tržišta" pojačava se regionalna suradnja u svim dimenzijama opskrbe i potražnje za energijom. Ujedno se predlaže stvaranje novog energetskog tržišta koje bi trebalo biti dobro regulirano te doprinijeti ostvarenju svih energetskih ciljeva Europske unije.

Međutim, iako podržavam navedene elemente ovog izvješća, ne mogu podržati to što je nova strategija energetske unije osmišljena kako bi Europska unija preuzela vodeću riječ o energiji iz obnovljivih izvora. Stoga sam glasovala suzdržano.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o novi zasnovi energetskega trga sem podprla.

Ustvaril naj bi se trg z električno energijo na ravni Unije z jasnimi cenovnimi signali za nove naložbe. Utemeljil naj bi se evropski pristop k energetski varnosti in okrepilo naj bi se regionalno sodelovanje na področju energetske politike, zlasti pri naložbah v nove obrate za proizvodnjo energije, pri povezovalnih vodih in pravilih o financiranju ter pri vključevanju obnovljivih virov energije na evropski notranji trg.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del informe porque se basa sobre los mecanismos del mercado y no sobre las necesidades sociales y medioambientales. Deja de lado o trata al margen las cuestiones del acceso a la red para los autoconsumidores, la descentralización del sistema o la eficiencia energética.

El informe se basa también sobre la neutralidad de la tecnología, lo que implica que se considera de la misma manera la energía proveniente de fuente renovable o de fuente nuclear; cuando sabemos perfectamente que los impactos medioambientales son considerablemente diferentes.

Los mecanismos de capacidad son unas subvenciones encubiertas a las grandes empresas y posiblemente a las energías fósiles. Además, existe el riesgo que estos mecanismos conducen a la construcción de nuevas grandes infraestructuras que nos condenan a seguir con el modelo actual para varias décadas más.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht ist nicht konsequent und in sich konsistent. Entweder liberalisieren wir komplett die europäischen Energiemärkte und schaffen einen gemeinsamen europäischen Energiemarkt, wie z. B. jetzt mit dem Digital Single Market, oder wir überlassen den Mitgliedstaaten die Entscheidungshoheit über den Energie-Mix ihres Landes und die Sicherstellung der Energiesicherheit. Dieser Bericht spricht sich weder konsequent für Deregulierung und die Liberalisierung der Energiemärkte noch komplett für Subsidiarität aus. Er zeigt keine klare Linie, wie es in Europa energiepolitisch weitergehen soll. Im Einklang mit dem von mir als Parteivorsitzender vorgestellten Konzeptpapier setzt sich ALFA dafür ein, dass energiepolitische Fragen gänzlich den Mitgliedstaaten überlassen werden. Deshalb habe ich den Bericht abgelehnt.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I am very much concerned about the energy market situation in Spain.

The renewable energy has been very penalised by the current Centre Right government and retroactive measures have been taken to penalise people who invested in renewable energy.

I strongly believe that renewable energy should be supported in Spain as the national energy oligopoly companies try to limit their development.

I am strongly committed to the removal of structural network bottlenecks, these are important preconditions for realising the internal market in energy and thereby stepping up competition.

Full transparency of prices and offer is another crucial point to safeguard consumers Rights and best choices for energy providers.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce rapport a une tonalité très centriste: on caresse les États dans le sens du poil sur les questions réglées par les traités (mix énergétique), on s'appuie sur une approche évolutive pour grignoter les compétences des États et on se repose sur un prétendu marché de l'énergie, qui est, quoiqu'en dise le rapporteur, un monopole naturel.

Comme d'habitude aussi, l'écologie (ici les énergies renouvelables) est un prétexte pour renforcer le fédéralisme européen et pour détruire les entreprises nationales, au nom de la fluidité nécessitée par les énergies intermittentes.

J'ai voté contre.

Mihai Ţurcanu (PPE), *în scris*. – Ca urmare a Comunicării făcute de Comisia Europeană în iulie 2015 privind o nouă organizare a pieței energiei, prezentul raport subliniază necesitatea reorganizării pieței energiei și ameliorarea cadrului de reglementare în vederea creșterii utilizării de energii regenerabile și a completării lacunelor existente în legislația la nivel transfrontalier.

Raportul susține faptul că organizarea pieței energiei ar trebui să fie fondată pe principiile specifice pieței, întrucât acest fapt ar putea contribui la stimularea investițiilor, garantând accesul pe piață al IMM-urilor, obținându-se, astfel, un sistem energetic stabil, integrat și inteligent.

În acest context, raportul recomandă Comisiei ca, în lucrările sale privind noua organizare a pieței energiei, să încerce să garanteze condiții de concurență echitabile între producătorii de electricitate europeni și cei din țările terțe, cu scopul de a furniza consumatorilor europeni electricitate durabilă și la un preț abordabil.

Raportul insistă asupra importanței susținerii energiilor regenerabile stabile și rentabile pentru investițiile pe termen lung, care sunt ajustabile pe termen scurt și pot fi adaptate în funcție de nevoile la nivel național.

Așadar, ținând cont de rolul esențial al acestora în sânul pieței energiei, raportul invită statele să încurajeze utilizarea acestora.

Prin urmare, am votat în favoarea raportului privind noua organizare a pieței energiei.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Rezolucja dotycząca struktury rynku energii nie jest atrakcyjnym projektem z punktu widzenia polskiego rynku oraz polskich zasobów. Ograniczanie wytwarzania i zużywania paliw kopalnych na rzecz zwiększania roli energii odnawialnej jest możliwe dla państw, które osiągnęły wysoki poziom rozwoju gospodarczego. Stworzenie ogólnounijnego rynku energii elektrycznej mającego gwarantować europejskie bezpieczeństwo w oparciu o nowe instalacje i integrację wokół odnawialnych źródeł energii nie jest najlepszym rozwiązaniem z punktu widzenia polskiego interesu energetycznego, dlatego jestem przeciwny powyższej rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Bizottság 2015. július 15-én számos, az európai belső piacról szóló dokumentumot tett közzé, közöttük az ebben a jelentésben tárgyalt, az európai villamosenergia-rendszerekről szóló konzultatív közleményt. A mostani, végső dokumentumot a frakció álláspontjának megfelelően támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado en contra del informe porque se basa sobre los mecanismos del mercado y no sobre las necesidades sociales y medioambientales. Deja de lado o trata al margen las cuestiones del acceso a la red para los autoconsumidores, la descentralización del sistema o la eficiencia energética.

El informe se basa también sobre la neutralidad de la tecnología, lo que implica que se considera de la misma manera la energía proveniente de fuente renovable o de fuente nuclear; cuando sabemos perfectamente que los impactos medioambientales son considerablemente diferentes.

Los mecanismos de capacidad son unas subvenciones encubiertas a las grandes empresas y posiblemente a las energías fósiles. Además, existe el riesgo que estos mecanismos conducen a la construcción de nuevas grandes infraestructuras que nos condenan a seguir con el modelo actual para varias décadas más.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Palankiai vertinu tai, kad nauja energijos sąjungos strategija yra dar naudingesnė energijos vartotojams, siūlo jiems daug galimybių dalyvauti energijos rinkose ir užtikrina geresnę vartotojų apsaugą.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report entitled 'Towards a New Energy Market Design'. In order to achieve the climate and energy targets, the energy system of the future will need more flexibility, which requires investment in all four flexibility solutions – flexible production, network development, demand flexibility and storage. The report calls for the new electricity market design to embrace a holistic, future-oriented approach. Furthermore, it emphasises that a strengthened European internal market in electricity is possible, on the basis of stronger price signals on the wholesale market through prices that reflect actual scarcity and surplus of supplies, including price spikes. I voted in favour because I believe that energy efficiency is a core principle of the Energy Union strategy, since this is an effective way of reducing emissions, generating savings for consumers and reducing the EU's dependency on fossil fuel imports.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – La propuesta de la Comisión quiere reforzar el mercado interno de la energía y proporcionar el libre movimiento de la energía allá donde se necesita, con el objetivo de alcanzar los máximos beneficios derivados de la cooperación transfronteriza en la materia. En este sentido, la agencia para la cooperación de los reguladores de energía ACER, ha de cobrar un rol creciente para favorecer la cooperación regional e interregional. Hablamos en general de una propuesta bastante completa, que ha sido enriquecida con las enmiendas realizadas en el seno de la comisión de industria, investigación y energía, por lo que creo necesario votar a su favor.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report because we need to ensure a market design that is fit for the future, and one which works for consumers and industry, ensuring affordable energy.

The move away from generation in large central power plants towards decentralised production from renewable energy sources (and flexibility) requires an adaptation of the current rules of electricity trading and changes to the existing market roles.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – De voltooiing van de Europese interne energiemarkt is een eis van de liberalen in het Europees Parlement. Met dit verslag moedigen we de Europese Commissie aan om dit ter harte te nemen. Een Europese interne energiemarkt zou een groter aanbod aan betaalbare en hernieuwbare energiebronnen met zich meebrengen. We hebben daarvoor een sterkere integratie van de nationale markten door de ontwikkeling van interconnecties nodig.We dienen ook de ontwikkeling van slimme netten en nieuwe technologie voor decentrale opwekking te bespoedigen. Ik heb voor dit verslag gestemd om de consumenten in staat te stellen een actievere rol als consument én als producent te spelen, en een beter vraagzijdebeheer te stimuleren. In een Europa zonder binnengrenzen zouden we ook een energiemarkt zonder binnengrenzen moeten kunnen hebben ten dienste van alle EU-burgers.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport prétend faire de l'UE le premier producteur d'énergie à partir de sources renouvelables.

Ce serait une bonne chose en soi si cela n'était pas contredit par les faits et les actes.

S'il s'agissait de permettre réellement le développement d'énergies renouvelables et de cesser la dépendance tant à l'énergie nucléaire qu'aux énergies fossiles, je serais totalement pour.

Dans la réalité, l'UE consacre des sommes fabuleuses à l'énergie nucléaire et dérisoires aux énergies renouvelables, y compris pour la recherche. Elle développe, partout dans le monde, des accords de libre-échange qui conduisent à des aberrations en matière d'exportations, notamment au regard de l'empreinte carbone, soi-disant pour casser les prix, mais qui cassent avant tout les droits des salariés et les salariés eux-mêmes, et je ne parle pas de la multitude de conflits armés pour assurer le contrôle des énergies fossiles.

Ce texte ne crée pas la moindre illusion et quand il prétend que le marché intérieur de l'énergie va mieux protéger les consommateurs en luttant contre la réglementation des prix et les subventions, mon indignation n'a plus de limites comme si la précarité énergétique liée à l'augmentation croissante de la pauvreté n'était pas un fléau croissant en Europe.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – No essencial, do que este relatório trata é, mais uma vez, a liberalização do «mercado da energia», pressionando os Estados-Membros a acelerarem o processo de privatização do que ainda é público.

A verdade é que os resultados já conhecidos do que se passou com a liberalização do mercado, como o da eletricidade por exemplo, demonstram bem que nem trabalhadores nem consumidores beneficiaram com a liberalização. Pelo contrário! Sempre diminui o emprego com direitos e aumentam os preços pagos pelos consumidores.

A Energia é um setor estratégico, fundamental para o desenvolvimento económico, social e soberano de um país e do seu povo, que deve ser utilizado de forma eficiente, evitando desperdícios, acompanhando o conhecimento científico e tecnológico, com sustentabilidade ecológica, para a elevação das condições de vida da sociedade, e, por isso, deve pertencer à esfera pública e democrática.

O presente documento é incompatível com estes princípios democráticos fundamentais. Por isso, votamos contra.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Dem Bericht nach sollen Wasserkraftzulassungen auf EU-Ebene stärker koordiniert und das Konzessions-Regime harmonisiert werden. Zudem soll den Mitgliedsländern weiter erlaubt werden, auch in Zukunft Atomkraft verwenden zu dürfen. Darum habe ich den Bericht abgelehnt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione «Verso un nuovo assetto del mercato dell'energia» perché sono convinto che l'Unione energetica debba essere completata al più presto. Stiamo vivendo una fase di trasformazione nella natura della fornitura di energia elettrica, verso sistemi più flessibili e verdi. Il mercato deve adeguarsi alle nuove dinamiche e mi auguro che la Commissione possa fare propria la visione del Parlamento europeo nell'elaborazione delle proposte legislative future.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report because we need to ensure a market design that is fit for the future, and one that works for consumers and industry, ensuring affordable, clean and safe energy. Building a true European Energy Union must work not only in order to be environmentally sustainable and reduce carbon emissions, but also to eliminate energy poverty, including targeted policies to ensure affordable energy for vulnerable groups, particularly vulnerable women, in line with an earlier report I co-authored on 'Meeting anti-poverty targets in light of rising household costs'. We must make sure that our energy policy is compatible and complementary to social and environmental policy.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution because it contributes to the plans of the European commission to create an EU-wide electricity market. This will be to the benefit of both companies and EU citizens. The EU's energy market needs to become more interconnected and integrated. In order to achieve this, specific steps need to be taken. For example, I welcome the focus on decentralisation and an increased flexibility of the market. We need to empower consumers to become 'prosumers' of green energy, and also the future possibilities of battery storage offer a lot of opportunities to succeed in a transition to a more sustainable energy landscape in the EU.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul din proprie inițiativă referitor la o nouă organizare a pieței energiei.

Raportorul consideră că propunerea Comisiei Europene pentru o politică energetică implicând în egală măsură structuri centralizate și descentralizate este, în principiu, corectă. Salut opinia acestuia, conform căreia organizarea dorită a pieței trebuie, prin urmare, să fie astfel concepută încât procesele de transformare să poată avea loc fără a cauza denaturarea piețelor și fără a duce la investiții proaste.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Uznesenie Európskeho parlamentu reaguje na oznámenie Komisie o novej koncepcii trhu s energiou a zasadzuje sa za to, aby transformovaný energetický trh posilňoval regionálnu spoluprácu a zameriaval sa na zlepšené, decentralizované a pružnejšie trhy. Oznámenie taktiež dáva jasné cenové signály pre nové investície a zabezpečenie dodávok elektriny. Uznesenie podľa môjho názoru obsahuje niekoľko pozitívnych prvkov, napríklad viac trhovej podpory pre obnoviteľné zdroje. Na druhej strane som sa však v dôsledku pre mňa negatívnych prvkov, ako sú odsúdenie kapacitných trhov či národné energetické mixy určované na európskej úrovni namiesto národnej úrovne, rozhodla hlasovať proti tomuto uzneseniu.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei a favor do relatório Langen por considerar que esta iniciativa apresenta uma posição equilibrada do que deverá ser o papel do Parlamento Europeu no processo de codecisão sobre a nova configuração do mercado da energia, que deverá ser apresentado pela Comissão Europeia no final deste ano.

Defendo que os Estados-Membros devam preparar estratégias alternativas aos mecanismos de capacidade que neste momento são utilizados para adaptar a capacidade de produção à flexibilidade exigida pela procura. Este mecanismo tem como consequência uma distorção do mercado interno e repercute-se na fatura de energia dos consumidores europeus.

Considero que a aposta crescente nas renováveis como fontes de energia deverá, a longo-prazo, permitir a descontinuação destes mecanismos de capacidade.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. — La riforma del mercato elettrico è fondamentale per raggiungere gli obiettivi dell'UE in materia di clima ed energia. In particolare, devono essere create le condizioni favorevoli alla riduzione del consumo energetico attraverso una migliore gestione della domanda. Ciò è possibile grazie alle nuove tecnologie che possono esser messe in campo al fine di migliorare le reti, i contatori, costruendo case intelligenti e impianti di stoccaggio energetico ma anche facendo ricorso ai nuovi servizi da parte di imprese innovative, a intermediari affidabili e alla transizione dei consumi verso fonti alternative. Questa relazione invece non propone quella rivoluzione necessaria a creare un nuovo assetto del mercato dell'energia che collochi al centro le rinnovabili e la loro produzione decentralizzata. Non viene riconosciuto il ruolo chiave che il nuovo assetto deve avere al fine di velocizzare il processo di decarbonizzazione dell'elettricità così da contribuire al raggiungimento degli obiettivi dell'UE in materia di clima ed energia. Viene dato spazio al ruolo del mercato lasciandolo libero di autoregolarsi quando si tratta di interventi a favore delle rinnovabili mentre rimangono giustificati tutti quegli interventi mascherati a sostegno delle fossili e del nucleare. Mi sono dunque espresso dando il mio voto contrario a tale relazione.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za poročilo Na poti k novi zasnovi energetskega trga.

Strinjam se z ugotovitvami poročila, da bo moral biti energetski sistem v prihodnosti prožnejši, da bi lahko dosegli podnebne in energetske cilje. Zato so potrebne naložbe v vse štiri prožne rešitve – prožno proizvodnjo, razvoj omrežij, prožno povpraševanje in skladiščenje.

5.15. EU-Strategie für die Wärme- und Kälteerzeugung (A8-0232/2016 - Adam Gierek)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κύριε πρόεδρε, εμείς οι καταναλωτές στην Ελλάδα, αλλά και σε όλα τα κράτη μέλη, πρέπει να δούμε τον λογαριασμό να μειώνεται. Αλλά, για να συμβεί αυτό, είναι απαραίτητη η ενεργειακή αναβάθμιση των κτιρίων. Κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, σας καλώ να υπερψηφίσετε, στον προϋπολογισμό της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το 2017, πιλοτική μου πρόταση για την αναβάθμιση των κτιρίων στη μακρο-περιφέρεια Αδριατικής-Ιονίου η οποία βαθμολογήθηκε με Α άριστα από την Επιτροπή και είμαι σίγουρη ότι θα προχωρήσετε σε αυτό.

Η πρότασή μου προωθεί τη χρηματοδότηση περιφερειακών και τοπικών πρωτοβουλιών ώστε να αναβαθμιστούν ενεργειακά όχι μόνο δημόσια κτίρια αλλά και κατοικίες, και αυτό σε μια περιοχή που υποφέρει από την ενεργειακή φτώχεια σε ποσοστό άνω του πενήντα τοις εκατό. Ήδη στη Γαλλία, το σχέδιο Γιούνγκερ, μέσω της Ευρωπαϊκής Τράπεζας Επενδύσεων, διέθεσε τετρακόσια εκατομμύρια τα οποία συνέβαλαν στην αναβάθμιση πέντε χιλιάδων κατοικιών, στη δημιουργία έξι χιλιάδων θέσεων εργασίας και στη μείωση της κατανάλωσης σε εννιά χιλιάδες εξακόσια νοικοκυριά ετησίως. Ξέρουμε ότι γίνεται, μπορούμε να το κάνουμε στην Ελλάδα, μπορούμε να το κάνουμε παντού!

Seán Kelly (PPE). – I believe this to be a good report, and the first step towards putting in place long-term objectives to decarbonise the heating and cooling sector. Almost half of the EU's final energy demand is for heating and cooling, and so I think that this initiative is timely and I believe that our work on heating and cooling should go hand in hand with our work on renewables, energy efficiency, buildings and energy security. For me, technology development is a vitally important part of the strategy. When we consider the energy security situation in Europe, and our over-dependence on Russian gas, we should remember that this dependence is largely to do with our heat supply.

For this reason, it is important not only that we look to diversify our sources of natural gas, which is crucial, but also that we explore ways to support and accelerate the increased deployment of renewable heat technologies.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il rapporto sulla strategia dell'UE in materia di riscaldamento e raffreddamento presenta alcune proposte molto innovative e importanti per la salvaguardia dell'ambiente a livello comunitario. Merita, tra questi, di essere citato la costruzione di edifici «smart», gli incentivi all'autoproduzione, la necessità di smantellare le centrali elettriche più obsolete e infine l'attenzione prestata all'importanza dell'informazione ed educazione dei cittadini. Tuttavia vi è un elemento che contrasta con quanto detto in precedenza: la produzione di energia dai rifiuti. Essa infatti implicherebbe l'uso di inceneritori altamente inquinanti. Per questi motivi ho deciso di astenermi.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — Although the strategy does not announce any new legislative proposals, we oppose the EU strategy on heating and cooling as it will be used to reinforce the disruptive EU energy and climate policy that has already brought irreparable damage to Europe's industry and economy.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this own initiative report which makes proposals to direct the implementation of the Commission's strategy on the Energy Union launched in February this year. Part of the Commission's proposal was its first ever strategy for heating and cooling to tackle the massive use of fossil fuels. This is a progressive report that emphasises the need to include specific measures for heating and cooling in the upcoming revisions of the Energy Efficiency Directive, the RES Directive and the Energy Performance of Building Directive, and the new 'energy market design'. It suggests that high-energy efficiency measures, high-performance insulation, the use of renewable sources and recovered heat are the fundamental priorities for EU's heating and cooling strategy.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport. Le chauffage et le refroidissement représentent environ la moitié de la demande énergétique finale de l'UE. Ce qui explique pourquoi il est si important de réduire la demande et de rendre le secteur plus efficace, afin de réduire notre dépendance aux importations d'énergie, de réduire les émissions et de faire baisser les coûts pour les consommateurs, en particulier les personnes menacées par la pauvreté énergétique.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the EU strategy on heating and cooling. In the EU, almost 50% of the EU's final energy demand is used for heating and cooling, of which 80% is used in buildings. The share of primary energy from fossil fuels in heating and cooling remains very high at 75% and presents a major barrier to decarbonisation, thereby accelerating climate change and causing significant harm to the environment.

The heating and cooling sector should reflect the 2015 Paris Agreement on Climate Change (COP21) and be compatible with the EU's energy and climate goal of 100% cent renewables by 2050 the latest. This issue affects in particular some EU Member States (Mediterranean countries) more than others. In order to tackle this issue, the energy efficiency of buildings must be improved and the use of renewables (including solar energy) must be increased. Reversible heat pumps may play an important role since they are energy efficient and the re-use of waste heat and cold generated by industry should be encouraged.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση σχετικά με τη στρατηγική της ΕΕ για τη θέρμανση και την ψύξη που αναφέρεται στα κτίρια τόσο στον τομέα της βιομηχανίας όσο και σε αυτά που προορίζονται για κατοικία. Ιδιαίτερη έμφαση δίνεται στην ανάγκη για αρχιτεκτονικές λύσεις, εκσυγχρονισμού της θέρμανσης των κτιρίων, πχ μέσα από την καλύτερη μόνωση τους, τον εκσυγχρονισμό των συσκευών ψύξης/θέρμανσης και τη μεγαλύτερη χρήση ανανεώσιμων πηγών και τηλεθέρμανσης.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Die Kommission hat ihre erste Strategie zur Senkung des hohen Energieverbrauchs, insbesondere von fossilen Energieträgern, im Bereich der Wärme- und Kälteerzeugung vorgelegt. Hierbei handelt es sich um eine der Prioritäten der Energieunion. Die Wärme- und Kälteerzeugung ist eine der energieintensivsten Branchen der EU, für die etwa 50 % der Energie in der EU aufgewandt werden und in der der Anteil der erneuerbaren Energieträger nur 18 % beträgt, während der Anteil fossiler Energieträger 75 % ausmacht. Die Strategie beinhaltet Pläne zur Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden und zur Verbesserung der Verbindungen zwischen Elektrizitätssystemen und Fernwärmenetzen. Durch diese soll die Nutzung erneuerbarer Energieträger deutlich gesteigert und die Wiederverwendung der in der Industrie erzeugten Abwärme und Kälte gefördert werden; ein Ansatz, den ich begrüße. Ich teile auch die Auffassung, dass Europa nur wettbewerbsfähig bleibt, wenn es in innovative und nachhaltige Konzepte im Bereich der Forschung und Entwicklung investiert – vor allem im Energiebereich. Ebenso bin ich der Meinung, dass in Sachen Klimaschutz und Steigerung der Energieeffizienz weiterhin großer Handlungsbedarf besteht.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Malgré les bonnes mesures proposées, la France n'a pas besoin des recommandations de l'UE pour définir sa politique énergétique, en l'occurrence en matière de chauffage et de refroidissement. Les problématiques d'Europe centrale, aux installations souvent vétustes et/ou très polluantes, ne sont pas les mêmes que celles qui se posent chez nous et l'interprétation du texte pourrait bien se faire contre nos intérêts en imposant de lourdes contraintes aux particuliers et en accélérant la défiguration ou la destruction pure et simple de notre patrimoine. J 'ai donc voté contre.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – In the interests of transparency and democracy I would like to confirm I voted against this report. The EU 'Heating and Cooling strategy' is part of the European Commission's Sustainable Energy Security Package. Its main objective is to reach 2030 climate and energy targets. Although this strategy does not announce any new legislative proposals I oppose this EU strategy as it will be used to reinforce the disruptive EU Energy and Climate policy that has already brought irreparable damages to the UK's industry and economy.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération car elle fixe une stratégie de l'Union européenne en matière de chauffage et de refroidissement, énonçant des propositions visant à réduire l'utilisation de l'énergie dans les bâtiments. J'estime que la rénovation des bâtiments est l'un des moyens les plus simples pour que l'énergie soit utilisée de manière plus efficace et pour parvenir à des réductions significatives des émissions de CO_2.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl ES šildymo ir vėsinimo strategijos. ES šildymo ir vėsinimo strategija yra neatskiriama Energijos sąjungos strategijos dalis, todėl šildymo ir vėsinimo sektorius yra itin svarbus siekiant ES energetikos ir klimato tikslų iki 2020 m., 2030 m. ir 2050 m., taip pat siekiant energijos tiekimo saugumo didinimo tikslų. Be to, naujosiose valstybėse narėse, įstojusiose į ES po 2004 m., didžiausios efektyvumo didinimo galimybės yra šiluminės pastatų renovacijos srityje. Todėl pritariu, kad reikia didinti finansavimą, skirtą darbui, susijusiam su ištisų gyvenviečių šilumine rekonstrukcija. Tai turi būti laikoma prioritetu, ypač todėl, kad atitinkamų pastatų savininkai negali padengti sąnaudų, o valstybės parama nėra pakankama.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – Although the strategy does not announce any new legislative proposals, we oppose the EU strategy on heating and cooling as it will be used to reinforce the disruptive EU energy and climate policy that has already brought irreparable damage to Europe's industry and economy.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Ce texte, dont l'auteur est Polonais et qui concerne avant tout les pays d'Europe de l'Est, fait potentiellement peser de graves menaces sur notre patrimoine architectural.

On y trouve certes une précaution pour les «bâtiments historiques» . Cependant, outre que le concept reste vague (compte tenu des différentes législations en matière de protection du patrimoine, avec seulement 44 000 bâtiments protégés en France contre plus d'1 000 000 en Allemagne), le paragraphe 23 demande par exemple aux «autorités locales» de traiter «les problèmes spécifiques des bâtiments ruraux, qui sont généralement plus vieux, moins économes en énergie et moins bénéfiques pour la santé et assurent un confort thermique moindre» . C'est-à-dire l'isolation par l'extérieur ?

Ce risque qui pèse sur notre patrimoine (au sens large) est d'autant plus grand que la tendance actuelle en France est de donner toujours plus de pouvoir décisionnaire aux édiles locaux, qui n'ont généralement pas les compétences requises et qui peuvent difficilement résister aux diverses pressions (en particulier du BTP), au détriment des Architectes des Bâtiments de France. Voilà pourquoi ce texte risque d'accélérer la défiguration, voire la destruction pure et simple de notre patrimoine, au nom de l'efficacité énergétique.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport qui rappelle tout d'abord que le chauffage et le refroidissement représentent la plus grande part de la demande au sein de l'Union européenne.

Le rapport demande que des stratégies spécifiques à long terme basées sur les énergies renouvelables soient développées. Il demande également que les normes d'efficacité énergétiques soient renforcées et la Commission est appelée à prévoir un cofinancement approprié pour les initiatives de rénovations des bâtiments publics et logements multiples qui se caractérisent par une efficacité énergétique basse.

Parallèlement, les États membres sont invités à faire progressivement cesser, dans les zones urbaines, l'utilisation de chaudières anciennes qui génèrent des émissions à faible altitude.

Enfin, les députés estiment que des progrès devraient être faits au titre du programme-cadre Horizon 2020 dans la recherche et développement portant sur des matériaux et des systèmes de chauffage et de refroidissement durables et efficaces.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Quasi il 50 % della domanda finale di energia dell'UE è utilizzato per il riscaldamento e il raffreddamento, di questa circa l'80 % è impiegata per gli edifici. L'accordo stabilito con la COP21 ha indicato chiaramente la via da seguire. Essa si concilia fortemente con gli stessi obiettivi europei che prevedono, al più tardi per il 2050, un settore del riscaldamento e del raffreddamento basato interamente sulle energie rinnovabili. La relazione Gierek, che oggi ho sostenuto con il mio voto, appoggia la comunicazione della Commissione relativa alla strategia UE su riscaldamento e raffreddamento, indicando alcune misure da adottare per conseguire gli obiettivi prefissati. Un'elevata efficienza energetica, un isolamento termico altamente performante e soprattutto il ricorso a fonti energetiche rinnovabili e all'energia termica di recupero rappresentano le priorità fondamentali insieme a un sistema energetico più decentralizzato e flessibile. I Fondi strutturali e di investimento europei possono rappresentare uno strumento importante per la realizzazione di queste proposte e per una più generale modernizzazione del sistema energetico del continente. La nuova strategia non deve essere solo un punto di forza della politica ambientale dell'Unione ma anche una grande opportunità sia alle per le imprese sia per i consumatori.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Los sectores de la calefacción y la refrigeración consumen la mitad de la energía (sobre todo de fuente fósiles) en la Unión y, una parte importante de esa energía se pierde por falta de eficiencia. Existe entonces un margen importante de mejora del sector y, por consiguiente, de disminución de la consumición de la energía y de emisión de gases de efecto invernadero.

El informe va en la buena dirección porque propone aumentar la cuota de energía renovable en este ámbito, invertir para mejorar la eficiencia energética mediante la renovación de los edificios, acelerar la modernización de los sistemas de calefacción, descentralizar los sistemas de producción energético, etc.

Si este conjunto de medidas va en la buena dirección, es muy insuficiente para bajar drásticamente las emisiones de gases de efecto invernadero, cambiar en profundidad el sistema energético y cumplir con los objetivos climáticos. Por ello, me he abstenido.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport sur la stratégie de l'UE en matière de chauffage et de refroidissement car les mesures qu'il propose risquent de mettre en péril notre patrimoine architectural, notamment rural.

Si l'efficacité énergétique est en effet un objectif louable, le texte pousse les autorités locales à prendre des mesures visant les bâtiments ruraux, lesquels sont jugés «plus vieux, moins économes en énergie et moins bénéfiques pour la santé». Outre le danger que de telles mesures feraient peser sur notre patrimoine, il faut rappeler que le changement de normes constant pose un certain problème de coût, notamment pour les particuliers qui doivent investir, selon le rapport dans des pompes à chaleur réversibles ou dans des travaux d'isolation thermique.

Si des tentatives sont présentes dans le texte pour être prudent vis à vis des «bâtiments historiques», cette précaution se révèle fragile compte tenu du flou juridique autour de cette définition.

Rappelons d'ailleurs que malgré la précaution incluse dans la loi sur la transition énergétique pour la protection du bâti ancien dans les opérations d'isolation, le décret d'application s'est, lui, empressé d'atténuer au possible cette assurance.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione Gierek è condivisibile e priva di criticità, l'ho quindi sostenuta col mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Calefacción y refrigeración suponen aproximadamente la mitad de la demanda de energía final de la UE. De ahí la importancia de mejorar la eficiencia energética en este ámbito, para reducir dependencia, emisiones y costes para los consumidores, en especial, para aquellos en riesgo de pobreza energética. Se trata de garantizar que la energía se utilice de manera más eficiente y de reducir las emisiones de CO_2.

Entre las medidas que se deben adoptar, es necesario un incremento sustancial de la financiación para las obras de renovación térmica de urbanizaciones completas. Asimismo, es necesario sustituir las centrales termoeléctricas obsoletas de las urbanizaciones por eficientes centrales de cogeneración combinada de calor y electricidad. Por otra parte, en los países mediterráneos, la refrigeración es un motivo de preocupación. Las soluciones arquitectónicas adecuadas, el aislamiento y las bombas de calor reversibles pueden tener un papel importante para resolver este problema. Además, la radiación solar es una fuente importante de calor que aún no se ha utilizado lo suficiente.

Se alimentan así algunas de las próximas iniciativas legislativas en materia de eficiencia energética, previstas para finales de 2016, en particular, la Directiva revisada relativa a la eficiencia energética de los edificios.

Por estos motivos, he votado a favor de este informe.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pasisakė dėl pastatų šildymo ir vėsinimo strategijos. Šildymui ir vėsinimui suvartojama beveik 50 proc. galutinės ES energijos paklausos, iš kurių 80 proc. naudojama pastatuose, o kiekvienas papildomas sutaupytos energijos procentas dujų importą leistų sumažinti 2,6 proc. Parlamento manymu, reikia imtis aktyvesnių veiksmų tiek mažinant pastatų šildymo paklausą, tiek perkeliant likusią paklausą nuo importuoto iškastinio kuro deginimo individualiuose katiluose prie tvarių šildymo ir vėsinimo galimybių. Pranešime taip pat pabrėžiama, kad atsinaujinančių energijos išteklių dalis lėtai augo, tačiau vis dar esama milžiniškų galimybių visuose lygmenyse ir valstybėse narėse jos turėtų būti išnaudojamos. Parlamentas palankiai įvertino Komisijos komunikatą dėl ES šildymo ir vėsinimo strategijos, kuriuo žengtas svarbus žingsnis link holistinio požiūrio į šildymo ir vėsinimo sektoriaus pertvarką Europos Sąjungoje ir nustatytos prioritetinės veiksmų sritys.

Franc Bogovič (PPE), *napisan*. – Rezolucija o strategiji EU-a za grijanje i hlađenje čini strateški dio veoma značajne oblasti poput energetske stabilnosti i sigurnosti EU-a, s obzirom da se skoro polovica krajnje potražnje za energijom u EU-u koristi za grijanje i hlađenje. Ta strategija EU-a prepoznaje ključne izazove i potrebe za povećanjem energetske učinkovitosti i uvođenjem obnovljivih izvora energije.

Uočeni problemi u dotrajalosti i neefikasnosti sustava stambenog grijanja u EU-u jesu ujedno i veliki potencijal za povećanje energetske učinkovitosti. Ulaganje u uštedu energije i energetsku učinkovitost nudi najveći i najbrži povrat uloženih sredstava u energetskom sektoru. Strategija prepoznaje aktivnu ulogu koju potrošači mogu imati u stvaranju održivog europskog sustava grijanja i hlađenja.

Naglašena je potreba za uvećanjem stope recikliranja, jer će proizvodnja energije iz otpada imati vrlo važnu ulogu u sektoru grijanja. Strategija ukazuje na jedan integriran pristup u mobilizaciji svih ključnih aktera u vezi upotrebe svih raspoloživih europskih strukturnih i investicijskih fondova koji bi trebali biti dostupni svim akterima, a posebno malim, srednjim i mikro poduzećima. Uz to, tako i na glasanju sva moja podrška ide toj rezoluciji.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Più del 40 % del consumo finale di energia in Europa avviene negli edifici, un consumo che contribuisce per il 36% al totale delle emissioni di CO_2. Se si pensa all'impatto su queste cifre degli impianti da riscaldamento e raffreddamento emerge chiaramente l'importanza di un intervento in questi settori per razionalizzare il consumo energetico e ridurre inquinamento ed emissioni. In vista della presentazione da parte della Commissione delle proposte legislative sull'efficienza energetica e sulla performance degli edifici, il Parlamento intende sottolineare con questa relazione, che sostengo, l'importanza di favorire tutte le misure che possono portare a un ammodernamento dei sistemi di riscaldamento e raffreddamento. Con le opportune misure fiscali, già messe in campo ad esempio in Italia, e con sistemi integrati che sfruttino le nuove tecnologie, sarà possibile conseguire nei prossimi anni risultati significativi in termini di risparmio tanto a livello di singole abitazioni quanto a livello di grandi edifici.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o strategiji EU-a za grijanje i hlađenje. Računi za grijanje i hlađenje su otprilike polovica potrošnje energije u EU-u, što govori koliko je važno smanjenje potražnje i stvaranje učinkovitijeg sektora, kako bi se smanjila ovisnost o uvozu energije, smanjile emisije i srušili troškovi za potrošače, posebno one u opasnosti od energetskog siromaštva.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce texte appelle les États membres et les collectivités locales à économiser l'énergie en matière de chauffage et de refroidissement. L'économie d'énergie est ici considérée comme «le premier combustible propre».

Il insiste, dans son paragraphe 23, sur les bâtiments ruraux avec un risque évident pour le patrimoine rural de la France.

Ce paragraphe ayant été adopté, j'ai voté contre ce texte.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il riscaldamento e il raffreddamento di edifici pubblici, industrie e abitazioni ha un importante impatto economico e ambientale per l'intera Unione europea. I dati in nostro possesso dimostrano significative differenze fra Europa orientale, settentrionale e mediterranea sul tema: conseguentemente diversa è anche la gerarchia d'importanza delle singole iniziative nei vari paesi. Nel caso degli Stati che hanno aderito all'UE dopo il 2004 le principali opportunità in termini di efficienza si concentrano nella riqualificazione termica degli edifici, considerata la soluzione più semplice per garantire un utilizzo più efficiente dell'energia e un'importante riduzione delle emissioni di CO_2. È necessario aumentare in modo significativo le risorse finanziarie destinate alla riqualificazione termica di interi isolati, in particolare quelli costruiti ricorrendo alla tecnologia dei pannelli prefabbricati. A tal fine dovrebbe essere destinata a titolo del Fondo europeo per l'efficienza energetica e le energie rinnovabili una dotazione finanziaria pari ad almeno il 25 % del totale. Tale obiettivo dovrebbe figurare al primo posto nelle priorità del settore poiché i costi di tale riqualificazione superano le possibilità dei proprietari degli edifici mentre il sostegno statale è insufficiente. Riscaldamento più efficiente significa ambiente più sano e risparmio per i tutti i cittadini.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à accroître l'efficacité énergétique et encourage le recours aux énergies renouvelables pour le chauffage et le refroidissement avec un objectif de 100 % d'ici 2050. Pour y parvenir, le rapport propose de s'appuyer sur la géothermie, la production de biométhane, l'utilisation prioritaire de matières premières locales ou la récupération de la chaleur industrielle. Bien qu'il soit nécessaire dans les États membres de s'attaquer au gaspillage énergétique en vue de réduire notre facture énergétique, se pose tout de même la question du financement des infrastructures permettant d'atteindre cet objectif, telles que l'isolation thermique et les pompes à chaleur réversibles. Or, sur ce point, il est à craindre que ces travaux soient à la charge des particuliers malgré la mise en place d'un système de subventions. Par ailleurs, ce rapport préconise de réaliser des études sur les économies d'énergie dans les bâtiments historiques en vue d'y améliorer la performance énergétique. Or, rien ne nous garantit que les travaux adéquats assurent

la protection et la préservation de notre patrimoine culturel. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Multe dintre clădirile europene se confruntă în prezent cu problema pierderilor de energie din cauza izolării lor necorespunzătoare și a sistemelor de încălzire vechi și ineficiente. Totodată, sărăcia energetică afectează aproape 11% din populația UE. Instrumentele de politică și capacitățile UE nu sunt încă suficient de dezvoltate pentru a stimula transformarea sectorului încălzirii și răcirii, pentru a valorifica la maximum potențialul existent și a dezvolta soluții pentru reducerea cererii.

Potrivit estimărilor, cantitatea de energie termică produsă în urma proceselor industriale și risipită în atmosferă sau în apă, în loc să fie utilizată într-un mod productiv, este suficientă pentru a acoperi în întregime nevoile de încălzire din clădirile rezidențiale și terțiare din Uniune.

Salut inițiativa Comisiei pentru industrie, cercetare și energie cu privire la inițierea acestui raport, considerând că aplicarea corectă a măsurilor de dezvoltare a unei strategii cuprinzătoare și integrate pentru încălzire și răcire oferă, atât pentru întreprinderile, cât și pentru consumatorii din UE, o serie de oportunități semnificative în ceea ce privește reducerea costurilor energetice globale pentru industrie, stimularea competitivității și asigurarea unei reduceri a costurilor suportate de consumatori, motiv pentru care am votat în favoarea acestui raport.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Problema încălzirii și a răcirii are efecte profunde în cele mai diferite domenii. Este esențial să se înregistreze progrese reale în revoluționarea sectorului încălzirii și răcirii ca parte a unei reforme mai ample a sistemului energetic. Principala modalitate de a combate sărăcia energetică este de a reduce prețurile la încălzire, asigurându-se că eficiența energetică va crește semnificativ.

Strategia de creștere a eficienței și a sustenabilității încălzirii și răcirii își propune să abordeze un aspect complex: distribuția elementelor ce fac referire la încălzire în mai multe directive și instrumente legislative precum: Directiva privind eficiența energetică a clădirilor, Directiva privind energia din surse regenerabile și Directiva privind eficiența energetică.

Susțin propunerea de rezoluție a Parlamentului European referitoare la o strategie a UE pentru încălzire și răcire. Subliniez importanța realizării unor cercetări științifice mai ample cu privire la dezvoltarea unor soluții tehnologice inovatoare, menite să asigure aparatele casnice și toate sistemele de încălzire și de răcire, care să fie eficiente din punct de vedere energetic. O importantă sursă de căldură, care nu a fost folosită suficient, o reprezintă radiația solară, care, cu ajutorul panourilor care încălzesc apa sau generează energie electrică, poate fi valorificată la maxim.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Dopo attenta lettura e discussione in aula ho dato il mio voto positivo alla relazione alla proposta di risoluzione del Parlamento europeo sul tema una strategia dell'UE in materia di riscaldamento e raffreddamento in quanto ritengo che lo scenario del corretto approvvigionamento energetico non può più essere disgiunto da quello relativo all'utilizzo più efficiente dell'energia e alla importante riduzione delle emissioni di CO_2, a seguito dell'accordo COP 21, ormai ratificato anche da USA e Cina. Va peraltro tenuto conto della resilienza energetica delle nostre nazioni, e della lotta alla cosiddetta «povertà energetica». Con la successiva considerazione che i mercati dell'energia mantengono tuttora un carattere fortemente regionalistico, sulla base del principio della responsabilità nazionale del mix energetico, molto disomogeneo tra gli Stati.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this own initiative report which makes proposals to direct the implementation of the Commission's strategy on the Energy Union launched in February this year. Part of the Commission's proposal was its first ever strategy for heating and cooling to tackle the massive use of fossil fuels. This is a progressive report that emphasises the need to include specific measures for heating and cooling in the upcoming revisions of the Energy Efficiency Directive, the RES Directive and the Energy Performance of Building Directive, and the new 'energy market design'. It suggests that high-energy efficiency measures, high-performance insulation, the use of renewable sources and recovered heat are the fundamental priorities for EU's heating and cooling strategy.

David Casa (PPE), *in writing*. – The Commission has launched the first ever strategy to tackle heating and cooling efficiently. This is one of the priorities of the EU especially when it is consists of the EU's biggest energy sector and I fully agree. The report points out at the local character and potential of heating and cooling. The strategy includes amongst others plans to boost the energy efficiency of buildings and the use of renewable energy. I believe it is important that there is access to finance for investments to modernising the heating and cooling system and a focus on the research and technological innovation for European industry. I voted in favour of this report.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il riscaldamento e il raffreddamento sono responsabili di metà del consumo energetico dell'UE e molta di tale energia va persa. Renderli più efficienti e sostenibili è una priorità strategica dell'Unione dell'energia. Se la relazione del collega Gierek comporta numerosi riferimenti positivi (ad esempio l'importanza di smantellare al più presto le centrali più obsolete e di accelerare la sostituzione degli impianti domestici più inquinanti), essa conserva elementi che non ci soddisfano: ad esempio quando tratta del teleriscaldamento su cui vorremmo maggiore prudenza, specie in relazione a nuove reti e infrastrutture; quando tratta della geotermia, del biogas senza distinguere le fonti di provenienza, e soprattutto sulla strategia della Commissione europea sulla produzione di energia da rifiuti che implica inceneritori. Per questi motivi ho deciso di astenermi.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report as I believe that new sustainable energy strategies, such as self-generation and sustainable use of organic waste, could help us to decrease our dependency on high-carbon infrastructure and increase, on the other hand, energy efficiency in rural buildings. I would be also in favour of a new attractive financing system to promote new technologies for heating households using renewable energy sources as well as of modernisation of old and inefficient heating systems and of deep renovation of buildings with improved thermal insulation.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – La politica energetica dell'Unione europea in materia di riscaldamento e raffreddamento deve mirare a ridurre la dipendenza energetica degli Stati membri, abbassare i costi per i consumatori e diminuire le emissioni coerentemente con gli obiettivi stipulati alla Conferenza di Parigi sui cambiamenti climatici (COP 21). Ad oggi, quasi il 40 % della domanda finale di energia dell'UE è utilizzato per il riscaldamento e il raffreddamento degli edifici. È necessario incrementare l'efficienza energetica degli edifici mediante il rinnovo e la ristrutturazione, in particolare migliorandone l'isolamento termico. Ho ritenuto di votare a favore della relazione poiché invita gli Stati membri a mettere in atto strategie che permettano ai consumatori di essere maggiormente coinvolti nel mercato dell'energia e di intraprendere azioni per controllare il consumo energetico. È opportuno inoltre continuare a sostenere la costruzione di edifici a energia quasi zero. Ritengo che gli Stati membri debbano offrire incentivi per la promozione e l'impiego di energie rinnovabili. Ed è essenziale investire in attività di ricerca e innovazione al fine di sviluppare tecnologie energeticamente efficienti. Infine, credo che gli Stati membri debbano garantire che una quota dei finanziamenti dedicati all'efficienza energetica sia erogata a favore delle famiglie aiutandole ad investire in apparecchiature di riscaldamento e raffreddamento più efficienti.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και θυμίζουμε ότι στις μεσογειακές χώρες της Ευρώπης η ψύξη είναι ένα θέμα αυξανόμενης ανησυχίας, και συνδέεται με τη σταδιακή κλιματική αύξηση της θερμοκρασίας. Κατάλληλες αρχιτεκτονικές λύσεις, η μόνωση και οι αντιστρέψιμες αντλίες θερμότητας - που αντλούν θερμότητα από ένα δωμάτιο σε ζεστό καιρό και τη διοχετεύουν όταν απαιτείται θέρμανση - μπορούν να διαδραματίσουν σημαντικό ρόλο στην επίλυση αυτού του προβλήματος.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με τη στρατηγική της ΕΕ για τον τομέα θέρμανσης και ψύξης είναι ιδιαίτερα σημαντική καθώς επηρεάζει ζητήματα βιομηχανικής αλλά και καταναλωτικής φύσεως. Η διάθεση αναβάθμισης των εξοπλισμών που χρησιμοποιούνται, καθώς και η στρατηγική εξορθολογισμού της ενέργειας που καταναλώνει η ευρωπαϊκή κοινωνία, αποτελούν θετικά βήματα και για αυτόν το λόγο ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – È con favore che accolgo la relazione della commissione per l'industria con cui si stabilisce un'indispensabile strategia europea in materia di riscaldamento e di raffreddamento dal momento che considero tale tema prioritario nel quadro di una crescita sostenibile. La politica energetica europea include la riduzione dell'utilizzo di combustibili fossili e il potenziamento delle energie rinnovabili (che ad oggi hanno un utilizzo, seppur crescente, limitato al 18 %) per garantire energia più pulita, sicura, competitiva, persistente e a prezzi ragionevoli per tutti. L'eccessiva dipendenza da un numero limitato di fonti, inoltre, rende i paesi vulnerabili alle interruzioni delle forniture. In un momento in cui l'accessibilità economica dell'energia e la competitività dei prezzi energetici recano crescente preoccupazione a famiglie e imprese, è necessario ridurre la nostra dipendenza dai combustibili fossili e diminuire le emissioni di gas a effetto serra. La proposta da me approvata invita gli Stati membri a smantellare gradualmente nelle aree urbane l'uso di impianti arretrati e la dismissione dei caminetti a legna nelle città. Tali provvedimenti richiedono, durante la transizione, investimenti da gestire all'insegna dei principi di efficienza ed efficacia, dunque si rivela essenziale la collaborazione con gli enti locali.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on an EU strategy on heating and cooling and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O aquecimento e a refrigeração é o maior setor energético da União Europeia, com uma quota de 50% do consumo energético da UE. Desta metade do consumo global, apenas 18% provêm de fontes renováveis e 75% de fontes fósseis. A dimensão desta área torna-a uma prioridade da União da Energia e este relatório, como primeira estratégia de eficiência energética do setor, reveste-se de grande importância.

Entendo que a renovação térmica dos edifícios deve ser prioritária, incluindo intervenções alargadas em grandes zonas residenciais. Recordo, a este título, que o financiamento da UE deve ser equilibrado com o investimento nacional e com a iniciativa dos proprietários, em respeito ao princípio da subsidiariedade.

A este propósito, faço notar que as necessidades de aquecimento ou refrigeração são muito variáveis na UE (as exigências de calor no norte contrastam com as exigências de arrefecimento no sul, por exemplo), pelo que as especificidades devem ser consideradas em qualquer regulamentação.

Defendo que qualquer reforma global neste setor promova a iniciativa científica e a investigação em tecnologias energéticas e que, por essa via, a transição energética seja um processo sustentado e assente em análises custo-benefício credíveis e transparentes.

Pelo exposto, apoio o relatório.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione poiché, nella definizione della strategia dell'Unione europea per il riscaldamento e il raffreddamento, pone l'accento sulla riqualificazione energetica degli edifici, sottolineando come sia necessario un intervento da parte del Fondo europeo per l'efficienza energetica affinché i cittadini siano aiutati nel sopportare i costi dell'ammodernamento degli stessi attraverso una copertura di almeno il 25 % del costo totale. Per quanto riguarda il raffreddamento al centro della strategia dovrebbe esserci la ricerca di nuove soluzioni architettoniche, l'isolamento termico e le pompe di calore a inversione, con un attenzione particolare su queste ultime, date le enormi potenzialità in tema sia di riscaldamento che di raffreddamento.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe, debido a que el desarrollo de una estrategia europea en este ámbito, supone una herramienta necesaria para la reducción de emisiones. El sector del calentamiento y enfriamiento, supone uno de los principales emisores de carbono en la Unión, plantear una estrategia a nivel europeo es un primer paso para corregir los problemas que supone la asignación de recursos a través de mecanismos de mercado. El informe incluye un apoyo explícito al uso de las energías renovables en este sector, así como, la mejora de la eficiencia energética de los edificios, mecanismos de calefacción colectiva, etc. El texto supone un apoyo al desarrollo de tecnologías más sostenibles y a la reducción de emisiones en este sector. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La risoluzione del Parlamento europeo presenta una strategia europea per il miglioramento degli impianti di riscaldamento e raffreddamento nei locali a livello europeo che contribuisca al raggiungimento degli obiettivi generali di decarbonizzazione e di efficienza energetica. Il Parlamento europeo, nella risoluzione, constata che la percentuale di energia primaria da combustibili fossili impiegata per il riscaldamento e il raffreddamento dei locali rimane molto elevata e rappresenta un ostacolo importante alla decarbonizzazione, accelerando di conseguenza il cambiamento climatico e provocando danni significativi all'ambiente. Ho votato in favore della risoluzione perché con il mio voto intendo sostenere questo processo di ammodernamento degli impianti di riscaldamento e raffreddamento. Tale processo deve coinvolgere i diversi attori a tutti i livelli: la Commissione deve impiegare un importante meccanismo finanziario per esempio per l'accelerazione del tasso di ristrutturazione edilizia e a stanziare una quota più elevata di fondi UE a favore di programmi di efficienza energetica e dell'uso di energia da fonti rinnovabili; gli Stati membri devono prendere provvedimenti mirati a offrire forti incentivi per il miglioramento dell'efficienza energetica; le autorità nazionali e locali devono assicurare che i consumatori siano pienamente consapevoli e possano usufruire dei benefici tecnici ed economici dei nuovi impianti di riscaldamento e raffreddamento.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Încălzirea treptată a climei determină răciri ce generează pierderi de energie în imobilele ce nu beneficiază de izolare termică adecvată. Am votat pentru rezervarea a cel puțin 25% din Fondul european pentru eficiență energetică și energii regenerabile în scopul renovării termice a proprietăților. Acest obiectiv trebuie să reprezinte o prioritate, cu atât mai mult cu cât problema încălzirii și a răcirii este din ce în ce mai mare în statele membre.

Folosirea soluțiilor arhitecturale adecvate, a izolațiilor și a pompelor de căldură reversibile, înlocuirea centralelor termice depășite cu unele de înaltă eficiență reprezintă soluții concrete pentru a ușura disconfortul termic al cetățenilor statelor membre afectați de aceste schimbări climatice.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Głosowałem za przyjęciem strategii UE w zakresie ogrzewania i chłodzenia, stanowi ona pierwszy etap analizy problemów i wyzwań w tym sektorze oraz rozwiązywania ich za pomocą polityki energetycznej UE. W celu osiągnięcia celów UE w zakresie klimatu i energii sektor, którego dotyczy strategia, musi przejść radyklaną zmianę, aby ograniczyć zużycie energii i zmniejszyć wykorzystanie paliw kopalnych. Jak potwierdzają badania, aż 84% energii wykorzystywanej do ogrzewania i chłodzenia pochodzi nadal z paliw kopalnych, a tylko 16% ze źródeł odnawialnych. Moim zdaniem ważne jest, żeby wprowadzić zmiany w tym sektorze. Do głównych celów strategii należy połączenie systemów elektroenergetycznych z systemami grzewczymi i chłodniczymi, jak i odzyskiwanie energii odpadowej z przemysłu.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Heating and cooling is the largest energy sector especially in homes around the European Union. High efficiency cogeneration heat plants and reversible heat-cooling pumps are needed for Northern and Mediterranean countries. I am in favour of this report which highlights the need for architectural solutions, the modernisation of heating and cooling appliance as well the greater use of district heating and renewables. We need to keep in mind that heating and cooling accounts for roughly half of the EU's final energy demand – therefore it is highly important to reduce this demand and make the sector more efficient. I voted in favour of this EU strategy which addresses energy poverty, reduces emissions and also brings down costs to consumers.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Având în vedere că politicile privind eficiența energetică ar trebui să se concentreze pe cele mai rentabile moduri de îmbunătățire a performanțelor clădirilor prin reducerea cererii de căldură și/sau conectarea clădirilor cu alternative cu eficiență ridicată, consider importantă realizarea de cercetări științifice extinse pentru dezvoltarea de soluții tehnologice inovatoare, menite să propună aparate casnice și sisteme de încălzire și de răcire care să fie eficiente din punct de vedere energetic și care să funcționeze pe bază de energie din surse regenerabile.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative porte sur la proposition de la Commission européenne de lancer sa première stratégie de lutte contre la consommation massive d'énergie, lutte considérée comme une des priorités de l'Union de l'énergie. Le rapport du Parlement souligne l'importance des réseaux d'énergie urbains et invite les États membres à réduire l'utilisation de chaudières. Il souligne également l'importance des investissements dans la recherche et l'innovation dans ce domaine. Considérant qu'une utilisation plus efficace de l'énergie doit aider, d'une part, l'Union à atteindre les objectifs de la COP21 et, d'autre part, les citoyens européens à réduire leur facture énergétique, j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – Although the strategy does not announce any new legislative proposals, we oppose the EU strategy on heating and cooling as it will be used to reinforce the disruptive EU energy and climate policy that has already brought irreparable damage to European industry and economy.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Ce rapport sur la stratégie de l'Union européenne en matière de chauffage et de refroidissement dresse les recommandations du Parlement européen afin de traiter de la consommation massive d'énergie dans ce secteur. Alors que près de 50 % de la demande finale d'énergie dans l'Union européenne est utilisée pour le chauffage et le refroidissement, il est indispensable d'établir des lignes directrices afin de renforcer l'efficacité énergétique, principalement dans les bâtiments. Il me semble particulièrement nécessaire d'encourager la recherche et l'innovation dans ce domaine afin de permettre non seulement une meilleure isolation générant des économies d'énergie, mais aussi de développer l'utilisation des énergies renouvelables.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió a teljes földgáz-felhasználásának 59%-át, míg a kőolajfogyasztásának a 12%-át fordítja fűtésre és hűtésre, miközben minden 1%-nyi energiahatékonyságbeli növekedés 2,6%-kal csökkenti a földgázimportot. Az Unió ezért kiemelt figyelmet fordít a fűtés és a hűtési stratégia megalkotásra, annak érdekében, hogy el tudja érni a kitűzött klímacélokat, és csökkenteni tudja a függőségét az energiahordozók beszállítóitól. Épületeink fűtése és hűtése emészti fel a teljes energiafelhasználásunk közel 35%-át, komoly felújítási munkálatokkal viszont ez jelentősen csökkenthető lenne. Továbbra is tetemes a nem megfelelő hatékonyságú, rendes szigetelés nélküli falak illetve egyrétegű ablakok állománya. Ennek érdekében jött létre az épületek energiateljesítményéről szóló irányelv, amely kötelező minimum energiahatékonysági kritériumokat szab meg az új beruházások terén.

Az ipar esetében szigeteléssel és hatékonyságnöveléssel alacsonyabb kibocsátáscsökkenés érhető el, mivel a megfelelő hőfokra fűtés sokszor szerves része a gyártási folyamatnak. Ennek ellenére cél a folyamatok minél teljesebb dekarbonizációja. Ugyanakkor az igazán magas hőfokon zajló folyamatok esetében nem lehet megoldás a megújulókból termelt árammal való fűtés, tehát fosszilis tüzelőanyagra van szükség. Az Unió kiemelt célja, hogy a létrejövő hőfelesleget – vagy éppen hidegfelesleget – minél jobban tudja hasznosítani. Végezetül, fontos kiemelni az LNG-import terminálok szerepét, mint távhűtési forrásokat.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Questa strategia è un'utile opportunità oltre che un importante impegno per lo sviluppo delle energie rinnovabili e la riduzione delle emissioni CO_2. Inoltre, per combattere il fenomeno del riscaldamento globale diventa sempre più importante investire nelle tecnologie e nella gestione di nuovi impianti e costruzioni termoisolanti, come ad esempio le pompe di calore a inversione e i pannelli prefabbricati. La relazione affronta seriamente le odierne sfide climatiche e tutela il benessere dei cittadini e il rispetto per l'ambiente, per questo ho deciso di sostenerla.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. - Európai Unió teljes földgáz-felhasználásának 59%-át, míg kőolajfogyasztásának 12%-át fordítja fűtésre és hűtésre, miközben minden 1%-nyi energiahatékonyságbeli növekedés 2,6%-kal csökkenti a földgázimportot. Az Unió ezért kiemelt figyelmet fordít a fűtési és a hűtési stratégia megalkotásra, annak érdekében, hogy el tudja érni a kitűzött klímacélokat és csökkenteni tudja a függőségét az energiahordozók beszállítóitól. Épületeink fűtése és hűtése emészti fel a teljes energiafelhasználásunk közel 35%-át, komoly felújítási munkálatokkal viszont ez jelentősen csökkenthető lenne. Továbbra is tetemes a nem megfelelő hatékonyságú, rendes szigetelés nélküli falak, illetve egyrétegű ablakok állománya. Ennek érdekében jött létre az épületek energiateljesítményéről szóló irányelv, amely kötelező energiahatékonysági minimumkritériumokat szab meg az új beruházások terén.

Az ipar esetében szigeteléssel és hatékonyságnöveléssel alacsonyabb kibocsátáscsökkenés érhető el, mivel a megfelelő hőfokra fűtés sokszor szerves része a gyártási folyamatnak. Ennek ellenére cél a folyamatok minél teljesebb dekarbonizációja. Ugyanakkor az igazán magas hőfokon zajló folyamatok esetében nem lehet megoldás a megújulókból termelt árammal való fűtés, tehát fosszilis tüzelőanyagra van szükség. Az Unió kiemelt célja, hogy a létrejövő hőfelesleget – vagy éppen hidegfelesleget – minél jobban tudja hasznosítani. Végezetül fontos kiemelni az LNG import terminálok szerepét, mint távhűtési forrásokat.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce texte prolonge le rapport Pieper voté en juin à Bruxelles sur l'efficacité énergétique. L'objectif affiché est d'atteindre 100 % d'énergies renouvelables. Malgré cet objectif en apparence louable, on redoute une forme d'austérité énergétique imposée aux peuples européens. En outre, ce texte fait courir un risque important à notre patrimoine, en préconisant une amélioration de leurs performances énergétiques au détriment de la préservation de leur valeur patrimoniale. J'ai donc voté contre la résolution.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих това досие, защото то представлява добър идеологически подход за преодоляване на проблемите с отоплението и охлаждането из целия ЕС. Имам някои опасения по отношение на възможността за получаване на някакви значителни краткосрочни ефекти, но в дългосрочен план това е единствената жизнеспособна стратегия, ако искаме да се подобри системата и да опазим околната среда, имайки предвид ресурсите. Очевидно е, че ще трябва да се направи оценка на ситуацията за всяка една държава членка, тъй като предизвикателствата се различават драстично.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η ενέργεια θα έπρεπε να είναι αποκλειστική ευθύνη του κάθε κράτους, η Ένωση θα πρέπει να περιοριστεί σε πιέσεις που αφορούν την προστασία του περιβάλλοντος.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió a teljes földgáz-felhasználásának 59%-át, míg a kőolajfogyasztásának a 12%-át fordítja fűtésre és hűtésre, miközben minden 1%-nyi energiahatékonyságbeli növekedés 2,6%-kal csökkenti a földgázimportot. Az Unió ezért kiemelt figyelmet fordít a fűtés és a hűtési stratégia megalkotásra, annak érdekében, hogy el tudja érni a kitűzött klímacélokat és csökkenteni tudja a függőségét az energiahordozók beszállítóitól. Épületeink fűtése és hűtése emészti fel a teljes energiafelhasználásunk közel 35%-át, komoly felújítási munkálatokkal viszont ez jelentősen csökkenthető lenne. Továbbra is tetemes a nem megfelelő hatékonyságú, rendes szigetelés nélküli falak illetve egyrétegű ablakok állománya. Ennek érdekében jött létre az épületek energiateljesítményéről szóló irányelv, amely kötelező minimum energiahatékonysági kritériumokat szab meg az új beruházások terén.

Az ipar esetében szigeteléssel és hatékonyságnöveléssel alacsonyabb kibocsátás-csökkenés érhető el, mivel a megfelelő hőfokra fűtés sokszor szerves része a gyártási folyamatnak. Ennek ellenére cél a folyamatok minél teljesebb dekarbonizációja. Ugyanakkor, az igazán magas hőfokon zajló folyamatok esetében nem lehet megoldás a megújulókból termelt árammal való fűtés, tehát fosszilis tüzelőanyagra van szükség. Az Unió kiemelt célja, hogy a létrejövő hőfelesleget – vagy éppen hidegfelesleget – minél jobban tudja hasznosítani. Végezetül, fontos kiemelni az LNG import terminálok szerepét, mint távhűtési forrásokat. Az Európai Néppárt iránymutatásának megfelelően szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – Il miglioramento dei sistemi di riscaldamento e di raffreddamento deve essere al centro degli sforzi che siamo chiamati a compiere per realizzare l'obiettivo dell'efficienza energetica all'interno dell'Unione. Un obiettivo che diviene ancor più importante in una congiuntura storica e in un contesto economico, climatico e ambientale che chiamano l'Europa a spezzare le catene della propria dipendenza energetica e a sfruttare, nel modo più ampio possibile, le fonti rinnovabili di energia, rispondendo in modo virtuoso ai bisogni crescenti delle famiglie e delle imprese. Osservo che la strategia proposta dal relatore recepisce molte delle istanze M5S. Ad esempio, mi ritrovo nella necessità, evidenziata nel testo giunto in plenaria, di decentralizzare la produzione energetica e di riqualificare il patrimonio edilizio nel suo insieme. Alcuni aspetti della strategia non mi trovano pienamente d'accordo. Penso, ad esempio, ad alcuni riferimenti alla geotermia, al teleriscaldamento e alla produzione di rifiuti (mediante incenerimento) quali metodi per contribuire alla produzione decentralizzata ed efficiente di energia. Credo infatti che la Strategia non consideri sufficientemente le criticità ambientali che possono essere innescate dal ricorso a tali tecnologie. Tuttavia, l'approccio che emerge dalla strategia sul riscaldamento e il raffreddamento è nel complesso apprezzabile. Per questa ragione il mio voto è favorevole.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A questão do aquecimento e da refrigeração não afeta da mesma forma todos os Estados-Membros. Por esse motivo, a ordem de prioridade das medidas tomadas varia de país para país. É na renovação térmica dos edifícios que poderão ser realizados os maiores ganhos em matéria de eficiência energética nos países que aderiram à União depois de 2004.

É indispensável aumentar substancialmente o financiamento de obras de renovação térmica de zonas residenciais inteiras, nomeadamente das construídas com recurso ao método de construção com grandes painéis. Pelo menos 25% da totalidade dos meios do Fundo Europeu para a Eficiência Energética e as Energias Renováveis devem ser dedicados a esse fim.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A questão do aquecimento e da refrigeração afeta de forma variada os Estados-Membros. Por esse motivo, a ordem de prioridade das medidas tomadas varia de país para país. É na renovação térmica dos edifícios que poderão ser alcançados grandes ganhos em matéria de eficiência energética, garantindo uma redução considerável das emissões de CO_2.

É indispensável aumentar substancialmente o financiamento de obras de renovação térmica de zonas residenciais inteiras, objetivo que a atual dotação dos programas pertinentes da UE não está em condições de cumprir.

O relatório avança com um conjunto de propostas e de considerações que, em termos genéricos, merecem o nosso acordo, seja relativamente à produção de calor, seja relativamente à refrigeração – uma preocupação crescente nos países mediterrânicos –, incluindo no que respeita às soluções arquitetónicas adequadas, como o isolamento térmico e as bombas de calor reversíveis, que retiram calor dos edifícios durante os períodos mais quentes e bombeiam calor para o interior quando é necessário aquecimento.

A radiação solar é uma importante fonte de calor, embora ainda esteja subaproveitada, podendo ser utilizada através de painéis solares para o aquecimento de água ou a geração de eletricidade.

Relativamente contido na vertente da apreciação política, o relatório desenvolve sobretudo considerações de pendor mais técnico. Votámos favoravelmente.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Voto a favore della presente relazione su una strategia dell'UE in materia di riscaldamento e raffreddamento. Questa ha il merito di affrontare adeguatamente il tema, ponendo come priorità il raggiungimento di obiettivi quali: una strategia per la decarbonizzazione, rinnovamento degli edifici esistenti per permettere un consumo minore di energia, integrazione dei sistemi dell'elettricità con quelli del raffreddamento e del riscaldamento.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Geografická diverzifikácia Európskej únie nastoľuje aj otázky vo vzťahu k problematike vykurovania a chladenia. V niektorých krajinách je táto téma významnejšia ako v iných, a preto tiež existujú rozdielne priority a prístupy, ktoré sa týkajú opatrení, ktoré bude nutné v budúcnosti prijať. Z pohľadu ochrany životného prostredia treba zdôrazniť, že v mnohých krajinách dodnes fungujú zastarané tepelné elektrárne, ktoré je potrebné čo najskôr nahradiť novými vysoko účinnými elektrárňami na kombinovanú výrobu elektrickej energie a tepla. Dôležité je tiež využívanie alternatívnych prírodných zdrojov, kde napríklad slnečné žiarenie sa stále dostatočne nevyužíva.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione in quanto è giusto tenere conto delle differenze climatiche all'interno dell'Europa e sostenere nuovi strumenti per l'efficienza energetica.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με μια στρατηγική της ΕΕ για τη θέρμανση και την ψύξη. Η ενέργεια θα έπρεπε να είναι κατά την άποψη μου αποκλειστική ευθύνη του κάθε κράτους και η Ένωση θα πρέπει να περιοριστεί σε πιέσεις που αφορούν την προστασία του περιβάλλοντος.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Heating and cooling accounts for roughly half of the EU's final energy demand – which is why it is so important to reduce demand and make the sector more efficient, in order to reduce dependence on energy imports, reduce emissions, and bring down costs to consumers, especially those at risk of energy poverty.

The report is in response to a Commission communication on the heating and cooling strategy. Heating and cooling refers to heating and cooling of buildings both in the residential and industrial sectors. It will feed into some of the upcoming legislative initiatives on energy efficiency, in particular the revised Energy Performance of Buildings Directive to be proposed in the autumn.

I voted in favour of the report.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió teljes földgázfelhasználásának 59%-át, míg kőolajfogyasztásának 12%-át fordítja fűtésre és hűtésre, miközben minden 1%-nyi energiahatékonyságbeli növekedés 2,6%-kal csökkenti a földgázimportot. Az Unió ezért kiemelt figyelmet fordít a fűtési és hűtési stratégia megalkotásra, annak érdekében, hogy el tudja érni a kitűzött klímacélokat, és csökkenteni tudja a függőségét az energiahordozók beszállítóitól. Épületeink fűtése és hűtése emészti fel teljes energiafelhasználásunk közel 35%-át, komoly felújítási munkálatokkal viszont ez jelentősen csökkenthető lenne. Továbbra is tetemes a nem megfelelő hatékonyságú, rendes szigetelés nélküli falak illetve egyrétegű ablakok állománya.

Ennek érdekében jött létre az épületek energiateljesítményéről szóló irányelv, amely kötelező energiahatékonysági minimumkritériumokat szab meg az új beruházások terén. Az ipar esetében szigeteléssel és hatékonyságnöveléssel alacsonyabb kibocsátáscsökkenés érhető el, mivel a megfelelő hőfokra fűtés sokszor szerves része a gyártási folyamatnak. Ennek ellenére cél a folyamatok minél teljesebb dekarbonizációja. Ugyanakkor az igazán magas hőfokon zajló folyamatok esetében nem lehet megoldás a megújulókból termelt árammal való fűtés, tehát fosszilis tüzelőanyagra van szükség. Az Unió kiemelt célja, hogy a létrejövő hőfelesleget – vagy éppen hidegfelesleget – minél jobban tudja hasznosítani. Végezetül fontos kiemelni az LNG-import-terminálok szerepét mint távhűtési forrásokat.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió teljes földgázfelhasználásának 59%-át, míg kőolajfogyasztásának 12%-át fordítja fűtésre és hűtésre, miközben minden 1%-nyi energiahatékonyságbeli növekedés 2,6%-kal csökkenti a földgázimportot. Az Unió ezért kiemelt figyelmet fordít a fűtési és a hűtési stratégia megalkotásra annak érdekében, hogy el tudja érni a kitűzött klímacélokat, és csökkenteni tudja függőségét az energiahordozók beszállítóitól. Épületeink fűtése és hűtése emészti fel teljes energiafelhasználásunk közel 35%-át, komoly felújítási munkálatokkal viszont ez jelentősen csökkenthető lenne. Továbbra is tetemes a nem megfelelő hatékonyságú, rendes szigetelés nélküli falak, illetve egyrétegű ablakok állománya.

Ennek érdekében jött létre az épületek energiateljesítményéről szóló irányelv, amely kötelező energiahatékonysági minimumkritériumokat szab meg az új beruházások terén. Az ipar esetében szigeteléssel és hatékonyságnöveléssel alacsonyabb kibocsátáscsökkenés érhető el, mivel a megfelelő hőfokra fűtés sokszor szerves része a gyártási folyamatnak. Ennek ellenére cél a folyamatok minél teljesebb dekarbonizációja. Ugyanakkor az igazán magas hőfokon zajló folyamatok esetében nem lehet megoldás a megújulókból termelt árammal való fűtés, tehát fosszilis tüzelőanyagra van szükség. Az Unió kiemelt célja, hogy a létrejövő hőfelesleget – vagy éppen hidegfelesleget – minél jobban tudja hasznosítani. Végezetül fontos kiemelni az LNG-import-terminálok szerepét mint távhűtési forrásokat.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe plenamente concienciado de su importancia, ya que la cuestión de la calefacción y la refrigeración es relevante en muchos Estados miembros. No obstante, existen diferencias en el orden de prioridades que tienen estos países en cuanto a la acción que debe adoptarse. Debemos trabajar para garantizar de la manera más simple que la energía se utiliza de una manera eficiente y conseguir reducciones significativas de las emisiones de CO_2. Por lo tanto, es necesario incrementar la financiación para las obras de renovación térmica, porque, en general, los propietarios de los edificios afectados no pueden afrontar los costes que comportan, y la ayuda estatal resulta insuficiente.

Elisabetta Gardini (PPE), *in writing*. – I voted in support of this very important report by Mr Gierek. If we wish to move to a more energy efficient and effective society, we must not forget that heating and cooling stands for close to 50% of the EU's final energy demand. Given this, action from our part in increasing the efficiency and sustainability of heating and cooling in the EU will play a major role in the overall effectiveness of the energy market. Due to the importance of this topic, I think that a modern solution to the financing of research and new methods is needed; this should include a magnitude of actors including EU research instruments such as Horizon 2020 as well as private investors.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – L'Europa ha assunto impegni molto significativi lo scorso anno nella conferenza COP21 sul clima. Per ottenere le riduzioni di consumo e di emissioni, è necessaria una evoluzione profonda dei nostri sistemi energetici, a partire dalle abitudini quotidiane.

Un peso fondamentale nella distribuzione delle emissioni è rappresentato dal riscaldamento e raffreddamento negli edifici, che da soli costituiscono anche un impegno finanziario importante per molte famiglie in Europa. Per raggiungere l'obiettivo fissato a Parigi di una riduzione del consumo energetico del 40 percento sono necessarie azioni straordinarie: chiediamo alla Commissione, nel quadro della annunciata proposta di riforma sull'efficienza energetica degli edifici, di introdurre misure ambiziose e impegnative.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione del Parlamento europeo circa una strategia dell'Unione europea in materia di riscaldamento e raffreddamento perché ritengo che oggi una delle sfide principali per il nostro pianeta passi per la salvaguardia dell'ambiente, sulla riduzione del consumo energetico e sulla sostenibilità delle fonti di approvvigionamento energetico. Se consideriamo che circa il 50 % della domanda finale di energia nell'UE riguarda il riscaldamento e il raffreddamento, è fondamentale che questi settori siano compatibili con gli obiettivi climatici ed energetici dell'UE, che prevedono l'uso totale delle energie rinnovabili entro il 2050. Ritengo che tali obiettivi rappresentino un'ottima base di partenza per iniziare a discutere di una strategia globale seria ed efficace che porti risultati concreti e offra importanti opportunità di lavoro per le imprese e i consumatori in UE. Accolgo con

favore infatti la comunicazione della Commissione sulla strategia UE in materia di riscaldamento e raffreddamento che pone in essere una linea olistica volta a dettare le priorità e gli obiettivi. Sostengo, infine, la necessità di sviluppare nuove tecnologie relative alle fonti energetiche rinnovabili, grazie anche a incentivi da parte degli Stati membri e agevolazioni per il ritiro di sistemi obsoleti di riscaldamento.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über die EU-Strategie für die Wärme- und Kälteerzeugung gestimmt. Europa kann Produzenten und Einzelhandel in Europa dazu bewegen, mehr für energiesparsame Produkte zu tun – und hilft damit den Bürgern und Familien europaweit, bares Geld zu sparen. Das unterstütze ich.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Eine erneuerte EU-Strategie im Bereich der Wärme- und Kälteerzeugung begrüße ich.

Zurzeit wird die Hälfte der in der EU erzeugten Energie für Wärme- oder Kälteerzeugung genutzt. 18 % dieser Energie wird nur aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen, 75 % wird durch fossile Energiequellen erzeugt. Ein Wandel ist daher überfällig. Die vorgeschlagene Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden und die bessere Vernetzung von Elektrizitätssystemen und Fernwärmenetzen stellen einen guten Ansatz dar. Vor allem die Förderung der besseren Nutzung von Abwärme aus der Industrie und Landwirtschaft eröffnet im ländlichen Raum neue Chancen.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report. Heating and cooling accounts for roughly half of the EU's final energy demand – the report seeks solutions to reduce demand and make the sector more efficient in order to decrease dependence on energy imports, reduce emissions, and bring down costs to consumers, especially those at risk of energy poverty.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – 40 % de la consommation d'énergie de l'UE est utilisée pour le chauffage et le refroidissement des bâtiments.

Bien que je sois persuadé qu'il s'agit là d'une source importante d'économies d'énergie et sans doute d'économies tout court à long terme, j'ai voté contre ce rapport. Parce que l'enfer est pavé de bonnes intentions, mais aussi de beaucoup des mesures proposées.

Les «chaudières intelligentes», par exemple, font penser aux polémiques suscitées par les compteurs du même nom, notamment autour de problèmes de santé, de protection de la vie privée, de coupures intempestives de courant et sans même l'assurance de vraies économies. L'Allemagne a décidé de s'en passer. C'est un signe. Ou encore le renouvellement préconisé des matériels qui aura forcément un coût important pour les ménages.

Et il y a aussi l'encouragement, voire l'obligation de l'isolation extérieure des bâtiments anciens. Cette obligation existe déjà en droit français, via un décret d'application très controversé de la loi sur la transition énergétique. Elle risque d'entraîner la disparition de nombre de façades pittoresques qui font le charme et la beauté de bien des villes et villages de France. Sans garantie d'efficacité. Ce juteux marché pourrait rapporter 800 millions d'euros aux professionnels. C'est payer cher la laideur.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Los sectores de la calefacción y la refrigeración consumen la mitad de la energía (sobre todo de fuente fósiles) en la Unión y, una parte importante de esa energía se pierde por falta de eficiencia. Existe entonces un margen importante de mejora del sector y, por consiguiente, de disminución de la consumición de la energía y de emisión de gases de efecto invernadero.

El informe va en la buena dirección porque propone aumentar la cuota de energía renovable en este ámbito, invertir para mejorar la eficiencia energética mediante la renovación de los edificios, acelerar la modernización de los sistemas de calefacción, descentralizar los sistemas de producción energético, etc.

Si este conjunto de medidas va en la buena dirección, es muy insuficiente para bajar drásticamente las emisiones de gases de efecto invernadero, cambiar en profundidad el sistema energético y cumplir con los objetivos climáticos. Por ello, me he abstenido.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Głosowałam za sprawozdaniem w sprawie strategii UE w zakresie ogrzewania i chłodzenia.

Problematyka grzania i chłodzenia w różnym stopniu dotyczy poszczególnych krajów członkowskich. Zróżnicowane są więc hierarchie istotności poszczególnych działań w tych krajach. Największe rezerwy efektywnościowe w przypadku nowych krajów UE, które przystąpiły do UE po 2004 r., w tym również Polski, tkwią w termomodernizacji budynków, jako najprostszym sposobie efektywnego wykorzystania energii oraz poważnego ograniczenia emisji CO_2. Znacznego zwiększenia wymagają środki finansowe na prace termomodernizacyjne całych osiedli, zwłaszcza tych, które zostały wzniesione w technologii wielkiej płyty. Na ten cel z Europejskiego Funduszu Efektywności Energetycznej i Energii Odnawialnej powinno być przeznaczonych co najmniej 25% całości środków. Niezbędna jest również wymiana przestarzałych ciepłowni osiedlowych na wysokosprawne elektrociepłownie. Odmiennym problemem, który aktualnie narasta w europejskich państwach śródziemnomorskich, jest chłodzenie, wiąże się to z procesem stopniowego ocieplania klimatu.

Dużą rolę w rozwiązaniu obu problemów mogą odebrać rozwiązania architektoniczne jak termoizolacja oraz rewersyjne pompy ciepła, ponadto konieczne są intensywne prace badawcze nad nowymi innowacyjnymi rozwiązaniami w tym zakresie.

W mojej ocenie przyjęcie strategii UE w zakresie ogrzewania i chłodzenia jest niezbędne.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Am votat acest raport deoarece problema încălzirii și a răcirii este tot mai des adusă în discuție de către statele membre ale UE. Susțin găsirea și folosirea unor soluții arhitecturale inovative și adecvate, precum izolarea termică a clădirilor. Răcirea este o problemă din ce în ce mai îngrijorătoare legată în mod direct de încălzirea treptată a climei. Astfel, consider că, în temeiul Directivei privind eficiența energetică, statele membre ar trebui să elaboreze planuri statale de renovare a clădirilor în vederea transformării acestora în clădiri eficiente din punct de vedere energetic, nu în ultimul rând prin oferirea de stimulente pentru renovarea clădirilor deținute de persoane fizice, și că aceste planuri ar trebui să cuprindă și măsuri specifice pentru cele mai vulnerabile grupuri, pentru a contribui la combaterea sărăciei energetice.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Heating and cooling accounts for roughly half of the EU's final energy demand – I voted in favour of this report which is looking for solutions to reduce demand and make the sector more efficient, in order to decrease dependence on energy imports, reduce emissions, and bring down costs to consumers, especially those at risk of energy poverty.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport d'initiative. Nous avons besoin d'une vraie stratégie pour le secteur du chauffage et du refroidissement. Ce secteur représente près de la moitié de la consommation d'énergie en Europe! Il est donc indispensable de prendre des mesures ciblées pour ce secteur et d'encourager vivement les améliorations de l'efficacité énergétique grâce à un meilleur système de chauffage et de refroidissement. Dans le cadre de la directive sur l'efficacité énergétique, les États membres doivent notamment mettre en œuvre sans tarder des plans nationaux de rénovation des bâtiments. Ne perdons pas de temps!

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report. There needs to be a substantial increase in the funding for work on the thermal renovation of entire housing estates, especially those built using large-panel system building methods. At least 25% of the European Energy Efficiency and Renewable Energy Fund needs to be set aside for this purpose. This objective must be given high priority, particularly since on the whole the owners of the buildings concerned are unable to meet the costs involved and support from the state is insufficient.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Στην έκθεση υπάρχουν πολλές θετικές προτάσεις όσον αφορά την προώθηση των ανανεώσιμων πηγών ενέργειας, την ανάγκη για καταπολέμηση της ενεργειακής φτώχειας και στήριξη των ευάλωτων ομάδων, την ενίσχυση της χρηματοδότησης για ανακαινίσεις οικισμών καθώς και για τα νοικοκυριά που βρίσκονται εκτός περιοχών με κεντρικά συστήματα θέρμανσης και ψύξης.

Ωστόσο υπάρχει μια προβληματική εκτίμηση που αναφέρεται πως το κλειδί για την καταπολέμηση της ενεργειακής φτώχειας είναι η αύξηση της ενεργειακής απόδοσης για μείωση των συνολικών εξόδων. Η εν λόγω πρόταση επιδιώκει να αποπροσανατολίσει καθώς αποσιωπά την κύρια αιτία της ενεργειακής φτώχειας που είναι οι νεοφιλελεύθερες πολιτικές της σκληρής λιτότητας.

Παρά το γεγονός αυτό υπερψηφίσαμε την έκθεση καταθέτοντας την διαφωνία μας στο πιο πάνω σημείο.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported this own initiative report on an EU Strategy on Heating and Cooling and was very happy that it got the majority support of the Parliament. The report sets out key proposals for the Commission to reduce the use of energy in buildings. For example, the report highlights the need for greater improvement in efficiency standards and renovation of old homes. It is striking that private and public buildings account for 40% of final energy use and 36% of CO_2 emissions in the EU, with a huge 85% of the energy consumption of buildings used for space and water heating alone. I support the rapporteur in their call for further energy renovations which will lead not only to job creation and investment but it will also help to cut CO_2 emissions in the EU. We must do much more to renovate existing housing stocks, which often have very low energy efficiency standards. If we are to achieve this, it is important the European Commission presents an ambitious review of energy efficiency legislation in the coming weeks and takes into consideration the proposals made in this report.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour as I have no objections.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió teljes földgázfelhasználásának 59%-át, míg kőolajfogyasztásának 12%-át fordítja fűtésre és hűtésre, miközben minden 1%-nyi energiahatékonyságbeli növekedés 2,6%-kal csökkenti a földgázimportot. Az Unió ezért kiemelt figyelmet fordít a fűtési és a hűtési stratégia megalkotásra annak érdekében, hogy el tudja érni a kitűzött klímacélokat, és csökkenteni tudja függőségét az energiahordozók beszállítóitól. Épületeink fűtése és hűtése emészti fel teljes energiafelhasználásunk közel 35%-át, komoly felújítási munkálatokkal viszont ez jelentősen csökkenthető lenne. Továbbra is tetemes a nem megfelelő hatékonyságú, rendes szigetelés nélküli falak, illetve egyrétegű ablakok állománya.

Ennek érdekében jött létre az épületek energiateljesítményéről szóló irányelv, amely kötelező energiahatékonysági minimumkritériumokat szab meg az új beruházások terén. Az ipar esetében szigeteléssel és hatékonyságnöveléssel alacsonyabb kibocsátáscsökkenés érhető el, mivel a megfelelő hőfokra fűtés sokszor szerves része a gyártási folyamatnak. Ennek ellenére cél a folyamatok minél teljesebb dekarbonizációja. Ugyanakkor az igazán magas hőfokon zajló folyamatok esetében nem lehet megoldás a megújulókból termelt árammal való fűtés, tehát fosszilis tüzelőanyagra van szükség. Az Unió kiemelt célja, hogy a létrejövő hőfelesleget – vagy éppen hidegfelesleget – minél jobban tudja hasznosítani. Végezetül fontos kiemelni az LNG-import-terminálok szerepét mint távhűtési forrásokat.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport referitor la o strategie a UE pentru încălzire și răcire a clădirilor în sectoarele rezidențiale și industriale. Acest demers va îmbunătăți performanța și eficiența energetică revizuită a clădirilor care urmează să fie propuse în toamnă.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o strategiji EU-a za grijanje i hlađenje jer smatram da je u državama članicama potreban istinski napredak u transformaciji grijanja i hlađenja koji su dijelovi šireg energetskog sustava.

S obzirom da se gotovo 50 % krajnje potražnje za energijom u EU-u koristi za grijanje i hlađenje, a ti se sektori veoma razlikuju među državama članicama zbog različitih struktura izvora energije, klimatskih uvjeta, stupnjeva učinkovitosti zgrada i intenziteta industrije, treba osigurati fleksibilnost u odabiru odgovarajućih strateških rješenja kako bi se spomenute sustave učinilo učinkovitijima, održivijima i rentabilnijima.

Strategija EU-a za grijanje i hlađenje prioritizira područja djelovanja, te ima cilj postizanja učinkovitog sektora koji povećava energetsku sigurnost i olakšava isplativo postizanje klimatskih i energetskih ciljeva EU-a.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce texte prolonge le rapport Pieper voté en juin à Bruxelles sur l'efficacité énergétique. Encourageant le développement des énergies renouvelables, avec un objectif de 100 % pour le chauffage et le refroidissement d'ici 2050, c'est en effet avant tout l'efficacité énergétique qu'il préconise, c'est-à-dire les économies d'énergie considérées comme «premier combustible» (considérant A). Pour ce faire, en plus d'encourager la géothermie, la production de biométhane (explicitement aux paragraphes 52 et 100) et plus généralement «l'utilisation prioritaire de matières premières locales» (93), mais aussi d'insister sur la récupération de la chaleur industrielle, le rapport recommande surtout des «solutions architecturales appropriées».

Ces recommandations sont mêlées à l'aspect très démagogique de «lutte contre la pauvreté énergétique».

Des règles trop contraignantes feront peser un risque important sur notre patrimoine (au sens large), d'autant plus grand que la tendance actuelle en France est de donner toujours plus de pouvoir décisionnaire aux édiles locaux, qui n'ont généralement pas les compétences requises et qui peuvent difficilement résister aux diverses pressions (en particulier du BTP), au détriment des architectes des bâtiments de France. J'ai voté contre ce texte.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Hlasoval jsem pro tuto novou strategii, protože chlazení a vytápění představuje největší část poptávky po energetických službách v EU a zvýšení efektivity v jejich využívání je zásadní k tomu, abychom snížili náklady s nimi spojené a zároveň docílili snížení emisí CO_2 a zlepšili zabezpečení dodávky energie. Jedním z klíčových kroků této strategie je finančně podpořit vlastníky budov k tomu, aby provedli širokosáhlou tepelnou renovaci budov. Tato strategie je tedy nejenom příznivá pro tyto vlastníky, ale i jejich nájemníky a v neposlední řadě také životní prostředí.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport Gierek pour une stratégie de l'UE en matière de chauffage et de refroidissement. Le texte appelle à une stratégie plus ciblée en encourageant les initiatives locales en matière énergétique. Mon vote a été encouragé par l'approche locale du texte, mettant l'accent sur l'efficacité énergétique et soulignant l'importance de la recherche et de l'innovation sur le territoire européen.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL), *in writing*. – Heating and cooling consume half of the EU's energy and much of it is wasted. Although the heating and cooling sector is moving to clean low carbon energy, 75% of the fuel it uses still comes from fossil fuels, while overall renewable energy accounts for 18% of primary energy consumption in the heating and cooling sector and there is a significant potential to increase its share.

In the new strategy, the Commission, and this report, aim to address five key areas: making it easier to renovate buildings; integrating electricity systems with heating and cooling systems; increasing the share of renewables used in heating and cooling; recovering wasted energy from industry; and getting consumers and industry involved in the process.

EH Bildu does agree on those points, but regrets the role and according to the report potential given to Waste to Energy. In EH Bildu we oppose the incineration of recyclable materials as it poses a risk to the environment and to human health, as dioxins, the highly toxic chemicals produced by waste incineration and industrial processes have shown to be lingering in the bodies of people all over the planet, and have been identified as the cause of many cancers.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport GIEREK sur une stratégie de l'Union européenne en matière de chauffage et de refroidissement, qui appelle à une stratégie plus ciblée concernant ce secteur qui représente 50 % de la consommation énergétique de l'Union, les énergies renouvelables ne représentant que 18 % de cette consommation, contre 75 % pour les combustibles fossiles.

Il s'agit là d'une des priorités de l'Union de l'énergie.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση του συναδέλφου Gierek. Το ζήτημα της θέρμανσης και ψύξης είναι πιο επίκαιρο σε ορισμένα κράτη μέλη από ό,τι σε άλλα. Αυτό σημαίνει, επίσης, ότι υπάρχουν διαφορές όσον αφορά τη σειρά προτεραιότητας που υπάρχει από την άποψη της δράσης που πρέπει να αναληφθεί στις χώρες αυτές. Έμφαση πρέπει επίσης να δοθεί στις μεγαλύτερες ευκαιρίες για αύξηση της απόδοσης που πρέπει να υπάρξουν στις νέες χώρες που προσχώρησαν στην ΕΕ μετά το 2004 στη θερμική ανακαίνιση των κτιρίων. Είναι ο απλούστερος τρόπος για να εξασφαλιστεί ότι η ενέργεια χρησιμοποιείται πιο αποτελεσματικά και για την επίτευξη σημαντικής μείωσης των εκπομπών CO_2. Επίσης, η ηλιακή ακτινοβολία αποτελεί μια σημαντική πηγή θερμότητας που δεν έχει ακόμη αξιοποιηθεί επαρκώς. Μπορεί να αξιοποιηθεί με τη χρήση πάνελ που θερμαίνουν νερό ή παράγουν ηλεκτρική ενέργεια και η χώρα μου η Ελλάδα έχει συγκριτικά πολύ περισσότερες δυνατότητες ανάπτυξης της ηλιακής ενέργειας.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht beinhaltet einige sehr innovative Ideen, um den Energieaufwand für Wärme- und Kälteerzeugung nachhaltiger zu gestalten. Doch schießt er in manchen Punkten über das Ziel hinaus, was die Gefahr birgt, dass in die Heiz- und Kühlungsgewohnheiten der Bürger hineinreguliert werden könnte. Dazu gehören erzwungene Maßnahmen bei Gebäuden in ländlichen Gebieten, die Abschaffung von gewissen Kategorien von Öfen oder die Forderung nach flächendeckender Fernwärme. Ich enthalte mich daher zu dem vorliegenden Bericht.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report which is looking for solutions to reduce demand and make the sector more efficient, in order to decrease dependence on energy imports, reduce emissions, and bring down costs to consumers, especially those at risk of energy poverty.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Dne 13. září 2016 jsme na plenárním zasedání Evropského parlamentu ve Štrasburku hlasovali o zprávě o strategii EU pro vytápění a chlazení. K dílčí zprávě výboru ENVI k tomuto dokumentu, za který byl však primárně odpovědný výbor ITRE, jsem byla stínovou zpravodajkou. Proto jsem další osud toho dokumentu sledovala velmi pozorně. Problematika vytápění je zejména v regionu, ze kterého pocházím, klíčovým faktorem pro zajištění čistoty ovzduší. Vytápění a chlazení spotřebuje polovinu celkové vygenerované energie EU a hodně z toho je zbytečně vyplýtváno. Z nové strategie představené Komisí jsou pro mě osobně nejdůležitější a klíčové tyto oblasti, na které se EU hodlá v dalších letech soustředit: usnadnění renovace a rekonstrukce budov; integrace elektrických systémů se systémy vytápění a chlazení do jednoho funkčního celku a intenzivnější využívání odpadního tepla a chladu, které produkuje průmysl. Co však považuji za největší pozitivum této zprávy je to, že zpravodaj pochopil také lokální charakter a potenciál vytápění a chlazení a ve zprávě přímo uvedl, že více decentralizované a flexibilní energetické systémy se zdroji energie a tepla umístěnými blíže k sobě i místu spotřeby mohou usnadnit a zefektivnit celkovou výrobu energie. Z těchto důvodů jsem zprávu ráda podpořila.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió a teljes földgáz-felhasználásának 59%-át, míg a kőolajfogyasztásának a 12%-át fordítja fűtésre és hűtésre, miközben minden 1%-nyi energiahatékonyságbeli növekedés 2,6%-kal csökkenti a földgázimportot. Az Unió ezért kiemelt figyelmet fordít a fűtés és a hűtési stratégia megalkotásra, annak érdekében, hogy el tudja érni a kitűzött klímacélokat és csökkenteni tudja a függőségét az energiahordozók beszállítóitól. Épületeink fűtése és hűtése emészti fel a teljes energiafelhasználásunk közel 35%-át, komoly felújítási munkálatokkal viszont ez jelentősen csökkenthető lenne. Továbbra is tetemes a nem megfelelő hatékonyságú, rendes szigetelés nélküli falak, illetve egyrétegű ablakok állománya. Ennek érdekében jött létre az épületek energiateljesítményéről szóló irányelv, amely kötelező minimum energiahatékonysági kritériumokat szab meg az új beruházások terén.

Az ipar esetében szigeteléssel és hatékonyságnöveléssel alacsonyabb kibocsátáscsökkenés érhető el, mivel a megfelelő hőfokra fűtés sokszor szerves része a gyártási folyamatnak. Ennek ellenére cél a folyamatok minél teljesebb dekarbonizációja. Ugyanakkor, az igazán magas hőfokon zajló folyamatok esetében nem lehet megoldás a megújulókból termelt árammal való fűtés, tehát fosszilis tüzelőanyagra van szükség. Az Unió kiemelt célja, hogy a létrejövő hőfelesleget – vagy éppen hidegfelesleget – minél jobban tudja hasznosítani. Végezetül, fontos kiemelni az LNG-import terminálok szerepét, mint távhűtési forrásokat.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Дадох гласа си в подкрепа на доклада относно „Стратегията на ЕС в сферата на отоплението и охлаждането“ и споделям тезата за необходимост от значително увеличение на финансирането за дейностите за топлинно саниране на цели жилищни комплекси, особено тези, построени с използването на едропанелни системи като строителни методи. Повече средства от Европейския фонд за енергийна ефективност и възобновяема енергия трябва да бъдат заделени за тази цел. Тя трябва да се превърне в приоритет, особено с оглед на факта, че като цяло собствениците на съответните сгради не могат да поемат свързаните с това разходи, а подпомагането от националната държава е недостатъчно.

Следва да се акцентира и върху факта, че най-големи възможности за повишаване на ефективността в новите държави, присъединили се към ЕС след 2004 г., предлага именно топлинното саниране на сградите. Това е добър начин да се гарантира, че енергията се използва по-ефикасно и да се постигне значително намаляване на емисиите на CO_2. Остарелите топлоелектрически централи в жилищните комплекси трябва да бъдат заменени с малки, високоефективни топло- и електроцентрали.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Tra le priorità dell'Unione europea, la Commissione ha progettato la prima strategia che mira a supportare l'uso corretto e moderato dell'energia e del combustibile fossile in un settore specifico, quale quello del riscaldamento e raffreddamento. Esso è il più diffuso tra gli utilizzi del consumo energetico, occupandone il 50 %, di cui solo il 18 % sono rinnovabili e 75 % carbone fossile. Tale strategia, quindi, vuole ottimizzare l'efficienza energetica, aumentare l'uso dell'energia rinnovabile, e incoraggiare il riutilizzo degli scarti energetici di riscaldamento e raffreddamento delle industrie. A livello pratico, si chiede agli Stati membri di eliminare tutti gli impianti obsoleti per il riscaldamento e promuovere una fase di smaltimento dei caminetti a legna inefficienti. Infine, si sottolinea l'importanza della ricerca e dell'innovazione tecnologica, e l'accesso ai fondi d'investimento destinati alla modernizzazione del settore di riscaldamento e raffreddamento.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car la France n'a pas besoin des recommandations de l'UE pour définir sa politique énergétique.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur la stratégie de l'UE en matière de chauffage et de refroidissement. Malgré certaines bonnes mesures proposées, la France n'a pas besoin des recommandations de l'Union européenne pour définir sa politique énergétique, en l'occurrence en matière de chauffage et de refroidissement. Les problématiques de l'Europe centrale, aux installations souvent vétustes et/ou très polluantes (en particulier en Pologne, pays du rapporteur), ne sont pas les mêmes que celles qui se posent chez nous, et l'interprétation du texte pourrait bien se faire contre nos intérêts (en imposant de lourdes contraintes aux particuliers… et en accélérant la défiguration ou la destruction pure et simple de notre patrimoine).

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Encourageant le développement des énergies renouvelables, c'est avant tout l'«efficacité énergétique» que le rapport préconise. D'ailleurs, ces appels incessants à l'efficacité énergétique peuvent être considérés comme une forme d'«austérité énergétique».

De plus, il est à craindre que ce texte serve certains intérêts du BTP, au détriment de notre patrimoine. Ce risque qui pèse sur notre patrimoine (au sens large) est d'autant plus grand que la tendance actuelle en France est de donner toujours plus de pouvoir décisionnaire aux exécutifs locaux, qui n'ont généralement pas les compétences requises et qui peuvent difficilement résister aux diverses pressions (en particulier du BTP), au détriment des architectes des bâtiments de France. De manière générale, malgré certaines bonnes mesures proposées, la France n'a pas besoin des recommandations de l'UE pour définir sa politique énergétique, en l'occurrence en matière de chauffage et de refroidissement. La problématique de l'Europe centrale n'est en outre pas la même qu'en Europe occidentale et l'interprétation du texte peut se faire au détriment de l'intérêt des Français. Pour l'ensemble de ces raisons, j'ai voté contre ce rapport.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque es necesaria una estrategia de la Unión en el ámbito de la calefacción y refrigeración. Es importante mejorar la eficiencia en este ámbito, con el fin de reducir la dependencia energética, las emisiones y los costes para los consumidores, en especial, aquellos en riesgo de pobreza energética.

Se trata de garantizar que la energía se utiliza de una manera más eficiente y conseguir reducciones significativas de las emisiones de CO_2. Si bien existen diferencias en el orden de prioridades que tienen los Estados miembros en cuanto a las acciones que deben adoptarse en este ámbito.

Entre las medidas a adoptar, cabe referir que es necesario un incremento sustancial de la financiación para las obras de renovación térmica de urbanizaciones completas. Por lo menos el 25 % del fondo europeo para eficiencia energética y la energía renovable debe reservarse para este fin. Asimismo, es necesario sustituir las centrales termoeléctricas obsoletas de las urbanizaciones, por eficientes centrales de cogeneración combinada de calor y electricidad.

Por otra parte, en los países mediterráneos, la refrigeración es un motivo de preocupación. Las soluciones arquitectónicas adecuadas, el aislamiento y las bombas de calor reversibles pueden tener un papel importante para resolver este problema.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe, debido a que el desarrollo de una estrategia europea en este ámbito, supone una herramienta necesaria para la reducción de emisiones. El sector del calentamiento y enfriamiento, supone uno de los principales emisores de carbono en la Unión, plantear una estrategia a nivel europeo es un primer paso para corregir los problemas que supone la asignación de recursos a través de mecanismos de mercado. El informe incluye un apoyo explícito al uso de las energías renovables en este sector, así como, la mejora de la eficiencia energética de los edificios, mecanismos de calefacción colectiva, etc. El texto supone un apoyo al desarrollo de tecnologías más sostenibles y a la reducción de emisiones en este sector. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – Este informe hace hincapié en lograr garantizar que la energía se utilice de una manera más eficiente y conseguir reducciones significativas de las emisiones de CO_2.

Para conseguirlo es necesario un incremento sustancial de la financiación para las obras de renovación térmica y sustituir lo antes posible las centrales termoeléctricas obsoletas de las urbanizaciones, por eficientes centrales de cogeneración combinada de calor y electricidad.

La refrigeración es un motivo de preocupación y está vinculada al calentamiento gradual del clima. Por ello las soluciones arquitectónicas, el aislamiento y las bombas de calor reversibles que propone este informe, pueden tener un papel importante para resolver este problema.

Teniendo esto presente, considero que es vital seguir investigando con el fin de desarrollar soluciones nuevas e innovadoras.

Por todo lo anteriormente descrito, doy mi voto positivo para la aprobación de este informe.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – Heating and cooling represents 50% of the EU's energy consumption. I support this report that aims to include more renewable energy sources and to encourage reuse of waste heat.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Zpráva obsahuje nesmyslná provolání, jako např., „že je nezbytný systémový přístup k chlazení, a to jak pokud jde o budovy, tak i přepravu chlazeného zboží." Chlazení ať si řeší ve svých chladicích autech i doma každý podle sebe. Zpráva také volá po zavádění nových dotací na podporu obnovitelných zdrojů, s čímž nesouhlasím.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – This strategy provides a framework for integrating efficient heating and cooling into EU energy policies. I support the opinion that we have to ensure that a share of energy efficiency funding has to be dedicated to improvements for energy-poor households, to work with stakeholders, to raise consumer awareness of household energy efficiency aspects and to stimulate the take-up of the recommendations of company energy audits.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Cieľom Únie v oblasti energetiky a klímy do roku 2050 je využitie 100 % energie z obnoviteľných zdrojov. Pritom až 50 % súčasnej konečnej spotreby energie v EÚ sa využíva pri vykurovaní a chladení, z toho 80 % sa využíva v budovách. Ciele Únie je tak možné dosiahnuť len ak znížime spotrebu energie a dôsledne budeme uplatňovať zásadu energetickej efektívnosti. Moje pracovné skúsenosti ma utvrdzujú v tom, že najlepším spôsobom znižovania energetickej náročnosti v tejto oblasti je zatepľovanie budov. Je preto nutné zvýšiť objem finančných prostriedkov na zatepľovanie obytných budov a komplexov, ale aj na využívanie inovačných spôsobov získavania potrebnej energie.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Αναφερόμενος στους λόγους που επεσήμανα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 12/9/2016 απείχα κατά την ψηφοφορία της έκθεσης σχετικά με μια στρατηγική της ΕΕ για τη θέρμανση και την ψύξη.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *în scris*. — Am votat pentru raportul referitor la o strategie a UE pentru încălzire și răcire, în care am reiterat importanța dezvoltării unor sisteme UE care să furnizeze stimulente pentru reabilitarea eficientă din punct de vedere energetic a clădirilor publice, locuințelor personale și locuințelor sociale, precum și pentru construirea de clădiri ecologice. În același raport am subliniat necesitatea utilizării fondurilor structurale pentru modernizarea sistemului de construcții, în special sub formă de credite preferențiale, ceea ce ar facilita o modernizare extrem de necesară a clădirilor existente, mai ales în părțile mai puțin dezvoltate ale UE.

Cantitatea de căldură produsă din procesele industriale și comerciale pierdută în aer sau în apă ar putea acoperi în întregime necesarul de căldură în clădirile rezidențiale europene. UE trebuie să găsească o soluție tehnologică și un cadru legal viabil care să recupereze această pierdere energetică.

Statele membre trebuie să grăbească implementarea Directivei privind eficiența energetică, stimularea eficientizării clădirilor din punct de vedere energetic fiind un punct esențial care ar contribui la ameliorarea gospodăriilor afectate de sărăcie energetică. Planurile statale de renovare a clădirilor trebuie să prevadă măsuri de ajutorare pentru persoanele care locuiesc în zonele cele mai defavorizate și pentru grupurile vulnerabile care se confruntă cu sărăcia energetică.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution.

Ce texte prolonge le rapport Pieper voté en juin à Bruxelles sur l'efficacité énergétique. L'objectif affiché est d'atteindre 100 % d'énergies renouvelables. Malgré cet objectif en apparence louable, on redoute une forme d'austérité énergétique imposée aux peuples européens. En outre, ce texte fait courir un risque important à notre patrimoine, en préconisant une amélioration de leurs performances énergétiques au détriment de la préservation de leur valeur patrimoniale.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Problematika vytápění a chlazení představuje velký problém. Celá řada budov v EU stejně jako v ČR je zastaralá a při vytápění z nich teplo uniká. Dochází tak k plýtvání energií, přitom se řada občanů EU potýká s energetickou chudobou. Ve zprávě vyzýváme Komisi, aby předložila strategii boje s plýtváním energií. Je nutné investovat do výzkumu a vývoje nových spořivějších technik vytápění tak, aby se zamezilo zbytečným ztrátám, což by ve výsledku mohlo vést i ke snížení cen pro koncového spotřebitele. Zprávu jsem při hlasování podpořil.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Considero muito importante que este relatório fale sobre a redução, ainda que gradual, mas significativa, do uso de combustíveis fósseis, pois acredito que devemos caminhar para uma utilização mais inteligente e sustentável dos recursos, nomeadamente o aumento da utilização das energias renováveis.

Todavia este relatório faz referência à produção de energia a partir de resíduos (incineradoras) com a qual eu não concordo, razão pela qual me abstive.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – La Estrategia de la Unión relativa a la calefacción y la refrigeración constituye un importante paso hacia un enfoque integral para la transformación de la calefacción y la refrigeración en la Unión y la identificación de los ámbitos de acción prioritarios.

Por esa razón, en este Parlamento hemos aprobado la propuesta que apoya plenamente la intención de la Comisión de reconocer y aprovechar las sinergias entre los sectores de la calefacción y la electricidad, con objeto de lograr un sector eficiente que aumente la seguridad energética y facilite la consecución de los objetivos de la Unión en materia de clima y energía de una forma rentable.

Además, pedimos a la Comisión que considere los sectores de la calefacción y la refrigeración parte de la configuración del mercado europeo de la energía.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Το ζήτημα της θέρμανσης και της ψύξης είναι πιο επίκαιρο σε ορισμένα κράτη μέλη σε σύγκριση με κάποια άλλα. Ιδιαίτερα στις χώρες της Μεσογείου η ψύξη είναι ένα θέμα που θα πρέπει να μας ανησυχήσει αφού είναι άμεσα συνδεδεμένο με την σταδιακή κλιματική αύξηση της θερμοκρασίας. Για την επίλυση του προβλήματος θα μπορούσαν να διαδραματίσουν σημαντικό ρόλο λύσεις όπως είναι η κατάλληλη αρχιτεκτονική των κτιρίων και η μόνωση αλλά και οι αντιστρέψιμες αντλίες θερμότητας. Υπερψηφίζω τη στρατηγική της ΕΕ για τη θέρμανση και τη ψύξη γιατί είναι αναπόσπαστο μέρος της στρατηγικής για την Ενεργειακή Ένωση και για την επίτευξη των στόχων της ΕΕ για την ενέργεια και το κλίμα ως το 2020, 2030 και 2050. Επίσης, θα πρέπει να τονιστεί ότι η ποσότητα θερμότητας η οποία παράγεται από τις διάφορες βιομηχανίες είναι αρκετή ώστε να μπορεί να καλύψει όλες τι ανάγκες θέρμανσης των οικιστικών κτιρίων. Επιπλέον, υπερθεματίζω την στρατηγική της ΕΕ για τη θέρμανση και τη ψύξη αφού παρέχει σημαντικές ευκαιρίες σε επιχειρήσεις αλλά και καταναλωτές της ΕΕ αν εφαρμοστεί σωστά. Οι καταναλωτές θα πρέπει να είναι στο επίκεντρο αυτής της στρατηγικής μέσω της χρήσης σύγχρονων τεχνολογιών και καινοτόμων λύσεων.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht hat positive Ansätze, da er die mangelnde Energieeffizienz richtig diagnostiziert. Dieses Problem kann jedoch nicht durch das Regulieren von Heizgewohnheiten gelöst werden. Somit enthalte ich mich meiner Stimme.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu EP parengtam pranešimui, nes jame siūloma gerokai padidinti finansavimą, skirtą darbui, susijusiam su ištisų gyvenviečių, ypatingai pastatytų naudojant stambiaplokštes konstrukcijas, šilumine renovacija. Šiam tikslui raginama skirti ne mažiau kaip 25 proc. Europos Energijos vartojimo efektyvumo ir atsinaujinančiosios energijos fondo lėšų. Šis tikslas turi būti laikomas svarbiu prioritetu, nes tokių pastatų savininkai negali padengti susijusių sąnaudų, o valstybės parama nėra pakankama.

Taip pat pritariu pranešimo nuostatoms, jog gyvenvietėse veikiančios pasenusios katilinės turi būti kuo greičiau pakeistos mažomis, bet labai efektyviomis kogeneracinėmis jėgainėmis.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le gaz demeure la principale source d'énergie pour le chauffage et le refroidissement des foyers, bâtiments publics et industriels. Si ce rapport a à cœur de promouvoir les énergies renouvelables, il souligne en premier lieu que 75 % du parc immobilier existant est inefficace sur le plan énergétique. Et ce sont les habitations rurales ou les foyers modestes qui sont en premier lieu touchés par des factures faramineuses. En conséquence, le rapport invite la Commission à planifier les aides aux consommateurs les plus vulnérables sur les fonds européens et à supprimer progressivement les subventions aux combustibles fossiles. Il souligne le potentiel de la réhabilitation de ces logements en termes de création d'emplois locaux non délocalisables dans le secteur de l'isolation et du bâtiment. Il pousse au développement et à la recherche (sans référence au secteur privé) de méthodes alternatives propres, comme la géothermie. Mais, malgré une analyse intéressante devant permettre logiquement une planification stratégique générale et efficace, il reste dans la logique d'un nouveau marché des produits et services d'efficacité énergétique, ou encore le soutien du système de quotas d'émission de l'Union. Encore et toujours la métaphysique du marché. Je suis donc contraint de m'abstenir.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Encourageant le développement des énergies renouvelables, c'est avant tout l'«efficacité énergétique» que le rapport préconise. D'ailleurs, ces appels incessants à l'efficacité énergétique peuvent être considérés comme une forme d'«austérité énergétique». De plus, il est à craindre que ce texte serve certains intérêts du BTP au détriment de notre patrimoine. Ce risque qui pèse sur notre patrimoine (au sens large) est d'autant plus grand que la tendance actuelle en France est de donner toujours plus de pouvoir décisionnaire aux exécutifs locaux, qui n'ont généralement pas les compétences requises et qui peuvent difficilement résister aux diverses pressions (en particulier du BTP), au détriment des architectes des bâtiments de France. De manière générale, malgré certaines bonnes mesures proposées, la France n'a pas besoin des recommandations de l'UE pour définir sa politique énergétique, en l'occurrence en matière de chauffage et de refroidissement. La problématique de l'Europe centrale n'est en outre pas la même qu'en Europe occidentale et l'interprétation du texte peut se faire au détriment de l'intérêt des Français. C'est pour l'ensemble de ces raisons que j'ai voté contre ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – São necessários esforços adicionais para reduzir as necessidades de aquecimento dos edifícios e para substituir as necessidades remanescentes de combustíveis fósseis importados, utilizados em caldeiras individuais, por opções de aquecimento e refrigeração sustentáveis, em consonância com os objetivos da União para 2050.

Os edifícios representam uma enorme percentagem do consumo final total de energia, e o aumento da eficiência energética dos edifícios e os programas de resposta através da procura podem desempenhar um papel central no equilíbrio entre a procura de energia e a cobertura das necessidades em períodos de pico da procura, permitindo uma redução da sobrecapacidade e uma diminuição dos custos de produção, de funcionamento e de transporte.

A estratégia para o aquecimento e a refrigeração deve dar prioridade a soluções sustentáveis e com uma boa relação custo-eficácia, que permitam aos Estados-Membros alcançar as metas da União em matéria de política climática e energética. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it is essential that cooling is given the same level of importance as heating, especially as our summers are becoming warmer each year. The report also consistently highlights the need to tackle CO_2 emissions and the importance of green technologies in the areas of heating and cooling, as they make up the major share of the Union's energy demand.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — De helft van de eindvraag naar energie in de EU wordt nog steeds gebruikt voor verwarming. 80 procent daarvan is bestemd voor het verwarmen of koelen van gebouwen. Tegelijk stoten onze gebouwen 13 procent van alle CO_2-emissies in Europa uit. Dit komt omdat het aandeel uit fossiele brandstoffen voor koeling en verwarming van gebouwen nog steeds 75 procent bedraagt. Dit zijn verontrustende cijfers. Zulke slechte cijfers hebben een voordeel. Als we nu handelen, kunnen we op zeer korte termijn enorme resultaten boeken inzake de beperking van CO_2-uitstoot. In de eerste plaats door dringend werk te maken van de renovatie en isolatie van oude gebouwen. Isoleren blijft de snelste weg naar energie-efficiëntie en – mooi meegenomen – renovatie- en isolatieprojecten geven een boost aan onze economie en tewerkstelling. Daarnaast moet het aandeel aan hernieuwbare en teruggewonnen energie worden vergroot. In de industrie gaat nog te veel warmte verloren in de atmosfeer. Die energie kan opgevangen en voor de verwarming van woningen ingezet worden. Daarom steun ik de voorstellen om plaatselijke besturen en particulieren via de bestaande structuur- en investeringsfondsen te ondersteunen bij de intelligente modernisering van

de energiesystemen van openbare gebouwen, woonwijken en privéwoningen.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* — Až 50 % konečnej spotreby energie v rámci EÚ ide na vykurovanie a chladenie, pričom až 75 % použitých palív v EÚ má fosílny pôvod a iba 18 % dodávok primárnej energie na vykurovanie a chladenie pochádza z obnoviteľných zdrojov. Riešenie rastúceho využívania energie, najmä však fosílnych palív, je aj jedným z cieľov energetickej únie EÚ. Stratégia Európskej únie týkajúca sa vykurovania a chladenia má za cieľ zvýšiť energetickú efektívnosť budov modernizáciou ich zastaraných vykurovacích systémov, renováciou a zabezpečením tepelnej inovácie. Zlepšenie väzieb medzi elektrickými systémami a diaľkovým centrálnym vykurovaním by pomohlo k väčšiemu využívaniu obnoviteľných zdrojov. Dôraz je kladený na trvalo udržateľné vykurovanie a chladenie. Ďalšími nástrojmi sú vedecký výskum, technická inovácia, modernizácia európskeho priemyslu, ako aj potreba zriadenia atraktívneho finančného systému, ktorý by podporoval nové technológie pre vykurovanie domácností s použitím obnoviteľných zdrojov. Za správu hlasujem kladne.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – Heating and cooling accounts for roughly half of the EU's final energy demand - which is why it is so important to reduce demand and make the sector more efficient, in order to reduce dependence on energy imports, reduce emissions, and bring down costs to consumers, especially those at risk of energy poverty. That is why I have voted in favour of the report.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – I welcome the Commission's strategy and fully support Parliament's report on the EU strategy on heating and cooling that seeks to improve our citizens' comfort and progressively decrease their energy bill. The Parliament sent through this report a strong political signal to the Commission to accelerate investments in the right direction and equally challenge the industry to find innovative retrofitting technologies.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság ez év február 16-án tette közzé „Az Európai Unió hőtechnikai stratégiája" című közleményét. Az Ipari, Kutatási és Energiaügyi Bizottság közleménnyel kapcsolatos állásfoglalás-tervezete alapvetően három kérdésre koncentrál. Megállapítja, hogy az Unióhoz 2004 után csatlakozott országokban az épületek termikus felújítása a legegyszerűbb mód annak biztosítására, hogy az energiát hatékonyabban használják fel, és jelentősen csökkentsék a szén-dioxid-kibocsátásokat. Ennek érdekében pénzügyi lépéseket is sürget.

Rámutat arra, hogy Európa földközi-tengeri országaiban a fokozatos felmelegedésnek köszönhetően a hűtés jelenti a legnagyobb problémát, aminek megoldásában a megfelelő építészeti megoldások, a szigetelés, valamint a melegben hőt elvonó, hidegben viszont hőt beengedő reverzibilis hőszivattyúk jelenthetik a megoldást. Kitér végül a napsugárzára, ami jelentős hőforrás, de melynek kellő kihasználása – olyan elemek segítségével, amelyek vizet melegítenek, vagy villamos áramot termelnek – még várat magára. Az állásfoglalás-tervezetet megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce texte prolonge le rapport Pieper voté en juin à Bruxelles sur l'efficacité énergétique. Il encourage le développement des énergies renouvelables, avec un objectif de 100 % pour le chauffage et le refroidissement d'ici 2050. Il est à craindre que ce texte serve certains intérêts du BTP au détriment de notre patrimoine. L'efficacité énergétique ne doit pas être l'éternel alibi des lobbys du BTP pour détruire notre cadre de vie, notamment le bâti ancien, rural et historique, trop souvent négligé au profit du chiffre d'affaires des grandes enseignes du bâtiment.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A crescente dependência, nos últimos anos, em relação às importações de petróleo e de gás, a falta de diversificação, o elevado preço da energia, o aumento da procura de energia, os riscos de segurança para os países produtores, a luta contra as alterações climáticas, o lento processo em matéria de eficiência energética e as quotas das energias renováveis tornaram-se os grandes desafios no domínio da Europa da energia.

A 15 de julho de 2015, a Comissão Europeia publicou uma série de documentos alusivos ao mercado interno europeu, com três objetivos políticos para o futuro mercado de eletricidade: criar um mercado de eletricidade à escala da UE, criar uma abordagem europeia para a segurança do aprovisionamento de energia e reforçar a cooperação regional no setor da energia.

Subscrevo a posição do relator, que defende que uma melhor integração e coordenação dos mercados da energia encerra múltiplas oportunidades para alcançar os objetivos europeus comuns de um aprovisionamento energético seguro, sustentável e a preços acessíveis.

Destaco a importância desta abordagem à escala da UE, uma vez que os preços de energia aceitáveis e a segurança do aprovisionamento são essenciais para o nível de vida dos agregados familiares, assim como para a segurança do emprego nas empresas.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce texte sur la stratégie de l'UE en matière de chauffage et de refroidissement est le prolongement du rapport Pieper voté en juin à Bruxelles sur l'efficacité énergétique. Il encourage le développement des énergies renouvelables pour réaliser des économies d'énergie (géothermie, biométhane, utilisation prioritaire des matières premières locales…). Cependant, ce rapport pourrait impliquer, s'il était interprété de façon extensive, une menace pour notre patrimoine rural. J'ai donc décidé de m'abstenir lors du vote de ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – Heating and cooling accounts for roughly half of the EU's final energy demand – I voted in favour of this report which is looking for solutions to reduce demand and make the sector more efficient, in order to decrease dependence on energy imports, reduce emissions, and bring down costs to consumers, especially those at risk of energy poverty.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – Ce rapport est relatif à la mise en place d'une stratégie européenne en matière de chauffage et de refroidissement. Ce secteur, qui représente la moitié de la consommation d'énergie en Europe, doit bénéficier d'une attention particulière. C'est l'objectif de ce texte. J'ai donc voté pour.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur la stratégie de l'UE en matière de chauffage et de refroidissement. Il s'agit d'une invitation faite aux États membres de moderniser leurs systèmes de chauffage. La recherche et l'innovation technologique peuvent apporter beaucoup dans ce domaine et les investissements pour une modernisation des installations de chauffage et de refroidissement doivent être encouragés.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Mi sono espressa a favore della relazione sulla strategia dell'UE in materia di riscaldamento e del raffreddamento, una tematica molto importante per garantire un utilizzo più efficiente dell'energia e un'importante riduzione delle emissioni di CO_2. Ritengo necessario aumentare in modo significativo le risorse finanziarie destinate alla riqualificazione termica di interi isolati, in particolare quelli costruiti ricorrendo alla tecnologia dei pannelli prefabbricati. A tal fine dovrebbe essere destinata a titolo del Fondo europeo per l'efficienza energetica e le energie rinnovabili una dotazione finanziaria pari ad almeno il 25 % del totale. Occorre inoltre affrontare i problemi specifici presentati dagli edifici nelle aree rurali, che tendono a essere più vecchi, meno efficienti sotto il profilo energetico, meno salubri e meno confortevoli dal punto di vista termico.

József Nagy (PPE), *írásban*. – A fűtés és a hűtés kérdésének jelentősége eltér az egyes tagállamokban. Azon tagállamok esetében, melyek 2004 után csatlakoztak az Unióhoz a legegyszerűbb módja annak, hogy az energiát hatékonyan használják fel csökkentve a szén-dioxid-kibocsátást, az épületek termikus felújításában rejlik. Új, innovatív megoldásokra van szükség, főképp a napenergia felhasználásával. A benne rejlő lehetőségeket és ezt az alternatív utat kellene a jövőben kiaknázni. Szavazatommal támogattam a jelentést, mivel a jelentés a jövőbe tekint, és szükség van mind a környezet, mind az egészség szempontjából az általa kínált megoldásokra.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – A number of differences have been identified in the order of priority regarding of actions to be undertaken as part of the EU strategy on heating and cooling, taking into consideration that heating and cooling is more pertinent in some Member States than in others. I have voted for this report that will ensure that energy is used more efficiently thus achieving CO_2 emissions reductions.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Am votat pentru Rezoluția Parlamentului referitoare la strategia UE pentru încălzire și răcire deoarece stabilirea unor politici adecvate în planificarea și implementarea infrastructurii pentru încălzire și răcire vor avea impact direct asupra sistemului energetic, eficienței energetice și economiei în general.

Industria are nevoie de semnale clare pentru a realiza investițiile necesare în realizarea obiectivelor energetice ale UE.

Subliniez necesitatea unor obiective ambițioase și obligatorii, precum și a unui cadru de reglementare care să stimuleze inovarea, fără a crea sarcini administrative inutile, în vederea promovării optime a soluțiilor de încălzire și răcire eficiente din punctul de vedere al costurilor și durabile din punct de vedere ecologic.

Norica Nicolai (ALDE), *in writing*. – My endorsement for this report stems from its commitment to meet the goal of the EU's greenhouse gas emission reduction under the climate agreement reached at the COP21 climate conference in Paris. The report outlines the strategy to reduce the EU's energy dependency on fossil fuel imports by integrating heating and cooling into the electricity system. The report emphasises that half of the EU's heating and cooling usage stems from residential buildings, and thus provides a practical framework to decarbonise the energy sector by helping households access finances to invest in renewable and energy efficient technology. I am also in support of this report because of its focus on consumers as the centre of its strategy and its goal to create an energy efficient market.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu o strategii pro vytápění a chlazení, která prostřednictvím udržitelných a nákladově efektivních řešení umožní členským státům dosáhnout cílů EU v oblasti klimatu a energetické politiky. Efektivně dosažitelné úspory energií totiž představují zásadní cestu k dosažení klimatických cílů. Vzhledem k tomu, že odvětví vytápění a chlazení v členských státech jsou velmi rozmanitá vzhledem k jejich různým energetickým mixům, klimatickým podmínkám, stupňům energetické účinnosti budov a intenzitě průmyslu, měla by být zajištěna flexibilita při výběru odpovídajících řešení podle vytyčené strategie. Hlavní pozornost by se měla zaměřit na problémy v souvislosti se zabezpečením dodávek energie do EU související se zabezpečením dodávek tepla. V tomto ohledu by proto Komise měla prověřit způsoby, jak dále podporovat diverzifikaci zdrojů vytápění a urychlit širší využívání technologií pro obnovitelné zdroje tepla.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this own initiative report which makes proposals to direct the implementation of the Commission's strategy on the Energy Union launched in February this year. Part of the Commission's proposal was its first ever strategy for heating and cooling to tackle the massive use of fossil fuels. This is a progressive report that emphasises the need to include specific measures for heating and cooling in the upcoming revisions of the Energy Efficiency Directive, the RES Directive and the Energy Performance of Building Directive, and the new 'energy market design'. It suggests that high-energy efficiency measures, high-performance insulation, the use of renewable sources and recovered heat are the fundamental priorities for EU's heating and cooling strategy.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht hat positive Ansätze, da er die mangelnde Energieeffizienz richtig diagnostiziert. Dieses Problem kann jedoch nicht durch das Regulieren von Heizgewohnheiten gelöst werden. Aus diesem Grund enthalte ich mich bei diesem Bericht meiner Stimme.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η στρατηγική για την Ενεργειακή Ένωση υπόσχεται τον εφοδιασμό όλων των Ευρωπαίων με ασφαλή, βιώσιμη και ανταγωνιστική ενέργεια κάτι που απαιτεί ουσιαστική αλλαγή του ενεργειακού μας τοπίου. Ανάμεσα στη δέσμη μέτρων για την επίτευξη αυτού του στόχου είναι και η στρατηγική της ΕΕ για τη θέρμανση και την ψύξη.

Η θέρμανση και η ψύξη των κτιρίων και η βιομηχανία καταναλώνουν το ήμισυ της ενέργειας της ΕΕ. Αυτό δεν συνεπάγεται μόνο κατανάλωση περισσότερης ενέργειας απ' ό,τι χρειάζεται αλλά και οικονομικό βάρος για πολλές οικογένειες στην Ευρώπη. Η προτεινόμενη στρατηγική για τη θέρμανση και την ψύξη εστιάζει στην άρση των εμποδίων που δυσχεραίνουν την απαλλαγή των κτιρίων και της βιομηχανίας από τις ανθρακούχες εκπομπές. Επίσης, η αύξηση της ενεργειακής απόδοσης και η χρήση ανανεώσιμων πηγών ενέργειας θα έχουν αντίκτυπο στην ασφάλεια του ενεργειακού εφοδιασμού.

Υπερψήφισα την έκθεση η οποία καλεί για φιλόδοξες μεταρρυθμίσεις στον τομέα της ενέργειας ώστε να καταστεί πιο αποτελεσματικός, περιβαλλοντικά υπεύθυνος και κοινωνικά προσανατολισμένος. Υπάρχει επείγουσα ανάγκη λήψης μέτρων για τη μείωση των εκπομπών CO_2 και την αποφυγή μιας επικίνδυνης παγκόσμιας αύξησης της θερμοκρασίας. Για αυτό και η ΕΕ πρέπει να θέτει ως δεσμευτικό στόχο τη μείωση της κατανάλωσης ενέργειας κατά 40% μέχρι το 2030.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – Although the strategy does not announce any new legislative proposals, we oppose the EU strategy on heating and cooling as it will be used to reinforce the disruptive EU energy and climate policy that has already brought irreparable damage to Europe's industry and economy.

Piernicola Pedicini (EFDD), *per iscritto*. – Il riscaldamento e il raffreddamento rappresentano il 40 % di tutta l'energia primaria e il 50 % di tutta l'energia utilizzabile sotto forma di calore, e molta di tale va persa. Tuttavia, il sistema del riscaldamento e del raffreddamento e il sistema di energia elettrica possono sostenersi a vicenda negli sforzi per ridurre le emissioni di carbonio. A febbraio la Commissione ha proposto una «Strategia dell'UE in materia di riscaldamento e raffreddamento» con lo scopo di proporre interventi volti ad eliminare la dispersione energetica degli edifici, massimizzando l'efficienza e la sostenibilità dei sistemi di riscaldamento e raffreddamento, grazie anche all'uso di tecnologie avanzate. La relazione di iniziativa sul riscaldamento e raffreddamento riporta al suo interno alcuni punti rilevanti che sostengo appieno, come ad esempio lo smantellamento di centrali obsolete, la sostituzione di impianti domestici più inquinanti, aumento del tasso di rinnovamento edilizio, soprattutto in vista degli obiettivi di avere edifici a emissioni 0 per il 2050, etc. Tuttavia, la relazione conserva alcuni elementi ambigui in relazione al teleriscaldamento, alla geotermia, e alla strategia della commissione sulla produzione di energia, che sembra avallare l'utilizzo degli inceneritori. Per le ragioni sopra espresse, ho deciso di astenermi.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Prihvaćam prijedlog o strategiji EU-a za grijanje i hlađenje i podržavam svaki oblik energetske učinkovitosti i održivosti. Zbog klimatskih promjena koje nas pogađaju u zadnje vrijeme bitno je da svaku djelatnost u što kraćem roku učinimo „zelenom" i pokušamo osmisliti što bolja rješenja za održiv okoliš. Zalažem se za što veću uporabu obnovljivih izvora energije kako bi na taj način doprinijeli boljem stanju prirode i okoliša.

Potrebna su veća ulaganja za istraživanje naprednih sustava grijanja i hlađenja kao i uklanjanje svih neučinkovitih i za okoliš štetnih načina grijanja i hlađenja. Potrebne su veće kampanje i primjeri u praksi održivih sustava u energetici i na taj način približiti potrošačima prednost ovakvog sustava. Potrebna je energetska obnova svih zgrada koje nemaju učinkovit sustav energije.

Zgrade od posebnog značaja, odnosno stare zgrade koje su pod određenom vrstom zaštite arhitekture, potrebno je također obnoviti vodeći računa o energetskoj učinkovitosti, a da se pri tom ne narušava izvorni izgled zgrade. Nadam se da će građani EU-a i sva tijela uvidjeti potrebu za što boljim energetskim rješenjima kako bi osigurali održiv okoliš za buduće generacije.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Malgré quelques mesures positives, ce texte présente des défauts rédhibitoires. Il traite de la même façon tous les pays de l'Union européenne alors que l'état des installations n'a rien à voir dans les pays de l'Europe de l'Ouest et dans ceux de l'Europe de l'Est. Il existe un très fort risque que le texte soit interprété d'une manière exagérée en France, imposant de très lourdes contraintes et menaçant directement la survie de notre patrimoine architectural si précieux. Je vote donc contre ce rapport.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Gotovo 50 % krajnje potražnje za energijom u EU-u koristi se za grijanje i hlađenje, od čega 80 % u zgradama; budući da se Pariški sporazum o klimatskim promjenama iz 2015. (COP21) treba odražavati u sektoru grijanja i hlađenja. Sektor grijanja i hlađenja, da bi bio u skladu s energetskim i klimatskim ciljevima EU-a, najkasnije do 2050. treba se temeljiti na 100 posto obnovljivim izvorima energije, što se može postići samo smanjenjem potrošnje energije i potpunim iskorištavanjem načela „energetska učinkovitost na prvom mjestu" odnosno „energetska učinkovitost kao gorivo prvog izbora".

Svakim 1-postotnim povećanjem uštede energije uvoz plina smanjuje za 2,6 posto. Budući da je tržište u sektoru grijanja i hlađenja u EU-u fragmentirano zbog svoje lokalne naravi i različitih tehnologija i ekonomskih aktera uključenih u proces, te da su lokalna i regionalna dimenzija ključne za uvođenje odgovarajućih politika u sektoru grijanja i hlađenja za planiranje i provedbu infrastrukture za grijanje i hlađenje i za konzultiranje s potrošačima kako bi se uklonile prepreke, a sustavi grijanja i hlađenja učinili učinkovitijima i održivijima, podržavam stajalište izvjestitelja i usvajanje ovog izvješća.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Energetická efektivita je téma, kterým se dlouhodobě zabývám, do této zprávy jsem předložil řadu svých pozměňovacích návrhů a podpořil finální text i na plénu. Pro účel vytápění a chlazení je využíváno téměř 50 % konečné poptávky po energii v EU, z čehož 80 % se využívá v budovách. Když navíc vezmeme v potaz, že každý další 1% nárůst úspor energie snižuje dovoz plynu o 2,6 %, tak je přirozené, že to má podněcovat členské státy k tomu, aby vyvíjely dlouhodobé strategie v oblasti vytápění a chlazení založené na integrovaném přístupu, harmonizovaném mapování a hodnocení v souladu s článkem 14 směrnice o energetické účinnosti. Je nezbytné při tom pamatovat na to, že i když na jedné straně velká část současných budov na území Evropy trpí plýtváním energie v důsledku špatné kvality jejich izolace a zastaralých a neúčinných systémů vytápění, postihuje na straně druhé energetická chudoba téměř 11 % obyvatelstva EU. Jako nejlepší řešení tohoto problému vnímám investice do tepelných renovací budov, což je způsob nejefektivnějšího využívaní energii a snížení emisí CO_2. Navíc je třeba co nejdříve nahradit zastaralé teplárny na sídlištích malými, vysoce výkonnými elektrárnami pro kombinovanou výrobu elektřiny a tepla.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La problematica del riscaldamento e del raffreddamento riguarda in modo diverso i vari Stati membri. Concordo con il relatore sulla necessità di aumentare in modo significativo le risorse finanziarie destinate alla riqualificazione termica di interi isolati, in particolare quelli costruiti ricorrendo alla tecnologia dei pannelli prefabbricati. A tal fine dovrebbe essere destinata a titolo del Fondo europeo per l'efficienza energetica e le energie rinnovabili una dotazione finanziaria pari ad almeno il 25 % del totale. Inoltre, penso sia indispensabile sostituire le vecchie centrali termiche con piccole centrali termiche a cogenerazione e ad alte prestazioni. Il progetto di relazione sottolinea l'importanza della rete dei distretti energetici, sottolinea il carattere locale e il potenziale di riscaldamento e raffreddamento, invita gli Stati membri a eliminare gradualmente nelle aree urbane l'uso di impianti obsoleti per il riscaldamento e, ove possibile, favorire la fase di smaltimento degli inefficienti caminetti a legna presenti nelle città. Ho votato a favore dell'approvazione di questa relazione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – W lutym 2016 r. Komisja przedstawiła strategię UE w zakresie ogrzewania i chłodzenia. Stanowi to pierwszy etap analizy problemów i wyzwań w tym sektorze oraz rozwiązywania ich za pomocą polityki energetycznej UE. W związku ze strategią w zakresie ogrzewania i chłodzenia w dniu 9 września 2015 r. Komisja zorganizowała posiedzenie forum konsultacyjnego ad hoc. Ogółem 84% energii wykorzystywanej do ogrzewania i chłodzenia pochodzi nadal z paliw kopalnych, a tylko 16% – ze źródeł odnawialnych. Aby osiągnąć cele UE w zakresie klimatu i energii, sektor ciepłowniczy i chłodniczy musi radykalnie ograniczyć zużycie energii i zmniejszyć wykorzystanie paliw kopalnych. Główny nacisk położony jest na dekarbonizację ogrzewania i chłodzenia, renowację już istniejących budynków, połączenie systemów elektroenergetycznych z systemami grzewczymi i chłodniczymi, zwiększenie udziału energii ze źródeł odnawialnych w ogrzewaniu i chłodzeniu, odzyskiwanie energii odpadowej z przemysłu. Ważnym jest też zaangażowanie konsumentów i przemysłu w ten proces. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Dans le cadre de l'union de l'énergie, la Commission européenne a lancé une stratégie de lutte contre la consommation massive d'énergie. J'ai voté en faveur de ce rapport qui invite les États membres à réduire progressivement, dans les zones urbaines particulièrement, l'utilisation de systèmes de chauffage obsolètes. La recherche et l'innovation doivent permettre de rénover les réseaux d'énergie et la modernisation des systèmes de chauffage et de refroidissement doit être une priorité.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Hodiernamente, na União Europeia, metade da procura final de energia tem como objetivo sustentar necessidades do maior setor energético europeu: o setor do aquecimento e da refrigeração. Ora, somente 18% da energia que sustenta o referido setor é proveniente de fontes energéticas renováveis, sendo o restante fornecimento levado a cabo por via de combustíveis fósseis.

A grande maioria da energia deste setor, mais precisamente 80%, é utilizada em edifícios, tornando-se assim importante um aumento de eficiência energética no consumo doméstico, o reaproveitamento de energia desperdiçada, o isolamento térmico de alto desempenho e a utilização de energias renováveis. A diversidade das necessidades energéticas dos Estados-Membros fundamenta a ideia da neutralidade tecnológica, garantindo a flexibilidade na escolha das soluções adequadas a cada utilizador.

O presente relatório salienta também a importância de garantir financiamento para a modernização do setor, assim como de promover formas de atingir o melhor custo-benefício na transição energética.

Considerando os objetivos delineados pelo Acordo de Paris, o caminho até à independência energética por via das fontes de energia fósseis é longo e, portanto, o setor do aquecimento e da refrigeração necessita de uma ação sustentada e adequada tal como este relatório sublinha. Portanto, o meu voto é favorável.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Although the strategy does not announce any new legislative proposals, we oppose the EU strategy on heating and cooling as it will be used to reinforce the disruptive EU energy and climate policy that has already brought irreparable damage to Europe's industry and economy.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente o presente relatório, por entender que qualquer alteração que beneficie o ambiente é uma mais-valia para a UE. Assim, é necessário ter em conta novas tecnologias e técnicas que possam resultar em maior eficiência energética, como, por exemplo, a renovação térmica dos edifícios ou o uso de painéis solares para o aquecimento de água ou a geração de eletricidade que ainda é pouco frequente.

Nos países europeus mediterrânicos, a refrigeração é uma preocupação cada vez maior devido ao aquecimento gradual do clima. As soluções arquitetónicas adequadas, o isolamento térmico e as bombas de calor reversíveis, que retiram calor dos edifícios durante os períodos mais quentes e bombeiam calor para o interior quando é necessário aquecimento, podem desempenhar um papel de relevo na resolução deste problema.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Senhor Presidente, a questão do aquecimento e da refrigeração não afeta da mesma forma todos os Estados-Membros. Por esse motivo, a ordem de prioridade das medidas tomadas terá de variar de país para país, assim como os prazos de implementação.

Todos entendemos que é na renovação térmica dos edifícios que poderão ser realizados os maiores ganhos em matéria de eficiência energética, sendo essa a forma mais simples de garantir uma utilização mais eficaz da energia e uma redução considerável das emissões de CO_2. É indispensável aumentar o financiamento de obras de renovação térmica das zonas residenciais.

Nos países europeus mediterrânicos, como o meu, Portugal, essa é uma preocupação cada vez maior. As soluções arquitetónicas adequadas, o isolamento térmico e as bombas de calor reversíveis, que retiram calor dos edifícios durante os períodos mais quentes e bombeiam calor para o interior quando é necessário aquecimento, podem desempenhar um papel de relevo na resolução deste problema.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Calefacción y refrigeración suponen aproximadamente la mitad de la demanda de energía final de la Unión. De ahí la importancia de mejorar la eficiencia energética en este ámbito, para reducir dependencia, emisiones y costes para los consumidores, en especial, para aquellos en riesgo de pobreza energética. Se trata de garantizar que la energía se utilice de manera más eficiente y reducir las emisiones de CO_2.

Entre las medidas a adoptar, es necesario un incremento sustancial de la financiación para las obras de renovación térmica de urbanizaciones completas. Asimismo, es necesario sustituir las centrales termoeléctricas obsoletas de las urbanizaciones, por eficientes centrales de cogeneración combinada de calor y electricidad. Por otra parte, en los países mediterráneos, la refrigeración es un motivo de preocupación. Las soluciones arquitectónicas adecuadas, el aislamiento y las bombas de calor reversibles pueden tener un papel importante para resolver este problema. Además, la radiación solar es una fuente importante de calor que aún no se ha utilizado lo suficiente.

Se alimentan así algunas de las próximas iniciativas legislativas en materia de eficiencia energética, previstas para finales de 2016, en particular, la directiva revisada de eficiencia energética en edificios.

Por estos motivos, he votado a favor de este Informe.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Comme la plupart des membres de cet hémicycle, j'ai voté en faveur de la résolution du Parlement européen sur la stratégie de l'Union européenne sur le chauffage et le refroidissement. Cette stratégie doit notamment permettre de réduire la pauvreté énergétique qui frappe encore bon nombre de citoyens européens aujourd'hui.

Parmi les pistes soutenues, je citerai la volonté du Parlement européen de voir les énergies renouvelables davantage intégrées dans les réseaux de quartier. Je salue à ce titre la déclaration du commissaire Canete, qui promet une initiative pour l'accès au financement. Affaire à suivre.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo. Jame esama labai gerų minčių - pavyzdžiui akcentų dėl energijos vartojimo efektyvumo būtinybės, pastatų renovacijos skatinimo, raginimo spręsti specifines kaimo pastatų, kurie dažnai būna senesni, mažiau efektyvūs energijos vartojimo atžvilgiu, mažiau naudingi sveikatai ir teikia mažesnį šiluminį komfortą, problemas. Vis dėlto, pranešimo rengimo metu buvo nuspręsta neįtraukti svarbių žaliųjų siūlymų - tekste labai aptakiai kalbama apie atsinaujinančių elektros šaltinių plėtrą ir integravimą į bendrą sistemą. Taip pat atmesti siūlymai dėl griežtesnio šiukšlių vertimo energija reguliavimo, efektyvesnės energijos decentralizuotos gamybos.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Este relatório de iniciativa surge no seguimento da Comunicação da Comissão intitulada «Estratégia da UE para o Aquecimento e a Refrigeração», que representa - tal como evidenciado no relatório - um passo importante para desenvolver uma abordagem abrangente em matéria de aquecimento e refrigeração na União Europeia (UE) e para identificar domínios de intervenção prioritários nestas áreas.

De facto, 50 % da procura final de energia na UE destina-se a aquecimento e refrigeração, representando a geração por combustíveis fósseis 75% deste número.

O relatório evidencia a importância da concretização do plano para melhorar a eficiência energética dos edifícios, principalmente na renovação térmica dos edifícios existentes e na construção de pequenas centrais de cogeração de calor e eletricidade mais eficientes que deverão substituir as centrais de produção obsoletas.

Considero ainda importante o enfoque na refrigeração, devido ao aquecimento global, um problema sentido principalmente na Europa do Sul, pelo que concordo com o sublinhar da importância das soluções arquitetónicas adequadas, isolamento térmico e na utilização de bombas de calor reversíveis. O relator ressalva ainda os benefícios da investigação e da inovação na indústria europeia, sublinhando a importância de assegurar o acesso a financiamentos. Por concordar com o teor do relatório, votei-o favoravelmente.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR), *kirjallinen*. – Uusiutuvien energioiden ja energiamarkkinoiden yhdistäminen lämmitys- ja jäähdytyspolitiikkaan on ensisijaisen tärkeää ilmaston lämpenemisen ehkäisyssä. Esitys jättää tilaa myös jäsenvaltioiden omalle sääntelylle. Näin voidaan myös jäsenvaltioiden erityisolosuhteet huomioiden tehostaa siirtymistä kohti kestävämpää lämmitys- ja jäähdytysstrategiaa. Juuri kansallisten ja alueellisten erityispiirteiden huomioiminen tulee olemaan erittäin tärkeää tämän suunnitelman onnistumiselle. Myös maalämpö tulisi huomioida strategiassa paremmin, sillä se on kustannustehokas ja ympäristöystävällinen lämmitys- ja jäähdytysratkaisu.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui appelle à une stratégie plus ciblée en matière de chauffage et de refroidissement, secteur qui représente près de la moitié de la consommation d'énergie en Europe. Ce rapport souligne la nécessité de prendre des mesures spécifiques pour le chauffage et le refroidissement lors de la révision des directives sur l'efficacité énergétique, sur les énergies renouvelables ainsi que sur la performance énergétique des bâtiments. Il est nécessaire que des stratégies à long terme pour ce secteur soient définies et mises en place, en portant une attention particulière aux énergies renouvelables.

J'ai soutenu ce rapport parce qu'il identifie certaines priorités comme la modernisation des systèmes de chauffage vétustes et inefficaces, l'accélération du retrait progressif des systèmes de chauffage dépassés ou encore la rénovation des bâtiments. Un système attractif de financements doit favoriser les nouvelles technologies pour le chauffage des citoyens européens utilisant des sources d'énergies renouvelables.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Los sectores de la calefacción y la refrigeración consumen la mitad de la energía (sobre todo de fuente fósiles) en la Unión y, una parte importante de esa energía se pierde por falta de eficiencia. Existe entonces un margen importante de mejora del sector y, por consiguiente, de disminución de la consumición de la energía y de emisión de gases de efecto invernadero.

El informe va en la buena dirección porque propone aumentar la cuota de energía renovable en este ámbito, invertir para mejorar la eficiencia energética mediante la renovación de los edificios, acelerar la modernización de los sistemas de calefacción, descentralizar los sistemas de producción energético, etc.

Si este conjunto de medidas va en la buena dirección, es muy insuficiente para bajar drásticamente las emisiones de gases de efecto invernadero, cambiar en profundidad el sistema energético y cumplir con los objetivos climáticos. Por ello, me he abstenido.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *in writing*. – I welcome this report on the EU Strategy on Heating and Cooling. Heating and cooling account for a significant proportion of household energy bills and approximately half of the EU's final energy demand. The modernisation of infrastructure and appliances could significantly increase energy efficiency, reducing pollution and energy dependence. It is critical that cost savings are passed on to the final consumer, especially those who are already in energy poverty and those at risk.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die von der Kommission vorgeschlagene EU-Strategie für die Wärme- und Kälteerzeugung gestimmt, weil die Senkung des hohen Energieverbrauchs eine Priorität der Energieunion darstellt.

Die Strategie beinhaltet Pläne zur Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden und zur Verbesserung der Verbindungen zwischen Elektrizitätssystemen und Fernwärmenetzen, durch die die Nutzung der erneuerbaren Energieträger deutlich gesteigert und die Wiederverwendung der in der Industrie erzeugten Abwärme und Kälte gefördert wird.

Die Mitgliedstaaten werden außerdem aufgefordert, veraltete Heizeinrichtungen in städtischen Gebieten abzuschaffen.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe, debido a que el desarrollo de una estrategia europea en este ámbito, supone una herramienta necesaria para la reducción de emisiones. El sector del calentamiento y enfriamiento, supone uno de los principales emisores de carbono en la Unión, plantear una estrategia a nivel europeo es un primer paso para corregir los problemas que supone la asignación de recursos a través de mecanismos de mercado. El informe incluye un apoyo explícito al uso de las energías renovables en este sector, así como, la mejora de la eficiencia energética de los edificios, mecanismos de calefacción colectiva, etc. El texto supone un apoyo al desarrollo de tecnologías más sostenibles y a la reducción de emisiones en este sector. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this report as I believe it would be used as a way of bringing in new EU legislation.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — I voted in favour of this report which is looking for solutions to reduce demand and make the sector more efficient, in order to decrease dependence on energy imports, reduce emissions, and bring down costs to consumers, especially those at risk of energy poverty.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Vykurovanie a chladenie tvoria najväčší podiel dopytu EÚ po energii. Energia z odpadov bude naďalej zohrávať dôležitú úlohu pri vykurovaní, keďže jej alternatívou sú často len skládky a využívanie fosílnych palív. Komisia by v rámci programu energia z odpadu mala vypracovať plán na podporu a využívanie potenciálneho prínosu udržateľného využívania organického odpadu na vykurovanie a chladenie pripojené k systémom diaľkového vykurovania a chladenia. Hlasoval som za.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Európania vynaložia na vykurovanie a chladenie v priemere 6 % svojich spotrebných výdavkov, pričom 11 % z nich si nemôže dovoliť v zime dostatočne vykurovať svoje domovy. Žiaľ, spotrebiteľská voľba je obmedzená nedostatkom informácií o skutočnej spotrebe energie a nákladoch a často aj nedostatkom finančných prostriedkov na investície do najúčinnejších technológií. Podporila som uznesenie, pretože vypracovanie stratégie týkajúcej sa vykurovania a chladenia považujem za prioritu energetickej únie, ktorá môže viesť k úsporám energie a nákladov pre spoločnosti i občanov. Za pozitívne považujem aj to, že táto stratégia stavia na pevnom základe právnych predpisov EÚ a identifikuje oblasti, v ktorých je potrebná zmena alebo reforma, aby sa zohľadnil budúci vývoj a podarilo sa dosiahnuť ciele energetickej únie. Oceňujem, že v rozpočte na roky 2014-2020 sa výrazne zvýšil príspevok na túto oblasť; od navrhovanej stratégie preto očakávam, že pomôže znížiť dovoz energie a energetickú závislosť, znížiť náklady domácnosti a podnikov a splniť cieľ EÚ v oblasti znižovania skleníkových plynov a záväzok vyplývajúci z dohody o zmene klímy uzavretej na konferencii o zmene klímy COP21 v Paríži.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Poročilo predstavlja dober začetek urejanja tega področja, kjer na žalost še vedno prevladujejo fosilna goriva. Kljub temu ostaja jezik poročila precej ohlapen in fosilnim gorivom daje možnost, da še dolgo ostanejo glavni vir ogrevanja in hlajenja.

V februarju 2016 je bila prvič sprejeta strategija EU za ogrevanje in hlajenje, ki je zadala cilj, da se na tem področju zmanjša odvisnost od fosilnih goriv in premakne porabo v okvir dogovorjenih zavez nedavnega pariškega dogovora ter preide na bolj učinkovite in trajnostne vire, ki bodo hkrati zmanjšali odvisnost EU od uvoza goriv.

Poročilo med drugim govori tudi o izolaciji stavb, izkoriščanju energije iz odpadnih snovi ter možnosti za večje sinergije med trgom električne energije in trgom ogrevanja in hlajenja.

Kljub pomembnim temam, ki so na ta način odprte, menim, da gre za zamujeno priložnost, saj bi moral biti Parlament pri velikem evropskem potencialu za prihranke pri energiji, ustvarjanju novih lokalnih delovnih mest in zniževanju izpusta toplogrednih plinov veliko bolj ambiciozen.

Iz tega razloga sem se glasovanja vzdržal.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Znižovanie nákladov a zvyšovanie efektivity je jedným zo základných predpokladov pre úspešnú implementáciu energetickej únie. Dôležité je nielen rekonštruovať existujúce zariadenia a zabraňovať tepelným stratám, ale aj podporovať výskum a vývoj nových technológií.

Beatrix von Storch (EFDD), *in writing*. – I voted against the motion for an EU Parliament resolution on an EU strategy on heating and cooling.

The report says that the Commission should promote renewables. Markets should determine which energy types should be used rather than what bureaucrats find is currently fashionable.

Furthermore, the report advises using the European Structural and Investment Fund in order to finance the modernisation of the heating and cooling sector. They cite its job creation potential and the inability of building owners to cover the necessary costs. With regards to job creation via stimulus, whether spent on energy efficiency or digging holes, it does not create jobs. Instead of individuals and companies deciding on how best to allocate their wealth such government stimulus programs make the decision for them. The funds should be returned to the Member States and the European Structural and Investment Fund should be scrapped.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – 50 % krajnje potražnje za energijom u Europskoj uniji koristi se za grijanje i hlađenje. Da bi sektor grijanja i hlađenja bio u skladu s energetskim i klimatskim ciljevima EU-a do 2050. godine, mora se zasnivati na stopostotnim, obnovljivim izvorima energije. 1 % povećanja uštede energije smanjuje uvoz plina za 2,6 %.

Udio obnovljivih izvora u sektoru grijanja i hlađenja se povećava, ali postoji golem potencijal na svim razinama da se još više iskoristi, posebice u stambenim zgradama čiji sektor je odgovaran za 13 % svih emisija CO_2 u Uniji.

Podržavam Izvješće o strategiji Europske unije za grijanje i hlađenje, jer smatram da su smjernice navedene u njemu kvalitetne i da će pridonijeti smanjenju emisija i uštedi energije. Također, smatram da će se provedbom ovih smjernica povećati udio obnovljivih izvora energije u sektoru zgradarstva, što će doprinijeti smanjenju ukupnih emisija CO_2 na razini Europske unije.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o strategiji EU za ogrevanje in hlajenje.

Soglašam s poročilom, da je Strategija EU za ogrevanje in hlajenje pomemben korak k zagotavljanju celostnega pristopa k preoblikovanju ogrevanja in hlajenja v Evropski uniji ter za opredelitev prednostnih področij za ukrepanje. V EU namreč skoraj 50 % končne porabe energije predstavlja ogrevanje in hlajenje, od tega gre 80 % za ogrevanje in hlajenje stavb. Strategija bi morala dati prednost trajnostnim in stroškovno učinkovitim rešitvam, ki državam članicam omogočajo uresničitev ciljev podnebne in energetske politike. Sektorji ogrevanja in hlajenja v državah članicah so namreč zelo raznoliki.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Υπερψηφίσαμε την έκθεση καθώς περιλαμβάνει πολλές θετικές προτάσεις όσον αφορά την προώθηση των ανανεώσιμων πηγών ενέργειας, την ανάγκη για καταπολέμηση της ενεργειακής φτώχειας και στήριξη των ευάλωτων ομάδων, την ενίσχυση της χρηματοδότησης για ανακαινίσεις οικισμών καθώς και για τα νοικοκυριά που βρίσκονται εκτός περιοχών με κεντρικά συστήματα θέρμανσης και ψύξης.

Ωστόσο, διαχωρίζουμε την θέση μας από τη λανθασμένη εκτίμηση που καταγράφεται πως δήθεν το κλειδί για την καταπολέμηση της ενεργειακής φτώχειας είναι η αύξηση της ενεργειακής απόδοσης για μείωση των συνολικών εξόδων. Δυστυχώς η εν λόγω θέση επιδιώκει να αποπροσανατολίσει καθώς αποσιωπά την κύρια αιτία της ενεργειακής φτώχειας που είναι οι νεοφιλελεύθερες πολιτικές της σκληρής λιτότητας.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η διασύνδεση των τομέων παραγωγής και διάθεσης ενέργειας αλλά και η ανάπτυξη και η υιοθέτηση καινοτόμων τεχνολογιών δεν πρέπει να χρηματοδοτούνται από μέτρα υπερφορολόγησης των πολιτών της Ένωσης. Μπορούν να χρηματοδοτηθούν από φορολόγηση των μεγάλων εταιρειών παραγωγής και διάθεσης ενέργειας και κυρίως αυτών που δεν επενδύουν σε ανανεώσιμες και φιλικά προς το περιβάλλον πηγές.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – A fűtés és a hűtés kérdésének hordereje és a megteendő lépések tekintetében eltérő fontossági sorrend alakult ki a tagállamokban. Összességében tekintve viszont, az EU végső energiakeresletének mintegy 50%-át fűtésre és hűtésre használjuk. Egyetértek tehát azzal, hogy az Unióhoz 2004 után csatlakozott országokban a hatékonyság javítására az épületek termikus felújításában rejlik a legnagyobb lehetőség. Ez a legegyszerűbb mód annak biztosítására, hogy az energiát hatékonyabban használjuk fel, és jelentősen csökkentsük a szén-dioxid-kibocsátásokat. Fontos aránynak tartom, hogy 1 százaléknyi energia-megtakarítás 2,6%-kal csökkenti a földgázimportot, és remélem, hogy az energiahatékonyság mellett a fosszilis arány is drasztikusan csökken majd.

Egyetértek továbbá azzal is, hogy jelentős mértékben emelni kell a teljes lakótelepek termikus felújítására szánt összegeket, különös tekintettel a paneltechnológiával épült épületekre. Az agyonadóztatott Magyarországon a lakosoknak például konkrétan megélhetési gondjaik vannak, csak sokadrangú kérdés számukra a korszerűsítés. A reverzibilis hőszivattyúk rendszerét jónak tartom, különösen energiahatékonyak, és hatalmas potenciállal rendelkeznek a fűtés és a hűtés tekintetében. Osztom azt a véleményt, amely szerint a fűtési és hűtési ágazatnak tükröznie kell az éghajlatváltozásról szóló, 2015. évi párizsi megállapodást (COP21), és csak reménykedni tudok abban, hogy az Unió energetikai és éghajlati céljaival összeegyeztethető fűtési és hűtési ágazat legkésőbb 2050-re 100%-ban megújuló energiaforrásokon fog alapulni. Mindezek tükrében szavazatommal támogattam a jelentést.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Ogrzewanie i chłodzenie dotyczy przetwarzania ok. 40% całkowitej energii pierwotnej na ok. 50% całkowitej energii użytkowej w postaci energii cieplnej. O ile wytwarzanie energii elektrycznej może podlegać ujednoliceniu na jednolitym rynku energii, o tyle ogrzewanie i chłodzenie wymagają lokalnych rozwiązań. Narasta jednak zależność grzania i chłodzenia od rynku energii, który np. w skali lokalnej, zarówno do produkcji energii elektrycznej, jak i ciepła (chłodu) wykorzystuje kogenerację.

O zróżnicowaniu potrzeb zapewnienia komfortu cieplnego obywatelom Unii świadczy fakt, że w skali rocznej rozpiętość użytkowania energii na metr kwadratowy ogrzewanej powierzchni waha się w państwach członkowskich od 60 do nawet 300 kWh.

W sprawozdaniu PE skupiono się na wielu ważnych kwestiach, jak między innymi na dążeniu do likwidacji przestarzałych, małych, nieekologicznych ciepłowni osiedlowych i przejście na ciepło z wysokosprawnych systemów kogeneracyjnych. Słusznie podkreślono konieczność wzięcia pod uwagę różnic pomiędzy Zachodem a Wschodem UE w użytkowaniu bardziej efektywnego gazu dla celów grzewczych.

W najbliższych latach państwa członkowskie i UE powinny zdecydowanie skupić się na działaniach z zakresu chłodzenia i ogrzewania w wymiarze architektonicznym i urbanistycznym, a także na wykorzystywaniu naturalnych źródeł ciepła i chłodzenia oraz na zintensyfikowaniu rozwoju innowacyjnych badań i stworzeniu całego przemysłu nowych materiałów do izolowania cieplnego.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Suomi on johtava maa kaukolämmön ja jäähdytyksen sekä sähkön ja lämmön yhteistuotannon käytössä. Äänestin EU-strategian puolesta, koska sen avulla voidaan edistää sähkön ja lämmön yhteistuotantoa ja biomassan käyttöä Euroopassa. En kuitenkaan tukenut 23 artiklaa, koska mielestäni siinä lausutaan väärällä tavalla maaseudun rakennuksista, jotka esimerkiksi Suomessa ovat usein hyvinkin energiatehokkaita.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – In tema di riscaldamento e raffreddamento, la strategia europea dovrebbe dirigersi verso un aumento della quota di energie rinnovabili, invece ad oggi il 75 % dei combustibili utilizzati in tale settore sono ancora di origine fossile. Attualmente, la tecnologia esistente permetterebbe un uso più intelligente e sostenibile delle risorse, contribuendo ad una transizione verso l'economia verde. Il miglioramento potrebbe avvenire con nuovi investimenti, con la creazione di ricchezza e con una spesa ridotta per i combustibili fossili. Gli emendamenti che il M5S ha proposto alla relazione Gierek si sono diretti verso la decentralizzazione della produzione energetica, una maggiore quota di rinnovabili nel riscaldamento e raffreddamento ed interventi di riqualificazione energetica nel settore industriale. La relazione ha alcuni elementi in riferimento ad alcune forme di teleriscaldamento, al biogas senza specificarne la provenienza e soprattutto sulla generica produzione di energia da rifiuti (che va ad implicare l'utilizzo di inceneritori) che mi trovano in disaccordo. Per tali motivi, nonostante i numerosissimi elementi positivi e l'ottima collaborazione con il relatore, mi sono astenuto.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Sistemele de încălzire și răcire acoperă aproximativ o jumătate din consumul de energie din cadrul Uniunii Europene. În acest context, este foarte important ca instituțiile europene să contribuie la eficientizarea domeniului respectiv, atât în ceea ce privește consumatorii industriali, cât și cei casnici. În mod concret, este vizată eficiența energetică a clădirilor, prin intermediul termoizolării construcțiilor mai vechi, modernizarea și chiar înlocuirea centralelor termice vechi, respectiv modernizarea dispozitivelor de încălzire și răcire (inclusiv boilere și aparate de aer condiționat). Acest proces se află deja în desfășurare în multe dintre statele membre, însă este nevoie de o coordonare a eforturilor la nivel european, pentru a evita decalajele între regiuni și pentru a evita vulnerabilizarea anumitor grupuri sociale. Resursele naționale nu sunt suficiente, iar investițiile individuale ale cetățenilor sunt de neconceput. Pentru remedierea acestor probleme este necesară o creștere substanțială a finanțării europene, care să acopere renovarea termică a loturilor rezidențiale și construirea de instalații inovatoare, dar și o creștere a gradului de utilizare a energiilor regenerabile (în special a energiei solare). Este vorba despre o inițiativă absolut necesară, pe care o susțin fără rezerve.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je me suis prononcé en faveur du texte. Les radiations solaires constituent une source de chaleur importante qui n'est pas encore suffisamment exploitée. Un moyen de le faire serait l'utilisation de panneaux pour chauffer l'eau ou de cellules photovoltaïques pour produire de l'électricité.

Compte tenu de l'efficacité énergétique particulièrement élevée des pompes à chaleur réversibles et de leur grand potentiel pour le chauffage et le refroidissement, il convient de mener des recherches intensives sur de nouvelles solutions innovantes dans ce domaine.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The European Commission has published its' strategy for heating and cooling in February 2016 as a part of so-called winter package. This strategy does not include any legislative measures, it is however important to focus on this area as the heating and cooling in buildings and industry accounts for more than 50% of total energy consumption in the EU. I supported the report by the rapporteur A. Gierek, I believe he presented vital ideas for future heating and cooling systems. I however don't agree that there should be a role for the European Commission to play in the field of training and certification of practitioners in the field of energy efficiency, therefore I abstained on Article 98 and I also do not support the vision that the EU and European Commission should be made responsible for measures related to the energy poverty in certain Member States.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam ovo izvješće jer su visoka energetska učinkovitost, visokoučinkovita toplinska izolacija i uporaba obnovljivih izvora energije navedeni kao prioriteti Strategije. Cilj je olakšati decentraliziranu proizvodnju energije i time omogućiti potrošačima i zajednicama da se više uključe na tržište energije i kontroliraju vlastitu potrošnju energije.

Budući da postoje razlike u prioritetima zemalja, slažem se sa stavom izvjestitelja da je potrebno poduzeti različite mjere kako bi se postiglo učinkovitije iskorištavanje energije i ostvarilo znatno smanjenje emisija ugljičnog dioksida.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije strategije EU za ogrevanje in hlajenje sem podprla, saj menim, da si je treba prizadevati za povečanje financiranja za toplotno prenovo celih stanovanjskih naselij, zlasti tistih, ki so bila zgrajena iz velikih elementov.

Prav tako je pomembno, da zastarele toplarne v stanovanjskih naseljih čim prej zamenjajo z visoko učinkovitimi kombiniranimi obrati za soproizvodnjo električne energije in toplote.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Los sectores de la calefacción y la refrigeración consumen la mitad de la energía (sobre todo de fuente fósiles) en la Unión y, una parte importante de esa energía se pierde por falta de eficiencia. Existe entonces un margen importante de mejora del sector y, por consiguiente, de disminución de la consumición de la energía y de emisión de gases de efecto invernadero.

El informe va en la buena dirección porque propone aumentar la cuota de energía renovable en este ámbito, invertir para mejorar la eficiencia energética mediante la renovación de los edificios, acelerar la modernización de los sistemas de calefacción, descentralizar los sistemas de producción energético, etc.

Si este conjunto de medidas va en la buena dirección, es muy insuficiente para bajar drásticamente las emisiones de gases de efecto invernadero, cambiar en profundidad el sistema energético y cumplir con los objetivos climáticos. Por ello, me he abstenido.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce texte encourage le développement des énergies renouvelables, avec un objectif de 100 % pour le chauffage et le refroidissement d'ici 2050.

Toutefois, outre que ces appels incessants à l'efficacité énergétique peuvent être considérés comme une forme d'«austérité énergétique» qui n'est pas de nature à permettre la «reprise» si souvent annoncée, il est à craindre que ce texte serve certains intérêts du BTP au détriment de notre patrimoine… sans compter les éternels problèmes liés au financement de certains travaux de «mise aux normes», surtout pour les particuliers, même si le texte parle d'aides diverses.

En France, la loi sur la transition énergétique avait pris en compte dans son article 14 la nécessité de protéger le bâti ancien des opérations d'isolation par l'extérieur. Cependant, un décret d'application publié au Journal officiel le 31 mai a quasiment supprimé cette nécessaire précaution.

Ce risque qui pèse sur notre patrimoine (au sens large) est d'autant plus grand que la tendance actuelle en France est de donner toujours plus de pouvoir décisionnaire aux édiles locaux, qui n'ont généralement pas les compétences requises et qui peuvent difficilement résister aux diverses pressions (en particulier du BTP), au détriment des architectes des bâtiments de France.

J'ai voté contre.

Mihai Ţurcanu (PPE), *în scris*. – Încălzirea și răcirea reprezintă cea mai mare parte din consumul energetic la nivel european. În acest sens, prezentul raport subliniază necesitatea unei strategii specifice pe termen lung, care să aibă în centrul său energiile regenerabile. Raportul evidențiază, astfel, rolul major jucat de noile tehnologii pe bază de apă, aer, energie solară, energie geotermală etc. și invită statele membre să prevadă măsuri de incitare pentru promovarea și adoptarea acestor tehnologii.

În acest context, se estimează că modernizarea sistemelor de încălzire demodate și ineficace, o mai bună utilizare a căldurii de către sistemele de încălzire urbană, precum și o renovare în profunzime a clădirilor sunt câteva dintre elementele esențiale care pot permite a abordare mai sigură și durabilă a aprovizionării cu căldură. Se propune, astfel, un sistem atractiv de finanțare, favorizând utilizarea noilor tehnologii pentru încălzirea gospodăriilor pe baza energiilor regenerabile.

Mai mult, raportul subliniază importanța realizării unor cercetări științifice în vederea dezvoltării de soluții tehnice inovatoare pentru obținerea unor dispozitive și sisteme de încălzire eficace pe plan energetic și bazate pe energiile regenerabile.

Am votat, așadar, în favoarea raportului intitulat „Strategia UE pentru încălzire și răcire”.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Prace komisji dotyczące strategii ogrzewania i chłodzenia są istotne z punktu widzenia unii energetycznej i klimatycznej oraz bezpieczeństwa dostaw energii. Stosowanie nowoczesnych technologii ogrzewania i chłodzenia, wykorzystanie przy produkcji energii biogazu, biomasy, wdrażanie wysokich jakości izolacji w budynkach i modernizacja starszych budowli, inwestowanie w małe, wysokosprawne ciepłownie – działania te zwiększają efektywność zarządzania energią. W głosowaniu zdecydowałem się poprzeć proponowaną rezolucję.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A fűtés és a hűtés kérdésének hordereje eltér az egyes tagállamokban. Ez azzal jár, hogy a megteendő lépések tekintetében eltérő fontossági sorrend alakult ki ezekben az országokban. Hangsúlyozni kell azt is, hogy az Unióhoz 2004 után csatlakozott országokban a hatékonyság javítására az épületek termikus felújításában rejlik a legnagyobb lehetőség. Szavazatommal támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — Los sectores de la calefacción y la refrigeración consumen la mitad de la energía (sobre todo de fuentes fósiles) en la Unión y, una parte importante de esa energía se pierde por falta de eficiencia. Existe entonces un margen importante de mejora del sector y, por consiguiente, de disminución de la consumición de la energía y de emisión de gases de efecto invernadero.

El informe va en la buena dirección porque propone aumentar la cuota de energía renovable en este ámbito, invertir para mejorar la eficiencia energética mediante la renovación de los edificios, acelerar la modernización de los sistemas de calefacción, descentralizar los sistemas de producción energético, etc.

Si este conjunto de medidas va en la buena dirección, es muy insuficiente para bajar drásticamente las emisiones de gases de efecto invernadero, cambiar en profundidad el sistema energético y cumplir con los objetivos climáticos. Por ello, me he abstenido.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Palankiai vertinu Komisijos ketinimą parengti priemonių rinkinį, skirtą palengvinti daugiabučių pastatų renovaciją; manau, kad reikėtų parengti suderintą ir išsamų miestų energetikos planavimo priemonių rinkinį, kad būtų galima įvertinti vietos šildymo ir vėsinimo galimybes, vykdyti optimizuotą ir integruotą pastatų renovaciją ir šildymo ir vėsinimo infrastruktūros plėtrą.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on an EU Strategy on Heating and Cooling. Almost 50% of the EU's final energy demand is used for heating and cooling, of which 80% is used in buildings. The report underlines the necessity to take along specific measures for heating and cooling when revising the Energy Efficiency Directive (2012/27/EU), the Renewable Energy Directive (2009/28/EC) and the Energy Performance of Buildings Directive (2010/31/EU). Moreover, the report calls for specific sustainable heating and cooling strategies to be developed at national level, giving special attention to combined heat and power. I am of the opinion that the heating and cooling sector should reflect the 2015 Paris Agreement on Climate Change (COP 21).

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de la primera estrategia de lucha contra el consumo masivo de energía en el ámbito de la calefacción y de la refrigeración por parte de la Comisión Europea. Un sector que representa el 50 % del consumo energético de la Unión y, en el que las energías renovables solo representan un 18 % de dicho consumo, frente al 75 % de los combustibles fósiles. El informe señala, entre otras cosas, la importancia de reducir de manera progresiva las calderas obsoletas y, la importancia de seguir incrementando la innovación y las nuevas tecnologías en el área. Por ello creo necesario votar a favor de este informe.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – Heating and cooling accounts for roughly half of the EU's final energy demand – I voted in favour of this report which is looking for solutions to reduce demand and make the sector more efficient, in order to decrease dependence on energy imports, reduce emissions, and bring down costs to consumers, especially those at risk of energy poverty.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit inhoudelijk zeer ruime verslag. Aangezien "verwarming en koeling" het grootste deel van de energievraag in de EU uitmaken, is het belangrijk dat we er zeer doelgericht en nauwgezet mee omspringen. We vragen nationale, lokale en Europese overheden om een gunstig kader te creëren voor huurders en mensen die in gebouwen met meerdere woningen wonen om ook hen in staat te stellen voordeel te halen uit eigen productie, gebruik van hernieuwbare "verwarming en koeling" en maatregelen voor energie-efficiëntie. Ook wijzen we erop dat energiewinning uit afval een belangrijke rol op het gebied van verwarming zal blijven spelen, aangezien het storten van afval en het gebruik van fossiele brandstoffen vaak het alternatief vormen. Vele van de maatregelen die gevraagd worden, hebben al ingang gevonden in Vlaanderen, maar nog niet in de rest van Europa. Vlaanderen loopt op dit vlak vaak op kop.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – É indispensável aumentar substancialmente o financiamento de obras de renovação térmica de zonas residenciais inteiras, nomeadamente das construídas com recurso ao método de construção com grandes painéis. Os meios do Fundo Europeu para a Eficiência Energética e as Energias Renováveis devem ser aplicados para este fim. Este objetivo deve constituir uma prioridade, nomeadamente tendo em conta que os custos deste tipo de projetos normalmente ultrapassam as capacidades dos proprietários dos edifícios. As centrais de produção de calor obsoletas nas zonas residenciais devem também ser substituídas, com caráter de urgência, por pequenas centrais de cogeração de calor e eletricidade de elevada eficiência.

Nos países europeus mediterrânicos, a refrigeração é uma preocupação cada vez maior devido ao aquecimento gradual do clima. Soluções arquitetónicas adequadas, como o isolamento térmico e as bombas de calor reversíveis, que retiram calor dos edifícios durante os períodos mais quentes e bombeiam calor para o interior quando é necessário aquecimento, podem desempenhar um papel relevante na resolução deste problema.

Pelo exposto, o voto a favor.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Grundsätzlich enthält der Bericht einige innovative Ideen. Allerdings halte ich wenig davon, in die Heizgewohnheiten der Menschen direkt einzugreifen. Dazu gehört unter anderem die Forderung nach einer flächenmäßigen Fernwärme und dass Modelle von Öfen, welche mit soliden Heizstoffen befeuert werden, stufenweise aus dem Verkehr gezogen werden sollen. Daher habe ich mich meiner Stimme enthalten.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulla strategia dell'UE in materia di riscaldamento e raffreddamento. La relazione cerca di rimediare all'attuale consumo di energia nell'Unione europea: più della metà della domanda di energia va in riscaldamento e raffreddamento degli edifici, non solo consumando più energia di quella necessaria ma creando inoltre un onere finanziario per molte famiglie in Europa. È necessario quindi un cambiamento nel settore dell'energia per renderlo più efficiente, responsabile verso l'ambiente e orientato al sociale.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Heating and cooling accounts for roughly half of the EU's final energy demand – I voted in favour of this report which searches for solutions to reduce demand and make the sector more efficient, in order to decrease dependence on energy imports, reduce emissions, and bring down costs to consumers, especially those at risk of energy poverty. Together with fellow Socialist MEPs I have worked to advance a comprehensive European strategy to end energy poverty, while targeting those who are most vulnerable, particularly women facing social exclusion and single mothers.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — A substantial part of the EU's energy is used to heat and cool houses and buildings across the EU. Therefore, if the EU wants to increase its energy-efficiency we will have to work on the infrastructures that provide these. I voted in favour of this resolution, because it recognises the importance of thermal renovation and the efficiency gains that it can bring. I welcome its specific recommendations with regard to the renovation and insulation of buildings, as well as the use of new technological solutions and renewables. Finally, becoming more energy-efficient also means that we become less dependent on third countries for our energy supply, for example, with regard to our gas supply.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραπτώς*. – Η παρούσα έκθεση της επιτροπής Βιομηχανίας, Έρευνας και Ενέργειας έχει λάβει υπόψη της τις διαφορές και τις απόψεις που υπάρχουν στα κράτη μέλη, ενώ υπογραμμίζει τα μέτρα που πρέπει να ληφθούν, κυρίως στα νεότερα κράτη μέλη, για την θερμική ανακαίνιση των κτιρίων. Ψήφισα θετικά.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Nová stratégia pre vykurovanie a chladenie bola Európskou komisiou predstavená vo februári 2016 a ide o súčasť stratégie energetickej únie. Práve so zreteľom na stratégiu energetickej únie bola vypracovaná táto správa, ktorá reaguje na hlavné výzvy so stratégiou súvisiace. Podľa správy jedným z najväčších problémov je, že až 84 % vykurovania a chladenia je generovaného z fosílnych palív a potenciál obnoviteľných zdrojov energie nie je dostatočne využívaný. Tento fakt môže negatívne ovplyvniť klimatické a energetické ciele. Uznesenie preto navrhlo najmä dekarbonizáciu vykurovania a chladenia, premenu už existujúcich budov na budovy s nízkou energetickou spotrebou, využívanie potenciálu energie z odpadov, ale napríklad aj zahrnutie spotrebiteľov a priemyslu do procesu vytvárania a zabezpečovania energie.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei a favor do relatório Gierek por concordar com a estratégia proposta para o aquecimento e a refrigeração. Cerca de 40% do consumo de energia tem origem num parque imobiliário envelhecido que representa 36% do nosso consumo total de emissões de dióxido de carbono.

Neste sentido, defendo que, além dos edifícios públicos, alarguemos o nosso âmbito legislativo sobre o aquecimento e a refrigeração a privados, criando ao mesmo tempo acesso a financiamento para que possam levar a cabo as reformas necessárias.

Destaco de forma particular o apelo ao desenvolvimento, a nível nacional, de estratégias específicas e sustentáveis de aquecimento e refrigeração, dando especial atenção à produção combinada de calor e eletricidade, à cogeração e aos sistemas de aquecimento e refrigeração urbanos, dando sempre preferência a fontes de energia renováveis.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. — Il riscaldamento e il raffreddamento sono responsabili di metà del consumo energetico dell'UE, ma molta energia prodotta per riscaldare e raffreddare viene persa. Una delle priorità strategica dell'Unione in campo energetico non può che essere quella di rendere più efficienti e sostenibili queste due grosse voci di consumo. Questo consentirà di ridurre la dipendenza dalle importazioni di energia e i costi per famiglie e imprese ma anche di contribuire alla riduzione delle emissioni dei gas serra e agli impegni sottoscritti nell'accordo sul clima di Parigi COP21. Bisogna pensare che il 75 % dei combustibili utilizzati nel settore del riscaldamento e del raffreddamento continua a essere di origine fossile, circa metà è costituito dal consumo di gas. Noi del M5S siamo riusciti ad ottenere in questa relazione che la produzione energetica per riscaldamento e raffreddamento derivi sempre più da fonti rinnovabili e che si spinga per una riqualificazione energetica dell'edilizia esistente sia privata sia industriale. Tuttavia la relazione mantiene degli elementi che non condivido come la strategia sulla produzione di energia da rifiuti che implica il ricorso agli inceneritori. Ho votato quindi astensione.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem predlog resolucije strategije EU za ogrevanje in hlajenje.

Kot poudarja poročilo mora sektor ogrevanja in hlajenja, ki je skladen z energetskimi in podnebnimi cilji EU, temeljiti na 100 % obnovljivih virih energije najpozneje do leta 2050, kar je možno doseči le s temeljitim zmanjšanjem naše porabe energije in s polno uporabo načela, da je energetska učinkovitost najpomembnejše gorivo.

Strinjam se, da je treba storiti več, da bi zmanjšali povpraševanje po ogrevanju stavb in da bi preostalo povpraševanje preusmerili s kurjave na uvožena fosilna goriva v individualnih kotlih na trajnostne možnosti ogrevanja in hlajenja, skladne s cilji EU 2050.

5.16. Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU (A8-0162/2016 - Rosa D'Amato)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Senhor Presidente, as PME geram 71 % do emprego na União Europeia, e é por isso que entendemos ser fundamental avançar em relação às medidas de apoio a estas empresas.

Votei a favor deste relatório, porque consideramos positivo que identifique a austeridade como uma das causas do enfraquecimento das PME e também porque insiste na necessidade de facilitar o acesso das PME aos fundos estruturais e de investimento da União Europeia.

Mas quero destacar a nossa repulsa perante a ameaça da Comissão Europeia de congelar esses fundos destinados ao Estado espanhol e a Portugal, porque, além de considerarmos intolerável a utilização de fundos para chantagear os povos, consideramos que tanto os ajustes para evitar o congelamento de fundos, como o congelamento de fundos em si, vão criar ainda mais dificuldades às PME e, portanto, vão aumentar ainda mais os elevados níveis de desemprego, pobreza, marginalização e exclusão social que têm sido provocados pelas políticas de austeridade, sobretudo nos povos do sul da Europa.

Consideramos também que a União dos Mercados de Capitais não é a solução para as PME – na verdade, poderá criar novas dificuldades – e que também não são alternativa os acordos de comércio livre, que colocam as PME num caminho de redução dos custos de produção, reduzindo ao mesmo tempo salários e preços na origem, destruindo empregos e provocando o encerramento de muitas PME.

Este relatório refere-se também ao reforço das PME do setor agrícola, da pesca e da aquicultura através do objetivo temático n.º 3. Entendemos que, para manter estas PME, que são fundamentais para garantir a nossa soberania alimentar e a nossa segurança alimentar, são também fundamentais políticas de regulação da produção e dos mercados, bem como uma distribuição justa dos direitos de produção e dos direitos de pesca.

Marlene Mizzi (S&D). – Mr President, SMEs account for 99% of all EU businesses and provide about two-thirds of employment in Europe. This makes them an indispensable sector in stabilising the European economy and creating jobs and growth in Europe. One of the biggest challenges SMEs encounter on a daily basis is that of difficult access to affordable finance. Unfortunately, the current instruments are insufficient and do not provide SMEs, especially micro and small enterprises, with the necessary means to finance investment.

We must put in place the right environment and create the right opportunities for our SMEs to thrive and invest in the future. Therefore, I support the report, which not only underlines the importance of better access to financing for SMEs but also highlights the need to simplify relevant administrative procedures for continuous information and training on projects, and stresses the crucial role of local government in the proper utilisation of EU funds.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem podpořil tento dokument, jsem rád, že zde na plénu přijímáme i dokumenty, jejichž cílem je podpořit malé a střední podniky, podpořit byznys, a nejen dokumenty, které upravují rodičovskou dovolenou otců a další věci, které by, podle mého názoru, si měly upravit jednotlivé členské státy. Podpora malého a středního podnikání je obecně velmi důležitá pro prosperitu našeho kontinentu a je dobře, že tento materiál jasně vyzývá jednotlivé národní vlády, aby odstranily byrokratickou zátěž, zjednodušily přístup k podnikání, to si myslím, že je velmi důležité. A důležitá je také pasáž, podle mého názoru, která se týká financování malého a středního podnikání, protože přístup k úvěrům je pro začínajícího malého podnikatele mimořádně důležitou záležitostí. Z tohoto pohledu já tedy s dokumentem souhlasím, je dobře, že peníze jdou i na politiku soudržnosti, právě na podporu podnikání, tzn., že ty peníze budou reprodukovány a nejen utraceny.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, it is often said that SMEs constitute the keystone in the economies of our Member States, and thus, in initiatives such as the cohesion policy and the Euro 2020 strategy, careful consideration has been given to the role of SMEs in the economy, both now and in the future. As this report highlights the key economic concerns and priorities of the European Union, I support its proposals in the sphere of resource efficiency, growth and, above all, competitiveness, as well as the reflections on the relation to regional policy.

The report acknowledges the impact that the economic downturn had on SMEs throughout Europe, acknowledging the stifling of demand which was experienced. This is something I understand, given the obstacles that the Irish economy has faced: thankfully we are now recovering.

The recommendation for more and more efficient financial instruments is a good one, and I think that, if we implement these measures in a balanced way, we will ensure that SMEs can continue to innovate, compete and grow, and that, in conjunction with the digital single market, SMEs can thrive into the future.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il periodo di programmazione 2014-2020 dei Fondi strutturali e di investimento prevede 11 obiettivi tematici, tra cui la promozione della competitività delle PMI. La presente relazione riconosce la fondamentale importanza delle PMI per il tessuto economico e sociale europeo e in questo senso chiede alla Commissione di: semplificare la normativa esistente al fine di facilitare l'accesso delle PMI al credito (facendo espressa menzione del microcredito e dell'esigenza di trovare una soluzione duratura per l'arretrato dei pagamenti relativi alla politica regionale); tenere conto del valore aggiunto dei progetti delle PMI per lo sviluppo e l'innovazione dei settori tradizionali, soffocate dalle politiche di austerità attuate dall'Unione europea; tenere conto dei principi del pacchetto dell'economia circolare al fine di promuovere una crescita economica più sostenibile; assicurare la trasparenza degli appalti pubblici per evitare possibili frodi. Per questi motivi ho deciso di votare a favore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — The EU is being hypocritical when it talks about SMEs. Far from helping SMEs, its red tape and over-regulation makes the life of small business owners a misery. Fortunately Brexit means this will not be our problem for much longer, and we look forward to a positive and lighter regulatory climate in post-Brexit Britain.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à renforcer la compétitivité des PME qui génèrent 100 millions d'emplois dans l'Union européenne, soit un tiers des emplois dans le secteur privé. Quelques bonnes idées sont à relever: réduction des retards de payements et simplification administratives en faveur des bénéficiaires de fonds structurels, simplification d'accès au crédit pour les PME. Bien que la politique de cohésion permette au mieux d'atténuer les effets néfastes des politiques européennes en matière d'emploi et d'investissement dans les PME, l'injection massive de fonds publics n'est pas une solution pérenne pour pallier les difficultés rencontrées par les PME. Dans ce contexte, je me suis abstenu sur ce rapport. Je considère qu'il ne s'attaque par réellement aux racines des problèmes rencontrés par les PME en matière de compétitivité, de financement et de trésorerie.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – This implementation report calls for simplified and easier access to credit for SMEs. It emphasises that each ESI Fund (ESF, ERDF, Cohesion fund, EFMM and EARDF) supports 11 thematic objectives and the thematic objective 3 is about 'enhancing the competitiveness of small and medium-sized enterprises, the agricultural sector and the fisheries and aquaculture sector' and the related investment priorities for the ERDF. While it was a generally good report, it also made positive reference to the Capital Markets Union aimed at developing non-bank lending (shadow banking), which Sinn Féin strongly opposes. Because of this call being included, I did not vote in favour of the overall report but abstained

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui souligne la nécessité d'une simplification des procédures administratives, un meilleur accès au financement des PME, et insiste sur le rôle fondamental des gouvernements locaux qui – directement ou indirectement – sont impliqués dans les comités de suivi des programmes. Les PME sont essentielles au développement et à la prospérité de notre économie.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the report on enhancing the competitiveness of SMEs. Under the theme 'competitiveness of SMEs' the ESI funds have allocated more than EUR 63 billion (plus EUR 31 billion of national co-financing for a total amount of EUR 94 billion) in the 2014-2020 programme. In the EU there are 23 million SMEs, which account for around 99% of all businesses, make a fundamental contribution to economic growth, social cohesion, innovation and high-quality job creation, providing over 100 million jobs. However, only a small percentage of the EU's SMEs are currently able to identify and exploit the opportunities offered by international trade, trade agreements and the global value chains, and only 13% of them have been active at international level outside the EU over the past three years. While voting in favour of this report I also call for a less regulated access to funding. I also invite the Commission and the Member States to ensure enhanced coordination and consistency among all EU investment policies targeted at SMEs and Member States to exchange data and best practices. I also encourage the European Commission to make serious efforts and to encourage the long-awaited internationalisation of SMEs.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Das thematische Ziel „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU" (TZ 3) ist für die Verwirklichung der Ziele der Kohäsionspolitik und der Strategie Europa 2020 von allergrößter Bedeutung. Mit der Einführung der thematischen Konzentration in der Programmplanung der Kohäsionspolitik für 2014-2020 wurde ein wirksames Instrument dafür geschaffen, dass operationelle Programme mit einem verbesserten Schwerpunkt auf Investitionsprioritäten konzipiert werden können. Der Bericht bietet eine frühzeitige Bewertung dieses thematischen Kernziels sowie die erste Berichterstattung über die allgemeine Umsetzung der Strategie im Finanzplanungszeitraum 2014-2020, in der sowohl gemessen wird, was bislang erreicht werden konnte, als auch versucht wird, Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen.

Kleine und mittlere Unternehmen sind sowohl mit Blick auf die Beschäftigung als auch auf die Wettbewerbsfähigkeit von größter Bedeutung für die Wirtschaft der Regionen der EU. Sie bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft und schaffen europaweit die meisten Arbeitsplätze. Ich unterstütze daher die Schaffung einer großen Bandbreite an Maßnahmen und Finanzierungsinstrumenten, zur Förderung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – On recense plus de 23 millions de PME dans l'UE, soit 99 % des entreprises. Ces PME génèrent 100 millions d'emplois, soit deux tiers des emplois du secteur privé. 14 % des fonds européens disponibles sont alloués en faveur des PME, soit plus de 140 milliards d'euros pour la période de programmation 2014-2020.

Ce rapport ne s'attaque pas aux racines des difficultés rencontrées par les PME en matière de compétitivité, de financement ou de trésorerie, à savoir:

— la concurrence internationale déloyale exacerbée par le dumping social, environnemental, fiscal et monétaire que pratiquent les pays émergents et certains États membres;

— la monnaie unique qui prive les États du levier monétaire pour réduire les écarts de compétitivité avec leurs partenaires commerciaux;

— l'interdiction dans les traités européens de mettre en œuvre un patriotisme économique, notamment en accordant la priorité aux entreprises résidentes dans l'attribution des marchés publics;

— le durcissement des conditions d'octroi de crédit occasionné par les accords Bâle III.

En aucun cas, l'injection massive d'argent public, notamment par le biais de subventions, ne permettra de remédier durablement aux difficultés rencontrées par les PME.

C'est pourquoi j'ai voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – In the interests of transparency and democracy I would like to confirm I abstained on this report. Of course I want the EU to enhance the competitiveness of SMEs but as usual the EU's strategy for this is more EU legislation. More paperwork and red tape.

Far from helping SMEs the EU's red tape and over regulations makes the lives of small business owners a misery. Fortunately Brexit means this will not be the UKs problem for much longer. I look forward to a positive and lighter regulatory climate post-Brexit.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car comme le Parlement européen, j'ai toujours fait des PME la base indispensable de la création de l'emploi en Europe. Pour rappel, «les PME forment l'épine dorsale de l'économie de l'Union européenne et ont un énorme potentiel de création d'emplois, étant à l'origine de 85 % des nouveaux emplois; 20,7 millions de PME représentent plus de 67 % de l'emploi du secteur privé dans l'Union européenne, dont 30 % proviennent de microentreprises». Le Parlement estime également que «les PME sont les principaux moteurs de la croissance économique européenne à long terme et des possibilités de création d'emplois durables dans les 28 États membres».

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl Bendrųjų nuostatų reglamento 9 straipsnio 3 dalyje nurodyto teminio tikslo didinti MVĮ konkurencingumą įgyvendinimo. Ekonomikos ir finansų krizės laikotarpiu daugelyje valstybių narių išaugo skurdas ir socialinė atskirtis, taip pat ilgalaikis nedarbas, jaunimo nedarbas ir socialinė nelygybė, taigi MVĮ atlieka reikalingą svarbų vaidmenį skatinant Europos atsigavimą. Kiekvienas Europos struktūrinis ir investicijų (ESI) fondas remia po 11 teminių tikslų. Paramą telkiant pagal temas, veiklos programos buvo labiau pritaikytos prie konkretaus skaičiaus strateginių tikslų, ypač susijusių su MVĮ, įskaitant labai mažas įmones, potencialu stiprinti augimą ir kurti aukštos kokybės darbo vietas. Tačiau nors MVĮ yra labai svarbios sėkmingai sanglaudos politikai užtikrinti, jos susiduria su daugybe problemų – teisinėmis, institucinėmis ir techninėmis kliūtimis. Todėl pritariu, kad atsirandančios kliūtys MVĮ turi būti šalinamos bei toliau būtų stiprinama numatyta ESI fondų parama.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A Regionális Fejlesztési Bizottság által benyújtott jelentés a kis- és közepes vállalkozások versenyképességének javítása tematikus célkitűzés végrehajtásáról szól. Felhívja a tagállamokat, hogy segítsék a kkv-k fejlődését, ennek keretében egyszerűsítsék a hitelhez jutás feltételeit, és biztosítsák a kkv-kat célzó valamennyi uniós beruházási politika fokozott koordinációját. Ezen túlmenően a jelentés felhívja a Bizottságot, hogy a tagállamokkal és az irányító hatóságokkal együtt ösztönözze egy egyetemekből, kutatóközpontokból, társadalmi és gazdasági szereplőkből és közintézményekből álló hálózat kialakítását, amely támogatja a vállalkozói készségek kialakítását.

Mivel jelenleg a kkv-k egynegyede folytat külkereskedelmet, a jelentés e téren is előrelépést és annak megfelelő támogatást javasol (a strukturális és beruházási alapok hatékonyabb felhasználásával). A kkv-k nemzetközi versenyképességük növelése céljából kapjanak nagyobb részt a kohéziós politika forrásaiból. A kkv-k fokozott támogatása olyan cél, amivel egyetértek és igennel szavaztam. Ugyanakkor megjegyezném, hogy a kkv-k akkor tudnak fejlődni, ha az aggregált kereslet nő a gazdaságban.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – The EU is being hypocritical when it talks about SMEs. Far from helping SMEs, its red tape and over-regulation makes the life of small business owners a misery. Fortunately Brexit means this will not be our problem for much longer, and we look forward to a positive and lighter regulatory climate in post-Brexit Britain.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – La politique de cohésion permet au mieux d'atténuer les effets néfastes des politiques européennes en matière d'emploi et d'investissement dans les PME. En aucun cas, l'injection massive d'argent public – notamment par le biais de subventions – ne permettra de remédier durablement aux difficultés rencontrées par les PME (concurrence déloyale, non-optimalité de la zone euro, interdiction du patriotisme économique): je me suis donc abstenu.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. — En el periodo de programación 2014-2020 se han asignado más de 63 000 millones de euros de los Fondos EIE (Fondos Estructurales y de Inversión Europeos) para el objetivo general relativo a la «competitividad de las pymes». Voto a favor de este informe debido a que considero fundamental apoyar a casi 1 000 0000 de empresas y por consiguiente la creación directa de más de 300 000 puestos de trabajo. Además, se prevé que proporcione financiación a microempresas, con especial atención a cooperativas y empresas de la economía social.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – I 23 milioni di piccole e medie imprese europee rappresentano circa il 99 % di tutte le imprese dell'UE. Pur offrendo oltre 100 milioni di posti lavoro e costituendo un elemento centrale della crescita economica, dell'innovazione e della coesione sociale del continente solo il 13 % di esse è impegnato in attività commerciali e in investimenti nei mercati globali. Le politiche di austerità, attuate dagli Stati membri e dall'Unione europea negli scorsi anni, hanno soffocato la domanda e generato numerose difficoltà alle imprese. Ho votato a favore della relazione D'Amato perché condivido fortemente la necessità di rilanciare la competitività delle PMI europee, anche a livello internazionale, attraverso investimenti e in particolare con un corretto utilizzo dei fondi SIE. Il testo sottolinea efficacemente alcune linee guida per uscire da queste problematiche partendo dalla semplificazione delle procedure amministrative e dal miglioramento dell'accesso al credito per le imprese. Occorre garantire un maggiore coinvolgimento delle autorità locali e un miglioramento delle loro capacità amministrative nei comitati di sorveglianza dei programmi per il Fondo europeo di sviluppo regionale (FESR), per il Fondo sociale europeo (FSE) e altri fondi. Le PMI sono un fattore cruciale per lo sviluppo e la prosperità della nostra economia, non possiamo dimenticarlo.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor a este informe que resalta la importancia de las pymes en la economía europea. Propone simplificar y disminuir la burocracia, la regulación y legislación en el acceso a ayudas y créditos para las pymes.

Destacamos que el informe hace referencia a la mala gestión económica y que las medidas de austeridad que paralizan la demanda, inciden de manera más dura en las pymes; y que apoya la creación de redes de innovación, y el intercambio de las experiencias positivas, así como el apoyo técnico.

Apostar por una inversión en pymes es apostar por el futuro, el empleo y una economía más sostenible.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Concernant ce rapport sur le renforcement de la compétitivité des PME, j'ai choisi de m'abstenir.

Certes, je rejoins sur beaucoup de points les objectifs souhaités par le rapporteur. Ainsi, je me suis toujours battue en faveur de la simplification administrative pour les PME et en particulier les bénéficiaires des fonds structurels européens qui sont visés dans ce rapport. Par ailleurs, je souhaite également que soient réduits au maximum les retards de paiement liés aux fonds issus de la politique de cohésion, ainsi que, nécessité fondamentale, la simplification de l'accès au crédit en faveur des PME.

Cependant, je déplore que ce rapport ne s'attaque pas aux racines du «mal» en matière de compétitivité ou de financement pour les PME. Ainsi, le texte omet de pointer du doigt le problème de la concurrence déloyale, fruit du dumping social, environnemental, fiscal et monétaire que subissent les entreprises européennes.

De même, aucune remise en cause de la monnaie unique qui empêche pourtant les États membres de pouvoir doper leurs exportations. En règle générale, l'interdiction par Bruxelles de mettre en place un véritable patriotisme économique qui favoriserait les entreprises, leur permettant d'être prioritaires dans l'attribution des marchés publics par exemple.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione è condivisibile ed equilibrata. Ritengo di fondamentale importanza sostenere le piccole e medie imprese, che rappresentano la forza economica del nostro territorio; per questo ho deciso di sostenere col mio voto questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La política de cohesión es el principal instrumento para la inversión y creación de empleo en la Unión. A lo largo de esta crisis se ha convertido en determinadas regiones en la única política de inversión.

En la UE existen 23 millones de pymes —el 99 % de todas las empresas—, que contribuyen de manera fundamental al crecimiento económico, la cohesión social, la innovación y la creación de empleo de calidad.

A través de los Fondos Estructurales destinados al programa de mejora de competitividad de las pymes, en el periodo 2014-2020 se espera aumentar la creación de puestos de trabajo e invertir en el desarrollo de las capacidades de las personas, al tiempo que desarrollar y aplicar nuevos modelos de negocio, desarrollar nuevos productos y servicios y apoyar la internacionalización.

Por ello, el informe, que he apoyado, pide a Comisión y Estados miembros que tengan en cuenta el valor añadido de los proyectos de las pymes para el desarrollo y la innovación de sectores tradicionales para impulsar su adaptación ante los procesos de digitalización mejorando sus cualificaciones en las TIC, y apela a Estados miembros y entidades regionales a que estudien y apliquen en toda su extensión las posibilidades que ofrecen los instrumentos financieros.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pasisakė dėl Europos Sąjungos mažų ir vidutinių įmonių (MVĮ) konkurencingumo didinimo. ES šiandien veikia 23 mln. MVĮ, o tai sudaro apie 99 proc. visų įmonių. Jos iš esmės prisideda prie ekonomikos augimo, socialinės sanglaudos, inovacijų skatinimo ir aukštos kokybės darbo vietų kūrimo: MVĮ užtikrina per 100 mln. darbo vietų, t. y. sukuria 2 iš 3 privačiojo sektoriaus darbo vietų, o užimtumo augimo lygis jose dukart viršija stambesnių įmonių rodiklį. Ir, vis dėlto, MVĮ, kurios galėtų pretenduoti į ESI fondų pagalbą, ypač neigiamai veikia sudėtingos ir nepastovios taisyklės bei susijusi biurokratinė našta, o ypač tai, kad administracinės išlaidos visiškai neproporcingos skiriamo finansavimo, paraiškų finansavimui gauti nagrinėjimo trukmės ir avansinių lėšų būtinybės požiūriu. Todėl šiuo pranešimu Parlamentas ragina Komisiją ir valstybes nares atsižvelgti į MVĮ projektų pridėtinę vertę tradicinių sektorių vystymo ir inovacijų požiūriu, nes tai skatintų ne tik kurti darbo vietas, bet ir išsaugoti vietos ir regioninio verslo specifiką, kartu laikantis tvarumo principų.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Helyes, hogy a Bizottság fokozott figyelmet fordít a jó kormányzásra és a jó minőségű közszolgáltatásokra. Az átlátható, következetes és innovatív közbeszerzési rendszer fontos a kkv-k számára, ezért fontos a kkv-k pályázatokon való részvétele előtt álló akadályok minél teljesebb körű elmozdítása, a túlzott bürokratikus terhek kiiktatása, a kiegészítő feltételek szabásának elkerülése nemzeti szinten, egyúttal mihamarabb végrehajtva a közbeszerzési vitarendezésre vonatkozó hatályos jogalkotási keret rendelkezéseit. Ugyanakkor nem hiszem, hogy a kkv-k megfelelő ösztönzők mellett elő tudják segíteni a bevándorlók integrálását.

David Borrelli (EFDD), *per iscritto*. –Ho votato a favore della relazione della collega D'Amato sull'attuazione dell'obiettivo tematico «promuovere la competitività delle PMI» perché mette in evidenza il contributo economico apportato dalle piccole e medie imprese, parliamo di oltre 100 milioni di posti di lavoro in Europa, e individua le difficoltà affrontate oggi dalle stesse PMI a causa delle politiche di austerità attuate dagli Stati membri e dall'Unione. La relazione pone particolare attenzione a temi di grande rilevanza come la crescita occupazionale tramite la promozione di una prosperità economica più sostenibile, la risoluzione del grave problema dei ritardi dei pagamenti da parte della Commissione e il sostegno all'attività autonoma attraverso il microcredito, affinché si possano superare gli ostacoli all'accesso ai servizi bancari tradizionali. Infine, mi preme sottolineare l'importanza della partecipazione diretta dei cittadini che, attraverso la piattaforma Rousseau, hanno contribuito alla stesura di questa relazione.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Bien que je sois en faveur du soutien aux PME et bien que tous les vœux pieux de ce texte aillent dans ce sens, je constate une nouvelle fois dans ce rapport que les vraies racines du mal ne sont pas identifiées et encore moins combattues (monnaie unique, frontières ouvertes à tous les dumpings de toutes sortes et interdiction de pratiquer le patriotisme économique).

Par conséquent, je me suis abstenue.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – I fondi SIE servono a promuovere la competitività delle piccole e medie imprese dell'Unione europea. Sono una importante fonte di finanziamento di cui beneficeranno 801.500 imprese per la per la creazione diretta di 354.300 nuovi posti di lavoro: questo significa che il 5 % di tutte le PMI dell'UE e l'8 % delle nuove imprese riceveranno finanziamenti europei. I fondi SIE sono strumenti validi e da sostenere, che finanziano 11 obiettivi tematici, tra cui la promozione della competitività delle piccole e medie imprese del settore agricolo (per il FEASR) e del settore della pesca e dell'acquacoltura (per il FEAMP), nonché le priorità d'investimento correlate per il FESR: tutte azioni utili per sostenere la realizzazione della strategia Europa 2020 dell'UE per una crescita intelligente, sostenibile, inclusiva e solidale dell'Europa.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à renforcer la compétitivité des 23 millions de PME implantées au sein de l'Union européenne. Nous partageons la plupart des idées défendues dans ce rapport telles que la simplification administrative en faveur des bénéficiaires des fonds structurels européens, l'accroissement des synergies entre les fonds structurels européens ou encore la simplification de l'accès au crédit en faveur des PME. Nous constatons en revanche que le rapporteur n'avance aucune piste concrète pour atteindre ces vœux pieux. De plus, ce rapport ne s'attaque pas aux racines des problèmes rencontrés par les PME en matière de financement, de trésorerie ou de compétitivité. Aucune remise en cause de la directive sur le détachement des travailleurs qui exacerbe la concurrence déloyale au sein de l'Union, aucun commentaire sur les traités européens qui interdisent les États membres d'attribuer les marchés publics à leurs PME. En réalité, la politique de cohésion permet au mieux d'atténuer les effets néfastes des politiques européennes en matière d'emploi et d'investissement dans les PME. En aucun cas, l'injection massive d'argent public, notamment par le biais de subventions, ne permettra de remédier durablement aux difficultés rencontrées par les PME. Je me suis donc abstenu sur ce rapport.

Cristian-Silviu Buşoi (PPE), *în scris*. – După ascensiunea din ultimele decenii, se apreciază că firmele mici și mijlocii vor constitui în perioada următoare vectorul principal al progresului economic, atât în țările dezvoltate, cât și în cele aflate în tranziție.

Îmbunătățirea competitivității IMM-urilor este un domeniu esențial de intervenție, în condițiile în care IMM-urile reprezintă circa 99% din totalul întreprinderilor, cu o contribuție decisivă la crearea de noi locuri de muncă și asigurarea coeziunii. Îmbunătățirea competitivității întreprinderilor mici și mijlocii este obiectiv prioritar în Programul Operațional Regional 2014-2020, acestui cadru fiindu-i alocate aproximativ 63 de miliarde de euro din fondurile ESI pentru această perioadă.

Susțin propunerea de rezoluție a PE referitoare la punerea în aplicare a obiectivului tematic „îmbunătățirea competitivității IMM-urilor", deoarece consider că programul se va concentra asupra instrumentelor financiare și sprijinului destinat internaționalizării întreprinderilor și va fi simplificat pentru ca întreprinderile mici să beneficieze mai ușor de el. În cursul noii perioade de programare, investițiile în IMM-uri se vor face prin OT 3, permițând totodată și realizarea de investiții în IMM-uri în cadrul altor obiective tematice.

Elaborarea strategiei pentru competitivitate pune accent pe capitalizarea potențialului industriilor și serviciilor competitive, atragerea IMM-urilor în lanțul de creare a valorii, promovarea inovării tehnologice și susținerea internaționalizării IMM-urilor.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Les petites et moyennes entreprises constituent l'épine dorsale de l'économie européenne. Elles représentent 100 millions d'emplois et contribuent énormément à la croissance économique de l'Union. La politique de cohésion de l'Union européenne à travers ses fonds structurels et d'investissement participe au financement des PME. Il est donc primordial que la politique de cohésion offre des instruments adaptés aux spécificités de ces entreprises. Dans cette perspective, il est important de renforcer le soutien des fonds structurels et d'investissement aux PME. Il faut également éliminer les obstacles bureaucratiques et réglementaires qui empêchent les PME d'accéder à ce soutien financier. J'ai voté en faveur de ce rapport d'initiative.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in questione perché penso che le PMI siano la forza motrice dell'economia europea. Gli Stati membri e le regioni dovrebbero prevedere meccanismi di informazione e di sostegno efficaci per consentire alle PMI di beneficiare di fondi europei, nonché adottare misure ambiziose combinando le risorse di bilancio dell'UE provenienti in particolare dai programmi COSME e Orizzonte 2020 e dai Fondi strutturali e di investimento europei. Bisogna anche semplificare la vita delle PMI velocizzando le procedure di accesso ai finanziamenti europei e alleggerendo gli atti legislativi dell'UE più gravosi, al fine di sostenere la competitività delle PMI e l'assorbimento dei Fondi strutturali e di investimento europei. Inoltre penso che l'accesso al credito debba essere semplificato e meno regolamentato, tenendo conto delle caratteristiche particolari delle microimprese, delle nuove imprese e delle regioni in cui esse operano. Noto che purtroppo gli investitori e le banche sono spesso restii a finanziare le imprese nelle fasi di avviamento e di prima espansione e che molte PMI, in particolare le nuove imprese di piccole dimensioni, incontrano difficoltà nell'ottenere accesso a finanziamenti esterni.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This implementation report calls for simplified and easier access to credit for SMEs. It emphasises that each ESI Fund (ESF, ERDF, Cohesion fund, EFMM and EARDF) supports 11 thematic objectives and the thematic objective 3 is about 'enhancing the competitiveness of small and medium-sized enterprises, the agricultural sector and the fisheries and aquaculture sector' and the related investment priorities for the ERDF. While it was a generally good report, it also made positive reference to the Capital Markets Union aimed at developing non-bank lending (shadow banking), which Sinn Féin strongly opposes. Because of this call being included, I did not vote in favour of the overall report but abstained.

David Casa (PPE), *in writing*. – Small and medium-sized enterprises (SMEs) are essential for the economy of EU regions, both in terms of employment and competitiveness and the Report underscores the importance of doubling the support offered through Cohesion Policy to SMEs for the 2014-2020 period. In the new programming period, among other possibilities, investments in SMEs will be made also through the ESI Funds under the broad theme of 'competitiveness of SMEs'. It is important to increase funding for the strengthening of the competitiveness of SMEs. I voted in favour of this Report.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il periodo di programmazione 2014-2020 dei Fondi strutturali e di investimento prevede 11 obiettivi tematici: l'obiettivo tematico (OT) 3 riguarda la promozione della competitività delle PMI e ha una dotazione di oltre 63 miliardi di euro (94, se si aggiunge il cofinanziamento nazionale). La relazione della nostra collega Rosa D'Amato contiene diverse aspetti positivi: la definizione del processo di internazionalizzazione delle PMI, che dovrebbe basarsi sulla responsabilità sociale delle imprese, sul rispetto dei diritti umani e dei diritti dei lavoratori e sul livello più elevato possibile di protezione dell'ambiente, al fine di garantire una concorrenza leale e un aumento dell'occupazione di qualità; l'enfasi sulle difficoltà incontrate dalle PMI, con la chiara menzione del fatto che le politiche di austerità attuate dagli Stati membri e dall'Unione europea hanno soffocato la domanda; la rilevazione dell'assenza di dati fattuali sugli effetti e i risultati prodotti dagli strumenti finanziari nonché il debole legame esistente tra tali strumenti finanziari e gli obiettivi e le priorità generali dell'UE; la menzione del microcredito, mirato principalmente ai microimprenditori e alle persone svantaggiate che desiderano intraprendere un'attività autonoma, è fondamentale per superare gli ostacoli all'accesso ai servizi bancari tradizionali. Per questi motivi, voto a favore.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – In view of the fact that there are 23 million SMEs registered within the European Union providing more than 100 million jobs, I voted for this report. I am very much in favour of implementation of measures that will enhance their competitiveness. I believe that this can be achieved through financial support provided by European Structural and Investment Funds, by providing SMEs with microcredits, by simplifying mechanism that will help the business environment and speeding up the process of setting up of new businesses and by decreasing excessive bureaucracy that prevents SMEs from applying for the available funds. I would be in favour of Member States exchanging more data, knowledge and best practices in this regard. Thank you.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Le PMI sono il motore fondamentale della crescita dell'economia dell'UE sia in termini di occupazione che di competitività. Sono oltre 23 milioni le PMI dell'UE che garantiscono circa 100 milioni di posti di lavoro. Promuovere il loro sviluppo è un obiettivo chiave per l'Unione europea.

In un momento di crisi economica difficile come quello ancora in corso, le PMI vanno aiutate a promuovere la loro competitività e l'innovazione, e sotto questo profilo i Fondi SIE costituiscono strumenti efficaci per il raggiungimento di tale obiettivo. Come più volte sostenuto da questa Aula, però, occorrono procedure semplificate di accesso ai fondi, unitamente al coordinamento con tutte le politiche d'investimento dell'UE per le PMI.

Solo in questo modo e attraverso una azione sinergica si potrà massimizzare l'impatto e l'effetto degli investimenti per creare un ecosistema positivo di sviluppo e di crescita.

Per questi motivi ho votato a favore della relazione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και υπογραμμίζουμε πως οι μικρές και μεσαίες επιχειρήσεις (ΜΜΕ) είναι ουσιώδεις για την οικονομία των περιφερειών της ΕΕ, τόσο σε θέματα απασχόλησης όσο και ανταγωνιστικότητας.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς την έκθεση σχετικά με την εφαρμογή του θεματικού στόχου «βελτίωση της ανταγωνιστικότητας των μικρομεσαίων επιχειρήσεων». Ιδιαίτερα, κατά την περίοδο της οικονομικής κρίσης που η Ευρώπη συνεχίζει να αντιμετωπίζει, η ανάπτυξη στρατηγικών για τη βελτίωση της θέσης των επιχειρήσεων μικρού και μεσαίου βεληνεκούς, λειτουργεί προς όφελος των πολιτών και ως εκ τούτου ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione D'Amato sulla promozione della competitività delle piccole e medie imprese (PMI) dal momento che queste ultime sono fondamentali per l'economia dell'Unione europea, sia in termini di occupazione che di competitività. Infatti, esse costituiscono il 99 % delle imprese europee e offrono circa due terzi dei posti di lavoro nel settore privato. Inoltre, questo tema è essenziale per il raggiungimento degli obiettivi della politica di coesione e della strategia di Europa 2020. Dal momento che la politica di coesione per il periodo 2014-2020 raddoppierà i fondi per le PMI per il periodo 2007-2013 fino a 140 miliardi di euro, accolgo con favore la proposta di semplificare la normativa europea, nazionale e regionale al fine di facilitare l'accesso delle PMI ai finanziamenti.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on enhancing the competitiveness of SMEs and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A competitividade das pequenas e médias empresas é uma das prioridades da Estratégia Europa 2020. A programação dos fundos de coesão ao nível temático é uma inovação bem-vinda, uma vez que possibilita um maior escrutínio da sua aplicação, permitindo desde já concluir que a sua atribuição tem contribuído para um reforço do crescimento e para a criação de emprego, incluindo nas microempresas.

Esta temática é de particular importância para Portugal, onde a maioria do tecido empresarial são PME. Esta resolução faz um bom diagnóstico das dificuldades encontradas. Ressalve-se, contudo, que no âmbito dos fundos de coesão do período anterior - contrariamente ao que se passou no resto da Europa - Portugal teve uma das melhores execuções a nível europeu.

Congratulo-me pela aprovação desta resolução, reforçando a importância de maior escrutínio e uma maior ligação às PME no planeamento do próximo quadro financiamento plurianual.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn ich unterstützte die Verdopplung der Finanzmittel für den laufenden Programmplanungszeitraum 2014-2020. Aber allein mit der Aufstockung des Budgets ist es nicht getan: Ich unterstützte außerdem die vorgeschlagenen Maßnahmen, wodurch bestehende Hindernisse für die wirksame Nutzung von Finanzmitteln durch KMU ermittelt und z. B. durch Informations- und Unterstützungsmechanismen abgebaut werden können. Auch die Vorschläge, potenzielle Synergien innerhalb der ESI-Fonds und zwischen den ESI-Fonds und anderen für KMU wichtigen Fonds herzustellen, stellen für mich wichtige Maßnahmen dar, um die Wettbewerbsfähigkeit der KMU konsequent weiter aufzubauen und zu stärken.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Promuovere la competitività delle imprese è una priorità per raggiungere gli obiettivi della politica di coesione e della strategia Europa 2020. Le piccole e medie imprese sono fondamentali per lo sviluppo economico delle regioni dell'UE, perché promuovono allo stesso tempo competitività e occupazione. Nel periodo 2007-2013 mediante la politica di coesione le imprese avevano ricevuto 70 miliardi di euro a sostegno delle loro attività. L'obiettivo per il periodo 2014-2020 è quello di raddoppiare la quota, anche mediante il contributo di strumenti finanziari. Ho votato a favore dell'attuazione dell'obiettivo tematico di promozione delle PMI all'interno della politica di coesione, perché ritengo sia uno strumento efficace per l'applicazione di programmi operativi incentrati sulle politiche di investimento, capaci di stabilire obiettivi specifici in termini di crescita economica e occupazione. È importante sottolineare come tale approccio riconosca la rilevanza delle autorità locali nella dimensione territoriale dei programmi operativi ed è volto a semplificare e ridurre gli oneri amministrativi, in modo da poter accedere e utilizzare gli strumenti finanziari dell'UE.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — We have 23 million small and medium-sized enterprises (SMEs) in the EU, which account for around 99% of all businesses; making a fundamental contribution to economic growth, social cohesion, innovation and high-quality job creation. Having said that we only have 13% of European SMEs which are engaged in commercial activities and investments in the global markets.

I share the concern expressed in this report on a skills gap with regard to ICT skills that should be dealt with by placing more emphasis on relevant training and education; improving access to finance, providing more information, simplifying legislation, cutting red tape and promoting e-cohesion amongst society stakeholders. In this sense, operational programmes should be fine-tuned to support research and development, particularly SMEs to increase their capacity to submit patent applications to the European Patent Office. These require viable and user-friendly financing schemes to achieve the scopes aimed at.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque contribuye a reforzar las capacidades de pequeñas y medianas empresas, a través de mejorar su accesibilidad a la financiación, y por lo tanto contribuye a fijar puestos de trabajo y potenciar la creación de nuevas oportunidades. El informe pide un acceso al crédito simplificado y menos regulado para las pymes, y recalca que éstas son esenciales en la economía de las regiones de la Unión. Hace hincapié en recordar que una buena parte de los problemas sufridos por las pymes fueron y son debidos a las políticas de austeridad implementadas por los Estados miembros.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Ho votato in favore della risoluzione poiché ritengo che la promozione dell'imprenditorialità rappresenti un importante incentivo alla crescita delle PMI sui mercati nazionali e internazionali. È noto che le PMI costituiscono il motore per la crescita economica delle regioni dell'UE, sia in termini di occupazione che di competitività. In quest'ottica, la politica di coesione 2014-2020 rappresenta un efficace catalizzatore di investimenti volti a promuovere e sostenere, mediante una serie di strumenti finanziari innovativi, l'avviamento e lo sviluppo delle PMI. Tuttavia, la complessa gestione dei fondi strutturali e degli oneri amministrativi, nonché l'accesso limitato delle PMI ai finanziamenti hanno finora condotto a un assorbimento insufficiente dei fondi ed è necessario accelerare in questa direzione. È pertanto fondamentale che gli Stati membri e le regioni prevedano meccanismi di informazione e di sostegno efficaci per consentire alle PMI di beneficiare dei fondi europei. Una forte sinergia tra i fondi SIE e altre politiche e strumenti finanziari destinati alle PMI consentirà di massimizzare l'impatto degli investimenti e rendere tangibili i risultati degli investimenti della politica di coesione, contribuendo a modellare la crescita attuale e futura delle regioni negli Stati membri.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Strategia Europa 2020 prevede creșterea inteligentă, durabilă și favorabilă incluziunii. Întreprinderile mici și mijlocii sunt esențiale pentru economia statelor membre, atât pentru ocuparea forței de muncă, cât și pentru creșterea competitivității. În perioada 2007-2013 s-au alocat peste 70 de miliarde de euro pentru sprijinirea întreprinderilor, prin intermediul politicii de coeziune. Pentru perioada 2014-2020 se urmărește dublarea acestei sume.

Am votat pentru continuarea ajutorării IMM-urilor de a se integra cu succes în lanțurile valorice globale. Aceste întreprinderi reprezintă coloana vertebrală a economiei UE, fiind responsabile de 85% dintre locurile de muncă nou create. Ele reprezintă factori-cheie ai creșterii economice pe termen lung a Europei.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. - Tartózkodtam a kis-és középvállalkozások versenyképességének javításáról szóló jelentés szavazása során. A jelentés sok hasznos gondolatot tartalmaz. A KKV-k fontos szerepet játszhatnak Európa fellendülésében, hiszen az összes vállalkozás 99%-át kitevő mintegy 23 millió kis- és középvállalkozás jelentős mértékben járul hozzá a gazdasági növekedéshez, a társadalmi kohézióhoz, innovációhoz, munkahelyteremtéshez. Azonban a jelentés egy bekezdésében megjelenik a menekültek és migránsok integrációja, melyhez – amint a jelentés kifejti – a kisvállalkozások tevékenységét segítő megfelelő támogatás és ösztönzők innovatív lehetőséget nyújthatnak.

A kohéziós politika eredeti szerződéses hivatása „a különböző régiók fejlettségi szintje közötti egyenlőtlenségek és a legkedvezőtlenebb helyzetű régiók lemaradásának csökkentése". Ezért nem tudok egyetérteni azzal, hogy az európai régiók számára oly fontos kohéziós forrásokat migrációval kapcsolatos célokra fordítsák.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Popieram sprawozdanie, ponieważ zwraca ono uwagę na kilka kluczowych aspektów. Zarówno na rolę, jaką MŚP powinny mieć w gospodarce UE, jak i ich rolę w realizacji polityki spójności. Kolejnym aspektem jest potrzeba ograniczania biurokracji oraz zróżnicowania źródeł finansowania, jak również wczesne zaangażowanie w dyskusje o priorytetach inwestycyjnych w przyszłych rundach finansowania, a także wymiana najlepszych praktyk między państwami członkowskimi. Chciałbym jedynie zaznaczyć, że nie uważam, że należy wiązać wsparcie dla MŚP z szansą na integrację uchodźców i migrantów.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – This report calls the Commission amongst others, to consider the circular economy package and COP21, to consider reduction of austerity policies, raising awareness on financial sources of SMEs, coordination among all EU investment policies, acceleration of cohesion policy and sharing of best practices between Member States. It also underlines the need to reduce administrative burdens and better access to financing. I am in favour of this report as it really and truly enhances the competitiveness of SMEs which I believe are the future of development and economic prosperity.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Având în vedere că politica de coeziune reprezintă instrumentul principal pentru investițiile în creștere și locuri de muncă în Uniunea Europeană, consider că trebuie să se monitorizeze mai îndeaproape accelerarea punerii în aplicare, în special crearea de proiecte cu un potențial de creștere sustenabilă și de creare de locuri de muncă de calitate, cu accent pe proiectele lansate și în mediul rural, pentru crearea de noi servicii și pentru a contribui la evitarea depopulării zonelor rurale.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative vise à établir une stratégie permettant d'atteindre les objectifs de la politique de cohésion et de la stratégie Europe 2020. Le rapport propose une concertation thématique dans l'établissement de la politique de cohésion avec des objectifs clairs, en particulier celui de renforcer la croissance et des créer des emplois de qualité dans les PME. Considérant que les petites et moyennes entreprises, qui sont au cœur du modèle économique de l'Union européenne, devraient bénéficier d'un soutien de l'Union en faveur de leur compétitivité, j'ai soutenu ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – The EU is being hypocritical when it talks about SMEs. Far from helping SMEs, its red tape and over-regulation makes the life of small business owners a misery. Fortunately Brexit means this will not be our problem for much longer, and we look forward to a positive and lighter regulatory climate in post-Brexit Britain.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce texte. L'adoption à une large majorité de ce rapport sur la mise en œuvre de l'objectif thématique «renforcement de la compétitivité des PME» est un signe extrêmement positif envoyé aux 23 millions de PME de l'Union européenne, véritables cœurs de nos économies. Alors que le développement et la prospérité de ces entreprises déterminent indéniablement la croissance européenne, mais permettent également la cohésion sociale, il est indispensable de renforcer leur compétitivité, notamment par une contribution adéquate des FSIE (Fonds structurels et d'investissement européens). L'importance d'un accès au financement est très justement soulignée dans ce rapport.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A kis-és középvállalkozások versenyképességének javításáról szóló jelentés szavazása során tartózkodó álláspontra helyezkedtem. A jelentés sok hasznos gondolatot tartalmaz. A KKV-k kétségtelenül fontos szerepet játszhatnak Európa fellendülésében, hiszen az összes vállalkozás 99%-át kitevő mintegy 23 millió kis- és középvállalkozás jelentős mértékben járul hozzá a gazdasági növekedéshez, a társadalmi kohézióhoz, innovációhoz, munkahelyteremtéshez. Azonban a jelentés egy bekezdésében megjelenik a menekültek és migránsok integrációja, melyhez – amint a jelentés kifejti – a kisvállalkozások tevékenységét segítő megfelelő támogatás és ösztönzők innovatív lehetőséget nyújthatnak.

A kohéziós politika eredeti szerződéses hivatása „a különböző régiók fejlettségi szintje közötti egyenlőtlenségek és a legkedvezőtlenebb helyzetű régiók lemaradásának csökkentése" (EUMSZ 174. cikk). Nem tudok egyetérteni azzal, hogy az európai régiók számára oly fontos kohéziós forrásokat migrációval kapcsolatos célokra fordítsák. Itt az ideje felismerni, hogy a kötelező befogadási kvóta, az áttelepítés nem működik. A migránsok, menekültek számára származási országukban kell segítséget nyújtani, és nem az uniós tagállamokba hozni a problémát.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della promozione della competitività delle PMI in quanto ritengo che esse siano di fondamentale importanza per l'economia dell'UE. Inoltre, la competitività delle PMI favorisce una crescita sostenibile e responsabile dal punto di vista economico e ambientale, sia a livello comunitario che nazionale e regionale.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Aujourd'hui, 14 % des fonds européens disponibles sont alloués en faveur des 23 millions de PME, soit plus de 140 milliards d'euros pour la période de programmation 2014-2020. Le rapport pointe du doigt la lourdeur administrative des systèmes de subventions des fonds structurels européens, les retards de paiement fréquents et les difficultés d'accès au crédit. Hormis les constats, auxquels nous souscrivons, ce rapport ne propose aucune solution concrète. En particulier, il ne remet nullement en cause la concurrence déloyale, le caractère non-optimal de la zone euro ainsi que le durcissement des conditions d'octroi de crédit occasionné par les accords Bâle III. Je me suis donc abstenue sur ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих този доклад, тъй като смятам, че съдържа в себе си множество положителни елементи. Специално внимание е обърнато на ролята на малките и средни предприятия за европейската икономика и кохезионната политика, намаляване на бюрокрацията и насърчаването на финансиране. Не съм съгласен единствено с факта подкрепата за малките и средни предприятия да се обвърже с интегрирането на мигранти и бежанци.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η ενίσχυση των μικρών και μεσαίων επιχειρήσεων σε καμία περίπτωση δεν περνάει μέσα από την επιπλέον δανειοδότηση ή τις θολές πρακτικές της Ένωσης. Αυτό που απαιτείται είναι μια ευνοϊκή και για τους εργαζόμενους και για τις επιχειρήσεις φορολογική πολιτική, προστασία τους από τον ανταγωνισμό τρίτων χωρών και έμφαση στις δυνατότητες ανάπτυξης με δικά τους κεφάλαια και όχι δάνεια που θα ενισχύσουν για ακόμα μια φορά το αμαρτωλό τραπεζικό σύστημα.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A kis-és középvállalkozások versenyképességének javításáról szóló jelentés szavazása során tartózkodó álláspontra helyezkedtem. A jelentés sok hasznos gondolatot tartalmaz. A KKV-k kétségtelenül fontos szerepet játszhatnak Európa fellendülésében, hiszen az összes vállalkozás 99%-át kitevő mintegy 23 millió kis- és középvállalkozás jelentős mértékben járul hozzá a gazdasági növekedéshez, a társadalmi kohézióhoz, innovációhoz, munkahelyteremtéshez. Azonban a jelentés egy bekezdésében megjelenik a menekültek és migránsok integrációja, melyhez – amint a jelentés kifejti – a kisvállalkozások tevékenységét segítő megfelelő támogatás és ösztönzők innovatív lehetőséget nyújthatnak.

A kohéziós politika eredeti szerződéses hivatása „a különböző régiók fejlettségi szintje közötti egyenlőtlenségek és a legkedvezőtlenebb helyzetű régiók lemaradásának csökkentése" (EUMSZ 174. cikk). Nem tudok egyetérteni azzal, hogy az európai régiók számára oly fontos kohéziós forrásokat migrációval kapcsolatos célokra fordítsák. Itt az ideje felismerni, hogy a kötelező befogadási kvóta, az áttelepítés nem működik. A migránsok, menekültek számára származási országukban kell segítséget nyújtani, és nem az uniós tagállamokba hozni a problémát.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – La politica di coesione è uno strumento fondamentale per favorire gli investimenti nel territorio dell'Unione. La relazione a prima firma del M5S della collega D'Amato si focalizza sulla promozione della competitività della piccola e media impresa europea, vera ossatura economica e occupazionale dell'Europa con oltre 100 milioni di posti di lavoro, e individua criticità e margini di miglioramento nella progettazione della nuova programmazione. In primo luogo un forte e deciso riferimento alle politiche di austerità e alla crisi economica quale causa del soffocamento della domanda interna. Inoltre, burocrazia e giungla normativa come ulteriori ostacoli nel fare impresa e investimenti nell'economia reale. La relazione chiede maggiore trasparenza negli appalti pubblici e nell'uso dei fondi europei, attenzione e rigore nei pagamenti da parte della Commissione e degli Stati membri, maggiore accesso al credito per le PMI. Serve ripensare l'intero sistema produttivo affinché si possano effettuare passi concreti in direzione dell'economia circolare e della transizione energetica, creando al contempo occupazione e lavoro verde. Ho votato a favore.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – As pequenas e médias empresas (PME) são essenciais para a economia das regiões da UE, tanto em termos de emprego como de competitividade. No período de 2007-2013, com o apoio da política de coesão, 70 mil milhões de euros foram usados para apoiar as empresas, sobretudo as PME, e no período de 2014-2020 o objetivo é duplicar esse montante.

No âmbito do amplo tema da «competitividade das PME», mais de 63 mil milhões de euros dos FEEI foram afetados ao período de programação de 2014-2020. Será dado apoio a cerca de 801 500 empresas para a criação de 354 300 novos postos de trabalho diretos. 396 500 micro, pequenas e médias empresas irão receber financiamento para investir no desenvolvimento do capital humano e nas competências dos trabalhadores. Votei favoravelmente.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention: la politique de cohésion permet au mieux d'atténuer les effets néfastes des politiques européennes en matière d'emploi et d'investissement dans les PME.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – No atual contexto económico e social, o apoio às pequenas e médias empresas (PME) é essencial. Apoiamos, por essa razão, um relatório visando chamar a atenção para este facto essencial, mais ainda se esse relatório reclama um incremento nesse apoio, a partir do orçamento da UE.

Mas esta questão central não pode esconder profundas e sérias divergências que temos relativamente a alguns dos aspetos abordados neste relatório. Não nos revemos nem na agenda neoliberal da Estratégia UE2020, à qual os fundos estruturais e de investimento da UE estão subordinados (princípio defendido pelo relator), nem nas regras de condicionalidade (ou «afunilamento» temático) que espartilham a ação dos Estados-Membros (e das PME) na determinação das suas reais necessidades e prioridades de investimento.

Concordando genericamente com a necessidade de aumentar a eficiência das PME, promovendo práticas de economia circular e, por essa via (e, em geral, pela via do aumento da sustentabilidade ambiental das empresas), promover a criação de novos postos de trabalho, não podemos concordar com o carácter excessivamente prescritivo e impositivo de muitas orientações subjacentes à aplicação dos fundos da UE.

Quanto a nós, o desenvolvimento das PME é inseparável do quadro de desenvolvimento estratégico do Estado-Membro em que se inserem. Demarcamo-nos da exaltação dos benefícios do Mercado Único.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato favorevolmente poiché ritengo che migliorare la competitività delle piccole e medie imprese significa sostenere un elemento chiave dell'economia europea e di una politica di coesione di successo. Ferme restando talune riserve in merito al collegamento fra supporto alle PMI e gestione dei migranti, politiche che invero dovrebbero restare distinte, la presente relazione affronta adeguatamente tematiche fondamentali per le PMI quali taglio della burocrazia, accesso semplificato al credito per le PMI e lo scambio delle migliori pratiche fra gli Stati membri.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – V uplynulom programovom období bolo v rámci celej Európskej únie investovaných do rozvoja malých a stredných podnikov viac ako 70 miliárd eur zo štrukturálnych fondov. V prebiehajúcom období 2014-2020 by sa mala táto suma výrazným spôsobom navýšiť. Nevyhnutnosťou je preto uľahčenie prístupu MSP k týmto finančným prostriedkom. Cieľom je predovšetkým ďalšie zvyšovanie konkurencieschopnosti MSP. Dlhodobo sú chrbtovou kosťou európskej ekonomiky. Zodpovedajú za vytváranie viac ako 85 percent nových pracovných miest. V predchádzajúcom programovom období sa vďaka investovaným európskym peniazom podarilo v Európskej únii vytvoriť približne 260 tisíc pracovných miest. V nasledujúcich rokoch by to malo byť ešte o takmer 100 tisíc viac. Spoločnosti budú môcť zároveň investovať do rozvoja zručností a vzdelania ich súčasných zamestnancov. Je dôležité zefektívnenie existujúceho regulačného rámca a platných pravidiel.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione in quanto considero le piccole e medie imprese importanti per la nostra economia e devono essere aiutate.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την εφαρμογή του θεματικού στόχου «βελτίωση της ανταγωνιστικότητας των μικρομεσαίων επιχειρήσεων» – άρθρο 9 παράγραφος 3 του κανονισμού περί καθορισμού κοινών διατάξεων,καθώς θεωρώ πως η ενίσχυση των μικρών και μεσαίων επιχειρήσεων σε καμία περίπτωση δεν περνάει μέσα από την επιπλέον δανειοδότηση ή τις θολές πρακτικές της Ένωσης. Αυτό που απαιτείται είναι μια ευνοϊκή και για τους εργαζόμενους και για τις επιχειρήσεις φορολογική πολιτική, προστασία τους από τον ανταγωνισμό τρίτων χωρών και έμφαση στις δυνατότητες ανάπτυξης με δικά τους κεφάλαια και όχι δάνεια που θα ενισχύσουν για ακόμα μια φορά το αμαρτωλό τραπεζικό σύστημα.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. — I voted in favour of this report as job growth and the competitiveness of business should be the focus of the EU. There are many thousands of SMEs in my constituency which must compete against big corporations to gain a share of the market. In calling for the reduction of red tape, easier access to credit and diversification of finance I hope this report will enable businesses to thrive in a competitive market.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – SMEs are key to the future development and prosperity of our economy. They are essential for the economy of EU regions, in terms of employment and competitiveness. ESI funds – through their Thematic Objectives (TO) – contribute to enhancing the competitiveness of the SMEs. For the 2014-2020 financing period more than EUR 63 bn have been allocated to the TO 3 'Enhancing the competitiveness of SMES' which – together with the national co-financing – will amount to EUR 94 bn. I support the need for simplification of administrative procedures and a better access to financing of SMEs. Furthermore, I also consider important the role of local governments which – directly or indirectly – are involved in programme monitoring committees. However, many of the local authorities are still lacking the administrative capacity to properly participate in the OPs. Therefore technical assistance and their early involvement in the discussions regarding the OPs are crucial.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A kis-és középvállalkozások versenyképességének javításáról szóló jelentés szavazása során tartózkodó álláspontra helyezkedtem. A jelentés sok hasznos gondolatot tartalmaz. A KKV-k kétségtelenül fontos szerepet játszhatnak Európa fellendülésében, hiszen az összes vállalkozás 99%-át kitevő mintegy 23 millió kis- és középvállalkozás jelentős mértékben járul hozzá a gazdasági növekedéshez, a társadalmi kohézióhoz, innovációhoz, munkahelyteremtéshez. Azonban a jelentés egy bekezdésében megjelenik a menekültek és migránsok integrációja, melyhez – amint a jelentés kifejti – a kisvállalkozások tevékenységét segítő megfelelő támogatás és ösztönzők innovatív lehetőséget nyújthatnak.

A kohéziós politika eredeti szerződéses hivatása „a különböző régiók fejlettségi szintje közötti egyenlőtlenségek és a legkedvezőtlenebb helyzetű régiók lemaradásának csökkentése" (EUMSZ 174. cikk). A magyar népparti delegáció tagjaként nem tudok egyetérteni azzal, hogy az európai régiók számára oly fontos kohéziós forrásokat migrációval kapcsolatos célokra fordítsák. Itt az ideje felismerni, hogy a kötelező befogadási kvóta, az áttelepítés nem működik. A migránsok, menekültek számára származási országukban kell segítséget nyújtani, és nem az uniós tagállamokba hozni a problémát.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Pozitív szavazatommal támogattam az átfogó jelentést, az előadónak pedig gratulálok munkájáért. A kkv-k mérhetetlenül fontosak az uniós régiók gazdasága számára, mind a foglalkoztatás, a versenyképesség és az unió fenntartható növekedésének szempontjából. Az Európa 2020 stratégia alapvető célkitűzése az intelligens, fenntartható és inkluzív növekedés végrehajtása. A kkv-k az újonnan létrejövő munkahelyek 85%-át adják; 20,7 millió kkv-nek köszönhető a magánszektorbeli foglalkoztatás 67%-a az Unióban, amelyből 30%-ot a mikrovállalkozások adnak. Ezért minden olyan jelentést támogatok, amely a kohéziós politika támogatásával a vállalkozások, főként a kkv-k versenyképességét növeli.

Az EU kohéziós politikája beruházások fő eszköze, amelyek segítik a tagállamok régióinak, köztük Magyarország jelenlegi és jövőbeli növekedését. Mivel a 2007-2013 közötti időszakban a kkv-k a kohéziós politika támogatásával 70 milliárd euró támogatásban részesültek, a cél a 2014-2020 közötti időszakban ezt az arányt akár meg is duplázni a pénzügyi eszközeink segítségével. A kkv-k számára kedvező üzleti környezet szükséges céljaik eléréséhez, amelyhez a például az újragyártás, újrahasznosítás és környezettudatos tervezés jelentősen hozzájárulna, a körforgásos gazdaság felé való elmozdulás érdekében. Az EU nemzetközi kötelezettségvállalásai olyan területeken, mint például az éghajlatváltozás elleni együttműködés vagy a szomszédságpolitika konkrét lehetőségeket rejtenek a kkv-k számára, de ehhez hatékonyabb támogatási keretre és szorosabb nemzetközi együttműködésre van szükség.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe con el objetivo de continuar apoyando a las pymes europeas. El objetivo común es apoyar la aplicación de la Estrategia Europa 2020 de la UE para un crecimiento inteligente, sostenible e integrador. Las pymes son esenciales para la economía de la UE, tanto en términos de empleo como de competitividad. Para el periodo 2007-2013, con el apoyo de la política de cohesión, se destinaron 70 000 millones de euros a apoyar a empresas, principalmente pymes, y para el periodo 2014-2020 el objetivo es duplicar este importe.

Elisabetta Gardini (PPE), *in writing*. – SMEs represents 99% of businesses in the EU, is of huge importance to the European economy and stand for large parts of innovation and economic growth in the EU. Linked to this is also that those SMEs provide around 100 million jobs in the EU and that they maintain double the employment growth compared to larger companies. This report touches on many topics that I think are very important; such as simplifying and deregulate SMEs access to credit, enchanting support to SMEs from ESI funds and removing obstacles against SMEs in public procurement. SMEs are the backbone of our economy and I support this report and its objective to make business easier for them.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Nello slancio alla piccola e media impresa risiede il potenziale di crescita socio economica più propulsiva delle singole regioni e dell'intera Unione europea. E le PMI rappresentano la principale fonte di sviluppo, innovazione ed occupazione nell'UE, garantendo incrementi occupazionali e nuove prospettive del mercato del lavoro, lo sviluppo di campi come ricerca e innovazione capaci di promuovere professioni e imprese nuove e alternative al mercato preesistente minacciato da saturazioni, l'apertura alla semplificazione, alla formazione e alla creazione di partenariati per rendere più largo, partecipato e democratico l'accesso ai fondi dedicati. Nella piccola e media impresa europea, oltre a dimorare le nostre radici, risiedono soprattutto le più ambiziose prospettive di rilancio economico del domani. Per questo motivo ritengo importante supportare pienamente la relazione.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del Parlamento europeo sull'attuazione dell'obiettivo tematico di «promuovere la competitività delle PMI», perché consapevole del ruolo fondamentale e insostituibile delle PMI per l'economia delle regioni e dei territori dell'UE e della loro funzione in termini di occupazione e di competitività. Sono fermamente convinta che a seguito della crisi economica e finanziaria, i livelli di povertà e di esclusione sociale siano aumentati in molti Stati membri, insieme alla disoccupazione di lungo periodo, alla disoccupazione giovanile e alle disuguaglianze sociali. In determinate aree, peraltro, solo le piccole e medie imprese possono generare la ripresa economica e garantire il futuro dei nostri giovani, e quindi sono fermamente convinta che la politica di coesione rappresenti il principale strumento per gli investimenti nei territori dell'UE. Condivido quindi la richiesta di difendere la politica di coesione anche nel prossimo periodo finanziario e di continuare quel processo di semplificazione che rende più facile per le autorità locali e regionali accedere ai finanziamenti disponibili. Credo infine che l'obiettivo tematico 3 «promuovere la competitività delle PMI» possa e debba avere maggiori risorse visto il numero di PMI presenti

in Europa e il loro peso percentuale sul numero di occupati nell'UE.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über die Umsetzung des thematischen Ziels „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU" gestimmt. Der Mittelstand ist tragende wirtschaftliche Kraft, die Arbeit schafft. Deshalb muss Europa alles dafür geben, den Mittelstand zu fördern. Als Mittelstandsexperte der EKR-Fraktion unterstütze ich diesen Ansatz.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ist eine der Herzensangelegenheiten, der sich die EVP verschrieben hat. Es sind die KMU, die das Rückgrat unserer europäischen Wirtschaft ausmachen. Nicht nur sind 99 % der Unternehmen in der Europäischen Union KMU, KMU schaffen auch 85 % der neuen Arbeitsplätze. Das Programm zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU sieht für den Zeitraum von 2014 bis 2020 ein Investitionsvolumen von 94 Mrd. Euro vor. Damit sollen unmittelbar 354 000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Weiterhin werden KMU im Rahmen des Programmes finanzielle Unterstützungen erhalten, um weiterhin in innovative Projekte und die Aus- und Weiterbildung ihrer Angestellten zu investieren.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted with my S&D colleagues in favour of this report, which underlines the need for simplification of administrative procedures and better access to financing for SMEs. Furthermore, it stresses the role of local governments which -directly or otherwise – are involved in programme monitoring committees. However, many of the local authorities are still lacking the administrative capacity to properly participate in the Operational Programmes (OPs). Therefore technical assistance and their early involvement in the discussions regarding the OPs are crucial.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor a este informe que resalta la importancia de las pymes en la economía europea. Propone simplificar y disminuir la burocracia, la regulación y legislación en el acceso a ayudas y créditos para las pymes.

Destacamos que el informe hace referencia a la mala gestión económica y que las medidas de austeridad que paralizan la demanda, inciden de manera más dura en las pymes; y que apoya la creación de redes de innovación, y el intercambio de las experiencias positivas, así como el apoyo técnico.

Apostar por una inversión en pymes es apostar por el futuro, el empleo y una economía más sostenible.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Am votat acest raport întrucât consider că IMM-urile sunt un pilon important pentru economia UE și un generator de locuri de muncă, fiind responsabile pentru 67 % din locurile de muncă din sectorul privat al UE și 58 % din valoarea adăugată din sector. Rolul acestora este esențial pentru economiile regionale, pentru asigurarea competitivității și a unei creșteri inteligente, durabile și favorabile incluziunii. UE va asigura sprijin financiar pentru 5 % din toate IMM-urile și 8 % din toate noile întreprinderi din UE, sub forma unui ajutor nerambursabil sau practici precum împrumuturile, subvenționarea ratei dobânzii și oferirea de garanții. Optimizarea eficienței în alocarea și utilizarea resurselor de către IMM-uri va rezulta în reducerea costurilor de producție și creșterea productivității, iar industria europeană ar putea realiza economii potențiale de 630 de miliarde EUR pe an. Așadar, este necesară elaborarea unui cadru favorabil, alături de consolidarea cooperării pe plan internațional, pentru a asigura integrarea IMM-urilor europene în lanțurile valorice globale.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted with my S&D and EPLP colleagues in favour of this report because it underlines the need for simplification of administrative procedures and a better access to financing of SMEs. Furthermore, it stresses the role of local governments which – directly or indirectly – are involved in programme monitoring committees. However, many of the local authorities are still lacking the administrative capacity to properly participate in the OPs. Therefore technical assistance and their early involvement in the discussions regarding the OPs are crucial.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report. Improving resource efficiency in SMEs offers enormous potential for the reduction of production costs and for productivity gains. A better use of resources is calculated to represent an overall savings potential of EUR 630 billion per year for European industry. SMEs need a favourable business environment in which green ideas can be easily developed, financed and brought to the market.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς.* – Υπερψηφίσαμε την έκθεση για τις ΜΜΕ. Η έκθεση καλεί σε απλούστευση των διαδικασιών για την παραχώρηση πιστώσεων προς τις ΜΜΕ. Επίσης στην έκθεση έχουν συμπεριληφθεί αναφορές που κατακρίνουν τις πολιτικές λιτότητας οι οποίες έχουν προξενήσει σειρά προβλημάτων στις μικρομεσαίες επιχειρήσεις.

Marian Harkin (ALDE), *in writing.* – I voted strongly in favour of this report. There are 23 million SMEs in the EU, which account for around 99% of all businesses, they are responsible for providing over 100 million jobs, which generate two out of every three private sector jobs, and they maintain double the employment growth rate of larger enterprises. SMEs are pivotal to the EU economy, However in order to maintain and further enhance their fundamental contribution to economic growth, social cohesion, innovation and high-quality job creation we need simplified and less regulated access to credit, particularly with regard to microenterprises and start-ups and the regions in which they operate. I hope that the information provided by this report will highlight to the Commission the need to make greater use of ESI Funds to help SMEs seize new trading opportunities by supporting them more to address adjustment costs and the negative impacts of increased international competition.

Brian Hayes (PPE), *in writing.* – I voted in favour as I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing.* – This report is centred on the involvement of SMEs in the European Structural and Investment Funds. Although some parts of the report were not aligned with my group's position (such as the overly critical points on austerity policies), it did contain many positive elements such as simplified access to credit, cutting red tape and exchange of best practices. This is why I have voted in favour of this report.

György Hölvényi (PPE), *írásban.* – A kis-és középvállalkozások versenyképességének javításáról szóló jelentés szavazása során tartózkodó álláspontra helyezkedtem. A jelentés sok hasznos gondolatot tartalmaz. A KKV-k kétségtelenül fontos szerepet játszhatnak Európa fellendülésében, hiszen az összes vállalkozás 99%-át kitevő mintegy 23 millió kis- és középvállalkozás jelentős mértékben járul hozzá a gazdasági növekedéshez, a társadalmi kohézióhoz, innovációhoz, munkahelyteremtéshez. Azonban a jelentés egy bekezdésében megjelenik a menekültek és migránsok integrációja, melyhez – amint a jelentés kifejti – a kisvállalkozások tevékenységét segítő megfelelő támogatás és ösztönzők innovatív lehetőséget nyújthatnak.

A kohéziós politika eredeti szerződéses hivatása „a különböző régiók fejlettségi szintje közötti egyenlőtlenségek és a legkedvezőtlenebb helyzetű régiók lemaradásának csökkentése" (EUMSZ 174. cikk). Nem tudok egyetérteni azzal, hogy az európai régiók számára oly fontos kohéziós forrásokat migrációval kapcsolatos célokra fordítsák. Itt az ideje felismerni, hogy a kötelező befogadási kvóta, az áttelepítés nem működik. A migránsok, menekültek számára származási országukban kell segítséget nyújtani, és nem az uniós tagállamokba hozni a problémát.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing.* – The report underlines the need for simplification of administrative procedures and a better access to financing of SMEs. It also stresses the role of local governments which are involved in programme monitoring committees. Technical assistance and their early involvement in the discussions regarding the Operational Programmes are crucial. I voted in favour of this report.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasao sam za Izvješće o provedbi tematskog cilja „jačanje konkurentnosti malih i srednjih poduzeća" – članak 9. stavak 3. Uredbe o zajedničkim odredbama, s obzirom na važnost 23 milijuna malih i srednjih poduzeća u EU-u, koja čine oko 99 % svih poduzeća, i realiziraju više od 100 milijuna radnih mjesta ili dvije trećine radnih mjesta u privatnom sektoru, te gdje je u sklopu kohezijske politike za programsko razdoblje 2014. – 2020. osigurano podupiranje malih i srednjih poduzeća udvostručenjem potpore pružene u razdoblju 2007. – 2013. koja iznosi 140 milijardi EUR.

Pozitivno je što je tematski cilj „jačanje konkurentnosti malih i srednjih poduzeća" s 13,9 % jedan od tematskih ciljeva za koji je namijenjen najveći postotak ukupnog iznosa dostupnih financijskih sredstava te je ključan za ostvarenje ciljeva kohezijske politike i strategije Europa 2020. Potrebno je ostvariti bolju apsorpciju u odnosu na razdoblje 2007. -2013., te ukloniti prepreke uslijed nepotrebnih administrativnih opterećenja, složenog upravljanja strukturnim fondovima, složenosti propisa.

Potrebna je bolja koordinacija i veća dosljednost svih investicijskih politika EU-a usmjerenih na mala i srednja poduzeća. Očekuje se da bi se pravilom uspješnom provedbom mogla ostvariti potpora za 801 500 poduzeća i omogućiti otvaranje preko 350 000 novih radnih mjesta.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – La politique de cohésion permet au mieux d'atténuer les effets néfastes des politiques européennes en matière d'emploi et d'investissement dans les PME. En aucun cas, l'injection massive d'argent public, notamment par le biais de subventions, ne permettra de remédier durablement aux difficultés rencontrées par les PME. Je me suis abstenu sur ce texte.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Hlasoval jsem pro toto usnesení, protože zvyšování konkurenceschopnosti malých a středních podniků má zásadní význam pro evropské hospodářství, to jak z hlediska zaměstnanosti, tak i z hlediska konkurenceschopnosti, a je důležitým prvkem politiky soudržnosti. Je tudíž správné tento tematický cíl strategie EU Evropa 2020 podpořit, neboť v konečném součtu pomůžou příslušné fondy poskytnout podporu přibližně 801 500 společnostem a odhaduje se, že bude vytvořeno 354 300 nových pracovních míst.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport D'Amato au sujet du renforcement de la compétitivité des PME qui est un objectif prioritaire de la politique régionale européenne. Le rapport en question fait le point sur les résultats obtenus à ce jour grâce aux fonds européens et en tire des leçons pour l'avenir. Il reprend les propositions que j'ai faites en commission du développement régional, visant notamment à offrir un cadre stable aux PME et à réduire drastiquement la charge administrative qui pèse sur les entrepreneurs.

Comme je l'avais défendu dans mon rapport au sujet du financement des PME, le rapport D'Amato appelle également à une simplification profonde de l'accès aux fonds européens pour ces entreprises qui sont trop souvent découragées par la complexité des procédures.

J'estime que le financement et la compétitivité des PME et des TPE doivent être au cœur des priorités de l'Union européenne, c'est pourquoi je me réjouis de l'adoption de ce rapport.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui fournit une évaluation précoce de l'objectif thématique intitulé «Renforcer la compétitivité des PME». Il s'agit du premier compte rendu sur la mise en œuvre de cette politique pour la période de programmation financière 2014-2020, en mesurant la réalisation des objectifs à ce jour et en s'efforçant d'en tirer des conclusions pour l'avenir.

Eva Kaili (S&D), *in writing*. – I have supported the report of MEP D'Amato as it moves towards the direction of enabling SMEs to grow and develop. Such an objective requires the creation of a competitive environment that will allow SMEs to flourish. It is, of course, essential to take into consideration the requirements that they have.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für den vorliegenden Bericht. Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Klein- und Mittelbetrieben, dem Rückgrat der europäischen Wirtschaft, zeigt er einige sehr gute und innovative Vorschläge auf.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as it underlines the need for simplification of administrative procedures and a better access to financing of SMEs. Furthermore, it stresses the role of local governments which are involved in programme monitoring committees.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Dne 13. září 2016 jsme na plenárním zasedání Evropského parlamentu ve Štrasburku hlasovali o zprávě o provádění tematického cíle „zvýšení konkurenceschopnosti malých a středních podniků“. Malé a střední podniky mají zásadní význam pro ekonomiku regionů EU, a to jak z hlediska zaměstnanosti, tak i konkurenceschopnosti. Navíc je třeba si uvědomit, že politika soudržnosti je jedním z hlavních nástrojů pro investice v oblasti růstu a vytváření pracovních míst v EU. Vzhledem k tomu, že se mým kolegům podařilo do zprávy prosadit mimo jiné také explicitní zmínku, že v důsledku hospodářské a finanční krize se v mnoha členských státech zvýšila nejen míra chudoby a sociálního vyloučení, ale i dlouhodobá nezaměstnanost, nezaměstnanost mladých lidí a sociální nerovnost a že problémy, s nimiž se v současnosti malé a střední podniky potýkají, jsou zčásti zapříčiněny tím, že úsporná opatření prováděná členskými státy utlumila poptávku, jsem nakonec mohla její znění podpořit. Dále považuji za pozitivní změnu k lepšímu zakomponování kritiky finančních nástrojů, kdy text poukazuje na nedostatek průkazných údajů o výstupech a výsledcích finančních nástrojů a na velmi volnou vazbu těchto finančních nástrojů na zastřešující cíle a priority EU a vyzývá Komisi, aby dále zlepšila poskytování grantů a neprosazovala používání finančních nástrojů jako primární způsob financování.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A kis-és középvállalkozások versenyképességének javításáról szóló jelentés szavazása során tartózkodó álláspontra helyezkedtem. A jelentés sok hasznos gondolatot tartalmaz. A KKV-k kétségtelenül fontos szerepet játszhatnak Európa fellendülésében, hiszen az összes vállalkozás 99%-át kitevő mintegy 23 millió kis- és középvállalkozás jelentős mértékben járul hozzá a gazdasági növekedéshez, a társadalmi kohézióhoz, innovációhoz, munkahelyteremtéshez. Azonban a jelentés egy bekezdésében megjelenik a menekültek és migránsok integrációja, melyhez – amint a jelentés kifejti – a kisvállalkozások tevékenységét segítő megfelelő támogatás és ösztönzők innovatív lehetőséget nyújthatnak.

A kohéziós politika eredeti szerződéses hivatása „a különböző régiók fejlettségi szintje közötti egyenlőtlenségek és a legkedvezőtlenebb helyzetű régiók lemaradásának csökkentése” (EUMSZ 174. cikk). Nem tudok egyetérteni azzal, hogy az európai régiók számára oly fontos kohéziós forrásokat migrációval kapcsolatos célokra fordítsák. Itt az ideje felismerni, hogy a kötelező befogadási kvóta, az áttelepítés nem működik. A migránsok, menekültek számára származási országukban kell segítséget nyújtani, és nem az uniós tagállamokba hozni a problémát.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – This report concerns access to credit for SMEs. Each fund ESI (ESF, EGF, Cohesion fund, EFMM and EARDF) are about ‘enhancing the competitiveness of small and medium-sized enterprises’. SMEs are essential for the economy of EU regions for employment and competitiveness especially with the crisis and austerity measures that the EU is still facing. I voted in favour of this report

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. — Подкрепям доклада за изпълнението на тематичната цел за „повишаване на конкурентоспособността на малките и средни предприятия“. Той е с основополагаща важност за постигане на целите в сферата на кохезионните политики и „Европа 2020“. Представя точно концентрацията върху кохезионните политики и предоставя ефективен инструмент за създаването на оперативни програми с по-добър фокус върху инвестиционните приоритети. Не на последно място се обяснява и значимостта на МСП като основен генератор на свободни работни места, основа на икономиките на държавите членки и отрасъл, който най-успешно развива сферата на услугите.

Продължаваме да настояваме за по-малко бюрокрация, улесняване на достъпа до разнообразни източници на финансиране и по-голямо прецизиране на критериите и избора на МСП за подпомагане. Въпреки че това е най-бързо адаптиращият се сектор, той е и най-уязвим, защото няма големи обороти. Политиките на сближаване допълнително биха подпомогнали растежа на регионите в държавите членки. Важно е и създаването на предпоставки за специализирани обучения, за да се осигури устойчивост и управленски капацитет.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Voto a favore della proposta di promuovere la competitività delle piccole e medie imprese (PMI). Già durante il periodo 2007-2013 era stato messo a disposizione un fondo per promuove le PMI, e ciò ha dato degli ottimi risultati nel campo dell'occupazione e della competitività. Di fatti, secondo la relazione annuale del 2014/2015 ad opera della Commissione, le PMI hanno contribuito con quasi più del 70 % all'aumento dell'occupazione, dando lavoro a quasi 90 milioni di persone. Visti gli ottimi risultati, si vuole ora raddoppiare l'importo dei fondi destinati a promuovere la competitività delle PMI. Tenendo in considerazione la situazione attuale in cui ci troviamo, cioè un periodo di crisi caratterizzato da un aumento della disoccupazione giovanile, e considerando anche che le PMI sono dei canali essenziali per lo sviluppo dell'economia dei paesi europei, ritengo fondamentale investire e intervenire per promuovere la crescita e la competitività delle PMI.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce rapport car la politique de cohésion qu'il soutient permet au mieux d'atténuer les effets néfastes des politiques européennes en matière d'emploi et d'investissement dans les PME. En aucun cas, l'injection massive d'argent public, notamment par le biais de subventions, ne permettra de remédier durablement aux difficultés rencontrées par les PME (concurrence déloyale, déficience de la zone euro, interdiction du patriotisme économique).

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur le rapport sur le renforcement de la compétitivité des PME. On recense plus de 23 millions de PME dans l'Union européenne soit 99 % des entreprises. Ces PME génèrent 100 millions d'emplois, soit deux tiers des emplois du secteur privé. Je partage la plupart des idées défendues dans ce rapport, mais celui-ci ne s'attaque pas aux racines des difficultés rencontrées par les PME en matière de compétitivité, de financement ou de trésorerie. Je citerai la concurrence internationale déloyale exacerbée par le dumping social, environnemental, fiscal et monétaire que pratiquent les pays émergents et certains États membres; la non-optimalité de la zone euro qui ne permet pas d'endiguer les chocs asymétriques exogènes, la monnaie unique qui prive les États membres du levier monétaire pour réduire les écarts de compétitivité avec leurs partenaires commerciaux; et l'interdiction dans les traités européens de mettre en œuvre un patriotisme économique, notamment en accordant la priorité aux entreprises résidentes dans l'attribution des marchés publics.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – La politique de cohésion permet – au mieux – d'atténuer les effets néfastes des politiques européennes en matière d'emploi et d'investissement dans les PME. En revanche, l'injection massive d'argent public, notamment par le biais de subventions, ne peut pallier à long terme les difficultés rencontrées par les PME. Je me suis donc abstenu sur ce dossier.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque las pequeñas y medianas empresas (pymes) son esenciales para la economía de las regiones de la Unión, tanto en términos de empleo como de competitividad. Los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos (EIE) - a través de sus objetivos temáticos (OT) - contribuyen a la mejora de la competitividad de las pymes.

El informe pide una simplificación de los procedimientos administrativos y un mejor acceso a la financiación de las pymes. Además, hace hincapié en el papel de las entidades locales que —directamente o indirectamente— están implicadas en la gestión de los Fondos EIE. Sin embargo, la mayoría de las entidades locales carecen de la capacidad administrativa para participar apropiadamente en los programas operativos. En este sentido, la asistencia técnica y la participación temprana en los debates sobre las prioridades de inversión en las futuras rondas de financiación representan dos aspectos cruciales.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque contribuye a reforzar las capacidades de pequeñas y medianas empresas, a través de mejorar su accesibilidad a la financiación, y por lo tanto contribuye a fijar puestos de trabajo y potenciar la creación de nuevas oportunidades. El informe pide un acceso al crédito simplificado y menos regulado para las pymes, y recalca que éstas son esenciales en la economía de las regiones de la Unión. Hace hincapié en recordar que una buena parte de los problemas sufridos por las pymes fueron y son debidos a las políticas de austeridad implementadas por los Estados miembros.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – En el período 2014-2020 los programas operativos se han orientado hacia un número de objetivos estratégicos, en particular en lo que se refiere al potencial de las pymes, incluidas las microempresas, para contribuir al crecimiento y la creación de empleo de alta calidad.

Doy mi apoyo a la aprobación de este informe ya que considero las pymes y los emprendedores necesitan un entorno de apoyo para avanzar hacia una economía circular. La Comisión Europea, el Banco Europeo de Inversiones y el Fondo Europeo de Inversiones ha trabajado para impulsar programas operativos que impulsen el crédito, en una época de restricciones de crédito en el sector bancario.

La idea de este informe es perseguir el objetivo común de las inversiones en el marco de los Fondos EIE, apoyando la aplicación de la Estrategia Europa 2020 de la Unión para un crecimiento inteligente, sostenible e integrador.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report that introduces thematic concentration in cohesion policy programming to encourage growth enhancement.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Zpráva velebí dotace pro malé a střední podniky a vyzývá k jejich navýšení. Jsem přesvědčen, že malé, střední či velké podniky mají spolu čestně soupeřit na trhu, a to bez dotací.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The thematic objective of this report is to enhance the competitiveness of SMEs. To reach this goal we have to honestly analyse existing problems and after that to make recommendations. From my point of view, the important recommendation of this report is to gain simplified and less regulated access to credit, enhancing support from the European funds to SMEs, reducing complexity of implementation of support schemes.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Malé a stredné podniky sú hybným motorom rozvoja a zároveň stabilným prvkom hospodárskeho rastu.

V EÚ predstavujú 99 % všetkých podnikov s viac ako 100 miliónmi pracovných miest. V rámci politiky súdržnosti je pre MSP na roky 2014-2020 vyčlenených 140 miliárd €, ktoré by mali prioritne smerovať na posilnenie a zvýšenie ich konkurencieschopnosti. Komisia a členské štáty musia odstraňovať zbytočné administratívne bariéry, musia sa zamerať na tvorbu zjednodušenej ale účinnej legislatívy a flexibilného finančného prostredia, ktoré vytvoria lepšie podmienky pre zakladanie MSP, podporia výskum a inovácie a širšie zapojenie MSP do obchodu. Takéto prostredie im umožní zvýšiť tvorbu pridanej hodnoty, rastu hospodárstva a zamestnanosti.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – Les petites et moyennes entreprises (PME) sont essentielles à l'économie des régions européennes en termes d'emploi et de compétitivité.

Pour la période 2014-2020, plus de 63 milliards d'euros ont été alloués à l'amélioration de la compétitivité des PME à travers les fonds structurels et d'investissement européens.

Le présent rapport appelle notamment à une simplification des procédures administratives ainsi qu'à un accès facilité au financement pour ces PME. Il souligne aussi le rôle important que les autorités locales doivent jouer dans la création de stratégies régionales pour le développement de PME performantes.

Je soutiens ce rapport qui encourage la compétitivité des 23 millions de PME européennes, outils indispensables au développement économique de l'UE.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την εφαρμογή του θεματικού στόχου «βελτίωση της ανταγωνιστικότητας των μικρομεσαίων επιχειρήσεων» – άρθρο 9 παράγραφος 3 του κανονισμού περί καθορισμού κοινών διατάξεων, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce texte.

Bien que nous approuvions la plupart des idées du texte, nous constatons l'absence de mesure pour y parvenir. Par ailleurs, le texte ne conteste pas la concurrence internationale déloyale, la monnaie unique privant les États membres du levier monétaire pour réduire les écarts de compétitivité avec leurs partenaires commerciaux, ou encore le durcissement des conditions d'octroi de crédit occasionné par les accords Bâle III.

Cette politique de cohésion permet au mieux d'atténuer les effets néfastes des politiques européennes en matière d'emploi et d'investissement dans les PME, mais se résoudre à injecter massivement de l'argent public ne permettra pas de remédier durablement aux difficultés rencontrées. C'est, comme souvent, s'attaquer aux conséquences et non aux causes.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. — Regarding the report on implementation of the thematic objective 'enhancing the competitiveness of SMEs,' I voted in favour since I believe that in these times of uncertainty, a large number of citizens will benefit from the direct creation of 354 300 new jobs resulting from the support that will be given to companies and enterprises. On the other hand, I also voted favourably because I truly consider that cohesion policy represents the main tool for investment in growth, which in the long-run can have potentially outstanding effects in the development of Member States.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme projednávali situaci malých a středních podniků v EU. Jde o sektor, který vytváří 2 ze 3 pracovních míst v soukromé sféře a celkově poskytuje asi 100 milionů pracovních míst. Ve zprávě se zabýváme zejména tím, jak usnadnit malým a středním podnikům přístup k financování, např. prostřednictvím politiky soudržnosti, a lepšímu nastavení úvěrové politiky. Ve zprávě zdůrazňujeme i nutnost transparentnosti všech finančních nástrojů stejně jako potřebu zaměřit se na snižování zbytečné administrativní zátěže a zjednodušování právních předpisů v oblasti podnikání malých a středních podniků. Zprávu jsem podpořil.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Las pequeñas y medianas empresas siguen siendo el motor del crecimiento, el empleo y la competitividad en Europa.

Desde la Unión debemos hacer lo posible para mejorar las condiciones en las que trabajan estas empresas, para facilitar su acceso a financiación y quitar trabas burocráticas que obstaculizan su actividad.

Mi apoyo al informe debatido en este sentido, porque debemos dar todo nuestro respaldo desde el Parlamento y desde todas las instituciones de la Unión para que estas entidades sigan mejorando su capacidad y su actividad.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την εφαρμογή του θεματικού στόχου για την βελτίωση της ανταγωνιστικότητας των ΜΜΕ γιατί αναμφίβολα οι ΜΜΕ είναι ουσιώδεις και απαραίτητες για την οικονομία των περιφερειών της ΕΕ σε θέματα που σχετίζονται με την απασχόληση αλλά και την ανταγωνιστικότητα. Οι ΜΜΕ αποτελούν τη ραχοκοκαλιά της οικονομίας της ΕΕ και είναι απαραίτητες για την δημιουργία θέσεων εργασίας, είναι οι κύριοι μοχλοί για την δημιουργία βιώσιμων θέσεων απασχόλησης για όλα τα κράτη μέλη. Η στήριξη, η σύσταση και η ανάπτυξη των μικρομεσαίων επιχειρήσεων αλλά και των πολύ μικρών επιχειρήσεων είναι οι κύριοι φορείς δημιουργίας θέσεων εργασίας στην ΕΕ. Οι τοπικές διοικήσεις θα πρέπει αναμφίβολα να συμμετέχουν και να παρακολουθούν όλα τα προγράμματα τα οποία στηρίζονται από το Ευρωπαϊκό Ταμείο Περιφερειακής Ανάπτυξης (ΕΤΠΑ) αλλά και από το Ευρωπαϊκό Κοινωνικό Ταμείο (ΕΚΤ). Θα πρέπει να ενθαρρύνεται και να προωθείται ο τραπεζικός δανεισμός στις ΜΜΕ. Τέλος, οι ΜΜΕ επιβάλλεται να έχουν ένα ευνοϊκό επιχειρηματικό περιβάλλον όπου να μπορούν να αποφεύγονται αλλά και να προλαμβάνονται οι περιβαλλοντικές ζημιές και επίσης να αναπτύσσονται οι πράσινες ιδέες. Οι ΜΜΕ αλλά και οι ίδιοι οι επιχειρηματίες έχουν ανάγκη από ένα υποστηρικτικό περιβάλλον για να μεταβαίνουν σταδιακά σε μια κυκλική οικονομία.

Για τους παραπάνω λόγους υπερψηφίζω τη συγκεκριμένη πρόταση ψηφίσματος.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht fordert bessere Bedingungen für Klein- und Mittelbetriebe. Dass dadurch Arbeitsplätze entstehen, ist mir ein wichtiges Anliegen. Daher kann ich den Bericht nur unterstützen.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport rappelle que les PME sont essentielles pour l'économie des régions de l'Union, à la fois en termes d'emploi et de compétitivité. Et il «souligne que les problèmes rencontrés par les PME sont en partie dus au fait que les politiques d'austérité mises en œuvre par les États membres ont étouffé la demande» . Pour y remédier, il appelle de ses vœux un accès simplifié et moins réglementé au crédit pour les PME, notamment via les Fonds ESI (FSE, FEDER, Fonds de cohésion, EFMM et FEADER). Je regrette néanmoins qu'il soit encore fait référence à l'Union des marchés de capitaux, qui a pour but de développer les prêts non bancaires (le «shadow banking») comme source de financement des PME, ce qui peut accroître le risque de domino bancaire en cas de crises. Je m'abstiens.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La politique de cohésion permet au mieux d'atténuer les effets néfastes des politiques européennes en matière d'emploi et d'investissement dans les PME. En aucun cas l'injection massive d'argent public, notamment par le biais de subventions, ne permettra de remédier durablement aux difficultés rencontrées par les PME. Je me suis donc abstenue sur ce dossier.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A política de coesão é o principal instrumento para o investimento no crescimento e no emprego na UE, com um orçamento de mais de 350 mil milhões de euros até 2020. Os resultados concretos do investimento na política de coesão podem ajudar a definir o crescimento atual e futuro das regiões nos Estados-Membros.

Em consequência da crise económica e financeira, os níveis de pobreza e de exclusão social aumentaram em muitos Estados-Membros – tal como o desemprego de longa duração, o desemprego dos jovens e as desigualdades sociais – e, por isso, as PME podem desempenhar um papel pertinente e importante na recuperação económica da Europa.

É, assim, necessário olhar para as PME como grande motor do desenvolvimento e crescimento económico. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this report as it reiterates Parliament's commitment to SMEs. The report urges further action, using existing measures, to support our SMEs, namely by making them aware of possible financing opportunities, investment from Member States and implementation of the cohesion policy areas related to SMEs.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Les PME et les start-up forment la majeure partie de notre tissu industriel. Elles sont essentielles pour l'emploi et la compétitivité de toutes les régions de l'Union. Les PME sont le premier employeur en Europe. Elles représentent plus de 99 % des entreprises (ou 22 millions d'entreprises au sein de l'Union) et emploient plus de 100 millions d'Européens. Elles sont le moteur de notre économie et doivent être fortes, compétitives et innovantes. Pour y arriver, l'accès au financement est un prérequis incontournable. Le Fonds européen d'investissement (FEI) répond à cette demande par la mise à disposition de capital-risque. Créer une entreprise et la faire perdurer est le meilleur moyen de créer de l'emploi. L'Europe ne retrouvera le chemin de la croissance que pour autant qu'on donne à ceux qui veulent investir et créer, les moyens de le faire. Améliorer l'accès au financement, aider à la flexibilité, à la transparence, à la professionnalisation, à la multiplication des besoins de financements et bien entendu à l'entreprenariat.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* — V oblasti zamestnanosti a konkurencieschopnosti predstavujú malé a stredné podniky veľký význam pre hospodárstvo EÚ. MSP sú hlavnou hnacou silou európskeho dlhodobého hospodárskeho rastu a príležitostí na udržateľné vytváranie pracovných miest v 28 členských štátoch. Majú až 85 % podiel na tvorbe nových pracovných miest v EÚ. Tematický cieľ zvýšenia konkurencieschopnosti stredných a malých podnikov má primárny význam pre dosiahnutie cieľov kohéznej politiky a stratégie Európa 2020. Správa je hodnotením implementácie tohto tematického cieľa, doposiaľ dosiahnutých úspechov a zameriava sa na budúce vyhliadky a očakávania. V rámci témy „konkurencieschopnosť MSP" sa viac ako 63 mld. EUR z EŠIF vyčlenilo na programovanie v rokoch 2014-2020 (spolu s takmer 31 mld. EUR z vnútroštátneho spolufinancovania to celkovo predstavuje 94 mld. EUR). Približne 801 500 spoločnostiam sa poskytne finančná podpora na priame vytvorenie 354 300 nových pracovných miest a asi 396 500 mikropodnikov, malých a stredných podnikov získa finančné prostriedky na investovanie do rozvoja ľudského kapitálu a zručností ľudí.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az európai strukturális és beruházási alapok mindegyike egy tematikus célkitűzést támogat. A kis- és középvállalkozások versenyképességének növelése a 3. számú tematikus célkitűzés célja. A Regionális Fejlesztési Bizottság állásfoglalásra irányuló tervezete leszögezi, hogy a kkv-k az újonnan létrejövő munkahelyek 85%-át adják és 20,7 millió kkv-nek köszönhető a magánszektorbeli foglalkoztatás 67%-a az Unióban, amelyből 30%-ot a mikrovállalkozások adnak. Emlékeztet az EP korábbi megállapítására, miszerint „a kkv-k a hosszú távú európai növekedés és fenntartható munkahelyteremtés fő motorjai a 28 tagállamban" és az EP álláspontjára a 3. tematikus célkitűzésről folytatott tárgyalások során.

Számba veszi a 2014-2020-as programozási időszakban a kkv-k versenyképességének támogatására igénybe vehető pénzügyi eszközöket és a várható eredményeket. Áttekinti a 2007-2013-as időszak konkrét operatív programjait – amelyek esetében a finanszírozás legnagyobb részét (több mint 80%-át) kutatásra, innovációra és a kkv-kkal kapcsolatos területekre költötték – ezek között a magyarországi gazdaságfejlesztési operatív programot. Az állásfoglalás-tervezetet megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Nous partageons la plupart des idées défendues dans ce rapport, qui n'avance en revanche aucune piste de réflexion sérieuse et concrète pour réaliser ces vœux pieux (simplification administrative, accès au crédit, etc.). Ce rapport ne s'attaque pas aux racines des difficultés rencontrées par les PME en matière de compétitivité, de financement ou de trésorerie, à savoir l'euro, l'absence de transmission à l'économie réelle des politiques monétaires accommodantes, la complexité administrative, etc. En résumé, la politique de cohésion permet au mieux d'atténuer les effets néfastes des politiques européennes en matière d'emploi et d'investissement dans les PME. En aucun cas l'injection massive d'argent public, notamment par le biais de subventions, ne permettra de remédier durablement aux difficultés rencontrées par les PME.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Entendo que a política de coesão é um dos principais instrumentos de políticas públicas para apoiar e reforçar a competitividade das PME. Com um orçamento até 2020 superior a 350 mil milhões de euros, a política de coesão pode ajudar a definir o crescimento atual e futuro das regiões nos Estados-Membros.

Voto favoravelmente o presente relatório com vista a reforçar o apoio às PME, salientando a importância da duplicação do apoio relativo ao período 2007-2013 para 140 mil milhões de euros, a existência de uma futura plataforma participativa e a criação de um ecossistema que inclua as universidades, os centros de investigação, os agentes sociais e económicos e as instituições públicas.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport sur la mise en œuvre de l'objectif thématique «Renforcer la compétitivité des PME» n'avance aucune piste de réflexion sérieuse et concrète pour atteindre certains objectifs globalement partagés. Ainsi, si on ne peut qu'être d'accord avec la simplification administrative, la réduction des retards de paiements, ou la facilitation de l'accès au crédit, ce rapport ne s'attaque ni à la concurrence déloyale que l'Union impose de fait (directive sur le détachement, etc.), ni à l'accroissement de l'hétérogénéité due à la monnaie unique, ni à l'interdiction par l'Union du pourtant nécessaire patriotisme économique…

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted with my S&D and EPLP colleagues in favour of this report because it underlines the need for simplification of administrative procedures and a better access to financing of SMEs. Furthermore, it stresses the role of local governments which – directly or indirectly – are involved in programme monitoring committees. However, many of the local authorities are still lacking the administrative capacity to properly participate in the OPs. Therefore technical assistance and their early involvement in the discussions regarding the OPs are crucial.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur ce rapport relatif au renforcement de la compétitivité des PME. Si cet objectif est essentiel, surtout dans le contexte économique que nous connaissons, je regrette la présence dans ce texte d'une disposition qui demande plus d'intégration pour les migrants. Il est essentiel de faire la distinction entre les réfugiés, qui bénéficient d'un statut particulier de manière légale, des migrants qui peuvent être des personnes ayant été déboutées du droit d'asile et qui continuent de rester illégalement sur notre territoire. Ces derniers n'ont donc pas vocation à être intégrés, mais à être expulsés.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo ha sempre sostenuto che le piccole e medie imprese rappresentano la spina dorsale dell'economia dell'Unione e che hanno un enorme potenziale in termini di creazione di posti di lavoro. Ho quindi votato a favore della relazione dell'on. D'Amato sull'attuazione dell'obiettivo tematico di promozione della competitività delle PMI poiché ritengo siano il motore della crescita economica a lungo termine dell'Europa oltre all'opportunità di creare posti di lavoro sostenibili nei 28 Stati membri. Nel periodo 2007-2013 mediante la politica di coesione le imprese avevano ricevuto 70 miliardi di euro a sostegno delle loro attività. L'obiettivo per il periodo 2014-2020 è quello di raddoppiare la quota, anche mediante il contributo di strumenti finanziari.

József Nagy (PPE), *írásban*. – A kis- és középvállalkozások fellendítése az európai strukturális és beruházási alapok egyik jelentős célkitűzése. A kkv-k szerepe tagadhatatlanul megnőtt az elmúlt évek során, ami mindenek előtt a társadalomra és gazdaságra való pozitív hatásuknak köszönhető. A kis- és középvállalkozásokat az Európai Unió leginkább operatív programok finanszírozásán keresztül támogatja, ezzel ösztönözve a vállalkozói szellemet, és a szolgáltatások minőségének illetve kapacitásának dinamikus fejlődését. Hasznosnak tartanám egy stratégiai terv kidolgozását, amely segítségével az EU által támogatott programok végre jobban beivódhatnának az európai köztudatba.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The European Structural and Investment funds are the main investment policy tool with a total budget of EUR 454 billion for 2014-2020. I have voted for this report that will allocate more than EUR 63 billion from the European Structural and Investment funds to improve competitiveness of small and medium-sized enterprises with the expectation of offering support to over 800 000 companies for the creation of over 300 000 jobs during the 2014-2020 programming.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Am votat pentru rezoluția referitoare la punerea în aplicare a obiectivului tematic „îmbunătățirea competitivității IMM-urilor". Cele 23 de milioane de IMM-uri din UE, care reprezintă circa 99% dintre toate întreprinderile, aduc o contribuție fundamentală la creșterea economică, coeziunea socială, inovare și crearea de locuri de muncă de înaltă calitate, asigurând peste 100 de milioane de locuri de muncă.

Accesul la credite mai simplu și mai puțin reglementat trebuie să țină seama de caracteristicile specifice ale microîntreprinderilor și ale întreprinderilor nou-înființate, precum și de cele ale regiunilor în care acestea își desfășoară activitatea. Comisia, statele membre și autoritățile regionale ar trebui să acorde o atenție deosebită îmbunătățirii accesului la finanțare al microîntreprinderilor și al întreprinderilor nou-înființate care doresc să se dezvolte.

Invităm Comisia să sporească finanțarea pentru consolidarea competitivității IMM-urilor atunci când va elabora politica de coeziune pentru perioada de după 2020.

Totodată, solicităm autorităților de management să țină seama de caracteristicile și competențele specifice ale fiecărui teritoriu în parte, acordând o atenție deosebită teritoriilor subdezvoltate, depopulate și cu un nivel de șomaj ridicat, în vederea promovării atât a sectoarelor economice tradiționale, cât și a celor inovatoare.

Norica Nicolai (ALDE), *in writing*. – SMEs create jobs and economic growth for the regions of Europe and remain therefore a key priority of the Cohesion Policy. I support this resolution because investment in the SME sector is fundamental for keeping the economy of Europe strong, and the resolution sets out how to achieve this through increased spending on SMEs, using ESI Funds, for the 2014-2020 period. Importantly, it highlights the positive impact of involving local public authorities directly in the management of the ESI Funds in order to create more local awareness about the opportunities that the funds represent for entrepreneurs and SMEs. This should help ensure an efficient and targeted use of the funds.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu, která mimo jiné upozorňuje na potíže MSP spojené s přístupem k diverzifikovaným zdrojům financování. Situaci by pomohl zlepšit koordinovaný postup Evropské investiční banky a Evropského investičního fondu. Jiným problémem jsou překážky bránící širokému zpřístupnění ESI fondů malým a středním podnikům, mezi které lze řadit administrativní zátěž, vysoký počet režimů podpory, složitost předpisů a postupů, opožděné vydávání správních nařízení a riziko přijímání zbytečných dodatečných předpisů (gold plating). Je proto třeba podniknout opatření na snížení administrativní zátěže a zjednodušit postupy řízení ESI fondů na straně MSP se zvláštním důrazem na požadavky týkající se auditu, pružnosti řízení, posuzování rizik a průběžného hodnocení, systému kontroly a souladu s pravidly hospodářské soutěže a dalšími politikami EU. Podstatné přitom je, že některé členské země zvyšují podstatně zátěž těchto podniků neadekvátně vysokými náklady regulace. Časté jsou vysoké náklady na plnění statistických, daňových či jiných povinností. Z úrovně EU lze tímto směrem – tedy ke snížení těchto nákladů – působit jen nepřímo.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — This implementation report calls for simplified and easier access to credit for SMEs. It emphasises that each ESI Fund (ESF, ERDF, Cohesion fund, EFMM and EARDF) supports 11 thematic objectives and the thematic objective 3 is about 'enhancing the competitiveness of small and medium-sized enterprises, the agricultural sector and the fisheries and aquaculture sector' and the related investment priorities for the ERDF. While it was a generally good report, it also made positive reference to the Capital Markets Union aimed at developing non-bank lending (shadow banking), which Sinn Féin strongly opposes. Because of this call being included, I did not vote in favour of the overall report but abstained.

Андрей Новаков (PPE), *в писмена форма*. – Малките и средните предприятия (МСП) са от основно значение за икономиката на регионите на ЕС както по отношение на заетостта, така и по отношение на конкурентоспособността. През програмния период 2014 – 2020 г. политиката на сближаване ще предостави допълнителна подкрепа за МСП, като подкрепата за периода 2007 – 2013 г. ще се удвои и ще достигне размер от 140 милиарда евро.

До 2020 г. МСП се очаква да осигурят промишлено производство, възлизащо на най-малко 20% от БВП на държавите членки. Докладът призовава Комисията, при формулирането на политиката на сближаване за периода след 2020 г., да увеличи финансирането за засилване на конкурентоспособността на МСП.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht schafft bessere Bedingungen für Klein- und Mittelbetriebe. Dass dadurch Arbeitsplätze entstehen, ist mir ein wichtiges Anliegen. Aus diesem Grund unterstütze ich diesen Bericht.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – Para el periodo de programación 2014-2020 se han asignado más de 63 000 millones de euros de los Fondos Estructurales y de Inversión Europeo para el objetivo general relativo a la «competitividad de las pymes».

A través de esta financiación se espera dar apoyo a las pymes en la creación directa de puestos de trabajo e invertir en el desarrollo del capital humano y en las capacidades de las personas.

Las pequeñas y medianas empresas (pymes) son la columna vertebral de la economía europea. La Unión cuenta con alrededor de 23 millones de pymes, lo que representan aproximadamente el 99 % de todas las empresas. Contribuyen al crecimiento económico, la cohesión social, la innovación y la creación de empleo de alta calidad.

Para una más eficiente y eficaz aplicación de los objetivos descritos y, para que el acceso a la financiación sea más sencillo, este Parlamento pide a través del presente informe la simplificación de los procedimientos administrativos, un mejor acceso a la financiación de las pymes y hace hincapié en el papel de las entidades locales y la mejora de su asistencia técnica. Por ello doy mi apoyo sin paliativos al presente informe.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Οι μικρομεσαίες επιχειρήσεις (ΜΜΕ) είναι ουσιαστικής σημασίας για την οικονομία των περιφερειών της ΕΕ όσον αφορά την απασχόληση και την ανταγωνιστικότητα, για αυτό τον λόγο υπερψήφισα την έκθεση για την βελτίωση της ανταγωνιστικότητας των ΜΜΕ.

Η σχετική έκθεση υπογραμμίζει την ανάγκη για απλοποίηση των διοικητικών διαδικασιών και τη βελτίωση της πρόσβασης των ΜΜΕ σε χρηματοδότηση. Επίσης, υπογραμμίζει το ρόλο των τοπικών κυβερνήσεων που - άμεσα ή έμμεσα - συμμετέχουν σε επιτροπές παρακολούθησης του προγράμματος. Ωστόσο, πολλές από τις τοπικές αρχές εξακολουθούν να στερούνται τη διοικητική ικανότητα να συμμετέχουν κανονικά στα επιχειρησιακά προγράμματα (ΕΠ). Ως εκ τούτου, η τεχνική βοήθεια και η έγκαιρη συμμετοχή τους στις συζητήσεις σχετικά με τα ΕΠ είναι ζωτικής σημασίας. Τέλος, θα πρέπει να ενθαρρύνεται και να προωθείται ο τραπεζικός δανεισμός στις ΜΜΕ.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – The EU is being hypocritical when it talks about SMEs. Far from helping SMEs, its red tape and over-regulation makes the life of small business owners a misery. Fortunately Brexit means this will not be our problem for much longer, and we look forward to a positive and lighter regulatory climate in post-Brexit Britain.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution as I believe that it is favourable to SMEs. The report introduces thematic concentration in the cohesion policy programming 2014-2020. Through thematic concentration, operational programmes appeared to be better targeted towards a limited number of strategic goals, in particular in terms of growth enhancement and high quality job creation potential for SMEs.

Alojz Peterle (PPE), *in writing*. – I voted for the report because SMEs, which form the backbone of Europe's economy, need more financing options after the financial crisis caused banks to cut back on lending. As SMEs have more limited financing options and are in need of macroeconomic stability and a stable regulatory environment, this report urges the EU's proposed Capital Market Union to help SMEs gain access to other financing sources like investment capital and crowdfunding. Besides, it also calls for a one-stop shop to help SMEs get financing and to avoid heavy regulation in getting that financing, so that SMEs can fulfil their job creation potential.

Marijana Petir (PPE), *napisan.* – Ulaganje u povećanje konkurentnosti malih i srednjih poduzeća jedan je od glavnih ciljeva kohezijske politike EU-a 2014.-2020., a jaka mala i srednja poduzeća jamac su razvoja društva.

Kao zastupnica u Europskom parlamentu uvijek ću dati svoj glas i prihvatiti prijedloge za olakšavanje razvoja i jačanja malih i srednjih poduzeća, kako putem ostvarivanja financijske podrške, tako i olakšavanjem administrativnog tereta, jer je riječ o glavnim pokretačima gospodarstva EU-a. Mala i srednja poduzeća zapošljavaju najviše naših građana, osiguravaju otvaranje radnih mjesta te tako imaju značajnu ulogu u konačnom prevladavanju i oporavku od gospodarske krize. Moramo poticati konkurentnost svih oblika malih i srednjih poduzeća, olakšati im pristup financiranju i kreditima, pojednostaviti zakonodavstvo, smanjiti birokraciju, olakšati pristup informacijama, poticati mala i srednja poduzeća na izvoz i internacionalizaciju. Ovdje je posebno važno naglasiti poticanje „zelenih" poduzeća koja otvaraju „zelena radna mjesta" doprinoseći time i održivom razvoju.

Florian Philippot (ENF), *par écrit.* – Je partage la plupart des idées défendues dans ce rapport, qui n'avance en revanche aucune piste de réflexion sérieuse pour réaliser ces vœux pieux:

— simplification administrative en faveur des bénéficiaires des Fonds structurels européens;

— réduction des retards de paiement liés aux Fonds issus de la politique de cohésion;

— simplification de l'accès au crédit en faveur des PME.

Ce rapport ne s'attaque pas aux racines des difficultés rencontrées par les PME:

— concurrence déloyale par le dumping social, environnemental, fiscal et monétaire de certains pays émergents ou États membres;

— monnaie unique qui prive les États membres du levier monétaire pour réduire les écarts de compétitivité avec leurs partenaires commerciaux;

— interdiction dans les traités européens de mettre en œuvre un patriotisme économique (priorité aux entreprises nationales dans l'attribution des marchés publics);

— durcissement des conditions d'octroi de crédit occasionné par les accords Bâle III.

La politique de cohésion permet à peine d'atténuer les effets néfastes des politiques européennes en matière d'emploi et d'investissement dans les PME. En aucun cas l'injection massive d'argent public, notamment par le biais de subventions, ne permettra de remédier durablement aux difficultés rencontrées par les PME. Je préfère donc m'abstenir devant ce texte incapable de s'attaquer aux causes des problèmes qu'il évoque.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – U 23 milijuna malih i srednjih poduzeća u EU-u, koja čine oko 99 % svih poduzeća, nudi se više od 100 milijuna radnih mjesta ili dvije trećine radnih mjesta u privatnom sektoru te ona i dalje bilježe dvostruku stopu rasta zaposlenosti u odnosu na veća poduzeća, čime ta poduzeća bitno doprinose gospodarskom rastu, socijalnoj koheziji, inovacijama i otvaranju visokokvalitetnih radnih mjesta.

Sve to unatoč činjenici da se samo 13 % europskih malih i srednjih poduzeća bavi komercijalnim aktivnostima i ulaganjima na svjetskim tržištima. Na mala i srednja poduzeća koja bi ispunjavala uvjete za financiranje iz europskih strukturnih i investicijskih fondova (fondova ESI), s obzirom na to da djeluju u konkurentnom okruženju i da se moraju nositi s brojnim ograničenjima, kao što su ograničenja u novčanom toku, uvelike utječu složena i nestabilna pravila te administrativno opterećenje, a osobito činjenica da su administrativni troškovi potpuno nerazmjerni financijskim sredstvima koja su im dodijeljena, rokovima za obradu zahtjeva za financiranje i potrebi za uplatom predujmova. Zbog svega navedenog snažno podržavam usvajanje ovog izvješća.

Miroslav Poche (S&D), *písemně.* – Statistiky ukazují, že malé a střední podniky (MSP) mají zcela zásadní význam pro ekonomiku regionů EU, a to jak z hlediska zaměstnanosti, tak z hlediska konkurenceschopnosti. A právě na podporu převážně malých a středních podniků bylo v období 2007-2013 s pomocí politiky soudržnosti věnováno 70 miliard EUR. V období 2014-2020 je cílem tuto částku zdvojnásobit. Podporuji záměr, aby v programovém období 2014-2020 byly MSP podpořeny částkou okolo 94 miliard EUR, ale domnívám se, že je potřeba věnovat MSP ještě větší podporu. Kdyby se podařilo naplnit cíle, které jsou uvedené v této zprávě, mimo jiné poskytnout podporu více než 800 tisícům společnostem, které přímo vytvoří více než 350 tisíc nových pracovních míst, považoval bych to za nesmírně úspěšné

pro zaměstnaneckou politiku Evropské unie. Osobně bych byl rád, kdyby tato legislativa dosáhla ještě jednoho neméně důležitého cíle, tj. snížení výrobních nákladů a s tím spojeného nárůstu produktivity, což by předcházelo škodám na životním prostředí a vedlo k přechodu na nízkouhlíkové hospodářství.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Sono sempre stato convinto che la priorità dell'azione dell'UE debba essere la creazione di posti di lavoro. Per creare occupazione è necessario sostenere adeguatamente le piccole e medie imprese (PMI). Esse sono fondamentali per l'economia delle regioni dell'UE, sia in termini di occupazione che di competitività. Per il periodo 2007-2013 erano stati assegnati, con l'aiuto della politica di coesione, 70 miliardi di euro al sostegno alle imprese, in particolare le PMI, e l'obiettivo per il periodo 2014-2020 è di raddoppiare tale importo. Il raggiungimento di questi obiettivi ambiziosi deve essere adeguatamente monitorato dal Parlamento europeo. Il nostro compito deve essere quello di evitare spreco di risorse ma, soprattutto, quello di sostenere l'azione della Commissione nella formulazione delle proposte più adeguate. Per quanto concerne la promozione della competitività delle PMI, ritengo di fondamentale importanza investire nella formazione dei dipendenti e incentivare le assunzioni di giovani meritevoli e dotati di talento. Sono convinto che il fattore umano sia l'elemento determinante per il successo delle aziende. Per tutte queste ragioni, ho votato a favore di questa relazione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Ponieważ etap programowania europejskich funduszy strukturalnych i inwestycyjnych dobiega końca, sprawozdanie z własnej inicjatywy komisji REGI skupia się na pierwszych wnioskach z zaangażowania MŚP, a konkretniej na realizacji zawartego w rozporządzeniu w sprawie wspólnych przepisów (art. 9) trzeciego z jedenastu celów tematycznych – wzmacniania konkurencyjności MŚP.

Sprawozdanie to zawiera wiele pozytywnych elementów, w tym nacisk na kluczową rolę MŚP w gospodarce UE oraz w udanej realizacji polityki spójności, ograniczanie biurokracji i zachęcanie do korzystania z instrumentów finansowych, uproszczony dostęp do pożyczek, zróżnicowanie źródeł finansowania, znaczenie pomocy technicznej i wczesnego zaangażowania w dyskusje o priorytetach inwestycyjnych w przyszłych rundach finansowania, a także na wymianę najlepszych praktyk między państwami członkowskimi. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Le renforcement de la compétitivité des PME est un objectif thématique majeur de la politique européenne de cohésion et de la stratégie Europe 2020. La concentration thématique a eu pour effet bénéfique de mieux orienter les priorités d'investissement, et ici en faveur des PME européennes. J'ai donc voté pour ce rapport qui évalue la réalisation des objectifs liés à cet objectif thématique dans le cadre de la programmation financière 2014-2020.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Recentemente e como consequência da crise económica e financeira, os níveis de desemprego, pobreza, exclusão e desigualdade social tiveram uma evolução preocupante em muitos Estados-Membros. Considerando que as 23 milhões de PME da União representam cerca de 99% de todas as empresas, e que as referidas PME geram dois em cada três postos de trabalho no mercado único europeu, é lógico assumir que o papel das mesmas é importante na recuperação económica e social dos Estados-Membros.

Enquadrado no 3º objetivo temático dos Fundos Europeus Estruturais de Investimento (FEEI), o reforço da competitividade das PME detém grande importância no que toca a atingir os objetivos da política de coesão e o objetivo da chamada Europa 2020.

Entre as várias sugestões apresentadas, o presente relatório salienta a importância de aumentar a eficácia dos mecanismos de apoio às PME por via de uma simplificação nos procedimentos, assim como através de uma melhor coordenação e coerência entre as políticas de investimento europeias.

Pelo acima exposto e por considerar que as PME são a força motriz da economia europeia, concordo que seja reforçado o apoio dos FEEI destinado às PME e voto favoravelmente o presente relatório.

Laurențiu Rebega (ENF), *în scris*. – În ultimii ani, Uniunea a oferit o atenție deosebită IMM-urilor din statele membre, prin derularea a numeroase programe menite atât să atragă cetățenii, și în special tinerii, în crearea și consolidarea de noi IMM-uri, cât și prin încurajarea unei mai bune dezvoltări a IMM-urilor cu vechime pe piață.

Consider că cel mai chibzuit lucru pe care putem să îl facem este acela de a ne concentra pe programele care se află deja în derulare, și de a ne asigura că acestea își vor atinge obiectivele propuse.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – The EU is being hypocritical when it talks about SMEs. Far from helping SMEs, its red tape and over-regulation makes the life of small business owners a misery. Fortunately Brexit means this will not be our problem for much longer, and we look forward to a positive and lighter regulatory climate in post-Brexit Britain.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, por achar ser imperativo reforçar a competitividade das PME dos setores das pescas e da aquicultura. As PME são essenciais para a economia das regiões da UE, tanto em termos de emprego como de competitividade, e espera-se que até 2020 possa chegar apoio a cerca de 801 500 empresas para a criação de 354 300 novos postos de trabalho diretos. As empresas (incluindo empresas cooperativas e da economia social) irão receber financiamento para investir no desenvolvimento do capital humano e nas competências dos trabalhadores.

As PME formam uma parte muito significativa da economia da UE e têm uma enorme capacidade de criação de emprego real. Apostar na gestão mais eficiente dos recursos das PME oferece um enorme potencial de redução dos custos de produção e de aumento da produtividade, potenciando uma poupança de 630 mil milhões de euros por ano para a indústria europeia.

É necessário permitir que as PME desenvolvam um ambiente verde (refabrico, reparação, manutenção, reciclagem), contribuindo assim para a resolução de desafios ambientais, ao mesmo tempo que promovem o crescimento económico e a criação de emprego.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – O relatório anual da Comissão sobre as PME europeias relativo a 2014/2015 indica que em 2014 as PME representaram 71,4% do aumento do emprego no setor empresarial não financeiro e empregavam cerca de 90 milhões de pessoas – isto é, 67% do emprego total. As pequenas e médias empresas são, por isso, essenciais para a economia das regiões da UE, tanto em termos de emprego como de competitividade.

Entendo que, se as autoridades locais pretenderem participar mais na gestão dos FEEI, as administrações centrais devem dar-lhes a possibilidade de receber mais poderes de decisão, começando com a seleção dos projetos. A assistência técnica e a participação, numa fase precoce, nos debates sobre as prioridades de investimento em futuras fases de financiamento contribuirão para este processo.

Dado que a maioria dos países e regiões só agora começou a lançar os programas, há margem para as autoridades de gestão e a Comissão aplicarem mais sistematicamente o princípio da parceria consagrado no regulamento e no Código de Conduta.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Voto a favor del Informe sobre la mejora de la competitividad de las pymes, puesto que son esenciales para la economía de todas las regiones de la Unión. En el periodo 2014-2020 se espera conseguir, con los Fondos EIE destinados al programa, aumentar la creación de puestos de trabajo e invertir en el desarrollo del capital humano y las capacidades de las personas.

Se indican como objetivos, además, promover el espíritu empresarial, desarrollar y aplicar nuevos modelos de negocio, apoyar la creación y ampliación de capacidades para el desarrollo de productos y servicios y apoyar el crecimiento en los mercados.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Les PME représentent 99 % de toutes les entreprises et contribuent de manière essentielle à la croissance économique de l'Union européenne en fournissant plus de 100 millions d'emplois, soit deux tiers des emplois du secteur privé.

J'ai donc voté en faveur de ce rapport qui encourage la Commission à intégrer davantage le financement de la compétitivité des PME lors de la préparation de la politique de cohésion après 2020.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O objetivo temático «Reforço da competitividade das Pequenas e Médias Empresas (PME)» é de importância capital para alcançar os objetivos da política de coesão e da Estratégia Europa 2020.

Entre 2007 e 2013 foram atribuídos, ao abrigo da política de coesão, 70 mil milhões de euros para apoiar empresas que permitiram a criação de 263 000 postos de trabalho, estando previsto duplicar esse objetivo para o período de 2014 a 2020.

A introdução destes objetivos temáticos na programação da política de coesão para o período 2014-2020 forneceu uma ferramenta eficaz para conceber programas operacionais com mais enfoque nas prioridades a nível do investimento.

Por força da concentração temática e particularmente deste objetivo, houve uma melhor orientação dos programas operacionais, direcionando-os para um número mais restrito de objetivos estratégicos, com repercussões na melhoria do crescimento e da qualidade da criação de emprego para as PME.

Nesse sentido, considero este relatório bastante importante, na medida em que procede, por um lado, a uma avaliação positiva deste objetivo temático, perspetivando, por outro, o cenário para o período de programação financeira 2014-2020, medindo a realização dos resultados obtidos até à data e tentando tirar conclusões para o restante Quadro Financeiro Plurianual.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – Les 23 millions de PME présentes dans l'Union européenne représentent 99 % de l'ensemble des entreprises et contribuent de manière centrale à la croissance économique et à la création d'emplois. En effet, elles fournissent plus de 100 millions d'emplois, soit deux tiers des emplois du secteur privé.

J'ai voté en faveur de ce rapport, qui fournit une évaluation précoce de l'objectif thématique du renforcement de la compétitivité des PME. L'Union européenne doit apporter son soutien aux PME et agir pour renforcer leur compétitivité. Elles représentent de véritables moteurs économiques pour notre économie.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor a este informe que resalta la importancia de las pymes en la economía europea. Propone simplificar y disminuir la burocracia, la regulación y legislación en el acceso a ayudas y créditos para las pymes.

Destacamos que el informe hace referencia a la mala gestión económica y que las medidas de austeridad que paralizan la demanda, inciden de manera más dura en las pymes; y que apoya la creación de redes de innovación, y el intercambio de las experiencias positivas, así como el apoyo técnico.

Apostar por una inversión en pymes es apostar por el futuro, el empleo y una economía más sostenible.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die Umsetzung des Ziels „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU" (kleine und mittlere Unternehmen) gestimmt, da sie das Rückgrat der europäischen Wirtschaft bilden und ein enormes Arbeitsplatzbeschaffungspotential aufweisen.

KMU können sich nur dann erfolgreich in die globalen Wertschöpfungsketten einbringen, wenn ein günstigerer Rahmen geschaffen und die internationale Zusammenarbeit ausgeweitet wird.

Die Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit durch eine große Bandbreite an Maßnahmen sichert vorhandene Arbeitsplätze und schafft neue.

Außerdem wird ein wichtiger Beitrag zur Verwirklichung der Ziele der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum geleistet. Dadurch wurden in Sektoren wie Vernetzung, Innovation und Wissen sowie Kultur und Bildung erhebliche Fortschritte erzielt.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Le PMI costituiscono la spina dorsale del sistema produttivo europeo e sono il motore principale della crescita economica: esse rappresentano infatti circa il 99 % di tutte le imprese e il 67 % dell'occupazione totale nel settore non finanziario. Condivido la relazione di iniziativa in cui si raccomanda di rafforzare ulteriormente il sostegno dei fondi strutturali e di investimento europei a favore delle PMI, di ridurre gli oneri amministrativi, di diversificare le fonti di finanziamento e di semplificare l'accesso al credito, tenendo conto anche delle caratteristiche particolari delle microimprese, delle start-up e del contesto in cui esse operano. Al fine di assicurare l'efficacia della politica di coesione post-2020, mi auguro che queste raccomandazioni del Parlamento possano guidare la discussione e gli interventi per rafforzare la competitività delle PMI e per rimuovere gli ostacoli che impediscono o rallentano la loro crescita. Ho deciso pertanto di esprimermi a favore della relazione.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – Na União Europeia há 23 milhões de pequenas e médias empresas (PME) que proporcionam 100 milhões de empregos, desenvolvendo cerca de um quarto atividades de exportação.

Tal como mencionado no relatório, considero importante reforçar a transparência e a participação de todas as autoridades regionais e locais, atores da sociedade civil, empresários e outras partes interessadas pertinentes, em particular no processo de definição do requisito dos convites à apresentação de propostas, por forma a visarem melhor as necessidades dos beneficiários finais.

Há desafios que, claramente, se podem transformar em oportunidades. São os casos das necessidades de adaptação das PME às decisões da COP 21 e da possibilidade de integração de refugiados e migrantes, como muito bem é apontado no relatório. Também por estas razões, votei positivamente.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *na piśmie*. – Małe i średnie przedsiębiorstwa mają kluczowe znaczenie dla gospodarki regionów UE zarówno pod względem zatrudnienia, jak i konkurencyjności. Dlatego należy docenić fakt, ze w okresie 2007-2013 w ramach polityki spójności na wsparcie dla przedsiębiorstw, głównie MŚP, przeznaczono 70 mld EUR, natomiast celem na lata 2014-2020 jest podwojenie tej kwoty, do czego ma się przyczynić większe wykorzystanie różnych instrumentów finansowych.

W Parlamencie Europejskim często podkreślamy, że MŚP stanowią fundament gospodarki UE i dysponują ogromnym potencjałem w zakresie zatrudnienia, gdyż odpowiadają za 85% nowo powstałych miejsc pracy. Szacuje się również, że ponad 20 milionów MŚP zapewnia ponad 67% zatrudnienia w sektorze prywatnym w UE, przy czym za 30% odpowiadają mikroprzedsiębiorstwa. MŚP stanowią więc główną siłę napędową długofalowego europejskiego wzrostu gospodarczego i tworzenia trwałych miejsc pracy w państwach członkowskich.

Zwiększenie skuteczności wykorzystania zasobów przez MŚP stwarza wielkie możliwości w zakresie obniżenia kosztów produkcji i wzrostu wydajności. Szacuje się, że lepsze wykorzystanie zasobów stanowi dla europejskiego przemysłu ogólny potencjał oszczędności w kwocie 630 mld EUR. Zapobieganie szkodom w środowisku oraz przechodzenie na gospodarkę niskoemisyjną to wyzwania społeczne, które stwarzają nowe szanse dla przedsiębiorstw wprowadzających na rynek ekologiczne produkty i usługi. Do prowadzenia działalności MŚP potrzebują korzystnego środowiska, w którym proekologiczne rozwiązania mogą być łatwo opracowywane, finansowane i wprowadzane na rynek.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — I voted with my S&D and EPLP colleagues in favour of this report because underlines the need for simplification of administrative procedures and a better access to financing of SMEs. Furthermore, it stresses the role of local governments which – directly or indirectly – are involved in programme monitoring committees. However, many of the local authorities are still lacking the administrative capacity to properly participate in the OPs. Therefore technical assistance and their early involvement in the discussions regarding the OPs are crucial

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Malé a stredné podniky (MSP) majú veľký význam pre hospodárstvo regiónov EÚ, pokiaľ ide o zamestnanosť aj konkurencieschopnosť. Preto som rád, že táto správa sa zameriava na túto kľúčovú úlohu, ktorú má MSP. Hlasoval som za.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Malé a stredné podniky (MSP) sú nepochybne chrbtovou kosťou hospodárstva EÚ a majú obrovský potenciál najmä v oblasti zamestnanosti a konkurencieschopnosti. Hlasovala som za navrhované uznesenie, pretože navrhuje pokračovať v programovom období 2014-2020 s podporou MSP (zdvojnásobí sa podpora z obdobia 2007-2013 na 14 miliárd EUR). O tom, že je to dobrá investícia, svedčí aj to, že MSP sa podieľali 71,4 % na zvýšení zamestnanosti v roku 2014 v nefinančnom podnikateľskom sektore a v roku 2014 MSP zamestnávali takmer 90 miliónov ľudí, čo predstavuje 67 % celkovej zamestnanosti a vytvorili 58 % pridanej hodnoty sektora. Som rada, že v rámci obdobia 2007-2013 bolo v rámci politiky súdržnosti podporených 73 500 začínajúcich podnikov a vytvorilo sa viac ako 263 000 pracovných miest v MSP. Žiaľ, aj počas uplynulého programového obdobia sme sa mohli stretnúť s niektorými prekážkami (dôsledky hospodárskej krízy, zložité riadenie štrukturálnych fondov a administratívna záťaž, nedostatočné čerpanie prostriedkov zo strany MSP), ktoré ohrozovali úspešné a včasné vykonávanie tematického cieľa „zvýšenie konkurencieschopnosti MSP“ (TC 3). Je preto namieste, aby sme sa z týchto chýb poučili a na základe prijatých opatrení pre programové obdobie 2014-2020 zabránili opakovaniu týchto problémov.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Mala in srednja podjetja so glavna gonilna sila zelenega gospodarstva in kreirajo zelena delovna mesta. Hkrati so zelo raznolika in vključujejo veliko število na lokalni ravni osnovanih mikropodjetij, ki pogosto delujejo v tradicionalnih sektorjih, obenem pa tudi vse večje število zagonskih podjetij in hitro rastočih podjetij.

Prav zato je pomembno, da se srednja in mala podjetja podpre v okviru kohezijske politike in hkrati oceni, ali so sredstva, ki so jim namenjena, porabljena učinkovito. V obdobju od 2007 do 2013 je bilo s podporo kohezijske politike 70 milijard namenjenih za podporo predvsem malim in srednjim podjetjem, v obdobju od 2014 do 2020 pa naj bi se ta znesek podvojil, saj je podpora tovrstnim podjetjem ena izmed prioritet kohezijske politike Evropske unije, še posebej pa Sklada za regionalni razvoj.

Parlament v poročilu poziva Evropsko komisijo, naj upošteva načela svežnja o krožnem gospodarstvu, da bi tako spodbudila bolj trajnostno gospodarsko rast in ustvarila nova kakovostna delovna mesta, s poudarkom na spodbujanju zelenih delovnih mest.

Zaradi pomembne vloge malih in srednjih podjetij v evropskem zelenem gospodarstvu sem to poročilo podprl.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – 23 miljoen kleine en middelgrote ondernemingen, dat zijn 99 % van alle bedrijven in de EU, verschaffen 100 miljoen arbeidsplaatsen of twee derde van alle banen in de privésector. Ze leveren dan ook een fundamentele bijdrage tot economische groei, sociale cohesie, innovatie en kwaliteitsvolle werkgelegenheid. Bovendien vormen ze een belangrijke drijvende kracht achter de groene economie en jobcreatie.

Het verslag over de verbetering van het concurrentievermogen van kmo's voorziet in een zeer evenwichtige aanpak met het oog op de versterking van groene kmo's en lokale markten, in het bijzonder via steun voor lokale kmo's. Bovendien wijst het verslag op het belang van thematische concentratie en de rol daarvan bij duurzame ontwikkeling, de kwaliteitsdimensie van jobcreatie en de betrokkenheid van kmo's bij het principe omtrent partnerschap, met inbegrip van specifieke organisaties gericht op eco-ondernemers.

Na enkele aanvullingen omtrent circulaire economie, de "Small Business Act" en ondernemerschap voor jongeren, en met de focus op groene jobs en de groene economie, voldoet het verslag aan vele groene eisen en stemde ik voor.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht D'Amato nimmt Stellung zur optimalen Nutzung des Potenzials kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zur Schaffung von Arbeitsplätzen. KMU stellen etwa zwei Drittel der Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft bereit. Um das Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen noch weiter zu stärken, sollten KMU im Fokus der Ausgestaltung der EU-Unternehmenspolitik stehen.

Der Bericht hebt hervor, dass eine Verringerung des Verwaltungs- und Regelungsaufwandes wie auch eine Verbesserung der Qualität der Rechtssetzung und Rechtsdurchsetzung KMU entlasten sollten. Darüber hinaus wird im Bericht betont, dass faire Wettbewerbsbedingungen für KMU im Vergleich mit Großunternehmen geschaffen werden. Kleine und lokale Unternehmen werden in überregulierten und bürokratischen Verwaltungssystemen besonders benachteiligt. Es sind Maßnahmen notwendig um Marktnachteile von KMU so einzuschränken, dass ihr Beschäftigungspotenzial erheblich gesteigert wird.

Ich halte den Bericht insgesamt für sehr ausgewogen und habe ihm deshalb zugestimmt.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Malé a stredné podniky trpia oproti veľkým korporáciám nedostatočným prístupom ku kapitálu. V súlade so stratégiou súčasnej Európskej komisie im chceme zjednodušiť možnosti získať prostriedky pre rozvoj svojho podnikania, využívanie moderných technológií a zvyšovanie konkurencieschopnosti na trhu. Výsledkom bude zníženie nezamestnanosti a rozvoj regiónov, pretože v rámci nich sú malé a stredné podniky často významným ekonomickým a spoločenským aktérom.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu der Umsetzung des thematischen Ziels „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU" (Artikel 9 Absatz 3 der Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen) habe ich nicht zugestimmt.

Der Bericht behandelt die Wettbewerbsfähigkeit der KMU und wie insbesondere die Kohäsionspolitik mit einer Mittelausstattung in Höhe von mehr als 350 Mrd. EUR bis 2020 als das wichtigste Subventionsinstrument in der EU dazu beitragen kann.

Die Kohäsionspolitik lehne ich als ein rein umverteilendes Instrument ab. Die AfD steht in Deutschland für selbständige und starke Gebietskörperschaften. Wir wollen regionale und lokale Selbstverwaltung ermöglichen und Subsidiarität garantieren, damit regionale Eigen- und Besonderheiten gepflegt werden können. Wir wollen dem Föderalismus wieder mehr Gewicht verleihen. Die AfD ist also schon gegenüber einer Politik des regionalen Ausgleichs innerhalb Deutschlands einigermaßen skeptisch eingestellt. Auf Ebene der EU hat diese erst recht nichts zu suchen. Wir stehen für starke und selbständige Nationalstaaten.

Den Missbrauch der Kohäsionspolitik für eine zentralplanerische Förderung und Subventionierung von KMU lehne ich erst recht ab. Es ist nicht Aufgabe des Staates, Gelder umzuverteilen um vermeintlich lohnende Wirtschaftszweige oder eine bestimmte Klasse von Unternehmen finanziell zu fördern – denn dadurch werden Steuerzahler bestraft.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Cilj jačanja konkurentnosti malih i srednjih poduzeća važan je za postizanje ciljeva kohezijske politike i strategije Europa 2020 i izvješće nam daje prvu ocjenu ovog ključnog tematskog cilja te nam daje prve pokazatelje o ovoj politici općenito za financijsko razdoblje 2014-2020. Zbog gospodarske i financijske krize u mnogim državama članicama porasla je razina dugoročne nezaposlenosti, nezaposlenost mladih i društvene nejednakosti. Stoga mala i srednja poduzeća mogu imati relevantnu i važnu ulogu u oporavku Europe.

Podržavam prijedlog rezolucije o provedbi tematskog cilja „jačanje konkurentnosti malih i srednjih poduzeća" jer se ovim ciljem potiče otvaranje radnih mjesta i gospodarski oporavak.

Dolazim iz Hrvatske gdje postoje raznovrsna mikropoduzeća na lokalnoj razini koja su često aktivna u tradicionalnim sektorima te ima sve više novoosnovanih poduzeća i brzorastućih inovativnih poduzeća, tako da je nužno pojednostaviti nacionalna i europska zakonodavstva kako bi se malim i srednjim poduzećima olakšao pristup kreditiranju.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o izvajanju tematskega cilja za povečanje konkurenčnosti malih in srednjih podjetij.

Kot večkrat ugotavljamo, predstavljajo mala in srednja podjetja hrbtenico evropskega gospodarstva in kot taka imajo pomembno vlogo pri okrevanju Evrope zaradi gospodarske in finančne krize, ki je v številnih državah članicah zvišala stopnjo revščine, prav tako so se povečale dolgotrajna brezposelnost, brezposelnost mladih in socialne neenakosti.

Podpiram poziv Komisiji in državam članicam, naj upoštevajo dodano vrednost projektov malih in srednjih podjetij za razvoj in inovacije v tradicionalnih sektorjih, saj bo to spodbudilo ustvarjanje delovnih mest, hkrati pa se bodo ohranile lokalne in regionalne poslovne posebnosti ob upoštevanju načel trajnosti

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Η βελτίωση της ανταγωνιστικότητας των μικρομεσαίων επιχειρήσεων δεν είναι αποκλειστικά και μόνο θέμα χρηματοδότησης. Η Ένωση πρέπει να υιοθετήσει μέτρα και κανόνες που ευνοούν τη σύσταση και ανάπτυξη των μικρομεσαίων επιχειρήσεων και στηρίζουν την επιβίωσή τους εντός του ανταγωνιστικού περιβάλλοντος με τις μεγάλες επιχειρήσεις, όπως την ανάπτυξη μιας ενιαίας φορολογικής πρακτικής των μικρομεσαίων επιχειρήσεων που θα επιτρέπει τη φορολόγηση μετά από μια συγκεκριμένη περίοδο χάριτος ή θα επιβάλει ενιαίες φορολογικές κλίμακες σε όλα τα κράτη μέλη.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Szavazatommal támogattam a „Kis- és középvállalkozások versenyképességének javítása" tematikus célkitűzés végrehajtásáról szóló jelentést. Az európai strukturális és beruházási alapok keretében végrehajtott beruházások egyik tematikus célkitűzése a kis- és középvállalkozások versenyképességének növelése, amelynek fontosságát a jelentés többször is helyesen hangsúlyozta. Egyetértek a jelentéssel abban, hogy a mintegy 23 millió európai kis- és középvállalkozás számára alapvető fontosságú az európai, nemzeti és regionális szabályozás egyszerűsítése, valamint a hitelhez való hozzáférés megkönnyítése.

Mivel a kkv-k európai strukturális és beruházási alapokhoz való széles körű hozzáférését valóban nehezíti a támogatási programok nagy száma és változatossága, a szabályok és az eljárások bonyolultsága, helyeslem azt a felkérést miszerint az egyszerűsítéssel foglalkozó magas szintű munkacsoport álljon elő konkrét javaslatokkal arra nézve, hogyan ésszerűsíthetőek ezen eljárások. Továbbá szintén támogatom a jelentés azon felhívását, hogy segíteni kell a kkv-kat a hagyományos banki szolgáltatásokhoz való hozzáférés akadályainak leküzdésében, illetve ösztönözni kell az egyéb finanszírozási lehetőségek felhasználását is. A kkv-k versenyképességének javítását célzó minden lépésnek, ahogy azt a jelentés is megjegyezte, természetesen az emberi jogok és a munkavállalói jogok tiszteletben tartásán, valamint a lehető legmagasabb szintű környezetvédelmen kell alapulnia.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Małe i średnie przedsiębiorstwa stanowią ok. 99% wszystkich przedsiębiorstw UE, zapewniając 67% całkowitego zatrudnienia w sektorze firm niefinansowanych. W unijnym rozporządzeniu ustanawiającym wspólne przepisy dotyczące europejskich funduszy strukturalnych i inwestycyjnych wymieniono 11 celów tematycznych określających zasady finansowania. Cel tematyczny 3 dotyczący wzmacniania konkurencyjności MŚP ma jedną z najwyższych pul środków.

W latach 2014-2020 na wsparcie MŚP przewidziano niemal 64 mld EUR. Dodatkowe wykorzystanie instrumentów finansowych pobudzających kredyty bankowe ma na celu podwojenie tej kwoty. Oczekiwane rezultaty to 300 tys. nowych miejsc pracy i pomoc dla prawie miliona MŚP. Konkretne środki obejmują wspieranie przedsiębiorczości i tworzenia firm, inwestycje w badania naukowe i innowacje, rozwój nowych modeli biznesowych, produktów i usług, transfer wiedzy i współpracę biznesową, podnoszenie kwalifikacji pracowników, propagowanie samozatrudnienia, czy tworzenie przedsiębiorstw społecznych.

Dlatego tak ważna jest wczesna ocena realizacji tego kluczowego celu, jakim jest poprawa konkurencyjności MŚP, zarówno pod względem dotychczasowych osiągnięć, jak i wniosków na przyszłość.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Tuin tätä päätöslauselmaesitystä, sillä pk-yrityksille ERI-rahastosta suunnatun tuen tulisi olla entistä paremmin saatavilla. Pk-yrityksillä on suuri taloudellisen kasvun potentiaali, ja nämä yritykset ovat erityisesti harvaanasutuilla alueilla tärkeitä työllistäjiä.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – La relazione D'Amato analizza a livello olistico i diversi aspetti che riguardano l'attuazione dell'obiettivo tematico (OT) 3 nella programmazione 2014-2020 dei Fondi strutturali e di investimento. L'aumento degli investimenti per favorire l'accesso al credito, meno burocrazia, meno ritardi nei pagamenti della pubblica amministrazione, più trasparenza negli appalti pubblici e più economia circolare sono alcuni dei punti importanti che sono stati votati e approvati a larghissima maggioranza all'interno della relazione della nostra collega a 5 stelle questa settimana a Strasburgo. Il Parlamento, con questo voto, riconosce anche che la crisi delle PMI europee è stata causata anche dalle «politiche di austerità attuate dagli Stati membri e dall'Unione europea», politiche che «hanno soffocato la domanda interna». Nella relazione viene indicata la strada che l'Europa dovrebbe percorrere: punti chiave sono per esempio un'internazionalizzazione socialmente responsabile e un processo integrato di politica regionale e politica europea senza dimenticare di favorire la transizione verso l'economia circolare e avviare un deciso processo di decarbonizzazione e autoproduzione dell'energia a favore delle fonti rinnovabili. Ho votato pertanto a favore.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – This report is key to the future development and prosperity of our economy and I hereby support it. SMEs are essential for the economy of EU regions, in terms of employment and competitiveness. ESI funds – through their Thematic Objectives (TO) – contribute to enhancing the competitiveness of the SMEs. For the 2014-2020 financing period more than EUR 63 bn have been allocated to the TO 3 'Enhancing the competitiveness of SMEs' which – together with the national co-financing – will amount to EUR 94 bn. For the 2014-2020 programming period support is expected to be given to more than 800 000 SMEs; 396 500 micro, small and medium sized enterprises will receive ESF funding.

It is important to focus on promoting entrepreneurship, developing and implementing new business models and supporting growth in national and international markets. Nonetheless, the need for simplification of administrative procedures and a better access to financing for SMEs remains. Furthermore, it stresses the role of local governments which – directly or indirectly – are involved in programme monitoring committees. However, many of the local authorities are still lacking the administrative capacity to participate in the OPs. Therefore, technical assistance and their early involvement in the discussions regarding the OPs are crucial.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai bien sûr voté pour ce texte. L'objectif commun des investissements au titre des Fonds ESI est de favoriser la mise en œuvre de la stratégie Europe 2020 de l'Union européenne pour une croissance intelligente, durable et inclusive. Chaque Fonds ESI soutient 11 objectifs thématiques, et le troisième (ci-après dénommé «OT 3») concerne «l'amélioration de la compétitivité des petites et moyennes entreprises, du secteur agricole (pour le Feader) et du secteur de la pêche et de l'aquaculture (pour le Feamp)», ainsi que les priorités d'investissement correspondantes pour le Feder.

Les petites et moyennes entreprises (PME) sont essentielles pour l'emploi et la compétitivité des régions de l'Union européenne. Pour la période 2007-2013, la politique de cohésion a permis de dégager 70 milliards d'euros pour soutenir les entreprises, et principalement les PME. Pour la période 2014-2020, le but est de doubler ce montant (notamment au moyen d'instruments financiers). Dans la nouvelle période de programmation, les investissements auprès des PME seront notamment effectués via l'OT 3. Cependant, il sera possible de procéder dans le même temps à des investissements dans les PME au titre d'autres objectifs thématiques.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – SMEs are an indispensable driving force for the EU economy, in terms of growth, employment and competitiveness, as they account for around 99% of all businesses and provide over 100 million jobs in the EU. However, they often face multiple challenges due to their size. This is why I voted in favour of this report on the implementation of the thematic objective 'enhancing the competitiveness of SMEs', which is one of the objectives of the ESI Funds. This should be done by simplifying access to credit and encouraging innovation, with a special focus on the circular economy, by increasing coordination and consistency among all EU investment policies, by encouraging the involvement of local authorities and SMEs themselves in the implementation of programmes. It is particularly important to continue removing administrative burden for SMEs when managing ESI Funds by bringing the cohesion policy in line with the reality of SMEs.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog o povečanju konkurenčnosti malih in srednjih podjetij sem podprla.

Mala in srednja podjetja (MSP) so bistvenega pomena za gospodarstvo EU v smislu zaposlovanja in konkurenčnosti. Pričakujemo, da bo prejelo podporo približno 801.500 podjetij, kar bi neposredno ustvarilo 354.300 novih delovnih mest.

MSP so glavno gonilo dolgoročne evropske gospodarske rasti in možnosti za ustvarjanje trajnostnih delovnih mest v 28 državah članicah.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor a este informe que resalta la importancia de las pymes en la economía europea. Propone simplificar y disminuir la burocracia, la regulación y legislación en el acceso a ayudas y créditos para las pymes.

Destacamos que el informe hace referencia a la mala gestión económica y que las medidas de austeridad que paralizan la demanda, inciden de manera más dura en las pymes; y que apoya la creación de redes de innovación, y el intercambio de las experiencias positivas, así como el apoyo técnico.

Apostar por una inversión en pymes es apostar por el futuro, el empleo y una economía más sostenible.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – SMEs are the backbone of the European economy and the main employers in our job market. I hope that these recommendations are useful for the Commission and Member States to implement new policies to make SMEs more competitive.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – On recense plus de 23 millions de PME dans l'Union européenne, soit 99 % du nombre total d'entreprises. Ces PME génèrent 100 millions d'emplois, soit deux tiers des emplois du secteur privé. Il est rappelé que 14 % des fonds européens disponibles sont alloués en faveur des PME, soit plus de 140 milliards d'euros pour la période de programmation 2014-2020.

Cette politique de cohésion permet au mieux d'atténuer les effets néfastes des politiques européennes en matière d'emploi et d'investissement dans les PME. En aucun cas l'injection massive d'argent public, notamment par le biais de subventions, ne permettra de remédier durablement aux difficultés rencontrées par ces PME.

J'ai choisi l'abstention car certaines dispositions du rapport sont convenables.

Mihai Țurcanu (PPE), *în scris*. – La ora actuală în Uniunea Europeană există 23 de milioane de IMM-uri, reprezentând 99% din totalul întreprinderilor. Acestea creează mai mult de 100 de milioane de locuri de muncă, adică 2/3 din locurile de muncă din sectorul privat, contribuind, astfel, considerabil, la creșterea economică. În acest sens, prezentul raport recomandă întărirea susținerii acestora prin intermediul fondurilor structurale și de investiții europene.

În vederea facilitării creării de IMM-uri, raportul subliniază necesitatea unei ameliorări a accesului la finanțare pentru microîntreprinderi și pentru start-up-urile ce doresc să se dezvolte. Astfel, dobânzile pentru finanțarea IMM-urilor și a marilor companii ar trebui să fie egalizate. De asemenea, raportul atrage atenția asupra faptului că birocrația excesivă a descurajat anumite IMM-uri să solicite finanțările propuse, iar, în acest sens, se cere Comisiei o analiză rapidă a acestei probleme.

Alte recomandări formulate în acest raport la adresa statelor membre și a Comisiei ar fi: crearea unui dialog structurat între Banca Europeană de Investiții și Fondul european de investiții, cu scopul de a ameliora și facilita accesul IMM-urilor la surse de finanțare diversificate sau instaurarea la nivel național și regional a unor condiții aplicabile ajutoarelor de stat, care să nu dezavantajeze IMM-urile.

Am votat, așadar, pentru raportul referitor la îmbunătățirea competitivității IMM-urilor.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Optymistycznie zapatruję na projekt rezolucji wspierającej konkurencyjność małych i średnich przedsiębiorstw z uwagi na fakt, jak duży wpływ ma ich działalność na rozwój gospodarczy, tworzenie nowych miejsc pracy i tworzenie innowacji. Władze lokalne mogą wspierać najbardziej efektywne podmioty przez dokładną selekcję, partnerstwo oraz odpowiednie zarządzanie. Zwiększenie skuteczności działania sektora MŚP może przyczynić się do bardziej ekonomicznego wykorzystania zasobów, obniżenia kosztów produkcji, wzrostu wydajności, a dzięki temu wygenerowania oszczędności na poczet późniejszych innowacji. Zdecydowałem poprzeć w głosowaniu powyższą inicjatywę.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az európai strukturális és beruházási alapok keretében végrehajtott beruházások közös célkitűzése az intelligens, fenntartható és inkluzív növekedést célzó Európa 2020 stratégia végrehajtása. A mostani dokumentumot megszavaztam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — Voto a favor a este informe que resalta la importancia de las pymes en la economía europea. Propone simplificar y disminuir la burocracia, la regulación y legislación en el acceso a ayudas y créditos para las pymes.

Destacamos que el informe hace referencia a la mala gestión económica y que las medidas de austeridad que paralizan la demanda, inciden de manera más dura en las pymes; y que apoya la creación de redes de innovación, y el intercambio de las experiencias positivas, así como el apoyo técnico.

Apostar por una inversión en pymes es apostar por el futuro, el empleo y una economía más sostenible.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted for, as SMEs are key drivers in the green economy and for the creation of green jobs. It is therefore important to support SMEs in cohesion policy and to assess whether resources have been spent effectively.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Raginu Komisiją ir valstybes nares skubiai rasti ilgalaikį sprendimą dėl susikaupusių neatliktų mokėjimų, susijusių su regionine politika, ir tinkamai taikyti Pavėluotų mokėjimų direktyvą (2011/7/ES), siekiant užtikrinti, kad MVĮ, kaip projekto partnerės, dėl vėluojančių mokėjimų neprarastų susidomėjimo dalyvauti paramos programose ir projektuose einamuoju programavimo laikotarpiu; taip pat pažymiu, kad nuosekliau laikantis šios direktyvos, kurioje, *inter alia*, reikalaujama, kad valdžios institucijos mokėjimus už savo įsigyjamas prekes ir paslaugas atliktų per 30 dienų, būtų prisidėta prie MVĮ stabilizavimui ir augimui reikiamų sąlygų kūrimo.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on implementation of the thematic objective 'enhancing the competitiveness of SMEs' – Article 9(3) of the Common Provisions Regulation. The shared objective of investments under the ESI funds is to provide support for the delivery of the EU's Europe 2020 strategy for smart, sustainable and inclusive growth. The report highlights that there is an overall need for mechanisms that help to simplify the business environment and speed up the process of setting up new businesses with REFIT to support SME competitiveness and absorption of ESI Funds. I voted in favour because I believe that small and medium-sized enterprises (SMEs) are essential for the economy of EU regions, both in terms of employment and competitiveness.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de un informe que destaca la importancia de mejorar la competitividad de las pymes con el uso de las herramientas de la política de cohesión. Es importante seguir avanzando a través de la concentración temática en los objetivos de la política de cohesión, principalmente el de la competitividad y el empleo a través de la ayuda a las pymes en áreas como la innovación, para poder contribuir con mayor fuerza a los objetivos de la estrategia 2020. Como siempre, las pequeñas y medianas empresas son uno de los motores vitales en la gran mayoría de las regiones europeas. Es por ello por lo que es necesario fomentar la competitividad de las pymes a través de las herramientas que este informe señala con acierto, por lo que considero necesario votar a su favor.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – De kmo's in Europa zijn een uiterst belangrijke motor van de economie en schepper van banen. Ik heb voor dit verslag gestemd om de Europese Commissie erop te wijzen dat ze in haar wetgevingsinitiatieven meer aandacht moet hebben voor de eigenheid van kmo's. Er bestaat een duidelijke behoefte aan mechanismen die het ondernemingsklimaat vereenvoudigen en met behulp van Refit het startproces van nieuwe ondernemingen versnellen. De concurrentiekracht van kmo's moeten we kunnen aanscherpen en het gebruik van ESI-fondsen moeten we meer ondersteunen. Meer en beter ondersteunde kmo's zijn positief voor economie, tewerkstelling en innovatie.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O objetivo partilhado dos investimentos no âmbito dos FEEI é prestar apoio com vista à execução da Estratégia Europa 2020 da UE para um crescimento inteligente, sustentável e inclusivo.

As PME são essenciais para a economia das regiões da UE (99% das empresas e 85% dos postos de trabalho) em termos de emprego e competitividade. Para o período 2007-2013, o apoio da política de coesão dedicado às empresas foi de 70 mil milhões de euros, principalmente às PME. Para o período de 2014-2020, o objetivo é duplicar este montante (também com a ajuda de instrumentos financeiros).

Este relatório reforça a necessidade de aumentar a eficiência das PME, promovendo práticas de economia circular, a promoção de «empregos verdes» e a afirmação internacional.

Esta posição não apaga todas as reservas que temos relativamente aos objetivos subjacentes às políticas de coesão que condicionam o investimento e atrelam as políticas de desenvolvimento regional às agendas neoliberais da agenda 2020.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Im Bericht wird darauf hingewiesen, dass KMU, welche die meisten Arbeitsplätze in der EU stellen, die treibende Kraft der europäischen Wirtschaft sind. Zudem wird ein vereinfachter und weniger regulierter Zugang zu Krediten für Kleinstunternehmen und Start-ups verlangt. Da der Bericht gute Ansätze enthält, wie man Klein- und Mittelbetriebe verbessern und unterstützen kann, habe ich dem Bericht zugestimmt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sull'attuazione dell'obiettivo tematico «promuovere la competitività delle PMI» in quanto le PMI ricoprono un ruolo essenziale nell'economia delle regioni dell'UE, in termini di occupazione e di competitività. Per il periodo di finanziamento 2014-2020 sono stati stanziati più di 63 miliardi di euro per il potenziamento della competitività delle PMI. Sono favorevole alla relazione in questione in quanto ribadisce l'esigenza di una semplificazione delle procedure amministrative e la necessità un migliore accesso al finanziamento delle PMI. Sottolineo inoltre l'importanza ricoperta dai governi centrali che dovrebbero fornire alle autorità locali disposte nella gestione dei fondi SIE più ampi poteri decisionali.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I voted with my S&D and EPLP colleagues in favour of this report because it underlines the need for simplification of administrative procedures and improved access to financing of SMEs. There is no doubt that SMEs represent the backbone of our economy, and we must facilitate their ability to operate and trade across Europe. Any strategy on SMEs must include support for cooperatives and alternative business models that have so much potential for a more ethical way of doing business, and can bring more flexibility and accountability to the private sector. We must also ensure that vulnerable excluded groups have access to entrepreneurship education, particularly women and girls, who face greater obstacles and prejudice. We must make sure that we share best practice on enabling women and girls to become entrepreneurs.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour because the competitiveness of the EU's SMEs is one of my top priorities. It reiterates that fact that SMEs are the backbone of the EU economy. This means that we need to facilitate and support them where needed. It recognises the biggest problems of today and proposes clear solutions that I can only support. One of those measures is to increase access to finance. This can be done by removing institutional and technical barriers. Also, they should be better informed about alternative sources of funding. In addition, Member States should ensure coherent and consistent investment policies. Herein, transparency plays a very important role. I also agree

that the European Investment Bank and the European Investment Fund are important actors. But overall, we need to keep in mind that we need to cut red tape and simplify legislation where possible. I believe that all-together, these measures and guidelines will result in more competitive SMEs, more jobs and a stronger economy.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), *na piśmie*. – Małe i średnie przedsiębiorstwa zapewniają 85% zatrudnienia w unijnym sektorze pracy oraz przedstawiają potencjał w zakresie tworzenia nowych miejsc pracy. Sprawozdanie podkreśla ich dominującą rolę w strukturze gospodarki europejskiej, a także traktuje o wnioskach z wdrażania celu trzeciego, czyli wzmacniania konkurencyjności MŚP, w ramach programowania europejskich funduszy strukturalnych i inwestycyjnych. W sprawozdaniu podkreśla się przeszkody uniemożliwiające i utrudniające MŚP szeroki dostęp do funduszy, takie jak: duża liczba programów pomocy i ich rozdrobnienie, wysoki stopień skomplikowania przepisów i procedur, opóźnienia we wdrażaniu aktów wykonawczych oraz zagrożenie związane z nadmiernie rygorystycznym wdrażaniem.

Głosowałam za przyjęciem sprawozdania, w którym zaznacza się, że nadmierne regulacje i obciążenia administracyjne osłabiają potencjał innowacyjny, utrudniają rozwój MŚP, a także dostrzega się potrzebę wspierania konkurencyjności na rynku poprzez zachęcanie do korzystania z instrumentów finansowych, uproszczonego dostępu do pożyczek oraz zróżnicowania źródeł finansowania.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραπτώς*. – Την συγκεκριμένη έκθεση, την οποία και υποστήριξα, ενέκριναν με μεγάλη πλειοψηφία οι συνάδελφοι της αρμόδιας επιτροπής Περιφερειακής Ανάπτυξης. Το κείμενο που έχει κατατεθεί, αναδεικνύει όλα τα επιμέρους ζητήματα που αφορούν την αποτελεσματικότερη χρηματοδότηση των ΜΜΕ σε ευρωπαϊκό και τοπικό επίπεδο.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – La relazione che abbiamo oggi approvato è volta ad analizzare in maniera olistica la promozione della competitività delle piccole e medie imprese (PMI) nella nuova programmazione 2014-2020. Essa sottolinea come i 23 milioni di PMI siano molto diversificate e che dunque necessitino di un approccio legislativo adeguato ai diversi contesti. La relazione contiene diversi aspetti positivi: viene chiesto in primis di tenere conto del valore aggiuntivo dei progetti PMI per lo sviluppo e l'innovazione dei settori tradizionali; inoltre vi è un richiamo all'economia circolare, al fine di promuovere una crescita economica più sostenibile; si ricorda, infine, quanto sia importante per le PMI che gli appalti pubblici siano organizzati in modo trasparente, coerente e innovativo. Altri aspetti che mi hanno spinto ad esprimere un voto positivo sono la menzione al microcredito, mirato principalmente ai microimprenditori e al superamento degli ostacoli all'accesso ai servizi bancari tradizionali e, non per ultima, l'enfasi sulle difficoltà che incontrano giornalmente le PMI e che di certo Unione europea e Stati membri non aiutano con le loro politiche di austerità.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Malé a střední podniky jsou nezbytnou součástí moderní ekonomiky a hnací silou hospodářského růstu každé země, a proto jsem podpořil tuto zprávu o možnostech zvyšování jejich konkurenceschopnosti. Zpráva poskytuje zhodnocení současné situace a zároveň poskytuje možná východiska do budoucna. Jsem vždy velmi potěšen, když vidím, že se české firmy dokáží prosadit na světových trzích, a to i přes překážky v podobě nedostatku zaměstnanců nebo systematického odmítání udělení povolení pro vývoz zboží. Domnívám se totiž, že by Evropská unie měla malé a středním podniky podporovat a pomáhat jim s přístupem k lepšímu financování, získávání kvalifikovaných pracovníků a snadnému přístupu na globální trh.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* — Táto správa vytvorená z iniciatívy Parlamentu sa zameriava najmä na zhodnotenie implementácie dosahovania väčšej konkurencieschopnosti malých a stredných podnikov, ktoré bolo medziiným aj jedným z cieľov európskych štrukturálnych a investičných fondov, ktorých programovacie obdobie sa momentálne blíži ku koncu. Správa obsahovala mnoho pozitívnych prvkov vrátane sústredenia sa na kľúčovú úlohu malých a stredných podnikov v európskej ekonomike, diverzifikáciu finančných zdrojov či výmenu najlepších postupov. Celkovo sa zasadzovala za potrebu vytvorenia zjednodušeného podnikateľského prostredia a urýchlenia procesu zakladania nových podnikov, ktoré v budúcnosti prinesú významný hospodársky rast a nové pracovné miesta.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei a favor do relatório D'Amato sobre o reforço da competitividade das pequenas e médias empresas (PME), por entender que são fundamentais para a prosperidade da economia europeia.

Sublinho que, em consequência da crise económica e financeira, os níveis de pobreza e de exclusão social aumentaram em muitos Estados-Membros – tal como o desemprego de longa duração, o desemprego dos jovens e as desigualdades sociais – e que, por isso, as PME podem desempenhar um papel especialmente relevante na recuperação económica da Europa.

Atualmente, os 23 milhões de PME da UE representam cerca de 99% de todas as empresas e proporcionam mais de 100 milhões de postos de trabalho. É por conseguinte fundamental que a Comissão e os Estados-Membros tenham em consideração o valor acrescentado das PME, sobretudo quando se trata de inovar nos setores tradicionais.

Destaco ainda o papel das PME no setor dos serviços, que está a sofrer uma mudança significativa resultante da digitalização, pelo que considero que o défice de competências em matéria de qualificações no domínio das TIC deve ser abordado, colocando maior ênfase na formação e na educação pertinentes.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. — Ho votato a favore della relazione D'Amato, una relazione di attuazione volta ad analizzare «olisticamente» i diversi aspetti concernenti l'attuazione dell'obiettivo tematico (OT) 3 della nuova programmazione 2007-2014, che riguarda la promozione della competitività delle piccole e medie imprese. L'OT ha una dotazione di 63 miliardi di euro, che arrivano a 94 con il cofinanziamento nazionale, e riguarda 23 milioni di PMI che rappresentano circa il 99 % di tutte le imprese. Alla Commissione si ricorda l'importanza di appalti pubblici trasparenti; viene chiesto di tenere conto del pacchetto dell'economia circolare per promuovere una crescita sostenibile e i posti di lavoro verdi, nonché del valore aggiunto delle PMI per lo sviluppo e l'innovazione dei settori tradizionali. Nei molti punti positivi presenti nella relazione si sottolinea innanzitutto la necessità di semplificare la normativa europea, nazionale e regionale per facilitare l'accesso al credito; si evidenzia la responsabilità sociale delle imprese; il fatto che le politiche di austerità abbiano soffocato la domanda e gli strumenti finanziari non abbiano aiutato il comparto; si menziona l'importanza del microcredito e la necessità di trovare una soluzione ai ritardi nei pagamenti relativi alla politica regionale.

5.17. EU-Strategie für den Alpenraum (A8-0226/2016 - Mercedes Bresso)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, vorrei argomentare perché ho votato contro la risoluzione a firma Bresso.

Noi, come gruppo GUE/NGL, abbiamo presentato numerosi emendamenti a questo testo tesi a chiarire un punto per noi fondamentale: che non vi può essere nessuna strategia alpina che non rispetti la volontà delle popolazioni. In particolare, io credo che il mancato coinvolgimento del movimento «No TAV» nella consultazione sulla regione alpina lanciata dalla Commissione europea nel 2014 sia purtroppo una mancanza molto, molto grave.

E allora noi chiediamo con forza di fermare la TAV, l'alta velocità Torino-Lione, dimostrata dannosa per la salute dei cittadini, dimostrata non necessaria per la strategia e per le necessità di trasporti. Pensiamo davvero che occorra coinvolgere le popolazioni e rispettare la loro volontà su quella regione.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, am votat pentru a avea o strategie a Uniunii Europene pentru regiunile alpine și vreau să spun că, dacă va avea succes, ea va trebui extinsă în multe alte regiuni și inclusiv în regiunile alpine din țara mea, România. Strategia pentru regiunile alpine a fost lansată în 2016 în Slovenia și urmează, într-un fel, modelul Strategiei pentru Carpați și Strategiei pentru regiunea Dunării. Dacă, va fi de succes, repet, o vom putea folosi și în alte situații, și în alte regiuni. Este foarte important de spus ce înseamnă acest lucru. Înseamnă că aducem oamenii de la munte mai aproape de oraș. Sunt uneori izolați, vor să vină la spectacole, la servicii medicale, la servicii sociale, la tot felul de evenimente care au loc în orașele din apropiere. De aceea, această strategie este utilă pentru oameni. Și doi, am votat-o pentru că nu cheltuie mai mulți bani, ci ne arată cum să folosim mai judicios fondurile de care dispunem.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL). – Señor Presidente, no podemos olvidar cuáles son los problemas que sufren la Región Alpina y la gente que vive en ella, porque son comunes a los de otras zonas rurales.

Estas zonas quedan despobladas, desaparecen escuelas, los centros de salud tienen que desplazarse a pueblos mayores donde no hay empleo. Los habitantes no pueden sobrevivir únicamente del turismo. Está claro que hay que poner en valor este sector y fomentarlo, pero no siempre se va a sentir atraída la gente por él si la región no está permanentemente atendida y cuidada por quienes viven allí todo el año.

Es necesario que esta estrategia que propone la Unión Europea vaya encaminada al desarrollo de la agricultura, de la silvicultura y de otros servicios e industrias respetuosos con el medio ambiente. La protección de esta región debe ir más allá de criterios económicos, y este debate es una buena ocasión para que hablemos de ello, de la necesidad de ir más allá; porque la importancia de proteger la cultura, la vida de zonas como esta —una vida sostenible y equilibrada—, es básica. Es una vida respetuosa, respetuosa con su entorno, una vida y una sabiduría que solo nos las sigue dando la gente que vive en los pueblos.

Момчил Неков (S&D). – Бих искал да поздравя докладчика г-жа Бресо за доклада относно стратегията на Европейския съюз за региона на Алпите. Същевременно обаче бих искал да насоча внимание и към нуждата от подобен подход и стратегия и за другите планински региони в Европейския съюз, и по-специално на Балканите.

Планинските региони, както знаем, са в неравностойно положение спрямо другите региони, по-негъвкави са и трябва да подхождаме по специален начин. В доклада г-жа Бресо призова Европейската инвестиционна банка да проучи възможността за създаване на инвестиционна платформа за региона на Алпите, като също така се отправи призив за създаване на канал за проекти за региона, който би привлякъл инвеститори.

Подобни стъпки трябва да бъдат предвидени и към други планински региони на Европейския съюз, и по-конкретно към Югоизточна Европа, където планините са важна връзка от трансграничното сътрудничество. Затова призовавам за равен достъп до качествено финансиране на всички планински региони в Евросъюза, за качествени инвестиции и ръст в тях, за да няма Европа на две, дори и на три скорости.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, seo é an míniú vótála deireanach uaimse inniu.

Mr President, I commend this report's thorough consideration of the Alpine region, as a marked step towards the achievement of Europe's goals of territorial cooperation and cohesion. Giving careful consideration to the effects of EU strategies on the environment as well as on economic and social development in these areas, we may build on the recommendations of this report. Thus we are in a position much more effectively to address the challenges experienced by macro regions whilst establishing and improving on the framework within which new and existing strategies will operate.

I particularly support the recognition of the impact of the EU Strategy for the Alpine Region (EUSALP) throughout the EU and not at a regional level alone, as we have observed the increasing development of synergies between different institutions and agencies and, indeed, national and regional policies. While respecting the principle of subsidiarity, I would also hope to observe further improvements in the spheres of biodiversity, transport and tourism from this point forward.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La relazione è per certi versi apprezzabile in molti punti, ma ancora decisamente problematica in altri. Ad esempio, tra i punti positivi, è degno di nota l'approccio al tema della biodiversità e della preservazione dell'ecosistema della regione, che sottolinea l'urgente necessità di sviluppare nuove strategie di lotta contro l'inquinamento atmosferico. Tuttavia, la relazione contiene anche riferimenti alla tratta Torino-Lione. Inoltre, sono presenti altri punti che dovrebbero essere affrontati in maniera diversa. Per questi motivi ho deciso di astenermi.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — We voted against this report because we feel that the countries of the Alpine region, not the EU, have the right to make their own decisions. We note that in Amendment 1, the EU orders Member States not to spend on their own priorities, but instead only EU ones. This kind of bullying should not be allowed.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report, which is the fourth EU macro-regional strategy. EUSALP covers 48 regions in seven countries, five of which are Member States (Italy, France, Slovenia, Austria and Germany). The other two countries are Switzerland and Liechtenstein. EUSALP is a vehicle for strategic investment that will benefit the region as a whole. The report tackles various important issues regarding the EUSALP: multi-level governance, investments, jobs, environment, climate change and mobility.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport de ma camarade Mercedes Bresso, qui fournit des solutions aux problèmes et défis communs qui se posent dans la région alpine.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the report on EU strategy for the Alpine Region. The EU strategy for the Alpine region (EUSALP) is the fourth EU macro-regional strategy, following those for the Baltic Sea region, the Danube region and the Adriatic and Ionian region. To my mind, the European Commission needs to be more closely involved at the start-up stage of macro-regional strategies, at the design and planning stage as well as at the implementation stage. I fully agree that the European Parliament should also be involved, in its capacity as co-legislator, in the launch and approval of strategies, as well as in monitoring their implementation. It is important to mention that this report stresses the importance of financial instruments, of encouraging innovation and new technologies in key areas of the economy, while preserving also forms of traditional economic activity. I supported this report because it also promotes the diversification of tourism and underlines the importance of improving transport and energy connectivity, as well as underlines the importance of protecting and enhancing the biodiversity in the Alpine Region.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Im Dezember 2013 forderte der Europäische Rat die Kommission auf, eine EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP) vorzulegen. Dieser Aufforderung ist die Kommission im Juli 2015 mit der Vorlage des Aktionsplans für die Strategie (vierte makroregionale Strategie der EU) nachgekommen. Der Ausschuss für regionale Entwicklung beschloss, auf der Grundlage dieses Aktionsplans einen Initiativbericht im Hinblick auf die Formulierung von Empfehlungen für eine rasche und wirkungsvolle Umsetzung auszuarbeiten.

Dieser Bericht beruht nun auf dem Grundsatz, dass Makroregionen den Rahmen für Maßnahmen der Zusammenarbeit und für die Entwicklung von Synergien zwischen den einzelnen Finanzierungsinstrumenten der EU darstellen. Außerdem werden die beteiligten Mitgliedstaaten darin aufgefordert, ihre nationalen und regionalen Maßnahmen im Hinblick darauf zu koordinieren, zu den Maßnahmen und den Zielen der Strategie EUSALP beizutragen. Ferner wird u.a. die Intention einer Diversifizierung des Tourismusangebots unterstützt sowie die Wichtigkeit der Verbesserung der Verkehrs- und Energienetzanbindung und der Schutz und die Förderung der Artenvielfalt im Alpenraum hervorgehoben.

Ich unterstütze die Förderung von Innovation und neuen Technologien in Schlüsselbereichen der Wirtschaft bei gleichzeitiger Erhaltung der Formen traditioneller Wirtschaftstätigkeit. Ich habe mich daher für den Bericht ausgesprochen.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport pose les jalons de la stratégie de l'Union pour la région alpine (Eusalp). Il s'agit de la quatrième stratégie macro-régionale. L'Eusalp couvre 48 régions dans sept pays différents, dont cinq États membres. Le but, en créant ces macro-régions, est d'élaborer des approches stratégiques transfrontalières dans des régions qui partageraient les mêmes problématiques, en l'occurrence le dépeuplement, la diversification de l'activité économique, l'aménagement du territoire ainsi que la protection de l'environnement dans le cadre de l'Eusalp.

Nous partageons la plupart des priorités défendues par l'Eusalp, telles que la préservation de l'environnement, la modernisation des infrastructures hydrauliques, la création de pôles de compétitivité, sources d'innovations générant des emplois durables, le développement de nouvelles offres touristiques afin de limiter l'aspect saisonnier du tourisme alpin, le développement du transport ferroviaire, en particulier pour le fret, afin de décongestionner les villes.

Nous sommes en revanche opposés à toute stratégie macro-régionale dont le mode de gouvernance repose sur une participation accrue des autorités locales et régionales au sein des instances décisionnaires.

Ces futures macro-régions échapperont progressivement au contrôle des États membres, laissant ainsi le champ libre à la Commission européenne pour s'octroyer de nouvelles prérogatives, notamment en matière de politique urbaine ou d'éducation. J'ai donc voté contre.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – In the interests of transparency and democracy I would like to confirm I voted against this resolution. This reported wants the Commission to set up a platform for more public and private financing for the project, in other words let's waste more taxpayers money. This report has the audacity to order Member States not to spend money on their priorities but only EU ones.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui vise à améliorer la compétitivité, la prospérité et la cohésion de la région alpine.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą dėl ES strategijos dėl Alpių regiono. Komisija, siekdama paskatinti investicijas, parengė Investicijų planą ir įsteigė Europos strateginių investicijų fondą. Tai regiono šalims suteikia galimybę pradėti naujus investicijų projektus bei sustiprinti jau pradėtus įgyvendinti projektus. ES strategija dėl Alpių regiono šalims suteikia galimybę investuoti į bendrus projektus, kurie turės poveikį ne tik jų regionui, bet visai Europai. Todėl pritariu ES paruoštai strategijai dėl Alpių regiono, nes šio regiono potencialas yra didelis ir jį galima padidinti įtraukiant vietos valdžios institucijas ir visus regiono viešus ir privačius subjektus.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – We voted against this report because we feel that the countries of the Alpine region, not the EU, have the right to make their own decisions. We note that in Amendment 1, the EU orders Member States not to spend on their own priorities, but instead only EU ones. This kind of bullying should not be allowed.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Je m'oppose à ce rapport, qui correspond à une stratégie macro-régionale reposant sur un mode de gouvernance multi-niveaux prévoyant une participation accrue des collectivités locales: partant, cette stratégie limite le champ d'action des gouvernements nationaux au profit de la Commission, qui s'octroie de nouvelles prérogatives en matière de politique urbaine et d'éducation.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport qui demande aux autorités compétentes de l'Union, des États membres et des régions concernées d'harmoniser dans la mesure du possible les politiques et les fonds visant à aider au développement la région alpine.

Les députés plaident notamment pour la mise en place au niveau macro-régional d'une structure d'appui pour mettre en en œuvre cette stratégie en coopération avec la Commission, les États membres et les régions.

Ils demandent notamment à la Commission d'encourager une coopération active entre l'agriculture et les autres activités économiques dans les zones protégées afin de concevoir des produits touristiques intégrés.

Ils lui demandent également de développer le marché du travail de la région alpine, de donner la priorité à l'investissement dans les infrastructures numériques ou encore, en matière environnementale, de favoriser la biodiversité.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – Voto a favor de este informe debido a que estoy de acuerdo con las estrategias macrorreregionales. Hasta ahora éstas han surgido de iniciativas intergubernamentales, pero gracias a la inclusión del objetivo de cohesión territorial en el Tratado de Lisboa las estrategias pueden integrarse en mayor medida en el método comunitario.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Le regioni alpine, grazie ad un forte approccio dal basso verso l'alto, hanno portato allo sviluppo della strategia EUSALP, con l'obiettivo di affrontare efficacemente le sfide comuni all'intera area alpina. Ambiente, agricoltura, rischio di spopolamento, occupazione, trasporti, ricerca e governance sono solo alcuni dei temi affrontati dalla proposta della Commissione, questioni riprese con particolare efficacia dalla relazione Bresso che ho deciso di sostenere con convinzione. La strategia dell'Unione deve avere il compito di riconciliare la sostenibilità ambientale con lo sviluppo economico, in un'area naturale che già costituisce un'importante destinazione turistica. Le 48 regioni coinvolte, divise tra sette Stati, conservano numerose differenze ma condividono problemi comuni ed elevate capacità. Occorrono però risorse per dispiegarne tutte le potenzialità dei territori. Le istituzioni europee e la Commissione devono creare una vera e propria piattaforma di investimento per la regione alpina, uno strumento flessibile che consenta di mobilitare finanziamenti pubblici e privati. Serve un progetto di pipeline per la regione volto ad attrarre gli investitori e nuove forme di governance multilivello realizzate con i contributi comunitari. EUSALP

rappresenta un grande opportunità per fare delle Alpi uno dei cuori dell'innovazione in Europa.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque creemos que es primordial tener una estrategia clara. A pesar de que no estoy de acuerdo con algunos de los puntos que se abordan, considero que es urgente poner en marcha un plan para solucionar este y otros problemas que afectan a muchas zonas rurales sin medios. En estas zonas muchas veces se prioriza la explotación del medio natural o las atracciones turísticas antes que el nivel de vida de sus propios habitantes. Además, el dossier incluye enmiendas que han sido incorporadas contando con las preocupaciones de la sociedad civil sobre problemas acerca de las emisiones de carbón, energía renovable, cambio climático y protección de glaciares, especies en peligro y biodiversidad. Además el informe apoya el turismo sostenible y hace aportaciones interesantes con respecto a la Cop21. Principalmente, me interesan las menciones que hace sobre áreas más remotas de la zona alpina que no tienen acceso a los servicios sociales y económicos más básicos, la falta de oportunidades laborales, la falta de conexiones, la despoblación, etc.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Si je tente d'alerter souvent contre la paupérisation des régions montagneuses, notamment sur le problème de la désertification des services publics dans ces zones, j'ai dû cependant voter contre ce rapport.

Certes, les priorités que se donnent l'Union pour la région alpine (Eusalp) sont également les miennes: préservation de l'environnement, modernisation des infrastructures hydrauliques, développement du transport ferroviaire, ou encore création de pôles de compétitivité, sources d'innovation et d'emplois durables.

Cependant, ce qui se cache derrière cette stratégie, c'est la régionalisation de l'Europe, la création de macro-régions en lien direct avec Bruxelles et permettant ainsi à la Commission d'occulter les États et, par là, de s'approprier de plus en plus de compétences, au détriment des traités.

Bref, cette technique n'a pour seul but que de conduire à une Europe fédérale, où les régions ne seraient plus françaises, mais se transformeraient en des *Länder* du pays Europe, sur le mode germanique.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La macroregione alpina è un progetto di fondamentale importanza per le regioni del Nord Italia, in primis per Veneto e Lombardia, che assieme alle altre 46 regioni europee coinvolte sono il cuore pulsante dell'economia europea. Grazie alla strategia macroregionale EUSALP, che comprende un territorio di 80 milioni di cittadini, le nostre regioni del Nord potranno gestire autonomamente i numerosi finanziamenti UE per progetti comuni relativi all'ambiente, al turismo, ai trasporti e all'energia. Ho sostenuto fin dall'inizio assieme alla Lega Nord il progetto EUSALP, perché è un'occasione unica di sviluppo economico e di governance per i nostri territori, le nostre imprese e i nostri cittadini. Per tutti questi motivi ho sostenuto il testo con il mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La Estrategia de la Unión para la Región Alpina se desarrolla en un contexto caracterizado por varios tipos de cooperación existentes en la región, además de diversos programas transfronterizos de Interreg. Esta región, en la que residen más de 80 millones de habitantes, abarca 48 regiones y 7 países y tiene un fuerte atractivo humano, natural, económico y cultural.

Sin embargo, las dificultades de conexión y logísticas de la producción han marcado el desarrollo de los territorios de montaña. Además, la zona es también muy vulnerable a los efectos del cambio climático. En este contexto, el informe hace hincapié en que las autoridades públicas deben hacer frente a los retos económicos y medioambientales existentes.

El informe recoge como prioridades: mejorar la competitividad, prosperidad y cohesión de la región alpina; garantizar accesibilidad y conexiones a todos los habitantes de la región; garantizar la sostenibilidad en los Alpes; o proteger el patrimonio alpino y promover un uso sostenible de los recursos naturales y culturales.

Por estos motivos, he votado a favor de este Informe.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pasisakė dėl ES Alpių regiono strategijos. Makroregioninės strategijos šiuo metu yra pagrindinė priemonė siekiant ekonominės, socialinės ir teritorinės sanglaudos tikslo. Alpių makroregioninė strategija galėtų padėti sustabdyti ekonomikos nuosmukį, nes būtų investuojama į mokslinius tyrimus ir inovacijas ir remiamas verslas, atsižvelgiant į konkrečius regiono ypatumus ir turtą. Taip pat verta pažymėti, kad klimato kaita Alpių regione vyksta sparčiau negu vidutiniškai pasaulyje, todėl ten dažnesnės gaivalinės nelaimės, pavyzdžiui, lavinos ir potvyniai. Parlamentas palankiai įvertino Komisijos komunikatą dėl Europos Sąjungos Alpių regiono strategijos ir prie jo pridedamą veiksmų planą, mano, kad tai yra žingsnis pirmyn siekiant regiono vystymosi. Parlamentas taip pat paragino Komisiją ir nacionalines, regionines ir vietos įstaigas, atsakingas už ESI fondų programų rengimą, valdymą ir įgyvendinimą, atkreipti dėmesį į makroregioninių projektų ir veiksmų svarbą.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strategija za alpsko regijo je odlična priložnost za povečanje sodelovanja alpskih regij ter pomoč odmaknjenim krajem.

Z okolju prijaznim gospodarskim razvojem ter aktivnosti, ki ne bodo temeljile zgolj na turistični ponudbi, lahko prebivalstvo zadržimo na teh območjih in jim zagotovimo dostojno življenje, zato tudi vsa moja podpora in glas poročilu o strategiji na sami seji.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Considerata l'importanza strategica della zona alpina per la sua posizione geografica nel cuore dell'Europa, ma anche in quanto «serbatoio d'acqua» a fronte delle sfide energetiche alle quali l'UE è confrontata, la strategia per la regione alpina si propone come quadro macro-regionale di cooperazione rafforzata. La regione alpina è composta da un'ampia varietà di territori, accomunati da caratteristiche comuni, che richiedono dunque una governance congiunta; EUSALP raggrupperebbe infatti sette paesi, cinque dei quali membri dell'UE (tra cui l'Italia) e due non-membri. Nella relazione, che sostengo, viene evidenziato il potenziale della regione alpina in un'ottica di crescita intelligente, sostenibile e inclusiva, capace di coniugare interessi sociali, economici ed ambientali. Il piano d'azione EUSALP è una preziosa opportunità per incrementare la cooperazione transfrontaliera tra gli Stati alpini, individuando obiettivi comuni alla regione e facilitando la creazione di politiche comuni. Il fine ultimo di questa strategia è proprio quello di valorizzare l'attrattività e la competitività della zona alpina, concentrandosi sull'uso sostenibile delle risorse naturali e sulla tutela del patrimonio culturale a partire dalle comunità locali.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport met en avant avec pertinence des problématiques communes aux différentes régions alpines (48) dans les 5 États membres concernés.

Malheureusement, il tend à renforcer le lien direct entre les collectivités locales et l'Union au détriment des États.

Par conséquent, j'ai voté contre.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport pose les jalons de la stratégie de l'Union pour la région alpine (Eusalp), qui concerne 48 régions dans sept pays différents, dont cinq États membres. La création de ces macro-régions a pour objectif l'élaboration d'approches stratégiques transfrontalières dans des régions qui partageraient les mêmes problématiques.

Certes, nous partageons la plupart des priorités défendues par l'Eusalp, telles que la protection de l'environnement, la modernisation des infrastructures hydrauliques, le développement de nouvelles offres touristiques afin de limiter l'aspect saisonnier du tourisme alpin, ou encore le développement du transport ferroviaire, en particulier pour le fret, afin de décongestionner les villes. Nous sommes en revanche, par définition, opposés à toute stratégie macro-régionale dont le mode de gouvernance repose sur une participation accrue des autorités locales et régionales au sein des instances décisionnaires.

Ces futures macro-régions échapperont en effet progressivement au contrôle des États membres, laissant ainsi le champ libre à la Commission européenne pour s'octroyer de nouvelles prérogatives, notamment en matière de politique urbaine ou d'éducation. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce rapport.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Turismul sustenabil și competitiv, reducerea izolării zonelor interioare și îndepărtate prin îmbunătățirea accesului acestora la servicii de transport și energie, diversificarea ofertei și a produselor turistice, formarea profesională și a competențelor antreprenoriale în domeniul turismului, reducerea riscurilor cauzate de schimbările climatice prin realizarea de investiții în sectorul apei sunt doar o parte dintre prioritățile cristalizate în vederea întocmirii unei strategii viabile a UE pentru regiunea alpină.

Având în vedere că în zona EUSALP există zone de munte în care nivelul de utilizare a resurselor este redus și zone de câmpie cu o concentrație ridicată a producției, este necesară elaborarea unor strategii economice integrate. Aceste strategii sunt în conformitate cu obiectivele programării fondurilor ESI pentru perioada 2014-2020 și, în special, cu principiile inovării și cu strategia de specializare inteligentă.

Am votat în favoarea acestui raport, considerând că este nevoie de implicarea tuturor factorilor, Parlament și Comisie, astfel încât să existe o abordare coerentă și comună în materie de dezvoltare durabilă, mediu, energie pentru maximizarea potențialului regiunilor alpine.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – La région alpine s'étend sur le territoire de cinq États membres de l'Union européenne: la France, l'Italie, l'Autriche, l'Allemagne et la Slovénie. Il est donc primordial de créer une coopération européenne en la matière. C'est pour cette raison que la Commission européenne a publié une communication sur la mise en place d'une stratégie pour la région alpine.

Ce plan d'action a pour objectif de lutter contre le dépeuplement de la région et particulièrement contre le départ de la population jeune. Le rapport demande davantage d'harmonisation des fonds structurels et d'investissement et leur structuration au sein de la stratégie. Il faut que cette démarche s'accompagne d'une communication accrue et d'une structure d'appui. La région a besoin de développer son potentiel de croissance et d'innovation, ce qui créera vraisemblablement de l'emploi. Le tourisme peut être amélioré et devenir une ressource économique considérable. Il est également nécessaire d'améliorer la connectivité, tant pour les transports que pour le numérique. Ces deux éléments permettront à la région de se développer plus efficacement et plus rapidement. Enfin, il faut élaborer de véritables structures de préservation de l'environnement et de la biodiversité propres à la région.

J'ai voté en faveur de ce rapport d'initiative.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in questione perché sono convinto che la strategia dell'UE per la regione alpina può svolgere un ruolo significativo negli sforzi volti a rilanciare l'economia alpina e a contrastare lo spopolamento di quell'area, in particolare l'esodo dei giovani. Apprezzo il fatto che i Fondi strutturali di investimento europei offrono risorse potenzialmente significative e una vasta gamma di strumenti e opzioni per la strategia dell'UE per la regione alpina. Servono tuttavia maggiori sinergie e la promozione del coordinamento e delle complementarità con il Fondo strutturale e d'investimento europeo (ESIF) e altri fondi e strumenti pertinenti ai pilastri della strategia, in particolare Orizzonte 2020, lo strumento per collegare l'Europa, il programma LIFE, il programma COSME per le PMI, il programma «Spazio Alpino» di Interreg e il Fondo europeo per gli investimenti strategici (FEIS), per i quali la Commissione dovrebbe esaminare l'eventuale valore aggiunto di inviti specifici incentrati sulle sfide che interessano particolarmente la regione alpina. Invito inoltre la BEI, in cooperazione con la Commissione, a valutare la possibilità di creare una piattaforma di investimento ad hoc per la regione alpina che consenta la mobilitazione di finanziamenti pubblici e privati.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report, which is the fourth EU macro-regional strategy. EUSALP covers 48 regions in seven countries, five of which are Member States (Italy, France, Slovenia, Austria and Germany). The other two countries are Switzerland and Liechtenstein. EUSALP is a vehicle for strategic investment that will benefit the region as a whole. The report tackles various important issues regarding the EUSALP: multi-level governance, investments, jobs, environment, climate change and mobility.

David Casa (PPE), *in writing*. – I believe that the Alpine macro-region has huge potential, and joint planning by the countries and regions in the area, coupled with close involvement of local authorities and public and private bodies, can help to realise that potential. The aim is to pursue common objectives for the area as a whole that are in keeping with the sustainable development, environmental and energy objectives set under the Europe 2020 strategy, and projects of a macro-regional scale are therefore required in order to meet those objectives. It underlines the importance of integrated economic strategies between the underutilisation of resources in some upland areas and the concentration of manufacturing activities in lowland areas. I agree with this way forward and voted in favour of this report.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Nonostante la relazione affronti in modo esaustivo diversi aspetti importanti, quali il tema della biodiversità e della preservazione dell'ecosistema della regione, i temi dell'occupazione e dell'innovazione, sottolineando inoltre l'importanza di garantire un accesso rapido ed efficiente a internet ad alta velocità, devo rammaricarmi del fatto che non venga fatta menzione alcuna al TAV. La delegazione del Movimento 5 Stelle aveva presentato 4 emendamenti, 3 dei quali proprio sul TAV e uno sull'acqua pubblica, che sono stati tutti bocciati. Infine nel testo si chiede anche la creazione di un progetto di pipeline per la regione, volto ad attrarre gli investitori e si esortano, esplicitamente, la Commissione, la BEI e i paesi partecipanti a sfruttare appieno le opportunità offerte dal Fondo europeo per gli investimenti strategici (FEIS) per finanziare progetti nella regione. Per questi motivi ho preferito astenermi sul voto finale.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – L'Unione europea ha dedicato un piano strategico di sviluppo per la regione alpina (EUSALP) che interessa 80 milioni di abitanti in 7 Stati e in 48 regioni, all'interno e all'esterno dell'Unione europea. Sebbene la regione sia già interessata da vari accordi di cooperazione, le vie di collegamento sono limitate, i problemi logistici e i cambiamenti climatici creano disagi e limitano le attività produttive. La strategia di EUSALP è costruita su 3 pilastri: migliorare la competitività, prosperità e coesione; assicurare accessibilità e vie di collegamento; promuovere il patrimonio culturale alpino e l'uso sostenibile delle risorse naturali. Ho votato a favore di questa importante relazione perché fornisce soluzioni a problemi e sfide comuni della regione alpina, di cui fanno parte ben sei regioni italiane.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση. Η στρατηγική EUSALP δεν επικαλύπτει την υφιστάμενη διαπεριφερειακή και διασυνοριακή συνεργασία, αλλά της προσδίδει προστιθέμενη αξία. Πρόκειται για την επιδίωξη κοινών στόχων σε ολόκληρη την περιοχή, σύμφωνα με τους μεγάλους ευρωπαϊκούς στόχους της στρατηγικής «Ευρώπη 2020» για τη βιώσιμη ανάπτυξη, το περιβάλλον, και την ενέργεια.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με τη στρατηγική της ΕΕ για την περιοχή των Άλπεων αφορά μια περιοχή με συγκεκριμένες προοπτικές, αλλά και ιδιαίτερα προβλήματα που χρήζουν αντιμετώπισης. Είναι αλήθεια πως η εστίαση σε συγκεκριμένες γεωγραφικές ζώνες μπορεί να αποδώσει θετικούς καρπούς για την Ευρώπη, με ολοκληρωμένες προτάσεις για τις επιμέρους περιοχές. Εν τούτοις θεωρώ πως η Ευρώπη οφείλει να επανεξετάσει τη στόχευση της και να υποστηρίξει κοινωνικές ομάδες και περιοχές που απειλούνται άμεσα από οικονομικές αλλά και κοινωνικές ανακατατάξεις. Γι' αυτό και αποφάσισα να απέχω.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Appoggio la relazione presentata dalla collega Bresso per accrescere e realizzare in toto la strategia dell'Unione per la regione alpina. Si tratta di un progetto ambizioso di coesione territoriale che consentirebbe un pieno e completo sviluppo delle forti potenzialità caratteristiche dell'intera macroregione e da cui il nostro paese potrà trarre un grande beneficio. Il piano Juncker ha introdotto un piano di investimenti per l'Unione europea, costituendo il fondo europeo per gli investimenti strategici, ulteriore opportunità per la macroregione di intraprendere nuovi progetti di investimento e completare quelli già in corso. Le sinergie tra i diversi strumenti di finanziamento di cui l'Unione dispone e i sistemi di coordinamento tra enti locali e sovranazionali si propongono di incoraggiare l'innovazione e lo sviluppo di nuove tecnologie, pur mantenendo forme di attività economica tradizionale, motore della produttività locale. È pertanto essenziale garantire una migliore accessibilità e connettività all'intera area coerentemente con la protezione dell'ambiente alpino. Flora e fauna alpina sono, infatti, a loro volta elementi preziosi capaci di assicurare un benessere distintivo e pertanto vanno tutelati e sviluppati. Auspico che in merito al maggiore coordinamento tra i diversi livelli istituzionali venga stabilita una governance snella lontana da eventuali appesantimenti burocratici.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on an EU Strategy for the Alpine Region and noted no objections.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché attraverso il piano EUSALP, la macroregione alpina potrà beneficiare di nuovi finanziamenti provenienti dal Fondo europeo per gli investimenti strategici e avrà l'opportunità di realizzare progetti comuni di impatto europeo. Inoltre, credo che la strategia strutturata su tre pilastri, comprendenti il miglioramento della competitività e la coesione della regione alpina, una maggiore accessibilità e il potenziamento del settore dei trasporti della regione e la promozione del patrimonio alpino e dell'uso sostenibile delle risorse naturali e culturali, rappresenti un ottimo punto di partenza.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — I support the concept of a bottom-up strategic territorial planning as opposed to the traditional top-down approach adopted by the Commission with instruments such as the ESPON programme.

This is instrumental to counter the depopulation of the region, especially the outflow of young people.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención en este informe puesto que a pesar de contener aspectos positivos sobre gobernanza multinivel, inversiones, creación de empleo, medio ambiente, cambio climático y movilidad, me parece un asunto poco prioritario puesto que se trata de una de las áreas territoriales más ricas de la Unión, con una enorme capacidad para absorber períodos de crisis. Una propuesta de mejor coordinación es siempre bienvenida, pero se echa en falta que se traten asuntos como la corrección de desigualdades económicas, derechos laborales, incorporación de jóvenes al mercado laboral o políticas de género.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – La ora actuală există trei macroregiuni ale UE: Strategia UE pentru regiunea Mării Baltice, Strategia Uniunii Europene pentru regiunea Dunării și cea pentru regiunea Mării Adriatice și a Mării Ionice. În regiunea Alpilor trăiesc peste 80 de milioane de oameni în 7 țări, dintre care 5 sunt state membre ale UE. Dificultățile de realizare a legăturilor și cele logistice pentru producători au frânat, adeseori, dezvoltarea zonelor montane, macroregiunea Alpilor fiind extrem de vulnerabilă la efectele schimbării climatice.

Am votat pentru implicare sporită, atât în etapa inițierii, cât, mai ales, în fazele de punere în aplicare și coordonare cu alte strategii și cu politica de coeziune teritorială mai generală a Uniunii Europene.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. –A régióra vonatkozó uniós stratégia 48 régiót foglal magába hét országban, melyek közül öt uniós tagállam, további kettő pedig Svájc és Lichtenstein. A makroregionális stratégiák lehetővé teszik ezen országok számára, hogy a „három nem" elvét (nem jön létre új uniós alap, nem hoznak létre új uniós formális struktúrát, nem hoznak további uniós jogszabályokat ezzel kapcsolatban) szem előtt tartva stratégiai beruházásokat hozzanak létre az egész régió javára. Három fejlesztési pilléren nyugszik a stratégia. Az első pillér az Alpok-régió versenyképességét, kohézióját célozza növelni, ideértve a fenntartható és versenyképes turizmus előmozdítását. A második pillér a megközelíthetőség javítására, a megfelelő közlekedési, energiahálózati infrastruktúra biztosítására irányul.

A harmadik pillér kulcsszavai a fenntarthatóság, környezetvédelem, a biológiai sokféleség és az ökoszisztémák védelme. A más régiók számára is példaértékű Alpok-makrorégió jelentős potenciállal rendelkezik, amely együttműködéssel még jobban kiaknázható. Szavazatommal támogattam a jelentést.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Popieram strategię UE dla regionu alpejskiego, która dotyczy 7 krajów, z czego 5 to państwa członkowskie UE (Austria, Francja, Niemcy, Włochy i Słowenia) oraz 2 kraje spoza UE (Liechtenstein i Szwajcaria), a także 48 regionów z ludnością liczącą ponad 80 milionów obywateli. Uważam, że strategia obejmuje trzy ważne obszary tematyczne. Doceniam to, że strategia nie wymaga użycia dodatkowych środków, a kładzie nacisk na wykorzystanie już istniejących funduszy (realizacje funduszy ESI). Równocześnie uważam, iż powyższy dokument oraz zdobyte doświadczenie podczas prac nad nim mogą pomóc w pracach nad strategią UE dla rejonu karpackiego, która również powinna być wykreowana i realizowana.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The EU strategy for the Alpine Region (EUSALP) is fundamental as it improves the competitiveness, prosperity and cohesion, accessibility and transport links for everyone in the Alpine region and ensures sustainability in the Alps. I believe that these pillars provide solutions to the common problems and challenges in the Alpine Region and that this strategy ensures that the role of the European Union in such regions is fulfilled. These are the main reasons why I am in favour of this strategy.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Având în vedere că strategia macroregională pentru regiunea alpină poate contribui la inversarea declinului economic prin investiții în cercetare, inovare și sprijin antreprenorial și luând în considerare caracteristicile unice și valorile regiunii, consider că sprijinirea inovației în domenii-cheie ale economiei de munte poate permite întreprinderilor din regiunea alpină să dezvolte produse și servicii noi în domenii precum științele vieții, bioeconomia, materiale noi, e-servicii, turism, îmbătrânire sănătoasă, e-îngrijire pacienți izolați.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport présente la position du Parlement européen relative à la stratégie macro-régionale alpine (SUERA). Publiée en juillet 2015, cette stratégie a pour objectif de mieux articuler la répartition des fonds structurels européens et des financements nationaux et régionaux entre sept pays alpins, dont cinq États membres de l'Union européenne, et 48 régions, afin de renforcer la cohésion économique, sociale et territoriale du massif alpin.

La montagne crée trop souvent des barrières supplémentaires au travail en commun! Avec cette nouvelle stratégie, elle unira les citoyens alpins pour relever plusieurs défis, notamment en termes d'interconnexions en matière de transports et de couverture numérique, d'innovation et d'adaptation au changement climatique. Cette stratégie doit rester un outil utilisé par les villes et les régions alpines qui souhaitent développer ensemble des projets concrets, un territoire équilibré et répondre aux aspirations des populations locales.

Je me suis particulièrement impliqué sur ce dossier en commissions «agriculture» et «environnement», en faisant adopter la nécessité de renforcer les coopérations transnationales en matière d'énergie hydraulique ainsi que la gestion des espèces prédatrices sur l'élevage. Considérant la très grande qualité de cette feuille de route, j'ai voté en faveur.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – We voted against this report because we feel that the countries of the Alpine region, not the EU, have the right to make their own decisions. We note that in Amendment 1, the EU orders Member States not to spend on their own priorities, but instead only EU ones. This kind of bullying should not be allowed.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Ce rapport sur la stratégie de l'Union européenne pour la région alpine formule des propositions et des recommandations allant dans le sens de la stratégie Europe 2020 pour une croissance intelligente, durable et inclusive afin de faire face aux particularités de ces régions et aux défis qu'elles soulèvent.

J'ai voté en faveur de ce texte qui met l'accent avec justesse sur la nécessité d'améliorer les réseaux de transport et la connectivité des régions alpines de manière à favoriser le tourisme et la croissance, tout en respectant les impératifs environnementaux dans des régions qui disposent d'une riche biodiversité.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament szeptemberi plenáris ülése során szavazatommal támogattam az Alpok-régióra vonatkozó európai uniós stratégiáról szóló jelentést, mely az Unió negyedik makroregionális stratégiájával foglalkozik. Az Alpok-régióra vonatkozó uniós stratégia 48 régiót foglal magába hét országban, melyek közül öt uniós tagállam, további kettő pedig Svájc és Lichtenstein. A makroregionális stratégiák lehetővé teszik ezen országoknak, hogy a „három nem" elvét szem előtt tartva stratégiai beruházásokat hozzanak létre az egész régió javára. Három fejlesztési pilléren nyugszik a stratégia. Az első pillér az Alpok-régió versenyképességét, kohézióját célozza növelni, ideértve a fenntartható és versenyképes turizmus előmozdítását.

A második pillér a megközelíthetőség javítására, a megfelelő közlekedési, energiahálózati és IKT-infrastruktúra biztosítására irányul. A harmadik pillér kulcsszava a fenntarthatóság, környezetvédelem, a biológiai sokféleség és az ökoszisztémák védelme. Az Alpok-makrorégió jelentős potenciállal rendelkezik, mely az országok, régiók közötti együttműködéssel még jobban kiaknázható.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ho deciso di votare a favore della strategia poiché la ritengo un'importante iniziativa per lo sviluppo del territorio alpino nel quadro della collaborazione internazionale in ambito commerciale, turistico e culturale. Inoltre, tale iniziativa rappresenta un altro punto a favore dell'integrazione europea anche a livello macro-regionale nella condivisione di una stabile crescita economica e di valori culturali comuni.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport pose les jalons de la stratégie de l'Union pour la région alpine (EUSALP). L'EUSALP couvre 48 régions dans sept pays différents, dont cinq États membres. Nous approuvons la plupart des priorités défendues par l'EUSALP telles que: la préservation de l'environnement, la modernisation des infrastructures hydrauliques, la création de pôles de compétitivité, sources d'innovations générant des emplois durables, le développement de nouvelles offres touristiques afin de limiter l'aspect saisonnier du tourisme alpin, le développement du transport ferroviaire, en particulier pour le fret, afin de décongestionner les villes. Cependant, nous sommes opposés à toute stratégie macro-régionale, qui s'inscrit en faux avec le principe de souveraineté des États membres. J'ai donc voté contre ce rapport.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада относно стратегията на ЕС за Алпийския регион. Тя се отнася за седем държави, пет от които са страни – членки на ЕС, засяга 48 региона, в които живеят над 80 милиона граждани. Като цел на тази стратегия е заложено полезното взаимодействие между планинските и заобикалящите ги низини и градски региони. От финансова гледна точка стратегията не изисква използването на допълните фондове, а се разгръща върху потенциала на ЕСИ.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Υπάρχουν περιοχές στην Ευρώπη με πολύ σημαντικότερα προβλήματα οι οποίες αντιμετωπίζουν μεγαλύτερες προκλήσεις και καλό θα ήταν η Ένωση να ασχοληθεί με αυτές.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament szeptemberi plenáris ülése során szavazatommal támogattam az Alpok-régióra vonatkozó európai uniós stratégiáról szóló jelentést, mely az Unió negyedik makroregionális stratégiájával foglalkozik. Az Alpok-régióra vonatkozó uniós stratégia 48 régiót foglal magába hét országban, melyek közül öt uniós tagállam, további kettő pedig Svájc és Lichtenstein. A makroregionális stratégiák lehetővé teszik ezen országoknak, hogy a „három nem" elvét szem előtt tartva stratégiai beruházásokat hozzanak létre az egész régió javára. Három fejlesztési pilléren nyugszik a stratégia. Az első pillér az Alpok-régió versenyképességét, kohézióját célozza növelni, ideértve a fenntartható és versenyképes turizmus előmozdítását.

A második pillér a megközelíthetőség javítására, a megfelelő közlekedési, energiahálózati és IKT-infrastruktúra biztosítására irányul. A harmadik pillér kulcsszava a fenntarthatóság, környezetvédelem, a biológiai sokféleség és az ökoszisztémák védelme. Az Alpok-makrorégió jelentős potenciállal rendelkezik, mely az országok, régiók közötti együttműködéssel még jobban kiaknázható. Szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – Nonostante la relazione riportasse una serie di spunti positivi, si rileva l'intenzione malcelata della relatrice di promuovere la costruzione di grandi opere quali ad esempio la tratta ferroviaria di alta velocità Torino-Lione. Il M5S ha presentato degli emendamenti al testo per scongiurare che progetti dannosi per la salute e per l'ambiente, non sostenibili economicamente e soprattutto, nel caso del TAV, del tutto inutili in quanto la tratta esistente è funzionante, recentemente rinnovata e sottoutilizzata, possano essere realizzati oggi e in futuro. Gli emendamenti presentati sono stati bocciati, pertanto mi sono astenuta nel voto finale.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Trata-se da quarta estratégia macrorregional da UE, pelo que pode beneficiar da experiência decorrente das estratégias da União Europeia para a região do mar Báltico, para a região do Danúbio e para a região Adriática e Jónica.

As estratégias macrorregionais tiveram origem, até agora, em iniciativas intergovernamentais destinadas a zonas do nosso continente durante muito tempo divididas por guerras e cortinas de ferro, com o objetivo de relançar a cooperação económica e institucional entre esses territórios.

A estratégia EUSALP intervém num contexto caracterizado por diferentes formas de cooperação existentes na região, como o Espaço Alpino e a Convenção Alpina, para além de vários programas transfronteiras INTERREG.

A EUSALP abrange 48 regiões e sete países representados por cinco Estados-Membros (Itália, França, Áustria, Alemanha e Eslovénia) e dois países terceiros (Suíça e Listenstaine). A região, na qual vivem mais de 80 milhões de pessoas, tem uma forte atratividade humana, natural, económica e cultural. Votei favoravelmente.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: perte de contôle ou d'influence des États membres.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A estratégia para a região alpina já é a quarta proposta apresentada pela UE em termos de estratégias macrorregionais. A noção de macrorregiões, envolvendo países da UE e outros que estão fora desse contexto, contribui para a aquisição de escala, o que pode beneficiar o desenvolvimento.

Este enquadramento e o âmbito deste território, encerrando algumas potencialidades, suscita, no entanto, também algumas preocupações, nomeadamente quanto aos recursos e investimentos estratégicos e de coesão necessários, não apenas para as macrorregiões, mas para os próprios Estados-Membros, os envolvidos e os demais, sabendo como são manifestamente escassos os recursos do orçamento da UE.

O relatório inclui diversos pontos positivos, destacando-se a inclusão das organizações sociais na definição das políticas para a macrorregião, a perspetiva de redução das emissões de carbono, a promoção das energias renováveis, a mitigação e adaptação às mudanças climáticas, a proteção das calotes e da biodiversidade, o combate aos problemas de desertificação e de depressão económica e a promoção sustentável do turismo, entre outros.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della strategia per la regione alpina perché rappresenta una valida opportunità per rilanciare e completare investimenti comuni per i paesi della regione. Le potenzialità della regione alpina sono vaste, pertanto occorre una capacità progettuale congiunta dei paesi e delle regioni dell'area alpina, degli enti locali e di tutti gli attori pubblici e privati dell'area in coerenza con i grandi obiettivi europei di Europa 2020. Per far ciò ritengo necessaria l'ideazione e la realizzazione di progetti di dimensione macro-regionale, che non finiscano per sovrapporsi alla cooperazione esistente interregionale, ma che siano capaci di apportare un valore aggiunto.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Európska únia je charakteristická svojou prírodnou diverzifikáciou. V rámci nej sa častokrát spájajú viaceré regióny. Z alpských regiónov bola už v roku 2011 predložená iniciatíva, ktorá vyzývala Európsku komisiu na predloženie stratégie EU pre alpský región. Je to už 4 makroregionálna stratégia EÚ, ktorá môže ťažiť zo skúseností z predchádzajúcich stratégií. Jedna z nich sa týkala aj Slovenskej republiky, a to konkrétne európska stratégia pre podunajskú oblasť. Makroregionálne stratégie sa ukázali ako úspešný projekt, ktorý okrem iného spája oblasti nášho kontinentu, ktoré boli v minulosti rozdelené vojnami a ich cieľom je obnoviť inštitucionálnu a hospodársku spoluprácu medzi takýmito oblasťami. Za dobrý krok treba považovať oživenie investícií prostredníctvom investičného zámeru a zriadenie Európskeho fondu pre strategické investície.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione in quanto sono d'accordo nel programmare una serie di investimenti ad hoc per la regione alpina che consenta la mobilitazione di finanziamenti pubblici e privati.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τη στρατηγική της ΕΕ για την περιοχή των Άλπεων. Από όλες τις περιοχές της Ευρώπης θεωρώ πως οι Άλπεις δεν είναι αυτές που περισσότερο θα είχαν άμεση ανάγκη βοήθειας ως προς την ανάπτυξή τους. Υπάρχουν περιοχές στην Ευρώπη με πολύ σημαντικότερα προβλήματα οι οποίες αντιμετωπίζουν μεγαλύτερες προκλήσεις και καλό θα ήταν η Ένωση να ασχοληθεί με αυτές.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – This is the fourth macro-regional strategy of the EU (the prior three being the Baltic, Danube and Adriatic and Ionian strategies). EUSALP strategy, which covers 80 million people in 7 countries and 48 regions within and outside the EU, covers the Alpine region, a region that is already engaged in various cooperation agreements. However, the region has poor transport links and logistic problems for manufacturers, and suffers from the effects of the climate change. Consequently, local, regional and national authorities need to take action in accordance with the subsidiarity principle to address the problems in the whole area, as they are best placed to use the bottom-up approach that takes account of local needs while – at the same time – being subject to cross-border, transnational and interregional coordination and cooperation. Our objective is to make the trump cards of this very dynamic and innovative region better known. I believe we achieved this goal.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament szeptemberi plenáris ülése során szavazatommal támogattam az Alpok-régióra vonatkozó európai uniós stratégiáról szóló jelentést, mely az Unió negyedik makroregionális stratégiájával foglalkozik. Az Alpok-régióra vonatkozó uniós stratégia 48 régiót foglal magába hét országban, melyek közül öt uniós tagállam, további kettő pedig Svájc és Lichtenstein. A makroregionális stratégiák lehetővé teszik ezen országoknak, hogy a „három nem" elvét szem előtt tartva stratégiai beruházásokat hozzanak létre az egész régió javára. Három fejlesztési pilléren nyugszik a stratégia. Az első pillér az Alpok-régió versenyképességét, kohézióját célozza növelni, ideértve a fenntartható és versenyképes turizmus előmozdítását.

A második pillér a megközelíthetőség javítására, a megfelelő közlekedési, energiahálózati és IKT-infrastruktúra biztosítására irányul. A harmadik pillér kulcsszava a fenntarthatóság, környezetvédelem, a biológiai sokféleség és az ökoszisztémák védelme. Az Alpok-makrorégió jelentős potenciállal rendelkezik, mely az országok, régiók közötti együttműködéssel még jobban kiaknázható.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Elfogadtam az Alpok-régióra vonatkozó uniós stratégiáról szóló jelentést. Az Alpok-régió jelentős gazdasági potenciállal bír az EU-ban, mivel a vonatkozó makrostratégia kb. 80 millió embert érint hét ország 48 régiójában, mely országok közül öt uniós tagállam (Ausztria, Franciaország, Németország, Olaszország és Szlovénia). Különösen üdvözlendő, hogy a stratégia fontos része a munkaerőpiac fejlesztése a munkaerő képzettségi szintjének javítása és a zöld gazdaságban az új munkahelyek teremtése által. Szükséges az innováció és az intelligens szakosodási stratégiákra alapuló és a meglévő uniós forrásokból – mint például COSME, Horizont 2020 vagy Erasmus + – történő finanszírozás a gazdaság kulcsfontosságú területein alkalmazott új technológiák használatához.

Ezek a források nagyban segíthetnek új munkahelyeket teremteni a régióban. A jelentés továbbá hangsúlyos figyelmet fordít a mezőgazdaság, az idegenforgalom és a kereskedelem területén tevékenykedő kkv-k a régióban betöltött gazdasági tevékenységeinek fokozására. Ezek a vállalkozások a foglalkoztatás fő forrását alkotják az Alpokban, de további diverzifikálására van szükség. Hasonlóképpen kiemelt területként kell kezelni a digitális infrastruktúrákba történő beruházást, és a nagy, városi központoktól távol eső területek lakossága számára gyors és hatékony hozzáférést kell biztosítani a szélessávú internethez. Ezáltal olyan digitális és online szolgáltatások érhetőek el, mint például az e-kereskedelem, valamint a digitális piaci csatornák, a távmunka és egyéb lehetőségek igénybevétele.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – La Estrategia de la UE para la Región Alpina se trata de la cuarta estrategia macrorregional de la Unión, por lo que puede aprovecharse de la experiencia adquirida con la Estrategia de la Unión Europea para la región del mar Báltico, la Estrategia de la Unión Europea para la región del Danubio y la Estrategia de la UE para la región del Adriático y del Jónico. Debe establecerse un marco jurídico para definir de forma más adecuada, sobre la base de los principios de subsidiariedad y proporcionalidad, el sistema de gobernanza de las estrategias existentes y futuras, limitando el papel de las autoridades nacionales y de la Unión al impulso inicial y la coordinación, así como a las funciones de supervisión y apoyo, dejando los aspectos relativos a la gobernanza de los proyectos y de su realización a los organismos regionales y locales que deben ser los verdaderos protagonistas de las bases de las políticas territoriales y de desarrollo. Por todos estos motivos he votado a favor del informe.

Elisabetta Gardini (PPE), *in writing*. – I supported this report as it aims to improve the EUs policies in regards to the Alpine region and give existing EU instruments more flexibility to act according to this regions special needs and prospects. The report underlines many important areas of priority for the region and outlines which issues the EU should invest in and support. If there is one thing that is important in this Alpine strategy then it is the development of the regional labour market and to develop opportunities for agriculture, forestry and craft based economic activities in the region. Other major priorities in the Alpine region are better digital connections and to promote the self-generation of energy.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho condiviso l'impianto della proposta di risoluzione del parlamento europeo circa una strategia dell'Unione europea per la regione alpina perché ritengo che le strategie macro-regionali costituiscano oggi uno strumento imprescindibile per ripensare allo sviluppo dei territori secondo una nuova prospettiva di coesione economica, territoriale, culturale, storia e sociale dell'Unione europea. L'obiettivo delle macroregioni è quello di garantire il raggiungimento di risultati migliori e concreti per le diverse regioni che ne fanno parte, attraverso un approccio comune e mirato al coordinamento dei diversi interessi. Può dunque essere considerato un modello di governance multilivello in cui tutte le parti in causa, ovvero gli entri locali, le autorità nazionali e regionali, svolgono un ruolo primario e alla pari. Come per le altre strategie macro regionali, anche macroregione alpina contribuisce al consolidamento delle identità regionali e del patrimonio culturale, oltre a proteggere un patrimonio popolare e una biodiversità che non devono andare perse. Condivido l'invito della relatrice affinché la Commissione europea, in collaborazione con la Banca europea per gli investimenti, prenda in considerazione la possibilità di creare una piattaforma per gli investimenti in grado di attirare finanziamenti pubblici e privati, in una regione che conta circa 80 milioni di persone.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über die EU-Strategie für den Alpenraum gestimmt, den ich als Berichterstatter meiner EKR-Fraktion an entscheidenden Punkten mitprägen durfte. Ich freue mich, dass es gelungen ist, eine Mehrheit für den Aspekt verfügbarer, hochwertiger Geburtshilfe in Bergregionen einzubringen – und unterstütze hier mit Nachdruck die Forderungen der Petition der Bürger-Union Südtirol. Darüber hinaus freut es mich, dass mein Vorschlag für umfassende Konzepte „Digitaler Dörfer" übernommen wurde.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich unterstütze die EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP). Diese makroregionale Strategie wird zu der Förderung von Synergieeffekten beitragen und die Koordination von nationalen und regionalen Maßnahmen stärken. Allerdings gilt es dabei zu betonen, dass keine neuen Rechtsvorschriften erlassen werden sollten. Dies würde eine weitere Belastung für die betreffende Bevölkerung darstellen. Auch sollten keine neuen Institutionen geschaffen werden, sondern es sollten die bereits vorhandenen Institutionen sinnvoll in die EU-Strategie eingebunden werden.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – With my S&D colleagues, I voted in favour of this report, which is part of a strategy that covers 80 million people in 7 countries and 48 regions in the EU and outside. The report will improve access and transport in the Alpine regions, improve competitiveness and cohesion and develop sustainability.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport. J'ai déjà eu maintes fois l'occasion de dire ici tout le mal que je pense des macro-régions européennes en général et de la macro-région alpine en particulier.

Il existait déjà une Convention alpine et même un Espace alpin, financé, lui, par l'Union européenne. Ce qui tend à prouver que ce type de coopération, y compris avec des pays qui ne font pas partie de l'Union, est possible sans y mêler la Commission. C'est d'ailleurs sans doute le nœud du problème: omniprésente et omnipotente, la Commission ne supporte pas que puisse lui échapper une seule structure, une seule initiative que l'on pourrait rattacher de près ou de loin à une des trop nombreuses compétences que lui attribue hélas le traité.

La question est: qu'est-ce que cela apporte de plus, concrètement, pour les citoyens de la zone concernée? Quand, où, comment, la Commission a-t-elle fait la preuve que ses technocrates hors-sol et ses procédure alambiquées étaient plus efficaces que tout?

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque creemos que es primordial tener una estrategia clara. A pesar de que no estoy de acuerdo con algunos de los puntos que se abordan, considero que es urgente poner en marcha un plan para solucionar este y otros problemas que afectan a muchas zonas rurales sin medios. En estas zonas muchas veces se prioriza la explotación del medio natural o las atracciones turísticas antes que el nivel de vida de sus propios habitantes. Además, el dossier incluye enmiendas que han sido incorporadas contando con las preocupaciones de la sociedad civil sobre problemas acerca de las emisiones de carbón, energía renovable, cambio climático y protección de glaciares, especies en peligro y biodiversidad. Además el informe apoya el turismo sostenible y hace aportaciones interesantes con respecto a la Cop21. Principalmente, me interesan las menciones que hace sobre áreas más remotas de la zona alpina que no tienen acceso a los servicios sociales y económicos más básicos, la falta de oportunidades laborales, la falta de conexiones, la despoblación, etc.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Głosowałam za sprawozdaniem w sprawie strategii UE na rzecz regionu alpejskiego.

Strategia EUSALP jest wdrażana w regionie, w którym podejmowane są już różne formy współpracy, np. w ramach obszaru alpejskiego i konwencji alpejskiej, a także różnych programów transgranicznych INTERREG. EUSALP obejmuje 48 regionów w siedmiu krajach Europy: Włochy, Francja, Słowenia, Austria, Niemcy, Szwajcaria i Liechtenstein. Region ten zamieszkuje około 80 mln ludzi, jest on niezwykle atrakcyjny ze względu na walory przyrodnicze, gospodarcze i kulturowe. Nizina alpejska i alpejski obszar górski są częścią nierozerwalnego systemu przyrodniczego i ludzkiego, którego wzajemna zależność wywarła wpływ na całą historię regionu. Jednakże trudności związane z połączeniami i z logistyką produkcyjną miały często negatywny wpływ na rozwój obszarów górskich. Ponadto obszar makroregionu alpejskiego jest też dziś silnie narażony na skutki zmiany klimatu.

Dlatego właśnie w mojej ocenie organy publiczne powinny, w zgodzie z zasadą pomocniczości, odpowiedzieć na wyzwania gospodarcze i ekologiczne makroregionu alpejskiego.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – With my socialist colleagues, I voted in favour of this report because it is part of a strategy that covers 80 million people in 7 countries and 48 regions in the EU and outside. The report will improve access and transport in the Alpine regions, improve competitiveness and cohesion and develop sustainability.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la stratégie macro-régionale alpine (SUERA) dont l'objectif est de mieux articuler la répartition des fonds structurels européens et les financements nationaux et régionaux pour renforcer la cohésion économique, sociale et territoriale du massif alpin.

Cette stratégie concerne 7 pays, dont 5 États membres de l'UE (Autriche, France, Allemagne, Italie et Slovénie) et 2 États hors UE (Liechtenstein et Suisse) ainsi que 48 régions. Étant moi-même élue dans une circonscription des Alpes, je suis attachée au développement de notre région et connais son potentiel formidable. Cette stratégie constitue un véritable instrument de valorisation de notre territoire au service des citoyens alpins. Je pense plus précisément à la création de ces pôles régionaux de recherche et de ces centres de formations spécifiques qui visent à respecter les caractéristiques du marché du travail alpin, comme la saisonnalité par exemple.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report. The Commission launched the fourth EU macro-regional strategy with its Communication concerning a European Union Strategy for the Alpine region focused on the population of more than70 million citizens who should reap the benefits of a closer cooperation between regions and countries in terms of research and innovation, SME support, mobility, tourism, environmental protection as well as energy resources management.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η ομάδα μας τήρησε στάση αποχής στη συγκεκριμένη έκθεση λόγω της αντίθεσης μας σε ρήτρες που απειλούν αφενός τον χαρακτήρα του νερού ως κοινωνικό αγαθό, αλλά και την απερίσκεπτη καταστροφή του περιβάλλοντος αφετέρου. Βεβαίως, ως ομάδα στηρίζουμε την παροχή κονδυλίων για την περιοχή των Άλπεων και χαιρετίζουμε το γεγονός πως οι περιοχές έχουν το δικαίωμα να αποφασίζουν τις δικές τους στρατηγικές για χρήση αυτών των κονδυλίων.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I, along with the majority of my colleagues, supported this own initiative report on an EU strategy for the Alpine region which follows a number of similar macro-regional strategy reports for the Baltic Sea Region and the EU Strategy for the Danube Region. The report outlines a number of key areas where greater regional cooperation can be initiated with the goal of bringing countries, once in conflict, closer together while simultaneously growing the regional economy. Likewise, I was pleased that the rapporteur called for the use of the European Fund for Strategic Investment to be utilised in joined up macro strategies. This fund was specifically designed to reinvigorate investment in national and local economies and to incentivise further private investment. Using the fund, in conjunction with the EIB, could greatly help to create long term investment in such regional areas. Although I was supportive of the role that EFSI and private investment can play in a regional area, I did however support an amendment which called for the protection of water resources as I believe water is a public commodity and should not be privatised. Unfortunately this amendment did not pass.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour as I have no objections.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament szeptemberi plenáris ülése során szavazatommal támogattam az Alpok-régióra vonatkozó európai uniós stratégiáról szóló jelentést, mely az Unió negyedik makroregionális stratégiájával foglalkozik. Az Alpok-régióra vonatkozó uniós stratégia 48 régiót foglal magába hét országban, melyek közül öt uniós tagállam, további kettő pedig Svájc és Lichtenstein. A makroregionális stratégiák lehetővé teszik ezen országoknak, hogy a „három nem" elvét szem előtt tartva stratégiai beruházásokat hozzanak létre az egész régió javára. Három fejlesztési pilléren nyugszik a stratégia. Az első pillér az Alpok-régió versenyképességét, kohézióját célozza növelni, ideértve a fenntartható és versenyképes turizmus előmozdítását.

A második pillér a megközelíthetőség javítására, a megfelelő közlekedési, energiahálózati és IKT-infrastruktúra biztosítására irányul. A harmadik pillér kulcsszava a fenntarthatóság, környezetvédelem, a biológiai sokféleség és az ökoszisztémák védelme. Az Alpok-makrorégió jelentős potenciállal rendelkezik, mely az országok, régiók közötti együttműködéssel még jobban kiaknázható.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – En tant qu'élu d'une région montagneuse, je me réjouis que l'Europe s'intéresse à la région alpine, dont elle souligne et reconnaît les particularités. Je souhaite que cette reconnaissance s'applique à d'autres massifs montagneux.

L'adoption d'une stratégie de l'Union pour la région alpine (SUERA) a pour objectif de mieux coordonner les fonds européens, nationaux et régionaux entre les pays, régions et villes qui partagent un massif, fleuve ou bassin maritime.

Grâce à cette initiative, nous pouvons éviter les doublons et les investissements inutiles pour concentrer les financements sur des besoins essentiels, comme les transports, le numérique ou l'innovation. En outre, cette stratégie tient compte de la particularité du marché du travail dans ces territoires et propose donc des formations spécifiques et un centre d'emploi régional multilingue en ligne qui aidera les travailleurs frontaliers.

Bien entendu, nous devrons évaluer l'efficacité de cette stratégie dans le moyen et long terme, mais je crois que les actions de l'Union en faveur des régions montagneuses devraient être mieux communiquées auprès des citoyens européens.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I have voted for the proposals that the rapporteur made regarding a better strategy for the Alpine region. I believe it is paramount to improve the prosperity and competitiveness of the region – adding accessibility and transport lines, while striving to protect Alpine heritage.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o strategiji EU-a za alpsku regiju s obzirom na to da podržavam europsku politiku višerazinskog razvojnog planiranja koja prepoznaje zajedničke karakteristike pojedinih geografskih područja EU-a i prevladava ograničenja državnih granica te sam svojevremeno kao predsjednik Jadranske euroregije promovirao ideju o stvaranju strategije EU-a za Jadransku regiju (danas Jadransko-jonsku regiju). U tom sam smislu podržavao stvaranje makroeregionalne strategije koja bi se bavila specifičnim razvojem na području alpske regije.

Želim naglasiti da je potrebna promjena razmišljanja u pogledu postojećih ograničenja s obzirom na funkcioniranje europskih makroregija. Potrebno je redefiniranje politike „tri NE" prema europskim makroregijama i otvaranje dodatnih mogućnosti financiranja razvojnih projekata na području Dunavske, Baltičke, Jadransko-jonske i Alpske regije. Potrebno je jasnije definirati modus za snažnije sudjelovanje lokalnih i regionalnih vlasti u implementaciji makroregionalnih strategija.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Nous sommes sceptiques envers les stratégies macro-régionales dont le mode de gouvernance repose sur une participation accrue des autorités locales et régionales au sein des instances décisionnaires. Ces futures macro-régions échapperont en effet progressivement au contrôle des États membres, non au profit de l'échelon local, mais laissant ainsi le champ libre à la Commission européenne pour s'octroyer de nouvelles prérogatives, notamment en matière de politique urbaine ou d'éducation. J'ai voté contre ce texte.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Mercedes Bresso, qui formule les recommandations du Parlement européen quant à la stratégie européenne pour la région alpine.

Les stratégies dites «macro-régionales» permettent de coordonner les initiatives de villes et de régions issues de différents pays et qui partagent un massif, un fleuve ou encore un bassin maritime. Elles constituent un instrument privilégié au service des territoires pour répondre à certains défis communs qui dépassent les frontières nationales.

À mes yeux, cette stratégie ne sera un succès que si les territoires alpins se l'approprient et si elle ne se traduit pas par une couche supplémentaire de bureaucratie. Je me réjouis de l'adoption de ce rapport qui fait des propositions en ce sens et met l'accent sur la nécessité d'améliorer la connectivité mais aussi de protéger l'environnement (notamment les glaciers) dans la région alpine.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui fait suite à l'invitation lancée par le Conseil en décembre 2013 à la Commission de proposer une stratégie de l'Union européenne pour la région alpine (EUSALP). La Commission a donc présenté «le plan d'action de la stratégie» en juillet 2015.

Ce rapport, qui regroupe les recommandations du Parlement européen, préconise notamment de mettre à profit au maximum les instruments de financement européens disponibles. Il met l'accent sur la nécessité d'améliorer la connectivité en matière de transport et d'énergie et de protéger la biodiversité dans la région alpine. Pour le groupe PPE il était important de défendre le principe des «trois non»: non à une nouvelle législation, non à de nouveaux financements, non à de nouvelles institutions.

Eva Kaili (S&D), *in writing*. – With a view to boosting investment, the Juncker Commission has introduced an Investment Plan for Europe and set up a European Fund for Strategic Investments. These offer the countries of the region an opportunity to launch new joint investment projects and build on those already in progress. EUSALP can now be used as a vehicle for strategic investment that will benefit the region as a whole. The Alpine macro-region has huge potential, and joint planning by the countries and regions in the area, coupled with close involvement of local authorities and public and private bodies, can help to realise that potential. The Commission will need to work together with the EIB and international bodies in providing guidance and support for the implementation of the strategy.

Against this background, EUSALP offers the countries of the region an opportunity to invest in projects that will have an impact throughout the EU, and not just at regional level. It will allow new forms of multi-level governance to be developed, grounded in the regions but with the involvement of the European institutions.

Given that it has co-legislative powers in the field of cohesion policy, Parliament has a key role to play in the design and implementation of the strategy.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für den vorliegenden Bericht. Seine Vorschläge zielen darauf ab, den Alpenraum als Kultur-, Wirtschafts-, Natur- und Ressourcenraum zu stärken und Raubbau zu verhindern. Dazu gehören Vorschläge wie beispielsweise der Schutz von natürlichen Wasserquellen, neue Investitionsstrategien für mehr Nachhaltigkeit und der Erhalt von Biodiversität.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as it aims to improve access and transport in the Alpine regions, enhance competitiveness and cohesion and develop sustainability.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament szeptemberi plenáris ülése során szavazatommal támogattam az Alpok-régióra vonatkozó európai uniós stratégiáról szóló jelentést, mely az Unió negyedik makroregionális stratégiájával foglalkozik. Az Alpok-régióra vonatkozó uniós stratégia 48 régiót foglal magába hét országban, melyek közül öt uniós tagállam, további kettő pedig Svájc és Lichtenstein. A makroregionális stratégiák lehetővé teszik ezen országoknak, hogy a „három nem" elvét szem előtt tartva stratégiai beruházásokat hozzanak létre az egész régió javára. Három fejlesztési pilléren nyugszik a stratégia. Az első pillér az Alpok-régió versenyképességét, kohézióját célozza növelni, ideértve a fenntartható és versenyképes turizmus előmozdítását.

A második pillér a megközelíthetőség javítására, a megfelelő közlekedési, energiahálózati és IKT-infrastruktúra biztosítására irányul. A harmadik pillér kulcsszava a fenntarthatóság, környezetvédelem, a biológiai sokféleség és az ökoszisztémák védelme. Az Alpok-makrorégió jelentős potenciállal rendelkezik, mely az országok, régiók közötti együttműködéssel még jobban kiaknázható.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Изразих подкрепата си към доклада относно стратегията на Европейския съюз за региона на Алпите, тъй като считам, че тя предоставя отговор на общи за региона въпроси, в съответствие с големите европейски цели от „Европа 2020" в областта на устойчивото развитие, околната среда и енергетиката.

Предложенията за отговорно управление на устойчив и конкурентоспособен туризъм, диверсификация на туристическите продукти и на предлагането с цел преодоляване на сезонния характер и подобряване на качеството и иновациите в туризма са от ключово значение за развитието на алпийския регион. В същото време защитата на забележителната система от езера, която преминава през алпийските и предалпийските равнини, опазването и възстановяването на биологичното разнообразие на екосистемите чрез осигуряване на подходяща система за наблюдение, информация и управление на мрежата „Натура 2000" предпоставя устойчиво управление на природата.

Предоставя се възможност на страните от региона да инвестират в съвместни проекти на европейско, а не само на междурегионално равнище, както и да насърчават постигане на устойчиво развитие на алпийската икономика и устойчиво използване на алпийските ресурси. Надявам се натрупаният опит от прилагането на стратегията в близко време да бъде използван и в други планински области от Общността.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Oggi approviamo il piano d'azione della strategia per le regioni alpine (EUSALP). Questa strategia si fonda sul concetto di macroregioni e sulla loro importanza come tramite di cooperazione e sviluppo di sinergie tra i diversi strumenti di finanziamento dell'UE. Incoraggia, inoltre, l'innovazione e l'utilizzo di nuove tecnologie dell'economia; promuove il turismo e l'importanza di connettività dei trasporti; e valorizza la biodiversità delle regioni. Infine, invita gli Stati membri a coordinare le loro politiche nazionali e regionali per l'efficace raggiungimento degli obiettivi dell'azione europea.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il limite le champ d'action des gouvernements nationaux au profit de la Commission européenne, qui s'octroie de nouvelles prérogatives, notamment en matière de politique urbaine ou d'éducation.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport intitulé «Stratégie de l'Union européenne pour la région alpine». Je partage la plupart des priorités défendues par l'EUSALP, telles que la préservation de l'environnement, la modernisation des infrastructures hydrauliques, la création de pôles de compétitivité, le développement de nouvelles offres touristiques afin de limiter l'aspect saisonnier du tourisme alpin, et le développement du transport ferroviaire.

Je suis en revanche opposée à toute stratégie macro-régionale dont le mode de gouvernance repose sur une participation accrue des autorités locales et régionales au sein des instances décisionnaires. Ces futures macro-régions échapperont en effet progressivement au contrôle des États membres, laissant ainsi le champ libre à la Commission européenne de s'octroyer de nouvelles prérogatives, notamment en matière de politique urbaine ou d'éducation.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport de Mercedes Bresso. Texte favorable à la stratégie macro-régionale, reposant sur un mode de gouvernance multi-niveaux avec une participation accrue des collectivités locales. Par ailleurs, il vise, comme tant d'autres, à limiter le champ d'action des gouvernements nationaux au profit de la Commission, qui s'octroie de nouvelles prérogatives en matière de politique urbaine et d'éducation.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque recoge las prioridades de desarrollo, ideas y propuestas para la Estrategia de la Unión para la Región Alpina (EUSALP) y, se desarrolla en un contexto caracterizado por varios tipos de cooperación existentes en la región, como el programa del Espacio Alpino y el Convenio de los Alpes: mejorar la competitividad, la prosperidad y la cohesión de la región alpina. Garantizar la accesibilidad y las conexiones a todos los habitantes de la región alpina (transporte transfronterizo y conexiones intermodales con el interior). Garantizar la sostenibilidad en los Alpes: proteger el patrimonio alpino y promover un uso sostenible de los recursos naturales y culturales (medio ambiente, hábitats terrestres transnacionales y biodiversidad).

Porque las dificultades de conexión y de logística de la producción han marcado el desarrollo de los territorios de montaña. Además, la zona de la macrorregión alpina es también, a día de hoy, muy vulnerable a los efectos del cambio climático. En este contexto, el informe hace hincapié en que las autoridades públicas, sobre la base del principio de subsidiariedad, deben hacer frente a los retos económicos y medioambientales de la macrorregión alpina.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención en este informe puesto que a pesar de contener aspectos positivos sobre gobernanza multinivel, inversiones, creación de empleo, medio ambiente, cambio climático y movilidad, me parece un asunto poco prioritario puesto que se trata de una de las áreas territoriales más ricas de la Unión, con una enorme capacidad para absorber períodos de crisis. Una propuesta de mejor coordinación es siempre bienvenida, pero se echa en falta que se traten asuntos como la corrección de desigualdades económicas, derechos laborales, incorporación de jóvenes al mercado laboral o políticas de género.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – La estrategia de la Unión para la Región Alpina (EUSALP) tiene por objeto estrechar los lazos de los países participantes, con el objeto de realizar acciones conjuntas en las áreas de transporte, medioambiente, protección del patrimonio cultural, energía y turismo, entre otros.

Considero que dada la infrautilización de recursos en las zonas de montaña de la EUSALP y la alta concentración de producción en las zonas de llanura, es necesario llevar a cabo estrategias económicas integradas. Estas estrategias son coherentes con los objetivos y las prioridades que tienen los fondos europeos en este momento.

Además la EUSALP aporta un valor añadido, ya que se trata de abordar objetivos comunes en toda la zona, que están en coherencia con los principales objetivos de la Estrategia Europa 2020 en materia de desarrollo sostenible, medio ambiente y energía y para alcanzarlos es necesario diseñar y realizar proyectos de dimensión macrorregional. Por ello doy mi voto positivo para la aprobación de este informe.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report, which supports synergies within macro regions and the diversification of tourism. This report encourages innovation while reserving forms of traditional economic activity.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Regiony, kde jsou Alpy, nemají podle mě mít žádné speciální programy EU. Podle zprávy potřebují alpské regiony „akční plán". Nesouhlasím s výzvou Komisi, aby navrhla řešení, jak zavést širokopásmový internet do všech odlehlých koutů Alp. Evropská komise nemá řešit internet v Alpách, to mají řešit poskytovatelé internetu na základě poptávky zákazníků.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – I support presented EU Strategy for the Alpine Region to preserve and valorise natural resources, to develop ecological connectivity, to improve risk management as regards climate change, and carry out a comprehensive vulnerability assessment of the sectors and systems likely to be affected and developing a regional strategy on adapting to climate change.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Podporujem túto makroregionálnu stratégiu, pretože jej implementácia pomôže riešiť problémy alpských regiónov, ich rozvoj a spoluprácu na regionálnej aj európskej úrovni.

Stratégia sa opiera o tri základné piliere:

1. zlepšenie konkurencieschopnosti, prosperita a súdržnosť alpského regiónu,

2. zaistenie dostupnosti a spojení pre všetkých obyvateľov alpského regiónu (cezhraničná doprava, intermodálne spojenia s vnútrozemím),

3. zabezpečenie udržateľnosti v Alpách: ochrana alpského dedičstva a podpora udržateľného využívania prírodných a kultúrnych zdrojov (životné prostredie, cezhraničné biotopy a biodiverzita).

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τη στρατηγική της ΕΕ για την περιοχή των Άλπεων, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Malgré plusieurs propositions que nous soutenons (la préservation de l'environnement, la modernisation des infrastructures hydrauliques, la création de pôles de compétitivité), ce texte est favorable à la stratégie macro-régionale qui privera les États membres de leurs champs décisionnaires.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme hlasovali o zprávě, která se zabývá problematikou Alpského regionu a EU strategií pro rozvoj tohoto regionu. Po několika měsících jednání bylo dosaženo shody v tom, že v regionu je třeba zvýšit prosperitu a soudržnost, rozvíjet místně orientovaný přístup k rozvoji alpských oblastí, podporovat udržitelný a konkurenceschopný cestovní ruch za pomoci zlepšení dostupnosti nabídky a služeb a zvláštní kapitolou by pak měla být pozornost věnovaná ochraně mimořádného systému alpských jezer. Dále je třeba se soustředit na využívání a zlepšování stávající infrastruktury a rozvíjet inovativní systémy spojené s logistikou. Návrh zprávy jsem při hlasování podpořil.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório aborda várias questões importantes como as preocupações sobre as emissões de carbono, as energias renováveis, as mudanças climáticas, a proteção de espécies e a biodiversidade, os riscos potenciais da energia hidráulica e o turismo sustentável.

No entanto, o relatório poderia ir mais longe em relação às energias renováveis. Um grupo de deputados em que me incluo apresentou alterações sobre a água como um bem público, que foram chumbadas em plenário.

No quadro das políticas de coesão, lamentamos profundamente e consideramos inaceitável a chantagem a Portugal com sanções através dos fundos europeus.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – La Región Transalpina presenta unas especificidades claras dentro de la Unión, que deben ser tenidas en cuenta para posibilitar su desarrollo y que las personas que viven en ellas puedan mantener unas cuotas de bienestar adecuadas.

Mi apoyo al informe sobre la Estrategia de la Unión para esta región y mi deseo de que se adopten todas las medidas para seguir promoviendo en toda Europa un desarrollo armonioso, que fortalezca la cohesión económica, social y territorial en toda la Unión.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht möchte den Alpenraum stärken. Im Fokus liegen dabei die Forcierung der Wettbewerbsfähigkeit, des Wohlstands und des Zusammenhalts, aber auch die Erreichbarkeit entlegener Gebiete und der Schutz des alpinen Erbes. Diese Punkte sind auch mir wichtig, daher unterstütze ich diesen Bericht.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – En 2011, des régions alpines de 5 États membres de l'Union, dont la France (avec Rhône Alpes-Auvergne, PACA et Franche-Comté) et 2 pays tiers ont résolu de renforcer leur coopération institutionnelle, économique, culturelle etc. Depuis le traité de Lisbonne, cette coopération inter-gouvernementale doit s'ancrer dans la stratégie plus globale de la Commission de renforcer les «macro-régions».

C'est en réalité une dilution de la démocratie, cachée derrière des termes pompeux comme la «gouvernance multi-niveaux» et la création de «structures d'investissement» pour recevoir fonds publics et fonds privées au service de ces derniers.

Au fond il s'agit de disloquer la structure démocratique de l'État-nation au profit de régionalismes absurdes. Bref, c'est les deniers publics au service du privé dans un processus décisionnel de plus en plus éloigné des citoyens. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Texte favorable à la stratégie macro-régionale reposant sur un mode de gouvernance multi-niveaux avec une participation accrue des collectivités locales. Par ailleurs, il vise à limiter le champ d'action des gouvernements nationaux au profit de la Commission, qui s'octroie de nouvelles prérogatives en matière de politique urbaine et d'éducation.

Par conséquent, j'ai voté contre ce texte.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A fim de promover o desenvolvimento global harmonioso, a coesão económica, social e territorial de toda a UE tem de ser reforçada. As estratégias macrorregionais são atualmente o instrumento fundamental para contribuir para o objetivo de coesão económica, social e territorial. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it notes the particular difficulties that the Alpine region faces as well as its heritage that present ample opportunities for citizens working in the region. The Union needs to do all that it can to support regions that face inherent geographic difficulties when accessing the common market.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* — Stratégia pre alpský región (EUSALP) je štvrtou makroregionálnou stratégiou EÚ. Makroregionálne stratégie predstavujú novú príležitosť pre komplexný rozvoj širšieho regiónu, pretože sa zameriavajú na spoločné problémy a potenciál. Predstavujú tak pridanú hodnotu na úrovni EÚ a posilňujú súčasné horizontálne politiky EÚ. EUSALP pokrýva 48 regiónov a 7 krajín, medzi ktorými je 5 členských štátov. V regióne žije viac ako 80 miliónov ľudí. Svojou kultúrnou, ľudskou, prírodnou a hospodárskou príťažlivosťou ponúka príležitosť pre strategické investície v prospech celého regiónu. Stratégia je postavená na troch pilieroch: na zlepšení konkurencieschopnosti, prosperity a súdržnosti; na zaistení dostupnosti a spojení pre všetkých obyvateľov regiónu prostredníctvom modernizácie infraštruktúry a na zabezpečení udržateľnosti v Alpách. Za návrh stratégie hlasujem kladne.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report because it is important to provide solutions to the common problems and challenges in the Alpine region.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság 2015 júliusában nyújtotta be az Alpok-régióra vonatkozó uniós stratégia cselekvési tervét. A balti-tengeri régióra, a Duna régióra, illetve az adriai- és jón-tengeri régióra vonatkozó uniós stratégiát követően ez a negyedik uniós makroregionális stratégia. A Regionális Fejlesztési Bizottság állásfoglalás-tervezete ezt a stratégiát elemzi. Leszögezi, hogy az Alpok-régióra vonatkozó uniós stratégia a régió országai számára lehetőséget biztosít arra, hogy olyan projektekbe ruházzanak be, amelyeknek az egész Unióra kiterjedő és nem csupán regionális szintű hatásuk van. A stratégia lehetővé fogja tenni új, többszintű irányítási formák kifejlesztését, amelyeket a régiókban alapoznak meg, amelyben azonban az uniós intézmények is részt vesznek.

A tervezet három pillérben foglalja össze a stratégiával kapcsolatos legfontosabb javaslatokat és prioritásokat:

I. Az Alpok-régió versenyképességének, jólétének és kohéziójának növelése.

II. Megközelíthetőség és közlekedési összeköttetések biztosítása az Alpok-régióban élők számára.

III. Fenntarthatóság biztosítása az Alpokban: Az Alpok örökségének védelme, illetve a természetes és kulturális erőforrások fenntartható használatának támogatása.

A tervezet elfogadását támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport pose les jalons de la stratégie de l'Union pour la région alpine (EUSALP). Il s'agit de la quatrième stratégie macro-régionale après la stratégie pour la région de la mer baltique, la stratégie pour la région du Danube ainsi que la stratégie pour la région de l'Adriatique et de la mer Ionienne. Nous partageons la plupart des priorités défendues par l'EUSALP.

Nous sommes en revanche par définition opposés à toute stratégie macro-régionale dont le mode de gouvernance repose sur une participation accrue des autorités locales et régionales au sein des instances décisionnaires. Ces futures macro-régions échapperont en effet progressivement au contrôle des États membres, laissant ainsi le champ libre à la Commission européenne pour s'octroyer de nouvelles prérogatives, notamment en matière de politique urbaine ou d'éducation. Vote défavorable.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Com o objetivo de promover o desenvolvimento global harmonioso, a coesão económica, social e territorial de toda a UE, defendo que a estratégia macrorregional para a região alpina pode contribuir para a inversão do declínio económico, através do investimento na investigação, na inovação e no apoio ao empreendedorismo.

É importante salientar que as estratégias macrorregionais devem visar uma concretização mais eficaz dos objetivos comuns das diferentes regiões, com a identificação de recursos e a exploração do potencial comum de desenvolvimento das regiões.

Defendo a importância da Comunicação da Comissão e o plano de ação para a região alpina, que é um passo fundamental para o desenvolvimento da região, de acordo com o objetivo da Estratégia Europa 2020 de um crescimento inteligente, sustentável e inclusivo, assim como tem um papel vital na luta contra o despovoamento da região, em especial, o êxodo da população jovem.

Subscrevo a posição do relator quanto ao necessário reforço da dimensão social para assegurar o desenvolvimento de um modelo de crescimento capaz de garantir um crescimento sustentável, a inclusão social e a proteção social para todos, em especial nas zonas fronteiriças, e à importância de incentivar a criação de infraestruturas sociais e de promover os investimentos sociais.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport sur la stratégie de l'Union européenne pour la région alpine a pour objectif de poser les jalons de la stratégie macro-régionale reposant sur un mode de gouvernance multiniveau avec une participation accrue des collectivités locales et ce afin de limiter le champ d'action des gouvernements nationaux et de faire l'impasse sur l'échelon étatique. Le tout au profit de la Commission européenne qui s'octroie de nouvelles prérogatives en matière urbaine et d'aménagement du territoire. J'ai donc voté contre.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – With my socialist colleagues, I voted in favour of this report because it is part of a strategy that covers 80 million people in 7 countries and 48 regions in the EU and outside. The report will improve access and transport in the Alpine regions, improve competitiveness and cohesion and develop sustainability.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la stratégie de l'UE pour la région alpine. En effet, il était nécessaire de montrer la détermination de l'UE à vouloir protéger cette région qui constitue un formidable atout notamment touristique et scientifique pour notre continent. J'ai notamment soutenu toutes les dispositions qui visent à protéger la biodiversité qui est fondamentale dans cette région européenne.

Luigi Morgano (S&D), *per iscritto*. – La politica di coesione è uno degli strumenti a fianco dei cittadini, le cui risorse ricadono interamente sui territori e rimangono una delle fonti di investimento diretto dell'UE sulle regioni e gli enti locali. In particolare, la strategia per la regione alpina offre un'opportunità per investire in progetti comuni, sviluppando nuove forme di governance su più livelli in cui Unione europea e regioni interagiscono con efficacia. Investire sull'EUSALP significa infatti dare un valore aggiunto alla collaborazione transfrontaliera già esistente, in territori che contano 80 milioni di abitanti e coinvolgono 48 regioni. Per questo, ho accolto volentieri la proposta di creare una piattaforma di investimento per la regione alpina che consenta di mobilitare finanziamenti pubblici e privati, anche tramite la BEI e le opportunità dell'EFSI. In particolare, approvo l'idea per cui sia necessaria una politica digitale per questa regione, che offra un maggior numero di possibilità di apertura e contatti. Internet può essere infatti uno strumento per migliorare le infrastrutture, i servizi oltre che la comunicazione, a vantaggio tanto degli abitanti della regione quanto dei turisti che ogni anno popolano queste aree. Ho votato quindi a favore di questa relazione perché credo potrà dare un contributo fondamentale alla ripresa e allo sviluppo nelle regioni interessate.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur la stratégie de l'Union européenne pour la région alpine, malgré certains points négatifs sur lesquels j'ai voté contre. Cette résolution invite les États à encourager la coordination de politiques nationales et régionales pour mettre en œuvre la stratégie de l'Union européenne pour la région alpine. Il est essentiel de respecter le principe de subsidiarité, comme cela est bien précisé dans le rapport.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Accogliamo con favore la relazione sulla strategia dell'UE per la regione alpina. Questa macroregione ha un ruolo strategico per l'Unione, da un punto di vista culturale, geografico e commerciale rendendo indispensabile una effettiva cooperazione transfrontaliera tra quelle aree. Tuttavia, a causa delle sue specificità, questa macroregione è esposta a sfide che la minacciano e al tempo stesso ne ostacolano l'enorme potenziale. Difficoltà nei collegamenti, alta sensibilità ai cambiamenti climatici, criticità nello sviluppo di infrastrutture energetiche e promozione di start-up e piccole e PMI sono alcune delle tematiche a cui il relazione offre soluzioni concrete. Il ruolo della strategia è di massimizzare le sinergie tra le cooperazioni già esistenti e far sì che esse siano in linea con i macroobiettivi europei, andando altresì a rafforzarle nelle aree più critiche per il raggiungimento di uno sviluppo sostenibile dell'area. Il Parlamento europeo, promuovendo questo relazione, vuole anche ribadire la necessità di un approccio che parta dal territorio, ma che al tempo stesso permetta di avere un impatto su larga scala, secondo un'applicazione intelligente dei principi di sussidiarietà e proporzionalità.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Az Alpok-régióra Európa legnagyobb természeti területeként tekintünk. A térség kimagasló természeti forrásokkal bír, otthont biztosítva több tízezer állati és növényi fajnak, melyek közül nem egy kihaló sorban van. Igaz, hogy a régió közvetlenül öt tagállamot érint, de nem felejthetjük el, hogy az Alpok „víztoronyként" szolgálnak az Európát átszelő, létfontosságú folyók számára, mint a Duna, Rajna, Pó és a Rhone. Az olvadó hó és jég rendszerint akkor jut el ezekhez a folyókhoz, amikor a legnagyobb szükség van rá. A természeti csodákon kívül az Alpok-régió mintegy 80 millió embernek jelent otthont. Évről évre nagyobb kihívást jelent a távoli hegyvidékek és az alföldi nagyvárosi területek közötti óriási kontraszt. A jelentés által bemutatott uniós stratégiát pozitívan értékelem, hiszen az egész régióra kiterjed, és a kitűzött célok és prioritások ténylegesen hozzájárulnak ennek a különösen fontos területnek a megóvásához.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The European Commission submitted an action plan for the Alpine regions strategy in July 2015 under the name EUSALP. This macro-regional strategy will contribute to achieving economic, social and territorial cohesion in alpine regions. I have voted for this report enabling the fourth EU macro-regional strategy following those for the Danube region, Adriatic and Ionian region and Baltic Sea region.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am susținut acest raport deoarece, pe de o parte, el evidențiază experiența valoroasă acumulată în urma punerii în aplicare a Convenției alpine, care servește în mod nepărtinitor interesele sociale, economice și ecologice ale zonelor vizate; pe de altă parte, există o preocupare reală în ceea ce privește aplicarea măsurilor de gestionare a riscurilor de dezastre naturale și strategiile de adaptare la schimbările climatice.

Un alt factor care m-a determinat să susțin această propunere este valorificarea capacității autorităților locale și regionale și a societății civile de la nivel local și regional în cadrul organismelor de administrare și în cadrul organismelor operaționale.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this report, which is the fourth EU macro-regional strategy. EUSALP covers 48 regions in seven countries, five of which are Member States (Italy, France, Slovenia, Austria and Germany). The other two countries are Switzerland and Liechtenstein. EUSALP is a vehicle for strategic investment that will benefit the region as a whole. The report tackles various important issues regarding the EUSALP: multi-level governance, investments, jobs, environment, climate change and mobility.

Андрей Новаков (PPE), *в писмена форма*. – Докладът призовава ЕИБ, в сътрудничество с Комисията, да проучи възможността за създаване на инвестиционна платформа за региона на Алпите, която би позволила мобилизирането на средства от публични и частни източници; призовава за създаването на проект за газопровод за региона, който би привлякъл инвеститори; насърчава създаването на клъстери и сътрудничеството между публичните и частните предприятия, университетите, научноизследователските институти и други заинтересовани страни с цел насърчаване на иновациите.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht möchte den Alpenraum stärken. Im Fokus liegt dabei die Forcierung der Wettbewerbsfähigkeit, des Wohlstands und des Zusammenhalts, aber auch die Erreichbarkeit entlegener Gebiete und der Schutz des alpinen Erbes. Diese Punkte sind auch mir wichtig, daher unterstütze ich diesen Bericht.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Αυτή είναι η τέταρτη μακροπεριφερειακή στρατηγική της ΕΕ. Η EUSALP στρατηγική, η οποία καλύπτει 80 εκατομμύρια ανθρώπους σε 7 χώρες και 48 περιφέρειες εντός και εκτός της ΕΕ, καλύπτει την περιοχή των Άλπεων, μια περιοχή που έχει ήδη εμπλακεί σε διάφορες συμφωνίες συνεργασίας. Ωστόσο, η περιοχή έχει κακές συγκοινωνιακές συνδέσεις και υλικοτεχνικά προβλήματα για τους κατασκευαστές και υποφέρει από τις συνέπειες της κλιματικής αλλαγής. Ως εκ τούτου, οι τοπικές, περιφερειακές και εθνικές αρχές πρέπει να λάβουν μέτρα σύμφωνα με την αρχή της επικουρικότητας για την αντιμετώπιση των προβλημάτων σε ολόκληρη την περιοχή.

Η στρατηγική αυτή είναι χτισμένη σε κάποιους πυλώνες, οι οποίοι αντικατοπτρίζονται στην έκθεση και στις οποίες έγιναν προτάσεις όπως η βελτίωση της ανταγωνιστικότητας, η ευημερία και η συνοχή, η προσβασιμότητα και οι συγκοινωνιακές συνδέσεις για όλους στην περιοχή των Άλπεων, η προστασία της πολιτιστικής κληρονομιάς των Άλπεων και η προώθηση της βιώσιμης χρήσης των φυσικών και πολιτιστικών πόρων.

Για όλους αυτούς τους λόγους υπερψήφισα την εν λόγω έκθεση.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – We voted against this report because we feel that the countries of the Alpine region, not the EU, have the right to make their own decisions. We note that in Amendment 1, the EU orders Member States not to spend on their own priorities, but instead only EU ones. This kind of bullying should not be allowed.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Oltre a ringraziare la relatrice per il lavoro svolto, sono a ribadire la mia idea e l'importanza di progetti cardine per il trasporto europeo sostenibile e che servano da incentivo per tutto il territorio e le regioni limitrofe. Voto quindi a favore.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I supported this report as it underlines the importance of financial instruments, of encouraging innovation and new technologies in key areas of the economy, while preserving also forms of traditional economic activity. It supports the diversification of tourism, stresses the importance of improving transport and energy connectivity, as well as of protecting and enhancing the biodiversity in the Alpine Region.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Alpsko područje je izuzetan i ogroman potencijal za razvoj gospodarstva i treba podupirati programe i strategije poput ove. Strategija se odnosi na pet regija EU-a, dvije regije izvan granica EU-a i veliki broj stanovnika koji spada pod regije alpskih područja.

Potrebna su ulaganja u prometni sustav, digitalnu tehnologiju, obnovljive izvore. Potrebno je ulagati i u razvoj turizma kroz cijelu godinu, a ne samo jednu sezonu od čega će tamošnje stanovništvo moći živjeti. Potrebno je naglasiti da takav turizam mora biti održiv i osjetljiv po pitanju okoliša, a i prostornog uređenja i gradnje da se ne naruši izvoran izgled takvih predjela.

Također u ovom prijedlogu vidim priliku i za Hrvatsku koja ima potencijal u svojim planinskim predjelima potaknuti veći razvoj održivog turizma i poljoprivrede.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Je suis bien évidemment opposé à toute stratégie macro-régionale dont le mode de gouvernance repose sur une participation accrue des autorités locales et régionales au sein des instances décisionnaires. Ces futures macro-régions échapperont en effet progressivement au contrôle des États membres, laissant ainsi le champ libre à la Commission européenne pour s'octroyer de nouvelles prérogatives, notamment en matière de politique urbaine ou d'éducation. Je vote donc contre ce texte.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Klimatske promjene u alpskoj regiji napreduju brže od svjetskog prosjeka, zbog čega ima sve više elementarnih nepogoda kao što su lavine i poplave. Makroregionalnim strategijama može se pridonijeti razvoju prekograničnih strategija i međunarodnih projekata za stvaranje mreža za suradnju od kojih će cijela regija imati koristi. Makrostrategija za alpsku regiju utjecati će na 80 milijuna ljudi koji žive u 48 regija u sedam država, od kojih su pet države članice EU-a (Austrija, Francuska, Italija, Njemačka i Slovenija), a dvije su izvan EU-a (Lihtenštajn i Švicarska).

Pozdravljam činjenicu da europski strukturni i investicijski fondovi (ESIF) pružaju potencijalno važne resurse te niz instrumenata i opcija za tu strategiju, te ističem važnost načela „trostrukog ne", jer su makroregije okviri za stvaranje dodane vrijednosti inicijativa za suradnju i sinergija među različitim instrumentima financiranja EU-a.

Inovacije i primjena novih tehnologija u ključnim područjima gospodarstva, potaknuti strategijama pametne specijalizacije i financirani iz postojećih izvora EU-a (npr. EFRR, ESF, COSME, Obzor 2020. ili Erasmus+) pomoći će u stvaranju kvalitetnih radnih mjesta u strateškim sektorima kao što su bioznanost, biogospodarstvo, energetika, ekološki proizvodi, novi materijali ili e-usluge. Zbog toga se slažem s pozivima izvjestitelja i podržavam usvajanje ovog izvješća.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Sociální koheze je nezbytná pro harmonický a rovnoměrný rozvoj Evropské unie. Proto je povinností Unie podporovat regiony, které jsou znevýhodněné přírodními podmínkami, zvláště zranitelné vůči změně klimatu či sezónním vlivům, a zajistit tak jejich udržitelný a integrovaný rozvoj. Alpský region je dynamickou oblastí v Evropě, která je domovem nejen pro 80 milionů obyvatel ze 7 evropských zemí, ale i pro jedinečné živočišné a rostlinné druhy. Ti všichni jsou ohroženi globálním oteplováním a s ním souvisejícím táním ledovců, které má negativní dopady na udržitelnost alpských ekosystémů a hospodářský rozvoj oblasti. Proto vítám a hlasoval jsem pro zprávu Evropského parlamentu, která zohledňuje nutnost řešit příčiny klimatických změn, a to různými opatřeními v oblasti energetiky, transportu a investicemi do moderních technologií. V tomto ohledu mají velký potenciál právě obnovitelné zdroje energie, na které jsou Alpy bohaté. Nesmíme však zároveň zapomínat na rovnováhu s dalšími životně důležitými funkcemi alpských lesů, které slouží jako prevence povodní a ochrana před sesuvy půdy a před lavinami. Souhlasím se zprávou v tom, že je potřeba tyto problémy řešit koordinovaně prostřednictvím rozsáhlého nadnárodního plánu boje proti tání ledovců, který by dle mého názoru měl zahrnovat všechny související problémy.

Miroslav Poche (S&D), *in writing*. – I believe the EU Strategy for the Alpine Region has a potential to address the main regional problems. The strategy covers over 80 million people from 7 countries and 48 regions within and outside the EU. It will be in addition to various cooperation agreements, focusing on the issues of transportation shortage, logistical manufacturing concerns, and climate change. I am pleased by the full report from the Committee on Regional Development which provides solutions to the common problems and challenges facing the Alpine Region, laying the groundwork for the implementation of the strategy. The strategy is a bottom up approach that takes into account local needs while also participating in cross-border, transnational, and interregional coordination and cooperation, focusing on a few pillar issues. These issues include improving competitiveness, prosperity and cohesion, increasing accessibility and transportation links, and ensuring cultural and environmental sustainability. I urge local, regional and national authorities to take action together to implement the EU Strategy for the Alpine Region to solve the major problems facing their region.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Le macroregioni europee possono rappresentare la cornice istituzionale dentro la quale promuovere lo scambio di buone pratiche e la realizzazione di ambiziosi progetti comuni. L'Europa è ricca di aree geografiche differenti dotante ciascuna di proprie peculiarità. La regione alpina è senz'altro una parte del territorio dell'UE che offre innumerevoli opportunità di sviluppo economico e sociale. Questa relazione sottolinea in particolare l'importanza di incoraggiare l'innovazione e lo sviluppo di nuove tecnologie in settori chiave dell'economia, mantenendo anche forme di attività economica tradizionale; sostiene la diversificazione del turismo, sottolinea l'importanza di migliorare la connettività dei trasporti e dell'energia, nonché di proteggere e valorizzare la biodiversità della regione alpina. Tutti obiettivi che reputo essere centrali nella realizzazione di uno strategia che sappia coniugare tradizione e modernità. Ho votato a favore di questa relazione con la convinzione che la cooperazione transfrontaliera tra le regioni sia la chiave di volta per la migliore gestione del territorio europeo.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Strategia UE dla regionu alpejskiego dotyczy 7 krajów, z czego 5 to państwa członkowskie UE (Austria, Francja, Niemcy, Włochy i Słowenia) oraz 2 kraje spoza UE (Liechtenstein i Szwajcaria), a także 48 regionów z ludnością liczącą ponad 80 milionów obywateli. Strategia obejmuje trzy obszary tematyczne: polityki wzrostu gospodarczego, mobilności i łączności oraz ochrony środowiska i energii. EUSALP stanowi ramy dla koordynacji polityki i współpracy terytorialnej; ma na celu zapewnienie wzajemnie korzystnych kontaktów między regionami górskimi a okolicznymi nizinami i obszarami miejskimi.

Sprawozdanie skupia się na potencjale funduszy ESI i na innych opcjach finansowania UE dotyczących planowania strategicznego w odniesieniu do zarówno obszarów miejskich, jak i alpejskich. Strategia ta nie wymaga użycia dodatkowych środków. Istniejące fundusze są wykorzystywane do jej realizacji oraz zagwarantowania odpowiedniej koordynacji. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui s'inscrit dans le cadre de la stratégie macro-régionale alpine (SUERA). La montagne peut constituer un handicap géographique certain pour les territoires alpins. Pour combler certaines barrières, des réalisations concrètes, telles que des pôles régionaux de recherche ou encore des centres de formation spécifiques et adaptés aux marchés du travail des territoires alpins, s'inscriront dans cette stratégie européenne. Les macro-régions européennes sont des cadres permettant la coopération et le développement de synergies entre différents instruments financiers de l'UE. En effet, sept pays européens, dont cinq États membres, comprenant 48 régions, pourront, grâce à cette stratégie macro-régionale, renforcer la cohésion économique, sociale et territoriale du massif alpin.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O Tratado de Lisboa, consagrando um conjunto de normas que apontam para o desígnio da coesão territorial, permitiu a criação de estratégias macrorregionais, por via de iniciativas intergovernamentais, de forma a relançar a cooperação económica e institucional entre territórios aparentemente distantes.

A estratégia da União para a Região Alpina (EUSALP) abrange 48 regiões e 7 países, representados por cinco Estados-membros. Na região habitam cerca de 80 milhões de pessoas e esta possui vastos recursos naturais, económicos e culturais.

O presente relatório identifica as prioridades apresentadas pelas partes integrantes da região: melhorar a competitividade, a prosperidade e a coesão da região, assegurar o acesso e a interligação de todos os habitantes da região, e a sustentabilidade dos Alpes.

É de salientar que a presente estratégia macrorregional assenta nas oportunidades das já existentes iniciativas de cooperação e sinergias entre diferentes instrumentos financeiros da União, aplicando-se assim o princípio dos três «Não» sobre a legislação, o financiamento e a criação de instituições.

A EUSALP oferece uma oportunidade aos membros da Região Alpina, seja no sentido da realização de investimentos em projetos conjuntos de impacto europeu, permitindo uma visão e ação conjunta sobre os problemas regionais, seja no sentido da promoção da coesão territorial e do bom relacionamento entre os Estados-Membros. Votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – We voted against this report because we feel that the countries of the Alpine region, not the EU, have the right to make their own decisions. We note that in Amendment 1, the EU orders Member States not to spend on their own priorities, but instead only EU ones. This kind of bullying should not be allowed.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, por entender que é necessário investir em projetos conjuntos de impacto europeu, e não apenas inter-regional, e desenvolver novas formas de governação a vários níveis, partindo das regiões, com o contributo das instituições europeias.

Importa, assim, melhorar a competitividade, a prosperidade e a coesão da região alpina, assegurar o acesso e a interligação de todos os habitantes da região alpina (transportes transfronteiriços, ligações intermodais com o interior) e assegurar a sustentabilidade nos Alpes.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Estas regiões possuem um potencial de desenvolvimento significativo. As prioridades passam por melhorar a competitividade, a prosperidade e a coesão da região alpina, assegurar o acesso e a interligação de todos os habitantes da região (transportes transfronteiriços, ligações intermodais com o interior), assegurar a sustentabilidade nos Alpes, proteger o património e promover uma utilização sustentável dos recursos naturais e culturais (ambiente, habitats terrestres transnacionais e biodiversidade).

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La Estrategia de la UE para la Región Alpina se desarrolla en un contexto caracterizado por varios tipos de cooperación existentes en la región, además de diversos programas transfronterizos de Interreg. Esta región, en la que residen más de 80 millones de habitantes, abarca 48 regiones y 7 países y tiene un fuerte atractivo humano, natural, económico y cultural.

Sin embargo, las dificultades de conexión y logísticas de la producción han marcado el desarrollo de los territorios de montaña. Además, la zona es también muy vulnerable a los efectos del cambio climático. En este contexto, el informe hace hincapié en que las autoridades públicas deben hacer frente a los retos económicos y medioambientales existentes.

El informe recoge como prioridades: mejorar la competitividad, prosperidad y cohesión de la región alpina; garantizar accesibilidad y conexiones a todos los habitantes de la región; garantizar la sostenibilidad en los Alpes; o proteger el patrimonio alpino y promover un uso sostenible de los recursos naturales y culturales.

Por estos motivos, he votado a favor de este Informe.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la proposition du Parlement européen sur la stratégie pour la région alpine car en, tant que stratégie macro-régionale, celle-ci peut servir de modèle et inspirer d'autres régions alpines de l'Union européenne.

Cette stratégie contribue à renforcer l'objectif de cohésion environnementale, territoriale, sociale et économique.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Em resposta ao pedido do Conselho em 2013, a Comissão Europeia submeteu um plano de ação sobre a Estratégia da União Europeia para a Região Alpina (EUERA).

O presente relatório de iniciativa releva o princípio de que as macrorregiões devem desenvolver sinergias entre os diferentes instrumentos de financiamento da UE, devendo, por isso, os Estados-Membros envolvidos coordenar as suas políticas nacionais e regionais de forma a contribuir para as ações e objetivos previstos na EUERA.

A colega relatora salienta a importância da existência de um Plano Estratégico para esta área geográfica, insistindo na adoção de parcerias para a gestão e implementação de ações que tenham por base o respeito pelos princípios de subsidiariedade e governação multinível.

Além disso, sublinha ainda a importância dos instrumentos financeiros no estímulo à investigação e à inovação, quer no âmbito da procura de novas tecnologias, quer em áreas chave da economia, preservando, estimulando e buscando mais valor acrescentado para as atividades económicas tradicionais.

A diversificação do turismo, a importância de melhorar a conectividade nas redes de transportes e de energia, bem como a proteção e melhoria da biodiversidade são algumas das propostas apresentadas pela colega e que me levam a votar favoravelmente este relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport dont l'objectif est de mieux articuler la répartition des fonds structurels européens et des financements nationaux et régionaux entre sept pays européens, dont cinq États membres de l'Union et 48 régions. L'objectif final est de renforcer la cohésion économique, sociale et territoriale du massif alpin. Ce rapport formule les recommandations du Parlement européen sur la stratégie pour la région alpine qui a été présentée par la Commission européenne en juillet 2015.

Cette stratégie est un instrument au service des territoires pour répondre à des défis communs qui dépassent les frontières nationales. Il est, en effet, nécessaire d'améliorer la connectivité en matière de transports, d'énergie ou encore de protéger la biodiversité dans la région alpine. L'innovation est un des principaux enjeux de la région. Dans ce sens, le Parlement appelle à la création de pôles régionaux de recherche et de centres de formation afin de répondre aux besoins spécifiques de la région.

J'ai soutenu ce rapport qui rappelle l'importance des interconnexions entre les États membres frontaliers qui partagent les mêmes défis et les mêmes opportunités. Cette stratégie constitue une réponse concrète aux besoins de coopération entre les différentes régions d'un même ensemble géographique.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque creemos que es primordial tener una estrategia clara. A pesar de que no estoy de acuerdo con algunos de los puntos que se abordan, considero que es urgente poner en marcha un plan para solucionar este y otros problemas que afectan a muchas zonas rurales sin medios. En estas zonas muchas veces se prioriza la explotación del medio natural o las atracciones turísticas antes que el nivel de vida de sus propios habitantes. Además, el dossier incluye enmiendas que han sido incorporadas contando con las preocupaciones de la sociedad civil sobre problemas acerca de las emisiones de carbón, energía renovable, cambio climático y protección de glaciares, especies en peligro y biodiversidad. Además el informe apoya el turismo sostenible y hace aportaciones interesantes con respecto a la Cop21. Principalmente, me interesan las menciones que hace sobre áreas más remotas de la zona alpina que no tienen acceso a los servicios sociales y económicos más básicos, la falta de oportunidades laborales, la falta de conexiones, la despoblación, etc.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *in writing*. – A macro-regional strategy is vitally important for the Alpine region and a common approach will help address the challenges and opportunities shared by seven countries with a collective population of approximately 80 million people. Some flexibility will be needed, given the variety of national, regional and local authorities from multiple countries which are responsible for administering the region. The fragile environmental situation combined with the presence and importance of tourism present particular problems; the strategy must prioritise environmental concerns so that the economic opportunities remain sustainable and Alpine heritage is protected.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über eine EU-Strategie für den Alpenraum gestimmt, da ich es für sinnvoll halte, dass die acht Mitgliedstaaten, die Anteil an den Alpen haben, ihre nationalen und regionalen Maßnahmen miteinander koordinieren und Synergien verschiedener Finanzierungsinstrumente der EU für die Makroregion nutzen.

In dem Bericht wird außerdem die Bedeutung der Förderung von Innovationen in Schlüsselbereichen der Wirtschaft bei gleichzeitiger Erhaltung der Formen traditioneller Wirtschaftstätigkeit unterstrichen, die Diversifizierung des Tourismusangebots unterstützt und hervorgehoben, wie wichtig die Verbesserung der Verkehrs- und Energienetzanbindung sowie der Schutz und die Förderung der Artenvielfalt im Alpenraum ist.

Jasenko Selimovic (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report which highlights the principle that macro-regions are frameworks for cooperation activities and developing synergies between different EU instruments. Alpine Regions can be considered as a symbol of European integration since it exists a long lasting tradition of cooperation, with a number of networks already in place, and the ambition of this Strategy should strengthen this solidarity. Experience shows that success highly depends on commitment. We therefore also need strong active involvement of all regional and national partners to fully exploit the potential highlighted in the report.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención en este informe puesto que a pesar de contener aspectos positivos sobre gobernanza multinivel, inversiones, creación de empleo, medio ambiente, cambio climático y movilidad, me parece un asunto poco prioritario puesto que se trata de una de las áreas territoriales más ricas de la Unión, con una enorme capacidad para absorber períodos de crisis. Una propuesta de mejor coordinación es siempre bienvenida, pero se echa en falta que se traten asuntos como la corrección de desigualdades económicas, derechos laborales, incorporación de jóvenes al mercado laboral o políticas de género.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this report as I believe this should be left to the Member States.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — I voted in favour of this report because innovation is an area that is continuously changing, RIS 3 strategies should be constant revised. For this purpose, a review of the strategies after 2017 seems mandatory in order to boost the efficiency and effectiveness of them, taking also into account the lessons learned from the initial years of their implementation.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Hlasoval som za toto uznesenie. Stratégia Európskej únie pre alpský región (EUSALP) sa týka horských oblastí s nedostatočným využívaním zdrojov (vnútorných priestorov), ako aj nížinných oblastí s vysokou koncentráciou výroby. Podporujem vytvorenie integrovanej hospodárskej stratégie pre daný región. Táto stratégia zároveň pomôže EÚ dosiahnuť hlavné európske ciele stratégie Európa 2020 v oblasti udržateľného rozvoja, životného prostredia, energetiky.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Alpský región, ktorý sa týka približne 80 miliónov ľudí v 48 regiónoch a v siedmich krajinách, považujem za jednu z najbohatších oblastí sveta a z hospodárskeho hľadiska za jednu z najdynamickejších, najinovatívnejších a najkonkurencieschopnejších oblastí v Európe. Žiaľ, aj napriek týmto skutočnostiam tento región čelí mnohým spoločným problémom v oblasti životného prostredia, demografie, dopravy, cestovného ruchu a spotreby energie. Hlasovala som za uznesenie, lebo si myslím, že koordinované územné plánovanie prinesie lepšie výsledky a vytvorí pridanú hodnotu pre územnú súdržnosť alpských oblastí a oblasti predhoria Álp. Stratégiu EÚ pre alpský región som podporila aj preto, že predchádzajúce makroregionálne stratégie EÚ zaznamenali úspech spolupráce tohto druhu a priniesli užitočné skúsenosti pre vypracovanie nových makroregionálnych stratégií. Myslím si, že stratégia je obzvlášť dobre uspôsobená pre udržateľný rozvoj alpského regiónu a podporu rastu v celej Európe i vzájomnej solidarity medzi horskými územiami a predhorím Álp. Verím, že stratégiou EÚ pre alpský región sa zabezpečí rozvoj regiónu v súlade s cieľom inteligentného, udržateľného a inkluzívneho rastu stanoveným v stratégii Európa 2020. Na záver chcem oceniť prácu spravodajkyne a jej osobné prispenie ku veľmi kvalitnej správe.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Strategija EU za alpsko regijo (EUSALP) je četrta makroregionalna strategija Evropske Unije in pokriva 48 regij v sedmih državah, od katerih jih je pet članic EU (Italija, Francija, Slovenija, Avstrija, Nemčija) ter dve nečlanici (Liechtenstein in Švica). Ta regija je ena izmed gospodarsko največjih regij v Evropi, saj tam živi in dela več kot 70 milijonov ljudi.

Komisija je v povezavi z EUSALP zaznala več izzivov, s katerimi se bo ta strategija spoprijela. Ti so: ekonomska globalizacija, demografski trendi, podnebne spremembe, energetski izzivi in specifična geografska pozicija.

Transport in mobilnost sta že tradicionalno dva največja izziva alpske regije, predvsem zaradi vpliva na okolje in podnebje v Alpah. Čeprav je takšna strategija dobrodošla, pa ta ni upoštevala predlogov Odbora Parlamenta EU za transport in turizem, hkrati pa poročilo ne zajema tematike okoljske in podnebne zaščite, obnovljivih virov energije, ki so po mojem mnenju v tej regiji vse bolj ključnega pomena.

Zaradi neodločnosti poročila in pomanjkljive pokritosti omenjenih tem sem se pri glasovanju vzdržal.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Alpský región je významnou oblasťou, ktorá spája juh a sever Európskej únie. Skúsenosti z rozvojových projektov, ktoré boli a budú v rámci neho uskutočnené, môžu slúžiť ako vzor pre iné regióny s podobnými charakteristikami vrátane oblasti Karpatského oblúka.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Von der EU-Strategie für den Alpenraum profitieren nur Frankreich, Italien, Schweiz, Liechtenstein, Österreich, Deutschland und Slowenien. Wozu braucht es da die EU? Wenn sich diese Staaten berechtigterweise für die Förderung der Alpenregion als Tourismus-, Landwirtschaft- und Wirtschaftsgebiet einsetzen wollen, sollten sie das im Rahmen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit unternehmen. Dazu bedarf es nicht der EU, es gibt dafür keinen legitimen Mehrwert. Auch die hier zum wiederholten Male vorgetragene falsche Darstellung des Klimawandels gibt dieser Entschließung nicht mehr Legitimität für eine EU-Zuständigkeit. Ich habe gegen diese Entschließung gestimmt, weil sie zur Wettbewerbsverzerrung einlädt. Wirkliches Unternehmertum wird durch die Einflussnahme von EIB und EFSI verhindert. Die sogenannten „operationellen Programme" sorgen nicht für nachhaltiges Wirtschaftswachstum, sondern für nachhaltige Abhängigkeit vom Wohlwollen der Brüsseler Eurokraten. Außerdem spricht sich das Parlament für die Gestaltung der Schulferien im Voralpenraum aus. Das ist ganz gewiss nicht seine Zuständigkeit, sondern Ländersache. Ich unterstütze, wenn sich die Alpenregionen im Rahmen der inter-regionalen Zusammenarbeit unter der Hoheit ihrer jeweiligen nationalen Regierungen miteinander koordinieren. Die EU hat hier jedoch nichts verloren. Es gibt keinen belastbaren Beweis für einen Mehrwert, aber es schafft neue Abhängigkeit von der EU-Kommission. Das sollten wir nicht vergessen.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Izvješće se temelji na načelu da su makroregije okviri za suradnju i razvoj sinergija između različitih instrumenata financiranja EU-a te potiče države članice koje su uključene u EUSALP (48 regija u sedam država) da koordiniraju svoje nacionalne i regionalne politike. EUSALP naglašava važnost financijskih instrumenata, potiče inovacije i nove tehnologije u ključnim područjima gospodarstva, podržava raznolikosti turizma, naglašava važnost poboljšanja prometne i energetske veze te važnost zaštite i poboljšanja biološke raznolikosti u alpskom području.

Podržavam ovaj prijedlog Rezolucije o strategiji EU-a za alpsku regiju jer smatram da treba iskoristiti golemi potencijal strateškog prostornog planiranja „odozdo prema gore" za razliku od tradicionalnih pristupa. Smatram da treba jasnije definirati sustav upravljanja koji će se primjenjivati za strategije i da treba ograničiti ulogu tijela EU-a i država članica na započinjanje strategija, naknadno koordiniranje i nadzor jer regionalna i lokalna tijela moraju biti istinski pokretači teritorijalnih i razvojnih politika na najnižoj razini.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o strategiji EU za alpsko regijo.

Kot nadomestna članica Odbora za promet in turizem podpiram poziv odbora, naj Komisija in države članice okrepijo upravljanje na več ravneh v načrtovanju prometa in izvajajo politiko razvoja trajnostne, vključujoče in neinvazivne prometne infrastrukture v izrazito gorski alpski regiji, ki bo regijo ohranjala in bo spodbujala uravnotežen razvoj gospodarsko šibkejših regij in območij na področjih turizma, socialne kohezije, gospodarskega razvoja in zaposlovanja.

Komisija bi se prav tako morala osredotočiti na optimizacijo obstoječe zmogljivosti infrastrukturnega omrežja, s splošnim ciljem boljšega delovanja omrežja TEN-T.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η ομάδα μας τήρησε στάση αποχής στη συγκεκριμένη έκθεση λόγω της αντίθεσης μας σε ρήτρες που απειλούν αφενός τον χαρακτήρα του νερού ως κοινωνικό αγαθό, αλλά και την απερίσκεπτη καταστροφή του περιβάλλοντος αφετέρου. Βεβαίως, ως ομάδα στηρίζουμε την παροχή κονδυλίων για την περιοχή των Άλπεων και χαιρετίζουμε το γεγονός πως οι περιοχές έχουν το δικαίωμα να αποφασίζουν τις δικές τους στρατηγικές για χρήση αυτών των κονδυλίων.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Υπάρχουν περιοχές στην Ευρώπη που αντιμετωπίζουν πολύ μεγαλύτερες προκλήσεις, και καλό θα ήταν η Ένωση να ασχοληθεί πρώτα με αυτές.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Tanács 2013 decemberében felkérte a Bizottságot arra, hogy nyújtson be az Alpok-régióra vonatkozó uniós stratégiát. A Bizottság eleget tett a felkérésnek, ez a negyedik uniós makroregionális stratégia, amely a balti-tengeri régióra, a Duna régióra, illetve az adriai- és jón-tengeri régióra vonatkozó uniós stratégia során szerzett tapasztalatokra épül. Az Alpok-régióra vonatkozó uniós stratégia 80 millió embert és 48 régiót foglal magában 7 különböző országban, amelyek közül öt az EU tagállama (Olaszország, Franciaország, Szlovénia, Ausztria, Németország), a további kettő pedig Svájc és Liechtenstein.

A kisebb régiók között már van élő együttműködés, de az Alpok-régióra vonatkozó uniós stratégia lehetőséget nyújt arra, hogy stratégiai beruházásokat hozzanak létre az egész régió javára. Éppen ezért a jelentést szavazatommal támogattam. A régió, a közös stratégia pillérei mentén megoldhatja szállítási- és logisztikai problémáit, de csak abban az esetben, ha összehangolják az elképzeléseiket már a helyi szinttől kezdve. Emellett erősíthetik a versenyképességüket és a kohéziót, és nem utolsó sorban biztosíthatják a fenntarthatóságot is. Bízom benne, hogy a Duna-régió is hasonlóan ki tudja használni a fejlesztési potenciált, mint a várhatóan sikeres Alpok-régió.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – La strategia dell'UE per la regione alpina coinvolge diversi Stati membri, tra i quali anche Italia e Francia, attraverso il collegamento ferroviario Torino-Lione. Seppure la relazione Bresso faccia riferimento alle tematiche dello spopolamento nelle aree montane, all'importanza di garantire l'accesso Internet in modo rapido per permettere i servizi digitali e online, tra i quali il commercio elettronico e il telelavoro e, sebbene venga citato anche il tema della biodiversità e della preservazione dell'ecosistema, rimangono ancora molte criticità. Tra i problemi principali che riscontriamo vi è il pericolo che vi sia un grande spreco di denaro, relativamente alla tratta Torino-Lione che già esiste ed è stata recentemente rimodernata. Tale tratta potrebbe smaltire già ora il traffico merci tra Italia e Francia. Il progetto ci appare quindi essere un inutile trasferimento di ricchezza alle grandi imprese che si aggiudicheranno gli appalti. Nonostante la relazione presenti tratti di miglioramento, il sistema di appalti e subappalti previsto per la realizzazione dell'opera renderà difficile controllarne la regolarità. Per i motivi sopracitati mi sono espresso con un'astensione.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Regiunea alpină reprezintă una dintre principalele zone turistice ale Uniunii Europene. În acest context, elaborarea unei strategii regionale a UE dedicată zonei Alpilor este un element semnificativ, favorizat de obiectivul coeziunii teritoriale consacrate de Tratatul de la Lisabona. Este vorba despre a patra astfel de strategie dedicată unei regiuni europene, după strategiile Dunării, zonei Mării Baltice și zonei Ionico-Adriatice. În cazul de față, strategia EUSALP acoperă 80 de milioane de locuitori din 7 țări și 48 de regiuni din cadrul, dar și din afara UE, o zonă caracterizată de o bună cooperare inter-statală, dar având o infrastructură de transport insuficientă, probleme logistice privind producătorii și suferind de efectele schimbărilor climatice. Strategia se bazează pe o serie de piloni fundamentali, cum ar fi îmbunătățirea competitivității, prosperității și coeziunii, asigurarea accesibilității și conectivității pentru toți locuitorii din regiune și garantarea sustenabilității prin protejarea patrimoniului alpin și promovarea utilizării sustenabile a resurselor naturale și culturale. Realizarea acestor obiective ar pune și mai bine în valoare potențialul imens al regiunii, contribuind la coeziunea teritorială a Uniunii. Consider că este o inițiativă lăudabilă și susțin adoptarea acestui raport în forma sa actuală.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — J'ai suivi mon groupe politique en votant pour ce texte. À la suite d'une initiative des régions alpines qui remonte à la fin de l'année 2011, le Conseil européen de décembre 2013 a invité la Commission à présenter une stratégie de l'Union européenne pour la région alpine (EUSALP). La Commission a répondu à cette demande en présentant le plan d'action de la stratégie en juillet 2015.

Cette quatrième stratégie macrorégionale de l'Union peut bénéficier de l'expérience provenant de la stratégie de l'Union européenne pour la région de la mer Baltique, de la stratégie de l'Union européenne pour la région du Danube et de la stratégie de l'Union européenne pour la région de l'Adriatique et de la mer Ionienne.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The Alpine region, inhabited by more than 80 million, has a strong human, natural, economic and cultural appeal. It represents a huge potential for economic growth but also for increased cooperation between historically and politically divided areas at the heart of Europe. However, the economically and environmentally inconsistent development of the region has led to depopulation, especially of young people, and left it extremely vulnerable to the effects of climate change. This is why I voted in favour of the report on an EU strategy for the Alpine region, which I see as a central initiative to halt this trend. It will do so by increasing its competitiveness, prosperity and cohesion, by improving its accessibility and transport links, and by protecting the Alpine heritage and promoting sustainable use of natural and cultural resources.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Smatram da je strategija Europske unije za alpsku regiju iznimno korisna jer potiče ulaganja u ruralna područja, prije svega osiguranjem učinkovitog pristupa zdravstvenoj skrbi jednakog za sva područja kako bi se spriječilo smanjenje broja stanovnika u tim područjima.

Naime, ova regija je važna zato što obiluje ekološkom baštinom koja zahtjeva aktivnu sinergijsku suradnju poljoprivrede i ostalih gospodarskih djelatnosti. Stoga je potrebno uspostaviti bolju prometnu povezanost svih stanovnika alpske regije zaleđem. Zato sam glasovala za usvajanje ovog izvješća.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o strategiji EU za alpsko regijo sem podprla.

Ker so v EUSALP prisotna gorska območja z nizko uporabo virov (notranja območja) in doline z visoko proizvodno koncentracijo, je potrebno uresničevanje integriranih ekonomskih strategij.

Prednostne razvojne naloge so: izboljšanje konkurenčnosti, blaginje in kohezije alpske regije, zagotavljanje dostopa in povezav vsem prebivalcem alpske regije (čezmejni promet, intermodalne povezave z notranjostjo) in zagotavljanje trajnosti v Alpah.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce rapport pose les jalons de la stratégie de l'Union pour la région alpine (EUSALP). Il s'agit de la quatrième stratégie macro-régionale après la stratégie pour la région de la mer baltique, la stratégie pour la région du Danube ainsi que la stratégie pour la région de l'Adriatique et de la mer Ionienne. L'EUSALP couvre 48 régions dans sept pays différents, dont cinq États membres.

Ces macro-régions visent à élaborer des approches stratégiques transfrontalières dans des régions qui partageraient les mêmes problématiques, en l'occurrence le dépeuplement, la diversification de l'activité économique, l'aménagement du territoire ainsi que la protection de l'environnement.

Nous partageons la plupart des priorités défendues par l'EUSALP, mais sommes en revanche opposés à toute stratégie macro-régionale dont le mode de gouvernance repose sur une participation accrue des autorités locales et régionales au sein des instances décisionnaires. Ces futures macro-régions échapperont en effet progressivement au contrôle des États membres laissant ainsi le champ libre à la Commission européenne pour s'octroyer de nouvelles prérogatives notamment en matière de politique urbaine ou d'éducation.

J'ai voté contre.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Alpok-régió által 2011 végén megtett kezdeti lépéseket követően az Európai Tanács 2013 decemberében felkérte a Bizottságot arra, hogy nyújtson be az Alpok-régióra vonatkozó uniós stratégiát. A Bizottság eleget tett a felkérésnek, és 2015 júliusában benyújtotta a stratégiára vonatkozó cselekvési tervet. Ez a negyedik uniós makroregionális stratégia, amely a balti-tengeri régióra, a Duna régióra, illetve az adriai- és jón-tengeri régióra vonatkozó uniós stratégia során szerzett tapasztalatokra épül. Voksommal támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor de este informe porque creemos que es primordial tener una estrategia clara. A pesar de que no estoy de acuerdo con algunos de los puntos que se abordan, considero que es urgente poner en marcha un plan para solucionar este y otros problemas que afectan a muchas zonas rurales sin medios. En estas zonas muchas veces se prioriza la explotación del medio natural o las atracciones turísticas antes que el nivel de vida de sus propios habitantes. Además, el dossier incluye enmiendas que han sido incorporadas contando con las preocupaciones de la sociedad civil sobre problemas acerca de las emisiones de carbón, energía renovable, cambio climático y protección de glaciares, especies en peligro y biodiversidad. Además el informe apoya el turismo sostenible y hace aportaciones interesantes con respecto a la Cop21. Principalmente, me interesan las menciones que hace sobre áreas más remotas de la zona alpina que no tienen acceso a los servicios sociales y económicos más básicos, la falta de oportunidades laborales, la falta de conexiones, la despoblación, etc.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – The Alpine Strategy (EUSALP) is an important macro-regional strategy for the EU and shall contribute to the sustainable development of the Alpine region. It therefore has to be based on the principles and agreements reached in the Alpine Convention. Transport and mobility are traditionally key challenges for the Alpine region, mainly because of their transit character and their impact on the sensitive environment and climate of the Alps. I abstained as both the EUSALP and the EP report are too vague on these elements and not explicit enough on necessary solutions.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Pažymiu, kad Alpių regionai – tai aplinkos paveldas, kurį reikia išsaugoti, nes jie turi milžinišką gamtinių kraštovaizdžių rezervą, ypatingą ekosistemų įvairovę, kuri aprėpia nuo kalnų iki lygumų ir netgi iki Viduržemio jūros pakrančių, tokiu būdu sudaroma ekonominė zonai ir biosfera, pagrįsta žmonių ir gamtos sambūviu; taigi pabrėžiu, kad, siekiant kurti integruotus turizmo produktus reikia vykdyti aktyvų ir sąveika grindžiamą bendradarbiavimą, susiejant ūkininkavimą ir kitų rūšių ekonominę veiklą saugomose teritorijose, taip pat pabrėžiu, kad svarbu išlaikyti ir apsaugoti unikalias buveines kalnuotuose regionuose.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on an EU Strategy for the Alpine region. The EUSALP strategy is being introduced in a region in which various cooperation arrangements, including the Alpine Space, the Alpine Convention and a range of INTERREG cross-border programmes, are already in place. EUSALP covers 48 regions in seven countries, five of which are Member States (Italy, France, Slovenia, Austria and Germany). The other two countries are Switzerland and Liechtenstein. The report supports strategic planning among both urban and rural areas of the Alpine region, with a view to promoting networking and common targets in a coherent, coordinated and integrated policy framework. Furthermore, it stresses the need to strengthen further the social dimension, in order to ensure the pursuit of a growth model that can secure sustainable growth, social inclusion and social protection for all, in particular in border areas. I voted in favour because I believe that the strategy opens opportunities for the development of its the labour market, which has different important levels of cross-border commuting.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – La ponente ha realizado un informe muy equilibrado que aborda los puntos principales para afrontar los retos y desafíos de la Estrategia de la Unión para la región alpina. Destaca la importancia de promover la cooperación entre las regiones y el desarrollo de sinergias entre los diversos fondos europeos dentro de la gobernanza multinivel, así como, el uso de instrumentos financieros e innovación en áreas clave de la economía, la necesidad de preservar las actividades tradicionales e incentivar la diversificación del tejido productivo, el impulso del turismo, del transporte y de la conectividad y la necesidad de llevar todo ello a cabo protegiendo la biodiversidad de la región alpina. Por todo ello creo necesario votar a su favor.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – De EU heeft ook aandacht voor de diverse gebieden op haar grondgebied die specifieke behoeften hebben. Eén daarvan is het Alpengebied, dat zich uitspreidt over verscheidene landen. De klimaatverandering manifesteert er zich sneller dan elders en steeds vaker leidt dit tot natuurrampen zoals lawines en overstromingen. Dit brengt ook een snellere ontvolking met zich mee. Er moet meer geïnvesteerd worden in gelijke en effectieve toegang tot gezondheidszorg en tot EHBO-diensten en noodhulp voor de hele bevolking van de regio, vooral in landelijke gebieden. Het openbaar vervoer is er ook niet overal op het niveau van het Europees gemiddelde en dus zijn we voorstander van de ontwikkeling van nieuwe vormen van plaatselijk verkeer op aanvraag, met inbegrip van slimme verkeersinformatie, verkeersleiding en -telematica en multimodaal vervoer. Ik stemde voor dit verslag omdat alle burgers in de EU dezelfde rechten moeten krijgen, ongeacht de plaats waar ze wonen.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Située au cœur de l'Europe, avec ses 48 régions de 7 États différents, ses 80 millions d'habitants, sa biodiversité hors du commun et ses réserves en eau, la région alpine constitue un enjeu primordial pour l'Union européenne.

Ce rapport tient compte de cette réalité particulière ainsi que des précautions qu'elle requiert, notamment en termes de protection de l'environnement face au changement climatique et aux échanges transfrontaliers croissants. C'est une bonne chose. Il faudra s'en souvenir et ne pas mettre en œuvre le dangereux projet de ligne à grande vitesse Lyon-Turin, incompatible avec une telle protection. Ce texte ne tranche malheureusement pas la question.

Il est aussi appréciable que ce rapport s'inquiète de l'accessibilité aux services publics dans les zones les moins peuplées. Dommage cependant qu'il prône les partenariats publics-privés pour y remédier.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A estratégia para a região alpina já é a quarta proposta apresentada pela UE em termos de estratégia macrorregional. A noção de macrorregiões, envolvendo países da UE e outros que estão fora desse contexto, contribui para a aquisição de escala, o que pode beneficiar o desenvolvimento.

Este enquadramento e o âmbito deste território suscitam, no entanto, a preocupação de que os investimentos estratégicos e de coesão, sendo absorvidos pela macrorregião, não poderão faltar, redundando numa ausência de financiamento estratégico e de coesão para os Estados-Membros envolvidos, ou seja, em detrimento das necessidades específicas de cada Estado-Membro.

O relatório inclui diversos pontos positivos, destacando-se a inclusão da sociedade civil na definição das políticas para a macrorregião, as emissões de carbono, a promoção das energias renováveis, a mitigação e adaptação às mudanças climáticas, a proteção das calotes e da biodiversidade, o combate aos problemas de desertificação e de depressão económica, a promoção sustentável do turismo, etc. Refere ainda os riscos potenciais da construção de infraestruturas hidroelétricas – questão que está na agenda do governo italiano.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Hier geht es darum, dass Wasserquellen unbedingt geschützt werden müssen und auf keiner Ebene privatisiert werden dürfen. Zudem soll die Finanzierung der Zugstrecke Lyon-Turin offengelegt und keine neue Zug-Infrastruktur in Betracht gezogen werden, solange die alte noch nicht ausgelastet ist. Da der Vorschlag mit seinen Maßnahmen die Alpenregionen stärken kann, habe ich dem Bericht zugestimmt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulla strategia dell'UE per la regione alpina che prevede un investimento che interessa 80 milioni di persone, 7 diversi paesi e 48 regioni dentro e fuori l'UE. La regione alpina è già impegnata in diversi accordi di cooperazione ma necessita di un miglioramento dei collegamenti di trasporto, una soluzione ai problemi logistici delle PMI e sta subendo gli effetti negativi del cambiamento climatico. Questa strategia permetterà di sviluppare l'occupazione, la crescita economica e l'innovazione del territorio. Attraverso il piano di investimenti e il Fondo europeo per gli investimenti strategici, la relazione permetterà di sostenere le piccole-medie imprese dell'area alpina, promuovere un turismo sostenibile e competitivo, potenziare l'infrastruttura di trasporto rendendo pienamente operativa la realizzazione dei corridoi transfrontalieri, tutelare il patrimonio alpino dando impulso a un uso sostenibile delle risorse naturali e culturali e proteggere l'agricoltura alpina, la biodiversità e gli ecosistemi.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Together with my socialist colleagues, I voted in favour of this report because it is part of a strategy that covers 80 million people in 7 countries and 48 regions in the EU and beyond. The report will improve access and transport in the Alpine regions, improve competitiveness and cohesion and develop sustainability.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραπτώς*. – Η προστασία του περιβάλλοντος και της τοπικής βιοποικιλότητας, σε συνδυασμό με την καλύτερη διακυβέρνηση και την τοπική ανάπτυξη, τις θέσεις εργασίας και την καινοτομία, αποτελούν τα βασικά σημεία της παρούσας έκθεσης την οποία και ενέκρινα με την θετική μου ψήφο.

Flavio Zanonato (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché ritengo che la creazione della macroregione alpina, riunendo realtà economiche, produttive e turistiche molto ricche e simili tra di loro, sia un vettore importante per aumentare la competitività di queste aree ma ritengo altresì che debba promuovere l'inclusione sociale e la protezione delle popolazioni locali. Per far questo, è essenziale affrontare il tema all'enorme disomogeneità dei servizi sociali, medici e strutturali tra le varie aree delle regioni coinvolte: zone montuose e centri urbani in primis. Ciò vale allo stesso modo per le opportunità lavorative e di studio riservate alle popolazioni delle zone più remote. Sono convinto che grande attenzione vada inoltre riservata alla questione demografica, che oltre dall'invecchiamento della popolazione e dallo spopolamento delle aree montane, è caratterizzata anche da nuovi flussi migratori. Ritengo che questi fenomeni vadano affrontati in modo attivo. Infine, ritengo fondamentale lo sviluppo dei servizi pubblici di collegamento tra le aree remote e i centri urbani oltre a un forte sostegno alle PMI e alla valorizzazione delle produzioni locali. Per far questo, e per stimolare la creazione di posti di lavoro di qualità, è imprescindibile superare il *digital divide* e rendere le nuove tecnologie più diffuse e accessibili a tutta la popolazione.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Správa pani poslankyne Bressovej sa zaoberá európskou stratégiou pre alpský región. Tento región zahŕňa päť členských štátov Európskej únie a obýva ho celkovo 80 miliónov ľudí. Okrem toho sa tento región vyznačuje mnohými špecifikami, a to od unikátnej biodiverzity a kultúrneho dedičstva až po negatívnu stránku, a to izolovanosť, chýbajúcu infraštruktúru, či tzv. odliv mozgov. Práve preto správa navrhuje spôsoby, akým by sa dalo alpskému regiónu pomôcť, a to prostredníctvom lepšieho riadenia rizík v súvislosti s prírodnými katastrofami, zaistenia všeobecného prístupu k službám na celom území s dôrazom na zraniteľných obyvateľov či podporou inovácií a malých a stredných podnikov ako najvýznamnejšieho prvku pri tvorbe stabilných pracovných miest. Okrem toho sa nová stratégia zaoberá mobilitou, konektivitou a energetickou bezpečnosťou. Verím, že táto stratégia je krokom vpred, a preto som jej dala svoj hlas.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. — A seguito dei nostri contributi, la relazione è migliorata notevolmente rispetto alla prima bozza, ed ora invita anche a salvaguardare l'esistente Convenzione delle Alpi, a gestire il rischio di catastrofi naturali e il cambiamento climatico, a garantire la partecipazione e l'accesso ai documenti, a promuovere l'energia rinnovabile, locale e l'autoproduzione, le PMI e il turismo sostenibile, a rinnovare e utilizzare in modo ottimale le reti e infrastrutture esistenti, a proteggere la biodiversità, il suolo e l'acqua e ad attivarsi contro l'inquinamento atmosferico. Tuttavia, uno dei maggiori intenti della relazione è portare avanti progetti potenzialmente pericolosi e dannosi per l'ambiente come la TAV, stando a quanto si legge nelle stesse motivazioni della relazione. Nella relazione infatti non si è voluto nemmeno citare la questione della Torino-Lione e si vogliono finanziare, attraverso la BEI, progetti che temiamo siano delle ennesime nuove opere infrastrutturali che magari non si sarebbero potute realizzare utilizzando i fondi strutturali perché non in linea con gli obiettivi di Europa 2020 e dell'UE. Mi sono pertanto astenuto dal dare un giudizio ora, dandoci appuntamento a tra qualche anno per esprimere una valutazione, alla luce di come sarà stata concretamente attuata questa strategia, al di là dei propositi enunciati.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o strategiji EU za alpsko regijo sem podprl.

Strinjam se s pozivi k aktivnemu sinergijskemu sodelovanju med kmetijskimi in drugimi gospodarskimi dejavnostmi na zavarovanih območjih v regiji (območja Natura 2000, narodni parki itd.), da bi razvili integrirane turistične proizvode, ter s pomenom ohranjanja in varovanja edinstvenih habitatov v gorskih regijah.

5.18. Der EU-Treuhandfonds für Afrika: Auswirkungen auf Entwicklung und humanitäre Hilfe (A8-0221/2016 - Ignazio Corrao)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Marlene Mizzi (S&D). – Mr President, for as long as I have been a Member of the European Parliament, I have repeatedly called on the Member States and the Commission to join up their efforts and tackle the root causes of migration, which is the only way forward in terms of providing a genuine response to the migration crisis in the EU and in Africa.

The Trust Fund launched at the Valletta summit on migration is designed to help foster stability in the African regions and contribute to better migration management. Most importantly, the fund will help address the root causes of irregular migration by stimulating investment and boosting sustainable growth, and through job creation in the African countries where most migrants come from.

We have to ensure accountability, transparency and proper management of funds. We have to ensure well planned investments so that the proposed billions really benefit the citizens through projects which improve education, healthcare and infrastructure. Throwing money at the problem without due vigilance and commitment will not solve the migration crisis. Therefore I gave the report my vote.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, am votat pentru acest raport pentru Fondul fiduciar al Uniunii Europene pentru Africa. Trebuie să combatem cauzele imigrației la ele acasă, acolo de unde oamenii pleacă și vin spre alte continente. Acum vorbim despre Africa: sunt zone foarte fragile, foarte sărace, se face comerț cu arme, sunt acaparate terenurile și sunt tot felul de alte probleme care îi îndeamnă pe oameni să plece. De aceea, fondul trebuie să rezolve aceste probleme. Angajamentul oficial al Uniunii a fost de 1,8 miliarde de euro. Problema este, însă, că statele membre au contribuit cu numai 4,5 % din sumele promise. Știm cu toții că alocarea financiară are trei etape: promisiunea, angajamentul și acțiunea. Doar că acțiunea, adică plata, a rămas la stadiul de promisiune. Așa că încurajez statele membre să continue și să dea bani pentru asta, tocmai pentru a combate imigrația și a ajuta pe cei din Africa.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem tuto zprávu podpořil, stejně jako ostatní, kteří hlasovali pro tu zprávu, vnímám dobrou myšlenku v rovině svěřeneckého fondu, skrze ni by bylo možné snížit nebezpečí migrace z Afriky do Evropy, ale platí to, co tu bylo řečeno. Zatím jsme pouze u myšlenky a k samotné realizaci máme velmi daleko. A kéž by tato zpráva přispěla k tomu, že by tedy jednotlivé členské státy, pokud se již zavázaly dobrovolně dát peníze do tohoto fondu, aby to opravdu udělaly, aby vůbec reálně takovýto fond vznikl, a pak se můžeme bavit o tom, jak tyto peníze účelně proměnit do konkrétních projektů v Africe, aby se ty peníze neztratily nebo nějakým způsobem nerozkradly. Je to opravdu dobrá myšlenka, ale zatím bohužel zůstáváme pouze u myšlenky a doufejme, že tato zpráva třeba trošku pomůže k tomu, že se od myšlenky dostaneme k nějakým skutkům.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il Fondo fiduciario dell'UE per l'Africa rappresenta un importantissimo strumento per promuovere lo sviluppo sociale ed economico, nelle regioni africane, fornendo, ad esempio, ai giovani l'istruzione e le competenze necessarie per realizzare il loro potenziale e creare opportunità di lavoro. Ritengo che favorire lo sviluppo economico e sociale delle suddette zone sia di fondamentale importanza anche per combattere la migrazione regolare, che è ormai da alcuni anni, un grave problema per gli Stati membri. Per questo motivo mi sono espressa positivamente.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – Los socialistas españoles en el Parlamento Europeo, apoyamos la puesta en marcha de instrumentos que, además de permitir desembolsar fondos con más rapidez y flexibilidad, mejoren la coordinación de las políticas y de los instrumentos para el desarrollo. Pero esto no constituye en ningún caso un cheque en blanco para que se financie cualquier tipo de política. Con este voto hemos dejado claro que no vamos a permitir que se desvíe dinero de los objetivos de la cooperación al desarrollo. No permitiremos que se ponga en peligro la política de cooperación al desarrollo y su fin último, la erradicación de la pobreza.

Los progresistas de la Eurocámara apostamos con nuestro voto a favor, por un mayor control y por un instrumento que asegure un paso adelante de manera transparente a favor de los países africanos, a favor de su desarrollo sostenible. Lamentamos que otras fuerzas de la izquierda no se hayan unido a este llamamiento.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against the non-legislative report. It calls on Member States to contribute more money to African EU projects and wants to influence the day-to-day running of African governments. UKIP does not support increased EU influence. In addition, UKIP does not believe in the use of aid handouts but would rather see removal of trade barriers.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu lors du vote sur le fonds d'affectation spéciale de l'Union pour l'Afrique. L'objectif de ce fonds serait de favoriser la stabilité dans ces régions et de mieux gérer la migration. Bien que ce fonds spécial veille à promouvoir la résilience, les débouchés économiques, la sécurité et le développement, tout en s'attaquant aux causes profondes de la déstabilisation, des déplacements forcés et de la migration clandestine, ce rapport s'inscrit dans une logique de financements à l'aveugle, sans contrôles de la bonne utilisation et gestion des fonds. De plus, ce texte ne tient pas forcément compte des réalités de vie des habitants des PED. La volonté de stopper l'immigration en général semble encore faible et le rapport s'inscrit plutôt dans une politique de versement de millions d'euros sans résultats escomptés.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – This own-initiative report aims to address existing failures in the use of the EU's 'Emergency Trust Fund for stability and addressing root causes of irregular migration and displaced persons in Africa' made up of EU financing and contributions from Member States. It highlights the fact that only 4.5% of the pledged funds have actually been received. But while it states it aims to promote legal migration and asylum, as well as addressing causes of displacement such as the arms trade, the Trust Fund is being used as another instrument to reallocate and use development funds for control and management of migration flows without any development benefit. The report reinforces this as well as the general 'Fortress Europe' set-up. Due to these negative elements in the report I could not vote in favour of the overall report but abstained.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur le fonds d'affectation spéciale de l'UE pour l'Afrique.

Ce fond n'est seulement qu'une pièce du puzzle dans la réponse de l'UE à la crise migratoire. Il doit être néanmoins, dans tous les cas, mieux contrôlé par le Parlement, car force est de constater qu'il manque de transparence dans son utilisation. En outre, il est fondamental que les États tiennent enfin leurs promesses et contribuent davantage à ce fonds.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the report on the EU Trust Fund for Africa. Launched at the Valletta Summit on Migration on 12 November 2015, the EUTF aims to address the root causes of destabilisation, forced displacement and irregular migration by promoting resilience, economic opportunities, equal opportunities, security and development. It has been conceived in order to assist 23 countries across three African regions (the Horn of Africa; the Sahel and Lake Chad basin; and North Africa) that contain some of the most fragile African countries, which are affected by migration as countries of origin, transit or destination. The European Union contribution amounts to EUR 1.8 billion. The report considers that the EUTF should contribute to the strengthening and improvement of local public services (e.g. social services, health, education, nutrition, culture) and that civil society and NGOs should be actively involved. I would like to underline that the rules and criteria that govern development aid for projects financed by the EUTF must be set according to the respect and promotion of human rights. It is crucially important that the Commission monitors how the EUTF funds are employed and allocated. Parliament's scrutiny powers over the Fund are to be increased.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Der EU-Treuhandfonds für Afrika (EUTF) wurde auf dem Migrationsgipfel von Valletta im November 2015 eingerichtet.

Angesichts der derzeit zu beobachtenden irregulären Migration von bislang ungekanntem Ausmaß wurde der Treuhandfonds ins Leben gerufen, um die am stärksten betroffenen afrikanischen Staaten zu unterstützen, Stabilität in diesen Regionen zu schaffen und die Zusammenarbeit zwischen der EU und Afrika in Belangen wie Migrationssteuerung, Sicherheit und Entwicklung zu fördern. Ziel ist es, die Ursachen der Destabilisierung, Vertreibung und irregulären Migration am Horn von Afrika, der Sahelzone und im Tschadseebecken sowie im Norden Afrikas zu bekämpfen.

Ich unterstütze die Ansicht, dass einer der Schwerpunkte der Migrationspolitik der EU vorrangig darauf liegen sollte, die Ursachen der Migration zu bewältigen. Der Treuhandfonds soll zur Verwirklichung der langfristigen Ziele in den Empfängerländern beitragen. Es geht darum, den Frieden zu sichern und Stabilität in diese Regionen zu bringen. Um diese Ziele zu erreichen, ist es auch notwendig, die Verteilung der Mittel aus dem Treuhandfonds systematisch zu beobachten und zu kontrollieren.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – L'objectif principal du fonds d'affectation spéciale de l'Union européenne pour l'Afrique créé en 2015 par les partenaires européens et africains vise à favoriser la stabilité dans ces régions et à contribuer à mieux gérer la migration. Le fonds vise à s'attaquer aux causes profondes de la déstabilisation, des déplacements forcés et de la migration clandestine en veillant à promouvoir la résilience, les débouchés économiques, la sécurité et le développement.

Malgré des aspects volontaristes, ce rapport s'inscrit dans une logique de financements à l'aveugle, sans contrôles ni a posteriori, ni à priori de la bonne utilisation et gestion des fonds, l'UE préférant se décharger sur les autorités locales et un partenariat avec le secteur privé, dans un hypothétique espoir de transfert de charges à venir dans le cadre de la politique de développement.

Ce rapport voit la croissance démographique comme un atout dans les zones en voie de développement alors que les politiques d'emploi et de formation des jeunes sont très en retard par rapport aux objectifs de développement fixés et que l'avenir est incertain pour les jeunes générations, plus enclines à déserter leur pays pour l'Occident en vue d'une vie meilleure qu'à construire l'avenir de celui-ci.

Aussi me suis-je abstenue.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – In the interests of transparency and democracy I would like to confirm I voted against this report. For decades we have been throwing money at Africa to solve its problems. Due to the political nature of Africa there is no control how this money is spent in countries ravaged by dictators and corruption. It would be cynical to suggest that the EU wants to pump more money into projects in Africa to influence political participation and governance.

I believe that trade not aid is the answer. Let's use this money positively through education and training. Give a man a fish he eats for a night, teach a man how to fish and he can eat for a lifetime.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à favoriser la stabilité en Afrique et à contribuer à mieux gérer la migration; considérant, plus précisément, que le fonds d'affectation spéciale de l'Union européenne vise à s'attaquer aux causes profondes de la déstabilisation, des déplacements forcés et de la migration clandestine en veillant à promouvoir la résilience, les débouchés économiques et l'égalité des chances, la sécurité et le développement.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl ES ir Afrikos infrastruktūros patikos fondo: reikšmė vystymuisi ir humanitarinei pagalbai. ES ir Afrikos infrastruktūros patikos fondo tikslas – siekti išspręsti pagrindines destabilizacijos, priverstinio perkėlimo ir neteisėtos migracijos priežastis, skatindamas atsparumą, ekonomines galimybes, lygias galimybes, saugumą ir vystymąsi, tačiau, kad to pasiektume turime nepaprastosios padėties atveju greičiau ir lanksčiau išmokėti lėšas ir sutelkti įvairius finansavimo šaltinius, kad būtų galima įveikti migracijos ir pabėgėlių krizę įvairiais jos aspektais. Vis dėlto, išauga rizika, kad ES parama vystymuisi bus netinkamai panaudojama, todėl pritariu, kad projektai, kuriuos apima ES praktikos fondas, privalo turėti griežtus vystymosi tikslus.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A dokumentum egy olyan jelentés az Uniós Szükséghelyzeti Alap Afrikáért nevű kezdeményezésről, amely elsősorban a migrációra és annak kiváltó okaira koncentrálva próbál kezdeményezéseket tenni. Fontos részlet a szövegben, hogy a civil szervezeteknek meg kell adni a maximális részvételi lehetőséget a migrációs befogadó, visszaküldő és egyéb stratégiák alkotásába, az Alap pénzügyi keretének felhasználását célzó döntésekbe. Ennek indokoltsága az ezen a területen működő Soros-alapítványok tevékenységének leleplezése után igencsak megkérdőjelezhető. A jelentés megfogalmazza, hogy a regionális források nem fordíthatók határvédelemre (még schengeni határral rendelkező országok esetében sem), továbbá nem fordíthatók a biztonság szintjének emelésére.

Ezzel gyakorlatilag kijelenti, hogy nem fontos a helyi lakosság biztonsága, biztonságérzete, összesítve a közbiztonság, ha ez a migránsok elleni fellépésnek minősül. Mindezek miatt a jelentésre nemmel szavaztam.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against the non-legislative report. It calls on Member States to contribute more money to African EU projects and wants to influence the day-to-day running of African governments. UKIP does not support increased EU influence. In addition, UKIP does not believe in the use of aid handouts but would rather see removal of trade barriers.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Comme souvent dans les rapports qui sortent de la commission DEVE (commission du développement), on trouve dans ce texte quelques bonnes idées, dans la mesure notamment où l'aide au développement de ces pays est censée stopper l'hémorragie migratoire, mais ces bonnes idées se traduisent par des propositions trop peu concrètes en termes de contrôle desdites aides et de l'évaluation de leurs résultats: je me suis donc abstenu.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Le fonds d'affectation spéciale de l'UE destiné à l'Afrique aurait du être un outil pour contribuer à la stabilisation, au développement socioéconomique et donc à la lutte contre la pauvreté dans cette région.

Je n'ai pas soutenu ce rapport qui déséquilibrerait les relations entre l'UE et l'Afrique.

Le Parlement européen et l'Europe en général ont raté l'occasion de repenser leur relation avec l'Afrique.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Il vertice sulle migrazione tenutosi a La Valletta il 15 novembre 2015 ha lanciato il Fondo fiduciario dell'UE per l'Africa che si pone come obiettivo quello di promuovere la stabilità nelle regioni considerate e di contribuire a una migliore gestione della migrazione. La relazione Corrao, che oggi ho sostenuto, sottolinea efficacemente gli obiettivi del fondo e le difficoltà che esso ha incontrato sino ad oggi. Esiste un chiaro problema di finanziamenti. Gli Stati membri hanno versato contributi esigui non facendo seguire alle promesse fatte azioni concrete. Occorre invertire la rotta, potenziando la dotazione finanziaria dell'ETUF e consentendo un'erogazione rapida e flessibile dei fondi nelle situazioni di emergenza. Il nuovo strumento deve essere utilizzato per contribuire allo sviluppo dei paesi di transito e di origine dei migranti, migliorando i servizi pubblici locali, la partecipazione politica e la governance, principalmente attraverso progetti basati sulle comunità. La risposta europea alla crisi migratoria deve essere su più fronti ma l'ETUF può essere un supporto concreto per migliorare la sicurezza e garantire lo sviluppo dei paesi africani meno sviluppati.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación de este informe, porque hay aspectos del informe que son muy favorables, pero tiene aún defectos muy notables. La posición de GUE se ha tenido en cuenta en la condena del uso de los fondos para proyectos de control sin objetivos de desarrollo, el reconocimiento de las autoridades locales como actores clave, la necesidad de desarrollar los servicios públicos de los países de origen, etc.

No obstante, la vagueza de la definición del rol de las organizaciones internacionales en el informe abre la puerta a su uso para financiar «misiones militares de paz» así como formación y capacitación en el sector de la seguridad.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer al ponente su labor en la elaboración de este informe sobre el Fondo Fiduciario de la Unión para África. En ella se habla de la dotación financiera y aspectos presupuestarios, la financiación de los países menos desarrollados, el papel de la sociedad civil, las ONG y organizaciones internacionales, la transparencia y la claridad para mejorar la consecución de los objetivos, la coherencia de las políticas de la Unión y el compromiso en materia de derechos humanos, entre ellos la de la salud sexual y reproductiva. Un informe muy importante para seguir avanzando.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur ce rapport concernant le fonds d'affectation spéciale de l'UE pour l'Afrique.

Le but initial de ce fonds lancé lors du sommet de La Valette en 2015 est une véritable coopération entre les États membres et les pays africains afin de s'attaquer aux causes profondes de la migration, dans une perspective de résilience, de développement économique et de sécurité.

Un objectif que je partage tout à fait et que je n'ai eu de cesse de défendre. Malheureusement, le rapport s'inscrit dans une logique d'aide financière incontrôlée, sans aucune mesure prévue de gestion. Pire, les autorités européennes prévoient de se décharger sur les autorités locales en partenariat avec le secteur privé. Moralité, on cherche encore une fois à abreuver ces pays d'argent sans s'assurer qu'il sera utilisé pour atteindre les objectifs fixés.

Une idée qui partait d'une bonne intention et une nouvelle fois dévoyée par l'inconséquence européenne.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Pur risultando un testo più equilibrato rispetto a molti altri che in passato hanno trattato dell'Africa come oggetto di interventi europei di cooperazione, ritengo contenga criticità e lacune che mi hanno spinta a esprimermi con un voto di astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado en favor de este informe que analiza los objetivos y la financiación del Fondo Fiduciario para África, que fue concebido para ayudar a 23 países de tres regiones africanas (Cuerno de África, el Sahel y cuenca del lago Chad y el norte de África). Este fondo es un instrumento de desarrollo que agrupa los recursos de los diferentes donantes para permitir que la Unión dé una respuesta rápida, flexible, complementaria, transparente y colectiva a las distintas dimensiones de una situación de emergencia.

En el ámbito de la migración, el fondo busca abordar las causas profundas de la migración irregular y de los desplazamientos en los países de origen, tránsito y destino, a través de cinco sectores prioritarios: 1) beneficios de la migración en materia de desarrollo; 2) migración legal y movilidad; 3) protección y asilo; 4) prevención y lucha contra la migración irregular; y 5) retorno, readmisión y reintegración;

Sin embargo, las contribuciones de los Estados miembros siguen siendo muy limitadas, por lo que desde esta Cámara solicitamos nuevos créditos, y la inclusión del Parlamento en el consejo estratégico del fondo. También pedimos a los Estados miembros el respeto al compromiso con el 0,7 % de la AOD.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas išreiškė savo poziciją dėl ES patikos fondo Afrikai, jo poveikio vystymuisi ir humanitarinei pagalbai. ES ir Afrikos infrastruktūros patikos fondas siekia išspręsti pagrindines destabilizacijos, priverstinio perkėlimo ir neteisėtos migracijos priežastis, skatindamas atsparumą, ekonomines galimybes, lygias galimybes, saugumą ir vystymąsi. Afrikoje ir toliau labai sparčiai auga gyventojų skaičius ir esama tik nedidelio gimstamumo lygio sumažėjimo, todėl siekiant skatinti stabilumą, tvarų ekonomikos augimą, socialinę sanglaudą ir vystymąsi regione būtina suteikti jaunimui išsilavinimą ir gebėjimų, kurių jam reikia, kad realizuotų savo potencialą, ir sukurtų užimtumo galimybes. Vis dėlto, Parlamentas apgailestaudamas pažymi, kad valstybių narių įnašai ir toliau yra pernelyg maži ir sudaro tik mažą dalį Sąjungos įnašo, taigi, toli gražu nesiekia oficialių įsipareigojimų sumos. Todėl Parlamentas primygtinai ragina valstybes nares įgyvendinti pažadus ir įsipareigojimus, dėl kurių buvo sutarta 2015 metų pabaigoje.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A jelentés elfogadását nagyon fontosnak tartom, és magam is támogattam szavazatommal, hiszen a szükséghelyzeti alap hozzájárulhat a destabilizáció, a kényszerű lakóhelyelhagyás és az illegális migráció kiváltó okainak kezeléséhez az ellenálló-képesség, a gazdasági lehetőségek, az esélyegyenlőség, a biztonság és a fejlődés előmozdítása révén. A dokumentum az elvándorlás okainak megszüntetésére és a bajban lévők támogatásának jelentőségére hívja fel a figyelmet, hiszen a tömeges migráció újfajta humanitárius és biztonsági kihívással szembesíti Európát. Egy olyan átlátható stratégia, amely a hatékonyabb segítségnyújtás érdekében együttműködik a nem kormányzati szervezetekkel és a jelentős helyismerettel rendelkező vezetőkkel, remélhetőleg képes lesz saját szülőföldjükön védelmet biztosítani a bajban lévőknek.

A jelentés arra is felhívja a figyelmet, hogy az uniós migrációs politikáknak mindenekelőtt a migráció kiváltó okainak kezelésére kell összpontosítaniuk, bevonva a nem kormányzati szervezeteket és a civil társadalmat.

Franc Bogovič (PPE), *napisan*. – Uzajamni Fond za Afriku trebao bi biti europski razvojni instrument u kojem se prikupljaju sredstva od raznih donatora kako bi EU mogla efikasno, brzo, transparentno i združeno intervenirati na različite aspekte kriznih situacija u Africi, koja i dalje bilježi vrlo visoke stope rasta stanovništva, posebno mladog, što s jedne strane predstavlja veliki socijalni i ekonomski potencijal, a s druge strane i rizike nestabilnosti uslijed povećanja siromaštva.

Zato se i sredstva iz Europskog razvojnog fonda i službene razvojne pomoći moraju izdvajati za jasne ciljeve, u ekonomski, društveni, ljudski razvoj primatelja pomoći u Africi, što je u izvješću i navedeno. Kako je i navedeno u izvješću, lokalne vlasti, civilno društvo i međunarodne organizacije treba snažno uključiti u faze planiranja, provedbe i evaluacije uzajamnog fonda. U izvješću se s razlogom naglašava potreba za većom transparentnošću i jasnoćom radi boljeg ostvarenja ciljeva ovog financijskog instrumenta i upozorava na opasnost zlouporabe razvojne pomoći EU-a.

Uzajamni fond bi trebao stvoriti dodanu vrijednost postojećim izvorima financiranja. Stoga, ne bi trebalo da dolazi do preusmjeravanja sredstava s drugih izvora, jer se time krše financijska pravila i ugrožavaju dugoročne politike EU-a. Sve to nas navodi ka potpori izvješću i zato sam takvo izvješće i podržao.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Considerata la situazione di crisi e generale instabilità nelle regioni del Sahel, Nord Africa e Corno d'Africa e le evidenti ripercussioni umanitarie sull'Europa in termini di ingenti flussi migratori, è indispensabile un intervento coordinato dell'Unione europea nelle regioni interessate. Proprio per questo motivo, sostengo l'iniziativa sui Fondi fiduciari europei per l'Africa. Ritengo infatti necessaria una programmazione sul lungo termine, che includa azioni mirate a sradicare le cause profonde delle migrazioni, a partire da povertà e instabilità socio-politica nei paesi teatro di emigrazione di massa. La necessità è proprio quella di andare oltre programmi in chiave unicamente emergenziale, come i controlli delle frontiere, predisponendo invece fondi per lo sviluppo regionale e locale, instaurando un vero partenariato tra Stati membri, ONG e comunità locali. Con la risoluzione approvata oggi, il Parlamento sottolinea la necessità di monitoraggio e trasparenza sull'erogazione dei fondi là dove il rispetto dei diritti umani, quale condizione necessaria di stanziamento, sia assicurato. È pertanto fondamentale un chiaro impegno degli Stati membri per far fronte a un'emergenza transnazionale che richiede una risposta coesa da parte dell'Unione europea.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o uzajamnom fondu EU-a za Afriku, kojemu je glavni cilj pomoći poticati stabilnost u regijama i doprinositi boljem upravljanju migracijama, odnosno rješavati uzrok destabilizacije, prisilnog raseljavanja i neredovite migracije promicanjem ekonomskih prilika, jednake mogućnosti, sigurnosti i razvoja.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Si je considère essentielle l'aide aux pays en développement en particulier en Afrique, je déplore que ce rapport ne prenne aucune précaution en matière de contrôle à priori ou à posteriori de la destination ni de l'usage de ces fonds.

Par conséquent, je me suis abstenue.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Non si può affrontare efficacemente il fenomeno migratorio odierno se non si mette al centro della questione la necessità di dare stabilità, sviluppo e pace alle regioni di origine dei migranti. Un approccio unicamente militare o legalitario al tema non può risolvere il fenomeno che, con le sue drammatiche conseguenze umanitarie e le sofferenze a cui assistiamo ogni giorno, rischia di aggravarsi ogni giorno di più. È necessario comprendere che la maggior parte dei migranti non lascia le proprie case per ragioni ideologiche o per la ricerca di aspettative esagerate sul proprio tenore di vita ma, molto più concretamente, perché la propria sopravvivenza è a rischio nel proprio paese di origine a causa di povertà, guerra, malattie, carestie, persecuzioni etniche o religiose. Se vogliamo risolvere alla radice questo dramma del XXI secolo dobbiamo portare pace e sviluppo in quelle regioni: il Fondo fiduciario UE per l'Africa è un primo, importante, passo in questa direzione.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le fonds d'affectation spéciale pour l'Afrique, lancé lors du sommet de La Valette le 12 novembre 2015 et signé par 25 États membres ainsi que la Norvège et la Suisse, vise à favoriser la stabilité politique et économique en Afrique afin de réduire la migration des populations locales. Malgré des objectifs extrêmement louables, force est de reconnaitre que ce rapport s'inscrit dans une logique de financement à l'aveugle. Sans contrôle à posteriori de la bonne gestion des fonds, l'Union européenne préfère se décharger sur les autorités locales. Par conséquent, rien ne nous garantit que les populations locales bénéficient réellement du financement européen. Par ailleurs, l'Union européenne devrait commencer dans un premier temps par ne plus s'ingérer dans les affaires intérieures des pays africains en vue d'y assurer une stabilité politique. En Lybie, l'appui des États occidentaux aux rebelles avec le soutien de l'Union européenne s'est avéré dramatique. Le pays, actuellement administré par des milices locales, est en proie à de graves troubles intérieurs avec comme conséquence l'exode vers l'Europe de plusieurs centaines de milliers d'individus parmi lesquels se trouvent des fondamentalistes islamistes. Je me suis donc abstenu sur ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Politicile UE privind migrația trebuie să fie înclinate spre soluționarea cauzelor profunde ale migrației, având ca obiectiv principal investigarea și soluționarea cauzelor reale ale sărăciei în țările de origine. Totodată, UE trebuie să contribuie la crearea unui climat de pace și stabilitate și de promovare a dezvoltării economice, prin eforturi în vederea asigurării unor vieți sănătoase pentru toți cetățenii, a egalității de gen și asigurării unei educații de calitate favorabile incluziunii demografice.

Consolidarea protecției migranților, a solicitanților de azil și a grupurilor extrem de vulnerabile este un alt obiectiv al UE, prin combaterea într-un mod mai eficient a exploatării și traficului de migranți și colaborând mai strâns cu țările terțe pentru a îmbunătăți cooperarea în materie de stimulente pentru returnarea și reintegrarea voluntară în țările de origine ale migranților.

Am votat în favoarea prezentului raport, considerând că doar cu sprijinul și implicarea directă a Uniunii Europene statele mai defavorizate vor putea să ofere soluții la problemele cetățenilor.

Cristian-Silviu Buşoi (PPE), *în scris*. – UE este cel mai mare furnizor de ajutor pentru țările în curs de dezvoltare. Misiunea UE este de a ajuta la reducerea și, în cele din urmă, la eradicarea sărăciei și migrației din țările în curs de dezvoltare, prin promovarea dezvoltării durabile, democrației, păcii și securității.

La 12 noiembrie 2015, Președintele Comisiei Europene, împreună cu alte state membre ale UE și cu alți donatori europeni au lansat Fondul fiduciar de urgență al UE pentru stabilitate și pentru abordarea cauzelor profunde ale migrației neregulamentare și ale strămutărilor de persoane în Africa. Acest Fond fiduciar, instituit într-un timp record, demonstrează încă o dată angajamentul UE de a răspunde cu promptitudine marilor provocări cu care ne confruntăm în această regiune.

Este sugestiv de menționat faptul că Africa beneficiază de asistență oficială pentru dezvoltare din partea UE în valoare de peste 20 de miliarde de euro anual, așadar se poate spune că Uniunea a investit permanent în vederea combaterii cauzelor profunde ale migrației.

În acest sens consider importantă introducerea unui sistem de monitorizare mai eficientă a modului în care sunt utilizate și alocate fondurile EUTF, precum și să crească competențele de control ale Parlamentului asupra EUTF.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – Los socialistas españoles en el Parlamento Europeo, apoyamos la puesta en marcha de instrumentos que, además de permitir desembolsar fondos con más rapidez y flexibilidad, mejoren la coordinación de las políticas y de los instrumentos para el desarrollo. Pero esto no constituye en ningún caso un cheque en blanco para que se financie cualquier tipo de política. Con este voto hemos dejado claro que no vamos a permitir que se desvíe dinero de los objetivos de la cooperación al desarrollo. No permitiremos que se ponga en peligro la política de cooperación al desarrollo y su fin último, la erradicación de la pobreza.

Los progresistas de la Eurocámara apostamos con nuestro voto a favor, por un mayor control y por un instrumento que asegure un paso adelante de manera transparente a favor de los países africanos, a favor de su desarrollo sostenible. Lamentamos que otras fuerzas de la izquierda no se hayan unido a este llamamiento.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – L'objectif du fonds fiduciaire de l'Union européenne pour l'Afrique est la stabilisation de la région (Corne de l'Afrique, Sahel, bassin du Tchad et Afrique du Nord) et la gestion de la migration. Il a été créé à la suite du sommet de La Valette sur la migration en novembre 2015. Ce rapport d'initiative fait état des faibles contributions des États membres au fonds fiduciaire, qui s'élève actuellement à 81,71 millions d'euros alors que 1,8 milliard d'euros avaient été engagés. La société civile, les autorités locales et les ONG doivent jouer un rôle plus important. Elles doivent être consultées et associées à la mise en œuvre et à l'évaluation du fonds. Il faut également améliorer la transparence et la cohérence afin de réaliser convenablement les objectifs liés au fonds fiduciaire de l'Union européenne pour l'Afrique. J'ai voté en faveur de ce rapport d'initiative.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in questione per sostenere il Fondo fiduciario dell'UE per l'Africa (EUTF) che aiuta a promuovere la stabilità nelle regioni dell'area e che contribuisce a una migliore gestione della migrazione. Sono tuttavia preoccupato per la mancanza di coordinamento tra tutti gli attori coinvolti nella gestione del Fondo fiduciario dell'UE, in particolare tra la direzione generale della Commissione per la cooperazione internazionale e lo sviluppo (DG DEVCO) e il suo dipartimento per l'aiuto umanitario e la protezione civile (ECHO), e per la mancanza di chiare linee guida su come accedere ai fondi disponibili. I criteri di finanziamento e i fondi disponibili per la società civile nell'ambito del Fondo fiduciario dell'UE dovrebbero essere più chiari e trasparenti. La Commissione dovrebbe inoltre monitorare sistematicamente il modo in cui sono impiegate le risorse del Fondo fiduciario dell'UE e le modalità di assegnazione, e potenziare le prerogative di controllo del Parlamento in materia di Fondo fiduciario dell'UE. Invito la Commissione a effettuare una valutazione più sistematica dell'impatto delle sue politiche e dei suoi finanziamenti, tra cui il Fondo fiduciario dell'UE, specialmente in relazione ai loro effetti in materia di sviluppo sostenibile, diritti umani e parità di genere.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This own-initiative report aims to address existing failures in the use of the EU's 'Emergency Trust Fund for stability and addressing root causes of irregular migration and displaced persons in Africa' made up of EU financing and contributions from Member States. It highlights the fact that only 4.5% of the pledged funds have actually been received. But while it states it aims to promote legal migration and asylum, as well as addressing causes of displacement such as the arms trade, the Trust Fund is being used as another instrument to re-allocate and use development funds for control and management of migration flows without any development benefit. The report reinforces this as well as the general 'Fortress Europe' set-up. Due to these negative elements in the report I could not vote in favour of the overall report but abstained.

David Casa (PPE), *in writing*. – The Trust Fund was created to support the most affected African countries in order to help foster stability in these regions and promote tighter Africa-EU cooperation on issues of migration management, security and development and thus minimise the unprecedented levels of irregular migration reaching our shores. The report addresses many questions and concerns by the creation of this Fund and its financing, implementation and scrutiny. The report offers a critical assessment in terms of financing by Member States and calls on all stakeholders to uphold their commitments and responsibilities to make it successful. Although I commend the importance of this Fund and its success, I could not vote in favour of this report as it contained references to the sexual and reproductive health and rights.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il Fondo fiduciario per l'Africa risponde alla necessità di operare per sradicare le cause profonde della migrazione, agendo per creare sviluppo. È necessario, a tal fine, operare sul lungo termine, con progettualità e non solo in chiave emergenziale, investendo soprattutto su servizi essenziali quali istruzione, salute, formazione professionale, servizi pubblici primari. Il testo non manca di evidenziare che il vero problema è che gli Stati, nel corso di vertici e summit internazionali si impegnano in pompa magna ma poi, una volta spenti i riflettori, si dimenticano delle promesse fatte. Tutto questo è ben espresso nella relazione del collega Corrao, in favore del quale ho votato positivamente.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I supported this report as I find the EU Trust Fund for Africa very important. I welcome the suggestion concerning disbursement of funds in more quick and flexible manner in an emergency situation such as migration and refugee crisis in terms of funding of recipient country governments. Civil society actors and other stakeholders active in this field need to be supported as soon as possible. To allow the trust fund to develop its full potential, EU Member States have to keep their financial pledges and contribute to the fund as discussed.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Durante il *summit* sulla migrazione de La Valletta, lo scorso 12 novembre, è stato lanciato il Fondo fiduciario dell'UE per l'Africa, sottoscritto dalla Commissione, da 25 Stati membri, dalla Norvegia e dalla Svizzera.

Considero significativa la costituzione di tale Fondo, il cui principale obiettivo è di promuovere la stabilità nella regione e contribuire ad una migliore gestione della migrazione. Più specificamente il Fondo dovrebbe da una parte affrontare le cause di destabilizzazione, spostamento forzato e migrazione illegale e dall'altra promuovere capacità di recupero, opportunità economiche, sicurezza, pari opportunità e sviluppo.

Vedo con interesse questa iniziativa atta ad affrontare alcuni aspetti importanti della crisi migratoria. Anche se difficilmente l'azione potrà essere incisiva fintantoché le promesse di contributo fatte dagli Stati membri non verranno mantenute.

Ho votato a favore poiché cercare di riportare stabilità e sicurezza e promuovere lo sviluppo proprio in quei paesi da cui la migrazione ha origine devono rientrare tra le priorità dell'intervento europeo. Bisogna altresì vigilare affinché il Fondo, adibito a progetti di cooperazione, sia usato soprattutto per scopi di educazione e tutela dei minori, creazione di impiego e per progetti ambientali.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και τονίζουμε πως όσον αφορά τις μεταναστευτικές πολιτικές της ΕΕ, αυτές θα πρέπει να εστιάζουν πρωτίστως στην αντιμετώπιση των βαθύτερων αιτίων της μετανάστευσης.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς την έκθεση σχετικά με το καταπιστευματικό ταμείο της ΕΕ για την Αφρική και τις επιπτώσεις για την ανάπτυξη και την ανθρωπιστική βοήθεια στην ευρύτερη αφρικανική περιοχή. Παρότι η ύπαρξη αντίστοιχων ταμείων δεν αποτελεί εξ ορισμού αρνητική πρόταση, θα πρέπει να εξασφαλίσουμε την ορθή διαχείριση του ταμείου αυτού, αλλά και να αποκλειστεί το ενδεχόμενο προσπάθειας επιβολής αποφάσεων και επιλογών στους αποδέκτες της ενίσχυσης, για οικονομικούς, κοινωνικούς και πολιτικούς σκοπούς. Καθώς κάτι τέτοιο δεν συζητείται επαρκώς, ψήφισα αρνητικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Accolgo con favore la relazione Corrao sulle implicazioni per lo sviluppo e l'aiuto umanitario in Africa. Lanciato a La Valletta nel 2015, il Fondo fiduciario dell'UE per l'Africa (EUTF) tratta un tema di grande attualità. In particolare, rivolgendosi alle cause ultime dell'immigrazione, la relazione propone soluzioni efficaci, quali la semplificazione dell'erogazione di fondi per la promozione della stabilità, la crescita economica sostenibile, la coesione sociale e lo sviluppo nella regione africana. Infatti, di fronte alla grave crisi migratoria, ritengo importante concentrare le risorse verso il completamento di obiettivi a lungo termine in grado di assicurare pace e stabilità nel continente africano.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the Report on the EU Trust Fund for Africa: the implications for development and humanitarian aid and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O Fundo Fiduciário para África, criado na Cimeira de Valeta em 2015 (FFUE), tem como objetivo ajudar a promover a estabilidade em 23 países e 3 regiões de África onde se encontram alguns dos mais frágeis Estados africanos afetados pela migração, atacando assim, numa ótica de Desenvolvimento, as causas que estão na origem das deslocações forçadas e da migração irregular, tentando promover oportunidades económicas, a segurança, a igualdade de oportunidades e o desenvolvimento.

Apoio o Relatório Corrao, por considerar urgente disponibilizar os fundos de forma mais rápida, e sublinho a necessidade de responder rapidamente a crises específicas de emergência ou pós-emergência, tirando partido das contribuições dos Estados-Membros da UE e de outros doadores.

É lamentável que as contribuições dos Estados-Membros tenham, até abril de 2016, permanecido baixas: -81,71 milhões dos 1,8 mil milhões previstos, ou seja, apenas 4,5%!

A nível orçamental, concordo que deve ser feita uma reapreciação apropriada do limite máximo, a fim de permitir a inclusão no QFP dos mecanismos de crise e restabelecer a unidade do orçamento, tendo o Parlamento dado prova de responsabilidade ao aceitar desbloquear fundos de emergência.

Ressalvo que os projetos ao seu abrigo devem ser conformes aos valores da União e à promoção dos Direitos Humanos.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Il fondo fiduciario europeo per l'Africa ha l'obiettivo di contribuire a promuovere la stabilità, la sicurezza e lo sviluppo nelle regioni africane interessate da flussi migratori. Il fondo si propone inoltre di identificare ed affrontare le cause primarie della destabilizzazione e della migrazione irregolare. Condivido tali obiettivi e ritengo che gli Stati membri debbano contribuire al fondo in modo da potenziarlo e renderlo pienamente efficace. Comprendendo la complessità e la natura pluridimensionale della crisi migratoria, sostengo sia altresì opportuno vigilare sul corretto impiego dei fondi europei sui territori interessati. L'obiettivo finale del fondo europeo per l'Africa è quello di promuovere la pace e la stabilità nei territori critici, fornendo risorse e rafforzando la capacità di governance locale.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — The report highlights the potential of social and economic benefits for Africa by enabling young people with the education and skills to realise their potential and creating employment opportunities to foster stability, sustainable economic growth, social cohesion and development in the region.

To promote laudable provisions against human trafficking and smuggling of vulnerable people and safeguards in favour of women's rights and LGBTI persons, the EU should not impose obligations of a moral nature on its Member States.

I agree with the rapporteur that the EU should systematically monitor how the EUTF funds are employed and how they are allocated by increasing our scrutiny powers.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Il Fondo fiduciario dell'UE per l'Africa è stato concepito come strumento di assistenza finanziaria per 23 paesi in tre regioni africane che comprendono alcuni degli Stati africani più interessati da movimenti migratori e situazioni di instabilità sociale ed economica. Votando a favore di questa risoluzione, esprimo il mio sostegno a questo importante strumento di promozione della crescita economica, la stabilità regionale e la gestione integrata dei flussi migratori. Infatti, l'obiettivo ultimo del fondo fiduciario è affrontare le cause profonde della destabilizzazione, dei trasferimenti forzati e della migrazione irregolare promuovendo la resilienza, le prospettive economiche, le pari opportunità, la sicurezza e lo sviluppo. Sono convinto che l'UE abbia la responsabilità di dare risposte mirate alle crisi umanitarie globali e alle situazioni di crisi successive alle emergenze. Questo fondo, che proviene principalmente dall'11º Fondo europeo di sviluppo (FES), contribuisce a sopperire alle carenze in termini di aiuto pubblico allo sviluppo da parte degli Stati membri e alle risorse insufficienti e la scarsa flessibilità del bilancio dell'UE e del Quadro finanziario pluriennale. Infine, il Fondo fiduciario dell'UE per l'Africa dovrebbe favorire la coerenza delle politiche per lo sviluppo sostenibile e la complementarietà tra tutti gli attori e i programmi dedicati allo sviluppo.

Andi Cristea (S&D), *în scris.* – Principalul obiectiv al Fondului fiduciar al UE, semnat de către 25 de state membre ale UE, precum și Norvegia și Elveția, în cadrul summitului de la Valletta privind migrația, este de a contribui la promovarea stabilității în regiuni și la o mai bună gestionare a migrației.

La nivel mondial, 1,5 miliarde de persoane trăiesc în regiuni fragile și afectate de conflicte. Fondul fiduciar al UE are ca scop să sprijine 23 de țări din trei regiuni africane (Cornul Africii, Sahel și bazinul lacului Ciad și Africa de Nord) din care fac parte unele dintre cele mai fragile țări africane care sunt afectate de migrație.

Am votat pentru transferarea de fonduri într-un mod mai rapid și mai flexibil în situații de urgență și pentru gruparea diverselor surse de finanțare pentru a aborda toate dimensiunile crizei.

Pál Csáky (PPE), *írásban.* – Az Uniós Szükséghelyzeti Alap Afrikáért a fejlesztési együttműködés terén alkalmazott mechanizmus, mellyel különböző donorok jelentős forrásait vonják össze. Az Európai Bizottság az uniós költségvetésből elkülönített különböző pénzügyi eszközökből bocsátott rendelkezésre finanszírozást, elsősorban az Európai Fejlesztési Alapból. A Bizottság 1,8 milliárd euró uniós finanszírozást mozgósít, ugyanakkor számít a tagállamok hozzájárulására is. Erre azért van szükség, mert egy közös európai stratégia nélkül nem tudunk átlépni a szabályozatlan migráció okozta kihíváson. Azért támogattam az alap létrehozást, mert a rossz körülmények között élő afrikaiak problémáját helyben kívánja támogatni és megoldani.

A válság sújtotta régiókban hozzájárul a válságkezeléshez. Célja, hogy fokozza a régiók stabilitását, és elősegítse a migráció hatékonyabb szabályozását. Az alap a gazdasági lehetőségek, az esélyegyenlőség, a biztonság és a fejlesztés előmozdítása révén segít az erőszakkal kényszerített lakóhelyelhagyás, valamint az irreguláris migráció kiváltó okainak kezelésében.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie.* – Głównym celem funduszu powierniczego UE (EUTF) dla Afryki jest wspieranie stabilizacji w regionach oraz pomoc w lepszym zarządzaniu migracjami. Należy skupić się na odnalezieniu i wyeliminowaniu przyczyn destabilizacji, przymusowych przesiedleń i nieuregulowanej migracji. Następnie podjąć działania na rzecz promocji równości szans w dziedzinie gospodarki, bezpieczeństwa i rozwoju. Kraje objęte funduszem znajdują się w trzech regionach Afryki (Róg Afryki, Sahel i basen jeziora Czad, Afryka Północna). Są to jedne z najbardziej niestabilnych państw tego kontynentu.

Ja jednakże w tej sprawie wstrzymuję się od głosu. Rezolucja w szczególności zwraca uwagę na niski wkład państw członkowskich, podkreślając, że same słowa i obietnice to za mało – musi się to przełożyć na działania. Zaznacza sens istnienia EUTF-u oraz wzywa UE do bardziej całościowego rozwiązania dla awaryjnych funduszy w ramach tegorocznego przeglądu WRF 2014-2020. Ostrzega również przed scenariuszem, w którym to najbiedniejsze kraje, które mają najmniejszy dostęp do innych źródeł finansowania, stracą pomoc.

Miriam Dalli (S&D), *in writing.* – The role of the EU Trust Fund for Africa to help foster stability in the regions and contribute to better migration management is crucially important since it specifically aims to address the root causes of destabilisation leading to a significant number of persons fleeing their countries. It seeks to promote resilience, economic opportunities, equal opportunities and security and development. This EU trust Fund launched at the Valletta Summit, is another piece of the puzzle in the EU's response to migration crisis and this is why I voted in favour. However, I believe that more needs to be done to ensure transparency at European Level and that Member States need to contribute more in order to really and truly address this crisis.

Michel Dantin (PPE), *par écrit.* – Ce rapport d'initiative porte sur les interrogations de l'Union soulevées par la création, la mise en œuvre et le contrôle du fond fiduciaire en matière de financement. Ce fond fiduciaire a été créé pour venir en aide aux pays africains les plus affectés et améliorer la stabilité dans ces régions. Les grandes priorités du fonds fiduciaire sont les programmes économiques, la gestion migratoire, la stabilité et enfin la gouvernance. Considérant que la collaboration avec l'Union pour l'Afrique appelle à plus de transparence, de responsabilité, de cohérence politique dans la mise en œuvre des projets, j'ai soutenu ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against the non-legislative report. It calls on Member States to contribute more money to African EU projects and wants to influence the day to day running of African governments. UKIP does not support increased EU influence. In addition, UKIP does not believe in the use of aid handouts but would rather see removal of trade barriers.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu ce texte sur les implications pour l'aide au développement et l'aide humanitaire du fonds fiduciaire de l'Union européenne pour l'Afrique, crée en novembre 2015 à la suite du sommet de La Valette sur la migration. Par ce fonds fiduciaire pour l'Afrique, nous souhaitons nous attaquer aux causes profondes de la crise migratoire en favorisant la stabilisation et le développement du continent africain. Nous devons néanmoins être particulièrement attentifs à ce que l'aide au développement octroyée à des pays particulièrement déstabilisés ne soit pas détournée. Je considère toutefois essentiel que par le versement de ce fonds fiduciaire pour l'Afrique, l'Union européenne obtienne des engagements pour une mise en œuvre pleine et entière des accords de réadmission afin de permettre un retour effectif des migrants en situation irrégulière en Europe.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A jelentés elfogadását nagyon fontosnak tartom, és magam is támogattam szavazatommal, hiszen a szükséghelyzeti alap hozzájárulhat a destabilizáció, a kényszerű lakóhelyelhagyás és az illegális migráció kiváltó okainak kezeléséhez az ellenálló-képesség, a gazdasági lehetőségek, az esélyegyenlőség, a biztonság és a fejlődés előmozdítása révén. A dokumentum az elvándorlás okainak megszüntetésére és a bajban lévők támogatásának jelentőségére hívja fel a figyelmet, hiszen a tömeges migráció újfajta humanitárius és biztonsági kihívással szembesíti Európát.

Egy olyan átlátható stratégia, amely a hatékonyabb segítségnyújtás érdekében együttműködik a nem kormányzati szervezetekkel és a jelentős helyismerettel rendelkező vezetőkkel, remélhetőleg képes lesz saját szülőföldjükön védelmet biztosítani a bajban lévőknek. A jelentés arra is felhívja a figyelmet, hogy az uniós migrációs politikáknak mindenekelőtt a migráció kiváltó okainak kezelésére kell összpontosítaniuk, bevonva a nem kormányzati szervezeteket és a civil társadalmat.

Mark Demesmaeker (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA-delegatie heeft tegen dit verslag gestemd. Ze deelt de bezorgdheid dat het Europees noodfonds voor Afrika niet beschikt over het gewenste startkapitaal. De N-VA vindt het echter geen goed idee om het fonds in de begroting van de Europese Unie op te nemen. Ten eerste zou dit leiden tot een verhoging van de plafonds van het huidige meerjarig financieel kader, dat vastgelegd werd voor de periode 2014-2020. Ten tweede vindt de N-VA het belangrijk dat de verantwoordelijkheid bij de EU-lidstaten blijft om te beslissen hoeveel ze elk afzonderlijk bijdragen aan dit fonds, dat van cruciaal belang is in de strijd tegen irreguliere migratie. Zo behouden landen immers de nodige flexibiliteit om eigen accenten te leggen. België is een van de weinige lidstaten die zijn beloftes nakwam én een stevige duit in het zakje deed. Het is nu tijd dat ook andere landen hun verantwoordelijkheid opnemen.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ritengo importante l'istituzione di un fondo fiduciario europeo per l'Africa al fine di disporre in maniera condivisa e flessibile di necessarie risorse per consentire una risposta rapida e globale al fenomeno migratorio. Il fondo garantirà un migliore equilibrio dei finanziamenti ai governi e agli attori affidabili della società civile nei paesi beneficiari. Per tali ragioni ho votato a favore di questa relazione.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. - A jelentés elfogadását nagyon fontosnak tartom és magam is támogattam szavazatommal, hiszen a szükséghelyzeti alap hozzájárulhat a destabilizáció, a kényszerű lakóhelyelhagyás és az illegális migráció kiváltó okainak kezeléséhez az ellenálló-képesség, a gazdasági lehetőségek, az esélyegyenlőség, a biztonság és a fejlődés előmozdítása révén. A dokumentum az elvándorlás okainak megszüntetésére és a bajban lévők támogatásának jelentőségére hívja fel a figyelmet, hiszen a tömeges migráció újfajta humanitárius és biztonsági kihívással szembesíti Európát. Egy olyan átlátható stratégia, amely a hatékonyabb segítségnyújtás érdekében együttműködik a nem kormányzati szervezetekkel és a jelentős helyismerettel rendelkező vezetőkkel, remélhetőleg képes lesz saját szülőföldjükön védelmet biztosítani a bajban lévőknek.

A jelentés arra is felhívja a figyelmet, hogy az uniós migrációs politikáknak mindenekelőtt a migráció kiváltó okainak kezelésére kell összpontosítaniuk, bevonva a nem kormányzati szervezeteket és a civil társadalmat.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Le fonds d'affectation spéciale de l'Union européenne pour l'Afrique a été lancé lors du sommet de La Valette sur la migration le 12 novembre 2015. Ce fonds vise à agir sur les causes profondes de la déstabilisation, des déplacements forcés et des migrations des populations africaines. Néanmoins, sa mise en œuvre n'est pas optimale et ne fait l'objet d'aucun contrôle particulier. Il considère en outre la croissance démographique comme un atout, alors même que les États africains peinent à intégrer pleinement leur jeunesse sur le marché du travail. Pour toutes ces raisons, je me suis abstenue sur ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Гласувах „въздържал се“ на доклада относно доверителния фонд на ЕС за Африка: последиците за развитието и хуманитарната помощ, тъй като цяло подкрепям идеята да се предоставят пари на африканските държави за развитие и стабилизиране на региона, но не мога да се съглася с критиките в резолюцията, че страните членки не допринасят достатъчно с пари към този фонд.

В момент, когато държавите членки все още излизат от икономическата криза и трябва постоянно да се инвестират средства за справяне с бежанската криза, страните не бива да бъдат задължавани да дават още повече пари. На всичко отгоре, последните доклади на Европейската сметна палата имат много забележки относно използването на европейските средства, най-вече в северна Африка.

Докладите критикуват европейските програми, че контролът върху изразходването на средствата е слаб и ефектът от инвестициите е много малък. Именно за това смятам, че преди Съюзът да започне да предоставя големи средства за развитие и стабилизиране, той трябва да изгради стабилни механизми за контрол, за да се намалят злоупотребите с европейски публични средства.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Διαφωνώ με την κάθε είδους χρηματοδότηση αφρικανικών και γενικότερα τρίτων χωρών.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A jelentés elfogadását nagyon fontosnak tartom és magam is támogattam szavazatommal, hiszen a szükséghelyzeti alap hozzájárulhat a destabilizáció, a kényszerű lakóhelyelhagyás és az illegális migráció kiváltó okainak kezeléséhez az ellenálló-képesség, a gazdasági lehetőségek, az esélyegyenlőség, a biztonság és a fejlődés előmozdítása révén. A dokumentum az elvándorlás okainak megszüntetésére és a bajban lévők támogatásának jelentőségére hívja fel a figyelmet, hiszen a tömeges migráció újfajta humanitárius és biztonsági kihívással szembesíti Európát.

Egy olyan átlátható stratégia, amely a hatékonyabb segítségnyújtás érdekében együttműködik a nem kormányzati szervezetekkel és a jelentős helyismerettel rendelkező vezetőkkel, remélhetőleg képes lesz saját szülőföldjükön védelmet biztosítani a bajban lévőknek. A jelentés arra is felhívja a figyelmet, hogy az uniós migrációs politikáknak mindenekelőtt a migráció kiváltó okainak kezelésére kell összpontosítaniuk, bevonva a nem kormányzati szervezeteket és a civil társadalmat.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O principal objetivo do Fundo Fiduciário da UE para África (FFUE) é ajudar a promover a estabilidade nessas regiões, contribuir para uma melhor gestão da migração e atacar as causas profundas que estão na origem da desestabilização, das deslocações forçadas e da migração irregular, através da promoção da resiliência, de oportunidades económicas, da igualdade de oportunidades, da segurança e do desenvolvimento.

1 500 milhões de pessoas em todo o mundo vivem em regiões frágeis e afetadas por conflitos e os Estados frágeis e os espaços não governados têm vindo a aumentar, ficando muitas pessoas abandonadas à pobreza, à anarquia, à corrupção galopante e à violência. Por isso, o fundo destina-se a complementar a atual ajuda da UE às regiões abrangidas num montante superior a 10 mil milhões de euros até 2020, no intuito de apoiar o crescimento económico inclusivo e sustentável.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention: car bien que drapé dans de bonnes intentions morales, il ne tient pas compte des réalités de vie des habitants dans les PED concernés et s'inscrit dans une politique de continuation de saupoudrage de millions d'euros sans résultats escomptés.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O chamado Fundo Fiduciário para África foi lançado na Cimeira de Valeta, em novembro de 2015, Cimeira que representou uma sórdida tentativa de impor aos países em desenvolvimento a submissão à desumana política migratória da UE. O Fundo é, por isso mesmo, um instrumento ao serviço deste desiderato, razão pela qual merece a nossa mais firme condenação. Esta posição é indissociável do voto de rejeição deste relatório.

Não obstante algumas boas intenções do relator e algumas preocupações genuínas que evidencia relativamente à política de cooperação e apoio ao desenvolvimento, o relatório não se consegue dissociar do Fundo e dos objetivos que presidiram à sua criação.

Neste contexto, tudo o resto passa a ser secundário, inclusivamente algumas considerações que apoiamos, seja relativamente ao Fundo Europeu de Desenvolvimento, seja relativamente à Ajuda Pública ao Desenvolvimento, nomeadamente quando se rejeita a sua transformação em instrumentos ao serviço do controlo das migrações. Ora o Fundo Fiduciário não é outra coisa senão isso, denotando ainda uma insuportável visão e ambição neocoloniais, que rejeitamos de forma contundente. O relatório não o faz nem se esperaria que o fizesse.

Saliente-se que o relatório denuncia a falta de clareza e de transparência dos critérios e do volume de financiamento para a «sociedade civil» no âmbito do Fundo Fiduciário.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – La solidarietà e il rispetto dei diritti umani devono continuare a rappresentare i valori fondamentali dell'Unione europea, nonché gli obiettivi da perseguire costantemente. Tuttavia, l'Europa ha bisogno di concentrare le proprie risorse e i propri sforzi selezionando i mezzi più efficaci a sua disposizione, evitando in primo luogo la frammentarietà degli strumenti finanziari che fanno capo all'Unione europea. Ho votato contro la relazione sul Fondo fiduciario per l'Africa perché vi è un rischio troppo alto di uso improprio degli aiuti allo sviluppo dell'Unione europea, in particolare in quei paesi colpiti maggiormente dai conflitti dove le questioni di sicurezza, migrazione e sviluppo sono strettamente interconnesse, trattandosi quindi di una crisi complessa e di natura pluridimensionale

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – V novembri 2015 na summite o migrácii v maltskej Vallette podpísal predseda EK spolu s 25 členskými štátmi EÚ, Nórskom a Švajčiarskom trustový fond EÚ pre Afriku, ktorého cieľom je pomáhať pri podpore stability v regiónoch, ako aj prispieť k efektívnejšiemu riadeniu migrácie. Afrika stále prežíva vysokú mieru rastu populácie, čo vedie k prudkému nárastu populácie mladých ľudí v produktívnom veku a k možnému prínosu zo sociálneho a z hospodárskeho hľadiska. Trustový fond má byť nástrojom rozvoja, ktorý má zabezpečiť, aby EÚ mohla rýchlo a flexibilne reagovať na rôzne rozmery situácií v Afrike. Jeho cieľom je aj boj proti základným príčinám nelegálnej migrácie a vysídľovania.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo dalla relazione in quanto potrebbe essere più incisiva e dettagliata riguardo ai progetti che si andrebbero a sviluppare.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με το καταπιστευματικό ταμείο της ΕΕ για την Αφρική: οι επιπτώσεις για την ανάπτυξη και την ανθρωπιστική βοήθεια, καθώς είμαι κάθετα αντίθετος με την κάθε είδους χρηματοδότηση αφρικανικών και γενικότερα τρίτων χωρών.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The main goal of the EU Trust Fund for Africa (EUTF), signed by the President of the Commission along with 25 EU Member States, as well as Norway and Switzerland, and launched at the Valetta Summit on Migration on 12 November 2015 by the European and African partners, is to help foster stability in the regions and contribute to better migration management, more specifically, the EUTF aims to address the root causes of destabilisation, forced displacement and irregular migration by promoting resilience, economic opportunities, equal opportunities, security and development.

We want to make sure the ATF, which is mainly development cooperation money, is not used for security purposes or border control, and only finances education, employment, good governance, environmental projects. This is clearly reflected in the final text. I therefore voted in favour.

Мария Габриел (PPE), *в писмена форма*. — Гласувах за приемането на този доклад, тъй като той съдържа конструктивни препоръки за подобряване ефективността на извънредния доверителен фонд за Африка. Създаден по време на срещата на върха по въпросите на миграцията във Валета през ноември 2015 г., този инструмент символизира ангажимента на ЕС да бъдат преодолени първопричините за дестабилизацията, принудителното разселване и незаконната миграция.

Подкрепям отправения в доклада призив държавите членки да приведат вноските си в съответствие с вноската на Съюза, за да дадат възможност Доверителният фонд на ЕС да развие пълния си потенциал. Изключително важно е също така да се гарантира, че Доверителният фонд на ЕС отразява принципите на съгласуваност на политиките за устойчиво развитие и взаимно допълване между всички заинтересовани страни в сферата на развитието.

Считам, че правилата за финансиране на проекти със средства от Доверителния фонд на ЕС трябва да се определят въз основа на споделени ценности и общи интереси. Ето защо особен акцент следва да се постави на зачитането и насърчаването на правата на човека, включително правата на жените. Овластяването на жените и осигуряване на активното им участие в политическото, икономическо и социално развитие на държавите на произход е ключов елемент за укрепване на стабилността в Африка и ще допринесе за по-доброто управление на миграцията.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A jelentés elfogadását nagyon fontosnak tartom és magam is támogattam szavazatommal, hiszen a szükséghelyzeti alap hozzájárulhat a destabilizáció, a kényszerű lakóhelyelhagyás és az illegális migráció kiváltó okainak kezeléséhez az ellenálló-képesség, a gazdasági lehetőségek, az esélyegyenlőség, a biztonság és a fejlődés előmozdítása révén. A dokumentum az elvándorlás okainak megszüntetésére és a bajban lévők támogatásának jelentőségére hívja fel a figyelmet, hiszen a tömeges migráció újfajta humanitárius és biztonsági kihívással szembesíti Európát. Egy olyan átlátható stratégia, amely a hatékonyabb segítségnyújtás érdekében együttműködik a nem kormányzati szervezetekkel és a jelentős helyismerettel rendelkező vezetőkkel, remélhetőleg képes lesz saját szülőföldjükön védelmet biztosítani a bajban lévőknek.

A jelentés arra is felhívja a figyelmet, hogy az uniós migrációs politikáknak mindenekelőtt a migráció kiváltó okainak kezelésére kell összpontosítaniuk, bevonva a nem kormányzati szervezeteket és a civil társadalmat.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Megszavaztam a fejlesztés és a humanitárius segítségnyújtás szempontjából fontos jelentést. A szükséghelyzeti alap azért jött létre, hogy elősegítse a stabilitást Afrikában, és hozzájáruljon a tömeges bevándorlás megfelelő kezeléséhez. Nem szabad elfelejteni, hogy az uniós migrációs politikáknak mindenekelőtt a migráció kiváltó okaira kell összpontosítaniuk, fő célként pedig azt kell kitűzniük, hogy kivizsgálják és megoldják a származási országokban kialakult szegénység valódi okait.

Az uniós migrációs politikáknak a béke és a stabilitás megteremtésére, valamint a gazdasági fejlődés erősítésére kell irányulniuk, arra törekedve, hogy mindenki számára minden életkorban biztosított legyen az egészséges élet, megvalósuljon a nemek közötti egyenlőség és valamennyi nő és lány emancipációja, valamint szorosabb együttműködést kialakítva harmadik országokkal a migránsok, közöttük a magasan képzett migránsok származási országaikba való visszatérésére és újrabeilleszkedésére irányuló ösztönzők, valamint az önkéntes visszatérés és a visszafogadás ügyében, olyan módon, amely növeli lehetőségeiket.

Afrikában továbbra is nagyon magas a népességnövekedési ráta, a termékenységi arányszám pedig csak lassan csökken, és e helyzet ahhoz vezet majd, hogy már a közeljövőben meredeken emelkedni fog a fiatal munkaképes korú népesség. Ezt segítségnyújtással megfelelően kezelnünk kell, hogy társadalmi és gazdasági hasznot hozzon a kontinensen, és ne a tömeges migráció irányába vezessen.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe siendo consciente de la vital importancia del Fondo Fiduciario de la UE para África y del potencial que puede tener el mismo en el desarrollo de dicho continente. Del mismo modo, debemos propiciar la estabilidad en esa región y contribuir a una mejor gestión de la migración, promoviendo la resiliencia, las oportunidades económicas, la igualdad de oportunidades, la seguridad y el desarrollo. No obstante, pese a su importancia, hasta le fecha las contribuciones de los Estados miembros han sido escasas, ya que representan tan solo una pequeña parte de la contribución de la UE, por lo que distan mucho de alcanzar el compromiso oficial, ya que ascendían solamente a 81,71 millones de euros en abril de 2016 (o el 4,5 % de los 1 800 millones de euros previstos). Del mismo modo, los Estados miembros no deben pasar por alto sus compromisos por lo que respecta a la consecución del objetivo de destinar el 0,7 % de la renta nacional bruta a la ayuda oficial al desarrollo (AOD).

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. — Los socialistas españoles en el Parlamento Europeo, apoyamos la puesta en marcha de instrumentos que, además de permitir desembolsar fondos con más rapidez y flexibilidad, mejoren la coordinación de las políticas y de los instrumentos para el desarrollo. Pero esto no constituye en ningún caso un cheque en blanco para que se financie cualquier tipo de política. Con este voto hemos dejado claro que no vamos a permitir que se desvíe dinero de los objetivos de la cooperación al desarrollo. No permitiremos que se ponga en peligro la política de cooperación al desarrollo y su fin último, la erradicación de la pobreza.

Los progresistas de la Eurocámara apostamos con nuestro voto a favor, por un mayor control y por un instrumento que asegure un paso adelante de manera transparente a favor de los países africanos, a favor de su desarrollo sostenible. Lamentamos que otras fuerzas de la izquierda no se hayan unido a este llamamiento.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – Los socialistas españoles en el Parlamento Europeo, apoyamos la puesta en marcha de instrumentos que, además de permitir desembolsar fondos con más rapidez y flexibilidad, mejoren la coordinación de las políticas y de los instrumentos para el desarrollo. Pero esto no constituye en ningún caso un cheque en blanco para que se financie cualquier tipo de política. Con este voto hemos dejado claro que no vamos a permitir que se desvíe dinero de los objetivos de la cooperación al desarrollo. No permitiremos que se ponga en peligro la política de cooperación al desarrollo y su fin último, la erradicación de la pobreza.

Los progresistas de la Eurocámara apostamos con nuestro voto a favor, por un mayor control y por un instrumento que asegure un paso adelante de manera transparente a favor de los países africanos, a favor de su desarrollo sostenible. Lamentamos que otras fuerzas de la izquierda no se hayan unido a este llamamiento.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über den EU-Treuhandfonds für Afrika: Auswirkungen auf Entwicklung und humanitäre Hilfe gestimmt. Als Koordinator meiner EKR-Fraktion für die EU-AKP-Delegation halte ich den Fonds für ein wichtiges Instrument – auch hinsichtlich der Vermeidung neuer Fluchtursachen und Flüchtlingsströme vom afrikanischen Kontinent. Der Bericht verurteilt vollkommen zu Recht die Inaktivität vieler EU-Mitgliedstaaten, die eigentlich nochmals 1,8 Milliarden Euro in den Fonds hätten investieren sollen. Bislang wurden rund 4,5 Prozent der Mittel bezahlt – auch Deutschland steht hier weiter in der Schuld!

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Der EU-Treuhandfonds für Afrika (EUTF) stellt ein Kernstück bei der Bewältigung der aktuellen Migrationskriese dar. Durch den EUTF werden in afrikanischen Staaten neue Wirtschaftsprogramme gefördert, wodurch sich die meist wirtschaftlich sehr prekäre Lage der Staaten nachhaltig verbessern lässt. Weiterhin trägt der EUTF wesentlich zur Stabilisierung der Regierungssysteme vor Ort bei und leistet einen erheblichen Beitrag zur Konfliktprävention. Besonders möchte ich noch darauf hinweisen, dass alle Beteiligten ihren Zusagen nachkommen müssen, damit der EUTF seine volle Wirksamkeit entfalten kann, und die Kontrollbefugnisse des Europäischen Parlamentes in diesem Kontext noch gestärkt werden müssen.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Le fonds d'affectation spéciale de l'Union pour l'Afrique, mis en œuvre par le Président de la Commission européenne, 25 États membres, ainsi que la Norvège et la Suisse, a été lancé lors du sommet de La Valette des 11 et 12 novembre 2015. La contribution de l'Union européenne s'élèvera à 1,8 milliards d'euros, mais des fonds provenant des États membres et d'autres donateurs s'ajouteront pour un montant équivalent.

Ce fonds vise en principe à stabiliser les pays africains et à mieux contrôler ainsi les migrations. Il s'agit en effet de veiller à promouvoir la résilience, les débouchés économiques, la sécurité et le développement.

En réalité, ce fonds rassemblera des ressources de différents donateurs, souvent déjà existantes, afin de fournir une réponse coordonnée, plus rapide et plus flexible.

Mais l'Union européenne contrôlera-t-elle l'utilisation des fonds ? Le rapport préconise des rapports réguliers et détaillés de la part de la Commission européenne, mais si ces rapports reposent essentiellement sur les informations des autorités locales, des ONG, et des partenaires privés, cela laissera entier le problème du détournement des aides.

Je me suis donc abstenue car ce rapport relève encore du saupoudrage de fonds publics, sans se fixer d'obligation de résultats.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación de este informe, porque hay aspectos del informe que son muy favorables, pero tiene aún defectos muy notables. La posición de GUE se ha tenido en cuenta en la condena del uso de los fondos para proyectos de control sin objetivos de desarrollo, el reconocimiento de las autoridades locales como actores clave, la necesidad de desarrollar los servicios públicos de los países de origen, etc.

No obstante, la vagueza de la definición del rol de las organizaciones internacionales en el informe abre la puerta a su uso para financiar «misiones militares de paz» así como formación y capacitación en el sector de la seguridad.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report. The main goal of the EU Trust Fund (EUTF) for Africa is to help foster stability in the regions and contribute to better migration management. The EUTF aims to address the root causes of destabilisation, forced displacement and irregular migration by promoting economic opportunities, equal opportunities, security and development.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – Los socialistas españoles en el Parlamento Europeo, apoyamos la puesta en marcha de instrumentos que, además de permitir desembolsar fondos con más rapidez y flexibilidad, mejoren la coordinación de las políticas y de los instrumentos para el desarrollo. Pero esto no constituye en ningún caso un cheque en blanco para que se financie cualquier tipo de política. Con este voto hemos dejado claro que no vamos a permitir que se desvíe dinero de los objetivos de la cooperación al desarrollo. No permitiremos que se ponga en peligro la política de cooperación al desarrollo y su fin último, la erradicación de la pobreza.

Los progresistas de la Eurocámara apostamos con nuestro voto a favor, por un mayor control y por un instrumento que asegure un paso adelante de manera transparente a favor de los países africanos, a favor de su desarrollo sostenible. Lamentamos que otras fuerzas de la izquierda no se hayan unido a este llamamiento.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. — Καταψηφίσαμε την έκθεση σχετικά με το καταπιστευματικό ταμείο της ΕΕ για την Αφρική (επιπτώσεις για την ανάπτυξη και την ανθρωπιστική βοήθεια) αφού το ταμείο συνεχίζει να είναι ένα άλλο όργανο/εργαλείο που διαιωνίζει την τρέχουσα μεταναστευτική κρίση αφού από την μια χρησιμοποιεί τα αναπτυξιακά του κονδύλια για τον έλεγχο και τη διαχείριση των μεταναστευτικών ροών ενώ από την άλλη ενισχύει την προσέγγιση του «Φρούριο Ευρώπη» (Fortress Europe).

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I am happy to support this motion for resolution. The EU Trust Fund for Africa aims to address the root causes of destabilisation, forced displacement and irregular migration by promoting resilience, economic opportunities, equal opportunities, security and development. It is regrettable, however, that to date Member States' contributions have remained too low, amounting only to a small fraction of the Union contribution and are thus far from reaching the official commitment. Member States should honour their pledges and to rapidly and effectively match the Union contribution in order to allow the trust fund to develop its full potential. I also believe that the EU must show greater coherence when acting in the field of international cooperation for development in the African region. These funds should reflect the principles of policy coherence for sustainable development and complementarity between all development stakeholders, and should avoid any contradiction between development aims and security, humanitarian and migration policies. The trust funds should contribute to achieving the long-term objectives of ensuring peace and strengthening governance in recipient countries.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour as I have no objections.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A jelentés elfogadását nagyon fontosnak tartom, és magam is támogattam szavazatommal, hiszen a szükséghelyzeti alap hozzájárulhat a destabilizáció, a kényszerű lakóhelyelhagyás és az illegális migráció kiváltó okainak kezeléséhez az ellenálló-képesség, a gazdasági lehetőségek, az esélyegyenlőség, a biztonság és a fejlődés előmozdítása révén. A dokumentum az elvándorlás okainak megszüntetésére és a bajban lévők támogatásának jelentőségére hívja fel a figyelmet, hiszen a tömeges migráció újfajta humanitárius és biztonsági kihívással szembesíti Európát.

Egy olyan átlátható stratégia, amely a hatékonyabb segítségnyújtás érdekében együttműködik a nem kormányzati szervezetekkel és a jelentős helyismerettel rendelkező vezetőkkel, remélhetőleg képes lesz saját szülőföldjükön védelmet biztosítani a bajban lévőknek. A jelentés arra is felhívja a figyelmet, hogy az uniós migrációs politikáknak mindenekelőtt a migráció kiváltó okainak kezelésére kell összpontosítaniuk, bevonva a nem kormányzati szervezeteket és a civil társadalmat.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – This is only a part of the EU's response to the migration crisis. I believe that the Funds need to be better monitored by the European Parliament.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o Uzajamnom fondu EU-a za Afriku: implikacije za razvojnu i humanitarnu pomoć (2015/2341(INI)), s obzirom da je glavni cilj Uzajamnog fonda EU-a za Afriku doprinijeti stabilnosti i boljem upravljanju migracijama te riješiti temeljne uzroke destabilizacije, prisilnog raseljavanja i nezakonitih migracija promicanjem gospodarstva, sigurnosti i razvoja.

U pogledu migracija radi se o prioritetnim sektorima: razvojna korist od migracija; zakonita migracija i mobilnost; zaštita i azil; sprečavanje i borba protiv nezakonitih migracija; povratak, ponovni prihvat i reintegracija. Radi se o 1,8 milijardi eura doprinosa EU-a te se računa na jednak iznos dodatnih sredstava koji će pružiti države članice EU-a i drugi donatori.

Važno je da sredstva budu kanalizirana na transparentan način, da pomoć bude učinkovita i usmjerena tamo gdje je najpotrebnija. Podržavam prijedlog da u praćenje i nadzor upotrebe sredstava bude kvalitetnije uključen Europski parlament.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce rapport car, bien que drapé dans de bonnes intentions morales, il ne tient pas compte des réalités de vie des habitants dans les pays concernés et s'inscrit dans une politique de continuation de saupoudrage de millions d'euros sans résultats escomptés.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – By making financial assistance more readily and flexibly available to the African countries in need in an emergency situation, the goal of this Trust Fund is to tackle the root causes of migration. I believe that this resolution will bring about more economic opportunities and thus enhance security, development, and resilience on the continent, a key element in our quest to stabilise the migration crisis. It should be noted, however, that full transparency and monitoring of such funds needs to be ensured to prevent abuse. Despite this challenge, I look forward to our deepened collaboration with African countries and am pleased I was able to support this resolution.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport de mon collègue M. Corrao concernant le fonds d'affectation spéciale de l'Union pour l'Afrique. Ce fonds a été mis en place en 2015, il vise à aider les pays de la Corne de l'Afrique, du Sahel, de l'Afrique du Nord et du bassin du Tchad. Pour cela, quatre priorités ont été identifiées: gestion migratoire, stabilité gouvernementale, résilience et soutien économique. Il a été rappelé que cette initiative devait répondre aux exigences de transparence et de cohérence. Par cette initiative, l'Europe pose les bases pour un vrai partenariat d'avenir entre nos deux régions.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui porte sur le fonds d'affectation spéciale de l'Union pour l'Afrique. Pour rappel, ce fonds fiduciaire a été créé en novembre 2015 à la suite du sommet de la Valette sur la migration.

Ce rapport aborde les questions relatives au financement, à la mise en œuvre et au contrôle de ce fonds fiduciaire, qui vise à aider les pays africains les plus touchés, à savoir la Corne de l'Afrique, le Sahel et le bassin du Tchad ainsi que l'Afrique du Nord. Quatre priorités sont notamment identifiées: programmes économiques, résilience, gestion migratoire, stabilité et gouvernance. Il appelle par ailleurs à plus de transparence et de cohérence.

Il est important que l'Union européenne s'attaque enfin aux causes profondes de l'immigration d'origine africaine et cible spécifiquement les pays les plus en difficulté.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση σχετικά με το καταπιστευματικό ταμείο της ΕΕ για την Αφρική διότι συμφωνώ με τον εισηγητή ότι το καταπιστευματικό ταμείο της ΕΕ για την Αφρική θα πρέπει να συμβάλει στην ανάπτυξη των χωρών διέλευσης και καταγωγής των μεταναστών, στην ενίσχυση και τη βελτίωση των τοπικών δημόσιων υπηρεσιών (κοινωνικές υπηρεσίες, υγεία, εκπαίδευση, διατροφή, πολιτισμός) και της πολιτικής συμμετοχής και διακυβέρνησης, κυρίως μέσω έργων που εστιάζουν στην κοινότητα, όπως επίσης και ότι το ταμείο θα πρέπει να συμβάλει στην ανάπτυξη της απασχόλησης σε τοπικούς τομείς, με σεβασμό προς τα ανθρώπινα δικαιώματα και το περιβάλλον.

Jarosław Kalinowski (PPE), *na piśmie*. – Mając na uwadze kryzys migracyjny widać, że pomoc dla krajów afrykańskich ma duże znaczenie i może przyczynić się do zahamowania nielegalnej migracji do UE. Ważnym aspektem jest wspieranie stabilizacji i rozwoju gospodarczego w tych państwach, gdyż to właśnie brak możliwości godziwych zarobków i poczucia bezpieczeństwa zmusił wielu ludzi do emigracji.

Głównym warunkiem zapewnienia rozwoju gospodarczego jest pokój i stabilizacja. W tym celu należy wspierać kraje afrykańskie w budowaniu państwa, szerzeniu praworządności i zapobieganiu konfliktom. Duże znaczenie ma także rozwój zatrudnienia w lokalnych sektorach i gwarancja znalezienia pracy, a także zapobieganie eksploatacji zasobów ludzkich przez zagraniczne przedsiębiorstwa.

W sytuacji ciągłego wzrostu populacji trzeba zapewnić odpowiednie warunki ludziom młodym. Powinni mieć oni możliwość zdobywania edukacji oraz perspektywę zatrudnienia, co prowadzi do stałego wzrostu gospodarczego. Ponadto trzeba dążyć do zapewnienia podstawowych usług publicznych, takich jak dostęp do medycyny, bezpiecznej żywności i wody.

Nie można też zapominać o prawach podstawowych migrantów. Działania podjęte przez UE powinny skupiać się na pomocy humanitarnej, a także na zwalczaniu nielegalnych szlaków migracyjnych i handlu ludźmi. Należy także promować działania zachęcające do powrotu do kraju i reintegracji w państwach pochodzenia.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme gegen den vorliegenden Bericht. Die inhaltliche Ausgestaltung des Treuhandfonds ist nicht ausreichend wirksam, um eine Begrenzung von Abwanderung aus Afrika durch Investition zu erreichen. So werden Maßnahmen zur Fluchtprävention grundsätzlich vernachlässigt, wie z. B. eine ordentliche Grenzsicherung bzw. Kontrolle in diesen Staaten.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I support the Commission's efforts to address the problem of global migratory flows, but stress that efforts to address this problem should not take resources away from development funds concentrating on the root causes of migration. I voted in favour of the report as it calls for steps to be taken so that the Trust Funds are better monitored by the European Parliament, because they currently lack transparency in their use.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Dne 13. září 2016 jsme na plenárním zasedání hlasovali o zprávě o svěřeneckém fondu EU pro Afriku: důsledky pro rozvoj a humanitární pomoc. Zde se dle mého názoru dostáváme k jednomu z kořenů současné migrační krize. Jistě víte, že dlouhodobě prosazuji tezi řešit problémy, jež k nám ženou lidi z jiných kultur i zemí, přímo v ohniscích problémů, tedy u nich doma. To lze zajistit pouze tak, že se vyřeší nebo alespoň velmi zmírní aktuálně probíhající konflikty v těchto zemích a zároveň se také výrazně zvýší úroveň života a vyhlídky do budoucna jejich obyvatel. K tomu by samozřejmě měly pomáhat i různé rozvojové fondy EU. I když jsou finanční alokace z toho svěřeneckého fondu soustředěny na nejméně rozvinuté země, rozvinutí občanské společnosti, spolupráci místních úřadů s mezinárodními organizacemi i závazky v oblasti lidských práv, je spousta oblastí, kde současné nastavení selhává. Finanční pomoc poskytovaná v této oblasti by měla být zaměřena především na řešení skutečných příčin chudoby v zemích původu současných migrantů, jako je drancování a využívání lidských a přírodních zdrojů ze strany nadnárodních společností, zabírání půdy, podpora některých států pro autokratické a zkorumpované vlády nebo obchodu se zbraněmi. Proto jsem se rozhodla zdržet se při hlasování.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A jelentés elfogadását nagyon fontosnak tartom, és magam is támogattam szavazatommal, hiszen a szükséghelyzeti alap hozzájárulhat a destabilizáció, a kényszerű lakóhelyelhagyás és az illegális migráció kiváltó okainak kezeléséhez az ellenálló-képesség, a gazdasági lehetőségek, az esélyegyenlőség, a biztonság és a fejlődés előmozdítása révén. A dokumentum az elvándorlás okainak megszüntetésére és a bajban lévők támogatásának jelentőségére hívja fel a figyelmet, hiszen a tömeges migráció újfajta humanitárius és biztonsági kihívással szembesíti Európát.

Egy olyan átlátható stratégia, amely a hatékonyabb segítségnyújtás érdekében együttműködik a nem kormányzati szervezetekkel és a jelentős helyismerettel rendelkező vezetőkkel, remélhetőleg képes lesz saját szülőföldjükön védelmet biztosítani a bajban lévőknek. A jelentés arra is felhívja a figyelmet, hogy az uniós migrációs politikáknak mindenekelőtt a migráció kiváltó okainak kezelésére kell összpontosítaniuk, bevonva a nem kormányzati szervezeteket és a civil társadalmat.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – In November 2015, the Emergency Fund for Africa was launched. The aim of this fund is to tackle the root causes of irregular migration and displacement in countries of origin, transit and destination. However, GUE/NGL believes that this fund is another instrument which reinforces the externalisation of borders and the set-up of Europe as a fortress. Some good points of this report are: the references to use the fund for return and readmission programs, the necessity of strengthening and improving local public services, last but not least, the idea that EU migration policies should have as main objectives to investigate and solve real causes of impoverishment in the countries of origin. For all these reasons I voted abstention.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D), *per iscritto*. – Il Fondo fiduciario per l'Africa rischia di rimanere uno strumento vuoto se alla promessa degli impegni non farà seguito un'azione concreta da parte degli Stati membri. Sono infatti irrisori i contributi nazionali che ad oggi sono stati stanziati: solo 81,71 milioni di euro, neanche il 5% dell'importo di 1,8 miliardi di euro previsto. Il Fondo fiduciario dell'UE si propone di affrontare le cause profonde della destabilizzazione, dei trasferimenti forzati e della migrazione irregolare promuovendo la resilienza, le prospettive economiche, le pari opportunità, la sicurezza e lo sviluppo. Per la realizzazione di questi obiettivi noi chiediamo che le promesse e gli impegni si tramutino in azioni concrete. E ricordiamo alla Commissione che il fondo fiduciario per l'Africa dovrebbe contribuire allo sviluppo nei paesi di transito e di origine dei migranti, nonché al rafforzamento e al miglioramento dei servizi pubblici locali principalmente attraverso progetti basati sulle comunità. Noi riteniamo che il Fondo dovrebbe contribuire a creare occupazione in settori locali, garantendo il rispetto dei diritti umani e la tutela dell'ambiente. La Commissione dovrebbe monitorare come sono impiegate le risorse del Fondo e le modalità di assegnazione mentre quest'Aula dovrebbe esercitare una funzione di controllo sulle modalità di applicazione

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – The EU Trust Fund for Africa (EUTF) is a very important development tool that pools together resources from different donors in order to enable a quick, flexible, and collective EU response to the different dimensions of an emergency situation. In particular, the EUTF aims to address the root causes of destabilisation, forced displacement and irregular migration by promoting resilience, economic opportunities, equal opportunities, security and development in 23 countries across three African regions (the Horn of Africa, the Sahel and Lake Chad basin; and North Africa). However, to achieve its goals and to be effective, the EUTF should provide a better balance of funding for recipient country governments and especially for reliable civil society actors, who tend to be more aware of societal deficiencies which are in need of support.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce rapport car c'est un catalogue de bonnes intentions sans portée concrète, de surcroît naïf sur l'immigration.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur le rapport intitulé «Fonds d'affectation spéciale de l'UE pour l'Afrique: implications pour l'aide au développement et l'aide humanitaire». Malgré des aspects volontaristes, ce rapport s'inscrit dans une logique de financements à l'aveugle, sans contrôles ni a posteriori, ni à priori de la bonne utilisation et gestion des fonds, l'UE préférant se décharger sur les autorités locales et un partenariat avec le secteur privé, dans un hypothétique espoir de transfert de charges à venir dans le cadre de la politique de développement. Ce rapport voit la croissance démographique comme un atout dans les zones en voie de développement, alors que les politiques d'emploi et de formation des jeunes sont très en retard par rapport aux objectifs de développement fixés et que l'avenir est incertain pour les jeunes générations, plus enclines à déserter leur pays pour s'installer en Europe.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Comme souvent avec cette commission, les intentions sont bonnes (telles que l'aide au développement des pays d'émigration afin de stopper l'hémorragie migratoire), mais diluées dans des propositions trop peu concrètes en termes de contrôle de ces aides, d'évaluation des résultats et de réelle volonté politique de mettre fin à l'afflux migratoire.

Dans le but à la fois de saluer le concept sous-jacent du rapport et de dénoncer le manque d'implication concrète induite par ce texte, j'ai choisi l'ABSTENTION.

Javi López (S&D), *por escrito*. – Los socialistas españoles en el Parlamento Europeo, apoyamos la puesta en marcha de instrumentos que, además de permitir desembolsar fondos con más rapidez y flexibilidad, mejoren la coordinación de las políticas y de los instrumentos para el desarrollo. Pero esto no constituye en ningún caso un cheque en blanco para que se financie cualquier tipo de política. Con este voto hemos dejado claro que no vamos a permitir que se desvíe dinero de los objetivos de la cooperación al desarrollo. No permitiremos que se ponga en peligro la política de cooperación al desarrollo y su fin último, la erradicación de la pobreza.

Los progresistas de la Eurocámara apostamos con nuestro voto a favor, por un mayor control y por un instrumento que asegure un paso adelante de manera transparente a favor de los países africanos, a favor de su desarrollo sostenible. Lamentamos que otras fuerzas de la izquierda no se hayan unido a este llamamiento.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque considero que es insuficientemente crítico con el Fondo Fiduciario de la Unión para África, un instrumento que no contribuye al desarrollo o la cooperación con los países africanos, ni al fomento de los derechos humanos en la política exterior de la Unión. Por el contrario, se trata de fondos destinados a que los países africanos se incorporen al proyecto de la Europa fortaleza, diseñada para impedir físicamente que los migrantes y refugiados puedan llegar a Europa.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – Me gustaría destacar la importancia que tiene el Fondo Fiduciario de Emergencia de la Unión para la estabilidad y para abordar las causas profundas de la migración irregular y de las personas desplazadas en África. El objetivo del mismo, es contribuir a impulsar la estabilidad de ciertas regiones africanas y ayudarlas a mejorar la gestión de la migración. En concreto, pretende hacer frente a las causas profundas de la desestabilización, el desplazamiento forzoso y la migración irregular, promoviendo la igualdad de oportunidades y las oportunidades económicas, la seguridad y el desarrollo.

Mi país, España, apoyó la creación de este fondo y fue uno de los primeros países en anunciar su contribución. El interés sin embargo es común, tanto desde el punto de vista migratorio, como de desarrollo.

Por las razones anteriormente expuestas, doy mi voto positivo para la aprobación de este informe, y confío, que reforzará las capacidades que tienen estos países en la lucha contra la raíz de la migración irregular.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I support this report, which looks for more transparency and accountability for the EU Trust Fund for Africa, which addresses the root causes of destabilisation, displacement and irregular migration.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Nesouhlasím s navyšováním rozvojové pomoci Africe. Zastávám princip *Trade, not Aid* – africké země potřebují, aby EU odstranila dovozní kvóty a cla, ne aby tam posílala milodary.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – I regretted the fact that to date Member States' contributions to Africa have remained too low. We live in a very connected world and if we do not support the development of Third World states its means that such indifference will return like a boomerang and will hit us. A shining example is the current refugee crisis. It cannot be resolved without wise strategic decisions. One of the instruments for such strategic decisions is the EU Trust Fund for Africa.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – V novembri 2015 bol zriadený trustový fond EÚ pre Afriku ako doplnkový fond už existujúcich rozvojových fondov. Jeho cieľom je podporovať hospodársku, sociálnu, ekonomickú a politickú stabilitu v regiónoch Afriky a prispievať tak k lepšiemu riešeniu problémov migrácie. Príspevok EÚ predstavuje 1,8 miliardy €, pričom Komisia môže získať aj ďalšie zdroje od členských štátov a ďalších darcov. Napriek zložitosti a širokému spektru problémov Afriky pokladám za zásadnú vec, aby uvoľňovanie alokovaných zdrojov prebiehalo cielene, transparentne a efektívne. Všetky dotknuté orgány a organizácie sa musia cielene zamerať na riešenie príčiny krízy v jednotlivých regiónoch Afriky a vytvoriť kontrolné mechanizmy, aby nedošlo k zneužitiu zdrojov na korupciu, politickú, hospodársku a ekonomickú kriminalitu a na nezákonné vojenské vyzbrojovanie.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – Le fonds d'affectation spéciale de l'UE pour l'Afrique (EUTF), lancé le 12 novembre 2015 lors du sommet UE-Afrique de La Valette, a pour but de favoriser la stabilité politique dans les différentes régions du continent africain et de contribuer à une meilleure gestion des flux migratoires. L'EUTF vise plus précisément à traiter les causes profondes des déplacements forcés et la migration irrégulière en favorisant la résilience, l'accès à l'emploi, l'égalité des chances, la sécurité et le développement.

Si ce rapport estime l'initiative positive, il souligne néanmoins que l'EUTF, en grande partie financé par l'enveloppe européenne dédiée au développement, ne saurait être utilisé à des fins de sécurité ou de contrôle des frontières. En effet, l'EUTF doit soutenir en priorité l'accès à l'éducation et à l'emploi, la bonne gouvernance et des projets environnementaux.

Cette idée motrice est parfaitement reflétée dans le texte final, je soutiens donc ce rapport.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με το καταπιστευματικό ταμείο της ΕΕ για την Αφρική: οι επιπτώσεις για την ανάπτυξη και την ανθρωπιστική βοήθεια, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην Ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 12/9/2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce texte.

Nous approuvons les raisons pour lesquelles ces aides sont débloquées. En effet, le fonds d'affectation spéciale de l'Union européenne vise à s'attaquer aux causes profondes de la déstabilisation, des déplacements forcés et de la migration clandestine. Il veille à promouvoir la résilience, les débouchés économiques, la sécurité et le développement. Mais d'une part, il n'y a aucun contrôle de ces aides et, d'autre part, elles s'inscrivent dans une logique de financements à l'aveugle, ce contre quoi nous luttons.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme hlasovali o zprávě, která se týká svěřeneckého fondu pro Afriku, který byl založen po summitu ve Vallettě v roce 2015. Účelem tohoto fondu by mimojiné měla být možnost uvolnit prostředky v nouzových situacích rychleji a pružněji, např. ve spojení s migrační krizí. Ve zprávě se zároveň kriticky vyjadřujeme k postupu Komise, která se dopustila porušení finančních pravidel, když využívala pouze svěřenecký fond. Voláme tedy po nápravě. Zároveň ve zprávě varujeme před rizikem zneužívání rozvojové pomoci EU, a to zejména v zemích zasažených konflikty, a připomínáme, že prostředky musí být využívány na rozvojové účely a sledovat striktně rozvojové cíle se zaměřením na snižování chudoby, zvyšování stabiloty a bezpečnosti v daných zemích. Zprávu jsem při hlasování podpořil.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – El Fondo Fiduciario de la Unión para África fue creado para propiciar la estabilidad en esas regiones y contribuir a una mejor gestión de la migración.

Desde la Unión nos comprometimos a abordar las causas profundas de la desestabilización, el desplazamiento forzoso y la migración irregular, promoviendo la resiliencia, las oportunidades económicas, la igualdad de oportunidades, la seguridad y el desarrollo.

Mi apoyo al informe sobre este Fondo y sus repercusiones sobre el desarrollo y la ayuda humanitaria, en el que proponemos acciones para mejorar el uso de esta herramienta, que debe seguir siendo útil para cumplir con los objetivos con los que nació.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω το ψήφισμα που σχετίζεται με το καταπιστευματικό ταμείο της ΕΕ για την Αφρική σε θέματα που σχετίζονται με τις επιπτώσεις για την ανάπτυξη και την ανθρωπιστική βοήθεια και πιστεύω ότι είναι απαραίτητο να εξευρεθεί μια λύση πιο ολοκληρωμένη για τις επείγουσες χρηματοδοτήσεις στο πλαίσιο της αναθεώρησης του Πολυετούς Δημοσιονομικού πλαισίου (ΠΔΠ). Θα πρέπει να δημιουργηθούν νέες πιστώσεις και να διασφαλιστεί η διαφάνεια σε θέματα που αφορούν την προέλευση και τον προορισμό των πόρων. Επιπλέον, τονίζω ότι θα πρέπει να επιτευχθεί και να υπάρχει μια ισορροπία στη χρηματοδότηση που λαμβάνουν οι κυβερνήσεις των χωρών σε θέματα που σχετίζονται με την ευαισθητοποίηση των πολιτών. Θα πρέπει οι χώρες να αξιοποιήσουν πλήρως το καταπιστευματικό ταμείο και να υπάρχει μια ευελιξία αλλά και γρήγορη προσέγγιση σε σοβαρές κρίσεις. Τέλος, υπερψηφίζω το ψήφισμα αυτό και υποστηρίζω ότι η Επιτροπή θα πρέπει να λειτουργεί πιο εποπτικά ιδιαίτερα σε τομείς της ανάπτυξης και της καταπολέμησης των παράνομων διακινητών και να προβούν σε απαραίτητες συμφωνίες με τις χώρες σχετικά με το καταπιστευματικό ταμείο.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht möchte die Unterstützungsprogramme in Afrika ausbauen, um die Abwanderung nach Europa zu stoppen. Dies ist grundsätzlich wünschenswert, jedoch stimme ich dem Bericht in einigen Punkten nicht zu. Daher kann ich diesen Bericht nicht unterstützen.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Une nouvelle forme de fonds européens devient à la mode à Bruxelles. Pour «lutter contre les causes profondes de la migration irrégulière» d'Afrique, les États et la Commission ont convenu d'un «fonds fiduciaire» urgent. Il redirige les finances des instruments de l'Union et des aides publiques des États dévolus à la politique de développement vers un conseil d'administrateurs qui sera chargé de décider de projets à financer aussi variés que les retours des migrants et les opérations de sécurité et de défense. Dans une opacité la plus totale, en dehors du cadre budgétaire communautaire et aux dépens des projets de développement donc. Le Parlement ne siège évidemment pas dans ce conseil et ne peut ici que pointer ces risques, en demandant des rapports de suivi et d'impact. Il demande d'élever les contributions au développement dans le cadre du budget communautaire sur lequel il a droit de regard, pour se concentrer davantage sur le développement des économies locales et la lutte contre le chômage qui sont, avec les crises, les principaux moteurs du déplacement de populations. Je reconnais ce travail critique et fourni, mais je m'oppose totalement à ce fonds, qu'il entérine au final. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Comme souvent dans cette commission, de bonnes intentions (tel que l'aide au développement des pays d'émigration afin de stopper l'hémorragie migratoire), mais mélangées à des propositions trop peu concrètes en terme de contrôle de ces aides, d'évaluation des résultats et de réelle volonté politique de mettre fin à l'afflux migratoire.

Par conséquent, je me suis abstenue sur ce dossier.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O principal objetivo do Fundo Fiduciário da UE para África (FFUE) é ajudar a promover a estabilidade nessas regiões e contribuir para uma melhor gestão da migração. Mais especificamente, o FFUE visa atacar as causas profundas que estão na origem da desestabilização, das deslocações forçadas e da migração irregular, através da promoção da resiliência, de oportunidades económicas, da igualdade de oportunidades, da segurança e do desenvolvimento.

O FFUE pretende ser um instrumento de desenvolvimento que reúne recursos provenientes de diversos doadores, a fim de permitir que a União Europeia dê uma resposta rápida, flexível, complementar, transparente e coletiva a uma situação de emergência nas suas diversas vertentes. É, assim, necessário continuar a apoiar os países africanos no seu desenvolvimento. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – Whilst the report outlined positive ways in which the Union can further its support for African migration management, I could not support the final version of the text, which contained unacceptable references to abortion.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Par le truchement du fonds d'affectation spéciale pour l'Afrique, l'Union européenne vise à s'attaquer aux causes profondes de la déstabilisation, des déplacements forcés et de la migration clandestine en veillant à promouvoir la résilience, les débouchés économiques et l'égalité des chances, la sécurité et le développement. J'insiste pour que l'argent du développement serve les objectifs du développement. Il faut donc distinguer les enveloppes financières pour les activités de développement de celles destinées à la gestion de la migration, du contrôle des frontières, etc. Doté actuellement d'1,8 milliard d'euros de la Commission et de 81,71 millions d'euros dans le chef des États membres, de la Norvège et de la Suisse, ce fonds devrait attendre les 3,6 milliards d'euros. J'espère vivement que les gouvernements feront écho à l'appel de Jean-Claude Juncker pour que les contributions des États membres atteignent un montant identique à celui de la Commission. Quant au niveau du montant global alloué aux 23 pays du continent africain,… on peut s'interroger sur le montant alloué quand on sait que l'Éthiopie accueille plus de 820 000 réfugiés et représente à ce titre le premier pays d'accueil des réfugiés en Afrique et un pays de transit pour bon nombre d'Érythréens, de Somaliens et de Sud-Soudanais en quête d'Europe.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Fejlesztési Bizottság állásfoglalás-tervezetét a migrációs válság aktuális fejleményei inspirálták. Az afrikai stabilitással és az irreguláris migráció okainak kezelésével foglalkozó szükséghelyzeti alapot a 2015. november 11–12-én tartott vallettai migrációs csúcsértekezleten hozták létre; célja a destabilizáció, a kényszerű lakóhelyelhagyás és az illegális migráció kiváltó okainak kezelése az ellenálló-képesség, a gazdasági lehetőségek, az esélyegyenlőség, a biztonság és a fejlődés előmozdítása révén. Öt kiemelt területre összpontosít:

1) a migrációnak köszönhető előnyök kibontakoztatása;

2) legális migráció és mobilitás;

3) védelem és menedékjog;

4) az illegális migráció megelőzése és az ellene vívott küzdelem;

5) visszatérés, visszafogadás és újrabeilleszkedés.

Az állásfoglalás-tervezet számba veszi a pénzügyi lehetőségeket, a civil társadalom, a nem kormányzati szervezetek, a helyi hatóságok és a nemzetközi szervezetek szerepét, kitér a legkevésbé fejlett országok finanszírozására, átláthatóságot és egyértelműséget sürget a célkitűzések eredményesebb megvalósítása érdekében és kiemeli az uniós politikák koherenciája, valamint az emberi jogok melletti elkötelezettség fontosságát. A tervezet elfogadását támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – L'objectif principal du fonds d'affectation spéciale de l'Union européenne pour l'Afrique vise à favoriser la stabilité dans ces régions et à contribuer à mieux gérer la migration. Il entend s'attaquer aux causes profondes de la déstabilisation, des déplacements forcés et de la migration clandestine en veillant à promouvoir la résilience, les débouchés économiques, la sécurité et le développement. Malgré des aspects volontaristes, ce rapport s'inscrit dans une logique de financements à l'aveugle, sans contrôles ni a posteriori, ni à priori de la bonne utilisation et gestion des fonds, l'UE préférant se décharger sur les autorités locales et sur un partenariat avec le secteur privé. Ce rapport voit la croissance démographique comme un atout dans les zones en voie de développement alors que les politiques d'emploi et de formation des jeunes sont très en retard par rapport aux objectifs de développement fixés et que l'avenir est incertain pour les jeunes générations, plus enclines à déserter leur pays pour l'Occident en vue d'une vie meilleure qu'à construire l'avenir de celui-ci. Abstention.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O principal objetivo do Fundo Fiduciário da UE para África (FFUE) é ajudar a promover a estabilidade nessas regiões e contribuir para uma melhor gestão da migração. Mais especificamente, o FFUE visa abordar as causas profundas que estão na origem das deslocações forçadas e da migração irregular, através da promoção da resiliência, de oportunidades económicas, da igualdade de oportunidades, da segurança e do desenvolvimento.

Defendo que a disponibilização de fundos deverá ser mais célere e flexível em situações de emergência e conjugar várias fontes de financiamento para fazer face à crise da migração e dos refugiados nas suas múltiplas dimensões.

Subscrevo que a transparência, a comunicação e a visibilidade dos projetos desenvolvidos no quadro do FFUE são da maior importância para a divulgação dos resultados e a participação e sensibilização dos intervenientes privados europeus, das autoridades regionais e locais, das ONG e da sociedade civil, a fim de criar condições para um maior envolvimento e facilitar a participação dos Estados-Membros.

Entendo ser fundamental assegurar um controlo rigoroso da aplicação das disposições sobre a redistribuição, a substituição nos países de origem e os compromissos financeiros dos Estados-Membros, prestando especial atenção aos direitos humanos.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne le fonds d'affectation spéciale de l'UE pour l'Afrique dont l'objectif est de favoriser la stabilité dans ces régions, à contribuer à mieux gérer la migration, à s'attaquer aux causes de la déstabilisation, des déplacements forcés et de la migration clandestine en veillant à promouvoir les débouchés économiques, la sécurité et le développement. Cependant, le manque de contrôle des financements et d'évaluation de leurs résultats transforment cette idée en un vaste système de saupoudrage inefficace. C'est pourquoi je me suis abstenue lors du vote de ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report; the Africa Trust fund is one piece in the puzzle of the EU's response to the migration crisis. It is disappointing, however, that Member States (including the UK Government) have not matched the EU's efforts in contributing to the trust fund. We support the Commission's efforts to address the problem of global migratory flows, but stress that efforts to address this problem should not take resources away from development funds concentrating on the root causes of migration. This report calls for steps to be taken so that the Trust Funds are better monitored by the European Parliament, because they currently lack transparency in their use.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport d'initiative relatif au financement et à la mise en œuvre d'un fonds fiduciaire créé en 2015 et relatif à la migration. Un tel dispositif est essentiel car il a pour priorité le développement de l'Afrique. Cela est nécessaire pour permettre aux populations de rester chez elles et d'y avoir un avenir possible.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport concernant le fonds d'affectation spéciale de l'Union européenne pour l'Afrique quant à ses implications pour l'aide au développement humanitaire. Ce fonds permet d'apporter une aide dans trois régions africaines pour gérer les questions de migration, de sécurité et de développement. Il se base à cet égard sur trois piliers: les programmes économiques, la résilience, la gestion migratoire ainsi que la stabilité et la gouvernance.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Támogatom a jelentést. Az Uniós Szükséghelyzeti Alap Afrikáért elnevezésű alapot az afrikai és európai állam- és kormányfők vallettai, migrációs ügyekről szóló csúcsértekezletét követően hozták létre. A jelentés felhívja a figyelmet arra, hogy a migrációs problémák megoldására magukban a származási országokban is megoldást kell keresni. Felhívja a Bizottságot, hogy bizonyítékokon alapuló szemlélet alapján rendszeresen ellenőrizze a források felhasználását és az ellenőrzéshez kapcsolódóan a Parlamentnek is biztosít jogköröket. A jelentés rámutat arra, hogy az alap forrásainak felhasználásakor szorosan együtt kell működni a regionális és helyi hatóságokkal, valamit a civil és nem kormányzati szervekkel, akik rendkívüli tudásbázissal rendelkeznek az adott területeken.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this motion for a resolution regarding the EU Trust Fund for Africa that will continue to foster stability with a special focus on the disbursement of funds more quickly and flexibly in case of an emergency situation.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Zpráva se týká jednoho ze tří svěřeneckých fondů EU, které jsou nezbytné k zajištění rychlé a komplexní reakce na humanitární krize, včetně krizí dlouhodobé povahy. Bohužel však finanční příspěvky členských států jsou stále příliš nízké, když činí pouze malý zlomek příspěvku Unie, a ani zdaleka tak nedosahují výše přijatého závazku, konkrétně pouze 4,5 % z deklarované 1,8 miliardy EUR. Aby byla zjištěna plná efektivita, je třeba uvolňovat prostředky v nouzových situacích rychleji a pružněji a shromažďovat různé zdroje financování s cílem řešit migrační a uprchlickou krizi v jejích mnohočetných dimenzích. Pokud nebudou země Unie ochotny více investovat do podobných cílů a nepodaří se nám přispět ke zlepšení kvality života v těchto částech světa, nebude překvapením, pokud se opět zásadně zvýší snaha tamních lidí na hledání nového, lepšího života v EU.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — This own initiative report aims to address existing failures in the use of the EU's 'Emergency Trust Fund for stability and addressing root causes of irregular migration and displaced persons in Africa' made up of EU financing and contributions from Member States. It highlights the fact that only 4.5% of the pledged funds have actually been received. But while it states it aims to promote legal migration and asylum, as well as addressing causes of displacement such as the arms trade, the Trust Fund is being used as another instrument to re-allocate and use development funds for control and management of migration flows without any development benefit. The report reinforces this as well as the general 'Fortress Europe' set-up. Due to these negative elements in the report I could not vote in favour of the overall report but abstained.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht möchte die Unterstützungsprogramme in Afrika ausbauen, um die Abwanderung nach Europa zu stoppen. Bisher haben jedoch genau diese Projekte Migrationsbewegungen verursacht. Aus diesem Grund unterstütze ich diesen Bericht nicht.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – El objetivo principal del Fondo Fiduciario de la Unión para África es propiciar la estabilidad en esas regiones y contribuir a una mejor gestión de la migración.

Este Fondo constituye un instrumento único en el apoyo al desarrollo y en el estudio de las causas de la migración y puede derivar, por tanto, en una mejor y más coordinada respuesta del problema.

Para hacer frente a unos objetivos tan ambiciosos en un momento de crisis como el actual, la Unión ha puesto a disposición 1 800 millones de euros.

A pesar de los buenos propósitos parece que el compromiso de los Estados ha quedado, una vez más, en papel mojado. Este Parlamento exhorta a la responsabilidad de los Estados y alerta de la mala gestión de los fondos y su uso indebido por parte de muchos Gobiernos en los que la práctica habitual es la corruptela.

Si hemos sido capaces de detectar muchos de los problemas que se derivan del mal uso de este Fondo, tenemos en nuestra mano la manera de revertir la situación y darle la finalidad que tiene. Este informe es conveniente y acertado en su análisis y por eso lo apoyo, aunque lamento que no vaya a tener el impacto que debiera en los Estados.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης καθώς το καταπιστευματικό ταμείο (Trust Fund) της ΕΕ για την Αφρική που ιδρύθηκε στη Σύνοδο της Βαλέτα αποτελεί σημαντικό εργαλείο για την αποτελεσματική εφαρμογή του σχεδίου δράσης που αποφασίστηκε μεταξύ ΕΕ και αφρικανικών χωρών και αγγίζει τις σημαντικότερες προκλήσεις στο θέμα της μετανάστευσης. Δηλαδή, καταπολέμηση των βαθύτερων αιτίων με την προαγωγή της ειρήνης, της σταθερότητας και της οικονομικής ανάπτυξης, καλύτερη προώθηση και οργάνωση των διαύλων νόμιμης μετανάστευσης, ενίσχυση της προστασίας των μεταναστών και των αιτούντων άσυλο, ιδίως των ευπαθών ομάδων, αποτελεσματικότερη αντιμετώπιση της εκμετάλλευσης και της παράνομης διακίνησης μεταναστών, στενότερη και καλύτερη συνεργασία για την επιστροφή και την επανεισδοχή.

Ωστόσο πρέπει να υπάρχουν εγγυήσεις ως προς το είδος των ενεργειών που χρηματοδοτούνται μέσω του καταπιστεύματος. Δεν θα πρέπει για παράδειγμα αυτοί οι πόροι να χρησιμοποιούνται ως οικονομική βοήθεια στη διάθεση των εθνικών κυβερνήσεων ούτε για ενίσχυση των ελέγχων στα σύνορα μεταξύ των χωρών. Αντιθέτως πρέπει να χρησιμοποιούνται αποκλειστικά για αναπτυξιακά έργα στους τομείς της εκπαίδευσης, της υγειονομικής περίθαλψης και των υποδομών.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against the non-legislative report. It calls on Member States to contribute more money to African EU projects and wants to influence the day to day running of African governments. UKIP does not support increased EU influence. In addition, UKIP does not believe in the use of aid handouts but would rather see removal of trade barriers.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Apprezzo il lavoro del collega e sono convinto che anche grazie all'apporto del mio gruppo ora abbiamo un testo migliorato. Ribadisco il mio apporto affinché l'Europa possa promuovere la lotta contro le discriminazioni fondate sulla religione o le convinzioni personali, il sesso, la razza o l'origine etnica, la disabilità e l'orientamento sessuale.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution because I would like to support development and humanitarian aid. In times of unprecedented levels of irregular migration, this Trust Fund aims to support the most affected African countries, to help foster stability in those regions and to promote tighter Africa-EU cooperation on issues of migration management, security and development. The EUTF aims at addressing the root causes of destabilisation, displacement and irregular migration in three regions: the Horn of Africa, the Sahel and Lake Chad, and North Africa.

Piernicola Pedicini (EFDD), *per iscritto*. – Il Fondo fiduciario per l'Africa è un meccanismo utilizzato nell'ambito della cooperazione allo sviluppo che mira ad affrontare le cause delle immigrazioni irregolari dai paesi africani più fragili e affette da migrazioni e provvede al trasferimento nelle città di origine, transito e destinazione attraverso una serie di settori prioritari. Mi esprimo con voto favorevole alla relazione del collega, auspicando che tale meccanismo di sviluppo consentirà una risposta vera, veloce e collettiva al problema delle migrazioni in loco e nelle regioni di transito. Anche alla luce dell'attuale crisi nel Mediterraneo, spero che il menzionato fondo fiduciario per l'Africa possa contribuire a garantire il rispetto dei diritti umani e incidere positivamente nella vita di milioni di persone.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Europska unija brine za siromašne dijelove Afrike i daje im podršku te kroz Uzajamni fond za Afriku pokušava smanjiti siromaštvo i potaknuti razvoj afričkih zemalja.

Nažalost, ponekad sredstva Fonda nisu namijenjena pogođenim dijelovima Afrike nego se upotrebljavaju za granične kontrole, migracije, terorizam itd. Ovdje očekujem puno veću transparentnost i definiranje koje aktivnosti se smiju financirati iz Fonda. Sredstva koja su namijenjena Fondu za Afriku moraju prvenstveno služiti toj svrsi jer se u suprotnom pogoršava situacija koja je ionako već alarmantna.

Pozivam članice zemalja EU-a da surađuju i pokušaju uložiti više napora i truda u financiranju Fonda kako bi se moglo što više pomoći Africi u njezinoj borbi sa siromaštvom. Također podržavam prijedlog da Europski parlament nadgleda i prati rad Fonda i da se o poduzetim radnjama detaljno informira Parlament.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Le fonds d'affectation spéciale de l'Union européenne pour l'Afrique a été signé par le président de la Commission européenne, 25 États membres, la Norvège et la Suisse et lancé lors du sommet de La Valette sur la migration le 12 novembre 2015. Il est censé s'attaquer aux causes profondes de la déstabilisation, des déplacements forcés et de la migration clandestine en veillant à promouvoir la résilience, les débouchés économiques, la sécurité et le développement. Malgré des aspects volontaristes, ce rapport s'inscrit dans une logique de financements à l'aveugle, sans contrôles ni a posteriori, ni à priori. L'UE préfère se décharger sur les autorités locales et un partenariat avec le secteur privé, dans un hypothétique espoir de transfert de charges. Ce rapport voit la croissance démographique comme un atout dans les zones en voie de développement alors que les politiques d'emploi et de formations des jeunes sont très en retard par rapport aux objectifs de développement fixés, et que l'avenir est incertain pour les jeunes générations, enclines à quitter leur pays.

Je préfère donc m'abstenir sur ce rapport qui, drapé dans de bonnes intentions morales, ne tient pas compte des réalités et pratique le saupoudrage de millions d'euros sans résultats.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Glavni cilj Uzajamnog fonda EU-a za Afriku, koji je predsjednik Europske komisije potpisao zajedno s 25 država članica EU-a te Norveškom i Švicarskom, a europski i afrički partneri predstavili na sastanku na vrhu o migracijama u Valletti održanom 12. studenog 2015., je doprinijeti stabilnosti u tim regijama i boljem upravljanju migracijama.

Europski konsenzus o razvoju ostaje temeljni okvir razvojne politike EU-a te da se Europskim konsenzusom o humanitarnoj pomoći ponovno potvrđuju temeljna načela humanitarne pomoći; budući da je mir u novom Programu održivog razvoja do 2030. i u uvedenom cilju održivog razvoja br. 16 o miru i pravdi priznat kao presudan za razvoj; 1,5 milijardi ljudi u cijelome svijetu živi u nestabilnim regijama zahvaćenim sukobima te da raste broj nestabilnih država i područja bez uprave, zbog čega su mnogi izloženi siromaštvu, bezakonju, cvatućoj korupciji i nasilju.

Budući da je zamisao koja je prethodila osnivanju Uzajamnog fonda bila ta da se pomogne 23 zemljama u trima afričkim regijama u kojima su smještene neke od najnestabilnijih afričkih zemalja, koje su zahvaćene migracijama kao zemlje podrijetla, tranzita ili odredišta, katkad i u svim trima tim ulogama, i imat će najviše koristi od takvog oblika financijske pomoći EU-a, podržavam usvajanje ovog izvješća i što skoriju operacionalizaciju ovog Fonda.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Hlasoval jsem pro zřízení nouzového svěřeneckého fondu pro stabilitu a řešení hlavních příčin nelegální migrace a vysídlených osob v Africe. Zřízení je s ohledem na současnou situaci nezbytným krokem pro řešení příčin nelegální migrace v místě původu, nikoliv pouze jejich následků. Pokud však chceme z fondu udělat opravdu funkční nástroj, který bude mít vliv na stabilizaci našeho sousedství, nesmíme dělat stejné chyby jako u předchozích svěřeneckých fondů. Fundamentální otázkou je, jak zajistíme dostatečnou finanční podporu od členských států, jelikož fond v současnosti nemá zdaleka tolik prostředků, kolik potřebuje na to, aby plnil všechny deklarované cíle. Členské státy své zdroje uvolňují příliš pomalu nehledě na tlak, který vyvolává nelegální migrace. Je nepřijatelné, aby

nadále docházelo k obcházení rozpočtové autority Evropského parlamentu, jak tomu bylo doposud. Vezmeme-li v potaz, že skoro 30 procent veškeré zahraniční pomoci je poskytováno skrze Evropský rozvojový fond stojící mimo unijní rozpočet, což je obrovská částka postrádající demokratickou legitimitu. Ani zpětná kontrola v podobě absolutoria, které Parlament uděluje Komisi, není dostatečnou zárukou transparentnosti nakládání s prostředky z rozvojového fondu. Souhlasím proto s návrhem usnesení Parlamentu, že je potřeba dosáhnout větší synergie mezi jednotlivými nástroji zahraniční pomoci, a to inkorporací Evropského rozvojového fondu do rozpočtu.

Miroslav Poche (S&D), *in writing*. – I am persuaded that the EU Trust Fund for Africa could help to stabilise the region and largely contribute to migration management. By focusing the monetary support on social and democratic issues like education, good governance, the environment and employment, we fight the root causes of destabilisation and forced displacement. This aims to solve a small piece of the puzzle of the larger migration crisis, which we must continue to work diligently on. I believe these funds must be better monitored for transparency by the European Parliament to ensure they promote resilience, economic opportunities, gender equality and development, as opposed to security measures and border control. Last year all nations agreed on the amount of contributions, and it is critical that each member state follows through on their pledge. Currently, only 4.5% of the promised funds are provided, while all are necessary to fulfil on our commitments to stabilise the region and better manage the migration crisis.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La Commissione europea ha stanziato 1,8 miliardi di euro di risorse finanziarie dell'UE per costituire un «Fondo fiduciario di emergenza per la stabilità e per affrontare le cause profonde della migrazione illegale in Africa». Un Fondo fiduciario è un meccanismo utilizzato nell'ambito della cooperazione allo sviluppo per mettere in comune risorse di grandi dimensioni da differenti donatori. In particolare l'Unione europea vuole aiutare la regione del Sahel nel suo complesso ad affrontare le crescenti sfide quali la pressione demografica, lo stress ambientale, la povertà estrema, le tensioni interne, la debolezza istituzionale, le deboli infrastrutture sociali ed economiche. Questa relazione affronta le molte domande e le diverse preoccupazioni sollevate a seguito della creazione dell'EUTF (fondo fiduciario europeo per l'Africa) in termini di finanziamento, attuazione e controllo. La relazione offre una valutazione critica degli aspetti di bilancio e carenze in termini di finanziamento da parte degli Stati membri e invita tutte le parti interessate a sostenere prontamente i loro impegni e le responsabilità. Ritengo che sia stata formulata bene e per questo motivo ho deciso di votare a favore della sua approvazione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Głównym celem funduszu powierniczego UE (EUTF) dla Afryki, podpisanego przez przewodniczącego Komisji wraz z 25 państwami członkowskimi UE (oraz Norwegię i Szwajcarię), uruchomionego podczas szczytu w Valletcie poświęconego migracji w listopadzie 2015 r. przez partnerów europejskich i afrykańskich, jest pomoc we wspieraniu stabilizacji w regionach i przyczynienie się do lepszego zarządzania migracjami.

Celem funduszu powierniczego UE jest wyeliminowanie źródłowych przyczyn destabilizacji, przymusowych przesiedleń i nieuregulowanej migracji, poprzez promowanie elastyczności, szans gospodarczych, równości szans, bezpieczeństwa i rozwoju.

Fundusz powierniczy UE dla Afryki został opracowany w celu udzielenia pomocy dwudziestu trzem krajom w trzech regionach Afryki (Róg Afryki, Sahel i basen jeziora Chad, Afryka Północna), obejmuje on niektóre z najbardziej niestabilnych państw afrykańskich, które jako kraje pochodzenia narażone są na zjawisko migracji, tranzytu lub destynacji, lub tych trzech zjawisk jednocześnie, a które mogą w największym stopniu skorzystać z tej formy pomocy finansowej UE. Niniejszym wstrzymałem się od głosu.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Le fonds fiduciaire de l'Union européenne pour l'Afrique a été créé en novembre 2015, suite au sommet de La Valette (Malte) sur la migration, pour apporter un soutien aux États africains les plus affectés par les migrations irrégulières. Quatre régions sont particulièrement ciblées: la Corne de l'Afrique, le Sahel, le bassin du Lac Tchad et, plus globalement, l'Afrique du Nord. J'ai voté en faveur de ce rapport qui dresse un constat des difficultés impliquées par la création de ce fonds, en termes de financement, de mise en œuvre et de contrôle. À travers ce texte, nous appelons à davantage de transparence et de cohérence, tant dans l'élaboration des programmes que dans la concrétisation des projets. L'efficacité du développement doit être une priorité, et c'est ainsi que l'ensemble des parties prenantes (l'UE, ses États membres et les États africains) doivent assumer pleinement leurs responsabilités pour faire de ce fonds d'affectation spéciale un outil utile à la résolution de cette crise migratoire sans précédent.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Criado na Cimeira de Valeta sobre migração, o Fundo Fiduciário de Emergência da União Europeia para África (FFUE) tem como objetivos fundamentais o combate às causas profundas da migração irregular e a promoção da estabilidade nas regiões.

O presente relatório levanta justamente questões sobre matérias como o financiamento, a implementação e o escrutínio do referido fundo. O mesmo relatório sublinha o interesse de todos os Estados Membros em honrarem os seus compromissos a nível de contribuições para que seja possível aplicar o FFUE de forma íntegra e integral.

Por outro lado, o relatório chama a atenção para a necessidade de monitorização constante na aplicação do FFUE. Nesse sentido, saliento que é imperativo o foco primário na migração e que o fundo deve dar prioridade à prevenção de conflitos, à implementação do Estado de Direito e à boa governação.

Por considerar que são de elevada importância uma definição e uma implementação transparentes, responsáveis e politicamente coerentes, aquando da utilização de fundos como o FFUE, votei favoravelmente o presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against the non-legislative report. It calls on Member States to contribute more money to African EU projects and wants to influence the day to day running of African governments. UKIP does not support increased EU influence. In addition, UKIP does not believe in the use of aid handouts but would rather see removal of trade barriers.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, uma vez que o principal objetivo do FFUE é ajudar a promover a estabilidade em regiões africanas e contribuir para uma melhor gestão da migração. Mais especificamente, o FFUE visa atacar as causas profundas que estão na origem da desestabilização, das deslocações forçadas e da migração irregular, através da promoção da resiliência, de oportunidades económicas, da igualdade de oportunidades, da segurança e do desenvolvimento.

O FFUE pretende ser um instrumento de desenvolvimento que reúne recursos provenientes de diversos doadores, a fim de permitir que a União Europeia dê uma resposta rápida, flexível, complementar, transparente e coletiva a uma situação de emergência nas suas diversas vertentes.

O acompanhamento da Comissão sobre a utilização e a afetação dos recursos financeiros do FFUE deve ser sistemático e reforçar os poderes de controlo do Parlamento sobre o FFUE. Cabe também ao Conselho e à Comissão comunicarem regularmente as ações concretas empreendidas pela UE e pelos Estados africanos aquando da utilização destes fundos, bem como os resultados obtidos.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Los socialistas españoles en el Parlamento Europeo, apoyamos la puesta en marcha de instrumentos que, además de permitir desembolsar fondos con más rapidez y flexibilidad, mejoren la coordinación de las políticas y de los instrumentos para el desarrollo. Pero esto no constituye en ningún caso un cheque en blanco para que se financie cualquier tipo de política. Con este voto hemos dejado claro que no vamos a permitir que se desvíe dinero de los objetivos de la cooperación al desarrollo. No permitiremos que se ponga en peligro la política de cooperación al desarrollo y su fin último, la erradicación de la pobreza.

Los progresistas de la Eurocámara apostamos con nuestro voto a favor, por un mayor control y por un instrumento que asegure un paso adelante de manera transparente a favor de los países africanos, a favor de su desarrollo sostenible. Lamentamos que otras fuerzas de la izquierda no se hayan unido a este llamamiento.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur le fonds d'affectation spéciale de l'Union européenne pour l'Afrique. Ce fonds a pour objectif de favoriser la stabilité de ces régions et de contribuer à mieux gérer la migration. Dans un contexte de crise migratoire, le rapport souligne la nécessité d'accroître le pouvoir de contrôle du Parlement sur le fonds afin de vérifier comment celui-ci est utilisé. Une plus grande coordination entre les acteurs, une meilleure transparence et une communication renforcée sont indispensables pour créer les conditions d'une plus large participation.

Le rapport souligne justement qu'il est crucial d'agir sur les causes de la migration et d'en comprendre les conséquences pour mobiliser le fonds de manière plus adéquate.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O Fundo Fiduciário da UE para a África (FFUE) foi estabelecido na Conferência de Valeta em Novembro de 2015. Considerando os atuais e ímpares níveis de migração ilegal e irregular, o FFUE foi criado como forma de apoiar os países africanos mais afetados, ajudar a restabelecer a estabilidade e estreitar a cooperação entre África e UE em matérias como a gestão de fluxos migratórios, a segurança e o desenvolvimento.

O FFUE pretende abordar as causas que estão na origem da desestabilização, deslocamento e migração em três regiões específicas: Corno de África, Sahel e Lago Chade e, por fim, Norte de África.

Para alcançar estes objetivos, estabeleceram-se quatro sectores prioritários a tratar: programas económicos, resiliência, gestão da migração e estabilidade e governança.

O presente relatório levanta algumas questões relativas ao FFUE apelando à sua transparência, *accountability*, propriedade e coerência política, em especial na definição e implementação dos projetos, bem como no respeito pleno pelos princípios do desenvolvimento sustentável. Além disso, efetua uma avaliação crítica sobre os aspetos orçamentais, elencando as suas deficiências e instando as partes interessadas a assumir os seus compromissos e responsabilidades.

Porque concordo genericamente com o teor deste relatório de iniciativa, votei-o favoravelmente.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif aux questions de financement, à la mise en œuvre et au contrôle du fonds fiduciaire de l'Union européenne pour l'Afrique. Ce fonds a été créé lors du sommet de la Valette en novembre 2015 sur les migrations et prévoit une enveloppe de 1,8 milliard d'euros. L'objectif principal de ce fonds vise à favoriser la stabilité dans cette région et à contribuer à mieux gérer la migration. Il entend également s'attaquer aux causes profondes de la déstabilisation, des déplacements forcés et de la migration clandestine, en veillant à promouvoir la résilience, les débouchés économiques, l'égalité des chances, la sécurité et le développement. Ce rapport appelle à la transparence et à la clarté pour une meilleure réalisation des objectifs.

Il est fondamental que ce fonds respecte le principe de cohérence et évite toute contradiction entre les objectifs du développement et la sécurité, les politiques humanitaires et migratoires. Dans l'utilisation de ce fonds, l'Union et les États membres doivent se fixer comme objectifs à long terme la consolidation de la paix et le renforcement de la gouvernance dans les pays bénéficiaires.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación de este informe, porque hay aspectos del informe que son muy favorables, pero tiene aún defectos muy notables. La posición de GUE se ha tenido en cuenta en la condena del uso de los fondos para proyectos de control sin objetivos de desarrollo, el reconocimiento de las autoridades locales como actores clave, la necesidad de desarrollar los servicios públicos de los países de origen, etc.

No obstante, la vagueza de la definición del rol de las organizaciones internacionales en el informe abre la puerta a su uso para financiar «misiones militares de paz» así como formación y capacitación en el sector de la seguridad.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über den EU-Treuhandfonds (EUTF) in Afrika gestimmt.

Der EUTF in Afrika wurde auf dem Migrationsgipfel von Valletta im November 2015 eingerichtet, um angesichts der zu beobachtenden Migration die am stärksten betroffenen afrikanischen Staaten zu unterstützen, Stabilität in diesen Regionen zu schaffen und die Zusammenarbeit zwischen der EU und Afrika in Belangen wie Migrationssteuerung, Sicherheit und Entwicklung zu fördern. Ziel ist es, die Ursachen der Destabilisierung, Vertreibung und irregulären Migration zu bekämpfen.

In dem Bericht wird Transparenz, Rechenschaftspflicht, Eigenverantwortlichkeit und Politikkohärenz bei der Ausarbeitung und Durchführung des Projekts unter uneingeschränkter Achtung der Grundsätze der Effizienz in Entwicklungsfragen gefordert.

Zudem werden Zahlungsengpässe der Mitgliedstaaten kritisch geprüft und alle Interessenträger dazu aufgefordert, ihren Zusagen und ihrer Verantwortung unverzüglich nachzukommen.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – The report is calling for Member States to contribute money to finance the EU Trust Fund. So naturally I voted against it.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — I voted in favour of this report because it calls for steps to be taken so that the Trust Funds are better monitored by the European Parliament, because they currently lack transparency in their use.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* — Hlasoval som proti. Nemyslím si totiž, že v pravidlách a kritériách, ktorými sa riadi rozvojová pomoc pre projekty financované z trustového fondu EÚ, sa má zdôrazňovať aj to, že politika EÚ týkajúca sa spolupráce v oblasti bezpečnosti, riadenia migrácie a boja proti obchodovaniu s ľuďmi a prevádzačstvu by mala zahrnovať osobitné ustanovenia zdôrazňujúce práva osôb LGBTI, sexuálne a reprodukčné zdravie a práva.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – V nadväznosti na samit afrických a európskych hláv štátov alebo predsedov vlád vo Vallette (november 2015) bol zriadený trustový fond EÚ pre Afriku, ktorý umožňuje Únii, jej členským štátom a prispievajúcim darcom, aby reagovali na rozličné rozmery núdzových situácií prostredníctvom spoločných pružných a rýchlych reakcií na súčasné výzvy, ale aj príležitosti spojené s migráciou. Mrzí má, že aj napriek tejto pomoci ešte stále 1,5 miliardy ľudí žije v nestabilných a konfliktami postihnutých oblastiach na celom svete. Na strane druhej oceňujem, že trustový fond EÚ pre Afriku v kontexte súčasnej krízy pomáha regiónom Afriky od Sahelu až po Africký roh a regiónu severnej Afriky riešiť základné príčiny destabilizácie, núteného vysídľovania a neregulárnej migrácie. Podporila som uznesenie, lebo verím, že na základe prijatých opatrení sa nám podarí odstrániť doterajšie nedostatky trustového fondu, či už ide o využívanie prostriedkov trustového fondu alebo samotnú koordináciu medzi všetkými subjektmi, ktoré sú zapojené do riadenia tohto fondu. Rovnako verím, že rozšírením humanitárnej a rozvojovej pomoci EÚ pre utečencov a migrantov zabránime ďalším stratám na životoch na mori a posilníme spoluprácu s kľúčovými krajinami tranzitu a pôvodu.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Skrbniški sklad EU za Afriko je bil ustanovljen lani kot odziv na migracijske tokove v Evropo. Njegov cilj je uporabiti določena sredstva za boj proti ključnim vzrokom tovrstnih migracij ter podpreti vse vidike stabilnosti, ki lahko pripomorejo k boljšemu spoprijemanju z migracijami.

Sklad geografsko pokriva regije Sahela, jezera Čad, Afriškega roga in Severno Afriko, financiranje pa večinoma prihaja iz proračuna Evropskega razvojnega sklada (EDF). Možni projekti, ki bodo lahko bili vzpostavljeni s pomočjo sklada, se nanašajo na oblikovanje ekonomskih programov, ki bodo ustvarjali zaposlitvene priložnosti, projekte, ki bi podprli osnovne storitve za lokalno prebivalstvo, projekte, ki bi podprli management migracij, ter podporo splošnemu vodenju oz. upravljanju.

Čeprav je poročilo na določenih delih pomanjkljivo ali ponavljajoče, sem mnenja, da lahko tovrsten sklad pozitivno vpliva tako na morebitne migrante iz teh področij kot tudi na življenja Evropejcev.

Iz tega razloga sem glasoval za poročilo.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Oblasť Afriky je aktuálne vnímaná najmä ako zdroj migrácie. Vhodne a adresne alokovaná finančná a nefinančná pomoc môže nielen masovú migráciu, ale aj vytvoriť predpoklady pre naštartovanie ich vlastného hospodárskeho rastu. Pomoc však musí byť vždy podmienená požiadavkami na demokratizáciu, dodržiavanie ľudských a občianskych práv a štrukturálne reformy.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – In seiner Entschließung weist das EP erneut auf ein wichtiges Kriterium in der Entwicklungshilfe hin: Hilfe gibt es nur für die Übernahme „europäischer Prinzipien“: Gendermainstreaming, besondere Rechte für LGBTIQ, Abtreibung und andere Methoden der Steuerung von Werten und Normen fremder Kulturen. Damit macht sich die EU keine Freunde in Afrika, und gegen diesen „Werte-Import“ haben sich die Vertreter der afrikanischen Staaten mehrfach gewehrt. Solange die EU ihre „Prinzipien“ den afrikanischen Staaten aufdrängt, fruchtet Entwicklungshilfe nicht. Aber sie schafft ständig Abhängigkeiten: „Wes Brot ich ess, dess Lied ich sing“ gilt auch für die Beziehungen zu Afrika.

Entwicklungshilfe sollte stets Hilfe zur Selbsthilfe sein. Angesichts des riesigen Bedarfs an Unterstützung der Entwicklungsländer einerseits und der Begrenztheit der Mittel andererseits ist angezeigt, die Maßnahmen zu konzentrieren. Nur solche Projekte sind zu unterstützen, die das Empfängerland bzw. die einheimischen Unternehmen nach Ablauf der Projektdauer ohne fremde Hilfe selbständig weiterführen können. Vorrang in der Entwicklungshilfe haben Maßnahmen, die investiv und organisatorisch durch private Unternehmen vor Ort begleitet werden können. Fluchtursachen in den Herkunftsländern müssen bekämpft werden, auch wenn dies für die westliche Wirtschaft nachteilig ist. Das fordert die AfD. Das gewährt die EU nicht. Deswegen habe ich gegen diese Entschließung gestimmt.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Glavni cilj Uzajamnog fonda Europske unije za Afriku je doprinos stabilnosti i bolje upravljanje migracijama. Drugim riječima, cilj Fonda je riješiti uzroke destabilizacije, prisilnog raseljavanja i nezakonitih migracija.

U Africi se bilježi vrlo visoka stopa rasta stanovništva što može dovesti do naglog porasta mladog, radno sposobnog stanovništva i velike gospodarske koristi. Da se to ostvari potrebno je mladima omogućiti obrazovanje i stjecanje vještina kako bi ostvarili svoj potencijal. Smatram da je potrebno više transparentnosti da se smanji zlouporaba razvojne pomoći i da pomoć stigne do onih kojima je ona najpotrebnija.

Podržavam izvješće o Uzajamnom fondu Europske unije za Afriku jer smatram da su smjernice navedene u njemu kvalitetne, a provedba tih smjernica može dovesti do jačanje uloge nevladinih i međunarodnih organizacija, kao i lokalne vlasti.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o skrbniškem skladu EU za Afriko: posledice za razvojno in humanitarno pomoč.

Ustanovitev nujnega skrbniškega sklada Evropske unije za Afriko ter dodelitev 1,8 milijarde evrov finančni sredstev EU je ad hoc odziv na izzive, s katerimi se soočamo, opozarja pa nas, da potrebujemo bolj fleksibilen proračun EU ter večje proračunske rezerve, če se bomo v prihodnosti želeli uspešneje spopadati z nepričakovanimi krizami.

Kljub izrednim razmeram, ki terjajo od nas hitro in učinkovito ukrepanje, pa ne smemo pozabiti na zakonito, pregledno in odgovorno rabo proračuna Evropske unije. Če želimo v polnosti izkoristiti potencial skrbniškega sklada, potem potrebujemo večji prispevek držav članic, ki so v sklad prispevale manj kot 5 %. Želim si, da bodo države članice prešle od besed k dejanjem, spoštovale svoje zaveze ter prispevale v sklad.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Πρωταρχικό μέλημα της Ένωσης θα πρέπει να είναι η καταπολέμηση της φτώχειας και της λιτότητας των κρατών μελών της και όχι η κάθε είδους χρηματοδότηση αφρικανικών και γενικότερα τρίτων κρατών.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az előterjesztést, elsősorban abban a reményben, hogy az olyan változásokat indukál, amelyek alapján az Alap jobban betöltheti majd alapvető célját, a tömeges migráció okainak helyben, a gyökereknél való kezelését. Remélem azt is, hogy ennek nyomán a tagállamok felismerik felelősségüket, és a megszavazott és vállalt 1,8 milliárd euró hozzájárulást biztosítják az Alap működéséhez (szemben az eddig teljesített, összesen alig 81 milliós minimális tagállami átutalással). EP-képviselőtársaim nagy részével egyetértve helytelenítem azonban, hogy az Alap forrásait határőrizetre használják fel, teljes ellentétben annak eredeti céljával. Nehezményezem azt is, hogy az Alap nem része az EU költségvetésének, s így nem esik a Parlament ellenőrzése alá; meggyőződésem, hogy ennek a helyzetnek a korrigálása a jelen határozat nyomán a befizetés és a forráselosztás fenti problémáit is orvosolhatná.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Idea utworzenia Funduszu powierniczego UE na rzecz Afryki po raz pierwszy została poddana pod dyskusję w trakcie szczytu europejskich przywódców w Valletcie w sprawie migracji w listopadzie 2015 r. Ze względu na niespotykany wcześniej poziom nielegalnej migracji fundusz został powołany w celu wspierania afrykańskich krajów najbardziej dotkniętych tym kryzysem, w celu wzmocnienia stabilności w regionie oraz promowania ściślejszej współpracy na linii UE-Afryka w kwestiach dotyczących zarządzania migracją.

Przedstawione sprawozdanie odpowiada na wiele pytań i wątpliwości zgłaszanych w kontekście utworzenia Funduszu w zakresie finansowania, wdrażania i kontroli. W dokumencie znalazł się również apel o zwiększenie przejrzystości, odpowiedzialności i spójności polityki w określaniu i realizacji projektów, przy jednoczesnym pełnym poszanowaniu zasad skuteczności rozwoju. Fundusz musi przyczyniać się przede wszystkim do realizacji celów długoterminowych, tj. zapewnienia pokoju i wzmocnienia rządów w krajach, z których pochodzą nielegalni imigranci.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – La relazione del nostro collega Ignazio Corrao sul fondo fiduciario per l'Africa, per il quale il Movimento 5 Stelle si è sempre battuto, è stata un successo in quanto è stata approvata con larga maggioranza. Grazie a questa relazione l'Europa dovrà stanziare 1,8 miliardi di euro da destinati a istruzione, salute, formazione e servizi pubblici essenziali e anche gli Stati membri dovranno fare la loro parte inviando i propri contributi al fondo. Se veramente vogliamo bloccare i flussi migratori verso l'Europa, vanno sradicate le cause profonde della migrazione. Se fatto funzionare con specifici controlli periodici, coinvolgendo le ONG e la società civile locale nella programmazione e realizzazione dei progetti, il fondo fiduciario si dimostrerà uno strumento efficace per realizzare gli scopi che si prefigge. Pertanto ho votato a favore.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană este cea mai importantă sursă de ajutor pentru dezvoltare destinat țărilor din Africa. Acest lucru derivă din înțelegerea importanței soluționării problemelor de pe continentul african, aflat în vecinătatea sudică a Uniunii. Fondul fiduciar al UE pentru Africa (EUTF) este unul dintre instrumentele concepute cu ocazia summitului de la Valletta privind migrația din noiembrie 2015, în vederea stabilizării continentului și a unei gestionări mai bune a migrației. În această ultimă privință, accentul trebuie să cadă pe cauzele profunde ale destabilizării, strămutării forțate și migrației ilegale, încurajând soluții ca reziliența, oportunitățile economice, egalitatea de oportunități, securitatea cetățenilor și dezvoltarea. Cu toate acestea, folosirea efectivă a fondurilor EUTF trebuie atent monitorizată, pentru a evita deturnarea lor în scopuri obscure ale unor actori locali sau pentru controlul frontierelor. Domeniile care trebuie să constituie țintele prioritare ale investițiilor sunt educația, locurile de muncă, buna guvernare, proiectele de mediu, adică cele legate de viața de zi cu zi a locuitorilor de pe continentul african. EUTF este, însă, doar una din componentele răspunsului UE la criza migrației. Statele membre trebuie să susțină mai multe instrumente de acest tip pentru a obține rezultate concrete. Totuși, este vorba despre un prim pas în direcția bună.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour le texte, suivant l'avis de ma collègue PS, experte en la matière. Soulignons toutefois qu'il faut favoriser les alliances avec l'Afrique sans sombrer dans une approche coloniale qui irait à l'encontre des valeurs de l'Union.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o skrbniškem skladu EU za Afriko: posledice za razvojno in humanitarno pomoč sem podprla.

Glavni cilji skrbniškega sklada EU za Afriko so prispevanje k stabilnosti v regijah, upravljanje migracij, odpravljanje temeljnih vzrokov za destabilizacijo in prisilnega razseljevanja ter spodbujanje odpornosti, gospodarskih priložnosti, enakih možnosti, varnosti in razvoja.

Mlade moramo opremiti z izobrazbo in veščinami, ki jih potrebujejo za uresničitev svojega potenciala, in ustvariti zaposlitvene priložnosti, da bi spodbudili stabilnost, trajnostno gospodarsko rast, socialno kohezijo in razvoj v regiji.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación de este informe, porque hay aspectos del informe que son muy favorables, pero tiene aún defectos muy notables. La posición de GUE se ha tenido en cuenta en la condena del uso de los fondos para proyectos de control sin objetivos de desarrollo, el reconocimiento de las autoridades locales como actores clave, la necesidad de desarrollar los servicios públicos de los países de origen, etc.

No obstante, la vagueza de la definición del rol de las organizaciones internacionales en el informe abre la puerta a su uso para financiar «misiones militares de paz» así como formación y capacitación en el sector de la seguridad.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – L'objectif principal du fonds d'affectation spéciale de l'Union européenne pour l'Afrique vise à favoriser la stabilité dans ces régions et à contribuer à mieux gérer la migration. Le fonds d'affectation spéciale de l'Union européenne vise à s'attaquer aux causes profondes de la déstabilisation, des déplacements forcés et de la migration clandestine en veillant à promouvoir la résilience, les débouchés économiques, la sécurité et le développement.

Malgré des aspects volontaristes, ce rapport s'inscrit dans une logique de financements à l'aveugle, sans contrôles ni a posteriori, ni à priori de la bonne utilisation et gestion des fonds, l'UE préférant se décharger sur les autorités locales et un partenariat avec le secteur privé, dans un hypothétique espoir de transfert de charges à venir dans le cadre de la politique de développement.

Ce rapport voit la croissance démographique comme un atout dans les zones en voie de développement alors que les politiques d'emploi et de formation des jeunes sont très en retard par rapport aux objectifs de développement fixés, et que l'avenir est incertain pour les jeunes générations.

J'ai donc choisi l'abstention.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Fundusz powierniczy na rzecz Afryki (EUTF) pełni istotne narzędzie rozwoju obszarów objętych ubóstwem, destabilizacją społeczną i gospodarczą, problemem migracji i brakiem dostępu do finansowania. Dotychczasowe wyniki pracy pokazują jednak, że finansowanie tych działań nie przyniosło zamierzonych efektów. Istniejący kryzys imigracyjny przyczynił się do zachwiania bezpieczeństwa obywateli UE. Niesienie pomocy humanitarnej jest naszym obowiązkiem, ale pomoc nieść należy w sposób rozważny i odpowiedzialny. W mojej opinii projekt rezolucji nie spełnia tego warunku, dlatego sprzeciwiłem się jego przyjęciu.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A Bizottság elnöke és 25 uniós tagállam, valamint Norvégia és Svájc által aláírt Uniós Szükséghelyzeti Alap Afrikáért létrehozását az európai és afrikai partnerek a migrációval foglalkozó vallettai csúcstalálkozón kezdeményezték 2015. november 12-én azzal a fő céllal, hogy elősegítse a stabilitást a régióban, és hozzájáruljon a migráció jobb kezeléséhez. A szükséghelyzeti alap konkrét rendeltetése a destabilizáció, a kényszerű lakóhelyelhagyás és az illegális migráció kiváltó okainak kezelése az ellenálló-képesség, a gazdasági lehetőségek, az esélyegyenlőség, a biztonság és a fejlődés előmozdítása révén. Jelen dokumentumot támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — Me he abstenido en la votación de este informe, porque hay aspectos del informe que son muy favorables, pero tiene aún defectos muy notables. La posición de GUE se ha tenido en cuenta en la condena del uso de los fondos para proyectos de control sin objetivos de desarrollo, el reconocimiento de las autoridades locales como actores clave, la necesidad de desarrollar los servicios públicos de los países de origen, etc.

No obstante, la vagueza de la definición del rol de las organizaciones internacionales en el informe abre la puerta a su uso para financiar «misiones militares de paz» así como formación y capacitación en el sector de la seguridad.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Primenu, kad į žmones ir bendruomenes orientuotas požiūris yra itin svarbus, ir tvirtai manau, kad didžiausias ES patikos fondo dėmesys turėtų būti sutelktas ne tik į ekonomikos vystymąsi, bet ir į visuomeninius projektus, kuriais konkrečiai siekiama pagerinti pagrindinių paslaugų kokybę ir padidinti jų teisingumą bei visuotinį prieinamumą, ypač švietimo, profesinio mokymo, sveikatos priežiūros ir mitybos, aprūpinimo maistu saugumo ir vandens bei sanitarijos sektoriuose, kurie visi labai svarbūs didinant vietos gyventojų įtraukumą, įgalinimą ir gerovę, ypatingą dėmesį skiriant jaunimui, taip pat reagavimui į pažeidžiamų bendruomenių poreikius, įskaitant mažumas, kartu turint galimybes visiems gyventojams teikti geresnes ir nešališkesnes bei tvaresnes paslaugas.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of report on the EU Trust Fund for Africa: the implications for development and humanitarian aid. The main goal of the EU Trust Fund for Africa (EUTF) is to help foster stability in the regions and contribute to better migration management; whereas, more specifically, the EUTF aims to address the root causes of destabilisation, forced displacement and irregular migration by promoting resilience, economic opportunities, equal opportunities, security and development. The report stresses that the volatility of voluntary contributions shows that recourse to funding instruments outside the EU budget is not a viable way to mobilise additional funding and urges the Member States to honour their pledges and to rapidly and effectively match the Union contribution. I voted in favour because I strongly believe that the EUTF should focus not only on economic development but also on

grassroots projects specifically aimed at improving quality, equity and universal accessibility of basic services as well as training to develop local competences.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – El Fondo Fiduciario de Emergencia de la Unión para la Estabilidad y para abordar las causas profundas de la migración irregular y de las personas desplazadas en África se creó en noviembre de 2015, con el objetivo de contribuir a impulsar la estabilidad, en aras de mejorar la gestión de la migración, pretendiendo hacer frente a las causas profundas de la desestabilización, el desplazamiento forzoso y la migración irregular, y promoviendo la igualdad de oportunidades, las oportunidades económicas, la seguridad y el desarrollo. Este informe aborda muchas de las cuestiones surgidas en relación a la creación de este fondo en términos de financiación, implementación y escrutinio, llamando a la transparencia, la rendición de cuentas y la coherencia entre políticas a la hora de definir y poner en práctica proyectos, a la vez que respetando, por encima de todo, los principios de la efectividad en el desarrollo. Además, el documento ofrece una evaluación crítica de los aspectos presupuestarios que conciernen a los Estados miembros. En este ámbito, cabe recordar que España fue el primero en apoyar la creación del Fondo y uno de los primeros en anunciar su contribución. Por todo ello, he considerado oportuno votar a favor.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – Los socialistas españoles en el Parlamento Europeo, apoyamos la puesta en marcha de instrumentos que, además de permitir desembolsar fondos con más rapidez y flexibilidad, mejoren la coordinación de las políticas y de los instrumentos para el desarrollo. Pero esto no constituye en ningún caso un cheque en blanco para que se financie cualquier tipo de política. Con este voto hemos dejado claro que no vamos a permitir que se desvíe dinero de los objetivos de la cooperación al desarrollo. No permitiremos que se ponga en peligro la política de cooperación al desarrollo y su fin último, la erradicación de la pobreza.

Los progresistas de la Eurocámara apostamos con nuestro voto a favor, por un mayor control y por un instrumento que asegure un paso adelante de manera transparente a favor de los países africanos, a favor de su desarrollo sostenible. Lamentamos que otras fuerzas de la izquierda no se hayan unido a este llamamiento.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – With my Labour and Socialist colleagues, I voted in favour of this report because the Africa Trust fund is one piece in the puzzle of the EU's response to the migration crisis. It supports the Commission's efforts to address the problem of global migratory flows, but stresses that efforts to address this problem should not take resources away from development funds concentrating on the root causes of migration. This report also calls for steps to be taken so that the Trust Funds are better monitored by the European Parliament, because they currently lack transparency in their use.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. — Ik heb volmondig ingestemd met dit verslag. Het Europees Parlement dient te allen tijde zijn instemming te verlenen aan de begroting van de Europese Unie. In sommige situaties bij het verlenen van noodhulp is het verstaanbaar dat niet te alle tijde het begrotingsakkoord van het Parlement gevraagd kan worden. Het Parlement vraagt wel dat er, gezien de buitengewone flexibiliteit en snelheid die eigen zijn aan een trustfonds, ten minste een keer in de zes maanden periodiek verslag wordt uitgebracht aan het Parlement. Er is behoefte aan transparante controle, beoordeling en verantwoordingsplicht ten aanzien van de prestaties. Er moet gecontroleerd kunnen worden of de gelden het gewenste effect hebben en efficiënt uitgegeven werden.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O objetivo do fundo é ajudar a promover a estabilidade nessas regiões e contribuir para uma melhor gestão da migração. O valor da contribuição da UE para o fundo: 1,8 mil milhões de euros, embora em abril de 2016 ascendesse ainda apenas a 81,71 milhões de euros.

Em primeiro lugar, não deixa de ser lamentável que as contribuições dos Estados-Membros se mantenham muito baixas e que haja atrasos nos pagamentos, instando-se os Estados-Membros a honrarem os seus compromissos.

Acompanhamos a necessidade de ajudas ao desenvolvimento. Não acompanhamos esta lógica dos fundos fiduciários que passam ao lado do orçamento da UE e que, em muitos casos, carecem de transparência na sua gestão e concretização.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Treuhandfonds ist kein wirksames Mittel, um einen Stopp der Abwanderung aus Afrika durch Investitionen zu gewährleisten. Meist sind gerade diese Mittel und Maßnahmen schuld an der Abwanderung. Stattdessen werden wiederum wichtige Fluchtpräventionen vernachlässigt, wie z. B. eine ordentliche Grenzsicherung bzw. Kontrolle in diesen Staaten. Daher habe ich den Vorschlag abgelehnt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sul fondo fiduciario dell'UE per l'Africa: implicazioni per lo sviluppo e l'aiuto umanitario. In particolare, la relazione evidenzia l'importanza di utilizzare l'intero importo del fondo fiduciario per progetti finalizzati puramente allo sviluppo, tra cui l'istruzione, l'assistenza sanitaria e le infrastrutture.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – The Africa Trust fund is one piece in the puzzle of the EU's response to the migration crisis. It is disappointing, however, that Member States (including the UK Government) have not matched the EU's efforts in contributing to the trust fund. Together with my S&D colleagues, I support the Commission's efforts to address the problem of global migratory flows, but stress that efforts to address this problem should not take resources away from development funds concentrating on the root causes of refugee flight and migration. This report calls for steps to be taken so that the Trust Funds are better monitored by the European Parliament, because they currently lack sufficient transparency in their use.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), *na piśmie*. – Celem funduszu powierniczego UE dla Afryki (EUTF), który został uruchomiony w listopadzie 2015 r. w Valettcie, jest wspieranie stabilizacji w regionach afrykańskich i przyczynienie się do lepszego zarządzania migracjami. Fundusz ma udzielać wsparcia przy wyeliminowaniu źródłowych przyczyn destabilizacji, przymusowych przesiedleń i nieuregulowanej migracji w dwudziestu trzech krajach, w trzech regionach Afryki: Róg Afryki, Sahel i basen jeziora Czad, Afryka Północna. W głosowaniu wstrzymałam się od głosu, ponieważ, mimo, że sprawozdanie promuje właściwe podejście do tematyki migracji, to promuje również dostęp do praw reprodukcyjnych, tj. m.in. aborcji.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραπτώς*. – Η έκθεση της επιτροπής Ανάπτυξης αναλύει σε λεπτομέρεια τις πτυχές του προϋπολογισμού για τον τρόπο παροχής της βοήθειας, υποστηρίζει την διαφάνεια και την αποτελεσματικότητα των στόχων, ενώ υπογραμμίζει τον ρόλο των διεθνών και τοπικών οργανισμών και φορέων. Ψήφισα θετικά.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – Debido a altos niveles de migración irregular, el Fondo Fiduciario de la UE para África fue creado para apoyar a los países africanos más afectados, para ayudar a promover la estabilidad en esas regiones y para promover una cooperación más estrecha entre África y la UE en temas de gestión de la migración, la seguridad y el desarrollo.

El informe hace referencias a la financiación, la ejecución y el control. Se llama a la transparencia, la rendición de cuentas y la propiedad y la coherencia de las políticas en cuanto a la definición y ejecución de proyectos, con pleno respeto de los principios del desarrollo y su eficacia.

El informe ofrece una evaluación crítica de los aspectos presupuestarios y las deficiencias en términos de financiación por los Estados miembros. Además pide a todas las partes interesadas que cumplan puntualmente con sus compromisos y responsabilidades.

Por último, España ya ha aportado la contribución correspondiente y está participando activamente en este Fondo, por lo que voto a favor de este informe.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς*. — Η έκθεση για το «καταπιστευματικό ταμείο της ΕΕ για την Αφρική» αποκαλύπτει και τους πραγματικούς στόχους που υπηρετεί η δημιουργία του. Να αποτελέσει ένα ακόμη μηχανισμό της ΕΕ για τις πολύμορφες οικονομικές, πολιτικές και στρατιωτικές επεμβάσεις της στην αφρικανική ήπειρο, που αποτελεί μία από τις γεωστρατηγικές προτεραιότητες της επιθετικής ιμπεριαλιστικής πολιτικής της και πεδίο σφοδρών μονοπωλιακών ανταγωνισμών ανάμεσα σε ιμπεριαλιστικά κέντρα και ισχυρές καπιταλιστικές χώρες για την εκμετάλλευση των πλουτοπαραγωγικών – κυρίως ενεργειακών - πηγών. Τα ψεύτικα λόγια για την αντιμετώπιση δήθεν των αιτιών της μετανάστευσης και τα υποκριτικά ευχολόγια για ανθρώπινα δικαιώματα δεν μπορούν να κρύψουν τον πραγματικό προορισμό του ταμείου που ομολογεί η ίδια η έκθεση: Χρηματοδότηση επεμβάσεων που, με τον μανδύα των «ειρηνευτικών επιχειρήσεων» , θα επεκτείνουν τις ήδη αναπτυγμένες στρατιωτικές αποστολές της ΕΕ (Σομαλία, Μάλι, Κεντροαφρικανική Δημοκρατία, Νίγηρας, χώρες του Σαχέλ κλπ) σε κάθε περιοχή της Αφρικής, όπου το απαιτούν τα συμφέροντα των μονοπωλιακών ομίλων. Τα ταμεία της ΕΕ δεν δημιουργούνται για την αντιμετώπιση της φτώχειας και της εξαθλίωσης που γεννά και αναπαράγει το ιμπεριαλιστικό σύστημα, αλλά για την ένταση της καπιταλιστικής εκμετάλλευσης. Αυτή την εκμετάλλευση πρέπει να αντιπαλέψουν οι λαοί και να την ανατρέψουν, οικοδομώντας τη δική τους εξουσία.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Hlavným cieľom európskeho trustového fondu pre Afriku, ktorý bol vytvorený na summite o migrácii vo Vallette v novembri 2015, je podpora stability v regióne a zlepšenie managementu migrácie. Trustový fond si dal za cieľ adresovať korene destabilizácie, núteného vysídľovania a migrácie, a to podporou bezpečnosti, rozvoja a ekonomických možností. Medzičasom aktívne asistoval v 23 afrických krajinách, ktoré sú krajinami pôvodu, tranzitu, či destináciou migrácie. V rámci tohto uznesenia Parlament pripomenul, že hoci členské štáty sľúbili prispieť do trustového fondu, doteraz reálne prispeli len veľmi malou sumou a mali by si preto uvedomiť, že na efektívne fungovanie fondu bude potrebné, aby svoje sľuby dodržali. Uznesenie okrem toho poukázalo aj na nedostatočnú flexibilitu finančného rámca, ktorý nie je schopný rýchlo reagovať na krízy, a vyzvalo na zvýšenie jeho stropu. Súhlasím s tým, že sľuby, ktoré členské štáty dali v súvislosti s príspevkami do trustového fondu, sa majú dodržiavať, na druhej strane však nesúhlasím s výzvami na navýšenie stropu viacročného finančného rámca. Vo všeobecnosti by sa krízové situácie nemali zakaždým riešiť navýšením rozpočtu, ale najmä efektívnym využitím už existujúcich schém a prostriedkov. Práve preto som sa rozhodla v záverečnom hlasovaní zdržať.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei a favor do relatório Corrao sobre o Fundo Fiduciário da UE para África, por considerar fundamental o papel deste fundo para ajudar a promover a estabilidade na região e contribuir para uma melhor gestão da migração.

Destaco ainda a missão deste fundo no sentido de se debruçar sobre as causas profundas que estão na origem da desestabilização, das deslocações forçadas e da migração irregular, através da promoção da resiliência, de oportunidades económicas, da igualdade de oportunidades, da segurança e do desenvolvimento.

Lamento, no entanto, que os fundos fiduciários não estejam sujeitos ao escrutínio do Parlamento Europeu, dado o valor acrescentado desta instituição na avaliação da gestão de fundos em matéria de assistência humanitária.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o skrbniškem skladu EU za Afriko: posledice za razvojno in humanitarno pomoč sem podprl.

Afrika se še vedno sooča z visoko stopnjo naraščanja števila prebivalstva in zgolj počasnim zmanjševanjem rodnosti, zaradi česar se bo v bližnji prihodnosti skokovito povečalo število delovno sposobnih mladih, kar bo prineslo velike potencialne socialne in gospodarske prednosti.

Menim, da je potrebno nujno opremiti mlade z izobrazbo in veščinami, ki jih potrebujejo za uresničitev svojega potenciala, in ustvariti zaposlitvene priložnosti, da bi spodbudili stabilnost, trajnostno gospodarsko rast, socialno kohezijo in razvoj v regiji.

Sklad je predvsem tudi orodje za boj proti migracijam.

5.19. Schaffung von für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf förderlichen Arbeitsmarktbedingungen (A8-0253/2016 - Tatjana Ždanoka, Vilija Blinkevičiūtė)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, vorrei argomentare la ragione del mio voto a favore di questa relazione, che affronta in maniera molto puntuale diversi aspetti del *gender pay gap*, da cui il nostro continente è ancora fortemente attraversato.

In generale si tratta di una buona relazione, che mette in evidenza le conseguenze che il lavoro di cura ha sull'occupazione lavorativa delle donne: circa 3,3 milioni di donne di età compresa tra i 15 e i 34 anni hanno dovuto lasciare il lavoro per assistere persone della loro famiglia.

La relazione, inoltre, evidenzia la necessità di politiche mirate per l'equilibrio tra vita privata e lavoro, così come per donne con disabilità, giovani, migranti e persone LGBTQI, che sono spesso vittime ancora più colpite dalla discriminazione in ambito lavorativo. In questo senso si invitano la Commissione e gli Stati membri a elaborare politiche efficaci per combattere gli stereotipi di genere.

Abbiamo votato a favore anche della non trasferibilità del congedo parentale, dal momento che riteniamo che si tratti di un segnale forte che l'Unione europea deve dare agli Stati membri. Inoltre, si affronta la questione delle pensioni. È un tema assai delicato: il periodo di maternità non viene conteggiato come periodo maturante lo scatto di livello nel percorso di carriera e noi invece pensiamo che esso debba essere equiparato.

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señor Presidente, este informe es un buen comienzo, y felicito a las ponentes por el trabajo realizado. Hemos votado a favor, porque da pasos positivos en el camino de la conciliación, pero no podemos dejar de hablar de lo sustancial: de las causas de la imposibilidad de muchos, y sobre todo de muchas mujeres, de muchas trabajadoras, para conciliar la vida personal y profesional. Es urgente refundir las Directivas de permisos por maternidad, paternidad y parentales, para que estos permisos sean iguales e intransferibles. Por el derecho de todos a cuidar, por el derecho de todos y de todas a ser cuidados, por el derecho de las mujeres a desarrollar su carrera profesional y su vida profesional en igualdad de condiciones.

Es necesaria una mayor inversión en escuelas infantiles de calidad y gratuitas y en servicios públicos de calidad para el cuidado de nuestros mayores. Y es necesario luchar contra la precariedad laboral, que ataca especialmente a las mujeres, la brecha salarial y la brecha de las pensiones. Señorías, conciliar es vivir. Y la vida debe estar en el centro de nuestras políticas.

Tim Aker (EFDD). – Mr President, since our glorious Brexit vote we have seen a large number of economic scare stories kicked into the long grass. But this should not disguise or hide the Government's policies that are turning the screws on working people.

We have seen record numbers of zero-hours contracts – zero-hours contracts that provide absolutely no job security whatsoever. The Government is also set to introduce 'pay to stay' for council tenants. Let us put that into perspective. They are levying a tax on the poorest in society. That is simply not on and we will fight it all the way. Brexit was a vote by those left behind by big business, big government and the political class and we will make sure that Brexit benefits those who voted to get our country back.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Lars Adaktusson (PPE), *skriftlig*. – Idag röstade Europaparlamentet om sin linje i pågående kommissionsarbetet med det man i EU-sammanhang kallar "work-life balance". Betänkandet ställer mycket långtgående krav på överstatlighet, inte minst när det gäller familjepolitiken. Självklart är det viktigt att en gravid kvinna erbjuds bra försäkring under tiden hon är gravid, att diskriminering i arbetslivet bekämpas och att det finns välfungerande föräldraförsäkringssystem. Men det är inte en fråga som bör ligga på EU-nivå. Jag röstade därför nej till betänkandet.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – L'obiettivo della relazione è aumentare la partecipazione delle donne al mercato del lavoro, rendendo l'attuale quadro giuridico e politico dell'UE più moderno e adeguato al mercato del lavoro odierno, onde consentire alle persone con figli o altri familiari a carico di equilibrare meglio la vita familiare e quella professionale, permettere una maggiore condivisione delle responsabilità di cura tra le donne e gli uomini e rafforzare la parità di genere nel mercato del lavoro. Per questi motivi ho espresso voto favorevole.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque creo que la conciliación entre la vida laboral y familiar es un derecho fundamental que todavía no se ha alcanzado en Europa, y que representa un obstáculo para el logro de una igualdad real entre hombres y mujeres.

Con este informe enviamos un mensaje claro a la Comisión para que actualice y complete la legislación europea. Debe presentar cuanto antes una revisión de la directiva de maternidad, una mejora de la directiva de permiso parental y dos nuevas directivas, una sobre el permiso de paternidad y otra sobre el permiso de los cuidadores.

Asimismo, es importante que se mejore la provisión de servicios de calidad a precios asequibles de cuidado de niños y otras personas dependientes, para que las mujeres, que son mayoría entre los cuidadores, puedan participar en el mercado laboral y optar a trabajos a jornada completa, que les permitan generar una pensión digna para el futuro.

También hay que racionalizar los horarios laborales e introducir mayor flexibilidad para que todos los trabajadores puedan disfrutar de su vida privada, lo que no sólo redunda en beneficio de las personas, sino también de las empresas porque los trabajadores son más productivos.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this non-binding and non-legislative report. Although there were some very sensitive issues regarding equality, discrimination and helping disadvantaged people, the report went on to call for more EU action and legislation. It included calls for the reversal in the burden of proof in legal situations which would end the presumption of innocence and irrevocably alter UK criminal law. The report called for the EU to monitor national legislation, it tried to say when schools should close, and wanted changes to national taxation and social security.

The only people that should take such decisions are our elected national governments, not unaccountable EU bureaucrats in Brussels.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this own-initiative report prepared jointly by EMPL and FEMM, which calls for the Commission and Member States to implement measures such as ensuring affordable childcare, and paid leave including maternity, paternity, parental and carers' leave in order to address the exclusion of women from the labour force due to caring responsibilities. On the issue of non-transferability of parental leave, Sinn Féin's position is in favour of non-transferability (i.e. it cannot be transferred from the father to the mother) as it is proven to benefit the position of women in the workforce.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Il est temps d'évaluer nos défis démographiques et socioéconomiques et d'adopter un ensemble de textes législatifs et non législatifs afin de promouvoir enfin un équilibre entre travail et vie privée. En votant ce rapport, le Parlement a envoyé un message fort à la Commission, qui présente sa nouvelle proposition d'ici la fin de l'année.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have expressed my support to the report concerning labour market conditions favourable for work-life balance. In 2015 the European Commission launched a public consultation titled 'A new start to address the challenges of work-life balance faced by working families'. Despite the recognition, as a fundamental right, of the reconciliation of professional, private and family life in the last decades, the EU legal and policy framework needs to be updated. I support the objective of the Commission which is to increase the participation of women in the labour market in order to allow for parents with children and/or other dependent relatives to better balance family and work life, to allow for greater sharing of care responsibilities between women and men, and to strengthen gender equality in the labour market. I would like to take this opportunity to call on the Commission and the Member States to take necessary measures in order to promote equality between women and men at work and to ensure equal earnings and equal career opportunities. In the near future the Commission should present a proposal for a revised Maternity Leave Directive, bring forward a Paternity Leave Directive and a Carers' Leave Directive as well as present an implementation report of the Parental Leave Directive.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – In diesem Bericht geht es um die Schaffung einer Reihe legislativer und nicht legislativer Maßnahmen zur Förderung eines ausgewogenen Verhältnisses von Berufs- und Privatleben. Die Kommission und die Mitgliedstaaten werden dabei aufgefordert, gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für Männer und Frauen zu schaffen. Außerdem ist es das Ziel dieses Berichts, Frauen allgemein mehr Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen, indem die geltenden rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen der EU modernisiert und an den heutigen Arbeitsmarkt angepasst werden. Ebenso wird u. a. die Relevanz einer qualitativ hochwertigen und für jedermann zugänglichen frühkindlichen Betreuung sowie die Notwendigkeit, Betreuungspflichten (von Kindern oder Familienangehörigen) stärker zwischen Männern und Frauen zu verteilen, hervorgehoben.

In den vergangenen Jahrzehnten hat es im Bereich der Vereinbarkeit von Berufs-, Privat- und Familienleben bereits einige Initiativen auf europäischer und einzelstaatlicher Ebene gegeben, nichtsdestotrotz sind in diesem Bereich nach wie vor Fortschritte nötig.

Ich unterstütze die Forderung des Parlaments, dieser Debatte mehr Geltung zu verschaffen und die Kommission dazu zu veranlassen – unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips –, dass sie ihre Tätigkeit auf diesem Gebiet allgemein intensiviert.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – L'idée générale de ce texte est la volonté de concilier au mieux la vie privée et professionnelle et de lutter contre les discriminations au travers de mesures législatives et non législatives, dans le respect du principe de subsidiarité. Concrètement, il s'agit d'organiser la société et le monde du travail afin que les femmes puissent à la fois participer au marché du travail au même titre que les hommes et que ce même milieu professionnel leur laisse la liberté de procréer, sans entrave. Plus largement, l'objectif est de lutter contre une inégalité des sexes persistante, notamment dans le domaine de l'emploi.

La liberté de choix des femmes et des familles est court-circuitée. Finalement, la femme n'est vue que comme un égal inférieur de l'homme, nécessitant une attention législative plus particulière. En outre, migrants, liberté de circulation et objectifs 2020 viennent se greffer et orienter ce dossier. C'est pourquoi, j'ai voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – In the interest of transparency and democracy I would like to confirm I voted against this report. It is another example of the EU forcing its narrow minded rules upon our daily lives. This report reverses the burden of proof in court cases. It forces men and women to take equal time off work using maternity and paternity leave, which may suit some but not all families. To top it off it calls on the UK to recognise legal documents that we don't currently accept as official with a view to guaranteeing free movement.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car j'estime que la conciliation de la vie professionnelle, privée et familiale doit être reconnue comme un droit fondamental. L'équilibre travail-vie améliore non seulement le bien-être de chacun, mais profite également à la société dans son ensemble, car les personnes ayant un équilibre travail-vie satisfaisant sont plus productives au travail.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl profesinio ir asmeninio gyvenimo pusiausvyrai palankių darbo rinkos sąlygų kūrimo. Poreikis modernizuoti ES lygmeniu profesinio ir asmeninio gyvenimo pusiausvyros sistemą yra matomas. Visuomenė patiria demografinius pokyčius, nedarbas vis dar yra didžiulė problema, taip pat ir vaikų turėjimas vis dar turi nepaprastai didelį neigiamą poveikį moterų užimtumui. Todėl pritariu, kad būtina skatinti užimtumą, suteikti vaikams kokybišką ikimokyklinį ugdymą, priežiūrą bei suteikti visas galimybes laisvalaikio užimtumui. Be to, tinkamo profesinio ir asmeninio gyvenimo politika padės užtikrinti pagyvenusių, neįgalių ar ilgalaikėmis ligomis sergančių priklausomų asmenų saugumą ir gyvenimo kokybę.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-binding and non-legislative report. Although there were some very sensitive issues regarding equality, discrimination and helping disadvantaged people, the report went on to call for more EU action and legislation. It included calls for the reversal in the burden of proof in legal situations which would end the presumption of innocence and irrevocably alter UK criminal law. The report called for the EU to monitor national legislation, it tried to say when schools should close, and wanted changes to national taxation and social security. The only people that should take such decisions are our elected national governments, not unaccountable EU bureaucrats in Brussels.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Je m'oppose à ce texte qui constitue une ingérence dans l'organisation sociétale des États membres mais également dans les familles elles-mêmes. Il y a certes quelques bonnes idées mais il s'agit d'un texte qui prétend modifier en profondeur nos modèles sociétaux, sans respecter la liberté des femmes et des familles dans leurs choix de vie. Finalement, la femme n'est vue que comme un égal inférieur de l'homme, nécessitant une attention législative plus particulière. En outre, de dangereuses considérations sur la liberté de circulation des «migrants» viennent se greffer pour mieux orienter ce texte d'inspiration clairement mondialiste.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport demandant l'introduction d'un cadre visant à garantir le droit à un équilibre entre la vie professionnelle et la vie privée en tant qu'objectif fondamental des systèmes sociaux. A l'instar de mes collègues, j'estime que des politiques de conciliation entre vie familiale et vie professionnelle bien conçues et bien appliquées peuvent contribuer à renforcer la croissance économique, la participation globale au marché du travail, l'égalité des genres, la réduction du risque de pauvreté mais également influencer positivement les taux de natalité dans l'UE (qui sont passés de 16,4% en 1970 à 10,1% en 2014).

Ce rapport propose notamment que la Commission présente une proposition sur ce train de mesures dans le cadre de son programme de travail 2017 en incluant comme base juridique l'égalité entre les hommes et les femmes. Parmi ces mesures devraient notamment figurer des politiques pour soutenir les personnes les plus défavorisées ou actuellement exclues de la législation (familles monoparentales, couples homosexuels, travailleurs indépendants, les familles dont l'un des membres souffrent d'un handicap, etc.). Dans ce rapport, les députés estiment notamment que la Commission et les États membres doivent veiller à assurer un droit au congé de maternité et de paternité mais également aux congés pour personne à charge.

Heinz K. Becker (PPE), *schriftlich*. – Ich habe mich bei der Abstimmung über den Bericht über die Schaffung von Arbeitsmarktbedingungen zur Förderung eines ausgewogenen Verhältnisses von Berufs- und Privatleben enthalten, da der Bericht zwar ein wichtiges Thema für die EVP darstellt und daher an sich nicht abzulehnen ist, aber leider auch viele Forderungen stellt, die mit dem Prinzip der Subsidiarität nicht vereinbar sind, wie unter anderem eine erneute Aufforderung an die Kommission, eine Mutterschutzrichtlinie vorzuschlagen. Familienrechtliche Belange sind immer noch besser in den Händen der Mitgliedstaaten aufgehoben. Darüber hinaus werden in dem Bericht Themen behandelt, die nicht direkt mit dem Kernthema des Berichts – Work/Life Balance europäischer Arbeitnehmer – verbunden sind, wodurch der Bericht leider an Aussagekraft verliert.

Nicht zuletzt werden in dem Bericht neue und flexible Arbeitsmodelle undifferenziert mit prekären Arbeitsverhältnissen gleichgestellt. Da gerade moderne, flexible Arbeitszeitmodelle oft die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern, kann ich diese Ansicht nicht teilen.

Bendt Bendtsen (PPE), *skriftlig*. – Jeg har stemt imod denne betænkning i dag. Mine kollegaer i Europa-Parlamentets Udvalg om Beskæftigelse og Sociale Anliggender og Udvalg om Kvinders Rettigheder og Ligestilling er gået alt for langt her. De er simpelthen ude af trit med virkeligheden.

I en tid, hvor vi har store sikkerhedspolitiske problemer og vaklende opbakning fra de europæiske borgere til EU, kan vi simpelthen ikke forsvare denne betænkning. Man vil blande sig, hvor der er rene nationale kompetencer, helt ned i familiepolitikken, f.eks. hvor mange timer vores børn skal gå i skole, hvordan EU-landene skal indrette deres social- og skattepolitik, og hvordan familier skal fordele deres barsel.

Lad os nu leve op til borgernes forventninger og løse vores store fælleseuropæiske udfordringer og så lade de enkelte medlemslande og familierne tage sig af de nære forhold. Ellers risikerer vi for alvor at ødelægge det europæiske projekt.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – L'equilibrio tra vita professionale e privata deve costituire un principio guida all'interno dell'UE, soprattutto in un momento in cui essa si trova dinanzi a una grave sfida demografica dovuta all'incessante diminuzione dei tassi di natalità negli Stati membri. La relazione Ždanoka e Blinkevičiūtė rappresenta un passo importante per una serie riflessione sul tema, per questo motivo ho deciso di sostenerla. Il testo ribadisce la necessità di un cambiamento culturale, che prenda di mira gli stereotipi di genere e consenta di ripartire il lavoro e le attività di cura in modo più equo tra gli uomini e le donne. Occorrono pacchetti globali di misure legislative e politiche concernenti la conciliazione tra vita professionale, privata e familiare. Le proposte dalle parti sociali devono essere completate da un'azione della Commissione nel contesto dell'annunciato pilastro europeo dei diritti sociali. Servono politiche e misure pertinenti che tengano conto della crescente diversità delle relazioni familiari, come le unioni civili e gli accordi tra genitori o nonni, e ridefiniscano l'approccio globale al tema. Pensare all'equilibrio tra vita privata, familiare e lavorativa è un tassello importante per creare una crescita economica e sociale con solide basi.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Aunque el informe no va a la raíz de las causas de la desigualdad de género en el ámbito laboral, creo que tiene aspectos muy positivos que deberían implementarse para mejorar las políticas de conciliación de la vida personal, familiar y laboral. Por ese motivo, he votado abstención.

Joëlle Bergeron (EFDD), *par écrit*. – Toute politique qui contribue à promouvoir une vraie égalité entre hommes et femmes dans la vie professionnelle et privée au sein de l'Union doit être soutenue et les nombreux paragraphes dans ce rapport qui mettent l'accent sur la situation déplorables en ce domaine dans de nombreux États membres montrent clairement que beaucoup reste à faire en la matière. Il est bon que les rapporteurs dénoncent le décalage qui existe toujours entre la rémunération d'une femme et d'un homme qui font le même travail. Il est bon que les rapporteurs nous mettent en garde contre la diminution du taux de natalité en Europe et relèvent les défis démographiques qui en résultent. Mais permettez-moi néanmoins d'exprimer certaines réserves contre les paragraphes où les rapporteurs s'en

prennent au modèle traditionnel de la famille. Je ne vois pas non plus pourquoi une politique budgétaire d'austérité en temps de crise économique serait par définition préjudiciable à l'égalité entre hommes et femmes. De grâce, évitons d'introduire une phraséologie idéologique dans un débat où la raison et les faits devraient suffire à changer de politique.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer a las ponentes su labor en dicho informe, a favor del cual he votado y donde mi voto ha distado de algunas de las indicaciones de mi grupo. Es fundamental hablar de la necesidad de que el *Semestro Europe* tenga un pilar de género, que el permiso parental se comparta de manera equitativa entre los padres y madres y que los Estados miembros introduzcan la seguridad social en sus legislaciones en igualdad, así como, la igualdad en pensiones. Los trabajadores deberían de poder tener flexibilidad en sus horas laborales para poder conciliar la vida familiar.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Je n'ai pas pu soutenir ce texte, qui est un vaisseau pour implanter toujours plus dans la législation la théorie du genre.

Sous prétexte des difficultés rencontrées par certaines femmes pour à la fois fonder une famille et travailler, le rapport entre en effet dans la «lutte contre les stéréotypes» qui a en réalité pour but une véritable indifférenciation des sexes: hommes et femmes sont interchangeables, simples données économiques dont les choix de vie devraient être modelés par les bien-pensants européens!

Apparemment, la priorité serait de «garantir la reconnaissance mutuelle des documents officiels en vue de la libre circulation». Pour les idéologues européistes, faire des femmes des travailleurs détachés les aidera à concilier leur vie de famille et leur carrière… On retrouve par ailleurs toutes les incohérences des prétendus défenseurs des droits des femmes puisque le texte s'inquiète de la baisse du taux de natalité mais ne prône pas la mise en place d'une véritable politique de natalité.

Enfin, «l'individualisation des droits» et la suppression d'une déclaration d'impôt commune, loin d'autonomiser les femmes ne feront que les précariser et détruire le modèle familial.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ritengo che, pur denunciando problemi reali e pur offrendo spunti condivisibili, la relazione non formuli soluzioni concrete e neppure riconosca il ruolo dell'Europa nell'aggravare l'attuale emergenza sociale. Con queste iniziative l'UE non fa altro che alimentare una mera propaganda, difendendo pubblicamente il diritto dei cittadini ad un equilibrio sano fra lavoro e vita privata, ma costringendo invece nella pratica gli Stati membri a rinunciare alle agenzie nazionali e ad altri servizi.

In Italia il costo dei servizi sostitutivi del lavoro domestico e di cura dei bambini, in assenza di nonni o di altri familiari, è in media di circa 500 euro al mese. Se manca il lavoro per permettere ai giovani di creare e mantenere una famiglia, se l'offerta occupazionale richiede la massima flessibilità della coppia, ma i servizi pubblici diminuiscono per non aumentare la spesa vincolata dai patti capestro dell'UE, che senso ha questa iniziativa se non quello di alimentare una retorica sterile e fine a se stessa? Per questi motivi ho votato contro questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque creo que la conciliación entre la vida laboral y familiar es un derecho fundamental que todavía no se ha alcanzado en Europa, lo cual representa un obstáculo para el logro de una igualdad real entre hombres y mujeres.

Con este informe enviamos un mensaje claro a la Comisión para que actualice y complete la legislación europea. Debe presentar cuanto antes una revisión de la directiva de maternidad, una mejora de la directiva de permiso parental y dos nuevas directivas, una sobre el permiso de paternidad y otra sobre el permiso de los cuidadores.

Asimismo, es importante que se mejore la provisión de servicios de calidad a precios asequibles de cuidado de niños y otras personas dependientes, para que las mujeres, que son mayoría entre los cuidadores, puedan participar en el mercado laboral y optar a trabajos a jornada completa, que les permitan generar una pensión digna para el futuro.

También hay que racionalizar los horarios laborales e introducir mayor flexibilidad para que todos los trabajadores puedan disfrutar de su vida privada, lo que no sólo redunda en beneficio de las personas, sino también de las empresas porque los trabajadores son más productivos.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kadangi, pirmiausia, privalome įvertinti ir tai, jog Europa sparčiai senėja. Palankesnės sąlygos derinti darbą ir asmeninį gyvenimą įgalintų tėvus daugiau dėmesio skirti savo šeimai bei skatintų gimstamumą. Neretai atsitinka taip, kad, jei šeimoms, o ypatingai, jei moterims nepavyksta suderinti profesinės veiklos su vaikų priežiūra, tai moterys nesiryžta turėti daugiau vaikų arba nusprendžia iš viso jų neturėti. Todėl nenuostabu, kad daugelis išsivysčiusių šalių šiuo metu išgyvena gimstamumo mažėjimo problemą.

Todėl labai svarbu, kad darbo vietoje būtų sukurta šeimai draugiška aplinka ir kad darbdaviai garantuotų vaikus auginančioms šeimoms lanksčius darbo santykius, suteiktų papildomų socialinių garantijų.

Taip pat turi būti sudarytos tinkamos sąlygos vaikų priežiūrai, todėl privalome raginti valstybes nares įgyvendinti Barselonos tikslus ir gerinti galimybes naudotis kokybiškomis, visiems prieinamomis ir įperkamomis vaikų priežiūros paslaugomis, t. y. steigti ir gerinti vaikų darželius, ikimokyklinio ugdymo įstaigas, užtikrinti popamokinę veiklą ir pan.

Labai svarbu yra skatinti ir tėvus (vyrus) imti tėvo ir vaiko priežiūros atostogas, nes būtent tai padės įgyvendinti lyčių lygybę darbo rinkoje ir paskatins moteris būti aktyvesnėmis profesinėje veikloje.

Taigi, norint suderinti darbą, asmeninį ir šeimos gyvenimą nėra vieno visiems tinkamo sprendimo ir reikia ieškoti kiekvienam žmogui tinkamos pusiausvyros, siekiant patenkinti profesinius, asmeninius ir šeimos poreikius.

Franc Bogovič (PPE), *napisan*. – Dobra ravnoteža između poslovnog i privatnog života istovremeno potiče gospodarski rast, konkurentnost, ukupno sudjelovanje na tržištu rada, rodnu jednakost, smanjenje rizika od siromaštva i međugeneracijsku solidarnost, te se njome odgovara na izazove sve starijeg društva i pozitivno utječe na stope nataliteta u EU-u.

Obzirom da je usklađivanje poslovnog, privatnog i obiteljskog života priznato kao temeljno pravo, i iako su na ovom području pokrenute neke inicijative na europskoj i nacionalnoj razini, neophodno je omogućiti daljnji napredak kako bi se zajamčila ravnoteža između privatnog i poslovnog života.

Ovo je vrlo bitno, kako je navedeno i u samom izvješću, ne samo iz razloga dobrobiti pojedinca nego i društva u cjelini, jer su osobe koje imaju zadovoljavajuću ravnotežu između poslovnog i privatnog života produktivnije na poslu. Posebno treba navesti, što je u izvješću i učinjeno, i položaj djeteta u okolnostima uravnoteženog poslovnog i privatnog života.

Promišljenom politikom u ovom području, djetetu se omogućuje da ostvari svoj puni potencijal i pruži visokokvalitetno predškolsko obrazovanje, roditeljska briga, pristup zabavnim i kulturnim sadržajima i kvalitetnije vreme s roditeljima. Iz tih razloga i moja podrška ide ovom izvješću na sjednici.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Ključ veće uključenosti žena u tržište rada su kvalitetne institucije koje bi im olakšale da usklade privatne obaveze s poslovnim. Tu prije svega mislim na kvalitetnu skrb za djecu u vrtićima i jaslicama.

Isto tako, potrebno je razviti bolju mrežu njegovateljskih ustanova, jer na žene često pada teret brige za starije članove obitelji. Drugi element koji je bitan jest profesionalno osnaživanje žena, kroz borbu protiv rodne određenosti zanimanja i „razbijanje" staklenog stropa.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce texte prône l'égalité des sexes face au travail. Si les femmes sont effectivement souvent victimes de discrimination dans le cadre du travail du fait de leur maternité, des gardes, et des soins à apporter aux enfants, discriminations qu'il convient de combattre sans faiblir, il n'en reste pas moins que poursuivre aveuglément l'objectif de stricte égalité hommes femmes relève de l'utopie.

J'ai donc voté contre ce texte.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – La conciliazione tra la vita professionale, quella privata e familiare è stata riconosciuta quale diritto fondamentale da decenni. Alcuni provvedimenti in questo ambito sono già stati adottati a livello europeo (per esempio nel sostegno al lavoro femminile e al diritto di maternità) e da alcuni Stati membri, tuttavia occorre compiere ulteriori passi avanti per garantire a tutti un adeguato equilibrio tra vita professionale e privata: da tale equilibrio traggono vantaggio non soltanto il singolo individuo in termini di benessere personale ma anche la società nel suo insieme; è dimostrato infatti che coloro che godono di un buon equilibrio tra vita professionale e privata sono maggiormente produttivi sul lavoro e meno soggetti a richiedere prestazioni del servizio sanitario pubblico per patologie legate a problemi psicologici o stress. A tal fine è necessario trasformare l'ambiente lavorativo superando la concezione che solo il tempo dedicato al lavoro (retribuito) sia dotato di utilità e valore. È importante che nell'ambito

delle politiche relative all'equilibrio tra vita professionale e privata si adotti un approccio orientato all'intero ciclo della vita, in modo che tutti possano essere sostenuti nei diversi momenti della propria vita e possano partecipare attivamente al mercato del lavoro e alla società nel suo insieme.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à mettre en place sur le marché du travail des conditions favorisant la conciliation entre vie professionnelle et vie privée en luttant contre les discriminations dont font l'objet les femmes ayant des enfants. Bien que nous partagions l'idée selon laquelle la baisse de la natalité provient de l'absence de revenus suffisants ou de craintes liées l'évolution professionnelle, nous considérons néanmoins que la Commission n'a pas à s'ingérer dans les choix familiaux et dans les modèles de société des États membres. Or l'objectif de ce rapport est bel et bien d'opérer une transition culturelle et sociétale notamment par le biais du pilier européen des droits sociaux. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce rapport.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Obiectivul raportului și, în general, al politicilor pentru echilibrarea vieții profesionale și a celei private este nu numai de a promova egalitatea de gen în mediul profesional și în alte sfere ale vieții, ci și de a le acorda copiilor posibilitatea de a-și dezvolta întregul potențial, oferindu-le în primii ani de viață îngrijiri și o educație de înaltă calitate, acces la activități de recreere, la activități culturale și sportive, și timp pe care să-l poată petrece cu părinții.

Politicile adecvate pentru echilibrarea vieții profesionale și a celei private vor contribui, de asemenea, la garantarea unei calități mai bune a vieții și a unui grad ridicat de siguranță pentru alte persoane dependente, în special pentru persoanele în vârstă și persoanele dependente care suferă de dizabilități sau de boli de lungă durată.

Am susținut prezentul raport prin acordarea unui vot favorabil, considerând că este necesară o conștientizare a rolului pe care îl joacă organizarea muncii și promovarea de bune practici în crearea unor condiții pe piața forței de muncă favorabile echilibrului dintre viața profesională și cea privată.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque creo que la conciliación entre la vida laboral y familiar es un derecho fundamental que todavía no se ha alcanzado en Europa, lo cual representa un obstáculo para el logro de una igualdad real entre hombres y mujeres.

Con este informe enviamos un mensaje claro a la Comisión para que actualice y complete la legislación europea. Debe presentar cuanto antes una revisión de la directiva de maternidad, una mejora de la directiva de permiso parental y dos nuevas directivas, una sobre el permiso de paternidad y otra sobre el permiso de los cuidadores.

Asimismo, es importante que se mejore la provisión de servicios de calidad a precios asequibles de cuidado de niños y otras personas dependientes, para que las mujeres, que son mayoría entre los cuidadores, puedan participar en el mercado laboral y optar a trabajos a jornada completa, que les permitan generar una pensión digna para el futuro.

También hay que racionalizar los horarios laborales e introducir mayor flexibilidad para que todos los trabajadores puedan disfrutar de su vida privada, lo que no sólo redunda en beneficio de las personas, sino también de las empresas porque los trabajadores son más productivos.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Il est important de concilier correctement et équitablement la vie professionnelle et la vie familiale afin d'offrir à l'enfant les meilleures conditions pour débuter sa croissance. Ce rapport met en exergue toutes sortes de problématiques liées au rôle des parents. Nous devons veiller à ce que les deux parents soient égaux face à l'éducation de leurs enfants. En effet, ce sont encore souvent les femmes qui mettent leur carrière de côté pour s'occuper de leurs enfants. Les congés parentaux permettent de donner l'occasion à la mère comme au père de s'occuper de l'enfant lorsque l'autre parent travaille. Tout en respectant le principe de subsidiarité, nous devons veiller au respect de l'égalité entre les hommes et les femmes en matière de parentalité au sein de l'Union européenne. J'ai voté en faveur de ce rapport d'initiative.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – La relazione in questione, per la quale ho votato favorevolmente, si concentra sulle cause che impediscono il raggiungimento di un equilibrio tra vita familiare e vita professionale degli individui e propone un ammodernamento del quadro legislativo europeo. L'analisi condotta si sofferma, in primis, sui cambiamenti demografici registratisi nella società, che creano maggiori necessità di cura, e sull'emergere delle nuove modalità di lavoro. Poi mette in evidenza le ripercussioni ancora marcatamente negative della genitorialità sui tassi di occupazione femminile e l'inadeguatezza dell'attuale quadro dell'UE a far fronte a questo importantissimo aspetto della continua disparità di genere. La creazione di condizioni favorevoli all'equilibrio tra vita privata e vita professionale e il conseguimento di una buona qualità della vita sono possibili soltanto se le persone hanno tempo a sufficienza al di fuori del lavoro da dedicare al proprio sviluppo personale. La relazione invita, quindi, la Commissione ad adottare maggiori provvedimenti nei confronti degli Stati membri che non attuano adeguatamente la direttiva sull'orario di lavoro e incoraggia gli Stati membri a introdurre misure a sostegno dei congedi per motivi di istruzione o formazione e delle interruzioni professionali.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this own-initiative report prepared jointly by EMPL and FEMM, which calls for the Commission and Member States to implement measures such as ensuring affordable childcare, and paid leave including maternity, paternity, parental and carers' leave in order to address the exclusion of women from the labour force due to caring responsibilities. On the issue of non-transferability of parental leave, Sinn Féin's position is in favour of non-transferability (i.e. it can't be transferred from the father to the mother) as it is proven to benefit the position of women in the workforce.

David Casa (PPE), *in writing*. – Work-life balance is an important element that needs to be addressed in order to address gender stereotypes and raise awareness on equal treatment in respect to work-life balance. I can concur with the ideas presented in the report, but on the other hand, I believe that we need to be careful not to trample over the subsidiary principle, whereabouts certain matters fall squarely within Member States' competence.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il rapporto mira ad aumentare la partecipazione delle donne al mercato del lavoro. In particolare si chiede alla Commissione una revisione della direttiva sul congedo di maternità, un'estensione della durata minima del congedo parentale con un reddito sostitutivo e una protezione sociale adeguati, portandolo da quattro ad almeno sei mesi, una direttiva sul congedo di paternità che preveda un minimo di due settimane di congedo obbligatorio interamente retribuite, una direttiva sul congedo per i prestatori di assistenza (CARERS) che integri la prestazione di assistenza professionale, consenta ai lavoratori di prendersi cura delle persone a carico e offra ai prestatori di assistenza una retribuzione e una protezione sociale adeguate e, infine, supporta lo sviluppo del cosiddetto «smart-working», ovverosia un approccio all'organizzazione del lavoro basato su una combinazione di flessibilità, autonomia e collaborazione, che non richiede necessariamente al lavoratore di essere presente sul posto di lavoro o in un altro luogo predeterminato e gli consente di gestire il proprio orario di lavoro, garantendo comunque il rispetto del limite massimo di ore lavorative giornaliere e settimanali stabilito dalla legge. Per questi motivi, ho votato a favore.

Dita Charanzová (ALDE), *písemně*. – I přesto, že aktivně podporuji opatření cílená na navýšení počtu žen aktivně se podílejících na pracovním trhu, tuto zprávu jsem nepodpořila. Nepovažují za vhodné, abychom na úrovni EU přijímali směrnice k otázce povinné otcovské dovolené či harmonizaci podmínek mateřských či rodičovských dovolených. Členským státům EU a jejím občanům by měla být ponechána možnost výběru. Jelikož jedním ze současných problémů je i kontinuálně klesající míra porodnosti v zemích EU, měli bychom primárně hledat taková řešení, která podpoří ženy na mateřské dovolené a ženy s dětmi tak, aby nebyly diskriminovány při návratu zpět na pracovní trh ani při dalším průběhu jejich profesionální kariéry.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Sono tante ancora le disparità che esistono nel mondo del lavoro: tra quelle più diffuse vi è la differenza salariale tra uomini e donne o la mancanza di una equa condivisione delle responsabilità. Esiste la necessità di adeguare le condizioni lavorative alle nuove esigenze dettate dalle modifiche e dai cambiamenti della società che inevitabilmente hanno un riflesso sul mercato del lavoro. Penso ad esempio all'invecchiamento della popolazione, che richiede cure ed assistenza per la maggior parte prestate dalle donne.

La disparità di genere ha indebolito la posizione delle donne in termini di occupazione, di retribuzione e avanzamento di carriera. La soluzione va ricercata in nuovi strumenti legislativi. Per tale motivo abbiamo richiesto alla Commissione di preparare nuove direttive sul congedo di paternità in cui sia previsto per i padri un congedo minimo retribuito obbligatorio e non trasferibile ed una nuova proposta sul congedo per i prestatori di assistenza così da evitare che siano solo le donne ad avvalersi dei congedi per motivi familiari.

Per tali ragioni ho votato a favore della relazione.

Ole Christensen (S&D), *skriftlig*. – Socialdemokraterne i Europa-Parlamentet ønsker at opdatere EU's lovgivning for at skabe en bedre balance mellem arbejdsliv og privatliv. Vi støtter initiativer, der forbedrer ligestillingen mellem mænd og kvinder, styrker fars ret til orlov og øger kvinders deltagelse på arbejdsmarkedet. Derfor har vi valgt at stemme for betænkningen i sin helhed.

Det skal dog ikke tolkes som opbakning til alle de enkelte initiativer, der nævnes i betænkningen. Generelt ønsker de danske socialdemokrater et større fokus på fars rettigheder, da det er væsentligt for at opnå en mere ligelig fordeling af orlov mellem forældrene. Enkelte af forslagene i betænkningen kunne – hvis der var tale om lovgivning – virke kontraproduktivt i forhold til dette mål. Samtidig er der visse områder, hvor man i Danmark har tradition for, at der indgås aftaler mellem arbejdsmarkedets parter, og hvor vi ikke ønsker lovgivning på EU-plan.

Eftersom der ikke er tale om lovgivning, men blot en initiativbetænkning, har vi valgt at støtte det overordnede budskab om at sikre mere ligestilling og bedre kønsbalance gennem forbedrede regler, i tæt samarbejde med arbejdsmarkedets parter og under hensyntagen til nærhedsprincippet.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και συμφωνούμε με την θέση των εισηγητών ότι η ανάγκη εκσυγχρονισμού της εξισορρόπησης μεταξύ επαγγελματικής και προσωπικής ζωής σε επίπεδο ΕΕ είναι προφανής για διάφορους λόγους: η κοινωνία έχει συνειδητοποιήσει τις δημογραφικές αλλαγές παρακινώντας για περισσότερες ανάγκες φροντίδας, έχουν προκύψει νέοι τρόποι εργασίας, η ανεργία εξακολουθεί να βρίσκεται σε πρωτοφανή υψηλά επίπεδα, έχει αυξηθεί η ποικιλομορφία των οικογενειακών σχέσεων και ρυθμίσεων για την ανατροφή των παιδιών, η μητρότητα εξακολουθεί να έχει εντυπωσιακά αρνητικές επιπτώσεις στα ποσοστά απασχόλησης των γυναικών και το σημερινό πλαίσιο της ΕΕ αποδεικνύεται ανεπαρκές για την αντιμετώπιση αυτής της πιο σημαντικής πτυχής των επίμονων ανισοτήτων μεταξύ των φύλων.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με τη δημιουργία συνθηκών στην αγορά εργασίας οι οποίες ευνοούν την εξισορρόπηση μεταξύ επαγγελματικής και προσωπικής ζωής, έχει εμφανείς και σημαντικές αναφορές στην καθημερινότητα των ευρωπαίων πολιτών. Η διασφάλιση μιας υγιέστερης και πιο αποτελεσματικής προσέγγισης στην ζωή των πολιτών πρέπει να αποτελεί στόχο μας και για αυτό τον λόγο ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione dal momento che prende in considerazione il bisogno di tutelare il nucleo elementare della società umana, la famiglia. In particolare, mi congratulo per il positivo risultato ottenuto nell'ambito delle pari opportunità. Infatti, questa relazione fornisce una chiara cornice legislativa che promuove la partecipazione delle donne al mercato del lavoro non solo attraverso l'invito a eliminare le disuguaglianze di genere, ma anche grazie alla tutela del congedo genitoriale. Inoltre, considerate le attuali sfide socio-economiche, ritengo che la promozione del concetto di «lavoro agile» faciliterà l'equilibrio tra lavoro e vita privata. L'introduzione della possibilità di lavorare da casa e di orari flessibili darà l'opportunità ai lavoratori con figli a carico di poter meglio gestire i propri impegni.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on Work-Life Balance and also supported the inclusion of all references concerning rights for the LGBTI community and same-sex couples.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O equilíbrio entre a vida profissional e a vida pessoal e familiar consubstancia, nos dias de hoje, um direito indiscutível nas sociedades modernas, contribuindo para o bem-estar pessoal e beneficiando a sociedade em geral através de um aumento da produtividade e da natalidade tão almejada.

Apoio o presente Relatório, por considerar ser ainda necessário fazer progressos neste domínio, incentivando tanto as instituições europeias como os Estados-Membros a adotarem transversalmente nas suas políticas estas preocupações, com especial atenção para as questões de género, de idade, do cariz do agregado familiar e as novas realidades sociais, defendendo aqueles mais desfavorecidos ou mesmo excluídos da legislação e das políticas existentes.

Há que combater as discriminações no meio profissional, regular com equidade a questão das licenças parentais, combater o stress na gestão da vida profissional e pessoal, apoiar a mulher na sua emancipação na vida ativa, reconhecer o trabalho realizado pelas pessoas que dedicam o seu tempo à prestação de cuidados a terceiros e reconhecer o papel dos avós profissionalmente ativos.

Uma sociedade justa e humanista não se compadece com o tratamento parcelar e caritativo de um direito fundamental reconhecido de equilíbrio entre a vida profissional, pessoal e familiar.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione affinché venga garantita tra le priorità il rispetto dell'interesse superiore del minore nella realizzazione delle politiche di bilanciamento fra vita professionale e familiare dei genitori. Non dimentichiamo che esiste ancora una sottovalutazione del lavoro delle donne e che molti datori di lavoro valutano la maternità come una discriminante negativa. È necessaria quindi una efficace formulazione di politiche di sostegno pubblico e privato ai figli e ai genitori, affinché questi ultimi siano in grado di assumersi e condividere le loro responsabilità educative e di assistenza. Auspico vivamente nella presentazione da parte della Commissione di un nuovo ambizioso progetto di direttiva sul congedo di maternità, non solo per garantire il corretto equilibrio fra vita sociale e lavorativa, ma anche per sostenere le famiglie e combattere le diseguaglianze, proteggendo al contempo le donne in gravidanza e le neomamme lavoratrici.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — It is high time to step up protection against discrimination and unlawful dismissal related to work-life balance, which particularly affect female workers.

As the report states, we need to ensure that women are paid and covered by social protection for the duration of maternity leave in order to support families and combat inequalities, strengthen women's social and economic independence and avoid them being financially penalised for having children.

Women are increasingly well-qualified, even outperforming men in terms of educational attainment and yet they continue to be under-represented in the labour market, or employed in jobs below their skill level. Overall low pay, a higher concentration in part-time work and greater interruptions in careers due to caring for others (children and/or dependent relatives) contribute to a greater risk of poverty and social exclusion for women as well as a large gender pension gap.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE), *skriftlig*. — Vi måste förbättra balansen mellan arbetsliv och familjeliv i EU och ge kvinnor och män samma möjligheter att kombinera karriär och familj. Dock är det upp till medlemsstaterna att utforma system och villkor som gör detta möjligt, särskilt ledighet för arbetande föräldrar. Jag kunde inte stödja betänkandet eftersom det uppmanar kommissionen att föreslå mammaledighet, pappaledighet och ledighet för vårdare på EU-nivå.

Utöver detta föreslås det i betänkandet att vi på EU-nivå ska besluta om vissa sorters skattepolitik, minimilöner och socialförsäkringssystem, vilka alla ska beslutas nationellt. Vi bör öka medvetenheten, utbyta bästa praxis och uppmuntra medlemsstaterna att bedriva en modern jämställdhetspolitik som innebär att kvinnor inte betraktas som enda förälder med ansvar för vård av barn. Vi måste fokusera på att bekämpa diskriminering och stereotyper mot kvinnor och flickor både på och utanför arbetsplatsen. Vi har fortfarande en lång väg att gå, men det är inte genom att införa familje- och arbetsmarknadspolitik från Bryssel som vi kommer att uppnå jämställdhet i Europa.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe conjunto de la Comisión de Mujer e Igualdad de Género y de la Comisión de Empleo puesto que reconoce que la creciente desregulación de los derechos laborales y sociales en la Unión y las políticas de austeridad tienen un terrible impacto en la conciliación de vida privada y profesional para las mujeres.

Para evitar esta desigualdad, el informe apuesta por potenciar los convenios colectivos que faciliten la conciliación de la vida privada, profesional y familiar. Asimismo, apuesta por un permiso parental que sea apropiadamente remunerado y para ambos progenitores para facilitar esta conciliación. Dado que también señala la importancia de promover a escala europea los servicios sociales públicos de cuidado y de atención de menores, he dado mi apoyo a este texto.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – L'importanza della conciliazione tra vita professionale, vita privata e vita familiare è volta a promuovere un equilibrio tra i diversi aspetti della vita delle persone. In tal senso sono necessarie politiche trasversali, strutturali e coerenti che includano incentivi e misure efficienti per favorire la conciliazione tra il lavoro, la possibilità di dedicare tempo alla famiglia, il tempo libero e lo sviluppo personale. Ho votato a favore di questa risoluzione perché ritengo che la Commissione e gli Stati membri debbano adottare politiche che migliorino l'ambiente di lavoro, creino buone condizioni lavorative e benessere a livello sociale e professionale e nel contempo un buon equilibrio tra vita professionale e vita privata. In tal senso, sono necessarie politiche che tengano anche in considerazione il benessere e l'interesse superiore dei minori e il miglioramento dell'accesso delle donne al mercato del lavoro e l'equa ripartizione tra donne e uomini delle responsabilità domestiche e di cura.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – În ultimele decenii echilibrarea vieții profesionale cu viața privată și cea de familie a fost recunoscută ca un drept fundamental. Femeile au devenit din ce în ce mai bine calificate, chiar depășind bărbații ca nivel de educație, dar sunt, totodată, în continuare, reprezentate în măsură insuficientă pe piața forței de muncă sau sunt angajate pentru a efectua munci sub nivelul lor de calificare. Conform estimărilor, diferențele existente între bărbați și femei în ceea ce privește încadrarea în muncă determină la nivelul UE pierderi de circa 370 de miliarde EUR pe an, respectiv 2,8% din PIB-ul de la nivelul UE. În timpul recentei crize, cotele nivelului de sărăcie au ajuns la valori alarmante. Acest lucru a dus la o muncă mai intensă și îndelungată pentru a putea avea un venit decent. Femeile au avut de suferit și mai mult, deoarece, în general, ele câștigă mai puțin decât bărbații pentru o muncă identică.

Am votat pentru crearea condițiilor care să favorizeze echilibrarea vieții profesionale și a celei private. Este necesară atât modernizarea legislației actuale UE, pentru a remedia deficiențele sau omisiunile din anumite domenii, cât și îmbunătățirea coordonării între statele membre pentru a asigura condiții echitabile în ceea ce privește costurile și beneficiile politicilor de echilibrare.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Wstrzymałem się od głosowania w sprawie sprawozdania, mimo że wiem jak ważne jest zachowanie równowagi miedzy życiem prywatnym a zawodowym. Jednakże większość wezwań do działania w sprawozdaniu narusza zasadę pomocniczości. Dyrektywa w sprawie urlopu macierzyńskiego z 2008 r. okazała się porażką, nie sądzę, żeby i w tym przypadku było inaczej. Uważam, że odnalezienie tej równowagi powinno leżeć w gestii każdej rodziny, nie należy regulować tego prawnie, co zdaje się sugerować sprawozdanie.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I believe that in order to adequately address work-life balance and avoid unintended negative consequences on women or men, the gender perspective has to be mainstreamed in order to address discrimination and gender stereotypes and thus ensure equal opportunities to both women and men. Furthermore, I believe that single parents and LGBTI couples, parents from minorities, parents with disabilities and other families should not be discriminated against based on the fact that they are non-conventional. I believe that all families should be celebrated in all shapes and forms and this is adequately addressed in this report which promotes more pragmatic solutions to work-life balance, which is an essential element of family life.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I abstained on this report. Although it contains many positive recommendations within it which I am in full agreement with, on incentives and other help for women and men to combine their work and private lives, it is almost entirely concerned with policies that are the responsibility of national governments. The starting point for any proposed regulation in Brussels should always be to ask: does this need to be done at a European level? If the answer is no, we should not support it.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Consider că scăderea ratei natalității în Uniunea Europeană a fost exacerbată de criză, având în vedere că șomajul, oportunitățile precare de ocupare a unui loc de muncă, incertitudinea legată de viitor, precum și discriminarea pe piața muncii determină femeile, în special tinerele specialiste, să amâne maternitatea. În acest sens, cred că statele membre trebuie să promoveze mecanisme inovatoare de organizare a timpului de lucru, planuri de conciliere, programe care vizează revenirea în muncă, canale de comunicare între lucrători și locul de muncă și stimulente pentru întreprinderi și lucrătorii care desfășoară o activitate independentă.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative porte sur la conciliation entre la vie professionnelle et la vie privée des citoyens européens. Les rapporteurs proposent de nouveaux moyens pour moderniser cet équilibre et invitent la Commission à présenter des initiatives législatives et non législatives ainsi qu'une proposition de directive révisée du congé de maternité et une directive sur le congé paternité. Considérant que le rapport est équilibré, j'ai voté en faveur.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-binding and non-legislative report. Although there were some very sensitive issues regarding equality, discrimination and helping disadvantaged people, the report went on to call for more EU action and legislation. It included calls for the reversal in the burden of proof in legal situations which would end the presumption of innocence and irrevocably alter UK criminal law. The report called for the EU to monitor national legislation, it tried to say when schools should close, and wanted changes to national taxation and social security. The only people that should take such decisions are our elected national governments, not unaccountable EU bureaucrats in Brussels.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Ce texte, sans valeur législative contraignante, sur la mise en place de conditions sur le marché du travail favorisant la conciliation entre vie professionnelle et vie familiale appelle la Commission européenne et les États membres de l'Union européenne à prendre les mesures nécessaires afin que la vie professionnelle soit adaptée aux contraintes d'une vie personnelle et familiale. J'ai voté en faveur de ce texte car nul ne devrait avoir à choisir entre une carrière ou une vie familiale. Nous devons ainsi renforcer les cadres juridiques en place afin de remédier à l'inégalité entre les sexes et assurer un accès égal et dans les mêmes conditions au marché du travail entre les hommes et les femmes. Toutefois, je regrette que ces textes non contraignants contiennent bien trop souvent des dispositions, que j'ai rejetées, outrepassant les compétences de l'Union européenne et mettant à mal le principe de subsidiarité en Europe.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui vise à mettre en place des initiatives juridiques et politiques sur le marché du travail pour favoriser la conciliation entre vie professionnelle et vie familiale. Je considère en effet que cette conciliation est fondamentale et doit être défendue au niveau européen. Ce texte propose des mesures concrètes, comme l'assurance de revenus et de débouchés professionnels égaux, l'importance d'avoir des services de soins de qualité, abordables et accessibles pour les enfants, et des conditions de travail plus souples qui permettraient aux parents d'être disponibles pour leurs enfants.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione in quanto reputo importante sostenere le famiglie nella vita professionale e privata nonché l'equa partecipazione di uomini e donne al mercato del lavoro. Mi sono sempre battuta affinché siano garantite pari opportunità nelle retribuzioni e promozioni professionali accompagnate dalla possibilità di condurre una vita privata appagante.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – L'idée générale de ce texte repose sur la volonté de concilier au mieux vie privée et vie professionnelle ainsi que de lutter contre les discriminations par des mesures législatives et non législatives, dans le respect du principe de subsidiarité. Il préconise d'ériger cette conciliation au rang de droit fondamental; de même, l'égalité homme-femme devrait être une base juridique et l'écart de rémunération une violation du principe fondamental d'égalité de rémunération. En outre, ce texte vise à concilier les deux objectifs d'encouragement de la natalité et de professionnalisation des femmes. Aussi, j'ai voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Работещите семейства са изправени пред нови предизвикателства при баланса на професионалния и личния живот. Този доклад дава предложения, които Комисията да разгледа при модернизирането и адаптирането на настоящата правна и политическа рамка на ЕС в областта на отглеждането на деца и периода на майчинство.

Аз и моята политическа група подкрепяме твърдо семейството и неговите ценностите и смятам, че трябва да има свобода в намирането на баланс между семейния и професионалния живот. Много от нещата обаче, предложени в доклада, са в противоречие с принципа за субсидиарност, а някои параграфи предлагат дори повече мъже да си остават вкъщи, за да се стимулират жените в професионалния живот, което първо не е работа на ЕС и второ е личен избор, който не може да бъде поставен в правна рамка. Затова и се въздържах.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Το δικό μου όραμα για την οικογένεια και την οργάνωση της κοινωνίας είναι τελείως διαφορετικό από αυτό της Ευρωπαϊκής Ένωσης, οι αρχές μου και οι αξίες μου διαφέρουν ριζικά και δεν υπάρχει κανένα σημείο επαφής.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – Las políticas de conciliación convenientemente diseñadas y aplicadas deben considerarse como una mejora fundamental del entorno laboral, que permiten unas buenas condiciones de trabajo y el bienestar social y profesional de los trabajadores. En este contexto, el Parlamento considera que las políticas de conciliación bien diseñadas y bien implementadas podrían promover en gran medida el crecimiento económico, la competitividad, la participación global del mercado laboral, la igualdad de género, la reducción del riesgo de pobreza, e influye positivamente en las tasas de natalidad en la Unión.

Por tanto, desde el Parlamento se pide la introducción de un marco para garantizar este derecho como un objetivo fundamental de los sistemas sociales y llama a la Unión y a los Estados miembros a promover, tanto en los sectores públicos y privados, el respeto al derecho a un trabajo y la vida equilibrada.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Jag röstade emot denna resolution eftersom, oberoende av det faktum att detta är centrala frågor som är av oerhörd vikt för mig på nationell nivå, är det ett typiskt exempel på politik som bör fattas så nära de berörda parterna som möjligt.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Cada vez mais, as mulheres possuem mais qualificações, superando inclusivamente os homens no plano das habilitações académicas, embora continuem a estar sub-representadas no mercado de trabalho ou a trabalhar em empregos que estão abaixo do seu nível de competências.

Por outro lado, os salários baixos generalizados, a maior concentração em trabalhos a tempo parcial e as interrupções mais longas da carreira profissional devido a cuidados prestados a outros (crianças e/ou familiares dependentes) contribuem para um maior risco de pobreza e exclusão social das mulheres, assim como para uma grande disparidade (40 %) entre homens e mulheres no que se refere às pensões.

Por isso, concordo com a necessidade de modernizar o quadro para o equilíbrio entre a vida pessoal e a vida profissional a nível da União.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: texte pas conforme à l'objectif.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A crescente desregulamentação da organização e das relações de trabalho, parte integrante das políticas neoliberais e, muito especialmente, das políticas ditas de austeridade (estas últimas sendo expressão concentrada das primeiras), tem um efeito fortemente disruptor do equilíbrio entre a vida profissional e a vida privada e familiar. Este equilíbrio é um direito fundamental e está relacionado com várias questões, seja a já referida regulação do trabalho, seja a igualdade de género, o envelhecimento ativo ou os direitos parentais.

O relatório propõe medidas que podemos apoiar. São exemplos, entre outros, a crítica à perspetiva de que mais e mais horas de trabalho são benéficas para a economia em termos de aumento da produtividade, ou até mesmo a crítica aos efeitos das políticas de «austeridade», ou ainda a referência à contratação coletiva e a importantes posições acordadas no seio da OIT.

No entanto, este relatório está completamente enquadrado nas políticas da UE e na sua orientação neoliberal. Veja-se a referência à necessidade de flexibilidade nas relações de trabalho e no tempo de trabalho, ou à promoção de «empregos inteligentes» e teletrabalho, como uma forma de promover um melhor equilíbrio entre vida profissional.

Trata-se de uma abordagem que foge ao essencial e que não acompanhamos, por não contribuir para resolver o problema, antes pelo contrário.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Zosúladenie pracovného, súkromného a rodinného života sa konečne uznáva ako základné právo, aj keď naďalej ide o oblasť, v ktorej potrebujeme ďalší pokrok zabezpečujúci vyhovujúcu rovnováhu medzi pracovným a súkromným životom pre všetkých. Na naplnenie tohto cieľa bude potrebné zmeniť pracovné prostredie a začleniť celoživotný prístup do politík na dosiahnutie rovnováhy medzi pracovným a súkromným životom tak, že každý jeden človek bude mať v jednotlivých obdobiach svojho života podporu a môže sa aktívne zúčastňovať na trhu práce. Spoločnosť prechádza demografickými zmenami, objavujú sa nové spôsoby organizácie práce, máme stále vysokú nezamestnanosť a zvyšuje sa aj rozmanitosť rodinných vzťahov a foriem rodičovstva, ktoré má, žiaľ, stále negatívny vplyv na mieru zamestnanosti žien. Preto potrebujeme, aby Európska komisia čo najskôr predložila návrhy smerníc o materskej dovolenke, o otcovskej dovolenke, o vykonávaní smernice o rodičovskej dovolenke a aby navrhla smernicu o opatrovateľskej dovolenke.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo perchè pur denunciando problemi reali e offrendo spunti condivisibili, la relazione non formula soluzioni concrete.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τη δημιουργία συνθηκών στην αγορά εργασίας οι οποίες ευνοούν την εξισορρόπηση μεταξύ επαγγελματικής και προσωπικής ζωής.Το δικό μου όραμα για την οικογένεια και την οργάνωση της κοινωνίας είναι τελείως διαφορετικό από αυτό της Ευρωπαϊκής Ένωσης, οι αρχές μου και οι αξίες μου διαφέρουν ριζικά και δεν υπάρχει κανένα σημείο επαφής.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The report responds to the European Commission's Roadmap on work-life balance and proposes various initiatives to modernise the existing EU legislation (revision of the Maternity Leave Directive, improving parental leave) and to adopt new EU directives on paternity leave and carers' leave. It also proposes to enhance exchange of best practices regarding flexible working time arrangements, and tools to increase labour market participation of female and male workers with dependants. I believe it is time to assess our demographic and socioeconomic challenges and adopt a package of legislative and non-legislative policies to promote work life balance to ensure workers enter, remain and return to the labour market, and can reconcile professional, private and family life. I voted in favour of the report, as through it, the EP sends a strong message before the Commission presents its new proposal by the end of the year.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – Soy muy consciente de la necesidad de continuar trabajando para mejorar las condiciones en el mercado laboral a fin de favorecer una mejor conciliación de la vida privada y profesional, por lo que he votado a favor del informe. Nos queda un largo camino por recorrer en este campo, y es de gran importancia que demos pasos decididos en esta dirección que finalmente redunden en beneficio de toda la sociedad. El objetivo de esta iniciativa es aumentar la participación de las mujeres en el mercado laboral mediante la modernización y adaptación del actual marco jurídico y político de la Unión al mercado de trabajo actual para permitir que los padres con hijos u otros familiares dependientes mejoren el equilibrio entre su vida familiar y laboral, permitir un reparto más equitativo de las responsabilidades familiares entre hombres y mujeres, y reforzar la igualdad de género en el mercado laboral.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque creo que la conciliación entre la vida laboral y familiar es un derecho fundamental que todavía no se ha alcanzado en Europa, lo cual representa un obstáculo para el logro de una igualdad real entre hombres y mujeres.

Con este informe enviamos un mensaje claro a la Comisión para que actualice y complete la legislación europea. Debe presentar cuanto antes una revisión de la directiva de maternidad, una mejora de la directiva de permiso parental y dos nuevas directivas, una sobre el permiso de paternidad y otra sobre el permiso de los cuidadores.

Asimismo, es importante que se mejore la provisión de servicios de calidad a precios asequibles de cuidado de niños y otras personas dependientes, para que las mujeres, que son mayoría entre los cuidadores, puedan participar en el mercado laboral y optar a trabajos a jornada completa, que les permitan generar una pensión digna para el futuro.

También hay que racionalizar los horarios laborales e introducir mayor flexibilidad para que todos los trabajadores puedan disfrutar de su vida privada, lo que no sólo redunda en beneficio de las personas, sino también de las empresas porque los trabajadores son más productivos.

Elisabetta Gardini (PPE), *in writing*. – I think that this is a very important report that highlight the significant challenges that Europe is facing in terms of its demographic future. To counter this, it is of crucial importance that the EU does what it can to promote a more family friendly approach to work. This is in order to give all of our citizens the possibility of have children without being penalised. A better work-life balance is also key in promoting the participation of women in the labour market. Another point is that general well-being is an important factor in overall economic productivity in a modern society.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Il messaggio che abbiamo dato oggi con l'approvazione di questo testo è quello di un impegno solido del Parlamento UE a favore della protezione dei diritti e delle libertà umane.

L'Europa deve fare ricorso a tutti i mezzi in suo potere affinché nel mercato del lavoro non si annidino più minacce legate a discriminazioni di ogni genere.

La crisi globale che stiamo affrontando rende già la situazione impervia, e il rischio di indigenza ed esclusione sociale è troppo alto: sta a noi investire su misure che offrano un'adeguata protezione sociale ai lavoratori, alle famiglie, ai bambini, alle categorie più fragili.

Per questo, trovo di estrema importanza ribadire la necessità di adottare con urgenza strumenti rafforzati di conciliazione tra vita privata e lavorativa, di assistenza socio-sanitaria per il diritto al benessere dei bambini e di lotta alla povertà, per un'Europa che faccia delle politiche sociali il primo pilastro del nostro impegno in Parlamento.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del Parlamento europeo sulla creazione di condizioni del mercato del lavoro favorevoli all'equilibrio tra vita privata e vita professionale, di cui sono stata relatrice ombra per il gruppo S-D nella commissione EMPL, perché era necessario dare una risposta convinta e ampia alla proposta di tabella di marcia disegnata dalla Commissione sulla conciliazione lavoro e vita privata e sulle proposte varie di iniziativa dirette a modernizzare la legislazione in vigore in materia di revisione della direttiva sul congedo di maternità migliorando il congedo parentale, e l'adozione di nuove direttive sul congedo di paternità e quello di cura. Nella fase di stesura della relazione ci siamo preoccupati di mettere in risalto talune buone pratiche riguardanti gli accordi sulla flessibilità dei tempi di lavoro, in quanto strumenti utili per incrementare la partecipazione delle donne che si prendono cura di familiari al mondo del lavoro. Le sfide demografiche senza precedenti cui l'UE è confrontata, l'insicurezza del lavoro e la difficoltà di condizioni di lavoro aventi un impatto negativo sulla conciliazione lavoro-vita privata richiedono risposte precise dalla UE e auspico una reazione alquanto veloce e mirata in ognuno dei campi che abbiamo affrontato e infine adottato con la risoluzione.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Sie werden sich wundern: Wie kann sich der Europaabgeordnete der Familien-Partei enthalten, wenn es um den Bericht über die Schaffung von Arbeitsmarktbedingungen zur Förderung eines ausgewogenen Verhältnisses von Berufs- und Privatleben geht? Nun, das ist ganz einfach: Zum einen, weil nicht jede politische Initiative, die Eltern nutzt, auf europäischer Ebene beschlossen werden muss – etwa dann, wenn es um den Anteil an Vätermonaten geht. Das liegt vollkommen in nationaler Kompetenz, und das ist gut so. Zum anderen, weil der Ansatz einer Mehrheit dieses Hauses, Mütter und Väter schnellstmöglich in den Arbeitsmarkt zu reintegrieren und staatliche Kinderbetreuung zu organisieren, nicht meinem Idealbild der Wahlfreiheit entspricht. All meine Einwände wurden von den Kollegen der Linken, der Liberalen und der Grünen ignoriert. Deshalb meine Enthaltung.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Es ist meine feste Überzeugung als Christdemokrat, dass Familien gestärkt werden müssen. Ein wichtiger Teilaspekt stellt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf dar. Diese darf nicht zu Lasten der Familien ausfallen. Daher unterstütze ich den Vorschlag der Berichterstatter. Allerdings sollte das Subsidiaritätsprinzip, als Eckpfeiler der Europäischen Union hierbei weiterhin zur Anwendung kommen.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – Labour MEPs fully support measures to promote a greater work-life balance. We will not meet the demographic challenges we face – including the need to care for an ageing population – unless we modernise existing leave arrangements. Fathers taking time out of work to care for children must be supported by the right to paternity leave. We also support greater rights for carers, more extensive maternity leave rights and better implementation of existing legislation. These changes will bring benefits to the economy as a whole, and ensure that women and men are equal earners and carers.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Qui ne rêve pas de pouvoir concilier vie privée et professionnelle, sans que l'une ne nuise à l'autre ?

On pense à tort que faciliter cette conciliation a pour but de promouvoir la famille et la natalité. Ce rapport est en fait une réponse à une consultation de la Commission en vue d'accroître par tous moyens la participation des femmes au marché du travail — sans se soucier plus que cela de l'opinion des intéressées d'ailleurs — et sous-tendue par la volonté d'un égalitarisme absolu entre homme et femmes qui conduit parfois à des mesures absurdes.

Ainsi par exemple du congé parental en France, régi peu ou prou par les principes que vous défendez — l'individualisation des droits — et qui empêche les nouveaux parents de s'organiser comme ils le veulent sous peine de sanction financière.

Il est vrai qu'il existe encore beaucoup de choses à faire pour faciliter la vie de ceux et celles qui travaillent. Il faut donc commencer par le réexamen des politiques économiques, d'austérité budgétaire, de mise en concurrence déloyale, de course à une compétitivité qui exigent toujours plus de disponibilité des salariés ou les «ubérisent». Sans quoi les droits qu'on leur promet ne seront que du vent.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Labour MEPs fully support measures to promote greater work-life balance. We will not meet the demographic challenges we face – including the need to care for an ageing population – unless we modernise existing leave arrangements. Fathers taking time out of work to care for children must be supported by the right to paternity leave. We also support greater rights for carers, more extensive maternity leave rights and better implementation of existing legislation. These changes will bring benefits to the economy as a whole, and ensure that women and men are equal earners and carers.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – L'équilibre vie professionnelle-vie familiale représente un droit fondamental pour les socialistes et démocrates, qui militent pour un socle européen des droits sociaux.

Aussi, j'ai voté en faveur de ce rapport d'initiative qui avance des propositions législatives concrètes, telles que l'allongement de la durée du congé parental à 6 mois, une directive pour un congé de paternité de minimum deux semaines entièrement rémunérées pour les pères et une directive sur le congé pour personne à charge complétant la prestation de soins professionnels et permettant aux travailleurs de s'occuper des personnes dépendantes tout en offrant à l'aidant une rémunération et une protection sociale adéquates, ou encore l'instauration de crédits de prise en charge afin que les périodes d'arrêt du travail pour s'occuper de manière informelle et non rémunérée d'une personne dépendante soient comptabilisées comme des périodes de travail pour la constitution de leurs droits à pension.

Enfin, le rapport d'initiative réitère la nécessité d'une «garantie enfant» permettant à chaque enfant d'accéder à des soins de santé gratuits, à une scolarité gratuite, à une garde d'enfants gratuite, à un logement décent, à une alimentation appropriée, dans le cadre d'un plan européen intégré de lutte contre la pauvreté infantile.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report. I welcome the initiative, the need to modernise work-life balance framework at the EU level is obvious for several main reasons: society has seen demographic changes spurring more care needs, new ways of working have emerged, unemployment is still at unprecedented high levels, the diversity of family relationships and parenting arrangements has increased, parenthood still has strikingly negative effects on the employment rates of women and the current EU framework is falling very short of addressing this most important aspect of persisting gender inequality.

Jytte Guteland, Anna Hedh, Olle Ludvigsson, Jens Nilsson och Marita Ulvskog (S&D), *skriftlig*. — Idag röstade vi svenska socialdemokrater för betänkandet om inrättande av gynnsamma arbetsmarknadsvillkor för balans mellan arbetsliv och privatliv. Betänkandet är bra i sin helhetssyn på ett EU där arbetsmarknaden moderniserats och blivit alltmer digital.

Samtidigt som vi ser möjligheter anser vi också att det krävs varsamhet inför en moderniserad arbetsmarknad, så att vi inte reproducerar destruktiva könsroller genom exempelvis atypiska anställningsformer inom vilka kvinnor idag är överrepresenterade.

Därför röstade vi emot punkter som vi anser skulle cementera traditionella könsroller.

Vi röstade emot skrivningar som förespråkar att delar av föräldraledigheten ska vara överförbar. Eftersom väldigt få män tar ut sin föräldraledighet, anser vi att det istället behövs en förstärkning av föräldraledigheten för att få fler män att utnyttja denna möjlighet.

Vi valde även att avstå i omröstningen om punkten som tog upp ”omsorgspoäng” för vård av anhörig. För att minska den könsbaserade pensionsklyftan och garantera rimliga pensioner krävs andra sorters åtgärder, exempelvis ökad sysselsättning och införlivande av lika lön-principen som skulle innebära en minskad löneklyfta.

Förutom skrivningarna anser vi att betänkandet innehåller flera konkreta skrivningar. I sin holistiska ansats innehåller betänkandet välgrundade förslag om bekämpning av barnfattigdom, säkra anställningsformer och ökad jämställdhet som alla går i rätt riktning.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque creo que la conciliación entre la vida laboral y familiar es un derecho fundamental que todavía no se ha alcanzado en Europa, lo cual representa un obstáculo para el logro de una igualdad real entre hombres y mujeres.

Con este informe enviamos un mensaje claro a la Comisión para que actualice y complete la legislación europea. Debe presentar cuanto antes una revisión de la directiva de maternidad, una mejora de la directiva de permiso parental y dos nuevas directivas, una sobre el permiso de paternidad y otra sobre el permiso de los cuidadores.

Asimismo, es importante que se mejore la provisión de servicios de calidad a precios asequibles de cuidado de niños y otras personas dependientes, para que las mujeres, que son mayoría entre los cuidadores, puedan participar en el mercado laboral y optar a trabajos a jornada completa, que les permitan generar una pensión digna para el futuro.

También hay que racionalizar los horarios laborales e introducir mayor flexibilidad para que todos los trabajadores puedan disfrutar de su vida privada, lo que no sólo redunda en beneficio de las personas, sino también de las empresas porque los trabajadores son más productivos.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. — Υπερψηφίσαμε την έκθεση αφού ασκεί κριτική προς τα μέτρα λιτότητας και την αύξηση των ωρών εργασίας ενώ αναγνωρίζει επίσης την ύπαρξη επισφαλών μορφών εργασίας στην ΕΕ.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported this report on creating labour market conditions favourable for work-life balance which is Parliament's response to the Commission's withdrawal of the Maternity Leave Directive and its replacement following the publication of the Roadmap to address challenges in work/life balance for working families. In a world where the line between work and private life is increasingly blurred it is important workers and their families achieve a satisfactory balance. I fully agree it is crucial to have a lifecycle approach in work-life balance policies to ensure everyone is supported at different moments throughout their life in order to actively participate in the labour market and in society as a whole. That's why I particularly welcome the call for a Paternity Leave Directive with compulsory two-week paid leave and a Carers' Leave Directive which supplements the provision of professional care, enables workers to care for dependants and offers the carer adequate remuneration and social protection. This is crucial given that 80% of care needs are provided by informal carers in the EU and 3.3 million Europeans aged between 15 and 34 have had to give up full-time work because they lack care facilities for dependent children or older relatives.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour as I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht zur „work-life balance“ ist nicht akzeptabel. Er mischt sich viel zu sehr in die Belange der Mitgliedstaaten und insbesondere der Familien ein. Er versucht zu regeln, wie und wann Frauen nach der Schwangerschaft an den Arbeitsplatz zurückgebracht und Männer in eine häusliche Rolle gedrängt werden sollen. Das Subsidiaritätsprinzip wird hier mit Füßen getreten. Die Interessen der Familien sollten in den Familien selbst entschieden werden und schon gar nicht in der EU. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Er führt zu Zwietracht und Zwist in Europa.

Gunnar Hökmark (PPE), *skriftlig*. — Vi måste förbättra balansen mellan arbetsliv och familjeliv i EU och ge kvinnor och män samma möjligheter att kombinera karriär och familj. Dock är det upp till medlemsstaterna att utforma system och villkor som gör detta möjligt, särskilt ledighet för arbetande föräldrar.

Jag kunde inte stödja betänkandet, eftersom det uppmanar kommissionen att föreslå mammaledighet, pappaledighet och ledighet för vårdare på EU-nivå.

Utöver detta föreslås det i betänkandet att vi på EU-nivå ska besluta om vissa sorters skattepolitik, minimilöner och socialförsäkringssystem, vilka alla ska beslutas nationellt.

Vi bör öka medvetenheten, utbyta bästa praxis och uppmuntra medlemsstaterna att bedriva en modern jämställdhetspolitik som innebär att kvinnor inte betraktas som enda förälder med ansvar för vård av barn. Vi måste fokusera på att bekämpa diskriminering och stereotyper mot kvinnor och flickor både på och utanför arbetsplatsen. Vi har fortfarande en lång väg att gå, men det är inte genom att införa familje- och arbetsmarknadspolitik från Bryssel som vi kommer att uppnå jämställdhet i Europa.

Филиз Хюсменова (ALDE), *в писмена форма*. – Уважаеми г-н Председател, подкрепям доклада относно създаването на условия на пазара на труда, благоприятстващи за равновесието между личния и професионалния живот. Равенството между мъжете и жените е основен принцип, заложен в Хартата на основните права на Европейския съюз, който трябва да бъде гарантиран във всички области, включително по отношение на постигането на равновесие между професионалния и личния живот.

Добре създадените и изпълнени политики за постигане на това равновесие трябва да се разглеждат като съществено подобряване на работната среда, тъй като те спомагат за добрите условия на труд и за социалното и професионално благосъстояние. Смятам, че доброто равновесие между професионален и личен живот, е стимул за икономическия растеж, конкурентоспособността, общото участие на пазара на труда, равенството между половете, намаляването на риска от бедност и солидарността между поколенията.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – Europe faces demographic and socio-economic challenges and should promote work life balance to ensure workers enter, remain and return to the labour market. I voted in favour of this report.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o stvaranju povoljnih uvjeta na tržištu rada za ostvarivanje ravnoteže između privatnog i poslovnog života, s obzirom da podržavam ideju da se europsko zakonodavstvo aktivno postavi i prema ovom pitanju. Društveni i radni uvjeti se ubrzano mijenjaju, a uslijed toga nastaju i posljedice na način i kvalitetu života.

Usklađivanje privatnog i poslovnog života pitanje je s kojim se susrećemo svakodnevno a utječe na status obitelji, natalitet, kvalitetu rada i konkurentnost tvrtki, opće zadovoljstvo, način odgoja i uvjeta obrazovanja, socijalni i ekonomski status i brojne druge činjenice koje definiraju poslovno i privatno okruženje te utječu na sadašnju kvalitetu života kao i u bliskoj budućnosti.

Slažem se s činjenicom da usklađivanje poslovnog, privatnog i obiteljskog života treba biti zajamčeno kao temeljno pravo za sve ljude. Potrebno je uvođenje okvira kojim bi se to pravo osiguralo unutar socijalnih sustava EU-a i država članica. Potrebno je promicati modele kojima se postiže ravnoteža privatnog i poslovnog života te treba u to uključiti sve djelatnosti EU-a koje utječu na tu problematiku.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – L'idée générale de ce texte est la volonté de concilier au mieux la vie privée et professionnelle et de lutter contre les discriminations au moyen de mesures législatives et non législatives, dans le respect du principe de subsidiarité. Concrètement, il s'agit d'organiser la société et le monde du travail afin que les femmes puissent à la fois participer au marché du travail, au même titre que les hommes et que ce même milieu professionnel leur laisse la liberté de procréer sans entrave. Plus largement, l'objectif est de lutter contre une inégalité des sexes persistante, notamment dans le domaine de l'emploi. C'est donc avant tout une négation des fonctions sociales sexuées au profit d'êtres humains indifférenciés. J'ai voté contre.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport de ma collègue Tatjana Zdanoka sur la mise en place, sur le marché du travail, de conditions favorisant l'équilibre entre la vie professionnelle et la vie privée. Cette initiative cherche à favoriser l'égalité des sexes sur le marché du travail en modernisant et en adaptant le cadre juridique européen. Aujourd'hui, ce combat n'est pas arrivé à sa fin et mon vote est également un moyen d'interpeller la Commission Européenne pour qu'elle intensifie ses travaux dans le domaine.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport Ždanoka-Blinkevičiutė sur la mise en place, sur le marché du travail, de conditions favorisant l'équilibre entre la vie professionnelle et la vie privée. Ce rapport fait suite aux engagements de la Commission européenne de mettre en œuvre un certain nombre d'initiatives dans ce domaine avant la fin de l'année 2016.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Ο στόχος αυτής της έκθεσης και των πολιτικών για την εξισορρόπηση επαγγελματικής και προσωπικής ζωής δεν αφορά, σε γενικές γραμμές, μόνο την προώθηση της ισότητας των φύλων στην απασχόληση και άλλους τομείς της ζωής, αλλά αποσκοπεί να παράσχει στα παιδιά τη δυνατότητα να αναπτύξουν το πλήρες δυναμικό τους, παρέχοντάς τους υψηλής ποιότητας προσχολική εκπαίδευση και φροντίδα, την πρόσβαση σε ψυχαγωγικές, πολιτιστικές και αθλητικές δραστηριότητες και χρόνο με τους γονείς τους. Η σωστή πολιτική ισορροπία μεταξύ επαγγελματικής και προσωπικής ζωής θα βοηθήσει επίσης στο να εξασφαλιστεί υψηλότερη ποιότητα ζωής και ασφάλειας για άλλα εξαρτώμενα άτομα, ιδίως ηλικιωμένα εξαρτώμενα μέλη, καθώς και εξαρτώμενα άτομα με ειδικές ανάγκες ή άτομα που πάσχουν από μακροχρόνιες ασθένειες. Στηρίζω αυτή την πρωτοβουλία.

Jarosław Kalinowski (PPE), *na piśmie*. – Społeczeństwo Unii Europejskiej jest społeczeństwem starzejącym się. W ostatnich dziesięcioleciach widać wyraźny spadek dzietności, dlatego dążenie do poprawienia warunków na rynku pracy jest bardzo istotne.

Podejmowane działania powinny być skoncentrowane przede wszystkim na zapewnieniu lepszych warunków dostępu do rynku pracy dla kobiet: stworzeniu warunków powrotu do pracy na to samo stanowisko po urodzeniu dziecka oraz zapobieganiu dyskryminacji ze względu na płeć podczas ubiegania się o stanowiska. Ponadto powinniśmy ułatwiać dostęp do urlopu rodzicielskiego wśród ojców. Ważnym problemem jest wciąż obecna różnica wynagrodzeń na tych samych stanowiskach, co powoduje, że to właśnie matki korzystają z urlopów, aby opiekować się dziećmi.

Nie wolno nam też zapominać o samotnych matkach często pracujących ponad normę aby zapewnić godne warunki swoim dzieciom. Trzeba stworzyć warunki, w których będą one miały możliwości pogodzenia pracy i obowiązku wychowania dziecka. W tym celu musimy dążyć do polepszenia usług opiekuńczych i zwiększenia ich dostępności.

Zrównoważenie warunków pomiędzy życiem zawodowym i prywatnym przyczyni się nie tylko do wzrostu liczby urodzeń, ale także do wzrostu gospodarczego, większego równouprawnienia płci i obniżenia zagrożenia ubóstwem.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich lehne den vorliegenden Bericht ab. Es wird versucht, unter dem Deckmantel der Arbeitsmarktpolitik in die Familien- und Gesellschaftspolitik der Mitgliedstaaten einzugreifen, indem ein neues Gesellschaftsmodell propagiert wird.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Eiropas Parlamenta plenārsesijā Strasbūrā es balsoju par ziņojumu par darba un privātās dzīves līdzsvaram labvēlīgu darba tirgus apstākļu izveidi. Es uzskatu, ka šī ir atbalstāma iniciatīva, kas uzlabotu Eiropas Savienības pilsoņu dzīvesveidu un sabalansētu darba dzīvi ar privāto, ņemot vērā mūsdienu intensīvo darba ritmu. Kā arī jācenšas ierobežot pastāvošā diskriminācija darba tirgū ES, lai visiem būtu vienādas tiesības uz darba pozīciju un pārrunu vai izvēles laikā tiktu ņemta vērā darbinieku kompetence un atbilstība konkrētam amatam. Savukārt es balsoju pret punktā, kur tika minēta minimālo algu shēmu ieviešana. Es uzskatu, ka šī atkal ir iejaukšanās dalībvalstu nodokļu politikās, kas Eiropas Savienībā ir dalībvalstu stingrā kompetencē.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – Labour MEPs fully support measures to promote greater work-life balance. We will not meet the demographic challenges we face unless we modernise existing leave arrangements. Fathers taking time out of work to care for children must be supported by the right to paternity leave. We also support greater rights for carers, more extensive maternity leave rights and better implementation of existing legislation. These changes will bring benefits to the economy as a whole, and ensure that women and men are equal earners and carers.

Jeppe Kofod (S&D), *skriftlig*. – Socialdemokraterne i Europaparlamentet ønsker at opdatere EU's lovgivning for at skabe en bedre balance mellem arbejdsliv og privatliv. Vi støtter initiativer, der forbedrer ligestillingen mellem mænd og kvinder, styrker fars ret til orlov og øger kvinders deltagelse på arbejdsmarkedet. Derfor har vi valgt at stemme for betænkningen i sin helhed.

Det skal dog ikke tolkes som opbakning til alle de enkelte initiativer, der nævnes i betænkningen. Generelt ønsker de danske socialdemokrater et større fokus på fars rettigheder, da det er væsentligt for at opnå en mere ligelig fordeling af orlov mellem forældrene. Enkelte af forslagene i betænkningen kunne – hvis der var tale om lovgivning – virke kontraproduktivt i forhold til dette mål. Samtidig er der visse områder, hvor man i Danmark har tradition for, at der indgås aftaler mellem arbejdsmarkedets parter, og hvor vi ikke ønsker lovgivning på EU-plan.

Eftersom der ikke er tale om lovgivning, men blot en initiativbetænkning, har vi valgt at støtte det overordnede budskab om at sikre mere ligestilling og bedre kønsbalance gennem forbedrede regler, i tæt samarbejde med arbejdsmarkedets parter og under hensyntagen til nærhedsprincippet.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nicht akzeptabel. Er mischt sich viel zu sehr in die Belange der Mitgliedstaaten und insbesondere der Familien ein. Er versucht zu regeln, wie und wann Frauen nach der Schwangerschaft an den Arbeitsplatz zurückgebracht und Männer in eine häusliche Rolle gedrängt werden sollen. Das Subsidiaritätsprinzip wird hier mit Füßen getreten. Die Interessen der Familien sollten primär in den Familien selbst entschieden werden und nicht mittels EU-Bestimmungen.

Elisabeth Köstinger (PPE), *schriftlich*. – Ich habe mich bei der Abstimmung über den Bericht über die Schaffung von Arbeitsmarktbedingungen zur Förderung eines ausgewogenen Verhältnisses von Berufs- und Privatleben enthalten, da der Bericht zwar ein wichtiges Thema für die EVP darstellt und daher an sich nicht abzulehnen ist, aber leider auch viele Forderungen stellt, die mit dem Prinzip der Subsidiarität nicht vereinbar sind, wie unter anderem eine erneute Aufforderung an die Kommission, eine Mutterschutzrichtlinie vorzuschlagen. Familienrechtliche Belange sind immer noch besser in den Händen der Mitgliedstaaten aufgehoben. Darüber hinaus werden in dem Bericht Themen behandelt, die nicht direkt mit dem Kernthema des Berichts – Work/Life Balance europäischer Arbeitnehmer – verbunden sind, wodurch der Bericht leider an Aussagekraft verliert.

Nicht zuletzt werden in dem Bericht neue und flexible Arbeitsmodelle undifferenziert mit prekären Arbeitsverhältnissen gleichgestellt. Da gerade moderne, flexible Arbeitszeitmodelle oft die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern, kann ich diese Ansicht nicht teilen.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Voto a favore della relazione per la creazione di condizioni del mercato del lavoro favorevoli all'equilibrio tra vita privata e vita professionale. L'obiettivo della relazione è quello di rendere più moderno e più adeguato al mercato del lavoro il quadro politico e giuridico dell'UE e mette in risalto diverse tematiche che dovrebbero essere riviste, sia a livello legislativo che non. Tra i vari punti, chiaramente centrale la parità di opportunità fra uomo e donna. La modernizzazione di tali politiche, permetterebbe alle famiglie di creare un equilibrio tra la vita familiare e quella professionale, facendo sì che le responsabilità familiari siano condivise in maniera equa. La relazione, mira inoltre, allo sviluppo delle potenzialità dei bambini, e dunque alla necessità di fornire servizi per l'infanzia di qualità, economici e accessibili, e all'importanza di trascorrere più tempo in presenza dei genitori. Tali iniziative, che supporto, mirano a garantire una migliore qualità della vita e una maggiore sicurezza per tutti coloro che ci stanno vicino.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car l'UE s'ingère dans l'organisation sociétale des États membres et dans les relations familiales elles-mêmes, notamment en voulant réformer le congé parental.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative incite la Commission à respecter ses engagements relatifs à la mise en place de conditions favorisant la conciliation entre vie professionnelle et vie familiale.

Trop souvent, les femmes sont désavantagées du fait des tâches qui leur incombent de manière disproportionnée au sein du foyer. Créer les conditions d'une réconciliation du travail et des responsabilités familiales permettra de résoudre nombre d'inégalités que rencontrent les femmes sur le marché du travail.

J'ai voté en faveur de ce rapport qui préconise des mesures pertinentes pour concilier vie familiale et vie professionnelle. Il propose notamment d'assurer des revenus et débouchés professionnels égaux selon le sexe. Le texte souligne par ailleurs la nécessité d'avoir des services de soins de qualité, abordables et accessibles pour les enfants. En outre, le rapport met en avant la nécessité d'une certaine souplesse des conditions de travail pour les hommes et femmes qui doivent être disponibles pour l'éducation de leurs enfants.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – L'ingérence est un maître-mot dans l'Union européenne. En l'occurrence, ce rapport s'immisce dans l'organisation sociétale des États membres, et même jusque dans les familles. C'est tout simplement inacceptable.

Plus globalement, et en dépit de quelques idées intéressantes, ce texte semble vouloir bouleverser nos modèles de société et de travail. Il s'attaque ainsi à la femme et sa liberté, en en faisant un être «égal-inférieur» de l'homme, soumis au diktat des exigences législatives. Cerise sur le gâteau, la liberté de circulation, les migrants et les confus Objectifs 2020 viennent se greffer pêle-mêle sur ce dossier.

J'ai fermement voté contre.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque creo que la conciliación entre la vida laboral y familiar es un derecho fundamental que todavía no se ha alcanzado en Europa, lo cual representa un obstáculo para el logro de una igualdad real entre hombres y mujeres.

Con este informe enviamos un mensaje claro a la Comisión para que actualice y complete la legislación europea. Debe presentar cuanto antes una revisión de la directiva de maternidad, una mejora de la directiva de permiso parental y dos nuevas directivas, una sobre el permiso de paternidad y otra sobre el permiso de los cuidadores.

Asimismo, es importante que se mejore la provisión de servicios de calidad a precios asequibles de cuidado de niños y otras personas dependientes, para que las mujeres, que son mayoría entre los cuidadores, puedan participar en el mercado laboral y optar a trabajos a jornada completa, que les permitan generar una pensión digna para el futuro.

También hay que racionalizar los horarios laborales e introducir mayor flexibilidad para que todos los trabajadores puedan disfrutar de su vida privada, lo que no sólo redunda en beneficio de las personas, sino también de las empresas porque los trabajadores son más productivos.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque creo que la conciliación entre la vida laboral y familiar es un derecho fundamental que todavía no se ha alcanzado en Europa, lo cual representa un obstáculo para el logro de una igualdad real entre hombres y mujeres.

Con este informe enviamos un mensaje claro a la Comisión para que actualice y complete la legislación europea. Debe presentar cuanto antes una revisión de la directiva de maternidad, una mejora de la directiva de permiso parental y dos nuevas directivas, una sobre el permiso de paternidad y otra sobre el permiso de los cuidadores.

Asimismo, es importante que se mejore la provisión de servicios de calidad a precios asequibles de cuidado de niños y otras personas dependientes, para que las mujeres, que son mayoría entre los cuidadores, puedan participar en el mercado laboral y optar a trabajos a jornada completa, que les permitan generar una pensión digna para el futuro.

También hay que racionalizar los horarios laborales e introducir mayor flexibilidad para que todos los trabajadores puedan disfrutar de su vida privada, lo que no sólo redunda en beneficio de las personas, sino también de las empresas porque los trabajadores son más productivos.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe conjunto de la Comisión de Mujer e Igualdad de Género y de la Comisión de Empleo puesto que reconoce que la creciente desregulación de los derechos laborales y sociales en la Unión y las políticas de austeridad tienen un terrible impacto en la conciliación de vida privada y profesional para las mujeres.

Para evitar esta desigualdad, el informe apuesta por potenciar los convenios colectivos que faciliten la conciliación de la vida privada, profesional y familiar. Asimismo, apuesta por un permiso parental que sea apropiadamente remunerado y para ambos progenitores para facilitar esta conciliación. Dado que también señala la importancia de promover a escala europea los servicios sociales públicos de cuidado y de atención de menores, he dado mi apoyo a este texto.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. –

Durante las últimas décadas, la conciliación de la vida profesional, privada y familiar se ha convertido en un derecho fundamental reconocido. Aunque ya se han emprendido algunas iniciativas tanto a nivel europeo como nacional, sigue siendo un ámbito en el que es preciso que sigamos trabajando para garantizar un equilibrio satisfactorio entre la vida laboral y familiar para todos.

Con ello considero que no solo se mejora el propio bienestar de las personas, sino que también se beneficia a la sociedad en su conjunto. Esto exige transformar el entorno de trabajo y también apartarse de la idea de que para las personas el trabajo es la única manera útil, y, por ende, valiosa de participar activamente en el mercado laboral y en la sociedad en su conjunto.

Este informe propone soluciones en este sentido, ya que la ausencia de las mismas, tiene unos efectos negativos continuos en la demografía de Europa que no podemos permitirnos.

Estoy completamente de acuerdo con la necesidad de seguir trabajando, siempre teniendo en cuenta las circunstancias del momento, para alcanzar este equilibrio. Por ello doy mi voto positivo para la aprobación de este informe.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht zur „work-life balance" ist nicht akzeptabel. Er mischt sich viel zu sehr in die Belange der Mitgliedstaaten und insbesondere der Familien ein. Er versucht zu regeln, wie und wann Frauen nach der Schwangerschaft an den Arbeitsplatz zurückgebracht und Männer in eine häusliche Rolle gedrängt werden sollen. Das Subsidiaritätsprinzip wird hier mit Füßen getreten. Die Interessen der Familien sollten in den Familien selbst entschieden werden und schon gar nicht in der EU.

Krystyna Łybacka (S&D), *na piśmie*. – Poparłam sprawozdanie na rzecz tworzenia na rynku pracy warunków sprzyjających równowadze między życiem zawodowym a prywatnym.

W kontekście tego sprawozdania zwracam uwagę na konieczność zapewnienia dostępnych dla wszystkich, wysokiej jakości usług opieki nad dziećmi oraz wczesnej edukacji.

Potrzebujemy większych inwestycji w tworzenie i rozwój infrastruktury opieki nad dziećmi. Każde dziecko, po zakończeniu przez rodziców urlopu rodzicielskiego, powinno mieć zagwarantowane miejsce w placówce opiekuńczej.

W ślad za rezolucją, apeluję do państw członkowskich o wdrożenie celów barcelońskich z 2002 roku w zakresie infrastruktury opieki nad dziećmi oraz zatwierdzenie ram jakości usług wczesnej edukacji i opieki nad dzieckiem z 2014 roku.

Zapewnienie odpowiedniej opieki nad dziećmi, jako część strategii na rzecz równowagi między życiem prywatnym a zawodowym, jest również kluczowe dla zwiększania zatrudnienia kobiet.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report, which acknowledges the importance of work life balance, between work life and private life.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Politika pomoci v mateřství a dávky v rodičovství mají podle mě zůstat v kompetenci jednotlivých států a EU se do toho nemá vměšovat. Nesouhlasím s výzvou, že by „rodičovská dovolená" měla být povinně dělena mezi oba rodiče. Nechme na rodičích, jak se rozhodnout rozdělit si péči o děti. Nesouhlasím ani s tvrzením, že „osoby LGBTI čelí v práci specifickým genderovým překážkám, které mají nepříznivý dopad na jejich pohodu v práci a ohrožují jejich duševní zdraví" a že tudíž Komise a členské státy mají podniknout „další kroky k řešení těchto nepříznivých podmínek."

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – I fully agree with reporters that reconciliation of professional, private and family life needs to be guaranteed as a fundamental right for all, with measures being available for everyone, going beyond young mothers, fathers or carers. it is necessary to promote family-friendly working environments, reconciliation plans, return-to-work programmes, communication channels between employees and employers, and incentives for businesses and self-employed workers, in particular to ensure that people are not economically penalised for having children.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Rovnováha medzi pracovným, súkromným a rodinným životom ovplyvňuje kvalitu života na jednej strane a zároveň efektivitu a produktivitu vykonávanej práce na strane druhej. Ovplyvňuje kvalitu života jednotlivca a celej spoločnosti zároveň. Vytváranie tejto rovnováhy si vyžaduje, aby všetky kompetentné orgány odstraňovali existujúce problémy na viacerých úrovniach, od diskriminácie pri uplatňovaní na trhu práce, organizácii pracovného času, zrovnoprávnení pohlaví pri odmeňovaní, výchove detí, dostupnosti kvalitného vzdelania od predškolského veku až po celoživotné vzdelávanie, ako aj dostupnej starostlivosti a zabezpečenia staršieho obyvateľstva. Myslím si, že demografický vývoj v EÚ si vyžaduje, aby sa Únia nielen pripravovala a vysporiadala so starnutím populácie, ale aby prioritne vytvárala ekonomické, sociálne a pracovné podmienky na zakladanie rodín.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με τη δημιουργία συνθηκών στην αγορά εργασίας οι οποίες ευνοούν την εξισορρόπηση μεταξύ επαγγελματικής και προσωπικής ζωής, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην Ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 12/9/2016, καθώς και διότι η εν λόγω Έκθεση είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Bien qu'il expose plusieurs axes que nous soutenons (égalité des salaires, liberté de procréer, lutte contre les discriminations, etc.) plusieurs points sont condamnables. Ce texte propose une transition culturelle et sociétale qui s'intègrera parfaitement dans l'élaboration du pilier européen des droits sociaux à venir, avec une remise en cause des modèles du couple (comme entité), du travail rémunéré et de la différentiation sexuelle qui s'opère.

Ce sont avant tout des raisons économiques qui expliquent la baisse du taux de natalité: l'absence de revenus suffisants et la peur de perdre son travail (licenciement abusif lié à la maternité). Le texte est dès lors tiraillé entre deux objectifs qui semblent inconciliables, intégrer les femmes sur le marché du travail et les inciter à donner naissance.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Zkombinovat pracovní a soukromý život je zejména pro ženy, matky velice obtížné, ne-li až nemožné. Dnes jsme hlasovali o zprávě, která na tyto problémy upozorňuje. S řadou myšlenek obsažených v textu souhlasím, např. s tím, že politiky, které jsou nutné pro dosažení vyrovnanosti mezi soukromým a pracovním životem, se musí zaměřit na přístup žen na trh práce a společné sdílení domácích a pečovatelských úkolů mezi muži a ženami. Dále je nutno se zaměřit na vytvoření soudržného politického rámce podpořeného kolektivním vyjednáváním a kolektivními smlouvami s cílem umožnit lepší vyvážení pečovatelského, profesního a soukromého života. Zpravodajky dále zmiňují nutnost zakotvení práva každé ženy na mateřskou a rodičovskou dovolenou, stejně jako na nutnost uplatňování principu rovnosti pohlaví. Zprávu jsem při hlasování podpořil.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório sublinha medidas importantes sobre as condições no mercado de trabalho favoráveis ao equilíbrio entre a vida familiar e a vida profissional, tais como: a importância de um quadro político coerente apoiado por negociação coletiva e acordos coletivos para permitir um melhor equilíbrio entre a vida profissional e a vida privada; a importância de uma licença parental «adequadamente» paga mais equilibrada para ambos os pais; a importância de ter acesso à educação e cuidados, acessível, adequada e de qualidade na primeira infância, assistência a pessoas dependentes e serviços sociais de elevada qualidade; o reconhecimento de que políticas de conciliação da vida de trabalho não vão, por si só produzir benefícios para os trabalhadores, a menos que sejam acompanhadas de políticas para melhorar as condições de vida, ao lado de políticas para fomentar e promover atividades culturais, recreativas e desportivas, entre outros.

Mesmo tendo em conta que ainda muito trabalho tem de ser feito no âmbito das desigualdades sociais e das condições de vida dos/as trabalhadores/as, pelas razões que acima enunciei, votei a favor.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – La creación de unas condiciones favorables para poder conciliar la vida personal y profesional ha sido un reto que, cada vez con más fuerza, nos demanda la sociedad.

Aún queda mucho por hacer y por eso mi apoyo al informe del Parlamento en este sentido, en el que hacemos nuestras propuestas para avanzar más rápido en esta senda y poder desbloquear aspectos que llevan décadas parados, relativos a permisos de maternidad, de paternidad o que tienen que ver con los cuidadores, que son importantes si queremos realmente resolver esta cuestión.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Αναμφισβήτητα θα πρέπει να υπάρχει εξισορρόπηση της επαγγελματικής και της προσωπικής ζωής και αυτό είναι ένα από τα θεμελιώδη ανθρώπινα δικαιώματα. Υπερψηφίζω το ψήφισμα που αφορά τη δημιουργία συνθηκών στην αγορά εργασίας οι οποίες ευνοούν την εξισορρόπηση μεταξύ επαγγελματικής και προσωπικής ζωής γιατί αυτό θα συμβάλει και στην προσωπική πρόοδο του ατόμου αλλά παράλληλα θα ωφεληθεί και η κοινωνία στο σύνολό της γιατί η προσωπική ευημερία είναι άμεσα συνδεδεμένη με την κοινωνική ευημερία. Τα ισορροπημένα άτομα είναι πιο παραγωγικά και αποτελεσματικά σε ό, τι κάνουν. Τέλος, είναι απαραίτητη η ανάγκη για εξισορρόπηση μεταξύ επαγγελματικής και προσωπικής ζωής και για την προώθηση και αύξηση της συμμετοχής των γυναικών στην αγορά εργασίας γιατί με τον εκσυγχρονισμό του υφιστάμενου νομικού πλαισίου είναι πιο δυνατή η ισορροπία για γονείς με παιδιά ή και εξαρτώμενους συγγενείς. Αυτό κρίνεται ζωτικής σημασίας αν θέλουμε να πετύχουμε αληθινή ισότητα των φύλων και αξιοποίηση των ικανοτήτων και των ταλέντων των ανθρώπων.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Meines Erachtens nach ist dieser Bericht negativ zu beurteilen, da unter dem Deckmantel der Arbeitsmarktpolitik in die nationale Familien- und Gesellschaftspolitik eingegriffen wird, indem ein neues Gesellschaftsmodell propagiert wird.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative défend l'idée que l'équilibre travail-vie améliore non seulement le bien-être de chacun, mais profite également à la société dans son ensemble, car les personnes ayant un équilibre travail-vie satisfaisant sont plus productives au travail. Dans ce domaine comme dans beaucoup d'autres, il existe de nombreuses inégalités entre hommes et femmes, du fait notamment de la plus grande prise en charge, par les femmes, des personnes dépendantes (enfants et/ou parents dépendants). Le but de ce rapport est non seulement de promouvoir l'égalité des sexes en matière d'emploi et dans d'autres domaines de la vie, mais aussi de donner aux enfants la possibilité de réaliser leur plein potentiel en leur fournissant une éducation de qualité dès la petite enfance, ainsi que l'accès aux loisirs et aux activités culturelles et sportives. Le rapport propose d'agir à travers la prolongation du congé de maternité, la révision du congé de paternité et la mise en avant de la directive sur le congé pour personne à charge. Je vote pour ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – L'ingérence dans l'organisation sociétale des États membres – mais également au sein même des familles – que favorise ce texte, le rend inacceptable. De manière générale, quelques bonnes idées mais un texte qui vient modifier, en lame de fond, nos modèles de société et de travail. La liberté de choix des femmes est alors court-circuitée, ce qui fait de la femme un «égal-inférieur» de l'homme, soumise à l'exigence législative. En outre, liberté de circulation, migrants et objectifs 2020 viennent se greffer et orienter ce dossier.

J'ai ainsi voté contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – De acordo com os mais recentes dados do Eurostat, a taxa de natalidade na União Europeia tem diminuído nas últimas décadas. A União enfrenta desafios demográficos sem precedentes, aos quais os Estados-Membros devem dar resposta. As políticas favoráveis às famílias são importantes para estimular tendências demográficas positivas, visto que a precariedade laboral e as más condições de trabalho têm efeitos negativos no planeamento familiar.

Para alcançar um verdadeiro equilíbrio entre a vida pessoal e a vida profissional, são necessárias políticas sólidas, transversais, coerentes, estruturais e abrangentes, que prevejam incentivos e medidas eficazes para fomentar a conciliação entre o trabalho, a possibilidade de prestar cuidados e de passar tempo com a família e os amigos e a possibilidade de realizar atividades de lazer e desenvolvimento pessoal. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report that calls for the Union to deliver solutions on the issues of work-life balance and gender equality. The report calls on the Commission, Member States and stakeholders to propose ways in which a balance can be achieved that suits the work-life needs of both women and men by taking advantage of the ever-evolving digital age in which we live.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — Het blijft voor elke vader, moeder, werknemer of zelfstandige zoeken naar een bevredigend evenwicht tussen werk, gezin en privéleven. Op zowel nationaal als Europees niveau werden initiatieven genomen om een brug te slaan tussen werk en privéleven. Demografische veranderingen zorgen er echter voor dat er nieuwe zorgbehoeften ontstaan en dat de diversificatie van gezinsverhoudingen zich doorzet. Dit verslag moet vooral gelezen worden als een oproep aan de Commissie om haar werkzaamheden op het vlak van het bevorderen van het evenwicht tussen werk en privéleven op te voeren. Door het voortouw te nemen in de zoektocht naar betere evenwichten tussen werk, gezin en familie kan de Commissie ertoe bijdragen dat binnen de EU een gelijk speelveld gecreëerd wordt in een beleid ter bevordering van de combinatie van werk en gezin. Dat betekent onder meer dat er beslissende stappen moeten worden gezet om de negatieve impact van het ouderschap op het aantal werkende vrouwen ongedaan te

maken, dat het principe van gelijk loon voor gelijk werk gemeengoed wordt, dat thuis- en telewerk wordt bevorderd en dat er in alle lidstaten werkbare regelingen komen voor mannen én vrouwen wanneer die zorgtaken op zich willen nemen.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* — Návrh uznesenia zdôrazňuje potrebu zlepšenia rovnováhy medzi súkromným životom a prácou prostredníctvom legislatívnych a nelegislatívnych iniciatív a je východiskom pre dokument pripravovaný Európskou komisiou Roadmap: a new start to address the challenges of work-life balance faced by working families. Predkladaný návrh som svojím hlasom nepodporil z niekoľkých dôvodov: politika rodiny je v exkluzívnej právomoci každého členského štátu. Patrí tam teda aj otázka revízie materskej dovolenky, zlepšenie rodičovskej dovolenky, tvorba novej otcovskej dovolenky, ako aj definícia rodiny. Návrh teda zasahuje do princípu subsidiarity, ktorý zabezpečuje, aby boli rozhodnutia prijímané na úrovni čo najbližšej občanovi. Únia teda koná iba vtedy, ak ciele navrhovanej činnosti nemôžu byť uspokojivo dosiahnuté členskými štátmi a môžu byť z dôvodu rozsahu či účinku navrhovanej činnosti lepšie dosiahnuté Spoločenstvom. V návrhu je rodičovstvo definované ako jedna z najväčších prekážok zamestnania. Zmluva o EÚ chápe otca a matku iba ako zamestnancov, preto zásah Únie do rodinného života a jej snaha usmerňovať hodnoty a normy vo vnútri rodiny sú podľa môjho názoru mimo jej rozsah.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report on creating labour market conditions favourable for work-life balance because it is time to assess our demographic and socioeconomic challenges and adopt a package of legislative and non-legislative policies to promote work-life balance to ensure workers enter, remain and return to the labour market, and can reconcile professional, private and family life.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az elmúlt évtizedek során a szakmai, a magán- és a családi élet összeegyeztethetőségét alapvető jogként ismerték el, ám további előrelépésekre van szükség ahhoz, hogy mindenki ki tudja alakítani a munka és a magánélet közötti megfelelő egyensúlyt. A Bizottság 2015 decemberében „Új kezdet: a dolgozó szülők előtt álló, a munka és a magánélet közötti egyensúly megteremtése terén jelentkező kihívások kezelése" címmel ütemtervet adott közre, azzal a céllal, hogy növelje a nők munkaerőpiaci részvételét az érvényben lévő uniós jogi és politikai keretrendszer korszerűsítése és a jelenlegi munkaerőpiachoz igazítása által.

A Foglalkoztatási és Szociális Bizottság valamint a Nőjogi és Esélyegyenlőségi Bizottság közös jelentéstervezete, miközben üdvözölni javasolja a Bizottság kezdeményezését, abból indul ki, hogy a munka és a magánélet közötti egyensúly javítása uniós szintű fellépést követel meg. Ennek megfelelően sürgeti a várandós munkavállalókról (a szülési szabadságról) szóló 92/85/EGK irányelv felülvizsgálatát, a szülői szabadságról szóló 2010/18/EU irányelv végrehajtásának áttekintését, továbbá egy apasági szabadságról, illetve egy gondozói szabadságról szóló irányelv elfogadását. Az előbbi azt lenne hivatott biztosítani, hogy a férfiak kivegyék a részüket a gondozási feladatokból, az utóbbi pedig, hogy a munkavállalók gondozhassák a hozzátartozóikat. A tervezet elfogadását támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Votei a favor deste relatório por considerar essencial uma verdadeira conciliação entre a vida pessoal e a vida profissional. Só assim será possível combater os baixos índices de natalidade e alcançar um equilíbrio tendo em conta a igualdade de género.

Considero, por isso, importante que a Comissão volte a apresentar a proposta sobre a licença de maternidade, que foi bloqueada pelo Conselho.

As licenças de maternidade e paternidade e a licença parental só serão eficazes se complementadas com medidas horizontais de inclusão e apoio à natalidade, competências que estão ao nível dos Estados-Membros.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce texte est animé par la volonté de concilier au mieux la vie privée et la vie professionnelle et de lutter contre les discriminations au travers de mesures législatives et non législatives. Cependant, considérant que ces sujets relèvent de la compétence exclusive des États membres, et qu'il s'agit dès lors d'une ingérence dans l'organisation des États membres, j'ai voté contre ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – Labour MEPs fully support measures to promote greater work-life balance. We will not meet the demographic challenges we face - including the need to care for an ageing population - unless we modernise existing leave arrangements. Fathers taking time out of work to care for children must be supported by the right to paternity leave. We also support greater rights for carers, more extensive maternity leave rights and better implementation of existing legislation. These changes will bring benefits to the economy as a whole, and ensure that women and men are equal earners and carers.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – Je me suis abstenue lors du vote de ce rapport relatif à la mise en place sur le marché du travail de conditions favorisant l'équilibre entre la vie professionnelle et la vie privée. En demandant à la Commission de mettre en place des politiques visant à soutenir les migrants, ce texte constitue une fois de plus un appel d'air à l'immigration illégale, à laquelle je m'oppose avec constance.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur la mise en place sur le marché du travail de conditions favorisant l'équilibre entre la vie professionnelle et la vie privée. Même s'il comporte plusieurs éléments insatisfaisants, je me réjouis des avancées qui peuvent être faites aujourd'hui dans ce domaine, telles que l'harmonisation d'un congé maternité au niveau européen, la non-transférabilité du congé parental qui pourrait mettre en danger le retour des mères dans l'emploi et sur le marché du travail, ou encore une protection supplémentaire pour les femmes vulnérables. La crise a irrémédiablement touché les femmes depuis 2008, il est important que l'Union européenne s'inquiète et légifère pour améliorer et proposer des conditions d'entrée et de retour sur le marché de l'emploi pour les femmes et les hommes qui ont des enfants ou des personnes à charge.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Accogliamo con favore questa relazione d'iniziativa sulla conciliazione lavoro-vita privata. Attualmente, la disuguaglianza tra uomini e donne nell'usufruire dei congedi è ancora di tutta evidenza: solo il 10 % dei padri usa almeno un giorno di congedo di paternità mentre il 97 % delle donne usa il congedo parentale disponibile per entrambi i genitori. Il Parlamento europeo ha deciso di redigere questa relazione d'iniziativa per portare maggiore attenzione al dibattito e per richiedere alla Commissione di intensificare il suo lavoro in questo campo. Soprattutto, questo INI è una reazione alla tabella di marcia e alla relativa consultazione pubblica lanciate nel 2015, dal titolo «Un nuovo inizio per fronteggiare le sfide del work-life balance affrontato da famiglie di lavoratori». La relazione tiene conto del collegamento tra le sfide demografiche attuali, senza precedenti, la precarietà del lavoro e le difficili condizioni di lavoro che hanno un impatto negativo sul equilibrio tra famiglia e lavoro. Il focus primario è sulla necessità di investire nei servizi sociali, in particolare sui servizi di cura per i bambini, gli anziani e altre persone a carico. Viene anche sottolineata l'importanza di promuovere l'occupazione di qualità, i diritti dei lavoratori e la sicurezza sul mercato del lavoro.

József Nagy (PPE), *írásban*. – A jelentést szavazatommal támogattam, mivel úgy tartom, hogy itt az ideje, hogy az EU fellépjen annak érdekében, hogy a munka és a magánélet közötti egyensúlyra irányuló megoldások terén megfelelő összetartás valósuljon meg a tagállamok között. A munka és a magánélet közötti egyensúly szempontjából kedvező munkaerőpiaci feltételek csak úgy érhetőek el, ha az embereknek a munkán kívül elegendő idő áll rendelkezésükre a személyes fejlődésre. Fontos, hogy olyan társadalmat alakítsunk ki, amelyben a nők és a férfiak keresőként és gondozóként egyenlőek lehetnek.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report that will address the challenges of work-life balance faced by working families. This need for modernising work-life balance framework at EU level is due to the demographic changes triggering more care needs, new emerging working ways and unprecedented high levels of unemployment.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. — Подкрепих този доклад, защото смятам, че Европейският съюз е изправен пред сериозно демографско предизвикателство и в по-голямата част от държавите членки се наблюдава голям спад на раждаемостта. Една от основните причини зад тази тревожна тенденция е липсата на баланс между личния живот и кариерата.

На мнение съм, че имаме нужда от модерни политики, които да обърнат специално внимание на нуждата от увеличаване на нивата на участие на пазара на труда сред младите жени, особено на тези след период на майчинство и на самотните майки. Въпреки че жените са по-образовани, равнището на тяхната заетост в рамките на ЕС е значително по-ниско от това на мъжете.

Вярвам, че за да бъдат тези политики успешни, трябва да се преборим най-напред с ширещите се стереотипи относно ролята на мъжете и жените в днешното общество. А стереотипите, както добре ни е известно, се изграждат от най-ранна възраст и имат отражение в избора на образование и професия и продължават и на работното място. Не променим ли манталитета си, нито една политика няма да бъде ефективна.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris.* – Unul din primele angajamente pe care le-am avut atunci când am decis să mă implic în viața politică a fost crearea unei legislații care să ofere șanse egale la carieră femeilor și bărbaților. Provocările lumii moderne ne confirmă că este un deziderat care, chiar dacă în unele țări a fost atins, trebuie conservat și reiterat, adaptat timpului prezent. În familia zilelor noastre, ambii părinți trebuie să aibă posibilitatea de a avea o viață profesională și privată echilibrată, fără a-și pune în pericol locul de muncă și cariera. Din păcate, prezentul raport nu aduce soluții pentru societățile care au deficiențe în această privință, avem un text mult prea general, cu prevederi ce depășesc scopul inițial al raportului. De asemenea, deși documentul cere statelor membre și Comisiei să ia atitudine și să lupte împotriva numărului mare de motive pentru care UE are o rată scăzută a natalității și o populație din ce în ce mai bătrână, acesta nu reușește să ofere claritate cu privire la procedurile de aplicare și soluțiile existente pentru îmbunătățirea acestei situații.

În acest context, am decis să votez împotriva prezentului raport.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this own-initiative report prepared jointly by EMPL and FEMM, which calls for the Commission and Member States to implement measures such as ensuring affordable child-care, and paid leave including maternity, paternity, parental and carers' leave in order to address the exclusion of women from the labour force due to caring responsibilities. On the issue of non-transferability of parental leave, Sinn Féin's position is in favour of non-transferability (i.e. it can't be transferred from the father to the mother) as it is proven to benefit the position of women in the workforce.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Wenn ich bei der Abstimmung teilgenommen hätte, dann hätte ich mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da hier meines Erachtens nach unter dem Deckmantel der Arbeitsmarktpolitik in die nationale Familien- und Gesellschaftspolitik eingegriffen wird, indem ein neues Gesellschaftsmodell propagiert wird.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – Adoptar medidas de conciliación de la vida laboral y familiar es fundamental si queremos avanzar en la integración efectiva de las mujeres en el mercado laboral al tiempo que generamos un Estado de Bienestar de calidad y fomentamos el aumento de la natalidad.

Es clave que el enfoque económico vaya acompañado de un enfoque basado en el ciclo vital y familiar. Fomentar la flexibilidad y racionalizar los horarios, ampliar el periodo de reducción de las cotizaciones en función de la maternidad o paternidad, la deducción por los gastos por empleadas de hogar, son medidas que van en el buen camino.

Este informe tiene en cuenta muchas de esas medidas y por eso lo he apoyado. Se trata de un informe de propia iniciativa que pretende generar debate y que, espero, sirva para que la Comisión intensifique sus trabajos en este ámbito.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Κατά τις τελευταίες δεκαετίες, η εναρμόνιση της επαγγελματικής, της ιδιωτικής και της οικογενειακής ζωής έχει αναγνωριστεί ως θεμελιώδες δικαίωμα. Ωστόσο, λόγω έλλειψης αποτελεσματικής και επαρκούς άδειας μητρότητας, πατρότητας και γονικής άδειας οι γονείς αναγκάζονται να επιλέξουν μεταξύ της οικογενειακής και επαγγελματικής ζωής.

Είναι καιρός η ΕΕ να αναλάβει δράση για να προωθήσει μια ανοδική σύγκλιση μεταξύ των κρατών μελών σε λύσεις εξισορρόπησης μεταξύ επαγγελματικής και προσωπικής ζωής. Αυτό έχει ζωτική σημασία αν θέλουμε να επιτύχουμε πραγματική ισότητα των φύλων, καταπολέμηση της εργασιακής, παιδικής και γυναικείας φτώχειας και καλύτερη αξιοποίηση των δεξιοτήτων των ανθρώπων, αναλαμβάνοντας δράση για την αντιμετώπιση των δημογραφικών προκλήσεων στην ΕΕ.

Ψήφισα υπέρ της έκθεσης, η οποία ζητά από την Επιτροπή να εντείνει τις εργασίες της ώστε να υπάρξει περαιτέρω πρόοδος για να εξασφαλιστεί ικανοποιητική ισορροπία μεταξύ επαγγελματικής και προσωπικής ζωής για όλους. Αυτή η ισορροπία θα συντελέσει στην αύξηση της συμμετοχής των γυναικών στην αγορά εργασίας με τον εκσυγχρονισμό και την προσαρμογή του ισχύοντος νομικού και πολιτικού πλαισίου της ΕΕ στη σημερινή αγορά εργασίας, στη μεγαλύτερη κατανομή των ευθυνών φροντίδας μεταξύ γυναικών και ανδρών, καθώς και στην ενίσχυση της ισότητας των φύλων στην αγορά εργασίας.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-binding and non-legislative report. Although there were some very sensitive issues regarding equality, discrimination and helping disadvantaged people, the report went on to call for more EU action and legislation. It included calls for the reversal in the burden of proof in legal situations which would end the presumption of innocence and irrevocably alter UK criminal law. The report called for the EU to monitor national legislation, it tried to say when schools should close, and wanted changes to national taxation and social security. The only people that should take such decisions are our elected national governments, not unaccountable EU bureaucrats in Brussels.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Non posso che ricordare come il benessere e l'interesse superiore dei minori debbano essere considerazioni prioritarie nell'elaborazione, nel monitoraggio e nell'attuazione delle politiche in materia di equilibrio tra lavoro e vita privata. Nell'insieme il testo, privo di alcuni emendamenti proposti da altri gruppi, risulta essere un buon compromesso e quindi esprimo il mio voto favorevole.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — As underlined in the report, there is a need to modernise work-life balance through legislative and non-legislative initiatives. The co-rapporteurs emphasise the importance of reconciliation of professional, private and family life and consider it even as a Fundamental right. Furthermore it stressed the importance of flexible forms of work in allowing women and men to reconcile work and family life. For these and other reasons I supported this resolution.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Roditelji su danas suočeni s mnogobrojnim problemima kada je u pitanju ostvarivanje ravnoteže između obiteljskog i poslovnog života, a žene izložene raznim oblicima diskriminacije na radnom mjestu – od samog pristupa zaposlenju radi planirane trudnoće u budućnosti, preko uskraćivanja ili smanjivanja njihovih radničkih prava ili povlastica povezanih s majčinstvom, čak do otkaza.

Problem produljenja radnog vremena i rada bez dana odmora, vikendima, praznicima i blagdanima, sve je češći, a njime su posebno pogođene radnice u trgovini. Neradna nedjelja u svim članicama EU-a omogućila bi obiteljima da mogu kvalitetno provesti vrijeme zajedno koje im radi čitavog radnog tjedna nije osigurano, pogotovo u obiteljima u kojima rade oba bračna partnera ili u kojima roditelj koji radi sam uzdržava svoju djecu. U središtu svih politika za stvaranje ravnoteže između poslovnog i privatnog života moraju biti obitelj i djeca i nedopustivo je da se tim politikama, pod krinkom zaštite radničkih prava i prava žena, pokušava redefinirati obitelj koja je temeljna jedinica društva.

Stoga nisam mogla podržati ovu rezoluciji jer smatram da se ne bavi stvarnim problemima, već umjesto prijedloga konkretnih rješenja za stvaranje ravnoteže između obiteljskog i poslovnog života pokušava nametnuti ideološka pitanja i redefinirati obitelj utemeljenu na braku između muškarca i žene.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport s'ingère dans les politiques sociales et familiales des États membres et dans la vie privée des citoyens. Ses intentions ne sont pas forcément mauvaises, puisqu'il s'agit d'aider les individus, et en particulier les femmes, à mieux gérer carrière et vie personnelle. Mais il intègre des problématiques qui n'ont rien à y voir (migrants, liberté de circulation, objectifs 2020) et ne respecte pas la liberté de choix des personnes. Dans ces conditions, je préfère voter contre.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – 2015. u 28 država članica EU-a stopa zapošljavanja muškaraca iznosila je 75,9 % u usporedbi sa stopom zapošljavanja žena od 64,3 %, unatoč činjenici da su žene obrazovanije; budući da je broj žena kao radne snage još i niži kada se uzme u obzir stopa zapošljavanja na puno radno vrijeme, s obzirom na to da je udio zaposlenja na pola radnog vremena među ženama vrlo visok u nekim državama članicama; budući da su 2013. muškarci tjedno bili plaćeni za 47 sati rada, a žene za 34 sata; budući da su, ako zbrojimo sate plaćenog i neplaćenog rada kod kuće, mlade žene u prosjeku radile 64 sata, a mladi muškarci 53 sata.

Gubici BDP-a po stanovniku koji se mogu pripisati razlikama u pogledu spola na tržištu rada procjenjuju se do 10 % u Europi. Smatram ovo nedopustivim podatkom te se slažem s pozivima da moramo učiniti sve što je u našoj moći da se razlika što prije umanji i potpuno ukine. Zbog svega navedenog, podržavam usvajanje spomenutog izvješća.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – V dnešním hektickém světě je velice těžké najít tu správnou rovnováhu mezi rodinným a kariérním životem. Zejména pro ženy v roli matek a pečovatelek není snadné získat zaměstnání, které by jim dovolilo sladit svůj život s péčí o druhé. Mnoho žen tak i přes jejich dobrou kvalifikaci a vysoké vzdělání není dostatečně zastoupeno na trhu práce a je mnohem více ohroženo sociálním vyloučením a chudobou. Tato problematika má rovněž velký vliv i na děti, jelikož jejich dospívání a možnost využití jejich potenciálu jsou závislé na způsobu jejich výchovy a potřebě trávit čas se svými rodiči. V potaz je také nutné vzít nynější demografickou situaci, kdy dochází ke stárnutí evropské populace. Nutnost vybrat si mezi rodinným životem a kariérou tak má mnohdy vliv na rozhodnutí,

zda vůbec založit rodinu a mít děti. Takovéto dilema tudíž ohrožuje budoucnost Evropy. Tyto důvody mě vedly k podpoření této zprávy, jež reaguje na plány Evropské komise o zlepšení rovnováhy mezi pracovním a soukromým životem. Zároveň navrhuje různé iniciativy, které povedou k modernizaci stávající právních předpisů EU, a přijímá nové směrnice EU o otcovské dovolené a dovolené pečujících osob.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Reputo che il pilastro della società europea sia la famiglia e che bisogna lavorare ancora molto al fine di garantire le condizioni per una effettiva conciliazione tra vita professionale, privata e familiare. Si tratta, infatti, di un ambito in cui, sebbene siano stati già adottati alcuni provvedimenti a livello europeo e nazionale, occorre compiere ulteriori passi avanti per garantire a tutti i cittadini un adeguato equilibrio tra vita privata e vita professionale, in particolare alle donne. Non dobbiamo costringere queste ultime a dover scegliere tra la carriera professionale e la famiglia. Le donne devono poter ricoprire il loro fondamentale ruolo di madri, affiancate dall'insostituibile figura paterna, grazie al sostegno di politiche pubbliche capaci di favorire la loro attività lavorativa. Ho votato a favore di questa relazione.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport d'initiative qui insiste sur la mise en place de conditions, sur le marché du travail, qui favorisent un équilibre entre la vie professionnelle et la vie privée. Les questions nécessaires de l'égalité de salaire entre les hommes et les femmes, ou encore de l'importance de la performance de systèmes de protection sociale, sont abordées. Ce texte s'inscrit dans le cadre des engagements annoncés par la Commission européenne pour mettre en œuvre différentes initiatives dans le domaine d'ici à la fin de l'année 2016.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O presente relatório demonstra a consideração dada pela União, e, em particular, pelo Parlamento, ao equilíbrio entre a vida profissional, a vida pessoal e a vida familiar. Na opinião das relatoras, a modernização do quadro normativo que proporciona o referido equilíbrio é necessária, principalmente devido às alterações sociais no plano demográfico e de saúde pública, assim como devido à nova realidade do mercado laboral.

A conciliação da vida pessoal e profissional de um cidadão não só contribui para a produtividade no seu emprego, como promove o bem-estar na sociedade e providencia condições à criação dos filhos e à constituição de famílias. Assim, o fomento de políticas para aumentar a igualdade de género no mercado de trabalho, o melhoramento dos regimes em matéria de licença parental e uma maior atenção dos Estados-Membros sobre esta matéria são fatores cruciais para o cumprimento dos objetivos traçados neste âmbito.

Pelo facto de considerar importante que os cidadãos tenham tempo fora do horário de trabalho para o seu desenvolvimento pessoal, para a sua família e para o lazer, votei favoravelmente o presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-binding and non-legislative report. Although there were some very sensitive issues regarding equality, discrimination and helping disadvantaged people, the report went on to call for more EU action and legislation. It included calls for the reversal in the burden of proof in legal situations which would end the presumption of innocence and irrevocably alter UK criminal law. The report called for the EU to monitor national legislation, it tried to say when schools should close, and wanted changes to national taxation and social security. The only people that should take such decisions are our elected national governments, not unaccountable EU bureaucrats in Brussels.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Atualmente, o equilíbrio entre a vida profissional, a vida pessoal e a vida familiar passou a ser reconhecido como um direito fundamental. Porém, continua a ser necessário fazer progressos para assegurar que todos consigam conciliar de forma satisfatória as várias vertentes da sua vida.

O objetivo deste relatório é promover a igualdade entre homens e mulheres no emprego e noutras esferas da vida, e também dar às crianças a possibilidade de atingirem o seu pleno potencial, proporcionando-lhes educação e cuidados de elevada qualidade e o acesso a atividades de lazer, a atividades culturais e desportivas, e tempo para passarem com os seus pais.

É fundamental combater a pobreza ao nível do trabalho, a pobreza infantil e a das mulheres, aproveitar melhor as competências e as aptidões das pessoas e adotar medidas para enfrentar os desafios demográficos. Votei favoravelmente.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Ao longo das últimas décadas, o equilíbrio entre a vida profissional, a vida privada e a vida familiar passou a ser reconhecido como um direito fundamental. Embora já tenham sido tomadas algumas iniciativas, tanto a nível europeu como nacional, continua a ser necessário fazer progressos neste domínio.

A ausência de soluções para conciliar a vida profissional e a vida privada influencia as decisões das pessoas e haverá sempre um destes domínios que se arrisca a sair prejudicado.

As medidas atualmente em vigor nos Estados-Membros estão a agravar a situação, provocando um impacto negativo no bem-estar de todas as pessoas, assim como na sua participação no mercado de trabalho e na produtividade. É necessária uma ação sólida, tanto a nível europeu como a nível nacional, que inclua medidas legislativas sobre diferentes tipos de licença, articulada com medidas não legislativas, tais como campanhas de sensibilização e de informação, mecanismos de controlo e acompanhamento da situação.

A ausência de regimes de licença remunerada para os pais, em comparação com os das mães, ou a insuficiência de incentivos à sua utilização, contribui para a desigualdade entre homens e mulheres no que toca à repartição das obrigações profissionais e familiares entre mulheres e homens, em vez de promover a igualdade.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque creo que la conciliación entre la vida laboral y familiar es un derecho fundamental que todavía no se ha alcanzado en Europa, lo cual representa un obstáculo para el logro de una igualdad real entre hombres y mujeres.

Con este informe enviamos un mensaje claro a la Comisión para que actualice y complete la legislación europea. Debe presentar cuanto antes una revisión de la directiva de maternidad, una mejora de la directiva de permiso parental y dos nuevas directivas, una sobre el permiso de paternidad y otra sobre el permiso de los cuidadores.

Asimismo, es importante que se mejore la provisión de servicios de calidad a precios asequibles de cuidado de niños y otras personas dependientes, para que las mujeres, que son mayoría entre los cuidadores, puedan participar en el mercado laboral y optar a trabajos a jornada completa, que les permitan generar una pensión digna para el futuro.

También hay que racionalizar los horarios laborales e introducir mayor flexibilidad para que todos los trabajadores puedan disfrutar de su vida privada, lo que no sólo redunda en beneficio de las personas, sino también de las empresas porque los trabajadores son más productivos.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Faisant suite à la publication par la Commission européenne de la feuille de route pour «un nouveau départ pour relever les défis entre la vie professionnelle et la vie privée», le Parlement a adopté sa position pour améliorer cette conciliation, position que j'ai soutenue en votant en faveur lors de cette session plénière.

Je suis d'avis que l'Union européenne doit notamment mettre sur pied des initiatives législatives pour permettre cette meilleure conciliation. C'est pour cette raison que j'ai notamment soutenu l'idée au niveau européen d'un congé parental de 6 mois, d'un congé de paternité de 2 semaines et d'un congé pour personne à charge complétant la prestation de soins professionnels. Pour ce qui est de l'intervention des différents systèmes de sécurité social, je suis d'avis qu'il s'agit là d'une compétence des États membres.

En ce qui concerne la directive sur le congé de maternité, je regrette vivement que la précédente proposition ait été retirée suite au blocage au Conseil et demande à la Commission de présenter une nouvelle proposition ambitieuse en concertation avec les partenaires sociaux.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Ao longo das últimas décadas, o equilíbrio entre a vida profissional, a vida pessoal e a vida familiar passou a ser reconhecido como um direito. Embora já tenham sido tomadas algumas iniciativas tanto a nível europeu como nos Estados-Membros, continua a ser necessário fazer progressos neste domínio e daí a importância deste documento e desta discussão.

É importante, desde logo, integrar nas políticas o equilíbrio entre a vida profissional e a vida pessoal, de modo a assegurar que todos beneficiem de apoios nas diferentes etapas ao longo da sua vida e possam participar ativamente no mercado de trabalho e na sociedade.

Este relatório apoia a iniciativa da Comissão com vista a aumentar a participação das mulheres no mercado de trabalho, modernizando e adaptando o atual quadro jurídico e político da UE às necessidades do moderno mercado de trabalho, permitindo uma maior partilha das responsabilidades entre homens e mulheres.

Ambiciona-se ainda promover a igualdade de género no emprego e em outras esferas da vida, mas também dar às crianças a possibilidade de acesso pleno à educação e cuidados de saúde de elevada qualidade na primeira infância. Porque concordo com o teor do texto, bem como com a iniciativa da Comissão, votei a favor deste relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur la mise en place de conditions sur le marché du travail favorisant la conciliation entre vie professionnelle et vie privée. Ce rapport souligne que la conciliation de la vie professionnelle, privée et familiale doit être garantie comme un droit avec des mesures applicables à tous. Ce texte appelle à la mise en place d'un système permettant d'obtenir des données fiables, comparables et complètes en matière d'égalité afin d'améliorer la compréhension du manque de conciliation entre vie privée et vie professionnelle.

Il indéniable qu'un meilleur équilibre entre vie professionnelle et vie privée ainsi que le renforcement de l'égalité homme-femme sont essentiels pour soutenir la participation des femmes au marché du travail.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Aunque el informe no va a la raíz de las causas de la desigualdad de género en el ámbito laboral, creo que tiene aspectos muy positivos que deberían implementarse para mejorar las políticas de conciliación de la vida personal, familiar y laboral. Por ese motivo, he votado abstención.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. – Socialdemokraterne i Europaparlamentet ønsker at opdatere EU's lovgivning for at skabe en bedre balance mellem arbejdsliv og privatliv. Vi støtter initiativer, der forbedrer ligestillingen mellem mænd og kvinder, styrker fars ret til orlov og øger kvinders deltagelse på arbejdsmarkedet. Derfor har vi valgt at stemme for betænkningen i sin helhed.

Det skal dog ikke tolkes som opbakning til alle de enkelte initiativer, der nævnes i betænkningen. Generelt ønsker de danske socialdemokrater et større fokus på fars rettigheder, da det er væsentligt for at opnå en mere ligelig fordeling af orlov mellem forældrene. Enkelte af forslagene i betænkningen kunne – hvis der var tale om lovgivning – virke kontraproduktivt i forhold til dette mål. Samtidig er der visse områder, hvor man i Danmark har tradition for, at der indgås aftaler mellem arbejdsmarkedets parter, og hvor vi ikke ønsker lovgivning på EU-plan.

Eftersom der ikke er tale om lovgivning, men blot en initiativbetænkning, har vi valgt at støtte det overordnede budskab om at sikre mere ligestilling og bedre kønsbalance gennem forbedrede regler, i tæt samarbejde med arbejdsmarkedets parter og under hensyntagen til nærhedsprincippet.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe gegen den Bericht zur Schaffung von Work-Life Balance fördernden Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt gestimmt, da dieser Bereich mit Themen wie der Elternzeit, gleichgeschlechtliche Partnerschaften oder Mindestanforderungen an Adoptiveltern unter die Kompetenzen der Mitgliedstaaten fällt und das Subsidiaritätsprinzip gewahrt werden muss.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe conjunto de la Comisión de Mujer e Igualdad de Género y de la Comisión de Empleo puesto que reconoce que la creciente desregulación de los derechos laborales y sociales en la Unión y las políticas de austeridad tienen un terrible impacto en la conciliación de vida privada y profesional para las mujeres.

Para evitar esta desigualdad, el informe apuesta por potenciar los convenios colectivos que faciliten la conciliación de la vida privada, profesional y familiar. Asimismo, apuesta por un permiso parental que sea apropiadamente remunerado y para ambos progenitores para facilitar esta conciliación. Dado que también señala la importancia de promover a escala europea los servicios sociales públicos de cuidado y de atención de menores, he dado mi apoyo a este texto.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – A criação de medidas para melhorar o equilíbrio entre a vida profissional e a vida pessoal passa por fatores de ordem financeira e social e é importante garantir que este equilíbrio promova também um aumento da produtividade e da competitividade em todas as empresas públicas ou privadas. A satisfação a nível pessoal dos trabalhadores promove por norma um incremento da sua produtividade, porque um trabalhador satisfeito com o seu local de trabalho exerce melhor as suas funções do que em caso contrário.

Há que continuar a trabalhar para que a igualdade de tratamento e de direitos face ao género seja também uma realidade no local de trabalho. Ao mesmo tempo, há que garantir que o trabalho disponibilize tempo para que as crianças possam conviver com ambos os pais.

Por tudo isto, votei a favor deste relatório que promove e defende a existência de regimes de trabalho em que há um verdadeiro equilíbrio entre vida profissional e pessoal. Desta forma, estaremos a contribuir para um aumento da qualidade de vida para a generalidade dos trabalhadores europeus.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this report - while some of it has good intentions I do not believe the EU should get involved in nation states internal labour laws.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — Labour MEPs fully support measures to promote greater work-life balance. We will not meet the demographic challenges we face - including the need to care for an ageing population - unless we modernise existing leave arrangements. Fathers taking time out of work to care for children must be supported by the right to paternity leave. We also support greater rights for carers, more extensive maternity leave rights and better implementation of existing legislation. These changes will bring benefits to the economy as a whole, and ensure that women and men are equal earners and carers.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Súhlasím, že treba v maximálnej miere napomáhať zosúladenie pracovného a súkromného života žien a mužov, predovšetkým s ohľadom na ich rodinné povinnosti a záväzky. A ak chceme v Európe efektívne čeliť katastrofickej demografickej situácii, musíme predovšetkým podporiť prirodzenú rodinu a jej zdravé fungovanie. No prijaté uznesenie sa opäť snaží zasahovať do oblastí, ktoré sú výhradne v kompetencii členských štátov. Navyše predložená správa navrhovala aj rovnomerné rozdelenie domácich prác a starostlivosti o rodinu medzi mužov a ženy. Opakovane tu vidíme snahu európskych inštitúcií zasahovať do zodpovedností, ale aj práv manželov či partnerov, ktorí žijú v spoločnej domácnosti. Treba zdôrazniť, že ide o absurdný a neakceptovateľný zásah do práv a súkromia svojprávnych a slobodných občanov. V otázke zosúladenia pracovného a súkromného života ide o to, umožniť ženám a mužom slobodnú voľbu, nie o to, začleniť čo najviac žien na trh práce a zapojiť viacej mužov do domácich prác. A to musia všetky návrhy a politiky rešpektovať. Preto som hlasoval proti.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Zosúladenie pracovného a súkromného života je veľmi dôležitý faktor, pretože primeraná rovnováha medzi pracovným a súkromným životom prispieva k hospodárskemu rastu, konkurencieschopnosti, celkovej účasti na trhu práce, rodovej rovnosti, zníženiu rizika chudoby a medzigeneračnej solidarite. EÚ musí prijať opatrenia na podporu konvergencie smerom nahor medzi členskými štátmi v oblasti riešení rovnováhy medzi pracovným a súkromným životom. Ak chceme dosiahnuť skutočnú rovnosť žien a mužov, je nevyhnutné bojovať proti chudobe zamestnaných, detí a žien, lepšie využívať zručnosti a nadanie ľudí a bojovať v EÚ proti demografickým výzvam. Podmienky na trhu práce, ktoré sú priaznivé pre rovnováhu medzi pracovným a súkromným životom, možno vytvoriť a kvalitu života možno dosiahnuť len vtedy, keď ľudia budú mať dostatok času mimo práce na svoj osobný rozvoj, napríklad prostredníctvom vzdelávania a odbornej prípravy, a na odpočinok. Preto je dôležité, aby členské štáty dôsledne vykonávali smernicu o pracovnom čase, ale tiež aby zavádzali opatrenia na podporu voľného času a na vzdelávanie a odbornú prípravu.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Evropský parlament dnes hlasoval o zprávě z vlastní iniciativy o vytvoření podmínek na trhu práce příznivých pro rovnováhu mezi pracovním a soukromým životem. Považuji za důležité to, že Evropský parlament se zabývá negativním demografickým vývojem v Evropské unii. Text v úvodu připomíná pokles míry porodnosti v EU, což je důležité varování. S ohledem na výše uvedené důvody bych očekávala, že Evropský parlament bude povzbuzovat členské státy k prorodinné politice. Místo toho zde Evropský parlament vyzývá Komisi i členské státy, aby uznávaly a také podporovaly všechny různorodé formy vztahů, které tradiční rodinu mají nahradit, jako jsou registrovaná partnerství či „rodiče“ stejného pohlaví apod. Tyto nepřijatelné návrhy nijak nesouvisí s původním cílem zprávy a zasahují do pravomocí členských států.

Za nepřijatelné také považuji, aby Evropský parlament vyzýval Evropskou komisi k předložení směrnice o povinné dvoutýdenní a plně placené otcovské dovolené. Otcovskou dovolenou ano, ale musí být na dobrovolné bázi. Přes původně dobrý záměr usnesení pro mne byla jeho výsledná podoba nepřijatelná, a proto jsem hlasovala proti této zprávě.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Za doseganje ravnovesja med poklicnim in zasebnim življenjem so potrebne usklajene in celovite politike za usklajevanje poklica, oskrbo in preživljanje časa z družino in prijatelji ter prostega časa in osebnega razvoja.

Tako EU kot njene članice bi morale sprejeti politiko, ki bi bila prilagojena današnji realnosti in bi promovirala enakost spolov na delovnih mestih in v ostalih sferah življenja. Predvsem bi morala biti posodobljena zakonodaja glede starševskega dopusta za matere in očete.

V prid modernizaciji tega okvira na ravni EU govori veliko razlogov, med drugim spremembe v demografiji prebivalstva, pojavili so se novi načini dela, starševstvo pa ima izrazito negativen vpliv na zaposlenost žensk. Parlament se je zato odločil za sestavo poročila, s katerim bi pričel debato in spodbudil Komisijo k hitrejšemu delu na tem področju.

Poročilo nima za cilj le spodbujanja enakosti spolov pri zaposlovanju in drugih sferah življenja, ampak tudi upoštevanja potreb vse bolj raznolike družbe in vključevanja pristopa življenjskega cikla pri usklajevanju dela in zasebnega življenja. Obenem želi Parlament s tem poročilom pospešiti pogajanja med evropskimi delavci in delavskimi organizacijami na to temo.

Poročilo je po mojem mnenju pozitivno in vsebuje pomembne poudarke, zato sem se ga odločil podpreti.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht zur „work-life balance" ist nicht akzeptabel. Er mischt sich viel zu sehr in die Belange der Mitgliedstaaten und insbesondere der Familien ein. Er versucht zu regeln, wie und wann Frauen nach der Schwangerschaft an den Arbeitsplatz zurückgebracht und Männer in eine häusliche Rolle gedrängt werden sollen. Das Subsidiaritätsprinzip wird hier mit Füßen getreten. Die Interessen der Familien sollten in den Familien selbst entschieden werden und schon gar nicht in der EU.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Nové technológie a hlboké zmeny v štruktúre ekonomiky, ktorých sme v súčasnosti svedkami, prinesú aj redefiníciu pracovných procesov. Do vzťahov medzi zamestnancom a zamestnávateľom by sme však nemali zasahovať direktívne, ale skôr vytvárať priestor na slobodné rozhodnutie a úpravu podoby výkonu práce formou vzájomnej dohody.

Helga Stevens (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA-delegatie onthield zich bij de stemming over dit verslag. De N-VA wil absoluut werken aan een gezonde combinatie tussen werk en gezin, en dit voor diverse gezinssituaties zoals alleenstaande ouders, tweeverdieners met jonge kinderen, nieuw samengestelde gezinnen, enz. Een passend wettelijk kader moet werknemers de kans bieden om hun dagelijkse puzzel tussen arbeids-, gezins- en privéleven te leggen, alsook werkgevers de flexibiliteit geven om te kunnen inspelen op de snel veranderende markt. Het is echter in de eerste plaats aan de lidstaten om dit kader te creëren; het moet immers zo goed als mogelijk afgestemd zijn op de behoeften en realiteit van onze burgers. Hier slaat het verslag jammer genoeg de bal mis. Het roept op tot allerhande Europese wetgevende initiatieven die duidelijk het subsidiariteitsbeginsel met voeten zouden treden. Andere bezwaren bij het verslag zijn bijvoorbeeld nog het geheel afwijzen van flexibele arbeidsverhoudingen, de vraag om meer EU-middelen en een soms erg betuttelende toon naar vrouwen toe.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Diese Entschließung lehne ich rundweg ab. Ich bin sehr wohl für Unterstützungsmaßnahmen durch die Mitgliedstaaten zugunsten einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier sollen jedoch Ehe und Familie arbeitsmarktkompatibel und elterliche Pflichten dem Staat übertragen gemacht werden. Die EU wurde als Binnenmarkt gegründet, Mütter und Väter stehen nicht im EU-Vertrag. Ursprünglich hieß es immer: „Vereinbarkeit von Familie und Beruf". Aus Familie wird Privatleben. Familie wird also Freizeitbeschäftigungen gleichgestellt. Schlimmer kann die EU das Prinzip „Ehe und Familie als Grundlage der Gesellschaft" nicht abwerten, als es privaten Freizeitmöglichkeiten gleichzustellen. Ehe und Familie sollen allen anderen Lebensformen gleichgestellt und mithin abgewertet werden. Der AfD ist es hingegen ein wichtiges Anliegen, gewachsene kulturelle und regionale Traditionen und bewährte Institutionen zu schützen. Sie geben den Menschen Halt und Bindung. Insbesondere Ehe und Familie garantieren als Keimzellen der bürgerlichen Gesellschaft den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Den Bedürfnissen der Kinder und Eltern gerecht zu werden, muss wieder Mittelpunkt der nationalen Familienpolitik werden. Alle Brüsseler Vorschläge waren bislang Misserfolge. Die Wirtschaft will Frauen als Arbeitskraft. Ein falsch verstandener Feminismus schätzt einseitig Frauen im Erwerbsleben, nicht aber Frauen, die „nur" Mutter und Hausfrau sind. Diese erfahren häufig geringere Anerkennung und werden finanziell benachteiligt.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Stopa nataliteta se u Europskoj uniji smanjila posljednjih desetljeća te se Unija suočava s neviđenim demografskim izazovima. Nesigurnost rada i teški radni uvjeti imaju negativan učinak na planiranje obitelji, stoga su potrebne politike koje podržavaju obiteljski život. Plan kojeg je predstavila Komisija nikako nije konačno rješenje, ali je dobra polazna točka za poticanje pozitivnih demografskih trendova. Politike usklađivanja poslovnog i privatnog života moraju biti dobro osmišljene i treba ih smatrati kao poboljšanje radnog okruženja. Potrebno je omogućiti dobre radne uvjete i društvenu i poslovnu dobrobit.

Podržavam izvješće o stvaranju povoljnih uvjeta na tržištu rada za ostvarivanje ravnoteže između privatnog i poslovnog života jer smatram da su smjernice navedene u njemu dobra polazna točka za postizanje istinske ravnoteže između poslovnog i privatnog života. Smatram da usklađivanje poslovnog i obiteljskog života treba biti zajamčeno kao temeljno pravo za sve ljude.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o ustvarjanju ugodnih razmer na trgu dela za usklajevanje poklicnega in zasebnega življenja.

Za dosego usklajenega poklicnega, zasebnega in družinskega življenja potrebujemo zanesljive, skladne in celovite politike. Zato podpiram spodbude in učinkovite ukrepe za usklajevanje dela, skrbi za družino in preživljanja časa z njo ter prostega čas in časa za osebni razvoj.

Moramo spodbujati družinam prijazno delovno okolje, načrte za usklajevanje in programe za vračanje na delo, saj je rodnost v Evropski uniji, ki je že tako nizka, zaradi krize še bolj upadla, saj mladi zaradi brezposelnosti, negotovih oblik zaposlitve, negotove prihodnosti ter diskriminacije na trgu dela odlašajo z načrtovanjem otrok.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς.* – Παρόλο που γνωρίζουμε πως οι εργασιακές πολιτικές της ΕΕ δεν μπορούν να μετατραπούν σε ανθρωποκεντρικές αφού είναι μέρος των οικονομικών της πολιτικών, στηρίξαμε τη συγκεκριμένη έκθεση γιατί περιέχει κάποια θετικά στοιχεία. Μερικά από αυτά είναι: η κριτική που ασκεί σε μέτρα λιτότητας και αύξηση των ωρών εργασίας, η αναγνώριση επισφαλών μορφών εργασίας στην ένωση, και η αναγνώριση πως οποιεσδήποτε πολιτικές για εξισορρόπηση μεταξύ επαγγελματικής και προσωπικής ζωής δεν θα επηρεάσουν θετικά τις ζωές των εργαζομένων αν δεν συνοδεύονται από πολιτικές για βελτίωση της ποιότητας ζωής τους.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Το ελληνικό πρότυπο οικογένειας και οργάνωσης της κοινωνίας είναι εντελώς διαφορετικό από εκείνο το οποίο προωθεί η Ευρωπαϊκή Ένωση, καθώς οι αρχές και οι αξίες μας διαφέρουν ριζικά χωρίς να υπάρχει κανένα σημείο επαφής.

József Szájer (PPE), *írásban.* – Annak érdekében, hogy alelnöki tisztségemből fakadó kötelezettségem miatt ne kerüljek önellentmondásba, azokban az esetekben, amikor a név szerinti, gombnyomásos szavazások során a frakció másképpen szavaz, mint a magyar képviselők, akkor közvetlenül nem veszek részt a szavazásban. Vagyis nem nyomom meg a szavazógombot, de feltett kézzel jelzem a néppárti frakciónak a korábban közösen eldöntött szavazási álláspontot. Jelen esetben is így jártam el.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Szavazatommal támogattam a jelentést, mely rámutat, hogy az elmúlt évtizedek során a szakmai, a magán- és a családi élet összeegyeztethetőségét elismerték alapvető jogként. Kiemelten fontosnak tartom megerősíteni, hogy a nők munkavállalását sok körülmény nehezítheti – pl. ha gyermekek, idősek, más eltartottak vannak a családban –, hisz a család és a háztartás ellátásának felelőssége leggyakrabban a nőkre hárul. Ennek következtében gyakran részmunkaidőben vagy bizonytalan foglalkoztatási formában kötelesek dolgozni, és emiatt a bér és nyugdíj tekintetében különbségek alakulnak ki. Egyetértek azzal, hogy a munka és a magánélet közötti egyensúly elérését szolgáló keretrendszer uniós szintű korszerűsítésére több fő oknál fogva is szükség van, ezért üdvözlöm a Bizottság kezdeményezését. Úgy gondolom, hogy a magyar kormánynak is több célzott intézkedést kellene bevezetnie, hogy a gyakorlatban is érvényesüljön a munka és a magánélet közötti egyensúly.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie.* – Nie ulega wątpliwości, iż dla bardzo wielu rodzin godzenie życia prywatnego z obowiązkami zawodowymi jest ogromnym wyzwaniem. Konieczne jest więc podejmowanie inicjatyw mających na celu zwiększenie elastyczności pracy, promocji pracy w niepełnym wymiarze godzin oraz różnych form pracy zdalnej. Ponadto kluczowym aspektem dającym możliwość łączenia pracy z życiem prywatnym jest poprawa dostępności miejsc w żłobkach, przedszkolach i miejscach całodziennej opieki nad dziećmi. Jednakże działania w tym obszarze powinny być podejmowane na poziomie krajowym przez rządy poszczególnych państw członkowskich, a nie na poziomie unijnym.

Kwestia urlopów macierzyńskich, tacierzyńskich, rodzicielskich czy opiekuńczych należy tylko i wyłącznie do kompetencji państw członkowskich. Ingerowanie Unii Europejskiej w te obszary narusza fundamentalną zasadę pomocniczości, która zakłada, że na szczeblu europejskim podejmowane są tylko te działania, których nie da się w efektywny i skuteczny sposób zrealizować na poziomie krajowym.

Niestety wiele propozycji zaprezentowanych w tym sprawozdaniu godzi w tę zasadę, dlatego też zdecydowałem się nie poprzeć go w głosowaniu.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Äänestin mietintöä vastaan, koska mielestäni parlamentin EMPL- ja FEMM-valiokunnat menevät jäsenvaltioiden tontille tämän asian kohdalla. Haluan korostaa, että työ- ja yksityiselämän tasapainon turvaaminen niin naisille kuin miehille on tärkeää. Mielestäni vanhempainvapaiden ja minimipalkan kaltaisista asioista kuuluu päättää mahdollisimman lähellä kansalaisia eli jäsenvaltioissa, ei EU-tasolla.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Parlamentul European veghează la crearea unor condiții de viață cât mai bune pentru cetățenii europeni. În ultima vreme, însă, construirea unei cariere și viața de familie sunt din ce în ce mai greu de reconciliat la nivel european. Acest lucru are un impact negativ asupra evoluției demografice, contribuind la procesul de îmbătrânire accentuată a populației europene. Pentru contracararea acestor efecte, documentul de față își propune revizuirea legislației europene pentru realizarea unui echilibru între carieră și viața personală, în special vizând concediul maternal și paternal, programele de lucru flexibile, creșterea participării părinților cu copii pe piața muncii. Aceste măsuri necesită investiții suplimentare în serviciile sociale, cu precădere în domeniul îngrijirii copiilor, bătrânilor și invalizilor, crearea de locuri de muncă de calitate, tratamentul egal pe piața muncii. În urma aplicării acestor măsuri, concediul paternal va deveni mai frecvent, permițând o participare egală a părinților la creșterea copilului, vor fi încurajate persoanele care îngrijesc bătrâni, copii sau invalizi, se va încuraja reîncadrarea mamelor pe piața muncii și se va asigura accesul gratuit al copiilor la educație, sănătate, îngrijire, hrană și locuințe. Consider că aceste măsuri sunt benefice pentru creșterea standardului de viață al cetățenilor europeni în ansamblu și susțin adoptarea raportului de față.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Il est temps pour l'Union de prendre des mesures pour promouvoir une convergence vers le haut entre les États membres, en faveur de l'équilibre vie professionnelle-vie privée. Il est crucial, si nous voulons parvenir à une véritable égalité entre les sexes, de combattre la pauvreté dans le travail et celle des enfants et des femmes, de mieux utiliser les compétences et les talents et de prendre des mesures pour relever les défis démographiques de l'Union. Il est à la fois nécessaire de moderniser la législation européenne existante, pour combler les lacunes ou l'absence de législation dans certains domaines, et de renforcer la coordination entre les États membres en vue d'assurer des règles du jeu équitables en ce qui concerne les coûts et les avantages des politiques de conciliation entre vie professionnelle et vie privée.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The reconciliation of professional, private and family life for women as well as for men is crucial not only for the well-being, cohesion and productivity of our societies, but also in view of the demographic slowdown in Europe. However, I do not believe that policies in this area should be decided at the level of the European Union, which is why I voted against this report. Determining this work-life balance is very dependent on the specificities of each member state's cultural, societal and historical dynamics, which is why I am convinced that such decisions but should remain in the hands of national policy-makers.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Glasovala sam suzdržano o Izvješću o stvaranju povoljnih uvjeta na tržištu rada za ostvarivanje ravnoteže između privatnog i poslovnog života. Naime, iako shvaćam važnost ravnoteže između poslovnog i privatnog života, nisam mogla podržati ovo izvješće iz nekoliko razloga.

Jedan od glavnih razloga je što se njime u više navrata krši princip supsidijarnosti, odnosno izvješćem se zanemaruje nadležnost država članica nad određenim područjima. Osim toga, moje je čvrsto stajalište da obitelji, odnosno radnici, moraju imati mogućnost sami odrediti na koji će način uskladiti privatno vrijeme sa poslom, a ovo izvješće predlaže da žene više rade te nameće očevima minimalni obvezni i neprenosivi plaćeni dopust. Budući da svatko ima pravo odrediti koliko će vremena provoditi na poslu a koliko sa svojom obitelji, nisam podržala ovo izvješće.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog o ustvarjanju ugodnih razmer na trgu dela za usklajevanje poklicnega in zasebnega življenja sem podprla.

Cilj pobude je povečati udeležbo žensk na trgu dela s posodobitvijo in prilagoditvijo sedanjega pravnega okvira in okvira politik EU današnjemu trgu dela, da bi staršem z otroki in/ali drugimi oskrbovanimi družinskimi člani omogočili boljše usklajevanje družinskega in poklicnega življenja, večjo delitev obveznosti glede oskrbe med ženskami in moškimi ter da bi okrepili enakost spolov na trgu dela.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Aunque el informe no va a la raíz de las causas de la desigualdad de género en el ámbito laboral, creo que tiene aspectos muy positivos que deberían implementarse para mejorar las políticas de conciliación de la vida personal, familiar y laboral. Por ese motivo, he votado abstención.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht zur „work-life balance" ist nicht akzeptabel. Er mischt sich viel zu sehr in die Belange der Mitgliedstaaten und insbesondere der Familien ein. Er versucht zu regeln, wie und wann Frauen nach der Schwangerschaft an den Arbeitsplatz zurückgebracht und Männer in eine häusliche Rolle gedrängt werden sollen. Das Subsidiaritätsprinzip wird hier mit Füßen getreten. Die Interessen der Familien sollten in den Familien selbst entschieden werden und schon gar nicht in der EU.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce texte est une ingérence dans l'organisation sociétale des États membres et même dans la vie des familles.

Certaines bonnes idées y sont développées mais le texte vient modifier trop en profondeur les modèles sociétaux et de travail.

La liberté de choix des femmes et des familles est court-circuitée. Finalement la femme n'est vue que comme un égal-inférieur de l'homme, nécessitant une attention législative particulière.

De plus, les problématiques de l'accueil des migrants et de la liberté de circulation viennent se greffer au dossier.

Je vote donc contre ce rapport.

Mihai Țurcanu (PPE), *în scris*. – La momentul actual, UE se confruntă cu o situație demografică alarmantă, cauzată de scăderea constantă a natalității în majoritatea statelor membre. În fața acestei constatări, raportul indică faptul că stabilirea unor politici de reconciliere între viața familială și cea profesională poate contribui la întărirea creșterii economice, a competitivității, a egalității de gen, la reducerea riscului de sărăcie și, mai mult, la creșterea natalității în UE. Acesta subliniază faptul că echilibrul dintre viața familială și cea profesională ar trebui să fie un drept fundamental pentru toți, și nu doar pentru tinerii părinți, și încurajează statele membre să promoveze modele de protecție socială la nivelul întreprinderilor, în domeniul public și privat, care să respecte acest drept.

Prin măsurile propuse se regăsesc și: promovarea unui mediu de muncă favorabil familiei, planuri de reconciliere între viața profesională și cea privată, programe de întoarcere pe piața muncii, interfețe de comunicare între angajați și angajatori, precum și măsuri de incitare a întreprinderilor, în particular, pentru a veghea că cetățenii nu sunt penalizați economic pentru faptul că au copii.

Prin urmare, am votat în favoarea raportului ce propune crearea unor condiții pe piața forței de muncă favorabile echilibrului dintre viața profesională și cea privată.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az elmúlt évtizedek során a szakmai, a magán- és a családi élet összeegyeztethetőségét elismerték alapvető jogként. Noha mind európai, mind nemzeti szinten megvalósultak e célt szolgáló kezdeményezések, még mindig olyan területről van szó, ahol további előrelépésekre van szükség ahhoz, hogy mindenki ki tudja alakítani a munka és a magánélet közötti megfelelő egyensúlyt. Ez nemcsak az adott személy jólétéhez járul hozzá, hanem az egész társadalom számára előnyös, többek között azért, mert azok az emberek, akiknek életében megvalósul a munka és a magánélet közötti megfelelő egyensúly, termelékenyebb munkavállalók. A végszavazásnál a frakció álláspontját támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — Aunque el informe no va a la raíz de las causas de la desigualdad de género en el ámbito laboral, creo que tiene aspectos muy positivos que deberían implementarse para mejorar las políticas de conciliación de la vida personal, familiar y laboral. Por ese motivo, he votado abstención.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted for, as achieving a genuine work-life balance requires coherent and comprehensive policies for reconciling work, caring for and spending time with family/friends and time for leisure &personal development. The EU and its MS need to adapt work-life balance policies to today's reality by promoting gender equality in employment and other spheres of life, but also by taking into account the needs of an increasingly diverse society. This requires a better sharing of paid work and caring responsibilities between men and women as well as society, including by modernising existing legislation on maternity and parental leave and by adopting new EU directives on paternity leave and carers' leave, ensuring adequate income replacement and social protection during any type of family- or care-related leaves.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Pabrėžiu, kad reikia užtikrinti galimybę suderinti profesinį, asmeninį ir šeimos gyvenimą kaip pagrindinę visų žmonių teisę, vadovaujantis Europos Sąjungos pagrindinių teisių chartija ir taikant priemones, kurios būtų prieinamos kiekvienam piliečiui, ne tik jaunoms motinoms, tėvams ar prižiūrintiems asmenims. Teigiamai vertinu tai, kad Komisija pradėjo viešas konsultacijas dėl Europos socialinių teisių ramsčio, siekdama surinkti nuomones ir grįžtamąją informaciją apie pagrindinius principus, kuriais turėtų būti grindžiamos tinkamai veikiančios ir teisingos darbo rinkos ir socialinio aprūpinimo sistemos euro zonoje.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on creating labour market conditions favourable for work-life balance. The aim of this report is not only to promote gender equality in employment and other spheres of life, but also to give children the possibility to reach their full potential by providing them with high quality early childhood education and care, access to leisure, cultural and sport activities and time with their parents. The report emphasizes that a better work-life balance and strengthened gender equality is essential for supporting the participation of women in the labour market. I voted in favour because I believe that proper work-life balance policies will help to ensure a higher quality of life and security for other dependants, in particular older dependants and dependants with disabilities or long-term illnesses.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – A lo largo de las últimas décadas, la conciliación de la vida profesional, privada y familiar se ha ido convirtiendo en un derecho fundamental reconocido. Aunque ya se han emprendido muchas iniciativas tanto a nivel europeo como nacional en este sentido, sigue tratándose de un área en el que es preciso continuar avanzando para garantizar un equilibrio satisfactorio entre la vida laboral y familiar para todos. Este informe fija la posición del Parlamento en lo que respecta a las fórmulas para modernizar el marco de la conciliación de la vida privada y profesional, subrayando la necesidad de continuar profundizando en su mejora a través de iniciativas legislativas y no legislativas. Comparto esta necesidad y por ello he votado a favor.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque creo que la conciliación entre la vida laboral y familiar es un derecho fundamental que todavía no se ha alcanzado en Europa, lo cual representa un obstáculo para el logro de una igualdad real entre hombres y mujeres.

Con este informe enviamos un mensaje claro a la Comisión para que actualice y complete la legislación europea. Debe presentar cuanto antes una revisión de la directiva de maternidad, una mejora de la directiva de permiso parental y dos nuevas directivas, una sobre el permiso de paternidad y otra sobre el permiso de los cuidadores.

Asimismo, es importante que se mejore la provisión de servicios de calidad a precios asequibles de cuidado de niños y otras personas dependientes, para que las mujeres, que son mayoría entre los cuidadores, puedan participar en el mercado laboral y optar a trabajos a jornada completa, que les permitan generar una pensión digna para el futuro.

También hay que racionalizar los horarios laborales e introducir mayor flexibilidad para que todos los trabajadores puedan disfrutar de su vida privada, lo que no sólo redunda en beneficio de las personas, sino también de las empresas porque los trabajadores son más productivos.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – My Labour colleagues and I fully support measures to promote greater work-life balance. We will not meet the demographic challenges we face – including the need to care for an ageing population – unless we modernise existing leave arrangements. Fathers taking time out of work to care for children must be supported by the right to paternity leave. We also support greater rights for carers, more extensive maternity leave rights and better implementation of existing legislation. These changes will bring benefits to the economy as a whole, and ensure that women and men are equal earners and careers.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit verslag omdat het onderwerp me na aan het hart ligt. De balans tussen werk en gezin wordt in het verslag vanuit een brede visie bekeken. Welke middelen kunnen we vanuit Europa aanreiken om het werkende mensen makkelijker te maken een gezinsleven te hebben? Het verslag heeft o.a. aandacht voor discriminatie op de werkvloer, de opvangmogelijkheden van jonge kinderen en de rol die grootouders kunnen (maar niet moeten) spelen in een gezin met werkende ouders. Uiteraard hebben we ook aandacht voor de werknemers, veelal vrouwen, die met soms wankele deeltijdse contracten werken en kinderen hebben. Deze eenoudergezinnen vallen vaak ten prooi aan armoede. Een ander belangrijk punt waar we bij de Commissie op aandringen is om te werken aan een ouderschapsverlofregeling waar zeker ook de vader deel van uit maakt.

Paavo Väyrynen (ALDE), *kirjallinen*. – Mietinnössä työ- ja yksityiselämän tasapainolle suotuisten työmarkkinaolosuhteiden luomisesta on useita työelämää tasa-arvoistavia esityksiä, jotka ovat valtaosin kannatettavia ja edistävät tasa-arvoisemman työelämän toteutumista. Kuitenkin muutamissa kohdin, esim. vanhempainvapaan jakautumisessa perhekohtaisesti, uskon nimenomaan perheiden itsessään olevan parhaiten tietoisia siitä, millä tavalla jaettuna vanhempainvapaat parhaiten sopivat heidän elämäntilanteeseen.

On tärkeää, että myös vapaakiintiöitä luodaan, mutta tämän tulee tapahtua nimenomaan jäsenvaltioiden itsensä toimesta, perheiden toiveita kuunnellen. Työ- ja sosiaalipolitiikan osalta EU:n tehtävänä on laatia vain karkeimmat suuntaviivat, sillä jäsenvaltioiden erilaisuudesta johtuen paras osaaminen ja tietotaito löytyvät jäsenvaltioista itsestään. Linjani mukaisesti haluan pitää EU:n päätösvallan rajattuna, ja tässä mietinnössä esitettyjen asioiden tulisi kuulua työ- ja sosiaalipolitiikaltaan pitkälti jäsenvaltioiden päätösvaltaan. Mietintö on myös kokonaisuudeltaan osin sekava ja tasapainoton. Näistä syistä poikkesin ryhmäni äänestyslinjasta ja äänestin tätä mietintöä vastaan loppuäänestyksessä.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Cette résolution fait le point sur les conditions nécessaires d'une meilleure conciliation entre vie professionnelle et vie privée.

Le constat est accablant et les politiques austéritaires ne font qu'aggraver les choses (ce que dit le texte).

Quelques exemples significatifs: 11 % d'écart dans le taux d'emploi; 47 heures de travail rémunéré pour les hommes et 34 pour les femmes, mais inversé quand on ajoute le travail non rémunéré; écart salarial toujours à plus de 16 % et une précarité et une pauvreté qui touchent essentiellement les femmes et notamment celles qui sont à la tête de familles monoparentales.

Ce rapport demande que la conciliation de la vie professionnelle, privée et familiale devienne un droit fondamental pour faire face aux défis des évolutions démographiques et sociétales en Europe et insiste notamment sur la lutte contre les stéréotypes de genre pesant tant sur les hommes que sur les femmes; l'investissement nécessaire dans les services d'accueil, de garde, d'éducation et de soins pour les enfants comme pour les personnes dépendantes et propose de lancer une plan européen intégré de lutte contre la pauvreté infantile, conséquence de celle des parents.

Puisse ce texte permettre d'engager au moins certains des changements qu'il propose…

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Ao longo das últimas décadas, o equilíbrio entre a vida profissional, a vida pessoal e a vida familiar passou a ser reconhecido como um direito fundamental. Embora já tenham sido tomadas algumas iniciativas tanto a nível europeu como nacional, continua a ser necessário fazer progressos neste domínio, nomeadamente para assegurar que todos consigam conciliar de forma satisfatória a vida pessoal e a vida profissional.

São certamente palavras bonitas, que se tornam até necessárias face à dramática quebra da natalidade. Contudo, omite-se o fundamental da questão que tem a ver basicamente com a exploração do trabalho que se acentua com o domínio crescente das políticas neoliberais da UE e dos países que a compõem.

Não é possível continuar a ouvir estas palavras ocas e certamente bem-intencionadas, ao mesmo tempo que se promove a completa desvalorização das relações laborais e da contratação coletiva. Fomenta-se a precariedade e os baixos salários. E depois espantam-se estas almas sobre o facto de os jovens adiarem cada vez mais, quando não eternamente, a constituição da sua própria família.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Unter dem Deckmantel der Arbeitsmarktpolitik soll in die nationale Familien- und Gesellschaftspolitik eingegriffen werden, welche durch das Propagieren eines neuen Gesellschaftsmodells gefördert wird. Infolgedessen ist dieser Vorschlag negativ zu beurteilen.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato con convinzione a favore della risoluzione sulla creazione di condizioni del mercato del lavoro favorevoli all'equilibrio tra vita privata e vita professionale per diversi motivi. Innanzitutto perché la conciliazione tra vita lavorativa e vita professionale è un diritto che deve poter spettare a tutti, e mi auguro che la Commissione intervenga al più presto per adeguare la legislazione in vigore. In secondo luogo, mi compiaccio del fatto che, ancora una volta, il Parlamento abbia riconosciuto che non esiste «la» famiglia, ma «le famiglie»: famiglie con genitori single, famiglie arcobaleno, famiglie in cui i partner non sono sposati. Le politiche dell'UE e degli Stati membri in questo campo devono tenere conto di questa bellissima diversità.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Der Bericht spiegelt in vielen Forderungen die modische Gender-Ideologie wider und macht sich zum Sprachrohr der „Rechte" z.T. abseitiger Minderheiten, was über das erklärte Ziel, die Vereinbarkeit von Leben und Arbeit zu verbessern, hinausschießt. Deshalb: „Nein".

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Labour MEPs fully support measures to promote greater work-life balance. We will not meet the demographic challenges we face – including the need to care for an ageing population – unless we modernise existing leave arrangements. Fathers taking time out of work to care for children must be supported by the right to paternity leave. We also support greater rights for carers, more extensive maternity leave rights and better implementation of existing legislation. These changes will bring benefits to the economy as a whole, and ensure that women and men are equal earners and carers.

I therefore voted in favour of this report which takes a clear stand against austerity and widening social inequalities. It highlights the sad reality that women are especially affected by precarious labour, zero-hours contracts, and cuts in public services. The Commission and national governments must heed the call here, and take action. This is an important example of how the EU promotes gender equality and social justice, and why it is so important that we stand up for it.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution because I agree that a good balance between work and private life leads to higher productivity and a higher quality of life. Measures that enhance such a work-life balance will also help women to gain better access to the labour market. I welcome recent EU legislation in this regard that enhances this as well as the demand on the Commission and Member States to develop specific measures that support single parents, unmarried couples same-sex couples and, of course, the self-employed. Furthermore, it is important that we understand the role of working arrangements and their effects. This resolution also stresses the need to promote good practices. In that regard, I see great benefits for time outside work to be spent on training and both further personal and professional development.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), na piśmie. – Sprawozdanie jest odpowiedzią Parlamentu Europejskiego na opublikowaną w sierpniu 2015 r. mapę drogową ws. wyzwań, z jakimi mierzą się pracujące rodziny, przy zachowaniu równowagi między życiem rodzinnym a życiem zawodowym. Porusza problemy istotne z perspektywy rodziny: kryzysu demograficznego, zagrożenia ubóstwem (także wśród dzieci), znaczenia równowagi między życiem zawodowym a rodzinnym, potępienia kultury nieustannej dostępności pracownika, rodzinnej opieki nad osobami niesamodzielnymi czy wymiany dobrych praktyk w polityce rodzinnej. Jednak należy zauważyć, że równowaga między życiem zawodowym a prywatnym polega na pozwoleniu rodzinom i innym osobom aktywnym zawodowo na znalezienie własnych sposobów dzielenia czasu między pracę i rodzinę czy czas dla siebie, a nie na wprowadzaniu większej liczby kobiet na rynek pracy i pozostawianiu większej liczby mężczyzn w domach, co zdaje się sugerować sprawozdanie. Ponadto większość wezwań do działania w sprawozdaniu narusza zasadę pomocniczości, ingerując w kompetencje państw członkowskich. Dlatego mimo wielu pozytywnych zapisów w sprawozdaniu wstrzymałam się od głosu.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς*. – Η έκθεση για «την εξισορρόπηση επαγγελματικής και οικογενειακής ζωής» δεν αντιμετωπίζεται από την πλευρά των αναγκών των εργαζομένων για περισσότερο ελεύθερο ποιοτικό χρόνο, κατάλληλες συνθήκες για την ανατροφή των παιδιών τους, δωρεάν πρόσβαση σε δημόσιους παιδικούς σταθμούς, ποιοτική φροντίδα και εκπαίδευση ή δημόσιες υπηρεσίας φροντίδας για άτομα που χρήζουν βοήθειας, αλλά με γνώμονα τη μεγιστοποίηση της ανταγωνιστικότητας - κερδοφορίας των επιχειρήσεων. Αξιοποιείται για την επιβολή και γενίκευση της μερικής απασχόλησης με εξευτελιστικούς μισθούς, αύξηση της γυναικείας – κατά κανόνα κακοπληρωμένης – απασχόλησης. Την ίδια στιγμή η ανεργία τιμωρείται διπλά, αφού επιφέρει και τον αποκλεισμό της δωρεάν πρόσβασης των παιδιών των ανέργων σε δημόσιες δομές φροντίδας, πράγμα που εφαρμόζει και η συγκυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ. Οι προτάσεις για άδεια πατρότητας ή επιμήκυνση της άδειας μητρότητας αποτελούν εμπαιγμό, αφού δεν απευθύνονται ως απαίτηση στις κυβερνήσεις, αλλά σαν έκκληση στους εργοδότες για επίδειξη «κοινωνικής εταιρικής ευθύνης» και μάλιστα χωρίς την πλήρη καταβολή μισθού και κοινωνικοασφαλιστικά δικαιώματα. Είναι ενδεικτικό ότι στο πλαίσιο των προγραμμάτων «εξισορρόπηση επαγγελματικής και οικογενειακής ζωής» χιλιάδες παιδιά έμειναν εκτός παιδικών σταθμών. Ο δρόμος της ικανοποίησης των λαϊκών αναγκών περνάει μόνο μέσα από τη συγκρότηση της δικής τους κοινωνικής συμμαχίας, για την ανατροπή των μονοπωλίων και τη διεκδίκηση της δικής τους εξουσίας και οικονομίας.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Tuto zprávu jsem nemohl podpořit, a to i přesto, že obsahuje několik dobrých myšlenek. Z mého pohledu byla velice nevyvážená. Hlavním důvodem mého nesouhlasu je však problém subsidiarity – Evropská unie nemá podle mého názoru právo do tohoto tématu zasahovat. Je na členských státech, aby takovéto otázky řešily samy na národní úrovni.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Návrh uznesenia o vytvorení podmienok na trhu práce, ktoré sú priaznivé pre rovnováhu medzi pracovným a súkromným životom, sa snažilo nájsť čo najlepšie riešenia pre v súčasnosti čoraz naliehavejšiu otázku zosúlaďovania pracovných povinností so súkromím. Tejto oblasti je na európskej úrovni venovanej veľa pozornosti, čo je zreteľné nielen z legislatívnych návrhov, ale aj z rôznych iniciatív či správ. Rovnako aj toto uznesenie sa zaoberá najmä demografickými problémami zapríčinenými nízkou pôrodnosťou a v dôsledku toho starnutím populácie. Identifikuje potrebu adresovať tieto problémy a zavádzať konkrétne opatrenia na odstránenie rodových stereotypov, zvýšenie zamestnanosti žien a najmä zabezpečenie možností, ako sa postarať zároveň aj o rodinu. Práve preto sa zaoberá nielen možnosťami dostupných služieb starostlivosti o deti či odkázaných príbuzných, ale aj motivovaním mužov na využívanie možnosti rodičovskej dovolenky. Táto správa podľa môjho názoru obsahovala mnoho pozitívnych prvkov, napríklad výzvy týkajúce sa otcovskej dovolenky, či riadneho uznávania práce neformálnych opatrovateľov. Keďže však zároveň zasahovala do subsidiarity krajín v rodinnej politike, v záverečnom hlasovaní som sa zdržala.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei a favor do relatório Zdanoka e Blinkeviciute, por considerar que, dados os novos desafios demográficos e socioeconómicos que atravessamos, é necessário um novo pacote de políticas para promover o equilíbrio entre a vida profissional, privada e familiar.

Em 2014, nasceram 5,1 milhões de crianças na UE-28, o que corresponde a uma taxa bruta de natalidade de 10,1. Esta queda da taxa de natalidade na União foi acentuada pela crise, visto que o desemprego, a precariedade dos postos de trabalho, a incerteza quanto ao futuro e a discriminação no mercado de trabalho estão a fazer com que os jovens, em particular as jovens trabalhadoras, adiem a parentalidade, a fim de permanecerem ativos num mercado de trabalho cada vez mais competitivo.

Destaco, sobretudo, o apelo à criação de incentivos às empresas e aos trabalhadores por conta própria, com o objetivo de garantir que as pessoas não sejam penalizadas do ponto de vista económico por terem filhos e que as aspirações profissionais legítimas não colidam com o planeamento familiar.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Predlog o ustvarjanju ugodnih razmer na trgu dela za usklajevanje poklicnega in zasebnega življenja sem podprl.

Podpiram pobudo, da se povečuje udeležba žensk na trgu dela s posodobitvijo in prilagoditvijo sedanjega pravnega okvira in okvira politik EU današnjemu trgu dela.

Der Präsident. — Damit sind die Erklärungen zur Abstimmung geschlossen.

6. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird um 14.05 Uhr unterbrochen und um 15.05 Uhr wieder aufgenommen.)

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

7. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

8. Aktuelle Entwicklungen in Polen und ihre Auswirkungen auf die in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Grundrechte (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zum Thema „Aktuelle Entwicklungen in Polen und ihre Auswirkungen auf die in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Grundrechte“ (2016/2774(RSP)).

Ich weise darauf hin, dass es bei dieser Aussprache kein *Catch-the-eye*-Verfahren gibt und auch keine blauen Karten angenommen werden.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Mamy prowadzić debatę na temat naszego kraju, a pan przewodniczący ogłasza, że nawet nie będziemy mogli się wypowiedzieć. Nie ma procedur głosów z sali, nie ma pytań do tych, którzy się będą wypowiadać. Czy to jest w ogóle debata? Ta debata podobno ma się odbywać w imię demokracji, a nie będzie tak naprawdę żadnej realnej dyskusji poza oświadczeniami klubów, które z góry możemy przewidzieć.

Der Präsident. – Zunächst einmal haben Sie ja schon die Gelegenheit genutzt, sich hier zu Wort zu melden. Das ist überhaupt keine Schwierigkeit. Sie haben auch sofort das Wort bekommen. Zweitens: Eine Aussprache in diesem Haus, die nach den Grundregeln der Geschäftsordnung stattfindet, ist eine demokratische Aussprache. Wenn für Sie Demokratie nur dann gegeben ist, wenn Sie Ihre *blue card* hier zücken, ist das Ihr persönliches Problem. Das ist ein vorab festgelegtes Verfahren, das Ihnen sehr bekannt war, und die Fraktionen haben, eben um zu vermeiden, Herr Abgeordneter, dass es hier zu nicht sachlichen Auseinandersetzungen kommt, sich darauf verständigt, sich auf die Punkte der Aussprache, auf die Stellungnahmen der Fraktionen zu konzentrieren und nicht auf irgendwelche spontanen Einfälle, die irgendwelche Kollegen hier haben könnten. Deshalb haben wir uns darauf geeinigt: keine *blue cards* und auch kein *Catch-the-eye*-Verfahren. Das ist ein ganz normales parlamentarisches Verfahren – demokratisch.

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, since January this year, this is the second time that the Council has been asked to intervene on this issue of the situation in Poland. Let me start by saying that the Presidency, and indeed all of us, agree that the protection of the rule of law, democracy and fundamental rights in our Union are of crucial importance. Today's debate relates to the follow-up to the dialogue established between the Polish authorities and the Commission concerning, in particular, the position of the constitutional tribunal and the governance of public media.

As the Presidency said here in January, both the independence of tribunals and freedom and pluralism of media are indispensable elements in ensuring the rule of law in a democratic society.

The commitment to protecting and promoting human rights is a constant challenge, requiring unwavering attention and effort across the full range of policy areas. This is not the time to be complacent about the protection of fundamental rights. As we all know, the European Union is currently facing multiple interrelated crises. Those challenges test our core values in different ways, including in respect of fundamental rights, be it in the area of migration or internal security. It should be our joint commitment – Member States and the EU institutions together – to ensure that these principles consistently remain a central part of our action. Fundamental rights need to be upheld and defended as our best guarantee for sustainable, open and free societies.

In June, the Council stressed the importance of applying the Charter of Fundamental Rights as a part of the wider set of applicable fundamental rights sources in the national context. Also, this year's rule of law dialogue in the Council focuses on fundamental values in the context of the integration of third-country nationals. The rule of law and the separation of powers are at the heart of the European Union and also of the wider European continent.

Our strongest partner, equally engaged in the promotion, protection and development of human rights and the rule of law, is the Council of Europe. In this context, I would like to mention three elements. Firstly, the annual report of the Secretary-General of the Council of Europe on the state of democracy, human rights and the rule of law has just been published, and I am of the view that being committed to the rule of law and fundamental rights also means being open to discussing problems and accepting constructive criticism. It is in that light that the report of the Council of Europe's Secretary-General is an important contribution.

Secondly, the same applies to the report by the Council of Europe Commissioner for Human Rights, published in June 2016 following his visit to Poland and taking into account the comments of the Polish authorities. Last, but not least, the Council of Europe's guidance, in the form of the opinions of the Venice Commission in this area, is also of great value, and its views should be taken seriously by all Member States.

The Council is aware of the situation and of the fact that the Polish authorities are in constant contact with both the Venice Commission and the European Commission. Together they are working on finding a solution to the issues raised. Vice-President Timmermans will update us on the ongoing process and on his contacts with the Polish authorities following the recommendation issued by the Commission on 27 July 2016, and I look forward to hearing from him. The issues at stake go to the heart of our commitment to this Union. We therefore trust that all sides act responsibly and constructively to reach a swift solution that leaves no doubt about our core values.

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Mr President, I would like to thank Honourable Members for putting the recent developments in Poland on the agenda of the plenary today.

The last time we discussed the issue of the rule of law in plenary was in January. Today I would like to talk about what has happened since and what action the Commission has taken. As you know, the dispute concerning the composition and functioning of the Constitutional Tribunal led the Commission in January to open a dialogue with the Polish Government under the rule of law framework. We decided to do so because the rule of law is one of the fundamental values on which our Union is founded, as enshrined in Article 2 of the Treaty. Respect for the rule of law is also a prerequisite for upholding the full spectrum of EU law, including the proper functioning of the internal market, and for mutual trust throughout the Union.

I would like to thank Parliament for the strong support for this position which is expressed in the resolution adopted in April. Very similar concerns were expressed in an opinion of the Council of Europe Venice Commission last March, an opinion, I might add, that it issued at the explicit request of the Polish Government. Since then extensive exchanges at various levels have taken place between the Commission and the Polish Government. In order to set out the Commission's concerns in writing and to focus the ongoing dialogue with the Polish authorities towards finding a solution in June, the Commission adopted an opinion. Following the opinion in July the Polish Parliament adopted a new law on the Constitutional Tribunal. Despite certain improvements, major concerns remained as regards the composition of the Constitutional Tribunal, the publication of judgments and the effectiveness of constitutional review by the Tribunal. For this reason, on 27 July, the Commission adopted a rule of law recommendation setting out its remaining concerns and recommending how these could be addressed.

The recommendation identifies three main issues: firstly, the composition of the Constitutional Tribunal, as the three judges lawfully elected in October by the previous legislator have still not been able to take up their function; secondly, the publication of all judgments of the Tribunal, which should be automatic and should not depend on any decision of the executive or legislature; and, thirdly, the effectiveness of the functioning of the Tribunal, which should not be undermined by the new law on the Constitutional Tribunal or by any other legislative reform. A functioning constitutional review procedure is also essential for ensuring full respect for the Constitution by other important laws in a wide range of areas which have been adopted by the Polish Parliament.

The Commission asked the Polish authorities to address the remaining concerns within three months from the adoption of the resolution. Since our recommendation there have been a number of further developments, which I would like to mention. In particular, on 11 August, the Constitutional Tribunal rendered a judgment holding that a number of provisions of the new law on the Constitutional Tribunal are unconstitutional. However, the Polish Government refuses to recognise the validity of the judgment and to publish it in the Official Journal. Moreover, while the Polish Government has published a number of other judgments rendered by the Tribunal, it still refuses to publish the judgment of 9 March annulling the Constitutional Tribunal Act adopted last December. Therefore I must conclude that, at this stage, the dispute concerning the composition of the Constitutional Tribunal, and respect for its judgments, remains unresolved. That said, the Commission stands ready to continue the constructive dialogue with the Polish authorities in order to find solutions to the issues raised.

To conclude, I would like to thank Parliament for its continuous efforts to uphold the rule of law in the EU and for supporting the Commission's actions concerning the situation in Poland. I would like to echo what was said by the representative of the Council. Upholding the rule of law is our joint responsibility, one that we all share – the Commission, Member States in the Council, and this House.

(Applause)

Janusz Lewandowski, *w imieniu grupy PPE*. – Panie Przewodniczący! Dziś bardzo ważne jest, żeby Polacy wiedzieli i rozumieli, o czym jest ta debata i o czym jest jutrzejsza rezolucja Parlamentu Europejskiego. Wątpię, czy poznają prawdę z polskich mediów publicznych. Nie jest to debata o Polsce, nie jest to tym bardziej debata przeciw Polsce, to jest debata o nadużyciach obecnej władzy, które niosą poważne zagrożenia dla demokracji, dla państwa prawa i ostatecznie obracają się przeciw własnemu społeczeństwu.

(Przewodniczący przerwał mówcy)

Zatem od początku, Panie Przewodniczący! Dzisiaj najważniejsze jest, aby Polacy wiedzieli, o czym jest ta debata i o czym będzie jutro rezolucja Parlamentu Europejskiego. Wyraziłem wątpliwość, czy poznają prawdę z polskich mediów publicznych. Otóż nie jest to debata o Polsce czy tym bardziej przeciw Polsce, to jest debata o nadużyciach obecnej władzy, które niosą poważne zagrożenia dla demokracji i swobód obywatelskich i tym samym obracają się ostatecznie przeciw własnemu społeczeństwu.

Polska rozumiana jako dzieło zbiorowe Polaków ostatniego ćwierćwiecza jest powodem do dumy. Przeszliśmy długą drogę, od zadawnionych uprzedzeń po mocną pozycję w Unii Europejskiej, silną, dynamiczną gospodarkę i powszechny szacunek. Również tu na tym forum przeżywaliśmy podniosłe chwile, gdy Jerzy Buzek jako pierwszy zza żelaznej kurtyny został obrany przewodniczącym Parlamentu Europejskiego, gdy 28 rządów reprezentuje tutaj Donald Tusk, szef Rady Europejskiej, człowiek z Gdańska, gdzie narodziła się Solidarność.

Nie jest jednak żadnym powodem do dumy, jeśli Polska otwiera listę krajów monitorowania zagrożeń dla demokracji i praworządności. Nie jest żadnym powodem do dumy, jeśli Polska wydłuża listę europejskich kłopotów i jest adresatem rezolucji takiej jak w kwietniu tego roku, kiedy Parlament Europejski wyrażał zaniepokojenie rozwojem sytuacji w Hondurasie, w Nigerii, w Pakistanie i w Polsce. To co jest złe, tego nie da się osłonić mandatem uzyskanym w wyborach, bo przecież Polacy nie głosowali na paraliż Trybunału Konstytucyjnego, który jest gwarantem przestrzegania prawa, nie głosowali na czystki w mediach publicznych.

Dodam jeszcze, że żadne wybiórcze publikowanie wyroków Trybunału Konstytucyjnego nie poprawia tej sprawy, a już próba prokuratorskiego ścigania szefa, prezesa Trybunału zupełnie nie mieści się w normach naszego świata. Polacy nie głosowali w wyborach parlamentarnych na czystki w mediach publicznych, ogromne, 190 dziennikarzy zamienionych w tubę propagandy rządowej. Polacy nie głosowali na niszczenie służby cywilnej i kolonizowanie całej przestrzeni publicznej wedle zasady „mierny, ale wierny". Polacy na pewno nie głosowali na nieuprawnioną ingerencję w prywatność i takie zmiany w prawie, które mogą prowadzić do nadużywania aparatu przymusu i to w rękach ministrów, którzy takich nadużyć dokonywali w przeszłości. To wszystko jest doskonale widoczne dla demokratycznego świata. Tego się nie da ukryć ani zakłamać.

Dzisiejsza debata, jutrzejsza rezolucja to są świadectwa zaniepokojenia ze strony prawdziwych przyjaciół Polski. Zaniepokojenie jest proporcjonalne do nadziei, jaką budziła Polska jako kotwica europejskości na wschodzie. Demokratyczny świat upominał się o Polskę, kiedy źle się działo w państwie polskim. Dziś upomina się o Polskę jako członka swojej rodziny. Upomina się w imię zasad i wartości wpisanych i do polskiej konstytucji, i do traktatów, ale co ważne, te zasady nie wzięły się znikąd. Nie pochodzą z dogmatu. Powstały na długiej drodze prób i błędów, na której wolne społeczeństwo znalazło zasady ustrojowe, które ubezpieczają wolność i umożliwiają zorganizowanie takiej gospodarki, która jest zrównoważona i obiecuje poprawę jakości życia. Ten, kto narusza te zasady, jednocześnie narusza bezpieczeństwo i przyszłość własnej ojczyzny.

Ja dzisiaj mówię w imieniu największej frakcji – Chrześcijańskich Demokratów, ale jestem też głosem milionów Polaków, którzy dobrze czują się w Europie bez granic. Są u siebie, znają i pamiętają przekleństwo geopolityki czyli wielowiekowego osamotnienia Polski, dlatego cenią sobie bardzo wartość wspólnoty dla naszego bezpieczeństwa i naszych szans rozwojowych. Potrafią odróżnić patriotyzm, który buduje, od nacjonalizmu, który rujnuje i był przyczyną wielu katastrof naszego kontynentu. Nie chcą, by cena za grzechy rządzących spadała na całą Polskę, by był marnotrawiony dorobek pokolenia, które budowało polską markę. Nie da się wykupić przyzwolenia Polaków na to, by Polska była kłopotem dla samej siebie i dla Europy poprzez proste rozdawnictwo pieniędzy.

Jan Paweł II, nasz papież, mówił do swych rodaków w Rzymie w 2003 roku, że Europa potrzebuje Polski, Polska potrzebuje Europy. Dodam, mądrej i silnej Polski w solidarnej Europie. Wtedy i tylko wtedy będzie to ostatnia krytyczna debata i krytyczna rezolucja o polskich sprawach w Europarlamencie.

(oklaski)

Gianni Pittella, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la prima cosa che voglio fare, a nome del mio gruppo, a nome della delegazione polacca, a nome del mio collega Liberadzki, dei suoi colleghi polacchi, è esprimere il nostro sentimento di fraterna, calorosa amicizia al popolo polacco. Noi lottiamo per voi. Noi lottiamo con voi, non contro di voi. Noi lottiamo per la democrazia, che è un bene supremo che sta nei vostri cuori, amici polacchi, e nei nostri cuori.

C'è una tendenza a ridimensionare le libertà fondamentali, a creare una sorta di democrazia a-liberale. Ci sono misure prese dal governo polacco che minacciano lo Stato di diritto. Ed è per questo che noi abbiamo il dovere di agire. È facile fare propaganda, troppo semplice dire che la Commissione europea, il Vicepresidente Timmermans, questo Parlamento, la maggioranza di questo Parlamento, sono contro il popolo polacco. Non è vero, è una falsità. Sono invece le leggi adottate dal governo ad essere in contraddizione con l'Unione europea, di cui la Polonia è una parte importante.

Io dico al governo polacco, in maniera tranquilla: siate più sereni, abbiate più fiducia nei confronti del vostro popolo! Non potete prendere un intero paese ostaggio delle vostre paure. Ma cosa avete da temere da una Corte costituzionale autonoma? Cosa dovete nascondere alla stampa, cosa? Perché tutta questa polizia? Abbiate più fiducia nei confronti del popolo polacco. Cambiate la legge sulla Corte costituzionale per farla tornare ad essere un'istituzione indipendente a garanzia della libertà dei vostri cittadini. Modificate la legge sui media e non cercate di attribuire alla polizia compiti che essa non deve avere.

In questo dialogo con la Polonia noi sosteniamo con tutta la nostra forza e convinzione l'azione svolta dal commissario Frans Timmermans.

Ryszard Antoni Legutko, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Zwracam się teraz do autorów rezolucji – niestety mam wrażenie teatru absurdu. Unia Europejska przechodzi przez największy w swojej historii kryzys – niektórzy twierdzą, że śmiertelny – mamy Brexit, mamy możliwość innych Brexitów, imigracja, euro, coraz mniej demokratyczny sposób podejmowania decyzji – a wy organizujecie Państwo debatę o Polsce. I z jakiego powodu? Myślę, że z takiego, że wasi towarzysze polityczni stracili władzę monopolistyczną w Polsce i trudno wam jest to zaakceptować. Kiedy rządzili Polską niepodzielnie i robili różne okropne rzeczy, wam to nie przeszkadzało, nawet byliście zachwyceni. Niezwykle komplementowaliście to, nagle się to zmieniło.

Ale wracając do rezolucji – autorzy piszą tam o kilku ustawach i kilku problemach, ale – stwierdzam z przykrością – nie mają szczególnej wiedzy na ten temat. Natomiast mają gigantyczne uprzedzenia. Jak mam na przykład traktować zarzut, że minister środowiska zmienił zasadniczo skład ciała, które jest w istocie ciałem doradczym. Czemu wy w ogóle o tym piszecie? To co, minister nie może zmieniać swojego składu doradczego? Ma pytać was o zgodę? Przecież to jakiś absurd. Jak mam traktować fakt, że autorom nie podoba się walka z kornikiem drukarzem, który niszczy Puszczę Białowieską. Przecież większość z Państwa nie ma pojęcia, gdzie jest Puszcza Białowieska, co to jest Puszcza. Nic o tym nie wiecie. Nie wiecie, co to jest kornik drukarz. Skąd się bierze nagle taki mocny pogląd na walkę z kornikiem drukarzem? Ludzie, to nie jest sprawa na głosowanie większościowe, to jest sprawa na ekspertyzy, które i tak są obarczone ryzykiem błędu. Nie udawajcie, że wiecie coś w tej sprawie, bo nic nie wiecie.

Albo jak mam traktować uwagi o zmianie kodeksu postępowania karnego, gdzie pada na przykład takie stwierdzenie, że zostaje naruszona zasada domniemania niewinności. To jest bzdura – tam nie ma niczego takiego. Nie wskazujecie miejsca, gdzie takie stwierdzenie pada, bo nie można wskazać czegoś, czego nie ma. Naprawdę trzeba złej woli, żeby pisać taki absurdalny dokument.

Albo media – media to oczywiście jest sprawa niekończącego się problemu, z jakim borykamy się w Polsce właściwie od dwudziestu kilku lat. Ale tak z ręką na sercu, jeżeli porównamy tę ofertę medialną, którą mamy teraz w Polsce, ta oferta medialna pod względem światopoglądowym i politycznym nigdy w najnowszej historii Polski nie była szersza. Nigdy więcej głosów nie było słyszalnych. Z pewnością nie były te głosy słyszalne, kiedy nasi poprzednicy rządzili przez osiem lat i kiedy przeganiali wszystkich niepokornych dziennikarzy. Powiem więcej – myślę, że ta oferta medialna, która jest w dzisiejszej Polsce, jest znacznie szersza, niż to, co spotykamy w wielu krajach Unii Europejskiej, włączając w to Niemcy, Belgię czy Francję. Czemu wam to przeszkadza?

Otóż ja mam odpowiedź, czemu wam to przeszkadza i skąd się biorą te wszystkie nonsensy w tej rezolucji. Dlatego że kieruje wami głębokie uprzedzenie do rządu polskiego i do wszystkiego, co ten rząd reprezentuje. Prawda jest taka, że jesteście Państwo organicznie niezdolni do zaakceptowania tego faktu, że mogą istnieć rządy i partie, które różnią się od was poglądami i że te poglądy mają dobre racje. Pluralizm w Unii Europejskiej to jest taki pluralizm jak w przypadku forda modelu T, gdzie mogły być wszystkie kolory, pod warunkiem że był to kolor czarny. W Unii Europejskiej wszystkie poglądy są dobre, pod warunkiem że to są poglądy zgodne z ortodoksją Unii Europejskiej. Jeżeli ktoś się od tego różni, to można o nim powiedzieć wszystko i napisać wszystko, jeżeli ktoś się z tym zgadza, może robić cokolwiek i znajdzie tutaj rozgrzeszenie.

I jeszcze dwa słowa Panie Przewodniczący, jeśli pan pozwoli, o Komisji i do Komisji Europejskiej, która łamie reguły traktatów. Procedura praworządności, którą wszczęto przeciw nam, jest tak naprawdę procedurą niepraworządności, ponieważ jest naruszeniem traktatów. Pytaliśmy, moi koledzy i koleżanki pytali Komisję Europejską, w oparciu o jakie badania i jakie analizy prawne wszczęto postępowanie przeciw polskiemu rządowi. I Komisja przesłała nam tekst, który – przepraszam za te słowa – był kompletnym asemantycznym bełkotem, nie zawierał żadnej treści. Niestety – służę tym tekstem, służę tym tekstem, proszę bardzo. Ja tego nie zmyślam.

Zwracałem uwagę panu przewodniczącemu Timmermansowi, w czasie ostatniej tutaj debaty, że posługuje się jawnie fałszywą rekonstrukcją faktów dotyczących tego, co działo się z Trybunałem Konstytucyjnym w Polsce, ale pan przewodniczący Timmermans, jak to ma w zwyczaju, nie odpowiada merytorycznie, tylko ucieka się do wspaniałej retoryki, którą ja podziwiam i jestem pełen uznania – Pan mówi pięknie – tylko że to jest pozbawione niestety treści. Pan nie odpowiada argumentami na argumenty. Zostały opublikowane niedawno analizy, zlecone przez polski parlament, przez grupę piętnastu profesorów prawa, dotyczące Trybunału Konstytucyjnego i całego tego kryzysu, który jest kryzysem poważnym – ja tego nie neguję. Ale w przeciwieństwie do panów, państwa tutaj, ja nie widzę łatwego rozwiązania tego kryzysu. Tu potrzebna jest jednak dobra wola ze wszystkich stron, a tej dobrej woli nie ma. Ta ekspertyza została przesłana do Rady Europy, została przesłana do Komisji Europejskiej, to jest sprawa ostatnich kilkunastu godzin. Ja będę bardzo szczęśliwy, jeśli w imieniu Komisji Europejskiej pan przewodniczący Timmermans odpowie na te wszystkie argumenty – ale naprawdę na argumenty – bo jeśli chce Pan tutaj popisywać się swadą cycerońską, to wiem, że Pan

potrafi. Ale chciałbym, żeby Pan naprawdę i żeby Pan w imieniu Komisji odpowiedział, że te argumenty są niesłuszne, że są dobre racje, że jest zupełnie inaczej. Bardzo czekam na taką odpowiedź.

I na końcu chciałem powiedzieć jeszcze coś na temat Komisji. Mówię to z przykrością, bo to nie jest taka rzecz, która łatwo przechodzi przez usta, ale trzeba to powiedzieć. Proszę Państwa, otóż w przypadku Polski Komisja Europejska uzurpuje sobie trzy funkcje: oskarżyciela, sędziego i egzekutora – czyli robi coś, co jest właściwie w sprzeczności z prawną, polityczną tradycją europejską. Takie nagromadzenie w jednym ręku trzech funkcji jest charakterystyczne dla europejskiego despotyzmu oświeconego, przy czym jest on – powiedziałbym – ten despotyzm Państwa coraz mniej europejski, coraz mniej oświecony. Ale cokolwiek powiedzielibyście złego o Polsce, to standardy, które obowiązują dzisiaj w Polsce, są znacznie lepsze, znacznie bardziej przejrzyste, dające ludziom znacznie więcej pluralizmu, nie tylko w porównaniu do tego, co tutaj usłyszeliśmy dzisiaj – tylko trzeba włożyć trochę wysiłku, żeby je poznać, naprawdę trzeba się zainteresować – ale także niż w wielu wielu innych krajach europejskich, wliczając w to te standardy, które Unia Europejska w ostatnim okresie chce narzucić.

Sophia in 't Veld, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I would like to say this to our colleague Mr Legutko: I think that eight minutes of filibustering, caricature and ridicule will probably get you a lot of airtime on Polish television, but you are not actually doing anything for the interests of the Polish people. I would like to underline the fact that this debate today is not about Poland, and we have had similar debates about situations in other countries, as you know full well. What this is about, and I will quote the Council Presidency – pay attention because I rarely ever quote the Council Presidency – who said that 'the issues at stake go to the heart of our commitment to the Union'. That, Mr Legutko, is what we are talking about today.

The situation that we are going through might be described as the growing pains of a community of values that is developing. We readily accept that the Commission intervenes in matters of tax evasion, state aid, or disrespect for environmental standards. But then we say – and Mr Timmermans always says – we have to be big on big things. This is big. This goes right to the heart of what the European Union is all about: about the rule of law, about fundamental rights, and about democracy. In this sense, I would give full support to the initiative of Commissioner Timmermans.

However, I would like to make one remark because I think that the current situation shows the limits and weaknesses of the toolkit that we have to protect and promote democracy, the rule of law, and fundamental rights. I am glad that, in this House, we are jointly working on a mechanism that will monitor and evaluate all the Member States because I think that we should move beyond the situation in which there are accusations of countries being singled out, or of interventions being politically motivated. Personally, Mr Legutko, you have accused some people here of being politically motivated. You know, we are not in government, so we have absolutely no issue here and no interest. But I think it is very important that the European Union provides itself with a toolkit that will allow us to promote, protect and uphold democracy, the rule of law and fundamental rights. That includes, in the part of the European Union where this fantastic people, the Polish people, live – and I would wholeheartedly endorse the actions by the Commission.

Barbara Spinelli (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, non è la prima volta che l'Unione richiama all'ordine i suoi Stati quando la *Rule of law* è in pericolo: è successo con l'Ungheria, nel 2004 successe con l'Italia.

Oggi ci pronunciamo di nuovo sulla democrazia costituzionale in Polonia. Parlo di democrazia costituzionale, e non di democrazia, perché ottenere la maggioranza alle urne non protegge da regressioni. In Polonia i regressi si moltiplicano: la Corte costituzionale non è messa in grado di esercitare la piena indipendenza, nuove leggi sui media e l'antiterrorismo riducono il pluralismo e la protezione dei dati.

Il mio gruppo sosterrà la risoluzione comune e presenterà alcuni emendamenti. Critichiamo le posizioni governative contro i migranti musulmani e, con i Verdi, una proposta di legge sull'aborto appoggiata dal governo: già difficilissima, l'interruzione di gravidanza rischia di essere vietata persino in presenza di stupri o malformazioni gravi del feto. È stato detto che non abbiamo il diritto di immischiarci nelle politiche nazionali, né noi né la Commissione, ma a me pare che non stiamo interferendo: stiamo ricordando che esistono norme che ciascuno ha sottoscritto firmando i trattati e che sono la nostra legge comune.

I governanti d'Ungheria e Polonia hanno annunciato giorni fa una contro-rivoluzione culturale che esalta la cristianità come unica nostra radice, le immaginarie identità etniche degli Stati, le loro sovranità semi-assolute – tanto più importante è replicare con questa risoluzione per dire cos'è che ci fa stare insieme in Europa, se solo il mercato o anche la *Rule of law* e la democrazia costituzionale, ambedue riconquistate dopo le due dittature del Novecento.

Judith Sargentini, *namens de Verts/ALE-Fractie*. – Hoeveel het inzicht van de huidige Poolse regering verschilt van dat van de Europese Commissie, realiseerde ik me pas toen de premier van Polen in januari hier kwam spreken. Zij maakte geen onderscheid tussen de partij, de regering, de natie en het volk. Vragen en commentaar op de nieuwe wetgeving, die rechters aan banden legt en journalisten de mond snoert, werden door haar gezien als kritiek op de burgers van Polen.

Dat raakt meteen aan het volgende misverstand: Europese normen en waarden, Europese fundamentele rechten hebben betrekking op het individu, soevereiniteit over het eigen lichaam, soevereiniteit over de eigen gedachten, zoals het recht van de vrouw om over haar eigen lichaam te beschikken. Aan de huidige Poolse regering zou ik willen zeggen: "U lijkt een andere definitie van recht en soevereiniteit aan te hangen: het recht en de soevereiniteit van de groep, van het volk. Polen heeft de laatste decennia echter hard gestreden voor democratie. U maakte een einde aan een totalitair systeem. U haalde het recht van de burgers terug. U werd een democratisch land in een Unie van democratische landen. En momenteel gaat u terug naar af."

Waar het recht verschuift van het individu naar de groep of de staat, vallen er mensen tussen wal en schip. Bijvoorbeeld vrouwen, de helft van de bevolking. Het recht op abortus beperken dwingt vrouwen en meisjes tot criminele daden. Dat is zeer onverstandig. En we weten allemaal dat het aantal abortussen in een land niets te maken heeft met het recht, maar wel met de noodzaak. De groene boodschap aan de Poolse regering is dan ook: "U claimt erfgenaam te zijn van Solidarnosc. Dan kunt u niet de vrijheden van vrouwen, van het recht of van journalisten inperken." En aan de Poolse burgers wil ik zeggen: "De Europese Groenen zullen blijven strijden voor jullie rechten."

Robert Jarosław Iwaszkiewicz, *w imieniu grupy EFDD*. – Panie Przewodniczący! Po raz kolejny Parlament Europejski zbiera się, aby ingerować w legalnie wybrany rząd i w suwerenne, stabilne państwo europejskie. Nie macie jednak, Panie i Panowie, odwagi, by zareagować na realne wyzwania stojące przed Europą: kiedy policja jest bezradna wobec szwadronów islamskich terrorystów, kiedy inne kraje Unii walczą z widmem bankructwa, kiedy państwa europejskie upadają pod zalewem milionów nielegalnych uchodźców – ta izba zamierza dyskutować o Trybunale Konstytucyjnym, o przestrzeganiu Karty Praw Podstawowych, której Polska nie podpisała.

Otóż odpowiadam na wszystkie te pytania: ręce precz od Polski! Cała ta debata jest brutalnym atakiem na moją ojczyznę. Każdy w tej izbie, kto ma choć trochę poczucia przyzwoitości, wstydziłby się zabierać głos, żeby pouczać moje państwo i mój naród.

My, Polacy, nie potrzebujemy rad tej izby, my, Polacy, nie potrzebujemy waszych uwag i przemów, bo my, Polacy, potrafimy rządzić się sami. To wy możecie uczyć się z naszej, polskiej historii, jak się walczy o wolność i suwerenność, honor i solidarność. Nasza unia polsko-litewska trwała ponad czterysta lat, wasza nie przetrwa nawet siedemdziesięciu!

To nie Polska jest problemem dla rozwoju Europy, ale błędna i szkodliwa polityka obecnych elit europejskich na czele z panią Merkel i panem Hollandem. Europa nie jest bezpieczna! Europa musi się przebudzić!

Stanisław Żółtek, *w imieniu grupy ENF.* – Panie Przewodniczący! Prawdą jest, że dwie główne siły polityczne w Polsce – czyli partie PiS oraz PO – próbują zdobyć całą władzę i, pod przykrywką dobra wspólnego, zagarnąć mienie i wolność obywateli oraz ustalić kolejność dziobania. Ale urzędnicy Unii stanęli tylko po tej stronie, która przed nimi klęka. A instytucją, która najbardziej kradnie nam wolność i ogłupia potworną biurokracją jest sama Unia Europejska. W Polsce mogę krytykować polski rząd, ale tutaj powiem tylko tak: komisarze unijni, zapomnieliście gdzie jest wasze miejsce i chcecie rządzić swoimi panami, to jest narodami, które was mianowały poprzez swoje rządy. Zajmijcie się lepiej tym, co sami stworzyliście, czyli napływem zarazy islamskiego terroru. Rezolucja powinna mieć taką treść, jak projekt złożony przez grupę Europa Narodów i Wolności: Parlament Europejski uznaje za bezzasadne wszelkie próby ingerencji w politykę wewnętrzną państw członkowskich, w tym wewnętrzne sprawy Polski, uroczyście potwierdza swe przywiązanie do zasad tożsamości i suwerenności narodowej, które tworzą nierozerwalną jedność z zasadą wolności. Przypomina, że Komisja nie jest organem politycznym, lecz organem wykonawczym Unii i powinna ściśle przestrzegać traktatów.

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Úr, akik napirendre vették ma a lengyelországi helyezet tárgyalását, azok bizonyítják, hogy nem fogták föl a brexit üzenetét. Egyre több ország lakossága utasítja el, hogy életének meghatározó szabályait ne a demokratikusan általa választott parlament és kormány hozza meg, hanem egy brüsszeli központ – a több Európa, a mélyebb integráció jegyében. A lengyel parlamenten olyan döntéseket kérnek számon, amelyet az alapszerződések nemzeti hatáskörbe utalnak. Bele akarnak szólni a családi élet normáinak szervezésébe. Nem tolerálják, hogy Lengyelországban a keresztény tanításnak nagyobb a társadalmi hatása, mint Európa legtöbb országában. Nem fogadják el azt, és tiltakoznak az ellen, hogy a nyilvános istenkáromlást szankcionálni akarják.

Úgy tűnik, hogy ma az Európai Unióban csak a muszlimok vallási érzékenységét kell figyelembe venni. Lengyelország számonkérése során állandóan az alapjogi chartát említik, mintha nem tudnák, hogy Lisszabonban az Egyesült Királyság és Lengyelország felmentést kapott ennek kötelező alkalmazása alól. Ez a Parlament kétszer foglalkozott az úgynevezett magyarországi helyzettel, most a lengyelországi helyzettel. Ahogy kommunista képviselő asszonytól hallottuk, rendreutasítja őket. Én attól félek, hogy ha itt még nagyon sok rendreutasítás és szankció lesz – és más országok tekintetében is – akkor Önök a legjobb úton haladnak afelé, hogy emiatt az Európai Unió szétessen.

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Mr President, let me briefly reflect on some of the remarks that have been made. First of all, let me be very clear. If any information pertaining to this issue is brought to our attention, we will carefully study it and reflect on it and take a position on it. We do not disregard any information. If it is academic information, give it to us and we will analyse it and give our point of view.

Secondly, let me reflect for a moment on the nature of the rule of law: why is it so important? It is because we have learned through history, through a very painful history in Europe, that in order to have a democratic pluriform society functioning and the rights of everyone respected, we need the virtuous tripod of democracy, rule of law and full respect for human rights. You cannot give in to the temptation to use one against the other: all three are equally important. And, as an essential part of this, the independence of the judiciary is of extreme importance for respect for individual rights and also for the functioning of our form of market economy. This is nothing to do with politics. Politics can lead the electorate to make a different choice, and then governments make different programmes go in a different direction, but they need to stay within the remit of the rule of law, which is full respect for the position of the judiciary in our Member States.

So, then, this brings me to a number of very precise questions that Mr Legutko clearly does not want to go into. If you accept my premise that the independence of the judiciary is an essential part of respect for the rule of law, how is it that in Poland, the executive can choose whether it wants to publish the rulings of the highest court in the land according to whether it likes the rulings or not?

(Applause)

That is not in line with the principle of the independence of the judiciary. Mr Legutko said, just for you, Mr President, that what I am saying is not true, but let me remind him that several rulings of the Constitutional Tribunal have still not been published by the Polish Government. That is a fact, Mr Legutko. Secondly, let me also add that if a parliament decides lawfully to elect members of a court, then the fact that such a lawful election has been followed by other elections does not entitle you to use the new composition of the parliament to undo a legal decision by the previous parliament. So these are the issues we are discussing in a constructive way with the Polish Government.

Let me end on one thing which is also a bit personal, I have to say. My professional life, from the very start as a student, was focused on bringing an end to the divide in Europe and bringing down Communist dictatorship in half of Europe. The Polish people have achieved that. It is one of the biggest victories in European history, and I will not be accused of acting against the Polish people. This is a dispute between a tribunal and a government, nothing more and nothing less. But let us remind ourselves of the beauty of the victory of democracy and the rule of law against oppression and Communism, and let us not forget that this is the true, true achievement of our common European dream.

(Applause)

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, I thank all those who intervened today. I will not comment on those interventions but rather I want to reassure you that I will take back with me the strong interest shown in this House for what is, I hope, our common objective of upholding values on which the European Union is built and, above all, the rule of law.

I take note of everything. I have nothing to add to my earlier statement on behalf of the Council. I also thank Commission Vice-President Timmermans for an update by the Commission on Poland's stance in its dialogue, and many thanks to the Commission for reassuring us of its readiness to continue this dialogue. We, as the Council, will follow this and further steps attentively.

Der Präsident. – Zum Abschluss der Aussprache wurden gemäß Artikel 123 Absatz 2 der Geschäftsordnung drei Entschließungsanträge eingereicht.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch, 14. September, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Soraya Post (S&D), *in writing*. – The EU has to promote human rights and defend the rule of law. We have let Hungary under Viktor Orbán slide down the path to autocracy.

The combat for human rights and respect for the rule of law must be applied systematically. An Article 7 procedure should be launched against both Poland and Hungary. Human rights can never be cast aside in pursuit of the rule of law, or vice versa. Today women are denied the right to their bodies in Poland and in other EU countries. Recent initiatives taken in Poland are aimed at restricting sexual and reproductive rights even more by completely banning abortion.

Article 1 of the Charter of Fundamental Rights states the inviolability of human dignity and the right to physical integrity. The charter clearly states that we women are to be considered as individuals in our own right, free to make our own choices concerning our life, sexuality and health. I call on the European Union to take a clear stand: the developments in Poland, when it comes to fundamental rights for women as well as the rule of law, are in breach of the values of this Union.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Unia Europejska przechodzi przez największy w swojej historii kryzys i zamiast rozmowy o przyszłości Unii Europejskiej organizowana jest debata o Polsce, tylko dlatego, że władzę w Polsce przejęła nie ta frakcja polityczna, która by komisarzom europejskim odpowiadała. Rezolucja w sprawie Polski napisana jest na tyle ogólnikowo, iż nie pozostawia złudzeń, że konstruowana jest przez laików nieposiadających nawet minimalnej wiedzy o aktualnej sytuacji w Polsce i problemach poruszanych w rezolucji. Powstaje pytanie: dlaczego? Dlaczego tak duże zainteresowanie wzbudza Puszcza Białowieska? Wszyscy dziś są ekspertami i chcą doradzać Polsce, jak zachować Puszczę, a we własnych krajach nie maja puszczy, bo zniszczyli je wiele lat temu. Dlaczego Komisja chce coraz głębiej ingerować w wyłączne uprawnienia polskiego rządu i uzurpuje sobie już nawet prawo do wybierania składu doradczego polskim ministrom? Dlaczego Komisja wciąż gani reformę polskich mediów, choć aktualna oferta programowa jest często szersza od tej proponowanej w innych krajach Unii? A dlatego, że Polska po raz pierwszy właśnie pod rządami Prawa i Sprawiedliwości jest wolna, że ma własne zdanie, że stoi po stronie własnego kraju, własnych obywateli, rozwija własną gospodarkę i zyskuje znaczenie na arenie międzynarodowej i to wszystko jest dla wielu komisarzy i parlamentarzystów nie do zaakceptowania.

Elnökváltás: GÁLL–PELCZ ILDIKÓ asszony

Alelnök

(Az ülést rövid időre felfüggesztik.)

9. Lage in der Türkei (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő pont a Bizottság alelnökének/az Unió külügyi és biztonságpolitikai főképviselőjének nyilatkozata a törökországi helyzetről. (2016/2876(RSP)).

Federica Mogherini, *Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Madam President, let me first of all say that very often when we are in this Chamber we speak about parliamentary diplomacy and the added value that it brings to our external action, and how important it is for European foreign policy, so let me start today by thanking President Schulz and the AFET delegation, both Elmar and Kati, for the visit you made to Ankara, for the timing, the messages you passed on, and most of all for our close cooperation on our joint visit. I believe that in our cooperation last week, this Parliament contributed enormously to forging and reinforcing our common European position.

Together, we send a clear, united, and quite unequivocal message to our Turkish friends, that the European Union is committed to engaging in an intense, open, frank, and constructive dialogue on all issues and to continuing to work together on all strands of our cooperation – from foreign policy to regional crises, from energy to trade, from visa liberalisation to the upgrade of the Customs Union, from migration to counterterrorism. We need especially to work together, openly and frankly, on all issues in these very difficult times.

It is a difficult moment for Turkey and we have all seen this. We saw this at first hand just a few days ago. On Friday we were together with Commissioner Hahn in Ankara. The attempted coup of 15 July risks sending the country back in time to a very dark era of its history. It would have been a dramatic blow to Turkey's democracy and destabilised the whole region even further, a region that definitely does not need to be destabilised still more. This is why we intervened and I intervened personally in support of Turkey's democratically elected institutions as soon as I got the news. It was well before midnight, and let me share something with you on a personal note: I personally tweeted. We were in Mongolia with the two Presidents, so it was night-time, and I personally tweeted 'In defence of the democratically elected institutions', long before the outcome of the coup or even the dynamics were clear. It was something that we had been thinking about a lot, but we did it without hesitation, well before midnight, and we did it first, before other international partners or actors reacted publicly, because, for us, for the European Union, it is always absolutely clear that there is no space in our world, and in particular there is no space in our region, for any attempt at a military takeover of power.

This is an absolute truth for the European Union that cannot be questioned at any time. Even more so in our region and even more so in a candidate country. So, for us, it was an absolute priority immediately to state clearly that the defence of the democratic legitimate institutions, starting with the parliament that was attacked in those hours, is a priority.

Last week in Ankara we had the high-level political dialogue between the European Union and Turkey. This is an exercise that we do quite often, the last one was in January, and it allows us to cover all the different issues and strengths of our cooperation. This time, however, was an opportunity for us to first of all pass on the message again and to honour the victims of the attempted coup, the people – more than 200 – who died during that dramatic night.

Commissioner Hahn and I also had the chance to express our great respect for the Turkish people, first of all, to all the institutions, starting with the parliament, and to all the political parties, which we met, majority and opposition alike, and to applaud them for the way in which they came together that night and the following days to stand up for their democracy. So at this very difficult and delicate juncture we also have made it clear that Turkey must recommit strongly to those principles and values that are at the core of the democracy that the Turkish people protected and defended on the night of 15 July: the rule of law, freedoms, pluralism, including the rights that are at the core of any democracy, not least the guarantee that everybody has the right to a fair trial.

Following the entry into force of the state of emergency, a large number of judges and prosecutors have been suspended or dismissed. Warrants have been issued for the arrest of many journalists, and several media outlets have been shut down by decree. It is of the utmost importance that all those who bear responsibility for the attempted coup should be held accountable. But any alleged wrongdoing or crime should be subject to due process, and the right of every individual to a fair trial needs to be respected. All detainees should have access to lawyers and family members, and detention conditions need to be constantly scrutinised. Independent monitoring of trials is essential to ensure due process.

All these elements were central to our conversations in Ankara during those days and we very much encouraged cooperation from the Turkish authorities on these issues with the Council of Europe. We ourselves, including me personally, are in contact with our friends and colleagues in the Council of Europe in order to work on these points hand in hand.

Our dialogue, our common work in many fields, can support Turkey at a very difficult moment, and ensure that the choice of the Turkish people in favour of democracy and the rule of law is fully honoured. We both need to reaffirm our partnership, and as partners we need to be open, frank, constructive, respectful and clear to each other. We are doing that and have been doing it in these days of dialogue and the days before; and I am sure that we will continue in this way. I believe that our dialogue can support Turkey at this difficult moment and even help it move forward.

In Ankara we all agreed first of all on one thing: that we have to talk more to each other and a little bit less about each other without communicating directly. Let me mention two issues in particular, on which our dialogue is particularly crucial, two difficult issues. One is the Kurdish issue. It was once again at the core of our meetings in Ankara, both with the government and with opposition parties. I have repeated very clearly – we have repeated very clearly – that the European Union deems the PKK a terrorist organisation and so do all the Member States of the Union. We believe that all violence and terrorist attacks have to end and arms should be laid down. At the same time, we believe that a credible political process should start. Just now we are seeing new clashes in the south-east and the east of the country. As you know, I also had occasion to say yesterday that the suspension of 28 elected mayors and the appointment of trustees is an issue of particular concern. We expect and we are confident that the population of these municipalities will be in a position soon to elect new mayors according to Turkey's own laws. This is extremely important for precisely those principles of the rule of law and democracy that we discussed with the Turkish authorities a few days ago.

The second issue, but linked in a way to the first, as you know very well, is Syria. I know that the number of issues that we could discuss here would be large, and Commissioner Hahn certainly can and will tackle some of them in his concluding remarks, but let me take a few minutes to say that on Syria we agreed during our talks in Ankara on some points that we have not discussed as openly and constructively in recent months.

First of all, we agreed that there is no military solution to the war. This is not a minor issue. It is a relevant issue, especially at a time when a new glimpse of hope, which for the moment is only a glimpse of hope, is opening up with the announcement of a renewed cessation of hostilities on Saturday. We also agreed that only a political process and a political transition can bring peace and democracy to the country. We agreed on the basic principles that should guide the future of Syria. The territorial integrity of the country, which is not irrelevant at all, far from it. The unity of the country, the inclusion of all parts of Syrian society, the protection of all minorities in an inclusive and non-sectarian state. So despite all the difficulties, we have common ground on which we can work.

I have mentioned Syria. I have mentioned the glimpse of hope that is hopefully opening up. That would at last offer scope for some joint work that we, together with our Turkish friends, could do on, for instance, the delivery of humanitarian aid. And on the facilitation of the political process. We need both elements to start, and you are well aware that these two fields, humanitarian aid and the political process, are the ones in which the European Union can and will play a key role. We are ready. It is the military field which is, shall we say, a little too busy at the moment to enable the political and humanitarian work that is needed, and urgent, to be pursued. So I really hope that all actors on the ground will now open up the space for the political and humanitarian work to start.

So despite all the difficulties, both Turkey and the European Union realise that there are many interests that we have in common, many things that our people have in common, and many things that our people share. There is another special issue that I would like to mention which is absolutely key for us, the entire European Union, and on which we have found a clear political will in Ankara to move forward in the direction that we want to see.

We have seen that both the European Union and Turkey, at this moment, are willing to facilitate, to help, to support, to finally reach a solution to conclude the settlement talks on Cyprus, to bring peace at last to the island, and to send a powerful message of reconciliation to the entire region and, in a way, to the European continent. This is one of the issues which, far from being minor, are central to our discussions with Turkey. I have just mentioned a few of the issues that we have on the table with Turkey. You might have seen that I did not refer to the ones which I am sure will be at the centre of our thoughts: management of the refugee flows, our support to the refugees in Turkey, the visa liberalisation issue, other things that are on hold in the accession negotiation process. These are key elements in our relations with Turkey, but that is not the only point, and we have to keep in mind that Turkey is a candidate country. It is also a key partner in a region with which we share at least some common interests. For all these reasons and many others, our relations cannot be limited to one single issue. To that extent, the accession negotiations provide an excellent framework for a broad dialogue on the entire spectrum of our cooperation. Still, if we really want our dialogue to benefit both of us, our conversation cannot be limited to governments.

If we look at the opinion polls, European and Turkish societies are growing further apart, and that is something which really worries me personally. It is not only the institutions, it is the people. European Union citizens on the one hand and Turkish citizens on the other are seemingly going in opposite directions.

I believe that this Parliament can help us. I believe that Parliament somehow has a special responsibility to keep our ties healthy and alive, frank and open, and constructive and real, through constant dialogue with all Turkish parties, with the Turkish Parliament as such and with Turkish civil society. For us, it was key to meet all the political parties while we were visiting Ankara and to listen to their views on our relations, their views on their country, their views on the political direction of the country, and their views on our joint work. We need to work on our societies. We need to work on our politics, and we need to work on that together. I think that here Parliament is essential.

In the long term that is the only thing which will pay off, and I believe that both for the Turkish people and for European citizens it is an exercise worth doing. It is not an exercise in realpolitik, but it is about our own history and the values that we have within the European Union. Dealing as we are with a country that is not only a neighbour, but also a candidate country, it is also about trying to make these difficult times an opportunity to strengthen democracy and the rule of law instead of straying far away.

Elmar Brok, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Hohe Vertreterin, verehrte Vizepräsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Meine Fraktion ist froh darüber, dass der Militärputsch gescheitert ist. Bei aller Kritik, die wir von Zeit zu Zeit an Erdoğans Politik äußern, finde ich es wichtig, dass es ein gewähltes Parlament ist, eine gewählte Regierung, die im Amt ist, mit der wir – auch kritisch – zu verhandeln haben, und keine Militärputschisten. Das sollten wir deutlich zum Ausdruck bringen. Und gleichzeitig sehen wir, dass sich ein Maß von Unsicherheit aufgrund der bruderschaftlichen Infiltrierung des gesamten Staates durch die Gülen-Bewegung in der Türkei breitmacht, die – sicherlich aus eigenem Verschulden – auch das Kurdenproblem nicht in den Griff bekommt. Wir fordern, dass die Friedensgespräche mit den Kurden endlich wieder aufgenommen werden und die HDP mit einbezogen wird, aber wir müssen sagen, dass wir auch verstehen, dass eine Regierung, die gleichzeitig PKK- und ISIS-Terrorakte im eigenen Land gegen die Zivilbevölkerung hat, nach diesem Militärputsch und davor in einer schwierigen Situation ist. Und dafür sollten wir, glaube ich, der Türkei Unterstützung und Verständnis geben.

Wir müssen allerdings darauf achten, dass nach dem Notstandsrecht eine faire und rechtsstaatliche Abwicklung der Dinge geschieht, und hier ist das Monitoring durch den Europarat von großer Bedeutung. Wir brauchen Syrien für den Friedensprozess. Wir sehen das in diesen Tagen wieder. Wir brauchen die Türkei für den Friedensprozess in Syrien, wie wir Iran und Saudi-Arabien dafür brauchen, und das sollten wir nicht zerstören. Das ist ein wichtiges Land in dieser Frage, wie wir wissen. Und wir brauchen dieses Land im Kampf für die Lösung der Flüchtlingsprobleme. Wir brauchen die Türkei für die Beendung des Krieges, und gleichzeitig ist es wichtig, dass die Menschen, die drei Millionen Flüchtlinge, die dort seit vier Jahren sind, von uns Unterstützung bekommen, wie dies jetzt vereinbart wurde, und zwar durch direkte Hilfen, die die Kommission in die Städte und Kommunen liefert – für Schulen und medizinische Betreuung. Ich glaube, das sollten wir nicht zerstören. Und wenn die Menschenhändler nicht mehr zum Zuge kommen, keine Menschen

mehr im Mittelmeer sterben, dadurch weniger Menschen kommen, sollten wir das positiv sehen. Wir haben gemeinsame wirtschaftliche Interessen.

Die Mitgliedschaft der Türkei ist davon losgelöst. Das hat eigene Kriterien, und diese Kriterien erfüllt die Türkei gegenwärtig nicht, insbesondere im Bereich der Meinungsvielfalt und vielen anderen Fragen. Aber das ist eine andere Problematik. Wir sollten das nicht miteinander vermischen.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Also ich hätte gar keine blaue Karte genommen, wenn nicht du in deiner Rede jetzt auch die Rolle des Europarates so herausgestrichen hättest; das hat die Hohe Vertreterin auch schon getan. Das ist eine Institution, mit der wir gut zusammenarbeiten und die viel Gutes leistet. Aber der Auftritt von Thorbjørn Jagland in Ankara, bei dem er wörtlich gesagt hat, er habe Verständnis für die „Säuberungen", die die Regierung zurzeit durchführt, widerspricht all dem, was wir gerade in Sachen Rechtsstaatlichkeit gehört haben, und widerspricht der eigentlichen Rolle und dem Mandat des Europarats. Elmar, wie siehst du das?

Elmar Brok (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – … die Übersetzung vom Norwegischen ins Türkische stattgefunden hat. Was dabei rausgekommen ist – der Begriff ist sicherlich nicht der richtige in dem Zusammenhang. Aber ich finde, dass es außerordentlich hilfreich in diesem Zusammenhang ist, dass der Europarat mit seinen Konventionen, denen die Türkei verpflichtet ist, eine Überprüfung durchführt und dass das in halbwegs anständigen Bahnen läuft, was die Frage der Prozesse angeht, was die Frage der Einstellungen angeht, was die Frage – was von unserer Seite der Türkei auch gesagt wurde – angeht, dass jemand wieder in seiner Position eingestellt wird, wenn festgestellt wird, dass er nichts damit zu tun hat. Ich glaube, darauf sollten wir achten. Und ich hoffe, dass das in vernünftiger Weise geschieht.

Kati Piri, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, after a summer in which the events in Turkey were headline news all over Europe, it is good to have a debate here with Federica Mogherini, High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy and Vice-President of the Commission, on the current situation in that country. It is a lot that the Turkish population has to deal with: more than three million refugees, terrorist attacks on an almost daily basis and, on top of that, a bloody coup attempt on 15 July 2016. That night left a deep impression in Turkish citizens' minds.

The Government said that the temporary state of emergency would not influence people's daily lives, but so far more than 100 000 people have been directly affected either by losing their jobs or by ending up in a prison cell. It is understandable that, in the aftermath of the coup, a number of measures had to be taken, but the current situation also leaves us very concerned.

It is difficult to understand what the link is between respected journalists like Asli Erdogan and the coup plotters. It is difficult to understand what the link is between thousands of teachers and the coup plotters, and it is also difficult to understand how appointing trustees to municipalities and dismissing directly elected mayors is related to the events of 15 July.

Turkey can be proud that its citizens massively went out on the streets to defend their democracy that night. It can also be proud that all political forces joined hands in rejecting any illegal overthrow of the democratic institutions. Turkish democracy does have the chance to come out of this situation strengthened: by embracing media plurality, which played a crucial role that night in informing the people; by working together with all political forces on much-needed constitutional reform; and, as a last point, by proving that the rule of law is the guiding principle in bringing the perpetrators to justice.

On a final note, I would like to also highlight, on our part, the fact that cooperation with all the EU institutions on Turkey is of great importance and it is important that we keep sending the same messages.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *ερώτηση «γαλάζια κάρτα»*. – Με όλα αυτά τα τραγικά τα οποία συμβαίνουν στην Τουρκία, με την παραβίαση ανθρωπίνων δικαιωμάτων, με το ζήτημα των Κούρδων, με την ισοπέδωση, ουσιαστικά, ολόκληρων χωριών, και την Τουρκία να εισέρχεται στη Συρία ως επεμβατική εισβάλλουσα δύναμη και να καταπατεί δικαιώματα αλλά και να εκτοπίζει κουρδικές δυνάμεις και, λαμβάνοντας ταυτόχρονα υπόψη ότι η Τουρκία δεν εφαρμόζει και δεν πληροί τα κριτήρια και τις προϋποθέσεις για την Ευρωπαϊκή Ένωση, ιδιαίτερα δε όσον αφορά τον σεβασμό του Πρωτοκόλλου της Άγκυρας για την αναγνώριση της Κυπριακής Δημοκρατίας, συνεχίζετε να πιστεύετε ότι η Τουρκία μπορεί να αποτελεί στρατηγικό και κρίσιμο εταίρο για την Ευρωπαϊκή Ένωση; Όταν μονομερώς αγνοεί ουσιαστικά τα όσα πρεσβεύει σήμερα η Ευρωπαϊκή Ένωση όσον αφορά αρχές και αξίες. Και ένα τελευταίο, είναι γνωστό ότι γίνεται προσπάθεια, και απευθύνομαι στην κυρία Mogherini, για λύση του κυπριακού προβλήματος. Το κλειδί είναι στην Τουρκία και, για να αντιληφθείτε μέχρι ποιο βαθμό τα κατεχόμενα εδάφη εξαρτώνται από την Τουρκία, επέβαλαν στα κατεχόμενα ….

(Η πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή.)

Kati Piri (S&D), *blue-card answer*. – Yes, I think there is one lesson that we must learn: that although we have great concerns about certain developments in Turkey, just shutting the door and thinking that if we do not speak with the government or address the issues, perhaps the next day things will be wonderful in Turkey is not sufficient. I think we have to be realistic here: not talking with one another is not an option. When we talk, we have to do it respectfully. So, I think, yes, Turkey is a valid partner to discuss things with and also a valid partner sometimes to raise our concerns with.

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, following the collapse of the peace talks with the PKK (Kurdistan Workers' Party) last year, the attempted coup earlier this summer and the continued ISIS/Daesh attacks on Turkish soil, there are genuine internal security threats that Turkey does have the right to counter. This right cannot equate, however, with enabling President Erdogan and the AK party to have carte blanche to detain, arrest and remove from office all political opponents at will, under the pretence of fighting terror. Neither can it justify disproportionate military force against the Kurdish civilian population in the south east. As we now see tens of thousands removed from their posts in the army, the judiciary, the civil service, academia and private media outlets, with little due process, such an approach – solely on the basis that they are old Gülenists and terrorists – is very difficult to justify. Commissioner Hahn has even hinted that there is evidence of pre-prepared lists being used in preparing purges following the coup attempt.

As we now watch with renewed hope – if not total confidence – in the emerging ceasefire in Syria, I am minded to comment on the recent efforts by Turkey to support the Free Syrian Army in liberating parts of the Turkish-Syrian border areas from ISIS/Daesh. For much of the five-year conflict in Syria, Turkey's priorities have sadly often be more focused on hindering the efforts of the YPG-PKK alliance rather than those of ISIS, so I hope that this recent development represents an awakening to the supreme threat that ISIS' jihadism poses to Turkey and the West and a new willingness to collaborate more fully with the US – and now Russian – coordinated coalition to defeat this evil scourge and the threats it poses to the European Union and the western world.

Alexander Graf Lambsdorff, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Als erstes will ich auch sagen, wie froh wir alle sein können – Türken, Europäer, alle – dass dieser Putsch gescheitert ist. Er ist ohne jeden Zweifel zu verurteilen. Ich will in diesem Zusammenhang ausnahmsweise mal die Opposition in der Türkei und ihre Rolle hervorheben. Dass Kemal Kılıçdaroğlu mit seiner CHP bei den Kundgebungen dabei war, ist bemerkenswert. Das ist ja nicht ohne weiteres so gewesen, dass wir in der Vergangenheit eine vertrauensvolle Kooperation zwischen Regierung und Opposition hatten. Also insofern ist das ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Frau Mogherini, Sie haben in zahlreichen Worten unseren Dialog beschrieben: intensiv, offen, ehrlich und so weiter, und auch respektvoll. Ich finde, zu Ehrlichkeit und zum Respekt gehört, dass man sich eines eingesteht, nämlich, dass der Beitrittsprozess gescheitert ist. Sie haben Bereiche genannt, in denen wir kooperieren können. Die sind alle Gegenstand des Beitrittsprozesses, aber wir kommen nicht vom Fleck. Sie haben den Kampf gegen den Terrorismus genannt, Sie haben die Zollunion genannt, die Modernisierung der Zollunion, die Flüchtlingsfrage; wir könnten auch über Kultur- und Wissenschaftsaustausch reden, wir können über Tourismus reden, über Umweltpolitik. Ich fände, es wäre an der Zeit, respektvoll miteinander umzugehen und diesen gescheiterten Beitrittsprozess zu ersetzen durch einen Grundlagenvertrag, durch eine neue positive Agenda, die viel breiter und viel praktischer ist als dieser Prozess, der bei beiden Seiten doch letztlich zu Verbitterung geführt hat und zu einem Niedergang unserer Beziehungen. Seit elf Jahren verhandeln wir; die Beziehungen haben sich in dieser Zeit ja nicht verbessert, sondern verschlechtert. Lassen Sie mich einen letzten Punkt nennen, der mir wichtig ist und der auch mit Respekt zu tun hat:

Wir dürfen von der türkischen Seite erwarten, dass die innenpolitischen Konflikte, die dort im Land auszutragen sind und dort ausgetragen werden müssen, auch dort ausgetragen werden. Ich möchte nicht noch einmal Situationen haben wie in Köln, wo AKP-Anhänger und Gülenisten aufeinander losgehen, was wir in vielen deutschen Städten, aber auch in den Niederlanden und anderen Ländern sehen. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass die türkischen Botschaften und Konsulate in diese Richtung auf ihre Gesprächspartner in unseren Mitgliedstaaten der Europäischen Union einwirken.

Τάκης Χατζηγεωργίου, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Καταρχήν θα ήθελα να πω στον φίλο μου τον Λευτέρη Χριστοφόρου ότι, δίκαιη η ερώτησή του αλλά δεν έπρεπε να υποβληθεί στην κυρία Piri. Ας είχε υποβληθεί στον κύριο Brok. Γιατί η κυρία Piri ήταν η μόνη που άσκησε κριτική εδώ για το τί συμβαίνει σήμερα στην Τουρκία. Εγώ καταλαβαίνω ότι το τί συμβαίνει σήμερα στην Τουρκία είναι πραγματικά μια πολύ περίπλοκη υπόθεση και καταλαβαίνω τη δυσκολία και της κυρίας Mogherini. Αλλά, ενόσω η Ευρωπαϊκή Ένωση και οι εκπρόσωποι της συμπεριφέρονται ως να εκπροσωπούν μία μαλακή δύναμη, μία φυλλορροούσα Ευρωπαϊκή Ένωση, είναι φυσικό να διαλεγόμαστε με την Τουρκία με έναν τρόπο που περισσότερο την διευκολύνει. Διευκολύνει τον Πρόεδρο Ερντογάν να συνεχίσει αυτή την αντιδημοκρατική στάση του απέναντι στους πολίτες του παρά να του δείχνει τον σωστό δρόμο. Έχει ήδη λεχθεί ότι 100.000 άνθρωποι έχουν φύγει από τις δουλειές τους· 3.000 περίπου δικαστές έχουν εκδιωχθεί από τις εργασίες τους, όπως και 2.000 και πλέον ακαδημαϊκοί και 130 και πλέον δημοσιογράφοι. Δεν μπορεί την ώρα που συζητάμε για την Πολωνία, κριτικάροντας, σωστά, με πολύ έντονο τρόπο το τι συμβαίνει στη χώρα, να κάνουμε ακριβώς το αντίθετο όταν αφορά μία χώρα που βρίσκεται σε διαδικασία διαπραγματεύσεων για ένταξη.

Το κουρδικό, ένα τεράστιο ζήτημα, με 500.000 εκτοπισμένους μέσα στην ίδια τη χώρα, και η επίθεση στη Συρία, ένα άλλο τρομερό ζήτημα, όπου στο τέλος τί έχουμε; Έχουμε μια αντικατάσταση των ανθρώπων του ISIS που άλλαξαν στολές και έχουν γίνει τώρα άνθρωποι του λεγόμενου ελεύθερου συριακού στρατού. Κλείνω με μια φράση για το Κυπριακό επειδή υπάρχει μια συζήτηση που αφορά τις εγγυήσεις. Πώς είναι δυνατόν η Τουρκία να απαιτεί να εγγυηθεί ο τουρκικός στρατός τη δημοκρατία της Κύπρου όταν αυτός ο τουρκικός στρατός δεν μπορεί να εγγυηθεί τη δημοκρατία μέσα στην ίδια την Τουρκία;

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Vicepresidente

Rebecca Harms, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Mogherini! Ich möchte mich als erstes dafür bedanken, dass Sie noch einmal so klar den gescheiterten Putsch verurteilt haben und keinen Zweifel daran lassen, wie die Haltung der Europäischen Union gegenüber diesen Putschisten ist.

Ich glaube, dass es auch selbstverständlich ist, dass wir aus der Europäischen Union die Verfolgung und die Aufklärung, die rechtsstaatliche Verfolgung derjenigen, die verantwortlich sind für den Putsch und für mehr als 100 Tote, für viele Verletzte und auch für die Verwüstung in der türkischen Gesellschaft, unterstützen. Aber – und auch das haben Sie schon sehr deutlich gemacht, ich will das für uns unterstreichen – diese rechtsstaatliche Verfolgung muss angemessen sein. Und das, was wir in der Türkei seit dem Putsch beobachten, ist eben nicht mehr angemessen; das ist weit weg von jeder Rechtsstaatlichkeit.

So richtig einige der Fragen des Kollegen Lambsdorff sind, dürfen wir nach jahrzehntelangen Fehlern der Europäischen Union in Serie in der Türkeistrategie einen Fehler jetzt nicht machen, und zwar in dieser akuten Situation das Kind mit dem Bad ausschütten und sagen: Alles muss ganz anders werden. In dieser akuten Situation erwarten gerade die Menschen in der Türkei, die sich immer auf uns und auf den europäischen Prozess bezogen haben, von uns, dass wir für Rechtsstaatlichkeit eintreten. Wir brauchen den Dialog, wir brauchen alle Möglichkeiten zum Dialog, um die Menschen zu schützen, um Rechtsstaatlichkeit einzufordern.

Wichtig wird auch für mich jeden Tag mehr das Eintreten für die Rückkehr zum Friedensprozess. Die militärische Eskalation gegenüber den Kurden, die jetzt ja auch noch unter dem Vorwand der ISIS-Bekämpfung verschärft wird, kann so nicht weitergehen. Wir haben den Friedensprozess immer unterstützt; das ist das zweite große Thema, für das die Europäische Union alle ihre Beziehungen nutzen muss.

Sie haben sehr vernünftig die Position beschrieben, und ich denke, dafür haben Sie die Unterstützung meiner Fraktion.

Fabio Massimo Castaldo, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, quanto in là si può spingere la *realpolitik*? Nei nostri rapporti con la Turchia si è spinta troppo in là. Noi condanniamo con fermezza il colpo di Stato tentato dall'esercito, ma con la stessa fermezza condanniamo il colpo di Stato riuscito invece ad Erdogan: 100 000 epurazioni nella pubblica amministrazione, 43 000 detenuti, 2 100 tra scuole e università chiuse, 3 500 giudici e magistrati rimossi.

Mentre noi discutiamo, la Turchia, col pretesto di colpire il terrorismo e l'ISIS, attacca invece la YPG, quei valorosi curdi che hanno combattuto per mesi e per anni, e mette a capo dell'operazione «Scudo dell'Eufrate» un personaggio come Adnan Tanriverdi, un islamico invece sospettato più volte anche di radicalismo.

Quando, nei nostri colloqui, porremo veramente dei paletti ad Erdogan? Quando metteremo in discussione un'adesione che ormai è definitivamente fallita? La Turchia di Erdogan ha sostituito infatti lo Stato di diritto con il diritto dello Stato, l'Europa lo Stato della ragione con le ragioni di alcuni Stati e noi chiediamo a questo Parlamento di dire no ai ricatti turchi e di tornare a fare per una volta l'Europa.

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, chers collègues, vous voilà désarçonnés par le virage géopolitique turc. La plupart d'entre vous étaient de chauds partisans de l'entrée de la Turquie dans l'Union. Vous avez rêvé d'une Turquie qui n'a jamais existé, vous êtes en face de la réalité de la Turquie. La réalité, c'est M. Erdogan, l'homme des milliers d'épurations politiques, l'homme des éliminations sans procès, l'homme des Kurdes sous les bombes, du soutien à Daech.

Il faut parler à la Turquie de manière franche et ferme. C'est ce qu'a compris la Russie avec une action stabilisatrice au Proche-Orient. Pour cela, il faut arrêter les négociations d'adhésion, sinon votre Parlement légitimera de faux espoirs et donnera son soutien au satrape Erdogan.

Arrêtez de négocier, avec vos milliards d'euros, l'adhésion de la Turquie.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η Τουρκία ήταν ανέκαθεν μία χώρα η οποία παραβίαζε τις αρχές της δημοκρατίας και του κράτους δικαίου. Πρόσφατα, με πρόσχημα την εκδήλωση του πραξικοπήματος, ο Πρόεδρος Ερντογάν εξελίσσεται απροκάλυπτα σε δικτάτορα στο εσωτερικό της χώρας, ενώ στη διεθνή σκηνή θέτει σε κίνδυνο την ειρήνη στη Μέση Ανατολή. Πρόσφατα, η Τουρκία εισέβαλε στη Συρία. Έκανε, δηλαδή, αυτό το οποίο έκαναν οι προκάτοχοί του πριν 40 χρόνια εισβάλλοντας στην Κύπρο, ένα μεγάλο μέρος του εδάφους της οποίας κατέχουν παράνομα ακόμη και τώρα. Ποια είναι η στάση της Ευρωπαϊκής Ενώσεως απέναντι σε αυτή τη συμπεριφορά της Τουρκίας; Φοβική, υποτονική, υποχωρητική και τουρκολάγνα. Ενώ μας δίνεται μία ευκαιρία να πιέσουμε την Τουρκία, να φανεί συνεπής στις διεθνείς υποχρεώσεις της, εμείς ανεχόμαστε να μην αναγνωρίζει την Κυπριακή Δημοκρατία, να εκβιάζει την Ευρωπαϊκή Ένωση με το θέμα της χορήγησης βίζας στους υπηκόους της, να επικρίνει την Ευρωπαϊκή Ένωση διότι δεν της δίνει εγκαίρως τις επιχορηγήσεις, και, τέλος, να πλημμυρίζει με παράνομους μετανάστες τα ελληνικά νησιά.

Έχει το θάρρος η Ευρωπαϊκή Ένωση να αλλάξει πολιτική απέναντι στην Τουρκία; Εάν όχι θα διαιωνίζεται μια απαράδεκτη κατάσταση που θα μειώνει και θα γελοιοποιεί την Ευρωπαϊκή Ένωση στα μάτια κάθε σοβαρού ανθρώπου. Ξέρετε τι συμβαίνει κάθε μέρα σε ελληνικά νησιά; Σύροι, Αφγανοί, Πακιστανοί και άλλες εθνικότητες μάχονται μεταξύ τους, μαχαιρώνονται, τραυματίζονται, βιάζουν γυναίκες και εκφοβίσουν τον τοπικό πληθυσμό. Και ερωτώ, ως πότε θα ανέχεται ο ελληνικός λαός αυτή την απαράδεκτη κατάσταση; Εάν οι κάτοικοι των νησιών πάρουν στα χέρια τους τον νόμο, όπως απειλούν, τι θα συμβεί; Είμαστε έτοιμοι να αντιμετωπίσουμε μια τέτοια κρίση; Εάν όχι, τότε παρακαλώ πιέστε την Τουρκία. Δεν είναι δύσκολο. Είναι πολύ εύκολο.

Cristian Dan Preda (PPE). – Domnule președinte, aș vrea, în primul rând să condamn cu fermitate încercarea de lovitură de stat care a avut loc în luna iulie în Turcia. Faptul că această tentativă de a prelua puterea prin violență nu a reușit e un lucru pe care trebuie să-l salutăm. Fiindcă, evident, într-un stat democratic, violența nu poate înlocui sub nici o formă vocea urnelor. Nimeni nu știe, însă, dacă acesta este sfârșitul tentativelor de a prelua puterea în Turcia, altfel decât în mod democratic. Dincolo de asta, aș vrea să-mi exprim serioasa îngrijorare față de modul în care această lovitură de stat eșuată a fost utilizată pentru a regla o serie de conturi politice. Sigur, cei care au încercat să preia puterea cu forța trebuie trimiși în fața justiției. Dar nimic nu justifică folosirea acestui pretext pentru a elimina opoziția politică, pentru a vâna profesori, jurnaliști, simpli cetățeni turci descriși ca teroriști. Turcia trebuie să respecte libertatea de exprimare și de asociere. Cred că prietenilor noștri turci trebuie să le fie clar faptul că nu vom renunța la nici una din condițiile pentru liberalizarea vizelor. Cetățenii turci vor avea dreptul să călătorească liber în Uniune atunci când toate cele 72 de criterii vor fi îndeplinite de către autorități.

Knut Fleckenstein (S&D). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir fühlen uns mit den Menschen in der Türkei freundschaftlich verbunden. Das war so, und das ist auch heute noch so. Die Türkei ist ein wichtiger NATO-Partner, die Türkei ist ein EU-Beitrittsstaat, viele Millionen Türken leben in unseren Ländern und helfen uns auch dabei, unseren Wohlstand zu erhalten.

Ich habe Verständnis für den Schock, für die Empörung der Menschen dort über den versuchten Staatsstreich. Die Türkei hat ein Recht, sich zu schützen, auch gegen den Terror der PKK. Aber nicht jedes Mittel ist erlaubt; Verhältnismäßigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz sind gefragt. Die Freiheit der Medien und des Parlaments darf nicht angetastet werden.

Unsere Beitrittsverhandlungen mit der Türkei können wir dazu nutzen, über diese Dinge zu sprechen und denen zu helfen, die eine demokratische, eine freiheitlich gesinnte Türkei herbeiführen wollen. Hätten wir Kapitel 23, 24 eröffnet, wäre es vielleicht etwas einfacher gewesen.

Einen Punkt allerdings, finde ich, müssen wir auch klar ansprechen: In der Stunde wirklich bitterer Not waren es die Kurden, die Peschmerga, die losgezogen sind und Menschen befreit haben. Und die dürfen wir heute – aus welcher Raison auch immer – nicht vergessen. Das sind auch unsere Freunde, für die wir einzustehen haben.

Mark Demesmaeker (ECR). – Mevrouw Mogherini, als democraten veroordelen we natuurlijk allemaal de mislukte staatsgreep. Maar laten we een kat een kat noemen. Erdogan pleegt na 15 juli zijn eigen interne putsch. Zijn zuiveringen en zijn vervolgingen zijn zonder maat, buitensporig en niet te verantwoorden. Dat Europa na de mislukte poging tot staatsgreep de "redding van de democratie" toejuichte, is dan ook bijzonder cynisch. Ik ben niet vergeten dat Erdogan onlangs nog de lof zong van de aanpak van nazi-Duitsland. Je hoeft geen groot historicus te zijn om de gelijkenissen tussen de gebeurtenissen van de jaren dertig en die nu in Turkije te zien. De vrije media had Erdogan eerder al grotendeels buitenspel gezet en nu reikt zijn harde hand zelfs tot in mijn eigen land. De Vlaams-Turkse krant *Zaman Vandaag* is er eind augustus mee gestopt wegens de druk op de lezers, de adverteerders en vooral op de journalisten. Dit is nog nooit eerder gebeurd in Vlaanderen, in m'n eigen land, en dat is onaanvaardbaar. Ik herhaal wat ik hier al eerder zei: door te zwaaien met een EU-lidkaart voor Turkije hebben we onze democratische fundamenten van de Unie op de tocht gezet. Wie de trekken van een autocratie vertoont, verdient geen perspectief op toetreding. Wij vergeten onze principes en we balanceren op een slap koord, omdat we Turkije nodig hebben. Het zal ons uiteindelijk zuur opbreken.

Johannes Cornelis van Baalen (ALDE). – Mr President, first of all, the relations between Turkey and the European Union and the Member States should be governed by facts and not by all kinds of emotions. This means we should be clear that everybody who has a role in the EU, its institutions or the Member States has denounced the coup d'état. There was no sympathy for it at all and there was a direct reaction.

Happily, today we see that both members of the opposition – of the democratic opposition in Turkey – and also some government representatives have come to the conclusion that there was some overreaction, and that the process of dealing with the aftermath of the coup d'état and bringing to justice those who committed it, or are thought to be involved in it, should be governed by independent judges and by the rule of law. That is vital.

Secondly, Turkey is an important neighbour of the European Union, and is a NATO partner, irrespective of the whole discussion about membership. This means that visa liberalisation should be subject to the criteria set. If they are met, liberalisation will follow. If not, it will take more time. No deadlines should be applied. The same goes for the membership issue.

Let us also come to the conclusion that the visa deal is on. It is good both for Turkey and for the European Union. The Turkish Government should do everything possible to prevent people who sympathise with Erdogan or Gülen taking to the streets in the Netherlands and in Germany: such activity should be stopped. And we should keep calm and have a constructive talk with Turkey.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL). – Señor Presidente, doy voz a la diputada kurda Dilek Öcalan: ella y el resto de sus compañeras pueden ser detenidas en cualquier momento por la policía turca. En un *email* enviado ayer nos habla de los bombardeos contra población civil kurda, de la ofensiva contra el HDP, del arresto de uno de sus vicepresidentes, del despido de 11 500 profesores; de la deriva autoritaria, en fin, de Erdogan.

Lamento que el Consejo, una vez más, esté ausente, así que instaré a la Comisión a hacer mucho más ante esta violación masiva de derechos y libertades fundamentales por parte de uno de sus socios principales. Si no lo hacemos, las palabras sonarán huecas en este punto. Estar preocupados no sirve de nada si no hacemos algo real y efectivo ante la devastación planificada de pueblos y ciudades kurdos.

Con todo el respeto, señora Mogherini, ir a Ankara no me parece suficiente. Repase las fotos aéreas de Sur, en Diyarbakir, y lo entenderá mucho mejor.

Bodil Valero (Verts/ALE). – Herr talman! Jag vill också börja med att fördöma det försök till militärkupp som Turkiet utsattes för i somras. Oavsett vad jag tycker om den turkiske presidentens sätt att leda landet, så är han folkvald och det ska respekteras.

Jag fördömer också alla former av våld. Såväl det våld som begåtts av president Erdogans motståndare som det psykiska och fysiska våld presidenten nu utövar mot alla sina meningsmotståndare. De metoder vi sett prov på under sommaren känns närmre medeltiden än tjugoförsta århundrandet.

Jag kan inte acceptera att journalister häktas, domare och lärare avskedas, ges reseförbud etc., etc. Presidenten går över alla gränser i sin jakt på meningsmotståndare. Nu senast har han tagit över makten i 28 kommuner som också är styrda av demokratiskt valda. 24 kurdiska borgmästare och fyra från Gülenrörelsen. Han visar själv ingen respekt för demokratins spelregler men förväntar sig att själv bli respekterad. Det är nu viktigare än någonsin att vi visar att vi tydligt står på demokratins sida i Turkiet, och i demokratin ingår även respekten för de mänskliga rättigheterna.

Raymond Finch (EFDD). – Mr President, the EU is pandering to a country which is sliding ever closer to barbarism. The fact that this project is bribing Turkey with EUR 2.2 billion of EU taxpayers' money, in a desperate bid to stem the migrant crisis of its own making, is a total political, economic and human disaster.

To stem this migration, the EU was willing to bend over backwards and ignore the war on the Kurds, the smuggling of oil from ISIS and the continual destruction of human rights in Turkey. Instead of dealing with the real issues of the Schengen zone and Ms Merkel's insane open doors policy, the EU is choosing to believe that a coup was attempted, when in reality it was set up by the Turkish Government to crack down on internal dissent.

I am only glad that we in the UK are getting out of the EU while we can, because this policy is madness. The cowardly, self-delusionary posturing of the EU towards Turkey is an utter disaster, and the accession process must end soon. It is an offence against both human rights and democracy. You are simply enabling a totalitarian regime, Ms Mogherini. Halt all talks now and stop giving bribes to them.

Μανώλης Κεφαλογιάννης (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, η 15η Ιουλίου ήταν μια δύσκολη μέρα για την Τουρκική Δημοκρατία με εκατοντάδες αθώα θύματα. Η προσπάθεια κατάλυσης της δημοκρατίας, και μάλιστα με τα όπλα, είναι απόλυτα καταδικαστέα από όλους, ελπίζω, τους δημοκράτες πολίτες, από όλα ανεξαιρέτως τα μέλη του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου. Όμως, όσα συνέβησαν την επόμενη μέρα δεν τιμούν τη δημοκρατία, δείχνουν ένα έλλειμμα δημοκρατίας στην Τουρκία. Οι τουρκικές αρχές προχώρησαν σε ένα απίστευτο πογκρόμ διώξεων και απολύσεων σε στρατιωτικούς, σε δικαστικούς, σε δημοσίους υπαλλήλους, σε δημοσιογράφους και μέσα μαζικής ενημέρωσης. Μια ατέλειωτη λίστα συλλήψεων, σαν να ήταν έτοιμη από καιρό. Αλλά, και οι σχέσεις Τουρκίας-Ευρωπαϊκής Ένωσης παρουσιάζουν επιδείνωση και δυσπιστία. Για την Τουρκία, η συμφωνία για το προσφυγικό είναι ίση με την κατάργηση της βίζας για τους Τούρκους πολίτες. Η εκπλήρωση των προαπαιτούμενων, οι ευρωπαϊκές αρχές και αξίες, η Δημοκρατία είναι σε δεύτερη θέση. Ή θα προχωρήσει η κατάργηση της βίζας, ή δεν υπάρχει συμφωνία

για το προσφυγικό. Η απάντηση της Ευρώπης πρέπει να είναι ομόφωνη, σταθερή και διαρκής. Η Ευρώπη σέβεται φίλους και εταίρους. Η Ευρώπη όμως δεν απειλείται, δεν εκβιάζεται, δεν κάνει εκπτώσεις σε αρχές και αξίες. Αυτό πρέπει να είναι κατανοητό από όλους.

Victor Boștinaru (S&D). – Mr President, I have to confess that I heard some of my colleagues speaking realpolitik, a lot of it in a quite cynical way, but saying very little, if anything, on principles and values.

Turkey is a candidate country and it has to guarantee high standards on human rights, freedom of expression and the rule of law. Turkey took steps towards democracy and secularism many decades ago and has strengthened its position as a credible and powerful actor on the international scene. But this also implies external and internal obligations and responsibilities towards all its citizens – I repeat all its citizens – and international partners. Otherwise we must realise here today that, after the failure of the coup d'état, which we all condemned, Turkey has chosen lately to undermine its commitments.

Since the coup attempt, the Turkish Government has overseen a vast purge. More than 100 000 people have been dismissed or suspended from their jobs and many others have been detained. Therefore I call on Turkey to respect the right to justice and to a fair trial for all its citizens and for the foreigners living in Turkey. Turkey is facing a wide range of threats, including terrorism, in relation to which cooperation between Europe and Turkey is fundamental.

Finally, another very important aspect is that Turkey is a key actor in finding a political solution for Syria in the fight against ISIS and in the management of the Syrian crisis and refugee flow. I urge Turkey to play a constructive role and to change its behaviour for good.

Bas Belder (ECR). – Vanmorgen sprak ik over de telefoon met een Turks staatsburger over de situatie in zijn land. Hij schetste een naargeestig beeld van een totaal vergiftigd maatschappelijk klimaat. Je zou maar om welke reden dan ook ervan worden beschuldigd een Gülenist te zijn. Dan gaan de gevangenispoorten voor je open. Treurig en tegelijkertijd alarmerend zaait dezelfde politieke beschuldiging (Gülenist te zijn) enorm veel onrust en verdeeldheid onder de Turkse diaspora in EU-lidstaten, ook in mijn land, Nederland. Want, zo blijkt vandaag overduidelijk: Erdogan beïnvloedt de Turkse diaspora in Europa op een manier die zijn weerga niet kent. Zijn hoofdinstrument daarvoor is het Diyanet, het presidium voor religieuze aangelegenheden. In plaats van dat de kandidaat-lidstaat Turkije Europese politieke beginselen implementeert, ziet de EU zich thans geconfronteerd met de implementatie van Erdogans islamistische denkbeelden op eigen grondgebied. En passant bleef Erdogan aandringen op visumvrij reizen van Turkse burgers naar de EU, waarschijnlijk met succes. Dan is Erdogan helemaal de held van het thuisfront en de diaspora. Een treffende illustratie van het faillissement van het Europese Turkijebeleid.

Marietje Schaake (ALDE). – Mr President, the despicable coup in Turkey was rightly condemned and today we stand with the people of Turkey, but I fear that the national unity we see will be short-lived. Turkish democracy needs deepening and needs to be meaningful. Yes, the perpetrators should be brought to justice but in fair trials and with proportionate measures, and that excludes the death penalty.

Let us be clear: the measures we now see after the failed coup and the anti-terror laws are being abused for disproportionate cleansing and silencing of critics. The rule of law was, is and will remain our Group's key priority. The fact that Gülenists and the AK Party together built an illiberal coalition for so long and the Government now accuses the Gülenists of this coup is a confirmation of a breakdown of accountability, checks and balances and transparency.

We must work with Turkey on security measures; trade and people-to-people relations are strong; but let us not narrow the relationship to the toxic migration deal or the crippled accession talks. Turkey needs tough love. 'Friends tell each other the truth' goes the old Turkish saying, and we should remind them of that and build our relations on our own principles.

Ernest Maragall (Verts/ALE). – Señor Presidente. *Grazie, signora Mogherini, per essere cui, un'altra volta*. Siempre bien. Demasiado para un minuto, pero vamos a intentarlo. Condena sin paliativos del golpe de Estado del 15 de julio y apoyo pleno al pueblo, a los partidos y a la sociedad turcos, que supieron reaccionar y superar la situación creada, aun pagando un alto precio en vidas. Pero todo lo que sucedió después nos preocupa. La represión de colectivos que constituyen el esqueleto democrático de cualquier sociedad es incompatible con cualquier posibilidad de acercamiento, de entendimiento, entre la Unión Europea y Turquía: maestros, alcaldes, jueces, periodistas…

La lucha contra el Estado Islámico, que todos compartimos, se confunde ahora con las actuaciones militares dirigidas al conjunto del territorio y de la población kurda. La relación Unión Europea-Turquía, pues, ha entrado en una nueva fase, lo queramos o no. Turquía ha tomado, parece, otra opción estratégica sobre su rol en la región y sobre sus alianzas. Estamos ahora centrados únicamente en la gestión de intereses, alguno tan importante como la cuestión de los refugiados.

La Unión Europea debe decidir con serenidad y claridad qué puede seguir igual y qué conviene revisar de la posición mantenida hasta ahora. En todo caso, hay que fortalecer el contacto con ciudadanos, partidos y entidades turcos para trabajar y recuperar el pulso democrático perdido en el país con el que queremos mantener la amistad y el futuro compartido.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Tisztelt Kolléga! Ön azt mondja, hogy új alapokra kell helyezni vagy bizonyos értelemben változtatni kell, új fejezetet kell nyitni a Törökországgal való tárgyalásokon. Egy-két órával ezelőtt itt, ebben a teremben vitatkoztunk arról, hogy Lengyelországban milyen jogsértések vannak, és ugyanezt tudom mondani a saját hazám, Magyarország esetében is. Az Ön véleménye szerint lehet-e kétféle standard szerint eljárni, azaz Törökországnak világosan üzenünk, de az Európai Unión belülre nem.

Ernest Maragall (Verts/ALE), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Precisamente es lo contrario, señor Szanyi. Lo que debemos hacer, creo, es mantener un único criterio y una única valoración de nuestros de nuestros comportamientos, de nuestra actitud y de nuestra exigencia democrática a nuestros propios Estados miembros, como a nuestros amigos, o en nuestras relaciones con terceros países; en el caso de Turquía, muy especialmente.

Es momento no de seguir como si todo fuera igual, no es *business as usual*, no hay que seguir negociando el acceso simplemente. Hay que considerar el conjunto de la situación y tomar las decisiones oportunas con la serenidad, con la claridad, con la que la señora Mogherini lo está haciendo.

Petr Mach (EFDD). – Pane předsedající, paní Mogheriniová, Evropská unie desítky let jedná s Tureckem o jeho vstupu do EU, přitom turecký prezident Erdogan má zcela jiné představy o právu a o demokracii, než máme my. Jeho rozsáhlé čistky ve školství a v soudnictví upevňují jeho moc po vojenském převratu. Chce zavádět trest smrti a mstít se nepřátelům. Turecko, náš údajný spojenec v NATO, masakruje v sousední zemi Kurdy, kteří se snaží bojovat s největším zlem dneška – Islámským státem. Tak s takovouto zemí vy jednáte o vstupu do EU a před půl hodinou jste měli tu drzost znovu kritizovat Polsko, že prý ohrožuje principy právního státu. To se nestydíte ani trochu?

Pan Schulz svou návštěvou Turecka minulý týden legitimizoval Erdoganovu vládu. Vy vážně chcete Turecko v EU? Vy chcete Turecko v Schengenu? Chcete, aby v tomto sále sedělo 100 Turků a hlasovalo s námi o migrační politice, o právech mužů a žen? Turecko neleží v Evropě a do EU nepatří, a já proto vyzývám Evropskou radu, aby okamžitě ukončila jednání s Tureckem o členství v EU.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). – Mr President, let us be clear: the failed coup on 15 July 2016 was an attack against democracy, in which 265 people lost their lives in front of tanks. I regret that the EU was slow in denouncing the coup and in supporting the elected Government.

It is imperative now to stand by the people of Turkey and show understanding for the trauma they went through. It is also important that the rule of law and human rights are fully respected, while bringing those responsible to justice, and, of course, important to remain firm on freedom of expression. But it is by engaging with Turkey that we will achieve results towards democracy. By just condemning and criticising emotionally we are adding fuel to the fire and polarising people. It is time to intensify dialogue with Turkey on all issues of common concern. That is why it is urgent to relaunch the joint commission with Turkey, which has been blocked for two years, on an open agenda post coup. The best way to advance reforms in the judiciary and fundamental rights is to open Chapters 23 and 24.

Turkey is not backing away from the migration deal and neither should we. We should not punish children and women because of Erdogan. I welcome the Commission's decision to disburse meal cards for the three million refugees who are welcome in Turkey but not everywhere in Europe. Visa liberalisation should be a merit-based process with no double standards against Turkey. Again, we have to engage with Turkey to break the deadlock on the terror law and move forward. Turkey is a crucial partner for us. We need to restore trust and to build bridges. We cannot afford to let the people feel let down.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *ερώτηση «γαλάζια κάρτα»*. – Κυρία Bildt, έχω μία πολύ συγκεκριμένη ερώτηση για σας. Σας παρακολουθώ εδώ στο Ευρωκοινοβούλιο και η ερώτησή μου είναι πολύ απλή: Έχετε ακούσει τους τελευταίους μήνες για τις χιλιάδες των δικαστών οι οποίοι έχουν απολυθεί; Έχετε ακούσει για τις χιλιάδες των δασκάλων που έχουν απολυθεί με την υποψία ότι συνεργάζονται με την τρομοκρατία; Έχετε ακούσει για την εισβολή στη Συρία; Έχετε ακούσει για την κατοχή της Κύπρου; Μπορώ να αναφέρω περισσότερα. Με αυτά πιστεύετε ότι υπάρχει κανόνας δικαίου στην Τουρκία; Μπορεί κάποιος να έχει δίκαιη δίκη στην Τουρκία; Απαντήστε μας ευθέως.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE), *blue-card answer*. – I said in my intervention very clearly that the rule of law and human rights should be respected and that we have to remain firm on freedom of expression. I did not say that there is rule of law at the moment in everything that is happening in Turkey. What I am saying is that, in order to achieve results in a country that is absolutely crucial for the European Union, and to make sure that the people of Turkey do not feel let down by Europe, we need to engage in dialogue. By just criticising, attacking and condemning a proud nation we will not achieve results. Will that make it more democratic? No.

Richard Howitt (S&D). – Mr President, we should all agree with the strong words of the High Representative against the failed coup in Turkey but we must insist that our support for elected governments is not interpreted as legitimising every action of this government, just as our support for due process for alleged coup plotters from the Gülenists should not be interpreted as political support from Europe for their movement.

Ms Mogherini, the removal of elected mayors from the Kurdish HDP party is more than a matter of concern. It is quite simply a different sort of coup, and it repeats the actions taken in the actual coup of 1980. Europe must stand resolute on Turkey amending anti-terror legislation if we are to make progress on visa liberalisation – legislation which the UN has said denies due process and targets human-rights defenders.

Finally, a coup is the ultimate attack on democracy, and Christian Democrats must drop their opposition to opening negotiating Chapters 23 and 24 on democracy. If you do not see that now, frankly, you never will.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, για τον επικείμενο εκτροχιασμό της κατάστασης στην Τουρκία είχα προσωπικά σημάνει τον κώδωνα κινδύνου στην αίθουσα αυτή ήδη από τον Ιανουάριο. Τότε κάποιος συνάδελφος, αξιοποιώντας την γαλάζια κάρτα, μου είχε ζητήσει ηπιότερη αντιμετώπιση και, δυστυχώς, αυτή ήταν η στάση που επέλεξε να υιοθετήσει η Ευρωπαϊκή Ένωση. Τι έχει να πει τώρα ο συνάδελφος αυτός και οι ομοϊδεάτες του; Τώρα που το καθεστώς στην Τουρκία επιταχύνει την πορεία του προς τον ολοκληρωτισμό; Όλα αυτά την ίδια στιγμή που η Ευρωπαϊκή Ένωση συνεχίζει να θωπεύει την Άγκυρα. Να ανέχεται παραβιάσεις ανθρωπίνων δικαιωμάτων, τον πόλεμο κατά του κουρδικού λαού, την εισβολή στη Συρία, τους εκβιασμούς για τη συμφωνία στο προσφυγικό, η οποία δεν τηρείται μετά το πραξικόπημα. Πραξικόπημα το οποίο η Ευρωπαϊκή Ένωση κατήγγειλε μόνο όταν είχε διαφανεί πλέον ότι είχε επικρατήσει ο Ερντογάν. Την ίδια στιγμή η Ευρωπαϊκή Ένωση συνεχίζει να ανέχεται τις συνεχείς παραβιάσεις του διεθνούς δικαίου από πλευράς Τουρκίας. Να παρακολουθεί αδρανής τις παραβιάσεις του ελληνικού εναέριου χώρου από την τουρκική αεροπορία. Την ισλαμοποίηση των μνημείων παγκόσμιας πολιτιστικής κληρονομιάς, όπως η Αγιά Σοφιά, και τη συνεχιζόμενη κατοχή του 37% της Κύπρου. Η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να βρει τρόπους, άμεσα, προκειμένου να αναγκάσει την Τουρκία να σεβαστεί το διεθνές δίκαιο και τα ανθρώπινα δικαιώματα.

Nedzhmi Ali (ALDE). – Mr President, as European partners of Turkey we have to repeat again our condemnation of the July coup attempt. This coup was a test for Turkish democracy. The reaction of the Turkish people deserves our solidarity and support. Despite the turmoil in the country, the government institutions are continuing to function properly, thus guaranteeing the existence of democratic society.

Together with Turkey we are in a complex geopolitical situation, we are pressed by the same challenges and we have a set of common interests. The problems can be handled by acting together. This inevitably means increasing all aspects of our cooperation. The accession negotiations with Turkey must continue, raising the level of constructive dialogue. The process of visa liberalisation should be accelerated, thus improving trade relations and providing for economic growth and employment both in the EU and Turkey.

We should not forget that Turkey has been sheltering more than three million refugees for over four years, having spent more than EUR 8 billion to sustain these people. Do we abide by our commitment to provide financial resources to support the efforts of our Turkish partners?

Finally, on the subject of migration pressure, are we doing enough to protect the external border of the Union – as in the case of my country, Bulgaria, and of Greece – in order to keep the internal borders open?

Ska Keller (Verts/ALE). – Mr President, many colleagues have said the situation is grave, and I will not repeat that, but a lot of Members have also said that Turkey is a strategic partner – but what is that actually?

Turkey is not just a president. Turkey is not just a government. It is the people who live in Turkey: the people who defended democracy on the streets in Turkey. It is the people who demonstrated for their rights in Taksim Square and elsewhere. It is the journalists who are trying to do their job, actually. It is the transgender people who are fighting for their rights. It is the Kurds who are looking for some sort of cultural rights as well, and it is the neighbours who are helping Syrian and other refugees. Those are our strategic partners. Those are the people we should work with, those are the people we should support and should welcome and should be open towards.

That is what should be our task: not to see Turkey as one person or just one government. Turkey consists of many people, who have different ideas, and we should not only ask that this diversity is recognised, we should also recognise it ourselves.

Eduard Kukan (PPE) – Udalosti tohto leta ukázali, že treba diskutovať a definovať naše vzájomné vzťahy s Tureckom. Pokus o prevrat ukázal, že Turecko má problémy, ktoré môžeme my len veľmi ťažko predvídať. Situácia po prevrate smeruje k posilneniu autoritárnych tendencií: tisíce zatknutých, prepustených z práce, čistky v súdnictve, na akademickej pôde, v štátnej službe a tajných službách. Toto všetko naznačuje, akým smerom sa Turecko môže uberať. Som presvedčený, že my by sme mali zostať principiálni. Mali by sme byť znepokojení stavom demokracie v Turecku. Znepokojení stavom právneho štátu a okliešťovaných občianskych slobôd. Máme dôvod na obavy z ďalšieho vývoja našich vzťahov. Pritom však nesmieme zabudnúť na to, že Turecko je náš partner, krajina, s ktorou vedieme prístupové rokovania. Sme taktiež partnermi v otázkach bezpečnosti a obrany, ale tiež napríklad aj migrácie. A práve na týchto základoch by sme si mali postaviť naše partnerstvo. Musíme však mať jasno v tom, na akých princípoch chceme rozvíjať naše vzťahy. Musíme stanoviť jasné limity toho, čo je pre nás v tomto partnerstve akceptovateľné a čo už prekračuje hranice. Mám pocit, že je na to najvyšší čas, pretože momentálne sme sa už ocitli za hranicami mnohých limitov.

(Rečník súhlasil, že odpovie na otázku položenú zdvihnutím modrej karty (článok 162 ods. 8 rokovacieho poriadku)).

Paul Rübig (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“.* – Ich möchte mich beim Kollegen Kukan ganz herzlich bedanken, weil natürlich jetzt in der Debatte die Visafreiheit sehr stark akzentuiert wird, und deshalb meine Frage: Ist eigentlich die Visafreiheit so gestaltet, dass sie keine Aufenthaltsbewilligung auf Dauer und auch keine Arbeitserlaubnis darstellt, und auch so, dass nach der normalen Frist die Rücknahme in die Türkei auch dementsprechend wieder garantiert wird?

Ich glaube, das ist etwas, was in der Öffentlichkeit stark diskutiert wird und wo wir Klarstellung brauchen.

Eduard Kukan (PPE), *blue-card answer.* – I listened very attentively but I did not hear any questions so it is difficult to answer.

Presidente. – La domanda era chiara: come funzionano i rimpatri.

Tanja Fajon (S&D). – Enako kot Evropska unija je tudi Turčija na razpotju. Država se sooča s tako številnimi težavami, da turškemu predsedniku Erdoganu ne moremo zameriti, če skuša na račun begunske problematike od Evropske unije izsiliti določene koncesije. Kot tudi ne moremo zameriti voditeljem Unije in držav članic, da si skušajo z denarjem zagotoviti begunski mir.

Vendar pa nam bodo naši državljani zelo zamerili, če bomo v trenutni situaciji popolnoma pozabili na dejstvo, da je Turčija na tem razpotju izbrala cesto, po kateri se vse bolj oddaljuje od demokracije in spoštovanja človekovih pravic. Če Turčija ne izpolnjuje pogojev za vizumsko liberalizacijo, se ta ne more zgoditi. Pravila so jasna.

In težko je razumeti, zakaj predsednik Erdogan ubira avtoritaren pristop z le malo dialoga, s katerim njenim državljanom jemlje svobodo.

In medtem ko se mi ukvarjamo s Turčijo, se premiki dogajajo že v drugih soseščinah, denimo Egiptu. Če jih bomo spregledali, se lahko kaj hitro zgodi, da bo na kriznem razpotju zdrsnilo tudi Uniji.

Hans-Olaf Henkel (ECR). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die hier vorgebrachte Kritik an der Politik der türkischen Regierung teile ich voll und ganz. Allerdings ist auch Kritik an den Kritikern angebracht: Allzu oft wurde heute hier die Türkei mit Erdoğan gleichgesetzt. Auch wenn die Propagandabilder und die Meere roter Fahnen in Istanbul, in Ankara, in Berlin und Düsseldorf etwas anderes suggerieren – es gibt auch noch die Türkei der Demokraten, es gibt auch noch die Türkei der Aufgeklärten, und es gibt viele Türken, denen die Politik Erdoğans zuwider ist. Statt Erdoğan nur zu kritisieren oder zu hofieren, weil uns die deutsche Flüchtlingspolitik erpressbar gemacht hat, sollten wir denjenigen in der Türkei den Rücken stärken, die sich für eine andere Türkei einsetzen.

Jaromír Štětina (PPE). – Pane předsedající, vloni na podzim jsem navštívil Rodžavu, území severní Sýrie ovládané Kurdy. Byl jsem hostem velení Lidových obranných jednotek známých pod zkratkou YPG. S jejich ozbrojeným oddílem jsem projel Rodžavou několik set kilometrů. Navštívil jsem město Kobani zničené jednotkami IS. Byli to především obránci Kobani, kteří se letos pokusili osvobodit od IS území západně od Eufratu. Jejich výpad ztroskotal díky zásahu turecké armády, která poprvé za dobu konfliktu překročila turecko-syrské hranice a otevřeně bombardovala pozici kurdských sil. Turecko tak nebezpečně eskalovalo konflikt.

Turecký zásah je dalším důkazem, že Turecko nedokáže zracionalizovat svou národnostní politiku. Rozvíjí spirálu národnostní nenávisti i na svém území. Nechápe, že kurdský teror je reakcí na bezprecedentní protikurdský teror státní.

Protikurdské ozbrojené výpady doma i do severního Iráku a do Sýrie Turecko ospravedlňuje poukazem na boj proti terorismu. Svůj postup odůvodňuje i ideologicky poukazem na marxistické formy terorismu. Kurdský odpor je skutečně širokospektrální, ale jeho ideologické nálepkování je jen projevem turecké slabosti. Jednotky YPG mají na svých nášivkách rudé hvězdy, nebojují však za zářnou komunistickou budoucnost, ale o své fyzické přežití. To by si demokratické síly v Turecku měly uvědomit.

Josef Weidenholzer (S&D). – Herr Präsident! Es wurde heute schon oft betont, dass die Lage in der Türkei, was Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte betrifft, äußerst besorgniserregend ist – nicht nur der Putschversuch, sondern auch die überzogenen Reaktionen darauf. Besonders problematisch ist die Situation in der Südost-Türkei, wo seit Ende 2015 bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen. Noch vor zwei Jahren setzten viele Menschen innerhalb und außerhalb der Türkei große Hoffnung auf den Friedensprozess zwischen Erdoğan und der PKK. Es gab große Fortschritte, und es ist eine Tragödie, dass dieser Prozess zum Stillstand gekommen ist. Es gab grausame Folgen: Tote und Verletzte, viele Menschenleben, zerstörte Städte, geraubte Lebensgrundlagen, und jetzt – wie als Hohn – die Absetzung der gewählten Vertreter, Bürgermeister und Lokalpolitiker in der Region. Ich habe das Gespräch mit einem Bürgermeister von Suruç vom November letzten Jahres in Erinnerung, der auch abgesetzt wurde, und der bei diesem Gespräch mir gegenüber betonte, wie wichtig ihm der Friedensprozess in der Türkei ist. Ich hoffe, dass wir hier wieder ansetzen können.

Ангел Джамбазки (ECR). – Уважаема г-жо Могерини, уважаеми колеги, политиката Ви по отношение на Ердоган е напълно погрешна и показва дълбоко непознаване на ситуацията в страната и региона. Продължава незаконната окупация на Северен Кипър, която по същността си е анексиране на чужда територия. Продължава смазването на свободата на словото, на правата на гражданите, на етническото прочистване в Диарбекир и източен Анадол, продължава подкрепата за Ислямска държава.

Превратът в Турция успя. Изглежда само Вие и част от колегите тук не са разбрали. Деленето на диктаторите на „добри“ и „лоши“, деленето на анексирането на чужди територии на „добри“ и „лоши“ е тежко политическо лицемерие. Споразумението с Ердоган за нелегалните емигранти е тежка политическа грешка, защото е поддаване на изнудването на един диктатор. Визовата либерализация с Турция е неразумна, защото ще залее Европа с милиони нелегални емигранти.

Настоявам за прекратяване на преговорите, които се водят за членството на Турция в Европейския съюз, защото Турция днес не е европейска държава и няма място в този Европейски съюз, несподеляйки ценностите, които всички ние твърдим, че изповядваме и че споделяме.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Nie ma gotowych scenariuszy. Zdajemy sobie sprawę tylko z tego, że wśród tych scenariuszy, które są – są mniej lub bardziej kosztowne. I widać to także po debacie dzisiejszej. Wiemy, że mamy przynajmniej trzy poważne koszty. Pierwszy to zaufanie: widać jak wiele straciła Turcja w wyniku nie tyle zamachu, ile reakcji na zamach. Druga rzecz bardzo istotna i drugi ważny koszt, to jest koszt czasu. Teraz potrzebny będzie czas na powrót do stanu negocjacji, a zwłaszcza atmosfery sprzed roku czy nawet sprzed dwóch lat. Trzeci istotny koszt dotyczy bezpieczeństwa. Turcja jest ważnym składnikiem nie europejskiego, ale światowego systemu budowania bezpieczeństwa. Niezwykle ważnym składnikiem. Utrata zaufania, konieczność powrotu do negocjacji, tak trudnych w chwili obecnej, wydaje się najpoważniejszym wyzwaniem także dla pani komisarz. I na koniec chcę powiedzieć jedną rzecz: jeżeli zamienimy wcześniejszy optymizm na sceptycyzm, na realizm, to będzie szansa na sukces. Jeżeli zamienimy to na pesymizm, będzie katastrofa.

Marju Lauristin (S&D). – Mr President, I really want to say that, day after day, the situation in Turkey is reminding me and other people of my age, who lived in the socialist system, of the days of the beginning of Stalinist terror. But I suppose that, now, we are able to learn from history and to stop this development in Turkey.

The world listened last week to the outcry of Noble Prize winner Orhan Pamuk, who said that Turkey is, day after day, moving further from the rule of law towards a terror regime – and, really, that is what we have to bear in mind, the fact that Orhan Pamuk and intellectuals and democrats in Turkey need our help. They are looking to us.

We understand that Ms Mogherini, as High Representative of the Union for Foreign and Security Policy, has to do her job, and she is doing it with great dignity, but she has her limits. We as a parliament do not have such limits. We have to send a high-level fact-finding mission, consisting of representatives of the Committees on Legal Affairs and on Civil Liberties and of other committees, to Turkey, to look at the situation of human rights and political freedoms there and to bring back information so that we can have a real reconsideration of our policy.

Concerning visa liberalisation: visas are put in passports, but in a country which deliberately cancels passports there is no real place for liberalisation.

(Applause)

Branislav Škripek (ECR). – Mr President, the events this summer in Turkey and especially the aftermath are, as many colleagues already stated, worrying. By his actions, Turkish President Erdogan is putting democracy at risk. As has been said here, the attacks on the Kurdish people should be condemned, but they are not the only ones who are suffering. Other minority groups in Turkey, such as Syriac Christians, are put in real danger by the acts of the Erdogan administration.

The recent invasion by Turkey into Syria is officially taking place to attack ISIS. In reality it is mainly against the Kurds and their partners in the Democratic Self-Administration (DSA) in Northern Syria. The troops of this DSA, named the Syrian Democratic Forces, are at this moment very successful in combatting ISIS. If the Turkish army destroys these Syrian Democratic Forces, how can we expect ISIS to be defeated? For this reason, I call on Ms Mogherini to support the Syrian Democratic Forces and the DSA of Northern Syria in Rojava. We need to stop Turkish aggression both in Turkey and in Syria.

Birgit Sippel (S&D). – Herr Präsident! Die Türkei ist ein wichtiger Partner, denn die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen, wie wichtig es ist, etwa die Kämpfe in Syrien zu beenden und die Region insgesamt nachhaltig zu befrieden. Dieses Ziel können wir aber nur gemeinsam mit der Türkei erreichen. Wir müssen also mit der Türkei zusammenarbeiten. Und gerade deshalb ist Kritik an der Missachtung von Rechtsstaatlichkeit und massiven Einschränkungen von Grundrechten durch die türkische Regierung wichtiger denn je. Ob systematische Unterdrückung von Kritik an Erdoğan, massenhafte Inhaftierungen oder ein Einreiseverbot für Akademiker – wir müssen all dies nicht nur kritisieren, sondern nachdrücklich auf Veränderungen drängen. Nicht nur, aber auch, weil die Türkei ein Beitrittskandidat ist, müssen wir demokratische Entwicklungen in der Türkei unterstützen.

Μιλτιάδης Κύρκος (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, είναι επώδυνες οι καταστάσεις στην Τουρκία. Διώξεις δημοσιογράφων, αποδόμηση του κοσμικού κράτους, διώξεις όχι μόνο των πραξικοπηματιών του Γκιουλέν, αλλά και χιλιάδων πολιτών με διαδικασίες που δεν συνάδουν με ένα κράτος δικαίου. Σπρώξιμο του νόμιμου κόμματος, του προοδευτικού κόμματος των Κούρδων, προς την παρανομία. Είναι ακόμα πιο επώδυνες οι καταστάσεις για μας που πιστεύουμε ότι η Τουρκία είναι ένας σημαντικός εταίρος στην προσπάθεια επίλυσης μεγάλων προβλημάτων της περιοχής μας, όπως το προσφυγικό, όπως το Κυπριακό, όπως η ενεργειακή διαφοροποίηση, όπως η τρομοκρατία. Πρέπει να εντείνουμε λοιπόν τον διάλογο με την Τουρκία. Να τον εντείνουμε και με την τουρκική αντιπολίτευση, τη φιλοευρωπαϊκή αντιπολίτευση. Γιατί αλλιώς δεν θα βρούμε λύσεις, σωστές λύσεις σε αυτά τα προβλήματα. Υπάρχει ένα μεγάλο αγκάθι και αυτό το αγκάθι είναι η λαχτάρα του κυρίου Ερντογάν για τις προεδρικές υπερεξουσίες και η χρήση της ακραίας πόλωσης για να πετύχει τον σκοπό του. Αυτό, δυστυχώς, κάνει ολόκληρη την Τουρκία να ματώνει.

Procedura catch-the-eye

Henna Virkkunen (PPE). – Arvoisa puhemies, on tärkeää, että Euroopan unioni tekee yhteistyötä Turkin kanssa. Naton jäsenmaana Turkki on tärkeässä roolissa Euroopan turvallisuuden kannalta, ja kuten tiedämme, myös pakolaiskriisin ratkaisussa Turkilla on tärkeä rooli. Samaan aikaan ei voida kuitenkaan katsoa läpi sormien niitä autoritäärisen hallinnon toimia, joita Turkissa on nyt meneillään. Jo ennen vallankaappausyritystä ei voitu sanoa, että Turkki olisi ollut mikään demokratian mallimaa, mutta nyt ihmisoikeuksia poljetaan entisestään, sananvapautta ja median vapautta rajoitetaan ja oikeusvaltioperiaate ei Turkissa toteudu.

On tärkeää, että Euroopan unioni nostaa epäkohdat esiin neuvotteluissa ja pyrkii puuttumaan niihin. Turkki on Euroopan unionin hakijamaa, ja siltä edellytetään oikeusvaltioperiaatetta ja hyvän hallinnon toteuttamista. On selvää, että myöskään viisumivapaus Turkin kanssa ei voi toteutua ennen kuin Turkki täyttää viisumivapaudelle asetetut edellytykset.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la Turchia rappresenta un importante partner per l'Unione europea: la stessa decisione di siglare nel marzo scorso l'accordo sulla gestione del flusso di migranti è basata su questa considerazione.

Tuttavia per l'Unione europea il rispetto per i diritti umani resta un principio fondamentale, irrinunciabile per il corretto funzionamento degli accordi. Le vicende post golpe hanno, ahimè, determinato un ulteriore peggioramento di una situazione che gli osservatori concordano nel ritenere non rispettosa dei diritti fondamentali.

Io ovviamente sono favorevole al dialogo con la Turchia, ma l'Unione europea deve trovare il modo di garantire che in Turchia vengano assicurati, senza «se» e senza «ma», gli standard europei di democrazia.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, u ovom velikom poslu s Turskom, i svemu onom što nas očekuje s Turskom, definitivno možemo uspjeti samo ako stvari u svakom trenutku postavimo principijelno. Zato mi se pristup koji je iznijela Visoka povjerenica čini principijelnim. Naravno da moramo osuditi državni udar, ali naravno da moramo osuditi i sve ono što se događalo nakon državnog udara.

Nitko ovdje ne može nikome ništa obećati, a kamoli Turskoj članstvo u Europskoj uniji. Možemo samo obećati da ćemo se držati principa i pravila za ulazak u Europsku uniju, kao što je to svaka država koja je postala članica morala i učiniti. Ja jesam jedan od onih koji vjeruju da Turska može ispuniti demokratske kriterije i postati članica Europske unije, ali to mora i ispuniti.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL). – Señor Presidente, Turquía es uno de los mejores ejemplos de la doble moral de esa Unión Europea que dice estar preocupada; un país al que hemos dado el estatus de país seguro para subcontratar el control y la deportación de unos refugiados que huyen de los fuegos que hemos contribuido a crear.

Pero ¿es un país seguro Turquía? No. No lo es para los jueces incómodos, no lo es para los periodistas, no lo es para los intelectuales que firman manifiestos críticos, no lo es para el cuarto partido, el HDP, al que se acosa y se intenta ilegalizar, no lo es para el 20 % de la población, la población kurda, que es bombardeada y reprimida, y no lo es para los refugiados. No lo decimos nosotros, lo dice el Alto Comisionado de Naciones Unidas para los Refugiados. Pero ustedes siguen mirando para otro lado, preocupados.

Miren ustedes, el Gobierno turco tiene una agenda de expansión que desestabiliza la región, tolera a grupos extremistas, tiene —aprovechando el golpe— una agenda interna que desmonta la democracia laica. No debería ser un socio confiable. Menos paños calientes y menos preocupación cínica.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, στον προεδρικό θώκο της Τουρκίας, δυστυχώς για αυτή και τον λαό της, τις γειτονικές χώρες και την Ευρωπαϊκή Ένωση, για να μην αναφερθώ σε παγκόσμια κλίμακα, υπάρχει ένας άνθρωπος που οι πολιτικές του χαρακτηρίζονται επικίνδυνα μεγαλόπνοες και κερδοσκοπικές. Πρέπει να εξετάσουμε τους λόγους που οδήγησαν στην απόπειρα του πραξικοπήματος. Πρέπει να δράσουμε αποφασιστικά και όχι απλά να καταδικάζουμε και να ψηφίζουμε πρακτικά άχρηστα ψηφίσματα. Μην ξεχνάμε την αψυχολόγητη ενέργεια κατάρρευσης του ρωσικού μαχητικού που σκοπό είχε να παρασύρει τη Βορειοατλαντική Συμμαχία σε πολεμική σύρραξη με ανυπολόγιστες συνέπειες. Τις σφαγές Κούρδων αμάχων, τη στήριξη και χρηματοδότηση του ισλαμικού κράτους, τις διώξεις πολιτικών αντιπάλων και της ελευθερίας του λόγου. Η μετατροπή του λαμπρού πανορθόδοξου ναού της Αγίας Σοφίας σε τζαμί, τις αιματηρές καταστολές των διαδηλώσεων, τις απειλές κατά πάντων, είτε για το θέμα της αναγνώρισης γενοκτονίας των Αρμενίων, είτε για δήθεν στήριξη στους πραξικοπηματίες, είτε για την απελευθέρωση της βίζας. Όλα τα παραπάνω έχουν ένα κοινό παρονομαστή: τον Ερντογάν. Επιτέλους συνειδητοποιήστε ότι ο Ερντογάν δεν αποτελεί σταθερό και αξιόπιστο συνομιλητή. Χρειάζεται άμεσα και με ανάληψη δραστικών μέτρων η αποκατάσταση της δημοκρατίας του κράτους δικαίου, και μέχρι εκεί. Διότι η Τουρκία δεν πρόκειται ποτέ να γίνει Ευρώπη.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Johannes Hahn, *für die VP/HR*. – Herr Präsident! Ich darf mich auch im Namen der Hohen Vertreterin für diese Aussprache, für diese Debatte sehr bedanken. Sie hat gezeigt, dass es sehr wichtig ist, auch mit der Türkei im Gespräch zu bleiben. Ich denke, es ist auch wichtig, dass wir verstehen, dass dieses Land kollektiv noch immer unter Schock steht. Dieses Land hat ja in der jüngeren Vergangenheit mehrere Militärputsche erlebt; diesmal war es ein missglückter – Gott sei Dank –, was auch eine gewisse Entwicklung signalisiert. Ich glaube, auch wir in Europa haben unter Schock gestanden, und vielleicht stehen wir auch noch immer unter Schock, dass in unserer unmittelbaren Nachbarschaft so etwas im 21. Jahrhundert noch möglich ist und dass ein Kandidatenland der Europäischen Union in so eine Situation geraten kann.

Alle von uns, die die Möglichkeit hatten, in letzter Zeit nach dem Putsch dort zu sein konnten, glaube ich, feststellen, dass die Türken selbst – geschweige denn wir hier in der Europa – das Ausmaß der Unterwanderung des Staates und wesentlicher Teile des Staates durch die Gülen-Bewegung eigentlich nicht richtig eingeschätzt haben. Dass das in der Aufarbeitung zu Konsequenzen führen muss, ist klar, aber – und das haben Sie in fast allen Ihren *Statements* zum Ausdruck gebracht – das muss gerade für ein Land, das ein Kandidatenland ist, im Hinblick auf eine mögliche Mitgliedschaft in der Europäischen Union nach den höchsten rechtsstaatlichen Prinzipien ablaufen, zu denen wir uns ja auch verpflichtet haben und die auch Teil unseres Selbstverständnisses sind. Es mag auch da und dort in der Türkei eine gewisse Herausforderung sein, dass wir diesen Maßstab anlegen, aber wir legen diesen Maßstab an, weil eben die Türkei ein Kandidatenland ist, und das ist von Seiten der Türkei zu akzeptieren.

Ich glaube, es ist auch wichtig, bei aller Kritik an der Regierung, die man haben kann, festzuhalten, dass die Türkei ein Land mit 80 Millionen Einwohnern ist, letztlich auch sehr heterogen ist und nicht aus Präsident Erdoğan besteht und dass daher sozusagen jede Reflexion sich nicht ausschließlich darauf beziehen kann, dass er dort jetzt Präsident ist, sondern man muss die Gesamtentwicklung des Landes im Auge behalten.

Was unsere aktuelle Aufgabenstellung anbelangt – und das ist auch bei unserer gemeinsamen Mission am Freitag letzter Woche deutlich geworden –müssen wir dafür sorgen, dieses Land im Interesse von uns Europäerinnen und Europäern wieder zu stabilisieren. Denn wenn in unserer unmittelbaren Nachbarschaft ein Land mit 80 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern instabil wird, dann kann hier vieles passieren, was auch unmittelbare Auswirkungen auf Europa hat. Das heißt, die Rechtsstaatlichkeit wieder sicherzustellen, die ökonomische Stabilität herbeizuführen – schauen Sie sich die wirtschaftlichen Zahlen an: Die sind alle zurückgegangen, der Tourismus ist dramatisch eingebrochen, die Turkish Airlines haben, glaube ich, das erste Mal in ihrer Geschichte ein Defizit geschrieben. Das sind Faktoren, die auch ins Kalkül zu ziehen sind, und daher ist es auch wichtig, dass wir der Türkei bei der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik im Land selbst helfen.

Es ist schon gesagt worden: Wir sind sozusagen am Beginn, mit dieser Hilfe in *cruising speed* zu kommen, *cruising speed*, weil wir ja auch die Verpflichtung haben, das Geld so einzusetzen, dass Sie als Vertreter der europäischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sozusagen die Garantie haben, dass das Geld korrekt eingesetzt wird, eben für Schulbesuch, für Gesundheitsversorgung, Ernährung, aber auch für Sprachausbildung von Erwachsenen und Bereitstellung von Mikrokrediten, aber auch zur Unterstützung von besonders betroffenen Gemeinden und Städten im Infrastrukturbereich, die, etwa wie Kilis, eine 50-prozentige Zunahme der Bevölkerung gesehen haben.

Aber wenn wir von Stabilisierung reden, dann geht es eben auch um eine politische Stabilisierung, und das schließt ein, die Frage des Kurdenkonfliktes auf politischer Ebene zu lösen und nicht auf militärischer, und das schließt auch ein starkes politisches Engagement der Türkei vor allen Dingen in Syrien ein, denn auch dort brauchen wir die politische Lösung.

Ich sage aber auch – und das ist von einigen von Ihnen angesprochen worden – Stabilisierung bedeutet auch, dass wir die Spannungen, die wir in manchen Ländern Europas innerhalb der Europäischen Union zwischen Angehörigen der türkischen Minorität und dem Rest der Gesellschaft sehen, oder Spannungen zwischen verschiedenen Gruppen der türkischen Minorität eines Landes ansprechen, dass wir uns damit auseinandersetzen und dass wir auch unsere Beiträge leisten, dass hier die Dinge nicht eskalieren. Da ist nicht nur die Europäische Union gefordert; da sind auch die Repräsentanten der heutigen, der gegenwärtigen Türkei gefordert, ihren Beitrag zu leisten.

Alle sind wir hier gefordert abzurüsten; die Sprache kann manchmal verletzender sein als Waffen, und sie kann oftmals eine sehr tödliche Waffe sein. Wir müssen uns dessen bewusst sein. Gerade in dieser Phase ist Megafonpolitik oder Megafondiplomatie vielleicht nicht der richtige Ansatz. Die Hohe Vertreterin hat es, glaube ich, in der Pressekonferenz gesagt: Wir müssen mit den Vertretern sozusagen robust reden, aber nicht über sie in der Öffentlichkeit, und das Gleiche können wir auch von den türkischen Repräsentanten und Repräsentantinnen erwarten. Dann können wir einen wichtigen Schritt im Hinblick auf eine Stabilisierung der Lage gehen; den Rest muss man dann der Zukunft überlassen.

Presidente. – La discussione è chiusa.

Vorrei informare inoltre l'Aula che non è pervenuta alcuna richiesta di mettere ai voti le rettifiche annunciate ieri alle 17.00 a norma dell'articolo 231, paragrafo 4, del regolamento. Tali rettifiche sono pertanto considerate approvate.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Aymeric Chauprade (NI), *par écrit*. – Depuis le putsch avorté du 15 juillet dernier, une répression généralisée s'abat sur la Turquie: 35 000 personnes arrêtées, des médias censurés: 45 journaux, 16 chaînes de télévision et 23 stations de radio fermées. Pour pouvoir interner tous ces prisonniers politiques, le Ministre de la Justice Turc a annoncé la libération de 38 000 prisonniers, dont de nombreux détenus de droits communs. Le Président Turc a annoncé le rétablissement de la peine de mort «de manière rétroactive» ! Nous devons ouvrir les yeux sur la réalité de la situation en Turquie: la récente démission du chef de la délégation européenne en Turquie, à cause du non-respect du volet Droits de l'homme de l'accord migratoire, en est une énième illustration. Enfin, une telle intégration constituerait un apport majeur de problèmes géopolitiques, en projetant les frontières de l'Union Européenne auprès de pays aussi instables que la Syrie et l'Irak. Les dirigeants européens doivent faire preuve de lucidité, d'esprit de responsabilité et d'honnêteté envers la Turquie et son peuple en arrêtant dès maintenant le processus d'intégration de ce pays dans l'UE.

María Teresa Giménez Barbat (ALDE), *por escrito*. – Antes del golpe de Estado, la situación de los derechos humanos en Turquía, como la libertad de prensa o la libertad de pensamiento, estaba ya muy deteriorada. Ahora, con la excusa de acabar con todos los promotores del golpe, el Presidente Erdogan está persiguiendo a todo opositor que no sea de su agrado, entre ellos periodistas, magistrados, académicos e, incluso, laicos y no creyentes. Tenemos constancia cierta, por reportajes de prensa y testimonios de primera mano, de que la situación de los laicos y no creyentes turcos viene deteriorándose desde el 15 de julio. En un contexto marcado por la purga de opositores y el intento de borrar cualquier resto de laicismo de la ley, los representantes del Gobierno equiparan frecuentemente a los ateos con los terroristas, instigando un clima de hostilidad social que termina excusando actos de violencia, persecución y censura, como los experimentados por la asociación de ateos turcos, Ateizm Derneği, con sede en Estambul. Les hablo de violaciones de derechos humanos relacionados con la libertad religiosa, de conciencia y de expresión. Europa debe adoptar una posición clara, robusta y unánime en defensa de los derechos humanos universales y de quienes son nuestros aliados morales naturales.

Javi López (S&D), *por escrito*. – El pasado 15 de julio, Turquía sufrió un golpe militar en el que murieron más de 250 personas y cerca de 1 500 resultaron heridas. El Gobierno desde el principio apuntó al movimiento de Gulen, como autores del golpe. Tras el frustrado golpe, el gobierno declaró el Estado de emergencia e inició una purga con unas 80 000 detenciones de periodistas, jueces, policías y oficiales del ejército, empresarios, profesores y la retirada de licencia a medios de comunicación. 49 337 trabajadores han sido suspendidos. El atentado contra la democracia requiere medidas excepcionales para salvaguardar las instituciones democráticas. Sin embargo, el carácter excepcional de las medidas y del Estado de emergencia deben ser proporcionales y debe garantizarse el Estado de derecho. Por ello es esencial la cooperación del Consejo de Europa con el gobierno de Turquía en la investigación sobre el intento de golpe de Estado en el país y en los juicios que van a haber después, para garantizar que se basarán en la Convención Europea de Derechos Humanos. La semana pasada tuvo lugar un diálogo de alto nivel entre la Vicepresidenta Mogherini y el Comisario Hahn en el que se abordaron entre otros la cuestión kurda, Chipre y el Acuerdo UE Turquía.

Csaba Sógor (PPE), *írásban*. – Törökország belső stabilitása rendkívül fontos az Európai Uniónak és a NATO-nak is, nekünk egyáltalán nem érdekünk, hogy káosz és instabilitás uralkodjon az országban, a demokratikusan választott kormány erőszakos megdöntésére irányuló fellépés pedig mindenkor elítélendő. Ez az állítás azonban független a jelenlegi migrációs helyzettől. Nem változtathatunk a Törökországgal kapcsolatos hozzáállásunkon aszerint, hogy a török kormány éppen elfordítja-e a tekintetét a partjain tapasztalható illegális migrációtól vagy ellenkezőleg, keményen fellép az embercsempészek ellen. Hasonlóképpen, az emberi jogok érvényesülését sem annak fényében kell megítélnünk, hogy Törökország fontos szövetségese az Iszlám Állam ellen harcoló koalíciónak.

Néhány hónappal ezelőtt, az EU–Törökország csúcs után is azt hangoztattam, hogy Törökország csatlakozási tárgyalásainak felgyorsítása értelmezhetetlen, nem vonatkozhat külön elbánás a törökökre, ezzel a teljes bővítési folyamat hitelességét ássa alá az EU. Ma is csak megerősíteni tudom ezt: határozott álláspontunk kell legyen a törökökkel kapcsolatos ügyekben, nem viselkedhetünk úgy, mintha valamiféle szolgálatot tenne Törökország Európának, amit mi vízummentességgel viszonzunk. Ez a fajta diskurzus azt sugallja az európai polgároknak, hogy az EU Törökország nélkül tehetetlen ebben a kérdésben, ami meggyőződésem, hogy nem így van.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Hovoříme o naplňování dohody EU-Turecko, jako by se nic nedělo, ale situace se od uzavření dohody výrazně změnila! Například my, poslanci EP, nemůžeme příští týden jet do Ankary, protože jsou tady oprávněné obavy ohledně neschopnosti tureckých úřadů zajistit účel naší návštěvy. Mě tato situace velmi znepokojuje s ohledem na tlak Turecka na zavedení bezvízového styku a také s ohledem celkový vývoj v Turecku. Pokud se nebudeme moci osobně přesvědčit o situaci v Turecku, pokud Turecko nebude plnit podmínky, nebudeme moci souhlasit s bezvízovým stykem. Já si nepřeji, abychom za chyby prezidenta Erdogana trestali občany Turecka, kteří chtějí cestovat do EU, ale musíme dát najevo, že nesouhlasíme s tím, jak si počíná vládní strana AKP, která již netrestá pučisty, ale zavádí svévolné represe vůči lidem, kteří jsou bez důkazů nařčeni ze spolupráce s pučisty. Funkcionáři a přátelé funkcionářů jsou dosazováni na místa vedoucích pracovníků úřadů, škol, podniků. Prezident zneužívá situace pro zesílení pronásledování Kurdů a nezávislých novinářů, jako je novinářka Asli Erdoganová. Právě proto, že Turecko je strategický partner, musíme o to více sledovat jeho nebezpečnou orientaci směrem k diktatuře, násilí a k Putinovi. Měli bychom umět říct, kde jsou naše hranice, a nemůžeme se tvářit, že se nic neděje!

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – To, co se v Turecku již delší dobu děje, a především to, čehož jsme byli svědky v červenci, tuto zemi naprosto vylučuje z jakékoliv evropské civilizované společnosti. Vzhledem k nepřiměřené reakci ze strany prezidenta Erdogana ve mně rostou obavy, že Turecko je na cestě k autoritativnímu státu. Tato země se stále více odklání od demokracie, právního státu a koneckonců i sekularizace. Pokud Turecko chce, aby s ním EU i nadále zacházela jako se svým partnerem, musí postupovat jako právní stát, ve kterém každý obviněný má právo na spravedlivý a nezávislý soud. Události z léta se již nesmějí opakovat.

10. Berichtigungen (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll

11. Lage in Gabun nach den Wahlen (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulla dichiarazione del Vicepresidente della Commissione e Alto Rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza sulla situazione post-elettorale in Gabon.

Federica Mogherini, *VPC/HR*. – Monsieur le Président, premièrement, merci pour avoir organisé ce débat en ce moment crucial de l'histoire de la République gabonaise.

Le Gabon peut paraître un petit pays, mais son potentiel est immense. Il ne s'agit pas uniquement d'importantes ressources naturelles, avec un revenu par tête nettement plus élevé que la plupart des pays africains.

La population du Gabon a foi en la démocratie. Les élections ont été pacifiques et la participation importante. La population du Gabon est confiante qu'à travers le processus démocratique, le pays exploitera plus efficacement son propre potentiel. Il est donc important de ne pas se limiter à la crise actuelle, de mettre un terme à toutes les formes de violence et de rétablir la confiance de la population gabonaise dans les institutions du pays.

C'est l'objectif de l'Union européenne. C'est également l'objectif que poursuit la mission d'observation électorale dans son travail quotidien. Permettez-moi de remercier l'observatrice en chef, M^me^ Mariya Gabriel, et tous les membres de la mission, qui ont fait un excellent travail, qui sont en train de faire un excellent travail.

Vous savez que la mission et certains de ses membres ont été la cible d'attaques personnelles. Les autorités gabonaises sont responsables de la sécurité des membres de la mission d'observation électorale, et ces attaques personnelles et régulières ne sauraient être tolérées. Nous réitérons ce message auprès des autorités gabonaises à Libreville aussi bien qu'à Bruxelles, chaque jour, même à l'heure actuelle.

L'impartialité de la mission a été mise en doute. Permettez-moi d'être également très claire sur ce point. Nous ne prenons pas parti dans la vie politique de la République gabonaise, mais nous travaillons en faveur de la démocratie, de la transparence et de la recherche d'une solution pacifique à la crise.

La mission internationale d'observation des élections a respecté la méthodologie et les protocoles d'accord signés avec les autorités du Gabon. Les autorités gabonaises ont elles-mêmes invité la mission à observer l'ensemble du processus électoral, et c'est exactement ce que la mission envisage de faire. Elle travaillera aux côtés des institutions gabonaises jusqu'à la proclamation des résultats définitifs, et ce après la phase de recours.

Je mettrai donc l'accent sur trois étapes qui, je pense, sont cruciales pour sortir de la crise actuelle. Premièrement, il est essentiel que le processus électoral s'achève en toute transparence. Nous continuons à plaider pour la publication des résultats bureau de vote par bureau de vote afin de garantir la qualité des résultats. Cette recommandation a également été formulée par l'organisation régionale africaine, la Communauté économique des États de l'Afrique centrale, ainsi que par l'Union africaine.

Seuls les moyens légaux et non les actes de violence peuvent mettre fin au présent contentieux. Nous sommes prêts à soutenir la procédure de recours auprès de la Cour constitutionnelle et nous espérons que la Cour agira en toute transparence et indépendance, conformément à son mandat. À cet égard, nous demandons à la Cour constitutionnelle d'accorder un accès total de ces procédures à la mission européenne. Celles-ci font partie du processus électoral que les Gabonais se sont engagés à rendre transparent et accessible à nos observateurs.

En deuxième lieu, toutes les parties doivent s'abstenir de recourir à la violence et garantir la protection de la population. Tant le gouvernement que l'opposition ont une responsabilité à cet égard. Les attaques perpétrées à l'encontre du Parlement ou des médias officiels n'ont rien à voir avec l'aspiration légitime du Gabon à renforcer sa démocratie.

Le rôle joué par les forces de sécurité est particulièrement critique. Nous attendons de l'armée, de la police et des services de renseignement qu'ils agissent en parfaite conformité avec l'état de droit et dans le plein respect des droits de l'homme.

Il est urgent de rétablir et de maintenir le système de communication publique, y compris les médias sociaux, et il importe que la question des personnes placées en détention soit traitée rapidement et de manière équitable.

Troisièmement, les partenaires internationaux du Gabon, à commencer par les autres pays africains, peuvent jouer un rôle important pour contribuer à apaiser la tension, comme nous l'avons indiqué dernièrement dans une déclaration conjointe avec le commissaire Mimica. Nous travaillons en étroite coopération avec les Nations unies, les États-Unis et la France.

Nous soutenons activement la mission des chefs d'État de haut niveau, qui est actuellement mise en place par l'Union africaine et les Nations unies. La disponibilité du président du Tchad, Idriss Déby, président en exercice de l'Union africaine, constitue un signe encourageant de la détermination africaine à faciliter une solution à la crise.

Je suis également encouragée par la présence, à Libreville, de l'Union africaine en la personne du commissaire Smail Chergui. Je ne peux qu'espérer que la mission aura l'occasion de se rendre sur place dans les plus brefs délais.

Je souhaite tout particulièrement saluer les efforts déployés par le représentant spécial du Secrétaire général des Nations unies. Il est actuellement à la tête des efforts de médiation au niveau local et doit bénéficier de notre soutien constant. Les citoyens et les institutions du Gabon ont une responsabilité primordiale pour mettre un terme à la violence et parvenir à une solution pacifique à la crise postélectorale. Cependant, la communauté internationale doit être de leur côté pour faciliter et accompagner le processus.

Je suis convaincue que l'Union africaine devrait être le chef de file. L'intégration régionale peut s'avérer un instrument puissant en faveur de la paix et de la sécurité en Afrique. Dans le même temps, l'Union européenne, nous tous, sommes prêts à soutenir le Gabon par tous nos moyens.

Mariya Gabriel, *au nom du groupe PPE.* – Monsieur le Président, Madame la Haute Représentante, merci de vos messages clairs et pertinents.

Il s'agit de la première mission d'observation électorale déployée au Gabon. C'est donc un signal clair de notre soutien au peuple gabonais en faveur de la démocratie, de l'état de droit et des droits de l'homme, et je suis honorée de pouvoir diriger cette mission.

J'aimerais d'abord adresser plusieurs remerciements. Tout d'abord, je tiens à remercier tous les observateurs de l'Union européenne et en particulier mon équipe, dont une partie est encore déployée au Gabon. Ils font un travail remarquable. Ensuite, je voudrais principalement remercier les citoyens gabonais pour l'accueil chaleureux qu'ils ont réservé à nos observateurs, pour leur patience et pour le calme qui a été préservé le jour du scrutin. De même, je tiens à remercier les autorités gabonaises, qui ont invité l'Union européenne à observer les élections, signé le protocole d'accord et garanti jusqu'ici la sécurité de nos observateurs.

Lors de cette mission, nous avons pu rencontrer toutes les parties prenantes, les autorités, les différents partis politiques, tous les candidats à l'élection présidentielle et la société civile. Nous avons aussi travaillé en étroite coopération avec les autres missions d'observation et représentants de la communauté internationale sur place.

Aujourd'hui, il est crucial de finaliser le travail de la mission sans perdre de temps et d'énergie pour des accusations inacceptables, des allégations fausses ou encore des mensonges.

Ceci m'amène à ma deuxième partie. Un véritable dialogue et un véritable partenariat sont aussi l'occasion de nous dire les choses telles quelles.

En respectant le cadre de la mission, je voudrais attirer l'attention sur quelques faits, car la possibilité de s'exprimer sur des faits relevés par nos observateurs est aussi l'une des forces de la mission d'observation électorale de l'Union. Les principaux faits à ce stade sont les suivants: contrairement à ce qui était prévu par le protocole d'accord, la mission a eu un accès inégal à la consolidation des résultats selon les commissions électorales locales. Les résultats n'ont pas été annoncés publiquement dans la province du Haut-Ogooué, contrairement à ce qui est prévu par la loi. Dans cette même province, une anomalie a été constatée quant au taux de participation et en comparaison avec une analyse du nombre de non-votants et de bulletins blancs et nuls. Il n'y a pas eu de publication des résultats bureau de vote par bureau de vote, conformément aux bonnes pratiques internationales.

Aujourd'hui, comme depuis le début du processus, nous appelons à la non-violence et au calme. Nous continuons à être guidés par l'exigence de la transparence à toutes les étapes du processus électoral. Nous appelons tous les acteurs à s'en tenir à des recours légaux et pacifiques. Cela inclut aujourd'hui l'observation du traitement des recours déposés à la Cour constitutionnelle. C'est une phase clé du processus électoral et nous attendons que l'accès de notre expert juridique aux travaux de la Cour soit garanti, tout comme la sécurité des membres de l'équipe qui sont encore sur place. L'accès d'experts internationaux à la Cour est bienvenu aussi.

Enfin, je tiens à exprimer le plein soutien de la mission à M. Chergui, commissaire de l'Union africaine, au professeur Bathily, représentant spécial des Nations unies, et à M. Abdallah, de l'Organisation internationale de la francophonie, et à les remercier pour les efforts qu'ils ont fournis.

Je finirai en disant la chose suivante: tous les acteurs ont une responsabilité pour contribuer à l'apaisement de la situation. La restauration de la confiance des Gabonais dans l'intégrité du processus électoral passe par la transparence. Aujourd'hui, en respectant la loi, en tant que mission d'observation électorale, notre regard est tourné vers la Cour constitutionnelle, de laquelle nous attendons qu'elle continue à être l'incarnation de cette justice sans laquelle aucun État de droit ne peut se prévaloir de l'être.

Jo Leinen, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Hohe Vertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie wichtig die Wahlbeobachtungsmissionen der Europäischen Union sind, hat sich bei der Präsidentschaftswahl in Gabun gezeigt. Das ist ein kleines Land, aber diese Präsidentschaftswahl ist auch ein Symptom und auch ein Signal für die Demokratie und die demokratische Entwicklung in Westafrika, wenn nicht sogar für ganz Afrika. Ich danke Mariya Gabriel, dem Team und natürlich auch unserer Parlamentsdelegation für die Arbeit, die geleistet wurde.

Die Bevölkerung in Gabun hat die EU-Mission sehr wohlwollend und positiv aufgenommen. Wo immer wir hingingen, sind wir sogar freudig empfangen worden, mit Klatschen, dass die EU da ist und diese Wahl beobachtet. Und natürlich war die Öffentlichkeit interessiert an unseren Schlussfolgerungen, daran, was wir gesehen haben.

Nun kann man sagen: Der Wahltag selbst ist nicht so kritisch, aber die Wochen vor der Wahl und die Tage nach der Wahl. In Gabun hat sich nochmal gezeigt, dass es keine fairen Bedingungen gibt für solche Wahlen zwischen einem Bewerber, der aus der Regierung kommt, und einer Oppositionsbewerbung. Die öffentlichen Medien waren völlig ungleich verteilt, was die Berichterstattung über den Präsidenten und über den Oppositionskandidaten anging. Und über die Finanzierung der Wahlkämpfe braucht man gar nicht viel zu sagen. Da wird auch immer wieder Staatsgeld für die Wahlkampagne eingesetzt.

Am Wahltag haben wir sehr oft gemerkt, dass das Wahlregister nicht in Ordnung ist und nicht klar war, wer denn wahlberechtigt ist. Es war wirklich eine Ironie, dass man mit der Krankenkassenkarte wählen konnte, aber mit dem vorläufigen Personalausweis nicht, obwohl seit 2013 keine neuen Personalausweise mehr ausgestellt wurden.

Sehr besorgniserregend – ich kann mich dem anschließen – ist die Auszählung der Stimmen. Diese Intransparenz bei der Zentralisierung der Wahl spricht ja Bände, und das, was da in der Provinz Ogooué stattgefunden hat, ist so unglaubwürdig wie nur was.

Also, liebe Frau Hohe Vertreterin, Frau Mogherini, Gabun braucht die EU, und Sie haben es gesagt: Zusammen mit der Afrikanischen Union müssen wir hoffen, dass das friedlich läuft, dass der Prozess zu Ende geht und dass wir dem Land helfen, doch die nächste Etappe zur Demokratie zu bewältigen.

Marek Jurek, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! W Gabonie byliśmy świadkami tego, jak bardzo ta młoda demokracja – dlatego że to jest kraj, który ma ledwie dwadzieścia lat rządów demokratycznych – pragnie korzystać z pełni swoich praw obywatelskich. Społeczeństwu Gabonu nie można w żadnym wypadku odmówić zaangażowania, przejęcia wyborami, poczucia odpowiedzialności za to, co one oznaczają. Natomiast demokracja to są oczywiście decyzje większości, ale uczciwa debata musi poprzedzać te decyzje. W Gabonie potrzeba dzisiaj dwóch rzeczy: po pierwsze, pokoju społecznego, o co wielokrotnie tutaj apelowano, po drugie, rozwoju społeczeństwa obywatelskiego. Spotkaliśmy tam nie tylko dwóch głównych kandydatów, ale również ludzi, którzy z takim przejęciem mówili o potrzebie tego rozwoju, jak na przykład doktor Bruno Ben Moubamba. Powinniśmy im w tym pomóc. Ja w tym miejscu chcę szczególnie podziękować Mariyi Gabriel za jej pracę, za jej obecność, bo na pewno wielotygodniowa praca jej i jej ekipy pomogła w przeprowadzeniu tych wyborów i pomaga w dążeniu do ustalenia ich uczciwego wyniku.

Pavel Telička, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I am happy to share the appreciation of the work of the monitoring mission, although I am the first one speaking here today that was not a part of it. But I think that we have managed to monitor the work of the mission and I think that I can only praise the work.

The Bongo family has been in power from 1967. This is not something specific to Gabon, it is something that we have seen throughout Africa in recent decades. The very fact that we have these illegitimate leaders, whether it is Gabon or any other country, logically in a country where there is a certain civil society this creates civil unrest. That is where the roots lie.

You have outlined the points Madam President, I was approaching the more or less the same ones, but from a different angle. The first point that I would like to highlight is that if the mission came to the conclusion that there were obvious abnormalities then we have to insist that the electoral commission publishes the results. The second issue is that this has to be recalculated, and I do appreciate the support that you are also giving to the efforts vis-à-vis the court, and I very much hope that the findings will be objective, transparent and independent. The third point – and the key point – I would like to underline is, and maybe I am just an observer getting it wrong, but it seems to me while the African Union does play a role, we see that the mediators' mission has been postponed, and honestly I would have expected the African Union to be much more vocal and much more engaged.

Bearing in mind and coming back to what I said at the very beginning, this is not just a problem for Gabon but something that we see more or less every year or every couple of years copy. There is a significant role to play for the African Union and it is also a task for us to 'motivate' the African Union. I would also like to wish Members good luck in all their efforts and to thank them for their points and for addressing the issue.

Jean-Luc Mélenchon, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, mes chers collègues, s'il est bien normal que les organisations panafricaines et régionales soient en première ligne au Gabon, il n'empêche que l'Union européenne ne peut en rester là où elle en est.

Nous sommes capables de dire la taille des mailles d'un filet de pêche et de la faire respecter en Afrique et nous ne serions pas capables de dire ce qu'est une élection honnête? Et à la fin, dans un souci d'apaisement, nous mettrions sur le même plan les tricheurs et ceux qui font l'objet de ces tricheries et qui en sont victimes?

De la même manière, nous mettrions tout le monde sur le même plan, en appelant à la paix, alors que les violences sont le fait exclusif du gouvernement en place contre les partisans de M. Jean Ping? Il faut exiger que cessent immédiatement ces violences-là, en les nommant.

Ce que je veux dire c'est que le décompte, le nouveau décompte des bulletins ne peut pas être simplement renvoyé à la Cour constitutionnelle, dont il est d'ores et déjà prouvé qu'elle est de parti pris et malveillante. Il faut que ce soit une organisation internationale, et l'Union européenne a le pouvoir de demander que ce soit l'ONU ou l'OUA qui s'en assure.

Mes chers collègues, M. Gbagbo a été uniquement envoyé au TPI alors qu'il demandait un recomptage, et on laisserait M. Bongo nous le refuser en usant de violence sans rien dire?

Mieux vaudrait que M. Gbagbo soit libéré et M. Bongo jugulé.

Michèle Rivasi, *au nom du groupe Verts/ALE.* – Monsieur le Président, Madame la Haute représentante, chers collègues, il est vrai que la situation politique au Gabon est très préoccupante, chaque candidat restant campé sur ses positions au risque que la situation dégénère en guerre civile. Il faut à tout prix empêcher l'escalade de la violence.

Ici même, à Bruxelles, j'avais reçu M. Jean Ping qui, déjà à l'époque, craignait cette situation. J'avais pris l'initiative de faire adresser un courrier officiel à Ali Bongo, pour qu'il y ait une mission d'observation dépêchée par l'Union européenne. Je suis ravie que ce soit notre collègue Mariya Gabriel, forte de son expérience en la matière en République démocratique du Congo, qui l'ait dirigée.

Mais entre l'absence de listes électorales affichées devant les bureaux de vote, les défaillances au niveau du contrôle de l'encre indélébile, l'authentification des bulletins de vote et l'usage de scellés des urnes dépourvus de numéro d'identification, il y a beaucoup à redire sur la tenue des élections.

Nous devons donc soutenir le travail de cette mission d'observation et ses demandes de transparence et, plus précisément, la nécessité de publier les résultats bureau de vote par bureau de vote, comme vous l'avez indiqué.

La saisine de la Cour constitutionnelle par Jean Ping visant un recomptage des voix pourrait être une porte vers la sortie de crise, mais elle risque aussi d'envenimer la situation puisque son jugement sera l'ultime recours possible. Et puisque la vie politique du Gabon est une histoire de famille, il est à craindre que le jugement rendu soit contesté pour la simple raison que la présidente du Conseil constitutionnel n'est autre que l'ancienne compagne du père d'Ali Bongo. Et ça, c'est un problème.

Aujourd'hui, nous devons à tout prix éviter la reproduction du précédent ivoirien, où la communauté internationale s'était octroyé le droit d'intervenir. C'est au Gabon et aux Gabonais qu'appartient leur destin. Il faut leur assurer notre soutien dans ce sens-là.

J'espère surtout que l'ensemble des États membres de l'Union européenne et l'Union africaine, comme vous l'avez souligné, se mobilisent, et il ne faut pas que ce soit la France qui s'ingère dans la vie politique gabonaise, parce que la France-Afrique a assez duré. Il est donc de notre responsabilité à tous d'assurer ce suivi.

Ignazio Corrao, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Alto commissario, io facevo parte della delegazione, quindi confermo quanto detto dal capodelegazione Jo Leinen riguardo all'accoglienza che ci è stata rivolta in Gabon. Questa accoglienza, secondo me, era l'accoglienza di chi riceveva per la prima volta una missione di osservazione elettorale e si aspettava dalla missione di osservazione elettorale la certezza che non ci fossero brogli, perché più che parlare di ripristinare la fiducia – perché la fiducia lì non c'era, anzi tutti ci dicevano che c'erano stati sicuramente dei brogli nelle elezioni precedenti – la nostra presenza ha avuto un'attenzione mediatica così alta proprio perché i gabonesi volevano, anzi vogliono da noi, perché la missione è ancora in corso, la certezza e il controllo della regolarità.

Purtroppo, il giorno dopo, appena sono stati pubblicati i risultati, questo tipo di speranza si è trasformata in una delusione. Quindi siamo ancora in tempo, attraverso la nostra missione, ma attraverso anche il dialogo con l'Unione africana, per cercare di ricomporre questa fiducia che davvero abbiamo notato da parte dei gabonesi e trasformarla in qualcosa di concreto, perché altrimenti io ritengo che sia molto difficile che i cittadini gabonesi possano pacificamente trovare una soluzione su questo risultato delle elezioni.

Louis Aliot, *au nom du groupe ENF.* – Monsieur le Président, mes chers collègues, la proclamation arbitraire de victoire par chacun des candidats fait suite à l'arbitraire des élections et modifications constitutionnelles dans d'autres pays voisins. Derrière ces manœuvres, les politiques et les grands groupes protègent leurs intérêts, mais les populations trinquent systématiquement.

Les violences sont inadmissibles et la présence d'observateurs européens n'a rien changé. Je suis d'ailleurs assez surpris, Madame Mogherini, de constater que les mêmes débordements et les mêmes violences survenus hier au Congo n'ont pas provoqué les mêmes réactions de la part de l'Union européenne et de la part de la France et d'autres pays.

Nul ici ne saurait contester les tricheries dont a fait l'objet cette élection présidentielle. Chaque camp a cherché à s'imposer par la fraude au détriment de la volonté souveraine du peuple gabonais. Ces manquements aux règles élémentaires de la démocratie illustrent la nécessité d'un nouvel élan au Gabon comme dans toute l'Afrique centrale, mais cet élan ne consiste pas à choisir le candidat à la place des Gabonais ou à tenter une déstabilisation du pays au profit d'intérêts étrangers ou marchands inavouables.

Attention au risque de la guerre civile! Le précédent rwandais doit nous conduire à une grande prudence. L'avenir du Gabon appartient aux Gabonais et à eux seuls. Au Gabon comme au Congo, la libération des prisonniers politiques est un préalable, et le respect de l'opposition une garantie.

J'invite les Européens à être attentifs aux manœuvres politiques en cours, afin que le feu qui couve ne se transforme pas en brasier. La stabilité de l'Europe est étroitement liée à la stabilité du continent africain.

Președinte: ADINA-IOANA VĂLEAN

Vicepreședinte

Cristian Dan Preda (PPE). – Madame la Présidente, tout d'abord, permettez-moi de féliciter Mariya Gabriel, qui a dirigé la mission d'observation de l'Union, et Jo Leinen, qui a été à la tête de la mission de notre Parlement. Mes collègues M. Mélenchon et M[me] Rivasi ont mentionné le cas de la Côte d'Ivoire. À ce propos, permettez-moi de dire que, selon moi, il s'agit d'un cas similaire. Il se trouve qu'en 2010, j'étais à la tête de la mission d'observation électorale quand M. Gbagbo refusait de quitter le pouvoir et c'est en fait la même idée: il tendait vers des résultats soviétiques dans sa région d'origine et voulait, à l'époque, annuler les résultats dans les départements où Alassane Ouattara avait gagné.

Le problème est justement celui de la contestation des résultats du scrutin. Au lieu d'apaiser les esprits, au lieu de calmer l'atmosphère politique, les élections donnent lieu à des crises politiques. Je trouve que le seul devoir que nous avons, c'est de continuer le travail mené par l'équipe dirigée par notre collègue Mariya Gabriel et de réclamer ce qu'on fait partout dans le monde, la publication des résultats bureau de vote par bureau de vote, pour que les citoyens, tout d'abord, puissent vérifier ce qui a été fait de leur vote et pour qu'ensuite, des observateurs indépendants, et notamment nos observateurs de la mission de l'Union, puissent avoir une vue d'ensemble des résultats et puissent en faire la synthèse. Seul le calcul précis des voix apaisera les esprits; à défaut, les violences, les pillages et la crise qui s'apaisait continueront de plus belle.

Certes, il y a aussi un problème de famille parce que M. Ping lui-même est membre du clan Bongo. Ce n'est pas quelqu'un d'autre, ce n'est pas un opposant de l'extérieur.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D). – Madame la Présidente, j'ai eu le privilège d'être membre de la délégation du Parlement européen au sein de la mission d'observation électorale de l'Union européenne.

L'élan extraordinaire qui accompagné les élections dans ce pays a représenté un signe d'espoir immense pour le peuple gabonais, qui en se rendant aux urnes, a demandé des institutions démocratiques, a exigé des débats politiques libres et a invoqué aussi l'alternance au pouvoir.

Ces élections ont été une occasion manquée pour la classe dirigeante gabonaise de prouver à l'ensemble du continent africain et à toute la communauté internationale qu'elle est en mesure d'organiser une élection transparente et de faire preuve de la plus grande responsabilité dans tout le processus électoral.

Dans une démocratie, il est nécessaire de garantir aux partis d'opposition la possibilité d'élaborer et de proposer en toute autonomie et sérénité, leur propre projet politique dans la plus grande, la plus pure tradition de l'adversité politique.

Or, quelques semaines après ce vote, nous exprimons notre grande déception vis-à-vis du manque de transparence dans la gestion du processus électoral qui a particulièrement visé les modes de financement des partis et de la campagne électorale ainsi que le contrôle de toutes les informations vitales, telles que la liste électorale et la liste des centres de votes.

À cela s'ajoute aussi une couverture médiatique excessive au profit du président sortant et l'absence de confiance des candidats de l'opposition et d'une partie de la société civile envers des organes responsables de l'administration des élections.

Nous dénonçons avec véhémence la perte de vies humaines et toutes les formes de violence qui ont suivi la publication des résultats provisoires, et sont encore en cours. Je demande donc que ces violences cessent.

Des incidents qui reflètent justement un manque de transparence dans la gestion du processus électoral, ainsi que les répressions violentes des manifestants par les forces de sécurité, tout cela contribue fortement à diminuer la confiance des électeurs et des parties prenantes.

Jusqu'à la conclusion du processus électoral, la mission d'observation électorale de l'Union européenne continuera à observer toutes les étapes, notamment le contentieux électoral, en ligne avec le protocole signé avec le gouvernement.

Je demande au Président Ali Bongo d'honorer l'Afrique et d'honorer aussi son peuple en renonçant à la présidence en raison du manque de transparence de tout le processus. Quant au peuple gabonais, il peut compter sur l'effort inconditionnel du Parlement européen pour rester à ses côtés.

Joachim Zeller (PPE). – Frau Präsidentin, Hohe Vertreterin! Wir sprechen in letzter Zeit oft über Ursachen, die Menschen zur Flucht aus ihren Heimatländern zwingen. Ich befürchte, dass wir bald ein neues Land in die Liste der Länder aufnehmen müssen, aus denen Menschen fliehen – das ist Gabun. Nur zwingen nicht Hunger, Klimawandel oder Dürre die Menschen zur Flucht, sondern ein Präsident und seine Helfershelfer, die nicht bereit sind, dem auf demokratischem Weg geäußerten Willen des Volkes von Gabun zu folgen, nämlich abzutreten und den Weg freizumachen für einen demokratischen Wandel im Land. Nein, sie gehen gewaltsam gegen die Opposition vor.

Gabun gehört zu den reicheren Ländern Afrikas mit einem Bruttonationalprodukt pro Kopf, das viel höher ist als zum Beispiel das von Bulgarien. Trotzdem leben mehr als zwei Drittel der Bevölkerung noch in äußerster Armut, weil die Familie des Präsidenten Bongo seit Jahrzehnten die Reichtümer des Landes für sich nutzt und Milliarden an Deviseneinnahmen ins Ausland schafft, übrigens auch in Mitgliedstaaten der EU.

Die Menschen in Gabun haben uns bei der Wahlbeobachtung freudig begrüßt – das haben einige meiner Kollegen schon gesagt. Sie hofften, dass die Wahl frei und fair verlaufen werde. Wir sind es den Bürgern Gabuns einfach schuldig, dass wir ihr Vertrauen rechtfertigen und mit allen politischen Mitteln darauf dringen, dass dem demokratisch geäußerten Willen des Volkes von Gabun gefolgt wird, notfalls auch mit Sanktionen.

Zu bedauern ist, dass die Afrikanische Union ausgerechnet den Präsidenten des Tschad, Idriss Déby, zum Vermittler in Gabun einsetzt. Er ist nicht gerade ein Zeuge für gerechte und freie Wahlen in seinem eigenen Land.

Eduard Kukan (PPE). – Madam President, it is with great regret that we follow the news of the post-electoral violence in Gabon. It should be reiterated that all political leaders have their responsibility in Gabon to maintain peace in the post-electoral environment. The EU is ready to contribute to this process.

No electoral process is completed without transparent post-electoral mechanisms. Transparency is one of the fundamental principles of free, fair and competitive elections, and must also be ensured in the days after the election day. In the case of Gabon, this needed to be ensured by publishing the results of the voting stations and by a transparent appeal process. This also applies to the current complaint procedures at the constitutional court. I am sure that our observation mission, which operates under the highest international standards, will continue to observe the situation and we can rely on their report and recommendations.

Catch-the-eye procedure

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία πρόεδρε, η πρόσφατη ανακοίνωση της επανεκλογής του Προέδρου Αλί Μπονγκό για μια τρίτη θητεία στην Γκαμπόν ήταν η αιτία για να προκληθούν βίαια επεισόδια στη χώρα με τουλάχιστον χίλιες εκατό συλλήψεις και τρεις θανάτους Παράλληλα, η αντιπολίτευση, αμφισβητώντας τα εκλογικά αποτελέσματα, ζήτησε την επανακαταμέτρηση των ψήφων χωρίς ωστόσο να γίνει δεκτό το αίτημά της.

Επιπλέον, παρά το γεγονός ότι η Γκαμπόν θεωρείται η χώρα με τον υψηλότερο δείκτη ανάπτυξης στην υποσαχάρια Αφρική, δεν είναι η πρώτη φορά που παρατηρούνται τέτοιες συγκρούσεις Συγκεκριμένα, αντίστοιχα επεισόδια είχαν λάβει χώρα στην Γκαμπόν και το 2009, αμέσως μετά την ανακοίνωση των εκλογικών αποτελεσμάτων. Επομένως, απέναντι στην έκρυθμη μετεκλογική κατάσταση που επικρατεί στη χώρα, η Ένωση θα πρέπει να συμβάλει στην αποκατάσταση της δημοκρατικής ομαλότητας στην Γκαμπόν, στην τήρηση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, και στον σεβασμό των δημοκρατικών ελευθεριών.

(End of catch-the-eye procedure)

Federica Mogherini, *Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Madam President, I would like to say that, for once, I think we are all very much united, first of all in understanding and supporting the role that we have. Sometimes we forget it. Sometimes we focus on our own limits or divisions – and, for sure, we have both limits and divisions – but when we look at the work the European Union does from the outside, with the eyes of the citizens of Gabon who were welcoming our mission, we recognise how relevant our work is, how important our values are, how powerful our instruments are, and how much expectation as well as how much change we can bring to peoples' and countries' lives. Maybe it is also useful to remind ourselves about this when we debate our own internal affairs back home.

I would like to sum up, so it is not really a reply, it is more a sharing, I think – thanking very much first of all Mariya Gabriel for her work, all the colleagues here who expressed common views on the situation, and also the European Parliament as a whole for its important role. I have to admit that sometimes we forget how important our EU missions are on the ground. This is really a key part of our common work that I appreciate very much.

On the situation, I have seen that our analysis coincides. These coming days, I agree, are crucial, especially in relation to the process ongoing at the Constitutional Court. We will look at what is happening and follow and monitor the situation in these critical hours and days extremely carefully, and I know that you will do the same. I believe that this will have an impact: it will be important for the people of Gabon to know that this House is following developments with such attention and that we are committed to continuing to follow this in a very careful way.

We all share a common interests in finding a rapid, peaceful and just solution to this post-electoral crisis, as all of you mentioned, and we will ensure continued full support for our mission still on the ground. Thank you also for reminding us that we still have staff on the ground who need to continue their work in proper conditions, and we need to guarantee that – not only but especially – on the ground. So we will keep monitoring the situation in every dimension and I am sure you will do so too.

It is going to be very important that we keep each other in line and updated and continue to exchange, as we have done all over these difficult weeks in a very good way.

Let me express once again our full appreciation for Parliament's role in this respect, your leadership and capacity to lead a difficult mission. Also, a last point: some of you mentioned the role that is, or should be, there for the African Union. I have said, and I will reiterate, that there is plenty of scope for the African Union to play a leading role in Africa. It is not an easy one but it is an important one, and our role there is to support the African Union in this respect, and also to support the African Union and the African Union countries in the difficult task of upholding the principles that they have set for themselves. Sometimes, as we know well, it is a challenging exercise, but I am sure that the African Union and its Member States have the means to live up to the expectations of their own people.

President. – The debate is closed.

12. Gipfel hochrangiger Vertreter der VN zum Thema „Große Flüchtlings- und Migrantenströme“ (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the statement by the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy on the UN High-level Summit on addressing large movements of refugees and migrants (2016/2878(RSP)).

Federica Mogherini, *VPC/HR*. – Madam President, first of all, thank you for this debate. I know that you are always surprised to have a ‘thank you for this debate’, but I really think that it is important that we have issues on the agenda regularly and I have always noticed that the European Parliament has kept a constant focus on migration. I am sure you will remember this very well: just two years ago, migration was very low on our common European agenda, both here in Europe and globally, and this year it will be one of, or maybe the, central issue of the UN General Assembly.

So let me say, maybe it’s stating the obvious today, but looking backwards, it was not obvious at that time. There is a new global awareness and an understanding that migration can only be dealt with as a global issue. It is not an issue for one country or another, it is a global issue that needs a global response. And this is happening, this new global awareness, also because there is a new European awareness. We came a bit late, but we got there. So for sure this is linked to the magnitude of the phenomenon that touched the European continent, but I would say that finally we woke up to the ‘new normal’ of global migratory trends and in the last months I believe we have shaped an adequate external policy to manage this complex phenomenon on a global level.

So our approach is feeding into the global approach in the last months in quite a significant way. Our work in the European Union, especially on our external site, is becoming in these months, in these weeks, a point of reference for the global community. And again if I look back and think that when I took office less than two years ago migration was not even an issue or a topic for the Foreign Affairs Council, we have come quite a long way.

Today, we have some – some – elements of our policy that are points of reference for the global response, to the need to manage together the migratory flows. Operation Sophia has been repeatedly endorsed by the United Nations Security Council resolutions. The same concept of migration compacts or migration partnerships that we have started last June is reflected in and will be central to our discussions next week in New York in the General Assembly ministerial week.

The declaration for refugees and migrants that we will adopt in New York is consistent with many of the actions we are currently putting in place – currently and finally I would say, putting in place. The declaration sets out an immediate comprehensive refugee response framework, which should lead to a global compact for refugees. This parallel of global compacts with our compacts, our partnerships, I believe are the result of European thinking that was somehow contaminated by, and contaminated itself, the global thinking in quite a relevant way. In parallel it outlines the process towards a truly global management of migrations with a future compact for safe, regular and orderly migration.

So the logic is to look beyond the current ‘refugee crisis’ as we have called it in the last year, realising that this is not only something that is happening here and now in our region, but is, as I said, the new normal of global trends. We have to look beyond this crisis approach. We even need to look beyond the other refugee crises happening in other parts of the world, with countries such as Ethiopia or Kenya hosting huge numbers of displaced people.

Migration will stay with us, and this is I know something that some of you in this room, and some of our citizens, do not like to hear, but this is a simple reality of today’s world. In a world of 7 billion people with rising inequalities, with dramatically diverse demographic trends, migration is the new normal; and if properly managed, let me remind you of something that is also some of you might not like to hear, and some of our citizens might not like to hear, but if properly managed it can bring about great opportunities for those who leave, for those who stay and for those who welcome.

And we need to face also with a certain realism our own European demographic trends and realise that we need and we will continue to need migration. So it is not something we need to stop, it is something we need to manage, and manage properly in an orderly way, in a way that is respectful of human rights and can become mutually beneficial.

So this is not simply about how we manage our frontiers. This is something that touches on many different other aspects, much more in-depth. We need investments, first of all, and both on refugees and on the wider issue of migration our Union is finally investing new resources in innovative ways – and I will come to that in a moment.

But I want to be very clear. I started with things I am proud of, the things that we are bringing to the global stage, our concept of partnerships, of compacts, or investment. In our response to the refugee crisis and the migratory phenomenon there is also a lot I am really not proud of, and I will be also clear about that. I am not proud of the hate campaign we have seen around Europe, I am not proud of the walls. I am not proud of discriminations based on race or religion. And we have to be clear also on that if we want to be credible on the global scene.

I believe many were caught by surprise when the refugee crisis arrived in Europe to such an extent. I understand that many are scared. But we have also shown that we can manage both the emergency and the long-term challenge.

So to go back to the things I'm proud of, because I believe that in these times we need a bit to focus also on what we're good at: I'm proud of the unity we have shown in creating and running together Operation Sophia. I'm proud of the lives we've saved. I'm proud that we've mobilised incredible resources, especially to build schools and hospitals but especially on education for refugees. I'm proud that we're finding innovative tools, from debit cards to the migration compacts, to help millions of refugees in Turkey, Jordan and Lebanon.

And the same goes for our long-term approach. This is something I'm finally proud of. The world is changing fast and we couldn't just stick to the old way of doing things. So we've started to change the way of doing our things. I know that most of the debate around this has been focused, in our Member States in particular, on the issue of returns and readmissions, and that is indeed part of our policies. But readmission, obviously, is important to move towards a better system for human mobility, to make it sustainable, providing better channels for legal migration, and discouraging or preventing dangerous travels through the desert or at sea.

I remember we had a very heated exchange here in this Chamber a couple of months ago about this, and I always recall that I witnessed myself first-hand the great work we do in countries like Ethiopia for the reintegration of women who were reduced to slavery after they fled their home country. So this is something we always have to keep in mind, and something I'm proud of.

But as I said, readmissions are only one part of our approach, and I would say maybe not the fundamental one. Because if anyone believes that we can solve the issue of migration by sending everyone back, that person needs a reality check and would be proven to be wrong. We need to work hard within the countries of origin and to look beyond the short term.

As I said, readmissions and returns are an important part of our policy, but it is only one part. We need to look at the causes of the huge migratory movements we're facing in the world, and we need to tackle them where they are. This is the reason why we are investing in a new approach based on partnership.

As I see our African friends are now truly willing to engage with us and to take responsibility, with a new true commitment to a common shared approach to manage migration properly and together, we're opening somehow a new chapter, I think, based on partnership. And this is not happening without a reason. There is this global awareness shaping up between those who understand that migration is there to stay and has to be managed together. And this is the new global context we are living in. This new global context also requires from our side creativity, respect and the ability to bring about new instruments.

Public resources alone will never be sufficient, in an era of harder financial constraints even more so, but our funds can help mobilise private investors and international institutions towards shared strategic goals, and this is the core idea behind our new External Investment Plan which we have just established today. European firms are already employing hundreds of thousands of people, in Africa but also in our neighbouring countries, generating wealth both in those continents, in those countries, and here at home. But to expand business or to move into a new country, often a very difficult one, they need security and protection from risks, be it financial, legal or due to instability. So we can provide them with a guarantee, and this is what the new investment plan will do. We are getting to establish new tools for dealing with an unprecedented challenge, we are changing our mind-sets, and this is quite difficult to do but finally I believe we might get there. We're building new partnerships beyond the traditional fault lines, beyond a donor-recipient mentality, beyond the traditional divide between public and private, and even beyond the North and South divide, because we are together in this, so that's why the partnership approach is so crucial.

Ultimately we are calling for a global partnership to deal with migration, and the UN summit will be an important step in this direction. This can be the beginning of a new path, also for the UN approach to migration and refugees. But for the first time in history, 193 countries will gather together and commit to a common approach to migration. And this is already a major achievement, determined also, I would say mainly through the contribution of the European Union.

Now we will need to ensure that intentions are turned into actions, and that our European Union process feeds into a global engagement to shape up the world's migration system. We do count also on Parliament to make this a reality, and to continue engaging with us on the follow-up to the UN summit in New York. It is an opportunity, it is an opportunity that Europeans cannot miss, and Europe can and must lead the process, also following up the UN summit in New York towards a global partnership on migration.

But let me stress here again, we can play this key role on the international, global level on creating this new global compact for migration, first if we are consistent internally, second if we are united in this approach. And here comes also the role of Parliament. I believe that no matter if you come from the right or the left, from Portugal or Finland, or from the far East or the far West of the European Union, we all share an interest to make migration managed, properly managed and sustainable, and to invest in our neighbours' development, and when I say neighbours I include the whole continent of Africa which is our neighbour. So I really count on your support. But more than that, let me say, I count on your work. And I especially look forward to reading your report to move towards a system for human mobility that is fit for the 21st century.

(Applause)

Mariya Gabriel, *au nom du groupe PPE.* – Madame la Présidente, Madame la Haute représentante, chers collègues, permettez-moi d'en venir directement au fond du sujet, au-delà de l'importance même de la convocation de ce sommet.

Je souhaite souligner certains aspects sur lesquels l'Union européenne devrait insister lors du sommet. Premier point, l'aide internationale doit être renforcée pour les communautés d'accueil. Cet engagement du sommet devra se concrétiser au plus vite et à un niveau suffisant dans la crise actuelle des réfugiés syriens.

Deuxièmement, je me réjouis qu'une place importante soit faite aux femmes réfugiées non seulement en tant que personnes vulnérables, mais aussi en tant que porteuses de changement et d'avenir. Favoriser l'autonomisation des femmes, c'est investir dans la reconstruction et la stabilisation du pays d'origine.

Ensuite, je trouve encourageant que la gestion des frontières et le démantèlement des réseaux criminels de trafic des migrants soient pris au sérieux. Il nous faut mécanisme clair pour la coopération entre les pays d'origine, de transit et de destination. Renseignements et analyse des routes, contrôle des frontières et perspectives d'avenir pour les migrants sont trois éléments clés pour promouvoir l'immigration sûre, fluide et régulière.

Quatrième remarque: le document du sommet doit être renforcé concernant les causes profondes et l'anticipation des mouvements. Je pense notamment à la prévention des conflits et aux effets du changement climatique sur les mouvements de personnes.

Enfin, le projet de document reconnaît les initiatives régionales existantes telles que les processus de Rabat et de Khartoum et le plan d'action de La Valette. L'UE doit s'assurer qu'effectivement ces initiatives seront pleinement prises en compte au niveau global et un calendrier clair assorti pour la mise en œuvre sera le bienvenu.

Elena Valenciano, *en nombre del Grupo S&D.* – Señora Presidenta, muchas gracias, señora Alta Representante. Tal y como se afirma en la declaración, que será aprobada en Nueva York, los fenómenos migratorios no son nuevos, han existido a lo largo de toda la historia y, por cierto, han sido un elemento imprescindible en el progreso humano.

Es cierto que hoy el mundo vive un momento extraordinario y por eso mismo tenemos que responder con acciones extraordinarias, como esta Cumbre de las Naciones Unidas, que debe ser una cita histórica para que estemos a la altura de las circunstancias y necesidades actuales y, tal vez, a la altura de la respuesta que se dio hace más de seis décadas, cuando la comunidad internacional supo firmar la Convención sobre el Estatuto de los Refugiados, crear el ACNUR, crear la Organización Internacional para las Migraciones.

Pero quiero subrayar la necesidad de que esto se aborde desde una perspectiva humana. Parece mentira que haya que recordarlo, pero así es. Humana, que sitúe la protección de los derechos humanos en el centro de su acción, sin que importe el estatus personal: los migrantes, los refugiados son seres humanos, eso es lo que son. Y la Unión Europea, como decía la Alta Representante, debe jugar un papel de liderazgo.

Tal vez seríamos más visibles si diéramos mejor ejemplo con nuestras prácticas, si cumpliéramos con la palabra dada y con nuestras propias normas. Pero sabemos también dónde está el verdadero problema y sabemos de los esfuerzos de la Comisión y de la Alta Representante.

El verdadero problema de esta Unión, que se está resquebrajando, es la acción insolidaria de muchísimos Gobiernos de los Estados miembros, descoordinada, miope y muchas veces desleal. Esto tenemos que resolverlo dentro.

La cita en Nueva York, el 19 de septiembre, y la Cumbre del día después con el Presidente Obama deben marcar un antes y un después. Deben ser el inicio de una respuesta global a un fenómeno que es global, el de la movilidad humana —de eso hablamos, de la movilidad humana—, que, por el bien de todos, debemos ordenar, respetar y gestionar de forma solidaria para ser todos más dignos.

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, last year over a million people arrived on the shores of Europe from Africa, the Middle East and beyond, an unprecedented figure that has focused the debate. This can lead some to view this as an isolated and regional phenomenon rather than a global issue, but we only have to look at Jordan and Lebanon to realise that mass movements are occurring across the globe.

It is a mistake, however, to believe that the patterns, motivations and effects are always the same. As has always been the case throughout human history, military conflicts of course make individuals flee for safety just as horrible regimes encourage those to escape persecution.

But seeking better employment and economic prospects is also no less of a natural motivation to move elsewhere. However, as poverty levels decrease across the world, the financial means for more and more people in the developing world to do this increases.

In my view, the 1951 UN Convention on Refugees is no longer adequate or fit for purposes. In my opinion, we need to accommodate this emerging phenomenon, particularly in a world of mass communications and accentuated wealth disparity, by looking at the Convention again. It is therefore imperative for the UN Summit to look at this, in addition to state building, sustainable development and conflict prevention.

Cecilia Wikström, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, according to the UNHCR, more than 85% of the 60 million refugees in the world live in developing countries. That should be kept in mind when we are discussing the 1.5 million refugees who made it last year to this continent. Migration is a global issue and therefore I am very happy that the United Nations has now decided to call for the summit next week. I am personally happy to lead the LIBE delegation there. I look forward to working closely with the Commission and European players in ensuring its success.

Europe has a proud history of granting asylum and defending the fundamental rights of migrants. During these last years, however, we have seen how rising tides of xenophobia and populism have also had a detrimental effect on the European debate. We have unfortunately seen how principles of asylum law, such as the respect of non-refoulement, the right to family reunification and the right to apply for asylum have come under pressure in the European Union as well. During the summit I hope that we can once again unite around the principles of humanity and tolerance that were the basis for the creation of the Geneva Convention and other international standards for the protection of refugees.

We must also be much better at tackling the root causes that force people to flee in the first place. But, as long as there are human beings who need protection, those of us who are lucky enough to live in places that people flee to rather than from, need to take our responsibilities seriously. Again I encourage all of us in the global approach to migration and I am happy that we are, as a delegation, participating in the UN summit.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Képviselő Asszony, Ön említette, hogy örül, hogy részese lehet ennek a delegációnak. 19-ig azért nagyon-nagyon kevés idő van. És azt is említette persze, hogy itt az Európai Unió tagországain belül sem egyértelmű a kérdéshez való hozzáállás, de – és ez egy őszinte kérdés – mit fog Ön válaszolni egy olyan kérdésre, hogy jó-jó, vannak tagországi kormányok, amelyek csúnyán viselkednek, de mit tesz a többi tagállam e renitens tagállamokkal szemben?

Cecilia Wikström (ALDE), *blue-card answer*. – I would respond that we are in the process, it is work in progress that we are now trying to shape up a good policy for migration and refugees, where every Member State has to take its part of the responsibility. I am personally the rapporteur for the Dublin Regulation that is under reform at this moment, and I am happy to convey a message that Europe prevails, a humanitarian continent, a humanitarian Union, and that the good principles still do prevail even if they are challenged from time to time.

Marie-Christine Vergiat, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Madame la Présidente, ce sommet de l'ONU est effectivement un sommet d'espoir. Depuis des mois, l'ONU et ses différentes instances alertent sur la situation des migrants, et le moins que l'on puisse dire, c'est que les États les plus riches du monde ne sont pas à la hauteur.

Le nombre de réfugiés, plus encore de déplacés, atteint des chiffres inégalés. Parmi eux, un nombre insupportable d'enfants. Cinquante millions, selon l'Unicef, ont fui guerre, conflits internes, misère, changement climatique et, plus largement, environnementaux, car la main de l'homme est souvent derrière nombres de catastrophes naturelles.

Les États membres répondent par toujours plus de demandes de contrôles aux frontières et de chasse aux migrants dits économiques alors que la frontière entre réfugiés et migrants est de plus en plus difficile à établir et que la migration légale vers l'Union européenne diminue. L'année dernière, un million de personnes, dont plus d'un tiers d'enfants, ont traversé la Méditerranée, 0,2 % de de la population européenne contre 20 % au Liban par exemple.

Madame la Haute représentante, même le mécanisme de relocalisation ne marche pas, moins de 5 000 personnes accueillies en un an, pour 160 000 annoncées. À ce rythme-là, il faudra plus de 30 ans pour atteindre l'objectif fixé pour 2 ans – qui est loin d'être à la hauteur des besoins – et il y aura en fin d'année plus de morts en Méditerranée que l'année dernière.

Je n'ai pas le temps de parler des conséquences des mobilisations de toutes les politiques extérieures de l'Union, des accords de partenariat économique, du Fonds européen de développement utilisé pour l'externalisation de la gestion des frontières, y compris avec les pires dictatures, notamment de la Corne de l'Afrique. Un exemple: 50 Soudanais renvoyés récemment d'Italie directement vers le Soudan.

L'ONU appelle à la responsabilité et à la solidarité. L'Union européenne doit veiller à ce que ses États membres passent à des actions qui soient réellement conformes aux besoins mondiaux, notamment en Afrique où, je le rappelle, 85 % des migrations sont intra-africaines.

Bodil Valero, *för Verts/ALE-gruppen*. – Fru talman! Jag hade hoppats att vi hade haft både en debatt och en resolution idag eller under veckan, så att vi också kunde ge vår input till FN-mötet här från parlamentet. Men en debatt är bättre än ingenting alls.

När de stora strömmarna flyktingar från krigets Syrien började anlända till Europa stod vi med byxorna nere. Det fanns ingen beredskap, och det visade sig också att vissa länder inte visade någon som helst solidaritet vare sig med flyktingarna eller med andra medlemsstater. Med dåligt beredda ad hoc-åtgärder försökte vi lösa akuta problem. Därför är FN-mötet så viktigt. Vi måste lösa denna fråga gemensamt.

Omkring 60 miljoner människor i världen befinner sig ju på flykt, inte bara från krig, utan även från fattigdom, politiskt förtryck, klimatpåverkan. Om vi inte på allvar tar itu med grundorsakerna, så kommer de bara att bli fler och fler.

De som flyr fattigdom är inte mindre värda än de som flyr krig, men de har inget rättsligt skydd. Det är dessa människor som medlemsstaterna nu snabbt vill skicka hem igen. Till fortsatt fattigdom, till fortsatt förtryck, till fortsatt torka. De kommer inte att försvinna bara för att vi väljer att ta emot bara de vi enligt Genève-konventionen måste ta emot. Risken är att vi skapar stora grupper papperslösa i Europa framöver och i världen.

De flesta lämnar faktiskt inte sina hem för att de vill utan för att de måste. Om vi menar allvar, måste vi börja med att hjälpa människor att slippa migrera när de inte vill det – både när det gäller dem som flyr fattigdom och dem som flyr krig.

James Carver, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, I am pleased that the UN General Assembly will shortly be debating the issue of migration and refugees, as this matter must be looked at from a truly global perspective.

There are many international laws and norms that clarify refugee rights, and these must be adhered to by all nations. Last summer's tragic waste of life could have been avoided if Chancellor Merkel had not made the reckless decision to open Germany, and thus the rest of the Schengen area, to all who could physically make it to its borders. As we know, the wave of people taking up this call also allowed for infiltration from terrorists opposed to Western values. President Erdoğan has used the migration crisis to pull the European Union's strings. Many concessions have been made, notably in visa liberalisation and Turkish EU accession talks. Opinion polls in Hungary show 70% to 80% opposition to this migration deal. The EU must learn to respect the opinions of such citizens or risk further fragmentation.

Now the UK is looking beyond the European Union, the need for mutual cooperation and cordial relations is nowhere more apparent than in affairs of migration and refugees. The UK, France and the Republic of Ireland must continue to cooperate effectively on our mutual borders and avoid any unnecessary and punitive restrictions on UK-EU travel arrangements.

Gerolf Annemans, *namens de ENF-Fractie*. – Ja, mevrouw de commissaris, staat u mij toe. Ik ben het niet met u eens. Als u zegt dat we immigratie nodig hebben, dan ben ik het niet met u eens. Stop alstublieft met de new speak en met het gebruik van het woord "vluchtelingen". Vanmorgen zijn in Sleeswijk-Holstein en Nedersaksen zogenaamde vluchtelingen uit hun vluchtelingenkamp gehaald, omdat het IS-terroristen bleken te zijn. Ook *Die Welt am Sonntag* heeft in het weekend in een reportage onthuld dat Irakezen en Syriërs met hun reiskoffer naar hun land terugreizen, hoewel ze hier als vluchteling geregistreerd zijn. Ik ben niet diegene die zegt dat alle immigranten terroristen zijn, maar houdt u alstublieft op met te zeggen dat het allemaal vluchtelingen zijn. Natuurlijk, u hebt dat morele sausje nodig: vluchtelingen, het redden van levens op zee en dergelijke meer. Maar het zou minder hypocriet en eerlijker van u zijn indien u gewoon de waarheid zou zeggen, namelijk: "Wij van de Europese Commissie hebben over de hoofden van u, Europese burgers, beslist een volksvervanging te organiseren. Wij hebben beslist dat u ongevraagd met een immigratie te maken krijgt, de grootste en de wildste immigratie en de massa-immigratie met de grootste impact uit de geschiedenis van dit continent." Dat zou u moeten zeggen. Daarvoor zou u de eerlijkheid moeten hebben en daartoe roep ik u op.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κυρία πρόεδρε, είναι τουλάχιστον θετικό το γεγονός ότι έχετε αρχίσει να παραδέχεστε ως πρόβλημα που χρειάζεται λύση τις μαζικές μετακινήσεις προσφύγων και λαθρομεταναστών. Ακούγαμε πολλούς πολιτικούς ηγέτες, ακόμα και μέσα σε αυτήν εδώ την αίθουσα, να λένε πως οι μετανάστες θα λύσουν το πρόβλημα της γήρανσης των λαών της Ευρώπης, πως θα συμβάλουν στην οικονομική μας ανάπτυξη. Θα θυμάστε και εσείς ασφαλώς τις στημένες γραφικές εκδηλώσεις με τα συνθήματα στη Γερμανία «καλώς ήρθατε πρόσφυγες». Τα αποτελέσματα των πρόσφατων εκλογών σε κάποιες ευρωπαϊκές χώρες μας δείχνουν πως οι λαοί έχουν διαφορετική άποψη από αυτήν που θα θέλατε να έχουν. Φοβισμένοι λοιπόν μην τυχόν χάσετε τις έδρες και τα προνόμιά σας, αρχίσατε πλέον να αντιμετωπίζετε την κατάσταση όπως πραγματικά είναι. Βασισμένοι σε ιδεολογικές εμμονές, προσπαθείτε να δώσετε μια προπαγανδιστική και όχι ανθρωπιστική λύση, ενώ στην πράξη συνεχίζεται η αθρόα και παράνομη προσέλευση απελπισμένων από κάθε γωνιά της υφηλίου.

Αρχικά, όσον αφορά τις πρόσφυγες, ο χαρακτηρισμός αυτός πρέπει να δίνεται σε όσους προβλέπεται αλλά να ισχύει μόνο στη χώρα υποδοχής. Να μη γίνονται χώρες, όπως η Ελλάδα και η Ιταλία, αποθήκες ανθρώπινων ψυχών. Ως χώρα υποδοχής δεν μπορεί να είναι άλλη από την πρώτη χώρα στην οποία εισέρχονται οι πρόσφυγες. Όλες οι χώρες πρέπει να συνεισφέρουν οικονομικά στα έξοδα που απαιτούνται ώστε να τους εξασφαλίζεται μια ανθρώπινη διαβίωση για όσον καιρό παραμένουν εκεί, και να ασκούν πολιτικές πιέσεις με σκοπό τον τερματισμό της κατάστασης που τους ανάγκασε να γίνουν πρόσφυγες. Όνειρο του κάθε πρόσφυγα είναι να επιστρέψει στην πατρίδα του. Οι οικονομικοί μετανάστες να μπορούν να έρχονται μόνο μετά από την εκδήλωση ενδιαφέροντος, οι δε παράνομοι θα πρέπει αμέσως να απελαύνονται πίσω στις χώρες τους. Εάν δεν σταματήσουν οι πόλεμοι και επιτρέπουμε στις μεγάλες εταιρείες να εκμεταλλεύονται απάνθρωπα τους λαούς των αναπτυσσόμενων χωρών δεν

θα μπορέσει ποτέ να υπάρξει πραγματική λύση.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, paní vysoká představitelko, já jsem si se zájmem poslechl Vaše vystoupení k tomuto bodu. Já jsem osobně velmi rád, že se koná takovýto summit, který má řešit příčiny migrace a nejenom důsledky a následná opatření. Zde, na půdě Evropského parlamentu, v zásadě pouze debatujeme o tom, jak řešit následky migračních vln, a to zkrátka je málo, protože následnými opatřeními migraci nikdy nevyřešíme, ani její toky nesnížíme.

Jsem přesvědčen, že klíčem má být práce se zeměmi, odkud migranti primárně přicházejí. Bude nutné mít cílené investice do těchto zemí, pomáhat lidem v zemích tak, aby neměli důvod k velkým migračním vlnám. Bude to velmi složité najít konkrétní podobu, zvláště když se podíváme třeba na dnešní dopolední jednání, byla zde debata o svěřeneckém fondu pro Afriku, kde zkrátka chybí peníze. Takže najít konkrétní řešení, jak pomoci zemím, odkud lidé migrují, to má být podle mne cílem Vašeho jednání na summitu.

Ana Gomes (S&D). – Senhora Presidente, a Cimeira das Nações Unidas sobre Refugiados e Migrantes será teste à cooperação para responder ao maior desafio global que enfrentamos: o de valer a milhões de pessoas forçadas a deixar os seus países em busca de proteção e dignidade.

Governos europeus - uns mais que outros - não têm estado à altura das suas obrigações morais e legais como membros da União Europeia. Refugiados e migrantes estão a sofrer às portas da Europa e em solo europeu horrendas violações dos direitos humanos, em especial mulheres e menores desacompanhados. Milhares entregam as suas vidas a redes de traficantes e de outra criminalidade organizada, que os nossos governos fazem prosperar ao recusar abrir vias legais e seguras para quem precisa de pedir asilo ou trabalho. Assim se põe em causa não apenas a credibilidade, mas, realmente, a própria segurança da Europa.

O processo de recolocação decidido pelo Conselho Europeu marca passo, só 3 000 de 160 000 pessoas foram reinstaladas. Há seis meses que um grupo de 470 Yazidis desespera perto de Idomeni, Grécia, por chegar a Portugal, que reitera poder recebê-los.

O pacto UE-Turquia fomenta a abertura de novas rotas de negócio para os traficantes e implica deportar pessoas impedidas sequer de pedir asilo ou reunificação familiar.

Como se não bastasse, a União quer replicar o modelo com regimes causadores da opressão e da miséria de que fogem refugiados e migrantes - como o da Etiópia que está a matar desbragadamente etíopes, Senhora Alta Representante, perante o silêncio cúmplice da União Europeia.

Construir muros, como anunciado em Calais, para além do desperdício de recursos, é ineficaz e vai contra tudo aquilo que a União Europeia representa.

Nathalie Griesbeck (ALDE). – Madame la Présidente, Madame la Haute représentante, ce sommet est une grande première, mais il ne doit pas rester lettre morte. Pour cela, la question clé est de réussir à en faire un véritable tournant face aux défis migratoires pour que cette approche, pour la première fois mondiale, permette de faire évoluer les dirigeants, évoluer les comportements, comme vous l'avez rappelé dans votre propos introductif.

Les dirigeants du monde y seront nombreux et, en même temps, ils refusent, pour la plupart, depuis des mois, l'accueil des réfugiés syriens, notamment en Europe. Ils refusent de participer à la relocalisation et à la réinstallation. Pour mémoire, en 2015, 8 500 personnes ont été réinstallées en Europe.

Il faut, Madame la Haute représentante, faire de ce sommet le pas important, le pas dont vous parliez, de cette approche globale et non le transformer en un bal des hypocrites, parce qu'il faut un message clair, des réponses concrètes, pour éviter que cela ne ressemble à une mascarade. Nous sommes nombreux à compter sur vous à New York.

Ska Keller (Verts/ALE). – Madam President, of course this summit will be a great opportunity to talk about resettlement, and resettlement is a good thing. It is something we should do and, of course, we should do it well. But I think it would be a mistake if we, the European Union, were to go to the summit and say 'Hey, we are doing great, you should do more!' because we should not forget that other regions of the world are carrying a much larger share of the responsibility. Think of poorer countries like Lebanon, think of countries like Pakistan that host a huge population of refugees, while we as Europeans, a rich continent with 500 million inhabitants, are not even able to host one million refugees – which I think is a big shame.

So we should not be finger-pointing, we should instead look at ourselves and see how can we do more and what can we do better, and I think there is a lot of room for improvement.

One of the issues that it would be good to reconsider is the fact that money is indeed needed, but that we need fresh money, not money already earmarked for certain projects that are not going to be done, or just calculated into the resettlement effort. We should be honest with ourselves here.

Kristina Winberg (EFDD). – Fru talman! Aldrig någonsin har vi skådat den folkvandring som nu sker till Europa. Försöken att stoppa den kommer inte att lyckas, eftersom ni har fel om grundorsaken till varför det sker nu. Det är ingen slump att en så stor del av migranterna tar sig till Sverige och Tyskland. Våra förmånliga bidragssystem, kombinerat med inkompetenta ledare, som utan att tänka sig för välkomnar hela världen till våra länder, har skapat denna kris.

Nu har vi i Europa istället hamnat i en situation där vi blir utpressade av Turkiet. Dessutom lägger vi fram idiotiska förslag om tvångsmekanismer samt tar bort medlemsstaternas rätt till självbestämmande kring invandringen. Ni pratar ständigt om solidaritet, men vi i Sverige vet vad er solidaritet innebär. Vi tar alltid hand om era problem i slutändan och betalar mest till EU-budgeten per invånare av alla.

Det är dags för er att börja tänka på de riktiga flyktingarna, på plats, utan att blanda ihop dem med ekonomiska migranter.

Mario Borghezio (ENF). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ci è voluta questa straordinaria crisi migratoria per aprire gli occhi e far aprire gli occhi all'Unione europea e decidere finalmente la politica che noi chiediamo da sempre, quella di aiutare questi popoli nei loro paesi e magari stroncare questo traffico immondo di esseri umani che si chiama l'immigrazione asservita ai grandi interessi.

Possiamo domandare domani al Dalai Lama cosa pensa dell'immigrazione, lo ha detto in dieci interviste: è sradicamento di popoli, quindi si può avere un'idea diversa dell'immigrazione senza essere né razzisti né xenofobi, perché il Dalai Lama non è né razzista né xenofobo, né è assimilabile a questi giudizi il documento importantissimo che in Italia tre presidenti delle regioni maggiormente toccate, tre regioni del Nord, hanno stilato – lo farò avere all'Alto rappresentante – che indica alcuni punti. È un documento equilibrato, che affronta in maniera laica, ma intelligente e costruttiva, l'emergenza immigrazione.

Bisogna riconoscere questo stato di emergenza, il fatto che lo sbarco dei clandestini attraverso le carrette del mare è un metodo sbagliato che serve solo ai trafficanti. Adesso scopriamo la tragedia dell'espianto di organi, una vergogna che dovrebbe essere combattuta militarmente dall'Europa, bisogna sostenere politiche di contrasto dei traffici e creare centri di raccolta, di identificazione e di assistenza anche in Africa.

Per essere contrari a questa immigrazione si ha diritto a non essere tacciati, come fra le righe ho sentito dal discorso della signora Mogherini, di essere il minimo di razzismo. Noi rifiutiamo questa cosa, che riteniamo indegna di una forza politica, indegna del nostro onore. Noi siamo contrari a questa immigrazione che significa traffico di carne umana, espianto di organi, traffici di mafia che voi non avete saputo combattere adeguatamente. Era ora che si cominciasse ad aiutare i popoli africani e non a servire gli interessi delle grandi banche e delle multinazionali. Era ora!

Linda McAvan (S&D). – Madam President, like colleagues here, I welcome this summit. It is a first, and let us hope it leads to some concrete results and that these two compacts will actually lead to change and to new players being brought into both humanitarian aid and development aid.

I think Ska Keller is right that we should go for a certain humility though. We do not have a perfect track record on refugee policy, and 86% of refugees live in the poorest countries on the planet, not in Europe. As you said, Ms Mogherini, it is only in recent years that we have begun to take this issue seriously, as refugees started landing on our shores. We were not particularly bothered until that point. But you have also spoken about the need for a long-term approach and I hope that is something we will take into account when we develop the appropriate instruments.

This morning we voted on the Africa Trust Fund in this Parliament, and the key message from our resolution is that we need to keep an eye on long-term development, on reducing poverty and reducing inequalities, on gender equality, tackling climate change and improving the lives and the economic and social well-being of people in the world's poorest countries.

We have got to be very careful not to divert funding into things like border controls or to use our development policy as a kind of carrot and stick, introducing a new kind of creeping conditionality into it, linked to returns and border controls. I think you get that, Ms Mogherini, but I think there are some in our Member States who do not get it at all. They see the EU development budget as an endless pot of money which they can dip into for their new ideas. But we will not tackle the refugee crisis and the migration crisis by cutting development funding. So I think your approach on partnership is the right one and I hope you will be able to stick to it.

Eva Joly (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Madame la Haute représentante, ce sommet des Nations unies représente une occasion unique pour instaurer un système plus solidaire au niveau international, ce dont nous avons grandement besoin car la crise que nous traversons actuellement n'est pas une crise des réfugiés mais bien une crise de l'accueil des réfugiés.

Alors que moins d'une dizaine de pays accueillent à eux seuls la moitié des réfugiés, il est urgent que les États s'engagent à un meilleur partage des responsabilités. J'espère que l'Union européenne défendra une position ambitieuse et solidaire accompagnée d'objectifs chiffrés et de mesures concrètes. Sans cela, nous savons malheureusement que les États se détourneront bien trop vite de leurs belles promesses.

Ce sommet doit également être l'occasion d'affirmer que l'aide au développement ne doit pas être conditionnée à des objectifs de gestion de frontières. L'aide au développement vise à combattre la pauvreté et les inégalités, pas à renforcer le contrôle aux frontières pour empêcher des populations de quitter le pays.

J'espère que les pays de l'Union européenne sauront être à la hauteur des enjeux de ce sommet.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, chers collègues, nous avons à dire la vérité aux Nations unies sur l'immigration économique illégale.

Nous devons abandonner cette vision iréniste de l'immigration au détriment du droit, des droits de nos peuples, mais aussi des peuples des pays d'envoi, qui perdent leur force vive économique.

Nous devons abandonner cette connivence entre l'immigration illégale et l'économie du profit maximum qui exploite les illégaux.

Nous devons abandonner le soutien indirect aux filières des mafias et groupes criminels et la soumission, entre autres, au satrape Erdoğan.

Ces faits seront-ils entendus? Je ne le sais, car nous avons une vision d'un monde de la mobilité, d'un monde généralisé où les pays ne sont plus que des hôtels d'un monde ouvert, mais cet hôtel devient un monde de passe pour les trafiquants et les criminels.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! Der UN-Gipfel ist ein sehr wichtiges Ereignis, vielleicht das wichtigste Ereignis im zu Ende gehenden Jahr. Er steht in der Tradition einer jahrzehntelangen Arbeit der Vereinten Nationen – UNHCR, UNRWA usw. – , und es ist gut, dass in einer Zeit, wo die Welt aus den Fugen zu geraten scheint und die Flüchtlingsbewegung zunimmt und viele Menschen dadurch auch verunsichert sind, die Völkergemeinschaft eine strukturierte Diskussion über mehr Koordination und einen besseren Schutz der individuellen Rechte beginnt.

Es geht um zwei Phänomene beim Gipfel. Es geht um Migration – ein Phänomen, das es zwar immer gegeben hat, das aber in der globalisierten Ökonomie eine ganz besondere Bedeutung hat. Und es ist wichtig, dass Migration nicht nur als Belastung, sondern auch als eine Chance für die Gastländer und für die Menschen gesehen wird. Und deshalb muss sie politisch gestaltet werden. Mit der steigenden Zahl der Flüchtlinge ist es auch wichtig, sich dieses Themas besonders anzunehmen. Das ist keine freiwillige Migration.

Und wir sollten uns darum bemühen, die Situation in den Flüchtlingslagern zu verbessern, über Schutzzonen zu diskutieren und darüber, wie wir sie organisieren können, über eine bessere Finanzierung – vor allem sollten die zugesagten Mittel auch wirklich eintreffen. Und es ist auch wichtig, dass wir über die Organisation von *resettlement* reden, über Quoten, über humanitäre Einreisekorridore und Kontingente, weil das die beste Garantie dafür ist, dass Menschen nicht auf hoher See ertrinken.

Barbara Lochbihler (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Hohe Vertreterin! Dieser UN-Gipfel zu Migration ist sicher auch eine Gelegenheit, die derzeitige EU-Flüchtlingspolitik auf den Prüfstand zu stellen. Und da gibt es Bereiche, auf die wir überhaupt nicht stolz sein können, wie Sie, Frau Mogherini, anfangs eben auch den Begriff „stolz" eingesetzt haben. Der EU-Türkei-Deal zum Beispiel war von Anfang an aus völker- und menschenrechtlicher Sicht höchst fragwürdig. Und es ist mehr als offensichtlich, dass die EU hiermit das Ziel verfolgt, dass weniger Menschen bei uns Schutz finden. Nun hat die EU-Kommission angekündigt, den EU-Türkei-Deal zur Blaupause zu nehmen – vermutlich erneut am Europäischen Parlament vorbei –, um vergleichbare Verträge mit weiteren Drittstaaten abzuschließen, und dies trotz zum Teil katastrophaler Menschenrechtsbilanz vor Ort. Ana Gomes hat einige Länderbeispiele hier zitiert.

Die Vorschläge der Kommission stehen teilweise also in eklatantem Widerspruch zu Artikel 21 der europäischen Verträge. Sie verletzen völker- und menschenrechtliche Normen. Deshalb warne ich eindringlich davor, gerade diese Vorschläge als Lösungsansätze auf globaler Ebene einzubringen.

Pier Antonio Panzeri (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, bisogna ammetterlo: l'Unione europea si è fatta trovare impreparata un anno fa quando flussi misti di rifugiati e migranti da est e da sud hanno raggiunto il continente europeo, chi spinto dalla guerra, dalle persecuzioni, e chi dalla ricerca di opportunità migliori.

Io penso che il vertice della settimana prossima servirà a ricordare a noi europei che questo non è un fenomeno circoscritto, che colpisce solo le nostre coste o i nostri confini. I grandi movimenti di persone, rifugiati e migranti, sono un evento globale e richiedono quindi un approccio di pari livello. E dove discutere di soluzioni globali se non in sede di Nazioni Unite, il forum più adatto a rinnovare fermamente i valori di dignità e uguaglianza di ogni individuo?

Io ritengo che per affrontare al meglio questi spostamenti di persone, i governi debbano avere chiara la differenza tra la figura del rifugiato e quella del migrante, non nel trattamento dell'essere umano, bensì nella formazione di politiche più adatte, più appropriate, misure di emergenza per situazioni straordinarie nel caso dei rifugiati e provvedimenti a lungo termine per la gestione del flusso migratorio.

Io mi auguro che i leader mondiali siano consapevoli dell'esigenza di creare un sistema più responsabile, basato sul cambio di paradigma proposto dall'Assemblea generale, ovvero il passaggio dalla condivisione di pesi alla condivisione di responsabilità nella gestione di grandi movimenti di persone.

Eugen Freund (S&D). – Madam President, I am totally behind the concept of a holistic approach to migration and the refugee movement, and also the debate on that important issue at the United Nations. What I have to observe critically though is the timing. Today, we have about 60 million people regarded as refugees. Ten years ago that number stood at about 37 million so it has almost doubled in that short timespan.

We could have, and should have, acted much sooner. It is crystal clear that action – decisive action – cannot wait any longer. Another point which is important to me is that one third of all people fleeing are children. I am counting on you, Ms Mogherini, to ensure that the debate in New York will concern itself particularly with that tragic aspect. We must not forget, we cannot forget, we cannot afford to forget those most vulnerable.

Elly Schlein (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, sarò anch'io al vertice di New York, e se da un lato è positivo che segni una nuova consapevolezza che si tratta di una sfida globale che, come dice l'Alto rappresentante, necessita di una risposta globale, dall'altro il *summit* si profila purtroppo come un'occasione mancata.

È saltato l'impegno dei paesi più ricchi ad accogliere il 10% del totale dei rifugiati, richiesta avanzata dallo stesso Ban Ki-moon. Non vi è alcun accordo concreto, ma solo auspici e buone intenzioni; inoltre viene rinviata l'adozione dei due *Global Compact* al 2018, ma le persone che fuggono non possono aspettare due anni, così come i paesi in via di sviluppo, che stanno facendo i maggiori sforzi.

Solo 27 Stati hanno programmi regolari di reinsediamento nel mondo. Certo, anche noi saremmo più credibili nel chiedere una condivisione globale degli sforzi se intanto dessimo il buon esempio al nostro interno. Un anno fa, i governi europei si erano impegnati sui reinsediamenti e sui 160 000 ricollocamenti, e ne hanno effettuati poche migliaia, mentre il Canada, ad esempio, in quattro mesi reinsediava 25 000 siriani, mostrando che quello europeo non è un problema di numeri o di mezzi, ma solo ed esclusivamente di volontà politica.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, σύμφωνα με τα στοιχεία του ΟΗΕ, σε παγκόσμιο επίπεδο υπάρχουν 65 εκατομμύρια εκτοπισμένοι και προσφυγές και 244 εκατομμύρια μετανάστες. Το ασταθές γεωπολιτικό και οικονομικό περιβάλλον, οι συνέπειες της κλιματικής αλλαγής και η δημογραφική έκρηξη στις χώρες της Αφρικής μας οδηγούν στο συμπέρασμα ότι τα στοιχεία αυτά θα αυξηθούν περαιτέρω τα επόμενα χρόνια. Γι' αυτό είναι σημαντική η διάσκεψη του ΟΗΕ για την προετοιμασία σε μετάβαση μιας εποχής πολύ υψηλής ανθρώπινης κινητικότητας. Εύχομαι όμως να μην μείνουμε στα λόγια και να προχωρήσουμε στις πράξεις σε σχέση και με αυτά που κάναμε εμείς ως Ευρώπη. Χαρακτηριστικό παράδειγμα είναι το πρόγραμμα μετεγκατάστασης, το οποίο φυτοζωεί: μόλις 3677 πρόσφυγες, από τους 6400 έχουν πάει από την Ελλάδα σε άλλες χώρες. Τρία κράτη μέλη δεν έχουν πάρει ούτε έναν πρόσφυγα και δύο κράτη μέλη δεν έχουν δηλώσει καν διαθεσιμότητα. Εάν δεν υπάρχει ολοκληρωμένο σχέδιο, σχέδιο αλληλεγγύης σεβόμενο τα ανθρώπινα δικαιώματα αλλά και την κοινωνική συνοχή και ασφάλεια των πολιτών, θα ζήσουμε την επέλαση της μισαλλοδοξίας, είτε με επέκταση της ισχύος αυτών καθαυτών των εκπροσώπων της, όπως η κυρία Λεπέν, είτε με την υιοθέτηση των ιδεών τους μέσω της συντηρητικής στροφής των σημερινών κυβερνήσεων.

Procedura „catch the eye"

László Tőkés (PPE). – Elnök Asszony, a szeptember végi ENSZ-csúcstalálkozónak hivatalbóli vezérszónoka lesz az a Zeid Raad el-Husszein jordániai herceg, az ENSZ emberi jogi főbiztosa, aki egyik legutóbbi megszólalásakor Orbán Viktor miniszterelnököt azon „populistának" nevezett politikusok közé sorolta, akiknek „ideológiája közel áll az Iszlám Állam szellemiségéhez". Néhány napra rá Jean Asselborn luxemburgi külügyminiszter a küszöbön álló magyarországi kvótareferendum kapcsán hasonló nemtelen támadást intézett miniszterelnökünk ellen, egyenesen Magyarország kizárását kezdeményezve az Európai Unióból. Az egymásra találó muzulmán és európai előítélet és elfogultság ezen hazug és ellenséges támadásait visszautasítva, tisztelettel kérem a Parlamentet, személy szerint pedig Federica Mogherini alelnökasszonyt, hogy vegyék védelmükbe az igaztalanul megvádolt Orbán Viktor miniszterelnököt és az Unió tagországaként a nemzeti szuverenitásához ragaszkodó Magyarországot.

Caterina Chinnici (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, con riferimento al vertice organizzato dalle Nazioni Unite, guardo con interesse agli incontri dedicati al settore privato che si terranno a margine del *summit*. Trovo significativo tale spazio in quanto sappiamo che l'apporto fornito dalle ONG si è dimostrato indispensabile per svolgere funzioni di assistenza e di soccorso che le istituzioni e le autorità locali, per mancanza di risorse o limiti di mandato, non sempre possono fornire; il loro ruolo e contributo va riconosciuto e incentivato.

Auspico sinceramente che nel prossimo vertice si possano trovare soluzioni condivise, sostenibili e di lunga durata sulla drammatica situazione del movimento di migranti e rifugiati, così da colmare quel deficit di solidarietà e di responsabilità che in Europa, purtroppo anche in tempi recenti, si è registrato. E a mio avviso, la nostra più grande responsabilità riguarda i minori non accompagnati. È necessario, e per questo sappiamo di poter contare su di lei, signora Mogherini, portare il dramma dei minori non accompagnati nell'ambito delle discussioni del *summit* per far sì che la tutela dei bambini diventi una priorità, sempre e dovunque.

Илхан Кючюк (ALDE). – Г-жо Председател, уважаема г-жо Върховен представител, уважаеми колеги, огромните миграционни вълни са глобалният феномен на това десетилетие и за тях няма национално решение. Ето защо считам, че форумът на високо равнище, който ще се проведе под егидата на ООН, е от съществено значение. Ние трябва да имаме водеща роля в него като една от най-засегнатите страни, но също така и най-големият донор на хуманитарна помощ в света.

За пръв път ще се съберат държавни лидери, неправителствени организации и всички заинтересовани страни в търсенето на отговор на бежанската криза. Европейският съюз трябва да работи за съставянето на силна политическа декларация, която да е основата на глобална и ефективна рамка за сътрудничество, базираща се на споделената отговорност за приемане на бежанци и мигранти.

Смятам, че този форум е и историческа възможност да се противопоставим на ксенофобията и езика на омразата, под които най-често попадат бежанците и мигрантите, и същевременно да потърсим глобалната формула за тяхната интеграция в свободните демократични общества.

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL). – Κυρία εκπρόσωπε, στις 19 του μήνα, όπως είπατε, θα πραγματοποιηθεί γενική συνέλευση των Ηνωμένων Εθνών, η πρώτη Διεθνής Διάσκεψη σε επίπεδο αρχηγών και κυβερνήσεων για το προσφυγικό. Όλοι μιλάνε για σημαντική ιστορική ευκαιρία ώστε να καταλήξουμε επιτέλους σε ένα ολοκληρωμένο σχέδιο για την αντιμετώπιση των προσφυγικών ροών. Αναρωτιέμαι τι θα υποστηρίξουν η ηγέτες της Ευρώπης μεθαύριο γιατί, όπως είπατε και εσείς, αυτοί που θα μιλήσουν για αλληλεγγύη είναι οι ίδιοι που αρνούνται να δεχθούν πρόσφυγες στις χώρες τους. Αυτοί που θα μιλήσουν για δίκαιο καταμερισμό ευθυνών, είναι οι ίδιοι που, έπειτα από έναν ολόκληρο χρόνο, έχουν πραγματοποιήσει λιγότερο από το πέντε τοις εκατό του περίφημου μηχανισμού ανακατανομής. Αυτοί που θα υπερασπίζονται ασφαλείς και ομαλές προσφυγικές ροές, είναι οι ίδιοι που χτίζουν τείχη και δημόσια παρακαλούν τους πρόσφυγες να μην έρχονται στην Ευρώπη. Άλλωστε, μόλις προχθές, ο Πρόεδρος του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου μας ξεκαθάρισε πως η πρακτική ικανότητα της Ευρώπης των είκοσι επτά κρατών και των πεντακοσίων εκατομμυρίων πολιτών να φιλοξενήσει νέα κύματα προσφύγων, για να μην αναφέρουμε τους παράτυπους οικονομικούς μετανάστες, βρίσκεται κοντά στο όριο. Γι' αυτά τί θα κάνετε κυρία εκπρόσωπε; Σ' αυτό θέλω να μου απαντήσετε.

Afzal Khan (S&D). – Mr President, I welcome the summit but it appears that the historic opportunity to find a desperately needed global solution to the crisis has been lost. Some governments are rejecting the plan to resettle 10% of the world's refugees annually and have delayed any chance of a deal until 2018. We cannot allow the politics of fear to paralyse us and allow this humanitarian crisis and suffering go on.

Policies focused on deterrents and building walls are doomed to fail. Europe must redouble its efforts in addressing the sources of the refugee crisis and not just the symptoms. This means providing more support to developing countries to get refugees access to employment and education opportunities.

However, maintaining aid is not enough. One in five people in Lebanon are refugees. By comparison, there is one refugee for every 530 people in the UK. We must step up the responsibility sharing, not responsibility shifting. War and instability, poverty and climate change all mean that people will keep trying to come to Europe in search of refuge or a better life. Only if we act globally can we find effective and lasting solutions to this crisis. Europe must lead the way and set an example.

(End of catch-the-eye procedure)

Federica Mogherini, *High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy/Vice-President of the Commission.* – Madam President, many of you called – well, some of you called – in this room for us to tell the truth, so let's try to do this exercise once again together.

First, as some of you mentioned, migration or human mobility is part of the history of mankind. To tell the truth mankind itself is the result of human mobility, and maybe we should keep that a bit in mind. Coming from some countries this might be easier to remember, for others maybe a little bit difficult, but all of us, all of us, are the result of human mobility: truth number one.

Second truth, others are doing more than the European Union is doing, you were saying this perfectly well. This is not a European phenomenon, and even less a European crisis. If you look at the movements of people inside Africa, inside Asia, they are much bigger than the movements of people towards Europe from these two continents, not only combined but also taken alone. And wherever you go in Africa or in Asia, every single country, or almost every single country, is itself at the same time a country of origin, a country of destination and a country of transit. So we have to get a little bit out, in our public debate, of this Eurocentric approach that we are at the centre of the flows of the whole world, and realise that indeed there are many other countries in the world, most of the time countries that are living in conditions that are much more difficult than ours from an economic point of view, from a climate point of view, from a conflict point of view, that are doing much more than we are doing. And indeed that we can lead by example, if we are able to provide some good examples – and let me tell you in some fields we are not. I mentioned things which I am not particularly proud of, but we are in some other fields capable of leading by example.

And let me tell you, on a personal note, I had the occasion of briefing the UN Security Council twice, this year and last year, on the EU policies on migration and I have noticed a radical change in the attitude of our global partners to our response, or our policies on both refugee and migration, which means that probably – let me put it this way a bit bluntly – last year we woke up. We woke up in what was for many a surprise, not for me personally, not for many in this room, but for many of us was a sudden wake-up. And this year we managed to elaborate or to react to this shock and put in place policies – finally.

I often told you, I told you at the beginning of our debate today, to me it was a shock when I came in, moving from my time being an Italian minister to the position of High Representative, that migration was not on the table of the Foreign Affairs Council. It was a purely internal matter, as if we had to tackle this issue only from an internal point of view, but where are these people coming from? So we come from there. Two years ago, this was not an issue, if not an issue of interior ministers only, so in two years I think we have come a long way.

Third truth: there are things where we can lead by example. There are solutions we can find only if we do it together, as Europeans and globally. And what we can try to do is to manage this complex phenomenon in all these different aspects. I will come to the different aspects in a moment, but let me stress one point that I think Mr Panzeri mentioned. I refer to this as the need to manage a complex phenomenon. I will never, never personally call this a problem or a burden, because it is people. It is people with names, stories, even when we do not see the photos, it is people. So the language we use is important, the respect we pay to persons is important, especially to children, and the point on non-accompanied children is one that we will for sure bring up in New York.

We have to keep that in mind also when the photos are not on the front line, on the front page of the newspapers, and let me tell you with sadness and shock, I never understand the fact that those that claim our Christian identity the most are also those who are the first to forget the word and the message of Pope Francis on migration and refugees. This is a mystery to me.

So we can do things to manage this phenomenon together, as Europeans and globally. It is different aspects of things we need to do. On the refugees, it is the urgency of supporting globally, first on resettlement programmes, something good, something we need to do more, something we need to encourage our partners to do more, and also financial support, which is what we are doing the most.

We need, on migration, to work on the implementation of the SDGs, on Agenda 2030, on investments in countries of origin and transit. I am glad to hear also from the right side of the Chamber tonight that indeed there is support also from that side to increase our budget for development policies. This is news to me, welcome news, and I think that will need to be tested with coherent and consistent voting, but this is good news if we realise that investing long-term in the economic and social development of countries from where people are coming, is indeed a major step forward in our own policies.

Then, we also need to work very much on dismantling the smugglers and the people traffickers. This is what we are trying to do at sea. This is also what we are trying to do with our partners in some countries, in full respect of human rights, and in coordination with the IOM and with UNHCR. This goes together with opening regular channels for migration. The more we open regular channels for migration, the more we manage to discourage the irregular channels, thus preventing the loss of lives at sea and on land, especially in the desert.

And here let me mention we have to work with partners more and more. I mentioned the UNHCR and the IOM. The summit in New York will be essential in this respect, the role of civil society and NGOs is crucial, as is the role of local authorities also here in Europe, in so many cases they are doing much more the national governments, let me tell you.

So we need a partnership approach, also internally probably, to put together different strengths, and I will close by saying that indeed the role of the European Parliament's delegation in New York at the summit will be important. We will meet there and I hope that we will manage to pass on together this message, knowing that it is a political fight, and that we have taken some steps forward in the last two years, in the last year in particular, and that I think we will need to continue working together using this window of opportunity.

I would not call the UN summit that is coming ahead an exercise that has its limits. Let's go, let's go and bring our inputs, let's go and test our own policies. Let's go and meet our partners, let's go and try to build these global partnerships and with a sense of the limits, but also with a sense of hope that this phenomenon can be managed. I thank you very much and I am continuously counting on the European Parliament's support and work in this respect.

(Applause)

President. – The debate is closed.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE), *por escrito*. – Doy la bienvenida a la Cumbre de alto nivel de Naciones Unidas relativa a los grandes movimientos de refugiados y migrantes y al acuerdo político alcanzado por 193 Estados. Agradezco especialmente que haya un compromiso que se centre en las dos vertientes: por un lado, los refugiados y, por otro, la migración segura, ordenada y regular. Era absolutamente fundamental que todos los países se unieran para dar una respuesta global a un problema que así es. Acojo con satisfacción la creación de un sistema más responsable, predecible y solidario, con una responsabilidad compartida. Para todo ello, juega y jugará un papel clave el ACNUR, como iniciador y desarrollador de la respuesta, pero en coordinación con todos los demás actores, como los Estados receptores, las entidades locales y nacionales, las organizaciones internacionales, etc. El ACNUR no puede hacer frente al problema en solitario. Por lo tanto, aplaudo la voluntad de estos 193 países de dar un enfoque global a esta crisis, pero espero no se quede en eso, en simple voluntad. Debemos estudiar a fondo las causas que generan estos movimientos masivos de población, para poder anticiparnos, y tomarlo como un reto de desarrollo y no exclusivamente humanitario.

Филиз Хюсменова (ALDE), *в писмена форма*. – Уважаеми г-н Председател, приветствам организирането за първи път на среща на върха на ООН, посветена на бежанците и миграцията, и приемането на глобална рамка за справяне с проблема. Действително, миграционната ситуация в съседство на Европа не бива да бъде разглеждана като изолиран, регионален проблем, а като глобално предизвикателство с дълбоки корени, което има нужда от трайни решения.

Настоящата хуманитарна ситуация налага колективен политически отговор и споделени международни ангажименти. За да можем да изискваме повече солидарност на световно равнище, пример за това трябва да бъде даден и от Европейския Съюз и неговите държави членки – чрез преодоляването на настоящата криза на солидарността и пълно споделяне на отговорност по отношение на бежанците.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Os representantes dos Estados-Membros e da União Europeia têm um contributo muito significativo para esta cimeira. O silêncio!

O silêncio da vergonha de quem tem responsabilidades na desestabilização e na guerra, particularmente na região do Norte de África e Médio Oriente. O silêncio da vergonha de quem tolera e patrocina muros nas fronteiras de vários países europeus, de que são exemplos recentes a Hungria e a França. O silêncio da vergonha de quem responde militarmente a uma gravíssima crise humanitária, de quem permitiu que o Mediterrâneo se tornasse numa autêntica vala comum. Mais de 10000 mortos em 3 anos!

O silêncio da vergonha de quem todos os dias espezinha em solo europeu os direitos humanos e criou autênticos campos de concentração. Envergonhem-se com a agenda xenófoba e racista que têm promovido e que alimenta vagas de descriminação, o recrudescimento da extrema-direita e do fascismo! Demitam-se de dar lições sobre direitos humanos ou sobre a resposta ao drama e às necessidades dos refugiados, pois não têm nenhumas para dar!

Kati Piri (S&D), *schriftelijk*. – Met wereldwijd bijna 60 miljoen mensen op de vlucht is het goed dat de VN bij elkaar komt om te praten over de grote uitdagingen rond wereldwijde migratie. Maar grote uitdagingen vragen om ambitieuze oplossingen, die ik helaas niet terugzie in de voorlopige conclusies van de top. Omdat de VN-landen het niet eens kunnen worden over grootschalige hervestiging, wordt besloten om het er volgend jaar nog maar eens over te hebben, maar er is nu een oplossing nodig voor miljoenen mensen die recht hebben op internationale bescherming.

De Europese Commissie stelt voor om 20 000 mensen per jaar te hervestigen in Europa, maar ik zou Federica Mogherini willen vragen om deze ambitie bij te stellen, en pleit voor het hervestigen van minstens 100 000 kwetsbare vluchtelingen per jaar. De EU moet het voortouw nemen en haar humanitaire plicht nakomen door het goede voorbeeld te geven, namelijk: werk maken van grootschalige hervestiging van de meest kwetsbare vluchtelingen én door middel van herverdeling een eind maken aan de afschuwelijke omstandigheden in Griekenland en Italië.

13. Die Beziehungen der EU zu Tunesien vor dem aktuellen regionalen Hintergrund (Aussprache)

President. – The next item is the report by Fabio Massimo Castaldo, on behalf of the Committee on Foreign Affairs, on EU relations with Tunisia in the current regional context (2015/2273(INI)) (A8-0249/2016).

Fabio Massimo Castaldo, *relatore*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, 2011 — solo cinque anni fa in molti salutavano con ingenuo entusiasmo le cosiddette «primavere arabe» tramutatesi precocemente in «inverni islamici». La disperazione ha preso il posto del sogno, la paura si è sostituita all'ottimismo, la violenza ha occupato quelle piazze in cui prima si manifestava pacificamente.

Quello che allora era il paese capofila delle aspirazioni democratiche del mondo arabo, oggi, in un Nord Africa e un Medio Oriente dilaniati da guerre civili e terrorismo, incalzati dal ritorno di uomini forti e da una perdurante instabilità economica, politica e sociale, assurge al ruolo di ultima speranza, di unica fiaccola nell'oscurità: quella speranza si chiama Tunisia.

Purtroppo, le sue recenti conquiste costituiscono un'architettura estremamente fragile che necessita protezione in primis da parte di noi europei, suoi immediati vicini. A questo scopo, insieme ai colleghi relatori ombra – che ringrazio sentitamente per gli importanti contributi proposti e per lo spirito estremamente costruttivo che ha animato ogni fase del nostro lavoro – ho affrontato i pilastri del consolidamento definitivo di un partenariato e di una cooperazione che vogliamo solidi, duraturi e fruttuosi per ambo le parti, su un piede di uguaglianza e di parità.

Sviluppo economico e sicurezza sono inscindibili. La minaccia terroristica si nutre proprio di molti giovani che, delusi dall'assenza di risposte immediate alle forti aspettative suscitate dalla rivoluzione dei gelsomini, finiscono per essere facile preda per i reclutatori delle organizzazioni terroristiche, alimentando il triste primato tunisino del numero di *foreign fighters*. La Libia è lì, a un passo, così come l'intera regione del Sahel e il suo perenne stato preinsurrezionale, in cui le bande armate jihadiste violano con facilità le frontiere.

Dall'altro lato, la difficile situazione economica e finanziaria del paese, con un debito pubblico giunto ormai al 62% del PIL, con un ulteriore calo del turismo del 15%, ci pone dinanzi alla necessità di intervenire tempestivamente. Senza una vera inclusione sociale, senza una lotta energica alla disoccupazione, vinceremo forse qualche battaglia ma perderemo la rivoluzione.

Per questo nella relazione chiediamo un aumento deciso dei fondi dello strumento europeo di vicinato e il coordinamento degli aiuti degli altri donatori. Saluto con favore le recenti dichiarazioni dell'Alto rappresentante, che più volte ha espresso la volontà di procedere in tal senso già nel prossimo anno. Bisogna però avere il coraggio di affrontare con sincerità il nodo della sostenibilità del debito tunisino, frutto odioso peraltro degli anni della dittatura. È necessario puntare alla riconversione in progetti di investimento, in particolare sfruttando l'enorme potenziale del paese nel campo delle rinnovabili e ricucendo le disparità regionali, particolarmente evidenti nel sud e nell'ovest del paese.

Il senso di responsabilità e l'impegno non difettano certo ai tunisini, che continuano ad agire, nonostante alcune fisiologiche turbolenze, con rara comunanza di intenti. L'accordo di Cartagine ha portato alla creazione di un nuovo esecutivo di unità nazionale, aperto anche alla società civile. Il primo ministro Youssef Chahed ha davanti a sé la sfida enorme di tradurre in realtà le riforme necessarie da un lato alla ripresa socioeconomica del paese, in particolare partendo dalla pubblica amministrazione e da un efficace piano anticorruzione, e dall'altro alla difesa dell'ordine pubblico e della sicurezza, che sia tanto efficace quanto conforme ai principi costituzionali e allo Stato di diritto – un equilibrio difficile.

Davanti all'Unione e a tutti noi europei c'è invece il non meno importante dovere di essere all'altezza delle aspettative che abbiamo suscitato e alimentato. Oltre agli aiuti economici, dobbiamo incoraggiare la mobilità circolare, le facilitazioni dei visti, specie per artisti, studenti e professori, così come ogni forma di *partnership* nel settore della cultura.

La stabilità della Tunisia è la nostra stabilità. La prosperità della Tunisia è la nostra prosperità. Per raggiungerle, gli incoraggiamenti – per quanto sinceri – non bastano più, se non sono seguiti da azioni che siano all'altezza delle parole del poeta Abu l-Qasim al-Shabbi, da sempre simbolo della lotta contro l'autoritarismo del mondo arabo, parole divenute infine parte dell'inno nazionale: «Se un giorno il popolo desidererà vivere, allora il destino ascolterà la sua preghiera».

Come europei, come difensori della democrazia, come amici della Tunisia, abbiamo il dovere morale di essere parte del destino del popolo tunisino e di ascoltare la sua preghiera con fraterna solidarietà.

Federica Mogherini, *VP/AR*. – Signor Presidente, onorevoli deputati, ringrazio l'on. Castaldo e tutti i colleghi che hanno lavorato a questa relazione che mostra una panoramica davvero completa su un paese fondamentale per l'Europa e per la nostra regione.

La Tunisie n'est pas seulement au centre géographique de la Méditerranée. Comme on l'a dit, elle est un symbole, premièrement d'espoir, d'espoir d'unité, de démocratie pour toute la région, avec beaucoup de problèmes qu'il ne faut pas cacher, mais qu'il faut essayer de régler ensemble. C'est un exemple, c'est un symbole d'espoir et de démocratie, premièrement parce que sa classe politique a préféré la négociation à l'affrontement. Le prix Nobel a reconnu la société civile tunisienne comme un acteur clé de la réconciliation nationale et le principe même de réconciliation nationale est en soi un élément d'espoir et aussi un symbole d'unité pour toute la région.

L'histoire récente du pays est le démenti le plus évident à la prétendue incompatibilité entre islam et démocratie. Pour toutes ces raisons, le succès de la démocratie en Tunisie répond aux intérêts des citoyens européens, de la même manière qu'il répond aux intérêts des citoyens tunisiens et de toute la région

Aujourd'hui, cinq années après la révolution, le pays traverse une phase décisive. Le projet de résolution met en lumière quelques-uns des principaux défis que la Tunisie doit encore relever, y compris la menace terroriste, la radicalisation d'une partie très importante de sa jeunesse, une situation économique difficile et un processus de réformes difficile.

The report also proposes a long and good list of possible actions in support of Tunisia asking to go «beyond conventional measures». So I must say that this approach is exactly the same that we have taken in our global strategy, calling for a full use of all of all our foreign policy instruments in a combined and coherent way.

The report spans from security sector reform to development cooperation. It calls for greater engagement with local actors and with regional organisations, with the private sector as well as with civil society. It focuses on trade, but also on climate change and the fight against desertification, and it endorses the work that Operation Sophia is doing in the Mediterranean, while calling for greater engagement of EU agencies in Tunisia.

So if you look at this list, it is clear that no national government – no-one of us alone – has the tools or the resources to implement such an ambitious plan alone. The plan is good. We need the European Union to make it. So only together, as a true European Union, can we aim this high.

In fact the last year has already marked a very significant step in increasing cooperation between the European Union and Tunisia. In the wake of recent terrorist attacks we have invested EUR 23 million to support Tunisia's security sector reform. In particular we focused on securing Tunisia's borders and in strengthening its intelligence services' capacity to prevent and fight against terrorism.

At the beginning of 2016 Tunisia became the first Arab country to participate fully in our Horizon 2020 research and innovation programme, offering new opportunities for Tunisian researchers and academics. I could not exaggerate the importance of this – of people-to-people contacts – especially for our young people, in our relationship. The negotiations for the readmission and visa facilitation agreements, which will begin in exactly one month, also have the potential to strengthen the legal channels for mobility between Tunisia and Europe, as you just mentioned.

Less than a year ago we launched negotiations towards a Deep and Comprehensive Trade Agreement which could attract huge investments to Tunisia and help restart growth. Another round will take place this autumn. Since the revolution we have doubled our financial assistance to Tunisia and we hope to increase the total envelope by almost a third in 2017.

So the trend is very clear. Our partnership is growing stronger by the day. This trend will be confirmed in the joint communication we are presenting together – myself and Commissioner Hahn. The text is under preparation and will soon be adopted, but I can anticipate that its priority lines will be very much in line with your report and the draft resolution. The communication will be a key instrument for us to engage our institutions – European institutions and Member States – in the support to the Tunisian transition. It will offer a mix of announced financial cooperation and non-financial measures, responding directly to the main axis of the Tunisian five-year development plan.

For this reason we will focus on good governance and the reform of public administration, on security as well as on tackling inequalities and unemployment, particularly among young graduates, because we know very well that is the place where the biggest problem lies. To do so we will keep engaging with Tunisian institutions to support reforms.

Let me just mention the urgent adoption of the Code of Investment and the long-awaited five-year development plan. But we will also look at civil society, the private sector, mayors and local authorities, and especially – let me stress this once again – at Tunisian youth, starting from the Tunisian girls who played such a huge role in the revolution at that time and who are now seeing their dreams fading away.

I believe that, thanks to our work, and to your work, with Tunisia this Parliament has directly witnessed the impact of our policy in the country. Tunisia's Foreign Minister has recently defined the European Union as «the first sponsor of democracy and human rights in the country». So indeed our engagement there is making a difference in very concrete terms. It is one of those places where we – and only we – can make such a big difference. To all Tunisians the European Union means something good, and if we manage to do something good for the Tunisians we are also going to do something good for the Europeans. I believe that Europe really needs to rediscover this huge potential, this huge transformational power, we have in some parts of our neighbourhood. And our region does indeed need a stronger Europe as a champion of peace and democracy, starting from Tunisia.

Come ha giustamente detto: la stabilità della Tunisia è la nostra stabilità. La sicurezza della Tunisia è la nostra sicurezza. E vorrei aggiungere che la speranza della Tunisia è anche la nostra speranza.

Lorenzo Cesa, *a nome del gruppo PPE.* – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Alto rappresentante, vorrei prima di tutto congratularmi con il collega Castaldo per la relazione che stiamo dibattendo e per il metodo di lavoro assolutamente inclusivo che ha utilizzato, veramente grazie a Castaldo. Sono particolarmente lieto oggi della presenza dell'Alto rappresentante e del Commissario Hahn, che sottolinea l'importanza dell'argomento e che contribuisce ad arricchire il nostro dibattito.

La Tunisia costituisce un esempio di un valido aiuto per i paesi del Maghreb e può ricoprire un ruolo chiave nell'area euromediterranea. Per questo abbiamo sottolineato nel testo con forza il ruolo strategico del paese ed il nostro appoggio al completamento delle riforme e all'attuazione della Costituzione. La relazione che approveremo offre importanti spunti di riflessione: condanniamo gli atti di terrorismo ed esprimiamo una forte solidarietà ad un paese più volte vittima di attacchi che rischiano di indebolire il processo democratico e che hanno forti ripercussioni sull'economia interna dell'area. L'obiettivo dei terroristi è quello di conquistare il paese e gettarlo nella paura. La questione della sicurezza è prioritaria e purtroppo persiste una situazione di gravissima difficoltà.

Non possiamo dimenticarci poi delle questioni migratorie. La realtà, alle porte di casa nostra, è drammatica ed è evidente che da soli non possiamo rispondere a questa emergenza. Credo che l'Unione europea si debba rivolgere a tutti i paesi che si affacciano sul Mediterraneo e che la Tunisia possa svolgere un ruolo determinante.

È nostro desiderio poi individuare interessi condivisi nei settori prioritari d'intervento. La centralità del paese, i notevoli progressi compiuti dalla Tunisia dovranno essere valorizzati e pienamente sostenuti. Diventa necessario ed urgente investire su questo paese: ogni euro speso per la Tunisia è un euro speso anche per la stabilità e la sicurezza della nostra Europa. In questo quadro, fa ben sperare la nascita del nuovo esecutivo dello scorso 29 agosto: una compagine governativa giovane e determinata a compiere la strada del risanamento e del rilancio del paese.

Credo che la convinta approvazione di questa relazione sia il migliore modo per comunicare al popolo tunisino che l'Europa è con loro.

Pier Antonio Panzeri, *a nome del gruppo S&D*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, sono convinto come lei, Alto rappresentante, che la Tunisia costituisca una speranza nella regione mediorientale e del Mediterraneo meridionale.

Non voglio parlare di modello, perché pensare che l'esperimento tunisino possa essere replicato con successo in altri contesti simili è oggi un azzardo, perché di fronte ai tanti passi avanti fatti c'è ancora molta strada da fare per evitare che la Tunisia rimanga sospesa tra la voglia di cambiamento – un cambiamento epocale, finalmente strutturale e definitivo, con lo sguardo rivolto al futuro delle nuove generazioni – e le spinte tradizionaliste, sospesa tra una generazione di persone appartenenti al secolo scorso e quel 55% della popolazione che è sotto i trent'anni, sospesa tra un est sviluppato e un ovest decisamente arretrato, e sospesa tra i giovani che vanno in piazza a rivendicare più giustizia sociale e i 3 000 giovani che hanno scelto la causa dell'ISIS.

Questa relazione, che l'onorevole Castaldo ha ben elaborato, indica una strada e gli obiettivi da raggiungere ed è un contributo di questo Parlamento per la stabilizzazione democratica e sociale della Tunisia e insieme ad essa della regione. C'è da augurarsi che il nuovo governo sappia cogliere queste opportunità. Noi ci recheremo la prossima settimana in Tunisia e sarà un'occasione per portare questo messaggio forte del consenso del Parlamento europeo; avremo poi l'occasione della Settimana per la Tunisia organizzata a novembre al Parlamento europeo. In sostanza, noi vogliamo fare un lavoro insieme alle autorità e ai cittadini tunisini perché siamo fortemente interessati ad una Tunisia moderna e democratica.

Amjad Bashir, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, firstly I would like to thank the rapporteur for his diligent and comprehensive work on this report. It has focus and presents clear ideas. Our relationship with Tunisia remains pivotal in terms of providing stable government, economic growth and a more pluralistic society. Economic development will be the bedrock of Tunisia's stability, security and transformation into a successful democracy.

So let us encourage growth within the SME sector, and internal reforms to reduce bureaucracy and stimulate growth. Carefully managed macroeconomic assistance can help, but it must be coupled with tangible microeconomic benefits. In other words, one can build bridges and airports, but training teachers and addressing issues like water shortage is how to really win over the Tunisian man in the street.

It is also essential that we share best security and defence practices in order to help defeat extremists, but let us not forget that without stability in Libya, peace in Tunisia will be difficult to achieve. I support the efforts of the Tunisian Government to modernise and liberalise their economy to meet new domestic, regional and global demands. A strong and diverse economy will create jobs, opportunity and prosperity, allowing the country to achieve its aim of participating fully in the international community.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Afzal Khan (S&D), *blue-card question*. – Mr Bashir, the question is this: you talked about security and we have heard, even this evening, about the radicalisation of many youths, but we also see that there has been improvement in the situation in Libya, and this relates to the pressure on Daesh and the risk of these people going to regional countries. What regional strategy can we have to help to prevent this?

Amjad Bashir (ECR), *blue-card answer*. – I think you ask a very pertinent question, Mr Khan. It reminds me of when I visited the United Nations and Kofi Annan said: security or development, which is more important? He said that development was even more important than security, because if people and youth are gainfully employed they are averse to becoming radicalised and falling into the trap of extremism. So I think we need to support Tunisia by developing it and providing its youth with job opportunities.

Hilde Vautmans, *namens de ALDE-Fractie*. – Met dit verslag willen we vanuit het Parlement een belangrijk signaal geven. Laten we de politieke dialoog met ons buurland Tunesië verbeteren en onze samenwerking versterken op het vlak van handel, toerisme, cultuur en, last but not least, de strijd tegen terrorisme. Wij denken dat een ambitieuzer partnerschap mogelijk is. Europa kan maar welvarend en veilig zijn als het ook goed gaat in de buurlanden. Dat is wat we met dit verslag willen bereiken. Op politiek vlak vragen we dat Tunesië zich inzet voor maatregelen tegen foltering, het afschaffen van de doodstraf en het intrekken van een wet die homoseksualiteit verbiedt. Op economisch vlak vinden wij als leden van de ALDE-Fractie het erg belangrijk dat Tunesië zich inzet om de economie te moderniseren en te liberaliseren, om zo meer werkgelegenheid te creëren en aan jonge Tunesiërs kansen te bieden, een perspectief te geven. En dat is erg belangrijk voor mijn derde prioriteit: de strijd tegen terreur. Zoals mevrouw Mogherini ook al zei, ik maak me zorgen, heel grote zorgen over de grote aantallen Tunesische jongeren die zich aansluiten bij Da'esh en andere terroristische groeperingen. We moeten samen met Tunesië die strijd aangaan, ervoor zorgen dat jongeren niet geronseld worden en een plan opstellen wat te doen als ze terugkeren van die landen. Terrorisme is een gedeeld probleem dat we samen moeten aanpakken. Maar wist u, beste collega's, dat Europol zelfs niet in staat is om met Tunesië op dit vlak samen te werken? Tunesië staat niet op de lijst met landen waarmee Europol kan samenwerken. Ik blijf dit een ongelofelijk gemiste kans vinden. Hoe willen wij het in Europa veilig maken als wij niet met al onze Europese buurlanden op dat vlak kunnen samenwerken? Dus alsjeblieft, Commissie en Raad, voeg Tunesië toe aan die lijst met landen en laten we met Europol die strijd aangaan en onze burgers de veiligheid geven die ze verdienen.

Marie-Christine Vergiat, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Madame la Présidente, merci tout d'abord à notre collègue Fabio Castaldo pour la qualité de son travail et sa volonté de trouver un accord le plus consensuel possible.

La Tunisie en vaut la peine, le peuple tunisien le mérite. Oui, la Tunisie occupe une place toute particulière. En 2011 beaucoup de peuples ont regardé ce qui s'y passait. La Tunisie a soulevé beaucoup d'espoirs et la réussite de sa transition démocratique est plus que jamais un enjeu essentiel, bien au-delà du Maghreb.

Beaucoup de progrès ont été réalisés, notamment grâce à la capacité de mobilisation de sa société civile. Nous l'avons vu notamment avec la Constitution.

Beaucoup reste à faire et les inquiétudes subsistent, notamment sur les jeunes diplômés et les écarts régionaux. Mais aussi sur la question des droits de l'homme, notamment des droits des femmes, sur la question du mariage, la question des droits de succession, les droits des LGBT, la liberté d'expression, la torture, les violences policières, la justice transitionnelle, mais aussi la peine de mort.

Nous devons une vraie solidarité au peuple tunisien, nous ne pouvons nous contenter d'aides conditionnées à des réformes structurelles, tournées vers les intérêts européens, qui aggravent la dette tunisienne.

L'Assemblée des représentants du peuple est saisie d'une proposition de loi signée par quasiment tous les groupes politiques en Tunisie, demandant un audit de la dette tunisienne. Je m'en félicite et j'espère que nous serons nombreux à les soutenir.

La Tunisie a besoin d'un vrai partenariat, pas seulement économique. Un partenariat qui respecte ses intérêts, qui respecte les intérêts de son peuple et notamment de sa jeunesse, à qui nous devons ouvrir les portes dans le cadre d'un vrai accord de mobilité.

Jordi Sebastià, *en nombre del Grupo Verts/ALE.* – Señora Presidenta, bienvenido sea, por fin, este informe y muchísimas gracias, por el magnífico trabajo que ha hecho su responsable, el señor Castaldo. El actual presidente de Túnez, Béji Caïd Essebsi, nos dijo a una delegación de este Parlamento —en la que también estaba el ponente— que no hubo una Primavera Árabe, que eso ha sido un invento de los periodistas occidentales. Hubo una Primavera Tunecina. Y es cierto, porque Túnez es el único país de la zona donde se ha dado una revolución popular contra un dictador y donde se han creado unas frágiles estructuras de democracia, que pueden estabilizarse o no. Y ahí Europa tiene muchísimo que decir. Debe implicarse muchísimo más, no solo financieramente sino políticamente. Debe mirar mucho más hacia el sur y ayudar a eliminar esos puntos negros que están lastrando el proceso tunecino. Ya lo han comentado algunos de mis colegas: las restricciones a la libertad de expresión, la legislación contra los grupos LGTBI, las leyes de excepción.

Y para eso, nuestros acuerdos comerciales con Túnez deben priorizar el beneficio mutuo y tener en cuenta que allí tenemos un grandísimo aliado: la sociedad civil. Deben, además, ayudar a aquel país en cuestiones tan básicas para su economía como el desarrollo de energías renovables y la lucha contra la desertización. Y, además, Túnez necesita recuperar, que le ayudemos a recuperar el dinero que el dictador Ben Ali robó y que todavía está oculto en Europa. El futuro de Túnez es también el nuestro. Una oportunidad única para que el Mediterráneo vuelva a ser un mar de encuentro y no ese cementerio en el que se está convirtiendo.

Cristian Dan Preda (PPE). – Madame la Présidente, je voudrais tout d'abord saluer le rapport de notre collègue Castaldo, qui envoie un message positif à nos partenaires tunisiens.

La Tunisie a fait des progrès remarquables ces cinq dernières années, avec la restauration des libertés, l'organisation d'élections libres et l'adoption d'une nouvelle Constitution. Désormais, le pays est dans la phase la plus délicate de la transition, car il me semble que le défi essentiel est un défi socioéconomique: remettre l'économie tunisienne sur les rails, relancer la croissance et l'emploi, voilà le moyen pour éviter l'explosion de cette bombe à retardement que sont le chômage vécu et le désenchantement ressenti par une majorité de jeunes Tunisiens. Il est évident que la Tunisie se trouve dans une situation géopolitique qui ne l'aide pas du tout, avec notamment l'impact majeur de la crise libyenne.

L'Union européenne a un rôle essentiel à jouer afin d'aider la Tunisie, tout d'abord au niveau économique. Des initiatives telles que le soutien au secteur de l'huile d'olive tunisien sont d'une importance capitale. Il me semble que ceci s'inscrit dans l'esprit de la nouvelle politique de voisinage de l'Union. Il faut que nos instruments soient réactifs et flexibles pour que nous puissions les utiliser quand nous en avons le plus besoin. Je salue la présence du commissaire Hahn qui a œuvré en faveur de cette nouvelle politique de voisinage.

Nous devons également soutenir la Tunisie au niveau sécuritaire, non seulement à travers un partenariat renforcé, mais également en contribuant à la résolution de la crise libyenne.

Je suis content de mentionner le fait que nous accordons ici au Parlement une attention particulière aux relations avec la Tunisie, notamment par la mise en place de la commission parlementaire mixte qui se réunira pour la deuxième fois la semaine prochaine à Tunis. Nous allons travailler en binôme, comme nous l'avons fait avec d'autres pays, notamment le Maroc et l'Algérie, et nous aurons la possibilité de soutenir la Tunisie en tant que modèle pour d'autres pays arabes.

VORSITZ: ULRIKE LUNACEK

Vizepräsidentin

Victor Boştinaru (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, caro amico Castaldo, ti voglio ringraziare per il tuo lavoro e anche per la tua amicizia verso la Tunisia.

As he underlined in his very balanced report, the post-revolution example of Tunisia is a successful one and we need to do everything within our possibilities to support this new democracy. The stability and security of Tunisia are paramount for the stability and security of the wider region and are fundamental for European security. It is for this reason that Tunisia has been targeted by Daesh, and it is for the same reason that we need to be even closer to, and to support, Tunisia.

Tunisia has suffered heavy consequences in its tourism industry and has also had to use large resources from its still fragile economy for security and military purposes and to face the Libyan refugee crisis. This is not the only reason for the current social and economic situation, but it has certainly contributed to it.

I am glad that this Parliament played an active role in the case of olive oil under macro-financial assistance. We are right in demanding reforms, but we need to give this country and its new Unity Government all the necessary support and tools.

And one final proposal. There is discussion right now about some of the Tunisian people's assets which used to belong to Ben Ali and are still in European banks and within Member States. Let us do something and send back the assets to their owners, the Tunisian people!

María Teresa Giménez Barbat (ALDE). – Señora Presidenta, estimados compañeros, se suele decir que Túnez representa un modelo político de transición exitosa hacia la democracia tras la Primavera Árabe en el Magreb. Es así, y lo admiramos.

El principal reto del nuevo Presidente será poner fin a la grave situación de crisis económica y social del país, que representa una amenaza concreta para Túnez, pero también para la seguridad de toda el área euromediterránea.

Reconozco, señor Castaldo, el mérito de haber destacado en su informe que un preocupante número de jóvenes tunecinos son captados por el Estado Islámico o Dáesh.

Numerosos factores contribuyen a que los jóvenes se sientan atraídos por las falsas promesas de los extremistas, y uno de ellos podría ser que un tercio de la población total de Túnez en edad de trabajar no tiene hoy empleo. En este contexto, las protestas de los jóvenes en Túnez son una alarma que Europa tiene que escuchar.

Tenemos que poner en marcha medidas concretas para que la Unión pueda apoyar al país, con políticas dirigidas a los jóvenes para integrarlos en el mercado de trabajo y ayudarlos a planificar sus carreras, e invertir en nuevas empresas, y promover la participación de la mujer en la fuerza laboral del país.

Mariya Gabriel (PPE). – Madame la Présidente, je voudrais remercier et féliciter le rapporteur Castaldo pour le très bon rapport qui nous est présenté aujourd'hui.

La Tunisie est dans un processus de triple transition, politique, économique et sociale, et doit également faire face à des défis sécuritaires importants. C'est une priorité de la politique de voisinage de l'Union, non seulement en vue d'assurer la poursuite de la transition, mais aussi parce que ce pays a le potentiel de devenir une locomotive de la région méditerranéenne sur plusieurs plans. Des deux côtés, chacun doit faire son travail dans un investissement mutuel à la hauteur des enjeux.

J'insisterai sur trois éléments. Premièrement, les jeunes. Leur participation aux prochaines élections locales est cruciale, tout comme leur inclusion sur le marché du travail. Pour cela, nous le savons, le système éducatif doit pouvoir répondre aux besoins du marché du travail, notamment dans des secteurs à fort potentiel comme l'agriculture ou les énergies renouvelables.

Deuxièmement, l'intégration régionale doit faire partie des objectifs des relations UE-Tunisie, en matière de sécurité d'une part, en lien avec la situation en Libye et la radicalisation, et du point de vue économique d'autre part, il est clair, qu'une plus grande coopération et intégration entre la Tunisie et ses voisins serait bénéfique.

L'approche de l'UE doit aussi prendre davantage cette dimension en compte.

Enfin, je me réjouis que le rapport mette l'accent non seulement sur l'appui financier, mais aussi sur les possibilités opérationnelles pour soutenir la transition tunisienne.

La Commission parlementaire mixte UE-Tunisie, les échanges entre les administrations parlementaires et les administrations locales et le partage d'expériences acquises en matière de développement régional, sont autant d'éléments concrets.

Gilles Pargneaux (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, tout d'abord félicitations à M. Castaldo pour la qualité de son rapport. Il nous fait là un diagnostic qui doit être à l'origine de mesures concrètes de la part de l'Union européenne, dans le but, comme ma collègue Gabriel l'a rappelé à l'instant, de lutter contre le terrorisme pour la sécurité de la Tunisie. Il y a plus de 500 kilomètres de frontières communes poreuses avec la Libye, il est donc évident qu'il y a là un enjeu sécuritaire que nous devons, nous, Européens, développer en partenariat étroit avec la Tunisie.

Enfin, bien évidemment, il nous faut faire en sorte que nous ayons un partenariat économique, agricole et lié au tourisme. La chute de l'activité principale touristique en Tunisie est mortifère, et donc, la lutte contre le terrorisme, pour la démocratie, pour le développement, c'est une lutte de la Tunisie, mais c'est aussi la lutte des Européennes et des Européens.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señora Presidenta, felicito, en primer lugar, al señor Castaldo, por su informe tan equilibrado.

Túnez, pese a sus grandes dificultades, es un caso positivo en el marco de las llamadas «primaveras árabes». Ha habido una limitada violencia durante el proceso transicional y, finalmente, un notable grado de consenso entre los diversos actores políticos, que llevó a la aprobación de la Constitución en 2014. El proceso se ha visto ahora reforzado, tras la formación de un nuevo Gobierno de unidad nacional, pese a la inestabilidad regional, en particular la generada por la guerra civil en Libia y los reiterados ataques terroristas. Estos entorpecen, sí, la transición en Túnez, y a ello hay que agregar las dificultades económicas y el elevado paro juvenil, fruto, también, de la debilidad del turismo, como se ha dicho.

La Unión debe mantener una estrecha cooperación política ayudando a Túnez a consolidar su transición democrática, como pide el informe que mañana votaremos. Debe, también, profundizar en nuestra asociación de movilidad, avanzar en las negociaciones comerciales y de servicios ahora en curso, fomentar las reformas económicas y mantener nuestro apoyo a la reforma del sector de seguridad.

Túnez es un socio importante, al que debemos apoyar en sus esfuerzos por la consolidación política, el desarrollo económico y social del país, la seguridad y la lucha contra el terrorismo. Un socio, y un vecino también, que es, además, un modelo político en el actual contexto regional Mediterráneo y en el mundo árabe, que, en general, tantas dificultades está encontrando para alcanzar fórmulas políticas democráticas estables e inclusivas.

Inés Ayala Sender (S&D). – Señora Presidenta, deseo felicitar y también unirme a las felicitaciones, señor Castaldo, porque emociona leer un texto que bucea tanto en el país, en Túnez y sus gentes, siendo exigente también con su Gobierno, con sus partidos y las instituciones, como si, en definitiva, se tratase de un informe de uno de nuestros países. Muchas gracias.

Deseo felicitar y dar las gracias también a la Alta Representante por su coraje y sabiduría, por romper tantas reservas austericidas y darle otro cariz a su labor, para ir poco a poco, con enorme tesón e inteligencia, construyendo un casi Plan Marshall —yo diría más bien un Plan Mogherini— para Túnez: el apoyo macrofinanciero de más de 500 millones de euros; por la apuesta por una zona de libre comercio que marque una diferencia e impulse la economía y el desarrollo autónomos tunecinos; por la facilitación de los visados, tan urgente y necesaria para marcar claramente la diferencia.

Ya solo faltaría añadir el banco euromediterráneo, que este Parlamento ha apoyado en muchos de sus informes; también la Estrategia Global de la UE sobre seguridad, que reconoce a los pueblos, pero también la oportunidad que supone compartir un desafío semejante, y felicitar por que Horizonte 2020 tenga finalmente también resonancias tunecinas.

Ramona Nicole Mănescu (PPE). – Doamnă președintă, intensificarea dialogului dintre Uniunea Europeană și Tunisia sprijină procesul de reformă politică și instituțională. O mai bună funcționare a statului este esențială, așadar, în succesul dezvoltării economice și sociale.

Parlamentul European trebuie să participe direct la acest dialog și să-și asume un rol activ, iar Comisia parlamentară comună reprezintă un instrument extrem de important. În procesul de reformă politică, alegerile din Tunisia reprezintă un moment cheie.

Astfel, salut implicarea Comisiei Europene și a EEAS și consider ca fiind extrem de important ca alocarea de fonduri, de altfel absolut necesare, să fie completată cu asistență tehnică și sprijin în organizarea acestor alegeri.

Salut propunerea generoasă a Comisiei de alocare a 500 de milioane de euro. Pentru ca efectul acestei asistențe financiare să fie unul sustenabil, este esențial ca tinerilor să li se acorde alternative reale, acces la educație de calitate, locuri de muncă și o politică inclusivă. Aceste măsuri sunt cele mai puternice arme în combaterea radicalizării și împotriva recrutării de către organizațiile teroriste.

Programul de reformă demarat de Tunisia în cooperare cu Uniunea Europeană în domeniul securității este unul extrem de important, știind că terorismul reprezintă o provocare comună. Deci, și măsurile și răspunsurile trebuie să fie comune. Tunisia nu figurează pe lista statelor terțe cu care Europolul va încheia acorduri și pentru a fi în linie cu politica declarată și cu obiectivele comune, consider că includerea Tunisiei pe această listă trebuie luată în considerare.

Vreau să felicit raportorul și raportorii din umbră pentru acest raport.

Silvia Costa (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, come è stato prima ricordato dall'on. Panzeri, la prossima settimana una delegazione del Parlamento europeo a cui do molta importanza, perché è una delegazione mista Unione europea-Tunisia insieme alla commissione Cultura, farà questa missione in Tunisia perché ne riconosciamo il ruolo prioritario per il futuro del Mediterraneo, per la politica di vicinato, ma anche per sostenere il processo democratico e rilanciare il partenariato in diversi ambiti, tra cui vorrei sottolineare la cultura, il patrimonio culturale, l'educazione, il settore dell'audiovisivo.

Come indica la relazione Castaldo, è necessario sviluppare insieme azioni in ambito economico e commerciale, con il rafforzamento del capitale umano, della società civile e della formazione dei giovani, nonché del dialogo interculturale attraverso relazioni in ambito culturale ampio e anche la partecipazione più forte ai programmi Erasmus Mundus e anche all'ex programma Tempus che viene ricondotto a Erasmus+.

Vorrei ricordare anche che in questo momento sono in atto alcuni progetti molto interessanti, e vorrei che nell'ambito della strategia culturale europea, che abbiamo molto apprezzato, e della diplomazia culturale europea, che è stata lanciata dai tre Commissari, ci sia un *framework* organico che dia più importanza e raccordi queste azioni.

Eduard Kukan (PPE). – Madam President, as the PPE rapporteur for the review of the European Neighbourhood Policy, it is with great interest that I follow events in this young democracy. Tunisia should, indeed, use this opportunity to become the role model for the region and show that the Arab Spring has not turned into an Arab winter everywhere.

The EU can deepen its partnership with Tunisia by supporting a continuous democratic process and offering guidance in that process, for instance in the judiciary sector and through reinforced European Neighbourhood Instrument (ENI) resources. The security situation in Tunisia remains extremely volatile as a result of both internal and external factors. Here too the EU can be instrumental in supporting the building of state security structures. This needs to be done together with our partners. I welcome the launch of the EU programme of support for security sector reforms in Tunisia.

Last year, Tunisians were awarded the Nobel Peace Prize. We should stand by them as the people of Tunisia try to make democracy in their country really work.

Die Präsidentin. — Für das nun folgende *Catch-the-eye*-Verfahren habe ich einige Wortmeldungen. Ich werde pro Fraktion nur einen Redner oder eine Rednerin nehmen, und nur jene, die noch nicht an der Reihe waren.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora Presidenta, en el principio fue Túnez el origen de la Primavera Árabe, pero también de esa dimensión humanitaria de lo que hemos mal llamado la crisis de los refugiados. Por tanto, celebramos aquí un informe que cristaliza el caso positivo de un país que ha conseguido demostrar que no todo ha sido infierno árabe, sino, efectivamente, un tránsito a la democracia y a la Constitución, pero que recuerda a la Unión Europea la necesidad de ser globalmente relevante, tener una política exterior de estímulos positivos y no solamente de mirada negativa y remordimiento de conciencia después hacia la orilla sur del Mediterráneo y de corregir también la política humanitaria en la gestión de esa dimensión terrible de refugiados que vienen de la orilla sur.

Y la ocasión —y pongo el acento— es el código de visados para la introducción de los visados humanitarios en origen, en embajadas y consulados de la Unión Europea, porque pueden marcar una diferencia y mostrar que no solamente en el caso bilateral de Túnez, sino en el aprendizaje de las lecciones que se desprende de esa experiencia, la Unión Europea ha mejorado también.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, σύμφωνα με το σημείο 42 του ψηφίσματος, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο «εκφράζει τις ανησυχίες του για τη βιωσιμότητα του χρέους της Τυνησίας και ζητεί τη διερεύνηση πιθανών τρόπων ώστε να καταστεί περισσότερο βιώσιμο· ζητεί τη μετατροπή του χρέους της Τυνησίας σε επενδυτικά σχέδια, ιδιαίτερα για την οικοδόμηση στρατηγικών υποδομών και τη μείωση των περιφερειακών ανισοτήτων· ζητεί από τα κράτη μέλη να διερευνήσουν τρόπους για τη διασφάλιση της προτιμησιακής αναδιάρθρωσης του χρέους της Τυνησίας». Απ' ό,τι άκουσα, ούτε η κυρία Mogherini, αλλά ούτε, βεβαίως, οι συνάδελφοι που μίλησαν από τις πολιτικές ομάδες είχαν αντίρρηση στο θέμα αυτό.

Οπότε, τίθεται το ερώτημα: γιατί να μην εφαρμοστεί το ίδιο και για την Ελλάδα; Γιατί διαφωνεί η Επιτροπή για την αναδιάρθρωση του ελληνικού χρέους; Γιατί η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν δέχεται διαγραφή του ελληνικού χρέους, που είναι άλλωστε και επονείδιστο; Γιατί επιβάλλει η Ευρωπαϊκή Ένωση λιτότητα στην Ελλάδα προκειμένου να εξοφληθεί το χρέος; Γιατί επιβάλλει ξεπούλημα της ελληνικής περιουσίας για την εξόφληση του χρέους; Γιατί δεν εφαρμόζεται το ίδιο και για την Ελλάδα;

Jasenko Selimovic (ALDE). – Madam President, the democratic development in Tunisia represents one of the few successful examples of democratic transition in the wake of the Arab Spring. Unfortunately, after the terrorist attacks in Tunisia which had a tremendous impact on the country's economy, this Parliament did not fully deliver on the promised solidarity. We should have fully supported macro-financial assistance and additional exports of olive oil in order to secure growth. Anyhow, we supported the EU-Tunisia Free Trade Agreement and that help was needed in the short term.

Now the EU must not miss the opportunity to step up in terms of financial support and technical assistance for Tunisia to cope with the political, economic and social needs in the medium and long term. Trade openness and structural economic reforms aimed at supporting long-term employment should be explored in order to enable the Tunisian economy to achieve tangible results. I hope that Parliament will not, once again, let the Tunisian people down and that we will, together this time, fully deliver the promised solidarity.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhora Presidente, este relatório não traz nada de novo em torno do que são as relações externas da União Europeia com países terceiros.

Antecâmara de um possível acordo de livre comércio e instrumento neocolonial de exploração económica que a União tem disseminado por todo o planeta, a estratégia de ingerência e interferência nos assuntos internos de um país soberano está bem desenhada: reformas democráticas, políticas institucionais de desenvolvimento económico e social, política de segurança e defesa, de pretenso combate ao terrorismo, e reformas para a investigação, educação e cultura. Reformas, leia-se, para transformar um país, condicionando o financiamento às políticas e aos conceitos ideológicos da União, liberalizando a economia e impondo ainda mais a exploração e o empobrecimento dos trabalhadores e do povo à custa do esbulho das riquezas daquele país.

Uma agenda de submissão, que descaradamente se pretende comparar, imagine-se, a um plano Marshall, denúncia evidente dos objetivos reais desta relação que se desenha sobejamente desequilibrada.

Die Präsidentin. — Danke sehr.

Johannes Hahn, *für die VP/HR*. – Frau Präsidentin! Ich werde mich bemühen. Ich möchte mich auch bei Ihnen allen bedanken für diesen konstruktiven Gedankenaustausch, auch im Namen der Hohen Vertreterin, insbesondere beim Berichterstatter Castaldo für diesen sehr umfassenden Bericht.

Wie schon gesagt wurde: Wir widmen Tunesien besondere Aufmerksamkeit. In wenigen Tagen werden wir eine umfassende Kommunikation für Tunesien vorlegen. Es ist auch vorgesehen, dass wir das Budget, die finanziellen Aufwendungen, für Tunesien nahezu verdoppeln in der Größenordnung von etwa 300 Millionen Euro pro Jahr. Aber – wie das einige Redner auch angesprochen haben – es geht darum, dass diese Gelder auch zielgerichtet zur wirtschaftlichen Entwicklung eingesetzt werden. Wirtschaftliche Entwicklung schließt auch die Unterstützung etwa bei der Berufsausbildung ein. Hier gibt es auch einige interessante Programme einiger europäischer Mitgliedstaaten. Wir brauchen hier das Zusammenwirken zwischen der Ausbildungsseite und der Wirtschaftsseite.

Aber ich darf auch jene Damen und Herren, die in den nächsten Tagen vonseiten des Parlaments nach Tunesien fahren, einladen und bitten, bei ihren Gesprächspartnern darauf zu dringen, dass auch die notwendigen Reformen stattfinden. Denn wenn man Unternehmen anlocken möchte, dann muss man auch die entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen. Da ist sicherlich noch – wie es so schön heißt – *room for improvement*, und hier bedarf es eben auch der Mitwirkung der tunesischen Seite.

Wir alle sind froh, dass sich die innenpolitischen Turbulenzen aufgelöst haben und es eine stabile Regierung gibt. Und es ist auch erfreulich, dass der tunesische Präsident Essebsi Anfang Dezember auf Einladung Ihres Präsidenten nach Brüssel kommen wird und eine Rede halten wird. Das ist erstmalig der Fall und zeigt eben, dass sich die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Tunesien weiter vertiefen. Tunesien ist definitiv eines unserer Schwerpunktländer.

Und eine letzte Bemerkung. Auch ist es wichtig – Tunesien ist für uns auch ganz wichtig –, die regionale Entwicklung in der Region, im Maghreb voranzutreiben. Es ist das einzige Land, das in der Region praktisch mit allen Nachbarländern *on good terms* ist, und das sollte und muss auch genutzt werden, um dort die wirtschaftliche Entwicklung und damit auch die Stabilität voranzutreiben.

Nochmals vielen herzlichen Dank für Ihr nachhaltiges Interesse an der Entwicklung Tunesiens!

Fabio Massimo Castaldo, *relatore*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, desidero ringraziare nuovamente i relatori ombra e tutti gli oratori perché i loro interventi hanno dimostrato chiaramente quanto questa relazione sia frutto effettivamente di un lavoro condiviso, di un lavoro partecipato, nel quale si sono fuse, trovando un equilibrio e un'armonia, le diverse istanze e le diverse priorità, espressione dei gruppi politici.

La Tunisia ha dimostrato con un piccolo miracolo che è completamente possibile, oggettiva e tangibile la compatibilità tra Islam e democrazia che molti hanno in passato ritenuto essere impossibile. L'impegno del Parlamento europeo può e deve essere costante e fondamentale, come dice anche un passaggio della relazione, nel sostenere il nostro omologo parlamento tunisino, l'Assemblea dei rappresentanti del popolo, che oggi ha ancora delle difficoltà tecniche e operative importanti: avremo modo di discuterne nella missione che andremo a svolgere dal 19 settembre, la settimana prossima, nella quale ci confronteremo su un piano di parità con i nostri omologhi, i nostri amici parlamentari tunisini, per lavorare su singoli dossier. Questa è la strada: non dobbiamo limitarci alle dichiarazioni, ma portare avanti impegni concreti, piani puntuali sulle singole tematiche affrontate.

Oggi come oggi, il terrorismo resta purtroppo il punto numero uno dell'agenda. Anche il 29 agosto sono morti tre soldati al confine con l'Algeria, in uno spazio ormai in cui le frontiere perdono di significato, in cui la mobilità di certi gruppi pone veramente in discussione quegli Stati che vogliono chiudersi e non vogliono invece cooperare in un'ottica regionale. La cooperazione Algeria-Tunisia è stata un pilastro da questo punto di vista e noi auspichiamo di poterla presto estendere all'intero Maghreb non appena ci sarà una stabilizzazione della Libia.

Mi preme sottolineare un altro aspetto molto importante: il tema dei diritti umani, molti di voi l'hanno evocato. Noi continuiamo a porli all'attenzione del governo, pur essendo consapevoli che la Tunisia, da questo punto di vista, è senz'altro il paese primo della classe. Noi però pretendiamo un impegno forte, concreto e totale per l'abolizione della pena di morte, perché a tutt'oggi ci dispiace constatare che questo passo ancora non è stato intrapreso.

La società civile tunisina merita tutto il nostro pieno e convinto sostegno, non soltanto perché ha vinto il Nobel, ma perché, prima, durante e dopo la rivoluzione, ha dimostrato di essere il vero cuore pulsante del paese. A noi europei guadagnarci il premio Nobel della solidarietà e anche della lungimiranza sostenendo il miracolo della rivoluzione tunisina.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch, 14. September 2016, statt.

Schriftliche Erklarungen (Artikel 162 GO)

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I welcome this report's strong emphasis on closer collaboration between the EU and Tunisia, which this year mark 40 years of cooperation. However, our objective of helping Tunisia implement adequate reforms, boots employment and develop sustainable and inclusive growth will only materialise in a just and fair society. The EU must pay closer attention to the new Tunisian draft economic reconciliation law which may jeopardize this process. It offers no accountability, but blatant amnesty, for the many economic crimes committed against the Tunisian people, and its state. The victims are outraged, and civil society organisations are mobilizing against it. The law's defenders argue that it is necessary to turn the page on the past in order to attract foreign investment. I fundamentally disagree. The corrupt must not escape justice. If they do, the promise of the Tunisian revolution will be lost. We in Europe have a duty to monitor this process carefully, as plans to implement an ambitious free trade agreement between the EU and Tunisia must not come at the expense of fairness. The democratic transition process in Tunisia is still a successful example of reform possible in the Arab World. We must ensure that it remains that way.

14. Sozialdumping in der EU (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Guillaume Balas im Namen des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten über Sozialdumping in der Europäischen Union (2015/2255(INI)) (A8-0255/2016).

Guillaume Balas, *rapporteur*. – Madame la Présidente, on le dit tout le temps, l'Europe est en crise et nous savons qu'une des raisons de cette crise, c'est que nous avons un marché unique, la liberté des services, des capitaux, des personnes qui peuvent circuler, mais que nous avons des systèmes sociaux complètement différents et nous savons que là s'introduit le dumping social.

Longtemps, il n'a pas été possible de définir ce qu'était le dumping social et nous sommes maintenant arrivés à un accord pour dire qu'il y avait un ensemble de pratiques illégales et abusives qui a mené à remettre en cause profondément la dignité des travailleurs. Dignité quand on est logé de manière abjecte, quand on n'est pas payé pour le travail qu'on a effectué, quand on travaille toute la journée ou toute la semaine et qu'on ne respecte pas les temps de repos.

Mais c'est aussi un problème financier et budgétaire, car le dumping social enlève des ressources à nos systèmes de protection sociale et fait que ceux-ci s'appauvrissent de jour en jour. Enfin, c'est un problème économique, car il tend à affaiblir les revenus du travail, on le sait, et évidemment à pousser à une tendance déflationniste.

J'ajouterais que c'est un énorme problème politique et que les citoyens européens, considérant que l'Europe ne les protège pas mais, au contraire, les fragilise en acceptant ces pratiques de dumping social, sont de plus en plus sceptiques ou même se retournent contre l'Europe en décidant qu'il faut voter pour des partis qui veulent aujourd'hui la détruire, que de nombreux États aujourd'hui commencent à dire qu'il faut remettre en cause le marché intérieur et remettre en cause les directives existantes, parfois même de manière unilatérale.

Comment y répondre? Évidemment, ce rapport n'est qu'une pierre, mais une pierre qui apparaît quand même nécessaire et importante. Tout d'abord en appliquant les législations existantes. Pour cela, il faut augmenter les moyens de contrôle, il faut faire en sorte qu'il y ait des coopérations au niveau européen pour permettre à des inspecteurs du travail de travailler ensemble, d'en avoir les moyens en matière de traduction. Il importe de mettre en place de véritables coopérations transfrontalières qui permettent de lutter aujourd'hui contre les entreprises qui dérivent.

Il faut améliorer aussi les législations existantes et c'est pour cela, notamment, qu'il faut un certain nombre de mesures, par exemple pour lutter contre ces célèbres sociétés boîtes aux lettres qui n'existent pas, ou existent à un moment pour disparaître juste après. Ces entreprises doivent avoir une vraie activité pour pouvoir aujourd'hui employer des gens, les détacher, par exemple, dans un autre pays.

Il faut une agence de transport pour la route et c'est très important, car comment lutter aujourd'hui contre le dumping social dans le domaine routier s'il n'y a pas d'instruments au niveau européen pour le faire? Il faut une liste noire pour que les entreprises qui ont gravement fauté, qui ont gravement contrevenu à la législation européenne et nationale ne puissent pas prétendre aujourd'hui à des marchés qu'il serait bien dangereux de leur attribuer.

Il faut enfin enregistrer, par exemple, les déclarations de détachement dans un registre européen, ne serait-ce que cela, pour que nous puissions savoir exactement qui est détaché et à quel moment.

Enfin, il faut travailler à la convergence sociale. En effet, il y a des mesures spécifiques à prendre, par exemple au niveau européen, sur la condition des femmes, qui sont souvent les premières victimes du détachement frauduleux ou même de l'exploitation abusive.

Il faut aussi travailler sur la question des salaires et, si nous savons bien qu'un salaire unique minimal est impossible aujourd'hui en Europe et même pas souhaitable, un salaire minimum national qui s'élèverait à environ 60 % du salaire moyen serait évidemment un progrès très important.

Je veux terminer en vous disant une chose. Ces discussions ont duré trente heures. Elles ont permis de dépasser les clivages, de rassembler les forces de progrès pour travailler ensemble, mais aussi les clivages politiques au sein de cette Assemblée. Elles ont permis de dépasser aussi les clivages géographiques entre le Nord, le Sud, l'Est et l'Ouest. Il faut maintenant faire en sorte que le Parlement européen soutienne cette proposition de lutte contre le dumping social.

Marianne Thyssen, *Member of the Commission*. – Madam President, I would like to congratulate the rapporteur, Mr Balas, whose recommendations are in line with the ambition of this Commission. We vowed to put people at the heart of our policymaking and we have already taken action to defend our social values and strengthen fairness in our common market. For me this is very clear: there is no place for unfair working conditions and social dumping in the European Union.

While it is true that there is no legally recognised and universally shared definition of social dumping, I agree with you that it is crucial to ensure a level playing field and fair competition across the European Union.

I welcome, Mr Balas, your call to Member States to increase efficiency and secure appropriate staffing levels and resources for their control bodies. I take note of your call to the Commission and the Member States to ensure more effective implementation of the existing legislation. I am glad that you welcome the newly established European Platform on undeclared work. This will contribute to turning undeclared work into declared work and ensure social protection for millions of Europeans who are losing out through various kinds of risky job arrangements. This platform will soon formally adopt its working programme and then the first activities to exchange information and best practices, engage in joint cross-border action and develop knowledge and capacity can start.

In March this year we presented the proposal for the targeted revision of the 1996 Posting of Workers Directive, with the aim of ensuring fair wage conditions for posted workers and a level playing field between posting and local companies. As you know, 14 national parliaments from 11 Member States raised concerns in relation to compliance with the principle of subsidiarity, triggering the so-called yellow card procedure. We analysed the concerns voiced by the national parliaments and concluded that no subsidiarity issue subsists with this proposal. Therefore, we decided to maintain the proposal unchanged. I am now looking forward to discussing my proposal and possible amendments with you and to working with this Parliament and with the Council in order to come to an agreement as soon as possible.

I also welcome the emphasis in the report on upward social convergence. This is one of the main objectives of the European Pillar of Social Rights, which is now the subject of a broad consultation. It should be seen as a reference framework expressing essential principles, common to participating Member States, for the conduct of employment and social policy and it should serve to screen the performance of participating Member States and to drive the process of reforms at national level in the light of 21st century realities. Its underlying vision is one of fairness on the European labour market and social protection systems.

Last but not least, we take note of the report's position on illicit employment practices in the transport sector, particularly bogus self-employment and its significant consequences for the social protection of workers. Bogus self-employment in all sectors leads to unclear legal situations, barriers to access to social protection, risks such as those of precariousness and two-tier segmented labour markets, and potentially also a risk in terms of safety.

Combating unfair working and business conditions in road transport is at the core of the so-called road initiatives which the Commission is preparing for 2017 and the same concerns are reflected in the Aviation Strategy for Europe, adopted by the Commission in December 2015, which emphasises the need to the reinforce the social agenda and create high-quality jobs in aviation.

Jens Nilsson, *föredragande av yttrande från utskottet för transport och turism*. – Fru talman! Transportutskottet har naturligtvis diskuterat social dumpning inom transportnäringarna: sjöfart och hamnar, tåg, flyg men framför allt vägtransporterna. Det är också där vi säger att övervakning och kontroll av gällande bestämmelser är viktigt och måste upprätthållas. Medlemsstaterna och EU har ett gemensamt ansvar. Vi kan göra mer på EU-nivå.

Det är därför vi säger att vi vill ha ett snabbt införande av smarta färdskrivare som med hjälp av GPS-teknik kan effektivisera kontrollerna. Vi vill också skapa ett elektroniskt och integrerat operatörsregister. Vi vill att det ska finnas access till alla berörda nationella register. Om en kontroll sker av ett fordon vid vägen i ett land, ska den som kontrollerar fordonet kunna koppla upp sig omedelbart mot aktuellt körkortsregister, få uppgifter om operatören och fordonets besiktningsprotokoll för att se den tekniska statusen. Vi måste ha transparens i de systemen.

Vi vill också ha en gemensam vägmyndighet för att underlätta övervakning och kontroll och samordning av medlemsstaterna. Allt som vi föreslår syftar till att få ordning och reda på en bransch som är viktig för den gemensamma marknaden och få slut på utnyttjandet av människor som sker i dag.

Evelyn Regner, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter*. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin! Als Verfasserin der Stellungnahme im Frauenausschuss möchte ich hervorheben: Sozialdumping beschränkt sich nicht nur auf die Entsendung von Arbeitnehmerinnen, sondern hat viele Gesichter, und das hässlichste davon ist die Schwarzarbeit. Hier sind Frauen ganz besonders oft betroffen – in der Pflegebranche, in den Haushalten usw. So viele Unternehmen halten sich nicht an unverbindliche und freiwillige Leitlinien. Deshalb brauchen wir diese *blacklist* – eine *blacklist* für die schwarzen Schafe der Branche, jene, die sich falsch verhalten und Gesetze brechen. Umso besser stehen Unternehmen da, die ihre Leute fair bezahlen, ordnungsgemäß anmelden, angemessen unterbringen.

Warum nicht jenen guten Unternehmen, die sich an die Spielregeln halten, Zuspruch geben und die schwarzen Schafe dann entsprechend schützen? Das kann es nicht sein. Die Frage geht natürlich an alle Fraktionen, insbesondere an jene, die sich bei der *blacklist* und der ambitionierten Bekämpfung von Briefkastenfirmen zurückhalten. Gerade beim Kampf gegen Briefkastenfirmen ist ein starkes gemeinsames Vorgehen notwendig, damit wir diese undurchsichtigen Konstruktionen endlich aushebeln können.

Jutta Steinruck, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Es gibt ja immer noch einige, die behaupten, es gäbe in Europa kein Sozialdumping und keine prekäre Beschäftigung.

Aber die Realität ist anders. Viele von uns wissen es: Wir haben viele ausgebeutete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wir haben Scheinselbstständige unter Umgehung von Gesetzen. Der Wettbewerb findet in Europa tatsächlich auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer statt. Was wir aber brauchen, ist kein Wettbewerb um die billigsten Löhne und um die schlechtesten Arbeitsbedingungen. Dieser Bericht legt den Finger endlich in die Wunde.

Ich danke Guillaume Balas und den Schattenberichterstattern wirklich, dass sie sich so viel Mühe gemacht haben, dass sie so intensiv auch in das Thema geschaut haben. Ich frage mich auch immer wieder, warum es hier im Parlament Abgeordnete gibt, die das Privileg haben, gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu haben, zu Hause ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren eigenen Bürgerinnen und Bürgern aber genau das verwehren.

Es geht tatsächlich nicht um einen Ost-West-Konflikt. Es geht um den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und um einen fairen Wettbewerb. Ich appelliere an alle, und ich bitte alle da draußen – die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Bürgerinnen und Bürger –, genau hinzuschauen, wer morgen wie abstimmt. Denn diejenigen, die morgen gegen diesen Initiativbericht stimmen, sagen Nein zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und sie sagen Ja zum skrupellosen ausbeuterischen Unterbietungswettbewerb der Unternehmen.

Stimmen Sie bitte morgen diesem Bericht zu! Es ist ein Signal an die Menschen da draußen.

Danuta Jazłowiecka, *w imieniu grupy PPE*. – Pani Przewodnicząca! Dzisiaj zwrot „dumping socjalny" jest bardzo kontrowersyjny, to bardzo kontrowersyjny temat. Z uwagi na skutki kryzysu gospodarczego i finansowego oraz trudną sytuację na rynku pracy w niektórych państwach członkowskich jest on wykorzystywany do walki politycznej przez antyeuropejskie i populistyczne środowiska.

Coraz częściej zwrot „dumping socjalny" stosowany był w dokumentach Parlamentu Europejskiego, co w mojej ocenie jest niedopuszczalne z uwagi na fakt, iż nie ma prawnie obowiązującej definicji dumpingu socjalnego. W Parlamencie Europejskim zobowiązani jesteśmy natomiast do tego, aby przygotowywać jasne i przejrzyste prawo. Nie przestrzegając tych zasad, doprowadziliśmy do sytuacji, w której populiści i nacjonaliści manipulują tym zwrotem na wszystkie możliwe sposoby, oszukując nasze społeczeństwa. Dzięki negocjacjom oraz dobrej woli wielu grup politycznych udało nam się wypracować definicję dumpingu socjalnego i uważam, że jest to jedno z największych osiągnięć i najważniejszych elementów sprawozdania.

W Parlamencie Europejskim jesteśmy zgodni, że należy walczyć z łamaniem oraz nadużywaniem prawa w celu obniżania kosztów pracy i nieprzestrzegania praw pracowniczych. Mam nadzieję, że zdefiniowany w ten sposób problem przestanie być pożywką dla populistów i eurosceptyków i ograniczy ataki i oskarżenia między innymi wobec zagranicznych pracowników i firm o odbieranie miejsc pracy i nieuczciwą konkurencję.

Mówiąc o dumpingu socjalnym, powinniśmy przede wszystkim skupiać naszą uwagę na faktycznych praktykach związanych z łamaniem prawa, takich jak fałszywe samozatrudnienie, działalność firm skrzynek pocztowych czy praca nierejestrowana. Takie praktyki należy zwalczać i sprawozdanie, nad którym będziemy jutro głosowali, zawiera szereg rekomendacji w tym zakresie. Od początku jako PPE wskazywaliśmy na priorytetowe naszym zdaniem działania, jak na przykład lepsze egzekwowanie prawa krajowego oraz europejskiego, wzmocnienie współpracy pomiędzy państwami członkowskimi, a także usprawnienie wymiany informacji, na przykład o statusie społecznym pracownika, oraz sprawne identyfikowanie i likwidowanie luk prawnych.

Na zakończenie chciałbym jeszcze odnieść się do kwestii związanych z delegowaniem pracowników. Bardzo często firmy delegujące pracowników niesprawiedliwie oskarżane są o dumping socjalny. Pamiętajmy, że w większości przypadków to uczciwi przedsiębiorcy.

(Mówczyni zgodziła się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Jens Geier (S&D), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Frau Präsidentin! Ich habe eine Frage an die Rednerin der EVP.

Ich bin doch sicherlich richtig darüber informiert, dass Sie als Kollegin aus Polen vom Europäischen Parlament denselben Lohn für Ihre Arbeit erhalten, wie ich das tue aus Deutschland. Meine Frage an Sie ist: Warum ist das so schwierig für christdemokratische Abgeordnete, Ihrer Fraktion, dieses Vorrecht – gleicher Lohn für gleiche Arbeit – auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus Ihrem Land an einem anderen Ort in der EU zuzubilligen?

Danuta Jazłowiecka (PPE), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki.* – Muszę panu powiedzieć, że byłabym najszczęśliwszą osobą, gdyby mieszkańcy mojego kraju mogli zarabiać tak samo, jak zarabiają mieszkańcy Europy Zachodniej. Ale niestety my jesteśmy krajem na dorobku i jeszcze wciąż potrzebujemy czasu, by osiągnąć takie same standardy, jakie ma Europa Zachodnia. I w związku z tym jest tak trudno jednym pociągnięciem wyrównać płace. Chciałabym, żeby tak się stało, ale to jest niemożliwe.

Czesław Hoc, *w imieniu grupy ECR.* – Pani Przewodnicząca! Kapitał ludzki to największe bogactwo przedsiębiorczości w ogóle. Dobre zarządzanie kapitałem ludzkim to gwarancja sukcesu każdego przedsiębiorstwa. Tymczasem w przypadku dumpingu socjalnego to właśnie ten kapitał może być marnotrawiony, zatem należałoby poważnie i konkretnie zająć się tym zjawiskiem, czyli poznać jego przyczyny, okoliczności jego tworzenia, ustalić kryteria jego rozpoznania, podjąć działania profilaktyczne, przeciwdziałać przyczynom i podjąć działania naprawcze, a następnie kontrolować oraz egzekwować. Tymczasem dumping socjalny dotąd nie został dokładnie zdefiniowany. Zatem jak przeciwdziałać czemuś, naprawiać i doskonalić coś, co nie jest jeszcze dokładnie zdefiniowane? Siłą rzeczy każda decyzja w interpretacji tego problemu i zaleceń może być traktowana jako uznaniowa, wręcz instrumentalna. W mojej opinii najpierw należy zdecydowanie, dokładnie i pilnie zdefiniować problem dumpingu socjalnego, a następnie podjąć stosowne oraz racjonalne działania.

Martina Dlabajová, *za skupinu ALDE.* – Paní předsedající, paní komisařko, já především děkuji Guillaumovi Balasovi za to, že vedl velmi se ctí všechna jednání. Neměl lehký úkol, ne vždy jsme se shodli, ale moc bych si přála, aby tato zpráva byla začátkem nové komunikace o tomto tématu. Myslím si totiž, že pokud chceme řešit skutečné problémy trhu práce, pak bychom měli přestat žonglovat s politickými a ideologickými termíny, jako je sociální dumping, a s populistickými slogany, které tady bohužel i dnes už zazněly. Jsem velmi nespokojená s celkovým vyzněním zprávy, která se za tento termín snaží schovat obhajobu ochranářských snah některých národních pracovních trhů a za projev sociálního dumpingu označuje veškeré nerovnosti a odlišnosti v Evropské unii a dokonce také vysílání pracovníků. Tato alibistická nálepka překrývá skutečnou podstatu problémů, se kterými se pracovní prostředí v EU potýká.

Můj postoj rozhodně neznamená, že hájím nespravedlivou hospodářskou soutěž nebo nekalé podmínky podnikání. Přesně naopak. Proti nezákonné činnosti je třeba systematicky bojovat. Proto navrhuji, abychom např. zajistili dostatečné zdroje pro posílení práce inspektorátů práce, které musí v terénu odhalovat pracovníky bez řádných smluv a základních sociálních standardů.

Podívejme se ale na reálnou situaci na trhu práce také očima majitelů firem, které jsou skutečnými tvůrci pracovních míst. Co oni doopravdy potřebují? Jsou to další a další nařízení, která jim budou ještě více svazovat ruce? Nebo jednoduchá a efektivní řešení, která půjde jednoduše aplikovat v praxi? Já myslím, že v hloubi duše odpověď všichni znáte.

Musíme se vydat cestou lepší výměny informací mezi členskými státy, cestou přizpůsobení pravidel sociálních systémů, cestou přizpůsobení daňových pravidel a dalších stimulačních nástrojů. Měli bychom komunikovat otevřeněji a věcně, podívat se na věcné argumenty. Měli bychom zajistit, aby nedocházelo k fragmentaci jednotlivých trhů práce. To je jediná představitelná možnost, jak z velmi heterogenních podmínek evropských různých trhů práce někdy v budoucnu můžeme dosáhnout onoho vskutku panevropského trhu práce, se kterým bychom mohli být všichni spokojeni.

(Řečnice souhlasila s tím, že odpoví na otázku položenou zvednutím modré karty (čl. 162 odst. 8 jednacího řádu).)

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Tisztelt Képviselő Asszony! Itt más felszólalók is bizonytalankodtak, hogy egyáltalán a szociális dömpingnek mi is a fogalma. Őszintén szólva én itt a baloldalon úgy látom, hogy a szociális dömping lényege az, hogy a munkaadók hogyan tudják lejjebb és lejjebb és lejjebb tornászni a munkavállalók béreit, pont. Ezzel a fogalommal megbirkóztunk. Viszont kérdezem nagy tisztelettel, hogy Ön egyetértene-e azzal, hogy legyen egy határ? Nevezetesen az európai minimálbér, ami valószínűleg nagyon komoly … *(Az Elnök megvonta a szót a képviselőtől.)*

Martina Dlabajová (ALDE), *odpověď na otázku položenou zvednutím modré karty*. – Musím říct, že to bylo velmi vtipné, protože tlumočení, i když tady byl český kanál, tak bylo ve španělštině. Možná to je nějaká schválnost kolegů tady z levé strany, ale moje odpověď je určitě ne, protože jsem rozuměla i té španělské otázce. Ne, určitě ne.

Νεοκλής Συλικιώτης, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κυρία πρόεδρε, η συγγραφή της έκθεσης για το κοινωνικό ντάμπινγκ αποτελεί από μόνη της μια σημαντική πολιτική πράξη και εμείς θέλουμε να ευχαριστήσουμε τον εισηγητή κ. Balas για την καθοριστική συμβολή του. Τα καταστροφικά αποτελέσματα των νεοφιλελεύθερων πολιτικών λιτότητας και μνημονίων που επιβάλλονται στα κράτη μέλη δεν κρύβονται πλέον κάτω από το χαλί. Οι θιασώτες της απορρύθμισης των εργασιακών σχέσεων και της δήθεν ελεύθερης αγοράς δεν μπορούν πλέον να γυρνούν το βλέμμα αλλού, Ήρθε η ώρα να συζητήσουμε το θέμα της απορρύθμισης των εργασιακών σχέσεων και τις πραγματικές αιτίες της ανεργίας και της επισφάλειας. Δεν δεχόμαστε πως είναι δύσκολο να βρεθεί κοινός ορισμός για το κοινωνικό ντάμπινγκ. Η επισφάλεια στην εργασία, η μείωση των εργαζομένων που καλύπτονται από συλλογικές συμβάσεις, η αύξηση των συμβολαίων μειωμένης διάρκειας, η φτωχοποίηση των εργαζομένων, η χρόνια ανεργία, κυρίως των νέων, οι ανισότιμες μισθοδοσίες είναι κοινωνικό ντάμπινγκ.

Οι συντηρητικές και νεοφιλελεύθερες δυνάμεις αυτού του Κοινοβουλίου πρέπει να σταματήσουν να κρύβονται πίσω από τους τεχνικούς όρους και να εκφραστούν ξεκάθαρα με ποιανού το μέρος είναι: με τις μεγάλες πολυεθνικές εταιρείες που αυξάνουν τα κέρδη απομυζώντας τους εργαζόμενους, ή με τους εργαζόμενους στην Ευρώπη που διεκδικούν αξιοπρεπή ζωή; Ως Ομάδα GUE, έχουμε ξεκάθαρες σχέσεις ενάντια στη διάλυση του κοινωνικού ιστού ως αποτέλεσμα των νεοφιλελεύθερων πολιτικών τις οποίες επιβάλλουν το σύμφωνο σταθερότητας και το Ευρωπαϊκό Εξάμηνο. Θα υπερψηφίσουμε την έκθεση Balas γιατί αναγνωρίζεται σ' αυτήν η ύπαρξη του κοινωνικού ντάμπινγκ. Αναγνωρίζεται ότι οι νεοφιλελεύθερες πολιτικές έχουν αποτύχει.

Karima Delli, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, le dumping social, c'est le poison qui détruit le projet européen. En Europe en 2016 et ce soir, dans cet hémicycle, je vous le dis, j'ai honte de voir encore des femmes et des hommes exploités en tant que salariés, j'ai honte de voir des pratiques abusives imposées par des employeurs sans scrupules qui balaient d'un revers de main les législations nationales et européennes. En 2016, des chauffeurs routiers doivent dormir et manger dans leur cabine, des salariés sont parfois entassés par dizaines dans une pièce pour dormir. Leur vie, c'est ça.

Elle est où la dignité en Europe? Il est temps d'en finir avec la concurrence déloyale, il est temps de punir ceux qui ne veulent pas appliquer les règles, il est temps de remettre de l'ordre dans tout ça.

Chers collègues, qui, dans cet hémicycle, est contre le fait de mettre un terme à l'exploitation des travailleurs, qu'ils soient français, polonais, ou chypriotes? Les outils, nous les avons dans ce rapport, et je félicite mon collègue, M. Balas: salaire minimum, liste noire des entreprises fraudeuses, renforcement des contrôles, combat contre les faux indépendants, responsabilité des donneurs d'ordres et des sous-traitants.

La question au fond du débat, c'est: quelle Europe voulons-nous? Veut-on une Europe sauvage du chacun pour soi, en détruisant le voisin s'il le faut, ou une Europe solidaire, dans laquelle chacun a sa place, une vie, un travail digne?

Chers collègues, entre une Europe sociale et le tout marché, entre une Europe qui protège et celle qui détruit, moi j'ai choisi celle qui protège. Et vous, j'espère que vous allez faire le même choix en votant le rapport de M. Balas.

Laura Agea, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, gentile Commissaria, il primo grazie va al collega Guillaume per il lavoro che ha fatto, perché sicuramente c'è voluto coraggio ad affrontare con la determinazione che lui ha utilizzato questo tema.

Il dumping sociale è né più e né meno che la fotografia dell'Europa, un'Europa frammentata, dove non si riescono a mettere insieme neanche i 28 paesi in maniera tale che possano concorrere uniti ad un progetto di benessere, stabilità e crescita per i cittadini che ne fanno parte, perché è esattamente questo.

Oggi ci troviamo di fronte al problema della concorrenza sleale in tutti i settori produttivi, in quello agricolo… in qualunque settore abbiamo concorrenza sleale. Abbiamo una frammentazione tra gli Stati del Nord Europa, quelli dell'Est Europa, quelli del Sud Europa. In realtà, quella che siamo riusciti a produrre è una guerra tra poveri, perché a fare le spese di queste scelte che noi facciamo di non regolamentare con chiarezza ed efficacia una normativa che deve essere implementata in tutti i settori sono i cittadini. Alla fine chi paga il prezzo più alto sono semplicemente i cittadini, che si trovano a subire e a diventare la merce di scambio che i paesi si vendono tra di loro, tra chi produce manodopera a bassissimo costo, senza tutele, e chi si approfitta della manodopera a basso costo, senza tutele per un profitto. Quindi non esistono vincitori e vinti, non esiste chi ha più ragione e chi ha più torto, perché da entrambe le parti gli unici che pagano le spese di queste politiche sono i cittadini, che ne subiscono le conseguenze.

Quindi io ringrazio Guillaume per tutte quelle indicazioni che ha voluto inserire: dal salario minimo, al reddito minimo, a politiche di controllo efficace: gli ispettorati del lavoro devono funzionare di più e meglio, va fatto un registro – hai ragione Guillaume! – ed è importante.

Mara Bizzotto, *a nome del gruppo ENF.* – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'Europa deve decidere una volta per tutte da che parte stare: se continuare a sostenere il mercato unico a tutti i costi e sostenere quindi un progetto che sta massacrando interi settori, oppure se mettersi dalla parte dei cittadini, i nostri cittadini, degli imprenditori seri e riscrivere questi maledetti trattati.

La libera circolazione e l'enorme differenza del costo del lavoro tra gli Stati sono un problema, sono il problema. Non lo dico io, ma lo dicono gli imprenditori, quelli che io, a differenza vostra, incontro ogni giorno. Lo dice Confrasporto, secondo cui il dumping sociale in Italia polverizza ogni anno oltre 30 000 posti di lavoro nel solo settore dell'autotrasporto. Il problema sono le agenzie interinali straniere che offrono manodopera *low-cost* mettendo a rischio così i diritti dei nostri lavoratori e il loro posto di lavoro. Le imprese italiane hanno tasse e costo del lavoro molto, molto più alti e quindi non potranno mai e poi mai competere con chi fa questa concorrenza sleale.

È questo il progetto dell'Unione europea? È questo il modello di ingiustizia sociale che volete imporre? L'Europa deve riscrivere le regole del mercato unico, prima che il disagio e la rabbia dei cittadini si trasformino in vera e propria rivolta. Bisogna agire subito, subito, prima che sia tardi.

Udo Voigt (NI). Frau Präsidentin! Sozialdumping – ein Wort, das eigentlich das verharmlost, was derzeit in Europa geschieht. Der Bericht verharmlost nicht nur, er nennt auch nicht die wirklichen Ursachen.

Zu niedrige Mindestlöhne treiben Arbeitnehmer in die Altersarmut und erlauben diesen nur ein Leben am Existenzminimum. Viele müssen zwei oder drei Berufe ausüben, um die Existenz der Familie zu sichern. Auf Hoher See gibt es bei Ausflaggung überhaupt keine Sozialstandards mehr.

Leiharbeiter, Zeitarbeiter, Schwarzarbeiter, Sozial- und Pflegedienste arbeiten heute unter den Bedingungen eines modernen Sklavenhandels. Ihre Politik der offenen Grenzen trägt die Verantwortung dafür. Ich fordere Sie auf: Schließen Sie die Büchse der Pandora! Helfen Sie den Menschen dort, wo ihre Heimat ist, und schützen Sie die sozialen Errungenschaften Europas!

David Casa (PPE). – Nixtieq l-ewwel nett, qabel ma nibda, nirringrazzja lir-Rapporteur u lix-Shadow Rapporteurs għax-xogħol kbir ħafna illi huma għamlu tul dawn l-aħħar ġimgħat. U ħa nitkellem proprju biex inwassal messaġġ politiku iktar milli fuq l-aspett tekniku li ppreparajt, għaliex wara dax-xogħol kollu, anke meta wasalna fi stadju ta' kumitat, illum irnexxielna nsibu bilanċ, bilanċ importanti ħafna, bilanċ illi jiena rrid li jibqa' biex, sa għada, aħna nkunu nistgħu nivvotaw favur dan ir-rapport.

U allura, kummenti bħal ma smajna min-naħa tal-Partit Soċjalista fil-konfront tal-partit tiegħi, f'dan il-mument, mhumiex aċċettabbli u rridu noqogħdu attenti biex dan il-bilanċ li sibna wara tant ġimgħat ta' ħidma flimkien, dan il-bilanċ jibqa' hemm. Issa, kemm aħna, minn din-naħa tal-Kamra, kif ukoll minn dik in-naħa tal-Kamra, saru sagrifiċċji - ċedejna biċċa aħna, ċedejtu biċċa intom; u llum ninsabu, mhux kuntenti mija fil-mija, imma kuntenti b'dak li għandna bħalissa quddiemna. U allura, l-appell tiegħi sa għada huwa illi nħallu dan il-bilanċ kif ħdimnieh ilkoll flimkien tul dawn l-aħħar ġimgħat. Grazzi ħafna tax-xogħol tagħkom, grazzi lil kulħadd u ejja, f'dawn l-aħħar sekondi, inħallu kollox kif ippjanajna.

(Il-kelliem qabel li jwieġeb għal mistoqsija "karta blu" skont l-Artikolu 162(8) tar-Regoli ta' Proċedura).

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *ερώτηση «γαλάζια κάρτα»*. – Αγαπητέ συνάδελφε, μιλήσατε για ισορροπίες. Πώς μπορείτε να εξηγήσετε το φαινόμενο ότι, στην επιτροπή, από τη μία υποστηρίζουμε τις ευέλικτες μορφές απασχόλησης με μισθούς πείνας και τις τετράωρες απασχολήσεις, και από την άλλη μιλάμε για κοινωνικό ντάμπινγκ και θέλουμε να εξασφαλίσουμε τα δικαιώματα και τους μισθούς των εργαζομένων;

David Casa (PPE), *tweġiba karta blu*. – Nista' nistaqsi biss, minn liema partit ġej, Sinjura President? Minn liema partit qed jitkellem is-Sinjur?

President. – The Non-attached Group.

David Casa (PPE), *tweġiba karta blu*. – Fil-bidu nett, meta kont qed nitkellem, kont qiegħed nitkellem dwar bilanċ politiku li nstab bejn il-gruppi politiċi kollha. Issa jiena ma nafx is-sinjur min kellu jirrappreżentah fix-shadow meetings illi saru, illi jiena naħseb kienu r-record ta' meetings li qatt kellna fuq rapporti li kienu Own Initiative Reports. U naħseb illi, la nstab dan il-bilanċ, jista' jkun ma jkunux kuntenti b'kollox, però naturalment dan il-bilanċ, nerġa' nsostni, huwa importanti ħafna.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – Pirmiausia aš iš tikrųjų dėkoju pranešėjui. Daug dirbta, ieškota kompromisų, nes šitas pranešimas mums yra gyvybiškai būtinas. Ir aš tikrai palaikau pagrindinę pranešimo idėją, kad įmonių konkurencinis pranašumas mūsų bendroje Europos Sąjungos rinkoje, jeigu jis yra įgyjamas nesąžininga praktika ar darbuotojų išnaudojimo kaina, yra absoliučiai neleistinas. Tokia praktika gimdo atskirtį tam tikrose valstybėse narėse, susipriešinimą Europos Sąjungoje ir paprasčiausiai skaldo mūsų vienybę. Su nesąžininga praktika turi būti kovojama įvairiomis priemonėmis – tiek stiprinant darbo inspekcijas, taip pat ir tarpvalstybinėse bylose, kovojant su šešėline ekonomika, nelegaliu darbu, fiktyvia savisamda ar mokesčių vengimu.

Tačiau dabar aš noriu atkreipti kolegų dėmesį ir į kitą labai svarbų dalyką – vis dar išliekančius didelius darbo sąlygų ir užmokesčių skirtumus tarp valstybių narių. Kad tai įveiktume, reikalinga tokia ekonominė politika, kuria būtų skatinamas ekonomikos augimas, didinamas darbo našumas ir kuriamos kokybiškos darbo vietos visose valstybėse narėse.

Richard Sulík (ECR) – Čo Európa skutočne potrebuje, je konkurencieschopnosť a sloboda v podnikaní. To vytvorí dostatok pracovných miest. Žiaľ, všetky dobre mienené opatrenia, ako aj tie proti sociálnemu dampingu spôsobujú presný opak. Počet pracovných miest v Európe klesá. Sústavne sa síce sťažujeme, že firmy zneužívajú svojich zamestnancov, zároveň však v kuse vymýšľame nové a nové regulácie a nové a nové záťaže. Socialistickými opatreniami a snahami stále všetko nivelizovať a všetko zrovnať v skutočnosti zabíjame trh práce. Rovnaká práca na rovnakom mieste je nefunkčný socialistický nezmysel. Nepomôžu žiadne opatrenia proti sociálnemu dampingu. Jediné, čo pomôže, je zásadné zlepšenie podnikateľského prostredia. Vtedy vzniknú nové pracovné miesta a to je najlepšia sociálna ochrana zamestnancov.

Thomas Händel (GUE/NGL). – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sozialdumping ist die Ursache dafür, dass immer mehr Menschen in Europa an der Armutsgrenze leben, auch in Arbeit.

Arbeitnehmer sind aber kein Menschenmaterial – so der hässliche Begriff –, das unter Umgehung nationaler und europäischer Gesetze und Tarifverträge zum niedrigsten Preis immer weiter auszubeuten ist, und zwar grenzüberschreitend. Die Angst vor sozialem Abstieg und Ausgrenzung einerseits, Migration und Fremdenfeindlichkeit andererseits sind zwei Seiten ein und derselben Medaille von Politik, die zu diesem Ergebnis führt.

Ich sage hier bezugnehmend auf Redner vorher: Sozialdumping hat nichts mit offenen Grenzen zu tun. Sozialdumping hat etwas mit asozialem Verhalten von Unternehmen zu tun, die die Löhne immer weiter drücken. Arbeitnehmer sind aber keine Hollandtomaten, wo der Preis sinken muss, wenn es viele gibt, sondern es sind Menschen mit sozialen Ansprüchen.

Herr Balas hat völlig recht in seinem Bericht. Mit diesem Bericht steht die linke Seite des Parlaments diesem Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, näher als die rechte Seite. Ich fordere die EVP insbesondere auf, die Kompromisse aus dem Beschäftigungsausschuss morgen mit in diesen Bericht zu tragen.

Patrick O'Flynn (EFDD). – Madam President, the European Union seems almost purpose-built to encourage social dumping. Freedom of movement seemed to work okay when only a few countries were in the club and all were at similar stages of economic development, but following the various rounds of enlargement, particularly with the arrival of the A8 and A2 countries, all that changed. Suddenly countries with wage levels only a fifth of those that pertained in the more established members were part of the club.

Without major restriction of the right of free movement, the outcome was inevitable: vast migration from poorer countries to richer ones and the undercutting of wages and conditions. Yet the Commission permitted only short-term transitional controls, and the UK did not even take advantage of those. Rather than tailor controls to the long-term closing of the living-standards gap, the ideology of European integration took precedence and immigration soared.

The result in the UK has been beneficial to big corporations – an endless supply of cheap and compliant labour – but terrible for pre-existing working-class communities, with pay and conditions undermined and competition for public resources, such as social housing and school places, greatly intensified. This was not the only factor behind the Brexit victory in our referendum in June, but it was a major one.

To sum up, as an ardent Brexiteer, I must offer you my heartfelt thanks as a Union for your bureaucratic inflexibility and your political incompetence. Britain will soon have within its grasp the national controls needed to support working people and ensure their wages and conditions are not grievously undermined, but other countries of northern and Western Europe will have no such powers. More fool them!

Steeve Briois (ENF). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, issu d'une région durement touchée par les effets de la mondialisation sauvage, je n'ai pas eu besoin de ce rapport pour prendre conscience des effets dévastateurs du dumping social.

Salaires en dessous du SMIC, non-respect de la durée légale du temps de travail, conditions d'hébergement indignes, il aura quand même fallu vingt ans aux «eurogagas» de droite et de gauche pour enfin s'apercevoir que leur sacro-sainte directive sur le détachement des travailleurs allait produire un tel désastre social.

Aujourd'hui, avec ce rapport, vous continuez à enfoncer une porte ouverte et à leurrer les Français. Il y a beaucoup de blabla dans ce rapport car, plutôt que de vous attaquer aux causes réelles de ce dumping social, vous faites mine d'agir uniquement sur les conséquences. En prenant des demi-mesures, vous enfumez une fois encore les travailleurs français.

Car c'est bien la directive sur le détachement des travailleurs elle-même et le principe de libre circulation des travailleurs qui ont entraîné la concurrence déloyale, jetant ainsi des centaines de milliers de Français dans le chômage et dans l'hyper-précarité.

Madame la Commissaire, Monsieur Balas, si vous voulez réellement lutter contre le dumping social, il n'y a pas 36 solutions. Il faut d'abord abroger purement et simplement cette infâme directive sur les travailleurs détachés, puis suspendre le principe de libre circulation des travailleurs au sein de l'Union européenne. C'est à ces conditions-là, et seulement ces conditions-là, que nous pourrons enfin stopper cette casse sociale et préserver notre modèle social.

Die Präsidentin. – Frau Jazłowiecka! Ich habe gesehen, dass Sie eine blaue Karte wollten für den Kollegen. Aber Sie hatten schon Redezeit, und da wir sehr knapp mit der Zeit sind, gebe ich jemandem, der in dieser Debatte schon Redezeit hatte, keine blaue Karte. Ich bitte um Ihr Verständnis.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία πρόεδρε, υπάρχουν εκατοντάδες νόμοι, νομολογίες και οδηγίες σε επίπεδο Ένωσης που αφορούν την εργασία, την απασχόληση, την ασφάλιση, την κοινωνική συνοχή, τη διασφάλιση της υγείας των εργαζομένων και την προστασία αυτών από τις άτυπες και ελαστικές μορφές απασχόλησης. Στην Ελλάδα των έξι μνημονιακών χρόνων και των αλλεπάλληλων κυβερνήσεων δεξιών και αριστερών, που δολοφονούν με τις πολιτικές τους Έλληνες εργαζομένους και συνταξιούχους, υφίσταται ένας εργασιακός καιάδας. Στη χώρα μου βρίσκουν εφαρμογή όλα όσα η συγκεκριμένη έκθεση προσπαθεί να καταπολεμήσει και ακόμα περισσότερα: αδήλωτη και ανασφάλιστη εργασία, κατάργηση των συλλογικών συμβάσεων και διασφαλίσεων, καταχρηστικές πρακτικές, εξόφθαλμες στρεβλώσεις του ανταγωνισμού, εργασιακός εκφοβισμός, κοινωνικοί αποκλεισμοί, αμοιβές κυριολεκτικά πείνας, τριτοκοσμικές συνθήκες εργασίας, αδιαφορία για την ανθρώπινη αξιοπρέπεια και υγεία. Και όλα τα παραπάνω, με τις ευλογίες των θεσμών που αξιολογούν τις εκάστοτε ελληνικές κυβερνήσεις. Θα πρότεινα, αντί αυτής της έκθεσης, να ψηφιστούν δύο απλοί νόμοι: ένας νόμος που θα καθιστά υποχρεωτική την εφαρμογή των εργασιακών διατάξεων απ' όλους, δηλαδή θεσμούς, κράτη μέλη και κοινωνικούς εταίρους, και ένας δεύτερος που θα καταργεί όλα όσα πρακτικά είναι ανεφάρμοστα.

Thomas Mann (PPE). – Frau Präsidentin! Wenn Sozialgesetze umgangen werden, wenn Briefkastenfirmen entstehen, um Steuern und Abgaben einzusparen, wenn Standorte verlagert werden, um Mitbestimmung auszuhebeln, wenn auf Kosten der Allgemeinheit Kasse gemacht wird, dann ist das Sozialdumping und zu ächten.

Doch die Sozialgesetze in den Mitgliedstaaten sind höchst unterschiedlich, von Mindestlöhnen und Kündigungsschutz bis hin zum Renteneintrittsalter. Deshalb sind nationale Sozialpolitiken kaum harmonisiert worden. Eine radikale Wende einzuläuten und eine EU-weite Vereinheitlichung anzustreben, geht in die falsche Richtung – siehe die europaweite Arbeitslosenversicherung, die ein Einstieg in die Transferunion ist.

Im Bericht Balas wird mehrfach die Revision der Entsenderichtlinie angesprochen. Sie soll doch erst Ende diesen Jahres verabschiedet werden und dann vor allem legislativ. Wir sind gegen jede Vorfestlegung zum jetzigen Zeitpunkt.

Der Kampf gegen Sozialdumping ist notwendig. Ja, wir brauchen natürlich bessere Kontrollen. Wir müssen erreichen, dass wir auch effektivere grenzüberschreitende Maßnahmen realisieren. Vor allem müssen wir eine klare Bewusstseinsarbeit einläuten, und dafür sind wir im Parlament sicherlich geeignet. Grundlage dafür ist zu sagen: Dann haben wir eine Chance, dass gelebte Solidarität endlich mal entdeckt werden kann, und dafür müssen wir hier im Parlament mitarbeiten.

Ole Christensen (S&D). – Fru Formand! Jeg har taget ordet for at rette en appel til jer. Jeg vil appellere til, at vi står sammen i dag, uanset hvilket land eller hvilket politisk parti vi kommer fra. At vi står sammen om at sende et signal til de europæiske arbejdstagere og virksomheder om, at vi tager dem alvorligt. Vi tager det alvorligt, når rengøringsassistenter, jord- og betonarbejdere, chauffører og piloter fra forskellige europæiske lande bliver spillet ud mod hinanden og underbetalt. Vi tager det alvorligt, når virksomheder, der betaler deres medarbejdere en ordentlig løn og overholder de fælles spilleregler, vi har i Europa, bliver udkonkurreret af folk, der snyder. Vi kan være uenige om, præcis hvordan vi kommer problemerne til livs, men ved at stemme for denne betænkning viser vi borgerne i Europa, at vi tager dem alvorligt, og at vi nægter at acceptere et ræs mod bunden. Vi har ikke skabt et fælles marked for at sænke løn- og arbejdsvilkår mest muligt. Vi har skabt et fælles marked for at øge velstanden og velfærden i Europa og for at sikre fair konkurrence og fair arbejdsvilkår i hele Europa.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhora Presidente, a União Europeia está longe de ser um exemplo na elevação dos direitos dos trabalhadores. Pelo contrário, a sua natureza de classe e a sua matriz ideológica, capitalista, têm imposto legislação, recomendações, políticas e um vasto conjunto de instrumentos de exploração que, ao longo de décadas, contribuíram para aprofundar o dito *dumping* social.

A livre circulação, sem garantia de direitos laborais iguais entre países, é disso exemplo. A promoção da precariedade, por via do ataque à contratação coletiva ou do uso abusivo do trabalho temporário, validando este expediente para ocupação de postos permanentes – e que a própria Comissão sanciona –, o assalto a salários e direitos laborais em nome das sagradas competitividade e produtividade, a facilitação da deslocalização de empresas também dentro do território da União Europeia e os benefícios infindáveis às grandes multinacionais são razões que exigem a rutura com as políticas da União Europeia e que exigem o desenvolvimento de políticas de progresso económico e social, como único caminho no combate às desigualdades.

Peter Lundgren (EFDD). – Fru talman! Inom åkeribranschen ser vi mycket stora bekymmer i Sverige just vad det gäller social dumpning. Chaufförer utnyttjas till slavlöner, vilket innebär att svenska företag, som behöver två gånger så mycket i ersättning, dör som flugor i den orättvisa konkurrensen. Detta beror till stor del på cabotagereglerna som möjliggör just detta fusk. Det kan inte vara meningen att man genom ett medlemskap i EU samtidigt dödar sina inhemska företags möjligheter att bedriva en sund verksamhet.

Kommissionen måste agera kraftfullt för att värna om medlemsstaternas företag. Kontrollerna måste vara effektiva. Regelverket måste vara enkelt och lätt att efterfölja, och utstationeringsdirektivet måste göras om. Postlådeföretag måste bekämpas. Seriösa företag måste ges en chans att överleva. Om inte EU kan ge medlemsländernas företag en chans att överleva, vad är då värdet i att vara medlem i EU?

Motståndare mot detta förslag kanske tänker om när deras egna länder drabbas av liknande konkurrens med ojusta medel.

Romana Tomc (PPE). – Socialno področje je eno izmed tistih, kjer je Evropska unija ostala na pol poti pri harmonizaciji.

Na eni strani imamo prost pretok ljudi, ki lahko potujejo in delajo kjerkoli v Uniji. Prav tako lahko delajo tudi v različnih oblikah zaposlitve.

Na drugi strani pa imamo podjetja, ki nastopajo na enotnem trgu. Postavljena so v položaj, kjer morajo zagotoviti konkurenčnost, v nasprotnem primeru sicer lahko zaprejo svoja vrata.

Prav tako imamo znotraj Evropske unije države, ki ne morejo zagotoviti enakega nivoja socialnih pravic, ker seveda njihov proračun tega ne prenese.

Ločiti moramo med izkoriščanjem zaposlenih, na katerih nekateri delodajalci kujejo dobičke zaradi svoje lastne požrešnosti. To je seveda nesprejemljivo. In ločiti moramo na drugi strani med zagotavljanjem enakega dohodka in enakega socialnega položaja. To sta dve različni stvari.

Seveda odločno obsojam izkoriščanje. Vendar vas želim opozoriti, da se moramo zavedati tudi, da socialne pravice stanejo. Stanejo podjetja in stanejo države.

Odgovor, kako bi lahko zagotovili enak socialni položaj, bi bil enostaven, če bi obstajal enotni evropski vir, iz katerega bi se socialne pravice financirale.

Dokler pa tega ni, pa smo seveda v položaju, v kakršnem smo.

Maria Arena (S&D). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, le dumping social, vous le savez, est simplement un recours abusif à la directive sur le détachement, dans le meilleur des cas. Dans le pire des cas, il s'agit tout simplement de fraude manifeste, voire de maltraitance de travailleurs.

Lutter contre ces pratiques garantira à l'avenir la vraie mobilité des travailleurs, celle qui leur garantira le droit, quelle que soit leur nationalité. Lutter contre le dumping social, c'est aussi lutter contre la concurrence déloyale entre les entreprises, et particulièrement, les PME, les PME mêmes qui ne résistent pas à ces pratiques déloyales. Lutter contre les pratiques frauduleuses, c'est aussi garantir à tous les États membres – je dis bien tous les États membres – de récupérer leur dû pour garantir la protection sociale de leurs travailleurs.

Le rapport de Guillaume Balas qui nous est présenté propose des solutions appropriées pour lutter contre toutes ces pratiques, solutions qui permettraient, si elles sont mises en œuvre vite – et je pense effectivement qu'il y a urgence en la matière –, de lutter contre les pratiques abusives dans l'intérêt de tous.

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señora Presidenta, como dijeron hace unos meses los camioneros que vinieron al Parlamento Europeo a denunciar su situación, solo hace falta ir a un estacionamiento de camiones de cualquier parte de Europa para comprobar en qué submundo se ha convertido el sector del transporte por carretera. La competencia desleal de este sector se está se está extendiendo a otros muchos, como la agricultura, la restauración o el servicio doméstico y asistencial, lo que crea enormes bolsas de precariedad en toda la Unión Europea.

El dumping social es un problema especialmente grave para ciudades como Avilés y regiones como Asturias, de donde yo vengo, con un gran peso de la siderurgia y de la industria pesada, permanentemente sometidas al chantaje de las deslocalizaciones a países con menores costes laborales y medioambientales.

Quienes defienden la desregulación nos están llevando a una situación inestable, absolutamente insostenible. Por eso apoyamos aquellas medidas dirigidas a erradicar las empresas fantasma, a luchar contra el fraude y la evasión fiscal y a defender unas condiciones laborales dignas.

Claude Rolin (PPE). – Madame la Présidente, je voudrais tout d'abord remercier le rapporteur et les rapporteurs fictifs pour ce rapport équilibré.

Le dumping social est un sujet complexe, dont les perceptions diffèrent selon les sensibilités politiques, mais aussi selon les sensibilités géographiques. Pour certains, le dumping social n'existe pas. Les différences en matière de coûts salariaux et sociaux seraient inhérentes à la liberté de concurrence et au principe de compétitivité. Elles permettraient aux régions moins développées de revenir au niveau des économies dites plus prospères.

Pour d'autres, dont je fais partie, quitte, de temps en temps, à être considéré comme un populiste, eh bien le dumping social est une réalité, qui met en danger tous les jours des pans entiers de nos économies et qui entraîne un rejet sans cesse croissant du projet européen.

Au-delà de ces différences de perception, la question du dumping social est étroitement liée à la révision de la directive sur le détachement, un dossier qui va nous occuper pendant de longs mois et sur lequel le Parlement devra se montrer volontariste et parler d'une même voix. C'est une tâche difficile, mais pas insurmontable et la preuve c'est le compromis trouvé sur la définition du dumping social.

Il est de notre devoir de sortir des oppositions stériles, de construire des solutions gagnant/gagnant pour rencontrer les attentes des citoyens européens, à savoir permettre un développement économique plus équilibré dans les différentes régions européennes et, en même temps, mettre un terme aux concurrences qui opposent les pays européens, les entreprises, mais aussi les travailleurs salariés.

Agnes Jongerius (S&D). – We kennen allemaal die Bulgaarse vrachtwagenchauffeur die maandenlang onderweg is en langs de snelweg zijn maaltijden nuttigt. We kennen de Poolse bouwvakker die in een Nederlandse bouwput werkt en 's avonds een kamer deelt met tien anderen. En we kennen ook die West-Europese werknemer die werkloos thuis zit en denkt: "wat doen we daar nou eigenlijk aan?" Sociale dumping kent in Europa veel vormen en oneerlijke concurrentie middels detachering is daar één van. Als rapporteur wil ik heel hard werken om die detachering in de toekomst eerlijker te maken, maar met alleen een aanpassing van de detacheringsrichtlijn zal de Europese interne markt niet in één keer sociaal zijn. Concurrentie tussen werknemers en bedrijven zorgt nog veel te vaak voor een concurrentieslag met een race naar de bodem. Het versterken van de sociale rechten legt het heel vaak af tegen het dictaat van de vrije markt. Er moet dus meer gebeuren. Daarom ben ik enorm blij met het verslag van Guillaume Balas. Het is gelukkig een heel goed begin. Ik hoop dat de Commissie inderdaad snel gehoor geeft aan de voorstellen en zelf met voorstellen komt omtrent mobiele werknemers, schijnzelfstandigheid en fraude met sociale zekerheid.

Jeroen Lenaers (PPE). – Sociale dumping is een heel reëel probleem. Er bestaat weliswaar geen juridische of politieke eensgezinde definitie van. Maar vraag het aan de Nederlandse vrachtwagenchauffeur die werkloos thuiszit of vraag het aan de Portugese betonvlechter die onder dubieuze omstandigheden in een andere lidstaat aan het werk gezet wordt. Zij kunnen u heel duidelijk vertellen hoe sociale dumping voelt.

We moeten bestaande regels veel beter handhaven. We moeten nieuwe regels, zoals de handhavingsrichtlijn, veel beter en sneller implementeren. We moeten bestaande lacunes in de wetgeving, zoals bij de detacheringsrichtlijn, snel dichten. We moeten arbeidsinspecties beter toerusten om grensoverschrijdend te werken en te handhaven.

Maar laten we ook duidelijk zijn: We moeten niet onder het mom van de strijd tegen sociale dumping allerlei onrealistische wensdromen van de socialistische fractie in dit huis gaan uitvoeren. Ik denk dan met name aan bijvoorbeeld paragraaf 49, waarin van de Commissie een radicale koerswijziging van inkomen naar werk gevraagd wordt en een basisinkomen geëist wordt voor alle Europeanen. Laat ons de discussie over sociale dumping niet vervuilen met dit soort voorstellen, maar laten we ons focussen op realistische, efficiënte maatregelen waar de hardwerkende Europeaan ook daadwerkelijk iets aan heeft.

Ismail Ertug (S&D). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Recht der Freizügigkeit ist ein wichtiges Privileg innerhalb der Europäischen Union.

Doch dieses wird häufig in der Güterbranche, im Verkehrsbereich, missbraucht, um eben noch mehr Gewinnmaximierung zu betreiben, indem man die Firmen auslagert in Länder, die niedrigere Lohn- und Sozialstandards haben. Die Leidtragenden – und das liegt auch auf der Hand und ist wiederholt erwähnt worden – sind zum einen die Arbeitnehmer, die die schlimmsten Bedingungen annehmen müssen, um der Arbeitslosigkeit zu entgehen. Es sind aber auch die Unternehmen – und das, glaube ich, wissen wir alle hier –, die sich an die Spielregeln halten, die die Tarife einhalten – sie sind die Leidtragenden, weil sie dem Wettbewerb nicht mehr gewachsen sind. Deswegen müssen wir die europaweite Untergrabung von Lohn- und Sozialstandards wirksam unterbinden. Die bisherigen Gesetze müssen wir ordentlich umsetzen; insbesondere die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten sind gefragt, das umzusetzen.

Noch einmal mein Appell, mein Wunsch, vor allem an die Kolleginnen und Kollegen der EPP, morgen gemeinschaftlich dieses vom Tisch zu wischen.

Sven Schulze (PPE). – Frau Präsidentin, liebe Damen und Herren! Ich muss mich über die Debatte schon ein bisschen wundern. Ich habe so ein bisschen das Gefühl, dass man uns als EVP hier in die Schuhe schieben will, dass wir uns nicht gegen Sozialdumping engagieren. Wer sich das in den Sitzungen im Ausschuss, auch zu diesem Bericht, und in den vielen Sitzungen, die auch die Schattenberichterstatterin mitgemacht hat, angeschaut hat, kann das nicht behaupten.

Was mich aber noch viel mehr hier in diesem Plenum stört, ist, dass die ganz links und die ganz rechts, die uns jetzt hier als Europa vorgeworfen haben, wir wären die unsozialste Region dieser Welt, die große Reden schwingen hier im Parlament, die behaupten, dass alles, was wir hier machen, schlecht ist, – die halten hier eine Rede, das wird aufgezeichnet, und dann gehen sie nach Hause. Sitzen jetzt wahrscheinlich schon im Restaurant und essen gutes Essen hier in Straßburg. Wenn man hier wirklich mitmachen will, dann sage ich eins: Dann muss man auch mal Anträge stellen, da muss man auch im Ausschuss mitarbeiten und darf hier nicht nur im Plenum große Reden schwingen.

Mich stört an diesem Bericht ein Stück weit, dass hier Dinge drin sind, die dort eigentlich nicht reingehören. Es wurde schon mehrfach das Thema Entsenderichtlinie angesprochen. Da hat die Kommissarin Thyssen einen Vorschlag gemacht, den werden wir hier im Europäischen Parlament bearbeiten. Da gehört es hin und nicht hier hinein.

Es gibt noch einige weitere Dinge, die sind aber alle schon aufgezählt worden. Vorhin fand ich ganz interessant, dass behauptet wurde, dass ein polnischer und ein deutscher Abgeordneter hier angeblich das gleiche verdienen. Das stimmt auch nicht ganz – Schauen Sie sich mal die Abgeordneten vor 2009 an; die verdienen teilweise einen vierstelligen Betrag mehr als andere. Also selbst im Europäischen Parlament wird unterschiedlich bezahlt.

Georgi Pirinski (S&D). – Madam President, countering social dumping urgently requires effective cooperation between national authorities and social partners in order to end exploitation of workers and unfair competition. It is therefore the explicit obligation of the Commission to ensure full use of the new Platform to tackle undeclared work from its very next session in September, as a most valuable venue to develop just such cooperation. I very much welcome your introductory words Commissioner to that effect.

As to the particular challenges regarding transport – a sector of particular importance for Bulgaria, with over three thousand personnel providing vital income for their families – it is imperative that there must be no further liberalisation of cabotage until implementation of the current legislation is ensured, together with the necessary guarantees for equal access to the single transport market.

Jérôme Lavrilleux (PPE). – Madame la Présidente, je voudrais avant tout féliciter et remercier le rapporteur, mon collègue français Guillaume Balas pour l'esprit d'ouverture et de consensus avec lequel il a rédigé ce rapport.

Effectivement, sur des sujets aussi importants que celui du dumping social, il est primordial que nous sachions faire preuve de bonne volonté et nous unir au-delà des clivages politiques.

Cependant, pour les États comme pour les entreprises ou encore les individus, la réussite de l'un ne peut durablement se faire au détriment de l'autre. Nous avons donc le devoir d'agir, sans quoi nous assisterons, impuissants, au démantèlement du marché intérieur, qui est un des piliers de la construction européenne.

Il est nécessaire d'apporter des réponses aux dysfonctionnements, voire aux dérives de certaines de nos directives afin de protéger les droits fondamentaux tels que la libre circulation des personnes.

C'est bien la volonté du groupe auquel j'appartiens, mais également la vôtre, Madame la Commissaire Thyssen, d'avoir le courage de réviser notamment la directive sur le détachement des travailleurs. À ce titre, je souhaite rendre hommage à ma collègue et amie Élisabeth Morin-Chartier, qui est une parlementaire de grande qualité et qui détient, j'en suis sûr, les compétences et l'expertise nécessaires pour réussir cette réforme, dont elle sera le rapporteur.

Je conclurai, Madame la Présidente, en mettant les États face à leurs responsabilités. Effectivement, une grande partie des dysfonctionnements des règles européennes réside dans l'application lente et parfois partielle ou partiale de celles-ci par les autorités nationales.

Mais l'exemple britannique l'a prouvé, la facilité, voire la lâcheté consistant à rejeter la faute sur l'Europe peut avoir un triste effet boomerang.

Marita Ulvskog (S&D). – Fru talman! Tack, fru kommissionär, för att ni är här. Vi har ett allvarligt problem i Europa i dag. Istället för att stärka varandra så tävlar vi om att snabbt nå botten.

Social dumpning genom låga löner och dåliga arbetsvillkor är inte bara ett problem för enskilda arbetare, för enskilda chaufförer, byggnadsarbetare, vårdbiträden – i stort sett nästan varje del av arbetsmarknaden. Nej, det handlar inte bara om detta, utan det är också ett demokratiproblem. Människor tappar tron på framtiden och på EU när personer som sitter i detta rum tillåter social dumpning och vägrar att täppa till hål i lagstiftningen. Då bekräftas ju också den bilden.

Kommissionär Thyssen har tagit ett viktigt steg för ordning och reda och för *fair play* genom förslaget till förändring av utstationeringsdirektivet. Det är oerhört viktigt. Varmt tack för det! Guillaume Balas har nu med mycket stora arbetsinsatser och ett väldigt gott samarbete med andra lagt fram ett mycket viktigt betänkande om den sociala dumpningen. Tack för det! Nu måste allt detta bara lyftas från parlamentet och ut i verkligheten.

Ádám Kósa (PPE). – Kedves Kollégák! A jelentés fontos kérdésekre próbál választ adni. Bár a kiindulópontja a szociális dömping fogalmának meghatározása, de még erre sem tud egzakt választ, egzakt megfogalmazást adni, ahogy a többi kérdésre sem. Azt pedig különösen helytelennek tartom, hogy belekeveri a kiküldetési irányelv fogalmát is, azaz a legálisan foglalkoztatott munkavállalók kiküldetését és annak szabályrendszerét. Ezzel egy legális és versenyképességet javító rendelkezést akar mintegy illegálissá átminősíteni. Ez ellen határozottan fel kell lépni! Hibás maga a prekoncepció is, ugyanis abból indul ki, hogy a versenynek egyetlen eleme van, mégpedig a bérköltségek. Hogyha ez valóban így lenne, akkor minden vállalkozás a harmadik világban keresne munkaerőt és nem az Európai Unión belül, ahol továbbra is a folyamatos és kiegyensúlyozott felzárkózásra van szükség a tagállamok között, nem pedig az ilyen hangulatkeltő jelentések készítésére az Európai Parlamentben.

Lara Comi (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio il Commissario per il lavoro che sta svolgendo e anche i relatori.

«Dumping sociale» è un termine che, allo stato attuale, è molto utilizzato ma non ha una definizione legalmente riconosciuta e condivisa. Però è noto a tutti il moltiplicarsi di queste pratiche illegali che permettono lo sviluppo di una concorrenza sleale. Quindi si ha una asimmetria tra la realtà del mercato interno e in realtà i diritti sociali, che sono molto eterogenei tra di loro.

Piuttosto che nascondersi dietro le politiche protezioniste, quindi adottando decisioni unilaterali in materia sociale, io proporrei che gli Stati membri si adoperassero di più nella collaborazione, nel rafforzare i controlli per evitare l'utilizzo di pratiche abusive, come il falso lavoro, che viene fortemente a danneggiare le piccole e medie imprese nell'agricoltura, nel settore agroalimentare e anche in quello dell'edilizia.

Catch-the-eye-Verfahren

Csaba Sógor (PPE). – Madam President, back in the 2000s, Central and Eastern European countries joined a European Union based on an open market economy with free competition, and on a single market with four freedoms, opening up their economies to fierce competition from companies that had far more capital and far more technological advantage than theirs.

What we see today, however, are attempts by old Member States to introduce a pick-and-choose variety of competition and single market, depending on what suits perceived interests or populist political approaches better. This happens, be it through attempts to restrict the rules on the posting of workers or be it through the fabrication of an ill-defined notion with highly negative connotations, which is how, today, we are talking about social dumping, instead of enforcing existing single market regulation.

In a fight that is about neutralising less-developed countries' main competitive advantage – lower wages – the next logical step would be to set higher tariffs on goods imported from there. I do not think that is the direction in which the European Union should be heading.

Emilian Pavel (S&D). – Doamnă președintă, stimați colegi, vreau să-l felicit în primul rând pe colegul meu, Guillaume Balas, pentru raportul său. Cred că suntem cu toții de acord că avem nevoie, în acest moment, de o mai bună protecție a angajaților, a drepturilor și a securității lor în toate statele membre. La fel de important, în opinia mea, este faptul că acest raport nu trebuie să lase niciun semn de întrebare referitor la obiectivele sale.

Consider că beneficiile pieței unice europene și a libertății de mișcare în Europa sunt evidente și s-au făcut simțite în estul și, cel puțin în aceeași măsură, în vestul Uniunii Europene. Este o realitate pe care vă rog să nu o uităm niciodată!

De aceea, aș vrea să încurajez și să sprijin, și cu această ocazie, toate demersurile constructive de bună credință, care contribuie la consolidarea acestui principiu fondator al Uniunii noastre și care, în același timp, iau în considerare drepturile și protecția angajaților europeni, indiferent de statul membru în care își desfășoară activitatea.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η αδήλωτη εργασία και το κοινωνικό ντάμπινγκ που παρατηρούνται όλο και συχνότερα στα κράτη μέλη της Ένωσης οδηγούν όχι μόνο στη στρέβλωση του ανταγωνισμού και στη διάλυση των συστημάτων κοινωνικής ασφάλισης, αλλά υπονομεύουν και τα εργασιακά δικαιώματα. Αυτή τη στιγμή, σε πολλά κράτη μέλη της Ένωσης παρατηρείται αυξημένος αριθμός επισφαλών θέσεων εργασίας και μειούμενα επίπεδα προστασίας των εργαζομένων, τα οποία πραγματικά διαλύουν αυτή τη στιγμή τις εργασιακές σχέσεις.

Επιπλέον, ο κύριος Γιούνκερ από τις 15 Ιουλίου του 2014 είχε, υποτίθεται, δεσμευτεί να αναλάβει δράσεις για την καταπολέμηση των κινδύνων του κοινωνικού ντάμπινγκ. Ωστόσο, η πορεία των εργασιακών σχέσεων στις ευρωπαϊκές χώρες δείχνει πως καμιά αποτελεσματική δράση δεν έχει αναληφθεί ενώ το κοινωνικό ντάμπινγκ συνεχίζει να υφίσταται ενισχύοντας τις διακρίσεις και την άνιση μεταχείριση μεταξύ των εργαζομένων. Επομένως, για να λειτουργήσει, πρώτα από όλα, ορθά ο ανταγωνισμός, αλλά βεβαίως κυρίως για λόγους κοινωνικής δικαιοσύνης, θα πρέπει να εξαλειφθεί το κοινωνικό ντάμπινγκ που ενισχύεται από τις πολιτικές λιτότητας.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Ačiū, ponia pirmininke. Gerbiamas Komisijos nary, kolegos. Pritariu daugelį šiame pranešime pateiktų nuostatų. Tačiau atkreipiu dėmesį, kad neturime persistengti, ypač dėl transporto kompanijų. Darbuotojų išnaudojimo atvejai kartojasi nuolatos. Akivaizdu, kad užkirsti kelią šiems pažeidimams yra labai sunku, juo labiau, kad krizės, nepritekliaus ar kitų priežasčių vedami darbuotojai neretai sutinka su visomis darbdavio sąlygomis. Šie žmonės retai praneša atsakingoms institucijoms apie pažeidimus, nes prarastų darbą. O dar viską apsunkina tai, kad kai kurios įmonės registruotos vienoje šalyje, o iš tiesų veiklą vykdo kitoje šalyje. Mes turime apsaugoti darbuotojus, tačiau kita vertus negalime kurti tvarkos, kuri užkirstų kelią verslo konkurencijai. Pavyzdžiui, mes negalime versti Lietuvos transporto kompanijos mokėti transporto priemonės vairuotojui milžiniško vokiško atlyginimo tik todėl, kad jis prekes pakrauna ir iškrauna šioje šalyje, nors tas vairuotojas jau dabar gauna didesnį nei vidutinį lietuvišką atlyginimą. Ačiū!

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Marianne Thyssen, *Member of the Commission*. – Madam President, I would like to thank the rapporteur, Mr Balas, and all the shadow rapporteurs and other Members of Parliament who cooperated in preparing this report. With our social acquis, we have rules in place to prevent social dumping but we need to make sure that our rules are correctly applied. Member States are responsible for enforcing labour law, rules for the posting of workers, rules on free movement and on health and safety at work, and – yes, Mr Balas – national labour inspectorates need sufficient resources to do that.

We have already put in place several instruments that offer national authorities more and better tools to make sure that free movement is fair and well managed and that abuse is prevented. We have the Platform against undeclared work, we have the Enforcement Directive on free movement of workers that makes mobile workers more aware of their rights and establishes national bodies to enforce those rights. We have the Enforcement Directive on posting of workers that introduces measures to prevent and penalise any abuses or circumventions of European rules on posting.

With the upcoming social pillar – and this is important because, indeed, social dumping is not only about mobile work – and with the targeted revision of the Posting of Workers Directive, with the amendments of the social security coordination regulation that are under preparation, with the roads initiatives, we want to make our acquis stronger and adapt it to the new challenges on the labour market.

In conclusion, I am convinced that, by pooling all our efforts, we can ensure a fair labour market where there is no place for social dumping. So let us continue to work together. Thank you very much for this debate.

Guillaume Balas, *rapporteur*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, vous avez entendu M. Briois tout à l'heure, du Front national. Il a exposé la vraie alternative si jamais nous ne faisons rien, c'est-à-dire – c'est simple – la fin de l'Union européenne, la fin du marché intérieur, la fin des directives, la remise en place des frontières nationales, la fin de la libre circulation. Il est clair et il compte sur nous pour échouer. Il pense que nous allons échouer, parce qu'il pense que nous sommes trop divisés aujourd'hui pour lui répondre.

Je crois que le travail qui a été fait et qui a abouti à ce qu'en commission affaires sociales et emploi, la majorité des groupes votent ce compromis est la meilleure réponse que nous pouvons lui faire à lui, mais surtout aux citoyens européens qui ainsi verront que l'Europe ne reste pas fossilisée, mais bouge pour les défendre, eux, que l'Europe n'est pas un problème, mais qu'enfin elle devient la solution.

Pour cela, je voudrais dire, Monsieur Lenaers, que non, ce rapport n'est pas là pour réaliser les rêves des socialistes. Vous savez, je suis socialiste et pas un mou, mais M[me] Jazłowiecka n'est pas socialiste et elle n'est pas molle non plus. Je peux vous assurer que nous avons dû accepter, nous socialistes, nous la gauche, beaucoup de compromis que nous ne voulions pas au début et que le PPE a eu beaucoup de victoires dans ce rapport, qu'il n'a pas été facile de faire accepter à gauche. Ce n'est donc pas un rapport socialiste, loin de là.

D'ailleurs, je tiens à rappeler que les seuls éléments relatifs à la directive 96, la directive source, ne font que rappeler les propositions de la commissaire Thyssen, sans même les juger. Il n'y a donc pas d'avis sur la question de la directive 96, puisqu'on sait que c'est un débat qui viendra plus tard. Quand on parle de détachement des travailleurs, il s'agit de l'application de la législation existante et, notamment, de la question des contrôles.

Je termine en disant que je suis d'accord avec M. Casa. Il y a eu un travail long, difficile, passionnant, où j'ai rencontré notamment des rapporteurs fictifs passionnants. Il faut respecter l'équilibre qui a été trouvé, mais tout l'équilibre qui a été trouvé. Ainsi, nous pourrons répondre à nos concitoyens de manière utile.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch, 14. September 2016, statt.

Schriftliche Erklarungen (Artikel 162 GO)

Ivo Belet (PPE), *schriftelijk*. – Sociale dumping holt niet alleen de sociale verworvenheden van onze werknemers uit, maar leidt ook tot uitbuiting van de betrokken arbeiders en maakt het eerlijke bedrijven moeilijker om te concurreren. Het is hoog tijd voor een krachtdadig optreden en een garantie van gelijk loon voor gelijk werk op dezelfde plaats voor alle werknemers. Cruciaal daarbij zijn scherpere Europese regels, een betere omzetting van de regels en meer controle door de inspectiediensten. Het Parlement heeft in 2014 de controlemogelijkheden nog aanzienlijk uitgebreid. Het nieuwe voorstel van commissaris Marianne Thyssen moet nu de regels zelf scherper stellen en garanderen dat alle Belgische loon- en arbeidsvoorwaarden onverkort van toepassing zijn voor tijdelijk in België tewerkgestelde buitenlandse werknemers. Dit voorstel staat bovenaan onze agenda.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Nous avons enfin un texte qui définit clairement ce qu'est le dumping social. Cela fait des années que nous attendons une telle définition. Même si les politiques sociales sont des compétences des États membres, il est indispensable qu'il y ait une coopération européenne en la matière. Je plaide depuis de nombreuses années pour une convergence sociale afin que nous puissions lutter ensemble contre la concurrence sociale déloyale. Cette convergence doit bien entendu se faire vers le haut. Il est inconcevable que les systèmes sociaux les plus aboutis soient amoindris dans ce processus.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il mercato interno costituisce indubbiamente una grande opportunità ma la mancanza di uniformità dei diritti dei lavoratori nell'UE e di controlli volti a impedire la concorrenza sleale hanno come conseguenza il verificarsi di pericolosi fenomeni di dumping sociale. La concorrenza viene infatti impostata attraverso una corsa al ribasso del costo del lavoratore e vengono quindi a mancare per gli stessi tutele che dovrebbero invece costituire diritti inalienabili. La relazione adottata dal Parlamento europeo tenta di porre freni a questa situazione, richiedendo, ad esempio, il miglioramento dei controlli e le ispezioni derivanti dall'applicazione della legislazione in materia di lotta alla concorrenza sleale. Un'altra proposta interessante è quella di stilare una sorta di *black-list* europea delle società colpevoli di gravi infrazioni, come il ricorso al lavoro sommerso. Ancora, si parla dell'elaborazione di un documento unico digitale di trasferimento dei diritti sociali per ciascun lavoratore europeo. Tentare di correggere le storture del mercato unico è doveroso, e continueremo a lavorare in questo senso.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. – Aujourd'hui j'ai voté en faveur du rapport de mon collègue, Guillaume BALAS, sur la lutte contre le dumping social dans l'Union européenne. Ce rapport envoie un message clair à la Commission et demande des mesures concrètes pour lutter contre le dumping social. L'élaboration d'une liste noire des entreprises qui ne respectent pas la législation sociale, l'enregistrement des déclarations de détachement dans un registre européen, le renforcement des contrôles ou la limitation des détachements dans le temps, sont autant de propositions qui permettraient de renforcer la dimension sociale du marché intérieur. La Commission doit maintenant agir, ce vote montre qu'il existe une majorité parlementaire pour avancer sur ces mesures nécessaires. Je me félicite également que le rapport appelle à la mise en place d'un seuil de 60 % du salaire moyen national comme référence pour fixer au sein des États membres le salaire minimum. Enfin, sur les transports routiers, qui cristallisent les enjeux de dumping social, ce rapport va aussi dans le bon sens en demandant à la Commission de créer une Agence européenne du transport routier chargée d'assurer le contrôle du respect des règles.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Raportul referitor la dumpingul social scoate în evidență faptul că Europa se confruntă cu diferențe semnificative în ceea ce privește aplicarea drepturilor angajaților. Din perspectiva sectorului transporturilor, aceste diferențe duc la distorsionarea pieței interne și la periclitarea siguranței călătorilor. Soluția pentru realizarea unor reguli comune, dar și pentru asigurarea implementării lor stă în a avea un organism cu atribuții clare și cu legitimitatea de a coordona acțiunile la nivel european. De aceea, Uniunea Europeană are nevoie de o Agenție Europeană pentru Transportul Rutier. Aceasta ar asigura că statele membre nu impun măsuri unilaterale restrictive, care pedepsesc firmele din țări cu un PIB redus. Totodată, o mai bună coordonare ne va ajuta să combatem lacunele legislative și ar opri unele firme să abuzeze de libertățile oferite de piața unică europeană. Rămân, însă, câteva lucruri de clarificat. În primul rând, trebuie să ne ferim de etichetări și să creăm condiții echitabile pentru toți participanții la piața europeană. O atitudine constructivă va presupune ca toate părțile interesate să se mobilizeze pentru a crea un cadru legislativ unitar, care să nu lase loc unei curse pentru diminuarea drepturilor sociale din care să piardă cei mai vulnerabili sau consumatorii.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Propunerea de rezoluție a Parlamentului European privind dumpingul social este salutară, dat fiind faptul că inegalitățile din Europa se accentuează, subminând, astfel, atingerea obiectivelor Strategiei Europa 2020 privind sărăcia și ocuparea forței de muncă. Aceasta presupune adoptarea unei poziții puternice a UE față de ceea ce denumim „dumpingul social", fapt ce îi conferă un rol exemplar pe scena mondială, impunând țărilor terțe obligația de a respecta drepturile fundamentale ale omului, standardele internaționale în dreptul muncii și în domeniul social, limitând efectele dumpingului social la nivel mondial.

Suntem de acord că nu există o definiție unanim acceptată a conceptului, însă dumpingul social generează, prin formele sale, efecte nu doar economice, sociale, financiare și bugetare, ci și ecologice, despre care nu se specifică mai nimic în prezenta propunere.

Libera circulație a persoanelor este indispensabilă atingerii obiectivelor de coeziune economică, socială și teritorială, dar ar fi de dorit ca situația lucrătorilor din statele membre în curs de dezvoltare, acuzați de dumping social în statele membre UE dezvoltate, să fie clar reglementată, nu doar să se ia act de propunerea Comisiei de revizuire a Directivei 96/71/CE.

15. Erläuterung des Standpunkts des Rates zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017 (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung des Rates zur Erläuterung des Standpunkts des Rates zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017 (2016/2768(RSP)).

Ich weise die Mitglieder darauf hin, dass es bei dieser Aussprache kein *Catch-the-eye*-Verfahren gibt und dass keine blauen Karten angenommen werden.

Jetzt sage ich Frau Kommissarin Thyssen Auf Wiedersehen, und Frau Kommissions-Vizepräsidentin Georgieva ist noch nicht hier. Aber der erste auf der Rednerliste ist im Namen des Rates Herr Minister Vazil Hudák. Das heißt, ich gebe Ihnen zuerst das Wort.

Vazil Hudák, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, I would like to wish everybody good evening. It has been a long day for all of us but I believe that those who have actually stayed here – and I see Madam Commissioner joining us – and had the courage and stamina to stay here into the late evening are the true friends of the budget. I have the honour of presenting to you the Council's position on the draft budget of the European Union for the year 2017, which was adopted yesterday by the Council.

I would like to begin by stating clearly that the main thrust of the Council's position is the prioritisation of expenditure. This means that we wish to finance adequately investments to spur growth and jobs, for example through the European Fund for Strategic Investments, and to provide sufficient funding to tackle the still ongoing migration crisis and the related external policies.

At the same time, it is the Council's express wish to create sufficient margins to enable us to cope with unforeseen situations that we will surely have to face into 2017. In our view, the annual budget is an expression of our solidarity, the solidarity which goes internally amongst the Member States, and the citizens as well as externally towards third countries, which is a common goal that we all share. Therefore, the EU budget should concentrate on the main objectives of the EU and on benefiting our citizens.

Let me now explain to you how the Council looked at priorities and the guiding principles. These priorities, which were reflected in the thinking by the Member States and the Council, translate into concrete guiding principles that were applied when adopting the Council's position on the draft budget for 2017. First, tackling the refugee crisis is a key priority, and hence so is the financing for migration and related external policies. Therefore, heading 3 – Security and citizenship, which funds policies on tackling the migration and refugee crisis, benefits from a significant increase of 4.9% in commitments and 24.4% in payment appropriations compared to 2016. The Council has accepted in full all appropriations destined for the programmes and agencies dealing with the crisis, including the use of the flexibility instrument for an amount of EUR 530 million and the contingency margin for an amount of EUR 1.14 billion. In total, the Council has agreed an amount of EUR 3 billion, which goes mainly to the Asylum, Migration and Integration Fund, to the Internal Security Fund, to emergency assistance and to the related agencies such as Frontex, EASO and Europol.

In heading 4 – Global Europe, the Council undertook a thorough analysis in order to identify space for creating the necessary margin since the Commission's proposal for 2017 has completely exhausted the margin for commitments. The overall increase in commitments remains at 1.74%, compared to 2016. Programmes and instruments related to the migration crisis and the facility for refugees in Turkey were not affected by reductions. So you can see that the Council stands fully behind the European Agenda on Migration, as was agreed between us in 2015.

Second, a priority and concern for all of us is the creation of jobs and growth. Subheading 1A – Competitiveness for growth and jobs, therefore increases overall by almost 9% in both commitments and payment appropriations compared to 2016. The Council protects and supports the budget for instruments that spur growth and thereby create jobs, namely such instruments as EFSI, COSME, Erasmus+ and others. Subheading 1A, however, has also contributed to the general savings effort concerning some budget lines where the Council considers, following a detailed technical analysis, that the Commission has overestimated the real needs.

Concerning Subheading 1B – Economic, social and territorial cohesion, which is another core policy of the European Union for the creation of growth and jobs, the Council proposes limited reductions of payment appropriations on new programmes of EUR 199 million. However, the Council has not reduced appropriations dedicated to the previous programming period, 2007-2013, and to the treatment of the backlog of unpaid bills. That deadlock should be fully resolved by the end of this year in accordance with the payment plan.

Before concluding, let me briefly address the issue of Heading 5 –Administration. As you all know – and I think Parliament has been part of this deal – 2017 is the last year for institutions to achieve the goal of reducing their statutory staff by 5%. Frankly, the Council and the Member States are very concerned to note that not all institutions will achieve that goal. Therefore the Council has made it very clear in a statement that it expects that all efforts will be deployed to avoid any additional delays in implementing this jointly-agreed reduction target.

In conclusion, as you can see, in an effort to find the right balance between, on the one hand, a sustainable budget in times of budgetary constraints throughout Europe and, on the other hand, financing essential political priorities, the Council has identified areas where savings are reasonable and necessary. In those areas that cannot be qualified as top political priorities in the current circumstances, reductions in the proposal of the Commission have been made in a careful fashion in order not to harm programmes that perform well and are coming up to speed. In doing so we have followed the Council's budget guidelines for 2017.

Let me express my hope and confidence that we will find a common path to securing a reasonable and sustainable budget that will bring maximum benefits for all our fellow citizens. Above all, I hope that our debate on this important but technical matter will pave the way to a successful compromise based on mutual respect and understanding and shared goals and concerns.

Kristalina Georgieva, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, as Mr Hudák has just said, those who are most committed to the European budget are in this Chamber and I see Mr Arthuis among them.

On the discussion of the Council reading on the Commission's proposal, I want to start from where we are clearly in alignment. There is a commonality of purpose which is to make sure that our budget for 2017 is aligned with our two top priorities: investment in jobs and growth and dealing with migration, refugees and security. We are clearly more in alignment on one of these priorities – migration, refugees and security – on which the Commission proposal has been fully endorsed in the reading of Council. However, there are some discrepancies in views and I want to concentrate on the logic behind what the Commission has proposed and to defend our proposal.

Regarding investment in jobs and growth, we have dedicated nearly half – 47.4% – of the budget to that, which includes an increase vis-à-vis 2016 of 7%. We have done that consciously, taking into account the status of our economies and we have looked very carefully into each and every budget line. For that reason, we were quite underwhelmed by the reading of the Council on Heading 1A, where, on competitiveness, jobs and growth, there are proposed cuts of EUR 400 million. This means 52% of the cuts that Council is proposing falling on an area that I do not think any one of us can disagree is important for Europe.

I would point to some of these cuts, for example in research, at a time when we need to stimulate innovation and make sure that European researchers are coming close to the real economy. We were surprised to see that there are proposed cuts for some large-scale projects for which there is very high demand, like transport and energy, Galileo and Copernicus. Some of these cuts are just very bad use of the knife, in terms of the consequences of the costs we would then incur. If, in Galileo, you build the satellite but you do not shoot it up, you have to store it and pay for its storage.

Similarly, I would express a bit of concern that there is some mechanical cutting when it comes to some of the Heading 3 small programmes like health, SMEs and dialogue with citizens, or cuts in global Europe – EUR 62 million in cuts – when we know that, if anything, we have to do more to address the root causes of poverty, and thus of wars, refugees and migration.

I would say, from the bottom of my heart, that I have sympathy for the Council in terms of keeping us on the straight and narrow when it comes to administrative cost. We are very mindful that every day we have to look into what we spent on administration, with an eye to economising: and we do that. I can tell you that – line by line – we are cutting every budget line that is not driven upwards by natural forces. But to demand from us that we go beyond the 5% staff cut, by introducing an additional reduction, I do not find very wise because we are committed to the 5% cut: we are executing the 5% cut while undertaking more responsibilities, and we motivate our staff by telling them we are cutting as much as we have promised – no less, but also no more.

On payment appropriations, there is a very important point for the Council to take into account, namely that in 2016, unfortunately, some of the new programmes are underperforming and therefore the absorption rate in payments is lower than projected. This on its own is a problem, but it also creates a problem for 2017, when we anticipate that some of these non-materialising payments could come knocking on the door. Therefore we would argue very strongly for the Council to revisit this position. We are not proposing a proportionate increase in 2017 equal to the under-spending in 2016. We are sticking to where we are, but it would be unwise to attempt a further reduction.

Finally, I want once again to make a clear statement on our commitment to monitor implementation. We are grateful to Parliament and to the Council for your engagement with us to make sure that we constantly improve our capacity to project what is necessary and to correct our course so we can use money in the wisest possible manner. We are keen to continue to work with Council, and of course with Parliament, so that the 2017 budget becomes a reality on time. If we remember last year's experience, we actually got it five days before the deadline: so why not repeat that this year?

Jens Geier, *Berichterstatter.* – Frau Präsidentin, Frau Vizepräsidentin Georgieva, Herr Minister Hudák! Die EU muss liefern, höre ich, wenn über die Krise der EU in diesen Tagen diskutiert wird. Wir müssen groß sein bei den Aufgaben und ihren Lösungen. Allerdings müssen wir dann die Lösung dieser Aufgaben auch finanzieren können, und dabei begibt der Rat sich in eine widersprüchliche Situation. Es gibt zwar die gemeinsamen Schwerpunkte, die wir schon gehört haben: die Bewältigung der Migrationskrise, etwa mit den außenpolitischen Mitteln in der Kategorie 4, mehr Mittel für Wachstum und Beschäftigung – dafür gibt es die Kategorie 1A. Aber das sind genau die Kategorien, in denen der Rat am stärksten eingreift.

Der Rat kürzt den Vorschlag der Kommission in der Forschungspolitik bei Horizont 2020 und in der Verkehrspolitik – und damit bei zwei Programmen, denen bereits Geld entzogen worden ist, als es um die Garantiesumme für den Europäischen Fonds für strategische Investitionen ging, um hier die Garantiezahlung zusammenzubekommen. Es gibt Einschnitte, die der Rat in der sozialen Zusammenarbeit vorschlägt, also dem Geld für die europäischen Gewerkschaften, oder bei den Mikrokrediten, einem bewährten sozialpolitischen Instrument. Das kann ein Sozialdemokrat wie ich nur als Provokation verstehen.

In der Kategorie 1B kürzt der Rat massiv die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, ein Programm mit klarem europäischem Mehrwert. Denn die Nationalstaaten haben keine Förderinstrumente, die die Menschen, die an den Grenzen der Mitgliedstaaten leben, dabei unterstützen, zum Beispiel wirtschaftliche Potenziale grenzüberschreitend mit ihren Nachbarn zu heben.

In der Kategorie 4 bedeutet das, was der Rat vorschlägt, im Ergebnis, dass wir unter das Niveau des Haushalts von 2016 sinken. Mir ist keine außenpolitische Krise bekannt, die sich in den letzten Monaten gelöst hätte, also sehe ich eigentlich auch keinen politischen Grund dafür, dass wir hier weniger investieren müssten, und das, obwohl wichtige Instrumente in der Entwicklungszusammenarbeit bereits viel Geld an die Fazilität für die Flüchtlinge in der Türkei abgeben mussten. Nicht nur hier: Der Rat schwächt mit seinem Haushaltsvorschlag Instrumente zur Krisenbewältigung, die die EU dringend braucht und die der Rat selbst fordert. Da stellt sich doch die Frage: Warum?

Die einzige Erklärung, die ich finde: Es ist ein Ritual. Es geht um das Streichen um des Streichens willen. Und das wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass es die Nettozahler-Staaten waren, die diese Streichung durchgesetzt haben. Aber wenn sich die Einschnitte bei den Zahlungen und den Verpflichtungen in Höhe von rund 0,8 Prozent des Haushalts bewegen, dann kann man das Argument, Herr Minister, es ginge um Margen für Unvorhergesehenes, nicht wirklich ernst nehmen. Aber signifikante Einsparungen für die Nettozahler bedeutet es sicherlich auch nicht. Es ist ein Ritual. Es ist das Gegenteil von der Forderung, dass die EU Beiträge zur Lösung der großen Probleme leisten soll, und ich bitte Sie, dieses Ritual zu beenden.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

Indrek Tarand, *rapporteur*. – Mr President, my thanks to the Slovak Presidency, which communicated its decisions. As usual, our Treaties and Rules of Procedure guide us with tremendous force through the unknown seas of the Bermuda Triangle, where both co-legislators and honest brokers can get lost. The end of the story seems to be that no one will be happy but there is no one to be blamed, or actually the name of the game is normally to blame another institution. However, this year we are trying to chart a different course together with my dear colleague and main rapporteur, Mr Geier. We will not blame anybody but ourselves, and that is taking a whole lot of responsibility, perhaps even a bit too much.

About administrative costs, I must admit, under the circumstances prescribed by the Treaties and numerous rules and practices, it is quite a stressful situation to be responsible for something you cannot actually really change or can change only cosmetically. Whatever direction you try to take, there are obstacles called 'interinstitutional agreement', 'Staff Regulations', 'establishment plan' etc., but the ultimate barrier is the so-called 'gentlemen's agreement'. I have been wondering who exactly those gentlemen were because it would be lovely to meet them and discuss whether their agreement is still up to date, but those thoughts are a matter for another discussion.

A few comments now on the Council position on other sections. As I pointed out at the first trilogue, I am thoroughly unable to find common sense or reason in the Council's wish to cut the appropriations for the European Court of Justice and also for the Data Protection Supervisor. Please allow me to illustrate it briefly. As far as I understand, the evidence shows that the European Court of Justice did ask for an increase of 12 judges to cope with its growing workload, yet it was given 28 by the Council, most likely because the Council was unable to tame the atavist instincts of the Member States, hence each State was given an additional judge regardless of whether this was necessary. In so doing, the Council pushed up so-called organisational costs in the budget but now, with its other hand, it wants to reduce the substantial side of the Court's budget, thereby hampering its ability to deal with its principal tasks. That is why as a rapporteur I intend to restore the original estimated lines promptly.

Data protection is a hotly debated topic. Indeed, it is full of controversy and paradoxes. We all have two hands here, and quite frequently we use one of them to vote for more data protection and against American and other possible surveillance of our data. Having done that, quite a number of us voluntarily put an activity tracker on the other hand, sending, via our apps and internet use, all sorts of data to the American private companies, such as how many steps do we make per day or what we had for lunch, or perhaps even what our heartbeat is while having sex. We can only hope that those companies deal carefully with our data. So once we have decided to have a small agency to supervise European data protection, it is really unwise to cut the financial resources it has to do that.

To conclude, I would like to thank the partners in the budgetary process. The process has enabled me to meet extremely professional officials, wonderful and creative colleagues in various institutions whose experience and goodwill and devotion to Europe has brought us here. I am sure we will have a budget in 2017.

Jean Arthuis, *président de la commission des budgets.* – Monsieur le Président, ce débat tardif sur le projet de budget de 2017, conséquence du calendrier choisi par la Grande-Bretagne pour tenir son référendum sur le Brexit, intervient à la veille de deux événements attendus. D'abord le discours du président de la Commission sur l'état de l'Union et dans la foulée, la présentation du projet de révision à mi-parcours du cadre financier pluriannuel 2014-2020.

Mes chers collègues, le rêve nous est encore permis. Rêve que le budget 2017 ne soit plus une simple tranche annuelle du cadre financier. Notre hémiplégie budgétaire nous interdit de délibérer sur les recettes. Quant à notre champ de travail, les dépenses, 1 % du PIB européen, sont réparties à raison de 80 % au profit des États membres. Il ne reste donc que 20 % seulement pour des actions supranationales, c'est-à-dire l'essence du budget européen. Mais le tiers de ces 20 % est déjà préempté pour financer les institutions – la Commission, le Parlement, le Conseil, la Cour de justice, la Cour des comptes, les agences. Comment dans ces conditions, répondre aux situations de crise et préparer l'avenir?

Oui, chers collègues, moins de 14 % de notre budget est alloué aux programmes de recherche Horizon 2020, pour Erasmus, pour le programme d'interconnexion des infrastructures en Europe, pour contrôler nos frontières extérieures, accueillir dignement les réfugiés, lutter contre le terrorisme, contre le chômage, notamment celui des jeunes, réguler les productions agricoles, lutter contre les paradis fiscaux et les fraudes de tous ordres, assumer nos obligations humanitaires dans les régions dévastées par les guerres, tarir les sources de migration économique par une politique ambitieuse d'aide au développement, notamment en Afrique.

Miroir du passé, le cadre financier est anachronique, privé de marge significative de flexibilité. C'est le degré zéro de la politique. La situation est à ce point misérable que la Commission multiplie les satellites budgétaires – EFSI, *trust funds*, facilité budgétaire pour la Turquie –, véritables galaxies échappant au contrôle parlementaire. Notre budget donne un spectacle d'impuissance, budget illisible, budget incompréhensible par les citoyens, illustration de l'incapacité de l'Union européenne à parler aux Européens.

Rêve que la révision à mi-parcours du cadre financier pluriannuel sorte notre budget du simulacre où il a glissé au fil des années.

Soyons vigilants sur les crédits mis à la disposition des États membres et les fonds de cohésion par nature sanctuarisés. Les prévisions de paiements sont revues à la baisse car les engagements tardent à être décidés. Pourquoi? Sans doute parce que les nouveaux programmes relevant de la cohésion et nos règlements sont devenus à ce point complexes qu'ils rebutent les investisseurs publics et les acteurs locaux. C'est dire l'urgence d'une révision drastique de notre règlement financier. Peut-être bien aussi parce que, pour importantes qu'elles soient, les aides européennes ne couvrent qu'une partie des dépenses, obligeant les opérateurs à s'endetter comme si l'Europe devenait activatrice de dépenses et de dettes publiques.

En conclusion, à ce stade de la procédure budgétaire, nous restons confiants. Nous sommes impatients de concevoir et de voter des budgets donnant à l'Union les moyens de manifester sa puissance, des budgets parlant aux Européens, des budgets démontrant à l'opinion publique l'effectivité de la valeur ajoutée de l'Union européenne.

Vazil Hudák, *President-in-Office of the Council.* – Mr President, first of all I would like to thank all those who spoke during this discussion. I think the discussion showed that we may have some different views but in general we are united by the fact that we want to have a workable budget, a good budget for European citizens.

One of the issues or challenges we have is that we have too many priorities and too little money, and the question is how to use the money in the best possible way. I remember long and painful discussions at the national level in my country, in my government, where we had to go through very painful decisions on where to cut, where to take away and how to adjust the budget. Unfortunately there are also similar situations at the European level. I can assure the Members, and Mr Geier, that the cuts which were made by the Council were not ritual, were not easy, were not technical, and followed many discussions among the Member States and a lot of deliberation.

I would also like to put those numbers which came out of the Council into some perspective by comparing both the proposal from the Commission and numbers from 2016. This comparison shows that in the proposal from the Council we are actually talking about increasing commitments by 0.9% in comparison to 2016. There is a drop in payments of 7%, which we believe is justified because of the low absorption of the EU funds in some of the categories.

So again the change is not major and it reflects the views of the Member States, including the situation in their own countries. If I may, just very briefly, address some of the important points which were made during the discussion. The Council fully agrees that the priority of competitiveness, of jobs, of economic growth, is a key issue for Europe. Europe can survive in the global economy only as a competitive economy. The cuts made to sub-heading 1A were focused on areas in which some investments may be postponed because 2017 may be too soon for them. We also made sure that the Council has not proposed any reductions to the programmes that are best placed to achieve the political goal of economic growth, such as EFSI, core parts of the Horizon 2020, COSME, Erasmus+ etc. So we tried to preserve those core elements of the budget which we believe are the main drivers of economic growth.

In response to the points made by Mr Tarand on the European Court of Justice, this is an issue where we also looked very carefully at the budget. We took into account the increase in the budget of the European Court of Justice in 2016 and which helped with the process of reform. That increase was EUR 21 million. We believe that the further increase requested by the European Court of Justice for next year is not fully justified. The Council is ready to support the reforms but not at the level requested.

I think the points made by Mr Arthuis are very important. They go into the very substance of the budget, its composition, and looking into the future, how we adjust the structure of budget, both in terms of revenues but also expenditure, to the needs of modern Europe. This is something that we certainly have to discuss as part of the MFF mid-term review, that we have to discuss as part of the post 2020 discussions and of the European Commission. I think Kristalina is going to present some of the ideas tomorrow, and we look forward to that.

It is the common job of all the institutions to gradually adjust the budget in a way which would look into the future for 2017, and we want to keep the main focus of these discussions on the 2017 budget. We believe that we are proposing a budget which is balanced and which also reflects the situations in the Member States.

Lastly, I would like to express my huge appreciation for the discussion today, even at this late hour. As we have seen, views may differ but the goal is a common one, which is to adopt the best budget for Europe and its citizens. We will now eagerly await the position of the European Parliament on the budget for 2017, and we also look forward to the process of seeking to reconcile those differences together.

As in past years, we will count on the Commission, and in particular on Vice-President Georgieva, acting as a honest broker in this in this process, and I would also like to wish Mr Arthuis, the Chair of the Committee on Budgets, as well as Mr Geier and Mr Tarand as rapporteurs the best of luck for their work over the coming months within Parliament. I am also looking forward to our cooperation. I wish to assure you that the Slovak Presidency will do its best to make sure the 2017 budget is achieved and is a good budget.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), *na piśmie*. – Zaproponowanych przez Radę cięć w projekcie budżetu UE na rok 2017 nie uznałem za szczególnie zaskakujące. Jest to bowiem praktyka, której doświadczamy systematycznie od dłuższego czasu w ramach planowania budżetowego w UE. Natomiast z zaniepokojeniem przyjąłem znaczne cięcia w ramach działu 3. sięgające łącznie blisko 24,3 mln EUR w środkach na zobowiązania i 21,6 mln EUR w środkach na płatności. Przyznając, że w porównaniu do tegorocznego budżetu zarówno zobowiązania jak i płatności w tym dziale pozostają na wyższym pułapie, pragnę jednak zwrócić uwagę, że dział ten w wyjątkowym stopniu dotknięty został cięciami motywowanymi nowymi potrzebami związanymi z wyzwaniami, przed którymi stanęła Unia w ostatnim czasie. Zwracam także uwagę, iż choć wiele spośród tych cięć może wydać się niewielkich, biorąc jednak pod uwagę istnienie także stosunkowo małych budżetów, niewielkich, lecz emblematycznych i funkcjonujących z sukcesami programów np. współpracy w dziedzinie kultury, edukacji, młodzieży i sportu, cięcia te mogą zagrażać ich efektywnemu wdrażaniu i tym samym dostarczaniu oczekiwanych rezultatów.

Jako sprawozdawca Komisji Kultury i Edukacji PE ds. budżetu na rok 2017 z całą mocą po raz kolejny podkreślam, że inwestycje w kulturę i edukację przyczyniają się niewspółmiernie do promowania inteligentnego, trwałego wzrostu gospodarczego oraz stanowią strategiczną inwestycję w kapitał ludzki.

16. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und den SADC-WPA-Staaten - Parlamentarische Kontrolle und zivilgesellschaftliche Begleitung des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens EU-SADC (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest wspólna debata nad:

— zaleceniem sporządzonym w imieniu Komisji Handlu Międzynarodowego w sprawie projektu decyzji Rady w sprawie zawarcia Umowy o partnerstwie gospodarczym między Unią Europejską i jej państwami członkowskimi, z jednej strony, a państwami Południowoafrykańskiej Wspólnoty Rozwoju (SADC) objętymi umową o partnerstwie gospodarczym, z drugiej strony (10107/2016 — C8-0243/2016 - 2016/0005(NLE)) (sprawozdawca: Alexander Graf Lambsdorff) (A8-0242/2016) oraz

— pytaniem wymagającym odpowiedzi ustnej skierowanym do Komisji przez Bernda Langego i Alexandra Grafa Lambsdorffa w imieniu Komisji Handlu Międzynarodowego w sprawie nadzoru parlamentarnego nad umową o partnerstwie gospodarczym UE-SADC i mechanizmu monitorowania tej umowy przez społeczeństwo obywatelskie (O-000108/2016 - B8-0713/2016).

Alexander Graf Lambsdorff, *rapporteur and author*. – Mr President, I believe we are discussing a very important agreement. Before coming to the details of this Economic Partnership Agreement between the European Union and the Southern African Development Community States, allow me to share a story with you. The SADC EPA may sound extremely technical but it provides real opportunities for our European partner countries. During the signing ceremony that took place in Kasane, the singer Sesame Samantha Marumo performed a poem that inspired everyone in the room. The poem spoke about the hope of the people in the South African region that the Agreement will offer opportunities that are badly needed. Ladies and gentlemen, dear colleagues, I think this shows that our partners in Africa know about the potential of the EPA. They look forward to the day that the Agreement enters into force and it is high time for that to happen.

Let us look back for a moment. Everything started very early, already at the end of the 1990s when the ACP countries and the European Union came to a common understanding that our trade relations needed a fresh start. As most of you know, the Cotonou Agreement called for changes in longstanding non-reciprocal trade preferences that had governed the economic and political relationship between the African, Caribbean and Pacific group of States, on the one hand, and the European Union, on the other, for the last four decades. It was only on 15 July 2014, after ten years of negotiating, that the European Union and SADC – the SADC EPA Group, more precisely comprising Botswana, Lesotho, Mozambique, Namibia, South Africa and Swaziland – finally concluded the Agreement. The SADC EPA will foster a smooth and gradual integration of the African partner countries into the world economy. Through trade and investment it contributes to sustainable development and poverty reduction. Let us remember one thing: Africa is the growth continent. African countries are climbing up the 'doing business' rankings. New businesses are emerging and African countries are becoming less dependent on commodities. Africa offers something energising. The EPA will only be one instrument to tap into this energy, but it will prove pivotal in re-anchoring the trade bonds between Africa and the European Union.

Let me be very clear about one thing. I do not understand the last minute sudden opposition coming from some Members in this House. Those who are now being lobbied intensely by the citrus fruit lobby should know what the opposition means to the people in the South African States, but also for those European businesses seeking much needed potential for growth. Moreover, they should also know that the arguments brought forward are actually unsubstantiated and that their fears are not borne out by the facts. Imports of citrus fruit have previously not been liberalised during the European Union's harvesting season and, ladies and gentlemen, this will remain so under this SADC EPA. Let us remember one thing: the EU will benefit as we obtain better access to the Southern African Customs Union markets for a number of products, but what is particularly important is that many geographical indications from the EU will be protected in South Africa under this EPA. There are things that come to mind like Parma ham, Parmiggiano Reggiano, Aceto Balsamico di Modena, things from the very countries where now all of a sudden we have this surprising opposition to what is a really good agreement.

The Agreement does not only help to liberalise trade and foster development but has a number of features which are beneficial for the countries concerned. First, the EPA contains a large number of safeguards, meaning that all EPA countries can activate these and raise import duties if imports from the EU threaten to disrupt the domestic industry. Moreover, should the EU apply a multilateral safeguard on the WTO rules, the EU offers its EPA partners a renewable five-year exemption from its application. Secondly, the rules of origin have been written in such a way that exports of textiles under preferential rates will become much easier. Moreover, the SADC EPA helps to diversify the economies of our partner countries. Thirdly, due to the asymmetric liberalisation, the SADC EPA States do not have to fully reciprocate the market opening. Instead, they can protect sensitive products from liberalisation. To be more precise, it foresees the exclusion of sensitive products, long liberalisation periods, flexible rules of origin and special safeguards and measures for agriculture food security and infant industry protection. This EPA also contains some of the strongest language on rights and sustainable development available in EU agreements. In SADC the first chapter is devoted to sustainable development, which underlines the importance of this aspect to the parties.

Let me thank all of you for the remarks and ideas that we have exchanged during our discussions. We already, as the European Parliament, voted a resolution on the SADC EU interim EPA in March 2009 and our wish list really finds itself in almost all the points in the agreement that we now have. I strongly believe that this EPA has the potential to bring fundamental positive change and contribute to sustainable economic growth and deepened intra-regional trade integration. I hope for your support and thank all the shadows and the Commission for the excellent work.

As Chairman Lange is not here to speak on behalf of the Committee, I am taking his role as the author of the oral question on this particular EPA. I would like to thank my colleague, Joachim Schuster, and the S&D Group, who have played a major role in bringing this up. The question is how we monitor the implementation of this agreement. How do we involve civil society more clearly? Article 4 of the Agreement stipulates that the parties agree to continuously monitor the operation and the impact of this agreement. The Agreement also sets out a review of the Agreement to take place every five years. However, we believe that it is crucial to put flesh on the bones of these provisions and that the practical tools for this monitoring need to be strengthened. We believe that the absence of a joint parliamentary committee and a joint consultative committee, which exist in the Cariforum EPA but are not part of the SADC EPA text, may be felt here unless existing structures can be used. We think that pragmatic solutions are now key in order to maximise the positive impact of the Agreement. Today, therefore, we, as the INTA Committee and as this Parliament,

would like to know the following points from the Commission:

1. What specific measures will the Commission take to ensure that the EPA is implemented in a manner which upholds the sustainable development provisions of the SADC EPA, and will it consider setting up a structured civil society monitoring process, such as a Domestic Advisory Group and provisions for parliamentary oversight?

2. Could the Commission elaborate on how any civil society involvement would be financed?

3. How does the Commission intend to take on board civil society reports and recommendations to address cases of infringement of commitments under the EPA?

4. What measures will the Commission undertake to ensure policy coherence for development in the implementation of the Agreement?

Thank you very much for your attention, and I am looking forward to our debate here.

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Mr President, let me start by quoting the Trade for All communication that the Commission adopted last year, which sets out its beliefs on the direction of future trade policy. It says that: 'as free trade agreements enters into force, the EU will have to make sure that the provisions on trade and sustainable development are implemented and used effectively'. That is exactly what we will be talking about today in relation to the agreement with the Southern African Development Community (SADC).

Sustainable development issues are of high importance but they also need to be implemented and monitored and that is why I am very grateful for the opportunity of having this debate and answering the questions here tonight. You will vote tomorrow. As the rapporteur said, and I would like to thank the rapporteur and all the shadow rapporteurs for the work on the Economic Partnership Agreement (EPA), with six countries in southern Africa. I had the pleasure of signing the agreement when I was in Botswana this June.

This agreement will start a new relationship between us in the European Union and these six countries: Botswana, Lesotho, Mozambique, Namibia, South Africa and Swaziland. Why will it do this? Well because, while negotiating this deal, we took full account of the economic and societal differences between the countries involved and that has led us to eliminate much more of our custom duties than we are asking our Southern African partners to do. So the EU is opening up our market much faster and, furthermore, providing free market access to the African countries involved. The markets of the six African countries are going to be only partially and very gradually opened to European products, and their right to vote on protective measures, to protect nascent fragile industries and for future food-security reasons, will remain.

Our trade relations will be based on a predictable business environment, getting rid of customs duties for African exporters, big and small, and by then we will have commonly agreed rules in areas such as customer procedures, future sanitary measures, rules of religion, and technical barriers to trade. This will also contribute to diversifying the economies of many countries in Southern Africa that are seeking to broaden production and include a wider range of products and services, and it will foster regional integration of markets in Southern Africa. This is a powerful tool for prosperity, stability and growth, and all the countries raised this issue with me when I spoke to them in Botswana.

Let me also underline what the rapporteur said, because I have heard that there are some concerns circulating here about this Economic Partnership Agreement and oranges. The agreement has been available online with all its annexes, all 1 300 pages, on our website for more than a year. Nothing has happened since: everybody has been able to read it and we have not heard any of these problems raised before.

Imports of oranges or citrus fruit during the EU season from December to May will not be liberalised. We are talking only about out-of-season imports and that has been the case since the year 2000: imports of oranges from 1 June to 15 October. The SADC EPA adds only six weeks to this period, and that includes the month of November, during which South Africa exports less than 1% of its total production. The duties will remain high, there are specific safeguards and we will monitor the process, so I am happy to tell you that some of the concerns I have been hearing are not really grounded. We will continue to monitor this very closely.

Turning now to the questions that the rapporteur raised on behalf of Parliament and the Committee on International Trade, let me assure you, first of all, that we are obliged to monitor the operation of all the agreements. Like other economic partnership agreements, this SADC agreement requires monitoring to assure that all the objectives of the EPA, including those of sustainable development, are realised, and that the benefits are maximised for all, especially the most vulnerable. EPAs are, furthermore, anchored in the provisions of the Cotonou Agreement and that includes sustainable development objectives, provisions on labour and environment and, very importantly, democratic principles and human rights.

The monitoring we will put in place will contribute to assessing whether our partners respect the essential elements of the Cotonou Agreement and, in the event of breaches of it, appropriate measures can be proposed. The monitoring will also be fed into a review that each EPA undergoes every five years.

So more specifically: I propose to you that the monitoring will be based on three principles: transparency, objectivity, and openness. Transparency in the sense that the results of the monitoring will become accessible to all – to you, of course, but also to a wider audience. Objectivity in the sense that the monitoring will be neutral, systematic, and involve independent expertise. Open in the sense that the monitoring will involve outside stakeholders. I believe it is very important that outside stakeholders are involved in the monitoring. So I am committed, as is the whole Commission, to structural civil-society dialogue, ideally once per year. We will have no problem finding parties, including relevant organisations, to take part in this. We have already started to identify possible civil-society organisations, and we are already planning the first dialogues this month and in October in South Africa.

With regard to parliamentary oversight, I fully support an interparliamentary dialogue between the European Parliament and the parliaments of the six states and I really want to encourage you to establish this already.

How will we finance this? Well, you have my commitment that we will seek to ensure adequate funding is put aside. One route is a project that the Commission's Directorate-General for Trade, in collaboration with our service for foreign policy instruments, is drawing up to finance the involvement of civil society in trade agreements. The Commission also has other funding possibilities – for instance, under thematic programmes that support specifically the participation of civil society in partner countries and the EU.

How will we then take on board this civil-society input? Well, we will ensure that the results of the dialogues are made available to the ministerial councils established under the EPAs to oversee the monitoring process. In the case of West Africa and East Africa, those EPAs contain provisions for the civil-society dialogue to work in consultation with the EPA institutions. In the case of the SADC EPA, the text requires the parties to undertake the monitoring within their respective participative processes and institutions.

The last question was on policy coherence. We have a long track record of making trade a tool for development. This is done by granting preferential market access, by providing aid for trade and by addressing any coherence issue that arises, and the EPA is, of course, part of this policy. We give full access to our market, but we ask for less in return. We provide for safeguards to make sure that domestic industries are not damaged and we will introduce flexible rules of origin.

We will also accompany our trade partners in meeting the commitments on trade and sustainable development in accordance with the provisions in Article 11 of the agreement, and this includes assistance through EU development cooperation. In addition, we have made available support under the European Development Fund. In Eastern and Southern Africa, regional programmes amount to EUR 1.3 billion and national programmes to around EUR 7.2 billion: these funds are not used entirely for trade-related support, but spending of EUR 600 million on relevant infrastructure gives you an idea of how much this can facilitate trade. Also the EPAs provide the structures in which any coherence issue can be addressed.

So I think we have a good chance of getting this right. Our partners are very keen to start working together as soon as possible under these premises, and we are convinced that the economic partnership and sustainable development can go hand in hand. I am committed to make that happen and I am looking forward to working with you on all these steps.

Pedro Silva Pereira, *relator de parecer da Comissão para o Desenvolvimento e a Cooperação*. – Senhor Presidente, este acordo de parceria económica com os seis países da África Austral da comunidade CADC percorreu um caminho longo, mas o resultado é globalmente positivo e merece o apoio deste Parlamento, como aliás concluiu a Comissão de Desenvolvimento no parecer de que sou relator.

Em primeiro lugar, este acordo é necessário para cumprir as regras da Organização Mundial de Comércio. Sem ele, os países africanos ficariam menos protegidos no comércio com a Europa.

Em segundo lugar, é um acordo que procura ser justo e é por isso assimétrico e gradual: permite que os países em desenvolvimento protejam os seus setores mais sensíveis e inclui salvaguardas quanto às indústrias, aos mercados agrícolas e à segurança alimentar.

Em terceiro lugar, este acordo tem um capítulo de desenvolvimento sustentável, com compromissos claros em matéria de direitos laborais e direitos ambientais. Nem tudo é perfeito, certamente, mas creio que podemos dizer que o resultado final é, de facto, positivo. O desafio agora está numa boa implementação e numa monitorização eficaz, e essa só existirá com um envolvimento efetivo da sociedade civil.

Saudamos, naturalmente, os compromissos aqui assumidos pela Senhora Comissária, mas este Parlamento espera mais do que palavras e não deixará de, ele próprio, monitorizar este processo e garantir uma boa implementação deste acordo, a bem dos interesses dos países nossos parceiros em África, mas também a bem dos valores da agenda comercial da União Europeia.

Gabriel Mato, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor Presidente, señora Comisaria, debatimos un Acuerdo de Asociación Económica que, como hemos visto, abre una nueva etapa en las relaciones entre la Unión Europea y seis países de la Comunidad para el Desarrollo del África Meridional. Ha sido un acuerdo de difícil y prolongada tramitación, pero estoy seguro de que el resultado final va a ser, en términos generales, beneficioso. De ahí, nuestro apoyo, ya que creamos un marco jurídico claro y logramos, también, ampliar el anterior Acuerdo interino, al haberse sumado Sudáfrica a estas conversaciones.

Dicho esto, no podemos ignorar que, en general, todos los acuerdos de asociación económica siempre tienen algún punto de fricción, y este también los tiene. Como me han oído decir muchas veces, alguien tiene que pagar la factura de estos acuerdos y, desgraciadamente, esta factura la suele pagar el sector agrario. En todo caso, estamos ante un acuerdo importante, ya que es el primero que firmamos en la Unión Europea con una región africana. Espero que sirva de impulso para que pronto se sucedan conversaciones que permitan reforzar la relación entre Europa y África.

En lo positivo, el Acuerdo permite proteger a determinados sectores sensibles, aplicar cláusulas de salvaguardia y medidas para proteger industrias nacientes, además de facilitar la exportación, a la vez que contempla cláusulas sobre protección de derechos humanos y una apuesta por el desarrollo sostenible. Pero no todo es positivo. El Acuerdo puede tener consecuencias negativas para las producciones comunitarias de cítricos, y esto se podía haber evitado a pesar de lo que se ha dicho aquí.

Hay que tener dos aspectos en cuenta. Creo que en la negociación no ha existido la suficiente información sobre las concesiones otorgadas fundamentalmente a Sudáfrica —competidor directo de las producciones de la Unión Europea—, ni tampoco ha existido el estudio de impacto de estas medidas sobre nuestras producciones. Por otra parte, nos preocupa de forma extraordinaria la garantía, o más bien la ausencia de garantía, del control fitosanitario de estas producciones. Las respuestas que, hasta el momento, nos ha dado la Comisión sobre la mancha negra no nos tranquilizan en absoluto.

Apostamos claramente por los acuerdos de asociación económica y también por este, pero también apostamos por el futuro de las naranjas de muchas regiones de España. Ambas cosas no son en absoluto incompatibles.

Joachim Schuster, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Seit rund 15 Jahren werden die sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den AKP-Staaten verhandelt, und es ist bis heute umstritten, ob die AKP-Länder wirklich von diesen Abkommen profitieren werden.

Ganz neu ist die Diskussion jetzt über die Zitrusfrüchte, und es ist, glaube ich, schon hinreichend gesagt worden, dass da die Ängste wirklich unbegründet sind und man das darüber nicht machen kann. Aber in der Tat ist eine Frage: Bedroht die Ausdehnung des Freihandels nicht junge Industrien in den afrikanischen Staaten, und führt der Wegfall der Zölle nicht zu einer Schwächung der afrikanischen Staaten? Aber man muss auch sehen, dass die Diskussion darüber häufig sehr pauschal geführt wird, und man darf nicht alle afrikanischen Regionen in einen Topf werfen. Man darf auch nicht die verschiedenen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen in einen Topf werfen. Und wenn man das Abkommen für das südliche Afrika sieht, dann, glaube ich, sind die meisten Punkte adressiert.

Das Abkommen enthält ein Nachhaltigkeitskapitel. Es enthält Bezüge zum Cotonou-Abkommen, die auch dann gelten, wenn das Cotonou-Abkommen im Jahr 2020 ausläuft. Es enthält die Verpflichtung, Handel mit Entwicklungszusammenarbeit zu verbinden. Die Handelsliberalisierung ist asymmetrisch. Sollte es Nachteile für Wirtschaften oder Industrien, Branchen oder auch die Landwirtschaft im südlichen Afrika geben, besteht die Möglichkeit, umfassende Handelsschutzinstrumente einzusetzen. Also in dem Abkommen sind alle Potenziale für eine beidseitig vorteilhafte Entwicklung angelegt. Ob diese Potenziale realisiert werden, hängt natürlich davon ab, wie das Abkommen umgesetzt wird.

Deswegen haben wir von der S&D-Fraktion auch auf starke Monitoring-Strukturen unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft gedrängt, und die Kommissarin hat ja gerade auch erläutert, was die Kommission dazu zu machen gedenkt. Und wir sollten, glaube ich, als Europäisches Parlament auch zur Kenntnis nehmen, dass die südafrikanischen Staaten in dem Abkommen ebenfalls eine positive Chance für ihre Entwicklung sehen. Deswegen haben nämlich die Regierungen und die Parlamente auch zugestimmt, und zwar auch die der Staaten, die längere Zeit diese Abkommen sehr kritisch begleitet haben. Deswegen: Unterm Strich ist es, glaube ich, sehr verantwortbar, diesem Abkommen mit den südafrikanischen Staaten zuzustimmen.

Helmut Scholz, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieses reziproke asymmetrische Abkommen unter dem Namen SADC zur Vorlage zu bringen, ist irreführend. Lediglich sechs der fünfzehn Mitgliedstaaten der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika haben unterzeichnet. Die anderen sind in drei anderen Verhandlungsgruppen oder haben sich gleich gegen ein solches Abkommen entschieden. Warum? Die fünfzehn werden also künftig gegenüber der EU, aber auch untereinander völlig unterschiedliche Handelsbestimmungen haben und das SADC-Sekretariat wird völlig ausgehebelt.

Ist das die in Afrika, in der gemeinsamen Afrikastrategie von EU und AU geforderte Förderung der regionalen Integration? Ist das die Antwort auf die Bedenken der Staats- und Regierungschefs des achten AKP-Gipfeltreffens, die nachdrücklich regionale Integration zum Kernstück und Ziel der Verhandlungen erklärten? Von den Forderungen vieler, zumal noch oft schwacher Gewerkschaften und bürgergesellschaftlicher Initiativen nach durchsetzbaren Arbeits-, Umwelt- und Sozialnormen ganz zu schweigen.

Und – ja: Auch viele afrikanische Regierungen scheuen durchsetzbare Normen und entsprechende Instrumentarien. Wir sind in dieser Lage, weil die EU-Kommission ihren Verhandlungserfolg erzwingen wollte. Es wurde schon gesagt: Cotonou läuft bald aus. Was danach kommt, ist offen.

Neue Mitwettbewerber auf den amerikanischen Märkten sind erschienen. Es geht also auch und gerade um Marktzugang und Positionsbehauptung. Und deshalb ist erfolgreich mit Entzug des Marktzugangs zum EU-Binnenmarkt gedroht worden. Die Partnerregierungen und Parlamente beugten sich dieser Erpressung – nachvollziehbar – sehr rasch. Die Debatten in den Gesellschaften der SADC-Staaten und wirklich neue Strategien werden abgewürgt.

Das, meine ich, ist mehr als gefährlich! Den Beziehungen der EU und aller ihrer Mitgliedstaaten mit unseren afrikanischen Partnern fügt es tiefe Narben zu. Ich glaube, wir müssen noch mal neu nachdenken. Meine Fraktion wird das Abkommen ablehnen. Europa darf sich nicht auf Kosten Afrikas sanieren.

Christofer Fjellner (PPE). – Herr talman! I morgon avgör vi framtiden för ett handelsavtal mellan EU och länderna i södra Afrika. Det är ett väldigt viktigt avtal som avskaffar praktiskt taget alla EU:s tullar mot dessa länder, men låter de afrikanska handelspartnerna avskaffa sina tullar successivt och i de känsliga produktområdena faktiskt inte alls. Detta är väldigt viktigt för regional integration i dessa afrikanska länder. Man förenklar ursprungsreglerna och gör att det blir färre handelshinder mellan afrikanska länder, något som hittills har varit ett av de allra största hindren för utveckling. Detta är viktigt eftersom frihandel i historien har visat sig vara det bästa verktyget för att lyfta människor och länder upp ur fattigdom. Ändå så verkar det som om det finns en risk för att en majoritet av ledamöterna i detta hus röstar nej till avtalet. Det är emellertid inte bara så att man riskerar att gå miste om alla dessa fördelar som avtalet innebär, utan man riskerar dessutom att fattiga länder som Swaziland, Namibia och Botswana ges högre tullar mot EU och att de får möta EU:s fulla tullmur när deras nuvarande handelsordning i EU löper ut i december. Ändå är det många som faktiskt överväger det.

Det är en ohelig allians mellan de som å ena sidan säger att avtalet hotar produktionen i Europa, särskilt på jordbruksidan, å andra sidan några som säger precis samma sak, men att det hotar jordbruksproduktionen i Afrika. Någon av dem har ju fel.

Jag funderar på vilka som egentligen är värst av dessa grupper av protektionister. Jag har aldrig träffat någon som säger sig vara protektionist här i huset, men jag har träffat många som säger sig vilja skydda det ena eller det andra. Jag har efter moget övervägande kommit fram till att det är nog de som här i kväll och i morgon när de röstar hävdar att de röstar emot avtalet för att skydda afrikanska länder. De ledamöterna säger sig nämligen veta bättre än vad dessa afrikanska länder själva gör. Detta avtal mellan demokratier är godkänt i parlamenten och ratificerat av dessa länder. Ändå så menar man att man här kan sätta sig till doms över och tycka att det är dåligt för dem, trots att de vill ha det. Det är inte bara protektionism, utan det är neoimperialism. Denna gång kommer neoimperialismen från vänster och är som allra farligast. Därför hoppas jag att vi samfällt i morgon röstar för detta avtal. Afrika och Europa behöver det.

David Martin (S&D). – Mr President, after receiving the Copa Cogeca letter outlining a so-called threat to our agriculture as a result of this agreement, I went immediately to look at the opinion from the Agricultural Committee on this report, and guess what? There isn't one, because the Agriculture Committee decided that it was such a threat to our agriculture it was not even worth doing an opinion on this report. This is a ridiculous last minute scare story that has been thrown into the pot here.

On the other side of the coin, some Members think that the Agreement is a threat to SADC countries and to their economies. As we have heard, though, from virtually every speaker, this is an asymmetrical agreement. It contains safeguards for infant industries and it protects sensitive products. As we have just heard, if we reject this agreement the situation is worse for African countries because they will have to revert to GSP or to other less-satisfactory regimes. I welcome what the Commissioner said about the sustainable development chapter. I am glad it is going to have adequate funding and I look forward to civil society being fully involved in monitoring this EPA. I am personally absolutely convinced that a properly implemented EPA with accompanying measures such as aid for trade will be good for Africa. Bear in mind that it will also be good for Europe, because we are more and more focused on trying to deal with the migration flows from Africa. A successful economic partnership between Africa and Europe can benefit Africa economically and benefit Europe by reducing those migration flows. I will be supporting this EPA tomorrow.

Giovanni La Via (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, questo accordo è sicuramente un accordo importante per i paesi dell'Africa australe ed è un accordo che necessita di un largo sostegno. Però, dall'altro lato, ogni qual volta si fanno gli accordi tra Unione europea e altri paesi, a pagare è sempre l'agricoltura.

Io vengo dalla Sicilia, cara Commissaria Malmström, e la Sicilia è un'area di produzione di agrumi, un'area nella quale la inviterò a venire e la inviterò il 15 ottobre, perché lei ha appena detto in quest'Aula che questo allungamento di sei settimane non si sovrappone alla produzione europea. Io la inviterò il 15 ottobre ad assaggiare i frutti dei nostri alberi, appunto perché possa vedere che dal 15 ottobre al 30 novembre si producono agrumi in Sicilia, così come in tutti gli altri paesi europei, del Mezzogiorno d'Europa.

Pertanto esiste una sovrapposizione di produzione e le arance che verranno esportate dal Sud Africa entreranno in competizione con quelle del mio territorio. Siccome i prezzi più alti si spuntano all'inizio, con le produzioni più precoci, è evidente che queste esportazioni tardive, in contro-stagione, dall'emisfero Sud, incideranno pesantemente sul reddito degli agricoltori. Per questo la invito a venire in Sicilia per vedere quella che è la situazione reale e quali saranno gli effetti.

Un secondo aspetto, invece, è quello che attiene all'applicazione degli accordi. Sino adesso cinque intercettazioni di frutti infetti da *greening* avrebbero portato al blocco delle esportazioni da parte del Sud Africa. L'anno scorso le intercettazioni sbagliate o scorrette sono state 70, e nessuna interruzione.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D). – Señor Presidente, creo firmemente que este Acuerdo es un paso adelante en la estrategia de cooperación de desarrollo sostenible para los países de la comunidad del África meridional y para facilitar su integración en la economía mundial, porque ayuda a diversificar sus economías y, desde luego, a facilitar la cooperación y la integración regional entre ellos. Pero, verdaderamente, el Acuerdo contiene concesiones a las exportaciones procedentes de Sudáfrica que sí que afectan a los productores europeos del Mediterráneo.

Lamentablemente, tengo que reconocer que el Gobierno de España no ha hecho su trabajo en defensa de los cítricos españoles, y yo le pido a la Comisión que se preocupe de proteger y defender los intereses de los productores mediterráneos. Por ello creo que es fundamental que se haga un seguimiento mensual de la entrada de volumen y de las ventas de los cítricos de Sudáfrica, aplicando la cláusula de salvaguardia si es necesario, y también medidas compensatorias.

Alargar el periodo de entrada de las exportaciones desde Sudáfrica, de manera que coincida con la campaña de la producción europea, va a tener incidencia, y lo importante es haberlo evaluado antes y medirlo por si es necesario tomar medidas protectoras.

Comercio justo para todos; para los productores de cítricos, también, y para la agricultura del sur, que también cuenta.

Joachim Zeller (PPE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Mit den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den afrikanischen Regionalgruppierungen wird Neuland beschritten. Der Handel mit einem fortgesetzten freien Marktzugang für die AKP-Staaten zum EU-Binnenmarkt soll kombiniert werden mit Anstrengungen für eine nachhaltige Entwicklung in den Partnerländern. Gleichzeitig sollen die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Ländern innerhalb der Partnerregion verbessert werden, zumal sich dort oftmals wie auch bei der südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft – vom Entwicklungsstand und von der wirtschaftlichen Kapazität her sehr unterschiedliche Länder wiederfinden.

Eine seit langem geforderte stärkere Verknüpfung der Entwicklungszusammenarbeit der EU mit der Wirtschaftsentwicklung in den Ländern und den Handelsbeziehungen zu den Ländern im Geltungsbereich des Cotonou-Abkommens ist das Ziel. Noch ist nicht klar, ob oder wie das Cotonou-Abkommen über das Jahr 2020 hinaus fortgesetzt wird. Umso wichtiger ist es, dass mit den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen die Zusammenarbeit mit den Regionen Afrikas eine stabile vertragliche Grundlage erhält. Da, wie ich schon sagte, mit den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen Neuland betreten wird, sollte gemäß dem Namen der Abkommen der Fortgang der Beziehungen der EU zu den Vertragspartnern auch partnerschaftlich erfolgen – partnerschaftlich, aber auch in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament.

Maria Arena (S&D). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, vous avez défendu avec beaucoup d'engagement ces accords qui sont, doit-on le rappeler, des accords qui ont été négociés sous la Commission Barroso et sous le commissaire De Gucht. On voit la difficulté de défendre des accords dont vous connaissez les faiblesses, parce que je sais que vous avez une sensibilité sur la cause, à savoir la cause du développement durable et de la participation de la société civile. Ce sont ces faiblesses-là que nous voulons absolument corriger.

Je comprends également les inquiétudes des agriculteurs européens. C'est un secteur en difficulté. Je comprends aussi les inquiétudes des agriculteurs locaux, ceux qui défendent l'agriculture pour nourrir les populations locales. Je vous donnerai un simple exemple: le Lesotho, pays qui est la réserve d'eau de l'Afrique du Sud. Le Lesotho est en panne d'eau et ne peut plus produire son maïs. Il y a eu une augmentation du prix du maïs au Lesotho de 60 %. Il ne peut plus nourrir sa population.

Alors, Monsieur Lambsdorff, je ne pense pas que la population du Lesotho va acheter du jambon de Parme ou du parmigiano reggiano. Nous devons défendre les populations locales et c'est pour ça que je ne voterai pas pour cet accord.

Adam Szejnfeld (PPE). – Panie Przewodniczący! Kraje Afryki to jedne z najbiedniejszych krajów na świecie, a bieda – doskonale o tym wiemy– wywołuje wiele patologii. Patologie jednak nie dotykają tylko ludzi biednych, one dotykają także tych, którzy są bogaci. Ta bieda, która jest w Afryce, jest biedą, którą znamy i czujemy także w Europie. Jeden z efektów to jest migracja z krajów biedniejszych, także z Afryki, właśnie tu do nas.

Powiem szczerze, ja ze zdumieniem słuchałem tu wywodu jednego z kolegów, który w aspekcie, o którym mówimy, widział tylko problem kilku pomarańczy sycylijskich, a nie widzi problemu 500 milionów Europejczyków i ponad miliarda ludzi mieszkających w Afryce. Umowy międzynarodowe to w dzisiejszych czasach instrument nie tylko działania na rzecz wzrostu wymiany handlowej, nie tylko działania na rzecz wzrostu gospodarczego, ale także niwelowania różnic między społecznościami, ograniczania biedy, a więc jeśli ograniczania biedy, to także ograniczania patologii. Bądźmy przeciwko patologii, bądźmy za tą umową. Popieram ją.

Jude Kirton-Darling (S&D). – Mr President, we expect consistency and policy coherence from the Commission, especially when it comes to our relations with developing countries, but this agreement is not consistent with the EU's sustainable development goals. The weak sustainable development chapter provides for no mandatory monitoring or enforcement.

We have consistently asked the Commission for improvements, over more than a year, to give civil society a role in the monitoring of this agreement and to empower whistleblowers in the region, but it is only now, on the eve of the vote, that the Commission is responding – not with concrete legal proposals or commitments, but with promises of annual general dialogue without clarifying the follow-up to civil society complaints. I am sorry but this is not enough. This is not a proper sustainable development chapter or monitoring. Therefore, I agree with civil society in the region and with the united trade union movement in the EU and Southern Africa that this agreement currently falls far too short of the mark.

Pytania z sali

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señor Presidente, yo quiero hablar en nombre del sector agrícola europeo y, por supuesto, el español. Soy española y soy andaluza, región donde hay muchos cítricos. Los cítricos se empiezan a producir, y empieza la campaña el 15 de octubre. No solo en Sicilia, también en mi tierra, en Andalucía. Y, por tanto, quiero decir en nombre de toda la agricultura —porque no solo el sector citrícola, sino también el sector del vino se está viendo vulnerado— que ha habido una clara falta de transparencia y de conocimiento de los aspectos que más deterioran las exportaciones de un país como Sudáfrica, al que se ha concedido una ampliación del período de exportación de seis semanas, justo en el comienzo de la campaña europea, de la campaña española y de la campaña andaluza. Por tanto, claro que es perjudicial. Además, se ha demostrado que no hay ningún estudio de impacto, y hay que exigir ese estudio de impacto sobre la ampliación del período. Además, Sudáfrica exporta productos citrícolas con la plaga de la mancha negra *(black spot)*, terriblemente lesiva también para las producciones europeas. Por tanto, esos intereses son contradictorios con la agricultura europea.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η Συμφωνία Οικονομικής Εταιρικής Σχέσης μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των χωρών της Νοτίου Αφρικής, που ήδη ισχύει προσωρινά από την 1η Ιουνίου, προωθεί τα συμφέροντα των μεγάλων εταιρειών, ενώ, παράλληλα, ο αγροτικός περιβαλλοντικός και κοινωνικός τομέας της Ευρωπαϊκής Ένωσης πλήττονται ανεπανόρθωτα. Ειδικότερα, δύο σημαντικά προϊόντα ονομασίας προέλευσης (ΠΟΠ), όπως η ελληνική φέτα και οι ελιές Καλαμών, βρίσκονται εκτός της λίστας προστασίας. Έτσι, μετά από το ελληνικό γιαούρτι «Made in Czechia» θα έχουμε και «South Africa Feta» αφού από τη συμφωνία προβλέπεται ότι επί πενταετία οι παραγωγοί της Νότιας Αφρικής έχουν δικαίωμα παραγωγής και εμπορίας φέτας με τον τίτλο «Feta-type» ή «South Africa Feta», ενός δηλαδή προϊόντος κλασικά ελληνικού, που αποφέρει 380 εκατομμύρια ευρώ ετησίως λόγω εξαγωγών. Επίσης, το ίδιο θα συμβεί και με τις ελιές Καλαμών που μέχρι πρόσφατα είχαν προστασία εντός της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Το ίδιο θα συμβεί και με τα ελληνικά πορτοκάλια και λεμόνια, αφού επιτρέπεται πλέον η αθρόα εισαγωγή εσπεριδοειδών από τη Νότια Αφρική στην Ευρωπαϊκή Ένωση.

(Koniec pytań z sali)

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Mr President, I think that this has been a very good debate and I think we are all committed to try to make this agreement work. It is indeed, not a perfect, but a good agreement and it has a lot of potential and I have promised you that we will do this. Actually, preparations have already started in South Africa for a structured civil society dialogue where we will be monitoring these issues and we will do that in an independent, objective and transparent and open way, and share those results with you. We will encourage – as I think you have already started to plan – parliamentary dialogue between you and the parliaments of these six countries, and we will make sure that there is sufficient funding to make this exercise a real one. I will be happy to report regularly to you on how that goes.

On agriculture: we have made an impact assessment. It has been available and online for months already where we can read that actually we have some very positive effects from the EU that we expect and also that the impact of the SADC EPA on agriculture will be very limited because the SADC EPA liberalises almost no new agricultural products. All new liberalisations are limited in time and in quantity. I hear what you see on the lemons and oranges of Sicily. I would be happy to come to Sicily, maybe not the 15th, but that would be good.

I have spent hours negotiating with the Greek Government on FTA…

(Loud heckling)

… If you let me speak I can tell you. I have spent hours negotiating with the Greek Government and we have found a good solution to this, where the Greek Government is happy with the result, because we protect this FTA as it has never been protected in South Africa and we will monitor the oranges very closely.

There is a system, an early warning system, where we make sure that, if there are any tendencies of market disturbances, we can alert very, very quickly. The black spot disease has indeed been a problem and we have been working very closely with South Africa and with my colleagues in DG SANTE, Commissioner Andriukaitis, and we have not spotted any problems for this season at all. We think that the problem is actually being solved, but of course we will keep a very close eye on this.

Whatever happens to the Cotonou, the EPA references to it remain after 2020. They are enshrined in the Agreement and are also enforceable. Now this can really turn out to be a win-win situation for all of us. All the parliaments, except for Mozambique where the process is in line, have ratified this agreement. Very recently the elected parliament of Lesotho has ratified this and I have spoken with representatives of Lesotho who very much welcome this agreement because they think it is a chance for them to reform, to modernise and to diversify their economies. So again I think the Africans know what is best for them, and we should listen to their voices.

So this is a good agreement. It will be monitored together with you, and with your help and support I am sure we can make it even better and make sure that we also have a very vital parliamentary and civil society dialogue and hopefully contribute to growth, diversity and modernisation and regional integration, which is a very important part of this EPA and which we will monitor closely as well. So thank you for this debate, Mr President, and will be happy to come back regularly and report on how this monitoring is going.

Alexander Graf Lambsdorff, *rapporteur*. – Mr President, I agree with the Commissioner. It was a very good debate. The majority of the Committee on International Trade recommends that we ratify. I am very happy to hear that the same goes for the Development Committee because I think they have made a very thorough assessment of the impact on the region. I think the number of safeguards, the number of provisions in the agreement protecting our partner countries, is so overwhelming as to make this an agreement that the region can live with.

As we have just heard, all our partners have agreed. One thing I have to say, though, is that I am a bit disappointed by the citrus aspect. We have discussed this for a year in our committee and it has never come up. The issue has not been there. The agricultural industry in Europe is a strong one. It has no threats to face from a rather developing region with few exports.

I am a colleague and I know how it goes. I come from a chemical region in Germany. The car industry lobbies me, the chemical industry lobbies me, and you do not have to come at the last minute and do exactly what they say. Think of the European interest and think of the African interest. I think this is what is at stake here. It is not just one industry. Think of all the agricultural producers whose products are now protected under the geographic indication protection scheme. I have quoted a number of them.

It is not just that some citrus growers who did not notice that there was an agreement until the very last minute and called all of you and made you nervous; no. I think this is a good agreement. The two leading committees in this House recommended that governments in the region ratify it; and we should ratify it too. The discussion has been ongoing for a very long time. Let me conclude by saying one thing: In 1929, in the age of the economic crisis, Kurt Tucholsky, a German left-leaning poet and satirist, said:

concernant l'agriculture régionale, les produits locaux, il a dit aux Allemands de n'acheter que des citrons allemands

'Deutsche, kauft deutsche Zitronen!'

Ich ende auf Deutsch. Man kann es auch übertreiben mit der lokalen Landwirtschaft. Wir haben keine Zitronen in Deutschland. Liebe Maria Arena, ich respektiere Ihre Haltung in der Sache, aber weder belgische noch deutsche Zitronen werden uns glücklich machen. Also ganz lokal geht es nicht. Wir brauchen den Handel, und ich glaube, dieses Abkommen ist eine gute Chance.

Przewodniczący. – Po wystąpieniu sprawozdawcy nie stosujemy już procedury „niebieskiej kartki".

Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w środę 14 września 2016 r.

17. Schlüsselziele für die 17. Konferenz der Vertragsparteien des CITES-Übereinkommens in Johannesburg (Südafrika) (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad:

— pytaniem wymagającym odpowiedzi ustnej skierowanym do Rady przez Norberta Linsa, Pavla Poca, Julie Girling, Gerbena-Jana Gerbrandy'ego, Younousa Omarjee'go, Keitha Taylora i Marco Affronte w imieniu Komisji Ochrony Środowiska Naturalnego, Zdrowia Publicznego i Bezpieczeństwa Żywności w sprawie głównych celów na 17. konferencję stron konwencji CITES w Johannesburgu (RPA) (O-000088/2016 - B8-0711/2016) oraz

— pytaniem wymagającym odpowiedzi ustnej skierowanym do Komisji przez Norberta Linsa, Pavla Poca, Julie Girling, Gerbena-Jana Gerbrandy'ego, Younousa Omarjee'go, Keitha Taylora i Marco Affronte w imieniu Komisji Ochrony Środowiska Naturalnego, Zdrowia Publicznego i Bezpieczeństwa Żywności w sprawie głównych celów na 17. konferencję stron CITES w Johannesburgu (RPA) (O-000089/2016 - B8-0712/2016).

Gerben-Jan Gerbrandy, *author.* – Mr President, it is a privilege to have, for the second evening in a row, a midnight debate with Commissioner Vella and I also welcome the Council.

Let me start by thanking all my colleagues who were co-authors of this resolution. I think that we found a unique way of working together to come forward with a very coherent cross-party resolution. Yesterday there was an article in *The Independent* by the Secretary of CITES (the Convention on International Trade in Endangered Species), John Scanlon, and the Director of the United Nations Development Programme (UNDP), Helen Clark, in which they stated that the upcoming CITES conference is the most critical CITES meeting in history. I think they are right. The poaching crisis has reached an unprecedented level and because of that there is huge pressure on the CITES system.

Can we fix it? Can we make sure that it will work in the future in a better way than it is doing now?

For Europe, this CoP is quite unique as well because it is the first Conference of the Parties in which the EU is participating as an official partner party. That is, of course, a very important step. Strangely enough, it has led to criticism from two sides: from third countries criticising the EU for wanting to have 28 votes with one voice, like the US – and I hope the Commissioner can explain what the latest state of play is there – but also internally from our own Member States. I understand that during the COREPER meeting where this was discussed there was quite an intensive debate about which topics the EU should speak on with one voice, and which it should speak on with 28 voices. I hope that is not a precedent for the future, especially because I was present in 2010 at the CITES CoP in Doha, and the EU contribution there was very ineffective.

The Commission, of course, had no speaking rights at that Conference of the Parties and the Member States were very disorganised and not united. There was a common position but there did not seem to be any common strategy, and that was quite painful to see. So my question to the Council is to ask whether it can explain how it is going to ensure that we are united and speaking with one voice and making the best of the fact that we have a common position there.

I believe that the EU is ready for this Conference of the Parties. We finally have our EU action plan, which we discussed previously. Parliament is now working on its reaction to that so I am looking forward to a strong European position. There again, I must say that what is lacking are strong commitments from the Member States.

Let me come to the resolution. This resolution is different from previous resolutions on CITES. I believe it is much more integral and holistic than ever before. We are not only talking about elephants, rhino or the psychedelic lizard: no, we are focusing on the main problem that we face in the world in this regard, namely wildlife crime – a growing threat to biodiversity and the environment, and also a global problem in terms of security, the rule of law, human rights and sustainable development, because we all know that those things go together.

Like the agenda of the Conference of the Parties, we are focusing on different issues than before, like demand reduction, sustainable livelihoods, combating corruption and effectiveness and implementation of CITES. I must say that the success of these elements will really determine the future of CITES, I would like to highlight five elements.

First of all, how are the Commission and the Member States going to succeed in getting stronger enforcement of the CITES rules? One of the main problems is that the rules are simply not enforced in the right way. That applies not only in countries where we might expect it to be so, but also in the EU itself, and paragraph 28 of our resolution is pretty clear. Also within the EU we see widespread abuse of CITES documents.

Secondly, corruption is a fundamental problem and the EU has tabled a resolution, together with Senegal. My question is to ask whether you believe that this resolution will be successful in Johannesburg and, if it were adopted, would it also be effective in practice? Maybe you can elaborate on that.

Thirdly, regarding demand reduction, we see several proposals on the table. Please tell us the latest state of play and how we can assist in reducing demand in many countries.

My fourth point concerns the CITES secretariat. Everything that we want them to do puts more work on their shoulders but, if you look at their budget, in real terms it is now lower than it was 10 years ago. So the CITES secretariat is simply not fit for the tasks that we give it, and official contributions are relatively small. So my question is to ask whether both the Commission and the Member States, on an individual basis, are willing to increase their contribution. That would not only help the secretariat but would also show commitment and trust in CITES.

Finally, on the resolution on hunting trophies: this is important for us and it is also important to send a political message to the world that trophies should be subject to strict criteria, if allowed at all. But I understand that the USA and Canada do not support the European resolution. So, do the Commission and Member States still foresee success in this field?

To conclude, we need a high sense of urgency, unity and, please, a strong European common focus.

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, the 17th Conference of the Parties (CoP17) to the Convention on International Trade in Endangered Species (CITES), that will take place in Johannesburg from 24 September to 5 October this year will welcome the European Union as a new party, alongside the 28 EU Member States and among the other 154 parties.

The Presidency will make sure that the EU and its Member States will act jointly at CoP17 to promote the EU position and speak with one voice. We go to Johannesburg having put a number of important proposals on the table and having co-sponsored some others. It is our intention to engage with other parties and stakeholders in promoting our proposals. We will also look for acceptable solutions that encompass the need for species conservation and at the same time respect the means for subsistence of populations with fewer or insufficient resources.

First, concerning some procedural aspects. The EU has tabled a proposal on voting transparency. It should be at the heart of the development of conservation policies and practices within the Convention. The use of secret ballots can cast doubts on the basis on which decisions are made within CITES. We have also made a proposal for a resolution on the sponsored delegated projects to increase transparency with regard to the funding of delegate participation. We are of course particularly encouraged by the support of the European Parliament on these issues. The Council, on the other hand, does not support the suggestion made by some parties to foresee in the revised Rules of Procedure certain conditions to the exercise by the EU of its voting right.

Now on more substantive aspects. The EU and its Member States, along with Senegal, have tabled a proposal for a resolution against corruption-facilitating activities conducted in violation of the Convention. Wildlife trafficking has become one of the world's most profitable organised criminal activities. It is facilitated by corruption and weak governance structures. In some regions wildlife trafficking threatens national security and fuels conflicts by providing funding to militia and terrorist groups. We will actively promote the adoption of international criteria on the sustainable and illegal trade of hunting trophies in order to ensure that imports of these trophies are of legal and sustainable origin. The Council has recently urged the Member States to do so.

Our proposals for amendments to the CITES appendices are based on the conservation status of the species concerned and the listing criteria developed by CITES. We will do our utmost to have them adopted in Johannesburg.

We need to ensure efficient risk-based and proportionate in-country compliance monitoring and enforcement in order to improve the rate of detection of illegal wildlife-related activities. In addition, we need to improve cooperation, coordination, communication and data-sharing with wildlife implementation and enforcement agencies in third countries. I would like to underscore the need to enhance awareness-raising and education about wildlife protection and the impact of illegal trade in wildlife, as well as the need to step up training for all parts of the enforcement chain in source, consumer and transit countries.

The Presidency, together with the Commission and the Member States, is determined to take an active role to ensure that CITES continues to be an effective tool in order to attain its two main objectives: conservation and sustainable management of natural resources. The decisions that we will take in South Africa on plant and animal species will show whether CITES parties are prepared to find acceptable solutions that balance conservation needs with economic justification. We will conduct the upcoming deliberations in a spirit of cooperation and mutual understanding. Our decisions should be based on our joint interest in the protection of species that are threatened by trade. We need to maintain a diverse environment for our future generations.

Karmenu Vella, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like, first of all, to agree with Mr Gerbrandy that this CITES meeting will be fundamentally important for the protection of biodiversity and also important for the fight against wildlife trafficking and for the EU itself.

It is important for the EU itself because it will be the first opportunity to deliver many of the actions contained in our new Action Plan against Wildlife Trafficking, as full members now of CITES. The European Union has already tabled ambitious proposals and the European Parliament has been very active in shaping the EU position. Your resolution is largely supportive of the EU approach and I am very glad to see that a delegation of MEPs will attend the CoP. The EU position for the CoP will be finalised by the Member States and the Council in the coming days, as just explained by Mr Korčok, but I can already, perhaps, highlight what the EU priorities are likely to be.

First, we will support concrete measures against wildlife trafficking to strengthen enforcement in terms of range, in transit and in destination countries, and to reduce demand for illegal wildlife products. When properly implemented, CITES can make a difference against wildlife trafficking. CITES tools must be used by those countries that are hot spots for wildlife trafficking, particularly ivory trafficking, including through the National Ivory Action Plans. This needs to happen as soon as possible. We cannot afford to continue losing tens of thousands of elephants to poachers each and every year.

We will press for quick progress on this and for sanctions if progress is too slow. International trade in ivory is banned under CITES. We fully support a continuation of the ban. We must focus on action, as Mr Gerbrandy said, to reduce demand, to eradicate the drivers of ivory trafficking, and not only spend hours discussing the hypothetical merits of an indefinite trade ban or of the legislation on this trade. We want solutions that target the real problems on the ground.

The European Union is also proposing a resolution on corruption facilitating activities that are in violation of CITES. Corruption – again as already mentioned – is at the very heart of wildlife trafficking but it has not been given sufficient priority.

Our second priority is to extend CITES protection to a number of species threatened by international trade, and this is the case for species imported into the EU as exotic pets, such as the Barbary macaque, the African great parrot and a number of very rare and valuable lizard and ornamental fish species.

Also, the protection of rosewood timber is a priority. Illegal trade in rosewood species has boomed in many tropical regions and the international regime is not sufficient to stop this massive problem. The European Union decided to co-sponsor Gabon's and Senegal's proposal to bring more African rosewood species under CITES protection. Their inclusion in CITES Appendix II will ensure that they can only be traded if developed sustainably and legally.

We also propose to include new shark and ray species in CITES Appendix II. Much has been achieved in CITES in recent years in favour of sustainable trade in marine species, notably sharks. Work on implementing the current listing of sharks should continue and further species should be included in the CITES Convention where the listing criteria are met.

Our third priority is to reinforce the standards applying to international trade in hunting trophies of species such as lions. This issue has generated a lot of attention in this House and amongst the wider public. The European Union believes that the time has come for all CITES parties to agree on common criteria to ensure that hunting trophies of CITES species come from sustainable and legal sources.

With regard to funding or financing, I have to say that, in terms of funding, the European Union is always the leader in helping third countries cope with this issue. With regard to the CITES secretariat, I think we are already taking on board some 60% of the costs and the European Union, in addition to that, is also proposing to help fund the participation of delegates from developing countries at the CITES conference in Paris.

I do not have time this evening to mention all the issues that we will address, which include rhinoceros, pangolins, reptiles, the need to better associate local communities in wildlife programmes, the reduction of demand for illegal wildlife products, and means of stepping up police and customs cooperation against transnational organised wildlife criminals. I agree with Mr Gerbrandy that we have to enforce CITES rules at source, in transit and in destination countries, including in the European Union itself.

But let me conclude by noting the significance of this meeting for the European Union where we will be participating for the first time as a party. We have been driving the development of CITES for decades. At CoP17 we will also be able to sit at the table and to engage with others to make it a success. In order to do that, however, we will have to work constructively with Member States to ensure that we speak as one with a strong voice.

Norbert Lins, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, Herr Minister! Illegaler Artenhandel gehört weltweit zu den lukrativsten Verbrechen und spielt eine große Rolle bei der Finanzierung der organisierten Kriminalität. Der florierende Handel mit unrechtmäßig erworbenen Pflanzen und Tieren ist eine ernsthafte Bedrohung für die Natur, insbesondere was den Rückgang der Biodiversität betrifft, und auch für die Menschen. Stichworte sind Sicherheitsrisiko, Instabilität, Mangel an legalem Einkommen und Korruption.

Europa ist zugleich Ziel – Transit – und Ursprungsregion und daher stark in die illegalen Handelsströme verwickelt. Globale Zusammenarbeit ist unbedingt erforderlich; die UN-Artenschutzkommission CITES ist hierfür ein sehr guter Rahmen. Wie schon gesagt, ist die EU seit 2015 Vollmitglied von CITES und deswegen ein entscheidender Akteur bei der Konferenz in Johannesburg.

In der vorliegenden Entschließung fixieren wir die wichtigsten Ziele für das Europäische Parlament, und grundsätzlich begrüßen wir auch die Zielsetzung der Mitgliedstaaten und auch das Engagement der Kommission. Insbesondere geht es um verstärkte internationale Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung – Stichworte: Polizei und Zollbehörden. Es geht um den grenzüberschreitenden Einsatz gegen Korruption, der auszubauen ist. Und die EU hat hier gewichtige internationale Verpflichtungen, und das Engagement ist unbedingt erforderlich.

Wichtig ist mir, die Trophäenjagd nicht grundsätzlich zu verbannen, denn ich glaube, gut und nachhaltig organisierte Trophäenjagd hat durchaus gewinnbringende Effekte für Natur und Menschen, und deswegen sind da gemeinsame Regeln im Rahmen von CITES nötig.

Ich bedanke mich bei den Kolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit und freue mich, dass wir so viele Gemeinsamkeiten gefunden haben.

Nicola Caputo, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, in recent years, wildlife crime became one of the most serious threats to global biodiversity and people's livelihoods. It also has a negative impact on the rule of law, due to its close links with corruption. The EU has an important role to play in addressing this issue as Europe is currently a destination market for trafficking, in transit to other regions, as well as being, for some species, the source region for illegal trade.

The EU is a part of the problem, but also a big part of the solution. I highly welcome the fact that some of the most ambitious proposals, for example strengthening capacities to combat illegal wildlife trade, or a global support programme to reduce demand for illegal products, come from EU Member States. I personally think that another proposal that should emerge is to reinforce the global partnership against wildlife trafficking by using diplomatic tools and trade policy in relation with the key source transit and consumer countries. That should also become a key strategic objective for the EU at the upcoming CITES meeting in Johannesburg.

Julie Girling, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, I would like to thank the Commissioner and all my co-authors, because this has been quite an easy question to put together, for a change.

I am particularly concerned though, about wildlife trafficking, as we all are, and it is vital that we make sure that the rules, as represented in CITES, are watertight so that we can be absolutely clear there is no ambiguity between what is legal and what is illegal. To that end, I support the position of some colleagues on trophy hunting, that it should be outlawed. In that sense I do not support the Commissioner's view: this is perhaps a small point but I really do believe it is important that we make sure we have zero tolerance on these issues.

The species-specific recommendations are obviously very varied, but most of the representations I receive from members of the public – and there are a lot of them as this is a very important subject – are about ivory. Ivory is totemic. I know we spend a lot of time talking about ivory, but it is really important that we get ivory right. To that end, I would remind you of the maxim that has been in use for the last five years or so, namely that all ivory, even if legally sourced, fuels the ivory trade.

I am very proud of the fact that the UK already has a ban on the export of pre-convention raw ivory and I would prefer to see this extended to all Member States and made part of the EU negotiation brief. I would ask you, Commissioner, to raise yet again the issue of mammoth ivory, which is increasingly being mined and is increasingly muddying the waters when it comes to seeing what is legal and what is illegal.

Frédérique Ries, *au nom du groupe ALDE*. – Monsieur le Président, l'Union européenne a rejoint la CITES il y a 11 mois maintenant. L'avancée est essentielle pour nous, mais bien évidemment, le travail reste immense. C'est un petit peu comme si, à chaque fois que le sort d'une espèce s'améliore un peu – je pense par exemple à celui des pandas géants –, c'est une autre espèce qui vient s'ajouter à la liste rouge de l'UICN des espèces en danger critique d'extinction.

C'est le cas maintenant du grand gorille de l'Est qui est victime d'un braconnage intense au Congo. Il est aujourd'hui – et ce sont les organisations qui le disent – à un pas de la disparition.

L'Union européenne, c'est le cas de le dire, a un rôle essentiel à jouer à la grand-messe qui va s'ouvrir à Johannesburg. Elle doit oser bousculer certains de nos partenaires stratégiques, je pense à la Chine, je pense au Japon, et mettre à l'ordre du jour – cela vient d'être évoqué par M[me] Girling – la question sensible du commerce d'ivoire d'éléphant, de cornes de rhinocéros et d'os de tigre.

L'Europe doit aussi montrer l'exemple en tant qu'important marché de transit, et je suis ravie que cette question ait été soulignée parmi les priorités par notre rapporteur et par le commissaire aussi.

Il est inadmissible que les trafiquants – ces trafics criminels – n'encourent dans certains pays de l'Union, chez nous, donc, que des peines minimales: amendes de 15 000 euros maximum dans certains États membres, alors que la corne de rhinocéros sur le marché noir peut atteindre 50 000 euros.

Les sanctions doivent être harmonisées et réellement dissuasives, c'est en termes un peu plus directs notre article 50 dans notre résolution.

Younous Omarjee, *au nom du groupe GUE/NGL.* – Monsieur le Président, Monsieur le Ministre, Monsieur le Commissaire Vella, je ne sais pas si nous devons parler du commerce des espèces sauvages, ou s'il serait plus approprié de parler du commerce sauvage des espèces, puisque s'il est question de sauvagerie, la sauvagerie se trouve du côté de l'humanité. Je ne sais pas non plus si nous devons parler de commerce, mais plutôt de crime, des crimes de l'humanité contre les espèces menacées de disparition.

Nous avons toujours tendance à attendre la survenance de drames pour commencer à agir, et le déclin de ces espèces est aujourd'hui devenu tragique. Vous l'avez dit, le lion d'Afrique connaît un déclin de près de la moitié de sa population et disparaît de douze pays européens. Les éléphants d'Afrique sont presque tous massacrés pour leur ivoire. Des millions de pangolins et de rhinocéros sont braconnés pour leurs écailles et leurs cornes, et les forêts de Madagascar, près de l'île où je vis, la Réunion, sont pillées pour leur bois de rose.

Nous devons prendre la mesure du facteur temps. Il est tard, très tard, mais pas trop tard pour à la fois enrayer la sixième vague d'extinction des espèces, mais aussi enrayer le recul du déclin des espèces sauvages.

Ricardo Serrão Santos (S&D). – Senhor Presidente, cumprimento também o Senhor Comissário. Num recente relatório, a IUCN afirmou que, com um declínio de 80 % nas últimas gerações, quatro dos seis grandes primatas estão a um passo da extinção.

Com a acelerada perda da biodiversidade a que se tem assistido nas últimas décadas, são necessárias ações mais rigorosas e consequentes.

Em pleno coração da Europa, existem lamentáveis casos de pesca ilegal, não declarada e não regulamentada, a tristemente famosa pesca INN. Os casos do esturjão e da enguia, especificamente a enguia de vidro, são clamorosos. Quando andamos a distribuir cartões amarelos e vermelhos por esse mundo fora, não evitamos, para nosso embaraço, que a pesca INN grasse em plena União Europeia.

O novo plano de ação de combate ao tráfico de espécies selvagens europeu é importante e tem de ser cumprido em todos os seus objetivos. A CITES precisa de ser reforçada e os casos de corrupção e tráfico ilegal têm de ser debelados.

Pytania z sali

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα να πω στην απούσα κυρία Malmström ότι δεν υπάρχει καμιά προστασία στη φέτα και ότι οι παραγωγοί στην Ελλάδα είναι ανάστατοι και διαμαρτύρονται. Καλό θα είναι να πάει να τους μιλήσει και να τους εξηγήσει αυτά που μας είπε εδώ. Στην προσπάθειά της βέβαια να δικαιολογήσει τα αδικαιολόγητα, αναγκάστηκε να καρφώσει και την ελληνική κυβέρνηση η οποία, ενώ στην Ελλάδα παρουσιάζεται ως διαφωνούσα, τελικά, σύμφωνα με την κυρία Malmström, τα έχει βρει μαζί της και είναι ευχαριστημένη με τη λύση που δίνεται από τη συμφωνία με τη Νότιο Αφρική, μία συμφωνία που δεν προστατεύει την ελληνική φέτα. Για αυτό, θα καταψηφίσω αύριο την κύρωση της Συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των χωρών της Νοτίου Αφρικής.

Όσον αφορά τώρα τη CITES, θέλω να πω ότι πρόκειται για μια σημαντική διεθνής συμφωνία η οποία προστατεύει αποτελεσματικά περισσότερα από 30.000 είδη άγριας πανίδας και χλωρίδας. Μέσω της σύμβασης αυτής αντιμετωπίζονται αποτελεσματικά το λαθρεμπόριο και τα διάφορα κυκλώματα. Επομένως, είναι θετικός ο ρόλος της σύμβασης και θεωρώ σημαντικό ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει προσχωρήσει στη σύμβαση αυτή ήδη από το 2015.

(Koniec pytań z sali)

Karmenu Vella, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank all Members for their speeches because they confirm the strong interest of this House in wildlife conservation, and their desire for the EU to play, and to continue playing, a leading role at the CITES CoP17. Many commitments have been made in recent years at the international level to combat wildlife trafficking and to make international trade in wildlife products legal and sustainable. We now have a duty to implement all these commitments, and CITES CoP17 will be a test to see how serious the international community is about turning these commitments into concrete actions.

One or two comments with regard to what Mr Omarjee said. Yes, I do believe this is a criminal act and I also believe this is a criminal act which could be linked to other similar illegal trafficking of arms, drugs and possibly also human trafficking. With regard to our position, the EU position on ivory trafficking, the EU is extremely concerned about the current levels of ivory trafficking and elephant poaching, and we are proud to be a world leader in the fight against this trafficking. The European Union is the biggest donor for conservation in Africa. I am sure you all know that without the European Union support a large number of protected areas would simply not exist, and emblematic species would have been wiped out from large parts of the African continent.

With regard to trophy hunting, yes, there is – as Ms Girling said – another view on the European Union's perspective, but here I want to explain that the European Union has very strict rules when it comes to authorising the import of trophies into the European Union. They were tightened in 2015 to ensure a thorough check by EU scientific experts on the sustainability of these imports. When the sustainability of these trophies cannot be established, no imports into the EU can take place. We now believe that internationally agreed guidelines should be agreed in the context of CITES to ensure that hunting trophies of CITES-listed species come only from legal and sustainable sources.

With regard to Mr Serrão Santos, I think he made a comment about eels, something which is also very important, especially the European eel. The EU has also submitted a proposal to review the status of eel species with a view to making recommendations to ensure sustainable trade in them.

To conclude, you as Members have worked for months with the EU Member States, with a lot of MEPs, with stakeholders and countries to prepare for this meeting, and we are ready for the challenge. There are many differing views around the world on the best way to conserve animal and plant species and fauna, and there will certainly be long and difficult discussions at the CITES CoP.

We have a proud record in bringing new species under CITES protection and supporting its action against criminal acts. The EU's accession to CITES, as Mr Marias also mentioned, further reinforces our determination in that regard and we will work actively in Johannesburg to make a success of this COP. I would be happy if you agree for us to come back to you after the COP meeting to report on progress made.

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, I would like to start by saying that the Council is working on the EU position for CoP17 and will adopt a position on the decision at its meeting next week. Parliament will of course be duly informed. The Council appreciates very much the importance that Parliament attaches to the protection of endangered species, as is clearly stated in its resolution on the EU strategic objective for CITES CoP17 to be adopted on Thursday.

Now that the EU is a CITES party alongside the 28 Member States, Mr Gerbrandy asked who will vote on what and who will speak on what? In line with Article 21(5) of CITES, the EU will vote in the fields of its competence. Those have been set out in the declaration of competences when the EU deposited its instrument of accession. Irrespective of whether the EU or the individual Member States vote, the vote will be based on a coordinated position, as has been the practice at previous CoPs, with the exception of budgetary matters where the EU and the different Member States contributing separately to the budget may express separate views. As in previous CoPs, the EU and its Member States will deliver statements based on positions agreed between them. At the CoP17, statements will be delivered for the first time from behind the EU nameplate.

Finally, please allow me to conclude by saying that CITES CoP17 is an excellent opportunity to further strengthen global efforts against wildlife trafficking, including through new listings of endangered species. The Presidency will do its utmost to have our proposals adopted in Johannesburg.

Przewodniczący. – Otrzymałem jeden projekt rezolucji złożony zgodnie z art. 128 ust. 5 Regulaminu.

Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 15 września 2016 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Catherine Bearder (ALDE), *in writing*. – This resolution is a historic opportunity to end the global ivory trade and save elephants from extinction. Every year 30 000 elephants are slaughtered by poachers who sell their ivory tusks illegally for massive profits. We must save these wonderful animals for future generations, we simply cannot allow this barbaric trade to continue. The European Parliament calls upon Member States to ban all imports, exports and commercial sales of ivory products until wild elephant populations are no longer threatened by poaching. To support this ban, all countries must also introduce tougher measures to tackle corruption, strengthen controls at border crossing points and put in place stringent penalties against criminal groups trafficking illegal wildlife products.

18. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

19. Schluss der Sitzung

(Posiedzenie zostało zamknięte o godz. 00.00)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss

DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/1958

8.3.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 14. SEPTEMBER 2016

(C/2024/1958)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 12. bis 15. September 2016

STRASSBURG

Inhalt

Seite

1. Eröffnung der Sitzung 4

2. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll 4

3. Mittelübertragungen: siehe Protokoll 4

4. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll 4

5. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll 4

6. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll 4

7. Lage der Union (Aussprache) 4

8. Auslegung der Geschäftsordnung: siehe Protokoll 47

9. Abstimmungsstunde 47

9.1. Protokoll zum Abkommen EG/Schweiz über die Freizügigkeit anlässlich des Beitritts der Republik Kroatien zur Europäischen Union (A8-0216/2016 - Danuta Jazłowiecka) (Abstimmung) 48

9.2. Dreigliedriger Sozialgipfel für Wachstum und Beschäftigung (A8-0252/2016 - Csaba Sógor) (Abstimmung) 48

9.3. Technische Vorschriften für Binnenschiffe (A8-0256/2016 - Ivo Belet) (Abstimmung) 48

Inhalt Seite

9.4. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und den SADC-WPA-Staaten (A8-0242/2016 - Alexander Graf Lambsdorff) (Abstimmung) . . . 48

9.5. Vereinbarung über die Durchführung des Übereinkommens über die Arbeit im Fischereisektor (B8-0976/2016) (Abstimmung) . . . 48

9.6. Aktuelle Entwicklungen in Polen und ihre Auswirkungen auf die in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Grundrechte (B8-0865/2016, B8-0977/2016, B8-0978/2016) (Abstimmung) . . . 48

9.7. Die Beziehungen der EU zu Tunesien vor dem aktuellen regionalen Hintergrund (A8-0249/2016 - Fabio Massimo Castaldo) (Abstimmung) . . . 48

9.8. Sozialdumping in der EU (A8-0255/2016 - Guillaume Balas) (Abstimmung) . . . 49

9.9. Delegierte Verordnung der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIP) (B8-0974/2016) (Abstimmung) . . . 49

10. Stimmerklärungen . . . 49

10.1. Protokoll zum Abkommen EG/Schweiz über die Freizügigkeit anlässlich des Beitritts der Republik Kroatien zur Europäischen Union (A8-0216/2016 - Danuta Jazłowiecka) . . . 49

10.2. Dreigliedriger Sozialgipfel für Wachstum und Beschäftigung (A8-0252/2016 - Csaba Sógor) . . . 75

10.3. Technische Vorschriften für Binnenschiffe (A8-0256/2016 - Ivo Belet) . . . 99

10.4. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und den SADC-WPA-Staaten (A8-0242/2016 - Alexander Graf Lambsdorff) . . . 119

10.5. Vereinbarung über die Durchführung des Übereinkommens über die Arbeit im Fischereisektor (B8-0976/2016) . . . 152

10.6. Aktuelle Entwicklungen in Polen und ihre Auswirkungen auf die in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Grundrechte (B8-0865/2016, B8-0977/2016, B8-0978/2016) . . . 174

10.7. Die Beziehungen der EU zu Tunesien vor dem aktuellen regionalen Hintergrund (A8-0249/2016 - Fabio Massimo Castaldo) . . . 206

10.8. Sozialdumping in der EU (A8-0255/2016 - Guillaume Balas) . . . 240

10.9. Delegierte Verordnung der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIP) (B8-0974/2016) . . . 289

11. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll . . . 309

12. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll . . . 309

13. Notwendigkeit einer europäischen Reindustrialisierungspolitik - die Fälle Caterpillar and Alstom (Aussprache) . . . 309

14. Beschluss über die Zahlung staatlicher Beihilfen an Apple (Aussprache) . . . 325

15. Reisedokument für die Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger (Aussprache) . . . 345

Inhalt Seite

16. Asyl: vorläufige Maßnahmen zugunsten von Italien und Griechenland (Aussprache) 356

17. Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten (Aussprache) 367

18. Anwendung der Richtlinie über Postdienste (Aussprache) 381

19. Zugang von KMU zu Finanzmitteln und Diversifizierung der Finanzierungsquellen von KMU in einer Kapitalmarktunion - Methoden für die optimale Nutzung des Potenzials von KMU zur Schaffung von Arbeitsplätzen (Aussprache) 390

20. Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel zu veröffentlichen ist (Aussprache) 404

21. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll 408

22. Schluss der Sitzung 408

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 14. SEPTEMBER 2016

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.05 Uhr eröffnet.)

2. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

3. Mittelübertragungen: siehe Protokoll

4. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

5. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll

6. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

7. Lage der Union (Aussprache)

Der Präsident. – Nach der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung des Präsidenten der Kommission zur Lage der Union (2016/2734(RSP)).

Ich freue mich, Sie, Herr Kommissionspräsident Juncker, erneut zur alljährlichen Rede zur Lage der Europäischen Union im Plenum begrüßen zu können. Es ist der Moment, der in den letzten Jahren zum Referenzpunkt in der Politik der Europäischen Union geworden ist – ein Moment sicher des Innehaltens, des Nachdenkens über die Arbeit des vergangenen Jahres, aber sicher auch der Chance, die prinzipiellen Leitlinien und die fundamentalen Richtungsweisungen für das kommende Jahr zu debattieren und gemeinsam zu definieren. Die Rede ist somit ein essenzieller Teil der demokratischen Europäischen Union geworden, und sie wird heute zum zweiten Mal von Ihnen, Herr Kommissionspräsident, vorgetragen.

Sie haben im letzten Jahr gesagt, dass Sie, Herr Juncker, als Kommissionspräsident das Produkt – ich zitiere Sie – „eines demokratischen Genesungsprozesses“ sind. Auch wenn Sie kein Produkt sind, war die Formulierung dennoch zutreffend. Denn zusammen mit dem Europäischen Parlament haben Sie 2014 ein Stück mehr parlamentarische Demokratie in unsere Gemeinschaft zurückgebracht. Das ist ein Erfolg für sich, und ich glaube, dass beide Institutionen diesen Weg gemeinsam weitergehen müssen.

Wir haben durch die ungeheure mediale Aufmerksamkeit, die wir heute Morgen hier in diesem Haus erleben, ganz sicher auch festzustellen, dass die Rede zur Lage der Union durch den Kommissionspräsidenten ein ganz besonderes Ereignis im Jahresablauf auch des Europäischen Parlaments ist. Wir stehen ganz ohne Zweifel vor einer historischen Herausforderung, wenn nicht gar vor einer Zäsur, was die Entwicklung unseres Kontinents und der Europäischen Union angeht.

Herr Präsident Juncker! Zwei Tage vor dem Gipfel der 27 Staats- und Regierungschefs in Bratislava haben wir jetzt die Gelegenheit, als Europäisches Parlament gemeinsam mit der Kommission sicher auch ein Zeichen für die Geschlossenheit Europas, die wir zwingend brauchen, zu setzen. Ich weiß, dass Sie und Ihr Kollegium in den letzten Wochen sehr hart an Ihrer heutigen Rede gearbeitet haben. Wir freuen uns darauf. Ich erteile dem Präsidenten der EU-Kommission das Wort zur Rede zur Lage der Union.

Jean-Claude Juncker, *Präsident der Kommission*. – Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete, Herr Ratspräsident, werte Kollegen! Vor einem Jahr, im September 2015, habe ich in der Rede zur Lage der Europäischen Union festgestellt, dass die Lage der Union zu wünschen übrig ließ. Es gebe nicht genug Europa – so habe ich damals gesagt – in unserer Union und nicht genug Union in derselben. Ein Jahr später gilt diese Einschätzung trotz erzielter Fortschritte immer noch. Die Europäische Union ist zurzeit nicht in Topform. Vieles hat sich nicht zum Besseren gewendet, einiges lässt vermuten, dass wir es in Teilen mit einer existenziellen Krise der Europäischen Union zu tun haben. Die Zahl der Bereiche, wo wir spontan oder nicht spontan zusammenfinden, ist zu groß; die Zahl der Bereiche, wo wir solidarisch zusammenarbeiten, ist zu klein. Allzu oft wird den exklusiv nationalen Interessen die Vorfahrt eingeräumt.

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Die europäische Integration kann man nicht zulasten der Nationen forcieren, die Brechstange ist kein Instrument der europäischen Einigung, Europa darf nicht zum Schmelztiegel, zum farblosen, uniformen Integrationsmagma werden. Europa lebt von seiner Vielfalt. Die Kommission hat nicht vor – auch wenn dies oft behauptet wird –, die Nationalstaaten plattzuwalzen. Wir sind keine Nihilisten, auch keine Antichristen im Übrigen, keine Zertrümmerer, keine Zerstörer – wir sind Konstrukteure, die nicht mehr, aber mancherorts ein besseres Europa wollen.

Europa befindet sich nicht auf dem Weg der Verstaatlichung. Europa wird und darf nie zu einem Einheitsstaat werden. Aber allzu oft entstehen Risse und Brüche. Allzu oft entsteht bequeme Fragmentierung dort, wo anstrengende Union vonnöten wäre. Dies eröffnet dem galoppierenden Populismus Räume, in denen es kein Miteinander geben kann. Populismus löst keine Probleme – im Gegenteil: Populismus schafft Probleme. Dagegen müssen wir uns wehren!

(Beifall)

Es ist mehr denn je Zeit, eine ehrliche Bestandsaufnahme zu machen: Die Arbeitslosigkeit in Europa ist nach wie vor zu hoch, obwohl zwischen 2013 und heute 8 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen wurden und die Beschäftigung sich kontinuierlich nach oben entwickelt. Aber die soziale Ungerechtigkeit bleibt. Deshalb müssen wir zügig an dem europäischen Grundpfeiler der sozialen Rechte arbeiten, und wir werden dies auch mit Energie und Enthusiasmus tun. Europa ist nicht sozial genug – das müssen wir ändern!

(Beifall)

Die Schuldenstände in der Europäischen Union sind auch nach wie vor zu hoch, obwohl die Defizitniveaus von durchschnittlich 6,3 % im Jahr 2009 auf 1,9 % zurückgeführt werden konnten. Der Stabilitätspakt zeigt also Wirkung. Er darf nicht zum Flexibilitätspakt werden, sondern muss mit intelligenter Flexibilität angewandt werden, und zwar so, dass er das Wachstum weder bremst noch behindert.

Zur Bestandsaufnahme gehört auch ein Blick in die Augen derer, die uns aus der Ferne beobachten. Unsere Freunde und Partner weltweit, die allesamt den Brexit zutiefst bedauern, fragen sich besorgt, ob die britische Entscheidung der Beginn eines Auflösungsprozesses der Europäischen Union ist. Ich sage hier und heute: Wir respektieren und bedauern zugleich die britische Entscheidung, aber die Europäische Union ist in ihrem Bestand nicht gefährdet.

(Beifall)

Wir wären froh, wenn uns das britische Austrittsgesuch möglichst bald erreichen würde, damit der Reigen der täglich wachsenden Unsicherheiten gestoppt werden kann …

(Beifall)

und damit wir unser Verhältnis zu Großbritannien, das freundschaftlich bleiben muss, neu ordnen können. Zu dieser Neuordnung gehört, dass nur derjenige uneingeschränkten Zugang zum Binnenmarkt haben kann, der sich der Freizügigkeit der Personen und Arbeitnehmer verpflichtet fühlt. Es wird keinen Binnenmarkt à la carte geben können.

(Beifall)

Unsere Partner konfrontieren uns zunehmend mit der Frage, ob die Europäische Union noch willens und fähig ist, Handelsabkommen mit dem Rest der Welt abzuschließen. Wir sind die größte Handelsmacht der Welt, wir haben mit 140 Staaten weltweit Handelsabkommen abgeschlossen. Ich bin kein blinder fanatischer *free trader*, aber ich bin dafür, dass wir den Beschäftigungsimpakt von Handelsabkommen nicht außer Acht lassen. Und Handel bedeutet mehr Arbeit, und Handel bedeutet mehr Arbeitsplätze. 30 Millionen Arbeitsplätze in Europa sind exportabhängig, einer von sieben Arbeitsplätzen in Europa hängt von unseren Exporten in andere Teile der Welt ab, eine Milliarde mehr Exporthandelsvolumen schafft 14 000 zusätzliche Arbeitsplätze in Europa. Deshalb – vor allem deshalb – setze ich mich mit Nachdruck für das Handelsabkommen mit Kanada ein. Es ist das beste, das fortschrittlichste Handelsabkommen, das wir je abgeschlossen haben.

(Beifall)

Die Garantien, die wir brauchen, können in den diversen parlamentarischen Ratifizierungsverfahren präzisiert, Bedenken ausgeräumt werden. Aber Nachverhandlungen mit Kanada kann es nicht geben.

Unsere Partner in der Welt – aktuell vor allem in den USA und China, aber demnächst ebenso in Indien und Japan – halten uns den Klimaschutzspiegel vors Gesicht. Das Pariser Klimaschutzabkommen – ein rechtlich verbindliches globales Abkommen – wäre ohne die Europäische Union nicht zustande gekommen. Wir waren Vorreiter, wir waren Antreiber, wir haben andere – manchmal doch sehr vollmundig – zum Handeln aufgefordert. Und jetzt? Amerikaner und Chinesen ratifizieren – und wo sind wir? Ich fordere uns eindringlich auf – nur wenige EU-Länder haben dies bislang getan –, den Pariser Klimapakt zu ratifizieren!

(Beifall)

Jede Ratifizierungsverspätung oder gar —verschleppung gibt uns der Lächerlichkeit preis und kostet uns internationale Glaubwürdigkeit. Und unsere Partner draußen und Millionen Europäer auf dem eigenen Kontinent verstehen unsere Entscheidungsprozeduren und unseren Umgang miteinander und untereinander nicht mehr. Wir sind nicht die Vereinigten Staaten von Europa. Die Rede, die ich hier halte, ist mit der Rede des amerikanischen Präsidenten zum *State of the Union* in keinerlei Weise vergleichbar. Europa ist komplexer, vielschichtiger als staatliche Gebilde derselben Größenordnung und deshalb für viele auch unverständlich. Aber die Geschichte, die schlimme Geschichte Europas hat es gewollt, dass wir so sind, wie wir geworden sind. Aber dies ist kein Grund, dass wir die Dinge noch komplizierter und unverständlicher machen, als sie es eh schon sind. Eine engagierte Europarede im Europäischen Parlament zu halten, verlangt wenig Mut, aber engagierte Reden zu Europa müssten von allen in ihren nationalen Parlamenten gehalten werden.

(Beifall)

In Brüssel laut Ja zu sagen und zuhause so zu tun, als wäre man bei der gemeinsamen Beschlussfassung nicht dabei gewesen, ist das Gegenteil von nachvollziehbarer Kohärenz und Konsequenz.

(Beifall)

Die Bürger Europas dürfen nicht länger an der Nase herumgeführt werden. Man muss ihnen in die Augen sehen. Die Menschen in Europa sind die institutionellen Schaukämpfe leid, sie mögen die grotesken Eifersüchteleien zwischen Staaten und Institutionen nicht, und sie hassen die ständig wiederholten Unterstellungen, Halbwahrheiten und Lügen. Die Menschen erwarten von Europa handfeste Ergebnisse und deren fristgerechte Umsetzung.

Mr President, colleagues, I am therefore proposing a positive agenda of concrete European actions for the next 12 months, because I believe the next 12 months are decisive if we want to reunite our Union. If we want to overcome the divisions between East and West which have opened up in recent months, if we want to show that we can be fast and decisive on the things that really matter, if we want to show the world that Europe is still a force capable of joint action, we have to get to work.

I sent a letter with this message to President Schulz and Prime Minister Fico this morning. The next 12 months are the crucial time to deliver a better Europe: a Europe that protects and preserves the European way of life; that empowers and defends our citizens at home and abroad; and a Europe that takes responsibility.

I am convinced the European way of life is something worth preserving. I have the impression that many seem to have forgotten what being European means. What it means to be part of this European Union, of this Union of Europeans, to remember why European nations chose to work together – to remember why crowds celebrated solidarity in the streets of Warsaw on 1 May 2004, the date of accession of this great Polish nation – because Poland is a great nation.

(Applause)

To remember why the European flag waved proudly in Lisboa and Porto, and in Madrid and Seville, welcoming the young democracies of Spain and Portugal into our sphere of solidarity and freedom. To remember that Europe is a driving force that can help bring about the unification of Cyprus – something on which I am supporting the two leaders of Cyprus. It has to be done and it has to be done now.

(Applause)

Above all, Europe means peace. It is no coincidence that the longest period of peace in written history in Europe started with the formation of the European Communities – 70 years of lasting peace in Europe, in a world with 40 active armed conflicts, which claim the lives of 200 000 people year after year. Of course we still have our differences, sometimes we fight, but we fight with words. And we settle our conflicts around the table, not in trenches.

An integral part of our European way of life is our values. The values of freedom, democracy and the rule of law. We Europeans can never accept – never – Polish workers being harassed, beaten up or, indeed, murdered on the streets of Essex.

(Loud applause)

We Europeans stand firmly against the death penalty, and we Europeans also believe in independent, effective justice systems. Effective justice systems support economic growth and defend fundamental rights. That is why the European Union promotes and defends the rule of law everywhere in Europe.

(Applause)

Being European means the right to have your personal data protected by strong, European laws – because Europeans do not like drones overhead recording their every move, or companies stockpiling their every mouse click. This is why Parliament, Council and Commission agreed in May this year a common European Data Protection Regulation. In Europe, privacy matters.

Being European also means a fair playing field. This means that workers should get the same pay for the same work in the same place. And this is why the Commission stands behind our proposal on the Posting of Workers Directive. The internal market is not a place in which workers can be exploited or subjected to lower social standards than others. Europe is not the Wild West: it is a social market economy without social dumping.

(Applause)

A fair playing field also means that consumers in Europe are protected against cartels and abuses by powerful companies, and that every company, no matter how big or small, has to pay its taxes where it makes its profits.

(Applause)

I promised you that my Commission would fight against tax evasion, and many of you did not believe me, but that is what we are doing. We are delivering. This Commission is delivering on the fight against tax evasion.

(Applause)

Being European also means standing up for our steel industry. We already have 37 anti-dumping and anti-subsidy measures in place to protect our steel industry from unfair competition. But we need to do more, as overproduction in some parts of the world is putting European producers out of business and the noble steelworkers out of work. This is why I was in China twice this year to address the issue of overcapacity. This is also why the Commission has proposed changing the „lesser duty rule". We call on all Member States and on this Parliament to support the Commission in strengthening our trade defence instruments. We should not be naïve free traders: we should be able to respond as forcefully to dumping as the United States of America is doing.

A strong part of the European way of life that I want to preserve is our agricultural sector. The Commission will always stand by our farmers, particularly when they are going through difficult times, as is the case today. Last year, the dairy sector was hit with a ban imposed by Russia. That is why the Commission mobilised EUR 1 billion in support of milk farmers to help them get back on their feet – because I will not accept that milk should be cheaper than water.

Being European, for most of us, also means the euro. During the global financial crisis, the euro stayed strong and protected us from even worse instability. The euro is a leading world currency, and it brings huge, often invisible, economic benefits. Euro area countries saved EUR 50 billion this year in interest payments, thanks to the European Central Bank's monetary policy: EUR 50 billion extra that governments can and should invest in the economy, EUR 50 billion that can be used for debt reduction. And, by the way, the Five Presidents' Report on the deepening of the euro area describes the ambition which the Commission is still sticking to.

I wish all this was recalled more often – everywhere in Europe where elected politicians take the floor. The European Union should not only preserve our European way of life but should also empower those living it. We need to work for a Europe that empowers our citizens and our economy. And today, both have gone digital. Digital technologies and digital communications are moving into every aspect of life: all they require is access to high-speed internet. We need to be connected. Our economy needs it. People need it. And we have to invest in that connectivity now. That is why today, the Commission is proposing a reform for our European telecommunications markets. We want to create a new legal framework that attracts and enables investments in connectivity.

Businesses should be able to plan their investments in Europe for the next 20 years, because if Europeans invest in new networks and services, that means at least 1.3 million new jobs over the next decade. And connectivity should benefit everyone: that is why the Commission is proposing a fully deployed 5G across the European Union by 2025. This has the potential to create a further two million jobs in the European Union.

Ensuring that everyone benefits from connectivity means that it should not matter where you live or how much you earn. So we propose today to equip every European village and every city with free wireless internet access around the main centres of public life by 2020.

As the world goes digital, we also have to empower our artists and creators and protect their works. Artists and creators are our crown jewels. The creation of content is not a hobby: it is a profession. I want journalists, publishers and authors to be paid fairly for their work, whether it is made in studios or in living rooms, whether it is disseminated offline or online, whether it is published via a copying machine or hyperlinked on the web. The overhaul of Europe's copyright rules we are proposing today achieves exactly that.

(Applause)

Empowering our European economy means investing not just in connectivity but also in job creation. The EUR 315 billion Investment Plan for Europe, which we agreed here, has already raised EUR 116 billion in investments in its first year of operation. More than 200 000 small firms and start-ups across Europe got loans thanks to the European Fund for Strategic Investments. And now we will take it further. Today, we propose to double the duration of the fund and to double its financial capacity. With your support, we will make sure that our European Investment Fund will provide a total of at least EUR 500 billion – half a trillion – of investment by 2020, and we will work beyond that to reach EUR 630 billion by 2022. Of course, with Member States contributing, we can get there even faster.

Alongside these efforts to attract private investment, we also need to create the right environment to invest in. European banks are in much better shape than two years ago thanks to our joint European efforts. Europe needs its banks, but an economy almost entirely dependent on bank credit is bad for financial stability. It is also bad for business, as we saw during the financial crisis. That is why it is now urgent that we accelerate our work on the Capital Markets Union. The Commission is putting a concrete roadmap for this on the table today.

A Capital Markets Union will make our financial system far more resilient. It will give companies easier and more diversified access to finance. Imagine you want to establish a start-up and your bank refuses you a loan. Right now, the options are very limited. The Capital Markets Union will offer alternative, vital sources of funding to help start-ups get started – business angels, venture capital, market financing, for example.

To just mention one example, our proposal on securitisation has been on the table of the co-legislators for almost a year now. It has the potential to free up to EUR 100 billion in additional finance for EU businesses, so let us, please, speed up its adoption.

Our Investment Plan has worked better than anyone expected inside Europe, and now we are going to take it global. Today we are launching an ambitious investment plan for Africa and the neighbourhood, which has the potential to raise EUR 44 billion in investments. It can go up to EUR 88 billion if Member States pitch in. This will complement our development aid and help address one of the root causes of migration. With economic growth in developing countries at its lowest level since 2003, this is crucial. The new plan will offer lifelines for those who would otherwise be pushed to take dangerous journeys in search of a better life. It has to be done.

(Applause)

As much as we invest in improving conditions abroad, we also need to invest in responding to humanitarian crises back home. And, more than anything, we need to invest in our young people. I cannot and will not accept that Europe is and remains the continent of youth unemployment. I cannot and will not accept that the millennials, Generation Y, might be the first generation in 70 years to be poorer than their parents. Of course, this is mainly a task of national governments (of which you are not a part, I know) but the European Union can support this effort and their efforts.

We are doing this with the EU Youth Guarantee that was launched three years ago. The Commission enhanced the effectiveness and speeded up delivery of the Youth Guarantee. More than nine million young people got a job, a traineeship or an apprenticeship because of the European Union, and we will continue to roll out the Youth Guarantee across Europe, mainly focusing on apprenticeships, improving the skillset of Europeans and reaching out to the regions and young people most in need.

The European Union can also contribute to helping create more opportunities for young people. There are many socially minded young people in Europe willing to make a meaningful contribution to society and help show solidarity. The word solidarity appears 16 times in the Treaties. Our European budget is living proof of financial solidarity.

The euro is an expression of solidarity and our development policy is a strong external sign of solidarity. And when it comes to managing the refugee crisis, we have started to see solidarity. I am convinced much more solidarity is needed, but I also know that solidarity must be voluntary. It must come from the heart. It cannot be forced. It cannot be imposed.

I am urging the Slovak Presidency to bridge the divergences and differences between those who are reluctant to integrate refugees in their societies and those who are convinced, as I am, that fair sharing in terms of allocation and resettlement is of the essence.

(Applause)

I am asking for strong and immediate action, both from Greece and the European Union, to protect what we call in French „*les enfants non-accompagnés*“. If we do not protect these children, the European Union is betraying its historic values.

(Applause)

In the same spirit, the Commission is proposing today to set up a European Solidarity Corps. Young people across the European Union will be able to volunteer their help where it is needed most, to respond to crisis situations like the refugee crisis or the recent earthquakes in Italy. I want this European Solidarity Corps up and running as soon as possible, and by 2020 I want to see the first 100 000 young Europeans taking part. By voluntarily joining the European Solidarity Corps, these young people will be able to develop their skills and get not only work but also invaluable human experience.

(Applause)

Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, Monsieur le Président du Conseil, une Europe qui protège est une Europe qui se défend, tant à l'intérieur qu'à l'extérieur de son territoire.

Nous devons nous défendre d'abord – et c'est une priorité absolue – contre le terrorisme. Depuis 2004, l'Europe a connu plus de trente attaques terroristes, dont quatorze au cours de l'année écoulée. Tout comme nous sommes restés solidaires dans le deuil, nous devons rester unis dans notre réponse collective. Face à ce que l'homme peut faire de pire, nous devons rester fidèles à nous-mêmes, à nos valeurs, à nos sociétés démocratiques plurielles ouvertes et tolérantes. Nous devons montrer aux terroristes qu'ils n'ont aucune chance lorsqu'ils essaient de s'attaquer à ces valeurs-là.

(Applaudissements)

Mais cette tolérance, qui doit être la nôtre, ne peut se faire au détriment de notre sécurité. C'est pourquoi la Commission, dès le premier jour, a donné la priorité à la sécurité. Nous avons érigé en infraction pénale le terrorisme et le retour des combattants étrangers dans toute l'Union européenne, nous avons pris des mesures rigoureuses contre l'utilisation des armes à feu et le financement du terrorisme, nous avons travaillé avec les entreprises de l'internet pour retirer du web les contenus de propagande terroriste et nous avons lutté contre la radicalisation dans les écoles et prisons en Europe.

Mais il y a encore du travail à faire. Nous devons savoir quels individus franchissent nos frontières. C'est pourquoi nous défendrons nos frontières avec l'aide de la nouvelle Agence européenne de gardes-frontières et de gardes-côtes. Frontex dispose déjà de plus de 600 agents postés en Grèce aux frontières avec la Turquie et de plus de 100 agents en Bulgarie. À présent, les institutions de l'Union et les États membres devraient collaborer très étroitement pour contribuer rapidement à la mise en place de la nouvelle agence. Je veux voir le déploiement, dès le mois d'octobre, d'au moins 200 gardes-frontières et 50 véhicules supplémentaires aux frontières extérieures de la Bulgarie.

Nous défendrons aussi nos frontières par un contrôle strict de ceux qui franchiront, suivant des modalités adoptées d'ici à la fin de l'année, nos frontières. Chaque fois qu'une personne entrera dans l'Union européenne ou quittera son territoire, il y aura un enregistrement de la date, du lieu et de la raison expliquant le mouvement et le déplacement. D'ici au mois de novembre, nous proposons un système européen d'informations de voyage, à savoir un système automatisé visant à déterminer qui sera autorisé à voyager à destination de l'Europe. De cette manière, nous saurons qui voyage vers l'Europe avant même que cette personne n'arrive en Europe.

La sécurité des frontières implique également de donner la priorité à l'échange d'informations et de renseignements. À cette fin, nous renforcerons Europol, notre agence d'appui aux services répressifs nationaux, en lui donnant un meilleur accès aux banques de données et en lui octroyant les mesures supplémentaires dont elle a besoin. Là encore, nous devons nous donner les moyens de nos ambitions.

Une Europe qui protège doit aussi défendre ses intérêts au-delà de nos frontières. Les faits sont très clairs: le monde devient plus grand chaque jour et l'Europe plus petite chaque jour, démographiquement et économiquement. Si nous voulons garder rang et influence dans le monde, il est évident que ce n'est qu'ensemble que nous sommes et que nous resterons incontournables. Pourtant, même si l'Europe est fière d'être une puissance douce, il faut dire que celle-ci ne suffit pas tant notre voisinage compliqué est de plus en plus dangereux. Regardez le conflit qui sévit en Syrie. Ses conséquences pour l'Europe sont immédiates. Mais où est l'Union? Où sont ses États membres dans les négociations en vue d'un règlement du conflit?

(Applaudissements)

Federica Mogherini, notre haute représentante et vice-présidente de la Commission, fait – ce n'est pas seulement mon avis – un travail des plus remarquables. Mais elle doit devenir une véritable ministre européenne des affaires extérieures, celle qui rassemblera…

(Applaudissements)

les forces de nos diplomaties nationales pour pouvoir peser dans les négociations internationales. C'est pourquoi j'appelle aujourd'hui à développer une stratégie européenne pour la Syrie. Federica devrait disposer d'un siège à la table des discussions sur l'avenir de la Syrie.

L'Europe, Mesdames et Messieurs, doit s'affirmer davantage. C'est particulièrement vrai pour notre politique de défense. L'Europe ne peut plus se permettre de dépendre de la seule puissance et des seules capacités militaires de pays individuels. Nous devons ensemble prendre en charge la protection de nos intérêts.

Au cours des dix dernières années, nous avons participé à plus de trente missions militaires et civiles de l'Union européenne. Mais, sans structure permanente, nous ne pouvons pas agir de manière efficace. Il faudra que nous nous dotions d'un quartier général unique au sein de l'Union européenne.

Nous devons également nous orienter vers des ressources militaires communes qui, dans certains cas, relèveront de l'Union en pleine complémentarité avec l'OTAN. Plus de défense européenne ne veut pas dire moins de défense et de solidarité transatlantique.

D'un point de vue strictement économique, la mise en commun de nos ressources militaires se justifierait clairement. Suivant les formes de coopération qui sont retenues, le manque de coopération en matière de défense coûte à l'Europe entre 20 et 100 milliards d'euros par an.

Ne faut-il pas faire quelque chose? Il faut prendre des mesures à cet égard. Pour garantir la solidité de la défense européenne, l'industrie européenne de la défense doit faire preuve d'innovation. C'est pourquoi nous proposerons, avant la fin de l'année, la création d'un Fonds européen de la défense pour stimuler activement la recherche et l'innovation.

Le traité de Lisbonne permet aux États membres qui le souhaitent de mettre en commun leur capacité de défense sous la forme d'une coopération structurée permanente. Je pense que l'heure est venue de faire usage de cette possibilité.

(Applaudissements)

Monsieur le Président, le dernier point que j'aborderai a trait à notre responsabilité collective. J'appelle toutes les institutions de l'Union européenne et chacun de nos États membres à assumer plus de responsabilités. Nous devons en finir avec cette vieille rengaine selon laquelle le succès est national et l'échec européen, sans quoi notre projet commun ne survivra pas.

L'Europe doit être mieux expliquée. J'ai demandé à chacun des commissaires de visiter au cours des prochaines semaines les parlements nationaux pour débattre de l'état de notre union.

Depuis le début de mon mandat, les commissaires se sont rendus plus de 350 fois dans les parlements nationaux. Et je veux qu'ils le fassent encore davantage maintenant, car l'Europe ne peut se construire que si elle est bien comprise, et donc mieux expliquée. Elle ne peut se construire qu'avec les États membres, jamais contre les États membres.

La Commission que j'ai l'honneur de présider se veut être une Commission politique, ce qui donne lieu à toutes sortes de fantasmes. Mais cela implique d'abord qu'elle soit une Commission qui est à l'écoute, à l'écoute des citoyens, à l'écoute du Parlement européen, à l'écoute des États membres. Nous sommes à l'écoute de nos concitoyens et nous voulons l'être plus intensément.

Je lis parfois que je suis prisonnier dans le palais du Berlaymont, que je ne parle pas à ceux que nous prétendons gouverner. Je veux dire à ceux qui croient que je suis un sourd-muet bien payé qui ne regarde et n'écoute pas les autres, qu'ils se trompent énormément.

Au cours d'une longue vie politique, j'ai parlé chaque jour, et je continue à le faire, aux citoyens, c'est notre obligation à tous.

(Applaudissements)

La Commission, comme je vous l'avais annoncé, a retiré cent propositions au cours des deux premières années de son mandat, a diminué de 80 % le nombre d'initiatives présentées par rapport aux cinq années précédentes et a lancé un réexamen en profondeur de l'ensemble de la législation en vigueur. Parce que ce n'est qu'en nous concentrant sur les domaines dans lesquels l'Europe peut apporter une véritable valeur ajoutée que nous serons capables de faire de l'Europe un espace où subsidiarité et solidarité forment une intersection vertueuse.

Être politique, pour la Commission, signifie aussi corriger les erreurs, disons, technocratiques dès qu'elles se produisent. La Commission, le Parlement et le Conseil ont décidé conjointement de supprimer les frais d'itinérance pour les téléphones mobiles. C'est une promesse que nous tiendrons, c'est pourquoi j'ai retiré un projet rédigé cet été par nos services concernant les frais d'itinérance.

(Applaudissements)

Ce projet évidemment partait d'une bonne intention, il était correct sur le plan technique, mais il ne correspondait pas aux promesses qui avaient été faites et dès la semaine prochaine, vous verrez un nouveau projet bien meilleur. Lorsque vous voyagez en Europe, avec votre téléphone mobile, vous devez vous sentir chez vous partout en Europe.

(Applaudissements)

Enfin, prendre nos responsabilités entraîne l'obligation de répondre de nos actes devant les électeurs. C'est pourquoi je vais proposer de changer la règle, à mes yeux absurde, qui veut que les commissaires qui se présentent aux élections européennes doivent renoncer à leur fonction.

Les premiers ministres et les ministres dans nos États membres ne quittent pas leur poste lorsqu'ils se présentent aux élections, les commissaires ne devraient pas devoir le faire. Si nous voulons une Commission responsable et proche des citoyens, nous devons encourager les commissaires à prendre rendez-vous avec la démocratie, à prendre rendez-vous avec le suffrage universel.

(Applaudissements)

Monsieur le Président, je suis aussi jeune que le projet européen, qui fêtera ses 60 ans l'année prochaine en mars 2017 — à vrai dire un peu plus âgé. Je l'ai vécu, ce projet. Je me suis consacré, toute ma vie, par conviction et sans hésitation. Mon père travaillait en Europe, car il croyait à la stabilité continentale, aux droits des travailleurs et au progrès social. Il avait compris à quel point la paix en Europe était précieuse et fragile, lui qui a dû faire la guerre contre sa volonté et contre la volonté de son pays.

Je crois en l'Europe parce que mon père m'a inculqué ses valeurs. Mais que transmettons-nous à nos enfants en ce moment? Qu'allons-nous leur laisser en héritage? Une Union qui s'effiloche dans la désunion? Une Union qui a oublié son passé et qui n'a aucune vision pour l'avenir?

Nos enfants, Mesdames et Messieurs, méritent mieux. Ils méritent une Europe qui préserve leur mode de vie, qui les défend et qui les protège. Il est temps que nous, les citoyens, les institutions, les gouvernements, prenions tous la responsabilité de construire cette Europe et de la construire ensemble.

Je sais qu'il y a débat, lorsqu'il s'agit de l'avenir de l'Europe, entre les optimistes, quelquefois béats, et les pessimistes qui doutent de tout et de son contraire au sujet de l'Europe.

L'Europe a une mission chez elle et une mission dans le monde. Mais, entre le pessimisme, qui ne voit que défauts et déclin, et l'optimisme, qui voit tout en rose, il y a la volonté, la volonté de ceux qui ne désarment pas, qui ne pleurent pas sur leur propre sort, mais qui ont à l'esprit le sort de ceux qui viennent après nous. J'appelle à cette volonté-là, qui a été la volonté de ceux qui nous ont précédés. J'appelle à notre volonté de dépasser les différences et les clivages. L'histoire ne retiendra pas notre nom, mais nous serons jugés sur la force de notre volonté et sur la force de nos convictions. Les deux doivent être intégrales.

L'histoire ne se souviendra pas de nous, mais elle se souviendra de nos erreurs. Ne nous rendons pas coupables d'erreurs qui mettraient fin au rêve européen.

(L'Assemblée, debout, applaudit l'orateur)

Manfred Weber, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, during the Brexit debate I spoke about the young generation in Great Britain and how they wanted to belong to Europe. Again today I want to speak about the young generation. They had a great summer, I have to say, as over a quarter of a million youngsters demonstrated their love of Europe this summer when they took trains with Interrail. They did not fuel mistrust; they made friends with other European youths instead.

Journalists from the German weekly *Der Spiegel* interviewed some of these young people. One of them was a young Brit named Jamie. He said: 'yes we voted to remain and it feels terrible to be out'. For Europe's youth, Europe is the hope for a better future. A young Italian named Matteo was asked: 'which European nationality can you not stand? Which country should not be part of the European Union?'. Listen to his answer, which was: 'none of course, what a stupid question'.

This is the atmosphere amongst the young generation in the European Union. They want to shape a common future and this is precisely the message of Jean-Claude Junker today in his speech and the message for all of us. I thank Jean-Claude Juncker for today's speech and I thank his whole Commission for their perfect work for Europe.

(Applause)

Worauf kommt es jetzt in den nächsten zwölf Monaten an? Die Menschen in Europa wollen kein gespaltenes Europa. Sie wollen schlicht, dass wir uns um die Sorgen kümmern, Lösungen erarbeiten, uns auf das konzentrieren, was Europa besser kann, und uns nicht überall einmischen. Der *European way of life* – so wie Jean-Claude Juncker das sagte – steht zur Debatte. Für uns ist die Verteidigung des *European way of life* verbunden mit Sicherheit. Deswegen: Ja zu einem gemeinsamen wirksamen Datenaustausch, einem europäischen Einreise—/Ausreisesystem und einer Grenzsicherung, die uns auch beschützt.

Der *European way of life* steht für uns als EVP für Werte. Wir wollen die Identität Europas, die Wurzeln im Christentum, im Judentum und der Aufklärung bewahren; wir wollen, dass Europa so bleibt, wie es ist.

Der *European way of life* steht für uns für Solidarität – dafür, dass die Reichen den Armen helfen und dass wir in der Flüchtlingsfrage Griechenland und Italien nicht allein lassen.

Der *European way of life* steht für ökonomische Stärke: Ja zum Juncker-Plan, zu Investitionsanreizen und Ja zu viel mehr Investitionen in Innovation und Forschung.

Der *European way of life* steht für die soziale Marktwirtschaft – endlich faire Steuern für alle Firmen. Und deswegen auch von meiner Fraktion ein ausdrückliches Dankeschön an Jean-Claude Juncker und die zuständige Kommissarin dafür, dass wir jetzt auch die Internetkonzerne, die schwerreichen Internetkonzerne, zu einem fairen Anteil bei den Steuern heranziehen. Danke dafür!

Der *European way of life* steht für Wachstum. Nur wenn wir gute Exportchancen haben, nur wenn wir exportieren, können wir der jungen Generation im Süden des Kontinents Arbeit verschaffen. Und deswegen sagt meine Fraktion aus voller Überzeugung Ja zu CETA und wird das auch deutlich machen.

Der *European way of life* steht für Nachhaltigkeit. Schulden und die Zinsen müssen von unseren Kindern bezahlt werden. Das ist nicht fair! Wir müssen deshalb aufhören, immer neue Schulden zu machen.

Der *European way of life* steht für Ehrlichkeit. Die Türkei ist ein wichtiger Partner. Wir wollen die Freundschaft mit der Türkei, aber aus unserer Sicht kann eine Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union nicht funktionieren.

Und der *European way of life* steht für Kreativität. Und deswegen danke für die Copyright-Vorschläge. Jeder, der kreativ ist, ist die Basis des Wohlstands in dieser Europäischen Union. Und deswegen müssen wir Kreativität auch im digitalen Zeitalter schützen.

Vielleicht erlauben Sie mir am Schluss dieser Aufzählung des *European way of life* und dessen, was uns als EVP-Fraktion dabei wichtig ist, noch einen konkreten Vorschlag, weil ich Interrail zitiert habe: Wie wäre es denn, wenn wir zukünftig jedem europäischen Jugendlichen, der 18 Jahre wird, von der Europäischen Union aus ein Interrail-Ticket schenken, damit er dieses Europa im Alltag für drei Wochen erleben darf?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist das, was wir für die nächsten zwölf Monate vorhaben. Jetzt steht uns aber in dieser Woche noch eine zweite Debatte bevor, nämlich die Diskussion im Europäischen Rat in Bratislava. Ich möchte auch da einen Appell unterstreichen, und zwar die Bitte: Hört auf zu streiten! Schluss mit billigem Populismus! Übernehmt endlich Verantwortung für das, was ihr für Europa zu leisten habt!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ein konkretes Beispiel herausgreifen: In dieser Legislaturperiode hat der Ministerrat 148 legislative Abstimmungen durchgeführt – Frankreich hat sich einmal enthalten und sonst immer zugestimmt, Tschechien und Polen – Polen, PiS-Regierung – haben sich nur ein einziges Mal gegen einen Ministerratsbeschluss gewandt und sonst immer zugestimmt, und Italien hat immer zugestimmt, sich nie enthalten und nie dagegen gestimmt. Und deswegen ist meine wichtigste Bitte an den Europäischen Rat: Übernehmt endlich Verantwortung, erklärt den Bürgern, was ihr in Brüssel entscheidet, und hört auf mit diesem billigen Populismus gegen Brüssel!

(Beifall)

Politiker müssen brennen! Politiker müssen von dem überzeugt sein, was ihnen wichtig ist, auch wenn Widerstand kommt. Und wissen Sie, wo wir diese Begeisterung, dieses Brennen lernen können? Wir können es bei den jungen Menschen auf diesem Kontinent lernen. Die jungen Europäer, die Interrail-Generation – wenn ich sie so nennen darf –, die wissen um den Wert dieses gemeinsamen Europas, und die sagen: Lasst uns für dieses Europa kämpfen, jeden Tag! Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir gemeinsam machen!

(Beifall)

Gianni Pittella, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il Presidente Juncker ci ha fatto un discorso di alto profilo, serio, responsabile, consapevole. Ha parlato chiaro sul dopo-Brexit, ha rilanciato il piano di investimenti, ha detto parole chiare di apertura sulla flessibilità, non ha mai pronunciato la parola austerità – e lo ringrazio – ha detto cose chiare sulla lotta all'evasione fiscale, ha proposto un programma credibile per i prossimi 12 mesi, che saranno cruciali per i nostri cittadini.

Noi la sosterremo lealmente e il nostro sostegno sarà condizionato dalla capacità di mettere in pratica gli impegni, di essere – come lei ha detto – costruttori. Trovo nel suo discorso, finalmente, una capacità di reazione. Dopo la Brexit abbiamo sentito tante dichiarazioni altisonanti, leader che dicevano «siamo sull'orlo del baratro», «ora sta finendo l'Europa» «o la salviamo ora o mai più» e poi nulla. Ci sono leader che sembrano sonnambuli nel cuore della notte, e poi c'è Theresa May, che di fronte ad un risultato chiaro, benché triste per noi, del referendum, a tre mesi di distanza continua a tenere in scacco l'Unione – se non fosse così tragico, sarebbe ridicolo!

Questa Commissione ha mantenuto un profilo di politica economica che a noi Socialisti piace, che invece fa ancora venire l'orticaria – prendetevi qualche antistaminico – agli ultimi ultras dell'austerità: il ministro Schäuble e i suoi amici. Lo dico ancora una volta, caro Weber, su questa linea del rigorismo cieco, noi non ci staremo mai. Noi siamo una forza progressista, alternativa ai conservatori.

Ma sappiamo che questi sono tempi straordinari, dobbiamo collaborare, vogliamo collaborare con tutte le forze europeiste in questo Parlamento e lavorare su priorità politiche serie anche per sconfiggere il nazionalismo ammantato dalla cosiddetta democrazia patriottica. Jean-Claude Juncker ha dato delle risposte positive alle nostre priorità, a molte delle nostre priorità. Le voglio ribadire: innanzitutto crescita sostenibile, lavoro, moralizzazione della democrazia europea, solidarietà – quattro parole chiave per i nostri valori, coerenti con i nostri valori, con i nostri principi socialisti: crescita sostenibile – bene il programma di investimento, dobbiamo orientarlo verso investimenti più rischiosi e verso la sostenibilità – completamento della *Banking Union*; capacità fiscale; triplicazione del Fondo di adeguamento alla globalizzazione; flessibilità e avvio di una discussione sul Patto di stabilità senza riserve, anche sul *Fiscal Compact*; mantenimento della politica di coesione, perché la politica di coesione è una pietra miliare delle politiche europee, non possiamo smantellarla assolutamente. Dobbiamo avere un quadro finanziario adeguato alle sfide: no alla riduzione dei Fondi strutturali a Spagna e Portogallo.

L'Europa non deve essere il giudice arcigno che punisce, che sanziona. L'Europa deve capire, sostenere e unire, deve essere amica dei cittadini, difesa del benessere del pianeta – ce lo ha ricordato questo grande, immenso leader che si chiama Jacques Delors. Serve una battaglia per la moralizzazione della vita economica, la lotta alle frodi fiscali, noi attendiamo la direttiva . Lei ha detto «le tasse si devono pagare dove si fanno i profitti», non è possibile che il panettiere di Strasburgo paghi più tasse della multinazionale americana!

Vogliamo la lista nera dei paradisi fiscali, le norme sui *whistleblower,* un codice di condotta più rigoroso sui Commissari o sui Presidenti della Commissione europea, e poi l'agenda sociale – grazie per la *Posting of Workers* . Vogliamo una *Child Guarantee* oltre alla *Youth Guarantee*. Vogliamo che il dumping venga combattuto, e dico ai miei amici Popolari: seguite le cose che ha detto il presidente Juncker sul dumping sociale, perché esiste un dumping sociale nell'Unione europea. Lottiamo insieme contro questa iniquità sociale! E poi anche la direttiva sui lavori precari e l'assicurazione europea contro la disoccupazione.

Concludo con l'immigrazione e la politica estera: Federica Mogherini ha meritato sul campo di essere il vero ministro degli Esteri dell'Unione europea. Bene le politiche comuni sulla difesa, bene andare avanti sul *Migration Compact* con l'Africa – ottima, rivoluzionaria questa scelta, Presidente Juncker! – e poi bene su migranti non accompagnati e corridoi umanitari, cooperazione dei servizi d'intelligence, Schengen per Bulgaria, Romania e Croazia.

Caro Presidente, questa Commissione ha l'intelligenza, l'autorevolezza e il prestigio di guidare una fase nuova. Noi abbiamo un pericolo invisibile, quasi impalpabile: questo pericolo si chiama paura. Ma un mondo forgiato sulla paura è un mondo peggiore di quello che viviamo. Non è giusto farlo vivere ai nostri figli e a noi stessi e a coloro che verranno e per vincere la paura occorre intelligenza politica, determinazione e un grande cuore europeo.

(Vivaci applausi a sinistra)

Syed Kamall, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, in June this year the British people voted to leave the EU.

(Applause from some quarters)

But the voices of discontent reach far beyond the English Channel. In many other EU countries the warning signals are there and, if they continue to be ignored, do not be surprised if others ask to follow. The ECR Group that I lead has MEPs from 18 Member States, who want an EU that works better for their voters and for their countries. Our fear is that 'project Europe' has been set to cruise control and its drivers are unwilling to apply the brakes, whilst they ignore the warning signals.

Today was billed as a relaunch, but sadly it is fundamentally the same mantra we have heard year after year: more military integration, more requests for money from Member States, more debt for tomorrow's children to keep today's socialists happy. More, more, more. But the more Europe you build, the more detached our citizens feel. The more you propagate EU supranationalism, the more nationalism has arisen in our Member States. The more you condemn or ignore scepticism, the more likely the prospect of a President Le Pen or a Prime Minister Wilders. I know that scares most of us, but dismissing people's legitimate concerns will simply drive voters into their arms.

This debate does not have to be about left versus right or about Eurosceptics versus integrationists. This debate should be about delivering security, delivering jobs and delivering opportunities for our constituents. The ECR Group believes that we can have greater cooperation where it counts without greater centralisation. We believe the EU can do less, but do it better. The next EU Treaty needs to strip back and simplify what the EU does – an EU which gives the flexibility of a network, rather than rigidity of a bloc, because diversity is one of the European Union's greatest strengths. Yet diversity and mutual recognition are being challenged by the mantra of harmonisation, a common eurozone budget, EU-wide unemployment insurance and tax harmonisation. Diversity should also mean treating all countries equally, but today some countries are being treated as a more equal than others. We see France getting away with flouting EU budget rules, and I quote, 'because it's France'. We see Mrs Merkel's Germany breaking every immigration rule in the book. We see old Europe getting away with it, while countries in Central and Eastern Europe are actively targeted by the Commission. So, instead of more rules that are broken, how about fewer rules; rules that everyone signs up to in good faith?

We also need democracy and openness to be reinvigorated within this Chamber and within our institutions. We need to see an end to the so-called grand coalition where decisions are taken by only five men from only four countries in only two political groups. So let me remind these five gentlemen that the European Parliament has 751 MEPs from eight political groups, and it is time you started to respect every one of them.

My group, and the people who elected them in 18 countries, want the EU to respond to the warning signals, to go in a new direction and to deliver meaningful reform. Reform that does not think that the EU has all the answers. Reform which unleashes the spirit of enterprise which once made Europe great. And reform that helps us compete and provide opportunities for our citizens in a globalised world.

(Applause)

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, if I have fully understood, according to the last speech, the source of nationalism and populism is here. We are the source of nationalism and populism. If you defend Europe and if you defend a European vision, if you defend the European civilisation, then you are accused today of being the source of nationalism and protectionism. It is ridiculous, dear friends, to hear that. It is ridiculous, on the one hand, but it is a huge problem that we face because on one point Mr Kamall is right: the rise of nationalists and populists is a reality because a large part of our population no longer sees Europe as a solution.

It is true what Mr Weber said. Young people are in favour of Europe and, on the other hand, you have many large parts of the population who no longer see Europe as the solution. That is the real crisis in Europe for the moment, this split between generations, you could say, between young people believing in a European future and others who have huge problems with it. Why do they have problems with it? Let us face it together, not the young generation, but the other parts. I think it is important to do that at the time of the State of the Union.

I think that people have the impression that their lives are no longer controlled by the politicians that they have elected, neither on a national level, nor on the European level. What they see is terrorism, tax evasion, international crime, migration flows and so on. They have the feeling that they are not protected against such things. On the contrary, they see forces like competition, the free market and free trade as a source of unfairness and inequality rather than what I believe, which is that competition, free trade and so on are a source of new opportunities and of progress for the future. And that is the problem for the moment on the European continent.

It is in such an environment that you have a split between generations and people who have lost control over their lives and do not believe that we politicians are capable of controlling their lives and helping them in their fears. It is in such an environment that you see the rise of nationalism and populism, not only in Europe, let us face it. Mr Trump in the US is another example. Here we have our own nationalists and populists from Madame Le Pen to Mélenchon – I do not see the difference – from time to time and they all preach one thing: a false sense of security. They believe that, with walls and fences, we can solve the problem and that we can keep problems outside our territories. With walls and fences they solve every problem. The migration problem is solved with that and climate change is solved with that. They solve every problem with walls and fences and I think that is wrong.

How can you keep climate change outside your borders? With fences, with walls? How can you keep terrorists outside your borders? With national walls and fences, or with a European policy instead? How do you deal, for example, with tax evasion and with offshoring? You can only do that with supranational policies and supranational instruments in the future.

(Applause)

I believe that it is true that the discontent, the fear and the anger of our citizens is caused by this fracture, a fracture that means that on the one hand we have the globalisation of our world and, on the other hand, democratic policies which are still only being developed on a national or local level. It is in my opinion this imbalance that was also the basis for the financial crisis in 2008 because the markets were global and our policies were not. It is also there that you can find weakness in a Europe faced with Putin and faced with autocrats like Erdogan and so on. I think, if you really want to give a positive response to the fears of our citizens and to regain control over their lives, we need European solutions and European capacities as soon as possible.

That does not mean abolishing national democracies. It means complementing them and that means at the same time, in my opinion – you could say it in one word – that Europe is not the source but is the counterweight for wild and uncontrolled globalisation. At the same time, Europe is also the cure against the cancer of nationalism that we have today in Europe.

That is in my opinion the right analysis to make and I think that you have responded to that with a list of concrete proposals. I see three essential proposals there. First of all, this European defence union, finally. This is the third attempt, Mr Juncker. The first time, in 1954, was refused by the French National Assembly – let us not talk about that, it is good that France is now coming back after their mistake of 1954. We had a new attempt in 2003 — you remember that – and we also failed. Now I am very pleased with the proposals, already backed by the Hungarian and the Polish Governments. So let us do it because – let us be honest with each other – the Americans will not take responsibility in our neighbourhood for much longer. We will do it ourselves or it will not be done in our neighbourhood. Certainly, if Trump is elected, I do not have any illusions about this unwillingness on their side to do anything.

Secondly, a good real governance for the euro and the economy. Let us be honest, we cannot continue – Gianni and Manfred – as we are doing now. You say that we have to apply the Stability and Growth Pact and then Gianni stands up saying that we should not apply it. That is the reality today. France has a stability pact but says that it is no problem as they do not apply it. Germany, on the other hand, says that it still has a stability pact, even though it does not apply it.

That is the reality of today. We have to change it and I encourage you, Mr Juncker, to push forward the Five Presidents' report with the Treasury, with the Minister of Finance, with the fiscal capacity in the eurozone, and with the convergence call as soon as possible because this little game with the Stability Pact cannot go on anymore. We will lose any credibility towards the outside world.

My last point is a common migration and asylum policy without delay. Do we have the possibility to create this, to make this an achievement? Have we the courage to do it? I think the environment is there because, let us look to Brexit. Brexit is not a liability. I see it more as an opportunity. Why do I see it as an opportunity? Because the British Government wants to make a success of Brexit and that is fair enough. That is their duty.

But we also have our duty and our responsibility is to make Brexit a success for Europe and for all the citizens of Europe. It is possible to end the dramatic complexity of our institution so for me – and I want to conclude with this – Brexit is not a matter of punishment, it is not matter of revenge – I have never done politics like that. In my opinion, it is a question of the sound relationship between Britain and Europe and, moreover, it is about how we want Europe, our own European Union, in the future. That is at stake.

So my message today is very clear and I will stop there. Let us, on both sides of the Channel, stop our collective depression and let us stop the politics of division and seize this opportunity not to kill Europe, as some of you want, but to reinvent Europe.

(Loud applause)

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Gerard Batten (EFDD), *blue-card question*. – Mr Verhofstadt, congratulations on your new appointment to manage, on behalf of Parliament, the negotiations with Britain regarding Brexit. I always enjoy listening to you because you are always logical, you are always consistent about what you believe in and you described how Europe should forge ahead with all of the things that we were told during the referendum campaign were not going to happen anyway. You know they are, we know they are and that is what you believe in. Would you agree with me that Britain should leave the European Union as quickly as possible, that Article 50 is just a very long drawn out, unnecessary process, and we should go speedily so that you can get on with what you want to do and we can get on with what we want to do? I will assist you in any way I can to make that possible. I have written a little book on how it can be done quickly, and I will give you a copy after the session. Do you agree?

(Applause)

Guy Verhofstadt (ALDE), *blue-card answer*. – First of all, I would like to thank the Honourable Member for his positive assessment of my appointment; that is the first time there has been a positive assessment from that side of the House. My answer to your question is yes.

Richard Sulík (ECR). – Herr Präsident Schulz, ich wollte Sie fragen, wie Sie es mit der Zeit halten. Ich habe es oft erlebt: Wegen fünf oder zehn Sekunden haben Sie schon geklingelt, auch in meinem Fall. Es waren mehrere Minuten. Ich kann das schon verstehen, aber ich würde es doch sehr begrüßen, wenn Sie gleiche Maßstäbe hätten.

Der Präsident. – Herr Sulík! Ich weiß nicht, wie oft Sie im Plenum sind, wenn ich die Sitzung leite. Ich werde meistens dafür kritisiert, dass ich die Zeit eben nicht einhalte, sondern ganz im Gegenteil. Auch bei Ihnen bin ich selbstverständlich großzügig, weil ich der festen Überzeugung bin, dass bei einer solchen Aussprache Fraktionsvorsitzende, die für mehr als 200 Abgeordnete, wie z. B. Herr Weber, oder für 190, wie Herr Pittella, oder für an die 80, wie Herr Verhofstadt, sprechen, sicher auch mal ein paar Sekunden Redezeit mehr brauchen, wenn hier eine Debatte geführt werden soll. Das gilt für alle Fraktionschefs und —chefinnen, da bin ich bei solchen Debatten großzügig, wie Frau Harms und Frau Zimmer zum Beispiel in umfassender Form immer wieder erfahren dürfen.

Gabriele Zimmer, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Vielen, vielen Dank, Herr Präsident, und auch dafür, dass Sie angekündigt haben, heute ein Auge zudrücken zu wollen.

Wir müssen uns entscheiden. Geht es darum, dass wir den Status quo beibehalten und die Missstände, die Fehlkonstruktionen in der EU verwalten, um damit dann letztendlich zu scheitern, oder dass wir eine neue demokratische und soziale EU wagen? Das ist eigentlich die Frage, die wir uns stellen müssen. Aus unserer Sicht muss das europäische Haus grundlegend saniert werden und nicht lediglich herabbröckelnder Putz ausgebessert werden. Das europäische Haus muss wieder bewohnbar werden.

Es muss für die Bürgerinnen und Bürger bewohnbar werden mit bezahlbaren Wohnungen, mit sicheren Jobs, mit nachhaltiger Entwicklung, mit sicherer Umwelt – all das gehört zusammen. Mit Zukunftsperspektiven für die junge Generation, aber auch mit klaren Ansagen gegen steigende Altersarmut oder eben Obdachlosigkeit. Dagegen tun wir zu wenig.

Wir glauben es nicht mehr, wenn hier im Parlament oder woanders ein Feuerwerk an Versprechungen abgegeben wird, weil bisher niemand klar gesagt hat, dass das bisherige Konzept der Europäischen Union, nämlich auf die globale Wettbewerbsfähigkeit zu setzen, letztendlich immer zu Lasten der Bürger und Bürgerinnen geht, die die Schuldenlast zu tragen haben, die die Belastung in ihren nationalen Haushalten zu tragen haben, die Kürzungen der nationalen Haushalte zu ertragen haben, die Privatisierungen im öffentlichen Dienst, öffentlichen Eigentums zu ertragen haben.

Genau das ist aber der Punkt. Wenn wir das nicht ändern, wenn wir diese Perspektive innerhalb der Europäischen Union nicht ändern, dann drehen wir uns im Kreis, dann beißt sich die Katze in den Schwanz, weil wir nicht von mehr sozialer Sicherheit, von guten Jobs reden können, wenn wir auf der anderen Seite weiter von Flexibilität und ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen reden.

Wie wollen Sie die Jugendarbeitslosigkeit wirklich verändern? Was soll vorgelegt werden? Letztendlich muss man sagen: Wenn die Frage hier gestellt wird, warum wir es mit einem wachsenden Nationalismus, mit einem wachsenden Rückzug in nationale Verantwortung von Mitgliedstaaten zu tun haben, dann liegt hier eine Ursache. Bloß, dass die Regierungen von sich aus auch noch dazu beitragen, den roten Teppich auszurollen und diesen nationalen Rückzug auch noch zu propagieren und damit letztendlich das europäische Haus endgültig zu minimieren, es den Rechtspopulisten, den Rechtsnationalisten zu überlassen, die das Fundament der Europäischen Union lieber durch einen Flickenteppich ersetzen wollen. Das wird nicht funktionieren. Das ist aus meiner Sicht eine der größten Gefahren, vor der wir stehen, und ich habe zu wenig gehört, was wir dem entgegensetzen wollen.

Für mich gibt es nur zwei Antworten: einmal, die Union demokratisch gestalten, wirklich demokratisieren. Da reicht Ihr Vorschlag, dass Kommissionsmitglieder künftig an Wahlen teilnehmen sollen, einfach nicht aus. Das ist *nothing* im Vergleich zu dem, was wir wirklich brauchen. Schauen Sie sich Ihre Verantwortung als Kommission an, mit Blick auf die europäischen Bürgerinitiativen! Das reicht überhaupt nicht aus. Keiner Ihrer Initiativen und Vorschläge, die Sie gebracht haben, haben Sie praktisch ein demokratisches Fundament untergelegt. Sie haben gar nicht gesagt, wie Sie das mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam gestalten wollen. Wir müssen doch letztendlich feststellen, dass die Fragen, die wir hier heute an Sie richten, doch eigentlich mehr an den Rat zu stellen sind. Wir müssen doch feststellen, dass selbst Ihr Vorgänger, Herr Barroso, massiv dazu beigetragen hat, dass die Fragestellung, wer die Europäische Union heute regiert, doch von vielen Bürgerinnen und Bürgern so beantwortet wird, dass sie sagen: Es sind die Lobbyisten, es sind nicht die demokratisch gewählten VertreterInnen.

Ein solches Agieren schadet auch Ihrer heutigen Kommission. Da reicht es nicht aus, Herrn Barroso jetzt als Lobbyisten zu qualifizieren. Ich glaube, hier geht es wirklich um mehr. Tun Sie bitte etwas dafür! Verstehen Sie, dass die Bürger und Bürgerinnen beteiligt werden wollen, dass sie einbezogen werden wollen, dass sie nicht mehr nur Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg haben wollen!

Viele der Antworten sind heute als Aufrufe gestartet worden. Ich habe den Begriff „Aufruf“ heute mindestens fünf oder sechs Mal in Ihrer Rede gehört. Wen rufen Sie auf? Wir müssen etwas tun. Sie müssen als Kommission etwas tun, und der Rat muss etwas tun. Wird jetzt alles besser, weil der Brexit in einem Referendum entschieden worden ist? Ist der Störenfried Großbritannien weg, und können jetzt Dinge gemacht werden, die vorher nicht machbar waren? Dann hätten Sie aber auch heute sagen können: Wir diskutieren über eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung, wir diskutieren über gemeinsame europäische Mindestlöhne, gemeinsame europäische Mindesteinkommen. Das sind die Fragen, denen Sie sich zu stellen haben. Hier erwarten wir mehr, hier erwarten wir konkrete Dinge; dann sind wir auch bereit, uns in diese Diskussion weiter mit einzumischen.

(Zwischenbemerkung des Präsidenten)

Eine Bemerkung nur noch an Herrn Verhofstadt.

(Zwischenbemerkung des Präsidenten)

(Die Abgeordnete spricht ohne Mikrofon.)

Bitte hören Sie auf, Linke in eine Reihe mit jenen zu stellen, die angeblich für den Aufbau von Zäunen und für Kriege wären. Da gehört niemand von den Linken hin.

Rebecca Harms, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union! Für meine Fraktion – was auch immer zurzeit diskutiert wird – ist die Europäische Union mit ihren Errungenschaften und mit ihren Schwächen, die wir immer besser kennenlernen, die Antwort auf Nationalismus. Und weil wir in der Europäischen Union in 60 Jahren gelernt haben, dass wir unsere Interessen gemeinsam besser wahrnehmen können, und dass wir unsere Werte gemeinsam besser verteidigen können, ist eben diese Europäische Union für uns auch die Antwort in den – zugegeben – verunsichernden Zeiten der Globalisierung.

Ich weiß, warum die Sehnsucht bei Frau Mogherini und anderen nach mehr Kompetenzen in Brüssel groß ist. Aber alles hat seine Zeit. Ich bin davon überzeugt, dass wir nicht zuerst institutionelle Veränderungen diskutieren müssen, sondern dass wir heute Vertrauen in die Europäische Union und unsere Politik zurückgewinnen müssen durch ganz konkretes Handeln. Vertrauen müssen wir gewinnen – nicht nur in die Europäische Union, sondern in die europäische, die offene, die plurale, die liberale Gesellschaft, denn genau das steht durch viele Entwicklungen der letzten Jahre ganz grundsätzlich unter Druck.

Wo wollen die Grünen, wo wollen wir Handlungen sehen, damit Bürger Vertrauen haben können – neues Vertrauen haben können – in den gemeinsamen europäischen Weg? Wir haben im letzten Jahr gesehen – weil sich ein kleiner Teil der Menschen, die weltweit auf der Flucht sind, zu uns durchgeschlagen haben –, was das eigentlich ist, dieses globale Problem „Flucht“, obwohl es nur in homöopathischen Dosen bis zu uns durchgedrungen ist. Seither streiten wir in der Europäischen Union. Die Polarisierung der EU, der Politik der EU, wird bei diesem Thema stärker. Ich möchte an dieser Stelle sagen, dass ich mit meiner Fraktion weiter davon überzeugt bin, dass die EU-Staaten ihren internationalen Pflichten, Flüchtlinge aufzunehmen, besser gerecht werden können und auch müssen. Aber der Blick nach Afrika oder auch nach Syrien – und wenn ich beten würde, würde ich beten, dass der Waffenstillstand hält –, der Blick über unsere Grenzen nach Süden zeigt uns doch, dass wir auch außerhalb der Europäischen Union viel mehr tun und zuverlässiger handeln müssen.

Wenn das Fazit des letzten Jahres wieder nur Verdrängung heißt, wenn es wieder kein besseres Konzept für Politik für Afrika gibt, wenn wir kein funktionierendes Asyl- und erst recht kein Einwanderungsrecht bekommen, dann werden die Probleme, die wir im letzten Jahr kennengelernt haben, in absehbarer Zeit zurückkehren, und ich fürchte, dann mit größerer Wucht.

Über Solidarität in der EU ist heute viel gesagt worden. Und ich glaube, dass solidarische Antworten auf das Unglück der anderen, wie wir sie seit dem letzten Jahr vermehrt suchen, schwerer sind, wenn die Europäische Union nach innen nicht solidarisch ist. Das Wohlstandsgefälle in der EU, ein extremes Stadt-Land-Gefälle, das Gefühl, dass man Banken rettet, aber unsere Schulen und Krankenhäuser in weiten Teilen der EU einfach verkommen, dass unsere Grenzen nicht funktionieren, Terror – es gibt so viele Quellen für Verunsicherung, mit denen wir uns beschäftigen müssen. Ich sage das jetzt mal in Richtung Bratislava und Gipfel: Das können wir nicht alleine schaffen; wir dürfen uns mit unseren Antworten auch nicht vormachen, dass das ohne das Mittun der Regierungen in den Mitgliedstaaten funktioniert.

Der Investitionsplan, Herr Juncker, den Sie angesprochen haben, ist gut, aber er ist zu knapp. Und sich für Jugendarbeitslosigkeit zu interessieren, aber dann Interrail-Antworten zu geben – so kann es, Herr Kollege Weber, wirklich nicht gehen, so gut ich Interrail finde. Steuergerechtigkeit zu schaffen und die Schwierigkeiten des Stabilitätspakts anzugucken im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit – darum muss es gehen!

Ich denke, dass wir mit einem der großen grünen Zukunftsprojekte, der Klima-Union – unter der Voraussetzung, dass wir nicht nur schnell Paris ratifizieren, sondern Ernst machen mit der Transformation und auf Effizienz und auf Erneuerbare setzen – in vielen Ländern eine wirtschaftliche Dynamik in Gang setzen können, die allen nutzen wird. Aber es muss eben auch mal konsequent gedacht werden.

Als Grüne sind wir immer bereit, die großen Errungenschaften der Europäischen Union im Verbraucherschutz, im Umweltschutz, im Naturschutz, selbst inzwischen beim Datenschutz zu verteidigen. Was wir erwarten – und Herr Juncker, das, glaube ich, müssen Sie mit Ihrer Kommission wirklich sehr ernst nehmen; wenn Sie diese Errungenschaften für die Bürger in Verhandlungen um CETA und um TTIP nicht sehr ernst nehmen, verteidigen und sogar bereit sind, sie weiterzuentwickeln, dann verlieren Sie an dieser Stelle das Vertrauen der Bürger mehr, als Ihnen lieb sein kann.

Nigel Farage, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, this annual tradition of the State of the Union speech was started by your predecessor, Mr Barroso, and perhaps now is a good opportunity – and I am sure the whole House would like to join me – to congratulate Mr Barroso on his new, highly paid job at Goldman Sachs. Is it not all wonderful? Whatever happens, Mr Juncker, I am sure the big boys will look after you. Having listened to what you have said this morning, all I can say is that I am pleased we voted to leave. It is clear that no lessons are going to be learned from Brexit. Indeed, it was the usual recipe: more Europe, and in this particular case, more military Europe – a European army, common defence, and already in this House people are saying, well, the Americans will not be here anymore and we will have to stand alone with our own military structures. Instead of a project of peace, I would have thought this is probably a very dangerous move. It is not going to change the rapid growth in opposition parties across the whole of Europe. It is not going to stop the Central and Eastern European countries from saying no to Mrs Merkel's migrant quotas, and I think you have got a lot more referenda to look forward to.

But in terms of Brexit, you are probably right to be slightly critical of the British Government who, I agree, ought to get on with it. But is pretty clear that the EU is getting on with it, and you have already appointed your divorce lawyers. On behalf of the European Parliament we have got Guy Verhofstadt: he is the man who is going to be negotiating Brexit. If you were to think of this building as a temple, Mr Verhofstadt is the high priest, a fanatic. In fact, there is only one real nationalist in the room and it is you, Mr Verhofstadt, because you want flags, anthems and armies. You are an EU nationalist, and I frankly think that this appointment amounts to pretty much a declaration of war on any sensible negotiating process. If you stick to the dogma of saying that for reciprocal tariff-free access to the single market we must maintain the free movement of people, then you will inevitably drive us towards no deal – no deal on trading under WTO rules for the United Kingdom, which is actually not too bad because it is very much better and cheaper than the current deal we have got. But for hundreds of thousands of German car workers and French wine producers, it is potentially very bad news, because we are their biggest market; their most profitable market in the world. I would argue that what we really need is to have a sensible, common-sense approach, and for this Parliament to recognise that it has made a mistake and to find somebody who actually likes the United Kingdom to lead these talks.

(Applause)

Marine Le Pen, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, Monsieur Juncker, rarement l'on nous aura servi discours plus terne, insipide, sans aucun souffle, aucune vision, encéphalogramme plat. On avait l'impression d'assister à l'éloge funèbre de l'Union européenne. Sauf peut-être, il faut l'admettre, le moment d'humour assez réussi où vous vous êtes présenté comme le héros de la lutte contre l'optimisation fiscale sauvage des entreprises.

Mais revenons à l'essentiel. En fait, vous n'avez rien vu, rien entendu de l'immense aspiration des peuples à retrouver leur indépendance et leur liberté. M. Weber nous a donné d'ailleurs un élément: il lit ce que pensent les peuples dans le journal. Arrêtez de lire le journal, Monsieur Weber. Si vous voulez savoir ce que pensent les jeunes, regardez ce qu'ils votent, et je vous le dis avec beaucoup de tranquillité puisque, dans mon pays, la France, le mouvement que j'ai l'honneur de présider est le premier parti chez les jeunes.

En fait, le Brexit a brisé un tabou. Les Britanniques prouvent qu'il est possible de sortir de l'Union européenne et, mieux, d'en sortir à leur avantage. Les prévisions catastrophistes n'étaient que mensonge. Le Royaume-Uni se porte fort bien, le choc de défiance que vous espériez s'est transformé en choc de confiance. Vous auriez aimé, on l'a tous compris, voir l'apocalypse s'abattre sur les Britanniques. Eh bien elle n'est pas pour demain.

Votre solution, la même quels que soient les problèmes ou les circonstances, c'est plus d'Europe. Terrorisme, immigration, économie, agriculture, vous comptez sur l'Europe pour nous protéger. Mais cette Europe qui nous «protège» – je mets d'énormes guillemets –, personne n'y croit plus, ce n'est plus qu'une formule magique, sans aucun pouvoir.

En refusant les frontières nationales au nom de Schengen, vous laissez prospérer tous les trafics, tous les crimes. En attaquant l'idée de nation, en empêchant la maîtrise de l'immigration, vous laissez grandir le communautarisme, l'islamisme et finalement le terrorisme. De quoi l'Europe nous protège-t-elle? De la sécurité?

En imposant une politique économique destructrice aux pays du sud de l'Europe pour sauver l'euro et non les peuples, vous avez tué la croissance économique, mis en liquidation de très nombreuses entreprises et fait exploser le chômage. De quoi l'Europe nous protège-t-elle? De la prospérité?

Vous imposez plus d'Union européenne contre la volonté des peuples au risque de faire grandir, d'ailleurs, les tensions. Vos propos acerbes, Monsieur Juncker, en mai contre les Britanniques, votre mépris des référendums sont inquiétants. De quoi l'Europe nous protège-t-elle? De la liberté, de la démocratie?

Il est temps de passer la main. Les différents peuples européens ont besoin de projets d'avenir, d'un destin que seule leur communauté nationale peut leur offrir. Laissez les nations se libérer, laissez-les coopérer entre elles, comme elles le veulent, mieux qu'avec Bruxelles. Soyez enfin démocrate, laissez les peuples déterminer leur destin.

(Applaudissements de son groupe)

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

David Coburn (EFDD), *blue-card question*. – Madame Le Pen, will you be calling for Frexit in the very near future, and will you be pursuing it in your presidential campaign?

Marine Le Pen (ENF), *réponse «carton bleu»*. – Je suis éminemment respectueuse de la démocratie, je crois que le référendum en est la meilleure application. Par conséquent, j'ai déjà dit depuis plus de 4 ans que j'organiserais un référendum pour que les Français puissent s'exprimer sur la sortie de la France de l'Union européenne.

Diane Dodds (NI). – Mr President, after the democratic decision of the people of the United Kingdom on 23 June, the EU and the UK must define and build a new and mutually beneficial relationship – one based on cooperation and trade, security and prosperity. This does not just make sense for the UK, but for the EU too.

We are the world's fifth largest economy, the biggest marketplace for German cars and the largest importer from French farms. The reality is that Europe needs us. Now we must work together in a new way for the benefit of all. The United Kingdom is a great nation. It will thrive on its own, but Europe is her ally. Let this negotiation not end in a fruitless fistfight. For Northern Ireland, leaving the European Union presents both opportunities and challenges. The peace secured in Northern Ireland was supported here, and we thank you.

In due course our land border will become an external EU border. That in itself must not mean that we cast aside the progress that has been achieved. In the years that lie ahead, Northern Ireland will continue to look outward to both Europe and the world – a shining example of a region where peace and democracy triumphed over terror and conflict.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Charles Tannock (ECR), *blue-card question*. – Northern Ireland wisely voted to remain, but, sadly, the rest of the country did not follow suit. You mentioned the fact there will be a hard border between Northern Ireland and the Republic, and you think that is going to be an opportunity. I wonder how it is going to be an opportunity, when it impedes trade and the free movement of people between the Republic and Northern Ireland. How are you going to deal with that hard border without seriously disadvantaging your province?

Diane Dodds (NI), *blue-card answer*. – Thank you, Mr Tannock, for your question. Northern Ireland did indeed vote to remain, but I am very proud to be part of the United Kingdom. The United Kingdom as a whole voted to leave the European Union and I respect and admire the decision of the rest of my fellow country people. In Northern Ireland we have a situation where Northern Ireland will be the only part of the United Kingdom that does have a land border with another European Member State, and that in itself will pose a challenge. I am confident that as we had the Common Travel Area, for example, before we belonged to the European Union, we will be able to manage that border so that the progress we have made will not stop.

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, usually I speak in this House on behalf of the Council. You will understand I would not be in a position to do so at this point because all the work on the basis of what President Juncker has outlined as plans for the Commission for next year lies ahead of us. I hope, however, that I can say, on behalf of the Slovak Presidency, that I thank him for proposing a positive agenda.

I feel it a privilege to represent the Slovak Presidency. I could not be here when he was presenting the speech on the State of the Union, but I would like to reassure you that we are, as the Presidency, aware of the urgency with which we need to act in order to address all the challenges the EU is facing. We are aware of them and I do not need to elaborate on them. They are obvious and unprecedented, but I would like to say that, if there is one challenge we need to tackle immediately, it is that of uncertainty. Otherwise, I believe the European Union will be the first victim of populism, and I agree with President Juncker that populism does not solve problems, it creates problems.

Secondly I would like to say, having listened to President Juncker, that the Slovak Presidency has, I believe, received further confirmation of the sound principles on which we have built our priorities. We want to bring tangible results, we want to focus on citizens and to help stop fragmentation.

The second point that I would like to make concerns the upcoming meeting of the heads of state or government in Bratislava on Friday, which many speakers have mentioned. What is the idea behind it? It is very simple. The heads of state met in June, and in the aftermath of the United Kingdom vote they came to the conviction that they need a frank and open debate among themselves about the state of the Union and how to find a proper response to what happened in the UK.

I dare say that this debate will may bring diverging views, but I do not think we should be afraid of it. At the level of heads of state, this debate is long overdue and, if it has the common objective of finding common ground for future responses, I think it will bring added value for Bratislava. I believe it will kick off a reflection process that will take place over the following six months until we commemorate the 60th anniversary of the Treaties of Rome.

I hope I can say that there are three areas on which the heads of state may focus their attention in the coming months. The first is migration. Thank you President Juncker for sending an appeal to the Slovak Presidency to work on solutions for overcoming the reluctance in some countries to take in refugees. At the same time, I believe it is important that we create a concept whereby all can participate in solidarity.

The second area is internal security and external security. Of course this will be extremely important. And, finally, we will simply want to communicate better about the European Union. I think Jean-Claude Juncker has made that point as well.

Lastly, Mr President, for the Slovak Presidency, in order to bring tangible results and to implement as much as we can, the starting point is the implementation of an interinstitutional agreement. That will be the first point that we will make, together with the Commission, when we discuss the letter of intent that you have submitted to Prime Minister Fico today, and I hope that, towards the end of this year, the Presidency will be able to arrive at a joint declaration with the Commission and the European Parliament on legislative priorities. Mr President it was my privilege to be here today and I thank you for your attention.

Herbert Reul (PPE). – Herr Präsident! Zunächst dankeschön dafür, dass der Kommissionspräsident mal nachdenklich gemacht hat, was die Grundlagen unseres europäischen Projektes angeht, und dass er auch einmal präzise aufgeschrieben hat, was die Schwierigkeiten sind, in denen wir heute sind, und dass die Antwort nur heißen kann, ganz konkret an Projekten den Nachweis zu liefern, dass wir es können. Und ich will das an ein paar Stellen noch unterstützen oder konkretisieren.

Gegen Populisten hilft nur, wenn wir Glaubwürdigkeit zurückgewinnen. Und Glaubwürdigkeit gewinnt man erstens, wenn man beweist, dass man sich an die eigenen Regeln und das eigene Recht hält. Und deshalb, Kollegen von der sozialistischen Fraktion, gehört da auch zu, dass man Verabredungen in der Frage des Stabilitätspakts einhält und nicht jede Woche ändert. Glaubwürdigkeit heißt auch, zu dem zu stehen, was man gemeinsam verabredet hat und was die Regeln besagen. Dafür ist die Kommission auch zuständig.

Zweitens: Standpunkte beziehen gegenüber Populisten, nicht immer mitschwimmen, wenn irgendwelche Stimmungen kommen, sondern eigene Positionen haben. Damit gewinnt man Glaubwürdigkeit. TTIP, CETA und anderes: Geben wir den Stimmungen immer nach, oder ist es nicht unser Job, dafür zu sorgen, dass Sachen, die als richtig erkannt werden, auch durchgesetzt werden? Letzteres ist der Fall.

Und drittens: Lösungen müssen her und nicht Besprechungen. Und Lösungen müssen konkret sein, müssen praktisch sein. Welche Antwort liefern wir den Menschen für das Problem Sicherheitsbedürfnis? Was machen wir wirklich, damit Datenaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden passiert? Was machen wir bei Einreise, Ausreise? Was machen wir bei Verstärkung von Außengrenzen? Was machen wir bei gemeinsamer Verteidigungspolitik? Da brauchen wir keine großen Modelle, sondern – wie richtig beschrieben – ganz konkrete Schritte; lieber zwei, aber die richtig, als ständig nur die Sachen zu beschreiben.

Und *last but not least*: Wer Wachstum in Europa haben will, der muss nicht nur Geld in die Hand nehmen, sondern der muss die Bedingungen dafür schaffen, dass Unternehmen Unternehmen gründen, und da hakt es an jeder Ecke in Europa. Da haben wir einen riesigen Handlungsbedarf. Es ist übrigens gar nicht so schwer, das hinzukriegen: weniger Regeln und nicht jedes Detail regeln.

Maria João Rodrigues (S&D). – Mr President, Europe must remain a means whereby European citizens can keep control of their lives in a globalised world, and for this we need a roadmap with better European solutions. With your speech you have made a remarkable contribution in this direction, and the European Parliament supports the adoption of very clear position exactly with this purpose.

We would now like the European Council to deliver at the upcoming Bratislava summit, but let me tell you that, at the heart of this roadmap, we should have a strong social pillar, making sure that all European citizens can count on a common set of social standards on working conditions and social protection. This social pillar should entail powerful instruments to deliver on the social standards.

We believe that the European Union must become, again, an engine for upward economic and social convergence and, as the law has delivered on cohesion policies, I believe that you should also deliver on completing the economic and monetary union.

Ulrike Trebesius (ECR). – Herr Präsident ! Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident Juncker, ich möchte gewiss nicht unverschämt oder unhöflich sein, aber Sie sind alt, Sie sind müde, und Sie sind verbraucht. Sie stehen für diese EU, die gerade scheitert, und was machen Sie? Sie wiederholen immer wieder Ihre Phrasen. Von Ihnen ist leider nichts Neues zu erwarten als das mühsame Verwalten der doch oft selbstverursachten Probleme, auch wenn Sie heute zumindest einige gute Ansätze vorgestellt haben.

Ich sehe die EU in einer schweren Krise. So haben wir nach wie vor die Eurokrise und deren starke wirtschaftliche Auswirkungen. Wir haben die verheerende Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa, die Migrationskrise, den Brexit, den Terrorismus – und die EU hat nach wie vor keine zufriedenstellenden Antworten auf diese Probleme.

Sie sagen, Sie wollen die Politik besser erklären. Sie müssen sie nicht besser erklären, Sie müssen bessere Politik machen. Die EU muss jetzt reformiert werden, und zwar grundlegend, wenn wir wollen, dass diese EU in der Zukunft nicht scheitert, wenn wir unseren Kindern wirklich Antworten für eine Zukunft geben wollen.

Dann glaube ich nicht, dass ausgerechnet Herr Verhofstadt von den sogenannten Liberalen der Richtige ist, um uns als Parlament zu vertreten – oder zumindest hätte ich gerne darüber abgestimmt, ob er der Verhandlungsführer für den Brexit sein soll. Er steht wie kein anderer für Zentralismus in diesem Haus. Sie lehnen ein Europa *à la carte* ab. Ich glaube, dass ein Europa *à la carte* genau die Lösung für die Zukunft sein könnte.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, Senhor Juncker, ontem mesmo, a Business Europe, a confederação do grande patronato europeu, apresentou o seu caderno de encargos para a próxima Cimeira Europeia.

Não é preciso ser bruxo para adivinhar que, nas conclusões da cimeira, lá estarão todas as exigências do grande capital europeu, como acontece em todas as cimeiras e conselhos europeus, como aconteceu hoje, aqui, com o seu discurso. É esta a natureza da União Europeia e das suas instituições; são estes, e não outros, os interesses que defende.

Para os povos, para aqueles que se erguem em defesa do seu direito ao futuro, do emprego, dos salários e dos rendimentos e da sua soberania, para esses sobram as ameaças e a chantagem. Veja-se o inqualificável processo de sanções contra Portugal.

Salvar a Europa, sim, é urgente, mas para isso é necessário derrotar a União Europeia, porque a Europa de Juncker e Barroso, da Goldman Sachs e do LuxLeaks não será nunca a Europa dos trabalhadores e dos povos, dos que ganham a vida a vender a sua força de trabalho. Esta é a verdade cristalina e crua como punhos, que um dia vos vai estourar na cara.

Ian Hudghton (Verts/ALE). – Mr President, the EU is not perfect. President Juncker accepts that and I welcome some of the initiatives that he mentioned in order to tackle challenges such as those in the areas of job creation, connectivity and social justice.

President Juncker also said that the EU should empower citizens and embrace solidarity. Well, the people of Scotland voted in June to remain in the European Union to constructively continue to work on collective challenges. Cross-party efforts are being made right now in Scotland to identify all possible means of protecting Scotland's position, particularly with access to the single market.

The Scottish Government is working hard to persuade the UK Government to recognise the democratic will of the people of Scotland in formulating its negotiating position, if it ever gets round to that. I hope that the Commission and the Council, and this Parliament, will be open to imaginatively finding a way to reflect the democratic will of people in Scotland. That would be solidarity.

Laura Ferrara (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, un anno fa, Presidente Juncker, lei affermò che nell'Unione europea mancava l'Europa e mancava l'Unione. Oggi dovrebbe esserne ancora più convinto. Ci ha parlato oggi di un'Europa ideale, di solidarietà, di una risposta ai bisogni dei cittadini. Peccato però che sia un modello di Europa ancora troppo distante da quello attuale.

Le politiche europee si sono dimostrate efficaci nel salvare le banche, ma non altrettanto efficaci nella gestione dei flussi migratori o nel garantire una crescita economica a tutti gli Stati membri. L'Unione europea è ormai percepita come un sistema di potere europeo dove tecnocrati, *lobby* e facoltose élite condizionano i processi decisionali e, in questo modo, impongono misure di *austerity*, sminuiscono il ruolo della sovranità popolare e della democrazia, smantellano le conquiste dello Stato sociale, favoriscono liberalizzazioni selvagge e deregolamentazione del mercato del lavoro, determinano povertà e accrescono, in definitiva, le disuguaglianze sociali.

Se il progresso sociale ed economico delle generazioni presenti e future, i diritti delle persone, i beni comuni non diventeranno i protagonisti assoluti delle politiche europee, i cittadini continueranno a dire no a quest'Unione europea.

Matteo Salvini (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è l'ennesima farsa, le ennesime parole al vento: 3 000 morti nel Mar Mediterraneo di questa Unione europea della pace, 26 milioni di disoccupati e, per qualche fenomeno qua dentro, il nemico dell'Europa sono i populisti e i nazionalisti. Dovreste andare da un buon medico, ma da uno specialista bravo!

La gente normale, fuori da questo palazzo, ritiene che il pericolo per 500 milioni di europei sia il terrorismo islamico, che voi state aiutando e finanziando: con ogni barcone che arriva in Italia sono milioni di euro che finiscono nelle tasche dei nazionalisti e dei terroristi islamici. Lo state alimentando con le folli sanzioni contro la Russia, che stanno costando miliardi di euro e milioni di posti di lavoro; lo state finanziando dando soldi alla Turchia, che in cambio ci dà il nulla; state alimentando la rabbia popolare prendendovela con governi legittimamente eletti, come quello ungherese e quello polacco, a cui va tutto il mio libero rispetto; state tenendo in vita una moneta sbagliata e criminale come l'euro.

Penso che sia l'ultimo discorso a vanvera che lei, Presidente, farà in questo palazzo, perché i cittadini fortunatamente non ne possono più e si stanno populisticamente e nazionalisticamentre svegliando.

Martin Sonneborn (NI). – Vielen Dank, Chef! Die EU hat sich verändert. Als ich mein Mandat antrat, wollte ich für ein starkes Kerneuropa mit 27 Satellitenstaaten kämpfen. Diese Anzahl hat sich nun reduziert. Nach dem Brexit und dem anstehenden Ausschluss der Ungarn möchte ich dafür werben, auch den Iren die Tür zu zeigen.

Eine Regierung, die es ablehnt, Steuerzahlungen der Firma Apple anzunehmen, könnte den Eindruck erwecken, es gehe um ein Europa der Konzerne und nicht der Bürger. Deswegen appelliere ich an die irische Regierung:

Dear Mr President of Ireland, if you still believe that Apple will create some jobs in Ireland, forget it. Apple only ever had one Jobs, but he is dead. He will not come back, so please take my advice: take the money and run. EUR 13 billion will buy you many iPhones. This will generate more tax income for Ireland, then you can buy even more iPhones. It is a win-win-win situation. Think it over with a good bottle of whiskey - *sláinte*.

Eine kleine Bitte noch, Herr Juncker: Könnten Sie Ihren Digital-Kommissar Oettinger bitte dazu verdonnern, sich mit seinem Handy alle 90 Minuten ins deutsche Festnetz einzuloggen? Das würde die Verhandlungen über Roaming und über Leistungsschutzrecht in Brüssel deutlich aufwerten.

Der Präsident. – Schönen Dank, Herr Sonneborn, für Ihre Rede. Auch dass Sie mich als Ihren Chef anerkennen, ehrt mich über alle Maßen. Ich wusste gar nicht, dass ich der Chef eines so begabten Menschen bin.

Janusz Lewandowski (PPE). – Panie Przewodniczący! Nie było urzędowego optymizmu w dzisiejszym wystąpieniu *State of the Union*, bo nie ma podstaw do optymizmu. Dzisiejszy klimat *Zeitgeist* nie będzie sprzyjał świętowaniu kolejnej rocznicy Traktatów Rzymskich. Europa jest wypełniona lękiem a ludzkie lęki to zawsze jest żyzna gleba dla populizmu i ksenofobii. Takie są realia dzisiaj. To ksenofobia i populizm dyktują agendę, ton debaty publicznej i zarządzają ludzkimi emocjami. Udało się połączyć wszystkie zagrożenia z otwartymi granicami, imigracją, niechęcią do obcych. Niewątpliwym pionierem na tym polu był Nigel Farage, ale obecnie jest bardzo dobrze sklonowany w wielu krajach, więc w tym sezonie politycznym słowem kluczem do europejskiej duszy będzie bezpieczeństwo *(security)*, odmieniane we wszystkich odmianach, od bezpieczeństwa granic po bezpieczeństwo na rynku pracy.

Trzeba podjąć to wyzwanie, podjąć konfrontację, bo jeżeli w wyobraźni ludzkiej przystanią bezpieczeństwa będzie państwo narodowe, to będziemy na straconej pozycji, a to jest iluzja, bo nie ma narodowej odpowiedzi na współczesne wyzwania. Sądzę, że dobrze został dobrany temat szczytu w Bratysławie. Zamiast jechać i demonstrować różnice, podziały czyli bezradność, trzeba znaleźć wspólny mianownik, którym jest wspólna odpowiedź na potrzeby bezpieczeństwa. W tym wypadku *common denominator* to nie jest *lowest common denominator*.

(Mówca zgodził się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Marek Jurek (ECR), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Mówi Pan o populizmie, a przewodniczący Juncker nie powiedział ani słowa o rodzinie, o prawach rodziny, a przecież to kryzys rodziny i kryzys urodzeń jest u źródeł kilkudziesięcioletniego kryzysu imigracyjnego. To wy jesteście populistami. Czy dlatego się boicie mówić o rodzinie, że rodzina to są wzajemne powinności, a o tym populiści mówić nie mogą?

Janusz Lewandowski (PPE), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Przewodniczący Juncker sam dobierał tekst swojego wystąpienia i uważam, że trafnie dobrał ton i tekst wystąpienia w klimacie, jaki dziś mamy w Europie.

Sergei Stanishev (S&D). – Mr President, I would like to acknowledge that President Juncker has the difficult mission of leading the Commission in times when the unthinkable becomes possible and is actually happening. Mr Juncker, Brexit or the lack of solidarity on tackling the refugee and migration crisis are just the symptoms, but in order to help the European Union and create perspective, you need to address the root causes and therein the fact that, in the five years of the Barroso Commission, social Europe fell victim to an austerity-only policy. When you were elected as President of the Commission, you promised to change that. You said that Europe should have social triple-A standards, but this is not a reality yet. What the socialist family is expecting from you and from the Commission is for you to have a clear road map which will balance the freedom of economy and initiative with clear social standards across the European Union.

I would urge you one more time to seriously address the issue of youth in the European Union. Our family proposed a clear plan, a European youth plan, with four clear pillars: employment with much more money for that for the Youth Guarantee – and I did not hear your commitment – culture, education and child protection. If you start fighting for that and making it a reality, then there is a good chance that Europe will return confidence to the citizens.

Roberts Zīle (ECR). – Priekšsēdētāja kungs! Nākošos divpadsmit mēnešus visiem būs viss, ko viņi vēlas. Vairāk sociālā, bet ne vārda par taupības režīmu vai arī par elastīgumu izaugsmes un stabilitātes pakta piemērošanā. Internets ciemos, ātra Lielbritānijas izstāšanās, un uzreiz attīstīsim kapitāla tirgu ārpus Londonas. Un cīņa pret sociālo dempingu, tādējādi it kā mazinot nevienlīdzību sociālajā jomā. Jā, konkrētā valstī – jā, taču Eiropas valstu starpā tā būs vēl lielāka sociālā nevienlīdzība, jo jaunā paaudze no nabadzīgākām valstīm pārcelsies tur, kur viņi var dabūt šo Eiropas dzīves kvalitāti, un tā būs Eiropas Savienības problēma.

Par aizsardzību. Jā, jauns fonds, kas varbūt nepasaka, kā viņš strādās, un ir signāls NATO valstīm, ka šajā gadījumā mēs plānosim militārās operācijas bez ASV un bez Lielbritānijas nākotnē, kas, manuprāt, nav pareizi, vēl jo vairāk tāpēc, ka jūsu runā, Komisijas priekšsēdētāja kungs, es nedzirdēju neviena vārda par Krieviju. Jā, izņemot par to, ka samaksājam kompensācijas par Krievijas tirgus zaudēšanu pienam. Bet Krievijas agresija Ukrainā, Krimas jautājums – it kā nebūtu šī agresora tepat aiz Eiropas Savienības robežām.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

Marisa Matias (GUE/NGL). – Senhora Presidente, vamos falar, então, do estado da União, mas vamos falar no concreto, e não continuar a fazer listas de generalidades.

A Alemanha viola o limite de 6 % para os excedentes externos desde 2007 e já foi advertida em 2013. A Alemanha ignorou e o que fizeram foi aumentar os excedentes para valores recorde. No entanto, todos sabemos que nunca haverá sanções para a Alemanha. Porquê? Porque a Alemanha é a Alemanha.

A França teve um défice orçamental de 3,5 % em 2015 e irá continuar a violar o limite do défice em 2016, e sabemos todos que não haverá sanções para a França. Porquê? Porque a França é a França.

Portugal sofreu um dos processos de ajustamento mais dolorosos de toda a União Europeia e, de acordo com a Comissão Europeia, vai reduzir o défice para valores abaixo do limite legal. No entanto, continuamos todos a discutir um processo vergonhoso de sanções para Portugal, nomeadamente em termos de cortes dos fundos europeus. Porquê, Senhor Presidente? Porque Portugal é Portugal.

Este é o estado da União que o Senhor Presidente ignorou no seu discurso. Mas diga-me uma coisa, Senhor Presidente, não sente vergonha?

Peter Lundgren (EFDD). – Fru talman! Tillståndet i unionen är under all kritik, trots vad du står och säger, herr Juncker. Vi ser en union som krackelerar i en allt snabbare takt och tappar mer och mer förtroende mot väljarna. Störst förtroendebrist fanns ju i England, vilket vi nu vet efter valet. Jag vill passa på här och nu att lyckönska det engelska folket som nu frigör sig från EU:s allt mer betungande ok. Jag ser fram emot Sveriges fortsatt goda förbindelser med Storbritannien.

Nu förespråkar herr Juncker ett försvarssamarbete, dvs. en gemensam militärstyrka. Sverige har som bekant alltid förhållit sig neutralt som land. Det har också inneburit att vi har kunnat ta rollen som trovärdig förhandlare under flera kriser. Detta ser nu att upphöra när vi nu ska tvingas in i ett militärt samarbete.

Den oförståelse man visar inför problemen kommer att urholka förtroendet ännu mer hos väljarna. Just nu kan man likna EU vid en sjuk patient som bara kan erbjudas smärtlindring för stunden.

Harald Vilimsky (ENF). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Europäische Kommission qualifiziert selbst heute in Person ihres Präsidenten ihren Zustand als existenziell. Ich würde so weit gehen und sagen: Er ist sogar katastrophal.

Die Briten haben gesagt: *Good bye,* wir verlassen diese Europäische Union. Heute oder im Zuge dieser Woche sollen die Polen mit einer Mehrheitsentscheidung dieses Hauses verurteilt werden. Aus Luxemburg ertönt der Ruf nach einem Ausschluss der Ungarn. Ich kann nur sagen: Wie absurd ist das denn, was sich hier manifestiert?

Erinnern Sie sich zurück, wenige Jahre zuvor, als auf diesem Kontinent Freundschaft geherrscht hat, als Kooperation geherrscht hat, als wir zueinander in Frieden und Freiheit in eine gute Zukunft geblickt haben! Heute hat sich mit dem Kurs der Zentralisierung vieles verändert. Durch eine falsche Währungspolitik mit dem Euro bis hin zur Flüchtlingspolitik sind Zank und Hader über diesen Kontinent gekommen.

Ich appelliere an Sie: Verstehen Sie die Zeichen des Referendums aus Großbritannien richtig! Hören Sie diesen Alarmruf: weg von Zentralisierung, weg vom Diktat Brüssels, hin zurück zur Rechtsstaatlichkeit, zu Subsidiarität, zu Souveränität und damit wieder zu mehr anteiliger Entwicklung auf diesem Kontinent!

Alain Lamassoure (PPE). – Madame la Présidente, enfin les premières fondations d'une Europe de la défense sont en vue. Il faut s'en réjouir. Mais n'oublions pas, comme vous l'avez rappelé à juste titre, Monsieur le Président de la Commission, que les moyens militaires sont un simple outil au service d'une politique étrangère. Vous avez à juste titre donné l'exemple de la Syrie, j'en citerai deux autres.

Quelle est notre politique étrangère vis-à-vis de la Russie? L'accord de Minsk n'a pas été négocié par l'Union, il a été négocié par deux États membres et, au-delà de l'Ukraine, la situation dans le Caucase, les menaces qui pèsent sur les États baltes, la diplomatie gazière de la Russie, sont des non-sujets pour l'Union. Il est extravagant qu'un quart de siècle après la fin de la guerre froide, nous soyons incapables de parler d'une seule voix avec Moscou.

Deuxième exemple, la Libye. Elle est redevenue la première porte d'entrée des migrants et un territoire de repli pour les milices islamistes. Dans un effort de recomposition du pays, les États-Unis, le Qatar, les Émirats, la Turquie, l'Égypte tirent à hue et à dia avec certains États membres. Où est l'Europe? Au large, en mer. Certes, pour des actions humanitaires, c'est bien, mais cela la condamne à subir les décisions prises par d'autres en amont. Sans politique commune, nous allons nous doter de moyens supplémentaires pour continuer à ne rien faire ensemble.

Knut Fleckenstein (S&D). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will nur einen Aspekt aus der Rede herausgreifen. Die Bürgerinnen und Bürger der Union haben ein Recht auf Sicherheit. Das ist Sicherheit im Inneren und Sicherheit nach außen. Deshalb, Herr Juncker: Meine Unterstützung haben Sie für Ihre Vorschläge zur besseren Zusammenarbeit der Geheimdienste, auch für einen Fonds in Sachen Verteidigungspolitik, auch für den Beginn der strukturierten und ständigen Zusammenarbeit in diesem Bereich.

Aber das alles soll ja zu mehr Effizienz und nicht zu einem sinnlosen zusätzlichen Aufrüsten führen. Deshalb können diese gewünschten Aktivitäten nur dann wirklich angegangen werden, wenn die Mitgliedstaaten bereit sind, auch zusätzlich Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die Sicherheit unserer Außengrenze, die Kontrolle darüber, zu wissen, wer rein- und wer rauskommt – ja, das haben wir alle auch ein bisschen vernachlässigt, da müssen wir mehr tun. Aber eines muss auch klar sein: Das ist nicht die Lösung für unsere Flüchtlingskrise. Es hilft uns höchstens, unsere EU-Krise bezüglich der Unterbringung und Verteilung von Flüchtlingen zu entschärfen. Die Flüchtlingskrise wird nur dann gelöst, wenn die viel beschworenen Werte unserer Union von allen Regierungen ernst genommen werden und wenn wir durch eine effiziente Entwicklungspolitik den Ursachen von Flucht und Vertreibung entgegenwirken. Dazu muss man allerdings auch in die Fonds, die man geschaffen hat, einzahlen.

Esteban González Pons (PPE). – Señora Presidenta, señor Juncker, Europa está peor que hace un año. Los atentados en Francia, en Alemania, en Bélgica, el *brexit*, las mafias, que siguen eligiendo qué refugiados son los que pasan. Crece el populismo, crece el desempleo, crece el escepticismo, crece la sensación de que el sistema no funciona.

Las instituciones funcionan. Funciona la Comisión, funciona el Parlamento, pero lo que realmente no funciona es la solidaridad entre los Estados. Sin solidaridad no hay Europa, aunque haya instituciones europeas. Solidaridad es la vacuna contra los intereses nacionalistas. Solidaridad es lo que aprendimos de la guerra. Solidaridad es —como han dicho usted, señor Juncker, y el señor Weber— un modo de vida europeo, pero también, un modelo de vida europeo que disfruten todos los ciudadanos por igual y no unos más y otros menos. Solidaridad es que todos los países cumplan su compromiso con el déficit y su compromiso presupuestario; pero también solidaridad es que unos socios no busquen sancionar a otros. Solidaridad es que el Sur entienda que Putin es una amenaza, pero solidaridad también es que el Este comprenda que la inmigración masiva es un problema común. Solidaridad es que el mercado único signifique una economía única y no veintiocho economías. Solidaridad es uno para veintisiete y veintisiete para uno: Europa. Solidaridad es Europa, y Europa es el único futuro posible para los europeos.

Por eso, le felicito por su discurso y le digo que cuente usted con mi apoyo y con el de mi país, España.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *pregunta de «tarjeta azul»*. – Señor Pons, ¿usted piensa que es justo que el Gobierno español esté anunciando más medidas de recortes para el próximo año, para cumplir con la Unión Europea? ¿Usted cree que esas medidas no van a perjudicar ya a las clases más desfavorecidas del Estado español?

Esteban González Pons (PPE), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Señora Presidenta, creo que España, como todos los países de la Unión, tiene que cumplir sus compromisos. Creo que, si somos una economía única, tenemos que comportarnos con lealtad los unos con los otros. No creo que España deba ser sancionada, pero sí creo que España debe estar a la altura y no faltar a lo que se ha comprometido con sus socios. Tener palabra es de ser un buen socio y España lo es.

Tanja Fajon (S&D). – Nezaupanje, to je stanje v Uniji, izguba evropske identitete. Veliko Evropejcev je nanjo pozabilo ali je sploh ne pozna. Zakaj? Ker so preštevilni politiki in voditelji pozabili, kaj so evropske vrednote, in ker nismo dosledno reagirali na kršenje pravic in vrednot zunaj ali znotraj naših meja, ker ne ponujamo, kot ste dejali, socialne Evrope.

Naša vizija mora temeljiti na ljudeh in nikakor ne more vsebovati tajnih sporazumov TI tipa, ki znižuje standard Evropejcev. Ne smemo si dovoliti, da nas popolnoma prevzame vprašanje varnosti, ob tem pa zanemariti skrb za zasebnost Evropejcev.

Solidarnostne enote Unije, gospod Juncker, to je čudovita ideja za vključenost mladih in pomoč ljudem v stiski. S takimi idejami bo Unija znova vzravnala svojo hrbtenico.

Potrebujemo optimizem, pesimizem ne rešuje problemov. In potrebujemo zavest vseh nas, na vodilnih položajih, da so prihodnji meseci ključni in da bomo mi odgovarjali, če bo Evropa podlegla populizmom in nacionalizmom.

Lorenzo Cesa (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Presidente della Commissione, il suo intervento è stato chiaro e quanto mai propizio in questo momento storico: le sue parole ci fanno intravedere una luce dopo una lunga crisi. Veniamo da un no secco al nostro progetto di Unione da parte di un importante Stato, da cui ci aspettiamo responsabilità e pretendiamo responsabilità. Vediamo, giorno dopo giorno, crescere la sfiducia dei nostri cittadini verso questa Europa.

Come lei stesso riconosce, chiediamo a lei e alla Commissione, ma soprattutto al Consiglio, un deciso salto di qualità: servono ambizione, concretezza e obiettivi definiti. Occorre agire urgentemente su alcune priorità: sicurezza, immigrazione, lavoro e tutela del risparmio.

Sulla sicurezza, occorre una decisione netta: bene la polizia di frontiera europea, che va rafforzata ulteriormente, Presidente, ma necessitiamo di un nostro esercito e soprattutto di una politica estera davvero comune. Questa azione è necessaria solo ed esclusivamente per continuare a mantenere molti anni di pace, che sono il risultato principale di 60 anni del nostro stare insieme.

La disoccupazione, in particolare quella giovanile, in Europa ha superato il 20% e nel mio paese sfiora il 40%. Il piano di investimenti sta dando i suoi primi risultati: bene il rafforzamento da lei annunciato, magari triplichiamolo, Presidente! Stimoliamo gli investimenti, facendo così ripartire crescita ed occupazione. La tutela del risparmio va garantita. Crediamo con il *bail-in* di aver davvero tutelato tutti i cittadini, o solo il bilancio dello Stato?

All'Europa, come ha detto lei, servono concretezza e risposte rapide da dare ai cittadini: non servono né corse in avanti, né direttori, né vertici a tre. Presidente Juncker, Commissari, questo è il momento di agire con forza e con decisione.

Kathleen Van Brempt (S&D). – Voorzitter, u bent begonnen met te zeggen: "Ik ga positieve voorstellen doen". Dat vinden wij in onze fractie ontzettend belangrijk. Het heeft geen enkele zin in een soort van collectieve depressie te vervallen na de Brexit. We moeten vooruit. We moeten onze bevoegdheid ten volle benutten om concrete antwoorden te geven op de uitdagingen waar we voor staan.

U hebt zelf gezegd: "Europa is niet sociaal genoeg". Het zal u niet verbazen dat onze hele fractie dat samen met u vindt. Wij vragen u ook oplossingen voor sociale dumping en voor de jeugdwerkloosheid. Uw aandacht voor de jeugd is ontzettend belangrijk. De jeugd steunt het Europese project, maar ze steunt ook een andere economie en dat is een beetje mijn kritiek. U hebt een lange waslijst met veel goede projecten gegeven, maar ik zou ook willen dat u heel erg de aandacht vestigt op de transitie in onze economie. Een andere industrie is mogelijk. Nieuwe jobs zijn mogelijk. Maar het moet een andere economie worden. Als we dus extra gaan investeren, dan moeten die investeringen geënt worden op die transitie-economie.

József Szájer (PPE). – Tisztelt McGuinness Elnök Asszony! Juncker elnök úr hangsúlyosan szólt a biztonságról. A Néppárt üdvözli, hogy a belső biztonságnak önálló biztosa lett. Itt az ideje, hogy a Parlament is kövesse ezt. A néppárti csoport nevében javaslom, hogy a Parlament hozza létre a belső biztonság önálló bizottságát. A belső biztonság, a terrorizmus összetett kérdései itt a Parlamentben csak egy dimenzióban, az emberi jogokkal való összefüggésben jelennek meg. Tisztelt Elnök Asszony! Magyar európai politikusként szólok a bevándorlási válság kérdéséről. Álláspontunk világos és emberséges. Nem a bajt kell Európába behozni, hanem helyben kell segíteni a bajba jutottakon. És nekik is főként abban, hogy minél előbb hazatérhessenek. Az illegális bevándorlást meg kell állítani.

A külső európai határokat meg kell védeni. Határozottan, úgy, ahogyan Magyarország is teszi. Nem tartjuk tisztességesnek, hogy a mások által szabálytalanul beengedetteket, vagy meghívottakat kötelező kvóta szerint osszák el. A magyar embereknek lehetőségük lesz, hogy népszavazás formájában kifejezzék a véleményüket. Más országoknak sem kellene félniük, hogy megkérdezzék a polgáraikat a bevándorlásról, őszinte válaszokat kapjanak.

(A felszólaló hozzájárul egy, az eljárási szabályzat 162. cikkének (8) bekezdése értelmében feltett kék kártyás kérdés megválaszolásához).

István Ujhelyi (S&D), *Kékkártyás kérdés.* – Elnök Asszony, nem tudom, hogy miből építették ezt a szerkezetet, hogy nem szakadt ránk ezekben a pillanatokban, amikor a Néppárt nevében a Fideszes képviselő úr emberséges magatartásról beszélt. Hogy tud Ön a saját pártcsaládjához tartozó Juncker úr szemébe nézni, miközben Magyarországon olyan kampányt folytatnak – közpénzből –, amelyen pl. a kormányzati kiadványokon Juncker úr fotója rá van montírozva a brüsszeli terrortámadás összerombolt repülőterének várójára úgy, mintha Juncker úr és Schulz úr tehetne arról, hogy egyébként ott robbantás történt. Magyarországon ezzel kampányolnak az Európai Unió ellen, itt meg emberséges magatartásról beszél.

József Szájer (PPE), *blue-card answer.* – Madam President, I did not hear any question.

Isabelle Thomas (S&D). – Madame la Présidente, permettez-moi de citer un poète français qui dit: «Il n'y a pas d'amour, il n'y a que des preuves d'amour.» Après le Brexit, Monsieur le Président de la Commission, je crains que votre déclaration d'amour à l'Europe ne suffise pas, il va nous falloir des preuves.

Depuis combien d'années les citoyens attendent-ils le pilier social européen? Rien d'étonnant qu'ils n'y croient plus et, en conséquence, comment peut-on se réjouir d'avoir bloqué 80 % de la législation européenne? Alors oui, l'Europe attend des actes. En l'occurrence, nous manquons de preuves budgétaires et ce manque de moyens contribue à l'immobilisme.

Ce que l'on attend, c'est de la cohérence entre les paroles et les actes, ce que l'on attend, c'est une adéquation entre les annonces politiques et les moyens budgétaires, à commencer par une véritable révision du cadre financier pluriannuel et un autre budget pour 2017.

Ce que nous attendons, c'est que chaque nouvelle décision politique, comme celle que vous avez annoncée aujourd'hui et que nous partageons, sur la sécurité, les frontières et la défense, soit accompagnée de nouvelles ressources budgétaires. Ce que nous refusons, ce sont des coupes budgétaires qui déshabillent la recherche, c'est-à-dire l'investissement de demain, pour habiller l'investissement d'aujourd'hui.

Ce que nous attendons, c'est le financement de la garantie jeunesse que vous avez citée, mais pour laquelle la Commission a indiqué zéro euro d'engagements dans le budget 2017.

Et ce que nous attendons, Monsieur le Président, et Monsieur le Président du Conseil d'ailleurs, c'est une initiative pour instaurer de nouvelles ressources propres, pas une énième commission, mais une proposition et une négociation avec chaque parlement de chaque État membre.

Paulo Rangel (PPE). – Senhora Presidente, Senhor Presidente da Comissão Europeia, queria felicitá-lo pelo seu discurso, em que foi àqueles que são os pontos essenciais das prioridades da União Europeia e, em particular, as medidas concretas que são necessárias.

Há, no entanto, uma pergunta que tenho de fazer, que é a seguinte: está muito preocupado com o populismo e até com o euroceticismo; no entanto, aquilo que nós vemos nas notícias, nos rumores e nos bastidores das instituições europeias é que se fala sobre a possibilidade de suspender e cortar os fundos estruturais a Portugal e a Espanha.

Ora, países que fizeram sacrifícios enormes e que estão totalmente disponíveis para cumprir as metas não deviam ser sancionados desta maneira.

Se a Comissão considerou que o Estado português não devia ser sancionado, também deve considerar que o povo português, as empresas, os cidadãos e também as universidades não devem ser penalizados por essa suspensão de fundos.

Isso só aumentará, em Portugal e em Espanha, o populismo e a força daqueles que estão contra a integração e o projeto europeu.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! Die Union ist in keinem guten Zustand, aber das darf kein Grund zur Schadenfreude sein. Manche Kollegen können ja gar nicht aufhören, ihre Schadenfreude hier zu zelebrieren. Wir wurden nicht gewählt, um destruktiv zu sein. Unsere Aufgabe ist es, Probleme zu lösen. Wir müssen die Schwierigkeiten als Herausforderungen begreifen. Europa ist immer dann gewachsen, wenn es seine Schwierigkeiten bewältigt hat.

Wir sollten dabei aber nicht nur die augenscheinlichen Probleme – Flüchtlingskrise, Rezession, Arbeitslosigkeit, institutionelle Krise – im Auge behalten, sondern wir müssen auch nach vorne schauen. Ich finde es sehr positiv, Herr Präsident Juncker, dass Sie der Gestaltung der digitalen Zukunft breiten Raum gegeben haben.

Die digitale Zukunft lässt sich nur europäisch bewältigen, und der digitale Binnenmarkt ist unser wichtigstes Projekt – er sichert Arbeitsplätze. Beim Datenschutzpaket haben wir auch gesehen, dass wir als Europäer die globalen Standards setzen können.

Othmar Karas (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Präsident Juncker, Sie haben mit Ihrer Zustandsbeschreibung und Ihrem konkreten Aktionsplan unsere Erwartungen erfüllt, weil Sie die Dringlichkeiten beim Namen genannt haben.

Unser Problem ist der Umgang mancher Politiker mit den globalen Herausforderungen, mit den Sorgen und Ängsten der Menschen und mit den gemeinsamen Beschlüssen der Europäischen Union, ist die Unaufrichtigkeit aus Feigheit zu vieler Staatskanzleien gegenüber den Bürgern – setzen wir uns mit den Stimmungen auseinander, statt vor ihnen in die Knie zu gehen, – ist der Populismus, der zum Nationalismus und zum Glaubwürdigkeitsverlust der Europäischen Union führt.

Der Gipfel in Bratislava muss ein Signal zum solidarischen Handeln sein. Er muss eine Umkehr bedeuten. Jetzt muss ein Ruck durch alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union gehen: für die Sicherheits- und Verteidigungsunion, für mehr Steuergerechtigkeit, für die Verdoppelung des Investitionsplans, für den digitalen Binnenmarkt, für die Verteilung der Flüchtlinge, für den Schutz der Außengrenze und für die gemeinsame Migrations- und Asylpolitik.

Richard Corbett (S&D). – Madam President, there are multiple problems facing Europe, and Brexit is of course one of them. It will be the mother of all divorce cases, and if done too hastily will be a disaster for both sides. The list of issues that need to be addressed and solved is huge and every day we discover new ones that were never mentioned by the Leave campaign in the national referendum in Britain.

The British Government has not triggered Article 50 because it still has no clue on what it wants to do about most of these issues. The big one, of course, is whether it wants to try to secure a place remaining in the single European market – but then, of course, it has to accept all the common rules for the common market – or whether it wants to leave entirely and face a tariff barrier and a regulatory barrier to our main export market. It is an unpalatable choice, and whichever way the government goes on this has huge implications for Britain and Europe, but it will also see people who voted 'leave' complain, rightly, that this is not what they were told, and not what they voted for. Brexit is not a settled issue, neither at European level nor at national level, where calls for a rethink continue to grow.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Alyn Smith (Verts/ALE), *blue-card question.* – I am grateful to Mr Corbett for giving way, and I pay tribute to his own *esprit européen* within this House consistently and over the years. I very much join his condemnation of a deeply dishonest leave campaign that made a number of promises that now simply cannot be fulfilled and will unravel over the years. But would he agree with me that we really must ensure a common UK approach within this, which must respect and represent the interests of London, Gibraltar, Scotland and Northern Ireland, and also that the timescale on this must give us the flexibility to work out the plurality of views within the UK in order to reach some sort of common position to present to our European friends?

Richard Corbett (S&D), *blue-card answer.* – Yes, I agree entirely that this situation has thrown up a multitude of problems that were never properly explored before the decision took place, and certainly never pointed to by those who wished to drag Britain out of the European Union. We have to make the best of a terrible situation, working together, all parts of the UK and of Europe, and at some point when people see the reality of what Brexit really entails rather than the promises that were made – that it would solve every problem, that it would be wonderful, that it would be paradise – there will be many in Britain who will say that they want to think again about this.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospođo predsjednice, ponovit ću riječi našega čelnika, gospodina Manfreda Webera, koji je rekao: „Prestanite s jeftinim populizmom protiv Bruxellesa." Obveza nas političara jest prenositi pozitivne vijesti o Europskoj uniji i to, kao što je rekao gospodin Juncker, želim se zahvaliti na ovom govoru. Nemojmo samo angažirano govoriti ovdje u Strasbourgu, tako govorimo u nacionalnim parlamentima i hvala vam na tome. Moramo svi zajedno pomoći. Činjenica je da je možda Europa malo poljuljana nakon Brexita, ali sigurno je da nije ugrožena. Stoga moramo vratiti povjerenje i Europska unija ne može sama.

Zalažem se za zajedničku vanjsku i europsku politiku, ali ne može se rješavati samo u Berlinu, samo u Parizu, mora se rješavati i u Madridu i u Lisabonu i u Ateni, ali i u Zagrebu. Želim podsjetiti da će naš kolega Andrej Plenković postati novi hrvatski premijer i siguran sam da će i Hrvatska doprinijeti u novoj zajedničkoj vanjskoj politici Europske unije i mislim da ćemo kao nova članica angažirano pomagati i još samo jedna rečenica.

Hvala i zato što želite da radnici budu isto plaćeni na istom mjestu i imaju istu plaću. To je naša europska solidarnost. Na taj ćemo način dokazati da poštujemo načelo europske solidarnosti za koje se toliko zalažemo i za koje ste rekli da je 16 puta spomenuto u europskim ugovorima.

Patrizia Toia (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, noi protagonisti della vita odierna dell'Europa non siamo certo degli eroi, e forse abbiamo un compito più grande di noi, eppure dalle nostre scelte e dalla nostra forza dipenderà un giudizio storico. Tra qualche anno si valuterà se l'Europa, al culmine della sua crisi più grave, avrà saputo rinascere o se avrà imboccato inesorabile la via della dissoluzione. Ha fatto molto bene, il Presidente Juncker, a ricordarcelo. La nostra responsabilità di oggi non è legata alla quotidianità della cronaca, alla nostra vita politica, ma è legata a questo appuntamento, a questo passaggio con la storia.

Diciamo no, dunque, ad ogni attendismo, Presidente e Presidente del Consiglio, verso Brexit e verso quel cambio di rotta indispensabile di molte politiche europee, a partire da quella economica, dove è ormai chiaro che il patto non è il caposaldo, ma caposaldo lo sarà una vera politica di bilancio espansiva, una capacità fiscale dell'Unione. E mi lasci dire – all'on. Weber, soprattutto, ma anche ad altri – che quando il patto è applicato in modo intelligente non fa perdere credibilità, semmai la aumenta nei confronti dei cittadini.

Io voglio dire solo due punti, Presidente Weber, li dirò per titoli: equità fiscale – il primo passo verso una feroce lotta all'evasione e all'elusione – ed equità sociale. C'è una proposta sul tavolo, quella dell'assicurazione per i disoccupati, avanzata da Padoan: diventi un punto della politica sociale europea, per dimostrare che noi – e lei crede a tutto questo, io ho fiducia nella sua convinzione – ci occupiamo del diritto alla dignità dei cittadini più deboli. Quindi adottiamo questa proposta di Padoan, è fattibile, è sostenibile finanziariamente e facciamola diventare una stella della politica europea.

Udo Bullmann (S&D). – Frau Präsidentin! Herr Kommissionspräsident, Sie haben zu Recht gesagt, dass vieles im Moment in Europa nicht so zusammenläuft, wie es zusammenlaufen sollte, und wir in vielen Bereichen die notwendige Solidarität vermissen.

Auch wenn wir, unsere Fraktion, mit Recht sagen: „Habt eine mutige Agenda, geht voran, gebt Vorgaben für ein mutiges, für ein aufrechtes Europa", wissen wir: Sie können nicht alles. Viele Dinge sind national blockiert.

Sie sprechen über intelligente Regeln. Ich will einen Vorschlag wiederholen, den meine Fraktion vor fünf Jahren in der Diskussion um den Stabilitäts- und Wachstumspakt gemacht hat. Es muss einen Unterschied machen, ob ein Land effektiv die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft oder sich einen Wasserkopf von Verwaltung hält. Es muss einen Unterschied machen, ob ein Land effektiv in moderne Technologien, in die Energiewende investiert oder die Steinzeit finanziert. Es muss einen Unterschied machen, ob ein Land hilft, solidarisch Flüchtlingen ein neues Zuhause zu bieten, oder ob es sich verweigert und auf der anderen Seite keine Hand dafür rührt.

Ich glaube, dass hier jede Menge Potenzial für Kreativität vorhanden ist. Wir müssen unser finanzpolitisches Regelwerk ändern, damit die Kommission auch intelligent führen kann. Das ist das Petitum unserer Fraktion, und hier warten wir auf Vorschläge.

Iratxe García Pérez (S&D). – Señora Presidenta. Pérdida de valores europeos, egoísmos nacionales crecientes, rumbo poco claro y crisis continuadas sin resolver: ese podría ser el resumen de la Europa de hoy; un panorama desolador pero que en nuestras manos está cambiar, porque solo con un esfuerzo compartido salvaremos el proyecto de la Unión.

Porque la crisis económica, la crisis de refugiados y migratoria, la crisis de seguridad solo tienen respuesta con una solución común, y ha llegado el momento de que la Comisión Europea con el señor Juncker a la cabeza planten cara a quienes no están en disposición de apoyar y están bloqueando las iniciativas comunitarias.

Seremos incómodos, podremos criticar y exigirle más contundencia; reclamaremos el pilar social, una política monetaria y fiscal más justa, derechos para los trabajadores. Nos opondremos al bloqueo de fondos para España y Portugal, pero lo haremos cooperando con ustedes si cumplen con sus compromisos y recogen nuestras propuestas.

No permitamos que desaparezca la esperanza del sueño europeo. No permitamos dejar de creer que es posible cambiar Europa.

Catch-the-eye procedure

Γεώργιος Κύρτσος (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, για να λύσουμε τα προβλήματα πρέπει να πάρουμε συγκεκριμένες πρωτοβουλίες. Εγώ προτείνω δύο:

Πρώτον, πρέπει να ξεκαθαρίσουμε τη σχέση μας με την Τουρκία, την οποία θεωρώ σημαντική χώρα, με την οποία πρέπει να αναπτύξουμε τη συνεργασία μας, αλλά δεν μπορεί να θεωρούμε ότι η Τουρκία θα ενταχθεί στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Όσο αφήνουμε την εκκρεμότητα να αιωρείται, τόσο θα δημιουργείται δυναμική τύπου Brexit και σε άλλες ευρωπαϊκές χώρες που θεωρούν αδιανόητη την προοπτική ένταξης στην Ευρωπαϊκή Ένωση μιας χώρας με τόσα αντιδημοκρατικά χαρακτηριστικά.

Δεύτερον, πρέπει να προχωρήσουμε σε σημαντική αύξηση του ευρωπαϊκού προϋπολογισμού, τον οποίον δυστυχώς μειώνουμε τα τελευταία χρόνια, για να χρηματοδοτήσουμε την ψηφιοποίηση της ευρωπαϊκής οικονομίας, την έρευνα, την καινοτομία και ένα σημαντικό πανευρωπαϊκό πρόγραμμα υπέρ της απασχόλησης των νέων. Πιστεύω ότι μπορούμε. Το κρίσιμο ερώτημα είναι εάν πραγματικά θέλουμε.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora Presidenta. Señor Presidente, usted lo ha dicho: no estamos mejor que hace un año. Y desde que arrancó este debate del estado de la Unión con el Presidente Barroso, en 2009, con la entrada en vigor del Tratado de Lisboa, no hay peor síntoma del deterioro de la Unión Europea —aún peor que el *brexit* y que el incumplimiento de los compromisos de cohesión y solidaridad— que el divorcio y la distancia entre los discursos y los hechos. Sus discursos merecen aplausos en esta Cámara. Pero los hechos merecen la reprobación, el desánimo y la desafección masiva de los ciudadanos representados en este Parlamento Europeo.

Y la razón es simple: crecimiento raquítico, que muestra las insuficiencias del plan Juncker; paro juvenil masivo, que muestra las carencias de la Garantía Juvenil, ausente de su discurso; el incumplimiento de los compromisos de solidaridad lo muestra la amenaza de la multa a España y Portugal, que no haría sino aumentar la desafección en dos países que tuvieron y mantienen gran vocación europeísta; y, por supuesto, la amenaza al compromiso de la responsabilidad compartida frente a la mal llamada crisis de los refugiados, que plantea el referéndum de Hungría.

El problema no es falta de ideas, sino de voluntad y liderazgo, de que Europa no pierda su última oportunidad antes de que sea demasiado tarde en las elecciones de 2019.

Vicky Ford (ECR). – Madam President, Mr Juncker mentioned the terrible murder of Arkadiusz Jozwik. Hate crime is despicable. Six people have been arrested for this murder. But, Mr Juncker, you did not mention the hundreds and hundreds of local people from Harlow in Essex who stand united to condemn this crime. The vast majority of British people want a calm and peaceful negotiation for their future relationship with Europe. There are deep trade links between the UK and the rest of the EU; if we are forced to rip the UK out of the single market without a long-term plan, there will be economic consequences across all of Europe. Negotiators on both sides of the English Channel need to take time to get this right. Finally, Mrs Georgieva, you would be great in the UN.

Jiří Maštálka (GUE/NGL). – Paní předsedající, přednesená zpráva o stavu Unie především ukazuje pouhý náznak sebekritiky, ale naprostou absenci dostatečných opatření k řešení krize. Přesněji řečeno krizí několika, které postihují Evropskou unii najednou. Toto tvrzení opírám o rozporuplné názory a neefektivní řešení migrační krize, stav, kdy většina občanů Velké Británie nevidí svou dobrou budoucnost ve společné Unii, ale i o narůstající nerovnosti mezi unijním severem a jihem.

Žádná z těchto krizí ale nemusí být fatální. Jenže to předpokládá snahu a schopnost pochopit podstatu chyb, které tyto krize vyvolaly. A předpokládá to také upřímnost přiznat, že tyto chyby způsobily konkrétní osoby. Musí být jasné, kdo konkrétně reagoval pozdě a kdo chyboval. Za dané situace by měl při vší úctě předseda Komise zvážit, zda je schopen Evropskou unii vyvést z krize nebo zda by měl rezignovat.

Julia Reda (Verts/ALE). – Madam President, the State of the Union is analogue, the State of the Union is corporate. Two years ago, Mr Juncker, I actually voted for you because you promised us, as your top priority, a copyright reform that would tear down national borders, that would mobilise the European digital potential and that would make everything clearer and easier to understand. Today, the Commission is presenting the exact opposite. You are barely touching the national differences in copyright laws. Instead you are standing here today and telling us that publishers need to be paid for linking to their articles. No, just no. All that this will do is make it more difficult for European tech companies to actually compete on a global level. It will stifle freedom of expression online and it will lead to fewer links to European publications and less media diversity. Finally, this proposal has already been rejected by Parliament numerous times.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, τα όσα μας ανέφερε ο κύριος Γιούνκερ στην ομιλία του, δεν είναι τίποτε περισσότερο από μία επανάληψη γνωστών ήδη αναλύσεων, φιλολογικού περιεχομένου θέσεων, και ανεφάρμοστων επιδιώξεων. Πώς είναι δυνατόν, παραδείγματος χάρη, να γίνει η επανένωση της Κύπρου όταν η Τουρκία δεν αναγνωρίζει την Κυπριακή Δημοκρατία και η Ευρωπαϊκή Ένωση ανέχεται αυτή την κατάσταση; Πώς είναι δυνατόν να εμπλακεί αποφασιστικά στην κρίση της Συρίας η Ευρωπαϊκή Ένωση όταν η εξωτερική πολιτική της είναι ταυτισμένη με εκείνη των Ηνωμένων Πολιτειών; Πώς είναι δυνατόν να διατηρηθούν τα ευρωπαϊκά πρότυπα και ο ευρωπαϊκός τρόπος ζωής όταν όλες τις χώρες της Ευρώπης, και κυρίως την Ελλάδα, τις έχουν κατακλύσει εκατομμύρια μουσουλμάνοι, οι οποίοι με υπερηφάνεια και αποφασιστικότητα διακηρύσσουν ότι θα επιβάλουν τον ισλαμικό νόμο της Σαρία σε όλη την Ευρώπη; Πώς είναι δυνατόν να αντιμετωπιστεί η ανεργία των νέων όταν ο ίδιος ο κύριος Γιούνκερ είπε ότι πρέπει να έρθουν από τις τρίτες χώρες ταλαντούχοι νέοι;

Τέλος, πώς είναι δυνατόν ο κύριος Γιούνγκερ να είναι περήφανος για τον FRONTEX; Δεν έχει πληροφορηθεί από την ιταλική, και κυρίως από την ελληνική, ακτοφυλακή ότι το μόνο που μπορεί να κάνει ο FRONTEX είναι να παριστάνει τον τροχονόμο όσων θέλουν να εισέλθουν παράνομα στις δύο αυτές χώρες; Ναι, πρέπει να γίνει αλλαγή στην Ευρώπη αλλά να γίνει με βάση και με κριτήριο την εξυπηρέτηση των συμφερόντων των λαών της και όχι με βάση τις εμμονές και τις ιδεοληψίες του ηγετικού κύκλου της Ευρωπαϊκής Ενώσεως.

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Jean-Claude Juncker, *Präsident der Europäischen Kommission*. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf mich sehr herzlich für die Debatte bedanken – auch für das, was an Positivem über die Kommission gesagt wurde. Das Negative habe ich nicht überhört, kann aber jetzt aus Zeitgründen nicht auf alle vorgebrachten Punkte – denn Argumente waren es nicht immer – eingehen. Ich darf mich für eine doch breite Zustimmung der großen Fraktionen dieses Hauses bedanken. Ich möchte nur vielleicht ein Wort zur Türkei sagen, weil dies in meiner Rede nicht behandelt werden konnte.

Wir befinden uns nach wie vor mit der Türkei in intensiven Verhandlungen, was die Visafrage anbelangt. Ich möchte hier noch einmal deutlich machen, dass es eine Visaliberalisierung nur dann gibt, wenn alle genannten Vorbedingungen von der Türkei erfüllt werden, wobei ich uns doch dazu auffordere, in einigen Punkten etwas geduldiger vorzugehen, weil es gilt, schwierigste Fragen in der Türkei zu lösen. Ich bin davon überzeugt, dass dies auch passiert, aber es wird nicht unbedingt in dem dafür vorgesehenen Zeitrahmen möglich sein. Aber ohne eine Reform beispielsweise des Antiterrorgesetzes wird es nicht möglich sein, die Visaliberalisierung bezüglich der Türkei ernsthaft zu einem bestimmten Datum ins Auge zu fassen.

Ich bin froh, dass sich fast alle für eine Stärkung der sozialen Rechte in der Europäischen Union ausgesprochen haben. Sie wissen, was an Konsultationsverfahren über den Grundpfeiler der sozialen Arbeitnehmerrechte zurzeit durchgeführt wird. Wir werden das Ergebnis dieser Konsultationen abwarten und dann unsere Vorschläge vorlegen.

Dankbar bin ich auch dafür, dass unser Hinweis auf die Notwendigkeit, die Mittel des Europäischen Investitionsfonds zu verdoppeln, auf breite Zustimmung gestoßen ist. Hier müssen Rat und Parlament das ihrige tun, damit wir diesbezüglich zu Entscheidungen kommen. Dasselbe gilt für alles, was mit der digitalen Agenda zu tun hat. Auch dort müssen wir in engstem Schulterschluss zusammenarbeiten.

Nochmals herzlichen Dank, Herr Präsident, für die Debatte.

(Beifall)

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Χειρότερη κατάσταση της Ένωσης ομολογήσατε κύριε Γιούνγκερ. Ο δικός σας ευρωπαϊκός τρόπος ζωής, η ανεργία, η φτώχεια, η φορολεηλασία, ο ξεριζωμός των αγροτών, τα αδιέξοδα των νέων με απλήρωτη εργασία και μετανάστευση σίγουρα θα χειροτερέψουν και άλλο, και στην Ελλάδα των μνημονίων και παντού. Η Ένωση δεν κινδυνεύει, είπατε. Κινδυνεύουν, όμως, οι λαοί. Θύματα ανταγωνισμών μεγαθηρίων για ενέργεια και αγορές. Δίνετε, μάλιστα, κοινό στρατηγείο για επεμβάσεις στη Μέση Ανατολή και την Αφρική. Τους νέους σαν μισθοφόρους εθελοντές για τα θύματά σας, τους πρόσφυγες, τους εγκλωβισμένους στην Ελλάδα.

Προτείνετε περισσότερη εκμετάλλευση, φθηνότερους εργαζόμενους, περισσότερα κονδύλια και κέρδη για τα μεγαθήρια, όπως άλλωστε παλιά και νέα σοσιαλδημοκρατία (Ολάντ, Ρέντσι, και, τώρα, Τσίπρας) ζητάνε περισσότερη ευελιξία του Συμφώνου Σταθερότητας για ενίσχυση των μεγαθηρίων, και όχι για αυξήσεις μισθών και συντάξεων, αφού και αυτοί τσακίζουν τους λαούς τους εξίσου με την Μέρκελ, τον Σόιμπλε και την Μέι του Brexit. Το όραμα όλων σας είναι ο εφιάλτης των λαών. Η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν βελτιώνεται. Ο καπιταλισμός μόνο ανεργία, φτώχεια και πολέμους εγγυάται. Η σαπίλα δεν γιατρεύεται. Ανατρέπεται.

Marcel de Graaff (ENF). – Voorzitter, deze Europese Commissie deugt niet omdat ze de burgers blootstelt aan de terreur van de islam en van honderdduizenden migranten uit islamitische landen die onze cultuur verachten. Omdat ze foute regimes steunt zoals neonazi's in Oekraïne, de dictatuur in Iran, de antisemitische Palestijnse Autoriteit en de sultan van Ankara. Omdat ze de economieën van Zuid-Europa de nek omdraait, miljoenen mensen in de werkloosheid stort en daarbij de burgers van Noord-Europa laat opdraaien voor de kosten. Deze Unie deugt niet en haar bestuurlijke elite deugt niet.

Ik herhaal dus dat de heer Juncker moet aftreden. Doet hij dat niet, dan vraag ik hem ten minste het volgende te bevorderen: geen visumliberalisering voor Turkije, Oekraïne en andere schurkenstaten, geen migranten meer opnemen in de EU en de huidige migranten terugsturen, geen bevoegdheden naar Brussel halen en nationale grenzen en bevoegdheden herstellen, maar vooral de EU de-islamiseren.

Nigel Farage (EFDD). – Mr President, I was told again and again in the Brexit debate that there would not be a European army, that there would not be an independent military force in the European Union. Well, here it is. Here it is. And the most interesting comment was not Mr Juncker's when he talked about 'parallel command structures'; it was Mr Verhofstadt's, when he basically said 'go away America, we can do this on our own'.

You cannot run these two structures in parallel with each other without one competing against the other. And once you have got an independent military force, then the argument becomes stronger to start using it. I remember, Mr Verhofstadt, back at the time of Libya and elsewhere you were itching for the EU to militarily start getting involved, and for a project that prides itself on being about peace and reconciliation, I think what is being proposed today is potentially very dangerous and I wonder, if you put it to referendums around the European Union, whether people would endorse it. I do not think so.

Rebecca Harms (Verts/ALE). – Herr Präsident! Ich will auch zur Türkei etwas ergänzen. Ich spreche zurzeit fast täglich mit Kollegen aus der Türkei, aber auch aus der Ukraine. Ich glaube, eines ist weiter ganz wichtig: Wir müssen erkennen, dass demokratische Entwicklungen in Ländern wie diesen nie von außen erreicht werden können. Aber unsere Verpflichtungen, den Demokraten in diesen Ländern bei ihrem Aufbruch zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie weiter beizustehen, und zwar in der Ukraine und in der Türkei, diese Verpflichtung dürfen wir nicht aufgeben.

Herr Farage, Sie machen uns zu Nationalisten? Ich muss Ihnen sagen, als Erstes war ich sehr traurig über die Entscheidung, dass die Briten die Europäische Union verlassen wollen. Sie sind ja gerade derjenige, der den Briten einredet, dass man die Herausforderungen von morgen mit dem Weg zurück in das Gestern beantworten könnte.

Ich sage Ihnen eines voraus: Dieser Weg zurück ins Gestern ist noch nie gut gegangen. Die Zukunft in der Europäischen Union, die Zukunft auf diesem Kontinent, die gewinnt der, der diese Zukunft gemeinsam wagt, denn die bessere Zukunft auf diesem Kontinent hat genau damit angefangen, dass wir das Gemeinsame gewagt haben.

Ich finde es eigentlich traurig, dass ich als Deutsche das einem britischen Nationalisten sagen muss.

(Beifall von links)

Gabriele Zimmer (GUE/NGL). – Herr Präsident! Zwei Bemerkungen: Ich glaube nicht, dass sich Bürgerinnen und Bürger sicherer fühlen, wenn sich die EU wie ein halbstarker Macker gebärdet. Also ich denke hier: gemeinsames Hauptquartier, gemeinsamer Verteidigungsfonds. Ich glaube, viele Bürger beschleicht eher das Gefühl, noch viel schneller in militärische Konflikte einbezogen zu werden. Darüber bitte ich Sie nachzudenken.

Zweite Bemerkung: PNR. Sie sprachen selbst vom notwendigen Schutz der Privatsphäre. Welche Position haben Sie denn zur Ankündigung des Generalanwaltes, dass das PNR-Abkommen der EU mit Kanada den Grundrechten der EU-Grundrechtecharta widerspricht? Sagen Sie hier auch: Wir verhandeln mit Kanada nicht wieder neu?

Guy Verhofstadt (ALDE). – Mr President, very briefly, Rebecca Harms was shocked by the words used by Mr Farage. Well I am not shocked by them. Mr Farage is like an alcoholic who complains that another guy is drinking a pint in a pub, to give a good example that he can understand. That it is his problem. It is, on the one hand, ridiculous. But on the other it is not ridiculous because the reality is that, for nationalists and populists, it is not about Brexit, it is not about the interests of British citizens and certainly not about British industry: it is about destroying Europe. The real agenda is about destroying the European Union.

That is also the reason why Mr Farage continues to sit here in this House. It is completely ridiculous that we are being attacked because we want European defence, when the US President himself is saying that we need to take responsibility on our own continent and it cannot always be the American army that will do it. OK, I understand, Mr Farage, that you are critical of the operation in Libya. I understand too that you were apparently a good friend of all autocrats in the world, including Mr Putin and Mr Gaddafi.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

James Carver (EFDD), *blue-card question*. – Mr Verhofstadt, does it not concern you, as someone who calls for closer military cooperation within the European Union, that there are three traditionally neutral Member States within the European Union – notably the Republic of Ireland, Sweden and Austria? What does that say for those countries' neutrality?

Guy Verhofstadt (ALDE), *blue-card answer*. – I do not see any contradictions in this. I do not see any contradiction between European defence and the North Atlantic Treaty Organisation. I see this, on the contrary, as a development of a European pillar of NATO. It is absolutely necessary to regain control of our own neighbourhood as soon as possible.

Syed Kamall (ECR). – Mr President, it is quite nice to be able to speak after Guy Verhofstadt in this House for once. Since we overtook his Group at the European elections I have not had the chance. But, Guy, I am not saying that this House is a cause of nationalism. However, if you continue to ignore the concerns of citizens, if you continue to focus on EU integration rather than on creating jobs, if you continue to press on regardless, you will drive voters into the arms of those whom you call populists.

Yes, the UK will leave the European Union, but it is not as though there is some gain for any of us. We need each other to be prosperous, and the UK and the EU will continue to cooperate. The EU and the UK both need policies to provide security, to deliver jobs and to offer opportunities for citizens in all the countries represented here today. I am afraid, however, that what we heard today was not a State of the Union. It was the same old mantras: it was a state of the reunion.

Gianni Pittella (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, sinceramente resto basito quando sento il collega Farage e la collega Le Pen che dicono «ora aiutateci a realizzare la Brexit». Loro sono stati determinati, convinti, tenaci nel chiedere la Brexit – e l'on. Le Pen la Frexit – e poi non sono capaci e se la pigliano con il diavolo, l'on. Verhofstadt, ma i diavoli siete voi! Voi siete i diavoli perché voi avete ingannato con le vostre bugie il popolo britannico, lo avete portato verso una decisione che farà male al popolo britannico e che farà male all'Unione europea.

Seconda questione: povertà, redistribuzione del reddito, iniquità, dumping sociale e crescita sostenibile sono le nostre priorità. Grazie, Presidente Juncker, perché sono anche le priorità della Commissione europea.

Terzo: lei ha introdotto questa mattina la *Capital Market Union*. Ora abbiamo la *Market Union*, la *Banking Union*, da completare, la *Capital Market Union*. Dobbiamo lavorare per fare la *Political Union*, l'unione politica dell'Europa. Questa è una grande sfida. Mi direte: «ma Pittella sta sognando». Dobbiamo sognare per realizzare le cose migliori e dobbiamo avere la forza che ci deriva dall'essere uniti: Commissione europea e Parlamento europeo, come diceva Delors, mano nella mano. Se andiamo uniti possiamo vincere anche realizzando i nostri sogni!

Manfred Weber (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident, Herr Ratsvorsitzender! Mir hat heute an der Diskussion der seriöse Ton, der sachliche Ton gefallen, weil die Menschen von uns in der Sache Antworten erwarten. Und was wir heute feststellen können, ist, dass Jean-Claude Juncker mit seinem Programm und die gesamte Kommission mit der großen Rückendeckung dieses Hauses diese Arbeit jetzt anfangen kann. Die beiden Institutionen – EU-Kommission und Europäisches Parlament – sind in der Lage, zu liefern. Das ist der erste wichtige Punkt nach diesen drei Stunden Debatte.

Der zweite Punkt bleibt nach wie vor: Schaffen es jetzt denn auch die Mitgliedstaaten, sich zu bewegen? Die Debatte zwischen Nord und Süd in der Eurofrage, die Debatte zwischen Ost und West bei der Migrationsfrage, und vor wenigen Tagen kam noch einer auf die Idee, jetzt den Ausschluss eines Mitgliedstaats zu beantragen. Seien Sie mir nicht böse, aber das hört sich manchmal eher nach Kindergarten an und nicht nach seriöser Politik, die dort gemacht wird. Und deswegen muss der Rat endlich zu gemeinsamen Antworten für die Aufgaben unserer Zeit kommen. Dann würden wir die Menschen überzeugen.

Und das Dritte – zu unserer Frage der Auseinandersetzung mit Populisten und Extremisten von links und rechts: Ich möchte da vielleicht zunächst mal zum Brexit sagen: Seien Sie mir nicht böse – ich bin politisch bei denen dabei, die sagen: Die Wirkung europaweit ist so, dass wir heute nach den Umfragen, die neutral durchgeführt werden, in vielen, vielen Staaten der Europäischen Union so hohe Zustimmungsraten für die europäische Idee haben wie seit langem nicht mehr – in Deutschland, meinem Heimatland, wie seit 1977 nicht mehr in den Umfragen – weil die Menschen europaweit sehen, dass nicht Berlin ein Problem hat, die Menschen sehen, dass nicht Paris ein Problem hat, die Menschen sehen, dass nicht Rom ein Problem hat, sondern die Menschen sehen, dass London ein großes Problem hat, nämlich wie es mit der Lage umgehen soll. Wir erleben Streit, wir erleben Uneinigkeit, und selbst die Protagonisten des Austritts, die Oberbefürworter des Austritts, sind abgetaucht. Farage tritt zurück, Johnston hört man nicht mehr. Farage sagt sogar: Die 350 Millionen, die wir uns sparen – das war eine Lüge. Das ist die Realität, in der wir uns befinden.

Und deswegen sollten wir die Brexit-Debatte jetzt wirklich positiv angehen. Wenn ein Land rausgehen will, dann sagen nicht nur die Briten: Brexit heißt Brexit, sondern dann müssten auch wir Europäer sagen: Brexit heißt Brexit. Es wird dann für Großbritannien ein schwieriger Weg werden, aber in der Realität muss Farage zukünftig seinen Kindern beantworten, welches bittere Ergebnis er für sein Land aufwerfen wird. Ich werbe deswegen in dieser Debatte dafür, unsere Prinzipien aufrechtzuerhalten, so wie Jean-Claude Juncker das gemacht hat. Wir stehen zu diesem Europa, und die Brexit-Diskussion wird zeigen, dass dieses Europa richtig ist!

(Beifall)

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Der Präsident. – Herr Weber, der Abgeordnete Coburn will Ihnen tatsächlich eine Frage stellen. Und weil er ja zu jenen gehört, die irgendwann gehen, würde ich Sie doch bitten, das zu akzeptieren.

David Coburn (EFDD), *blue-card question*. – Mr Weber, I do not know if you have visited Paris recently. I had not been there for some considerable time but, when I went through the streets of Paris changing trains, I was shocked by the number of people sleeping in major boulevards in Paris. If you do not think that is a problem, I do not know what is.

And as for young people, young people are supporting Brexit in the UK and I think more and more people in France and other countries are also doing that. Do you agree with me?

Manfred Weber (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Eigentlich ist es ja, ehrlich gesagt, nicht wert, den Populisten durch solche Nachfragen immer wieder mehr Redezeit zu geben. Vielleicht muss man das für die Zukunft neu überdenken. Allerdings zeigt der Redebeitrag sehr eindeutig, wie Populisten und Extremisten arbeiten. Sie verdrehen die Wahrheit, und sie vereinfachen. Wir leben in einer Welt, wo wir komplexe Themen vor uns haben, und deswegen müssen wir den Weg der Seriosität weitergehen.

Der Präsident. – Herr Weber! Niemand ist in diesem Hause verpflichtet, eine solche Frage zu akzeptieren. Sie hätten jederzeit das Recht gehabt, zu sagen: Nein, ich habe keine Lust, auf die Frage zu antworten. Aber Sie sehen ja: Die Frage wird gestellt, und die Antwort wird nicht gewünscht. Auch darüber müssten die Kollegen und Kolleginnen in diesem Hause mal nachdenken.

Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Francisco Assis (S&D), *por escrito*. – No debate sobre o estado da União, Jean-Claude Juncker identificou três grandes prioridades para o próximo ano e voltou a chamar a atenção para a importância do tema dos refugiados, verdadeiro desafio à capacidade de afirmação dos valores civilizacionais de que a Europa se reclama.

No seu discurso, o Presidente da Comissão Europeia definiu o seguinte roteiro para o próximo ano: salvaguardar o modelo social europeu, ao rejeitar interpretações dogmáticas do Pacto de Estabilidade e Crescimento e do Tratado Orçamental; garantir a segurança dos cidadãos europeus através da criação de novos mecanismos de defesa, naturalmente articulados com a NATO, mas com carácter europeu; e promover a assumpção de acordos comerciais entre a União Europeia e outros países ou regiões, de modo a influenciar decisivamente a regulação da globalização.

É agora importante passar das palavras aos actos. Perante este discurso proferido pelo presidente da Comissão Europeia, e depois do afastamento da aplicação de sanções, é absurdo que se continue a considerar a hipótese da suspensão dos fundos comunitários a canalizar para Portugal e para Espanha.

Estou certo de que o grupo socialista europeu estará na primeira linha do combate a essa possibilidade, que mais não faria do que enfraquecer o projeto europeu.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – Pérdida de valores europeos, egoísmos nacionales crecientes, rumbo poco claro y crisis continuadas sin resolver: ese podría ser el resumen de la Europa de hoy. Un panorama desolador pero que en nuestras manos está cambiar, porque sólo con un esfuerzo compartido salvaremos el proyecto de la Unión. No hay peor síntoma del deterioro de la Unión que la distancia entre los discursos y los hechos. El problema no es falta de ideas, sino de voluntad y liderazgo. La crisis económica, la crisis de refugiados y la crisis de seguridad sólo tienen respuesta con una solución común. Ha llegado el momento de que la Comisión Europea, con el señor Juncker a la cabeza, plante cara a quienes no están en disposición de apoyar y están bloqueando las iniciativas comunitarias. Seremos incómodos, podremos criticar y exigirle más contundencia. Reclamaremos el pilar social, una política monetaria y fiscal más justa y derechos para los trabajadores. Nos opondremos al bloqueo de fondos para España y Portugal. Pero lo haremos cooperando con ustedes si cumplen sus compromisos y recogen nuestras propuestas. No permitamos que desaparezca la esperanza del sueño europeo. No permitamos dejar de creer que es posible cambiar Europa.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Sublinho a importância do debate anual sobre o Estado da União e felicito o Presidente Juncker pelo discurso que proferiu.

Não podia estar mais de acordo em que precisamos de mais solidariedade a todos os níveis. Mas permita-me que destaque o que disse acerca da política migratória: precisamos de agir especificamente para proteger as crianças não acompanhadas que chegam à nossa costa. Foram, pelo menos, mais de 90 000 em 2015. Só este ano já foram contabilizadas, segundo a Europol, mais de 10 000 desaparecidos no nosso continente.

Mas sejamos claros: temos muitos milhares encurralados na Grécia. Não esqueçamos essas crianças também.

Concordo inteiramente que necessitamos de uma abordagem europeia coordenada para o conflito na Síria. Mas, se é certo que só assim começaremos a tratar dos problemas na sua origem, parece-me pouco crível que um novo fundo venha resolver alguma coisa.

Quanto do prometido conseguimos já amealhar para o fundo fiduciário para África? Quanto do prometido no malfadado acordo com a Turquia conseguimos amealhar? Pouco, muito pouco.

Senhor Presidente, exige-se aos governos nacionais que honrem os seus compromissos, mas não creio que a Comissão Europeia se possa demitir do seu papel apenas lançando propostas para a mesa.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich unterstütze die positive Agenda der Kommission, wie sie der Kommissionspräsident vorgestellt hat. Europa ist die Summe seiner Teile. Populismus und Nationalismus bringen uns nicht weiter. Wir haben große und schwierige Aufgaben vor uns, aber das ist nichts Neues! Neu ist nur, dass alles, was Europa uns „bringt" und erreicht hat, einfach als unbedeutend abgetan wird. Aber unsere gemeinsamen Werte Frieden, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sind es wert, dass wir weiter dafür kämpfen – so wie bereits jahrhundertelang mit Worten und Waffen dafür gekämpft wurde. In den letzten 60 Jahren haben wir es geschafft, in einem beispiellosen Kraftakt ein einzigartiges Friedens- und Solidarprojekt auf die Beine zu stellen. Ich hoffe, dass wir es weiterhin schaffen werden, große Schwierigkeiten in kleine und kleine in ganz kleine zu verwandeln!

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Европейският съюз е в тежка криза. Криза във всеки един аспект: икономическа, политическа, социална и най-вече криза на идентичността. Днес Европейският съюз трябва да направи избор ще продължи ли политиката на федерализиране или Европа ще се обърне към първоначалната идея за съюз от силни нации.

След референдума във Великобритания ясно си пролича, че водената досега политика на отнемане на национален суверенитет, на изземане на компетентности от националните държави не е в интерес на гражданите и те не желаят това да продължава. Потвърждение за това са все по-голямата популярност на партии, които са анти-федералисти.

Европейският съюз се е отдалечил от своите граждани. Поради тази причина той се нуждае от нова посока. Председателят на Европейската комисия Жан-Клод Юнкер заяви, че трябва повече Европа и повече съюз. Аз смятам и вярвам, че повече Европа означава по-силни национални държави, които имат за цел просперитет и по-добър живот за своите народи.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR), *na piśmie*. – Świat staje się coraz większy, a Unia Europejska coraz mniejsza, demograficznie i ekonomicznie – powiedział dzisiaj Jean Claude Juncker w swoim wystąpieniu na temat stanu Unii. Jaka na to recepta? Więcej Europy w Europie. KE, organ wykonawczy, miałby stać się ciałem politycznym, quasi rządem. Federica Mogherini – europejskim ministrem spraw zagranicznych, przejmując kompetencje także ministrów obrony państw członkowskich. Głównym celem obronnym UE stałoby się tworzenie wspólnej kwatery równolegle do struktur dowódczych NATO, a państwa takie jak Polska czy Rumunia, zamiast wzmacniać swoje armie, miałyby zastanawiać się nad sposobem przekazywania sprzętu i personelu do jednolitej europejskiej puli.

Papierkiem lakmusowym intencji elit jest diagnoza zagrożeń zewnętrznych. Na Ukrainie w ostatnich 10 tygodniach zginęło ponad 60 żołnierzy. W wystąpieniu Junckera nie padło nawet jedno słowo na temat trwającej rosyjskiej agresji. Pomysły pogłębienia integracji w dziedzinie WPZiB są po prostu narzędziem realizacji planu politycznego, planu dominacji, stworzenia ciała federalistycznego imitującego swoją strukturą państwo narodowe. Afirmującym słowom skierowanym do narodu polskiego towarzyszy niedopuszczalna presja wywierana na polski rząd. Trudno nie wspomnieć o błędnych założeniach polityki demograficznej UE.

Wystąpienie Junckera wskazuje, że Brexit nie spowodował refleksji w elitach stanowiących główny przywódczy nurt Unii Europejskiej. Zamiast reformy Europy mamy pogłębienie negatywnych tendencji. To droga do upadku Unii.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. – Przewodniczący Komisji Europejskiej Jean-Claude Juncker w wygłoszonym dziś (14.09.2016 r.) w Strasburgu orędziu o stanie Unii podkreślał, że Brexit nie jest zagrożeniem dla UE. Ale skutków opuszczenia UE przez Wielką Brytanię nie da się przewidzieć. Niezbędne będzie ustalenie nowych zasad współpracy unijno-brytyjskiej, dlatego instytucje unijne z niecierpliwością oczekują na list potwierdzający decyzję Brytyjczyków o opuszczeniu Wspólnoty.

Od referendum minęły prawie 3 miesiące i nie ma żadnej oficjalnej reakcji ze strony brytyjskiego rządu. Jak będzie w przyszłości wyglądał budżet UE, do kiedy Brytyjczycy będą płacić składkę? Pytań jest bardzo wiele. Dostęp do wspólnego rynku mogą mieć tylko te kraje, które respektują wszystkie swobody unijne, a Wielka Brytania właśnie do tego ma największe zastrzeżenia. Kraje członkowskie za mało ze sobą współpracują i zbyt często interesy narodowe stawiane są ponad dobro całej Unii, która jest gwarantem pokoju, o czym wielu obywateli – wydaje się – zapomniało.

Przewodniczący Juncker pochwalił także opublikowaną w dniu dzisiejszym nową propozycję KE dotyczącą reformy praw autorskich. W tym kontekście, obawiam się, że zamiast modernizacji liczących już piętnaście lat ram prawnych, Komisja zaproponowała ochronę przemysłu analogowego przed cyfrowymi innowacjami. Nie tylko w dłuższej perspektywie będzie to tragiczne w skutkach dla tych branż, ale stanie się katastrofą dla wolności słowa w internecie i zablokuje zdolność europejskich przedsiębiorstw typu start-up do innowacji.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Dezbaterea de azi era necesară mai mult ca oricând. Europa se află într-o criză profundă de imagine și acest lucru face ca extremismul să ia amploare. Cetățenii din diferitele state europene privesc Europa prin prisma vieții lor. Mulțumesc lui Giani Pittella pentru că, în discursul său, a amintit de nevoia ca România, Bulgaria și Croația să fie în Schengen. De aceea este nevoie de măsuri pentru creșterea coeziunii sociale, a siguranței și a calității vieții.

Domnule Juncker, Comisia este privită de multe ori ca „vinovatul de serviciu" de către cetățenii care nu-și pot da copiii la școală, de tinerii care nu au loc de muncă, de pensionarii care nu pot trăi cu pensiile mici, de IMM-urile care sunt strivite de multinaționale.

Înțelegerea greșită a rolului Comisiei vine și din comunicarea defectuoasă. Aveți dreptate, Europa trebuie explicată mai bine! Ca parlamentari, vrem să sprijinim Comisia. Ajutați-ne să vă sprijinim! Fiți mai transparenți! Țineți cont de rezoluțiile Parlamentului și puneți accent pe investiții de coeziune socială. FEIS nu și-a atins scopul și, de aceea, trebuie să schimbați regulile de cheltuire, ținând cont și de regiunile subdezvoltate, cu o capacitate administrativă redusă de a scrie proiecte. Să rămânem uniți prin proiecte pentru oameni. Doar așa vom fi o putere în lume.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – Pérdida de valores europeos, egoísmos nacionales crecientes, rumbo poco claro y crisis continuadas sin resolver: ese podría ser el resumen de la Europa de hoy. Un panorama desolador pero que en nuestras manos está cambiar, porque sólo con un esfuerzo compartido salvaremos el proyecto de la Unión. No hay peor síntoma del deterioro de la Unión que la distancia entre los discursos y los hechos. El problema no es falta de ideas, sino de voluntad y liderazgo. La crisis económica, la crisis de refugiados y la crisis de seguridad sólo tienen respuesta con una solución común. Ha llegado el momento de que la Comisión Europea, con el señor Juncker a la cabeza, plante cara a quienes no están en disposición de apoyar y están bloqueando las iniciativas comunitarias. Seremos incómodos, podremos criticar y exigirle más contundencia. Reclamaremos el pilar social, una política monetaria y fiscal más justa y derechos para los trabajadores. Nos opondremos al bloqueo de fondos para España y Portugal. Pero lo haremos cooperando con ustedes si cumplen sus compromisos y recogen nuestras propuestas. No permitamos que desaparezca la esperanza del sueño europeo. No permitamos dejar de creer que es posible cambiar Europa.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – Pérdida de valores europeos, egoísmos nacionales crecientes, rumbo poco claro y crisis continuadas sin resolver: ese podría ser el resumen de la Europa de hoy. Un panorama desolador pero que en nuestras manos está cambiar, porque sólo con un esfuerzo compartido salvaremos el proyecto de la Unión. No hay peor síntoma del deterioro de la Unión que la distancia entre los discursos y los hechos. El problema no es falta de ideas, sino de voluntad y liderazgo. La crisis económica, la crisis de refugiados y la crisis de seguridad sólo tienen respuesta con una solución común. Ha llegado el momento de que la Comisión Europea, con el señor Juncker a la cabeza, plante cara a quienes no están en disposición de apoyar y están bloqueando las iniciativas comunitarias. Seremos incómodos, podremos criticar y exigirle más contundencia. Reclamaremos el pilar social, una política monetaria y fiscal

más justa y derechos para los trabajadores. Nos opondremos al bloqueo de fondos para España y Portugal. Pero lo haremos cooperando con ustedes si cumplen sus compromisos y recogen nuestras propuestas. No permitamos que desaparezca la esperanza del sueño europeo. No permitamos dejar de creer que es posible cambiar Europa.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Razmatrajući trenutnu situaciju u EU-u, nameće se jasan zaključak da nam je potrebna duboka reforma EU-a i čvršća suradnja među zemljama članicama. Povodom otvorene rasprave nakon izvješća čelnika Europske komisije Junckera o stanju Unije, pitam se može li Brexit biti uvod u raspad EU-a? Kada slušam i gledam istupe nekih eurozastupnica i eurozastupnika stječe se dojam kao da je sve to već viđeno prije dvadeset i pet godina kada se raspadala Jugoslavija.

Kako bi se izbjegao takav scenarij treba žurno pristupiti reformi Unije koja bi vodila njezinoj boljoj povezanosti i čvršćoj suradnji zemalja članica. Ukoliko do toga ne dođe izgledniji je raspad EU-a nego uspjeh europskog projekta. Osobno, takav scenarij raspada nikako ne želim. Sasvim suprotno! Želim da se kao i prije nekoliko dana, razgovara o jačanju zajedničkih europskih obrambenih sustava.

Želim da se, kao na nedavnom sastanku Višegradske skupine, raspravlja o boljoj međusobnoj povezanosti i suradnji zemalja članica. Potrebno je razgovarati o novom konfederalnom ili federalnom modelu funkcioniranja EU-a. Na taj način vidim budućnost Unije. U tom smislu potrebno je odlučno promijeniti način rada i političkog funkcioniranja Europskog parlamenta kao i ostalih zajedničkih institucija, ukoliko želimo uspjeh europskog projekta.

Tunne Kelam (PPE), *in writing*. – It is a good sign that President Juncker's speech brought the EU out of Brexit depression. The EU clearly has capacity and resolve to continue, and even strengthen itself. Expanding the Strategic Investments Fund is to be supported. Especially relevant is the understanding that the EU cannot remain a soft power in international politics. The EU is deplorably absent in Syrian peace efforts and therefore needs its own strategy for solving Middle Eastern conflicts. We need to concentrate on healing the roots of both the Middle Eastern conflicts as well as migration from Africa. Restoring support and trust of EU citizens means concentrating on basics – that is completing the single market in deeds, not in declarations, bringing to a conclusion international free trade agreements and starting to treat Member States' meeting of their commitments without making any exceptions.

Krystyna Łybacka (S&D), *na piśmie*. – O przyszłości Unii Europejskiej decydują młodzi ludzie, ich poziom wykształcenia, przygotowanie do życia w międzykulturowym społeczeństwie oraz możliwość dostępu do rynku pracy. Wsparcie tych celów wymaga odpowiednich polityk i wytycznych, którym musimy zapewnić efektywną realizację oraz odpowiednie zabezpieczenie finansowe. Dlatego zwracam się do Komisji o rozważenie zmian w pakcie stabilności i wzrostu w zakresie wyłączenia wydatków na edukację, badania i innowacje z obliczania dopuszczalnego poziomu deficytu. Taka praktyka jest już stosowana w związku z wydatkami powstałymi w wyniku nieoczekiwanych wydarzeń i powinna zostać rozszerzona o ww. wydatki tak, aby zachęcić państwa członkowskie do inwestowania w młodych ludzi i budowania gospodarki opartej na wiedzy.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – V posledných rokoch Európa čelila veľkému počtu kríz. Od finančnej a hospodárskej krízy, ktoré mali negatívne dopady na rast a zamestnanosť, cez ohrozenie eura až po migračnú krízu a hrozby terorizmu. Ťažké časy, v ktorých majú ľudia existenčné problémy a obávajú sa o svoju budúcnosť, prinášajú rast populizmu a extrémizmu. Populisti ľuďom podsúvajú, že „EÚ chce nahradiť národné štáty", že „Brusel nevie veci riešiť", že oni jediní majú na všetko riešenia. Skúste sa ich opýtať: Aké riešenia? Nevedia nič konkrétne ponúknuť. V Európskej únii, napriek ťažkému obdobiu, sa podarilo vytvoriť 8 miliónov nových pracovných miest. Viac ako 9 miliónov mladých ľudí sa za posledné 3 roky zúčastnili programu Iniciatíva na podporu mladých. Na Slovensku bol tento projekt veľmi úspešný. Viac ako 80 % mladých ľudí, ktorí sa do projektu zapojili, si aj po ukončení programu udržali zamestnanie. Preto je potrebné v tomto programe pokračovať. Obyvatelia EÚ musia cítiť, že ich Únia dokáže chrániť nielen proti terorizmu, ale aj v oblasti zamestnanosti a sociálneho zabezpečenia. Akou cestou sa v EÚ musíme uberať? Robme spoločne veci, ktoré ako EÚ vieme urobiť lacnejšie a efektívnejšie alebo ktoré jednotlivé krajiny nedokážu zvládnuť samostatne.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Mindenki akkora, amekkorának érzi magát – tartja a mondás. Tisztázzuk akkor, hogy Európa a világ legnagyobb gazdasága és a világ legerősebb gazdasági-politikai hatalma. Viselkedjünk ehhez méltóan. Az EU gazdasága idén gyorsabban nő, mint az Egyesült Államoké. Majdnem minden tagállamban sikerült rövid pórázra fogni az államadósságot és a költségvetési hiányt. Ma Juncker elnök úr bejelentette, hogy újabb befektetési program indul, amelynek végén több mint 5 millió európai munkahelyre számítunk. Európa erős, hanyatlásáról beszélni politikai hisztéria-keltés. Igaz, kihívások vannak az orosz biztonsági fenyegetéstől egészen a britek kilépéséig. Ahogy a Bizottság is szorgalmazza azt, közös uniós hadseregre van szükségünk. Nem járja az, hogy csak az Egyesült Államokra hagyatkozunk, ha biztonságunkról van szó. Nem lehet olyan forgatókönyv, hogy az európaiak nem érzik magukat biztonságban saját hazájukban.

Brutális gazdaságfejlesztésbe is kell kezdenünk, amely lehetővé teszi, hogy minden európai jól élhessen, jobban, mint a szülei. Harmadszor pedig a menekültválság gyors megoldása nem várathat magára. Uniós vízum, határőrség és közös menekültpolitika a megoldás, nem pedig különutas tagállami megoldások. De véssük az eszünkbe, Európa nem kicsi és nem tehetetlen. Európa a világ gazdasági teljesítményének még mindig több mint ötödét adja, annak ellenére, hogy a világ népességének csupán 7%-át tesszük ki. Viselkedjünk ennek megfelelően, ha az EU helyzetről beszélünk.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Euroopa naabruses toimuv mõjutab paratamatult ka ELi sisejulgeolekut, seega mõlemaga tuleb tegeleda väga tõsiselt. Tegeleda tuleb võõrvõitlejate probleemiga, terrorismi rahastamisega ja radikaliseerumisega. ELi piirid tuleb saada kontrolli alla, sest EL peab olema võimeline oma piiri ületamist jälgima, registreerima kõik sisenejad ja ka seda infot omavahel jagama. Europoli tugevdamine on äärmiselt oluline. ELi kaitsepoliitikaga tuleb edasi minna – on vaja selget kava. Tuleb muuta tihedamaks koostöö ELi liikmesriikide vahel ELi kaitsepoliitika, sh alalise struktureeritud kaitsekoostöö osas, suurendada ELi ja NATO vahelist koostööd, lihtsustada ja muuta läbipaistvamaks relvastuspoliitikat ja turgu. Äärmiselt oluline on, et ka ELi liikmesriikidele tekiks kohustus eraldada kaitsekuludeks 2% SKPst.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Mnoge se stvari još trebaju poboljšati, no nedavni događaji pokazali su da su obrana i sigurnost jedna od najslabijih karika u strukturi zajedničke europske politike. Zaštita granica i razmjena podataka ključ su za otkrivanje terorista, zbog čega je Junckerovo zagovaranje povezivanja nacionalnih obrana i razmjene obavještajnih podataka, kao i to da se digitalizacijom ojačaju kapaciteti EU-a u borbi protiv terorizma i drugih opasnosti, bilo danas doista očekivano i dobilo dodatan zamah.

Podržavam konkretne brojke, prije svega povećanje „njegovog" fonda za investiranje za dodatnih 200 milijardi eura. Mislim da je to korak u pravom smjeru, ali uvijek naglašavam kako kriteriji za dodjelu sredstava iz tog fonda ne smiju biti samo pripremljenost projekata, nego i opće financijsko stanje u zemlji i pogođenost ekonomskom krizom. Ne smijemo dopustiti da većina sredstava završava u najrazvijenijim zemljama članicama.

Juncker je istaknuo i koliko je Europska komisija spremna odvojiti primjerice za Garanciju za mlade te najavio i ambiciozan investicijski plan za Afriku, jer problemi koji pogađaju EU nastaju dobrim dijelom i negdje drugdje, zato što se tamo ne rješavaju. Ako imamo 70 godina mira na prostoru Europske unije, onda je to nešto što sigurno ne koristi samo pojedincima već i gospodarstvima i budućnosti koja dolazi.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – I would like to thank President Juncker for the concrete messages especially when it comes to security and border control. I am pleased by the commitment of the Commission to send at least 200 extra Frontex border guards and 50 vehicles to help with the protection of the Bulgarian-Turkish border as of October, which is also the EU's external border.

The Bulgarian authorities have put daily efforts into protecting the southern border of the country and coping alone with the increased migrant flow pressure in the last two years. But shared interests in the EU mean shared responsibilities. As long as it is in everyone's interest to know who is crossing our borders and to make sure this only happens legally, Bulgaria's efforts must be supported.

This support must have concrete practical dimensions. The Bulgarian Government will present to the Commission a list of specific demands for equipment, vehicles and personnel. I would like to call for a swift approval of the necessity because it has become clear that without joint efforts by all EU states, a lasting solution cannot be found.

Laurențiu Rebega (ENF), *în scris*. – Pe 24 iunie, odată cu referendumul din Marea Britanie, Uniunea Europeană a intrat într-o etapă crucială pentru viitor.

Vreau să fiu bine înțeles: nu doresc dezmembrarea Europei și izolarea țărilor noastre într-un naționalism de grotă. Dimpotrivă, doresc să salvăm ceea ce mai poate fi salvat într-o Europă a națiunilor solidare și cooperante în toate domeniile.

Mă așteptam ca, în acest răstimp, să existe o avalanșă de propuneri de reformare a Uniunii și de dezbatere a acestora. În afară de propunerea prezentată de domnul președinte Schulz, pe care o salut, nu am văzut decât întâlniri cu ușile închise între diverși șefi de state, în urma cărora au fost date public numai declarații evazive.

Din păcate, liderii politici pierd din vedere faptul că Brexitul și, în general, euroscepticismul au fost generate tocmai de fractura dintre sistemul politic și cetățeni.

Starea Uniunii e mai rea acum decât pe 23 iunie! Tocmai pentru că nu s-a făcut nimic! A continua să ignorăm nemulțumirile oamenilor nu este o soluție pentru a scoate Europa din criză! Pentru a continua să existe, Uniunea Europeană are nevoie de o reformare structurală profundă!

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – An analysis of the state of the EU today needs a long-range critical review of events over the last twenty years or so. The current angst cannot be blamed uniquely on the 2008 crisis from which the EU still has not freed itself. Its roots go back to the after-effects of policies adopted in the 1990s under the call for enlargement and deepening of the Union. That vision was unfortunately also driven by huge soft power that was frequently misunderstood and misused. Consequently, and not just because of the 2008 crisis, the European Union is now seriously unbalanced – politically, economically, territorially and socially. Unsurprisingly, the Council has become the real powerhouse of the Union, even if there stalemate is frequently the order of the day. The way forward is not through further projects for institutional change, conducted by 'stealth' or by 'convention', which are then used to justify wider changes. The way forward is through consolidation of existing structures and policies, guided politically and not market-based, also premised on the need to promote real social justice within the Union. In the current situation, consolidation – though vital – would still be a tough and complex project.

Algirdas Saudargas (PPE), *raštu*. – Prieš metinę Europos Komisijos vadovo Jean-Claude Junckerio kalbą spėliota: ar išgirsime pasiūlymus, kaip spręsti Europą kamuojančias problemas, o galbūt kalba bus tik „kasdienių reikalų" aptarimas. Galutinis rezultatas – kažkur per vidurį. Manau, jog per daug dėmesio skirta einamiesiems ES reikalams: mokesčių politikai, telekomunikacijos rinkos plėtrai, kalboms apie investicijų ar nedarbo mažinimo svarbą. Be abejo, EK pirmininkas siekė nubrėžti savo darbo gaires, tačiau verta į ateitį pažiūrėti ir iš kitos pusės. Ar valstybė nemestų visų kitų darbų, jei prarastų penktadalį jos ekonomikos generuojančią teritoriją? Galbūt palyginimas ir per vaizdus, tačiau būtent apie tokią būseną kalbame po „Brexit". Tai ne tik ekonominis, bet ir politinis iššūkis: juk Jungtinės Karalystės keliu nori pasukti ir daugiau valstybių ar svarus skaičius jų piliečių. Atrodo, kad p. Junckeris siųsdamas žinutes ieškojo balanso tarp nacionalinių valstybių ir viršnacionalinių institucijų: jis pasakė, kad ES vienijimosi kelio tikslas nėra Jungtinės Europos Valstijos, pabrėžė savanoriško solidarumo svarbą pabėgėlių krizės klausimu, tačiau tuo pačiu prabilo ir apie didesnės integracijos poreikį iki šiol daugiausia nacionalinių valstybių kompetencijoje išlikusiose srityse. Kiek nustebino raginimas nekritikuoti Komisijos darbo ir neieškoti jos vaidmens kylančiuose iššūkiuose. Manau, kad būtent klausimų kėlimas ir atsakymas į juos, o ne atsakomybės baimė gali padėti išspręsti Europos problemas.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Junckerův projev nepřinesl převratné myšlenky. Byl veden v poměrně smířlivém duchu a směrem k citlivému tématu uprchlické krize byl mnohem méně mentorský než v minulosti. Ostatní body byly vcelku předvídatelné a pohybovaly se v rámci stávajících diskutovaných témat. Je otázkou, co z řečeného je skutečně v dohledné době realizovatelné. Do této kategorie řadím úvahy o vzniku evropské armády, evropské ministryni zahraničí nebo o výrazném posílení evropského rozpočtu. Otázkou rovněž je, co bude součástí avízovaného sociálního pilíře EU a jaké budou reálné výsledky boje proti daňovým únikům.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – A Europa não se constrói com propaganda e demagogia, nem com repressão. A Europa constrói-se pondo fim às políticas de ajuste e aos cortes, não ameaçando retirar os fundos, fazendo que a dívida seja paga pelos responsáveis da mesma (bancos e grandes empresas) e pondo fim à ditadura do euro.

Enquanto se vende a proteção do estilo de vida europeu, o ministro espanhol anunciou um decreto com cortes para obedecer à Europa, sabendo que estes cortes trarão mais destruição de emprego. Falou-se da juventude, embora, na Galiza, mais de cem mil jovens tenham sido obrigados a emigrar, e os que encontram trabalho no país são maioritariamente trabalhadores/as pobres.

Os cortes aumentam a precarização e a pobreza. Se subir o IVA sobre os produtos que têm taxas reduzidas, tal vai condenar à fome milhares de pessoas. A juventude merece algo melhor: trabalho digno, serviços públicos de qualidade e gratuitos; merece não ter de abandonar os estudos porque as famílias não podem pagar.

O leite não precisa de esmola, precisa de regulamentação. Do setor pesqueiro não se falou, mas precisa de uma distribuição justa do direito de pescar e de preços justos. Concordo que precisamos de uma Europa melhor, mas para isso temos de derrubar esta União Europeia.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Oceňujem vystúpenie predsedu Komisie p. Junckera, pretože jasne a zreteľne pomenoval súčasné problémy EÚ. Pripomenul, že nesmieme zabúdať na základné princípy fungovania EÚ – solidarita, jednotný trh a sloboda pohybu občanov, tovaru a služieb. Dnes, keď populisti a euroskeptici kritizujú problémy EÚ, využívajú strach ľudí, nehovoria ľuďom, čo EÚ od svojho vzniku pre ľudí urobila. Byť Európanom znamená byť proti trestu smrti, byť za ochranu osobných údajov a súkromia, byť za zrovnoprávnenie platových podmienok a sociálnych štandardov. Byť Európanom znamená bojovať za oceliarsky priemysel, čo z môjho pohľadu ako obyvateľky Košíc je veľmi dôležitá agenda. Európa nemôže byť kontinentom nezamestnaných mladých ľudí. Preto EÚ podporuje program Záruky pre mladých, prostredníctvom ktorého našlo prácu, stáž alebo sa vyškolilo viac ako 9 miliónov mladých. Predseda Komisie sa vyjadril aj k Brexitu, keď povedal, že rozhodnutie Britov ľutujeme, ale rešpektujeme a veríme, že to celistvosť Únie neohrozuje. Vzťahy s Britániou chceme nanovo nastaviť tak, aby – ak chcú mať prístup na jednotný trh –akceptovali aj slobodu pohybu občanov EÚ. Na záver pripomenul kolektívnu zodpovednosť všetkých, ktorí by mali viac a lepšie vysvetľovať fungovanie Únie.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Na jednej strane nás čakajú veľké projekty, ako sú investície do inovácií, malého a stredného podnikania a dôležité obchodné zmluvy, na strane druhej potreba väčšej spolupráce tajných služieb a armád pre udržanie našej bezpečnosti. Tieto výzvy môžeme zvládnuť len v celoeurópskej jednote a konsenze.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ο κύριος Γιούγκερ παραδέχτηκε πως η κρίση βαθαίνει. Και έχει δίκιο. Ξέχασε να πει όμως πως η αιτία για αυτό είναι επειδή συνεχίζει να στηρίζει τις ίδιες νεοφιλελεύθερες πολιτικές και επιμένει στα σκληρά μέτρα του Συμφώνου Σταθερότητας. Υπήρξε παραδοχή πως τα ποσοστά ανεργίας, ιδιαίτερα των νέων, είναι ιδιαίτερα υψηλά. Πώς οι νέοι είναι καταδικασμένοι να ζήσουν μεγαλύτερη φτώχεια από τους γονείς τους. Πώς το κοινωνικό ντάμπιγκ είναι σοβαρό πρόβλημα στην Ευρώπη. Πώς όμως θα υπάρξει ώθηση της πραγματικής οικονομίας όταν αντί να προωθούνται επενδύσεις για δημιουργία νέων ποιοτικών θέσεων εργασίας η Επιτροπή προτείνει να χρηματοδοτηθεί η περαιτέρω στατιωτικοποίηση της ΕΕ με τη δημιουργία μόνιμου ανώτατου στρατηγείου και Ευρωπαϊκού Ταμείου για την άμυνα; Η αλληλεγγύη δεν μπορεί να υπάρξει με τα μέτρα που προτείνετε για ενίσχυση των συνόρων και της Ευρώπης-φρούριο αλλά με μια προσφυγική πολιτική στηριγμένη στον ανθρωπισμό. Η μόνη λύση για έξοδο από την κρίση είναι μια πολιτική προς την κατεύθυνση μιας Ευρώπης της Αλληλεγγύης, της ειρήνης, της δημοκρατίας και της κοινωνικής δικαιοσύνης.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Baloldali, szocialista politikusként számomra egyértelmű, hogy az Uniót jelenleg feszítő problémák megoldásának kulcsa a visszatérés az integráció – s egyben az európai baloldal – alapértékéhez: a szolidaritáshoz. Ez ma konkrétan határozott politikai, intézményi és pénzügyi lépéseket jelent a „Szociális Európa" régóta húzódó projektjének sikeréért, amint arra a Bizottság elnöke is utalt beszédében, az EU „szociális pillérének" kiépítését szorgalmazva. A gyors és eredményes cselekvés ezen a területen egyúttal az európai polgár bizalmának, támogatásának visszanyerését is szolgálhatja. Meggyőződésem szerint e törekvés keretében ma a legsürgetőbb, egyúttal a leginkább polgárközeli eredményt ígérő uniós feladat valamennyi európai embertársunk minőségi, tápláló élelemmel való rendszeres ellátása minden tagállamban, beleértve a társadalom leghátrányosabb helyzetű csoportjaihoz tartozókat is.

Emberileg, morálisan, de politikailag sem vállalható tovább, hogy a világ leggazdagabb, tartósan élelmiszertöbbletet termelő kontinensén emberek millióí, köztük gyermekek tömegesen, napi szinten éhezzenek. Annak tudatában, hogy e szégyenteljes helyzet felszámolásához az Európai Uniónak lényegében már ma minden eszköz a rendelkezésére áll, azt várom az Európai Bizottságtól, hogy mielőbb dolgozza ki és terjessze sürgős döntésre a tagállamok vezetői elé javaslatait a közös európai megoldás konkrét jogi, intézményi, pénz- és adóügyi kereteire. Európa képes – és ezért köteles – élelmezni minden polgárát! (Europe can, and must feed all Europeans!)

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Devant le Parlement européen, le Président Juncker propose de beaux outils pour améliorer la société. Mais hier encore, la Commission européenne soutenait le TTIP et le CETA à tout prix, torpillait la gratuité du roaming, ralentissait la mise en œuvre d'une vraie lutte contre le dumping social ou la création d'une législation sur la fraude fiscale. Cette schizophrénie déstabilise les institutions et crée la méfiance du citoyen. Gageons que cette fois, Juncker tiendra parole et que la Commission fera de l'intérêt général sa priorité absolue.

L'Europe doit être la solution contre la dérégulation et pas sa complice, l'Europe doit instaurer la sécurité et ne pas créer l'instabilité, le Brexit doit être une opportunité pour autant que les institutions se remettent en question et simplifient ses règles de fonctionnement. L'Europe perçue parfois comme le problème a tout pour être la solution.

Ivo Vajgl (ALDE), *pisno*. – Predsednik Evropske komisije Juncker je v rednem letnem nagovoru Evropskega parlamenta o stanju EU poskušal premostiti stisko, v kateri se je skupnost znašla po številnih krizah in izzivih zadnjih mesecev na način, da se je osredotočil na nekaj izbranih nalog.

Skupni imenovalec njegovega govora je bil poziv k več solidarnosti, enotnosti, socialni pravičnosti, odgovornosti za lastno varnost in skrbi za prihodnost mladega rodu. Nisem prepričan, da se je upravičeno izognil krizi v odnosih z Rusijo, neenotnosti v ocenah o strategiji odnosov EU s Turčijo in položaju v Siriji in Bližnjem vzhodu v celoti.

Podpiram njegovo zamisel o potrebi po močnem zunanjem ministru EU, ki bo sedel za pogajalskimi mizami, ko gre za najbolj vroča mednarodna pogajanja. Prav tako mislim, da je treba posvetiti dovolj pozornosti zamisli o tesnejšem povezovanju EU na obrambnem in varnostnem področju.

Henna Virkkunen (PPE), *kirjallinen*. – Kiitos komission puheenjohtaja Jean-Claude Junckerille unionin tila –puheesta! Moni asia repii Eurooppaa juuri nyt erilleen, vaikka samanaikaisesti Euroopan maat tarvitsevat toisiaan enemmän kuin aikoihin.

EU ei kuitenkaan voi toimia, jos sen jäsenet istuvat katsomossa. Siksi myös jokaisen jäsenmaan ja valtionjohdon on otettava vastuu Euroopan kehittämisestä. Kovin paljon uusia avauksia ei tarvita, vaan on keskityttävä toteuttamaan ja edistämään jo tehtyjä päätöksiä. Erityisesti on vahvistettava Euroopan taloutta ja kasvua sekä tiivistettävä yhteistä turvallisuutta. Puheessa esiin nostetut teemat kuten digitalisaatio, kansainvälinen kauppa ja investointien vauhdittaminen ovat tärkeitä työlle ja kasvulle.

Usko Euroopan unionin kykyyn vastata haasteisiin rapautuu, ellei EU edes yritä noudattaa yhdessä päätettyjä sääntöjä ja periaatteita. Vuosien kuluessa näyttää muodostuneen toimintakulttuuri, jossa yhdessä tehtyjä sopimuksia on venytetty kulloisenkin tarpeen mukaan. Tälläkin hetkellä useat jäsenmaat kipuilevat taloudenpitonsa kanssa, mutta komissio on katsonut alijäämäsääntöjen venyttämistä läpi sormien. Myös jäsenvaltiot ovat olleet valmiita joustamaan, vaikka toisten unionin jäsenten velat ja julkisen talouden vajeet ovat kasvaneet yli sovittujen rajojen. Säännöistä lipsuminen kostautuu kuitenkin aina ennemmin tai myöhemmin.

EU:n on aika palata juurilleen ja tehtävä vähemmän, mutta paremmin. Jäsenmaiden on aktivoiduttava toimimaan jälleen yhdessä ja kannettava vastuunsa siitä, että yhdessä tehdyt päätökset myös toteutetaan. Siitä hyötyvät sekä Euroopan unioni että jäsenmaat itse. EU:ta tarvitaan myös tulevaisuudessa.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – În discursul despre starea UE nu am auzit nici de această dată nici măcar o frază despre un subiect care atinge direct 40 de milioane de cetățeni ai UE. Afirmația că „Europa nu poate să devină un creuzet" care ucide identitățile m-a bucurat. Și totuși, Jean-Claude Juncker nu a făcut nicio referire la minoritățile naționale și lingvistice din Europa.

Sunt de acord că trebuie modificat Tratatul de la Lisabona pentru a avea un ministru de externe al UE, dar avem nevoie și de un comisar european care să aibă în portofoliu problematica minorităților naționale și lingvistice. Avem nevoie de voința politică a Comisiei pentru realizarea unui cadru legislativ de armonizare a drepturilor minorităților etnice. „Trebuie să-i ascultăm pe cetățeni și trebuie să facem acest lucru mai intens", a spus Juncker. Dar, ICE propusă de UDMR sub umbrela FUEN – *Minority Safe Pack* – a fost respinsă de Comisie. „Istoria nu ne va reține pe noi, ci va reține greșelile noastre", și-a încheiat el discursul. Prefect adevărat.

Convingerea mea și a încă 40 de milioane de cetățeni ai UE este că încăpățânarea cu care UE trece sub tăcere problematica minorităților naționale și lingvistice europene este o greșeală de dimensiuni istorice.

IN THE CHAIR: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vice-President

8. Auslegung der Geschäftsordnung: siehe Protokoll

*
* *

James Carver (EFDD). – Mr President, I wrote to President Schulz on 4 February this year on a most important matter and I have not received the courtesy of an acknowledgment or a reply. I know from conversations with colleagues from across the political Groups that this is not an isolated case. Can I ask one of the ushers to take this letter and, in front of 751 witnesses, to see that it is delivered to President Schulz's office?

9. Abstimmungsstunde

President. – The next item is the vote.

(For the results and other details of the vote: see Minutes)

— *Before the vote:*

Fulvio Martusciello (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, vorrei soltanto ricordare che il premio Nobel per la pace Shimon Peres ieri ha avuto un ictus e sta lottando tra la vita e la morte. Penso che sia giusto che il Parlamento europeo mandi il suo pensiero nell'auspicio che possa riprendere la forza e la vita.

Președintele. – Sperăm cu toții acest lucru.

9.1. Protokoll zum Abkommen EG/Schweiz über die Freizügigkeit anlässlich des Beitritts der Republik Kroatien zur Europäischen Union (A8-0216/2016 - Danuta Jazłowiecka) (Abstimmung)

9.2. Dreigliedriger Sozialgipfel für Wachstum und Beschäftigung (A8-0252/2016 - Csaba Sógor) (Abstimmung)

9.3. Technische Vorschriften für Binnenschiffe (A8-0256/2016 - Ivo Belet) (Abstimmung)

9.4. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und den SADC-WPA-Staaten (A8-0242/2016 - Alexander Graf Lambsdorff) (Abstimmung)

9.5. Vereinbarung über die Durchführung des Übereinkommens über die Arbeit im Fischereisektor (B8-0976/2016) (Abstimmung)

— Înainte de votare:

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señor Presidente, muchas gracias a todas las personas y colegas que han colaborado en esta Resolución.

Es hora de que este Parlamento tome partido en favor del diálogo social europeo y en favor de que la Unión Europea lidere la mejora de las condiciones laborales de millones de trabajadores de la pesca en todo el mundo, para que se reconozca su derecho a un trabajo decente, a la protección social, a salarios dignos y a tiempos de descanso justos.

Los Estados no deben demorar la aprobación de los convenios de la OIT, sin los cuales la globalización económica abre la puerta a una erosión infinita de los derechos de los trabajadores y de las trabajadoras. Estoy segura de que conseguiremos una mayoría amplia hoy en favor de los trabajadores de la pesca, porque sin derechos laborales y sociales no hay democracia.

Espero su voto favorable.

9.6. Aktuelle Entwicklungen in Polen und ihre Auswirkungen auf die in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Grundrechte (B8-0865/2016, B8-0977/2016, B8-0978/2016) (Abstimmung)

9.7. Die Beziehungen der EU zu Tunesien vor dem aktuellen regionalen Hintergrund (A8-0249/2016 - Fabio Massimo Castaldo) (Abstimmung)

— Înainte de votare:

Fabio Massimo Castaldo, *relatore*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, desideravo ringraziare ancora i relatori ombra per l'ottimo lavoro condiviso svolto su questa relazione, che ha avuto l'ambizione di rilanciare fortemente la cooperazione e il partenariato con quello che oggi è forse il nostro partner più importante nella sponda meridionale e quello più coerente con i nostri valori e con i nostri principi. Ma il più grande ringraziamento deve andare sicuramente al popolo tunisino e agli sforzi straordinari che la sua società civile ha fatto nel corso di questi anni. Loro hanno sicuramente meritato il premio Nobel per la pace, a noi sta il compito di meritare il premio Nobel per la solidarietà e la lungimiranza.

9.8. Sozialdumping in der EU (A8-0255/2016 - Guillaume Balas) (Abstimmung)

— *După votare:*

Ryszard Czarnecki (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie i Panowie! Tuż przed głosowaniami, w trakcie debaty o stanie Unii doszło do niedopuszczalnego incydentu. Na sali obrad Parlamentu Europejskiego, a nie na galerii dla dyplomatów, znalazł się ambasador Rosji przy Unii Europejskiej, pan Czyżow. Parlament Europejski nie jest rosyjską Dumą, a dyplomaci rosyjscy nie powinni tutaj sobie przychodzić i rozmawiać z posłami w trakcie naszej debaty. To niedopuszczalne i bardzo proszę, aby takich sytuacji nie było w przyszłości.

President. – Because of the voting I personally could not raise my eyes to that higher level, so I could not see. But, in any case, point taken.

Guillaume Balas, *rapporteur.* – Monsieur le Président, je veux parler du vote sur le rapport qui vient d'avoir lieu, j'en suis le rapporteur. Je voulais tout simplement remercier les rapporteurs fictifs pour le travail, long et pénible mais excellent, que nous avons fait et dire simplement une chose: par la voix de son Parlement, l'Europe affirme qu'elle veut du progrès social, alors maintenant il faut que l'Europe fasse ce qu'il faut pour y parvenir.

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE). – Herr Präsident! Ich will ganz kurz auf das reagieren, was Kollege Czarnecki gesagt hat.

Wir haben uns hier Regeln gegeben: Diplomaten anderer Länder dürfen an unseren Beratungen teilnehmen, sie dürfen sie beobachten – zwei Diplomaten pro Botschaft. Wir sind ein offenes Haus. Wir haben in unseren Debatten nichts zu verstecken. Ich finde es richtig, dass der russische Botschafter sich die lebhafte Debatte hier im Haus anguckt.

Am Sonntag sind in Russland Duma-Wahlen. Ich glaube, es wäre schön, wenn die Duma ein so lebhaftes Haus werden würde wie dieses Europäische Parlament.

9.9. Delegierte Verordnung der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIP) (B8-0974/2016) (Abstimmung)

— *Înainte de votare, pentru a propune un amendament oral la punctul 4:*

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, nous allons vraisemblablement rejeter les propositions de normes techniques que la Commission européenne nous a soumises parce qu'elle n'a pas écouté les demandes de ce Parlement. En revanche, nous voulons réaffirmer notre engagement en faveur d'une protection des investisseurs de détail et, donc, refuser une remise en cause du contenu du niveau 2. C'est le sens de l'amendement oral que je vous demande de soutenir.

(Amendamentul oral a fost reținut)

Președinte. – Votarea a luat sfârșit.

10. Stimmerklärungen

10.1. Protokoll zum Abkommen EG/Schweiz über die Freizügigkeit anlässlich des Beitritts der Republik Kroatien zur Europäischen Union (A8-0216/2016 - Danuta Jazłowiecka)

Explicații orale privind votul

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, consider Switzerland – Helvetia – a prosperous, peaceful, successful country with a high level of democratic satisfaction, with the highest standard of living in the world, according to the UN, and with an amicable relationship with its neighbours in the EU. Switzerland is a partner and friend of the European Union, duplicating on a bilateral basis some of the obligations that we have to undertake as EU Member States but retaining the right to make its own laws.

That seems to me a useful model for countries that are in this part of the world but outside the jurisdiction of EU institutions. There is nothing that precludes us working together as sovereign countries. Obviously, Britain is not going to copy completely what Switzerland does. We are going to be much more engaged, for example, as a member of NATO, in the defence of Europe. However, the idea of being part of the common market but outside a political union, supporting our friends and allies as they pursue closer integration but standing aside from it – surely that is a useful model that can be profitably extended not just to Britain but also to other European countries.

Explicații scrise privind votul

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – I rapporti UE - Svizzera sono molto importanti per entrambe le parti soprattutto dal punto di vista economico e politico. Dopo l'adesione all'UE della Croazia, come conseguenza dell'ampliamento del mercato interno, l'importanza della partnership UE - Svizzera è cresciuta ancora di più. Considerando inoltre che circa 1 milione di cittadini UE vive in Svizzera e un numero molto elevato di questi attraversa quotidianamente il confine per motivi lavorativi, ho deciso di votare positivamente per garantire la libera circolazione delle persone tra UE e Svizzera.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this legislative consent procedure (single vote) report. The protocol would force Switzerland to gradually open its borders to Croatia over a 10-year period. The Swiss people voted to reject mass immigration in a referendum in 2014. So to respect the wishes of the Swiss people, UKIP voted against the EU's forcing them to open their borders to Croatia.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – This report tried to remedy an issue that has been ongoing since the Swiss 'Against Mass Immigration' referendum in 2014 and the introduction of a new Article 121a into the Constitution, which states that Switzerland regulates immigration, that residence permit restrictions and quotas may be introduced on the basis of Switzerland's overall economic interests, and that businesses are obliged to give Swiss nationals priority when hiring staff. According to the EU, Article 121a is not compatible with the agreement on the free movement of persons. This means that a solution needs to be found.

The protocol agreed provides for a seven-year transition period in which Switzerland and Croatia can maintain limits on the emigration of their citizens to each other's countries. The quotas are progressive in that Switzerland may gradually open its borders year by year to Croatian workers.

I voted in favour of the report from a technical point of view in order to ensure that Croatia will be included in the bilateral agreement between the EU and Switzerland.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport. C'est une évidence que la Croatie et la Suisse, sur le plan politique, économique et culturel bénéficieront de la signature du présent Protocole III. La libre circulation est un élément crucial qui ne peut être séparé de la participation au marché intérieur.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the protocol amending the EU-Switzerland agreement on the free movement of persons. Following the rejection of accession to the EEA Agreement in 1992, the EU and Switzerland signed a number of bilateral agreements. The agreement on the free movement of persons gave citizens of the contracting parties the right to enter, live and work in each other's territories by reciprocally abolishing most of the restrictions. This agreement is the only one that did not automatically extend to new EU members, and a protocol thus needs to be signed whenever new countries become part of the EU. Protocol III was initiated after the accession of Croatia in July 2013. The Swiss referendum of 9 February 2014 'Against mass immigration' sparked a reaction by the EU, with the suspension of bilateral negotiations on several subjects. On 4 March 2016 Protocol III was signed. Under the Protocol, for a period of seven years from its entry into force, Switzerland may limit the access of Croatian citizens to the labour market. During the last two years of this transition period, the restrictions must be accepted by the Switzerland-EU Joint Committee. I fully welcome this decision of the European Parliament.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce protocole. Sur le principe, nous sommes opposés à la notion de libre circulation, qui est la cause principale du dumping social, qui encourage la mobilité forcée et efface la notion d'appartenance à un pays.

Nous sommes d'autant plus opposés à cet accord que la Suisse a voté, en février 2014, la mise en place de quotas d'immigration, afin de contrôler les entrées d'étrangers sur son territoire. L'Union européenne s'est bien évidemment empressée de juger et de condamner ce référendum, œuvrant par tous les moyens en sa possession pour faire annuler/-invalider ce vote.

Cet accord n'est qu'une ingérence de plus dans les affaires suisses, nous ne pouvons que nous y opposer.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – The Swiss people recently voted in a referendum to end the 'free movement of persons' (a standard euphemism for unlimited immigration). Consequently, as a sovereign democratic nation state, their will should be respected.

Unlimited immigration is not a requirement of trade, or indeed of free and fair trade. It is a political principle of the European Union, which it seeks to impose upon third countries. I do not believe in that principle, and therefore I cannot support the Protocol which extends this provision to Croatia.

I therefore voted against.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette recommandation car la Suisse bénéficie, dans la même mesure que les États membres de l'Union, du marché intérieur et de ses élargissements. Il ne fait aucun doute que la Croatie et la Suisse ont tout à gagner de la signature de l'actuel protocole III, sur les plans politique, économique et culturel, en profitant d'un marché intérieur élargi où la libre circulation constitue un élément essentiel.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už rekomendaciją dėl ES ir Šveicarijos susitarimo dėl laisvo asmenų judėjimo protokolo. Kroatijai prisijungus prie ES 2013 metais, buvo pradėtas rengti 1 protokolas dėl laisvo asmenų judėjimo. Tačiau po 2014 metais Šveicarijoje įvykusio referendumo prieš imigraciją protokolas buvo sustabdytas. Visgi 2016 metais ES ir Šveicarija pasirašė 3 protokolą pagal kurį susitarimas dėl laisvo asmenų judėjimo taikomas ir Kroatijai. Pritariu 3 protokolui, nes manau, jog tai bus naudinga abejoms pusėms gaunat ekonominės, politinės ir kultūrinės naudos.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this legislative consent procedure (single vote) report. The protocol would force Switzerland to gradually open its borders to Croatia over a 10-year period. The Swiss people voted to reject mass immigration in a referendum in 2014. So to respect the wishes of the Swiss people, UKIP voted against the EU's forcing them to open their borders to Croatia.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Nous sommes fondamentalement opposés à cette «libre circulation» sans cesse promue par les euromondialistes: sans parler des problèmes migratoires, c'est ce dogme qui est la cause principale du dumping social, encourageant la «mobilité» forcée et effaçant la notion même d'appartenance à un pays. Nous sommes d'autant plus opposés à cet accord que la Suisse a voté, en février 2014, la mise en place de quotas d'immigration, afin de contrôler les entrées d'étrangers sur son territoire. L'Union européenne s'est bien évidemment empressée de juger et de condamner ce référendum, œuvrant par tous les moyens en sa possession pour faire annuler ou invalider ce vote. Cet accord n'est qu'une ingérence de plus dans les affaires suisses, je ne peux que m'y opposer.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui approuve le protocole entre la Communauté européenne et la Suisse sur la libre circulation des personnes concernant la participation de la Croatie suite à son adhésion à l'Union.

Le protocole prévoit que, pendant une période de 7 ans, la Suisse pourra limiter l'entrée des ressortissants croates sur son marché du travail.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – L'UE costituisce il principale partner commerciale della Svizzera che rappresenta invece il quarto partner economico dell'Unione. Gli stretti rapporti esistenti si sono sviluppati in maniera sistematica dopo il rifiuto della Confederazione di aderire allo Spazio economico europeo nel 1992, un fattore che ha portato le due parti a concludere una serie di accordi bilaterali su temi specifici. L'accordo sulla libera circolazione delle persone, firmato nell'ambito del primo gruppo di accordi bilaterali, ha conferito ai cittadini delle due parti il diritto di entrare, vivere e lavorare nei rispettivi territori, abolendo la maggior parte delle restrizioni.

Per poter beneficiare di questi diritti occorre però essere in possesso di un contratto di lavoro o di servizio o possedere mezzi finanziari sufficienti e un'adeguata assicurazione. La relazione Jazłowiecka, che oggi ho sostenuto con il mio voto, approva la conclusione di un protocollo che modifica l'accordo originario e consente alla Croazia di aderire allo stesso. Si tratta di un provvedimento di natura tecnica che permetterà al paese balcanico, entrato nell'UE nel luglio 2013, di sfruttare appieno le possibilità offerte dal suo ingresso all'interno dello spazio comunitario.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la ampliación a Croacia del Acuerdo UE–Suiza de libre circulación de personas. Un acuerdo que se encontraba bloqueado por la iniciativa popular suiza «Contra la inmigración masiva» aprobada en referéndum en 2014, incompatible con el mismo.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – La firma de este Acuerdo es consecuencia lógica de la incorporación de Croacia a la UE. Coincido con la ponente en que tanto Croacia como la Confederación Helvética se van a beneficiar de la firma de este tercer protocolo en los ámbitos político, económico, social y cultural gracias a un mercado interior en el que la libre circulación es elemento fundamental.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne le protocole à l'accord CE-Suisse sur la libre circulation des personnes, visant à tenir compte de l'adhésion de la Croatie à l'UE. L'accord sur la libre circulation des personnes, signé en 2000 dans le cadre de l'accord bilatéral I et entré en vigueur depuis le 1er juin 2002, a été signé entre la Suisse et l'UE-15. Il s'agit du seul accord à ne pas avoir été rendu applicable automatiquement aux nouveaux États membres, c'est pourquoi il doit être étendu après chaque nouvelle adhésion. Le protocole est réétudié à la suite de l'adhésion de la Croatie à l'UE.

Je reste opposée au principe de la libre circulation totale et de plus, à la suite du vote suisse contre les quotas d'immigration en 2014, l'UE s'est empressée de le condamner. J'ai dès lors peur que cet accord ne soit encore qu'une ingérence dans les affaires suisses, par prudence de fait, j'ai voté contre le protocole.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Il 9 febbraio 2014 la Svizzera ha approvato mediante referendum l'iniziativa popolare «Contro l'immigrazione di massa», che stabilisce che la Svizzera può gestire autonomamente l'immigrazione. All'esito del referendum svizzero l'UE ha reagito sospendendo i negoziati con la Svizzera su molti accordi e minacciando di tagliare gli ingenti fondi che le spettano come partecipante ai programmi europei di ricerca. L'UE dimostra, ancora una volta, di essere una costruzione profondamente antidemocratica, che non rispetta in alcun modo la volontà popolare anche se ufficialmente espressa attraverso un regolare referendum popolare. Per questi motivi non intendo sostenere questo testo col mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución por la que el Parlamento Europeo concede su aprobación a la celebración del Protocolo del Acuerdo entre la Comunidad Europea y sus Estados miembros, por una parte, y la Confederación Suiza, por otra, sobre la libre circulación de personas, relativo a la participación de la República de Croacia como consecuencia de su adhesión a la Unión Europea.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritarė ES ir Šveicarijos Konfederacijos susitarimo dėl laisvo asmenų judėjimo Protokolo dėl Susitariančiosios šalies statuso suteikimo į ES įstojusiai Kroatijos Respublikai sudarymui. Dėl savo geografinio ir kultūrinio artumo, o ypač dėl politinės ir ekonominės svarbos, ES ir jos 28 valstybės narės yra svarbiausios Šveicarijos partnerės. Sudariusi daugybę įvairiausių susitarimų ES su Šveicarija puoselėja glaudesnius ryšius nei su bet kuria kita Europos ekonominei erdvei (EEE) nepriklausančia valstybe. Šveicarija yra ketvirtoji didžiausia ES prekybos partnerė (po Jungtinių Amerikos Valstijų, Kinijos ir Rusijos), o ES – pati didžiausia Šveicarijos prekybos partnerė. Šveicarijoje gyvena daugiau kaip milijonas ES piliečių, o dar 230 000 kasdien kerta sieną vykdami į darbą. Apie 430 000 Šveicarijos piliečių gyvena ES. Rumunijai, Bulgarijai ir Kroatijai prisijungus prie ES buvo dar labiau išplėsta bendroji rinka (dabar ją sudaro beveik 505 mln. žmonių), todėl ji tapo dar svarbesnė Šveicarijos partnerė.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Földrajzi és kulturális közelségére, különösen politikai és gazdasági jelentőségére tekintettel, az Unió Svájc legfontosabb gazdasági partnere. Ennek megfelelően az Unió számos megállapodás révén szorosabb kapcsolatot alakított ki Svájccal, mint az Európai Gazdasági Térségen (EGT) kívüli bármely más országgal. Svájc az Unió 4. legnagyobb kereskedelmi partnere az Egyesült Államok, Kína és Oroszország után, az Unió pedig Svájc legfontosabb kereskedelmi partnere. Svájc EGT-megállapodáshoz való 1992-es csatlakozásának elutasítását és az együttműködés meghatározó szerepének kölcsönös tudatosítását követően egy sor kétoldalú megállapodást (pl. az úgynevezett „Bilaterális I." megállapodáscsomag) született.

Ezek – többek közt – a személyek szabad mozgására, a szárazföldi és a légi fuvarozásra, a mezőgazdaságra, a kutatásra, valamint a kereskedelem és a közbeszerzések technikai akadályaira vonatkoztak, és 2002. június 1-jén léptek hatályba. Mivel Svájc az uniós tagállamokhoz hasonlóan hozzáfér és kihasználja a belső piac és annak bővítése által nyújtott előnyöket, politikai, gazdasági és kulturális hasznot húzva egy olyan szélesebb belső piacból, ahol a szabad mozgás, így a magyar állampolgároké is, kulcsfontosságú elem, amelynek Svájc részéről történő korlátozása elfogadhatatlan. Így az előadó véleményével összhangban szavaztam meg az ajánlást, ami egyben a Brexit vonatkozásában is relevanciával bír.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovaj sporazum koji će i za Hrvatsku i za Švicarsku politički, ekonomski i kulturalno biti od koristi. Sloboda kretanja je ključan element, a Protokol III. obuhvaća prijelazno razdoblje od 7 godina u kojem Švicarska može ograničiti pristup hrvatskih građana na svoje tržište rada (kvote, prioritet lokalnih radnika, kontrola uvjeta rada i plaća). Tijekom posljednje dvije godine ovog prijelaznog razdoblja, sva ograničenja moraju biti prihvaćena od strane Zajedničkog odbora Švicarske i EU-a.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce protocole fixe entre autres les règles de circulation des personnes entre l'Union européenne et la Suisse à la suite de l'adhésion de la Croatie à l'Union. Je suis fondamentalement opposée à la libre circulation des personnes que je considère comme une des causes principales du dumping social. Par ailleurs, je me souviens de l'attitude des dirigeants de l'Union vis-à-vis de la Suisse lors de son référendum sur l'immigration, attitude particulièrement outrageante aboutissant à une ingérence inacceptable dans les affaires intérieures de la Suisse.

Pour toutes ces raisons, j'ai voté contre.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – È corretto che anche la Repubblica di Croazia, ora che è pienamente parte dell'Unione europea, partecipi agli accordi commerciali che l'UE sigla con gli Stati esteri. Lo riteniamo un atto dovuto.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – À la suite de l'adhésion de la Croatie, l'Union européenne doit actualiser son accord avec la Suisse sur la libre circulation des personnes. Pour rappel, dans le cadre de cet accord signé en juin 2002, les ressortissants des deux parties peuvent entrer, séjourner, s'établir et étudier dans l'espace de l'autre partie aussi facilement qu'un résident national.

Ce nouveau protocole donne à la Suisse, pour une période de sept ans, la possibilité de limiter l'accès des ressortissants croates sur son marché du travail. Une clause de sauvegarde prévoit même qu'au terme de cette période, la Suisse peut, à nouveau pendant trois ans, limiter unilatéralement le nombre de titres de séjour permettant aux Croates de venir y travailler.

Opposé à la libre circulation des individus qui est la principale cause du dumping social, j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Datorită proximității geografice și culturale și, în special, datorită importanței sale politice și economice, UE și cele 28 de state membre reprezintă cel mai important partener al Elveției. UE are legături mai strânse cu Elveția decât cu orice alt stat din afara Spațiului Economic European (SEE), prin intermediul unei game largi de acorduri.

În timp ce Elveția este al patrulea partener comercial al UE ca importanță, după Statele Unite, China și Rusia, UE reprezintă cel mai mare partener comercial al Elveției.

Peste un milion de cetățeni ai UE locuiesc în Elveția, iar alte 230 000 traversează frontiera zilnic pentru a merge la lucru. Aproximativ 430 000 de cetățeni elvețieni locuiesc în UE. Odată cu aderarea României, Bulgariei și Croației la UE, piața internă s-a extins și mai mult, ajungând la aproape 505 milioane de cetățeni și devenind și mai importantă pentru partenerul nostru elvețian.

Având în vedere relațiile bilaterale extrem de importante dintre UE și Elveția, am considerat că este important prezentul protocol, motiv pentru care am votat în favoarea acestui raport.

Cristian-Silviu Buşoi (PPE), *în scris*. – Protocolul privind libera circulație a persoanelor a fost semnat în 2000 de către Elveția și Uniunea Europeană a celor 15 state membre, urmând să intre în vigoare în 2002. După fiecare episod de extindere a Uniunii, în 2004 (aderarea la UE a celor 10 noi state membre), respectiv în 2007 (aderarea României și a Bulgariei), acordul UE-Elveția a fost amendat, intrând în vigoare ca Protocolul II. Odată cu intrarea Croației în Uniunea Europeană în 2013, a fost inițiat Protocolul III între UE și Elveția, extinzând și în Croația Acordul privind libera circulație a persoanelor.

Am votat în favoarea acestui proiect de rezoluție legislativă a Parlamentului European, întrucât sunt de acord cu textul adoptat de Comisia pentru ocuparea forței de muncă și afaceri sociale.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della raccomandazione in questione perché ritengo che la Svizzera, oltre che per vicinanza geografica e culturale, sia un partner di fondamentale importanza economica e politica per l'UE.

L'UE, infatti, grazie al cospicuo numero di accordi stipulati con la Svizzera, ha legami più stretti con il Paese in questione che con qualsiasi altro paese non appartenente allo Spazio economico europeo (SEE).

La Svizzera rappresenta il quarto maggiore partner economico per l'Europa, dopo Stati Uniti, Cina e Russia. Oltre 1 milione di cittadini europei vivono in Svizzera e più di 230.000 europei valicano quotidianamente il confine per fini lavorativi. Il numero di cittadini svizzeri residenti in suolo europeo, invece, ammonta a circa 430.000.

Con l'ingresso nell'UE di Romania, Bulgaria e Croazia, il mercato interno ha registrato un importante ampliamento. La Svizzera, così come gli Stati membri UE, trae considerevoli benefici dall'ampliamento del mercato interno europeo. Sia la Croazia che la Svizzera, pertanto, con la firma dell'attuale Protocollo III, saranno i beneficiari di un mercato interno più ampio dove la libertà di movimento riveste un ruolo di primissimo livello.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This report tried to remedy an issue that has been ongoing since the Swiss 'Against Mass Immigration' referendum in 2014 and the introduction of a new Article 121a into the Constitution, which states that Switzerland regulates immigration, that residence permit restrictions and quotas may be introduced on the basis of Switzerland's overall economic interests, and that businesses are obliged to give Swiss nationals priority when hiring staff. According to the EU, Article 121a is not compatible with the agreement on the free movement of persons. This means that a solution needs to be found.

The protocol agreed provides for a seven-year transition period in which Switzerland and Croatia can maintain limits on the emigration of their citizens to each other's countries. The quotas are progressive in that Switzerland may gradually open its borders year by year to Croatian workers.

I voted in favour of the report from a technical point of view in order to ensure that Croatia will be included in the bilateral agreement between the EU and Switzerland.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this legislative consent procedure (single vote) report. The protocol would force Switzerland to gradually open its borders to Croatia over a 10-year period. The Swiss people voted to reject mass immigration in a referendum in 2014. So to respect the wishes of the Swiss people, UKIP voted against the EU's forcing them to open their borders to Croatia.

David Casa (PPE), *in writing*. – I agree to give my consent to the present agreement between the EU and Switzerland on the free movement of persons, in order to take into account the latest accession, that of Croatia, to the EU. Since its signature in 2000, the agreement has been extended twice to take into consideration the enlargements of 2004 and 2007.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Con la presente votazione il Parlamento dà il via libera all'integrazione della Croazia all'interno del protocollo relativo all'accordo tra l'UE e la Svizzera sulla libera circolazione delle persone. Si tratta di un atto di prassi necessario in ragione dell'adesione. Ho espresso voto favorevole.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Per la vicinanza geografica e culturale, l'Unione europea, con i suoi Stati membri, è il partner più importante della Svizzera; l'Unione ha legami più stretti con la Svizzera che con qualsiasi altro paese non appartenente allo Spazio economico europeo (SEE).

Con l'ingresso nell'Unione di Romania, Bulgaria e Croazia, il mercato interno si è ulteriormente ampliato, raggiungendo quasi 505 milioni di persone e diventando ancora più importante per il nostro partner svizzero. Il Protocollo III, avviato proprio dall'ingresso della Croazia nell'Unione, apre la porta ai cittadini croati, così come a quelli svizzeri, estendendo l'accordo sulla libera circolazione delle persone alla Croazia.

Sono convinta che sia la Croazia che la Svizzera possono solo ottenere benefici sul piano politico ed economico da questa apertura. La libertà di circolazione è la pietra angolare della cittadinanza dell'Unione, e pertanto ho deciso di votare a favore dell'accordo.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και πιστεύουμε ότι, τόσο η Κροατία όσο και η Ελβετία θα επωφεληθούν από την υπογραφή του παρόντος πρωτοκόλλου ΙΙΙ, αφού θα αντλήσουν πολιτικά, οικονομικά και πολιτιστικά οφέλη από τη διευρυμένη εσωτερική αγορά, για την οποία η ελεύθερη κυκλοφορία αποτελεί στοιχείο ζωτικής σημασίας.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε για τη σύσταση σχετικά με τη συμφωνία μεταξύ της Ευρωπαϊκής Κοινότητας και της Ελβετικής Συνομοσπονδίας, για την ελεύθερη κυκλοφορία των προσώπων, όσον αφορά τη συμμετοχή της Δημοκρατίας της Κροατίας μετά την προσχώρησή της στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Η συμφωνία αυτή αποτελεί ένα ακόμη βήμα στην προσπάθεια ομαλής ένταξης της Κροατίας και για αυτό το λόγο ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Sono a favore dell'estensione alla Croazia dell'accordo UE-Svizzera sulla libera circolazione delle persone. Visti i recenti sviluppi, e data l'incertezza causata dal referendum «Contro l'immigrazione di massa» passato nel febbraio 2014 dalla Confederazione svizzera, mi auspico che il buon esito del Protocollo III contribuisca a creare un rinnovato spirito di cooperazione tra l'Unione europea e la Svizzera.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the vote on the Protocol to the EU-Switzerland Agreement on the free movement of persons (accession of Croatia) and noted no objections.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this legislative, consent procedure (single vote) report. The protocol would force Switzerland to gradually open its borders to Croatia over a 10-year period. The Swiss people voted to reject mass immigration in a referendum in 2014. So to respect the wishes of the Swiss people, UKIP voted against the EU forcing them to open their borders to Croatia.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del suddetto Protocollo perché garantisce sia alla Confederazione Svizzera che alla Croazia un progressivo adattamento all'accordo sulla libera circolazione delle persone, attraverso l'introduzione di limiti all'accesso al mercato del lavoro. La Svizzera potrà mantenere i limiti che tutt'ora sono in vigore riguardo i lavoratori subordinati e autonomi con permessi di soggiorno da quattro mesi ad un anno e di durata uguale o superiore ad un anno, restrizioni che potranno essere applicate anche dalla Croazia. Le restrizioni all'accesso sono determinate per ognuno dei sette anni di applicazione del protocollo, saranno progressive, in modo da aprire gradualmente il mercato del lavoro ed avranno, entrambi i Paesi, il diritto di mantenere i controlli sulle condizioni di lavoro e di retribuzione per i cittadini dell'altra parte contraente.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Switzerland is the EU's 4th largest trading partner, right after the United States, China and Russia, with over one million EU citizens who live in Switzerland, and another 230 000 who cross the border daily to go to work.

I agree with the scope of the report to build further on the 20 principal agreements and over 120 bilateral agreements since 2000 provided for in the acquis communautaire to facilitate movement and the provision of services in the territory of the contracting parties.

I understand that quantitative limits should be set for each year of the Protocol's seven-year implementation with quotas for each year.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe porque se trata de un acuerdo de carácter técnico para asimilar la situación de Croacia, ultimo Estado miembro en incorporarse a la Unión, al mismo estatus que el resto de Estados de la Unión con respecto a la circulación de personas con Suiza. El Parlamento debe ser consultado para la celebración de este tipo de acuerdos internacionales y la presente resolución da el consentimiento para la adhesión de Croacia. Debido a que supone una mejora técnica para igualar los derechos de los ciudadanos de Croacia con el del resto de los ciudadanos de la Unión, he decido votar a favor del presente informe.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – După Statele Unite, China și Rusia, Elveția este al patrulea partener comercial al UE ca importanță, iar UE reprezintă cel mai mare partener economic al acesteia. Peste un milion de cetățeni ai UE locuiesc în Elveția, iar alte 230 000 traversează frontiera zilnic pentru a merge la lucru. Aproximativ 430 000 de cetățeni elvețieni locuiesc în UE.

Obiectivul acestui acord era de a stabili între Uniune și Elveția norme echivalente cu cele prevăzute în acquis-ul comunitar, permițând intrarea, șederea, munca, stabilirea ca lucrător, studiile, introducând dreptul la asigurări sociale și acordând condiții de viață, de angajare și de muncă identice cu cele garantate propriilor resortisanți.

Am votat pentru o piață internă mai mare, în care libera circulație este un element esențial, dar și pentru beneficiile ce pot fi aduse pe plan economic și cultural.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Földrajzi és kulturális közelségére, különösen politikai és gazdasági jelentőségére tekintettel, a 28 tagállamból álló Unió Svájc legfontosabb partnere. Ennek megfelelően az Unió számos megállapodás révén szorosabb kapcsolatot alakított ki Svájccal, mint az Európai Gazdasági Térségen (EGT) kívüli bármely más országgal. Svájc EGT-megállapodáshoz való 1992-es csatlakozásának elutasítását és az együttműködés meghatározó szerepének kölcsönös tudatosítását követően egy sor kétoldalú megállapodás született. Ezek – többek közt – a személyek szabad mozgására, a szárazföldi és a légi fuvarozásra, a mezőgazdaságra, a kutatásra, valamint a kereskedelem és a közbeszerzések technikai akadályaira vonatkoztak, és 2002. június 1-jén léptek hatályba.

Mivel Svájc az uniós tagállamokhoz hasonlóan hozzáfér és kihasználja a belső piac és annak bővítése által nyújtott előnyöket, politikai, gazdasági és kulturális hasznot húzva egy olyan szélesebb belső piacból, ahol a szabad mozgás kulcsfontosságú elem, amelynek Svájc részéről történő korlátozása elfogadhatatlan. Így az előadó véleményével összhangban szavaztam meg az ajánlást.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – W pełni zgadzam się ze stanowiskiem sprawozdawcy. Uważam, że współpraca państw członkowskich (włączając Chorwację) ze Szwajcarią jest korzystana dla obydwu stron. Podpisanie protokołu przez Szwajcarię i Chorwację usprawni swobodny przepływ osób. Aspekt ten jest kluczowym punktem tego dokumentu, dlatego w pełni go popieram, gdyż kwestia zagwarantowania swobodnego przepływu osób jest bardzo istotna dla obywateli. Zagłosowałem ZA.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The European Union and Switzerland benefit from a number of bilateral agreements on a number of issues, including free movement of persons, overland transport, air transport, agriculture and research, as well as technical barriers to trade and public procurement.

Following the accession of Croatia to the European Union, these EU agreements had to be amended in order to take the 28th Member State into account. For this reason I voted in favour of the report.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Având în vedere, pe de o parte, că Elveția reprezintă cel de-al patrulea partener comercial al Uniunii Europene după Statele Unite, China și Rusia, iar, pe de altă parte, faptul că, după aderarea României, Bulgariei și Croației la UE, piața internă s-a extins și mai mult, devenind și mai importantă pentru partenerul elvețian, susțin poziția raportorului de a sprijini acest protocolul la acord și de a recomanda aprobarea sa.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport présente la recommandation du Parlement européen quant au protocole de mise à jour de l'accord entre l'Union européenne et la Suisse à la suite à l'adhésion de la Croatie à l'Union et porte sur les possibles compensations auprès du pays partenaire de l'Union dès lors que celle-ci élargit son marché à un nouveau membre.

La rapporteure recommande de soutenir la proposition de la Commission en faveur de cette négociation.

Considérant que ce rapport technique découle de l'adhésion de la Croatie à l'Union, j'ai voté en faveur.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this legislative, consent procedure (single vote) report. The protocol would force Switzerland to gradually open its borders to Croatia over a 10-year period. The Swiss people voted to reject mass immigration in a referendum in 2014. So to respect the wishes of the Swiss people, UKIP voted against the EU forcing them to open their borders to Croatia.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce texte pour la conclusion d'un protocole à l'accord entre la Communauté européenne et ses États membres et la Suisse sur la libre circulation des personnes afin de tenir compte de l'adhésion de la Croatie. Il me semble en effet tout à fait normal que les accords conclus avec des pays partenaires tiennent compte de l'adhésion des nouveaux membres de l'Union européenne.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Sono favorevole all'accordo perché ritengo che l'UE e la Svizzera abbiano relazioni politiche ed economiche stabili e siano legate da vicinanza geografica e culturale. Infatti, oltre un milione di cittadini dell'UE vive in Svizzera e oltre 230.000 attraversano quotidianamente il confine per recarsi al lavoro. Un punto importante previsto dall'accordo è l'istituzione tra l'Unione e la Svizzera di norme equivalenti a quelle tra i paesi membri, in materia di accesso al lavoro e alla previdenza sociale.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – L'accord sur la libre circulation des personnes, signé en 2000 dans le cadre de «l'accord bilatéral I» entre l'Union et la Suisse, a donné aux ressortissants des deux parties des droits équivalents à ceux prévus par l'acquis communautaire. Cet accord doit être reconduit à chaque nouvelle adhésion.

Sur le principe, nous sommes opposés à la notion de libre circulation. Nous sommes d'autant plus opposés à cet accord que la Suisse a voté, en février 2014, la mise en place de quotas d'immigration, afin de contrôler les entrées d'étrangers sur son territoire. J'ai donc voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – През февруари 2014 г. в Швейцария мнозинство гласува държавата да може автономно да регулира имиграцията и разрешенията за пребиваване, като се дава приоритет на швейцарските граждани при наемането на персонал. Това за мен е решение на суверенна държава. То обаче се явява в разрез със споразумението, което Швейцария е подписала с ЕС за свободно движение на хора и трябва да бъде преразгледано.

В този доклад се гласува присъединяването на Хърватия към това споразумение като част от ЕС и отхвърлянето на този доклад не би довело до разрешение на този проблем, а само до правен вакуум. Затова аз подкрепих доклада, защото Хърватия също би се възползвала от свободното движение, а какви са процедурите и същността на споразумението и дали то е валидно или не трябва да бъде разгледано на друго ниво.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η πολιτική της ελεύθερης διακίνησης προσώπων έχει αποτύχει και με τραγικά μάλιστα αποτελέσματα, όπως απέδειξε η ευκολία με την οποία οι διάφοροι τρομοκράτες μετακινούνται από την μια άκρη της Ευρώπης στην άλλη.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Földrajzi és kulturális közelségére, különösen politikai és gazdasági jelentőségére tekintettel, a 28 tagállamból álló Unió Svájc legfontosabb partnere. Ennek megfelelően az Unió számos megállapodás révén szorosabb kapcsolatot alakított ki Svájccal, mint az Európai Gazdasági Térségen (EGT) kívüli bármely más országgal. Svájc az Unió 4. legnagyobb kereskedelmi partnere az Egyesült Államok, Kína és Oroszország után, az Unió pedig Svájc legfontosabb kereskedelmi partnere. Svájc EGT-megállapodáshoz való 1992-es csatlakozásának elutasítását és az együttműködés meghatározó szerepének kölcsönös tudatosítását követően egy sor kétoldalú megállapodást (pl. az úgynevezett „Bilaterális I." megállapodáscsomag) született.

Ezek – többek közt – a személyek szabad mozgására, a szárazföldi és a légi fuvarozásra, a mezőgazdaságra, a kutatásra, valamint a kereskedelem és a közbeszerzések technikai akadályaira vonatkoztak, és 2002. június 1-jén léptek hatályba. Mivel Svájc az uniós tagállamokhoz hasonlóan hozzáfér és kihasználja a belső piac és annak bővítése által nyújtott előnyöket, politikai, gazdasági és kulturális hasznot húzva egy olyan szélesebb belső piacból, ahol a szabad mozgás, így a magyar állampolgároké is, kulcsfontosságú elem, amelynek Svájc részéről történő korlátozása elfogadhatatlan. Így az előadó véleményével összhangban szavaztam meg az ajánlást, ami egyben a Brexit vonatkozásában is relevanciával bír.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – Por su proximidad geográfica y cultural, y en particular por su importancia política y económica, la Unión, con sus 28 Estados miembros, es el socio más importante de Suiza. Unos 430 000 ciudadanos suizos residen en la Unión. Con la adhesión de Rumanía, Bulgaria y Croacia a la Unión, el mercado interior se ha ampliado hasta alcanzar casi 505 millones de personas y ha pasado a ser aún más importante para nuestro socio suizo. Por ello se negociaron una serie de acuerdos bilaterales (los denominados Acuerdos Bilaterales), tras los cuales se negoció segundo paquete de acuerdos (Acuerdos Bilaterales II) se empezaron a negociar en junio de 2002 y se firmaron en 2004. Por todas estas razones, es conveniente apoyar este Protocolo al Acuerdo y recomendar su aprobación.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A Suíça, tal como os Estados-Membros da UE, beneficia do mercado interno e dos seus alargamentos, como salientado na análise da Suíça sobre as consequências da cessação dos Acordos Bilaterais.

Não restam dúvidas de que tanto a Croácia como a Suíça irão beneficiar da assinatura do presente Protocolo III, que lhes proporcionará vantagens em termos políticos, económicos e culturais, graças a um mercado interno mais vasto que tem como elemento fundamental a livre circulação.

Votei a favor.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: nous sommes opposés à la notion de libre circulation, qui est la cause principale du dumping social, qui encourage la mobilité forcée et efface la notion d'appartenance à un pays.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A negociação do acordo inicial entre a UE e a Suíça sobre a livre circulação de pessoas, firmado em 2000, teve o nosso apoio por diversas razões, entre as quais o facto de que na Suíça trabalham mais de cem mil emigrantes portugueses, incluindo muitos milhares de trabalhadores sazonais.

A inclusão da Croácia neste acordo, que prevê um período de 7 anos em que, mutuamente, um e outro país (Suíça e Croácia) podem limitar a circulação de pessoas e bens, é apenas a consequência da adesão deste país à UE.

Este facto não nos faz alterar a posição de aprovação que este acordo nos mereceu no momento inicial, sob os mesmos argumentos de facilitação da fixação, tendo por base questões relativas aos direitos de trabalhadores de outros países e dos seus familiares.

Votámos a favor.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Prvý rad bilaterálnych dohôd medzi EÚ a Švajčiarskom nadobudol platnosť v júni 2002. Sú súčasťou dohody o voľnom pohybe osôb.

Nová fáza pod názvom Protokol III bola zahájená vstupom Chorvátska do Európskej únie v roku 2013, čo bolo spočiatku blokované Švajčiarskom ako priamy dôsledok švajčiarskeho referenda, ktoré bolo zamerané proti masovej imigrácii. Európska únia na tento vývoj reagovala pozastavením rokovaní so Švajčiarskom o niekoľkých ďalších dohodách.

Dňa 4. marca 2016 Švajčiarsko a Európska únia definitívne podpísali Protokol III o predĺžení dohody o voľnom pohybe osôb do Chorvátska. Protokol III obsahuje sedem rokov prechodného obdobia, počas ktorých môže Švajčiarsko obmedziť prístup chorvátskych občanov na trhu práce.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario in quanto l'Ue dimostra ancora una volta di essere antidemocratica e di non rispettare la volontà dei cittadini.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω το Πρωτόκολλο της συμφωνίας μεταξύ ΕΚ-Ελβετίας για την ελεύθερη κυκλοφορία των προσώπων (προσχώρηση της Κροατίας), διότι η πολιτική της ελεύθερης διακίνησης προσώπων έχει αποτύχει, και με τραγικά μάλιστα αποτελέσματα, όπως απέδειξε η ευκολία με την οποία οι διάφοροι τρομοκράτες μετακινούνται από την μια άκρη της Ευρώπης στην άλλη.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – It is beyond doubt that both Croatia and Switzerland will benefit politically, culturally and economically from the signature of Protocol III. Free movement is a crucial element and can hence not be separated from internal market participation. I therefore voted in favour of the protocol.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Földrajzi és kulturális közelségére, különösen politikai és gazdasági jelentőségére tekintettel, a 28 tagállamból álló Unió Svájc legfontosabb partnere. Ennek megfelelően az Unió számos megállapodás révén szorosabb kapcsolatot alakított ki Svájccal, mint az Európai Gazdasági Térségen (EGT) kívüli bármely más országgal. Svájc az Unió 4. legnagyobb kereskedelmi partnere az Egyesült Államok, Kína és Oroszország után, az Unió pedig Svájc legfontosabb kereskedelmi partnere. Svájc EGT-megállapodáshoz való 1992-es csatlakozásának elutasítását és az együttműködés meghatározó szerepének kölcsönös tudatosítását követően egy sor kétoldalú megállapodást (pl. az úgynevezett „Bilaterális I." megállapodáscsomag) született.

Ezek – többek közt – a személyek szabad mozgására, a szárazföldi és a légi fuvarozásra, a mezőgazdaságra, a kutatásra, valamint a kereskedelem és a közbeszerzések technikai akadályaira vonatkoztak, és 2002. június 1-jén léptek hatályba. Mivel Svájc az uniós tagállamokhoz hasonlóan hozzáfér és kihasználja a belső piac és annak bővítése által nyújtott előnyöket, politikai, gazdasági és kulturális hasznot húzva egy olyan szélesebb belső piacból, ahol a szabad mozgás, így a magyar állampolgároké is, kulcsfontosságú elem, amelynek Svájc részéről történő korlátozása elfogadhatatlan. Így az előadó véleményével összhangban szavaztam meg az ajánlást, ami egyben a Brexit vonatkozásában is relevanciával bír.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Földrajzi és kulturális közelségére, különösen politikai és gazdasági jelentőségére tekintettel, a 28 tagállamból álló Unió Svájc legfontosabb partnere. Ennek megfelelően az Unió számos megállapodás révén szorosabb kapcsolatot alakított ki Svájccal, mint az Európai Gazdasági Térségen (EGT) kívüli bármely más országgal. Svájc az Unió 4. legnagyobb kereskedelmi partnere az Egyesült Államok, Kína és Oroszország után, az Unió pedig Svájc legfontosabb kereskedelmi partnere. Svájc EGT-megállapodáshoz való 1992-es csatlakozásának elutasítását és az együttműködés meghatározó szerepének kölcsönös tudatosítását követően egy sor kétoldalú megállapodást (pl. az úgynevezett „Bilaterális I." megállapodáscsomag) született.

Ezek – többek közt – a személyek szabad mozgására, a szárazföldi és a légi fuvarozásra, a mezőgazdaságra, a kutatásra, valamint a kereskedelem és a közbeszerzések technikai akadályaira vonatkoztak, és 2002. június 1-jén léptek hatályba. Mivel Svájc az uniós tagállamokhoz hasonlóan hozzáfér és kihasználja a belső piac és annak bővítése által nyújtott előnyöket, politikai, gazdasági és kulturális hasznot húzva egy olyan szélesebb belső piacból, ahol a szabad mozgás, így a magyar állampolgároké is, kulcsfontosságú elem, amelynek Svájc részéről történő korlátozása elfogadhatatlan. Így az előadó véleményével összhangban szavaztam meg az ajánlást, ami egyben a Brexit vonatkozásában is relevanciával bír.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la Recomendación relativa a la celebración de un Protocolo del Acuerdo CE-Suiza para tener en cuenta la adhesión de Croacia a la UE. Hay que tener presente que por su proximidad geográfica y cultural, y en particular por su importancia política y económica, la UE es el socio más importante de Suiza. Del mismo modo, más de un millón de ciudadanos de la Unión viven en Suiza, otros 230 000 cruzan la frontera a diario para ir a trabajar y unos 430 000 ciudadanos suizos residen en la Unión.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für das Protokoll zum Abkommen EG/Schweiz über die Freizügigkeit anlässlich des Beitritts der Republik Kroatien zur Europäischen Union gestimmt. Es ist eine wichtige technische Aktualisierung nach dem Beitritt Kroatiens zur EU.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. – Ze względu na sąsiedztwo geograficzne i powiazania kulturowe państwa członkowskie Unii Europejskiej są najważniejszym partnerem politycznym i ekonomicznym Szwajcarii. Ponad milion obywateli Wspólnoty mieszka w Szwajcarii, a kolejne 230 tys. codziennie przekracza jej granice w drodze do pracy, z kolei około 430 tys. obywateli szwajcarskich wybrało obszar Unii do zamieszkania i pracy.

Sprawozdanie dotyczące Protokołu do Umowy między UE a Szwajcarią w sprawie swobodnego przepływu osób odnosi się tym razem do faktu wstąpienia Republiki Chorwacji do UE w 2013 r. Posłowie poparli podpisanie powyższego protokołu będącego częścią standardowej procedury mającej zastosowanie przy każdym rozszerzeniu Unii Europejskiej. Akt ten będzie politycznie, gospodarczo i kulturowo korzystny zarówno dla Chorwacji, Unii Europejskiej, jak i Szwajcarii, która będzie czerpała zyski z większego dostępu do rynku wewnętrznego, którego podstawą jest swobodny przepływ osób.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted to indicate Parliament's support for this protocol, which would extend the free movement accord between the EEA and the Swiss Confederacy to Croatia. As this agreement is linked to the fundamental principle of free movement of persons, this agreement will pave the way for the re-entry of Switzerland's participation in the Erasmus+ programme. This will allow students from the UK to enjoy the possibility of participating in an exchange with Swiss universities.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la ampliación a Croacia del Acuerdo UE–Suiza de libre circulación de personas. Un acuerdo que se encontraba bloqueado por la iniciativa popular suiza «Contra la inmigración masiva» aprobada en referéndum en 2014, incompatible con el mismo.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Głosowałam za zaleceniem w sprawie projektu decyzji Rady dotyczącej podpisania Protokołu do Umowy między Wspólnotą Europejską i jej państwami członkowskimi, z jednej strony, a Konfederacją Szwajcarską, z drugiej strony, w sprawie swobodnego przepływu osób, dotyczącego udziału Republiki Chorwacji jako umawiającej się strony w następstwie jej przystąpienia do Unii Europejskiej.

Unia Europejska składająca się z 28 państw członkowskich jest najważniejszym partnerem Szwajcarii ze względu na sąsiedztwo geograficzne i bliskość kulturową, a w szczególności z uwagi na znaczenie polityczne i ekonomiczne. Choć Szwajcaria jest czwartym co do wielkości partnerem handlowym UE po Stanach Zjednoczonych, Chinach i Rosji, to UE jest największym partnerem Szwajcarii. Ponad milion obywateli UE mieszka w Szwajcarii, a kolejne 230 tys. przekracza codziennie jej granice w drodze do pracy. Około 430 tys. obywateli szwajcarskich mieszka w UE. Z przystąpieniem do UE Rumunii, Bułgarii i Chorwacji poszerzony został rynek wewnętrzny, który obejmuje prawie 505 mln osób, w związku z czym stał się jeszcze ważniejszy dla naszego szwajcarskiego partnera.

W mojej ocenie Szwajcaria może jedynie skorzystać na rozszerzeniu rynku wewnętrznego UE, dlatego podpisanie niniejszego protokołu jest politycznie, gospodarczo i kulturowo korzystne zarówno dla Chorwacji, jak i dla Szwajcarii.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Υπερψηφίσαμε την Έκθεση αφού τόσο η Κροατία όσο και η Ελβετία θα επωφεληθούν από την υπογραφή του παρόντος πρωτοκόλλου ΙΙΙ, δεδομένου ότι θα αντλήσουν πολιτικά, οικονομικά και πολιτιστικά οφέλη από τη διευρυμένη εσωτερική αγορά, για την οποία η ελεύθερη κυκλοφορία αποτελεί στοιχείο ζωτικής σημασίας.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this protocol to the Agreement between the EU and Switzerland in relation to the free movement of people following the accession of Croatia. This agreement gives the citizens of both the EU and Switzerland the right to enter, live and work in the respective territories by mutually abolishing the majority of restrictions. However to do so an employment or service contract or sufficient financial resources are necessary.

This agreement does not automatically extend to new Member States once they join and so must be amended by a protocol. There is a transitional period of seven years, with the possibility of a further three years, from the time the protocol comes into force in which access for Croatian citizens can be limited but this period also applies to Swiss citizens entering Croatia. Both Croatia and Switzerland will benefit from access to a larger internal market to which free movement is integral.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this protocol as it ensures the full participation of Croatia within the European Union following its accession in 2013.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Den Bericht zu einem Protokoll zum Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten und der Schweiz über die Freizügigkeit im Hinblick auf die Aufnahme der Republik Kroatien nach deren EU-Beitritt habe ich abgelehnt. ALFA vertritt die Meinung, dass Volksabstimmungen ein wichtiges Mittel der Demokratie sind und daraus folgt, dass auch die Ergebnisse respektiert werden müssen. Wenn sich die politische und wirtschaftliche Situation eines Landes ändert, müssen dessen Bürger die Möglichkeit haben, ihre Gesetze an die neue Situation anzupassen. Wenn die Schweiz entscheidet, dass die Migration aus der EU zu viel wird, dann müssen Verträge nachverhandelt werden. Dass es dabei zu einem Europa verschiedener Geschwindigkeiten kommen kann, ist akzeptabel. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Er führt zu Zwietracht und Zwist in Europa.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this legislative, consent procedure (single vote) report. The protocol would force Switzerland to gradually open its borders to Croatia over a 10-year period. The Swiss people voted to reject mass immigration in a referendum in 2014. So to respect the wishes of the Swiss people, UKIP voted against the EU forcing them to open their borders to Croatia.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport privind Protocolul III de extindere a Acordului dintre Comunitatea Europeană și statele membre ale acesteia, pe de o parte, și Confederația Elvețiană, pe de altă parte, privind libera circulație a persoanelor în Croația.

Acesta acord a fost inițiat odată cu aderarea Croației, în 2013, și cuprinde o perioadă de tranziție de 7 ani, cu o clauză de salvgardare pentru Elveția pentru încă trei ani. Pe parcursul acestei perioade, Elveția poate limita accesul cetățenilor săi pe piața forței de muncă, urmând ca, în ultimii 2 ani ai acestei perioade, restricțiile să fie acceptate de către un comitet mixt Elveția-UE.

Libera circulație a persoanelor reprezintă motorul dezvoltării blocului comunitar european la toate nivelurile.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Preporuku o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju Protokola uz Sporazum između Europske zajednice i njezinih država članica, s jedne strane, i Švicarske Konfederacije, s druge strane, o slobodnom kretanju osoba u vezi sa sudjelovanjem Republike Hrvatske kao ugovorne stranke nakon njezinog pristupanja Europskoj uniji (14381/2013 — C8-0120/2016 – 2013/0321(NLE)), s obzirom da se time rješava pitanje slobodnog protoka ljudi, odnosno pristupu tržištu rada nakon ulaska Hrvatske u EU-u gdje bi građani Hrvatske trebali steći jednaka prava kao i građani drugih zemalja članica.

Potrebno je uzeti u obzir i mogućnost da u narednih sedam godina, odnosno nakon toga još tri godine, Švicarska može ograničiti hrvatskim građanima pristup tržištu rada. Ostaje još otvoreno pitanje na koji će način biti riješen problem novog članka saveznog ustava koji ograničava useljavanje temeljem referenduma iz 2014., a gdje međunarodni ugovori ne smiju biti protivni njegovim odredbama.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre car je m'oppose à ce protocole de libre circulation.

Sur le principe, nous sommes opposés à la notion de libre circulation, qui est la cause principale du dumping social, qui encourage la mobilité forcée et efface la notion d'appartenance à un pays.

Nous sommes d'autant plus opposés à cet accord que la Suisse a voté, en février 2014, la mise en place de quotas d'immigration, afin de contrôler les entrées d'étrangers sur son territoire. L'Union européenne s'est bien évidemment empressée de juger et de condamner ce référendum, œuvrant par tous les moyens en sa possession pour faire annuler/-invalider ce vote.

Cet accord n'est qu'une ingérence de plus dans les affaires suisses, nous ne pouvons que nous y opposer.

Diane James (EFDD), *in writing*. – UKIP have voted against this legislative, consent procedure (single vote) report. The protocol would force Switzerland to gradually open its borders to Croatia over a 10-year period. The Swiss people voted to reject mass immigration in a referendum in 2014. So to respect the wishes of the Swiss people, UKIP voted against the EU forcing them to open their borders to Croatia.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la ratification du protocole à l'accord entre l'Union européenne et la Suisse sur la libre circulation des personnes. Cet accord permettra en effet aux Croates de bénéficier du même droit à la liberté de circulation que tout ressortissant européen, à la suite de l'adhésion de la Croatie à l'Union européenne. L'accord permet à la Suisse de réintégrer le programme Horizon 2020 dont elle s'est vu suspendre suite à son refus de ratifier le protocole en 2014. Il s'agit d'une décision qui me satisfait et qui va dans le sens d'une union plus étroite.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted to give the consent of the European Parliament to this enactment which would extend the free movement accord between the EEA and the Swiss Confederacy to Croatia. As this agreement is linked to the fundamental principle of free movement of persons, this agreement will pave the way for the re-entry of Switzerland's participation in the Erasmus+ programme. This will allow students from the UK to enjoy the possibility of participating in an exchange with Swiss universities.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Den Bericht zu einem Protokoll zum Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten und der Schweiz über die Freizügigkeit im Hinblick auf die Aufnahme der Republik Kroatien nach deren EU-Beitritt habe ich abgelehnt. ALFA vertritt die Meinung, dass Volksabstimmungen ein wichtiges Mittel der Demokratie sind und daraus folgt, dass auch die Ergebnisse respektiert werden müssen. Wenn sich die politische und wirtschaftliche Situation eines Landes ändert, müssen dessen Bürger die Möglichkeit haben, ihre Gesetze an die neue Situation anzupassen. Wenn die Schweiz entscheidet, dass die Migration aus der EU zu viel wird, dann müssen Verträge nachverhandelt werden. Dass es dabei zu einem Europa verschiedener Geschwindigkeiten kommen kann, ist akzeptabel.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Földrajzi és kulturális közelségére, különösen politikai és gazdasági jelentőségére tekintettel, a 28 tagállamból álló Unió Svájc legfontosabb partnere. Ennek megfelelően az Unió számos megállapodás révén szorosabb kapcsolatot alakított ki Svájccal, mint az Európai Gazdasági Térségen (EGT) kívüli bármely más országgal. Svájc az Unió 4. legnagyobb kereskedelmi partnere az Egyesült Államok, Kína és Oroszország után, az Unió pedig Svájc legfontosabb kereskedelmi partnere. Svájc EGT-megállapodáshoz való 1992-es csatlakozásának elutasítását és az együttműködés meghatározó szerepének kölcsönös tudatosítását követően egy sor kétoldalú megállapodást (pl. az úgynevezett „Bilaterális I." megállapodáscsomag) született.

Ezek – többek közt – a személyek szabad mozgására, a szárazföldi és a légi fuvarozásra, a mezőgazdaságra, a kutatásra, valamint a kereskedelem és a közbeszerzések technikai akadályaira vonatkoztak, és 2002. június 1-jén léptek hatályba. Mivel Svájc az uniós tagállamokhoz hasonlóan hozzáfér és kihasználja a belső piac és annak bővítése által nyújtott előnyöket, politikai, gazdasági és kulturális hasznot húzva egy olyan szélesebb belső piacból, ahol a szabad mozgás, így a magyar állampolgároké is, kulcsfontosságú elem, amelynek Svájc részéről történő korlátozása elfogadhatatlan. Így az előadó véleményével összhangban szavaztam meg az ajánlást, ami egyben a Brexit vonatkozásában is relevanciával bír.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Il protocollo relativo all'accordo UE-Svizzera sulla libera circolazione delle persone, ed entrato ufficialmente in vigore nel 2002, è stato esteso a nuovi Stati membri. Con l'adesione della Bulgaria e della Romania nel gennaio 2007, l'accordo ha subito ancora una volta delle modifiche, entrando pertanto in vigore come protocollo II. Successivo al protocollo II, è il protocollo III ratificato tra l'Ue e la Svizzera, il quale prevede una proroga all'accodo sulla libera circolazione delle persone alla Croazia.

Secondo siffatta procedura, si conferisce ai cittadini delle parti contraenti il diritto di entrare, vivere e lavorare nei rispettivi territori abolendo la maggioranza delle restrizioni. L'obiettivo dell'accordo, è di rendere equivalenti le norme comunitarie all'interno dei Paesi, ma anche quello di facilitare la fornitura dei servizi negli stessi. Pertanto, approvo la conclusione del protocollo.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car je suis opposé à la «libre circulation» européenne qui encourage la mobilité forcée et le dumping social. Je félicite la Suisse d'avoir osé voter en 2014 la mise en place de quotas d'immigration, ce qui lui permet de limiter le nombre d'entrées dans son territoire.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur le protocole à l'accord entre l'Union européenne et la Suisse sur la libre circulation des personnes à la suite de l'adhésion de la Croatie.

Je suis opposée à Schengen, qui est la cause principale du dumping social, qui encourage la mobilité forcée et efface la notion d'appartenance à un pays. Je suis d'autant plus opposée à cet accord que la Suisse a voté, en février 2014, la mise en place de quotas d'immigration, afin de contrôler les entrées d'étrangers sur son territoire. L'Union s'est bien évidemment empressée de juger et de condamner ce référendum, œuvrant par tous les moyens en sa possession pour faire annuler/invalider ce vote. Cet accord n'est qu'une ingérence de plus dans les affaires suisses.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Nous sommes naturellement opposés à la notion de libre circulation, cause principale du dumping social, qui encourage la mobilité forcée et efface la notion d'appartenance à un pays. Nous sommes d'autant plus opposés à cet accord que la Suisse a voté, en février 2014, la mise en place de quotas d'immigration, afin de contrôler les entrées d'étrangers sur son territoire. L'Union européenne s'est bien évidemment empressée de juger et de condamner ce référendum, œuvrant par tous les moyens pour faire annuler/invalider ce vote.

Cet accord n'est qu'une ingérence de plus dans les affaires suisses. Aussi ai-je voté CONTRE ce texte indéfendable.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque el Acuerdo sobre la libre circulación de personas, dio a los ciudadanos el derecho a entrar, vivir y trabajar en los territorios respectivos mediante la abolición mutua de la mayoría de las restricciones.

Porque no obstante, para beneficiarse completamente de los citados derechos, es necesario un contrato de empleo o de servicios o la posesión de medios económicos suficientes y seguros. El objetivo de los diferentes acuerdos era establecer entre la Unión y Suiza disposiciones equivalentes a las previstas en el acervo comunitario, que permitieran entrar, residir, trabajar, establecerse como trabajador por cuenta propia, estudiar, introducir el derecho a la seguridad social y posibilitar las mismas condiciones de vida, de empleo y de trabajo que las concedidas a los nacionales.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe porque se trata de un acuerdo de carácter técnico para asimilar la situación de Croacia, ultimo Estado miembro en incorporarse a la Unión, al mismo estatus que el resto de Estados de la Unión con respecto a la circulación de personas con Suiza, facilitando el libre movimiento de los trabajadores en el continente europeo.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – Suiza, como los Estados miembros de la Unión, se beneficia del mercado interior y de sus ampliaciones, con han afirmado reiteradamente en este país.

No queda duda de que Croacia y Suiza se beneficiarán de la firma del presente Protocolo III, en el ámbito político, económico y cultural, gracias a un mercado interior mayor en el que la libre circulación es un elemento fundamental.

Con este acuerdo bilateral conseguimos que se fijen unos límites cuantitativos, que abra progresivamente el mercado laboral suizo y croata.

Por lo anteriormente expuesto voto favorablemente para la aprobación de esta recomendación.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Den Bericht zu einem Protokoll zum Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten und der Schweiz über die Freizügigkeit im Hinblick auf die Aufnahme der Republik Kroatien nach deren EU-Beitritt habe ich abgelehnt. ALFA vertritt die Meinung, dass Volksabstimmungen ein wichtiges Mittel der Demokratie sind und daraus folgt, dass auch die Ergebnisse respektiert werden müssen. Wenn sich die politische und wirtschaftliche Situation eines Landes ändert, müssen dessen Bürger die Möglichkeit haben, ihre Gesetze an die neue Situation anzupassen. Wenn die Schweiz entscheidet, dass die Migration aus der EU zu viel wird, dann müssen Verträge nachverhandelt werden. Dass es dabei zu einem Europa verschiedener Geschwindigkeiten kommen kann, ist akzeptabel.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report, which extends the free movement of persons between Switzerland and the EU to Croatia as a new member of the European Union.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Zdržel jsem se. Dohoda má zajistit, aby mohli po přistoupení k EU Chorvaté ve Švýcarsku (a naopak) žít a pracovat (pokud budou mít pracovní smlouvu). Podle mého přesvědčení by takováto dohoda měla být věcí Švýcarska a Chorvatska a ostatní země ani EU by do ní neměly mluvit. Pokud Švýcarsko a Chorvatsko dohodu ratifikují, nemám námitku proti její platnosti, proto jsem se zdržel. Dohoda ale může být v rozporu se švýcarskou ústavou, která na základě nedávného referenda stanovuje svrchovanost Švýcarska ve věci imigrace. Nechal bych tedy na Švýcarsku, zda a jak si dohodu s Chorvatskem představuje, nechci rozhodovat za Švýcary a Chorvaty.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – EU je, s obzirom na političku i gospodarsku važnost, najvažniji partner Švicarske. U okviru svoje europske politike Švicarska je oduvijek težila jačanju odnosa s EU-om, što pokazuje činjenica da je od 2000. sklopljeno 20 glavnih sporazuma i više od 120 bilateralnih sporazuma koje su švicarski građani potvrdili na sedam referenduma.

Švicarska i EU potpisali su 4. ožujka 2016. Protokol III. kojim se Sporazum o slobodnom kretanju osoba proširuje na Hrvatsku. Obzirom na šire unutarnje tržište čiji je ključni element slobodno kretanje, smatram da će Hrvatska i Švicarska imati koristi od potpisivanja Protokola III., stoga sam podržala ovu preporuku.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – Parliament gave its consent to the conclusion of the Protocol to the Agreement between the European Community and its Member States, of the one part, and the Swiss Confederation, of the other, to give Croatian citizens access to Switzerland's labour market. It is a formal but necessary step for the equality of EU Member States.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Schválením Protokolu k dohode o voľnom pohybe osôb uzavretom medzi EÚ a Švajčiarskom sa táto dohoda rozširuje o občanov Chorvátskej republiky. Podľa dohodnutých pravidiel môže Švajčiarsko počas prechodného obdobia nasledujúcich siedmich rokov obmedziť prístup chorvátskych občanov na trh práce, a to pre kategórie pobytu na obdobie dlhšie ako štyri mesiace a kratšie ako jeden rok a na obdobie jeden rok alebo viac. Ku koncu prechodného obdobia môže Švajčiarsko predĺžiť toto obdobie o ochrannú doložku, t. j. o ďalšie 3 roky. Návrh Protokolu podporujem, pretože je v záujme oboch krajín a je v súlade s dohodami uzavretými medzi EÚ a Švajčiarskom.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Απείχα κατά την ψηφοφορία της Σύστασης σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου που αφορά τη σύναψη του πρωτοκόλλου της συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Κοινότητας και των κρατών μελών της, αφενός, και της Ελβετικής Συνομοσπονδίας, αφετέρου, για την ελεύθερη κυκλοφορία των προσώπων, όσον αφορά τη συμμετοχή της Δημοκρατίας της Κροατίας ως συμβαλλόμενου μέρους, μετά την προσχώρησή της στην Ευρωπαϊκή Ένωση, διότι η εν λόγω σύσταση δεν είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. En effet, il tend à développer, une fois de plus, la notion de libre circulation qui est l'une des causes principales du dumping social organisé par l'Union européenne. Alors même que la Suisse a voté en 2014 plusieurs textes permettant de contrôler les entrées sur son territoire, l'Union s'assied sur ce referendum national pour lui imposer sa vision. Au-delà de ces considérations, le texte se positionne favorablement pour la mobilité forcée et combat la notion d'appartenance à un pays. Nous ne pouvons que nous y opposer.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – As the EU's newest member, I see no reason for the Republic of Croatia not being able to enjoy the same benefits as those of its European counterparts, especially the free movement of persons. Therefore, I voted in favour on the Protocol between the European Community and its Member States and the Swiss Confederation regarding the participation of Croatia as a Contracting Party, as both the EU and Switzerland will continue benefiting from free movement.

Certainly, Switzerland has the right to prioritise employment opportunities for its citizens but it is also in the country's benefit to open gradually its labour market to Croatian workers and likewise with Swiss workers in Croatia.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Abschluss eines Protokolls zum Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit im Hinblick auf die Aufnahme der Republik Kroatien: Diesen Entwurf eines Beschlusses habe ich negativ beurteilt.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu ES ir Šveicarijos susitarimo protokolui dėl laisvo asmenų judėjimo, kuris teisiškai turėjo būti pakoreguotas po Kroatijos įstojimo į ES.

Šio susitarimo tikslas buvo ES ir Šveicarijoje sukurti taisykles, lygiavertes toms, kurios nurodytos Bendrijos teisyne, pagal kurias leidžiama atvykti į šalį, joje apsigyventi, dirbti, savarankiškai dirbti, studijuoti, suteikiama teisė į socialinę apsaugą ir galima naudotis tokiomis pačiomis gyvenimo, įdarbinimo ir darbo sąlygomis, kaip ir tos valstybės piliečiams. Be to, susitarimo tikslas taip pat buvo palengvinti paslaugų teikimą susitarimo šalių teritorijoje.

Susitarimui buvo taikomos tam tikros pereinamojo laikotarpio nuostatos, palaipsniui suteikiant galimybę visiems ES ir Šveicarijos gyventojams naudotis laisvo judėjimo teise.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Nous sommes naturellement opposés à la notion de libre circulation, qui est la cause principale du dumping social, qui encourage la mobilité forcée et efface la notion d'appartenance à un pays. Nous sommes d'autant plus opposés à cet accord que la Suisse a voté, en février 2014, la mise en place de quotas d'immigration, afin de contrôler les entrées d'étrangers sur son territoire. L'Union européenne s'est bien évidemment empressée de juger et de condamner ce référendum, œuvrant par tous les moyens pour faire annuler/invalider ce vote.

Cet accord n'est qu'une ingérence de plus dans les affaires suisses, nous ne pouvons de ce fait que nous y opposer.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A presente proposta constitui o instrumento jurídico necessário à conclusão de um Protocolo do Acordo sobre a livre circulação de pessoas entre a Comunidade Europeia e os seus Estados-Membros, por um lado, e a Confederação Suíça, por outro, a fim de ter em conta a adesão da República da Croácia à União Europeia.

O Protocolo proposto incorpora a República da Croácia como Parte Contratante no Acordo e estabelece que a União Europeia deve fornecer a versão do Acordo que faz fé na nova língua oficial da UE.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it is important that Croatia, the newest Member State, is included in existing conventions and agreements and is an equal partner in our European Union.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – It is beyond doubt that both Croatia and Switzerland will politically, culturally and economically benefit from the signature of the present Protocol III. Free movement is a crucial element and can hence not be separated from internal market participation. That is why I voted in favour of this protocol.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A személyek szabad mozgásáról szóló megállapodást 2000-ben írta alá Svájc és az Unió akkori 15 tagállama. Ez a megállapodás az Unió 2004. május 1-jei bővítését követően nem terjed ki automatikusan az új tagállamokra, ezért a megállapodást egy jegyzőkönyv révén módosították, és kiterjesztették a tíz új tagállamra. Bulgária és Románia 2007. január 1-jei uniós csatlakozásának megfelelően a megállapodást a II. jegyzőkönyv 2009-es hatálybalépésével ismét módosították. Horvátország Unióba való 2013-as belépésével született meg a III. jegyzőkönyv. Ezt azonban a „tömeges bevándorlás elleni" 2014. február 9-i népszavazás eredményeként Svájc kezdetben blokkolta, amire az Unió válaszlépéseket tett. 2016. március 4-én aztán Svájc és az Unió végül aláírták a III. jegyzőkönyvet, amely kiterjeszti a személyek szabad mozgásáról szóló megállapodást Horvátországra. A Tanács határozattervezetet fogadott el

a jegyzőkönyv megkötéséről, ehhez azonban meg kell szereznie az Európai Parlament egyetértését. A Foglalkoztatási és Szociális Bizottság jelentésében azt javasolja, hogy a Parlament értsen egyet a jegyzőkönyv megkötésével. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Sur le principe, nous sommes opposés à la notion de libre circulation, qui est la cause principale du dumping social, qui encourage la mobilité forcée et efface la notion d'appartenance à un pays.

Nous y sommes d'autant plus opposés que la Suisse a voté, en février 2014, la mise en place de quotas d'immigration, afin de contrôler les entrées d'étrangers sur son territoire. L'Union européenne s'est bien évidemment empressée de juger et de condamner ce référendum, œuvrant par tous les moyens en sa possession pour faire annuler/invalider ce vote.

Cet accord n'est qu'une ingérence de plus dans les affaires suisses. Vote défavorable.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A Suíça é o parceiro mais importante da UE, atendendo à sua proximidade geográfica e cultural, e especialmente à sua importância política e económica.

Depois de a Suíça ter rejeitado aderir ao Acordo EEE, e estando mutuamente conscientes da importância vital da cooperação, foram negociados vários acordos bilaterais, que abrangem a livre circulação de pessoas, o transporte terrestre e aéreo, a agricultura e a investigação, bem como entraves técnicos ao comércio e aos contratos públicos.

O presente Protocolo do Acordo sobre a livre circulação de pessoas prevê que, durante um período de sete anos a contar da entrada em vigor do Protocolo, a Suíça poderá limitar o acesso de cidadãos croatas ao mercado de trabalho (quotas, prioridade aos trabalhadores locais, controlo das condições de trabalho e salários). Durante os últimos dois anos deste período de transição, as restrições devem ser aprovadas pelo Comité Misto UE-Suíça.

Defendo que a UE, assim como a Suíça, beneficia do mercado interno e dos seus alargamentos, e que tanto a Croácia como a Suíça irão beneficiar da assinatura do presente Protocolo III, que lhes proporcionará vantagens em termos políticos, económicos e culturais, graças a um mercado interno mais vasto que tem como elemento fundamental a livre circulação.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Sur le principe, je suis opposée à la notion de libre circulation, qui est la cause principale du dumping social, qui encourage la mobilité forcée et efface la notion d'appartenance à un pays.

Nous sommes d'autant plus opposés à cet accord que la Suisse a voté, en février 2014, la mise en place de quotas d'immigration, afin de contrôler les entrées d'étrangers sur son territoire. L'Union européenne s'est bien évidemment empressée de juger et de condamner ce référendum, œuvrant par tous les moyens en sa possession pour faire annuler/-invalider ce vote.

Cet accord n'est qu'une ingérence de plus dans les affaires suisses, je ne peux que m'y opposer.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted to give the consent of the European Parliament to this enactment which would extend the free movement accord between the EEA and the Swiss Confederacy to Croatia. As this agreement is linked to the fundamental principle of free movement of persons, this agreement will pave the way for the re-entry of Switzerland's participation in the Erasmus+ programme. This will allow students from the UK to enjoy the possibility of participating in an exchange with Swiss universities.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – Ce rapport vise à donner l'approbation du Parlement à l'adhésion de la Croatie au protocole de l'accord sur la libre circulation des personnes conclu entre l'Union européenne et la Suisse.

En effet, la Croatie ayant adhéré à l'Union européenne seulement à partir du 1er juillet 2013, elle n'était pas partie à ce protocole, alors qu'en tant qu'État membre elle y a totalement sa place. J'ai donc voté en faveur de ce rapport.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Támogatom az állásfoglalás tervezetét, elsősorban azért, mert fontos, hogy mi, uniós állampolgárok támogassuk és megéljük az Unió által kínált szabad mozgás lehetőségét. Svájc az uniós tagállamokhoz hasonlóan kihasználja a belső piac és annak bővítése által nyújtott előnyöket. A megállapodás elősegíti a szolgáltatásnyújtást, továbbá Svájc és Horvátország az ellenőrzése alatt tudja majd tartani a szervezett munkaerőpiacot.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The free movement of persons given to the citizens of the European Union and Switzerland to live and work in each other's territories is regulated by this protocol. I voted for this report that will take into consideration the accession of Croatia.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. – This report tried to remedy an issue that has been ongoing since the Swiss 'Against Mass Immigration' referendum in 2014 and the introduction of a new Article, 121a, into its constitution, which states that Switzerland regulates immigration, that residence permit restrictions and quotas may be introduced based on Switzerland's overall economic interests, and that businesses are obliged to give Swiss nationals priority when hiring staff. According to the EU, Article 121a is not compatible with the Agreement on the Free Movement of Persons. This means that a solution needs to be found.

The protocol agreed provides for a seven-year transition period in which Switzerland and Croatia can maintain limits on the emigration of their citizens to each other's countries. The quotas are progressive so that Switzerland may gradually open its borders year by year to Croatian workers.

I voted in favour of the report from a technical point of view in order to ensure Croatia will be included in the bilateral agreement between the EU and Switzerland.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Bei der Abstimmung über das Protokoll zum Abkommen EG/Schweiz über die Freizügigkeit anlässlich des Beitritts der Republik Kroatien zur Europäischen Union hätte ich mich enthalten.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Protokolli sõlmimine tuleneb Horvaatia liitumisest ELiga. See on kasulik mõlemale osapoolele nii siseturu kui ka vaba liikumise küsimustes.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this legislative, consent procedure (single vote) report. The protocol would force Switzerland to gradually open its borders to Croatia over a 10-year period. The Swiss people voted to reject mass immigration in a referendum in 2014. So to respect the wishes of the Swiss people, UKIP voted against the EU forcing them to open their borders to Croatia.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Cari colleghi, non posso far altro che ringraziare la relatrice per l'operato svolto e concordare sul testo finale. La libera circolazione delle persone resta un pilastro fondamentale dell'Unione e noi tutti dobbiamo batterci per proteggere questo diritto.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – With Croatia entering the European Union in 2013, Protocol III was initiated and after a series of actions between the EU and Switzerland, on 4 March 2016, the two parties signed Protocol III extending the Agreement on the Free Movement of Persons to Croatia. I believe the free movement of persons is an important for the smooth functioning of the internal market and the EU's relation with EEA countries. This is why I fully support this protocol.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Pozdravljam zaključivanje Protokola kojim se Sporazum o slobodnom kretanju osoba između Švicarske i EU-a proširuje i na Hrvatsku. Sporazum između Europske unije i Švicarske je bio dvaput dopunjavan nakon ulaska novih zemalja članica u EU. Ovaj, III. Protokol postignut je nakon intervencije EU-a te je njime konačno osiguran jednakopravni status građana Hrvatske sa svim drugim građanima EU-a.

Postignuti kompromis osigurava da Švicarska može u periodu od 7 godina ograničiti ulazak hrvatskih građana na svoje tržište rada iz razloga što Švicarska zadržava svoje interese, kao prvo da zaposli svoje građane i time poveća svoj nacionalni BDP, kao drugo da ne stvori pritisak na svoj sustav zapošljavanja ulaskom veće količine radne snage iz Hrvatske i kao treće da ukoliko nema vlastitog kvalificiranog kadra da ga popuni kadrom iz Hrvatske. Te mjere također može produžiti za dodatne tri godine.

Ovaj Protokol pokazuje razloge zbog čega je dobro da je Hrvatska članica Europske unije. Europska unija štiti prava svojih građana neovisno iz koje članice dolaze. Nepostizanje sporazuma značilo bi raskidanje i prestanak financiranja određenih zajedničkih projekata koje EU provodi sa Švicarskom, poput onih iz područja znanstvene suradnje unutar Obzora 2020 ili unaprjeđenja infrastrukture.

Zbog navedenoga sam podržala ovu Preporuku Europskog parlamenta.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Sur le principe, je suis fermement opposé à la notion de libre circulation, qui est la cause principale du dumping social, encourage la mobilité forcée et efface la notion d'appartenance à un pays.

Cet accord m'indigne d'autant plus que la Suisse a voté par référendum en février 2014 la mise en place de quotas d'immigration, afin de contrôler les entrées d'étrangers sur son territoire. L'Union européenne s'est bien évidemment empressée de juger et de condamner ce référendum, œuvrant par tous les moyens en sa possession pour faire annuler ou invalider ce vote.

Cet accord n'est qu'une ingérence de plus dans les affaires suisses, je ne peux que voter contre.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – EU i njegovih 28 država članica najvažniji su partner Švicarske s obzirom na blizinu kako u geografskom tako i u kulturnom smislu, a osobito s obzirom na njihovu političku i gospodarsku važnost. EU je također, s obzirom na brojne sporazume, povezaniji sa Švicarskom nego s ijednom drugom državom izvan Europskog gospodarskog prostora. Dok je Švicarska četvrti najveći trgovinski partner EU-a, odmah nakon Sjedinjenih Američkih Država, Kine i Rusije, EU je najveći trgovinski partner Švicarske. Više od milijun građana EU-a živi u Švicarskoj, a radi posla svaki dan granicu prelazi 230 000 ljudi. U EU-u živi približno 430 000 švicarskih državljana. Pristupanjem Rumunjske, Bugarske i Hrvatske EU-u unutarnje tržište se proširilo i obuhvaća gotovo 505 milijuna ljudi zbog čega za Švicarsku kao našeg partnera postaje još značajnije.

Budući da je 1992. Švicarska odbila pristupiti Sporazumu o Europskom gospodarskom prostoru, a s obzirom na to da su obje strane svjesne ključne važnosti suradnje, sklopljen je niz bilateralnih sporazuma (tzv. Bilateralni sporazumi I). Gotovo 3 godine nakon pristupanja podržavam njegovo usvajanje i slažem se s preporukama izvjestitelja. Sve zemlje članice moraju uživati jednak tretman i jednaku pravnu zaštitu.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Jsem rád, že Parlament schválil doporučení zpravodajky ohledně uzavření protokolu, které nepochybně přinese Chorvatsku i Švýcarsku četné výhody z politického, hospodářského i kulturního hlediska. Švýcarsko těží stejně jako členské státy EU z vnitřního trhu a jeho nedílnou součástí je samozřejmě i volný pohyb.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La Svizzera rappresenta il quarto maggiore partner economico per l'UE, subito dopo gli Stati Uniti, la Cina e la Russia mentre l'UE per la Svizzera costituisce il principale partner commerciale. Oltre 1 milione di cittadini dell'UE vivono in Svizzera e oltre 230 000 attraversano quotidianamente il confine per recarsi al lavoro. Nell'UE vivono circa 430 000 cittadini Svizzeri. Nel 2000 è stato firmato l'accordo sulla libera circolazione delle persone tra la Svizzera e l'UE-15. Di conseguenza, l'accordo è stato esteso ai 10 nuovi Stati membri (protocollo I dell'accordo entrato in vigore il aprile 2006).

Con la Croazia, l'Unione europea nel 2013, è stato avviato il protocollo III e dopo una serie di azioni tra UE e Svizzera, il 4 marzo 2016, le due parti hanno firmato il protocollo III che proroga l'accordo sulla libera circolazione delle persone alla Croazia. Il presente protocollo III richiede il consenso del Parlamento europeo. Ho votato a favore dell'approvazione di questo protocollo con la convinzione che la libera circolazione delle persone, seppur adeguatamente supportata da misure legate alla sicurezza e all'ordine pubblico, sia una delle conquiste più importanti di questi primi 60 anni di integrazione europea.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Protokół do Umowy między Wspólnotą Europejską i jej państwami członkowskimi, z jednej strony, a Konfederacją Szwajcarską, z drugiej strony, w sprawie swobodnego przepływu osób w celu uwzględnienia przystąpienia Republiki Chorwacji do Unii Europejskiej został podpisany z zastrzeżeniem jego zawarcia w późniejszym terminie. Protokół powinien teraz zostać zawarty w imieniu Unii Europejskiej oraz jej państw członkowskich. Rada może przyjąć akt jedynie po otrzymaniu zgody od Parlamentu.

Na skutek referendum przeprowadzonego w lutym 2014 r. do szwajcarskiej konstytucji federalnej wprowadzono nowy artykuł. Najważniejsze postanowienia tego artykułu głoszą, że Szwajcaria samodzielnie reguluje imigrację, może wprowadzać ograniczenia w zakresie zezwoleń na pobyt oraz kontyngenty, a przedsiębiorstwa w momencie zatrudniania personelu są zobowiązane do priorytetowego traktowania obywateli szwajcarskich. Zgodnie z inicjatywą żaden traktat ani umowa międzynarodowa nie mogą naruszać nowo wprowadzonego artykułu.

Szwajcaria i państwa członkowskie UE czerpią porównywalne korzyści z rynku wewnętrznego i zarówno Chorwacja, jak i Szwajcaria bez wątpienia skorzystają z podpisania obecnego protokołu, w którym swobodny przepływ osób jest zasadniczym elementem. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte technique qui s'inscrit dans le cadre d'ajustements liés à l'adhésion de la Croatie à l'Union européenne. J'ai ainsi approuvé la conclusion d'un protocole entre l'Union européenne et la Suisse permettant d'étendre aux ressortissants croates l'accord de libre circulation existant entre les deux parties.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A União Europeia e a Suíça são parceiros importantes e mantêm estreitos laços graças a um vasto número de acordos celebrados.

O Acordo sobre a livre circulação de pessoas, celebrado no âmbito dos Acordos Bilaterais I, conferiu aos cidadãos das partes contratantes o direito de entrada, de residência e de acesso a emprego nos respetivos territórios, mediante a abolição mútua da maioria das restrições.

A adesão da Croácia à UE, em 2013, deu lugar à celebração do Protocolo III, com vista à extensão do Acordo sobre a livre circulação. No entanto, o processo foi bloqueado devido ao referendo «contra a emigração em massa» em fevereiro de 2014. A 4 de Março de 2016, o Protocolo III foi finalmente assinado, prevendo normas que permitem à Suíça estabelecer limites de acesso de cidadãos croatas ao mercado de trabalho.

Creio que tanto a Croácia como a Suíça irão beneficiar da assinatura do presente Protocolo III, que lhes proporcionará vantagens em termos políticos, económicos e culturais, graças a um mercado interno mais vasto que tem como elemento fundamental a livre circulação.

Por conseguinte, voto favoravelmente no presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this legislative, consent procedure (single vote) report. The protocol would force Switzerland to gradually open its borders to Croatia over a 10-year period. The Swiss people voted to reject mass immigration in a referendum in 2014. So to respect the wishes of the Swiss people, UKIP voted against the EU forcing them to open their borders to Croatia.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei a favor, por considerar que este é mais um passo positivo no processo de integração europeia.

Este protocolo permite, dentro das datas estabelecidas, que se possa aprofundar o espírito de união e coesão dos povos europeus, nomeadamente entre a Croácia e a Suíça. A Suíça irá manter quotas anuais progressivas para que possa abrir gradualmente o seu mercado de trabalho aos trabalhadores croatas. A Croácia deverá ter direito a introduzir os mesmos limites quantitativos relativamente a nacionais suíços durante os mesmos períodos.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Simples revisão do protocolo sobre a livre circulação de pessoas com a Suíça, tendo em conta a adesão da Croácia.

Está previsto que, durante um período de sete anos, a Suíça poderá limitar o acesso de cidadãos croatas ao mercado de trabalho (quotas, prioridade aos trabalhadores locais, controlo das condições de trabalho e salários).

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución por la que el Parlamento Europeo concede su aprobación a la celebración del Protocolo del Acuerdo entre la Comunidad Europea y sus Estados miembros, por una parte, y la Confederación Suiza, por otra, sobre la libre circulación de personas, relativo a la participación de la República de Croacia como consecuencia de su adhesión a la Unión Europea.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – La Communauté européenne et ses États membres, d'une part, et la Suisse, d'autre part, ont signé le 21 juin 1999 un accord de libre circulation des personnes. Cet accord de libre circulation est entré en vigueur le 1er juin 2002.

Depuis lors, cet accord a été adapté au gré des élargissements de l'Union européenne pour tenir compte des nouveaux États membres. Reste maintenant à adapter cet accord pour tenir compte de la récente adhésion de la Croatie le 1er juillet 2013. En votant en faveur de ce rapport, le Parlement donne son approbation à la conclusion du protocole.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O Acordo de Livre Circulação de Pessoas entre a Suíça e a União Europeia foi assinado no ano 2000, tendo entrado em vigor em 2002.

Posteriormente, em abril de 2006, este Acordo foi estendido aos 10 novos Estados-Membros, de acordo com o Protocolo I do Acordo. Nos termos da adesão da Bulgária e da Roménia em 2007, o Acordo foi corrigido uma vez mais, passando a estar em vigor o chamado Protocolo II.

Com a recente entrada da Croácia em 2013, as discussões relativas ao que agora se passou a designar o Protocolo III foram iniciadas.

Finalmente, e depois de ultrapassadas algumas questões procedimentais, as duas partes assinaram em março de 2016 o agora designado Protocolo III, alargando assim o Acordo de Livre Circulação de Pessoas à Croácia.

Tendo em conta que este é um procedimento de teor marcadamente técnico, no seguimento da adesão de um novo Estado-Membro à União Europeia, votei a favor deste relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui donne l'approbation du Parlement européen à la conclusion d'un protocole entre l'Union et la Confédération suisse. Ce protocole permet d'étendre l'accord de libre circulation existant entre les deux parties aux ressortissants croates, à la suite de l'adhésion de la Croatie à l'Union européenne.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la ampliación a Croacia del Acuerdo UE–Suiza de libre circulación de personas. Un acuerdo que se encontraba bloqueado por la iniciativa popular suiza «Contra la inmigración masiva» aprobada en referéndum en 2014, incompatible con el mismo.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe dem Protokoll zum Abkommen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweiz über den freien Personenverkehr und dessen Übertragung auf den neuen Mitgliedstaat Kroatien zugestimmt.

Das Abkommen über die Freizügigkeit im Personenverkehr zwischen der EU und der Schweiz wurde im Jahr 2000 verabschiedet und wird seitdem, nachdem beide Parteien dies bestätigen, bei den Erweiterungsrunden der EU auf die neu hinzu gekommenen Mitgliedstaaten ausgeweitet.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe porque se trata de un acuerdo de carácter técnico para asimilar la situación de Croacia, ultimo Estado miembro en incorporarse a la Unión, al mismo estatus que el resto de Estados de la Unión con respecto a la circulación de personas con Suiza. El Parlamento debe ser consultado para la celebración de este tipo de acuerdos internacionales y la presente resolución da el consentimiento para la adhesión de Croacia. Debido a que supone una mejora técnica para igualar los derechos de los ciudadanos de Croacia con el del resto de los ciudadanos de la Unión, he decido votar a favor del presente informe.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted to give the consent of the European Parliament to this enactment which would extend the free movement accord between the EEA and the Swiss Confederacy to Croatia. As this agreement is linked to the fundamental principle of free movement of persons, it will pave the way for the re-entry of Switzerland's participation in the Erasmus+ programme. This will allowing students from the UK to enjoy the possibility of participating in an exchange with Swiss universities.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Hlasoval som za. Pristúpením Chorvátska k EÚ nebola automaticky rozšírená na Chorvátsko aj dohoda o voľnom pohybe osôb podpísaná v rámci dvojstranných dohôd medzi EÚ a Švajčiarskom, ktorá poskytla občanom zmluvných strán právo na vstup, život a prácu na dotknutých územiach tým, že sa vzájomne odstránila väčšina obmedzení. Bolo nutné aktivovať protokol III (obdoba dohody), na základe ktorého je stanovené, že na obdobie 7 rokov od nadobudnutia platnosti tohto protokolu môže Švajčiarsko obmedziť prístup chorvátskych občanov na trh práce (kvóty, uprednostňovanie miestnych pracovníkov, kontrola pracovných podmienok a miezd). Počas posledných dvoch rokov tohto prechodného obdobia musí s týmito obmedzeniami súhlasiť spoločný výbor Švajčiarsko – EÚ.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Švajčiarsko má s EÚ osobitné vzťahy, ktoré sú založené na viacerých bilaterálnych dohodách. Keďže sa dlhodobo ukazuje, že previazané hospodárske, politické a kultúrne vzťahy sú pre obe strany prospešné, podporujem aj pripojenie Chorvátska k tejto dohode. Odkedy Švajčiarsko v roku 1992 odmietlo pristúpenie k Európskemu hospodárskemu spoločenstvu, bolo s EÚ vyjednaných niekoľko dvojstranných dohôd. Táto dohoda o voľnom pohybe osôb poskytla občanom zmluvných strán právo na vstup, život a prácu na oboch územiach s tým, že sa odstránila väčšina obmedzení. K dohode boli pristúpením nových členských krajín v roku 2004 a 2007 pripojené dva protokoly, ktorými sa zároveň stanovili kvóty, režim prístupu na trh práce, obmedzenia, ako aj ochranné doložky. Po pristúpení Chorvátska do EÚ bolo potrebné vyjednať tretí protokol v rade, aby mali aj chorvátski občania možnosť využívať výhody voľného pohybu. Aj napriek tomu, že protokol obsahuje ochrannú doložku umožňujúcu Švajčiarsku obmedziť prístup chorvátskych občanov na trh práce počas maximálne desiatich rokov, som presvedčená, že v konečnom dôsledku bude dohoda pre obe krajiny prínosná.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Den Bericht zu einem Protokoll zum Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten und der Schweiz über die Freizügigkeit im Hinblick auf die Aufnahme der Republik Kroatien nach deren EU-Beitritt habe ich abgelehnt. ALFA vertritt die Meinung, dass Volksabstimmungen ein wichtiges Mittel der Demokratie sind und daraus folgt, dass auch die Ergebnisse respektiert werden müssen. Wenn sich die politische und wirtschaftliche Situation eines Landes ändert, müssen dessen Bürger die Möglichkeit haben, ihre Gesetze an die neue Situation anzupassen. Wenn die Schweiz entscheidet, dass die Migration aus der EU zu viel wird, dann müssen Verträge nachverhandelt werden. Dass es dabei zu einem Europa verschiedener Geschwindigkeiten kommen kann, ist akzeptabel.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Švajčiarsko ako nečlenský štát Európskej únie je povinné výmenou za prístup k spoločnému trhu povoliť voľný pohyb občanov Európskej únie na svojom území. Týka sa to aj nových členských štátov, aj tých, ktoré v budúcnosti do Európskej únie vstúpia. Tento model môže slúžiť ako podklad pre budúce vyriešenie vzťahov s Veľkou Britániou.

Helga Stevens (ECR), *schriftelijk*. – De EU-15 ondertekende indertijd met Zwitserland een bilaterale overeenkomst om participatie in de interne markt mogelijk te maken. De overeenkomst werd vervolgens door middel van verschillende protocollen gewijzigd telkenmale de EU met een nieuwe lidstaat werd uitgebreid. Diezelfde procedure wordt nu gevolgd voor de laatst toegetreden lidstaat, opdat Kroatië en Zwitserland hun (arbeids)markt voor elkaar openstellen. Net als in het verleden is voor het afsluiten van dat protocol III de toestemming van het Parlement vereist. De N-VA-delegatie stemde in met deze louter technische aanpassing na de toetreding van Kroatië, omdat Zwitserland na de Verenigde Staten, China en Rusland de op drie na grootste handelspartner van de EU is, terwijl de EU voor Zwitserland de grootste handelspartner is. Het is met andere woorden van uitermate groot belang dat de EU als handelsblok rechtlijnig verder vorm wordt gegeven.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Bei der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss eines Protokolls zum Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit im Hinblick auf die Aufnahme der Republik Kroatien als Vertragspartei infolge ihres Beitritts zur Europäischen Union habe ich mich enthalten.

Ich lehne die Ausweitung der EU um weitere Mitgliedstaaten ab, so dass ich auch der Anpassung der verschiedenen völkerrechtlichen Verträge an den Beitritt Kroatiens jedenfalls nicht zustimmen kann.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Europska unija najvažniji je partner Švicarske s obzirom na blizinu kako u geografskom tako i u kulturnom smislu, a osobito s obzirom na njihovu političku i gospodarsku važnost. Sporazumom o slobodnom kretanju osoba, potpisanim u sklopu Bilateralnog sporazuma I., obje su strane ukinule većinu ograničenja, čime je njihovim građanima priznato pravo ulaska, boravka i rada na državnom području druge države potpisnice.

Švicarska i Europska unija potpisale su 4. ožujka 2016. Protokol III. kojim se Sporazum o slobodi kretanja osoba proširuje na Hrvatsku.

Podržavam preporuku o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju Protokola uz Sporazum između Europske zajednice i njezinih država članica, s jedne strane, i Švicarske Konfederacije, s druge strane, o slobodnom kretanju osoba u vezi sa sudjelovanjem Republike Hrvatske kao ugovorne stranke nakon njezinog pristupanja Europskoj uniji te podržavam davanje suglasnosti za sklapanje protokola.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za priporočilo o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi Protokola k Sporazumu med Evropsko skupnostjo in njenimi državami članicami na eni strani in Švicarsko konfederacijo na drugi o prostem pretoku oseb glede sodelovanja Republike Hrvaške kot pogodbenice Sporazuma po njenem pristopu k Evropski uniji.

Z vstopom Hrvaške, Romunije in Bolgarije v Evropsko unijo se je notranji trg razširil. S sporazumom iz leta 2002 so državljani EU in Švice dobili pravico do vstopa, bivanja in dela na njihovih ozemljih, s tem sporazumom pa smo vzpostavili pravila med Unijo in Švico, enakovredna tistim iz pravnega reda Skupnosti, in sicer omogočanje vstopa, prebivanja, dela, samozaposlovanja in študija, ter uvedbo pravice do socialne varnosti in omogočanje enakih življenjskih, zaposlitvenih in delovnih pogojev, kot jih imajo državljani.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η πολιτική της ελεύθερης διακίνησης προσώπων έχει αποτύχει και μάλιστα με τραγικά αποτελέσματα. Χαρακτηριστικό παράδειγμα η ευκολία με την οποία οι διάφοροι τρομοκράτες μετακινούνται ανενόχλητοι από την μια άκρη της Ευρώπης στην άλλη.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam, hogy az Európai Parlament adja meg hozzájárulását az EU és tagállamai, valamint a Svájci Államszövetség közötti II. Kétoldalú Egyezmény alapján 2000-ben megkötött, a személyek szabad mozgását szabályozó megállapodást kiegészítő 3. Jegyzőkönyv aláírásához. Figyelembe vettem azt a tényt, hogy a két fél között életben lévő számos megállapodás legtöbbjének tartalma és hatálya automatikusan igazodik az EU bővüléséhez, ugyanakkor a személyek szabad mozgásáról és munkavállalásáról szóló megállapodás nem ilyen, ezért Horvátország csatlakozása nyomán újabb kiegészítő jegyzőkönyvre van szükség. Svájc a gyakorlatban immár szinte része az egységes belső Piacnak, s az EU-nak, Horvátországnak és Svájcnak egyaránt fontos érdeke fűződik ennek további zökkenőmentes működéséhez állampolgáraik mozgása és munkavállalása terén is. Az ennek kapcsán a fokozatosság érvényesülése érdekében a tervezetben rögzített hétéves átmeneti időszak megfelel a korábbi hasonló rendelkezéseknek.

Mindemellett a közeljövőben várható fejleményeket illetően – az illetékes EP-delegáció tagjaként kiemelten – szem előtt kell tartanom, hogy a 2014. évi svájci bevándorlásellenes népszavazás sajnálatos eredménye ellentétes az EU-val kötött megállapodással, s kölcsönösen megfelelő jogi megoldást biztosító megegyezés híján akár megszűnhet a Svájccal kialakult kapcsolatrendszerünk egész jogalapja.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Prima serie de acorduri bilaterale între UE și Elveția a intrat în vigoare în iunie 2002, inclusiv Acordul privind libera circulație a persoanelor. Acestea au fost modificate ulterior, prin Protocolul I și Protocolul II. Protocolul III a fost inițiat odată cu intrarea Croației în Uniunea Europeană, în 2013, și semnat recent. El prevede o perioadă de tranziție de șapte ani.

Nu există nicio îndoială că, din punct de vedere politic, economic și cultural, atât Croația, cât și Elveția vor beneficia de pe urma semnării acestui protocol. Libera circulație este un element esențial și, prin urmare, nu poate fi separată de participarea pe piața internă.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je me suis prononcé en faveur de cet accord avec la Suisse.

En raison de sa proximité géographique et culturelle, et, en particulier, de son poids économique et politique, l'Union constitue, avec ses 28 États membres, le partenaire le plus important de la Suisse. Comparativement, l'Union entretient avec la Suisse des liens plus étroits qu'avec aucun autre pays à l'extérieur de l'Espace économique européen (EEE), grâce à un large éventail d'accords. Tandis que la Suisse est le quatrième partenaire commercial de l'Union, juste après les États-Unis, la Chine et la Russie, l'Union est le premier partenaire commercial de la Suisse. Plus d'un million de citoyens européens vivent en Suisse, et 230 000 autres passent la frontière chaque jour pour aller y travailler. Quelque 430 000 citoyens suisses vivent dans l'Union. Avec l'adhésion de la Roumanie, de la Bulgarie et de la Croatie, le marché intérieur s'est élargi davantage pour englober presque 505 millions de personnes et devenir encore plus important pour notre partenaire suisse.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Protocol to the Agreement between the European Community and its Member States and the Swiss Confederation, regarding the free movement of persons following Croatia's accession to the European Union in 2013. According to this protocol, Switzerland will be able to limit the access of Croatian citizens to its labour market in terms of quotas, priority to local workers, and control of working conditions and wages for period of seven years, extendable to three more years, a limit that Croatia is also entitled to apply to Swiss nationals in Croatia. Given the importance of the EU internal market for Switzerland, and the partnership with Switzerland for the EU, I am certain that this protocol will bring political, economic and cultural benefits to both Croatia and Switzerland.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Glasovala sam za sklapanje Protokola uz Sporazum između Europske zajednice i njezinih država članica i Švicarske Konfederacije o slobodnom kretanju osoba u vezi sa sudjelovanjem Republike Hrvatske kao ugovorne stranke nakon njezinog pristupanja Europskoj uniji.

Smatram da su Sporazumom o slobodnom kretanju osoba, potpisanim u sklopu Bilateralnog sporazuma I, obje strane ukinule većinu ograničenja. Pozdravljam činjenicu da je nedvojbeno da će i Hrvatska i Švicarska imati koristi od potpisivanja sadašnjeg Protokola III. i to s političkog, gospodarskog i kulturološkog aspekta.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog protokola k Sporazumu med EU in Švico o prostem pretoku oseb (pristop Hrvaške) sem podprla, saj se je notranji trg EU z vstopom Romunije, Bolgarije in Hrvaške še razširil in obsega skoraj 505 milijonov ljudi, zato je za Švico postal še pomembnejši.

Tako Hrvaška kot Švica bosta s podpisom sedanjega Protokola in razširitvijo notranjega trga, kjer je prosti pretok bistvenega pomena, nedvomno pridobili v političnem, gospodarskem in kulturnem smislu.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la ampliación a Croacia del Acuerdo UE–Suiza de libre circulación de personas. Un acuerdo que se encontraba bloqueado por la iniciativa popular suiza «Contra la inmigración masiva» aprobada en referéndum en 2014, incompatible con el mismo.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Den Bericht zu einem Protokoll zum Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten und der Schweiz über die Freizügigkeit im Hinblick auf die Aufnahme der Republik Kroatien nach deren EU-Beitritt habe ich abgelehnt. ALFA vertritt die Meinung, dass Volksabstimmungen ein wichtiges Mittel der Demokratie sind und daraus folgt, dass auch die Ergebnisse respektiert werden müssen. Wenn sich die politische und wirtschaftliche Situation eines Landes ändert, müssen dessen Bürger die Möglichkeit haben, ihre Gesetze an die neue Situation anzupassen. Wenn die Schweiz entscheidet, dass die Migration aus der EU zu viel wird, dann müssen Verträge nachverhandelt werden. Dass es dabei zu einem Europa verschiedener Geschwindigkeiten kommen kann, ist akzeptabel.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Nous sommes opposés par principe à la notion de libre circulation, qui est la cause principale du dumping social, qui encourage la mobilité forcée et efface la notion d'appartenance à un pays.

Nous sommes d'autant plus opposés à cet accord que la Suisse a voté, en février 2014, la mise en place de quotas d'immigration, afin de contrôler les entrées d'étrangers sur son territoire. L'Union européenne s'est bien évidemment empressée de juger et de condamner ce référendum, œuvrant par tous les moyens en sa possession pour faire annuler/-invalider ce vote.

Cet accord n'est qu'une ingérence de plus dans les affaires suisses. J'ai voté contre.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Szwajcarskie referendum „przeciwko masowej imigracji" skutkowało zmianami w konstytucji Szwajcarii, jednocześnie naruszając umowę w sprawie swobodnego przepływu osób. Po przystąpieniu Chorwacji do UE w drodze negocjacji opracowano protokół, który zawiera pewne czasowe ograniczenia dotyczące rynku pracy i limitów ilościowych dla obywateli Chorwacji, ale jest dobrym krokiem w stronę realizacji podstawowych swobód unijnych. Dlatego w głosowaniu opowiedziałem się za przyjęciem protokołu III.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Földrajzi és kulturális közelségére, különösen politikai és gazdasági jelentőségére tekintettel, a 28 tagállamból álló Unió Svájc legfontosabb partnere. Ennek megfelelően az Unió számos megállapodás révén szorosabb kapcsolatot alakított ki Svájccal, mint az Európai Gazdasági Térségen (EGT) kívüli bármely más országgal. Voksommal támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la ampliación a Croacia del Acuerdo UE–Suiza de libre circulación de personas. Un acuerdo que se encontraba bloqueado por la iniciativa popular suiza «Contra la inmigración masiva» aprobada en referéndum en 2014, incompatible con el mismo.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – As strong defenders of the principle of free movement, the Greens-EFA Group fully supports the Protocol extending the corresponding agreement between the EU and Switzerland to Croatia, thus I voted for.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Mediante esta decisión el acuerdo sobre la libre circulación de personas firmado en el año 2000 se extiende a Croacia como miembro de la Unión. Mediante esta decisión el Parlamento Europeo ratifica dicho protocolo por lo que considero necesario votar a su favor.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ook hier weer moet een overeenkomst tussen de EU en een derde land (in dit geval Zwitserland) aangepast worden aan de veranderde situatie door de toetreding van Kroatië tot de Unie. Ik stemde voor deze aanbeveling, die ervoor zorgt dat de Kroaten dezelfde rechten van vrij verkeer van personen genieten wanneer ze naar Zwitserland reizen als de rest van de EU-burgers.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A negociação do acordo inicial, firmado em 2000, teve o nosso apoio, pelo particular interesse de que na Suíça trabalham mais de cem mil emigrantes portugueses, incluindo muitos milhares de trabalhadores sazonais.

A inclusão da Croácia, existindo um período de 7 anos em que, mutuamente, um e outro país podem limitar a circulação de pessoas e bens, é apenas consequência da sua entrada no contexto da UE. Esse facto não nos faz alterar a aprovação que este acordo nos mereceu no momento inicial, sob os mesmos argumentos de facilitação da fixação com base em direitos de trabalhadores de outros países e dos seus familiares.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Das Protokoll III würde für die Schweiz bedeuten, dass den kroatischen Staatsangehörigen Freizügigkeit gewährt werden müsste. Da die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung 2014 allerdings gegen die Masseneinwanderung gestimmt hat, habe ich diesen Entwurf eines Beschlusses abgelehnt.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Im Gefolge des erfolgreichen Schweizer Referendums „Gegen Masseneinwanderung" am 9.2.2014 erhielt die Schweizer Regierung vom Souverän den Auftrag, die geltenden Regelungen zur Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU neu zu verhandeln. Der zur Abstimmung stehende Bericht nimmt die Position der EU ein, die an einer Verschärfung der Regelungen nicht interessiert ist, und sucht die veränderte Situation in der Schweiz zu ignorieren. Seine Annahme kommt einer Missachtung des eidgenössischen Votums gleich, deshalb war hier Ablehnung geboten.

Jarosław Wałęsa (PPE), *in writing*. – In the year 2000 an agreement on the free movement of persons between Switzerland and the EU-15 was signed. Coming into force in 2002, this agreement has since then been extended. It was applied to the 10 new Member States, only to be amended yet again after the accession of Bulgaria and Romania. Now it has to be extended once again for the newest member of the European Union, Croatia.

Switzerland and the EU have an undeniably strong tie in several aspects, which both parties benefit from. With this in mind, we have to apply the principle of non-discrimination, including equal treatment, and therefore vote in favour of this protocol. From political, to economic, to cultural aspects, the signing of Protocol III will enable Croatia and Switzerland to profit in those areas, and will additionally expand the internal market, where the free movement is essential.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I voted to give the consent of the European Parliament to this enactment which would extend the free movement accord between the EEA and the Swiss Confederacy to Croatia. As this agreement is linked to the fundamental principle of free movement of persons, this agreement will pave the way for the re-entry of Switzerland's participation in the Erasmus+ programme. This will allow students from the UK to enjoy the possibility of participating in exchanges with Swiss universities.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – V súvislosti so vstupom Chorvátska do Európskej únie v roku 2013 je nutné zmeniť mnoho dvojstranných či viacstranných dohôd, ktoré boli už uzavreté a do ktorých je potrebné rozšírenie Európskej únie zaznamenať. Tak je tomu aj v prípade Dohody o voľnom pohybe osôb medzi Európskou úniou a Švajčiarskom. Správa pani poslankyne Jazłowieckej smerovala k uzavretiu protokolu, ktorý by bral do úvahy práve pristúpenie Chorvátska. V tomto prípade som hlasovala za uzavretie protokolu, aj keď v súčasnosti je situácia týkajúca sa voľného pohybu osôb medzi EÚ a Švajčiarskom vzhľadom na výsledky ľudového hlasovania „proti masovému prisťahovalectvu" z roku 2014 neistá. Dúfam preto, že Švajčiarsku sa podarí situáciu čím skôr ustáliť a voľný pohyb medzi ním a EÚ nebude v dôsledku ľudového hlasovania narušený.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem Priporočilo o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi Protokola k Sporazumu med Evropsko skupnostjo in njenimi državami članicami na eni strani in Švicarsko konfederacijo na drugi o prostem pretoku oseb glede sodelovanja Republike Hrvaške kot pogodbenice Sporazuma po njenem pristopu k Evropski uniji.

Notranji trg in njegova razširitev prinašata tako Švici kot državam članicam EU podobne koristi, kar je Švica večkrat poudarila. To potrjujejo tudi švicarske analize posledic prekinitve izvajanja dvostranskih sporazumov.

Hrvaška in Švica bosta s podpisom sedanjega Protokola III in razširitvijo notranjega trga, kjer je prosti pretok bistvenega pomena, nedvomno pridobili v političnem, gospodarskem in kulturnem smislu.

10.2. Dreigliedriger Sozialgipfel für Wachstum und Beschäftigung (A8-0252/2016 - Csaba Sógor)

Explicații scrise privind votul

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La relazione ha come scopo l'approvazione del vertice sociale trilaterale per la crescita e l'occupazione e allo stesso tempo abroga la Decisione 2003/174 CE. Considerando che il Consiglio e la Commissione Europea si sono impegnati formalmente ad invitare sempre a partecipare, ai vertici trilaterali, un rappresentate della Commissione Occupazione e Affari Sociali ho deciso di esprimere un voto positivo.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this legislative, consent procedure (single vote) report. This 'summit' is a talking shop for high-level EU officials, lobbyists and European NGOs to discuss employment and economic issues. It is just another waste of taxpayers' money that will achieve nothing.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – The Tripartite Social Summit (TSS) for Growth and Employment was a meeting with the Council Presidency, the Commission and the social partners (10 trade unionists and 10 business). It took place at least once a year before the spring European Council. The whole idea was to have an exchange of views on employment, social policy, health and consumer affairs before the Council meeting.

Parliament was not mentioned but the Chair of the Committee on Employment, and Social Affairs (EMPL) was always invited to the summit.

This vote was to give consent to the Council recommendation and re-ratify the decision. Parliament has adopted a report calling for the EMPL Chair to be formally invited. This report was adopted after the Council decision and is not reflected in that draft decision.

The EMPL Committee and its Chair were not happy about the decision and only supported the draft decision once a letter from the Presidency of the Council and the President of the Commission outlined that the EMPL Chair would be invited to all TSSs. After that was done the Committee gave consent.

My GUE/NGL colleague Thomas Handel, Chair of the EMPL Committee, supported the decision.

I voted in favour.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport. En tant que colégislateur, il est essentiel que le Parlement européen, représenté par le président de sa commission Emploi et affaires sociales, soit invité systématiquement au sommet social tripartite pour la croissance et l'emploi.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the recommendation on the Tripartite Social Summit (TSS) for Growth and Employment. The legal framework for the TSS needs to be updated following the institutionalisation of the European Council and its President brought about by the Lisbon Treaty.

The main issue in the Council decision on the TSS was the institutionalisation of the standing practice of inviting the Chair of Parliament's Committee on Employment and Social Affairs (EMPL) to the TSS. In its interim report, adopted after the Council decision, Parliament called for this to be institutionalised. Unfortunately, the Council text did not refer to an invitation to be sent to the Chair of the EMPL Committee. The Dutch Presidency and the rapporteur worked on a solution to have an official letter from the Council/Commission to the President of the European Parliament confirming the practice of inviting the Chair of the EMPL Committee to attend the TSS. The outcome of the UK referendum postponed the formal letter. The Slovak Presidency ensured that the agreement would be adhered to and the letter sent to Parliament's President. I look forward to Parliament's involvement in the TSS.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce dialogue social au sommet est présenté comme incontournable pour renforcer la légitimité d'une gouvernance économique au «pilier social» renforcé. Pourtant, il n'implique que des partenaires d'autant plus dépendants des institutions qu'ils font partie intégrante du système. La ligne ultralibérale de ces discussions est évidente et encourage fermement les réformes structurelles. En outre, l'espace Schengen est considéré comme intouchable, et l'intégration des migrants tenue pour une chance pour l'Europe.

Non seulement le «dialogue social» est truqué, et la volonté de relancer le processus au niveau des États membres une simple formulation de principe, mais cette caution sociale du SST sert à légitimer la gouvernance qui s'impose, sans aucune considération pour les institutions nationales et démocratiques, à commencer par les parlements nationaux.

J'ai donc voté contre ce rapport qui institutionnalise une nouvelle structure antidémocratique.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against approval of the Council decision. I have concerns that this may place too much emphasis upon the role of lobbyists, and too little upon the citizens of the nation states within the European Union.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car j'appelle de mes voeux la mise en place de politiques européennes intégrées en faveur de la croissance et de l'emploi. Ce sommet est un début prometteur.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už rekomendaciją dėl trišalio socialinių reikalų aukščiausiojo lygio susitikimo ekonomikos augimo ir užimtumo klausimais, kuriuo panaikinamas Sprendimas 2003/174/EB. Atsižvelgiant į Lisabonos sutartimi nustatytus institucinius pokyčius ir Europos Vadovų Tarybos pirmininko pareigybės atsiradimą, buvo peržiūrėtas 2003 m. Tarybos sprendimas, kuriuo įsteigtas trišalis socialinių reikalų aukščiausiojo lygio susitikimas. Trišalio aukščiausiojo lygio susitikimo ekonomikos augimo ir užimtumo klausimais tikslas – laikantis Sutarties ir tinkamai atsižvelgiant į Sąjungos institucijų ir įstaigų įgaliojimus, užtikrinti nuolatinį Tarybos, Komisijos ir socialinių partnerių veiklos derinimą.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A Növekedési és Foglalkoztatási Háromoldalú Szociális Csúcstalálkozó feladata – a Szerződésnek megfelelően, illetve kellő tekintettel az uniós intézmények és szervek hatásköreire –, hogy a Tanács, a Bizottság és a szociális partnerek közötti folyamatos egyeztetést biztosítsa. Európai szinten lehetőséget biztosít a szociális partnerek számára, hogy szociális párbeszédük keretében hozzájáruljanak az uniós növekedési és foglalkoztatási stratégia megvalósításához. Ennek érdekében a csúcstalálkozó a Tanács, a Bizottság és a szociális partnerek munkájára és a gazdasági, szociális és foglalkoztatási kérdésekkel kapcsolatban a különféle egyeztető fórumokon közöttük folyó tárgyalásokra támaszkodik. A Lisszaboni Szerződés által előidézett – az Európai Tanács elnöki tisztségének létrehozására irányuló – intézményi változást követően a Növekedési és Foglalkoztatási Háromoldalú Szociális Csúcstalálkozót létrehozó 2003. évi határozatot felül kell vizsgálni.

A Szerződés logikájának és a Növekedési és Foglalkoztatási Háromoldalú Szociális Csúcstalálkozó intézményi hátterének fenntartása érdekében azokat a szerepeket és feladatköröket, amelyeket a 2003. évi tanácsi határozat a Tanács soros elnökségére ruházott, az Európai Tanács újonnan létrehozott elnöki feladatkörébe kell áthelyezni. A javaslatot támogattam, mert az EU szociális párbeszéddel kapcsolatos platformjának reformját jelenti a Lisszaboni Szerződéshez igazított formában. A fórum esélyt adhat arra, hogy a perifériaországok végre fellépjenek a centrum és periféria közötti fizetési szakadék és a foglalkoztatási gyarmatosítás egyéb formái ellen.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this legislative, consent procedure (single vote) report. This 'summit' is a talking shop for high-level EU officials, lobbyists and European NGOs to discuss employment and economic issues. It is just another waste of taxpayers' money that will achieve nothing.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Hors de question de cautionner cette volonté d'institutionnaliser une nouvelle structure antidémocratique. Ce prétendu «dialogue social au sommet» est présenté comme incontournable pour renforcer la légitimité d'une gouvernance économique au «pilier social» renforcé. Pourtant, il n'implique que des partenaires d'autant plus dépendants des institutions qu'ils font partie intégrante du système. La ligne ultralibérale de ces discussions est évidente et encourage fermement les «réformes structurelles» dictées par la Commission.

En outre, l'espace Schengen est considéré comme intouchable, et l'intégration des migrants comme une «chance pour l'Europe». Non seulement le «dialogue social» est truqué – et la volonté de relancer le processus au niveau des États membres une simple formulation de principe – mais, en plus, cette caution sociale du SST sert à légitimer la «gouvernance» des technocrates, sans aucune considération pour les institutions nationales et démocratiques, à commencer par les parlements nationaux.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport concernant un projet de décision du Conseil qui vise à se conformer aux changements institutionnels introduits par le traité de Lisbonne.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – L'entrata in vigore del Trattato di Lisbona ha reso necessario un aggiornamento nell'organizzazione del vertice sociale trilaterale per la crescita e l'occupazione. Il Consiglio ha presentato una propria proposta nel febbraio 2014, trasmettendola al Parlamento prima dell'approvazione di una autonoma risoluzione dello stesso nell'aprile dello medesimo anno. Dopo aver richiesto a Commissione e Consiglio l'inclusione di una disposizione, poi accettata, che consenta al presidente della commissione occupazione e affari sociali del PE di partecipare al vertice trilaterale, ho deciso di votare a favore della relazione Sógor. Le nuove misure garantiranno la partecipazione su basi regolare del Parlamento al vertice grazie alla partecipazione del presidente della commissione EMPL.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de esta recomendación sobre la TSS, porque supone la finalización de un largo proceso en dónde si bien la relación del Consejo con el Parlamento no ha sido todo lo eficiente y sincera que debería, el resultado es positivo, tanto para el dialogo de la Comisión y el Consejo con interlocutores sociales, como para la posición del Parlamento Europeo en el TSS. No obstante, se debe remarcar que el Consejo, ha actuado durante este procedimiento, sin respetar los plazos del Parlamento.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce sommet, créé en 2003, se réunit au moins une fois par an, avant le Conseil européen de printemps pour discuter des questions sociales et l'emploi. Ces discussions s'inscrivent désormais dans le cadre de la stratégie «UE 2020». Il s'agit de préciser comment le SST pour une croissance inclusive peut contribuer à la gouvernance économique.

Ce dialogue social n'implique en réalité que des partenaires qui font partie intégrante du système et la ligne de cette discussion, ultralibérale, doit en réalité favoriser les réformes structurelles voulues par l'Union que nous dénonçons. Pire, l'espace Schengen est considéré comme intouchable et l'intégration des migrants comme une chance pour l'Europe. Cette gouvernance s'impose sans considération pour les institutions démocratiques nationales et ne sert en réalité que de caution sociale sans l'être réellement. J'ai donc décidé de voter contre.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Il vertice sociale trilaterale per la crescita e l'occupazione fa parte del processo del semestre europeo, che è il simbolo della totale assenza di democrazia e trasparenza nella *governance* dell'UE. Considerando poi che le modifiche avanzate dal Consiglio non aumenteranno per nulla la democraticità di questo strumento, che serve solo a convalidare in maniera autoreferenziale le decisioni unilaterali della Commissione, mi sono espressa con un voto contrario al provvedimento.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de Recomendación acerca de la Cumbre Social Tripartita para el Crecimiento y el Empleo.

Esta es un foro de diálogo entre las instituciones de la Unión y los interlocutores sociales europeos, que busca promover el intercambio continuo y garantizar que los interlocutores sociales contribuyan a la estrategia económica y social de la Unión.

La anterior Decisión de 2003 debía ser modificada a través de una decisión del Consejo con el consentimiento del Parlamento Europeo. En 2014 el Parlamento sólo aprobó un informe provisional. Finalmente se ha podido desbloquear la situación y derogar dicha Decisión.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritarė Tarybos sprendimui dėl trišalio socialinių reikalų aukščiausiojo lygio susitikimo ekonomikos augimo ir užimtumo klausimais. Vienas iš ES tikslų – kurti didelio konkurencingumo socialinę rinkos ekonomiką, kuria siekiama visiško užimtumo ir socialinės pažangos. Todėl nustatydama ir įgyvendindama savo politikos kryptis ir veiksmus, Sąjunga turi atsižvelgti į jų socialinį aspektą, ypač reikalavimus, susijusius su didelio užimtumo skatinimu, tinkamos socialinės apsaugos užtikrinimu, kova su socialine atskirtimi, aukšto lygio švietimu, mokymu ir žmonių sveikatos apsauga. 2013 m. išvadose Europos Vadovų Taryba pažymėjo, kad reikėtų stiprinti Ekonominės ir pinigų sąjungos socialinį matmenį ir pabrėžė labai svarbų socialinių partnerių ir socialinio dialogo vaidmenį šiuo požiūriu. Komisija nagrinėjo socialinio dialogo skatinimo nacionaliniu ir ES lygiais klausimą ir padarė išvadą, kad aukščiausiojo lygio susitikimas yra galimybė įtraukti socialinius partnerius į Europos semestro procesą.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A különleges jogalkotási eljáráson belüli egyetértési jogkör gyakorlásán belül a Növekedési és Foglalkoztatási Háromoldalú Szociális Csúcstalálkozóról és a 2003/174/EK határozat hatályon kívül helyezéséről szóló tanácsi határozat tervezetéről foglalt állást az Európai Parlament. A változtatás alapvetően technikai és eljárásjogi kérdéseket érintett.

Ennek alapja, előzménye a Növekedési és Foglalkoztatási Háromoldalú Szociális Csúcstalálkozó, amelyet a 2003. március 6-i 2003/174/EK tanácsi határozat hozott létre, amely hivatalossá tette az 1997 óta előbb az európai foglalkoztatási stratégia, majd a lisszaboni stratégia keretében rendezett magas szintű, informális találkozók gyakorlatát.

A Bizottság 2003-ban a vonatkozó határozati javaslatot annak érdekében nyújtotta be, hogy intézményesítse az uniós intézmények és az uniós szociális partnerek közötti magas szintű konzultációk gyakorlatát. Azonban a Lisszaboni Szerződés által előidézett – az Európai Tanács elnöki tisztségének létrehozására irányuló – intézményi változást követően a Növekedési és Foglalkoztatási Háromoldalú Szociális Csúcstalálkozót létrehozó 2003. évi határozatot felül kellett vizsgálni. (A tanácsi határozat elfogadásának jogalapját az EUMSZ 352. cikke biztosította.)

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovu Preporuku o trostranom socijalnom samitu za rast i zapošljavanje i smatram kako je izuzetno bitno da Europski parlament, zastupan po predsjedatelju Odbora EMPL-a bude pozvan na samit na regularnoj osnovi.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il vertice sociale trilaterale per la crescita e l'occupazione *(Tripartite Social Summit* - TSS) è stato istituito dalla decisione 2003/174/CE del Consiglio del 6 marzo 2003, che ha formalizzato la prassi, affermatasi dal 1997, di tenere riunioni informali ad alto livello nel quadro della strategia europea per l'occupazione e, successivamente, della strategia di Lisbona.

È necessario che le istituzioni che partecipano al *Social Summit* facciano di più e agiscano in modo maggiormente integrato per garantire crescita e occupazione nell'Unione europea. La crescita e l'occupazione devono essere di qualità, poiché non c'è possibilità di mantenere il *welfare* e la democrazia europea competendo al ribasso, con la svalutazione dei salari e in un contesto deflazionistico. Dobbiamo sostenere una crescita sostenibile, improntata all'innovazione, alla solidarietà e all'inclusività: sono innovazione, alta qualità, servizi efficienti e prodotti di pregio che fanno la forza del mercato europeo. Questa consapevolezza non deve abbandonarci, soprattutto in tempi di difficoltà economica.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Créé en 2003, la sommet social tripartite pour la croissance et l'emploi a lieu une fois par an et réunit le président du Conseil européen, le président de la Commission et la présidence tournante du Conseil. Ce texte prévoit d'associer au sommet les partenaires sociaux reconnus par les institutions ainsi que le président de la commission de l'emploi et des affaires sociales.

Impliquant uniquement des responsables dépendant des institutions européennes, ce dialogue social est une vaste fumisterie: il sert en réalité à renforcer la légitimité d'institutions européennes antidémocratiques dont les représentants ne sont pas élus au suffrage universel direct. Mais surtout, ce sommet constitue l'opportunité de définir la méthode requise pour imposer aux États membres les réformes structurelles ultralibérales. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Summitul social tripartit pentru creștere economică și ocuparea forței de muncă (TSS) a fost instituit prin Decizia 2003/174/CE, care a oficializat practica de a organiza reuniuni la nivel înalt informale, începând cu anul 1997, în cadrul Strategiei europene privind ocuparea forței de muncă.

Prezenta decizie a fost propusă pentru a instituționaliza practica de consultare la nivel înalt între instituțiile UE și partenerii sociali ai UE. Propunerea a însemnat abolirea fostului Comitet permanent pentru ocuparea forței de muncă, care a fost înființat în 1970 și reformat în 1999.

Am votat în favoarea prezentei propuneri, care va permite partenerilor sociali la nivel european să contribuie, în contextul dialogului social, la diversele componente ale strategiei Uniunii pentru creștere economică și locuri de muncă.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Ce rapport constitue l'approbation du Parlement européen à la révision de la décision du Conseil 2003/174/CE institutionnalisant un sommet tripartite pour la croissance et l'emploi. La révision a pour objectif d'adapter la décision de 2003 aux évolutions législatives, sociales et économiques actuelles. Le sommet tripartite pour la croissance et l'emploi réunit le Conseil, la Commission et les partenaires sociaux. Le but de ce sommet est de maintenir un dialogue permanent entre les institutions européennes et les partenaires sociaux. Cela permet de garantir une stratégie européenne en matière de croissance et d'emploi plus conforme aux réalités du terrain. J'ai voté en faveur de ce rapport.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della decisione del Consiglio UE che riscrive il funzionamento del vertice sociale trilaterale per la crescita e l'occupazione per permettere una migliore concertazione tra il Consiglio europeo, il Consiglio UE, la Commissione e le parti sociali e consentire a quest'ultime di contribuire, nell'ambito del dialogo sociale, ai vari aspetti della strategia dell'Unione per la crescita e l'occupazione.

Fin dalla sua istituzione (conformemente alla decisione 2003/174/CE abrogata da quella in questione) il vertice ha svolto un ruolo chiave in sede di concertazione ad alto livello, contribuendo positivamente allo sviluppo del dialogo sociale a livello dell'Unione nell'ambito della strategia di Lisbona durante il periodo 2000-2010 e nell'ambito della strategia Europa 2020.

I compiti e la composizione del vertice sono stati adattati per tener conto delle modifiche istituzionali introdotte dal trattato di Lisbona, in particolare della creazione della funzione di presidente del Consiglio europeo di cui all'articolo 15 TUE.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – The Tripartite Social Summit (TSS) for Growth and Employment was a meeting with the Council Presidency, the Commission and the social partners (10 trade unionists and 10 business). It took place at least once a year before the spring European Council. The whole idea was to have an exchange of views on employment, social policy, health and consumer affairs before the Council meeting.

Parliament was not mentioned but the Chair of the Committee on Employment and Social Affairs (EMPL) was always invited to the summit.

This vote was to give consent to the Council recommendation and re-ratify the decision. Parliament has adopted a report calling for the EMPL Chair to be formally invited. This report was adopted after the Council decision and is not reflected in that draft decision.

The EMPL Committee and its Chair were not happy about the decision and only supported the draft decision once a letter from the Presidency of the Council and the President of the Commission outlined that the EMPL Chair would be invited to all TSSs. After that was done the committee gave consent.

My GUE/NGL colleague Thomas Handel, Chair of the EMPL Committee, supported the decision.

I voted in favour.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this legislative, consent procedure (single vote) report. This 'summit' is a talking shop for high-level EU officials, lobbyists and European NGOs to discuss employment and economic issues. It is just another waste of taxpayers' money that will achieve nothing.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report as it confirmed the practice of inviting the Chair of Parliament's Employment and Social Committee to the Tripartite Social Summit for Growth and Employment. This factor was still missing in the draft Council decision which laid out the basis of the new setup of this Summit, following the changes brought about by the Lisbon Treaty.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Con la relazione il Parlamento europeo dà la sua approvazione al progetto di decisione del Consiglio sul vertice sociale trilaterale per la crescita e l'occupazione. La posizione favorevole all'approvazione è stata suffragata dall'impegno del Consiglio ad invitare ad ogni riunione del vertice un rappresentante del PE (ed in particolare della Commissione Occupazione e Affari sociali). Ho votato senza indugio a favore.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Il vertice sociale trilaterale per la crescita e l'occupazione *(Tripartite Social Summit - TSS)* è stato istituito nel 2003 al fine di istituzionalizzare la prassi di tenere riunioni informali ad alto livello tra i vertici delle istituzioni europee e i rappresentanti delle imprese e dei lavoratori nel quadro della strategia europea per l'occupazione.

Credo sia però opportuno un accordo tra le istituzioni europee per permettere anche al presidente della commissione per l'occupazione e gli affari sociali (EMPL) di partecipare a tali vertici.

Ho ritenuto di votare a favore della decisione del Consiglio poiché credo fosse necessario aggiornare le modalità di svolgimento del vertice al fine di tener conto delle modifiche istituzionali determinate dal trattato di Lisbona.

Auspico che il nuovo assetto del vertice possa contribuire positivamente allo sviluppo del dialogo sociale a livello dell'Unione europea a beneficio dei cittadini e lavoratori europei.

Νικόλαος Χουντής (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση Sogor αφορά τη συναίνεση του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στην ανασύσταση της τριμερούς κοινωνικής συνόδου κορυφής για την ανάπτυξη και την απασχόληση λόγω των τροποποιήσεων που επέφερε η Συνθήκη της Λισαβόνας.

Η ανασύσταση αυτή όμως δεν αποτελεί μόνο ένα τεχνικό ζήτημα συναίνεσης, αλλά έχει και πολιτικές διαστάσεις.

Συνεχίζει να αποκλείει το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο από την όλη διαδικασία και περιορίζει τον ρόλο του σε ανεπίσημο και συμβουλευτικό, ενισχύοντας το δημοκρατικό έλλειμα.

Επίσης, με την εφαρμογή της Συνθήκης της Λισαβόνας αποδιαρθρώθηκε πλήρως ο κοινωνικός διάλογος αφού, με την αυστηρότερη δημοσιονομική πειθαρχεία που υιοθετήθηκε, απορρυθμίστηκε η αγορά εργασίας, διαλυθήκαν οι εργασιακές σχέσεις και καταστράφηκαν οι ασφαλιστικές κατακτήσεις.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η σύσταση σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου που αφορά τη θέσπιση τριμερούς κοινωνικής συνόδου κορυφής για την ανάπτυξη και την απασχόληση συνδέεται άμεσα με τις προσπάθειες που γίνονται για την αντιμετώπιση των προβλημάτων που αντιμετωπίζουν χιλιάδες πολίτες εξ αιτίας της κρίσης που ταλαιπωρεί την Ευρώπη εδώ και οκτώ σχεδόν χρόνια. Καθώς λοιπόν ανάλογες ενέργειες στοχεύουν στην αντιμετώπιση του προβλήματος μέσω της ανάπτυξης, ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Voto a favore del vertice sociale trilaterale per la crescita e l'occupazione dal momento che esso consente un confronto contemporaneo e continuo tra Consiglio europeo, Commissione, Parlamento e parti sociali. L'attuale situazione socioeconomica dell'intera Unione si presenta come quanto più magmatica ormai da anni ed è perciò indispensabile provvedere a metodi di concertazione tra quelle parti che più di chiunque altro devono provvedere a garantire una risoluzione ottimale per i cittadini. Ed è proprio in quest'ottica di dialogo sociale che si possono trovare nuove tattiche e strategie funzionali ad una crescita costante e ad una piena occupazione.

Troppo spesso infatti si è assistito ad uno scollamento tra gli organi decisionali europei e le parti sociali fino a giungere a scontri o a frangenti di stallo, contribuendo così anche a potenziare sentimenti antieuropeisti. Il lecito euroscetticismo emerso, tuttavia, non ha fatto altro che complicare i tavoli di lavoro impedendo deliberazioni rapide ed efficaci.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the vote on the Tripartite Social Summit for Growth and Employment and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A Cimeira Social Tripartida para o Crescimento e o Emprego (CST), instituída pela decisão 2003/174/CE do Conselho, formalizou a prática de realizar, desde 1997, reuniões informais de alto nível no âmbito da Estratégia Europeia de Emprego e, posteriormente, da Estratégia de Lisboa.

Na sequência das alterações institucionais introduzidas pelo Tratado de Lisboa, a decisão do Conselho de 2003 que institui a Cimeira Social Tripartida precisava de ser revista.

O Tratado de Lisboa implicou mudanças institucionais significativas, que justificam a revisão da decisão, nomeadamente:

— Institucionalizou o Conselho Europeu e criou o cargo de Presidente do Conselho Europeu;

— Reconheceu o papel da CST como parte integrante do diálogo social da UE;

— Revogou o art. 202.º do Tratado da CE, que constituiu a base jurídica para adotar a decisão de 2003 (as funções do Conselho são agora definidas pelo art. 16.º do Tratado da UE e os princípios em matéria de comitologia constam dos artigos 290.º e 291.º do TFUE).

Votei a favor da presente recomendação, que procede à adaptação das alterações institucionais introduzidas pelo Tratado de Lisboa, revendo igualmente o enquadramento político, substituindo a Estratégia de Lisboa pela Estratégia «Europa 2020».

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this legislative, consent procedure (single vote) report. This 'summit' is a talking shop for high-level EU officials, lobbyists and European NGOs to discuss employment and economic issues. It is just another waste of taxpayers' money that will achieve nothing.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I agree with the conclusion of the report which is to support the outcome of this Summit. Fruit may be reaped by getting employers and trade unions to dialogue together for lasting solutions in employment.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe porque supone una propuesta para mejorar el presente sistema de diálogo social europeo, especialmente en lo referente a la participación del Parlamento en las reuniones. El Parlamento debe ser consultado en la revisión del funcionamiento de la cumbre social tripartita, y la condición de esta consulta ha sido la participación del Presidente de la Comisión de Empleo del Parlamento Europeo en las reuniones. Una vez alcanzado el acuerdo con Comisión y Consejo sobre este punto, se garantiza la participación del mismo en la cumbre. Es por esto por lo que he decidido votar en favor del presente informe.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto positivo alla presente risoluzione poiché ritengo che il vertice sociale trilaterale sia un'opportunità-chiave per coinvolgere le parti sociali nel processo del semestre europeo. Sono convinto che la rappresentatività più ampia possibile e la legittimità e l'efficacia della consultazione delle parti sociali rivestano massima importanza e che soltanto in tal modo il dialogo sociale nell'Unione europea possa trovare nuovo slancio. Credo infatti che sia importante rafforzare e sfruttare le sinergie e la complementarità tra le varie istanze al fine di coordinare in maniera più coerente le strategia economica e sociale dell'Unione europea.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Popieram dokument, którego głównym celem jest uregulowanie kwestii zaproszeń wystosowywanych do przewodniczącego Komisji Zatrudnienia, aby brał udział w każdym trójstronnym szczycie społecznym. Jestem bardzo zadowolony z faktu, iż wszystkie instytucje unijne mają takie samo zdanie i są pozytywnie ustosunkowane do wyżej opisanego dokumentu. Również ja, jako członek Parlamentu, eurodeputowany, zagłosowałem za. Obecność przewodniczącego na pewno usprawni pracę oraz przyniesie korzyści podczas szczytów trójstronnych.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this recommendation as I believe that European Parliament's role as co-legislator in the tripartite social summit for growth and employment is crucially important, and Parliament should be represented by the Chair of the Committee on Employment and Social Affairs on a regular basis.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Am votat în favoarea aprobării proiectului de decizie a Consiliului privind o reuniune socială tripartită la nivel înalt pentru creșterea economică și ocuparea forței de muncă și de abrogare a Deciziei 2003/174/CE.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Le sommet tripartite est un forum permettant aux institutions européennes d'établir un dialogue constructif avec les représentants patronaux ainsi que syndicaux. Ce rapport propose l'approbation du Parlement européen à la nouvelle réglementation régissant le sommet tripartite, qui prévoit notamment la participation du président de la commission emploi et affaires sociales.

Considérant que ce rapport favorise une meilleure représentation du Parlement européen au sommet social tripartite, j'ai voté en faveur.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this legislative, consent procedure (single vote) report. This 'summit' is a talking shop for high-level EU officials, lobbyists and European NGOs to discuss employment and economic issues. It is just another waste of taxpayers' money that will achieve nothing.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Par ce vote, nous avons donné notre approbation au projet de décision du Conseil visant à adapter la décision du Conseil de 2003 sur l'organisation des réunions informelles à haut niveau dans le cadre de sommets sociaux tripartites. Cette adaptation doit être opérée afin de répondre aux nouvelles exigences introduites par le traité de Lisbonne. Si les missions du sommet social tripartite pour la croissance et l'emploi restent globalement les mêmes, c'est principalement sa composition qui sera modifiée.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Créé en 2003, ce sommet se réunit au moins une fois par an, avant le Conseil européen de printemps pour discuter des questions sociales et de l'emploi. Le SST réunit notamment un trio de présidents: le président du Conseil européen, le président de la Commission européenne, et la présidence tournante du Conseil. Nous ne saurions cautionner ce dialogue social, qui s'appuie sur les principes ultralibéraux défendus de longue date par l'Union européenne. J'ai donc voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада относно тристранната среща на високо равнище по социални въпроси, тъй като смятам, че Европейският парламент трябва да бъде равноправен участник в нея. Важно е, освен Съветът и Комисията, ние също да имаме представител на тази така важна среща със социални партньори от цяла Европа. Поради тази причина гласувах „за“, за да може председателят на комисията по социални въпроси да бъде официално упълномощен представител на ЕП.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω διότι θεωρώ πως αυτή η σύνοδος δεν προάγει πραγματικά τα συμφέροντα των εργαζομένων.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A különleges jogalkotási eljáráson belüli egyetértési jogkör gyakorlásán belül a Növekedési és Foglalkoztatási Háromoldalú Szociális Csúcstalálkozóról és a 2003/174/EK határozat hatályon kívül helyezéséről szóló tanácsi határozat tervezetéről foglalt állást az Európai Parlament. A változtatás alapvetően technikai és eljárásjogi kérdéseket érintett. Ennek alapja, előzménye a Növekedési és Foglalkoztatási Háromoldalú Szociális Csúcstalálkozó, amelyet a 2003. március 6-i 2003/174/EK tanácsi határozat hozott létre, amely hivatalossá tette az 1997 óta előbb az európai foglalkoztatási stratégia, majd a lisszaboni stratégia keretében rendezett magas szintű, informális találkozók gyakorlatát.

A Bizottság 2003-ban a vonatkozó határozati javaslatot annak érdekében nyújtotta be, hogy intézményesítse az uniós intézmények és az uniós szociális partnerek közötti magas szintű konzultációk gyakorlatát. Azonban a Lisszaboni Szerződés által előidézett – az Európai Tanács elnöki tisztségének létrehozására irányuló – intézményi változást követően a Növekedési és Foglalkoztatási Háromoldalú Szociális Csúcstalálkozót létrehozó 2003. évi határozatot felül kellett vizsgálni. (A tanácsi határozat elfogadásának jogalapját az EUMSZ 352. cikke biztosította.) Szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – Ante la necesidad de actualizar el marco jurídico de la Cumbre Social Tripartita para el Crecimiento y el Empleo (SST) debido a los cambios introducidos por el Tratado de Lisboa, la Comisión Europea ha presentado una nueva decisión del Consejo en la que podría basarse la SST.

La propuesta consiste en adaptar la decisión del Consejo de 2003 a los cambios institucionales introducidos por el Tratado de Lisboa. También está revisando el marco de la política general, en sustitución de la estrategia de Lisboa, la Estrategia Europa 2020 y la especificación de cómo el SST para el crecimiento y el empleo deben contribuir a la gobernabilidad global.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A Comissão não tenciona, nesta fase, utilizar a oportunidade proporcionada por esta revisão para efetuar uma reforma profunda do funcionamento da Cimeira Social Tripartida.

A cimeira foi sempre considerada pelos parceiros sociais como um fórum privilegiado para debater questões sociais e de emprego ao mais alto nível. Constitui também uma oportunidade de os representantes das instituições da UE que participam na CST ouvirem os pontos de vista e as propostas de ambos os lados do espetro do diálogo social, o que lhes permite transmitir, posteriormente, esses pontos de vista aos membros do Conselho Europeu.

Concordo com uma proposta que adapte a decisão vigente às alterações institucionais introduzidas pelo Tratado de Lisboa, refletindo simultaneamente os resultados positivos da experiência prática recentemente adquirida no âmbito da CST.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: nous devons refuser de cautionner le fait d'institutionnaliser une nouvelle structure antidémocratique.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A participação dos trabalhadores no conjunto das decisões que os afetam, num sentido de defesa dos seus interesses de classe, merece obviamente o nosso apoio.

Pesem embora as consabidas reservas que temos relativamente ao carácter e ao alcance de um instrumento como a Cimeira Social Tripartida (juntando a presidência do Conselho Europeu, do Conselho da União Europeia, da Comissão Europeia, 10 representantes do patronato e 10 representantes dos trabalhadores), no contexto próprio em que o seu lançamento e realização foram considerados, esta tem merecido igualmente a nossa atenção positiva.

Como consequência do Tratado de Lisboa, a composição da Cimeira foi alterada. Não se dando uma alteração do nível da representação dos trabalhadores e do seu peso relativo, não nos opomos e damos o nosso acordo à recomendação apresentada.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario in quanto le modiche proposte dal Consiglio non aumenteranno la democraticità.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τη σύσταση καθώς η τριμερής σύνοδος στηρίζεται πλέον στη συνθήκη της Λισαβόνας με την οποία και είμαι αντίθετος· επίσης, δεν θεωρώ πως αυτή η σύνοδος προάγει πραγματικά τα συμφέροντα των εργαζομένων.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – As co-legislator, it is essential that Parliament, represented by the Chair of the Committee on Employment and Social Affairs (EMPL) is invited to the Tripartite Social Summit (TSS) for Growth and Employment on a regular basis. The PPE rapporteur, Mr Sógor, the shadows and the EMPL coordinators proposed that consent be given to the Council position only on the condition that the Chair of the EMPL Committee is invited to the TSS on a regular basis. Respective assurances should be given by the Council and the Commission prior to the plenary vote. In the meantime Parliament received a letter from the Council and the Commission confirming that the EMPL Chair will be invited to the TSS also in the future, thereby satisfying Parliament's demands. I therefore voted in favour.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A különleges jogalkotási eljáráson belüli egyetértési jogkör gyakorlásán belül a Növekedési és Foglalkoztatási Háromoldalú Szociális Csúcstalálkozóról és a 2003/174/EK határozat hatályon kívül helyezéséről szóló tanácsi határozat tervezetéről foglalt állást az Európai Parlament. A változtatás alapvetően technikai és eljárásjogi kérdéseket érintett. Ennek alapja, előzménye a Növekedési és Foglalkoztatási Háromoldalú Szociális Csúcstalálkozó, amelyet a 2003. március 6-i 2003/174/EK tanácsi határozat hozott létre, amely hivatalossá tette az 1997 óta előbb az európai foglalkoztatási stratégia, majd a lisszaboni stratégia keretében rendezett magas szintű, informális találkozók gyakorlatát.

A Bizottság 2003-ban a vonatkozó határozati javaslatot annak érdekében nyújtotta be, hogy intézményesítse az uniós intézmények és az uniós szociális partnerek közötti magas szintű konzultációk gyakorlatát. Azonban a Lisszaboni Szerződés által előidézett – az Európai Tanács elnöki tisztségének létrehozására irányuló – intézményi változást követően a Növekedési és Foglalkoztatási Háromoldalú Szociális Csúcstalálkozót létrehozó 2003. évi határozatot felül kellett vizsgálni. (A tanácsi határozat elfogadásának jogalapját az EUMSZ 352. cikke biztosította.)

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A különleges jogalkotási eljáráson belüli egyetértési jogkör gyakorlásán belül a Növekedési és Foglalkoztatási Háromoldalú Szociális Csúcstalálkozóról és a 2003/174/EK határozat hatályon kívül helyezéséről szóló tanácsi határozat tervezetéről foglalt állást az Európai Parlament. A változtatás alapvetően technikai és eljárásjogi kérdéseket érintett.

Ennek alapja, előzménye a Növekedési és Foglalkoztatási Háromoldalú Szociális Csúcstalálkozó, amelyet a 2003. március 6-i 2003/174/EK tanácsi határozat hozott létre, amely hivatalossá tette az 1997 óta előbb az európai foglalkoztatási stratégia, majd a lisszaboni stratégia keretében rendezett magas szintű, informális találkozók gyakorlatát.

A Bizottság 2003-ban a vonatkozó határozati javaslatot annak érdekében nyújtotta be, hogy intézményesítse az uniós intézmények és az uniós szociális partnerek közötti magas szintű konzultációk gyakorlatát. Azonban a Lisszaboni Szerződés által előidézett – az Európai Tanács elnöki tisztségének létrehozására irányuló – intézményi változást követően a Növekedési és Foglalkoztatási Háromoldalú Szociális Csúcstalálkozót létrehozó 2003. évi határozatot felül kellett vizsgálni. (A tanácsi határozat elfogadásának jogalapját az EUMSZ 352. cikke biztosította.)

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für die Empfehlung zum Dreigliedrigen Sozialgipfel für Wachstum und Beschäftigung gestimmt. Der Europäische Sozialgipfel findet zweimal jährlich jeweils im Vorfeld der Frühjahrs- und der Herbsttagung des Europäischen Rates statt. Am Sozialgipfel nehmen die Regierungschefs und die Arbeitsminister der Mitgliedstaaten der aktuellen Trio-Ratspräsidentschaft, die Europäische Kommission und die europäischen Sozialpartner teil. Ich halte diesen Gipfel für ein wichtiges Forum im aktiven EU-Sozialpartnerdialog.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the decision as it aims to enable social partners at European level to contribute, in the context of their social dialogue, to the various components of the European Union's strategy for growth and jobs.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Le sommet social tripartite (SST) comprend notamment la présidence du Conseil européen, la présidence de la Commission, et la présidence en exercice du Conseil. Créé en 2003, il se réunit au moins une fois par an, avant le Conseil européen de printemps, pour discuter des questions sociales et de l'emploi. Il associe les partenaires sociaux «reconnus par les institutions» et constitue en quelque sorte la caution morale de la gouvernance économique.

Par le choix des partenaires sociaux, entièrement acquis à la pertinence des choix du système, ce sommet laisse les décideurs européens libres d'agir en faveur du mondialisme. C'est le cas notamment en matière migratoire, où l'espace Schengen est considéré comme intouchable et les migrants considérés comme une «chance pour l'Europe».

La proposition en elle-même vise à réviser la décision 2003/174/CE du Conseil, qui institutionnalise le sommet social tripartite, afin de faciliter sa contribution à la gouvernance globale. Les députés patriotes ne peuvent cautionner cette institution dont le fonctionnement ne laisse aucune place aux institutions nationales et démocratiques, à commencer par les parlements nationaux et qui vise surtout à «truquer» le dialogue social. J'ai donc voté contre ce rapport.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de esta recomendación sobre la TSS, porque supone la finalización de un largo proceso en dónde si bien la relación del Consejo con el Parlamento no ha sido todo lo eficiente y sincera que debería, el resultado es positivo, tanto para el dialogo de la Comisión y el Consejo con interlocutores sociales, como para la posición del Parlamento Europeo en el TSS. No obstante, se debe remarcar que el Consejo, ha actuado durante este procedimiento, sin respetar los plazos del Parlamento.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the decision, as it aims to enable the social partners at European level to contribute, in the context of their social dialogue, to the various components of the European Union's strategy for growth and jobs.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση ήταν τεχνοκρατικού χαρακτήρα, και αφορούσε τη θεσμοθέτηση του κοινωνικού διαλόγου μέσα από τη συνθήκη της Λισαβόνας. Η συνθήκη ονομάζει τον Πρόεδρο του Συμβουλίου πλέον ως συντονιστή. Παρόλη την ξεκάθαρή μας διαφωνία με τη συνθήκη της Λισαβόνας, θεωρούμε πως ο τριμερής κοινωνικός διάλογος πρέπει να υπάρχει θεσμοθετημένος. Για αυτό τον λόγο υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – The Tripartite Social Summit for Growth and Employment (TSS) was set up in 2003 and formalised the practice of holding high-level, informal meetings in the framework of the European Employment Strategy, and subsequently the Lisbon Strategy. The Commission proposed the formalisation to institutionalise the practice of high-level consultation between the EU institutions and EU social partners. The TSS has been a separate event from the European Council meetings ever since and has broadly fulfilled its aim of facilitating high-level exchange of views between the Commission, the EU Presidency and the EU social partners on employment and social aspects of the Lisbon Strategy.

Following the creation of the role of President of the European Council by the Lisbon Treaty, the decision establishing the TSS needs to be revised to transfer the role and responsibilities of the rotating Presidency of the Council to the newly created role of President of the European Council. In addition, the overall policy framework needs to be revised, replacing the Lisbon Strategy with the Europe 2020 Strategy and specifying how the TSS for Growth and Employment contributes to the overall governance.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this protocol because it revised the procedure of the summit to bring it in line with the changes introduced in the Lisbon Treaty.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this legislative, consent procedure (single vote) report. This 'summit' is a talking shop for high-level EU officials, lobbyists and European NGOs to discuss employment and economic issues. It is just another waste of taxpayers' money that will achieve nothing.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport pentru întărirea dialogului social între instituțiile Uniunii Europene și partenerii sociali europeni pentru crearea de locuri de muncă și dezvoltarea favorabilă a incluziunii sociale, precum și pentru diminuarea impactului nefavorabil al crizei migrației și al refugiaților asupra pieței forței de muncă.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o Trostranom socijalnom samitu za rast i zapošljavanje i stavljanju izvan snage Odluke br. 2003/174/EZ jer se time daje suglasnost za nacrt odluke Vijeća. Od iznimne je važnosti reagirati na pravi način na posljedice koje migrantska i izbjeglička kriza ima na tržište rada te na izazove koje predstavlja sve veća digitalizacija društva. Ključno je u takvu vrstu diskusije uključiti takozvane socijalne partnere koji direktno mogu doprinijeti europskoj ekonomskoj i socijalnoj strategiji te stoga podržavam ovu Preporuku.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce rapport analyse le «dialogue social au sommet», qui est présenté comme incontournable pour renforcer la légitimité d'une gouvernance économique et un «pilier social» renforcé. Pourtant, il n'implique que des partenaires d'autant plus dépendants des institutions qu'ils font partie intégrante du système. La ligne ultralibérale de ces discussions est évidente et encourage fermement les réformes structurelles. En outre, l'espace Schengen est considéré comme intouchable, et l'intégration des migrants tenue pour une chance pour l'Europe.

Non seulement le «dialogue social» est truqué, et la volonté de relancer le processus au niveau des États membres une simple formulation de principe, mais cette caution sociale du SST sert à légitimer la gouvernance qui s'impose, sans aucune considération pour les institutions nationales et démocratiques, à commencer par les parlements nationaux. J'ai bien sûr voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this legislative, consent procedure (single vote) report. This 'summit' is a talking shop for high-level EU officials, lobbyists and European NGOs to discuss employment and economic issues. It is just another waste of taxpayers' money that will achieve nothing.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I supported this report on a proposal that aims to revise the 2003 Council Decision to comply with the changes that were introduced by the Lisbon Treaty. It was a necessary and logical step to align the institutional framework to fit the current context.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport de mon collègue Csaba Sogor validant le règlement du sommet social tripartite pour la croissance et l'emploi. Il s'agit d'un sommet qui est organisé une fois par mois et qui offre une plateforme d'échange entre les institutions européennes et les représentants des syndicats patronaux et syndicaux. Ce règlement prévoit la présence du président de la commission emploi et affaires sociales, nouveauté appréciée.

Mon engagement pour l'emploi me conduit à saluer cette initiative qui favorise l'action menée par l'Union européenne pour favoriser sa dimension sociale.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Il quadro giuridico per il vertice sociale triennale per la crescita e l'occupazione (TSS), assicura un'azione congiunta tra il Consiglio europeo, il Parlamento, la Commissione e le parti sociali. I partecipanti hanno proceduto in particolare a uno scambio di opinioni su tre questioni, quali: le esperienze nell'attuazione delle raccomandazioni specifiche per paese; l'impatto della crisi migratoria e dei rifugiati sul mercato del lavoro; le sfide connesse alla digitalizzazione. Si tratta di tematiche di rilevanza centrale oggi ancora più di ieri, considerata la necessità, non più prorogabile, di promuovere e sostenere la crescita e l'occupazione in tutta l'UE.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the decision as it aims at enabling the social partners at European level to contribute, in the context of their social dialogue, to the various components of the European Union's strategy for growth and jobs.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A különleges jogalkotási eljáráson belüli egyetértési jogkör gyakorlásán belül a Növekedési és Foglalkoztatási Háromoldalú Szociális Csúcstalálkozóról és a 2003/174/EK határozat hatályon kívül helyezéséről szóló tanácsi határozat tervezetéről foglalt állást az Európai Parlament. A változtatás alapvetően technikai és eljárásjogi kérdéseket érintett. Ennek alapja, előzménye a Növekedési és Foglalkoztatási Háromoldalú Szociális Csúcstalálkozó, amelyet a 2003. március 6-i 2003/174/EK tanácsi határozat hozott létre, amely hivatalossá tette az 1997 óta előbb az európai foglalkoztatási stratégia, majd a lisszaboni stratégia keretében rendezett magas szintű, informális találkozók gyakorlatát.

A Bizottság 2003-ban a vonatkozó határozati javaslatot annak érdekében nyújtotta be, hogy intézményesítse az uniós intézmények és az uniós szociális partnerek közötti magas szintű konzultációk gyakorlatát. Azonban a Lisszaboni Szerződés által előidézett – az Európai Tanács elnöki tisztségének létrehozására irányuló – intézményi változást követően a Növekedési és Foglalkoztatási Háromoldalú Szociális Csúcstalálkozót létrehozó 2003. évi határozatot felül kellett vizsgálni. (A tanácsi határozat elfogadásának jogalapját az EUMSZ 352. cikke biztosította.)

Béla Kovács (NI), *írásban*. – Régóta általam is folyamatosan hangoztatott probléma a periféria és a centrum országok között meglévő fizetési szakadék és a gyarmatosító törekvések utóbbiak részéről. A javaslat támogatható, mert legalább tárgyalási felületet ad a Lisszaboni Szerződéshez igazított formában. Ugyanakkor megjegyzendő, hogy bár 2003 óta működik a csúcstalálkozó rendszere, mindeddig kézzelfogható eredményt a munkavállalói szférában és főleg a perifériaországokban alulfizetetten foglalkoztatottak számára nem hozott. A szakpolitikai keretet teljes körűen felül kell vizsgálni, a lisszaboni stratégiát az Európa 2020 stratégiával váltva fel, valamint meg kell határozni, hogy a Növekedési és Foglalkoztatási Háromoldalú Szociális Csúcstalálkozó miként járulhat hozzá a stratégia átfogó irányításához.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car je suis hostile au faux dialogue social qu'il entérine, et qui n'est qu'une illusion cherchant à dissimuler l'ultralibéralisme de l'UE.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur le sommet social tripartite pour la croissance et l'emploi. Ce dialogue social au sommet est présenté comme incontournable pour renforcer la légitimité d'une gouvernance économique au «pilier social» renforcé. Pourtant, il n'implique que des partenaires d'autant plus dépendants des institutions qu'ils font partie intégrante du système. La ligne ultralibérale de ces discussions est évidente et encourage fermement les réformes structurelles. En outre, l'espace Schengen est considéré comme intouchable, et l'intégration des migrants tenue pour une chance pour l'Europe.

Non seulement le «dialogue social» est truqué, et la volonté de relancer le processus au niveau des États membres une simple formulation de principe, mais cette caution sociale du SST sert à légitimer la gouvernance qui s'impose, sans aucune considération pour les institutions nationales et démocratiques, à commencer par les parlements nationaux.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Ce dialogue social au sommet est présenté comme incontournable pour renforcer la légitimité d'une gouvernance économique au «pilier social» renforcé. Pourtant, il n'implique que des partenaires d'autant plus dépendants des institutions qu'ils font partie intégrante du système. La ligne ultralibérale de ces discussions est évidente et encourage fermement les réformes structurelles. En outre, l'espace Schengen est considéré comme intouchable, et l'intégration des migrants vue comme une chance pour l'Europe.

Non seulement le «dialogue social» est faussé, et la volonté de relancer le processus au niveau des États membres reste une simple formulation de principe, mais cette caution sociale du SST sert à légitimer l'absence de considération pour les institutions nationales et démocratiques, à commencer par les parlements nationaux.

Pour ces diverses raisons, je me suis opposé à ce rapport aux accents aberrants.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque la Cumbre Social Tripartita para el Crecimiento y el Empleo (TSS) que es un foro de diálogo entre las instituciones de la Unión a nivel de presidentes y los interlocutores sociales europeos a nivel de órganos de dirección. Tiene el cometido de promover un intercambio continuo entre los interlocutores sociales y las instituciones de la Unión, así como garantizar que los interlocutores sociales contribuyan a la estrategia económica y social de la Unión.

La última cumbre fue el 16 de marzo de 2016 sobre «Una colaboración intensa para la creación de empleo y el crecimiento integrador».

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe porque supone una propuesta para mejorar el presente sistema de diálogo social europeo, especialmente en lo referente a la participación del Parlamento en las reuniones. El Parlamento debe ser consultado en la revisión del funcionamiento de la cumbre social tripartita, y la condición de esta consulta ha sido la participación del Presidente de la Comisión de Empleo del Parlamento Europeo en las reuniones. Una vez alcanzado el acuerdo con Comisión y Consejo sobre este punto, se garantiza la participación del mismo en la cumbre. Es por esto por lo que he decidido votar en favor del presente informe.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted to update this legal framework in keeping with the Lisbon Treaty.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Nesouhlasím s rozhodnutím Rady o zřízení nového tripartitního orgánu, kde by zasedaly odbory a svazy průmyslníků. Považuji to za korporativismus, tedy za snahu nahrazovat demokracii vládou svazů. Považuji to za plýtvání penězi daňových poplatníků. Bude to jen další žvanírna.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Pravni okvir za Trostrani socijalni summit za rast i zapošljavanje (TSS) je potrebno ažurirati zbog promjena koje donosi Lisabonski ugovor. Stoga je Komisija predstavila novu odluku Vijeća na kojoj bi se trebao temeljiti novi TSS. Parlament je u svom izvješću pozvao na uvođenje prakse da se na odbore TSS-a poziva i predsjednik Odbora za zapošljavanje i socijalna pitanja (EMPL).

Smatram kako je predložena praksa dobra. Stoga sam podržala ovu preporuku odluke Vijeća.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The European Parliament to give its consent to the draft Council decision on the Tripartite Social Summit for Growth and Employment. This formalised the practice of holding high-level, informal meetings in the framework of the European Employment Strategy, and subsequently the Lisbon Strategy. Dialogue with social partners has to be at the highest possible level.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Tripartitná sociálna schôdza (TSS) bola zriadená rozhodnutím Rady v marci 2003. Jej úlohou je uľahčovať výmenu názorov medzi Komisiou, predsedníctvom EÚ a sociálnymi partnermi EÚ o otázkach v oblasti zamestnanosti a sociálnych vecí. Predložené rozhodnutie Rady odráža inštitucionálne zmeny Lisabonskej zmluvy a praktické výsledky činnosti Tripartitnej sociálnej schôdze od jej vzniku. Definuje úlohy a členstvo v nej, organizáciu činnosti a poskytovanie informácií. Návrh podporujem.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Απείχα κατά την ψηφοφορία της σύστασης σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου που αφορά τη θέσπιση τριμερούς κοινωνικής συνόδου κορυφής για την ανάπτυξη και την απασχόληση και την κατάργηση της απόφασης 2003/174/ΕΚ, διότι η εν λόγω σύσταση δεν είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Il concerne l'approbation de l'institution du sommet social tripartite, composé du président du Conseil européen, du président de la Commission européenne et du président du Conseil de l'Europe. Il se réunit pour discuter des questions sociales et d'emploi, dans le cadre des objectifs de la stratégie UE 2020 pour une croissance inclusive. La composition pourrait changer: il est prévu de faire participer les partenaires sociaux reconnus par les institutions, et d'intégrer le président de la commission emploi. Par ailleurs, le texte prévoit que l'ensemble des instances participatives puissent aider à la conception de l'ordre du jour. Enfin, les priorités arrêtées devraient être ensuite soumises à l'approbation du Parlement européen.

Ce sommet n'implique que des partenaires faisant partie intégrante du système, dont l'indépendance est douteuse. Il ressort du texte un ultralibéralisme encourageant les réformes structurelles. Par ailleurs, l'intégration des migrants est tenue comme une chance pour l'Europe, ce que je désapprouve.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – The European Union has reached impressive economic, political, and social levels but different reports suggest that there is still much more we need to accomplish in order to be an even stronger Union. For the European Union's progress, we need to figure out the uncertainties and fill the gaps so we can move on. I voted in favour of the Tripartite Social Summit for Growth and Employment. I agree with President Juncker's views that highlight the importance of advancing towards a fair and truly European labour market through social dialogue and the deepening of economic and monetary union.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Mi apoyo a la recomendación de este Parlamento sobre el proyecto de Decisión del Consejo relativa a la Cumbre Social Tripartita para el Crecimiento y el Empleo.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Hier wird, unter Hinweis auf die Arbeitsweise der Europäischen Union, die Zustimmung zur Einrichtung eines Dreigliedrigen Sozialgipfels gefordert. Durch diesen Sozialgipfel zieht die EU mehr Kompetenzen an sich. Daher habe ich mich enthalten.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau EP parengtam preliminariam pranešimui dėl trišalio socialinių reikalų aukščiausiojo lygio susitikimo ekonomikos augimo ir užimtumo klausimais. Atsižvelgiant į Lisabonos sutartimi nustatytus institucinius pokyčius ir Europos Vadovų Tarybos pirmininko pareigybės atsiradimą, reikia peržiūrėti Tarybos sprendimą, kuriuo įsteigtas trišalis socialinių reikalų aukščiausiojo lygio susitikimas.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce dialogue social au sommet est présenté comme incontournable pour renforcer la légitimité d'une gouvernance économique au «pilier social» renforcé. Pourtant, il n'implique que des partenaires d'autant plus dépendants des institutions qu'ils font partie intégrante du système. La ligne ultralibérale de ces discussions est évidente et encourage fermement les réformes structurelles. En outre, l'espace Schengen est considéré comme intouchable, et l'intégration des migrants tenue pour une chance pour l'Europe.

Non seulement le «dialogue social» est faussé, et la volonté de relancer le processus au niveau des États membres une simple formulation de principe, mais cette caution sociale du SST sert à légitimer l'absence de considération pour les institutions nationales et démocratiques, à commencer par les parlements nationaux.

Me devant de refuser l'institutionnalisation d'une nouvelle structure antidémocratique, je me suis opposée à ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A Cimeira Tripartida para o Crescimento e o Emprego tem por missão assegurar, em conformidade com o Tratado e no respeito pelas competências das instituições e dos órgãos da União, a existência de uma concertação permanente entre o Conselho, a Comissão e os parceiros sociais. Permitirá que os parceiros sociais a nível europeu contribuam, no contexto do diálogo social, para as diferentes componentes da estratégia de crescimento e emprego da UE.

Para o efeito, conta com os trabalhos e os debates entre o Conselho, a Comissão e os parceiros sociais, que se realizam a montante nas diferentes instâncias de concertação sobre as questões económicas, sociais e do emprego. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I supported this legislative resolution as it will institutionalise the practice of high-level consultation between the EU institutions and the EU social partners related to jobs and growth in the European Union.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – L'Europe sociale existe. Néanmoins, les compétences de l'Union dans ce domaine sont limitées par les traités qui ne lui confèrent ni le droit de légiférer en matière de salaire, de droit de grève, de sécurité sociale, ni d'intervenir de manière générale dans les relations contractuelles entre employés et employeurs. La tenue d'un tel type de sommet est un moyen pour les dirigeants européens de prendre en compte les aspirations des partenaires sociaux et pour les partenaires sociaux de contribuer à la stratégie économique et sociale de l'UE.

Il est évident qu'une stratégie de croissance n'a de sens que si elle s'accompagne d'une stratégie sociale. Dans cette optique, je soutiens très certainement la mise en place des sommets sociaux tripartites pour la croissance et l'emploi, éléments du dialogue interprofessionnel, dont l'initiative permet de tendre vers les objectifs de la stratégie Europe 2020.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Vrcholná tripartitná sociálna schôdzka pre rast a zamestnanosť (TSS) bola formálne zriadená rozhodnutím Rady zo 6. marca 2003. Jej cieľom je výmena názorov na najvyššej úrovni o aspektoch v oblasti zamestnanosti a sociálnych vecí lisabonskej stratégie a neskôr stratégie 2020. Kým nenadobudla platnosť Lisabonská zmluva, zasadnutiam spolupredsedali predsedníctvo Rady a predseda Komisie. Lisabonská zmluva priniesla niekoľko inštitucionálnych zmien, ktoré si vyžadujú revíziu rozhodnutia z roku 2003. Inštitucionalizovala Európsku radu a vytvorila post predsedu Európskej rady; uznala úlohu dialógu tripartitnej sociálnej schôdzky ako súčasti sociálneho dialógu EÚ a zrušila článok 202 Zmluvy o ES, ktorý predstavoval právny základ na prijatie rozhodnutia z roku 2003. Revízia po novom ustanovuje, že schôdze TSS sa zúčastňujú predseda Európskej rady, predsedníctvo Rady a dve následné predsedníctva, Komisia a sociálni partneri, ministri z týchto troch predsedníctiev a komisár zodpovedný za zamestnanosť a sociálne veci. Ustanovuje sa pravidelnosť schôdze dvakrát do roka, a to vždy pred jarným a jesenným zasadnutím Európskej rady.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on the Tripartite Social Summit for Growth and Employment since it is essential that the European Parliament, represented by the Chair of the Committee on Employment and Social Affairs, is invited to the summit on a regular basis.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Növekedési és Foglalkoztatási Háromoldalú Szociális Csúcstalálkozót a 2003. március 6-i 2003/174/EK tanácsi határozat hozta létre. A Tanács a Bizottság javaslatára határozattervezetet fogadott el az említett határozat hatályon kívül helyezéséről és a Növekedési és Foglalkoztatási Háromoldalú Szociális Csúcstalálkozóval kapcsolatos új szabályozásról. A tervezet elfogadásához a Tanácsnak meg kell szereznie a Parlament egyetértését. A Foglalkoztatási és Szociális Bizottság jelentésében azt ajánlja, hogy a Parlament értsen egyet a Tanács határozattervezetével. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce dialogue social au sommet est présenté comme incontournable pour renforcer la légitimité d'une gouvernance économique au «pilier social» renforcé. Pourtant, il n'implique que des partenaires d'autant plus dépendants des institutions qu'ils font partie intégrante du système. La ligne ultralibérale de ces discussions est évidente et encourage fermement les réformes structurelles. En outre, l'espace Schengen est considéré comme intouchable, et l'intégration des migrants tenue pour une chance pour l'Europe.

Non seulement le «dialogue social» est truqué, et la volonté de relancer le processus au niveau des États membres une simple formulation de principe, mais cette caution sociale du SST sert à légitimer la gouvernance qui s'impose, sans aucune considération pour les institutions nationales et démocratiques, à commencer par les parlements nationaux. Vote défavorable.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A Cimeira Social Tripartida para o Crescimento e o Emprego foi criada no seguimento do Conselho Europeu de Lisboa, de março de 2000, com o objetivo de promover uma concertação de alto nível com os parceiros sociais europeus.

Desde que foi criada ao abrigo da Decisão 2003/174/CE do Conselho, a Cimeira cumpriu o seu papel fundamental de garantir uma concertação de alto nível. Contribuiu positivamente para o desenvolvimento do diálogo social a nível da União, no âmbito da Estratégia de Lisboa, ao longo do período 2000-2010, bem como no âmbito da estratégia «Europa 2020».

As missões e a composição da Cimeira deverão ser adaptadas, por forma a ter em conta as alterações institucionais introduzidas pelo Tratado de Lisboa, em especial a criação da função de Presidente do Conselho Europeu, conforme previsto no artigo 15.º do TUE.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce dialogue social au sommet est présenté comme incontournable pour renforcer la légitimité d'une gouvernance économique au «pilier social» renforcé. Pourtant, il n'implique que des partenaires d'autant plus dépendants des institutions qu'ils font partie intégrante du système. La ligne ultralibérale de ces discussions est évidente et encourage fermement les réformes structurelles. En outre, l'espace Schengen est considéré comme intouchable, et l'intégration des migrants tenue pour une chance pour l'Europe.

Non seulement le «dialogue social» est truqué, et la volonté de relancer le processus au niveau des États membres une simple formulation de principe, mais cette caution sociale du SST sert à légitimer la gouvernance qui s'impose, sans aucune considération pour les institutions nationales et démocratiques, à commencer par les parlements nationaux. Je vote donc contre.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the decision as it aims at enabling the social partners at European level to contribute, in the context of their social dialogue, to the various components of the European Union's strategy for growth and jobs.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Támogatom az ajánlást. A határozat felülvizsgálatára azért van szükség, mert a korábbi stratégiákat az Európai 2020 stratégia váltja fel, és az új stratégiák végrehajtásához a korábbi jogszabályoknak is igazodniuk kell.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for this recommendation regarding the Tripartite Social Summit for Growth and Employment that amongst other matters, considers the impact of the migration and refugee crisis on the labour market and the digitalisation challenges faced by the labour market.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Articolul 3 din tratat prevede că unul dintre obiectivele Uniunii Europene este acela de a dezvolta o economie socială de piață cu grad ridicat de competitivitate, care tinde spre ocuparea deplină a forței de muncă și spre progres social.

În definirea și punerea în aplicare a politicilor și acțiunilor sale, Uniunea trebuie să țină seama de dimensiunea socială a acestora, mai precis de cerințele privind promovarea unui nivel ridicat al ocupării forței de muncă, garantarea unei protecții sociale corespunzătoare, combaterea excluziunii sociale, precum și de cerințele privind un nivel ridicat de educație, de formare profesională și de protecție a sănătății umane.

Uniunea a instituit un summit social tripartit pentru dezvoltare și ocuparea forței de muncă, recunoscut drept o componentă integrantă a dialogului social la nivelul UE. Acesta va da posibilitatea partenerilor sociali la nivel european să contribuie, în contextul dialogului lor social, la diversele componente ale strategiei Uniunii pentru creștere economică și locuri de muncă.

Summitul se compune din reprezentanți la cel mai înalt nivel ai președintelui Consiliului European, ai președinției Consiliului și ai celor două președinții succesive, ai Comisiei, precum și ai partenerilor sociali. Summitul se întrunește cel puțin de două ori pe an, înainte de sesiunile de primăvară și, respectiv, de toamnă ale Consiliului European.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. – The Tripartite Social Summit (TSS) for Growth and Employment was a meeting with the Council Presidency, the Commission and the social partners (10 trade unionists and 10 business). It took place at least once a year before the spring European Council. The whole idea was to have an exchange of views on employment, social policy, health and consumer affairs before the Council meeting.

Parliament was not mentioned but the Chair of the Committee on Employment and Social Affairs (EMPL) was always invited to the Summit.

This vote was to give consent to the Council recommendation and re-ratify the decision. Parliament has adopted a report calling for the EMPL Chair to be formally invited. This report was adopted after the Council decision and is not reflected in that draft decision.

The EMPL Committee and the Chair were not happy about the decision and only supported the draft decision once a letter from the Presidency of the Council and the President of the Commission outlined that the EMPL Chair would be invited to all TSSs. After that was done the Committee gave consent.

My GUE/NGL colleague Thomas Handel, Chair of the EMPL Committee, supported the decision.

I voted in favour.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Hätte ich abstimmen können bezüglich des dreigliedrigen Sozialgipfels für Wachstum und Beschäftigung, hätte ich mich enthalten.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Lissaboni lepingust tulenevate muutuste institutsionaalsete muudatuste tõttu on oluline läbi vaadata ka ELi institutsioonide ja ELi tööturu osapoolte kõrgetasemeliste konsultatsioonide tava. Tippkohtumine hakkab otsuse kohaselt toimuma kaks korda aastas, nii nagu ta praegu juba ka *de facto* toimub. Tippkohtumine annab võimaluse tööturu osapooltel anda oma panus liidu majanduskasvu ja tööhõivestrateegia erinevatele osadele.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this legislative, consent procedure (single vote) report. This 'summit' is a talking shop for high-level EU officials, lobbyists and European NGOs to discuss employment and economic issues. It is just another waste of taxpayers' money that will achieve nothing.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Concordo con il mio gruppo nel supportare e votare a favore del testo presentato.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam prijedlog Odluke Vijeća o Trostranom socijalnom samitu za rast i zapošljavanje. Smatram da je postavljeni zadatak Samita pozitivan te da njegovi ciljevi koji uključuju donošenje strategija za rast, visoku razinu zaposlenosti, socijalne integracije i zaštite te stvaranja uvjeta za kvalitetno obrazovanje, osposobljavanje i zaštitu ljudskog zdravlja mogu biti ostvareni samo kroz stručnu koordinaciju i zajednički rad Vijeća, Komisije i socijalnih partnera, u skladu s Ugovorom te vodeći računa o ovlastima institucija i tijela Unije.

Razmjena znanja i iskustava između Vijeća, Komisije i socijalnih partnera te njihovo usklađivanje u gospodarskim i socijalnim pitanjima pretpostavka je i temelj za rad na ostvarivanju njihovih zajedničkih ciljeva koji omogućuju socijalnim partnerima da na europskoj razini, u kontekstu svojih socijalnih dijaloga, pridonose raznim komponentama strategije Unije za rast i stvaranje radnih mjesta.

Također, smatram ispravnom predloženu strukturu organizacije, predstavništva i raspored i ritam održavanja Samita jer je do zadanih ciljeva moguće doći samo redovnim zasjedanjem i ravnopravnom diskusijom ovlaštenih predstavnika obiju strana (radnika i poslodavaca) svih izaslanstava.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce dialogue social au sommet est présenté comme incontournable pour renforcer la légitimité d'une gouvernance économique au «pilier social» renforcé. Pourtant, il n'implique que des partenaires d'autant plus dépendants des institutions qu'ils font partie intégrante du système. La ligne ultralibérale de ces discussions est évidente et encourage fermement les réformes structurelles. En outre, l'espace Schengen est considéré comme intouchable, et l'intégration des migrants tenue pour une chance pour l'Europe.

Non seulement le «dialogue social» est truqué, et la volonté de relancer le processus au niveau des États membres une simple formulation de principe, mais cette caution sociale du SST sert à légitimer la gouvernance qui s'impose, sans aucune considération pour les institutions nationales et démocratiques, à commencer par les parlements nationaux. Je vote bien évidemment contre ce texte.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Svrha Trostranog socijalnog samita za rast i zapošljavanje je osigurati, u skladu s Ugovorom o funkcioniranju EU-a i vodeći računa o ovlastima institucija i tijela Unije, usklađenost Komisije, Vijeća i socijalnih partnera. Omogućuje socijalnim partnerima na europskoj razini da, u kontekstu socijalnog dijaloga, pridonose kreiranju strategije Unije za rast i stvaranje radnih mjesta.

Podržao sam preporuku zastupnika Sógora koja za cilj ima revidiranje odluka Vijeća iz 2003., kako bi osigurala usklađenost s promjenama uvedenim Lisabonskim ugovorom. Osim toga, nužno je revidirati cjelokupni okvir organizacije i uskladiti njen rad sa strategijom Europa 2020.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Poté, co vstoupila v platnost Lisabonská smlouva, Komise předložila svůj návrh týkající se aktualizovaného plánu na organizaci trojstranné sociální vrcholné schůzky (TSS) dne 31. října 2013. Rada o tomto návrhu však rozhodla samostatně bez ohledu na stanovisko přijaté Výborem Evropského parlamentu pro zaměstnanost a sociální věci. Jednoznačně podporuji pozici Parlamentu, která požaduje úpravou zprávy o trojstranné sociální vrcholné schůzce pro růst a zaměstnanost v oblasti, která se týká předsedy EMPL, jenž by měl být zván na TSS v pravidelných intervalech. Rada by tak měla vzít v potaz tento návrh Evropského parlamentu, jelikož jeho přijetí je podmíněno souhlasem s celým legislativním návrhem Komise ze strany Evropského parlamentu.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Il vertice sociale trilaterale per la crescita e l'occupazione assicura, la concertazione continua tra il Consiglio europeo, il Consiglio, la Commissione e le parti sociali. Il vertice consente alle parti sociali europee di contribuire, nell'ambito del dialogo sociale, ai vari aspetti della strategia dell'Unione per la crescita e l'occupazione. Il dialogo sociale rappresenta un pilastro di quella economia sociale di mercato che come PPE vogliamo contribuire a realizzare in Europa. Ho votato in favore dell'approvazione del progetto di decisione del Consiglio.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Trójstronny szczyt społeczny to spotkanie przedstawicieli europejskich partnerów społecznych, Komisji Europejskiej i Rady. Odbywa się on w przeddzień posiedzenia Rady Europejskiej jesienią i wiosną w celu przedyskutowania aspektów związanych z zatrudnieniem i aspektów społecznych europejskiej agendy na rzecz wzrostu gospodarczego i zatrudnienia.

W 2013 r. Komisja przedłożyła wniosek w sprawie aktualizacji tego instrumentu w celu uwzględnienia zmian w ramach prawnych i instytucjonalnych UE w ciągu ostatnich dziesięciu lat (art. 15 TUE i art. 152 TFUE). W kwietniu 2014 r. Parlament przyjął rezolucję, w której wystąpił o bardziej regularne zapraszanie przewodniczącego Komisji Zatrudnienia do udziału w każdym trójstronnym szczycie społecznym.

Kolejny szczyt odbędzie się w październiku 2016 r. Stanowisko Rady ogłoszono na posiedzeniu plenarnym w maju 2016 r. Zgodnie z art. 99 komisja przedmiotowo właściwa ma sześć miesięcy od tej daty na wydanie zalecenia. W przedmiotowej rezolucji Parlament zatwierdza pierwotny wniosek z 2014 r. Wśród wszystkich instytucji panuje ogólna zgoda co do tego, że należy zapraszać przewodniczącego Komisji Zatrudnienia do udziału w posiedzeniach trójstronnego szczytu społecznego. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Le sommet social tripartite pour la croissance et l'emploi est un forum créé en 2003 qui regroupe les institutions européennes ainsi que des partenaires sociaux européens (représentants syndicaux et patronaux). J'ai voté en faveur de cette procédure technique qui valide le nouveau règlement de ce sommet, dans le cadre de l'application du traité de Lisbonne. À titre d'exemple, le nouveau règlement prévoit que le Parlement européen soit systématiquement représenté au sein de ce forum avec la présence du président de la commission de l'emploi et des affaires sociales.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this legislative, consent procedure (single vote) report. This 'summit' is a talking shop for high-level EU officials, lobbyists and European NGOs to discuss employment and economic issues. It is just another waste of taxpayers' money that will achieve nothing.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei a favor do projeto de decisão, no que se refere à revisão da decisão do Conselho de 2003, no âmbito da Cimeira Social Tripartida.

As principais alterações incidem sobre as funções e os membros. Quanto às funções, esta terá de assegurar, em conformidade com o Tratado e com o devido respeito pelas competências das instituições e órgãos da União, que existe uma concertação entre o Conselho, a Comissão e os parceiros sociais, e terá de permitir que os parceiros sociais a nível europeu possam contribuir, no contexto do diálogo social, para as várias componentes da estratégia da União para o crescimento e o emprego.

No que se refere aos membros, as principais alterações dizem respeito à inscrição na Cimeira. Esta passará a ser composta pelo Presidente do Conselho Europeu, a Presidência do Conselho, as duas presidências seguintes, a Comissão e os parceiros sociais.

Face ao exposto e às restantes alterações propostas para a Cimeira, votei a favor da presente recomendação.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de Recomendación acerca de la Cumbre Social Tripartita para el Crecimiento y el Empleo.

Esta es un foro de diálogo entre las instituciones de la Unión y los interlocutores sociales europeos, que busca promover el intercambio continuo y garantizar que los interlocutores sociales contribuyan a la estrategia económica y social de la Unión.

La anterior Decisión de 2003 debía ser modificada a través de una decisión del Consejo con el consentimiento del Parlamento Europeo. En 2014 el Parlamento sólo aprobó un informe provisional. Finalmente se ha podido desbloquear la situación y derogar dicha Decisión.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la décision du Conseil qui vise à réviser la décision de 2003 institutionnalisant un sommet social tripartite pour la croissance et l'emploi. Cette révision s'avérait nécessaire notamment en vue de conformer ce texte aux changements institutionnels introduits par le traité de Lisbonne.

Les missions de ce sommet social tripartite restent globalement les mêmes. Le sommet social tripartite sera dorénavant composé du président du Conseil européen, de représentants au plus haut niveau de la présidence en exercice du Conseil, des deux présidences suivantes, de la Commission et des partenaires sociaux.

Je profite de l'occasion pour rappeler qu'il est primordial que ce sommet social tripartite soit suivi d'actions. Tout comme le président de la Commission européenne, Jean-Claude JUNCKER, je suis persuadé qu'un dialogue social européen fort sera bénéfique pour le futur de l'Europe.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – No seguimento do pedido de aprovação que o Conselho apresentou (bem como da sua resolução provisória de 15 de abril de 2014) sobre a proposta de decisão do Conselho relativa à realização de uma Cimeira Social Tripartida (CST) para o Crescimento e o Emprego, votei a favor deste projeto de decisão.

A proposta, agora aprovada, visa rever a decisão do Conselho de 2003, a fim de cumprir com as alterações introduzidas pelo Tratado de Lisboa – nomeadamente em termos interinstitucionais e de funcionamento da própria União –, devendo também o enquadramento político global ser revisto, substituindo a Estratégia de Lisboa pela Estratégia Europa 2020 e especificando a forma como a CST para o Crescimento e o Emprego contribui para a governança global.

Depois de aprovado em primeira leitura, o Parlamento propôs algumas alterações, designadamente quanto ao envolvimento dos parceiros sociais.

Posteriormente, a Comissão do Emprego e dos Assuntos Sociais do Parlamento Europeu aprovou o relatório sobre o projeto de decisão do Conselho sobre a CST, recomendando que Parlamento Europeu, em sede de plenário, desse também o seu consentimento, o que hoje foi efetuado por larga maioria e com o voto favorável do meu grupo político.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui représente l'approbation du Parlement européen au projet de décision du Conseil.

La proposition initiale vise à adapter la décision du Conseil de 2003 afin de se conformer aux changements institutionnels introduits par le traité de Lisbonne. Le texte vise également à réviser le cadre stratégique global, en remplaçant la stratégie de Lisbonne par la stratégie Europe 2020 et en précisant également la manière dont le sommet social tripartite pour la croissance et l'emploi doit contribuer à la gouvernance globale.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de esta recomendación sobre la TSS, porque supone la finalización de un largo proceso en dónde si bien la relación del Consejo con el Parlamento no ha sido todo lo eficiente y sincera que debería, el resultado es positivo, tanto para el dialogo de la Comisión y el Consejo con interlocutores sociales, como para la posición del Parlamento Europeo en el TSS. No obstante, se debe remarcar que el Consejo, ha actuado durante este procedimiento, sin respetar los plazos del Parlamento.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe porque supone una propuesta para mejorar el presente sistema de diálogo social europeo, especialmente en lo referente a la participación del Parlamento en las reuniones. El Parlamento debe ser consultado en la revisión del funcionamiento de la cumbre social tripartita, y la condición de esta consulta ha sido la participación del Presidente de la Comisión de Empleo del Parlamento Europeo en las reuniones. Una vez alcanzado el acuerdo con Comisión y Consejo sobre este punto, se garantiza la participación del mismo en la cumbre. Es por esto por lo que he decidido votar en favor del presente informe.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the decision, as it aims to enable the social partners at European level to contribute, in the context of their social dialogue, to the various components of the Union's strategy for growth and jobs.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – V súlade s pozíciou EKR vítam skutočnosť, že sa zvyšuje možnosť vyjadrenia zástupcov Európskeho parlamentu na zasadnutí tohto tripartitného summitu. Z tohto dôvodu som hlasoval za prijatie predloženého uznesenia.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Rozhodnutím Rady z marca 2003 bol zriadený tzv. Tripartitný sociálny samit, ktorého cieľom je pôsobiť ako fórum na diskusiu medzi inštitúciami EÚ a predstaviteľmi zamestnancov a zamestnávateľov, teda sociálnych partnerov. Samit je zároveň súčasťou dialógu naprieč rôznymi odvetviami priemyslu a sociálnym partnerom tak poskytuje priestor pravidelne prispievať do tvorby ekonomickej a sociálnej stratégie EÚ. Samit sa vždy koná raz do roka pred zasadnutím Európskej rady a zúčastňujú sa ho európske inštitúcie, zastúpené predsedníckym triom Rady a Komisiou, a sociálni partneri, zastúpení desiatimi predstaviteľmi zamestnancov a desiatimi predstaviteľmi zamestnávateľov. Prijatie Lisabonskej zmluvy si vyžaduje aktualizáciu pôsobenia tohto samitu. Keďže nakoniec došlo s Radou k dohode, že sa tripartitného samitu bude môcť zúčastňovať aj predseda výboru EP pre zamestnanosť a sociálne veci, súhlasila som s predloženou správou. Som totiž presvedčená, že Európsky parlament, ako spoluzákonodarca je v procese tohto dialógu so sociálnymi partnermi nevyhnutným článkom. Aj toto je cesta ako vytvoriť väčší tlak na vytváranie sociálne vyváženejších politík EÚ.

Csaba Sógor (PPE), *in writing*. – EU-level social dialogue plays an essential role in the smooth functioning of our social market economy; it has benefits for employers and workers alike, as well as for the economy and society as a whole. This is why I am grateful that this House adopted my report on the Tripartite Social Summit for Growth and Employment.

In the current process of strengthening economic governance – if we want to ensure real ownership of policies and to ensure effective implementation of our decisions – it is critical to involve the social partners in policy debates and decision-making processes.

Beside the macroeconomic dialogue, the tripartite social summit is one of the key opportunities for improving the involvement of the social partners in the coordination of economic and employment policies at EU level. This is why it is of utmost importance that the social partners have the possibility to negotiate with EU leaders at the highest levels within a stable consultation framework. This is an essential condition to ensure a coherent, fair and efficient decision-making process.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Pravni okvir Tristranskega socialnega vrha za rast in zaposlovanje, ki je bil vzpostavljen z odločitvijo Sveta EU v marcu 2006, je moral biti zaradi sprememb, ki so se zgodile z Lizbonsko pogodbo, posodobljen. Vmesno poročilo Parlamenta, ki je bilo sprejeto na to temo, je pozivalo k institucionalizaciji dosedanje prakse, da se Tristranskega socialnega vrha udeležuje tudi predsednik parlamentarnega odbora za zaposlovanje in socialne zadeve.

Parlament meni, da bi predsednik tega odbora moral imeti tudi pravno podlago za redna vabila na Tristranski socialni vrh in dostop do informacij in gradiv. Predsednik Evropske Komisije in predsednik Sveta EU sta tako pred približno mesecem dni na Parlament naslovila pismo, v katerem izražata svoje strinjanje z nadaljnjim prisostvovanjem predsednika omenjenega odbora na vrhu, hkrati pa upata na hitro dano soglasje k temu s strani Parlamenta. To odločitev in nadaljnje sodelovanje predsednika parlamentarnega odbora v tej zadevi sem podprl tudi sam, saj je dobro, da je z delom Tristranskega socialnega vrha seznanjen tudi Parlament.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Tripartitné vyjednávania majú dôležitú rolu v konštrukcii pracovných a mzdových vzťahov. Tak ako vždy, aj v tomto prípade však presadzujem princíp subsidiarity, a teda, že dohody by mali vznikať v priamom dialógu medzi zástupcami zamestnancov a zamestnávateľom. Každé zastupovanie vyššieho stupňa so sebou nevyhnutne prináša deformácie a aproximácie, ktorých realizácia v konkrétnych prípadoch môže byť skôr kontraproduktívna.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Suglasan sam s nacrtom odluke Vijeća zbog toga što se nakon institucionalne promjene uvedene Ugovorom iz Lisabona kojom se osniva funkcija predsjednika Europskog vijeća treba revidirati Odluka Vijeća iz 2003. godine kojom se osniva Trostrani socijalni samit.

Od 2003. godine Trostrani socijalni samit za rast i zapošljavanje odvojeni je događaj od sastanaka Europskog vijeća koji je uvelike ispunio svoj cilj olakšavanja izmjene mišljenja na najvišoj razini između Komisije, Predsjedništva EU-a te socijalnih partnera EU-a o zaposlenosti i socijalnim aspektima Lisabonske strategije.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Die Entschließung des EU-Parlamentes zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über einen Dreigliedrigen Sozialgipfel für Wachstum und Beschäftigung und zur Aufhebung des Beschlusses 2003/174/EG habe ich abgelehnt.

Dabei geht es um eine institutionelle Anpassung an die Organisationsordnung der EU bedingt durch den Vertrag von Lissabon. Aufgabe des Dreigliedrigen Gipfels für Wachstum und Beschäftigung ist es, in Einklang mit dem Vertrag und unter gebührender Berücksichtigung der Zuständigkeiten der Organe und Einrichtungen der Union eine kontinuierliche Konzertierung zwischen dem Rat, der Kommission und den Sozialpartnern sicherzustellen. Der Gipfel gibt den Sozialpartnern auf europäischer Ebene die Möglichkeit, im Rahmen des sozialen Dialogs einen Beitrag zu den verschiedenen Komponenten der Strategie der Union für Wachstum und Beschäftigung zu leisten. Er stützt sich dabei auf die Arbeiten und Diskussionen, die im Vorfeld zwischen dem Rat, der Kommission und den Sozialpartnern in den verschiedenen Konzertierungsgremien zu wirtschaftlichen, sozialen und beschäftigungspolitischen Fragen stattfinden.

Die EU sollte keinerlei Rolle bei diesen Fragen spielen. Es ist ohnehin überhaupt nicht politische Aufgabe, staatlich/politische und privat-/zivilgesellschaftliche Organisationen zu „konzertieren". In einer liberalen Staatsordnung bleiben diese Ebenen getrennt. Die überwältigende Zustimmung zu solcherlei Vorhaben erfüllt mich mit Sorge.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Od 2003. godine Trostrani socijalni summit za rast i zapošljavanje odvojeni je događaj od sastanaka Europskog vijeća koji je uvelike ispunio svoj cilj olakšavanja izmjene mišljenja na najvišoj razini između Komisije, Predsjedništva EU-a te socijalnih partnera EU-a o zaposlenosti i socijalnim aspektima Europske unije. Nakon promjena uvedenih Ugovorom iz Lisabona trebalo se revidirati Odluku Vijeća iz 2003. godine kojom se osniva Trostrani socijalni summit.

Europski parlament daje suglasnost u posebnom zakonodavnom postupku za nacrt odluke Vijeća o Trostranom socijalnom samitu za rast i zapošljavanje te za stavljanje izvan snage Odluke br. 2003/174/EZ.

Podržavam preporuku o nacrtu odluke Vijeća o Trostranom socijalnom summitu za rast i zapošljavanje i stavljanju izvan snage Odluke br. 2003/174/EZ kako bi odluka bila što preciznija te podržavam davanje suglasnosti za nacrt odluke Vijeća.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za priporočilo o osnutku sklepa Sveta o Tristranskem socialnem vrhu za rast in zaposlovanje in razveljavitvi Sklepa 2003/174/ES.

Tristranski socialni vrh za rast in zaposlovanje je bil ustanovljen leta 2003 s sklepom 2003/174/ES, s tem pa se je formalizirala praksa neuradnih srečanj na visoki ravni. Zaradi Lizbonske pogodbe, ki je institucionalizirala Evropski svet in priznala vlogo Tristranskega socialnega vrha za rast in zaposlovanje kot del socialnega dialoga EU.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς.* – Η έκθεση ήταν τεχνοκρατικού χαρακτήρα, και αφορούσε τη θεσμοθέτηση του κοινωνικού διαλόγου μέσα από τη συνθήκη της Λισαβόνας. Η συνθήκη ονομάζει τον Πρόεδρο του Συμβουλίου πλέον ως συντονιστή. Παρόλη την ξεκάθαρη μας διαφωνία με τη συνθήκη της Λισαβόνας, θεωρούμε πως ο τριμερής κοινωνικός διάλογος πρέπει να υπάρχει θεσμοθετημένος. Για αυτό τον λόγο υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Η τριμερής κοινωνική σύνοδος σχετικά με την ανάπτυξη και την απασχόληση δεν προάγει ουσιαστικά τα συμφέροντα των εργαζομένων. Επιπλέον στηρίζεται στην συνθήκη της Λισαβόνας με την οποία και είμαστε αντίθετοι.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – A Növekedési és Foglalkoztatási Háromoldalú Szociális Csúcstalálkozót a 2003. március 6-i 2003/174/EK tanácsi határozat hozta létre. Ennek lényege, hogy intézményesítse az uniós intézmények és az uniós szociális partnerek közötti magas szintű konzultációk gyakorlatát. A csúcstalálkozó túlnyomóan betöltötte azzal kapcsolatos feladatát, hogy a legmagasabb szinten segítse elő az eszmecserét a Bizottság, az uniós elnökség és az uniós szociális partnerek között a lisszaboni stratégia (2010-ig, azt követően pedig az Európa 2020 stratégia) foglalkoztatási és szociális aspektusai tekintetében. A Lisszaboni Szerződés jelentős intézményi változásokkal járt, ezért indokolttá vált a határozat felülvizsgálata. A felülvizsgálat 2013 óta folyik, jelen esetben egy jóváhagyás formájában adott zöld utat az Európai Parlament az Európai Tanácsnak. A változások hatékonyabbá teszik a Csúcstalálkozó működését, és ezentúl állandó meghívottként részt vehet a Foglalkoztatási és Szociális Bizottság elnöke is. Ezáltal erősítjük a képviseleti demokráciát, éppen ezért szavazatommal támogattam az ajánlást.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris.* – Creșterea economică și ocuparea forței de muncă sunt două concepte strâns legate și interdependente. Conștiente de acest lucru, instituțiile europene au inițiat consultări cu partenerii sociali în formatul trilateral „patronate – sindicate – instituții", pentru a impulsiona dezvoltarea economică a UE. În cadrul acestui format, reprezentarea Uniunii Europene a fost asumată de Comisie și Consiliu, în calitate de forumuri decizionale.

Totuși, în contextul prevederilor Tratatului de la Lisabona, rolul Parlamentului European, ca principal forum de reprezentare a cetățenilor europeni, trebuie respectat. Poziția Consiliului a fost adoptată, însă înainte ca Parlamentul să își exprime poziția, ceea ce nu reflectă întocmai procedura normală. De aceea s-a ajuns la decizia de compromis ca președintele Comisiei pentru ocuparea forței de muncă și afaceri sociale (EMPL) să participe la aceste consultări. Este o formulă salutară, de natură să recunoască, chiar și parțial, importanța participării Parlamentului European la acest dialog.

Cred că este un pas înainte, care poate contribui la reușita reuniunii sociale tripartite la nivel înalt, atât de necesară în actualul context european.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je me suis déclaré en faveur du projet de décision du Conseil relative à un sommet social tripartite pour la croissance et l'emploi et abrogeant la décision 2003/174/CE, suivant les experts S&D en la matière.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the Tripartite Social Summit (TSS) for Growth and Employment, which is a forum for dialogue between the EU institutions at president level and the European social partners at top management level. The report seeks to revise the TSS so it complies with the institutional changes introduced by the Lisbon Treaty, particularly by replacing the Lisbon Strategy with the Europe 2020 Strategy. This revision is an opportunity to push for a coherent process of consultation of the social partners, whose contribution in terms of expertise is very valuable, to render the Summit more representative of the European institutions but also of European cross-industry organisations, namely SMEs, but also to ensure that the agenda for the Summit is determined jointly and on equal partnership by all partners.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Zadatak Trostranog socijalnog samita za rast i zapošljavanje jest osigurati neprekinuto usklađivanje između Vijeća, Komisije i socijalnih partnera, kao i koordinaciju njihovih strategija za visokokvalitetno i održivo zapošljavanje. Omogućit će socijalnim partnerima na europskoj razini da, u kontekstu svojeg socijalnog dijaloga i svoje stručnosti, pridonose raznim komponentama strategije Unije za rast i stvaranje radnih mjesta. To je od krucijalne važnosti za sve zemlje članice, pogotovo one kojima je nezaposlenost jedan od gorućih problema u državi. Stoga sam podržala ovu rezoluciju.

U travnju 2014. godine je Europski parlament prihvatio ovu rezoluciju koja je uključivala zahtjev da predsjednik Odbora za zapošljavanje bude pozvan na Trostrani socijalni samit za rast i zapošljavanje. Idući samit održat će se u listopadu ove godine. Ova rezolucija podržava stav Europskog parlamenta iz 2014. godine, a općeniti dogovor svih institucija jest da se predsjednik Odbora za zapošljavanje pozove na idući Samit.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog o Tristranskem socialnem vrhu za rast in zaposlovanje sem podprla, saj je oblikovan zato, da bi zagotavljal stalno izmenjavo med socialnimi partnerji in ustanovami EU ter poskrbel, da bodo socialni partnerji prispevali h gospodarski in socialni strategiji EU. Omogočil bo, da socialni partnerji na evropski ravni v okviru socialnega dialoga prispevajo k različnim elementom integrirane gospodarske in socialne strategije, vključno z vidiki trajnostnega razvoja.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de esta recomendación sobre la TSS, porque supone la finalización de un largo proceso en dónde si bien la relación del Consejo con el Parlamento no ha sido todo lo eficiente y sincera que debería, el resultado es positivo, tanto para el dialogo de la Comisión y el Consejo con interlocutores sociales, como para la posición del Parlamento Europeo en el TSS. No obstante, se debe remarcar que el Consejo, ha actuado durante este procedimiento, sin respetar los plazos del Parlamento.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce dialogue social au sommet est présenté comme incontournable pour renforcer la légitimité d'une gouvernance économique au «pilier social» renforcé. Pourtant, il n'implique que des partenaires d'autant plus dépendants des institutions qu'ils font partie intégrante du système. La ligne ultralibérale de ces discussions est évidente et encourage fermement les réformes structurelles. En outre, l'espace Schengen est considéré comme intouchable, et l'intégration des migrants tenue pour une chance pour l'Europe.

Non seulement le «dialogue social» est truqué, et la volonté de relancer le processus au niveau des États membres une simple formulation de principe, mais cette caution sociale sert à légitimer la gouvernance qui s'impose, sans aucune considération pour les institutions nationales et démocratiques, à commencer par les parlements nationaux.

J'ai voté contre.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Szczyt trójstronny jest spotkaniem przedstawicieli partnerów społecznych z Komisją Europejską i Radą. Rezolucja przewiduje aktualizację zasad działania szczytu poprzez zamiany prawne i instytucjonalne UE. Opowiadam się za przyjęciem wniosku.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A Növekedési és Foglalkoztatási Háromoldalú Szociális Csúcstalálkozót a 2003. március 6-i 2003/174/EK tanácsi határozat hozta létre, amely hivatalossá tette az 1997 óta előbb az európai foglalkoztatási stratégia, majd a lisszaboni stratégia keretében rendezett magas szintű, informális találkozók gyakorlatát. A mostani javaslatot támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de esta recomendación sobre la TSS, porque supone la finalización de un largo proceso en dónde si bien la relación del Consejo con el Parlamento no ha sido todo lo eficiente y sincera que debería, el resultado es positivo, tanto para el dialogo de la Comisión y el Consejo con interlocutores sociales, como para la posición del Parlamento Europeo en el TSS. No obstante, se debe remarcar que el Consejo, ha actuado durante este procedimiento, sin respetar los plazos del Parlamento.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted for, as the Chair of Parliament's Committee on Employment and Social Affairs (EMPL) should have the right to participate fully at the Tripartite Social Summit.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – La Cumbre Social Tripartita (CST) para el Crecimiento y el Empleo se creó en 2003 con el objetivo de institucionalizar la práctica de celebrar consultas de alto nivel entre las diferentes instituciones comunitarias y los interlocutores sociales de la Unión. En 2013, la Comisión presentó una propuesta para ajustar la organización de esta cumbre a la nueva situación de la Unión, reforzándola como parte indispensable del diálogo social. La CST ha cumplido ampliamente su cometido, cual es el de facilitar el intercambio de opiniones al más alto nivel entre los distintos actores sobre el empleo y los aspectos sociales contemplados en la Estrategia Europa 2020. Considerando esencial una buena articulación del diálogo social europeo, he votado en sentido favorable.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Het verslag betreffende de tripartiete sociale top voor groei en werkgelegenheid heb ik mee goedgekeurd.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A participação dos trabalhadores no conjunto das decisões que os afetam, num sentido de defesa dos seus interesses de classe, merece o nosso apoio.

A Cimeira Social Tripartida, juntando a presidência do Conselho Europeu, do Conselho da União Europeia, da Comissão, 10 representantes do patronato e 10 representantes dos trabalhadores, tem merecido igualmente a nossa atenção positiva.

Como consequência do Tratado de Lisboa, a composição da Cimeira foi alterada. Não se dando uma alteração do nível de representação entre patronato e trabalhadores, concordamos com a recomendação apresentada.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Hier wird, unter Hinweis auf die Arbeitsweise der Europäischen Union, die Zustimmung zur Einrichtung eines dreigliedrigen Sozialgipfels gefordert. Dieser besteht aus den europäischen Sozialpartnern, der Europäischen Kommission und der Trio-Präsidentschaft. Da allerdings die EU durch diesen Sozialgipfel mehr Kompetenzen an sich zieht, habe ich mich meiner Stimme enthalten.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore del vertice sociale trilaterale per la crescita e l'occupazione. In particolare la relazione istituisce il Vertice sociale trilaterale, un forum di discussione fra le istituzioni dell'Unione europea (UE) e i rappresentanti dei datori di lavoro e dei lavoratori. Il vertice è parte del dialogo interprofessionale ed è inteso a fornire un continuo scambio tra le parti sociali e le istituzioni dell'UE e a garantire che le parti sociali contribuiscano alla strategia economica e sociale dell'Unione europea

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the decision as it aims at enabling the social partners at European level to contribute, in the context of their social dialogue, to the various components of the European Union's strategy for growth and jobs.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), *na piśmie*. – Trójstronny szczyt społeczny to spotkanie przedstawicieli europejskich partnerów społecznych, Komisji Europejskiej i Prezydencji UE, którego funkcją jest umożliwienie wymiany opinii w kwestiach związanych z zatrudnieniem oraz aspektami społecznymi strategii lizbońskiej. Sprawozdanie reguluje kwestię zapraszania przewodniczącego Komisji Zatrudnienia do udziału w posiedzeniach trójstronnego szczytu społecznego, co uwzględnia potrzebę dzielenia się wnioskami i zwiększa możliwość podejmowania i rozwiązywania problemów społecznych przez większe grono.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – La Cumbre Social Tripartita (CST) para el Crecimiento y el Empleo se creó en 2003 por Decisión del Consejo. La Comisión propuso la Decisión de 2003 para institucionalizar la práctica de celebrar consultas de alto nivel entre las instituciones de la UE y los interlocutores sociales de la UE.

La Cumbre Social Tripartita, integrada por el Trío de Presidencias, los interlocutores sociales y la Comisión Europea, se reúne antes de las cumbres de primavera y otoño de Jefes de Estado y de Gobierno y fija su posición de cara a dichas cumbres.

Mi voto sobre este informe es a favor, ya que considero esencial el buen diálogo social europeo para favorecer el proceso del Semestre Europeo, complementado ahora con la dimensión social europea.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Podporuji toto doporučení týkající se trojstranné schůzky pro růst a zaměstnanost. Považuji za správné, že uskupení složené ze zástupců Komise, Evropské rady a delegací sociálních partnerů má možnost společně diskutovat problémy evropské sociální politiky. Myslím si však, že je efektivní a žádoucí, aby se daného jednání účastnil i předseda Výboru Evropského parlamentu pro zaměstnanost a sociální věci – právě toto mimo jiné řeší i předložené doporučení, které zároveň usiluje o dosažení souladu s institucionálními změnami, které přinesla Lisabonská smlouva.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Sogor por concordar com a necessidade do Parlamento Europeu ser convidado a participar de forma regular na Cimeira Social Tripartida para o Crescimento e o Emprego, a par com a Comissão Europeia e o Conselho.

A participação do Parlamento Europeu nesta cimeira é fundamental na medida em que faz parte do diálogo interprofissional e tem por missão proporcionar um intercâmbio contínuo entre os parceiros sociais e as instituições da UE e garantir que os parceiros sociais contribuem para a estratégia económica e social da UE, áreas para as quais o Parlamento tem contribuído construtivamente na sua qualidade de colegislador.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Predlog o tristranskem socialnem vrhu za rast in zaposlovanje sem podprl.

Menim, da je stalna izmenjava med socialnimi partnerji in ustanovami EU nujna za razvoj uspešne gospodarske in socialne strategije EU z vidika trajnostnega razvoja.

10.3. Technische Vorschriften für Binnenschiffe (A8-0256/2016 - Ivo Belet)

Explicații scrise privind votul

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – L'obiettivo complessivo della direttiva consiste nell'offrire un quadro coerente e uniforme volto a garantire il medesimo livello di sicurezza per le navi adibite alla navigazione interna, ponendo l'accento sulla razionalizzazione dell'impiego delle risorse per lo sviluppo delle norme tecniche e il loro adeguamento ai progressi scientifici e tecnici grazie al ricorso alle norme predisposte dalle organizzazioni internazionali. Per questi motivi ho espresso voto favorevole.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. – UKIP have decided to abstain on this second reading because the UK has an exception.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce sujet. Le rapport vise, certes, à améliorer et à homogénéiser le niveau de sécurité et la réglementation en matière d'exigences de sécurité et d'environnement pour les bateaux naviguant sur les eaux européennes, mais des réglementations très similaires existent déjà en France.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport qui préconise une application uniforme des exigences techniques communes pour les bateaux de navigation intérieure dans l'Union européenne. Cela est à mes yeux fondamental si l'on veut garantir un niveau élevé de sécurité et d'efficacité de la navigation intérieure au sein de l'espace européen.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the recommendations on the Directive of the European Parliament and of the Council concerning the technical requirements for inland waterway vessels. At first reading, Parliament supported a uniform application of common technical requirements for inland waterway vessels in the European Union in view of ensuring a high-level of safety and efficiency in inland navigation through CESNI (the European Committee for drawing up of common standards in the field of inland navigation). Parliament and the Council agreed on the overall aim of the Directive but diverged on how to adapt the annexes to the technical standards.

After the trilogue negotiations, a compromise solution was reached on 17 March 2016. In April, Parliament's Committee on Transport and Tourism (TRAN) approved the compromise solution. Following the Committee's approval, the Chair of the TRAN Committee, in his letter to the Committee of Permanent Representatives, indicated that he would recommend to the Plenary that it approve the Council's position at first reading without amendments. I welcome the decision of the Council to adopt its first reading position confirming the agreement of 17 March 2016.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à améliorer et à homogénéiser le niveau de sécurité et la réglementation en matière d'exigences de sécurité et d'environnement pour les bateaux naviguant sur les cours d'eau européens.

Ce rapport technique n'a rien de révolutionnaire ni de scandaleux et touche peu la France, où sont déjà appliquées de nombreuses réglementations similaires pour les domaines visés. Mais opposée au principe, sur le fond problématique, visant à uniformiser la réglementation au niveau européen, je me suis abstenue.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This was approved without a vote. However, I wish to place on record that I have concerns that there is no need for this matter to be subject to legislation across 28 different countries. The UK should be quite capable of taking these decisions for itself.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už rekomendaciją antrajam svarstymui dėl Vidaus vandenų laivams taikomi techninių reikalavimų. Siekiant užtikrinti derėjimą su kitais ES teisės aktais, visų pirma su direktyva 2014/94/ES dėl alternatyviųjų degalų infrastruktūros diegimo, Parlamentas paragino priimti deleguotuosius aktus, kuriais būtų nustatyti techniniai reikalavimai suskystintomis gamtinėmis dujomis varomiems laivams.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP decided to abstain on this second reading because the UK has an exception.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce rapport qui vise à homogénéiser la réglementation en matière de sécurité et d'environnement pour les bateaux naviguant sur les cours d'eau européens: il ne s'agit là que d'un rapport technique qui n'a rien de révolutionnaire ni de scandaleux et touche peu la France, où sont déjà appliquées de nombreuses réglementations compatibles avec celles exigées par ce rapport. Cependant, le principe même d'uniformisation de la réglementation sur l'ensemble de l'Union reste problématique.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte visant à prévoir un cadre harmonisé et cohérent destiné à garantir le même niveau de sécurité pour les bateaux de navigation intérieure, et ce, car il me semble nécessaire de garantir un niveau élevé de sécurité pour les travailleurs du secteur de la navigation et, plus largement, l'efficacité de la navigation intérieure.

Les députés se sont notamment prononcés en faveur d'une adaptation rapide des normes au progrès scientifique et technique, ceci en tenant compte des normes élaborées par les organisations internationales. Ils ont par conséquent demandé un réexamen périodique de la directive après trois ans afin d'évaluer les mécanismes de coopération avec les organisations internationales concernées, ce qui apparaît être la décision la plus responsable.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Belet che approva la posizione del Consiglio in prima lettura sui requisiti per le navi adibite alla navigazione interna. Si tratta di un provvedimento di natura tecnica che spinge per un'applicazione uniforme dei requisiti tecnici, nell'ottica di garantire un elevato livello di sicurezza ed efficienza nella navigazione interna tenendo conto delle norme predisposte dalle organizzazioni internazionali come il Comitato europeo per l'elaborazione di norme per la navigazione interna (CESNI). Il testo richiede inoltre un riesame periodico della direttiva con cadenza triennale, con l'obiettivo di valutare i meccanismi di cooperazione con le organizzazioni internazionali coinvolte.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – En la fase previa de comisiones, hemos votado a favor de esta normativa técnica sobre navegación en aguas interiores. El objetivo es establecer un marco técnico armonizado que garantice el mismo nivel de seguridad para todas embarcaciones que operan en la Unión y facilitar su adaptación al progreso científico y técnico teniendo en cuenta las directrices del CESNI (Comité europeo para la elaboración de normas de navegación interior) y otros organismos internacionales.

Siguiendo el proceso legislativo ordinario de la Unión, la recomendación para la segunda lectura respecto de la posición del Consejo en primera lectura se declaró aprobada sin voto.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Estamos de acuerdo con la aprobación de unas normas técnicas comunes para las embarcaciones destinadas a la navegación interior. Ofrecen más y mejores garantías a los usuarios al elevar el estándar de seguridad y las condiciones técnicas que deben cumplir estas embarcaciones, incluyendo también el aspecto ambiental. Igualmente felicitamos a los negociadores del Parlamento por haber defendido durante todo el proceso las prerrogativas de la cámara en este campo y defender que el Consejo tenga poder de decisión exclusivo en esta materia.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Cette recommandation concernant les prescriptions techniques applicables aux bateaux de navigation intérieure vise à améliorer et homogénéiser le niveau de sécurité et la réglementation en matière d'exigences de sécurité et d'environnement pour les bateaux naviguant sur les cours d'eau européens.

Ce rapport, essentiellement technique, touche peu à la France avec des réglementations souvent similaires qui y sont déjà appliquées, mais, néanmoins, la recommandation vise à uniformiser la réglementation européenne en la matière. De ce fait, j'ai décidé de m'abstenir.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Pur essendo un testo in parte condivisibile, rimangono passaggi poco chiari che potrebbero aprire a criticità. Ho quindi deciso di esprimermi con un voto di astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de directiva que pretende armonizar las normas técnicas para los buques que navegan en vías navegables interiores.

Parlamento y Consejo se han puesto de acuerdo sobre el objetivo general de la Directiva, que consiste en establecer un marco armonizado y coherente que garantice el mismo nivel de seguridad para las embarcaciones de navegación interior. Las dos instituciones apoyaron la racionalización del uso de los recursos para elaborar normas técnicas y adaptarlas al progreso científico y técnico mediante el uso de las normas desarrolladas por organizaciones internacionales como el CESNI.

Básicamente, la norma intenta ordenar los requisitos técnicos que establece la Comisión para la Navegación del Rin, principal canal navegable en Europa, con los requisitos para otras vías navegables.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas patvirtino susitarimą su Taryba dėl būsimos direktyvos, kuria nustatomi vidaus vandenų laivams taikomi techniniai reikalavimai. Bendras direktyvos tikslas – sukurti darnią ir nuoseklią sistemą, kuria vidaus vandenų laivams būtų užtikrinamas vienodas saugumo lygis. Taip pat turi būti racionalizuotas išteklių naudojimas siekiant parengti techninius standartus ir pritaikyti juos pagal mokslo ir technikos pažangą pasitelkiant tarptautinių organizacijų, visų pirma CESNI, parengtus standartus.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport présente des dispositions qui existent déjà dans les réglementations des États. À ce titre, je n'ai rien à redire sur le fond. Par contre, il s'agit ici d'uniformiser toutes les réglementations au niveau européen, ce qui pour moi est un non-sens. Je me suis donc abstenue.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – In prima lettura il Parlamento aveva sostenuto la necessità di un'applicazione uniforme dei requisiti tecnici comuni per le navi adibite alla navigazione interna nell'Unione europea allo scopo di garantire un elevato livello di sicurezza ed efficienza nella navigazione interna.

Noi parlamentari ci siamo anche espressi a favore di un rapido adeguamento delle norme ai progressi scientifici e tecnici, che tenga conto delle norme predisposte dalle organizzazioni internazionali, in particolare dal Comitato europeo per l'elaborazione di norme per la navigazione interna (CESNI), da istituire sotto l'egida della Commissione centrale per la navigazione sul Reno. Inoltre, il Parlamento ha richiesto un riesame periodico della direttiva con cadenza triennale, allo scopo di valutare i meccanismi di cooperazione con le organizzazioni internazionali coinvolte.

Oggi, confermando queste nostre richieste, richiediamo di approvare la proposta in modo coerente con l'accordo negoziale raggiunto tra Parlamento e Consiglio il 17 marzo 2016 così come approvato dalla commissione TRAN il 7 aprile ultimo scorso.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della raccomandazione in questione perché ritengo di notevole importanza l'applicazione uniforme dei requisiti tecnici comuni in materia di navi adibite alla navigazione interna nell'Unione europea. La mia scelta è stata dettata, pertanto, dalla volontà di garantire un elevato livello di sicurezza ed efficienza alla navigazione interna.

L'obiettivo della direttiva consiste nell'offrire un quadro coerente e uniforme al fine di garantire uno standard di sicurezza comune per le navi adibite alla navigazione interna. Di indubbio rilievo è la razionalizzazione dell'impiego delle risorse per lo sviluppo delle norme tecniche e l'adeguamento ai notevoli progressi scientifici e tecnici compiuti, in relazione, anche, alle norme approntate dalle varie organizzazioni internazionali.

A tal riguardo, un importante ruolo è svolto dal Comitato europeo per l'elaborazione di norme per la navigazione interna (CESNI).

Il CESNI è un organismo internazionale che comprende, però, soltanto gli Stati membri e la Svizzera. È, quindi, fondamentale conseguire l'adeguamento delle norme tecniche con l'adozione di atti delegati.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP decided to abstain on this second reading because the UK has an exception.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as I agree that there should be progress towards a single uniform set of technical standards through CESNI (the European Committee for drawing up common standards in the field of inland navigation). This would provide legal certainty and timely adaptations to technical progress, thus ensuring high safety standards on all EU waterways, innovation and that safety in the sector is not hampered. I believe that the Commission should be delegated the power for updating the reference to the most recent version of the CESNI standard and setting the date of application and adopt legal acts accordingly.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il meccanismo di cooperazione con il Comitato europeo per l'elaborazione di norme per la navigazione interna (CESNI) dovrà essere oggetto di riesame entro cinque anni. Per questo motivo ho votato a favore della relazione del collega Belet.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Riguardo alla direttiva che stabilisce i requisiti tecnici per le navi adibite alla navigazione interna nell'Unione europea, in prima lettura abbiamo sostenuto un'applicazione uniforme dei requisiti tecnici comuni, nell'ottica di armonizzare e garantire un elevato livello di sicurezza ed efficienza nella navigazione interna.

Ci siamo anche espressi a favore di una razionalizzazione dell'impiego delle risorse per lo sviluppo delle norme tecniche e il loro adeguamento ai progressi scientifici e tecnici facendo ricorso alle norme già predisposte dalle organizzazioni internazionali, come il CESNI.

Inoltre abbiamo richiesto un riesame periodico della direttiva con cadenza triennale, allo scopo di valutare i meccanismi di cooperazione con le organizzazioni internazionali coinvolte.

Con il voto di oggi il Parlamento europeo ribadisce le sue prerogative istituzionali per quello che riguarda l'adeguamento degli standard tecnici del settore della navigazione interna.

Ho pertanto votato a favore, perché ritengo che sia nell'interesse dei cittadini dell'Unione europea che non vengano introdotti nuovi standard tecnici senza passare al vaglio del Parlamento europeo.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και υποστηρίζουμε την ομοιόμορφη εφαρμογή των κοινών τεχνικών προδιαγραφών για τα πλοία εσωτερικής ναυσιπλοΐας στην Ευρωπαϊκή Ένωση, με σκοπό τη διασφάλιση υψηλού επιπέδου ασφάλειας και αποτελεσματικότητας στην εσωτερική ναυσιπλοΐα.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η ψηφοφορία σχετικά με τη σύσταση για την έγκριση της οδηγίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά τη θέσπιση τεχνικών προδιαγραφών για τα πλοία εσωτερικής ναυσιπλοΐας, αποτελεί μια προσπάθεια βελτίωσης και διόρθωσης των κανόνων που αφορούν τον τομέα της ναυσιπλοΐας και για αυτό τον λόγο ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della raccomandazione per la seconda lettura relativi ai requisiti tecnici per le navi adibite alla navigazione interna presentata dal collega Belet. Ritengo che l'adozione della direttiva sia un positivo sviluppo nel settore della navigazione e che rappresenti un passo in avanti a livello dell'integrazione degli standard tecnici richiesti dall'Unione europea. Infatti, il rilascio dei certificati per la navigazione in base al rispetto di requisiti tecnici previsti dall'articolo 22 della direttiva assicurerà un nuovo livello di sicurezza ed efficienza, oltre al raggiungimento di un insieme uniforme di requisiti tecnici all'interno degli Stati dell'UE, grazie al lavoro svolto da CESNI.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the vote on technical requirements for inland waterway vessels and noted no objections.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP decided to abstain on this second reading because the UK has an exemption.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione legislativa inerente i requisiti tecnici per le navi adibite alla navigazione interna in quanto sono favorevole ad un'applicazione uniforme dei requisiti tecnici marittimi all'interno dell'Unione europea volti a garantire un sempre più elevato livello di sicurezza ed efficienza.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I support a uniform application of common technical requirements for inland waterway vessels in the European Union in view of ensuring a high level of safety and efficiency in inland navigation. The report is also in favour of a swift adaptation of standards to scientific and technical progress, taking into account standards developed by international organisations, which I support.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe porque supone un buen compromiso en el ámbito de la navegación interior, orientado a la mejora de los requerimientos técnicos para este tipo de transporte. Esta mejora redundará en la seguridad tanto de los trabajadores como de los usuarios finales de este tipo de formas de transporte en la Unión. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A 2006/87/EK irányelv felülvizsgálatának célja, hogy egységesítsék a belvízi hajózásra vonatkozó műszaki szabványokat, a belvízi hajózási szabványok kidolgozásáért felelős európai bizottság (CESNI) előírásainak figyelembevételével. A CESNI annak érdekében jött létre, hogy elősegítse az európai belvízi hajózási szektorra vonatkozó szabványok egységesítését. Az egységesítésnek köszönhetően megfelelő fokú biztonság, valamint hatékonyság jellemezné a belvízi hajózást, a szektorra vonatkozó tudományos, illetve technikai fejlődés figyelembevételével. A felülvizsgálat magasabb fokú jogbiztonságot eredményez, valamint kellő időben teszi lehetővé a megfelelő kiigazításokat a technikai fejlődés jegyében, emellett Unió-szerte hozzájárul majd a szigorú biztonsági szabványok betartásához, az innováció és a

biztonság korlátozása nélkül. Szavazatommal támogattam a jelentést.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Popieram dyrektywę dotyczącą wymagań technicznych mających zastosowanie do statków żeglugi śródlądowej. Uważam, że istotne jest zarówno odpowiednio szybkie przyjmowanie norm technicznych, jak i zapewnienie zharmonizowanych i spójnych ram dla systemu prawnego UE oraz przepisów Centralnej Komisji Żeglugi na Renie (CKŻR). Uważam, że podejmowanie wszelkich działań na rzecz usprawniania funkcjonowania danego sektora jest bardzo dobrą inicjatywą, stąd oddałem głos za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I believe that the technical requirements for vessels should be applied and regularly updated for all EU Member States. This would significantly contribute to more efficient, dynamic and safe transport on inland waterways throughout the EU and would also facilitate the introduction and use of new innovative technologies, including in respect of technical standards in the inland waterway sector. For this reason I voted in favour of the report.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif vise à développer un ensemble de normes techniques communes et uniformes élaborées par le comité européen chargé de l'élaboration de normes dans le domaine de la navigation intérieure (CESNI). Soutenant les objectifs de cet exercice d'harmonisation et de mise à jour des règles, nécessaire à la performance et la fiabilité des bateaux de navigation en Europe, j'ai voté en faveur du rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP decided to abstain on this second reading because the UK has an exception.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A 2006/87/EK irányelv felülvizsgálatának célja, hogy egységesítsék a belvízi hajózásra vonatkozó műszaki szabványokat, a belvízi hajózási szabványok kidolgozásáért felelős európai bizottság (CESNI) előírásainak figyelembevételével. A CESNI annak érdekében jött létre, hogy elősegítse az európai belvízi hajózási szektorra vonatkozó szabványok egységesítését. Ennek fényében megfelelő fokú biztonság, valamint hatékonyság jellemezné a belvízi hajózást, a szektorra vonatkozó tudományos, illetve technikai fejlődés figyelembe vételével. A lépés tehát magasabb fokú jogbiztonságot eredményezne, valamint kellő időben tenné lehetővé a megfelelő kiigazításokat a technikai fejlődés jegyében, emellett Unió-szerte hozzájárulna a szigorú biztonsági szabványok betartásához, az innováció és a biztonság akadályozása nélkül.

A belvízi hajózás biztonságának és hatékonyságának fontossága, valamint a szakmai, illetve a technikai fejlődés, mint a versenyképesség és a korszerű belvízi hajózás elengedhetetlen elemeinek figyelembevételével egyetértek a felülvizsgálati törekvésekkel, így a Fidesz Néppárti Delegációjának tagjaként szavazatommal támogatom a jelentést.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Sostengo a questa raccomandazione perché offre un quadro coerente ed uniforme volto a razionalizzare l'impiego delle risorse e garantire un elevato livello di sicurezza per le navi adibite alla navigazione interna. Un investimento strutturato in tale tipo di navigazione permette anche una migliore collaborazione tra paesi membri e scambi commerciali che promuovono la crescita economica. Questi motivi mi hanno spinto a votare a favore della raccomandazione.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – A 2006/87/EK irányelv felülvizsgálatának célja, hogy egységesítsék a belvízi hajózásra vonatkozó műszaki szabványokat, a belvízi hajózási szabványok kidolgozásáért felelős európai bizottság (CESNI) előírásainak figyelembevételével. A CESNI annak érdekében jött létre, hogy elősegítse az európai belvízi hajózási szektorra vonatkozó szabványok egységesítését. Ennek fényében megfelelő fokú biztonság, valamint hatékonyság jellemezné a belvízi hajózást, a szektorra vonatkozó tudományos, illetve technikai fejlődés figyelembevételével. A lépés tehát magasabb fokú jogbiztonságot eredményezne, valamint kellő időben tenné lehetővé a megfelelő kiigazításokat a technikai fejlődés jegyében, emellett Unió szerte hozzájárulna a szigorú biztonsági szabványok betartásához, az innováció és a biztonság akadályozása nélkül.

A belvízi hajózás biztonságának és hatékonyságának fontossága, valamint a szakmai, illetve a technikai fejlődés, mint a versenyképesség és a korszerű belvízi hajózás elengedhetetlen elemeinek figyelembevételével egyetértek a felülvizsgálati törekvésekkel, így a Fidesz Néppárti Delegációjának tagjaként szavazatommal támogatom a jelentést.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à améliorer et à homogénéiser le niveau de sécurité et la réglementation en matière d'exigences de sécurité et d'environnement pour les bateaux naviguant sur les cours d'eau européens. Étant opposée au principe d'harmonisation, bien que la portée pratique de ce rapport soit limitée en France, je me suis abstenue sur ce texte.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Υποστηρίζεται η ομοιόμορφη εφαρμογή κοινών τεχνικών προδιαγραφών για τα πλοία εσωτερικής ναυσιπλοΐας στην Ευρωπαϊκή Ένωση, με σκοπό τη διασφάλιση υψηλού επιπέδου ασφάλειας και αποτελεσματικότητας στην εσωτερική ναυσιπλοΐα.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A 2006/87/EK irányelv felülvizsgálatának célja, hogy egységesítsék a belvízi hajózásra vonatkozó műszaki szabványokat, a belvízi hajózási szabványok kidolgozásáért felelős európai bizottság (CESNI) előírásainak figyelembevételével. A CESNI annak érdekében jött létre, hogy elősegítse az európai belvízi hajózási szektorra vonatkozó szabványok egységesítését. Ennek fényében megfelelő fokú biztonság, valamint hatékonyság jellemezné a belvízi hajózást, a szektorra vonatkozó tudományos, illetve technikai fejlődés figyelembevételével. A lépés tehát magasabb fokú jogbiztonságot eredményezne, valamint kellő időben tenné lehetővé a megfelelő kiigazításokat a technikai fejlődés jegyében, emellett Unió szerte hozzájárulna a szigorú biztonsági szabványok betartásához, az innováció és a biztonság akadályozása nélkül.

A belvízi hajózás biztonságának és hatékonyságának fontossága, valamint a szakmai, illetve a technikai fejlődés, mint a versenyképesség és a korszerű belvízi hajózás elengedhetetlen elemeinek figyelembevételével egyetértek a felülvizsgálati törekvésekkel, így a Fidesz Néppárti Delegációjának tagjaként szavazatommal támogatom a jelentést.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – El CESNI (Comité Europeo para la elaboración de normas comunes en el ámbito de la navegación interior) se estableció para facilitar la armonización de normas técnicas aplicadas en el sector de la navegación interior en toda Europa.

El objetivo de la revisión de la Directiva 2006/87/CE es permitir el avance hacia un solo conjunto uniforme de normas técnicas a través de CESNI. Esto proporcionaría una mayor seguridad jurídica y garantizaría que las oportunas adaptaciones al progreso técnico puedan ser introducidas a tiempo, con el fin de asegurar que los altos niveles de seguridad en todas las vías navegables de la Unión se mantengan y, que la innovación y seguridad en el sector no se vean obstaculizados.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O Parlamento apoiou, em primeira leitura, uma aplicação uniforme das prescrições técnicas comuns para as embarcações de navegação interior na União Europeia, a fim de garantir um elevado nível de segurança e eficiência da navegação interior.

Mostrou-se igualmente a favor de uma rápida adaptação das normas ao progresso científico e técnico, tendo em conta os padrões desenvolvidos por organizações internacionais, nomeadamente pelo CESNI (Comité Europeu para a Elaboração de Normas de Navegação Interior).

O Parlamento e o Conselho chegaram a acordo sobre o objetivo geral da diretiva, que consiste em proporcionar um quadro harmonizado e coerente a fim de garantir o mesmo nível de segurança para embarcações de navegação interior.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention: rapport technique qui touche peu la France où sont déjà appliquées de nombreuses réglementations similaires pour les domaines visés.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta é uma segunda leitura de uma proposta de diretiva que define as prescrições técnicas para as embarcações de navegação interior. É um documento eminentemente técnico, que pretende garantir um elevado nível de segurança e eficiência da navegação interior.

O texto pretende igualmente uma rápida adaptação das normas ao progresso científico e técnico, tendo em conta os padrões desenvolvidos por organizações internacionais, nomeadamente pelo CESNI (Comité Europeu para a Elaboração de Normas de Navegação Interior). A promoção de alternativas de combustível também é devidamente abordada (nomeadamente a passagem para GPL).

Votámos favoravelmente.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Vnútrozemská plavba v jednotlivých členských štátoch má pre Európsku úniu zásadný význam a je veľmi dôležité, aby sme aj naďalej pracovali na tom, aby sme neustále zvyšovali vysokú úroveň bezpečnosti a efektívnosti vnútrozemskej plavby, ktoré budú medziiným zahŕňať aj vedecko-technický pokrok, ktorý v tejto oblasti v posledných rokoch nastal. Po dlhých rokovaniach sa Európsky parlament a Rada dohodli na súdržnom a harmonizovanom rámci na zabezpečenie rovnakej úrovne bezpečnosti pre lode, ktoré sú používané v rámci vnútrozemskej plavby.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω τις τεχνικές προδιαγραφές για τα πλοία εσωτερικής ναυσιπλοΐας καθώς υποστηρίζεται η ομοιόμορφη εφαρμογή κοινών τεχνικών προδιαγραφών για τα πλοία εσωτερικής ναυσιπλοΐας στην Ευρωπαϊκή Ένωση, με σκοπό τη διασφάλιση υψηλού επιπέδου ασφάλειας και αποτελεσματικότητας στην εσωτερική ναυσιπλοΐα.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The agreement reached between Parliament and the Council focuses in particular on the need for legislative clarity, better regulation, safeguarding of Parliament's institutional prerogatives, in particular for the update of the technical standards in the inland waterway sector, in order to take into account scientific and technical progress in the field of inland navigation, and introducing a safety clause in order to safeguard EU interests.

I supported the agreement between the Council and Parliament.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A 2006/87/EK irányelv felülvizsgálatának célja, hogy egységesítsék a belvízi hajózásra vonatkozó műszaki szabványokat, a belvízi hajózási szabványok kidolgozásáért felelős európai bizottság (CESNI) előírásainak figyelembevételével. A CESNI annak érdekében jött létre, hogy elősegítse az európai belvízi hajózási szektorra vonatkozó szabványok egységesítését. Ennek fényében megfelelő fokú biztonság, valamint hatékonyság jellemezné a belvízi hajózást, a szektorra vonatkozó tudományos, illetve technikai fejlődés figyelembe vételével. A lépés tehát magasabb fokú jogbiztonságot eredményezne, valamint kellő időben tenné lehetővé a megfelelő kiigazításokat a technikai fejlődés jegyében, emellett Unió szerte hozzájárulna a szigorú biztonsági szabványok betartásához, az innováció és a biztonság akadályozása nélkül. A Fidesz Néppárti Delegációjának tagjaként, szavazatommal támogatom a jelentést.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Támogattam Belet képviselőtársam jelentését a belvízi hajókra vonatkozó műszaki követelményekről. A tanácsi álláspont a 2009/100/EK irányelv módosításáról és a 2006/87/EK irányelv hatályon kívül helyezéséről határoz. A Parlament és a Tanács egyetértett az irányelv átfogó céljával, amely harmonizált és koherens keretek megteremtése lenne a belföldi vízi járművek számára ugyanazon biztonsági szint szavatolása céljával. Mindkét intézmény támogatta az erőforrások felhasználásának észszerűsítését a műszaki standardok kifejlesztése és a tudományos és műszaki fejlődéshez való igazítása érdekében. A tárgyalások során az első olvasat során a Parlament prioritásai közé tartozott a műszaki követelmények egységes alkalmazása, a belföldi hajózás biztonsága és hatékonysága magas szintjének biztosítása.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la Recomendación con la vista puesta en la aplicación uniforme de las prescripciones técnicas comunes relativas a las embarcaciones de navegación interior en la UE, con el fin de garantizar un alto nivel de seguridad y eficacia en la navegación interior, así como de racionalizar del uso de los recursos para elaborar normas técnicas y adaptarlas al progreso científico y técnico mediante el uso de las normas desarrolladas por organizaciones internacionales.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über „Technische Vorschriften für Binnenschiffe" gestimmt – er stellt eine wichtige Aktualisierung bisheriger Gesetzgebung dar, um die Sicherheit der Binnenschifffahrt zu garantieren.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – Along with my Labour colleagues, I welcome the close cooperation between the River Commissions, the United Nations Economic Commission for Europe and the European Institutions in order to increase efficiency and much needed legal clarity for the inland navigation sector, which mainly consists of SMEs. I fully support the coherent framework to ensure the same level of safety for inland waterway vessels across Europe. We would urge the UK to ensure that all aspects of our standards follow best practice in this area including on inspections.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – En la fase previa de comisiones, hemos votado a favor de esta normativa técnica sobre navegación en aguas interiores. El objetivo es establecer un marco técnico armonizado que garantice el mismo nivel de seguridad para todas embarcaciones que operan en la Unión y facilitar su adaptación al progreso científico y técnico teniendo en cuenta las directrices del CESNI (Comité europeo para la elaboración de normas de navegación interior) y otros organismos internacionales.

Siguiendo el proceso legislativo ordinario de la Unión, la recomendación para la segunda lectura respecto de la posición del Consejo en primera lectura se declaró aprobada sin voto.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Am votat acest raport deoarece susțin necesitatea de a se asigura coerența și dezvoltarea actelor legislative ale UE, în special cu Directiva 2014/94/UE privind instalarea infrastructurii pentru combustibili alternativi. Deși până acum Parlamentul și Consiliul au fost de acord cu obiectivul general al directivei de a asigura un cadru armonizat și coerent, care să asigure același nivel de siguranță pentru navele de navigație interioară, este necesar ca aceste două instituții să sprijine în continuare și să raționalizeze utilizarea resurselor.

În calitate de membru al comisiei TRAN, consider că elaborarea standardelor tehnice și adaptarea acestora la progresele științifice și tehnice este un proces amplu, care depinde atât de standardele elaborate la nivel internațional, cât și de cerințele tehnice impuse la nivel național.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Labour welcomes the close cooperation between the River Commissions, the United Nations Economic Commission for Europe and the European institutions in order to increase efficiency and provide much-needed legal clarity for the inland navigation sector, which mainly consists of SMEs. We fully support the coherent framework to ensure the same level of safety for inland waterway vessels all around Europe. We would urge the UK to ensure that all aspects of our standards follow best practice in this area, including on inspections.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Υπερψηφίσαμε την έκθεση η οποία ήταν καθαρά τεχνική αφού όλα τα θεσμικά όργανα συμφώνησαν με το τελικό κείμενο το οποίο διασφαλίζει υψηλού επιπέδου ασφάλεια και αποτελεσματικότητα στην εσωτερική ναυσιπλοΐα.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported this report along with the majority of my colleagues. The proposal seeks to adopt a uniform set of technical standards for inland navigation vessels that would: (i) provide more legal certainty; (ii) ensure that technical adaptations can be introduced within a reasonable time; (iii) ensure that high safety standards on all EU inland waterways are maintained; and (v) promote innovation in the sector, all of which would greatly benefit individuals who use waterways, especially workers. In addition to that, harmonisation of this regulation across the EU will help prevent distortions of competition.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because it ensures that safety standards on EU waterways are maintained while also supporting innovation in the inland waterway sector.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – The purpose of this directive is to streamline the decision-making process of technical standards for inland waterway vessels and to have a harmonised framework. The main point of the negotiations between the institutions was setting up the report in a way that would not impede further interventions by Parliament once a new standard was adopted. It is important that Parliament not be sidelined, which is why I supported this report.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP decided to abstain on this second reading because the UK has an exemption.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Salut decizia Parlamentului European de a susține aplicarea uniformă a cerințelor tehnice comune pentru navele de navigație interioară în Uniunea Europeană. Acestea au ca obiectiv asigurarea unui nivel ridicat și coerent de siguranță și eficiență în navigația interioară.

Parlamentul European a negociat cu succes menținerea prerogativelor sale instituționale privind actualizarea standardelor tehnice în sectorul căilor navigabile interioare și introducerea clauzei de siguranță, în scopul de a proteja interesele UE.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Preporuku za drugo čitanje o stajalištu Vijeća u prvom čitanju s ciljem donošenja direktive Europskog parlamenta i Vijeća o utvrđivanju tehničkih pravila za plovila unutarnje plovidbe, izmjeni Direktive 2009/100/EZ i stavljanju izvan snage Direktive 2006/87/EZ jer smatram da su pregovarački timovi Europskog parlamenta i Vijeća pronašli kompromis u cilju jamčenja visoke razine sigurnosti i učinkovitosti u unutarnjoj plovidbi. I jedna i druga strana snažno podržavaju racionalizaciju upotrebe sredstava u cilju razvoja tehničkih standarda i njihove prilagodbe znanstvenom i tehnološkom napretku koristeći pritom standarde koje su razvile međunarodne organizacije, a posebno CESNI (Europski odbor za izradu standarda unutarnje plovidbe).

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à améliorer et à homogénéiser le niveau de sécurité et la réglementation en matière d'exigences de sécurité et d'environnement pour les bateaux naviguant sur les cours d'eau européens.

Ce texte n'a rien de révolutionnaire ni de scandaleux et touche peu la France, où sont déjà appliquées de nombreuses réglementations similaires pour les domaines visés. Mais le principe visant à uniformiser la réglementation au niveau européen est sur le fond problématique. Je me suis donc abstenu.

Diane James (EFDD), *in writing*. – Diane James and the UKIP MEPs decided to abstain on this second reading because the UK has an exception.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport Belet au sujet des prescriptions techniques applicables aux bureaux de navigation intérieures. Le but principal de ce texte est d'uniformiser et simplifier les normes techniques. Dorénavant, les normes seront édictées par un organisme international créé en 2015 (le comité européen pour l'élaboration de standards dans le domaine de la navigation intérieure) et seront reprises par l'Union au moyen d'actes délégués.

Je me réjouis de ce rapport qui permet de clarifier la législation en vigueur pour nos concitoyens. Ce texte a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Eva Kaili (S&D), *in writing*. – At first reading Parliament supported a uniform application of common technical requirements for inland waterway vessels in the European Union in view of ensuring a high level of safety and efficiency in inland navigation. It was also in favour of a swift adaptation of standards to scientific and technical progress taking into account standards developed by international organisations, in particular by CESNI (European Committee for drawing up standards in inland navigation) to be established within the auspices of the Central Commission for the navigation on the Rhine. Parliament also requested a periodic three-year review of the Directive to assess the mechanisms of cooperation with the international organisations concerned.

In order to ensure coherence with other pieces of EU legislation, in particular with Directive 2014/94/EU on the deployment of alternative fuels, Parliament called for the adoption of delegated acts to introduce technical requirements for vessels powered by liquefied natural gas (LNG).

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme diesem Bericht zu. Mit der Empfehlung soll ein einheitlicher und kohärenter Rechtsrahmen geschaffen werden, um ein gleiches Maß an Sicherheit für Binnenschiffe zu gewährleisten. Die Verhandlungsteams des EP und des Rates wurden sich auch in puncto dynamischer Anpassung technischer Standards einig. Dies wird durch die Annahme delegierter Rechtsakte erfolgen.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – Labour welcomes the close cooperation between the River Commissions, the United Nations Economic Commission for Europe and the European Institutions in order to increase efficiency and much needed legal clarity for the inland navigation sector, which mainly consists of SMEs. We fully support the coherent framework to ensure the same level of safety for inland waterway vessels all around Europe. We would urge the UK to ensure that all aspects of our standards follow best practice in this area including on inspections.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A 2006/87/EK irányelv felülvizsgálatának célja, hogy egységesítsék a belvízi hajózásra vonatkozó műszaki szabványokat, a belvízi hajózási szabványok kidolgozásáért felelős európai bizottság (CESNI) előírásainak figyelembevételével. A CESNI annak érdekében jött létre, hogy elősegítse az európai belvízi hajózási szektorra vonatkozó szabványok egységesítését. Ennek fényében megfelelő fokú biztonság, valamint hatékonyság jellemezné a belvízi hajózást, a szektorra vonatkozó tudományos, illetve technikai fejlődés figyelembevételével. A lépés tehát magasabb fokú jogbiztonságot eredményezne, valamint kellő időben tenné lehetővé a megfelelő kiigazításokat a technikai fejlődés jegyében, emellett Unió szerte hozzájárulna a szigorú biztonsági szabványok betartásához, az innováció és a biztonság akadályozása nélkül.

A belvízi hajózás biztonságának és hatékonyságának fontossága, valamint a szakmai, illetve a technikai fejlődés, mint a versenyképesség és a korszerű belvízi hajózás elengedhetetlen elemeinek figyelembevételével egyetértek a felülvizsgálati törekvésekkel, így a Fidesz Néppárti Delegációjának tagjaként szavazatommal támogatom a jelentést.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепям еднаквото прилагане на общи технически изисквания за плавателни съдове по вътрешните водни пътища в Европейския съюз с оглед на гарантиране на високо равнище на безопасност и ефикасност на корабоплаването. Също така подкрепям и бързо адаптиране на стандартите, разработени от международни организации, по-специално от CESNI (Европейски комитет за изготвяне на стандарти за вътрешното корабоплаване), който следва да бъде създаден под егидата на Централната комисия за корабоплаване по Рейн.

В интерес на безопасността и за да се осигури равнопоставеност, е необходимо да се постигне напредък към единен набор от технически стандарти. Това ще предостави сигурност и ще гарантира, че изискванията могат да бъдат въведени в приемлив срок, така че да се поддържат високи правила за безопасност за всички европейски вътрешни водни пътища и да не се възпрепятства развитието на сектора.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur le rapport sur les prescriptions techniques applicables aux bateaux de navigation intérieure. Ce texte vise à améliorer et à homogénéiser le niveau de sécurité et la réglementation en matière d'exigences de sécurité et d'environnement pour les bateaux naviguant sur les cours d'eau européens.

Il s'agit d'un rapport technique qui n'a rien de révolutionnaire ni de scandaleux et touche peu la France, où sont déjà appliquées de nombreuses réglementations similaires pour les domaines visés. Mais le principe visant à uniformiser la réglementation au niveau européen est sur le fond problématique.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Sustengo la decisione del Parlamento europeo volta ad offrire un quadro coerente e uniforme per un livello di sicurezza delle navi adibite alla navigazione interna. In merito ai requisiti tecnici per le navi adibite alla navigazione interna, essi sono previsti dalla direttiva 2006/87/CE, che stabilisce le condizioni necessarie per il rilascio dei certificati che consentono la navigazione per le acque interne dell'Unione, Reno incluso. Essa garantisce, altresì, che tali certificati siano rilasciati sulla base di requisiti tecnici, in grado di garantire un livello di sicurezza totale. Ulteriormente, il Parlamento ha richiesto un riesame periodico della direttiva con cadenza triennale, allo scopo di valutare i meccanismi di cooperazione con le organizzazioni internazionali coinvolte.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Ce rapport veut améliorer et homogénéiser le niveau de sécurité et la réglementation en matière de sécurité et d'environnement pour les bateaux naviguant sur les cours d'eau européens.

Il s'agit d'un rapport technique, qui n'a rien de révolutionnaire ni de scandaleux, et qui de surcroît touche peu la France, où sont déjà appliquées de nombreuses réglementations similaires dans les domaines en question. Mais le principe visant à uniformiser la réglementation au niveau européen est sur le fond problématique. Je me suis donc abstenu sur ce sujet.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe porque supone un buen compromiso en el ámbito de la navegación interior, orientado a la mejora de los requerimientos técnicos para este tipo de transporte. Esta mejora redundará en la seguridad tanto de los trabajadores como de los usuarios finales de este tipo de formas de transporte en la Unión. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report that encouraged technical progress with high safety standards for inland navigation.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Parlament je u prvom čitanju podržao ujednačenu primjenu zajedničkih tehničkih pravila za plovila unutarnje plovidbe u EU-u u cilju jamčenja visoke razine sigurnosti i učinkovitosti u unutarnjoj plovidbi. Također se zauzeo za hitru prilagodbu standarda znanstvenom i tehnološkom napretku, uzimajući u obzir standarde koje su razvile međunarodne organizacije, a posebno CESNI.

CESNI je uspostavljen kako bi se olakšalo usklađivanje tehničkih standarda koji se primjenjuju u sektoru unutarnje plovidbe u Europi. Stoga je važno da se primjenjivi tehnički standardi CESNI-a izneseni u ovoj Direktivi ažuriraju kako bi se osigurala visoka razina sigurnosti i učinkovitosti.

Cilj revizije Direktive 2006/87/EC je omogućiti ujednačenu primjenu zajedničkih tehničkih standarda za plovila unutarnje plovidbe u Europskoj uniji, što će omogućiti veću pravnu sigurnost i osigurati da se uvedu odgovarajuće tehničke prilagodbe i održe visoki sigurnosni standardi na plovnim putevima. Ovlasti da donosi akte trebale bi se delegirati Komisiji, u skladu s člankom 290 TFEU-a te sam stoga podržala ovu preporuku.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The purpose of proposal is to adopt a uniform set of technical standards for inland navigation vessels. I agree that it would provide: more legal certainty; ensure that technical adaptations to technical progress can be introduced within a reasonable time; ensure that high safety standards on all EU inland waterways are maintained; promote innovation in the sector.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Predložený návrh smernice sleduje vytvorenie spoločného a jednotného súboru technických noriem na vnútrozemské plavidlá, ktorý stanovujú požiadavky na stabilitu, bezpečnú vzdialenosť, vodotesnosť, vybavenie, zostavy a prepravy kontajnerov a upravujú osobitné požiadavky pre osobné lode. Komisia má právo delegovanými a vykonávacími aktami bližšie upravovať tieto podmienky. Cieľom návrhu je zabezpečiť maximálnu bezpečnosť na vnútrozemských vodných cestách a zachovanie bezpečnostných noriem, pričom sa zohľadňuje priestor na ďalšie inovácie v tejto oblasti.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Απείχα κατά την ψηφοφορία της σύστασης για τη δεύτερη ανάγνωση σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση ενόψει της έγκρισης της οδηγίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά τη θέσπιση τεχνικών προδιαγραφών για τα πλοία εσωτερικής ναυσιπλοΐας, την τροποποίηση της οδηγίας 2009/100/ΕΚ και την κατάργηση της οδηγίας 2006/87/ΕΚ, διότι η εν λόγω σύσταση δεν είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce texte.

Ce texte vise à améliorer la sécurité et la règlementation en matière de navigation sur les cours d'eau européens, ce que nous approuvons. Mais il vise également à homogénéiser la règlementation, privant comme d'habitude encore un peu plus les nations de leur souveraineté, ce à quoi nous nous opposons.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Mi apoyo a la propuesta de cara al establecimiento de prescripciones técnicas para las embarcaciones dedicadas a la navegación interior.

Lo importante es que hayamos conseguido establecer un marco armonizado y coherente que garantice el mismo nivel de seguridad para las embarcaciones de navegación interior.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την πρόταση αυτή η οποία διασφαλίζει υψηλό επίπεδο ασφάλειας και αποτελεσματικότητας της εσωτερικής ναυσιπλοΐας στην ΕΕ. Επιπλέον, τάσσεται υπέρ της ταχείας προσαρμογής των προτύπων στην επιστημονική και τεχνική πρόοδο. Κρίνεται απαραίτητη και επιβάλλεται η παροχή εναρμονισμένου και συνεκτικού πλαισίου για να εξασφαλιστεί ίδιο επίπεδο ασφάλειας και για τα πλοία εσωτερικής ναυσιπλοΐας.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Hier soll ein einheitlicher und kohärenter Rahmen für die Binnenschifffahrt geschaffen werden. Dies wird die Sicherheit erhöhen. Daher unterstütze ich diesen Bericht.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu EP parengtai rekomendacijai antrajam svarstymui dėl per pirmąjį svarstymą priimtos Tarybos pozicijos, siekiant priimti Europos Parlamento ir Tarybos Direktyvą, kuria nustatomi vidaus vandenų laivams taikomi techniniai reikalavimai.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à améliorer et à homogénéiser le niveau de sécurité et la réglementation en matière de sécurité et d'environnement pour les bateaux naviguant sur les cours d'eau européens.

Il s'agit d'un rapport technique qui n'a rien de révolutionnaire ni de scandaleux et qui, de surcroît, touche peu la France, où sont déjà appliquées de nombreuses réglementations similaires dans les domaines en question. Mais le principe visant à uniformiser la réglementation au niveau européen est sur le fond problématique. Ainsi, je me suis abstenue.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Tendo em vista a harmonização ao nível da União, e a fim de evitar distorções da concorrência e níveis desiguais de segurança, convém aplicar as mesmas prescrições técnicas para toda a rede de vias navegáveis interiores da União e atualizá-las regularmente.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – This legislative resolution aims to prove greater legal certainty and ensure high safety standards on all EU waterways whilst not hampering innovation; therefore, I voted in favour.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Lode vnútrozemskej plavby, ktoré chcú získať osvedčenie Únie plaviť sa na európskych vnútrozemských vodných cestách, musia spĺňať jednotné technické požiadavky, ktoré vypracoval Európsky výbor pre vypracovanie noriem v oblasti vnútrozemskej plavby (CESNI) pod záštitou Ústrednej komisie pre plavbu na Rýne. Technické normy vypracované s cieľom poskytnúť harmonizovaný a súdržný rámec na zabezpečenie rovnakej úrovne bezpečnosti v prípade vnútrozemskej plavby budú začlenené do právnych predpisov EÚ. Návrh prešiel prvým čítaním, kľúčovou bola dohoda o právach Parlamentu ako spoluzákonodarcu. Parlament nemohol podporiť používanie dynamického odkazu na automatické prispôsobenie prílohy k smernici európskej norme vypracovanej v rámci CESNI. Týmto dynamickým odkazom by sa výhradná rozhodovacia právomoc udelila Rade, pričom by sa obišli výsady Parlamentu ako spoluzákonodarcu. Návrh podporujem svojim hlasom.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, which aims in first instance to achieve harmonisation of the technical requirements for inland waterway vessels at EU level. The same technical requirements for vessels should be applied, and regularly updated, for the entirety of the Union's inland waterways. This would contribute significantly to more efficient, dynamic and safe transport on inland waterways throughout the EU and would also facilitate the use of new and innovative technologies.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság javaslatot tett a Parlamentnek és a Tanácsnak a belvízi hajókra vonatkozó műszaki követelmények megállapításáról, a 2009/100/EK irányelv módosításáról és a 2006/87/EK irányelv hatályon kívül helyezéséről szóló irányelv elfogadására. A javaslattal kapcsolatban a Parlament első olvasatban kialakította álláspontját. A Parlament és a Tanács egyetértett az irányelv átfogó céljával, a mellékleteknek a műszaki standardokhoz igazításával kapcsolatban azonban nézeteltérések merültek föl közöttük. A Parlament és a Tanács tárgyalócsoportja 2016. március 17-én jutott egyezségre az ügyet illetően. A Tanács e megállapodásnak megfelelően fogadta el első olvasatbeli álláspontját. A Közlekedési és Idegenforgalmi Bizottság jelentésében azt ajánlja, hogy a Parlament értsen egyet ezzel az állásponttal, és ezzel az irányelv-tervezetet emelje jogerőre. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à améliorer et à homogénéiser le niveau de sécurité et la réglementation en matière d'exigences de sécurité et d'environnement pour les bateaux naviguant sur les cours d'eau européens.

Il n'a rien de révolutionnaire ni de scandaleux et touche peu la France, où sont déjà appliquées de nombreuses réglementations similaires pour les domaines visés. Toutefois, le principe visant à uniformiser la réglementation au niveau européen est contestable et justifie notre abstention.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O PE pronunciou-se e apoiou, a 15 de abril de 2014, em primeira leitura, uma aplicação uniforme das prescrições técnicas comuns para as embarcações de navegação interior na União Europeia, com o propósito de assegurar um elevado nível de segurança e eficiência da navegação interior.

O Parlamento e o Conselho acordaram em proporcionar um quadro harmonizado e coerente, a fim de garantir o mesmo nível de segurança para embarcações de navegação interior. Ambas instituições concordam com uma racionalização da utilização dos recursos para desenvolver normas técnicas e as adaptar ao progresso científico e técnico, recorrendo a padrões desenvolvidos por organizações internacionais, em particular o CESNI.

A presente recomendação versa sobre o texto resultante das negociações entre o Parlamento e o Conselho e foi aprovado pela Comissão TRAN em abril de 2016.

A presente recomendação merece o meu voto favorável.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport technique n'a rien de révolutionnaire ni de scandaleux et touche peu la France, où sont déjà appliquées de nombreuses réglementations similaires pour les domaines visés. Mais le principe visant à uniformiser la réglementation au niveau européen est sur le fond problématique. Je m'abstiens donc.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – Labour welcomes the close cooperation between the River Commissions, the United Nations Economic Commission for Europe and the European Institutions in order to increase efficiency and much needed legal clarity for the inland navigation sector, which mainly consists of SMEs. We fully support the coherent framework to ensure the same level of safety for inland waterway vessels all around Europe. We would urge the UK to ensure that all aspects of our standards follow best practice in this area including on inspections.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette recommandation pour la deuxième lecture sur la position du Conseil en première lecture en vue de l'adoption d'une directive établissant les prescriptions techniques applicables aux bateaux de navigation intérieure. Des négociations anticipées pour la seconde lecture ont déjà eu lieu entre le Parlement et le Conseil, ce qui a permis à la commission Tran d'approuver un texte le 7 avril dernier. Compte tenu de ces négociations anticipées, il convenait d'adopter la position du Conseil en première lecture.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Támogatom a jelentés megszavazását és elfogadását, hiszen a belföldi hajózás biztonsága és problémamentes működése kellő figyelmet igényel. Így egy harmonizált és egységes keret jön létre, amely lehetővé teszi az azonos szintű biztonságot a tagállamok belvizeinek hajózása kapcsán.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Common technical requirements are needed to ensure a high level of safety and efficiency in inland navigation for inland waterway vessels.

I have voted for this report that aims at providing a harmonised and coherent framework to ensure the same level of safety for inland waterways vessels.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Direktiivi läbirääkimiste eesmärk on ühtlustada siseveelaevade tehnilisi tingimusi ELis, et tagada sõidukite ohutus ja tõhusus. Samuti on oluline, et laevade tehniline seisund vastaks siseveeliikluse standardite koostamise Euroopa komitee eeskirjadele.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP decided to abstain on this second reading because the UK has an exception.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Non posso che apprezzare e ringraziare il collega Ivo Belet per il lavoro svolto e per l'ottimo apporto dato all'elaborazione di questo documento finale.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala sam Preporuku o stajalištu Vijeća u prvom čitanju s ciljem donošenja direktive Europskog parlamenta i Vijeća o utvrđivanju tehničkih pravila za plovila unutarnje plovidbe.

Europski parlament je u dosadašnjoj proceduri zatražio osiguravanje veće sigurnosti unutarnje plovidbe putem tehničkih pravila. Tada je naglašeno kako postojanje različitih pravnih okvira i rokova za postupke odlučivanja teško održava ekvivalenciju certifikata za plovidbu su skladu s Direktivom 2006/87/EC i potvrde izdane na temelju članka revidirane Konvencije o plovidbi rijekom Rajnom. Ovim novim dokumentom osigurava se pravna sigurnost nositelja dozvola i certifikata te je uklonjen potencijalno negativan utjecaj na sigurnost plovidbe unutarnjim vodama na području EU-a.

Jedinstveni zakonodavni okvir utjecat će i na jednostavniju primjenu propisa i izdavanje certifikata hrvatskim riječnim brodarima što je važno za daljnji razvoj i jačanje riječnog prometa i na hrvatskim rijekama.

Sada kada je napravljen ovaj značajan pravni korak bilo bi dobro razmisliti i o što skorijoj prilagodbi dogovorenih standarda znanstvenom i tehnološkom napretku, uzimajući u obzir standarde koje su razvile i druge međunarodne organizacije.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à améliorer et à homogénéiser le niveau de sécurité et la réglementation en matière d'exigences de sécurité et d'environnement pour les bateaux naviguant sur les cours d'eau européens.

Il s'agit d'un texte technique qui n'a rien de révolutionnaire ni de scandaleux et touche peu la France, où sont déjà appliquées de nombreuses réglementations similaires pour les domaines visés. Mais le principe visant à uniformiser la réglementation au niveau européen est sur le fond problématique. Dans ces conditions, je préfère m'abstenir.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Parlament je u prvom čitanju podržao ujednačenu primjenu zajedničkih tehničkih pravila za plovila unutarnje plovidbe u Europskoj uniji u cilju jamčenja visoke razine sigurnosti i učinkovitosti u unutarnjoj plovidbi. Također se zauzeo za hitru prilagodbu standarda znanstvenom i tehnološkom napretku, uzimajući u obzir standarde koje su razvile međunarodne organizacije, a posebno CESNI (Europski odbor za izradu standarda unutarnje plovidbe) koji će se uspostaviti pod okriljem Središnjeg povjerenstva za plovidbu Rajnom.

Parlament je zatražio i periodičnu trogodišnju reviziju Direktive kako bi se ocijenili mehanizmi suradnje s predmetnim međunarodnim organizacijama. Kako bi se osigurala dosljednost s ostalim zakonodavstvom EU-a, a posebno s Direktivom 2014/94/EU o uspostavi infrastrukture za alternativna goriva, Parlament je pozvao na donošenje delegiranih akata u cilju uvođenja tehničkih pravila za plovila s pogonom na ukapljeni prirodni plin (UPP), zbog čega podržavam stajalište izvjestitelja da prihvaća stajalište Vijeća u prvom čitanju.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Parlament je u prvom čitanju podržao ujednačenu primjenu zajedničkih tehničkih pravila za plovila unutarnje plovidbe u EU-u s ciljem jamčenja visoke razine sigurnosti i učinkovitosti. Također se zauzeo za hitnu prilagodbu standarda znanstvenog i tehnološkog napretka, uzimajući u obzir standarde koje su razvile međunarodne organizacije. Parlament je zatražio i periodičnu trogodišnju reviziju Direktive kako bi se ocijenili mehanizmi suradnje s predmetnim međunarodnim organizacijama.

Podržao sam preporuku za drugo čitanje budući da je cilj Direktive uspostava usklađenog i dosljednog okvira kojim će se jamčiti jednaka razina sigurnosti za plovila unutarnje plovidbe.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui traite des prescriptions techniques applicables aux bateaux de navigation intérieure. Ce rapport s'inscrit dans le cadre de la révision de la directive 2006/87/CE qui vise à permettre l'uniformisation de normes techniques élaborées par le Comité européen chargé de l'élaboration de normes dans le domaine de la navigation intérieure (CESNI). La simplification des normes pour les opérateurs du secteur est nécessaire, et la sécurité juridique doit être accrue, sans pour autant entraver le potentiel des évolutions techniques et technologiques.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A revisão da Diretiva 2006/87/CE visa estabelecer uma aplicação uniforme das prescrições técnicas comuns de navegação interior na União Europeia, garantindo um elevado nível de eficiência e de segurança nesta matéria.

A revisão em apreço aponta ainda no sentido da racionalização da utilização dos recursos, adaptando a Diretiva ao progresso técnico e científico e respeitando os padrões desenvolvidos por organizações internacionais, como o CESNI (Comité Europeu para a Elaboração de Normas de Navegação Interior).

Votei favoravelmente no presente projeto de resolução, entre outas, por duas razões: primeiro, porque, do ponto de vista substancial ou, se quisermos, material, concordo com a criação de um quadro técnico harmonizado, coerente e atual sobre a matéria em discussão; depois, e o que não é menos, porque, de uma perspetiva procedimental legislativa ou, porventura, adjetiva, considero relevantíssima a participação do Parlamento Europeu nesta matéria.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP decided to abstain on this second reading because the UK has an exception.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – O Parlamento apoiou uma aplicação uniforme das prescrições técnicas comuns para as embarcações de navegação interior na União Europeia, a fim de garantir um elevado nível de segurança e eficiência da navegação interior.

Também se mostrou a favor de uma rápida adaptação das normas ao progresso científico e técnico, tendo em conta os padrões desenvolvidos por organizações internacionais, nomeadamente pelo CESNI (Comité Europeu para a Elaboração de Normas de Navegação Interior).

Porém, o Parlamento solicitou uma revisão periódica da diretiva, a intervalos de três anos, para avaliar os mecanismos de cooperação com as organizações internacionais competentes, e apelou à adoção de atos delegados para a introdução de prescrições técnicas para as embarcações movidas a gás natural liquefeito.

Face ao exposto, votei a favor da sua aplicação.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – É necessária a aplicação uniforme das prescrições técnicas comuns para as embarcações de navegação interior na União Europeia, a fim de garantir um elevado nível de segurança e eficiência.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de directiva que pretende armonizar las normas técnicas para los buques que navegan en vías navegables interiores.

Parlamento y Consejo se han puesto de acuerdo sobre el objetivo general de la Directiva, que consiste en establecer un marco armonizado y coherente que garantice el mismo nivel de seguridad para las embarcaciones de navegación interior. Las dos instituciones apoyaron la racionalización del uso de los recursos para elaborar normas técnicas y adaptarlas al progreso científico y técnico mediante el uso de las normas desarrolladas por organizaciones internacionales como el CESNI.

Básicamente, la norma intenta ordenar los requisitos técnicos que establece la Comisión para la Navegación del Rin, principal canal navegable en Europa, con los requisitos para otras vías navegables.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la directive contenant les prescriptions techniques applicables aux bateaux de navigation intérieure, car elle prévoit un cadre harmonisé et cohérent destiné à garantir un niveau de sécurité élevé et uniforme pour les bateaux de navigation intérieure.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A União Europeia (UE) considera que é necessário assegurar um elevado nível de segurança e eficiência da navegação interior na própria UE e, como tal, apoiou, em primeira leitura, a adoção de uma Diretiva capaz de estabelecer uma aplicação homogénea dos requisitos técnicos comuns para este tipo de embarcações, bem como uma adaptação das regras ao progresso científico e técnico, atentos os padrões utilizados por organizações internacionais neste setor.

Em nome da coerência com os demais atos legislativos, o Parlamento Europeu propôs a adoção de atos delegados para a inclusão de normas técnicas para as embarcações movidas a gás natural.

Após o acordo entre o Parlamento Europeu e o Conselho quanto ao fim último desta Diretiva – que irá permitir uma racionalização da utilização dos recursos – é importante manter a adaptação das normas técnicas através da adoção de atos delegados, pelo que votei a favor desta proposta de recomendação para segunda leitura, com vista à adoção final desta Diretiva.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – En la fase previa de comisiones, hemos votado a favor de esta normativa técnica sobre navegación en aguas interiores. El objetivo es establecer un marco técnico armonizado que garantice el mismo nivel de seguridad para todas embarcaciones que operan en la Unión y facilitar su adaptación al progreso científico y técnico teniendo en cuenta las directrices del CESNI (Comité europeo para la elaboración de normas de navegación interior) y otros organismos internacionales.

Siguiendo el proceso legislativo ordinario de la Unión, la recomendación para la segunda lectura respecto de la posición del Consejo en primera lectura se declaró aprobada sin voto.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *in writing*. – I support this legislation to harmonize technical requirements for inland waterway vessels. Coherent transport policy delivers benefits for manufacturers, consumers and the environment. Of special importance is the increase in safety which can be expected from such harmonisation, as well as the promotion of new technologies to provide more efficient, cleaner transport. I welcome the oversight powers for the European Parliament which were negotiated by my colleagues and which will ensure democratic scrutiny when this legislation is updated in the future.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung technischer Vorschriften für Binnenschiffe gestimmt, da es den Weg zu einheitlichen Standards ermöglicht.

Dadurch würde mehr Rechtssicherheit geschaffen, die Einhaltung der hohen Sicherheitsstandards auf allen EU-Binnenwasserstraßen gewährleistet und Innovationen in diesem Sektor würden nicht behindert werden.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe porque supone un buen compromiso en el ámbito de la navegación interior, orientado a la mejora de los requerimientos técnicos para este tipo de transporte. Esta mejora redundará en la seguridad tanto de los trabajadores como de los usuarios finales de este tipo de formas de transporte en la Unión. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – Regozijo-me por o Parlamento e o Conselho terem chegado a acordo sobre o objetivo geral da diretiva, que consiste em proporcionar um quadro harmonizado e coerente a fim de garantir o mesmo nível de segurança para embarcações de navegação interior.

Todos somos favoráveis a uma racionalização da utilização dos recursos para desenvolver normas técnicas e as adaptar ao progresso científico e técnico, recorrendo a padrões desenvolvidos por organizações internacionais, em particular o Comité Europeu para a Elaboração de Normas de Navegação Interior.

Congratulo-me por as negociações terem chegado à sua conclusão, podendo-se assim adotar a diretiva.

Por estas razões, votei a favor.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Labour welcomes the close cooperation between the River Commissions, the United Nations Economic Commission for Europe and the European institutions in order to increase efficiency and provide much-needed legal clarity for the inland navigation sector, which mainly consists of SMEs. We fully support the coherent framework to ensure the same level of safety for inland waterway vessels all around Europe. We would urge the UK to ensure that all aspects of our standards follow best practice in this area, including on inspections.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Odvetvie vnútrozemskej vodnej dopravy je síce relatívne malé, ale napriek tomu sa objemom dopravy 140 miliárd kilometrov značným spôsobom podieľa na dopravnom systéme EÚ. Veľmi pozitívne vnímam, že v porovnaní s inými pozemnými druhmi dopravy je vnútrozemská vodná doprava energetický účinná, bezpečná, takmer bez dopravných preťažení a tichá. Žiaľ, menej prísnejšie limity emisií a dlhá životnosť motorov sa výrazným spôsobom podpisujú pod nedostatočný pokrok pri znižovaní látok znečisťujúcich ovzdušie. Z pohľadu infraštruktúry vnútrozemských vodných ciest EÚ za nedostatočné považujem prepojenie s inými druhmi dopravy, preto podporujem vybudovanie a doplnenie chýbajúcich spojení, odstránenie závažných problémových miest, zavádzanie inovačnej technológie, zlepšenie intermodálnych spojení a rozvoj inteligentnej infraštruktúry. Podporila som uznesenie, lebo verím, že harmonizáciou pravidiel sa zabezpečí rovnaká úroveň bezpečnosti aj v prípade lodí vnútrozemskej plavby. Od navrhovanej smernice taktiež očakávam, že na základe prijatých opatrení sa v odvetví vnútrozemskej dopravy zlepší výskum, vývoj a inovácia pre ekologizáciu flotily plavidiel, ktorá je v porovnaní s inými druhmi dopravy nízka.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Lodná doprava naberá na význame. Hoci je výstavba vodných ciest náročná a natrvalo mení ráz krajiny, vďaka moderným technológiám sa stále znižujú dopady na životné prostredie. V súvislosti s ambicióznymi plánmi na výstavbu nových spojníc je potrebné aj nanovo zadefinovať minimálne technické požiadavky na spôsobilosť riečnych plavidiel zúčastňujúcich sa európskej vnútrozemskej lodnej dopravy.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Prihvaćam stajalište Vijeća u prvom čitanju bez izmjena. Stajalište Vijeća u prvom čitanju odražava kompromis o kojem su se dogovorili pregovarački timovi Vijeća i Parlamenta. Sporazumni tekst pregovora odobren je od strane Odbora za promet i turizam 7.travnja 2016.

Smatram da će nova Direktiva znatno doprinijeti učinkovitijem, dinamičnijem i sigurnijem prijevozu unutarnjim plovnim putovima unutar Europske unije i izvan nje.

Beatrix von Storch (EFDD), *in writing.* – The draft EU Parliament legislative resolution on the technical requirements for inland waterway vessels was approved without a vote. However, had there been a vote I would have voted against the resolution.

It aims to harmonise technical standards under the banner of 'efficiency' and safety. Should the peoples of each Member State desire to adopt such regulations then it should be done through their own individual democratic institutions. Furthermore, by adopting a common safety standard we ignore the natural economic progress that must take place in each society in order for it to be able to implement and support such standards.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Parlament je u prvom čitanju podržao ujednačenu primjenu zajedničkih tehničkih pravila za plovila unutarnje plovidbe u Europskoj uniji u cilju jamčenja visoke razine sigurnosti i učinkovitosti u unutarnjoj plovdbi te su obje institucije podržale racionalizaciju upotrebe sredstava u cilju razvoja tehničkih standarda i njihove prilagodbe znanstvenom i tehnološkom napretku koristeći pritom standarde koje su razvile međunarodne organizacije. Međutim, Vijeće i Parlament imaju različita stajališta o tome kako uskladiti priloge s tim tehničkim standardima. Pregovarački timovi Parlamenta i Vijeća postigli su 17. ožujka 2016. sporazum o tom predmetu. Nakon pravne i jezične verifikacije Vijeće je usvojilo svoje stajalište u prvom čitanju kojim je potvrdilo sporazum od 17. ožujka 2016.

Toga radi podržavam preporuku za drugo čitanje o stajalištu Vijeća u prvom čitanju s ciljem donošenja direktive Europskog parlamenta i Vijeća o utvrđivanju tehničkih pravila za plovila unutarnje plovidbe, izmjeni Direktive 2009/100/EZ i stavljanju izvan snage Direktive 2006/87/EZ.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za priporočilo za drugo obravnavo o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja direktive Evropskega parlamenta in Sveta o tehničnih predpisih za plovila, namenjena za plovbo po celinskih plovnih poteh.

V prvi obravnavi smo podprli enotno uporabo skupnih tehničnih predpisov za plovila, namenjena za plovbo po celinskih plovnih poteh v EU, z željo zagotoviti raven varnosti in učinkovitosti plovbe po celinskih plovnih poteh. Po uspešnih pogajanjih med Evropskim Parlamentom in Svetom je tako pred nami besedilo brez predlogov sprememb napram besedilu iz prve obravnave.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Υποστηρίζεται η ομοιόμορφη εφαρμογή κοινών τεχνικών προδιαγραφών για τα πλοία εσωτερικής ναυσιπλοΐας στην Ευρωπαϊκή Ένωση, με σκοπό τη διασφάλιση υψηλού επιπέδου ασφάλειας και αποτελεσματικότητας στην εσωτερική ναυσιπλοΐα.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – A belvízi hajókra vonatkozó műszaki követelmények egységes alkalmazását az Európai Unióban jó példának tartom a szorosabb integrációra. Éppen ezért ezt az ajánlást második olvasatban szavazatommal támogattam. Az Európai Parlament már az első olvasat során támogatta az ajánlást, akkor a belföldi hajózás biztonsága és hatékonysága magas szintjének biztosítása céljával, illetve azzal a kitétellel, hogy az irányelv háromévente felül lesz vizsgálva. Az EP és a Tanács között létrejött megegyezés tisztázza a jogi egyértelműséget (például a világos földrajzi határok kijelölésével), csökkenti az adminisztratív terheket, és biztosítja az Európai Parlament intézményi előjogait, főleg a műszaki szabványok frissítésében. Úgy vélem, hogy ezek az egységes követelmények jelentősen hozzájárulnak a hatékony, dinamikus és biztonságos belvízi szállításhoz, továbbá megkönnyítik az új és innovatív technológiák alkalmazását.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris.* – Căile navigabile interioare reprezintă o modalitate de transport din ce în ce mai importantă în cadrul Uniunii Europene, mai ales datorită prețului redus pentru transportul de mărfuri și potențialului redus de poluare.

Cu toate acestea, există o serie de obstacole în calea exploatării la capacitate maximă a acestor căi de transport. Printre acestea se numără insuficienta armonizare a reglementărilor naționale și a diverselor porțiuni fluviale. În acest sens, Comisia Europeană a venit cu o propunere pentru stabilirea unor standarde tehnice comune privind ambarcațiunile fluviale folosite de diversele state membre. Propunerea vizează asigurarea unui nivel ridicat de siguranță și eficiență, adaptarea rapidă a standardelor la progresele științifice și tehnice și revizuirea periodică a reglementărilor. De asemenea, se prevede instalarea infrastructurii pentru combustibili alternativi, inclusiv pentru gaz lichefiat.

O componentă importantă la care s-a ajuns în urma negocierilor instituționale a fost prerogativa Parlamentului de a lua decizii privind aducerea la zi a standardelor tehnice în domeniul căilor navigabile interioare. Este un câștig important, de aceea susțin adoptarea acestei recomandări în forma sa actuală.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour le texte de mon collègue et ami Ivo Belet. Le Parlement et le Conseil se sont mis d'accord sur l'objectif général de la directive, qui est de prévoir un cadre harmonisé et cohérent destiné à garantir le même niveau de sécurité pour les bateaux de navigation intérieure. Les deux institutions se sont déclarées favorables à une rationalisation de l'utilisation des ressources pour l'élaboration de normes techniques et leur adaptation au progrès scientifique et technique en utilisant les normes élaborées par les organisations internationales, en particulier par le CESNI.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the agreement on the Directive laying down technical requirements for inland waterway vessels. The text allows the European Commission to regularly review the technical requirements for inland vessels, which will provide the necessary legal certainty to the sector to ensure that we can benefit from innovations and maintain the highest level of safety. Such assessment by the Commission will be completed in light of the most recent technical innovations, it will prevent any distortion of competition and will set up a harmonised level of safety standards over the whole of the EU's inland waterways.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam utvrđivanje tehničkih pravila za plovila unutarnje plovidbe jer se ovom uredbom zadržava prilagodba tehničkih standarda donošenjem delegiranih akata što je veoma važno kako Vijeće ne bi imalo isključivu ovlast donošenja odluka, odnosno da se Europski parlament ne zaobiđe kao suzakonodavac.

Slažem se s potrebom hitne prilagodbe tehničkih pravila standardima znanstvenog i tehnološkog napretka te smatram da se ujednačenom primjenom zajedničkih tehničkih pravila za plovila unutarnje plovidbe u Europskoj uniji može postići visoka razina sigurnosti i učinkovitosti u unutarnjoj plovidbi.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog o tehničnih predpisih za plovila, namenjena za plovbo po celinskih vodnih poteh, sem podprla, saj bomo tako zagotovili visoko raven varnosti in učinkovitosti plovbe po celinskih plovnih poteh. Prav tako gre za hitro prilagoditev standardov znanstvenemu in tehničnemu napredku ob upoštevanju standardov, ki so jih razvile mednarodne organizacije, zlasti Evropski odbor za pripravo standardov za plovbo po celinskih plovnih poteh (CESNI).

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – En la fase previa de comisiones, hemos votado a favor de esta normativa técnica sobre navegación en aguas interiores. El objetivo es establecer un marco técnico armonizado que garantice el mismo nivel de seguridad para todas embarcaciones que operan en la Unión y facilitar su adaptación al progreso científico y técnico teniendo en cuenta las directrices del CESNI (Comité europeo para la elaboración de normas de navegación interior) y otros organismos internacionales.

Siguiendo el proceso legislativo ordinario de la Unión, la recomendación para la segunda lectura respecto de la posición del Consejo en primera lectura se declaró aprobada sin voto.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'un rapport visant à améliorer et à homogénéiser le niveau de sécurité et la réglementation en matière d'exigences de sécurité et d'environnement pour les bateaux naviguant sur les cours d'eau européens.

Ce rapport est technique et touche peu la France, où sont déjà appliquées de nombreuses réglementations similaires pour les domaines visés. Mais le principe visant à uniformiser la réglementation au niveau européen est sur le fond problématique.

J'ai choisi l'abstention.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az első olvasat során a Parlament támogatta a belvízi hajókra vonatkozó műszaki követelmények egységes alkalmazását az Európai Unióban, a belföldi hajózás biztonsága és hatékonysága magas szintjének biztosítása céljával. Kedvezően állt hozzá továbbá a standardoknak a tudományos és műszaki fejlődéshez való gyors hozzáigazításához is. A Parlament kérte továbbá az irányelv időszakos, háromévente történő felülvizsgálatát az érintett nemzetközi szervezetekkel való együttműködés értékelése végett. Voksommal támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – En la fase previa de comisiones, hemos votado a favor de esta normativa técnica sobre navegación en aguas interiores. El objetivo es establecer un marco técnico armonizado que garantice el mismo nivel de seguridad para todas embarcaciones que operan en la Unión y facilitar su adaptación al progreso científico y técnico teniendo en cuenta las directrices del CESNI (Comité europeo para la elaboración de normas de navegación interior) y otros organismos internacionales.

Siguiendo el proceso legislativo ordinario de la Unión, la recomendación para la segunda lectura respecto de la posición del Consejo en primera lectura se declaró aprobada sin voto.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – Voted for as generally welcome proposal to harmonise standards for technical requirements for inland waterway navigation to strengthen legal certainty and a common high level of safety. However, I emphasise that the founded Committee for the development of technical standards should ensure the possibility of participation for all relevant stakeholders as well as NGOs. Besides, our aim was to integrate a link to Article 16 and Article 36 of the TEN-T Guidelines (Reg. No 1315/2013) in order to establish a connection between the development of environmental performance of inland waterway transport and the already adopted priorities regarding existing inland waterway infrastructure.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Mediante la revisión de esta directiva se pretende avanzar hacia una batería uniforme de estándares técnicos para asegurar de este modo mejores estándares de seguridad en la navegación interior. Por ello creo conveniente votar a favor de este informe.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta é uma segunda leitura de uma proposta de diretiva que define as prescrições técnicas para as embarcações de navegação interior.

É um documento eminentemente técnico, que pretende garantir um elevado nível de segurança e eficiência da navegação interior.

O texto pretende, igualmente, uma rápida adaptação das normas ao progresso científico e técnico, tendo em conta os padrões desenvolvidos por organizações internacionais, nomeadamente pelo CESNI (Comité Europeu para a Elaboração de Normas de Navegação Interior).

A promoção de alternativas de combustível também é fomentada (nomeadamente a passagem para GPL).

O grupo propõe o voto a favor, o que se pode acompanhar.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Mit der Empfehlung (die unveränderte Annahme des Ratsstandpunktes) soll ein einheitlicher und kohärenter Rahmen geschaffen werden, um ein gleiches Maß an Sicherheit für Binnenschiffe zu gewährleisten. Die Verhandlungsteams des EP und des Rates wurden sich auch in puncto dynamischer Anpassung technischer Standards einig, welche durch die Annahme delegierter Rechtsakte erfolgen wird. Daher habe ich dem Bericht zugestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Labour welcomes the close cooperation between the River Commissions, the United Nations Economic Commission for Europe and the European Institutions in order to increase efficiency and much needed legal clarity for the inland navigation sector, which mainly consists of SMEs. We fully support the coherent framework to ensure the same level of safety for inland waterway vessels all around Europe. We would urge the UK to ensure that all aspects of our standards follow best practice in this area including on inspections.

Janusz Zemke (S&D), *na piśmie*. – Popieram konieczność przyjęcia przez PE i Radę dyrektywy w sprawie wymagań technicznych dla statków żeglugi śródlądowej. Obowiązująca obecnie dyrektywa powstała w 1982 r. i później była nowelizowana w 2006 r. Od tej pory nastąpiły jednak istotne zmiany, jeśli chodzi o poziom techniczny statków żeglugi śródlądowej. Problem polega na tym, czy techniczne wymogi dla tych statków mają być określane przez poszczególne państwa członkowskie, czy też takie wymogi zdefiniowałaby Unia Europejska.

Ze względu na transgraniczny charakter żeglugi śródlądowej i konieczność utrzymania wysokiego poziomu jej bezpieczeństwa, normy techniczne należy ustalić na poziomie ogólnounijnym. Stwarzałoby to większą gwarancję podtrzymania wysokich norm bezpieczeństwa na wszystkich śródlądowych drogach wodnych w Unii Europejskiej.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Správa pána poslanca Beleta sa týkala prijatia novej smernice, ktorej cieľom je najmä zjednodušenie rozhodovacieho procesu v súvislosti s prijímaním technických štandardov pre lode určené na vnútrozemskú vodnú dopravu a zároveň poskytnutie harmonizovaného rámca technických štandardov pre EÚ a CCNR (Ústrednú komisiu pre navigáciu na Rýne). Prvá edícia týchto harmonizovaných štandardov bola vypracovaná nedávno vytvoreným výborom pre zostavovanie štandardov v novembri 2015. Keďže si myslím, že v tak vysoko technickej oblasti je potrebné mať určité spoločné štandardy v rámci Európskej únie a zároveň by tieto štandardy mali byť zosúladené s režimom daným komisiami pre jednotlivé oblasti, hlasovala som za prijatie tejto smernice.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem sprejetje direktive Evropskega parlamenta in Sveta o tehničnih predpisih za plovila, namenjena za plovbo po celinskih plovnih poteh, ter spremembo Direktive 2009/100/ES in razveljavitev Direktive 2006/87/ES.

Podpiram vzpostavitev usklajenega in doslednega okvira za zagotovitev enake ravni varnosti za plovila, namenjena za plovbo po celinskih plovnih poteh.

10.4. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und den SADC-WPA-Staaten (A8-0242/2016 - Alexander Graf Lambsdorff)

Explicații orale privind votul

Jordi Sebastià (Verts/ALE). – Señor Presidente, he votado en contra de este nuevo acuerdo económico entre la Unión Europea y los países sudafricanos porque perjudica muchísimo a los productores de naranja y de cítricos europeos y, en concreto, a los valencianos, que somos los mayores productores de Europa. La decisión de ampliar el periodo en que la naranja sudafricana podrá entrar en Europa hasta finales de noviembre es un golpe durísimo para nuestros productores, porque durante ese tiempo se va a dar aquí la coincidencia de la naranja importada con la naranja que nosotros mismos producimos.

Un golpe más a los productores de naranja, que están sufriendo la competencia desleal que entra de países como Marruecos —donde la naranja es producida sin nuestros estándares, ni sociales ni ambientales— y la presión de las grandes cadenas de distribución, que les pagan un precio miserable. Un golpe más que da combustible al euroescepticismo. No sé cómo voy a poder explicar esto a mis electores. Francamente, nos da la impresión de que la Unión Europea no trabaja por los productores agrícolas europeos.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señor Presidente, he votado «no» a este Acuerdo porque, una vez más, la política exterior de la Unión Europea va contra la política agraria comunitaria, especialmente contra nuestros productores, en este caso, de los cítricos.

Yo vengo de España, del sur de España, de Andalucía, donde los cítricos, al igual que en Valencia, como ha dicho el señor Sebastià, son muy importantes, y no se ha tenido la menor sensibilidad.

Además, tengo que denunciar aquí, ante esta Cámara, que el sector desconocía absolutamente los últimos acuerdos: la ampliación de seis semanas del periodo, que coincide con la producción española; además, la eliminación radical de todos los aranceles. Se ha hecho todo de espaldas al sector agrícola.

No podemos seguir haciendo política internacional. Este Acuerdo tiene aspectos loables, pero herir gravemente a la política agraria y a nuestros productores, desde luego, no con mi voto.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, în următorii zece ani țările din Africa, Pacific și Caraibe vor liberaliza 80 % din comerțul lor cu Uniunea Europeană. Acest lucru este posibil în baza unui Acord de parteneriat încheiat în 2012. Acordul, însă, nu este complet și nu este perfect.

Uniunea trebuie să fie mai ambițioasă și să continue negocierile pentru a include și serviciile, investițiile, proprietatea intelectuală, achizițiile publice sau dezvoltarea durabilă. Acest lucru este în avantajul acestor țări, din Africa, Caraibe, Pacific și e cu atât mai important acum, când ne confruntăm cu criza refugiaților.

Diversificarea economiilor acestor țări va duce la stabilitate economică și politică, la siguranța cetățenilor și la stabilitatea tuturor: și a acelor regiuni, și a Europei.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Senhor Presidente, votei contra este acordo, porque prejudicará gravemente a pequena e média agricultura, tanto na União Europeia, sobretudo no domínio do vinho e das frutas nos países do sul, como nos países de África.

Votei contra também porque estamos perante um acordo contra os interesses do conjunto das classes populares. Este é um acordo para as grandes empresas ocidentais – elas são as que lucram das exportações e das importações, porque por detrás do petróleo importado pela UE de Angola, por detrás dos diamantes importados do Botsuana, ou por detrás do carvão, das pedras preciosas, dos metais e do peixe importados da Namíbia estão os interesses das grandes multinacionais.

Em 2013, a União Europeia importou 31 mil milhões, exportou 33 mil milhões, balanço positivo em 2 mil milhões, ao que devemos somar o lucro das grandes empresas que se fornecem de matéria-prima barata e com os custos da produção extremamente baixos.

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io ho votato contro quest'accordo, ho votato contro l'accordo tra l'Unione europea e alcuni paesi dell'Africa meridionale, tra cui il Sud Africa, perché sarebbe l'ennesimo colpo alla nostra agricoltura, all'agricoltura d'Europa, e soprattutto del Sud Europa, ai nostri agrumi, alle arance – devo citarlo – della mia regione, che hanno le più salutari qualità organolettiche.

Sono contraria perché voglio dire basta: basta ad accordi commerciali che espongono il settore agricolo alla concorrenza sleale di tonnellate di prodotti extraeuropei che arrivano sui nostri mercati senza essere neppure tracciati, sottoposti a controlli fitosanitari insufficienti e a prezzi stracciati. Dico basta all'agricoltura come merce di scambio della politica commerciale europea e dico basta al monopolio e ai colpi di mano della Commissione, che stipula accordi senza una minima valutazione di impatto che questi accordi avranno sui mercati locali, che è cosa ben diversa dal considerare il mercato generale dell'Unione europea. Se non lo fa la Commissione europea, saranno presto i nostri agricoltori a piangere i danni di scelte sbagliate.

Tiziana Beghin (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, anch'io e i miei colleghi del Movimento 5 Stelle abbiamo votato contro questo accordo, un accordo che la Commissione afferma essere un accordo per aiutare l'Africa, ma che in realtà è un trattato commerciale in piena regola, che porterà un'apertura dell'86% del mercato africano, apertura insostenibile per l'Africa, che farà perdere 3,5 miliardi di euro in mancati dazi doganali e allo stesso tempo la prima conseguenza per noi sarà un'invasione di arance sudafricane proprio nel periodo del nostro raccolto.

Inoltre nel trattato non vi è un capitolo di sviluppo sostenibile e la società civile non è stata inclusa nella formulazione. Questo accordo potrà facilmente aumentare la disintegrazione regionale contrapponendo il Sud Africa agli Stati più piccoli. Infine stiamo obbligando i nostri partner a procedere a marce forzate verso la ratifica in ottobre, senza che i loro parlamentari abbiano avuto il tempo di leggere il testo che stanno firmando. Se non firmeranno, inoltre, noi li puniremo con dazi doganali proibitivi – davvero un bell'esempio di democrazia, ma del resto con l'Africa questo è quello che abbiamo sempre fatto.

Explicații scrise privind votul

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il 12 giugno 2002 il Consiglio ha autorizzato l'apertura di negoziati per l'EPA con il gruppo di Stati Botswana, Lesotho, Mozambico, Namibia, Swaziland (BLMNS) e Sud Africa (SADC). L'accordo da un punto di vista commerciale offre un accesso asimmetrico al mercato UE e paesi SADC, permettendo loro di proteggere i settori sensibili dalla liberalizzazione; fornisce inoltre un gran numero di misure di salvaguardia ed una clausola di protezione dell'industria nascente. Pur riconoscendo la necessità di promuovere lo sviluppo economico e industriale di questi paesi, disapprovo una tale asimmetricità tra i due mercati, soprattutto in un contesto di forte crisi per l'economia europea, che danneggerebbe gli operatori UE. Per questi motivi, ho votato contro.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. – We abstained on this vote. Despite our abstention, we note with concern the EU tendency to bully poor countries in trade 'partnerships'. We hope that the EU will behave more fairly towards its trade partners in the future.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report. The EU signed an Economic Partnership Agreement (EPA) in June 2016 with the Southern African Development Community (SADC) Economic Partnership Agreements (EPA) group, which includes Botswana, Lesotho, Mozambique, Namibia, South Africa and Swaziland. EPAs, created in 2000, are trade agreements that were meant to safeguard African Caribbean and Pacific (ACP) countries' preferential access to EU markets. EPAs are changing this preferential access from non-reciprocal to reciprocal access, meaning that ACP countries are required to open their markets to EU imports and, furthermore, require liberalisation in other areas such as investment and services. This will have serious negative consequences for local populations in the SADC and the strong opposition from these states and civil society mean negotiations have lasted more than a decade.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Bien qu'il s'agisse probablement du «moins pire» des trois accords de partenariats économiques, j'ai voté contre cet accord:

L'attitude de la Commission européenne dans les négociations a été indigne: de l'aveu même des présidents ACP, elle a multiplié «les demandes excessives» et a fragilisé «l'intégration régionale» du continent africain. Elle a exercé un chantage à la ratification des accords en menaçant de suspendre les préférences commerciales des pays non-PMA de la région au 1er octobre 2016.

L'APE SADC, en ouvrant les marchés des pays PMA davantage que le régime «Tout sauf les armes» existant, engendrerait des pertes économiques immédiates pour le Lesotho et le Mozambique, qui sont déjà les pays les plus fragiles de la région.

L'APE SADC revêt un caractère exclusivement commercial, dénué de toute ambition en matière d'aide au développement. Il s'inscrit par ailleurs en contradiction avec la politique de l'UE de promotion des droits de l'homme dans la région, notamment au Swaziland. Les dispositions du SADC en la matière sont inférieures à celles contenues dans les APE précédents (par exemple, l'APE CARIFORUM).

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the Economic Partnership Agreement (EPA) between the EU and the SADC EPA States. On 11 June 2016, the EU and six members – Botswana, Lesotho, Mozambique, Namibia, South Africa and Swaziland – of the Southern African Development Community (SADC) signed the Economic Partnership Agreement (EPA). Angola is the only country that is not part of the EPA, but as provided for in a clause of the Agreement, may join in the future. The objectives of the agreement are: a) eradication of poverty through a trade partnership; b) promotion of regional integration; c) gradual integration of the SADC EPA States into the world economy; d) to improve the SADC EPA States' capacity in trade policy; e) to support conditions for increasing investments and f) strengthening existing relations between the parties on the basis of solidarity and mutual interest. It is important to stress that on market access, the EPA will give the SADC countries duty-free access to the EU market. Although South Africa will not receive duty free access, an improved offer will be proposed. Overall, I welcome the EPA which will liberalise 86% of trade with the EU in 20 years.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – L'accord de partenariat économique proposé est asymétrique, avec une franchise de douane pour les importations en provenance de la CDAA (Afrique du Sud, Namibie, Mozambique, Botswana, Lesotho, Swaziland…).

Un des sujets est le «sucre blanc» produit dans cette zone qui concurrence déjà fortement la production européenne, le Mozambique étant un important producteur, très compétitif, dont les exportations vers l'UE augmentent très fortement.

J'ai donc voté CONTRE ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I have some concerns over this Partnership Agreement because of its impact on poorer countries, and the potential for them to be exploited.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette recommandation car cet accord de partenariat constitue un aboutissement dans l'approfondissement des relations entre l'Union européenne et les États de l'APE CDAA-UE – revêtant une signification politique forte – ainsi qu'un moyen supplémentaire de renforcer les relations économiques et culturelles et d'intensifier le dialogue politique sur diverses questions, y compris les droits de l'homme et les libertés fondamentales.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už rekomendaciją dėl ES ir PAVB EPS valstybių ekonominės partnerystės susitarimo sudarymo. 2013 m. ES iš PAVB EPS grupės šalių importavo prekių už 31 mlrd. EUR, o į PAVB šalis eksportavo prekių už 33 mlrd. EUR. Akivaizdu, kad Ekonominės partnerystės susitarimas (EPS), sudaro galimybę užtikrinti esminius teigiamus pokyčius ir prisideda prie tvaraus ekonomikos augimo Pietų Afrikos vystymosi bendrijos grupės (PAVB) ir ES šalyse. Pritariu į susitarimą įtrauktoms lankstumo ir apsaugos nuostatoms, ypač susijusioms su prekyba ir darniu vystymusi, kurios gali padėti užtikrinti abiem pusėms naudingą susitarimą.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – We abstained on this vote. Despite our abstention, we note with concern the EU tendency to bully poor countries in trade 'partnerships'. We hope that the EU will behave more fairly towards its trade partners in the future.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Je vote contre ce nouvel accord de libre-échange avec les États de la Communauté de développement d'Afrique australe – la CDAA comprend notamment l'Afrique du Sud, la Namibie, le Mozambique et le Botswana. Parmi les risques, il y a celui de voir les importations de sucre augmenter fortement dans l'Union européenne, au détriment de nos producteurs.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – L'accord de partenariat économique (APE) a pour but de favoriser le commerce, l'intégration régionale et l'intégration progressive des pays ACP dans l'économie mondiale ainsi que d'encourager leur développement durable.

Cet accord purement commercial, vestige d'une relation bilatérale d'un autre temps, entre en contradiction totale avec les engagements européens en matière de politiques et d'objectifs de développement.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – En esta resolución legislativa el Parlamento concede su aprobación a la celebración del Acuerdo con los Estados del AAE de la Comunidad para el desarrollo del África Meridional (Botsuana, Lesoto, Mozambique, Namibia, Sudáfrica y Suazilandia). Este Acuerdo busca aumentar la cooperación con esta región de África. Contiene disposiciones para promover el comercio y el desarrollo, la promoción de la integración regional, y contiene cláusulas de respeto de los valores y de seguimiento de la aplicación del Acuerdo.

Sin embargo, este acuerdo supone una amenaza para el sector agrícola español, en especial el citrícola, debido a la competencia desleal que permite y a la falta de reciprocidad. Comparto los objetivos de favorecer la cooperación interregional y ayudar al crecimiento económico del África meridional, pero no sin transparencia, a costa del sector agrícola español y sin tener en cuenta sus demandas y su posible impacto, ni de prever medidas compensatorias.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del acuerdo económico entre la Unión y los países del sur de África. El instrumento ofrece pocas ventajas reales para los países africanos, ya que sustituye la lógica de no-reciprocidad existente hasta ahora en los EPA, por una de reciprocidad. Es decir, obliga a los países menos desarrollados a abrir sus mercados a los productos europeos y aumentar así aún más la competencia, lo cual tiene repercusiones graves en algunos sectores como el agrícola. Además, se ha ejercido una presión lamentable sobre los países africanos para acelerar la firma del acuerdo.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Estando de acuerdo con el marco general que describe el Acuerdo. Nos hemos abstenido en este informe porque no acabamos de comprender por qué se ha ampliado la fecha para permitir las importaciones de naranjas al mercado europeo hasta noviembre. En la situación anterior, la fecha del 15 de septiembre se adaptaba mucho mejor a la realidad y las necesidades de los productores europeos de cítricos. Esta extensión plantea un problema completamente gratuito. Por esa razón nos hemos abstenido en esta votación.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Cette recommandation concerne un accord de partenariat économique entre l'Union et les États de l'APE CDAA comme l'Afrique du Sud, le Lesotho, le Mozambique… En effet, l'UE importe 31 milliards de marchandises de cette zone et en exporte 33 milliards. Cet accord garantit pour ces pays un accès en franchise de droits au marché de l'UE. Les pays de la zone libéraliseront 86 % de leurs échanges avec l'UE mais des secteurs sensibles (pêche, agriculture) et les industries naissantes resteront protégés. Néanmoins, l'UE ne protège par exemple pas les importations de sucre en provenance du Mozambique, ce qui nous est préjudiciable.

Cet accord est donc asymétrique. J'ai donc décidé voter contre cette recommandation qui n'est qu'un accord de libre-échange supplémentaire.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Da sempre il mio impegno al Parlamento europeo è a favore degli agricoltori del mio paese. L'accordo di partenariato economico tra l'UE e gli Stati della SADC, che comprende 15 Stati africani tra cui il Sud Africa, penalizzerà fortemente i nostri produttori, soprattutto del settore agrumicolo. Come è già successo, questa Unione europea si dimostra incapace di tutelare l'economia degli Stati membri aprendo le porte a prodotti di dubbia qualità, spesso nocivi per la salute dei nostri cittadini, e abolendo i dazi che proteggono l'agricoltura dei nostri territori. Per questi motivi non ho inteso sostenere il testo con il mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Reconozco que este acuerdo es un gran paso para contribuir al desarrollo económico sostenible de los países de la Comunidad para el desarrollo del África Meridional, facilitar su integración en la economía mundial, diversificar sus estructuras económicas, fortalecer la cooperación e intensificar su propia dinámica de integración regional.

Sin embargo, me he abstenido en la votación por las excesivas concesiones otorgadas a las exportaciones de cítricos de Sudáfrica que podrían afectar negativamente a los productores españoles.

El Ministerio de Agricultura del Gobierno del Sr. Rajoy, no ha hecho su trabajo en defensa de los cítricos mediterráneos, pero la Delegación socialista española ha logrado que la Comisión se comprometa a proteger a nuestros productores, llevando a cabo un seguimiento mensual de las exportaciones y también de las ventas de cítricos desde Sudáfrica a Europa, aplicando la cláusula de salvaguardia en caso de que estas exportaciones o ventas repercutan negativamente en la producción de nuestras regiones y poniendo en marcha medidas compensatorias para los productores si fueran necesarias.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritarė Europos Sąjungos bei jos valstybių narių ir Pietų Afrikos vystymosi bendrijos (PAVB) valstybių ekonominės partnerystės susitarimo sudarymo Europos Sąjungos vardu. PAVB sudaro 15 narių. Septynios iš jų pradėjo derybas su ES dėl EPS kaip PAVB EPS grupė – Angola, Botsvana, Lesotas, Mozambikas, Namibija, Svazilandas ir Pietų Afrika. Iš pradžių Pietų Afrika dalyvavo kaip stebėtoja ir atliko pagalbinį vaidmenį, tačiau 2007 m. oficialiai prisijungė prie derybų. ES ir PAVB EPS pagrindą sudaro Pietų Afrikos muitų sąjunga (PAMS) – seniausia muitų sąjunga pasaulyje. Mozambikas ir Angola, prisijungdami prie šios grupės, ketino išplėsti jau ir taip stiprius ekonominius ir prekybos ryšius su Pietų Afrikos muitų sąjunga. Kitos aštuonios PAVB valstybės narės (Kongo Demokratinė Respublika, Madagaskaras, Malavis, Mauricijus, Seišeliai, Tanzanija, Zambija ir Zimbabvė) dalyvauja kitų sudėčių regioniniuose EPS.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Cet accord de partenariat économique est asymétrique avec une franchise de douane pour les importations en provenance de ces pays. J'ai donc voté contre cet accord de libre-échange supplémentaire.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce projet de résolution porte sur l'approbation de l'accord de partenariat économique entre l'Union européenne et la Communauté de développement de l'Afrique australe. Pour rappel, les États membres de l'Union y exporte pour 33 milliards d'euros et importe 31 milliards d'euros de marchandises de cette zone.

Cet accord, négocié de façon volontairement asymétrique, garantit pour ces pays un accès en franchise de droits au marché de l'Union européenne mais leur laisse également la possibilité de protéger leurs secteurs stratégiques ainsi que leurs industries naissantes.

Je me suis opposé à cet accord qui ne protège pas notre filière betteravière des importations de sucre provenant du Mozambique. Déjà déstabilisée par la baisse du cours des matières premières, cette filière doit désormais affronter la multiplication des concessions tarifaires et la suppression des quotas d'importation accordées dans le cadre d'accords de libre-échange. J'ai donc voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – În 2000, când a fost încheiat Acordul de parteneriat de la Cotonou, a existat necesitatea unor schimbări fundamentale în preferințele comerciale nereciproce de lungă durată care reglementaseră relațiile economice și politice între grupul statelor din Africa, Caraibe și Pacific (ACP) și Uniunea Europeană timp de aproape 40 ani. Principalul motiv pentru acest lucru a fost faptul că impactul acestor preferințe unilaterale fusese dezamăgitor: în primul rând, ponderea comerțului ACP pe piața UE a fost în continuă scădere, iar cele mai multe țări nu au reușit să utilizeze aceste preferințe pentru a-și diversifica structurile economice.

Cu toate că acest acord comercial regional orientat spre dezvoltare cuprinde în prezent numai dispoziții referitoare la comerțul cu mărfuri, cooperarea pentru dezvoltare și comerț și dispoziții privind dezvoltarea sustenabilă, el face posibilă negocierea unor dispoziții suplimentare cu privire la servicii, investiții, proprietate intelectuală, achiziții publice și prevederi îmbunătățite privind dezvoltarea sustenabilă.

Am votat în favoarea acestui raport, considerând că este esențială promovarea comerțului și a dezvoltării între UE și statele părți la APE din SADC.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato contro la raccomandazione sul progetto di decisione del Consiglio relativa alla conclusione dell'accordo di partenariato economico tra l'Unione europea e i suoi Stati membri, da una parte, e gli Stati della SADC aderenti all'APE, dall'altra.

Nel 2000, l'Accordo di Cotonou, auspicava cambiamenti fondamentali nelle continue preferenze commerciali non reciproche che avevano disciplinato, per molti anni, le relazioni economiche e politiche tra il gruppo di Stati dell'Africa, dei Caraibi e del Pacifico (ACP) e l'Unione europea.

L'impatto di tali preferenze commerciali è stato insoddisfacente, risultando, in alcuni casi, anche non compatibile con le regole dell'OMC. L'Unione europea e i paesi ACP avevano concordato di negoziare accordi commerciali reciproci noti come accordi di partenariato economico (APE).

Questi accordi possono essere strumento di sviluppo e di crescita economica sostenibile, ma sostenere le economie degli Stati della SADC aderenti all'APE (Botswana, Lesotho, Mozambico, Namibia, Sudafrica e Swaziland) andrebbe a svantaggio dei Paesi mediterranei d'Europa, in modo particolare dell'agricoltura del Sud Italia che subirebbe un ennesimo colpo.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report. The EU signed an Economic Partnership Agreement (EPA) in June 2016 with the Southern African Development Community (SADC) Economic Partnership Agreements (EPA) group, which includes Botswana, Lesotho, Mozambique, Namibia, South Africa and Swaziland. EPAs, created in 2000, are trade agreements that were meant to safeguard African Caribbean and Pacific (ACP) countries' preferential access to EU markets. EPAs are changing this preferential access from non-reciprocal to reciprocal access, meaning that ACP countries are required to open their markets to EU imports and, furthermore, require liberalisation in other areas such as investment and services. This will have serious negative consequences for local populations in the SADC and the strong opposition from these states and civil society mean negotiations have lasted more than a decade.

James Carver (EFDD), *in writing*. – We abstained on this vote. Despite our abstention, we note with concern the EU tendency to bully poor countries in trade 'partnerships'. We hope that the EU will behave more fairly towards its trade partners in the future.

David Casa (PPE), *in writing*. – I gave my consent to this Economic and Partnership Agreement as it is the first agreement with Africa as a continent, rather than unilateral concessions. It was a long process but should be considered a success for the EU and could pave the way for other such agreements in the near future.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il 12 giugno 2002, il Consiglio ha autorizzato l'apertura di negoziati per l'EPA (accordo di partenariato) con i paesi della regione del SADC (paesi dell'Africa meridionale). Dal punto di vista commerciale, l'accordo offre un accesso asimmetrico al mercato UE e paesi SADC, in modo da permettere a questi ultimi di proteggere i propri settori sensibili dalla liberalizzazione. Ciò mette però a rischio alcune produzioni europee –in particolare quelle mediterranee- e, inoltre il metodo utilizzato dalla Commissione per concludere questo tipo di accordi non garantisce un processo democratico per i nostri partner africani e impone una non equa distribuzione di benessere e sviluppo economico tra i diversi stati della Regione, che hanno caratteristiche e tempi di crescita distinti. Ho quindi deciso di esprimere un voto negativo.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και πιστεύουμε πως η εν λόγω ΣΟΕΣ έχει τη δυνατότητα να αποφέρει θεμελιώδεις θετικές αλλαγές και να συμβάλει στη βιώσιμη οικονομική ανάπτυξη και την ενίσχυση του ενδοπεριφερειακού εμπορίου και της ολοκλήρωσης.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Rigetto strenuamente l'accordo di partenariato economico tra la Commissione e i paesi aderenti alla Comunità per lo sviluppo dell'Africa meridionale.

Pur non potendo negare come sia stato intrapreso un primo fondamentale passo verso il progresso delle relazioni commerciali con l'Africa subsahariana, ritengo che la valorizzazione dei prodotti locali per un rafforzamento della loro competitività rappresenti l'essenza della mia attività.

Non posso certo negare che la questione che mi lascia più perplesso riguarda l'apertura del nostro mercato alle loro arance: non farei il mio dovere se non tutelassi le nostre eccellenze. E poi non va bene sacrificare sempre i prodotti agroalimentari sull'altare del libero scambio e dell'esportazione di tecnologia.

Auspico che in futuro sia possibile raggiungere accordi vantaggiosi per entrambe le parti e cogliere così l'occasione per promuovere l'integrazione progressiva degli stati africani nell'economia mondiale, contribuendo anche a sradicare la povertà.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the vote on the Economic Partnership Agreement between the EU and the SADC EPA States and noted no objections.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – We abstained on this vote. Despite our abstention, we note with concern the EU tendency to bully poor countries in trade 'partnerships'. We hope that the EU will behave more fairly towards its trade partners in the future.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'accordo commerciale sottoscritto tra l'Unione europea e la comunità di sviluppo dell'Africa australe. Gli obiettivi dell'accordo mirano a contribuire alla riduzione della povertà, alla promozione dell'integrazione regionale e dell'integrazione graduale dei paesi africani nell'economia globale.

L'adozione di tale accordo economico rappresenta un grande passo per le relazioni commerciali con l'Africa perché per la prima volta non si basa su un rapporto di concessioni unilaterali, ma su un vero e proprio accordo su base regionale, destinato a coinvolgere anche altri paesi in futuro.

Inoltre, benché tale accordo regionale sia prevalentemente orientato allo sviluppo delle relazioni commerciali in termini di scambi di merci e cooperazione allo sviluppo sostenibile, esso lascia anche spazio ad un negoziato per ulteriori disposizioni relative a servizi, investimenti e proprietà intellettuale. L'accordo commerciale rappresenta pertanto una parte di una più ampia strategia che gli stati SADC sono chiamati ad attuare mediante politiche nazionali che agevolino gli scambi, lo sviluppo e le riforme strutturali.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I agree to commit parties to facilitate regional trade by boosting customs cooperation and by implementing reforms, in particular by simplifying procedures and regulations in the SADC region, facilitating transit and fighting fraud. I believe that this EPA has the potential to bring fundamental positive change and contribute to sustainable economic growth and deepened intra-regional trade and integration. Moreover the trade and partnership agreement can only be a small part of a larger strategy. The SADC states should conduct trade and development-friendly domestic policies and pursue structural reforms.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este Acuerdo de Asociación Económica UE-Estados del AAE de la SADC porque se trata de un acuerdo que irá en contra de los intereses de las clases populares: está hecho a medida de las grandes empresas occidentales, que son las que se lucran de las exportaciones y de las importaciones a estos Estados (petróleo importado de Angola, diamantes importados de Botsuana, carbón, piedras preciosas, metales y pescado importado de Namibia, azúcar de Suazilandia…).

Según los propios datos de la Unión, en 2013 importó 31 000 millones y exportó 33 000 a estos países. Balance positivo en 2 000 millones, al que hay que sumar el lucro de las grandes empresas que se abastecen de materia prima barata, con costes de producción extremadamente bajos a cuenta de salarios de miseria. Vemos así que no se contribuye al desarrollo, sino al saqueo.

Y, como siempre, este acuerdo perjudicará gravemente a la pequeña y mediana agricultura, tanto en la Unión, sobre todo en los pueblos del sur de Europa en el vino y las frutas, como en los países del SADC.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La conclusione dell'Accordo di partenariato economico tra l'Unione europea, i suoi Stati membri e gli Stati della Comunità per lo sviluppo dell'Africa australe (SADC) aderenti all'APE segna un importante passo in avanti nelle relazioni commerciali e nella cooperazione allo sviluppo con l'Africa. Infatti, nonostante i dati relativamente positivi sulla crescita africana, povertà, diseguaglianze e instabilità affliggono ancora il continente africano e risentono delle relazioni commerciali internazionali a sfavore delle economie locali.

L'Accordo di partenariato economico introduce un capitolo dedicato all'integrazione regionale e alla salvaguardia dello scambio e dello sviluppo sostenibili negli Stati SADC. Ad esempio, l'UE si è dimostrata flessibile, permettendo agli Stati SADC aderenti all'APE di mantenere i dazi all'esportazione esistenti, di applicare nuove tasse di esportazione nel caso di specifiche esigenze di gettito, e di escludere dalla liberalizzazione i prodotti sensibili, per promuovere le industrie nascenti e per proteggere l'ambiente. Per tale motivo, ho votato a favore di questa risoluzione.

Inoltre, il mio voto a favore intende mantenere alta l'attenzione sul monitoraggio del rischio fitosanitario derivante dalla fitopatia CBS presente nell'agrumicoltura dei Paesi SADC, finora tenuto sotto controllo tramite una sorveglianza rafforzata sui cargo di arance provenienti dalla regione africana.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A gazdasági partnerségi megállapodások (GMP) képezik az afrikai, karibi és csendes-óceáni államok és az EU közötti kereskedelmi és fejlesztési megállapodások rendszerét. Ennek célja, hogy támogassa az ÁKCS-országok regionális és világszintű kereskedelmi integrációját. A GMP egy újabb jelentős lépés a regionális integráció mélyítése felé abban az esetben, ha az ellenőrzés hatékonysága megfelelő és a szükséges nyomonkövetési intézkedések megszületnek. Továbbá elengedhetetlen a civil társadalom partnerként való bevonása a gazdasági folyamatokba, melyet a rendelkezésre álló források megfelelő elosztása is elősegíthet. Különösen fontos lesz a GMP keretében a fenntartható tisztességes kereskedelemhez nyújtott hozzájárulás ellenőrzése.

Szavazatommal támogattam, hogy a parlament adja egyetértését az egyrészről az Európai Unió és tagállamai, másrészről a Dél-afrikai Fejlesztési Közösségnek a gazdasági partnerségi megállapodáshoz csatlakozó országai (a SADC GPM országok) közötti gazdasági partnerségi megállapodásnak az Európai Unió nevében történő megkötéséről szóló tanácsi határozat tervezetéhez.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – W pełni popieram umowę o partnerstwie gospodarczym między UE a państwami Południowoafrykańskiej Wspólnoty Rozwoju (SADC) objętymi umową o partnerstwie gospodarczym. Umowa ta w obecnym jej kształcie dotyczy handlu towarami, współpracy na rzecz rozwoju oraz postanowień o handlu i zrównoważonym rozwoju. Jednym z powodów, dla których zagłosowałem za, jest to, że umowa ta, nie musi zakończyć się tylko na wymienionych postanowieniach, daje ona możliwość negocjowania przyszłych postanowień dotyczących usług, inwestycji, własności intelektualnej, zamówień publicznych.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The deepening of Europe's partnership with the SADC EPA states is important, as it improves regional integration and assists the region to integrate into the global market. This agreement also includes novel features such as geographical indications. I am in favour of duty-free and quote-free access for Botswana, Lesotho, Mozambique, Namibia and Swaziland while also offering South Africa the opportunity of new market access. However, I strongly believe that civil society should be involved in the monitoring and scrutiny of such agreements.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I welcome the final, long overdue, agreement on this economic partnership with Southern African Development Community Countries, many of which are long-standing friends and allies of the UK. It's vital for their current and future prosperity that they continue to have full access to the EU market.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – L'accordo di partenariato Unione europea – Paesi della Comunità per lo sviluppo dell'africa meridionale (SADC), assieme agli accordi con la regione dell'Africa occidentale e dell'Africa australe sui quali dovrà pronunciarsi il Parlamento europeo prossimamente, rappresentano un segnale importante dell'interesse rinnovato dell'Unione europea verso il continente africano.

Le relazioni commerciali con queste macro-regioni sono ancora più significative in un momento in cui una delle maggiori sfide per gli Stati membri europei è rappresentata proprio dall'aumento considerevole dei flussi migratori da questo continente. In quest'ottica, nonostante si tratti di un accordo che prevede un'apertura asimmetrica dei due mercati, a favore dei paesi SADC, la sua struttura alimenta alcune perplessità in materia di diritti umani e sviluppo sostenibile.

In particolare, valuto negativamente la mancata introduzione di un meccanismo di monitoraggio in grado di assicurare e verificare l'effettivo rispetto delle clausole contenute nell'accordo proprio in materia di diritti umani; strumento che avrebbe garantito inoltre una maggiore coerenza tra politica commerciale e politica di cooperazione allo sviluppo europee.

Per queste perplessità, mi sono astenuto in relazione alla decisione del Parlamento di dare il suo parere conforme alla conclusione dell'accordo di partenariato economico tra l'Unione europea e gli Stati della SADC aderenti.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport présente la recommandation du Parlement européen concernant l'accord de partenariat économique conclu entre la Commission européenne et les États de la Communauté de développement de l'Afrique australe (CDAA) comprenant le Botswana, le Lesotho, le Mozambique, la Namibie, l'Afrique du Sud et le Swaziland.

L'accord a pour objectifs de contribuer à l'éradication de la pauvreté par un partenariat commercial, d'encourager l'intégration progressive des États de l'APE CDAA dans l'économie mondiale et de soutenir des conditions propices à l'accroissement des investissements.

Le rapport du Parlement européen considère que le nouvel accord est pleinement compatible avec les dispositions de l'Union douanière d'Afrique australe et ne créera pas de distorsions internes dans ces échanges.

Considérant que l'accord de partenariat économique est un outil primordial permettant de soutenir le développement économique des partenaires de l'Union et de favoriser des conditions propices à la croissance, à l'innovation et l'emploi, j'ai soutenu ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – We abstained on this vote. Despite our abstention, we note with concern the EU tendency to bully poor countries in trade 'partnerships'. We hope that the EU will behave more fairly towards its trade partners in the future.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Par ce vote, nous avons approuvé la conclusion d'un accord de partenariat économique (APE) entre l'Union européenne et ses États membres, d'une part, et les États de l'APE CDAA, d'autre part, c'est-à-dire le Botswana, le Lesotho, le Mozambique, la Namibie, le Swaziland et l'Afrique du Sud. Un tel accord permettra un renforcement de nos relations commerciales en vue de favoriser le développement et la croissance des deux parties.

Il me paraissait alors particulièrement important que l'accord contienne un protocole sur les indications géographiques afin que l'Union européenne puisse protéger ses dénominations, notamment pour le commerce des vins et boissons spiritueuses.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – Je me suis abstenu dans le cadre de ce rapport car, si je suis bien évidemment favorable à un meilleur accès des pays de l'APE CDAA au marché de l'Union de nature à leur fournir des débouchés et œuvrer à leur développement et leur croissance, je me méfie des effets collatéraux de nature à déstabiliser les petits producteurs au sein de l'Union qui verraient leur produits concurrencés localement.

Je me soucie également de la nature du développement souhaité pour les pays de l'APE CDAA. Ce type d'accord débouche souvent sur une spécialisation de l'agriculture, avec des monocultures sensibles à la volatilité des marchés et aux accidents climatiques.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – L'accord UE-SADEC constitue le premier accord de partenariat économique signé entre l'Union européenne et un groupe de pays des ACP, le Botswana, le Lesotho, le Swaziland, la Namibie, l'Afrique du Sud et le Mozambique.

Les accords de partenariats économiques (APE), destinés à remplacer les précédents accords de préférences commerciales arrivés à échéance en 2007, sont plus ambitieux que les accords commerciaux classiques. Conformément aux termes de l'accord, les six États, tous membres de la Communauté de développement d'Afrique australe (SADC), profiteront d'une «discrimination positive» , c'est-à-dire d'un accès hors taxe et sans quota immédiat au marché unique européen pour leurs exportations.

Des mesures de protection ont été ajoutées à la demande du Parlement européen pour garantir que cette coopération bénéficiera vraiment aux Africains. Cet accord contient une clause de rendez-vous prévoyant la révision obligatoire de tout APE après 5 ans et sa modification éventuelle.

Cela devra permettre d'évaluer l'impact de la suppression des droits de douane, pays par pays, en mesurant aussi l'impact des progrès réalisés et, si besoin, de procéder à des ajustements et des améliorations, dans un esprit de confiance réciproque.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce texte porte sur le projet de décision du Conseil relative à la conclusion, au nom de l'Union européenne, de l'accord de partenariat économique entre l'Union européenne et ses États membres, d'une part, et les États de l'APE CDAA, d'autre part.

L'UE importe 31 milliards de marchandises de cette zone et en exporte 33 milliards. Les pays de la zone libéraliseront 86 % de leurs échanges avec l'UE, mais les secteurs sensibles (pêche, agriculture) et les industries naissantes restent protégés.

Cet accord de partenariat économique est asymétrique avec des franchises de douane pour les importations en provenance de ces pays. J'ai donc voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада на колегата Ламбсдорф, тъй като смятам, че сключването на споразумение за икономическо партньорство между Европейския съюз и държавите от Южноафриканската общност за развитие. Асиметричният характер на споразумението създава „позитивна дискриминация“ за партньорите от ЮАОР, като им осигурява безмитен достъп до пазара на ЕС, а в същото време реципрочно премахване на пречките пред „цялата търговия“ и гарантира съвместимост със СТО, насърчава регионалната интеграция, икономическото сътрудничество и доброто управление.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Στους όρους της αναπτυξιακής συνεργασίας που πρόκειται να συναφθεί με τα κράτη ΣΟΕΣ της ΚΑΜΑ προβλέπεται και χρηματοδοτική στήριξη εκ μέρους της ΕΕ.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A gazdasági partnerségi megállapodások képezik (GMP) az afrikai, karibi és csendes-óceáni államok és az EU közötti kereskedelmi és fejlesztési megállapodások rendszerét. Ennek célja, hogy támogassa az ÁKCS országok regionális, és világszintű és kereskedelmi integrációját. A GMP egy újabb jelentős lépés a regionális integráció mélyítése felé abban az esetben, ha az ellenőrzés hatékonysága megfelelő és a szükséges nyomonkövetési intézkedések megszületnek. Továbbá elengedhetetlenül szükséges a civil társadalom partnerként való bevonása is a gazdasági folyamatokba, melyet a rendelkezésre álló források megfelelő elosztása is elősegíthet. Különösen fontos lesz a GMP keretében a fenntartható tisztességes kereskedelemhez nyújtott hozzájárulás ellenőrzése.

Ezekre tekintettel szavazatommal támogattam, hogy az Európai Parlament adja egyetértését az egyrészről az Európai Unió és tagállamai, másrészről a Dél-afrikai Fejlesztési Közösségnek a gazdasági partnerségi megállapodáshoz csatlakozó országai (a SADC GPM országok) közötti gazdasági partnerségi megállapodásnak az Európai Unió nevében történő megkötéséről szóló tanácsi határozat tervezetéhez.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – Manifiesto mi rechazo a la ratificación de este Acuerdo, no porque me oponga a sus objetivos loables de ayudar al desarrollo económico de África del Sur, sino porque su tramitación ha adolecido de ciertos elementos que considero imprescindibles para tomar una decisión acertada.

En concreto, no se ha realizado un estudio de impacto sobre las consecuencias que tendría el acuerdo en el mercado comunitario, en el caso específico de la ampliación un mes y medio más, hasta el 30 de noviembre de cada año, del periodo de exportación de naranjas surafricanas libres de aranceles. Dicha ampliación coincide con el inicio de la campaña de comercialización del sur de la Unión.

El sector citrícola europeo acumula ya varios años de dificultades tratando de garantizar la rentabilidad de sus productores. La nueva concesión a las exportaciones de naranjas surafricanas se une además al malestar del sector por la pasividad de la Comisión Europea a la hora de hacer frente a la amenaza que supone la enfermedad de la «mancha negra» que afecta a los cítricos de ese país. La Comisión no sólo no está atendiendo a esa preocupación, sino que además, ha relajado recientemente los controles sobre el terreno.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O Acordo de Parceria Económica entre a UE e seis países da Comunidade de Desenvolvimento da África Austral (SADC), entre os quais Moçambique, prevê medidas de abertura progressiva do mercado, permitindo que estes países liberalizem 86 % das suas trocas comerciais com a UE (74 % no caso de Moçambique) ao longo de um período de dez anos, excluindo os produtos agrícolas e de pesca sensíveis.

Este acordo comercial regional só abrange atualmente o comércio de mercadorias, a cooperação para o desenvolvimento e disposições em matéria de comércio e desenvolvimento sustentável. Deixa, no entanto, a porta aberta para a negociação de novas disposições sobre serviços, investimentos, direitos de propriedade intelectual, contratos públicos e disposições reforçadas em matéria de desenvolvimento sustentável.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: cet accord de partenariat économique est asymétrique, avec une franchise de douane pour les importations en provenance de ces pays.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Estamos perante o culminar – para os países da África Austral – de um longo processo de chantagem. Um processo em que a União Europeia tudo fez para impor aos Estados da região, contra a sua vontade e apesar das suas resistências, acordos de livre comércio, a que deu o nome de «Acordos de Parceria Económica» (APE).

Uma opção da UE que evidencia o seu intuito neocolonizador e que se escuda numa suposta (falsa) obrigação decorrente do Acordo de Cotonu.

O objetivo dos APE foi ir além do que se conseguiu na OMC em matéria de liberalização e desregulação do comércio. Para o efeito, reuniu-se todo um arsenal de pressão, que incluiu mesmo a instrumentalização do Fundo Europeu de Desenvolvimento, para além da chantagem pura e dura. Assinala-se que alguns países resistiram à chantagem (caso de Angola).

Tudo para servir os interesse dos grandes grupos económicos e financeiros europeus: abertura dos mercados, vender mercadorias e serviços, explorar matérias-primas e impor um modelo de produção dirigido à exportação, ajudando a nivelar por baixo salários, direitos e condições de vida dos trabalhadores.

Obviamente votámos contra.

Este não é um voto contra o «comércio», mas sim um voto por uma outra política, que promova uma efetiva independência, soberania, cooperação, solidariedade, desenvolvimento e justiça social.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Dohoda o hospodárskom partnerstve medzi Európskou úniou a štátmi SADC-DHP bola podpísaná 10. júna v Botswane a jej hlavným prínosom je vznik bezcolného, bezkvótového prístupu na trh Európskej únie pre Botswanu, Lesotho, Mozambik, Namíbiu a Svazijsko. Všetky príslušné opatrenia by mali pomôcť pri vytvorení trvalo udržateľného rozvoja v predmetných afrických krajinách. Je však veľmi dôležité, aby sa do tohto procesu zapojila aj občianska spoločnosť, ktorá bude strážiť dodržiavanie ľudských práv a pracovných noriem v partnerských krajinách. Európska komisia bude musieť preto poskytnúť jasné záruky v oblasti dodržiavania ľudských práv a slobôd.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario: ancora una volta i nostri produttori vengono penalizzati.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τη σύσταση καθώς στους όρους της αναπτυξιακής συνεργασίας που πρόκειται να συναφθεί με τα κράτη ΣΟΕΣ της ΚΑΜΑ προβλέπεται και χρηματοδοτική στήριξη εκ μέρους της ΕΕ.

Eugen Freund (S&D), *schriftlich*. – Heute hat die SPÖ-Delegation gegen das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit den Mitgliedstaaten der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC-WPA-Staaten) gestimmt. Das eigentliche Ziel solcher Abkommen sollte sein, den afrikanischen Ländern einen begünstigten Zugang zum europäischen Markt zu gewähren. Im Vordergrund stehen bei diesem Abkommen allerdings nicht die Unterstützung und Entwicklungsmöglichkeiten der afrikanischen Länder, sondern die sehr liberale Wirtschaftsagenda und diverse Partikularinteressen. Für uns entspricht SADC nicht unseren sozialdemokratischen Zielen in den Bereichen Entwicklung, Klimawandel und Migration.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I would like to welcome the SADC EPA which will provide duty-free, quota-free access to the EU market for Botswana, Lesotho, Mozambique, Namibia and Swaziland, and will offer South Africa new market access in addition to what it already enjoys. I welcome the fact that the agreement contains a relatively comprehensive sustainable development chapter.

I would like to highlight the importance of involving civil society in the monitoring and scrutiny of such agreements, to ensure that fundamental human rights and labour standards are being upheld in partner countries. It is essential to understand the best way to protect and monitor fundamental principles in the Economic Partnership Agreement and implement the sustainable development chapter effectively.

I therefore support the call for a strong commitment from the Commission for the inclusion of civil society in monitoring implementation of the agreement.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A gazdasági partnerségi megállapodások (GMP) képezik az afrikai, karibi és csendes-óceáni államok és az EU közötti kereskedelmi és fejlesztési megállapodások rendszerét. Ennek célja, hogy támogassa az ÁKCS-országok regionális, és világszintű és kereskedelmi integrációját. A GMP egy újabb jelentős lépés a regionális integráció mélyítése felé, abban az esetben, ha az ellenőrzés hatékonysága megfelelő és a szükséges nyomonkövetési intézkedések megszületnek. Továbbá elengedhetetlenül szükséges a civil társadalom partnerként való bevonása is a gazdasági folyamatokba, melyet a rendelkezésre álló források megfelelő elosztása is elősegíthet. Különösen fontos lesz a GMP keretében a fenntartható tisztességes kereskedelemhez nyújtott hozzájárulás ellenőrzése.

Ezekre tekintettel szavazatommal támogattam, hogy az Európai parlament adja egyetértését az egyrészről az Európai Unió és tagállamai, másrészről a Dél-afrikai Fejlesztési Közösségnek a gazdasági partnerségi megállapodáshoz csatlakozó országai (a SADC GPM országok) közötti gazdasági partnerségi megállapodásnak az Európai Unió nevében történő megkötéséről szóló tanácsi határozat tervezetéhez.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Szavazatommal támogattam Az Unió és a Dél-afrikai Fejlesztési Közösség (SADC) közötti gazdasági partnerségi megállapodás megkötéséről szóló tanácsi határozatot. A megállapodás központjában a Dél-Afrikai Vámunió (SACU) áll, amely a világ legrégebbi ilyen típusú együttműködési rendszere. A gazdasági partnerségi megállapodás (GPM) a kereskedelem és a fejlesztések elősegítését hivatott előteremteni a SADC tagországaiban, mivel az Unió engedélyezte, hogy az SADC–GPM-országok mentesüljenek a meglévő kiviteli vámok alól, és hogy új exportadókat vessenek ki kivételes körülmények között, egyedi bevételi igények esetén, a fiatal iparágak elősegítése vagy környezetvédelmi célokból.

Ez a gazdasági partnerségi megállapodás alapvető pozitív változásokat hozhat, és hozzájárulhat a fenntartható gazdasági fejlődéshez, valamint a mélyített régión belüli kereskedelemhez és integrációhoz. Azonban a SADC-államoknak kereskedelem- és fejlesztésbarát belpolitikát kell folytatniuk, és törekedniük kell a strukturális reformokra, az Uniónak pedig támogatást kell nyújtania a kapacitásépítés és a kereskedelem terén.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado en contra del Acuerdo teniendo presente que, aunque es vital continuar apoyando a los países en desarrollo para que consigan un nivel de desarrollo económico que les permita reducir la pobreza y las desigualdades sociales, del mismo modo es importante proteger a los productores europeos. El comercio puede y ha de jugar un papel importante para lograr estos importantes objetivos, pero siempre manteniendo el equilibrio entre la ayuda a los países en desarrollo y la protección de los productores de la UE.

Elisabetta Gardini (PPE), *in writing*. – I voted to support this recommendation report by Mr Lambsdorff. This agreement, which is a trade and development partnership between the African, Caribbean and Pacific (ACP) States and the European Union, aims to support trade, regional integration and to foster sustainable development. These are very important issues and it is something that we should support, but it is also important that the report underlines that domestic development policies and structural reforms are needed in these countries and that this agreement will not do anything in a vacuum. For this reason, I also supported the call from my colleagues that it is important that we strengthen the monitoring process to this agreement.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – La votazione sull'accordo di partenariato economico tra l'UE e i paesi della Comunità per lo sviluppo dell'Africa australe (SADC) ha richiesto una riflessione molto attenta circa la valutazione dei reali benefici e mutui vantaggi tra le parti.

L'accordo consentirà a Botswana, Lesotho, Mozambico, Namibia e Swaziland di avere libero accesso al mercato europeo grazie all'eliminazione di quote e dazi doganali, mentre il Sudafrica, già partner bilaterale dell'UE, vedrà facilitata la libertà d'accesso delle sue merci e dei prodotti agricoli.

Dopo la vicenda dell'olio tunisino, assistiamo all'ennesimo duro colpo alle nostre aziende agricole e in particolare ai piccoli produttori di agrumi dell'Europa Mediterranea, già sottoposti alla concorrenza sleale di paesi come il Marocco e che ora dovranno subire l'invasione sul mercato europeo di tonnellate di arance a basso costo e senza adeguati controlli fitosanitari.

Il mio voto negativo al testo è quindi anche un no convinto alla politica di svendita della nostra agricoltura senza peraltro adeguate valutazione d'impatto. Rispetto ai beni provenienti dall'UE e destinati al Sudafrica, ritengo che un buon accordo avrebbe potuto tenere in conto, oltre ai vini e prodotti alimentari, anche del nostro olio d'oliva a denominazione protetta di cui invece nel testo non vi è menzione.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Als Koordinator meiner EKR-Fraktion für die EU-AKP-Delegation habe ich für das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und den SADC-WPA-Staaten gestimmt. Mitglieder der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) sind Botsuana, Lesotho, Mosambik, Namibia, Südafrika und Swasiland. Das Abkommen selbst war jetzt seit mehr als 15 Jahren unterschriftsreif, der heute beschlossene Schritt längst überfällig. Das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen kann und muss Maßstäbe einer neuen, echten Kooperation mit Afrika auf Augenhöhe setzen.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del acuerdo económico entre la Unión y los países del sur de África. El instrumento ofrece pocas ventajas reales para los países africanos, ya que sustituye la lógica de no-reciprocidad existente hasta ahora en los EPA, por una de reciprocidad. Es decir, obliga a los países menos desarrollados a abrir sus mercados a los productos europeos y aumentar así aún más la competencia, lo cual tiene repercusiones graves en algunos sectores como el agrícola. Además, se ha ejercido una presión lamentable sobre los países africanos para acelerar la firma del acuerdo.

Esteban González Pons (PPE), *por escrito*. – Manifiesto mi rechazo a la ratificación de este Acuerdo, no porque me oponga a sus objetivos loables de ayudar al desarrollo económico de África del sur, sino porque su tramitación ha adolecido de ciertos elementos que considero imprescindibles para tomar una decisión acertada.

En concreto, no se ha realizado un estudio de impacto sobre las consecuencias que tendría el Acuerdo en el mercado comunitario en el caso específico de la ampliación un mes y medio más, hasta el 30 de noviembre de cada año, del periodo de exportación de naranjas surafricanas libres de aranceles. Dicha ampliación coincide con el inicio de la campaña de comercialización en el sur de la Unión Europea.

El sector citrícola europeo acumula ya varios años de dificultades tratando de garantizar la rentabilidad de sus productores. La nueva concesión a las exportaciones de naranjas surafricanas se une además al malestar del sector por la pasividad de la Comisión Europea a la hora de hacer frente a la amenaza que supone la enfermedad de la mancha negra, que afecta a los cítricos de ese país. La Comisión no solo no está atendiendo a esa preocupación, sino que además ha relajado recientemente los controles sobre el terreno.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Głosowałam za zaleceniem w sprawie projektu decyzji Rady w sprawie zawarcia Umowy o partnerstwie gospodarczym między Unią Europejską i jej państwami członkowskimi, z jednej strony, a państwami Południowoafrykańskiej Wspólnoty Rozwoju (SADC) objętymi umową o partnerstwie gospodarczym, z drugiej strony.

Umowy o partnerstwie gospodarczym (UPG), dotyczące handlu i rozwoju między państwami Afryki, Karaibów i Pacyfiku (AKP) a Unią Europejską, co do zasady mają na celu wspieranie handlu, integracji regionalnej i stopniowego włączania państw AKP do gospodarki światowej, a także sprzyjanie ich zrównoważonemu rozwojowi. Umowa z państwami SADC może stać się ważnym krokiem w kierunku dalszej integracji regionalnej, o ile podjęte zostaną kolejne działania w zakresie promowania zdolności technicznej, na przykład w odniesieniu do reguł pochodzenia i ułatwień w handlu.

W mojej ocenie umowa ta może przynieść korzystne zmiany i przyczynić się do zrównoważonego wzrostu gospodarczego oraz rozwoju handlu wewnątrzregionalnego i pogłębienia wewnątrzregionalnej integracji.

Jytte Guteland, Anna Hedh, Olle Ludvigsson, Jens Nilsson och Marita Ulvskog (S&D), *skriftlig*. – Vi svenska socialdemokrater välkomnar att det uttalade målet med det ekonomiska partnerskapsavtalet mellan EU och de avtalsslutande SADC-staterna (”EPA SADC”) är att bidra till hållbar utveckling och långsiktig fattigdomsbekämpning. Att EPA SADC är ett asymmetriskt avtal som ska ta hänsyn till de avtalsslutande parternas olika förutsättningar och ge dem möjlighet att skydda känsliga sektorer är av största vikt för oss, tillsammans med hänvisningen till Cotonou-avtalets grundläggande principer om mänskliga rättigheter. Vi kan se att EPA SADC därmed har möjlighet att på sikt bidra positivt till ländernas sociala och ekonomiska utveckling, varför vi valde att stödja avtalet.

Vi vill dock understryka att avskaffandet av tullar per automatik inte är en garanti för positiv utveckling. För att avtalets tänkta fördelar ska kunna komma befolkningen till del och bidra till att främja regional integration krävs ordentlig uppföljning av såväl implementeringen av avtalet som dess mer långsiktiga konsekvenser i regionen. Därför är det avgörande att få på plats instrument och rutiner som kan garantera att ordentlig uppföljning genomförs i de avtalsslutande länderna. Europeiska kommissionen måste nu hålla sitt löfte om att efterlevnaden av hållbarhetskapitlet och respekten för de mänskliga rättigheterna noggrant kommer att utvärderas samt att civilsamhället kommer att spela en ytterst aktiv roll i denna uppföljningsprocess.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Καταψηφίσαμε την έκθεση αφού η υπό εξέταση συμφωνία περιέχει διάφορες προβληματικές διατάξεις οι οποίες υποσκάπτουν την ανάπτυξη των αφρικανικών χωρών, όπως ο δυσανάλογος ανταγωνισμός για τον γεωργικό τομέα, μειωμένα πραγματικά οφέλη από την πρόσβασή τους στην ευρωπαϊκή αγορά, καθώς και απώλεια φορολογικών εσόδων.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I support the Economic Partnership Agreement between the European Union and the SADC EPA. I agree that this agreement has the potential to bring positive change and to contribute to sustainable economic growth and deepened intra-regional trade between the European Union and the Southern African Developing Countries. On top of this there should be the establishment of a sustainable development dialogue and relevant participative processes for monitoring. I support that while enhancing the development prospects of the region, we are laying the foundation for an economic partnership that is lasting and mutually beneficial. This trade agreement creates new opportunities for the economic development of African partner countries and also offers European businesses new opportunities.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the Economic Partnership Agreement because it marks an important step in the establishment of a trading relationship between the EU and the African continent as a whole. The EPA will be instrumental in tackling poverty in the region, supporting regional integration and permitting the integration of the SADC EPA states into the global economy.

Esther Herranz García (PPE), *por escrito*. – Manifiesto mi rechazo a la ratificación de este Acuerdo, no porque me oponga a sus objetivos loables de ayudar al desarrollo económico de África del sur, sino porque su tramitación ha adolecido de ciertos elementos que considero imprescindibles para tomar una decisión acertada.

En concreto no se ha realizado un estudio de impacto sobre las consecuencias que tendría el Acuerdo en el mercado comunitario en el caso específico de la ampliación un mes y medio más, hasta el 30 de noviembre de cada año, del periodo de exportación de naranjas surafricanas libres de aranceles. Dicha ampliación coincide con el inicio de la campaña de comercialización en el sur de la Unión Europea.

El sector citrícola europeo acumula ya varios años de dificultades tratando de garantizar la rentabilidad de sus productores. La nueva concesión a las exportaciones de naranjas surafricanas se une además al malestar del sector por la pasividad de la Comisión Europea a la hora de hacer frente a la amenaza que supone la enfermedad de la mancha negra, que afecta a los cítricos de ese país. La Comisión no solo no está atendiendo a esa preocupación, sino que además ha relajado recientemente los controles sobre el terreno.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – We abstained on this vote. Despite our abstention, we note with concern the EU tendency to bully poor countries in trade 'partnerships'. We hope that the EU will behave more fairly towards its trade partners in the future.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui acord dintre UE și statele părți la APE din SADC, care oferă acces fără taxe și fără contingente pe piața UE pentru Botswana, Lesotho, Mozambic, Namibia și Swaziland. Acest acord oferă Africii de Sud o oportunitate în plus la un nou acces pe piață. Prin acest acord se asigură că drepturile fundamentale ale omului și standardele de muncă sunt respectate.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Preporuku o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju, u ime Europske unije, Sporazuma o gospodarskom partnerstvu između Europske unije i njezinih država članica, s jedne strane, i država SADC SGP-a, s druge strane, jer on zasigurno ima potencijal donijeti korjenite pozitivne promjene, doprinijeti održivom gospodarskom rastu i produbiti međuregionalnu trgovinu i integraciju.

Sedam zemalja SADC-a (Sporazuma o gospodarskom partnerstvu između EU-a i Južnoafričke razvojne zajednice) započelo je pregovore o Sporazumu o gospodarskom partnerstvu: Angola, Bocvana, Lesoto, Mozambik, Namibija, Svazi i Južna Afrika i upravo te države trebaju usmjeriti domaću politiku prema trgovini i razvoju i provoditi strukturne reforme.

Iako ovaj Sporazum sadrži mnoge razvojne mjere, također sadrži i zaštitne mjere koje spomenutim zemljama partnerima omogućuju da zaštite osjetljive sektore od europskih konkurenata, kao što su domaća industrija, poljoprivredna tržišta i sigurnost opskrbe hranom.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Cet accord de partenariat économique est asymétrique, avec une franchise de douane pour les importations en provenance de ces pays. L'un des points principaux est le «sucre blanc» produit dans cette zone qui concurrence déjà fortement la production européenne, le Mozambique étant un important producteur, très compétitif, et dont les exportations vers l'UE augmentent fortement.

J'ai donc voté contre cet accord de libre-échange supplémentaire.

Diane James (EFDD), *in writing*. – We abstained on this vote. Despite our abstention, we note with concern the EU tendency to bully poor countries in trade 'partnerships'. We hope that the EU will behave more fairly towards its trade partners in the future.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution to open the EU market to SADC countries, which include South Africa, Namibia, Botswana, Lesotho, Swaziland and Mozambique. This agreement will bring about sustainable development and regional integration in this region whilst allowing the EU to obtain wider access to the Southern African Customs Union. I believe this arrangement is a stepping stone to a lasting and mutually beneficial economic partnership.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Alexander Graf Lambsdorff sur l'accord de partenariat économique entre l'Union et les États africains membres de l'APE CDAA. Il s'agit du premier réel accord régional entre l'Afrique et l'Union européenne et il consacre une étape importante dans les futures relations commerciales entre les deux régions. Un programme que je considère complet dans la mesure où celui-ci prévoit un soutien à l'investissement, une amélioration de la capacité des États en matière de politique commerciale et la promotion de l'intégration régionale.

Malgré les difficultés que rencontre cette région, je pense qu'il est important de mener des actions concrètes tournées vers l'avenir.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Karin Kadenbach (S&D), *schriftlich*. – Heute hat die SPÖ-EU-Delegation gegen das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit den Mitgliedstaaten der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC-WPA-Gruppe) gestimmt. Das eigentliche Ziel solcher Abkommen sollte sein, den afrikanischen Ländern einen begünstigten Zugang zum europäischen Markt zu gewähren. Im Vordergrund stehen bei diesem Abkommen allerdings nicht die Unterstützung und Entwicklungshilfe der afrikanischen Länder, sondern die sehr liberale Wirtschaftsagenda und die Eigeninteressen der Europäischen Kommission. Für uns entspricht SADC nicht unseren sozialdemokratischen Zielen in den Bereichen Entwicklung, Klimawandel und Migration.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Η επικύρωση της συμφωνίας της ΕΕ και των κρατών μελών της με τα κράτη ΣΟΕΣ της ΚΑΜΑ αντανακλά την εμβάθυνση των σχέσεων μεταξύ ΕΕ και Αφρικής και επιβεβαιώνει την προσήλωση της Ένωσης στον στόχο της δημιουργίας ενός περιβάλλοντος βιώσιμης ανάπτυξης για την Αφρικανική ήπειρο με χαρακτηριστικά ανοιχτών οικονομιών.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht enthält zwar einige vertretbare Ansätze, allerdings stellt er keine Verknüpfung zwischen wirtschaftlichem Entgegenkommen der EU und Rücknahme von Migranten durch die betroffenen Staaten dar. Darüber hinaus ist anzumerken, dass die Zusammenfassung wirtschaftlich extrem unterschiedlicher Staaten zu erheblichen Konflikten zwischen Zielen und Interessen dieser Staaten führen kann. Aus diesen Gründen stimme ich gegen den vorliegenden Bericht.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Dne 14. září 2016 jsme na plenárním zasedání Evropského parlamentu ve Štrasburku hlasovali o návrhu rozhodnutí Rady o uzavření Dohody o hospodářském partnerství mezi Evropskou unií a jejími členskými státy na jedné straně a státy SADC EPA na straně druhé (Botswana, Lesotho, Mozambik, Namibie, Jižní Afrika, Swaziland) jménem Evropské unie. Osobně nejsem velkým příznivcem těchto dohod o hospodářském partnerství, jejichž existence se datuje až k Dohodě z Cotonou z roku 2000. Současná dohoda o hospodářském partnerství obsahuje různá velmi problematická ustanovení, která rozhodně nepomůžou rozvoji afrických zemí, zejména co se týče sektoru zemědělství. Podmínky dohody povedou v těchto zemích ke ztrátě na výběru daní. Proces dokončení dohody byl navíc velmi uspěchaný a mnoho nejméně rozvinutých zemí bylo nuceno ji co nejrychleji podepsat a ratifikovat. Z těchto důvodů jsem hlasovala proti tomuto návrhu.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A gazdasági partnerségi megállapodások (GMP) képezik az afrikai, karibi és csendes-óceáni államok és az EU közötti kereskedelmi és fejlesztési megállapodások rendszerét. Ezek célja, hogy támogassa az ÁKCS-országok regionális és világszintű kereskedelmi integrációját. A GMP egy újabb jelentős lépés a regionális integráció mélyítése felé, abban az esetben, ha az ellenőrzés hatékonysága megfelelő és a szükséges nyomonkövetési intézkedések megszületnek. Továbbá elengedhetetlenül szükséges a civil társadalom partnerként való bevonása is a gazdasági folyamatokba, melyet a rendelkezésre álló források megfelelő elosztása is elősegíthet. Különösen fontos lesz a GMP keretében a fenntartható tisztességes kereskedelemhez nyújtott hozzájárulás ellenőrzése.

Ezekre tekintettel szavazatommal támogattam, hogy az Európai Parlament adja egyetértését az egyrészről az Európai Unió és tagállamai, másrészről a Dél-afrikai Fejlesztési Közösségnek a gazdasági partnerségi megállapodáshoz csatlakozó országai (a SADC GPM országok) közötti gazdasági partnerségi megállapodásnak az Európai Unió nevében történő megkötéséről szóló tanácsi határozat tervezetéhez.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report since I believe that the Economic Partnership Agreements do not help ACP countries, but on the contrary make their economic situation or their development worse. Indeed through the EPA, ACP countries will be obliged to open their markets to EU imports, investments and services. Last but not least, the EPA process has been rushed and some countries were forced to sign and ratify them. I cannot support this kind of trade agreement.

Béla Kovács (NI), *írásban*. – Változtatásokra van szükség az EU és a harmadik országok közötti kereskedelemben, megengedhetetlen törekvés a fejlődő országok piacaihoz mindenáron való hozzáférés. Az eddigi politika elsődlegesen a multinacionális vállalatok érdekeit szolgálta, melyeknek hatalma a piacok kiterjedésével tovább nő. Az egyre szélesedő piac bizonytalanságot visz a gazdaságokba, a munkából és fizetésből élők helyzetét rontva. A jelentés nem támogatható, mert olyan kereskedelmi megállapodásokra lenne szükség, melyeknek sarokköve az adott terület népességmegtartó képességének növelése. Ez inkább a technológiai ismeretek átadását, mint kölcsönös piacnyitást jelent, ami ténylegesen elősegítheti a fejlődő országok felzárkózását.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – L'accordo di partenariato economico tra l'UE e gli Stati della SADC aderenti all'APE, composta di 15 membri, rappresenta un accordo economico regionale orientato allo sviluppo che contempla, non solto scambi di merci, cooperazione allo sviluppo e disposizioni in materia di scambi e sviluppo sostenibile, ma anche disposizioni relative a servizi, investimenti, proprietà intellettuale, appalti pubblici e migliori condizioni per lo sviluppo sostenibile. Tuttavia, ritengo che tale scenario potrebbe determinare pesanti conseguenze per alcuni comparti produttivi strategici per il nostro paese.

L'accordo prevede, infatti, l'estensione del periodo di tariffazione agevolata, per il comparto agrumicolo, fino a ora prevista dal 1 giugno al 16 ottobre — data in cui i dazi doganali sono reintrodotti al tasso del 16% – e ora protratta fino al 30 novembre, con un decremento previsto dell'1,8% l'anno, fino all'esenzione totale entro il 2025. Un mese e mezzo in più durante il quale la produzione di arance bionde rischia di subire una concorrenza aggressiva e nociva. Per tali ragioni, ritenendo tale accordo svantaggioso per il Sud Europa e per l'agricoltura del Mediterraneo, ho votato contro alla relazione del collega Lambsdorff.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, car il cautionne la signature d'un nouvel accord de libre-échange, cette fois avec l'Afrique du Sud et les pays voisins. Or les accords de libre-échange sont dangereux pour l'économie européenne, notamment pour son agriculture.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – Les accords de partenariat économique (APE) remplacent les accords commerciaux précédents avec les pays les plus pauvres de la planète. Ces accords (Cotonou, Lomé) accordaient à ces pays des préférences commerciales pour rentrer sur le marché européen et y vendre leurs produits et marchandises, tout en protégeant leurs marchés contre le nôtre.

Ils devaient faire la transition en attendant un accord global au sein de l'OMC. Celui-ci ne venant pas, les partisans du libre-échange y ont vu une opportunité pour s'ouvrir sur les marchés africains. Au prétexte de garder les préférences commerciales accordées aux pays africains, l'Union européenne cherche à s'arroger les mêmes droits pour pénétrer sur leur marché.

Cela comporte plusieurs dangers: pour les productions locales, la concurrence européenne risque de détruire des secteurs entiers; l'APE requiert de nouvelles libéralisations, privatisations; la perte des recettes des droits de douane va limiter les rentrées fiscales; enfin, la zone économique de l'Afrique australe regroupe des pays avec des niveaux de développement trop différents.

Nous passons donc d'une relation commerciale déséquilibrée en faveur de pays en développement, à une relation commerciale égale entre partenaires inégaux, ce que je refuse pour protéger le développement de ces pays.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre l'accord de partenariat économique entre l'Union et les États de l'APE CDAA.

Ce projet de résolution législative porte sur l'approbation de l'accord de partenariat économique entre l'Union européenne et les États de la CDAA – l'Afrique du Sud, la Namibie, le Mozambique, le Botswana, le Lesotho, le Swaziland, etc. L'UE importe 31 milliards de marchandises de cette zone et en exporte 33 milliards. Cet accord garantit pour ces pays un accès en franchise de droits au marché de l'UE. Les pays de la zone libéraliseront 86 % de leurs échanges avec l'UE, mais les secteurs sensibles (pêche, agriculture) et les industries naissantes restent protégés.

En revanche, l'UE n'en fait pas autant puisqu'elle ne protège pas son secteur sucrier d'un pays notamment, le Mozambique, très compétitif et qui exporte de plus en plus dans l'UE.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Cet accord de partenariat économique est asymétrique, avec une franchise de douanes pour les importations en provenance de ces pays. L'un des sujets est le «sucre blanc» produit dans cette zone, qui concurrence déjà fortement la production européenne, le Mozambique étant un producteur important et très compétitif dont les exportations vers l'UE augmentent fortement.

Dès lors, j'ai voté contre cet énième accord de libre-échange.

Javi López (S&D), *por escrito*. – Me he abstenido en este informe sobre el Acuerdo de Asociación Económica (AAE), que ya ha sido firmado y está en proceso de ratificación por todos los socios africanos, proporcionará a estos países acceso a nuevos mercados. Responde de manera bastante satisfactoria al objetivo de dar la mayor coherencia posible a las políticas de la Unión, coordinando nuestras políticas de comercio, con los de desarrollo, política pesquera y agrícola. Al firmar el Acuerdo, todos los participantes se comprometen a actuar con respeto a los estándares internacionales en materia social y medioambiental. El Acuerdo prevé una serie de flexibilidades y plazos asimétricos, para permitir a los países del África meridional abrirse gradual y parcialmente a las exportaciones de la Unión.

Pero la falta de una cláusula de derechos humanos independiente, que no contribuyen la integración regional, que muchos parlamentos nacionales no han participado en el proceso de negociación hace este acuerdo incompleto. Y aunque el Acuerdo incluye el compromiso de fomentar el diálogo con la sociedad civil, lamentablemente no incorpora un mecanismo formalmente estructurado para su seguimiento, y no cejamos en nuestro empeño por reclamar la plena inclusión de la sociedad civil en el proceso.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este Acuerdo de Asociación Económica UE-Estados del AAE de la SADC porque se trata de un acuerdo que irá en contra de los intereses de las clases populares: está hecho a medida de las grandes empresas occidentales, que son las que se lucran de las exportaciones y de las importaciones a estos Estados (petróleo importado de Angola, diamantes importados de Botsuana, carbón, piedras preciosas, metales y pescado importado de Namibia, azúcar de Suazilandia…).

Según los propios datos de la Unión, en 2013 importó 31 000 millones y exportó 33 000 a estos países. Balance positivo en 2 000 millones, al que hay que sumar el lucro de las grandes empresas que se abastecen de materia prima barata, con costes de producción extremadamente bajos a cuenta de salarios de miseria. Vemos así que no se contribuye al desarrollo, sino al saqueo.

Y, como siempre, este acuerdo perjudicará gravemente a la pequeña y mediana agricultura, tanto en la Unión, sobre todo en los pueblos del sur de Europa en el vino y las frutas, como en los países del SADC.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem pro. Podporuji uvolnění obchodu se státy jižní Afriky – Jihoafrickou republikou, Botswanou, Namibií, Svazijskem a dalšími. Podporuji i odstranění exportních dotací EU při vývozu do těchto zemí.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Gospodarsko partnerstvo između EU-a i država SADC SGP-a predstavlja veliki korak u podržavanju međunarodnih trgovinskih odnosa, regionalne integracije afričkih zemalja te postupne integracije AKP država u svjetsko gospodarstvo, a EU je jedan od najvećih trgovinskih partnera SADC SGP skupine.

Sporazum o gospodarskom partnerstvu između EU-a i država SADC SGP-a neće samo omogućiti neograničen pristup njihovih proizvoda tržištu EU-a, već će i djelovati kao razvojni instrument. Sklapanje Sporazuma pridonijeti će održivom razvoju i iskorjenjivanju siromaštva, poboljšanju kapaciteta država SADC SGP-a u trgovinskoj politici te potpori povoljnih uvjeta za povećanje investicija. Jedan od ključnih ciljeva Sporazuma je jačanje odnosa između EU-a i SADC-a na temelju solidarnosti i uzajamnog interesa.

Usprkos tome što je Sporazum usmjeren na robnu razmjenu, razvojnu suradnju te trgovinu, on otvara nove mogućnosti za pregovore o daljnjim ulaganjima, uslugama, javnoj nabavi, intelektualnom vlasništvu te odredbama o održivom razvoju. Podržala sam ovaj Sporazum jer smatram da predstavlja značajan korak u odnosu s državama afričkog kontinenta i doprinosi održivom razvoju gospodarstva zemalja Afrike.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – I share the purpose of proposal is to conclude the Economic Partnership Agreement between the European Union and its Member States, of the one part, and the SADC EPA States, of the other part. The Agreement contains provisions that will give the possibility to partner countries to benefit from preferential market access to the EU.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Podporujem uzavretie dohôd o hospodárskom partnerstve s Botswanou, Lesothom, Mozambikom, Namíbiou, Svazijskom a Južnou Afrikou. Tieto krajiny sú na rôznom stupni hospodárskeho a sociálneho vývoja. Začlenením do rozvojovej spolupráce a obchodu im umožníme zapojiť sa do svetovej ekonomiky. To na jednej strane pomôže aj EÚ, na strane druhej monitorovanie ich vývoja pomôže pri posilnení demokratizačných procesov v týchto krajinách. Vytvoríme tak podmienky na posilnenie ich trvalo udržateľného rozvoja. Dohoda vytvára do budúcnosti priestor aj na ďalšie oblasti spolupráce.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τη σύσταση σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου που αφορά τη σύναψη εξ ονόματος της Ευρωπαϊκής Ένωσης της Συμφωνίας Οικονομικής Εταιρικής Σχέσης μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των κρατών μελών της, αφενός, και των κρατών ΣΟΕΣ της ΚΑΜΑ, αφετέρου, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 13/9/2016, καθώς και διότι η εν λόγω σύσταση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Il porte sur l'accord de partenariat économique entre l'Union Européenne et les États suivants de la CDAA (Afrique du Sud, Namibie, Mozambique, Botswana, Lesotho, Swaziland…). C'est un accord sur le commerce des marchandises et la coopération au développement volontairement asymétrique. Ce texte garantit pour ces pays un accès en franchise de droits au marché de l'UE alors même que la réciprocité n'est pas vraie. Plus particulièrement, le sucre blanc pose problème, car celui produit dans cette zone concurrence déjà fortement la production européenne.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – The European Union holds many functions but economics is the main one. I voted in favour of the conclusion of the EU and the SADC EPA States to set an economic partnership, for such activity shows signs of the following: bringing fundamental positive change, contributing to sustainable economic growth, and strengthening intra-regional trade and integration. Trade has proven to be an effective tool in enhancing employment opportunities, and, therefore, the African countries that form part of the SADC EPA could really benefit their economies and GDPs by deepening economic ties with Europe. However, there is a need to emphasise the importance of trade by the African states in a sustainable manner that can comply with EU regulations.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – J'ai refusé de soutenir la ratification par le Parlement européen de l'Accord de partenariat économique (APE) entre l'Union européenne et six États d'Afrique australe. Négocié sous la Commission Barroso, il est symptomatique de l'aveuglement idéologique des négociateurs européens, même lorsqu'il s'agit d'accords commerciaux avec des États en développement, dont certains font partie des «pays les moins avancés».

En effet, un tel accord générera inévitablement des pertes budgétaires conséquentes pour les pays signataires, notamment le Lesotho et le Mozambique, qui bénéficiaient jusqu'ici d'un accès total, sans droits de douane, au marché européen, sans contrepartie en termes d'ouverture de leurs propres marchés. Avec l'APE, les six États africains seront contraints d'ouvrir leurs marchés, notamment agricoles, à plus de 80%. Dans l'esprit des négociateurs, l'APE, exclusivement commercial, constitue un alibi pour éluder les problématiques de coopération au développement économique, social et politique.

La droite européenne estime qu'il n'existe pas d'alternative à l'APE, justifiant ainsi les pressions honteuses exercées par la Commission sur les parlements africains pour précipiter leur ratification. S'il est vrai que le système actuel n'était plus conforme aux règles de l'OMC, la Commission avait le devoir moral de négocier un accord moins défavorable à l'Afrique.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht enthält zwar vernünftige Ansätze, jedoch gibt es keine Verknüpfung zwischen dem wirtschaftlichen Entgegenkommen der EU und der Rücknahme von Migranten durch die SADC-WPA-Staaten. Daher kann ich dieser Empfehlung nicht zustimmen.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu EP pranešimui dėl ES ir Pietų Afrikos vystymosi bendrijos (PAVB) ekonominės partnerystės susitarimo (EPS) sudarymo. Šis susitarimas leis užtikrinti esminius teigiamus pokyčius ir prisidėti prie tvaraus ekonomikos augimo, taip pat plėtoti Afrikos regionų vidaus prekybą ir integraciją.

Vis dėlto prekybos ir partnerystės susitarimas gali būti tik maža didesnės strategijos dalis. PAVB valstybės turėtų vykdyti prekybai ir vystymuisi palankią vidaus politiką, taip pat tęsti struktūrines reformas.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Cet accord de partenariat économique est asymétrique, avec une franchise de douanes pour les importations en provenance de ces pays. L'un des sujets est le «sucre blanc» produit dans cette zone, qui concurrence déjà fortement la production européenne, le Mozambique étant un producteur important et très compétitif, dont les exportations vers l'UE augmentent très fortement.

Dès lors, j'ai voté contre cet accord de libre-échange supplémentaire.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A presente proposta implementa o Acordo de Parceria entre os membros do Grupo dos Estados de África, das Caraíbas e do Pacífico, por um lado, e a Comunidade Europeia e os seus Estados-Membros, por outro, assinado em Cotonu, em 23 de junho de 2000 («Acordo de Parceria ACP-CE»), que apela à celebração de Acordos de Parceria Económica compatíveis com a OMC.

O Acordo contém disposições em matéria de cooperação, comércio de mercadorias, comércio e desenvolvimento sustentável, alfândegas e facilitação do comércio, obstáculos técnicos ao comércio, medidas sanitárias e fitossanitárias, resolução de litígios, indicações geográficas e regras de origem.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – The Economic Partnership Agreement between the EU and the Southern African Development Community (SADC) EPA Group aims to combat poverty through an asymmetric trade partnership, promote regional integration and facilitate greater cooperation between all parties. Therefore, I voted in favour of this resolution and the agreement.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – V júli 2014 po rokovaniach medzi EK a Juhoafrickým spoločenstvom rozvoja (SADC) obe strany parafovali text dohody o hospodárskom partnerstve (DHP). Juhoafrické spoločenstvo rozvoja zahŕňa africké štáty Botswanu, Lesotho, Mozambik, Namíbiu, Svazijsko, Juhoafrickú republiku a Angolu, ktorá nie je súčasťou DHP na základe jej vôle nepristúpiť k dohode. Táto dohoda o regionálnom obchode so zameraním na rozvoj v súčasnosti zahŕňa len ustanovenia o obchode s tovarom, rozvojovej spolupráci a o trvalo udržateľnom rozvoji, ponecháva však aj otvorené možnosti rokovať o ďalších ustanoveniach o službách, investíciách a iné. Dohoda má asymetrický charakter, čo zavádza tzv. pozitívnu diskrimináciu partnerských krajín SADC-DHP. Tento model im zaručuje bezcolný prístup na trh EÚ a zároveň obojstranne odstraňuje prekážky brániace v podstate takmer akémukoľvek obchodu, zaručuje zlučiteľnosť s WTO a iné. Obchodné vzťahy medzi krajinami SADC-DHP a EÚ sú založené na zmluvnej dohode, t. j. krajiny SADC-DHP budú počas 10 rokoch liberalizovať 86 % obchodu s EÚ, s výnimkou citlivých poľnohospodárskych výrobkov, podľa dohodnutých ustanovení. Prijatie tejto zmluvy pokladám za významný krok v obchodnom vzťahu Únie s Afrikou, ktorý je po prvýkrát postavený na regionálnej dohode, a nie na unilaterálnej, čo môže viesť k uzatvoreniu ďalších dohôd o hospodárskom partnerstve. Za návrh preto hlasujem kladne.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the Economic Partnership Agreement between the EU and the SADC EPA States, which reflects the ongoing commitments of the EU towards Africa by engaging in a range of efforts, amongst them economic and trade cooperation. The SADC EPA agreement with Botswana, Lesotho, Mozambique, Namibia and Swaziland is also orientated towards development, supporting economic diversification in these African states, promoting democracy and sustainable development, as well as strengthening regional integration in southern Africa.

Undoubtedly, this agreement benefits both sides and offers a window of opportunity for both the EU and Africa to further strengthen their economic, political and social ties.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this agreement, which sets a new institutional basis for enhancing trade and cooperation between the EU and Botswana, Lesotho, Mozambique, Namibia, Swaziland and South Africa. I welcome in particular the fact that the agreement includes a chapter on trade and sustainable development and the Commission's commitment before the vote to actively encourage and support the involvement of civil society in the monitoring and scrutiny of the implementation of the agreement.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Dél-afrikai Fejlesztési Közösség (SADC) 15 tagja közül 7: Angola, Botswana, Lesotho, Mozambik, Namíbia, Szváziföld és Dél-Afrika gazdasági partnerségi megállapodás (GPM) céljából tárgyalásokat kezdett az Unióval. Ez a SADC–GPM-csoport. 2007 végén Botswana, Lesotho, Szváziföld, Mozambik és Namíbia ideiglenes régióközi GPM-t kötött az Unióval. Az ideiglenes GPM egy olyan záradékot is tartalmaz, amelynek segítségével Angola és/vagy Dél-Afrika gyorsan csatlakozhat, ha akar. A megállapodást Botswana, Lesotho, Szváziföld és Mozambik 2009 júniusában írta alá. Bár Namíbia több mint kilenc évvel azelőtt parafálta a megállapodást, végül úgy határozott, hogy nem írja alá.

Mindkét fél úgy döntött, hogy folytatják a szolgáltatásokat, beruházásokat és a kereskedelemhez köthető szabályokat is magában foglaló átfogó regionális GPM megkötésére irányuló tárgyalásokat. Az Unió a SADC GPM-csoportjának hat tagjával (Botswana, Lesotho, Namíbia, Mozambik, Dél-Afrika és Szváziföld) 2014. július 15-én fejezte be a tárgyalásokat. Angola végül nem parafálta a megállapodást, annak különleges csatlakozási záradékából adódóan viszont a jövőben csatlakozhat hozzá. A Tanács idén határozattervezetet fogadott el a parafált gazdasági partnerségi megállapodás megkötéséről, ehhez azonban meg kell szereznie a parlament egyetértését. A Nemzetközi Kereskedelmi Bizottság jelentésében azt ajánlja, hogy a Parlament értsen egyet a megállapodás megkötésével. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le sujet de ce projet de résolution législative est l'accord de partenariat économique entre l'Union Européenne et les États de la Communauté de développement d'Afrique australe, CDAA (Afrique du Sud, Namibie, Mozambique, Botswana, Lesotho, Swaziland).

Cet accord garantit pour ces pays un accès en franchise de droits au marché de l'UE, en libéralisant 86% des échanges mais en conservant une protection sur les secteurs sensibles de la pêche et de l'agriculture, et de certaines autres industries naissantes. Cependant, l'UE ne demande pas la protection de son secteur sucrier, qui va se retrouver en compétition avec le Mozambique notamment.

Nous nous opposons à cet accord asymétrique qui pourrait nuire à notre production de sucre blanc.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Os Acordos de Parceria Económica, que estabelecem parcerias de comércio e desenvolvimento entre os Estados de África, das Caraíbas e do Pacífico (ACP), por um lado, e a União Europeia, por outro, visam fomentar o comércio, a integração regional e a progressiva integração dos Estados ACP na economia mundial, bem como o desenvolvimento sustentável destes Estados. Em 2014, a União concluiu as negociações relativas a um APE no domínio do comércio de mercadorias com seis dos quinze países da Comunidade de Desenvolvimento da África Austral (SADC): o Botsuana, o Lesoto, Moçambique, a Namíbia, a Suazilândia e a África do Sul.

O Acordo de Parceria Económica SADC-EU tem potencial para desencadear mudanças positivas fundamentais, contribuir para um crescimento económico sustentável e aprofundar o comércio e a integração intrarregionais.

Subscrevo a posição do relator no que concerne às garantias e aos mecanismos de flexibilidade previstos no acordo, nomeadamente em matéria de comércio e de desenvolvimento sustentável, que podem contribuir para que o acordo seja mutuamente benéfico e favoreça o desenvolvimento, garantindo a coerência das políticas para o desenvolvimento, na condição de que seja devidamente aplicado e acompanhado.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Cet accord de partenariat économique est asymétrique, avec franchise de douanes pour les importations en provenance de ces pays.

L'un des sujets est le «sucre blanc» produit dans cette zone, qui concurrence déjà fortement la production européenne, le Mozambique étant un producteur important et très compétitif, dont les exportations vers l'UE augmentent très fortement.

Je vote donc contre cet accord de libre-échange supplémentaire.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report as the EU-SADC EPA can represent an important element of the EU strategy for Africa by contributing to economic and sustainable development in the region. We have received reassurances from the Commission concerning strengthening of the monitoring structures and civil society involvement in the implementation phase. Labour MEPs will follow the implementation of the deal very closely to ensure that civil society is properly involved.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette recommandation sur l'accord de partenariat économique entre l'Union européenne et les états de l'APE CDAA (communauté de développement de l'Afrique australe). La conclusion de cet accord a pour objectif de favoriser le commerce et la croissance tant du côté de l'Union européenne que de ses partenaires commerciaux.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Il motivo per il quale ho deciso di esprimermi contro questo Accordo risiede nel desiderio di manifestare contrarietà nei confronti di un metodo che, sempre più spesso, fa da sfondo alla negoziazione di patti commerciali con Stati terzi.

Seppure riconosca la necessità di stabilire legami commerciali con i paesi in via di sviluppo, ritengo inaccettabile che il comparto agroalimentare, spina dorsale dell'economia dell'Europa mediterranea, venga puntualmente sacrificato in occasione della definizione di tali partenariati.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Támogatom az Európai Unió és a Dél-afrikai Fejlesztési Közösség közötti partnerségi megállapodás megkötését. Úgy gondolom, hogy olyan egyetértést sikerült az asztalra tenni, amely nemcsak a fenntartható gazdasági fejlődéshez járul hozzá, de elősegítheti a strukturális reformokat is. Hangsúlyoznám, hogy ebben az esetben is elengedhetetlennek tartom egy olyan rendszer kialakítását, amely lehetővé teszi a megállapodás által kiváltott eredmények folyamatos követését és értékelését.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The Southern African Development Community (SADC) consists in 15 members out of which only seven have started negotiating an Economic Partnership Agreement (EPA) with the European Union. I voted in favour of this report, giving my consent for the SADC-EU Economic Partnership Agreement.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Споразумението за сключване на партньорство между ЕС и неговите държави членки, от една страна, и държавите по СИП ЮАОР, от друга страна, ще допринесе за устойчив икономически растеж, както и за засилване на вътрешно регионалната търговия и интеграцията. Износът на ЮАОР за ЕС се състои от петрол от Ангола (23%), диаманти от Ботсуана (11%), скъпоценни камъни, метали и риба от Намибия и захар от Свазиленд.

Държавите от ЮАОР трябва да обмислят възможността за използване на потенциала на СИП отвъд търговията със стоки и за в бъдеще да включат и търговията с услуги. Асиметричният характер на споразумението създава „положителна дискриминация“ на партньорите по СИП ЮАОР, гарантирайки им безмитен достъп до пазара на ЕС, премахвайки пречките в търговията между страните по споразумението и насърчавайки регионалната интеграция, икономическото сътрудничество и доброто управление.

Подкрепям споразумението при условие, че чувствителни селскостопански и риболовни продукти от ЕС няма да бъдат засегнати от това. Считам, че в условията на криза за сектора пазарът не трябва да се либерализира. Не трябва да поставяме под въпрос поминъка и препитанието на милиони в този чувствителен европейски отрасъл.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report. The EU signed an Economic Partnership Agreement (EPA) in June 2016 with the Southern African Development Community (SADC) Economic Partnership Agreements (EPA) group, which includes Botswana, Lesotho, Mozambique, Namibia, South Africa and Swaziland.

EPAs, created in 2000, are trade agreements that were meant to safeguard African Caribbean and Pacific (ACP) countries' preferential access to EU markets. EPAs are changing this preferential access from non-reciprocal to reciprocal access, meaning that ACP countries are required to open their markets to EU imports and furthermore, require liberalisation in other areas such as investment and services. This will have serious negative consequences for local populations in the SADC and the strong opposition from these states and civil society mean negotiations have lasted more than a decade.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Hätte ich bei den Abstimmungen teilgenommen, hätte ich mich gegen diesen Bericht ausgesprochen. Der Bericht enthält zwar vernünftige Ansätze, jedoch gibt es keine Verknüpfung zwischen dem wirtschaftlichen Entgegenkommen der EU und der Rücknahme von Migranten durch SADC-WPA-Staaten.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Läbirääkimised ELi ja seitsme SADC liikmesriigi Angola, Botswana, Lesotho, Mosambiigi, Namiibia, Svaasimaa ja Lõuna-Aafrika Vabariigi vahel on lõpule viidud ning ollakse valmis lepingu sõlmimiseks. Lepinguga tagatakse tollimaksu- ja kvoodivaba pääs ELi turule ja vastavus WTO eeskirjadele. Leping peaks kaasa aitama jätkusuutliku majanduskasvu suurendamisele ja piirkondadevahelise kaubanduse süvendamisele. Samas on oluline, et SADC riigid viiksid ellu kaubandust ja arengut soodustavat riigisisest poliitikat ja reforme.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – We abstained on this vote. Despite our abstention, we note with concern the EU tendency to bully poor countries in trade 'partnerships'. We hope that the EU will behave more fairly towards its trade partners in the future.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Permettetemi di precisare la mia piena convinzione (in questo periodo storico molto particolare) che l'unica strada percorribile dall'UE sia quella dell'apertura e del partenariato verso e con i paesi terzi e non quella della chiusura con la costruzione di barriere fisiche o normative. Valuto quindi positivamente la relazione e voto favorevolmente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam Prijedlog Odbora za međunarodnu trgovinu za gospodarsko partnerstvo između zemalja članica EU-a i Južnoafričke razvojne zajednice (SADC). Važnost suradnje sa zemljama afričkih, karipskih i pacifičkih država (AKP) je od izuzetne važnosti pogotovo jer EU ne posjeduje sirovine i proizvode koje posjeduju te zemlje, a potrebni su kao resursi koji su važni za proizvodnju nekih proizvoda u EU-u.

Također, ovim Sporazumom otvaramo mogućnost za rast i razvoj AKP-a raznim pogodnostima pri uvozu njihovih proizvoda u EU-u. Time će se smanjiti nezaposlenost i siromaštvo u zemljama AKP-a i stvoriti prilika za napredak. Ono na što bih voljela upozoriti je da pri uvozu proizvoda članica SADC-a uvedu jače kontrole nadzora i provjera proizvoda pogotovo radi bakterije Xylelle fastidiose u poljoprivredi koja je došla iz tih zemalja i uništila maslinike Italije i Francuske te nanijela ogromnu štetu, ali i stvorila bojazan da se proširi i na ostale zemlje članice EU-a.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Cet accord de partenariat économique est asymétrique, avec franchise de douanes pour les importations en provenance des pays concernés. Le problème le plus important est le sucre blanc produit dans cette région, qui concurrence déjà fortement la production européenne, le Mozambique étant un producteur important et très compétitif dont les exportations vers l'UE augmentent très fortement. Je décide donc de voter contre cet accord de libre-échange supplémentaire.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Sporazum o gospodarskom partnerstvu između Europske unije i država SADC SGP-a trenutno obuhvaća samo odredbe o robnoj razmjeni, razvojnoj suradnji te trgovini i održivom razvoju. Potiču se daljnji pregovori o uslugama, ulaganjima, intelektualnom vlasništvu, javnoj nabavi te o poboljšanim odredbama o održivom razvoju.

Budući da Sporazum i daljnja suradnja država članica i država SADC SGP-a ima potencijal donijeti pozitivne promjene, doprinijeti održivom gospodarskom rastu i produbiti međuregionalnu trgovinu i integraciju podržao sam Preporuku.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Podpořil jsem doporučení k návrhu rozhodnutí Rady o uzavření Dohody o hospodářském partnerství mezi EU a státy SADC EPA, která byla podepsána dne 10. června v Botswaně. Tato dohoda je dalším krokem v prohlubování vztahů mezi Evropskou unií a státy jižní Afriky. Ačkoliv vítám výhody v podobě bezcelního a kvótami neomezeného přístupu pro státy SADC EPA, musím projevit svůj nesouhlas s některými aspekty těchto dohod. Jako člen frakce S&D kladu důraz na význam zapojení občanské společnosti do monitorování a kontroly dohod, aby tak bylo zajištěno, že nedochází k porušování lidských práv a pracovních norem. Zde je ale tento mechanismus nedostatečně začleněn, a to by se mělo změnit. Přes některé nedostatky však tuto dohodu podporuji, jelikož je základem nejen pro prohlubování vzájemného partnerství, ale také povede ke zlepšení regionální integrace a napomůže tomuto regionu se začleněním se do globálního trhu. Za pozitivní také považuji, že je dohoda o hospodářském partnerství oproti předchozím dohodám v souladu s pravidly WTO.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo è stato chiamato a dare il parere conforme all'Accordo di partenariato economico con la Comunità di sviluppo dell'Africa australe che comprende 6 paesi: Botswana, Lesotho, Swaziland, Mozambico, Namibia e Sud Africa. Ho votato contro l'approvazione di questo accordo in quanto ritengo che, per l'ennesima volta, si penalizzi pesantemente il settore agrumicolo italiano.

Basti pensare che, nonostante ad oggi sia già concesso il libero accesso delle arance sudafricane in tutto il territorio nazionale nel periodo compreso dal primo giugno al 15 ottobre, con l'introduzione di questo accordo, l'ingresso verrebbe dilatato fino al 30 novembre. Per di più, con una progressiva riduzione della tassazione, fino a completa abolizione nel 2025.

Respingere questo accordo di partenariato non significa volere costringere l'Europa ad adottare un modello commerciale autarchico, ma, semmai, significa sottolineare la necessità di attivare misure di valorizzazione dei prodotti locali per un rafforzamento della loro competitività. Le politiche di tutela dei prodotti europei, invece, sono state sacrificate a causa di una visione del commercio internazionale priva di un principio di difesa delle produzioni dell'Europa del Sud, come già accaduto per l'olio tunisino e per i pomodori marocchini.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Asymetryczny charakter tej umowy prowadzi do tzw. pozytywnej dyskryminacji partnerów Południowoafrykańskiej Wspólnoty Rozwoju w ramach umowy o partnerstwie gospodarczym, gdyż zapewnia bezcłowy dostęp do rynku UE, a jednocześnie obustronne zniesienie barier dla prawie całej wymiany handlowej, oraz gwarantuje zgodność z zasadami WTO, co sprzyja promowaniu integracji regionalnej, współpracy gospodarczej i dobrym rządom. UE zaoferuje pięciu państwom Południowoafrykańskiej Wspólnoty Rozwoju bezcłowy kontyngent, co stanowi kontynuację obecnej praktyki.

Jednak zamiast udzielać jednostronnych preferencji, stosunkom handlowym między państwami Południowoafrykańskiej Wspólnoty Rozwoju w ramach umowy o partnerstwie gospodarczym a UE nadano charakter ustaleń umownych. Na mocy postanowień o stopniowym otwieraniu rynku państwa Południowoafrykańskiej Wspólnoty Rozwoju w ciągu 10 lat zliberalizują w ramach umowy o partnerstwie gospodarczym 86 % handlu z UE (Mozambik 74 %), z wyłączeniem wrażliwych produktów rolnych i wrażliwych produktów rybołówstwa.

Choć ta zorientowana na rozwój regionalna umowa handlowa obejmuje obecnie jedynie handel towarami, współpracę na rzecz rozwoju oraz postanowienia o handlu i zrównoważonym rozwoju, to zostawia także możliwość negocjowania dalszych postanowień w sprawie usług, inwestycji, własności intelektualnej, zamówień publicznych i bardziej szczegółowych zapisów dotyczących zrównoważonego rozwoju. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai approuvé la conclusion de l'accord de partenariat économique (APE) signé le 11 juin 2016 entre l'Union européenne et les six États de la Communauté de développement de l'Afrique australe (CDAA) comprenant la Namibie, le Mozambique, le Botswana, le Swaziland, le Lesotho et l'Afrique du Sud. Cet accord commercial, qui accorde un accès préférentiel au marché de l'Union européenne à ces pays, a pour objectifs généraux l'éradication de la pauvreté dans la région, la promotion de l'intégration régionale, l'accroissement des investissements et l'intégration progressive des pays de la CDAA dans l'économie et les chaînes de valeurs mondiales.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Durante os últimos 14 anos, a Comissão Europeia encetou negociações com vários países do continente africano para o estabelecimento de Acordos de Parceria Económica (APE), com a finalidade de evoluir no sentido do estabelecimento de preferências comerciais recíprocas.

Um dos frutos das negociações acima referidas consiste no entendimento a que chegaram seis países da Comunidade de Desenvolvimento da África Austral (SADC), também denominados grupo APE da SADC, no ano de 2014. O entendimento levou à celebração de um APE, do qual destacaria o objetivo da erradicação da pobreza pela via do estabelecimento de parcerias comerciais, da promoção da integração regional, do investimento e da integração gradual dos países da SADC na economia global.

O acordo negociado pressupõe o acesso a mercados de grandeza assimétrica, de modo a respeitar melhor os interesses de cada um dos países englobados, e faz uma referência vincada ao respeito pelos direitos humanos, pelos princípios democráticos e pelo Estado de Direito.

Por conseguinte, tratando-se de um acordo regional no sentido da promoção das boas relações comerciais com África, um continente que hoje, mais do que nunca, tem um relevante papel no contexto geopolítico e económico mundial, votei a favor.

Evelyn Regner (S&D), *schriftlich*. – Heute hat die SPÖ-Delegation gegen das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit den Mitgliedstaaten der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC-WPA-Staaten) gestimmt. Das eigentliche Ziel solcher Abkommen sollte sein, den afrikanischen Ländern einen begünstigten Zugang zum europäischen Markt zu gewähren. Im Vordergrund stehen bei diesem Abkommen allerdings nicht die Unterstützung und Entwicklungshilfe der afrikanischen Länder, sondern die sehr liberale Wirtschaftsagenda und die Eigeninteressen der Europäischen Kommission. Für uns entspricht SADC nicht unseren sozialdemokratischen Zielen in den Bereichen Entwicklung, Klimawandel und Migration.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – We abstained on this vote. Despite our abstention, we note with concern the EU tendency to bully poor countries in trade 'partnerships'. We hope that the EU will behave more fairly towards its trade partners in the future.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Em 2014, a União concluiu as negociações relativas a um APE (Acordo de Parceria Económica) no domínio do comércio de mercadorias com seis dos quinze países da Comunidade de Desenvolvimento da África Austral: Botsuana, Lesoto, Moçambique, Namíbia, Suazilândia e África do Sul.

O relator recomenda a aprovação do Acordo de Parceria Económica SADC-UE. Este APE tem potencial para desencadear mudanças positivas fundamentais, contribuir para um crescimento económico sustentável e aprofundar o comércio e a integração intrarregionais.

No entanto, o acordo de comércio e de parceria só pode ser uma pequena parte de uma estratégia mais alargada. Os Estados da SADC deverão executar políticas nacionais favoráveis ao comércio e ao desenvolvimento e realizar reformas estruturais.

Outro elemento a ter em conta é um quadro regulamentar que atraia investimentos. Estes países deverão igualmente considerar a possibilidade de utilizar o potencial do APE, indo para além do comércio de mercadorias e incluindo os serviços no futuro.

A UE deverá prestar apoio em matéria de reforço das capacidades e de assistência ao comércio, e o Parlamento deverá acompanhar a execução e apresentar questões quando necessário.

Importa criar estruturas de controlo adequadas para maximizar o impacto do acordo.

Votei a favor da presente recomendação.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – A natureza assimétrica do acordo estabelece uma discriminação positiva em favor dos parceiros APE SADC, garantindo o acesso com isenção de direitos ao mercado da UE e, ao mesmo tempo, elimina reciprocamente os obstáculos à quase totalidade das trocas comerciais, assegura a compatibilidade com a OMC e promove a integração regional, a cooperação económica e a boa governação.

Este acordo tem potencial para desencadear mudanças positivas fundamentais, contribuir para um crescimento económico sustentável e aprofundar o comércio e a integração intrarregionais.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Reconozco que este acuerdo es un gran paso para contribuir al desarrollo económico sostenible de los países de la Comunidad para el desarrollo del África Meridional, facilitar su integración en la economía mundial, diversificar sus estructuras económicas, fortalecer la cooperación e intensificar su propia dinámica de integración regional.

Sin embargo, he tenido que votar en contra de este acuerdo por las excesivas concesiones otorgadas a las exportaciones de cítricos de Sudáfrica que podrían afectar negativamente a los productores valencianos.

El Ministerio de Agricultura del Gobierno del Sr. Rajoy, no ha hecho su trabajo en defensa de los cítricos mediterráneos, pero la Delegación socialista española ha logrado que la Comisión se comprometa a proteger a nuestros productores, llevando a cabo un seguimiento mensual de las exportaciones y también de las ventas de cítricos desde Sudáfrica a Europa, aplicando la cláusula de salvaguardia en caso de que estas exportaciones o ventas repercutan negativamente en la producción de nuestras regiones y poniendo en marcha medidas compensatorias para los productores si fueran necesarias.

Virginie Rozière (S&D), *par écrit*. – Afin de se mettre en conformité avec les décisions de l'OMC, l'Union européenne négocie depuis 2002 avec les pays ACP (Afrique, Caraïbes, Pacifique) des accords de partenariat économique (APE). Ces accords visent entre autre à revenir sur la préférence commerciale accordée à ces pays. L'accord avec la Communauté de Développement de l'Afrique australe (APE — SADC) a donné lieu à des négociations difficiles et a été signé le 16 juin 2016, sous la pression de la Commission européenne. Cet accord comporte des avancées, comme par exemple l'introduction d'un chapitre sur le développement durable, bien que non contraignant. Mais cela n'est pas suffisant. En privilégiant une logique avant tout commerciale, au détriment d'une logique d'assistance au développement, dont ces pays ont pourtant besoin, cet accord demeure trop déséquilibré. Il ne favorise par ailleurs pas l'intégration régionale, ni la participation de la société civile dans sa mise en œuvre, notamment en ce qui concerne les droits humains et la gouvernance. Eu égard à ces déséquilibres, je me suis opposée à cet accord.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Sou a favor da proposta de recomendação relativa ao Acordo de Parceria Económica entre a União Europeia (UE) e seis países da Comunidade de Desenvolvimento da África Austral (SADC): o Botsuana, o Lesoto, Moçambique, a Namíbia, a África do Sul e a Suazilândia.

Um dos principais objetivos inerentes à celebração deste acordo consiste na liberalização em 86% das trocas comerciais destes países com a UE, por um período de dez anos.

Este acordo, de âmbito regional, irá abarcar o comércio de mercadorias, a cooperação para o desenvolvimento e algumas matérias de âmbito comercial relacionadas com o desenvolvimento sustentável.

Fora do acordo ficam os produtos agrícolas e os produtos da pesca, que se revestem de maior sensibilidade, embora fique aberta a possibilidade de negociar um âmbito mais lato para o Acordo, capaz de incluir aspetos ligados aos serviços, investimentos, direitos de propriedade intelectual e contratação pública, entre outros.

A União é o maior parceiro comercial regional destes países, garantindo-lhes, no âmbito deste acordo, o acesso ao mercado europeu, com isenção de contingentes e de direitos aduaneiros, pelo que considero que há todo o interesse no aprofundamento das relações comerciais com estes países, nos quais se integra Moçambique.

Nessa medida, votei favoravelmente.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del acuerdo económico entre la Unión y los países del sur de África. El instrumento ofrece pocas ventajas reales para los países africanos, ya que sustituye la lógica de no-reciprocidad existente hasta ahora en los EPA, por una de reciprocidad. Es decir, obliga a los países menos desarrollados a abrir sus mercados a los productos europeos y aumentar así aún más la competencia, lo cual tiene repercusiones graves en algunos sectores como el agrícola. Además, se ha ejercido una presión lamentable sobre los países africanos para acelerar la firma del acuerdo.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) zwischen der EU und den SADC-WPA-Staaten gestimmt, da dies einen wichtigen Schritt in den Handelsbeziehungen zum Kontinent Afrika darstellt.

Zu den SADC-Staaten zählen Botsuana, Lesotho, Mosambik, Namibia, Südafrika und Swasiland.

Mit dem Abkommen werden Ziele verfolgt wie Beitrag zur Beseitigung der Armut durch eine Handelspartnerschaft, Förderung der regionalen Integration der SADC-Staaten in die Weltwirtschaft, Verbesserung der Leistungsfähigkeit der SADC-WPA-Staaten in der Handelspolitik oder Stärkung der Beziehungen zwischen den Parteien auf der Grundlage von Solidarität und beiderseitigem Interesse.

Erwähnenswert ist außerdem eine besondere Schutzklausel in der Landwirtschaft der SADC-Staaten, um den Bedenken hinsichtlich negativer Auswirkungen des Abkommens auf diese vorzubeugen.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – Votei a favor deste acordo, por estar convicto da sua relevância para as economias e as populações dos países da África Austral que dele fazem parte e que com ele concordaram.

Entendo que é o melhor acordo possível neste momento. No entanto, é fundamental investir em formas de imprimir uma lógica de crescimento social, ambiental e económico sustentável, que disponha das devidas medidas de acompanhamento e monitorização.

Relativamente ao capítulo agrícola, é imprescindível que as medidas de controlo sanitário sejam suficientes e eficazes para evitar a propagação de doenças. É ainda importante garantir que os contingentes acordados não representem um risco acrescido de desequilíbrio no mercado interno com consequências graves sobre os preços e o escoamento da produção europeia.

Pedro Silva Pereira (S&D), *por escrito*. – Votei a favor do Acordo de Parceria Económica com seis países da África Austral, incluindo Moçambique, porque é um acordo orientado para o desenvolvimento.

O acordo comercial é recíproco e, portanto, compatível com as regras da Organização Mundial do Comércio, mas é de natureza assimétrica e gradual. Os países da África Austral podem proteger os seus setores sensíveis relativamente aos concorrentes europeus e o acordo inclui também várias salvaguardas quanto às indústrias nacionais, aos mercados agrícolas e à segurança alimentar destes países parceiros.

O acordo inclui regras de origem relativamente flexíveis e há também um capítulo dedicado ao desenvolvimento sustentável com compromissos no domínio da legislação laboral e ambiental. Enquanto relator do parecer da Comissão do Desenvolvimento, tenho defendido uma monitorização eficaz do acordo, com o envolvimento da sociedade civil, bem como uma mobilização de recursos adequados para reforçar a capacitação técnica e cobrir alguns custos de adaptação que uma transição económica como esta irá acarretar.

Em suma, na condição de que o acordo seja devidamente aplicado e acompanhado, as garantias e os mecanismos de flexibilidade previstos no acordo deverão contribuir para o desenvolvimento sustentável.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report because the EU-SADC EPA can represent an important element of the EU strategy for Africa by contributing to economic and sustainable development in the region. We have received reassurances by the Commission concerning the strengthening of the monitoring structures and civil society involvement in the implementation phase. SADC EPA includes a trade and sustainable development (TSD) chapter. The agreement is based on Cotonou Agreement's provisions on human rights, democracy and good governance.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Hlasoval som za. Hoci táto dohoda o regionálnom obchode medzi EÚ a SADC-DHP (Botswana, Lesotho, Mozambik, Namíbia, Južná Afrika a Svazijsko) so zameraním na rozvoj v súčasnosti zahŕňa len ustanovenia o obchode s tovarom, rozvojovej spolupráci a obchode a trvalo udržateľnom rozvoji, ponecháva aj otvorené možnosti rokovať o ďalších ustanoveniach o službách, investíciách, duševnom vlastníctve, verejnom obstarávaní a lepších ustanoveniach o trvalo udržateľnom rozvoji. Dohoda zavádza tzv. pozitívnu diskrimináciu partnerských krajín SADC-DHP, čo im zaručuje bezcolný prístup na trh EÚ a zároveň obojstranne odstraňuje prekážky brániace v podstate takmer akémukoľvek obchodu, zaručuje zlučiteľnosť s WTO a súčasne podporuje regionálnu integráciu, hospodársku spoluprácu a dobrú správu vecí verejných.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Šesť krajín skupiny DHP v rámci SADC má spolu približne 100 miliónov obyvateľov, a podľa údajov Svetovej banky v roku 2014 bol ich HDP 410 mld. EUR. Som preto rada, že dohodou o hospodárskom partnerstve sa nielen zabránilo rozpadnutiu najstaršej existujúcej colnej únie na svete zmenou nariadenia o prístupe na trh, ale vďaka nej sa vymedzil komplexný zoznam oblastí, v ktorých budú partneri spolupracovať v záujme posilnenia trvalo udržateľného rozvoja. Podporila som uznesenie, lebo si myslím, že aj vďaka tejto dohode dôjde na úrovni partnerstva k pozitívnym zmenám a dohoda prispeje k udržateľnému hospodárskemu rastu a prehĺbeniu obchodu medzi regiónmi a ich vzájomnej integrácii. Aj keď táto dohoda zahŕňa iba ustanovenia o obchode s tovarom, rozvojovej spolupráci a obchode a trvalo udržateľnom rozvoji, verím že obidve zmluvné strany budú v najbližších obdobiach rokovať aj o ďalších ustanoveniach o službách, investíciách, duševnom vlastníctve, verejnom obstarávaní a lepších ustanoveniach o trvalo udržateľnom rozvoji. Myslím si, že napriek pozitívam, ktoré dohoda prináša bude nevyhnutné aby štáty SADC-DHP neodkladne pristúpili k uskutočňovaniu vnútroštátnych obchodných politík podporujúcich rozvoj a vykonávania štrukturálnych reforiem.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Štáty na juhu Afriky disponujú nezanedbateľnými zdrojmi prírodných surovín a niektoré z nich dosiahli v posledných rokoch aj významný hospodársky rast. Rozvoj a udržanie stability v regióne je v záujme Európskej únie nielen vzhľadom na riešenie migračnej krízy, ale aj pre ekonomický potenciál týchto krajín.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Prihvaćam ovu Preporuku jer smatram da je Sporazum o gospodarskom partnerstvu između Europske unije i njezinih država članica, s jedne strane, i država SADC SGP-a, s druge strane od velike važnosti jer ima potencijala za doprinijeti održivom gospodarskom rastu i produbljenju međuregionalne trgovine. Sporazum između EU-a i SADC-a temelji se na Južnoafričkoj carinskoj uniji, najstarijoj uniji na svijetu. Države SADC-a moraju usmjeriti domaću politiku prema trgovini i razvoju.

Također, te države moraju biti svjesne svojih potencijala i ne se ograničavati samo na robnu razmjenu već se širiti i na uslužne djelatnosti. Države partneri SADC SGP-a su raznolika skupina te tako među njima možemo naći i najslabije razvijene zemlje i zemlje sa srednje visokim dohotkom. Važno je promicati duboke poslovne veze radi podupiranja afričkog privatnog sektora. Za ostvarenje punog potencijala sporazuma potrebno je uvođenje kvalitetnog mehanizma praćenja, a zadaća Europskog parlamenta biti će nadgledanje provedbe i pomoć oko spornih pitanja.

SGP-om poboljšava se regionalna integracija na različite načine zahvaljujući mogućnostima koje pruža u pogledu pravila o podrijetlu i regionalne kumulacije. Važno je također poboljšati regionalnu trgovinu na način da se potiče carinska suradnja i provedba reformi, a posebno usklađivanjem postupaka i propisa u regiji SADC-a kako bi se olakšao tranzit.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich.* – Bei der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss – im Namen der Europäischen Union – des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den SADC-WPA-Staaten andererseits habe ich mich enthalten.

Wie auch die so genannten Freihandelsabkommen ist dieses Wirtschaftspartnerschaftsabkommen eine Wundertüte gemischten Inhalts. Obwohl es eigentlich um ungehinderten Handel geht, hat die EU mit den SADC-WPA-Staaten verhandelt, dass diese in Ausnahmefällen bestehende Ausfuhrzölle von der Neuregelung durch das Abkommen ausnehmen und neue Ausfuhrsteuern einführen dürfen, wenn ein besonderer Einnahmebedarf zum Schutz im Aufbau begriffener Wirtschaftszweige oder der Umwelt besteht. Gleichzeitig bewegt es sich weitgehend im inhaltlichen Regelungsrahmen der WHO und hat etwa eine Meistbegünstigungsklausel aufgenommen, die nur für Zölle und Gebühren gilt.

Gleichzeitig werden mit dem Abkommen aber auch entwicklungspolitische und regionalintegrative Ziele verfolgt. Es handelt sich also nicht nur um ein Produkt der Handelspolitik, sondern berührt auch sicherheitspolitische Interessen.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – SADC (Južnoafrička razvojna agencija) sastoji se od 15 država, a njih sedam (Angola, Bocvana, Lesoto, Mozambik, Namibija, Svazi i Južna Afrika) započelo je pregovore o Sporazumu o gospodarskom partnerstvu s Europskom unijom. Sporazum između EU-a i SADC-a temelji se na Južnoafričkoj carinskoj uniji (SACU) koja je najstarija carinska unija na svijetu.

Ovaj regionalni trgovinski sporazum usmjeren je na razvoj i trenutačno obuhvaća odredbe o robnoj razmjeni, razvojnoj suradnji i održivom razvoju. Međutim, ostavlja prostor za pregovore o daljnjim odredbama o uslugama, ulaganjima, intelektualnom vlasništvu i javnoj nabavi.

Podržavam Preporuku o Nacrtu odluke Vijeća o sklapanju gospodarskog partnerstva između Europske unije i država SADC-a jer smatram da će ovaj sporazum dovesti do veće regionalne integracije, doprinijeti održivom gospodarskom rastu i povećati trgovinske razmjene i ulaganja.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za priporočilo o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi, v imenu Evropske unije, Sporazuma o gospodarskem partnerstvu med Evropsko unijo in njenimi državami članicami na eni strani ter državami Južnoafriške razvojne skupnosti (SADC), ki izvajajo SGP, na drugi strani.

S sporazumom o gospodarskem partnerstvu, ki zajema le trgovino z blagom, razvojno sodelovanje in trgovino ter določbe o trajnostnem razvoju, pušča pa odprta vrata za pogajanja o dodatnih določbah, določa pozitivno diskriminacijo za partnerske države podpisnice sporazume, ki so članice SADC, in jim zagotavlja brezcarinski dostop do trga EU.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Σύμφωνα με την εν λόγω σύσταση, στους όρους της αναπτυξιακής συνεργασίας που πρόκειται να συναφθεί με τα κράτη ΣΟΕΣ της ΚΑΜΑ, προβλέπεται και χρηματοδοτική στήριξη εκ μέρους της ΕΕ.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Szavazatommal nem tudtam támogatni az EU és a Dél-afrikai Fejlesztési Közösség (SADC) közötti partnerségi megállapodást, mert az jelenlegi formájában hátrányos lehet a leggyengébb afrikai gazdasági szereplők számára. A kidolgozott tervezet ugyan bírja minden tárgyaló fél kormányszintű támogatását, azonban majdani gyakorlati hatásában teljes körű szabadkereskedelmi egyezményként működve, az EU gazdasági túlsúlya okán, piaci hátrányok reális veszélyét veti fel a helyi, még gyenge lábakon álló kisvállalkozók, kézművesek szempontjából. Úgy gondolom, azért is óvatosan kell kezelni az EU–SADC-megállapodást, mert ez lenne az első a világ legszegényebb régióihoz tartozó országokkal kötendő hasonló partnerségi megállapodásaink sorában, amelyekre nézve egy kiegyensúlyozatlan szabályozás kedvezőtlen precedenst teremthet.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie.* – Afryka jest kontynentem wzrostu. Każdego dnia powstają nowe firmy, a zależność od eksportu nieprzetworzonych surowców naturalnych systematycznie spada. Umowa o partnerstwie gospodarczym jest wyjątkowym instrumentem, który przybliża dwa kontynenty nie tylko politycznie czy humanitarnie, ale przede wszystkim ekonomicznie.

W umowie znajduje się wiele „zabezpieczeń" dla krajów SADC, które będą mogły być użyte, gdyby istniało zagrożenie dla przemysłu krajowego. Ponadto, w umowie znalazły się prorozwojowe przepisy, jak m.in eliminacja subsydiów eksportowych czy klauzula ochrony nowych gałęzi przemysłu.

Należy pamiętać, że umowa reprezentuje ważny krok w kierunku wzmocnienia relacji handlowych z Afryką. Po raz pierwszy Unia oprze bowiem nasze relacje nie na jednostronnych ustępstwach, ale na wspólnej, partnerskiej umowie.

Zdecydowałem się zagłosować za zaleceniem Parlamentu Europejskiego i wierzę, że jednoznaczne przyjęcie przez Parlament Europejski tego porozumienia da pozytywny sygnał do zakończenia negocjacji pozostałych umów o partnerstwie gospodarczym z krajami Afryki.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Kannatan EU:n ja SADC-valtioiden talouskumppanuussopimusta, sillä tällä sopimuksella voimme tukea näiden sopimuskumppanien kehitystä valtiona kestävällä tavalla. Tämä talouskumppanuussopimus ei kuitenkaan yksistään luo edellytyksiä valtioiden kehitykselle, mutta antaa EU:lta tuen tälle kehitykselle tavalla, joka palkitsee näiden valtioiden taloudellista kehitystä luoden samalla maille kasvun edellytyksiä WTO-sääntöjen hyväksymällä tavalla.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană sprijină comerțul liber la nivel mondial, fapt exprimat prin încheierea de acorduri de parteneriat economic cu diverse țări și regiuni ale lumii. Printre aceste regiuni se numără Zona de Cooperare și Dezvoltare a Africii Australe (SADC), cuprinzând țări care au deja o relație consolidată de cooperare cu UE, ca Africa de Sud, dar și altele care aspiră la acest statut, cum ar fi Botswana, Lesotho, Mozambic, Namibia și Swaziland.

Actualul acord, semnat în iunie 2015, oferă tuturor acestor țări acces liber, fără taxe vamale, pe piața europeană, încurajând dezvoltarea durabilă a statelor respective. Din păcate, acordul nu conține și mecanisme formale de monitorizare a implementării sale, deși astfel de mecanisme sunt incluse în acordurile UE. În această privință, rolul societății civile este esențial pentru a monitoriza realizarea scopurilor acordului, în special în domeniul asigurării drepturilor fundamentale și a standardelor de muncă. Din fericire, acordul poate fi revizuit după 5 ani, ceea ce este un motiv de optimism.

Totuși, ar fi utilă includerea unor mecanisme de verificare în cadrul acordului încă de acum, dacă este posibil. În orice caz, însă, este vorba despre un progres important pentru protecția produselor de origine protejată, și nu numai. Susțin adoptarea raportului.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport Lambsdorff sur le projet de décision du Conseil relative à la conclusion, au nom de l'Union européenne, de l'accord de partenariat économique entre l'Union européenne et ses États membres, d'une part, et les États de l'APE CDAA, d'autre part. Nous avons estimé que celui-ci était inacceptable pour les parties concernées et franchissait nos lignes rouges.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the recommendation on the Economic Partnership Agreements (EPAs), which are trade partnerships between the Southern African Development Community (SADC) and the EU aimed at contributing to the integration of SADC group into the world economy and to its sustainable development. Through this agreement, these states will continue to enjoy free, or in the case of South Africa, preferential access to the EU market, within a WTO-compatible legal framework. Given that the EU is the largest trading partner of the region, I believe that these partnerships offer new opportunities for the economic development of African partner countries, but also present a promising opportunity for European businesses alike to grow. However, these EPAs will only have a long-term impact if they are part of the SADC states' larger strategy to improve their trade and development-friendly policies, and pursue structural reforms.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – Je me suis opposée à la ratification de l'accord de partenariat économique entre l'Union européenne et les États de la Communauté de développement de l'Afrique australe (l'APE SADC).

Cet accord conclu avec l'Afrique du Sud, le Botswana, le Lesotho, le Mozambique, la Namibie et le Swaziland, premier de trois accords avec l'Afrique en cours d'adoption, pose trois problèmes principaux.

Premièrement, les méthodes de négociation employées par la Commission européenne, qui menaçait de suspendre les préférences commerciales des pays non-PMA de la région au 1er octobre 2016, font planer le doute sur la véritable adhésion de nos partenaires africains au contenu de cet accord.

Par ailleurs, l'APE SADC, en ouvrant les marchés des pays PMA au-delà de l'existant, occasionnerait des pertes économiques immédiates pour le Lesotho et le Mozambique, qui sont déjà les pays les plus fragiles de la région.

Enfin L'APE SADC revêt un caractère exclusivement commercial, dénué de toute ambition en matière d'aide au développement. Il s'inscrit en contradiction avec la politique de l'UE de promotion des droits humains dans la région, notamment au Swaziland. Les dispositions du SADC en la matière sont inférieures à celles contenues dans les accords précédents.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Sporazumima o gospodarskom partnerstvu (SGP), odnosno partnerstvima o trgovini i razvoju između afričkih, karipskih i pacifičkih država (AKP) i Europske unije, želi se podržati trgovina, regionalna integracija i postupna integracija zemalja AKP-a u svjetsko gospodarstvo te istovremeno poticati njihov održiv razvoj, zbog čega sam i podržala ovo izvješće. Sporazumom o gospodarskom partnerstvu zemljama BLMNS-a omogućit će se jedinstveni režim pristupa koji podrazumijeva pristup tržištu EU-a bez carina i bez kvota.

SADC SGP ima mnoge razvojne aspekte. Na temelju nekoliko zaštitnih mjera države SGP-a sačuvat će određeni politički prostor kako bi zaštitile svoju domaću industriju, poljoprivredna tržišta i zajamčile sigurnost opskrbe hranom. Međutim, tijekom provedbe bit će iznimno važno pomno pratiti stvaran razvoj događaja te, ako se problemi zaista pojave, brzo reagirati unutar institucija Sporazuma o gospodarskom partnerstvu.

Također, jako je bitno naglasiti kako ovaj sporazum može biti pokretač daljnje regionalne integracije te otvara vrata nekim budućim odredbama o uslugama, ulaganjima, intelektualnom vlasništvu, javnoj nabavi i poboljšanim odredbama o održivom razvoju.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog sporazuma o gospodarskem partnerstvu med EU in državami Južnoafriške razvojne skupnosti (SADC), ki izvajajo SGP, sem podprla, saj menim, da ima ta sporazum potencial, da prinese temeljite pozitivne spremembe ter prispeva k vzdržni gospodarski rasti in poglobitvi trgovine in povezovanja znotraj regije. Sporazum o trgovini in partnerstvu pa je lahko le majhen del širše strategije.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del acuerdo económico entre la Unión y los países del sur de África. El instrumento ofrece pocas ventajas reales para los países africanos, ya que sustituye la lógica de no-reciprocidad existente hasta ahora en los EPA, por una de reciprocidad. Es decir, obliga a los países menos desarrollados a abrir sus mercados a los productos europeos y aumentar así aún más la competencia, lo cual tiene repercusiones graves en algunos sectores como el agrícola. Además, se ha ejercido una presión lamentable sobre los países africanos para acelerar la firma del acuerdo.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I have always been in favour of free trade, and will continue to be in favour of free and fair trade. However, I cannot vote in favour of trade deals that will be hugely detrimental to the farmers in my constituency, in particular orange producers.

In this specific case, the orange from South Africa will invade our markets in huge numbers without the sanitary checks and strict rules EU farmers are subject to. These South African oranges will enter EU markets even before the European producers start harvesting their oranges.

The European Union should have made a detailed analysis on the potential negative effects on the agriculture sector.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Cet accord de partenariat économique est asymétrique, avec une franchise de douanes pour les importations en provenance de ces pays.

L'un des sujets est le «sucre blanc» produit dans cette zone, qui concurrence déjà fortement la production européenne, le Mozambique étant un producteur important et très compétitif dont les exportations vers l'UE augmentent très fortement.

J'ai voté contre cet accord.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Umowa o partnerstwie gospodarczym UE z państwami SADC jest dokumentem mającym na celu usprawnienie wymiany handlowej pomiędzy dwiema stronami. Będzie ona umożliwiać obustronne zniesienie barier, bezcłowy dostęp do rynku UE, co umożliwi integrację z gospodarką światową.

Popieram proponowaną rezolucję, ponieważ UE powinna dbać o istotny udział w rozwoju państw afrykańskich. Naszym celem powinna być liberalizacja takich elementów gospodarki jak inwestycje, reformy strukturalne czy handel usługami.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A cotonui partnerségi megállapodás a 2000. évi létrehozásakor alapvető változásokra szólított fel az afrikai, karibi és csendes-óceáni (AKCS) államok csoportja és az Európai Unió közötti gazdasági és politikai kapcsolatokat csaknem 40 éven át meghatározó, régóta fennálló nem kölcsönös kereskedelmi preferenciák terén. A most napirendre vitt javaslatot megszavaztam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del acuerdo económico entre la Unión y los países del sur de África. El instrumento ofrece pocas ventajas reales para los países africanos, ya que sustituye la lógica de no-reciprocidad existente hasta ahora en los EPA, por una de reciprocidad. Es decir, obliga a los países menos desarrollados a abrir sus mercados a los productos europeos y aumentar así aún más la competencia, lo cual tiene repercusiones graves en algunos sectores como el agrícola. Además, se ha ejercido una presión lamentable sobre los países africanos para acelerar la firma del acuerdo.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted against as the Greens/EFA Group rejects the EU-SADC EPA, as it continues to believe that Economic Partnership Agreements (EPAs) are not the right means to foster regional integration, sustainable development and respect for human rights in the ACP region. The EU-SADC EPA singles out six economically very different countries from the 15 SADC member countries. This is likely to bring about the disruption of the still precarious regional integration and regional trade. Cheap imports of European products and inputs might well wipe out infant industry and manufacturing potential.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Manifiesto mi rechazo a la ratificación de este Acuerdo, no porque me oponga a sus objetivos loables de ayudar al desarrollo económico de África del Sur, sino porque su tramitación ha adolecido de ciertos elementos que considero imprescindibles para tomar una decisión acertada.

En concreto, no se ha realizado un estudio de impacto sobre las consecuencias que tendría el acuerdo en el mercado comunitario, en el caso específico de la ampliación un mes y medio más, hasta el 30 de noviembre de cada año, del periodo de exportación de naranjas surafricanas libres de aranceles. Dicha ampliación coincide con el inicio de la campaña de comercialización del sur de la Unión.

El sector citrícola europeo acumula ya varios años de dificultades tratando de garantizar la rentabilidad de sus productores. La nueva concesión a las exportaciones de naranjas surafricanas se une además al malestar del sector por la pasividad de la Comisión Europea a la hora de hacer frente a la amenaza que supone la enfermedad de la «mancha negra» que afecta a los cítricos de ese país. La Comisión no sólo no está atendiendo a esa preocupación, sino que además, ha relajado recientemente los controles sobre el terreno.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor deze aanbeveling omdat de economische partnerschapsovereenkomst tussen de SADC-landen (de zuidelijke Afrikaanse staten) en de EU potentieel heeft voor fundamentele verbeteringen. Ze zal bijdragen tot duurzame economische groei en versterkte interregionale handel en integratie. De overeenkomst over handel en partnerschap kan echter maar een klein onderdeel zijn van een bredere strategie. De SADC-landen moeten in hun binnenlands beleid handel en ontwikkeling stimuleren en structurele hervormingen doorvoeren. Daarnaast is een regelgevend kader nodig dat investeringen aantrekt.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Atualmente, todos os Estados que não celebraram um APE beneficiam do «Sistema de Preferências Generalizadas» da UE (SPG) ou da iniciativa «Tudo menos armas» (TMA). No entanto, para os países que celebraram um APE provisório em 2007, a fim de evitar perturbações de mercado e conceder tempo suficiente para assinar e ratificar o acordo, a UE adotou um regulamento relativo ao acesso ao mercado (RAM), o Regulamento (CE) n.º 1528/2007 do Conselho, a partir de 1 de janeiro de 2008, que permitiu a aplicação antecipada dos APE. Posteriormente, foi decidido que o tratamento RAM [acesso livre à UE] terminaria em 1 de outubro de 2014 para os países que não tivessem celebrado um acordo regional ou não tivessem tomado as medidas necessárias para aplicar os seus APE provisórios.

A UE pretende a liberalização do comércio, a partir da qual os seus grandes grupos financeiros e económicos procuram assegurar a abertura dos mercados, vender mercadorias e serviços, explorar matérias-primas e impor um modelo de produção dirigido à exportação, segundo os seus interesses.

É necessária outra política que promova uma efetiva independência, soberania, cooperação, solidariedade, desenvolvimento e justiça social.

Pelo exposto, voto contra.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht enthält zwar einige vertretbare Ansätze, allerdings fehlt es an einer Verknüpfung zwischen dem wirtschaftlichen Entgegenkommen der EU und der Rücknahme von Migranten durch die betroffenen Staaten. Zudem würde ein Zusammenführen wirtschaftlich extrem unterschiedlicher Staaten (Südafrika, Angola, Lesotho…) zu erheblichen Interessenkonflikten führen. Außerdem könnte es auch negative Auswirkungen auf die europäische Landwirtschaft geben, und somit habe ich den Bericht abgelehnt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I voted against this report in line with the ETUC and some of my S&D colleagues' position, as this new free trade agreement with Africa will require African countries to open their market not only on goods but also on services, investments and intellectual property, which might weaken their economic development. As a supporter of the Alternative Trade Mandate I have worked to promote the view that trade must always put people and planet ahead of profit.

Many studies (South Centre, ILO, etc.) show the negative impact that these kinds of agreements can have on sustainable development. The EPA in the current form would jeopardise food security and have an adverse impact on the agricultural sector of the SADC countries. In the long term, the EPA could impede industrialisation. The Agreement will also lead to a loss of government tariff revenue that is used for measures such as to finance social protection. In view of this concern, I urge my colleagues in Parliament to engage in negotiations that put the respect of labour rights, the Agenda 2030, the growth and development of SADC countries, food security, social protection and the environment at the top of our priorities.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς*. – Η συμφωνία ελεύθερων συναλλαγών με τις Αγκόλα, Μποτσουάνα, Λεσότο, Μοζαμβίκη, Ναμίμπια, Σουαζιλάνδη και Νότια Αφρική αποτελεί μία από τις γνωστές εμπορικές συμφωνίες της ΕΕ με τρίτες χώρες που δρομολογούν το άνοιγμα των αντίστοιχων αγορών στους μεγάλους επιχειρηματικούς ομίλους. Αποτελεί πλήγμα τόσο για τους φτωχούς παραγωγούς και τους μικρομεσαίους αγρότες αυτών των κρατών, όσο και των κρατών μελών της ΕΕ, όπως της Ελλάδας. Με τη συμφωνία τουλάχιστον για μια 5ετια στις συναλλαγές με αυτές τις χώρες καταργείται η προστασία σημαντικών ελληνικών ΠΟΠ και ΠΓΕ, όπως η φέτα και οι ελιές Καλαμών. Δίνεται χαριστική βολή στους μικρούς κτηνοτρόφους και αγρότες της χώρας μας, αφού προστίθεται σε μια σειρά συμφωνίες ΕΕ και κυβέρνησης ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ, όπως η CETA και ο αναθεωρημένος Κώδικας Ελληνικών Τροφίμων, σύμφωνα με τον ΟΟΣΑ, που καταργούν την προστασία σειράς ελληνικών παραδοσιακών (γιαούρτι, φέτα και άλλα). Ωστόσο, σε κάθε περίπτωση οι ενδείξεις γεωγραφικής προέλευσης δεν μπορούν να αποτρέψουν την πορεία που προωθεί το οριστικό ξεκλήρισμα των φτωχών αγροτοκτηνοτρόφων και την ενίσχυση των επιχειρηματικών ομίλων με εμπορικές συμφωνίες που την υπηρετούν. Μόνη διέξοδος η πάλη της μικρομεσαίας αγροτιάς με την εργατική τάξη ενάντια σε ΕΕ και κυβερνήσεις της, σύγκρουση με τα συμφέροντα του κεφαλαίου, την πολιτική της ΚΑΠ και τις εμπορικές συμφωνίες που υπαγορεύει.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Správu pána poslanca Lambsdorffa týkajúcu sa dohody o ekonomickom partnerstve medzi Európskou úniou a krajinami tzv. SADC-DHP som podporila. Táto dohoda nie je na rozdiel od predchádzajúcich dohôd uzatváraných s africkými krajinami založená na nerecipročných preferenciách, ktoré sa ukázali ako neefektívne. Naopak, je založená na síce asymetrických, ale zároveň recipročných pravidlách, na pozitívnej diskriminácii týchto krajín, bezcolnom prístupe na európsky trh a opačne, ako aj zaručuje kompatibilitu s pravidlami Svetovej obchodnej organizácie.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem osnutek sklepa Sveta o sklenitvi Sporazuma o gospodarskem partnerstvu med Evropsko unijo in njenimi državami članicami na eni strani ter državami Južnoafriške razvojne skupnosti (SADC), ki izvajajo SGP, na drugi strani.

Trenutni regionalni trgovinski sporazum je sicer usmerjen v razvojno sodelovanje in trgovino ter vključuje določbe o trajnostnem razvoju, a pušča odprta vrata za pogajanja o dodatnih določbah o storitvah, naložbah, intelektualni lastnini, javnih naročilih in okrepljenih določbah o trajnostnem razvoju.

10.5. Vereinbarung über die Durchführung des Übereinkommens über die Arbeit im Fischereisektor (B8-0976/2016)

Explicații scrise privind votul

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – L'obiettivo della relazione è aumentare la partecipazione delle donne al mercato del lavoro, rendendo l'attuale quadro giuridico e politico dell'UE più moderno e adeguato al mercato del lavoro odierno, onde consentire alle persone con figli o altri familiari a carico di equilibrare meglio la vita familiare e quella professionale, permettere una maggiore condivisione delle responsabilità di cura tra le donne e gli uomini e rafforzare la parità di genere nel mercato del lavoro. Per questi motivi ho espresso voto favorevole.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding motion for a resolution. The International Labour Organisation (a non-EU international body) created rules to do with the health and safety of workers in the fishing sector. UKIP is in favour of complying with international law, but believes the EU should not have a say in whether a Member State signs up to such agreements in their own right. The resolution went to call for an EU Council Directive on the issue, the details of which are very vague at the moment. The only people that should decide such issues are elected to accountable national governments, not EU bureaucrats in Brussels. Voting against this non-legislative resolution would in no way obstruct the process of signing up to the ILO agreement.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this resolution, which calls for the immediate adoption and implementation of the Work in Fishing Convention which was agreed with social partners. The Convention was adopted by the International Labour Organisation in 2007. The Convention aims to ensure that fishers have good conditions of work on fishing vessels. It includes minimum requirements regarding conditions of service, accommodation and food, occupational health and safety, medical care and social security. The resolution notes that the Commission has proposed a Council directive implementing the agreement between the social partners concerning implementation of the Convention, and recommends the immediate adoption of the Council directive, as requested by the social partners.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Je me félicite de cet accord qui vise à renforcer la coopération et la coordination des trois agences européennes pour soutenir les autorités nationales exerçant des fonctions de garde-côtes et permettra à l'EFCA d'accroître ses activités de contrôle et d'inspection et de mener de nouveaux types d'opérations visant à détecter les activités criminelles, perturber les itinéraires de trafic et assurer l'application des législations européenne et nationale.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the resolution on the agreement on the implementation of the Work in Fishing Convention. Workers in the fisheries sector require special protection, considering the special characteristics of work on board of fishing vessels: the high rate of fatal and non-fatal accidents, as well as the risk and incidence of occupational diseases in a hazardous working environment and the unclear distinction between work hours, rest and leisure. To date, only eight countries have ratified the ILO Work in Fishing Convention. Since the Agreement applies to all fishers employed on board of a fishing vessel, which is registered in, or flying the flag of, an EU Member State and which is engaged in commercial fishing operations, I support this resolution of the European Parliament which recommends the immediate adoption of the Council directive implementing the Work in Fishing Convention of the International Labour Organisation (ILO).

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le but de la Commission européenne est d'améliorer les conditions de travail et de vie des pêcheurs qui travaillent à bord de navires battant pavillon d'un État membre de l'UE, en instaurant un cadre juridique consolidé, adapté aux conditions de travail dans le secteur de la pêche maritime.

La proposition de résolution actuellement étudiée en commission EMPL vise à demander de mettre en œuvre l'accord conclu entre la Cogeca, l'ETF et Europêche sur la mise en œuvre de la convention de l'OIT sur le travail dans la pêche – 2007. J'ai donc voté favorablement à ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against this on principle, because the text calls for a new EU Directive without specifying the content.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cet accord car j'estime que les travailleurs du secteur de la pêche doivent faire l'objet d'une protection particulière, eu égard, notamment, aux caractéristiques du travail à bord des navires de pêche, au taux élevé d'accidents mortels et non mortels, ainsi qu'aux risques et incidences des maladies professionnelles.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už susitarimą dėl Konvencijos dėl darbo žvejybos sektoriuje įgyvendinimo. Atsižvelgiant į darbą žvejybos laivuose ypatumus, didelį mirtinų ir nemirtinų nelaimingų atsitikimų skaičių ir profesinių susirgimų riziką bei dažnumą, dirbant, palyginus su kitais sektoriaus, pavojingomis sąlygomis, turint neaiškiai apibrėžtas darbo, poilsio ir laisvalaikio valandas, atsižvelgiant į nuovargio, kuris iš dalies atsiranda dėl poilsio trūkumo, poveikį sveikatai ir saugai, vyraujant neoficialiems ir nestandartiniams darbo santykiams ir atlyginimų tvarkai yra būtina užtikrinti socialinių partnerių susitarimą. Todėl pritariu, kad reikia tobulinti šias su atlyginimais, socialine apsauga ir socialiniu draudimu susijusias nuostatas, siekiant užtikrinti deramas darbuotojų ir jų šeimų pajamas, taip pat ir traumų, nelaimingų atsitikimų ar mirties atvejais.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding motion for resolution. The International Labour Organisation (non-EU international body) created rules to do with the health and safety of workers in the fishing sector. UKIP is in favour of complying with international law, but believe the EU should not have a say whether a Member State signs up to such agreements in their own right. The resolution went to call for an EU Council Directive on the issue, the details of which are very vague at the moment. The only people that should decide such issues are elected an accountable national governments, not EU bureaucrats in Brussels. Voting against this non-legislative resolution would in no way obstruct the process of signing up to the ILO agreement.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Considérant notamment que les travailleurs du secteur de la pêche doivent faire l'objet d'une protection particulière eu égard aux caractéristiques du travail à bord des navires de pêche (taux élevé d'accidents mortels et non mortels, risques de maladies professionnelles plus élevés que d'autres secteurs), j'ai donc tenu à m'associer à cette résolution recommandant l'adoption immédiate de la directive du Conseil visant à la mise en œuvre de l'accord conclu entre les partenaires sociaux sur la mise en œuvre de la convention de l'OIT sur le travail dans la pêche – 2007.

En effet, l'Organisation internationale du travail (OIT) a entamé en 2002 des discussions à l'échelle mondiale sur un ensemble complet et actualisé de normes internationales pour le secteur de la pêche afin de garantir une protection adéquate aux pêcheurs dans le monde entier. Cette initiative a abouti à l'adoption, en 2007, de la convention sur le travail dans la pêche.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione comune sull'attuazione della Convenzione sul lavoro nel settore della pesca. La convenzione, adottata nel 2007 dall'Organizzazione internazionale del lavoro (OIL), ha definito una serie di norme che coprono questioni essenziali per garantire condizioni di lavoro e di vita dignitose a bordo dei pescherecci: età minima per il lavoro, periodi di riposo, norme su alloggio, alimentazione e salario; sono tutte questioni affrontate dall'OIL che sono state ritenute importanti anche dalle istituzioni comunitarie che con decisione del Consiglio hanno autorizzato gli Stati membri a ratificare la convenzione.

Ad oggi sono solo due i paesi che hanno proceduto alla ratifica: Francia ed Estonia. La risoluzione approvata accoglie con favore l'accordo tra parti sociali e Commissione che attua la Convenzione OIL sul lavoro nel settore della pesca e chiede la rapida adozione e attuazione della corrispondente direttiva del Consiglio. L'impostazione del testo, che prevede la definizione di standard minimi comunitari, è la migliore perché garantisce agli Stati membri e alle parti sociali la libertà di adottare misure più favorevoli ai lavoratori nel settore interessato nei singoli paesi.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución ya que los trabajadores del sector pesquero necesitan especial protección. Es un sector que se caracteriza por un elevado número de accidentes laborales, riesgo por enfermedades y condiciones de gran precariedad. Asimismo, es un sector cuyos trabajadores carecen de una delimitación clara del tiempo de descanso y de trabajo, con el consiguiente perjuicio para la salud y la conciliación. Esta resolución es una propuesta de Directiva del Consejo por la que se aplica el Acuerdo entre COGECA, ETF, EUROPECHE, relativa a la aplicación del Convenio sobre el trabajo en la pesca de 2007 de la OIT. Aunque lamentamos que se haya retrasado tanto la presentación al Consejo del acuerdo con los interlocutores sociales presentado en 2013, consideramos que existía una necesidad de desarrollar las disposiciones relativas a los salarios, la protección social y la seguridad social, con miras a garantizar una renta adecuada a los trabajadores y sus familias y que este acuerdo deja a la Unión en una mejor posición para promover su aplicación en los países socios de todo el mundo,

favoreciendo de este modo, unas condiciones de competencia equitativas en el sector pesquero mundial.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Apoyo esta resolución para que se adopte una directiva que va a suponer una indudable mejora en las condiciones de trabajo de los profesionales de la pesca en toda Europa. Me alegra el proceso que ha conducido a la elaboración de esta norma, con intensiva participación del sector afectado y, me alegra que se incorpore en las previsiones de aplicación a los autónomos que trabajan en las mismas embarcaciones o empresas pesqueras con asalariados.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Les discussions relatives à l'instauration d'un ensemble complet et actualisé de normes internationales pour le secteur de la pêche ont démarré en 2002, sous la direction de l'Organisation internationale du travail (OIT). En 2007, les discussions aboutissaient à l'adoption d'une convention internationale sur le travail dans la pêche. Dans le cadre de sa consultation publique, la Commission a consulté les partenaires sociaux européens, afin d'examiner la possibilité d'une initiative commune visant à promouvoir l'application, dans l'UE, des dispositions prévues par cette convention. Plusieurs partenaires ont entamé les discussions, parmi lesquels: la Confédération générale des coopératives agricoles de l'UE (Cogeca), la Fédération européenne des travailleurs des transports (ETF) et l'Association des organisations nationales d'entreprises de la pêche de l'UE (Europêche).

Compte tenu du fait que le but de la Commission européenne est d'améliorer les conditions de travail et de vie des pêcheurs qui travaillent à bord de navires battant pavillon d'un État membre de l'UE, en instaurant un cadre juridique consolidé, adapté aux conditions de travail dans le secteur de la pêche maritime, nous avons jugé qu'il fallait voter favorablement à cet accord améliorant aussi les conditions de vie des pêcheurs français.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Pur essendo un testo in buona parte equilibrato e condivisibile, permangono passaggi che potrebbero aprire a criticità future, mi sono quindi espressa con un voto di astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – 100 000 personas trabajan en la industria pesquera de la Unión, a menudo en circunstancias difíciles. La tasa de accidentes y lesiones puede ser quince veces mayor en comparación con otros sectores.

En 2002, la OIT comenzó las discusiones a escala global para un completo y actualizado conjunto de normas internacionales para el sector pesquero, con el fin de garantizar una protección adecuada de los pescadores a nivel mundial.

Esto dio lugar a la adopción de la Convención de la OIT de 2007 sobre trabajo en el sector pesquero en 2007. Hasta el momento, Francia es el único país de la Unión que ha ratificado este Convenio.

El 29 de abril de 2016, la Comisión Europea presentó una propuesta de Directiva destinada a mejorar las condiciones de trabajo de los trabajadores en el sector pesquero. La propuesta de la Comisión se basa en la solicitud de los interlocutores sociales de aplicar su acuerdo sobre la Convención de la OIT de 2007 sobre trabajo en el sector pesquero.

Respaldo la ratificación del acuerdo de la OIT en el ámbito de la pesca por lo que he votado a favor de esta propuesta de resolución.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pasisakė dėl susitarimo dėl Konvencijos dėl darbo žvejybos sektoriuje įgyvendinimo. Atsižvelgiant į darbo žvejybos laivuose ypatumus, didelį mirtinų ir nemirtinų nelaimingų atsitikimų skaičių ir profesinių susirgimų riziką bei dažnumą, dirbant, palyginus su kitais sektoriaus, pavojingomis sąlygomis, turint neaiškiai apibrėžtas darbo, poilsio ir laisvalaikio valandas, atsižvelgiant į nuovargio, kuris iš dalies atsiranda dėl poilsio trūkumo, poveikį sveikatai ir saugai, vyraujant neoficialiems ir nestandartiniams darbo santykiams ir atlyginimų tvarkai, įskaitant dalijimosi įgula sistemas, žuvininkystės sektoriaus darbuotojams reikia specialios apsaugos, TDO 2007 m. priėmė konvenciją dėl darbo žvejybos sektoriuje. Tačiau iki šiol TDO konvenciją dėl darbo žvejybos sektoriuje (Nr. 188) ratifikavo tik 8 šalys, iš kurių tik dvi ES šalys – Prancūzija ir Estija. Parlamento manymu, ES ir jos valstybės narės turėtų atlikti vadovaujamą vaidmenį skatinant užtikrinti deramus atlyginimus ir darbo sąlygas žuvininkystės sektoriuje.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Čeprav so socialni partnerji zelo pozno predložili usklajen sporazum Svetu, saj je bil dokončan že leta 2013, pa je pohvalno, da imamo končno dokument, ki ureja razmere za vse ribiče, zaposlene na ribiških plovilih, ki so registrirana v državah članicah EU ali plujejo pod njihovo zastavo in se ukvarjajo z gospodarskim ribolovom.

Gre za delo v težkih pogojih, precej večje je tveganje za poklicne bolezni, velikokrat pa so tudi nejasna pogodbena razmerja med delodajalcem in delojemalci. Zato je ta sporazum več kot dobrodošel za vse tiste, ki se ukvarjajo s tem napornim poklicem, in ima tudi z glasom za resolucijo na seji Evropskega parlamenta direktiva mojo podporo.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport prévoit de généraliser les dispositions de l'OIT pour le travail dans le cadre de la pêche. Ces dispositions visent à protéger les pêcheurs, et la France a déjà ratifié cette convention. Par conséquent, j'ai voté pour.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il settore della pesca è un settore cresciuto notevolmente e tale crescita ha condizionato pesantemente anche le condizioni di lavoro e di sicurezza sul lavoro. I lavoratori del settore della pesca devono spesso affrontare condizioni di lavoro difficili. Pertanto, è necessario garantire una protezione adeguata dei pescatori a livello globale, tenendo conto delle caratteristiche particolari del lavoro a bordo dei pescherecci, dell'elevato tasso di infortuni e del rischio di malattie, della non chiara distinzione fra orario di lavoro, riposo e tempo libero.

L'adozione di questi standard internazionali del lavoro per quella che è una delle professioni più pericolose del mondo è estremamente importante per proteggere i lavoratori e fornire loro condizioni di lavoro dignitose. Per questo, gli obiettivi del presente accordo sono la tutela delle condizioni di vita e di lavoro, la salute e la sicurezza dei lavoratori nel settore della pesca marittima.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution vise à mettre en œuvre l'accord conclu entre la Confédération générale des coopératives agricoles de l'Union européenne, la Fédération européenne des travailleurs des transports ainsi que l'Association des organisations nationales d'entreprises de la pêche de l'Union concernant la convention de l'Organisation internationale du travail sur le travail dans la pêche, adoptée en 2007. Celle-ci prévoit une harmonisation du cadre législatif concernant les conditions de travail à bord des navires de pêche. J'ai voté pour ce texte qui protège les pêcheurs des dangers liés à leur activité.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della risoluzione sulla proposta di direttiva del Consiglio recante attuazione dell'accordo concluso dalla Confederazione generale delle cooperative agricole nell'Unione europea (COGECA), dalla Federazione europea dei lavoratori dei trasporti (ETF) e dall'Associazione delle organizzazioni nazionali delle imprese di pesca dell'Unione europea *(Europêche)* del 21 maggio 2012, modificato l'8 maggio 2013, relativo all'attuazione della Convenzione sul lavoro nel settore della pesca del 2007 dell'Organizzazione internazionale del lavoro.

L'Unione europea e i suoi Stati membri dovrebbero svolgere un ruolo guida nella promozione di salari e condizioni di lavoro adeguate nel settore della pesca, tenendo presente, che l'accordo si applica a tutti i pescatori impiegati a bordo di un peschereccio registrato in uno Stato membro dell'UE. L'Unione europea, integrando nella propria normativa l'accordo delle parti sociali relativo alla convenzione dell'OIL sul lavoro nel settore della pesca, sarà in condizione di favorire l'attuazione dello stesso nei paesi partner in tutto il mondo, contribuendo così ad una maggiore equità nel settore.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this resolution, which calls for the immediate adoption and implementation of the Work in Fishing Convention which was agreed with social partners. The Convention was adopted by the International Labour Organisation in 2007. The Convention aims to ensure that fishers have good conditions of work on fishing vessels. It includes minimum requirements regarding conditions of service, accommodation and food, occupational health and safety, medical care and social security. The resolution notes that the Commission has proposed a Council directive implementing the agreement between the social partners concerning implementation of the Convention, and recommends the immediate adoption of the Council directive, as requested by the social partners.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding motion for resolution. The International Labour Organisation (non-EU international body) created rules to do with the health and safety of workers in the fishing sector. UKIP is in favour of complying with international law, but believe the EU should not have a say whether a Member State signs up to such agreements in their own right. The resolution went to call for an EU Council Directive on the issue, the details of which are very vague at the moment. The only people that should decide such issues are elected an accountable national governments, not EU bureaucrats in Brussels. Voting against this non-legisla-

tive resolution would in no way obstruct the process of signing up to the ILO agreement.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this European Parliament resolution on the proposal for a Council directive implementing the agreement concluded between the social partners concerning the implementation of the Work in Fishing Convention, 2007, of the International Labour Organisation. The ILO Work in Fishing Convention (No 188), along with Recommendation (No 199), covers essential matters to ensure decent working and living conditions on board vessels, specially since workers in the fisheries sector require special protection, considering, among other things, the special characteristics of work on board fishing vessels in comparison with other sectors and the hazardous working environment and odd working hours.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Con il rapporto si raccomanda l'adozione della proposta di direttiva del Consiglio che implementa l'accordo concluso tra COGECA, ETF, EUROPECHE nel 2013 sull'attuazione della Convenzione sul lavoro dell'ILO nel settore della pesca. In particolare vale la pena sottolineare come la Convenzione richiamata e la raccomandazione 199 che la accompagna richiedano condizioni di lavoro e di vita a bordo delle imbarcazioni dignitose, norme stringenti in materia di salute e sicurezza, definizione di età minima lavorativa e protezione dei giovani lavoratori. Ho votato sicuramente a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε το ψήφισμα τονίζοντας ότι οι εργαζόμενοι στον τομέα της αλιείας έχουν ανάγκη ειδικής προστασίας λαμβάνοντας, μεταξύ άλλων, υπόψη την ειδική φύση της εργασίας σε αλιευτικά πλοία, τον υψηλό αριθμό θανατηφόρων και μη ατυχημάτων, καθώς και τον κίνδυνο και την εμφάνιση επαγγελματικών νόσων, σε σύγκριση με άλλους τομείς, στο πλαίσιο ενός επικίνδυνου εργασιακού περιβάλλοντος, τον ασαφή διαχωρισμό μεταξύ ωρών εργασίας, ανάπαυσης και αναψυχής και τον αντίκτυπο της κόπωσης λόγω, εν μέρει ανεπαρκούς ξεκούρασης, στην υγεία και την ασφάλεια· στα ανωτέρω συγκαταλέγεται η διάδοση ανεπίσημων και άτυπων εργασιακών σχέσεων και ρυθμίσεων αποδοχών, συμπεριλαμβανομένων των συστημάτων μερισμού πληρώματος.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho appoggiato la proposta di risoluzione riguardante la Convenzione sul lavoro nel settore della pesca dell'Organizzazione internazionale del lavoro (OIL) dal momento che costituisce un documento per la tutela dei pescatori. Le particolari caratteristiche del lavoro a bordo di pescherecci richiedono infatti un accordo speciale.

D'altro canto, trovo opportuno che, nel rispetto del principio di sussidiarietà, questo documento fornisca i requisiti minimi, lasciando spazio di manovra agli Stati membri e/o alle parti sociali al fine di adottare misure più favorevoli ai lavoratori nel settore interessato, in particolare per quanto riguarda le disposizioni relative al salario, alla protezione sociale e alla sicurezza sociale.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the vote on the Agreement on the implementation of the Work in Fishing Convention and noted no objections.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding motion for resolution. The International Labour Organisation (non-EU international body) created rules to do with the health and safety of workers in the fishing sector. UKIP is in favour of complying with international law, but believe the EU should not have a say whether a Member State signs up to such agreements in their own right. The resolution went to call for an EU Council Directive on the issue, the details of which are very vague at the moment. The only people that should decide such issues are elected an accountable national governments, not EU bureaucrats in Brussels. Voting against this non-legislative resolution would in no way obstruct the process of signing up to the ILO agreement.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della mozione per la risoluzione perché ritengo fondamentale l'adozione della direttiva per l'attuazione della convenzione sul lavoro nel settore della pesca, in quanto i lavoratori del suddetto settore necessitano di maggiore protezione, essendo esposti costantemente a pericoli e a possibili infortuni.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I understand that workers in the fisheries sector require special protection, considering, among other things, the special characteristics of work on board fishing vessels; the high rate of fatal and non-fatal accidents, as well as the risk and incidence of occupational diseases.

As to minimum standard requirements we should allow Member States to adopt measures which are more favourable to workers in the area concerned. This applies to self-employed fishers working alongside workers on the same vessel. I feel that the report is right in requiring further development of provisions related to wages, social protection and social security in order to ensure an adequate and decent income for workers and their families.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para que el Consejo se pronuncie en favor de la adopción del Convenio OIT 188 de trabajo en la pesca, según lo acordado por los interlocutores sociales europeos. Con ello, he querido apoyar el diálogo social europeo y, sobre todo, la adopción de los estándares de la OIT, para proveer unos estándares mínimos de protección social, descanso, salarios, indemnizaciones y salud y seguridad en el trabajo a los pescadores en barcos europeos. Confío, además, que la adopción del Convenio 188 por parte de la Unión abra la puerta a su ratificación por terceros países, sirviendo de referencia a nivel global.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – W sprawie wdrożenia Konwencji Międzynarodowej Organizacji Pracy dotyczącej pracy w sektorze rybołówstwa wstrzymałem się od głosu. To, co wzbudza polityczne kontrowersje i do czego mam ogólne zastrzeżenia, to porozumienia między partnerami społecznymi, gdyż nie są one negocjowane przez którykolwiek z rządów państw członkowskich. Frakcja polityczna, do której należę, zgłosiła poprawkę do rozporządzeń, wskazując na powinność korzystania przez partnerów społecznych z narzędzi lepszego stanowienia prawa. Biorąc pod uwagę, jak wygląda obecny dokument, zdecydowałem się na wstrzymanie się od głosu.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The Commission's proposal aims at improving the work conditions for those employed in the fishing sector due to their injury rate being 15 times higher than other jobs. People in the fishing sector face harsh conditions with long hours at sea, unpredictable circumstances and hard labour. The report recommends the immediate adoption of the Council directive. In committee, this passed with a large majority. To protect workers' rights and have harmonised labour standards, I voted in favour of this agreement.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding motion for a resolution. The International Labour Organisation (a non-EU international body) created rules to do with the health and safety of workers in the fishing sector. UKIP is in favour of complying with international law, but believes the EU should not have a say in whether a Member State signs up to such agreements in their own right. The resolution went to call for an EU Council Directive on the issue, the details of which are very vague at the moment. The only people that should decide such issues are elected to accountable national governments, not EU bureaucrats in Brussels. Voting against this non-legislative resolution would in no way obstruct the process of signing up to the ILO agreement.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution sur la mise en œuvre de l'accord entre la Confédération générale des coopératives agricoles de l'Union européenne (Cogeca), la Fédération européenne des travailleurs des transports (ETF) et l'Association des organisations nationales d'entreprises de pêche de l'Union européenne (EUROPÊCHE), relatif à la mise en œuvre de la convention sur le travail dans la pêche, 2007, de l'Organisation internationale du travail.

Il est nécessaire de garantir des conditions de travail décentes aux travailleurs du secteur de la pêche qui doivent faire face à un taux élevé d'accidents du travail et des risques importants de maladies professionnelles. Nous appelons alors les États membres à adopter au plus vite les exigences minimales accordant une protection adéquate à ces travailleurs, notamment une protection sociale.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce texte est le résultat de négociations entamées par l'Organisation internationale du travail depuis 2002 pour l'amélioration des conditions de travail dans le secteur de la pêche.

Cette convention de l'OIT de 2007 instaure un cadre de travail sur les bateaux de pêche concernant les conditions minimales requises pour le travail à bord des navires de pêche et les conditions de services (effectifs, recrutement, conditions de travail à bord). Après consultation auprès des partenaires sociaux, la Commission souhaite mettre en œuvre ladite convention dans l'Union européenne. J'ai donc voté pour ce texte.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Πρέπει να προωθούνται συμφωνίες οι οποίες συμβάλλουν στην ανάπτυξη των κρατών μελών της Ένωσης.

Τόσο η συμφωνία που έχει συναφθεί από τους κοινωνικούς εταίρους όσο και η πρόταση της Επιτροπής προβλέπουν ευνοϊκότερα μέτρα για τους εργαζομένους και υπογραμμίζεται η ανάγκη ανάπτυξης των διατάξεων εκείνων που σχετίζονται με τις αποδοχές, την κοινωνική προστασία και την κοινωνική πρόνοια ώστε να εξασφαλισθεί για τους εργαζομένους και τις οικογένειές τους επαρκές και αξιοπρεπές εισόδημα, επίσης σε περίπτωση τραυματισμού, ατυχήματος ή θανάτου.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Os trabalhadores do setor das pescas necessitam de uma proteção especial, tendo em conta, entre outros elementos, as características especiais do trabalho a bordo de embarcações de pesca.

A elevada taxa de acidentes fatais e não fatais, os riscos e a incidência de doenças profissionais, em comparação com outros setores, num ambiente de trabalho perigoso, a distinção pouco clara entre horário de trabalho, de repouso e de lazer e o impacto na saúde e na segurança da fadiga, resultante, em parte, do repouso insuficiente, bem como a prevalência de relações de trabalho e de modalidades salariais informais e atípicas, incluindo sistemas de distribuição de lucros entre a tripulação, são questões tidas em conta.

O acordo, no qual votei favoravelmente, aplica-se a todos os pescadores empregados a bordo de um navio de pesca registado num Estado-Membro ou que dele arvorem pavilhão e que exerçam operações de pesca comercial.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: des mesures doivent être prises pour prévenir des accidents du travail, des maladies professionnelles et des risques liés au travail à bord; une formation adéquate doit être offerte aux pêcheurs.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução diz respeito à Convenção n.º 188 da OIT, relativa ao trabalho no setor das pescas. Esta Convenção, aprovada em 2007, prevê um conjunto de alterações que visam contribuir para a melhoria das condições dos trabalhadores a bordo, tendo em conta as altíssimas taxas de sinistralidade neste contexto.

Destacam-se, entre outras, as seguintes medidas:

— Responsabilização dos proprietários de embarcações de pesca e capitães relativamente à saúde e à segurança dos trabalhadores;

— Definição de uma idade mínima de trabalho e proteção dos trabalhadores jovens;

— Obrigatoriedade de exames médicos certificados;

— Obrigação de existirem períodos de descanso;

— Pagamento regular dos pescadores e permissão de realizar transferências para família;

— Normas de alojamento e alimentação;

— Definição de normas de segurança e de saúde e existência de cuidados médicos a bordo;

— Descontos para a segurança social;

— Proteção social em caso de doenças, lesões e morte.

No seu conjunto, as disposições da recomendação, embora de aplicação limitada, poderiam ajudar a resolver problemas que há muito se arrastam no setor.

Lamentavelmente, no contexto da UE, apenas a França e a Estónia subscreveram esta Convenção. A resolução faz o apelo a uma subscrição generalizada, razão pela qual votámos a favor.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato contro l'accordo relativo all'attuazione della Convenzione sul lavoro nel settore della pesca, poiché i relativi accordi delle parti sociali non sono stati negoziati dagli Stati membri. Gli Stati membri dovrebbero svolgere un ruolo guida nella promozione di condizioni di lavoro e salari dignitosi nel settore della pesca, tenendo conto che i lavoratori del settore della pesca necessitano di una protezione speciale.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Pracovníci v odvetví rybárstva čelia viacerým rizikovým faktorom pri výkone svojho povolania, napríklad vysokej miere smrteľných nehôd, ako aj rizikám s výskytom chorôb z povolania v porovnaní s inými odvetviami na trhu práce. Je preto dôležité týmto pracovníkom zabezpečiť osobitnú ochranu. Preto je veľmi nešťastné, že do dnešného dňa iba 2 členské štáty podpísali Dohovor o práci v odvetví rybolovu, keďže Európska únia a jej členské štáty by mali byť lídrami a mať vedúcu úlohu pri presadzovaní dôstojných miezd a pracovných podmienok v odvetví rybárstva.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω τη συμφωνία σχετικά με την εφαρμογή της Σύμβασης για την εργασία στον τομέα της αλιείας καθώς πρέπει να προωθούνται τέτοιες συμφωνίες οι οποίες συμβάλλουν στην ανάπτυξη των κρατών μελών της Ένωσης.

Τόσο η συμφωνία που έχει συναφθεί από τους κοινωνικούς εταίρους όσο και η πρόταση της Επιτροπής προβλέπουν ευνοϊκότερα μέτρα για τους εργαζομένους και υπογραμμίζεται η ανάγκη ανάπτυξης των διατάξεων εκείνων που σχετίζονται με τις αποδοχές, την κοινωνική προστασία και την κοινωνική πρόνοια ώστε να εξασφαλισθεί για τους εργαζομένους και τις οικογένειές τους επαρκές και αξιοπρεπές εισόδημα, επίσης σε περίπτωση τραυματισμού, ατυχήματος ή θανάτου.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The fishing industry has grown considerably. This growth, however, hasn't come without a cost – in terms of working conditions and occupational safety – to full and part-time workers in the fishing sector. People in the fishing sector often face harsh or difficult working conditions: they may spend long periods at sea and are frequently exposed to unpredictable and dangerous conditions. Adopting these international labour standards for what is one of the world's most dangerous professions is extremely important to protect workers and provide them with decent working conditions. I therefore voted in favour of the agreement.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A 2006/87/EK irányelv felülvizsgálatának célja, hogy egységesítsék a belvízi hajózásra vonatkozó műszaki szabványokat, a belvízi hajózási szabványok kidolgozásáért felelős európai bizottság (CESNI) előírásainak figyelembevételével. A CESNI annak érdekében jött létre, hogy elősegítse az európai belvízi hajózási szektorra vonatkozó szabványok egységesítését. Ennek fényében megfelelő fokú biztonság, valamint hatékonyság jellemezné a belvízi hajózást, a szektorra vonatkozó tudományos, illetve technikai fejlődés figyelembevételével. A lépés tehát magasabb fokú jogbiztonságot eredményezne, valamint kellő időben tenné lehetővé a megfelelő kiigazításokat a technikai fejlődés jegyében, emellett Unió szerte hozzájárulna a szigorú biztonsági szabványok betartásához, az innováció és a biztonság akadályozása nélkül.

A belvízi hajózás biztonságának és hatékonyságának fontossága, valamint a szakmai, illetve a technikai fejlődés, mint a versenyképesség és a korszerű belvízi hajózás elengedhetetlen elemeinek figyelembevételével egyetértek a felülvizsgálati törekvésekkel, így a Fidesz Néppárti Delegációjának tagjaként szavazatommal támogatom a jelentést.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de resolución considerando que el acuerdo celebrado por los interlocutores sociales y la propuesta de la Comisión se limita a establecer requisitos mínimos, permitiendo así a los Estados miembros y a los interlocutores sociales adoptar medidas que sean más favorables para los trabajadores del sector. Del mismo modo, es importante señalar que este acuerdo se aplica también a los pescadores autónomos que trabajen junto a trabajadores asalariados en el mismo buque. Debemos desarrollar las disposiciones relativas a los salarios, la protección social y la seguridad social, con miras a garantizar una renta adecuada a los trabajadores y sus familias, también en casos de lesión, accidente o fallecimiento.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della mozione di risoluzione del PE sull'applicazione d'accordo concluso fra le parti sociali il 21 maggio 2012, successivamente emendato dal Consiglio che concerne l'implementazione della Convenzione dell'ILO riguardante il lavoro nel settore della pesca perché ritengo che questo settore sia molto importante per l'economia di molti Stati membri e di talune aree del nostro paese in particolare.

In qualità di relatore ombra per il gruppo S&D ho sostenuto sin dall'inizio questa risoluzione avente l'obiettivo prioritario di spronare il Consiglio ad adottare la direttiva in occasione del prossimo del Consiglio EPSCO che si svolgerà il prossimo13 ottobre. Dopo quattro anni dalla firma dell'accordo è giunto il tempo adottare la proposta di direttiva del Consiglio, con la quale viene implementato questo accordo, perché è urgente garantire condizioni di lavoro decenti e la sicurezza sui luoghi di lavoro ai lavoratori del settore della pesca.

La proposta di direttiva del Consiglio presentata dalla Commissione mira, infatti, a incorporare l'accordo intervenuto fra le parti sociali volto a migliorare le condizioni di lavoro degli oltre 100.000 lavoratori del settore della pesca in Europa, spesso costretti a lavorare in condizioni molto difficili e per lunghi periodi in mare.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Als zuständiger Berichterstatter meiner EKR-Fraktion habe ich für die Vereinbarung über die Durchführung des Übereinkommens über die Arbeit im Fischereisektor gestimmt. Diese Vereinbarung schafft neue, gut anwendbare Sicherheiten für Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Fischereisektor. Sie berücksichtigt die berechtigten Anliegen des Mittelstandes.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – The fishing industry has grown considerably. This growth, however, hasn't come without a cost – in terms of working conditions and occupational safety – to full and part-time workers in the fishing sector. People in the fishing sector often face harsh or difficult working conditions: they may spend long periods at sea and are frequently exposed to unpredictable and dangerous conditions. Adopting these international labour standards for what is one of the world's most dangerous professions is extremely important to protect workers and provide them with decent working conditions.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Cette résolution porte sur une proposition de directive relative à la mise en œuvre de la convention de l'Organisation internationale du travail de 2007 sur le travail dans la pêche.

Il s'agit de garantir une protection des pêcheurs dans le monde entier et plus spécifiquement au sein de l'Union européenne. Cette protection porte sur les conditions de travail et de vie des pêcheurs qui travaillent à bord de navires battant pavillon d'un État membre de l'Union européenne: âge minimum, examen médical, effectifs sur les navires, temps de repos, liste d'équipage, rapatriement, mode de paiement, logement à bord, soins médicaux, alimentation, sécurité, etc.

Pour le moment, seuls deux pays de l'Union, la France et l'Estonie, ont ratifié cette convention, mais son incorporation dans la législation européenne devrait mieux protéger nos pêcheurs, tout en évitant d'éventuelles distorsions de concurrence. C'est la raison pour laquelle j'ai voté cette résolution.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución ya que los trabajadores del sector pesquero necesitan especial protección. Es un sector que se caracteriza por un elevado número de accidentes laborales, riesgo por enfermedades y condiciones de gran precariedad. Asimismo, es un sector cuyos trabajadores carecen de una delimitación clara del tiempo de descanso y de trabajo, con el consiguiente perjuicio para la salud y la conciliación. Esta resolución es una propuesta de Directiva del Consejo por la que se aplica el Acuerdo entre COGECA, ETF, EUROPECHE, relativa a la aplicación del Convenio sobre el trabajo en la pesca de 2007 de la OIT. Aunque lamentamos que se haya retrasado tanto la presentación al Consejo del acuerdo con los interlocutores sociales presentado en 2013, consideramos que existía una necesidad de desarrollar las disposiciones relativas a los salarios, la protección social y la seguridad social, con miras a garantizar una renta adecuada a los trabajadores y sus familias y que este acuerdo deja a la Unión en una mejor posición para promover su aplicación en los países socios de todo el mundo, favoreciendo de este modo, unas condiciones de competencia equitativas en el sector pesquero mundial.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour. Workers in the fisheries sector require special protection, considering, among other things: the special characteristics of work on board fishing vessels; the high rate of fatal and non-fatal accidents, as well as the risk and incidence of occupational diseases, in comparison with other sectors, in a hazardous working environment; also, the unclear distinction between work hours, rest and leisure, and the impact on health and safety of fatigue resulting, in part, from insufficient rest required to implement specific rules on work in the fisheries.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted to support this resolution on the proposal for a Council directive implementing the agreement concluded between the social partners concerning the implementation of the ILO's Work in Fishing Convention, 2007. ILO Convention 188 and Recommendation 199 deal with concerns such as decent labour and living conditions and health and safety on board, rest periods, payment and accommodation and social security protection in the fishing industry. As a minimum agreement Member States and the social partners are free to pursue measures that go beyond the requirements set out in the Directive, and the agreement will help the EU to promote the Convention's implementation in partner countries around the world. It is also particularly welcome that this agreement also applies to self-employed fishermen who work alongside workers on the same vessel.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because it proposes to safeguard working conditions for those employed on board fishing vessels, including protection from exploitation and provision of adequate health and safety standards.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding motion for a resolution. The International Labour Organisation (a non-EU international body) created rules to do with the health and safety of workers in the fishing sector. UKIP is in favour of complying with international law, but believes the EU should not have a say in whether a Member State signs up to such agreements in their own right. The resolution went to call for an EU Council Directive on the issue, the details of which are very vague at the moment. The only people that should decide such issues are elected to accountable national governments, not EU bureaucrats in Brussels. Voting against this non-legislative resolution would in no way obstruct the process of signing up to the ILO agreement.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Prijedlog rezolucije o Prijedlogu direktive Vijeća o provedbi Sporazuma sklopljenog između Općeg udruženja poljoprivrednih zadruga u Europskoj uniji (COGECA), Europskog saveza transportnih radnika (ETF) i Udruženja nacionalnih organizacija ribolovnih poduzeća (EUROPÊCHE) od 21. svibnja 2012., kako je izmijenjen 8. svibnja 2013., o provedbi Konvencije Međunarodne organizacije rada o radu u ribolovu iz 2007., jer smatram da bi EU i države članice trebale imati vodeću ulogu u promicanju dostojnih plaća i uvjeta rada u ribarstvu, s obzirom da je radnicima u tom sektoru potrebna posebna zaštita.

U usporedbi s drugim sektorima, radnici u ribarstvu rade u opasnom radnom okruženju u kojem nerijetko dolazi do nesreća sa smrtnim ishodom, te se javlja rizik i pojava profesionalnih bolesti. Nadalje tu je nejasno razgraničenje među radnim vremenom, odmorom i slobodnim vremenom te utjecaj umora na zdravlje i sigurnost, velika učestalost neformalnih i atipičnih radnih odnosa te sustava isplate plaća. Socijalni dijalog na europskoj razini svakako je potreban kako bi se ovaj sektor i uvjeti rada unaprijedili.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce texte cadre les dispositions de mise en œuvre de la convention du travail pour le secteur de la pêche.

En ce qui concerne l'équipage notamment, les navires doivent être dotés d'effectifs suffisants en nombre et en qualité pour assurer la sécurité de navigation et de fonctionnement du navire. Une durée minimum de repos pour les pêcheurs doit être fixée, et elle ne peut jamais être inférieure à 10h/période de 24h et 77h/période de 7 jours, selon les dispositions du temps de repos. Tout navire de pêche doit en outre avoir à bord une liste d'équipage. Enfin, un accord d'engagement du pêcheur doit être signé entre le pêcheur et l'armateur.

Ces mesures me semblent un minimum acceptable et permettent de limiter le dumping social dont peuvent être victimes les pêcheurs français.

Diane James (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding motion for a resolution. The International Labour Organisation (a non-EU international body) created rules to do with the health and safety of workers in the fishing sector. UKIP is in favour of complying with international law, but believes the EU should not have a say in whether a Member State signs up to such agreements in their own right. The resolution went to call for an EU Council Directive on the issue, the details of which are very vague at the moment. The only people that should decide such issues are elected to accountable national governments, not EU bureaucrats in Brussels. Voting against this non-legislative resolution would in no way obstruct the process of signing up to the ILO agreement.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Hlasoval jsem ve prospěch totoho usnesení, protože je důležité vzít v potaz rizikovou povahu pracovního prostředí rybolovu v porovnání s jinými odvětvími. Obzvláště vítám fakt, že tato dohoda mezi sociálními partnery stanovuje pouze minimální požadavky členským státům, které si mohou opatření přijímat podle toho, co je v dané oblasti pro pracovníky rybolovu vhodnější.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Alexander Graf Lambsdorff sur l'accord de partenariat économique entre l'Union et les États africains membres de l'APE CDAA.

Il s'agit du premier réel accord régional entre l'Afrique et l'Union européenne et il consacre une étape importante dans les futures relations commerciales entre les deux régions. Un programme que je considère complet dans la mesure où celui-ci prévoit un soutien à l'investissement, une amélioration de la capacité des États en matière de politique commerciale et la promotion de l'intégration régionale. Malgré les difficultés que rencontre cette région, je pense qu'il est important de mener des actions concrètes tournées vers l'avenir.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Eva Kaili (S&D), *in writing*. – I have voted for the motion for a resolution on the agreement on the implementation of the Work in Fishing Convention, as it welcomes the fact that the agreement as concluded by the social partners and the Commission proposal provides only for minimum requirements, allowing Member States and/or social partners to adopt measures which are more favourable to workers in the area concerned; notes that this agreement also applies to self-employed fishers working alongside workers on the same vessel; underlines the need to develop those provisions related to wages, social protection and social security in order to ensure an adequate and decent income for workers and their families, including in the case of injury, accident or death; highlights the importance of establishing the mechanisms for implementation of the agreement, including the development of appropriate inspection and enforcement measures.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich enthalte mich zu dieser Entschließung. Für die meisten kleinen Fischereibetriebe gibt es kaum Verbesserungen bzw. Maßnahmen, welche praktikabel Anwendung finden würden.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Il presente accordo si basa sull'attuazione della Convenzione sul lavoro nel settore della pesca, e prevede una maggiore tutela nei riguardi dei lavoratori che prestano la propria attività a bordo dei pescherecci, considerato l'elevato tasso di infortuni mortali e non mortali, così come anche il rischio di malattie professionali e della loro frequenza rispetto ad altri settori in un ambiente di lavoro pericoloso.

Inoltre, esso mira a garantire condizioni di lavoro e di vita dignitose a bordo, la responsabilità degli armatori di pescherecci e dei comandanti in materia di salute e sicurezza dei lavoratori; la fissazione di un'età minima per il lavoro e la tutela dei giovani lavoratori; gli esami e i certificati medici obbligatori; i periodi di riposo; gli accordi di assunzione, che stabiliscono compiti e condizioni di lavoro.

L'accordo si applica a tutti i pescatori impiegati a bordo di un peschereccio che è registrato in uno Stato membro dell'UE o che ne batte la bandiera e che è impegnato in operazioni di pesca commerciale. Per tali motivazioni, si raccomanda l'adozione immediata della direttiva del Consiglio, come richiesto dalle parti sociali, ed esprimo pertanto pieno accordo con la medesima.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cet accord, car il apporte des garanties aux travailleurs dans le secteur de la pêche (nombre maximal d'heures de travail, congés, temps de repos, protection sociale, protection médicale, etc.). Il se fonde en outre sur une convention de l'OIT que la France a déjà ratifiée, ce qui signifie qu'il n'apportera pas de contraintes supplémentaires pour notre pays.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution sur l'accord relatif à la mise en œuvre de la convention sur le travail dans la pêche.

En 2002, l'Organisation internationale du travail (OIT) a entamé des discussions à l'échelle mondiale sur un ensemble complet et actualisé de normes internationales pour le secteur de la pêche, afin de garantir une protection adéquate aux pêcheurs dans le monde entier. Ces discussions ont abouti en 2007 à l'adoption de la convention sur le travail dans la pêche.

Le but de la résolution est d'améliorer les conditions de travail et de vie des pêcheurs qui travaillent à bord de navires battant pavillon d'un État membre de l'UE, en instaurant un cadre juridique consolidé, adapté aux conditions de travail dans le secteur de la pêche maritime. Le texte demande de mettre en œuvre l'accord conclu entre la Cogeca, l'ETF et Europêche sur la mise en œuvre de la convention de l'OIT sur le travail dans la pêche – 2007.

Il est à noter que la France est le seul État membre à avoir ratifié cette convention.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Le but de la Commission européenne est d'améliorer les conditions de travail et de vie des pêcheurs qui travaillent à bord de navires battant pavillon d'un État membre de l'UE, en instaurant un cadre juridique consolidé, adapté aux conditions de travail dans le secteur de la pêche maritime.

Cette proposition de résolution demande donc l'application de l'accord conclu entre la Cogeca, l'ETF et Europêche sur la mise en œuvre de la convention de l'OIT sur le travail dans la pêche, datant de 2007. À noter que la France est le seul État membre à avoir ratifié cette convention.

J'ai logiquement voté pour cette résolution.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque el acuerdo pretende mejorar las condiciones de trabajo de los trabajadores en el sector pesquero. De acuerdo con datos de la Comisión, más de 100 000 personas trabajan en la industria pesquera de la Unión, a menudo en circunstancias difíciles. La tasa de accidentes y lesiones puede ser quince veces mayor en comparación con otros sectores.

La propuesta de la Comisión se basa en la solicitud de los interlocutores sociales. En 2002, la OIT comenzó las discusiones sobre una escala global en una completa y actualizada conjunto de normas internacionales para el sector pesquero, con el fin de garantizar una protección adecuada de los pescadores a nivel mundial. Esto dio lugar a la adopción del trabajo en la pesca en 2007. Hasta el momento, Francia es el único país de la Unión que ha ratificado este Convenio.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para que el Consejo se pronuncie en favor de la adopción del Convenio OIT 188 de trabajo en la pesca, según lo acordado por los interlocutores sociales europeos. Con ello, he querido apoyar el diálogo social europeo y, sobre todo, la adopción de los estándares de la OIT, para proveer unos estándares mínimos de protección social, descanso, salarios, indemnizaciones y salud y seguridad en el trabajo a los pescadores en barcos europeos. Confío, además, que la adopción del Convenio 188 por parte de la Unión abra la puerta a su ratificación por terceros países, sirviendo de referencia a nivel global.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Česká republika sice nemá moře, ale naši občané mohou na rybářských lodích pracovat. Nesouhlasím s tím, aby pravidla pro pracovní podmínky na moři určovala směrnice EU. Ponechal bych stanovení pravidel pro podmínky pracovníků na rybářských lodích na jednotlivých státech, pod jejichž vlajkou lodě plují.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Ova rezolucija naglašava kako je radnicima u sektoru ribarstva potrebna posebna zaštita s obzirom na posebne značajke rada na ribarskim plovilima, visoku stopu nesreća sa smrtnim ishodom te rizik od profesionalnih bolesti. Do sada je samo osam država članica ratificiralo Konvenciju Međunarodne organizacije rada br. 188 o radu u ribolovu, a ona obuhvaća glavna pitanja koja se odnose na jamčenje dostojnih uvjeta rada i života na brodu.

Ovaj Sporazum primjenjuje se na sve ribare zaposlene na ribarskim plovilima koja su registrirana u jednoj od država članica EU-a ili plove pod njezinom zastavom i čija je aktivnost komercijalni ribolov. Budući da će uvrštavanjem Sporazuma socijalnih partnera o Konvenciji Međunarodne organizacije rada o radu u ribolovu u zakonodavstvo EU-a Europska unija ojačati svoju poziciju u pogledu poticanja provedbe u partnerskim državama, čime će se doprinijeti ostvarenju poštenih i jednakih uvjeta za sektor ribarstva u svijetu, podržala sam ovu rezoluciju.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της σύστασης σχετικά με πρόταση οδηγίας του Συμβουλίου για την ενσωμάτωση της συμφωνίας που συνάφθηκε μεταξύ της Γενικής Συνομοσπονδίας Γεωργικών Συνεταιρισμών της Ευρωπαϊκής Ένωσης (COGECA), της Ευρωπαϊκής Ομοσπονδίας των Ενώσεων Εργαζομένων στις Μεταφορές (ETF) και της Ένωσης Εθνικών Οργανώσεων Επιχειρήσεων Αλιείας της Ευρωπαϊκής Ένωσης (EUROPÊCHE), στις 21 Μαΐου 2012, όπως τροποποιήθηκε στις 8 Μαΐου 2013, για την εφαρμογή της σύμβασης της Διεθνούς Οργάνωσης Εργασίας του 2007 σχετικά με την εργασία στον τομέα της αλιείας, διότι η εν λόγω σύσταση είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

Il tend à demander de mettre en œuvre l'accord conclu entre le Comité général de la coopération agricole de l'Union européenne (Cogeca), la Fédération européenne des travailleurs des transports (ETF) et Europêche sur la mise en œuvre de la convention de l'Organisation internationale du travail (OIT) sur le travail dans la pêche de 2007. Bien que la France soit le seul État membre à l'avoir ratifiée en 2015, cette convention n'est pas encore en vigueur.

Elle prévoit à la fois des conditions minimales requises (santé et âge des travailleurs, ce que nous approuvons) et des conditions de services (quantité des effectifs, temps de repos minimal, question du rapatriement, règles de paiement encadrées, etc.). Ces conditions minimales de services sont positives, et permettront d'améliorer la sécurité et la lutte contre les dérives dans le secteur de la pêche.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την πρόταση αυτή σχετικά με την εργασία στον τομέα της αλιείας και την διασφάλιση αξιοπρεπών συνθηκών εργασίας και διαβίωσης στα πλοία. Αναμφισβήτητα είναι μεγίστης σημασίας η εξασφάλιση ασφαλών και αξιοπρεπών συνθηκών εργασίας στον τομέα της αλιείας και δεν θα πρέπει να αγνοούνται ή και να παραλείπονται οι ευθύνες των ιδιοκτητών και των πλοιάρχων των αλιευτικών σκαφών σε θέματα που αφορούν την υγεία και την ασφάλεια των εργαζομένων. Επικροτώ το ότι η συμφωνία που έχει συναφθεί από τους κοινωνικούς εταίρους αλλά και η πρόταση της Επιτροπής θεσπίζουν ευνοϊκότερα μέτρα προς τους εργαζομένους στον τομέα της αλιείας. Τέλος, θα πρέπει να εξασφαλίζεται η κοινωνική προστασία και πρόνοια για να εξασφαλίζεται ένα επαρκές και αξιοπρεπές εισόδημα για τους εργαζόμενους και τις οικογένειες τους στον τομέα αυτό.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu EP rezoliucijai, kuria valstybės narės raginamos įgyvendinti Konvenciją dėl darbo žvejybos sektoriuje. Ši konvencija yra svarbi užtikrinant priimtinus žvejų darbo sąlygų standartus. Manau, jog žuvininkystės sektoriaus darbuotojams reikia specialios apsaugos, atsižvelgiant į darbo žvejybos laivuose ypatumus, didelį mirtinų ir kitų nelaimingų atsitikimų skaičių, profesinių susirgimų riziką, palyginus su kitais sektoriaus, bei turint neaiškiai apibrėžtas darbo, poilsio ir laisvalaikio valandas, atsižvelgiant į nuovargio poveikį, vyraujant neoficialiems ir nestandartiniams darbo santykiams ir atlyginimų tvarkai.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La convention sur le travail dans la pêche (nº 188) de l'OIT, de même que la recommandation nº 199, couvrent les questions essentielles pour garantir des conditions de travail et de vie décentes à bord, notamment les responsabilités des armateurs et des patrons de navires de pêche quant à la santé et à la sécurité des travailleurs.

Cependant, à ce jour, seuls huit pays ont ratifié cette convention sur le travail dans la pêche, dont seulement deux pays de l'UE – la France et l'Estonie –, malgré la décision du Conseil d'autoriser les États membres de l'Union à ratifier cette convention.

Néanmoins, un accord a été conclu entre la Confédération générale des coopératives agricoles de l'Union européenne (Cogeca), la Fédération européenne des travailleurs des transports (ETF) et l'Association des organisations nationales d'entreprises de pêche de l'Union européenne (EUROPÊCHE), en mai 2012.

Le rapport propose de développer les dispositions relatives aux salaires, à la protection sociale et à la sécurité sociale afin de garantir un revenu adéquat et décent aux travailleurs et à leurs familles, y compris en cas de blessure, d'accident ou de décès, ainsi que de prévoir des mécanismes de mise en œuvre de cet accord. Je vote pour.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le but de la Commission européenne est d'améliorer les conditions de travail et de vie des pêcheurs qui travaillent à bord de navires battant pavillon d'un État membre, en instaurant un cadre juridique consolidé, adapté aux conditions de travail dans le secteur de la pêche maritime.

La proposition de résolution vise à demander l'application de l'accord conclu entre la Cogeca, l'ETF et Europêche sur la mise en œuvre de la convention de l'OIT sur le travail dans la pêche, datant de 2007. À noter que la France est le seul État membre à avoir ratifié cette convention.

J'ai ainsi voté pour cette résolution.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O objetivo da presente proposta é aplicar o Acordo relativo à aplicação da Convenção sobre o Trabalho no Setor das Pescas, de 2007, da Organização Internacional do Trabalho (OIT), celebrado entre a Cogeca, a ETF e a Europêche.

Com a presente proposta, a Comissão pretende melhorar as condições de vida e de trabalho dos pescadores que trabalham em navios que arvoram o pavilhão de um Estado-Membro da UE, através do estabelecimento de um quadro jurídico consolidado adequado às condições de trabalho no setor da pesca marítima.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution and the agreement that was reached as it allows Member States the flexibility to adopt measures that are more favourable to workers in the area concerned.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Je salue l'adoption par le Parlement européen de cette résolution relative à la mise en œuvre de l'accord conclu au niveau de l'Union entre partenaires sociaux et concernant la convention sur le travail dans la pêche de l'OIT.

Les conditions particulières de travail relatives au secteur de la pêche sont telles qu'il importe de tenir compte de la spécificité de ce secteur et de protéger de manière suffisante et adéquate ses travailleurs. La dangerosité de l'environnement de travail, les accidents et l'accumulation de la fatigue figurent au rang des caractéristiques qui rendent le travail de pêcheur atypique et qui requièrent une attention particulière.

Je me réjouis que cet accord conclu entre partenaires sociaux puisse faire à présent l'objet d'une directive du Conseil. Au vu de l'importance du rôle joué par l'Union dans le domaine de la pêche sur la scène internationale, une telle évolution devrait lui permettre d'user de toute son influence pour pousser à l'amélioration des conditions de travail des pêcheurs à l'échelle globale.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Európske odvetvie rybolovu je štvrtým najväčším na svete a v samotnej Európskej únii zamestnáva viac ako 100 000 ľudí. Ešte v roku 2013 sociálni partneri EÚ v odvetví rybolovu dosiahli dohodu, na základe ktorej sa navrhuje zosúladenie právnych predpisov EÚ s dohovorom o práci v odvetví rybárstva z roku 2007, ide o dokument vydaný Svetovou organizáciou práce (ILO). Samotný dohovor podporuje dôstojnú prácu pre rybárov, predstavuje rámec minimálnych globálnych noriem, ktoré sa týkajú životných a pracovných podmienok a zdravotnej starostlivosti. EÚ je taktiež lídrom v celosvetovom boji proti nezákonnému rybolovu. Uplatňovanie dohody sociálnych partnerov v právnych predpisoch EÚ môže byť pozitívnym príkladom pre tretie krajiny, aby aj oni ratifikovali dohovor ILO z roku 2007. To má osobitný význam v rámci boja proti nezákonnému rybolovu. Implementáciou tohto návrhu sa teda zlepšia nielen pracovné podmienky rybárov na mori, ale zníži sa aj motivácia k nezákonnému rybolovu a prispeje sa k zdravému a udržateľnému rybolovu. Preto svojím hlasom podporujem implementáciu danej dohody.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – The fishing industry has grown considerably. This growth, however, hasn't come without a cost – in terms of working conditions and occupational safety – to full and part-time workers in the fishing sector. People in the fishing sector often face harsh or difficult working conditions: they may spend long periods at sea and are frequently exposed to unpredictable and dangerous conditions. Adopting these international labour standards for what is one of the world's most dangerous professions is extremely important to protect workers and provide them with decent working conditions. That is why I voted in favour of the report

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Atendendo à elevada taxa de acidentes fatais e não fatais, aos riscos e à incidência de doenças profissionais, ao ambiente de trabalho perigoso e ao impacto na saúde e na segurança da fadiga resultante do repouso insuficiente, bem como à existência de relações de trabalho e de modalidades salariais informais e atípicas, defendo que os trabalhadores do setor das pescas necessitam de uma proteção especial, tendo em conta as características especiais do trabalho a bordo de embarcações de pesca.

Até à data, apenas 8 países ratificaram a Convenção da OIT sobre o Trabalho no Setor das Pescas, dos quais apenas dois Estados-Membros da UE (França e Estónia) o fizeram, apesar da decisão do Conselho de autorizar os Estados-Membros da UE a ratificarem a Convenção da OIT sobre o Trabalho no Setor das Pescas.

Entendo ser importante que a UE e os seus Estados-Membros assegurem um papel de liderança na promoção de condições de trabalho e de remuneração dignas no setor das pescas.

A presente recomendação tem o meu voto favorável, uma vez que defendo a criação de condições justas e equitativas no setor das pescas, incluindo a luta contra a exploração dos pescadores, como o trabalho forçado, o tráfico e o trabalho infantil.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Cet accord met en place des dispositions de base à appliquer dans le secteur de la pêche, que la France applique déjà. Je vote donc pour.

József Nagy (PPE), *írásban*. – A megállapodást szavazatommal támogattam. A halászat az egyik legjelentősebb és legaktívabb vizeken zajló tevékenység. Ezért is van szükség erre a megállapodásra, mivel ebben a fontos szektorban javuló munkafeltételekre van szükség. A megállapodást már igényelte ez az ágazat, mivel így csökkenhet a munkahelyi balesetek száma, valamint ösztönözné a fiatalabb szakmunkásokat ebben a szektorban.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – In 2007 during the 96th International Labour Conference the Work in Fishing Convention was adopted ensuring that fishermen get decent working conditions on board fishing vessels. I have voted for this motion for a resolution that highlights the fact that the agreement provides only minimum requirements, thus allowing Member States and their social partners to adopt specific measures favourable to workers in particular areas.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestei propuneri de rezoluție deoarece ea susține Acordul referitor la punerea în aplicare a Convenției privind munca în domeniul pescuitului, document încheiat între partenerii sociali. Caracteristicile speciale ale muncii desfășurate la bordul navelor de pescuit impune o protecție sporită pentru lucrătorii din acest domeniu.

În acest sens, susțin textul acestei propuneri de rezoluție, care cere adoptarea fără întârziere a directivei Consiliului, subliniind faptul că, atât Acordul dintre partenerii sociali, cât și propunerea Comisiei, abordează doar cerințele minime, lăsând statelor membre posibilitatea de a adopta măsuri mai favorabile lucrătorilor din domeniu.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this resolution, which calls for the immediate adoption and implementation of the Work in Fishing Convention which was agreed with social partners. The Convention was adopted by the International Labour Organisation in 2007. The Convention aims to ensure that fishers have good conditions of work on fishing vessels. It includes minimum requirements regarding conditions of service, accommodation and food, occupational health and safety, medical care and social security. The resolution notes that the Commission has proposed a Council directive implementing the agreement between the social partners concerning implementation of the Convention, and recommends the immediate adoption of the Council directive, as requested by the social partners.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Hätte ich abstimmen können über die Vereinbarung über die Durchführung des Übereinkommens über die Arbeit im Fischereisektor, hätte ich mich enthalten.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Konventsioon hõlmab kalandussektori töötajate õigusi ja kaitset. Selles võetakse arvesse töö kohati eluohtlikku eripära ja kutsutakse üles pöörama rohkem tähelepanu laevameeskonna inimväärsete töö- ja elamistingimuste tagamisele. On oluline, et ka teised ELi liikmesriigid lisaks Eestile ja Prantsusmaale konventsiooni ratifitseeriksid.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding motion for a resolution. The International Labour Organisation (a non-EU international body) created rules to do with the health and safety of workers in the fishing sector. UKIP is in favour of complying with international law, but believes the EU should not have a say in whether a Member State signs up to such agreements in their own right. The resolution went to call for an EU Council Directive on the issue, the details of which are very vague at the moment. The only people that should decide such issues are elected to accountable national governments, not EU bureaucrats in Brussels. Voting against this non-legislative resolution would in no way obstruct the process of signing up to the ILO agreement.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Quello della pesca e dei lavoratori in questo settore è un argomento molto difficile e su cui l'UE deve mostrare la sua capacità di essere una soluzione e non un problema. Considero il testo proposto come un passo in avanti per i lavoratori e quindi ritengo doveroso approvarlo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala sam rezoluciju Europskog parlamenta kojom se prima na znanje i pozdravlja prijedlog Komisije za direktivu Vijeća o provedbi Sporazuma sklopljenog između Općeg udruženja poljoprivrednih zadruga u Europskoj uniji (COGECA), Europskog saveza transportnih radnika (ETF) i Udruženja nacionalnih organizacija ribolovnih poduzeća (EUROPÊCHE) o provedbi Konvencije Međunarodne organizacije rada o radu u ribolovu iz 2007.

Ovaj Sporazum utvrđuje tek minimalne zahtjeve koji se odnose na plaću, socijalnu zaštitu i socijalnu sigurnost, ali omogućuje državama članicama i/ili socijalnim partnerima da donesu i dodatne mjere koje su pogodnije za radnike na ribarskim brodovima te za samozaposlene ribare. Podaci govore o tome kako je ribarima nužna posebna zaštita s obzirom na posebne uvjete rada. Ribarska plovila opasno su radno okruženje u kojem je u usporedbi s drugim sektorima prisutna visoka stopa nesreća sa smrtnim ishodom te je prisutan rizik i pojava profesionalnih bolesti.

Pažnju valja dodatno usmjeriti na utvrđivanje razgraničenja unutar radnog vremena, odmora i slobodnog vremena zaposlenih, zbog utjecaja umora na zdravlje i sigurnost, a koji se djelomično pojavljuje i zbog nedovoljno odmora. Odredbe Sporazuma u dogovoru svih dionika treba i nadalje razvijati kako bi se zajamčio primjeren i dostojan dohodak za radnike i njihove obitelji.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution vise à demander de mettre en œuvre l'accord conclu entre la Cogeca, l'ETF et Europêche sur la mise en œuvre de la convention de l'OIT sur le travail dans la pêche, 2007. Il est à noter que la France est le seul État membre à avoir ratifié cette convention. Cette ratification date du 28 octobre 2015, mais elle n'est pas encore en vigueur. Il s'agit de dispositions protectrices de droit du travail à appliquer dans le secteur de la pêche et la France s'est déjà engagée en ratifiant l'accord. Je vote donc en faveur de cette résolution.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Secondo i dati della Commissione, più di centomila persone lavorano nel settore della pesca nell'UE, spesso in condizioni difficili. Il tasso di incidenti e infortuni, infatti, può essere fino a 15 volte più elevato che in altri settori. Il 29 aprile 2016, la Commissione europea, su richiesta delle parti sociali, ha perciò presentato una proposta di direttiva del Consiglio che attui la Convenzione dell'ILO sul lavoro nel settore della pesca.

L'industria della pesca è cresciuta notevolmente. Tuttavia questa crescita non è avvenuta senza costi sociali - in termini di condizioni e di sicurezza sul lavoro - sia per i lavoratori a tempo pieno che per quelli part-time. Essi devono spesso trascorrere lunghi periodi in mare e sono spesso esposti a condizioni imprevedibili e pericolose. Ho votato quindi a favore, perché l'adozione di questi standard internazionali è fondamentale per proteggere i lavoratori e garantire loro condizioni di lavoro più dignitose.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Radnicima u sektoru ribarstva potrebna je posebna zaštita s obzirom na, među ostalim, posebne značajke rada na ribarskim plovilima, visoku stopu nesreća sa smrtnim ishodom ili bez njega te rizik i pojavu profesionalnih bolesti, u usporedbi s drugim sektorima, u opasnom radnom okruženju, nejasno razgraničenje među radnim vremenom, odmorom i slobodnim vremenom te utjecaj umora na zdravlje i sigurnost, a koji se djelomično pojavljuje i zbog nedovoljno odmora, veliku učestalost neformalnih i atipičnih radnih odnosa te sustava isplate plaća, uključujući sustave utemeljene na udjelima članova posade.

Budući da je dosad samo osam zemalja ratificiralo Konvenciju Međunarodne organizacije rada br. 188 o radu u ribolovu, te da su, unatoč odluci Vijeća kojom se državama članicama EU-a daje odobrenje za ratifikaciju Konvencije Međunarodne organizacije rada br. 188 o radu u ribolovu, to učinile samo njih dvije, Francuska i Estonija, podržavam pozive Vijeću za hitno usvajanje Direktive.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Jako sociální demokrat věřím, že každý pracující člověk má právo na důstojné pracovní a životní podmínky. Také pracovníkům v odvětví rybolovu je nutné zajistit ochranu, zejména s ohledem na specifickou povahu práce na palubě rybářských lodí, na vysokou míru nehod a na riziko vzniku nemocí. Velkým problémem je také nejasné rozlišení mezi pracovní dobou, odpočinkem a volným časem a dopad, jaký mají takové podmínky na lidské zdraví. Je proto nutné co nejdříve přijmout směrnici Rady. Dohoda, která se vztahuje i na samostatně výdělečně činné rybáře, umožňuje členským státům přijímat opatření pro zlepšení podmínek pracovníků ve zmíněných oblastech. Jsem přesvědčen, že je potřeba rovněž vypracovat ustanovení týkající se mezd, sociální ochrany a sociálního zabezpečení, aby měli pracovníci a jejich rodiny zajištěn odpovídající a důstojný příjem, a to i v případě nemoci nebo úrazu.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution portant sur la mise en œuvre de la convention sur le travail dans la pêche, instaurée en 2007 par l'organisation internationale du travail (OIT). Ce texte rappelle combien il est important de porter une attention particulière aux travailleurs du secteur de la pêche en Europe. Aussi, l'ensemble des exigences de la convention sur le travail dans la pêche sont minimales et permettent ainsi aux États membres d'adapter les mesures aux spécificités nationales, en faveur des pêcheurs.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Os pescadores profissionais carecem, hoje, de uma proteção adequada às características especiais do trabalho a bordo de embarcações de pesca.

O elevado número de acidentes fatais e não fatais, bem como a suscetibilidade de contração de doenças profissionais, são condicionantes que conferem a este tipo de trabalho um considerável grau de risco.

A distinção pouco clara entre os horários de trabalho, de repouso e de lazer, as modalidades salariais informais e atípicas, assim como o impacto na saúde e na segurança dos pescadores profissionais, justificam, assim, uma revisão das normas – e da hermenêutica – da Convenção da OIT sobre o Trabalho no setor das Pescas.

Nesse sentido, a referida Convenção define normas orientadoras para criar condições dignas a esta classe profissional. Com efeito, estou em crer que a incorporação destas normas no ordenamento jurídico da União Europeia reforçará a criação de condições justas e equitativas no setor das pescas.

Ainda neste âmbito, realço a importância do aprofundamento das disposições relativas aos salários, à proteção social e à segurança social, com o objetivo de garantir um rendimento adequado e digno para os trabalhadores e para as suas famílias.

Por conseguinte, atento o ante exposto, voto favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding motion for a resolution. The International Labour Organisation (a non-EU international body) created rules to do with the health and safety of workers in the fishing sector. UKIP is in favour of complying with international law, but believes the EU should not have a say in whether a Member State signs up to such agreements in their own right. The resolution went to call for an EU Council Directive on the issue, the details of which are very vague at the moment. The only people that should decide such issues are elected to accountable national governments, not EU bureaucrats in Brussels. Voting against this non-legislative resolution would in no way obstruct the process of signing up to the ILO agreement.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei a favor, por considerar imperativo que os trabalhadores do setor das pescas usufruam de uma proteção especial, tendo em conta, entre outras coisas, as características especiais do trabalho a bordo de embarcações de pesca, a elevada taxa de acidentes fatais e não fatais, os riscos e a incidência de doenças profissionais, em comparação com outros setores, num ambiente de trabalho perigoso, a distinção pouco clara entre horário de trabalho, de repouso e de lazer e o impacto na saúde e na segurança da fadiga resultante, em parte, do repouso insuficiente, bem como a prevalência de relações de trabalho e de modalidades salariais informais e atípicas, incluindo sistemas de distribuição de lucros entre a tripulação.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – 100 000 personas trabajan en la industria pesquera de la Unión, a menudo en circunstancias difíciles. La tasa de accidentes y lesiones puede ser quince veces mayor en comparación con otros sectores.

En 2002, la OIT comenzó las discusiones a escala global para un completo y actualizado conjunto de normas internacionales para el sector pesquero, con el fin de garantizar una protección adecuada de los pescadores a nivel mundial.

Esto dio lugar a la adopción de la Convención de la OIT de 2007 sobre trabajo en el sector pesquero en 2007. Hasta el momento, Francia es el único país de la Unión que ha ratificado este Convenio.

El 29 de abril de 2016, la Comisión Europea presentó una propuesta de Directiva destinada a mejorar las condiciones de trabajo de los trabajadores en el sector pesquero. La propuesta de la Comisión se basa en la solicitud de los interlocutores sociales de aplicar su acuerdo sobre la Convención de la OIT de 2007 sobre trabajo en el sector pesquero.

Respaldo la ratificación del acuerdo de la OIT en el ámbito de la pesca por lo que he votado a favor de esta propuesta de resolución.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution du Parlement européen sur la proposition de directive du Conseil portant mise en œuvre de l'accord entre la Confédération générale des coopératives agricoles de l'Union européenne, la Fédération européenne des travailleurs des transports et l'Association des organisations nationales d'entreprises de pêche de l'Union européenne. Cet accord, conclu le 21 mai 2012 et modifié le 8 mai 2013, concerne la mise en œuvre de la convention sur le travail dans la pêche de l'Organisation internationale du travail datant de 2007.

Je profite de l'occasion pour rappeler l'importance des accords entre partenaires sociaux à tous les niveaux. En tant que député européen, je plaide pour que ces accords fassent systématiquement l'objet d'un suivi rigoureux de la part des institutions européennes afin d'enrichir la législation de l'Union.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Esta proposta de diretiva do Conselho pretende aplicar o Acordo entre a Confederação Geral das Cooperativas Agrícolas da União Europeia (COGECA), a Federação Europeia dos Trabalhadores dos Transportes (ETF) e a Associação das Organizações Nacionais de Empresas de Pescas (EUROPÊCHE), relativo à aplicação da Convenção sobre o Trabalho no Setor das Pescas, de 2007, da Organização Internacional do Trabalho (OIT), que foi celebrado em maio de 2012 (e alterado em maio de 2013).

Os trabalhadores do setor das pescas necessitam de uma proteção especial, atendendo às características específicas do seu trabalho e considerando os elevados riscos envolvidos no âmbito da sua prática profissional comparativamente a outros setores.

Infelizmente, esta Convenção da OIT tinha sido ratificada por apenas 8 países (2 Estados-Membros: França e Estónia).

Desta resolução gostaria de realçar a necessidade de aprofundamento das disposições relativas aos salários e à proteção social, nomeadamente em caso de lesão, acidente ou morte, bem como a importância de estabelecer mecanismos de aplicação deste acordo, incluindo o desenvolvimento de medidas de execução e inspeções adequadas.

Por considerar que a UE deve desempenhar um papel de liderança na promoção de condições de trabalho e de remuneração dignas no setor das pescas, votei a favor deste relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution relative à la mise en œuvre par l'Union de la convention sur le travail dans la pêche de l'Organisation internationale du travail.

Avec l'intégration de l'accord des partenaires sociaux relatif à la convention sur le travail dans la pêche de l'OIT dans le droit européen, l'Union pourra promouvoir sa mise en œuvre dans les pays partenaires à travers le monde, contribuant ainsi à la mise en place de conditions de concurrence équitables dans le secteur de la pêche au niveau mondial ainsi qu'à la lutte contre les pires formes d'exploitation des pêcheurs.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución ya que los trabajadores del sector pesquero necesitan especial protección. Es un sector que se caracteriza por un elevado número de accidentes laborales, riesgo por enfermedades y condiciones de gran precariedad. Asimismo, es un sector cuyos trabajadores carecen de una delimitación clara del tiempo de descanso y de trabajo, con el consiguiente perjuicio para la salud y la conciliación. Esta resolución es una propuesta de Directiva del Consejo por la que se aplica el Acuerdo entre COGECA, ETF, EUROPECHE, relativa a la aplicación del Convenio sobre el trabajo en la pesca de 2007 de la OIT. Aunque lamentamos que se haya retrasado tanto la presentación al Consejo del acuerdo con los interlocutores sociales presentado en 2013, consideramos que existía una necesidad de desarrollar las disposiciones relativas a los salarios, la protección social y la seguridad social, con miras a garantizar una renta adecuada a los trabajadores y sus familias y que este acuerdo deja a la Unión en una mejor posición para promover su aplicación en los países socios de todo el mundo, favoreciendo de este modo, unas condiciones de competencia equitativas en el sector pesquero mundial.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para que el Consejo se pronuncie en favor de la adopción del Convenio OIT 188 de trabajo en la pesca, según lo acordado por los interlocutores sociales europeos. Con ello, he querido apoyar el diálogo social europeo y, sobre todo, la adopción de los estándares de la OIT, para proveer unos estándares mínimos de protección social, descanso, salarios, indemnizaciones y salud y seguridad en el trabajo a los pescadores en barcos europeos. Confío, además, que la adopción del Convenio 188 por parte de la Unión abra la puerta a su ratificación por terceros países, sirviendo de referencia a nivel global.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – V prípade uznesenia Európskeho parlamentu o Dohode o vykonaní dohovoru o práci v odvetví rybolovu som hlasoval v súlade s pozíciou EKR proti tomuto uzneseniu. Považujem za dôležité venovať úsilie zlepšovaniu podmienok ľudí pracujúcich v tomto odvetví, súčasne však pravidlá tejto ochrany musia zostať platné v súlade s princípom subsidiarity. Z tohto dôvodu som nemohol tento návrh podporiť.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Podporila som návrh uznesenia EP o návrhu smernice Rady, ktorou sa vykonáva Dohoda o vykonaní dohovoru Medzinárodnej organizácie práce o práci v odvetví rybolovu z roku 2007 uzavretá medzi Všeobecnou konfederáciou poľnohospodárskych družstiev v EÚ, Európskou federáciou pracovníkov v doprave a Združením národných organizácií rybárskych podnikov v EÚ. Dohoda, ktorú uzavreli sociálni partneri, a návrh Komisie stanovujú iba minimálne požiadavky a umožňujú členským štátom alebo sociálnym partnerom prijať opatrenia, ktoré sú pre pracovníkov v príslušných oblastiach výhodnejšie. Táto dohoda sa uplatňuje aj na samostatne zárobkovo činných rybárov, ktorí pracujú na tom istom plavidle spolu s ostatnými pracovníkmi. Dohodu je potrebné rozvíjať v ustanoveniach týkajúcich sa miezd, sociálnej ochrany a sociálneho zabezpečenia s cieľom zabezpečiť dôstojný príjem pracovníkom a ich rodinám, a to v prípade zranenia, nehody, či iných nepriaznivých okolností.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Prihvaćam prijedlog rezolucije budući da je radnicima u sektoru ribarstva potrebna posebna zaštita s obzirom na posebne značajke rada na ribarskim plovilima, visoku stopu nesreća te rizik i pojavu profesionalnih bolesti. Trebalo bi postojati jasno razgraničenje između radnog vremena, odmora i slobodnog vremena te osigurati dostatno razdoblje odmora kako umor radnika ne bi utjecao na njihovo zdravlje i sigurnost.

EU i njegove države članice moraju imati vodeću ulogu u promicanju dostojnih plaća i uvjeta rada u ribarstvu te se uključiti u borbu protiv najgorih oblika iskorištavanja ribara, poput prisilnog rada, trgovine ljudima i dječjeg rada.

Beatrix von Storch (EFDD), *in writing.* – I voted against the motion for an EU Parliament resolution for the agreement on the implementation of the work in fishing convention. It is not the role of the state, let alone the EU, to promote better working conditions. Wages, working conditions, work hours etc. should be determined by the respective parties who know their desires best i.e. the employer and the employee, whether that be high or low risk, high or low wages, long or short hours.

Furthermore, the only means by which higher wages, shorter hours, and safer working conditions can be attained is through continued growth and raises in productivity. Capital goods allowed workers to become more productive, and the greater abundance of goods created resulted in downward pressure on prices relative to wage rates, resulting in higher living standards. This allowed workers to opt for shorter hours and safer working conditions.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Ugovor o funkcioniranju Europske unije omogućava socijalnim partnerima da stupe u dijalog na razini Unije koji može dovesti do ugovornih odnosa. Radnicima u sektoru ribarstva potrebna je posebna zaštita zbog posebnih uvjeta rada na ribarskim plovilima. Ribari su izloženi visokoj stopi nesreća sa smrtnim ishodom, te riziku i pojavi profesionalnih bolesti.

Također, nejasno je razgraničenje između radnog vremena, odmora i slobodnog vremena, te utjecaj umora na zdravlje i sigurnost. Podržavam ovaj prijedlog rezolucije jer smatram da se njime državama članicama omogućuje da donesu mjere koje pogoduju radnicima u sektoru ribarstva. Također, smatram da se odredbe koje se odnose na plaću, socijalnu zaštitu i sigurnost i dalje moraju razvijati kako bi se zajamčio primjeren dohodak za radnike i njihove obitelji.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za resolucijo o predlogu direktive Sveta o izvajanju Sporazuma med Splošno konfederacijo kmetijskih zadrug v Evropski uniji, Evropsko federacijo delavcev v prometu in Združenjem nacionalnih organizacij ribiških podjetij v Evropski uniji.

Pritrjujem resoluciji, da zaradi posebnih značilnosti dela na ribiških plovilih delavci v ribiškem sektorju potrebujejo posebno zaščito. V tem sektorju smo namreč priča velikemu številu nesreč s smrtnim in brez smrtnega izida.

Sporazum, ki so ga socialni partnerji sklenili, ter predlog Komisije določata zgolj najmanjše zahteve, na strani držav članic pa je, kakšne ukrepe bodo sprejele.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Πρέπει να προωθούνται συμφωνίες οι οποίες συμβάλλουν στην ανάπτυξη των κρατών μελών της Ένωσης.

Τόσο η συμφωνία που έχει συναφθεί από τους κοινωνικούς εταίρους όσο και η πρόταση της Επιτροπής προβλέπουν ευνοϊκότερα μέτρα για τους εργαζομένους και υπογραμμίζεται η ανάγκη ανάπτυξης των διατάξεων εκείνων που σχετίζονται με τις αποδοχές, την κοινωνική προστασία και την κοινωνική πρόνοια ώστε να εξασφαλισθεί για τους εργαζομένους και τις οικογένειές τους επαρκές και αξιοπρεπές εισόδημα, επίσης σε περίπτωση τραυματισμού, ατυχήματος ή θανάτου.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést, mivel úgy vélem, hogy ez a tanácsi irányelvre irányuló javaslat lehetővé teszi a munkavállalók jogainak szélesebb körben való érvényesülését, és hogy az ilyen nemzetközi munkaügyi előírások ösztönzik a ratifikálással elmaradt tagállamokat ennek pótlására. A halászati ipar jelentős növekedésen ment keresztül, ez a növekedést azonban nem követte a munkakörülmények és a munkahelyi biztonság javítása. A halászati ágazatban dolgozók gyakran súlyos vagy nehéz munkakörülményekkel találkoznak: hosszú időt tölthetnek a tengeren, és gyakran ki vannak téve a kiszámíthatatlan és veszélyes körülményeknek.

Ez a megállapodás biztosítja az uniós tagállam fennhatósága- vagy lobogója alatt dolgozó halászoknak a megfelelő életkörülményt, a hazautazásához való jogot, a rendszeres egészségi vizsgálatot és szociális védelmet. Meggyőződésem, hogy a munkavállalót védő megállapodások fontos eszközként jelennek meg a kizsákmányolás elleni küzdelemben (például kényszermunka, gyermekmunka), éppen ezért az alsó és felső korhatár megállapítását elengedhetetlennek tartom. Úgy gondolom, hogy a nemzetközi munkaügyi előírások elfogadása, a civil partnerek bevonása (például COGECA, ETF, EUROPÊCHE, ILO) együttesen biztosítja a munkavállalók védelmét és a tisztességes munkakörülményeket.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – În ultimii ani, sectorul economic al pescuitului a cunoscut o creștere importantă, care a dus la crearea unui număr semnificativ de locuri de muncă. În prezent, peste 100 000 de persoane lucrează în cadrul sectorului pescuitului la nivelul UE. Activitatea lor, însă, este supusă unor circumstanțe dificile, cu risc ridicat, desfășurându-se pe mare. Rata de accidente și răniri este de 15 ori mai mare în acest domeniu decât media din alte domenii.

În acest sens, Comisia a venit cu propunerea de a reglementa acest sector în direcția îmbunătățirii condițiilor de lucru ale persoanelor angajate în activitatea de pescuit. În 2007 a fost adoptată o directivă pentru punerea în aplicare a Convenției privind munca în domeniul pescuitului a Organizației Internaționale a Muncii.

Ulterior, au fost organizate consultări cu partenerii sociali, în speță cu Confederația generală a cooperativelor agricole din Uniunea Europeană (COGECA), Federația Europeană a Lucrătorilor din Transporturi (ETF) și Asociația Organizațiilor Naționale ale Întreprinderilor de Pescuit din Uniunea Europeană („Europêche”). În urma acestor consultări, în 2013 a fost adoptat acordul de punere în aplicare, ratificat până în prezent doar de Franța. Recomandarea actuală vizează impulsionarea procesului de ratificare și aplicarea necesară în practică a standardelor respective.

Susțin adoptarea documentului.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Le Parlement se félicite du fait que l'accord conclu par les partenaires sociaux et la proposition de la Commission ne prévoient que des exigences minimales, en permettant aux États membres et/ou aux partenaires sociaux d'adopter des mesures qui soient plus favorables aux travailleurs dans le domaine concerné et note que cet accord s'applique également aux pêcheurs indépendants qui travaillent aux côtés de salariés sur un même navire.

Nous insistons à travers ce texte sur la nécessité de développer les dispositions relatives aux salaires, à la protection sociale et à la sécurité sociale afin de garantir un revenu adéquat et décent aux travailleurs et à leurs familles, y compris en cas de blessure, d'accident ou de décès

Enfin, soulignons qu'il importe de créer les mécanismes nécessaires à la mise en œuvre de l'accord, notamment en adoptant des mesures d'inspection et d'application adéquates

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of a resolution on the agreement on the implementation of the ILO Work in Fishing Convention, which ensures decent working and living conditions on board, but which has so far only been signed by France and Estonia. Workers in the fisheries sector face particularly difficult and dangerous working conditions and therefore require special protection. Moreover, I believe that ratifying this Convention will encourage partner countries worldwide to implement it as well, thus creating a fairer and level playing field for the global fishing sector, and namely combat exploitation of workers.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – Aujourd'hui, plus de 100 000 personnes travaillent dans le secteur de la pêche. C'est pourtant l'un des secteurs les plus accidentogènes en Europe, le nombre d'accidents du travail pouvant parfois être quinze fois supérieur à celui d'autres secteurs. Manque de sommeil, équipements vétustes ou défaillants et longs horaires de travail ne sont qu'un échantillon des conditions difficiles des pêcheurs, qui peuvent rapidement mener à la catastrophe humaine.

En 2007, l'OIT a adopté la convention sur le travail dans la pêche, afin d'assurer une protection adéquate des pêcheurs au niveau mondial. À ce stade malheureusement, seule la France a ratifié cette convention au niveau de l'Union européenne.

Par une procédure inhabituelle, les partenaires sociaux ont par conséquent demandé à la Commission européenne que l'accord sur la convention de l'OIT soit mis en œuvre par une directive du Conseil.

À la suite de négociations qui ont duré près de 4 ans, je me réjouis que les partenaires sociaux soient parvenus à un accord qui convienne à toutes les parties. Alors que le secteur du transport a très rapidement procédé aux transpositions qui s'imposaient, un tel vide juridique dans le domaine de la pêche n'était plus tolérable.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog direktive sporazuma o izvajanju Konvencije o delu na področju ribolova sem podprla, ker menim, da delavci v ribiškem sektorju potrebujejo posebno zaščito zaradi posebnih značilnosti dela na ribiških plovilih, saj je v tem sektorju veliko nesreč.

V tem nevarnem delovnem okolju pa je prisotna tudi visoka stopnja tveganja in pojavnosti poklicnih bolezni, saj je za ta sektor značilna nejasna razdelitev med delovnimi časom, počitkom in prostim časom, utrujenost, ki je deloma posledica nezadostnega počitka, pa vpliva na zdravje in varnost.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución ya que los trabajadores del sector pesquero necesitan especial protección. Es un sector que se caracteriza por un elevado número de accidentes laborales, riesgo por enfermedades y condiciones de gran precariedad. Asimismo, es un sector cuyos trabajadores carecen de una delimitación clara del tiempo de descanso y de trabajo, con el consiguiente perjuicio para la salud y la conciliación. Esta resolución es una propuesta de Directiva del Consejo por la que se aplica el Acuerdo entre COGECA, ETF, EUROPECHE, relativa a la aplicación del Convenio sobre el trabajo en la pesca de 2007 de la OIT. Aunque lamentamos que se haya retrasado tanto la presentación al Consejo del acuerdo con los interlocutores sociales presentado en 2013, consideramos que existía una necesidad de desarrollar las disposiciones relativas a los salarios, la protección social y la seguridad social, con miras a garantizar una renta adecuada a los trabajadores y sus familias y que este acuerdo deja a la Unión en una mejor posición para promover su aplicación en los países socios de todo el mundo, favoreciendo de este modo, unas condiciones de competencia equitativas en el sector pesquero mundial.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – En 2002, l'Organisation internationale du travail (OIT) a entamé des discussions à l'échelle mondiale sur un ensemble complet et actualisé de normes internationales pour le secteur de la pêche, afin de garantir une protection adéquate aux pêcheurs dans le monde entier. Ces discussions ont abouti en 2007 avec l'adoption de la Convention sur le travail dans la pêche.

Dans le cadre de sa consultation publique, la Commission a consulté les partenaires sociaux européens afin d'examiner la possibilité d'une initiative commune visant à promouvoir l'application, dans l'UE, des dispositions prévues par cette convention.

Le but de la Commission européenne est d'améliorer les conditions de travail et de vie des pêcheurs qui travaillent à bord de navires battant pavillon d'un État membre de l'UE.

La proposition de résolution actuellement étudiée vise à demander l'application de l'accord conclu entre la Cogeca, l'ETF et Europêche sur la mise en œuvre de la convention de l'OIT sur le travail dans la pêche, 2007.

J'ai voté POUR.

Il est à noter que la France est le seul État membre à avoir ratifié cette convention. Cette ratification date du 28 octobre 2015, mais elle n'est pas encore en vigueur.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A halászati ágazatban dolgozók különleges védelmet igényelnek, figyelemmel többek között a halászhajókon végzett munka egyedi sajátosságaira, a halálos és nem halálos balesetek nagy számára, valamint a foglalkoztatási megbetegedések más ágazatokhoz viszonyított kockázatára. A most tárgyalt dokumentummal kapcsolatban támogató álláspontot voltam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución ya que los trabajadores del sector pesquero necesitan especial protección. Es un sector que se caracteriza por un elevado número de accidentes laborales, riesgo por enfermedades y condiciones de gran precariedad. Asimismo, es un sector cuyos trabajadores carecen de una delimitación clara del tiempo de descanso y de trabajo, con el consiguiente perjuicio para la salud y la conciliación. Esta resolución es una propuesta de Directiva del Consejo por la que se aplica el Acuerdo entre COGECA, ETF, EUROPECHE, relativa a la aplicación del Convenio sobre el trabajo en la pesca de 2007 de la OIT. Aunque lamentamos que se haya retrasado tanto la presentación al Consejo del acuerdo con los interlocutores sociales presentado en 2013, consideramos que existía una necesidad de desarrollar las disposiciones relativas a los salarios, la protección social y la seguridad social, con miras a garantizar una renta adecuada a los trabajadores y sus familias y que este acuerdo deja a la Unión en una mejor posición para promover su aplicación en los países socios de todo el mundo, favoreciendo de este modo, unas condiciones de competencia equitativas en el sector pesquero mundial.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Council directive implementing the agreement on the implementation of the Work in Fishing Convention. The agreement underlines that workers in the fisheries sector require special protection, considering, among other things, the special characteristics of work on board fishing vessels, the high rate of fatal and non-fatal accidents, as well as the risk and incidence of occupational diseases. This agreement applies to all fishers employed on board a fishing vessel which is registered in, or flying the flag of, an EU Member State and which is engaged in commercial fishing operations. I voted in favour because I believe that by incorporating the agreement of the social partners on the ILO Work in Fishing Convention into EU legislation, the EU will be in a stronger position to promote its implementation in partner countries worldwide, thereby contributing to a fair and level playing field for the global fishing sector.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução diz respeito à Convenção n.º 188 da OIT, relativa ao trabalho no setor das pescas. Esta Convenção, aprovada em 2007, prevê um conjunto de alterações que visam contribuir para a melhoria das condições dos trabalhadores a bordo, considerando as altíssimas taxas de sinistralidade neste contexto.

No contexto da UE, apenas a França e a Estónia subscreveram esta Convenção.

Apoiamos.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Dieser Entschließungsantrag stellt fest, dass angesichts der hohen Quoten von Unfällen, der Arbeitszeiten und Berufskrankheiten die Arbeitnehmer im Fischereisektor besonderen Schutz benötigen. Daher habe ich dem Antrag zugestimmt.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Kot navaja resolucija delavci v ribiškem sektorju potrebujejo posebno zaščito zaradi posebnih značilnosti dela na ribiških plovilih, saj je v tem sektorju veliko nesreč s smrtnim izidom in brez smrtnega izida, v tem nevarnem delovnem okolju pa sta veliko bolj kot v drugih sektorjih visoka tudi tveganje in pojavnost poklicnih bolezni.

Zato podpiram predlog direktive, ki bo tako prispeval k pravičnim in enakim konkurenčnim pogojem v ribiškem sektorju ter k boju proti najhujšim oblikam izkoriščanja ribičev, kot so prisilno delo, trgovina z ljudmi in delo otrok.

10.6. Aktuelle Entwicklungen in Polen und ihre Auswirkungen auf die in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Grundrechte (B8-0865/2016, B8-0977/2016, B8-0978/2016)

Explicații orale privind votul

Peter Jahr (PPE). – Herr Präsident! Wir haben heute Morgen sehr viel über die Arbeitsfähigkeit der Europäischen Union diskutiert, und ich denke, wenn wir den Sinn des Entschließungsantrags durchsetzen, steht es um die Arbeitsfähigkeit der Europäischen Union wieder etwas besser. Denn unter Freunden ist es wichtig, dass man sich gegenseitig die Meinung sagt, unter Freuden muss es auch gestattet sein, sich gegenseitig auf Fehler hinzuweisen, und unter Freunden ist es auch wichtig, auf der Einhaltung von Verträgen zu bestehen. Nicht mehr und nicht weniger verlangen wir heute mit der verabschiedeten Entschließung, und ich gehe davon aus, dass sie umgesetzt wird. Und das kann die Arbeitsfähigkeit, das kann die Einheit und, wenn man so will, auch die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union erhöhen.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-н Председател, уважаеми колеги, гласувах против тази резолюция, защото е недопустима намеса във вътрешните работи на една суверенна държава като Полша. Назидателният тон, тонът, с който част от колегите се опитват да казват на полските граждани и на полската нация как да подрежда своята държава, е абсолютно недопустим и неоправдан. И това е една от причините в европейските държави да нарастват съмненията относно здравия разум на управляващите Европейския съюз в Брюксел.

Очевидно на Европейския съюз е нужна реформа и тази реформа трябва да бъде точно в посока много повече суверенитет, субсидиарност и много повече права на националните правителства да подреждат собствената си държава и собствените си държави. В противен случай ще се случи това, което днес беше коментирано и на заседанието на Съвета, а именно: нарастване на недоверието в европейските институции. Полша е суверенна държава и трябва да може да се разпорежда със собствения си вътрешен ред.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Panie Przewodniczący! Ja głosowałem przeciwko tej rezolucji, mimo że jestem zdecydowanym przeciwnikiem obecnej władzy. Ale każdy nacisk z zewnątrz wzmacnia poparcie ludzi dla własnego rządu i ta rezolucja pomoże rządzącemu PiS-owi, przysporzy mu większej popularności. Dlatego głosowałem przeciwko temu. Chciałem jeszcze zwrócić uwagę, że jeżeli mówimy, że obecny rząd Prawa i Sprawiedliwości jest złym rządem, to proszę sobie wyobrazić, jak złe musiały być poprzednie rządy, że ludzie woleli wybrać Prawo i Sprawiedliwość.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Parlament Europejski zajmuje się demokracją w Polsce, chce sprawdzać jak działa demokracja w Polsce, a kontekst tych prac jest zupełnie groteskowy. W Austrii od wielu miesięcy nie mogą się odbyć wybory prezydenckie dlatego, że nie sposób prawidłowo policzyć głosów. W Irlandii w czasie referendum na temat zmiany naturalnej definicji rodziny w imię praw mniejszości poniżano publicznie ludzi, którzy znaleźli się w mniejszości. We Francji największa partia w parlamencie ma półprocentową reprezentację, a w tym wszystkim przewodniczący naszego parlamentu ogranicza naszą debatę i dlaczego? W imię jakiej demokratycznej zasady? Dlatego, że ma poparcie dokładnie tych sił politycznych, które go na przewodniczącego wybrały i to jest wystarczająco demokratyczny mandat.

Explicații scrise privind votul

Lars Adaktusson (PPE), *skriftlig*. – I dag antog parlamentet en resolution med anledning av utvecklingen i Polen. Resolutionen, framlagd i blocköverskridande enighet, underströk vikten av att rättsstaten och rättssäkerheten garanteras i samtliga medlemsländer. Jag röstade för resolutionen och instämmer i den oro som texten ger uttryck för. Däremot röstade jag nej till ett antal tilläggsförslag rörande bland annat migration och abort. Även om jag exempelvis delar slutsatsen att Polen behöver ta ett större ansvar i frågan om Europas gemensamma migrationsutmaning, så var temat för resolutionsbehandling rättssäkerheten i Polen. Att addera ytterligare synpunkter skulle riskera att försvaga parlamentets budskap.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Gli eventi recenti in Polonia, in particolare la controversia riguardante la composizione e il funzionamento del Tribunale costituzionale e la mancata pubblicazione delle sentenze pronunciate dal Tribunale costituzionale, hanno destato timori per quanto riguarda le garanzie concernenti il rispetto dello Stato di diritto. Tale relazione esprime preoccupazioni circa i recenti e rapidi sviluppi legislativi che hanno avuto luogo senza consultazioni adeguate e sollecita pertanto la Commissione a effettuare una valutazione della legislazione adottata per quanto concerne la sua compatibilità con il diritto primario e derivato dell'UE e con i valori su cui si fonda l'Unione, con particolare riferimento alla legge sugli organi d'informazione pubblici, sulla polizia, sul codice penale e la procura, sulla funzione pubblica e sulla lotta al terrorismo. Per questi motivi ho votato a favore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding motion for a resolution. We do not support the EU's power through the rule of law mechanism to interfere in the democratic processes within Member States. Whilst we take no position on the reforms instituted by the Polish Government, they are exercising a democratic mandate from a free and fair general election. Any issues regarding their compliance with the constitution is a matter for the Polish institutions. We remain concerned at the possible extension of the use of the rule of law mechanism to other Member States.

Furthermore, the legal basis for the EU's is questionable. Under Protocol No. 30 Poland is not bound by the Charter unless they are recognised in Polish law. As such we voted against.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – Trois propositions de résolution sur les récentes évolutions en Pologne ont été présentées. Il s'agit d'une pratique habituelle au sein du Parlement européen, quand un gouvernement apparaît comme étant plutôt conservateur et surtout moins soumis aux technocrates de Bruxelles, les dirigeants européens entament une série de mesures de pression telles que des débats en plénière, des résolutions et autres. La résolution des grands groupes politiques constitue une atteinte à la souveraineté nationale de la Pologne et c'est pour cette raison que je m'y suis opposé. Une fois de plus, l'UE s'ingère dans les affaires intérieures des États-membres. J'ai en revanche soutenu le texte proposé par les conservateurs et celui rédigé par mon groupe, l'ENL.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – On the joint motion for a resolution on recent developments in Poland, I and my Sinn Féin colleagues voted in favour. The resolution identifies huge concerns in relation to civil liberties, adherence to democratic necessities and environmental and constitutional malpractice. The resolution also places a large focus on strict adherence to both the Charter of Fundamental Rights and the European Convention on Human Rights. For those reasons we supported the resolution.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Hier le pluralisme des medias, aujourd'hui les droits des femmes, demain la liberté…- C'est à un coup d'État permanent que nous assistons, avec une atteinte grave à l'équilibre des pouvoirs marquée par la paralysie du Tribunal constitutionnel.

Estimant qu'il existe une menace systémique envers l'état de droit et les droits fondamentaux en Pologne, la Commission a engagé un dialogue avec le gouvernement afin qu'il soit mis un terme à cette situation préoccupante. Les autorités polonaises ont jusqu'au 27 octobre prochain pour apporter une suite satisfaisante aux recommandations de la Commission.

Dans ce contexte, nous avons adopté une résolution afin d'appuyer la démarche de la Commission face au gouvernement polonais. Nous nous inquiétons, outre la crise constitutionnelle, de réformes risquant de porter atteinte aux droits fondamentaux.

Parce que l'Union européenne est fondée sur des valeurs communes, nous demandons à la Commission européenne, gardienne des traités, de se montrer intransigeante et de faire respecter les droits fondamentaux dans ce pays.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Es handelt sich hierbei um einen Entschließungsantrag zu den Entwicklungen in Polen in letzter Zeit und deren Auswirkungen auf die in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Grundrechte.

Die Antragssteller halten jedweden Versuch eines Eingreifens in Bereiche, die ihrer Meinung nach in der ausschließlichen Zuständigkeit der Mitgliedstaaten liegen oder die inneren Angelegenheiten Polens betreffen, für ungerechtfertigt.

Ich habe mich gegen diesen Antrag ausgesprochen, da ich mich der breiten Mehrheit des Parlaments anschließe und es ebenfalls für wichtig halte, dass das Europäische Parlament bezüglich der jüngsten Entwicklungen in Polen seine Bedenken äußert und äußern muss. Die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und die Unabhängigkeit der Gerichte müssen auch in Polen weiterhin gewahrt werden. Ich begrüße daher auch das Vorhaben der Kommission, einen „konstruktiven und produktiven" Dialog mit der polnischen Regierung zu führen, um schnell konkrete Lösungen für die „systembedingten Gefährdungen der Rechtsstaatlichkeit" zu finden.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le changement de majorité en Pologne a entraîné avec lui une crise entre le Tribunal constitutionnel et le gouvernement polonais légitimement élu. Cette crise et les options conservatrices du nouveau gouvernement ont provoqué l'intervention de Bruxelles au mépris des notions les plus élémentaires de souveraineté et de respect du verdict des urnes. La résolution commune sur la situation en Pologne est une attaque en règle contre la souveraineté nationale de la Pologne. J'ai voté contre ce texte inacceptable. L'UE n'a pas à s'ingérer dans les affaires intérieures des États membres.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – The text of the joint motion for a resolution completely fails to take into account Polish sovereignty and their own democratic right to take decisions, even if we happen to disagree with them.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette délibération considérant que le gouvernement polonais actuel menace systématiquement l'état de droit. La crise constitutionnelle actuelle, le contrôle des médias publics par le gouvernement et la politisation de l'administration nationale ne font que contribuer à isoler le pays et à porter atteinte aux citoyens polonais.

Francisco Assis (S&D), *por escrito*. – É fundamental que todos os Estados-Membros da União Europeia possam partilhar princípios basilares, como o respeito pelo Estado de Direito e um entendimento claro sobre a separação de poderes dentro de cada Estado. Quando um dos países que fazem parte da União Europeia coloca em causa esses princípios, é importante que esta, como um todo, tome uma posição.

Esta resolução procura chamar a atenção do governo polaco e, principalmente, contribuir para a solução de uma situação que tem servido para extremar posições entre a Comissão Europeia e o governo deste país.

Como considero que o respeito pelo Estado de Direito e a separação de poderes são garantes fundamentais de um estado democrático moderno, e como considero que esta resolução é uma clara tentativa de proteger esses valores na Polónia, votarei a favor da mesma.

Espero que, com este sinal, o Governo polaco perceba que é fundamental aplicar as recomendações da Comissão.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pasiūlymą dėl rezoliucijos dėl pastarųjų metų įvykių Lenkijoje ir jų poveikį pagrindinėms teisėms, išdėstytoms Europos Sąjungos pagrindinių teisių chartijoje. Konstitucinio teismo veiklos sustabdymas Lenkijoje ir šalies vyriausybės atsisakymas paskelbti jo sprendimus yra pavojingas demokratijai, pagrindinėms teisėms ir teisinės valstybės principui. Taip pat matomas didelis Lenkijos piliečių susirūpinimas dėl demokratijos suvaržymo šalies viduje. Todėl pritariu Komisijos ryžtui rasti greitą sprendimo būdą dėl kilusios grėsmės Lenkijos demokratijai.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding motion for a resolution. We do not support the EU's power through the rule of law mechanism to interfere in the democratic processes within Member States. Whilst we take no position on the reforms instituted by the Polish Government, they are exercising a democratic mandate from a free and fair general election. Any issues regarding their compliance with the constitution is a matter for the Polish institutions. We remain concerned at the possible extension of the use of the rule of law mechanism to other Member States.

Furthermore, the legal basis for the EU's intervention is questionable. Under Protocol No 30, Poland is not bound by the Charter unless they are recognised in Polish law. As such, we voted against.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé cette résolution, qui rappelle tout d'abord l'importance fondamentale des valeurs inscrites à l'article 2 du traité UE et notamment du respect des droits fondamentaux et de l'état de droit au sein de l'Union.

La paralysie du tribunal constitutionnel ou les modifications apportées aux lois relatives aux médias publics et à la police rendent la situation extrêmement inquiétante en Pologne. Cette inquiétude est encore renforcée par l'absence de collaboration du gouvernement polonais avec la Commission européenne.

Il faut réaffirmer fermement que la démocratie, l'état de droit et les droits fondamentaux sont des valeurs non négociables au sein de l'Union. Le gouvernement polonais doit à présent coopérer avec la Commission, dont il doit respecter les recommandations.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – I recenti eventi verificatisi in Polonia hanno messo seriamente a repentaglio la tenuta dello stato di diritto all'interno del paese. La controversia riguardante la composizione e il funzionamento del Tribunale costituzionale, la mancata pubblicazione delle sue sentenze, le modifiche già adottate e quelle recentemente proposte alla legge polacca sui media, la legge sulla polizia, le recenti modifiche del codice di procedura penale e della legge sulla procura, sono tutti tasselli di un quadro che vede incrinarsi i principi fondamentali dell'ordinamento costituzionale.

La proposta di risoluzione comune approvata oggi dal Parlamento, e da me sostenuta, ribadisce la posizione già espressa il 13 aprile 2016. La Polonia deve impegnarsi per garantire un pieno rispetto dei diritti fondamentali, superando in primo luogo la paralisi del Tribunale costituzionale e intervenendo poi sulla legislazione approvata, attenendosi al parere della commissione di Venezia e della raccomandazione della Commissione europea. L'UE non accetterà decisioni politiche e legislative contrarie ai valori fondanti dell'Unione.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la Resolución sobre la situación de los derechos humanos en Polonia, porque hace hincapié en la importancia de la defensa de derechos fundamentales como algo fundamental para un país europeo que debe cumplir con la Carta de Derechos Fundamentales de la Unión. Además, nuestro grupo añadió cuatro enmiendas a la Resolución final que remarcaban la necesidad de protección de los derechos de las mujeres y minorías sexuales.

Joëlle Bergeron (EFDD), *par écrit*. – De quoi on se mêle ici? Des affaires intérieures d'un État souverain et démocratique qui est membre de l'Union Européenne et qui en respecte scrupuleusement le cadre législatif et les droits fondamentaux! Comme l'a bien dit la résolution alternative de nos collègues du groupe ECR, l'existence de mouvements civiques visant à interdire l'avortement est parfaitement légitime, contrairement à ce que les grands donneurs de leçon de gauche dans ce Parlement veulent nous faire croire. Idem pour les autres prétendues infractions à la Charte des Droits Fondamentaux. Ce sont les mêmes donneurs de leçons qui veulent jeter par-dessus bord l'un des principes fondateurs du Traité de Maastricht, à savoir celui de la subsidiarité.

Or cet article 5 du traité de L'UE stipule clairement que «dans les domaines qui ne relèvent pas de sa compétence exclusive, l'Union intervient seulement si, et dans la mesure où, les objectifs de l'action envisagée ne peuvent pas être atteints de manière suffisante par les États membres.» C'est clair, net et précis. Pourquoi oublions-nous si souvent ce principe qui, si correctement appliqué, éviterait que tant de nos concitoyens tournent le dos à l'Europe ?

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Queremos destacar aquí nuestro voto favorable a las seis enmiendas que han decaído y que criticaban las restrictivas leyes sobre el aborto, contra la retórica antimulsulmana, el asilo, la libertad de expresión en torno a los debates sobre acontecimientos históricos y otros aspectos que no hacen sino constatar nuestra preocupación por decisiones que quizá sean competencia exclusiva de las instituciones polacas pero que degradan las libertades y los derechos fundamentales en aquel país y, por ende, en toda la Unión.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Le changement de majorité en Pologne a entraîné avec lui une crise entre le Tribunal constitutionnel et le gouvernement polonais légitimement élu. Cette crise et les options conservatrices du nouveau gouvernement ont entraîné l'intervention de Bruxelles, au mépris des notions les plus élémentaires de souveraineté et de respect du verdict des urnes.

La résolution commune sur la situation en Pologne est une attaque en règle contre la souveraineté nationale de la Pologne. Ce texte est inacceptable. Nous sommes d'avis que l'UE n'a pas à s'ingérer dans les affaires intérieures des États membres. C'est pourquoi le groupe ENL a déposé sa propre résolution, tout comme le groupe ECR.

• Les résolutions ENF et ECR tendent à protéger la souveraineté de l'État polonaise

• La résolution commune est un modèle pour l'avenir des relations entre la Commission et les États membres.

Bien évidemment, nous avons voté contre cette résolution commune aussi liberticide que dangereuse pour l'avenir des relations entre les États membres. Le vote souverain des peuples européens doit être respecté, ou l'Union sera rebaptisée Prison européenne.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Non condivido quanto contenuto in questa risoluzione comune. L'Unione europea non ha il diritto di interferire nelle questioni di competenza esclusiva degli Stati membri. Per questo motivo mi sono espressa con voto contrario.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado en favor de esta resolución sobre la degradante situación del Estado de Derecho y la calidad de la democracia en Polonia. La Comisión Europea lleva meses investigando sobre las recientes reformas del Tribunal Constitucional polaco y el control estatal ejercido sobre los medios de comunicación públicos. La Comisión ha constatado además falta de cooperación por parte de las autoridades polacas, por lo que seguirá con la siguiente fase del proceso gradual previsto por el mecanismo.

Finalmente, otro asunto realmente preocupante es la prohibición absoluta de abortar que planea el Gobierno y que resulta incompatible con los derechos de autonomía reproductiva. Además, la Comisión de Venecia ha planteado interrogantes sobre el recurso a prácticas de escuchas y control de las comunicaciones de los ciudadanos que se incluye en la nueva Ley de Policía.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Nemmel szavaztam a Lengyelországot elitélő állásfoglalásról, mert az a szubszidiaritás körébe tartozó ügyeket érint, politikai támadásként értelmezhető, így kontraproduktív, valamint árt a lengyel népnek és az európai intézmények hitelességének. A lengyel alkotmánybíróság körüli belpolitikai vita megoldása nem uniós hatáskör, ráadásul a jogállamisági mechanizmus nem szerepel az uniós alapszerződésekben, így jogilag értelmezhetetlen az eljárás vagy az annak végén Lengyelországra kirovandó büntetés. Az EU hatályos szerződései nem adnak felhatalmazást a Bizottságnak egy ilyen intézkedés elindítására, ezért fennáll a veszélye, hogy a definiálatlan fogalmak számonkérésén alapuló mechanizmus pusztán politikai célokat szolgál, nem pedig az uniós polgárok érdekeit.

Nem tartom szerencsésnek, hogy a jelenleg egyre erősödő EU-ellenes hangulatban a Parlament és a Bizottság – az Európa egész létét fenyegető kihívásokra való ésszerű megoldások keresése helyett – egy szuverén tagállam belügyeibe avatkozzon, ezért az állásfoglalás elfogadása ellen szavaztam.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovu izjavu o nedavnim događajima u Poljskoj. Politička situacija u Poljskoj je zabrinjavajuća, a posebno sporan je sastav i funkcioniranje Ustavnog suda, te neobjavljivanje presuda donesenih od strane Ustavnog tribunala, kao i inicijativa da se uvede kompletna zabrana pobačaja, nove izmjene i dopune Zakona o javnim medijima, Zakon o policiji, Zakon o Uredu glavnog tužitelja i Zakon o kaznenom postupku.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – La résolution commune, qui est une attaque en règle contre la souveraineté de la Pologne et le verdict des urnes, est inacceptable.

Je vote donc contre la résolution commune.

Les résolutions ENF et ECR tendent au contraire à protéger la souveraineté polonaise et, par conséquent, je vote pour la résolution ENF et je vote pour la résolution ECR.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le changement de majorité en Pologne est à l'origine d'une crise institutionnelle entre le Tribunal constitutionnel et le gouvernement polonais dont les options conservatrices ont été vivement critiquées par l'Union européenne, au mépris des principes élémentaires de démocratie. Cette proposition de résolution commune est en effet une attaque en règle contre la souveraineté de la Pologne. Nous considérons que l'Union européenne n'a pas à s'ingérer dans les affaires intérieures de ses États membres. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte inacceptable.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Evenimentele recente din Polonia referitoare la disputele legate de componența și funcționarea Curții Constituționale au dat naștere unor preocupări în ceea ce privește garanțiile de respectare a statului de drept.

Au existat o serie de discuții cu autoritățile poloneze, însă problemele care amenință statul de drept nu au fost soluționate integral, ceea ce determină Comisia să considere că există o amenințare sistemică la adresa democrației, în Polonia. În acest sens, Comisia Europeană a făcut recomandări concrete autorităților poloneze cu privire la modul de abordare a problemelor sale în regim de urgență.

De asemenea, există preocupări legate de respectarea libertății de exprimare și a libertății și pluralismului mass-mediei. Toate acestea determină instituțiile europene să intervină în vederea soluționării într-un mod satisfăcător a problemelor create, ținându-se cont de faptul că principiul separării puterilor și cel al independenței sistemului juridic se află în centrul sistemului democratic și acestea nu trebuie să fie subminate.

Având în vedere cele de mai sus, am votat în favoarea rezoluției depusă de către Grupul PPE, alături de S&D, ALDE, GUE/NGL și Verts/ALE.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Recentele evenimente din Polonia, referindu-mă aici la disputele privind componența și funcționarea Curții Constituționale din această țară, precum și la aspectul îngrijorător al nepublicării unor hotărâri luate de această Curte, pun la îndoială garanțiile de respectare a statului de drept.

Trebuie subliniat din capul locului faptul că principiul separării puterilor în stat și cel al independenței sistemului judiciar se află în centrul sistemului democratic și nu trebuie să fie subminate în niciun fel. Guvernul polonez nu numai că nu a înregistrat progrese în vederea soluționării crizei constituționale, dar ridică și o serie de preocupări legate de respectarea libertății de exprimare și a libertății și pluralismului mass-mediei. Recent, au fost adoptate o serie de modificări ale legislației poloneze privind mass-media referitoare la guvernanța, independența editorială și autonomia instituțională a serviciilor publice de mass-media.

Prin urmare, votez această rezoluție pentru a invita guvernul polonez să coopereze cu Comisia potrivit principiului cooperării loiale pentru a găsi un compromis care ar rezolva criza constituțională în curs și pentru a identifica rapid soluții concrete la amenințările sistemice la adresa statului de drept.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Depuis l'arrivée au pouvoir en Pologne du parti eurosceptique PiS, le gouvernement polonais a mis en place des réformes très controversées. La réforme du Tribunal constitutionnel et la réforme sur les médias publics ont suscité de vives réactions sur la scène internationale et européenne. La Commission européenne, en tant que gardienne des traités, a donc décidé d'analyser les conséquences des récentes évolutions en Pologne sur les droits fondamentaux et l'état de droit. Nous devons nous assurer que tous les États membres respectent les traités. Les valeurs européennes inscrites dans l'article 2 du traité sur l'Union européenne sont le respect des droits fondamentaux, la démocratie et l'état de droit. Il est de notre devoir de veiller à ce que ces valeurs soient respectées au sein de l'Union européenne. J'ai voté en faveur de cette résolution.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della risoluzione «Recenti sviluppi in Polonia e loro impatto sui diritti fondamentali», perché negli ultimi anni l'UE si è trovata costretta ad affrontare diverse emergenze. Uno dei pericoli per il futuro dell'Unione è rappresentato da quei paesi in cui i nazionalisti e i populisti hanno intrapreso, come dice qualcuno, una «contro-rivoluzione culturale».

Il vertice di Ventotene ha cercato di rilanciare il progetto europeo. Nonostante il nobile tentativo di Renzi, Merkel e Hollande, la realtà è che l'Europa è sempre più esposta a casi come quello della Polonia. il cui governo guidato dal nazionalista Beata Szydlo si è rifiutato di convalidare la nomina di cinque giudici della Corte Costituzionale. Per completare l'inquietante quadro, la nuova maggioranza ha adottato nuove leggi che danno al parlamento il controllo sui media e sui Pubblici ministeri. Un comportamento inaccettabile per un paese dell'UE!

Un comportamento che ha suscitato le giuste proteste da parte dei partner europei. È ora che l'UE faccia sentire la sua voce ed impedisca che comportamenti palesemente antidemocratici vengano messi in atto dalla Polonia come da qualunque paese UE.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – On the joint motion for a resolution on recent developments in Poland, I and my Sinn Féin colleagues voted in favour. The resolution identifies huge concerns in relation to civil liberties, adherence to democratic necessities and environmental and constitutional malpractice. The resolution also places a large focus on strict adherence to both the Charter of Fundamental Rights and the European Convention on Human Rights. For those reasons we supported the resolution.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding motion for a resolution. We do not support the EU's power through the rule of law mechanism to interfere in the democratic processes within Member States. Whilst we take no position on the reforms instituted by the Polish Government, they are exercising a democratic mandate from a free and fair general election. Any issues regarding their compliance with the constitution is a matter for the Polish institutions. We remain concerned at the possible extension of the use of the rule of law mechanism to other Member States.

Furthermore, the legal basis for the EU's intervention is questionable. Under Protocol No 30, Poland is not bound by the Charter unless they are recognised in Polish law. As such, we voted against.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution in order to stress the fundamental importance of guaranteeing that the common European values listed in Article 2 of the TEU and those in the Polish Constitution are upheld in full and that fundamental rights as laid down in the Charter of Fundamental Rights are guaranteed. I am concerned that the paralysis of the Constitutional Tribunal is endangering democracy, fundamental rights and the rule of law in Poland. Another matter of concern and regret is that so far no compromise solution has been found and that the Venice Commission's recommendations of 11 March 2016 have not been implemented. I welcome the Commission's determination to pursue a constructive and productive dialogue with the Polish Government with a view to finding swift and concrete solutions to the systemic threats to the rule of law.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La risoluzione mette in evidenza come la situazione dei diritti fondamentali in Polonia continui ad essere seriamente preoccupante. In particolare la paralisi del Tribunale costituzionale sta pesantemente mettendo a repentaglio la democrazia, i diritti fondamentali e lo Stato di diritto. Nonostante il costante tentativo da parte delle istituzioni europee di influenzare un ritorno alla normalità, la situazione non sembra affatto migliorare, ma, anzi, pare volgere costantemente al peggio. Ho votato sicuramente a favore della risoluzione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Χαιρετίζουμε την πρόθεση της Επιτροπής να επιδιώξει έναν εποικοδομητικό και παραγωγικό διάλογο με την πολωνική κυβέρνηση

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – In seguito ai recenti sviluppi in Polonia e alle gravi violazioni dello Stato di Diritto e dei principi delle istituzioni europee, sono a favore della risoluzione proposta dai colleghi Weber e González Peñas in quanto accentua l'importanza del rispetto dei diritti fondamentali dei cittadini e dei valori dell'Unione europea. A differenza di quanto sostenuto nella proposta di risoluzione presentata dai colleghi dell'ENF ed ECR, ritengo opportuno ribadire l'importanza della Carta dei diritti fondamentali dell'UE. Infatti, è importante ricordare che in quanto membro dell'Unione europea, la Polonia è tenuta a rispettare il diritto ad un processo equo, la libertà ed il pluralismo dei media e l'indipendenza della magistratura.

In linea con la relazione, invito dunque il governo polacco a collaborare con la Commissione in nome dei valori democratici sui cui si fonda l'UE.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the EPP motion for resolution on the recent developments in Poland and their impact on fundamental rights as laid down in the Charter of Fundamental Rights of the European Union and I fully back the procedure initiated by the European Commission.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Já não é a primeira vez que o Parlamento se pronuncia sobre a situação na Polónia.

Desde a tomada de posse do atual governo, temos assistido à degradação do Estado de Direito neste Estado-Membro. É evidente que a cada nova eleição é possível – e até provável – uma alteração das políticas do Estado.

No entanto, o que manifestamente está a acontecer é uma mudança da própria natureza do Estado, que não pode ser tolerada.

Não podemos tolerar a violação da liberdade de imprensa, não podemos tolerar a violação do direito à privacidade e o constrangimento sem precedentes da liberdade, não podemos tolerar que seja posta em causa a independência do poder judicial e não podemos tolerar a violação dos direitos das mulheres. Tudo isto está em causa na Polónia.

É evidente que necessitamos de uma abordagem construtiva e a União deve promover um diálogo produtivo com as autoridades nacionais. Mas é evidente que a casa dos cidadãos europeus, incluindo o povo polaco, não pode ficar indiferente e tem o dever de exercer as suas competências, defendendo os nossos valores comuns.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die Entschließung gestimmt, denn wir dürfen nicht zulassen, dass in Europa das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit missachtet und die Unabhängigkeit der Gerichte nicht gewährleistet wird. Diese Werte sind zentrale Elemente unserer Demokratie und dürfen nicht beschnitten werden.

Die Verstöße der aktuellen polnischen Regierung sind nicht zu akzeptieren, und ich hoffe, dass die polnische Regierung innerhalb der von der EU-Kommission am 27. Juli vorgegebenen Dreimonatsfrist eine Lösung finden wird, die auf einem Kompromiss mit allen im polnischen Parlament vertretenen Parteien basiert.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding motion for a resolution. We do not support the EU's power through the rule of law mechanism to interfere in the democratic processes within Member States. Whilst we take no position on the reforms instituted by the Polish Government, they are exercising a democratic mandate from a free and fair general election. Any issues regarding their compliance with the constitution is a matter for the Polish institutions. We remain concerned at the possible extension of the use of the rule of law mechanism to other Member States.

Furthermore, the legal basis for the EU's interference is questionable. Under Protocol No 30, Poland is not bound by the Charter unless they are recognised in Polish law. As such, we voted against.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – It is of fundamental importance to guarantee that the common European values listed in Article 2 of the TEU and in the Polish Constitution are upheld in full and that fundamental rights as laid down in the Charter of Fundamental Rights are guaranteed. There are no ifs and buts. A country is in paralysis if the Constitutional Tribunal is not functioning properly. This endangers democracy, fundamental rights and the rule of law. But dialogue needs to be impartial, evidence-based and cooperative while also respecting the competences of the EU and its Member States.

I join the rapporteur in urging the Commission to carry out an assessment of the legislation adopted as regards its compatibility with primary and secondary EU law and with the values on which the Union is founded.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Comparto una honda preocupación sobre la situación de los derechos fundamentales en Polonia que, como en otros Estados de la Unión, ha visto una fuerte regresión. La creciente xenofobia, los ataques a los derechos de las mujeres y de las personas LGTBi, o la imposición de perfiles ultraconservadores en diferentes instancias del Estado, son realidades que ponen en cuestión el autoproclamado carácter democrático y plural de la Unión. Sin embargo, esta resolución pone como garante de estas libertades a unas autoridades europeas que no velan por ellas en Estados donde sus intereses políticos no se lo permiten. Además, presenta los derechos de las mujeres como algo disociado del resto de derechos fundamentales, que tienen en su indivisibilidad un pilar básico. Como sucede a menudo, el derecho a disponer del cuerpo propio se convierte en un elemento accesorio y de segundo orden. Por todo esto, he decidido abstenerme.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – I recenti eventi in Polonia circa la controversia sulla composizione e il funzionamento del Tribunale costituzionale hanno destato preoccupazioni sulle garanzie di rispetto dello Stato di diritto. Ho votato la risoluzione poiché ritengo sia necessario sostenere e tutelare i diritti fondamentali sui quali si fonda l'Unione europea, soprattutto a fronte della mancanza di progressi da parte del governo polacco nella soluzione della crisi costituzionale.

Sono altresì convinto che soltanto attraverso un intenso dialogo con le autorità polacche si possa contribuire a risolvere le questioni di diritto che ne minacciano lo stato. L'Europa e le sue istituzioni devono difendere e promuovere i diritti sui quali sono state costruite, senza cedere a derive autoritarie che mettano in discussione le libertà fondamentali. Ogni giorno siamo presi di mira da populismi e nazionalismi e solo ribadendo la giustezza e la validità dei nostri principi, saremo in grado di sventare la minaccia e rilanciare il sogno dei padri fondatori.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The current composition of the Constitutional Tribunal, and its non-publication of judgments, and the new Amendments to the Act on Public Media among others, has prompted us as Members of Parliament to vote on a resolution to address these issues. The Commission has also opened a dialogue with the Polish Government under the Rule of Law Framework in order to ensure full respect for the rule of law but the Polish authorities still have not taken the necessary steps towards a resolution.

Politicians' objectives should not be to go against the fundamental values and rights of the EU and individuals, and that is why I voted in favour of this report. As I have done in the past, I have voted against all clauses relating to abortion, as I strongly believe that, under the Treaty, such an issue should remain a Member State competence.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette résolution fait état de la situation politique en Pologne et des atteintes aux droits fondamentaux européens. La résolution considère que les mesures prises par le gouvernement polonais et le président de la République de Pologne à l'égard du tribunal constitutionnel représentent un risque majeur pour la démocratie constitutionnelle.

Considérant que le Tribunal constitutionnel a été établi comme l'un des éléments centraux garantissant l'équilibre des pouvoirs de la démocratie constitutionnelle et de l'état de droit en Pologne et que ces atteintes à la démocratie constitutionnelle polonaise portent aussi atteinte aux droits fondamentaux des citoyens européens, en particulier ceux de la Femme, j'ai voté en faveur de cette résolution.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding motion for a resolution. We do not support the EU's power through the rule of law mechanism to interfere in the democratic processes within Member States. Whilst we take no position on the reforms instituted by the Polish Government, they are exercising a democratic mandate from a free and fair general election. Any issues regarding their compliance with the constitution is a matter for the Polish institutions. We remain concerned at the possible extension of the use of the rule of law mechanism to other Member States.

Furthermore, the legal basis for the EU's interference is questionable. Under Protocol No 30, Poland is not bound by the Charter unless they are recognised in Polish law. As such, we voted against.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Cette résolution non contraignante sur les récentes évolutions en Pologne et les conséquences sur les droits fondamentaux inscrits dans la charte des droits fondamentaux de l'Union européenne est un texte équilibré qui permet au Parlement européen d'exprimer ses préoccupations quant aux menaces systémiques qui pèsent sur l'état de droit en Pologne. J'ai soutenu ce texte qui appelle principalement la Commission européenne et le gouvernement polonais à poursuivre un dialogue constructif afin de garantir que le Tribunal constitutionnel en Pologne réponde clairement au principe d'indépendance de la justice, principe fondamental en Europe.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Nemmel szavaztam a Lengyelországot elítélő állásfoglalásról, mert az a szubszidiaritás körébe tartozó ügyeket érint, politikai támadásként értelmezhető, így kontraproduktív, valamint árt a lengyel népnek és az európai intézmények hitelességének. A lengyel alkotmánybíróság körüli belpolitikai vita megoldása nem uniós hatáskör, ráadásul a jogállamisági mechanizmus nem szerepel az uniós alapszerződésekben, így jogilag értelmezhetetlen az eljárás vagy az annak végén Lengyelországra kirovandó büntetés. Az EU hatályos szerződései nem adnak felhatalmazást a Bizottságnak egy ilyen intézkedés elindítására, ezért fennáll a veszélye annak, hogy a definiálatlan fogalmak számonkérésén alapuló mechanizmus pusztán politikai célokat szolgál, nem pedig az uniós polgárok érdekeit.

Nem tartom szerencsésnek, hogy a jelenleg egyre erősödő EU-ellenes hangulatban a Parlament és a Bizottság – az Európa egész létét fenyegető kihívásokra való ésszerű megoldások keresése helyett – egy szuverén tagállam belügyeibe avatkozzon, ezért a FIDESZ néppárti delegációjának tagjaként az állásfoglalás ellen szavaztam.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – À travers ce texte, les eurodéputés déplorent le manque de coopération des autorités polonaises avec la Commission dans le cadre de la procédure ouverte au titre de l'état de droit. Nous avons également voulu réagir face à d'autres réformes (ou projets de réformes) qui menacent de porter atteinte aux droits fondamentaux, particulièrement les lois sur les médias publics, la loi sur la police et la fonction publique ainsi que la question de l'avortement, où femmes, médecins et personnels soignants le pratiquant seraient menacés de peines allant jusqu'à 5 ans d'emprisonnement. À travers cette résolution, nous interpellons la Commission afin qu'elle effectue une évaluation de conformité de ces lois avec le droit européen ainsi que les valeurs de l'Union. Nous en appelons aussi à l'opinion publique européenne. C'est l'intégrité de l'Union européenne qui est ici en jeu.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution s'inquiétant des récentes évolutions en Pologne et leurs conséquences sur les droits fondamentaux. Le texte souligne qu'il est d'une importance fondamentale de veiller à ce que les valeurs européennes inscrites dans le traité UE et dans la constitution polonaise soient respectées dans leur intégralité et que les droits fondamentaux soient garantis. La situation en Pologne est inquiétante, notamment en ce qui concerne la paralysie du Tribunal constitutionnel, laquelle met en péril la démocratie, les droits fondamentaux et l'état de droit dans ce pays. Le Parlement se félicite de la détermination de la Commission à poursuivre un dialogue constructif et productif avec le gouvernement polonais, en vue de trouver des solutions rapides et concrètes aux menaces envers l'état de droit. Le Parlement demande au gouvernement polonais de coopérer avec la Commission en vertu du principe de coopération loyale ancré dans le traité. La résolution invite enfin la Commission, en tant que gardienne des traités, à surveiller le suivi donné par les autorités polonaises aux recommandations. Je me suis abstenu de voter tout amendement déposé en plénière pour ne pas prendre le risque de perdre le soutien de la majorité des membres sur le texte.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Nemmel szavaztam a Lengyelországot elítélő állásfoglalásról, mert az a szubszidiaritás körébe tartozó ügyeket érint, politikai támadásként értelmezhető, így kontraproduktív, valamint árt a lengyel népnek és az európai intézmények hitelességének. A lengyel alkotmánybíróság körüli belpolitikai vita megoldása nem uniós hatáskör, ráadásul a jogállamisági mechanizmus nem szerepel az uniós alapszerződésekben, így jogilag értelmezhetetlen az eljárás vagy az annak végén Lengyelországra kirovandó büntetés. Az EU hatályos szerződései nem adnak felhatalmazást a Bizottságnak egy ilyen intézkedés elindítására, ezért fennáll a veszélye, hogy a definiálatlan fogalmak számonkérésén alapuló mechanizmus pusztán politikai célokat szolgál, nem pedig az uniós polgárok érdekeit.

Nem tartom szerencsésnek, hogy a jelenleg egyre erősödő EU-ellenes hangulatban a Parlament és a Bizottság – az Európa egész létét fenyegető kihívásokra való ésszerű megoldások keresése helyett – egy szuverén tagállam belügyeibe avatkozzon, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként a határozat ellen szavaztam.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution commune et pour les résolutions alternatives présentées par ECR et ENF. Cette résolution s'inscrit dans le cadre de la crise intervenue entre le Tribunal constitutionnel polonais et le gouvernement. Elle est marquée par une ingérence inacceptable de l'Union européenne dans les affaires intérieures d'un État souverain, à l'inverse des résolutions alternatives d'ECR et ENF.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η ΕΕ οφείλει να σέβεται τη λαϊκή κυριαρχία και την θέληση του Πολωνικού λαού ενώ μπορεί να αναλαμβάνει δράσεις μόνο για την υποστήριξη και τον συντονισμό των κρατών μελών. Τα ζητήματα δημόσιας ηθικής και οικογενειακού δικαίου δεν εμπίπτουν στις αρμοδιότητες της Ένωσης.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Nemmel szavaztam a Lengyelországot elítélő állásfoglalásról, mert az a szubszidiaritás körébe tartozó ügyeket érint, politikai támadásként értelmezhető, így kontraproduktív, valamint árt a lengyel népnek és az európai intézmények hitelességének. A lengyel alkotmánybíróság körüli belpolitikai vita megoldása nem uniós hatáskör, ráadásul a jogállamisági mechanizmus nem szerepel az uniós alapszerződésekben, így jogilag értelmezhetetlen az eljárás vagy az annak végén Lengyelországra kirovandó büntetés. Az EU hatályos szerződései nem adnak felhatalmazást a Bizottságnak egy ilyen intézkedés elindítására, ezért fennáll a veszélye, hogy a definiálatlan fogalmak számonkérésén alapuló mechanizmus pusztán politikai célokat szolgál, nem pedig az uniós polgárok érdekeit.

Nem tartom szerencsésnek, hogy a jelenleg egyre erősödő EU-ellenes hangulatban a Parlament és a Bizottság – az Európa egész létét fenyegető kihívásokra való ésszerű megoldások keresése helyett – egy szuverén tagállam belügyeibe avatkozzon, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként a határozat ellen szavaztam.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Anledningen till att jag valde att inte rösta i de frågor som gällde abort var att det fanns en väldigt tydlig majoritet som inte tänkte rösta igenom resolutionen om dessa passager kom med. Nu fick vi istället en väldigt bred resolution som fokuserade på konstitutionella angelägenheter i Polen och den oroande utvecklingen i fråga om dessa. Abortlagarna är av hög relevans och bör diskuteras i ett annat forum.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O governo polaco deve cooperar com a Comissão Europeia e chegar a um compromisso com os outros partidos polacos para resolver a crise constitucional que põe em perigo a democracia, os direitos fundamentais e o Estado de Direito no país.

Os recentes acontecimentos na Polónia, como a paralisia do Tribunal Constitucional (TC), põem em perigo a democracia, os direitos fundamentais e o Estado de Direito no país.

As questões relativas aos direitos das mulheres são também motivo de preocupação.

Saúdo a determinação da Comissão Europeia em prosseguir um diálogo construtivo e produtivo com o governo polaco, com vista a encontrar soluções rápidas e concretas para as ameaças de natureza sistémica ao Estado de Direito.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Contre la résolution commune: la Commission et le Parlement européen apparaissent comme le soutien du gouvernement des juges sous couvert d'état de droit.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Estamos conscientes da gravidade da situação na Polónia e dos seus desenvolvimentos mais recentes, resultantes da subida ao poder de forças ultraconservadoras e reacionárias.

Os ataques a direitos, liberdades e garantias dos cidadãos e dos trabalhadores têm expressões diversas, como é o caso das perseguições políticas e das leis anticomunistas, como a que proíbe símbolos comunistas naquele país. Uma situação que esta resolução, elucidativamente, omite.

Não desligamos a emergência de forças de extrema-direita e nazi-fascistas do carácter reacionário, racista, xenófobo e antidemocrático da UE e das suas políticas.

Esta resolução está ferida de hipocrisia.

Uma coisa são justas críticas e preocupações com os ataques à democracia, à liberdade e aos direitos dos povos. Outra coisa é a UE arvorar-se em juiz e em paladino da democracia e dos direitos humanos. Algo de intolerável, quando hoje está bem à vista a sua verdadeira natureza antidemocrática e antissocial, bem como a forma como desrespeita e afronta direitos humanos.

Cabe a cada povo decidir quais as medidas e lutas para derrotar aqueles que atentam contra os seus direitos.

Ao Parlamento cabe expressar solidariedade com os que lutam pela democracia na Polónia.

Porque estamos solidários com essa luta e porque defendemos os direitos democráticos e de soberania do povo polaco, abstivemo-nos nesta resolução.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Najnovší politický vývoj v Poľsku, predovšetkým v oblasti zloženia a efektívneho fungovania ústavného súdu, ale aj pokiaľ ide o publikovanie a uverejňovanie rozhodnutí ústavného súdu, ako aj úplný zákaz interrupcií až po nové zákony, ktoré ohrozujú slobodu médií, zvyšujú právomoci polície predstavujú nepredstaviteľný a neospravedlniteľný zásah do právneho systému štátu, ako aj ohrozenie pre základné slobody občanov a ich spôsob života. Európska komisia v nadväznosti na predmetné kroky otvorila dialóg s poľskou vládou, aby zaistila rešpektovanie vlády práva. Poľské orgány neuspokojivo vysvetlili ohrozovanie právneho štátu, a preto je Európska komisia nútená aktivovať mechanizmus a prejsť na druhú fázu na podporu právneho rámca, keď vydá konkrétne odporúčania pre poľské orgány na riešenie problémov, ktoré sú spojené s ochranou právneho štátu.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario alla risoluzione in quanto l'Unione Europea non dovrebbe interferire nelle questioni interne della Polonia.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω στο σύνολό τους τις εκθέσεις για τις πρόσφατες εξελίξεις στην Πολωνία και τον αντίκτυπό τους στα θεμελιώδη δικαιώματα που ορίζονται στον Χάρτη των Θεμελιωδών Δικαιωμάτων της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Η ΕΕ οφείλει να σέβεται την λαϊκή κυριαρχία και την θέληση του Πολωνικού λαού ενώ μπορεί να αναλαμβάνει δράσεις μόνο για την υποστήριξη και τον συντονισμό των κρατών μελών. Τα ζητήματα δημόσιας ηθικής και οικογενειακού δικαίου δεν εμπίπτουν στις αρμοδιότητες της Ένωσης.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – It is clear that procedural safeguards and material conditions set in the Police Act for implementing secret surveillance are not sufficient to prevent its excessive use and unjustified interference with privacy and data protection of individuals.

The issues that threaten the rule of law in Poland have not been satisfactorily resolved and I therefore believe there is a systematic threat to the rule of law in Poland. This is why I welcome the fact that, on 27 July 2016, the Commission activated the second stage of the Rule of Law Framework by making concrete recommendations to the Polish authorities on how to address its concerns.

We are not prepared to accept political decisions which go against the fundamental values of the European Union.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Nemmel szavaztam a Lengyelországot elítélő állásfoglalásról, mert az a szubszidiaritás körébe tartozó ügyeket érint, politikai támadásként értelmezhető, így kontraproduktív, valamint árt a lengyel népnek és az európai intézmények hitelességének.

A lengyel alkotmánybíróság körüli belpolitikai vita megoldása nem uniós hatáskör, ráadásul a jogállamisági mechanizmus nem szerepel az uniós alapszerződésekben, így jogilag értelmezhetetlen az eljárás vagy az annak végén Lengyelországra kirovandó büntetés.

Az EU hatályos szerződései nem adnak felhatalmazást a Bizottságnak egy ilyen intézkedés elindítására, ezért fennáll a veszélye, hogy a definiálatlan fogalmak számonkérésén alapuló mechanizmus pusztán politikai célokat szolgál, nem pedig az uniós polgárok érdekeit. Nem tartom szerencsésnek, hogy a jelenleg egyre erősödő EU-ellenes hangulatban a Parlament és a Bizottság – az Európa egész létét fenyegető kihívásokra való észszerű megoldások keresése helyett – egy szuverén tagállam belügyeibe avatkozzon, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként a határozat ellen szavaztam.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Nemmel szavaztam a Lengyelországot elítélő állásfoglalásról, mert az a szubszidiaritás körébe tartozó ügyeket érint, politikai támadásként értelmezhető, így kontraproduktív, valamint árt a lengyel népnek és az európai intézmények hitelességének. A lengyel alkotmánybíróság körüli belpolitikai vita megoldása nem uniós hatáskör, ráadásul a jogállamisági mechanizmus nem szerepel az uniós alapszerződésekben, így jogilag értelmezhetetlen az eljárás vagy az annak végén Lengyelországra kirovandó büntetés. Az EU hatályos szerződései nem adnak felhatalmazást a Bizottságnak egy ilyen intézkedés elindítására, ezért fennáll a veszélye, hogy a definiálatlan fogalmak számonkérésén alapuló mechanizmus pusztán politikai célokat szolgál, nem pedig az uniós polgárok érdekeit.

Nem tartom szerencsésnek, hogy a jelenleg egyre erősödő EU-ellenes hangulatban a Parlament és a Bizottság – az Európa egész létét fenyegető kihívásokra való ésszerű megoldások keresése helyett – egy szuverén tagállam belügyeibe avatkozzon, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként a határozat ellen szavaztam.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de Resolución, considerando que la UE se fundamenta en los valores de respeto de la dignidad humana, la libertad, la democracia, la igualdad, el Estado de Derecho y los derechos humanos, valores que son comunes a todos los Estados miembros y que deben por tanto ser respetados. A pesar de los intensos intercambios de puntos de vista con las autoridades polacas, las cuestiones que amenazan el Estado de Derecho en Polonia no se han resuelto de forma satisfactoria, por lo que la Comisión estima que existe una amenaza sistémica para el Estado de Derecho en este país y, en consonancia con esta situación, ha formulado una serie de recomendaciones concretas a las autoridades polacas acerca de cómo responder a las preocupaciones de la institución con carácter de urgencia.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del Parlamento europeo sui recenti sviluppi in Polonia e sul loro impatto sui diritti fondamentali sanciti dalla Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea perché penso che i recenti avvenimenti meritino la massima attenzione delle istituzioni UE.

Considerando che l'UE si fonda sul rispetto dei diritti umani, delle libertà fondamentali e della democrazia e ambisce a una società plurale e senza discriminazioni, è fondamentale che anche i nuovi paesi membri aspirino a migliorare continuamente i propri standard democratici.

Sostengo fortemente l'invito del PE al governo polacco a collaborare con la Commissione come previsto dai Trattati e a mantenere l'ambizione di modernizzare e rendere ancora più aperta la società polacca. Sarebbe opportuno che i partiti polacchi risolvessero questa situazione di crisi costituzionale e fare il massimo per il mantenimento dello Stato di diritto, la tutela dell'indipendenza dei giudici e della libertà di stampa e la tutela dei diritti individuali e delle donne in particolare.

Sono convinta che tutte queste questioni possano presto essere risolte con un dialogo costruttivo e proficuo tra la Commissione e il governo polacco e che il futuro dei cittadini e delle cittadine di quel paese sarà un futuro di democrazia e libertà.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe gegen die Entschließung zu „Aktuellen Entwicklungen in Polen und ihre Auswirkungen auf die in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Grundrechte" gestimmt. Warum? Auch ich sehe manche Entwicklung in Polen, genauso aber in anderen Staaten der EU, kritisch. Gleichzeitig distanziere ich mich von einer sich einschleichenden Überheblichkeit einzelner Politiker, Parteien und Staaten, das Tun anderer – ohne ausreichende Objektivität und Ausgewogenheit – öffentlich zu brandmarken. Eine solche Entwicklung ist weder fair noch entspricht sie dem Geist der EU. Europa funktioniert wie eine Familie – deshalb brauchen wir mehr „WIR" als „Ihr…"

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich lehne den Antrag der ENF-Fraktion entschieden ab. Das Recht auf eine freie Justiz und freie Medien ist keine reine nationale Frage, sondern eine europäische. Als Europäische Union müssen wir dafür einstehen, dass die Menschenrechte in jedem unserer Mitgliedstaaten im gleichen Maße respektiert werden und in ihrem Sinne gehandelt wird.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Le parti Droit & Justice a gagné la présidence de la République en août 2015 (Andrzej Duda) et les élections législatives en octobre 2015. Ce nouveau gouvernement, parce qu'il est conservateur, est attaqué par les eurocrates sur deux points:

sur la télévision publique, où une réforme vise à ne pas renouveler les mandats des dirigeants des télévisions et des radios publiques. Il est exagéré de parler d'un contrôle sur les médias: il s'agit simplement d'un renouvellement des instances dirigeantes, comme cela se passe aussi en France en cas d'alternance.

sur le Tribunal constitutionnel, l'attaque contre la Pologne est encore moins justifiée: le nouveau gouvernement a nommé quelques juges dans ce tribunal. Mais l'ancien parti au pouvoir, européiste, avait lui-même nommé en mai 2015 de nouveaux juges au Tribunal constitutionnel. Il souhaitait ainsi garder la mainmise sur cette institution, même en cas de défaite électorale, sans que la Commission européenne et le Parlement s'en indignent.

La résolution qu'ils présentent soutient donc le gouvernement des juges et des médias contre le gouvernement élu par le peuple. Avec les députés patriotes, nous avons donc voté contre cette résolution et présenté un contre-projet en faveur de la Pologne.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Après la Hongrie, la Pologne! Décidément, dès qu'un gouvernement ne plaît pas aux technocrates et aux grands prêtres de la bien-pensance, il est déclaré anti-démocratique et doit être sanctionné. Et tant pis s'il a été élu démocratiquement par une majorité de citoyens.

«La Commission est convaincue d'une menace systémique contre l'Etat de droit en Pologne», nous dit-on? Ah, elle s'y connaît en démocratie et en comportements moraux, la Commission, cénacle de fonctionnaires nommés qui partent monnayer leurs carnets d'adresse auprès des multinationales une fois leur mandat terminé!

Mais quand on pose la question à des Polonais ordinaires, on ne sent aucune inquiétude quant à leurs libertés individuelles. Quand on les interroge sur le Tribunal Constitutionnel, on a l'impression que celui-ci ne s'est pas comporté avec le gouvernement précédent comme l'institution indépendante que vous décrivez. Ceci expliquant d'ailleurs cela.

Brecht disait que quand le peuple vote mal, il fallait dissoudre le peuple. Vous vous y employez avec application en Europe par vos politiques d'immigration massive. Mais flûte! J'oubliais! Circonstance aggravante: les Polonais ne veulent pas être dissous. C'est même pour cela qu'ils ont élu ce gouvernement-là! Décidément, ils ont tout faux!

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la Resolución sobre la situación de los derechos humanos en Polonia, porque hace hincapié en la importancia de la defensa de derechos fundamentales como algo fundamental para un país europeo que debe cumplir con la Carta de Derechos Fundamentales de la Unión. Además, nuestro grupo añadió cuatro enmiendas a la Resolución final que remarcaban la necesidad de protección de los derechos de las mujeres y minorías sexuales.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – Le Parlement européen a adopté une deuxième résolution afin de soutenir la Commission dans le dialogue formel qu'elle a engagé avec le gouvernement polonais cette année. Il concerne les politiques menées par le gouvernement en place, qui menacent l'état de droit et les droits fondamentaux en Pologne. Votée à une large majorité, cette résolution permet aux députés européens d'exprimer leurs inquiétudes à propos de la crise constitutionnelle et d'autres réformes, qui concernent notamment les médias, la liberté d'expression, la protection de la vie privée, et les droits des femmes. Ces derniers pourraient être menacés par un projet législatif restreignant l'accès à l'avortement. La Commission européenne, gardienne des Traités, doit continuer à évaluer les politiques et les réformes en cours menées par le gouvernement polonais, et leur adéquation avec les valeurs de l'Union, qui ne sont pas négociables. Elle peut le faire dans le cadre du processus de l'état de droit qu'elle a enclenché en envoyant un avis puis des recommandations au gouvernement polonais. Celui-ci doit y donner suite d'ici au 27 octobre ; le Parlement européen restera attentif aux évolutions de ce dialogue et de la politique menée par le gouvernement polonais.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η τοποθέτησή μας στέλνει μηνύματα προς δύο κατευθύνσεις ταυτόχρονα: Μήνυμα προς την κυβέρνηση της Πολωνίας ότι καταδικάζουμε και εναντιωνόμαστε στις αντιδραστικές πολιτικές που εφαρμόζει, στο ρατσισμό και τη ξενοφοβία, στην ισλαμοφοβία και την απάνθρωπη αντιμεταναστευτική πολιτική, στην αντιδημοκρατική υπερσυγκέντρωση εξουσιών, στις ανησυχητικές αλλαγές που προωθεί πλήττοντας τα ατομικά δικαιώματα, το δικαίωμα στην ιδιωτική ζωή και την ελευθερία έκφρασης. Παράλληλα, τονίζουμε ότι η ΕΕ θα πρέπει να δείχνει ανάλογη ενόχληση από την καταπάτηση εργασιακών και κοινωνικών δικαιωμάτων τόσο στην Πολωνία όσο και στο σύνολο της Ένωσης. Παράλληλα, θα έπρεπε να καταγγέλλεται και ο θεσμικός αντικομουνισμός στην Πολωνία και σε άλλα κράτη μέλη, καθώς και το γεγονός της αξιοποίησης της κατάστασης των θεμελιωδών δικαιωμάτων σε κράτη μέλη με στόχο την επέμβαση στα εσωτερικά τους. Σε κάθε περίπτωση, είναι οι ίδιοι οι λαοί, και όχι οποιοσδήποτε τρίτος, που θα ανακόψουν την πορεία των χωρών τους προς τον αυταρχισμό και τη βαθιά συντήρηση.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Joint Motion for Resolution regarding the recent developments in Poland. Unfortunately it seems that the current government in Poland is undermining their democratic institutions, thus threatening the rule of law. This runs counter to the fundamental principles of the EU. The ongoing constitutional crisis, the government's control of the public media, and the politicisation of the national administration are only contributing to isolating the country and damaging citizens' rights. It is therefore important that the current government restore the rule of law.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because it raises concerns over the threat posed to the rule of law in Poland. I fully agree with its calls on the Polish government to comply with the articles contained in the Charter of Fundamental Rights and the ECHR with respect to democracy and respect for human rights.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding motion for a resolution. We do not support the EU's power through the rule of law mechanism to interfere in the democratic processes within Member States. Whilst we take no position on the reforms instituted by the Polish Government, they are exercising a democratic mandate from a free and fair general election. Any issues regarding their compliance with the constitution is a matter for the Polish institutions. We remain concerned at the possible extension of the use of the rule of law mechanism to other Member States.

Furthermore, the legal basis for the EU's interference is questionable. Under Protocol No 30, Poland is not bound by the Charter unless they are recognised in Polish law. As such, we voted against.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – J'ai décidé de soutenir la résolution sur la Pologne, dont je juge les propos mesurés.

Compte tenu de la situation qui semble se dégrader en Pologne, nous ne pouvons rester silencieux et devons au contraire encourager le dialogue entre les autorités et la Commission européenne, gardienne des Traités.

L'Europe est un territoire qui a connu de terribles conflits, des dictatures, des pouvoirs totalitaires mais qui a aussi défendu les principes de la démocratie et de l'état de droit et diffusé des valeurs aujourd'hui universelles.

Les observateurs en Pologne s'inquiètent de la paralysie du Tribunal constitutionnel, dont les décisions ne sont pas publiées au Journal officiel et dont les membres sont poursuivis lorsqu'ils expriment leurs désaccords avec le pouvoir en place.

Nous sommes prompts à juger les politiques menées dans les pays tiers mais pourtant, aujourd'hui, en Pologne, certaines lois sur la liberté des médias et sur la séparation des pouvoirs menacent la stabilité et la cohésion du pays.

Je ne veux pas préjuger de l'issue du dialogue qui est mené au plus haut niveau, mais je pense que le Parlement européen a le devoir de soutenir l'action de la Commission lorsqu'il s'agit de faire respecter nos valeurs et principes communs.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za prijedlog rezolucije podnesen nakon izjava Vijeća i Komisije u skladu s člankom 123. stavkom 2. Poslovnika o nedavnim događajima u Poljskoj i njihovu utjecaju na temeljna prava utvrđena Poveljom Europske unije o temeljnim pravima (2016/2774(RSP)), s obzirom da u odnosu na nedavnu raspravu iz proljeća ove godine stanje u Poljskoj nije poboljšano.

Radi se o problemu više zakonskih prijedloga koji nisu usklađeni s nekim temeljnim vrijednostima i načelima EU-a. Radi se o Zakonu o javnim medijima, Zakonu o policiji, Zakonu o kaznenom postupku, Zakonu o javnoj upravi, Zakonu o protuterorizmu i drugim rješenjima kojima se zadire u neovisnost medija, nepristranost javne uprave, pravo na privatnost, pravo na pošteno suđenje, pravo na slobodu izražavanja i drugim aspektima ograničavanja ljudskih prava. Posebno je po vladavinu prava opasna još uvijek nerazriješena situacija oko Ustavnog suda.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – La résolution commune sur la situation en Pologne est une attaque en règle contre la souveraineté nationale de la Pologne. Ce texte est inacceptable. Nous sommes d'avis que l'UE n'a pas à s'ingérer dans les affaires intérieures des États membres. C'est pourquoi le groupe ENL a déposé sa propre résolution, tout comme le groupe ECR.

Les résolutions ENF et ECR tendent à protéger la souveraineté de l'État polonaise

La résolution commune est un modèle pour l'avenir des relations entre la Commission et les États membres. La Commission et le Parlement européen apparaissent comme le soutien du gouvernement des juges sous couvert d'état de droit. Ce juridisme omniprésent dont l'UE tire un discours de normalisation des États est en fait un discours carcéral, qui nous sera un jour ou l'autre opposé.

Diane James (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding motion for a resolution. We do not support the EU's power through the rule of law mechanism to interfere in the democratic processes within Member States. Whilst we take no position on the reforms instituted by the Polish Government, they are exercising a democratic mandate from a free and fair general election. Any issues regarding their compliance with the constitution is a matter for the Polish institutions. We remain concerned at the possible extension of the use of the rule of law mechanism to other Member States.

Furthermore, the legal basis for the EU's interference is questionable. Under Protocol No 30, Poland is not bound by the Charter unless they are recognised in Polish law. As such, we voted against.

Furthermore the legal basis for the EU's is questionable. Under Protocol No. 30 Poland is not bound by the Charter unless they are recognised in Polish law. As such we voted against.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Podpořil jsem svým hlasem toto usnesení, protože je důležité, aby se v Polsku a v Unii obecně zachovala základní práva ukotvená v Listině základních práv. Věřím, že toto rozhodnutí nám umožní vést s polskou vládou produktivní diskusi a najít společné řešení.

Agnes Jongerius (S&D), *schriftelijk*. – De PvdA-Eurodelegatie vindt het belangrijk dat de democratie en rechtsstaat worden beschermd in alle lidstaten van de EU. Daarom steunen wij de gemeenschappelijke resolutie van vandaag met betrekking tot de situatie in Polen.

De regering in Polen tornt aan fundamentele beginselen van een functionerende democratische rechtsstaat door bijvoorbeeld de onafhankelijkheid van het Constitutioneel Hof in te perken. Dit is in strijd met Europese verdragen en daarom steunen wij ook de Europese Commissie, die hiertegen een juridische procedure is begonnen.

De amendementen van de GUE/NGL- en de Verts/ALE-fractie kunnen wij echter niet steunen, ook al zijn we het inhoudelijk eens met de aangedragen punten, zoals LGBT-rechten, vrouwenrechten en de bescherming van vluchtelingen. Wij zijn van mening dat een resolutie van het Europees Parlement over de rechtsstaat in een lidstaat gericht moet zijn op wetten die de regering daadwerkelijk heeft aangenomen. Rond deze onderwerpen liggen er in Polen echter geen wetsvoorstellen voor. Daarom onthouden wij ons op deze amendementen.

Uiteraard volgen wij de ontwikkelingen in Polen op het gebied van abortus en rechten voor minderheden op de voet. Mocht de regering op dat gebied wetten aannemen die in strijd zijn met Europese waarden, dan zullen wij eventuele maatregelen vanuit de EU volledig steunen.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution sur la situation en Pologne. Ce texte a pour objectif de dresser un constat de la situation sur le respect des droits de l'homme. En revanche, j'ai voté contre les amendements conduisant à une ingérence dans la politique interne polonaise. Malgré les désaccords que l'Union européenne peut avoir avec le gouvernement polonais, il est nécessaire de maintenir un dialogue constructif afin de trouver des solutions qui iront dans l'intérêt de tous.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Στήριξα το ψήφισμα του ΕΚ για την κατάσταση στην Πολωνία με το οποίο ουσιαστικά υπενθυμίζεται στην κυβέρνηση της Πολωνίας ότι η ΕΕ βασίζεται σε αξίες που επικυρώθηκαν από τον πολωνικό λαό με την ευκαιρία του δημοψηφίσματος του 2003 και λειτουργεί στη βάση της αμοιβαίας πίστης πως τα κράτη μέλη σέβονται τη δημοκρατία, το κράτος δικαίου και τα θεμελιώδη δικαιώματα. Η παράλυση του Συνταγματικού Δικαστηρίου και η άρνηση της πολωνικής κυβέρνησης να δημοσιεύσει όλες τις αποφάσεις του θέτει σε κίνδυνο τη δημοκρατία, τα θεμελιώδη δικαιώματα και το κράτος δικαίου στη χώρα αυτή.

Jarosław Kalinowski (PPE), *na piśmie*. – Decyzja o członkostwie Polski w UE była decyzją polityczną. Miała też wymiar cywilizacyjny, gwarantujący Polsce bezpieczeństwo i możliwość rozwoju. Można powiedzieć, że była to decyzja epokowa. Z decyzją tą wiązało się też przyjęcie standardów, wcześniej przyjętych i obowiązujących we Wspólnocie. Należą do nich fundamentalne zasady demokratycznego państwa prawa.

Nie mam najmniejszej wątpliwości, że te fundamentalne zasady są dziś w Polsce łamane. Niszczony jest trójpodział władzy. Władza wykonawcza uzurpuje sobie kompetencje władzy sądowniczej, poczynając od Trybunału Konstytucyjnego. Dotyczy to również podporządkowywania sobie prokuratury i sądownictwa. Nie do przyjęcia są też działania w obszarze mediów oraz służby cywilnej. Osłabianie pozycji samorządu terytorialnego i ograniczanie kompetencji jego organów to działania stojące w sprzeczności z zawartą w Konstytucji Rzeczpospolitej Polskiej zasadą pomocniczości oraz z Europejską Kartą Samorządu Lokalnego, którą Polska ratyfikowała w 1994 r.

Komisja Europejska rozpoczynająca procedurę ochrony państwa prawa oraz stanowisko Parlamentu Europejskiego wyrażone w rezolucji, nie są działaniami zewnętrznymi wobec Polski. Jesteśmy członkami UE i to są nasze instytucje, a KE jest strażniczką traktatów, na których Wspólnota się opiera. Dlatego głosowałem za przyjęciem dokumentu.

Jest to dla mnie bardzo smutny dzień, bo dziś przez działania rządu PiS Polska otwiera bardzo krótką listę krajów UE, w których zagrożone są demokracja i praworządność.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme gegen den gemeinsamen Entschließungsantrag. Polen hat eine demokratisch legitimierte Regierung, die von europäischer Seite nicht unbotmäßig kritisiert werden darf. Ein solches Verhalten führt nur zu weiteren Antagonismen und wird die EU in Polen nicht aufwerten. Ein besserer Ansatz wäre es, diplomatisch aufeinander zuzugehen.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – The rule of law has been essential to Poland's success and we need to fight to ensure its protection. I fully support the Commission's efforts to work with the Polish Government, even if these have so far received an uncooperative response. I voted in favour of the resolution as it urges the Polish Government to change course and ensure that the rule of law is respected.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Dne 14. září 2016 jsme hlasovali o návrhu usnesení o nedávném vývoji v Polsku a jeho dopadu na základní práva, jak je stanoví Listina základních práv Evropské unie. Jak jsem již uvedla k hlasování o minulé rezoluci vztahující se k aktuálně probíhající ústavní krizi v Polsku. Osobně jsem většinou ostře proti jakémukoliv zasahování Evropské unie do vnitřních politických procesů odehrávajících se nejenom v jakémkoliv členském státě, ale i vně EU. Nicméně, zde eskapády nově vzniklé polské vlády dosáhly natolik kritické hranice, že jsem tentokrát musela souhlasit s postupem evropských institucí. Vývoj po létě nenasvědčuje tomu, že by se polská vláda snažila o nějaké smírné vyřešení celé situace. Naopak svědčí o tom, že nehodlá upustit od neustálého pošlapávání svých vlastních ústavních a demokratických principů. Současná paralýza Ústavního soudu jednoznačně ohrožuje demokracii, základní práva a vládu zákona v zemi. Ústavní demokracie, nezávislost soudů a soudců, základní práva, včetně svobody sdělovacích prostředků a práva ženy svobodně rozhodovat o vlastním těle, jsou univerzální principy, které musí být vždy uznávány a podporovány všemi členskými státy EU. Proto jsem podpořila apel na polskou vládu, aby do tří měsíců vyřešila tuto ústavní krizi a našla kompromis v souladu s doporučeními Evropské komise.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Nemmel szavaztam a Lengyelországot elítélő állásfoglalásról, mert az a szubszidiaritás körébe tartozó ügyeket érint, politikai támadásként értelmezhető, így kontraproduktív, valamint árt a lengyel népnek és az európai intézmények hitelességének. A lengyel alkotmánybíróság körüli belpolitikai vita megoldása nem uniós hatáskör, ráadásul a jogállamisági mechanizmus nem szerepel az uniós alapszerződésekben, így jogilag értelmezhetetlen az eljárás vagy az annak végén Lengyelországra kirovandó büntetés. Az EU hatályos szerződései nem adnak felhatalmazást a Bizottságnak egy ilyen intézkedés elindítására, ezért fennáll a veszélye, hogy a definiálatlan fogalmak számonkérésén alapuló mechanizmus pusztán politikai célokat szolgál, nem pedig az uniós polgárok érdekeit.

Nem tartom szerencsésnek, hogy a jelenleg egyre erősödő EU-ellenes hangulatban a Parlament és a Bizottság – az Európa egész létét fenyegető kihívásokra való ésszerű megoldások keresése helyett – egy szuverén tagállam belügyeibe avatkozzon, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként a határozat ellen szavaztam.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D), *per iscritto*. – Con questa risoluzione il Parlamento europeo ricorda al governo della Polonia i valori su cui si fonda l'Unione europea: il rispetto della dignità umana, della libertà, della democrazia, dell'uguaglianza, dello Stato di diritto e del rispetto dei diritti umani, compresi i diritti delle persone appartenenti a minoranze. Questi valori sono comuni agli Stati membri in una società caratterizzata dal pluralismo, dalla non discriminazione, dalla tolleranza, dalla giustizia, dalla solidarietà e dalla parità tra donne e uomini e sono stati approvati dal popolo polacco con il referendum del 2003.

Guardiamo con preoccupazione non solo alla crisi costituzionale dovuta alla paralisi del Tribunale costituzionale e al rifiuto del governo polacco di pubblicare tutte le sentenze ma anche da alcuni recenti sviluppi legislativi lesivi dei diritti alla libertà di espressione, all'indipendenza dei media, alla privacy e soprattutto dei diritti umani fondamentali, compresi i diritti delle donne.

Per noi è imperativo che i valori comuni europei elencati nell'articolo 2 TUE e nella Costituzione polacca siano rispettati incondizionatamente. Invitiamo pertanto le autorità polacche a collaborare con la Commissione nel trovare al più presto una via d'uscita alla situazione attuale.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – The EU is built on a common set of values, enshrined in the EU treaty. These values are freedom, the rule of law and human rights. These values have made the Union, and the decision of Poland's conservative Law and Justice government to change the way in which judges are appointed to the country's Constitutional Tribunal represents a real threat to the EU's common set of values (in particular the rule of law in Poland). In addition to that, the government's decision to change the organisation and functioning of the Polish state threatens freedom of speech and transparency. To address these fundamental issues, the Polish Government should work with the EU. This is particularly important at a time when Europe's institutions are being challenged by Eurosceptic parties and populist movements across the continent. Poland has become an immensely important test for the EU and the Union should prove that it is ever closer and united by our common set of values.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution car elle porte gravement atteinte à la souveraineté de la Pologne. Certains amendements, qui voulaient imposer l'immigration et le multiculturalisme à ce courageux pays, ont heureusement été rejetés avec l'appui du groupe ENL.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – Depuis l'arrivée au pouvoir du gouvernement ultra-conservateur du PIS, la Pologne a engagé une véritable purge des contrepouvoirs existants, à l'image de ce qui a été fait en Hongrie. De nombreux journalistes des médias publics ont été remerciés, la tête des principales administrations d'État changée au profit de partisans du gouvernement, et la Cour constitutionnelle est visée par une réforme cherchant à la mettre au pas.

Fin juillet la Commission a adressé à la Pologne une lettre officielle sur le respect de l'État de droit dénonçant les manigances contre la Cour constitutionnelle. Cette résolution soutient la lettre de la Commission et s'inquiète d'autres mouvements, notamment la loi sur les médias, les changements dans la police et l'administration ainsi que les modifications du code pénal facilitant les poursuites.

Je soutien ce texte tout en appelant à des mesures plus fermes pour que les équilibres constitutionnels ne soient pas changés au gré des majorités. Les manœuvres des forces populistes en Pologne et en Hongrie pour verrouiller les pouvoirs tout en maintenant le suffrage démocratique doivent être combattues, sans quoi elles deviendront un exemple pour tous les apprentis autocrates du continent.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution commune sur la Pologne. Le changement de majorité en Pologne a entraîné une crise entre le Tribunal constitutionnel et le gouvernement polonais légitimement élu. Cette crise et les options politiques du nouveau gouvernement ont entraîné l'intervention de Bruxelles au mépris des plus élémentaires notions de souveraineté et de respect du verdict des urnes. La résolution commune sur la situation en Pologne est une attaque en règle contre la souveraineté nationale de la Pologne. Ce texte est inacceptable. L'UE n'a pas à s'ingérer dans les affaires intérieures des États membres. C'est pourquoi le groupe ENL a déposé sa propre résolution.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – La résolution commune sur la situation en Pologne est une attaque en règle contre la souveraineté nationale de la Pologne. L'UE n'a pas à s'ingérer dans les affaires intérieures des États membres. C'est pourquoi le groupe ENL a déposé sa propre résolution, tout comme le groupe ECR. Ces deux résolutions visent à protéger la souveraineté de la Pologne, c'est pourquoi j'ai voté pour celles-ci mais contre la résolution commune, qui ambitionne de définir un modèle des relations à venir entre la Commission et les États membres.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Comparto una honda preocupación sobre la situación de los derechos fundamentales en Polonia que, como en otros Estados de la Unión, ha visto una fuerte regresión. La creciente xenofobia, los ataques a los derechos de las mujeres y de las personas LGTBi, o la imposición de perfiles ultraconservadores en diferentes instancias del Estado, son realidades que ponen en cuestión el autoproclamado carácter democrático y plural de la Unión. Sin embargo, esta resolución pone como garante de estas libertades a unas autoridades europeas que no velan por ellas en Estados donde sus intereses políticos no se lo permiten. Además, presenta los derechos de las mujeres como algo disociado del resto de derechos fundamentales, que tienen en su indivisibilidad un pilar básico. Como sucede a menudo, el derecho a disponer del cuerpo propio se convierte en un elemento accesorio y de segundo orden. Por todo esto, he decidido abstenerme.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this motion for a resolution that supports the Commission in its stance on Poland's constitutional crisis.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Nesouhlasím s tvrzením, že změny ohledně polského ústavního soudu „ohrožují demokracii, základní práva a právní stát v Polsku". Nesouhlasím s naléhavou výzvou Komisi, aby posuzovala soulad nedávných polských zákonů s „hodnotami Unie", konkrétně zákona o veřejnoprávních sdělovacích prostředcích, zákona o veřejné službě, protiteroristického zákona a dalších. Je to výzva k protektorátnímu dohledu, která porušuje princip svrchovanosti polského parlamentu.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Europska unija funkcionira na osnovi pretpostavke uzajamnog povjerenja da države članice poštuju demokraciju, vladavinu prava i temeljna prava, kao što je zapisano u Europskoj konvenciji o ljudskim pravima i Povelji o temeljnim pravima. Nedavni događaji u Poljskoj, posebno spor o sastavu i funkcioniranju Ustavnog suda te neobjavljivanje presuda Ustavnog suda izazvali su zabrinutost u pogledu poštovanja vladavine prava.

Povjerenik za ljudska prava Vijeća Europe u svom izvješću nakon posjeta Poljskoj zaključio je da se nedavno usvojenim izmjenama Zakona o kaznenom postupku i Zakona o tužiteljstvu ugrožavaju pravo na pošteno suđenje u kaznenom postupku, pretpostavka nevinosti i pravo na obranu. Ovom rezolucijom poziva se poljsku vladu da surađuje s Komisijom na temelju načela lojalne suradnje, kako je navedeno u Ugovoru i na pronalaženje kompromisa kojim bi se riješila trenutačna ustavna kriza, stoga sam podržala prijedlog ove rezolucije.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – We can not keep silence when some Member States breach the rule of law. On my point of view EU structures, politicians and mass media have to pay attention to situation in Poland and other EU countries. The Copenhagen criteria should be fulfilled not only before accession into EU, but always.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – V zmysle Zmluvy o fungovaní Európskej únie sú veci verejnej morálky a rodinného práva zverené do výlučnej právomoci členských krajín Únie.

Poľsko pri Charte základných práv Európskej únie zdôraznilo výlučnú právomoc členských štátov vykonávať zákonodarnú činnosť v oblasti verejnej morálky, rodinného práva, ochrany ľudskej dôstojnosti a rešpektovania ľudskej fyzickej a morálnej integrity. Uplatňovanie charty voči Poľsku má tak legitímne obmedzenia. Poľsko nie je viazané zásadami Charty základných práv Európskej únie, ak tieto zásady nie sú uznané v rámci právnych predpisov či postupov Poľska.

Poslanci EP uznesením potvrdili, že rešpektujú práva Poľskej republiky ako zvrchovaného štátu a uznávajú, že oblasti právnych vzťahov, ku ktorým sa Poľská republika nezaviazala vstupom do EÚ, sú jej vnútornou záležitosťou. EP upozornil, že nové vnútorné právne predpisy Poľskej republiky (zákon o boji proti terorizmu, trestný poriadok, zákon o prokuratúre, zákon o verejnoprávnom vysielaní…) vzhľadom na zásadu subsidiarity by sa nemali vzťahovať na inštitúcie EÚ. Ciele a úlohy týchto zákonov je možné lepšie dosiahnuť poľskými orgánmi.

Návrh uznesenia som podporil, pretože vychádza z rešpektovania platného práva v Únii.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος σχετικά με τις πρόσφατες εξελίξεις στην Πολωνία και τις επιπτώσεις τους στα θεμελιώδη δικαιώματα, όπως αυτά ορίζονται στον Χάρτη των Θεμελιωδών Δικαιωμάτων της Ευρωπαϊκής Ένωσης, διότι η εν λόγω πρόταση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution commune.

L'Union européenne, suite au changement de majorité en Pologne et à la crise constitutionnelle qui en a découlé, s'est très largement immiscée dans les affaires intérieures du pays, allant à l'encontre de la souveraineté d'un de ses États membres. Nous condamnons fermement cette ingérence. C'est pourquoi notre groupe a déposé sa propre résolution.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme projednávali návrh usnesení, které upozorňuje na nedávný vývoj v Polsku. Mám na mysli situaci např. kolem obsazování soudcovských míst na Ústavním soudu. V usnesení vyzýváme Komisi, aby postupovala objektivně a nestranně a naplňovala tak svou úlohu strážkyně Smluv přesně tak, jak to definují zakládací Smlouvy EU. Při ochraně základních hodnot, na kterých je založena EU, je třeba postupovat objektivně a měřit všem stejným metrem. Předložený návrh usnesení se mi zdá být vyvážený, upozorňuje Polsko na některé problematické záležitosti, zároveň však důrazně žádá po Komisi, jak přesně postupovat. Proto jsem návrh podpořil.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Hier soll ein Eingriff in die Souveränität Polens verhindert werden. Das kann ich nur befürworten, denn die Kommission ist das Exekutivorgan der Union und kein politisches Gremium.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La résolution commune sur la situation en Pologne est une attaque en règle contre la souveraineté nationale de la Pologne. Nous sommes d'avis que l'UE n'a pas à s'ingérer dans les affaires intérieures des États membres. C'est pourquoi le groupe ENL a déposé sa propre résolution, tout comme le groupe ECR. Ces deux résolutions visent à protéger la souveraineté de la Pologne, c'est pourquoi j'ai voté pour celles-ci mais contre la résolution commune, qui ambitionne de définir un modèle des relations à venir entre la Commission et les États membres.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – É fundamental garantir que os valores europeus comuns enunciados no artigo 2.º do TUE e na Constituição polaca sejam plenamente respeitados e que os direitos fundamentais, tal como definidos na Carta dos Direitos Fundamentais, sejam salvaguardados. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I supported this cross-party resolution on the situation in Poland as it stresses the importance of protecting and promoting European values.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Je me réjouis de l'adoption par le Parlement européen de cette résolution sur la situation en Pologne et de son impact sur les droits fondamentaux. Alors que la crise constitutionnelle n'est toujours pas résolue et que le dialogue lancé par la Commission au titre du mécanisme pour l'état de droit est toujours en cours, il était capital que le Parlement se positionne et envoie un message clair aux autorités polonaises. Il était donc crucial que le texte recueille les voix requises pour devenir la position du Parlement. C'est avec la conscience de cette nécessité que j'ai choisi de voter pour le texte tel que soutenu par la majorité des groupes politiques. Si j'approuve en substance les amendements au texte déposés par d'autres groupes, j'ai fait le choix de suivre mon groupe en m'abstenant sur la plupart de ces amendements. Sachant que les autorités polonaises devront répondre le mois prochain à la recommandation qui leur a été adressée par la Commission au titre du mécanisme pour l'état de droit, le Parlement devait pouvoir s'accorder sur une position commune avant cette date tout en restant suffisamment engagé à l'égard du pouvoir polonais.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on recent developments in Poland and their impact on fundamental rights as laid down in the Charter of Fundamental Rights of the European Union, since I agree with the text. However, I have never supported, and I have voted against, any references to abortion and to women's sexual and reproductive health rights, which, in my opinion, are strictly a competence of the Member States.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A tárgyban az ENF és az ECR képviselőcsoportok önálló, a PPE, az S&D, az ALDE, a GUE/NGL és a Verts/ALE képviselőcsoport pedig közös állásfoglalásra irányuló indítványt nyújtott be. Az ötpárti közös indítványt szavaztam meg.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Il s'agit de résolutions suite à l'ingérence de Bruxelles dans la politique intérieure polonaise.

En effet, le changement de majorité a entraîné une crise entre le Tribunal constitutionnel et le gouvernement nouvellement élu.

Nous nous opposons farouchement à la résolution commune, qui est une atteinte en règle à la souveraineté de la Pologne et qui met une fois de plus en évidence l'ingérence scandaleuse de l'UE dans les affaires intérieures des États membres.

Cependant, nous soutenons les deux propositions alternatives déposées respectivement par les groupes ENF et ECR.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Alors que les résolutions défendues par les groupes ENL ou ECR sont respectueuses de la souveraineté de la Pologne, la résolution commune ne l'est absolument pas, et je m'y oppose avec force.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution sur les récentes évolutions en Pologne et leurs conséquences sur les droits fondamentaux inscrits dans la charte des droits fondamentaux de l'Union européenne. Ce texte recommande notamment aux dirigeants européens, dans le contexte actuel du Brexit et de la montée des extrémismes en Europe, de réfléchir aux moyens de réformer l'Union européenne afin de mieux respecter le principe de subsidiarité et de rapprocher les citoyens du processus décisionnel.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – La situazione in Polonia desta non poche preoccupazioni, in quanto i recenti sviluppi rischiano di minare i valori fondamentali alla base dell'Unione europea. In particolare, la paralisi del Tribunale costituzionale, le controversie sul suo funzionamento e la pressione del governo polacco nei confronti dei servizi di informazione pubblica minacciano la democrazia, i diritti fondamentali e lo Stato di diritto stesso. Purtroppo, il dialogo portato avanti dalla Commissione e le autorità del governo polacco nel tentativo di risolvere la situazione non ha mostrato progressi rilevanti né ha prodotto i risultati auspicati.

Analogamente, la Commissione di Venezia ha stabilito che i diritti fondamentali dei cittadini polacchi non sono protetti in maniera adeguata dalla nuova legge sulle forze di polizia promossa dall'esecutivo di Varsavia. Per queste ragioni, la Commissione ha formalizzato le sue raccomandazioni alle autorità polacche, con l'intenzione di porre rimedio alla crisi il prima possibile, viste le sistematiche minacce allo Stato di diritto nel paese. Il Parlamento europeo, in quanto espressione diretta dei popoli europei, non può accettare alcuna scelta politica in chiara contraddizione con i valori alla base dell'Unione stessa.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted against the motion for a resolution regarding the recent development in Poland and their impact on fundamental rights.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. – On the joint motion for a resolution on recent developments in Poland, I and my Sinn Féin colleagues voted in favour. The resolution identifies huge concerns in relation to civil liberties, adherence to democratic necessities and environmental and constitutional malpractice. The resolution also places a large focus on strict adherence to both the Charter of Fundamental Rights and the European Convention of Human Rights. For those reasons we supported the resolution.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Hier soll ein Eingriff in die Souveränität Polens legitimiert werden. Dies hätte ich bei der Abstimmung abgelehnt, denn die Kommission ist das Exekutivorgan der Union und kein politisches Gremium.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Hiljutiste keerukate sündmuste taustal kutsutakse resolutsioonis Poolat üles austama euroopalikke põhimõtteid ja järgima demokraatlikku seadusandlust. Oluline on lõpetada Poola konstitutsiooniline kriis, tagada pressi- ja meediavabadus ning astuda dialoogi opositsioonijuhtidega.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding motion for a resolution. We do not support the EU's power through the rule of law mechanism to interfere in the democratic processes within Member States. Whilst we take no position on the reforms instituted by the Polish Government, they are exercising a democratic mandate from a free and fair general election. Any issues regarding their compliance with the constitution is a matter for the Polish institutions. We remain concerned at the possible extension of the use of the rule of law mechanism to other Member States.

Furthermore, the legal basis for the EU's interference is questionable. Under Protocol No 30, Poland is not bound by the Charter unless they are recognised in Polish law. As such, we voted against.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Ne smatram da su ljudska prava, demokracija i vladavina zakona u Poljskoj ugroženi. Istina je da je poljska vlada uvela neke promjene, ali informacije plasirane u međunarodnim medijima nisu temeljene na pouzdanim podatcima te ne odražavaju stvarno stanje. Što se tiče poglavlja 3., 4. i 5. o stanju temeljnih građanskih prava - slobode okupljanja, slobode govora i medijskih sloboda, nije bilo značajnih zakonskih promjena u tom pogledu, jer se ostvarivanja slobode okupljanja prije i nakon posljednjih parlamentarnih izbora nisu promijenila.

Najveće poljsko udruženje novinara podržalo je promjene Zakona o medijima smatrajući kako su one bile prijeko potrebne te su omogućile medijski pluralizam. Komparativna analiza pokazuje kako su zakonske promjene koje su uvedene u ovom području slične rješenjima koja postoje u zapadnoeuropskim zemljama poput Italije, Španjolske ili Francuske. Kada govorimo o pravima žena i reproduktivnom zdravlju, Poljska ima odlične zakone, a podatci pokazuju da je smrtnost majki u Poljskoj među najnižima u svijetu, i to upravo zbog dobre zakonske regulative.

Postoje problemi s funkcioniranjem Ustavnog suda, ali njih je Poljska u stanju sama riješiti bez uplitanja izvanjskih faktora. Poljska je nezavisna država, njezina vlada izabrana je od naroda na demokratskim izborima, ima svoju legitimnost i legitimitet i to moramo poštovati.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Le changement de majorité en Pologne a apporté avec lui une crise entre le Tribunal constitutionnel et le gouvernement polonais légitimement élu. Cette crise et les options conservatrices du nouveau gouvernement ont entraîné l'intervention de Bruxelles, au mépris des plus élémentaires notions de souveraineté et de respect du verdict des urnes. La résolution commune sur la situation en Pologne est une attaque en règle contre la souveraineté nationale de la Pologne. Ce texte est inacceptable et je vote donc contre. L'UE n'a pas à s'ingérer dans les affaires intérieures des États membres. C'est pourquoi le groupe ENL a déposé sa propre résolution, tout comme le groupe ECR, et je soutiens ces propositions de résolution alternatives.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Condivido la preoccupazione espressa dalla risoluzione, riguardo alle riforme promosse dal governo polacco. La legge sugli organi di informazione pubblici, la modifica della legge sulla polizia, la legge che modifica il codice penale e la legge sulla procura, la modifica della legge sulla funzione pubblica e la legge sulla lotta al terrorismo, rischiano di creare un quadro normativo incompatibile con il diritto primario e derivato dell'UE, con i valori su cui si fonda l'Unione e con la stessa Costituzione polacca. È fortemente a rischio il rispetto della dignità umana, della libertà, della democrazia, dell'uguaglianza, dello Stato di diritto e del rispetto dei diritti umani. Ulteriore preoccupazione desta, in tale contesto, la paralisi del Tribunale costituzionale determinata dallo stesso governo di Varsavia, impedendo così ogni controllo costituzionale della nuova legislazione.

Condivido altresì il rammarico per il rifiuto del governo polacco di giungere ad una soluzione di compromesso con la Commissione, in veste di custode dei trattati, basata sui principi di leale cooperazione e di sussidiarietà, e sulle raccomandazioni elaborate dalla commissione di Venezia.

Mi unisco quindi all'appello rivolto al governo polacco perché si giunga presto ad una soluzione che garantisca il rispetto pieno dello Stato di diritto e delle libertà fondamentali.

Kati Piri (S&D), *schriftelijk*. – De PvdA-Eurodelegatie vindt het belangrijk dat de democratie en rechtsstaat worden beschermd in alle lidstaten van de EU. Daarom steunen wij de gemeenschappelijke resolutie van vandaag met betrekking tot de situatie in Polen.

De regering in Polen tornt aan fundamentele beginselen van een functionerende democratische rechtsstaat door bijvoorbeeld de onafhankelijkheid van het Constitutioneel Hof in te perken. Dit is in strijd met Europese verdragen en daarom steunen wij ook de Europese Commissie, die hiertegen een juridische procedure is begonnen.

De amendementen van de GUE/NGL- en de Verts/ALE-Fractie kunnen wij echter niet steunen. Ook al zijn we het inhoudelijk eens met de aangedragen punten, zoals LGBT-rechten, vrouwenrechten en de bescherming van vluchtelingen. Wij zijn van mening dat een resolutie van het Europees Parlement over de rechtsstaat in een lidstaat gericht moet zijn op wetten die de regering daadwerkelijk heeft aangenomen. Over deze onderwerpen liggen er in Polen echter geen wetsvoorstellen voor. Daarom onthouden wij ons bij deze amendementen.

Uiteraard volgen wij de ontwikkelingen in Polen op het gebied van abortus en rechten voor minderheden op de voet. Mocht de regering op dat gebied wetten aannemen die in strijd zijn met Europese waarden, dan zullen wij eventuele maatregelen vanuit de EU volledig steunen.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution pour rappeler combien il est important que le gouvernement polonais prenne conscience de l'urgence à résoudre la crise constitutionnelle dans laquelle se trouve le pays actuellement. L'objectif de ce texte n'est pas de faire un procès au gouvernement mais bien de l'encourager à dialoguer davantage avec la Commission européenne afin de trouver une issue aux différents manquements à l'état de droit constatés en Pologne sur la période récente. Il faut le rappeler: si la Pologne, par la voix de son peuple souverain, a décidé en 2003 de rejoindre l'Union européenne, c'est pour appartenir à un ensemble d'États partageant des valeurs et des principes fondamentaux communs.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding motion for a resolution. We do not support the EU's power through the rule of law mechanism to interfere in the democratic processes within Member States. Whilst we take no position on the reforms instituted by the Polish Government, they are exercising a democratic mandate from a free and fair general election. Any issues regarding their compliance with the constitution is a matter for the Polish institutions. We remain concerned at the possible extension of the use of the rule of law mechanism to other Member States.

Furthermore, the legal basis for the EU's interference is questionable. Under Protocol No 30, Poland is not bound by the Charter unless they are recognised in Polish law. As such, we voted against.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. – Appartenir à l'Union européenne implique de souscrire à un socle de valeurs fondamentales, fondées sur la primauté du droit et la démocratie. Si un seul État membre contrevient à ces principes, cela porte atteinte à l'intégrité de l'Union toute entière. C'est pourquoi la Commission a engagé un dialogue avec les autorités de la Pologne, où l'équilibre des pouvoirs est mis en danger du fait de la paralysie du tribunal constitutionnel et des réformes liberticides du gouvernement conservateur.

Les députés européens appuient la démarche de la Commission pour trouver une solution à cette crise constitutionnelle. Ils s'inquiètent de cette situation de menace systémique envers l'état de droit qui met à mal la protection des droits fondamentaux, en tête desquels la liberté et le pluralisme des médias, ainsi que les droits des femmes.

Si je soutiens l'objectif de ce texte, j'aurais souhaité qu'il soit plus ambitieux sur la nécessité d'adopter des sanctions au cas où le gouvernement polonais persistait dans son refus de coopérer. C'est la crédibilité de l'Union dont il s'agit.

Surtout, tout cela renforce le besoin d'un Pacte européen pour l'état de droit, afin de s'assurer du respect des valeurs européennes, au quotidien, dans tous les États membres de l'Union.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Considerando que a UE se alicerça nos valores do respeito da dignidade humana, da liberdade, da democracia, da igualdade, do Estado de Direito e do respeito pelos direitos humanos, e que esses valores são comuns aos Estados-Membros, salienta-se que é fundamental garantir que os valores europeus comuns enunciados no artigo 2.º do TUE e na Constituição polaca sejam plenamente respeitados e que os direitos fundamentais, tal como definidos na Carta dos Direitos Fundamentais, sejam salvaguardados.

Deste modo, reitera-se a posição sobre a situação na Polónia, em especial no que respeita à paralisia do Tribunal Constitucional, que põe em perigo a democracia, os direitos fundamentais e o Estado de Direito na Polónia.

Entre outras preocupações manifestadas, existe o facto de, até à data, não ter sido encontrada uma solução de compromisso e de as recomendações da Comissão de Veneza não terem sido aplicadas; lamenta-se igualmente que o Governo polaco se recuse a publicar todos os acórdãos do Tribunal Constitucional.

Votei favoravelmente neste relatório.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – É fundamental garantir que os valores europeus sejam plenamente respeitados e que os direitos fundamentais, tal como definidos na Carta dos Direitos Fundamentais, sejam salvaguardados.

A situação na Polónia, em especial no que respeita à paralisia do Tribunal Constitucional, põe em perigo a democracia, os direitos fundamentais e o Estado de direito. A Polónia deve ter em conta as recomendações formuladas no que respeita: à lei relativa aos meios de comunicação social, garantindo o fornecimento de um conteúdo independente, imparcial e fidedigno; à lei que altera a lei da polícia, tendo em conta a sua ingerência desproporcionada no direito ao respeito pela vida privada; à lei que altera o Código Penal, tendo em conta a necessidade de respeitar o acervo da UE em matéria de direitos processuais, bem como o direito fundamental a um julgamento justo; à lei que altera a lei relativa à função pública, tendo em conta o grave risco de politização da administração polaca; à lei em matéria de luta contra o terrorismo, tendo em conta o direito à liberdade de expressão; e ainda outras questões que são motivo de preocupação, na medida em que podem constituir violações da legislação da UE e dos direitos humanos fundamentais, incluindo os direitos das mulheres.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado en favor de esta resolución sobre la degradante situación del Estado de Derecho y la calidad de la democracia en Polonia. La Comisión Europea lleva meses investigando sobre las recientes reformas del Tribunal Constitucional polaco y el control estatal ejercido sobre los medios de comunicación públicos. La Comisión ha constatado además falta de cooperación por parte de las autoridades polacas, por lo que seguirá con la siguiente fase del proceso gradual previsto por el mecanismo.

Finalmente, otro asunto realmente preocupante es la prohibición absoluta de abortar que planea el Gobierno y que resulta incompatible con los derechos de autonomía reproductiva. Además, la Comisión de Venecia ha planteado interrogantes sobre el recurso a prácticas de escuchas y control de las comunicaciones de los ciudadanos que se incluye en la nueva Ley de Policía.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu la résolution relative à la situation en Pologne, car la crise constitutionnelle que traverse cet État membre, tout comme les réponses qui y sont apportées, sont pour le moins préoccupantes. Le gouvernement polonais doit suivre sans tarder les recommandations de la Commission de Venise et de la Commission européenne afin d'être en conformité avec les valeurs de l'Union européenne, auxquelles la Pologne a souscrit. L'Union européenne doit faire tout ce qui est en son pouvoir afin de faire respecter la démocratie, l'État de droit et les droits fondamentaux. Je suis particulièrement inquiet et je m'insurge de voir l'indépendance des médias, la liberté d'expression, le droit à la vie privée et la justice, menacés par l'attitude des autorités polonaises.

Virginie Rozière (S&D), *par écrit*. – Depuis son arrivée au pouvoir en octobre 2015, le gouvernement polonais conservateur mène un programme de réforme qui a provoqué de multiples avis de la commission de Venise depuis le début de l'année 2016 et a conduit la Commission européenne à questionner ce gouvernement et le Parlement européen à adopter une résolution le 13 avril 2016, tant les mesures engagées constituent une menace pour l'État de droit en Pologne. La paralysie du Tribunal constitutionnel viole le principe de séparation des pouvoirs et permet au gouvernement d'introduire de nouvelles lois menaçant délibérément les droits au respect de la vie privée, à la liberté d'expression, le droit à un procès équitable, les droits des femmes et l'impartialité de la fonction publique. La proposition de résolution adoptée soutient l'initiative de la Commission, laquelle a adopté un avis et formulé une recommandation au titre du cadre pour l'État de droit. Cette proposition invite également le gouvernement polonais à coopérer en vue de la recherche de solutions appropriées pour renforcer l'État de droit en Pologne. La préservation de l'État de droit et des droits inscrits dans la charte des droits fondamentaux sont une nécessité absolue, j'ai donc voté en faveur de cette proposition de résolution.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu cette résolution qui traduit, une nouvelle fois, les préoccupations de l'Union européenne quant aux menaces systémiques qui pèsent sur l'état de droit en Pologne et les actions du gouvernement polonais actuel. Cette résolution se concentre sur les évolutions récentes et rapides de la législation qui ont lieu dans des domaines tels que les médias publics, ou encore le statut de la fonction publique, et ce, sans consultations appropriées du Tribunal constitutionnel, lui aussi en proie à de nombreuses difficultés liées à sa partialité.

L'objectif de cette résolution est de rappeler le soutien du Parlement dans le dialogue constructif et productif lancé par la Commission européenne afin de parvenir à des solutions dans un esprit de coopération entre les institutions européennes et le gouvernement polonais.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la Resolución sobre la situación de los derechos humanos en Polonia, porque hace hincapié en la importancia de la defensa de derechos fundamentales como algo fundamental para un país europeo que debe cumplir con la Carta de Derechos Fundamentales de la Unión. Además, nuestro grupo añadió cuatro enmiendas a la Resolución final que remarcaban la necesidad de protección de los derechos de las mujeres y minorías sexuales.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – My vote on this motion carries the following reservations: I am not convinced that when the European Parliament is seeking to censure the actions of governments of our Member States, we are following comparable methods of assessment and applying 'principles' to situations in a transparent and fair manner.

In most situations of national crisis and controversy, especially in polarised democracies, the partisan clash of political formations can be huge and intimately influenced by the subterranean strategies being followed by vested interests. Assessing rights and wrongs in such situations can be extremely difficult even for objective observers within the national context (should they exist). Doing so from within this Parliament is even more complex and liable to error.

Our deliberations here are also subject – though we may try to believe otherwise – to political calculations and manipulations, extraneous to the national situation about which we try to reach a judgement. Frankly in the case of Poland, though ideologically I disagree with the approaches and beliefs of its present government, I doubt whether sufficient weight has been given to the anti-democratic distortions of the previous government which have led to what one could all the 'over'-reactions of the present one.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Comparto una honda preocupación sobre la situación de los derechos fundamentales en Polonia que, como en otros Estados de la Unión, ha visto una fuerte regresión. La creciente xenofobia, los ataques a los derechos de las mujeres y de las personas LGTBi, o la imposición de perfiles ultraconservadores en diferentes instancias del Estado, son realidades que ponen en cuestión el autoproclamado carácter democrático y plural de la Unión. Sin embargo, esta resolución pone como garante de estas libertades a unas autoridades europeas que no velan por ellas en Estados donde sus intereses políticos no se lo permiten. Además, presenta los derechos de las mujeres como algo disociado del resto de derechos fundamentales, que tienen en su indivisibilidad un pilar básico. Como sucede a menudo, el derecho a disponer del cuerpo propio se convierte en un elemento accesorio y de segundo orden. Por todo esto, he decidido abstenerme.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Návrh usnesení o nejnovějším vývoji v Polsku a jeho dopadu na základní práva jsem podpořila. Je mi líto, že se opět musíme vracet k situaci v Polsku, které považuji za vyspělou demokratickou zemi. Situace se však nezlepšila. Přestože nedávná novela polského zákona o ústavním soudu po nátlaku veřejnosti a mezinárodního společenství opustila některé původní kontroverzní návrhy, například možnost odvolání ústavních soudců parlamentem, nedostatky stále přetrvávají. Nutnost jedenáctičlenného kvora při současném počtu dvanácti ústavních soudců nebo opuštění možnosti prioritního projednání stížností nelze z hlediska efektivního fungování ústavního tribunálu akceptovat. Rovněž nevole vlády publikovat rozhodnutí ústavního soudu nemá v právním státě místo. Ústavní soud by neměl být předmětem politických her.

Doufala jsem, že tlak veřejnosti povede polskou vládu k sebereflexi. Je tomu naopak. V mezidobí byly přijaty další kontroverzní předpisy pohybující se na hraně ústavnosti, například novela zákona o policii nebo legislativa proti terorismu, která je nyní předmětem přezkumu před ochromeným ústavním soudem.

Sama jsem zažila totalitní období vlády jedné politické strany a pošlapání principů právního státu a nezávislosti justice. Doufám proto, že jednobarevná vláda strany Právo a Spravedlnost brzy vymění pocit opojení mocí za úctu k demokracii, lidským právům a právnímu státu. Minimálně občané Polska si to zaslouží.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Európska komisia nemôže vstupovať do suverenity členských krajín Európskej únie. Tie sa však zaviazali svojim vstupom dodržiavať spoločne dohodnuté a odsúhlasené pravidlá. Týka sa to najmä nezávislosti súdov a slobody slova a tlače a dodržiavania demokratických postupov pri výkone štátnej moci. Poľsko sa v posledných mesiacoch od týchto princípov odklonilo, no verím, že čoskoro dôjde k náprave.

Jaromír Štětina (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem usnesení EP o nedávném vývoji v Polsku a jeho dopadu na základní práva, jak je stanoví Listina základních práv Evropské unie. Usnesení přijaté Evropským parlamentem dle mého představuje věcné a racionální zhodnocení dosavadního vývoje v Polsku. Na základě závěrů učiněných Benátskou komisí Rady Evropy a dalšími subjekty se Evropská komise jakožto strážkyně Smluv rozhodla zahájit s polskou vládou neformální dialog, který – jak i já sám doufám –, vyústí v konkrétní řešení, která by odstranila objektivní hrozby právnímu státu v Polsku, například znemožnění řádného fungování Ústavního soudu. EU funguje na základě presumpce vzájemné důvěry v to, že členské státy jednají ve shodě s demokracií, právním státem a základními právy zakotvenými například v Listině základních práv Evropské unie. Je správně, že Evropská komise bdí nad dodržováním hodnot, ke kterým se země EU, včetně Polska, svým členstvím zavázaly. Polsko nesmí přijít o svou nesnadno vydobytou demokracii a svobodu.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Mit dieser Entschließung verstärkt die EU das ungeschriebene Prinzip der selektiven Toleranz.

Wenn Griechenland, Frankreich, Deutschland, Spanien, Portugal oder Italien dauerhaft gegen geltendes Gemeinschaftsrecht verstoßen, beispielsweise in der Asyl-, Euro- und Haushaltspolitik, dann drückt die EU-Kommission ein Auge zu.

Wird jedoch eine konservative Regierung in einem Mitgliedsstaat demokratisch ins Amt gewählt und setzt ihr Wahlprogramm durch, dann reisen die EU-Kommissare scharenweise an und suchen bis ins letzte Detail nach Vorwänden, um konservative Regierungen an den Pranger zu stellen.

An Polen soll ein Exempel statuiert werden: Wer nicht den Vorstellungen der linksliberalen EU-Beamten entspricht, wird abgestraft.

Diese Entschließung soll dazu beitragen. Deswegen habe ich dagegen gestimmt.

Und noch ein Wunsch: die polnische PiS-Regierung möge standhaft bleiben und die Herren Tusk, Juncker und Timmermans freundlich und bestimmt in die Schranken weisen. Wenn es tatsächlich zu Vertragsverletzungen gekommen sein könnte, dann ist einzig der EuGH befugt, darüber zu befinden. Nicht jedoch die ideologisch handelnde EU-Kommission.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Europski parlament podsjeća da se Europska unija temelji na vrijednostima poštovanja ljudskog dostojanstva, slobode, demokracije, vladavine prava i poštovanja ljudskih prava. Dioba vlasti i neovisnost pravosuđa srž su demokratskog sustava i ne smiju biti ugrožene.

Nedavni događaji u Poljskoj, kao što je spor o sastavu i funkcioniranju Ustavnog suda te neobjavljivanje presuda Ustavnog suda, izazivaju zabrinutost u pogledu poštovanja vladavine prava. Učinkovita, nepristrana i profesionalna javna uprava obilježje je demokratske vlasti, a novim poljskim Zakonom o javnoj upravi to je načelo ugroženo.

Podržavam prijedlog rezolucije o nedavnim događanjima u Poljskoj jer smatram da je bitno uspostaviti puno poštovanje zajedničkih europskih vrijednosti kao i temeljnih prava. Smatram da Poljskoj treba pružiti svu pomoć u pronalaženju rješenja za jačanje vladavine prava.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za predlog skupne resolucije o najnovejših dogodkih na Poljskem in njihovem vplivu na temeljne pravice iz Listine Evropske unije o temeljnih pravicah.

Evropska komisija je Poljski 27. julija 2016 izdala priporočilo v okviru postopka za zaščito pravne države. Glavni pomisleki so se nanašali na imenovanje članov ustavnega sodišča, spremembe zakona o ustavnem sodišču in učinkovitost ocene ustavnosti nove zakonodaje. Poljska mora v treh mesecih odpraviti sporne zakonodajne odločitve.

Podpiram resolucijo, ki pozdravlja odločno namero Komisije, da si bo prizadevala za konstruktiven in ploden dialog s poljsko vlado, da bi se našla hitra in konkretna rešitev za navedene sistemske grožnje načelu pravne države.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Στο ψήφισμα που κατατέθηκε τηρήσαμε αποχή. Η τοποθέτησή μας στέλνει μηνύματα προς δύο κατευθύνσεις ταυτόχρονα: Στέλνει μήνυμα προς την κυβέρνηση της Πολωνίας ότι καταδικάζουμε και εναντιωνόμαστε στις αντιδραστικές πολιτικές που εφαρμόζει, στο ρατσισμό και τη ξενοφοβία, στην ισλαμοφοβία και την απάνθρωπη αντιμεταναστευτική πολιτική, στην αντιδημοκρατική υπερσυγκέντρωση εξουσιών, στις ανησυχητικές αλλαγές που προωθεί πλήττοντας τα ατομικά δικαιώματα, το δικαίωμα στην ιδιωτική ζωή και την ελευθερία έκφρασης. Παράλληλα όμως στηλιτεύουμε την υποκρισία και την επιλεκτικότητα από τους κυρίαρχους κύκλους της ΕΕ που δεν ενοχλούνται από την καταπάτηση εργασιακών και κοινωνικών δικαιωμάτων, που δεν καταγγέλλουν το θεσμικό αντικομμουνισμό στην Πολωνία, που αξιοποιούν

την κατάσταση των θεμελιωδών δικαιωμάτων σε κράτη μέλη για να επέμβουν στα εσωτερικά τους. Σε κάθε περίπτωση όμως, είναι οι ίδιοι οι λαοί που θα ανακόψουν την πορεία των χωρών τους προς τον αυταρχισμό και τη βαθιά συντήρηση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η ΕΕ οφείλει να σέβεται την λαϊκή κυριαρχία και την θέληση του Πολωνικού λαού ενώ μπορεί να αναλαμβάνει δράσεις μόνο για την υποστήριξη και τον συντονισμό των κρατών μελών και οιαδήποτε προσπάθεια παρέμβασης στις αποκλειστικές αρμοδιότητες των κρατών θεωρείται ότι στερείται νομιμοποίησης.

Τα ζητήματα δημόσιας ηθικής και οικογενειακού δικαίου δεν εμπίπτουν στις αρμοδιότητες της Ένωσης.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Támogattam a határozati javaslatot, mert azt jelentős áttörésnek tartom az Európai Unió és tagállamai közti viszonyban, a demokratikus jogállam működésének, az európai demokratikus alapelvek és a jogállamiság ellenőrzése és a jogsértések esetleges szankcionálása útján. Teljesen indokoltnak és az uniós jog által megalapozottnak tartom, hogy az új lengyel kormányzat által a demokratikus intézmények leépítése, illetve korlátozása irányába tett lépéseket, mindenekelőtt az Alkotmánybíróság hatáskörének csorbítását a Bizottság vizsgálja, arról megbeszélést folytasson a lengyel kormánnyal, s szükség esetén szankcióra tegyen javaslatot. Meggyőződésem, hogy a mai határozattal az EP is hozzájárulhat a lengyel alkotmányos válság megoldásához.

Szavazatom mérlegelése kapcsán magyar ellenzéki képviselőként nem tudtam figyelmen kívül hagyni azt a fontos tanulságot, hogy amennyiben korábban a Bizottság, illetve az Európai Parlament hasonló következetességgel járt volna el az európai demokratikus normákat hasonló, vagy még súlyosabb módon már régóta megsértő magyar kormánnyal szemben is, hazámban a demokrácia állapota talán nem súlyosbodott volna a jelenlegi helyzetig.

Paul Tang (S&D), *schriftelijk*. – De PvdA-Eurodelegatie vindt het belangrijk dat de democratie en rechtsstaat worden beschermd in alle lidstaten van de EU. Daarom steunen wij de gemeenschappelijke resolutie van vandaag met betrekking tot de situatie in Polen.

De regering in Polen tornt aan fundamentele beginselen van een functionerende democratische rechtsstaat door bijvoorbeeld de onafhankelijkheid van het Constitutioneel Hof in te perken. Dit is in strijd met Europese verdragen en daarom steunen wij ook de Europese Commissie, die hiertegen een juridische procedure is begonnen.

De amendementen van de GUE/NGL- en de Verts/ALE-fractie kunnen wij echter niet steunen, ook al zijn we het inhoudelijk eens met de aangedragen punten, zoals LGBT-rechten, vrouwenrechten en de bescherming van vluchtelingen. Wij zijn van mening dat een resolutie van het Europees Parlement over de rechtsstaat in een lidstaat gericht moet zijn op wetten die de regering daadwerkelijk heeft aangenomen. Rond deze onderwerpen liggen er in Polen echter geen wetsvoorstellen voor. Daarom onthouden wij ons op deze amendementen.

Uiteraard volgen wij de ontwikkelingen in Polen op het gebied van abortus en rechten voor minderheden op de voet. Mocht de regering op dat gebied wetten aannemen die in strijd zijn met Europese waarden, dan zullen wij eventuele maatregelen vanuit de EU volledig steunen.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Disputele din ultimele luni privind evoluțiile politice îngrijorătoare din Polonia au constituit un eveniment de maxim interes pentru instituțiile europene. Implicarea autorităților guvernamentale în funcționarea Tribunalului Constituțional, inclusiv obstrucționarea unor decizii obligatorii, constituie o violare flagrantă a spiritului democratic al Uniunii Europene.

Încercările de a introduce interzicerea avortului, de amendare a Legii mass-mediei publice, a Legii Poliției, a Legii Procurorului General și a Codului de Procedură Penală sunt măsuri care nu pot decât să ne sensibilizeze în direcția apărării valorilor fundamentale ale Uniunii.

Dialogul dintre instituțiile europene și cele naționale poloneze nu a dus la rezultate notabile, deși însăși Comisia de la Veneția a emis opinii critice la adresa noii legislații naționale. În aceste condiții, în iulie, Comisia a activat a doua etapă a Cadrului de monitorizare a statului de drept, formulând noi recomandări autorităților poloneze.

Cred că este momentul ca Parlamentul European să dea un semnal de apărare a drepturilor fundamentale ale cetățenilor europeni din toate statele membre. Această rezoluție este doar un prim pas în acest sens, dar este o măsură care se impune de la sine. Susțin adoptarea rezoluției actuale, pentru ca democrația polonează să fie salvată.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai bien sûr voté pour cette résolution qui s'articule autour de 4 préceptes: est d'avis que toute tentative de s'immiscer dans les compétences exclusives des États membres, y compris dans les affaires intérieures de la Pologne, est dénuée de fondement; réaffirme solennellement son attachement aux principes de l'identité et de la souveraineté nationale, lesquels forment un tout indivisible avec le principe de la liberté; rappelle que la Commission n'est pas un organe politique, mais l'organe exécutif de l'Union et doit donc respecter strictement les traités, y compris l'article 5 du traité sur l'Union européenne et les articles 3 à 6 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne; charge son Président de transmettre la présente résolution au Conseil et à la Commission ainsi qu'aux gouvernements et aux parlements des États membres.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the motion for a resolution on the recent developments in Poland and their impact on fundamental rights as laid down in the Charter of Fundamental Rights of the European Union, which calls on the Polish Government to solve its constitutional crisis within the three-month deadline set by the European Commission in late July.

While I fully respect Poland's sovereignty and its democratically elected government, the decision of its government to refuse to seat five judges appointed to the Constitutional Tribunal by the previous government is highly worrying and seriously threatens the rule of law. It is essential that the Polish Government finds a compromise regarding this matter, and demonstrates its firm commitment to the rule of law and democracy.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – Les nombreuses tentatives de dialogue engagées par la Commission européenne sont restées sans effet. La situation en Pologne reste très préoccupante et l'état de droit y est en danger.

Je m'inscris, avec la majorité de mes collègues du Parlement européen, en soutien à la Commission dans les procédures engagées et formule ma détermination à ce que l'article 7 soit activé si les choses n'évoluent pas; ce qui conduirait, de manière inédite, à la suspension des droits de vote de la Pologne au Conseil.

Nous avons également souhaité attirer l'attention de la Commission sur d'autres réformes en cours qui menacent de porter atteinte aux droits fondamentaux, et dont la conformité avec le droit européen doit être évaluée.

Ainsi la loi sur les médias publics, sur la police, sur la lutte contre le terrorisme ou d'autres projets de loi portant atteinte au droit des femmes, contredisent l'adhésion de la Pologne aux valeurs européennes.

La Commission européenne doit garantir l'état de droit et il est de son devoir de mettre tous les moyens en œuvre pour qu'il soit respecté.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o najnovejši dogodkih na Poljskem in njihov vpliv na temeljne pravice iz Listine Evropske unije o temeljnih pravicah sem podprla, ker je v Izjavi št. 61 Republike Poljske v zvezi z Listino Evropske unije o temeljnih pravicah poleg tega poudarjeno, da Listina nikakor ne posega v pravico držav članic, da opravljajo zakonodajno funkcijo na področju javne morale, družinskega prava ter varstva človekovega dostojanstva in spoštovanja človekove telesne in duševne celovitosti.

Yana Toom (ALDE), *in writing*. – Regretfully, the European Union has to deal with the human rights issues of some Member States. I support the indignation reflected in the resolution and also raise concerns that the political leadership of an EU Member State shows little respect to basic principles of the Union. European institutions should be provided with better tools to influence individual Member States' policies in order to protect democracy and human rights.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la Resolución sobre la situación de los derechos humanos en Polonia, porque hace hincapié en la importancia de la defensa de derechos fundamentales como algo fundamental para un país europeo que debe cumplir con la Carta de Derechos Fundamentales de la Unión. Además, nuestro grupo añadió cuatro enmiendas a la Resolución final que remarcaban la necesidad de protección de los derechos de las mujeres y minorías sexuales.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I abstained in the vote on this report on Poland because I feel there are differences of attitude in Europe depending on the political majorities in place in different Member States.

In particular I would mention Amendment 2, referring to problems of other countries with regard the rule of law and respect for democratic principles, which reads: 'whereas other countries have had a deteriorating rule of law situation that would need to be investigated by the Commission, considering that the rule of law represents a common standard that should be respected and applied equally by all Member States'.

In particular, I would like to see the same attitude on the part of the Commission with regard the independence of the Spanish Constitutional Court and the independence of the media in Spain.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le changement de majorité en Pologne a entraîné une crise entre le Tribunal constitutionnel et le gouvernement polonais légitimement élu. Cette crise et les options conservatrices du nouveau gouvernement ont déclenché l'intervention de Bruxelles, au mépris des plus élémentaires notions de souveraineté et de respect du verdict des urnes.

La résolution commune sur la situation en Pologne est une attaque en règle contre la souveraineté nationale de la Pologne. Ce texte est inacceptable. Nous sommes d'avis que l'UE n'a pas à s'ingérer dans les affaires intérieures des États membres.

La Commission et le Parlement européen apparaissent comme le soutien du gouvernement des juges sous couvert d'État de droit. Ce juridisme omniprésent, dont l'UE tire un discours de normalisation des États, est en fait un discours carcéral qui nous sera un jour ou l'autre opposé.

J'ai voté CONTRE la résolution commune.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Jako europoseł polskiej delegacji zdecydowałem się poprzeć projekt rezolucji (B8-0865/2016) z uwagi na fakt, iż zgadzam się z kontrargumentacją, którą przedstawia strona polska. Ponieważ UE nie może ingerować w wyłączne kompetencje państw członkowskich; polski rząd nie przedstawił żadnych niepojących wniosków ustawodawczych, Polska nie podpisała Karty Praw Podstawowych UE. Uznaję za niestosowne tak opresyjne ingerowanie w wewnętrzne sprawy Rzeczypospolitej Polskiej.

Jako europoseł polskiej delegacji zdecydowałem się odrzucić w głosowaniu projekt rezolucji (B8-0977/2016) z uwagi na fakt, iż zarzuty przedstawiane stronie polskiej rozmijają się ze stanem faktycznym.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió az emberi méltóság, a szabadság, a demokrácia, az egyenlőség, a jogállamiság, valamint az emberi jogok – ideértve a kisebbségekhez tartozó személyek jogait is – tiszteletben tartásának értékein alapul. Ezek az értékek közösek a tagállamokban, a pluralizmus, a megkülönböztetés tilalma, a tolerancia, az igazságosság, a szolidaritás, valamint a nők és a férfiak közötti egyenlőség társadalmában. Szavazatommal a frakció álláspontját támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la Resolución sobre la situación de los derechos humanos en Polonia, porque hace hincapié en la importancia de la defensa de derechos fundamentales como algo fundamental para un país europeo que debe cumplir con la Carta de Derechos Fundamentales de la Unión. Además, nuestro grupo añadió cuatro enmiendas a la Resolución final que remarcaban la necesidad de protección de los derechos de las mujeres y minorías sexuales.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Siekti užmegzti konstruktyvų ir rezultatyvų dialogą su Lenkijos Vyriausybe siekiant greitai rasti konkrečius sprendimo būdus.

Paavo Väyrynen (ALDE), *kirjallinen*. – Kannatin päätöslauselmaesitystä Puolan viimeaikaisista tapahtumista. Puolan perustuslakituomioistuimen mukaan useiden Puolassa hyväksyttyjen lakien säännökset ovat perustuslain vastaisia. Maassa on kaventunut sanan- ja kokoontumisvapaus ja EU:n perussopimuksen henkeä on rikottu räikeästi. Mielestäni Venetsian komission ja EU:n komission huomiot ovat oikeansuuntaisia, ja Puolan on yhteistyössä EU:n kanssa korjattava tehdyt virheet ja palattava EU:n perussopimuksen mukaisiin jäsenvaltion toimintatapoihin demokratian, ihmisten ja Puolan itsensä takia.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Je me félicite de l'adoption de cette résolution du Parlement européen qui s'inquiète de l'évolution de la démocratie et du respect des droits fondamentaux en Pologne.

Mise en cause de la séparation des pouvoirs, de la liberté de la presse par un musellement des médias, mise à mal de la présomption d'innocence sous prétexte de lutte contre le terrorisme, pour ne citer que quelques exemples, sont autant de violations des droits qui sont inacceptables en Pologne, en Hongrie mais aussi dans nombre d'autres pays européens.

La résolution adoptée est cependant relativement timorée sur de nombreux points; je regrette particulièrement que les amendements GUE/NGL sur le droit à l'avortement n'aient pas été votés en raison notamment de l'abstention de mes collègues sociaux-démocrates.

Le 21 septembre, le Parlement polonais doit débattre d'une nouvelle loi qui, si elle était adoptée, se traduirait de fait par l'interdiction de toute interruption volontaire de grossesse en Pologne. Le Parlement européen aurait dû se prononcer fermement sur ce point pour soutenir les femmes polonaises

Après la Hongrie, cette résolution sur la Pologne démontre la nécessité de mettre en place un outil interdisant toute régression des droits fondamentaux au sein de l'UE. Il y a urgence.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A situação na Polónia resulta da subida ao poder de forças ultraconservadoras e reacionárias. Bem para lá do condicionamento da atuação do Tribunal Constitucional, atacam-se liberdades, direitos e garantias dos cidadãos e dos trabalhadores.

As perseguições políticas e a proibição de símbolos comunistas naquele país são disso grave expressão. Não desligamos a emergência destas e de outras forças de extrema-direita e nazi-fascistas do carácter reacionário, racista, xenófobo e antidemocrático de políticas da própria União Europeia e de uma continuada estratégia de esmagamento da soberania dos povos. Situações e políticas que condenamos firmemente e que de forma sistemática denunciamos.

Esta resolução está ferida de hipocrisia. As justas críticas e preocupações com os ataques à democracia, à liberdade e aos direitos dos povos não são compatíveis com ingerências grosseiras em países soberanos, pois a soberania é também um direito democrático.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – In diesem Entschließungsantrag wird daran festgehalten, dass ein Eingreifen in die nationalstaatlichen Angelegenheiten, welche ausschließlich unter die Kompetenz eines Mitgliedstaates fallen, ungerechtfertigt ist. Der Grundsatz der Identität und der nationalen Souveränität ist nicht zu verhandeln. Zudem wird darauf hingewiesen, dass die Kommission kein politisches Gremium, sondern ein Exekutivorgan ist. Daher habe ich dem Antrag zugestimmt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione relativa ai recenti sviluppi in Polonia e il loro impatto sui diritti fondamentali sanciti dalla Carta dei diritti fondamentali dell'UE. A causa degli allarmanti sviluppi politici in Polonia, relativi al funzionamento della Corte Costituzionale e la mancata pubblicazione delle sentenze della stessa e, soprattutto, l'iniziativa di introdurre il divieto assoluto di aborto sono elementi preoccupanti che minano il rispetto dei diritti sanciti nella Carta dei diritti fondamentali. Nonostante la Commissione abbia aperto un dialogo con il governo polacco per garantire il rispetto dello stato di diritto, non sono stati realizzati dei progressi in questo senso.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Entschließungsantrag B8-0977/2016 läuft auf eine einseitige und unqualifizierte Einmischung der EU in die inneren Angelegenheiten Polens hinaus und ist deshalb abzulehnen. B8-0865/2016 und B8-0978/2016 unterstreichen hingegen das Recht Polens auf souveräne Gestaltung seiner inneren Verhältnisse und sehen weder, wie von der EU behauptet, die Verfassung noch Grundrechte verletzt, weshalb hier Zustimmung angezeigt war.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I am deeply concerned with the ongoing constitutional crisis in Poland, and the Polish government's continued assault on the country's democratic institutions. Moreover, the current government's reactionary position on women's rights, and on women's rights to sexual and reproductive health in particular, is a grave concern, which I believe must be addressed specifically by the European Parliament and EU institutions.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), *na piśmie*. – Kolejny raz w tym roku byliśmy świadkami błazenady. Parlament Europejski zajmuje się fikcyjnym kryzysem demokracji w Polsce. Tymczasem UE przeżywa największy w swojej historii kryzys. Zadziwia mnie arogancja i zarozumiałość, które wylewają się z tekstu rezolucji. Mam wrażenie, że brakuje tu tylko krótkiej dedykacji: „Dla nas samych – z podziwem, który jesteśmy sobie winni".

Ta rezolucja nie rozwiązuje, bowiem żadnego z realnych problemów Europy. Wręcz przeciwnie, to modelowy przykład unijnej hipokryzji, która doprowadziła Wielką Brytanię do decyzji o Brexicie. Rezolucja jaskrawo wkracza w wewnętrzne kompetencje państwa członkowskiego, zamyka oczy na rosnące w Europie zagrożenie terroryzmem i chce zablokowania inicjatyw obywatelskich – choć to polskiemu rządowi zarzuca łamanie praw człowieka. Szczytem hipokryzji jest zarzut niszczenia Puszczy Białowieskiej, gdy obowiązek podjęcia działań wynika z unijnych dyrektyw.

Szanowni Państwo! Za ten dokument nie podziękuje Wam – poza polską opozycją – nikt. Naiwność, z jaką zwalczacie fikcyjny kryzys polskiej demokracji, byłaby śmieszna, gdyby nie to, że jest tak bolesna. Przychodzi mi na myśl opowieść o pewnym nagrobku, na którym napisano: „Tu spoczywa Nieznajomy, który robił rzeczy dobre i złe. Rzeczy dobre – robił źle, rzeczy złe – robił dobrze". Wasza działalność zamyka się dokładnie w tych słowach.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Toto usnesení podporuji, jelikož ho považuji za vyvážené a konstruktivně popisující situaci v Polsku. Z mého pohledu není celá tato situace o Polsku jako takovém, ale je to debata s Polskem, respektive polskou vládou. Polsko samo tuto debatu iniciovalo díky sporům s Benátskou komisí a dnes se vůči následkům musí postavit. Jsem přesvědčen, že Evropská unie v současné situaci musí hájit nejen evropské právo, ale i samotné základy ústavnosti Polska.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Spoločným uznesením piatich politických skupín Európsky parlament opäť, už po niekoľký raz, reagoval na politický a legislatívny vývoj v Poľsku. Okrem nedávnej diskusie týkajúcej sa sprísňovania pravidiel o umelom prerušení tehotenstva sa zaoberal aj zmenami v trestnom zákonníku, zmenami v oblasti mediálneho práva, súdnictva či novým protiteroristickým zákonom. Z môjho pohľadu je však správa o situácii v Poľsku nešťastná. Vo viacerých ustanoveniach rieši témy, ktoré spadajú do právomocí členského štátu, a som proti tomu, aby Európska únia do týchto výlučných kompetencií zasahovala. Navyše sa momentálne nachádzame v období, kedy ak chceme zachovať Európsku úniu, potrebujeme nájsť to, čo nás spája, a nie rozdeľuje, sústrediť sa na spoločné témy, akými sú medziiným vytváranie pracovných miest či bezpečnosť.

Kosma Złotowski (ECR), *na piśmie*. – Przyjęta przez Parlament Europejski kolejna już rezolucja w sprawie Polski udowadnia, jak bardzo UE potrzebuje reform, zwłaszcza, jeśli chodzi o zakres, w jakim instytucje unijne mogą ingerować w politykę suwerennie wybranych rządów. Na szczęście próba skierowania uwagi europejskiej opinii publicznej na rzekome łamanie przez Polskę standardów praworządności nie powiodła się, czego dowodem była niezwykle niska frekwencja podczas debaty w tej sprawie.

Mimo to wciąż ten temat zajmuje umysły najważniejszych unijnych polityków! Stoimy dzisiaj przed ogromnymi wyzwaniami, które mogą zagrozić nie tylko istnieniu Unii Europejskiej, ale także bezpieczeństwu naszego kontynentu, a uwagę Europejczyków kieruje się w stronę tematów zastępczych. Brexit był ostrzeżeniem, że obecna struktura i sposób działania UE nie daje obywatelom państw członkowskich pewności, że te wyzwania można pokonać. Szukanie usprawiedliwień dla własnej nieskuteczności w krytyce działań Rządu Rzeczypospolitej Polskiej jest ślepą uliczką, w którą europejskie elity brną coraz bardziej. Żaden z zarzutów, które ta rezolucja stawia Polsce, nie ma pokrycia w rzeczywistości, a interpretacja wielu faktów jest stronnicza i uwzględnia tylko jeden, niekorzystny dla naszego kraju punkt widzenia.

Oczywiście, uwzględniając powyższe argumenty, głosowałem przeciw przyjęciu tej niesprawiedliwej, niemającej pokrycia w faktach i motywowanej politycznie rezolucji.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente a resolução sobre os desenvolvimentos recentes na Polónia por concordar que é necessário o posicionamento do Parlamento Europeu instando o governo polaco a mudar de rumo e a assegurar que as normas europeias do Estado de direito são plenamente respeitadas.

É particularmente preocupante o conflito relativo à composição e ao funcionamento do Tribunal Constitucional e a não publicação das sentenças proferidas pelo Tribunal Constitucional, bem como a iniciativa de introduzir uma proibição total do aborto.

A resolução apresentada não pretende ostracizar o povo polaco, mas sim instar o executivo polaco a cooperar com a Comissão Europeia no sentido de realinhar o seu programa político com os princípios fundadores da UE que são comuns a todos os seus Estados-Membros dando-lhe o prazo de três meses para os implementar na íntegra.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o najnovejši dogodkih na Poljskem in njihov vpliv na temeljne pravice iz Listine Evropske unije o temeljnih pravicah sem podprl.

EU deluje na podlagi domneve medsebojnega zaupanja, da države članice spoštujejo demokracijo, načelo pravne države in temeljne pravice, kot je zapisano v Evropski konvenciji o varstvu človekovih pravic in Listini o temeljnih pravicah.

V skladu z navedenim se strinjam s pozivom Komisiji, da si bo prizadevala za konstruktiven in ploden dialog s poljsko vlado, da bi se našla hitra in konkretna rešitev zadnjih dogodkov.

10.7. Die Beziehungen der EU zu Tunesien vor dem aktuellen regionalen Hintergrund (A8-0249/2016 - Fabio Massimo Castaldo)

Explicații orale privind votul

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, vorrei argomentare le ragioni del mio voto di astensione su questa relazione, non perché non apprezzi gli sforzi fatti in particolare dal relatore Castaldo, ma perché penso che occorra cambiare letteralmente marcia rispetto a quella che è la politica dell'Unione europea in relazione al popolo tunisino.

Abbiamo cioè spesso contrabbandato per «sostegno» al popolo tunisino quella che in realtà è una politica di libero scambio che agevola le multinazionali europee e le multinazionali tunisine e non certo il popolo tunisino, non certo i piccoli agricoltori tunisini e dell'Europa meridionale.

Ecco perché siamo stati anche fortemente critici sul tema dell'aumento delle quote di olio, così come sull'accordo di libero scambio tra Unione europea e Tunisia. In particolare, io credo che il concreto supporto dell'Unione europea dovrebbe riguardare la questione del debito che colpisce il governo e il popolo tunisino.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, la cinci ani după Primăvara arabă, tranziția Tunisiei către democrație este un exemplu demn de urmat de alte țări.

Tunisia găzduiește peste un milion de libieni strămutați, care au fugit de violența și de conflictele din Libia. De aceea, se justifică lansarea unui *Marshall Plan* pentru Tunisia, tocmai pentru consolidarea democrației în această țară. Numai o țară stabilă și cu o democrație consolidată poate asigura stabilitatea, atât în Tunisia, cât și în regiune.

Acest raport propune și crearea unei autorități independente care să supravegheze achizițiile publice și funcționarea administrației. Dacă va funcționa un astfel de instrument, va aduce transparență, corectitudine, eficiență și, evident, va chema investitorii.

De asemenea, raportul propune și crearea unui punct de contact cu Tunisia de către Eurojust. Deci în acest moment avem numai lucruri bune. Să le vedem și în practică.

Stefano Maullu (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io credo che questo sia un provvedimento estremamente importante per la natura politica oltreché economica dell'accordo, perché è rivolto all'unico paese di democrazia compiuta, un paese musulmano che ha affrontato, dalla riforma avviata con la rivoluzione di Bourguiba fino a oggi, mille inconvenienti.

Esiste ancora la possibilità di applicare il modello tunisino in tutto il Nord Africa: allora gli aiuti dell'Unione europea devono servire proprio a garantire questo, a garantire soprattutto che la maggioranza dei giovani tunisini abbia la possibilità di un futuro, di una speranza, che non diventino preda di un terrorismo e di un radicalismo che hanno fatto proselitismo anche in questo Stato, e che in particolare si possa considerare la Tunisia un partner dell'Unione europea, un grande partner integrato, proprio in virtù del percorso democratico che in questi decenni è riuscita a compiere.

E grazie ai rapporti italo-tunisini, che credo debbano diventare un modello anche per l'Unione europea, noi abbiamo avuto la possibilità di stabilire con questo paese del Nord Africa le migliori condizioni per una collaborazione a trecentosessanta gradi.

Илхан Кючюк (ALDE). – Г-н Председател, уважаеми колеги, аз гласувах за доклада, защото Тунис е не само родината на „Арабската пролет", но и единствената арабска държава, в която демокрацията успешно се консолидира. Днес Тунис е демократична държава, чиято конституция гарантира върховенството на закона и защитава основните права и свободи на гражданите. Основен белег за успешната демократизация на страната е наличието на добре развито и стабилно гражданско общество.

Въпреки постигнатия прогрес, днес страната е изправена пред трудна социално-икономическа ситуация. А нестабилността в региона и опасността от терористични атаки влияят негативно върху туризма и крехката тунизийска икономика. Ето защо е необходимо Европейският съюз да работи за повишаване на капацитета на Тунис по отношение на неговата стабилност, демокрация, доброто управление, борбата с корупцията и икономическото развитие. Не на последно място е необходимо да задълбочим нашето сътрудничество в борбата с тероризма, защото това е общо предизвикателство както за Тунис, така и за Европа. И в същото време да създадем обща стратегия за съвместни програми за дерадикализиране като най-добра превенция срещу тероризма.

Explicații scrise privind votul

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La Tunisia è riuscita ad uscire dalle primavere arabe come un esempio di democrazia funzionante e sta faticosamente cercando di completare la propria transizione democratica.

Essa può essere allo stesso tempo un esempio per gli altri paesi della regione nordafricana, spesso caratterizzati da regimi instabili e repressivi, e un ottimo alleato per l'UE.

Ritengo quindi molto importante fornire il nostro sostegno alla Tunisia, per questo motivo ho votato a favore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding initiative. We do not support the development and practice of an EU foreign policy. Furthermore, we remain concerned that the Global Security Strategy foresees an increased capability for the EU to project power in the near neighbourhood, which would include Tunisia. As such, we voted against.

Following the vote by the UK to leave the EU, we support friendly and cordial relations between Tunisia and the UK.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai choisi de voter contre le rapport sur les relations avec la Tunisie dans le contexte régional actuel. Il me semble tout d'abord primordial de rappeler que la politique extérieure reste une compétence des États et non de l'Union. Chaque État est ainsi libre de mener sa propre politique étrangère et de s'occuper de ses relations avec les pays tiers. Ce rapport, aussi anodin soit-il dans ses propositions, prône une fois de plus une intervention de l'UE, dont l'action ces dernières années a été néfaste pour la région.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – La Tunisie représente un exemple réussi dans le monde arabe et sa consolidation est primordiale pour la stabilité de toute la région. Il est crucial que la transition démocratique en Tunisie soit consolidée et soutenue politiquement et économiquement. Les attaques terroristes ont eu un effet dévastateur sur l'économie et le chômage, en particulier chez les jeunes, reste élevé. La nature critique des problèmes affectant la Tunisie exige un soutien aux institutions tunisiennes, notamment au secteur de la justice et aux réformes relatives à la sécurité intérieure.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the report on the EU relations with Tunisia in the current regional context. Tunisia is currently facing a difficult socio-economic situation and threats to security deriving mostly from the situation in Libya. The European Parliament renews its commitment to the Tunisian people and the democratisation process that began in 2011 and emphasises the need to support the People's Representative Assembly (PRA) given the fragile regional context. It welcomes the establishment of an EU-Tunisia Joint Parliamentary Committee and the Commission proposal for a macro-financial assistance of EUR 500 million. The EU has also started negotiations on an ambitious trade agreement with Tunisia. This agreement has not only a trade dimension, but also contributes to extending European standards in the field of environment, consumer protection and worker rights to Tunisia. With regard to security, the report calls on the Tunisian Government to set up a strategy to deal with returning foreign fighters and welcomes the launch, in November 2015, of the European Union programme of support for security sector reform in Tunisia.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με τις σχέσεις της ΕΕ με την Τυνησία στο ισχύον περιφερειακό πλαίσιο, διότι θεωρώ πως η Τυνησία αποτελεί ένα επιτυχημένο παράδειγμα των χωρών του Αραβικού κόσμου καθώς και ότι η εδραίωσή της είναι υψίστης σημασίας για ολόκληρη την περιοχή.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – L'UE n'a aucun droit dans le domaine des affaires étrangères. De plus, l'action de l'UE depuis ce qu'on a appelé les «printemps arabes» fut délétère dans l'ensemble de la zone. La Tunisie est un pays convalescent, non encore stabilisé après la prise de pouvoir des islamistes dits modérés, dont l'action a permis à cette oasis de développement au sein d'une zone en crise de perdre peu ou prou dix ans d'effort économique. J'ai voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Whilst the report contains many positives about future relations with Tunisia and correctly identifies the need to act against human trafficking, I am concerned that it is somewhat too EU-centric, particularly in the context of Brexit.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car la transition démocratique pacifique en Tunisie a valeur d'exemple dans le monde arabe et que sa consolidation est cruciale pour la stabilité de l'ensemble de la région et, partant, pour la sécurité en Europe. Il faut, grâce à nos échanges réguliers avec ce pays, stabiliser cette région.

Francisco Assis (S&D), *por escrito*. – O presente relatório sobre as relações da União Europeia com a Tunísia merece o meu voto favorável, pois, como tenho defendido neste parlamento, este foi o país onde teve início a Primavera Árabe e é até agora o único exemplo bem-sucedido desse acontecimento histórico.

A consolidação da democracia tunisina é fundamental para a estabilização de toda a região, tendo este relatório o cuidado de enfatizar a necessidade do apoio vigoroso da União Europeia.

Uma consolidação da democracia tunisina que tenha em conta o respeito pelos direitos humanos e também o cuidado em envolver as organizações da sociedade civil é algo que considero de extrema importância, sendo que a sua inclusão neste relatório contribuiu também para o meu voto favorável.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą dėl ES santykių su Tunisu esamomis regioninėmis aplinkybėmis. 2011 m. prasidėjus masinių gyventojų demonstracijų priežastys buvo darbo vietų ir galimybių trūkumas. Taip pat nestabilumas Libijoje ir jo šalutinis poveikis kelia didelę grėsmę Tunisui ir viso regiono stabilumui. Šiuo metu Tunisas yra priėmęs daugiau kaip milijoną perkeltų libų, kurie pabėgo nuo nestabilumo ir smurto Libijoje. Atsižvelgiant į šias priežastis aš pritariu, kad būtina vykdyti socialinei ir ekonominei gerovei būtinas reformas Tunise ir būtina ES ir valstybėms narėms susitelkti ir geriau koordinuoti didelius techninius ir finansinius išteklius, kad Tunisui būtų suteikta konkreti parama.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding initiative. We do not support the development and practice of an EU foreign policy. Furthermore, we remain concerned that the Global Security Strategy foresees an increased capability for the EU to project power in the near neighbourhood, which would include Tunisia. As such, we voted against.

Following the vote by the UK to leave the EU, we support friendly and cordial relations between Tunisia and the UK.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport d'initiative relatif aux relations avec la Tunisie, qui rappelle l'importance essentielle de soutenir le processus de transition démocratique dans le pays.

À cette fin, le rapport détaille une large série de domaines où l'Union peut intervenir pour aider un pays dont l'économie a été durement touchée par le terrorisme.

Le rapport envisage un véritable plan Marshall afin d'appuyer la consolidation démocratique et de favoriser l'investissement socio-économique porteur d'emplois et de progrès social. Le rapport souligne à cet égard tout son soutien aux négociations qui ont été entamées afin de conclure un ambitieux accord de libre-échange.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Castaldo sulle relazioni dell'Unione europea con la Tunisia. Si tratta di un testo bilanciato che muovendo da un'analisi dell'attuale contesto regionale, a partire dai recenti attentati terroristici, definisce i caratteri e propone nuovi percorsi per il consolidamento democratico in corso nel paese.

Il testo si sofferma in particolare sul piano delle riforme politiche e istituzionali, sullo sviluppo sociale ed economico, sulla sicurezza, sulla mobilità e sull'istruzione. Le richieste principali al governo tunisino riguardano la necessità di un supporto tecnico ai gruppi della società civile, la riforma del codice penale e del settore giudiziario nonché un generale rafforzamento del processo di decentralizzazione e regionalizzazione.

La relazione invita l'Europa a rafforzare gli aiuti alla Tunisia, esempio positivo di stabilità nel mondo Arabo, attraverso un potenziamento dello strumento europeo di vicinato. Solo incrementando il proprio impegno nei confronti del paese magrebino, l'Unione potrà assicurare una duratura affermazione della democrazia dopo la fine del regime di Ben Ali.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – A pesar de que el informe finalmente no incluyó las enmiendas de nuestro grupo relativas a la deuda (en favor de una auditoría, reestructuración y condonación de parte de ella) y al acuerdo de readmisión de las personas emigradas (cuya práctica supone una violación de los derechos humanos), se trata de un informe positivo en lo que supone de apoyo por parte de la Unión al proceso de democratización del país. Sin embargo, no apoyamos la inclusión de un apartado favorable al opaco Acuerdo de Libre Comercio (ZLCAP) el cual, como todos los de su género, por la asimetría de las partes, acabaría perjudicando a la más débil en cuanto a los términos de intercambio, tanto en lo económico-productivo como en lo ambiental, tal y como señala el manifiesto suscrito por 29 organizaciones de la sociedad civil tunecina y francesa. Además, los efectos de la liberalización sobre ciertos productos españoles como el olivo, deben ser analizados. Por último, entendemos que los acuerdos de este tipo, por sus grandes implicaciones sociales, económicas, laborales y ambientales, deben ser producto de amplio debate informado en las sociedades implicadas de manera previa a su suscripción. He votado abstención.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Apoyo esta propuesta de Resolución, que me parece una expresión acertada, basada además en una evaluación objetiva de la situación, del obligado apoyo que Túnez merece de las instituciones europeas por su apuesta democrática por una apertura real de sus estructuras institucionales, sociales y políticas. Es igualmente expresión de las cuestiones en las que podemos aportar más que palabras: experiencia, medios e instrumentos concretos de cooperación en áreas críticas como la innovación, la seguridad, etc.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – L'Union européenne étant aussi inapte qu'insipide pour les questions relevant des affaires étrangères, nous avons voté contre. En effet, nous considérons que l'Union européenne ne doit pas plus intervenir au Maghreb qu'elle ne le fait déjà, souvent mal.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Nonostante qualche spunto interessante, questo testo sulle relazioni dell'UE con la Tunisia presenta diversi punti critici, per cui ho preferito esprimermi con un voto di astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que tiene como objetivo impulsar relaciones entre la Unión y Túnez en el actual contexto regional. Túnez constituye un caso de éxito democrático en el mundo árabe y su consolidación es de suma importancia para la estabilidad de toda la región.

La Unión debe seguir apoyando la transición socioeconómica, política y de seguridad de Túnez. Celebramos los esfuerzos del Gobierno tunecino y animamos a la Unión a apoyar las reforma del sector judicial y el Estado de Derecho del país, la reforma del código penal y solicitamos aumentar la ayuda a Túnez a través del Instrumento Europeo de Vecindad, entre otras cuestiones.

Subrayamos además la importancia del respeto de los derechos humanos y el desarrollo de mecanismos de vigilancia en el respeto de las libertades fundamentales, la igualdad de género y el fortalecimiento del papel de las organizaciones de la sociedad civil.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pasisakė dėl ES santykių su Tunisu esamomis regioninėmis aplinkybėmis. Pagal Europos kaimynystės politiką, Europos Sąjunga Tunisą laiko viena iš prioritetinių šalių. Taikaus perėjimo prie demokratijos procesas Tunise yra sėkmingas pavyzdys arabų pasaulyje, o jo konsolidavimas labai svarbus viso regiono stabilumui ir turi tiesioginių padarinių Europos saugumui. 2015 m. Tuniso nacionalinio dialogo ketvertui už jo labai svarbų indėlį Tunise kuriant pliuralistinę demokratiją buvo paskirta Nobelio taikos premija. šiuo metu Tunise susiklostė sudėtinga socialinė ir ekonominė padėtis ir jis taip pat susiduria su saugumo

problemomis, visų pirma dėl padėties Libijoje. Šios aplinkybės ir šalyje įvykdyti teroristiniai išpuoliai daro didelį neigiamą poveikį turizmui – svarbiausiam Tuniso ekonomikos sektoriui. Todėl Parlamentas primygtinai ragina ES ir valstybes nares sutelkti ir geriau koordinuoti didelius techninius ir finansinius išteklius, kad Tunisui būtų suteikta konkreti parama. Taip pat pabrėžia, kad, nenumačius priemonių Tuniso lėšų panaudojimo pajėgumui ir stabilumui, demokratijai, geram valdymui, kovai su korupcija, ekonomikos plėtrai ir užimtumui regione stiprinti, kils pavojus bet kokiai reformos perspektyvai. Todėl Parlamentas ragina sukurti tikrą išsamią ir visapusišką ES ir Tuniso partnerystę.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Evropski parlament ima že tradicionalno dobre odnose s Tunizijo, ki se iz leta v leto samo izboljšujejo.

Ta država je nekakšen svetel zgled v severni Afriki, ki kaže, da je možno imeti koristi iz dobrih dvostranskih odnosov z Evropsko unijo. EU tako tudi nudi pomoč pri reformiranju določenih sektorjev, kot tudi odpira vrata na svoje tržišče tunizijskim proizvodom.

Kar je za njih še posebno pomembno, je, da jim nudimo tehnično pomoč tudi na področju regionalnih skladov in delimo izkušnje pri zmanjševanju razlik med regijami.

Krepi se tudi regionalno sodelovanje med državami v tem območju. Tunizija je tako lep primer prakse, kjer EU pomaga izboljševati gospodarsko in socialno situacijo. S tem se bistveno zmanjšajo migracijske težnje, kot tudi vzpon radikalnih političnih celic, ki bi lahko v prihodnosti pomenile varnostno grožnjo.

Zato moja podpora in moj glas omenjenemu poročilu.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Si je suis favorable à ce que les pays européens intensifient leur aide aux pays africains et nord-africains, je suis fermement opposée à toute tentative de l'UE d'intervenir en matière d'affaires étrangères, d'autant que ses initiatives n'ont pas été couronnées de succès jusqu'à présent.

J'ai donc voté contre.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – La fornitura di aiuti economici in cambio di riforme democratiche e progresso civile rappresenta uno degli strumenti maggiormente utilizzati dalla UE nei suoi rapporti di vicinato e di partenariato coi paesi terzi. Un modo di rapportarsi che ha spesso prodotto risultati positivi per i cittadini di entrambe le parti e ha aumentato il *range* di influenza del *soft power* dell'Unione europea.

La Tunisia è oggi uno dei pochi (o forse l'unico) paese arabo in cui la cosiddetta «primavera araba» è approdata a una democrazia di tipo moderno, che guarda all'Occidente e allo sviluppo dello Stato di diritto. Una democrazia amica, che dobbiamo sostenere consentendole di svilupparsi in condizioni adeguate, gradualmente, e di inserirsi progressivamente nell'area di libero scambio comune. La sua posizione strategica, la vicinanza territoriale e il ruolo chiave nella lotta contro il terrorismo islamico giustificano oggi un «Piano Marshall» europeo per sostenere la sua economia, rafforzare le istituzioni democratiche e i legami con l'Occidente: solo con una Tunisia stabile dalla nostra parte potremo indebolire i terroristi libici e i trafficanti di migranti del Mediterraneo.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport propose d'approfondir les relations de coopération entre l'Union européenne et la Tunisie dans le cadre de la politique de voisinage. D'une part, l'Union européenne n'a aucune légitimité diplomatique dans la mesure où la politique étrangère relève de la compétence des États membres. D'autre part, il convient de rappeler que l'Union européenne a contribué, avec l'appui des pays occidentaux, à déstabiliser politiquement cette région qui est actuellement confrontée à des troubles intérieurs ainsi qu'à la menace islamiste. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce rapport.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – De la revoluția tunisiană din 2011, UE a acordat sprijin politic, financiar și tehnic pentru tranziția democratică a Tunisiei. Toate acestea au fost realizate ținându-se seama de faptul că procesul de tranziție democratică pașnică din această țară reprezintă un exemplu de succes în lumea arabă, iar consolidarea acestuia este de o importanță capitală pentru stabilitatea regiunii și are consecințe directe asupra securității în Europa.

Totodată, sunt de părere că UE și statele membre trebuie să își mențină angajamentul de a colabora cu poporul tunisian și cu guvernul acestuia pentru promovarea intereselor comune, inclusiv a comerțului, turismului, a culturii și a securității, motiv pentru care m-am declarat în favoarea acestui raport.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Le processus démocratique pacifique qui se déroule actuellement en Tunisie est un exemple de stabilisation dans la région. L'Union européenne soutient politiquement et financièrement ce processus. Elle va par exemple apporter une aide macrofinancière de 500 millions d'euros à la Tunisie dans le but de favoriser le développement économique et social du pays. Il est vrai que l'instabilité de la région et les attentats terroristes entravent le processus de redressement économique du pays, notamment concernant le tourisme. Dans cette perspective, il est opportun de commencer les négociations en vue d'un accord de libre-échange entre l'Union européenne et la Tunisie, favorable aux deux parties. De nombreuses réformes économiques, sociales, politiques et institutionnelles restent encore à entreprendre en Tunisie. Nous devons soutenir la transition démocratique tunisienne. J'ai voté en faveur de ce rapport.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore del dossier relativo alle relazioni dell'UE con la Tunisia nell'attuale contesto regionale, perché la Tunisia nell'arco di pochi anni è riuscita a stabilire un sistema costituzionale di governo garantendo diritti fondamentali per l'intera popolazione. Oggi il Paese è guidato da un esecutivo eletto in modo libero e trasparente.

La Tunisia rappresenta una speranza nel contesto arabo mediterraneo. Una speranza sottolineata anche dal conferimento del premio Nobel per la Pace 2015 al Quartetto tunisino di dialogo nazionale per il suo contributo decisivo alla costruzione di una democrazia pluralistica. Permangono, chiaramente, ancora molti problemi, il Paese è stato più volte bersaglio di attentati e attacchi terroristici che hanno compromesso soprattutto il settore turistico. È necessario dunque che l'Europa sappia compiere tutti i passi necessari per supportare questa fase delicata di passaggio per il Paese.

Tocca all'Europa con atti concreti dare prova di solidarietà e determinazione incoraggiando il Paese da cui partirono le primavere arabe e che sicuramente rappresenta un modello per tutti coloro che vorranno provare a promuovere pace e democrazia in Medio Oriente, nel Nord Africa e nel resto del mondo.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained on this report. While it contained many good elements, drawing attention to both the progress Tunisia has made towards a democratic transition, such as peaceful transition over the summer despite a split in Nidaa Tounes, and issues that must be addressed, such as the criminalisation of homosexuality and the fact that the death penalty remains as a possible penalty for certain offences (though it hasn't been used since 1991), references to EU military missions meant I could not support it.

The report called for the intensification of the EUNAVOR MED mission, whose mission is to 'identify, capture and dispose of vessels' carrying refugees in the Mediterranean. As Sinn Féin disagrees with this military mission, I could not support the report.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding initiative. We do not support the development and practice of an EU foreign policy. Furthermore, we remain concerned that the Global Security Strategy foresees an increased capability for the EU to project power in the near neighbourhood, which would include Tunisia. As such, we voted against.

Following the vote by the UK to leave the EU, we support friendly and cordial relations between Tunisia and the UK.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it is important within the context of the current regional turmoil to support Tunisia and the People's Representative Assembly for the process of democratisation of the country within this volatile regional context. The European Parliament is urging the EU and Member States, amongst other things, to mobilise and better coordinate substantial technical and financial resources to support Tunisia.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Questa mia relazione nasce dalla consapevolezza, da un lato, delle specificità della transizione e della nuova vita democratica della Tunisia dopo 23 anni di dittatura. Dall'altro, della crescente importanza del suo sostegno e della sua difesa in un contesto regionale sempre più deteriorato.

Le recenti conquiste democratiche della Tunisia costituiscono un'architettura estremamente fragile che necessita e merita protezione, in primis da parte di noi europei che, oltre ad essere i suoi immediati vicini siamo anche il punto di riferimento del suo sviluppo e delle sue aspirazioni presenti e future.

In aggiunta agli aiuti economici, come ad esempio la proposta di riconvertire il debito tunisino in progetti di investimento, dobbiamo incoraggiare l'inclusione sociale, le facilitazioni nei visti, specie per artisti, studenti, professori, così come ogni forma di partnership nel settore della cultura e della creatività. Gli incoraggiamenti, per quanto sinceri, non bastano più. Ora servono azioni concrete.

La stabilità della Tunisia è la nostra stabilità. La sua prosperità è la nostra prosperità. La società civile tunisina ha meritato il Nobel della pace, all'Unione europea spetta conquistare quello della solidarietà e della lungimiranza. Il mio voto è stato indubbiamente favorevole.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση, με την οποία το ΕΚ ανανεώνει τη δέσμευσή του στον λαό της Τυνησίας και στη διαδικασία πολιτικής μετάβασης που ξεκίνησε το 2011.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με τις σχέσεις ΕΕ και Τυνησίας αποτέλεσε ένα βήμα προς την κατεύθυνση της αποτελεσματικότερης επικοινωνίας των δύο πλευρών, καθώς και της διεξοδικής ανάλυσης των απαιτήσεων που υπάρχουν. Θεωρώ πως, παρά τα σημαντικά και δυσεπίλυτα ζητήματα που καλούμαστε να αντιμετωπίσουμε, ανάλογες εκθέσεις λειτουργούν θετικά και για αυτό τον λόγο υπερψήφισα.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione sui rapporti dell'Unione europea con la Tunisia nell'attuale contesto regionale. Esprimo tutto il mio supporto all'Assemblea dei rappresentanti del popolo tunisino in merito al processo di democratizzazione intrapreso per il benessere della Tunisia stessa e per concedere stabilità in un contesto estremamente precario. Tuttavia, è fondamentale che l'Assemblea velocizzi il percorso riformatorio poiché il paese urge di una nuova legislazione contenente politiche di genere più equilibrate e l'abolizione della pena di morte. A tal proposito, riconosco l'importanza della nuova commissione parlamentare istituita tra Europa e Tunisia, la quale grazie ad incontri periodici consentirà di avviare un dialogo profondo sotto qualsiasi aspetto di interesse comune.

Data la caotica condizione in cui versa attualmente il Nord Africa, sorge spontanea la preoccupazione verso l'instabilità nella limitrofa Libia e per i numerosi combattenti tunisini che si uniscono allo Stato Islamico, pertanto auspico lo sviluppo di due strategie. La prima riguarda un programma di inclusione sociale per impedire che le organizzazioni terroristiche possano reclutare nuovi affiliati sfruttando povertà e degrado, come hanno purtroppo potuto fare in altre zone. La seconda, invece, versa sul piano della cooperazione tra le agenzie di intelligence europee e quella tunisina ritenendo il terrorismo come una sfida comune, pertanto da debellare insieme.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on EU relations with Tunisia in the current regional context and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A Tunísia é um parceiro fundamental da União Europeia no que respeita à política europeia de vizinhança, mas também na luta contra o terrorismo, na resolução da crise dos refugiados e na estabilização da região, sobretudo no que respeita à Líbia.

Recordo que há mais de um milhão de líbios deslocados na Tunísia que se encontram sem acesso a infraestruturas básicas, por se encontrarem maioritariamente em antigos campos de refugiados.

Preocupa-me, igualmente, a frágil situação da economia tunisina, fortemente baseada no turismo e no investimento estrangeiro, uma vez que o elevado nível de desemprego é explorado por organizações radicais, como o Estado Islâmico, para recrutar jovens. Qualquer abordagem sobre as relações UE-Tunísia deve tomar esta realidade em conta.

Concordo com as prioridades apontadas no relatório, mas acompanho especialmente as recomendações de abolição da pena de morte, erradicação da prática de tortura em cidadãos detidos, descriminalização da homossexualidade, respeito pela liberdade de expressão e de imprensa, celebração de um acordo de comércio livre com um programa de assistência macrofinanceira, promoção de reformas da administração pública e combate à corrupção, reforço da cooperação em matéria de segurança e priorização de programas de apoio à juventude e emprego jovem.

Pelo exposto, apoio o relatório.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding initiative. We do not support the development and practice of an EU foreign policy. Furthermore, we remain concerned that the Global Security Strategy foresees an increased capability for the EU to project power in the near neighbourhood, which would include Tunisia. As such, we voted against.

Following the vote by the UK to leave the EU, we support friendly and cordial relations between Tunisia and the UK.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione sulle relazioni dell'UE con la Tunisia in quanto ritengo che la posizione geografica strategica occupata dalla Tunisia la renda uno dei paesi prioritari nel quadro della politica europea di vicinato dell'UE ed inoltre il processo di transizione democratica avvenuto pacificamente in questi anni in Tunisia rappresenti un esempio positivo nel mondo arabo di fondamentale importanza per la stabilità dell'intera regione e conseguentemente per la sicurezza in Europa.

La difficile situazione in materia di sicurezza che sta vivendo il Paese, derivante principalmente dai problemi che interessano la Libia, l'hanno penalizzata soprattutto in materia di turismo, elemento fondamentale per l'economia tunisina, che dipende in larga misura da investimenti esteri che possono essere garantiti solo attraverso uno sviluppo progressivo della democrazia nel Paese. L'UE e i suoi Stati membri devono continuare a collaborare con il popolo e il governo tunisino per promuovere politiche commerciali e turistiche coordinando al meglio le risorse tecniche e finanziarie a sostegno del Paese.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The EU can facilitate Tunisia's democratic process through the creation of an enabling environment with the necessary structures for civil society organisations to be included in the decision-making process.

There should be a commitment to the Tunisian people and the political transition process that began in 2011 which, while it consolidates its democratic process, implements the reforms needed to achieve social and economic prosperity and guarantees its security; the EU and the Member States are urged to mobilise and better coordinate substantial technical and financial resources in order to provide concrete support for Tunisia, not excluding a real 'Marshall Plan' as advocated by the report.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe reafirma el apoyo de la Unión al proceso de consolidación democrática en Túnez y, subraya los problemas que podrían ponerlo en peligro: la deuda, el desempleo, la seguridad, Estado de Derecho, etc. En general, el informe tiene un enfoque más progresista del que el Parlamento Europeo suele emplear para tratar las relaciones con otros países. Sin embargo, hay algunos elementos con lo que no coincido y que hicieron que finalmente no pudiera apoyar el informe, y como resultado me abstuve en el voto final: uno de los principales problemas fue que en el informe apoya la misión EUNAVFOR, además de que por otra parte, habla de profundizar en las negociaciones del acuerdo de libre comercio al que nuestra delegación se opone, si bien en el texto se trata de darle un enfoque centrado en el medio ambiente y la protección del consumidor, no puedo votar a favor del documento que apoya el libre comercio y que además, elogia la ayuda macro-financiera de 500 millones de euros sin denunciar sus condicionamientos neoliberales, ni hace ninguna referencia alguna a una necesaria auditoría de la deuda odiosa de Túnez.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La Tunisia è un paese chiave nel quadro della politica europea di vicinato dell'UE e resta un modello riuscito di transizione democratica dopo la Primavera araba. Ho votato a favore di questa risoluzione perché intendo sostenere l'azione dell'UE e degli Stati membri a favore della Tunisia, che subisce le conseguenze dell'instabilità libica e degli attentati terroristici e deve essere supportata dall'UE tramite risorse finanziarie e tecniche.

Sono convinto che sostenere la stabilità, la democrazia, la lotta contro la corruzione e lo sviluppo economico della Tunisia giovi anche alle priorità in comune con l'UE, quali gli scambi commerciali e culturali, la sicurezza, il settore turistico. Iniziative come l'istituzione di una commissione parlamentare mista UE-Tunisia contribuiscono al processo di riforme economiche ed amministrative in atto nel Paese e incoraggiano a proseguire sulla strada dei progressi fatti in numerosi campi, per esempio il rispetto delle norme internazionali in materia di libertà di associazione.

Questa risoluzione ribadisce che la cooperazione tra UE e Tunisia deve continuare alla luce del pieno rispetto dei diritti umani e invita la Tunisia a riformare la legge sullo stato di emergenza, sul ricorso alla tortura e la pena di morte, la libertà di stampa e dei media.

Andi Cristea (S&D), *în scris.* – Tunisia este una dintre țările prioritare din cadrul politicii europene de vecinătate a UE. Procesul de tranziție democratică pașnică din Tunisia reprezintă un exemplu de succes în lumea arabă, iar consolidarea acestuia reprezintă o prioritate pentru stabilitatea întregii regiuni și are consecințe directe asupra securității din Europa.

Economia Tunisiei este dependentă de investițiile străine, de turism, care este grav afectat de aceste circumstanțe și de atacurile teroriste îndreptate împotriva țării, dar și de exportul produselor în UE. Economia sa poate să prospere doar dacă democrația continuă să se dezvolte.

Am votat pentru cooperarea dintre statele membre și autoritățile tunisiene pentru a combate formele organizate de imigrație ilegală, dar și pentru continuarea sprijinului pentru o dezvoltare durabilă a economiei din această țară.

Pál Csáky (PPE), *írásban.* – Tunézia az európai szomszédságpolitika keretében az Európai Unió prioritást élvező országai közé tartozik. A tunéziai békés demokratikus átalakulás folyamata sikeres példát mutat az arab világban, tehát megerősítése döntő fontosságú az egész régió stabilitása szempontjából, sőt Európa biztonsága szempontjából is. Tunézia jelenleg nehéz társadalmi-gazdasági helyzetben van, a líbiai körülmények miatt pedig biztonsági problémákkal is szembe kell néznie. Az idegenforgalmat, amely a tunéziai gazdaság alapvető alkotóelemét jelenti, ezek a körülmények és az országra irányuló terroristatámadások súlyosan érintik.

A tunéziai gazdaság nagymértékben függ a külföldi befektetésektől, az idegenforgalomtól és a termékek EU-ba irányuló exportjától, viszont egy gazdaság csak akkor tud virágozni, ha a demokrácia fejlődhet. Szavazatommal támogattam a jelentést, amely olyan valódi partnerség kialakítását szorgalmazza, amely a Földközi-tenger mindkét partján élő lakosság érdekeit figyelembe veszi, és amely különösen a tunéziai társadalmi és területi egyenlőtlenségek csökkentését tartja szem előtt. Az Európai Uniónak és tagállamainak továbbra is kötelezettséget kell vállalnia a Tunézia népével és kormányával való együttműködés mellett a közös érdekek – többek között a kereskedelem, a befektetések, az idegenforgalom, a kultúra és a biztonság – előmozdítása érdekében.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie.* – Popieram dążenia UE do zacieśnienia współpracy z Tunezją, pierwszym krajem spośród krajów, gdzie miała miejsce Arabska Wiosna, gdzie odbyły się pierwsze demokratyczne wybory (2014 r.). Zagłosowałem za, gdyż ta współpraca może przynieść państwom członkowskim bardzo dużo korzyści w dziedzinie handlu, inwestycji, kultury i bezpieczeństwa.

Miriam Dalli (S&D), *in writing.* – Tunisia's consolidation is paramount for stability in the region. The critical nature of the problems affecting Tunisia demands better support to contribute to capacity-building for the Tunisian institutions, justice sector and security reforms. I am in favour of this report as I believe that the democratic transition in Tunisia is to be supported both politically and economically.

Daniel Dalton (ECR), *in writing.* – In line with the work the UK government is already doing with its Tunisian counterpart on business promotion, culture, tourism and security, I support this report's emphasis on the value of the EU's developing partnership with Tunisia and its commitment to promoting common interests.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative invite l'Union européenne et les États membres à mieux coordonner leurs ressources techniques et financières afin de soutenir la Tunisie. Le rapport exprime son soutien au processus de démocratisation en mettant l'accent sur la nécessité de soutenir l'Assemblée des représentants du peuple (PRA). Considérant que l'Union a un rôle à jouer pour soutenir ses partenaires économiques et politiques dans leur processus de développement, de croissance et de démocratisation, j'ai soutenu ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding initiative. We do not support the development and practice of an EU foreign policy. Furthermore, we remain concerned that the Global Security Strategy foresees an increased capability for the EU to project power in the near neighbourhood, which would include Tunisia. As such, we voted against.

Following the vote by the UK to leave the EU, we support friendly and cordial relations between Tunisia and the UK.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur les relations entre l'Union européenne et la Tunisie dans le contexte régional actuel afin d'encourager la Tunisie dans son processus de transition démocratique alors que les difficultés économiques et les défis sécuritaires demeurent importants. Je suis particulièrement favorable à ce que l'Union européenne accompagne la Tunisie dans la lutte contre le terrorisme, y compris grâce à l'agence Europol. Tout comme l'Union européenne, la Tunisie connait un nombre important de départs vers les organisations terroristes. Nous nous devons d'améliorer notre coopération face à la montée du terrorisme dans toutes les régions du monde.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione perché sostengo il processo di democratizzazione e le riforme economiche in atto in Tunisia. In seguito alle primavere arabe ritengo che l'Unione europea debba svolgere un ruolo fondamentale in questo processo per promuovere l'economia del paese, la sicurezza, nonché migliori prospettive lavorative per i cittadini tunisini. Per questo sostengo l'istituzione di una commissione parlamentare mista di deputati del parlamento europeo e di deputati tunisini per l'avvio di un dialogo politico strutturato sui diritti civili, lo stato di diritto e il progresso economico.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport parce qu'il est essentiel que l'UE soutienne le processus de transition démocratique en Tunisie. La consolidation de ce processus est plus que jamais cruciale pour la stabilité de l'ensemble de la région. La Tunisie fait face à des défis majeurs, parmi lesquels le ralentissement économique, la montée du chômage et les attaques terroristes qui découragent les touristes. Dans le même temps, la Tunisie a reçu plus de 1,8 million de réfugiés (soit près de 20 % de sa population) en provenance de Libye. Dans un tel contexte, la transition de la Tunisie vers la démocratie est remarquable et je considère que l'UE doit se tenir à ses côtés. Je soutiens donc le plan visant à prêter à la Tunisie 500 millions d'euros pour l'aider à réduire sa dette extérieure, à consolider ses mécanismes démocratiques et à développer tous les secteurs de la vie économique et sociale. J'invite la Tunisie à signer le protocole d'accord avec la Commission l'engageant à des réformes structurelles et à une saine gestion des finances publiques. La Tunisie doit garantir des mécanismes démocratiques efficaces, la primauté du droit et le respect des droits de l'homme.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – La situation dans laquelle se trouve la Tunisie justifie la mise en œuvre d'un véritable «plan Marshall» pour appuyer la consolidation démocratique et favoriser le développement économique.

Au cours de l'année écoulée, l'Union européenne a adopté et mis en place plusieurs initiatives pour soutenir la jeune démocratie tunisienne. Nous avons adopté un plan d'urgence pour importer 70 000 tonnes d'huile d'olive de Tunisie en franchise de droits dans le but d'aider ce secteur clé d'une économie tunisienne durement touchée par les attentats terroristes. L'Union a également débloqué une assistance macrofinancière de 500 millions d'euros. Enfin, la Tunisie et l'Union ont lancé des négociations pour un accord de commerce visant à accroitre les échanges entre leurs territoires.

Ces initiatives vont dans le bon sens. Les Européens ont besoin d'une Tunisie stable et prospère. C'est pourquoi nous devons continuer d'être aux côtés des Tunisiens sur le long terme, intensifier les échanges économiques et culturels et faire de la Tunisie un partenaire privilégié de l'Union dans la région méditerranéenne.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'un rapport de situation avec proposition d'approfondissement de la coopération UE-Tunisie dans le cadre de la politique de voisinage. Il convient de rappeler que l'UE n'a ni vocation ni droit à s'immiscer dans le domaine des affaires étrangères. De plus, l'action de l'UE depuis les «printemps arabes» s'est avérée délétère dans l'ensemble de la zone concernée. La Tunisie est un pays convalescent, non stabilisé depuis la prise de pouvoir des islamistes dits «modérés». Par leur faute, cette oasis de développement, au sein d'une zone en crise, a perdu dix ans d'efforts économiques. Si le rapport semble anodin, il reste néanmoins en faveur d'une intervention de l'UE particulièrement préjudiciable pour la France, dont la Tunisie fait partie de la zone d'influence naturelle. Aussi, j'ai voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Гласувах в подкрепа на доклада относно отношенията между ЕС и Тунис. Демократичният преход в Тунис през последните пет години се дава като пример за оптимизъм на други страни от Арабската пролет. През декември 2014 г. Тунис стана първата от тези нации, успешно завършила своя преход към демокрация и провела първите си някога демократични президентски избори.

Тунис е по-напред от своите съседи и има силни търговски връзки с Европа, а международната общност подкрепя процеса като модел за стабилност и демокрация в региона. Докладът на колегата Касталдо оценява как отношенията на ЕС с Тунис са се развили от зората на Арабската пролет. Отбелязвайки факта, че Тунис е страна, приоритет за Европейския съюз, той насърчава засилена подкрепа от страна на ЕС.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Στην υπό εξέταση έκθεση προβλέπεται υψηλή χρηματοδοτική στήριξη της Τυνησίας εκ μέρους της ΕΕ.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O processo de transição democrática pacífica na Tunísia constitui um exemplo de sucesso no mundo árabe e a sua consolidação é fundamental para a estabilidade de toda a região e, como consequência direta, para a segurança da Europa.

A Tunísia enfrenta atualmente uma situação socioeconómica difícil, bem como desafios em matéria de segurança que resultam principalmente da situação na Líbia, e está fortemente dependente do investimento estrangeiro, do turismo e da exportação de produtos para a UE.

Concordo, por isso, com a mobilização e uma melhor coordenação por parte da União e dos Estados-Membros de recursos técnicos e financeiros consideráveis, com vista prestar um apoio concreto à Tunísia.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: partisan d'une intervention de l'UE particulièrement préjudiciable pour la France, dont la Tunisie fait partie de la zone d'influence naturelle.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório aborda as relações entre a UE e a Tunísia no atual contexto regional, focando os seguintes aspetos: reformas políticas e institucionais, o desenvolvimento económico e social, política de segurança e defesa, mobilidade, investigação, educação e cultura.

A situação instável que existe hoje na Tunísia é indissociável da política de agressão que grandes potências europeias têm levado a cabo na região e cujo exemplo crasso é o da Líbia. A instabilidade deste país contribuiu naturalmente para a situação que vive a Tunísia, com ataques terroristas e com problemas nas suas fronteiras.

Com o afã de que é necessário combater o terrorismo, dá-se argumentos a um governo «tecnocrático» para limitar direitos civis e políticos dos tunisinos. Já se encerraram na Tunísia, por exemplo, associações laicas e democráticas e limitou-se a mobilidade da população. Já se assassinaram dirigentes populares. Tudo isto é indissociável do progressivo alinhamento com as políticas e orientações da UE em matéria de segurança e defesa.

O objetivo deste relatório é, fundamentalmente, o aprofundamento deste alinhamento. As pressões para a desregulação das trocas comerciais entre a UE e a Tunísia são disso exemplo significativo, ao passo que questões como a necessidade de cancelamento da dívida do país são evitadas.

Votámos contra.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore di un rafforzamento delle relazioni dell'Unione europea con la Tunisia, partner strategico nel Mediterraneo dell'Europa e, in particolare, dell'Italia. Pertanto, auspico un'accelerazione del processo di democratizzazione del Paese, nonché delle necessarie riforme economiche e sociali. Ritengo lodevole il fatto che, nonostante una complessa situazione interna al Paese, il governo tunisino abbia preso in considerazione nuovi metodi per accelerare le politiche prioritarie fondamentali. Saranno questi cambiamenti a favore dell'attuazione di uno Stato di diritto a diminuire sempre più la stagnazione economica e la mancanza di prospettive tra i giovani tunisini, cause principali del richiamo dei gruppi estremisti e terroristici.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Tunisko predstavuje úspešný príklad v arabskom svete a jeho konsolidácia je zásadná pre stabilitu celého regiónu. Je dôležité, aby prechod k demokracii v Tunisku bol podporovaný politicky aj ekonomicky. Teroristické útoky mali ničivý dopad na ekonomiku. Nezamestnanosť najmä medzi mladými ľuďmi zostáva vysoká. Tunisko musí naďalej pokračovať v podpore a v budovaní nezávislých kontrolných orgánov, súdnictva a v presadzovaní bezpečnostných reforiem.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo in quanto non condivido in pieno la relazione, nonostante alcuni aspetti positivi come l'impegno contro il terrorismo islamico e il rafforzamento del sostegno economico per lo sviluppo sociale e produttivo della Tunisia.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τις σχέσεις της ΕΕ με την Τυνησία στο ισχύον περιφερειακό πλαίσιο καθώς προβλέπεται υψηλή χρηματοδοτική στήριξη της Τυνησίας εκ μέρους της ΕΕ.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Tunisia represents a successful example in the Arab world and its consolidation is paramount for the stability of the entire region. It is crucial that the democratic transition in Tunisia be consolidated and supported politically and economically. The terrorist attacks have had a devastating effect on the economy, and unemployment, especially among young people, remains high. The critical nature of the problems affecting Tunisia demands more and better support to contribute to capacity building for the Tunisian institutions, justice sector and security reforms.

I support the call for the continuation of technical and capacity-building support for civil-society groups, the launching a programme in support of reform of the judicial sector and the rule of law, a reform of the penal code, a stronger process of decentralisation and the empowerment of the regions by means of further local autonomy, as well as an increase in EU aid to Tunisia through the European Neighbourhood Instrument, and the coordination of international aid to Tunisia.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az előadóval egyetértésben megszavaztam a Tunéziához fűződő kapcsolatokról szóló jelentést. Tunézia az európai szomszédságpolitika kiemelkedő prioritást élvező országai közé kell, hogy tartozzon. A békés demokratikus átalakulás folyamata sikeres példát mutat az arab világban, ezért az egész régió biztonsága és Európa biztonsága szempontjából is óriási jelentőségű milyen viszont ápol az Unió Tunéziával. Mély együttműködésre van szükség elsősorban a terrorizmus elleni küzdelemben, mivel az elmúlt évben Tunéziát is számtalan terrortámadás érte, és az Iszlám Állam nagyon sok fiatalt toboroz soraiba az országban.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe considerando que el proceso pacífico de transición a la democracia en Túnez representa un ejemplo de éxito en el mundo árabe y que su consolidación es vital para la estabilidad de toda la región y para la seguridad de la UE. Para ayudar a su consolidación, la UE y los Estados miembros deben movilizar y coordinar mejor un importante volumen de recursos técnicos y financieros a fin de prestar a Túnez un apoyo específico.

Elisabetta Gardini (PPE), *in writing*. – Tunisia is a key country in EU foreign policy; Tunisia was the only country that came out of the 'Arab Spring' as a democracy and this democratic transition can serve as an example across North Africa and the Muslim world. Given this, and the current economic crisis in the country, the consolidation of stability in Tunisia is of paramount importance. Tunisia needs significant EU support to make necessary political and economic reforms, and I support the report in welcoming the Commission's macro-financial aid to Tunisia. I also agree with the report that cooperation with Tunisia and technical support to the country is needed in the area of defence and security, especially given the chaotic situation in Libya.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – La stabilità e lo sviluppo dei nostri vicini del Sud del Mediterraneo sono obiettivi strategici di grande rilevanza. La Tunisia, che è il primo paese ad avere sperimentato il cambiamento di regime a seguito delle rivoluzioni arabe, è da sempre un partner politico e commerciale di primo piano per l'Unione europea. Il rafforzamento della cooperazione economica deve andare di pari passo con il sostegno concreto alle riforme democratiche ed alla cooperazione per la sicurezza nella regione.

La relazione che abbiamo approvato oggi richiama l'Europa alla propria responsabilità di attore democratico: l'attrazione diplomatica che possiamo avere è infatti di grande peso, per accompagnare la società e le istituzioni tunisine verso una cooperazione che possa rendere più facile la gestione delle grandi crisi del nostro tempo, quali la lotta al terrorismo, la gestione dei flussi migratori, la sostenibilità ambientale.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del Parlamento europeo sulle relazioni dell'UE con la Tunisia nell'attuale contesto regionale perché ritengo fondamentale sostenere il piccolo Paese magrebino nel processo di transizione democratica a seguito delle primavere arabe del 2011. La Tunisia è l'unico paese del mondo arabo sulla buona strada per la costruzione pacifica dello stato di diritto e rappresenta un esempio positivo di democrazia dopo le rivolte popolari che nel resto del Maghreb e del Medio Oriente hanno invece avuto un esito drammatico.

È dunque di vitale importanza, per la sopravvivenza dell'ancora fragile equilibrio interno, minato dalla minaccia terroristica e da una seria crisi economica, sostenere gli sforzi della giovane democrazia, garantire il rispetto dei diritti fondamentali e tutelarne la stabilità e la sicurezza, con conseguenti effetti positivi sull'intero vicinato.

Poiché l'economia tunisina dipende in larga misura dagli investimenti esteri, dal turismo e dall'esportazione di prodotti verso l'UE, è importante che i fondi della politica europea di vicinato forniscano soprattutto assistenza alle piccole e medie imprese, essenziali per lo sviluppo del tessuto economico del paese, e che sostengano la diffusione del *know how*, la formazione delle figure professionali e delle competenze sul lavoro.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über die Beziehungen der EU zu Tunesien im gegenwärtigen regionalen Kontext gestimmt. Der Bericht macht klar, dass die EU eine aktivere Rolle bei der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklung Tunesiens spielen muss, wenn sie ihr Versprechen, Fluchtursachen zu bekämpfen und eine gute Nachbarschaft mit den afrikanischen Staaten zu fördern, ernst nimmt.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich bin mir der besonderen Verantwortung der Europäischen Union gegenüber ihren Nachbarländern bewusst und unterstütze daher die europäisch-tunesischen Beziehungen. Es ist wichtig, in Tunesien die demokratischen Strukturen zu stärken, insbesondere die parlamentarischen Strukturen, um ein Abdriften in chaotische Zustände zu vermeiden.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report. Tunisia represents a successful example in the Arab world and its consolidation is paramount for the stability of the entire region. It is crucial that the democratic transition in Tunisia be consolidated and supported politically and economically. The terrorist attacks have had a devastating effect on the economy, and unemployment, especially among young people, remains high. The critical nature of the problems affecting Tunisia demands more and better support to contribute to capacity building for the Tunisian institutions, justice sector and security reforms.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – A pesar de que el informe finalmente no incluyó las enmiendas de nuestro grupo relativas a la deuda (en favor de una auditoría, reestructuración y condonación de parte de ella) y al acuerdo de readmisión de las personas emigradas (cuya práctica supone una violación de los derechos humanos), se trata de un informe positivo en lo que supone de apoyo por parte de la Unión al proceso de democratización del país. Sin embargo, no apoyamos la inclusión de un apartado favorable al opaco Acuerdo de Libre Comercio (ZLCAP) el cual, como todos los de su género, por la asimetría de las partes, acabaría perjudicando a la más débil en cuanto a los términos de intercambio, tanto en lo económico-productivo como en lo ambiental, tal y como señala el manifiesto suscrito por 29 organizaciones de la sociedad civil tunecina y francesa. Además, los efectos de la liberalización sobre ciertos productos españoles como el olivo, deben ser analizados. Por último, entendemos que los acuerdos de este tipo, por sus grandes implicaciones sociales, económicas, laborales y ambientales, deben ser producto de amplio debate informado en las sociedades implicadas de manera previa a su suscripción. He votado abstención.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted for the report, which urges Tunisia to go further in its political reforms in ways such as abolishing discrimination based on gender, supporting the inclusion of young people and reforming penal law with a view to upholding fundamental freedoms such as the freedom of expression.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report. The European Parliament renews its commitment to the Tunisian people and the political transition process that began in 2011. However it is important to stress that reforms are needed to achieve social and economic prosperity and security. The EU and the Member States are urged to mobilise and better coordinate substantial technical and financial resources in order to provide concrete support for Tunisia because without measures to strengthen Tunisia's absorption capacity and stability, democracy, good governance, the fight against corruption, economic development and employment in the region, any prospect of reform will be put at risk.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση εμπεριέχει αρκετά θετικά σημεία. Κατανέμει ευθύνες και ζητά περισσότερα από την ΕΕ ώστε να λειτουργήσει η όποια σχέση με την Τυνησία. Ωστόσο τοποθετούμαστε κριτικά σε κάποια πολύ σημαντικά σημεία της έκθεσης. Το ένα αφορά τη συμφωνία επαναεισδοχής, και το δεύτερο τη συμφωνία ελευθέρων συναλλαγών. Η πάγια θέση μας είναι αντίθετη σε αυτές τις συμφωνίες γνωρίζοντας τι μέτρα επιβάλλονται στα κράτη και ιδιαίτερα στους λαούς. Γι' αυτούς τους λόγους τηρήσαμε θέση αποχής στην έκθεση.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – The peaceful democratic transition process in Tunisia represents a successful example in the Arab world and its consolidation is paramount for the stability of the entire region. It is imperative for Tunisia to implement adequate reforms aimed at boosting employment and developing sustainable and inclusive growth. While the increased democratisation of the People's Representative Assembly (PRA) is encouraging, there is room for other measures to enhance public administration, democratic transition and development in general in the country. I strongly support the provisions of the motion which call for the abolition of the death penalty and the decriminalisation of homosexuality. Equally, freedom of expression should be defended in the press and media as well as freedom of expression online. I welcome the launch of the EU programme of support for security sector reform in Tunisia. The promotion of logical objectives, rather than mere support by policy instruments, within a clear strategic vision focusing on prevention, is essential to the development of a clear and coherent security policy which would aid in combating the spread of fundamentalist extremism.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because it highlights the importance of providing support to the Tunisian People's Representative Assembly (PRA) in strengthening the country's democratic structures and protecting itself from a security spill over from instability in Libya.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht zum Verhältnis der EU mit Tunesien hat nur wenige Schwächen. Es wäre sinnvoll gewesen, Fragen der Rücknahme von tunesischen Migranten im Text zu verankern. Es bleibt auch abzuwarten, ob sich für die von der EU eingeplanten Hilfsgelder sinnvolle Einsatzmöglichkeiten finden lassen. Abgesehen von diesen Fragen ist eine klare Unterstützung Tunesiens wichtig. Es gibt in den Staaten des arabischen Raumes nur wenige funktionierende demokratische und rechtsstaatliche Elemente. Tunesien kommt als positivem Vorbild für die Region eine große Bedeutung zu, und so habe ich dem Bericht gerne zugestimmt. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Er führt zu Zwietracht und Zwist in Europa.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding initiative. We do not support the development and practice of an EU foreign policy. Furthermore, we remain concerned that the Global Security Strategy foresees an increased capability for the EU to project power in the near neighbourhood, which would include Tunisia. As such, we voted against.

Following the vote by the UK to leave the EU, we support friendly and cordial relations between Tunisia and the UK.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport pentru a sprijini consolidarea stabilității întregii regiuni a Tunisiei. Această țară reprezintă un real succes în perimetrul arab și de aceea sprijinul oferit ar redresa stabilitatea țării la toate nivelurile.

În urma evenimentelor nefaste din ultima perioadă, este primordial ca aceasta să primească sprijin social, economic și politic, mai ales în cazul efectelor devastatoare asupra economiei, cel al șomajului ridicat în rândul tinerilor, cel al justiției și al reformelor de securitate.

De asemenea, respectarea drepturilor fundamentale ale omului și dezvoltarea unor mecanisme de monitorizare privind libertățile fundamentale, egalitatea de gen și alte aspecte legate de drepturile omului sunt esențiale și primordiale.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o odnosima EU-a i Tunisa u aktualnom regionalnom kontekstu (2015/2273(INI)), s obzirom da podržavam napore, mjere i aktivnosti koje EU provodi prema Tunisu s ciljem da pomogne njegovom slabom gospodarstvu i krhkoj demokratskoj strukturi.

Važno je pomoći Tunisu i njegovim građanima te unaprijediti partnerske odnose s obzirom da se radi o važnoj zemlji koja je uspjela provesti tranziciju prema demokratskom društvenom poretku, ali koja je opterećena terorističkim prijetnjama koje su osobito unazadile turizam kao jednu od najvažnijih gospodarskih grana, te se radi o zemlji koja se nalazi u neposrednom susjedstvu još uvijek politički i sigurnosno vrlo nestabilne Libije koja predstavlja potencijalnu prijetnju za okruženje.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. L'action de l'UE depuis ce qu'on a appelé les «printemps arabes» fut délétère dans l'ensemble de la zone. La Tunisie est un pays convalescent, non encore stabilisé après la prise de pouvoir des islamistes dits modérés, dont l'action a permis à cette oasis de développement au sein d'une zone en crise de perdre peu ou prou dix ans d'effort économique. Si le rapport est anodin dans son fond comme dans ses propositions, il reste néanmoins partisan d'une intervention de l'UE tout à fait inopportune.

Diane James (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding initiative. We do not support the development and practice of an EU foreign policy. Furthermore, we remain concerned that the Global Security Strategy foresees an increased capability for the EU to project power in the near neighbourhood, which would include Tunisia. As such, we voted against.

Following the vote by the UK to leave the EU, we support friendly and cordial relations between Tunisia and the UK.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I supported this resolution because Tunisia represents a priority country in our Neighbourhood Policy and is a crucial partner in our fight against terrorism. As Tunisia is currently facing difficult socio-economic and security challenges, I found it necessary to continue deepening our bilateral relations and supporting them in their process of democratisation. The financial assistance and the proposed deep and comprehensive free trade agreement will positively influence development in Tunisia in the short and long run, which in turn will be beneficial for Europe as well.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Fabio Massimo Castaldo. Ce texte appelle les États membres et la Commission européenne à apporter une assistance financière et technique à la Tunisie. La Tunisie étant l'un des plus importants pays de la politique européenne de voisinage, je pense qu'il est dans l'intérêt de tous que le pays retrouve la stabilité et la sécurité. Je me satisfais de ce positionnement, qui va dans le sens de l'intérêt des Tunisiens mais aussi des Européens.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Eva Kaili (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report on EU relations with Tunisia in the current regional context, as it addresses a number of issues. The process of democratisation, the respect of fundamental human rights, the open market economy, the freedom of the press and the media, are only some of the very important issues that the report is trying to address. It is important that in times of crisis we strengthen our ties with our neighbouring countries, and even more important that we make sure the values and the ideas in place are in accordance with the respect of human rights.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich enthalte mich zu diesem Bericht. Er behandelt die Beziehungen zwischen der EU und Tunesien auf verschiedensten Ebenen. Die Betonung liegt vor allem auf dem Aufbau von Demokratie und Zivilgesellschaft in dem Land, was u. a. durch finanzielle Hilfe der EU vonstattengehen soll. Auf lange Sicht ist dies sicherlich unterstützenswert, wie beispielsweise das Vorhaben der EU, in Tunesien insbesondere die Bekämpfung von Korruption und Terrorismus zu fördern. Abzulehnen ist jedoch, dass man hier Mobilitätspartnerschaften und Visaerleichterungen voranbringt, was – zumindest zum jetzigen Zeitpunkt – eine Art Migrationserleichterung darstellt.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, as it urges Tunisia to go further in its political reforms such as abolishing discrimination based on gender, supporting the inclusion of young people and reforming penal law with a view to upholding fundamental freedoms such as freedom of expression. It further underlines which economic development challenges face Tunisia and welcomes steps taken to modernise and liberalise the economy.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht zum Verhältnis der EU mit Tunesien hat nur wenige Schwächen. So wäre es beispielsweise sinnvoll gewesen, Fragen der Rücknahme von tunesischen Migranten im Text zu verankern. Es bleibt auch abzuwarten, ob sich für die von der EU eingeplanten Hilfsgelder sinnvolle Einsatzmöglichkeiten finden lassen. Abgesehen von diesen Fragen ist eine klare Unterstützung Tunesiens wichtig. Es gibt in den Staaten des arabischen Raumes nur wenige funktionierende demokratische und rechtsstaatliche Elemente. Tunesien kommt als positivem Vorbild für die Region eine große Bedeutung zu, und so habe ich dem Bericht gerne zugestimmt.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Dne 14. září 2016 jsme na plenárním zasedání Evropského parlamentu ve Štrasburku hlasovali o zprávě o vztazích EU s Tuniskem v současném regionálním kontextu. Je potřeba si uvědomit, že státy Maghrebu jsou pro EU zcela klíčové pro řešení jejich některých dnešních problémů, jako je např. tzv. migrační krize, proto je třeba bedlivě sledovat jejich aktuální vývoj a rozvíjet s nimi velmi širokou spolupráci. V podstatě veškeré státy Maghrebu však v posledních letech sužují závažné problémy. Proto jsem velmi ráda, že se zpravodaji do zprávy o Tunisku podařilo vměstnat i zmínky o některých kontroverzních záležitostech a krocích, jako je problematika dluhu veřejných financí, trest smrti a nový antiteroristický zákon, boj proti rozdílům mezi jednotlivými regiony, sociální systém apod. I přesto, že se nám tedy nepodařilo prosadit veškeré naše pozměňovací návrhy týkající se např. restrukturalizace národního dluhu či obchodní smlouvy s EU, rozhodla jsem se zprávu v hlasování podpořit.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – This report draws attention to the European support for Tunisia in its democratic process, but underlines also the essential steps that Tunisia should undertake for this process within the topics of debt, unemployment, security, rule of law, etc. I voted in favour of this report since there are some good amendments: freezing of Ben-Ali's assets, stopping the torture in prisons, action against the death penalty, fighting against discrepancies between regions. I truly believe that these kinds of recommendations to Tunisia could help the country in its democratic process.

Béla Kovács (NI), *írásban*. – A jelentés helyesen mutat rá, hogy a líbiai instabilitás és annak tovagyűrűző hatásai súlyosan fenyegetik Tunézia és az egész régió stabilitását, mivel Tunézia jelenleg egymillió lakóhelyét elhagyni kényszerült líbiainak nyújt menedéket. Ugyanakkor az anyag szemérmesen elhallgatja azt a tényt, hogy a líbiai helyzet viszont annak a következménye, hogy néhány EU-s tagállam is a nemzetközi jogot sárba tiporva, ENSZ-felhatalmazás nélkül megtámadta Líbiát. Nagyrészt ennek folyománya a terrorizmus fellángolása is. A jelentés súlyos hiányosságai miatt egészében nem támogatható, csak részleteiben, mert egyes elemeiben, így az embercsempészet elleni harcban van ráció.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепям доклада относно отношенията между Европейския съюз и Тунис в настоящия регионален контекст. Смятам, че е необходимо по-задълбочено партньорство между Европейския съюз и Тунис, за да може да се подобри положението по отношение на стабилност, демокрация, добро управление, борба с корупцията, икономическо развитие и заетост в региона.

Приветствам създаването на Съвместна парламентарна комисия между Европейския съюз и Тунис, която да играе ключова роля, като предоставя възможност на представители на двете страни да се срещат редовно и да развиват структуриран политически диалог относно демокрацията, правата на човека, върховенството на закона и други теми от общ интерес.

Политическият диалог между Европейския съюз и Тунис в областта на борбата срещу тероризма също е от голямо значение. Тероризмът е общо предизвикателство, което изисква общ отговор и сътрудничеството между двете страни в областта на сигурността и борбата срещу тероризма отбелязва напредък, по-специално със стартирането на амбициозна програма в подкрепа на реформата в сектора на сигурността. Освен това подкрепям и ръководения от ООН процес за мир и политическо помирение в Либия като важен за стабилизиране на региона в по-широк план и засилване на сигурността и процеса на реформи в Тунис.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport relatif à la Tunisie car j'estime que l'UE n'a pas à avoir de rôle diplomatique.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport dresse un tableau de tous les dangers qui pèsent sur la révolution tunisienne: économie au ralenti, poids de la dette, frustration sociale, instabilité, terrorisme. Cinq ans après avoir lancé le printemps arabe en janvier 2011, les avancées réelles sur les droits de l'homme et la démocratie sont toujours aussi fragiles face au marasme économique et social.

Aussi le rapport demande à l'UE de faire des gestes forts pour aider la Tunisie et d'aller au-delà de quelques facilités commerciales ou prêts liés aux conditions du FMI, qui sont plus que discutables.

Un des points forts de ce rapport est justement la demande de reconversion de la dette tunisienne en projets de développement, un point que j'avais par ailleurs demandé en commission du commerce international et qui avait fait l'objet d'amendements du plan d'aide de ma part.

Je me félicite que la plénière ait soutenu cette idée et appelle également à un déblocage des avoirs gelés de Ben Ali. Les fonds doivent être débloqués rapidement et suivre ainsi l'appel récents d'économistes à un plan «Marshall» pour la Tunisie afin de soutenir cette jeune démocratie et les aspirations de sa jeunesse.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur les relations de l'UE avec la Tunisie dans le contexte régional actuel. Il convient de rappeler la position de principe que l'UE n'a aucun droit dans le domaine des affaires étrangères. De plus, l'action de l'UE depuis ce qu'on a appelé les «printemps arabes» fut délétère dans l'ensemble de la zone. La Tunisie est un pays convalescent, non encore stabilisé après la prise de pouvoir des islamistes dits modérés, dont l'action a permis à cette oasis de développement au sein d'une zone en crise de perdre peu ou prou dix ans d'effort économique. Si le rapport est anodin dans son fond comme dans ses propositions, il reste néanmoins partisan d'une intervention de l'UE particulièrement préjudiciable pour la France, dont la Tunisie fait partie de la zone d'influence naturelle.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – L'Union européenne, quoique structure supranationale, n'a aucun droit en matière de politique étrangère. De plus, l'action de l'UE depuis ce qu'on a appelé les «printemps arabes» fut délétère dans l'ensemble de la zone. La Tunisie est un pays convalescent, non encore stabilisé après la prise de pouvoir des islamistes dits modérés et à qui l'UE, par son action, inflige un coup d'arrêt dans ses efforts économiques. Si le rapport est anodin, au fond comme dans ses propositions, il reste néanmoins partisan d'une intervention de l'UE particulièrement préjudiciable pour la France, dont la Tunisie fait partie de la zone d'influence naturelle.

J'ai donc voté contre ce rapport et l'idée selon laquelle l'UE devrait avoir un rôle diplomatique.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque tiene como objetivo impulsar relaciones entre la Unión y Túnez en el actual contexto regional. Túnez constituye un caso de éxito democrático en el mundo árabe y su consolidación es de suma importancia para la estabilidad de toda la región.

En estos momentos acaba de iniciar su andadura un nuevo Gobierno, con un primer ministro muy joven, que tiene como objetivos principales la lucha contra la corrupción y la recuperación económica. El texto hace hincapié en la necesidad de apoyar la transición socioeconómica, política y de seguridad de Túnez.

Nuestro grupo ha insistido en: la importancia del respeto de los derechos humanos y el desarrollo de mecanismos de vigilancia en el respeto de las libertades fundamentales, la igualdad de género y otras cuestiones de derechos humanos, que el Tratado de Libre Comercio debería contribuir a la estabilidad de Túnez y que debe ser un acuerdo progresivo y asimétrico, del que podrán beneficiarse las economías y las sociedades de Túnez y la Unión, y finalmente, del fortalecimiento del papel de las organizaciones de la sociedad civil.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe reafirma el apoyo de la Unión al proceso de consolidación democrática en Túnez y, subraya los problemas que podrían ponerlo en peligro: la deuda, el desempleo, la seguridad, Estado de Derecho, etc. En general, el informe tiene un enfoque más progresista del que el Parlamento Europeo suele emplear para tratar las relaciones con otros países. Sin embargo, hay algunos elementos con lo que no coincido y que hicieron que finalmente no pudiera apoyar el informe, y como resultado me abstuve en el voto final: uno de los principales problemas fue que en el informe apoya la misión EUNAVFOR, además de que por otra parte, habla de profundizar en las negociaciones del acuerdo de libre comercio al que nuestra delegación se opone, si bien en el texto se trata de darle un enfoque centrado en el medio ambiente y la protección del consumidor, no puedo votar a favor del documento que apoya el libre comercio y que además, elogia la ayuda macro-financiera de 500 millones de euros sin denunciar sus condicionamientos neoliberales, ni hace ninguna referencia alguna a una necesaria auditoría de la deuda odiosa de Túnez.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – Túnez fue el país donde hace cinco años, comenzó la llamada «primavera árabe». La transición democrática se inició en enero de 2011, siendo la única de la llamada «primavera árabe» en la que el proceso culminó con la aprobación de una constitución y la celebración de elecciones presidenciales y legislativas democráticas y transparentes.

Sin embargo, la economía tunecina ha sufrido desde 2011 por la continua agitación interna, la inestabilidad regional y el débil entorno internacional, principalmente de la Unión que es su principal socio comercial. El temor actual es que la situación económica haga descarrilar los logros en lo político.

El pasado Abril se celebró el Consejo de Asociación UE-Túnez, donde la Unión insistió sobre la importancia de que Túnez realice las reformas estructurales pendientes. En el Parlamento Europeo hemos empezado a trabajar dando un primer paso en esta dirección, a través de la creación de la comisión parlamentaria mixta UE-Túnez.

Doy mi voto positivo para la aprobación de este informe, porque considero que tanto España, como Europa deben considerar a Túnez un socio prioritario en la región estratégica del Magreb y debemos acompañarle en las reformas políticas, el desarrollo económico y la lucha contra el terrorismo.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht zum Verhältnis der EU mit Tunesien hat nur wenige Schwächen. Es wäre sinnvoll gewesen, Fragen der Rücknahme von tunesischen Migranten im Text zu verankern. Es bleibt auch abzuwarten, ob sich für die von der EU eingeplanten Hilfsgelder sinnvolle Einsatzmöglichkeiten finden lassen. Abgesehen von diesen Fragen ist eine klare Unterstützung Tunesiens wichtig. Es gibt in den Staaten des arabischen Raumes nur wenige funktionierende demokratische und rechtsstaatliche Elemente. Tunesien kommt als positivem Vorbild für die Region eine große Bedeutung zu, und so habe ich dem Bericht gerne zugestimmt.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I supported this report, which promotes the process of democratisation, particularly in the current context of the instability of neighbouring states such as Libya.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Nesouhlasím s výzvou, aby členské státy uvolnily „značné finanční prostředky“ na pomoc Tunisku. Zastávám zásadu *Trade, not Aid*, tedy že je lepší mít s Tuniskem volný obchod, než mu posílat milodary. Nesouhlasím ani s výzvou k podpoře „genderově vyvážených politik“, Tunisko si musí dojít samo k rovnoprávnosti mužů a žen a genderově vyvážené politiky v podobě kvót považuji za politiky mylné, které Tunisku nepomůžou a s rovností před zákonem nemají nic společného.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Proces konsolidacije demokratskog procesa u Tunisu jedan je od ključnih faktora za uspostavljanje stabilnosti čitave regije te prema tome i sigurnosti Europe. Bez tehničke i financijske potpore EU-a unutar okvira europske politike susjedstva, ugrožena će biti stabilnost, demokracija i gospodarski razvoj Tunisa. Mjere za povećanje apsorpcijskog kapaciteta i sveobuhvatno partnerstvo između Tunisa i EU-a potrebni su kako bi se osigurao društveni i gospodarski prosperitet u regiji. U vidu neposredne nestabilnosti u Libiji, Tunisu je potrebna snažna podrška.

Kako bi se bolje podržao proces demokratske konsolidacije u Tunisu, potrebno je poboljšanje u mobiliziranju i koordinaciji tehničke i materijalne potpore država članica EU-a. Cilj jačanja demokracije i stabilnosti u trenutačno nestabilnom regionalnom kontekstu može se ostvariti i pružanjem podrške Skupštini narodnih predstavnika.

Mjere, kao što su Partnerstvo za mobilnost između EU-a i Tunisa potpisano u ožujku 2014., nova vizna politika te sklapanje sporazuma o ponovnom prihvatu, poboljšat će postojeću suradnju između EU-a i Tunisa. U skladu s predstojećim tvrdnjama podržavam ovo izvješće, jer smatram da će produbljivanje odnosa s Tunisom uvelike pridonijeti napretku demokracije, poštivanja ljudskih prava, vladavine prava i svih ostalih pitanja zajedničkog interesa.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The peaceful democratic transition process in Tunisia represents the only successful example in the Arab world and its consolidation is paramount for the stability of the entire region. That is why for the EU it is very important to support democratic processes in this country.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Napriek výraznému postupu v demokratizácii spoločnosti čelí v súčasnosti Tunisko veľkým problémom v sociálnej a ekonomickej oblasti. Teroristické útoky, podmienené situáciou v susedských krajinách Tuniska, najmä Líbye, negatívne ovplyvňujú turizmus, sťažujú zahraničné investície a celkový hospodársky chod krajiny. To má samozrejme dopady na vysokú nezamestnanosť najmä mladých ľudí a pretrvávajúce sociálnoekonomické rozdiely.

Tunisko je pre EÚ dôležitý partner v boji proti terorizmu a aj v boji proti nelegálnemu prisťahovalectvu. V spolupráci s touto krajinou je možné riešiť mnohé problémy krajín Afriky, ktoré ovplyvňujú aj situáciu v Európe.

Podporujem návrh, aby EÚ napomáhala demokratizačné procesy a politické reformy v krajine a aby jej poskytla makrofinančnú pomoc 500 miliónov € na hospodársky a sociálny rozvoj, ktorý pomôže vytvoriť zamestnanosť a zastaviť migračné toky do Európy.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταρχάς αναφέρομαι στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 13/9/2016.

Επιπλέον, τονίζω ότι καταψήφισα την έκθεση σχετικά με τις σχέσεις της ΕΕ με την Τυνησία στο ισχύον περιφερειακό πλαίσιο, η οποία αποτελεί συνέχεια τόσο της έκθεσης σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου όσον αφορά την εφαρμογή έκτακτων αυτόνομων εμπορικών μέτρων για τη Δημοκρατία της Τυνησίας, όσο και του ψηφίσματος για τη μακροοικονομική βοήθεια στην Τυνησία, διότι με τις δράσεις αυτές η ίδια η Ευρωπαϊκή Ένωση φτωχοποιεί μεθοδευμένα τους Έλληνες αγρότες και οδηγεί σε δραματική πτώση τις τιμές του ελαιόλαδου στην Ελλάδα με αποτέλεσμα τη συνακόλουθη εισοδηματική απώλεια των χειμαζόμενων Ελλήνων ελαιοπαραγωγών από το μνημόνιο και τα σκληρά μέτρα λιτότητας.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

L'UE n'a aucun droit dans le domaine des affaires étrangères. L'action de l'UE depuis les dits «printemps arabes» fut délétère dans l'ensemble de la zone. La Tunisie est un pays en reconstruction et l'UE, par son action, empêche le développement de ses efforts et actions économiques. Si le rapport n'est pas, dans ses propositions, réellement condamnable, il reste néanmoins partisan d'une intervention de l'UE particulièrement préjudiciable pour la France, dont la Tunisie fait partie de la zone d'influence naturelle.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the EU's relations with Tunisia in the current regional context. Tunisia has proven to be a worthy representation to its Arab neighbours in the context of a peaceful democratic transition and stability within its borders amid terrorist attacks and collateral damage from the situation in Libya. Hence, I consider EU relations with an African country like Tunisia, that is working hard on its democratic elements, important so as to be able to promote common interests, such as trade, investment, tourism, culture, and society. Tunisia now has a constitution that protects press independence, among other rights, which can help Europe to consider the country a key partner in the EU's fight to tackle terrorism. Collaboration between Europe and the African state can positively contribute to a more thorough and consolidated democracy in Tunisia.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – En el Parlamento Europeo hemos apostado por renovar nuestro compromiso con el pueblo de Túnez y con su proceso de transición política iniciado en 2011.

Mi apoyo a la resolución en la que pedimos a la Unión apoyar a su Gobierno ante los retos y las amenazas a los que se enfrenta el país a la hora de consolidar el proceso democrático, aplicar las reformas necesarias en aras de su prosperidad social y económica, y garantizar su seguridad.

En la propuesta de resolución que hemos apoyado, expresamos nuestro apoyo a emprender reformas políticas e institucionales, que permitan avanzar en una senda de consolidación democrática, así como a poner en marcha medidas de desarrollo económico y social lo antes posible.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – En votant en faveur du rapport Castaldo, le Parlement européen a une nouvelle fois fait la preuve de la valeur qu'il accorde au partenariat indéfectible qui se tisse entre l'Union européenne et la Tunisie, à la fois berceau et meilleur symbole du Printemps arabe. En parfaite conformité avec les positions que j'ai toujours défendues en tant que rapporteur du groupe socialiste pour les relations commerciales entre l'UE et le Tunisie, le rapport fixe un cap ambitieux pour stabiliser la situation politique et économique du pays.

Le Parlement apporte un soutien franc aux négociations d'un accord de libre-échange complet et approfondi, à condition qu'elles associent très étroitement la société civile et qu'elles soient conduites dans une atmosphère de transparence maximale. Le *business as usual* n'a pas lieu d'être: l'accord doit être progressif et asymétrique pour que la Tunisie conserve l'entière liberté de sanctuariser les secteurs qu'elle ne souhaite pas ouvrir à la libéralisation. Par ailleurs, le rapport Castaldo émet deux propositions que je soutiens complètement: les efforts des gouvernements européens doivent être multipliés pour récupérer les avoirs détournés sous Ben Ali, et des mesures urgentes doivent être prises pour alléger le fardeau de la dette tunisienne.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Aufbau der Demokratie und der Zivilgesellschaft in Tunesien ist wichtig, jedoch soll dieses Ziel mit den falschen Mitteln erreicht werden. Finanzielle Unterstützung, Mobilitätspartnerschaften und Visaerleichterungen sind nicht geeignet, den Terrorismus zu bekämpfen. Daher lehne ich diesen Bericht ab.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už EP parengtą pranešimą dėl ES santykių su Tunisu esamomis regioninėmis aplinkybėmis. Pritariu pranešime išdėstytoms nuostatoms dėl Tuniso svarbos kovoje su terorizmu bei raginimams didinti švietimo, socialines, ekonominės plėtros galimybes, kad Tuniso jaunimas taptų atsparesnis ekstremistų grupuočių vilionėms. Pranešime aptariamos svarbiausios Tuniso politinės reformos, jų eiga, ekonominis ir socialinis vystymasis, saugumo ir gynybos klausimai bei nubrėžiamos gairės bendradarbiavimui judumo, mokslinių tyrimų, švietimo ir kultūros srityse.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il convient de rappeler, malheureusement trop souvent, un principe de base: l'UE n'a aucun droit dans le domaine des affaires étrangères. De plus, l'action de l'UE depuis ce qu'on a appelé les «printemps arabes» fut délétère dans l'ensemble de la zone. La Tunisie est un pays convalescent, non encore stabilisé après la prise de pouvoir des islamistes dits modérés et à qui l'UE, par son action, inflige un coup d'arrêt dans ses efforts économiques. Si le rapport est anodin dans son fond comme dans ses propositions, il reste néanmoins partisan d'une intervention de l'UE particulièrement préjudiciable pour la France, dont la Tunisie fait partie de la zone d'influence naturelle.

J'ai donc voté contre ce rapport et l'idée selon laquelle l'UE devrait avoir un rôle diplomatique.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A Tunísia é um dos países prioritários no âmbito da política europeia de vizinhança da União.

O processo de transição democrática pacífica na Tunísia constitui um exemplo de sucesso no mundo árabe e a sua consolidação é fundamental para a estabilidade de toda a região e, como consequência direta, para a segurança da Europa.

A grave situação social e económica na Tunísia e a transição democrática histórica deste país exigem uma parceria UE-Tunísia muito mais ambiciosa, que não se limite às medidas tradicionalmente adotadas.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report in which Parliament calls on the Union to continue its support of the Tunisian people and People's Representative Assembly (PRA) on their path of democratisation in an exceedingly complex and challenging regional context.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. – De consolidatie van het democratisch overgangsproces in Tunesië is ontzettend belangrijk voor de stabiliteit in de regio en voor de veiligheid in Europa. Maar Tunesië werd de voorbije jaren ook ongemeen hard getroffen door terroristische aanslagen. Het land diende bovendien ook als rekruteringsgebied voor IS. In deze context kreeg de Tunesische economie, die in hoge mate afhankelijk is van buitenlandse investeringen, toerisme en de uitvoer van producten naar de EU, het hard te verduren. Deze economische stagnatie moet worden doorbroken. Het voorbije jaar heeft de EU urgente handelsmaatregelen genomen om de Tunesische economie te ondersteunen. Maar om de democratie te versterken en de economie weer op de sporen te krijgen is het aangewezen dat Tunesië structurele hervormingen doorvoert. Daarom steunt de EU het land bij zijn inspanningen om zijn economie te moderniseren en te liberaliseren, al zal het ook nodig zijn de arbeidsmarkt te hervormen en het onderwijs af te stemmen op de behoeften van de arbeidsmarkt. Om zijn bredere politieke en sociale ambities te realiseren is het wenselijk het gerechtelijk apparaat te hervormen, werk te maken van deradicalisering, de doodstraf opnieuw af te voeren en de vrijheid van pers en vereniging te garanderen.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Iniciatíva apeluje na EÚ a členské štáty, aby lepšie mobilizovali a koordinovali technické a finančné zdroje na podporu Tuniska. Vyjadruje podporu pre demokratický proces v krajine. Zdôrazňuje, že náročná úloha posilnenia stability v nestabilnom regionálnom kontexte si vyžaduje podporu Zhromaždenia ľudových zástupcov (PRA) a zároveň prehlbovanie demokracie. Správa zdôrazňuje potrebu reforiem vo viacerých oblastiach a výzvu na dodržiavanie ľudských práv, na zrušenie trestu smrti a na zaručenie základných občianskych slobôd. Znepokojujúcou ostáva bezpečnostná situácia v krajine a regióne, ktorá je značne destabilizovaná vplyvom situácie v Líbyi. Znepokojivo vysoký počet mladých Tunisanov je najímaných teroristickou skupinou Islamský štát a inými. Tendencia mladých pridávať sa k extrémistickým skupinám je spôsobená hospodárskou stagnáciou, ktorá vytvára beznádej medzi mladými. EÚ a Tunisko podpísali v marci 2014 partnerstvo v oblasti mobility (Tunisia mobility Partnership), správa vyzýva na jeho urýchlené vykonávanie; odporúča, aby členské štáty preukázali solidaritu s Tuniskom zjednodušením vydávania víz podnikateľom, učiteľom, študentom, výskumným pracovníkom, umelcom atď. Keďže Tunisko ostáva kľúčovým partnerom EÚ v boji proti terorizmu, iniciatívu podporujem svojim hlasom.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on EU relations with Tunisia in the current regional context because Tunisia represents a successful example in the Arab world and its consolidation is paramount for the stability of the entire region. It is crucial that the democratic transition in Tunisia be consolidated and supported politically and economically. The terrorist attacks have had a devastating effect on the economy, and unemployment, especially among young people, remains high. The critical nature of the problems affecting Tunisia demands more and better support to contribute to capacity building for the Tunisian institutions, justice sector and security reforms.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A békés, demokratikus átalakulás folyamatában az arab világnak sikeres példát mutató Tunézia nehéz társadalmi-gazdasági helyzetben van, és biztonsági problémákkal is szembe kell néznie. A Külügyi Bizottság állásfoglalásra irányuló indítványa áttekinti, hogyan tudja az EU támogatni a súlyos nehézségekkel küzdő tunéziai demokratikus átalakulást a politikai reformok és intézmények, a gazdasági és társadalmi fejlődés, a biztonság és védelem, továbbá a mobilitás, kutatás, oktatás és kultúra területén. Az állásfoglalás-tervezet elfogadását támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Nous votons contre ce rapport de situation, qui propose l'approfondissement de la coopération entre l'UE et la Tunisie dans le cadre de la politique de voisinage.

Notre principale objection est que l'UE n'a aucun droit dans le domaine des affaires étrangères, surtout après les décisions prises lors des «printemps arabes» et qui ont eu de néfastes conséquences.

De plus, la Tunisie est encore un État instable où la forte présence de groupes politiques islamistes, dits modérés, a considérablement affaibli la structure économique nationale.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A Tunísia é um dos países prioritários no âmbito da política europeia de vizinhança da União. O seu processo de transição democrática pacífica constitui um exemplo de sucesso no mundo árabe e a sua consolidação é fundamental para a estabilidade de toda a região e, como consequência direta, para a segurança da Europa.

Atualmente a Tunísia enfrenta uma situação socioeconómica difícil, bem como desafios em matéria de segurança, que resultam principalmente da situação na Líbia.

A economia tunisina depende fortemente do investimento estrangeiro, do turismo e da exportação de produtos para a UE, e a economia só poderá prosperar se a democracia puder continuar a desenvolver-se.

Defendo o aprofundamento da parceria UE-Tunísia, com mais ambição, que não se limite às medidas tradicionalmente adotadas, de modo a permitir maior capacidade de absorção da Tunísia e a dar estabilidade à democracia, à boa governação, ao combate à corrupção, ao desenvolvimento económico e ao emprego na região.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – L'UE n'a aucun droit dans le domaine des affaires étrangères. De plus, l'action de l'UE depuis ce qu'on a appelé les «printemps arabes» fut délétère dans l'ensemble de la zone. La Tunisie est un pays convalescent, non encore stabilisé après la prise de pouvoir des islamistes dits modérés, dont l'action a permis à cette oasis de développement au sein d'une zone en crise de perdre peu ou prou dix ans d'effort économique. Si le rapport est anodin dans son fond comme dans ses propositions, il reste néanmoins partisan d'une intervention de l'UE particulièrement préjudiciable pour la France, dont la Tunisie fait partie de la zone d'influence naturelle. Je vote donc contre ce rapport.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report which urges Tunisia to go further in its political reforms such as abolishing discrimination based on gender, supporting the inclusion of young people, and reforming penal law with a view to upholding fundamental freedoms such as freedom of expression.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur le vote de ce rapport relatif aux relations de l'Union européenne avec la Tunisie dans le contexte régional actuel. En effet, ce texte présente des dispositions qui demandent à la Commission d'élaborer des dispositifs de migration circulaire susceptibles d'ouvrir des voies sûres et légales aux migrants. Je m'oppose de façon constante à la politique irresponsable des quotas de migrants, qui constitue un appel d'air à l'immigration illégale.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Considerando il coraggioso percorso intrapreso dalla Tunisia verso un sistema politico democratico e pluralistico; il grande impegno a tal fine assunto dalla società civile; e le grandi sfide, economiche e in materia di sicurezza, che ne minacciano il successo; esprimiamo un voto favorevole sulla relazione. I contenuti e la visione olistica che la caratterizzano, infatti, rispondono con coerenza all'ampio spettro di obiettivi fissati dalla politica estera europea in sostegno al paese e, più in generale, all'Africa.

Gli attentati che hanno colpito il paese hanno, infatti, minato la sua più ingente voce economica, il turismo. Il dissesto economico che ne è derivato ha, poi, aggravato la situazione sociale della Tunisia, incrementandone le diseguaglianze e aumentando il rischio di radicalizzazione fra le frange più fragili. Al complicato scenario si aggiunge la grande prova di solidarietà sostenuta nei confronti dei quasi due milioni di rifugiati libici. La relazione si inserisce coerentemente nell'insieme delle misure, votate dal Parlamento europeo, volte ad attenuare le cause del fenomeno migratorio, come i negoziati per un accordo di libero scambio globale e approfondito, le misure di assistenza finanziaria e le facilitazioni commerciali.

La relazione, incontrando il nostro favore, promuove cooperazione per lo sviluppo sostenibile e per la sicurezza.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió fontos szerepet játszik a demokrácia megerősítésében azokban az országokban, ahol arra a legnagyobb szükség van. Tunézia esetében jelentős előrelépésnek voltunk szemtanúi az elmúlt évek során. Az ország amúgy is problémákkal küszködő gazdaságát óriási csapásként sújtották a 2015-ben és 2016-ban kivitelezett terrortámadások, amik következtében az egyik legjelentősebb, turizmusból származó bevétel lényeges részétől elestek. Úgy gondolom, hogy ahhoz, hogy a demokratizálódási folyamat továbbra is fenntartható legyen, Tunézia segítségére kell sietnünk. Mindezek fényében támogattam a jelentést. Szeretném kiemelni, hogy nagyszerű ötletnek tartom az EU–Tunézia Parlamenti Vegyes Bizottság létrehozását, ami lehetővé teszi az elért eredmények rendszeres követését.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this motion for a resolution that reaffirms its pledge to the Tunisian people and the political transition process that began in 2011 and stresses the need for a more ambitious EU-Tunisia partnership.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – На фона на нестабилността в Северна Африка и Близкия Изток, Тунис представлява рядък пример за страна, която продължава своето демократично развитие. Смятам, че ако ЕС иска да допринесе за установяването на мир в арабския свят, то едно от нещата, които той трябва да направи, е да насърчи развитието на страни като Тунис и да подпомогне тази страна да стане модел за подражание на останалата част от региона.

Един от най-ефективните методи, чрез които ЕС може да спомогне за смекчаването на обстановката в страните Южното Средиземноморие, е предоставянето на логистична и финансова помощ. Тази помощ ще послужи за възстановяването на сигурността и икономиката в страната, създавайки работни места за многото безработни млади хора, които, намирайки се в безизходица, стават естествена мишена на радикалните влияния, прокламирани от организации като Ислямска държава.

Важно уточнение, което трябва да се направи, е, че моята подкрепа за предоставяне на помощ на Тунис трябва да бъде разграничена от сключването на търговско споразумение, което би имало негативен ефект върху поминъка на европейския земеделец.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der Aufbau der Demokratie und der Zivilgesellschaft in Tunesien ist richtig, jedoch soll dieses Ziel mit den falschen Mitteln erreicht werden. Finanzielle Unterstützung, Mobilitätspartnerschaften und Visaerleichterungen sind nicht geeignet, den Terrorismus zu bekämpfen. Ich hätte mich gegen diesen Bericht ausgesprochen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Tuneesia julgeolek ja sotsiaalmajanduslik olukord on keeruline, kuid riik on teinud edusamme demokratiseerumisprotsessi suunas. Raport kiidab heaks Tuneesiale finantsabi osutamise ning laiaulatusliku vabakaubandusleppe läbirääkimiste alustamise. On hea, et ELi ja Tuneesia vahel on tihenenud koostöö terrorismivastases võitluses. Oluline on teha tihedamat koostööd ka Europoliga.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – El informe que votamos representa un renovado compromiso con Túnez tras la elección del nuevo gobierno de Youssef Chahed. El proceso de transición a la democracia en Túnez es un ejemplo de éxito en el mundo árabe y de su continuidad depende en gran parte la estabilidad de la región.

A pesar de todo ello, debemos continuar trabajando conjuntamente para avanzar en el desarrollo social y económico del país y con el fin de favorecer la inversión. Es por ello que felicito a la Comisión por su propuesta de dedicar una ayuda de en torno a 500 millones de euros y la conversión de la deuda tunecina en proyectos de inversión local.

He votado a favor del informe con el deseo de que la democracia y el desarrollo en Túnez sigan afianzándose.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η Τυνησία αποτελεί ένα επιτυχημένο παράδειγμα στον αραβικό κόσμο και η σταθεροποίησή της είναι υψίστης σημασίας για τη σταθερότητα ολόκληρης της περιοχής. Είναι πολύ σημαντικό η δημοκρατική μετάβαση στην Τυνησία να εδραιωθεί και να υποστηριχθεί πολιτικά και οικονομικά. Οι τρομοκρατικές επιθέσεις είχαν καταστροφικές συνέπειες για την οικονομία και την ανεργία, ιδιαίτερα μεταξύ των νέων, η οποία παραμένει σε υψηλά επίπεδα. Δεδομένης της κρισιμότητας των προβλημάτων που επηρεάζουν την Τυνησία, απαιτείται περισσότερη και καλύτερη υποστήριξη η οποία θα συμβάλει στην ανάπτυξη ικανοτήτων για τους θεσμούς στην Τυνησία, στον τομέα της δικαιοσύνης καθώς επίσης και μεταρρυθμίσεις στον τομέα της ασφάλειας. Υπερψήφισα την έκθεση η οποία ζητά τη σύναψη μιας πραγματικής σφαιρικής και σε βάθος εταιρικής σχέσης μεταξύ ΕΕ και Τυνησίας. Χωρίς μέτρα για την ενίσχυση της ικανότητας απορρόφησης και της σταθερότητας της Τυνησίας, της δημοκρατίας, της χρηστής διακυβέρνησης, της καταπολέμησης της διαφθοράς, της οικονομικής

ανάπτυξης και της απασχόλησης στην περιοχή, κάθε προοπτική μεταρρύθμισης θα τεθεί σε κίνδυνο.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding initiative. We do not support the development and practice of an EU foreign policy. Furthermore, we remain concerned that the Global Security Strategy foresees an increased capability for the EU to project power in the near neighbourhood, which would include Tunisia. As such, we voted against.

Following the vote by the UK to leave the EU, we support friendly and cordial relations between Tunisia and the UK.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Oltre a ribadire il mio voto favorevole su questo testo e a ringraziare il relatore per l'ottimo lavoro di compromesso che ha saputo svolgere, sono a ringraziare pubblicamente il governo e i cittadini tunisini per quanto hanno fatto in questi ultimi anni. Spero che la Tunisia possa servire da esempio e da modello anche per altri paesi del Nord Africa che vivono ancora nelle difficoltà frutto di politiche sbagliate ed avvenimenti deplorevoli.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – I voted in favour as I believe that the relations of the EU with neighbouring countries are of utmost importance for the stability and security of the bloc – both internally and externally. In this report the Parliament urges the European Union and the Member States to mobilise and better coordinate substantial technical and financial resources to support Tunisia. Parliament also expresses deep concern about the immediate security spillover in Tunisia originating from instability in Libya. It welcomes the EU and Tunisia Mobility Partnership signed in March 2014 and calls for its rapid implementation, and calls for a new visa policy towards Tunisia and for the conclusion of a readmission agreement.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Tunis je jedna od najrazvijenijih zemalja u sjevernoj Africi koja zahvaljujući svojim političkim i gospodarskim postignućima može biti primjer drugim zemljama iz iste regije. EU već duže vrijeme njeguje dobre odnose s Tunisom, a ova rezolucija to samo ponovno potvrđuje. Rezolucija donosi mnoge stavove koji upućuju na tendenciju da se unaprijede odnosi s Tunisom te predlaže povećanje financijske pomoći kako bi se što prije uspješno provele reforme predviđene za period 2016.-2020.

Budući da su u Tunis izbjegli mnogi Libanonci bježeći od kaosa koji je nastao u njihovoj zemlji, podupirem prijedlog da se hitno mobiliziraju sredstva za Tunis kako bi se što prije stabilizirala politička situacija, što je u konačnici i uvjet za realizaciju reformi. Također, smatram pozitivnim prijedlog da se promijene neki zakoni koji ne poštuju ljudsko dostojanstvo, odnosno usmjereni su ka diskriminaciji.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'un rapport de situation avec proposition d'approfondissement de la coopération UE-Tunisie dans le cadre de la politique de voisinage. Sur le principe, je rappelle que l'UE n'a aucun droit dans le domaine des affaires étrangères. De plus, l'action de l'UE depuis ce qu'on a appelé les «printemps arabes» s'est révélée délétère dans l'ensemble de la zone. La Tunisie est un pays convalescent, non encore stabilisé après la prise de pouvoir des islamistes dits modérés, dont l'action a permis à cette oasis de développement au sein d'une zone en crise de perdre peu ou prou dix ans d'effort économique. Si le rapport est anodin dans son fond comme dans ses propositions, il reste néanmoins partisan d'une intervention de l'UE particulièrement préjudiciable pour la France, dont la Tunisie est un partenaire historique. Je vote donc contre ce texte.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – La Tunisia rappresenta un esempio di successo nel mondo arabo e il suo consolidamento è di primaria importanza per la stabilità di tutta la regione. E' fondamentale che la sua transizione democratica sia rafforzata e sostenuta, politicamente ed economicamente. Gli attacchi terroristici hanno avuto un effetto devastante sull'economia, prendendo di mira in particolare il settore del turismo, e la disoccupazione rimane molto alta, soprattutto tra i giovani. In un tale contesto, è necessario un maggiore e migliore sostegno al rafforzamento delle capacità delle istituzioni tunisine, del sistema giudiziario e delle riforme riguardanti la sicurezza.

L'UE può fare molto in questo senso, accompagnando il percorso di riforme, avviando progetti di sostegno alla società civile, aumentando gli aiuti forniti attraverso lo strumento europeo di vicinato e coordinando gli aiuti internazionali. Al tempo stesso, l'Unione deve favorire il rispetto dei diritti umani, attraverso lo sviluppo di meccanismi di monitoraggio che garantiscano, in particolare, le libertà fondamentali e l'uguaglianza di genere. Per questi motivi, ho votato a favore della relazione.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Podržao sam Izvješće zastupnika Castalda jer je Tunis uspješan primjer mirne demokratske tranzicije koje je važna za stabilnost čitave regije te sigurnost Europe. Tuniško gospodarstvo, njegov rast i daljnji razvoj demokracije uvelike ovisi o inozemnim ulaganjima, turizmu i izvozu proizvoda u EU-u.

Stoga se potiče EU i države članice da mobiliziraju i bolje koordiniraju sredstva kako bi se Tunisu pružila financijska pomoć. Poziva se Vijeće na bržu provedbu programa pomoći Tunisu s naglaskom na sigurnosnu pomoć u svrhu zaštite turističke infrastrukture i borbe protiv terorističkih prijetnji. Pozdravlja se snažniji politički dijalog između EU-a i Tunisa te naglašava važnost zaštite ljudskih prava.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Tunisko se stalo v roce 2011 rodištěm arabského jara, které předznamenalo jeho přechod k demokratickému státu. Tato země musela čelit mnoha výzvám a hrozbám při snaze konsolidovat se a zajistit naplnění a provádění potřebných reforem. Přesto nyní představuje úspěšný příklad pro další arabské země a jeho konsolidace je zásadní pro stabilitu celého regionu. V této souvislosti je nutné podporovat Národní lidové shromáždění (PRA), které by se mělo i nadále snažit zvyšovat své kapacity a zlepšovat tak své možnosti k naplňování své legislativní úlohy. Navzdory přetrvávajícím komplikacím v sociální a hospodářské oblasti vnímám Tunisko jako zemi, která má vysoký potenciál pro bližší vztahy s EU. Z toho důvodu je důležité tuto zemi dále podporovat, aby mohla zcela dokončit svůj přechod k demokracii. Členské státy by se proto měly plně zapojit a poskytnout Tunisku technické a finanční prostředky. Tunisko by pak mělo této podpory využít zejména k budování kapacit občanských sdružení, reformě soudnictví a právního státu, k pokračování procesu decentralizace a posílení regionů.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Dobbiamo supportare adeguatamente la Tunisia, e tutti i paesi del Nord Africa, affinché possa portare avanti il proprio processo di democratizzazione e garantire il contrasto del terrorismo islamista. Questa area del mondo è di importanza vitale per l'Europa, per la nostra sicurezza e per la nostra economia. Il Mediteranno è la culla della nostra civiltà e dobbiamo guardare a questo contesto regionale con maggiore attenzione. Il sostegno alla Tunisia non deve, però, essere realizzato attraverso provvedimenti scellerati come quello relativo alle quote aggiuntive di olio d'oliva importate senza dazio nell'Ue. Le relazioni tra Ue e Tunisia si devono fondare sul vantaggio reciproco e non asimmetrico. In relazione a questo punto ritengo che, senza interessare prevalentemente il comparto agricolo, sarebbe più utile investire sulla cooperazione nel settore turistico e culturale. Al di là di questo, importante aspetto, ritengo che la relazione sia equilibrata e che fotografi attentamente lo stato delle relazioni bilaterali. Per questo motivo ho deciso di votare in favore della sua approvazione.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport, qui souligne l'importance pour l'Union européenne de maintenir une relation privilégiée avec la Tunisie, en apportant notamment au pays des ressources techniques et financières pour qu'il puisse faire face aux difficultés économiques, politiques et sécuritaires auquel il est confronté.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O projeto europeu não se esgota na solidariedade entre os Estados-Membros, compreendendo, outrossim, a solidariedade entre a União e os países vizinhos, especialmente aqueles que atravessam períodos de maior carência.

A Tunísia, justamente um desses vizinhos e parceiros, tem vindo a envidar esforços no sentido de uma transição pacífica para um regime político democrático, mas atravessa atualmente um período de maior dificuldade em matéria de segurança externa, não apenas devido à sua proximidade geográfica com a instável Líbia, mas também por ter vindo a ser alvo de vários ataques terroristas nos últimos anos.

Concomitantemente, os desafios da Tunísia em matéria de segurança externa estão evidentemente relacionados com desafios de natureza económico-financeira, já que a economia tunisina é, em muito, dependente do turismo e do investimento estrangeiro. Ora, esta conjuntura coloca sérios riscos ao processo de consolidação da democracia naquele Estado mediterrânico e, reflexamente, à sua relação com a União.

Por compreender o que acaba de ser exposto, tanto nas premissas, como nas conclusões, o relatório em apreço propõe um pacote de ajuda técnica e financeira à Tunísia.

Nesse sentido, o meu voto não poderia deixar de ser favorável.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding initiative. We do not support the development and practice of an EU foreign policy. Furthermore, we remain concerned that the Global Security Strategy foresees an increased capability for the EU to project power in the near neighbourhood, which would include Tunisia. As such, we voted against.

Following the vote by the UK to leave the EU, we support friendly and cordial relations between Tunisia and the UK.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Considerando que a Tunísia é um dos países prioritários no âmbito da política europeia de vizinhança da União, esta salienta os desafios e as ameaças com que o país se depara na consolidação do seu processo democrático, sobretudo na realização das reformas necessárias em matéria de desenvolvimento social e económico e na garantia da sua segurança, e faz um apelo ao estabelecimento de uma verdadeira parceria completa e aprofundada entre a União Europeia e a Tunísia.

Os participantes na Parceria de Deauville consideram que a situação na Tunísia justifica o lançamento de um verdadeiro «Plano Marshall», dotado de financiamento adequado para apoiar a consolidação da transição democrática e fomentar o investimento e o desenvolvimento em todos os setores da vida económica e social no país.

A UE saúda a boa cooperação entre a Tunísia e os países vizinhos, demonstrada pela assinatura de um acordo comercial, e destaca a importância de respeitar os direitos humanos na aplicação da política europeia de vizinhança.

A União salienta ainda que o relançamento do processo político de integração no âmbito da União do Magrebe Árabe poderia ser particularmente oportuno para garantir a segurança e reforçar a cooperação em toda a região.

Face ao exposto, votei a favor deste relatório.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Ce midi, le PE a tenu à rappeler son soutien à la Tunisie.

Et pour cause; depuis le Printemps arabe, né sur ses terres, la Tunisie subit de plein fouet l'instabilité politique comme la réalité terroriste. Les attentats de 2015, au musée du Bardo et dans la station balnéaire de Sousse, ainsi que celui de mars 2016 au poste de la garde nationale à Ben Gerdane, sont encore dans toutes les mémoires. Il est crucial que l'Europe se tienne aux côtés de ce pays fragilisé mais courageux dans la lutte contre le terrorisme. L'aide européenne, environ 500 millions d'euros, est à considérer dans ce contexte et vient donner un «bol d'air» à la population tunisienne.

Cette dernière est d'ailleurs directement touchée par l'absence de touristes, un secteur clé en Tunisie, qui pèse plus de 7% du PIB national. En adoptant le rapport Castaldo, les députés européens ont souligné également le rôle de premier plan joué par la société civile dans l'adoption de réformes sociales. La remise du prix Nobel de la paix en 2015 au Quartet du dialogue national tunisien est venue couronner les efforts de tout un pays.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – A Tunísia é um dos países prioritários no âmbito da política europeia de vizinhança da UE e um bom exemplo no processo de transição democrática pacífica. Constitui um exemplo de sucesso no mundo árabe e sua consolidação é fundamental para a estabilidade de toda a região e para a segurança da Europa.

Devemos continuar a insistir na importância do respeito pelos direitos humanos e na necessidade de criar mecanismos para monitorar o respeito pelas liberdades fundamentais e reforçar o papel das organizações civis.

Os acordos de livre comércio devem contribuir para a estabilidade da Tunísia.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que tiene como objetivo impulsar relaciones entre la Unión y Túnez en el actual contexto regional. Túnez constituye un caso de éxito democrático en el mundo árabe y su consolidación es de suma importancia para la estabilidad de toda la región.

La Unión debe seguir apoyando la transición socioeconómica, política y de seguridad de Túnez. Celebramos los esfuerzos del Gobierno tunecino y animamos a la Unión a apoyar las reforma del sector judicial y el Estado de Derecho del país, la reforma del código penal y solicitamos aumentar la ayuda a Túnez a través del Instrumento Europeo de Vecindad, entre otras cuestiones.

Subrayamos además la importancia del respeto de los derechos humanos y el desarrollo de mecanismos de vigilancia en el respeto de las libertades fundamentales, la igualdad de género y el fortalecimiento del papel de las organizaciones de la sociedad civil.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – La transition démocratique pacifique en marche aujourd'hui en Tunisie doit être vue comme un exemple dans le monde arabe. Cependant, je m'inquiète des répercussions de la nouvelle législation antiterroriste sur les droits fondamentaux. La lutte contre le terrorisme est importante et nécessite une réponse adéquate, qui ne peut néanmoins être contraire à ces droits.

En ce qui concerne le développement économique et social de ce pays, je me réjouis de la proposition de la Commission d'apporter une aide macrofinancière de 500 millions d'euros. Je suis également d'avis qu'il est nécessaire de convertir la dette tunisienne en projets d'investissement stratégiques.

Le texte comporte beaucoup d'autres éléments auxquels je peux tout à fait souscrire, raison pour laquelle j'ai voté en sa faveur.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Neste relatório, o Parlamento Europeu insta a União Europeia e os Estados-Membros a mobilizarem e a coordenarem recursos técnicos e financeiros substanciais para apoiar a Tunísia na consolidação do seu processo democrático, através da realização das reformas políticas necessárias, particularmente ao nível da segurança e do desenvolvimento económico e social deste país.

Sou favorável à prestação deste auxílio extraordinário através do estabelecimento de uma parceria aprofundada com a União Europeia, que irá certamente reforçar a estabilidade da Tunísia num contexto regional volátil, onde são necessárias medidas para o combate à corrupção e para a implementação de um efetivo Estado de Direito, a promoção da estabilidade política e a boa governação.

Subscrevo as sugestões de reforma apresentadas pelo relator, que são mais arrojadas do que as tradicionalmente adotadas, pois só através da implementação de soluções mais ambiciosas é que será possível à Tunísia fomentar o investimento e promover o seu desenvolvimento político, económico e social, gerando emprego e melhorando a qualidade dos seus serviços públicos, com vista a alcançar um crescimento sustentável e inclusivo.

Por tudo quanto fica exposto, o meu voto foi favorável à aprovação deste relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui identifie les opportunités et les défis des relations entre l'Union et la Tunisie, dans un contexte régional particulièrement complexe et instable. Ce texte dresse un tableau des relations euro-tunisiennes en faisant état de l'avancement des réformes démocratiques, des relations économiques et commerciales ainsi que de la coopération en matière sécuritaire et migratoire.

En moins d'un an, le Parlement n'a cessé de rappeler sa volonté d'intensifier et d'accroître son soutien à la Tunisie, avec l'adoption de mesures exceptionnelles ou encore l'octroi d'une nouvelle assistance macro-financière.

La Tunisie apparaît, 5 ans après les évènements du Printemps arabe, comme l'unique modèle de transition réussie et suscite l'espoir pour les démocrates du monde entier.

Dans cette perspective, l'Union doit apporter un soutien sans faille à la Tunisie et répondre aux exigences du partenariat privilégié qui nous lie.

Il est fondamental que l'Union élargisse les domaines de coopération et approfondisse ceux qui existent déjà!

De nombreux défis pourraient mettre être à mal ce processus. Le terrorisme et les déséquilibres économiques et sociaux en sont deux exemples. Or ces défis nécessitent des réponses construites ensemble, dans le cadre d'une coopération entre l'Union et la Tunisie toujours plus étroite.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – A pesar de que el informe finalmente no incluyó las enmiendas de nuestro grupo relativas a la deuda (en favor de una auditoría, reestructuración y condonación de parte de ella) y al acuerdo de readmisión de las personas emigradas (cuya práctica supone una violación de los derechos humanos), se trata de un informe positivo en lo que supone de apoyo por parte de la Unión al proceso de democratización del país. Sin embargo, no apoyamos la inclusión de un apartado favorable al opaco Acuerdo de Libre Comercio (ZLCAP) el cual, como todos los de su género, por la asimetría de las partes, acabaría perjudicando a la más débil en cuanto a los términos de intercambio, tanto en lo económico-productivo como en lo ambiental, tal y como señala el manifiesto suscrito por 29 organizaciones de la sociedad civil tunecina y francesa. Además, los efectos de la liberalización sobre ciertos productos españoles como el olivo, deben ser analizados. Por último, entendemos que los acuerdos de este tipo, por sus grandes implicaciones sociales, económicas, laborales y ambientales, deben ser producto de amplio debate informado en las sociedades implicadas de manera previa a su suscripción. He votado abstención.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht der EU-Beziehungen mit Tunesien gestimmt, da die junge Demokratie Tunesiens dadurch Unterstützung für die Stabilisierung des Landes erfährt.

Außerdem wird zur raschen Implementierung der Mobilitätspartnerschaft zwischen der EU und Tunesien aufgerufen, welche neue Visa-Richtlinien für Tunesien beinhalten soll.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe reafirma el apoyo de la Unión al proceso de consolidación democrática en Túnez y, subraya los problemas que podrían ponerlo en peligro: la deuda, el desempleo, la seguridad, Estado de Derecho, etc. En general, el informe tiene un enfoque más progresista del que el Parlamento Europeo suele emplear para tratar las relaciones con otros países. Sin embargo, hay algunos elementos con lo que no coincido y que hicieron que finalmente no pudiera apoyar el informe, y como resultado me abstuve en el voto final: uno de los principales problemas fue que en el informe apoya la misión EUNAVFOR, además de que por otra parte, habla de profundizar en las negociaciones del acuerdo de libre comercio al que nuestra delegación se opone, si bien en el texto se trata de darle un enfoque centrado en el medio ambiente y la protección del consumidor, no puedo votar a favor del documento que apoya el libre comercio y que además, elogia la ayuda macro-financiera de 500 millones de euros sin denunciar sus condicionamientos neoliberales, ni hace ninguna referencia alguna a una necesaria auditoría de la deuda odiosa de Túnez.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted for the report, which urges Tunisia to go further in its political reforms in ways such as abolishing discrimination based on gender, supporting the inclusion of young people and reforming penal law with a view to upholding fundamental freedoms such as the freedom of expression.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Hlasoval som za. Podporujem a oceňujem rozvíjajúce sa partnerstvo s Tuniskom ako modelovou krajinou pre demokraciu a stabilitu na Blízkom východe a v severnej Afrike. EÚ má naďalej spolupracovať s tuniskou vládou pri presadzovaní spoločných záujmov vrátane obchodu, investícií, kultúry a bezpečnosti.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Partnerské vzťahy medzi Európskou úniou (EÚ) a Tuniskom sú právne podložené Asociačnou dohodou, ktorá vstúpila do platnosti v roku 1998. EÚ bola pre transformáciu v Tunisku od revolúcie v roku 2011 hlavnou oporou a som rada, že EÚ je odhodlaná naďalej podporovať úsilie vlády a občianskej spoločnosti o konsolidáciu demokratického *acquis* a právneho štátu. Za dôležité to považujem najmä preto, že terorizmus, ktorý v rokoch 2015 a 2016 vážne zasiahol Tunisko a Európu, si vyžaduje jednotnejšiu, holistickú reakciu zameranú na odstránenie základných príčin tohto fenoménu. Vzhľadom na ambiciózne reformy a projekty Tuniska som podporila návrh legislatívneho uznesenia, lebo si myslím, že aj vďaka prijatým návrhom a opatreniam sa nám podarí zintenzívniť spoluprácu s Tuniskom. Som presvedčená o tom, že ochota a odhodlanie prehĺbiť partnerstvo EÚ a Tuniska je dobrým signálom pre realizáciu reforiem týkajúcich sa mladých ľudí, tvorby pracovných miest, sociálneho pokroku, investícií a znižovania regionálnych rozdielov. Verím, že makrofinančnou pomocou EÚ sa podarí posilniť hospodársku stabilizáciu Tuniska a program zásadných reforiem.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Poročilo o odnosih s Tunizijo je bilo težko pričakovano.

Po letu 2011, ko je bil odstavljen dotedanji predsednik Ben Ali, se o Tuniziji v EU na žalost ni veliko govorilo. Od tedaj je prišlo v tej državi do velike politične transformacije, pri kateri pa Tunizijo vseeno pestijo še veliki izzivi - od terorizma do politične razdrobljenosti in družbenoekonomskih neenakosti.

EU bi zato v tem kontekstu morala nakloniti več moči in pomagati temu edinstvenemu procesu demokratizacije v arabskem svetu. Prav zato to poročilo predstavlja priložnost, da EU nekaj pozornosti ponovno nameni tudi Tuniziji ter nakaže prihodnje globlje in bolj učinkovito sodelovanje med njima.

Poročilo ponavlja pretekle zaveze EU pri pomoči Tunizijcem pri politični tranziciji, poziva EU, da poveča svojo pomoč Tuniziji, vključno s finančno pomočjo civilni družbi, ter poudarja potrebo po spoštovanju človekovih pravic v procesu reformiranja države.

Ker sem mnenja, da je potrebno dobro sodelovanje EU s sosedskimi regijami in ker je poročilo dobro pripravljeno, sem ga podprl.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht zum Verhältnis der EU mit Tunesien hat nur wenige Schwächen. Es wäre sinnvoll gewesen, Fragen der Rücknahme von tunesischen Migranten im Text zu verankern. Es bleibt auch abzuwarten, ob sich für die von der EU eingeplanten Hilfsgelder sinnvolle Einsatzmöglichkeiten finden lassen. Abgesehen von diesen Fragen ist eine klare Unterstützung Tunesiens wichtig. Es gibt in den Staaten des arabischen Raumes nur wenige funktionierende demokratische und rechtsstaatliche Elemente. Tunesien kommt als positivem Vorbild für die Region eine große Bedeutung zu, und so habe ich dem Bericht gerne zugestimmt.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Tunisko je spomedzi krajín severnej Afriky a Blízkeho východu príkladom úspešného príbehu transformácie politického režimu a celej spoločnosti smerom k demokracii. Je v životnom záujme Európskej únie, aby Tunisko hospodársky a politicky podporovala a zvyšovala tak šancu na stabilizáciu pomerov v regióne.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće o odnosima EU-a i Tunisa u aktualnom regionalnom kontekstu, zato što smatram da je Tunis jedna od prioritetnih zemalja vezana za europsku politiku susjedstva. Tunis je zemlja u kojoj je ključni sektor za gospodarstvo turizam, a ono je danas teško pogođeno različitim okolnostima od kojih je najistaknutiji terorizam.

Tunis je pretrpio više terorističkih napada i on je upravo važan partner Europske unije u borbi protiv terorizma. Tunis je suočen sa sigurnosnim rizicima i nalazi se u teškoj društveno-ekonomskoj situaciji koji proizlaze uglavnom iz Libije. Potrebno je razviti dobre partnerske odnose u kojima bi se vodilo računa o stanovništvu s obje strane Sredozemlja. Potrebna je snažna podrška Europske unije kako bi se osigurala stabilnost i produbila demokracija u već nestabilnoj regiji.

Tuniško gospodarstvo ovisi o inozemnim ulaganjima i izvozu proizvoda u EU-u, a ono može rasti samo uz daljnji razvoj demokracije. EU i Tunis moraju i dalje surađivati kako bi uspjeli u promicanju nekih od zajedničkih interesa, a to su trgovina, ulaganja, turizam, kultura i sigurnost.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Wozu dient eigentlich die so vielfach gelobte Mittelmeer-Union, wenn dieser eigens für Staaten wie Tunesien geschaffene Mechanismus vollständig versagt? Zwar tritt die EU in ihren Mitgliedstaaten als Vermittler bei internationalen Krisen auf. Aber der Schein trügt. Die EU erbringt im Falle des „Arabischen Frühlings" keinen Mehrwert, zu groß sind die bilateralen Abhängigkeiten zwischen den arabischen und den europäischen Staaten. Dennoch fordert diese Entschließung, Tunesien zusätzlich zu den bereits bestehenden EU-Überweisungen noch einmal eine halbe Milliarde Euro Steuergelder zu überweisen. Das lehne ich ab.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Tunis se smatra jednom od prioritetnih zemalja u okviru europske politike susjedstva, a također se u arapskom svijetu smatra uspješnim primjerom mirne i demokratske tranzicije, što je ključno za stabilnost cijele regije, a samim time i za sigurnost Europe. Trenutno, Tunis se nalazi u teškoj gospodarsko-društvenoj situaciji i suočava se sa sigurnosnim rizicima zbog situacije u Libiji.

Ključna grana tuniškog gospodarstva je turizam koji je teško pogođen okolnostima u susjedstvu i terorističkim napadima. Tunis ostaje važan partner Europske unije u borbi protiv terorizma, ali zabrinjava podatak da Daesh regrutira mnogo mladih Tunižana zbog gospodarske stagnacije koja mlade privlači ekstremističkim organizacijama. Podržavam izvješće o odnosima Europske unije i Tunisa jer smatram da su smjernice u njemu kvalitetno navedene i da su dobar putokaz za političke i institucionalne reforme, kao i gospodarski i društveni razvoj.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o odnosih med EU in Tunizijo v aktualnem regionalnem kontekstu.

Podpiram poziv EU in državam članicam, da mobilizirajo in bolje usklajujejo znatna tehnična in finančna sredstva, s katerimi bomo zagotovili konkretno podporo Tuniziji.

Tunizija, ki je ena od prednostnih držav EU v okviru evropske sosedske politike, je namreč v arabskem svetu vzorčen primer mirnega demokratičnega prehoda, zato je njena utrditev ključna za stabilnost celotne regije. V luči migrantske in begunske krize je stabilnost celotne regije še toliko bolj pomembna za Evropsko unijo.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem dnes zprávu o vztazích EU s Tuniskem v současném regionálním kontextu, jelikož Tunisko patří mezi důležité partnery EU v oblasti Středomoří a jeho poslední vývoj dává určitou naději, že se podaří tento stát stabilizovat a dále rozvíjet. Na tomto vývoji má zájem také EU, a proto vítám, že EP nyní potvrzuje svou podporu Tunisku a požaduje po členských státech i orgánech a agenturách EU větší podporu Tuniska, ať už jde o oblast podpory občanské společnosti, větší spolupráci v oblasti obchodu nebo v neposlední řadě o spolupráci a podporu Tuniska v jeho boji proti terorismu a následkům nestabilní situace zejména v Libyi. Stabilní a prosperující Tunisko je zájmem EU.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση έχει θετικά σημεία. Κατανέμει και ευθύνες και υπογραμμίζει πως πρέπει να υπάρξουν μεταρρυθμίσεις ιδιαίτερα στους τομείς της δικαιοσύνης, των ατομικών ελευθεριών, των δικαιωμάτων ειδικών ομάδων του πληθυσμού, κλπ ώστε να ενισχυθεί η σχέση με την ΕΕ. Ωστόσο υπάρχουν προβληματικές αναφορές τις οποίες δεν μπορούμε να αγνοήσουμε. Ιδιαίτερα αρνητική είναι η προώθηση της συμφωνίας ελευθέρων συναλλαγών με την Τυνησία. Οι Συμφωνίες Ελευθέρων Συναλλαγών (Free Trade Agreements) εξυπηρετούν πλήρως τα επιδιωκόμενα οφέλη των κυρίαρχων κύκλων της ΕΕ. Δημιουργούν σχέσεις αλληλεξάρτησης- οικονομικές αλλά και πολιτικές - με τους εταίρους και προωθούν τον άκρατο ανταγωνισμό και τις επενδύσεις προς όφελος του μεγάλου κεφαλαίου και εις βάρος των συμφερόντων της κοινωνίας και των λαών. Για τους λόγους αυτούς τηρήσαμε αποχή.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Στην υπό εξέταση έκθεση προβλέπεται υψηλή χρηματοδοτική στήριξη της Τυνησίας εκ μέρους της ΕΕ.

Η Ένωση θα πρέπει να ενδιαφερθεί πρωτίστως για την αντιμετώπιση των προβλημάτων των κρατών μελών της.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést, teljesen egyetértve az abból tükröződő pozitív megítéléssel és támogatással a tunéziai demokrácia kiépítése, az ország térségen belül betöltött stabilizáló szerepe tekintetében. Fontosnak tartom, hogy az Európai Unióval és tagállamaival való politikai és gazdasági kapcsolatrendszer további fejlesztése a jövőben is érdemben segítse Tunéziát a terrorizmus, valamint a gazdasági nehézségek és a munkanélküliség hatásai elleni küzdelmében, különös tekintettel az igazságügyi és biztonsági intézmények fejlesztésére. Meggyőződésem, hogy az Európai Parlament ilyen egyértelmű támogatást jelentő állásfoglalása is hozzájárulhat e pozitív tunéziai folyamatok kiteljesedéséhez.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Mające miejsce od ostatnich 5 lat pokojowe przemiany demokratyczne w Tunezji stanowią dobry przykład w świecie arabskim, a ich konsolidacja ma zasadnicze znaczenie dla stabilności całego regionu, niosąc bezpośrednie konsekwencje dla bezpieczeństwa w Europie.

Niestety Tunezja znajduje się obecnie w bardzo trudnym położeniu ekonomiczno-społecznym, a tunezyjska gospodarka jest w znacznym stopniu uzależniona od inwestycji zagranicznych, turystyki i eksportu produktów do Unii.

W obecnej kryzysowej sytuacji konieczne jest utworzenie funduszu wspierającego w sposób holistyczny przemiany demokratyczne, inwestycje i rozwój we wszystkich sektorach życia gospodarczego i społecznego. W szczególności konieczne są pieniądze na tworzenie nowych miejsc pracy oraz utrzymanie powszechnie dostępnych usług publicznych wysokiej jakości.

W sprawozdaniu Parlamentu Europejskiego słusznie zwrócono uwagę na potrzebę zaangażowania Unii w pomoc dla tej młodej demokracji. Z tego względu zdecydowałem się poprzeć rezolucję Parlamentu Europejskiego.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – La Tunisia rappresenta da sempre uno dei paesi prioritari nel quadro della politica europea di vicinato dell'UE. Nel rapporto si evidenzia la necessità di rafforzare il partenariato UE- Tunisia e di dirigerlo verso azioni più ambiziose. Viene elogiata la cooperazione tra il paese arabo e i paesi vicini ed il processo di transizione democratico che ha rappresentato l'esempio positivo delle primavere arabe. La situazione socio-economica della Tunisia è di certo ancora difficile e il paese deve affrontare sfide fondamentali in materia di riforme politiche, sviluppo socio-economico, sicurezza e difesa.

Considerando le sfide e le minacce cui la Tunisia deve far fronte, al fine di consolidare il processo democratico e per attuare le riforme necessarie, ritengo sia improrogabile il miglioramento del coordinamento delle relazioni UE-Tunisia. Ho espresso voto positivo poiché la relazione sprona l'Unione ad istituire un partenariato vero e solido.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – The peaceful democratic transition process in Tunisia represents a successful example in the Arab world and its consolidation is paramount for the stability of the entire region and, as a direct consequence, for the security of Europe. However, Tunisia currently faces a difficult socio-economic situation but also security challenges mostly deriving from the situation in Libya. Furthermore, tourism, which represents a key element of the Tunisian economy, is severely affected by these circumstances and by the terrorist attacks which have targeted the country. Consequently the EU and its Member States must remain committed to working with the people of Tunisia and their government to promote common interests, including in trade, investment, tourism, culture and security.

The report in question is a good and balanced text, divided into four parts: Political Reforms and Institutions; Economic and Social Development; Security and Defence; and Mobility, Research, Education and Culture. The report reemphasises the need to support Tunisia and calls for many actions such as the launch of a programme in support of the reform of the judicial sector and the rule of law and the increase of EU aid to Tunisia through the European Neighbourhood Instrument. I support this report.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte qui renouvelle notre engagement vis-à-vis du peuple tunisien et du processus de transition politique engagé en 2011. Nous y soulignons les défis et les menaces auxquels est confronté le pays alors qu'il s'attache à consolider le processus démocratique, à mettre en œuvre les réformes nécessaires dans l'intérêt de sa prospérité sociale et économique, ainsi qu'à garantir sa sécurité.

L'Union et les États membres doivent mobiliser et mieux coordonner des moyens techniques et financiers substantiels pour apporter une aide concrète à la Tunisie.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – We cannot stress enough that the consolidation of the peaceful democratic transition process in Tunisia is paramount for the stability of the entire region. Unfortunately, the ongoing terrorist threat and economic crisis in Tunisia have stalled the implementation of essential political, economic and social reforms. This is why I voted in favour of the report on EU relations with Tunisia in the current regional context, as I agree that we must step up our financial support and technical assistance to help ensure that Tunisia achieves tangible results in terms of growth and employment, the fight against corruption, a thorough security infrastructure and the reform of certain of its controversial societal laws.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam izvješće o odnosima EU-a i Tunisa u aktualnom regionalnom kontekstu, jer tuniško gospodarstvo ovisi o inozemnim ulaganjima, turizmu i izvozu proizvoda u EU-u. S obzirom na strateški razvojni plan Tunisa za razdoblje od 2016. do 2020. godine te budući je Tunis jedna od prioritetnih zemalja u okviru politike susjedstva, izražavam potporu procesu demokratizacije i ističem potrebu za socijalnim i ekonomskim reformama i inicijativom za tuniški strateški razvojni plan.

Pozdravljam snažniji politički dijalog između EU-a i Tunisa u borbi protiv terorizma i pozivam tuniške vlasti na blisku suradnju radi suzbijanja nezakonite imigracije. Potrebno je smanjiti nezaposlenost, osobito mladih s diplomom i pokrenuti temeljite reforme kojima bi se potaknuli rast i kvalitetno zapošljavanje.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o odnosih med EU in Tunizijo v aktualnem regionalnem kontekstu sem podprla.

Tunizija se trenutno sooča s težkimi družbenimi in gospodarskimi razmerami, pa tudi z varnostnimi izzivi, ki so večinoma posledica razmer v Libiji. Te razmere in teroristični napadi v Tuniziji močno škodijo turizmu. Tunizijsko gospodarstvo je v veliki meri odvisno od tujih naložb, turizma in izvoza izdelkov v EU in gospodarstvo lahko uspeva samo, če je omogočen nadaljnji razvoj demokracije.

Evropska unija in njene države članice si morajo še naprej prizadevati za sodelovanje s tunizijskim ljudstvom in vlado, da bi spodbujali skupne interese, tudi trgovino, naložbe, turizem, kulturo in varnost.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – A pesar de que el informe finalmente no incluyó las enmiendas de nuestro grupo relativas a la deuda (en favor de una auditoría, reestructuración y condonación de parte de ella) y al acuerdo de readmisión de las personas emigradas (cuya práctica supone una violación de los derechos humanos), se trata de un informe positivo en lo que supone de apoyo por parte de la Unión al proceso de democratización del país. Sin embargo, no apoyamos la inclusión de un apartado favorable al opaco Acuerdo de Libre Comercio (ZLCAP) el cual, como todos los de su género, por la asimetría de las partes, acabaría perjudicando a la más débil en cuanto a los términos de intercambio, tanto en lo económico-productivo como en lo ambiental, tal y como señala el manifiesto suscrito por 29 organizaciones de la sociedad civil tunecina y francesa. Además, los efectos de la liberalización sobre ciertos productos españoles como el olivo, deben ser analizados. Por último, entendemos que los acuerdos de este tipo, por sus grandes implicaciones sociales, económicas, laborales y ambientales, deben ser producto de amplio debate informado en las sociedades implicadas de manera previa a su suscripción. He votado abstención.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'un rapport de situation avec une proposition d'approfondissement de la coopération UE-Tunisie dans le cadre de la politique de voisinage.

Il convient de rappeler une position de principe, à savoir que l'UE n'a aucun droit dans le domaine des affaires étrangères. De plus, l'action de l'UE depuis ce qu'on a appelé les «printemps arabes» a été délétère dans l'ensemble de la région. La Tunisie est un pays convalescent, non encore stabilisé après la prise de pouvoir d'un gouvernement islamique dit modérés dont l'action a permis à cette oasis de développement au sein d'une zone en crise de perdre peu ou prou dix ans d'effort économique. Si le rapport est anodin dans son fond comme dans ses propositions, il reste néanmoins partisan d'une intervention de l'UE particulièrement préjudiciable pour la France, dont la Tunisie fait partie de la zone d'influence naturelle.

J'ai voté CONTRE.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Popieram w głosowaniu projekt rezolucji z uwagi na fakt, iż Tunezja jest istotnym partnerem UE w ramach europejskiej polityki sąsiedztwa. Z racji przemian politycznych, postępującej demokratyzacji państwa, przychylności rządu do wolności słowa i kwestii obywatelskich, istotne jest podtrzymanie i zacieśnianie obecnego partnerstwa. Popiera się dążenia do rozwoju innowacji, uczestnictwo we wspólnych projektach badawczych oraz zacieśnianie współpracy dotyczącej edukacji, kultury, promowania przedsiębiorczości i aktywności kobiet. Unia Europejska będzie wspierać dążenia do zapewnienia bezpieczeństwa obywateli państw członkowskich oraz ludności zamieszkującej zagrożone konfliktami regiony Bliskiego Wschodu.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Tunézia jelenleg nehéz társadalmi-gazdasági helyzetben van, a líbiai körülmények miatt pedig biztonsági problémákkal is szembe kell néznie. A tunéziai gazdaság nagymértékben függ a külföldi befektetésektől, az idegenforgalomtól és a termékek EU-ba irányuló exportjától. Egy gazdaság csak akkor tud virágozni, ha a demokrácia fejlődhet. Voksommal támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – A pesar de que el informe finalmente no incluyó las enmiendas de nuestro grupo relativas a la deuda (en favor de una auditoría, reestructuración y condonación de parte de ella) y al acuerdo de readmisión de las personas emigradas (cuya práctica supone una violación de los derechos humanos), se trata de un informe positivo en lo que supone de apoyo por parte de la Unión al proceso de democratización del país. Sin embargo, no apoyamos la inclusión de un apartado favorable al opaco Acuerdo de Libre Comercio (ZLCAP) el cual, como todos los de su género, por la asimetría de las partes, acabaría perjudicando a la más débil en cuanto a los términos de intercambio, tanto en lo económico-productivo como en lo ambiental, tal y como señala el manifiesto suscrito por 29 organizaciones de la sociedad civil tunecina y francesa. Además, los efectos de la liberalización sobre ciertos productos españoles como el olivo, deben ser analizados. Por último, entendemos que los acuerdos de este tipo, por sus grandes implicaciones sociales, económicas, laborales y ambientales, deben ser producto de amplio debate informado en las sociedades implicadas de manera previa a su suscripción. He votado abstención.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted for, as I welcome this sound and comprehensive report, which is long overdue: the remarkable political transformation and efforts of the Tunisian people since the overthrow of Ben Ali in 2011 have regrettably fallen off the EU/EP radar. Tunisia faces mighty challenges – from terrorism to deep and persistent socio-economic inequalities and political fragility. The EU should substantially step up its efforts in support of this unique, effective democratisation process in the Arab world. It should remain vigilant to ensure that human rights and the rule of law are upheld in the challenging security and political context. Support to Tunisian youth, women and civil society should be a priority for the EU.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Palankiai vertinu tai, kad įsteigtas ES ir Tuniso jungtinis parlamentinis komitetas, kuris atliks nepaprastai svarbų vaidmenį siekiant, kad Europos Parlamento nariai ir tunisiečiai reguliariai susitiktų ir plėtotų struktūrinį politinį dialogą demokratijos, žmogaus teisių, teisinės valstybės klausimais ir bet kuria abiem šalims svarbia tema.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – En este informe, el Parlamento Europeo urge a la Unión y a sus Estados miembros a movilizar y coordinar mejor los recursos técnicos y financieros para apoyar a Túnez, a la vez que concede apoyo expreso al proceso de democratización en el país árabe, teniendo en cuenta, especialmente, el reto que supone reforzar la estabilidad, al tiempo que ahondar en la democratización, en un contexto regional volátil. Habida cuenta de que Túnez fue el país donde comenzó la llamada «primavera árabe» -que trajo consigo el inicio de la transición democrática- y, de hecho, el único donde este fenómeno culminó con la aprobación de una constitución de consenso (que vino a consagrar aspectos tan relevantes como la libertad de conciencia, la igualdad de derechos de la mujer y el carácter civil del Estado) y la celebración de elecciones presidenciales y legislativas democráticas y transparentes, comparto la necesidad de reiterar el apoyo europeo a Túnez, de manera que he votado afirmativamente.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit verslag om een belangrijk signaal te geven: laten we de politieke dialoog met ons buurland Tunesië verbeteren en onze samenwerking versterken, op het vlak van handel, toerisme, cultuur en *last but not least* de strijd tegen terrorisme. Wij denken dat er een ambitieuzer partnerschap mogelijk is. Europa kan maar welvarend en veilig zijn, als het ook goed gaat in zijn buurlanden. Dat is wat we met dit verslag willen bereiken. Politiek vragen we dat Tunesië inzet op maatregelen tegen foltering, het afschaffen van de doodstraf en het intrekken van de wet die homoseksualiteit strafbaar stelt. Economisch vind ik het erg belangrijk dat Tunesië ernaar streeft de economie te moderniseren en te liberaliseren, om zo meer werkgelegenheid te creëren en jonge Tunesiërs kansen en een perspectief te bieden.

Dat is erg belangrijk voor mijn derde prioriteit, namelijk de strijd tegen terreur. Ik maak me zorgen over de Tunesische jongeren die zich aansluiten bij Daesh en andere terroristische groeperingen.

We moeten samen met Tunesië inzetten op inclusie, zodat jongeren niet aangetrokken worden als buitenlandse strijders. We moeten samen een strategie ontwikkelen om om te gaan met teruggekeerde strijders, …

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A situação instável que existe hoje na Tunísia é reflexo da política de agressão que grandes potências europeias têm praticado na região e cujo exemplo crasso é o da Líbia. A instabilidade deste país contribuiu naturalmente para a situação que vive a Tunísia, com ataques terroristas e com problemas nas suas fronteiras.

Alegando a necessidade de combater o terrorismo, dá-se argumentos a um governo tecnocrático para limitar os direitos civis e políticos dos tunisinos. Já se encerraram na Tunísia, por exemplo, associações laicas e democráticas e limitou-se a mobilidade da população. Já se assassinaram dirigentes populares.

Não negamos a necessidade de ajudar a Tunísia. Queremos é evitar as políticas neocoloniais a que esta UE já nos habituou.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Da bei diesem Bericht von einer Mobilitätspartnerschaft und von Visaerleichterungen die Rede ist, habe ich den Bericht abgelehnt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sui rapporti dell'UE con la Tunisia per intensificare i legami transnazionali, sostenerne il processo di democratizzazione in corso e per chiedere una maggiore tutela dei diritti umani. Questa scelta permetterà inoltre di garantire una maggiore stabilità economica alla Tunisia, rafforzerà il ruolo delle organizzazioni della società civile e darà un impulso maggiore alla ricerca, all'istruzione e alla cultura.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report that urges Tunisia to go further in its political reforms such as abolishing discrimination based on gender, supporting the inclusion of young people and reforming penal law with a view to upholding fundamental freedoms such as freedom of expression. It further underlines economic development challenges facing Tunisia and welcomes steps taken to modernise and liberalise the economy. Importantly, the report includes Tunisia's security challenges that spill over from Libya and encourages Tunisia to abolish the death penalty. Lastly, the report calls for a new visa policy (visa liberalisation) towards Tunisia and the opening up of safe and legal routes for migration to decrease irregular migration.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραπτώς*. – Το κείμενο που έχει κατατεθεί περιγράφει το πολιτικό και θεσμικό πλαίσιο όπως υφίσταται σήμερα αλλά και υπογραμμίζει τις μεταρρυθμίσεις που πρέπει να γίνουν. Θέτει τα ζητήματα οικονομικής και κοινωνικής ανάπτυξης, ενώ εξηγεί και τη σημασία της εκπαίδευσης, του πολιτισμού και της κινητικότητας στις σχέσεις ΕΕ-Τυνησίας.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς*. – Η έκθεση ξεδιπλώνει την αντιδραστική – αντιλαϊκή πολιτική της ΕΕ και τις επιδιώξεις των μονοπωλίων, στην κρίσιμη για τα συμφέροντά τους περιοχή της Β. Αφρικής. Τα ευρωενωσιακά μονοπώλια επιδιώκουν να ισχυροποιήσουν - ανακτήσουν θέσεις τους στην περιοχή, με επίκεντρο την Τυνησία. Αυτές τις επιδιώξεις στηρίζει η έκθεση, καλώντας σε γρήγορη σύναψη της ΣΕΣ με την ΕΕ, που θα επιτρέψει τη διείσδυση επιχειρηματικών ομίλων στις αγορές, αύξηση της κινητικότητας πάμφθηνου εργατικού και επιστημονικού δυναμικού. Ταυτόχρονα, με το πάντα βολικό πρόσχημα της «αντιμετώπισης της τρομοκρατίας», της αποτροπής των «μεταναστευτικών ροών», προωθείται η αύξηση της στρατιωτικής επιθετικότητας και των ιμπεριαλιστικών επεμβάσεων της ΕΕ. Στην έκθεση προάγεται η στενή συνεργασία της Τυνησίας με το σύνολο των κατασταλτικών μηχανισμών της ΕΕ και η συμμετοχή της στη στρατιωτική ναυτική επιχείρηση της, EUNAVFOR MED στο όνομα της «καταπολέμησης της ριζοσπαστικοποίησης». Το ότι συντάκτης της αντιδραστικής αυτής έκθεσης είναι ευρωβουλευτής του ιταλικού κόμματος των «5 αστέρων» του Γκρίλο, αποδεικνύει ότι τέτοιου είδους κόμματα, που εμφανίζονται ως «ευρωσκεπτικιστικά», εκφράζουν ιδιαίτερα συμφέροντα τμημάτων του κεφαλαίου που νιώθουν «ριγμένα» με τους υπάρχοντες συσχετισμούς στο εσωτερικό της ΕΕ, υπηρετούν όμως με προσήλωση τους ίδιους στόχους: τη διασφάλιση της κερδοφορίας των μονοπωλιακών ομίλων μέσα από το τσάκισμα των δικαιωμάτων των εργαζομένων.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Uznesenie o vzťahoch medzi Európskou úniou a Tuniskom pokračuje v trende podpory Európskej únie voči Tunisku, ktoré ako jediná krajina v regióne zvládlo demokratický prerod a je preto pozitívnym príkladom pre ostatné krajiny Arabskej jari. Vďaka tomuto demokratickému prechodu Tunisko prosperuje viac ako jeho susediace krajiny a má tiež silnejšie obchodné vzťahy s Európou. Napriek všetkým pozitívam sa ale aj v tejto krajine začína objavovať islamská radikalizácia, ktorá spôsobuje nemalé problémy. Práve preto Európsky parlament navrhol ešte väčšie prehĺbenie vzťahov, ktoré by mohlo pomôcť Tunisku v úspešných demokratických reformách. Zároveň uznesenie navrhlo finančnú podporu, ktorá by pomohla Tunisku v boji proti nezamestnanosti, korupcii, či podporila tuniské úsilie proti dezertifikácii. Správu som preto podporila.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Castaldo por entender que, não obstante a grave situação social e económica na Tunísia, a transição democrática histórica deste país exige uma parceria UE-Tunísia muito mais ambiciosa, que não se limite às medidas tradicionalmente adotadas.

Sublinho, por conseguinte, o apelo da resolução à mobilização da União e dos Estados-Membros para melhorarem a coordenação dos recursos técnicos e financeiros com vista a prestar um apoio concreto ao país através de uma verdadeira parceria completa e aprofundada entre a UE e a Tunísia.

Destaco ainda a proposta de criação de uma Comissão Parlamentar Mista UE-Tunísia, que desempenhará um papel central, permitindo que os deputados ao Parlamento Europeu e os deputados tunisinos se reúnam regularmente e desenvolvam um diálogo político estruturado sobre a democracia, os direitos humanos, o Estado de Direito e assuntos temas de interesse comum.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Tunizija se trenutno sooča z varnostnimi izzivi ter s težkimi družbenimi in gospodarskimi razmerami, ki so večinoma posledica razmer v Libiji. Te razmere in teroristični napadi škodijo turizmu in tujim naložbam.

EU lahko glede na to, da je prišlo do utrditve demokratičnega procesa, izboljša svoj politični dialog s Tunizijo tako, da bi bolj upoštevala interese in prednostne naloge te pomembne partnerice ter s tem uresničila cilj stabilnosti, zato sem resolucijo podprl.

10.8. Sozialdumping in der EU (A8-0255/2016 - Guillaume Balas)

Explicații orale privind votul

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, vorrei spiegare le ragioni del mio voto a favore di questa relazione, che è un primo passo nella lotta dell'Unione al dumping sociale.

Ovviamente, io credo che questo sia appunto soltanto un primo passo e che molta strada sia ancora da fare in questa direzione della lotta al dumping sociale, che come sappiamo è frutto di una globalizzazione selvaggia che permette ai capitali una libera circolazione che è connessa a un processo sempre più radicale di deregolamentazione, erodendo invece sistematicamente i diritti delle lavoratrici e dei lavoratori.

Credo che occorra fermare questa corsa al ribasso nei confronti dei diritti del lavoro e penso che questo si debba fare sia stabilendo degli standard europei in materia di lavoro, quindi, diciamo, integrando le legislazioni nazionali al rialzo, sia istituendo a livello europeo un reddito minimo di cittadinanza, come discuteremo domani qui in Aula.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señor Presidente, el deterioro de las condiciones laborales y de los derechos sociales por culpa del dumping social es el problema fundamental de la Unión Europea. Una erosión que es constante desde hace décadas, que precariza y empobrece a los trabajadores europeos. Europa tiene los instrumentos para luchar contra esta práctica, pero nos encontramos con que las directivas que se aprueban, como en el transporte, no se aplican, o bien se desvirtúan, como sucede con la legislación de los trabajadores desplazados.

Como pide el informe, exigimos los mismos derechos para cualquier trabajador en un mismo lugar de la Unión; que se apliquen las inspecciones, las multas y las sanciones hasta los últimos responsables; que se luche contra las empresas buzón y las cadenas ficticias de subcontratas; que se refuercen la negociación colectiva y el diálogo social. Porque lo exigen las leyes y los principios fundamentales de esta Unión Europea profundamente devaluada. Negándose a actuar, la Unión Europea se niega a sí misma cualquier posibilidad de una Europa democrática.

Jude Kirton-Darling (S&D). – Mr President, loopholes in EU legislation and the weakening of collective agreements have led to the exploitation of workers by unscrupulous employers and unfair competition. Too often, such practices have wrongly fuelled local frustration, xenophobia and hatred towards migrant workers, contributing in our case to the Brexit vote. Many of my constituents felt their livelihoods and living standards were being threatened by the undercutting of wages and poor labour rules. It is time to address these loopholes, particularly for posted workers and agency workers.

That is why this report is so important and I supported it. It is time to ensure the equal pay for equal work in the same place applies for all workers across Europe. If we do not tackle this issue now, the consequences for the EU could be disastrous in the long term and I fear that it could threaten the very existence of this crucial union.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Panie Przewodniczący! Głosowałem oczywiście przeciwko tej rezolucji, ponieważ stwarza ona nowy instrument, nieznany do tej pory. Nie ma formalnego pojęcia „socjalnego dumpingu" i pod tym zwrotem można stworzyć dowolny instrument, który będzie walczył z wolnością zatrudnienia. Ba! W sprawozdaniu stwierdzono otwarcie, że pracownikowi nie wolno sprzedać swojego przywileju socjalnego za pieniądze. Ogranicza to wolność pracowników i oczywiście również pracodawców. Pani Forenza powiedziała nawet, że trzeba dbać o prawa pracownicze, ale tych praw nie wolno mi sprzedać, czyli pani Forenza wie lepiej od pracownika, co jest dla niego dobre. Pani López Bermejo wręcz powiedziała, że – jak za Hitlera – mamy zwiększyć kontrolę, zwiększyć inspekcję. Więcej kontroli, mniej wolności — to jest to, co usiłujecie zrobić od dawna. Nawet za Stalina w różnych krajach były różne przepisy, a wy chcecie wszystko ujednolicić. I to niestety jest niedopuszczalne, dlatego głosowałem przeciwko.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Unia Europejska, jeżeli ma być unią państw, powinna chronić wspólny rynek, a nie wspólnie likwidować rynek. Polowanie na tak zwany dumping socjalny wśród naszych państw to jest nic innego jak wyłączanie konkurencyjności państw, które najpierw przez kilkadziesiąt lat cierpiały z powodu dominacji sowieckiej, oddzielenia ich od wolnego świata, a teraz nawet nie mogą zwiększać swoich przewag konkurencyjnych poprzez obniżanie kosztów pracy. My nie po to bierzemy udział we Wspólnocie Europejskiej, żeby poddawać naszą gospodarkę kontroli. Weszliśmy do Unii Europejskiej w przekonaniu, że możemy działać na wspólnym rynku i nigdy z możliwości rzeczywistej konkurencyjności, ze wspierania konkurencyjności naszych firm nie zrezygnujemy.

Marian Harkin (ALDE). – Mr President, I was happy to support this report on social dumping. Today, once again in this Parliament, President Juncker spoke of the same pay for the same work in the same place. I was pleased to hear him reiterate his view that equal pay for equal work in the same place is a focus for this Commission. I believe many European citizens will share that view. This is a crucial issue for the EU.

I was also pleased to support the proposal of introducing national minimum wages across Member States. We have a minimum wage in Ireland and I support the proposal that all Member States, in line with their national traditions and their practices, introduce a minimum wage. While I understand minimum wages are a Member State competence, we still know that decent wages across the EU will help to ensure social cohesion, and social cohesion is the antidote to social dumping. Social dumping undermines the EU in a most insidious way.

Explicații scrise privind votul

Lars Adaktusson (PPE), *skriftlig*. – Betänkandet lyfter flera problematiska aspekter kring lönekonkurrens och kommer med förslag som jag kan ställa mig bakom. Samtidigt svartmålar det utländsk arbetskraft och föreslår åtgärder som jag inte kan stödja. Flera av dem skulle föra över makt från arbetsmarknadens parter och från medlemsstaterna till EU, och det går rakt emot subsidiaritetsprincipen. Därför väljer jag att rösta nej till flera av åtgärderna i förslaget, bland annat en nationell minimilön, som skulle undergräva den svenska modellen. Man får inte glömma bort att det i grunden är positivt med fri rörlighet även för arbetskraft. Den linje som förespråkas i betänkandet leder i sin förlängning dock till en situation där detta omöjliggörs. Sammantaget är det ett betänkande där jag stödjer ansatsen, men inte kan ställa mig bakom slutprodukten. Därför väljer jag att lägga ned min röst.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Quello della concorrenza sleale tra le imprese è un problema enorme, dal momento che i lavoratori europei non hanno né gli stessi obblighi né gli stessi diritti sociali. La relazione propone alcune soluzioni a questo problema, incentrate soprattutto sul miglioramento degli strumenti di controllo e ispezione, la modernizzazione della registrazione delle prestazioni di lavoro attraverso anche la produzione di un documento unico digitale di trasferimento dei diritti sociali per ciascun lavoratore europeo e infine la produzione di una «lista nera» contenente tutte le società che hanno compiuto delle infrazioni in materia di tutela dei lavoratori. Per garantire a tutti i lavoratori europei una protezione sociale di alto livello in all'interno dell'UE ho votato a favore.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – La lucha contra el dumping social, que podría ser definido como la carrera a la baja en estándares sociolaborales y salariales dentro de la Unión, es una prioridad del Grupo Socialista ya desde la pasada legislatura, puesto que da lugar al abuso de los trabajadores y erosiona los sistemas nacionales de protección social.

Con este informe los socialistas hemos querido mejorar los controles y las inspecciones laborales en la Unión, aumentar las sanciones para las empresas que no respetan las reglas, mejorar la cooperación entre autoridades nacionales para mejorar la lucha contra el fraude a la Seguridad Social, el falso autoempleo y las empresas ficticias. También pedimos a la Comisión la creación de una Agencia Europa del Transporte por carretera, y la revisión de la Directiva de desplazamiento de trabajadores.

En definitiva, he votado a favor de este informe porque constituye un enorme paso adelante en la convergencia social al alza en la Unión y en la lucha por equiparar los derechos sociales a las libertades económicas. Sólo si garantizamos el principio de igual salario por igual trabajo y el de competencia leal, podremos realmente proteger a los trabajadores y a las pymes, que son el verdadero motor para crear empleo en la Unión.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding, own-initiative report. Social dumping is, of course, a huge problem with cheap labour being brought over from other countries by companies to undercut wages and avoid employing local workers. It also covers issues like companies finding cheaper alternatives elsewhere and moving operations abroad.

However, this report went on to call for more EU action, legislation, monitoring of legislation and data collection. On top of that, there isn't an official legal definition of 'social dumping' in EU law, so this report is about an issue the EU can't even define properly. The EU can never tackle social dumping, as the free movement of people is the perfect enabler for it to occur. Also, the EU's Posted Workers Directive actually enables employers to bring cheap labour over to undercut the local community. The only way to stop social dumping is to leave the EU and get back control of immigration.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – Le président de la Commission européenne Jean-Claude Juncker ne cesse d'évoquer son intention de lutter contre le dumping social. Son discours est d'autant plus ahurissant sachant que l'Union européenne est la grande responsable de cette situation. L'objectif de ce rapport sur le dumping social serait de combler les lacunes législatives et réglementaires qui favorisent le développement de la concurrence déloyale actuelle au sein du marché intérieur. Les solutions présentées sont totalement inacceptables: contrôle et inspection du travail à l'échelle européenne, volonté d'uniformiser les systèmes de sécurité sociale et une série d'harmonisations à tous les niveaux. Je me suis, bien évidemment, opposé à ce texte.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this very good own-initiative report, which proposes solutions to harmonise social rights upwards across the EU. The draft report recommended several measures to fill the regulatory and legislative gaps. These included strengthening labour inspections at national level and the creation of a EU-level body to combat abusive practices; an obligation for companies to have one official address to combat letterbox companies; blacklisting companies responsible for serious offences including the use of undeclared work; and a revision of the Posting of Workers Directive to ensure real equal treatment of workers and fair competition. More than 700 amendments were tabled, mainly by conservatives, and the resulting compromise amendments have weakened the report, in particular by blocking all concrete proposals in relation to the PWD. Despite this it is still a very progressive and valuable report that comes at a crucial time in the lead-up to the revision of the PWD.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport consacré au dumping social dans l'Union européenne. Il est fondamental de souligner que le travail non déclaré, à l'instar du travail indépendant factice, peut conduire à des distorsions de la concurrence, cause des dommages à long terme aux systèmes de sécurité sociale. Cela favorise tant l'augmentation du nombre d'emplois précaires qu'une détérioration des niveaux de protection des travailleurs: la lutte contre ces abus est essentielle pour préserver la libre circulation au sein du marché intérieur.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the report on social dumping in the EU. The European Union was planned by its architects as a democratic space endowed with a strong economy and a high level of social protection. However, the harmonisation of social rights was often neglected and this resulted in situations of unfair economic and social competition, which also represent an obstacle to maintaining a high level of social standards in the Member States. The EU authorities have become aware of this issue and the President of the European Commission, Jean-Claude Juncker, made a solemn commitment to fight against 'social dumping'. In his 2015 State of the Union address, he also stated he wishes to avoid 'abuses and risks of social dumping'. Therefore, I welcome this report which proposes to strengthen controls and inspections, at both national and European level, in application of existing legislation. It is important to modernise the registration of employment benefits and develop a single digital document guaranteeing social rights for every European worker, as well as to adopt measures in order to ensure social convergence in the European Union.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η παρούσα έκθεση αφορά ένα ζωτικής σημασίας ζήτημα, το κοινωνικό ντάμπινγκ. Ως εκ τούτο το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο έχει μια ισχυρή θέση και κάνει μία σημαντική προσπάθεια ώστε να δομηθεί μία πιο κοινωνική Ευρώπη. Με την παρούσα έκθεση, την οποία και υπερψήφισα γίνεται μία προσπάθεια ώστε να υπάρξει μία ισορροπημένη συμφωνία μεταξύ όλων των ενδιαφερομένων και των πολιτικών ομάδων. Η Ομάδα των Σοσιαλιστών και Δημοκρατών του ΕΚ γνωρίζει τη μεγάλη βαρύτητα που έχει το ζήτημα του κοινωνικού ντάμπινγκ και έχει αποδείξει τη δέσμευσή της στην καταπολέμηση του φαινομένου έτσι ώστε να διασφαλιστεί ότι όλοι οι εργαζόμενοι της Ένωσης απολαμβάνουν τα ίδια υψηλά επίπεδα κοινωνικής προστασίας και τα ίδια δικαιώματα.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Der vorliegende Bericht setzt sich mit der Problematik des Sozialdumpings auseinander und fordert unter anderem eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den für die Arbeitsaufsicht zuständigen Stellen der Mitgliedstaaten. Des Weiteren soll eine EU-weite Liste von Unternehmen, einschließlich Briefkastenfirmen, die für schwere Verstöße gegen europäische arbeits- und sozialrechtliche Vorschriften verantwortlich sind, erstellt und eine europäische Sozialversicherungskarte eingeführt werden.

Sozialdumping, Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne erhöhen das Risiko der Armut und sozialer Ausgrenzung. Ich unterstütze voller Überzeugung das Vorhaben, Sozialdumping in der EU zu bekämpfen sowie die Entsenderichtlinie zu reformieren. Hier sind Nachbesserungen unbedingt erforderlich. Auch in Belgien gehen insbesondere im Bausektor durch den Einsatz unterbezahlter und sozial schlecht geschützter entsandter Arbeitnehmer jährlich viele Arbeitsplätze verloren.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La lutte contre le dumping social est l'une des grandes promesses faites par Jean-Claude Juncker.

Il promettait, le 15 juillet 2014, de «lutter contre le dumping social» au cours de l'actuelle législature, souhait qu'il a réitéré lors de son discours sur l'état de l'Union en 2015.

L'objectif annoncé de ce rapport est de combler les lacunes législatives et réglementaires qui favorisent le développement de la concurrence déloyale actuelle au sein du marché intérieur. Pour cela la solution est simple: plus d'Europe!

La question de la révision de la directive «travailleurs détachés» est survolée car elle fera l'objet d'un rapport séparé.

Dans l'ensemble, même s'il est pavé de bonnes intentions, il n'en reste pas moins européiste au possible, et tellement rempli de bons sentiments qu'il en perd toute crédibilité.

J'ai donc voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This report calls for further EU harmonisation. At a time when Britain is leaving the European Union, it cannot be in our interests to have such harmonisation. In particular, when countries have massively different purchasing power, the suggestion of harmonisation of minimum income could lead to significant problems – either leading to a lowest common denominator, or to a situation which would be completely unsustainable in the poorest Member States.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl socialinio dempingo Europos Sąjungoje. Europoje augant piktnaudžiavimo ir socialinio dempingo mastams silpnėja vidaus rinkos principo rėmimas ir verslo, ypač MVĮ, konkurencingumas, pažeidžiamos Europos darbuotojų teisės ir pakertamas pasitikėjimas Europos integracija, todėl žemės ūkio, statybos, maitinimo ir maisto, transporto, priežiūros ir buitinių paslaugų sektoriuose būtina siekti socialinės konvergencijos. Todėl pritariu tolimesniems veiksmams, kurie yra būtini siekiant užtikrinti socialinę konvergenciją Europos Sąjungoje.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A jelentés az Európai Unión belüli szociális dömpingről szól, és lényegében azt mondja, hogy a be nem jelentett foglalkoztatás és a színlelt önfoglalkoztatás a verseny torzulásához vezethet, ami a társadalombiztosítási rendszerek hosszú távú károsodását, a bizonytalan munkahelyek számának növekedését és általánosságban a munkavállalók védelmének és a foglalkoztatás minőségének romlását eredményezheti. A kiszervezés és az alvállalkozásba adás erősödő tendenciája a hatályos munkaügyi és szociális jogszabályokkal való visszaélésre vagy azok megkerülésére adhat lehetőséget. Ezért a belső piacon a mozgás szabadságának és az Unión belüli szolidaritásnak a fenntartásához elengedhetetlen az említett visszaélések kezelése.

Az előzőek alapján a jelentés támogatandó, ugyanakkor a tisztánlátás érdekében néhány megjegyzést indokoltnak tartok. Az áruk, a szolgáltatások és a tőke szabad mozgása olyan országok között, ahol az egyes országok átlagos bérei között tízszeres különbség van (Dánia-Bugária), vagy akár csak négyszeres (Németország-Magyarország), eleve szociális dömpinghez vezet, és ezen semmilyen szabályozás nem segít, legfeljebb kissé mérsékelhet kirívó eseteket. A jelentés a felfelé irányuló szociális konvergencia szükségességét hangsúlyozza, miközben az Unióban pont az ellenkezője, a középosztályok lecsúszása tapasztalható, pont a hatalmas bérkülönbségek miatt, amit tovább ront a bevándorlók és az olcsó (kínai) import által keltett nyomás, ami szintén lefelé szorítja a béreket.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport pour lutter contre le dumping social en Europe. C'est un signal fort que le Parlement européen veut donner avec ce rapport. Ce vote constitue une avancée majeure vers l'Europe de la convergence sociale, rempart essentiel au marché dérégulé qui oppose entre eux les travailleurs européens.

Le Parlement européen a notamment adopté des propositions concrètes parmi lesquelles figurent:

la lutte contre les sociétés dites «boîtes aux lettres» en s'assurant que les entreprises établies dans un État membre de l'Union aient une véritable activité;

la mise en place d'un seuil de 60 % du salaire moyen national comme référence pour fixer au sein des États membres le salaire minimum;

l'extension de la responsabilité conjointe et solidaire sur la chaîne de sous-traitance;

la possibilité pour les autorités compétentes de suspendre la prestation de services en cas de sérieuses violations de la législation relative au détachement des travailleurs;

l'enregistrement des déclarations de détachement dans un registre européen pour faciliter la consultation et la coordination entre États membres;

la demande à la Commission d'évaluer l'impact du différentiel de cotisations sociales des employeurs et des salariés entre États membres.

Heinz K. Becker (PPE), *schriftlich*. – Die österreichische Delegation der EVP hat für den Initiativbericht von G. Balas zum Thema Sozialdumping in der Europäischen Union gestimmt, da Social Dumping leider eine Realität in Europa darstellt, welche die Entwicklung des europäischen Arbeitsmarktes negativ beeinflusst. Die Mitgliedstaaten und die Institutionen werden aufgefordert, die drei wesentlichen Ausprägungen von Social Dumping, also wirtschaftlich, finanziell und sozial, zu erkennen und zu bekämpfen. Es darf keine Klassenunterschiede in Europa geben, die auf Herkunft der Arbeitnehmer beruhen und sich in Entlohnung und Sozialleistungen niederschlagen.

Bendt Bendtsen (PPE), *skriftlig*. – Jeg har i dag stemt for initiativbetænkningen om social dumping. Ja, der er et par steder, hvor jeg synes, at teksten kunne være bedre – jeg synes, at Kommissionens forslag om enkeltmandsvirksomheder er en god ide for iværksættere – men det er en holdningstilkendegivelse fra min side om, at der er brug for fair konkurrence og rimelige arbejdsvilkår, for eksempel for luftfarten og lastbilchaufførerne. Vi skal have bedre styr på registre på tværs af myndighederne i Europa, så vi ikke ser snyd og bedrag med skuffeselskaber. Den frie bevægelighed er et gode, der ikke skal misbruges.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Il contesto attuale presenta una serie di condizioni che minano fortemente il livello di protezione sociale che sta alla base dell'intero progetto della costruzione europea. La relazione Balas, che ho convintamente sostenuto, affronta il tema del dumping sociale nell'Unione, evidenziando con forza i danni generati da una competizione esacerbata tra gli operatori economici. La concorrenza eccessiva spinge non solo ad una riduzione delle spese associate al costo del lavoro ma anche a un indebolimento delle norme sociali e degli stessi diritti che dovrebbero essere garantiti ai lavoratori dipendenti del continente.

Invertire questa corsa verso il basso deve essere un priorità, per questo occorre in primo luogo migliorare i controlli e le ispezioni a tutti i livelli, incrementando le risorse umane e finanziarie messe a disposizione delle autorità. Servono riforme per modernizzare la registrazione delle prestazioni di lavoro, azioni urgenti nel settore dei trasporti, un documento unico digitale di trasferimento dei diritti sociali per ciascun lavoratore europeo nonché misure come la creazione di una lista europea delle società colpevoli di gravi infrazioni. Solo risolvendo quell'asimmetria esistente fra la realtà del mercato interno e diritti sociali sarà possibile creare una vera convergenza sociale verso l'alto.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, porque es un informe progresista que denuncia la competencia económica y social injusta que conllevan las prácticas de dumping social. El dumping promueve una reducción de los costes laborales y conlleva una menor protección social de los trabajadores, ello a su vez supone una merma de los recursos disponibles del Estado para proteger a sus propios ciudadanos. El informe propone una armonización de los derechos sociales e incluye medidas positivas como el fortalecimiento de la inspección de trabajo a nivel nacional y la creación de un organismo a nivel de la Unión para combatir las prácticas abusivas; el desarrollo de un documento único digital que garantice los derechos sociales de todos los trabajadores; la obligación de que las empresas tengan una dirección oficial para combatir la existencia de compañías fantasma; una revisión de la Directiva de trabajadores desplazados para garantizar la competencia leal, con especial énfasis en el sector del transporte y la adopción de un protocolo social asegurando el predominio de los derechos sociales sobre las libertades económicas, así como, la introducción de salario mínimo que se pueden extender a nivel de la Unión en algunos sectores.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado las líneas básicas de este informe porque comparto que el fortalecimiento del mercado interior debe ser paralelo a una armonización de los derechos sociales en el mismo. De lo contrario asistiremos a casos de dumping social que están llevando a prácticas que venimos reiteradamente denunciando en sectores como el transporte y la construcción, que alteran la competencia y están degradando aspectos básicos de las condiciones laborales como la capacidad adquisitiva de los salarios y, especialmente, la seguridad de los trabajadores. Poner coto a esta amenaza es clave también para que la ciudadanía perciba la utilidad del proyecto europeo. Coincido en la necesidad de activar el compromiso de la Comisión en este campo.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – La lutte contre le dumping social est l'une des grandes promesses faites par Jean-Claude Juncker. Il promettait, le 15 juillet 2014, de «lutter contre le dumping social» au cours de l'actuelle législature, souhait qu'il a réitéré lors de son discours sur l'état de l'Union en 2015. La compétence sociale reste l'une des compétences exclusives des États membres, c'est pourquoi il existe aujourd'hui de grandes différences entre les droits sociaux et les obligations sociales des pays.

Selon le rapporteur, et l'UE, cette asymétrie est un obstacle à l'harmonisation des conditions de vie et de travail dans l'UE. Pire, cette situation conduit à l'affaiblissement des standards sociaux, dégrade l'ensemble des droits des salariés et amoindrit les ressources financières nécessaires aux différents systèmes de protection sociale.

Malheureusement, les solutions préconisées par le rapport Balas ne nous semblent pas de nature à lutter sérieusement contre ce fléau, étant issues en droite ligne de la matrice idéologique euro-fédéraliste, notamment l'idée folle de la création d'une agence européenne d'inspecteurs du travail. Considérant le texte aussi insuffisant que traversé par les mauvaises orientations, nous avons voté contre.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Il mercato unico è un progetto ingiusto e malato sostenuto dalle istituzioni europee. La libera circolazione dei lavoratori e le enormi differenze nel costo del lavoro tra gli Stati membri hanno trasformato la delocalizzazione e il dumping in flagelli sociali che stanno sterminando interi settori economici in Italia, quali l'edilizia o l'autotrasporto.

I nostri territori e i nostri lavoratori sono vittime delle manovre sleali delle agenzie interinali straniere e delle multinazionali, che stanno massacrando il nostro tessuto produttivo, lasciando i lavoratori italiani in un deserto di disoccupazione e problemi sociali. Le regole del mercato unico vanno riscritte, questa volta in favore della nostra gente. Per tutti questi motivi non ho inteso sostenere il testo con il mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La lucha contra el dumping social, que podría ser definido como la carrera a la baja en estándares sociolaborales y salariales dentro de la Unión, es una prioridad del Grupo Socialista puesto que da lugar al abuso de los trabajadores y erosiona los sistemas nacionales de protección social.

Con este informe, los socialistas hemos querido mejorar los controles y las inspecciones laborales en la Unión, aumentar las sanciones para las empresas que no respetan las reglas, mejorar la cooperación entre autoridades nacionales para mejorar la lucha contra el fraude a la Seguridad Social, el falso autoempleo y las empresas ficticias. También pedimos a la Comisión la creación de una Agencia Europa del Transporte por carretera, y la revisión de la Directiva de desplazamiento de trabajadores.

En definitiva, he votado a favor de este informe porque constituye un enorme paso adelante en la convergencia social al alza en la Unión y en la lucha por equiparar los derechos sociales a las libertades económicas. Sólo si garantizamos el principio de igual salario por igual trabajo y el de competencia leal podremos realmente proteger a los trabajadores y a las pymes, que son el verdadero motor para crear empleo en la Unión.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pasisakė dėl socialinio dempingo ES. Pranešime kalbama apie tai, kad įmonių konkurencinis pranašumas mūsų bendroje Europos Sąjungos rinkoje, jeigu jis yra įgyjamas nesąžininga praktika ar darbuotojų išnaudojimo kaina, turėtų būti absoliučiai netoleruojamas. Tokia praktika gimdo skurdą ir atskirtį tam tikrose valstybėse narėse, susipriešinimą Europos Sąjungoje ir skaldo ES vienybę. Su nesąžininga praktika ir darbuotojų išnaudojimu turi būti kovojama įvairiomis priemonėmis: stiprinant darbo inspekcijas, taip pat ir tarpvalstybinėse bylose, kovojant su šešėline ekonomika, nelegaliu darbu, fiktyvia savisamda, mokesčių vengimu ir visais kitais dalykais, kurie pakerta ES valstybių narių pasitikėjimą vieni kitais ir kelia grėsmę mūsų bendrai rinkai ir laisvam darbuotojų judėjimui.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A Fidesz–KDNP európai parlamenti delegációja egységesen és határozottan nemmel szavazott a szociális dömpingről szóló EP-jelentésre. A dokumentum – többek közt – veszélyt lát ugyanis a szolgáltatások szabad áramlása keretében legálisan más tagállamban foglalkoztatott EU-s állampolgárokban, elsősorban a Közép-Kelet Európából érkezett munkavállalókban. A jelentés ahelyett, hogy meghatározta volna a „szociális dömping" fogalmát, a legálisan foglalkoztatott munkavállalók másik EU-tagállamba történő kiküldetését igyekezett szociális dömpingként meghatározni.

Már meglévő EU-s jogszabályok alapján egy másik tagállamba legálisan kiküldött munkavállalók, valamint a határon átnyúló szolgáltatásokat végzők, tipikusan fuvarozók jogállását kívánja a jelentés összemosni, többek között a be nem jelentett munkavállalók és a háztartási, az ápolási-gondozási szektorban (különösen az otthoni ápolásban) dolgozók helyzetével, ami elfogadhatatlan. Mint ismert, az Unión belül kiküldöttként dolgozó munkavállalók aránya nem éri el az uniós munkaerőpiac 1%-át sem. Felmerül a kérdés, hogy az Európai Bizottság vajon miért erőltette a jogszabály felülvizsgálatának megkezdését a kiküldött munkavállalók kapcsán, amikor még le sem járt az annak átültetésére szabott határidő.

Ismert tény az is, hogy a nyugat-európai vállalkozások sokkal tőkeerősebbek, ezzel szemben Közép-Kelet-Európában a versenyképesség egyik fő eleme az alacsonyabb bérköltség. A kettő közötti különbözőséget tudná korlátozottan ugyan, de feloldani a kiküldött munkavállalókra vonatkozó jogszabály, amelynek felülvizsgálatát csak megfelelő tapasztalatok birtokában lenne ésszerű és méltányos elvégezni.

Franc Bogovič (PPE), *pisno.* – Z željo po izboljšanju definicije „socialnega dampinga“, ki ga seveda ne smemo mešati z dampingom na področjih trgovinske politike in delovnega sektorja, sem podprl poročilo o socialnem dampingu v EU.

Dejstvo je, da so socialne pravice po EU precej različne, saj zakonodajo ureja nacionalna zakonodaja. Tako seveda prihaja do velikih razlik, podjetja pa seveda izkoriščajo notranji trg in se poslužijo zakonodaje, ki jim na tem področju najbolj ustreza.

Če želimo normalno delujoč notranji trg tudi na področju prostega pretoka delovne sile, moramo težiti k homogenizaciji socialnih pravic in obveznosti delavcev, kot moramo tudi urediti posebne primere, kot so na primer delavci na morju, napoteni delavci v drugo državo, prevozniki itd.

Zato tudi moja podpora predlogu poročevalca o sprejetju protokola o socialni politiki, ki bi zagotovil prednost socialnih pravic pred ekonomskimi svoboščinami.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto.* – La legislazione sul lavoro e sulle politiche sociali è a tutt'oggi di competenza degli Stati Membri. In assenza di meccanismi di armonizzazione e con sistemi sociali molto diversi, il mercato unico e la libera circolazione dei lavoratori possono dar modo a pratiche, come il dumping sociale, di svilupparsi. Si tratta di forme di concorrenza sleale tra aziende e indirettamente tra lavoratori, volte a cercare di utilizzare di volta in volta le normative più convenienti tra quelle esistenti nei diversi Stati Membri.

Ci troviamo di fronte a un problema non solo sociale, ma anche politico, che richiede una soluzione europea diretta alla protezione dei suoi cittadini. Accolgo dunque positivamente questa relazione che affronta le diverse sfaccettature del fenomeno evidenziando la necessità di un'iniziativa che affronti il tema della concorrenza sleale tra imprese europee e le conseguenti pratiche abusive che mettono a repentaglio i diritti dei cittadini in quanto lavoratori.

Biljana Borzan (S&D), *napisan.* – Podržavam ovo Izvješće o socijalnom dampingu u EU-u. Fenomen socijalnog dampinga proizlazi iz prakse nelojalnog gospodarskog i socijalnog tržišnog natjecanja i predstavlja „utrku do dna” u odnosu na socijalne uvjete u Europi, oštetivši visoku razinu socijalne zaštite u EU-u.

Povećana konkurencija između gospodarskih subjekata ih potiče da smanje potrošnju u vezi s troškovima rada, što je dovelo do slabljenja društvenih standarda koji su na snazi u različitim državama članicama Unije. Ovim izvješćem pokazujemo kako smo svjesni težine problema od socijalnog dampinga i izraz je našeg angažmana u borbi protiv socijalnog dampinga te kako bi se osiguralo da svi radnici u Europi uživaju visoku razinu socijalne zaštite i prava.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit.* – Si je suis favorable à ce que le niveau de vie des habitants des pays de l'UE les plus pauvres rejoigne assez rapidement celui des pays développés, je nie toute compétence de l'UE en la matière. Bafouer les souverainetés n'amènera jamais la prospérité. Ces bonnes intentions utopistes masquent en réalité de biens sinistres objectifs.

Je vote donc contre.

Renata Briano (S&D), *per iscritto.* – Nella UE è spesso prevalente il lato economico su quello sociale: questo porta a degli squilibri, soprattutto territoriali, in cui un differente livello di tutela dei diritti da Stato a Stato porta a sfruttamento di manodopera scarsamente qualificata, a migrazioni interne della stessa manodopera e a un rischio di doppio regime degli standard sociali e di sicurezza interni, con la conseguenza di aumentare le differenze e le diffidenze interne fra i cittadini dell'Unione e di generare invidia sociale.

Occorre sottolineare la fragilità specifica della protezione sociale di determinati lavoratori dipendenti come i «lavoratori del mare», vittime dell'uso, fatto da molti armatori, delle bandiere di comodo, che consentono ai datori di lavoro di sottrarsi agli obblighi sociali. Tali pratiche hanno un impatto negativo sulle norme di sicurezza e contribuiscono alla diminuzione del numero dei marittimi europei qualificati e alla perdita del loro *know-how*. Questo non è accettabile per la realtà politica leader nel mondo nella promozione dello standard di vita e dei diritti individuali: i diritti sociali devono essere promossi e non solo enunciati dalla Commissione. È necessaria l'introduzione di un dovere di diligenza per le più importanti società europee, nei confronti dell'attività delle loro affiliate e dei loro subappaltatori.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à lutter contre le dumping social au sein de l'Union européenne en plaidant pour une harmonisation des systèmes de protection sociale et des droits sociaux dans les États membres. Or la convergence des salaires vers le haut qu'ils appellent de leurs vœux est une illusion dans un système de libre-échange généralisé. En effet, les entreprises s'installent dans les États membres qui disposent d'une législation du travail peu contraignante. Par ailleurs, la directive européenne sur le détachement des travailleurs, qui permet aux entreprises de délocaliser sur place en embauchant des salariés d'Europe de l'Est sous-payés et soumis aux charges sociales de leur pays d'origine, exacerbe la concurrence entre les salariés des différents États membres. C'est par conséquent à celui qui aura le moins de revendication salariale en matière de temps de travail et de rémunération que reviendra l'emploi. Or dans ce rapport, ils font mine de s'attaquer aux effets dont ils chérissent les causes. Ils déplorent en effet la fraude aux travailleurs détachés alors qu'ils sont à l'origine de cette infâme directive, que nous proposons de supprimer. J'ai donc voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Am votat împotriva acestui raport, având în vedere prevederile referitoare la armonizarea politicilor sociale la nivelul UE, precum și cele referitoare la crearea de măsuri protecționiste în statele membre și introducerea de limitări și bariere cu privire la libera circulație a serviciilor și lucrătorilor.

Pot fi de acord cu prevederile referitoare la eforturile de a ne asigura că toți lucrătorii sunt protejați și au acces la condiții echitabile de muncă, însă nu pot fi de acord cu măsuri care subminează competențele statelor membre, mai ales în ceea ce privește stabilirea salariilor, securitatea socială, sistemul de taxe și reforme specifice pe piața muncii.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Am votat împotriva acestui raport, deoarece consider că nu a fost luată în calcul situația particulară a unor noi state membre, care au trecut la economia de piață în 1990.

Se încearcă o definiție a dumpingului social ca o gamă largă de practici abuzive care permit, printre altele, dezvoltarea unei concurențe inechitabile prin reducerea la minimum în mod ilegal a cheltuielilor de operare și a celor cu personalul.

Într-un mediu economic unitar, această definiție ar fi corectă și nu ar ridica nicio obiecție. Există, însă, un decalaj de dezvoltare economică între statele membre vechi și cele noi, care, de altfel, explică în mare măsură cheltuielile mici de operare în acele state, dar și cheltuieli mai mici cu personalul.

Sunt de părere că raportorul trebuia să țină seama de acest aspect și să ofere o viziune completă asupra situației economiei europene.

Firește, sunt de acord să se lupte împotriva dumpingului social, deoarece acesta constă adeseori în practici ilegale, precum munca nedeclarată sau practici abuzive. Totuși, pentru o economie atât de complexă și de diversă precum cea a Uniunii Europene, consider că nu ar trebui să se confunde cu dumpingul social nivelul economic al unor state membre din răsăritul Europei.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – La lucha contra el dumping social, que podría ser definido como la carrera a la baja en estándares sociolaborales y salariales dentro de la Unión, es una prioridad del Grupo Socialista puesto que da lugar al abuso de los trabajadores y erosiona los sistemas nacionales de protección social.

Con este informe, los socialistas hemos querido mejorar los controles y las inspecciones laborales en la Unión, aumentar las sanciones para las empresas que no respetan las reglas, mejorar la cooperación entre autoridades nacionales para mejorar la lucha contra el fraude a la Seguridad Social, el falso autoempleo y las empresas ficticias. También pedimos a la Comisión la creación de una Agencia Europa del Transporte por carretera, y la revisión de la Directiva de desplazamiento de trabajadores.

En definitiva, he votado a favor de este informe porque constituye un enorme paso adelante en la convergencia social al alza en la Unión y en la lucha por equiparar los derechos sociales a las libertades económicas. Sólo si garantizamos el principio de igual salario por igual trabajo y el de competencia leal podremos realmente proteger a los trabajadores y a las pymes, que son el verdadero motor para crear empleo en la Unión.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Nous avons enfin voté un texte qui définit clairement le terme de dumping social. Nous devons être capables, au sein de l'Union, de lutter ensemble contre une concurrence sociale déloyale. Nos concitoyens sont les premières victimes du dumping social. Pour résoudre ce problème, nous devons faire converger les politiques sociales des États membres. Cette convergence doit se faire vers le haut. Il est inconcevable que les systèmes sociaux les plus aboutis soient amoindris dans ce processus. Nous attendons par ailleurs très prochainement une révision de la directive sur le détachement des travailleurs, qui a déjà fait l'objet d'une proposition de la Commission européenne en mars 2016. J'ai voté en faveur de ce rapport d'initiative sur le dumping social.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione in questione poiché ritengo che la problematica del dumping sociale è di scottante attualità e richiede provvedimenti urgenti e mirati. Uno dei principi fondamentali delle politiche UE è dato, proprio, dalla coesione sociale. Ciò si traduce nell'impellente necessità di riavvicinare le retribuzioni in vista di una migliore ed effettiva protezione sociale di tutti i lavoratori.

Nell'Unione attuale persistono considerevoli differenze per quanto concerne sia le condizioni lavorative che gli aspetti prettamente retributivi. La concorrenza sleale riduce i costi operativi e quelli legati alla manodopera, dando luogo a vere e proprie violazioni dei diritti dei lavoratori, fino a sfociare nello sfruttamento degli stessi.

Occorre armonizzare i diritti sociali per i quali, ancora in molti casi, gli Stati membri ne detengono la competenza. In linea con il relatore, auspico un rafforzamento dei controlli e delle ispezioni in ottemperanza alla legislazione vigente.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this very good own-initiative report, which proposes solutions to harmonise social rights upwards across the EU. The draft report recommended several measures to fill the regulatory and legislative gaps. These included strengthening labour inspections at national level and the creation of a EU-level body to combat abusive practices; an obligation for companies to have one official address to combat letterbox companies; blacklisting companies responsible for serious offences including the use of undeclared work; and a revision of the Posting of Workers Directive to ensure real equal treatment of workers and fair competition. More than 700 amendments were tabled, mainly by conservatives, and the resulting compromise amendments have weakened the report, in particular by blocking all concrete proposals in relation to the PWD. Despite this it is still a very progressive and valuable report that comes at a crucial time in the lead-up to the revision of the PWD.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding, own-initiative report. Social dumping is, of course, a huge problem with cheap labour being brought over from other countries by companies to undercut wages and avoid employing local workers. It also covers issues like companies finding cheaper alternatives elsewhere and moving operations abroad.

However, this report went on to call for more EU action, legislation, monitoring of legislation and data collection. On top of that, there isn't an official legal definition of 'social dumping' in EU law, so this report is about an issue the EU can't even define properly. The EU can never tackle social dumping, as the free movement of people is the perfect enabler for it to occur. Also, the EU's Posted Workers Directive actually enables employers to bring cheap labour over to undercut the local community. The only way to stop social dumping is to leave the EU and get back control of immigration.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as I believe that increasing worker mobility within the Single Market is positive. It stimulates the EU's economic development, as well as enhancing social and cultural cohesion. These workers play a part in addressing the mismatch between available employee skills and the needs of the marketplace. I believe that we must protect the Internal Market, but there must also be safeguards to prevent abuse. When there are shortcomings in European legislation we should work to address them. But this cannot be done in a vacuum. We need proper enforcement of these rules through controls which are able to detect and prevent abuse, abuse of all kinds, be it tax avoidance, unfair competition or undeclared work. We should cooperate together with Member States to ensure that all European workers' rights are respected.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione mette in evidenza le storture legate al mercato interno per come concepito attualmente. Non vi si sono infatti diritti e trattamenti sociali per i lavoratori validi in tutta l'Unione, fatto che conduce ad un dumping a danno degli stessi. La competizione tra operatori economici viene infatti scaricata sul costo del lavoro, portando ad una deleteria corsa al ribasso degli standard. La relazione raccomanda misure con l'obiettivo colmare le carenze normative in materia di lotta alla concorrenza sleale e di favorire invece la portabilità dei diritti sociali dei lavoratori. Ho sicuramente votato a favore della relazione.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – Social dumping resulting in unfair competition, illegal practices and disregard of social and labour standards is, of course, negative and we should do our best to fight against it. We need to make sure that the current rules are fully enforced and that there is no room for social dumping in the EU. However, there is a certain misuse of the term in the present report which relates to the fact that there are differences in labour costs among the EU Member States. The report, in this respect, calls for protectionist measures to be adopted and that is why I voted against it. Free movement of labour, together with competitive advantages of respective Member States need to be preserved, as they are at the very basis of the European Union.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Le diseguaglianze sociali ed economiche in Europa mettono a repentaglio il conseguimento degli obiettivi di Europa 2020 in materia di povertà e occupazione. La crescente tendenza al lavoro sommerso, all'esternalizzazione e al subappalto, nonché il conseguente aumento del precariato e deterioramento dei livelli di tutela dei lavoratori, sono tra le cause primarie di questa disparità.

Il dumping sociale e le altre forme di concorrenza sleale stanno impedendo il raggiungimento delle condizioni di lavoro e degli standard sociali garantiti a livello europeo. Pertanto, ho apprezzato l'accento che la relazione ha posto sulla supremazia dei diritti fondamentali e la volontà di intensificare il dialogo sociale contro le pratiche di dumping.

Ritengo che la creazione di un corpo europeo di ispettori del lavoro per investigare su pratiche di concorrenza sleale e su casi di dumping sociale possa essere una misura efficace.

In aggiunta, va rimarcato che le donne sono spesso le più colpite dal dumping sociale e dal lavoro non dichiarato, specialmente nei lavori domestici e di assistenza. Spero vivamente che la Commissione, in collaborazione con i suoi Stati membri, avvii una dettagliata e tempestiva analisi della situazione delle donne vittime di tali pratiche.

Sulla base di queste osservazioni, ho ritenuto di sostenere la relazione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και τονίζουμε ότι τα κοινωνικά ζητήματα, και κυρίως το ζήτημα του αθέμιτου κοινωνικού ανταγωνισμού, απασχολούν έντονα τους Ευρωπαίους συμπολίτες μας. Υπογραμμίζεται έτσι η σημασία της άρθρωσης ενός ισχυρού και ευκρινούς λόγου από το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, ο οποίος θα συμβάλει στην οικοδόμηση μιας Ευρώπης περισσότερο κοινωνικής και, κατ' επέκταση, περισσότερο φιλικής για τους πολίτες μας.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς την έκθεση σχετικά με το κοινωνικό ντάμπινγκ στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Το ζήτημα του κοινωνικού ντάμπινγκ είναι ιδιαίτερα σημαντικό και έχει εκλάβει μεγάλες διαστάσεις τα τελευταία χρόνια. Παρότι η αγορά έχει γνωρίσει ιδιαίτερη ανάπτυξη, δεν μπορούμε να πούμε το ίδιο και για την προστασία κοινωνικών δικαιωμάτων, ιδιαίτερα υπό το πρίσμα πολιτικών που ακολουθούνται σε συγκεκριμένες χώρες, με στόχο την προσέλκυση επιχειρήσεων εις βάρος των συμφερόντων των πολιτών. Καθώς η έκθεση αυτή εστιάζει σε προοπτικές αντιμετώπισης του φαινομένου, ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Mi sono espresso a favore di questo argomento così importante, e allo stesso tempo controverso, per dare un segnale positivo alla lotta per i diritti sociali dei lavoratori.

Mi congratulo con la collega Danuta Jazlowiecka per l'ottimo lavoro svolto su questa relazione. Infatti sono lieto che un compromesso finale con il gruppo S&D abbia permesso di proporre, per la prima volta a livello europeo, una definizione di «social dumping», inteso come pratiche intenzionalmente abusive ed elusione della legislazione europea e nazionale vigente a danno dei lavoratori.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on Social dumping in the EU and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A Europa foi definida pelos seus criadores como um espaço democrático, com bom desempenho económico e uma proteção social de alto nível.

Foi dada prioridade à construção e ao reforço do mercado interno, não existindo semelhante harmonização no que aos direitos sociais se refere. Existe, de facto, uma assimetria entre a realidade de um mercado interno praticamente concluído e direitos sociais muito heterogéneos.

Este paradoxo põe em causa o próprio princípio da concorrência leal entre empresas e a promoção de uma economia social de mercado pela União. Esta situação de concorrência económica e social desleal representa também um obstáculo à manutenção de uma proteção social de alto nível na Europa.

Apoio o presente relatório, que defende a necessidade de um aumento dos controlos e das inspeções, tanto a nível nacional, como a nível europeu, em aplicação da legislação existente.

Defendo a criação de um documento digital único do qual constem os direitos sociais de todos os trabalhadores europeus.

Destaco a necessidade de revisão da Diretiva do destacamento de trabalhadores, de forma a abrir caminho à alteração da sua atual base jurídica, tal como os regulamentos em matéria de coordenação dos sistemas de segurança social.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn das Thema Sozialdumping müssen wir auf europäischer Ebene angehen. Grundpfeiler unseres Binnenmarktes ist die soziale Marktwirtschaft. Der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort" sollte EU-weit berücksichtigt werden. Dafür müssen wir die uns zur Verfügung stehenden Mittel nutzen und durch bessere Kontrollen und eine stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit Umgehungen von Sozialstandards unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips unterbinden.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding, own-initiative report. Social dumping is of course a huge problem with cheap labour being brought over from other countries by companies to undercut wages and avoid employing local workers. It also covers issues like companies finding cheaper alternatives elsewhere and moving operations abroad. However this report went on to call for more EU action, legislation, monitoring of legislation and data collection. On top of that there isn't an official legal definition of 'social dumping' in EU law, so this report is about an issue the EU can't even define properly. The EU can never tackle social dumping as the free movement of people is the perfect enabler for it to occur. Also the EU's Posted Workers Directive actually enables employers to bring cheap labour over to undercut the local community. The only way to stop social dumping is to leave the EU and get back control of immigration.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – «Dumping sociale», un termine che allo stato attuale non ha una definizione legalmente riconosciuta e universamente condivisa, eppure è noto a tutti il moltiplicarsi di pratiche illegali che permettono lo sviluppo di una concorrenza sleale, creando così un'asimmetria fra la realtà di un mercato interno in continua evoluzione e diritti sociali molto eterogenei, che indebolisce l'adesione al principio del mercato interno e affievolisce la fiducia nella costruzione europea.

Piuttosto che nascondersi dietro politiche protezionistiche, adottando decisioni unilaterali in materia sociale, gli Stati farebbero meglio a collaborare tra di loro, rafforzando i controlli per evitare soprattutto l'utilizzo, da parte di taluni attori economici, di pratiche illegali quali il lavoro sommerso o di pratiche abusive come il falso lavoro autonomo il quale può portare a gravi distorsioni del mercato, a danno delle imprese che lavorano onestamente, in particolare le PMI e di tutti quei settori maggiormente interessati quali ad esempio l'agricoltura, l'edilizia e il settore alimentare.

Credo nella necessità di conseguire una convergenza sociale nell'UE, per un mercato del lavoro più equo al fine di raggiungere una competitività forte e sostenibile in tutti gli Stati membri.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The report favours the establishment of wage floors in the form of a national minimum wage, where applicable, with due respect for the practices of each Member State. Such debate should be undertaken in full concordance with the social partners with the objective of gradually attaining at least 60% of the respective national average wage, if possible, so as to avoid excessive wage disparities.

It is evident that a pay gap still exists and, despite existing EU legislation and soft-law recommendations, progress in this area is extremely limited. The situation is exacerbated by social dumping which doesn't help. This accentuates a wider gender pension gap that puts elderly women at greater risk of poverty than elderly men.

I support specific recommendations the report makes to the Member States as part of the European Semester, to incorporate opinions on social issues with a view to enhancing worker protection through convergence

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe no sólo se posiciona con claridad sobre un problema, el del dumping social, que la derecha y otras instituciones europeas se niegan incluso a nombrar, sino que exige medidas con las que estoy muy de acuerdo: la mejor implementación de las regulaciones laborales existentes, el refuerzo de sanciones e inspecciones y la extensión de responsabilidad a la cadena de subcontratas, la coordinación de los sistemas de seguridad social, la igualdad de derechos entre trabajadores en un mismo lugar etc.

Veo con escepticismo que la arquitectura constitucional de los tratados, especialmente cuando la Unión no se plantea integrarse en la Carta Social Europea o, incluso, en la CEDH, permita superar la actual subordinación de las normas laborales a las «libertades de mercado» que utilizan los grandes grupos para forzar a los trabajadores a competir entre sí y, en este sentido, considero insuficientes propuestas como la del «Pilar Social» o la actual reforma de la directiva de trabajadores desplazados que agradan al ponente. Pese a ello, considerándolo un paso en la buena dirección, he votado a favor.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La risoluzione del Parlamento europeo costituisce un passo in avanti per l'Europa della convergenza sociale, che vuole affermare la sua volontà di progresso sociale, e che riduce le differenze e quindi contrasti e discriminazioni tra lavoratori che esercitano la professione in differenti nazioni europee. Ho votato in favore della risoluzione, perché ritengo appropriate le misure proposte dal Parlamento europeo che includono un maggiore controllo e coordinamento tra e da parte degli Stati membri nei confronti di società che sono responsabili di gravi violazioni della legislazione sociale del lavoro e dei diritti fondamentali dei lavoratori, nella lotta al dumping sociale nel settore dei trasporti che è particolarmente frammentato a livello europeo anche attraverso la creazione di una Agenzia europea per il trasporto su ruota e nella tutela delle donne che sono particolarmente colpite dal dumping sociale.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A jelentés szavazásánál tartózkodtam, mert a jelentés ahelyett, hogy meghatározta volna a „szociális dömping" fogalmát, a legálisan foglalkoztatott munkavállalók másik EU-tagállamba történő kiküldetését igyekezett szociális dömpingként meghatározni. Már meglévő EU-s jogszabályok alapján egy másik tagállamba legálisan kiküldött munkavállalók, valamint a határon átnyúló szolgáltatásokat végzők, tipikusan fuvarozók jogállását kívánja a jelentés összemosni, többek között a be nem jelentett munkavállalók és a háztartási, az ápolási-gondozási szektorban (különösen az otthoni ápolásban) dolgozók helyzetével. Továbbá a jelentés számos esetben túllépi a szubszidiaritás határát, és többek közt uniós „polgári minimumjövedelem" garantálását tűzi ki célul, illetve beleszól a nemzeti bérezés politikájába.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – W sprawie dumpingu socjalnego w UE zdecydowałem, że wstrzymam się od głosu. Mam zastrzeżenia co do treści projektu. Frakcja polityczna, do której należę, złożyła liczne poprawki, aby był on zgodny z zasadą pomocniczości i proporcjonalności. To, co budzi moje zastrzeżenia i niepokój, to działania mające służyć podważeniu kompetencji państw członkowskich w kwestii wynagrodzeń, ubezpieczenia społecznego, systemów podatkowych oraz konkretnych reform rynków pracy. Z powodu przynależności do frakcji, która dba o zachowanie suwerenności każdego państwa członkowskiego, postanowiłem wstrzymać się od głosu.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Social Dumping in Europe is unacceptable. We need to have a strong voice in helping to build a more Social Europe. We need to safeguard each and every person working in member countries and ensure that they are all treated equally. This also helps to generate more support from European Citizens. I strongly agree and support this report, as we need to fight against social dumping practices and ensure that all workers in Europe enjoy high levels of social protection and rights.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I cannot support this report and its calls for initiatives at an EU level that would undermine the competence and effectiveness of national governments' efforts in their own labour markets. I am a strong supporter of protecting all workers from unfair working conditions but national governments are much better placed to develop labour market policies addressing their own specific needs.

Rosa D'Amato (EFDD), *per iscritto*. – Le riforme strutturali in materia di lavoro richieste dall'Europa si sono tradotte in alcuni Stati membri nella precarizzazione dei contratti e nella diminuzione della sicurezza sociale. Inoltre la «svendita» delle tutele sociali a vantaggio di trattamenti economici più vantaggiosi, lo sfruttamento attraverso gli orari di lavoro e di riposo violati, la competitività al ribasso con la Cina e altri paesi terzi, ma anche la crescente tendenza all'utilizzo dei voucher in Italia al posto di regolari contratti di lavoro, quando non addirittura al ricorso al caporalato, portano a un aumento del precariato, a forme di schiavizzazione, alla mancanza di sicurezza sul posto di lavoro e a ridotte entrate contributive per gli Stati membri.

Ben venga la proposta di sanzionare chi utilizza il dumping sociale per ottenere profitti maggiori, ma servono controlli più diffusi e stringenti. Infine, esprimo un grande apprezzamento per la proposta di contrastare il calo del tasso di occupazione causato dalla crisi economica e finanziaria con un cambio di paradigma che metta in primo piano il «reddito» rispetto al «lavoro» e che persegua l'obiettivo di garantire un «reddito minimo di cittadinanza» in tutta l'Unione europea tale da garantire un'esistenza libera e dignitosa. Per questo il mio voto è positivo.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – L'eterogeneità delle normative nazionali ed europee in materia sociale e di lavoro fanno sì che oggi il dumping sociale sia ancora una realtà all'interno dell'Unione europea.

Come accade nell'ambito delle relazioni commerciali con i nostri partner, dobbiamo invece combattere questo fenomeno per impedire le gravi distorsioni del mercato con cui ci confrontiamo e assicurare parità di trattamento e di non discriminazione a tutti i lavoratori europei.

Come sostenuto nella relazione, la Commissione europea e gli Stati membri dovranno garantire il rafforzamento dei controlli per una migliore attuazione delle normative vigenti, oltre a favorire un maggior coordinamento tra e da parte degli Stati membri per combattere il deterioramento dei livelli di tutela dei lavoratori e della qualità del lavoro in generale, molto spesso causate proprio da abusi ed elusioni delle legislazioni esistenti da parte di alcuni attori economici.

La riduzione illegale dei costi operativi e legati alla manodopera danno luogo ad una concorrenza sleale, nonché alla violazione dei diritti dei lavoratori, che danneggia le imprese che lavorano onestamente e in particolar modo le piccole e medie imprese, importantissime protagoniste del sistema produttivo europeo. Per questo ho espresso voto favorevole alla relazione.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative porte sur le principe de dumping social dans l'Union européenne. Le rapporteur considère notamment que le dumping social est une pratique illégale, responsable d'une concurrence déloyale entre les travailleurs européens. Selon le rapport, il est nécessaire d'établir des conditions claires applicables à tous les travailleurs dans tous les États membres de l'Union. Soutenant ces objectifs j'ai voté en faveur du rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding, own-initiative report. Social dumping is of course a huge problem with cheap labour being brought over from other countries by companies to undercut wages and avoid employing local workers. It also covers issues like companies finding cheaper alternatives elsewhere and moving operations abroad. However this report went on to call for more EU action, legislation, monitoring of legislation and data collection. On top of that there isn't an official legal definition of 'social dumping' in EU law, so this report is about an issue the EU can't even define properly. The EU can never tackle social dumping as the free movement of people is the perfect enabler for it to occur. Also the EU's Posted Workers Directive actually enables employers to bring cheap labour over to undercut the local community. The only way to stop social dumping is to leave the EU and get back control of immigration.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur le dumping social dans l'Union européenne. Il me semble en effet nécessaire que le Parlement européen apporte ses recommandations afin de prévenir les pratiques abusives et le dumping social, qui profitent des faiblesses de la législation européenne et mettent particulièrement à mal certaines secteurs de nos économies. Nous nous devons de mettre tout en œuvre pour garantir une concurrence loyale en Europe et, pour cela, les États membres devraient notamment renforcer les structures d'inspection du travail.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai tenu à soutenir ce rapport sur le dumping social dans l'Union européenne. Ce texte propose pour la première fois une définition du dumping social, qui servira comme base pour les négociations futures dans ce domaine. Dans ce texte, il est également fait allusion à une évaluation de l'impact économique et social du différentiel des cotisations sociales entre les États membres, que je trouve particulièrement intéressante et importante. Enfin je me réjouis que des initiatives se mettent en place pour protéger le marché intérieur en luttant contre les pratiques déloyales et la fraude sociale. Il est en effet essentiel selon moi de travailler à une harmonisation des politiques sociales dans l'Union pour avancer dans la construction d'une Europe sociale.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Il dumping sociale si verifica nel momento in cui un datore di lavoro assume mano d'opera più economica rispetto alle risorse disponibili sul mercato nazionale. Questa pratica va limitata poiché incide negativamente sul tessuto sociale, colpendo soprattutto le fasce più deboli dei lavoratori dipendenti. Ho sostenuto la relazione perché si impegna a migliorare, sia a livello europeo che nazionale, i controlli e la legislazione per lo sviluppo di un'economia sostenibile e concorrenziale nel rispetto dei diritti dei lavoratori e del progresso sociale.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – L'absence criante d'harmonisation sociale met en péril le projet européen depuis trop longtemps. Le rapport de mon collègue Guillaume Balas cristallise les rapports de force sur des questions essentielles comme la mise en place d'un seuil de 60 % du salaire moyen national comme référence pour fixer au sein des États membres le salaire minimum, la lutte contre le travail indépendant factice et une nouvelle proposition de révision de la directive sur le détachement. C'est un rapport essentiel, qui pose le principe de la convergence sociale vers le haut, qui doit maintenant être suivi d'effet.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport parce qu'il dresse des mesures concrètes à mettre en œuvre pour lutter contre le dumping social dont sont victimes de nombreux secteurs d'activité en Europe, à commencer par les secteurs de la construction et du transport. La libre circulation des travailleurs est incontestablement une valeur ajoutée européenne, mais les lacunes et les imprécisions de la directive sur le détachement des travailleurs ont généré de trop fréquentes violations des législations européennes et nationales (non-déclaration dans le pays d'origine, rémunérations très inférieures au salaire minimum, dépassement des durées maximales de travail, etc.) et provoqué de nombreuses faillites et licenciements en Europe. Nous avons besoin de la mobilité des travailleurs, mais cette mobilité doit être correctement encadrée et la concurrence doit être loyale. L'UE doit donc se doter d'une réelle capacité de contrôle, faciliter le travail de nos inspecteurs sur le terrain et harmoniser les sanctions. Cette approche est le meilleur bouclier pour conforter la libre circulation des travailleurs.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Le président Juncker promettait, le 15 juillet 2014, de «lutter contre le dumping social» au cours de l'actuelle législature, souhait qu'il a réitéré lors de son discours sur l'état de l'Union en 2015. L'objectif de ce texte est de combler les vides juridiques qui favorisent la concurrence déloyale entre les États membres. Les solutions envisagées sont les suivantes: création d'une inspection du travail paneuropéenne, création d'un document de travail numérique unique et révision de la directive sur le détachement de travailleurs. Nous ne pouvons soutenir ce texte, qui prône le maintien des principes fondamentaux de l'Union européenne (notamment la libre circulation des travailleurs) alors même que ceux-ci sont à l'origine du dumping social. Le groupe ENF a d'autre part proposé une résolution alternative, rappelant le principe de souveraineté des États contre toute tentative d'harmonisation paneuropéenne. J'ai bien entendu voté contre le texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Не подкрепих доклада на колегата Балас относно социалния дъмпинг в ЕС, тъй като не смятам, че той представлява реална обстановка в ЕС. Целта на този доклад е да определи позицията на нашата институция по редици предстоящи предложения на Европейската комисия по въпросите с командироването на работници, прегледа на Регламент 883/2004, както и със създаването на европейски стълб от социално права.

Докладът съдържа редица положителни точки и докато мога да се съглася и изрично подкрепям стремежа за осигуряване на равни права на работниците, няма как да подкрепя инициативи, които подкопават компетенциите на страните членки.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζουμε. Είναι τουλάχιστον ειρωνικό να θέλει να εμφανίζεται η Ένωση ως προστάτης των εργαζομένων όταν οι πολιτικές της είναι υπεύθυνες για την σημερινή απαράδεκτη κατάσταση.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A Fidesz–KDNP európai parlamenti delegációja egységesen és határozottan nemmel szavazott a szociális dömpingről szóló EP-jelentésre. A dokumentum – többek közt – veszélyt lát ugyanis a szolgáltatások szabad áramlása keretében legálisan más tagállamban foglalkoztatott EU-s állampolgárokban, elsősorban a Közép-Kelet Európából érkezett munkavállalókban. A jelentés ahelyett, hogy meghatározta volna a „szociális dömping" fogalmát, a legálisan foglalkoztatott munkavállalók másik EU-tagállamba történő kiküldetését igyekezett szociális dömpingként meghatározni.

Már meglévő EU-s jogszabályok alapján egy másik tagállamba legálisan kiküldött munkavállalók, valamint a határon átnyúló szolgáltatásokat végzők, tipikusan fuvarozók jogállását kívánja a jelentés összemosni, többek között a be nem jelentett munkavállalók és a háztartási, az ápolási-gondozási szektorban (különösen az otthoni ápolásban) dolgozók helyzetével elfogadhatatlan. Mint ismert, az Unión belül kiküldöttként dolgozó munkavállalók aránya nem éri el az uniós munkaerő-piac 1%-át sem. Felmerül a kérdés, hogy az Európai Bizottság vajon miért erőltette a jogszabály felülvizsgálatának megkezdését a kiküldött munkavállalók kapcsán, amikor még le sem járt az annak átültetésére szabott határidő.

Ismert tény az is, hogy a nyugat-európai vállalkozások sokkal tőkeerősebbek, ezzel szemben Közép-Kelet-Európában a versenyképesség egyik fő eleme az alacsonyabb bérköltség. A kettő közötti különbözőséget tudná korlátozottan ugyan, de feloldani a kiküldött munkavállalókra vonatkozó jogszabály, amelynek felülvizsgálatát csak megfelelő tapasztalatok birtokában lenne ésszerű és méltányos elvégezni.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – Europa ha sido definida como un espacio democrático, con una economía eficaz y con una protección social de alto nivel. No obstante si la liberalización del mercado no va ligada con la armonización de los derechos sociales, se puede poner en riesgo el principio de competencia leal entre las empresas y la promoción de una economía social de mercado. La multiplicación de las prácticas abusivas, así como la competencia social desleal debilitan la adhesión al principio del mercado interior y socavan la confianza en la construcción europea.

Desde el Parlamento Europeo se expresa el compromiso de «combatir el dumping social», colmando las lagunas legislativas y reglamentarias que favorecen el desarrollo de la competencia desleal actualmente existente en el mercado interior, tales como reforzar los controles y las inspecciones, tanto a escala nacional como europea, entre otras.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – På grund av missförstånd missade jag oavsiktligt att rösta i omröstningen om hela texten. Detta är en fråga som är av stor vikt och som förtjänar mer uppmärksamhet på nationell nivå i respektive medlemsland. Det är dock min fasta övertygelse att beslut som berör människor så direkt bör fattas på en nivå som är så nära dem som berörs av besluten som möjligt. Det är av denna anledning som jag hade tänkt rösta nej till texten.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Os direitos sociais na UE não foram objeto de uma harmonização e, à exceção de alguns princípios consignados no Tratado e em algumas diretivas, foi acordado que os Estados-Membros continuariam a ser competentes em matéria social.

Existe, de facto, uma assimetria entre a realidade de um mercado interno praticamente concluído e direitos sociais muito heterogéneos. Estas situações de concorrência económica e social desleal representam também um obstáculo à manutenção de uma proteção social de alto nível na Europa.

Por isso, concordo com as propostas vertidas para este relatório.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: le groupe ENF a préparé une résolution alternative qui rappelle l'illogisme de la stratégie de l'Union de vouloir à tout prix s'élargir, s'octroyant sans cesse plus de responsabilités.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório aborda a problemática do «dumping social» na UE, numa lógica de combate ao fenómeno, cuja relevância é inquestionável, nomeadamente perante as políticas ditas de austeridade, que promoveram a precarização laboral, o desemprego, o aumento da pobreza e da exclusão e a diminuição dos direitos laborais e civis.

O relatório enfatiza a necessidade do reforço da inspeção, até a nível da cooperação transfronteiriça, como forma de combater o «dumping social». Defende o reforço de meios e efetivos, a par do reforço da contratação e negociação coletivas, da recuperação de direitos sociais e rendimentos, da promoção do trabalho com direitos, da limitação ao destacamento de trabalhadores, entre outras medidas. O relatório contém aspetos positivos, contrários à existência do «dumping».

Mas contém também aspetos negativos: as preocupações com o mercado único de pessoas e bens, sua promoção e defesa. Disposições que vão no sentido contrário ao que se exigia neste contexto.

Não há bondade no mercado único – está no centro das políticas que levaram à «dumpinguização» das sociedades na UE e à desfiguração do trabalho enquanto fator estruturante do desenvolvimento dos Estados.

Estas incoerências de princípios e contradições justificam a nossa abstenção.

Seria desejável que o relatório assumisse claramente a rutura com as causas do «dumping» social na UE.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto contrario alla presente relazione poiché, nonostante gli sforzi profusi per assicurare un adeguato livello di protezione sociale a tutti i lavoratori, non può essere ridimensionata la competenza propria delle legislazioni nazionali degli Stati Membri in tema di retribuzioni, sicurezza sociale, tassazione e riforma del mercato del lavoro.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Fenomén sociálneho dampingu vychádza z praktík nekalej hospodárskej a sociálnej súťaže. Ide o dlhodobo záporný jav, pokiaľ ide o sociálne podmienky v Európe, ktorý poškodzuje vysokú úroveň sociálnej ochrany v Európskej únii. Zvýšená konkurencia medzi hospodárskymi subjektmi ich núti, aby neustále znižovali výdavky spojené s nákladmi na pracovnú silu. To vedie k oslabeniu sociálnych noriem platných v rôznych členských štátoch Európskej únie a postupne podkopáva všetky práva európskych zamestnancov.

Táto asymetria medzi hospodárskymi slobodami a sociálnymi právami navodzuje pocit, že Európa oslabuje jednotlivcov a spoločenstvá namiesto toho, aby ich chránila. Z toho vyplýva, že šírenie nekalých praktík a nekalej súťaže oslabuje stabilitu vnútorného trhu Európskej únie a podkopáva dôveru v budovanie spoločnej Európy. Vzniknutému stavu nepomáhajú častokrát ani jednotlivé členské štáty svojim jednostranným rozhodovaním v sociálnej oblasti.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario: in questa relazione tante parole e pochi risultati finali.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με το κοινωνικό ντάμπινγκ στην Ευρωπαϊκή Ένωση· είναι τουλάχιστον ειρωνικό να θέλει να εμφανίζεται η Ένωση ως προστάτης των εργαζομένων όταν οι πολιτικές της είναι υπεύθυνες για την σημερινή απαράδεκτη κατάσταση.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. – I voted against this own-initiative report as it does not add any additional value to existing laws. Calling for more numerous initiatives at the European level will not solve the extensive problems of unemployment in some Member States. Whilst I agree that workers should be protected from unfair working conditions, I strongly believe that individual governments are best placed to create legislation for their own work markets. A 'one-size-fits-all' approach does not work.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The phenomenon of social dumping arises from practices of unfair economic and social competition and represents a 'race to the bottom' in relation to social conditions in Europe, damaging high level of social protection in the EU. Increased competition between economic operators encourages them to reduce spending related to labour costs; this is leading to a weakening of the social standards in force in the various Member States of the Union, is gradually undermining all the rights enjoyed by European employees and, finally, is reducing the financial resources necessary for the various social protection systems.

This asymmetry between economic freedoms and social rights is fuelling the feeling that Europe weakens both individuals and communities, instead of protecting them. Thus, the proliferation of abusive practices and unfair social competition weakens adherence to the principle of the internal market and undermines confidence in the construction of Europe. These phenomena encourage protectionist tendencies by the Member States and unilateral decision-taking by them in the social field.

Through this report we show that we are very aware of the gravity of this issue and that we engage in fighting against social dumping practices and in ensuring that all workers in Europe enjoy high levels of social protection and rights.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A Fidesz–KDNP európai parlamenti delegációja egységesen és határozottan nemmel szavazott a szociális dömpingről szóló EP-jelentésre. A dokumentum – többek közt – veszélyt lát ugyanis a szolgáltatások szabad áramlása keretében legálisan más tagállamban foglalkoztatott EU-s állampolgárokban, elsősorban a Közép-Kelet Európából érkezett munkavállalókban. A jelentés ahelyett, hogy meghatározta volna a „szociális dömping" fogalmát, a legálisan foglalkoztatott munkavállalók másik EU-tagállamba történő kiküldetését igyekezett szociális dömpingként meghatározni.

Már meglévő EU-s jogszabályok alapján egy másik tagállamba legálisan kiküldött munkavállalók, valamint a határon átnyúló szolgáltatásokat végzők, tipikusan fuvarozók jogállását kívánja a jelentés összemosni, többek között a be nem jelentett munkavállalók és a háztartási, az ápolási-gondozási szektorban (különösen az otthoni ápolásban) dolgozók helyzetével elfogadhatatlan. Mint ismert, az Unión belül kiküldöttként dolgozó munkavállalók aránya nem éri el az uniós munkaerő-piac 1%-át sem. Felmerül a kérdés, hogy az Európai Bizottság vajon miért erőltette a jogszabály felülvizsgálatának megkezdését a kiküldött munkavállalók kapcsán, amikor még le sem járt az annak átültetésére szabott határidő.

Ismert tény az is, hogy a nyugat-európai vállalkozások sokkal tőkeerősebbek, ezzel szemben Közép-Kelet-Európában a versenyképesség egyik fő eleme az alacsonyabb bérköltség. A kettő közötti különbözőséget tudná korlátozottan ugyan, de feloldani a kiküldött munkavállalókra vonatkozó jogszabály, amelynek felülvizsgálatát csak megfelelő tapasztalatok birtokában lenne ésszerű és méltányos elvégezni.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe al constatar que la Unión Europea se construyó, en primer lugar, a través de la liberalización de los intercambios económicos entre los Estados miembros. No obstante, no se produjo una armonización de los derechos sociales y, salvo algunos principios enunciados en el Tratado y en algunas Directivas, los Estados miembros conservan la competencia en materia social. Existe, por lo tanto, una asimetría entre la realidad de un mercado interior en proceso de finalización y unos derechos sociales muy heterogéneos. Esta paradoja genera una competencia entre las empresas, al no tener los trabajadores europeos ni las mismas obligaciones ni los mismos derechos sociales. En este sentido, el 15 de julio de 2014 el presidente de la Comisión asumió ante el Parlamento Europeo el compromiso de «combatir el dumping social» durante la actual legislatura. Por lo tanto, desde las instituciones europeas debemos seguir trabajando y legislando para conseguir una mayor armonización en materia social.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – La lucha contra el dumping social, que podría ser definido como la carrera a la baja en estándares sociolaborales y salariales dentro de la Unión, es una prioridad del Grupo Socialista ya desde la pasada legislatura, puesto que da lugar al abuso de los trabajadores y erosiona los sistemas nacionales de protección social.

Con este informe los socialistas hemos querido mejorar los controles y las inspecciones laborales en la Unión, aumentar las sanciones para las empresas que no respetan las reglas, mejorar la cooperación entre autoridades nacionales para mejorar la lucha contra el fraude a la Seguridad Social, el falso autoempleo y las empresas ficticias. También pedimos a la Comisión la creación de una Agencia Europa del Transporte por carretera, y la revisión de la Directiva de desplazamiento de trabajadores.

En definitiva, he votado a favor de este informe porque constituye un enorme paso adelante en la convergencia social al alza en la Unión y en la lucha por equiparar los derechos sociales a las libertades económicas. Sólo si garantizamos el principio de igual salario por igual trabajo y el de competencia leal, podremos realmente proteger a los trabajadores y a las pymes, que son el verdadero motor para crear empleo en la Unión.

Elisabetta Gardini (PPE), *in writing*. – The issue of social dumping is very high on the political agenda on many Member States; one example being during the Brexit campaign. Social dumping is a real threat to many ordinary Europeans and it might risk the integrity of the internal market and the European project if no action is taken. Thus I fully support that a report has been many on this topic and I think that it in a good way highlights the issues at hand. The report rightly notes that increased cooperation and controls are needed to close regulation gaps and that better inspections of malpractices are needed. This report is a step in the right direction, but more action will be needed to reassure our citizens that we are tackling the problem of social dumping.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – La lucha contra el dumping social, que podría ser definido como la carrera a la baja en estándares sociolaborales y salariales dentro de la Unión, es una prioridad del Grupo Socialista ya desde la pasada legislatura puesto que da lugar al abuso de los trabajadores y erosiona los sistemas nacionales de protección social.

Con este informe los socialistas hemos querido mejorar los controles y las inspecciones laborales en la Unión, aumentar las sanciones para las empresas que no respetan las reglas, mejorar la cooperación entre autoridades nacionales para mejorar la lucha contra el fraude a la Seguridad Social, el falso autoempleo y las empresas ficticias. También pedimos a la Comisión la creación de una Agencia Europa del Transporte por carretera, y la revisión de la Directiva de desplazamiento de trabajadores.

En definitiva, he votado a favor de este informe porque constituye un enorme paso adelante en la convergencia social al alza en la Unión y en la lucha por equiparar los derechos sociales a las libertades económicas. Sólo si garantizamos el principio de igual salario por igual trabajo y el de competencia leal podremos realmente proteger a los trabajadores y a las pymes, que son el verdadero motor para crear empleo en la Unión.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – L'approvazione odierna del testo sul dumping sociale in plenaria è un atto di responsabilità e impegno che il Parlamento ha sancito in merito ai diritti dei lavoratori. Tracciare una linea rossa contro gli abusi nel mercato del lavoro e i rischi di sfruttamento e perdita delle garanzie economico-contrattuali è inaccettabile. E' per questo che ho sostenuto con favore questa relazione, che richiede una revisione dell'attuale direttiva sul distacco dei lavoratori, segnalando come priorità il rispetto di condizioni di lavoro eque e non discriminatorie, un forte contrasto alla concorrenza sleale, maggiori controlli su filiere di imprese subappaltanti sospette, avanzando anche la proposta di un salario minimo. Credo totalmente in quella che è una battaglia portata avanti con ostinazione dal Gruppo S&D in Parlamento: la protezione dei diritti sociali è il miglior investimento che l'Europa possa fare per il futuro dei suoi cittadini.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato convintamente a favore della risoluzione di iniziativa del PE sul dumping sociale nell'Unione europea perché ho condiviso sin dall'inizio la necessità di inviare alla Commissione europea un segnale forte affinché rifletta approfonditamente sulle conseguenze sociali dei mercati del lavoro privi di regole fondamentali, che riguardano un numero elevato di lavoratori in Europa.

La materia è oggetto di un forte scontro in Europa, tra lavoratori tra di loro e fra Stati membri, con profonde divisioni fra questi ultimi. Il PEe ha individuato a grande maggioranza delle proposte concrete: la creazione di una lista nera delle imprese responsabili delle gravi violazioni della legislazione sociale sul lavoro in vigore, la creazione di un'agenzia europea del trasporto su strada incaricata di assicurare il rispetto delle regole, l'introduzione di una soglia del 60% del salario medio nazionale come riferimento per fissare in seno all'UE il salario minimo, l'estensione della responsabilità congiunta delle imprese, solo per citarne alcune.

È giunto il tempo di dare delle risposte e trovare delle soluzioni a questo problema, nel rispetto della legislazione esistente e della necessità di rivederne una parte, come la direttiva sul distacco dei lavoratori, che costituisce una priorità del gruppo del gruppo S&D al PE.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe gegen den Bericht über Sozialdumping in der Europäischen Union gestimmt, denn: So wichtig das Thema ist und so sehr eine grenzübergreifende Koordinierung sinnvoll ist, so wenig kann Europa alles auf seiner politischen Ebene regeln. Es gilt, die Mitgliedstaaten zu besserer Zusammenarbeit zu bewegen und nicht, sie in sozialen Fragen komplett zu übergehen und zu bevormunden. Klar ist: Der EU-Binnenmarkt darf kein Markt des sozialen Dumpings sein!

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Sozialdumping ist illegal und wird von nationalen Gerichten verfolgt. Daher befürworte ich zwar den Bericht „Sozialdumping in der EU", spreche mich aber gegen eine Überregulierung von Seiten der EU aus. Auch gilt es, das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes und die Reisefreiheit innerhalb der EU weiter zu gewährleisten.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – Labour colleagues and I voted in favour of an important report to fight social dumping (the race to the bottom on social rights and wages) in Europe.

My colleagues and I have long been calling for a revision of the Posting of Workers Directive to fight social dumping effectively and ensure fair competition. We need to codify the principle of 'equal pay for equal work in the same place', and to that end it is pleasing that Commission President Juncker reaffirmed his commitment to this principle in his recent State of the European Union address.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Vous ne vous en sortirez jamais! Le rapport de M. Balas traite d'un vrai problème: la concurrence déloyale fondée sur l'exploitation abusive, le contournement ou la violation de la règlementation.

Cependant, dès le considérant B, la ligne rouge est tracée: en aucun cas la libre circulation des travailleurs, la liberté d'établissement et la libre prestation des services ne peuvent être remises en cause.

Or, les causes directes de l'explosion du dumping sont:

— la législation européenne (notamment les directives «services» et «détachement»), mettant les travailleurs européens en concurrence sauvage les uns contre les autres;

— l'élargissement à des pays où les niveaux de vie et de salaires sont bien inférieurs à ceux de l'Europe de l'Ouest;

— la course effrénée à la compétitivité-coût, due à la mondialisation.

Le salaire minimum national que vous proposez améliorerait sans doute, à la marge et au sein d'un même pays, quelques situations individuelles, mais il ne changerait rien aux écarts de salaires entre pays.

Vos autres propositions sont du même ordre. C'est comme si vous vouliez utiliser un linge frais pour faire baisser la fièvre d'un malade atteint de septicémie!

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, porque es un informe progresista que denuncia la competencia económica y social injusta que conllevan las prácticas de dumping social. El dumping promueve una reducción de los costes laborales y conlleva una menor protección social de los trabajadores, ello a su vez supone una merma de los recursos disponibles del Estado para proteger a sus propios ciudadanos. El informe propone una armonización de los derechos sociales e incluye medidas positivas como el fortalecimiento de la inspección de trabajo a nivel nacional y la creación de un organismo a nivel de la Unión para combatir las prácticas abusivas; el desarrollo de un documento único digital que garantice los derechos sociales de todos los trabajadores; la obligación de que las empresas tengan una dirección oficial para combatir la existencia de compañías fantasma; una revisión de la Directiva de trabajadores desplazados para garantizar la competencia leal, con especial énfasis en el sector del transporte y la adopción de un protocolo social asegurando el predominio de los derechos sociales sobre las libertades económicas, así como, la introducción de salario mínimo que se pueden extender a nivel de la Unión en algunos sectores.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Today the EPLP voted in favour of an important report to fight social dumping (the race to the bottom on social rights and wages) in Europe. The European Parliament Labour party have long been calling for a revision of the Posting of Workers Directive to fight social dumping effectively and ensure fair competition. We need to codify the principle of 'equal pay for equal work in the same place'.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car il définit pour la première fois la notion de dumping social et rappelle le principe du «travail égal, salaire égal», qui doit guider la prochaine révision de la législation sur les travailleurs détachés. Il est crucial que l'Europe se donne les moyens de rétablir l'équité et de lutter efficacement contre le dumping social, qui menace nos emplois et nos entreprises, notamment dans le secteur du bâtiment et des transports. L'Europe sociale doit s'imposer comme une réponse à l'euroscepticisme qui gagne nos concitoyens.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – Face à un marché dérégulé qui oppose entre eux les travailleurs et entre elles les nations, l'Europe se doit d'agir. C'est pourquoi j'ai soutenu avec enthousiasme le rapport de mon collègue Guillaume Balas pour affirmer ma volonté de progrès social. Cela passe par plusieurs mesures concrètes: lutter contre les sociétés dites «boîtes aux lettres» en s'assurant que les entreprises établies dans un État membre de l'Union aient une véritable activité; mettre en place une liste noire des entreprises; créer une Agence européenne du transport routier pour assurer le contrôle du respect des règles; mettre en place un seuil de 60 % du salaire moyen national comme référence pour fixer au sein des États membres le salaire minimum; étendre la responsabilité conjointe et solidaire sur la chaîne de sous-traitance; donner la possibilité aux autorités compétentes de suspendre la prestation de services en cas de sérieuses violations de la législation relative au détachement des travailleurs; ou encore prendre en compte la nouvelle proposition de révision de la directive sur le détachement. Il appartient à présent à la Commission européenne et aux chefs d'États de prendre leurs responsabilités pour en finir avec le dumping social.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – La lucha contra el dumping social, que podría ser definido como la carrera a la baja en estándares sociolaborales y salariales dentro de la Unión, es una prioridad del Grupo Socialista ya desde la pasada legislatura, puesto que da lugar al abuso de los trabajadores y erosiona los sistemas nacionales de protección social.

Con este informe los socialistas hemos querido mejorar los controles y las inspecciones laborales en la Unión, aumentar las sanciones para las empresas que no respetan las reglas, mejorar la cooperación entre autoridades nacionales para mejorar la lucha contra el fraude a la Seguridad Social, el falso autoempleo y las empresas ficticias. También pedimos a la Comisión la creación de una Agencia Europa del Transporte por carretera, y la revisión de la Directiva de desplazamiento de trabajadores.

En definitiva, he votado a favor de este informe porque constituye un enorme paso adelante en la convergencia social al alza en la Unión y en la lucha por equiparar los derechos sociales a las libertades económicas. Sólo si garantizamos el principio de igual salario por igual trabajo y el de competencia leal, podremos realmente proteger a los trabajadores y a las pymes, que son el verdadero motor para crear empleo en la Unión.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Υπερψηφίσαμε την έκθεση παρόλο που θεωρούμε πως θα μπορούσε να είχε περισσότερα θετικά στοιχεία. Η υπερψήφιση έκθεσης με αυτό τον τίτλο αποτέλεσε πολιτική πράξη, γιατί πλέον το ίδιο το κοινοβούλιο αποδέχεται την ύπαρξη επισφάλειας στην απασχόληση, και τη διάλυση των εργασιακών σχέσεων. Έχουμε ξεκάθαρες θέσεις ενάντια στη διάλυση του κοινωνικού ιστού ως αποτέλεσμα των νεοφιλελεύθερων πολιτικών που επιβάλλουν το σύμφωνο σταθερότητας και το ευρωπαϊκό εξάμηνο. Στην έκθεση έγινε μια πρώτη προσπάθεια για τον ορισμό του κοινωνικού ντάμπιγκ, τον οποίο προσπάθησαν να απορρίψουν οι συντηρητικές και νεοφιλελεύθερες δυνάμεις στο Κοινοβούλιο. Για εμάς είναι ξεκάθαρο πως η επισφάλεια στην εργασία, η μείωση των εργαζομένων που καλύπτονται από συλλογικές συμβάσεις, η αύξηση των συμβολαίων μειωμένης διάρκειας, η φτωχοποίηση των εργαζομένων και η χρόνια ανεργία κυρίως των νέων είναι κοινωνικό ντάμπιγκ. Έστω και αν δεν αναφέρονται αυτά στην έκθεση έγινε μια σημαντική πρώτη προσπάθεια, την οποία θα συνεχίσουμε στο Κοινοβούλιο.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because recognises the growth in inequality and unemployment in Europe as a result of the economic and financial crisis and notes the importance of high-level working conditions in the creation of a robust economy. Furthermore I support the report's proposal for a definition of the term 'social dumping' to include illegal practices and law avoidance.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht fordert weitreichende Regulierungen, um „Soziales Dumping" europaweit zu verhindern. ALFA unterstützt angemessene Arbeits- und Sicherheitsbedingungen für alle Arbeitnehmer. Der Bericht geht aber in vielen Bereichen deutlich zu weit und fordert eine vollumfassende Ausweitung des Sozialstaats. So wird beispielsweise ein Mindestlohn von 60 % des Durchschnittseinkommens gefordert. Darüber hinaus fordert der Bericht die Kommission dazu auf, arbeitsmarktregulatorisch über ein bedingungsloses Grundeinkommen nachzudenken. Aus diesen Gründen kann ich dem Bericht nicht zustimmen. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Er führt zu Zwietracht und Zwist in Europa.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding, own-initiative report. Social dumping is of course a huge problem with cheap labour being brought over from other countries by companies to undercut wages and avoid employing local workers. It also covers issues like companies finding cheaper alternatives elsewhere and moving operations abroad. However this report went on to call for more EU action, legislation, monitoring of legislation and data collection. On top of that there isn't an official legal definition of 'social dumping' in EU law, so this report is about an issue the EU can't even define properly. The EU can never tackle social dumping as the free movement of people is the perfect enabler for it to occur. Also the EU's Posted Workers Directive actually enables employers to bring cheap labour over to undercut the local community. The only way to stop social dumping is to leave the EU and get back control of immigration.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – Il faut rétablir la vérité sur le détachement des travailleurs étrangers. Contrairement aux idées reçues, le recrutement d'un travailleur détaché coûte l'équivalent voire plus cher à un employeur français qu'un travailleur local.

La raison est simple: le Smic et les conventions collectives s'appliquent aussi au travailleur détaché, mais il faut y ajouter l'allocation de détachement et les dépenses diverses encourues par le travailleur détaché (voyage, logement, alimentation).

Ce n'est donc pas le principe du détachement qui pose problème et qui est d'ailleurs bienvenu lorsqu'un employeur ne trouve pas de travailleur local pour effectuer certaines tâches – vendanges, récoltes dans l'agriculture – mais l'exploitation par des entreprises peu scrupuleuses des zones grises de la législation européenne.

Le rapport sur le dumping social que je soutiens permet de rappeler que toute mesure ou législation européenne qui crée une concurrence déloyale entre les États membres et qui affecte l'emploi et la qualité de l'emploi dans un pays est inacceptable. Notre priorité est de protéger nos entreprises et de les armer contre la concurrence mondiale.

La révision de la directive sur le détachement des travailleurs, qui a déjà trop tardé, est une urgence absolue pour lutter par exemple contre les entreprises «boîtes aux lettres».

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport pentru susținerea clădirii unei Europe sociale unite. Susțin efortul comun de combatere a practicilor de dumping social, care să asigure un nivel ridicat de protecție socială și drepturi egale de care să se bucure toți lucrătorii din Europa.

Fenomenul de dumping social este prezent în urma practicilor de concurență economică și socială neloială și reprezintă o înaltă alterare a protecției sociale în UE. Această concurență neloială subminează drepturile lucrătorilor europeni prin reducerea cheltuielilor legate de costurile forței de muncă, a standardelor sociale, implicit a costului vieții.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o socijalnom dampingu u Europskoj uniji, zbog toga što smatram da je potrebno zaštiti konkurentnost u Europi te omogućiti poduzećima konkurentne cijene diljem cijele Unije, a radnicima olakšati slobodno kretanje iz jedne države članice u drugu.

Nerazmjerni razvoj unutarnjeg tržišta i sustava socijalne zaštite dovode do nepoštenog nadmetanja u unutrašnjem tržištu, te se time prouzrokuje slabljenje radničkih prava i iskorištavanje radnika. Nelojalna gospodarska i socijalna konkurencija dovodi također do političkih učinka koji slabe ideju europskog jedinstva. Stoga, smatram da je potrebno nastaviti s konkretnim mjerama kako bi se postigla socijalna konvergencija unutar Europske unije.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – L'objectif annoncé de ce rapport est de combler les lacunes législatives et réglementaires qui favorisent le développement de la concurrence déloyale actuelle au sein du marché intérieur. Pour cela la solution est simple: «plus d'UE!» Dans l'ensemble, si ce rapport est pavé de bonnes intentions, il n'en est que plus eurobéat, et tellement rempli de bons sentiments qu'il en perd toute crédibilité politique. J'ai donc voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing*. – Diane James MEP and her colleagues voted against this non-legislative, non-binding, own-initiative report. Social dumping is of course a huge problem with cheap labour being brought over from other countries by companies to undercut wages and avoid employing local workers. It also covers issues like companies finding cheaper alternatives elsewhere and moving operations abroad. However this report went on to call for more EU action, legislation, monitoring of legislation and data collection. On top of that there isn't an official legal definition of 'social dumping' in EU law, so this report is about an issue the EU can't even define properly. The EU can never tackle social dumping as the free movement of people is the perfect enabler for it to occur. Also the EU's Posted Workers Directive actually enables employers to bring cheap labour over to undercut the local community. The only way to stop social dumping is to leave the EU and get back control of immigration.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D), *por escrito*. – Con este informe los socialistas hemos querido mejorar los controles y las inspecciones laborales en la Unión, aumentar las sanciones para las empresas que no respetan las reglas, mejorar la cooperación entre autoridades nacionales para mejorar la lucha contra el fraude a la Seguridad Social, el falso autoempleo y las empresas ficticias. También pedimos a la Comisión la creación de una Agencia Europa del Transporte por carretera, y la revisión de la Directiva de desplazamiento de trabajadores.

En definitiva, he votado a favor de este informe porque constituye un enorme paso adelante en la convergencia social al alza en la Unión y en la lucha por equiparar los derechos sociales a las libertades económicas. Sólo si garantizamos el principio de igual salario por igual trabajo y el de competencia leal podremos realmente proteger a los trabajadores y a las pymes, que son el verdadero motor para crear empleo en la Unión.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur le dumping social dans l'Union européenne. S'il ne s'agit pas d'un rapport législatif, le texte a au moins le mérite de définir clairement ce qu'est le dumping social, alors qu'un certain nombre de pays, de l'Est notamment, en contestent l'existence même. Ce texte a permis de poser les termes du débat qui se tiendra dans les mois à venir lors de la révision de la directive sur les travailleurs détachés, qui devra contribuer à réduire les abus et à lutter contre le dumping social. Je me réjouis donc de son adoption.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση για το κοινωνικό ντάπινγκ στην ΕΕ. Δυστυχώς υπάρχει εκ των πραγμάτων ασυμμετρία μεταξύ της πραγματικότητας μιας Ευρωπαϊκής εσωτερικής αγοράς που τείνει να ολοκληρωθεί και της ύπαρξης πολύ ετερόκλητων κοινωνικών δικαιωμάτων. Η έκθεση περιλαμβάνει μέτρα όπως την ενίσχυση, τόσο σε εθνικό όσο και σε ευρωπαϊκό επίπεδο, των ελέγχων και των επιθεωρήσεων στο πλαίσιο της εφαρμογής της ισχύουσας νομοθεσίας ενώ τονίζει ότι είναι αναγκαίες οι μεταρρυθμίσεις σχετικά με τον εκσυγχρονισμό της καταχώρισης των παροχών εργασίας και την ανάγκη κατάρτισης ενός ενιαίου ψηφιακού εγγράφου για τη μεταφορά των κοινωνικών δικαιωμάτων όλων των Ευρωπαίων εργαζομένων.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für den vorliegenden Bericht. Die Harmonisierung des Binnenmarkts hat sich leider nicht im selben Maßstab positiv auf die Rechte der Arbeitnehmer ausgewirkt. Der Berichterstatter stellt fest, dass Unternehmen und europäische Arbeitnehmer miteinander konkurrieren, die weder gleiche soziale Verpflichtungen noch gleiche soziale Rechte haben. Der Bericht setzt sich mit Sozialdumping und seinen Folgen (unlauterer Wettbewerb, Wettbewerbsverzerrungen, Schädigung des Sozialsystems etc.) in den großen Wirtschaftszweigen der Union auseinander. Seine Vorschläge, wie man in solchen Situationen Abhilfe schaffen könnte, wie beispielsweise durch zentrale Register und einheitliche Dokumente, unterstütze ich.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Eiropas Parlamenta plenārsesijā Strasbūrā balsoju pret ziņojumu par sociālo dempingu ES, jo ziņojuma nosaukums jau vien liecina, ka ar to tiek iets pret ES lielāko sasniegumu — vienoto tirgu. Ziņojums ievieš vienotu "sociālā dempinga" definīciju, kas līdz šim Eiropas Savienības līmenī nav bijusi. Sociālā dempinga definīcijas ieviešana ir konkurences kropļošana un vēlme ierobežot brīvu pakalpojumu, preču un cilvēku kustību ES. Tas ir gan pret Latvijas, gan visas Savienības interesēm.

Ziņojums arī uzsver ļoti kontroversālo direktīvu par darbinieku norīkošanu, kas paredz, ka strādnieks no Latvijas, kas aizbrauc uz mēnesi uz Vāciju, saņem Vācijas minimālo algu. Taču šajā ziņojumā tiek pieprasīts, ka darbiniekiem par vienādu darbu jāsaņem vienāda samaksa, kas kaitētu kompānijām no mazāk turīgam valstīm. Starp Eiropas Savienības dalībvalstīm sociālie nodrošinājumi, piemēram, tās pašas minimālās algas, tik krasi atšķiras, ka minimālās algas ieviešana ES pagaidām ir nereāla.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of an important report to fight social dumping in Europe. The European Parliament Labour Party have long been calling for a revision of the Posting of Workers Directive to fight social dumping effectively and ensure fair competition. We need to codify the principle of 'equal pay for equal work in the same place'.

Dieter-Lebrecht Koch (PPE), *schriftlich*. – Sozialdumping ist ein ernstzunehmendes Problem, vor allem im Transportbereich.

Unfaire Wettbewerbsbedingungen, wie die Konkurrenz aus Billiglohnländern, Briefkastenfirmen und Scheinselbständigkeit beherrschen den Alltag. Hier brauchen wir viel mehr Kontrolle bestehender Gesetze durch die Mitgliedstaaten. Zwar sollte eine hochwertige Beschäftigung in Europa unser gemeinsames Ziel sein, aber es gibt nun mal einen europäischen Binnenmarkt und in diesem können alle EU-Bürger ihre Dienstleistungen anbieten. Problematisch wird es erst, wenn eine Dienstleistung dauerhaft in einem bestimmten Mitgliedstaat ausführt wird, in dem das Unternehmen nicht niedergelassen ist und dementsprechend das sozial günstigere Recht des Herkunftslandes Anwendung findet. Deshalb ist die Unterscheidung zwischen der Dienstleistungs- und der Niederlassungsfreiheit hier essentiell.

Meines Erachtens gibt es genügend Gesetzgebung, die Einhaltung dieser wird jedoch nicht ausreichend kontrolliert. Deshalb ist es wichtig, bestehende Strukturen wie TISPOL und Euro Contrôle Route zu stärken. Diese unterstützen die Durchführung des geltenden Rechts im Straßenverkehr und sorgen durch die koordinierenden Kontrollen auch dafür, dass gleiche Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden. Alle Mitgliedstaaten sollten enger zusammenarbeiten, strenger kontrollieren und mehr Informationen austauschen; das wird dazu führen, dass Sozialdumping erkannt und auch dagegen angegangen werden kann.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht fordert weitreichende Regulierungen um soziales Dumping europaweit zu verhindern. ALFA unterstützt angemessene Arbeits- und Sicherheitsbedingungen für alle Arbeitnehmer. Der Bericht geht aber in vielen Bereichen deutlich zu weit und fordert eine vollumfassende Ausweitung des Sozialstaats. So wird beispielsweise ein Mindestlohn von 60 % des Durchschnittseinkommens gefordert. Darüber hinaus fordert der Bericht die Kommission dazu auf, arbeitsmarktregulatorisch über ein bedingungsloses Grundeinkommen nachzudenken. Aus diesen Gründen kann ich dem Bericht nicht zustimmen.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Dne 14. září 2016 jsme na plenárním zasedání ve Štrasburku hlasovali o zprávě o sociálním dumpingu v EU. Zpráva je založena na úvaze, že existuje značná asymetrie mezi realitou stále více rozvinutého vnitřního trhu EU a nedostačenou ochranou sociálních práv v EU. Nekalá hospodářská a sociální soutěž je nejen překážkou k udržení vysoké úrovně sociální ochrany v EU, ale především povzbuzuje hospodářské subjekty snížit své náklady na pracovní sílu, a tak jsou postupně podkopávány sociální standardy a snižují se finanční prostředky nezbytné pro zajištění vysoké úroveň sociální ochrany. Tato asymetrie mezi hospodářskými svobodami a sociálními právy má také značný politický dopad, neboť oprávněně podněcuje pocit, že EU oslabuje jednotlivce i celé komunity, místo aby je chránila. Z mého pohledu je tedy jediným řešení této celkově neutěšené, roky velmi zanedbávané a evropskými elitami zcela přehlížené oblasti, alespoň částečná harmonizace sociálních práv v celé EU s cílem vytvoření více sociální Evropy. Jen tak lze zabránit tolik dnes diskutované sociální turistice a útěku lidí z východní Evropy do té

západní. I přesto, že byla původní zpráva v průběhu vyjednávání značně oslabena, obsahuje poměrně solidní seznam konkrétních kroků, jak v budoucnosti zabránit sociálnímu dumpingu a posílit sociální ochranu v EU, proto jsem ji podpořila.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A Fidesz–KDNP európai parlamenti delegációja egységesen és határozottan nemmel szavazott a szociális dömpingről szóló EP-jelentésre. A dokumentum – többek közt – veszélyt lát ugyanis a szolgáltatások szabad áramlása keretében legálisan más tagállamban foglalkoztatott EU-s állampolgárokban, elsősorban a Közép-Kelet Európából érkezett munkavállalókban. A jelentés ahelyett, hogy meghatározta volna a „szociális dömping" fogalmát, a legálisan foglalkoztatott munkavállalók másik EU-tagállamba történő kiküldetését igyekezett szociális dömpingként meghatározni.

Már meglévő EU-s jogszabályok alapján egy másik tagállamba legálisan kiküldött munkavállalók, valamint a határon átnyúló szolgáltatásokat végzők, tipikusan fuvarozók jogállását kívánja a jelentés összemosni, többek között a be nem jelentett munkavállalók és a háztartási, az ápolási-gondozási szektorban (különösen az otthoni ápolásban) dolgozók helyzetével elfogadhatatlan. Mint ismert, az Unión belül kiküldöttként dolgozó munkavállalók aránya nem éri el az uniós munkaerő-piac 1%-át sem. Felmerül a kérdés, hogy az Európai Bizottság vajon miért erőltette a jogszabály felülvizsgálatának megkezdését a kiküldött munkavállalók kapcsán, amikor még le sem járt az annak átültetésére szabott határidő.

Ismert tény az is, hogy a nyugat-európai vállalkozások sokkal tőkeerősebbek, ezzel szemben Közép-Kelet-Európában a versenyképesség egyik fő eleme az alacsonyabb bérköltség. A kettő közötti különbözőséget tudná korlátozottan ugyan, de feloldani a kiküldött munkavállalókra vonatkozó jogszabály, amelynek felülvizsgálatát csak megfelelő tapasztalatok birtokában lenne ésszerű és méltányos elvégezni.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – Within the European Union, there is asymmetry regarding the internal market and social rights. This asymmetry weakens the internal market, encourages protectionism and unilateral social decisions from EU Member States. It is then crucial to have a harmonisation of social rights within the EU. The report recommends some initiatives against social dumping: measures to guarantee the social rights of every worker, blacklisting companies which use undeclared work, social protection in the transport sector. For all these reasons I voted in favour of this report.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D), *per iscritto*. – La pratica del dumping sociale non solo mette in ginocchio il principio del mercato interno e la competitività delle imprese ma compromette anche i diritti dei lavoratori con conseguenti danni a lungo termine ai sistemi di previdenza sociale, un aumento del precariato e un deterioramento dei livelli di tutela dei lavoratori e della qualità del lavoro in generale.

Chiediamo azioni incisive da parte degli Stati membri tanto nell'ambito della prevenzione e contrasto alle frodi sociali quanto nel campo della cooperazione transfrontaliera. Una richiesta concreta che viene dal voto di oggi riguarda le società di comodo e la volontà espressa da quest'aula di istituire un elenco a livello dell'UE delle società colpevoli di gravi violazioni della legislazione dell'Unione in materia sociale e di lavoro alle quali sia negato l'accesso agli appalti pubblici, alle sovvenzioni pubbliche e ai fondi dell'UE per un periodo stabilito per legge. Ci siamo espressi a favore del principio secondo cui ciascuna società dovrebbe possedere una sola sede principale nonché svolgere un'attività «autentica» nello Stato membro di costituzione.

Con questo voto ricordiamo che il diritto del lavoro e standard sociali elevati sono fondamentali per riequilibrare le economie, sostenere i redditi e incoraggiare gli investimenti produttivi.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – La presente relazione è stata oggetto di diversi dibattiti, giunti in un testo concordato, dopo vari compromessi. L'obiettivo della relazione è quello di creare un sistema che sia capace di promuovere un'economia efficiente e un elevato livello di protezione sociale. I lavoratori in Europa non hanno gli stessi diritti e gli stessi obblighi e ciò causa tra le imprese una concorrenza economica e sociale sleale. Per tali ragioni, la relazione presenta le misure necessarie a colmare le carenze legislative e regolamentari che, ad oggi, favoriscono la concorrenza sleale.

Come primo passo, si vogliono rafforzare i controlli sull'attuazione delle politiche odierne, aumentando e formando le risorse umane e finanziarie incaricate a far rispettare le norme. Inoltre, si chiede una modernizzazione delle riforme sulla registrazione delle prestazioni di lavoro e la creazione di un documento digitale sui diritti sociali che venga reso disponibile a tutti i lavoratori europei. Alla luce di quanto esposto, voto a favore della relazione sul dumping sociale nell'Unione europea.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il n'a pas réellement la volonté de lutter contre le dumping social. La preuve: il accepte le système des «travailleurs détachés»!

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport sur la lutte contre le dumping social partait des nombreux abus constatés dans le secteur des transports ou du bâtiment pour proposer des solutions pour faire respecter les droits du travail nationaux, notamment en s'attaquant au système des travailleurs détachés. C'était déjà trop pour les pays de l'Est et les libéraux, qui ont cherché à détourner le rapport de ce système européen de contournement des droits du travail nationaux.

Toutefois, ils n'ont pas réussi à le vider de son contenu. Le rapport propose trois domaines d'action pour lutter contre ce problème: renforcer les contrôles entre et par les États membres; combler les lacunes réglementaires afin de faire respecter le droit du travail à tous les niveaux (européen et national); promouvoir l'égalité de traitement et la non-discrimination entre les travailleurs.

En plus de ces directions, il propose trois mesures concrètes: la création d'une agence européenne du transport routier chargée de surveiller les dérives dans ce secteur très touché par le dumping social; l'établissement d'une liste noire empêchant les entreprises fraudeuses d'accéder à certains marchés; l'instauration d'un salaire minimum équivalent à au moins 60 % du salaire moyen national. J'ai bien évidemment soutenu ces propositions.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur le dumping social dans l'Union européenne. L'objectif annoncé de ce rapport est de combler les lacunes législatives et réglementaires qui favorisent le développement de la concurrence déloyale au sein du marché intérieur. Pour cela la solution est simple: plus d'Europe! Les solutions proposées vont de la création d'une agence européenne d'inspection du travail à l'enregistrement des prestations de travail sur un «document numérique unique», en passant par la révision de la directive «travailleurs détachés» et par une meilleure coordination des systèmes de sécurité sociale. Le groupe ENL a préparé une motion alternative qui rappelle l'illogisme de la stratégie de l'Union de vouloir à tout prix s'élargir, s'octroyant sans cesse plus de responsabilités, piétinant la souveraineté des États membres, tout cela pour favoriser une libre circulation mortifère et une immigration trop souvent irrégulière. Nous y insistons sur l'échec du marché intérieur et nous demandons à ce que la Commission cesse toute tentative de coordonner les mécanismes nationaux de fixation des salaires ou de négociations collectives. Nous demandons également qu'elle permette aux États membres de combattre le phénomène des agences d'intérim étrangères et de lutter contre les abus liés au recours à la sous-traitance déraisonnée.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – L'enfer est pavé de bonnes intentions, dit le vieil adage. Ce texte en est l'illustration parfaite. La présentation européiste et le trop-plein de «bons sentiments» qui découlent de ce texte le desservent et le décrédibilisent. Face à ce rapport, notre groupe ENL a déposé une résolution alternative plus critique. Nous y dénonçons la stratégie d'élargissement de l'UE, couplée à sa volonté d'ingérence toujours plus grande dans les affaires des États, afin de favoriser la libre circulation et l'immigration. Nous constatons également l'échec du marché intérieur et demandons à ce que la toute-puissante Commission cesse toute tentative de coordonner les mécanismes nationaux de fixation des salaires ou de négociations collectives. Nous voulons enfin qu'elle permette aux États membres de combattre le phénomène des agences intérimaires étrangères et de lutter contre les abus liés au recours à la sous-traitance déraisonnée.

Pour ce qui est du rapport de M. Balas, j'ai fermement voté contre.

Javi López (S&D), *por escrito*. – La lucha contra el dumping social, que podría ser definido como la carrera a la baja en estándares sociolaborales y salariales dentro de la Unión, es una prioridad del Grupo Socialista ya desde la pasada legislatura, puesto que da lugar al abuso de los trabajadores y erosiona los sistemas nacionales de protección social.

Con este informe los socialistas hemos querido mejorar los controles y las inspecciones laborales en la Unión, aumentar las sanciones para las empresas que no respetan las reglas, mejorar la cooperación entre autoridades nacionales para mejorar la lucha contra el fraude a la Seguridad Social, el falso autoempleo y las empresas ficticias. También pedimos a la Comisión la creación de una Agencia Europa del Transporte por carretera, y la revisión de la Directiva de desplazamiento de trabajadores.

En definitiva, he votado a favor de este informe porque constituye un enorme paso adelante en la convergencia social al alza en la Unión y en la lucha por equiparar los derechos sociales a las libertades económicas. Sólo si garantizamos el principio de igual salario por igual trabajo y el de competencia leal, podremos realmente proteger a los trabajadores y a las pymes, que son el verdadero motor para crear empleo en la Unión.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – La lucha contra el dumping social, que podría ser definido como la carrera a la baja en estándares sociolaborales y salariales dentro de la Unión, es una prioridad del Grupo Socialista ya desde la pasada legislatura, puesto que da lugar al abuso de los trabajadores y erosiona los sistemas nacionales de protección social.

Con este informe los socialistas hemos querido mejorar los controles y las inspecciones laborales en la Unión, aumentar las sanciones para las empresas que no respetan las reglas, mejorar la cooperación entre autoridades nacionales para mejorar la lucha contra el fraude a la Seguridad Social, el falso autoempleo y las empresas ficticias. También pedimos a la Comisión la creación de una Agencia Europa del Transporte por carretera, y la revisión de la Directiva de desplazamiento de trabajadores.

En definitiva, he votado a favor de este informe porque constituye un enorme paso adelante en la convergencia social al alza en la Unión y en la lucha por equiparar los derechos sociales a las libertades económicas. Sólo si garantizamos el principio de igual salario por igual trabajo y el de competencia leal, podremos realmente proteger a los trabajadores y a las pymes, que son el verdadero motor para crear empleo en la Unión.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – Se trata de un amplio informe del Parlamento Europeo que pretende reforzar los controles y la coordinación por los Estados miembros y entre ellos, eliminar las carencias legislativas con miras a garantizar el cumplimiento de la legislación de la Unión en materia social y laboral, y defender el principio de igualdad de trato y no discriminación, luchando así hacia la convergencia social ascendente.

En informe se describen un conjunto de medidas que abarcan prácticamente todo el conjunto de legislación de la Unión.

Estoy de acuerdo y comparto la necesidad de llevar a cabo todas aquellas reformas necesarias para combatir el fraude y el dumping social, tales como el refuerzo de las inspecciones de trabajo.

Por ello doy mi voto positivo para la aprobación de este informe, que ayuda a garantizar el cumplimiento de la legislación europea en materia social y laboral, y respeta en todo momento los principios de igualdad de trato y no discriminación.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht fordert weitreichende Regulierungen, um „Soziales Dumping“ europaweit zu verhindern. ALFA unterstützt angemessene Arbeits- und Sicherheitsbedingungen für alle Arbeitnehmer. Der Bericht geht aber in vielen Bereichen deutlich zu weit und fordert eine vollumfassende Ausweitung des Sozialstaats. So wird beispielsweise ein Mindestlohn von 60 % des Durchschnittseinkommens gefordert. Darüber hinaus fordert der Bericht die Kommission dazu auf, arbeitsmarktregulatorisch über ein bedingungsloses Grundeinkommen nachzudenken. Aus diesen Gründen kann ich dem Bericht nicht zustimmen.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report which aims to combat social dumping in Europe.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Pojem „sociální dumping“ považuji za krycí heslo ve starých členských zemích používané čistě pro potlačování levnější konkurence z východních zemí EU. Nesouhlasím s výzvou ke stanovení povinné minimální mzdy v České republice na úrovni 60 % průměrné mzdy, tedy na 16 tisíc korun. Při tak vysoké minimální mzdě by se v některých regionech nevyplatilo zaměstnávat lidi bez kvalifikace nebo praxe. Pracovní právo by mělo zůstat na členských státech. Nesouhlasím s výzvou k přísnějším kontrolám dálkových řidičů. Nesouhlasím ani s návrhem na zřízení nového úřadu, Evropské agentury pro silniční dopravu. Nesouhlasím s výzvou, která zakazuje liberalizaci tzv. kabotáže. Zastávám názor, že nákladní auto, které má volný prostor, by mělo mít právo vézt jiné zboží. Ulevilo by se tím přecpaným silnicím a ušetřila nafta.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Problematika neprijavljenog rada i lažnog samozapošljavanja predstavlja velik izazov za usklađivanje socijalnih prava unutar EU-a. Neusklađenost koja postoji unutar tržišta država članica može negativno utjecati na sustave socijalne sigurnosti te umanjiti pripadnost načelu unutarnjeg tržišta. Manja učinkovitost i usklađenost socijalnih odredbi potiče države članice da donose jednostrane odluke vezane uz socijalnu politiku.

Neke od posljedica neprijavljenog rada i lažnog zapošljavanja su i narušavanje tržišnog natjecanja i zaštite radnika, porasta broja nesigurnih radnih mjesta te sveopće kvalitete provedbe poslova. Oni uzrokuju dugoročnu štetu za sustave socijalne sigurnosti država članica te ih stoga treba riješiti. Izdvajanje poslova i podugovaranje stvaraju uvjete za zaobilaženje ili zlouporabu prisutnih zakona vezanih uz rad i socijalnu politiku.

Unija se, kako bi održala slobodu kretanja na unutarnjem tržištu, mora posvetiti rješavanju tog problema. EU treba ojačati principe lojalne konkurencije unutar socijalne politike te staviti naglasak na promicanje socijalne tržišne ekonomije. Rastuća konkurencija između poslodavaca potiče ih na optimizaciju troškova te zbog toga uzrokuje kršenja važećih društvenih standarda u državama članicama.

Izbjegavanje prijave rada, lažno samozapošljavanje i druga kršenja postojećih pravosudnih sustava moraju se riješiti, stoga sam podržala ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – I support the idea to intensify the fight against the use by certain economic actors of illegal practices such as undeclared work or of abusive practices such as bogus self-employment and other social dumping examples. But at the same time, some countries should avoid unjustified protection measures of their labour market.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Akýkoľvek damping je v rozpore s hodnotami a cieľmi Európskej únie. Oblasť sociálnych vecí je prioritne v kompetencii členských štátov, preto ochrana zamestnancov a sociálna politika, ktorá s tým súvisí, sú upravené v jednotlivých krajinách rôzne. Túto rozdielnosť pociťujú občania Únie, keď využívajú voľný pohyb osôb a kapitálu, v rámci ktorého zamestnanci požívajú rôzny stupeň sociálnej ochrany a sociálneho zabezpečenia, ako aj rozdielne zamestnanecké výhody.

Sociálny damping cieleným znižovaním pracovných nákladov znižuje ochranu práv zamestnancov. Zároveň vytvára prostredie na nekalé praktiky v hospodárskej súťaži. To v konečnom dôsledku negatívne ovplyvňuje vnútorný trh.

Podporujem návrh, aby Komisia vytvorila európsky pilier sociálnych práv, ktorý stanoví minimálne sociálne práva tak, aby nedošlo k zníženiu existujúcej sociálnej a pracovnej ochrany poskytovanej zamestnancom v jednotlivých členských krajinách. Tento rámec však musí byť vytvorený v spolupráci s jednotlivými členskými krajinami a musí zohľadniť možnosti jednotlivých krajín. Preto musí byť nastavený tak, aby bol aj realizovateľný.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς.* – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την κατάργηση του κοινωνικού ντάμπινγκ στην Ευρωπαϊκή Ένωση για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 13/9/2016 καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit.* – J'ai voté contre ce texte.

Ce texte, malgré les bonnes intentions qui l'animent, tente d'octroyer toujours plus de responsabilités à l'UE et de supprimer un peu plus de souveraineté aux États membres. Il favorise la libre circulation et une immigration trop souvent irrégulière, ce à quoi nous nous opposons.

Le marché intérieur est un échec et nous demandons instamment que la Commission cesse toute tentative de coordonner les mécanismes nationaux de fixation des salaires ou de négociations collectives. Nous sommes également favorables à ce qu'elle permette aux États membres de combattre le phénomène des agences intérimaires étrangères et de lutter contre les abus liés au recours à la sous-traitance déraisonnée.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – As much as we try to tackle discrimination, we cannot avoid having such situations arising at moments affecting people in the workforce. Maybe we cannot stop discrimination from happening, but as a Union, we can certainly take measures to counter the impact it has on people. Hence, my reason to vote in favour of establishing a general framework for equal treatment in employment and occupation is that I support the Commission and the Member States focusing not only on legislation but also on creating a working culture and securing the well-being for everyone. Europe is a diverse continent, and sometimes religion has become ground for discrimination.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme projednávali zprávu, která se týká sociálního dumpingu v EU. Zpráva poukazuje na to, že jednou z hlavních zásad politiky EU je sociální soudržnost, což znamená neustálé a pokračující sbližování mezd a ochrany a sociálního zabezpečení pro všechny pracovníky. Bohužel však je zřejmé, že v Unii přetrvávají značné rozdíly v pracovních podmínkách i mzdách, což je jeden z důvodů, proč pracovníci odcházejí do jiné země. V diskusi jsme upozornili i na to, že neustále existují rozdíly v odměňování žen a mužů a přes veškerou snahu bylo v této oblasti dosaženo jen minimálního pokroku. Tuto situaci sociální dumping může jen zhoršovat. Dále je třeba mít na paměti, že rozdíly v odměňování žen a mužů vedou i k rozdílům ve výši důchodů, což je jeden z hlavních důvodů, pro který hrozí ženám ve stáří chudoba více než mužům. Zpráva na všechny tyto negativní společenské fenomény upozorňuje, při hlasování jsem ji podpořil.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório, apesar de ainda haver muito caminho para percorrer, apresenta-se como um primeiro passo do combate ao *dumping* social.

O relatório apresenta aspetos muito positivos, como a necessidade do reforço da inspeção, também a nível da cooperação transfronteiriça, como forma de combater o «*dumping* social», e ainda a promoção de condições de trabalho, medidas para apoiar as mulheres afetadas pelo *dumping* social e medidas urgentes no setor dos transportes, que constituem frequentemente verdadeiras zonas de não direito social.

Por estas razões, votei a favor.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Mi apoyo al informe en el que desde el Parlamento proponemos medidas para acabar con el llamado dumping social y que pretenden llenar las lagunas legislativas y reglamentarias que favorecen el desarrollo de la competencia desleal actualmente existente en el mercado interior.

Debemos reforzar los controles y las inspecciones, garantizar los derechos sociales para todos los trabajadores europeos y, en general, propiciar un giro social que defienda esos derechos.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – L'Union européenne a laissé s'installer deux fractures dans le «grand marché»: un dumping fiscal sans vergogne et un dumping social qui tire à la baisse les conditions de travail, favorise les infractions aux droits sociaux et augmente inévitablement les tensions entre les travailleurs nationaux.

C'est pourquoi le rapport de mon collègue Guillaume Balas était essentiel au débat: le Parlement européen, à travers lui, exprime clairement sa détermination à contrecarrer toutes les pratiques antisociales et de concurrence par le bas. La convergence par le haut est assumée, avec des minima salariaux à 60 % du salaire moyen national; la responsabilité des entreprises, lorsque les montages sont complexes, est renforcée avec une responsabilité conjointe et solidaire sur toute la chaîne de sous-traitance, le salariat déguisé en travail indépendant est visé également. Enfin, des filets de sécurité, comme la suspension des activités ou l'interdiction de répondre à des marchés publics, sont prévus en cas de graves violations de la législation sociale du travail.

Ces jalons, conquis par une négociation ferme avec les groupes de droite, nous permettent d'aborder avec ambition la révision de la directive sur le détachement des travailleurs. J'ai voté ce rapport sans réserve.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Αναμφισβήτητα θα πρέπει να δοθεί προτεραιότητα στην οικοδόμηση και την ενίσχυση της εσωτερικής αγοράς και δεν πρέπει να παραβλέπεται το γεγονός ότι υπάρχει ασυμμετρία μεταξύ της πραγματικότητας μιας εσωτερικής αγοράς και των κοινωνικών δικαιωμάτων τα οποία μάλιστα είναι και ετερόκλητα. Η κατάσταση αυτή προκαλεί μεγάλο ανταγωνισμό μεταξύ των επιχειρήσεων αφού δεν υπάρχουν τα ίδια δικαιώματα και οι ίδιες κοινωνικές υποχρεώσεις σε όλους τους Ευρωπαίους πολίτες. Ως εκ τούτου παρατηρούνται πολλά φαινόμενα αθέμιτου οικονομικού και κοινωνικού ανταγωνισμού και ο ανταγωνισμός αυτός είναι εμπόδιο στην διατήρηση της κοινωνικής προστασίας στην Ευρώπη αλλά και του αμοιβαίου σεβασμού. Μια τέτοια εξέλιξη προωθεί και τροφοδοτεί το αίσθημα μιας Ευρώπης που υπονομεύει τα άτομα αλλά και τις την ομαδικότητα και σίγουρα δεν διασφαλίζει την προστασία των πολιτών της. Για τους πιο πάνω λόγους κρίνω απαραίτητη τη σύσταση μεταρρυθμίσεων και συγκεκριμένων προτάσεων για την εξασφάλιση και την μεταφορά των κοινωνικών δικαιωμάτων όλων των Ευρωπαίων πολιτών.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Hier wird über die Stärkung der Position der Arbeitnehmer berichtet. Die Bekämpfung von Sozialdumping ist dafür ein notwendiger Schritt. Dies kann ich nur unterstützen.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Dans l'ensemble, même s'il est pavé de bonnes intentions, ce rapport n'en reste pas moins européiste et décrédibilisé par trop de bons sentiments justement. Le groupe ENF a préparé une résolution alternative qui rappelle l'illogisme de la stratégie de l'UE de vouloir à tout prix s'élargir, s'octroyant sans cesse plus de responsabilités, piétinant la souveraineté des États membres, en vue de favoriser une libre circulation mortifère et une immigration non soutenable. Nous y insistons sur l'échec du marché intérieur et nous demandons instamment à ce que la Commission cesse toute tentative de coordonner les mécanismes nationaux de fixation des salaires ou de négociations collectives. Nous demandons également qu'elle permette aux États membres de combattre le phénomène des agences intérimaires étrangères et de lutter contre les abus liés au recours à la sous-traitance déraisonnée.

En conséquence, j'ai voté contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O trabalho não declarado e o falso trabalho por conta própria podem causar distorções da concorrência, que resultam em prejuízos a longo prazo para os sistemas de segurança social, no aumento do trabalho precário e na deterioração dos níveis de proteção dos trabalhadores e da qualidade do emprego em geral, pelo que devem ser combatidos.

É crucial garantir condições de concorrência equitativas e leais em toda a UE e eliminar o «dumping» social. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report that calls on Member States to increase cooperation to combat cross-border abuses in workers' rights and protect social rights by combating tax evasion and tax fraud.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Le dumping social est une pratique déloyale qui nuit à la mobilité des travailleurs européens et dénature la philosophie même de l'Union. Nous devons nous assurer que la libre circulation des travailleurs respecte les règles d'une concurrence juste et loyale. La priorité est de faire respecter les règles. Il faut se doter d'une réelle capacité de contrôle, faciliter le travail de nos inspecteurs sur le terrain et harmoniser les sanctions. Cette approche est le meilleur bouclier pour conforter la libre circulation des travailleurs, qui est un principe cher aux Libéraux et une valeur ajoutée du projet européen. De plus, comme le souligne le rapport, nous devons créer une carte européenne de sécurité sociale infalsifiable, proposition du programme du MR, afin de certifier le paiement des cotisations sociales ou encore mettre en place une liste européenne des sociétés qui ont gravement violé nos législations sociales et du travail. Je tiens à apporter mon soutien à la Commissaire Marianne Thyssen dans son projet de modification de la directive «détachement des travailleurs» de 1996. Il est essentiel de renforcer les règles afin de protéger les sociétés et les travailleurs contre la fraude et d'appliquer le principe «à travail égal, salaire égal».

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Stotožňujem sa s trendom, ktorý Európska únia v posledných rokoch razí v súvislosti s posilňovaním sociálnych práv európskych občanov. Verím v zákony trhového hospodárstva, no zároveň sa domnievam, že silné sociálne zázemie prítomné v Európe dáva zadosť budovaniu určitého rámca sociálnej ochrany, ktorý nekoliduje s princípmi voľného trhu. Nie je však možné prehliadať skutočnosť, že právomoci EÚ ostávajú v oblasti riešenia sociálnych otázok obmedzené. Nazdávam sa, že pri zavádzaní tzv. európskej minimálnej mzdy by sme už prekročili prah kompetencií, ktorých sa členské štáty vzdali v prospech Únie. Mám teda za to, že určovanie výšky minimálnej mzdy musí ostať v rukách členských krajín rovnako ako samotné rozhodnutie minimálnu mzdu zaviesť alebo nie. Myslím si tiež, že optimálna a spravodlivá úroveň takejto mzdy môže byť dosiahnutá len ako výsledok otvoreného dialógu vlád so sociálnymi partnermi a transparentného kolektívneho vyjednávania, čo vyplýva i zo zásad dohovoru Medzinárodnej organizácie práce o určovaní minimálnej mzdy. Pri direktívnom určovaní minimálnej mzdy na európskej úrovni by totiž hrozilo riziko, že takto nastavená mzda nebude odrazom reálneho stavu ekonomík jednotlivých členských štátov a naopak bude ignorovať vnútroštátne podmienky, ktoré sa od jednej členskej krajiny k druhej značne líšia.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on social dumping in the EU, which expresses our engagement in fighting against social dumping practices and ensures that all workers in Europe enjoy high levels of social protection and rights – something which is essential.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió az egységes és közös belső piacra épül, miközben a szociális területtel kapcsolatos hatáskör a tagállamoknál maradt. A Foglalkoztatási és Szociális Bizottság jelentése a megvalósuló belső piac és a rendkívül heterogén szociális jogok között fennálló aszimmetriával foglalkozik. Minthogy a gazdasági szereplők közötti kiélezett verseny a munkaerőköltséghez kapcsolódó kiadások csökkentésére ösztönzi a vállalatokat, az említett aszimmetria nemkívánatos versenyt idéz elő a vállalatok között. Mindez sérti a vállalatok közötti tisztességes verseny elvét, a visszaélésszerű gyakorlatok sokasodása és a tisztességtelen szociális verseny alkalmazása csökkenti a belső piac elvének támogatottságát, és aláássa az európai integrációba vetett bizalmat, a tagállamokat pedig protekcionizmusra, szociális téren egyoldalú döntések meghozatalára ösztönzi.

A jelentés olyan intézkedéseket szorgalmaz, amelyek célja a tisztességtelen verseny belső piacon belüli kialakulásának kedvező jogalkotási és szabályozási hiányosságok megszüntetése. Ilyenek a hatályos jogszabályok alkalmazásából eredő ellenőrzések és vizsgálatok megerősítése, a végzett munka nyilvántartásának korszerűsítése, és egy a szociális jogok hordozhatóságát biztosító egységes digitális dokumentum valamennyi európai munkavállaló számára. Javasolja a be nem jelentett munka igénybevételéhez hasonló súlyos jogsértésekért felelős vállalatok európai jegyzékének elkészítését, továbbá olyan bérminimumok meghatározását, amelyek bizonyos ágazatokban közösségi szintre is kiterjeszthetők. Az állásfoglalás-tervezetet megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Nous sommes opposés à ce rapport, qui propose de combler les lacunes législatives et réglementaires qui favorisent le développement de la concurrence déloyale actuelle au sein du marché intérieur. C'est une bonne intention, mais à laquelle est proposée une très mauvaise solution: celle de plus d'Europe.

Il est donc évoqué la mise en place d'une agence européenne d'inspection du travail, un «document numérique unique» pour l'enregistrement des prestations de travail, et de mieux coordonner les systèmes de sécurité sociale.

L'idée est donc de renforcer encore les prérogatives de l'UE sur les États membres, de lui donner plus de responsabilités et, in fine, de réduire encore la souveraineté des États.

Il va de soi que nous ne pouvons soutenir de telles propositions.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A questão do *dumping* social é demasiadas vezes levantada sem fundamento legal, levando a incongruências na consecução do mercado interno.

No que diz respeito aos transportes, precisamos de uma clareza jurídica para os transportadores e uma simplificação do quadro regulamentar existente.

A culpa não é das operações de cabotagem, mas sim da falta de um controlo eficaz, por parte das autoridades competentes, e das diferenças na aplicação de certas disposições, como é exemplo a proibição do descanso semanal regular a bordo do veículo na Bélgica e em França.

Para isso, precisamos de rever os requisitos de estabelecimento, evitando a transferência de atividade para outros Estados-Membros com o fim deliberado de evasão aos impostos e à tributação do trabalho.

Precisamos de mais clareza na aplicação das disposições existentes, nomeadamente nos regulamentos sobre a cabotagem e no acesso à profissão.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport, même rempli de bonnes intentions, n'en reste pas moins européiste au possible, et tellement plein de bons sentiments qu'il en perd toute crédibilité.

Le problème du dumping social dans l'Union est structurel et ne saurait être résolu avec quelques mesurettes. Je vote donc contre ce rapport.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted in favour of this important report to fight social dumping (the race to the bottom on social rights and wages) in Europe. The European Parliamentary Labour party have long been calling for a revision of the Posting of Workers Directive to fight social dumping effectively and ensure fair competition. We need to codify the principle of 'equal pay for equal work in the same place'.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif au dumping social au sein de l'Union européenne. Ce phénomène n'a pas sa place dans le marché unique européen et c'est la raison pour laquelle nous devons œuvrer pour y mettre fin. J'ai notamment soutenu les dispositions qui obligent les sociétés à disposer d'un siège social réel ainsi que toutes celles qui ouvrent la voie à une harmonisation des législations dans le domaine économique (mise en place d'une agence européenne du transport afin de faire appliquer la législation européenne du transport routier, comme il en existe déjà pour l'aviation et le ferroviaire).

Luigi Morgano (S&D), *per iscritto*. – Ho accolto con favore la proposta di una politica europea a contrasto del fenomeno del dumping sociale. Quando si decise di creare l'Unione Europea, si pensò ad uno spazio democratico dotato di un'economia efficiente e un elevato livello di protezione sociale. Il compito di proteggere i diritti sociali dei popoli europei era stato delegato agli Stati Membri, i quali avrebbero dovuto armonizzare i propri sistemi di welfare con l'obiettivo di evitare forme di concorrenza sleale. Ciononostante il problema del dumping sociale colpisce oggi gli individui e le comunità europee, in violazione dei principi del Mercato Interno e dello spirito di solidarietà dell'Unione. L'interconnessione tra i mercati pone il tema della conciliazione di sistemi di tutele sociali differenti, determinando una sfiducia diffusa nelle capacità dell'Unione di essere garante dei diritti dei suoi cittadini. Per questo servono politiche europee che tutelino i lavoratori e regolino l'attività delle imprese. Servono misure affinché le imprese paghino le tasse nei paesi dove si realizzano i profitti, serve una stretta sui paradisi fiscali, oltre che una nuova direttiva sui lavori precari. In breve, va attivato un Pilastro Europeo dei Diritti Sociali.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report on social dumping in the EU that will ensure social convergence in the Union and strengthen controls and inspections both at national and European level, in application of the existing legislation. The report emphasises the fragility of social protection availability for employees.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Социалният дъмпинг е един от актуалните проблеми пред работещите европейци, въпреки съществуването на вече приети европейски норми. Подкрепих доклада на г-н Балас, тъй като считам за нужно осигуряването на по-добро трансгранично сътрудничество между държавите членки, а именно между службите за инспекция и електронния обмен на данни и информация. Създаването на двустранни оперативни групи, упълномощени да извършват трансгранични проверки на място, не само ще намалят злоупотребите на пазара, но и ще позволят полесното разкриване на дружества „пощенска кутия“.

Разликата в системите за социално осигуряване между държавите членки е една от основните причини за заобикаляне на правилата. Увеличаването на неравенствата в Европа застрашава постигането на целите на „Европа 2020“ по отношение на бедността и заетостта.

Приемането на социални инструменти, целящи да осигурят ефективна конкуренция, ще докажат, че Европа трябва да бъде пример за решението на проблема със социалния дъмпинг. Изготвянето на европейски списък на дружествата, отговорни за тежки нарушения, както и приемането на социалния стълб, ще помогнат за осигуряването на един справедлив европейски пазар на труда, на който няма място за социален дъмпинг.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Unul dintre principiile de bază ale politicilor UE este coeziunea socială, ceea ce înseamnă o apropiere constantă și în curs a salariilor și a protecției securității sociale garantată tuturor lucrătorilor, indiferent dacă este la nivel local sau la distanță.

În Uniune persistă diferențe semnificative cu privire la condițiile de muncă și salarii, diferențele între nivelurile de salarizare fiind motivul principal pentru care lucrătorii își părăsesc țara de origine.

Este crucial să se asigure condiții de concurență echitabile și o concurență loială pe întreg teritoriul UE, precum și să se elimine dumpingul social. Inspectoratele de muncă și/sau partenerii sociali joacă un rol esențial în ceea ce privește asigurarea respectării drepturilor lucrătorilor, definirea unei remunerații decente în conformitate cu legislația și practicile statelor membre și acordarea de consultanță și îndrumare angajatorilor.

Normele privind detașarea ar trebui să fie clare, proporționale și justificate și subliniem necesitatea de a respecta convențiile colective și sistemele de relații industriale din țara-gazdă.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Nepodpořil jsem zprávu o sociálním dumpingu v EU, protože nesouhlasím s jejím základním ideovým východiskem. O různých formách dumpingu je namístě hovořit ve vztahu k obchodním vztahům se třetími zeměmi, jako je Čína, ale nikoliv uvnitř EU, kde platí pravidla vnitřního trhu. A navíc, v situaci, kdy členské země mají své sociální politiky na vysoké úrovni. Navíc, nemalá část jevů zmiňovaných ve zprávě jsou porušením zákonů či jiných norem, pro které by se měl používat termín „nezajištění vynucení práva“. Sociální dumping není právně definován (a ani není definovatelný, neb je subjektivní), a žonglování s tímto pojmem je proto nebezpečné a snadno zneužitelné například odpůrci společného trhu a volného pohybu v EU. Základní svobody v rámci EU považuji za nedotknutelnou hodnotu a bylo by velmi lehkovážné narušovat ji politickými koncepty typu sociálního dumpingu.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this very good own-initiative report, which proposes solutions to harmonise social rights upwards across the EU. The draft report recommended several measures to fill the regulatory and legislative gaps. These included strengthening labour inspections at national level and the creation of a EU-level body to combat abusive practices; an obligation for companies to have one official address to combat letterbox companies; blacklisting companies responsible for serious offences including the use of undeclared work; and a revision of the Posting of Workers Directive to ensure real equal treatment of workers and fair competition. More than 700 amendments were tabled, mainly by conservatives, and the resulting compromise amendments have weakened the report, in particular by blocking all concrete proposals in relation to the PWD. Despite this it is still a very progressive and valuable report that comes at a crucial time in the lead-up to the revision of the PWD.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Hier wird über die Stärkung der Position der Arbeitnehmer berichtet. Die Bekämpfung von Sozialdumping ist dafür ein notwendiger Schritt. Dies hätte ich unterstützt.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Ei toetanud. Raport soovitab seada üle-ELi alampalgamäära, mis on ohuks väikestele ja keskmise suurusega ettevõtetele. Erinevad palgatasemed soosivad ELi sisest ja globaalset konkurentsivõimet ning on olulised selleks, et VKEd saaksid edendada ELi majandust.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – El dumping social es un problema al que se enfrentan muchos trabajadores dentro de la Unión debido al fuerte entorno competitivo en el que viven nuestras empresas.

Este informe propone un amplio grupo de propuestas que van desde la legislación laboral, fiscal, transporte, etc. Estas medidas pretenden buscar un equilibrio entre la vida laboral y personal y garantizar un salario mínimo y justo para los trabajadores, al tiempo que se busca evitar las prácticas laborales abusivas como la creación por parte de muchas empresas de los falsos autónomos o los desplazamientos de trabajadores a otros países con condiciones de contratación, también, abusivas.

Este es un informe importante porque afecta a amplios aspectos de la esfera laboral y personal. No podemos permitir que las condiciones laborales sigan deteriorándose y quedarnos impasibles ante ello. Este informe es un paso al frente y un compromiso fuerte del Parlamento Europeo y por ello he votado a favor.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση η οποία ζητά να δοθεί ένα τέλος στις πρακτικές κοινωνικού ντάμπινγκ και να εξασφαλιστεί ότι όλοι οι εργαζόμενοι στην Ευρώπη απολαμβάνουν υψηλά επίπεδα κοινωνικής προστασίας και δικαιωμάτων.

Τα φαινόμενα αθέμιτου οικονομικού και κοινωνικού ανταγωνισμού αποτελούν εμπόδιο στη διατήρηση μιας υψηλού επιπέδου κοινωνικής προστασίας στην Ευρώπη. Συγκεκριμένα, η όξυνση του ανταγωνισμού μεταξύ των επιχειρήσεων αναγκάζει τις επιχειρήσεις να μειώνουν τις δαπάνες που συνδέονται με το κόστος εργασίας. Η κατάσταση αυτή έχει ως αποτέλεσμα την αποδυνάμωση των κοινωνικών προτύπων που ισχύουν στα επιμέρους κράτη μέλη της Ένωσης και τη σταδιακή υποβάθμιση του συνόλου των δικαιωμάτων από τα οποία μπορούν να επωφελούνται οι Ευρωπαίοι μισθωτοί.

Επομένως, είναι απαραίτητη η προστασία των εργαζομένων από όλη την Ευρώπη ενάντια στην εκμετάλλευση, τις διακρίσεις, την αδήλωτη εργασία και άλλες μορφές κοινωνικού ντάμπινγκ λόγω της έλλειψης επαρκούς εργατικής νομοθεσίας σε ευρωπαϊκό επίπεδο.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding, own-initiative report. Social dumping is of course a huge problem with cheap labour being brought over from other countries by companies to undercut wages and avoid employing local workers. It also covers issues like companies finding cheaper alternatives elsewhere and moving operations abroad. However this report went on to call for more EU action, legislation, monitoring of legislation and data collection. On top of that there isn't an official legal definition of 'social dumping' in EU law, so this report is about an issue the EU can't even define properly. The EU can never tackle social dumping as the free movement of people is the perfect enabler for it to occur. Also the EU's Posted Workers Directive actually enables employers to bring cheap labour over to undercut the local community. The only way to stop social dumping is to leave the EU and get back control of immigration.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Mi congratulo per il lavoro e l'apporto dato a questo testo. Noi tutti, a prescindere dalle appartenenze politiche e considerando che uno dei principi fondamentali delle politiche dell'UE è la coesione sociale, dobbiamo sviluppare norme e strumenti che sfavoriscano e contrastino lo sviluppo di una concorrenza sleale.

Alojz Peterle (PPE), *in writing*. – I voted for the report that sets a common definition of social dumping, as it was necessary to address the lack of a shared definition that has led to misunderstandings and misperceptions in debates across the EU Member States. Hence, the adopted report is of key importance to combat cases of abuse and circumvention of the existing European or national rules. I anticipate better enforcement of existing rules; more strengthened and efficient cooperation between national competent authorities as well as the identification and elimination of existing legal loopholes, which should all result in fairer conditions for workers.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podupirem Prijedlog odbora za zapošljavanje i socijalna pitanja o socijalnom dampingu u zemljama EU-a. Razvoj tržišta i konkurencija koja utječe na poslodavce dovodi do smanjenja cijene proizvoda i usluga. Da bi preživjeli i pokrili troškove, poslodavci su primorani smanjiti cijenu rada zaposlenicima, a to se ne smije dopustiti.

Za sve građane EU-a vrijedi važno načelo, to je pravo na jednaku plaću i socijalnu zaštitu. Ne smijemo dopustiti podcjenjivanje radne snage jer je ljudski kapital nezamjenjiv resurs i vrijedan suprotstavljanja ovom nemilosrdnom tržištu. Posebno se zalažem za neradnu nedjelju u svim članicama EU-a, poštivanje radnog vremena i odmora.

Ne podupirem iskorištavanje radne snage pa posebnu pažnju treba posvetiti onim sektorima gdje je to najviše izraženo poput cestovnog, zračnog i pomorskog prometa. Potrebne su veće kontrole i inspekcije u suzbijanju bilo kakve nepoštene i nelojalne prakse što se tiče radničkih prava. Pozivam sve zemlje članice na suradnju po ovome pitanju.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – L'objectif annoncé de ce rapport est de combler les lacunes législatives et réglementaires qui favorisent le développement de la concurrence déloyale actuelle au sein du marché intérieur. Pour cela la solution est simple: plus d'Europe!

Les solutions proposées vont du renforcement des contrôles et des inspections (avec la création d'une agence européenne d'inspection du travail) à l'enregistrement des prestations de travail sur un «document numérique unique» (là encore, à l'échelle européenne), en passant par la révision de la directive «travailleurs détachés» et par une meilleure coordination des systèmes de sécurité sociale (y lire «très bientôt: une sécurité sociale européenne»). Tout cela dans le but d'atteindre la «nécessaire […] convergence sociale dans l'Union européenne». À noter, la question de la révision de la directive «travailleurs détachés» est survolée car elle fera l'objet d'un rapport séparé. Dans l'ensemble, même s'il est pavé de bonnes intentions, il n'en reste pas moins européiste au possible et tellement rempli de bons sentiments qu'il en perd toute crédibilité.

Je vote donc contre ce texte et soutient la proposition alternative formulée par mes collègues du groupe ENF, bien plus respectueuse de la souveraineté des États et donc de la démocratie et de la protection sociale.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – La mancanza di un vero equilibrio tra libertà economica e diritti sociali ha reso possibile il moltiplicarsi di pratiche abusive e di competizione sociale sleale, che contraddicono i principi su cui si fonda il mercato interno europeo e che innescano una «corsa al ribasso» generalizzata delle tutele sociali. Tutto ciò rischia di intaccare seriamente l'alto livello di protezione sociale che ha storicamente caratterizzato i paesi europei e, di conseguenza, sta minando la fiducia dei cittadini nei confronti dell'Unione europea, sempre più percepita come un'entità che indebolisce gli individui e le comunità, invece di proteggerli e rafforzarli. È in questo contesto che proliferano movimenti populisti e tendenze protezionistiche che, lungi dal proporre effettive risposte al problema, rischiano di aggravarlo.

Il gruppo S&D è più che consapevole della gravità del problema e questa relazione è la chiara espressione del nostro impegno nella lotta contro le pratiche di dumping sociale. È di fondamentale importanza che il Parlamento europeo assuma una posizione decisa e faccia sentire la sua voce per la costruzione di un'Europa più sociale, un'Europa che di conseguenza riesca a meritarsi e a guadagnarsi il sostegno di tutti i suoi cittadini. Per questi motivi ho sostenuto questa relazione.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Veća konkurencija među kompanijama najčešće rezultira smanjenjem troškova povezanih s troškovima rada. Time se narušavaju prava radnika i smanjuju financijska sredstva potrebna za osiguravanje socijalne zaštite. Stoga sam podržao izvješće zastupnika Balasa, jer poziva na osiguravanje ravnopravnih uvjeta rada i tržišnog natjecanja te jačanje borbe protiv kršenja socijalnih prava radnika.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Sociální dumping je fenoménem, který je úzce spjat se zvyšujícím se konkurenčním prostředím. Jednotlivé hospodářské subjekty se snaží co nejvíce snížit své výdaje spojené s náklady na pracovní sílu a uchylují se k praktikám nekalé soutěže. To je pro mě jako sociálního demokrata nepřijatelné. Je třeba nastavit dotčeným subjektům mantinely jejich chování. Nelze tolerovat činy, které záměrně poškozují práva pracovníků a oslabují sociální normy. Z těchto závažných důvodů vítám přijatou zprávu o sociálním dumpingu v Evropské unii, jež sebou přináší důležitá opatření v boji proti těmto nekalým praktikám. Toto ustanovení mezi jinými předkládá definici sociálního dumpingu, vyzývá k posílení kontrol a inspekcí a vybízí k vytvoření právního rámce pro ochranu pečovatelů a pracovníků v cizích domácnostech. Zároveň je klíčové, aby EU a členské státy posílily vzájemnou spolupráci, pokud jde o výměnu informací týkajících se sociálního zabezpečení vysílaných pracovníků za účelem lepšího prosazování stávajících právních předpisů.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie to porusza kwestie takie jak rola inspekcji pracy czy równe wynagrodzenie za taką samą pracę w tym samym miejscu pracy. Ma na celu ogólne zdefiniowane pojęcia „dumpingu socjalnego", zwłaszcza w sektorze transportu. Sprawozdanie ma ponadto na celu przedstawienie szerokiego zakresu zaleceń dotyczących polityki w celu wspierania lepszej konwergencji społecznej na szczeblu unijnym.

Od początku jest wiele istotnych zastrzeżeń do projektu tekstu i złożono wiele poprawek mających na celu dostosowanie tekstu w taki sposób, aby był on zgodny z zasadą pomocniczości i proporcjonalności. Można wspierać działania mające na celu ochronę wszystkich pracowników oraz zapewnienie im dostępu do uczciwych warunków pracy, nie można jednak wspierać działań służących podważeniu kompetencji państw członkowskich. Jest to szczególnie istotne w kwestii ustalania wynagrodzeń, ubezpieczenia społecznego, systemów podatkowych oraz konkretnych reform rynków pracy. Niniejszym nie mogłem poprzeć sprawozdania.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport, qui s'inscrit dans la dynamique de construction d'une Europe sociale. L'Europe ne pourra être forte que si les États membres s'inscrivent dans une démarche d'harmonisation sociale. Ce texte porte précisément sur le dumping social dans l'Union européenne, pratique qui pénalise fortement le marché intérieur. Certaines entreprises européennes réduisent leurs coûts de manière illégale, ce qui entraîne de la discrimination et une concurrence déloyale s'installant au sein même de l'Union européenne. Surtout, ce sont les travailleurs qui sont les principales victimes de ces abus, leurs conditions de travail étant souvent difficiles à contrôler et à vérifier. Les autorités nationales sont donc invitées à coopérer davantage pour lutter contre ces pratiques et, à titre d'exemple, les sociétés dites «boîte aux lettres» (responsables d'infractions au droit social européen) doivent être clairement identifiées pour être sanctionnées.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Não obstante constituir um dos blocos normativos mais ambiciosos em matéria de direitos sociais, o ordenamento jurídico europeu não esgota o leque de competências neste domínio, devendo ser, outrossim, respaldado pelas ordens jurídicas dos Estados-Membros.

A discrepância no exercício das competências dos Estados-Membros em matéria de consagração e de proteção dos direitos sociais conduz, todavia, a uma assimetria no projeto europeu, que, apesar de dispor de um mercado interno praticamente concluído, apresenta um catálogo de direitos sociais heterogéneo.

Ora, é sabido que essa distonia contribui para a criação de entorses ao princípio da concorrência entre as empresas e à promoção de uma economia social de mercado, criando incentivos à redução das despesas associadas ao custo do trabalho e enfraquecendo, assim, as normas sociais vigentes na União.

Consequentemente, o relator recomenda o aumento do controlo e das inspeções às condições de trabalho, a nível nacional e europeu, sugerindo ainda a criação de um documento digital único, que agregue os direitos sociais de todos os trabalhadores europeus, e o combate às «empresas de fachada».

Pugnando pela correção da referida assimetria entre liberdades económicas e direitos sociais, voto a favor do presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding, own-initiative report. Social dumping is of course a huge problem with cheap labour being brought over from other countries by companies to undercut wages and avoid employing local workers. It also covers issues like companies finding cheaper alternatives elsewhere and moving operations abroad. However this report went on to call for more EU action, legislation, monitoring of legislation and data collection. On top of that there isn't an official legal definition of 'social dumping' in EU law, so this report is about an issue the EU can't even define properly. The EU can never tackle social dumping as the free movement of people is the perfect enabler for it to occur. Also the EU's Posted Workers Directive actually enables employers to bring cheap labour over to undercut the local community. The only way to stop social dumping is to leave the EU and get back control of immigration.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Tendo em conta que a Europa foi definida como um espaço democrático, com bom desempenho económico e uma proteção social de alto nível, este relatório salienta que foi dada uma maior prioridade à construção e ao reforço do mercado interno.

O relator sublinha que os direitos sociais não foram objeto de uma harmonização semelhante e que foi acordado que os Estados-Membros continuariam a ser competentes em matéria social.

Igualmente, observa um paradoxo que encoraja a concorrência entre empresas, embora os trabalhadores europeus não tenham as mesmas obrigações, nem os mesmos direitos sociais, insistindo nas repercussões políticas desta assimetria entre liberdades económicas e direitos sociais.

Na sequência desta situação, o relator propõe, em primeiro lugar, um aumento dos controlos e das inspeções, modernizar o registo das prestações de trabalho, bem como a necessidade de criar um documento digital único de que constem os direitos sociais de todos os trabalhadores europeus e, por último, uma lista europeia das sociedades que tenham cometido infrações graves.

Finalmente, o relator apela à criação de um protocolo social que garanta o primado dos direitos sociais sobre as liberdades económicas e recomenda a fixação de limites mínimos salariais.

Face ao exposto, votei a favor deste relatório.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Na UE, os direitos sociais ainda não foram objeto de uma harmonização, tendo sido acordado que os Estados-Membros continuariam a ser competentes em matéria social.

De facto, existe uma assimetria entre a realidade de um mercado interno praticamente concluído e direitos sociais muito heterogéneos. Este paradoxo encoraja a concorrência entre empresas, embora os trabalhadores europeus não tenham as mesmas obrigações, nem os mesmos direitos sociais.

Há várias medidas que podem colmatar as lacunas legislativas e regulamentares que favorecem o «dumping social»: um aumento dos controlos e das inspeções, tanto a nível nacional, como a nível europeu, em aplicação da legislação existente (os meios humanos e financeiros devem ser reforçados); a criação de um documento digital único de que constem os direitos sociais de todos os trabalhadores europeus; o combate às «empresas de fachada», nomeadamente através da imposição de novas obrigações em matéria de endereços oficiais; a criação de uma lista europeia das sociedades que tenham cometido infrações graves, tais como o recurso ao trabalho não declarado; a adoção de medidas urgentes no setor dos transportes, que constituem frequentemente verdadeiras zonas de não-direito social; a criação de um protocolo social que garanta o primado dos direitos sociais sobre as liberdades económicas e a fixação de limites mínimos salariais.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La lucha contra el dumping social, que podría ser definido como la carrera a la baja en estándares sociolaborales y salariales dentro de la Unión, es una prioridad del Grupo Socialista ya desde la pasada legislatura, puesto que da lugar al abuso de los trabajadores y erosiona los sistemas nacionales de protección social.

Con este informe los socialistas hemos querido mejorar los controles y las inspecciones laborales en la Unión, aumentar las sanciones para las empresas que no respetan las reglas, mejorar la cooperación entre autoridades nacionales para mejorar la lucha contra el fraude a la Seguridad Social, el falso autoempleo y las empresas ficticias. También pedimos a la Comisión la creación de una Agencia Europa del Transporte por carretera, y la revisión de la Directiva de desplazamiento de trabajadores.

En definitiva, he votado a favor de este informe porque constituye un enorme paso adelante en la convergencia social al alza en la Unión y en la lucha por equiparar los derechos sociales a las libertades económicas. Sólo si garantizamos el principio de igual salario por igual trabajo y el de competencia leal, podremos realmente proteger a los trabajadores y a las pymes, que son el verdadero motor para crear empleo en la Unión.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Aujourd'hui était voté un rapport consacré au dumping social en Europe.

Fruit d'un compromis, il n'est pas parfait, mais je l'ai soutenu, car il a le mérite de produire une définition du dumping social (qui, pour certains, n'existe pas…) et de proposer des mesures concrètes visant à empêcher la concurrence déloyale.

Un premier pas positif en attendant la reprise des discussions consacrées à la révision de la directive relative au détachement des travailleurs. Dossier épineux, mais très important, mené par la Commissaire Marianne Thyssen, qui fait face à une opposition farouche venue d'Europe centrale et de l'Est.

La protection des droits sociaux et des droits identiques en Europe n'est pas encore une réalité, mais toute initiative allant en ce sens doit être encouragée.

Virginie Rozière (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de Guillaume Balas sur le dumping social dans l'Union européenne. Avec ce rapport, le Parlement européen relaie la demande des citoyens européens en faveur d'une Europe sociale. Ce rapport formule des propositions concrètes afin de lutter contre le dumping social, telle que la mise en place d'une liste noire des entreprises responsables de graves violations de la législation sur le travail (y compris les sociétés «boites aux lettres») et temporairement exclues d'accès à la commande publique et aux fonds de l'UE. Il érige en priorité la lutte pour l'égalité hommes-femmes en exhortant la Commission à prendre des mesures pour venir en aide aux femmes affectées par le dumping social. Ce rapport pose également les premiers jalons d'une convergence sociale «vers le haut» en recommandant l'instauration d'un seuil de 60 % du salaire moyen national comme référence pour la fixation du salaire minimum dans les États membres. En proposant de remédier aux distorsions de concurrence dans le marché intérieur et de rehausser le niveau de protection des travailleurs, il peut contribuer à redonner confiance aux citoyens dans le projet européen.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O presente relatório vem chamar a atenção para a dicotomia existente entre o que representam as chamadas «liberdades económicas» e o que representam os chamados «direitos sociais», alertando para o facto de a mesma conduzir habitualmente a práticas abusivas, concorrência social desleal e subversão da economia social de mercado, com o subsequente incentivo ao protecionismo dos Estados-Membros e a tomada de decisões unilaterais no domínio social.

Não obstante, certo é que já existe uma maior consciência e preocupação por parte das autoridades europeias relativamente a esta problemática, de luta contra o denominado «dumping social».

Nesse sentido, sou favorável à necessidade de limar algumas arestas legislativas e regulamentares que podem levar ao fomento da concorrência desleal no seio do mercado interno, bem como à revisão da Diretiva sobre o destacamento dos trabalhadores e dos regulamentos sobre coordenação dos sistemas de segurança social.

Apesar da controvérsia de algumas propostas relativas à harmonização de políticas sociais a nível europeu e à introdução de mecanismos estabilizadores, foi possível chegar a soluções de compromisso entre os diversos grupos políticos para alcançar um relatório equilibrado, que obteve o meu voto favorável.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui dresse un bilan et propose des pistes pour lutter contre le dumping social au sein de l'Union.

La multiplication des pratiques abusives et le recours croissant au dumping social nuisent à la compétitivité des entreprises, notamment des PME, affaiblissent la confiance dans l'intégration européenne mais, surtout, portent atteinte aux droits des travailleurs européens.

Cette situation ne peut plus durer! L'Europe doit lutter contre le dumping social.

Ce texte appelle à un renforcement des contrôles et à une plus grande coordination entre et par les États membres. L'amélioration de la coopération transfrontalière entre les services d'inspection, ou encore l'élaboration d'une liste des entreprises à l'échelle européenne pratiquant le dumping social sont des mesures qui permettront de lutter efficacement contre les pratiques abusives et qui offriront une plus grande protection pour nos entreprises victimes de distorsions du marché.

L'Europe doit être plus sociale et protéger les entreprises et les travailleurs contre les pratiques déloyales au sein même de son marché intérieur. Dans cette optique, ce rapport appelle à la mise en place d'un pilier de droits sociaux afin de permettre une convergence sociale vers le haut et la protection des travailleurs.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, porque es un informe progresista que denuncia la competencia económica y social injusta que conllevan las prácticas de dumping social. El dumping promueve una reducción de los costes laborales y conlleva una menor protección social de los trabajadores, ello a su vez supone una merma de los recursos disponibles del Estado para proteger a sus propios ciudadanos. El informe propone una armonización de los derechos sociales e incluye medidas positivas como el fortalecimiento de la inspección de trabajo a nivel nacional y la creación de un organismo a nivel de la Unión para combatir las prácticas abusivas; el desarrollo de un documento único digital que garantice los derechos sociales de todos los trabajadores; la obligación de que las empresas tengan una dirección oficial para combatir la existencia de compañías fantasma; una revisión de la Directiva de trabajadores desplazados para garantizar la competencia leal, con especial énfasis en el sector del transporte y la adopción de un protocolo social asegurando el predominio de los derechos sociales sobre las libertades económicas, así como, la introducción de salario mínimo que se pueden extender a nivel de la Unión en algunos sectores.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe mich bei dem Bericht zu Sozialdumping in Europa enthalten, da ich es zwar wichtig finde, Sozialdumping zu bekämpfen, aber in diesem Bericht viele Bereiche berührt waren, die nichts mit Sozialdumping zu tun haben und eigentlich in anderen Berichten des Parlaments parallel behandelt werden oder es bald werden.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Dokud budou v Evropské unii existovat obrovské mzdové rozdíly mezi členskými státy, budeme se stále potýkat s konkurenčním prostředím, které bude na těchto rozdílech stavět. I z tohoto důvodu je tak obtížné shodnout se na definici tzv. sociálního dumpingu napříč Evropou. S tím se zcela nevyrovnala ani tato zpráva, která jinak popisuje řadu nepřijatelných praktik vůči zaměstnancům. V prvé řadě se ovšem jedná o zásadní problém ekonomické a sociální konvergence. Měli bychom se tedy zejména věnovat podstatě tohoto problému, spíše než poukazovat a snažit se řešit jeden z jeho symptomů. Realitou je bohužel zneužívání slabší ekonomické situace lidí v různých částech Evropy. Těchto praktik se dopouštějí nejen firmy na fiktivních adresách, ale i někteří renomovaní zaměstnavatelé z ekonomicky silnějších států, jak ukázalo například svědectví řidičů kamionů, které se uskutečnilo před časem zde, v Evropském parlamentu.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe no sólo se posiciona con claridad sobre un problema, el del dumping social, que la derecha y otras instituciones europeas se niegan incluso a nombrar, sino que exige medidas con las que estoy muy de acuerdo: la mejor implementación de las regulaciones laborales existentes, el refuerzo de sanciones e inspecciones y la extensión de responsabilidad a la cadena de subcontratas, la coordinación de los sistemas de seguridad social, la igualdad de derechos entre trabajadores y trabajadoras en un mismo lugar etc.

Veo con escepticismo que la arquitectura constitucional de los tratados, especialmente cuando la Unión no se plantea integrarse en la Carta Social Europea o, incluso, en la CEDH, permita superar la actual subordinación de las normas laborales a las «libertades de mercado» que utilizan los grandes grupos para forzar a los trabajadores a competir entre sí y, en este sentido, considero insuficientes propuestas como la del «Pilar Social» o la actual reforma de la directiva de trabajadores desplazados que agradan al ponente. Pese a ello, considerándolo un paso en la buena dirección, he votado a favor.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today the European Parliament Labour Party (EPLP) voted in favour of an important report to fight social dumping (the race to the bottom on social rights and wages) in Europe. The EPLP has long been calling for a revision of the Posting of Workers Directive to fight social dumping effectively and ensure fair competition. We need to codify the principle of equal pay for equal work in the same place.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Vítam úsilie o snahu zlepšiť postavenie pracovníkov a zabezpečiť rovnaké možnosti prístupu na trh práce. Zároveň je však potrebné prihliadať na osobitosti pracovných trhov jednotlivých členských štátov a rešpektovať, že politika sociálneho zabezpečenia spadá pod kompetencie členských štátov, a preto som sa pri hlasovaní zdržal.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Silné záruky ochrany práv vyslaných pracovníkov a prevencie pred sociálnym dampingom sú stanovené v smernici o vysielaní pracovníkov (96/71/ES) z roku 1996, ktorá predstavuje základný súbor povinných pravidiel týkajúcich sa podmienok zamestnania, ktoré sa musia zaručiť pracovníkom vyslaným pracovať do iného členského štátu. Mrzí ma, že „sociálny damping" nemá právne uznávané a spoločné vymedzenie, a aj preto sa v praxi často stretávame s nekalými praktikami a situáciami, ktoré umožňujú rozvoj nekalej hospodárskej súťaže. Podporila som uznesenie, lebo očakávam, že reformou smernice sa odstránia nedostatky sociálneho dampingu, ktoré prispievajú k odlišným riešeniam jednotlivých štátov a sú v rozpore so základnými slobodami jednotného trhu. Reformu smernice považujem za dôležitú aj preto, že návrhom sa vytvorí právny rámec pre vysielanie pracovníkov, ktorý bude jasný, spravodlivý a ktorý sa bude dať ľahšie presadzovať. Verím, že v záujme dosiahnutia pevnej a trvalej konkurencieschopnosti vo všetkých členských štátoch nebude vysielanie pracovníkov zdrojom sociálneho dampingu, ale bude uľahčovať vysielanie pracovníkov v prostredí spravodlivejšej súťaže a dodržiavania práv pracovníkov, ktorí sú zamestnaní v jednom členskom štáte a ktorých zamestnávateľ dočasne vyslal pracovať do iného členského štátu.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Socialni damping je trenutno največja težava, ki jo povzročajo namerne izkoriščevalske prakse. Gre za številne primere zlorabe evropske in nacionalnih zakonodaj s ciljem pridobiti koristi na račun katerega izmed sistemov socialnega zavarovanja.

Komisija in države članice morajo na tem področju stopnjevati svoje ukrepanje, zagotoviti delujoč nadzor in boljšo izmenjavo informacij med državami članicami. Poročilo socialni damping povezuje z neprijavljenim delom, prikritimi delovnimi razmerji in primeri zlorab napotitve v druge države članice, hkrati pa opisuje široko polje izkoriščevalskih praks, ki se pojavljajo v razmerju do nacionalnih zakonodaj in evropskih pravil. Sektorji, ki so najbolj „pod udarom", so kmetijstvo, gradbeništvo, strežba, transport, zdravstvo in podobno.

Države članice morajo prav zaradi zlorab, ki se v tem primeru dogajajo na prostoru več držav hkrati, okrepiti sodelovanje in organizirati svoje inšpekcijske organe tako, da bodo ti v takih primerih tesno sodelovali med seboj.

Posebna pozornost je namenjena tudi podjetjem, ki so poštni nabiralniki in služijo le namenu izrabljanja določenih razlik med socialnimi sistemi držav članic z dolgoročno škodo za zaposlene. Posebno poglavje je namenjeno tudi transportu, kjer se tovrstne prakse pojavljajo v največji meri.

Menim, da je potrebno takšne izkoriščevalske prakse na račun naših socialnih sistemov in zaposlenih preprečiti, zato sem glasoval za.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht fordert weitreichende Regulierungen, um „Soziales Dumping" europaweit zu verhindern. ALFA unterstützt angemessene Arbeits- und Sicherheitsbedingungen für alle Arbeitnehmer. Der Bericht geht aber in vielen Bereichen deutlich zu weit und fordert eine vollumfassende Ausweitung des Sozialstaats. So wird beispielsweise ein Mindestlohn von 60 % des Durchschnittseinkommens gefordert. Darüber hinaus fordert der Bericht die Kommission dazu auf, arbeitsmarktregulatorisch über ein bedingungsloses Grundeinkommen nachzudenken. Aus diesen Gründen kann ich dem Bericht nicht zustimmen.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Akékoľvek snahy o zavedenie jednotnej európskej minimálnej mzdy považujem za neprijateľné. Išlo by o vážny zásah do výhradných právomocí členských štátov a deformáciu slobodnej súťaže s nevyhnutným následkom v podobe kolapsu domácich firiem, najmä malých a stredných.

Helga Stevens (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA ijvert met overtuiging voor het aanpakken van sociale dumping. Een eerlijker Europese arbeidsmarkt is simpelweg een must. Toch kan de N-VA dit verslag jammer genoeg niet steunen omdat het een verkeerde aanpak hanteert. Zo wordt resoluut gekozen voor een eurofederalistische koers met meer Europese wetgeving, en dit op punten waar EU-optreden wenselijk noch legitiem is. Verdere punten van bezwaar voor de N-VA zijn bijvoorbeeld het geheel afwijzen van flexibele arbeidsovereenkomsten, het stigmatiseren van robotica en artificiële intelligentie als grote veroorzakers van banenverlies, het afkeuren van eenpersoonsvennootschappen, enz.

De N-VA onthield zich daarom bij de stemming over dit verslag. Zij koos er echter bewust voor niet tegen te stemmen om het signaal te geven dat de strijd tegen sociale dumping voor de N-VA primordiaal is. Deze strijd moet volgens de N-VA gevoerd worden door middel van bijvoorbeeld het principe van gelijk loon voor gelijk werk op dezelfde plaats, het inkorten van de detacheringsduur tot maximaal 6 maanden en het betalen van socialezekerheidsbijdragen in het werkland.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Prihvaćam Izvješće o socijalnom dampingu u Europskoj uniji jer smatram da je time ugroženo jedno od glavnih načela politike EU-a, a to je socijalna kohezija. Potrebno je stalno i trajno usklađivanje plaća i zajamčena socijalna zaštita za sve radnike. Neprijavljeni rad i lažno samozapošljavanje mogu prouzročiti narušavanja tržišnog natjecanja koja dovode do dugoročne štete za sustave socijalne sigurnosti.

Radni uvjeti koji štite fizičko i mentalno zdravlje temeljno je pravo svih radnika. Važno je spomenuti da i dalje postoji razlika u plaćama između žena i muškaraca što je nedopustivo. Socijalni damping može samo još više produbiti razliku u novčanim primanjima između muškaraca i žena te ostaviti starije žene u većoj opasnosti od siromaštva.

Socijalni damping, bio on fiskalan ili ekološki u suprotnosti je s europskim vrijednostima. Također smatram da socijalni damping ugrožava zaštitu prava građana EU-a, a zaštita prava i slobodno kretanja osoba je ključno za sam europski projekt.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Das EP beklagt sich über Wettbewerbsverzerrungen durch Sozialdumping. Doch die EU ist Wettbewerbsverzerrung, weil der Wettbewerb durch einen gemeinsamen Binnenmarkt mit einer gemeinsamen Währung zwischen völlig unterschiedlichen Volkswirtschaften abgeschafft wurde. Vergessen wir nicht: das eigentliche Ziel der Gründerväter der EU war die Abschaffung des Nationalstaats durch eine zentralstaatliche paneuropäische politische Union. Der Binnenmarkt war dazu nur ein erster Schritt. Durch „flankierende politische Maßnahmen" des Binnenmarkts wird die politische Union vorangetrieben. Dazu gehören die hier ausgedrückten Forderungen zur Bekämpfung des „Sozialdumpings". Dabei stellt das EP selbst fest, dass es keine Definition von „Sozialdumping" gibt, aber dass das „Sozialdumping" durch politische Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene bekämpft werden muss. Deswegen lehne ich diese Entschließung ab. Die AfD steht dafür, dass die Arbeitswelt es allen Bürgern ermöglichen soll, ein selbstbestimmtes Leben in relativem Wohlstand zu führen. Weil dieser Anspruch mit den Zielen der Wirtschaft nicht unbedingt deckungsgleich ist, muss der Staat einen angemessenen Ordnungsrahmen schaffen. Dieser Rahmen darf diejenigen nicht zu sehr einschränken, die viel leisten können und wollen, und gleichzeitig diejenigen nicht aus dem Rahmen fallen lassen, die nicht in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen. Die politische Gestaltung der Bedingungen des Erwerbslebens und aller Systeme, die den Erwerbslosen ausreichende Existenzbedingungen gewährleisten, gehört daher zu den bedeutungsvollsten Politikfeldern moderner Staatlichkeit.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Neprijavljeni rad i lažno samozapošljavanje narušavaju tržišno natjecanje što čini štetu sustavu socijalne sigurnosti, ali doprinosi rastu broja nesigurnih radnih mjesta i narušava razinu zaštite radnika. Povećanje zaposlenosti među ženama ključni je cilj Europske unije po pitanju socijalnog dampinga.

To također uključuje i poboljšanje položaja žena na tržištu rada i ukidanje razlika među spolovima. Bitno je spomenuti i razliku u plaćama između muškaraca i žena koja je još uvijek prisutna, što u konačnici dovodi i do razlika u mirovinama. Trgovina ljudima, osobito ženama, koja postoji i među državama EU-a često se povezuje s lažnim ugovorom o radu.

Podržavam izvješće o socijalnom dampingu jer smatram da su smjernice navedene u njemu kvalitetne, te će omogućiti jaču kontrolu i koordinaciju država članica, kao i riješiti regulatorne nedostatke radi provođenja nacionalnog i europskog radnog i socijalnog zakona.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o socialnem dampingu v Evropski uniji. Na socialnem področju Evropska unija še ni dosegla popolne uskladitve, zato potrebujemo poenotenje tistih politik, kjer je to mogoče.

V zadnjih letih smo priča vedno pogostejšemu socialnemu dampingu, ki negativno vpliva na konkurenčnost podjetij. Je pa na področju socialnega dampinga še vedno veliko nejasnosti in zmede, saj še vedno nimamo jasne in splošno sprejete opredelitve.

Kot nadomestna članica Odbora za promet in turizem podpiram mnenje odbora, naj države članice začnejo v celoti, učinkovito in nediskriminatorno izvajati vso socialno zakonodajo, ki velja za prometni sektor, in naj povečajo število dejanskih nadzorov, zlasti kar zadeva čas vožnje in počitka.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Hlasoval jsem dnes proti zprávě o sociálním dumpingu v EU, protože se domnívám, že je velice nebezpečné vést debatu o pojmu, jehož definice v právním řádu EU neexistuje a jehož výklad dosud užívaný účastníky různých diskusních fór je velmi proměnlivý. Pokud navíc tento pojem může sloužit jako záminka k omezování základních svobod, na kterých je založen společný trh, je třeba tento koncept odmítnout. Volný pohyb osob, služeb, zboží a kapitálu je jasně upraven právem EU a jakékoli jeho zpochybňování je kontraproduktivní a vede pouze k rozbití společného trhu, nikoli k jeho dalšímu rozvoji.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Υπερψηφίσαμε την έκθεση παρόλο που θεωρούμε πως θα μπορούσε να είχε περισσότερα θετικά στοιχεία. Η υπερψήφιση έκθεσης με αυτό τον τίτλο αποτέλεσε πολιτική πράξη, γιατί πλέον το ίδιο το Κοινοβούλιο αποδέχεται την ύπαρξη επισφάλειας στην απασχόληση, και τη διάλυση των εργασιακών σχέσεων. Έχουμε ξεκάθαρες θέσεις ενάντια στη διάλυση του κοινωνικού ιστού ως αποτέλεσμα των νεοφιλελεύθερων πολιτικών που επιβάλλουν το σύμφωνο σταθερότητας και το ευρωπαϊκό εξάμηνο. Στην έκθεση έγινε μια πρώτη προσπάθεια για τον ορισμό του κοινωνικού ντάμπιγκ, τον οποίο προσπάθησαν να απορρίψουν οι συντηρητικές και νεοφιλελεύθερες δυνάμεις στο κοινοβούλιο. Για εμάς είναι ξεκάθαρο πως η επισφάλεια στην εργασία, η μείωση των εργαζομένων που καλύπτονται από συλλογικές συμβάσεις, η αύξηση των συμβολαίων μειωμένης διάρκειας, η φτωχοποίηση των εργαζομένων και η χρόνια ανεργία κυρίως των νέων είναι κοινωνικό ντάμπιγκ. Έστω και αν δεν αναφέρονται αυτά στην έκθεση, έγινε μια σημαντική πρώτη προσπάθεια, την οποία θα συνεχίσουμε στο Κοινοβούλιο.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Υπάρχουν εκατοντάδες νόμοι, νομολογίες και οδηγίες σε επίπεδο ΕΕ που αφορούν στην εργασία, την απασχόληση, την ασφάλιση, την κοινωνική συνοχή, τη διασφάλιση της υγείας των εργαζομένων και την προστασία αυτών από τις άτυπες και ελαστικές μορφές απασχόλησης. Στην χώρα μου βρίσκουν εφαρμογή όλα όσα η συγκεκριμένη έκθεση προσπαθεί να καταπολεμήσει και ακόμα περισσότερα. Θα πρότεινα, ως γνήσιος πραγματιστής, αντί αυτής της έκθεσης να προχωρήσουμε στην ψήφιση 2 απλών νόμων:

Έναν νόμο που να καθιστά υποχρεωτική την εφαρμογή των εργασιακών νόμων από όλους, δηλαδή θεσμούς, κράτη μέλη και κοινωνικούς εταίρους και έναν δεύτερο που να καταργεί εκείνους τους νόμους που είναι ανεφάρμοστοι στην πράξη.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Annak érdekében, hogy néppárti alelnöki tisztségemből fakadó kötelezettségem miatt ne kerüljek önellentmondásba, azokban az esetekben, amikor a névszerinti, gombnyomásos szavazások során a frakció másképpen szavaz, mint a magyar képviselők, akkor közvetlenül nem veszek részt a szavazásban. Vagyis nem nyomom meg a szavazógombot, de feltett kézzel jelzem a néppárti frakciónak a korábban közösen eldöntött szavazási álláspontot. Jelen esetben is így jártam el.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést, mert számomra személy szerint is fontos területtel kapcsolatban fogalmaz meg helyes megállapításokat. Az előadó megállapítja, hogy a második világháborút követően a békére és jólétre irányuló törekvéseken túlmenően „Európát" megalkotói olyan demokratikus térségként határozták meg, ahol a sikeres gazdaság mellett magas szintű szociális védelmet is biztosítanak. A valóságban azonban az, hogy míg a gazdasági elemek tekintetében nagy lépéseket tettünk, addig – a Szerződésben és egyes irányelvekben megfogalmazott néhány elvtől eltekintve – a szociális területtel kapcsolatos hatáskör a tagállamoknál maradt. Osztom azt a megállapítást, mely szerint a megvalósuló belső piac és a rendkívül heterogén szociális jogok között a gyakorlatban aszimmetria áll fenn.

Úgy gondolom, hogy a szociális rendszer fejlettsége és a gazdasági fejlettség között fordított elv érvényesül, amelyet sokan eltévesztenek: azok a tagállamok sikeresek gazdaságilag, amelyek minőségi szociális rendszert tartanak fenn (és nem fordítva). Egyetértek azzal, hogy egy aszimmetrikus rendszerben verseny alakul ki a vállalatok között, amely az Európán belüli magas szintű szociális védelem fenntartását is akadályozza (ti. a gazdasági szereplők közötti kiélezett verseny a kiadások csökkentésére ösztönzi a vállalatokat). Sajnálatos módon a nemek közötti bérszakadékot a szociális dömping még jobban terheli. Úgy vélem, hogy az Európai Szocialisták Pártja által egy évtizede megálmodott európai minimálbér kedvező hatással lenne a szociális jogokra!

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Najlepszą gwarancją rozwoju gospodarki oraz ochrony przed kryzysem jest zdrowy i uczciwy rynek generujący popyt wewnętrzny. My jednak od lat nie potrafimy stworzyć w ramach Unii Europejskiej w pełni zintegrowanego jednolitego rynku. Zamiast tego mnożymy obciążające przedsiębiorców przepisy, które niszczą unijną konkurencję.

W sprawozdaniu dotyczącym dumpingu socjalnego znalazło się wiele niebezpiecznych zapisów, które, jeśli zostaną wprowadzone w życie, mogą stać się gwoździem do trumny dla unijnej przedsiębiorczości i konkurencyjności.

Sprzeciw budzić może już samo wykorzystanie niejasnego pojęcia dumpingu socjalnego jako pretekstu do wprowadzenia przez rosnącą liczbę państw członkowskich środków o charakterze protekcjonistycznym. Również na poziomie UE mnożone są propozycje rozwiązań mających rzekomo służyć konwergencji socjalnej – w szczególności należy zwrócić uwagę na projekt zmiany dyrektywy w sprawie delegowania pracowników oraz zapowiedzi budowy europejskiego filaru praw socjalnych.

W moim przekonaniu konwergencja socjalna powinna być procesem naturalnym związanym z wyrównywaniem różnic w rozwoju gospodarczym państw członkowskich i nie powinna być osiągana poprzez odgórne narzucanie ujednolicony standardów socjalnych. Co więcej, takie kroki są niezgodne z traktatową zasadą podziału kompetencji i zasadą subsydiarności.

W związku z tym zdecydowałem się zagłosować przeciwko sprawozdaniu Parlamentu i wierzę, że zarówno Komisja Europejska, jak i Rada podejmą działania wspierające unijnych obywateli i przedsiębiorców, a nie im szkodzące.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Äänestin päätöslauselmaa vastaan. Tässä päätöslauselmaehdotuksessa ylitettiin monelta osin EU:n toimivalta. Hyvänä huomiona tästä asiakirjasta nostan esille kabotaasiliikennettä koskevan kohdan, jossa tehtiin oikea linjaus sääntelyn yhtenäistämiseksi. Katsoin kuitenkin, että kokonaisuutena päätöslauselmassa oli liian monta ongelmallista kohtaa, että olisin voinut äänestää sen puolesta.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – Increased competition between economic operators has at times led to a race to the bottom as regards social conditions for European workers. The proliferation of abusive practices and unfair social competition is constantly weakening the principle of the internal market and ultimately undermines the construction of the European project. Moreover, in trying to defend their own market, some Member States have introduced protectionist measures which have further distorted the market.

To respond to all these issues, the present report has aimed to bring some clarity with regard to the practice of social dumping, with the final aim of ensuring social rights in a harmonious manner across Europe. It calls for control and inspections to be strengthened, at both national and EU level, and calls for the establishment of a legal framework for the protection of all European workers.

In the field of transport, a key achievement is the request for the creation of a European Road Agency, a body which could ensure the coordination of all transport policies, including social aspects, between national authorities and EU institutions.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport de mon collègue Balas. Le rapporteur a souhaité faire des propositions concrètes, le plus souvent portées par des employeurs, des salariés, ou des experts en la matière. Il a insisté sur la prégnance des sujets sociaux notamment celui de la concurrence sociale déloyale chez nos concitoyens européens. Il souligne ainsi l'importance d'une parole forte et entendue du Parlement Européen contribuant à construire une Europe plus sociale et donc plus soutenue par nos peuples.

Regrettons toutefois la volonté du PPE de vider quelque peu le texte de son essence!

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – In order to create the EU internal market, it was necessary to bring together a group of countries that are socially, economically and politically diverse. While it is essential that we ensure a level playing field, fair competition and fair working conditions across this internal market by harmonising the rules when necessary, I do not believe that imposing certain conditions that are not adapted to the specific dynamics and traditions of each Member State will benefit our economy as a whole, as the report advocates. This is particularly true for many of the small businesses across the EU, for whom the imposition of certain inadequate demands could truly damage their competitiveness. This is why I voted against this report, in addition to the fact the practices it describes do not reflect my understanding of social dumping.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – Après plusieurs mois de travaux et de négociations intenses pour pousser la droite du Parlement européen dans ses retranchements, l'adoption à une large majorité du rapport de mon collègue socialiste français Guillaume Balas est une magnifique victoire.

Ce rapport d'initiative est un signal envoyé à la Commission européenne, qui peine à formuler des propositions ambitieuses pour lutter contre le dumping social. Le Parlement européen a fait la démonstration qu'une majorité de ses membres soutenait une convergence sociale accrue. Les citoyens européens l'attendent depuis trop longtemps. Aujourd'hui, la responsabilité incombe à la Commission et aux États membres, qui ne pourront ignorer cet élan.

Demain, si la Commission transformait l'essai, on veillerait notamment à ce que les entreprises établies dans l'Union aient une véritable activité, une liste noire des entreprises responsables de graves violations de la législation sociale du travail serait mise en place, un salaire minimum serait instauré à un seuil de 60 % du salaire moyen national, en matière de détachement des travailleurs la responsabilité conjointe et solidaire sur la chaîne de sous-traitance serait étendue et les déclarations de détachement obligatoirement enregistrées dans un registre européen pour faciliter la consultation et la coordination entre États membres.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Ovo izvješće dotiče se brojnih problema u ostvarenju prava zaposlenika, kao što su uloga inspekcije rada, potreba za jednakom plaćom za jednaki rad na istom mjestu, ravnopravni uvjeti na istom radnom mjestu ili poštivanje radnog vremena.

Kao i moje kolege iz grupe ECR, uvijek ću podržati nastojanja da su svi radnici maksimalno zaštićeni te da svi imaju pravo na poštene uvjete rada, no ne mogu podržati nešto što potkopava nadležnost država članica. To je posebno važno u pogledu određivanja plaća, socijalne sigurnosti, poreznog sustava i specifične reforme tržišta rada.

ECR-ov izvjestitelj iz sjene konstruktivno je radio u pregovorima, osobito s izvjestiteljima iz sjene EPP-a i ALDE-a, kako bi ovo izvješće što više približio ECR-ovim stavovima. Nažalost, prijedlozi ECR-a nisu naišli na odobravanje S&D-ovog izvjestitelja, zbog čega neću podržati ovo izvješće o socijalnom dampingu u Europskoj uniji.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o socialnem dampingu v EU sem podprla, ker lahko neprijavljeno delo in navidezno samozaposlovanje izkrivljata konkurenco, vodita v prekarna delovna mesta ter vplivata na vse slabše varstvo delavcev in na splošno kakovost delovnih mest.

V EU imamo na eni strani prost pretok ljudi, ki lahko potujejo in delajo kjerkoli v Uniji in v različnih oblikah zaposlitve. Na drugi strani imamo podjetja, ki nastopajo na enotnem trgu in so postavljena v položaj, kjer morajo zagotoviti konkurenčnost. Prav tako imamo znotraj Evropske unije države, ki ne morejo zagotoviti enakega nivoja socialnih pravic, ker njihov proračun tega ne prenese.

Ločiti moramo med izkoriščanjem zaposlenih, na katerih nekateri delodajalci kujejo dobičke zaradi svoje lastne požrešnosti po večjih dobičkih, in med zagotavljanjem enakega dohodka in enakega socialnega položaja. Zavedati se moramo, da socialne pravice stanejo in tega mnogi nočejo videti. Odgovor, kako bi lahko zagotovili enak socialni položaj, bi bil enostaven, če bi obstajal enoten evropski vir, iz katerega bi se socialne pravice financirale. Dokler temu ne bo tako, bomo še naprej soočeni s tem, da bodo socialne pravice znotraj Evropske unije različne.

Podjetjem moramo pomagati in naše predloge oblikovati tako, da bomo vzpostavili okolje, kjer bodo razlike čim manjše.

Yana Toom (ALDE), *in writing*. – The commitment of the Commission to establish a pillar of social rights is welcomed. Social, especially wage disparities between Eastern, Western and Southern parts of the EU are deplorable. Therefore I fully support the recommendation of the report regarding the establishment of wage floors in the form of a national minimum wage and the objective of attaining at least 60% of the respective national average wage.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, porque es un informe progresista que denuncia la competencia económica y social injusta que conllevan las prácticas de dumping social. El dumping promueve una reducción de los costes laborales y conlleva una menor protección social de los trabajadores, ello a su vez supone una merma de los recursos disponibles del Estado para proteger a sus propios ciudadanos. El informe propone una armonización de los derechos sociales e incluye medidas positivas como el fortalecimiento de la inspección de trabajo a nivel nacional y la creación de un organismo a nivel de la Unión para combatir las prácticas abusivas; el desarrollo de un documento único digital que garantice los derechos sociales de todos los trabajadores; la obligación de que las empresas tengan una dirección oficial para combatir la existencia de compañías fantasma; una revisión de la Directiva de trabajadores desplazados para garantizar la competencia leal, con especial énfasis en el sector del transporte y la adopción de un protocolo social asegurando el predominio de los derechos sociales sobre las libertades económicas, así como, la introducción de salario mínimo que se pueden extender a nivel de la Unión en algunos sectores.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht fordert weitreichende Regulierungen, um „Soziales Dumping" europaweit zu verhindern. ALFA unterstützt angemessene Arbeits- und Sicherheitsbedingungen für alle Arbeitnehmer. Der Bericht geht aber in vielen Bereichen deutlich zu weit und fordert eine vollumfassende Ausweitung des Sozialstaats. So wird beispielsweise ein Mindestlohn von 60 % des Durchschnittseinkommens gefordert. Darüber hinaus fordert der Bericht die Kommission dazu auf, arbeitsmarktregulatorisch über ein bedingungsloses Grundeinkommen nachzudenken. Aus diesen Gründen kann ich dem Bericht nicht zustimmen.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – In these times of social and economic crisis, is more important than ever that the EU fights against the social dumping that is undermining the standards of our workers. Freedom of labour should not be misused as this will create a backlash against the EU.

Minimum wages have to be protected and strengthened, as well as decent working and salary conditions. Without them, the EU will just join a race to the bottom in labour standards. This is why I will vote in favour of this report.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – La lutte contre le dumping social est l'une des grandes promesses faites par Jean-Claude Juncker. La compétence sociale reste cependant l'une des compétences exclusives des États membres, c'est pourquoi il existe aujourd'hui de grandes différences entre les droits sociaux et les obligations sociales des pays.

Selon le rapporteur, cette asymétrie est un obstacle à l'harmonisation des conditions de vie et de travail dans l'UE et conduit à l'affaiblissement des standards sociaux. L'objectif annoncé de ce rapport est de combler les lacunes législatives et réglementaires qui favorisent le développement de la concurrence déloyale actuelle au sein du marché intérieur.

Les solutions proposées vont du renforcement des contrôles et des inspections en passant par la révision de la directive «travailleurs détachés» et par une meilleure coordination des systèmes de sécurité sociale. Même si il est pavé de bonnes intentions, ce texte n'en reste pas moins européiste au possible, et tellement rempli de bons sentiments qu'il en perd toute crédibilité.

Le groupe ENF a présenté une résolution alternative insistant sur l'échec du marché intérieur et demandant à ce que la Commission cesse toute tentative de coordonner les mécanismes nationaux de fixation des salaires. Nous demandons également qu'elle permette aux États membres de combattre le phénomène des agences d'intérim étrangères.

J'ai voté contre ce rapport.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Proponowana rezolucja dotyczy regulacji praw socjalnych w krajach Unii Europejskiej. Istotne postulaty, takie jak ochrona pracowników na rynku pracy czy niedyskryminacja, są warte rozpatrzenia, jednak projekt zakłada nadmierną ingerencję podmiotów wyższego szczebla UE w wewnętrzne regulacje państw członkowskich. Powinno się podać w wątpliwość propozycję ujednolicania wysokości wynagrodzenia, systemu podatkowego, ubezpieczeń społecznych, które są indywidualnymi decyzjami rządów znających specyfikę krajowych rynków pracy. W głosowaniu wyraziłem sprzeciw wobec przyjęcia powyższego projektu rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az uniós politikák egyik legfőbb elve a szociális kohézió, amely minden – helyi vagy utazó – munkavállaló bérének és a számukra biztosított társadalombiztosítási védelemnek a folyamatos és állandó közelítését jelenti. A munkavállalók elsősorban a bérkülönbségek miatt hagyják el hazájukat. Ezzel együtt a végszavazásnál a frakció álláspontját támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, porque es un informe progresista que denuncia la competencia económica y social injusta que conllevan las prácticas de dumping social. El dumping promueve una reducción de los costes laborales y conlleva una menor protección social de los trabajadores, ello a su vez supone una merma de los recursos disponibles del Estado para proteger a sus propios ciudadanos. El informe propone una armonización de los derechos sociales e incluye medidas positivas como el fortalecimiento de la inspección de trabajo a nivel nacional y la creación de un organismo a nivel de la Unión para combatir las prácticas abusivas; el desarrollo de un documento único digital que garantice los derechos sociales de todos los trabajadores; la obligación de que las empresas tengan una dirección oficial para combatir la existencia de compañías fantasma; una revisión de la Directiva de trabajadores desplazados para garantizar la competencia leal, con especial énfasis en el sector del transporte y la adopción de un protocolo social asegurando el predominio de los derechos sociales sobre las libertades económicas, así como, la introducción de salario mínimo que se pueden extender a nivel de la Unión en algunos sectores.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – Voted for. The title of the report is hiding the biggest problem in situations of intentionally abusive practices and circumvention of existing labour and social legislation. These practices are leading to the exploitation of workers and the violation of their rights. The Commission and Member States need to step up their efforts to ensure the proper implementation of European and national legislation in this field and improve the effectiveness of controls, including by a better exchange of information and by improving cooperation between national labour and social control bodies in cross-border situations.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Raginu Komisiją koordinuoti ir stiprinti nacionalinių valdžios institucijų bendradarbiavimą kelių transporto teisės aktų klausimais, be kita ko, keičiantis informacija, ir dėl kitų veiksmų, kuriais siekiama remti teisės aktų įgyvendinimą ir užtikrinti operatoriams vienodas veiklos sąlygas. Teigiamai vertinu tai, kad savo veiklą pradėjo Europos kovos su nedeklaruojamu darbu platforma, ir tikslus, kuriuos ji nustatė siekdama stiprinti bendradarbiavimą nedeklaruojamo darbo prevencijos ir atgrasymo nuo jo srityje.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – La lucha contra el dumping social, que podría ser definido como la carrera a la baja en estándares sociolaborales y salariales dentro de la Unión, es una prioridad del Grupo Socialista ya desde la pasada legislatura, puesto que da lugar al abuso de los trabajadores y erosiona los sistemas nacionales de protección social.

Con este informe los socialistas hemos querido mejorar los controles y las inspecciones laborales en la Unión, aumentar las sanciones para las empresas que no respetan las reglas, mejorar la cooperación entre autoridades nacionales para mejorar la lucha contra el fraude a la Seguridad Social, el falso autoempleo y las empresas ficticias. También pedimos a la Comisión la creación de una Agencia Europa del Transporte por carretera, y la revisión de la Directiva de desplazamiento de trabajadores.

En definitiva, he votado a favor de este informe porque constituye un enorme paso adelante en la convergencia social al alza en la Unión y en la lucha por equiparar los derechos sociales a las libertades económicas. Sólo si garantizamos el principio de igual salario por igual trabajo y el de competencia leal, podremos realmente proteger a los trabajadores y a las pymes, que son el verdadero motor para crear empleo en la Unión.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – Today the EPLP voted in favour of an important report to fight social dumping (the race to the bottom on social rights and wages) in Europe.

The European Parliament Labour Party has long been calling for a revision of the Posting of Workers Directive to fight social dumping effectively and ensure fair competition. We need to codify the principle of 'equal pay for equal work in the same place'.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Het verslag over sociale dumping in de EU schiet op vele vlakken te kort. Ik stemde samen met mijn fractie tegen.

Paavo Väyrynen (ALDE), *kirjallinen*. – Vastustin sosiaalisesta polkumyynnistä Euroopan unionissa laaditun mietinnön hyväksymistä. Mietintö puuttuu kokonaisuudessaan laajalti jäsenvaltioiden itsemääräämisoikeuksien piiriin ja käyttää perusteluissaan paikoin yksinkertaistettuja ja jopa virheellisiä näkökantoja. Niin ikään pohjaesityksessä vaadittiin koko talous- ja rahaliiton kestävyyden vahvistamista, jota en voi kannattaa. Lisäksi mietinnössä tartutaan kabotaasiliikenteen rajoittamista koskeviin sääntöihin ja ehdotetaan niiden purkamista. Nämä eivät ole Suomen tai valtaosankaan EU-maiden näkökulmasta katsottuna tervetulleita uudistuksia. Myös ALDE-ryhmä äänesti koko mietinnön hylkäämisen puolesta.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport, adopté à une très large majorité du Parlement européen, constitue une belle avancée dans cette Union européenne minée par le dumping social, la concurrence entre les salariés des différents États et la régression des droits sociaux. Il lie dumping social et fiscal, met en avant la charte sociale européenne et se prononce notamment pour une convergence sociale par le haut, l'objectif d'un salaire minimum dans chaque pays basé a minima sur 60 % du salaire moyen, des règles enfin contraignantes et des contrôles enfin effectifs pour lutter contre l'exploitation des travailleuses et des travailleurs détaché(e)s, des sanctions dissuasives à l'égard des entreprises responsables de graves violations de la législation sociale et notamment de celle relative aux travailleurs détachés, l'égalité de salaire entre travailleurs nationaux et travailleurs détachés en situation similaire. Même si c'est un rapport sans portée législative, c'est, sinon une bonne nouvelle, au moins un point d'appui. «Maintenant, il ne reste plus qu'à le mettre en œuvre!», comme l'a très bien dit le rapporteur.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório pretende combater o «*dumping* social» na UE. Este fenómeno é relevante, nomeadamente perante as políticas de austeridade, que promoveram a precarização laboral, o desemprego, o aumento da pobreza e da exclusão, o que facilita a diminuição dos direitos laborais e civis.

O relatório enfatiza a necessidade do reforço da inspeção, até a nível da cooperação transfronteiriça, como forma de combater o «*dumping* social».

Juntando esse reforço de meios e efetivos à referência feita ao reforço da contratação e da negociação coletivas, à recuperação de direitos sociais (inclusivamente de rendimento assegurado) e à promoção do trabalho com direitos e à limitação do destacamento de trabalhadores, entende-se que o relatório tem muitos pontos positivos, contrários a existência do «*dumping*».

As preocupações com a «verdade» do mercado único de pessoas e bens, na senda de o defender e promover, vão, no entanto, em sentido contrário ao que se exigia neste contexto.

Não há bondade no mercado único. Esta incoerência de princípios justifica a abstenção neste documento, que seria desejável que afirmasse uma rotura com as causas do «*dumping*» social no contexto da UE.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht setzt sich mit Sozialdumping und seinen Folgen auseinander. Zudem fordert er die Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit, die wiederum Wettbewerbsverzerrungen verursacht. Außerdem sollen Unternehmen, welche gegen arbeits- und sozialrechtliche Vorschriften verstoßen, in einem Register geführt werden. Da das Durchsetzen eines europaweiten gleichen Wettbewerbs entscheidend ist, habe ich dem Bericht zugestimmt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sul dumping sociale nell'Unione europea. Questa relazione si è resa necessaria vista la forte asimmetria all'interno dell'Unione europea tra libertà economiche e diritti sociali, che ha alimentato un sentimento che indebolisce sia i singoli individui che la collettività, anziché garantire la protezione della sua popolazione. Il moltiplicarsi delle pratiche abusive e l'esercizio di una concorrenza sociale sleale indeboliscono l'adesione al principio del mercato interno e affievoliscono la fiducia nella costruzione europea.

Tali fenomeni sono un incentivo a ripieghi protezionistici degli Stati membri e ad adottare decisioni unilaterali in materia sociale. Questa relazione nasce in seguito a numerose audizioni di esperti, imprenditori e rappresentanti dei lavoratori dipendenti e propone delle misure volte a colmare le carenze legislative e regolamentari che favoriscono lo sviluppo della concorrenza sleale attualmente presente nel mercato interno.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – The EPLP voted in favour of an important report to fight social dumping (the race to the bottom on social rights and wages) in Europe, sending a strong message to the Commission and Member States. With the adoption of this report, supported by all British Trade Unions, the Socialists and Democrats have won an important battle to protect workers from all over Europe against the exploitation, discrimination and abuse they suffer at the hands of unscrupulous companies and due to the lack of adequate labour legislation at a European level. The European Parliamentary Labour Party has long been calling for a revision of the Posting of Workers Directive to fight social dumping effectively and ensure fair competition.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Parliamentary resolution because I recognise that social dumping is an important issue in the EU that needs to be addressed. Especially in the transport sector action needs to be taken. The Commission has already indicated that it is working on this. Setting up a European Road and Transport Agency can help in this regard. I agree that it is very important that fair competition is guaranteed. In order to ensure this, both fraud and tax evasion need to be combated. With regard to the enforcement of adherence to current legislation, I welcome specific measures mentioned in this resolution. The use of technology will play a strong role herein. Member States' authorities should focus more on an exchange of information on the posting of workers and the companies involved in this. However, we should avoid the misuse of the term 'social dumping' for protectionist purposes.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat împotriva adoptării raportului referitor la dumpingul social în UE pentru că sunt profund convins de importanța celor patru libertăți fundamentale ale pieței comune și necesitatea evitării discriminărilor de orice fel atunci când ne referim la viitorul acestor libertăți.

Raportul face confuzii grave între noțiuni cum ar fi munca la negru, libertatea de mișcare a lucrătorilor, libertatea de mișcare a serviciilor și abuzează de noțiunea de dumping social, folosind acest termen vag și insuficient definit pentru a justifica potențiale consecințe nefaste pentru cetățenii unor state membre ale UE.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie porusza kwestie roli inspekcji pracy oraz równego wynagrodzenia za taką samą pracę w tym samym miejscu pracy. Jego celem jest również zdefiniowane pojęcia „dumpingu socjalnego", zwłaszcza w sektorze transportu. Istnieje wiele istotnych zastrzeżeń do tekstu sprawozdania, którego zapisy nie są zgodne z zasadą pomocniczości i proporcjonalności. Propozycja Komisji Europejskiej dotycząca zwalczania dumpingu socjalnego jest niezgodna z zasadami rynku wewnętrznego, gdyż nakłada nieproporcjonalne obciążenia dla przedsiębiorców delegujących pracowników i może mieć długofalowe, negatywne skutki.

Należy wspierać działania mające na celu ochronę wszystkich pracowników oraz zapewnienie im dostępu do uczciwych warunków pracy, jednak nie mogę wspierać działań służących podważeniu kompetencji państw członkowskich. Jest to szczególnie istotne w kwestii ustalania wynagrodzeń, ubezpieczenia społecznego, systemów podatkowych oraz konkretnych reform rynków pracy.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – Informe articulado sobre tres ejes: reforzar los controles y la coordinación por los Estados miembros y entre ellos; eliminar las carencias legislativas para garantizar el cumplimiento de la legislación social y laboral, asegurando el principio de igualdad de trato y no discriminación; y lograr una convergencia social ascendente.

Las negociaciones han sido difíciles y sensibles pero se ha llegado a un acuerdo con varios compromisos, aunque haya habido votos separados.

Respecto al primer eje, España comparte la necesidad de llevar a cabo todas las medidas necesarias para combatir el fraude y dumping social, reforzando las inspecciones de trabajo. Apoyamos la creación de una plataforma europea de lucha contra el fraude y la economía sumergida y nos sumamos a las acciones de intercambio de información entre los Estados miembros; además ya se ha traspuesto la Directiva 96/71/CE sobre trabajadores desplazados.

En relación con el segundo eje, está en línea con el principio de igualdad de trato y no discriminación que se protege en España.

El tercer bloque está siendo abordado en el seno de la UE en diferentes comités. En general, apoyo el contenido del informe, teniendo en cuenta las competencias nacionales, por lo que voto a favor.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς*. – Η έκθεση αντιμετωπίζει την παραβίαση της εργατικής νομοθεσίας και την καταπάτηση των εργατικών δικαιωμάτων ως «στρέβλωση» του καπιταλιστικού ανταγωνισμού Γι' αυτό και χρησιμοποιεί τον όρο «ντάμπινγκ» που είναι καθιερωμένος να ορίζει τις επιθετικές οικονομικές πολιτικές μονοπωλιακών ομίλων απέναντι σε ανταγωνιστές τους. Η ΕΕ και οι κυβερνήσεις αντιμετωπίζουν τα εργατικά δικαιώματα όχι από τη σκοπιά των αναγκών των εργαζομένων, αλλά από τη σκοπιά των συμφερόντων των επιχειρήσεων και του μονοπωλιακού ανταγωνισμού. Προωθούν έτσι τον ψεύτικο διαχωρισμό ανάμεσα σε «καλές» επιχειρήσεις που σέβονται δήθεν τα εργατικά δικαιώματα και «κακές» που τα καταπατούν, καλώντας τους εργάτες να στοιχηθούν πίσω από τους «καλούς» κεφαλαιοκράτες, για να μην μειωθεί η ανταγωνιστικότητα των πρώτων. Οι όποιες επισημάνσεις για παραβιάσεις του εργατικού δικαίου (ψευδής αυτοαπασχόληση, αδήλωτη εργασία, μη καταβολή ασφαλιστικών εισφορών) καταλήγουν να υπηρετούν ανταγωνιστικά συμφέροντα επιχειρήσεων. Έτσι εκφράζεται το λεγόμενο «κοινωνικό μοντέλο» της ΕΕ, το «κοινοτικό κεκτημένο», το οποίο η συγκυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ ισχυρίζεται ότι αποτελεί «ασπίδα προστασίας» των εργαζομένων. Η εργατική τάξη στη χώρα μας και στα άλλα κράτη μέλη της ΕΕ έχει ήδη πικρή πείρα. Γι' αυτό, πρέπει να αντιμετωπίσουν αποφασιστικά την πολιτική εξαπάτησής τους, οργανώνοντας την πάλη τους ενάντια στον πραγματικό αντίπαλο, τα μονοπώλια και τις ενώσεις τους, διεκδικώντας την εξουσία και την ιδιοκτησία του πλούτου που παράγουν.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Tuto zprávu jsem se rozhodl nepodpořit. Jedná se o iniciativní zprávu Parlamentu obsahující řadu opatření, která nejsou dle mého názoru realizovatelná v praxi. Pokud chceme skutečně pomoci reálné situaci na trhu práce, měli bychom se podívat na skutečné potřeby, a nikoliv vytvářet další nesmyslná nařízení. Kromě toho také nesouhlasím s podobou definice sociálního dumpingu, která se ve zprávě objevuje. Evropská unie by měla podporovat především konkurenceschopnost a svobodu podnikání. To jsou podle mě řešení, která by trhu práce pomohla.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Správa o sociálnom dumpingu v Európskej únii vznikla z vlastnej iniciatívy poslancov a má vyjadrovať názor Európskeho parlamentu na tému sociálneho dumpingu ešte v predstihu pred novými legislatívnymi návrhmi Európskej komisie. Správa sa dotýka rôznych tém, napríklad inšpektorátov práce, princípu rovnakej odmeny za rovnakú prácu a zároveň sa snaží definovať sociálny dumping (najmä v oblasti dopravy). Bohužiaľ však mnohé časti tejto správy zasahujú do princípu subsidiarity a proporcionality, a keďže sa tento problém počas hlasovania o správe nepodarilo odstrániť, rozhodla som sa hlasovať proti nej.

Kosma Złotowski (ECR), *na piśmie*. – Problem nieprzestrzegania praw pracowniczych jest dzisiaj jednym z najszerzej dyskutowanych w UE. Rosnąca popularność elastycznych form świadczenia pracy czy zmuszanie pracowników do samozatrudnienia, zwłaszcza w kontekście transgranicznym, sprzyja powstawaniu patologii i nieprzestrzeganiu przez pracodawców obowiązujących przepisów dotyczących ubezpieczenia społecznego czy czasu pracy.

Czym innym jest jednak krytykowanie i faktyczne zwalczanie tego typu nadużyć, a czym innym próba zaliczenia do tych praktyk obiektywnych różnic ekonomicznych, jakie występują między państwami członkowskimi. Pojęcie „dumpingu socjalnego", które jest przedmiotem tego sprawozdania, jest niezwykle nieprecyzyjne i nie powinno być używane w tej dyskusji. Traktowanie dysproporcji między wysokością płacy minimalnej czy świadczeń społecznych w Polsce i w Niemczech jako formy nieuczciwej konkurencji to nieporozumienie. Taka interpretacja, którą to sprawozdanie niestety pośrednio wspiera, jest niezwykle niebezpieczna m.in. dla polskich firm delegujących swoich pracowników do świadczenia usług w całej UE oraz dla firm transportowych, które już padły jej ofiarą w wyniku niezwykle restrykcyjnych przepisów o płacy minimalnej obowiązujących we Francji i Niemczech.

Zgadzam się z intencjami autorów tego sprawozdania, o ile były one szczere, że godne zarobki i odpowiednie warunki pracy są czymś niepodlegającym dyskusji, a prawa pracowników muszą być chronione i egzekwowane. Uważam jednak, że w tym kształcie to sprawozdanie jest nie do zaakceptowania, dlatego głosowałem przeciw jego przyjęciu przez Parlament Europejski.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Balas por considerar que é fundamental que o Parlamento Europeu tenha uma voz mais forte afirmando-se para construir uma Europa mais justa para que todos os trabalhadores europeus possam estar abrangidos pelos mesmos níveis de proteção social.

Apesar de algumas tentativas de enfraquecimento deste relatório, sublinho a ação do grupo socialista europeu que logrou incluir a necessidade de garantir condições de concorrência equitativas e leais em toda a UE para eliminar o *dumping* social.

Destaco neste contexto, a definição de *dumping* social apresentada no relatório que, embora reconheça a falta de definição juridicamente reconhecida e universalmente aceite de *dumping* social, constata que o conceito abrange uma vasta gama de práticas intencionalmente abusivas que permitem o desenvolvimento de uma concorrência desleal pela minimização ilegal dos custos do trabalho e de funcionamento e geram violações nos direitos e a exploração dos trabalhadores.

Sublinho ainda o apelo à Comissão Europeia para que formule uma recomendação para os 28 Estados-Membros que ratificaram a Convenção 81 da OIT sobre a inspeção do trabalho, a fim de garantir o respeito das normas laborais e a proteção dos trabalhadores, incluindo disposições em matéria de tempo de trabalho, segurança e saúde.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. – I diritti e le tutele sociali dei lavoratori all'interno dell'UE variano da Stato a Stato creando una situazione di concorrenza sleale tra le imprese europee.

In tale contesto vengono a ridursi anche le protezioni sociali e i diritti dei lavoratori. La competizione esacerbata tra operatori economici porta a ridurre le spese associate al costo del lavoro, con un conseguente peggioramento dei diritti di cui possono avvalersi i lavoratori dipendenti europei.

La relazione raccomanda una serie di misure il cui obiettivo è quello di colmare le carenze legislative e regolamentari che favoriscono lo sviluppo della concorrenza sleale attualmente presente nel mercato interno. Si intende con questo documento arginare quella che è una grossa contraddizione del mercato interno.

Si chiede l'aumento, sia a livello europeo che nazionale, dei controlli e delle ispezioni derivanti dall'applicazione della legislazione vigente. In tal senso si sollecita un rafforzamento delle risorse umane e finanziarie messe a disposizione delle autorità competenti incaricate di far rispettare le norme.

Si vuole rafforzare tale lotta proponendo anche la creazione di una lista nera europea delle società colpevoli di gravi infrazioni quali il ricorso al lavoro sommerso. Questa è una battaglia che condivido e pertanto ho dato il mio voto favorevole alla relazione.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za poročilo o socialnem dampingu v Evropski uniji.

Koncept socialnega dampinga zajema številne primere namerno škodljive prakse in zlorabe veljavne evropske in nacionalne zakonodaje, to pa povzroča nepravično konkurenco zaradi nezakonitega zniževanja stroškov dela in operativnih stroškov ter vodi v kršitve pravic delavcev in v njihovo izkoriščanje.

Strinjam se, da je bistveno, da se v vsej EU zagotovijo enaki konkurenčni pogoji in lojalna konkurenca ter se odpravi socialni damping.

Menim, da imajo inšpektorati za delo ter sindikati ključno vlogo pri krepitvi pravic delavcev in opredeljevanju dostojne plače v skladu s predpisi. Zato je potrebno, da države članice povečajo učinkovitost in zagotovijo ustrezne človeške in druge vire za svoje nadzorne organe, vključno s socialnimi in/ali delovnimi inšpektorati, agencijami in uradi za zvezo.

10.9. Delegierte Verordnung der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIP) (B8-0974/2016)

Explicații scrise privind votul

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Ritengo fuorviante per gli investitori eliminare il rischio di credito dal calcolo della categorizzazione del rischio di prodotti assicurativi, in quanto le informazioni per i consumatori in materia di prodotti di investimento dovrebbero essere pienamente confrontabili al fine di promuovere condizioni di parità nel mercato.

Pertanto, visto che l'atto delegato adottato dalla Commissione contiene lacune nella metodologia di calcolo dei futuri scenari di rendimento e non soddisfa pertanto il requisito a norma del regolamento (UE) n. 1286/2014 di fornire informazioni che siano «accurate, corrette, chiare e non fuorvianti», vi è il rischio di un contrasto con lo spirito e lo scopo della legislazione, che è quello di fornire informazioni chiare, comparabili, comprensibili e non ingannevoli sui PRIIP agli investitori al dettaglio.

La presente relazione chiede perciò che tale regolamento delegato non entri in vigore, chiedendo allo stesso tempo alla Commissione di presentarne uno nuovo atto delegato che tenga conto dei rischi di cui sopra. Per questi motivi ho espresso voto favorevole.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. – Regulatory Technical Standards laid before the Parliament by the Commission include a provision that we have learnt will result in misleading information about future performance being published in investment prospectuses.

The Parliament seeks to correct this by objecting to the delegated legislation but, because in doing so the Commission is called upon to act, we cannot vote in favour of either the oral amendment, or the resolution as a whole, nor can we vote against them because doing so would approve delegated legislation (and moreover that legislation would knowingly mislead investors). Accordingly, UKIP abstained.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of the motion and in favour of the oral amendment. My colleague Matt Carthy is a member of the PRIIPs negotiating team. The file is on Packaged Retail Insurance-based Investment Products and relates to level 2 regulatory technical standards (RTS) developed by the Commission to impose disclosure requirements on costs, risk and future performance scenarios on the banks and financial institutions that market these products to retail investors.

While we want to see it implemented as quickly as possible there are problems with the RTS as they currently stand, particularly in relation to the calculation of future performance (the results are overly optimistic). In the interests of consumer protection we support the revision of the RTSs which will require an objection from Parliament.

For practical reasons I supported the oral amendment, which 'Calls on the Commission to consider a proposal postponing the application date of Regulation (EU) No 1286/2014 without changing any other provision of level 1 in order to ensure a smooth implementation of the requirements set out in the Regulation and the delegated regulation, and avoid the application of level 1 without RTS being in force in advance'.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, dans lequel le groupe socialiste a joué un rôle clé. Nous ferons tout notre possible pour parvenir à un accord sur les règles relatives à l'information des investisseurs non professionnels parce qu'une telle information est essentielle dans le contexte actuel. Les RTS doivent être modifiés de sorte que les émetteurs de produits d'investissement soient obligés de jouer cartes sur table et reconnaissent enfin tous les risques qu'ils prennent en vendant à des investisseurs non professionnels. Le règlement doit entrer en vigueur le 1er janvier 2017.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η παρούσα ψηφοφορία αφορά την εξέλιξη του κατ' εξουσιοδότηση κανονισμού της Επιτροπής για τη συμπλήρωση του κανονισμού (ΕΕ) αριθ. 1286/2014 σχετικά με τα έγγραφα βασικών πληροφοριών που αφορούν συσκευασμένα επενδυτικά προϊόντα για ιδιώτες επενδυτές και επενδυτικά προϊόντα βασιζόμενα σε ασφάλιση (PRIIP). Η προστασία των ιδιωτών επενδυτών μέσω της καλύτερης ενημέρωσης σχετικά με τα επενδυτικά προϊόντα αποτελεί ένα από τους βασικούς στόχους της ομάδας μετά την κρίση του 2008. Για τον λόγο αυτό και υπερψήφισα τον παρόντα κανονισμό και ως Ομάδα των Σοσιαλιστών και Δημοκρατών του ΕΚ κάναμε ό, τι είναι δυνατόν για να καταλήξουμε σε συμφωνία σχετικά με τους κανόνες για την ενημέρωση των μη επαγγελματιών επενδυτών. Ο κανονισμός θα πρέπει να τεθεί σε ισχύ την 1η Ιανουαρίου του 2017, όπως έχει προγραμματιστεί με ένα βελτιωμένο περιεχόμενο.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le règlement (UE) nº 1286/2014 oblige les initiateurs de produits d'investissement packagés de détail et fondés sur l'assurance (marché qui représente 10 000 milliards d'euros en Europe) à élaborer des «documents d'informations clés» pour ces produits.

Il a été demandé aux autorités européennes de surveillance de mettre au point des normes techniques de réglementation sur la présentation et le contenu des documents d'informations clés.

La Commission a donc présenté, le 30 juin 2016, un acte délégué contenant tous les éléments à présenter dans les documents d'informations clés.

Dès sa publication, l'acte délégué a fait l'objet d'une violente critique de la part de tous les acteurs des marchés financiers et des associations de défense des investisseurs.

Il est reproché à ces nouveaux documents d'informations clés d'être opaques et trompeurs, surtout par rapport à la présentation des performances et de leur calcul.

Par ailleurs, les formules employées sur la plaquette ne sont pas assez réalistes et n'insistent pas assez sur les risques de perte pour l'investisseur, et la présentation des coûts se fait sur des hypothèses trop favorables.

J'ai donc voté favorablement à l'objection présentée, qui demande à la Commission de représenter de nouvelles normes techniques et de décaler l'entrée en application du règlement.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This matter was not the subject of a roll-call vote. In the interests of transparency and democracy, I would therefore like to confirm that I abstained on this resolution.

I could not vote against (because of the potential for misleading information) but neither could I vote in favour (because I oppose the principle of Commission action in this way).

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pasiūlymą dėl 2016 m. birželio 30 d. Komisijos deleguotojo reglamento, kuriuo dėl mažmeninių investicinių produktų paketų ir draudimo principu pagrįstų investicinių produktų (MIPP ir DIP) pagrindinės informacijos dokumentų papildomas techniniais reguliavimo standartais, susijusiais su pagrindinės informacijos dokumentų pateikimu, turiniu, peržiūra ir patikslinimu ir reikalavimo pateikti tokius dokumentus įvykdymo sąlygomis. Labai svarbu, kad vartotojams teikiama informacija apie investicinius produktus būtų palyginama, siekiant sudaryti vienodas sąlygas rinkoje nepriklausomai nuo to, koks finansų tarpininkas juos leidžia ar platina. Taip pat neįtraukus kredito rizikos į draudimo produktų rizikos skirstymo pagal kategorijas skaičiavimus būtų klaidinami investuotojai. Pritariu parlamento prieštaravimui dėl Komisijos deleguotojo reglamento ir raginu Komisiją pateikti naują deleguotą aktą, kuriame būtų atsižvelgta į minėtus susirūpinimą keliančius klausimus.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – Regulatory Technical Standards laid before the Parliament by the Commission include a provision that we have learnt will result in misleading information about future performance being published in investment prospectuses.

The Parliament seeks to correct this by objecting to the delegated legislation but, because in doing so the Commission is called upon to act, we cannot vote in favour of either the oral amendment, or the resolution as a whole, nor can we vote against them because doing so would approve delegated legislation (and moreover that legislation would knowingly mislead investors). Accordingly UKIP abstained.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Nous avons rejeté les propositions de normes techniques que la Commission européenne nous a soumises parce qu'elle n'a pas écouté les demandes de ce Parlement. En revanche, nous voulons réaffirmer notre engagement en faveur d'une protection des investisseurs de détail. En effet, les principales craintes exprimées par l'équipe de négociation du Parlement européen portaient sur le fait que le document d'informations clés ne soit pas destiné, en premier lieu, à informer les investisseurs pour prendre une décision appropriée en matière d'investissement, mais à aider les initiateurs de produits à vendre leurs produits.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione che solleva obiezioni al regolamento delegato della Commissione che integra il regolamento (UE) n. 1286/2014 relativo ai documenti contenenti le informazioni chiave per i prodotti d'investimento al dettaglio e assicurativi preassemblati. I PRIIP costituiscono un mercato dal valore di circa 10.000 miliardi di EUR, per questo motivo occorre che la legislazione in materia sia particolarmente adeguata ad evidenziare i rischi legati a questi prodotti.

L'atto delegato adottato dalla Commissione presenta purtroppo numerose lacune nella definizione della metodologia di calcolo dei futuri scenari di rendimento, non prevedendo la possibilità per alcuni PRIIP, anche nei casi di scenario negativo, di indicare agli investitori le possibili perdite di denaro.

Vista l'inadeguatezza delle misure proposte il Parlamento ha chiesto quindi alla Commissione di proporre nuove norme tecniche di regolamentazione, che i fornitori dovranno soddisfare al fine di garantire una maggiore trasparenza e chiarezza per gli investitori.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la objeción al acto delegado de la Comisión, con lo que se retrasaría la entrada en vigor de la nueva regulación sobre la información que las empresas financieras deben poner a disposición del consumidor cuando venden productos de inversión basados en seguros. La razón es que la propuesta actual incluye un sistema de previsiones de riesgo que ha sido señalado por investigaciones independientes como siendo demasiado optimista, es decir, que tiende a ocultar el riesgo real al consumidor.

Esta regulación es parte de la política de la Comisión de favorecer la Unión de Mercado de Capitales como vía de financiación para empresas y particulares, favoreciendo la titularización de todo tipo de bienes favoreciendo los mercados especulativos.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Dadas las consecuencias que tiene una regulación segura para los usuarios de estos fondos, estamos de acuerdo con solicitar a la Comisión una mejora de su propuesta. Nos jugamos mucho. Estos fondos minoristas consolidan un mercado en el que se mueven 10 billones de euros. Sus usuarios mueven recursos propios básicos para su renta y aspiran mayoritariamente a generar desde ellos ingresos para atender necesidades básicas como la educación o el pago de una hipoteca, por lo que eliminar el cálculo de categorización del riesgo de los productos de seguros es el camino más seguro para inducir a error a los inversores.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Le règlement (UE) nº 1286/2014 (règlement PRIIP) oblige les initiateurs de produits d'investissement packagés de détail et fondés sur l'assurance (PRIIP) (marché qui représente 10 000 milliards d'euros en Europe) à élaborer des «documents d'informations clés» (KID, pour Key Information Documents) pour ces produits avant que ces derniers ne soient mis à la disposition des investisseurs de détail.

Un acte délégué, proposant des normes techniques de réglementation (RTS) sur la présentation et le contenu des KID, a été présenté par la Commission. Très critiquées, ces normes laissent une grande place à la subjectivité. Nous avons voté favorablement à l'objection présentée par Pervenche Berès, demandant à la Commission de représenter de nouvelles normes techniques et de décaler l'entrée en application du règlement. Notons que c'est la première fois dans l'histoire de l'Union européenne que le Parlement européen a rejeté des normes techniques de réglementation (RTS).

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Il testo dell'obiezione è equilibrato e privo di particolari criticità. Ho quindi inteso supportarlo col mio voto.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas prieštarauja Komisijos deleguotajam aktui dėl mažmeninių investicinių produktų paketų ir draudimo principu pagrįstų investicinių produktų pagrindinės informacijos dokumentai. Parlamento nuomone labai svarbu, kad vartotojams teikiama informacija apie investicinius produktus būtų palyginama, siekiant sudaryti vienodas sąlygas rinkoje nepriklausomai nuo to, koks finansų tarpininkas juos leidžia ar platina. Tuo tarpu neįtraukus kredito rizikos į draudimo produktų rizikos skirstymo pagal kategorijas skaičiavimus būtų klaidinami investuotojai. Komisijos priimtas deleguotasis aktas turi trūkumų prognozuojant būsimos veiklos rezultatų scenarijus ir todėl neatitinka Reglamente (ES) Nr. 1286/2014 nustatyto reikalavimo teikti

tikslią, teisingą, aiškią ir neklaidinančią informaciją, ypač dėl to, kad kai kurių MIPP ir DIP atveju net nepalankus scenarijus, taip pat informacija apie produktus, į kuriuos investavus per trumpiausią rekomenduojamą laikotarpį nuolat patiriama nuostolių, neparodo, jog investuotojai gali prarasti pinigus.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport exige que le règlement protège mieux les investisseurs vis-à-vis des vendeurs de produits d'investissement packagés. J'y suis donc favorable.

Je vote pour.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le règlement (UE) nº 1286/2014 contraint les initiateurs de produits d'investissement packagés de détail et fondés sur l'assurance (PRIIP) à élaborer des documents d'informations clés pour ces produits avant que ces derniers ne soient mis à la disposition des investisseurs de détail. Il a été demandé aux autorités européennes de surveillance de mettre au point des normes techniques de réglementation (RTS) sur la présentation et le contenu de ces documents. L'acte délégué présenté par la Commission en juin 2016 contenant tous les éléments à présenter dans les documents d'informations clés a fait l'objet d'une violente critique de la part de tous les acteurs des marchés financiers. Il est reproché à ces nouveaux documents d'informations clés d'être opaques et trompeurs, surtout par rapport à la présentation des performances et de leur calcul. En effet, les performances passées sont supprimées au profit de scénarios de performances futures construits autour de 3 hypothèses (défavorable, modérée, favorable) qui laissent une grande place à la subjectivité. C'est la raison pour laquelle j'ai voté pour l'objection présentée par Pervenche Berès, qui demande à la Commission de représenter de nouvelles normes techniques et de décaler l'entrée en application du règlement.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Este important ca informațiile destinate consumatorilor cu privire la produsele de investiții să fie comparabile, pentru a promova condiții competitive egale pe piață, indiferent de tipul de intermediar financiar care le produce sau le comercializează.

A fost identificată lipsa unor orientări detaliate în regulamentul delegat privind documentele cu informații esențiale referitoare la produsele de investiții individuale structurate și bazate pe asigurări (PRIIP), lacune ce se referă la „alerta de inteligibilitate", fapt ce dă naștere unui grav risc de aplicare incoerentă a acestui element.

Consider că există riscul ca normele stabilite de regulamentul delegat în forma sa nemodificată să intre în contradicție cu spiritul și scopul legislației, care este de a furniza investitorilor individuali informații clare, comparabile și inteligibile, motiv pentru care am votat în favoarea raportului, mai precis în favoarea prezentării de către Comisia Europeană a unui nou act delegat.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Regulamentul delegat al Comisiei din 30 iunie 2016 de completare a Regulamentului (UE) nr. 1286/2014 al Parlamentului European și al Consiliului privind documentele cu informații esențiale referitoare la produsele de investiții individuale structurate și bazate pe asigurări (PRIIP) conține defecte în metodologia de calcul al viitoarelor scenarii de performanță, precum eliminarea riscului de credit din calculul categoriei de risc pentru produsele de asigurare care ar induce în eroare investitorii și ar duce la pierderea de bani de către aceștia.

Actul delegat, în forma sa adoptată de Comisie, nu poate intra în vigoare și, prin urmare, Comisia este invitată să prezinte un nou act delegat în care să țină seama de metodologia de calcul mai sus menționată și de eliminarea riscului ca normele stabilite de regulamentul delegat să intre în contradicție cu spiritul și scopul legislației.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Dopo attenta lettura e discussione in aula, ho dato il mio voto positivo alla risoluzione del Parlamento europeo sul regolamento delegato della Commissione del 30 giugno 2016 che integra il regolamento (UE) n. 1286/2014 del Parlamento europeo e del Consiglio in quanto ritengo che le informazioni per i consumatori sui prodotti di investimento debbano essere omogenee e confrontabili, per ottenere condizioni di parità nel mercato a prescindere da quale fonte provengano.

Va senza dubbio incluso l'elemento del rischio di credito nel calcolo delle categorie ed anzi questo è un elemento essenziale del prospetto informativo.

Urge inoltre una definizione del trattamento dei prodotti che consentono opzioni multiple così come la messa a punto della metodologia di calcolo dei futuri scenari di rendimento, che deve soddisfare il requisito di fornire informazioni che siano «accurate, corrette, chiare e non fuorvianti».

Occorre inoltre una ulteriore standardizzazione del momento in cui le segnalazioni di comprensibilità sono utilizzate.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of the motion and in favour of the oral amendment. I am a member of the PRIIPs negotiating team. The file is on Packaged Retail Insurance-based Investment Products and relates to level 2 regulatory technical standards (RTS) developed by the Commission to impose disclosure requirements on costs, risk and future performance scenarios on the banks and financial institutions that market these products to retail investors.

While we want to see it implemented as quickly as possible there are problems with the RTS as they currently stand, particularly in relation to the calculation of future performance (the results are overly optimistic). In the interests of consumer protection we support the revision of the RTSs which will require an objection from Parliament.

For practical reasons I supported the oral amendment, which 'Calls on the Commission to consider a proposal postponing the application date of Regulation (EU) No 1286/2014 without changing any other provision of level 1 in order to ensure a smooth implementation of the requirements set out in the Regulation and the delegated regulation, and avoid the application of level 1 without RTS being in force in advance'.

James Carver (EFDD), *in writing*. – Regulatory Technical Standards laid before the Parliament by the Commission include a provision that we have learnt will result in misleading information about future performance being published in investment prospectuses.

The Parliament seeks to correct this by objecting to the delegated legislation but, because in doing so the Commission is called upon to act, we cannot vote in favour of either the oral amendment, or the resolution as a whole, nor can we vote against them because doing so would approve delegated legislation (and moreover that legislation would knowingly mislead investors). Accordingly UKIP abstained.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Si tratta di una mozione di obiezione parlamentare che intende rigettare l'atto delegato proposto dalla Commissione per dare attuazione al Regolamento PRIIPS sui prodotti d'investimento al dettaglio ed assicurativi. Le norme tecniche di attuazione elaborate dalla Commissione nell'atto delegato sono risultate fortemente in contrasto con gli obiettivi del regolamento di porre gli investitori nelle condizioni di investire in modo consapevole sulla base di informazioni chiare, corrette e comprensibili, garantendo la massima trasparenza e confrontabilità tra prodotti finanziari. Per questo motivo ho sostenuto la mozione di rigetto con voto favorevole.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και ζητούμε από την Επιτροπή να εξετάσει πρόταση για την αναβολή της ημερομηνίας εφαρμογής του κανονισμού (ΕΕ) αριθ. 1286/2014 χωρίς να αλλάξει οποιαδήποτε άλλη διάταξη του επιπέδου 1 προκειμένου να διασφαλιστεί η ομαλή υλοποίηση των απαιτήσεων που ορίζονται στον κανονισμό και στον κατ' εξουσιοδότηση κανονισμό, και να αποφευχθεί η εφαρμογή του επιπέδου 1 χωρίς να έχουν τεθεί εκ των προτέρων σε ισχύ τα ρυθμιστικά τεχνικά πρότυπα (RTS).

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Voto a favore poiché ritengo che le informazioni in materia di prodotti di investimento debbano essere chiare e comparabili per promuovere condizioni di parità nel mercato unico e garantire libertà e totale consapevolezza nelle scelte dei consumatori. Alla luce di quanto si è verificato in Italia con gli strumenti di investimento collettivo (mi riferisco al raggiro vero e proprio verificatosi nei confronti di chi ha acquistato obbligazioni subordinate presso alcuni istituti di credito), è evidente come questi necessitino di una legislazione univoca e capace di sopperire alle lacune esistenti.

Le obiezioni sollevate nella risoluzione attengono a mancanze nel metodo di calcolo dei rendimenti futuri e all'eliminazione del rischio di credito nel calcolo della categoria di rischio rappresentata dal prodotto, si tratta di elementi che possono essere fuorvianti per l'investitore e dunque vanno fugati.

In accordo con quanto esposto, si richiede alla Commissione l'emanazione di un nuovo atto delegato che chiarisca il trattamento degli OICVM e obblighi a fornire informazioni accurate, chiare e non fuorvianti in linea con lo scopo legislativo che ha portato alla creazione del regolamento stesso.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the resolution to object Commission Delegated Regulation supplementing Regulation (EU) No 1286/2014 on key information documents for packaged retail and insurance based investment products (PRIIPs) and noted no objections.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – Regulatory Technical Standards laid before the Parliament by the Commission include a provision that we have learnt will result in misleading information about future performance being published in investment prospectuses.

The Parliament seeks to correct this by objecting to the delegated legislation but, because in doing so the Commission is called upon to act, we cannot vote in favour of either the oral amendment, or the resolution as a whole, nor can we vote against them because doing so would approve delegated legislation (and moreover that legislation would knowingly mislead investors). Accordingly UKIP abstained.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – In considerazione della rilevanza delle informazioni per i consumatori in materia di prodotti di investimento, e del diritto di poter confrontare tali prodotti al fine di promuovere condizioni di parità nel mercato, concordo con le obiezioni sollevate dal relatore nei confronti del regolamento delegato della Commissione.

Tale regolamento dovrebbe fornire informazioni più accurate, corrette, chiare e che siano facilmente comprensibili e non ingannevoli sui PRIIP agli investitori al dettaglio.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I agree that it is misleading to investors to remove credit risk from the calculation of risk categorisation of insurance products. The lack of detailed guidance in the delegated regulation on the 'comprehension alert' creates a serious risk of inconsistent implementation of this element in the key information document across the single market. To this effect I support the call to submit a new delegated act which takes account of the above concern.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe porque presenta una objeción al acto delegado presentado por la Comisión sobre los requerimientos informativos de las inversiones en seguros. La propuesta de la Comisión incluye serias deficiencias en el cálculo de los riesgos que deben ser indicados a los inversores minoristas antes de adquirir cualquiera de estos productos financieros. Es por lo que comparto las deficiencias indicadas por el Parlamento Europeo al acto delegado de la Comisión por lo que he decido votar a favor de esta resolución.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Popieram rozporządzenie delegowane Komisji uzupełniające rozporządzenie (UE) nr 1286/2014 w sprawie dokumentów zawierających kluczowe informacje, dotyczących detalicznych produktów zbiorowego inwestowania i ubezpieczeniowych produktów inwestycyjnych (PRIIP). Oddanie głosu za motywuję moim przeświadczeniem, iż należy w lepszy sposób rozplanować realizację oraz dać państwom członkowskim możliwość wydłużenia o rok realizacji rozporządzenia.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The Regulation on key information documents for Packaged Retail and Insurance-based Investment Products (PRIIPs) introduces a key information document or a simple document giving key facts to investors in a clear, comparable and understandable manner, covering not only collective investment schemes but also other 'packaged' investment products offered by banks or insurance companies. The protection of retail investors through better information on investment products was one of S&D's main aims following the 2008 crisis. I believe that retail investors need to be protected, which is why I voted in favour of this regulation for it to be put forward to the Council and governments of Member States.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – Regulatory Technical Standards laid before the Parliament by the Commission include a provision that we have learnt will result in misleading information about future performance being published in investment prospectuses.

The Parliament seeks to correct this by objecting to the delegated legislation but, because in doing so the Commission is called upon to act, we cannot vote in favour of either the oral amendment, or the resolution as a whole, nor can we vote against them because doing so would approve delegated legislation (and moreover that legislation would knowingly mislead investors). Accordingly UKIP abstained.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Le règlement (UE) nº 1286/2014 oblige les initiateurs de produits d'investissement packagés de détail et fondés sur l'assurance (PRIIP) (marché qui représente 10 000 milliards d'euros en Europe) à élaborer des «documents d'informations clés» (KID, pour Key Information Documents) pour ces produits avant que ces derniers ne soient mis à la disposition des investisseurs de détail. Il s'agit à présent de réglementer les normes techniques des KID. Pour ce faire, la Commission européenne a présenté un acte délégué concernant les éléments à présenter dans les KID à partir du 1er janvier 2017. Les KID tels que présentés sont cependant opaques et trompeurs. Nous demandons donc à la Commission de représenter de nouvelles normes techniques et de décaler l'entrée en application du règlement. Je me suis donc abstenue sur ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Гласувах в подкрепа на възражението срещу делегирания акт, защото съм съгласен, че това RTS все още не е готово. Все още има какво да се подобри. Не само че ние се нуждаем от по-прецизна формулировка, но също така индустрията не е готова още и ние не трябва да въвеждаме стандарти на законодателно ниво, докато индустрията все още не е в състояние да го вземе на борда. Все още има твърде много предизвикателства, които или се нуждаят от разяснения, или от допълнително действие и внимание.

Тези опасения са били съобщени на Комисията, но не са били взети предвид преди приемането на делегирания акт. Ето защо, аз гласувах в подкрепа на възражението и да отложи въвеждането на RTS.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο ορθώς ζητεί την αναβολή του κανονισμού (ΕΕ) αριθ.1286/2014 για να διασφαλιστεί η ομαλή υλοποίηση των απαιτήσεων που ορίζονται στον κανονισμό και στον κατ' εξουσιοδότηση κανονισμό και να αποφευχθεί η εφαρμογή του επιπέδου 1 χωρίς να έχουν τεθεί εκ των προτέρων σε ισχύ τα ρυθμιστικά τεχνικά πρότυπα (RTS). Η έλλειψη λεπτομερούς καθοδήγησης στο πλαίσιο του κατ' εξουσιοδότηση κανονισμού για την «προειδοποίηση σχετικά με την κατανόηση» δημιουργεί σοβαρό κίνδυνο ασυνεπούς εφαρμογής αυτού του στοιχείου στο έγγραφο βασικών πληροφοριών στην ενιαία αγορά.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – É essencial que a informação dos consumidores sobre os produtos de investimento seja comparável, de molde a promover condições de concorrência equitativas no mercado, independentemente do tipo de intermediário financeiro que os concebe ou comercializa. O próprio tratamento dos produtos que oferece múltiplas opções necessita ainda de ser clarificado. A falta de orientações pormenorizadas no regulamento delegado sobre a «advertência relativa à compreensão» cria um grave risco de aplicação incoerente deste elemento no documento de informação fundamental em todo o mercado único. Por isso, manifesto algumas dúvidas sobre o regulamento produzido.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention: de cette manière, nous soutenons donc l'objection présentée par Pervenche Berès, qui demande à la Commission de représenter de nouvelles normes techniques et de décaler l'entrée en application du règlement.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Os pacotes de produtos de investimento de retalho e de produtos de investimento com base em seguros, ou PRIIP, incluem uma ampla gama de produtos de investimento que se comercializam entre os investidores não profissionais (fundos de investimento, apólices de seguro de vida com um elemento de investimento, produtos estruturados e depósitos estruturados).

A proposta da Comissão Europeia para impor mais regulações ao sector dos PRIIP surgiu, ainda que tardiamente, como uma resposta à crise financeira. As reformas sugeridas estão concebidas para proteger os investidores retalhistas do sector financeiro que vende produtos inadequados e de elevado risco sem previamente fornecer informações apropriadas.

O documento de informação fundamental (DIF) é um documento de informação padronizado que deve informar os potenciais investidores sobre os potenciais riscos, custos e cenários do desempenho futuro dos produtos associados.

A objeção resulta do facto do ato delegado adotado pela Comissão Europeia conter erros no método de cálculo dos cenários de desempenho futuro.

Em especial, não mostra, em relação a alguns pacotes de produtos de investimento de retalho e de produtos de investimento com base em seguros, que os investidores poderão perder dinheiro.

Por outro lado, regista-se a falta de orientações pormenorizadas no regulamento delegado sobre a «advertência relativa à compreensão».

Votámos a favor da objeção.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore di un'implementazione delle norme tecniche di regolamentazione per le informazioni chiave dei prodotti d'investimento al dettaglio e assicurativi, perché ritengo essenziale che le informazioni per i consumatori in materia di prodotti di investimento siano confrontabili al fine di promuovere condizioni di parità nel mercato, a prescindere da quale tipo di intermediario finanziario li produce o li commercializza.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Η ψήφος μου είναι θετική καθώς το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο ορθώς ζητεί την αναβολή του κανονισμού (ΕΕ) αριθ.1286/2014 για να διασφαλιστεί η ομαλή υλοποίηση των απαιτήσεων που ορίζονται στον κανονισμό και στον κατ' εξουσιοδότηση κανονισμό και να αποφευχθεί η εφαρμογή του επιπέδου 1 χωρίς να έχουν τεθεί εκ των προτέρων σε ισχύ τα ρυθμιστικά τεχνικά πρότυπα (RTS). Η έλλειψη λεπτομερούς καθοδήγησης στο πλαίσιο του κατ' εξουσιοδότηση κανονισμού για την «προειδοποίηση σχετικά με την κατανόηση» δημιουργεί σοβαρό κίνδυνο ασυνεπούς εφαρμογής αυτού του στοιχείου στο έγγραφο βασικών πληροφοριών στην ενιαία αγορά.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The Regulation on key information documents for Packaged Retail and Insurance-based Investment Products (PRIIPs) introduces a key information document or KID (a simple document giving key facts to investors in a clear, comparable and understandable manner) covering not only collective investment schemes but also other 'packaged' investment products offered by banks or insurance companies. I consider that revision and improvement of the delegated act is necessary. I support a stronger wording on better information on performance scenarios, in order to avoid misleading the retail investor with over-optimistic scenarios, and the need for a detailed comprehension alert addressed to the investor regarding very risky products.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de Resolución teniendo presente que es esencial que la información sobre productos de inversión facilitada a los consumidores resulte comparable, a fin de fomentar la igualdad de condiciones de competencia en el mercado independientemente del tipo de intermediario financiero que produzca o comercialice dichos productos. Por lo tanto, desde el Parlamento Europeo debemos pedir a la Comisión que presente un nuevo acto delegado que tenga en cuenta las reservas mencionadas por el Parlamento.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'obiezione a un atto delegato relativo a documenti contenenti le informazioni chiave per i prodotti d'investimento al dettaglio e assicurativi preassemblati, proposto dalla Commissione nell'ambito dell'implementazione della direttiva cd PRIIP, poiché sono favorevole ad una elevata standardizzazione e semplificazione delle informazioni per i consumatori in materia di prodotti di investimento siano confrontabili al fine di promuovere condizioni di parità nel mercato a prescindere da quale tipo di intermediario finanziario li produce o li commercializza.

Sarebbe fuorviante per gli investitori eliminare il rischio di credito dal calcolo della categorizzazione del rischio di prodotti assicurativi. L'atto delegato adottato dalla Commissione contiene lacune nella metodologia di calcolo dei futuri scenari di rendimento e non assicura che le informazioni siano «accurate, corrette, chiare e non fuorvianti».

La mancanza di orientamenti dettagliati nel regolamento delegato sulle «segnalazioni di comprensibilità» crea un grave rischio di incoerenza nell'applicazione di questo elemento nel documento contenente le informazioni chiave in tutto il mercato.

L'implementazione del regolamento è fondamentale e richiede la massima attenzione e aderenza al regolamento. Pertanto, condivido pienamente la proposta avanzata dalla relatrice Berès di rinviare l'applicazione di un anno del regolamento senza apportare ulteriori modifiche alle disposizioni contenute nel regolamento medesimo.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für die Delegierte Verordnung der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIP) gestimmt. Für mich ist klar: Finanzmarktkrisen verhindert man auch durch eine faire und verständliche Information der Verbraucher. Beides – Transparenz und Lesbarkeit – werden durch den Neuvorschlag der PRIIP-Verordnung garantiert. Auch zum Vorteil der Familien.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die vorgeschlagene verstärkte Transparenz bei Anlageprodukten und Versicherungsanlageprodukten (PRIIP) begrüße ich außerordentlich. Auch sollte die europaweit uneinheitliche Umsetzung bezüglich der Transparenz von PRIIPs abgeschafft werden, um klare, vergleichbare, verständliche und nicht in die Irre führende Informationen über PRIIP für Kleinanleger bereitzustellen.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la objeción al acto delegado de la Comisión, con lo que se retrasaría la entrada en vigor de la nueva regulación sobre la información que las empresas financieras deben poner a disposición del consumidor cuando venden productos de inversión basados en seguros. La razón es que la propuesta actual incluye un sistema de previsiones de riesgo que ha sido señalado por investigaciones independientes como siendo demasiado optimista, es decir, que tiende a ocultar el riesgo real al consumidor.

Esta regulación es parte de la política de la Comisión de favorecer la Unión de Mercado de Capitales como vía de financiación para empresas y particulares, favoreciendo la titularización de todo tipo de bienes favoreciendo los mercados especulativos.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Am votat acest raport deoarece consider că este important ca informațiile furnizate consumatorilor cu privire la produsele de investiții să fie comparabile, cu scopul asigurării unor condiții competitive egale pe piață.

Totodată, este important ca și investitorii să beneficieze de informații care sunt „corecte, clare și nu induc în eroare", în special în ceea ce privește transparența detaliilor de risc pentru produsele care cauzează periodic pierderi în perioada minimă recomandată de deținere.

Stabilirea unor standarde tehnice de reglementare privind modul de prezentare sau maniera în care documentele cu informații esențiale sunt revizuite și modificate, dar și condițiile de furnizare ale acestora este esențială pentru stabilirea unor orientări detaliate și pentru aplicarea coerentă a acestui element în documentul cu informații esențiale, în special în contextul pieței unice.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση απορρίπτει τον κανονισμό της Επιτροπής γιατί οι πληροφορίες για τους καταναλωτές είναι ουσιώδους σημασίας καθότι η αφαίρεση του πιστωτικού κινδύνου από τον υπολογισμό της κατηγοριοποίησης επικινδυνότητας των ασφαλιστικών προϊόντων θα ήταν παραπλανητική για τους επενδυτές και η μεταχείριση των προϊόντων πολλαπλών επιλογών εξακολουθεί να χρειάζεται αποσαφήνιση, ιδίως σε σχέση με τη ρητή απαλλαγή των κεφαλαίων. Για αυτούς τους λόγους υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution that calls on the Commission to consider a proposal postponing the application date of Regulation (EU) No 1286/2014 to ensure a smooth implementation of its requirements and an objection to the Commission's delegated regulation. This delegated regulation lacks detailed guidance, and if left unchanged there is a risk that the rules set out in the delegated regulation stand to go against the spirit and aim of the legislation, which is to provide clear, comparable, understandable and non-misleading information on PRIIPs to retail investors.

The Commission now needs to submit a new delegated act which will take into account this concern as well as others. One other particularly important concern is that they must ensure that consumer information on investment products is comparable. This is necessary to promote a level playing field in the market, no matter what type of financial intermediary manufactures or markets them.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I supported the objection to the Commission Delegated Regulation because it failed to match what was contained in the primary regulation.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – Regulatory Technical Standards laid before the Parliament by the Commission include a provision that we have learnt will result in misleading information about future performance being published in investment prospectuses.

The Parliament seeks to correct this by objecting to the delegated legislation but, because in doing so the Commission is called upon to act, we cannot vote in favour of either the oral amendment, or the resolution as a whole, nor can we vote against them because doing so would approve delegated legislation (and moreover that legislation would knowingly mislead investors). Accordingly UKIP abstained.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I believe that better information on investment products can really help retail investors and avoid another financial crisis. The Regulation on key information documents for Packaged Retail and Insurance-based Investment Products (PRIIPs) introduced a key information document or KID which is a simple document giving key facts to investors in a clear, comparable and understandable manner, covering not only collective investment schemes but also other investment products offered by banks or insurance companies. In the current environment, I believe that we should do everything possible to reach an agreement on rules for the information of non-professional investors. I believe in openness and transparency. The regulation should enter into force with an improved content on 1 January 2017 as it was planned.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Rezoluciju Europskog parlamenta o Delegiranoj uredbi Komisije od 30. lipnja 2016. o dopuni Uredbe (EU) br. 1286/2014 Parlamenta i Vijeća o dokumentima s ključnim informacijama za upakirane investicijske proizvode za male ulagatelje i investicijske osiguratelјne proizvode utvrđivanjem regulatornih tehničkih standarda u vezi s prikazom, sadržajem, pregledom i revizijom dokumenata s ključnim informacijama te uvjetima za ispunjavanje zahtjeva za dostavu tih dokumenata, jer se time ulaže prigovor na Delegiranu uredbu Komisije, te se od iste traži da podnese novi delegirani akt.

Smatram da je potrebno u većoj mjeri promovirati ravnopravnost uvjeta na tržištu te da je nužno pojasniti kako se tretiraju proizvodi s više opcija. Povrh toga, delegirani akt koji je predložila Komisija sadrži pojedine nedostatke koji se tiču metodologije izračuna situacija uspješnosti za budućnost, te nastavno tome nisu ispunjeni pojedini zahtjevi iz Uredbe (EU) br. 1286/2014.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – J'ai soutenu l'objection présentée par Pervenche Berès, qui demande à la Commission de représenter de nouvelles normes techniques et de décaler l'entrée en application du règlement.

Diane James (EFDD), *in writing*. – Regulatory Technical Standards laid before the Parliament by the Commission include a provision that we have learnt will result in misleading information about future performance being published in investment prospectuses.

The Parliament seeks to correct this by objecting to the delegated legislation but, because in doing so the Commission is called upon, to act we cannot vote in favour of either the oral amendment, or the resolution as a whole, nor can we vote against them because doing so would approve delegated legislation (and moreover that legislation would knowingly mislead investors). Accordingly UKIP abstained.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport de ma collègue Pervenche Berès émettant une objection au projet de mesures techniques de la Commission européenne au sujet des informations qu'un investisseur de détail pourra utiliser pour comparer certains produits financiers. Les mesures en la matière devraient en effet avoir pour objectif d'améliorer l'information auprès des épargnants sur leurs comptes d'assurance-vie. Ce rejet doit déboucher sur une nouvelle proposition de la Commission qui permettra, je l'espère, de mieux protéger les consommateurs. Je considère qu'un système transparent est fondamental pour une économie saine et efficace, c'est pourquoi je me réjouis du vote du Parlement.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Πρέπει να επανεξεταστεί ο προτεινόμενος από την Επιτροπή κανονισμός, ο οποίος δεν ανταποκρίνεται στις διαχειριστικές ανάγκες των ασφαλιστικών εταιριών. Ειδικότερα στο Level 3. Αναμένουμε βελτιωμένη πρόταση από την Επιτροπή και την αρμόδια ρυθμιστική αρχή. Μέχρι τότε, είναι επιβεβλημένη η αναστολή της εφαρμογής της πρότασης, και η αναμονή μέχρι την προσκόμιση πρότασης συναφούς με τις πραγματικές ανάγκες και τα χαρακτηριστικά του κλάδου των Ασφαλιστικών Εταιριών.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für den vorliegenden Entschließungsantrag. Das Kreditrisiko muss meiner Meinung nach bei der Bewertung von PRIIP einfließen, da ansonsten Spekulationen Vorschub geleistet wird, die die europäische Wirtschaft schon einmal nahe an den Zusammenbruch geführt haben.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Voto a favore del regolamento delegato della Commissione che integra il regolamento relativo ai documenti contenenti le informazioni chiave per i prodotti d'investimento al dettaglio e assicurativi preassemblati. L'atto delegato precedentemente adottato dalla Commissione contiene delle lacune per quanto riguarda il calcolo del rendimento e non fornisce, quindi, informazioni accurate e corrette, come dettato dalla legislazione. La proposta, infatti, solleva obiezioni sul regolamento delegato alla Commissione e chiede la presentazione di un nuovo atto delegato che rispetti le norme attuali.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution très technique car elle a le mérite de bloquer certaines initiatives malheureuses de la Commission.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution sur le règlement délégué de la Commission complétant le règlement (UE) nº 1286/2014 sur les documents d'informations clés relatifs aux produits d'investissement packagés de détail et fondés sur l'assurance (PRIIP). Le règlement oblige les initiateurs de ces produits, qui représentent un marché de 10 000 milliards d'euros en Europe, à élaborer des «documents d'informations clés» (KID) avant que ces derniers ne soient mis à la disposition des investisseurs de détail. Il a été demandé aux autorités européennes de surveillance de mettre au point des normes techniques de réglementation (RTS) sur la présentation et le contenu des KID. La Commission a donc présenté un acte délégué contenant tous les éléments à présenter. L'acte délégué a fait l'objet d'une violente critique de la part de tous les acteurs des marchés financiers et des associations de défense des investisseurs. Il est notamment reproché à ces KID d'être opaques et trompeurs, surtout par rapport à la présentation des performances et de leur calcul. En effet, les performances passées sont supprimées au profit de scénarios de performances futures construits autour de 3 hypothèses (défavorable, modérée, favorable) qui laissent une grande place à la subjectivité et qui n'intègrent pas les crises passées.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Objection contre les normes techniques présentées par la Commission dans le cadre du règlement PRIIP sur KID mis à disposition des investisseurs de détail pour les produits d'investissement packagés de détail et fondés sur l'assurance (PRIIP).

Ces normes suppriment les références aux performances passées des produits au profit de prévisions de performances futures subjectives. De plus, les formules employées sur la plaquette ne sont pas assez pessimistes et n'insistent pas assez sur les risques de perte pour l'investisseur.

J'ai donc voté POUR cette résolution.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe porque presenta una objeción al acto delegado presentado por la Comisión sobre los requerimientos informativos de las inversiones en seguros. La propuesta de la Comisión incluye serias deficiencias en el cálculo de los riesgos que deben ser indicados a los inversores minoristas antes de adquirir cualquiera de estos productos financieros. Es por lo que comparto las deficiencias indicadas por el Parlamento Europeo al acto delegado de la Comisión por lo que he decido votar a favor de esta resolución.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem pro. Souhlasím s výzvou Komisi, aby navrhla oddálení účinnosti nařízení ohledně „sdělování klíčových informací," považuji je za zmatečné a škodlivé. Nutit investory, aby kromě vlastní smlouvy a reklamních letáků publikovali navíc „klíčové informace smlouvy" je samo o sobě sporné. Klíčové informace nikdy nemůžou nahradit smlouvu a jejich povinné zveřejňování může zákazníky s vírou v účinnost regulace odradit od čtení samotné smlouvy. Jsem pro jakékoliv oddálení účinnosti tohoto škodlivého nařízení.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Informacije o investicijskim proizvodima namijenjene potrošačima moraju biti usporedive u svrhu promicanja ravnopravnih uvjeta na tržištu, a uklanjanje kreditnog rizika iz izračuna kategorizacije rizika proizvoda osiguranja ulagatelje može dovesti u zabludu.

Potrebno je pojasniti kako se tretiraju proizvodi s više opcija, osobito u pogledu izričitog izuzeća koje je odobreno fondovima UCITS u skladu s Uredbom (EU) br. 1286/2014. U Delegiranom aktu koji je Komisija donijela postoje nedostatci u pogledu metodologije izračuna scenarija uspješnosti za budućnost i stoga nije ispunjen zahtjev iz Uredbe (EU) br. 1286/2014.

Delegirana uredba ne sadrži detaljne smjernice o upozorenju o razumijevanju, čime se javlja ozbiljan rizik nedosljedne primjene tog elementa u dokumentima s ključnim informacijama na cijelom jedinstvenom tržištu. Ako pravila utvrđena u Delegiranoj uredbi ostanu nepromijenjena, neće pružiti jasne, usporedive i razumljive informacije o PRIIP-ovima, stoga sam podržala ovo izvješće.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution.

Ce texte est une objection contre les normes techniques présentées par la Commission dans le cadre du règlement PRIIP sur KID mis à disposition des investisseurs de détail pour les produits d'investissement packagés de détail et fondés sur l'assurance (PRIIP).

Ces normes suppriment les références aux performances passées des produits au profit de prévisions de performances futures subjectives. De plus, les formules employées sur la plaquette n'insistent pas assez sur les risques de perte pour l'investisseur, ce que nous trouvons préjudiciable.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Dieser Entschließungsantrag verbessert den Anlegerschutz für Kleinanleger, indem das Kreditrisiko, in der Berechnung der Einstufung des Risikos von Versicherungsprodukten, berücksichtigt wird. Das befürworte ich.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu EP pranešimui, nes itin svarbu, kad vartotojams teikiama informacija apie investicinius produktus būtų palyginama, siekiant sudaryti vienodas sąlygas rinkoje nepriklausomai nuo to, koks finansų tarpininkas juos leidžia ar platina.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Objection contre les normes techniques présentées par la Commission dans le cadre du règlement PRIIP sur KID mis à disposition des investisseurs de détail pour les produits d'investissement packagés de détail et fondés sur l'assurance (PRIIP).

Ces normes suppriment les références aux performances passées des produits au profit de prévisions de performances futures subjectives. De plus, les formules employées sur la plaquette ne sont pas assez pessimistes et n'insistent pas assez sur les risques de perte pour l'investisseur.

J'ai donc voté pour cette résolution.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – É essencial que a informação dos consumidores sobre os produtos de investimento seja comparável, de molde a promover condições de concorrência equitativas no mercado, independentemente do tipo de intermediário financeiro que os concebe ou comercializa. O ato delegado adotado pela Comissão contém erros no método de cálculo dos cenários de desempenho futuro e, por conseguinte, não cumpre o requisito, previsto no Regulamento (UE) n.º 1286/2014, de fornecer informações que sejam «exatas, corretas, claras e não induzam em erro» e, em especial, não mostra, em relação a alguns PRIIP, mesmo num cenário desfavorável, e mesmo para os produtos que tenham causado perdas regularmente durante o período mínimo de detenção recomendado, que os investidores poderão perder dinheiro. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I supported this resolution that rejects the delegated regulation as Parliament's position on this matter was not taken into consideration when the Commission drafted the delegated regulation in question.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Les investisseurs de détail qui souhaitent réaliser un investissement se voient proposer un large éventail de produits d'investissement packagés de détail et fondés sur l'assurance. Les informations qui sont fournies actuellement aux investisseurs de détail sur ces produits ne font l'objet d'aucune coordination. Par conséquent, il est arrivé fréquemment que des investisseurs de détail aient réalisé des investissements sans comprendre les risques et les coûts associés et, parfois, aient subi ainsi des pertes imprévues. Compte tenu de ces éléments, le règlement (UE) nº 1286/2014 a vu le jour et devient applicable à partir du 31 décembre 2016. Néanmoins, l'acte délégué adopté par la Commission manque toujours d'éléments qui permettraient d'informer de manière optimale les consommateurs de produits d'investissements. C'est pourquoi nous demandons à la Commission de soumettre un nouvel acte délégué qui tienne compte des nouvelles préoccupations du Parlement européen.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, which calls for an agreement to be reached on rules for information for non-professional investors, because such information is critical in the current environment. The regulatory technical standards should be changed so that issuers of investment products are obliged to show their cards and indicate all the risks they sell to non-professional investors. The regulation should enter into force 1 January 2017, as planned, with improved content.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság a 2016. június 30-án fogadta el a fenti tárgykörben C(2016)03999 számú, felhatalmazáson alapuló rendeletét. A Gazdasági és Monetáris Bizottság jelentése számos aggályt fogalmaz meg e felhatalmazáson alapuló rendelettel kapcsolatban. A jelentés szerint ezek annak kockázatát hordozzák, hogy a felhatalmazáson alapuló rendeletben meghatározott szabályok ellenkeznek a jogszabály szellemével és céljával, amely kimondja, hogy a lakossági befektetési csomagtermékekre, illetve biztosítási alapú befektetési termékekre vonatkozóan egyértelmű, összehasonlítható, érthető és nem megtévesztő információkat kell biztosítani a lakossági befektetők számára. A jelentés ezért azt javasolja, hogy a Parlament emeljen kifogást a felhatalmazáson alapuló bizottsági rendelettel szemben, ezzel akadályozza meg annak hatálybalépését, és kérje föl a Bizottságot, hogy nyújtson be új, felhatalmazáson alapuló jogi aktust, amely figyelembe veszi az említett aggályokat. Az állásfoglalás-tervezetet megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le règlement (UE) nº 1286/2014 (règlement PRIIP) oblige les initiateurs de produits d'investissement packagés de détail et fondés sur l'assurance (PRIIP) (marché qui représente 10 000 milliards d'euros en Europe) à élaborer des «documents d'informations clés» (KID, pour Key Information Documents) pour ces produits avant que ces derniers ne soient mis à la disposition des investisseurs de détail.

Cette objection, votée à l'unanimité en commission, reproche à ces nouveaux KID d'être opaques et trompeurs, surtout par rapport à la présentation des performances et de leur calcul. En effet, les performances passées sont supprimées au profit de scénarios de performances futures construits autour de 3 hypothèses (défavorable, modérée, favorable) qui laissent une grande place à la subjectivité et qui n'intègrent pas les crises passées. Or, la présence de statistiques passées est le seul moyen de mettre en avant les pertes et gains probables, et ce de façon objective.

Nous soutenons donc l'objection présentée par Pervenche Berès, qui demande à la Commission de représenter de nouvelles normes techniques et de décaler l'entrée en application du règlement.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Cette objection me semble fondée: l'acte délégué présenté par la Commission a fait l'objet de critiques tout à fait justifiées. Je vote donc pour ce rapport.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette objection au texte qui complète le règlement relatif aux documents d'informations clés sur les produits d'investissement packagés de détail et fondé sur l'assurance. Ce texte, qui avait notamment pour but d'améliorer l'information des épargnants, a manqué ses objectifs et a même instauré un régime plus compliqué. J'ai donc voté contre ce texte.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this motion for a resolution regarding key information documents for packaged retail and insurance-based investment products.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of the motion and in favour of the oral amendment. My colleague Matt Carthy is a member of the PRIIPs negotiating team. The file is on Packaged Retail Insurance-based Investment Products and relates to level 2 regulatory technical standards (RTS) developed by the Commission to impose disclosure requirements on costs, risk and future performance scenarios on the banks and financial institutions that market these products to retail investors.

While we want to see it implemented as quickly as possible, there are problems with the RTS as they currently stand, particularly in relation to the calculation of future performance (the results are overly optimistic). In the interests of consumer protection we support the revision of the RTSs which will require an objection from the Parliament.

For practical reasons I supported the oral amendment, which 'Calls on the Commission to consider a proposal postponing the application date of Regulation (EU) No 1286/2014 without changing any other provision of level 1 in order to ensure a smooth implementation of the requirements set out in the Regulation and the delegated regulation, and avoid the application of level 1 without RTS being in force in advance'.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht verbessert den Anlegerschutz für Kleinanleger, indem das Kreditrisiko, in der Berechnung der Einstufung des Risikos von Versicherungsprodukten, berücksichtigt wird. Auch für diesen Bericht hätte ich mich ausgesprochen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin määruse jõustumise edasilükkamist. Õigusakt läheb vastuollu algsete eesmärkidega lihtsustada investeerimistoodete läbipaistvamat kasutamist ELi kodanikele ning seetõttu tuleb määrust veel täiendada.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – Regulatory Technical Standards laid before the Parliament by the Commission include a provision that we have learnt will result in misleading information about future performance being published in investment prospectuses.

The Parliament seeks to correct this by objecting to the delegated legislation but, because in doing so the Commission is called upon to act, we cannot vote in favour of either the oral amendment, or the resolution as a whole, nor can we vote against them because doing so would approve delegated legislation (and moreover that legislation would knowingly mislead investors). Accordingly UKIP abstained.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ringrazio il relatore e ringrazio tutti voi perché questa votazione è il giusto esempio di ciò che dovrebbe essere la buona politica europea a difesa del cittadino e dei suoi diritti. Noi tutti dobbiamo batterci e ribadire in ogni sede opportuna come l'informazione soprattutto in materia di investimenti debba essere completa, semplice e diretta.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala sam prigovor Europskog parlamenta na Delegiranu uredbu Komisije o dokumentima s ključnim informacijama za upakirane investicijske proizvode za male ulagatelje i investicijske osiguruteljne proizvode (PRIIP-ovi) utvrđivanjem regulatornih tehničkih standarda u vezi s prikazom, sadržajem, pregledom i revizijom dokumenata s ključnim informacijama te uvjetima za ispunjavanje zahtjeva za dostavu tih dokumenta.

Delegirana uredba protivna je duhu i cilju Uredbe o pružanju informacija koja traži da one budu točne, korektne, jasne te da ulagatelje ne dovodi u zabludu. Pružanje jasnih, usporedivih i razumljivih informacija o PRIIP-ovima posebno je važno za male ulagatelje, a uklanjanje, primjerice, kreditnog rizika iz izračuna kategorizacije rizika proizvoda osiguranja moglo bi ih dovesti u zabludu.

Također, postoje nedostatci u pogledu metodologije izračuna scenarija uspješnosti za budućnost. Na Delegiranom uredbom predloženi način ulagateljima neće biti naznačeno da bi mogli izgubiti novac za neke PRIIP-ove, čak i u slučaju nepovoljnog scenarija i proizvoda koji su u pravilu već dovodili do gubitaka tijekom preporučenog minimalnog razdoblja držanja. Podržavam prigovor i tražim Komisiju da podnese prijedlog koji će štiti interes građana EU-a.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Le règlement (UE) nº 1286/2014 (règlement PRIIP) oblige les initiateurs de produits d'investissement packagés de détail et fondés sur l'assurance (PRIIP) (marché qui représente 10 000 milliards d'euros en Europe) à élaborer des «documents d'informations clés» (KID, pour Key Information Documents) pour ces produits avant que ces derniers ne soient mis à la disposition des investisseurs de détail. Il est reproché à ces nouveaux KID d'être opaques et trompeurs, surtout par rapport à la présentation des performances et de leur calcul. En effet, les performances passées sont supprimées au profit de scénarios de performances futures construits autour de 3 hypothèses (défavorable, modérée, favorable) qui laissent une grande place à la subjectivité et qui n'intègrent pas les crises passées. Or, la présence de statistiques passées est le seul moyen de mettre en avant les pertes et gains probables, et ce de façon objective.

Par ailleurs, les formules employées sur la plaquette ne sont pas assez pessimistes et n'insistent pas assez sur les risques de perte pour l'investisseur, et la présentation des coûts se fait sur des hypothèses trop favorables.

Je soutiens donc l'objection présentée par Pervenche Berès, qui demande à la Commission de représenter de nouvelles normes techniques et de décaler l'entrée en application du règlement.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution portant sur le règlement délégué de la Commission européenne complétant le règlement (UE) nº 1286/2014 sur les documents d'informations clés relatifs aux produits d'investissements packagés de détails et fondés sur l'assurance (PRIIP). Ce texte a pour but d'améliorer l'information pour les épargnants, notamment en ce qui concerne les frais des unités de compte dans les systèmes d'assurance-vie.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Hodiernamente, no exercício da sua atividade, os investidores não profissionais são, cada vez mais, confrontados com a oferta de uma variada gama de pacotes de produtos de investimento de retalho e de produtos de investimento com base em seguros (PRIIP). Alguns desses produtos oferecem soluções de investimento específicas, adaptadas às necessidades dos investidores não profissionais, e não raras vezes combinados com a contratualização de seguros, pelo que podem ser de elevada complexidade e, portanto, de difícil compreensão. Além disso, muitas vezes, as informações sobre os PRIIP são fornecidas aos investidores não profissionais de forma descoordenada. Consequentemente, os investidores não profissionais efetuam frequentemente investimentos sem compreender os riscos e os custos que lhes estão associados, sofrendo, por vezes, perdas imprevistas.

Torna-se necessário que a informação dos consumidores sobre os produtos de investimento seja comparável, de forma a promover a concorrência equitativa. Ora, o documento em apreço vai justamente nesse sentido. Por conseguinte, com o objetivo de reforçar a proteção dos investidores não profissionais e de aumentar a sua confiança nos PRIIP, votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Regulatory Technical Standards laid before the Parliament by the Commission include a provision that we have learnt will result in misleading information about future performance being published in investment prospectuses.

The Parliament seeks to correct this by objecting to the delegated legislation but, because in doing so the Commission is called upon to act we cannot vote in favour of either the oral amendment, or the resolution as a whole, nor can we vote against them because doing so would approve delegated legislation (and moreover that legislation would knowingly mislead investors). Accordingly UKIP abstained.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente por considerar que é essencial que a informação dos consumidores sobre os produtos de investimento seja comparável, de molde a promover condições de concorrência equitativas no mercado, independentemente do tipo de intermediário financeiro que os concebe ou comercializa.

Considerando ainda que o facto de eliminar o risco de crédito do cálculo da classificação do risco dos produtos de seguros poderia induzir os investidores em erro, tal como o tratamento dos produtos que oferecem múltiplas opções necessita ainda de ser clarificado, em particular no que se refere à isenção explícita concedida aos fundos OICVM nos termos do Regulamento (UE) n.º 1286/2014.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en défaveur du projet de mesures techniques de la Commission européenne détaillant les informations précontractuelles qu'un investisseur de détail pourra utiliser pour comparer certains produits financiers. J'estime en effet que les consommateurs ne peuvent être induits en erreur par l'information sur les produits financiers. Il est essentiel d'assurer une protection des consommateurs maximale pour ces services.

Comme beaucoup de mes collègues, je demande à la Commission de formuler un nouvel acte délégué et de repousser l'entrée en vigueur du règlement PRIIP.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – As leis reguladoras do mercado único ditam que é fundamental prestar uma informação o mais completa e rigorosa possível aos consumidores, no que toca aos pacotes de produtos de investimento de retalho e com base em seguros, que permita uma comparação adequada e uma concorrência salutar e equilibrada no mercado, independentemente do tipo de intermediário financeiro que os desenvolve ou comercializa.

No entanto, o regulamento delegado adotado pela Comissão Europeia não é totalmente fiável quanto ao método de cálculo dos cenários de desempenho futuro destes produtos, lançando dúvidas sobre a exatidão, a correção e a clareza das informações por ele fornecida.

Assim e tendo em conta que o regulamento delegado poderá conter orientações pouco detalhadas e fidedignas que fazem perigar uma aplicação coerente do documento de informação fundamental e atenta a circunstância de que as próprias regras previstas no regulamento poderão contrariar o espírito e o objetivo da legislação nesta matéria - a qual pretende disponibilizar aos pequenos investidores informações sobre este tipo de produtos de investimento de forma clara, rigorosa e objetiva, considero não estarem criadas as condições para a sua aplicação, pelo que votei favoravelmente esta proposta de resolução que objeta à entrada em vigor do regulamento delegado.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la objeción al acto delegado de la Comisión, con lo que se retrasaría la entrada en vigor de la nueva regulación sobre la información que las empresas financieras deben poner a disposición del consumidor cuando venden productos de inversión basados en seguros. La razón es que la propuesta actual incluye un sistema de previsiones de riesgo que ha sido señalado por investigaciones independientes como siendo demasiado optimista, es decir, que tiende a ocultar el riesgo real al consumidor.

Esta regulación es parte de la política de la Comisión de favorecer la Unión de Mercado de Capitales como vía de financiación para empresas y particulares, favoreciendo la titularización de todo tipo de bienes favoreciendo los mercados especulativos.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe porque presenta una objeción al acto delegado presentado por la Comisión sobre los requerimientos informativos de las inversiones en seguros. La propuesta de la Comisión incluye serias deficiencias en el cálculo de los riesgos que deben ser indicados a los inversores minoristas antes de adquirir cualquiera de estos productos financieros. Es por lo que comparto las deficiencias indicadas por el Parlamento Europeo al acto delegado de la Comisión por lo que he decido votar a favor de esta resolución.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Súhlasím s tým, že Európsky parlament vznáša námietku proti delegovanému nariadeniu Komisie. Jedným z dôvodov je, že v prípade ponechania delegovaného aktu bez zmien existuje riziko, že pravidlá stanovené v delegovanom nariadení budú protirečiť zmyslu a cieľu právneho predpisu, ktorým je poskytnúť jasné, porovnateľné, zrozumiteľné a nezavádzajúce informácie o PRIIP retailovým investorom.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Podporila som námietku voči delegovanému nariadeniu Komisie, pretože pretrvávajú obavy, že niektoré dôležité informácie nebudú bežným investorom prístupné. Potrebujeme s Komisiou dosiahnuť takú dohodu, ktorá určí pravidlá o informáciách pre investorov v súčasnom nestabilnom finančnom prostredí. Regulačné technické štandardy by sa mali upraviť tak, aby boli sprostredkovatelia investičných produktov povinní hrať s otvorenými kartami a nezakrývali riziká, ktoré z predaja investorovi plynú. Navyše Európsky parlament konštatuje vo svojom uznesení, že delegovaný akt prijatý Komisiou obsahuje chyby v metodike výpočtu scenárov budúcej výkonnosti a nespĺňa požiadavku poskytovať informácie, ktoré sú presné, pravdivé, jasné a nezavádzajúce. Riziko plynie aj z nedostatku podrobných usmernení ohľadom uplatňovania niektorých prvkov dokumentu a ďalšie časti by tiež mohli viesť k protirečivým vysvetleniam. Zastávam názor, že investičné produkty by mali byť čo najtransparentnejšie, pretože každý investor má právo poznať všetky riziká plynúce z ich nákupu. Preto by mala Komisia svoj návrh prehodnotiť a vyjasniť sporné body.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Pri výbere finančných produktov musí mať spotrebiteľ možnosť vzájomného porovnania služieb od rôznych dodávateľov, ktoré musia byť v takej forme a jazyku, aby bol schopný sa informovane rozhodnúť pre riešenie, ktoré je pre neho najvýhodnejšie.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Slažem se s Prijedlogom rezolucije Europskog parlamenta o Delegiranoj uredbi Komisije od 30. lipnja 2016. o dopuni Uredbe (EU) br. 1286/2014 Europskog parlamenta i Vijeća, jer smatram kako su joj potrebna dodatna pojašnjenja kako bi mogla biti usvojena. Ukoliko ova Delegirana uredba ostane nepromijenjena postoji opasnost da bi mali ulagatelji ostali bez dovoljno informacija te ostali u zabludi.

Delegirana uredba nema „upozorenja na opasnost" te stoga predstavlja ozbiljan rizik mnogim ulagačima. Informacije moraju ravnomjerno biti dostupne svima kako bi potrošačima pružili ravnopravne uvjete na financijskom tržištu.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zur delegierten Verordnung der Kommission vom 30. Juni 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIP) durch technische Regulierungsstandards für die Darstellung, den Inhalt, die Überprüfung und die Überarbeitung von Basisinformationsblättern sowie die Bedingungen für die Erfüllung der Verpflichtung zur Bereitstellung solcher Dokumente (C(2016)03999 – 2016/2816(DEA)) habe ich zugestimmt.

Damit wird der Vorschlag der Kommission über Basisinformationsblätter abgelehnt und an die Kommission zur Nacharbeit zurückverwiesen. Die vorgesehenen Regelungen über Basisinformationsblätter halte ich wie die meisten meiner Kollegen für inadäquat. Darüber hinaus bin ich ohnehin der Meinung, dass solche Kurzinformationen keinen geeigneten Aufschluss über Anlageprodukte geben können. Sie sollten abgeschafft werden, da sie nur zu überflüssiger Bürokratie auf Unternehmensseite führen und dem Anleger keinen nennenswerten Nutzen liefern, der nicht auch durch ein adäquates Haftungsregime für Falschberatung erreicht werden könnte. Bedauerlich ist die Situation für Unternehmen, die nun mit einer gewissen Rechtsunsicherheit leben müssen.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Europski parlament smatra da informacije o investicijskim proizvodima koje su namijenjene potrošačima moraju biti usporedive zbog promicanja ravnopravnih uvjeta na tržištu. Delegirana uredba Komisije ne sadrži detaljne smjernice o „upozorenju o razumijevanju", pa se javlja rizik nedosljedne primjene u dokumentima s ključnim informacijama na jedinstvenom tržištu.

Stoga, Parlament smatra da je potrebno dodatno standardizirati kada će se koristiti „upozorenje o razumijevanju". Podržavam prigovor na Delegiranu uredbu Komisije jer smatram da će pravila utvrđena u Delegiranoj uredbi biti protivna duhu i cilju zakonodavnog akta ako ostanu nepromijenjena. Cilj akta je pružiti jasne, usporedive i razumljive informacije o PRIIP-ovima koje male ulagatelje neće dovesti u zabludu.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za resolucijo o delegirani uredbi Komisije o dopolnitvi Uredbe (Evropskega parlamenta in Sveta o dokumentih s ključnimi informacijami o paketnih naložbenih produktih za male vlagatelje in zavarovalnih naložbenih produktih (PRIIP) z določitvijo regulativnih tehničnih standardov glede prikaza, vsebine, pregleda in revizije dokumentov s ključnimi informacijami ter pogojev za izpolnitev zahteve po posredovanju takih dokumentov.

Informacije o naložbenih produktih morajo za potrošnike biti primerljive. Le tako spodbujamo enake konkurenčne pogoje na trgu ne glede na to, katere vrste finančnih posrednikov jih pripravljajo ali tržijo.

S to resolucijo nasprotujemo delegirani uredbi Komisije in jo pozivamo, naj predloži nov predlog.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο ορθώς ζητεί την αναβολή του κανονισμού (ΕΕ) αριθ.1286/2014 για να διασφαλιστεί η ομαλή υλοποίηση των απαιτήσεων που ορίζονται στον κανονισμό και στον κατ' εξουσιοδότηση κανονισμό και να αποφευχθεί η εφαρμογή του επιπέδου 1 χωρίς να έχουν τεθεί εκ των προτέρων σε ισχύ τα ρυθμιστικά τεχνικά πρότυπα (RTS). Η έλλειψη λεπτομερούς καθοδήγησης στο πλαίσιο του κατ' εξουσιοδότηση κανονισμού για την «προειδοποίηση σχετικά με την κατανόηση» δημιουργεί σοβαρό κίνδυνο ασυνεπούς εφαρμογής αυτού του στοιχείου στο έγγραφο βασικών πληροφοριών στην ενιαία αγορά.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az állásfoglalási indítványt, amely kifogást emel a C(2016)3999. számú felhatalmazáson alapuló bizottsági rendelettel szemben. A 2014. november 26-i 1286/2014/EU európai parlamenti és tanácsi rendelet előírta egy szabályozástechnikai standardtervezet kidolgozását, amely alapján egy olyan kiemelt információkat tartalmazó, egységesített dokumentumot lehet létrehozni, amely biztosítja a lakossági befektetők számára a nagyobb átláthatóságot a lakossági befektetési csomagtermékek, illetve a biztosítási alapú befektetési termékek kapcsán. A cél az volt, hogy a lakossági befektetők könnyen olvasható és érthető, valamint összehasonlítható formában tudjanak információt szerezni e termékekről.

Azonban a bizottsági rendelet, amely alapját az európai felügyeleti hatóságok által benyújtott szabályozástechnikai standardtervezetek képezik, nem teljesítette maradéktalanul az elvárásokat. Így egyetértek az indítvánnyal, amely felkéri a Bizottságot, hogy nyújtson be új, felhatalmazáson alapuló jogi aktust, amely figyelembe veszi az abban megfogalmazott aggályokat.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris.* – Cetățenii europeni trebuie să se situeze în centrul preocupărilor factorilor de decizie de la nivelul instituțiilor europene. Acest lucru este valabil și în cazul produselor de investiții individuale structurate și bazate pe asigurări (PRIIP), unde informarea clienților este extrem de importantă.

Din păcate, nivelul de reglementare de până acum nu s-a dovedit suficient, neasigurând condiții competitive egale pe piață, eliminând riscul de credit din calculul categoriei de risc pentru produsele de asigurare, excluzând produsele cu multiple opțiuni și omițând scenariile de performanță.

De aceea, este necesară o standardizare suplimentară a acestui domeniu, în sensul oferirii de documente cu informații esențiale privind aceste produse. Propunerea de regulament a Comisiei se referă la modul de prezentare, conținutul, revizuirea acestor documente, dar și la condițiile de îndeplinire a cerinței de a furniza astfel de documente. Totuși, propunerea nu reușește să soluționeze problemele existente.

În concluzie, propunerea rezoluției Parlamentului European este de a amâna data de aplicare a regulamentului, pentru a asigura punerea în aplicare în bune condiții a cerințelor prevăzute de regulament și intrarea în vigoare a standardului tehnic de reglementare.

Susțin rezoluția de față.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit.* – J'ai voté pour la résolution du Parlement européen sur le règlement délégué du 30.6.2016 complétant le règlement (UE) du Parlement européen et du Conseil sur les documents d'informations clés relatifs aux produits d'investissement packagés de détail et fondés sur l'assurance (PRIIP) par des normes techniques de réglementation concernant la présentation, le contenu, le réexamen et la révision des documents d'informations clés et les conditions à remplir pour répondre à l'obligation de fournir ces documents.

Pavel Telička (ALDE), *in writing.* – I voted in favour of the resolution objecting to the Commission Delegated Regulation on key information documents for packaged retail and insurance-based investment products (PRIIPs). This is because the delegated act as adopted by the Commission contained methodological flaws and therefore fails to provide clear, comparable, understandable and non-misleading information on PRIIPs to retail investors. In order for our internal market to function correctly, it is key that consumer information on investment products be comparable in order to promote a level playing field in the market, no matter what type of financial intermediary manufactures or markets them.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan.* – Podržala sam prigovor na usvajanje Delegirane uredbe Komisije o dokumentima s ključnim informacijama za upakirane investicijske proizvode za male ulagatelje i investicijske osigurateljne proizvode (PRIIP-ovi) utvrđivanjem regulatornih tehničkih standarda u vezi s prikazom, sadržajem, pregledom i revizijom dokumenata s ključnim informacijama te uvjetima za ispunjavanje zahtjeva za dostavu tih dokumenata.

Smatram da se donošenje ove Delegirane uredbe Komisije treba odgoditi jer se njome ne osigurava pravna sigurnost i usklađeni pristup. Iako je Odbor za ekonomsku i monetarnu politiku Europskog parlamenta izrazio jasan i argumentirani stav da je potrebno odgoditi donošenje ove uredbe, Komisija ga nije uzela u obzir. Stoga se nadam da će Komisija nakon usvajanja ovog prigovora te moguće reakcije država članica kroz Vijeće odustati od dopune uredbe.

Romana Tomc (PPE), *pisno.* – Predlog resolucije o delegirani uredbi Komisije o dopolnitvi Uredbe (EU) št. 1286/2014 o dokumentih s ključnimi informacijami o paketnih naložbenih produktih za male vlagatelje in zavarovalnih naložbenih produktih (PRIIP) sem podprla, ker menim, da je bistveno, da so informacije za potrošnike o naložbenih produktih primerljive, da bi tako spodbujali enake konkurenčne pogoje na trgu ne glede na to, katere vrste finančnih posrednikov jih pripravljajo ali tržijo.

Brez teh sprememb obstaja tveganje, da bodo pravila v delegirani uredbi v nasprotju z duhom in namenom zakonodaje, s katero bi zagotovili jasne, primerljive, razumljive in nezavajajoče informacije o PRIIP za male vlagatelje.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la objeción al acto delegado de la Comisión, con lo que se retrasaría la entrada en vigor de la nueva regulación sobre la información que las empresas financieras deben poner a disposición del consumidor cuando venden productos de inversión basados en seguros. La razón es que la propuesta actual incluye un sistema de previsiones de riesgo que ha sido señalado por investigaciones independientes como siendo demasiado optimista, es decir, que tiende a ocultar el riesgo real al consumidor.

Esta regulación es parte de la política de la Comisión de favorecer la Unión de Mercado de Capitales como vía de financiación para empresas y particulares, favoreciendo la titularización de todo tipo de bienes favoreciendo los mercados especulativos.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le règlement PRIIP oblige les initiateurs de produits d'investissement packagés de détail et fondés sur l'assurance à élaborer des «documents d'informations clés» (KID, pour Key Information Documents) pour ces produits avant que ces derniers ne soient mis à la disposition des investisseurs de détail.

Il a été demandé aux autorités européennes de surveillance de mettre au point des normes techniques de réglementation (RTS) sur la présentation et le contenu des KID, y compris des méthodes de calcul et de présentation des risques, rémunérations et coûts devant y figurer.

La Commission a donc présenté, le 30 juin 2016, un acte délégué contenant tous les éléments à présenter dans les KID. Dès sa publication, l'acte délégué a fait l'objet d'une violente critique de la part de tous les acteurs des marchés financiers et des associations de défense des investisseurs.

Il est reproché à ces nouveaux KID d'être opaques et trompeurs, surtout par rapport à la présentation des performances et de leur calcul.

J'ai donc soutenu l'objection présentée par Pervenche Berès, qui demande à la Commission de représenter de nouvelles normes techniques et de décaler l'entrée en application du règlement.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A piacon belüli egyenlő versenyfeltételek előmozdítása érdekében alapvetően fontos, hogy a befektetési termékekre vonatkozó fogyasztói információk összehasonlíthatóak legyenek, függetlenül attól, hogy milyen típusú pénzügyi közvetítő állítja elő, vagy hozza forgalomba ezeket a termékeket. Voksommal támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la objeción al acto delegado de la Comisión, con lo que se retrasaría la entrada en vigor de la nueva regulación sobre la información que las empresas financieras deben poner a disposición del consumidor cuando venden productos de inversión basados en seguros. La razón es que la propuesta actual incluye un sistema de previsiones de riesgo que ha sido señalado por investigaciones independientes como siendo demasiado optimista, es decir, que tiende a ocultar el riesgo real al consumidor.

Esta regulación es parte de la política de la Comisión de favorecer la Unión de Mercado de Capitales como vía de financiación para empresas y particulares, favoreciendo la titularización de todo tipo de bienes favoreciendo los mercados especulativos.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – Voted in favour of the motion to reject a delegated act under the Packaged Retail and Insurance Based Investment (PRIIPs).

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Es necesario que se lleven a cabo cambios en el proyecto normativo sobre productos de inversión minorista empaquetados y los productos de inversión basados en seguros. Es necesario que los estándares regulatorios técnicos que las entidades deben cumplir para ofrecer máxima transparencia y claridad a los inversores se adapten mejor a la protección de los consumidores. Por ello he creído necesario votar a favor de esta decisión.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Si tratta di una mozione di obiezione parlamentare che intende rigettare l'atto delegato proposto dalla Commissione per dare attuazione al regolamento PRIIPS sui prodotti d'investimento al dettaglio e quelli assicurativi. Le norme tecniche di attuazione elaborate dalla Commissione nell'atto delegato, sotto le fortissime pressioni delle lobby della finanza, sono infatti risultate fortemente in contrasto con gli obiettivi del regolamento di mettere gli investitori nelle condizioni di investire in modo consapevole sulla base di informazioni corrette, chiare, comprensibili e non fuorvianti, garantendo la massima trasparenza e confrontabilità tra prodotti finanziari.

Considerato che queste norme tecniche hanno lo scopo di disciplinare elementi fondamentali del KID, tra cui gli scenari probabilistici di rendimento, gli indicatori di rischio, la metodologia del calcolo dei costi - questa mozione chiede giustamente alla Commissione di rimandare la data applicazione del regolamento e riscrivere da capo l'atto delegato, tenendo pienamente conto degli obiettivi del regolamento e delle preoccupazioni espresse da questo Parlamento. In mancanza di queste fondamentali norme tecniche, infatti, un'applicazione provvisoria del PRIIPS, rischierebbe di danneggiare fortemente gli investitori, fornendo loro informazioni lacunose e fuorvianti, facendo così il gioco delle lobby, e consentirebbe peraltro a tecnocrati non eletti di scavalcare la volontà democratica dei legislatori.

Per questi motivi ho sostenuto questa mozione con voto favorevole.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde in met deze resolutie omdat we als Parlement bezwaar maken tegen deze gedelegeerde verordening van de Commissie. We vragen de Commissie een nieuwe gedelegeerde handeling in te dienen.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Quel désaveu! 602 voix pour rejeter le projet de règlement de la Commission qui imposait de nouvelles normes techniques et un nouveau calendrier au secteur financier commercialisant des produits d'épargne pour préparer des documents d'informations clés standardisés (et donc supposé neutres) à l'attention de leurs clients pour chaque produit proposé.

Au delà du fait que les banques, fonds et assureurs ne disposaient pas du temps nécessaire pour élaborer de tels documents, la question de leur fiabilité et du contrôle de leur contenu n'était absolument pas réglée. Laisser les commerçants seuls juges tant des risques que des possibles performances futures de leurs produits, c'est mettre les clients en situation d'abus potentiel. C'est le sens de mon vote que de le rappeler.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Estamos de acordo em que é de extrema importância para os investidores terem informações fiáveis e precisas e um alto grau de transparência. Recusamos é que, a reboque desta noção de transparência, se distorça por completo a génese desta crise.

A transparência ajuda e é bem-vinda. Mas não se acredite que foi a falta de transparência a causa da crise financeira. A crise foi provocada pela ganância dos grandes investidores institucionais que tinham toda a informação possível, mas que, ainda assim, não quiseram abrir mão dos seus lucros.

O problema foi a espiral especulativa que envolveu a banca e as restantes instituições financeiras, que sabiam que podiam arriscar, porque sabiam e sabem hoje que poderão contar sempre com os governos e os bancos centrais para resolver este problema.

Por mais regulação que possam inventar, não há nada que apague hoje a necessidade de controlo público do sistema financeiro.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Dieser Entschließungsantrag hält daran fest, dass Verbraucherinformationen über Anlageprodukte vergleichbar sein müssen, um gleiche Wettbewerbsbedingungen am Markt zu fördern. Wären Kreditrisiken aus der Berechnung der Einstufung des Risikos von Versicherungsprodukten ausgenommen, würde das einer Irreführung der Investoren gleichkommen. Da somit Kreditrisiken in die Risikobewertung von PRIIP einfließen sollen, habe ich dem Antrag zugestimmt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore del regolamento delegato della Commissione che integra il regolamento (UE) n. 1286/2014 relativo ai documenti contenenti le informazioni chiave per i prodotti di investimento al dettaglio e assicurativi pre-assemblati. Questo regolamento si è reso necessario in seguito alla crisi finanziaria 2007-2008. Il regolamento obbliga chi produce o vende prodotti d'investimento a fornire agli investitori «documenti contenenti le informazioni chiave» sui prodotti. L'obiettivo è quello di aiutare gli investitori a capire e a confrontare le caratteristiche principali e i rischi di tali prodotti.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o delegirani uredbi Komisije o dopolnitvi Uredbe (EU) št. 1286/2014 o dokumentih s ključnimi informacijami o paketnih naložbenih produktih za male vlagatelje in zavarovalnih naložbenih produktih (PRIIP) sem podprl.

Kot navaja resolucija je bistveno, da so informacije za potrošnike o naložbenih produktih primerljive, da bi tako spodbujali enake konkurenčne pogoje na trgu ne glede na to, katere vrste finančnih posrednikov jih pripravljajo ali tržijo.

Delegirani akt, ki ga je sprejela Komisija, vsebuje napake v metodologiji, zato obstaja resno tveganje, da bo izvajanje tega elementa v dokumentu s ključnimi informacijami na celotnem enotnem trgu neusklajeno.

Strinjam se s pozivom Komisiji, naj predloži nov delegirani akt.

Președintele. – Perioada consacrată explicațiilor privind voturile s-a încheiat.

11. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Ședința, suspendată la ora 13.20, a fost reluată la ora 15.00).

IN THE CHAIR: ADINA-IOANA VĂLEAN

Vice-President

12. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

13. Notwendigkeit einer europäischen Reindustrialisierungspolitik - die Fälle Caterpillar and Alstom (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Council and Commission statements on the need for a European reindustrialisation policy in light of the recent Caterpillar and Alstom cases (2016/2891(RSP)).

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, first I would like to apologise because I will not be able to be here for the whole debate. The reason is that I need to rush back home because we are finalising the preparations for the meeting in Bratislava. You added this point to the agenda on Monday, therefore I changed my schedule because it was important to present the position but I will not be able to stay here for the debate.

News of the closures announced, most recently in Belgium and France, created anxiety and anger in the towns and regions concerned. The recent cases of Caterpillar and Alstom are a reflection of a more widespread phenomenon of mass redundancies across the EU as a result of the changing economic environment, with deep employment and social effects. The recent crisis in the steel and automotive industries, as well as the announced restructuring, show that serious reflection and action is needed in the Member States and at EU level.

We need to decide whether we want to let our industrial know-how slip away elsewhere or whether we should take determined action to improve the framework conditions for our industries. Back in June 2013 the European Council recognised the vital importance of a strong European industrial base as an essential building block of the EU's growth and competitiveness agenda. As you noted in your resolution of 2014, there are several aspects to consider, and I will touch upon them.

Like Parliament, the Council has called for an ambitious and active industrial policy. This should include sectoral initiatives to be pursued by the Commission whenever the challenges to competitiveness and the need to maintain a strong industrial base require it. To ensure an active industrial policy, industrial competitiveness needs to be mainstreamed across all relevant policy areas. Infrastructures, including digital ones, must also be developed with a long-term view. Labour markets should enable growth, while safeguarding the social rights of workers.

In the area of financing, progress has been made through recent instruments such as the European Fund for Strategic Investments. There is, however, still a need to remove obstacles to – and to promote – new debt and equity financing. The potential of increasingly strategic and targeted lending by the European Investment Bank to innovation and industrial transformation projects, notably in manufacturing and related services, could also be looked into.

As local and regional decision makers are responsible for two-thirds of public investment in the EU, their interaction with business and industry is highly relevant. Regions can play a key role in supporting industrial modernisation. This can be done, inter alia, by combining regional policy and industrial policy tools. As recent events show, there is also a need for effective social dialogue involving governments and the social partners. At Union level there has been a growing recognition of the importance of involving the social partners at different levels.

The Council has welcomed the steps taken by the Commission to involve the social partners in policies that may have a significant impact on the employment and social situation, but dialogue and policy also need to take into account the financial aspects. To this end the European Union has developed an instrument to support workers' employability and mitigate the adverse social consequences of restructuring. The European Globalisation Fund (EGF) gives specific one-off support aiming to facilitate the reintegration of redundant workers suffering the shock of serious economic disruption. The EGF is, however, only a tool to manage such difficult situations once they arise. Together we need to engage in efforts to manage the adaptation of the current economic environment, achieving gains in competitiveness, whilst preserving quality employment.

There are some excellent signs. Research and innovation are essential for the sustainable development of the European economy. It is in this context that the Presidency, in cooperation with the Commission, is inviting representatives from European and international research, innovation communities and the business sector to a major international conference on the re-industrialisation of the European Union. This event will take place in Bratislava on 26-28 October 2016 and will focus on the fields of nanotechnologies, advanced materials, manufacturing and production technologies, as well as biotechnology. Another key element is the digitalisation of industry, which has a cross-fertilising effect on all sectors.

However, we are still lacking coherent development across Europe. The EU, Member States, regions and industry all have a role to play in fostering the digitalisation of business processes and in developing the industrial dimension of the digital agenda. Therefore the Council welcomes the recent Commission communication on digitising European industry.

Finally, as the Commission has indicated in its new Skills Agenda, sustained investment in education and training and better alignment of skills and labour market needs are necessary as a way of contributing to employment, growth and competitiveness. These are the different aspects we need to work on if we want to re-industrialise Europe. Parliament and the Commission are working hard towards these goals and so is the Council. Re-industrialisation will be addressed by the Competitiveness Council on 29 September 2016, and I would remind you once again of the conference that we will be hosting in Bratislava. I invite you to attend.

Once again I apologise that I have to leave but I am already very late.

Marianne Thyssen, *Member of the Commission*. – Madam President, the recent announcements by Caterpillar and Alstom about the envisaged closings of major industrial plants in Europe are a hard blow for the affected people and a severe setback for the regions concerned. I thank the European Parliament for organising this debate and for making the link with the vitally important issue of the future of the European industry and the need for industrial competitiveness.

In cases like these, the immediate priority of the Commission is to support those directly affected. It is absolutely necessary to quickly establish a perspective for the workers, their families, as well as the local economy. Europe does not stay on the side-line. We must work together at all political levels to help the workers who have lost their jobs and to assist the regions in overcoming this difficult economic and social situation.

First and foremost, companies operating in Europe have the legal and moral responsibility to put social dialogue at the heart of the restructuring processes. Information and consultation of workers is a core feature of our European Social Model. It is absolutely clear that no company is allowed to escape this responsibility towards its workers.

Secondly, where redundancies or closing a business are linked largely to developments at global level, we have a Solidarity Fund, the European Globalisation Adjustment Fund (Fonds Européen d'Ajustement à la Mondialisation), which can provide financial support for the workers and regions affected. EUR 3 million have already been granted in the past years to cover redundant workers from Caterpillar and some related companies in the region. Seeing the context, additional financial support from the European Globalisation Fund can be made available, upon request from the Member States concerned.

Financial means from the EGF can be used to support, amongst others, the professional retraining of workers. In addition, the European Regional Fund and the European Social Fund can be put at the service of the conversion of the region and the affected workers.

To respond to the serious situation in Gosselies, we have set up a taskforce, a taskforce which will be an interface for the Belgian authorities with the Commission, and which will assist with any questions arising during the process ahead, for instance related to the legal framework or the use of European funds.

While these measures all contribute to our short-term response, this Commission has from the beginning sent a strong signal on the necessity to preserve and improve the competitiveness of our industrial economy over the long term with the Investment Plan for Europe.

In July 2016, EUR 20.4 billion had already been invested in infrastructure projects, innovation and small- and medium-sized enterprises under the European Fund for Strategic Investment. This amount is expected to generate EUR 115 billion in investments. And, as announced this morning by President Juncker in his State of the Union address, the Commission will take this further by doubling the duration of the Fund, and doubling its financial capacity. This should lead to a total of at least EUR 500 billion of private investments by 2020. The Investment Plan also aims at removing barriers to investment and at creating simpler, better and more predictable regulation in the European Union.

The industrial dimension is also incorporated into all other major Commission policies: the Single Market Strategy, the Circular Economy package, the Digital Single Market, the Energy Union, the Capital Markets Union, our Research and Development agenda, the Better Regulation agenda, the Trade for All Strategy and the New Skills Agenda for Europe. Indeed, in a fast-changing global economy, skills will, to a large extent, determine Europe's competitiveness and the capacity to drive innovation. They also help mobilise and attract investment and they are a catalyst in the virtuous circle of job creation and growth. Our skills agenda is an agenda for all: young, old, in education, unemployed, in work or indeed in transition between jobs.

Our industry is strong. Nevertheless, worldwide competition is increasing. So we must step up our efforts at all levels to ensure that Europe remains a competitive and attractive environment for manufacturing.

Françoise Grossetête, *au nom du groupe PPE.* – Madame la Présidente, Madame le Commissaire, malheureusement, une fois de plus, nous sommes amenés à parler de cette crise profonde de compétitivité et de manque d'investissement pour notre industrie en Europe. Les fermetures des deux sites de Caterpillar d'un côté et d'Alstom de l'autre sont symptomatiques de la dépression industrielle que nous vivons en Europe. Il y a plus de fermetures que de créations d'entreprises industrielles en Europe. C'est un signal alarmant et c'est ce qui suscite et engendre beaucoup d'anxiété et de colère.

Et pourtant, les pouvoirs publics étaient au courant de la situation difficile de ces sites et malheureusement ces pouvoirs publics s'affolent en dernière minute, cherchant un plan de sauvetage à la hâte. Le problème de fond, c'est ce manque lancinant de compétitivité de nos entreprises et aussi le manque de volonté de certains États membres de créer l'environnement adéquat. En réalité, les entreprises ont besoin sans cesse de se restructurer pour s'adapter au changement, mais elles doivent, pour se développer, bénéficier d'un environnement fiscal et social favorable et qui ne soit pas paralysé par les uns ou par les autres.

Dans le cas d'Alstom, que je déplore particulièrement, il me paraît dangereux qu'un gouvernement propose à une autre société française qui est en difficulté d'endettement – la SNCF – de passer dans l'urgence des commandes. Des commandes artificielles en fin de compte, alors qu'il n'y a pas depuis des années en France une vraie politique du rail.

En réalité, ce qui manque en Europe, c'est de l'anticipation. Nous parlons sans cesse de politique industrielle mais qui propose de vraies stratégies de développement industriel à long terme pour nos entreprises européennes?

C'est ce qui fait le plus défaut et, malheureusement, ce sont les salariés qui font les frais de l'inaction de certains gouvernements face aux réformes structurelles à réaliser et face au dumping social qui existe malheureusement en Europe.

Les fermetures de ces sites sont toujours des moments difficiles pour les salariés. C'est pourquoi il est indispensable de les accompagner, comme vous l'avez dit, Madame le Commissaire, dans la défense de leurs droits sociaux.

Surtout ce dont notre industrie européenne a besoin c'est de stabilité, de stabilité fiscale, de stabilité législative, elle a besoin de se sentir encouragée par des stratégies de long terme.

Maria Arena, *au nom du groupe S&D*. – Madame la Présidente, la fermeture annoncée de Caterpillar à Gosselies a plongé plus de 6 000 travailleurs dans le désarroi, mais aussi dans l'incompréhension. Caterpillar n'est pas unique. Chaque semaine, le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation reçoit des dossiers: la Finlande, Nokia/Microsoft, plus de 8 000 licenciements; la Suède, Ericsson, plus de 1 500 licenciements. La liste est longue, mais ce qui est inacceptable, ce n'est pas qu'une entreprise ferme, mais c'est comment elle ferme et pourquoi elle ferme.

Pour revenir à Caterpillar, c'est un groupe qui implante ses sièges là où il paie le moins. Caterpillar se trouve en Suisse pour éviter de payer l'impôt en Europe. Caterpillar, c'est aussi une entreprise bénéficiaire, qui choisit de rémunérer son capital plutôt que d'investir dans des stratégies porteuses en matière d'emploi. Caterpillar, c'est aussi des centres de décision hors de l'Europe, qui négligent le rôle citoyen qu'une entreprise doit avoir au niveau de l'Europe. Eh bien ce modèle, c'est un modèle que l'on retrouve auprès de beaucoup de multinationales actuellement. Enfin, Caterpillar, c'est aussi un effet direct de l'austérité européenne, car moins de travaux publics égale moins d'investissements en machines, alors que l'on dit que les investissements verts pourraient être porteurs d'emplois, et je pense que nous devrions travailler dans ce sens.

Alors que faire? Premièrement, Madame la Commissaire, vous l'avez dit, il faut aider les travailleurs licenciés et les régions qui sont touchées, et je sais à quel point vous y êtes disposée. Deuxièmement, nous devons relancer l'investissement public. Troisièmement, nous devons garantir la taxation, là où la production de richesses a lieu. Quatrièmement, il faut lutter contre la financiarisation de notre économie. Cinquièmement, il importe de ne pas donner des droits absolus aux investisseurs étrangers. Or nous sommes prêts, ici, dans ce Parlement, à accepter des accords avec des investissements et des cours d'arbitrage privés qui donneraient des droits absolus aux investisseurs étrangers. Nous devons absolument arrêter ce mécanisme.

Enfin, nous devons disposer d'études d'impact concernant la globalisation et pas uniquement d'études d'impact sur ce qu'elle amène de positif – c'est vrai qu'il y a des effets positifs –, mais aussi sur les effets négatifs. Si nous nions les effets négatifs, nous ne serons pas en mesure de nous préparer à adapter les entreprises et à adapter notre structure et, donc, nous devons être beaucoup plus sincères sur la globalisation.

Helga Stevens, *namens de ECR-Fractie*. – De eerste gedachte bij een aankondiging zoals die van Caterpillar gaat steeds uit naar de betrokkenen. De ECR-Fractie en mijn partij, de N-VA, voelen mee met de duizenden getroffen werknemers en onderaannemers. Voor hen komt de intentie tot sluiting keihard aan.

Over globalisering heerst veel bezorgdheid. Het juiste antwoord luidt: doordacht beleid. Enkele elementen zijn cruciaal. We mogen niet toegeven aan protectionistische tendensen. Internationale concurrentie leidt net tot meer jobs, niet minder. We moeten werkzekerheid laten primeren op baanzekerheid. Voortdurende technologische verandering vergt een snel aanpasbare arbeidsmarkt om onze welvaart en werkgelegenheid te kunnen behouden en verbeteren. We mogen niemand voortijdig afschrijven voor de arbeidsmarkt. Om de vergrijzing te betalen, moet de arbeidsmarktpositie van oudere werknemers drastisch veranderen.

Van de EU mogen we verwachten dat het Europees Globaliseringsfonds steun zal verlenen bij collectieve ontslagen. Maar de factuur doorschuiven naar de belastingbetaler is geen duurzame oplossing. Met een Europese transfer-unie lossen we de werkloosheid niet op. Het is aan de lidstaten om volop in te zetten op structurele hervormingen die jobcreatie en ondernemerschap maximaal bevorderen. In mijn eigen lidstaat, België, geven de federale en de Vlaamse regering alvast het goede voorbeeld.

(De spreker gaat in op een "blauwe kaart"-vraag (artikel 162, lid 8, van het Reglement))

Marc Tarabella (S&D), *question «carton bleu»*. – J'ai entendu dire M. Stevens que la N-VA, son parti, était solidaire des travailleurs. La meilleure manière de se montrer solidaire, c'est comme nous l'avons fait en Belgique il y a quelques années, lorsque Ford Genk a fait l'objet d'une restructuration. Il y a eu une solidarité nationale en Belgique pour faire en sorte que les travailleurs puissent avoir accès à la prépension. Je constate que la N-VA n'est plus du tout en faveur de cette méthode. Or, aujourd'hui, ça pourrait être une solution de soulagement de la crise et du cataclysme social qui est vécu à Gosselies et dans toute sa région. Pourquoi la N-VA s'oppose-t-elle à l'accès à la prépension des travailleurs qui sont victimes de cette restructuration?

Helga Stevens (ECR), *"blauwe kaart"-antwoord*. – Dank u wel voor uw vraag maar u moet heel goed luisteren naar mijn betoog. Wij zijn tegen de afschrijving van oudere werknemers, vandaar dat wij tegen het idee van brugpensioen zijn omdat dat geen fundamentele oplossing biedt. Wij moeten ervoor zorgen dat oudere werknemers kunnen worden bijgeschoold zodanig dat zij een nieuwe job kunnen vinden. Dat is onze bedoeling. Een brugpensioen is op zich geen oplossing.

Gérard Deprez, *au nom du groupe ALDE*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, chers collègues, le 2 septembre au matin, Caterpillar annonce la fermeture de son site de Gosselies. L'annonce est raide, le coup est brutal, les travailleurs sont sonnés et les responsables politiques choqués. Plus 2 000 travailleurs vont être licenciés par l'entreprise, le double encore par les sous-traitants.

Toute fermeture d'entreprise, nous le savons, se fait dans la douleur. Mais celle-ci fait particulièrement mal. Il y a d'abord la brutalité sinon la violence d'une décision d'un capitalisme sans visage; cette décision n'a pas été annoncée au gouvernement de mon pays et les dirigeants américains sont aux abonnés absents, même quand le Parlement belge leur demande de venir.

Il y a aussi l'injustice du sort. Cette fermeture frappe une région tragiquement touchée par le déclin industriel, qui affiche un niveau de chômage très élevé et un déficit d'attractivité extrêmement préoccupant. Il y a enfin, on l'a dit, la contrainte budgétaire qui découle du pacte de stabilité et qui pèse sur les moyens d'action des gouvernements wallon et bruxellois.

Alors que faire? En premier lieu, exiger de Caterpillar le respect scrupuleux de toutes les dispositions de la procédure Renault. Ce qui signifie tout d'abord exiger des justifications crédibles sur les raisons qui expliquent la décision de fermeture d'un site performant par une entreprise qui fait du bénéfice et qui est peu endettée. Ensuite, si la décision se confirme, tout mettre en œuvre pour que les travailleurs bénéficient d'une juste indemnisation et de solides perspectives de reclassement.

Vous avez bien compris la situation, Madame la Commissaire, en rencontrant les syndicats et les responsables politiques et en annonçant d'emblée la création d'une *task force* au sein des services de la Commission et votre volonté de mobiliser tous les moyens qui peuvent l'être pour soutenir les efforts de reclassement des travailleurs.

Toutes ces initiatives doivent être prises, mais ce n'est pas suffisant. J'entendais ce matin même le président de la Commission réaffirmer, dans son discours sur l'état de l'Union, sa volonté de construire une Europe sociale et une Europe qui protège. Je doute que les travailleurs de Caterpillar ou d'Alstom aient aujourd'hui la conviction que l'Europe les protège.

Je sais bien que nous vivons des temps de grands changements du fait de la mondialisation et de l'émergence d'un monde économiquement multipolaire. Et c'est bien, Madame la Commissaire, d'avoir rappelé à la direction de Caterpillar que le dialogue social fait partie de l'ADN de l'Europe.

Mais ce serait mieux aussi d'avoir, au niveau européen, de nouveaux instruments tels qu'un fonds d'investissement stratégique spécifiquement industriel pour consolider ou recréer une base industrielle solide en Europe et ce serait bien d'avoir avec les entreprises qui investissent dans nos pays un code de conduite plus large et plus contractuel que la seule procédure Renault qui ne règle en fait que les fermetures.

Il y a là un vrai chantier pour la Commission Juncker, puisque celle-ci entend mettre l'investissement et le social au cœur de sa politique.

Thomas Händel, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren! Die Kommission formuliert große Ziele der Reindustrialisierung Europas – das ist gut so –, aber wir erleben derzeit das Gegenteil: Nicht nur bei Caterpillar werden Arbeitsplätze in Regionen zerstört, die schon in höchstem Maße an Arbeitslosigkeit leiden. Und zwar oftmals in Unternehmen, die nicht nur profitabel sind, sondern auch in keinem Fall unter fehlender Wettbewerbsfähigkeit leiden. Klar, meist sind es reine Profitinteressen der Unternehmen, die Arbeitsplätze vernichten. Aber es ist die Politik, die den Unternehmen in den Arm fallen könnte mit einer vorausschauenden, langfristig angelegten Industriepolitik, in diesem Fall im Bausektor und im öffentlichen Verkehr. Der Fall Alstom ist ja auch kein Ausweis für eine langfristige beschäftigungssichernde Industriepolitik, weder national noch europäisch.

Wir reagieren nur und teilen die schlimmsten Folgen der Arbeitsplatzvernichtung mit Mitteln aus dem Globalisierungsfonds und damit aus Steuermitteln. Das ist gut so, aber zu wenig. Es wird endlich Zeit, auch darüber nachzudenken, profitable Unternehmen an den gesellschaftlichen, an den volkswirtschaftlichen Schäden der Arbeitsplatzvernichtung zu beteiligen, und zwar jetzt.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, chers collègues, Caterpillar, c'est, entre 2009 et 2015, 50 % d'augmentation du dividende par action et 15 % de pertes d'emplois. Ces seuls chiffres démontrent à souhait que le cancer de la financiarisation continue de ronger le cœur de notre économie et que, malgré les professions de foi consécutives à la crise financière, la maximisation du profit à court terme reste l'alpha et l'oméga de la politique des multinationales, et la remise de la finance et de l'économie au service de la société, un vœu pieux.

Le cas de Caterpillar n'est pas isolé puisque l'emploi industriel est passé en Europe de 20 à 15 % de la population active depuis l'an 2000. Et à entendre la commissaire Malmström qui, de manière un peu obsessionnelle, pousse les accords commerciaux CETA et TTIP, il faut s'attendre à encore plus de casse sociale puisqu'elle vous demande, Madame Thyssen, un renforcement du Fonds d'ajustement à la globalisation, tout ça, alors que les Européens se sont donné l'objectif d'augmenter la part de l'industrie dans leur PIB à 20 %. Et nous avons raison parce que, qu'il s'agisse d'énergie, de mobilité, de bâtiments, pour prendre simplement ces trois exemples, l'industrie a un rôle essentiel à jouer dans la transition de notre économie vers une économie sobre en énergie et en ressources. L'Europe, chers collègues, a tout intérêt, pour sa propre compétitivité, à mener cette transition, à être un leader plutôt qu'un suiveur.

Dès lors, au-delà de l'émotion suscitée par la fermeture arbitraire de Caterpillar à Gosselies, nous devons enfin tirer la leçon de ces restructurations en série et adopter les éléments essentiels d'une politique industrielle. Premièrement, elle suppose la remise au pas de la finance. Et là, beaucoup de choses restent à faire. Tant que la norme du profit sera fixée par des institutions financières *too big to fail*, eh bien notre économie sera entièrement asservie à la finance.

Deuxièmement, une réorientation de la politique commerciale. Il faut en finir avec ces projets d'accords commerciaux taillés pour mesure sur les seuls intérêts des actionnaires et conditionner l'accès au marché européen au respect des normes sociales, environnementales et fiscales de notre Union.

Troisièmement, il faut mettre l'industrie au service de la transition et la transition au service de l'industrie. En effet, nous avons des moyens de mettre notre industrie à la pointe de leur transition. Donnons-nous des objectifs ambitieux et contraignants en matière d'efficacité énergétique et de ressources. Faisons en sorte que le plan d'investissement Juncker, au lieu de saupoudrer un petit peu d'argent partout, se focalise sur l'industrie et sur la transition écologique.

Enfin, l'emploi industriel est de plus en plus remplacé par des machines. Ce n'est pas en soi une mauvaise chose, à condition que les profits soient justement distribués. Autrement dit, nous devons remettre en question notre modèle d'organisation du travail, c'est-à-dire partager le travail et les revenus. C'est l'évolution inéluctable de nos sociétés si nous ne voulons pas laisser des millions de gens sur le bord de la route.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement)

Jean-Luc Schaffhauser (ENF), *question «carton bleu».* – Monsieur Lamberts, je vous ai écouté avec beaucoup d'intérêt. Avant d'être députés, nous étions un certain nombre, avec les présidents des grandes banques publiques, à demander un véritable plan de réinvestissement en utilisant les facilités monétaires de la Banque centrale, 1 000 milliards investis dans le développement durable et l'économie verte. Pourquoi ne reprenez-vous pas cette idée?

D'autre part, est-ce qu'il ne faut pas un protectionnisme européen, au moins pour la réciprocité dans l'ouverture?

Philippe Lamberts (Verts/ALE), *réponse «carton bleu».* – Cher collègue, si je ne reprends pas toutes les idées dans mes discours, c'est en général qu'en 2 minutes 30, on ne peut pas tout dire.

Maintenant, ce qui est clair, c'est que le financement massif de l'économie par la Banque centrale européenne ces dernières années – et c'est un financement qui continue, ce qu'on appelle le *quantitative easing* – est de nouveau quelque chose qui est dispersé de manière totalement indiscriminée.

Nous plaidons depuis très longtemps pour verdir ce *quantitative easing*, autrement dit cibler les investissements non pas sur la spéculation – on voit bien que les marchés d'actifs sont en train d'exploser parce qu'on injecte de la liquidité dans le système –, mais orienter plutôt, au travers de la Banque européenne d'investissement et d'autres outils d'investissement public, ces liquidités vers les investissements nécessaires à la transition écologique de l'économie.

Cela tombe sous le sens et pourtant, il n'y a toujours pas de volonté politique de mettre cela en place. J'espère qu'un jour, nous aurons une majorité au niveau national et européen pour mettre en place ces politiques.

Nicolas Bay, *au nom du groupe ENF.* – Madame la Présidente, l'affaire de l'usine Belfortaine d'Alstom, dont on espère encore qu'elle trouvera une issue plus favorable que celle des aciéries de Gandrange et Florange, est emblématique de la soumission de nos dirigeants aux diktats des actionnaires et des fonds de pensions.

Quel symbole que cette usine de Belfort! Ouverte en 1879, c'est de cette usine qu'est sorti en 1971 le premier prototype de notre train à grande vitesse, notre désormais fameux TGV que le monde nous envie, une usine qui employa jusqu'à 9 000 salariés.

Aujourd'hui, on n'embauche pratiquement plus que dans le secteur tertiaire, tandis que se poursuit la dramatique destruction de l'emploi industriel: rien que l'année dernière, plus de 33 000 emplois ont été détruits dans nos industries françaises.

Sans exonérer nos dirigeants nationaux de leurs responsabilités, il faut bien reconnaître que c'est l'Union européenne qui nous impose la financiarisation de nos économies, et qui, au nom d'une concurrence prétendument libre et non faussée, nous interdit tout protectionnisme, fût-il européen.

C'est également l'Union européenne qui, prétendant lutter contre les monopoles, impose la séparation entre l'activité réseau et l'activité transport dans le secteur ferroviaire. Voilà qu'on découpe nos entreprises branche par branche, pour mieux les revendre à leurs concurrents. L'annonce de la fermeture de l'usine de Belfort n'est ainsi que la suite logique du dépeçage d'Alstom avec la vente en 2014 de sa branche énergie à l'américain General Electrics.

L'enjeu, au-delà de la sauvegarde de nos emplois industriels, c'est bien le maintien des compétences et des pôles d'innovation qui dépendent des sites de production.

Voilà pourquoi la puissance publique doit impérativement aider les sites industriels qui opèrent temporairement en sous-production, surtout lorsqu'il s'agit de fleurons nationaux.

Mais encore faut-il que nos ministres travaillent leurs dossiers, plutôt que de se concentrer sur leur plan de carrière.

On ne s'étonnera donc pas que le banquier Macron n'ait rien vu venir. Entre deux séances photos pour la presse «people», le ministre de l'économie n'a pas voulu écouter les appels à l'aide des cadres et salariés d'Alstom. Macron avait donné sa parole: «Zéro licenciement» et voilà 2 000 emplois qui sont menacés, dont près de 500 à Belfort.

Aujourd'hui, plus que jamais, notre industrie a besoin d'un État-stratège qui se fixe des objectifs sur le long terme et se donne réellement les moyens de les atteindre.

Claude Rolin (PPE). – Madame la Présidente, février 2013, restructuration de Caterpillar, 1 400 licenciements. Promesse de la direction: un avenir pour l'entreprise. Les travailleurs font des concessions en termes de salaire, en termes de flexibilité.

Résultat aujourd'hui, remerciement: fermeture du site de Gosselies, licenciement de l'ensemble du personnel, et cela au mépris des salariés, au mépris du dialogue social, au mépris des instances politiques du pays.

Malheureusement, dans la région, en Europe, ce n'est pas la première, ni la dernière fermeture d'entreprise. Mais celle-ci a néanmoins valeur d'exemple et je reprendrai les paroles de Philippe Maystadt, l'ancien président de la BEI: Caterpillar, c'est le produit d'un capitalisme totalement dérégulé. Cette fermeture appelle plusieurs réponses. En termes de Fonds d'ajustement à la mondialisation, il faut pouvoir aller plus rapidement, il faut pouvoir intégrer tout de suite les travailleurs sous-traitants qui sont doublement victimes de ce type de situation.

Nous avons besoin d'un ambitieux plan de relance en termes industriels et je tiens à féliciter la Commission pour cette volonté de doper, d'augmenter les moyens du Fonds d'investissements. Il faut dégager des moyens au niveau européen et au niveau national pour réellement construire des projets avec un avenir en termes économiques, des projets porteurs comme en termes d'énergie, de mobilité ou de numérique.

Nous devons aussi cesser d'être naïfs et défendre notre industrie. Quand la Chine produit à des coûts défiant toute concurrence et bien, nos entreprises ne peuvent pas résister. Sur les marchés internationaux, tous les acteurs doivent jouer avec les mêmes règles du jeu. Je prends un exemple: nous produisons chez Caterpillar, les engins les plus respectueux en termes d'environnement mais nous achetons des engins chinois qui ne respectent pas ces normes-là.

Enfin, je salue la volonté de la commissaire de mettre en place une task force. C'est important, mais je souhaite aussi qu'on évalue le pack de stabilité. Évaluer, c'est vouloir aussi en tirer les enseignements. Nous avons besoin de défendre nos emplois, mais nous avons aussi besoin de construire une prospective de développement industriel et de développement économique.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D). – Madame la Présidente, je me réjouis que notre Parlement ait fait preuve de réactivité sur la situation des sites industriels de Caterpillar à Gosselies et d'Alstom à Belfort. Avec ce débat, nous montrons qu'il ne s'agit pas d'un débat franco-belge, mais bien d'un enjeu européen, celui de la mise en place d'une réelle politique industrielle européenne.

Il y a deux mois, dans cette même Assemblée, nous avions adopté une résolution pour demander à la Commission de soutenir davantage l'industrie ferroviaire européenne et d'utiliser tout le potentiel des fonds européens et du plan Juncker pour soutenir les commandes publiques. Il y a cinq mois, nous votions les techniques du quatrième paquet ferroviaire, fortement encouragés par les industriels du secteur, dont Alstom, car il permettait une harmonisation des règles et des produits au sein de l'Union.

Les votes du Parlement européen doivent être entendus par les citoyens, les institutions et aussi par les entreprises. Nous avons un énorme défi à relever, celui de la protection de notre industrie face à une concurrence internationale toujours plus dure et parfois déloyale. La Commission doit fixer les règles et limiter l'entrée sur notre marché des groupes étrangers qui bénéficient de subventions massives et mettent à mal notre industrie.

Mais ce débat reflète aussi l'échec d'une politique budgétaire qui bride les investissements publics. Il faut plus de flexibilité si l'on veut être en mesure de soutenir notre industrie, c'est un enjeu fondamental.

Enfin, ce débat, au fond, c'est aussi et avant tout celui de la défense des femmes, des hommes et des familles entières qui se retrouvent directement touchés. Et si les gouvernements peuvent agir et agissent, les dirigeants industriels doivent aussi prendre leurs responsabilités afin de tenir compte du facteur humain plutôt que de privilégier toujours la logique de la rentabilité.

James Nicholson (ECR). – Madam President, just two weeks ago Caterpillar announced that more than 200 jobs will be lost in Northern Ireland from the plant in Monkstown in County Antrim. This announcement, sadly, has been the latest in a series of job losses over the past number of years. Last year we had Caterpillar again, Invista, Sensata, and Michelin, which all announced massive job losses, and in the course of 2014, JTI announced that it would be closing its facility in Ballymena, with 800 job losses.

I know from the situation in Northern Ireland that these are highly skilled and highly motivated workers. The jobs that we are talking about are of both direct and indirect benefit to the local economy, and the cumulative effect of all these redundancies is therefore considerable. As we have heard, this month there are similar stories from other parts of Europe. At regional, national and European level I believe we need to identify and address the challenges facing the manufacturing sector and equip for the future, with a joined-up approach and a clear positive vision to make the most of future opportunities. That is why my party colleagues and I, and the business community, are calling for a specific manufacturing strategy in Northern Ireland. Unfortunately, our local executive does not appear to be listening.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *blue-card question*. – I was listening to our colleague Mr Nicholson before on this subject and I would like to ask him: how is it possible to realise re-industrialisation when we are dealing with so many free-trade agreements that offer so many advantages to other countries from the whole world. In the end, it is even cheaper to produce in those countries instead of producing inside the European Union?

James Nicholson (ECR), *blue-card answer*. – I would like to thank my colleague for his question. He asked a very interesting question, and I understand that at this moment in time the Commissioner is preparing a response directly looking at all the different negotiations and trade deals that they are making. I have asked the Commission this particular point from the Agriculture Committee's point of view: how many deals can we do without totally destroying that which we are producing within the European context?

I think the sooner we see that, what not only TTIP, CETA and all the other trade deals that are in the offing – Australia and New Zealand are out there at the moment. So there is many trade deals that are out there to happen, and that is a very worrying thing. But we need to know the effects. How much more can Europe absorb with these trade deals?

Marielle de Sarnez (ALDE). – Madame la Présidente, bien sûr, comme tous les collègues ici, je forme le vœu que ces deux entreprises trouvent une issue positive et, en particulier, que Alstom puisse rester sur le site de Belfort avec un carnet de commandes suffisant.

Il faut regarder les choses en face: il y a, pour ces deux entreprises, des responsabilités – en tous les cas pour Alstom – largement partagées. La France a une grande responsabilité. Cela fait plus de dix ans, au fond, que nous entendons des promesses répétées dans tous les sens, sans aucune cohérence, sans aucune vision, et, de ce point de vue-là, il y a une responsabilité nationale. L'Europe a aussi une part de responsabilité. Nous faisons face, depuis de très nombreuses années, à un défaut total de pilotage économique, industriel, politique revendiqué sur ces questions.

Il est vraiment temps que cela change. Il est plus que temps d'agir. Nous devons donner des signes, montrer que l'Europe est décidée, enfin, à mener une politique économique et industrielle. Nous devons agir pour ne plus subir.

Je vous propose au moins que nous agissions dans quelques directions, un symbole fort qui serait que tous les chefs d'État et de gouvernement défendent enfin un changement ou un ajout au mandat de la BCE, que la BCE soit en charge non seulement des questions de croissance, mais aussi de la question vitale du plein emploi. Ceci serait un signal politique extrêmement positif.

La Commission doit prendre conscience qu'elle doit repenser les règles de la concurrence. La concurrence, aujourd'hui, est mondiale. Oui, nous ferons des grands champions européens et, vraiment, la Commission ne doit pas empêcher ce type de choses, comme cela a pu être le cas par le passé.

Troisièmement, nous avons besoin d'un vrai plan d'investissement, un plan d'investissement puissance 10, qui soit concentré sur tous les secteurs d'avenir et de recherche et qui s'appuie sur l'épargne européenne et, pourquoi pas, comme Gérard Deprez l'a dit tout à l'heure, un fonds d'investissement industriel.

Enfin, nous avons besoin de défendre nos intérêts commerciaux. Nous ne sommes pas plus idiots ou incompétents que les Américains. Le Congrès américain défend les intérêts économiques des Américains. J'attends que les institutions européennes défendent les intérêts économiques des Européens et, en particulier, refusent à la Chine de lui donner le statut d'économie de marché.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL). – Madame la Présidente, je ne crois pas qu'il faille aborder notre débat par le traitement social de la désindustrialisation, comme je l'ai entendu, c'est exactement à l'opposé d'une politique européenne de réindustrialisation.

Il faut poser les bonnes questions, par exemple, comment peut-on accepter que Cater-pillard licencie en ce moment, alors que ses actionnaires vont toucher un milliard quatre cents millions d'euros?

Comment Alstom n'aurait-il pas d'avenir, alors qu'il faudrait développer le transport voyageurs et fret, surtout avec les locomotives et les trains de demain qui s'inscriront dans la transition environnementale.

Donc, comme cela a été dit, que l'argent du plan Juncker, que la création monétaire de la Banque centrale – 80 milliards par mois –, que la Banque européenne d'investissement servent aux investissements de demain pour ces deux entreprises.

Qu'on débloque les fonds nécessaires pour relancer les investissements productifs et l'emploi, la formation chez Cater-pillard, qu'on développe une coopération intraeuropéenne pour les entreprises du ferroviaire, au lieu de la concurrence.

Pourquoi n'invente-t-on pas l'équivalent d'un Airbus de l'industrie ferroviaire? Que l'on protège nos activités et nos emplois comme le font d'autres pays, notamment les États-Unis. Enfin, que l'on donne la parole et des pouvoirs aux salariés dans l'orientation et la gestion de leurs entreprises.

Yannick Jadot (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, il est quand même incroyable qu'on se retrouve régulièrement dans cet hémicycle pour traiter de questions industrielles.

À chaque fois, on fait le même constat: l'austérité a complètement verrouillé la commande publique et la capacité des États à la fois à relocaliser l'économie, à créer des emplois, à créer des infrastructures qui sont nécessaires pour la société, comme pour l'économie.

À chaque fois, on a le même débat sur l'absence d'une politique industrielle européenne qui fait terriblement défaut et sur la nécessité d'une politique industrielle européenne parce qu'il y a des politiques nationales qui sont terriblement défaillantes.

Alstom en France, c'est aujourd'hui le bal des hypocrites, entre la direction d'Alstom, qui fait exprès de créer le scandale pour se garantir l'intervention de l'État, et l'État, qui fait semblant de découvrir une situation.

En 2007, pendant le Grenelle de l'environnement en France, nous étions d'accord pour faire passer le fret ferroviaire de 14 à 25 %. Le fret ferroviaire en France n'a cessé de baisser. Il y a quelques années, M[me] Royal, ministre de l'environnement, a tué l'écotaxe, le 1 milliard d'euros par an qui permettait aussi de financer les infrastructures de développement durable, les infrastructures de tramway.

Au fond, nous sommes aujourd'hui dans une situation où l'enjeu, c'est une politique industrielle européenne, un grand plan d'investissement sur la ville durable avec des tramways, un grand plan sur le fret ferroviaire qui est un transport performant et écologique, et puis, de renvoyer la responsabilité aux États.

Il est insupportable qu'on ne fasse pas plus de fret ferroviaire, il est insupportable qu'on ne passe pas de la route au rail, il est insupportable qu'on ne fasse pas des tramways dans nos villes, au moment où elles ne sont plus respirables.

Bernard Monot (ENF). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, Monsieur Jadot, je suis assez étonné parce que vous vous plaignez de l'austérité économique, mais vous voulez absolument garder l'euro monnaie unique. Il y a là une contradiction pour moi.

Encore une fois, les affaires Caterpillar et Alstom prouvent la nocivité du modèle économique ultralibéral européen, qui génère la désolation sociale. La fermeture du site historique de notre fleuron industriel Alstom à Belfort vient aggraver la désindustrialisation de la France depuis vingt-cinq ans. Lors du démantèlement d'Alstom, suite à la vente de la branche énergie en 2014 à l'américain General Electric, les politiciens européistes UMPS promettaient monts et merveilles pour l'avenir. Les salariés en voient le résultat aujourd'hui.

Avec vos règles ineptes de concurrence, vous laissez racheter nos entreprises stratégiques par des groupes étrangers privés cotés en bourse. Avec l'Union européenne, c'est la grande braderie économique. Pour l'affaiblissement des États, vous commettez des crimes économiques contre les citoyens. Votre seule logique euromondialiste est de servir les grands investisseurs internationaux au détriment des nations. Seul un modèle de patriotisme économique national avec une vision stratégique à long terme, tel que le propose le Front national en France, pourra réindustrialiser la France.

Anne Sander (PPE). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, il est important pour moi d'évoquer le cas d'Alstom, dont 480 emplois sont menacés à Belfort, dans ma circonscription. Les raisons de cette menace sociale sont multiples et, parmi elles, la remise en cause, par le gouvernement français, d'un contrat de 30 rames avec le groupe. En feignant la surprise, la France fait preuve d'une absence de vision, et les nouvelles promesses, que beaucoup considèrent comme artificielles, ne doivent en aucun cas déshabiller Pierre pour habiller Paul et monter les sites de Belfort et de Reichshoffen l'un contre l'autre.

Cependant, les difficultés d'Alstom sont aussi symptomatiques d'une politique industrielle européenne en-dessous des attentes, loin de l'objectif des 20 % de PIB. Le Parlement européen a voté, en juin dernier, une résolution pour la compétitivité de l'industrie ferroviaire. Où en est-on?

Madame la Commissaire, la Commission va-t-elle entamer un dialogue structuré avec le secteur? Car l'industrie ferroviaire représente au niveau européen 400 000 emplois. Malheureusement, nos entreprises doivent trop souvent se battre contre des concurrents ultraprotégés, fortement subventionnés, et travailler dans des pays qui imposent des règles contraignantes de localisation.

La Commission européenne doit absolument défendre l'accès aux marchés publics dans ses négociations avec la Chine, le Japon et les États-Unis. Le cas échéant, cessez d'être naïve et protégez mieux le marché européen avec un instrument de réciprocité pour les marchés publics! Nous vous soutiendrons. Ne laissons pas le ferroviaire, Madame la Commissaire, couler comme d'autres industries. Adoptons enfin une politique industrielle ambitieuse.

Hugues Bayet (S&D). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, vous le savez, la fermeture de Caterpillar à Gosselies, ce sont plus de 6 000 emplois sacrifiés pour remplir les poches d'un fonds de pension américain. C'est évidemment un acte brutal et scandaleux qui frappe le cœur de ma région, comme malheureusement beaucoup trop de régions en Europe.

Je veux à cette tribune vraiment exprimer tout mon soutien aux travailleurs et à leurs familles. Je tiens aussi à souligner leur dignité dans l'épreuve, ainsi que celle des organisations syndicales. On aurait vraiment aimé voir la même attitude de la part des responsables de Caterpillar.

Madame la Commissaire, cette fermeture, c'est évidemment le symbole de tout ce qui ne va pas en Europe. Je pense que l'Europe doit vraiment infliger des amendes exemplaires aux entreprises qui licencient pour raisons boursières, alors qu'elles ont bénéficié pendant des années de toute une série d'aides publiques. Ces amendes aideraient les travailleurs licenciés, elles permettraient aussi aux autorités publiques de requalifier les sites fermés par un capitalisme aveugle.

On l'a dit, l'Europe doit réinvestir dans une politique industrielle qui soit basée sur la recherche et l'innovation, mais je réitère une fois de plus la demande d'abandonner immédiatement l'austérité et d'investir dans l'économie réelle pour créer des emplois de qualité.

Et, bon sang, qu'attend-on? Le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation a déjà vu trop de drames humains qui sont liés au déclin de l'industrie. Il devra pourtant encore intervenir massivement pour aider les travailleurs de Caterpillar et leurs sous-traitants. Et au vu de l'ampleur du drame et du nombre de travailleurs sur le carreau dans une région qui est déjà aidée par l'Europe, via le Feder, je trouve que son cofinancement devrait être porté à 80 % pour éviter d'annihiler tous les efforts déjà entrepris.

Et, enfin, l'Europe doit s'en prendre durement aux paradis fiscaux parce que, depuis plus de dix ans, Caterpillar délocalise ses bénéfices en Suisse, tout cela avant de jeter ses travailleurs. Donc, soit, dans l'urgence, l'Europe protège mieux ses citoyens, renforce la dimension sociale et crée une justice fiscale, soit son avenir sera derrière elle, car les citoyens la rejetteront massivement et ce, avec raison.

Martina Anderson (GUE/NGL). – *(Sound missing at start)* in home demolitions in Palestine. As MEP, however, I support the workers of the Monkstown plant in Newtownabbey, which had 250 jobs axed, and plants in Belfast and Larne are under threat.

Taking into account profits and shareholders' dividends, one way of saving these jobs might be to spread production over different plants and limit shareholders' dividend. So, will shareholders and millionaires receive a little less, or will well-performing industrial infrastructure be destroyed and thousands of families thrown into disarray?

Unfortunately, in a world that caters for greed and not need, greed triumphs. Whatever the concerns regarding the Globalisation Adjustment Fund, there will be no opportunity for my constituents to tap into it because the British Government has control over access to it and it has consistently denied the use of the Globalisation Fund for redundant workers in the North of Ireland.

Pascal Arimont (PPE). – Frau Präsidentin! 6 000 Arbeiter – Menschen, Familienväter, Familienmütter – stehen seit der Schließung dieser Werke in Gosselies durch Caterpillar auf der Straße. Kann uns das einfach kalt lassen? Nein, das tut es nicht. Ist diese Schließung fair abgelaufen? Nein, das ist sie nicht. Und, liebe Verantwortliche, liebe Manager, liebe Aktionäre von Caterpillar: Sie sollten sich schämen! Daher: Kurzfristig müssen wir den betroffenen Arbeitnehmern helfen. Das kann sehr konkret durch die Aktivierung des Europäischen Globalisierungsfonds geschehen. Aber langfristig – das ist wichtig – müssen wir faire und wirksame Rahmenbedingungen in Europa schaffen, um Arbeitsplätze und Industriestandorte in Europa zu sichern.

Daher sehe ich drei konkrete Ansätze: erstens die Bekämpfung dieser leidigen Steuerflucht. Caterpillar schöpft Gewinn fast unversteuert in der Schweiz ab, gearbeitet und nicht mehr investiert wurde aber in Belgien. In Europa soll die Steuer dort bezahlt werden, wo die Arbeit geleistet wird. Das ist ein einfacher Grundsatz; wir müssen ihn nur umsetzen, und ich unterstütze dabei sehr wohl die Kommission, die diesen Vorschlag auf den Tisch gelegt hat.

Zweitens eine Frage: Ist es klug, dass Investitionen der öffentlichen Hand zum Beispiel in Industrieparks durch die europäischen Buchhaltungsnormen nahezu unmöglich werden? Die Antwort ist natürlich: Nein, das tötet Investitionen. Daher habe ich eine konkrete Idee: Lasst uns die sogenannten SEC-Normen so abändern, dass Staaten, Regionen, Gemeinden und Städte Investitionen nicht, wie jetzt vorgeschrieben, auf ein Jahr abschreiben müssen. Arbeitsplätze in Europa erhalten wir nämlich auch durch Investitionen der öffentlichen Hand.

Und drittens: Wie schaffen wir es, dass Industrie in Europa bleibt und wächst? Indem wir innovative Produkte schaffen. Das geht über Investitionen in Forschung und Entwicklung. Wir brauchen viele Silicon Valleys in Europa. Nur auf dieser Ebene können wir mit Billiglohnländern konkurrieren. Zudem müssen wir exzellente Bildung und Qualifikation schaffen. Das schaffen wir durch Exzellenzcluster zwischen Universitäten und Industrie wie in Aachen und durch duale Ausbildung als Modell für ganz Europa.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind den Arbeitnehmern in Gosselies und in ganz Europa eine Perspektive schuldig. In diesem Sinne: Nicht reden, sondern machen!

Martina Werner (S&D). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Jahreszahlen: 1879 und 1964. Seit über 130 Jahren werden in Belfort Loks gebaut, und seit über 50 Jahren kommen Baumaschinen aus Grosselies. Sollten diese beiden Werke tatsächlich geschlossen werden, geht europäische Industriegeschichte und auch Know-how verloren. Für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und ihre Familien sind zudem die Unternehmensentscheidungen eine echte Katastrophe. Was in der Diskussion aber immer wieder vergessen wird, ist, dass sich diese beiden Einzelfälle in einen Trend einreihen. Zwischen 2008 und 2014 sind im verarbeitenden Gewerbe Europas dreieinhalb Millionen Jobs verlorengegangen. Alleine Frankreich verzeichnet seit der Jahrtausendwende bei den Industriejobs ein Minus von über einer Million. Der aggressive und zum Teil staatlich gestützte Wettbewerb mit chinesischen und anderen Herstellern setzt Branchen wie die Bahnindustrie unter hohen Druck. Hinzu kommt die Digitalisierung der Fertigung, die sicherlich eine Chance für einige ist, aber an anderer Stelle auch Industriearbeitsplätze bedroht. Beides treibt auch die Produktivitätserwartung ins Unerreichbare. Die Wirtschaft ist gezwungen, dem Markt hinterherzuhecheln. Sie setzt die Beschäftigten einem Leistungsdruck aus, der krank macht, und dennoch verlieren wir in Europa nach und nach unsere industrielle Basis. Das hat mit sozialer, verlässlicher Marktwirtschaft nichts mehr zu tun.

Die französische Regierung hat sich im Fall von Alstom eingeschaltet – das ist auch gut so. Aber Paris wird am Grundproblem allein nichts ändern können. Das ruinöse Spiel der immer günstigeren Produktion stoppt kein Mitgliedstaat alleine. Zur Änderung der Spielregeln brauchen wir eine geeinte Europäische Union. Wir müssen unsere Interessen in der Industriepolitik klar in einer EU-Strategie formulieren und sie auch mit starken Handelsschutzinstrumenten verteidigen. Diese Erwartung, Kolleginnen und Kollegen, habe ich an die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten. Die Industriepolitik der ruhigen Hand muss allerspätestens jetzt zu Ende sein.

Massimiliano Salini (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, gentile Commissaria, gli effetti negativi delle decisioni di Caterpillar ed Alstom, soprattutto, produrranno il loro impatto anche in Italia, il mio paese. Pare che i posti di lavoro messi in discussione, alle porte di Milano, in uno stabilimento di Alstom superino le 200 unità. E quindi mi auguro che anche il governo italiano si renda partecipe del tentativo di contribuire alla soluzione di questa vertenza, perché il numero dei posti di lavoro è veramente enorme anche per il mio paese.

D'altro canto, il problema della responsabilità dell'Unione europea in generale, per quanto riguarda la possibilità di rilancio della manifattura del nostro continente, è assolutamente oggetto della nostra discussione di oggi. È evidente, lo sappiamo e ce lo siamo ripetuti molte volte: la manifattura, l'industria in quanto tale, non è una di quelle competenze che possiamo definire dirette dell'Unione europea, sono altri gli ambiti su cui normalmente si interviene, ma molti di questi producono effetti indiretti sul rilancio della manifattura.

Non lamentiamoci della perdita di posti di lavoro, per poi generare una politica sull'ambito energetico totalmente contraria allo sviluppo della nostra industria. Non lamentiamoci della perdita di posti di lavoro, per poi strizzare l'occhio al riconoscimento dello status di economia di mercato alla Cina. Non lamentiamoci della perdita di posti di lavoro, per poi avere una concezione dei bilanci pubblici, nei nostri paesi membri, totalmente contraria alla possibilità di un rilancio degli investimenti da parte dei paesi membri stessi e da parte di quei soggetti politici che, in collaborazione con i soggetti privati, possono essere il terreno fertile per un rilancio autentico della nostra economia e di tutti i posti di lavoro connessi.

Javi López (S&D). – Señora Presidenta, necesitamos reindustrializar Europa porque tener una industria fuerte significa tener un crecimiento sostenible, y porque la industria también está vinculada a tener buenos salarios, a tener una mejor protección social y puestos de trabajo más estables.

Pero, para reindustrializar Europa, lo primero que debemos hacer es proteger la industria que hoy ya tenemos. Yo estoy harto de reunirme en mi circunscripción, en Cataluña, con empresas, con comités de empresas, con sindicatos, con representantes de trabajadores que padecen reestructuraciones, cierres de planta por procesos de fusión, como el de Alstom —también tenemos una planta—, por haber padecido una reforma laboral muy agresiva o por la codicia de buscar beneficios sin límite.

Yo sé que la Comisaria Thyssen comparte esta sensibilidad, pero tenemos que tomar cartas en el asunto, y lo que debemos hacer es poner normas comunes que protejan a los trabajadores frente a los procesos de reestructuración que podamos hacer y normas comunes de información y de consulta de los trabajadores en las empresas.

Catch-the-eye procedure

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I think this is a very important discussion, because one of our challenges in making Europe competitive again is reindustrialisation, and our targets for 2020 and beyond are very sensible. Otherwise we will have what former Commissioner Tajani, now an MEP in my group, called an 'industrial massacre,' with large-scale carbon leakage and steel industries, etc. leaving Europe and going elsewhere. This is doubly damaging: number one, losing jobs in Europe, and number two, increasing rather than reducing CO_2 emissions.

Certainly we have to have learned the lessons from what has happened, we have to look at what we are able to do in the future and, above all, we have to reindustrialise Europe and create a climate for it to happen, especially in relation to COP21 and its implementation. This is a huge opportunity for us: if we are implementing targets in relation to renewable energies, etc., then we can actually also do the fundamentals, the industrial aspects needing the resources here in the European Union.

José Blanco López (S&D). – Señor Presidenta, decíamos esta mañana que Europa está ante una encrucijada. Europa encadena crisis, y las crisis encadenan Europa. Aumenta el nacionalismo y el populismo y aumenta también el descontento de la ciudadanía con la Unión Europea. Y esto tiene que ver con el incremento de las desigualdades, con la brecha salarial, con la pérdida de derechos y, por supuesto, con la pérdida de empleo.

Es necesario relanzar una política industrial en el conjunto de la Unión Europea. Y si no lo hacemos, no cumpliremos con el objetivo de la Comisión Europea de incrementar el peso interior bruto de la industria del 15 al 20 %. Hay que pasar de las palabras a los hechos. Hay que apostar por nuevos nichos de empleo y por nuevas oportunidades. Y, desde luego, hay que evitar el dumping social y la competencia desleal que se está produciendo también dentro de los propios Estados de la Unión Europea, como sucede, por ejemplo, con la industria del acero. Y para eso es necesario crear un fondo europeo para compensar a las industrias con alto consumo energético, para que cada Estado miembro no pueda hacer lo que quiera.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, doamnă comisar, competitivitatea în piața globală a Europei nu poate fi desprinsă de nevoia de reindustrializare. Reindustrializarea este o soluție pentru creșterea locurilor de muncă și, în final, pentru creșterea calității vieții oamenilor.

Iată de ce vă propun, doamnă comisar, să insistați pe politicile de concurență loială, apărare comercială, investiții în cercetare și inovare pentru creșterea competitivității. Nu trebuie să suprareglementăm însă, pentru că Uniunea Europeană are cea mai complicată legislație și mă înspăimântă acordul TTIP când mă gândesc la diferența de standard de produs.

Trebuie să simplificam reglementările și să insistăm pe cultura de conformare voluntară pentru că altfel nu putem să dezvoltăm industria.

Și mai e o problemă pe care am ridicat-o timp de doi ani, de când am venit aici. Nu văd nicio politică de apărare comercială față de produsele non-europene, nouă, față de ceea ce s-a întâmplat în piața internă cu concurența din – nu voi nominaliza piețele externe – pe industria textilă, pe industria de autoturisme, pe industria oțelului.

Practic, dacă vrem să reindustrializăm, trebuie să punem capăt acestei concurențe neloiale și produselor de dumping.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η βιομηχανία στην Ευρώπη αντιμετωπίζει τεράστια προβλήματα κυρίως μετά την πρόσφατη χρηματοοικονομική κρίση. Τα τελευταία χρόνια στην Ένωση έχουν κλείσει εκατοντάδες μονάδες παραγωγής και έχουν χαθεί χιλιάδες θέσεις εργασίας. Τώρα ήρθαν να προστεθούν στη λίστα οι μονάδες και οι εργαζόμενοι της Caterpillar και της Alstom. Να σημειώσουμε ότι και στην Ελλάδα, λόγω του μνημονίου και της Τρόικας, έκλεισαν χιλιάδες επιχειρήσεις με αποτέλεσμα να δημιουργηθούν στρατιές ανέργων. Πρέπει να αναγνωρίσουμε επίσης ότι η Caterpillar έκλεισε παρά το γεγονός ότι η εταιρεία είχε τηρήσει τον στόχο συρρίκνωσης κατά 36% του κόστους παραγωγής της. Το δε εργοστάσιο της Alstom πρόκειται να κλείσει μετά από την υπογραφή μεγάλων συμβολαίων προμήθειας των γαλλικών σιδηροδρόμων από γερμανική εταιρεία. Αυτά είναι τα αποτελέσματα της γερμανικής Ευρώπης. Μιας Ευρώπης της λιτότητας, που μέχρι σήμερα, δυστυχώς, υπηρέτησαν με ευλάβεια η βελγική και γαλλική κυβέρνηση. Όμως, επανεκβιομηχάνιση της Ευρώπης δεν γίνεται με συμφωνίες ελεύθερου εμπορίου τύπου TTIP, με λιτότητα, και με μια οικονομία υποταγμένη στις προσταγές του Βερολίνου.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođo predsjednice, kakvu mi industrijsku politiku uopće imamo? Imamo li zaista industrijski model? Imamo li zaista strategiju reindustrijalizacije Europe o kojoj danas govorimo? I kakvu to industriju uopće želimo? Ja mislim da je puno toga danas izostavljeno. Ja puno toga nisam čuo, a očekivao sam da ću čuti.

Međutim, bit ću konkretan jer kad reagiramo na Alstom, Caterpillar, u redu je, trebamo reagirati, trebamo izraziti solidarnost s tim građanima koji će biti unesrećeni, ali razmišljajmo o tome što ćemo napraviti sutra, preksutra, da ne bude prekasno za jednu industriju koja je gotovo uništena u Europi, a odlična je industrija. Brodogradnja, koja može skupiti puno toga što se u Europi proizvodi, ugraditi u jedan brod i onda to postane pravi europski proizvod. Nemojmo uništavati brodogradnju. Konkretan primjer, konkretna mogućnost industrijalizacije ili reindustrijalizacije Europe.

(End of catch-the-eye procedure)

Marianne Thyssen, *Member of the Commission*. –Thank you, Madam President. I welcome the debate we had today and I have taken note of your recommendations. I would like to stress once more that our immediate priority now is to support those directly affected. The European Union will continue to show solidarity with the workers and regions affected by major closures, and we are ready to offer our support through the European funds, the legal acquis and any other relevant policy instruments. I can announce that today the Commission has adopted a proposal to prolong the derogation for needs beyond 2017. This prolongation that is foreseen in the regulation on the Globalisation Fund in Article 6(2).

To support job creation we must keep improving the framework conditions for jobs, growth and investment. We do this via the European semester, recommending, clarifying and simplifying rules and regulations, ensuring that tax systems encourage, and not discourage, employment reducing the scale of undeclared work.

We must also act directly to help create jobs by deepening our internal market in all its dimensions. The crucial tool is the Investment Plan for Europe, which has the potential to bring investments back in line with historical trends. Structural reforms in the framework of the so-called third pillar of the investment plan will nurture the economic recovery and can provide further basis for sustainable growth.

There were some reactions on the Stability and Growth Pact. It should first be noted that the closure of the Caterpillar plant in Gosselies and the stability pact are of course two different things. The stability pact is critical to preserve sound public finances in the European Union and to stimulate sustainable economic growth. The rules of the pact should not therefore be holding back investments, as President Junker also said this morning in his 'State of the Union', and here we see a common responsibility for Member States and for the European institutions.

There was also something said on the European Parliament's resolution on the competitiveness of the European rail supply industry. We are aware of this resolution. We know it. We are preparing a draft reply, and I can tell you that we are taking due note of Parliament's resolution on the competitiveness of the rail supply industry. We welcome the emphasis on our common effort to maintain a thriving industry.

There were a lot of remarks on the international trade agreement. I can tell you that Commissioner Malmström is a good negotiator; she is negotiating hard and she has already said that we will not have an agreement on everything. Her aim, and the aim of this agreement must, of course, be to strive for a good thing for Europe, not a bad thing. In so doing, she is taking into account all the social consequences and is acting for the best future for us all.

As for the market economy status of China, on which some remarks were made, whatever the final decision will be, one thing is for sure: we will have effective trade defence instruments in place and the tools at our disposal will be sharpened and not weakened.

And finally, and this, I will say in French Madam President, if you will allow me…

Je dois dire, comme M. Bayet, que vraiment, moi aussi, je veux saluer la réaction pleine de dignité des syndicats et de la direction locale de Gosselies. Les deux sont vraiment déterminés à agir de concert. L'Europe est là pour les aider et pour les soutenir.

En fin de compte, cette décision d'entreprise est naturellement peu compréhensible, mais je veux être optimiste. On ne peut pas devenir immédiatement tout à fait pessimiste. On doit aussi se rendre compte que l'an dernier, en région wallonne, on a su créer 9 300 emplois. Cette usine qui est concernée, et ces travailleurs, ont des atouts formidables à faire valoir: leurs compétences, leur jeunesse.

C'est une usine moderne, avec un matériel de production de grande qualité. Elle se situe à proximité des grands centres logistiques et de décisions tels que Bruxelles et l'aéroport de Charleroi. Nous devons en être conscients aussi. Je sais que pour les gens qui sont touchés par cette décision, ces considérations ne sont pas une consolation, mais continuons à travailler ensemble pour le futur.

La Présidente. – Nous vous remercions aussi, Madame la Commissaire.

Le débat est clos.

Le vote aura lieu lors de la prochaine période de session.

Déclarations écrites (article 162)

Victor Negrescu (S&D), *în scris.* – Industria europeană a fost grav afectată de criza economică, dar și de procesul de relocare către țările din afara Uniunii Europene care au oferit costuri de producție mai scăzute. Industria tradițională a dispărut din economia europeană și a fost înlocuită de industria corporațiilor care, deși fac profituri uriașe în Europa, speculează slăbiciunile țărilor în curs de dezvoltare. În fața acestei tendințe, Uniunea Europeană trebuie să își protejeze activitatea industrială, prin asigurarea unei competiții corecte, finanțarea procesului de modernizare și asumarea de către corporații a responsabilității privind viitorul angajaților europeni din industrie. Principala soluție pentru creșterea competitivității este de a dezvolta industria viitorului finanțând activ cercetarea și dezvoltarea tehnologică.

14. Beschluss über die Zahlung staatlicher Beihilfen an Apple (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Commission statement on the Apple state-aid decision (2016/2879(RSP)).

Margrethe Vestager, *Member of the Commission*. – Madam President, on 30 August the Commission adopted a decision that Apple's tax benefits in Ireland are illegal State aid. I am thankful for the European Parliament's interest in this case and happy to be here today to inform you about the decision. It is an honour.

This decision follows an in-depth investigation into two tax rulings that Ireland had issued to Apple. We concluded that they gave Apple a selective advantage over other companies, artificially reducing Apple's tax burden over two decades. This is illegal under EU State aid rules. Apple now has to pay the unpaid tax of up to EUR 13 billion plus interest.

Member States cannot give unfair tax benefits and thereby selectively favour certain companies. EU State aid rules keep the level playing field in the single market and ensure that companies can compete on equal terms, thus protecting European taxpayers.

The State aid decision on Apple does not call into question Ireland's general tax system or its corporate tax rate. The investigation concerned two Irish tax rulings from 1991 and 2007. They gave selective tax treatment to two Irish companies in the Apple group. The ruling endorsed an internal allocation of profits within Apple Sales International between its head office and branch. The bulk of the company's profits were allocated to the company's head office. The thing was that Apple Sales International's head office had no employees, no premises and no real economic activity. It existed only on paper. Therefore, there was no factual or economic justification for allocating almost all of the company's profits to the head office.

Under the Irish tax law applicable at the time, the head office was not subject to tax in Ireland or anywhere else. The rulings therefore allowed Apple Sales International to pay very little tax on its profits. In fact, the effective tax rate for Apple Sales International was as little as 0.005% in 2014. This means that Apple paid less than EUR 50 in tax for every million euros in profits, giving it a significant advantage over other businesses in breach of State aid rules.

To restore fair competition the decision now orders the recovery of Apple's unpaid taxes back to 2003. It is for the Irish tax authorities to calculate the exact amount. We estimate that it could be as much as EUR 13 billion plus interest. Apple and Ireland have announced that they will appeal, and they of course have the right to do so. We have a robust decision and will defend it in court. Once agreed by Ireland, we will publish our decision for all to see, and I hope that this can happen as fast as possible.

The published information may also be relevant to tax authorities in other jurisdictions. This is because Apple decided to record most of its profits from European sales in Ireland. This is not an issue for the EU State aid rules, but as soon as the decision is published, tax authorities will be able to read across the information provided by Apple in Ireland and in their jurisdiction, and of course assess whether this updated information is relevant under national tax rules. In addition, if the US tax authorities consider that Apple should have paid a higher contribution for research and development to its US parent, it could lead to a higher taxable amount in the US.

Looking ahead, the goal is that all companies, big or small, should pay taxes where they generate their profits. To that end, the EU, the US and the international partners as such must work together, and significant steps have already been taken by the OECD and endorsed by the G20. In the EU, under the responsibility of my colleagues Valdis Dombrovskis and Pierre Moscovici, we are pursuing a strategy towards fair taxation and greater transparency. Firstly, European tax authorities will next year start to exchange information on tax rulings, a real change for the better. But we should go even further. Transparency is very important in an open, democratic society. It is important that basic tax information on multinational companies becomes public. The public should see the number of employees, what activities a company has in each country, what profits they generate and what taxes they pay. This is the objective of the Commission proposal on country-by-country public reporting.

These reforms and even-handed enforcement of our competition rules contribute to a fairer investment environment, and a single market where companies can compete on merit, as reflected in the quality of their products, prices, and the services they can provide, and not on the basis of their tax arrangements. A single market of more than 500 million potential customers: that alone is a very good reason for companies to invest, and it is a top priority for the Juncker Commission to make Europe even more attractive for investment for the benefit of all European citizens.

Pablo Zalba Bidegain, *en nombre del Grupo PPE.* – Señora Presidenta, señora Comisaria, tenemos que ser conscientes de que la recuperación económica empieza a ser una realidad, pero todavía queda mucho por hacer, porque muchos ciudadanos europeos todavía lo están pasando mal.

Pero, sin duda alguna, si la recuperación económica es una realidad es gracias al esfuerzo de millones de ciudadanos europeos. Y en este contexto, esos ciudadanos, a quienes hemos pedido muchos esfuerzos, no entienden que las grandes multinacionales no participen en ese esfuerzo colectivo. Bien al contrario: desgraciadamente, tienen la percepción contraria. En cambio, en este contexto yo creo que los ciudadanos europeos debemos agradecer el esfuerzo y la contundencia con que la Comisaria Vestager ha actuado en el caso Apple. Porque, sin duda alguna, actuaciones como esta contribuyen a que los ciudadanos europeos nos vean como parte de la solución y no como parte del problema.

Queridos colegas, debemos decir alto y claro que la fiesta se acabó; que es verdad que las multinacionales contribuyen al crecimiento y a la creación de empleo, pero no pueden tener privilegios que los ciudadanos europeos no tienen. Debemos avanzar hacia la unión fiscal. Un primer paso fundamental, sin duda alguna, es la base común consolidada del impuesto de sociedades. Eso no significa los mismos impuestos, sino que significa las mismas reglas y, como decía la Comisaria, más transparencia.

Por último, queridos colegas, creo que es importante también destacar que los países afectados por este caso deben reclamar la parte proporcional de impuestos que les corresponde. Mi país, España, ya lo ha hecho y espero que todos los países se unan a esta iniciativa.

Pervenche Berès, *au nom du groupe S&D.* – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, bravo, vous êtes libérale, je suis socialiste, vous défendez avec détermination la concurrence libre et non faussée et je vous félicite, je vous remercie.

Nous sommes tous drogués, intoxiqués à ces machines et pourtant nous nous réjouissons que vous ayez si sévèrement condamné cette compagnie qui d'une certaine manière nous amuse, elle nous attire, elle nous drogue et ensuite elle nous floue.

Vous avez rétabli l'ordre des choses, mais le chemin est encore long. Et je vois qu'aujourd'hui en Irlande les choses bougent finalement. Le ministre des finances vient de supprimer un avantage fiscal pour des fonds vautours dans le domaine des crédits immobiliers. Est-ce qu'il se méfierait de vous?

Vous avez fait progresser la pensée économique parce que vous avez mis noir sur blanc ce que j'avais dit au Commissaire Charlie McCreevy, il y a bien des années. Un avantage fiscal, c'est une aide d'État, lorsque cela se fait dans des conditions qui faussent la concurrence, comme le régime qui est appliqué à Apple en Irlande.

Mais il faut aller plus loin et, Madame la Commissaire, vous avez sur votre table un dossier auquel j'accorde énormément d'importance. C'est sans doute le prochain. C'est celui de l'affaire McDonald's, dans laquelle, non seulement vous pourrez bousculer les règles en matière fiscale, mais vous pourrez aussi rétablir une base pour une véritable harmonisation sociale et une lutte efficace contre dumping social. Là aussi, je vous attends avec la même détermination, quel que soit l'État membre mis en cause, qui est en l'occurrence un autre État membre, le Luxembourg.

Enfin, je voudrais vous remercier, Madame la Commissaire parce qu'à tous ces eurosceptiques, ici ou ailleurs, qui nous expliquent que la Commission européenne n'est qu'une bureaucratie, vous avez montré que, alors que les États membres n'ont pas voulu une harmonisation fiscale sans unanimité, eh bien, là où la Commission a un pouvoir réel d'agir, elle est au cœur des intérêts des citoyens en luttant contre le dumping fiscal et en permettant de rétablir la justice de l'impôt.

Merci, continuez et vous aurez notre soutien.

Sander Loones, *namens de ECR-Fractie*. – Mevrouw de commissaris, het vergt moed om een iconische gigant en multinational als Apple aan te pakken. Mijn bewondering daarvoor. U hebt er ook veel kritiek voor gekregen, onder meer van uw voorgangster Neelie Kroes. De Commissie hoort zich inderdaad niet bezig te houden met belastingbeleid. Dat is een soevereine bevoegdheid van de lidstaten. De poging van de Europese Commissie om wel zo'n belastingbeleid te voeren en Europese belastingen in te voeren, is volgens mij absoluut uit den boze. Daar bestaat immers geen draagvlak voor bij de Europese bevolkingen.

Waar wel een draagvlak voor bestaat en waarvoor u wel onze volle steun heeft, is voor wat u net hebt gedaan. Wij moeten ongeoorloofde staatssteun die wordt toegekend aan geselecteerde bedrijven durven aanpakken want in een vrije markt zijn de consumenten de baas. De consumenten kiezen welke producten zij kopen, welke diensten zij willen. Zij beslissen wat en hoeveel er wordt geproduceerd. Zij bepalen of een onderneming winst of verlies maakt. Het is niet aan politici om te bepalen wie de winnaars en wie de verliezers zijn. Het is niet aan bedrijven, ook niet aan de grote bedrijven om met handig lobbywerk speciale voordelen te verkrijgen. Het is goed dat u duidelijk maakt dat grote multinationals niet meer rechten hebben dan kleinere ondernemingen.

Ten slotte – u hebt het zelf ook opgemerkt – is het niet aan dit Parlement om het eindoordeel te vellen. Dat zal aan het Europees Hof van Justitie zijn. Ik kijk alvast sterk uit naar uw verdediging in dat verband en naar dat arrest.

(De spreker gaat in op een "blauwe kaart"-vraag (artikel 162, lid 8, van het Reglement))

PRÉSIDENCE DE MME Sylvie GUILLAUME

Vice-présidente

Philippe Lamberts (Verts/ALE), *question «carton bleu»*. – Monsieur Loones, c'est vraiment de la musique à mes oreilles de vous entendre faire l'éloge de la Commission. Je constate que c'est un camarade de parti à vous, si je peux utiliser ce terme, qui est ministre des finances en Belgique, et si vous êtes si heureux de ce *ruling* de la Commission, ne trouvez-vous pas normal que la Belgique s'interroge sur sa part des profits qui ont quitté son territoire pour aller en Irlande sans être taxés? Je constate que la Belgique ne fait pas preuve d'une énergie débordante pour récupérer sa juste part des taxes non payées par Apple.

Sander Loones (ECR), *"blauwe kaart"-antwoord*. – Nee, ik denk dat wij in dat verband geen lessen te krijgen hebben, meneer Lamberts, als ik zie wat Johan Van Overtveldt, onze minister van Financiën, al gerealiseerd heeft, bijvoorbeeld rond transparantie. Wat het delen van rulings betreft, loopt minister Van Overtveldt voor op wat de Europese Unie doet. Daar leveren wij het voorbeeld. Daar trekken wij aan de kar. Tegelijk denk ik dat er inderdaad wel vragen te stellen zijn over hoe ver we teruggaan in de tijd. Op dat vlak heeft mevrouw Neelie Kroes een terecht debat geopend, waarover wij ons moeten buigen. We hebben dat ook gezien in een oordeel dat over de Belgische regering is geveld in verband met de rulings voor overwinst. Ik denk dat we dit debat moeten aangaan omdat je daar echt op het raakvlak zit tussen fiscaal beleid en eerlijke mededinging.

Cora van Nieuwenhuizen, *namens de ALDE-Fractie*. – Mevrouw de commissaris, toen ik een klein meisje was in de jaren zeventig, liep er een populaire televisieserie: De man van 6 miljoen. Het doet me deugd nu te kunnen zeggen dat u dat ruimschoots hebt overtroffen, want die stoere man is nu overtroffen door een stoere vrouw: de commissaris van 13 miljard. Die 13 miljard is natuurlijk een astronomisch bedrag, zeker als je dat relateert aan het feit dat het gaat om het niet-betalen van voldoende belasting door slechts één bedrijf. Toen ik het persbericht zag waarin uw aanpak werd beschreven, moest ik het echt nog een keer lezen. Las ik nou goed dat daar stond: in 2014 0,005 procent? Dat is natuurlijk een belachelijk laag bedrag. Dat zouden we allemaal wel willen. Wij willen natuurlijk dat iedereen een billijke bijdrage in de belastingen betaalt. Wij allemaal, grote en kleine bedrijven, maar zeker ook de multinationals.

Om die 13 miljard wordt inmiddels al stevig gevochten want Ierland zou dat geld natuurlijk zelf goed kunnen gebruiken. Andere lidstaten waar Apple-producten zijn verkocht, willen er ook graag aanspraak op maken. De Verenigde Staten roepen al dat een groot deel bij hen terecht moet komen. Ik vrees dat het nog heel lang zal duren voordat daar duidelijkheid over komt. U gaf trouwens zelf al aan dat de Commissie er, geloof ik, drie jaar voorbereiding voor nodig heeft gehad om deze zaak goed voor het voetlicht te krijgen. Ik ben een beetje bang dat het, nu Ierland en Apple de zaak voor de rechter brengen, weer jaren gaat duren voordat we uiteindelijk duidelijkheid krijgen. Ik wil dan ook iedereen die erbij betrokken is oproepen om informatie aan te leveren, wat dan ook, zo snel mogelijk. Want we willen allemaal zo snel mogelijk duidelijkheid in deze zaak krijgen. Voor ons, politici, laat deze zaak maar weer eens zien dat we er echt hard aan moeten werken om onze belastingsystemen te vereenvoudigen en transparanter te maken, want het is nu domweg veel te gecompliceerd en daarom duurt het ook allemaal veel te lang.

(De spreker gaat in op een "blauwe kaart"-vraag (artikel 162, lid 8, van het Reglement))

Molly Scott Cato (Verts/ALE), *blue-card question*. – Thank you for accepting the question; it's really a pleasure to hear so much support for the sort of policies we've been working for here in the public debate, but sometimes we haven't had so much support from other groups in in our committee work. Particularly on full public country-by-country reporting, we've been fighting for this for quite a long time, so I'd be very pleased to hear if Cora's group have now decided to support that. So, could I ask: will ALDE be supporting full public country-by-country reporting?

Cora van Nieuwenhuizen (ALDE), *"blauwe kaart"-antwoord*. – Voor ons is heel duidelijk dat transparantie het allerbelangrijkste wapen is. We zijn nu nog goed aan het kijken naar de aangevraagde effectbeoordeling, maar we hebben in ieder geval gezien dat verslaglegging per land niet tot problemen heeft geleid bij de banken, waar deze verplichting al van toepassing is.

Matt Carthy, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Madam President, I've stood in this Chamber on countless occasions to defend the rights of national parliaments to set their own tax rates, and I do so again today. Sinn Féin will always defend Ireland's sovereignty, as we have on every occasion when it's been attacked by the European Commission, including on taxation matters, but this ruling is not one of those occasions.

I'm sure you, Commissioner, and many of your fellow federalists in this room are scratching their heads wondering what's happened to your best friends in the Irish political establishment. The people who the EU could always depend on. When the Commission said jump to a savage austerity agenda, they simply asked 'how harsh?'. When the EU said EUR 64 billion and private bank debt should be placed on the shoulders of the Irish people or when you demanded new water or property taxes, your friends in Fine Gael and Fianna Fáil quickly capitulated. When you proposed trade deals with investment courts that would do more to undermine sovereignty than any Commission ruling, your Irish friends proudly say 'we'll champion that for you'.

But today, the Commission's bodies in Ireland are fighting back. Not in the interests, though, of the Irish people or the Irish economy, but in the interests of the wealthiest corporations in the world and our global web of tax avoidance. This ruling has no effect whatsoever on our tax rate or our ability to attract inward investment or to create jobs. Any investors seeking to remain in, or come to, Ireland can be assured of a talented workforce and a 12.5% corporate tax rate that we will protect; they just won't be assured any longer of sweetheart deals that would allow them to dodge billions of euros in tax. The announced appeal is morally wrong, politically dishonest and economically stupid. We have a housing and health crisis in Ireland. Many of our public services are savagely underfunded. EUR 13 billion, or even a fraction of it, could help solve those problems. Rather than spending Irish taxpayers' money on this appeal, our government should instead be restoring our international reputation by ensuring that Ireland will never again be part of the international tax avoidance racket.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, je suis très embêté parce que, comme élu écologiste, je suis opposé au clonage humain. Et pourtant, quand je vous vois, l'envie me vient de multiplier les Margrethe Vestager. J'en voudrais plus comme vous – c'est donc une contradiction assez difficile à résoudre –, parce que, peut-être mieux que quiconque au sein de la Commission, vous vous souvenez du tout début de votre ordre de mission qui est de défendre l'intérêt général européen et vous le faites avec brio.

Vous donnez aussi raison – et je suis sûr que mes amis de la GUE seront très heureux de l'entendre – à Vladimir Ilitch Lénine qui disait que là où il y a la volonté, il y a un chemin – mais depuis qu'Angela Merkel a repris cette expression, elle est évidemment devenue beaucoup plus œcuménique, si je peux me permettre.

Et donc, j'admire vraiment votre travail, parce que si, en effet, vous ne prétendez pas écrire la loi fiscale en Europe, vous faites ce que vous pouvez non pas pour que les États membres mettent un terme à la guerre fiscale qu'ils se mènent, mais au moins pour les priver des armes les plus inacceptables qu'ils utilisent dans cette guerre fiscale et pour cela, je vous remercie.

Je ne peux pas m'empêcher non plus de contraster votre attitude avec celle– on l'a citée – de Neelie Kroes, qui vous a précédée au poste que vous occupez, qui consistait à qualifier le jugement, sans même le connaître, d'injuste, mais pire encore, avec l'attitude des gouvernements – je pense évidemment au trio de paradis fiscaux qu'on appelle le Benelux, mais évidemment le gouvernement irlandais est de la partie aussi – qui ne parviennent pas à résister à l'envie de dire: «Mais nous ne voulons pas de cet argent, vous, les actionnaires des multinationales, gardez-le, nous allons pomper nos petits contribuables, nous allons pomper les PME toujours plus, nous allons réduire les services de l'État, parce que nous ne voulons pas de votre argent».

Je trouve que cette attitude est tout bonnement inacceptable. Je ne sais pas ce qu'il faudra pour que les chefs d'État et de gouvernement et leur ministre des finances reviennent eux aussi à cette mission première qui est de défendre l'intérêt général. Et il est assez difficile de résumer l'intérêt général à la défense des 1 %.

Marco Valli, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il caso Apple dimostra chiaramente che la disciplina degli aiuti di Stato non è la regola giusta per andare a punire un'azienda, lo Stato e chi comunque ha compiuto e incentivato questo tipo di pratica immorale, proprio perché lo stesso Stato che ha incentivato l'elusione fiscale verrà premiato con il pagamento delle tasse in arretrato e non verrà applicata nessuna sanzione alla multinazionale. Quindi bisogna lavorare, e in fretta, per una disciplina in questo senso, affinché ci sia un equo trattamento, e bisogna fare anche i nomi dei paesi che non sono collaborativi nel mettere giù una proposta, perché ne parliamo da vent'anni.

Io sono stato di recente, negli ultimi due anni, nella commissione TAXE, abbiamo fatto delle visite: ho visto in Lussemburgo più targhette rappresentanti delle società che molto probabilmente adottano degli schemi simili a quelli di Apple, che lavori reali, imprese reali e attività reali, molte targhette anche di banche, tra l'altro, quindi interessi molto grossi che andare a toccare sarà molto difficile.

Bisogna comunque cooperare a livello internazionale, avere coraggio in questo senso e fare i nomi, soprattutto in Consiglio, di chi si oppone a un certo tipo di accordo e compromesso su questo. Non vanno fatti compromessi: le piccole e medie imprese stanno fallendo e pagando le tasse per le grosse e quindi non possiamo assolutamente continuare in questa situazione, bisogna reagire e reagire in fretta.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento)

Deirdre Clune (PPE), *blue-card question*. – Mr Valli, do you believe that taxation matters on an international scale should be solved – and can be solved – through the OECD BEPS process? Do you not believe that is the correct way that we are moving forward and that every country should sign up to that, both European and international? Also, do you think that profits that Apple made on products that were sold across the European Union should have been taxed in Ireland? Do you not think that those profits should been taxed elsewhere, and that Ireland certainly has taken tax on profits made in its own country? Do you not agree with those statements?

Marco Valli (EFDD), *Risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Come ho detto nel mio discorso questo sistema sanzionatorio, che dà la possibilità di ripagare le tasse in quel paese, non è giusto, perché sono stati fatti degli abusi da parte della Apple e dell'Irlanda nei confronti dei paesi nei quali è stata svolta la reale attività economica. Ovviamente le tasse andrebbero pagate lì, quindi le tasse devono essere pagate dove viene svolta questa attività. Cercare di cooperare per questo è nell'interesse comune: la politica deve reagire in questo senso, e quindi è un buon senso comune che dobbiamo spingere ed è in quella direzione.

Bernard Monot, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, il était temps! Avec l'amende de treize milliards infligée à Apple, il était temps que l'Union européenne prenne conscience de la délinquance fiscale des multinationales et des dégâts collatéraux de votre économie sans frontières façon OMC.

Il était temps, dans la guerre économique mondiale, que l'Union européenne réagisse à la suite du scandale des LuxLeaks, qui implique directement votre président Juncker, complice des multinationales au détriment des nations, un vrai crime économique contre les peuples.

Il était temps que l'on fasse la même chose que l'administration américaine qui, depuis des décennies, sanctionne nos grandes entreprises nationales coupables d'utiliser le dollar, comme BNP Paribas, par exemple.

Avec 200 milliards de dollars de trésorerie, Apple, sans foi ni loi, a organisé un véritable hold-up d'impôt sur les sociétés. Dans mon pays, la France, Apple n'a payé que 56 millions d'impôt sur les sociétés en dix ans. C'est insignifiant. L'Union européenne explique que ces rescrits fiscaux ne sont pas illégaux. Ils ne sont pas illégaux, mais ils sont immoraux face aux contribuables et aux entreprises qui doivent subir l'hyperfiscalité pour compenser les déficits budgétaires.

Je vous le dis d'avance, Madame Vestager, l'Union européenne ne verra jamais la couleur des 13 milliards d'euros. De plus, comble de l'absurdité, votre usine à gaz fiscale – l'Irlande – ne veut pas du montant de cette amende. Et il ne vous viendrait jamais à l'idée que les États victimes de ces voyous pourraient recevoir le remboursement de leur manque à gagner fiscal. En somme, avec vous, le braconnier reçoit en plus une prime.

Alors, il faut ne faut pas pleurnicher si les citoyens votent maintenant pour les partis patriotes. Ce doit être aux États souverains d'agir. Pour cela, il faut réguler le commerce par des frontières nationales. La France de Marine Le Pen le fera par des redressements fiscaux systématiques pour punir l'évasion fiscale des multinationales.

Bruno Gollnisch (NI). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, j'avoue avoir un peu de mal à comprendre votre décision qui n'a pas été publiée, même si l'objectif de mettre fin au dumping fiscal dont bénéficient certaines multinationales est louable.

Quelques questions: premièrement, on s'interroge sur la base légale. Quels sont les textes de droit qui sont visés? Cette absence de publication de votre décision limite considérablement nos possibilités d'analyse.

Deuxièmement, la Commission dit ne pas mettre en cause le fait que les États membres sont libres de leur politique fiscale – très bien – et que les taux sont fixés librement par les États – ici, l'Irlande. Elle n'attaque donc pas frontalement un dumping fiscal que pratiquerait l'Irlande au détriment d'autres pays européens. Il en résulte logiquement que les distorsions de concurrence sont appréciées à l'intérieur du marché irlandais. Mais quels sont ces concurrents? Vous ont-ils saisi d'une plainte? Il ne semble pas.

Troisièmement, si l'Irlande est fautive, n'est-il pas incohérent, comme l'a dit mon collègue, de vouloir lui attribuer de force comme sanction ces 13 milliards dont elle vous dit qu'elle ne veut pas? C'est tout de même étrange.

Quatrièmement, si, comme le suggère la Commission, les États membres se sont abstenus d'imposer Apple pour ses activités économiques réelles sur leur territoire, la responsabilité de cette carence n'incombe-t-elle pas à ces États et non à la société qui en a bénéficié de façon publique et paisible avec leur bienveillance? Je voudrais être sûr que vos objectifs légitimes sont compatibles avec l'état de droit, la non-rétroactivité, que votre action serve bien aux intérêts européens et non à rapatrier les bénéfices et les impôts aux États-Unis, l'Europe n'y serait pas gagnante.

Markus Ferber (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst meinen herzlichen Glückwunsch zu dieser mutigen und richtigen Entscheidung, die Sie, Frau Kommissarin, getroffen haben. Ich will es mal deutlich sagen: Es geht ja hier nicht um die Firma Apple, sondern es geht um eine Beihilfe, die durch den Staat Irland gewährt wurde. Darum sage ich auch ganz deutlich an die amerikanische Adresse: Das ist kein Anti-Amerika-Kampf, sondern es ist der Kampf, dafür zu sorgen, dass jeder gemäß seiner Leistungsfähigkeit in dem Land, wo Gewinne erwirtschaftet werden, auch seine Steuern zahlt. Denn es ist doch nicht unser Modell in Europa, dass man individuell mit dem Finanzamt seine Steuersätze aushandeln kann. Und ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie den richtigen Hebel gefunden haben, auch wenn er die belohnt, die gestraft werden sollen – der Profiteur ist ja der Staat Irland, der hier diese nicht bezahlten Steuern bekommt –, aber es ist der richtige Hebel, weil Sie als Kommission genau dort auch die Befugnis haben, entsprechend vorzugehen.

Steuergerechtigkeit ist eines der essenziellen Dinge in unserer Gesellschaft. Wenn wir feststellen, dass der Normalbürger, der abhängig Beschäftigte, der kleine und mittlere Unternehmer die Steuern zu bezahlen hat, die der Staat festgesetzt hat, aber alle diejenigen, die grenzüberschreitend tätig sind, die in vielen Mitgliedstaaten tätig sind, sich ihre Steuersätze selbst verhandeln können, dann sind wir auf dem Holzweg. Genau das Gegenteil von dem ist richtig, was ich hier von ein paar anderen Rednern gehört habe.

Deswegen kann ich Sie nur ermuntern, hier weiter vorzugehen. Und ich sage auch in aller Deutlichkeit, weil ich der Berichterstatter für die Steuervorbescheide war: Dass die Mitgliedstaaten sich geweigert haben, der Kommission diese Vorbescheide zur Verfügung zu stellen, zeigt, dass dieses Geschäftsmodell weiter bestehen soll.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Steven Woolfe (EFDD), *blue-card question*. – Very simply put, Mr Ferber: it is the Treaties that allow nation states to keep their own taxes and not be allowed by the EU. But you promote the lever, as you suggest, of competition law being used to enable this Parliament and this European Union to take taxes off nation states. Do you not see that this lever is taxation of nation states by the EU, by the back door?

Markus Ferber (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Die Kernfrage ist doch die folgende: Ist ein solcher Steuervorbescheid gegenüber einem einzelnen Unternehmen eine genehmigungsfähige Beihilfe oder nicht? Und die Europäische Union hat durchaus die Kompetenz, das zu prüfen. Seit 1957 übrigens, seit es die Europäische Union gibt, ist die Kontrolle von Subventionen eine der Kernaufgaben der Europäischen Kommission, und deswegen ist zu prüfen: Handelt es sich hier um eine genehmigungsfähige Subvention? Und in dem Fall, dass sie nicht genehmigungsfähig ist, muss die Kommission entsprechend einschreiten, und das hat sie getan. Ich halte das für den richtigen Ansatz, und deswegen begrüße ich es. Es berührt nicht das Steuererheberecht der Mitgliedstaaten.

Tibor Szanyi (S&D). – Madam President, the single market can only function correctly if businesses have the possibility to compete on equal terms. However, unfortunately, practice shows that there are always companies operating within the EU that will try to circumvent the rules to gain questionable advantages.

The current case of Apple demonstrates this quite well. Here, I have to congratulate the Commission – and especially you, Commissioner Vestager – for taking a firm stance on this matter. Companies like Apple and those who provide selective terms to them must know that this behaviour is not tolerated within the EU anymore, and that they will eventually have to pay a price. It should also be highlighted that the European Union is not leading any kind of witch hunt against American corporations. They create many jobs in Europe and make important investments: that is true. However, all companies – no matter whether European or foreign – must understand that using unfair advantages that go against EU law can lead to serious consequences.

I am delighted to see the deep determination of the Commission to create a system of fair taxation and greater transparency. At the same time, I call on the Member States to tackle the loopholes in their national laws that allow tax avoidance to take place and refrain from any harmful tax practices. Again, let us be honest, it takes two to tango. Today's message goes not only to Apple and similar, but their proxies around the Member States' governments, as in Hungary as well.

Bernd Lucke (ECR). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Ich möchte mich zunächst den Glückwünschen an die Kommissarin anschließen für die Arbeit, die Sie hier geleistet haben – sehr gut. Aber ich möchte darüber hinaus auch feststellen, dass hier drei Institutionen auf der Anklagebank sitzen: Apple, über das genügend geschimpft wird, weil es seine Steuern nicht gezahlt hat, Irland, weil es diese Art von Steuervermeidung begünstigt hat, und das offenbar über einen langen Zeitraum hinweg, und schließlich natürlich die Vorgängerkommissionen, die augenscheinlich ebenfalls über mindestens zehn Jahre hinweg nichts gesehen haben und nichts getan haben, obwohl Herr Kollege Ferber gerade zu Recht ausgeführt hat, dass das eine Kernaufgabe gewesen wäre.

Nun, was Irland betrifft, muss man natürlich auch sagen, dass Irland im Rahmen der Eurorettung begünstigt worden ist und dort Milliardenkredite bekommen hat, über 83 oder 85 Milliarden Euro hinweg, obwohl es augenscheinlich nur seine eigenen Steuergesetze hätte anwenden müssen, um seine Einnahmen zu erhöhen. 13 Milliarden Euro wären allein von Apple geflossen, wenn die irische Regierung willens gewesen wäre, das Recht anzuwenden, das sie nach Unionsrecht hätte anwenden müssen. Das, meine Damen und Herren, ist der eigentliche Skandal: dass Irland sich hier saniert hat zu Lasten der Gemeinschaft.

Marian Harkin (ALDE). – Madam President, I support the principle of tax justice, so on that, I agree with the Commissioner. But the question we ask today is: can EU state aid rules influence or even determine the tax policy of sovereign Member States? I do not know the answer to that question, and, crucially, I do not know the implications of a positive answer. That is why we need clarity, and the European Court of Justice (ECJ) is the only institution to provide that clarity.

A EUR 13 billion bauble has been dangled in front of Irish noses. Commissioner Moscovici said, 'it is strange for the Irish to say "I do not want your EUR 13 billion" when they could have social programmes'. So, Commissioner, can you guarantee the EUR 13 billion to Ireland if the ECJ agrees with you? Or will other countries look for their share of that particular cake? Commissioner Moscovici has basically guaranteed that we can start drawing up plans for schools and hospitals and houses; many Irish politicians already have. Can you guarantee that, Commissioner?

Fabio De Masi (GUE/NGL). – Frau Präsidentin! Apple zahlte 2014 auf seine Profite in der EU 0,005 Prozent Steuern. Das sind 50 Euro für jede Million Gewinn, die sie etwa mit diesen schicken iPads machen. Ich begrüße daher die Entscheidung der EU-Kommission zu Apple – auch gegen den Widerstand der US-Regierung.

Die irische Regierung will die 13 Milliarden Euro aber nicht und zieht vor Gericht. Dieselbe Regierung, die mit der Troika marode Banken rettete und der Bevölkerung das letzte Hemd kürzte. Dieselbe Regierung, die nun 280 Millionen Euro mehr nach Brüssel überweisen muss, weil sie mit Steuertricks eine fiktive Wachstumsrate von 26 Prozent schuf, über die sich jeder normale Ire schlapplacht. Im Übrigen haben nur die irischen Kollegen meiner Fraktion im irischen Parlament gegen die Klage der irischen Regierung gestimmt.

Genauso peinlich ist es aber, wenn der bayerische Finanzminister Söder von der CSU die Kommission ausgerechnet dann kritisiert, wenn sie einmal bei Apple ihren Job macht. Kein Handwerker in Bayern würde selbst nach 10 Maß auf dem Oktoberfest von einem Steuersatz wie Apple träumen. Daher sollte Herr Söder endlich auch in Bayern gegen Apple ermitteln. Da ist das Geld für Investitionen in Schulen und Krankenhäuser, das wir nicht erst seit der Flüchtlingskrise brauchen, und daher freue ich mich, wenn der geschätzte Herr Kollege Ferber dem Söder das einmal erklärt.

Gleichwohl ist das Beihilferecht zu kompliziert und mit etwa 20 EU-Beamten ein Kampf gegen Windmühlen. Dagegen hilft nur brutale Transparenz – etwa beim *Country-by-Country Reporting* – und eine Besteuerung der Gewinne in der EU, wo sie anfallen, nicht wo Apple und Co. Briefkästen haben. Wir brauchen zudem Mindeststeuern für Konzerne.

Sven Giegold (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Frau Vestager, Sie und Ihre 18 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in diesem Bereich verdienen wirklich einen Orden. Sie haben mehr gemacht, um den Respekt vor der Europäischen Union in den Augen vieler Bürgerinnen und Bürger wiederherzustellen als viele vorher. Sie haben Prinzipien, über die wir hier in Europa so oft reden, höher gewertet als den Druck, der auf Sie ausgeübt wurde. Der Druck war ja spürbar. Wann hat man das erlebt, dass der amerikanische Finanzminister Ihnen sagt, was Sie zu entscheiden haben? Und Sie haben standgehalten – und das ist richtig. Und ich kann Ihnen nur sagen: Es gibt eine Menge Frust derzeit über Europa, und Sie haben mit dieser Entscheidung gezeigt, dass viele Leute, die schlecht über Europa reden, Unrecht haben. Europa kann gemeinsam seine Interessen stärker vertreten, als es jeder alleine kann. Insofern ist dort eindeutig irgendwann ein Preis angesagt. Ich frage mich nur: Wann wird dort mehr Personal bereitgestellt, um gegen mehr Fälle dieser Art vorzugehen? Es kann doch nicht sein, dass wir nur ein paar Exempel statuieren.

Genau das gleiche haben wir derzeit bei der Geldwäsche, wo fünf arme Leute eine *financial crime unit* bilden und im Keller der Generaldirektion JUSTICE sitzen. Können Sie denen nicht Asyl gewähren? Ich glaube, die wären bei Ihnen im Haus besser aufgehoben und brauchen auch mehr Personal.

Und schließlich sollten die Mitgliedsländer kooperieren, um einen Teil dieser Steuereinnahmen, die Sie ihnen auf dem Tablett geliefert haben, jetzt auch zu bekommen. Kann die EU-Kommission nicht eine Initiative ergreifen, damit die Länder dort zusammenarbeiten, statt bei der Eintreibung dieser Steuern gegeneinander zu arbeiten?

Steven Woolfe (EFDD). – Madam President, the manchineel tree is a tropical tree originating in North America. It is one of the most dangerous trees in the world. To eat its fruit is deadly. Its nickname is *manzanilla de la muerte*, or 'little apple of death'.

As part of the EU's march to nation statehood, it needs to finance its over-ambitious policies: this Parliament, civil service, courts, foreign policy and, of course, the burgeoning EU army. To raise money, it must have taxes. The Apple tax ruling forms part of the EU's long-standing plan – which includes VAT and the common consolidated corporation tax base – to take control of EU citizens' taxes directly. The Apple tax ruling is an attack on the tax sovereignty of EU nation states by the back door, and the EU has weaponised EU competition law and, in particular, state aid rules to achieve this.

The ruling is a massive problem for those Europhiles and Conservative Ministers who believe we should stay in the single market or want even EEA status. Remaining in either will lead the UK to be part of the EU's competition law, acquis and EU state aid rules. Either could lead to retrospective tax rulings and stop us from having an independent competitive tax policy. Just as the manzanilla tree is the little apple of death for those that eat its fruit, the EU is the big apple of death to prosperity and freedom.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I may be one of the lone voices here taking issue with the Commission's proposals, but I do so in the name of Ireland, and also with the support of the government, backed up by the Irish Parliament, which voted 93 votes to 36 to appeal this to the European Court. A decision which our GUE Sinn Féin representative described as 'morally wrong'. Well, if it is morally wrong to defend the reputation of a country, what is morally right?

We have been accused of illegal state aid, which we deny; Apple did not get a sweetheart deal. We also take issue with the use of competition law to undermine the sovereignty of a national state. In this instance, taxation is the competence of the Member States, and if the sovereignty of other Member States was challenged, I think some speakers here would be taking a different line to what they have taken so far.

We agree, of course, there are gaping loopholes in relation to tax law and these have to be closed, and are being closed, and we have been at the forefront in that regard, in OECD and on BEPS.

There is also of course envy that we have been so successful in attracting foreign direct investment to Ireland. But I can tell you this: if these companies leave Ireland they will not be going to Paris, they will not be going to Berlin, they will not be going anywhere else except Singapore and other places outside the European Union. We have an educated workforce, we have a great relationship with the United States, which no other country has, we are also a gateway to Europe – and that is why we have foreign direct investment.

Finally, I want to leave you with three points: we are not going to be the messenger boys for the European Union, gathering taxes which they say belong to other Member States. We are not going to be the punchbag for this European Commission when it is afraid to tackle the big states regarding the Stability and Growth Pact. Finally, we will see you in court, after which you will hopefully be eating humble pie, perhaps humble apple pie.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Molly Scott Cato (Verts/ALE), *blue-card question*. – Madam President, I would like to inform Mr Kelly – or perhaps he is already aware – that as soon as this decision was out, the UK Tories were immediately saying 'well, now that we are leaving the European Union to compete, here's a great opportunity with Ireland on tax.' I would like to ask him how he thinks it can possibly be for the benefit of European citizens that we all seek to become countries like Singapore that compete with each other. What exactly does he think the future is in that, and does he not understand that what Commissioner Vestager is doing is exactly defending us against that kind of race to the bottom?

Seán Kelly (PPE), *blue-card answer*. – Thank you for your question; the answer is obvious, and I have referred to it. We have to establish a level playing field, we have to establish transparency, we have to have the same rules applying right across the European Union and globally, and that is what we're trying to do. But we cannot, as the Commissioner is trying to do, apply these rules retroactively. That is a problem with this. Indeed, if we do establish a transparency and a fair corporation tax and tax reporting –which we want – then companies will stay in the European Union, but if we hound them like this they will leave. The British will be delighted to welcome them, as will Singapore, and the European Union, as well as Ireland and all the Member States, will suffer.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *blue-card question*. – Mr Kelly, you say that Apple will leave Ireland and that these jobs will not be going to France or Singapore. I know more than yourself. You probably heard Tim Cook, CEO of Apple, on RTE, Ireland's national broadcaster, who said that the reason he was in Ireland was because of the people and the workers and not because of the tax. Do you not believe him? Do you not think we are talented enough to attract them anyway without becoming the scumbags of Europe?

Seán Kelly (PPE), *blue-card answer*. – Mr Flanagan, you speak well, but you do not listen very well. That is exactly what I said – these companies come to Ireland not because of corporation tax, primarily, but because of our well-educated workforce, our relationship with the United States, our command of the English language and our gateway to Europe. If they decide to leave Ireland – which hopefully they will not, and they have said they will not – the same attractions will not be found in any other Member State of the European Union: they will find places other than the European Union to locate, and that is the point.

Hugues Bayet (S&D). – Madame la Présidente, c'est toujours un plaisir de vous avoir pour présider ces débats. Madame la Commissaire, merci beaucoup pour la lutte efficace contre l'optimisation fiscale des multinationales que vous menez.

Aujourd'hui c'est Apple et l'Irlande. On pourrait les appeler les amants diaboliques qui sont soudés et prêts à tout, et même à commettre l'irréparable, puisque je pense que ce qu'ils veulent c'est vraiment mettre à mal l'économie européenne, tout cela pour éviter de participer au financement de notre modèle social, que cela soit les soins de santé accessibles et de qualité, la protection sociale, l'éducation pour tous, le soutien à l'emploi, une économie durable ou encore la sécurité pour chacun d'entre nous.

Et malheureusement si ce n'est pas Apple ou les autres multinationales qui y contribuent, eh bien ce sont les petites et moyennes entreprises et nos citoyens qui doivent pallier l'incivisme des multinationales, avec comme résultat des citoyens et des petites et moyennes entreprises qui doivent payer plus d'impôts que ce qu'ils ne devraient.

Et tout cela au profit d'Apple, de ses actionnaires, de ses dirigeants et de ses employés américains. Et que reste-t-il pour les pays européens? Très peu, hormis l'impression de financer le train de vie extravagant de la firme à la pomme.

Vous savez, Madame la Commissaire, en 2014, les revenus des six plus hauts cadres d'Apple, tous américains, ont culminé à 133 millions d'euros. Mais, pour Apple, la Commission européenne se trompe lourdement, et la multinationale n'entend ni rembourser ni changer ses pratiques.

Quant à l'Irlande, c'est le même discours, et pire, le gouvernement refuse de demander à Apple de rembourser les 13 milliards. Ce n'est pas un cas de figure unique car, contrairement à ce que mon collègue Sander a dit, il y a quelques mois, après une condamnation de la Commission européenne, le gouvernement belge a refusé, lui aussi, de récupérer auprès des multinationales le remboursement des sommes fraudées.

On voit donc que la Commission, d'un côté, fait son travail mais que les États membres ne suivent pas cette voie. On l'a déjà remarqué avec le rapport sur les règles contre l'évasion fiscale des multinationales, lorsque les États ont décidé de ne pas suivre les recommandations du Parlement et de reporter à 2024 la mise en application de ces mesures.

Madame la Commissaire, ne devrions-nous pas réfléchir à la possibilité de permettre à l'Union européenne de récupérer directement ces sommes auprès des multinationales. On pourrait imaginer reverser ces moyens considérables dans le budget européen et les dédier, par exemple à la lutte contre la fraude fiscale.

D'autant qu'une autre actualité a télescopé la condamnation d'Apple, c'est la fermeture par Caterpillar de son unique siège en Belgique, plus de 5 000 licenciements. Dans ce cas-là, Caterpillar a organisé son évasion fiscale en Suisse, et non pas en Irlande, ça doit cesser. On sera évidemment à vos côtés, Madame la Commissaire, pour y mettre fin.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR). – Arvoisa puhemies, kiitos komissaari Vestagerille siitä ihailtavasta työstä, jota Te teette reilun kilpailun puolesta. Eurooppalainen kilpailu tarvitsee tasaisen pelikentän. Jos kansainväliset suuryritykset kykenevät toimimaan lähes verovapaasti, paikalliset yritykset jäävät auttamatta toiseksi. Jokainen euro, jota Apple ei ole maksanut, on jäänyt muiden eurooppalaisten yritysten maksettavaksi.

Kuten puheenjohtaja Juncker mainitsi aamulla puheessaan, eurooppalaisuus tarkoittaa yhdenvertaista kohtelua, samoja oikeuksia, samoja velvollisuuksia. Tämä pätee myös yrityksiin. Jos me haluamme kasvua, jos me haluamme eurooppalaisia menestystarinoita, omia Appleja ja Facebookeja, meidän on taattava kasvuyrityksillemme reilu mahdollisuus kilpailla kansainvälisiä jättejä vastaan.

Nils Torvalds (ALDE). – Fru talman! Bästa kommissionär Vestager! Egentligen diskuterar vi ett gammalt och känt ekonomiskt problem. Teorin talar om *profit-seeking* och *rent-seeking*, där *profit-seeking* är den flitiga företagaren och *rent-seeking* är den lata kupongklipparen.

Här finns det många exempel som irländarna och Apple kan använda om de vill se sig i spegeln. Det mest kända kanske handlar om Sidenvägen. Vi vet hur det gick när man försökte förhindra att Mongolriket skulle klippa åt sig för mycket av räntorna. Då skred Djingis khan till åtgärder för att motarbeta detta. Det blev en ganska stor katastrof också för de europeiska länderna. I den meningen befinner sig Irland, så att säga, i detta exempel.

Det finns även en annan berättelse. Den mer bibliska berättelsen handlar om äpplet och Eva. Den europeiska berättelsen handlar om Margrethe och äpplet. Hon tog en bit ur vishetens frukt.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Mr President, I would like to say to Commissioner Vestager that global corporations of unprecedented size are making unprecedented profits but are avoiding paying taxes on those profits on an unprecedented scale, thus forcing an ever-increasing tax burden on small companies and on individual taxpayers in countries, rich and poor, right across the globe.

Ireland should do the right thing and accept that it has been involved in behaviour that is not in keeping with those that sought so bravely to make our nation a reality. However, we should not change our ways because we are being told to do so by the Commission. We should do it because it is the right thing to do, in the same way that we should not borrow to burn as is demanded by another arm of this institution, the ECB. We should say 'no way, we won't pay'.

This morning, Mr Juncker said that this Commission is delivering on tax avoidance/evasion. I find it difficult to tell the difference. You, I believe, Commissioner, but your boss I don't believe. *Capo di tutt'i capi*, the 'godfather', as they say in Italy. It is like Al Capone running for President of Italy on the basis that he will wipe out the mafia. Good luck, Commissioner Vestager, I look forward to the meeting with you and other Irish MEPs on 4 October. Hopefully, Fine Gael will have changed from their newfound scepticism, because it doesn't suit their pocket.

Molly Scott Cato (Verts/ALE). – Madam President, I congratulate Commissioner Vestager on her courageous decision to demand that Apple pay the EUR 13 billion it owes in tax. This action has done much to increase the EU's standing with European citizens, not just warm words or vague ambitions, but concrete action that will positively affect people's livelihoods.

Across our continent, we see the revival of nationalism as people feel out of control in a globalising world, yet it is not other countries that threaten our ability to act, but the global corporations that grow ever more powerful. I welcome the decision of the Commission to work for Europe's citizens and to contain the power of corporations and ensure that they pay the taxes they owe. But we also need to be clear about who the recovered tax belongs to, because this is not just about Ireland and Apple. When any country arranges a sweetheart deal for a company we all lose out. If we are to reverse the damaging cuts to public services and to invest in such vital issues as mitigating climate change, then we need to keep up the pressure for tax justice.

Neena Gill (S&D). – Madam President, tax fairness is about everybody paying their fair share, and I applaud you, Commissioner, for your work and for having the political steel to reach this decision – a big step in tackling corporate tax evasion.

It beggars belief that Apple only paid corporate tax at a measly the rate of 0.005% in 2014. I believe this decision is a clear message to multinationals which are cherry-picking in terms of tax avoidance. Let us not forget that Apple benefits from infrastructure in Ireland paid for by the Irish taxpayer and its staff use this infrastructure on a daily basis, but the Irish taxpayer does not get anything in return. We cannot have one rule for big multinationals and another one for SMEs, who are the main creators of jobs across the European Union. In my region in the West Midlands, one of the big issues raised with me by SMEs is that this type of sweetheart deal is massively unfair and one they felt that the EU should have tackled long ago. Now Apple's CEO has threatened that this decision will impact on jobs and investment. I believe this is totally the wrong approach. As one of the largest companies in the world, Apple is promoting corporate social responsibility and I welcome this; however, would it not be better for them to pay their tax rather than cherry-picking again and paying for perhaps a bit of education here or a bit of housing there? Although 13 billion looks like a massive amount of money, to a company like Apple it is only peanuts in terms of their total balance.

Commissioner, the competition rules are a strong tool which should in the end benefit the consumer. Will there now be a focus on the prices of Apple products and the company's strategies to erode interoperability, such as removal of headphones? Once again, I think this decision is a big step on the road towards tax justice.

Dariusz Rosati (PPE). – Pani Przewodnicząca! W latach 2003-2014 firma Apple skorzystała z przywilejów podatkowych na łączną kwotę 13 miliardów euro płacąc dzięki temu efektywny podatek w wysokości mniej niż jeden procent zysków. Tak hojne przywileje podatkowe nie są dostępne i nie były dostępne dla innych firm, zwłaszcza małych i średnich przedsiębiorstw. Nie dziwię się w związku z tym, że Komisja Europejska uznała w tym przypadku, że doszło do naruszenia unijnych reguł konkurencji poprzez udzielenie niedozwolonej pomocy publicznej.

Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Unikanie podatków przez firmy jest oczywiście powszechną praktyką, niemniej przypadek Apple pokazuje, że duże transnarodowe korporacje są w stanie wpływać na wysokość podatku, jaki płacą w państwach przyjmujących, a jednocześnie w wyniku tych praktyk państwa członkowskie i ich budżety tracą rocznie dziesiątki miliardów euro należnego podatku.

Parlament Europejski zawsze stał na stanowisku, że podatki trzeba płacić tam gdzie zyski są tworzone. Apeluję więc do Komisji o wzmożenie wysiłków w celu uszczelnienia systemów podatkowych i jednocześnie zapewnienia niedyskryminacji podatkowej na jednolitym europejskim rynku.

David Campbell Bannerman (ECR). – Madam President, the Commission's Apple state-aid EUR 13 billion decision is a brazen attempt to usurp the primacy of nation state tax policy and is legally questionable. EU Member States have been rightly reluctant to cede autonomy over setting tax rates. It is, after all, a crucial mechanism for responding to their respective economic needs and for nations to be competitive globally. Commissioner Vestager has responded outrageously to this sovereign issue by attempting to use state aid measures to harmonise corporation taxes and to direct their collection. This is another EU power grab. It is a tax trespass, and tax breaks are not state aid.

Tax reform can only be achieved through international consensus by sovereign nation governments. Yes, global corporations must pay more in tax and fair taxes, but action must be taken at the G20 or OEC level, not by the EU. I stand with the sovereign Irish Government in challenging this decision.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Момчил Неков (S&D), *въпрос, зададен чрез вдигане на синя карта.* – Искам да Ви питам: Загубата на ирландската хазна на стойност 13 милиарда евро, вследствие на предоставяне на данъчни облекчения, трябва да бъде осъдена като неправомерна смятам от всички европейски институции. Необоснованият метод за вътрешно разпределяне на печалбите между две корпоративни ирландски дружества, изцяло собственост на „Епъл груп", е довело до нарушаването на конкуренцията на пазара и намаляването до 0,005 процента на корпоративния данък върху печалбата на дружеството за 2014 г.

Не смятате ли, че тези 13 милиарда евро можеха да помогнат на Ирландия в години, когато страната беше във финансова и икономическа криза с минимален икономически ръст и показатели? И не трябва ли да се сложи край на подобни порочни практики в Европейския съюз?

David Campbell Bannerman (ECR), *blue-card answer.* – Thank you, Mr Nekov. I think there are two issues being confused here. The first issue: are big corporations paying too little tax? Absolutely right; they are. We have to raise tax for them. The second point: should the EU be overriding national sovereignty and misusing state aid competition rules to do so? No, it should not. Do not confuse the two. I think we all agree that Apple and other big corporations should pay more tax, but not this way.

Enrique Calvet Chambon (ALDE). – Señora Presidenta. Muchas gracias a la Comisaria Vestager, como eurodiputado, como representante de la sociedad civil europea, como miembro de la Comisión PANA y como simple ciudadano. Y como político, porque no es un tema irlandés, ni es un tema de contables. Muchas gracias por haber dado la mejor noticia que ha tenido Europa en estos últimos meses; por haber demostrado cómo es necesario más Europa para tener un campo de juego que proteja de verdad a la ciudadanía. Muchas gracias y siga usted.

No puedo dejar de decir que, evidentemente, uno de los grandes errores conceptuales cometidos ha sido, sin duda, el intentar crear un mercado único y una moneda única sin un mínimo —¡sin un mínimo!— de cohesión fiscal. No homogeneización, pero un mínimo. Lo pagamos ahora y es cierto que hay que hacerlo por recovecos, pero es indispensable. Y finalmente, señora Comisaria, no olvide usted que hay *tax rulings* esperando también el dictamen hace muchísimos meses.

Eva Joly (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, disons-le honnêtement, le vrai discours sur l'état de l'Union a été prononcé il y a 15 jours. En demandant à Apple de rendre treize milliards d'euros d'impôts impayés, M^me^ Vestager a porté un coup à l'impunité fiscale des multinationales. En allant au bout de cette démarche et en multipliant les enquêtes, nous pouvons remettre l'Europe au service des citoyens.

Mais M^me^ Vestager est allée plus loin en poussant les États membres à lancer leurs propres enquêtes. Elle a ainsi battu en brèche l'argument de la légalité des montages d'optimisation fiscale. Ces montages sont illégaux au regard des règles européennes en matière de concurrence, mais ils sont aussi illégaux au regard des lois fiscales nationales.

C'est un désaveu cinglant pour la défense de M. Juncker et de son héritage luxembourgeois. C'est surtout une mise en lumière de la frilosité de nos gouvernements à agir. Oui, ce sont des enquêtes difficiles, et oui, c'est encore plus dur lorsque, depuis quinze ans, les moyens de la justice et du fisc ont baissé.

Werner Langen (PPE). – Frau Präsidentin! Vielen Dank dafür, dass Sie mich jetzt doch noch auf die Liste genommen haben. Ich möchte zuerst der Kommissarin danken. Sie hat Mut bewiesen. Sie hat endlich ein Thema angepackt, vor dem sich die Regierungen gedrückt haben: den unfairen Steuerwettbewerb, die Steuergestaltung, die Tatsache, dass Internetfirmen, die aus Amerika kommen, hier ihre Umsätze machen, aber keine Steuern zahlen, und zwar mit Tricks, die die Mitgliedstaaten erlaubt haben. Es geht nicht um die Höchststeuersätze – zur Steuerhoheit hat Frau Vestager überhaupt nichts gesagt –, sondern es geht darum, dass das Wettbewerbsrecht es seit Gründung der Europäischen Union verbietet, einzelnen Unternehmen ungleiche Wettbewerbsvoraussetzungen zu ermöglichen. Und das war der Fall.

Ich schätze meine irischen Kollegen ganz hoch. Aber, Herr Kollege Kelly, das Ausbildungssystem in Irland mag noch so gut sein – es ist nicht die Qualität der Arbeitskräfte, sondern es sind ausschließlich die steuerlichen Bevorzugungen in Irland, die dazu führen, dass von den zehn größten weltweiten Internetfirmen zehn ihren Sitz in Irland haben, von den zehn größten Pharmafirmen neun ihren Sitz in Irland haben, von den weltweit zehn größten Biotechfirmen acht ihren Sitz in Irland haben. Ich war mit dem ITRE-Ausschuss bei Google – 4 000 Arbeitsplätze Google Dublin und 3 500 aus dem Ausland für drei oder vier Jahre. Das sind die Realitäten. Und deshalb hat Frau Vestager mehr erreicht als viele Reden hier. Ich möchte Sie bestärken, dass Sie diesen Wettbewerb weiter unterbinden und tätig werden.

Sergio Gaetano Cofferati (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, la decisione che la Commissione ha preso di giudicare illegale il trattamento fiscale di Apple è una decisione coraggiosa e molto importante, anche perché rilancia la discussione sul tema – come lei sta vedendo e sentendo – con qualche elemento di approfondimento utile.

Siamo arrivati al paradosso che in Europa il «come» e «se» pagare le tasse è diventato il fattore fondamentale di concorrenza tra i paesi, questo è capitato negli anni passati. È una condizione che va assolutamente superata a vantaggio del sistema delle piccole e medie imprese, ma anche sul piano della lealtà e dei rapporti tra i singoli cittadini e le loro istituzioni. Ovviamente non possiamo procedere sempre – anche se è auspicabile – con indagini che riguardano la singola azienda. Abbiamo bisogno di norme comuni.

La prima, come è stato ricordato, è quella di una base imponibile consolidata per tutte le aziende europee. La seconda è quella della rendicontazione paese per paese – le segnalo a questo proposito il ritardo con il quale si sta discutendo della proposta che voi avete fatto e anche i limiti clamorosi della proposta. Il principio c'è, ma se la soglia è alta, e dunque esclude la stragrande maggioranza delle aziende, resta ben poco nella traduzione materiale di un principio. Da ultimo, vorrei dire che serve anche avere una direttiva per la protezione degli informatori, che non possono essere considerati come persone ostili alla loro comunità, anzi: svolgono una funzione importante per la loro comunità.

Va da sé che tutto ciò non sarà però realizzabile se nel frattempo non apriremo anche il grande capitolo della modifica dei trattati europei, perché il fisco deve diventare una politica dell'Unione.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señora Presidenta. Gracias, Comisaria. Quiero, también, darle las gracias y felicitarle por la decisión. Me parece intolerable que se haya recurrido al Tribunal de Justicia. De todas maneras, teniendo en cuenta la opinión del Abogado General en relación con el caso del Banco Santander y los fondos de comercio, creo que podemos ser optimistas y confiar en que les dará la razón. Y así lo esperamos.

Mire, señora Comisaria, yo creo que hay dos grandes lecciones de su valentía. La primera es que creo que la cuestión de la lucha contra el fraude fiscal es una cuestión de voluntad política. Usted lo ha demostrado. Si hay voluntad política, se puede hacer. Y la segunda lección, que me parece muy importante, es que se puede torcer el brazo de aquellos Gobiernos que se resisten a cooperar. Se puede, usted lo ha demostrado. Y creo que eso es importante: en las propuestas legislativas que nos han presentado sobre el *country -by-country reporting*, en la que van a presentar ahora sobre una base imponible común, ¡sean valientes, den la batalla al Consejo! A veces, nos dicen «no, la propuesta tiene que ser medida, porque, si no, el Consejo nos la tumbará». Sean ustedes valientes. Transmita esa valentía a sus compañeros, porque tienen detrás al Parlamento y tendrán detrás a la opinión pública, también.

Luděk Niedermayer (PPE). – Madam President, this is a special case but not a surprising one. I must congratulate the Commission and Commissioner, in particular. From what I have seen, this is serious piece of work, regardless of the fact that the final say will come from the Court.

I would also like to congratulate Apple, which has helped us to raise awareness of these problems with people and, hopefully, support for our work. So we should keep going. State aid is a legitimate tool to deal with this issue, because it is a competition problem and not about attacking national tax systems. The second countries should keep closing the loopholes in their tax systems as, for example, Ireland has done recently. We should do our job too, as we did recently in the anti-tax avoidance directive.

Last but not least, let me say that, if we have the Common Consolidated Corporate Tax Base (CCCTB), the debate about who should attribute the profit from the sale of iPhones in the European Union will be irrelevant, so I hope we will go for that.

Paul Tang (S&D). – Mag ik commissaris Verstager complimenteren met deze misschien niet onomstreden maar zeer moedige aanpak? Die is ook hard nodig, want de praktijk van belastingontwijking is moreel corrupt als belastingwetten voor iedereen gelden, maar niet iedereen gelijk is voor diezelfde wet. Het is ook economisch schadelijk als het koffiehuis niet hetzelfde moet betalen als Starbucks of als een plaatselijke boekenwinkel niet hetzelfde moet betalen als Amazon. Dat is economisch schadelijk en moreel corrupt en dat verdient een aanpak. Ik denk dat de aanpak die de Commissie heeft gekozen, meer dan terecht is omdat er wordt gelet op een gelijk speelveld zodat iedereen dezelfde kansen heeft.

Tegen mijn Ierse collega's wil graag zeggen dat zij niet kunnen volharden in de rol van vrijbuiter, van freerider. Ik kom zelf uit een land dat soms een dubieuze rol heeft gespeeld, of lijkt te spelen, in de praktijk van belastingontwijking. Om eerlijk te zijn vind ik mij het boetekleed dan passen. Ik hoop ook van de Ierse collega's dat boetekleed te zien want het ene land mag niet de kosten op een ander land afwentelen, in de rol van vrijbuiter.

Tot slot wil ik graag de vergelijking trekken met Neelie Kroes, de voorganger van commissaris Verstager. Zij heeft niet gekozen voor deze aanpak. Sterker nog: zij verdedigt de Amerikaanse bedrijven. Ze is daarmee de lakei van het grote geld geworden in dienst van het Amerikaanse bedrijfsleven en ik zie een groot verschil tussen toen en nu.

Michel Reimon (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Frau Kommissarin, Sie haben sehr viel Lob für Ihre Arbeit bekommen. Ich möchte mich da vollinhaltlich anschließen. Es gab aber auch Lob, das mich sehr irritiert hat, nämlich von nationalen Finanzministern. Mehrere haben Ihnen gratuliert und dann gleich angemeldet, dass sie gern einige der Milliarden hätten, die das Urteil ausmacht. Das kann nur Populismus oder auch völliges Unverständnis sein, denn das Wettbewerbsrecht hat ja nicht festgestellt, dass die Steuerzahler oder die nationalen Budgets durch zu wenig Steuern benachteiligt würden, sondern dass andere Konzerne benachteiligt wurden in ihrem Wettbewerb, wenn Apple zu wenig Steuern zahlt. Das sagt dieses Urteil.

Das Urteil war richtig, aber wir sollten über die andere Seite nachdenken. Wenn nationale Finanzminister jetzt plötzlich mehr Geld haben wollen, dann sollten wir als Europäisches Parlament Sie als Kommission doch dazu drängen, dass es endlich eine gemeinsame europäische Steuerbasis gibt, dass wir keinen Wettbewerb dieser Staaten gegeneinander, sondern eine Kooperation in Steuerfragen haben. Wenn das Wettbewerbsrecht der Hebel dafür ist, ständig darauf hinzuweisen, dann bin ich froh und glücklich darüber, und wir sollten in dieser Hinsicht weitermachen.

Es zeigt sich heute wieder: Es geht auch hier durchs Parlament ein Riss – rechts diejenigen, die nationale Steuern wollen, und links diejenigen, die kooperieren wollen. Wir bieten die Unterstützung an.

Brian Hayes (PPE). – Madam President, President Juncker spoke this morning about the need for a political Commission. The danger of having a political Commission is that sometimes decisions are taken based on politics and not on law; decisions that are more about agenda-setting. In my view, there was a clear determination on this case to get Apple in the midst of this investigation, irrespective of the damage done to Ireland.

The Apple case will not be decided here, it will be decided in the European courts and the right of Ireland to appeal this decision must be respected by all of us. Ireland makes no apology for attracting investment to our country. The multinational sector in Ireland employs many thousands of Irish people, and indeed people from the European Union. In Apple's case 6 000 real Irish people are living and working in those communities.

The European business environment will not be helped by reinventing competition rules for the US, or indeed for other businesses that come into Europe. Chancellor Merkel recently made this point about sending out mixed messages. My final remark is this: the Commission now asks Ireland to collect this back tax from Apple while, at the same time, encouraging other Member States to seek a portion of it. How is this logical?

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Ana Gomes (S&D), *blue-card question*. – Mr Hayes, you say that 6 000 jobs are at stake. How many people would have been saved and better treated in your hospitals in Ireland? How many people could go through education and have better job opportunities if your government had the opportunity for public investment and other measures with the money that you are saving that company and many other companies with whom you made these secret tax rulings at the expense of the taxpayers in Ireland, and in other countries, including mine?

Brian Hayes (PPE), *blue-card answer*. – The issue in relation to Apple and tax: it has paid fully its tax in Ireland. I think you are misinformed about that. The question is the tax liability it may owe to other Member States of the European Union. That is why the ruling has been made.

As you rightly say, I asked the question: how are we supposed to be the international tax collector in a circumstance where this money may well be owed to other Member States? This money does not belong to Ireland, this money belongs to other Member States where profits have been made. That is why, from a legal perspective, irrespective of emotional arguments, we need to get clarity on that, to be absolutely certain where this money was made, who it belongs to, because in relation to Apple in Ireland, their taxes are fully paid to Ireland.

Evelyn Regner (S&D). – Frau Präsidentin! Bin ich froh, bin ich erleichtert, dass die Europäische Kommission seit 1957 diese weitreichende Kompetenz im Beihilferecht hat! Nur dieser weitreichenden Kompetenz ist es auch zu verdanken, dass jetzt ein erfreuliches Ergebnis von ihrer Seite vorliegt. Die Apple-Entscheidung der Europäischen Kommission ist nämlich eins: Sie ist längst überfällig, und sie ist natürlich richtig. Und ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei der weiteren Arbeit, weil es nämlich nicht nur um einen irischen Fall geht, sondern es gibt da noch sehr, sehr viel anderes, was ebenfalls ansteht.

Seit Jahrzehnten verschieben multinationale Konzerne, wie Apple, wie Amazon, wie Starbucks und so weiter und so fort, ihre Gewinne in Niedrigsteuerstaaten oder rechnen sie mit Hilfe von Patentboxen künstlich klein. Nicht nur die weltweiten Konzerne, sondern eben die Regierungen sind es, die sich durch diese Steuerabsprachen letztlich daran beteiligen. Und insofern ist es unverständlich, ja krank, dass Irland die geschuldeten Milliarden nicht zurückhaben will.

Was wir jetzt brauchen, ist eine Gesamtbesteuerung von Konzernen; die Unternehmen sollen ihre Tätigkeit, ihre Gewinne, ihre Kosten pro Land darlegen. Der Konzerngewinn und damit auch die fälligen Steuern sollen auf die einzelnen Länder aufgeteilt werden. Das Problem von Gewinnverschiebungen hätte damit ein Ende. Denn Gewinne sollen dort versteuert werden, wo sie auch anfallen.

Ernest Maragall (Verts/ALE). – Señora Presidenta. Por fin, señora Vestager, los ciudadanos europeos pueden reconocerse en una decisión procedente de la Comisión Europea. ¡Gracias!

Pero eso debería ser lo normal, ¿no? Que la Unión Europea, que la Comisión, haga, afronte, las cuestiones que un solo Estado no puede o no hará. Eso es, también —eso debe ser—, en primer término, Europa. En todo caso, que debamos utilizar la vía de la ayuda de Estado ilustra hasta qué punto nos hace falta una nueva regulación, una armonización fiscal y evitar la creciente competencia fiscal desleal entre Estados miembros. Esa es la cuestión.

Y esa es también nuestra contradicción. Exigimos a determinados países la reducción de su déficit público, pero no sabemos evitar que otros países se apropien de lo que deberían ser sus ingresos ordinarios. Irlanda cobrará la multa por unos impuestos que Apple no ha pagado a Francia, a España, a Grecia, a Alemania, etcétera. Cien mil millones de elusión fiscal, estima la propia Comisión, en simultáneo con un enorme, un inmenso *gap* de inversión pública en toda Europa. El caso Apple es la punta de un iceberg que puede hundir a Europa o es la primera señal del cambio de rumbo que Europa necesita con urgencia.

Ana Gomes (S&D). – Felicito-a vivamente, Comissária Vestager, pela corajosa decisão de obrigar a Irlanda a recuperar os milhares de milhões que fez poupar à Apple em impostos, e peço-lhe que continue a investigar e a impedir acordos deste tipo entre Estados-Membros e grandes companhias, incluindo no meu país, Portugal.

Esta decisão ajuda a reconciliar a União e os cidadãos que, com as PME, têm suportado o peso da austeridade e da excessiva carga fiscal, enquanto grandes empresas nacionais e multinacionais exploram a opacidade dos sistemas financeiro e societário para isentar lucros de tributação.

É vergonhoso e imoral o comportamento do Governo irlandês, ao recorrer da decisão, privando os contribuintes irlandeses e de outros Estados assim espoliados de colossais recursos públicos.

A verdade é que, dois anos depois do escândalo Luxleaks, o *dumping* fiscal na União Europeia continua desenfreado e impune, pondo em causa o mercado interno e capturando governos para servirem interesses contrários aos dos seus cidadãos, dos seus Estados e da União.

Tal como o Parlamento Europeu recomendou em relatórios da comissão TAXE e ECON, precisamos de reformas de convergência e transparência fiscal, que continuam a ser bloqueadas irresponsavelmente por governos da União Europeia, escondidos atrás da regra da unanimidade. É o caso da quarta revisão da diretiva sobre cooperação administrativa, que obriga à troca automática de informações entre os Estados-Membros sobre acordos fiscais, mas não permite qualquer escrutínio público desses acordos.

Temos de exigir, Parlamento e Comissão, todos os meios para chamar os Estados-Membros às suas responsabilidades, para mais justiça fiscal – para justiça fiscal na União Europeia –, para não continuarmos a servir a indústria da criminalidade financeira e fiscal organizada.

(A oradora aceita responder a uma pergunta segundo o procedimento «cartão azul», nos termos do artigo 162.º, n.º 8, do Regimento.)

Seán Kelly (PPE), *blue-card question*. – Ms Gomes, you describe the decision of the Irish Government, endorsed by the Irish Parliament by 93 votes to 36, to repeal this decision as 'immoral'. Do you consider decisions taken democratically to be immoral, and can any decision we take here in the European Parliament by majority decision be regarded as immoral?

Ana Gomes (S&D), *blue-card answer*. – Yes, sometimes democratic decisions are immoral, like for instance the decision to endorse the invasion of Iraq. This is an immoral decision because it calls into question the internal market, it violates loyalty among Member States, it leads Member States into a race to the bottom and it defrauds our taxpayers, the citizens and the SMEs who pay 30% more tax in the EU than big multinationals. It is absolutely immoral and it is absolutely unsound economically.

Interventions à la demande

Deirdre Clune (PPE). – Madam President, Apple did and does pay its tax in Ireland on the basis of the corporate tax rate and its activities in Ireland. That has not, I think, been very clear in this debate and some people do not seem to understand it. But what is clear is that Ireland did not collect tax on Apple's activities in other countries, on the sales of Apple products, or on value that may have been added through marketing or innovation. That was to be collected in other jurisdictions, so it should be obvious. That is why the Irish Government is appealing this decision and why the Irish Parliament has agreed with the Government's decision. We need certainty and clarity, and I think that the right way to decide on this is in the European courts.

I guess that there are opportunities, and there will be opportunities, to deal with corporations on an international scale. The OECD BEPs programme is the only way for us to do that, with countries sharing information on activities in their own jurisdictions. I think that the Irish Government has committed to working in that area and it is what we should all be focusing on, both here in the EU and in the US, and indeed internationally.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Apple ha pagato imposte per la ridicola cifra di 50 euro per milione di profitto, sfruttando la legge fiscale irlandese sulle «società apolidi» ed usandone come scudo una senza dipendenti, locali e attività. Complimenti, Commissario, per la determinazione ed il coraggio.

Ma il danno non è solo fiscale o di libera concorrenza, è anche un danno etico. Tento un approccio diverso: vorrei invitarvi a non toccare il cellulare per il tempo del mio intervento. Vi riuscirà a fatica, siamo assuefatti. Ciò comporta assunzione di responsabilità da parte di Apple, Samsung, Google e Facebook, le società più coinvolte nei temi della legittima concorrenza, del diritto alla *privacy*, del diritto all'oblio, a trattare la diffusione di contenuti multimediali con maggiore attenzione.

La violazione di queste regole, lungi dall'essere solo un fatto contabile, miete vittime indifese, come Tiziana in questi giorni in Italia. «Think different» iniziamo a dirlo anche noi.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, έχουμε τονίσει επανειλημμένα στην αίθουσα αυτή ότι οι πολυεθνικές επιχειρήσεις που παράγουν υπερκέρδη φοροδιαφεύγουν μέσω των ενδοομιλικών συναλλαγών και άλλων πρακτικών, που τους επιτρέπουν να αποκρύπτουν τα κέρδη τους. Οι πρακτικές αυτές πρέπει να τιμωρούνται σκληρά. Στην Ευρωπαϊκή Ένωση, οι απώλειες λόγω εταιρικής αποφυγής, μέσω μεταφοράς κερδών, υπολογίζονται σε 50 έως 70 δισεκατομμύρια ευρώ ετησίως. Όμως, η στάση της Ευρωπαϊκής Ένωσης και, ειδικότερα, της Επιτροπής γύρω από το μείζον αυτό ζήτημα της Apple είναι αμφίσημη. Διότι, την ίδια στιγμή που καταδικάζει την Apple να πληρώσει το τίμημα των δεκατριών δισεκατομμυρίων ευρώ, και σωστά το κάνει, δεν κάνει τίποτε για τις μεγάλες πολυεθνικές επιχειρήσεις που φοροδιαφεύγουν έχοντας εγκατασταθεί φορολογικά είτε στην Ολλανδία είτε στο Λουξεμβούργο, όπου είχαμε και το γνωστό σκάνδαλο των Luxleaks. Γιατί η OLAF, ενώ έχει συσταθεί προκειμένου να πατάξει τη διαφθορά και την απάτη εντός των κρατών μελών, δεν κάνει τίποτε για να συμβάλει επιβοηθητικά στην πάταξη της φοροδιαφυγής εντός της Ευρωπαϊκής Ένωσης; Πότε θα ληφθούν αντίστοιχες κυρώσεις κατά των γερμανικών και γαλλικών εταιρειών που εμφανίζονται στα Panama Papers;

Kaja Kallas (ALDE). – Madam President, one important point that we seem to be forgetting is that when we talk about competition law, state aid rules are in place for a reason. Because once a company receives government support, a tax exemption, it gains a competitive advantage over the others. Therefore, not only do the state aid rules need to remain the exception rather than the rule, they also need to be applied across the board. People seem to be discovering this point only because we have a good competition commissioner.

Beyond this point, what I want to stress is that I do not think that tax competition is a problem. Tax complexity is a problem. As long as there are exemptions available within very complex systems then big companies will be able to abuse them, and use the exemptions that the others cannot use, thus avoiding paying the taxes that others have to pay.

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – Paní předsedající, dovolila bych si tlumočit vzkaz britského občana Neila Holmese Applu, se kterým se zcela ztotožňuji. Jeho vzkaz Applu je prostý: pokud bude hořet jeho obchod, nemá volat hasiče, pokud bude jeho obchod vykraden, nemá volat policii, nesmí používat k přepravě zboží veřejné silnice, protože pokud se Apple nepodílí na placení daní tak jako my ostatní, tak nemá právo využívat služby, které jsou z našich daní placeny.

Vlastní občany za neplacení daní trestáme i odnětím svobody a s korporacemi uzavíráme pochybné dohody. Pan Juncker dnes sice zapomněl zmínit, jak se to vlastně dělá, ale my musíme této praxi učinit přítrž, protože jinak nikomu nevysvětlíme, že děláme Evropu pro občany, a nikoliv pro korporace a jejich zisky.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Apple ima poleg zelo kreativnih telefonov in elektronike tudi očitno zelo kreativne računovodje. Tako kot druge velike korporacije, ki seveda izkoriščajo to nesmiselno davčno vojno med nekaterimi državami, ki seveda s pridom multinacionalke izkoriščajo.

Zato seveda čestitke, gospa komisarka, in mislim, da bi lahko tudi svetovali gospodu Junckerju, kako bolj ambiciozno predstavit ukrepe za boj proti izogibanju davkov.

Mi seveda potrebujemo bolj ambiciozno davčno reformo, ki bo tudi za prihodnost preprečevala takšne primere, in dobro je, da smo vsaj enkrat začeli konkretno.

Mislim, da tudi sezname in transparentnost pri davčnih utajah je potrebno storiti, kot tudi skupno konsolidirano osnovo za davek na dohodek pravnih oseb.

Letno naj bi izogibanje davkov stalo Evropsko komisijo okrog 70 milijard eurov, kar je absolutno preveč.

Richard Sulík (ECR). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Vestager! Ohne Frage ist es falsch, wenn Apple von Milliardengewinnen keine Steuern bezahlt. Und ohne Frage ist es richtig, wenn Sie handeln. Ich denke, das ganze Parlament unterstützt Sie, und es ist richtig, dass Sie eben versuchen, diese Steuern einzutreiben. Wie man sieht, haben Sie schon heute die nötigen Werkzeuge, um zu handeln, und Sie haben auch Mut, das zu tun.

Jetzt ist meine Frage an Sie, und ich würde Ihre Antwort sehr schätzen: Warum, glauben Sie, ist es nötig, über die Stränge zu schlagen und gleichzeitig eine Harmonisierung der Steuergrundlagen zu realisieren? Es gibt doch schon heute die Werkzeuge. Seit 1991, also seit 25 Jahren, weiß man von diesen speziellen Steuervereinbarungen, die die irische Regierung geschlossen hat. Man hätte doch nur handeln müssen! Und man muss nicht gleich die Steuern oder die Steuergrundlage harmonisieren.

(Fin des interventions à la demande)

Margrethe Vestager, *Member of the Commission*. – Madam President, thank you very much for this debate. Thank you to so many Members – Giegold, Lambert, Gomes, Cato Scott, Nunes, De Masi, Da Vito, Caputo, all of these colleagues, among others – for their support and encouragement, which are very much appreciated: the encouragement to do what we do, which is very basic – to enforce competition law and our State-aid rules so as to ensure fair competition.

A lot of you mentioned small and medium sized businesses. These are businesses who pay their taxes. These are businesses who contribute by taking apprentices. These are businesses where you do not find the same statistics – as I am quite sure that my colleague Pierre Moscovici has presented to you – as you see with multinationals in terms of tax burden and taxes being paid. If taxes are not being paid by some, then they have to be paid by others and that is why it is not fair competition when some Member States hand out selective benefits.

A lot of you have been asking about the rule of law and the legal basis. This goes back to the very beginning, because our founding fathers saw very clearly that you cannot have fairness and fair competition if rich Member States or decisive Member States hand out selective benefits to some companies which are not available to others. The courts have said very clearly that State aid can come in many forms – it can be a very cheap piece of land, a very favourable loan, a bundle of cash in your hand, a tax benefit. But State aid it is, because it lowers your costs and lower costs are a thing which is not available to your competitors.

Secondly, the court has also said very clearly, talking about SMEs, stand-alone businesses and multinationals, that when multinationals do what they of course need to do, intra-holding trading, then there should be a resemblance to market conditions. Because stand-alone companies, the small and medium-sized businesses who are on their own, they have to do their thing in the market. Therefore the court has several times committed to the fact that we should be fair and transparent.

This is also why, Mr Hayes, this cannot be a political decision. It is built on the rule of law, it is built on due process, and it will of course be tested by our courts because of the completely legitimate opportunity for Ireland to appeal. But the court will hear nothing about party politics or emotions or gut feelings. They want the facts of the case, the court practice, how the case has been decided previously, and that of course will be tested.

Talking about what guidance we can give, we have too little case practice now to make great guidelines, but we have started to give guidance and to discuss in our high-level State-aid forum how to make sure that Member States can work with this, because obviously it is the responsibility of the Member States to make sure that national tax legislation, which is 100% a national issue, is upheld at the same time as what we have decided in common in EU State-aid rules.

Bernd Lucke asked about why just now. Well, actually this is a very good example of why we need transparency because this case was only opened because of hearings in the US Senate. This was where data came out that enabled the Commission to get concerned that something may not be as it ought to be, that there was a risk of State aid being handed out.

Mr Kelly asked about retroactivity. No, this is exactly the way things are always dealt with. If a benefit is handed out as a selective benefit to a particular company, it has to be taken back. We do that with a 10-year perspective from the date we asked the first question. This tax ruling has been in place since 1998, but we do not go back the whole way. We do exactly as we used to do: maximum 10 years' going back. It is not retroactivity. Not a single rule has been changed. The only secrecy here was the tax rulings and that is why unpaid taxes have to be paid, just as well as other selective benefits will have to be repaid if they are seen to be illegal State aid.

Last but not least, State-aid control cannot change tax legislation. If tax legislation is to be changed, it is done by the front door. It is either in the national parliaments, as done in Ireland a couple of years ago where the double Irish was done away with; or it is by unanimity in the Council of Ministers, and we do that by the front door to propose to ministers to make things easier. I am talking about the common corporate consolidated tax base. Not only will this make it more tricky for people to escape or to aggressively plan their taxation, but also it will make it much easier for small and medium-sized companies because they do not need to hire advisers in order to explain to them what they should be taxed on if they are active in more than one country, maybe just a few.

Sven Giegold asked about resources. What we are doing right now is trying to empower Member States to take as many State-aid decisions as possible themselves within the framework of the Treaty. I think we are up to 80 or 90% now, which frees up resources for us to look at the more tricky cases where you have a true cross-border issue and where fair competition is at stake.

I also, lastly, thank you for the encouragement to work within the OECD and the G20, because obviously this is a global matter. And obviously the highly qualified work done in the OECD to prevent base erosion and profit shifting is a cornerstone of what we can do in the future, because this is for all of us, and a global tax alliance is being formed in these years in order to ensure fair taxation, where everyone participates in paying their fair share, not more and not less, and where all the companies who pay their taxes to see that we have fair competition and that we are willing to work for it. Thank you very much for a very qualified and encouraging debate.

La Présidente. – Le débat est clos.

Déclarations écrites (article 162)

Ramón Jáuregui Atondo (S&D), *por escrito*. – Quiero manifestar mi apoyo a la decisión de la Comisión de considerar el tratamiento fiscal que ha venido otorgando Irlanda a la mercantil Apple como una ayuda de Estado ilegal, por lo que esta empresa tendrá que devolver al Estado irlandés los 13 000 millones de euros de ahorro tributario injustamente obtenido. La lucha contra el fraude y la elusión fiscal, prioridad absoluta del Grupo S&D y del PSOE, no se dirige exclusivamente contra los particulares, sino también contra aquellos Estados miembros que la facilitan, por ejemplo, a través de la concesión de resoluciones tributarias opacas *(tax rulings)* a determinadas multinacionales, lo que viola la libre competencia en el marco del mercado interior, además de atentar contra la más elemental justicia social, en un momento en el que los Estados miembros tienen que hacer frente a una mayor demanda de los servicios públicos ante el aumento de la pobreza, la desigualdad y el desempleo.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Den nationalen Haushalten der EU gehen jährlich 70 Mrd. Euro durch die Steuervermeidung von multinationalen Unternehmen verloren. Die Bekämpfung von Steuervermeidung und aggressiver Steuerplanung hat deshalb Priorität. Auf europäischer Ebene sind bereits konkrete Maßnahmen eingeleitet worden, mit dem Ziel, Gewinne dort zu versteuern, wo die wirtschaftliche Tätigkeit tatsächlich stattfindet. Maßnahmen, die zugleich mehr Transparenz schaffen, die Effizienz des Steuersystems erhöhen und die das Steuersystem gerechter gestalten, um dadurch den fairen Wettbewerb zwischen multinationalen und kleineren Unternehmen sicherzustellen. Diese Maßnahmen gehen konform mit dem 15-Punkte Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung der OECD, der sogenannten BEPS-Initiative. Auch auf der Ebene der G20 wird das Thema prioritär behandelt, und erst kürzlich

wurde die OECD beauftragt, bis zum kommenden Jahr eine einheitliche Liste aller Steueroasen zu erstellen. Diese Schritte signalisieren eine richtige Vorgehensweise.

Gefahrenpotential für die Handelsbeziehungen zwischen Europa und den USA hingegen birgt der Entschluss der EU-Kommission, eine Steuervereinbarung zwischen der irischen Regierung und dem US-Unternehmen Apple, rückwirkend mit 2003, als unzulässige Beihilfe zu erklären und eine Steuernachzahlung von 13 Milliarden Euro zu verlangen.

Selbstverständlich müssen Steuervereinbarungen einer strengen Kontrolle nationaler Steuerbehörden unterliegen. Selbstverständlich muss Europa gegen die Steuerflucht von Konzernen vorgehen. Allerdings nicht auf Kosten der Rechts- und Planungssicherheit.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE), *în scris*. – Admirația noastră pentru compania multinațională, globală Apple este foarte mare. Dar această admirație nu ne împiedică să constatăm că profituri de zeci de miliarde de dolari, realizate în multe țări europene, au fost canalizate și raportate pe numele unei firme fantomă, înregistrată în Irlanda, unde a fost plătit un impozit de un procent și chiar mai mic (Financial Times, September 14/2016). Comisia Europeană a cerut Irlandei să recupereze peste 14 miliarde dolari de la Apple. Salutăm această decizie a Comisiei Europene. Companiile multinaționale, globale trebuie să înțeleagă că s-a încheiat etapa evitării plății de impozite în țările în care, în mod efectiv, se realizează activitățile generatoare de venituri și profituri.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Fomos recentemente bombardeados pelo famoso caso da Apple, objeto de uma condenação por parte da Direção Geral da Concorrência da União Europeia, que obriga aquela multinacional a devolver a colossal soma de 13 mil milhões de euros ao Estado Irlandês por benefícios fiscais recebidos indevidamente entre 1991 e 2014. Numa altura em que a generalidade dos povos europeus desacredita cada vez mais nas instituições europeias, esta iniciativa da comissária sueca responsável pela pasta da concorrência é vista como uma manobra destinada a mostrar serviço, procurando criar mais uma fachada de preocupação social.

Através de um acordo fiscal («tax ruling») a «Apple Sales International» foi tributada a 1% até 2004, passando posteriormente a 0,005%. Claro que a situação é escandalosa. No entanto, vale a pena perguntar o que andavam as autoridades a fazer desde 1991. E vale a pena também referir outro aspeto relevante. É evidente que este caso constitui um roubo de receitas fiscais aos países onde a Apple realizou de facto os lucros. Pela parte do PCP, já questionamos a Comissão Europeia, procurando saber qual foi este valor por país e o que está a ser feito para ressarcir estes países, muitos deles castigados como é o nosso pelas políticas de austeridade.

15. Reisedokument für die Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur le rapport de Jussi Halla-aho, au nom de la commission des libertés civiles, de la justice et des affaires intérieures, sur la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil relatif à un document de voyage européen destiné au retour des ressortissants de pays tiers en séjour irrégulier (COM(2015)0668 – C8-0405/2015 – 2015/0306(COD)) (A8-0201/2016).

Jussi Halla-aho, *rapporteur*. – Madam President, as we know, Europe has not been very successful in dealing with the migration and refugee crisis. One part of the failure is the lack of an effective returns policy – the inability to send back those whose application has been rejected and who do not have the right to stay or enter the EU.

Only some 40% of return decisions are actually enforced. It goes without saying that this seriously undermines the credibility and legitimacy of the asylum system in the eyes of our citizens. It also encourages the abuse of the asylum procedure by those who are not entitled to international protection, which in turn prevents us from using our limited resources on those in genuine need.

This regulation establishes an improved and uniform European travel document for the return of illegally staying third-country nationals. The current travel document for return, based on the 1994 Council recommendation, is not widely accepted by third countries, for reasons that include its inadequate security standards. The Commission proposes to harmonise the format, security features and technical specifications of the document.

There have been certain misconceptions concerning the nature of this proposal, both in Parliament and outside it. I have been asked whether this means that it will no longer be possible to seek protection in Europe or whether all immigrants will now be deported. This, of course, is not the case. This is a technical proposal, and does not affect the rules concerning asylum, staying in the EU or the issuing of the travel document.

The aim is to ensure more efficient implementation and enforcement of the existing legislation and decisions. This regulation is a small but important element of the EU asylum system, as it might improve the effectiveness of our cooperation with third countries on return matters. It also contributes to reducing the administrative and bureaucratic burden on both Member States and third countries.

The agreement between Parliament and the Council was concluded in one technical and one political trilogue, about which I wish to raise a few points. Parliament managed to retain a reference to the need for the recognition of the travel document to be part of negotiations with the diplomatic representatives of third countries when discussing re-admission. Parliament also kept its reference to the rights of the child through a reference to Article 19 of the Charter of Fundamental Rights and the need to respect international and EU legal obligations, notably the Charter.

The agreement also reflects the current thinking on delegated acts under the inter-institutional agreement on better law-making. The travel document is not a magical solution to our difficulties with return. It is not known to what extent the lack of a harmonised document is a real reason behind the reluctance of some third countries to take back their citizens, rather than merely an excuse.

An important element of the agreement was securing a full review of the document outside of the normal review process, two years after the entry into force of the regulation at the latest, after which it is to be incorporated into the normal Returns Directive review.

The agreement stresses the need to seek the recognition of the return document in the readmission agreements concluded by the European Union and by the Member States with third countries. For the desired effect to be achieved, it is important that the new document be put to use by all Member States. By updating the instruments we have, we are, we hope, moving towards a European asylum system which is better equipped to deal with the challenges we face. At present, part of that challenge is ensuring an effective return rate.

This agreement is a good result for Parliament and has, hopefully, produced a better travel document for the future: a document that is more widely used by Member States and more widely recognised by third countries.

I would like to conclude by thanking the Presidency, the Commission and all the shadow rapporteurs for their cooperation and their contributions to and efficient work on this legislative proposal. I hope that everyone can support this outcome in tomorrow's vote.

Dimitris Avramopoulos, *Member of the Commission*. – Madam President, ensuring the effective return of irregular migrants is a cornerstone of a successful and sustainable migration policy. It is equally essential for our citizens to maintain trust in the European Union's overall migration system, and to dissuade more unsafe and irregular migration in the future.

The lack of valid travel documents is one of the main obstacles hampering the effective return of irregular migrants from the European Union. This situation can be solved using a replacement travel document issued by the competent authorities of the Member States. However, to be valid and used in practice, this document needs to be recognised by third countries. There has been a model for a standard travel document for the expulsion of third-country nationals since 1994. However, Member States do not use it very much. Third countries with which a readmission agreement is under negotiation criticise that its unsatisfactory security features and standards make it vulnerable to falsification and fraud. That is why the Commission proposed a regulation to address these issues by establishing a new European travel document for the return of third-country nationals. This travel document will set a uniform European format with enhanced technical and security features. In particular, it complies with precise security features that minimise the risks of counterfeiting and falsification.

In order not to create additional administrative burdens, the security features will follow those already applied to our very European Union's official documents in relation to visas. The new format and more secure features of the European travel document for return should help facilitate the acceptance of this document by third countries. This is an important technical instrument which will help to strengthen the particular challenges in the European Union's return policy. But it should be seen as one element out of many. It is part of a wider strategy, set by the Action Plan on Return of September 2015, aimed at supporting Member States' efforts to facilitate the return and readmission of irregular migrants in full respect of their fundamental rights and of the standards and procedures set by the return directive and international agreements. To conclude, I would like to express my thanks to our rapporteur, Mr Halla-aho, the shadow rapporteurs and the LIBE Committee for their strong support and excellent collaboration throughout the legislative process.

Alessandra Mussolini, *a nome del gruppo PPE*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, garantire il rimpatrio veloce e trasparente dei migranti irregolari è una precondizione per poter garantire invece piena accoglienza e tutela ai migranti regolari. Ecco perché in questo regolamento molto tecnico non si introduce niente ma si innova rispetto al documento del '94. Come ha detto il relatore, che ringrazio per il suo lavoro, si facilitano, armonizzano gli standard, anche di qualità, si evitano le contraffazioni, si dà l'opportunità agli Stati terzi di riconoscere questo documento.

Ma io volevo anche soffermarmi un attimo, in questo breve intervento, sulla spinta del gruppo PPE in ordine all'introduzione di questo passaggio reso più esplicito che riguarda l'articolo 24 della Carta dei diritti fondamentali sui minori, anche perché è un argomento che mi sta molto a cuore e lo vorrei richiamare. Noi facciamo esplicito riferimento al fatto che in tutti gli atti relativi ai minori, siano essi compiuti da autorità pubbliche o da istituzioni private, l'interesse superiore del minore deve essere considerato preminente. Quindi, anche se questo è un regolamento tecnico, abbiamo voluto inserire questo passaggio fondamentale.

Quindi io credo sostanzialmente che si sia fatto un ottimo lavoro. C'è stato il contributo di tutti, e quindi noi sicuramente siamo per l'approvazione di questo regolamento che, ripeto, è un primo passo verso una migliore condizione e accoglienza dei migranti regolari e una risposta migliore e più pronta per l'espulsione dei migranti irregolari.

Miriam Dalli, *f'isem il-grupp S&D*. – Politika tal-immigrazzjoni kredibbli li tgawdi l-fiduċja taċ-ċittadini - kif irriferejt għaliha inti wkoll, Kummissarju - trid tkun magħmula minn numru ta' policies differenti, inkluż dwar rilokazzjoni, dwar resettlement, imma daqstant importanti wkoll, ir-ritorn. Immigranti li l-applikazzjoni tagħhom għall-asil tiġi rifjutata u ohrajn li ma jikkwalifikawx għall-protezzjoni għandhom jirritornaw lura lejn il-pajjiż tagħhom b'mod sigur u f'harsien totali lejn id-drittijiet tagħhom. U dan huwa punt importanti ħafna għalina s-Soċjalisti u d-Demokratiċi.

Fil-fatt, sal-lum il-ġurnata, is-sistema tal-Unjoni Ewropea għar-ritorn ta' immigranti irregolari li ma jkunux qegħdin fl-Unjoni Ewropea legalment mhijiex effettiva, u r-rikonoxximent tad-dokument għar-ritorn ta' bħalissa, fil-fatt, huwa baxx ħafna, hekk kif dan id-dokument mhux qiegħed ikun aċċettat mill-awtoritajiet ta' pajjiżi terzi għal numru ta' raġunijiet. Fil-fatt, l-armonizzazzjoni ta' dokument Ewropew aktar sigur għar-ritorn ta' immigranti irregolari għandu jiffaċilita r-ritorn u r-riammissjoni ta' persuni li jkunu qed joqogħdu illegalment fl-Unjoni Ewropea, filwaqt li jassigura li l-pajjiżi terzi jħarsu l-obbligi internazzjonali tagħhom.

Huwa ta' sodisfazzjoni għalija, f'isem is-Soċjalisti u d-Demokratiċi, li permezz tan-negozjati li għamilna, irnexxielna nassiguraw ir-rispett lejn id-drittijiet fundamentali tal-bniedem skont il-liġi internazzjonali u skont il-liġi Ewropea u, b'mod partikolari, id-drittijiet tat-tfal. Issa għandna bżonn li l-Istati Membri jassiguraw l-użu effettiv tad-dokument Ewropew tar-ritorn u li jippromwovu dan id-dokument fi ftehim ta' riammissjoni sew bilaterali u anke ftehim li tidhol fih l-Unjoni Ewropea.

Kif smajna, dan id-dokument mhux se jsolvi l-kriżi migratorja tal-Unjoni Ewropea. Madanakollu, flimkien ma' policies u inizjattivi pragmatiċi nistgħu nsaħħu l-pass lejn l-implimentazzjoni ta' liġi b'saħħitha li tista' tibda tindirizza bis-serjetà l-kriżi migratorja li għandna quddiemna.

If you allow me, Madam President, I would like just to thank the Rapporteur, Commission and Council for their great collaboration on this legislation.

Helga Stevens, *namens de ECR-Fractie*. – Slechts weinig economische migranten en uitgeprocedeerde asielzoekers worden daadwerkelijk uitgewezen. Het terugkeerpercentage blijft met slechts 30 procent laag. Voor mijn partij, de N-VA, is een effectief terugkeerbeleid een topprioriteit, dit naast een consequent push back-beleid. Migranten uit niet-EU-landen zoals Afrika die illegaal in de EU verblijven, moeten dus terug naar eigen land. Maar die migranten hebben in de regel geen papieren meer. Daarom krijgen ze een EU-uitreisdocument. Omdat die documenten echter gemakkelijk kunnen worden vervalst of nagemaakt, weigeren derde landen die documenten vaak als geldig te aanvaarden, wat de terugkeer belemmert. Daarom is deze verordening nodig. Ze voorziet in een vernieuwd en meer fraudebestendig uniform uitreisdocument. Dit is voor de N-VA een uitstekende eerste en concrete stap naar een effectief uitwijzingsbeleid. De EU levert in deze dus een meerwaarde, terwijl het afleveren van een dergelijk document volledig de bevoegdheid van de lidstaten blijft.

Beatriz Becerra Basterrechea, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señora Presidenta, señor Comisario, cuando hablamos del retorno de los nacionales de terceros países en situación irregular, estamos hablando de cómo mejorar el reconocimiento y la validez de su documento de viaje, con el fin de aumentar la eficacia, la seguridad y la readmisión en los retornos. Pero en esto también sufrimos la falta de coordinación y de intercambio de información entre los Estados miembros.

No cabe duda de que quienes no pueden acogerse a la protección internacional deben regresar a sus países, con garantías. Pero déjenme aprovechar esta ocasión para compartir con ustedes mi preocupación por aquellos que son injustamente devueltos, por culpa del fracaso al establecer una política común de migración y asilo. ¿Sabemos acaso a cuántos refugiados hemos condenado ya a regresar al peligro cierto que les espera en su país de origen sin ni siquiera atender su solicitud de protección internacional?

Cada minuto que pasa se viola el principio de no devolución. Lo viola Turquía, cuando expulsa en masa a refugiados sirios, incluidos niños y mujeres embarazadas. Lo vuelve a violar Turquía, cuando obliga a regresar a refugiados sirios LGBTI a países donde sufren la amenaza del Dáesh y, además, donde la ley considera la homosexualidad un delito y es castigada con la prisión. Dígame, señor Comisario, ¿consideramos, de verdad, a Turquía un país seguro para los refugiados?

O, sin ir más lejos de nuestras fronteras, en mi propio país, en España, este mismo sábado pasado decenas de adolescentes subsaharianos fueron violentamente devueltos a Marruecos en la valla de Melilla, para luego ser deportados sin ninguna garantía y sin someterse a ningún tipo de identificación. Señorías, nuestra Unión no puede permitirse más situaciones como esta. La dramática ausencia de resolución de problemas con acciones concretas evidencia la parálisis que sufre nuestra Unión, fruto del sometimiento de la Comisión y el Parlamento a la inoperancia cortoplacista del Consejo, es decir, a los Jefes de Estado y de Gobierno.

Los ciudadanos europeos necesitamos una Europa fuerte y unida, pero también la necesitan los ciudadanos más vulnerables de otros países, aquellos que huyen de la barbarie y la miseria.

Marie-Christine Vergiat, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Madame la Présidente, nous avons eu hier un débat sur le prochain sommet de l'ONU sur les migrations, pendant lequel M[me] Mogherini a appelé l'Union européenne et ses États membres à prendre leurs responsabilités vis-à-vis du nombre accru de personnes ayant besoin de protection internationale dans le monde.

Ce n'est pas avec ce prétendu document de voyage européen que nous allons avancer. Il ne s'agit en effet que de contourner les refus ou retards de délivrance des documents consulaires par les États tiers et donc d'accélérer les expulsions vers les pays d'origine, de transit ou vers un pays où la personne expulsée accepterait d'aller volontairement.

Lorsque l'on entend les témoignages de migrants, de plus en plus victimes de violences policières, je m'interroge sur le respect de la volonté des personnes expulsées. Le minimum serait que le document de voyage soit établi dans une langue qu'elles comprennent. Nous avons déposé un amendement en ce sens et j'espère qu'il sera voté, cela me paraît le minimum.

De plus, ce n'est pas faire preuve de solidarité que de faire de ce document une condition préalable à tout accord de l'Union avec les pays tiers, lesquels accueillent beaucoup plus de réfugiés que l'Union européenne.

Nous voterons donc contre ce texte qui n'est qu'un élément de plus du durcissement de l'Europe forteresse.

Judith Sargentini, *namens de Verts/ALE-Fractie*. – Bij een functionerend asielbeleid hoort een terugkeerbeleid. Daar zal ik niet aan tornen. Om uitgeprocedeerde asielzoekers terug te sturen naar het land van herkomst zijn identiteitspapieren nodig. Ook daar hebben de Groenen alle begrip voor. Een laissez-passer een beetje aan de moderne tijd aanpassen door daar een pasfoto en andere persoonskenmerken aan toe te voegen, is logisch. Toch stemmen de Groenen tegen dit voorstel. Waarom? De Europese Commissie leverde geen effectbeoordeling maar doet het toch voorkomen alsof de terugkeer hiermee zal toenemen. De aanname dat een modern identiteitsbewijs derde landen zal overtuigen hun burgers terug te nemen, is nergens op gebaseerd. Veel uitgeprocedeerde asielzoekers vallen tussen wal en schip omdat hun land ze niet terug wil. Er zijn er zelfs die graag terug willen maar niet terug kunnen. Daarnaast vrezen wij dat derde landen die een stuk minder democratisch zijn dan wij, de beschikking krijgen over privé-gegevens van hun eerder gevluchte onderdanen. Dat kan hun burgers in gevaar brengen.

Voorzitter, het aantal vluchtelingen in de wereld groeit en sinds de revolutie in Tunesië worden de voorstellen van de Europese Commissie steeds repressiever. Als dat is wat wij geleerd hebben van de zomer van 2015, dan zijn we op de verkeerde weg.

Jonathan Arnott, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, you might very well think, from looking at the title of this debate, that I'd be all in favour of this report. After all, it is about making sure that those who have come to countries of the European Union illegally are not then able to stay here. At first glance, it's about the rule of law, and I can see exactly what this is intended to achieve.

You might also very well think that I would oppose it, because – as ever with the European Union – the aims are about harmonisation: about one-size-fits-all legislation at EU level. And I'm not convinced, frankly, that that will provide anything more than cosmetics or actually result in a real difference being made. It is not going to overturn the decisions which have been made which lead to even more illegal immigration.

But in actual fact, I'm going to abstain on this regulation, because the decision is one which isn't actually going to apply to the United Kingdom. Sovereignty cuts both ways: I back Brexit in the UK because I don't want laws in the UK to be made by the European Union, and so I take the view that it would be utterly hypocritical of me if I were to interfere in decisions like this, which will not affect me or the United Kingdom. It is therefore appropriate for me to abstain on this resolution.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

Lorenzo Fontana, *a nome del gruppo ENF*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ci troviamo sicuramente di fronte a una risoluzione che può anche essere presa positivamente, nel senso che, dopo diversi anni, vedo che c'è ormai una larga maggioranza del Parlamento che ritiene che le persone che arrivano in maniera illegale o che comunque non hanno i criteri per poter rimanere all'interno dell'Unione europea devono essere rimpatriate.

Il problema è che non vorrei che si trattasse, come purtroppo tante altre volte è successo, di buoni auspici, di tentativi di fare alcune cose che poi si rivelano essere solo burocrazia, burocrazia che anzi magari va a mettere in difficoltà ancora di più i ministeri dell'Interno dei paesi membri. Guardi, Commissario, se abbiamo iniziato l'anno scorso con una politica, un tentativo di mettere ordine alla questione dell'immigrazione, io le faccio presente che proprio nei primi mesi di quest'anno, in Italia, sono arrivate più di centomila persone, come sicuramente lei saprà. Il 60% di queste persone, lo sappiamo benissimo, non ha alcun criterio per poter rimanere all'interno dell'Unione europea, con nessun tipo di protezione internazionale – non scappano dalla guerra e non hanno neppure diritto a nessun tipo di protezione internazionale – e nonostante questo sono state rimpatriate meno di 5 000 persone. Rimpatrio effettivo per meno di 5 000 persone.

Quindi capisce bene che evidentemente c'è un problema e probabilmente, dal mio punto di vista, c'è anche un problema politico, di volontà politica. C'è evidentemente qualcuno che crede che dovremmo accogliere tutti, ma sappiamo benissimo che con i milioni di disoccupati che ci sono in Europa noi non potremmo dare nessun futuro a queste persone. Non potremmo dare nessun futuro a queste persone e quindi queste persone non potrebbero integrarsi e non potendo integrarsi, cosa accadrebbe? Accadrebbe che probabilmente alcune verrebbero spinte verso l'illegalità, verso la criminalità, magari altre vorrebbero affascinate da follie come quelle dell'estremismo islamico, che vediamo purtroppo esserci.

Quindi è necessario per la sopravvivenza stessa dell'Europa che ci sia una politica di rimpatrio seria, fatta bene, e io mi auguro, appunto, che ci sia la volontà anche politica di farlo, perché sono sicuro che ci saranno tante resistenze. Perché ribadisco: ideologicamente ci sono invece delle persone che pensano di poter accogliere tutto il mondo in Europa, tutta l'Africa in Europa, e sappiamo che la cosa non è possibile, è un'ideologia e le ideologie purtroppo portano sempre alla rovina.

Io, ovviamente, mi auguro che non sia questa l'intenzione e mi auguro che si riesca a trovare una soluzione. Ma mi raccomando: bisogna fare in fretta e con metodi efficaci, perché se non si farà in fretta e con metodi efficaci, purtroppo, il rischio è che questa Unione europea imploda proprio sul tema dell'immigrazione.

Мария Габриел (PPE). – Г-н Председател, уважаеми г-н Комисар, скъпи колеги, днес говорим за технически инструмент, но всъщност той има потенциала да гарантира интегритета на системата ни за убежище и легалната миграция на територията на Съюза. В този контекст подкрепям доклада и бих искала да обърна внимание на три елемента.

На първо място необходимо е да продължим действията ни като Европейски съюз за договаряне на нови споразумения за обратно приемане с трети държави. Приветствам предложението признаването на европейския пътен документ да бъде включено като изискване във всяко бъдещо споразумение за обратно приемане и сътрудничество с Европейския съюз. Нещо повече, призовавам за започване на преговори с ключови държави на произход от региона на юг от Сахара, като Нигерия и Сенегал.

На второ място, обменът на информация е ключов фактор. В тази връзка е конструктивно предложението копия от пътните документи да се внасят в системата „Евродак" и шенгенската информационна система. Тук бих искала да използвам случая и за пореден път да призова на България да бъде предоставен пълен достъп до данните в шенгенската информационна система, вземайки предвид външната граница на страната с Турция, както и спазването от българска страна на всички технически критерии за сигурност.

Накрая искам също така да припомня, че член 13 от Споразумението от Котону обхваща задължението на страните партньори да приемат обратно гражданите си, които пребивават незаконно на територията на друга страна. Единният документ за пътуване следва да улесни прилагането на решенията за връщане, но той не отменя задължението на всяка държава да издава документи за самоличност и пътуване зад граница на своите граждани. Държавите членки следва в тази връзка да работят в тясно сътрудничество с консулските служби.

Преодоляването на слабостите в управлението на границите на Европа и миграцията са решаващи за гарантиране на сигурността ни като Европейски съюз. Ето защо подобряването на функционирането на всички налични инструменти в тази област следва да е приоритет в работата ни и днес ние правим една друга конкретна стъпка в тази посока.

Josef Weidenholzer (S&D). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Seit Jahrzehnten war Europa nicht mehr mit so einer großen Anzahl von Flüchtlingen konfrontiert, und es ist wichtig, dass wir den Schutzsuchenden Hilfe gewähren, entsprechend den internationalen Standards und in der guten Tradition europäischer Solidarität. Um das effektiv tun zu können, braucht es aber auch klare Regeln, effiziente Strukturen und geregelte Abläufe. Daran mangelt es vielerorts, nicht nur auf europäischer Ebene. Vor allem in den Mitgliedstaaten ist die Lage äußerst unübersichtlich und führt zur Verunsicherung vieler Menschen. Es mangelt an Überblick und Transparenz, aber auch an Konsequenz.

Will Europa seinen Verpflichtungen nachkommen, dann müssen dafür die entsprechenden administrativen Vorkehrungen getroffen werden. Vor allem aber wollen die Menschen wissen, woran sie sind, was wirklich vorgeht. Die Verordnung über ein Reisedokument für illegal aufhältige Drittstaatsangehörige ist eine wichtige Maßnahme in diesem Zusammenhang. Ein solches Dokument ist notwendig, um das europäische Asylverfahren glaubwürdig zu machen. Es soll allen offenstehen, die Asylgründe nachweisen können; das heißt aber auch, dass der negative Asylbescheid kein Aufenthaltsrecht begründet.

Daraus resultierende Abschiebungen müssen menschenrechtskonform sein. Sie brauchen eine klare Rechtsgrundlage. Und diese Verordnung ist ein wichtiger Bestandteil einer solchen Rechtsgrundlage, weil dieses Reisedokument für die Rückführung entsprechende Sicherheitsvorkehrungen und einheitliche Standards vorsieht und von den Ländern, die die entsprechenden Rückführabkommen unterzeichnen, auch anerkannt wird.

Bernd Kölmel (ECR). – Herr Präsident! Auch ich unterstütze ausdrücklich den Bericht unseres Kollegen Halla-aho, weil das ein ganz entscheidender Mosaikbaustein sein kann für eine abgestimmte und wirksame Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wir alle wissen, dass wir nicht unbegrenzt Menschen bei uns in Europa aufnehmen können. Damit wir Platz haben für diejenigen, die wirklich der Hilfe bedürfen, müssen wir diejenigen, die kein Bleiberecht haben, auch wieder zurückführen. Und dafür ist es entscheidend, dass wir die entsprechenden Ausweispapiere herstellen. Von daher müssen wir diese Sache so schnell wie möglich umsetzen, und ich freue mich, dass wir endlich einmal bei dem Thema Asyl- und Flüchtlingspolitik in der EU vorankommen und hier eine wichtige Maßnahme vorbereiten. Dann muss sie aber auch umgesetzt werden. Das heißt, wir brauchen unbedingt einen begleitenden Prozess und eine Evaluierung, was denn tatsächlich in den Mitgliedsländern anschließend passiert. Es ist, glaube ich, sehr wichtig, dass wir nicht nur Theorie liefern, sondern auch Praxis.

Gilles Lebreton (ENF). – Monsieur le Président, les États européens sont victimes d'un déferlement migratoire sans précédent. Ils ont le droit et le devoir de protéger leur identité. L'Union européenne a tardé à le comprendre, comme M^me^ Merkel. Elle a d'abord mal réagi en ouvrant les portes en grand. Les peuples européens l'ont heureusement rappelée à l'ordre et elle est aujourd'hui obligée d'en tenir compte.

Je désapprouve néanmoins le document de voyage que l'Union va créer. Certes, il nous permettra de refouler plus facilement les migrants hors d'Europe. Ce sera une sorte de passeport pour l'expulsion, qui ne sera valide que pour un seul voyage, le voyage vers la sortie de l'Union. Mais c'est un document supranational que je ne peux pas accepter.

Il ne faut pas se faire d'illusions, l'Union n'est pas fiable. Elle continuera à céder aux lobbies immigrationnistes. Les États ne lutteront efficacement contre l'immigration que lorsqu'ils auront récupéré leur souveraineté.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – Señor Presidente. Señor Comisario, esta es una buena iniciativa legislativa. Felicito también a mi amigo, Jussi Halla-aho, como ponente de este informe sobre la propuesta de Reglamento. Un Reglamento que introduce mejoras como las que siguen: la armonización del modelo, que establece medidas de seguridad más fiables; la reducción del periodo de espera de repatriación; la contribución a los objetivos de la Unión para mejorar el sistema de retorno con más y mejores garantías; la mejora de la capacidad de acogida para aquellos que necesitan protección; la reducción de la carga administrativa de las autoridades consulares. Además, dificulta la falsificación y el fraude del documento de viaje. Pero, sobre todo, y lo más importante, se evitará que los migrantes irregulares sean explotados por parte de las mafias.

En conclusión, aplaudo esta iniciativa, ya que no debemos olvidar que una política de retorno fuerte posibilita una política de asilo fuerte. Tengo una dificultad: creo que una de las fragilidades que tiene el Reglamento es la dificultad para el reconocimiento de los países terceros. Esa es una asignatura aún pendiente. Pero además creo, señor Presidente, que será un instrumento útil para activar el mecanismo de suspensión del que soy ponente.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento)

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *blue-card question*. – Yes, Mr Diaz de Mera, we are facing a terrible situation in that this European travel document is not recognised by most of the countries that should have to accept the return of a person. Then how can we use it? On many occasions, they refuse to accept the person because they invoke some lack of documents or because they do not recognise different documents – including the European travel document. How are we going to deal with this situation?

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Pues, estamos, señor Frunzulică, ante una pregunta muy oportuna. ¿Qué haremos en esos casos? Pues activar la capacidad diplomática de la Comisión Europea. La Comisión Europea tiene que ejercer y poner en marcha todas sus capacidades diplomáticas para que los acuerdos con países terceros consideren la validez de este documento. Espero haber dado respuesta a su pregunta.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor Presidente, señor Comisario, en el año 2014 los Estados miembros emitieron medio millón de órdenes de retorno, de las que se ejecutaron —hay que decirlo— cerca de 200 000, un 40 %; lo cual quiere decir que es falso, que no es verdad la retórica que afirma que en Europa entra quien quiera y puede garantizar o asegurar o perpetuar su estancia sin ningún tipo de control porque el retorno no funciona en la UE. No. Funciona.

Ahora, admitamos como premisa que, efectivamente, la ausencia de un documento uniforme y válido que garantice, con estándares uniformes de seguridad y de carácter técnico y lingüístico, la identificación de las personas de retorno es una dificultad para que terceros países las acepten. Lo aceptamos como premisa, aceptamos que la iniciativa de la Comisión es oportuna.

La preocupación es, en primer lugar, que esa iniciativa garantice plenamente el respeto a los derechos fundamentales garantizados en la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea, independientemente de la nacionalidad de las personas titulares de esos derechos fundamentales; en segundo lugar, que la Comisión garantice que no tienen lugar retornos a lugares donde hay prácticas de brutalidad, de abuso, incompatibles con los valores que Europa dice profesar y proclama defender, porque eso no podemos consentirlo; pero, sobre todo, que Europa sea capaz de cambiar la mirada negativa y prejuiciada que aplica a toda la política de inmigración —porque el retorno no puede ser la panacea, sino el instrumento de último recurso, de última instancia, para garantizar que no permanece en Europa quien no tiene derecho a hacerlo—, cambiando la política europea de inmigración. Esto es urgente y necesario y no puede ser pasado por alto en un debate de esta importancia.

Николай Бареков (ECR). – Подкрепям колегата докладчик Хала-ахо колкото по-бързо Европа се отърве от нелегалните незаконни емигранти, толкова по-големи са шансовете ни физически да оцелеем. Но защо спираме дотук? Ще говоря като гражданин. В европейската столица София, само на сто метра от президента и премиера, центърът вече се нарича „Малкият Багдад“. Афганистанци и африканци тормозят европейски граждани. България стана турска магистрала за трафик на незаконни емигранти от Турция и Афганистан за Западна Европа. Европа затвори своите граници, а нашето правителство – неспособно да ги защити – стана по принуда посредник между г-жа Меркел и г-н Ердоган.

Предлагам допълнителни мерки. Първо, промяна на Дъблинския регламент. Не сме длъжни да приемаме като наши обратно нелегалните и икономическите емигранти, само защото първо са стъпили на наша територия. Екстрадиция в родните им държави. Второ, Европейският съюз да поеме разходите по всички дейности за охрана на своята единствена останала неохраняема външна граница между България и Република Турция.

Marcus Pretzell (ENF). – Herr Präsident, Herr Kommissar, sehr geehrte Damen und Herren! Zum ersten Mal – so scheint es – gehen wir hier mit einer Mehrheit in Richtung einer Rückführung von illegal bei uns lebenden Migranten, die versucht haben, über das Asylrecht nach Europa einzureisen. Das ist ein erster, ein wichtiger Schritt. Aber es löst eben für sich allein noch gar nichts, wenn wir die technischen Voraussetzungen durch ein gemeinsames EU-Dokument schaffen, sondern es müssen einige andere Dinge hinzutreten.

Es muss zunächst Druck auf die Herkunftsländer gemacht werden, dass sie dieses Dokument auch anerkennen, denn ich habe große Zweifel, dass das ohne solchen Druck geschehen wird. Dieser Druck kann in mehrfacher Hinsicht geschehen: Zum einen dadurch, dass man Entwicklungshilfe, die viele dieser Staaten bekommen, an eine solche Anerkennung koppelt, aber auch, indem man unter anderem die Handelsbeziehungen zu Europa entsprechend gewichtet.

Es muss aber zum Zweiten – und das ist vielleicht noch viel wichtiger – der politische Wille in den europäischen Ländern hinzutreten, Abschiebungen auch tatsächlich durchzusetzen. Ich kann das zumindest für Deutschland sagen: Der politische Wille dort fehlt; auch dort, wo man abschieben könnte, wird dies sehr häufig nicht getan.

Und wenn der Kollege von der S&D eben schon sagte, die Rückführung sei das allerletzte Mittel, dann will ich ihm hier ganz vehement widersprechen: Es ist nicht das Ziel von Asyl, Zuwanderung zuzulassen. Die Rückführung ist das erste und das oberste Ziel, und zwar für jeden, der mit Asylgrund zu uns einreist oder auch ohne. Es muss das Ziel sein, beim Wegfallen des Asylgrundes oder ohne Vorliegen eines Asylgrundes diejenigen auch wieder in ihre Heimatländer zurückzuschicken und dort in die Gesellschaften zu integrieren.

Pavel Svoboda (PPE). – Pane předsedající, pane komisaři, podporuji návrh na jednotný evropský cestovní doklad pro navracení neoprávněně pobývajících státních příslušníků třetích zemí. Je jedině dobře, že jsme jako Evropská unie schopni společně zlepšovat náš instrumentář pro navracení nelegálně pobývajících osob. Bez fungující návratové politiky nebudou nikdy další prvky migrační politiky EU řádně fungovat. Navíc zejména v oblasti migrace neexistují jednoduchá řešení. Navrhovaný jednotný doklad sám o sobě nevyřeší problém neefektivní návratové politiky, je pouze jedním z kroků, které mohou přispět ke zlepšení situace. Stejně jako k uzavření readmisní dohody potřebujeme především druhou stranu ochotnou takovou dohodu uzavřít, potřebujeme zde třetí země hodné uznávat tento společný evropský doklad.

A zde se už pomalu dostáváme z oblasti justice a vnitra do oblasti zahraniční politiky. Není jednoduchých izolovaných řešení. Efektivní návratovou politiku nelze ale chápat ani jako snižování standardů daných Ženevskou konvencí. Ženevskou konvenci je třeba dodržovat. A toto své přesvědčení bych zde rád vyjádřil stejně důrazně jako svoji podporu předloženému návrhu.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāja kungs! Godātais komisāra kungs! Nespēja izraidīt šos cilvēkus, kuri iebraukuši Eiropas Savienībā nelegāli un kuriem bija atteikta bēgļa statusa piešķiršana, ir slikts signāls dažu iemeslu dēļ. Pirmkārt, tāpēc, ka daudzi cilvēki, kuri nav bēgļi, saprot, ka, piemēram, speciāli zaudējot pasi, var palikt Eiropas Savienībā ilgus gadus. Tādi veiksmes stāsti no saviem tautiešiem stimulē arī nākamos nelegālo imigrantu viļņus.

Nelegālo imigrantu apkalpošana, uzturēšana, izraidīšana prasa lielus resursus, un šos līdzekļus un administratīvo resursu katastrofāli trūkst, lai palīdzētu cilvēkiem, kuri tiešām bēg no kara postījumiem, kuriem draud nāve vai spīdzināšana viņu dzimtajā mītnes zemē.

Eiropas imigrācijas sistēma izrādījās nesagatavota, lai tiktu galā ar shēmu, kurā piedalās gan pats nelegālais imigrants, gan šo imigrantu izcelsmes valsts politiķi un ierēdņi. Šīs valstis un šo valstu varas iestādes speciāli bremzē jauno dokumentu izsniegšanu saviem pilsoņiem, lai tādējādi dotu tiem iespēju ilgāk nelegāli palikt Eiropā.

Šodien apspriestā regula dod iespēju sakārtot šo jautājumu un beidzot ieviest kaut kādu kārtību. Jaunā dokumenta iesniegšana pati par sevi problēmu neatrisinās, bet tas ir nepieciešamais posms, lai izveidotu efektīvu sistēmu, kura ātri un korekti risinās nelegālo imigrantu izraidīšanas problēmas.

Jeroen Lenaers (PPE). – Ik ben blij dat we morgen deze verordening voor een Europees reisdocument aan kunnen nemen en dat we daarmee ook het belang laten zien van een efficiënt terugkeerbeleid. Terugkeerbeleid is een cruciale voorwaarde voor een functionerend asiel- en migratiebeleid. Maar het is tevens ook een zwakke schakel in het Europese proces. Ter illustratie daarvan lees ik graag een stukje voor van de website van de Europese Commissie, waarin het volgende wordt gesteld:

Every year, between 400 000 and 500 000 foreign nationals are ordered to leave the EU because they have entered or are staying here irregularly. However, only 40% of them are sent back to their home country or to the country from which they have travelled to the EU.

40 procent van de mensen die hier niet mogen blijven gaat slechts terug. Dat betekent dat 60 procent – meer dan de helft of tussen de 240 000 en 300 000 migranten per jaar – zich niks aantrekt van onze regels, processen en wetten en gewoon lekker hier blijft. Voor sommige landen in Afrika geldt slechts een terugkeerpercentage van 16 procent. Dit is een gigantisch groot probleem. Als wij er niks aan kunnen doen om dit terugkeerbeleid efficiënter te laten werken, om ervoor te zorgen dat de terugkeerpercentages hoger worden, dan wordt het heel moeilijk om op termijn het draagvlak en de financiële middelen te kunnen behouden voor het opvangen van vluchtelingen die echt onze hulp verdienen. Want laat daar geen misverstand over bestaan: het zijn de echte vluchtelingen die wegvluchten voor oorlog en geweld en in Europa bescherming zoeken, die hier de dupe van worden.

Bogusław Liberadzki (S&D). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Z zadowoleniem witam tę inicjatywę. Chciałem tylko spytać, dlaczego nie wcześniej? Gdyby to nastąpiło o rok wcześniej, mielibyśmy wiele spraw rozwiązanych. Po drugie, załóżmy, że umiemy odróżnić tych, którzy są nielegalnie i nie mogą wrócić, ponieważ jest zagrożony ich byt, czyli uciekinierów, od nielegalnych imigrantów. Po trzecie, wspominano o tym tutaj i należy to podkreślić, że znacząca część tych osób nie ma dokumentów, ponieważ się ich pozbyły. Musimy wypracować podejście, zgodnie z którym brak dokumentów nie musi być okolicznością sprzyjającą pozostaniu nielegalnie w Unii, a wręcz odwrotnie, posiadanie dokumentów to jest ten czynnik, który może gwarantować pobyt.

Ja z dużym zadowoleniem przyjmuję taki zbieg dzisiejszej deklaracji przewodniczącego Junckera i tej naszej debaty, bo to oznacza, że rzeczywiście chcemy lepiej chronić nasze granice. Z przyjemnością będę głosować za tym przedłożonym dokumentem.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Úr, az Unió területén illegálisan tartózkodó személyek visszatéréséhez szükséges okmányok technikai és biztonsági jellemzőinek javítása rendkívül fontos. Tartok tőle azonban, hogy a rendezetlen jogállású migránsok visszatérési arányának nagyságrendi növelése – amit a jelentéstevő is célként jelöl meg – nem csak ezen dokumentumok minőségének javításával érhető el. Szembe kell néznünk azzal a kellemetlen kérdéssel, hogy mit tehetnek az európai tagállamok hatóságai, ha egy menedékkérelemre nem jogosult migráns nem akar visszatérni a hazájába. Hiszen nem azért jött ide, adott esetben élete kockáztatásával, hogy egy bürokratikus hatósági döntés után és egy úti okmány birtokában visszatérjen. Az elutasított menedékkérők tömegesen próbálják kikerülni a kitoloncolást, ami egyáltalán nem meglepő, hiszen számukra ez a lehető legrosszabb forgatókönyv: mindent megtennének, hogy Európában maradhassanak.

A kérdés tehát az, hogy hogyan lehet érvényt szerezni az elutasított menedékkérelmeknek, hiszen ellenkező esetben értelmét veszti a menekültpolitika. Ha mindenki maradhat, az is, aki menekült és az is, aki nem, akkor ez nem menekültpolitika, még csak nem is bevándorláspolitika, hanem káosz. A harmadik országok visszafogadásra vonatkozó vonakodása is érthető, hiszen a hiányos vagy félrevezető adatok miatt sok esetben nehezen állapítható meg, hogy valóban a saját állampolgáraikról van-e szó. A helyzet megváltoztatása és a kitoloncolások végrehajtása próbára fogják tenni a tagállamok hatóságait, mégis gyorsan döntésre kell jutni.

Procedura catch-the-eye

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, le proporzioni raggiunte dal fenomeno migratorio rendono necessaria una valida politica migratoria e di asilo, che comporta ormai anche la necessità di regolamentare più efficacemente, attraverso un adeguato documento legislativo, le decisioni di rimpatrio di coloro che soggiornano irregolarmente in Europa. Peraltro una politica dei rimpatri efficace potrà permettere di destinare maggiori energie e risorse all'accoglienza di coloro che necessitano di protezione internazionale e in particolare delle categorie più vulnerabili, quali i minori non accompagnati.

Introdurre un documento di viaggio armonizzato a livello europeo accrescerà sicuramente gli standard di sicurezza e ridurrà burocrazia, costi e tempi di attesa cui sono soggetti i migranti irregolari. Affinché il provvedimento produca la sua efficacia, però, la Commissione dovrà avviare un dialogo costruttivo con i paesi terzi in materia di riammissione. È particolarmente importante l'aver introdotto nel documento la necessità che le procedure di rimpatrio avvengano nel pieno rispetto dei diritti fondamentali e della dignità dei rimpatriandi e che venga sempre tenuto in considerazione il superiore interesse dei minori.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η έκθεση θα είχε ιδιαίτερη σημασία αν η Ένωση διέθετε τη βούληση και την αποφασιστικότητα να δώσει λύση στο πρόβλημα της λαθρομετανάστευσης. Εξηγώ: είναι αδύνατο να παραβλέψουμε ότι στο έδαφος της Ένωσης υπάρχουν εκατομμύρια παράνομα διαμένοντες μετανάστες και άτομα των οποίων η αίτηση για χορήγηση ασύλου έχει απορριφθεί. Όλοι αυτοί διαμένουν ή κυκλοφορούν παράνομα. Είναι ανόητο να πιστεύουμε ότι το μεγάλο πρόβλημα για την επαναπροώθησή τους είναι η χορήγηση σωστών ταξιδιωτικών εγγράφων. Στην κοροϊδία της Τουρκίας και των υπολοίπων τρίτων χωρών που έχουν υπογράψει συμφωνίες επανεισδοχής και δεν τις τηρούν και, μάλιστα, απαιτούν περισσότερα ανταλλάγματα, οφείλουμε να απαντήσουμε δυναμικά. Αφενός, χρειάζεται αποτελεσματική φύλαξη των εξωτερικών συνόρων της Ένωσης από τα κράτη μέλη, και θα εισέρχονται μόνο όσοι τηρούν τα διεθνή πρότυπα και, αφετέρου, διακοπή κάθε επαφής συζήτησης και συνδιαλλαγής με όποια τρίτη χώρα δεν τηρεί τα συμφωνηθέντα. Τέλος, για όσους συνεχίζουν λογοπαίγνια με τη χρήση του όρου «παράτυπη μετανάστευση», έχω να δηλώσω το εξής: είναι παράλογο στο ίδιο κείμενο να χρησιμοποιείται ο όρος «παράνομα διαμένοντες» και «παράτυπα εισελθόντες μετανάστες».

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, nezakonita migracija jedan je od gorućih problema s kojim se hitno moramo pozabaviti. Toleriranje nezakonite migracije i prihvaćanje da je na neki način neizbježna u potpunosti obezvrjeđuje legalne migracijske kanale i sve one vrijedne ljude diljem svijeta koji žele legalno doći, učiti ili raditi u Europskoj uniji. Dobar dio njih nikad ne uspije naći svoj put do Europe kroz šumu dokumenata, formulara i procedura, ali zato uredno primamo ljude koji se bez ikakvih isprava pojave pred našim vratima.

Nova isprava za vraćanje državljana trećih zemalja s nezakonitim boravkom predstavlja korak u pravom smjeru jer smanjuje administrativni teret nadležnim tijelima država članica i usto im pruža određena sigurnosna jamstva. No, učinkovitije vraćanje onih koji nezakonito borave na našem tlu neće dati očekivane rezultate ako pod hitno ne smanjimo priljev nezakonitih migranata.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, ο απαράδεκτα μεγάλος αριθμός παρανόμων μεταναστών που κατακλύζουν όλες τις χώρες της Ευρώπης και, κυρίως, την Ελλάδα, επιβάλλει την απαίτηση να ληφθούν άμεσα μέτρα προκειμένου αυτοί να απελαθούν. Υπό την έννοια αυτή, η τροποποίηση του υφισταμένου ταξιδιωτικού εγγράφου κινείται προς τη σωστή κατεύθυνση. Όμως, δεν πρέπει να αντιμετωπίζουμε αυτό το τόσο σοβαρό θέμα ως μία απλή τυπική διαδικασία. Εάν οι παράνομοι μετανάστες κατορθώσουν να βρουν τρόπους για να παραμένουν στις χώρες της Ευρώπης, τότε θα προσελκύσουν και άλλους ομοίους τους να έρθουν εδώ. Γνωρίζουμε πολύ καλά ότι, μεταξύ αυτών που έρχονται παράνομα σε όλες τις χώρες της Ευρώπης, υπάρχουν επικίνδυνοι τζιχαντιστές και σκληροί τρομοκράτες, οι οποίοι είναι υπεύθυνοι για τόσα ειδεχθή εγκλήματα που έχουν γίνει. Πρέπει πάση θυσία να προστατεύσουμε την ασφάλεια των λαών των χωρών της Ευρώπης και να αδιαφορήσουμε, για λόγους σκοπιμότητας, στις πιέσεις των διεθνών κυκλωμάτων εκμεταλλεύσεως μεταναστών, καθώς επίσης και στις γραφικές αντιδράσεις των απανταχού αλληλεγγύων.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Dimitris Avramopoulos, *Member of the Commission*. – Mr President, let me start by expressing my thanks for this very fruitful debate and the remarks.

As I said in the beginning in my introductory remarks, this travel document is one very important element to improve our return policies and make them more effective. But it is not the only one. The Commission will now work on the implementation of the travel document in close collaboration with the Member States. The objective is to promote, in readmission or other agreements at both European and Member State level, a wide acceptance of the travel document by third countries. If we direct our efforts properly, it can become a key tool for improving cooperation on return and readmission with the main countries of origin and transit of returnees.

As requested by Parliament, the Commission will report to the Council and Parliament on the implementation of the regulation within two years. Ms Gabriel, thank you for giving me the opportunity to stress that we are committed to supporting Bulgaria. Right now, my Director General is in Sofia talking with the Bulgarian Government, the Bulgarian authorities, to assess their needs in funding, experts, border guards and equipment, as President Juncker stressed today in his speech. This support should be made available immediately: it is a priority for us, and for me personally. Thank you again for your support, honourable Members of the Parliament, and for your excellent cooperation on this legislative process.

Jussi Halla-aho, *rapporteur*. – Mr President, I would like to thank everyone for their contributions this evening and briefly reply to some of the critical comments made, both by the left and the right of the Chamber, in that order.

While there are vast ideological differences as to what to do about irregular migration and the migratory pressure, I believe most of us agree that the existing legislation must be implemented. This regulation is about just that: we have rules concerning asylum and residents. If a person can de-facto stay regardless of whether they meet the conditions, then those rules are just dead letters. As I said, this is detrimental to the credibility of our legislation and encourages more and more people to cross the Mediterranean.

While I am Eurosceptic, and do not support, for example, the centralised processing of asylum applications, and while I do not necessarily agree with everything in this text, because it is a compromise, I believe this travel document is an example of cooperation that can bring added value to Member States, regardless of what political decisions they make at the national level. So thank you very much, colleagues and Commissioner, and I am counting on your support tomorrow.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà domani alle 12.00.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Οποιοδήποτε μέτρο μπορεί να διευκολύνει τις διαδικασίες μετεγκαταστάσεων και επαναπροωθήσεων είναι αναγκαίο. Αλλά πρώτα απ' όλα, είναι αναγκαία η πολιτική βούληση των ιθύνοντων. Ο κύριος Αβραμόπουλος έχει αναγνωρίσει δημόσια, εδώ και τρεις μήνες τουλάχιστον, ότι η πορεία των μετεγκαταστάσεων και των επαναπροωθήσεων δεν προχωράει όπως πρέπει. Έχει μάλιστα δηλώσει γραπτά ότι η Επιτροπή επιφυλάσσεται του δικαιώματος να αναλάβει δράση σε περίπτωση που κράτη μέλη δεν συμμορφωθούν με τις υποχρεώσεις τους. Πού είναι λοιπόν αυτές οι δράσεις; Έχει περάσει σχεδόν ένας χρόνος από τη συμφωνία για τις μετεγκαταστάσεις και έξι μήνες από τη συμφωνία με την Τουρκία. Η Γαλλία, από 19.000 πρόσφυγες που έπρεπε να έχει υποδεχτεί, έχει υποδεχτεί μόλις 1.600. Η δε Γερμανία από 27.000 δεν έχει υποδεχτεί ούτε 100! Στην Τουρκία οι επαναπροωθήσεις έχουν σταματήσει και στην Ελλάδα στοιβάζονται ήδη 60.000 πρόσφυγες και μετανάστες σε hotspots, με αποτέλεσμα να ξεσπούν καθημερινά βίαια επεισόδια. Και, παρ' όλα αυτά, ο κύριος ντε Μεζιέρ δηλώνει με θράσος πως θα ξεκινήσουν επιστροφές προσφύγων στην Ελλάδα, βάσει του αναποτελεσματικού Δουβλίνο ΙΙΙ που αναμένεται σύντομα να αλλάξει. Και αντί η Επιτροπή να προβαίνει σε συστάσεις προς τη Γερμανία, κάνει ακριβώς το αντίθετο.

Janusz Zemke (S&D), *na piśmie*. – Ważnym elementem unijnej polityki migracyjnej musi być skuteczny powrót obywateli państw trzecich, którzy nie spełniają warunków uprawniających do pobytu na terenie Unii Europejskiej. Potwierdza to fakt, że w 2014 i 2015 roku mniej niż 40 % nielegalnych migrantów powróciło do miejsc swojego wyjazdu. Są różne powody tej niedobrej sytuacji. Jednym z nich jest brak ważnych dokumentów podróży, które byłyby respektowane przez wszystkie państwa UE. Dlatego też popieram propozycję pilnego ustanowienia specjalnego europejskiego dokumentu podróży dla tych obywateli państw trzecich, którzy otrzymali decyzję nakazującą powrót. Warto także zwrócić uwagę na fakt, że wprowadzenie jednolitego europejskiego powrotowego dokumentu podróży radykalnie zmniejszy obciążenia administracyjne służb konsularnych, policji i straży granicznych. Wszystko to powinno skrócić czas i zapewnić większą skuteczność powrotu nielegalnie przebywających w Unii obywateli państw trzecich.

16. Asyl: vorläufige Maßnahmen zugunsten von Italien und Griechenland (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Ska Keller, a nome della commissione per le libertà civili, la giustizia e gli affari interni, sulla proposta di decisione del Consiglio che modifica la decisione (UE) 2015/1601 del Consiglio, del 22 settembre 2015, che istituisce misure temporanee nel settore della protezione internazionale a beneficio dell'Italia e della Grecia (COM(2016)0171 – C8-0133/2016 – 2016/0089(NLE)) (A8-0236/2016).

Ska Keller, *rapporteur*. – Mr President, let me first thank our excellent shadows for the great cooperation we had on this relocation file and the earlier relocation files that we have had – and the ones that might probably also still come.

The relocation decision that was taken a little over a year ago was from my understanding a real paradigm shift. For the first time we saw that solidarity was implemented for real in the area of migration and asylum within the Member States, and that is really good. The relocation programme of course has also a lot of floss and a lot of problems. There are too few places overall available. There is an arbitrary threshold of 75% of recognition rate, which really does not correspond with reality. There is a lot of bureaucracy that has been dealt with and many other problems. But still I believe it is a ground-breaking programme.

But there is one thing, one thing that is really threatening this relocation programme and the success that we could have with it, and that is the unwillingness of Member States to really use it, to fill it with life. To date, and these are figures this week from the Commission, we have just 3 677 refugees relocated from Greece and only 1 064 from Italy. Let us remember that overall there are 160 000 places, which as such is not so much, but the figures that have been relocated over the past year, the people behind the figures – that number is simply not enough, and that is the problem that we are having here: Member States are not pledging places or they are not fulfilling their promises and this is especially a problem for unaccompanied minors who can hardly find any place anywhere. This is what is really threatening the programme, and some Member States have not relocated even a single refugee. What more can we do about European solidarity, where is the spirit of our Lisbon Treaty? Where is the spirit of working together if Member States are not able and willing to relocate even very small numbers of refugees? We have already this week discussed in plenary the huge numbers that a country like Lebanon has to deal with, while we as European Union Member States are not able to do at least our bit of the share.

I think this really has to change, also because the unwillingness to relocate has very concrete consequences for the refugees who are stuck in Greece or in Italy. We are talking about children who are sleeping in unbearable conditions, children who are not able to go to school, people who are not receiving proper medical care, refugees who are completely left in a limbo and who don't know what tomorrow will bring or where they will end up. Those are the real consequences that we see and we really have to address those big problems. With the vote tomorrow in the European Parliament, I think we as a Parliament we can give a strong signal that we will stick to the relocation decision, that we are committed to it and do not want to see it watered down by places being taken away from the relocation programme while there are still thousands of refugees in Greece and Italy and more are arriving on a daily basis. We need to strengthen the instrument rather than weaken it. We need to make it faster, much, much faster, and for that we have proposals. We also need to include a group like the Afghans, who make up a big part of the refugees arriving and who are in dire need of protection. I believe we can, but also we should, make the relocation programme a success story; a success story for the European Union, but much more for each and every refugee who is affected and for all those families and children who are stuck in Italy and Greece – we must give them hope and a perspective and give them the protection that they need.

Dimitris Avramopoulos, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to say to Ms Keller that I fully agree with her. The picture is as you describe it, Ms Keller, but let me assure you: making relocation succeed is still the essence of our comprehensive migration policy. We will not forget or let go of this priority.

Let me remind everyone, as the President did this morning, that solidarity is legally enshrined in the Treaties and these are unanimously agreed by the Member States. Our objective is that everyone shares this solidarity, but we are not here to punish anyone. Member States have agreed to regulate, and that is legally binding. They have to do it. As the guardian of the Treaties, the Commission is here to ensure that Member States face up to their responsibilities and I can assure you this is what they have been doing over recent months.

With more than 50 000 people in Greece, and more than 125 000 arrivals already in Italy, this is not only the sensible thing to do, it is the truly European thing to do, because what happens in Greece and Italy today might also happen in other countries one day.

Ultimately, the impact of the migration crisis is felt not only in the frontline Member States, but also in the rest of the European Union. What is happening in Italy has a direct impact on your country or on northern Europeans, and a European challenge requires a European answer. That answer is relocation.

Even here in this House we disagree. Believe me, it is always a pleasure to be here and debate with you. You have repeatedly enriched my knowledge and my judgement and I want to express my gratitude for that. What matters is that we agree on the political goal and on the importance of the success of the relocation scheme, because relocation, as I said at the beginning, is the most tangible proof of European solidarity towards both the people in need of protection, and the over-burdened Member States.

Better sharing of responsibility among Member States is not a pull factor: it is an indispensable tool at our disposal for managing the refugee crisis, and the migration challenge in general, more effectively. This is the essence of our comprehensive migration policy, as President Juncker stressed this morning.

We have to be realistic: while Greece and Italy are making great efforts, they cannot shoulder the responsibility alone and host and protect entirely all the asylum seekers present on their territory. So all Member States have to step in and take their share of the responsibility. We should not forget what these people went through, risking their lives to reach safety. It is time that they were all welcomed in countries where protection is offered properly, in line with our legal and moral obligations.

But most importantly, in the long term, we have to avoid these people undertaking such dangerous journeys, by bringing them to Europe safely and legally. That is what resettlement is about – and this task is already starting now.

Let me turn now to this specific proposal. The purpose of the Commission proposal was to make it possible for Member States to use the 54 000 unallocated relocation places for resettlement and other forms of legal admission of Syrians from Turkey to the EU. This is the essence of our proposal. We cannot support amendments that change the essential purpose or substantially modify the main elements of the relocation procedure as provided for in Council Decision 2015/1601. Some of the amendments that you propose to the original Council Decision could, in principle, be acceptable for us.

We believe, however, that now it is time to pull together all our efforts to ensure the smooth implementation of relocation commitments. So far, 4 741 migrants have been relocated from Italy and Greece. We all agree that it is not enough, but numbers have been steadily increasing. We therefore have to keep going.

The Commission and the EU agencies work closely with all the Member States to define and implement efficient procedures allowing Member States of relocation to assess each application properly and to increase both the numbers and the speed of relocations. Just yesterday, a relocation forum took place in Greece and tomorrow a meeting with all Member States will take place in Italy to find a common solution in order to increase relocations there too. Our aim is to address, to the extent possible, the objectives behind some of your amendments. For example: shorter procedures, more regular pledges, European Asylum Support Office (EASO) regular updates on eligible nationalities, etcetera.

As we are approaching the last year of implementation of the relocation schemes, further action is urgently needed to accelerate their implementation. At this point, I want to reiterate the need for Member States to respond to the EASO experts' call.

At the beginning of August, I sent a letter to all Member States to urge them to increase the number of migrants relocated. I can assure you that I use all opportunities in bilateral meetings and at all Justice and Home Affairs Councils to remind Member States that it is the moment to demonstrate solidarity. The same goes for resettlement, where Member States should have all the tools in hand for delivering on their commitments.

So far, since 4 April 2016, 1 583 Syrians have been resettled from Turkey under the 1:1 mechanism. We will have to increase this figure urgently. Our proposal today will introduce flexibility to ensure that all Member States that invest in relocation or resettlement will receive the necessary technical and financial support from the EU.

Relocation and resettlement should be among the top EU's priorities in the months ahead, and they go hand in hand. These are the real humanitarian needs – and all the Member States should stop merely talking about them and start acting and delivering more.

Salvatore Domenico Pogliese, *a nome del gruppo PPE.* – Signor Presidente, onorevoli colleghi, questo dossier, per il quale ho avuto il piacere e l'onore di rappresentare il mio gruppo parlamentare quale relatore ombra, rappresenta di fatto un passaggio dell'accordo UE-Turchia siglato nel marzo del 2016, un impegno assunto che oggi viene puntualmente mantenuto sul tema di favorire i reinsediamenti in Europa dei siriani ospitati in Turchia.

Ritengo che il testo esaminato in commissione sia assolutamente equilibrato, grazie alla sensibilità della relatrice Keller e degli altri relatori ombra, soprattutto nella parte in cui si elimina la possibilità, per gli Stati membri, di detrarre il numero dei siriani reinsediati dalla Turchia dal numero di rifugiati che lo Stato membro si era impegnato a ospitare in virtù degli accordi di ricollocamento dall'Italia e dalla Grecia, e nella parte in cui si auspica che i ricollocamenti possano riguardare, come ricordava anche la relatrice Keller, non soltanto i siriani, ma anche gli eritrei, gli iracheni e gli afghani, al fine di rendere più efficace il meccanismo di ricollocamento. Ecco perché ritengo che questo testo debba essere assolutamente approvato.

Ma permettetemi di fare un'ulteriore considerazione: ritengo che l'accordo UE-Turchia abbia rappresentato una scelta obbligata che sta producendo ottimi risultati sul tema del contenimento della tratta balcanica, se è vero, come è vero, che gli sbarchi in Grecia si sono ridotti del 90%. Mi auguro che l'Europa dimostri la stessa determinazione ed efficienza anche sul contenimento della tratta del Mediterraneo dove, invece, si è registrato contestualmente un aumento dei flussi in entrata, com'era fisiologico che accadesse.

Sul tema dei ricollocamenti, di cui ha parlato il Commissario, ad oggi i dati che possiamo registrare non sono assolutamente entusiasmanti: si parla circa di 4 000 migranti ricollocati a fronte dei 66 000 che in base al progetto iniziale di 6 000 migranti al mese doveva essere ricollocato in questi mesi dall'avvio di quel percorso. Ecco perché mi auguro che su questo tema si possa invertire la rotta e che su questo tema l'Europa dimostri di essere all'altezza della sfida che la storia ci pone dinanzi.

Μιλτιάδης Κύρκος, *εξ ονόματος της ομάδας S&D*. – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, πριν ξεκινήσω, θα ήθελα να συγχαρώ την κυρία Keller για την άριστη συνεργασία που είχαμε. Η σημερινή συζήτησή μας δίνει την ευκαιρία να κάνουμε ένα απολογισμό της Ευρωπαϊκής πολιτικής στο προσφυγικό. Τον Μάιο του 2015, δεσμευτήκαμε για τη μετακίνηση 22.000 προσφύγων από τις εστίες πολέμου στην Ευρώπη, όμως, επανεγκαταστήσαμε μόνο 8.000. Τον Σεπτέμβριο του 2015 δεσμευτήκαμε για τη μετακίνηση 160.000 προσφύγων από τις χώρες πρώτης γραμμής - Ελλάδα και Ιταλία - αλλά μετεγκαταστήσαμε μόνο 5.000. Καταλαβαίνετε ότι αν ήμασταν μία εμπορική εταιρεία θα είχαν απολυθεί όλοι οι υπεύθυνοι σχεδιασμού και υλοποίησης. Όμως είμαστε αυτοί που κρατούμε τις τύχες ανθρώπων στα χέρια μας. Τι συμβαίνει λοιπόν; Γιατί η Επιτροπή και το Συμβούλιο σχεδιάζουν, αλλά τα κράτη μέλη δεν υλοποιούν; Σήμερα ο Πρόεδρος Γιούνκερ μας τόνισε πως η αλληλεγγύη δεν επιβάλλεται, βγαίνει από την καρδιά. Ενδιαφέρουσα παρατήρηση. Αν μιλούσαμε για το Σύμφωνο Σταθερότητας και τις εθνικές επιδοτήσεις, θα είχε την ίδια χαλαρή άποψη; Για να μην τον αδικήσω όμως, έφερε, ως απόδειξη της ευρωπαϊκής αλληλεγγύης, τις επενδύσεις των Ευρωπαϊκών Ταμείων στις διάφορες χώρες.

Θα συμφωνήσω απόλυτα στο ισοζύγιο που προτείνει. Όχι αλληλεγγύη, όχι επενδύσεις. Και αν στην αρχή είχαμε δικαίως τη δικαιολογία ότι η Ελλάδα δεν συνεργάζεται τώρα πια ούτε αυτό υπάρχει. Όλοι οι πρόσφυγες έχουν καταγραφεί. Τα στοιχεία επεξεργάζονται και ήδη 7.751 άνθρωποι περιμένουν με τις βαλίτσες και τα χαρτιά στα χέρια τη μετεγκατάσταση. Αλλά η ευρωπαϊκή πόρτα δεν ανοίγει. Η Επιτροπή σήμερα μας ζητάει επιπλέον οι πρόσφυγες που επανεγκαθίστανται από τις ζώνες πολέμου στα διάφορα κράτη, κάτω από ιδιαίτερα σχήματα όπως ανθρωπιστική βίζα και εργασιακή βίζα, να θεωρηθεί ότι καλύπτουν τις υποχρεώσεις προς τα κράτη πρώτης γραμμής, Ελλάδα και Ιταλία. Να αφήσουν δηλαδή όσους είναι ήδη στην Ευρώπη να ξεχειμωνιάσουν στην Ελλάδα της κρίσης και στην Ιταλία. Περιγράφουμε την ήττα της ευρωπαϊκής ολοκλήρωσης. Τον θρίαμβο των εθνικών πολιτικών εις βάρος της κοινής μας αντιμετώπισης. Την ήττα αυτή τη βλέπουμε ακόμα πιο καθαρά στα μάτια 7.751 ανθρώπων που περιμένουν δυστυχώς χωρίς ανταπόκριση.

Kazimierz Michał Ujazdowski, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Jestem wielkim zwolennikiem solidarności europejskiej, do której tak często wracał pan komisarz Avramopoulos, ale chcę powiedzieć, że solidarność jest bardzo daleka od arbitralności i od centralizmu i zakłada zarazem zawsze autentyczny oddolny udział, w tym wypadku poszczególnych państw. Niestety muszę powiedzieć bardzo wyraźnie, że decyzja o relokacji, cały program relokacji, nosi cechy programu obciążonego błędem arbitralności i centralizmu. Nie dostrzega różnicy między uchodźcami i migrantami, nie dostrzega tego, że uchodźcy przebywający na tych terenach chcą jechać wyłącznie do wybranych bogatych państw europejskich, i nie dostrzega złożonego kontekstu tej sytuacji, dlatego nie mogę poprzeć sprawozdania pani Keller i namawiam do szukania innych realnych form europejskiej solidarności, takich, które będą dawać możliwość rzeczywistego rozwiązania tej sprawy. Uparte trwanie przy dogmacie arbitralnej relokacji nie rozwiąże naszych problemów. Solidarność niejedno ma imię – ja opowiadam się za taką wersją, która jest daleka od arbitralności i oznacza realny współudział i dobrowolność państw członkowskich.

Angelika Mlinar, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident! Auch ich möchte mich zuerst bei der Berichterstatterin, Ska Keller, und bei allen Schattenberichterstattern für die gute Zusammenarbeit bedanken. Und ich glaube, wir haben etwas Gutes zuwege gebracht. Wie wir alle wissen, ist der Name unserer Debatte heute nicht wirklich zutreffend, denn eigentlich besprechen wir den ersten Teil des berühmten EU-Türkei-Flüchtlingsdeals.

Die Kommission will die beschlossenen Umsiedlungsquoten für das Eins-zu-eins-Schema zwischen der Türkei und Griechenland zur Anwendung bringen, und genau hier sehe ich das Problem. Die Neuansiedlung von Flüchtlingen darf meiner Meinung nach nicht zulasten der bereits beschlossenen Umsiedlungsquoten erfolgen. Wir brauchen nämlich beides. Mitgliedstaaten, die der Umsiedlungsinitiative zugestimmt haben, müssen die dadurch entstandenen Verpflichtungen endlich erfüllen, wie das auch der Herr Kommissar ganz richtig eingefordert hat. Dies ist nicht nur zum Schutz der Flüchtlinge notwendig, sondern auch zur Unterstützung der Grenzstaaten.

So wie heute Jean-Claude Juncker und auch Kommissar Avramopoulos gerade eben möchte auch ich hier noch einmal die Solidarität als Grundprinzip eines funktionierenden Miteinanders einfordern. Bis jetzt ist die Anzahl der von Griechenland und Italien umgesiedelten Personen, wie wir gehört haben, schlichtweg zu gering. Das menschliche Leid, das dadurch unnötig entsteht oder verlängert wird, mag für die einen als Abschreckung sein Ziel erfüllen, aber so darf die Politik der EU nicht vorgehen. Auf dem Rücken der Grund- und Menschenrechte dürfen wir als Vorzeigedemokratie, die wir hoffentlich alle sein wollen, nicht operieren. Wenn das bislang Geschehene die Umsetzung gemeinsamer Lösungen in der Flüchtlingspolitik ist, dann brauchen wir für die dringend notwendige gemeinsame EU-Asyl- und Migrationspolitik sehr viel mehr Rückenwind.

Zum Abschluss muss ich noch eine Frage an die VertreterInnen der Volks- und Familienparteien richten. Wie halten Sie es eigentlich in der Flüchtlingspolitik mit dem sonst so hochgehaltenen Gut der Familie und damit der Familienzusammenführung?

Barbara Spinelli, *a nome del gruppo GUE/NGL*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, condivido la relazione di Ska Keller sulla proposta della Commissione.

Vorrei tuttavia richiamare l'attenzione sulla base giuridica della proposta. Non è la prima volta che la Commissione tende a escludere il Parlamento adducendo come pretesto l'emergenza legata a improvvisi afflussi di rifugiati; l'altro esempio è l'accordo con la Turchia. Da tempo però gli afflussi non sono improvvisi, sicché che non c'è motivo alcuno per cui il Parlamento non sia coinvolto a pieno titolo come colegislatore.

Invito dunque a considerare il mio emendamento. Esso evidenzia come la base giuridica della proposta – articolo 78, paragrafo 3, del trattato sul funzionamento dell'Unione europea – vada sostituita dall'articolo 78, paragrafo 2, che coinvolge il Parlamento a pieno titolo. Mi sembra un buon metodo per mettere fine al poco democratico stato di emergenza in tema di rifugiati.

Laura Ferrara, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, dalla Grecia e dall'Italia fino ad oggi sono stati ricollocati in altri paesi dell'Unione europea solo poco più di 4 000 rifugiati sui 160 000 previsti: abbiamo assistito all'ennesimo fallimento europeo nella gestione dei flussi migratori.

Il non rispetto degli impegni assunti dagli Stati membri per la redistribuzione dei richiedenti asilo provenienti dalla Grecia e dall'Italia dimostra l'assenza di volontà politica nel rispettare i principi di solidarietà ed equa ripartizione delle responsabilità previsti dall'articolo 80 del trattato sul funzionamento dell'Unione europea. In questi due paesi di primo ingresso dell'Unione europea, il sistema di accoglienza continua ad avere enormi problemi.

Ora si vorrebbe sacrificare una quota del ricollocamento a favore del reinsediamento previsto nell'accordo UE-Turchia, svilendo maggiormente la presunta solidarietà interna tra gli Stati membri. Questo discutibile e ricattatorio accordo, frutto del disperato e mal riuscito tentativo di fermare il flusso dei migranti verso l'Europa, non deve consentire che il ricollocamento e il reinsediamento siano implementati l'uno a scapito dell'altro.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η πρόταση για θέσπιση προσωρινών μέτρων διεθνούς προστασίας της Ιταλίας και της Ελλάδος είναι ένα ακόμη μεγαλεπήβολο σχέδιο της Ευρωπαϊκής Ενώσεως το οποίο δεν πρόκειται να εφαρμοστεί στην πράξη. Γιατί, πώς είναι δυνατόν να εφαρμοστεί όταν όλα τα κράτη, διακατεχόμενα από πανικό, κλείνουν τα σύνορά τους και αρνούνται να δεχθούν τους μετανάστες οι οποίοι τους αναλογούν. Αλήθεια, τι γίνεται με εκείνη την περίφημη και κενή περιεχομένου φράση «ένας Σύρος από την Ελλάδα στην Τουρκία, ένας Σύρος από την Τουρκία στην Ευρώπη»; Οι Σύροι πηγαίνουν από την Ελλάδα στην Τουρκία με το σταγονόμετρο. Η Τουρκία, όμως, ρίχνει στην Ελλάδα με τον «κουβά» τους λαθρομετανάστες. Η κυρία Μέρκελ μετά την εκλογική αποτυχία της απειλεί να στείλει στην Ελλάδα 400.000 μετανάστες τους οποίους είχε δεχθεί η Γερμανία, βγάζοντας από το χρονοντούλαπο την υπό αναθεώρηση Συνθήκη Δουβλίνο ΙΙ. Να καταντήσει, δηλαδή, η Ελλάδα ένα απέραντο στρατόπεδο συγκεντρώσεως δυστυχισμένων και απελπισμένων ανθρώπων. Να γίνει η πατρίδα μας για μία ακόμη φορά εξιλαστήριο θύμα, αποδιοπομπαίος τράγος επάνω στον οποίο θα φορτωθούν όλες οι αποτυχίες της εξωτερικής πολιτικής της Ευρωπαϊκής Ενώσεως. Κατά τα λοιπά, εσείς κύριε Επίτροπε, κύριε Αβραμόπουλε, φαντασιώνεστε τη δημιουργία Ευρωπαϊκής Ακτοφυλακής και Συνοριοφυλακής για να κάνει αυτό το οποίο έκανε ο αποτυχημένος FRONTEX. Να γίνει δηλαδή ο τροχονόμος όσων κινούνται παράνομα προς την Ιταλία και την Ελλάδα. Ωραίους φύλακες οραματίζεστε, κύριε Επίτροπε. Προφανώς κάτι τέτοιους φύλακες είχε κατά νουν ο Ιουβενάλης όταν στη Σύγκλητο της Ρώμης διερωτάτο: «*Quis custodiet ipsos custodes?*», δηλαδή, «Ποιος θα μας φυλάξει από τους φύλακες»;

Ελισσάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυωνίδη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, αξίζουν συγχαρητήρια στην εισηγήτρια, κυρία Keller και τους συνεργάτες της, για αυτή τη σημαντική πρωτοβουλία σήμερα. Παραταύτα, η απόφαση, την τροποποίηση της οποίας συζητούμε σήμερα, ξέρουμε, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, ότι δεν λειτουργεί επαρκώς, γιατί οι θέσεις που είναι δεσμευμένες είναι ανεπαρκείς και η υλοποίηση είναι αργή και δύσκολη. Μόνο ένα 3% του αρχικού στόχου για τη μετεγκατάσταση έχει υλοποιηθεί. Αναφερθήκαμε σε 4.740 ανθρώπους που έχουν φύγει, επί συνόλου 160.000 που είχε αποφασιστεί σε ορίζοντα διετίας από την Ελλάδα και την Ιταλία. Στην Ελλάδα σήμερα υπάρχουν 60.000 άνθρωποι, 13.500 στα νησιά, τα οποία ήδη βρίσκονται σε δύσκολη θέση, ανήλικοι ασυνόδευτοι και όχι περίπου 2.500 που δεν έχουν ενωθεί με τις οικογένειες, ενώ ο αρμόδιος Υπουργός αναφέρθηκε σε περίπου 5.000 ανθρώπους μη ταυτοποιημένους. Η κατάσταση αυτή δυσχεραίνει και τις διαδικασίες ασύλου. Η μετεγκατάσταση, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, είναι έμπρακτη απόδειξη και ενίσχυση αλληλεγγύης και δίκαιης κατανομής ευθυνών. Όμως, σήμερα, η Επιτροπή έχει ξεκινήσει διαδικασίες επί παραβάσει εναντίον της Ελλάδος για πλημμελή τήρηση της νομοθεσίας του ασύλου και τις συνθήκες υποδοχής. Όμως, δεν έχουν γίνει εκείνες οι νομικές ενέργειες που πρέπει να γίνουν. Ακριβώς για να ανταποδοθεί το ίσο σε εκείνα τα κράτη μέλη που δεν δέχονται να εφαρμόσουν τις αποφάσεις. Το κλειδί, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, για τη διαχείριση του σοβαρού αυτού ευρωπαϊκού προβλήματος εναπόκειται στην πολιτική βούληση και την αλληλεγγύη των κρατών μελών της Ευρώπης το οποίο σημαίνει, πολύ απλά, εφαρμογή των ευρωπαϊκών αποφάσεων.

Josef Weidenholzer (S&D). – Herr Präsident! Es war vor einem Jahr, da wurde in diesem Haus intensiv über die Verteilung der bereits in der EU befindlichen Flüchtlinge diskutiert. Von *relocation*, von Hotspots war die Rede. Ein großer Teil der Mitgliedstaaten war damals bereit, seinen Anteil zu leisten. Es ist ein Jahr vergangen. Zusätzliche Flüchtlinge sind gekommen, und es ist nicht einmal annähernd gelungen, die 160 000 Menschen, von denen damals die Rede war, aufzuteilen. Tausende Menschen sitzen immer noch fest – in Italien, in Griechenland, irgendwo dazwischen auf der Balkanroute. Sie geraten in die Hände von kriminellen Schleppern, die sie durch die innereuropäischen Grenzzäune schleusen – für viel Geld. Übrig bleiben jene, die es sich nicht leisten können, vor allem Kinder, alte und gebrechliche Menschen.

Ich habe im August mehrere Lager im Norden Griechenlands besucht, und ich bekomme diese Bilder nicht aus dem Kopf. Die Zustände sind katastrophal. Die Menschen sind hoffnungslos, und die Lage ist explosiv. Ich will mir nicht vorstellen, wie das alles im Winter aussehen wird. Wir müssen diese Situation beenden, im Interesse der Menschen, die das nicht verdient haben, im Interesse der Sicherheit und der Stabilität und vor allem auch im Interesse Griechenlands. Die Solidarität der griechischen Bevölkerung ist vorbildhaft, aber sie muss auch Anerkennung durch andere Mitgliedstaaten finden. Deshalb müssen die Mitgliedstaaten endlich mit ihrem Zögern aufhören und zu ihren Verpflichtungen stehen. Es müssen aber auch administrative Hindernisse überwunden werden; oft liegt es ja nicht am mangelnden Willen, sondern an unterschiedlichen Verwaltungskulturen.

Das zeigt einmal mehr, wie dringend notwendig es ist, die Europäisierung des Asylsystems voranzutreiben. Es führt kein Weg daran vorbei, legale Einreisemöglichkeiten zu schaffen. Das ist die große Herausforderung, die wir haben.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα να υπενθυμίσω ότι ο συνολικός αριθμός που το Συμβούλιο της Ευρωπαϊκής Ένωσης έχει αποφασίσει ότι θα μετεγκατασταθεί εντός της Ευρωπαϊκής Ένωσης, από Ελλάδα και Ιταλία, είναι 160.000 πρόσφυγες. Βάσει των στοιχείων που διαθέτει η Επιτροπή, μέχρι τις 12 Σεπτεμβρίου του 2016 είχαν μετεγκατασταθεί συνολικά 1.064 πρόσωπα από την Ιταλία και 3.677 πρόσωπα από την Ελλάδα. Δηλαδή, 4.734 άνθρωποι συνολικά. Υπενθυμίζω επίσης ότι ο κύριος Αβραμόπουλος είχε δεσμευτεί με δηλώσεις του για 6.000 μετεγκαταστάσεις τον μήνα από την Ελλάδα. Άλλωστε αυτό τόνιζε και η σχετική έκθεση της Επιτροπής, προκειμένου να τηρηθεί η διετής προθεσμία για να ολοκληρωθούν οι μετεγκαταστάσεις. Επιπλέον, ο κύριος Αβραμόπουλος με γραπτές και άλλες προφορικές δηλώσεις του επιφυλάσσει το δικαίωμα της Επιτροπής να επιβάλλει κυρώσεις στα κράτη μέλη που δεν συμμορφώνονται. Στην Ελλάδα πλέον είναι 60.000 πρόσφυγες. Η Ελλάδα δεν αντέχει άλλους πρόσφυγες και παράνομους μετανάστες. Πρέπει επιτέλους να εφαρμοστεί η μετεγκατάσταση. Και μην ξεχνούμε, σαν κερασάκι στην τούρτα σε όλα αυτά, έχουμε τον κύριο Ντε Μεζιέρ από τη Γερμανία που θέλει πλέον να στείλει πίσω στην Ελλάδα πρόσφυγες, οι οποίοι έχουν ήδη πάει στη Γερμανία. Αντιλαμβάνεστε ότι αυτή η κατάσταση δεν μπορεί να συνεχιστεί. Αυτό δεν μπορεί να γίνει ανεκτό, ιδίως, σε μια φτωχοποιημένη από τα μνημόνια χώρα, όπως είναι η Ελλάδα. Πρέπει, κύριε Αβραμόπουλε, να ληφθούν επειγόντως μέτρα, να ολοκληρωθούν οι μετεγκατάστασεις.

Cecilia Wikström (ALDE). – Herr talman! EU, det vill säga världens rikaste och mest välmående kontinent, valde under våren att göra sig tillgänglig för utpressning från en alltmer auktoritär turkisk regering genom det så kallade Turkiet-uttalandet – ej att förväxla med avtal – i stället för att på egen hand försöka lösa migrationspolitikens utmaningar inom EU.

Den senaste tiden visar med all önskvärd tydlighet att hela idén att frånhända oss vårt eget ansvar för flyktingmottagningen till ett land som Turkiet var ett misslyckat luftslott, dömt att misslyckas. Efter att ha hört flera länders ministrar säga att liknande avtal borde slutas med länder som Nigeria och Libyen hoppas jag att vi nu en gång för alla ska lämna detta bakom oss och i stället ta ansvar.

Självklart ska vi samarbeta med länder utanför Europa, också kring migration, men det borde inte råda tvekan om att vi måste sätta egna system på plats i våra egna länder för att på ett humant och värdigt sätt hjälpa de personer som har rätt till internationellt skydd.

Jag tycker att vi ska arbeta framåt tillsammans. Vi behöver inga flera Turkiet-uttalanden utan en fungerande europeisk asylpolitik, byggd på solidaritet och gemensamt ansvar.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, συζητούμε σήμερα μια οριακή τροποποίηση στο ισχύον νομικό καθεστώς μετεγκατάστασης προσφύγων μεταξύ των κρατών μελών της Ένωσης. Μας διαφεύγει ότι το νομικό καθεστώς αυτό δεν εφαρμόζεται στην πράξη και ότι η Ελλάδα και η Ιταλία αναγκάζονται να αντιμετωπίσουν μόνες ένα πανευρωπαϊκό πρόβλημα. Στην Ελλάδα έχουν εγκλωβιστεί 60.000 πρόσφυγες και τα έξοδα εγκατάστασης και διαβίωσής τους τα επωμίζεται το ελληνικό κράτος, το οποίο την ίδια στιγμή καλείται από την Ένωση να ανταποκριθεί στο τεράστιο βάρος ενός υπέρογκου δημόσιου χρέους. Η ισχύουσα απόφαση του Συμβουλίου προβλέπει 50.000 μετεγκαταστάσεις από την Ελλάδα στο έδαφος των άλλων κρατών μελών της Ένωσης, αλλά έχουν πραγματοποιηθεί 3.000, επειδή τα κράτη προορισμού προβάλλουν διάφορα προσκόμματα. Όλα τα κράτη μέλη πρέπει να υποδεχθούν άμεσα τους πρόσφυγες που τους αναλογούν. Αν η Ευρώπη θέλει να συνεχίσει να υπάρχει, χρειάζεται αλληλεγγύη μεταξύ των μελών της.

PRESIDE: RAMÓN LUIS VALCÁRCEL SISO

Vicepresidente

Lara Comi (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, caro Commissario, come italiana la ringrazio per la vicinanza e la continua presenza che ha dimostrato nei momenti anche più difficili sul nostro territorio. Le siamo vicini anche per tutte le difficoltà che ha con gli Stati membri, con l'egoismo degli Stati membri. Vede, la solidarietà non può essere solo a senso unico. Il centro Italia è stato colpito di recente da un terremoto e quindi noi abbiamo il dovere in primis di aiutare i nostri italiani. Io mi trovo in difficoltà quando, davanti a una persona che ha perso la casa, che ha perso tutto in un terremoto, dobbiamo collocarla in una tenda, perché le altre strutture sono occupate da clandestini.

Quindi questo vuol dire che l'Europa, a maggior ragione, deve farsi carico dei profughi e dei clandestini, perché in Italia non ce la facciamo più, dobbiamo pensare prima agli italiani. Capiamo assolutamente chi scappa dalla guerra e deve essere accolto da tutta l'Europa, ma coloro che sono arrivati come clandestini devono ritornare nel loro paese. Noi votiamo per fondi a favore della ricostruzione dell'economia africana? Bene, ma se questi paesi non riprendono i propri cittadini, allora stop agli accordi commerciali. Lo stesso vale anche nei confronti degli Stati membri: stop nel momento in cui non accolgono i profughi con i fondi europei.

Il mio appello, e concludo, Commissario, è quello di una sua prossima visita a Como, di una sua prossima visita a Ventimiglia. Como è famosissima e conosciuta per le sue bellezze. Bene, ora passa alla storia proprio perché è colpita ed è invasa da profughi e clandestini perché hanno chiuso le frontiere. Lo stesso a Ventimiglia. Questa non è Europa e le chiediamo il suo intervento.

L'oratrice accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162,

paragrafo 8, del regolamento))

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Tisztelt Képviselő Asszony, tényleg őszinte kérdést szeretnék föltenni magyar politikusként is. Ön és más olasz kollégák, görög kollégák itt a vita során érezhetően joggal panaszkodnak az európai tétlenségek okán, de a gyakorlatban ez hogyan van? Hogy Önöknek jelzi az adott menekült, hogy ő menne tovább, és akkor Önök próbálnak keresni, és nincs fogadókészség, vagy hogy működik ez a gyakorlatban, tehát mitől ilyen alacsony ez a szám, az eddig áttelepítettek száma?

Lara Comi (PPE), *Risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Innanzitutto noi, come Italia, non ci siamo mai permessi e non penseremmo mai di costruire un muro, questo è il significato che noi diamo al concetto di solidarietà. Noi accogliamo e salviamo le persone, però chiediamo la stessa solidarietà all'Europa e agli altri Stati membri, altrimenti non prendano i fondi europei. Si sta in Europa, nel bene e nel male.

Anna Hedh (S&D). – Herr talman! Den humanitära kris som uppstått efter kriget i Syrien har nu pågått i flera år. Som ett sätt att lösa den ohållbara situation som många flyktingar lever under i Grekland och Italien föreslog kommissionen att asylsökande ska kunna omplaceras till övriga medlemsstater. Regeringarna har själva gått med på detta och erkänt att vi måste hjälpa de tusentals människor som fastnat i Grekland och Italien. Men i praktiken så stannar solidariteten där och mycket lite händer.

Fram till i juli i år så har endast 793 personer omplacerats från Italien och 2 033 från Grekland. Denna inaktivitet är skamlig och totalt ovärdig en av de rikaste regionerna i världen, som EU faktiskt är.

Till råga på allt har kommissionen och rådet nu planer på att urvattna systemet. Man har föreslagit att flyktingarna som kommit direkt till övriga medlemsstater ska kunna ”räknas av” från dessa länders omplaceringskvoter. Om detta blir verklighet så tror jag att det blir spiken i kistan för hela omplaceringssystemet.

Jag och min politiska grupp stöder därför föredraganden Kellers förslag. Medlemsstaterna måste vakna upp och göra det man har lovat – ge människor som flytt för sina liv en möjlighet och en bättre start i EU:s övriga medlemsstater. Vi måste se solidariteten, och vi måste tänka ”Det kunde ha varit vi”.

Jussi Halla-aho (ECR). – Mr President, I believe it is high time to wake up and admit that relocation of asylum seekers is not a solution to the refugee crisis in general or the specific troubles in Greece and Italy.

First, relocation in any significant numbers is impossible because of the political pressure within Member States, especially in those Member States where all migrants want to be relocated.

Second, migrants arrive in Greece and Italy because from there they can continue to their preferred destination, in other words, the more we relocate the more will be encouraged to cross the Mediterranean.

In short, we should help as many people as possible in camps until they can return home, instead of relocating a small fraction of them within Europe. Especially, we must not delegate the control of our external borders to a country like Turkey.

Филиз Хюсменова (ALDE). – Г-н Председател, бежанската криза недвусмислено показа слабостите в общата европейска система на убежище. Твърде голямата тежест, която тя постави върху плещите на няколко така наречени „първи държави на пристигане“, разминаванията в интерпретацията на правилата на национално ниво. Бавно и незадоволително се прилага и механизмът за релокация спрямо Италия и Гърция, а сега спешните временни мерки ще се прилагат и за реализирането на друг извънреден инструмент – споразумението с Турция.

Всичко това само ни показва, че настоящата система не е устойчива и върви след събитията. Реформата на остарялата Дъблинска система е стъпка в правилната посока, но за намирането на дългосрочни решения ни е необходимо възможно най-скоро приемането на общ европейски отговор на миграционния натиск, който да се основава на пълното споделяне на отговорности без изключения.

Carlos Coelho (PPE). – Senhor Presidente, quero começar por felicitar o Senhor Comissário Avramopoulos pela iniciativa e agradecer à colega Ska Keller a qualidade das propostas que apresentou e que melhoram o texto inicial.

Como Ska Keller sublinhou, uma coisa é a recolocação, outra é reinstalação. Precisamos dos dois instrumentos para fazer face ao problema. Mas temos dois problemas grandes: um é um problema de escala, a escala é manifestamente insuficiente, o segundo é um problema de lentidão.

A imagem que estamos a passar para nós próprios e a imagem que estamos a passar para o mundo, é que não estamos a resolver nenhum dos dois problemas, nem estamos a resolver as reformas de fundo que precisamos, para nos apetrechar melhor para receber este influxo de pessoas, nem estamos a responder de forma eficaz à emergência humanitária.

Disse uma vez nesta casa que nós falhamos! Fomos lentos e insuficientes na ajuda que prestámos, deixámos os egoísmos nacionais sobreporem-se a um dever que não é só moral, mas também nos é ditado pelo direito internacional, a Convenção de Genebra, que nos dá o dever de acolher as pessoas que fogem da guerra, da fome, da morte.

E por isso gostei muito de ouvir o Comissário Avramopoulos sublinhar a necessidade de solidariedade e esta é a questão de fundo deste debate, mais pressão sobre os Estados-Membros de forma a cumprirem aquilo que é a sua obrigação. É isso que, neste momento, todos vamos fazer.

Kati Piri (S&D). – Sinds de afspraken met Turkije over migratie steken nog maar weinig mensen de Egeïsche Zee over. Een aantal Europese regeringsleiders stelt dan ook tevreden vast dat de instroom van vluchtelingen in hun land is gedaald en kijkt weg als het gaat om de tienduizenden vluchtelingen die onder erbarmelijke omstandigheden vastzitten in Griekenland en elke dag nog aankomen in Italië. Of erger: ook sommige collega's hier vinden het eigenlijk wel een geschikte manier om andere potentiële vluchtelingen af te schrikken om de overtocht vanuit Turkije naar Griekenland te maken. Maar in deze groep in Griekenland zitten ook duizenden alleenreizende kinderen. Kinderen die zonder hun ouders naar Europa zijn gevlucht of waarvan de ouders de tocht niet hebben overleefd. Kinderen die na aankomst in Griekenland zonder pardon achter slot en grendel zijn gezet zonder onderwijs, zonder juridische bijstand en zonder fatsoenlijke begeleiding. Kinderen in een wanhopige situatie omdat er voor hen geen plek lijkt te zijn in Europa.

Van de beloofde herverdeling van ruim 66 000 vluchtelingen uit Griekenland naar de rest van Europa zijn na een jaar nog geen 4 000 mensen daadwerkelijk overgebracht naar een ander Europees land. Dat is hetzelfde aantal dat nog geen jaar geleden in één dag op de Griekse eilanden aankwam. Waarom krijgen deze alleenstaande minderjarigen niet de allerhoogste prioriteit bij de herplaatsing? En wat zijn onze politieke leiders waard als zij er niet voor kunnen zorgen dat Europa haar beloftes nakomt en er niet op z'n minst voor kunnen zorgen dat fundamentele rechten beschermd worden voor iedereen, maar vooral voor de meest kwetsbaren, zoals de alleenreizende kinderen? Wat mij betreft beginnen we vandaag nog met de herverdeling van deze jongeren naar andere lidstaten. Want mijn Europa laat deze kinderen niet in de steek maar bekommert zich om hen.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, pane komisaři, já velmi často poslední dva roky cestuji po uprchlických táborech a setkávám se s lidmi. V létě jsem strávil svoji dovolenou na Maltě a v jižní Itálii na Sicílii. A měl jsem možnost hovořit, pane komisaři, s lidmi, kteří se deklarují jako uprchlíci, řada z nich jsou ekonomičtí migranti, asi tak 80 %. Ale připusťme to, že jsou tam i uprchlíci. A víte, co mi řekli? Řekli mi pouze tři země, kam chtějí být přemístěni. Jedna země se jmenuje Švédsko, druhá země se jmenuje Německo a třetí země se jmenuje Velká Británie. A pane komisaři, když tito lidé nechtějí do České republiky, nechtějí do Estonska, nechtějí do Rumunska, jak tyto lidi tam dostaneme? Jakým způsobem budeme tyto lidi v této zemi držet?

Já vítám dohodu s Tureckem, myslím si, že je velmi dobrá, a myslím si, že máme pomáhat uprchlíkům. Jsme a musíme být solidární, ale prosím vás, nevymýšlejme hlouposti jako povinné rozdělování a netrestejme někoho za to, že třeba nechce nebo nemůže někoho v rámci kvóty přijmout. Vždyť tady přece vidíme, že tento mechanismus nefunguje, a já se domnívám, že je potřeba se zamyslet nad způsobem, jakým je prosazován. A myslím si, že jeho prosazování není šťastné. Pane komisaři, prosím Vás ještě jednou, zkuste se nad mými slovy zamyslet.

Intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»)

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane komisaři, chci ocenit návrh Evropské komise k aplikační legislativě, kterou by se mohla realizovat realokace uprchlíků. Věřím, že tento návrh může pomoci urychlit realokace těch, kteří skutečně jsou uprchlíky a potřebují naši pomoc.

Dámy a pánové, velmi pečlivě jsem procházela návrh zprávy Evropského parlamentu kolegyně Ska Kellerové a nemohla jsem uvěřit vlastním očím, jak některé pozměňovací návrhy zcela mění původní návrh Komise, a to tak zásadně, že jej nelze v současné podobě akceptovat. Zatímco návrh Komise spočíval v možnosti započítání syrských uprchlíků přesídlených z Turecka do realokační kvóty, tak nový návrh Evropského parlamentu s tím nepočítá. Již pan komisař se jasně vyjádřil a nesouhlasí s tímto pozměňovacím návrhem. Dámy a pánové, já věřím, že Evropský parlament přijme rozumnou legislativu a Komise splní svůj úkol.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, come tutti sappiamo, le dimensioni del fenomeno migratorio hanno raggiunto livelli preoccupanti, soprattutto negli Stati membri di primo ingresso. Occorre quindi attuare il piano di ricollocamenti per reagire velocemente alla difficile situazione umanitaria in Grecia e per impedire il deterioramento della situazione in Italia, dove quotidianamente continua l'arrivo di numerosi migranti.

Ringrazio quindi la relatrice per aver insistito sulla necessità che gli Stati membri rispettino gli impegni precedentemente presi in materia di ricollocamenti, mettendo a disposizione rapidamente i posti pattuiti fino a raggiungere un tasso di circa 6 000 ricollocamenti al mese, mentre purtroppo ad oggi sappiamo che gli Stati membri hanno messo a disposizione solo il 7% del numero dei posti previsti. Questa situazione è particolarmente grave, poi, in relazione alla condizione dei minori stranieri non accompagnati che, al contrario, dovrebbero avere sempre, e quindi anche in questo caso, la priorità.

È indispensabile che l'Unione europea gestisca la crisi migratoria attuando misure solidali secondo un sistema di responsabilità condivisa da tutti gli Stati membri.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, solidarnost među zemljama članicama je osnova za rješavanje ovog prevelikog problema s kojim se suočavamo, ali te solidarnosti nema. Mi si to ovdje moramo reći. Italija i Grčka nose ogroman teret.

Bez pomoći svih zemalja Europske unije, problem nećemo riješiti. Ali, ne vidim da ćemo ga baš tako brzo riješiti. Mi moramo stati i financijski i politički i moralno i na svaki drugi način iza Italije, iza Grčke, iza svih onih ljudi koji su jadni i bijedni i koji se nalaze na grčkim otocima ili negdje po Italiji.

Ali mi govorimo o posljedicama, a trebamo govoriti o uzroku, o ratovima, o Siriji i ratu u Siriji. Danas SAD i Rusija pregovaraju o nekom novom miru. A gdje je tu gospođa Mogherini? Danas je rekao gospodin Juncker, vrlo jasno, da i gospođa Mogherini mora sjediti za pregovaračkim stolom, jer posljedice rata osjeća Europa, a ne Rusija ili SAD.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Δυστυχώς, η πραγματική κατάσταση, κύριε Αβραμόπουλε, που αποτυπώνεται στην καθημερινότητα των πολιτών της Ελλάδας και της Ιταλίας, εξαιτίας της λαθρομετανάστευσης, απέχει παρασάγγας από τις διαπιστώσεις των πολιτικών φορέων και των εισηγητών των εκθέσεων. Με απλά λόγια, όσοι από το Κοινοβούλιο και την Επιτροπή ασχολούνται με τα θέματα μετανάστευσης είναι αναποτελεσματικοί και μωρόπιστοι. Βέβαια, οι Έλληνες έπρεπε να γνωρίζουν και να μην περιμένουν τίποτε θετικό από έναν Υπουργό ανύπαρκτο που τώρα κάνει τον Επίτροπο. Η διδακτική των αρχαίων Ελλήνων στηριζόταν σε μια βασική αρχή: μην εστιάζεις στη θεραπεία του προβλήματος, αλλά ερεύνησε τα αίτια αυτού. Όσες εκθέσεις και αν ψηφίσουμε, αν δεν καταπολεμήσουμε τα αίτια της λαθραίας και μαζικής μετανάστευσης και δεν υπερασπιστούμε την εθνική μας ταυτότητα, υπόσταση και κληρονομιά, θα καταλήξουμε μια απο-ευρωπαϊσμένη ισλαμική Ένωση με μόνο νόμο τη Σαρία. Δεν είναι ρατσισμός να καταδεικνύεις το πρόβλημα που καλύπτεται κάτω από τον μανδύα του κατατρεγμένου και του ανθρώπινου πόνου. Ρατσισμός είναι να επιβάλλεις τη βίαιη ενσωμάτωση διαφορετικών εθνοτήτων και πολιτισμών.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il nostro gruppo è d'accordo con la relazione Ska Keller.

Io faccio un appello proprio per non confondere gli strumenti di solidarietà interna ed esterna. Anche il Presidente Juncker, questa mattina, durante il suo discorso sullo stato dell'Unione, ha ricordato che la solidarietà è uno strumento importante e quindi ha invitato tutti gli Stati membri a ridurre le proprie differenze in materia di accoglienza dei rifugiati, in particolare per quanto riguarda i minori, i minori non accompagnati e le donne.

Oggi rivolgo un appello, che riguarda tutti gli Stati membri, a superare il loro egoismo. Tutto questo deve essere fatto a vantaggio dell'Italia e della Grecia, per non lasciarle da sole. Quindi oggi noi dobbiamo indirizzare tutti i nostri sforzi per chiedere a tutti gli Stati membri di mettere in atto la solidarietà fra di loro.

(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))

Dimitris Avramopoulos, *Member of the Commission*. – Mr President, let me start by expressing my thanks to all of you for your contributions to this very interesting debate tonight.

I could not agree more with you on the need for Member States to relocate more and more asylum applicants, and in parallel on the need for more resettlement. We have invested a lot in making relocation and resettlement work in practice and we have started to see some good, positive results. However, our efforts must now significantly accelerate. As I told you, I have sent letters to the Ministers and I am planning direct communication with Ministers to encourage them to send a signal of commitment. I would like to see real progress ahead of the Justice and Home Affairs Council and, in particular, ahead of the October European Council.

To conclude, I thank you for coming here and sharing your frustration about the lack of results. But here, in this Chamber, most of us agree: what is important is that you reach out to your governments and you urge them to pledge.

What is equally important is to address European citizens directly about our values, about our own historical past, and about the need to show solidarity to those in need today.

Dear Members of Parliament, do not limit yourselves to this Chamber. You know better than anyone else that it was never an easy task to implement our EU migration policy and that half of the victory will be the right communication. As always, I need and I count on your support.

Since I was asked some questions by my Greek friends here I would like to shift to Greek now.

Κύριε Κύρκο, καταρχήν θέλω να σας ευχαριστήσω για την ερώτηση. Πρώτα από όλα οι αριθμοί. Οι πρόσφυγες που έχουν μετεγκατασταθεί από την Ελλάδα και την Ιταλία είναι σήμερα 4.741. Οι πρόσφυγες που συνολικά που έχουν μετεγκατασταθεί απευθείας στην Ευρώπη ανέρχονται κοντά στους 10.600. Με ρωτάτε αν είμαι ικανοποιημένος. Μα φυσικά και δεν είμαι ικανοποιημένος και το έχω πει δημόσια πολλές φορές, από τους αριθμούς τουλάχιστον, προφανώς όχι ακόμα. Όμως συντελείται μία πρόοδος και παρατηρείται επιτάχυνση των διαδικασιών. Όσον αφορά την οικονομική ενίσχυση, μιας και το ανέφερε πρωτύτερα ο συνάδελφος ο κύριος Χρυσόγονος, η Ελλάδα έχει λάβει και εξακολουθεί να λαμβάνει βοήθεια, τόσο στη μορφή της επείγουσας χρηματοδότησης, όσο και κονδυλίων μέσω των εθνικών προγραμμάτων που πρέπει οπωσδήποτε να απορροφηθούν. Όπως είπα νωρίτερα, η επιτάχυνση και η αύξηση των μετεγκαταστάσεων είναι το βασικό θέμα συζήτησης με τους ομολόγους μου σε κάθε διμερή επαφή και σε κάθε Συμβούλιο Εσωτερικών Υποθέσεων. Έστειλα μάλιστα σχετική επιστολή στις αρχές Αυγούστου. Είναι προτεραιότητα της Επιτροπής και δική μου. Όπως και ο πρόεδρος Γιούνκερ τόνισε σήμερα το πρωί, η έννοια της αλληλεγγύης είναι νομικά δεσμευτική από τις Συνθήκες. Λοιπόν ναι, η μετεγκατάσταση πρέπει να πετύχει. Όχι μονάχα για να

ανακουφίσει τις χώρες που τελούν κάτω από ισχυρή πίεση, όπως η Ελλάδα και Ιταλία. Γιατί, πράγματι, δέχονται ένα δυσανάλογο βάρος, αλλά γιατί και κάθε άλλη ευρωπαϊκή χώρα μπορεί σε κάποια στιγμή να βρεθεί στην ίδια θέση. Κυρίως γιατί σε αυτές τις κρίσιμες για το πολιτικό μέλλον της Ευρώπης στιγμές πρέπει να σταθούν όλοι στο ύψος των περιστάσεων. Αυτό σημαίνει ότι πρέπει να επιδείξουν αλληλεγγύη και υπευθυνότητα στην πράξη και να σεβαστούν τις αποφάσεις που λαμβάνονται σε ευρωπαϊκό επίπεδο. Επαναλαμβάνω, κλείνοντας, ότι η μετεγκατάσταση παραμένει προτεραιότητα της Επιτροπής και δική μου προσωπικά. Σας ευχαριστώ την προσοχή σας.

Ska Keller, *rapporteur*. – Mr President, I would like to thank the shadows, who have been so helpful in the whole process, and have also been enduring all these emergency procedures that the Commission has been giving us as a present, so to speak. But I would also like to thank the Commission, especially for the helpful numbers that we always get up-to-date. Thank you personally, Mr Commissioner, for your personal efforts in the whole story. I think they are very helpful. But I still do not agree with your latest proposal, because if you say – and indeed there were some bureaucratic problems in the beginning – that now things are starting to run more smoothly, why should we change the path? Those 54 000 places are urgently needed in Greece and Italy – people are still arriving on a daily basis. The numbers are not low, not at all. And resettlement: you said it is very important, and I guess most of us will agree, it's extremely important. We should do it, but we should not do the one thing to the detriment of the other thing – we cannot calculate the numbers so that we take a bit from the big part and put it somewhere else and say the part wasn't so big from the beginning. I think we should rather extend the programme and make sure that the Member States resettle people; it's absolutely needed. But we should not do it to the disadvantage of the relocation program, which in itself is already very, very small. The European Union, I believe, can – and must – do more, and the vote tomorrow will be a vote to support the relocation program, so it's full support for you and full support for the relocation. We need to put it together, and let's not diminish the relocation numbers, which are already so small.

El Presidente. – Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar mañana.

Declaraciones por escrito (artículo 162 del Reglamento)

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A nemzetközi védelemre nem jogosult személyek visszatérési arányának javítása létfontosságú az EU menedékjogi rendszere teljességének fenntartása szempontjából. Üdvözlendő a kezdeményezés, amely az EU-ban illegálisan tartózkodó harmadik országbeli állampolgárok visszatéréséhez biztosít európai úti okmányt. Európának és a menekülteknek azonos az érdeke: hogy a menekültek visszatérhessenek szülőhazájukba, amint a kiváltó okok megszűnnek. Ehhez nem őket kell idehozni és elosztani, hanem a segítséget kell odavinni. Az EP jelentése – ahelyett hogy az EU-török megállapodás technikai formába öntésére szorítkozott volna – ezen félresikerült mechanizmus hatályát kívánja bővíteni és gyorsítani, ami csak még jobban ellehetetleníti ennek a már most sem funkcionáló rendszernek a működését.

Szerintünk a szétosztás reményében az embercsempészeknek még inkább kiszolgáltatott egyre több migráns kell útra Európa felé kockáztatva életüket. Másrészt az a tapasztalat, hogy a szegényebb, szerényebb szociális ellátást biztosító uniós országokból napokon belül továbbállnak a migránsok Németország vagy Svédország irányába. Ezért Magyarország – más tagállamokkal együtt – elvi alapon ellenzi a relokáció kötelező formáját. A szolidaritás nem korlátozódhat a migránsok kvóta szerinti elosztására, beletartoznak az Európa külső határainak védelmére tett erőfeszítések, menekültek hazájához közeli táborok életkörülményei javítását célzó humanitárius segítségnyújtások is. A migráció kérdésének tisztázatlansága eredményezi a schengeni rendszer alkalmazásának zavarát is, amely az egész európai integrációt és belső piacot veszélyezteti.

17. Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten (Aussprache)

El Presidente. – El punto siguiente en el orden del día es el debate sobre el informe de Laura Agea, en nombre de la Comisión de Empleo y Asuntos Sociales, sobre la propuesta de Decisión del Consejo relativa a las directrices para las políticas de empleo de los Estados miembros (COM(2016)0071 - C8-0098/2016 - 2016/0043(NLE)) (A8-0247/2016).

Laura Agea, *relatrice*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Commissaria Thyssen, cari colleghi relatori ombra che avete collaborato con me su questa relazione, io apprezzo la presenza della Commissaria Thyssen, ma stasera parlerò ad una sedia vuota, che è quella del Consiglio, al quale sono rivolte o dovrebbero essere rivolte queste indicazioni, perché poi è il Consiglio che dovrebbe, una volta ascoltato il nostro parere, tenerne conto.

L'anno scorso lo abbiamo fatto, abbiamo lavorato su quella che era una visione comune sulle politiche occupazionali e sociali a favore dei cittadini, e invece il Consiglio se ne è altamente disinteressato, spocchiosamente ha fatto finta che noi non esistessimo e non rappresentassimo 500 milioni di cittadini. In questo caso ringrazio i miei colleghi che hanno voluto con me ripresentare, per la seconda volta, le stesse raccomandazioni, perché nella sua spocchia il Consiglio voleva semplicemente tornare sulle sue posizioni iniziali.

Siamo qua, per la seconda volta, e magari lo faremo anche il prossimo anno o fra due anni, a chiedere di essere ascoltati come rappresentanti di 500 milioni di cittadini, perché noi costantemente ci interfacciamo con loro, conosciamo quali sono le loro sofferenze, perché di sofferenze si parla quando si parla dei cittadini d'Europa: sono ridotti allo stremo, non hanno lavoro, non ci sono tutele sociali, mancano di tutele occupazionali e noi veniamo caramente «bypassati» dalla spocchia, dalla presunzione, dall'arroganza del Consiglio, che se ne frega di quello che noi stiamo dicendo e fa esattamente il contrario, con il risultato chiaro ed evidente – perché lo vedete tutti nei vostri paesi – che gli obiettivi della strategia 2020 di ridurre la povertà sono tragicamente falliti. Dovevamo ridurre la povertà e infatti siamo arrivati a 200 milioni di cittadini poveri in Europa, con un incremento di 5 milioni di poveri negli ultimi anni.

E invece di ascoltarci e di capire che esistono politiche essenziali e indispensabili per aiutarli, c'è una sedia vuota, e dovrebbero vergognarsi di non riempire quella sedia e di non ascoltare quello che noi abbiamo da dire! L'anno scorso avevamo dato tante indicazioni, quest'anno sono esattamente le stesse: tutele sociali, politiche occupazionali con investimenti pubblici per far ripartire l'economia, assistenza, politiche di reddito minimo che garantiscano sostegno alle famiglie povere, salario minimo… Avevamo detto mille cose importanti, nessuna di queste è stata presa in considerazione. Colleghi, grazie per avermi supportato in questa cosa e grazie Consiglio, ovunque lei sia.

Marianne Thyssen, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to start by thanking the rapporteur for her very constructive role in preparing, together with the co-rapporteurs and as she did last year, a comprehensive report which is largely in line with the Commission's proposal.

As you know, the Commission decided to maintain the guidelines adopted in 2015 for this year and the Council agrees with our approach. We consider that the employment guidelines adopted in 2015 are still valid and relevant in today's economic and social context. The Commission regrets that your position was not taken into account by the Council when adopting its decision in 2015. Nevertheless, I would like to assure you that the Commission paid due consideration to the opinion expressed by Parliament and has tried to accommodate it in several ways.

A good example in this respect is the emphasis we put on the role of the social partners. The European Parliament has stressed on several occasions the need to enhance the role of the social partners when talking about employment and social policies. In the guidelines adopted in March 2015 social partners are invited to play, for the first time, a prominent role. This reflects the position you have often taken and which we fully share.

The Commission agrees with you on the importance of developing inclusive and integrated labour markets. This is highlighted in the annual growth survey and reflected in the employment guidelines. The Commission monitors progress in these areas in the context of the European Semester and has addressed recommendations to the Member States to push reforms forward where relevant.

I am glad that the report emphasises the importance of employment and social considerations in the European Semester. In 2016 the Commission has considerably reinforced this dimension in the European Semester and we will continue to place employment and social issues at the core of the semester in the future.

The inclusion of three new employment indicators in the Macroeconomic Imbalances Procedure (MIP) scoreboard is a concrete deliverable on the Commission's commitment to strengthen its analysis of macroeconomic imbalances, as you recommend in your report. The indicators are included in order better to capture the employment and social dimension of imbalances and adjustment processes.

As regards your recommendations on national minimum income schemes, the Commission is committed to promoting among Member States adequate income support, which is one of the pillars of the 2008 Commission recommendation on active inclusion. This has also already been reflected in the country-specific recommendations addressed to those Member States most concerned.

The Commission also agrees with you on the importance of making progress towards achieving the Europe 2020 targets in the employment and social areas. This is one of the key elements that the Commission takes into consideration when deciding on country-specific recommendations within the European Semester.

I am available, of course, if you have comments or questions.

Danuta Jazłowiecka, *w imieniu grupy PPE.* – Panie Przewodniczący! Zgadzam się ze sprawozdawczynią Laurą Ageą, iż niewytłumaczalna jest nieobecność Rady, szczególnie przy tym temacie. Pamiętam prezydencję Polski z 2011 r. – Rada zawsze była reprezentowana przez przedstawicieli Polski i uczestniczyła niemalże we wszystkich debatach. To jest naprawdę niedopuszczalne, że te standardy, które zostały wprowadzone w Parlamencie, dziś nie są przestrzegane. Szczególnie właśnie dzisiaj.

Parlament Europejski w układzie instytucjonalnym jest głosem obywateli i stara się w jak najlepszy sposób reprezentować ich interesy. W związku z tym na naszą krytykę zasługuje fakt, iż w odniesieniu do wytycznych dotyczących zatrudnienia Rada Unii Europejskiej w minionym roku nie wzięła pod uwagę rekomendacji Parlamentu Europejskiego. W imieniu grupy PPE chciałabym wyrazić nadzieję, że taka sytuacja nie powtórzy się w przyszłości. W czasach deficytu demokratycznego nie możemy sobie pozwolić na lekceważenie głosu Europejczyków.

Priorytetem na nadchodzące miesiące pozostaje nadal tworzenie miejsc pracy. Wymaga ono inwestowania w przedsięwzięcia, które ułatwią podejmowanie działalności gospodarczej, a także funkcjonowanie małych i średnich przedsiębiorstw, które w Unii Europejskiej są głównym źródłem zatrudnienia.

Kolejnym wyzwaniem z tym związanym jest usprawnienie przejścia z systemu edukacji na rynek pracy, a to wymaga inwestowania w odpowiednie umiejętności, na które jest zapotrzebowanie. Problem niedostosowania kompetencji do wymogów rynku pracy jest znany od dawna, jednak nadal nie udało nam się na niego w pełni odpowiedzieć. Centrum naszych działań powinna być młodzież, która obecnie znajduje się w wyjątkowo trudnej sytuacji. Nie możemy także zapominać o seniorach, którzy w sytuacji niżu demograficznego są niezbędnym elementem rynku pracy, oraz o budowaniu stabilnego systemu zabezpieczeń społecznych dla pracowników, opartego o staż pracy i wypracowane prawa.

Wszystkie te działania i inwestycje, także wydatki ponoszone przez państwa członkowskie, powinny odbywać się z poszanowaniem dyscypliny budżetowej. To, że dzisiaj Europa wychodzi z kryzysu i parametry ekonomiczne ulegają polepszeniu, zawdzięczamy polityce oszczędności i racjonalizacji wydatków. W tym kontekście chciałabym zwrócić uwagę na dzisiejsze słowa Jeana-Clauda Junckera, który mówił o tym, iż pakt stabilności i wzrostu nie może stać się paktem elastyczności.

(Mówczyni zgodziła się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Victor Negrescu (S&D), *blue-card question.* – We know very well there is an important link between education and employment. Nevertheless, education is not a competence of the European Union. At the same time we heard President Juncker saying today that Europe should be more social. If so, we need more social policies and more policies in terms of education. Would the EPP agree about making education a competence of the European Union?

Danuta Jazłowiecka (PPE), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Nie ma takiej potrzeby, żeby edukacja była kompetencją Unii Europejskiej. Wydaje mi się, że zasada pomocniczości jest najważniejszą zasadą i powinniśmy ją wdrażać w jeszcze większym zakresie w Unii Europejskiej, szczególnie obecnie, z uwagi na krytykę, jaką słyszymy z ust naszych społeczności. Natomiast jedno drugiemu nie przeszkadza. Edukacja wcale nie musi być kompetencją Unii Europejskiej, żeby można ją było realizować dobrze. Realizujemy politykę społeczną w Europie bez tych kompetencji unijnych i realizujemy ją dobrze. Możemy tak samo robić z edukacją.

Javi López, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor Presidente, hoy el Parlamento Europeo tiene el objetivo de persistir. Es lo que estamos haciendo hoy con este informe, después de haber colaborado con nuestra ponente, Laura Agea. Persistir en nuestra opinión y en nuestro criterio sobre las políticas de empleo y señalar, denunciar —en este caso de forma humillante, con una silla vacía—, denunciar que el Consejo es incapaz de escuchar nuestra opinión. La verdad es que agradecemos tener la complicidad de la Comisaria y de la Comisión en este aspecto tan importante. Es muy importante que el año pasado no se escucharan nuestras propuestas, pero que este año se haya continuado sin escuchar el trabajo que hace esta Cámara. Porque, evidentemente, es una falta de respeto institucional y pone en tela de juicio, también, algunos de los mecanismos que tenemos entre instituciones para tomar decisiones.

A lo mejor el Consejo cree que las cosas van muy bien, que el empleo en Europa es muy positivo, que vamos en la buena dirección, que no tenemos problemas y que a lo mejor nuestras opiniones y nuestro criterio son prescindibles. Pero, si miramos los números, hoy tenemos una tasa de desempleo por encima del 10 % en la Unión Europea. Solo hace falta señalar algunas otras zonas del mundo, como los Estados Unidos, con un récord mínimo de desempleo por debajo del 5 %, después de haber pasado la crisis económica. Y tenemos cinco millones de personas más en riesgo de exclusión social.

Tienen que escuchar nuestra opinión: una mejor protección social y unas mayores redes de protección social —que podemos tenerlas—; unas políticas de empleo más activas, que evidentemente requieren de inversión; y, tal y como hemos hecho hasta ahora, ir colocando nuestros indicadores sociales en el Semestre Europeo a la misma altura que los indicadores macroeconómicos. La Comisión ha tomado una decisión muy acertada en este sentido, señalando tres indicadores sociales más. Porque el mercado laboral está cambiando: la precarización, la devaluación interna, la bajada de salarios, la temporalidad y, también, los trabajadores que hoy son pobres son problemas de nuestro mercado laboral que hace falta solucionar.

Amjad Bashir, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, in this report the Committee on Employment and Social Affairs has added a long wish-list to the guidelines to Member States that talks a lot about a high level of employment and decent working conditions. Of course we all want this, everybody does, but the reality is that if we want any of these hopes and dreams to come true, if we want more jobs for our young people, serious labour market reforms are needed to make the workforce more flexible and help businesses to grow.

In the UK, this process began in 2010 with the new Conservative Government and figures released today show that unemployment is now at 4.8%, with three quarters of new jobs in the past year being full-time work. But the main issue I want to raise here is an issue of competence. With this report the European Parliament is trying once again to have more and more say over policies. We firmly believe it should remain a competence of the Member States.

As a group, we have long held the view that the sharing of good practice in this area is a good thing, but adding a long wish-list to what has already been agreed by the Member States is not the right approach. Let us look at what works well and help to share that experience for the good of all Member States, our citizens, and especially for our young people.

Marian Harkin, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, first of all can I thank the rapporteur, Laura Agea, for her constructive and important work on this proposal. This year the Council decided that the 2015 employment guidelines should be maintained for 2016. This means that they could, in fact, ignore the European Parliament twice because last year too our suggestions were effectively ignored. However, the Committee on Employment and Social Affairs, in an effort to ensure that did not happen, came forward with this document under the rapporteurship of Laura Agea. Our message to the Council this evening is we do not expect to be ignored for a second time, and I want to thank the Commission for its support on this matter.

I am pleased to say that many of the ALDE Group priorities were included in this report and these include, first of all, the promotion of entrepreneurship, in particular youth entrepreneurship. This we believe can be achieved by, for example, introducing optional entrepreneurship courses at schools and colleges, and in the creation of student enterprises also. We asked for greater efforts to be made in ensuring a smooth transition from education and training to work, and one of the practical suggestions we put forward is to make it possible for young people to convert several months' unemployment benefit, up front, into a start-up grant.

Some of the other ALDE priorities that are included in the document are supporting the creation and the growth of micro, small and medium enterprises, and one way we can do that is to cut red tape and get rid of unnecessary bureaucracy. ALDE also supports the call for effective investment in high-level and inclusive education and, in particular, for vocational education. Finally, I want to say again that I agree that the rapporteur. Unless the Council takes our views on board, we are wasting our time here but worst of all, European citizens are being badly served.

Νεοκλής Συλικιώτης, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κύριε Πρόεδρε, αγαπητοί συνάδελφοι, κατ' αρχήν να ευχαριστήσω και εγώ την κυρία Laura Agea για την καλή της δουλειά και για την καλή μας συνεργασία. Πέρυσι, το Συμβούλιο δεν έλαβε καθόλου υπόψη την έκθεση του Κοινοβουλίου για τις κατευθυντήριες γραμμές απασχόλησης. Φέτος, ξανασυζητούμε στην ίδια μάταιη διαδικασία, χωρίς την παρουσία του Συμβουλίου. Κατά την άποψή μου, αυτό είναι ακόμα ένα τρανό παράδειγμα του μεγάλου δημοκρατικού ελλείμματος που υπάρχει στην Ένωση. Οι νεοφιλελεύθερες πολιτικές σκληρής λιτότητας και μνημονίων που επιβάλλονται στους λαούς δείχνουν το τελικό πρόσωπο της Ένωσης. Η απορρύθμιση των εργασιακών σχέσεων, η πίεση των μισθών και των εργασιακών δικαιωμάτων προς τα κάτω, η διάλυση του κοινωνικού κράτους και το κοινωνικό ντάμπινγκ επιβάλλονται στους λαούς για να κερδοφορούν οι πολυεθνικές και το μεγάλο κεφάλαιο.

Σίγουρα, οι στόχοι αύξησης της απασχόλησης στο 75% μέχρι το 2020 και η αύξηση του επιπέδου διαβίωσης πάνω από το όριο της φτώχειας για 20 εκατομμύρια συνανθρώπους μας, που επαναβεβαιώνονται στην έκθεση, μας βρίσκουν απόλυτα σύμφωνους. Επίσης, μπορούμε να συμμετέχουμε και σε μια συζήτηση για το ελάχιστο εγγυημένο εισόδημα αν αυτό είναι προς το συμφέρον των εργαζομένων, ιδιαίτερα, των χαμηλών και μεσαίων στρωμάτων. Όμως, παρ' όλες τις καλές αναφορές για τα δικαιώματα των εργαζομένων, δεν μπορούμε να στηρίξουμε αλλαγές στα πλαίσια του Συμφώνου Σταθερότητας και του Ευρωπαϊκού Εξαμήνου. Εμείς επιμένουμε στην κατάργηση αυτών των εργαλείων, τα οποία επιβάλλουν τις αντιλαϊκές πολιτικές φτωχοποίησης και σκληρής λιτότητας. Για αυτό, ως ομάδα GUE/NGL, θα απέχουμε από την ψηφοφορία της έκθεσης για τις κατευθυντήριες γραμμές για την απασχόληση.

Jean Lambert, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I would also like to add the voice of my Group to that of the rapporteur. This attitude on the part of the Council is an ongoing problem and it is not just about timetabling. It is a pity because there are a lot of good ideas in this work this evening.

Our governments are generally short of good ideas. We can see this in the continuing high levels of unemployment in many of our countries – and, indeed, low levels do not always mean everything is perfect. I note that my British colleague totally forgot to mention the number of people who increasingly are on zero-hour contracts and, of course, that is a national competence and nothing to do with the European Union.

It is hardly inclusive growth. They are also failing to tackle discrimination on the labour market, so talent and qualifications are going to waste. But I would also like to point out that we have a clear risk here of forgetting that we have to deal with the challenges of climate change, which figures as a clear goal of the 2020 strategy. I would like to thank our rapporteur and the committee for trying to rectify that in our opinion on the labour market guidelines.

Tim Aker, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, our referendum on 23 June was a very British revolution. As I was watching the results come in, it was the working class areas, it was the traditional Labour areas that were coming in with massive votes to leave the European Union, and it was obvious why. It was obvious before the referendum was even called.

You talk about employment policies, well let us look at the biggest issue that has faced the United Kingdom for several years now: that of uncontrolled, unfettered, mass immigration. Now I do not blame people wanting to get a better life for themselves and their family. If your minimum wage is GBP 1 an hour, and you have the ability to go to a country where the minimum wage is GBP 8 or 9 an hour, you would do that, and I do not blame people for doing that.

The people I do blame are the politicians who forgot that they were public servants. They forgot that they had a responsibility to their constituents, who are their employers. As public servants they have to make sure that they do everything within their power to improve the lot of their employers, and they have not.

It was the Governor of the Bank of England who sealed the deal for the referendum when he said that mass immigration had led to incredible wage compression. Wages had fallen, jobs had stagnated, and why? Because people were coming in, taking a minimum wage that was much above their own wage, but big business cottoned on to this. The government in allowing for in-work benefits meant that big employers did not have to increase wages because the taxpayer will top up the bill.

Fortunately, with our Brexit, we have made sure that we can fix this problem and there is not a day that goes by when I do not thank the British people for giving us our freedom. But I also worry day after day, because those of you here who cling to the euro, who cling to free movement and the unreasonable policies of this Union, you are condemning your futures, your youth, to misery and unemployment. And when you get your referendums, which the people will actually force upon you, you will have to change, or your constituents will change you.

Auke Zijlstra, *namens de ENF-Fractie*. – Volgens de Europese Commissie zijn er twee grote problemen in Nederland. Omdat er te weinig mensen met een vaste aanstelling zijn, zegt de Commissie dat de ontslagbescherming moet worden opgeheven. Dat zal kwetsbare werknemers echter hun baan kosten. En omdat er te veel eenmansbedrijven zijn, vindt de Commissie dat deze tot bedrijfssluiting moeten worden gedwongen met hogere belastingen. Die eenmansbedrijven zijn echter opgezet door mensen die eerst hun baan zijn kwijtgeraakt door de toevloed van goedkope arbeidskrachten uit de Oost-Europese lidstaten en dat is door de Commissie gestimuleerd. Ik heb commissaris Thijssen vragen gesteld over beide punten. Niet alleen deed zij drie maanden over het formuleren van een antwoord, ze blijkt ook een werkloosheid van 7 % heel acceptabel te vinden. Op vervolgvragen van mijn kant van twee maanden geleden heeft ze nog helemaal niet gereageerd.

Voorzitter, de commissaris kan of wil vragen hierover dus blijkbaar niet beantwoorden en ze geeft er blijk van de situatie in Nederland niet te begrijpen. Deze commissaris kunnen we dan ook missen als kiespijn, net als haar aanbevelingen.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, συζητάμε πάλι για πολιτικές απασχόλησης, για μεγάλα σχέδια μέσω των οποίων η μεγάλη πλειοψηφία των ανέργων θα βρει επιτέλους μία αξιοπρεπή εργασία με την οποία θα μπορεί όχι απλά να επιβιώνει αλλά να ζει αξιοπρεπώς με όλη τη σημασία της λέξεως. Όμως, οι ευρωπαϊκοί λαοί έχουν κουραστεί να ακούν συνεχώς ευχολόγια και όμορφα λόγια γιατί, εκτός από τις συζητήσεις μας, βλέπουν και την πρακτική εφαρμογή των πολιτικών της Ένωσης. Γνωρίζετε το αποτέλεσμα: στην Ελλάδα οι πολιτικές λιτότητας και των μνημονίων, με τις ευλογίες της Ευρωπαϊκής Ένωσης, οδήγησαν σε μία οικονομική ύφεση μεγαλύτερη από αυτή του Δευτέρου Παγκοσμίου Πολέμου. Οδήγησαν σε υπερτετραπλασιασμό της ανεργίας, αυτής της ανεργίας την οποία σήμερα εδώ προσπαθούμε να βρούμε τρόπους να καταπολεμήσουμε. Οι πολιτικές που επιβάλλει η Ένωση, οι ιδεολογικές εμμονές και τα συμπλέγματα μεγάλης μερίδας ευρωπαίων πολιτικών οδήγησαν σε αυτό το αποτέλεσμα. Όχι μόνο στην Ελλάδα της οικονομικής κρίσης, αλλά σε όλη την Ευρώπη οι φτωχοί έγιναν φτωχότεροι και οι πλούσιοι πλουσιότεροι. Μία είναι η λύση σε όλα αυτά: παραγωγή. Μόνο όταν επανεκτιμηθεί η παραγωγή σε όλες τις χώρες της Ευρώπης θα μπορέσουμε να καταπολεμήσουμε την ανεργία. Όμως παραγωγή δεν μπορεί να επιτευχθεί με τις πολιτικές της Ένωσης και με τις διάφορες προνομιακές εισαγωγές από τρίτες χώρες που χτυπούν απευθείας τους ευρωπαίους παραγωγούς.

David Casa (PPE). – Nixtieq nibda jiena wkoll billi nirringrazzja lil Laura għax-xogħol kbir illi għamlet biex illum nistgħu nitkellmu fuq dan id-dokument importanti flimkien max-Shadow Rapporteurs kollha. Għax jiena ngħid illi kien hemm sforz komuni fil-kumitat tax-xogħol u l-qasam soċjali biex illum għandna dan id-dokument importanti hafna għaliex fl-ahhar mill-ahhar jitkellem fuq ix-xogħol, ix-xogħol illi naturalment huwa importanti ħafna għal diversi setturi.

U minkejja li qed naraw irkupru ekonomiku, irridu niftakru li dan huwa fraġli ħafna. U rridu ngħidu wkoll li, minkejja illi qiegħda tiżdied ir-rata tal-impjiegi, però għadna lura ħafna, jiġifieri anke f'diversi reġjuni li għandna madwar l-Ewropa.

Jiena niskanta kif iqum jitkellem rappreżentant tal-EFDD, is-Sur Aker, li huwa ferħan illi issa pajjiżu ħa joħroġ mill-Unjoni Ewropea. Ma naħsibx li għandna bżonn nisimgħu lezzjonijiet mingħandu dwar kif se mmexxu minn issa 'l quddiem għaliex naħseb li l-unika preokupazzjoni li għandu jkollu hu issa hi li, mingħajr is-suq intern tal-Unjoni Ewropea, kont qed nistennih jitkellem u jgħidilna dwar kif se joħolqu l-impjiegi fir-Renju Unit, issa li ddeċidew illi joħorġu mill-Unjoni Ewropea.

Imma kif ħa nkomplu mmexxu din l-Ewropa tagħna? Naħseb m'għandna bżonn nieħdu lezzjonijiet mingħand ħadd. Kif qal il-President Juncker dalgħodu, l-Ewropa se tibqa' għaddejja, l-Ewropa se tibqa' miexja, u l-Ewropa għandha quddiemha l-isfidi kif għandhom il-pajjiżi kollha tad-dinja.

Jiena llum jiddispjaċini ħafna wkoll li m'hawnx il-Kunsill preżenti, kif qalet tajjeb Laura u dawk kollha li tkellmu qabli. Nieħu pjaċir però nisma' lill-Kummissarju illi qiegħda tagħmel ħilitha kollha magħna. U jiena naħseb qatt ma rajt, f'dawn it-tnax-il sena illi ili f'dan il-Parlament, Kummissarju illi huwa daqshekk dedikat ma' dan ix-xogħol, ma' dan il-qasam soċjali illi għalina huwa kruċjali.

Hija importanti l-istrateġija li għandna quddiemna tal-2020; huma importanti ħafna miżuri oħra li aħna adottajna u li għad irridu nadottaw fil-futur. U allura ma naqtgħux qalbna, inkomplu mexjin, u grazzi, sabiex ilkoll flimkien nimxu biex nagħmlu din l-Ewropa aħjar milli hi llum.

Jutta Steinruck (S&D). – Herr Präsident! Auch ich danke der Berichterstatterin und den Schattenberichterstattern für die wirklich gute Arbeit, und auch der Kommission. Deutlich ist, dass wir hier im Parlament geeinigt sind, dass wir uns gemeinsam Gedanken gemacht haben, wie die Arbeitsmarktpolitiken in den Mitgliedstaaten positiv beeinflusst werden können.

Wir haben große Probleme. Die können nicht in Sonntagsreden gelöst werden, sondern da müssen alle an einem Strang ziehen. Wenn es um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geht, um die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, dann muss das Priorität für uns sein, aber auch für jeden einzelnen Mitgliedstaat. Und dafür brauchen wir konkrete Maßnahmen im beschäftigungs- und im sozialpolitischen Bereich.

Wir brauchen auch Hilfen für Menschen, die grenzüberschreitend leben und arbeiten. Die Übertragbarkeit von Rentenansprüchen, von Sozialansprüchen muss gewährleistet werden. Da müssen wir in Europa auch besser werden. Das sind Dinge, die erleben wir auch in unserer täglichen Arbeit.

Auch das Thema Bildung ist schon angesprochen worden. Wir gewinnen den Kampf um die Wettbewerbsfähigkeit in dieser Welt nur, wenn wir die besten Köpfe haben. Das heißt, bei Investitionen in Bildung, in Aus- und Weiterbildung, für die Zukunft des Standortes Europa müssen wir an einem Strang ziehen.

Und wir brauchen Mindestlöhne und Sozialstandards. Wir haben es heute Morgen in der Rede des Kommissionspräsidenten gehört: Da müssen wir besser werden, und da müssen die Mitgliedstaaten ihre Hausaufgaben machen. Deswegen erwarten wir auch, dass die Mitgliedstaaten uns zuhören.

Es sind die konkreten Dinge, die die Menschen hier in Europa fühlen. Da, wo sie Probleme haben, erwarten sie konkrete Lösungen. Da müssen alle mitmachen. Da sollte der Rat in Zukunft wirklich auf das Parlament hören. Wir haben gute Ideen. Es sind keine Wunschlisten, die wir hier haben, sondern ganz konkrete Vorschläge, wie wir die Situation in Europa so machen können, dass es eben keinen Vertrauensverlust gibt, sondern dass Europa als das empfunden wird, was wir hier im Parlament versuchen zu machen: ein Europa der Menschen und ein soziales Europa.

Czesław Hoc (ECR). – Panie Przewodniczący! W polityce zatrudnienia naczelną wartością musi być człowiek, pracownik. Zatem należy zastosować takie metody i środki, które zapewniają optymalne, sprawiedliwe oraz humanitarne gospodarowanie kapitałem ludzkim. By tak się stało, należy, między innymi, promować i realnie zachęcać bezrobotnych do powrotu do pracy oraz tworzyć nowe miejsca pracy dla osób młodych. Musimy pamiętać, że w dwudziestu ośmiu krajach Unii Europejskiej bez pracy pozostaje 23 mln osób, a wśród osób poniżej dwudziestego piątego roku życia 4 610 000 to osoby bezrobotne. Musimy tworzyć równe szanse w zatrudnieniu, w tym dla osób niepełnosprawnych, kobiet, młodocianych itp. Musimy wesprzeć przedsiębiorczość, wręcz wykreować modę na przedsiębiorczość, przeciwdziałać wykluczeniu społecznemu, tworzyć przyjazny model adaptacji dla pracowników i pracodawców. Obecny dokument nie wyczerpuje wszystkich znamion dobrej praktyki zatrudnienia, a ponadto zbytnio ingeruje w kompetencje państw członkowskich.

Enrique Calvet Chambon (ALDE). – Señor Presidente, gracias, señora Comisaria.

Por favor, señora Comisaria, por favor, Comisión, sean ambiciosos y céntrense en el problema del paro, porque no hay triple A social por definir. No la hay si no hay una situación de cuasi pleno empleo. Es la necesidad fundamental.

No hay una sociedad que rompa las desigualdades si no hay una sociedad de pleno empleo, porque el paro es un factor de desigualdad brutal. Por favor, hagan caso a las ideas y a las propuestas que propone la señora Agea. Hay trabajo que hacer. Que no sea para ustedes una rutina marginal. No nos vuelvan a presentar lo mismo cada año, como si nada hubiera pasado en un año. Un año más de paro intolerable en zonas europeas es mucho más dramático.

Beatrix von Storch (EFDD). – Herr Präsident! Beschäftigungspolitik muss Aufgabe der nationalen Parlamente bleiben. Wir haben in der EU Arbeitslosenquoten zwischen 4 % und 24 %. Die EU funktioniert nicht als Schablone. Eine einheitliche EU-Beschäftigungspolitik muss scheitern. Was richtig für Rumänien ist, mag Schweden schaden, und was gut für Griechenland ist, das mag für Frankreich falsch sein.

Die Menschen mögen diesen Einheitsbrei nicht mehr, der ihnen serviert wird und den wir hier ständig zusammenrühren. Der britische Magen ist besonders empfindlich, aber den Polen und den Ungarn und auch den Tschechen und Slowaken ist schon ganz schlecht, und auch den Österreichern und Ungarn ist langsam übel. Sie sind schon ganz grün im Gesicht.

Der Brei ist falsch gerührt, und wenn wir die Menschen immer weiter zwingen, diesen Brei zu essen, dann werden die Menschen Ihnen diesen Brei eines Tages vor die Füße …. legen. Das ist schade um den Brei, denn das Rezept war mal gut.

Udo Voigt (NI). – Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Folgt man dem hier zur Diskussion stehenden Bericht, dann sind diese Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen von vornherein eine Totgeburt – besser gesagt: eine Missgeburt. Sie weisen nämlich an derselben bedeutenden Stelle einen fundamentalen Konstruktionsfehler auf, der die Politik der EU auch in so vielen anderen Politikbereichen wie ein böser Schatten begleitet. Solange sich europäische sogenannte Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen nicht ausdrücklich zu einer Politik des Zuwanderungsstopps, eines effizienten Grenzmanagements und eines wirksamen Schutzes vor illegaler Migration bekennen, müssen zwangsläufig alle weiteren arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, so gut sie auch gemeint sein mögen, wirkungslos verpuffen.

Wir haben über das Problem bereits gestern im Zusammenhang mit dem Sozialdumping gesprochen. Ein solches Dumping ist doch nur möglich, weil bislang der Zustrom billiger Arbeitskräfte aus aller Welt in die europäischen Arbeitsmärkte nicht einmal im Ansatz unterbunden wird, was den Preis für Arbeit gemäß den Grundsätzen von Angebot und Nachfrage zwangsläufig in den Keller treibt.

Dieses Hauptproblem wird in Ihrem Bericht mit keiner Silbe angesprochen. Stattdessen ist dort vom Ausbau eines qualifizierten Arbeitskräftepotenzials, von der Förderung der Arbeitsplatzqualität, von lebenslangem Lernen und einer allgemeinen Verbesserung der Leistungsfähigkeit die Rede. Aber wie soll das unter solchen Bedingungen gehen?

Sofia Ribeiro (PPE). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, bem-vinda novamente a esta Casa nesta sessão de trabalho.

Um dos erros comuns na construção das políticas numa determinada matéria reside na tendência para isolarmos essa mesma matéria.

No caso específico do emprego, temos razões acrescidas para tratarmos a questão de uma forma global, pois está intimamente relacionado com o desenvolvimento económico, com as competências das pessoas, com as potencialidades das empresas e com as necessidades do mercado, entre outras.

Ora, para que as orientações europeias para as políticas de emprego dos Estados-Membros sejam eficazes, têm de ser adequadas às realidades e aos objetivos comuns da União, mas também às especificidades de cada Estado-Membro. É por isso que defendo que devem ser articuladas, de forma equilibrada, com as recomendações específicas por país decorrentes do processo do Semestre Europeu.

Chamo a atenção para o facto de que, no relatório deste ano sobre os aspetos sociais e do emprego do Semestre Europeu, do qual fui relatora, introduzimos uma grande inovação, aumentando a sua dimensão social. Incluímos três indicadores de emprego no procedimento relativo aos desequilíbrios macroeconómicos, nomeadamente a taxa da atividade, o emprego jovem e o desemprego de longa duração, e apelámos à realização de análises aprofundadas com base nesses indicadores, tendo em conta a proposta e a aplicação de novas reformas nos domínios económico, social e do mercado de trabalho.

Para o Parlamento, as recomendações específicas por país deverão ter em conta não só os indicadores económicos, mas também, se for caso disso, os indicadores de emprego. Se não fizermos esta articulação, as políticas de emprego são vazias, porque desconexas da realidade.

Marju Lauristin (S&D). – Lugupeetud volinik Thyssen! Mul on väga hea meel, et olete täna meiega, sest teie tegelete samuti Euroopa oskuste arendamise strateegiaga. Tööturu ja oskuste arendamise ning hariduse seos on Euroopa Parlamendi soovitustes üks kõige olulisemaid punkte, mida oleme väga rõhutanud.

Sotsiaalteadlasena tahaksin esile tuua veel ühe aspekti. Digitaalpöördes, mille ees me seisame, hakkab juba tekkima uus rühm, kellele peab tähelepanu pöörama. Need on üle 45-aastased, kes ei ole enam väga noored, aga ka mitte väga vanad. Uuringud näitavad, et nende digitaaloskused langevad järsult, võrreldes alla 30- ja veidi üle 30-aastastega. Siin on ümberõpe eriti tähtis. Minu enda riigis, Eestis, on tööministeerium alustanud ennetava ümberõppe programmi, et anda nendele töötajatele, kelle eriala on praegu digitaalrevolutsiooni tõttu kadumise ohus, võimalus valmistuda juba aegsasti, et minna ajaga kaasa ja leida uusi oskusi. Loodetavasti lisatakse see aspekt soovitustesse, millega praegu töötame.

Tahan samuti öelda, et mul on väga piinlik, et eesistujamaa ei ole kohal. Loodan, et Eesti eesistumise ajal selliseid asju ei juhtu.

Joachim Starbatty (ECR). – Herr Präsident! Herr Manfred Weber, der Vorsitzende der EVP-Fraktion, hat heute Morgen gesagt: Europa steht für Wachstum, für Nachhaltigkeit, für Beschäftigung. In Wirklichkeit ist es anders: Europa, die Europäische Union, insbesondere die Eurozone, ist der kranke Mann der Weltwirtschaft. Wir haben kein Wachstum; in einigen Ländern schon. Die Beschäftigung ist runtergegangen. Wir haben keine Investitionen im Vergleich zum Jahr 2007.

Woran liegt das? Wir machen immer wieder dasselbe: Wir formulieren Leitlinien und legen Fonds auf, aus denen Geld fließt. Fonds sind nichts anderes als Umverteilung. Mir hat noch niemand erklärt, wie durch Umverteilung Arbeitsplätze geschaffen werden. Vielleicht haben wir jetzt in der Kommission mehr Beamte, das mag ja sein. Aber es ist ein Irrglaube anzunehmen, dass durch die Auflegung von Fonds mehr Arbeit entsteht. Arbeit entsteht im Markt selbst. Daher müssen wir die Marktbedingungen ändern. Und was uns wirklich nach vorne bringt, ist TTIP und CETA. Eine Atmosphäre des Wettbewerbs – das ist wichtig für die Schaffung von Arbeitsplätzen!

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, είναι αποκαλυπτικές οι διαπιστώσεις της έκθεσης για την απασχόληση. Η διατήρηση της ανεργίας σε ανησυχητικά επίπεδα και αύξησή της όπως, άλλωστε, ομολόγησε το πρωί ο κύριος Γιούνγκερ. Αντί για μείωση, όπως ήταν στόχος, των σύμφωνα με τα επίσημα στοιχεία φτωχών, σημειώθηκε αύξηση κατά 5 εκατομμύρια. Το ένα τέταρτο του πληθυσμού της Ένωσης, 120 εκατομμύρια άνθρωποι, απειλούνται άμεσα από τη φτώχεια, ενώ ένα στα τέσσερα παιδιά εγκαταλείπουν το σχολείο. Αντί οι συνθήκες εργασίας να συγκλίνουν προς τα πάνω συγκλίνουν παντού προς τα κάτω. Τι προτείνει η έκθεση; Το βλέπουμε και στην Ελλάδα, όπου η αξιολόγηση του τρίτου αριστερού μνημονίου θα φέρει και νέα μείωση μισθών και στον ιδιωτικό τομέα, υπονομεύοντας συλλογικές συμβάσεις, και συνδέοντας τον μισθό με την παραγωγικότητα, όπως λέει και το Ευρωπαϊκό Κοινωνικό Πρότυπο.

Ήδη το επίδομα ανεργίας αντί για τους ανέργους δίνεται σε ζεστό χρήμα στους εργοδότες. Άλλωστε την ανεργία την αξιοποιείτε για να δώσετε περισσότερα στο κεφάλαιο. Προτείνετε μείωση φορολογίας της εργοδοσίας, και τους φόρους ποιος θα τους πληρώσει; Ο λαός! Προτείνετε ενεργό γήρανση, δηλαδή, δουλειά μέχρι τον θάνατο; Προτείνετε - άκουσον, άκουσον - εν έτει 2016, ύψος της σύνταξης στο όριο της φτώχειας ενώ για τους νέους γενίκευση της ευελιξίας εργασίας, κινητικότητα, δηλαδή μετανάστευση. Τέλος, ελάχιστο εγγυημένο εισόδημα που δεν είναι κοινωνική ευαισθησία, αλλά πίεση όλων των μισθών προς τα κάτω. Δεν μπορείτε να εξηγήσετε, όχι γιατί δεν πιάσατε τους στόχους, αλλά το κύριο: γιατί όταν παράγεται τόσος πλούτος διευρύνεται τόσο πολύ η φτώχεια; Μα γιατί η εργασία εκατομμυρίων πηγαίνει στις τσέπες μόνο ελάχιστων πλουσίων, όλο και λιγότερων. Μόνο μια σχεδιασμένη οικονομία στη βάση ικανοποίησης των λαϊκών αναγκών και όλων των δυνατοτήτων μπορεί να δώσει λύση. Αυτό εναπόκειται στην πάλη των λαών και την ανατροπή αυτού του συστήματος.

Ádám Kósa (PPE). – Kedves Kollégák! Számos előremutató ajánlás található a jelentéstervezetben. Ilyen például az állami beruházások iránti elkötelezettség erősítése, illetve a kiegyensúlyozott foglalkoztatáspolitikai iránymutatásokra való törekvés a tagállamok irányába. Fontosak a célok is. Különösen azokon a területeken, ahol Magyarország az utóbbi időben jelentősen előrelépett. Ilyen például az aktivitási ráta növekedése, ami 2010 óta már megháromszorozódott, sokkal jobban, nagyobb ütemben növekedett, mint például Olaszországban. Vagy az ifjúsági munkanélküliség kérdése, ahol a tagállamok között hatalmas különbségek vannak. Személy szerint a munkából való megélhetésben hiszek. Ezért én korainak tartom az általános minimumjövedelem bevezetését. A szegénység elleni küzdelemben más eszközökre is szükség van, mint például a rezsi csökkentésére vagy különböző adókedvezményekkel összekötött foglalkoztatási támogatásokra.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – Ačiū, pone Pirmininke ir ačiū pranešėjai Laurai Agio už darbą. Pone Komisijos nary, mieli kolegos, iš tikrųjų mes turime pagaliau pažvelgti realybei į akis, kaip gyvena mūsų žmonės, mūsų Europos Sąjungos piliečiai. Ir žiūrėk, žmonių, kuriems gresia skurdas ir atskirtis, skaičius užuot sumažėjęs dvidešimt milijonų, kaip mes ambicingai įsipareigojome, padidėjo keliais milijonais. Užimto lygis kai kuriose šalyse dar nepakilo iki prieš krizę buvusio lygio. Kai kuriose šalyse narėse jaunų žmonių, kurie nedirba nesimoko ir nedalyvauja mokymuose, dalis didesnė nei dvidešimt procentų, o mokyklos nebaigusių žmonių – dvidešimt trys procentai. Jau nebekalbu apie vaikus, gyvenančius skurde. Ir šiame kontekste iš tikrųjų yra labai sunku suvokti, kodėl Taryba ignoruoja Europos Parlamento teikiamus siūlymus dėl valstybių narių užimtumo politikos gairių. Gal mano, kad gali dirbti viena, deja – ne. Gyvenimas ir rezultatai tikrai prasti, rodo ką kitą. Todėl aš labai kviečiu, kad mes dirbtume visi kartu – ir Taryba, ir Komisija, ir Europos Parlamentas, nes tik tokiu būdu mes galime pasiekti konkrečių rezultatų gerinant mūsų žmonių gyvenimą ir steigiant kokybiškas darbo vietas. Ačiū!

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, borba protiv nezaposlenosti posebno je važan dio sveukupnih gospodarskih napora država članica, jer ne postoji važniji cilj od omogućavanja da svi članovi zajednice koji su sposobni i voljni raditi mogu preživjeti od svoga rada i hraniti svoje obitelji. Da bismo postigli veći stupanj zaposlenosti moramo bolje uskladiti obrazovni sustav s potrebama tržišta rada i od najranijih dana poticati djecu i mlade na kreativnost i poduzetništvo.

U državama kao što je Hrvatska mnogi su ljudi koji imaju vještine, znanje i ideje obeshrabreni u ulasku u poduzetničke pothvate zbog visokih nameta i administrativnog tereta i to je nešto što se pod hitno mora promijeniti.

Žao mi je što i ovo izvješće ulazi u privatnu sferu građana i pokazuje želju za reguliranjem raspodijele obiteljskih obveza. Politika se u obiteljske odnose ne smije miješati i takvo što nikada neću podržati.

Anne Sander (PPE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, le Parlement européen votera demain pour revoir les lignes directrices adoptées en 2015, afin de trouver des solutions pour stimuler l'emploi, améliorer les qualifications, développer les compétences et combattre la pauvreté. Malheureusement, les États membres font peu de cas de ces lignes directrices, qu'ils adoptent pourtant eux-mêmes, et encore moins de l'avis du Parlement européen. On voit maintenant le résultat, nous avons toujours 21 millions de chômeurs en Europe.

Je m'adresse donc aujourd'hui, moins à vous, Madame la Commissaire, qui faites un travail remarquable, il faut le souligner, qu'aux membres du Conseil pour leur demander s'ils comptent enfin appliquer ces lignes directrices. Je voudrais les interroger précisément sur trois points.

Premièrement, qu'ont-ils fait pour baisser drastiquement les charges qui pèsent sur les salaires et pour faciliter les embauches par les entreprises?

Deuxièmement, l'Europe leur a donné six milliards d'euros pour aider les jeunes sans emploi et sans qualification à trouver un travail, un stage ou une formation. Ces fonds ont-ils été utilisés efficacement?

Enfin, ont-ils mis en place les formations nécessaires pour faire face aux révolutions numériques et énergétiques qui vont profondément changer le marché du travail et les emplois?

Georgi Pirinski (S&D). – Mr President, as enshrined in the Treaties of the European Union, the overarching objective of the internal market is to achieve full employment and social progress, that is, a decent job for each and every European citizen no matter which part of the Union he may belong to. This year, Parliament is once again calling on the Council to revise the guidelines addressing the necessary policies to achieve this fundamental contract with citizens to ensure an inclusive integrated labour market, decent working conditions and wages for an adequate living income by way of collective bargaining. Yet the Council has consistently chosen to ignore this pivotal request of Parliament, thus failing to live up to one of its basic responsibilities under Union law. Will the Council this time break with this irresponsible practice and undertake Parliament's proposals, or not? I would like to turn to you, Madam Commissioner, joining the previous speaker and beg you to convey this message to the Council since they do not seem to find anything of interest to be here tonight.

Jérôme Lavrilleux (PPE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chère Marianne Thyssen, Madame la rapporteure, chers collègues, selon Eurostat, l'Union européenne compte deux millions de chômeurs en moins en mars 2016 qu'en mars 2015. Nous pouvons donc enfin dire que nous sommes sur la bonne voie. Cependant, nous sommes encore loin d'atteindre nos objectifs et de très grandes disparités persistent entre les États membres et les différentes générations.

Je tiens à souligner et à mettre en valeur ce que ce rapport apporte aux lignes directrices pour les politiques d'emploi dans les États membres.

Parlons avant tout de la formation, qui est la véritable racine du monde du travail. Cessons d'opposer le système éducatif et l'entreprise. Dès le plus jeune âge, créons de vrais échanges et de vraies passerelles entre les deux, notamment à travers les stages et l'apprentissage. Donnons à notre jeunesse le goût d'entreprendre, arrêtons également d'investir dans des formations et des secteurs professionnels qui appartiennent au passé. Développons la formation tout au long de la vie, car dans un monde qui bouge, un grand nombre de carrières professionnelles appellent à une pluriformation.

Tout en respectant nos normes sociales, il est impératif de réduire les formalités administratives à tous les niveaux et dans tous les secteurs.

Bien sûr, comment ne pas aborder la question de la fiscalité. Aujourd'hui celle-ci pèse trop sur le travail, faisons ensemble le choix d'une fiscalité moins préjudiciable pour l'emploi et la croissance. Je terminerai par rappeler aux États membres la nécessité de mieux utiliser les moyens du Fonds social européen mis à leur disposition.

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, come molti colleghi sono costretto ad evidenziare un profondo senso di insoddisfazione del Parlamento europeo verso il comportamento degli Stati membri.

Il trattato di Lisbona introduce un meccanismo che deve servire per il coordinamento delle politiche che regolano il funzionamento del mercato del lavoro europeo. Le indicazioni da noi ripresentate migliorano la qualità di questa sinergia e ne rafforzano il contenuto con delle proposte ambiziose ma ampiamente condivise in questo Emiciclo, miranti a creare un mercato del lavoro europeo più coeso e integrato, riducendo i livelli di disoccupazione ed esclusione sociale, assicurando condizioni lavorative dignitose e introducendo una proposta per uno schema di reddito minimo garantito.

La mentalità di breve termine del Consiglio deve essere abbandonata, sostenendo con più metodo comunitario l'Europa sociale, una delle dimensioni assolutamente da rafforzare per poter rilanciare il processo di integrazione europeo.

Deirdre Clune (PPE). – Mr President, I would like thank the rapporteur for the work that has been done in bringing us to this point. There has been a lot of discussion and a lot of agreement. We all, of course, want to see full employment, we want to see quality employment and, naturally, we want to see workers treated with respect and valued for the contribution that they make to their particular employment.

We have seen much social progress in the European Union since its establishment. I see it completely where I come from in Ireland, and I continually outline the benefits that have come, following our membership of the European Union, to those who are in employment. We also need to see that workers are respected and given adequate rest time and holiday time. Maternity leave has been very important. We are in the process of reviewing that now, and it is extremely important for females to keep them in the workforce. The whole issue of paternity leave is also very important and needs to be addressed. I am glad that we are moving somewhat in that area.

With such high levels of unemployment among our young people, this is one of the tragedies of our generation. I really welcome the work that the Commissioner is doing in this area in continuing to support the Youth Guarantee and ensuring that young people are given proper employment and support in gaining the necessary skills required in today's workplaces. This has been a very positive development and one of the real shining lights of the previous Parliament and this Parliament. I thank the Commissioner for her work in this area.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *blue-card question*. – Ms Clune, yes, you mentioned the social progress that was achieved and I truly agree with you. At the same time, you know, considering the ignorance of the Commission's and the Council's position on employment policies, would you not agree that it is against the spirit of the Treaties and the spirit of good cooperation between the EU institutions, and that we, the European Parliament, should take a strong position on this situation?

Deirdre Clune (PPE), *blue-card answer*. – Absolutely, and thank you for your question: Parliament should take a strong position on this situation. We do want to see that workers across Europe are given due recognition and are provided with the necessary support in the workplace that gives them the respect that they deserve. So I think the position Parliament is taking and the discussion we are having here really do underline our commitment to the workers of Europe.

Enrico Gasbarra (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio anch'io, non per forma ma nella sostanza, la relatrice Laura Agea, che ha elaborato insieme ai colleghi una relazione che traccia in modo preciso la difficile situazione occupazionale ed economica in cui versa l'Europa, delineando le criticità ma indicando, nel contempo, percorsi, proposte e nuove priorità.

Questa relazione non solo rivendica il legittimo ruolo del Parlamento, ma ribadisce in modo molto chiaro che le misure ordinarie sono insufficienti, che è tempo di integrare in modo concreto e ambizioso i *target* occupazionali e sociali all'interno delle procedure macroeconomiche, che è tempo di inserire forme adeguate di protezione contro i fenomeni del dumping sociale, come dimostrato dai recenti episodi che hanno colpito molti lavoratori e imprese.

Lo scorso anno il Consiglio non ha tenuto conto delle indicazioni del Parlamento e quest'anno non depone bene, perché addirittura non è presente. Mi appello alla signora Commissaria, che ringrazio per la sua presenza, affinché raccolga le linee e le indicazioni di questa relazione, così come mi auguro, cari colleghi, che il Parlamento, quando elaborerà nei prossimi giorni la proposta di riforma del diritto societario, tenga conto di questa relazione, perché anche attraverso questo il Parlamento può incidere sulle politiche sociali, economiche e occupazionali.

Intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»)

Victor Negrescu (S&D). – Domnule președinte, într-adevăr, cum am spus și mai devreme, vorbim de piața muncii, vorbim de politicile sociale. Inclusiv astăzi, președintele Juncker a menționat aceste lucruri. Dar nu putem să vorbim de politici sociale, de politici în domeniul muncii, fără ca, într-adevăr, să avem un rol în ceea ce înseamnă implementarea acestor politici la nivel național. Atitudinea Consiliului, modul în care ne tratează și modul în care statele membre, guvernele de astăzi, refuză implementarea unor măsuri comune, demonstrează că suntem departe în a găsi soluțiile la aceste probleme cu adevărat importante. Cred că este important ca, împreună cu Comisia, să lucrăm la metodele prin care, într-adevăr, tot ce înseamnă partea de șomaj, partea de piața muncii, să fie soluționate. Pentru acest lucru avem nevoie de un efort comun, care trebuie să meargă mai departe de agenda europeană pentru competențe, trebuie să meargă mai departe în sensul unei promovări directe cu cetățenii, a unei atitudini coerente și introducerea competențelor

sociale la nivelul Uniunii Europene.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο έχει θέσει κάποιες κατευθυντήριες γραμμές για τις πολιτικές απασχόλησης των κρατών μελών της Ένωσης, στα πλαίσια της στρατηγικής Ευρώπη 2020, με στόχο - υποτίθεται - την έξυπνη βιώσιμη και χωρίς περιορισμούς ανάπτυξη. Σε μια περίοδο, όμως, όπου η Ευρωπαϊκή Ένωση επιβάλλει πολιτικές λιτότητας και βίαιης δημοσιονομικής προσαρμογής στις χώρες του ευρωπαϊκού Νότου, αυτές οι κατευθυντήριες γραμμές μετατρέπονται σε έργα κενό γράμμα. Τα κράτη μέλη της Ένωσης όχι μόνο δεν έχουν επωφεληθεί από την υποτιθέμενη στήριξη της στρατηγικής «Ευρώπη 2020» αλλά, αντίθετα, σε όλη την Ευρώπη έχουν δημιουργηθεί στρατιές ανέργων. Έχουν θεμελιωθεί κοινωνικές ανισότητες και καθημερινά όλο και περισσότεροι πολίτες οδηγούνται στη φτώχεια. Επομένως, η μέχρι στιγμής εξέλιξη της απασχόλησης στην Ευρώπη δείχνει ότι οι κατευθυντήριες γραμμές των πολιτικών απασχόλησης δεν πρόκειται να φέρουν τα επιθυμητά αποτελέσματα, όσο τα κράτη μέλη παραμένουν προσκολλημένα στις σκληρές πολιτικές λιτότητας που, όπως έχει αποδειχθεί στην Ελλάδα στην Ισπανία και στην Πορτογαλία, έχουν δημιουργήσει φτώχεια και ανεργία.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señor Presidente, señora Comisaria, quiero proponer una reflexión para mejorar el resultado de estas directrices de coordinación de la política europea de empleo. La economía europea es muy diversa, y esa variedad de tejidos productivos no coincide forzosamente con los mapas de los Estados miembros. Si para la innovación, funciona la especialización inteligente, para promover el empleo debe funcionar el mismo principio, porque no deben aplicarse las mismas las políticas en zonas industriales que en regiones agrarias o en lugares en los que predomina el sector de servicios. Además, parte de los instrumentos institucionales que son determinantes para mejorar la empleabilidad, por ejemplo la educación, los gestionan las regiones.

Por estas razones de organización y funcionales, insisto en que definamos estándares europeos que garanticen los mínimos que debe reunir el mercado de trabajo en toda la Unión y en que categoricemos las políticas de empleo para ajustarlas mejor a las necesidades de cada economía. Eso requiere dar más participación a las regiones para que se impliquen en el diseño y en la ejecución con más proximidad y, en consecuencia, con más posibilidades de éxito que hoy.

¿Qué le parece, señora Comisaria, esta propuesta? Espero su opinión.

(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))

Marianne Thyssen, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank the honourable Members for this debate. As we all know, having a job or not having a job really makes the difference for many people in feeling part of the 'ins' or the 'outs'. It is very important for society and for the economy, but also for individuals, to have employment. It is also important to have a good, and also a stable, policy framework for reforms in the employment and social fields. This is particularly relevant with regard to the implementation of the country-specific recommendations.

As you stressed in your report this year, as well as last year, qualitative and social considerations must find their place throughout the employment guidelines. Your report is very ambitious and allows for an enriched reading of the text that is on the table. I hope that you will continue to support it since many of your recommendations are already covered not only in the employment guidelines but also in the Annual Growth Survey (AGS) and, more broadly, in the European Semester.

I welcome the honest debate we had today and I am confident that we will have other opportunities to continue this exchange. We are looking forward to your feedback and input through all channels, either in the committees or in the plenary. The Commission always values your opinions and we try to reflect them in our proposals.

Some Members of this House made reference to President Juncker's assertion, in his speech this morning on the State of the Union, that Europe needs to be more social. Others said that we have to work on this together. I could not agree more. We are convinced – and I hope that you share this conviction with me – that the economic strengthening of the Union goes hand in hand with social policy, with the aim of improving people's lives. This is the core of the European social model and a vital component of our social market economy.

What Europe needs is fair and balanced growth leading to the creation of jobs – decent jobs and quality jobs – as well as opportunities and protection for everyone throughout their lives. May I remind you that this Commission has already taken many concrete steps to make sure that we deserve a triple-A rating in social affairs. We have the European Semester, in which we have deepened the analysis of employment and social performance, including by adding three employment indicators to the scoreboard under the alert mechanism report underpinning the macroeconomic imbalance procedures. We have strengthened the role of the social partners at European and at national level. We have proposed recommendations to the Member States on the reintegration of the long-term unemployed into the labour market. You supported this and I thank you again for that. We proposed – and you quickly accepted – the increase in pre-financing for the Youth Employment Initiative. I can announce to you that today we have decided, with the Commission, to adopt the proposal to add EUR 1 billion extra to the Youth Employment Initiative: EUR 1 billion that has to be matched by EUR 1 billion extra out of European Social Fund (ESF) money. This is to reinforce the Youth Guarantee strategy and to make it possible for Member States really to roll this out.

We have also proposed the European Accessibility Act, currently under discussion in this House, which will help many disabled people to have more choices and to have better access to the labour market.

We have the newly established European Platform – Mr Pirinski is still here – which will also help to combat undeclared work and change it into declared work and, by doing this, create better working conditions for people. We have the new EURES regulation which will make it easier for jobseekers to widen their job search into other Member States. We have also launched a New Start initiative, the new work-life balance initiative, together with Commissioner Jourová, which aims to address the challenges of work-life balance and to remove barriers to women's participation in the labour market. Many of you, of course, made reference to the need for skills development, and we have also launched the Skills Agenda. We proposed some initiatives on 10 June 2016 and we will come forward with others soon. This is, of course, one of the most important initiatives on the Commission's work programme of this year and will directly contribute to our promise to deliver on jobs, growth and fairness.

We have better protection of occupational safety and health, and the Carcinogens and Mutagens Directive to which we have proposed amendments, and we will come forward with another batch of amendments.

Last, but of course not least, we launched the broad consultation on the European pillar of social rights which, as you know, will entail the development of a reference framework that helps us to screen the social – and also employment – policy of the Member States and of the European Union.

So a lot has been done and, of course, a lot still has to be done. Whether we have concrete results for our citizens – and you are right to say that we need concrete results – will also depend on us and whether we are capable of working together. If the social partners, Parliament, the Council of Ministers and the Commission all work together, we have the best possible chance of achieving those results. This is what people rightly expect from us, so I can only call on you to continue to work together in a constructive way. This debate was part of that and I thank you very much for it.

Laura Agea, *relatrice*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio tutti i colleghi e i relatori che hanno collaborato con me e che hanno sostenuto l'impegno di voler ripresentare gli orientamenti al Consiglio. Ringrazio la Commissaria Thyssen, che ha avuto rispetto per questo Parlamento, come lo ha da sempre, partecipando, ascoltando e mettendosi in una posizione d'ascolto, cosa che il Consiglio ci ha negato.

Il mondo si cambia con l'esempio e non con le parole. Io credo che in questo testo, da due anni, diciamo delle belle cose, belle parole. Il compito di far diventare quelle parole degli atti concreti e veramente efficaci adesso spetta a lei, Commissaria, e a lei Commissaria insieme al Consiglio. Gli Stati membri devono attivarsi in maniera efficace e immediata per dare sollievo ai 120 milioni di cittadini che oggi vivono al di sotto della soglia di povertà, ma anche per dare una qualità di vita migliore a tutte le persone dell'Unione europea, dimostrando che quest'Unione europea ha un senso.

Noi oggi ricostruiamo o proviamo a ricostruire l'Europa, ma la stiamo ricostruendo sulle sue macerie e questo è evidente e innegabile. Abbiamo un impegno, un compito fondamentale. È vero, bisogna essere uniti e consapevoli, però bisogna anche mettersi nella condizione di rimboccarsi le maniche, avere coraggio, guardare in faccia la realtà e decidere che quello che dobbiamo fare lo dovevamo aver fatto ieri, non lo abbiamo fatto, lo cominciamo a fare adesso con un impegno preciso.

Si prenda la responsabilità di trovare un unico punto di quelle raccomandazioni e dica al Consiglio che quel punto lo deve implementare da qui a sei mesi, perché abbiamo bisogno di vedere gesti concreti che cambino la realtà.

El Presidente. – Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar mañana.

18. Anwendung der Richtlinie über Postdienste (Aussprache)

El Presidente. – El punto siguiente en el orden del día es el debate sobre el informe de Markus Ferber, en nombre de la Comisión de Transportes y Turismo, sobre la aplicación de la Directiva sobre servicios postales (2016/2010(INI)) (A8-0254/2016).

Markus Ferber, *Berichterstatter.* – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Postdienste in Europa leisten einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt in der Europäischen Union. Als ich im Jahr 2007 die Richtlinie – die dritte Postrichtlinie – hier im Hause verhandeln durfte, war es uns ein großes Anliegen, dass wir diesen territorialen Zusammenhalt und den wirtschaftlichen Zusammenhalt miteinander gut erreichen.

Damals hatten wir Postdienste, die sich in einer guten Richtung entwickelt haben. Wir hatten grenzüberschreitenden Wettbewerb, wir hatten innerhalb der Mitgliedstaaten neue Dienstleister, die sich entwickelt hatten, neue Anbieter sind auf den Markt gekommen, das Angebot hat sich verbreitert – es ging alles in eine gute Richtung. Natürlich hat sich durch die Digitalisierung der Kommunikation im 21. Jahrhundert auch einiges tiefgreifend verändert. Das darf man nicht außer Acht lassen. Aber wir müssen natürlich auch feststellen, dass die Postdienste, die noch vor zehn Jahren sehr aktiv auf dem europäischen Markt unterwegs waren, sich wieder in ihre Heimatstaaten zurückgezogen haben. Das ist eigentlich eine Entwicklung, die wir nicht erreichen wollten. Wir wollten eigentlich mehr Wettbewerb auf europäischer Ebene erreichen.

Lassen Sie mich hier ein Zitat von Voltaire zum Besten geben: „Die Post ist die Trösterin des Lebens, denn sie verwandelt Abwesende in Gegenwärtige." Also eine bessere Werbung für die Post, als Voltaire hier gegeben hat, fällt mir auch nicht ein.

Wir stellen fest, dass das, was wir schon seit den Neunzigerjahren miteinander verabredet hatten – ich darf hier an den früheren Kollegen Brian Simpson erinnern, der der erste Berichterstatter der ersten Postrichtlinie 1997 war –, dass wir einen Universaldienst definiert haben, weil es uns immer ein großes Anliegen war, dass nicht nur die Menschen in den Ballungsräumen einen guten Postdienst bekommen, sondern dass wirklich auch in entfernten Regionen – auf den Bergen, auf den Inseln, in peripheren Regionen der Mitgliedstaaten – ein qualitativ hochwertiger Postdienst zur Verfügung steht.

Nun stellen wir aber zehn Jahre später fest, dass dies nicht in allen Mitgliedstaaten so gewährleistet wird. Ich war doch überrascht, feststellen zu müssen, dass wir einen Mitgliedstaat – einen großen Mitgliedstaat übrigens – haben, der für 25 % der Bevölkerung definiert hat, dass eine tägliche Zustellung nicht notwendig ist. Ich denke, es ist unser aller Interesse, dass der Universaldienst, wie wir ihn miteinander verabredet haben, auch wirklich greift.

Dafür muss sichergestellt sein, dass die Universaldienstanbieter auch entsprechende Rahmenbedingungen vorfinden. Die finden sie heute durch die Mehrwertsteuerbefreiung vor. Ich will auch darauf hinweisen, dass alle, die Universaldienstverpflichtungen haben, hier mit einem Instrument ausgestattet sind, das ihre Wettbewerber nicht haben. Und deswegen ist es auch unser Interesse, dass diejenigen, die das Mehrwertsteuerprivileg haben – also keine Mehrwertsteuer auf die Briefmarken erheben müssen–, auch ein reiches Angebot an Dienstleistungen zur Verfügung stellen. Denn auch das gehört zum Universaldienst selbstverständlich dazu.

Uns geht es darum, ein – wie es so schön auf Europäisch heißt – *level playing field* zu schaffen für Postdienste – für kleine, für große, für Nischenanbieter genauso wie für grenzüberschreitende Dienstleistungen. Wir wollen, dass hier die Aufsichtsbehörden dafür sorgen, dass dies auch gewährleistet wird. Wir wollen auch die Kommission stärken, auf die nationalen Aufsichtsbehörden stärker Druck auszuüben, dass die Verpflichtungen der europäischen Richtlinie in allen Mitgliedstaaten auch zur Anwendung kommen.

Ich darf mich insbesondere bei meinen Schattenberichterstatterinnen und —berichterstattern ganz herzlich für die sehr konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Es ist ein bisschen schwierig gewesen, weil aus dem Team, das 2007 verhandelt hat, scheinbar nur noch ich übrig geblieben bin. Aber wir haben das miteinander gut hingekriegt. Ich freue mich jetzt auf die Debatte und hoffe, dass wir morgen ein klares Signal für einen starken Universaldienst für unsere Bürgerinnen und Bürger abgeben.

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, honourable Members, I would like to thank you for your own-initiative report and in particular the rapporteur, Mr Ferber, and the rapporteurs for the committee opinions, Ms Anderson and Mr Bach. Postal services are an important sector of the economy. In 2014, over 500 million parcels and 64 billion letters were sent in the EU, but the sector is changing. In that same year, the number of letters sent across the EU declined by nearly 4%. In some Member States the decline was much more severe. In Denmark, for instance, it fell by 14% and in Italy by over 9%. On the other hand, the number of parcels is growing rapidly, as a result of e-commerce.

Improving cross-border e-commerce is one the pillars of the Digital Single Market Strategy. I am very pleased that Parliament agrees with the need for better and more affordable cross-border parcel delivery services. I will come back to parcels, but first I want to say a bit more about the Postal Services Directive.

As you know, we adopted our Application Report on the Postal Services Directive at the end of last year. We concluded that close monitoring and further analysis of the market was needed, and we committed to publishing statistics each year. I am pleased to report that the latest EU postal statistics for the year 2014 were published on the Commission's website in June. The Commission is also setting up an expert group on postal statistics. We are also working to automate the data collection process to reduce the administrative burden and to enable faster publication.

The Postal Services Directive requires universal service providers to deliver both letters and parcels on five days each week, except in exceptional circumstances. But as citizens move to electronic forms of communication and the number of letters declines, delivering each day is becoming more expensive. For example, the price for a 20 g letter rose on average by 7.5% last year. The directive gives a degree of flexibility on how Member States may implement and apply the Directive. This allows them to adapt to the changing needs of users and maintain the sustainability of services. For example, fewer Member States now include bulk letter and newspaper or periodical services in the universal service obligation. And fewer Member States now require deliveries on six days each week instead of five.

Universal service providers can be compensated for net costs they incur in providing universal services. This is important, but compensation should be limited to what is strictly necessary and should not distort competition. To help with the next cost calculation, in an annex to the Application Report we set out approaches to that calculation that have been found to be consistent with the Directive.

The draft own-initiative report recognises the fundamental role of independent regulators in the implementation of the Postal Services Directive. In 2010 we established the European Regulators Group for Postal Services to help and advise us and to share best practices between European regulators. We really appreciate the work of the Group on the implementation of the Postal Services Directive and on cross-border parcel delivery. The Group will also have an important role implementing that proposal for a regulation.

Now I come back to parcel delivery. As you know, the proposal was adopted in May as part of a package of measures to improve cross-border e-commerce. It is a targeted proposal to drive change in areas where the market and competition have not worked. It complements our 2013 Roadmap and market-led innovation, such as a universal service providers programme to make their services interoperable and an information platform that is being part-funded through COSME.

The Regulation proposes action in three key areas. First, it will give postal regulators information about all the parcel delivery companies who are established in that Member State, except for the smallest ones. This will make it easier for them to spot problems in the market. Second, it will make the prices that individuals and small businesses pay more transparent, and require regulators to assess the affordability of those prices. Third, it will require non-discriminatory third-party access to be offered to universal services providers' cross-border networks.

The proposal should help citizens benefit from lower delivery prices and choose from a wider range of goods, especially in remote and peripheral areas. It should also help small e-retailers get a better deal and help them gain new customers. Parcel delivery companies, especially universal service providers, will also be able to benefit from a growing number of parcels. This can help to create or safeguard jobs, especially in remote and rural areas.

Finally, let me briefly mention employment, since this has been raised by Parliament. As noted in your opinion by the Committee on Employment and Social Affairs, the Postal Services Directive allows Member States to reflect working conditions in their authorisation procedures. That means that Member States and postal regulators can require that certain minimum standards are met. Thank you very much and I look forward to hearing your views and to a very productive debate.

Georges Bach, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten*. – Herr Präsident! Ich möchte dem Kollegen Markus Ferber danken für den Bericht. Mir sind drei Punkte wichtig. Das ist erstens – und Kollege Ferber hat es schon erwähnt – den Universaldienst in seiner jetzigen Form zu erhalten. Zweitens, dass die die Rolle der nationalen Regulatoren ausgebaut wird. Und drittens, dass wir die Auswirkungen auf die Beschäftigten, im Blick behalten. Dieser Sektor ist im Wandel und das hat natürlich Auswirkungen auf die Beschäftigten. Die klassischen Anbieter haben es fertiggebracht, die Leute umzuschulen. Das wurde ziemlich gut gemeistert. Leider müssen wir feststellen, dass neue Formen von Arbeitsverträgen Eingang in den Postsektor gefunden haben. Es gibt große Unterschiede bei den Arbeitsbedingungen und prekäre Verträge: Teilzeitarbeit und Leiharbeit nehmen zu.

Uns als Beschäftigungsausschuss ist es wichtig, dass sichergestellt wird, dass die Arbeiter weiterhin angemessene Arbeitsbedingungen, gute Sozialversicherung, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz sowie angemessene Entlohnung und Arbeitszeit vorfinden werden. Hervorheben möchte ich noch die gute Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und das Ziel, dass die zunehmende Konkurrenz in Zukunft nicht auf Kosten der Arbeitnehmer geht.

Lucy Anderson, *rapporteur for the opinion of the Committee on the Internal Market and Consumer Protection*. – Mr President, I would like to welcome this report on behalf of the Socialists and Democrats and thank Mr Ferber, and all of our colleagues in various committees, who have worked very hard on this report. I am glad to say that we have got a good result.

Recent years have seen significant changes to postal services in the EU alongside the rapid development of the parcel delivery sector, as has been said. The review of the Postal Services Directive is a welcome opportunity to assess these developments now and establish our priorities for the future of services in Europe. It is important to note at the outset that the Postal Services Review and the report that we will vote on tomorrow have both confirmed that the directive does not require the privatisation of a universal service provider. In fact, it stresses that EU citizens have a guaranteed right to affordable and regular postal delivery services and it makes clear that these rights need to be protected. So together we must ensure the long-term sustainability of the universal service obligation, protecting, as has also been said, minimum delivery standards while recognising that the current provisions do provide Member States with the necessary flexibility within the law in the application of the directive, according to particular geographical circumstances. I would urge you very much to welcome this report with me.

Parliament's report makes it clear that competition in the postal sector must develop in a way that enhances rather than impedes citizens' basic rights. Greater consumer choice is to be welcomed, but we must ensure that this does not lead to cherry picking, particularly in relation to employment practices in the sector. It has been acknowledged in the report that liberalisation of the postal sector has led to substantial differences in working conditions and wages and the report also stresses that increasing competition should not lead to illegal social practices. The EU and the Member States must work together to protect fundamental workers' rights across the sector irrespective of employment status. Now while this report deals primarily with the review of the Postal Services Directive, we know that online shopping is a major factor, and that has also been mentioned. So overall, this is a good report, and I would urge everyone to vote for it tomorrow.

Wim van de Camp, *namens de PPE-Fractie*. – Ook ik wil in de eerste plaats rapporteur Markus Ferber, maar ook de schaduwrapporteurs van de Commissie vervoer bedanken voor het werk dat zij hebben geleverd, net als de heer Dombrovskis, die vanavond de commissaris voor de interne markt mag vervangen en dat op heel professionele wijze doet.

Het is misschien wat raar dat wij in deze digitale wereld toch nog weer over de klassieke postbezorging spreken, maar ik heb de afgelopen maanden geleerd dat de klassieke postbezorging en ook de algemene dienstverlening van De Post voor heel veel mensen in Europa ontzettend belangrijk is. Dan heb ik het niet alleen over ouderen of mensen in minder dichtbevolkte gebieden. Eigenlijk heeft iedereen nog wel bestellingen die per post verlopen. Zoals de commissaris al zei, komt hierna de richtlijn voor de pakketbezorging. We weten allemaal dat dat met de e-commerce een enorm groeiende aangelegenheid is.

Maar nu ik toch het woord heb, wil ik u vragen of u eens kunt uitzoeken hoeveel uitvoeringsverslagen het Europees Parlement op dit moment heeft afgehandeld. Wij worden nog steeds geconfronteerd met enorme pakketten initiatiefverslagen, maar aan het begin van deze periode hebben wij afgesproken dat het Europees Parlement zich meer zou concentreren op invoering en handhaving van afgesproken wetgeving. Er was een enorm verhaal van Jerzy Buzek over uitvoeringsverslagen, maar ik heb de indruk dat er nog niet veel aan gebeurt en wellicht kunnen u en uw dienst dat ontkennen.

Inés Ayala Sender, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor Presidente. Sí, señor Ferber, para una vez que le íbamos a apoyar absolutamente el informe, por lo muy equilibrado que está, va la Comisión y se lo chafa, adelantándose con un Reglamento con el que ya no estamos tan de acuerdo. Con lo cual, nos hemos encontrado con que su informe —por el que le felicito enormemente— lo estamos leyendo a la luz de ese otro Reglamento, el de la paquetería, que se le ha adelantado. Por ello, yo le querría preguntar al señor Dombrovskis por qué, si es usted consciente, se ha acelerado tanto el ritmo de la presentación que ha incumplido plazos, consultas al sector y ni siquiera se ha dignado esperar a escuchar a este Parlamento. Digo yo que algunas razones tendrá y, seguramente, no las mejores.

Debo decir que, desde luego, no estamos de acuerdo con la equivalencia que se hace entre los servicios postales y los servicios de paquetería y el *roaming*. No tiene nada que ver el sector de las telecomunicaciones con los servicios postales y el servicio de paquetería. Y en segundo lugar, querría también explicitar que en algunos de los temas vamos a plantear una batalla frontal con la propuesta que usted ha hecho.

Sin embargo, al señor Ferber y a su informe he de agradecerles todo su equilibrio, e incluso que nos haya aceptado todas las enmiendas con las que intentábamos, de nuevo, mantener la cohesión y la defensa de un servicio universal postal con empleos decentes.

Jacqueline Foster, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, I would like to Marcus Ferber for his dedication in this long-standing directive. I was initially delighted when it looked as though we had reached a common conclusion after such a long time, but it is not quite there.

The Royal Mail means a great deal to all of us in the UK. Indeed, its origins date back to Henry VIII, the original Brexiteer. 1635, in the reign of King Charles I, paved the way for a unified postal service across the UK and 1883 saw the introduction of our postman. So, as it stands, the current UK Postal Services Act 2011 goes further than the minimum obligations laid down for a universal service. A six-day a week provision is guaranteed with uniform prices and free services to blind and partially sighted people, which shows that we have fully met the requirements to date.

Regrettably, due to the unwelcome inclusion of a social dimension we are unlikely to support the rapporteur in the vote tomorrow. The key reason for this is not that we do not support great opportunities and good working conditions, but the reference in paragraph 48 to the possible installation of tachographs on vehicles of less than 3.5 tons. It was only in 2014, following a lengthy battle to exclude vehicles of this weight, that that regulation was supported.

Finally, Mr President, we now live in a world where most of us will be buying goods online and we expect a 24/7 service. Because of this, the advantages of SMEs and the rise of entrepreneurs in this business have been most welcome. I therefore cannot support your report, Mr Ferber, unless paragraph 48 is removed. And I do hope that that will be the case before the vote tomorrow.

Pavel Telička, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I think that postal services are primarily a question of communication. I do not think that there is anything else that has changed as much in the last 20 years as communication. I wonder what the ratio was between the number of postcards sent last summer and the number of WhatsApp messages or pictures sent through Facebook. It has changed dramatically. If we look at the first directive of 1997 now it seems like history, and even if we look at the third directive of 2008 it is well overdue. I very much appreciate that our colleague, Mr Ferber, did not stick to the directive, but tried to look at not only what is happening today, but what will be happening tomorrow. I think that this is the way to go. We need to meet the expectations and demands of consumers, and we need essentially to keep up the pace.

For me, the way to do this is to have a solid regulatory environment in which we have high-quality universal services with a certain degree of flexibility, independent – and I stress independent – national authorities that monitor the situation on the market, a fair environment between the companies that have been on the market for a long time and the newcomers, between the universal services companies and the SMEs, and also a solid awareness of cross-border opportunities. This is the way to go, not protectionism, which I fear is being encountered in a number of Member States. For me, ladies and gentlemen, this is not the end; this is the start because we are well ahead and we are awaiting the next proposal, which the Vice-President has already spoken about: parcel delivery services. I am looking forward to that and I think that we should be bound by the principles on which we have agreed in this report. Thank you very much, Mr Ferber, for the cooperation we had on this report.

Elnökváltás: GÁLL–PELCZ ILDIKÓ

alelnök

Tania González Peñas, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora Presidenta, Señorías, como en tantos otros sectores, la Comisión ha dedicado grandes esfuerzos a liberalizar el mercado de los servicios postales. Y, como en tantos otros sectores, los argumentos en los que se ha apoyado esta estrategia son garantizar la accesibilidad en toda la Unión, asegurar criterios de calidad y fiabilidad o impulsar el dinamismo y la creación de empleo.

No es ninguna sorpresa, como en tantos otros sectores, que estos objetivos no se hayan cumplido; al contrario, los efectos en los Estados que más intensamente han aplicado las disposiciones de la Directiva son precisamente los contrarios. Por un lado, las características del servicio, con un empeoramiento general de la calidad, con aumentos registrados de las quejas y reclamaciones, especialmente de las dirigidas a los nuevos operadores. Y con un empeoramiento específico de las dos notas características del servicio postal público: accesibilidad y universalidad; porque los nuevos operadores, los operadores privados, concentran sus esfuerzos en los segmentos más lucrativos del mercado postal en detrimento de los servicios para los pequeños usuarios; y porque las mayores pérdidas de calidad se registran en las zonas menos urbanas y peor conectadas, lo que aumenta la desigualdad de servicio por zona geográfica.

Y, si atendemos a las consecuencias en el plano laboral, observamos una caída general en la creación de empleo, una reducción de los salarios medios y un deterioro abrumador de las condiciones laborales. En nuestro Grupo nos preguntamos cuándo llegará el momento en que las instituciones europeas acepten las evidencias y abandonen la idea repetida de que la liberalización es la solución para todo. Es una idea fracasada. Hay que apostar por los servicios públicos y el empleo de calidad.

Jill Evans, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, I would like to thank the rapporteur, Mr Ferber, for the report and for including amendments from our Group as well, and the Greens/European Free Alliance will be supporting the report tomorrow.

It is essential, of course, as other colleagues have said, to keep the universal service obligation to deliver and collect five times a week as a minimum. It is important too to allow enough flexibility for Member States to meet their own domestic needs, as well as ensuring that this service is sustainable.

Post is one of the most valued public services, and has changed and developed a great deal in recent years as we have become more digital. I know from my own constituency in Wales how vital it is to ensure that there is no discrimination against people who live in rural or mountainous areas compared with people living in cities and towns. There has to be an equal service.

The report highlights the importance of decent working conditions and wages for all postal workers, for more checks on rest times, improving driver and road safety. It also includes protection for consumers, and the need for easy recourse, particularly in the case of cross-border services and it aims at ensuring affordability and access for all, which must be a basic principle for all of our services.

Andor Deli (PPE). – Elnök Asszony! Elsősorban szeretném megdicsérni Ferber kolléga munkáját, amelyet ennek a jelentésnek a kidolgozásába fektetett, és azt is, hogy módosítóim iránt fogékonyságot mutatott. Azonkívül a tárgyra térve el kell mondanom azt is, hogy egyre gyakoribbak az e-szolgáltatások, az e-kommersz, ugyanakkor a klasszikus postai szolgáltatások nélkül ezek a szolgáltatások sem tudnak működni. Az online vásárlás e nélkül nem működik.

Különösen szükség van ezért a postai szolgáltatások biztosítására a távolabbi, félreeső, és kevésbé sűrűn lakott régiókban. De meg kell őriznünk a rugalmasságot is, ezért örülök annak, hogy a most tárgyalt dokumentum is figyelembe veszi a helyi specifikumokat, és a szolgáltatás hosszú távú fenntarthatóságának körét, ami rendkívül fontos a tagállamok számára.

Nagyon fontos a belföldi szolgáltatásokon túl a határon átnyúló postai szolgáltatások biztosítása is, méghozzá átlátható és elfogadható árakon, a jelenkor vívmányainak felhasználása mellett, mint például a határon átívelő „track and trace" rendszerek, amelyek azért még mindig elég drágák a mai viszonylatokban.

Végezetül fontos elgondolkodnunk az új technológiák nyújtotta lehetőségek felhasználásán. Ilyen lehetőség nyílik például a drónok által történő kézbesítésben, amely a megfelelő szabályozás mellett hatékony alternatívája lehet a klasszikus kézbesítésnek, elsősorban a gyéren lakott, távol eső régiókban.

Isabella De Monte (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il diritto di ricevere e di comunicare informazioni è un pilastro importante della politica europea. Occorre assicurare un servizio postale universale a condizioni accessibili e di alta qualità, soprattutto per la frequenza della distribuzione e della raccolta della posta.

Le zone più remote e scarsamente popolate meritano una menzione particolare, dato che la fornitura del servizio in tali luoghi è fondamentale per ragioni di coesione sociale. Non si nega la necessità di garantire, in presenza di circostanze eccezionali, un adeguato margine di flessibilità per preservare la sostenibilità del servizio, adattandolo alle nuove esigenze degli utenti e ai recenti sviluppi del mercato. Ciò, però, a condizione che non vengano meno il ruolo e la funzione del servizio universale, caratterizzato dalla preminenza dell'interesse pubblico.

Di fondamentale importanza, poi, è il ruolo strategico che le nuove tecnologie digitali devono giocare in questo contesto, offrendo un equo bilanciamento tra flessibilità e diritto all'informazione.

Kosma Złotowski (ECR). –Pani Przewodnicząca! Rynek usług pocztowych w Europie podlega przeobrażeniom, które skutkują spadkiem zapotrzebowania na usługi podstawowe. Oczywiście proces ten nie może oznaczać rezygnacji z obowiązku świadczenia przez państwo powszechnych usług pocztowych, jednak pewna refleksja nad zakresem i częstotliwością ich świadczenia jest potrzebna. Powszechni operatorzy nie mogą skutecznie konkurować na rynku usług komercyjnych w sytuacji, gdy ponoszą koszty świadczenia usług zbędnych z punktu widzenia potrzeb konsumentów. Budowa jednolitego europejskiego rynku cyfrowego, szczególnie w obszarze handlu elektronicznego, powoduje, że rynek paczek, zwłaszcza dostarczanych transgranicznie, wymaga pewnych regulacji, które pozwolą obniżyć koszty i umożliwią wejście na rynek nowym podmiotom z sektora małych i średnich przedsiębiorstw. Szczególnie ważny jest pełen dostęp do takich informacji jak cena usługi, czas dostawy czy koszt zwrotu, co pozwoli na świadomy wybór najlepszej oferty usług pocztowych przez konsumentów i przedsiębiorców.

Merja Kyllönen (GUE/NGL). – Arvoisa puhemies, kiitos esittelijälle hänen työstään. Olen tyytyväinen parlamentin mietintöluonnokseen ja yhdyn näkemykseen taata postipalvelujen tarjoaminen yleispalveluna kaikille unionin kansalaisille. Mielestäni yleispalvelun määritelmä pitäisi kyetä yhdenmukaistamaan ja palvelun laatua arvioimaan Euroopan laajuisten vähimmäisnormien pohjalta.

Keskustelun käydessä kuumana myös kotimaassani haluan todeta, että mielestäni alhainen väestötiheys ei muodosta perustetta vähentää yleispalveluvelvoitteen mukaista jakelutiheyttä. Edullinen ja luotettava postilähetysten ja pakettien jakelu on tärkeä peruspalvelu kaikille kansalaisille, mutta myös elinehto yrityksille ympäri Euroopan.

Toivon, että rakenteita ei uudistettaisi ongelmakeskeisesti, vaan nimenomaan ratkaisukeskeisesti, ja nähtäisiin, että postinjakelu ei ole rasite tai kuluerä, vaan keskeinen yhteiskunnan toiminto, joka myös rakentaa alueellista yhteenkuuluvuutta. Myös postinjakajat ovat sellainen selkäranka, jota tulee arvostaa, ei vaan ahdistaa.

Herbert Dorfmann (PPE). – Frau Präsidentin! Ich möchte mich beim Berichterstatter herzlich bedanken, dass er in seinem Bericht die Wichtigkeit des Universaldienstes unterstrichen hat. Die tägliche Postzustellung ist ja Teil der Lebensqualität, und zwar nicht nur in den Städten und dort, wo viele Menschen leben, sondern auch auf den Dörfern und in entlegenen Gebieten, wo halt weniger Menschen leben. Und mit den Ausnahmen, die bereits heute vorgesehen sind, ist sehr sorgsam umzugehen, und Großzügigkeit ist da absolut fehl am Platz.

Ich erinnere daran, dass der Mitgliedstaat, aus dem ich komme – Italien – eine Regelung gemacht hat, die vorsieht, dass 20 %der Bevölkerung vom Universaldienst ausgenommen werden können. Das führt zum Beispiel in meiner Region dazu, dass von den 116 Gemeinden nur mehr in rund einer Handvoll Gemeinden der Universaldienst noch gewährleistet ist; alle anderen schauen durch die Finger und müssen auf eine Postzustellung jeden zweiten Tag hoffen. Nun, wenn die Rechnung vom Telefondienst oder die Stromrechnung einen Tag später kommt, ist das ja kein Problem, aber wenn die Tageszeitung von gestern ankommt, ist es in der Tat ein Problem. Es gibt nichts Älteres als die Tageszeitung vom Tag vorher.

Deswegen sollte man hier schon sehr sorgsam mit dem Universaldienst umgehen und die Postdienste verpflichten, dass sie diesen Dienst, diese Verpflichtung wahrnehmen. Schließlich und endlich ist die Postzustellung ein öffentlicher Dienst, und als solcher sollte er auch behandelt werden.

Bogusław Liberadzki (S&D). – Pani Przewodnicząca! Chciałem nawiązać do tego ostatniego zdania. Poczta tak – to jest element usługi użyteczności publicznej. Bez dostępu do usługi pocztowej grupa, obszar, ludzie podlegają po prostu procesowi wykluczenia, a tego byśmy chcieli bardzo uniknąć. Pamiętajmy, że de facto to, co mamy zapewnić, to jest dostęp geograficzny, ekonomiczny i finansowy do usług pocztowych. A zatem musimy się z tym liczyć, że pewne koszty stałe muszą być ponoszone. I z tym wiąże się automatycznie oczywiście także wymagania, co do jakości. Chciałbym przestrzec przed oczekiwaniem dzikiej konkurencji. W moim kraju rząd wprowadził kilka lat temu rozwiązanie – najtaniej, proszę bardzo, usługi dostarczania informacji z polskich sądów były realizowane w sklepie z mięsem, z pietruszką, no i oczywiście skutki potem były opłakane – tylko dlatego, że było to o parę groszy taniej. Podkreślam również znaczenie dobrych warunków dla pracowników poczty i tu nie zgadzam się z wypowiedzią pani z ECR.

Julie Girling (ECR). – Madam President, I represent a very rural region and part of my region in Cornwall has levels of deprivation and isolation that are so severe that its half-a-million inhabitants qualify for maximum levels of funding support from the European Union. It is by any measure a sparsely populated and remote area, so postal services are vital and they are protected by the UK's 2011 Postal Services Act. I am glad to see that this own-initiative report comes some way towards guaranteeing a similar universal service obligation throughout the rest of Europe, but let us recognise the difficulties and challenges presented by this obligation. Postal services providers have to be lean, flexible organisations able to adapt to changing circumstances, and changing and indeed falling demand. They do not need to have additional burdens placed upon them by regulation. So let us protect services for my constituents in Cornwall and reject the calls in this report for more rigid employment contracts, tachographs and other restrictive practices.

Jutta Steinruck (S&D). – Frau Präsidentin! Es geht um mehr als um Wettbewerb. Es geht um zufriedene Kunden und darum, dass wir gut agieren. Damit wir zufriedene Kunden haben, brauchen wir Beschäftigte, die anständige Arbeitsbedingungen vorfinden. Ich danke Georges Bach, der als Verfasser der Stellungnahme im Beschäftigungsausschuss sehr breite Einigung erzielen konnte und auch unsere Positionen gut eingebracht hat. Ich danke auch dem Verkehrsausschuss, dass er diese soziale Dimension auch in den Bericht eingearbeitet hat. Denn vielfach zeigt sich, dass der Wettbewerb rein auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgetragen wird.

Wir fordern faire Arbeitsbedingungen, unabhängig von der Form der Beschäftigung, gerade weil wir auch sehen, dass viele Selbständige, Solo-Selbständige, auch in Subunternehmerketten in diesem Bereich schlechte Arbeitsbedingungen erfahren. Diese massiven Probleme sollten uns auch veranlassen, mit guten Sozialpartnerregelungen guten Arbeitsschutz und gute Standards für die Zukunft zu machen.

Jana Žitňanská (ECR) – Vďaka elektronickej komunikácii počet odoslaných listových zásielok síce postupne klesá, Slováci však stále ročne odošlú viac ako 200 000 listov.

Trend v odosielaní balíkov je zase opačný. Ich počet narastá, a to najmä z dôvodu neustále sa rozvíjajúceho nakupovania cez internet. Je preto dôležité, aby poštové služby boli poskytované za dostupné ceny a boli prístupné naozaj pre všetkých. V Slovenskej republike sa však ceny za poštové služby dlhodobo pohybujú nad priemerom Európskej únie. Napríklad cena za odoslanie štandardného listu prvou triedou je u nás na úrovni Holandska a vyššia ako v Švédsku, Írsku či Nemecku. Považujem preto akékoľvek ďalšie zvyšovanie cien zo strany Slovenskej pošty za neprípustné. Zároveň chcem apelovať na všetkých, a teda verejných aj súkromných poskytovateľov poštových služieb, aby do svojich budov, schránok a na svoje internetové stránky zabezpečili bezbariérový prístup. Uľahčia tak využívanie svojich služieb nielen ľuďom so zdravotným postihnutím, ale aj starším ľuďom alebo napríklad rodičom s kočíkmi.

„Catch the eye" eljárás.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία πρόεδρε, οι ταχυδρομικές υπηρεσίες προσφέρουν ένα κομβικής σημασίας έργο στις αναπτυγμένες οικονομίες υπηρεσιών. Είναι ένας τομέας αναπτυσσόμενος και καινοτόμος, ο οποίος πολύ συχνά στα κράτη μέλη αποδεικνύει ότι δημόσιες υπηρεσίες μπορούν και παραμένουν ανταγωνιστικές σε ένα περιβάλλον δημοσιονομικής λιτότητας. Είναι σημαντικό ότι, για τις ανάγκες των πολιτών, θα πρέπει να θεσπιστούν ελάχιστα πρότυπα σύγκλισης των ταχυδρομικών υπηρεσιών μεταξύ των κρατών μελών. Ωστόσο, αυτό δεν σημαίνει ότι θα πρέπει να παρακάμπτονται οι εθνικές ρυθμιστικές αρχές, όπως επιθυμεί η Επιτροπή. Αντίθετα, η ποιότητα των υπηρεσιών μπορεί να αξιολογείται από τους ίδιους τους καταναλωτές, μέσω της διαδικασίας ενός πανευρωπαϊκού δικτύου αξιολόγησης υπηρεσιών. Ποιότητα στις ταχυδρομικές υπηρεσίες σημαίνει τήρηση ενός χρονοδιαγράμματος παράδοσης και παράδοσης στην ώρα. Και όλα αυτά μπορούν να γίνουν.

A „catch the eye" eljárás vége.

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, I have listened with interest to the views expressed during this debate. It has shown the continuing importance of affordable, reliable and sustainable postal services across the EU, and it has underlined the role of postal operators in providing employment. As I said at the outset, the postal market is changing quickly across the EU. I can assure you the Commission is keeping a close eye on developments.

I am pleased that, overall, Parliament agrees that there is a need for flexibility in the universal service obligation, within the boundaries set by the Postal Services Directive. I am also pleased that you agree that we need better and more affordable cross-border parcel delivery services. On some of the specific questions raised on this point let me underline the following.

The Commission has listened to the European Parliament's views following the adoption of the Commission's parcel roadmap in 2013. The proposal for a regulation on cross-border parcel delivery was adopted in May 2016, as part of the Package on the digital single market measures to improve e-commerce. The proposal is not for price regulation like roaming price caps, so one should not draw parallels here and we need to look at parcels and postal services because both are used in e-commerce. Once again we are already discussing this regulation with the Council, and I am looking forward to working with the European Parliament on this as well.

Markus Ferber, *Berichterstatter.* – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst mal ein herzliches Dankeschön an alle, die sich an der Debatte beteiligt haben – hat es doch gezeigt, dass es sinnvoll ist, dass wir uns mal wieder mit den Postdiensten beschäftigt haben.

Die geltende Richtlinie musste ja bis 2013 in allen Mitgliedstaaten umgesetzt sein. Die Kommission hat eine Mitteilung gemacht – es war auch ihre gesetzliche Verpflichtung – über die Implementierung der Richtlinie, und das ist jetzt die Stellungnahme des Parlaments zu diesem Implementierungsbericht. Insofern macht es auch Sinn.

Ich bedauere es sehr, wenn unsere britischen Kollegen von der konservativen Seite nicht nur aus der EU austreten, sondern auch diesem Bericht nicht zustimmen können. Ich hätte mich sehr gefreut, sie da mit im Boot zu haben.

Ich will die Kolleginnen und Kollegen der GUE-Fraktion darauf aufmerksam machen: Wir haben da wohl unterschiedliche Auffassungen. Das drückt sich ja auch in den Änderungsanträgen aus, die meine Fraktion jedenfalls nicht unterstützen wird. Und wenn man unterschiedlicher Auffassung ist, dann muss man halt schauen, wie die Abstimmungen ausgehen. Ich komme jedenfalls aus einer Region, wo wir mittlerweile einen fest etablierten zweiten Dienstleistungsanbieter haben, der auch Berggebiete, ländliche Gebiete versorgt. Das funktioniert alles schon, wenn die Rahmenbedingungen stimmen – und die Richtlinie setzt die Grundlagen dafür, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit dies auch funktionieren kann. Aber wir haben auch gehört, dass es in einer Reihe von Regionen noch nicht funktioniert. Da ist im Bericht auch die Bitte an die Kommission formuliert, dass hier die nationalen Regulatoren entsprechend kontrolliert werden, damit sie europäisches Recht voll umsetzen.

Der letzte Punkt, den ich noch ansprechen möchte: Wir haben natürlich schon festgestellt, dass die traditionellen Postdienstleister über den Weltpostverein versucht haben, gegen diese Richtlinie zu kämpfen, insbesondere bei der Frage der Entgelte bei grenzüberschreitender Post. Wenn ich daran denke, dass, als ich hierher gewählt wurde, ein Brief aus meinem Wahlkreis nach Brüssel das gleiche gekostet hat wie ein Brief innerhalb meines Wahlkreises, das heute aber nicht mehr so ist, dann zeigt das schon, dass da auch die traditionellen Postdienstleister noch einiges für ein zusammenwachsendes Europa tun könnten. Ich würde mich freuen, wenn wir da auch wieder zu einem Einheitstarif für die gesamte Europäische Union kommen würden.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

A szavazásra csütörtökön (2016. szeptember 15.) kerül sor.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito.* – La mitad de los consumidores de la Unión compran por Internet. Y las cifras no dejan de crecer en un mercado global en el que no hay fronteras. Esa es la realidad en todo el mundo, salvo en Canarias, donde el envío postal de las importaciones y exportaciones está sujeto al pago del llamado Documento Único de Aduanas (DUA), que frena las compras y ventas de los isleños. Esto supone un lastre para el desarrollo del comercio electrónico en las Islas. La ultraperiferia no puede ser impedimento para la competitividad en el comercio global. La eliminación de los obstáculos al comercio electrónico ha de ser crucial para alcanzar un verdadero mercado único digital, sin excluir región alguna. Es imperativo buscar soluciones para que los canarios no se vean penalizados con «extracostes de intermediación abusivos» en el envío postal desde y hacia el Archipiélago, y dejen de estar discriminados en el mercado virtual. Hay que garantizar el «acceso efectivo» a la misma oferta comercial que tienen los ciudadanos comunitarios, para que en Canarias se disfrute de las mismas condiciones en el tránsito de mercancía que en cualquier otro Estado miembro. Canarias no puede quedar descolgada del Mercado Único Digital Europeo.

19. Zugang von KMU zu Finanzmitteln und Diversifizierung der Finanzierungsquellen von KMU in einer Kapitalmarktunion - Methoden für die optimale Nutzung des Potenzials von KMU zur Schaffung von Arbeitsplätzen (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő pont együttes vita a következő jelentésekről: az Othmar Karas által a Gazdasági és Monetáris Bizottság nevében készített jelentés a kkv-k finanszírozáshoz való hozzájutásáról és a tőkepiaci unióban a kkv-finanszírozás sokféleségének növeléséről (A8-0222/2016 – 2016/2032(INI)),

valamint a

Zdzisław Krasnodębski által a Foglalkoztatási és Szociális Bizottság nevében készített jelentés arról, hogy miként lehet a legjobban kiaknázni a kis- és középvállalkozások (kkv-k) munkahelyteremtő képességét (A8-0248/2016 – 2015/2320(INI))

Othmar Karas, *Berichterstatter.* – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Wir besprechen jetzt den Bericht zur Finanzierung von kleinen und mittelständischen Unternehmen im Zusammenhang mit der Kapitalmarktunion, und ich plädiere für das Haus dafür, dass die geplante Kapitalmarktunion in Europa auch ganz spezifisch auf KMU ausgerichtet wird. Kleine und mittelständische Unternehmen sollen sich einfacher am Kapitalmarkt finanzieren können. Wir wollen nichts weniger, als dass die Kapitalmärkte in der Europäischen Union in den Dienst der Realwirtschaft gestellt werden.

Kleine und mittelständische Unternehmen sowie Midcap-Unternehmen sind ein wesentlicher Bestandteil der Wirtschaft in der EU. Aus diesem Grund steht der Zugang von KMU zu Finanzmitteln bereits seit langer Zeit auf der politischen Agenda und muss von uns unterstützt und auch verbreitet werden. Die KMU in der EU sind alles andere als einheitlich. Sie unterscheiden sich je nach Geschäftsmodell, Größe, Entwicklungsstand, Finanzstruktur und Rechtsform. Der Zugang von KMU zur Finanzierung muss während des gesamten Lebenszyklus unterstützt werden.

Bankdarlehen stellen in diesem Zusammenhang weiterhin eine wichtige Finanzierungsquelle für KMU dar, und daher fordern wir, dass die aktuelle Erleichterung für Banken bei der Kreditvergabe an kleine und mittelständische Unternehmen verlängert und ausgebaut wird. Ich habe selbst bei der Bankenregulierung 2013 dafür Sorge getragen, dass die Möglichkeit für günstigere Konditionen an KMU geschaffen wurde, und wir verlangen, dass dieser *supporting faktor* verlängert und ausgebaut wird. Die KMU sind nicht die Ursache für die Krise, und daher ist die Verlängerung und der Ausbau des *supporting faktor* eine Frage auch der Fairness und der Vernunft, um den Wirtschaftsaufschwung fortsetzen zu können.

Ein dritter Punkt, der in diesem 41 Seiten umfassenden Bericht herausgegriffen wird, ist die Frage der Schaffung eines *one-stop shop* in jedem einzelnen Mitgliedstaat. Überall in Europa müssen die Verfahren zur Unternehmensgründung endlich vereinfacht werden, und jedes Unternehmen in jedem Mitgliedstaat muss mit einem Schlag alle Formalitäten von der Gründung bis zur Finanzierung erledigen können.

Eine weitere Forderung des Hauses ist die Schaffung einer zentralen Datenbank, in der KMU ihre Projekte und ihren Finanzierungsbetrag eintragen können. So soll einfacher mit Investoren europaweit in Kontakt getreten werden können.

Und meine fünfte Forderung, die wir jetzt am Beginn der Debatte herausgegriffen haben ist die Schaffung von Programmen und Projekten, um die *financial literacy* bei jungen Menschen und Jungunternehmern zu erhöhen. Nur wer über die notwendigen ökonomischen Grundlagen verfügen kann, hat den Mut, Neues zu wagen und alternative Finanzierungsmöglichkeiten auszuprobieren, Risiken einzugehen.

Und ich bitte: Wir schlagen Ihnen hier auf diesen 41 Seiten eine Fokussierung der Kapitalmarktunion auf die KMU-Finanzierung vor, eine Beibehaltung des Schwerpunktes. Wir dürfen das Kind nicht mit dem Bade ausschütten, aber müssen die Kreditfinanzierung um neue Finanzierungsmöglichkeiten erweitern und die Unternehmensgründung durch den *one-stop shop* vereinfachen. Ich bitte das Haus, diesen Bericht zu unterstützen.

Zdzisław Krasnodębski, *sprawozdawca.* – Pani Przewodnicząca! Przede wszystkim chciałbym podziękować kolegom kontrsprawozdawcom za owocną współpracę nad tym sprawozdaniem. Udało się doskonale porozumieć, podzielając główny cel tego sprawozdania.

Nie trzeba przypominać, jak wielkie znaczenie mają małe i średnie przedsiębiorstwa w gospodarce europejskiej. W naszym sprawozdaniu przytaczamy wiele liczb dobitnie potwierdzających ten fakt. Przypomnę tylko, że ponad 90% europejskich firm to MŚP. MŚP mają ogromne znaczenie w tworzeniu miejsc pracy. To MŚP w ogromnym stopniu przyczyniły się do wzrostu zatrudnienia w ostatnich latach. Oblicza się, że w 2014 r. było to do 71% miejsc pracy w sektorze pozafinansowym gospodarki.

Zarówno Parlament, jak i Komisja wielokrotnie podejmowały inicjatywy na rzecz rozwoju MŚP, ich dostępu do finansowania i nowych rynków. Dziś debatujemy też równolegle nad inicjatywą Komisji Gospodarczej i Monetarnej w kwestii finansowania MŚP w ramach unii rynków kapitałowych.

Mimo tych wysiłków MŚP nadal borykają się z wieloma problemami. Potencjał małych i średnich przedsiębiorstw w zakresie tworzenia miejsc pracy nadal nie jest wykorzystany w pełni. Nadal są pod wieloma względami w pozycji gorszej, w sytuacji nierównej konkurencji w stosunku do dużych i wielkich firm, zwłaszcza tych międzynarodowych. Ciągle jeszcze występujące zaniedbanie MŚP w polityce gospodarczej Unii i krajów członkowskich, mimo składanych deklaracji, to motyw najważniejszy, dla którego powstało to sprawozdanie.

W wielu krajach przedsiębiorstwa rodzinne i inne średniej wielkości firmy stają się ofiarą niestabilności przepisów, niesprawiedliwych wyroków sądowych i nadgorliwości urzędów podatkowych. Jednocześnie warunki tworzone dla wielkich koncernów skutkowały *de facto* ich uprzywilejowaną pozycją w stosunku do mniejszych firm lokalnych. Dlatego tworząc krajowe i unijne ramy regulacyjne, należy wziąć pod uwagę różnorodny wpływ, jaki wywierają one na te dwie grupy przedsiębiorstw. Zasada „one fits all" okazała się dyskryminująca dla MŚP.

W niektórych przypadkach sama polityka konkurencji Unii powoduje uprzywilejowanie dużych przedsiębiorstw, mających lepsze od MŚP możliwości wykorzystywania regulacji. Małe i lokalne firmy są w szczególnie niekorzystnej sytuacji w biurokratycznych systemach administracyjnych obłożonych nadmiernie rozbudowanymi przepisami, gdyż takie systemy generują wyższe koszty stałe dla przedsiębiorstw.

Barierą rozwoju MŚP jest także brak odpowiedniej kadry, co jest po spowodowane niedostosowaniem systemu kształcenia do potrzeb rynku, w szczególności potrzeb MŚP. Zbyt wiele zawodów i specjalności zostało poddanych sztucznej akademizacji i niedostateczny nacisk kładzie się na rozwój i dobry wizerunek szkolnictwa zawodowego, uczenia się w miejscu pracy oraz odbywania praktyk zawodowych.

Najtrudniejsza jest sytuacja MŚP w Europie Środkowo-Wschodniej, w której modernizacja dokonywała się przy wielkim udziale zagranicznego kapitału i bezpośrednich inwestycji zagranicznych oraz w Europie Południowej, gdzie w ostatnich latach polityka konsolidacji fiskalnej uderzyła w źródła finansowania i wewnętrzne rynki zbytu. Dodatkowo trzeba podkreślić, że kraje Europy Środkowej i kraje peryferyjne w większym stopniu cierpią z powodu odpływu młodych i wykształconych ludzi, co skutkuje zjawiskiem tzw. drenażu mózgów.

Dlatego „równe pole gry" oznacza również, że trzeba patrzeć na Europę z punktu widzenia jej zróżnicowania gospodarczego, a nie z perspektywy krajów i regionów najsilniejszych, bo wtedy równe boisko do gry okazuje się w rzeczywistości dla niektórych graczy polem pełnym dołów i nierówności.

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, the priority of the Commission is to boost jobs and growth. SMEs are a crucial focus of this effort. I am pleased to have a chance to discuss how to improve SMEs' access to finance in Europe. Improved access to finance for businesses is central to our Capital Markets Union. I would like to thank the rapporteurs, Mr Karas and Mr Krasnodębski, and all the shadow rapporteurs for having taken a comprehensive look at the challenges faced by SMEs and for pointing to a number of helpful actions.

Today the Commission has published a communication on the Capital Markets Union (CMU), to which we remain fully committed. It is an important part of our agenda for growth and jobs in Europe. As part of the CMU, we have already come forward with a number of actions which could help SMEs. These include proposals to overhaul the prospectus regime and make it easier for companies to raise funds on the public markets, to free up bank lending to the real economy we have defined simple, transparent and standardised securitisation, and we have revised the European Venture Capital Funds Regulation and the European Social Entrepreneurship Funds Regulation to strengthen venture capital markets and to support socially-minded investments.

We welcome the support expressed in Mr Karas' report for the revision, inter alia, of the Financial Services Regulation, as well as a Prospectus Regulation. We need to progress quickly with the adoption of these initiatives. Now it is time to cement these first CMU actions and to shift the focus to new priorities.

We should accelerate progress where there is the greatest potential to deepen our capital markets, to improve competition and choice and to give businesses the certainty they need to invest across borders. I am thinking of measures to build a personal pensions market in the EU, to tackle the preferential-treatment tax systems and the question of debt compared to equity, to build a genuine single market in consumer financial services and to reform insolvency regimes to make it easier to restructure viable business debt and encourage innovation.

We will soon be coming forward with proposals on the debt equity bias and insolvency regimes. We will also publish the retail finance action plan. This summer we launched a consultation to determine how best to support the creation of a personal pensions market. We will consider all options, including new legislation. In addition, the Commission will shortly present a proposal on business restructuring and a second chance, in order to enable entrepreneurs to have a fresh start.

We will also want to be bolder in certain areas. Let us see what more can be done to promote sustainable finance. With this in mind, the Commission is setting up an expert group to develop a more comprehensive strategy on sustainable finance, and we will look at how to create the right environment for the safe promotion of fin-tech throughout the EU.

Taken together the action in today's CMU communication will increase the amount of financing available to companies of all sizes, including SMEs. It will build on all the good work done to support their financing under the European Fund for Strategic Investment (EFSI). The EFSI, with more than 200 agreements with financial intermediaries, is already targeting some 200 000 SMEs in Europe with equity and guarantees. Nevertheless, bank lending remains a most important source of financing for SMEs. We will propose to expand the favourable capital treatment for loans to SMEs in the forthcoming review of the Capital Requirements Regulation and Directive.

In the current economic context, we need the capital markets union more than ever, so let us accelerate our work. Mr Krasnodębski's report highlights the need to cater for start-ups and SMEs better in the regulatory framework and to pursue supportive structural reforms.

We share the report's emphasis on skills. The new Skills Agenda seeks closer engagement with the business community including SMEs. Supporting innovative start-ups is necessary, but entrepreneurship should also be an attractive option for under-represented and disadvantaged groups. Access to microfinance could be one element in ensuring this.

The Commission shares your view that self-employment is not a panacea and that the quality of jobs is also of paramount consideration. We want to sustain an economy which guarantees rewarding and productive jobs for the workforce. We are addressing the issue of informal labour markets through the European Platform on undeclared work. Your report points to a range of aspects to be taken up in the preparation of the European pillar of social rights. In this respect, the situation of SMEs deserves our unflagging attention. I look forward to a productive debate.

Zbigniew Kuźmiuk, *autor projektu opinii Komisji Budżetowej*. – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Zabierając głos w tej debacie, chcę zwrócić uwagę na następujące kwestie. Po pierwsze, jak tu było mówione, małe i średnie przedsiębiorstwa wytwarzają ponad 50 % unijnego PKB i odpowiadają za ponad 70 % unijnego zatrudnienia. Po drugie, ze względu na ogromne zróżnicowanie, od mikroprzedsiębiorstw do spółek o średniej kapitalizacji, ich modele biznesowe cechują się różnym stopniem zapotrzebowania na finansowanie zewnętrzne. Po trzecie, do tej pory najważniejszym źródłem tego finansowania były kredyty bankowe stanowiące 75 % zewnętrznego finansowania, przy czym należy zwrócić uwagę na ogromne różnice w kosztach pozyskiwania kredytów w krajach strefy euro, gdzie od jakiegoś czasu obowiązują ujemne stopy procentowe i poza tą strefą, gdzie koszty kredytowania są zdecydowanie wyższe. Coraz większą rolę w finansowaniu MŚP zaczynają odgrywać pozabankowe źródła finansowe: obligacje, giełda, sekurytyzacja, ale także środki z budżetu Unii, takie jak program COSME. Dobrze się więc stało, że w ostatnich dniach Komisja przeznaczyła dodatkowe dwieście milionów złotych na program COSME, a i program EFIS ma szansę na większe finansowanie.

Luigi Morgano, *relatore per parere della commissione per la cultura e l'istruzione*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, è già stato detto: le piccole e medie industrie sono il motore trainante dell'economia europea. Tra queste, le PMI e le micro imprese dei settori culturali e creativi svolgono un ruolo fondamentale per preservare e promuovere la diversità culturale e linguistica europea, nonché il suo specifico *savoir faire*.

Esse rappresentano ben il 4,5% dell'economia europea e danno occupazione a 6,3 milioni di persone (dato paragonabile agli occupati del settore bancario e assicurativo): principalmente si tratta di giovani tra i 15 e i 29 anni. Grazie poi allo strettissimo legame con le competenze e le tradizioni storiche dei territori, sono difficilmente delocalizzabili.

Però, per le loro caratteristiche intrinseche, tra cui la mancanza di garanzie materiali e la dipendenza da attività immateriali, l'accesso al credito è particolarmente problematico.

Servono pertanto soluzioni specifiche, soprattutto in questa fase di trasformazione digitale.

È urgente e decisivo, perciò, sviluppare capacità e competenze – sia in seno alle PMI che alle microimprese, che a livello di istituzioni finanziare – per adottare soluzioni concrete che valutino correttamente i rischi e la valorizzazione dei beni immateriali, così da considerare i diritti di proprietà intellettuale come garanzie reali, quindi la bancabilità.

Liadh Ní Riada, *Dréachtóir do thuairim an Choiste um Buiséid*. – A Uachtaráin, cé go bhfuil fiúntas éigin ag an tuairisc seo, caithfidh mé a rá gur ábhar díomá é nach bhfuil aon rud fónta ráite acu mar gheall ar riachtanais éagsúla fiontar beag agus meánmhéide.

Mar is eol dúinn, bhuail an ghéarchéim airgeadais earnáil na bhfiontar beag agus meánmhéide go crua. Ó 2008, gearradh siar ar na seirbhísí a bhí ann chun cabhrú leis an earnáil seo. Níor cheart agus níor chóir píonóis a chuir ar na cuideachtaí ríthabhachtacha seo nuair atá bronntanais cánacha á mbronnadh ar chuideachtaí ollmhóra ilnáisiúna. Gan dabht, táim ag tagairt, ar ndóigh, do chás Apple agus an comhaontú cánach a dheineadar le rialtas na hÉireann.

Ní hé Aontas na Margaí Caipitil an freagra ach oiread. Baincéireacht phoiblí, iasachtaí le hús íseal agus tacaíocht d'fhorbairt a dhéanamh ar scileanna fiontraíochta, tá siad seo thar a bheith tábhachtach chun an earnáil seo a chosaint, a fhorbairt agus a láidriú. Níor cheart go mbeadh rochtain creidmheasa mar chonstaic dár bhfiontair bheaga agus mheánmhéide. Is bunchloch ár ngéilleagair iad na cuideachtaí seo. Cruthaíonn siad postanna agus cuireann siad le forbairt eacnamaíochta áitiúil.

Deirdre Clune, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, I would like to thank Mr Krasnodębski, the rapporteur, for his support and his patience with the shadows in this. I think we have come to a very a coherent response and an opinion in our views on how SMEs should be supported. Focus as has been said must absolutely be on supporting small and medium-sized enterprises, and indeed start-ups, particularly ensuring that start-ups do not falter after year one or year two, that they are given support at that very delicate point. I think that is important.

We know well of the value of SMEs to our economy, to European economies, They employ 90 million people in Europe multinationals have been spoken about much today and in previous debates and the point should be made that multinationals do actually support the creation of SMEs, and so many SMEs depend on the presence of multinationals and the supply chain, supplying products and services, and indeed, supporting employees through their services, those that are employed by the multinationals. So they do play a very valuable role.

The report favours the reduction of red tape, of course, and removing unnecessary regulation for small businesses and for start-ups. That means smarter regulation and not more regulation. We do not want exemptions for regulation; everybody who wants to be in business, be they small, medium or large, should be subject to regulations. They are there for a reason, for a good reason, but smarter regulation is important. The Commission has given assurances that it plans to reduce the regulatory burden on businesses, so we have added to the pressure today by ensuring that they live up to those commitments. In fact, we want to make it easier and cheaper to set up a company to take on employees and to avail of government support.

Yes, much has been said also of the cost of wages and labour. They are a cost, but I would state that labour is a very important element in any business, particularly small and medium-sized enterprises. There cannot be any cutback on the cost of labour, just as rates, rent, power, they are all considered. So we should not skimp and we should not focus on reducing the cost of labour. I think it is important to recognise that workers need to be respected.

Siôn Simon, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, thank you to the rapporteur for a good report, and thank you, Mr Karas, for your collaborative, cooperative approach in which we found a lot of common ground. I think we share a lot of thoughts on what the problems are and how to solve them – and yet we still have the same discussions, decade after decade, on the fact that they have not gone away.

In my West Midlands region there are 378 000 small businesses, a number which is growing strongly and yet only 26% of them have employees, a number which is falling. By the way, there are 178 000 people unemployed. Now, it does not take a genius to know that if a relatively small number of those businesses were empowered to take on some staff we would begin to make some more progress with unemployment. Why do they not do this? Partly, perhaps, because the banks, much as they say they are trying, are still not close enough to their customers, and they need to get closer. Fundamentally, though, it is because there is a gap in which it is not commercially viable for banks to lend. That is why they do not lend and that gap needs to be plugged by the public sector, by an intelligence-led approach to public sector-backed investments. There are many examples in my region of this being done very well, but it needs to be scaled up significantly and consistently.

There are other things that we need. We need one-stop shops, we need to diversify the lending base away from banks; but, fundamentally, we need to be clear that there is a gap in which lending is not economic. It is not uneconomic because of the risk, it is uneconomic because of the risk relative to the transaction costs that will remain at this lower end of the SME market. That gap has to be plugged by the public sector.

Stanisław Ożóg, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! MŚP stanowią ponad 90% wszystkich przedsiębiorstw i zapewniają ponad dwie trzecie całkowitego zatrudnienia w sektorze firm niefinansowych w Unii Europejskiej. Sprawozdanie podkreśla znaczenie dywersyfikacji możliwości finansowania MŚP, również zauważa potrzebę administracyjnych i podatkowych ułatwień. Kładzie nacisk na innowacyjne instrumenty finansowe nie lekceważąc roli banków przy tym, jako że pożyczki i kredyty na dzień dzisiejszy stanowią wciąż najważniejsze źródło finansowania MŚP. Uważam, że wdrożenie wsparcia ma duże szanse na powodzenie. Dziękuję sprawozdawcy za współpracę. Jeśli chodzi o samo sprawozdanie, to uważam, że obrazuje obecną sytuację sektora MŚP, nie mogę jednak oprzeć się wrażeniu, że poprzez umieszczenie tak dużej ilości poprawek treść stała się jednak trochę mniej przejrzysta.

Martina Dlabajová, *za skupinu ALDE*. – Paní předsedající, pane komisaři, malé a střední podniky jsou moje srdeční záležitost, neboť z tohoto podnikatelského prostředí jsem vzešla, a dodnes se snažím pro své iniciativy v roli poslankyně získávat zpětnou vazbu přímo od lidí z praxe. Myslím si totiž, že bez toho, že se budeme firem ptát, jak jim můžeme pomoci, jim nikdy nepomůžeme. Proto bez dlouhých řečí navrhuji tyto jednoduché a efektivní kroky na podporu malých a středních podniků: zaprvé, propojujme dovednosti absolventů a uchazečů o práci s reálnými požadavky trhu práce. Podpořme firmy v investicích do odborné přípravy a technického nebo řemeslného vzdělávání.

Zadruhé, Komise by měla stavět na úspěšných programech pro mladé, jako je např. Erasmus, a rozvíjet je. Potřebujeme sebevědomé, vzdělané mladé lidi. Jednu generaci mladých lidí závislých na sociálních dávkách jsme pro trh práce, zejména v jižních státech Evropy, definitivně ztratili. A tuto chybu nesmíme v budoucnu opakovat. Zatřetí, v návaznosti na to podpořme start-upy, kreativní průmysly, udělejme maximum pro modernizaci a digitalizaci firem. Nástup digitálních technologií také klade nové nároky na základní dovednosti zaměstnanců. Dále zjednodušme pravidla pro čerpání dotací z EU a využijme synergie mezi různými nástroji financování, např. mezi nástroji kohezní politiky a přímými programy, jako je Horizont 2020 nebo Cosme atd.

Pomáhejme vytvářet stabilní a přívětivé legislativní prostředí, aby se další nařízení a nové povinnosti ze strany EU nestaly pro podniky strašákem, ale naopak aby pro ně byly příležitostí k dalšímu rozvoji. Uvědomme si totiž, že právě malé a střední podniky přispívají k vytváření až 2/3 pracovních míst v Evropě a jsou důležitou hnací silou inovací a podnikání. Jejich úspěch je podmínkou pro hospodářský růst každé země a také celé Evropy, buďme na ně také hrdí. Proto by poskytování efektivní a smysluplné podpory pro malé a střední podniky mělo být naší zásadní prioritou.

Děkuji zpravodaji Krasnodębskému za výbornou spolupráci, těším se na všechny další spolupráce k tomuto tématu a děkuji vám všem, co děláte pro malé a střední podniky.

Maria Lidia Senra Rodríguez, *em nome do Grupo GUE/NGL.* – Senhora Presidente, as pequenas e médias empresas são o motor da economia europeia.

No meu país, a Galiza, 99,93 % do total de empresas são PME, das quais 96,45 % são microempresas. Mas, apesar da sua importância e do papel que desempenham no emprego, sofrem a concorrência desleal provocada por uma política neoliberal que favorece que o financiamento às ajudas públicas e à produção se concentre nas grandes empresas e corporações transnacionais, as que também pagam menos impostos.

Se realmente a União Europeia pensa em resolver os problemas de emprego, deve apoiar as PME, pondo fim às políticas de austeridade, facilitando o acesso destas empresas aos contratos públicos e ao financiamento e promovendo a criação da banca pública.

Mais, parece-nos também vital parar aos acordos de comércio livre, incompatíveis com as pequenas e médias empresas, e também defender a revitalização dos setores produtivos básicos, como a agricultura e a pesca.

David Coburn, *on behalf of the EFDD Group.* – Madam President, the Capital Markets Union is supposed to facilitate investment, but I have to tell you that the EU is instead following policies that will harm investment. The ruling on Apple's tax in Ireland is a fine example of this. Businesses, whether they are large or small, need certainty in their tax affairs, but in demanding that Apple pay EUR 13 billion, the EU has in effect retrospectively changed the meaning of illegal State aid to suit its own ends and agenda.

What is that agenda? In the short term, to distract from the tendency of the single market to facilitate tax avoidance by abuse of its freedom of establishment; in the medium term, to expand the meaning of State aid within the single market rules to include tax; and in the long term, to abolish tax competition completely so that states have no incentive to provide public services more efficiently. What an irony that the so-called EU Competition Commission is being used to eliminate competition. In the end, this will result only in less efficient public services and, regardless of any windfall tax, smaller receipts from Apple.

The lesson for the UK to draw from all this, even after Brexit, is that if the UK remains in the single market, we will be subject not only to the rules on State aid, but also control of our taxes. The uncertainty and the taxation without representation that would result makes it even more imperative that Britain must leave the single market and that Brexit must mean leaving the single market. The EU clearly does not understand businesses, small, medium or large.

Bernard Monot, *au nom du groupe ENF.* – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, nous entendons beaucoup l'Union européenne parler des PME, comme si les kleptocrates de Bruxelles avaient l'expérience d'une petite entreprise. Combien d'entre vous ont déjà signé un chèque de salaire ou recherché des clients pour remplir un carnet de commandes? M. Barroso, embauché par la firme Goldman Sachs, incarne totalement la connivence de la Commission européenne avec les banques d'affaires de Wall Street, la haute finance et les lobbies industriels mondiaux.

À qui profite le marché unique depuis vingt-cinq ans? Exclusivement aux grandes multinationales extraeuropéennes. Vos règles de la concurrence ont permis à des capitaux étrangers d'acheter ou d'investir des quantités d'entreprises stratégiques européennes. L'exemple d'actualité en France: l'affaire Alstom avec General Electric.

La réglementation envahissante de l'Union européenne est une contrainte insoutenable pour les PME. Ce qu'il faut aux PME, c'est un carnet de commandes et, pour cela, il faut une politique de la demande économique intérieure. Il faut également donner aux États la possibilité de réserver des marchés aux PME nationales.

Nous sommes par ailleurs sceptiques quant à l'Union des marchés de capitaux et la volonté de pousser le financement par les marchés financiers. Par expérience, les marchés sont cycliques. Ils ne financent que quand le vent est porteur. Ils exigent du retour sur investissement rapide.

Les patriotes veulent repenser le partenariat avec les banques privées et instaurer des relations à long terme pour soutenir l'activité lorsque la conjoncture se retourne. Les banques doivent donc se recentrer sur un métier, financer l'économie productive et réduire la spéculation.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement)

David Coburn (EFDD), *blue-card question*. – I sympathise greatly with the problems of France and small French businesses. We all know they are suffering very badly. Would you not agree with me that the answer to this is for France to join Britain with Frexit, as I believe Madam Le Pen has already suggested? Do you agree with me, sir?

Bernard Monot (ENF), *réponse «carton bleu»*. – Cher collègue, je sais que vous êtes un supporteur du Brexit, bien entendu. C'est effectivement la solution. Mais avant de tenter le Frexit, comme on pourrait évidemment l'envisager en France, nous allons quand même essayer de négocier, lors d'un sommet européen, sur deux ou trois critères, semblables d'ailleurs à ceux du Royaume-Uni: sortir de l'espace Schengen et recouvrer notre gouvernance économique nationale, ce que nous souhaitons, à l'instar du Royaume-Uni aujourd'hui.

David Casa (PPE). – L-SMEs huma s-saħħa tal-ekonomija Ewropea. Li naħdmu sabiex insaħħu l-SMEs huwa mezz li bih niggarantixxu xogħol fil-preżent u għall-futur fi ħdan l-Unjoni Ewropea. Sa meta dawn ikunu jistgħu jimirħu f'suq ħieles, u fis-suq ħieles naturalment ikunu dawk l-Istati Membri li huma membri tal-Unjoni Ewropea, li huma fi ħdan din il-familja, naturalment qegħdin naraw kif nagħtuhom aktar mezzi, inneħħulhom ix-xkiel li setgħu sabu lilhom infushom fih, speċjalment waqt il-kriżi finanzjarja.

Naturalment kif intqal dan l-aħħar, fl-Ingilterra b'mod partikolari, meta pajjiż jagħżel illi joħroġ mill-Unjoni Ewropea, out is out. U allura jkun tajjeb illi wieħed, qabel jibda jitkellem dwar x'ħa jibda jinnegozja meta jiġi biex jitlaq mill-Unjoni Ewropea, irid jifhem illi barra mill-Unjoni Ewropea ma jistax ikollok aċċess għal dak illi huwa bi dritt ta' Membri Stati li jiffurmaw parti mill-Unjoni Ewropea.

Iva rridu naħsbu f'dan l-ispirtu imprenditorjali ta' persuni ta' kull età, u għandu jiġi inkuraġġut u mnaqqax fis-soċjetajiet tagħna Ewropej. Irridu li l-għażla sabiex wieħed jibda negozju tkun waħda attraenti u li tinkoraġġixxi u tistimola l-ispirtu innovattiv sabiex dan jirnexxi.

Għandna sfidi? Dażgur li għandna sfidi. Imxejna biżżejjed? Dażgur li ma mxejniex biżżejjed. Però naħseb li, bl-esperjenzi tagħna lkoll, bil-ħidma anke – u rrid hawnhekk nirringrazzja lir-rapporteurs tagħna li ħadmu sabiex jaraw din l-ispinta għall-SMEs – aħna rridu nsarrfuha f'iktar xogħol u għandna postijiet fejn għandna sfortunatament ħafna qgħad. U naturalment, jekk nagħtu spinta lill-SMEs, inkunu qegħdin ukoll insolvu il-problema tal-qgħad fl-Unjoni Ewropea.

Emilian Pavel (S&D). – Doamnă președintă, aș dori, în primul rând, să-i mulțumesc domnului Krasnodębski pentru modul în care a colaborat la acest dosar. Alături de grupul meu politic, sunt un mare susținător al IMM-urilor și antreprenorilor europeni. Aceștia aduc o contribuție importantă la creșterea și dezvoltarea socio-economică a Uniunii Europene. Comisia Europeană și statele membre trebuie să asigure condiții mai bune pentru crearea de locuri de muncă de calitate în sectorul IMM-urilor, prin măsuri precum: facilitarea accesului la informații, consiliere, finanțare, dar și prin accesul mai ușor la contracte de achiziții publice. Reducerea birocrației inutile, accesul la lucrători calificați, combaterea economiei subterane și fraudei, precum și asigurarea unui cadru legislativ stabil și predictibil, aceste lucruri au fost și sunt solicitate de multe IMM-uri din țara mea și nu numai. Mulți vor spune acum „Ușor de zis, greu de făcut", însă eu consider că dacă ne dorim cu adevărat să creștem competitivitatea IMM-urilor europene, aceste măsuri trebuie implementate imediat și nu doar trecute pe un raport în Parlamentul European. Diferențele inerente între IMM-uri și întreprinderile multinaționale trebuie remediate asigurând condiții de concurență echitabile.

În ceea ce privește carențele de competențe în cadrul IMM-urilor, este necesară o cooperare între statele membre, întreprinderi, sindicate, instituții de învățământ și alte părți interesate pentru adaptarea sistemelor de educație și formare, dar și combaterea decalajului dintre calificări și nevoile pieței muncii. Odată cu dezvoltarea lor, IMM-urile au și responsabilități față de angajați. Scăderea costului cu forța de muncă prin reducerea protecției lucrătorilor nu trebuie să reprezinte niciodată o soluție. Aceste practici ar expune IMM-urile la un deficit major de lucrători calificați, generând astfel precaritate în Europa. Totodată, IMM-urile trebuie neapărat să elimine disparitatea de gen și să garanteze remunerație egală pentru muncă egală între bărbați și femei. Europa datorează mult întreprinderilor mici și mijlocii și trebuie să asigure un cadru eficient de reglementare care să încurajeze investiții care promovează creșterea durabilă și locuri de muncă de calitate pentru IMM-uri.

Czesław Hoc (ECR). – Pani Przewodnicząca! Jak ważnego, bardzo potrzebnego i aktualnego tematu podjął się pan profesor Krasnodębski niech świadczą tylko następujące dane: w Unii Europejskiej istnieje 23 miliony małych i średnich przedsiębiorstw, które stanowią blisko 99 % wszystkich przedsiębiorstw Unii i zatrudniają ponad 74 miliony osób. Zatem bez tych przedsiębiorstw nie byłoby tylu nowych miejsc pracy, innowacji, przedsiębiorczości i wzrostu gospodarczego. Te przedsiębiorstwa to sól każdej gospodarki narodowej.

Sprawozdanie pana profesora Krasnodębskiego jest tym cenniejsze, iż obok ważnych rekomendacji w kwestii jak najlepszego wykorzystania potencjału MŚP, pan profesor zauważa i przestrzega przed realnymi zagrożeniami w rozwoju przedsiębiorczości, między innymi brakiem spójnego i pewnego prawa, nadmierną biurokratyzacją systemów administracyjnych, fiaskiem uniwersalnego modelu dla tworzenia miejsc pracy, niedopasowaniem umiejętności czy tak zwanym zjawiskiem drenażu mózgu. W konkluzji, to bardzo dobry dokument w aspekcie realnego wsparcia i rozwoju przedsiębiorczości.

Cora van Nieuwenhuizen (ALDE). – Ik geloof dat alle voorgaande sprekers het al hebben gezegd: het midden- en kleinbedrijf is de banenmotor van de economie in al onze lidstaten. Het is dan ook van het grootste belang dat, nu de economie weer aantrekt, bedrijven kunnen groeien en daar voldoende financiering voor kunnen vinden. Met de kapitaalmarktenunie komt de Commissie al met een aantal belangrijke voorstellen. Straks gaan we het nog hebben over de prospectusrichtlijn van mijn collega Petr Ježek. Dat is een stap in de goede richting. Ook de securitisatie kan helpen, net als het voorstel om de regels voor durfkapitaalfondsen te verbeteren. Dat zijn allemaal belangrijke bijdragen daaraan.

Maar het kleinbedrijf is daar nog steeds niet helemaal mee geholpen. Dat is nog voor 80 procent afhankelijk van financiering door banken. Als rapporteur voor financiële technologie wil ik dan ook graag een lans breken om voldoende aandacht te schenken aan de nieuwe mogelijkheden die er zijn met betrekking tot crowdfunding of online-platforms om te lenen, waar ondernemers rechtstreeks met investeerders in aanraking kunnen komen. Ik roep de Commissie op om ook aan de fintech-kant voldoende aandacht te besteden, omdat dit ondernemers extra hulp kan bieden om aan financiering te komen. Tot slot mijn complimenten aan de rapporteurs voor dit goede verslag.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señora Presidenta, las pymes son fundamentales en la vertebración de nuestro modelo productivo, en el mantenimiento del empleo y la producción en nuestros territorios. Sin embargo, están atenazadas por las políticas europeas. Por un lado, la concentración bancaria resultante del rescate financiero: donde antes existía un modelo de banca diversificado con cajas, cooperativas de crédito y bancos públicos capaces de financiar a las pymes, ahora solo hay grandes bancos desligados de la economía real, que desvían el crédito hacia la especulación y la financiación de las grandes multinacionales, en detrimento de los pequeños productores.

Por otro lado, la falta de demanda provocada por las reducciones en los salarios y el gasto público ha deprimido los ingresos de las pymes, abocándolas a una grave situación financiera. La Unión de los Mercados de Capitales no es la solución milagro a estos problemas, como pretende el ponente. Por el contrario, es echar más gasolina al fuego de la financiación, alentando futuras crisis como la que tan duramente está golpeándolas.

Marco Zanni (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, stasera ho sentito quasi tutti interventi positivi e di persone che hanno a cuore l'importanza delle piccole e medie imprese – questo sicuramente mi fa piacere.

Quello che vedo io, però, è che ancora oggi si fa fatica a capire qual è il reale problema e il reale limite delle piccole e medie imprese in Europa. Non è l'accesso al credito. E ancora una volta all'interno dell'Unione europea si decide di guardare la pagliuzza e di ignorare invece la trave che sta affossando il sistema industriale, il sistema delle piccole e medie imprese all'interno dell'Unione europea. Questa trave, questo problema strutturale, ha un nome ben preciso: si chiama euro. È la moneta unica europea che sta affossando le piccole e medie imprese. Ce lo dice la Banca centrale europea nelle sue relazioni, quando intervista le piccole e medie imprese, che non mettono al primo posto dei loro problemi la mancanza di accesso al credito, ma la mancanza di domanda, la mancanza di clienti, la mancanza di mercati di sbocco per i loro prodotti.

Oggi l'euro causa una grave distorsione della competizione per le piccole e medie imprese e ancora una volta non ve lo spiego io, ma ce lo spiegano il Fondo monetario internazionale e l'OCSE. Ci dicono una cosa molto semplice da capire: oggi i paesi del Nord e le imprese, le piccole e medie imprese del Nord operano con un tasso di cambio sottovalutato del 15-20%, mentre le imprese del Sud operano con un cambio implicito sopravvalutato del 20%. È chiaro che in questo ambiente competitivo non c'è futuro, gli squilibri all'interno dell'eurozona si amplieranno sempre di più e le piccole e medie imprese continueranno a chiudere. Inoltre l'austerità imposta dall'Europa agli Stati, che ha distrutto la domanda, compresso i consumi e compresso i redditi, di certo non è stata un toccasana per le piccole e medie imprese. Questo è il reale problema che oggi l'Europa si rifiuta di vedere!

Io non accetto di partecipare a questo gioco al massacro e vi dico una cosa: vogliamo davvero fare qualcosa di importante per le piccole e medie imprese? Rimane un'unica cosa da fare: smantellare l'Unione monetaria europea.

Nicolas Bay (ENF). – Madame la Présidente, au Parlement européen, on ne compte plus désormais les rapports qui se sont succédé, accumulés ces dernières années pour, soi-disant, défendre nos TPE/PME. Au-delà des belles déclarations, nos gouvernants refusent obstinément de protéger nos entreprises de la concurrence déloyale de pays comme la Chine. Pire, ils ont décidé d'organiser le dumping social intracommunautaire avec la scandaleuse directive sur les travailleurs détachés.

En France, nos TPE/PME subissent à la fois le pire du libéralisme et le pire de l'étatisme. D'un côté, la concurrence sauvage et la financiarisation au détriment de l'économie réelle et, de l'autre, une bureaucratie écrasante, une fiscalité confiscatoire et une inflation de normes qui, sans cesse fluctuante, crée une insécurité juridique insupportable pour les petites entreprises.

Parmi les mesures que nous préconisons, je n'en citerai que trois. Nous voulons favoriser l'accès des TPE/PME à la commande publique, remettre les banques au service des entreprises et rééquilibrer l'imposition sur les sociétés. On ne peut continuer, en effet, d'accepter qu'en France, les TPE/PME paient en moyenne 22 % d'impôt sur les sociétés contre moins de 8 % pour les grands groupes.

Markus Pieper (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Es könnte alles so schön sein – gute Berichte für die Zukunft des Mittelstandes zu Eckpunkten der Finanzierung, Jobs im Mittelstand. Mein ausdrücklicher Dank an die Berichterstatter Karas und Krasnodębski, die sich mit wichtigen Themen des Mittelstandes wirklich sehr aufopferungsvoll beschäftigen.

Es könnte so schön sein, wenn da nicht auch andere Signale in dieser Woche kämen. Linke, Grüne und Liberale wollen eine Neuauflage der Mutterschutzrichtlinie. Das schafft für kleine Firmen Doppelregulierung und ist eigentlich nationale Angelegenheit. Die EU soll Elternzeiten regeln und für eine gerechte Beteiligung der Väter sorgen. Wir wollen die Pflege alter Menschen regeln, wir wollen dafür zuständig sein. In anderen Bereichen fordern wir diese Woche Mindestlöhne. Wir wollen eine europäische Arbeitslosenversicherung, und wir betrachten allen Ernstes das betriebliche Outsourcing als Teufelszeug.

Meine Damen und Herren, haben wir im Europäischen Parlament den Brexit-Weckruf nicht gehört? Anstatt mit Entschuldung und Bürokratieabbau Vertrauen zu schaffen, reißen wir immer neue Gräben auf. Umverteilung, Bürokratie für Betriebe, Verstöße gegen Subsidiarität – das ist leider auch eine Bilanz dieser Woche im Europäischen Parlament. Umso wichtiger ist es, dass sich die Mittelständler, die Mittelstandspolitiker, hier zusammentun und eindeutig Flagge zeigen, so wie heute Abend.

Jonás Fernández (S&D). – Señora Presidenta, en primer lugar, quiero agradecer el enorme trabajo del ponente en este informe y, por supuesto, la presencia aquí de la Comisión y del Comisario Dombrovskis. Porque es un debate importante, es un debate en el que tenemos que poner las vías de futuro para que la economía real en Europa recupere el crecimiento y mejore el nivel de empleo y, por lo tanto, el bienestar del conjunto de los de los europeos.

Es verdad que existen retos «micro» que tenemos que tratar. Tenemos que revisar todas las políticas sectoriales que está impulsando la Comisión, desde las telecomunicaciones a la energía, para mejorar las expectativas de crecimiento. Pero también tenemos que revisar las políticas macroeconómicas, no solamente la política monetaria, sino también el proyecto de la Unión de Mercados de Capitales, para facilitar la financiación y, por supuesto, la política fiscal, porque gran parte de los problemas que tienen las pymes es la reducida demanda del mercado interior. Y todo ello con una mejora de la capacidad de los elementos de competencia, para evitar el dumping fiscal de las grandes empresas de las que hemos hablado ya.

Yo creo que el informe está en la buena dirección. Yo creo que este papel puede ayudar a la Comisión y al conjunto de las instituciones europeas a seguir trabajando, y la opinión de mi Grupo y la mía es que es un informe muy oportuno.

En cualquier caso, me voy a permitir estos segundos que me quedan para pedir disculpas al señor Comisario por tener que estar aquí a las once de la noche escuchando discursos de los diputados del UKIP y del Frente Nacional, que avergüenzan a esta Cámara, que avergüenzan al conjunto de los europeos.

La verdad es que algunos llevamos aquí muchas horas ya trabajando, muchos años, y es insoportable escuchar esos discursos llenos de odio, que envenenan a la ciudadanía y representan lo peor de Europa; los discursos nacionalistas, que avergonzarían claramente a Charles de Gaulle, que avergonzarían a Winston Churchill, que avergonzarían a nuestra historia. La verdad es que esto ha llegado a un nivel absolutamente insoportable.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

David Coburn (EFDD), *blue-card question*. – Mr Fernandez, you said things about UKIP which really were pretty silly. You say the Commissioner has had to sit up very late here. Well, may I point out that he gets a very very large salary, so I do not think that staying up very late to listen to the meanderings of populists is going to be too taxing for him.

Would you not agree that it is better to be a populist than someone like you who is an un-populist?

Jonás Fernández (S&D), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Por supuesto, estaremos aquí las horas que haga falta. Porque este proyecto, el proyecto de la Unión Europea, no lo van a destruir ustedes, ni nadie como ustedes. Todos los ciudadanos estamos apoyando la solidaridad, la unión de Asturias, la unión de Europa, la recuperación de la soberanía europea — que es de lo que se trata— y están ustedes aquí destruyendo, y lo peor de todo, destruyendo sus propios países.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, στην έκθεση για αξιοποίηση του δυναμικού των μικρομεσαίων επιχειρήσεων για τη δημιουργία νέων θέσεων εργασίας, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο επικαλείται και πάλι την ελεύθερη αγορά ως «φάρμακο διά πάσαν νόσο». Επικεντρώνεται στην μείωση του λεγόμενου κόστους εργασίας για προώθηση νέων θέσεων εργασίας στις μικρομεσαίες επιχειρήσεις, και σε ευελιξία στην αγορά εργασίας Δεν παραβλέπουμε τις καλές προθέσεις των εισηγητών και τις βελτιώσεις που έγιναν στο κείμενο. Η αναφορά στη διασφάλιση της προστασίας των εργαζομένων, σε οποιαδήποτε αύξηση της ευελιξίας και η στήριξη της ανάπτυξης συνεταιριστικών επιχειρήσεων μας βρίσκουν σύμφωνους. Διαφωνούμε όμως με τη γενική φιλοσοφία της έκθεσης. Το γενικό πλαίσιο που προτείνεται για να αξιοποιηθούν οι μικρομεσαίες επιχειρήσεις για δημιουργία θέσεων εργασίας δεν διασφαλίζει τη δημιουργία νέων αξιοπρεπών και μόνιμων θέσεων. Ούτε γίνεται λόγος για συλλογικά εργασιακά δικαιώματα, δηλαδή, την κοινωνική ασφάλιση, τη συλλογική διαπραγμάτευση και τις συλλογικές συμβάσεις. Το «φάρμακο» των νεοφιλελεύθερων πολιτικών λιτότητας και της απορρύθμισης της εργασίας για «δήθεν» οικονομική ανάπτυξη απέτυχε παταγωδώς, αφού τα στατιστικά στοιχεία δείχνουν ότι οι μικρομεσαίες επιχειρήσεις μειώθηκαν τα τελευταία χρόνια στην Ένωση.

Beatrix von Storch (EFDD). – Frau Präsidentin! Wir reden also jetzt über die Finanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen in der EU. Einige Grundannahmen in dem Bericht kann ich teilen: KMU sind das Rückgrat der Gesellschaft, sie schaffen die meisten Arbeitsplätze, sie leiden am meisten unter der Bürokratie, sie haben Probleme, sich zu finanzieren. Und sie haben alle Probleme: Sie leiden alle unter dem Euro – einer Zwangsjacke, die für die einen zu groß und für die anderen zu klein ist; sie passt niemanden. Der Kollege Zanni hat darüber gerade ausführlich gesprochen. Deswegen lasse ich den Teil jetzt aus.

Die Vorschläge in dem Bericht zur Verbesserung der Situation der KMU teile ich nicht. Die KMU brauchen nicht einen Sack voller neuer Regulierungen und Verordnungen von der EU. Das Gegenteil ist der Fall: Sie brauchen weniger Regulierung, insbesondere weniger Regulierung aus Brüssel. Die EU hat den Finanzmarkt seit Lehman totreguliert und einige europäische Großbanken an den Tropf der Steuerzahler gehängt – für Milliardensummen. Jetzt leiden wir unter einem durchbürokratisierten Finanzmarkt und diesen Zombie-Banken. Das sind die giftigen Nachwehen der Eurokrise, und die schaffen jetzt die Schwierigkeiten auch für die Finanzierung der KMU.

Hören Sie auf mit der Bankenrettung! Gerade haben Sie es wieder zugelassen – in Italien und Portugal. Nehmen wir die Zombie-Banken vom Tropf. Das ist gut für den Steuerzahler, und das hilft dem Finanzmarkt, gesund zu werden. Und dann bekommen auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen wieder Kapital.

Pablo Zalba Bidegain (PPE). – Señora Presidenta, señor Comisario, me van a permitir, en primer lugar, felicitar al ponente por el gran informe que ha hecho en favor de las pymes. Es ya una tradición que el señor Karas, en su trayectoria, apoye a las pequeñas y medianas empresas.

Empresas, las pymes, que, sin duda alguna —lo ha dicho el Vicepresidente Dombrovskis y lo han dicho muchos de nuestros colegas— son el motor del crecimiento y de la creación de empleo en la Unión Europea. Y, por tanto, todo informe, toda ayuda, todo lo que podamos hacer para facilitar el trabajo diario de las pymes, para facilitar e impulsar el crecimiento de las pymes, creo yo que es poco.

Y, sin duda alguna, uno de los problemas a los que se enfrentan las pequeñas y medianas empresas en la Unión Europea y, sobre todo, en los países del sur de la Unión Europea, es el acceso a la financiación; o, mejor dicho, los diferentes costes de financiación que tienen las empresas en el conjunto de la zona del euro, y eso es injusto, porque, sin duda alguna, afecta también a la productividad.

Por lo tanto, yo creo que es de justicia agradecer y dar la bienvenida al mercado único de capitales.

Como ponente de uno de los primeros pilares en lo referente a las titulizaciones, tengo que decir que, sin duda alguna, todo lo que sea facilitar el acceso a las titulizaciones por parte de las pequeñas y medianas empresas será algo que, sin duda alguna, tendremos en cuenta en el informe.

Elena Gentile (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, non vi è dubbio: il sistema della piccola e media impresa rappresenta la leva più efficace per la crescita e per lo sviluppo, perché ci consente di cogliere il più importante degli obiettivi, quello della promozione del lavoro. È centrale, dunque, il sostegno alle piccole e medie imprese: semplificazione, innovazione, maggiore disponibilità del credito, lotta al dumping sociale e contrasto all'economia sommersa.

Servono più formazione continua per migliorare la competitività, nuovi repertori delle qualifiche professionali aperte alla domanda di nuove competenze indispensabili per guadagnare nuovi spazi di mercato. Servono politiche fiscali eque, misure anticicliche, politiche di incentivo alla crescita, insieme alla promozione di strumenti capaci di rendere ancora più incisivo il processo di inserimento lavorativo delle persone più fragili. Infine serve più responsabilità sociale, più responsabilità sociale d'impresa per contrastare la precarietà aprendo nuovi spazi di vita e di lavoro per tutti.

(La Presidente interrompe l'oratrice)

Theodor Dumitru Stolojan (PPE). – Doamnă președintă, exprim aprecierea mea domnului Karas, celorlalți care au lucrat la acest excelent raport. Doresc să salut propunerea președintelui Comisiei Europene de a extinde durata de viață și de a mări volumul Fondului european pentru investiții, care deja contribuie la finanțarea a peste două sute de mii de întreprinderi mici și mijlocii. Susțin pe deplin propunerile din raport cu privire la încurajarea acestor întreprinderi de a utiliza întregul potențial al pieței unice pentru finanțare. În acest sens, cred că vicepreședintele Dombrovskis a spus un lucru deosebit, și anume că acum avem nevoie mai mult ca oricând de o uniune a piețelor de capital, având în vedere Brexitul. Cred că, pe măsură ce economia digitală avansează, Comisia Europeană ar trebui să vină cu o serie de propuneri noi de sprijinire financiară, în special a întreprinderilor mici și mijlocii inovatoare, întreprinderi care lucrează cu idei

și cu aplicații pe toate mijloacele economiei digitale.

Flavio Zanonato (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, sostenere le piccole e medie imprese significa favorire l'occupazione, in particolare quella giovanile, e significa anche favorire la coesione sociale. Per questo, vanno attivati incentivi mirati per le PMI, le *start-up* e le micro imprese e vanno facilitate l'assunzione di manodopera qualificata e la formazione dei dipendenti. Il programma Erasmus per giovani imprenditori, che li aiuta nelle conoscenze e nelle competenze necessarie per avviare e gestire un'impresa, va ulteriormente sviluppato e pubblicizzato.

Anche le persone dei gruppi vulnerabili vanno aiutate a creare piccole e medie imprese. La partecipazione degli immigrati al mondo del lavoro autonomo, ad esempio, è una grande opportunità di integrazione sociale. Questo capitale umano è ancora largamente sottoutilizzato per la difficoltà ad ottenere un permesso di lavoro, per le pratiche discriminatorie e per appesantimenti fiscali e burocratici, difficoltà di accesso al credito e ancora mancanza di stabilità del soggiorno.

Romana Tomc (PPE). – Zelo pomembno je, da so mala in srednja podjetja visoko na naših prioritetnih lestvicah, vendar se vedno, ko v Evropskem parlamentu razpravljamo o njih, zapletemo pri zelo podobnih problemih.

Strinjam se s kolegi, ki pravijo, da je kreditiranje še vedno najbolj pomemben vir financiranja malih in srednjih podjetij, želim pa izpostaviti še en drug vidik oziroma en drug vir: koriščenje sredstev iz evropskih projektov.

Nekatera mala in srednja podjetja ne morejo konkurirati na razpisih, ker ne morejo zadostiti vsem birokratskim zahtevam, recimo, ker nimajo raziskovalno-razvojnega oddelka ali kaj podobnega.

Pozivam torej Komisijo, da pri naslednjih predlogih in dosjejih, v povezavi z MSP, vključi aktivnost podjetniških vozlišč, centrov, ki bi si jih lahko več MSP delilo. Tako bi odpravili marsikatero oviro in marsikatero podjetje bi imelo lažji dostop do direktnega financiranja.

Imam pa še en pogled na MSP: pripraviti moramo okolje za bolj dinamičen trg dela. Mala in srednja podjetja so namreč zelo pomembni zaposlovalci.

In še nekaj, treba je podjetništvo in podjetniške priložnosti promovirati tudi v fazah izobraževalnega procesa.

Eva Paunova (PPE). – Madam President, I talk regularly, if not daily, to entrepreneurs, start-ups and companies and they tell me two things. In order to grow and create the jobs needed, they need both funding and equal opportunities to develop their ideas in our European market. A company does not want to rely solely on one source of financing. The funding options at hand must be as innovative, flexible and creative as today's enterprises are. A start-up does not want bottlenecks and one-size-fits-all solutions. They need a fair and tailored national and EU legislation.

The recommendations given by my colleague, Othmar Karas, address this need but, if these proposals are not backed by very concrete – as well as swift – legislative actions, then we have crafted beautiful words but we need to turn them into actions in order to contribute to growth and competitiveness and jobs.

What we can do is boost European venture capital funds and European social entrepreneur funds. We can commit to providing technical assistance to Member States and developing market-based finance as part of the Capital Markets Union initiative. Today we have proven that commitment can provide results with the EFSI, but it cannot work alone. It needs other solutions on the side, which I am sure we can provide.

Bendt Bendtsen (PPE). – Fru formand! Først tak til ordfører Karas for en rigtig god betænkning om finansiering af vores små og mellemstore virksomheder. Også tak til kommissær Dombrovskis, som har engageret sig dybt i denne problematik. Når vi taler om kapitalmarkedsunionen, er der selvfølgelig nogle håndtag i værktøjskassen. Jeg tror, vi er nødt til at tage hele paletten, for oven på finanskrisen er det blevet endnu mere udtalt, at små og mellemstore virksomheder har svært ved at skaffe den kapital, der er nødvendig. Det er også det, vi hører fra alle talerne i aften, at vi er nødt til at gøre noget mere. I dag har vi så hørt, at Juncker øger hele investeringsplanen. Det er også godt for små og mellemstore virksomheder. Der er allerede mange, der har fået finansiering fra den første del af pakken. Det, jeg gerne vil sætte fokus på her i aften, er også, at Basel-reglernes implementering i kapitalkravsdirektiv IV ikke har gjort det nemmere for små og mellemstore virksomheder at få bankfinansiering og få finansiering via realkreditobligationer. Nu står vi over for en revision af kapitalkravsdirektiv IV, vi står faktisk over for skærpede regler igen fra Baselkomitéen, som

gør, at vi skal polstre endnu mere. Hvis vi sammenligner europæiske virksomheder med amerikanske virksomheder, så finansierer amerikanerne med erhvervsobligationer, mens vi i Europa finansierer vores små og mellemstore virksomheder med bank- og realkreditobligationer. Derfor er vi nødt til at sørge for, at vi får en ordentlig løsning, når Dombrovskis nu går i gang med kapitalkravsdirektiv V.

„Catch the eye" eljárás.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία πρόεδρε, οι μικρομεσαίες επιχειρήσεις αντιπροσωπεύουν το 99,8% των επιχειρήσεων στην Ευρωπαϊκή Ένωση, δημιουργούν το 55% του συνολικού ΑΕΠ της Ένωσης, και απασχολούν 75 εκατομμύρια πολίτες συμβάλλοντας έτσι στην οικονομική κοινωνική και περιφερειακή συνοχή. Βέβαια, σε χώρες όπως η Ελλάδα, ο τομέας των μικρομεσαίων επιχειρήσεων έχει πληγεί ιδιαίτερα από τις δυσμενείς επιπτώσεις του μνημονίου ενώ, μέχρι το 2015, εξαφανίστηκαν 244.000 επιχειρήσεις και οδηγήθηκαν στην ανεργία 842.000 άτομα. Παράλληλα, οι μικρομεσαίες επιχειρήσεις έχουν περιορισμένη πρόσβαση στον τραπεζικό δανεισμό ενώ η στήριξη, που αναμένεται να δοθεί από το Ευρωπαϊκό Ταμείο Στρατηγικών Επενδύσεων για την ενίσχυση μικρομεσαίων επιχειρήσεων, δεν φαίνεται ότι μπορεί να φέρει τα επιθυμητά αποτελέσματα. Προκειμένου, όμως, να αρθεί κάθε εμπόδιο στην ανάπτυξη και στη χρηματοδότηση των μικρομεσαίων, θα πρέπει άμεσα να υλοποιηθούν τα προγράμματα του Ευρωπαϊκού Ταμείου Στρατηγικών Επενδύσεων, ενώ οι ίδιες οι επιχειρήσεις θα πρέπει να χρησιμοποιήσουν νέες τεχνολογίες.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhora Presidente, não negamos a necessidade de melhorar o acesso ao financiamento por parte das PME. Pensamos, inclusivamente, que esta é uma questão chave para o nosso crescimento económico.

Contudo, não podemos abordar esta questão sem um bom diagnóstico. Procurar resolver a falta de financiamento das PME a partir da União dos Mercados de Capitais ou da união bancária demonstra que nada aprendemos com o passado.

Toda a retórica sobre a fragmentação dos mercados visa apenas incrementar ainda mais a mobilidade do capital e a integração dos mercados financeiros, e fortalecer ainda mais as instituições ditas «*too big to fail*».

Quem conhece a realidade das PME sabe que o seu financiamento passa pela necessidade de um setor bancário com forte implantação nacional e claramente direcionado para os investimentos de base local e regional, e só o controlo público do sistema financeiro poderá garantir uma banca ao serviço do desenvolvimento.

A „catch the eye" eljárás vége.

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, following this exchange, I am even more convinced that there is a lot we can do to boost the potential of SMEs and micro-enterprises to create jobs and growth. We need an intelligent approach which combines immediate initiatives to kick-start investment with longer-term work to improve the investment environment. Building a Capital Markets Union is an important part of this work. I hope we can work together to get the initial new proposals agreed and shift the focus to more ambitious action, building on your suggestions and recommendations.

I found it particularly valuable to have a joint debate on access to finance and on the job creation potential of SMEs. The two issues are very closely linked. You have made many valuable suggestions and recommendations. The Commission stands ready to work with you on how to integrate them across the various policy areas highlighted in the two reports.

Othmar Karas, *Berichterstatter*. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Debatte – und vor allem die Anzahl der Redner um diese Zeit – hat gezeigt wie wichtig uns die Fragen der Stärkung der Finanzierung der kleinen und mittelständischen Unternehmen sind. Ich brauche die Bedeutung für den Binnenmarkt, für Wachstum und Beschäftigung, den Finanzierungszugang nicht noch einmal zu erwähnen. Ich möchte mich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die sich an der Debatte beteiligt haben, und bei den Schattenberichterstattern, die sich bei der Arbeit an diesem Bericht beteiligt haben, recht herzlich bedanken.

Aber ich möchte schon auch darauf hinweisen, dass die Debatte hier als Schwerpunkt hatte, die Finanzmittel und die Diversifizierung der Finanzierungsquellen von KMU in einer Kapitalmarktunion herauszugreifen und nicht den gesamten Bauchladen. Wir müssen die Kapitalmarktunion in unserem Verständnis zu einer Finanzierungsunion der Realwirtschaft machen, und wir müssen die Kapitalzufuhr für KMU nicht nur erleichtern, sondern auch erweitern.

Dazu gehört natürlich auch der Ausbau des EFSI, und ich möchte schon sagen, dass bisher ohne Ausbau das SME WINDOW erfolgreich war. Dazu gehört das Erasmus-Programm für Klein- und Mittelständische, für Jungunternehmer und KMU, dazu gehört die Umsetzung des *Small Business Act* und des *Single Market Act,* und dazu gehört natürlich auch eine Europäisierung der Umsetzung der Baselkriterien, weil die Anwendung von Basel in Europa nicht so stattfinden kann wie in den Vereinigten Staaten, wo hier bei uns 80 % der Finanzierung der KMU kreditfinanziert sind.

Daher werden wir nie fertig, aber dieser Bericht ist ein wichtiger Schritt zur Gestaltung der Kapitalmarktunion als Finanzierungsunion der Realwirtschaft.

Zdzisław Krasnodębski, *sprawozdawca*. – Dziękuję bardzo za wszystkie cenne uwagi, które padły w tej dyskusji. Ja może dorzucę tylko jedną rzecz, bo my mówiliśmy tutaj dużo o finansach i znaczeniu dostępu do odpowiednich funduszy i innych barierach dla rozwoju małych i średnich przedsiębiorstw, ale chciałbym jeszcze powiedzieć o jednej dodatkowej rzeczy, która może tutaj zabrzmiała zbyt słabo, mianowicie, że tego wszystkiego nie da się osiągnąć, nie da się osiągnąć rozwoju małych i średnich przedsiębiorstw bez promocji kultury przedsiębiorczości. Otóż niedawno przeprowadzono w Niemczech takie badania wśród studentów z zapytaniem, gdzie studenci niemieccy, a nie jest to najsłabszy kraj gospodarczo w Europie, chcieliby pracować. Otóż 36% studentek i 23% studentów odpowiedziało, że chcieliby pracować w administracji państwowej. To było preferowane miejsce pracy – administracja państwowa. Potem kobiety mówiły, że w instytucjach kulturalnych, natomiast mężczyźni wskazywali jako drugie miejsce przemysł samochodowy. To pokazuje, że ta kultura przedsiębiorczości jest czymś takim, co dopiero powinniśmy rozbudzać, ponieważ nie jest chyba sygnałem dobrym właśnie takie przekonanie, że najlepszą karierą życiową, najbezpieczniejszą jest praca w administracji państwowej. To jest jedna uwaga.

Chciałbym dodać jeszcze drugi aspekt, o którym wspominałem, ale może to też nie wybrzmiało dostatecznie silnie. Otóż my zwracamy uwagę w tym sprawozdaniu na różnorodność MŚP w Europie, że ta różnorodność zależy od kraju czy regionu, w którym one powstają i się rozwijają, bariery są bardzo różne i stopień w jakim te przedsiębiorstwa walczą z pewnymi przeszkodami jest bardzo różny. Powinniśmy uwzględniać również tę różnicę. Jednak coś zupełnie innego to sytuacja małych i średnich przedsiębiorstw na Podlasiu i w Badenii-Wirtembergii, i to również Komisja powinna uwzględniać w swoim myśleniu o małych i średnich przedsiębiorstwach.

Elnök asszony. – A közös vitát lezárom.

A szavazásra csütörtökön (2015. szeptember 15.) kerül sor.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Întreprinderile mici și mijlocii din Uniunea Europeană sunt principala sursă de locuri de muncă, motiv pentru care consider că înființarea întreprinderilor ar trebui să fie facilitată prin promovarea competențelor antreprenoriale și introducerea antreprenoriatului în programele școlare. Acest lucru va permite tinerilor să se familiarizeze cu procedurile necesare pentru a se implica în asemenea activități.

În acest context, consider că statele membre trebuie încurajate să adopte cadre legislative favorabile pentru a promova și sprijini angajarea tinerilor în IMM-uri sau pentru a-i stimula să își înceapă propria afacere, iar autoritățile regionale, instituțiile de învățământ și partenerii sociali trebuie încurajați la rândul lor să creeze oportunități pentru ca tinerii să poată dobândi competențe antreprenoriale, subliniind importanța mentoratului de afaceri pentru tinerii antreprenori.

Jarosław Kalinowski (PPE), *na piśmie*. – Małe i średnie przedsiębiorstwa są podstawą gospodarki UE, odpowiadają one za znaczną część zatrudnienia i w dużym stopniu przyczyniają się do rozwoju społeczno-gospodarczego. Przedsiębiorstwa te muszą mierzyć się z wieloma problemami, m.in. brakiem odpowiednio wykwalifikowanych pracowników, ograniczonym dostępem do finansowania publicznego oraz nierównymi warunkami konkurencji z dużymi korporacjami. Rozwiązanie tych problemów stworzy warunki do uczciwej konkurencji, rozszerzenia składek na ubezpieczenia społeczne i bazy podatkowej na większą liczbę podmiotów, a także do powstawania nowych miejsc pracy i zwalczania bezrobocia szczególnie wśród ludzi młodych. Większe środki powinny być przeznaczone na system edukacji i szkoleń zawodowych, który umożliwi młodym ludziom zdobywanie doświadczenia i tym samym włączy ich w rynek pracy.

Między państwami członkowskimi istnieją różnice pod względem potrzeb i warunków finansowania MŚP. Wynikają one ze specyficznych okoliczności rynkowych i strukturalnych w poszczególnych państwach. Dlatego też lokalne banki znające realia funkcjonowania przedsiębiorstw i mające odpowiednie kompetencje pozwalające na ocenę ryzyka kredytowego są najskuteczniejszym źródłem finansowania MŚP. Unia Europejska powinna dążyć do ulepszenia systemu bankowego, ale także, mając na uwadze problemy z dostępem do kredytowania, jakie napotkały MŚP w czasie kryzysu, trzeba podjąć działania zwiększające dostęp do pozabankowych źródeł finansowania.

20. Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel zu veröffentlichen ist (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő napirendi pont vita a következő jelentésről: a Petr Ježek által a Gazdasági és Monetáris Bizottság nevében készített jelentés az értékpapírok nyilvános kibocsátásakor vagy piaci bevezetésekor közzéteendő tájékoztatóról szóló európai parlamenti és tanácsi rendeletre vonatkozó javaslatról (COM(2015)0583 – C8-0375/2015 – 2015/0268(COD)) – (A8-0238/2016)

Petr Ježek, *rapporteur*. – Mr President, the best news comes at the end of the day. Let me recall that in the Parliament we have adopted an innovative approach to the Commission's draft prospectus regulation. Before I outline our approach, let me remind you of the objective of the prospectus review.

It is the first Commission proposal in the context of the capital markets union. Currently prospectuses are burdensome documents. An equity prospectus costs on average EUR 1 million to produce. Therefore, there is a need for less cumbersome prospectuses, both for investor protection and to reduce the burden on issuers. Our former colleague, Philippe De Backer, drafted an ambitious report which had the core aim of moving towards a true capital markets union through harmonising the EU regime for SMEs and issuers between EUR 1 million and EUR 20 million by offering them the opportunity to produce a lighter prospectus called the EU growth prospectus, reducing fragmentation and capping the limit of national discretion, reducing the burden and costs on issuers and ensuring investor protection.

I fully supported the draft report and, when I took over the file, I was able to work constructively with the other shadows to invent an even more tailor-made concept which fine-tunes the details of the growth prospectus. I am glad that the majority of groups share the same objectives: a truly European regime which harmonises prospectus requirements, a reduction in national discretion in terms of smaller issuances and the focus on reducing burdens for SMEs, notably strongly supporting a lighter prospectus regime for those issuers.

Other issues discussed in the shadows meeting included provisions on advertising, risk factors and the prospectus summary. We reached a broad agreement in the Committee on Economic and Monetary Affairs, and I would like to think the shadow rapporteurs for their support. I highly appreciate it. I look forward to hearing comments from the Vice-President and colleagues.

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, I am pleased to have this opportunity to discuss the proposal to streamline the Prospectus Directive. The proposal to reform the prospectus was one of the first actions of the Capital Markets Union action plan. Prospectuses are the gateway for companies raising capital in Europe.

Our proposal has a simple goal: to create a simpler, faster and cheaper prospectus regime. Simpler prospectuses should make it easier for companies of all sizes to raise the capital they need to grow their businesses. Simpler prospectuses means that less money is spent on legal formalities and more energy can be diverted to creating businesses and jobs.

I am grateful to Mr Ježek, the rapporteur, and the prospectus negotiating team in the Committee on Economic and Monetary Affairs for the hard work they have done on the initial proposal. I also want to acknowledge the Internal Market and Consumer Protection Committee's contribution and extend my thanks to Mrs Ford and her colleagues in IMCO.

A prospectus should provide clear and comparable information on company so that any company can raise capital across Europe with a single document; but not all companies need to or want to raise capital across Europe. This is why the harmonised prospectus should not be needed if small sums are raised locally. This is why we propose that up to EUR 10 million can be raised without a prospectus. This is because requiring a harmonised prospectus for such small amounts creates disproportionate cost: up to 10% of the amount raised for equity and up to 5% for debt issuance. This, we believe, is too much money spent on a prospectus. There is no point in imposing such a costly requirement on companies wanting to raise small amounts without the benefit of a prospectus passport. We are interested in Parliament's proposal for creating a tailor-made EU growth prospectus for small companies and for capital issuances up to EUR 20 million. The cost of producing a prospectus must be proportionate to the investment sought.

For the EU growth prospectus to be truly successful, we need to make sure that it stays as light as possible for small issuers, of course without sacrificing proper investor information. You will recall that one of the reasons we proposed a new prospectus regulation with a wider range of exemptions was because a previous, supposedly lighter regime failed to be meaningfully lighter than the full prospectus itself.

The prospectus summary is particularly important for retail investors. It is an area that has worked well, and we welcome Parliament's aim to streamline and simplify the summary of the prospectus further. Our proposal simplified so-called secondary issuances for firms that are already listed on a stock exchange or any other regulated market, which make up a large majority, some 70% of prospectus issues. We are supportive of Parliament's aim to extend these elevations further.

We also welcome Parliament's suggestions regarding the need for a fast- track approval of so-called frequent issuers, because information on such issuers is already available and regularly updated. We think that the fast-track approvals for frequent issuers have a great potential to streamline recourse to capital markets and make European industry more competitive on a global scale. There will be a few issues that will still need to be discussed in trialogues, notably how the Commission's proposal to make the prospectus mandatory only as of EUR 10 million fits with Parliament's proposal to create an EU gross prospectus that would apply for a capital raised between EUR 5 and 20 million.

I am confident that an appropriate solution can be found that meaningfully reduces burdens for Europe's smaller companies raising capital to grow. I am grateful for Parliament's support. Let us work together to have this adopted by the year end and support businesses that create jobs in Europe.

Vicky Ford, *rapporteur for the opinion of the Committee on the Internal Market and Consumer Protection*. – Madam President, small businesses are the backbone of our economies and if we want to succeed we must help them to grow, and that means making it easy for them to raise funds. Too often in the past, small companies have found that the legal and bureaucratic costs that they face trying to find new shareholders in a public listing make the exercise exorbitantly expensive. But the changes we are discussing tonight will make it easier for these companies to publish a prospectus, go to the markets and find investors. In today's exciting digital markets we have seen increasing opportunities also to raise money through crowdfunding, and it is important that this is recognised and is not overburdened with bureaucracy before it gets off the ground.

My committee's role in this was to ensure that consumer issues are safeguarded. People will benefit from increased investment choices, but we worked hard with consumer experts to ensure that there is an appropriate level of clear and precise information so that consumers can make informed choices. It has been a pleasure to work on this file with the Committee on Economic and Monetary Affairs, especially with Mr De Backer and I wish him well in his new job, but also with the Commission and the former Commissioner, Jonathan Hill, who cared so passionately about using politics to make real practical changes. I hope that in a post-Brexit world we will be able to find ways for businesses across the EU to still access those deep capital markets in the UK and for British businesses to maintain and develop relationships with investors on the continent.

Tom Vandenkendelaere, *namens de PPE-Fractie*. – Voorzitter Juncker zei het vanmorgen nog en werd daarin gevolgd door grote delen van dit halfrond: Europa heeft meer investeringen nodig. Een beter en vooral efficiënter investeringsklimaat is daarvoor een noodzakelijke voorwaarde. De wijziging van de prospectuswetgeving past volledig in dit plaatje en betekent een concrete, belangrijke stap vooruit. Op dit moment zijn Europese ondernemingen voor hun financiering nog te afhankelijk van bankleningen. Slechts 20 procent haalt geld op bij investeerders. Een van de redenen daarvoor zijn de te zware administratieve lasten. Dat leidt tot een onderbenutting van het groeipotentieel, vooral bij kmo's die, zoals Vicky Ford al zei, de ruggengraat van onze economie vormen.

Een afremmende factor in dit verhaal zijn de zogenaamde prospectussen die bedrijven moeten opstellen om kandidaat-investeerders te informeren. Laten we eerlijk zijn: de huidige wetgeving kan op vele vlakken nog beter. Door alle vereisten heeft dit document intussen de omvang van een telefoonboek aangenomen. Een prospectus telt gemiddeld 700 pagina's. Correcte informatie is belangrijk, maar we kunnen bezwaarlijk stellen dat zo'n groot document bemoedigend werkt voor kandidaat-investeerders. Mede door die omvang lopen ook de kosten voor het opstellen van zo'n prospectus op, tot gemiddeld 1 miljoen euro, zoals rapporteur Ježek heeft gezegd.

Daarom wil het Parlement dat voor kapitaalophalingen onder een miljoen euro geen prospectus meer nodig is en dat er inderdaad een lichter Europees prospectus komt voor kmo's, alle andere bedrijven op kmo-groeimarkten en kleinere kapitaaloperaties tot 20 miljoen euro. Hiermee, denk ik, helpen we de beloftevolle bedrijven om die zogenaamde financieringsladder verder te beklimmen en het kapitaal op te halen dat ze nodig hebben om door te groeien. Daarnaast vraagt het Parlement dat voor alle uitgiften vanaf 5 miljoen euro één geharmoniseerd prospectusregime van toepassing is in plaats van 28 verschillende systemen.

Collega's, de tekst die nu ter stemming voorligt maakt geld ophalen voor kmo's en jonge bedrijven veel eenvoudiger. Dat uitgangspunt zal ik namens de fractie van de Europese Volkspartij ook verdedigen tijdens de komende onderhandelingen en ik hoop dat de samenwerking even goed zal verlopen als bij de ECON-onderhandelingen in samenwerking met de schaduwrapporteur.

Neena Gill, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, firstly my congratulations to Petr Ježek for the outstanding work he has done on this important report, taking over halfway through the process.

Creating a good prospectus regime is at the heart of Capital Markets Union. In 2014, just one in four prospectuses were passported, meaning that the vast majority of issues raised capital in their own Member State. We need to change this: we need an EU where capital can flow freely and does not stop at Member States' borders. Plus, it could also help in terms of gaining access to funds from institutional investors who are sitting on their capital because of the current climate of low interest rates.

So if we are to unlock the potential of capital markets for SMEs it is vital that we make prospectuses less cumbersome and cheaper, cutting out the lengthy and excessive work of banks and lawyers. Therefore, this report aims to reduce red tape and legal fees, and by raising the threshold to one million we will make it easier for SMEs to tap into the capital markets.

There are almost 400 000 SMEs in my constituency, the West Midlands, and I welcome the fact that the report proposes a single standardised document for SMEs to sell their securities. This will make it easier for them to get access to potential cross-border finance in order to scale up their businesses and get to the next level. By limiting the number of pages in the prospectus summaries, I believe this information has, in the past, made it unattractive for SMEs to raise capital.

Another key feature of this report is harmonising investor protection rules across different pieces of EU legislation. The Capital Markets Union will succeed only if it tackles the problem of fragmentation of practices within Member States. Overall, this report achieves a number of key objectives and will hopefully lead to a deepening of capital markets with or without the UK.

Miguel Viegas, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhora Presidente, não negamos a importância de haver mais transparência ao nível dos mercados de títulos e maior proteção junto dos consumidores. O que não devemos é cair na ilusão de que este documento vai resolver os graves problemas do sistema financeiro, designadamente a sua opacidade e complexidade, e muito menos devemos acreditar que este é o passo fundamental rumo a uma União dos Mercados de Capitais, que apenas irá fortalecer os grandes grupos financeiros que continuam a especular, contando sempre com as ajudas públicas em caso de necessidade.

Pretender que esses *kits* possam resolver a assimetria de informação parece-nos, no mínimo, excessivamente otimista, quando sabemos que todos os dias nascem novos produtos financeiros com complexidades crescentes.

Por isso, consciente de que a génese de todos esses problemas decorre da natureza privada do setor financeiro e dos princípios de maximização dos lucros dos acionistas que lhe estão subjacentes, continuamos a defender o controlo público do sistema financeiro, alinhando assim as prioridades das suas instituições com as necessidades das economias de cada país.

Ernest Urtasun, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señora Presidenta, quisiera, en primer lugar, agradecer al ponente, el señor Ježek, su trabajo. Tengo que decir que globalmente hay cosas del informe que no nos gustan. Creemos que las excepciones son demasiado grandes y el margen de maniobra que se deja a los Estados miembros es excesivo. Y, en cuanto a los regímenes especiales más ligeros, creemos que son demasiado grandes. Particularmente, el régimen para las pequeñas y medianas empresas, que establecería excepciones a la regla, pues se permitiría a empresas muy grandes acudir a estas excepciones.

De todas maneras, quiero agradecerle al ponente que haya querido introducir —particularmente en los artículos 6 y 17 — nuestra propuesta para que hubiera lo que nosotros llamamos un *held warning*, es decir, que se especifique cuándo un producto es de riesgo para los pequeños inversores, porque hemos tenido problemas gravísimos, que han arruinado auténticas familias, como las preferentes y la deuda subordinada, y es muy importante aprovechar esta reforma para poder reforzar eso. Por lo tanto, esos dos puntos quiero agradecérselos.

„Catch the eye" eljárás.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία πρόεδρε, σκοπός των ενημερωτικών δελτίων είναι να παρέχουν πληροφορίες για μια εταιρεία προκειμένου να αποφασίσουν οι επενδυτές αν θα επενδύσουν στις κινητές αξίες που εκδίδει. Επιπλέον, είναι αναγκαίο το ενημερωτικό δελτίο να μη λειτουργεί ως εμπόδιο στην πρόσβαση στις αγορές για τη συγκέντρωση κεφαλαίων. Αυτή η διαδικασία, βέβαια, μπορεί να αποτελεί επιβάρυνση για τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις, οι οποίες αποθαρρύνονται να παρέχουν κινητές αξίες στο κοινό, λόγω του πλήθους των απαιτούμενων εγγράφων και του υψηλού κόστους αυτής της διαδικασίας. Προκειμένου να διευκολυνθούν οι μικρομεσαίες επιχειρήσεις σχετικά με τις διοικητικές τους υποχρεώσεις θα πρέπει να βελτιωθεί η διαδικασία των ενημερωτικών δελτίων και να ευθυγραμμιστούν με τους κανόνες δημοσιοποίησης της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Συγκεκριμένα, οι μικρομεσαίες επιχειρήσεις θα πρέπει να εκδίδουν ένα ενημερωτικό δελτίο που θα εστιάζει σε ουσιώδεις και κατάλληλες πληροφορίες και θα απευθύνεται, κυρίως, σε εταιρείες ιδίου μεγέθους.

A „catch the eye" eljárás vége.

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, I have taken part in later debates, but this seems to be a record for me in terms of plenary attendance. Nevertheless, I would like to thank colleagues for their support and their constructive approach.

I sense an appetite to take this proposal forward quickly and I hope the plenary vote will enable us to do just that and start trilogues in the coming weeks. We all seem to agree on the objectives of the proposal, so let us get this Capital Markets Union initiative done this year in order to support companies in getting the investments and to show that we mean business in our work to build a single market for capital in Europe.

Petr Ježek, *rapporteur*. – Madam President, I would like to thank the Vice-President of the Commission and my colleagues for their contributions. I very much appreciate the time spent here by the Vice-President and his team. It is something of a record.

The Capital Markets Union (CMU) should be able to live up to its name. The only way this can happen is through measures which apply Union wide and which encourage market harmonisation and reduce barriers to cross-border investment. I believe that Parliament's position on the Prospectus Regulation will achieve all of these goals, and we need a strong mandate from this House for the negotiation with the Council and the Commission to achieve a truly European approach.

Some of the comments made tonight by the Vice-President of the Commission about Parliament's approach sound quite promising. This morning we heard from the President of the Commission that he attributes great importance to the progress with CMU and we have now heard the same from the Vice-President. Therefore I hope that tomorrow we will vote strongly in favour of the Prospectus Regulation and deliver some good news –which, I am afraid, was otherwise in short supply in the State of the Union address today.

Thank you everybody and goodnight.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

A szavazásra csütörtökön (2016. szeptember 15.) kerül sor.

21. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

22. Schluss der Sitzung

(Az ülést 23.40-kor rekesztik be.)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss

DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/1959

8.3.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 15. SEPTEMBER 2016

(C/2024/1959)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 12. bis 15. September 2016

STRASSBURG

Inhalt

Seite

1. Eröffnung der Sitzung 4

2. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll 4

3. Schlüsselziele für die 17. Konferenz der Vertragsparteien des CITES-Übereinkommens in Johannesburg (Südafrika) (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll 4

4. Petitionen: siehe Protokoll 4

5. Regelungen zum Mindesteinkommen in der EU (Aussprache) 4

6. Anwendung der Gleichbehandlungsrichtlinie für den Bereich Beschäftigung (Aussprache) 18

7. Tätigkeiten, Auswirkungen und Mehrwert des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zwischen 2007 und 2014 (Aussprache) 26

8. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache) 36

8.1. Philippinen 36

8.2. Somalia 42

8.3. Simbabwe 46

9. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll 50

Inhalt Seite

10. Änderung der Tagesordnung 50

11. Abstimmungsstunde 50

11.1. Ernennung eines Mitglieds der Europäischen Kommission – Sir Julian King (Abstimmung) 50

11.2. Philippinen (RC-B8-0990/2016, B8-0990/2016, B8-0992/2016, B8-0994/2016, B8-0999/2016, B8-1002/2016, B8-1004/2016, B8-1008/2016) (Abstimmung) 51

11.3. Somalia (RC-B8-0989/2016, B8-0989/2016, B8-0991/2016, B8-0993/2016, B8-0998/2016, B8-1001/2016, B8-1003/2016, B8-1007/2016) (Abstimmung) 51

11.4. Simbabwe (RC-B8-0995/2016, B8-0995/2016, B8-0996/2016, B8-0997/2016, B8-1000/2016, B8-1005/2016, B8-1006/2016, B8-1009/2016, B8-1010/2016) (Abstimmung) 51

11.5. Reisedokument für die Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger (A8-0201/2016 - Jussi Halla-aho) (Abstimmung) 52

11.6. Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel zu veröffentlichen ist (A8-0238/2016 - Petr Ježek) (Abstimmung) 52

11.7. Asyl: vorläufige Maßnahmen zugunsten von Italien und Griechenland (A8-0236/2016 - Ska Keller) (Abstimmung) 52

11.8. Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten (A8-0247/2016 - Laura Agea) (Abstimmung) 52

11.9. Schlüsselziele für die 17. Konferenz der Vertragsparteien des CITES-Übereinkommens in Johannesburg (Südafrika) (B8-0987/2016) (Abstimmung) 52

11.10. Anwendung der Richtlinie über Postdienste (A8-0254/2016 - Markus Ferber) (Abstimmung) . . . 52

11.11. Zugang von KMU zu Finanzmitteln und Diversifizierung der Finanzierungsquellen von KMU in einer Kapitalmarktunion (A8-0222/2016 - Othmar Karas) (Abstimmung) 52

11.12. Methoden für die optimale Nutzung des Potenzials von KMU zur Schaffung von Arbeitsplätzen (A8-0248/2016 - Zdzisław Krasnodębski) (Abstimmung) 52

11.13. Anwendung der Gleichbehandlungsrichtlinie für den Bereich Beschäftigung (A8-0225/2016 - Renate Weber) (Abstimmung) 53

11.14. Tätigkeiten, Auswirkungen und Mehrwert des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zwischen 2007 und 2014 (A8-0227/2016 - Marian Harkin) (Abstimmung) 53

12. Stimmerklärungen 53

12.1. Ernennung eines Mitglieds der Europäischen Kommission - Sir Julian King 53

12.2. Reisedokument für die Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger (A8-0201/2016 - Jussi Halla-aho) 58

12.3. Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel zu veröffentlichen ist (A8-0238/2016 - Petr Ježek) 89

12.4. Asyl: vorläufige Maßnahmen zugunsten von Italien und Griechenland (A8-0236/2016 - Ska Keller) 110

Inhalt Seite

12.5. Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten (A8-0247/2016 - Laura Agea) . . . 142

12.6. Schlüsselziele für die 17. Konferenz der Vertragsparteien des CITES-Übereinkommens in Johannesburg (Südafrika) (B8-0987/2016) . . . 168

12.7. Anwendung der Richtlinie über Postdienste (A8-0254/2016 - Markus Ferber) . . . 189

12.8. Zugang von KMU zu Finanzmitteln und Diversifizierung der Finanzierungsquellen von KMU in einer Kapitalmarktunion (A8-0222/2016 - Othmar Karas) . . . 219

12.9. Methoden für die optimale Nutzung des Potenzials von KMU zur Schaffung von Arbeitsplätzen (A8-0248/2016 - Zdzisław Krasnodębski) . . . 251

12.10. Anwendung der Gleichbehandlungsrichtlinie für den Bereich Beschäftigung (A8-0225/2016 - Renate Weber) . . . 283

12.11. Tätigkeiten, Auswirkungen und Mehrwert des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zwischen 2007 und 2014 (A8-0227/2016 - Marian Harkin) . . . 316

13. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll . . . 346

14. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll . . . 346

15. Auslegung der Geschäftsordnung: siehe Protokoll . . . 346

16. Standpunkte des Rates in erster Lesung . . . 346

17. Spielabsprachen . . . 347

18. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll . . . 357

19. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll . . . 357

20. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll . . . 357

21. Unterbrechung der Sitzungsperiode . . . 357

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 15. SEPTEMBER 2016

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

1. Eröffnung der Sitzung

(Η συνεδρίαση αρχίζει στις 8.00)

2. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

3. Schlüsselziele für die 17. Konferenz der Vertragsparteien des CITES-Übereinkommens in Johannesburg (Südafrika) (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

4. Petitionen: siehe Protokoll

5. Regelungen zum Mindesteinkommen in der EU (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το πρώτο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η συζήτηση επί της ερώτησης με αίτημα προφορικής απάντησης προς την Επιτροπή σχετικά με καθεστώτα ελάχιστου εισοδήματος στην Ευρωπαϊκή Ένωση του Thomas Händel, εξ ονόματος της Επιτροπής Απασχόλησης και Κοινωνικών Υποθέσεων (O-000087/2016 - B8-0710/2016) (2016/2676(RSP).

Thomas Händel, *Verfasser.* – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Ziel der Strategie Europa 2020 ist, die Zahl der armutsgefährdeten und von sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen um 20 Millionen zu senken. Davon sind wir meilenweit entfernt. Derzeit sind mehr als 120 Millionen Europäer armutsgefährdet und von sozialer Ausgrenzung bedroht, unter anderem aufgrund von Langzeitarbeitslosigkeit, geringen Löhnen und Aushöhlung der sozialen Sicherungssysteme. Ich füge hinzu: Auch die Methoden des Sozialdumpings, wie wir gestern beschlossen haben, führen zu diesen Ergebnissen. Dies trifft insbesondere die Menschen in den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern, aber eben nicht nur. Auch Metropolen in Mitteleuropa wie zum Beispiel London verzeichnen bis zu 27 % armutsgefährdete und arme Einwohner.

In seiner Antrittsrede wies Jean-Claude Juncker 2014 darauf hin, dass künftig für ein angemessenes Einkommen für alle Europäer gesorgt werden müsse. Daran muss erinnert werden. In einem Interview im Mai 2014 sagte Juncker – und das ist in diesem Haus besonders zu betonen: „Ich glaube fest an die Zukunft des europäischen Sozialmodells, dessen Herkunft und Zukunft die soziale Marktwirtschaft bleibt." Und er sagte weiter: „Kern dieses Modells ist der Vorrang der Menschen über die Wirtschaft, aber auch der Vorrang der Arbeit über das Kapital." Er formulierte weiter: „Daraus ergibt sich quasi zwangsläufig meine Idee von sozialen Mindestsockeln in Europa. Konkret meine ich damit auch einen gesetzlichen Mindestlohn, dessen Höhe allerdings im jeweiligen Land und nicht in Brüssel bestimmt wird. Ich meine damit auch", so Jean-Claude Juncker, „ein Grundeinkommen, sodass niemand in Europa auf die Straße gehen muss oder gar hungern muss. Denn gerade in Sachen Sozialmodell haben wir eine Modellfunktion auch für die Welt."

Klar ist: Es ist die Beschäftigung – und ich füge hinzu: gute Arbeit –, die wesentlich zur Überwindung der Armut beiträgt. Aber Regelungen zum Mindestlohn können als zentrale Instrumente dienen, wenn es um die Wahrung der sozialen Sicherung und mehr Chancengleichheit geht.

In seinen Entschließungen vom 20. Oktober 2010 und ganz aktuell vom gestrigen Tag hat das Europäische Parlament zu Sozialdumping betont, dass ein angemessenes Mindesteinkommen bei mindestens 60 % des Durchschnittslohns des jeweiligen Mitgliedstaats liegen soll. Damit könnten die grundlegenden Lebenshaltungskosten gedeckt und gleichzeitig die Gesamtnachfrage, die wirtschaftliche Erholung und die soziale Konvergenz auf hohem Niveau gestützt werden. Doch die Strategie der Kommission, wie das erreicht werden soll, ist nach wie vor völlig unklar. Auch die gestrige Rede hat das nicht besonders erhellt. Die Kommission könnte diesen Ansatz unterstützen, damit die Mitgliedstaaten im Einklang mit ihren einzelstaatlichen Praktiken ein angemessenes und leicht zugängliches Mindesteinkommen umsetzen.

In Bezug auf Artikel 9 sowie Artikel 153 Absatz 1 Buchstaben h und j des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und Artikel 34 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union stellte der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten deshalb folgende Fragen: Erstens: Wie definiert die Kommission den Begriff „angemessenes Einkommen" und wodurch ist er gekennzeichnet? Zweitens: Wann wird die Kommission die Regelungen zum Mindesteinkommen in der EU prüfen sowie einen Leistungsvergleich und den Austausch bewährter Verfahren fördern, wie es in der Entschließung des Parlaments vom 14. April 2016 gefordert worden ist? Durch welche Programme könnten die Mitgliedstaaten bei der Verwaltung unterstützt werden? Drittens: Welche Maßnahmen wird die Kommission in Bezug auf ein Mindesteinkommen ergreifen, um ihre Empfehlungen weiterzuverfolgen? Viertens: Wie wird die Kommission dafür sorgen, dass die für das garantierte Mindesteinkommen zur Verfügung gestellten Finanzmittel in den Ländern, für die finanzpolitische Anpassungsprogramme gelten, nicht eingesetzt werden, um andere Sozialleistungen zu ersetzen? Und fünftens: Wie wird die Kommission die Mitgliedstaaten unterstützen, wenn es darum geht zu verhindern, dass Menschen langfristig von Mindesteinkommen abhängig sind? Auf diese Fragen, Frau Kommissarin, erbitten wir heute von Ihnen eine Antwort.

Marianne Thyssen, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank the Chair of the Employment Committee and the Members of the Employment Committee for this oral question and I will answer in order of the list of the questions that you raised.

Firstly, let me tell you that there is growing evidence that high and rising inequality hampers both economic and social progress and fuels public mistrust. Well-designed income support schemes can contribute to fight poverty and increase labour market participation, and adequate income support should be high enough for a decent living and, at the same time, should not create disincentives to work or create dependency.

Adequacy of income support is only one aspect of the overall policy design. Coverage, take-up, link to activation and access to services are equally crucial. The draft outline of the European pillar of social rights sets out principles to guarantee that adequate minimum income benefits shall be assured for those who lack sufficient resources for a decent standard of living. For those of working age, these benefits shall include requirements for participation and active support to encourage labour market reintegration.

This builds on the 2008 Commission's recommendation on active inclusion. This recommendation sets out common principles and practical guidelines for a comprehensive strategy based on three integrated pillars: adequate income support, inclusive labour markets and access to quality services. The 2013 Social investment package proposed to develop reference budgets as a way of assessing the adequacy of income support. They define poverty thresholds on the basis of a basket of goods and services that are considered necessary to reach an acceptable standard of living within a given country, region or city.

They also show the link with the provision of adequate social services and the redistributive role of these services. As such, they can act as catalysts for policy debates on the adequacy of income support, especially in Member States with challenges in the field.

On the assessment of minimum income schemes in the EU and promoting benchmarking, best practices and providing administrative support to Member States and the measures taken regarding minimum income as a follow up to the 2008 recommendation on active inclusion, I can tell you the following. First of all, the Commission monitors and assesses Member States' progress in implementing the 2008 recommendation, including in the area of minimum income within the European semester. In 2016, six Member States received country-specific recommendations on improving the adequacy and coverage of minimum income or social assistance. These recommendations emerge from the assessment of minimum income schemes in the European Union, through the open method of coordination.

As you know, social policies and the designing of the social protection systems are a Member State competence and the open method of coordination provides a forum for mutual learning and exchange of good practices on enhancing the effectiveness of social protection systems across the Union. Peer reviews, mutual learning and exchange of good practices on minimum income schemes took place in the past and will continue. In 2017, the Commission will report on the implementation of the 2008 active inclusion recommendation, and this will contain lessons learned and guidance for the future.

The Commission has also been funding the European minimum income network, and is elaborating a methodology for developing cross nationally comparable reference budgets in Member States. This will serve as a means of helping Member States to design efficient and adequate income support.

You next question is on ensuring that in countries under financial adjustment programmes, funding for guaranteed minimum income schemes do not substitute other welfare provisions. Contributory-based welfare provisions are, and should remain, the first line of protection. This means that the minimum income should not replace welfare programs, but should enhance existing approaches and complement existing measures in the labour market and social fields. There is currently only one country, as you know, one Member State under the financial adjustment program, and we are working together with the Greek authorities to enhance the effectiveness of the welfare system.

The main objectives of the Greek programme are the expansion of employment support schemes, the modernisation of social welfare and the roll-out of a guaranteed minimum income scheme. The funding of the new guaranteed minimum income scheme will not be at the expense of contributory-based social welfare provisions.

Lastly, on helping Member States providing opportunities to prevent long-term dependency on minimum income, I can tell you that the Commission has been encouraging Member States to better integrate social safety nets and activation measures, not only to bring the unemployed back into jobs but also to keep people in employment. A recommendation on the integration of the long-term unemployed into the labour market was adopted in 2015, you know this. The long-term unemployed should benefit from an individualised approach, simplified access and more transparent support, in particular through job integration agreements and a single point of contact.

We are also working to support the Member States in improving work-life balance, including through care facilities, leave and flexible working time arrangements, as well as tax and benefit systems free of disincentives for second earners.

Heinz K. Becker, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissarin, werte Kolleginnen und Kollegen! Namens der Europäischen Volkspartei unterstütze ich die Anfrage des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, wie sie unser Vorsitzender Händel erläutert hat, ausdrücklich. Ich möchte eingangs festhalten, dass erfreulicherweise die Kommission in dieser Frage bereits aktiv war, ist und auch weiterhin konsequent gegenüber den Mitgliedstaaten aktiv werden soll. Dort liegt nämlich die Umsetzung der legitimen Forderung, dass jeder Mitgliedstaat der Europäischen Union das Mindesteinkommen regeln muss.

Um dem Abrutschen in Armut und soziale Exklusion entgegenzuwirken, ist die reine Festlegung eines Mindesteinkommens aber nicht ausreichend. Was es darüber hinaus braucht, sind aktive Ansätze, die einen Wiedereinstieg und Einstieg in die Berufstätigkeit attraktiv machen, und einen Prozess, der lebenslanges Lernen verbindlich macht zur Verhinderung unzureichender Berufsbildung und somit einen Weg aus der Langzeitarbeitslosigkeit fördert. Ich bin davon überzeugt, dass alle Investitionen in die Unterstützung von Arbeitsuchenden in Europa gut investiertes Geld sind.

Das Thema Mindesteinkommen muss man umfassend behandeln. Ich möchte auch auf die Rentensituation in Europa aufmerksam machen. Brisant ist, dass aufgrund fehlender Regelungen zu Mindestpensionen 20 % der Menschen im Ruhestand in Europa in Armut leben. Das trifft besonders Frauen. Auch hier ist der Druck der Kommission absolut nützlich, nicht zuletzt durch die Empfehlungen des Europäischen Semesters. Und ich möchte ganz grundsätzlich die Kommission und auch Sie, Frau Kommissarin, auffordern, die Empfehlungen des Europäischen Semesters nicht nur als Empfehlung einzusetzen, sondern auch als hartes Instrument.

Sergio Gutiérrez Prieto, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor Presidente, muchas gracias, señora Comisaria.

Ayer asistimos todos al debate del estado de la Unión, y creo que, desde mi punto de vista, esperábamos también un contenido más social. Es verdad que llevamos más de ocho años acumulados de crisis económica, que ha provocado que hoy Europa aglutine en los arcenes de la salida de la crisis a más de 120 millones de personas en riesgo de exclusión social.

En España, por ejemplo, 720 000 familias viven sin ningún tipo de ingreso, pues se les han acabado todo tipo de ayudas públicas. Y eso no sé si es un fallo sistémico, no sé si es un problema de nuestra economía, o es un problema que nos debe preocupar a todos, además, moralmente y socialmente.

Nosotros le estamos pidiendo a la señora Comisaria que lidere una iniciativa europea para crear un sistema de rentas mínimas a escala comunitaria; que ayude a los Estados miembros a encontrar una solución precisamente para tantas personas que esperan de la Unión Europea algo más que discursos de consolidación fiscal; que esperan también discursos de cohesión social e iniciativas que ayuden a excluir la pobreza de nuestro continente.

La zona del euro, la Unión Europea, sigue siendo, con los Estados Unidos, la zona económica del mundo más importante, y nosotros nos tenemos que preguntar si eso es compatible con 120 millones de personas, como digo, en riesgo de exclusión social, sin ningún tipo de ayuda pública.

La Unión Europea tiene que representar también un sentimiento de esperanza. El modelo social europeo tiene que ser compatible con una salida justa de la crisis, y para eso le pido no solo discursos, no solo quejas, no solo complacencia, sino también una iniciativa que por fin dé un poco de esperanza a millones de ciudadanos en el conjunto de la Unión Europea.

Si usted toma la iniciativa, no le quepa ninguna duda que el Grupo socialista le apoyará para sacarla adelante.

Arne Gericke, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissarin! Nachdem sich hier im Haus und unter dem Dach der EU-Kommission ja offensichtlich eine beachtliche Mehrheit einig ist, dass wir der anhaltenden EU-Skepsis mit sozialer Zwangsbeglückung aus Brüssel begegnen, ohne die Zuständigkeit der Nationalstaaten zu achten, beschäftigen wir uns heute wieder einmal mit dem Mindesteinkommen. Ich sage es ganz offen: Ich bin immer noch überzeugt, dass diese Entscheidung in nationale Hände gehört. Und ich bin ebenfalls überzeugt, dass sie auf europäischer Ebene ähnlich wirksam wäre wie die gestrige EVP-Luftnummer eines Interrail-Tickets für alle. Wenn das mal keine Irrfahrt ist!

Aber gut, wir diskutieren. Deshalb meine Frage: Sie begründen ein europäisches Mindesteinkommen damit, dass die Zahl der armutsgefährdeten und von sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen um 20 Millionen gesenkt werden soll. Warum berücksichtigen Sie bei den Debatten denn nicht die Rolle der Eltern, der Familien mit Kindern, der Großfamilien? Da nämlich haben Sie fast immer einen Elternteil, der jenseits aller Höchstarbeitszeiten und jenseits jeden Mindestlohns für seine Kinder und damit für unsere Gesellschaft schuftet. Halten Sie ein Mindesteinkommen, ein Erziehungsgehalt hier nicht für mindestens ebenso angebracht, gerade im Hinblick auf die Vermeidung von Armut, von Kinderarmut?

Enrique Calvet Chambon, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor Presidente. Buenos días, de nuevo, señora Comisaria, y muchas gracias por venir a atender esta pregunta.

Mire usted, lo de la renta mínima no es una medida económica, es una medida social —tampoco es una medida de empleo—, y es muy importante, porque corresponde al modelo social y al tipo de democracia —para nosotros liberal— que quiere la sociedad europea y sobre la que se fundamenta la Unión, que quiere coherencia y convergencia y que, sobre todo, quiere que, en una de las zonas más ricas del mundo, no haya *des laissés-pour-compte*, no haya gente marginada.

Uno de los instrumentos para luchar contra ello —y ya ha hablado de ello la Comisión—, son las rentas mínimas, el ingreso básico. Hay varios modelos y, sobre todo, es verdad que se habrá de adecuar a la realidad de cada país, su situación económica, su cultura, su tejido económico, industrial, empresarial, etc. Pero el principio fundamental y las normas fundamentales pueden perfectamente venir, deben perfectamente venir de una Europa integrada y de una Europa que cree en una ciudadanía solidaria y una ciudadanía que espera de ella un pilar social, además de una realidad económica.

Por eso, la Comisión tiene que empezar a llevar a la práctica un tema fundamental, que es estudiar los sistemas de renta mínima, ver su implicación, ver cómo se tienen que adaptar a cada nación a través del *benchmarking*, ver también su eficacia en la lucha contra las desigualdades. Tiene que empezar a producir iniciativas y papeles y, al final, atender también las necesidades de financiación coyunturales de los países con graves problemas de solidez financiera que no pueden atender.

Esperamos de la Comisión proactividad para contárselo a los ciudadanos europeos.

Paloma López Bermejo, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, la Comisión de Empleo ha impulsado este debate sobre rentas mínimas porque, con 120 millones de pobres, es decir, con uno de cada cuatro europeos que no pueden cubrir sus necesidades básicas, no tenemos más tiempo que perder.

Juncker se comprometió en su investidura a garantizar una renta adecuada, pero hasta ahora las propuestas de la Comisión han fracasado en este objetivo. Las llamadas a racionalizar los mecanismos de renta mínima existentes o a convertirlos en instrumentos de inclusión activa transforman un derecho fundamental en mecanismos con los que subsidiar salarios bajos y reducir la cobertura de las prestaciones sociales, en lugar de garantizar una vida digna.

Debemos optar por otra senda. El Parlamento Europeo ha repetido una y otra vez que cada país debe asegurar universalmente un ingreso por encima del umbral de la pobreza. Está en sus manos legislar en favor de una Directiva marco de rentas mínimas, como vienen reclamando los sindicatos, el Comité Económico y Social Europeo, diferentes ONG y hoy también este Parlamento, y proporcionar los recursos para su implementación.

¿Cuánto tiempo más vamos a tardar en actuar?

Tatjana Ždanoka, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, tackling the problem of the growing risk of poverty and social exclusion for millions of people in the EU is one of the political priorities of the Green/EFA Group. The position of Parliament itself in this respect has been clearly shown this week when we voted on the report by Vilija Blinkevičiūtė and myself, as well as the report by Guillaume Balas – a call to combat social and economic inequalities, promote measures aiming to put in place adequate minimum income schemes, to avoid excessive wage disparities and to underpin social convergence.

The minimum income in my country, Latvia, is five times smaller than in Luxembourg and four times smaller than in Great Britain. At the same time, it is 45% of the national average wage and the Gini co-efficient in Latvia is much higher than the EU-wide one. How can we talk about social cohesion when we have such disparities? How is it possible to stop the outflow of labour to the west in such a situation? The disparity between poor and rich in the Member States, and between poor and rich people within one state, must be eliminated.

Laura Agea, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'articolo 1 della Costituzione italiana recita che la Repubblica italiana è fondata sul lavoro. I nostri Padri costituenti sono anche i Padri fondatori dell'Unione europea, che era una Comunità quando nacque, ma oggi le politiche liberiste perpetrate da anni da questa Unione europea hanno portato allo sradicamento completo del nostro Stato sociale. Abbiamo impedito i diritti del lavoro e abbiamo ridotto in povertà 120 milioni di cittadini europei.

Adesso è necessaria una misura di contrasto emergenziale alla povertà assoluta nella quale vivono milioni di cittadini europei attraverso un reddito minimo che venga garantito a livello europeo, perché gli Stati membri non possono ricevere raccomandazioni per le quali devono attuare un reddito minimo all'interno della loro realtà se poi i vincoli di bilancio, il *fiscal compact* e il dovere di rimettere il debito impediscono nella realtà di realizzare questa misura strutturale necessaria.

Joëlle Mélin, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, une fois de plus, nous sommes en total décalage avec la réalité, tout d'abord parce que la protection sociale est un domaine éminemment régalien et il doit le rester. Parler de revenu minimum non issu du travail – nous sommes bien d'accord qu'il ne s'agit pas de salaire minimum – est un véritable constat d'échec des politiques socio-économiques de certains États, mais surtout de l'Europe. Je rappelle que la zone euro affiche un chômage de deux points supérieur au reste de l'Europe. Il s'agit donc d'un traitement des conséquences et non des causes.

Cela est dramatique pour deux raisons, compte tenu d'abord du niveau de la crise actuelle, puisqu'on s'aperçoit que ce sont la pauvreté et l'exclusion qui pèsent sur la croissance et sur l'avenir de la protection sociale, ce qui est évidemment un problème absolu en matière de pérennisation des systèmes de protection sociale, mais surtout au moment même où nous abordons une nouvelle ère, celle du numérique, de la robotique et de la perte des emplois humains.

La question à la Commission est simple: quand comptez-vous vous occuper enfin d'emploi? Quand comptez-vous libérer les énergies, celles des entrepreneurs et celles de toutes les personnes qui veulent se lancer dans l'aventure?

Udo Voigt (NI). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wann endlich werden wir uns davon leiten lassen, dass wir ein Mindesteinkommen nicht etwa vom Profit der Unternehmen, sondern ausschließlich von der Würde des Menschen abhängig machen? Das ist doch eine politische Forderung, ein politischer Wille, den wir hier mit aller Deutlichkeit erklären müssen, nämlich dass es nicht sein kann, dass ein Mensch ein Leben lang am Rande der Armutsgrenze vegetiert, teilweise zwei oder drei Jobs machen muss, um überhaupt seine Familie zu ernähren, und wenn er dann ins Pensionsalter kommt, wird er in die Altersarmut getrieben, weil die Pension nicht reicht, und wird weiterhin auf soziale Abgaben angewiesen sein.

Die Würde des Menschen ist unantastbar – so heißt es auch oft in diesem Hause. Dann setzen Sie doch bitte ein Zeichen und stellen Sie zumindest die politische Forderung, dass künftig nicht mehr der Profit der Unternehmen, sondern die Würde des Menschen bei der Ermittlung des Einkommens im Mittelpunkt steht.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Sven Schulze (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Liebe Kollegen, lieber Herr Voigt! Mir fällt auf, dass Sie sich in dieser Woche, wo wir viele Sozialthemen haben, hier im Plenum sehr häufig zu Wort melden. Ich würde mal fragen, warum Sie denn nicht so aktiv dort mitarbeiten, wo die Arbeit gemacht wird, nämlich im Ausschuss? Warum bringen Sie da nicht viele Anträge ein, wenn Sie hier so gut reden, wie wir es besser machen können? Hier, wo es im Fernsehen übertragen wird, wo Sie es für Ihre Wähler vielleicht schön darstellen können, ist es natürlich nachvollziehbar, aber machen Sie doch mal die Arbeit im Ausschuss mit!

Udo Voigt (NI), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Das war eine sehr polemische Frage. denn Sie wissen, dass ich als Fraktionsloser nur in einem Ausschuss mitarbeiten kann. Ich arbeite bereits im Migrationsausschuss mit. Und es geht doch darum, dass man in diesem Ausschuss auch etwas bewegen muss. Sie sagen: Warum stellen Sie keine Anträge? Weil ich keine Anträge stellen kann. Ich würde auch hier im Parlament gerne mehr Anträge stellen. Das, was ich tun kann, das tue ich. Ich rede hier für mein Volk, für die Arbeiterschaft bei uns in Europa, und dafür setze ich mich ein.

Thomas Mann (PPE). – Herr Präsident! Die Krise hat gezeigt, wie unterschiedlich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in den Mitgliedstaaten ist. Das Subsidiaritätsprinzip ist eine logische Konsequenz. Gedankenspiele, wie wir ein europaweit einheitliches Mindesteinkommen einführen wollen, sehen wir in der EVP zumindest kritisch.

Bei der Definition eines angemessenen Mindesteinkommens zeigt sich die Diversität der nationalen Praktiken. So müssen in Deutschland verschiedene Regelungen einbezogen werden – von der Grundsicherung über das Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Existenzminimum, Grundfreibetrag bis zum Mindestlohn. Wen wundert es, wenn wir der Forderung skeptisch gegenüberstehen, dass die Kommission einen EU-normierten Begriff festlegen soll? Jedes Grundeinkommen muss an einer Vielzahl von Faktoren festgemacht werden. Lassen wir der nationalen Ebene und vor allem den Sozialpartnern die notwendigen Spielräume zugunsten der bedürftigsten Bürgerinnen und Bürger.

Jutta Steinruck (S&D). – Herr Präsident! Nur zur Information, für diejenigen, die es nicht wissen: Der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union sieht vor, dass die Europäische Union die Tätigkeiten der Mitgliedstaaten bei der Gewährleistung eines sozialen und angemessenen Sozialschutzes unterstützt. Also, wir sind sehr wohl zuständig, und es ist gut, dass europäische Initiativen die Mitgliedstaaten da auch antreiben, sich da weiterzuentwickeln.

Ich bin froh, dass sich der Ausschuss auf diese Anfrage zur mündlichen Beantwortung geeinigt hat, denn Mindesteinkommen ist keine Sozialromantik. Der Berichterstatter hat schon die Situation in Europa geschildert; ich brauche das nicht zu wiederholen. Es ist eine Antwort auf dringende soziale Fragen. Wir diskutieren hier immer wieder, wie wir Armut in Europa beseitigen können. Europa hat sich hohe Ziele zur Armutsbekämpfung gesetzt, und die Menschen erwarten da dringend Antworten. Wir müssen da vorankommen. Wir brauchen mehr als Empfehlungen; wir brauchen einen verbindlichen Zeitplan, wir brauchen konkrete Maßnahmen. Und wir müssen tatsächlich auch mal definieren, was ein angemessenes Einkommen ist. Mindesteinkommen ist ein zentrales Instrument für die Sicherstellung sozialer Sicherung und mehr Chancengleichheit in Europa.

Yana Toom (ALDE). – Kui kümmekond aastat tagasi Euroopa Liit laienes itta, tekitas see Ida-Euroopa rahvastes suurt entusiasmi. Uskusime, et koos Euroopa Liiduga laieneb ka vabaduse ja heaolu ala. Kuid globaalne majanduskriis õõnestas meie usku, et ka uued liikmed suudavad lähiajal saavutada lääneliku heaolu taseme. Aga vaatamata sellele me pingutasime, kärpisime, kannatasime, et täita kõrged euroopalikud kriteeriumid ja hoida eelarve tasakaalus. Lootuses, et varem või hiljem me jõuame järgi. On vaja vaid elada üle rasked ajad.

Elu kinnitas taas kord, et ida-eurooplaste kannatlikkus, mille me oleme saavutanud tänu keerulistele ajaloolistele sündmustele, ei ole kaugeltki omane kõikidele Euroopa pere liikmetele. Ning täna selleks, et tugevdada meie liitu, et seista vastu radikalismile, et minimaliseerida Brexitist tekitatud kahju, me peame välja töötama ühtsed sotsiaalsed standardid.

Ambitsioonikal Euroopa projektil napib sotsiaalset mõõdet. Me peame leidma ühise valemi, ühise arusaama, mis on adekvaatne sissetulek, ning kehtestama ühtse standardi miinimumsissetuleku suhtes. Me vajame solidaarsust mitte üksnes välispoliitikas, vaid ka terrorivastases võitluses, võitluses vaesuse ja kerjusega, mis ohustavad meie liitu iga päev.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhor Presidente, o conceito de rendimento mínimo, neste contexto de profunda crise económica e social, carece de um aprofundamento da reflexão em torno dos seus objetivos e da sua implementação, que integre a realidade de cada país.

Só assim será possível definir um valor que assegure, de facto, condições mínimas de dignidade a quem é vítima da pobreza e do desemprego de longa duração.

Hoje é questionável se 60 % do rendimento mediano, mercê do esmagamento de salários dos trabalhadores, cumpre aquele objetivo. Conceito que *per se* não dará resposta a gravíssimos problemas sociais, que não se resolvem com paliativos, mas com a inversão das políticas económicas e sociais da União Europeia e que serão agravados se pervertido o seu objetivo, servindo antes para acentuar a exploração por via da atribuição condicionada à prestação de trabalho, forma explícita de criar mão de obra barata.

O combate às desigualdades e à pobreza só será possível com políticas de desenvolvimento económico e social que valorizem os salários, o trabalho com direitos e uma equilibrada distribuição da riqueza.

Karima Delli (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, la croissance ne reviendra plus et la courbe du chômage ne se redressera pas de sitôt. Alors que fait-on? On reste les bras croisés? Non! Avec un revenu de base, nous pourrions enfin penser la société d'après croissance plutôt que de l'attendre comme on attend Godot. La révolution technologique va détruire des milliers d'emplois. Regardez la voiture autonome, regardez les drones, demandez aux chauffeurs de taxi, aussi d'Uber, qui hurleront parce que leur emploi est menacé. Alors que fait-on? On reste les bras croisés? Non! Il faut préparer le monde de demain.

Il y a aussi des milliers de personnes qui ne touchent pas leurs aides sociales parce qu'elles ne savent pas qu'elles y ont droit. Avec un revenu de base inconditionnel, d'une part on ne gaspille plus l'argent public, d'autre part les gens qui en ont réellement besoin sont vraiment aidés. Avec le revenu de base, on tient là un moyen de sortir les gens de la pauvreté, de la stigmatisation. C'est surtout le moyen pour chacun d'entre nous d'avoir enfin une vie digne et de choisir sa vie.

Au fait, le revenu de base, ce n'est pas un coût, c'est un investissement sur notre bonheur collectif. Passons au concret, travaillons pour qu'un revenu de base soit vraiment mis au banc d'essai, notamment dans plusieurs des régions européennes afin d'en sortir grandis et que cette Europe en sorte grandie.

Raymond Finch (EFDD). – Mr President, this is just another example of how the EU is stealing sovereignty. You are creating an EU army, you have stolen Ireland's taxation policy and now you are taking control of the wage and welfare policy from nation-states. The EU is now an empire in every respect. You are overruling national sovereignty everywhere. I must now demand that Ms May, the UK Prime Minister, immediately evokes Article 50 of the Lisbon Treaty and get us out of this terrible mess before it is too late.

Claude Rolin (PPE). – Monsieur le Président, réduire de vingt millions le nombre de personnes menacées de pauvreté ou d'exclusion est un défi important que s'est lancé l'Union européenne. Malheureusement, reconnaissons-le, nous sommes loin du compte.

La lutte contre la pauvreté n'est pas quelque chose de simple. Nombreux sont les facteurs qui doivent être pris en compte pour la combattre et le revenu minimum en fait partie. Mais pour définir des politiques efficaces et efficientes, il nous faut donner une définition claire au niveau communautaire à ce revenu minimum. Aujourd'hui, ce concept dans le débat porte aussi bien sur la sécurité sociale, sur la protection sociale, sur l'allocation universelle que sur l'aide sociale. Il faut qu'on soit beaucoup plus clair pour disposer de politiques qui soient efficientes. Si nous voulons aussi que cette question débouche sur des actions concrètes, nous devons absolument tenir compte des réalités socio-économiques de chaque pays.

Enfin, j'insiste sur le fait que cette question ne peut être traitée sans l'implication, la participation des partenaires sociaux. Plus que jamais, nous avons besoin, en Europe, d'un dialogue social fort. La question du revenu minimum doit faire partie de ce dialogue social.

Georgi Pirinski (S&D). – Mr President, the increase in the number of people living in poverty and social exclusion in Europe by 4.8 million demonstrates that a decisive and urgent policy shift is necessary. The Commission should at long last adopt the definition of a minimum income as at least equal to the risk-of-poverty threshold, which is set at 60% of the national median equalised disposable income.

Regrettably, the country-specific recommendations continue to be dominated by austerity. In Bulgaria more than 40% of the population is at risk of poverty and social exclusion. So it is hypocritical for the Commission simply to recommend modifications of the existing minimum income scheme, which carries a guaranteed minimum of EUR 35 per month and a differentiated amount of just EUR 60.

It is therefore high time that the Commission went beyond recommendations and spelled out a sound and reliable mechanism for setting the minimum income in the EU.

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señor Presidente, esta última década de crisis y austeridad pasará a la historia por la negligencia política y financiera, que nos trajo unas tasas de pobreza y desigualdad insostenibles, que suponen que hoy en día 120 millones de europeos vivan en riesgo de exclusión social.

Un régimen de renta mínima digna, adecuada y accesible en la Unión Europea es una prioridad política que aporta autonomía y libertad, pero que también puede ayudar a impulsar la innovación y el desarrollo del talento propio de un entorno libre de incertidumbre y libre de precariedad. Y también ayudaría a impulsar y a regenerar aquellas economías donde la mayoría de la ciudadanía ni siquiera tiene capacidad de consumo; donde es imposible que la economía se reactive, se regenere y se recupere si la ciudadanía no tiene capacidad de consumo. Pero es que, además, es posible. Es solo una cuestión de prioridades.

Con las pérdidas del Estado español —les pongo como ejemplo— en ayudas a la banca, se podría pagar por duplicado una renta garantizada para ocho millones de personas. Debemos firmar un nuevo contrato social que ponga en primer lugar a las personas frente a los bancos, frente a todas estas prioridades que marcan las políticas de austeridad.

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Panie Przewodniczący! W dzisiejszej debacie poruszamy kilka kwestii, które warto od siebie odróżnić i zaznaczyć ich odmienne znaczenie. To praca jest źródłem finansowania płacy minimalnej, podczas gdy minimalny dochód gwarantowany finansowany jest z funduszy publicznych. W praktyce finansowanie minimalnego dochodu gwarantowanego może pochodzić jedynie z konkretnej pracy obywateli, a nie od polityków obiecujących gwarantowany dochód. De facto więc za wszystko płacą obywatele pracujący, płacący podatki, państwo nie ma własnych środków. Odpowiedzialna polityka społeczna nie może zadłużać państwa pomimo swojej atrakcyjności w społecznym odbiorze. Odpowiedzialna polityka społeczna zachęca do pracy i aktywizuje, a nie uczy wierności i zależności.

W kontekście płacy minimalnej słuszna jest walka o to, aby praca nie była wyzyskiem a osoby pracujące były dalekie od progu ubóstwa. Ważne jest więc promowanie możliwie jak najwyższej płacy minimalnej, tak aby spełniała ona swoją rolą zabezpieczenia przed ubóstwem bez ryzyka wzrostu szarej czy czarnej strefy. Istotne w tym zakresie jest więc śledzenie procentu pracowników otrzymujących płacę minimalną w stosunku do całkowitej liczby pracowników oraz analiza ilości osób pracujących w systemach nieobjętych płacą minimalną. Wystarczy przecież podpisać inny rodzaj umowy niż umowa o pracę czy zachęcić pracownika do samozatrudnienia, aby obejść wymogi uczciwej, sprawiedliwej i godnej płacy minimalnej.

Marita Ulvskog (S&D). – Herr talman! Mycket klokt är redan sagt, men samtidigt råder det en viss begreppsförvirring som jag tycker behöver redas ut. Minimiinkomster är inte samma sak som minimilöner. Minimiinkomster beslutas av politiska församlingar. Minimilöner förhandlas mellan parterna på arbetsmarknaden.

Under krisåren har vi inte gjort särskilt mycket på europeisk nivå för att stärka fackliga rättigheter. Snarare har vi lagstiftning, och kanske framför allt domar, som urholkar möjligheten för fackförbund att agera. Vi säger mycket men vi agerar väldigt lite. ILO säger följande: *Collective bargaining is a key means through which employers and their organizations and trade unions can establish fair wages.*

I samband med den ekonomiska krisen har vi sett hur länder i Europa har inskränkt på fackliga rättigheter. Samtidigt säger alltså Eurofound att de länder som klarar krisen bäst för varje enskild medborgare är de länder som klarar att hävda också fackliga rättigheter. Det är vägen till välfärd och löner.

Anne Sander (PPE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, entre 2013 et 2014, le nombre de personnes menacées d'exclusion sociale a diminué de 0,1 %, soit une goutte d'eau par rapport aux cinq millions de personnes pauvres supplémentaires que l'Europe a enregistrés depuis 2010. Or, la lutte contre la précarité doit être notre priorité à tous, que ce soit au niveau national ou au niveau européen, et je connais votre mobilisation, Madame la Commissaire.

Pour moi, la sortie de la pauvreté se fait par un travail digne et rémunérateur. Le revenu minimum décidé dans les États membres en fonction de leurs spécificités est, à ce titre, un filet de sécurité indispensable, mais il doit être un filet qui n'emprisonne pas dans la dépendance et qui permet, au contraire, de rebondir, comme après une chute, pour réintégrer le marché de l'emploi.

Oui, nous avons besoin d'une analyse approfondie des mécanismes européens pour lutter contre la pauvreté.

Ádám Kósa (PPE). – Elnök Úr! A minimumjövedelem kapcsán újabb kérdések merülnek fel, különösen a versenyképességgel kapcsolatban, a munkavállalók motiváltságával és a fenntartható költségvetés területén. Létezhet-e egységes, minden tagállamban előre rögzített jövedelemminimum, ami nem idézi elő a belső migrációs nyomást?

Az európai uniós államok esetében, amennyiben ez a lehetőség fennáll, a belső szabad mozgás elvét hogyan lehet biztosítani? A Bizottság vizsgálta azokat az eseteket, amikor a minimumjövedelem bevezetésével csökkent a versenyképesség és a teljesítmény motiváló hatása?

Az utolsó kérdésem az lenne, hogy az Egyesült Államokban végzett kutatások szerint az alapjövedelem bevezetése magában az USA-ban a szövetségi költségvetés nagy részét egyszerűen felemésztené. Közben további adóemeléseket teszünk szükségessé. Vizsgálták-e a következményeit európai uniós szinten?

Sven Schulze (PPE). – Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich sehe es als richtig an, dass wir hier im Europäischen Parlament über dieses Thema diskutieren. Ich bin aber bei den vielen Kollegen, die sagen, dass wir hier vielleicht an der falschen Stelle sind was die Zuständigkeit betrifft, denn wir müssen Druck auf die Mitgliedstaaten ausüben, damit sie sich kümmern, und nicht nur versuchen , das von Brüssel zu regeln.

Ich habe zwei Probleme mit dieser Thematik. Das erste ist: Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass sich ein Mindesteinkommen, oder ein Einkommen generell, nach der Produktivität eines Unternehmens richten muss. Es nützt doch nichts, wenn wir von der Politik Einkommen festlegen und Unternehmen diese Einkommen nicht zahlen können; dann werden sie keine Mitarbeiter einstellen oder sie sogar entlassen. Das zweite ist: Wenn der Staat das nicht machen kann und hohe Einkommen zahlen muss, dann macht er Schulden, wenn er die Steuereinnahmen nicht hat – das ist doch das Problem.

Und das zweite Problem, das ich habe, ist: Wie definiert man das denn? Das haben viele Kollegen schon gesagt. Wenn ich auf Deutschland schaue – wie definiert man da ein Mindesteinkommen? Was zählt denn da dazu? Was ist denn die Basis? Ist das der Mindestlohn, sind das Zahlungen wie Wohn- und Kindergeld, und und und?

Ich könnte noch viele Themen aufzählen; ein sehr schwieriges Thema – aber gut, dass wir hier zumindest drüber diskutieren.

Sofia Ribeiro (PPE). – Senhor Presidente, a questão do rendimento mínimo não pode ser tratada com leviandade.

Estamos a debater a vida das pessoas, a sua dignidade, e podemos fazê-lo de forma pequenina ou com ambição. Para resolver os problemas da pobreza, defendo muito mais do que um rendimento mínimo.

No meu país, Portugal, temos um rendimento social de inserção, mas não se iludam com altruísmo da expressão, porque em Portugal nós apenas fizemos uma alteração na definição, porque nos limitamos a atribuir um subsídio às pessoas.

Defendo muito mais do que um rendimento, defendo um programa de inserção social que, para além do rendimento mínimo, garanta aos mais pobres que podem ter aspirações sociais. Os filhos das famílias carenciadas também podem ser médicos, professores e advogados, o que quiserem.

A verdadeira mobilidade social exige a articulação de um rendimento com programas de acompanhamento parental, de aprendizagem ao longo da vida e de educação dos filhos. Não basta um rendimento mínimo, precisamos de um mecanismo de independência e de responsabilização social.

Romana Tomc (PPE). – Pozdravljam seveda to vprašanje… *(mikrofon je bil za nekaj trenutkov izključen).*

Prav je, da se začnemo o tem zelo intenzivno pogovarjati in se bolj ukvarjati kot s finančnimi tudi s socialnimi temami.

Človeka dostojno življenje ni mogoče, če nekdo nima dovolj dohodka, da bi lahko preživel. Vendar moramo imeti pri vsem tem pri naših razpravah v mislih tudi to, da je zagotavljanje minimalnega dohodka breme, je lahko breme za državo oziroma breme za podjetje.

Države pa so različno razvite, imajo različno gospodarsko moč, zato je za njih to posebej pomembno, da jih obravnavamo individualno in da dopuščamo seveda to naše pravilo subsidiarnosti.

Ob tem je pomembno tudi to, da je razmerje med minimalnih dohodkom in minimalno plačo primerno.

Minimalni dohodek pa je lahko samo začasni inštrument, ki ne more nadomestiti tega, da potrebujemo več dobrih delovnih mest z dostojnim plačilom za delo.

Jérôme Lavrilleux (PPE). – Monsieur le Président, si je considère la détermination d'un revenu minimum national comme une avancée sociale, j'émets de grandes réserves concernant un revenu minimum européen qui serait issu de critères uniformes.

D'après moi, imposer une base ou même une fourchette commune n'est qu'une douce utopie, totalement déconnectée des réalités locales, car lorsqu'on instaure un revenu minimum, il faut aussi prendre en compte ses effets pervers sur l'économie et sur le marché du travail, tels que le nivellement des salaires par le bas qu'il pourrait induire.

Ces conséquences ne peuvent être étudiées et appréhendées efficacement qu'à l'échelle nationale. Nos États respectifs n'ont pas tous la même inflation, le même droit du travail, les mêmes fiscalités, le même coût du logement ou le même coût d'accès à l'éducation. Il ne serait donc pas cohérent d'imposer une vision macroéconomique des revenus, alors que, dans le même temps, nous plaidions hier, dans cet hémicycle, lors du débat sur les lignes directrices pour les politiques de l'emploi, en faveur de l'instauration de politiques régionales.

La protection des Européens est primordiale. Ce serait cependant une erreur grave de l'opposer à la croissance et au développement économique ou, pire, de jouer aux apprentis sorciers.

Διαδικασία catch-the-eye

Marijana Petir (PPE). – Gospodine predsjedniče, pristojan dohodak osnovni je preduvjet mogućnosti za dostojanstven život. Zaposlenost može biti ključna u pronalaženju izlaska iz siromaštva, ali je važno imati minimalan dohodak dovoljan da ljudima pomogne u ispunjavanju osnovnih potreba.

Posljednji podaci pokazuju kako je u Hrvatskoj siromašan svaki peti građanin, dok svaki treći živi u riziku od siromaštva. Neto visina minimalne plaće u Hrvatskoj iznosi 337 EUR što nije dovoljno za dostojanstven život. Najugroženija skupina su žene koje su zaposlene u trgovinama, koje rade i po tri tjedna bez prekida te bez ijednog slobodnog dana u tjednu.

Gotovo 93 000 građana Republike Hrvatske prima mirovinu nižu od 70 EUR, s čime je gotovo umjetnost preživjeti. Prag siromaštva u Hrvatskoj iznosi 270 EUR, a više od 555 000 umirovljenika u Hrvatskoj ima mirovinu ispod praga siromaštva i živi na rubu egzistencije.

Stoga smatram da je nužno da Komisija potakne države članice da uvedu minimalnu nacionalnu mirovinu i minimalni dohodak koji će štiti građane od siromaštva.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, doamnă comisar, de la început vreau să spun că susțin întrebarea raportorului. În același timp, apreciez răspunsul tranșant al dumneavoastră. Așa este: cine n-ar putea susține că avem nevoie de un venit minim ca cetățenii să nu mai trăiască în sărăcie? Milioane de oameni, așa cum s-a spus aici. În același timp, acest venit trebuie creat și, sigur, este o problemă de subsidiaritate, însă, doamnă comisar, dumneavoastră trebuie să pledați pentru a crea creștere economică și pentru a putea ca statele membre, care acum au venituri foarte mici, România, Bulgaria și alte țări, să poată să aibă venituri, să creeze venituri prin locuri de muncă, prin creștere economică, prin competitivitate, altfel nu vom putea face o uniformitate la nivelul european. Nu se va putea da acest venit minim egal în toate țările. Și cred că nu putem să vorbim despre acest lucru dacă nu porniți de la politicile de coeziune socială,

investiții. Așa cum am spus și ieri, Fondul strategic de investiție nu și-a atins scopul și trebuie să fie dirijat în zonele sărace, ca acei oameni să iasă din sărăcie.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, οι στόχοι της στρατηγικής «Ευρώπη 2020» για την εξάλειψη της φτώχειας στο εσωτερικό της Ένωσης, καθώς και οι δηλώσεις του κυρίου Γιούνκερ σχετικά με την ανάγκη να προσφερθεί ένα επαρκές εισόδημα στην Ένωση, φαίνεται ότι δεν έχουν υλοποιηθεί, με αποτέλεσμα πολλά κράτη μέλη της Ένωσης να αντιμετωπίζουν πολύ υψηλά ποσοστά ανεργίας και κοινωνική εξαθλίωση. Ήδη από το 2010, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο είχε τονίσει την ανάγκη να υπάρχει ένα ελάχιστο εγγυημένο εισόδημα που να καλύπτει το βασικό κόστος διαβίωσης των Ευρωπαίων πολιτών, και να συμβάλει στην οικονομική ανάπτυξη και στην οικονομική συνοχή των κρατών της Ένωσης. Ωστόσο, σε χώρες όπως η Ελλάδα, η οποία βιώνει τα σκληρά μέτρα λιτότητας της Τρόικας, το ελάχιστο εγγυημένο εισόδημα εφαρμόζεται σε ένα πολύ μικρό μέρος του πληθυσμού, ενώ καθημερινά όλο και περισσότεροι πολίτες οδηγούνται στη φτώχεια και την ανέχεια. Είναι, επομένως, σαφές ότι η φτώχεια και τα ποσοστά ανεργίας δεν πρόκειται να εξαλειφθούν όσο συνεχίζουν να επιβάλλονται οι πολιτικές λιτότητας στις χώρες του ευρωπαϊκού Νότου. Παράλληλα, είναι αναγκαίο οι στόχοι της στρατηγικής «Ευρώπη 2020» να υλοποιηθούν άμεσα μέσω της εφαρμογής του ελάχιστου εγγυημένου εισοδήματος στο μεγαλύτερο μέρος του πληθυσμού.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señor Presidente, Europa necesita un marco de mínimos y orientaciones claras para programas como el de la renta mínima, que son clave para rescatar personas de la crisis y la marginación.

En el País Vasco sabemos que combinar soportes contra la pobreza con reinserción laboral da resultado. La renta vasca de garantía de inserción ha cumplido ya veinticinco años, supone hoy el 44 % del gasto que se dedica en todo el Estado español a este tipo de programas y demuestra que combatir la marginación favorece la reinserción de las personas en el mercado laboral, porque aporta estabilidad y dignidad a quienes peor lo están pasando.

Hoy tenemos el menor índice de paro de nuestro Estado y, en Euskadi, la proporción de personas que viven en hogares que no pueden abordar gastos extraordinarios es de un 22 %. Solo en Suecia es menor. En la zona euro es del 36 %; del 38 % en la Unión Europea de los Veintisiete; y del 42,7 % en España. Por eso esta experiencia ha sido objeto de estudio en este Parlamento y está considerada una buena práctica por la red EMIN, que patrocina la Comisión.

Por eso le pregunto, señora Comisaria, qué valor le dan a los resultados de este tipo de experiencias y si consideran que algunas de estas enseñanzas pueden ser útiles para establecer objetivos y funcionamientos de ese marco de mínimos.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io credo che la discussione che stiamo facendo stamattina sul reddito minimo sia uno degli aspetti fondamentali dello stato dell'Unione: o l'Europa diventa un'Europa sociale, o si infrange il progetto europeo.

Già dal 20 ottobre 2010, questo Parlamento ha messo a tema la questione del reddito minimo come misura di contrasto alla povertà, aggiungo come misura redistributiva, come misura anticiclica, come misura per sfuggire al ricatto della precarietà. Il reddito minimo non è in contrasto con la possibile definizione di un *labour standard* e di un salario minimo.

Io credo che oggi occorra quanto mai una direttiva europea in direzione di un reddito minimo, e bene ha fatto l'interrogazione orale a sollevare questa questione. Occorre una direttiva che incominci ad andare nella direzione di quell'utopia concreta di un reddito di base e incondizionato, di un reddito di autodeterminazione che riconosca a tutti i cittadini e le cittadine europee il diritto all'esistenza e il riconoscimento del lavoro e delle attività sia produttive che riproduttive. Dobbiamo cambiare questa Europa e il reddito minimo è un primo passo in questa direzione.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní komisařko, já bych chtěla poděkovat především Vám za Vaši odpověď na naši otázku. Shodujeme se v tom, že stanovení minimálního příjmu je v kompetenci členských států. Shodujeme se také na tom, že z úrovně Evropské unie můžeme a měli bychom členským státům pomáhat snižovat chudobu, zvyšovat zaměstnanost a tím také zvyšovat příjmy jednotlivců a zvyšovat příjmovou konvergenci napříč zeměmi EU.

Rozdíly v minimálních příjmech napříč EU jsou obrovské. Od třiceti, čtyřiceti tisíc eur za rok až po čtyři tisíce eur za rok v některých oblastech, jako je Bulharsko, Francie, Španělsko, ale i Česká republika. Myslím, že tyto obrovské rozdíly se musíme snažit snížit. Podporuji to, aby minimální příjem pomáhal těm, kteří se dostávají do obtížné situace, ale aby nebyl dlouhodobě náhradou a odměnou za práci. Příjem musí zůstat ve spojení s prací.

Τέλος παρεμβάσεων με τη διαδικασία catch-the-eye

Marianne Thyssen, *Lid van de Commissie*. – Armoedebestrijding is één van de vijf hoofdpijlers van de strategie Europa 2020 voor duurzame groei. Het is ook mijn persoonlijke overtuiging dat we alles moeten doen om armoede terug te dringen. Dat moet uit respect voor de burger, omdat een te grote ongelijkheid de groei belemmert, met alle gevolgen van dien, en omdat het rechtvaardig is. We moeten van Europa een plaats maken waar mensen zich beschermd weten. Maar Europa, dat zijn wij allemaal samen. Dat zijn de verschillende Europese politieke instellingen en alle politieke niveaus. David Casa, Jutta Steinruck en anderen hebben het gisteren nog duidelijk gezegd: als we een beleid willen ontwikkelen waar de mensen het resultaat van voelen, dan moeten we dat vooral samen doen. Dan pas zullen de mensen zien dat er beleid wordt ontwikkeld waarvan zij in hun dagelijks leven de vruchten plukken.

In het antwoord op de mondelinge vragen bij het begin van dit debat heb ik uiteengezet wat er loopt en hoe de Europese Commissie haar bevoegdheden benut om in de lidstaten een minimuminkomen te bevorderen. U weet beter dan wie ook dat de Europese Unie geen directe bevoegdheid heeft om op dit vlak wetgevend op te treden. Maar we gebruiken de beschikbare instrumenten en we stimuleren de lidstaten om het juiste en al het mogelijke te doen.

In dit verband wil ik nog eens wijzen op de brede consultatie rond de Europese sociale pijler, waar het Parlement heel actief aan deelneemt, waarvoor dank. De bedoeling van dit brede debat is om een nieuw referentiekader te ontwikkelen dat we kunnen gebruiken om het werkgelegenheidsbeleid en het sociale beleid van de lidstaten en de Europese Unie te toetsen en te screenen. Zo willen we nagaan of het sociale beleid zorgt voor duurzame stelsels die financieel houdbaar zijn, en voor adequate stelsels die de mensen voldoende beschermen. U weet dat we in de nieuwe semesteraanpak voor sociale bescherming de nadruk leggen op twee punten: duurzaamheid en adequaatheid. Ik hoop dat deze consultatie ertoe bijdraagt om in heel Europa een consensus te bereiken over het feit dat er in de Europese Unie meer convergentie nodig is en wel opwaarts in plaats van neerwaarts. Uiteindelijk moeten we met alle niveaus samen tot een beleid komen waarbij de mensen weten dat we niemand achterlaten.

Intussen blijven wij in de Commissie roeien met de riemen die we hebben. De bevoegdheden die we hebben, zetten we maximaal in. Wij maken verder werk van de ontwikkeling van referentiebegrotingen, die de lidstaten helpen het juiste beleid te ontwikkelen en die ons helpen het beleid van de lidstaten te monitoren. De uitwisseling van goede werkwijzen is daar een belangrijk onderdeel van. Ik kan u verzekeren dat de Europese Commissie dit thema niet loslaat. Maar, zoals een van de achtbare parlementsleden heeft gezegd: als we opwaartse convergentie willen, als we willen dat iedereen kansen heeft, dan is een minimuminkomen alleen niet voldoende. Dat zal afhangen van ons gehele beleid. Iemand heeft ook uitdrukkelijk gezegd: er moeten ook banen geschapen worden, er moet economische ontwikkeling komen die groei en banen mogelijk maakt. Dat is exact waar het beleid van deze Commissie op gericht is: banen, groei, investeringen en veiligheid. Dat hebt u gisteren nog eens kunnen horen in de State of the Union. Voorzitter, dit was een interessant debat en ik wil u daar heel erg voor bedanken.

Πρόεδρος. – Σας ευχαριστώ, κυρία Επίτροπέ, για όσα ενδιαφέροντα μας είπατε. Σημειώνω την επισήμανσή σας ότι χρειάζεται οι πολιτικές σύγκλισης να ενισχυθούν προς τα πάνω και όχι προς τα κάτω.

Η συζήτηση έληξε.

Γραπτές δηλώσεις (άρθρο 162)

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Ayer, el presidente Juncker vino a esta Cámara a repetirnos que Europa debe ser más social, que debe luchar contra las desigualdades y recuperar la ilusión de los ciudadanos en el proyecto europeo. Pero esas palabras no fueron acompañadas de ninguna medida real y tangible para aliviar el malestar de la ciudadanía. En la actualidad, hay más de 120 millones de europeos en riesgo de pobreza y exclusión social. Pero el problema es todavía más grave: son 4,2 millones más que en 2008. La crisis económica y social ha dejado a millones de hogares sin ningún tipo de ingreso. Los Socialistas exigimos a la Comisión que cumpla con la promesa del Sr. Juncker en su discurso de investidura y presente una propuesta de Marco Europeo de Rentas Mínimas. No sólo porque es legalmente posible, sino porque es lo más justo. No podemos dejar a 120 millones de personas de lado. La consolidación fiscal no puede ser la única prioridad de la UE. Debemos considerar esta grave crisis social como el mayor riesgo sistémico para la UE y el

germen de todos los populismos que están acabando con el proyecto europeo.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Šiuo metu daugiau kaip 120 mln. europiečių susiduria su skurdu dėl tokių priežasčių, kaip ilgalaikis nedarbas, maži atlyginimai ir silpnėjančios socialinės apsaugos sistemos, visų pirma labiausiai nuo krizės nukentėjusiose šalyse. Nenormalu, kai dirbančių žmonių darbo pajamų neužtenka oriam jų šeimų gyvenimui užtikrinti. Ekonomikos augimas savaime nesumažino skurdo ir socialinės atskirties, sunkmetis tik didina skurdą, o minimalios pajamos leidžia apginti labiausiai pažeidžiamus asmenis. Minimalių pajamų sistemos yra svarbus ir veiksmingas skurdo įveikimo būdas, kuriuo remiama socialinė integracija ir patekimas į darbo rinką bei suteikiama galimybė žmonėms gyventi padoriomis sąlygomis. Norčiau atkreipti dėmesį ir į tai, kad net taupymo metu minimalių pajamų sistemos turėtų būti laikomos ne išlaidas didinančiu veiksniu, o pagrindine kovos su krize priemone, kadangi ankstyvos kovai su skurdu skirtos investicijos duoda daugiausia naudos, mažinant ilgalaikes visuomenės išlaidas. Taigi, siekiant pagal strategiją „Europa 2020“ įvykdyti įsipareigojimą panaikinti bent 20 mln. žmonių skurdo ar atskirties grėsmę Europos Sąjungoje, Komisija turi imtis konkrečių veiksmų ir siūlyti sprendimus, kurie užtikrintų minimalias pajamas visoje Europoje, kovojant su skurdu. Norėčiau tik dar kartą priminti, kad Komisijos pirmininkas J. C. Junckeris savo inauguracinėje kalboje paminėjo būtinybę visiems europiečiams užtikrinti „deramas pajamas“, tačiau ES strategija tebėra neaiški. Taigi, kaip Komisija apibrėžia „deramas pajamas“ ir kas joms būdinga?

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – Ayer el Presidente Juncker vino a esta Cámara a repetirnos que Europa debe ser más social, que debe luchar contra las desigualdades y recuperar la ilusión de los ciudadanos en el proyecto europeo. Pero esas palabras no fueron acompañadas de ninguna medida real y tangible para aliviar el malestar de la ciudadanía. En la actualidad hay más de 120 millones de europeos en riesgo de pobreza y exclusión social. Pero el problema es todavía más grave: son 4,2 millones más que en 2008. El problema es que la crisis económica y social ha dejado a millones de hogares sin ningún tipo de ingreso. Por ello, los Socialistas exigimos a la Comisión que cumpla con la promesa del Sr. Juncker en su discurso de investidura y presente una propuesta de Marco Europeo de Rentas Mínimas. No sólo porque es legalmente posible, sino porque es lo más justo. No podemos dejar a 120 millones de personas de lado. La consolidación fiscal no puede ser la única prioridad de la UE. Debemos considerar esta grave crisis social como el mayor riesgo sistémico para la UE y el germen de todos los populismos que están poniendo en riesgo el proyecto europeo.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR), *kirjallinen*. – Komission puheenjohtaja Junckerin mainitseman ”asianmukaisen” tulotason turvaaminen valtaosalle väestöstä tulee olemaan valtava kysymys jo lähitulevaisuudessa. Työpaikkojen määrä on vähenemässä ja varallisuus kertymässä lähinnä valmiiksi varakkaille. Asianmukaisen tulotason turvaaminen on tärkeä myös Händelin esittämän 5. kysymyksen kannalta, jossa tarkastellaan vähimmäistulojärjestelmien aiheuttamaa pitkäaikaista riippuvuutta.

Suomen hallitus kokeilee lähitulevaisuudessa niin sanottua perustuloa, jonka tavoitteena on rohkaista kansalaisia ponnistamaan pois tukiriippuvuudesta. Perustulon on tarkoitus turvata tietty elintaso kaikille, kannustaa työllistymiseen ja vähentää sosiaalitukien byrokraattista taakkaa. Sillä voidaan pyrkiä osittain tai kokonaan korvaamaan muut sosiaalietuudet. Suomessa kokeilu tulee koskettamaan 2000:ta työtöntä, joille maksetaan 560 euroa verovapaata perustuloa. Tämän tulon päälle saatavat palkkatulot eivät vaikuta perustuloon, mikä kannustaa työllistymään lyhytaikaisestikin. Yksinkertaisuutensa johdosta uusi perustulomalli voi korvata toimeentulojärjestelmiä ja vähentää hallinnollisia kustannuksia.

Nykyiset toimeentulomallit eivät välttämättä vastaa 2010-luvun työmarkkinoita, minkä takia perustulon kaltaisia kokeiluja tulisi seurata tarkasti myös EU:n tasolla. Suomen kokeilun lisäksi myös Sveitsin perustulokokeilu voi tarjota tuoreita näkökulmia toimeentulomallien uudistamiseen.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – Ayer el Presidente Juncker vino a esta Cámara a repetirnos que Europa debe ser más social, que debe luchar contra las desigualdades y recuperar la ilusión de los ciudadanos en el proyecto europeo. Pero esas palabras no fueron acompañadas de ninguna medida real y tangible para aliviar el malestar de la ciudadanía. En la actualidad hay más de 120 millones de europeos en riesgo de pobreza y exclusión social. Pero el problema es todavía más grave: son 4,2 millones más que en 2008. El problema es que la crisis económica y social ha dejado a millones de hogares sin ningún tipo de ingreso. Por ello, los Socialistas exigimos a la Comisión que cumpla con la promesa del Sr. Juncker en su discurso de investidura y presente una propuesta de Marco Europeo de Rentas Mínimas. No sólo porque es legalmente posible, sino porque es lo más justo. No podemos dejar a 120 millones de personas de lado. La consolidación fiscal no puede ser la única prioridad de la UE. Debemos considerar esta grave crisis social como el mayor riesgo sistémico para la UE y el germen de todos los populismos que están acabando con el proyecto europeo.

6. Anwendung der Gleichbehandlungsrichtlinie für den Bereich Beschäftigung (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η συζήτηση επί της έκθεσης της Renate Weber , εξ ονόματος Επιτροπής Απασχόλησης και Κοινωνικών Υποθέσεων, σχετικά με την εφαρμογή της οδηγίας 2000/78/ΕΚ του Συμβουλίου, της 27ης Νοεμβρίου 2000, για τη διαμόρφωση γενικού πλαισίου για την ίση μεταχείριση στην απασχόληση και την εργασία («οδηγία για την ισότητα στην απασχόληση») (2015/2116(INI)) (A8-0225/2016).

Renate Weber, *rapporteur*. – Mr President, I would like to start by thanking the shadow rapporteurs not only for their sound and constructive contribution to this report, but mainly for their genuine commitment and work for the protection of human rights and for combating discrimination.

In 2000, I was part of a human rights organisation network that advocated for the adoption of anti-discrimination legislation at the EU level. When the two equality directives were adopted we considered it an historical moment, because discriminating against other human beings is one of the most despicable behaviours one could imagine. Sixteen years later, I have the privilege as a Member of this European Parliament to evaluate how the Employment Equality Directive has been implemented. In 2000, a duty was imposed on our Member States to provide protection against discrimination in the areas of employment and occupational and vocational training.

It comes as no surprise that, while some Member States have gone beyond its requirement by extending protection against discrimination to other areas, including access to goods and services, others are still pretty far from implementing it at the minimum level. The report highlights the necessity of collecting equality data both at the level of Member States and the European Union in order to make it easier to prove the existence of discrimination and, particularly, indirect discrimination. There is quite a discrepancy between the levels of discrimination experienced and discrimination reported.

Awareness-raising, with the help of equality bodies and the social partners, is of utmost importance at all levels of society considering that the victims themselves still have difficulty in recognising discrimination, let alone fighting it. I cannot stress enough the role of equality bodies in awareness-raising and data election in helping the victims but also the employers to understand how to change their policies in line with equality requirements. The impartiality of such bodies must be ensured and their activity supported, including through adequate funding.

I particularly want to emphasise the issue of multiple discrimination, which is often a consequence of the existence of fragmented rules and standards across Member States. If it is difficult for the victims of one type of discrimination to understand the situation and act, we can easily imagine their difficulties when they face multiple discrimination.

It is important to note that access to justice is still limited in many discrimination cases, and the report strongly recommends that the Member States ensure that victims can obtain accessible legal advice and assistance at all stages of the legal process, including confidential counselling in person by equality bodies or appropriate intermediaries. Legal redress is not only important for the victims, but it also has an educational impact on society because pursuing court cases and ensuring adequate representation are still problematic in some cases.

We asked the Member States to find ways to help victims including, for example, by means of court tax exemptions or reductions or legal aid and assistance from specialised NGOs. In fact, it is important to recognise the legal standing of NGOs with a legitimate interest in the relevant judicial or administrative procedures. Sharing good practices among Member States is a must. Acknowledging the importance of fighting all forms of discrimination, I truly hope that this House will adopt this report with a large majority.

Marianne Thyssen, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, I would like to start by thanking the rapporteur, Ms Weber, who prepared this comprehensive assessment of the application of the Employment Equality Directive. Discrimination on whatever grounds has no place in the Union. Therefore, the Commission is strongly committed to ensuring that non-discrimination directives are effectively implemented, so as to foster a fairer and more inclusive society, including labour markets providing opportunities to all.

The draft outline of the European Pillar of Social Rights specifies that 'labour market participation of under-represented groups shall be enhanced, ensuring equal treatment in all areas, including by raising awareness and addressing discrimination'. We cannot deny that recent statistics raised certain concerns. According to the 2015 Eurobarometer Survey on discrimination, there is at least a widespread perception of discrimination in the European Union. 64% of the respondents were concerned about discrimination on the grounds of ethnic origin, 58% for sexual orientation, 50% for disability and the same percentage for religious belief. However, we see positive developments. The survey shows, for example, that citizens are increasingly aware of their rights in this area, which is the first critical step in order to improve their enforcement. Our joint implementation report from 2014 on the Race and Employment Equality Directives concluded that they were correctly transposed by Member States. The report also pointed to the necessity of combining existing legislation with appropriate policy action by improving, specifically, awareness of rights, and indeed access to justice. Your report rightly highlights, among others, all these aspects. The Commission is committed to make full use of the Directive on many fronts. Let me mention just a few examples.

Firstly, we promote analysis and research on the situation across Member States through the yearly comparative report on anti-discrimination in Europe referred to in your report; through the report on sexual orientation-based discrimination; through the report on reasonable accommodation for disabled people in the employment context in the European Union; through the report on intersexual discrimination in EU gender-equality and non-discrimination law; and through the ongoing study on equality data collection. We are fully aware that producing these reports is in itself not a solution, but understanding patterns of discrimination is crucial for informed policy-making and enforcement.

Secondly, the High Level Group on Non-discrimination, Equality and Diversity facilitates the exchange of best practices. To improve awareness of rights and access to justice, we support the strengthening of the national equality bodies. We have run training, seminars and conferences such as the 2015 Colloquium on Fundamental Rights, which focused on tolerance and respect, preventing and combating anti-Semitic and anti-Muslim hatred in Europe, and the seminar focusing on multiple discrimination. Moreover, we collaborate and support various organisations active in the field of anti-discrimination – the Academy of European law, the European Union Fundamental Rights Agency and Equinet, the well-known network of national equality bodies for the promotion of equal treatment.

Thirdly, in the legislative field, the 2008 proposal for an equal treatment directive aims at extending the prohibition of discrimination on the grounds of religion or belief, disability, age or sexual orientation into areas not yet covered, among others the areas of social protection, social advantages, education, and access to and supply of goods and services. It would thus align the protection to that provided on the grounds of race. Directives prohibiting discrimination on grounds of sex do not cover social protection, social advantages and education, as you know. I trust the proposal will be adopted soon by the Council.

We have also achieved progress in the discussions on the proposed Directive for a European Accessibility Act, both in Council and in Parliament. Accessibility is a catalyst for the full and equal participation of people with disabilities in society. I would like in this context also to mention the intense work in relation to the United Nations Convention on the Rights of Persons with Disabilities, and the forthcoming review of the European Disability Strategy.

Last but not least, in 2015 we proposed a full list of actions to advance on LGBTI. Let us not forget our European Court of Justice, that also plays an important role in clarifying the scope of European anti-discrimination law. For example, we are currently expecting important rulings on two pending cases relating to dismissals of female workers wearing Islamic headscarves in private firms.

Lastly, I want to stress that inclusive labour markets can only be achieved through a partnership approach involving all stakeholders. Public authorities can help people gain skills to get jobs and contribute to growth. Companies can commit to diversity and, as a result of diversity, benefit from enhanced productivity, innovation and performance. Trade unions, NGOs and academia can contribute valuable insights and help in spreading best practices on diversity and non-discrimination. Thank you for your attention.

Helga Stevens, *rapporteur voor advies van LIBE.* – Uit dit verslag blijkt dat er 16 jaar na de goedkeuring van de EU-richtlijn gelijke behandeling in arbeid en beroep nog veel werk aan de winkel is. Er is zeker vooruitgang geboekt, maar personen met een beperking blijven nog zwaar ondervertegenwoordigd op de arbeidsmarkt. Minder dan 50 procent heeft een job, tegenover 70 procent voor personen zonder beperking. Een brede, allesomvattende aanpak blijft dus nodig op alle domeinen, met gebruik van het concept van redelijke aanpassingen. Hierbij dient erover gewaakt te worden dat ook personen met een beperking kunnen genieten van vrij verkeer van personen, wat nu vaak niet het geval is. Werknemers met een beperking worden bijvoorbeeld vaak geconfronteerd met allerlei belemmeringen, ook administratieve, waarmee werknemers zonder handicap niet worden geconfronteerd. Onaanvaardbaar toch! Tot slot ben ik blij dat in het verslag wordt verwezen naar het VN-Verdrag voor de rechten van personen met een handicap, het enige algemene mensenrechtenverdrag dat de Europese Unie tot dusver heeft geratificeerd.

Michaela Šojdrová, *navrhovatelka Výboru pro práva žen a rovnost pohlaví.* – Pane předsedající, dovolte mi, abych poděkovala, paní poslankyni Weberové za její práci na zprávě. Společně se shodujeme na tom, že diskriminace v zaměstnání je problém, který musí být dál aktivně řešen, a musíme usilovat o zlepšení v této oblasti.

Byla jsem předkladatelkou stanoviska Výboru pro práva žen a v něm jsme poukázali na problém nepřímé a vícenásobné diskriminace žen. Také jsme konstatovali, že je třeba zabývat se otázkou znevýhodněného postavení žen, které souvisí s jejich mateřstvím. Za práci žen v domácnosti a jejich péči o děti musíme ženy ocenit a umožnit jim návrat do práce, pokud to bude jejich volba.

Zprávu jako celek vítám, mám k ní ale některé výhrady. Spíše je třeba důsledně aplikovat stávající legislativu, než předkládat nové směrnice. Za velmi problematickou snahu považuji také harmonizaci etických otázek, případně kritiku členských států, které přistupují k zákazu nošení náboženských symbolů na pracovišti. V těchto otázkách bychom měli respektovat subsidiaritu a nechat členské státy, aby tyto otázky řešily ve své působnosti. Prosazování rovného zacházení v zaměstnávání je tedy úkol, který trvá a který musíme dále podporovat.

David Casa, *f'isem il-grupp PPE.* – U jiena nibda billi nirringrazzja lir-Rapporteur għax-xogħol tajjeb li għamlet f'din id-Direttiva, għax l-implimentazzjoni tagħha testendi l-protezzjoni kontra d-diskriminazzjoni pprovduta taħt il-liġi tal-Unjoni Ewropea billi telenka qafas ġenerali illi bih tista' tiġi miġġielda d-diskriminazzjoni fuq bażi ta' reliġjon jew twemmin, diżabilità, età, orjentazzjoni sesswali, fejn jidħol impjieg jew okkupazzjoni. Dan sar bil-mira li jiġi in effett fil-pajjiżi membri bil-prinċipju tat-trattament ugwali mingħajr ma jiġi mminat ir-rwol tal-pajjiżi membri f'dan il-proċess.

Irridu niggarantixxu li l-pajjiżi membri li sfortunatament anke dalgħodu mhumiex rappreżentati hawn mill-Kunsill sabiex jaqsmu l-esperjenzi u l-prassi tagħhom, sabiex nibnu fuq l-esperjenza li diġà nġabret mill-istituzzjonijiet, sabiex ikollna dinja aktar tolleranti madwarna u nnaqqsu kemm jista' jkun din id-diskriminazzjoni.

(Il-kelliem qabel li jwieġeb għal mistoqsija "karta blu" skont l-Artikolu 162(8) tar-Regoli ta' Proċedura).

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés.* – Tisztelt Képviselő Úr! Két dologban mindenféleképpen egyetértünk, de egy kérdésem is lenne: az egyik az az, amit Ön is említett, hogy tényleg egy jó jelentéssel állunk szemben, a másik pedig az, hogy hát a tagországoknak bizony, a tagországi kormányoknak még bőven-bőven van teendőjük, különösen néhánynak, amely úgy lemaradt ebben az egész folyamatban.

Kérdésem viszont, hogy Ön úgy érzi-e, hogy a mostani akár tagállami, akár európai uniós intézményi intézkedések lehetővé teszik-e elégséges módon azt, hogy a gyerekek, a fogyatékos gyerekek már felnövésük időszakában a szüleikkel együtt tudjanak készülni a nehéz jövőre?

David Casa (PPE), *tweġiba karta blu.* – Naturalment Sur President, jiena fid-diskors tiegħi għidt illi nnaqqsu kemm jista' jkun id-diskriminazzjoni. Naturalment, għadna m'aħniex perfetti, fadal ħafna xi jsir, ħemm diversi pajjiżi li għandhom diversi tipi ta' diskriminazzjoni u rridu naraw kif ilkoll flimkien naqsmu l-esperjenzi tagħna, kif għidt, ħalli kemm jista' jkun id-diskriminazzjoni nippruvaw neliminawha darba għal dejjem minn fuq il-postijiet tax-xogħol tagħna, grazzi.

Vilija Blinkevičiūtė, *S&D frakcijos vardu*. – Ačiū Pirmininke. Pirmiausiai dėkoju pranešėjai Renate Weber už gerą pranešimą ir už mūsų bendradarbiavimą. Iš tikrųjų ši direktyva turi įtakos kiekvieno iš mūsų Europos Sąjungos, kiekvienam iš mūsų Europos Sąjungos piliečių – tiek jaunam, tiek vyresniam, tiek neįgaliam, tiek vyrui ar moteriai. Ypač svarbu suvokti, kad dėl Europoje vykstančių demografinių pokyčių, taip pat dėl pensinio amžiaus ilginimo, vyresnio amžiaus žmonių diskriminacijos dėl amžiaus klausimas užimtumo srityje tampa vis aktualesnis. Todėl, jei jau mes priimame sprendimus valstybėse narėse ilginti pensinį amžių, tai privalome mūsų senjorams užtikrinti visas įmanomas galimybes likti darbo rinkoje kaip pilnaverčiams darbuotojams. Taip pat noriu paraginti valstybes nares užtikrinti vyresnio amžiaus darbuotojų apsaugą nuo nesąžiningo atleidimo pensinio amžiaus atveju, nes vyresnių darbuotojų teisės iš tikrųjų neretai valstybėse yra pažeidinėjamos. Kita, į ką noriu atkreipti dėmesį – tai, kad mes vis dar nesugebame nuo diskriminacijos apsaugoti labiausiai pažeidžiamų visuomenės narių – žmonių su negalia. Kai kurios valstybės narės iš tikrųjų pažeidžia šią direktyvą nes nesugeba pritaikyti neįgaliesiems darbo vietų, nesuteikia tinkamo gyvenimo ir kokybiškų darbo sąlygų, neužtikrina lygių galimybių į švietimą ir į profesinį mokymą. Todėl vėl turime raginti valstybes nares pasinaudoti ir struktūriniais fondais, kad būtų pritaikytos darbo vietos bei suteikiama reikiama pagalba neįgaliesiems darbo vietoje. Taip pat turime spręsti priekabiavimo darbe problemą, kuri gali kilti dėl įvairių priežasčių – ir dėl lyties, ir dėl amžiaus, dėl religinių įsitikinimų, kuris žeidžia žmogaus orumą, kuris žemina, ir galiausiai darbuotojui iš tikrųjų sunku dirbti tokioje darbo aplinkoje. Todėl manau, kad labai svarbu skleisti informaciją ir daryti informacines kampanijas žmonėms dėl jų teisių ir galimybių darbe ir darbo rinkoje, bei dėl darbdavių atsakomybės darbuotojų atžvilgiu. Daugelis mūsų piliečių net nežino, kokios teisės yra numatomos šioje direktyvoje. Ačiū!

Ulrike Trebesius, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident! Die EKR unterstützt Maßnahmen, die sich gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz richten. Es ist uns aber auch ein zentrales Anliegen, dass unsere Wirtschaft nicht mit Verordnungen überzogen wird, die am Ende Arbeitsplätze kosten könnten. Ich bin deshalb besonders froh, dass der Bericht einen Bezug zur Vereinbarung über bessere Rechtsetzung herstellt. Wie bei jedem legislativen Papier müssen wir sicherstellen, dass die Ziele erreicht werden und keine unerwünschten Nebeneffekte entstehen. Diskriminierung sollte nicht nur am Arbeitsplatz bekämpft werden. Da der Ministerrat sich aber nicht auf einen Kompromiss einigen konnte, sollten wir die Antidiskriminierungsrichtlinie überarbeiten und verschlanken.

Zwei Anmerkungen zum Schluss: Die EKR wird die Sozialklauseln im öffentlichen Beschaffungswesen nicht unterstützen, ebenso wenig die dringende Einführung einer Richtlinie zum Mutterschutz auf EU-Ebene. Das gehört nach wie vor in die Hände der Nationalstaaten.

Marian Harkin, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, this report by my colleague Renate Weber is a comprehensive and well-balanced assessment on the challenges we face in ensuring equal treatment in employment. Some of these challenges were already articulated by Commissioner Thyssen earlier. This report deals with core issues such as disability, age, religion and belief and sexual orientation, but it also looks at the horizontal aspects which underpin them.

Some of the issues are more straightforward and can be measured more easily. These include, for example, the provision of reasonable accommodation for people with disabilities, the use of universal design in public places, the inclusion of social clauses in public procurement procedures, the need to conduct a review of upper age limits for certain jobs and act on them, and also the need for Member States to work towards ensuring mutual recognition of partnership status, matrimonial regimes and parenting rights. But, equally, some issues are very difficult and very sensitive. Some have a significant impact at national level sometimes because of culture, history or more recent events. All I would say on that aspect is that, when you justify discrimination in the area of employment on those issues, you open a Pandora's box.

Rina Ronja Kari, *for GUE/NGL-Gruppen*. – Hr. formand! Først og fremmest vil jeg gerne sige tak til ordføreren for en rigtig god betænkning. Betænkningen tager jo fat i et vigtigt emne, som berører os alle sammen. Nemlig spørgsmålet om at skabe et mangfoldigt arbejdsmarked, der henvender sig til alle uanset køn, seksuel orientering, alder, etnicitet, social oprindelse, religion eller handicap. For mig at se skal handling på ligestillings- og ligebehandlingsområdet ses som et opgør med den forskelsbehandling, som alt for mange mennesker oplever. Hvis vi bare ser på kvindernes situation på arbejdsmarkedet, så ser vi alt for store forskelle i lønninger og ansættelsesvilkår på trods af, at de har samme uddannelse og arbejdsopgaver som deres mandlige kollegaer. På samme måde kæmper vores minoritetsgrupper i samfundet mod fordomme, ja også ofte mod uvidenhed, blandt mulige chefer og fremtidige kollegaer. Det gør deres vej ind på arbejdsmarkedet alt for besværlig og nogle gange næsten umulig. Vores samfund har brug for at tilpasse sig nutidens kulturelle miljøer for at kunne gøre op med forskelsbehandling, som der stadig er alt for mange, der oplever. Vi skal sætte medlemsstaterne fri af de økonomiske nedskæringspolitikker, vi skal give dem mulighed for at investere i flere arbejdspladser og i bedre arbejdspladser. Vi skal betragte indsatsen imod forskelsbehandling som en investering i fremtiden for hele samfundet. Det er ikke et individuelt problem, men en kollektiv opgave.

Tatjana Ždanoka, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I would like to congratulate Renate Weber on this report. The Green/EFA Group fully supports the call addressed to the Council to break the deadlock and speed up the adoption of the EU horizontal anti-discrimination directive. At the present time the extension of the existing anti-discrimination legislation, and the enforcement of its consistent application, should be viewed as an important element in the prevention of radicalisation.

Council Directive 2000/78/EC makes it possible to introduce positive action in respect of groups suffering from severe and structural discrimination, a possibility not fully used by Member States.

I also want to underline and support the recommendation on the adoption of a European framework for national strategies to combat anti-Semitism and Islamophobia. I would like to add here that Russophobia is a further phenomenon that has appeared recently.

Laura Agea, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio la collega Weber per questo lavoro. La direttiva nasce 16 anni fa e, a prescindere da qual è lo stato di implementazione fatto in questi anni, ritengo che il lavoro che è stato fatto sia fondamentale, perché nell'arco di questo periodo i problemi strutturali degli Stati membri hanno creato nuove disuguaglianze.

Abbiamo nuove fasce di popolazione, soprattutto all'interno del mercato del lavoro, che subiscono disuguaglianze. Sono, per esempio, le persone a cui è stato imposto un innalzamento dell'età pensionabile e che in qualche maniera subiscono una discriminazione perché non hanno le competenze adeguate per adattarsi al cambio del mercato del lavoro, così come quelle persone che, vittime della crisi economica, hanno perso il posto di lavoro in un'età in cui è complicatissimo ricollocarsi all'interno del mercato del lavoro, quindi è importante.

Ritengo che sia importante la tutela delle persone che denunciano la discriminazione che subiscono sul luogo di lavoro, così come la necessità di un'assistenza garantita quando lo fanno, come intento educativo. E soprattutto rivolgo un invito: le nostre Costituzioni – credo tutte, la mia in particolare lo fa all'articolo 3 – ricordano che è compito dello Stato rimuovere tutti gli ostacoli di qualunque natura che generano disuguaglianza e impediscono la libertà. Quindi a volte occorre fare un passo indietro, verso quello che era, per fare passi avanti oggi.

Dominique Bilde, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, je tiens tout d'abord à remercier M[me] le rapporteur, qui insiste, dans son exposé des motifs, sur le fait que, dans l'Union, doivent régner le pluralisme et la non-discrimination, notamment fondée sur les convictions. J'espère que ce rappel sera entendu par certains de mes collègues qui, parfois, pratiquent ce genre d'exclusion ici, au sein du Parlement européen.

(Intervention hors micro de M. Lavrilleux)

Comment? Des exemples? Récemment, j'ai été prise à partie dans ma commission de la culture et de l'éducation, où on a interdit à tous les groupes de soutenir mes amendements parce que je faisais partie de ce groupe justement, et j'estime que ça, c'est quand même très grave dans notre institution, surtout dans la mesure où ces amendements étaient tout à fait dans la ligne de ce que tout le monde demande actuellement.

(Intervention hors micro de M. Lavrilleux)

Écoutez, ça dépend comment on fait son travail. Moi je le fais avec mon cœur et je trouve ça particulièrement discriminatoire.

Il y a des éléments très positifs dans ce rapport. Je salue tout d'abord la partie consacrée au handicap et le rappel de la nécessité de tout mettre en œuvre en faveur…

(Le Président retire la parole à l'oratrice)

Πρόεδρος. – Οι κανόνες πρέπει να τηρούνται προς όλες τις κατευθύνσεις, αυτό κάνω, ως Πρόεδρος. Δεν υπάρχει καμία διάκριση.

Dominique Bilde (ENF). – Pardon? Comment? Donc on m'interpelle, mais je n'ai pas le droit de réponse, je dois me laisser insulter!

(Intervention hors micro)

Pour moi si, vous me traitez de menteuse, là.

(Intervention du Président)

Non, mais ce n'est pas grave. Donc c'est bien exactement ce que j'ai dit au départ.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, νομίζω πως όλοι είμαστε πεπεισμένοι πως για την ίδια ποιότητα και ποσότητα εργασίας οποιοσδήποτε πρέπει να λαμβάνει την ίδια αμοιβή. Να έχει τα ίδια γενικά δικαιώματα, ανεξάρτητα με το αν είναι άντρας ή γυναίκα, ασχέτως εάν έχει ή όχι κάποιας μορφής αναπηρία. Το σημαντικό, όμως, είναι να καταφέρουμε να δημιουργήσουμε και τις προϋποθέσεις που απαιτούνται ώστε ακόμα και αυτοί οι οποίοι, εξαιτίας είτε κάποιου ατυχήματος, είτε κάποιας συγγενούς πάθησης, δεν έχουν τη δυνατότητα να ανταγωνιστούν με τους υπόλοιπους στην αγορά εργασίας, πρέπει να έχουν εξασφαλισμένη πρόσβαση σε θέσεις εργασίας που θα τους επιτρέπει να ζουν με αξιοπρέπεια και να μην είναι οικονομικά εξαρτώμενοι από τρίτους, όπου φυσικά αυτό είναι εφικτό. Σε κάθε περίπτωση, όμως, δεν μπορεί να εξασφαλιστεί η ισότητα στην εργασία αν πρώτα δεν έχει εξασφαλιστεί η ίδια η εργασία. Γνωρίζετε πολύ καλά το τεράστιο πρόβλημα ανεργίας που υπάρχει σε πολλές χώρες της Ευρώπης, με πρώτη από όλες την Ελλάδα. Όταν λοιπόν είναι τόσο περιορισμένες οι θέσεις εργασίας, το κεφάλαιο πάντα θα εκμεταλλεύεται τους εργαζόμενους. Πρέπει να δημιουργήσουμε τις συνθήκες εκείνες που θα επιτρέψουν σε όλους να έχουν εργασία, παράγοντας που από μόνος του θα βοηθήσει και στην ισότητα μεταξύ των εργαζομένων.

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ieri mattina il presidente Juncker ha affermato che, a dispetto dei miglioramenti, pur incoraggianti, la questione dell'occupazione rimane prioritaria in tutta Europa. Ma non può esistere una solida crescita occupazionale se non si lotta anche contro le discriminazioni nell'accesso al lavoro e sul posto di lavoro.

A 15 anni dall'entrata in vigore della direttiva per la parità di trattamento in materia di occupazione e condizioni di lavoro, il tasso di disoccupazione delle persone con disabilità è ancora quasi doppio rispetto a quello relativo alla popolazione generale. Dopo la sua adozione da parte dell'Unione, la Convenzione ONU sui diritti delle persone con disabilità fornisce buone basi per la definizione del concetto stesso della disabilità nonché per i concetti di progettazione universale degli spazi fisici e di soluzioni ragionevoli adeguate. Inoltre, un ritorno economico importante è possibile con gli investimenti in accessibilità oltre che un guadagno in termini di inclusione sociale.

Dunque è necessario che gli Stati membri facciano molto di più per rendere appetibili queste soluzioni ragionevoli che già esistono.

Czesław Hoc (ECR). – Panie Przewodniczący! Unia Europejska czasami nazywana jest towarzystwem im. Karola Darwina, czyli elita władz unijnych popiera interesy silnych partnerów. Zatem jeśli tak jest, to czy Unia może zagwarantować równość w zatrudnianiu i pracy, skoro w tej pseudorówności na końcu wygrywa silniejszy? Czy zatem dyrektywa transportowa, która ma zniszczyć polską, największą w Europie flotę transportową tirów, ciężarówek, wprowadzając zasadę tak zwanej płacy minimalnej czy też zasady dotyczące pracowników delegowanych, to przejaw walki Unii o równe traktowanie w obszarze zatrudnienia i pracy, czy też po prostu ukryty bądź jawny protekcjonizm tych najsilniejszych? Czy wskaźnik zatrudnienia osób niepełnosprawnych wynoszący poniżej 50 % w porównaniu z 70-procentowym wskaźnikiem zatrudnienia populacji ogólnej jest wizytówką Unii i powodem do dumy, czy też dowodem na dominację silniejszego? Zatem problem równego traktowania w zakresie zatrudnienia i pracy Unia Europejska powinna i musi potraktować poważnie i uczciwie.

Yana Toom (ALDE). – Mr President, I would like to thank Renate Weber for the excellent job she has done.

The Employment Equality Directive bans discrimination on the grounds of religion or belief. Can we use this act to justify a ban on wearing headscarves in the workplace or other religious symbols? Many MEPs believe that we can – for security reasons, for instance, or because this is a symbol of oppression.

The European Court of Justice found such bans permissible if all religious symbols are prohibited in a particular workplace. In spite of that, I would remind you that even a neutrally expressed requirement might lead to unlawful discrimination, for instance if employers deliberately introduce obstacles to the employment of members of particular religious groups. In this context, Muslim woman are particularly vulnerable.

Democratic states should not dictate to us what to wear. European values have nothing to do with fashion. Security considerations are hardly relevant in the context of headscarves. The free will of women, whether it is determined by personal, cultural or religious reasons, should be respected. I will finish my speech by reminding you that tolerance is one of the main European values.

Jana Žitňanská (ECR) – Cieľom smernice o rovnakom zaobchádzaní v zamestnaní a povolaní, ktorá je súčasťou aj slovenského právneho poriadku, je zabezpečiť, aby ľudia neboli diskriminovaní v prístupe na trh práce ani pri výkone svojho povolania.

Realita pre ľudí so zdravotným postihnutím je však častokrát iná. Zamestnávať ich nechcú nielen súkromné firmy, ale ani orgány štátnej správy a naša spoločnosť je stotožnená s názorom, že títo ľudia patria do chránených dielní, a nie na otvorený trh práce. Existujú však aj jednotlivci a organizácie, ktorí prichádzajú s inovatívnymi myšlienkami a dokazujú nám, že aj ľudia so zdravotným postihnutím majú obrovský potenciál a pri dobre nastavených podporných opatreniach dokážu byť plnohodnotnými zamestnancami. Medzi takéto projekty patrí napríklad iniciatíva „Každá firma potrebuje svojho autistu“, v rámci ktorej odborníci školia a pripravujú na zamestnanie nielen samotných ľudí s autizmom, ale aj ich budúcich zamestnávateľov; alebo rehabilitačno-vzdelávacie centrum Bivio, ktoré chce pomáhať s uplatnením sa na trhu práce ľuďom s mentálnym postihnutím. Týmto organizáciám nechýba odvaha, odhodlanie, ani know-how. Jediné, čo postrádajú, je podpora zo strany štátu a to sa musí zmeniť.

Διαδικασία catch-the-eye

Jérôme Lavrilleux (PPE). – Monsieur le Président, je voudrais simplement revenir sur le sujet du port de symboles religieux en entreprise soulevé notamment dans le paragraphe 21 du rapport.

Au nom des membres de la délégation française du Parti populaire européen (PPE), je souhaiterais rappeler le principe de subsidiarité concernant les règles qui encadrent le port de symboles dits à caractère religieux, que ce soit dans les entreprises ou dans l'espace public.

Si les États membres, laïcs ou non, doivent garantir la liberté religieuse, il leur appartient cependant de fixer sur tout ou partie de leur territoire, en fonction de leur histoire et de leur culture, ou encore au nom de l'égalité des sexes ou de la sécurité, des règles encadrant la pratique religieuse, en conformité avec les textes européens. Nous tenons absolument au respect de ce principe et je voulais le rappeler.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, doamnă comisar, vreau să mulțumesc și eu raportoarei, Renate Weber, și celorlalți care au lucrat la raport. Egalitatea de tratament la încadrarea și ocuparea forței de muncă nu cred că trebuie să mai fie pusă la îndoială de cineva din toate punctele de vedere: sex, naționalitate, religie. De altfel, constituțiile statelor membre prevăd clar egalitatea de tratament. Problemele apar atunci când trebuie să le aplicăm în practică. Am ținut să iau cuvântul pentru a sublinia importanța raportului și să trag un semnal de alarmă față de nerespectarea egalității de tratament la locul de muncă sau la solicitarea unui loc de muncă, în mod deosebit când este vorba de persoane cu dizabilități sau în cazul femeilor în procesul de salarizare. Există, încă, cazuri de hărțuire la locul de muncă sau presiuni pentru a părăsi locul de muncă. Eu cred în nevoia de tratament egal prin respectarea valorilor și competențelor fiecărei persoane, de aceea susțin acest raport.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, έχουν περάσει 15 χρόνια από την έγκριση της οδηγίας για την ισότητα στην απασχόληση, στόχος της οποίας είναι η καταπολέμηση των διακρίσεων στον τομέα της εργασίας εντός των κρατών μελών της Ένωσης. Και όμως, οι ανισότητες στον χώρο εργασίας εξακολουθούν να υπάρχουν. Ειδικότερα, το ποσοστό απασχόλησης των ατόμων με αναπηρία εντός της Ένωσης είναι πολύ κάτω του 50%, ενώ τα ποσοστά ανεργίας των ατόμων με αναπηρία αγγίζουν το 18,3%. Είναι δηλαδή σχεδόν διπλάσια από εκείνα του γενικού πληθυσμού στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Παράλληλα, στον εργασιακό χώρο διαπιστώνεται ένα έντονο μισθολογικό και συνταξιοδοτικό χάσμα ανάμεσα στα δύο φύλα. Επιπλέον, στους χώρους εργασίας παρατηρούνται διακρίσεις όσον αφορά τη διαδικασία πρόσληψης ανάμεσα στα δύο φύλα, ενώ οι γυναίκες είναι αυτές που πλήττονται περισσότερο από την οικονομική κρίση με κίνδυνο να βρεθούν σε επισφαλείς θέσεις εργασίας ή να καταστούν άνεργες. Λαμβάνοντας υπόψη ότι έχει ήδη εγκριθεί από το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο η οδηγία για την ισότητα, κάθε είδους διάκριση στην απασχόληση θα πρέπει να εξαλειφθεί άμεσα.

Romana Tomc (PPE). – Nediskriminacija, strpnost, pravičnost in enakost med spoloma so besede, za katere si želimo, da bi opisovale našo družbo.

V Evropi je kljub znatnemu napredku v zadnjih letih diskriminacija na žalost še vedno prisotna, predvsem pri zaposlovanju, kar seveda ima negativne učinke na vse vidike življenja, posebej pa ima negativne učinke ne samo za družbo kot tako, ampak na posameznika.

Mislim, da je v boju s tem problemom potrebno okrepiti predvsem dialog med vladami, dialog s civilno družbo in seveda predvsem tudi s socialnimi partnerji. Hkrati pa je treba narediti vse, da bo javnost bolj ozaveščena o tem problemu.

Države članice morajo vsaka pri sebi poskrbeti za sistematično uskladitev zakonodaje in za dosledno uveljavljanje načela enakega obravnavanja.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Úr! Az egyenlő bánásmódról szóló vonatkozó irányelv alkalmazásának értékelése mellett nem hagyhatjuk figyelmen kívül a jogszabály hatályának indokolatlan korlátozását sem. A nemzeti kisebbségekhez tartozás alapján történő hátrányos megkülönböztetés nem része az irányelv szövegének. Éppen ezért üdvözlöm a jelentésben foglalt, a Bizottságnak szóló felhívást, amely a hátrányos megkülönböztetés valamennyi típusának figyelemmel követésére szólítja fel a testületet.

Itt az ideje, hogy a Tanács végre dűlőre jusson a megkülönböztetés elleni horizontális uniós irányelv elfogadásának ügyében is, amely a munkahelyen kívüli megkülönböztetéssel szemben védené az európai polgárokat. A LIBE-véleményemben is javasoltam: nemzeti kisebbséghez tartozás alapján történő diszkrimináció tilalmának érvényesülése is kerüljön a jogalkotás és az ellenőrzés irányának homlokterébe. Hiszen több millió uniós polgár mindennapi tapasztalata a hátrányos megkülönböztetés.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE). – Señor Presidente, los fundamentos de la Unión Europea son, sin duda, el respeto, la dignidad humana, la igualdad, la democracia, el Estado de Derecho y el respeto de los derechos humanos. A raíz de esto, hace quince años se aprobó la Directiva para la igualdad en el empleo. Es una Directiva que tiene como objetivo la lucha contra la discriminación y, si bien ha habido mejoras en los últimos años, qué duda cabe de que todavía hay retos con determinados colectivos vulnerables, como el de la discapacidad, un colectivo en el que centro una gran parte de mi trabajo. Ahí se puede hacer mucho para poder hacer los ajustes razonables en empleo, políticas fiscales, políticas activas y diseños universales. Pero también hay otros colectivos vulnerables. Lo dice muy bien el informe: colectivos discriminados por razones de religión, por razones de edad y, también, por razones de orientación sexual.

Se necesita algo más que legislación. Se necesita un compromiso político firme. Pero se necesita, también, crear una cultura de solidaridad y que se respire dignidad, que se respire igualdad. En definitiva, se necesita la adopción de medidas efectivas que puedan convertir esta sociedad en una sociedad que luche como prioridad por la igualdad.

Τέλος παρεμβάσεων με τη διαδικασία catch-the-eye

Marianne Thyssen, *Member of the Commission*. – Mr President, this debate demonstrates how important it is to remain vigilant and continue fighting against all forms of discrimination, notably on the labour market. As I said, I hope, and the Commission trusts, that the proposal for a horizontal directive will soon be adopted by the European Council. The European directives have set up a comprehensive Europe-wide legal framework against discrimination that has been transposed in all Member States. In 2014, the Commission reviewed their application and found that often there is a lack of awareness, sometimes a weak implementation and enforcement at national level. The Commission has, therefore, further developed support to Member States in order to facilitate the full implementation of those directives, in particular by ensuring that the investment priorities of the European structural funds such as the European Social Fund properly include the fight against discrimination in employment. As you know, with Věra Jourová we last year launched

a new initiative to promote work-life balance, with the main objective to ensure that women are not obliged to choose between a family and a professional career. Ms Weber's report and its recommendations will help the Commission to further monitor and, where needed, improve the policy framework on equality on the labour market. I thank you for the report and this debate and I thank you for your attention.

Renate Weber, *rapporteur*. – Mr President, I would like to thank the Commissioner and all the colleagues for their comments. The report highlights the need for adequate training for all relevant stakeholders: from employees of authorities of all kinds to law-enforcement bodies, judges, prosecutors and lawyers. However, I am now thinking that we, as public representatives, could also benefit from such training because I have a hard time understanding how the implementation of a fundamental right, which is provided for by Article 10 of the Charter of Fundamental Rights of the European Union, could be a matter of subsidiarity.

We have well-established European Court of Human Rights jurisprudence on the restriction of the fundamental right to a certain extent, but more than that should not be accepted. Moreover, I am wondering how we could accept the non-observance of court decisions: that contradicts everything I had learned and thought over the past 30 years about the meaning of the rule of law. I want to stress that, for me, adequate training not only refers to knowledge of legislation in court decisions but also includes training on understanding cultural differences and on acknowledging unconscious bias.

Since 2007, when I became a Member of this Parliament, together with many colleagues I have been advocating the adoption of a horizontal anti-discrimination directive outlawing discrimination in access to goods and services across the EU. Nine years later, yes, I find it is a disgrace that this directive is still blocked in the Council by a coalition of some Member States. I cannot but welcome the optimism of Commissioner Thyssen that the directive will become a reality soon, so let us stay optimistic and let us hope.

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A foglalkoztatás és a munkavégzés során alkalmazott egyenlő bánásmód általános kereteiről szóló 2000/78/EK irányelv alkalmazásáról szóló jelentés számos előremutató rendelkezést tartalmaz. Az elmúlt 15 év tapasztalatai alapján készült ez a jelentés. Fontos előrelépés, hogy a vallás is prioritássá lépett elő ezen a téren, ugyanakkor megítélésem szerint a vallási jelképek viselésére előírt korlátozásoknak továbbra is nemzeti hatáskörben kell maradniuk. A fogyatékosság területén is előrelépések láthatóak, így pl. az adókedvezmények biztosítása vagy a közbeszerzések, illetve a fogyatékossággal élő személyek jogaival foglalkozó ENSZ-egyezmény monitoringjáért felelős bizottság tevékenysége figyelembevétele fontosságának hangsúlyozásával. Ezzel kapcsolatosan fontos, hogy a fogyatékkal élő személyek jogi védelme is erősödjön és erre konkrét lépések legyenek.

Összhangban a robotika és a mesterséges intelligencia fejlődésével, az életkor alapján történő hátrányos megkülönböztetés terén is remélhetőek további előrelépések, elsősorban a munkavállalók digitális készségeinek javításával, illetve az intelligens szolgáltatások fejlesztésével. Ugyanakkor a jelentés szexuális irányultságra vonatkozó rendelkezései közt találhatóak olyan elemek, amelyek a nemzeti hatáskört és hagyományokat kérdőjelezik meg, amelyek nem támogathatóak. Ezen túlmenően az adatfelvétel tekintetében aggályosnak tartom a faji és etnikai származás alapján történő statisztikák készítését is, mint ahogy a szülői szabadsággal kapcsolatos harmonizációs törekvéseket is, különös tekintettel arra, hogy a családdal kapcsolatos ellátásokra, támogatásokra Magyarország jelentősen az EU-átlag feletti arányban költ.

7. Tätigkeiten, Auswirkungen und Mehrwert des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zwischen 2007 und 2014 (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η συζήτηση επί της έκθεσης της Marian Harkin, εξ ονόματος της Επιτροπής Απασχόλησης και Κοινωνικών Υποθέσεων, σχετικά με τις δραστηριότητες, τον αντίκτυπο και την προστιθέμενη αξία του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση κατά το διάστημα μεταξύ 2007 και 2014 (2015/2284(INI)) (A8-0227/2016)

Marian Harkin, *rapporteur*. – Mr President, first of all, I want to genuinely thank colleagues for the really good and constructive cooperation in this report, and also all the shadows and all the committees who contributed excellent opinions. I just might mention, in particular, our colleague Jean-Paul Denanot from the Committee on Budgets.

I suppose our role here was to assess the activities, the impact and the added-value of the European Globalisation Adjustment Fund (EGF) and, of course, to look to the future, to indicate what our proposals are for a more effective and more efficient EGF. I am grateful to colleagues for the engagement. The EGF is small fund compared to the ESF, for example; it is also a new fund. I think that gives us a sense that we can help to shape it in a positive way. In this report we look to see: how we can help to make it more effective; what partnership models will deliver better outcomes for redundant workers who have lost their jobs due to globalisation; how we can organise the process so that it responds in a more timely way to the needs of workers; how we can ensure better value for money for both the workers and for EU taxpayers; and how we can spend that money in a more efficient way; how can we ensure we have relevant data that allows us to assess the outcomes from the funds without placing undue requirements on Member States; and, of course, crucially, how we can help ensure personalised, well-coordinated measures that are tailored to the individual needs of the redundant workers. In that way we do two things: we express our solidarity with them at a difficult time and, secondly, we assist them in the transition to sustainable employment.

So what makes the EGF different to the ESF? Well, the EGF is meant to deal with emergencies, more short-term in its approach, while the ESF is more structural. Both have their advantages, and indeed it has been very positive to see how Member States use the ESF as a complementary tool to the EGF. We also propose that Member States need to achieve synergies between EGF and ESI funds. We emphasize that ESI funds can act as follow-up measures in EGF areas of support by stimulating investment and overall job creation. So what are the positives? Well, timelines have improved considerably due to efforts by all actors: the Commission, Member States, Parliament, etc. The self-employed are now included. NEETs can benefit from EGF support in numbers equal to the numbers of targeted beneficiaries. The EGF is now part of the shared fund management system, and I commend the Commission on this. Co-funding has been increased to 60%, more Member States are using EGF and spending, under personalised measures, has been lowered to 35%. Indeed, in many recent applications that spending is considerably less.

The Court of Auditors tells us that nearly all EGF beneficiaries were able to benefit from personalised and well-coordinated measures. The re-employment rate is around 50%, and as Member States become more used to the fund, their applications are more timely. But there are still negatives: Member States don't use the EGF often enough and, crucially, do not often use the derogation. Funding has been cut from 500 million to 150 million, budget implementation is only 55% but improving. There is a concentration of applications in the manufacturing, automotive construction and aviation sectors. We need to take a different approach to NEETs and to redundant workers. So it is important to design the EGF in such a way that it can respond to their needs. The Member States need to make publicly available all relevant information in regard to EGF cases, and they need to set quantitive reintegration objectives so that we can measure the success.

Finally, the most important point is that the EGF must guarantee EU added-value for redundant workers and taxpayers. Then we can strongly call for its continuation and expansion.

Jean-Paul Denanot, *rapporteur pour avis de la commission des budgets*. – Monsieur le Président, effectivement, en tant que rapporteur sur l'évaluation du Fonds d'ajustement à la mondialisation au titre de la commission des budgets, j'ai rencontré beaucoup de parties prenantes, des entreprises, des salariés, des syndicats, des accompagnateurs de reclassement, des administrations.

Tous m'ont dit trois choses. La première, c'est que ce fonds est très utile pour ne pas laisser les salariés sans solution à la suite de leur licenciement. Deuxièmement, le fonds intervient de fait a posteriori et les procédures devraient être accélérées. Troisièmement, et je pense que c'est le plus important, il serait sans doute préférable d'être dans la prévention que dans la réparation.

C'est pourquoi je plaide pour une anticipation des mutations engendrées à la fois par la mondialisation, les mutations technologiques, les mutations commerciales dans le monde aussi. Je pense qu'il faut aujourd'hui que la Commission prenne en compte cette dimension et fasse des propositions pour que nous puissions, nous au niveau européen, accompagner les entreprises dans ces mutations. Je pense qu'il y a là de véritables perspectives, notamment pour les PME qui, avec cet accompagnement, éviteraient d'aller dans le mur, comme c'est le cas actuellement.

Marianne Thyssen, *Member of the Commission*. – Mr President, first of all I would like to thank the rapporteur, Ms Harkin, and the rapporteur for the Committee on Budgets, Mr Denanot, for the attention they have paid to the EGF since it started in 2007, in Ms Harkin's case.

The report is very useful to us. Indeed, despite several improvements introduced in the regulation for the 2014-2020 period and subsequently reflected in the functioning of the Fund, there is still a margin for additional fine-tuning. The EGF is an emergency instrument with its own role. I share your view that in its current shape and budget, the EGF cannot be an intervention tool for job losses as a possible result of EU trade agreements.

Some of the issues highlighted in the conclusions of the Court of Auditors report and the evaluation of the EGF have already been addressed in the current regulation, for example, the use of EGF funding to compensate national workers' income support schemes with No European added value. The former lengthy EGF approval procedure has been reduced from 41 weeks on average to a maximum now of 28 weeks.

I welcome your appreciation for the Commission's efforts to develop standardised procedures for the EGF applications and management using the functionalities of the electronic data exchange system, SFC. Since 3 August 2016, the reporting module for EGF cases is also available in SFC and I am confident that the expectations regarding reporting improvement will be fulfilled once SFC becomes fully operational for EGF cases.

We expect the first results of the ongoing EGF mid-term evaluation for the 2014-2020 period by the end of this year. They will cover the current derogation giving access to EGF co-funding also to NEETs in certain EGF applications. The average share of beneficiaries aged 55 or more was three times that of beneficiaries aged 15 to 24. The inclusion of NEETs as eligible beneficiaries of Globalisation Fund support in the current EGF regulation by way of derogation helps to counterbalance this tendency and is an expression of solidarity with young unemployed persons in regions with high unemployment levels. The Commission shares your view that the EGF should continue to provide assistance to NEETs who live in regions eligible under the Youth Employment Initiative after December 2017, the date of expiry of the derogation. I am happy to announce that the Commission just yesterday tabled a proposal for the extension of this derogation as part of the mid-term review of the multiannual financial framework.

I take note of your concern that workers made redundant by SMEs have fewer chances to be supported by the EGF than workers made redundant by large enterprises. However, applying for EGF co-funding in support of workers made redundant by large enterprises or SMEs belongs to national preferences. Some Member States apply this almost exclusively using the intervention criteria of Article 4.1(a). Other Member States, for example Spain, apply it mainly using the intervention criteria of Article 4.1(b), that cover cases of at least 500 workers being made redundant, particularly in SMEs all operating in the same sector and located in one or two contiguous regions.

I would like to recall that the Commission has promoted regular peer reviews across national exchanges or partnering in order to exchange good practices and implementing experience since the start of the Fund. The meetings of the EGF contact persons that the Commission organises twice a year are an established way for Member States to exchange best practices. We will further support the sharing of information so that mutual learning among Member States here, too, is reinforced.

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Vicepresidente

Agnes Jongerius, *rapporteur voor advies van INTA*. – Net in tijden van economische stagnatie en toegenomen globalisering is het belangrijk dat we serieus opkomen voor mensen die aan het kortste eind trekken. De baten van handel zorgen altijd voor verschuivingen in welvaart. De verliezers hebben dan ook reden tot klagen als ze niet meedelen in de groei die handel met zich meebrengt. Daarvoor zijn natuurlijk in de eerste plaats de lidstaten verantwoordelijk. Maar voor het opvangen van schokken en voor de solidariteit tussen lidstaten is het EFG een heel belangrijk fonds. Daarom hoop ik dat de Commissie dit verslag ter harte neemt, met in het bijzonder de aanbevelingen van de INTA-commissie, namelijk dat bij handelsverdragen van tevoren en na afloop moet worden gekeken naar het verlies aan werkgelegenheid en dat werknemers tijdig betrokken moeten worden bij de herstructureringsplannen van bedrijven, zodat zij in staat zijn om serieus te onderhandelen over het bijbehorend sociaal plan. Ik hoop dat op die manier het EFG verbeterd kan worden en behulpzaam kan zijn voor de verliezers van de globalisering.

Marco Valli, *relatore per parere della commissione per il controllo dei bilanci*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la mancanza di dati completi ci rende difficile capire se il Fondo di adeguamento alla globalizzazione sia stato finora uno strumento efficace. Per questo motivo, è necessario che in futuro la Commissione garantisca l'accesso del pubblico a tutti i documenti relativi ai casi di intervento del Fondo e fornisca informazioni complete per permettere di capire se la formazione offerta sia stata adeguata alle prospettive economiche e alle esigenze del mercato del lavoro nelle regioni interessate dai licenziamenti e quali siano stati i risultati previsti e conseguiti.

Soprattutto, è necessario avere la possibilità di capire se le chiusure delle aziende e gli esuberi siano conseguenza di una delocalizzazione della produzione in paesi terzi o in altri Stati membri che applicano politiche aggressive fiscali per attrarre gli investimenti. È importante che non siano i cittadini a pagare per la smania di profitto delle società, per questo chiediamo che la Commissione valuti uno strumento che obblighi le aziende che spostano la produzione fuori dall'UE a contribuire alle misure di reinserimento per i lavoratori in esubero.

Tamás Deutsch, *a Regionális Fejlesztési Bizottság véleményének előadója*. – Elnök Úr! A Regionális Fejlesztési Bizottság véleményének felelőseként elsőként arra szeretném felhívni a figyelmet, hogy az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap, és az Európai Strukturális és Befektetési Alapok közötti szinergiák kihasználása nélkülözhetetlen a gyors, tartós és hatékony eredményekhez. A kohéziós politika jelentős mértékben járult hozzá a válság és a globalizáció negatív gazdasági és társadalmi hatásainak mérsékléséhez, és elősegítette a fenntartható foglalkoztatást és növekedést.

Ahhoz, hogy a munkanélküliségre tartós megoldásokat találjunk, a szinergiák kihasználására, több forrás együttes használatára van szükség. Szeretném továbbá felhívni a figyelmet, hogy az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap kérelmeinek átlagos jóváhagyási időszaka a jelentésben vizsgált időszakban 10 hónap volt, ez pedig elfogadtathatatlan. Minden olyan intézkedés, amely ezen kérelmek elbírálásának az időszakát rövidíti, fontos, ezeket szorgalmaztuk.

Vilija Blinkevičiūtė, *Moterų teisių ir lyčių lygybės komiteto nuomonės referentė*. –Europos globalizacijos fondas išties pasitarnavo darbo netekusiems žmonėms visoje Europoje, jo parama buvo labai reikšminga, ypač ekonominės ir finansų krizės laikotarpiu, kuomet daugumoje šalių narių skirtingi pramonės sektoriai patyrė didelius sunkumus ir žmonės masiškai neteko darbo. Štai mano gimtojoje Lietuvoje keturi sektoriai pasinaudojo šio fondo parama – statybų, tekstilės, elektronikos ir baldų gamybos sektoriai. Ir tai mūsų nedidelei darbo rinkai ir jos atsigavimui reiškė iš tikrųjų labai daug. Kaip Moterų teisių ir lyčių lygybės komiteto nuomonės teikėja, šiame pranešime noriu pažymėti, kad tik trečdalis fondo paramos gavėjų vertinamu laikotarpiu buvo moterys. Žinoma, greičiausiai tai susiję su tuo, jog globalizacija bei finansų ir ekonominė krizė labiau palietė tuos sektorius, kuriose daugiausiai dirba vyrai, tačiau noriu paprašyti Komisijos vis dėl to stebėti, kad moterys skirstant fondo paramą nenukentėtų, kad darbo netekusioms moterims teikiamas suderintas individualių paslaugų paketas būtų išties priderintas jų realiems poreikiams. Taip pat ragina valstybes nares rinkti duomenis pagal lytį, kad galėtume geriau įvertinti moterų grįžimo į darbo rinką rodiklius, stebėti į kokius sektorius jos grįžta. Ypač svarbu žinoti, ar moterys randa kokybiškai saugų darbą ir ar vienodai yra skatinamas jų verslumas.

Csaba Sógor, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, as we concluded yesterday during the debate on the latest cases of job losses, at Caterpillar and Alstom, there can be no substitute for a long-term vision for the reindustrialisation of Europe. That being said, in our global world there can always be unforeseen forces – such as structural changes in world trade patterns, financial crises or a slowdown of growth in Europe or elsewhere, affecting demand – that can hit our industries and our workers.

It is thus essential that we have a reliable EU-level cushion to protect our workers from such a blow. The European Globalisation Adjustment Fund has already proved its worth in this regard in many unfortunate cases of plant closure in Europe, especially through the support it has provided for thousands of lower-skilled, and thus more vulnerable, workers in regaining employment. This report not only offers a comprehensive evaluation of the fund's strengths and weaknesses but it also succeeds in identifying many ways to make it more efficient in the future.

I would like to thank the rapporteur for this and for our great collaboration.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Tisztelt Képviselő Úr! Többé-kevésbé egyetértek azokkal, amiket Ön mondott, viszont egy aspektusra szeretnék rákérdezni az Ön véleményét megtudakolandó: nevezetesen, hogy a most éppen csetlő-botló TTIP tárgyalások során Ön látja-e, hogy maga az egyezmény kellő védelmet ad a szociális jogok tekintetében, szemben azzal, hogy ha esetleg mégsem, akkor ugyanennek az alapnak kell majd egyszer működésbe lépnie.

Csaba Sógor (PPE), *kékkártyás válasz*. – Szociális kérdésekben hasonlóan vélekedünk, ugyanilyen aggodalommal tekintünk mi is erre.

Maria Arena, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, je remercie Marian Harkin pour le travail qu'elle a réalisé ainsi que les corapporteurs, et je tiens aussi à remercier la commissaire pour l'annonce qu'elle a faite hier en disant que les NEET seraient effectivement prolongés au niveau du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation. Je la remercie pour l'action qu'elle a menée.

Le FEM permet effectivement d'aider les travailleurs qui ont perdu leur emploi en raison de modifications majeures de la structure commerciale mondiale. Il est donc évident que, dans un contexte de globalisation tel que nous le vivons aujourd'hui, nous devons défendre cet instrument, voire le renforcer, car tout le monde sait qu'il y a des gagnants à la globalisation, mais il y a aussi de plus en plus de perdants.

Je plaide donc pour plus de moyens, mais aussi pour augmenter les niveaux d'intervention et pour activer la clause de circonstances exceptionnelles afin de pouvoir moduler les aides en fonction des besoins sur le terrain.

Je plaide aussi pour plus de prévention et je suis un peu interpellée par ce que M[me] Thyssen vient de dire. Elle dit que le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation ne doit pas venir compenser les politiques commerciales. Or, M[me] Malmström dit l'inverse. Dans sa politique générale, M[me] Malmström a inscrit qu'il faut avoir recours au Fonds européen d'ajustement à la mondialisation pour compenser les effets négatifs du commerce. Ce qui est particulièrement interpellant, c'est que, dans le cadre des études d'impact en matière de commerce, M[me] Malmström dit qu'il n'y a pas d'effets négatifs. Il est donc assez particulier d'entendre des discours divergents à ce point.

Dans le débat d'hier concernant l'Afrique, on a eu le même son de cloche: il n'y a pas d'effets négatifs sur l'agriculture. Or, on sait qu'il y a des effets négatifs. Si on les nie, on ne peut pas les anticiper. Je plaide pour qu'on les reconnaisse sincèrement et que l'on puisse effectivement anticiper ces effets négatifs pour aider l'industrie plutôt que d'aider des travailleurs qui ont perdu leur travail, quand il n'y a plus de possibilités pour eux.

Enrique Calvet Chambon, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor Presidente, de nuevo buenos días, la tercera vez que usted me escucha en este Pleno. Es un Pleno muy duro, supongo. Señora Comisaria, gracias por estar aquí. Quiero agradecer el trabajo que han hecho todos los ponentes alternativos y, cómo no, el excelente trabajo hecho por la ponente, la señora Harkin.

Voy a ir a los principios: todo *shock* asimétrico, toda evolución económica, todo cambio puntual precipitado genera épocas de transición; es una dinámica en la que va a haber ganadores y perdedores. Y la señora Arena tiene razón al decir que la ATCI, un gran cambio comercial, puede tener perdedores a corto plazo.

Lo bueno del modelo social europeo es que nos encargamos de apoyar y ayudar durante la transición a esos perdedores. En ese sentido, este Fondo es fundamental. Es fundamental reforzarlo y utilizarlo bien con un sentido de empleo, de recuperación y de reinclusión de las zonas desfavorecidas. Y, desde luego, yo metería a los «ninis», por ejemplo, entre los colectivos sociales que debemos recuperar.

Ahora bien, ¿qué problema puede tener este Fondo? Este Fondo a lo mejor debe hacerse un poquito más horizontal, porque el problema es cuando permite discriminar entre unas empresas u otras o entre unos sectores u otros. Tiene que mejorarse ese aspecto pero, sin duda alguna, nunca se puede renunciar a esa labor de la Comisión de ayudar a la coherencia social cuando la evolución económica impone perdedores.

Lynn Boylan, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Mr President, I would like to thank Ms Harkin for her work on the report. To echo what some of colleagues have said, the EGF is a worthwhile and positive fund, and I support it. But this Fund is often used to compensate for the damaging effects of policies that have stemmed from the European Commission.

It has been the policies of deindustrialisation and unfettered free trade which in the main have created the need for the EGF. Not only have these policies caused job losses but their fallout has undermined workers' rights and caused irreparable social damage. Within the report, I agree with the call for greater government transparency and the reference to a mid-term review at Member State level so that Member States can assess the progress of the EGF in their countries and identify issues early that might need intervention.

In many countries, such as my own, Ireland, there has been a severe underspend of EGF funds and it does not become apparent until the end of the term when the monies are handed back. This is unfair to workers as they are the ones that suffer when the funding is not put to the best use.

I also welcome the reference to creating stronger working conditions and working relationships with the community and voluntary sector, as they are the ones that are best placed to assess, particularly, the needs of NEETs, and to raise the awareness of EGF opportunities with them.

As I said, overall this is a very good report – and would again just like to thank Ms Harkin for her work in reaching consensus – and I will be supporting it.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Steven Woolfe (EFDD), *blue-card question*. – Ms Boylan, I firmly agree with the beginning of your analysis of the problems of the EGF. Do you also accept, or not, the principle that the very existence of the EGF allows executives at large corporations, when they are considering to make redundancies, know that they can reduce the redundancy values for people, know that they can sack more people – know that they can get away with all their policies because of the very existence of this EGF – and that if it was not there they would be forced by national states to pay proper funds to those people who are leaving?

Lynn Boylan (GUE/NGL), *blue-card answer*. – I agree with the vast majority of what you have said, but obviously, as somebody who has been a trade union member for many years, my interests are with the workers. While I think we do need to do more to secure proper redundancy payments and proper collective bargaining for workers, in the absence of that, and without changing the direction of the European Union in relation to trade and to its relationship with multinational corporations who treat workers disgracefully, the European Globalisation Adjustment Fund is the only thing that workers have – and that is why, reluctantly, I accept it because we need anything that we can get, particularly in Ireland, and I am sure in many other Member States, to help those workers get back into employment. However, I agree with you: we need to change the direction of the EU to deal with multinational corporations and their shocking treatment of workers.

Monika Vana, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Auch ich möchte mich bei der Berichterstatterin Frau Harkin ausdrücklich für die außerordentlich konstruktive, gute und zielorientierte Zusammenarbeit bedanken. Für uns Grüne ist der Europäische Globalisierungsfonds ein wichtiges sozial- und arbeitsmarktpolitisches Steuerungsinstrument, wenn Menschen aufgrund der Folgen von Globalisierung oder Wirtschaftskrise ihren Job verlieren und in die Armutsfalle zu schlittern drohen. Es ist nämlich auch eines der wenigen Instrumente, mit denen die EU den Bürgern und Bürgerinnen direkt unter die Arme greift, wo nicht die Wirtschaft im Vordergrund steht, sondern der Mensch – so wie es einer Sozialunion, wie wir Grüne sie anstreben, würdig ist.

Wir Grüne werden daher dem vorliegenden Bericht zustimmen, wollen auch ausdrücklich darauf hinweisen, dass wir uns freuen, dass die Verankerung eines *gender impact assessment* in den Bericht aufgenommen wurde, also dass Frauen und Männer gleichermaßen kurz – und langfristig vom EGF profitieren. Und selbstverständlich darf der Fonds weder eine Lösung für eine fehlgeleitete Handelspolitik noch eine Lösung für falsche Konzernstrategien sein und auch kein Ersatz für Präventionsmaßnahmen, wie mein Vorredner Jean-Paul Denanot auch ganz richtig gesagt hat.

Jedenfalls hat aber der EGF auch großen Reformbedarf. Zum Beispiel sollten auch wirklich ArbeitnehmerInnen aller Mitgliedstaaten vom EGF profitieren können, nicht nur die am besten informierten, nicht nur die in den großen Konzernen. Auch die Qualität der Arbeitsplätze sollte zunehmend in den Vordergrund gerückt werden, und Schlupflöcher für Mitgliedstaaten, wie auch schon angesprochen wurde, sollten in jedem Fall wieder geschlossen werden. Denn Leistungen, die in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik von Mitgliedstaaten getragen werden müssen, dürfen keinesfalls auf den EGF abgewälzt werden.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass bei künftigen Ernennungen zum Europäischen Rechnungshof so lange nur Frauen zum Zug kommen sollten, bis eine vernünftige *gender balance* erreicht ist.

Tim Aker, *on behalf of the EFDD Group*. – Thank you, Mr. President. The European Globalisation Adjustment Fund – well, there is a euphemism if ever I heard one. It seems that the solution to all of the problems in the European Union is more money, more money, more money – not a change of policy, not a change of direction. God forbid you guys actually ditch the single currency which is causing misery to southern Europe and creeping its way upwards. But you do not understand, you are getting this money from taxpayers who are already suffering. You may see increased GDP numbers but, in my country, productivity may be up but people's wages have been compressed because of the seemlessly unlimited supply of cheap labour coming from complete free movement and open borders.

There is another way that you can change this: you can take back control. There is a democratic revolution taking place, with referendums becoming the issue of the day across every single EU Member State, and they will happen. So go with the tide, take back control over trade policy so that you can determine trade policies that reflect your constituents in your country first and foremost, because we are sent here as public servants. We are not here to do what the European Union wants, we are here to do what our constituents want. 17.4 million people in the United Kingdom – a majority – voted to take back control of trade policy so that we can create trade policies that limit redundancies, to make sure that we do not have to discuss redundancy packages. You can do the same. Follow our lead, take back control, let democracy and let your people win the day.

Auke Zijlstra, *namens de ENF-Fractie*. – Voorzitter, de verordening is helder over het doel van het globaliseringsfonds. Het fonds is namelijk bedoeld om mensen die hun baan verloren hebben door de wereldwijde economische en financiële crisis, weer aan het werk te krijgen. Maar de evaluatie leert ons twee dingen: ten eerste vindt minder dan de helft van de mensen die een uitkering krijgen uit het fonds weer een baan. Dat kun je onmogelijk een succes noemen. Ten tweede is er helemaal geen wereldwijde crisis meer, zodat ook niet aan de voorwaarden voldaan wordt. Alleen in de Europese Unie blijft de economische groei laag en in de eurolanden is het zelfs nog beroerder dan in de overige lidstaten. Mijn vraag is dan ook heel eenvoudig: Het fonds voldoet niet aan zijn eigen criteria en heeft geen succes, waarom blijven we hier dan geld in stoppen? De enige die blij is met dit fonds, is de Europese Unie zelf. Nu de EU langzamerhand de macht heeft

gekregen over het economische, het financiële en ook het sociale beleid, is dat een heel slecht teken.

Arne Gericke, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident! Wir haben gestern die Rede zur Lage der Union gehört, und wir haben viel darüber gejammert, dass Europa bei den Menschen nicht ankommt. Heute diskutieren wir die Form und Wirkung des Europäischen Globalisierungsfonds – ein Musterbeispiel dafür, was wir von europäischer Seite gut meinen, oft aber schlecht machen. Der Fonds ist ein Instrument, das direkt ankommt. Er ist gedacht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbständige, die ihre Arbeit verloren haben, um ihnen ganz konkret bei der Reintegration in den Arbeitsmarkt zu helfen. Er ist gedacht für Städte, für Regionen, die von der Schließung eines großen Unternehmens betroffen sind und, sagen wir, unter ökonomischem Schock stehen – so weit so gut.

Nur, ich zitiere das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“: „Wir reden auch von Millionen, die keiner haben will.“ Meine Fraktion hat deshalb gemeinsam mit mir die Debatten über den Fonds konstruktiv kritisch begleitet, und wir sagen: Dieser Fonds muss besser werden, wenn er einen Sinn erfüllen soll. Direkte Hilfe macht nur dann Sinn, wenn sie schnell, wirklich direkt und unbürokratisch erfolgt. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, bleibt die große Herausforderung in der zweiten Hälfte des laufenden Fonds.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η δήθεν στήριξη των μαζικά απολυμένων, που θα εμπλουτιστεί από την επικείμενη απελευθέρωση των μαζικών απολύσεων από την ελληνική κυβέρνηση και το κουαρτέτο, επιβεβαιώνουν διαπιστώσεις της έκθεσης ότι, πρώτον, οι επιχειρήσεις κλείνουν είτε από ανταγωνισμό μεγαλύτερων, είτε λόγω μετακίνησής τους σε άλλο τόπο ή κλάδο για μεγαλύτερα κέρδη με μικρότερο εργατικό κόστος, αξιοποιώντας την περίφημη ελευθερία διακίνησης κεφαλαίων από τη Συνθήκη του Μάαστριχτ. Δηλαδή, με άλλα λόγια, καπιταλισμός.

Δεύτερον, ο φόβος των αντιδράσεων στις απολύσεις εμποδίζει τέτοιες αναδιαρθρώσεις. Σαν μέρος αυτών λοιπόν το Ταμείο Παγκοσμιοποίησης αναλαμβάνει να τις εκτονώσει μοιράζοντας «ασπιρίνες». Για αυτό, οι αιτούντες τη βοήθειά του είναι κυρίως εργοδότες. Τα προγράμματα κατάρτισης, δηλαδή επιδότηση της εργοδοσίας με το επίδομα ανεργίας των ανέργων, αν καταλήγουν σε θέση εργασίας αυτή είναι πολύ χειρότερη από την προηγούμενη: οι επιδοτούμενες μικροεπιχειρήσεις κλείνουν, ενώ επιτήδειοι λυμαίνονται κονδύλια του Ταμείου. Οι «ασπιρίνες» δεν γιατρεύουν τον καρκίνο της ανεργίας. Αγώνας, τώρα, να μην περάσει η απελευθέρωση των απολύσεων. Αυξημένο επίδομα ανεργίας σε όλους, για όλη τη διάρκειά της, με πλήρη ασφαλιστική κάλυψη.

David Casa (PPE). – U nixtieq nirringrazzja jien ukoll lil Marian Harkin għal dan ir-rapport li jittratta fond importanti. Id-diskussjoni illi kellna lbieraħ, pereżempju, fuq is-sitwazzjoni diffiċli illi qiegħda tiffaċċja l-kumpanija Caterpillar fil-Belġju hi eżempju tajjeb ta' fejn l-EGF jista' jkun effettiv. Naturalment hemm fejn wieħed jimpruvja. Naturalment il-problema li għandna…

(Il-President interrompa lill-kelliem minħabba nuqqas ta' interpretazzjoni)

Naturalment… kont qed nitkellem dwar id-diskussjoni li kellna lbieraħ fuq il-kumpanija Caterpillar fil-Belġju li hi eżempju tajjeb ta' fejn l-EGF jista' jiġi użat. Naturalment irridu nkunu effettivi iktar, irridu nkunu rapidi iktar għaliex mhux sew illi ħaddiema jitħallew jistennew biex forsi jistgħu jerġgħu jidħlu fid-dinja tax-xogħol permezz ta' dan il-fond u jkollhom jistennew żmien twil.

Però, naturalment, saru avvanzi f'dan il-Fond. Illum qegħdin anzi aħna nħeġġu lill-pajjiżi membri biex jużaw kemm jista' jkun dan il-Fond illi jista' jgħin ħafna f'dik is-sitwazzjoni diffiċli li jkun għaddej minnha l-ħaddiem.

Marita Ulvskog (S&D). – Herr talman! Det är viktigt att vi utvärderar hur globaliseringsfonden kan komma fler företag till nytta – både små och stora.

En av de frågor som vi tyvärr inte har kunnat enas om är kravet på antal anställda som måste drabbas för att fonden ska kunna användas. Jag har ett konkret exempel, nämligen en livsmedelsindustri i södra Sverige, Findus i Bjuv i Skåne. Med dagens regler är det osäkert om vi skulle kunna mobilisera fonden för att hjälpa de anställda hos Findus. Jag menar att vi måste göra någonting åt det. Även i fall som detta där så många drabbas, där en hel bransch utsätts för påfrestningar, borde fonden kunna spela en större roll än den gör i dag.

Vi måste också titta på hur EGF kan användas för att mildra omständigheterna för företag som drabbas på grund av handelskonflikter. Kommissionen har tidigare sagt att fonden inte kan mobiliseras för detta. Parlamentets tolkning är att den kan det. Vad säger kommissionen i dag? Vi måste kunna enas om fondens tillämpning. Det är klart att vi även har lyssnat till handelskommissionären, Cecilia Malmström, som har öppnat för en sådan tolkning.

Det pratas om nedskärningar i fonden samtidigt som Malmström alltså hävdar att alla negativa konsekvenser som kommer som resultat av handelsavtal ska kunna åtgärdas av fonden. Jag ser fram emot ett svar på den frågan.

Anneli Jäätteenmäki (ALDE). – Arvoisa puhemies, arvoisa komissaari, globalisaatiorahasto on toiminut silloin hyvin, jos ihmiset ovat sen kautta uudelleenkouluttautuneet tai saaneet uuden työpaikan. Näistä hyvistä kokemuksista on otettava oppia. Mutta on myönnettävä, että globalisaatiorahaston toiminnassa on paljon puutteita, ja nämä on korjattava.

On tapauksia, joissa rahaston varoja on käytetty kompensoimaan kansallisia sosiaalietuuksia. Tähän tarkoitukseen rahastoa ei ole luotu. Se on luotu auttamaan ihmisiä. Myös päällekkäisyyksiä muiden EU-rahastojen antamien tukien kautta on pystyttävä karsimaan. Yksi puute on vielä se, että uudelleentyöllistymisaste on joissakin tapauksissa, jolloin tukea on annettu, jäänyt aivan liian alhaiseksi, jopa neljään prosenttiin.

Lopuksi haluan kiittää esittelijää. Hän on hyvin arvokkaasti tuonut uudistusehdotuksia ja kertonut globalisaatiorahaston toiminnasta.

Procedura catch-the-eye

Krzysztof Hetman (PPE). – Panie Przewodniczący! Sprawozdanie pani posłanki Harkin w bardzo dobry sposób podsumowuje dotychczasowe osiągnięcia Europejskiego Funduszu Dostosowania do Globalizacji (EFG). Słusznie w sprawozdaniu znalazło się miejsce na ważną kwestię potrzeby rozróżnienia pomiędzy tym funduszem a Europejskim Funduszem Społecznym (EFS). Oczywiście są to instrumenty komplementarne i często skierowane do tej samej grupy docelowej. Należy jednak pamiętać, iż podczas gdy EFS ma wieloletni cykl programowania, EGF jest instrumentem, który może reagować szybciej. Z tego względu należy zabiegać o jak największą synergię tych instrumentów. EFS można traktować jako środek uzupełniający i kontynuujący wsparcie na obszarach interwencji EGF.

Ważne jest, aby inwestować w długoterminowe rozwiązania poprawiające sytuację na rynku pracy oraz poziom kwalifikacji pracowników. Niestety odsetek samozatrudnionych wśród osób otrzymujących wsparcie w ramach EGF jest niski, jest to kwestia nad którą należy pracować.

Victor Negrescu (S&D). – Domnule preşedinte, am vrut să iau cuvântul în calitate de raportor special al Grupului socialist în cadrul Comisiei pentru bugete pentru astfel de proiecte legate de Fondul european pentru ajustare la globalizare. Am fost deseori raportor şi, de aceea, îmi permit să vin cu următoarele sugestii. Fondul trebuie să devină mai accesibil prin reducerea pragului de angajaţi disponibilizaţi. Astfel, şi foşti angajaţi ai IMM-urilor pot beneficia de acest fond. De asemenea, Comisia trebuie să vegheze la o folosire corectă şi uniformă la nivel european. Unele state folosesc fonduri în exces, în timp ce altele îl folosesc prea puţin. De aceea, cred că Comisia trebuie să preia comunicarea pe acest subiect de la statele membre şi să se asigure că acestea sunt folosite eficient. Fondul european de ajustare la globalizare este un mecanism util, aşa cum au spus şi antevorbitorii, pentru combaterea şomajului. Dar trebuie, într-adevăr, să găsim o manieră prin care acesta să fie finanţat adecvat. Fondul acesta este un răspuns rapid la situaţiile nefericite generate de globalizare. Dar ne trebuie şi un răspuns pe termen lung şi, de aceea, este important ca acesta să fie sprijinit şi din alte fonduri europene.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το Ευρωπαϊκό Ταμείο Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση συστάθηκε με σκοπό την παροχή στήριξης προς τους εργαζόμενους που απολύθηκαν λόγω μεγάλων διαρθρωτικών αλλαγών ή εξαιτίας της παγκόσμιας χρηματοοικονομικής κρίσης. Για την περίοδο 2007-2013, ο ετήσιος προϋπολογισμός του Ταμείου ήταν 550 εκατομμύρια ευρώ. Όμως, για τη φετινή χρονιά, το ποσό αυτό θα πέσει στα 150 εκατομμύρια ευρώ. Συγκεκριμένα, το Ταμείο Παγκοσμιοποίησης έδωσε πρόσφατα το πράσινο φως για τη χορήγηση βοήθειας ύψους 6,5 εκατομμυρίων ευρώ στους 557 απολυμένους του σούπερ μάρκετ «Λάρισα» στην Ελλάδα, έπειτα από αίτηση που είχε υποβληθεί από τις ελληνικές αρχές στις 26 Νοεμβρίου του 2015.

Επομένως, δεδομένου του ρόλου του Ταμείου Παγκοσμιοποίησης, και όπως ζήτησα ήδη με γραπτή μου ερώτηση στις 26 Απριλίου προς την Ευρωπαϊκή Επιτροπή θα πρέπει, αντίστοιχα με την αποζημίωση των απολυμένων του σούπερ μάρκετ «Λάρισα», να δρομολογηθεί άμεσα και η αποζημίωση των απολυμένων από την «Ηλεκτρονική Αθηνών» στην Ελλάδα, η οποία κήρυξε πτώχευση, αφήνοντας άνεργους πάνω από 500 εργαζόμενους.

Romana Tomc (PPE). – Jaz že zelo dolgo časa spremljam delovanje tega sklada in seveda spremljam tudi, kako se je v tem času spreminjal. Od začetnih, bolj okorelih pravil, ki so omogočala dodelitev sredstev samo tistim največjim podjetjem oziroma zaposlenim, ki so bili odpuščeni v največjih podjetjih, je sedaj možno pridobiti sredstva iz sklada tudi celo za samozaposlene.

Ampak seveda nismo še naredili dovolj. Treba je še več prilagajanja, kajti strinjam se s kolegom, ki je prej opozoril, da mala in srednja podjetja, o katerih zelo veliko govorimo v tem parlamentu, še vedno nimajo enake možnosti dostopa do teh sredstev.

Podjetja in seveda predvsem države so s pridom izkoriščale ta sklad. Žal mi je, da je iz moje države, iz Slovenije, zaenkrat prišla in bila ugodno rešena samo ena vloga.

Slišim za zelo veliko težav, zato pozivam Komisijo, da naredi vse te postopke malo manj zbirokratizirane, da bodo ljudje lažje prišli do sredstev.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Marianne Thyssen, *Member of the Commission*. – Mr President, once again I would like to express my appreciation for the work done by the rapporteur and I would also like to thank Parliament on behalf of the Commission for the valuable suggestions to further improve the functioning of the European Globalisation Fund and to adapt it as well as the legal basis allows to the constantly changing needs of the European labour market.

Today, the European Globalisation Fund cannot be used to anticipate the consequences of global trade; it has been designed to react to concrete situations such as the closure of factories. My personal view is that anticipating is always better than repairing the damage. It is therefore logical that trade policy be well coordinated with social and industrial policy to prepare our economy in good time for the changes triggered by a new trade partnership. Today, as you know, the preparation of trade agreements includes a social impact assessment. A trade agreement must, of course, generate overall a positive outcome for both partners, but within the globally positive deal it is not excluded that certain sectors of our economies could suffer. In that respect, I share the view of Cecilia Malmström that something should be done to address possible negative effects of global trade on specific sectors and, as I said, the EGF in its current design is not fit for that purpose.

I want to reassure Members of Parliament that, as your President said, I will ensure that for all policies appropriate gender indicators are used to monitor the respect of gender equality in particular in the labour market and we will of course further reflect on the ideas in your report when preparing the legal basis for the functioning of the EGF beyond 2020. I thank you for your inspiration.

Marian Harkin, *rapporteur*. – Mr President, I thank colleagues for a most engaging debate. I will not be able to respond to all of the issues raised, but I will try to address a number of them at least.

Commissioner, you started by agreeing that the EGF cannot be used as an intervention tool in job losses in the case of trade deals, and that was re-echoed by many colleagues, particularly Maria Reina who quite rightly challenged Commissioner Malmström for suggesting at some point previously that a small EUR 150 million per annum fund could deal with the negative fall-out from proposed trade deals. Many colleagues spoke of the need to anticipate and manage change, and I think we need to broaden our thinking to see if earlier action or pre-emptive action could be more effective. Some colleagues suggested that employers are using the EGF as a means of evading their legislative responsibilities. I reject this assertion as in all cases Member States guarantee that the dismissing enterprises have complied with all their legal obligations. We might wish that those legal obligations were more extensive, but that is a separate issue. The core point is that the EGF does not replace the responsibilities of companies; it is a solidarity mechanism from the EU and employers do not benefit.

I was really pleased to hear the Commissioner say that the Commission going to come forward with a proposal to extend the derogation on NEETs. Because this a new facet to the EGF, we have not had time yet to assess its impact, but we need to ensure that measures targeting NEETs are tailored towards their needs, and in that context I thank my colleague, Lynn Boylan, whose amendment on ensuring community participation will, I believe, improve the participation of NEETs.

Commissioner Thyssen, you spoke of the derogations with regard to 4.1(a) and (b), but we also have 4.2 where, in exceptional circumstances, there can be applications from small labour markets. I just want to ask you if there is any bias against those applications – I would hope not. And I agree with colleagues who say that workers in SMEs have not had the same access as workers in larger companies. Finally, I believe that if the suggestions in this report, which represent a compromise from all across Parliament, are implemented, the EGF will be improved and will serve our workers in a more timely, targeted and efficient way.

President. – The debate is closed.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Obiectivul principal al Fondului european de ajustare la globalizare (FEG) este de a acționa rapid și eficient pentru a contracara dificultățile neprevăzute pe piața forței de muncă.

Instrumentul a contribuit la atenuarea efectelor negative ale restructurărilor, venind în sprijinul sectoarelor afectate cel mai mult de criză. Măsurile FEG au caracter provizoriu, însă, pe termen lung, ar trebui să urmărească noi perspective profesionale, în funcție de potențialul de ocupare existent în regiunile afectate de relocarea sau restrângerea activității anumitor industrii. Există regiuni care înregistrează o rată negativă a șomajului; astfel, consider că măsurile FEG ar trebui să cuprindă și opțiuni precum sprijin pentru relocarea lucrătorilor afectați de șomaj în zonele cu potențial ridicat de ocupare.

Anul trecut, restructurarea activității unei companii din sectorul siderurgic, Mechel Turda, în regiunea pe care o reprezint, a însemnat disponibilizarea a 1 000 de lucrători, care au beneficiat de sprijinul FEG în valoare de 3,6 milioane de euro, însă procedurile birocratice au dus la întârzieri și, ulterior, la impunerea unor penalități Guvernului României.

Ar trebui să acordăm o atenție deosebită monitorizării impactului globalizării, oferind sprijin întreprinderilor pentru a anticipa schimbările sectoriale și pentru a câștiga timp în vederea reprofesionalizării lucrătorilor aflați sub amenințarea disponibilizărilor.

8. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)

8.1. Philippinen

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione su sette proposte di risoluzione sulle Filippine.

Ignazio Corrao, *author*. – Mr President, the situation in the Philippines is extremely worrying, especially after the election of President Duterte. He started with all kinds of provocations and insults, and this year became the protagonist of verbal attacks against the UN, China, the President of the United States and the Pope, with hate speeches instigating violence against suspected drug sellers and drug users. As a consequence of these promises and behaviour, according to the official information at our disposal, starting from the day of his election on 30 June 2016 until this month of September, 44 people have been killed every day – 2 927 in total – as a result of extrajudicial execution and lynching, following these hateful speeches.

Duterte is an elected president and in the near future he will play a fundamental role in the complex and delicate geopolitical balance of the South China Sea between China, the United States and Russia. With this resolution we ask the authorities to investigate and condemn the action of vigilance groups, and we urge the Commission to use all available instruments to help the government in respecting its international human rights obligations. We have the duty to use all our means in order to block the rise of a new dictator and the consequences on human rights violations in the Philippines.

Charles Tannock, *author.* – Mr President, the illicit drug trade in the Philippines, and its associated criminal activities, is clearly a menace to its domestic – and the wider, global – population. President Duterte's pledge to crack down on the trade is therefore naturally welcomed. His methods to date, however, are not. A policy that fails to distinguish between users and distributors is but one problem. The indiscriminate killing of thousands of drug users and dealers without any due process is to be absolutely condemned. The arrest of thousands more suspects on the basis of spurious allegations and hearsay is also of concern. Duterte's comments that we will not stop until the last drug lord and pusher have surrendered or are put either behind bars or below the ground, if they so wish, is far from the tone that I would expect or wish to see from an elected president.

I welcome this House's resolution and call for an investigation into the extrajudicial killings. But EU Member State governments must also do more to put pressure on the government of the Philippines to re-evaluate its totally unacceptable policies and practices in this area.

Laima Liucija Andrikienė, *author.* – Mr President, we are having this urgency debate on the situation in the Philippines since new evidence about extrajudicial executions and killings taking place in that country in the context of an intensified anti-crime and anti-drug campaign is shocking. Actions taken by the government look unacceptable from the perspective of international conventions on human rights the Philippines have ratified, especially as President Duterte has repeatedly urged law enforcement agencies and the public to kill suspected drug traffickers who do not surrender, as well as drug users. President Duterte has even publicly stated that he would not pursue law enforcement officers and citizens who killed drug dealers who resisted arrest. Thousands of people have already been killed by police and vigilante armed groups.

President Duterte should understand that he cannot continue like this in the future. The UN Secretary General and the UN special rapporteur on extrajudicial and arbitrary executions have denounced the series of extrajudicial killings as illegal and a breach of fundamental rights and freedoms. We, the European Parliament, urge the government of the Philippines to put an end to the current wave of extrajudicial executions and killings and bring those responsible to justice. We also urge the European Union to use all available instruments to assist the government of the Philippines in respecting its international obligations.

Hilde Vautmans, *indiener.* – Net als voorgaande sprekers wil ook ik erop wijzen dat de Filipijnen worden geteisterd door een bloedige oorlog tegen drugs. Sinds president Duterte aan de macht kwam, werden al meer dan 1 800 drugsdealers omgebracht. In diezelfde periode doodde de politie 712 personen op verdenking van drugshandel en drugsgebruik, vaak zonder aanleiding en zonder proces. En dat in de Filipijnen, een land waar we als Europese Unie altijd goede banden mee hebben onderhouden. Nu zijn de Filipijnen een politiestaat geworden waar willekeur heerst en waar mensenrechten weinig waarde hebben. Toegegeven, president Duterte had in zijn campagne al aangekaart dat hij de bevolking zou oproepen om het heft in eigen handen te nemen. Drugsgebruikers zijn door die oproep en opruiende taal eigenlijk een vogel voor de kat geworden. De Filipijnen worden inderdaad geteisterd door drugs, maar laten we van de president toch eisen om de oorlog tegen drugs binnen een wettelijk kader en op een humane manier te voeren. En laten ook vragen om de doodstraf niet opnieuw toe te passen. Dat is voor ons Europeanen een blijvend strijdpunt. Met de rechtsstaat mag niet worden gesold, ook niet als het gaat om de strijd tegen drugs.

Collega's, ik maak me geen illusies. Misschien gaat president Duterte als gevolg van deze resolutie nu ook op ons schelden, zoals gebeurde met de Amerikaanse president Obama, met Ban Ki-moon en met de paus. Maar dat is het meer dan waard. Een oorlog tegen drugs is ook aan regels en respect voor de mensenrechten gebonden. Dat is voor ons liberalen essentieel.

Barbara Lochbihler, *Verfasserin*. – Herr Präsident! Präsident Duterte hat als sein politisches Ziel vorgegeben, der Drogenkriminalität auf allen Ebenen zu begegnen und sie mit allen Mitteln zu bekämpfen. Die Folgen dieser Kampagne sehen wir jetzt. In nur wenigen Monaten wurden Tausende verhaftet und außergerichtlich hingerichtet. Nach Angaben der philippinischen nationalen Polizei sind allein im Juli und August dieses Jahres Tausende verdächtige Drogendealer und Drogensüchtige von Unbekannten erschossen worden, über 16 000 Menschen wurden aufgrund von vagen Hinweisen auf Drogenkriminalität inhaftiert. Das führt nicht zum Ende des Drogenhandels, das führt zu einer Brutalisierung und unkontrollierten Gewalt in der Gesellschaft. Die philippinische Regierung muss umgehend dafür sorgen, dass Polizei und Militär internationale Rechtsstandards einhalten, und aufhören, die Bevölkerung quasi de facto zur Lynchjustiz aufzurufen. Nicht nur außergerichtliche Hinrichtungen, sondern auch Folter und Verschwindenlassen von Personen müssen unabhängig untersucht und Verantwortliche vor zivile Gerichte gestellt werden.

Weiter appelliere ich an die philippinische Regierung, von der Wiedereinführung der Todesstrafe abzusehen und ebenso abzusehen von der Herabsetzung des Alters der Schuldfähigkeit auf neun Jahre, wie das derzeit im philippinischen Parlament diskutiert wird.

Ich wende mich an die EU, damit sie prüft, ob es angesichts der verschlechterten Menschenrechtssituation auf den Philippinen nicht auch angebracht ist zu schauen, ob das mit der GSP+, dieser Handelspräferenz, vereinbar ist, denn hier ist ja klar festgelegt, dass eine Gewährung von GSP+ mit dem Einhalten der Menschenrechte verbunden ist.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Neena Gill (S&D), *blue-card question*. – Mrs Lochbihler, you made a reference that since December 2014 the Philippines has enjoyed enhanced trade preferences with the EU under the GSP+ Scheme, granted to them in exchange for good performance on human rights and labour rights, the environment and good governance, and this has already provided a major boost to the Philippines. Do you think the Commission should now reconsider, in light of this debate and what we are considering in terms of the back-sliding we have got on human rights and the rule of law and the extrajudicial killings by vigilante groups? Do you think the Commission should take this up now?

Barbara Lochbihler, *blue card answer*. – As I said in my statement, I think it is time for the Commission to communicate publicly, including to the President, that this might be the next step if there is no immediate reaction from the Philippines. I am very aware that, including in recent years, the Philippine Ambassador here struggled very hard to get this GSP-plus, and we had also seen good progress on the human rights record in the Philippines. It is timely that the EU should consider this matter now.

I would add that the Philippines takes the leadership in the ASEAN community at the beginning of 2017, so it is all the more important that, in their foreign relations, they have a good human rights record.

Pier Antonio Panzeri, *autore*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, questo personaggio, che oggi governa le Filippine, per farsi eleggere ha promesso di fare piazza pulita del commercio illegale di droga e devo dire che attorno ad una battaglia che in sé è giusta, in realtà si sta consumando una odiosa repressione. I colleghi hanno già ricordato i numeri delle uccisioni e delle esecuzioni extragiudiziali; aggiungo a questi il fatto che la massiccia campagna contro gli spacciatori e i consumatori ha portato a più di 15 000 arresti e spinto più di mezzo milione di persone a costituirsi nella speranza di ricevere i trattamenti sanitari adeguati, nonché l'immunità.

Io credo che sia giusto che con questa risoluzione si chieda, unendoci alla voce e agli appelli degli attivisti, di segnalare la preoccupazione che questa politica di tolleranza zero sia stata accompagnata da aspre violazioni dei diritti umani. Sono convinto, come altri, che l'Unione europea debba rivedere le proprie posizioni verso le Filippine.

Miguel Urbán Crespo, *autor*. – Señor Presidente, Señorías, el Presidente de Filipinas, Rodrigo Duterte, proclamó el pasado 5 de septiembre un estado nacional de emergencia indefinido. Desde el inicio de su presidencia, ha puesto en marcha la llamada guerra contra las drogas, durante la cual la policía ha matado a más de 929 sospechosos de narcotráfico y 1 507 personas han sido asesinadas por fuerzas de seguridad privadas y paramilitares. Nos preocupa enormemente la apuesta militarista y de populismo punitivo del Gobierno filipino, que da poderes especiales a las fuerzas de seguridad públicas y privadas, lo que genera un contexto de impunidad y de violación sistemática de los derechos humanos.

Pedimos a esta Cámara que tome todas las medidas que estén en su mano para poner fin al estado de violencia e impunidad en Filipinas y que reclame a la Comisión Europea que interrumpa el Sistema de Preferencias Generalizadas Plus con el que Filipinas se beneficia de preferencias comerciales en el mercado de la Unión Europea, así como la cancelación inmediata de las negociaciones de un tratado comercial con Filipinas.

Esta debe ser nuestra respuesta ante la impunidad y la violación sistemática de los derechos humanos.

Csaba Sógor, *a PPE képviselőcsoport nevében*. – Elnök Úr! Ha a fennálló jogrend semmibevételével próbálja helyreállítani a törvényességet egy állam, az könnyen káoszhoz és anarchiához vezet. Nagyon fontos, hogy azok, akik felemelik szavukat a rengeteg tisztázatlan gyilkosság miatt a Fülöp-szigeteken, nem a kábítószer-fogyasztást vagy terjesztést helyeslik. Nagyon veszélyes kór ez, amely felemésztheti a társadalmat. A kemény fellépés tehát mindenképpen indokolt és szükséges.

De különbség van az állami szervek kemény fellépése és a közönséges bűnözők leszámoló hadjárata között. Sajnos a Fülöp-szigeteken ez a különbség egyre kevésbé érzékelhető. A politikai vezetés felelőssége, hogy a jogszabályoknak megfelelően, azokkal összhangban lépjen fel a drogok ellen, és ne bátorítsa önbíráskodásra a polgárokat. Ellenkező esetben borítékolható lesz a káosz, az állandó félelem és bizonytalanság, ami sem a fülöp-szigetieknek, sem az ország nemzetközi partnereinek nem érdeke.

Josef Weidenholzer, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Die Ereignisse auf den Philippinen sind äußerst besorgniserregend. Wir erleben, wie ein bisher in der internationalen Gemeinschaft geachteter Staat sich selbst zerstört. Das hängt unmittelbar mit dem neu gewählten Präsidenten zusammen. Es besteht die Gefahr, dass die erfolgreichen Demokratisierungsbemühungen, die nach dem Sturz des Diktators Marcos einsetzten, zunichte gemacht werden. Presse und Meinungsfreiheit werden eingeschränkt, die Einführung der Todesstrafe vorbereitet, und im Kampf gegen die Drogenkriminalität wird der Rechtsstaat komplett aus den Angeln gehoben.

Drogenhändler und Drogensüchtige werden von Todesschwadronen getötet. Das geschieht unter den Augen und mit Ermunterung der Behörden. Oft genügt der bloße Verdacht um getötet zu werden. Das ist besorgniserregend, äußerst besorgniserregend, und es ist zu befürchten, dass sich diese systematische Aushöhlung der Menschenrechte und des Rechtsstaates in die philippinische Gesellschaft hineinfrisst und den Staat zerstört.

Unsere Entschließung ruft die philippinische Regierung auf, eindringlich auf diese gefährlichen Entwicklungen hinzusehen, von der Einführung der Todesstrafe abzugehen, die Verbrechen aufzuklären und zu einer vernünftigen und adäquaten Bekämpfung der Drogenkriminalität überzugehen, weil die Drogenkriminalität tatsächlich ein Problem ist, das man aber nicht mit solchen Methoden bekämpften kann.

Edouard Ferrand, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, chers collègues, une fois de plus, les européistes montrent que leur véritable volonté, c'est de s'attaquer aux peuples et aux souverainetés nationales.

Le président Rodrigo Duterte a été élu président de la République des Philippines. Il est le président le mieux élu de l'histoire des Philippines avec plus de six millions d'avance sur son concurrent. Il mène une politique d'éradication de la criminalité, phénomène très important aux Philippines, et il faut croire qu'aujourd'hui, c'est un véritable problème, une menace même pour les Philippins. Aussi féroce soit cette véritable politique de lutte contre la criminalité, elle doit demeurer dans les règles du droit, et si peine de mort il doit y avoir, elle doit figurer dans l'échelle des peines et nulle part ailleurs.

Mais une fois de plus, que les eurocrates ne s'immiscent pas dans les affaires intérieures des États, qu'ils laissent les peuples s'exprimer, quelles que soient les conséquences, que l'Union européenne s'occupe de ses propres turpitudes, notamment en Ukraine, et qu'elle laisse la paix aux Philippines et ailleurs, et qu'elle laisse surtout la paix aux nations pour leur souveraineté nationale.

Marc Tarabella (S&D). – Monsieur le Président, depuis son arrivée au pouvoir en juin 2016, le président Duterte met tout en œuvre pour débarrasser son pays du fléau de la drogue.

Ce sont déjà plus de 3 000 personnes qui sont mortes sans avoir eu une chance d'avoir un procès équitable. Qu'ils soient vendeurs ou consommateurs, il n'y a pas de distinction. Le président ne leur laisse aucune chance. En effet, la plupart d'entre eux ont été exécutés sommairement, sans discernement, sans jugement. Cette lutte contre la drogue est le véritable cheval de bataille du président et il met tout en œuvre pour parvenir à ses fins.

Le respect des droits humains et par conséquent du droit à la vie ne fait donc pas obstacle à son ambition de voir 100 000 criminels éliminés durant les six premiers mois de son mandat. Il a également laissé la porte ouverte aux justiciers civils, qui peuvent dès lors tuer impunément, si c'est dans le cadre de ce grand projet d'éradication de la drogue aux Philippines.

La victoire écrasante du président Duterte aux élections et son énorme popularité au sein de la population philippine ne doit pas le dispenser de respecter les droits humains élémentaires et l'urgence est telle aux Philippines que l'Union européenne ne peut laisser inchangées ses relations avec cet État.

Procedura catch-the-eye

Neena Gill (S&D). – Mr President, I had the opportunity to visit the Philippines a couple of years ago and I saw many developments that were cause for optimism. Corruption was still a problem but being addressed, and judicial reforms, human rights and criminal law were all on President Aquino's reform agenda. Upon return, I advocated granting the Philippines GSP+ status.

Unfortunately, today there is less cause for optimism. The extrajudicial killings taking place in President Duterte's war on drugs are setting the country back years in terms of human rights and rule of law. We have heard today that more than a thousand people have been killed in police operations or by vigilante groups. His tendency towards international isolation is a further cause for concern.

At a time when South-East Asia's strategic importance is rapidly increasing, I would urge President Duterte to step up positive engagement with international actors, including the EU and UN, rather than threaten a retreat. I call upon the High Representative, Mrs Mogherini, and the Commission to extend a hand of friendship but, at the same time, to make it clear to the Duterte regime that the consequences will be dire.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, οι Φιλιππίνες έχουν γίνει, κατά το τελευταίο διάστημα, το επίκεντρο του ενδιαφέροντος για πολλαπλούς λόγους. Γεγονός είναι ότι, και με τη νέα κυβέρνηση του Προέδρου Duterte, ο σεβασμός κάποιων αυτονόητων ανθρωπίνων και κοινωνικών δικαιωμάτων δεν αποτελεί προτεραιότητα. Η διαφθορά, η παραβίαση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, οι ποινικές διώξεις πολιτικών αντιπάλων είναι στην ημερήσια διάταξη, σε μια χώρα όπου το φαινόμενο της παιδικής εργασίας αφορά δύο εκατομμύρια ανηλίκους. Είναι όμως οξύμωρο και δείγμα υποκρισίας η Ευρωπαϊκή Ένωση να εκφράζει, από τη μια πλευρά, την ανησυχία της για τις εξελίξεις στις Φιλιππίνες και να συνάπτει, από την άλλη, μια νέα εταιρική σχέση με τη χώρα αυτή, όπως έγινε τον περασμένο Ιούνιο. Μια εταιρική σχέση που έχει μοναδικό γνώμονα τα συμφέροντα των ευρωπαϊκών πολυεθνικών εταιρειών, οι οποίες επιχειρούν να επενδύσουν εκεί, σε μια αναδυόμενη οικονομία, όπου ισχύουν μισθοί πείνας. Αλλά τότε, τον Ιούνιο, ακόμη οι Φιλιππίνες δεν είχαν κάνει στροφή υπέρ της Κίνας. Αυτό είναι λοιπόν που ενοχλεί το ευρωπαϊκό κατεστημένο και όχι τα πραγματικά προβλήματα που αντιμετωπίζει ο λαός της χώρας αυτής.

Elmar Brok (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Auch ich finde es wichtig, dass die Verfolgung von Straftätern egal welcher Art nach den Grundsätzen des Rechts und der Rechtsstaatlichkeit geht und dass dies nicht mit Ermordungen geschehen kann, um ein Problem zu lösen. Auf der anderen Seite sollten wir aber nicht vergessen, auch zu erwähnen, dass *drug traffickers* Verbrecher sind, Mörder sind, die sie unsere Kinder umbringen. Auch das muss zum Ausdruck gebracht werden. Es darf nicht zur Belobigungsaktion werden, dass wir *drug trafficking* als eine gesellschaftlich hinnehmbare Situation sehen. Drogenbekämpfung muss strikt durchgeführt werden, es muss gegen Drogenhandel vorgegangen werden; das sollten wir alles unterstützen – aber es muss eben im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit erfolgen. Beides zusammen muss man sehen.

Deswegen hoffe ich, dass die Philippinen eine erfolgreiche Politik betreiben werden. Wir haben mit ihnen Abkommen abgeschlossen, auch in dem Sinne, dass die internationalen Gerichtsregelungen bezüglich der Philippinen und der *South China Sea* entsprechende Beachtung durch die Völkergemeinschaft finden, dass das internationale Recht auch in diesen Fragen durchgesetzt wird.

Илхан Кючюк (ALDE). – Г-н Председател, уважаеми г-н Комисар, уважаеми колеги, през изминалите години Република Филипини постигна значителен прогрес. Неслучайно в края на 2014 г. Европейският съюз предостави на страната статут по общата схема за преференции GSP+. На ниво законодателство за правата на човека доскоро страната беше образец за другите държави в региона, като ратифицира осем от деветте главни конвенции, но също така и като една от първите държави в Азия, която се обяви срещу смъртното наказание.

За съжаление след президентските избори ситуацията във Филипините драстично се промени. Държавната политика придоби авторитарни измерения. Безпрецедентните убийства на 1 800 заподозрени наркодилъри без съдебен процес или доказателства за предполагаеми престъпления са недемократичен акт, на който трябва да се противопоставим. Призовавам правителството на Филипините да сложи край на извънсъдебните екзекуции и да спазва международните актове, които страната е ратифицирала.

Необходимо е президентът Родриго Дутерте да гарантира справедлива и независима съдебна система и да започне диалог с международните лидери и организации, за да върне страната по пътя на демокрацията.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Mr President, what this country is doing is appalling. The war on drugs is not actually a war on drugs, it is a war on people.

They say people take drugs to try and experience another reality. Listening to many people in the debate here, I wonder what drugs you are on, because you talk about a war on drugs and you talk about how cartels should not be promoted in selling these drugs, and that we have got to do something about it. Yet, at the same time, I can walk out of here and I can buy as dangerous a drug as exists called alcohol around here, and you do not seem to have a problem with it.

When you are having a debate and a discussion on something and young people tune into it and they see that it does not add up, because 2 + 2 is not 5, they tune out. They will tune out of this debate as well, because I hear people here say they are against drugs and I have seen them drink alcohol. Make up your minds.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Christos Stylianides, *Member of the Commission*. – Mr President, let me start by reiterating the solidarity of the European Union with the people and the government of the Philippines following the Abu Sayyaf attack in the City of Davao on 2 September. Since the beginning of the term of President Duterte there has been progress – or at lease continuity – in some important areas. An indefinite ceasefire with the National Democratic Front was concluded, the peace process in Mindanao has been reinvigorated and the ratification of the partnership cooperation agreement (PCA) is ongoing.

These positive steps are overshadowed by the war on drugs declared by the President. The fight against drugs was the number one promise in President Duterte's election campaign and remains highly popular. He also promised the reinstatement of the death penalty. According to the latest official figures, there have been more than 2 400 people killed either during or outside police operations between 1 July and 4 September.

Against the background of these figures, in various statements we have expressed our significant consensus in several meetings with high-ranking officials. However, necessary responses to the drug problem must be carried out in full compliance with human rights, the rule of law and the right to due process. We have also reiterated our principal position on the death penalty. President Duterte has repeatedly expressed his administration's commitment to human rights and he has warned the police against any abuse of authority. In the coming weeks and months there will be several high-level meetings with the Philippines to discuss this further and to share our concerns. We will be alert to see how President Duterte's commitments on human rights are applied. The High Representative, Federika Mogherini, is expected to meet with her counterpart twice over the coming weeks. The GSP+ monitoring mission is scheduled for before the end of the year. We will hear – and this is more or less in answer to a question – and we will underline that during the next monitoring period, 2016 to 2017, we have strong expectations that the Philippines will strengthen its human rights legal framework.

Following the entry into force of the PCA, we will engage in a formal human rights dialogue. We are also looking at ways to provide further support to the Philippines in a comprehensive approach to combat drug trafficking in line with our shared values. And, of course, we will continue to work closely with the Filipinos on this and other issues. Of course, I would like to congratulate the authors for their work and for this very productive discussion in this political body.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà alle 12.00.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – È doveroso condannare fermamente il traffico e l'abuso di stupefacenti nelle Filippine, sottolineando che le droghe illecite costituiscono una minaccia per i giovani filippini, nonché uno dei più gravi problemi sociali.

Pur accogliendo favorevolmente l'intenzione del governo di ridurre gli elevati livelli di criminalità e corruzione nel paese, è necessario che si adottino politiche e programmi specifici, che comprendano anche misure di prevenzione e di recupero, senza concentrarsi esclusivamente sulla repressione violenta, garantendo altresì il rispetto dei diritti umani e delle libertà fondamentali. Inoltre le autorità dovrebbero avviare un'indagine immediata, approfondita, efficace e imparziale sul numero straordinariamente elevato di persone uccise durante le operazioni di polizia, al fine di identificare tutti i responsabili, consegnarli a un tribunale civile competente e imparziale e applicare le sanzioni penali previste dalla legge, assicurando al tempo stesso una protezione adeguata ai difensori dei diritti umani, ai sindacalisti e ai giornalisti.

L'UE deve avvalersi di tutti gli strumenti disponibili per aiutare il governo delle Filippine a rispettare i suoi obblighi internazionali in materia di diritti umani.

8.2. Somalia

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione su sette proposte di risoluzione sulla Somalia.

Ignazio Corrao, *author.* – Mr President, Somalia's long-running conflict situation continues to leave civilians dead, wounded and displaced in large numbers. In July the UNHCR reported that forced evictions due to an ongoing military offensive resulted in almost 28 000 new displacements. International human rights and humanitarian organisations continue to report serious abuses against people living in informal displacement camps and in government-controlled areas, including rape and forced evictions. According to international human rights organisations and the UN mission in Somalia, journalists continue to be killed, threatened, arbitrarily detained and denied due process or fair trial guarantees.

This is an issue of major concern, particularly given the fact that elections should take place very soon. We think that the European Union should support any effort to protect the population. We should also assist the Government of Somalia in its work to build peace and stability. On the other hand, the EU should better monitor the situation in order ensure accountability for abuses committed, fair and timely elections and legal reforms in order to secure respect for human rights. We hope that this joint resolution can help in this.

Charles Tannock, *author.* – Mr President, nearly five years on since the expulsion of Al-Shabab from Mogadishu, the security situation in Somalia has clearly improved. As we now head towards democratic elections, those developments are clearly very welcome.

However, the picture is still mixed. Whilst yesterday leaders from neighbouring countries attended a summit hosted in Mogadishu for the first time in decades, this cannot allow us to ignore the fact that, only two weeks earlier, at least ten people were killed in a terrorist attack outside the presidential palace. Continued and improved EU support for the African Union Mission to Somalia (AMISOM) is therefore vital, just as it is important to ensure the political support for the hugely anti-piracy and very successful CSDP mission EU NAVFOR Atalanta in the Indian Ocean off the coast of Somalia. This should be strengthened.

I also take this personal opportunity to encourage official talks between the Somaliland authorities in Hargeisa and the Government in Mogadishu. The union was never approved by a referendum and it is only right that the re-recognition of an independent Somaliland can remain open politically through peaceful negotiation. The status quo in place since 1991 is to the detriment of both sides and of course to the long-term stability of the Horn of Africa.

Tunne Kelam, *author.* – Mr President, Somalia's position is a strategic one. Restoring stability and securing this region from terrorist attacks is especially vital after two decades of civil war and Al-Shabab terrorism. The country is on the right path out of crisis now, but nothing is yet guaranteed. The 30 August and 26 July terrorist attacks in Mogadishu show that Al-Shabab is still active. Therefore, efficient support for the positive political process that was launched four years ago is needed.

It is still a long way to the 2020 elections. Political parties have yet to be started, but first of all the inclusion of all interested actors, freedom of expression and the creation of an independent Human Rights Commission will be vital. The continued presence of African Union peacekeeping forces will be important as the security situation remains precarious in different parts of the country. As our report says, there cannot be security without development and development without security. To break this cycle there need to be joint efforts by the EU and the international community.

Dita Charanzová, *author.* – Mr President, after decades of conflict the people of Somalia are still suffering. It is true that Somalia's problems are more contained than ten years ago but Somalis still cannot feel safe in their country. The only way to change this is through a democratically elected government, a government that has the power to guarantee the safety and the rights of its citizens and is complemented by stable and legitimate institutions that uphold the rule of law. The upcoming elections, which must be transparent and fair, are the first step towards achieving this. Somalia is going through an important political transformation. The international community must under all cirumstances remain engaged in the country. To pull out now would unravel the progress that has slowly been made. We cannot risk Somalia falling into the hands of terrorists.

Jordi Sebastià, *Autor.* – Señor Presidente, señor Comisario, la situación es insostenible en Somalia. La presión de grupos terroristas como Al-Shabab, la falta de seguridad generalizada han provocado más de un millón de desplazados internos y un millón de refugiados en países vecinos.

Con la excusa de la lucha contra el terrorismo, el Gobierno aplica medidas extraordinarias, detiene periodistas, coarta la libertad de expresión y bloquea el acceso a internet. No hay, además, tribunales fiables para juzgar esas detenciones que, si llegan a ser juzgadas, acaban en tribunales militares, sin ninguna garantía.

El drama humano es inmenso y las víctimas más débiles son los niños, reclutados como niños soldados por las diferentes facciones. La Unión Europea se ha implicado a través de un fondo de desarrollo y de ayuda para la seguridad, pero desde aquí le pedimos más implicación y control efectivo sobre el uso de esos fondos.

Esta declaración nos parece necesaria y además equilibrada, porque además denuncia los abusos cometidos por las fuerzas que deberían instalar la seguridad, como las de la Misión de la Unión Africana en Somalia, especialmente los casos de violencia sexual y la utilización de las mujeres como arma de guerra en estos conflictos.

Pedimos aquí, finalmente, que Somalia no caiga en el olvido, que pase a ser un país importante en nuestra agenda europea de Asuntos Exteriores y que hagamos una llamada efectiva y clara a los países que acogen a sus refugiados para que actúen en consecuencia y sean realistas y no los fuercen a volver a un país que hoy es de todo menos seguro.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *blue-card question.* – Mr Sebastia, yes there is a terrible situation in Somalia and I refer to a special subject: the killing of children. More than 2 000 died last year. Do you not think, as we have Commissioner Stylianides with us here today, that the European Union should launch a programme for the benefit of the Somali children – an EU programme for their education and health mainly?

Jordi Sebastià, *blue card answer*. – I must agree with you because this is a priority for us. It must be a priority for the European Union to take care of these children who are recruited as soldiers, who are fighting in a war, who are using terrible weapons and who are losing their childhood and the capacity to be normal people in the future. So I think this programme must of course be a priority for the European Union.

Pier Antonio Panzeri, *autore*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il conflitto armato che da tempo affligge la Somalia continua a causare grandissimi problemi. Nonostante gli impegni presi dal governo somalo, la costante situazione di instabilità politica impedisce al paese di avviare i processi di riforme necessari, soprattutto nel settore della giustizia e della sicurezza. Numerosi giornalisti hanno subito minacce e arresti mediante processi svolti secondo norme che non sono in linea con gli standard previsti dal diritto internazionale.

Nel gennaio 2016 il presidente somalo ha sottoscritto una nuova legge sui media e l'informazione che contiene ancora diverse restrizioni alla libertà di espressione. La necessità del popolo somalo di avere media liberi è particolarmente importante in vista del prossimo processo elettorale e per questo è giusto chiedere un'attenzione, anche a livello internazionale, affinché il governo della Somalia tuteli e protegga i giornalisti e riveda la legislazione in modo da consentire un'effettiva libertà di stampa e di informazione, nel rispetto del diritto alla libertà di espressione e più in generale di tutela dei diritti umani che sono stati ampiamente trascurati e a lungo violati.

Lola Sánchez Caldentey, *autora*. – Señor Presidente, señor Comisario, se estima que en Somalia 4,7 millones de personas —que significa el 38 % de la población— viven con necesidad de ayudas por sequías, hambrunas o migraciones forzadas. Este es el perfecto caldo de cultivo para la inestabilidad y la violencia, en el que piratas y grupos terroristas campan a sus anchas. Además, la violencia de género en Somalia existe a niveles inaceptables y debe ser contenida. La Misión militar de la Unión Africana no solo es cómplice sino que, en algunos casos, la perpetúa.

La Unión Europea debería jugar un papel de promoción de estas políticas públicas. Sin embargo, nuestro apoyo a misiones militares dista mucho de ello y simplemente responde a la promoción de intereses geoestratégicos y comerciales. Seamos coherentes pues, como recuerda la Resolución, la estabilidad y la paz solo se pueden lograr mediante la cohesión social, el desarrollo sostenible y políticas basadas en los principios democráticos, en las que la dignidad y los derechos humanos sean plenamente respetados.

Pavel Svoboda, *za skupinu PPE*. – Pane předsedající, pane komisaři, v případě Somálska mluvíme o státu, který se v posledních desetiletích prakticky rozložil a jehož občané se tudíž nemohou a nemohli dovolat žádných práv. Myslím, že v tomto případě je třeba především pomáhat zajistit elementární bezpečí tak, aby se základy společnosti mohly vůbec znovu obnovit. Evropská unie by tedy měla spolu s regionálními partnery Somálska, např. s OSN, pracovat na tom, aby se Somálsko postupně stalo státem, který je schopen plnit své základní funkce a jehož vlastní občané nejenže se ho nemusejí bát, ale mohou s jeho pomocí počítat, např. ve chvíli, kdy jejich životy ohrožuje soukromá armáda ovládající to které území. Musíme pomáhat budovat Somálsko jako stát, kde dodržování lidských práv bude agendou tohoto státu, nikoliv pouze agendou mezinárodního společenství. Nadcházející volby v roce 2020 jsou k tomu dobrou příležitostí.

Neena Gill, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, with elections this year, Somalia is in a crucial period of transition. It is in all our interests that it does not miss its date with history, yet no ballot can bring about improvement unless fundamental rights are respected and there is minimal degree of stability.

We need to make sure that the African Union's peacekeeping force AMISOM does its job protecting civilians and that accountability is insured for all allegations of abuse, indiscriminate killings and sexual exploitation. As the biggest contributor to AMISOM, the EU can play a key role by monitoring programmes and bolstering investigation and prosecution capacity. I also urge Somalian authorities, federal and regional, to put an immediate stop to harassment of journalists and protect them from terrorist attacks carried out by Al-Shabab. Crucially, if there is any hope for Somalia to have a bright future it starts with its younger generation.

Francisco Assis (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, nos meses de julho e agosto, o grupo fundamentalista islâmico Al-Shabab foi responsável por vários ataques mortíferos na Somália. Um dos ataques mais deploráveis foi dirigido contra uma base da União Africana, de que resultaram treze mortos, incluindo, aliás, funcionários da ONU.

Ora, como sabemos, a luta contra o Al-Shabab e outros grupos armados depende, em grande parte, da missão de paz da União Africana. É por isso que é vital apoiar essa missão, bem como todas as iniciativas em prol da estabilização e da reconciliação nacional.

A União Europeia é o principal financiador da missão da União Africana, com um valor alocado de 286 milhões de euros até 2020. Esse apoio deve ser assegurado e até eventualmente reforçado, mas é preciso, em contrapartida, uma maior transparência.

A União Europeia não pode tolerar que forças de manutenção de paz, por si apoiadas e financiadas, sejam frequentemente alvo de acusações de abusos dos direitos humanos, incluindo assassínios indiscriminados de civis e violência sexual. A União Europeia tem de exigir com firmeza que estes crimes sejam investigados e que os seus eventuais responsáveis não permaneçam impunes.

Procedura catch-the-eye

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já chci podpořit své předřečníky. Je velmi dobře, že v tuto chvíli projednáváme usnesení o Somálsku, protože – jak už bylo řečeno – bude zde probíhat reforma v personálním složení parlamentu na přelomu měsíce září a října a následně pak volba nové hlavy státu. Já jsem přesvědčen, že debaty, které zde obecně vedeme o tom, že je třeba ekonomicky podpořit tuto zemi, podpořit zvláště trpící děti v Somálsku, jsou velmi správné, ale podle mého názoru by měly být podmíněny tím, že demokratický proces v této zemi bude pokračovat. Počkejme například na to, jak proběhne reforma v parlamentu, jak proběhne volba hlavy státu a jak se budeme blížit k roku 2020, kdy mají proběhnout nové volby. Pokud demokratizační a stabilizační vztahy budou pokračovat, pak je správné, aby Evropská unie tuto zemi podpořila, podpořila trpící obyvatelstvo a děti na prvním místě.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, υποστηρίζω το ψήφισμα, το οποίο άλλωστε έχω υπογράψει. Το 2016, κλείνουμε 25 χρόνια από την ανατροπή του δικτάτορα Barre στη Σομαλία, ανατροπή που, δυστυχώς όμως, άνοιξε έναν νέο κύκλο αίματος ο οποίος παραμένει ανοικτός. Αποτέλεσμα αυτών των 25 χρόνων της διαφυλετικής βίας, είναι η Σομαλία να αποτελεί μια από τις πιο φτωχές χώρες της Αφρικής, με προσδόκιμο ζωής μόλις τα 55 χρόνια και το ένα έκτο του πληθυσμού να ζει εκτός των συνόρων της.

Οι επερχόμενες εκλογές, που κανονικά πρέπει να διεξαχθούν μέχρι το τέλος του έτους, δεν δείχνουν να μπορούν να βελτιώσουν την κατάσταση στη χώρα. Το μείζον ζήτημα για τα κράτη της Δύσης είναι, συνεπώς, να κρατήσουν μακριά από την εξουσία τους ισλαμιστές της Αλ Σαμπάμπ. Ωστόσο, με τις επεμβάσεις τους οι ξένες δυνάμεις δεν επιδρούν εποικοδομητικά, όπως δείχνει και η εμπειρία των τελευταίων 25 χρόνων. Το καλύτερο που έχει, συνεπώς, να κάνει η Ευρωπαϊκή Ένωση είναι να μείνει μακριά και να μην αναμειχθεί στα πολιτικά παίγνια που δεν την αφορούν. Καμιά συμμετοχή στα βρώμικα παιχνίδια που λαμβάνουν χώρα στο Κέρας της Αφρικής. Αλληλεγγύη σε χριστιανούς θύματα της ισλαμικής τρομοκρατίας.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Christos Stylianides, *Member of the Commission*. – Mr President, we had very productive and constructive discussions, and I know Somalia because I visited the country and I met the Minister and other officials. Regarding education, let me confirm that I have already put in place emergency projects for education in the country, which we want to sustain and expand. You know that I focus on education – and especially in this area in Somalia – and I think it is important to insist on this project.

Somalia often hits the headlines, seldom positively. However, following decades of civil war in the area, over the past few years we have witnessed progress – albeit a bit slow – towards state building and democratisation. The forthcoming electoral process will not take the form of universal suffrage, the electoral form familiar to us. Some 14 000 people will be involved and, while they will represent only a fraction of the population, it is an improvement from 2012 when 135 clan elders selected the members of parliament. This should be a stepping stone to 'one person, one vote' elections in 2020.

Female participation and representation are paramount. The EU has, throughout, consistently insisted on securing a Somali commitment to 30% female representation in parliament. More than two decades of civil war have had a devastating effect on respect for human rights. Women, children and minorities in general, displaced persons and persons with disabilities have often paid the highest price. Abuse, domestic violence and discrimination against women are flagrant and, although Somalia has ratified the UN Convention on the Rights of the Child, children remain victims of all the parties to the armed conflict.

The EU delegation started implementation of a new set of measures in 2016 through the European Instrument for Democracy and Human Rights (EIDHR), specifically targeting the nexus between human rights and security. One of the main aims is to develop a better connection between human-rights activists and organisations and the government, including the police, the legal profession and the judiciary, in order to provide high-quality, accountable and rights-based safety and security services for victims of sexual and gender-based violence, and thereby break the culture of impunity for the perpetrators of such crimes.

On the death penalty also, it is disturbing that Somalia has ended the de facto moratorium. Capital punishment is a serious violation of human rights and dignity. As Somalia embarks on the electoral process, the UN published last month a timely report on the right to freedom of expression. Freedom of expression is key in building a democratic nation, and even more so in times of political transition, with a view to providing space for public debate. Somali journalists censured for such debate are continually attacked, and harassed and sometimes arrested. Media outlets are being closed and proper investigation and prosecution remain rare – leading to a general sense of impunity.

These and other issues confirm that building functioning justice institutions is one of the most important tasks in terms of ensuring the rule of law in Somalia. Communities in areas recovering from the activities of al-Shabaab must benefit from peace dividends, including in the form of justice delivery after decades of being left at the mercy of these militants. The European Union is closely working with Somalia to address these matters and we remain committed to continuing to do so with the new leadership.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà alle 12.00.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Bogdan Brunon Wenta (PPE), *na piśmie*. – 4 lata po mianowaniu 275 członków parlamentu Somalia konsekwentnie podejmuje działania odbudowy instytucji państwowych. Pracuje nad ustawą o partiach politycznych i utworzeniu niezależnej narodowej Komisji Praw Człowieka, a także przygotowuje się do wyborów parlamentarnych i prezydenckich jesienią tego roku. Ważne jest, aby proces wyborczy był przejrzysty i demokratyczny, oraz aby zagwarantowana była wolność słowa i pluralizm mediów. Niestety terrorystyczne ugrupowanie Asz-Szabab destabilizuje kraj, przeprowadzając częste ataki na kontrolowanych przez siebie obszarach, a także w samym Mogadiszu. To także jeden z powodów, dla których i tym razem wybory nie będą miały powszechnego charakteru. 11-milionowy naród reprezentować będzie 14 tysięcy elektorów. Mam nadzieję, że UE będzie aktywnie wspierać Somalię w budowaniu demokracji i zapewnieniu bezpieczeństwa w kraju, oraz że w 2020 r. obywatele będą mogli wziąć udział w wyborach powszechnych.

8.3. Simbabwe

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione su otto proposte di risoluzione sullo Zimbabwe.

Ignazio Corrao, *autore*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, sono molti anni che il popolo dello Zimbabwe soffre sotto un regime autoritario guidato dal presidente Mugabe, il quale mantiene il potere mediante corruzione, violenza, elezioni truccate e servendosi di apparati brutali.

Ebbene, oggi la situazione in Zimbabwe sta peggiorando sempre di più, in un clima di impunità per la violazione dei diritti umani. A partire da giugno numerosi esponenti della società civile hanno intrapreso dozzine di proteste pubbliche in tutto il paese. La polizia ha risposto con metodi violenti, usando indiscriminatamente manganelli e gas lacrimogeni. Centinaia di persone sono state ferite, arrestate e incriminate per violenza pubblica.

Noi non possiamo dimenticarci, in questo contesto, che il governo dello Zimbabwe e l'Unione europea hanno firmato congiuntamente il *National Indicative Programme* e, nell'ambito di questa strategia di cooperazione congiunta, l'Unione europea ha stanziato 234 milioni di euro allo Zimbabwe come assistenza allo sviluppo. Credo che l'Unione europea debba monitorare efficacemente l'implementazione di questi fondi al fine di accertarsi che lo Zimbabwe impieghi questa somma nei settori previsti, quali il supporto alla società civile, i diritti umani e l'agricoltura.

Attraverso questa risoluzione, chiediamo che si tengano al più presto elezioni regolari, al fine di dar vita ad una democrazia pluralista, prospera e rispettosa dei diritti umani.

Anna Elżbieta Fotyga, *author.* – Mr President, apparently the elderly President Mugabe after 36 years in power – bringing to his country patronage, kleptocracy, poverty, violence and massive demonstrations – still wants real action. I therefore call for the immediate release of political prisoners, respect for human rights, impartial provision of humanitarian aid, and a peaceful transfer of power in upcoming elections.

David McAllister, *author.* – Mr President, the situation in Zimbabwe, as we have just heard, is deeply worrying. This country, which is suffering under the authoritarian regime of Mr Mugabe for 36 years now, left the path of democracy years ago. The political, social and economic challenges Zimbabwe is currently facing combined with an unprecedented drought have created more poverty and more inequality than ever. In the last few months, massive protests against the regime were brutally crushed by the police. This increase in violence at demonstrations in the country is not acceptable. Just this week, the police announced a fresh one-month ban on demonstrations in Harare. Today, we as the European Parliament once again send out a strong and clear message to the authorities in Zimbabwe. The rule of law must prevail under all circumstances and the freedom of association, assembly and expression must be protected by all means. With this resolution we condemn the ongoing human rights abuses and call for the full respect of civil and political freedom, particularly in view of the next important elections in 2018.

Charles Goerens, *auteur.* – Monsieur le Président, le Zimbabwe aurait tout pour réussir aux plans économique, social et politique s'il n'y avait pas un obstacle de taille. Cet obstacle s'appelle Mugabe, qui agit selon la devise «j'y suis, j'y reste, et lorsque je ne serai plus là, ça restera dans la famille». Comme le système est verrouillé, il y a peu de chance de pouvoir redresser dans l'immédiat une situation complètement pourrie.

Mon groupe soutient les mesures proposées dans cette résolution et encourage tous les efforts qui visent à reconstruire le pays. Nous soutenons tous les efforts qui sont de nature à renforcer les mouvements qui aspirent à rétablir la démocratie et la justice au Zimbabwe. Aussi les pays de la région d'Afrique australe sont-ils appelés à s'impliquer davantage pour résoudre ce problème qui est, avant tout, un problème africain, mais nous sommes toutefois à leurs côtés.

Judith Sargentini, *indiener.* – Drie jaar geleden won Mugabe's ZANU-PF de verkiezingen in Zimbabwe en kwam er een einde aan de eenheidsregering. Onder die eenheidsregering zagen we enige economische groei. Die is nu verdwenen. Miljoenen mensen hebben voedselhulp nodig, salarissen worden niet betaald, ambtenaren worden massaal ontslagen. Kortom, het land is weer bankroet en de ZANU-regering vervalt in repressietactieken van vroeger. De protesten van de laatste maanden worden door de regering hard de kop ingedrukt. Activisten verdwijnen achter de tralies en er wordt met demonstratieverboden gestrooid. Het Europees Parlement wil vandaag de bevolking van Zimbabwe een hart onder de riem steken.

Eén ding nog over onze gezamenlijke resolutie: heimwee naar de sancties is niet gepast. Mugabe en zijn naasten hebben nog steeds reisbeperkingen en dat moet zo blijven, maar het effect van verdere sancties was twee jaar geleden echt uitgewerkt. Ik heb dan ook een amendement ingediend op onze gezamenlijke resolutie om dat te verwoorden.

Pier Antonio Panzeri, *autore*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, a seguito di una serie di manifestazioni antigovernative nello Zimbabwe, il presidente Mugabe, al potere da 36 anni, ha adottato una severa linea repressiva. Nel timore di perdere il potere, ha già annunciato la sua intenzione di presentarsi alle elezioni presidenziali del 2018 — risulta però difficile pensare come possa completare un nuovo mandato, che terminerebbe alla veneranda età di 99 anni. Il presidente è stato inoltre accusato di aver volontariamente deciso di interrompere gli aiuti alimentari nelle zone rurali più ostili alla sua politica e colpite dalla peggiore siccità degli ultimi cento anni.

Con questa risoluzione d'urgenza chiediamo allo Zimbabwe di rispettare gli obblighi internazionali e di garantire l'indipendenza della magistratura e libere manifestazioni. L'Unione europea può giocare un ruolo fondamentale in questa delicata fase mantenendo e, se necessario, rafforzando le misure restrittive nei confronti di persone ed entità collegate al regime di Mugabe, almeno fino a quando non vi sarà un'inversione politica volta alla protezione della popolazione e al rispetto dei principi democratici e dello Stato di diritto.

Marie-Christine Vergiat, *auteur*. – Monsieur le Président, ce n'est pas la première fois que l'on parle ici du Zimbabwe. Son président, Robert Mugabe, est au pouvoir depuis 1980, il est âgé de 92 ans, et est effectivement déjà candidat à sa succession.

L'ampleur sans précédent de la contestation que traverse aujourd'hui le pays doit être soulignée. La décision de la Cour de justice de casser l'interdiction gouvernementale de manifester est un signe de la crise que traverse le pays.

Oui, il faut demander la libération de tous les prisonniers politiques et notamment de ceux qui ont seulement manifesté pacifiquement. Mais il faut aussi se pencher sur les causes économiques et sociales du mécontentement populaire. 80 % de la population vit en deçà du seuil de pauvreté. 80 % du PIB est dédié au remboursement de la dette dans ce pays qui détient le record mondial dans ce domaine. C'est aussi l'un des pays les plus corrompus au monde.

Au moment où l'Union européenne rétablit son aide au développement, la traçabilité de cette aide est une impérieuse nécessité, tout comme l'annulation d'une partie de la dette, à condition de veiller à ce que les efforts de la communauté internationale bénéficient effectivement à la population, et notamment aux femmes. 68 % d'entre elles sont victimes de violences.

Cristian Dan Preda, *în numele grupului PPE*. – Domnule președinte, este a doua oară în acest mandat când discutăm situația din Zimbabwe. Anul trecut ne manifestam îngrijorarea față de hărțuirea apărătorilor drepturilor omului, a opozanților, jurnaliștilor și a altor membri ai societății civile. Azi ne vedem obligați să condamnăm reprimarea violentă a protestelor din ultimele luni. Ce-i drept, protestele s-au înmulțit. Cetățenii din Zimbabwe au suficiente motive pentru a protesta. Corupția, proasta gestiune, sărăcia amplificată de secetă, scăderea prețurilor la minerale. După trei decenii și jumătate de domnie a lui Robert Mugabe, singurul lider pe care Zimbabwe l-a avut de la independență, țara e în faliment, e complet distrusă. Rezoluția pe care o votăm denunță această situație și reprezintă un apel la schimbare, o tranziție politică bazată pe alegeri libere și corecte, respectarea drepturilor omului și a statului de drept. Iată singura cale pentru Zimbabwe.

Cécile Kashetu Kyenge, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, qualora ce ne fosse bisogno, ricordo alle autorità dello Zimbabwe il contenuto dell'articolo 96 dell'accordo di Cotonou e gli obblighi che da esso derivano sul rispetto dei diritti umani, i principi democratici e lo Stato di diritto. Rammento anche le misure restrittive cui sono soggette alcune autorità, in primis il presidente Mugabe, in carica dal 1980.

Non possiamo più tollerare la violenza con cui le forze di sicurezza conducono sistematicamente la repressione di ogni voce di dissenso nel paese. Ci ribelliamo alla violenza perpetrata contro le donne, agli arresti arbitrari, alle interferenze di poteri, alle sparizioni e alle uccisioni arbitrarie. Il popolo dello Zimbabwe chiede una transizione pacifica e democratica basata su elezioni libere, sull'alternanza dei poteri, sul rispetto dei diritti umani. Noi saremo accanto a voi per fornirvi un sostegno nel dialogo politico con le autorità e per denunciare ogni violazione dei principi democratici.

Bas Belder, *namens de ECR-Fractie*. – Repressieve regimes ontmaskeren zichzelf en dit historische gegeven geldt ook voor het schrikbewind van president Mugabe in Zimbabwe. Terwijl een derde van de bevolking inmiddels op voedselhulp is aangewezen om te overleven en het merendeel van de Zimbabwanen nog slechts één keer per dag eet, levert de koop- en spilzucht van Mugabes echtgenote Grace haar de veelzeggende bijnaam Gucci Grace op. Mugabes heerszucht kent ook na 36 jaar geen grenzen, ongeacht de vrije val waarin hij zijn land door puur wanbeleid thans heeft gebracht. De 92-jarige Mugabe heeft zich inmiddels opnieuw kandidaat gesteld voor de verkiezingen van 2018, want alleen God kan

hem naar eigen zeggen uit zijn ambt zetten. Dat klopt in elk geval, meneer de voorzitter. Intussen zien velen in Zimbabwe de toekomst na Mugabe met veel zorgen tegemoet. Een opvolger uit de rangen van diens medeplichtigen aan de nationale ruïne is immers allesbehalve een aanlokkelijk perspectief. De lijdende burgerbevolking van Zimbabwe moet daarom juist in deze spannende fase op de EU kunnen rekenen.

Franz Obermayr, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Herr Präsident! Als Anfang der 80er Jahre der heutige korrupte Präsident Mugabe in Simbabwe die Macht übernahm, wurde er von den Linken noch als großer Freiheitskämpfer gefeiert, doch er schuf weder Wohlstand noch Demokratie und Gleichheit, sondern zerstörte diese Werte restlos im vormals so reichen Simbabwe-Rhodesien. Rassistische Enteignungen, Vertreibung, Massakrierung der weißen Farmer sowie Günstlingswirtschaft und Korruption machten aus diesem vormals so reichen Land eine der ärmsten Volkswirtschaften der Welt.

Und nun stützt die Europäische Union Mugabe und seine ZANU-Partei mit 234 Millionen Euro Entwicklungshilfe, und das ohne Gegenleistung, ohne Respekt für Menschenrechte einzufordern, ohne die Rückgabe der enteigneten Farmen einzufordern, und vor allem auch, ohne die Bekämpfung der Korruption einzufordern. Und da frage ich mich schon, ob wir noch richtig im Kopf sind.

Monica Macovei (ECR). – Prin această rezoluție condamnăm regimul brutal, dictatura brutală impusă de Robert Mugabe și transmitem un mesaj de sprijin poporului din Zimbabwe. Ce se întâmplă acolo este o încălcare absolut brutală, violentă și pe față a drepturilor omului, a libertății de exprimare, a dreptului la un proces corect. De exemplu, protestatarii sunt bătuți de poliție, sunt arestați, sunt influențe politice asupra judecătorilor. În septembrie anul acesta, poliția a interzis toate demonstrațiile cu câteva ore înainte ca 18 partide care se pregăteau să facă o demonstrație pașnică să o poată face. Acum, cei care protestează împotriva ororilor și sărăciei sunt uniți de rețele sociale, ceea ce face ca guvernul să răspundă prin încercarea de a controla și mai puternic internetul. Anul acesta, patru milioane de persoane din Zimbabwe trebuie să primească ajutoare alimentare și acestea trebuie să ajungă la ei și să nu fie manipulate politic.

Procedura catch-the-eye

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, kolegové už tady popsali tíživou situaci v Zimbabwe, já chci k tomu pouze dodat tolik, že pro mě je v tom usnesení hlavní bod 7, který jasně říká, že zrušení sankcí vůči Zimbabwe bylo předčasné a že by Komise znovu měla uvažovat o tom, jak uvalit sankce na režim, jehož hrůzy tady byly podrobně popsány. Zkrátka a dobře, říkali to někteří mí kolegové, pomáhat režimu současného prezidenta Mugabeho tím, že tam posíláme kolem 200 milionů EUR, je špatně. Ty peníze se stejně lidem, kteří peníze potřebují, nedostanou, skončí v rukou příznivců režimu a samotné Mugabeho rodiny. Takže důležitý je bod 7. Jsem proto připraven toto usnesení podpořit.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ormai al collasso, la Repubblica dello Zimbabwe sta affrontando una gravissima crisi economica: in questo paese si vive in media con meno di due dollari al giorno, il cibo scarseggia e nelle zone rurali la situazione è gravissima, in particolare in quelle più ostili al 92enne presidente Mugabe che, secondo quanto riportato dalla *Zimbabwe Human Rights Commission*, avrebbe deciso per ripicca di interrompere gli aiuti alimentari ai circa 4 milioni di cittadini colpiti dalla siccità e non più in grado di alimentarsi.

Il paese è in preda, da qualche mese, a violente dimostrazioni per la situazione economica e politica. L'Unione europea deve condannare il blocco degli aiuti operato dal governo contro le popolazioni colpite dalla siccità e controllare che i finanziamenti accordati allo Zimbabwe siano effettivamente destinati ai settori interessati. È necessario lavorare ad una transizione pacifica del potere nel solco della democrazia e nel rispetto dei diritti umani.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Christos Stylianides, *Member of the Commission*. – Mr President, colleagues, I definitely personally share your concerns and your views on the situation in Zimbabwe and I strongly believe that this very constructive and productive discussion and of course the coming resolution will be very positive steps for the people of Zimbabwe.

The European Union attaches great importance to strengthening the rule of law, human rights and the consolidation of democracy in Zimbabwe, as set out in the government's own constitutional reform agenda. These are essential elements of our relations, which underpin inclusion and sustainable growth and development. Since the creation of the government of national unity in 2009, the EU has taken successive steps towards easing measures applying to Zimbabwe in response to improvements in the human rights situation, such as the adoption of a progressive constitution in 2013, overwhelmingly endorsed by the people of Zimbabwe, and secondly, a peaceful election the same year with a general improvement in the governance and human rights situation.

Zimbabwe is now at a critical juncture. The economy shows increasing signs of extortion, which is leading to an increase in social tensions and in violence at public protests. The EU has publicly expressed its concern at this increase in violence in a statement of 13 August. The freedom to demonstrate and present a petition is enshrined in the Zimbabwean constitution along with freedom of expression and it must be respected. The EU has called upon all parties to ensure that these rights are exercised peacefully and fully respected by the authorities. Furthermore, the European Union has fully associated itself with the statement of the Zimbabwe Human Rights Commission on public protests and police conduct and joins its call for the authorities to ensure that the perpetrators of human rights violations are prosecuted.

Through the process of re-engagement, the EU has now a broader scope of engagement on human rights and democracy issues through development cooperation, through which it supports the judiciary and Zimbabwe's electoral commission, as well as the implementation of the provisions of the constitution.

The European Union remains fully supportive of the Government of Zimbabwe's ambition to re-engage with the international community and international financial institutions. Economic reforms alone, however, are unlikely to be sufficient in achieving full re-engagement. They will need to be accompanied by a demonstrable commitment to uphold the rule of law and human rights, as set out in Zimbabwe's own constitution.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà alle 12.00.

(La seduta, sospesa alle 11.55 in attesa del turno di votazioni, è ripresa alle 12.00)

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

9. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

10. Änderung der Tagesordnung

Der Präsident. — Die Konferenz der Präsidenten hat in ihrer Sitzung heute Morgen gemäß Anlage XVI der Geschäftsordnung die Anhörung des designierten britischen Mitglieds der Kommission für geschlossen erklärt.

11. Abstimmungsstunde

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die Abstimmungsstunde.

11.1. Ernennung eines Mitglieds der Europäischen Kommission – Sir Julian King (Abstimmung)

Der Präsident. – Die nun folgende Abstimmung über das designierte Kommissionsmitglied Sir Julian King erfolgt in geheimer Wahl.

(Die Abstimmung wird durchgeführt.)

(Der Präsident gibt das Abstimmungsergebnis bekannt.)

Abgegebene Stimmen: 638

Ja-Stimmen: 394

Nein-Stimmen: 161

Enthaltungen: 83

Ich stelle fest, dass Sir Julian King zum Mitglied der Kommission gewählt worden ist.

(Beifall)

Herr Kommissar, ich gratuliere Ihnen zu Ihrer Wahl. Ich glaube, es ist nicht übertrieben, wenn ich sage: Sie nehmen Ihr Amt unter besonderen Umständen an. Deshalb wünschen wir Ihnen im Namen des Europäischen Parlaments dennoch für Ihre Amtswahrnehmung viel Erfolg. Da Sie ein ausdrücklicher Befürworter der Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union waren, ist es auch logisch, dass Sie in der Zeit als Kommissar Ihre Arbeit im Sinne der Europäischen Union wahrnehmen.

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es Ihnen im Europäischen Parlament nicht gefällt – Sie sind nicht gezwungen, hierzubleiben.

(Heiterkeit und Beifall)

Dominique Martin (ENF). – Monsieur le Président, je viens de vous écouter attentivement et vous avez expliqué aux députés qui n'étaient pas contents de cette décision de quitter l'hémicycle.

Je vous rappelle, Monsieur le Président, et ça fait certainement l'objet d'un rappel au règlement, que nous n'avons pas été nommés par M. Schulz, nous avons été élus démocratiquement par le peuple français.

11.2. Philippinen (RC-B8-0990/2016, B8-0990/2016, B8-0992/2016, B8-0994/2016, B8-0999/2016, B8-1002/2016, B8-1004/2016, B8-1008/2016) (Abstimmung)

11.3. Somalia (RC-B8-0989/2016, B8-0989/2016, B8-0991/2016, B8-0993/2016, B8-0998/2016, B8-1001/2016, B8-1003/2016, B8-1007/2016) (Abstimmung)

11.4. Simbabwe (RC-B8-0995/2016, B8-0995/2016, B8-0996/2016, B8-0997/2016, B8-1000/2016, B8-1005/2016, B8-1006/2016, B8-1009/2016, B8-1010/2016) (Abstimmung)

IN THE CHAIR: ANNELI JÄÄTTEENMÄKI

Vice-President

11.5. Reisedokument für die Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger (A8-0201/2016 - Jussi Halla-aho) (Abstimmung)

11.6. Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel zu veröffentlichen ist (A8-0238/2016 - Petr Ježek) (Abstimmung)

— *Before the vote on Article 36(2), after point (c):*

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Madam President, I would like to introduce an oral amendment to Article 6(2) after point (c). It would read as follows: 'minimum administrative pecuniary sanctions of at least the amount of the profits gained or losses avoided or the losses inflicted on third parties because of the infringement, where those can be determined;'.

(The oral amendment was not accepted)

Petr Ježek, *rapporteur.* – Madam President, I would like to request the postponement of the vote on the draft legislative resolution under Rule 61(2) of the Rules of Procedure.

(The proposal to refer the report back to committee was approved).

11.7. Asyl: vorläufige Maßnahmen zugunsten von Italien und Griechenland (A8-0236/2016 - Ska Keller) (Abstimmung)

11.8. Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten (A8-0247/2016 - Laura Agea) (Abstimmung)

11.9. Schlüsselziele für die 17. Konferenz der Vertragsparteien des CITES-Übereinkommens in Johannesburg (Südafrika) (B8-0987/2016) (Abstimmung)

11.10. Anwendung der Richtlinie über Postdienste (A8-0254/2016 - Markus Ferber) (Abstimmung)

11.11. Zugang von KMU zu Finanzmitteln und Diversifizierung der Finanzierungsquellen von KMU in einer Kapitalmarktunion (A8-0222/2016 - Othmar Karas) (Abstimmung)

11.12. Methoden für die optimale Nutzung des Potenzials von KMU zur Schaffung von Arbeitsplätzen (A8-0248/2016 - Zdzisław Krasnodębski) (Abstimmung)

— *Before the vote on paragraph 18:*

Zdzisław Krasnodębski, *rapporteur.* – Madam President, we would like to change the formulation 'additional administrative burdens' to 'unnecessary administrative burdens;'.

(The oral amendment was accepted)

11.13. Anwendung der Gleichbehandlungsrichtlinie für den Bereich Beschäftigung (A8-0225/2016 - Renate Weber) (Abstimmung)

11.14. Tätigkeiten, Auswirkungen und Mehrwert des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zwischen 2007 und 2014 (A8-0227/2016 - Marian Harkin) (Abstimmung)

President. – That concludes the vote.

12. Stimmerklärungen

12.1. Ernennung eines Mitglieds der Europäischen Kommission - Sir Julian King

Kirjalliset äänestysselitykset

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la nomination de Julian King qui est un européiste convaincu, ennemi des souverainetés nationales.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – Si une interprétation littérale du traité permet au Royaume-Uni de conserver à ce jour les droits liés à la qualité de membre de l'Union européenne, et notamment de désigner un commissaire, il reste également tenu par ses obligations. En vertu du traité, Londres est solennellement engagée à une coopération loyale avec ses partenaires. C'est pourquoi l'article 50 TUE devrait être activé dans un délai raisonnable afin de lancer les négociations de sortie, et le Royaume-Uni devrait résister à la tentation de négocier des accords commerciaux bilatéraux avec des pays tiers, comme l'a rappelé Jean-Claude Juncker.

Dans ce contexte, la nomination d'un commissaire britannique en charge de la sécurité, une politique dont le Royaume-Uni n'a jamais été pleinement membre, n'allait pas de soi. On rappellera que le commissaire Jonathan Hill a démissionné au lendemain des résultats du référendum, avec une remarquable dignité, et que le Royaume-Uni a renoncé à assurer la présidence tournante du Conseil.

C'est pourquoi, sans remettre en cause le curriculum vitae de Julian King, ni le principe même de créer un portefeuille à la sécurité, j'ai voté contre cette nomination.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už naujo Europos Komisijos nario skyrimą. Jungtinės Karalystės (JK) piliečiams birželį balsavus už pasitraukimą iš ES, šios šalies deleguotas ES finansinių paslaugų komisaras Jonathan Hill nusprendė atsistatydinti. Tuomet JK vyriausybė pasiūlė į Europos Komisiją diplomatą Julian King.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la nomination de Julian King qui remplacera Lord Hill comme commissaire européen.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra porque consideramos que la creación de este nuevo puesto de Comisario, así como el concepto de una Unión de Seguridad en sí nos parece que no es más que un hecho simbólico sin capacidad real de cambio.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero indicar que me he abstenido en el voto del candidato a comisario británico Julian King tal y como lo ha hecho mi grupo. Entiendo que regido por los Tratado el Reino Unido tiene que tener un comisario hasta que salga definitivamente de la Unión pero lo que no entendemos es la cartera que le ha asignado el Presidente Juncker teniendo en cuenta que el Reino Unido en esa materia, así como en otras muchas, goza del derecho a *opt-out*.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Koliko god se činilo da su te dvije stvari neodvojive, imenovanje Juliana Kinga za povjerenika treba odvojiti od Brexita. Ujedinjeno kraljevstvo ima pravo na povjerenika bez obzira na ishod referenduma, dok god se formalno ne odvoji od EU-a. King je saslušanje korektno odradio i zato sam glasala za.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho espresso voto favorevole in merito alla nomina di Sir Julian King a Commissario per la Sicurezza dell'Unione perché ritengo che il Commissario candidato possieda tutti i requisiti necessari per poter adempiere in modo ottimale alle funzioni preposte.

Sir Julian King è stato nominato dal governo britannico dopo che lo scorso giugno Jonathan Hill aveva rassegnato le dimissioni a seguito del voto sulla Brexit.

In qualità di Commissario per la Sicurezza dell'Unione, Julian King porterà avanti l'attuazione dell'agenda europea per la sicurezza e contribuirà alla creazione di un'Unione per la sicurezza efficiente e concreta. Egli opererà sotto la guida del primo Vice-presidente della Commissione, Frans Timmermans, coadiuvando l'operato del Commissario Dimitris Avramopoulos in materia di migrazione, affari interni e cittadinanza.

Per la prima volta il Parlamento si trova a decidere sulla congruità di un Commissario che dovrà lavorare a Bruxelles durante il processo di uscita del suo paese dall'UE.

Sir Julian King, attualmente ambasciatore in Francia, è un esperto di relazioni internazionali ed europee. Dal 2009 al 2011, Sir King ha ricoperto il ruolo di ambasciatore in Irlanda.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Μετά από αξιολόγηση της πρότασης διορισμού του Sir Julian King, υπερψηφίζουμε τον διορισμό του ως μέλους της Ευρωπαϊκής Επιτροπής.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della nomina di Sir Julian King come Commissario del Regno Unito per la Commissione. Congratulandomi per la nomina, gli auguro un buon lavoro.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – Je me suis abstenu lors du vote sur la nomination de Sir Julian King en tant que commissaire pour l'union de la sécurité. Mon groupe et moi n'avions aucune hésitation sur les compétences du commissaire candidat et sur le fait qu'il possède les qualités requises pour remplir le poste. Cependant, les audiences au Parlement ne sont pas seulement destinées à évaluer les qualités personnelles du candidat, mais aussi le contexte politique et donc l'aptitude du candidat à un portefeuille particulier. À cet égard, nous avons considéré que l'attribution du portefeuille de la sécurité de l'Union à Julian King soulève des questions étant donné que le Royaume-Uni va bientôt entamer les procédures pour quitter l'UE et qu'il a toujours demandé et obtenu des *opt-outs* dans le cadre des mesures en matière de justice et affaires intérieures.

Je me réjouis néanmoins de la création par Jean-Claude Juncker de ce nouveau portefeuille au sein de la Commission. En tant que commissaire pour l'union de la sécurité, Julian King aura pour mission de soutenir la mise en place de l'Agenda européen de sécurité et de contribuer à une union pour la sécurité opérationnelle et efficace, ce pourquoi je plaide depuis longtemps.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — Le Parlement européen a accordé son soutien à la nomination du Britannique Julian King à la fonction de commissaire chargé de la sécurité. Dans le contexte actuel, désigner un commissaire britannique est un mauvais signal.

Si une interprétation littérale du traité permet au Royaume-Uni de conserver à ce jour les droits liés à la qualité de membre de l'Union européenne, et notamment de désigner un commissaire, il reste également tenu par ses obligations. En vertu du traité, Londres est solennellement engagée à une coopération loyale avec ses partenaires. C'est pourquoi l'article 50 TUE devrait être activé dans un délai raisonnable afin de lancer les négociations de sortie, et le Royaume-Uni devrait résister à la tentation de négocier des accords commerciaux bilatéraux avec des pays tiers, comme l'a rappelé Jean-Claude Juncker.

Dans ce contexte, la nomination d'un commissaire britannique en charge de la sécurité, une politique dont le Royaume-Uni n'a jamais été pleinement membre, n'allait pas de soi. On rappellera que le commissaire Jonathan Hill a démissionné au lendemain des résultats du référendum, avec une remarquable dignité, et que le Royaume-Uni a renoncé à assurer la présidence tournante du Conseil.

C'est pourquoi je me suis abstenue lors de ce vote.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Sir Julian King ist neuer EU-Kommissar des Vereinigten Königreichs. Vor seiner Wahl musste er sich in dieser Woche beim sogenannten „Grillen" den Fragen der Abgeordneten stellen. Seine Aufgabe wird es sein, eine EU-Sicherheitsunion zu schaffen. Sein Vorgänger Jonathan Hill trat nach dem Brexit-Votum von seinem Amt zurück. Der neue EU-Kommissar soll nun das Portfolio der Sicherheitsunion zugewiesen bekommen. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat das separate Sicherheitsportfolio extra geschaffen und kommt damit einer Forderung der EVP-Fraktion nach.

Sir King war zuvor Botschafter des Vereinigten Königreichs in Paris und gilt als Europabefürworter. Ich bin davon überzeugt, dass Sir King sich für eine gemeinsame Lösung der EU zu den gegenwärtigen Sicherheitsherausforderungen einsetzen wird. Seine Aufgabe wird es sein, eine EU-Sicherheitsunion zu gründen. Gerade im Hinblick auf die Terrorismusbekämpfung ist dies sehr wichtig.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra porque consideramos que la creación de este nuevo puesto de Comisario, así como el concepto de una Unión de Seguridad en sí nos parece que no es más que un hecho simbólico sin capacidad real de cambio.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted to support the appointment of Sir Julian King because we are pleased that he has committed to making sure existing EU legislation in the field of security is implemented by national governments, and that he has confirmed he would work closely with the European Parliament to ensure this was achieved. He has also reassured us that further work would be carried out to combat radicalisation, and that fundamental rights would be central to an effective security strategy. It is also important that the Commissioner-designate has committed to carrying out a comprehensive review of all existing EU security measures, which will enable us to assess what measures work well and where legislation is not effectively implemented by Member States.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la nomination de Julian King à la Commission, car il s'agit d'un européiste convaincu qui n'est absolument pas représentatif de la majorité du peuple britannique.

Vouloir siéger à la Commission pour renforcer l'UE quand son peuple a voté le Brexit, il faut oser le faire!

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette investiture à l'inverse d'une immense majorité de mes collègues du Parlement européen, parce qu'il est incompréhensible aujourd'hui, après le vote britannique du 23 juin, de continuer comme si de rien n'était! Nous avions salué la décision de son prédécesseur, Jonathan HILL, de démissionner de son poste de commissaire, au vu des résultats du vote. Or, sans avoir rien à redire sur l'homme, diplomate expérimenté et reconnu, je ne peux que désapprouver que nous nous empressions aujourd'hui de valider la nomination d'un nouveau commissaire doté, qui plus est, d'un large portefeuille sur la sécurité – ô combien stratégique, et ce sans conditions ni garantie sur les intentions du gouvernement britannique, notamment s'agissant du déclenchement de l'article 50, censé marquer le début des négociations officielles de sortie. «Brexit means Brexit», comme l'a abondamment répété cet été Theresa MAY, et je ne peux que déplorer le manque de cohérence et de logique du signal politique envoyé le 15 septembre par le Parlement.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Sir Julian King est un européiste convaincu et béat. Sa vision de l'Union européenne est à l'opposé de la nôtre, à savoir une Europe des Nations et des libertés, respectueuse de la souveraineté des États membres.

Je ne pouvais que m'opposer à sa nomination, j'ai donc voté contre.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado contra este nombramiento porque considero que la Unión de la Seguridad, de cuya dirección está encargado el nuevo comisario, contiene muchos claroscuros y podría derivar en una pérdida de libertades fundamentales, en mayor vulnerabilidad para los migrantes, en sanciones arbitrarias por motivos políticos y en un renovado apoyo a gobiernos autoritarios de la vencidad europea en nombre de la lucha contra el terrorismo.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Το περιεχόμενο της συγκεκριμένης ψήφου μου δεν γνωστοποιείται καθότι επρόκειτο για μυστική ψηφοφορία σύμφωνα με το άρθρο 182 παρ. 1.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette nomination. Julian King est un européiste convaincu, à l'opposé de notre vision d'une Europe des Nations. J'ai également fait un rappel au règlement que je vous invite à retrouver sur mes réseaux sociaux.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Dès l'annonce des résultats du Brexit, le commissaire européen britannique, Jonathan Hill, avait démissionné. Cependant, tant que l'article 50 n'a pas été activé, le Royaume-Uni reste un membre à part entière de l'UE et doit être représenté au sein de la Commission par un commissaire. Le candidat proposé par le Royaume-Uni, Julian King, a été chef de cabinet de Catherine Ashton du temps où elle était elle-même commissaire, ce qui n'augure rien de bon. De plus, le poste de commissaire à la sécurité, chargé de la lutte contre le terrorisme et le crime, me paraît par trop sensible alors que les bruits de botte de l'armée européenne que demande la Commission se rapprochent. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Julian King étant un européiste convaincu, à l'opposé de notre vision d'une Europe des nations, j'ai voté contre sa nomination.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a nomeação do novo Comissário indicado pelo Reino Unido, por considerar que apresenta as condições necessárias para desempenhar o cargo com sucesso, neste momento difícil para todos que é o pós-Brexit.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Julian King ne me semble pas apte à devenir commissaire européen; ce n'est qu'un eurotechnocrate parmi d'autres. Je me prononce contre sa nomination.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted to support the appointment of Sir Julian King because we are pleased that he has committed to making sure existing EU legislation in the field of security is implemented by national governments, and that he has confirmed he would work closely with the European Parliament to ensure this was achieved. He has also reassured us that further work would be carried out to combat radicalisation, and that fundamental rights would be central to an effective security strategy. It is also important that the Commissioner-designate has committed to carrying out a comprehensive review of all existing EU security measures, which will enable us to assess what measures work well and where legislation is not effectively implemented by Member States.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for the appointment of a new a Member of the European Commission.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Non posso che apprezzare il profilo di Sir King e dichiarare che voterei favorevolmente alla sua nomina.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – M. King est un européiste convaincu. Il est donc de toute évidence en décalage complet avec la majorité de ses compatriotes et je pense que sa nomination comme commissaire n'est pas une bonne idée. Je vote donc contre.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette nomination, par souci de cohérence. Les citoyens européens ont pu constater que désormais 27 États membres se retrouvent lors des sommets européens, comme cela a été le cas à Bratislava en septembre. Dès lors, comment leur expliquer qu'un État dont la majorité des électeurs a décidé de quitter l'Union puisse nommer un nouveau commissaire européen ? Les règles traditionnelles doivent s'adapter à la réalité politique, et non l'inverse. Je ne remets pas en cause la compétence de Sir Julian King, mais je souhaite que le flou total autour du Brexit cesse. En juin dernier, la démission de Jonathan Hill, qui ne trouvait plus de légitimité dans l'exercice de ses fonctions, de son poste de commissaire européen, avait amorcé le début du processus politique et institutionnel. Il est urgent que les négociations, menées notamment par l'ancien commissaire européen Michel Barnier, débutent et que le fameux «article 50» soit activé, pour que la relation politique et économique entre l'Union et le Royaume-Uni soit clarifiée.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – No seguimento da demissão de Jonathan Hill na sequência do resultado do referendo no Reino Unido sobre o BREXIT, o Primeiro-Ministro britânico propôs o nome de Julian King para o substituir na parte remanescente do seu mandato.

Após a audição do comissário indigitado na comissão parlamentar das Liberdades Cívicas, Justiça e Assuntos Internos no passado dia 12 de setembro ter obtido uma avaliação positiva do seu desempenho por parte dos colegas presentes, votámos hoje por escrutínio secreto a sua nomeação, que contou com o meu voto favorável - apesar de lamentar o facto que deu origem a esta substituição.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra porque consideramos que la creación de este nuevo puesto de Comisario, así como el concepto de una Unión de Seguridad en sí nos parece que no es más que un hecho simbólico sin capacidad real de cambio.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Nominácia Juliana Kinga je zárukou, že Británia sa chce podieľať na európskej bezpečnosti tak ako doteraz. Po brexite musíme naše nové vzťahy stavať na témach, ktoré nás spájajú. Boj proti terorizmu je jednou z nich.

Jaromír Štětina (PPE), *písemně*. – Spolupráce napříč Unií, kterou by měl nový komisař podporovat, pomůže čelit výzvám, kterým jsme v nové geopolitické situaci vystaveni. Bezvýhradně souhlasím s vytvořením portfolia pro bezpečnostní unii. Bezpečnost je pro všechny členské státy EU životně důležitá. Julian King, který byl do této funkce navržen, by měl dohlížet na posílení boje proti terorismu, organizovanému zločinu a kybernetickému zločinu. Na slyšení před Výborem Evropského parlamentu pro občanské svobody, spravedlnost a vnitřní věci podal profesionální výkon, který odpovídal důležitosti této agendy. Proto jsem při hlasování podpořil nominaci Juliana Kinga do této funkce.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – Despite the result of the referendum, the UK is still in the EU and is thus entitled to have a commissioner. I am convinced that Sir Julian King is highly competent and has the qualities needed to fulfil the position of commissioner. I am also convinced of his European commitment and I wish him the best in his new duties.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra porque consideramos que la creación de este nuevo puesto de Comisario, así como el concepto de una Unión de Seguridad en sí nos parece que no es más que un hecho simbólico sin capacidad real de cambio.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — Hemos votado en contra porque consideramos que la creación de este nuevo puesto de Comisario, así como el concepto de una Unión de Seguridad en sí nos parece que no es más que un hecho simbólico sin capacidad real de cambio.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Nomináciu sira Juliana Kinga do funkcie komisára pre bezpečnostnú úniu som podporila. Byť britským komisárom v súčasnej situácii určite nebude jednoduché, obzvlášť s agendou bezpečnostnej únie. Sir Julian King však podľa môjho názoru môže obstáť, a to nielen vďaka osobným skúsenostiam v boji proti terorizmu z terénu zo Severného Írska či Francúzska, ale aj na poli odbornej pripravenosti, ktorú preukázal aj počas tzv. grilovania poslancami Európskeho parlamentu.

12.2. Reisedokument für die Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger (A8-0201/2016 - Jussi Halla-aho)

Suulliset äänestysselitykset

Daniel Hannan (ECR). – Madam President, there are actually going to be a few aspects of this job that I am going to miss. I will miss the glint of the westering sun on the façade of Strasbourg Cathedral. I am actually going to miss the company of some of my colleagues here. We do not agree very often, but they are good friends and loyal and engaging companions.

But I am not going to miss wasting our time on these utterly pointless resolutions about whether they should have the death penalty in the Philippines and whether the Zimbabwean Government is doing enough for women's rights. Can I tell you, no one in those countries knows or cares what we think. The idea that they are waiting in Manila to see what the European Parliament's resolution on human rights in the Philippines has decreed is beyond a joke. And the reason we are doing it is not because we think it is going to have any impact on the real world. We are doing it to make ourselves feel better or, more precisely, we are doing it to send a signal to the world about what very nice people we are. It is the ultimate moralistic form of lawmaking and it is this kind of thinking that led to the failures of Schengen and the euro and all the rest of it, because we were projecting our values, rather than looking at the reality.

This is not going to be Britain's problem for very much longer, but of course we have a continuing interest in the prosperity of our friends and allies – and I would urge you, my friends, to focus on the things where we can make a difference, rather than using legislation as a way of sending a message.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já chci zdůvodnit, proč jsem podpořil návrh nařízení Evropského parlamentu o evropském cestovním dokladu. Tento doklad by mohl být pozitivním přínosem do stále se nedařící návratové politiky jednotlivých členských států Evropské unie. Zkrátka a dobře, naši občané velmi citlivě vnímají to, že se nám nedaří vracet osoby ze třetích zemí, které nezískají nárok na azyl, anebo je zcela zřejmé, že ty podmínky ani v řízení o azyl nemohou splnit. Pokud do budoucna chceme, aby evropští občané respektovali osoby, které mají právo na azyl, budeme muset vyřešit, jak dostávat z EU ty, kteří toto právo nemají. A dokument, který jsme dnes schválili, evropský cestovní doklad, tomu určitě může přispět, je tam celá řada správných věcí, jako např., jak zabránit padělání takovéhoto dokumentu, jak zařídit jeho jednoduché vydávání atd. Takže já toto vnímám jako pozitivní krok a nařízení jsem podpořil.

Peter Jahr (PPE). – Frau Präsidentin! Kollege Hannan hat Recht. Er hat gesagt hat, wir sollten uns auf die Arbeit konzentrieren, auf die Dinge, die wir wirklich verändern können, aber er könnte da selber mit gutem Beispiel vorangehen, indem er zu den Tagesordnungspunkten spricht, die aufgerufen sind. Er hat nämlich aus meiner Sicht zu einem ganz anderen Bericht gesprochen.

Ich spreche nochmal zu dem Bericht über fehlende gültige Reisedokumente. Ich denke, hier geht es nochmal um die Arbeitsfähigkeit der Europäischen Union, und, wenn man so will, auch um ein Defizit. Das Fehlen gültiger Reisedokumente ist natürlich ein riesengroßes Defizit, wenn Menschen wieder in ihr Heimatland zurückreisen sollen. Wir hatten da bereits eine Empfehlung des Rates vom 30. November 1994, die allerdings nicht umgesetzt worden ist. Heute sind wir nun soweit und drängen nun darauf, dass endlich ein gültiges europäisches Reisedokument eingeführt werden soll, das die Rückführung in Drittstaaten erleichtert. Ich denke, das ist notwendig, das ist wichtig, und darum sollten wir heute darüber sprechen und haben heute entsprechende Beschlüsse dazu gefasst.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, vótáil mé le mo ghrúpa sna vótaí go léir sa tuarascáil seo agus tuarascáil thábhachtach is ea í.

As noted by the rapporteur, one of the exigencies of the current migrant crisis is to establish an effective means of returning those who do not qualify for international protection within the EU to their relevant third countries. A standard European travel document for return will ensure a wider acceptance of returnees by third countries, as well as facilitating understanding of the real recognition rate. The current challenges to readmission decreased the capacity and resources of Member States at a time when a reduction in their administrative burden is essential.

It is my belief, therefore, in accordance with this report, that the uniform document, with enhanced technical and security features, would be an effective means of increasing the mutual recognition of asylum decisions across the EU.

Dá bhrí sin, cuirim fáilte roimh an tuarascáil seo.

Kirjalliset äänestysselitykset

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il regolamento ha come fine quello di creare all'interno degli Stati membri un modello unico che garantisca standard tecnologici e di sicurezza elevati per quanto riguarda la produzione di documenti di rimpatrio per coloro che soggiornano irregolarmente.

Poiché ritengo che l'introduzione di un modello unico possa incrementare il tasso di rimpatrio dei migranti irregolari al fine di mantenere l'integrità del sistema europeo comune di asilo e migliorare la cooperazione con i paesi terzi, ho deciso di votare a favore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP MEPs voted to abstain on this legislative report. Whilst UKIP supports the accelerated return of migrants who are illegally staying in Europe, we do not support the creation of an EU harmonised travel document that progresses EU integration.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report. This proposed regulation is essentially a deportation charter. The focus of the proposal is to create a common EU travel document to be issued – with the sole purpose of deportation – only to third-country nationals in the EU 'illegally'.

This EU deportation passport would be uniform and mandatory for Member States to use. It would be printed in only an EU or one third-county language, so most people affected by it would not be able to read it; the document is to specify 'distinguishing features'; it would contain personal data; and it would be managed by EURODAC and the Schengen Information Service. Recognition of this deportation document would also be a prerequisite for any third-country migration/asylum cooperation with the EU.

For the above reasons, I voted against the proposal.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui rappelle que les retours doivent être effectués d'une manière digne, dans le plein respect des droits fondamentaux des personnes.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the travel document for the return of illegally staying third-country nationals. The return of those who do not qualify for international protection within the EU must be a priority for the European Union. Improving the rate of returns for irregular migrants is vital for the integrity of the EU's asylum system, for cooperation between EU Member States and third countries, and for maintaining the confidence of EU citizens.

It is important that, by harmonising the format of the travel document, Member States will reduce bureaucracy, variation, costs, and waiting periods, and will hopefully increase recognition of the document by third countries. The EU shall also ensure higher technical and security standards, in particular as regards safeguards against counterfeiting and falsification.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η παρούσα έκθεση αφορά την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου σχετικά με ένα ευρωπαϊκό ταξιδιωτικό έγγραφο για την επιστροφή των παρανόμως διαμενόντων υπηκόων τρίτων χωρών. Ως Ευρωπαίοι Σοσιαλιστές και Δημοκράτες πιστεύουμε ότι η πολιτική των επιστροφών αποτελεί κομμάτι της Ευρωπαϊκής Ατζέντας για τη Μετανάστευση, όμως υπογραμμίζουμε τη σημασία του να διεξάγονται με ανθρώπινο τρόπο εξασφαλίζοντας την ασφάλεια των επανατριζόμενων και τον σεβασμό των θεμελιωδών ανθρωπίνων δικαιωμάτων. Πιο συγκεκριμένα, ο προτεινόμενος κανονισμός που υπερψήφισα αποσκοπεί στη δημιουργία ενός ειδικού ευρωπαϊκού ταξιδιωτικού εγγράφου για την επιστροφή των υπηκόων τρίτων χωρών έτσι ώστε να επισπευσθούν οι διαδικασίες και να εξασφαλιστεί η σωστή και γρήγορη εξέταση των αιτήσεων και των επιστροφών.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – In diesem Bericht geht es um den Vorschlag der EU-Kommission, ein einheitliches Reisedokument für jene Nicht-EU-Bürger einzuführen, die über keinen gültigen Pass oder Ausweis verfügen. Das Reisedokument soll die Rückführung und Rücknahme jener Drittstaatenangehörigen beschleunigen, die sich irregulär in der EU aufhalten. Um Fälschungen zu verhindern, sollen die neuen Reisedokumente mit strengen Sicherheitsmerkmalen versehen werden, damit das Dokument von Drittländern vorbehaltlos anerkannt werden kann.

Ich habe dem Bericht zugestimmt, da ich mir von der Einführung des neuen Dokuments eine Reduzierung der administrativen und bürokratischen Anforderungen verspreche, die derzeit auf den Mitgliedstaaten wie auch auf Drittländern lasten. Außerdem soll das Dokument dabei helfen, der geringen Vollstreckungsquote von Rückführungsbeschlüssen entgegenzuwirken. Darüber hinaus verspreche ich mir durch die Einführung des Dokuments einen wichtigen Schritt, irreguläre Migration zu verringern und zu bekämpfen.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La proposition vise à introduire un document européen de voyage standard pour le retour des ressortissants non européens en situation irrégulière au sein des États membres de l'Union et ne possédant ni passeport, ni carte d'identité.

Cette mesure, qui aurait dû recueillir l'approbation de tout député Front National, constitue en fait un nouvel élément vers l'établissement d'une politique commune en matière d'asile et d'immigration, ce que nous refusons pour des raisons évidentes de souveraineté. C'est aux États membres, et à eux seuls, de déterminer les lignes directrices et les modalités de leur politique d'immigration. Un pays comme la France doit être parfaitement capable de déterminer le format du document nécessaire pour le retour des migrants illégaux. J'ai donc voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I abstained on the grounds that this regulation will not impact upon the United Kingdom.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą dėl Europos kelionės dokumento neteisėtai ES esantiems trečiųjų šalių piliečiams grąžinimo. Matant komplikuotą dabartinę situaciją dėl migrantų krizės bei valstybių narių ir ES agentūrų patiriamą spaudimą, būtina didinti neteisėtų migrantų grąžinimo skaičių. Tai labai svarbu norint užtikrinti ES prieglobsčio sistemos vientisumą ir ES valstybių narių ir trečiųjų šalių bendradarbiavimą bei išsaugoti ES piliečių pasitikėjimą. Vis dėlto ES susiduria su dokumentų klastojimu ir trečiųjų šalių nenoru pripažinti dokumentų. Todėl pritariu tam, jog ES privalo užtikrinti ES kelionės dokumentų techninius ir saugumo standartus bei siekiant pagreitinti procedūras, kelionės dokumentus išversti ir į ES kalbas, ir atitinkamas trečiosios šalies kalbą.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A nemzetközi védelemre nem jogosult személyek (álmenekültek, gazdasági bevándorlók) visszaküldésének kiemelt célt kell jelentenie az Európai Unió számára. A rendezetlen jogállású migránsok visszatérési arányának javítása létfontosságú az EU menedékjogi rendszerének teljessége, az uniós tagállamok és harmadik országok közötti együttműködés és az uniós polgárok bizalmának fenntartása szempontjából.

A jelenlegi migrációs válság stabilizálása, a tagállamokra és az uniós ügynökségekre nehezedő nyomás enyhítése és az EU-n belüli kapacitás és források növelése érdekében hosszú távú megoldást kell biztosítani. Az elutasított menedékkérők jelenlegi visszatérési aránya rendkívül rossz. A jelenlegi szabványos uniós útiokmány jelentős javításra szorul formátuma és alkalmazása tekintetében annak érdekében, hogy harmadik országok jobban elismerjék és hatékony legyen. Az útiokmány formátumának harmonizálásával a tagállamok csökkentik a bürokráciát, az eltéréseket, a költségeket és a várakozási időszakokat, és remélhetőleg nő az okmány elfogadottsága a harmadik országokban. Sok harmadik ország a mai napig nem hajlandó elfogadni az uniós tagállamok által kiadott visszatérési célú okmányokat, mert azok rossz minőségű dokumentumok. Erre figyelemmel magasabb szintű technikai és biztonsági normákat kell biztosítaniuk a visszatérési okmányoknak, különös tekintettel a hamisítás és a meghamisítás elleni védelemre. Az előzőek alapján a jelentés elfogadását támogattam.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport, qui vise à établir le modèle commun et les spécifications techniques et de sécurité du document de voyage européen harmonisé, destiné au retour des ressortissants de pays tiers en séjour irrégulier sur le territoire de l'Union.

Le rapport rappelle la nécessité essentielle d'observer les principes reconnus par la charte des droits fondamentaux de l'Union européenne et, en particulier, la dignité humaine, en cas d'éloignement, d'expulsion et d'extradition.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Halla-aho sui documenti di viaggio per il rimpatrio dei cittadini di paesi terzi il cui soggiorno è irregolare.

Occorre realizzare con rapidità una revisione sostanziale del formato e dell'attuazione del documento di viaggio standard dell'UE, così da incrementarne il suo riconoscimento da parte dei paesi terzi e garantire una sua maggiore efficacia. L'armonizzazione può non solo condurre ad una riduzione della burocrazia e dei costi ma anche consentire un rimpatrio sicuro, rispettoso dei diritti fondamentali garantiti dai trattati internazionali e dalla Carta di Nizza, e che salvaguardi al contempo le condizioni di salute dei migranti.

Una traduzione in più lingue e nuovi standard tecnologici possono essere strumenti chiave per incrementare l'uso del documento e proteggerlo dalle falsificazioni.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos en contra de este informe al tratarse de un texto legitimador del mecanismo de expulsión regulada de personas migrantes que forma parte de la lógica represora y securitaria con el que la UE ha decidido enfrentar la crisis humanitaria provocada en parte por su irresponsable política exterior. Ninguna de las enmiendas de nuestro grupo, centradas en el necesario respeto a los derechos de las personas migrantes y a la protección de datos fue incluida en el texto final.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer al ponente su labor en este informe, que he apoyado, sobre el documento de viaje europeo para el retorno de los nacionales de terceos países en situación irregular. En este caso, además, he diferido de mi Grupo y he votado a favor de la enmienda 35 del Grupo GUE/NGL que exige que el documento de viaje europeo para el retorno se redacte en la lengua o lenguas oficiales del Estado miembro que adopte la decisión de retorno, así como en una lengua que el retornado entienda. Así lo he defendido desde la legislatura pasada, cuando hablábamos de la orden de protección europea.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concernant des documents de voyage destiné au retour des ressortissants de pays tiers en séjour irrégulier vise à introduire un document européen de voyage standard afin d'accélérer le retour des ressortissants non européens en situation irrégulière au sein des États membres de l'UE et ne possédant ni passeport ou carte d'identité.

En effet, il est très difficile pour de nombreux pays européens de renvoyer ces personnes dans leur pays d'origine par des moyens sûrs et légaux. Selon la Commission même, seules 40 % des décisions prises au sein de l'UE visant à renvoyer des citoyens des pays tiers en situation irrégulières sont appliquées chaque année. Le document est valable pour un seul voyage qui prend fin à l'arrivée de la personne concernée dans le pays tiers de retour.

Nous refusons ce rapport puisqu'il constitue un nouvel élément vers l'établissement d'une politique commune en matière d'asile et d'immigration. Seuls les États doivent déterminer le format d'un document nécessaire pour le retour des migrants illégaux. J'ai donc voté contre.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Bisogna trovare un piano d'azione serio e concreto quanto prima per rimpatriare le migliaia di clandestini che si trovano illegalmente in Europa.

Sebbene l'obiettivo della relazione sia condivisibile, nella misura in cui auspica una migliore cooperazione con i paesi terzi per favorire il ritorno dei clandestini al proprio paese, non sono d'accordo sull'affidare all'UE la negoziazione degli accordi di rimpatrio con questi paesi, in quanto ritengo che tale prerogativa debba essere mantenuta dai singoli Stati membri. Per questi motivi mi sono espressa con un voto di astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Actualmente el procedimiento europeo previsto para devolver a los migrantes en situación irregular y sobre los que pesa una orden de retorno, no es eficaz. En 2014, menos del 40 % del número total de las decisiones de retorno emitidas por los Estados miembros se llevaron a la práctica. Sin embargo, alrededor del 60 % de las veces, la facilitación de este retorno, incluso cuando se trata de un retorno voluntario y deseado, no puede llevarse a efecto porque el país de origen se niega a aceptar esa persona de nuevo en su territorio debido, entre otras cosas, a la falta de documentos o, el reconocimiento de estos documentos.

Este Reglamento, que he apoyado con mi voto, establece un documento de viaje europeo uniforme que facilita el retorno de los nacionales de terceros países sujetos a una decisión de retorno. El documento deberá contener una fotografía de pasaporte y ser expedido en una lengua oficial de la UE, con traducción al inglés y al francés y, cuando sea posible, a la lengua del país de retorno. A propuesta socialista, el informe recuerda que la devolución, expulsión y extradición deben ser un elemento de última instancia sujeto a un recurso efectivo.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas išreiškė savo poziciją dėl Europos kelionės dokumento neteisėtai ES esantiems trečiųjų šalių piliečiams grąžinti. Asmenų, negalinčių pretenduoti į tarptautinę apsaugą ES, grąžinimas turi būti Europos Sąjungos prioritetas. Didinti grąžinamų neteisėtų migrantų skaičių gyvybiškai svarbu norint užtikrinti ES prieglobsčio sistemos vientisumą ir ES valstybių narių ir trečiųjų šalių bendradarbiavimą bei išsaugoti ES piliečių pasitikėjimą. Norint stabilizuoti dabartinę migrantų krizę, sumažinti valstybių narių ir ES agentūrų patiriamą spaudimą, taip pat padidinti pajėgumus ir išteklius ES viduje, būtina rasti ilgalaikį sprendimą. ES negali toliau taikstytis su esamu į prieglobstį pretenduoti negalinčių asmenų sugrąžinimo mastu. Dabartinio standarto ES kelionės dokumentas turi būti iš esmės persvarstytas tiek jo formato, tiek įgyvendinimo požiūriu, kad jį labiau pripažintų trečiosios šalys ir kad jis būtų veiksmingas. Suderindamos kelionės dokumento formatą, valstybės narės sumažins biurokratinę naštą, nesuderinamumą, išlaidas ir laukimo laikotarpius bei, kaip tikimasi, paskatins trečiąsias šalis labiau jį pripažinti.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A jelentés elfogadását nagyon fontosnak tartom. A rendezetlen jogállású migránsok visszatérési arányának javítása létfontosságú az EU menedékjogi rendszerének teljessége, az uniós tagállamok és harmadik országok közötti együttműködés és az uniós polgárok bizalmának fenntartása szempontjából. A jelenlegi migrációs válság stabilizálása, a tagállamokra és az uniós ügynökségekre nehezedő nyomás enyhítése és az EU-n belüli kapacitás és források növelése érdekében hosszú távú megoldást kell biztosítani. A jelenlegi szabványos uniós úti okmány jelentős javításra szorul formátuma és alkalmazása tekintetében annak érdekében, hogy harmadik országok jobban elismerjék, és hatékony legyen.

Az úti okmány formátumának harmonizálásával a tagállamok csökkentik a bürokráciát, az eltéréseket, a költségeket és a várakozási időszakokat, és remélhetőleg nő az okmány elfogadottsága a harmadik országokban. A fentiek miatt szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – V želji, da bi umirili sedanjo migrantsko krizo in ublažili pritiske na države članice, smo poslanci večinsko potrdili predloge sprememb na poročilo o predlogu uredbe o evropski potni listini za vrnitev nezakonito prebivajočih državljanov tretjih držav.

Z uskladitvijo oblike potne listine bodo države članice zmanjšale birokracijo, število različic, stroške in čakalno dobo, s tem pa tudi upamo, da bo to okrepilo prepoznavanje tega dokumenta v tretjih državah sveta.

Boljša zaščita pred prenarejanjem in ponarejanjem ter izboljšana izmenjava informacij med državami v zvezi z njihovo izdajo so bistvene izboljšave tega procesa, zato tudi moja podpora temu dokumentu.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport préconise la mise en place par les États membres d'un document de voyage harmonisé devant faciliter le renvoi des personnes en situation irrégulière vers leur pays d'origine.

La compétence politique en matière d'asile et d'immigration doit revenir aux États. J'ai donc voté contre.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – L'Unione europea deve far rispettare i propri accordi coi paesi terzi per il rimpatrio dei migranti irregolari: è una questione di giustizia verso chi invece rispetta le condizioni per poter rimanere, di sicurezza per la tenuta globale del sistema di accoglienza e di stabilità per non incrinare ulteriormente il rapporto di fiducia con le istituzioni. L'Unione europea non può continuare ad accontentarsi del tasso di rimpatrio al momento registrato tra le fila dei richiedenti asilo respinti.

È necessario procedere a una revisione sostanziale del formato e dell'attuazione del documento di viaggio standard dell'UE al fine di incrementarne il riconoscimento da parte dei paesi terzi e di garantirne l'efficacia. Armonizzando il formato del documento di viaggio, gli Stati membri ridurranno la burocrazia, le divergenze, i costi e i tempi di attesa, nella speranza che tale documento venga maggiormente riconosciuto dai paesi terzi.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione «Documento di viaggio per il rimpatrio dei cittadini di paesi terzi il cui soggiorno è irregolare», perché ritengo che l'eccezionale ondata migratoria che ha investito l'Europa ci metta di fronte a problematiche antiche che tuttavia, data la situazione emergenziale, richiedono risposte urgenti, concrete ma soprattutto in linea con la legislazione dell'UE.

Una di queste, senza dubbio, è rappresentata dai meccanismi di rimpatrio dei cittadini di paesi terzi. Si tratta di una questione delicata, che va affrontata con la giusta dose di razionalità, senza perdere mai di vista il rigoroso rispetto dei diritti di queste persone. Una politica di rimpatrio efficace e credibile va di pari passo con una politica più aperta in materia di migrazione.

Di qui la necessità di mettere a punto un documento di viaggio europeo specifico per il rimpatrio dei cittadini di paesi terzi oggetto di una decisione di rimpatrio. Aumentare il tasso di rimpatrio dei migranti irregolari permette certamente di liberare capacità di accoglienza per coloro che necessitano veramente di protezione. Questo deve essere lo scopo principale che l'Unione europea deve perseguire per il rispetto delle leggi ma soprattutto per dare accoglienza e assistenza a tutti quelli che fuggono da guerre, carestie e persecuzioni.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report. This proposed regulation is essentially a deportation charter. The focus of the proposal is to create a common EU travel document, to be issued only to third-country nationals who are in the EU 'illegally', for the sole purpose of deportation.

This EU deportation passport would be uniform and mandatory for Member States to use. It would be printed only in an EU or one third-country language, so most of the people affected by it would not be able to read it. The document would specify 'distinguishing features' and would contain personal data, and the system would be managed by EURODAC and the Schengen Information Service. Recognition of this deportation document would also be a prerequisite for any third-country migration/asylum cooperation with the EU.

For the above reasons, I voted against the proposal.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it is directed at establishing a specific European travel document for the return of third country nationals subject to a return decision, and the increased use of that document for the purpose of readmission. The aim is to create uniformity by harmonising the technical features of this specific European document, thus facilitating its recognition by third countries for the purpose of return and readmission, and cutting down the waiting time in administrative detention for returnees awaiting removal.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La proposta di regolamento concerne l'introduzione di un modello unico per tutta l'UE da applicare al rimpatrio di coloro che non hanno i requisiti per beneficiare della protezione internazionale. Nelle intenzioni, ciò favorirebbe l'uniformità di trattamento e burocratica, facilitando così anche il rapporto con i paesi terzi che si troverebbero davanti lo stesso tipo di documenti di viaggio. Ad oggi, infatti, molti paesi terzi spesso rifiutano di accettare i documenti di rimpatrio rilasciati dagli Stati membri in ragione della loro scarsa qualità. Infine questo aiuterebbe la tutela dal rischio di documenti falsi o contraffatti. Ho votato convintamente a favore.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report, on establishing the common format and the technical security specifications of a common travel document to be used for returns of persons staying illegally in the EU. I believe that this updated format will help to improve the rate of returns for irregular migrants, which is a pillar of the EU's asylum system and of the cooperation between EU Member States and third countries. It is also a measure much needed for retaining the trust of EU citizens.

In my opinion, it must be a priority for the EU to return migrants who do not qualify for international protection within the EU. By harmonising the format of the travel document, Member States will reduce bureaucracy, variation, costs, and waiting periods, and will hopefully increase recognition of the document by third countries.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση, καθώς θεωρούμε πως η βελτίωση του ποσοστού επιστροφών παράτυπων μεταναστών είναι ζωτικής σημασίας για το σύστημα ασύλου της ΕΕ, για την συνεργασία μεταξύ κρατών μελών της ΕΕ και τρίτων χωρών και για την διατήρηση της εμπιστοσύνης των πολιτών της ΕΕ. Εάν επιθυμούμε την σταθεροποίηση της σημερινής μεταναστευτικής κρίσης, τον μετριασμό της πίεσης που ασκείται σε κράτη μέλη και οργανισμούς της ΕΕ και την αύξηση των δυνατοτήτων και την εξοικονόμηση πόρων εντός της ΕΕ, τότε είμαστε υποχρεωμένοι να βρούμε μία μακροπρόθεσμη λύση.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Il mio voto favorevole è giustificato non solo dalla devastante crisi migratoria fronteggiata dal nostro paese prevalentemente con le proprie risorse, ma anche dalla speranza che una piena armonizzazione delle politiche migratorie dell'Unione possa costituire un sistema efficace e resiliente per incrementare i tassi di riconoscimento da parte dei paesi terzi.

La raccomandazione del Consiglio del 30 novembre 1994, oggi abrogata, prevedeva l'introduzione di un documento di viaggio standard. Tuttavia esso non è mai nato in maniera uniforme nell'Unione, generando modus operandi antitetici e capaci di esasperare ulteriormente il fenomeno.

Di fatto, dobbiamo riuscire a fronteggiare problemi comuni insieme, ma per farlo necessitiamo di strumenti unionali caratterizzati da uno stesso formato e dalle stesse specificità tecniche, così da permettere a ciascuno Stato una riduzione della burocrazia, dei tempi di attesa per il rimpatrio e dei costi relativi.

Parallelamente, nel suddetto modo, si assisterebbe ad una semplificazione nei rapporti con i paesi extra UE grazie ad un riconoscimento effettivo e ad una più svelta riammissione del cittadino. A fronte di una maggiore solerzia da parte dei paesi coinvolti affinché il nuovo documento di viaggio europeo possa operare, l'Unione si impegna a stabilire un formato armonizzato, chiaro e che renda lo scambio di informazioni agevole e sicuro.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the travel document for the return of illegally staying third country nationals and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – No contexto de uma abordagem holística, o Parlamento tem defendido que sejam vistos de forma abrangente todos os fatores da chamada crise dos refugiados. Nesse sentido, a Comissão tem apresentado um conjunto de iniciativas legislativas, onde se incluiu este Documento de Viagem Europeu e cujo objetivo é essencialmente tornar menos burocráticas as operações de retorno de migrantes irregulares.

Não sendo uma medida estruturante, versa sobre um importante problema: da mesma forma que temos de acolher mais e melhor os refugiados, também temos de assegurar que aqueles que não têm direito de entrar ou residir no nosso território são devolvidos à sua proveniência. Só assim estaremos a ser justos, enquanto - ao mesmo tempo - garantimos que alocamos de forma mais eficaz os recursos que temos à disposição.

Votei, por isso, favoravelmente este relatório.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted to abstain on this legislative report. Whilst UKIP supports the accelerated return of migrants who are illegally staying in Europe, we do not support the creation of an EU harmonised travel document that progresses EU integration.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – La chiamano già la «Grande muraglia di Calais». Dopo l'Austria, anche Londra ha pensato bene di munirsi di una barriera di cemento lunga 2 km nella speranza di limitare il flusso di migranti.

Ma vale veramente la pena di intraprendere azioni di questo tipo che si contrappongono totalmente al principio di solidarietà? Non sarebbe meglio imprimere un'accelerazione per dare vita ad una vera e propria Strategia europea sull'immigrazione, che abbia come priorità la strutturazione di una politica di rimpatrio più coerente?

Senza una seria politica di cooperazione allo sviluppo, rispetto alla quale l'Europa deve essere protagonista, noi condanneremo una parte del mondo ad un destino certo e inevitabile di povertà e disperazione.

Il documento di viaggio europeo incrementerà il tasso di rimpatrio dei migranti irregolari, armonizzerà le specifiche tecniche per evitarne la contraffazione e la falsificazione e risolverà le divergenze esistenti tra Stati nell'accettazione dello stesso, garantendo al contempo lo scambio di informazioni tra Stati.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — I agree with the rapporteur that the EU cannot continue to be content with its current return rate amongst failed categories of asylum seekers. The existing standard EU travel document requires significant overhaul in its format and its implementation in order to increase its recognition by third countries and be effective. By harmonising the format of the travel document, Member States will reduce bureaucracy, variation, costs, and waiting periods, and hopefully will increase recognition of the document by third countries. This is essential in facilitating the readmission of a third-country national staying irregularly on the territory of the Union – provided that the private life, liberty and property of the returnee are not endangered and that data protection safeguards as set by our standards are respected.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – La expulsión de personas que han huido de las guerras, la miseria y la explotación generadas por Occidente es uno de los elementos clave de la Europa Fortaleza que rechazamos. Entendemos que esta es una medida contraria a los derechos de las personas migrantes, a las que se expulsa con violencia y contra su voluntad y cabe recordar que el desplazamiento forzoso está recogido en el derecho internacional como delito de lesa humanidad. Por esto, hemos votado en contra de esta propuesta cuyo único objetivo es acelerar estas deportaciones y reducir las escasas garantías y derechos que pudieran tener las personas migrantes.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione che intende migliorare il documento di viaggio europeo per il rimpatrio dei cittadini di paesi terzi il cui soggiorno è irregolare, nel quadro di una migliore cooperazione in materia di rimpatrio e riammissione con i principali paesi di origine e transito.

Infatti, l'attuale documento di viaggio per il rimpatrio dei cittadini di paesi terzi, istituito dalla raccomandazione del Consiglio del 30 novembre 1994, non è accettato da tutti i paesi terzi a causa dell'inadeguatezza dei suoi standard di sicurezza, il che ostacola l'esecuzione dei rimpatri secondo gli accordi di riammissione dell'UE o dei suoi Stati membri con i paesi terzi e, quindi, il corretto funzionamento della politica europea in materia di migrazione.

La presente relazione pone rimedio alla situazione attuale proponendo un sistema uniforme a livello europeo per il documento di viaggio che permette il rimpatrio nei paesi terzi, secondo le specifiche tecniche già stabilite dal regolamento (CE) n. 333/2002.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A ma elfogadott EP-állásfoglalás célja egy megfelelő európai úti okmány létrehozása, amely biztosítja a harmadik országbeli állampolgárok visszatérését hazájukba, és amelyet a harmadik országbeli államok is elismernek. A rendezetlen jogállású migránsok visszatérési arányát javítani kell, hisz enélkül lehetetlen az EU menedékjogi rendszerének fenntartása. Jelenleg komoly problémát jelent, hogy a harmadik országbeli államok nem ismerik el az uniós tagállamok által kiadott visszatérési célú okmányokat, minőségi okokra hivatkozva.

Ahhoz, hogy a rendezetlen jogállású migránsok visszatérési arányán javítsunk, szükség van a megfelelő uniós okmányra, és ehhez biztosítani kell a magasabb szintű technikai és biztonsági normákat, különös tekintettel a hamisítás és a meghamisítás elleni védelemre. Az úti okmány alkalmazását pedig rendszeresen és alaposan felül kell vizsgálni, valamint az esetlegesen szükséges fejlesztéseket is meg kell vizsgálni. Az EU-ban jelenleg tapasztalható migrációs válságra való tekintettel ezt a folyamatot rendszeresen el kell végezni. A tervezetet szavazatommal támogattam.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Europe's migration policy must be inclusive of a number of elements. Relocation and resettlement are part of the strategy. However, return is also a very important element. Migrants whose application for asylum has been refused and others who no longer qualify for such protection must be returned to their country of origin in a humane way. It is only through such a process that we can have a functional EU asylum policy. As things stand today, the EU system to return irregular migrants is not effective. As a shadow rapporteur, I voted in favour of this report as I believe that this document is another step forward in order to ensure an effective EU asylum policy.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce texte, qui établit les critères auxquels doivent répondre les documents de voyage européens nécessaires au retour des ressortissants de pays tiers qui n'ont pas vocation à rester sur le territoire de l'Union européenne. Alors que l'explosion de la crise migratoire a mis nos capacités d'accueil à rude épreuve, il est essentiel de rendre effectifs les retours vers leurs pays d'origine des ressortissants irréguliers sur le sol européen. Des documents de voyage aux dispositions harmonisées en Europe et des normes de sécurité élevées sont un outil de lutte contre la fraude et la falsification qui permettent d'entrer irrégulièrement sur le territoire européen, techniques bien trop souvent utilisées par les trafiquants d'êtres humains et les combattants étrangers. Pour terminer, je soutiens que l'Union européenne doit enfin se donner réellement les moyens de faire respecter les accords de réadmission signés avec les pays tiers. C'est la condition indispensable pour pouvoir garantir qu'une protection internationale soit rapidement octroyée à ceux qui en ont réellement besoin.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur la proposition de règlement relatif à un document de voyage européen destiné au retour de ressortissants de pays tiers en séjour irrégulier.

Le retour est un élément essentiel de l'action globale visant à assurer la crédibilité et le bon fonctionnement de la politique migratoire de l'Union ainsi qu'à réduire et prévenir l'immigration illégale. Étant donné que certains ressortissants de pays tiers en séjour irrégulier sur le territoire de l'Union ne possèdent pas de documents de voyage en cours de validité, les États membres sont confrontés à de graves difficultés pour assurer leur retour vers leur pays de destination en toute légalité et sécurité. Il est donc nécessaire de favoriser l'acceptation par les pays tiers d'un laissez-passer européen harmonisé. Cependant, l'actuel modèle de document de voyage pour le retour n'est pas accepté par toutes les autorités des pays tiers, notamment en raison de l'absence de caractéristiques techniques et de normes de sécurité harmonisées et adéquates. Il convient donc de mettre en place un document de voyage européen plus sûr et harmonisé, car le renforcement de ses éléments de sécurité et de ses éléments techniques devrait faciliter sa reconnaissance par les pays tiers.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Докладът на г-н Хала-ахо обновява стандартния документ за пътуване в ЕС, създаден през 1994 г., с цел да се ускори процесът на връщане на граждани на държави извън ЕС, които нелегално живеят в ЕС и нямат валидни паспорти или лични карти. Много европейски страни имат изключителни трудности да връщат тези хора в страните им на произход по сигурен и законен начин. В днешно време само 40% нелегално пребиваващи в ЕС биват връщани, тъй като много от страните извън ЕС не приемат документите, издавани от различните страни – членки на Съюза, тъй като голяма част от тях се различават и не отговарят на мерките за сигурност и достоверност.

За да се ускори връщането на нелегално пребиваващите и да се увеличи достоверността на документите за пътуване, бе нужно обновяването на законодателството и предлагането на общ формат за Европейски документ за пътуване. Новият документ ще използва всички характеристики за сигурност, използвани за европейските визи, и ще включва лична информация като име, възраст, пол, отличителни знаци и ясно ще посочва, че документът е валиден само за едно пътуване докато лицето не пристигне в третата страна.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Είναι αδύνατο να παραβλέψουμε ότι στο έδαφος της Ένωσης υπάρχουν εκατομμύρια παράνομα διαμένοντες μετανάστες και άτομα των οποίων η αίτηση για χορήγηση ασύλου έχει απορριφθεί.

Όλοι αυτοί διαμένουν ή κυκλοφορούν παράνομα εντός της ΕΕ και είναι ανόητο να πιστεύουμε ότι το μεγάλο πρόβλημα για την επαναπροώθησή τους, είναι η χορήγηση σωστών ταξιδιωτικών εγγράφων.

Στην κορωϊδία της Τουρκίας και των υπολοίπων τρίτων χωρών που, ενώ έχουν υπογράψει συμφωνίες επανεισδοχής δεν τις τηρούν και μάλιστα απαιτούν περισσότερα ανταλλάγματα, οφείλουμε να απαντήσουμε δυναμικά και αποφασιστικά.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A criação de um documento de viagem europeu normalizado é fundamental para a gestão dos fluxos migratórios, visando, assim, aumentar o reconhecimento do documento por parte de países terceiros, assegurar uma maior aceitação dos repatriados por parte desses países e reduzir a burocracia e os períodos de espera nos Estados-Membros. Aumentar a taxa de regresso dos migrantes em situação irregular é vital para a integridade do sistema de asilo da UE, para a cooperação entre os Estados-Membros da UE e os países terceiros e para a manutenção da confiança dos cidadãos da UE. É necessária uma solução de longo prazo para estabilizar a atual crise dos migrantes, aliviar a pressão sobre os Estados-Membros e as agências da UE e reforçar a capacidade e os recursos disponíveis na UE.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: cette mesure constitue un nouveau pas vers l'établissement d'une politique commune en matière d'asile et d'immigration, ce que nous refusons pour des raisons évidentes de souveraineté.

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. –L'armonizzazione del formato e delle specifiche tecniche del documento di viaggio europeo per il rimpatrio dei cittadini di paesi terzi il cui soggiorno è irregolare ha l'obiettivo di facilitare il riconoscimento di questo documento da parte dei paesi terzi ai fini del rimpatrio e delle riammissioni.

È pienamente condivisibile il proposito di agevolare il buon esito delle procedure amministrative e la riduzione della burocrazia, delle divergenze, dei costi e dei tempi di attesa.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Una delle maggiori sfide attuali dell'Unione europea riguarda l'efficacia del sistema comune d'asilo europeo, ancora troppo debole e lento per far fronte alla profonda crisi dei rifugiati.

Ho votato a favore dell'emissione di un documento di viaggio per il rimpatrio di coloro che non rispondono ai requisiti per beneficiare della protezione internazionale all'interno dell'Unione europea. Si tratta di uno strumento importantissimo che velocizzerà le pratiche di accoglienza ed espulsione, ma soprattutto permetterà di evitare un'immigrazione incontrollata e ingestibile con conseguenze disastrose per i nostri paesi, a partire dall'Italia. L'Unione europea deve reagire con tutti gli strumenti a disposizione ed evitare il collasso del nostro sistema d'accoglienza.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – The provision relating to security features – which is intended to make possible in the future the use of digital and/or biometric data – is also unnecessary, disproportionate and even dangerous (as the document is issued for a person in custody and is valid until her/his return, meaning while this person will remain in police custody). I voted against the proposal.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Európska únia musí zabezpečiť ochranu pre obyvateľov žijúcich v jednotlivých členských štátoch na svojom území. Medzi mnohými opatreniami, ktoré je potrebné po početných teroristických útokoch v posledných mesiacoch zlepšiť, je zaistenie a zvýšenie návratu neregulárnych migrantov, ktorí sa zdržiavajú na území Európskej únie a predstavujú bezpečnostné riziko pre jej obyvateľov. Existujúci štandardný cestovný doklad Európskej únie si vyžaduje hĺbkové prepracovanie, aby sa zvýšilo jeho uznávanie tretími krajinami a aby bol účinný. Zabezpečenie výmeny informácií medzi členskými štátmi, pokiaľ ide o vydávanie cestovných dokladov a osoby uvedené ako neoprávnene sa zdržiavajúci štátni príslušníci tretích krajín, ktorí nemajú platný cestovný doklad, je nevyhnutné na zlepšenie vzájomného uznávania rozhodnutí o azyle v EÚ a zamedzenie sekundárnemu pohybu neúspešných žiadateľov o azyl.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Nella votazione sulla relazione mi sono astenuto in quanto, nonostante alcune buone idee, non sono molto favorevole al primato dell'UE rispetto agli Stati membri.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Είναι αδύνατο να παραβλέψουμε ότι στο έδαφος της Ένωσης υπάρχουν εκατομμύρια παράνομα διαμένοντες μετανάστες και άτομα των οποίων η αίτηση για χορήγηση ασύλου έχει απορριφθεί.

Όλοι αυτοί διαμένουν ή κυκλοφορούν παράνομα εντός της ΕΕ και είναι ανόητο να πιστεύουμε ότι το μεγάλο πρόβλημα για την επαναπροώθησή τους είναι η χορήγηση σωστών ταξιδιωτικών εγγράφων.

Στην κοροϊδία της Τουρκίας και των υπολοίπων τρίτων χωρών, οι οποίες ενώ έχουν υπογράψει συμφωνίες επανεισδοχής δεν τις τηρούν και μάλιστα απαιτούν περισσότερα ανταλλάγματα, οφείλουμε να απαντήσουμε δυναμικά και αποφασιστικά. Για τους παραπάνω λόγους καταψηφίζω την έκθεση όσον αφορά την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου σχετικά με ένα ευρωπαϊκό ταξιδιωτικό έγγραφο για την επιστροφή των παρανόμως διαμενόντων υπηκόων τρίτων χωρών.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I believe it is very important to establish a dedicated European travel document for the return of third-country nationals subject to a return decision and I welcome this regulation, which aims to provide for a uniform format and enhanced technical and security features to ensure a wider acceptance by third countries and the increased use of such document for readmissions. As things stand today the EU system to return irregular migrants is not effective. In 2014, less than 40% of the total number of return decisions issued by Member States have been enforced. However, around 60% of the time, the facilitation of this return – even when voluntary and wanted by the person themselves – cannot occur due to the fact that the country of origin refuses to accept that person back into their country due to a lack of documents or because they do not recognise such documents. Returns should be carried out in a humane manner, ensure the safe return and the safety of the returnees and ensure that such returns are carried out in full respect of fundamental rights.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A nemzetközi védelemre nem jogosult személyek visszatérési arányának javítása létfontosságú az EU menedékjogi rendszere teljességének fenntartása szempontjából. Üdvözlendő a kezdeményezés, amely az EU-ban illegálisan tartózkodó harmadik országbeli állampolgárok visszatéréséhez biztosít európai úti okmányt. Európának és a menekülteknek azonos az érdeke: hogy a menekültek visszatérhessenek szülőhazájukba, amint a kiváltó okok megszűnnek. Ehhez nem őket kell idehozni és elosztani, hanem a segítséget kell odavinni.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A jelentés elfogadását nagyon fontosnak tartom, és magam is támogattam szavazatommal. A rendezetlen jogállású migránsok visszatérési arányának javítása létfontosságú az EU menedékjogi rendszerének teljessége, az uniós tagállamok és harmadik országok közötti együttműködés és az uniós polgárok bizalmának fenntartása szempontjából. A jelenlegi migrációs válság stabilizálása, a tagállamokra és az uniós ügynökségekre nehezedő nyomás enyhítése és az EU-n belüli kapacitás és források növelése érdekében hosszú távú megoldást kell biztosítani. A jelenlegi szabványos uniós úti okmány jelentős javításra szorul formátuma és alkalmazása tekintetében annak érdekében, hogy harmadik országok jobban elismerjék, és hatékony legyen.

Az úti okmány formátumának harmonizálásával a tagállamok csökkentik a bürokráciát, az eltéréseket, a költségeket és a várakozási időszakokat, és remélhetőleg nő az okmány elfogadottsága a harmadik országokban.

Elisabetta Gardini (PPE), *in writing*. – This is a very relevant and important proposal that tackles one of the most pressing issues that the EU is currently facing, namely the readmission of illegal immigrants. The document proposed by the Commission would establish a common format with high security and safeguards against falsification. This is something very necessary, which will make the associated administrative work more efficient.

The report highlights the fact that, in EU negotiations with third countries, readmission agreements should take precedence over bilateral agreements – something that would guarantee more effective implementation of readmission agreements.

This is a very important report and a necessary step to protect the integrity of our Union and the safety of our societies.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho sostenuto la risoluzione sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio relativo a un documento di viaggio europeo per il rimpatrio dei cittadini di paesi terzi il cui soggiorno è irregolare perché penso che realizzare un *format* e un sistema unico per tutti gli Stati membri permetterà di garantire che le operazioni di rimpatrio vengano effettuate in modo sicuro, tutelando la salute e i diritti fondamentali dei migranti.

Nel 2014, infatti, oltre il 60% dei provvedimenti di rimpatrio dei migranti verso il loro paese d'origine non è stato eseguito, anche nei casi di decisioni volontarie. Manca, infatti, nell'agenda europea per le migrazioni un sistema che permetta di instaurare una vera leale collaborazione tra gli Stati dell'UE e i paesi di provenienza dei migranti, che spesso si rifiutano di accogliere i loro concittadini non riconoscendone i relativi documenti.

L'obbligo di riconoscere e accettare un documento europeo con un *format* unico, scritto nella lingua dello Stato che esegue il rimpatrio e tradotto in francese, inglese e nella lingua del paese di origine, con una foto segnaletica e una tecnologia anticontraffazione rappresenta quindi lo strumento idoneo a risolvere questa problematica, e permette di migliorare la tutela dello stesso migrante.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht „Reisedokument für die Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger" gestimmt. Geplant ist hier die Schaffung eines speziellen europäischen Reisedokuments, mit dem Drittstaatsangehörige, gegen die eine zur Rückkehr verpflichtende Entscheidung ergangen ist, zurückgeführt werden können. Das Dokument soll ein einheitliches Format und verbesserte technische Spezifikationen sowie Sicherheitsmerkmale aufweisen, damit eine größere Akzeptanz durch Drittstaaten sowie eine gesteigerte Verwendung dieser Dokumente gewährleistet wird. Die Verwendung dieses neuen Reisedokuments soll zur Steigerung der Rückführungsquote führen, um im Gegenzug über mehr Kapazitäten zur Aufnahme von Migranten, die tatsächlich Schutz benötigen, zu verfügen. All das macht Sinn, all das ist längst überfällig.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Europäische Union muss sich dem Problem der Rückführung von illegalen Migranten stellen. Diejenigen Migranten, die in den letzten Jahren nach Europa gekommen sind und kein Asylrecht haben, müssen in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Im Jahr 2014 haben nur rund 40 % der zurückzuführenden Migranten tatsächlich die EU verlassen. Dieser Prozess muss beschleunigt und europaweit koordiniert werden. Die Verbesserung von Rückführungspapieren ist daher eine Maßnahme, die ich unterstütze. Solche Rückführungspapiere müssen europaweit einheitlich gestaltet werden und gewisse Sicherheitsstandards erfüllen. Außerdem muss der Informationsaustausch unter den Mitgliedstaten der EU in diesem Bereich verbessert werden.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Le document de voyage européen, destiné au retour de ressortissants de pays tiers en séjour irrégulier, devrait accélérer le retour des immigrés clandestins qui ne possèdent ni passeport, ni carte d'identité.

Cette situation est désormais répandue puisque les clandestins ont compris que l'absence de ces documents rendait difficile pour les États membres l'identification des pays d'origine et donc les retours vers ces pays.

La meilleure solution serait donc de passer de vrais accords de réadmission avec des pays tiers, afin de pouvoir expulser les clandestins malgré leurs très «opportunes» pertes de papiers d'identité. Mais ce n'est celle de l'Union européenne qui reste en réalité très favorable à l'immigration.

J'ai donc voté contre ce rapport, car je ne suis pas dupe de son application effective et de son efficacité. Je note d'ailleurs que le rapporteur lui-même souligne que pour être plus efficace, il serait nécessaire que l'Union conclue des accords de réadmission plus fermes avec les pays tiers.

J'ajouterai que pour que ces accords deviennent réalité, les États membres doivent restaurer leurs frontières nationales et recouvrer leur souveraineté en matière d'immigration, afin de conclure eux-mêmes ces accords et les appliquer.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Voilà un texte qui sent le pur effet d'annonce.

Il existe déjà une harmonisation des documents de retour, mais de nombreux pays tiers refusent de les accepter en raison de leur mauvaise qualité.

C'était donc ça!

Voilà qui expliquerait pourquoi les États membres peinent à concrétiser les mesures d'éloignement ou de retour à la frontière qu'ils prennent… En France, le taux d'exécution de telles mesures est d'un peu moins de 25 % pour l'ensemble, et de 15 % pour les ressortissants de pays hors Union. Je croyais que la cause en était l'incapacité des pouvoirs publics, ou l'aberration des lois permissives, les régularisations au fil de l'eau de tous ceux qui se débrouillent pour fonder une famille réelle ou fictive, ou encore ces conventions internationales privilégiant systématiquement les droits de l'homme migrant sur ceux de l'homme enraciné!

Étais-je donc dans l'erreur? Tout cela ne serait donc qu'une bête question de papiers? Et grâce à cette initiative de la Commission européenne, nous pourrions donc expulser sans problème les centaines de milliers d'immigrants illégaux qui entrent chaque année en France et les centaines de milliers qui y sont déjà…

Vous y croyez vraiment? Moi pas. Effet d'annonce, vous dis-je.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos en contra de este informe al tratarse de un texto legitimador del mecanismo de expulsión regulada de personas migrantes que forma parte de la lógica represora y securitaria con el que la UE ha decidido enfrentar la crisis humanitaria provocada en parte por su irresponsable política exterior. Ninguna de las enmiendas de nuestro grupo, centradas en el necesario respeto a los derechos de las personas migrantes y a la protección de datos fue incluida en el texto final.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Głosowałam za sprawozdaniem w sprawie wniosku dotyczącego rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady w sprawie europejskiego dokumentu podróży do celów powrotu nielegalnie przebywających obywateli państw trzecich.

Wzrost wskaźnika powrotów nielegalnych migrantów ma kluczowe znaczenie dla integralności unijnego systemu azylowego, dla współpracy między państwami członkowskimi UE a krajami trzecimi oraz dla utrzymania zaufania obywateli UE. Konieczne jest ustabilizowanie obecnego kryzysu migracyjnego, zmniejszenie presji wywieranej na państwa członkowskie i agencje UE oraz rozszerzenie zdolności i zasobów w UE.

Aktualnie wiele krajów trzecich nie chce uznawać dokumentów powrotowych wydanych przez państwa członkowskie UE z uwagi na ich niską jakość. Dzięki ujednoliceniu formatu dokumentu podróży państwa członkowskie ograniczą biurokrację, rozbieżności, koszty i okresy oczekiwania z nadzieją na powszechniejsze uznawanie tego dokumentu przez państwa trzecie.

W mojej ocenie zagwarantowanie wymiany informacji między państwami członkowskimi dotyczących wydawania dokumentów podróży i osób zarejestrowanych jako nielegalnie przebywający obywatele państw trzecich, bez ważnych dokumentów podróży, przyczyni się do podniesienia poziomu wzajemnego uznawania decyzji o azylu w UE oraz uniknięcia wtórnego przemieszczania się osób, którym odmówiono azylu.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted in favour of the report. EU countries currently face serious difficulties when repatriating migrants back to their home countries due to the fact that the documents used to facilitate the journey are not recognised by the countries of return. Having a single, unified EU document can be viewed as a diplomatic tool which will assist Member States in carrying out safer returns. The UK has opted out of the proposal and will not be affected by this legislation.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I support the establishment of a common format and technical and security specifications for a harmonised European travel document for the return of third country nationals staying irregularly on the territory of the Union. The content and technical specifications of the European travel documents for return should be harmonised in order to ensure high technical and security standards, in particular as regards safeguards against counterfeiting and falsification. This would combat illegal entry into the EU Member States.

It should also be ensured that the fundamental rights and principles recognised by the Charter of Fundamental Rights of the European Union, in particular human dignity and protection in the event of removal, expulsion or extradition, are observed. The proposal should apply without prejudice to the right to an effective remedy and to a fair trial and to the right to asylum as provided for the Charter.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour as I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Die vergangenen Jahre haben leider deutlich aufgezeigt, dass die EU und deren Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Asyl- und Flüchtlingskrise völlig überfordert sind. Dies liegt vor allem daran, dass bestehendes Recht und internationale Verträge wie die Dublin-Verordnung oder der Schengen-Besitzstand nicht umgesetzt werden. Ein wichtiger Baustein, um wieder Kontrolle über diese Krise zu gewinnen, ist die Vereinfachung der Rückführungen von abgewiesenen Asylbewerbern bzw. von sich illegal in der EU aufhaltenden Drittstaatsangehörigen. Zu diesem Zweck soll ein einheitliches europäisches Reisedokument geschaffen werden, welches entsprechende Rückführungen erleichtert. Damit wird ein Schritt zur Wiederherstellung rechtsstaatlicher Grundsätze im Asylbereich unternommen und das erschütterte Vertrauen der Bürger in die Politik ein Stück weit zurückgewonnen. Denn nur wenn illegal in die EU gelangte Wirtschaftsmigranten konsequent abgeschoben werden, kann die Bereitschaft der Bürger zur Hilfe für wirklich Verfolgte und an Leib und Leben Bedrohte erhalten bleiben. Aus diesem Grund habe ich dem Bericht zugestimmt. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Er führt zu Zwietracht und Zwist in Europa.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted to abstain on this legislative report. Whilst UKIP supports the accelerated return of migrants who are illegally staying in Europe, we do not support the creation of an EU harmonised travel document that progresses EU integration.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – Je salue l'adoption du texte autorisant la création d'un document européen de voyage destiné au retour des ressortissants de pays tiers qui font l'objet d'une décision administrative ou judiciaire de retour.

Moins de 40 % des décisions de retour sont réellement exécutées en Europe. Or, la politique des retours est un volet essentiel de la lutte contre l'immigration irrégulière.

Nous devons impérativement nous réorganiser.

Une première étape a été franchie avec la création du corps européen de garde-frontières et de garde-côtes, car il sera désormais possible de planifier et mettre en œuvre des opérations conjointes de retour afin de garantir que les migrants en situation irrégulière ne continuent pas de séjourner sur le territoire de l'Union.

Seulement, la diversité des documents de voyage présentés par les États membres avec des normes, formats et éléments de sécurité variant d'un pays à l'autre était utilisée comme prétexte par certains pays tiers pour contester la validité du document et, de ce fait, rejeter la demande de réadmission.

Aussi, bien que cet instrument ne soit pas une solution miracle, il reste que la création d'un document de voyage uniforme facilitera et accélérera certainement le retour des migrants en séjour irrégulier.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this proposed regulation for the establishment of a dedicated European travel document for third-country nationals subject to return. However, these returns should be closely supervised and should take place with full respect for the fundamental rights of the individuals concerned.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu uredbe Parlamenta i Vijeća o europskoj putnoj ispravi za vraćanje državljana trećih zemalja s nezakonitim boravkom, zbog toga što je potrebno stabilizirati trenutnu migrantsku krizu, te smanjiti opterećenje na države članice.

U tom kontekstu, nužno je podići kvalitetu isprava za vraćanje izdane u državama članicama EU-a, jer ih mnoge treće zemlje još uvijek ne priznavanju. Stoga, mora se uskladiti format isprava, a samim time smanjuju se troškovi, birokracija i čekanja. Ključno je, također, potaknuti razmjenu informacija kako bi se povećala stopa vraćanja nezakonitih migranata što je prioritet integriteta sustava azila EU-a, te same Unije.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce texte constitue un nouveau progrès vers l'établissement d'une politique commune en matière d'asile et d'immigration, ce que nous refusons pour des raisons évidentes de souveraineté. C'est en effet aux États membres, et à eux seuls, de déterminer les lignes directrices et les modalités de leur politique d'immigration. Un pays comme la France devrait être parfaitement capable de déterminer le format du document nécessaire pour le retour des migrants illégaux. J'ai donc voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing*. — With my UKIP colleagues, I voted to abstain on this legislative report. Whilst UKIP supports the accelerated return of migrants who are illegally staying in Europe, we do not support the creation of an EU harmonised travel document that progresses EU integration.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui vise à améliorer et à accélérer le retour des migrants en situation irrégulière. La Commission européenne a donc proposé de créer un document de voyage uniforme qui complète les instruments de lutte contre l'immigration irrégulière.

En effet, selon Eurostat, le taux effectif d'exécution des décisions de retour en 2014 était inférieur à 40 %. Ce faible taux peut être partiellement lié au faible taux de reconnaissance des documents de voyage par les pays tiers en raison de la diversité des documents présentés par les États membres. Nous ne pouvons pas nous permettre d'avoir, en Europe, un taux d'exécution des décisions de retour aussi faible.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht behandelt die Problematik von Rückführungen und bietet Lösungen für eine Vereinfachung der Rückführungsprozesse von Drittstaatsangehörigen an, sobald mit den Herkunftsländern Rückübernahmeabkommen geschlossen wurden. Die Verordnung soll das Format und die technischen Spezifikationen vereinheitlichen. Ich stimme diesem Vorgehen und dem vorliegenden Bericht zu.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted in favour of the report. EU countries currently face serious difficulties when repatriating migrants back to their home countries due to the fact that the documents used to facilitate the journey are not recognised by the countries of return. Having a single, unified EU document can be viewed as a diplomatic tool which will assist Member States in carrying out safer returns. The UK has opted out of the proposal and will not be affected by this legislation.

Timothy Kirkhope (ECR), *in writing*. — The British Conservatives fully support the aims and outcome of this proposal. The need to increase the rate of returns and readmission of failed asylum seekers is essential if Europe is to tackle the migrant crisis effectively. This report is an important step towards reforming the current system of EU returns.

However, the UK does not participate in the European Common Asylum System and has not opted in to this measure. Therefore, the UK Conservative delegation will continue its longstanding position of abstaining on reports in relation to policies which the UK has not opted in to.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Die vergangenen Jahre haben leider deutlich aufgezeigt, dass die EU und deren Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Asyl- und Flüchtlingskrise völlig überfordert sind. Dies liegt vor allem daran, dass bestehendes Recht und internationale Verträge wie die Dublin-Verordnung oder der Schengen-Besitzstand nicht umgesetzt werden. Ein wichtiger Baustein, um wieder Kontrolle über diese Krise zu gewinnen, ist die Vereinfachung der Rückführungen von abgewiesenen Asylbewerbern bzw. von sich illegal in der EU aufhaltenden Drittstaatsangehörigen. Zu diesem Zweck soll ein einheitliches europäisches Reisedokument geschaffen werden, welches entsprechende Rückführungen erleichtert. Damit wird ein Schritt zur Wiederherstellung rechtsstaatlicher Grundsätze im Asylbereich unternommen und das erschütterte Vertrauen der Bürger in die Politik ein Stück weit zurückgewonnen. Denn nur wenn illegal in die EU gelangte Wirtschaftsmigranten konsequent abgeschoben werden, kann die Bereitschaft der Bürger zur Hilfe für wirklich Verfolgte und an Leib und Leben Bedrohte erhalten bleiben. Aus diesem Grund habe ich dem Bericht zugestimmt.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Evropský cestovní doklad pro návrat neoprávněně pobývajících státních příslušníků třetích zemí považuji za jeden z nástrojů nutný k zvládnutí migrační krize. Zlepšení spolupráce v oblasti navracení a zpětného přebírání osob s hlavními zeměmi původu a tranzitu neoprávněně pobývajících státních příslušníků třetích zemí má zásadní význam pro zvýšení dosud nevyhovující míry navracení. Zdokonalený evropský cestovní doklad pro navracení neoprávněně pobývajících státních příslušníků třetích zemí je v tomto ohledu důležitý. Bezpečnější evropský cestovní doklad pro navracení státních příslušníků třetích zemí by měl být zaveden proto, aby se usnadnilo navracení a zpětné přebírání neoprávněně pobývajících státních příslušníků třetích zemí. Jeho posílené bezpečnostní prvky by měly usnadnit jeho uznávání ze strany třetích zemí. Takový doklad by měl usnadnit navracení osob zejména v rámci dohod o zpětném přebírání osob či jiných ujednání se třetími zeměmi, jakož i v rámci spolupráce se třetími zeměmi v souvislosti s navracením osob, na které se nevztahují oficiální dohody. Hlasovala jsem tedy pro návrh.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Alapvetően jó irányba mutat a Bizottság jelentése, azonban a LIBE bizottság módosítói lényegesen precízebbek. Nyilvánvalóan meg kell találni a korszerű dokumentumok előállításának módját, az egységesítés szabályait. Ennél már csak az lett volna sokkal célszerűbb és olcsóbb, ha egyes országok kormányai nem törekednek az EU-n kívüli régiók destabilizálására és a gazdasági menekülteknek Európába való csábítására. De az egy másik történet, egyelőre felelősök nélkül.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепям предложението на Европейската комисия за стандартизиран пътен документ за ускорено връщане на незаконно пребиваващи на територията на Европейския съюз граждани на трети страни. Смятам, че този документ би улеснил административното обслужване и обработване на данни.

С оглед бежанската обстановка, такъв пътен документ би допринесъл за облекчаване на информационните системи, както и за по-ясна визия за обемите на незаконно пребиваващите граждани и сигурността по границите. Признаването на този документ от страните би могъл да ограничи злоупотребите със системите за даване на убежище в Европа и да укрепи доверието на европейските граждани в политиката на ЕС за даване на убежище и имиграция.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D), *per iscritto*. – Con l'adozione di questo regolamento non entriamo nel merito delle decisioni di rimpatrio prese dai singoli Stati membri. Ci limitiamo solo ad istituire un documento di viaggio europeo più sicuro e uniforme per il rimpatrio dei cittadini di paesi terzi il cui soggiorno è irregolare e il cui scopo è di contribuire ad agevolare il rimpatrio e la riammissione di questi cittadini nel loro paese di origine. Abbiamo previsto dei modelli di dichiarazione armonizzati che utilizzeranno gli standard di sicurezza atti a prevenire la contraffazione e la falsificazione e che in ultima analisi contribuiranno anche a ridurre gli oneri amministrativi e burocratici per gli Stati membri e per le autorità dei Paesi terzi.

Non si tratta, come alcuni colleghi hanno già sostenuto in quest'Aula, di avallare le politiche comuni di rimpatrio, ma solamente di procedere verso il riconoscimento di documenti armonizzati validi e riconosciuti da tutti gli Stati membri. Resta infatti scritto a chiare lettere che tale documento è valido solo per i cittadini dei paesi terzi che sono soggetti ad una regolare decisione di rimpatrio ai sensi della direttiva 2008/115/CE.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La presente relazione affronta il tema del rimpatrio dei migranti il cui soggiorno risulta essere irregolare, pratica questa, che rappresenta una nostra priorità. Prevedere il potenziamento del tasso di rimpatrio dei migranti irregolari, è essenziale per l'integrità del sistema di asilo dell'UE, per la cooperazione tra gli Stati membri dell'UE e i paesi terzi per mantenere la fiducia dei cittadini europei.

Allo stato attuale, molti paesi terzi non sono disposti ad accettare i documenti di rimpatrio che gli Stati membri dell'UE rilasciano, a causa della loro scarsa qualità, infatti devono essere garantiti degli standard tecnologici e di sicurezza adeguati e in grado di attenuare o debellare la contraffazione e la falsificazione.

È pertanto necessario giungere a una soluzione a lungo termine per stabilizzare l'attuale crisi dei migranti, allentare la pressione sugli Stati membri e le agenzie unionali e incrementare la capacità e le risorse dell'UE. In relazione a quanto la relazione espone, ritengo doveroso esprimermi favorevolmente.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car je suis hostile à la création d'un passeport européen pour les migrants, même si l'objectif est de les expulser.

J'estime en effet que la compétence politique en matière d'asile et d'immigration devrait relever de la souveraineté de chaque État, et non de l'Union.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu l'adoption du rapport de mon collègue Jussi Halla-Aho, qui étudie la proposition de la Commission de créer un document européen de voyage destiné au retour des ressortissants de pays tiers en situation irrégulière.

Selon Eurostat, le taux effectif d'exécution des décisions de retour en 2014 était de moins de 40 %, ce qui est notamment dû à la faible reconnaissance des documents de voyage par les pays tiers en raison de la diversité des documents présentés par les États membres.

Une telle situation n'est pas tenable; c'est pourquoi je salue la création d'un document de voyage uniforme, qui complètera utilement les instruments de lutte contre l'immigration irrégulière déjà existants.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Il porte en effet création d'un document estampillé «UE» dont le but est de faciliter le retour des «migrants en situation irrégulière». Celui-ci s'inscrit donc dans une logique farouchement européiste, et s'assied purement et simplement sur les prérogatives des États membres. C'est pourtant à eux, et à eux seuls, que doit revenir la compétence politique en matière d'immigration et d'asile.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque el presente Reglamento establecerá un modelo común y las especificaciones técnicas y de seguridad de un documento de viaje europeo armonizado para el retorno de los nacionales de terceros países en situación irregular en el territorio de la Unión.

Este documento solo operará en los casos en que haya constancia de la identidad y de la nacionalidad del retornado y nunca en casos de nacionalidad desconocida. El documento deberá contener una fotografía de pasaporte y ser expedido en una lengua oficial de la UE, con traducción al inglés y al francés y, cuando sea posible, a la lengua del país de retorno. El documento será válido para un solo viaje que termina en la llegada al país de retorno.

El texto destaca la importancia de respetar los derechos humanos y los principios reconocidos en la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea, en particular la dignidad humana y el acceso al derecho de asilo. La devolución, expulsión y extradición deben ser un elemento de última instancia sujeto a un recurso efectivo.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – La expulsión de personas que han huido de las guerras, la miseria y la explotación generadas por Occidente es uno de los elementos clave de la Europa Fortaleza que rechazamos. Entendemos que esta es una medida contraria a los derechos de las personas migrantes, a las que se expulsa con violencia y contra su voluntad y cabe recordar que el desplazamiento forzoso está recogido en el derecho internacional como delito de lesa humanidad. Por esto, hemos votado en contra de esta propuesta cuyo único objetivo es acelerar estas deportaciones y reducir las escasas garantías y derechos que pudieran tener las personas migrantes.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – La política de retorno de la UE tiene un amplio margen de mejora. Su eficacia promedia no alcanza el 40 %. En períodos como el actual, en el que la UE está sometida a muy fuertes y crecientes presiones migratorias, una mayor eficacia del retorno constituye uno de los elementos clave de la política migratoria.

Considero que la importancia de este informe radica en parte en que, para mejorar la eficacia en los retornos, es clave disponer de un documento de viaje europeo que reúna los estándares de seguridad y que sea aceptado por los terceros países. Y aunque este documento ya existe desde hace años, su empleo es desigual, en parte por sus deficiencias en materia de seguridad.

Doy mi voto a favor de la aprobación de este informe, ya que es necesario promover la utilización del ya mencionado documento, especialmente con terceros países a los que retornan las personas que se encuentran ilegalmente en la UE.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Die vergangenen Jahre haben leider deutlich aufgezeigt, dass die EU und deren Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Asyl- und Flüchtlingskrise völlig überfordert sind. Dies liegt vor allem daran, dass bestehendes Recht und internationale Verträge wie die Dublin-Verordnung oder der Schengen-Besitzstand nicht umgesetzt werden. Ein wichtiger Baustein, um wieder Kontrolle über diese Krise zu gewinnen, ist die Vereinfachung der Rückführungen von abgewiesenen Asylbewerbern bzw. von sich illegal in der EU aufhaltenden Drittstaatsangehörigen. Zu diesem Zweck soll ein einheitliches europäisches Reisedokument geschaffen werden, welches entsprechende Rückführungen erleichtert. Damit wird ein Schritt zur Wiederherstellung rechtsstaatlicher Grundsätze im Asylbereich unternommen und das erschütterte Vertrauen der Bürger in die Politik ein Stück weit zurückgewonnen. Denn nur wenn illegal in die EU gelangte Wirtschaftsmigranten konsequent abgeschoben werden, kann die Bereitschaft der Bürger zur Hilfe für wirklich Verfolgte und an Leib und Leben Bedrohte erhalten bleiben. Aus diesem Grund habe ich dem Bericht zugestimmt.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of increased harmonisation and technical specification for the European travel document for the return of illegally staying third-country nationals.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem pro. Evropská komise navrhla vzor harmonizovaného pasu, který by členské státy vydávaly vyhoštěným imigrantům pro účel jejich cesty zpět. Tato věc určitě nespasí Evropu před ilegální migrací. Koho dnes členský stát vyhostí, dostane buď do pasu razítko o vyhoštění nebo dostane náhradní doklad pro cestu zpět, pokud svůj pas nemá. Nové nařízení považuji spíš za snahu EU vyjít vstříc Turecku, které si klade podmínky pro přebírání ilegálních migrantů zpět. Chci ale dát tomuto návrhu šanci, aby se ukázalo, zda bude prospěšný.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Vraćanje nezakonitih državljana trećih zemalja jedno je od problematičnih područja upravljanja migracijama unutar EU-a. Sustav vraćanja migranata još nije učinkovit, što pokazuje činjenica da je 2014. godine izvršeno samo 40 % od ukupnog broja odluka o vraćanju koje su donijele države članice. Vraćanjem nezakonitih migranata oslobađa se prostor za prihvaćanje i zaštitu osoba kojima je to uistinu potrebno, što je osobito važno u trenutačnoj migrantskoj krizi.

Nepostojanje valjanih putnih isprava jedna je od glavnih prepreka uspješnom vraćanju nezakonitih migranata te se kao takva treba riješiti. Viši tehnički i sigurnosni standardi potrebni su kako bi se europske putne isprave smatrale važećima te kako bi se izbjegao problem krivotvorenja dokumenata. Također, usklađivanjem formata putne isprave i unošenjem u sustave kao što su Eurodac i Schengenski informacijski sustav poboljšava se djelotvornost europskog upravljanja migrantima.

Podržala sam ovo izvješće jer smatram da rješava problematiku vraćanja nezakonitih migranata te olakšava upravljanje trenutnom migrantskom krizom. Poboljšanje standarda europske putne isprave pridonijet će postizanju ciljeva Europskog migracijskog programa, povećati učinkovitost sustava vraćanja migranata te omogućiti azil onima kojima je uistinu potreban.

Светослав Христов Малинов (PPE), *в писмена форма*. – Винаги съм подчертавал, че бежанският поток към държавите – членки на Европейския съюз, представлява смесен поток от хора, търсещи убежище, и незаконни икономически имигранти. Радвам се, че успяхме да наложим като приоритет на Европейския съюз връщането на лицата, които не отговарят на условията за международна защита. В голяма част от случаите тези хора не притежават валидни документи за самоличност. Държавите членки изпитват големи затруднения да осъществят връщането им.

Данните показват, че по-малко от 40% от решенията за връщане са били реално изпълнени. Единният европейски пътен документ за връщането на незаконно пребиваващи граждани на трети страни е инструмент, с който целим да подобрим това. Той ще намали административната тежест и сроковете. Ефективността тук е от ключово значение. За да имаме една добре управлявана миграционна политика, системата трябва да е едновременно бърза и справедлива. По този начин и държавите ще бъдат улеснени, и самите бежанци ще получат необходимата им помощ.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Šodien apspriestā regula dos iespēju sakārtot šo jautājumu un beidzot ievest kārtību. Jauna dokumenta izsniegšana pati par sevi problēmu neatrisinās. Vajadzīgas vēl pūles, lai piespiestu attiecīgās valsts atzīt šo dokumentu. Bet tas ir nepieciešams posms, lai izveidotu efektīvu sistēmu, kura ātri un korekti risinās nelegālo imigrantu izraidīšanas problēmas.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Súčasné nedostatočné cestovné doklady s neuspokojivými bezpečnostnými prvkami, ktoré sú vydávané nelegálnym migrantom, komplikujú ich plynulý návrat do ich domovskej krajiny. Tretie krajiny tieto doklady neakceptujú.

Preto podporujem zavedenie špeciálneho európskeho cestovného dokladu pre návrat štátnych príslušníkov tretích krajín, s jednotným formátom a zdokonalenými technickými a bezpečnostnými prvkami. Zjednodušíme tak administratívu a uľahčíme návratovú politiku nelegálnych migrantov do krajín, ktoré sú na základe medzinárodných zmlúv a dohôd povinné ich prijať.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης για την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου σχετικά με ένα ευρωπαϊκό ταξιδιωτικό έγγραφο για την επιστροφή των παρανόμως διαμενόντων υπηκόων τρίτων χωρών, διότι η εν λόγω έκθεση είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Il s'agit ici de la création d'un document de l'Union en vue de faciliter le retour des «migrants en situation irrégulière». Celui-ci s'inscrit donc dans une logique européiste, faisant fi des prérogatives des États membres. Rappelons que la compétence politique en matière d'asile et d'immigration doit revenir aux États membres, en toute logique. Nous nous opposons ainsi à ce diktat de l'Union. La France doit pouvoir être capable de déterminer le format du document nécessaire pour le retour des migrants illégaux.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. — The European Union gladly welcomes third-country nationals as long as they have passports from visa- exempt countries or visas from those which do not qualify for a waiver. I have a concern about foreigners illegally staying in any of the Member States and not under refugee status, for the EU might not be able to guarantee the well-being of those who decide to overstay. Therefore, I voted in favour of the report to express my wish to take action on the matter.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Es necesaria una solución a largo plazo para estabilizar la actual crisis migratoria, aliviar la presión a la que están sometidos los Estados miembros y las agencias de la Unión y aumentar la capacidad y los recursos de que disponemos en esta materia.

Por esa razón, apoyo la propuesta sobre el Reglamento que regulará el documento de viaje europeo para el retorno de los nacionales de terceros países en situación irregular.

Proponemos que este documento constituya un requisito de todo acuerdo futuro celebrado por la Unión en materia de cooperación y de readmisión y que se establezcan las medidas necesarias para garantizar el funcionamiento del sistema, a la vez que se protegen los derechos humanos estas personas.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht behandelt die Vereinfachung des Rückführungsprozesses Drittstaatsangehöriger, sofern mit den Herkunftsländern Rückübernahmeabkommen geschlossen wurden. Dabei wird jedoch die gegenwärtige Situation relativiert. Somit enthalte ich mich meiner Stimme.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Asmenų, negalinčių pretenduoti į tarptautinę apsaugą ES, grąžinimas turi būti Europos Sąjungos prioritetas. Didinti grąžinamų neteisėtų migrantų skaičių gyvybiškai svarbu norint užtikrinti ES prieglobsčio sistemos vientisumą ir ES valstybių narių ir trečiųjų šalių bendradarbiavimą bei išsaugoti ES piliečių pasitikėjimą. Norint stabilizuoti dabartinę migrantų krizę, sumažinti valstybių narių ir ES agentūrų patiriamą spaudimą, taip pat padidinti pajėgumus ir išteklius ES viduje, būtina rasti ilgalaikį sprendimą.

ES negali toliau taikstytis su esamu į prieglobstį pretenduoti negalinčių asmenų sugrąžinimo mastu. Dabartinio standarto ES kelionės dokumentas turi būti iš esmės persvarstytas tiek jo formato, tiek įgyvendinimo požiūriu, kad jį labiau pripažintų trečiosios šalys ir kad jis būtų veiksmingas. Suderindamos kelionės dokumento formatą, valstybės narės sumažins biurokratinę naštą, nesuderinamumą, išlaidas ir laukimo laikotarpius bei, kaip tikimasi, paskatins trečiąsias šalis labiau jį pripažinti.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le projet d'«Europe forteresse», c'est un tonneau des Danaïdes dans lequel l'Union sombre, et elle doit sans cesse renouveler sa créativité pour tenter de contrer les migrations qu'elle a elle-même provoquées. Il s'agit ici d'uniformiser les documents de voyage qui servent aux opérations de retour et de réadmission des migrants déboutés dans leur demande d'asile ou en situation irrégulière. Et de numériser le tout dans les différents systèmes de fichage européen échafaudés ces dernières années (Eurodac, VIS II). Y compris les «signes distinctifs» du migrant… La Commission réalisera régulièrement une «évaluation du taux de reconnaissance du document de voyage par chaque pays tiers», pour savoir quel pays étranger est le plus mauvais élève et doit être pénalisé dans ses accords commerciaux, d'élargissement ou autre. On voit bien là que Bruxelles veut toujours plus de moyens pour éteindre les symptômes de la crise migratoire au détriment des droits des migrants, sans jamais chercher à en éteindre les causes. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il s'agit ici de la création d'un document de l'Union en vue de faciliter le retour des «migrants en situation irrégulière». Celui-ci s'inscrit donc dans une logique européiste, faisant fi des prérogatives des États membres. Rappelons que la compétence politique en matière d'asile et d'immigration doit revenir aux États membres, en toute logique.

En conséquence, j'ai voté contre la proposition de la Commission et la résolution.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O objetivo da presente proposta é estabelecer um documento de viagem europeu específico para o regresso dos nacionais de países terceiros objeto de uma decisão de regresso, prevendo um modelo-tipo e características técnicas e de segurança reforçadas que assegurem uma aceitação mais ampla por parte dos países terceiros e um recurso crescente a este documento para efeitos de readmissão. A sua utilização deve ser promovida nos acordos de readmissão bilaterais e da UE ou noutros acordos. A presente proposta surge na sequência do anúncio do Plano de Ação da UE sobre o Regresso no sentido de explorar formas de melhorar o reconhecimento dos livres-trânsitos da UE por parte dos países terceiros. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this report as it is imperative that the Union has an asylum system able to return effectively those applicants who do not qualify for protection. This must be done in a way that respects their rights, while ensuring that the appropriate resources are directed towards those who do qualify for asylum.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Je salue l'adoption de cette législation relative à la création d'un document de voyage européen destiné au retour de ressortissants de pays tiers en séjour irrégulier et pour laquelle j'ai représenté les Libéraux au sein du Parlement européen. Ce document européen aux paramètres de sécurité renforcés devrait être davantage susceptible d'être reconnu par les pays tiers dont l'on attend qu'ils réadmettent les personnes en situation irrégulière. Alors que l'Union est confrontée à la crise des réfugiés et se doit d'honorer ses obligations morales et juridiques en matière de protection internationale, il est impératif de renforcer l'efficacité et la cohérence de notre politique d'asile. Accroître la mise en œuvre des décisions de retour de personnes faisant l'objet d'une décision de retour est un outil essentiel à la réalisation de cet objectif. Moins de 40 % des décisions de retour sont appliquées à travers l'Union. Il est temps de remédier à ces lacunes qui minent la crédibilité de la politique européenne en matière d'asile. La reconnaissance de ce nouveau document de retour par les pays tiers devrait donc être systématiquement encouragée lors de la conclusion d'accords de réadmission. L'examen par la Commission de l'efficacité de ce nouveau document sur la politique de retour fera l'objet de toutes les attentions.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* — Návrat osôb, ktoré nespĺňajú podmienky pre medzinárodnú ochranu v rámci EÚ, musí byť prioritou Únie pre posilnenie integrity azylových systémov EÚ, ako aj pre spoluprácu medzi členskými štátmi EÚ tretími krajinami a na zachovanie dôvery občanov. Návrh poukazuje na potrebu prepracovania existujúceho cestovného dokladu EÚ, aby sa zlepšilo jeho uznávanie tretími štátmi a jeho účinnosť. Mnohé tretie krajiny nie sú doteraz ochotné akceptovať doklady pre návrat vydané členskými štátmi EÚ pre ich nedostatočnú kvalitu. Okrem harmonizácie formátu cestovného dokumentu, ktorá by zvýšila mieru uznania dokladu tretími krajinami, ako aj znížila byrokraciu, náklady a čakacie lehoty, návrh poukazuje aj na potrebu pravidelných analýz fungovania dokladu, zabezpečenie výmeny informácií medzi členskými štátmi, pokiaľ ide o vydávanie cestovných dokladov a o osoby uvedené ako neoprávnene sa zdržiavajúci štátni príslušníci tretích krajín. Návrh svojim hlasom podporujem.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, which aims to establish a dedicated European travel document for the return of third-country nationals subject to a return decision. This regulation aims to provide for a uniform format and enhanced technical and security features to ensure a wider acceptance by third countries and the increase use of such document for readmissions. The returns should be carried out in a humane manner, ensuring the safe return and the safety of the returnees, and such returns must be carried out with full respect for fundamental rights.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Sok harmadik ország nem hajlandó elfogadni az elutasított menedékkérők számára az uniós tagállamok által kiadott visszatérési célú okmányokat, mert azok rossz minőségű dokumentumok. A Bizottság ezért az illegálisan tartózkodó harmadik országbeli állampolgárok visszatéréséhez biztosított európai úti okmányról szóló rendelet elfogadására tett javaslatot a Parlamentnek és a Tanácsnak. Az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság jelentésében azt ajánlotta a Parlamentnek, hogy a Bizottság javaslatát első olvasatban 32 módosító indítvánnyal fogadja el. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce texte propose l'introduction d'un document européen de voyage standard pour simplifier le retour des ressortissants non européens en situation irrégulière dans les États membres de l'Union et qui ne peuvent présenter de carte d'identité ou de passeport.

Cette nouvelle norme permettait de définir un format commun de document européen de voyage, qui contiendrait des informations personnelles ainsi qu'une photographie officielle, afin de limiter les contrefaçons et les falsifications.

Nous refusons cette proposition, qui constitue un nouveau pas vers l'établissement d'une politique commune en matière d'asile et d'immigration. La politique d'immigration relève de la responsabilité des États membres, et c'est donc à eux d'en déterminer les principes et les modalités.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O regresso dos migrantes que não são elegíveis para proteção internacional na UE é um dos grandes desafios da UE. Aumentar a taxa de regresso dos migrantes em situação irregular é fundamental para assegurar a integridade do sistema de asilo da UE, para a cooperação entre os Estados-Membros da UE e os países terceiros e para a manutenção da confiança dos cidadãos da UE.

Subscrevo a posição do relator quanto à necessidade de reformular o formato e a aplicação do documento de viagem normalizado existente na UE, a fim de aumentar o seu reconhecimento por países terceiros e conseguir que o mesmo seja eficaz.

Subscrevo também que deve ser garantida a troca de informação entre os Estados-Membros relativamente à emissão dos documentos de viagem e aos indivíduos incluídos na lista de nacionais de países terceiros em situação de permanência ilegal que não possuem documentos de viagem válidos para aumentar o reconhecimento mútuo das decisões de asilo na UE e evitar a movimentação secundária daqueles requerentes a quem foi recusado o direito de asilo.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Cette mesure constitue un nouveau pas vers l'établissement d'une politique commune en matière d'asile et d'immigration, ce que je refuse pour des raisons évidentes de souveraineté. C'est aux États membres, et à eux seuls, de déterminer les lignes directrices et les modalités de leur politique d'immigration. Un pays comme la France devrait être parfaitement capable de déterminer le format du document nécessaire pour le retour des migrants illégaux. Je vote donc contre.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted in favour of the report. EU countries currently face serious difficulties when repatriating migrants back to their home countries due to the fact that the documents used to facilitate the journey are not recognised by the countries of return. Having a single, unified EU document can be viewed as a diplomatic tool which will assist Member States in carrying out safer returns. The UK has opted out of the proposal and will not be affected by this legislation.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la création du document européen de voyage destiné au retour des ressortissants de pays tiers en situation irrégulière. Alors que le taux effectif d'exécution des décisions de retour en 2014 était de moins de 40 %, l'Union européenne doit améliorer et accélérer le retour des migrants qui n'ont pas vocation à rester sur son territoire. Je me réjouis de voir enfin un texte relatif à la politique migratoire de l'Union européenne qui ne constitue pas un appel d'air pour l'immigration illégale.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur le document de voyage destiné au retour des ressortissants de pays tiers en séjour irrégulier. Le rapport se concentre sur trois objectifs: harmoniser le format et les spécifications techniques de ce document pour les ressortissants de pays tiers en séjour irrégulier, faciliter la reconnaissance d'un tel document par les pays tiers et contribuer à réduire le laps de temps pendant lequel ces personnes sont maintenues en détention administrative.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Returning persons who do not qualify for international protection within the EU is one of the priorities of the European Union. I voted for this report, which should improve the rates of return of irregular migrants, in order to maintain the integrity of the EU asylum system.

Norica Nicolai (ALDE), *in writing*. – In the context of increasing migration to the EU by third-country nationals, this proposal for a regulation could not be more timely.

I voted in favour of it, as harmonising the European travel document for the return of illegally staying third-country nationals should be a way of gaining control of the current migration crisis, fostering higher return rates while reducing the strain on the EU asylum system. Strengthening the technical and security standards of the travel document would lower the administrative burden of the readmission processes both in the EU and in third countries, and would reduce instances of third countries not accepting the return papers of illegally staying third-country nationals.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Návrh Komise na harmonizaci prvků cestovního dokladu pro návrat neoprávněně pobývajících státních příslušníků třetích zemí EU vítám jako konkrétní příspěvek k řešení migrační krize. Návratová politika EU je jedním z míst migrační politiky, kde EU nejvíc tlačí pata, když se daří vracet pouze asi každou druhou osobu, která má podle rozhodnutí příslušného orgánu opustit území EU. Nová úprava cestovního dokladu EU by měla vést ke zlepšení jeho uznávání ze strany třetích zemí a omezit byrokracii a čekací lhůty v členských státech při jejich vydávání. Pro zajištění plné účinnosti schválených změn je třeba, aby se uznávání cestovního dokladu EU stalo podmínkou pro uzavírání dohod EU o zpětném přebírání a spolupráci.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted against this report. This proposed regulation is essentially a deportation charter. The focus of the proposal is to create a common EU travel document, with the sole purpose of deportation, to be issued only to third-country nationals in the EU 'illegally'.

This EU deportation passport would be uniform and mandatory for Member States to use. It would be printed only in an EU or one third-country language, so most people affected by it would not be able to read it. The document is to specify 'distinguishing features'; would contain personal data; and would be managed by EURODAC and the Schengen Information Service. Recognition of this deportation document would also be a prerequisite for any third-country migration/asylum cooperation with the EU.

For the above reasons, I voted against the proposal.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Bezüglich der Vereinfachung des Rückführungsprozesses von Drittstaatsangehörigen habe ich mich meiner Stimme enthalten, da, sofern mit den Herkunftsländern Rückübernahmeabkommen geschlossen wurden, die gegenwärtige Situation relativiert wird.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Olukorras, kus EL on suure sisserändajate laine all, ei saa EL endale lubada seda, et ELis väljastatav reisidokument oleks ajale jalgu jäänud, teiste riikide poolt mittetunnustatav selle viletsa kvaliteedi tõttu või mõnel muul põhjusel. Ühtsed tagasisaatmisdokumentide standardid ELi liikmesriikides on elementaarsed ning tuleb viivitamatult ellu viia. Samamoodi on ka viimane aeg hakata ELi liikmesriikidel omavahel teavet vahetama väljastatud reisidokumentide ning reisidokumenti mitte omavate kolmandate riikide kodanike kohta.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted to abstain on this legislative report. Whilst UKIP supports the accelerated return of migrants who are illegally staying in Europe, we do not support the creation of an EU harmonised travel document that progresses EU integration.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Accogliendo sempre più i timori e la necessità di sicurezza dei cittadini, esprimerei il mio parere positivo al testo proposto.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Migrantska kriza kojom je Europa pogođena stvara probleme u socijalnom, regulatornom i ekonomskom aspektu. Sa socijalnog aspekta teška je prilagodba migranata na području EU-a. Građani brinu za svoju sigurnost i osjećaju strah pogotovo od migranata koji su nezakonito na području EU-a.

Regulatorni aspekt se odnosi na problem prihvaćanja trenutnih putnih isprava za vraćanje u treće zemlje onih koji nezakonito borave u EU-u te je potrebno poboljšati sustav isprava za vraćanje migranata i sustav identificiranja takvih, što opet iziskuje određena novčana sredstva koja stvaraju problem u ekonomskom smislu. Za cijelu Europu i građane EU-a bitno je riješiti problem migranata i postaviti ovaj problem kao prioritet, jer utječe na cijeli europski sustav.

Moramo građanima Europe dokazati da se borimo za njihovu sigurnost te osigurati više tehničke i sigurnosne standarde. Ne smije se dopustiti da instrumenti provedbe zakažu i donesu još više problema nego ih sada Europa ima.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – La proposition vise à introduire un document européen de voyage standard afin d'accélérer le retour des ressortissants non européens en situation irrégulière au sein des États membres de l'Union et ne possédant ni passeport, ni carte d'identité.

Cette mesure constitue un nouveau pas vers l'établissement d'une politique commune en matière d'asile et d'immigration, ce que je refuse pour des raisons évidentes de souveraineté. C'est aux États membres, et à eux seuls, de déterminer les lignes directrices et les modalités de leur politique d'immigration. Un pays comme la France devrait être parfaitement capable de déterminer le format du document nécessaire pour le retour des migrants illégaux.

Je vote donc contre ce rapport.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Gli attuali tassi di rimpatri sono assolutamente insufficienti. Senza rimpatri celeri e certi, né l'area Schengen né il sistema comune europeo di asilo potranno mai reggere al peso dei flussi migratori. È necessario procedere a una revisione sostanziale del documento di viaggio standard dell'UE al fine di incrementarne il riconoscimento da parte dei paesi terzi. Armonizzando il formato del documento di viaggio, gli Stati membri ridurranno la burocrazia, le divergenze, i costi e i tempi di attesa.

È cruciale, inoltre, garantire lo scambio di informazioni tra gli Stati membri per quanto concerne l'emissione di documenti di viaggio e i soggetti che risultano cittadini di paesi terzi in soggiorno irregolare e che non possiedono alcun documento di viaggio valido, al fine di incrementare il riconoscimento reciproco delle decisioni in materia di asilo in tutta l'UE ed evitare movimenti secondari da parte dei richiedenti asilo respinti.

Sono convinto che la gestione dei flussi migratori irregolari, in particolare l'attuazione degli ordini di rimpatrio, sia un tema sul quale l'UE si gioca la sua credibilità sia sulla scena internazionale che agli occhi dei propri cittadini. Per questo motivo ho votato a favore dell'approvazione di questo regolamento.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Niniejsze sprawozdanie aktualizuje standardowy europejski dokument podróży stworzony w 1994 r. w celu przyspieszenia procesu powrotu obywateli państw trzecich nielegalnie przebywających w krajach UE bez ważnych paszportów lub dokumentów tożsamości.

Wiele krajów UE stoi obecnie w obliczu poważnych trudności związanych z organizacją bezpiecznego i zgodnego z prawem powrotu tych osób do swoich krajów. Stopień akceptacji przez kraje docelowe dokumentów zastępczych stosowanych przez państwa członkowskie jest obecnie niski ze względu na niedostateczne szczegóły związane z bezpieczeństwem oraz różne formaty. Brak ważnych dokumentów podróży wydawanych przez niektóre kraje trzecie jest także główną przeszkodą na drodze do powodzenia procesu powrotu.

Przegląd tego dokumentu tworzy wspólny format europejskiego dokumentu podróży. Zawarte w nim nowe dane techniczne miałyby także obejmować dane osobowe. Zastosowanie tych samych cech bezpieczeństwa określonych w 2002 r. dla wiz wydawanych przez państwa UE mieszkańcom bez ważnych dokumentów podróży powinno skutkować większym uznawaniem dokumentów i zmniejszeniem obciążenia administracyjnego zarówno w UE, jak i dla władz krajów przeznaczenia. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu la création d'un document européen destiné au retour des ressortissants de pays tiers en situation irrégulière. D'après les études d'Eurostat, en 2014, seulement 40 % des décisions de retour étaient effectivement exécutées. Ce taux, réellement faible, peut être en partie lié au faible taux de reconnaissance des documents de voyage par les pays tiers, en raison notamment de la diversité des documents présentés par les États membres. L'objectif ici est donc d'instaurer un document de voyage uniformisé, tel que proposé par la Commission européenne, qui compléterait ainsi les différents instruments de lutte contre l'immigration irrégulière au sein de l'Union européenne.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Sendo um dos agentes centrais na atual crise migratória, a União Europeia não se pode dar por satisfeita com a atual taxa de regresso dos nacionais de países terceiros em situação irregular aos respetivos Estados, nos casos de requerimentos de asilo não aprovados.

De forma a assegurar a integridade do novo sistema de asilo da União, assim como a cooperação entre os Estados-Membros, é fundamental, desde logo, resolver as dificuldades que atravessam os migrantes em situação irregular. Uma dessas dificuldades prende-se com o facto de alguns países terceiros não aceitarem os documentos de regresso emitidos pelos Estados-Membros. O presente relatório propõe a harmonização do formato e das especificidades técnicas desse documento – vale dizer, propõe um documento europeu *tout court* – sempre no pressuposto da garantia das normas de segurança mais elevadas, bem como da salvaguarda do risco de contrafação e de falsificação.

Votei favoravelmente o presente relatório, porque considero que, com a harmonização do formato do documento de viagem, os Estados-Membros conseguirão reduzir a burocracia, a variação, os custos e os períodos de espera associados ao retorno dos migrantes em situação irregular aos respetivos Estados, assim como o reconhecimento deste documento de viagem por parte de países terceiros.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, pois considero que esta proposta é fundamental para manter vivo o sentido de solidariedade entre os povos e respeitar os direitos da pessoa humana. É fundamental sermos solidários para quem se encontra numa situação irregular e deve ser encontrada uma solução de longo prazo para a atual crise dos migrantes, num espírito de cooperação entre os Estados-Membros e as agências da UE, não limitada, mas também sobre a emissão de documentos de viagem e aos indivíduos incluídos na lista de nacionais de países terceiros em situação de permanência ilegal que não possuem documentos de viagem válidos para aumentar o reconhecimento mútuo das decisões de asilo na UE e evitar a movimentação secundária daqueles requerentes a quem foi recusado o direito de asilo.

Devido aos elevados números de pedidos de asilo que não são aprovados, é necessário um documento que harmonize o processo da viagem, reduza a burocracia, os custos, o período de espera e que aumente o seu reconhecimento por parte de países terceiros.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Apesar de esta regulação estabelecer um formato comum e as especificações técnicas e de segurança do documento de viagem europeu para o regresso dos nacionais de países terceiros em situação irregular, é preciso compreender que o processo de retorno é apenas uma parte de uma Agenda Europeia da Migração, e que esta deve vir acompanhada da garantia de que esse processo é conduzido no estrito respeito dos direitos humanos.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Actualmente el procedimiento europeo previsto para devolver a los migrantes en situación irregular y sobre los que pesa una orden de retorno, no es eficaz. En 2014, menos del 40% del número total de las decisiones de retorno emitidas por los Estados miembros se llevaron a la práctica. Sin embargo, alrededor del 60% de las veces, la facilitación de este retorno, incluso cuando se trata de un retorno voluntario y deseado, no puede llevarse a efecto porque el país de origen se niega a aceptar esa persona de nuevo en su territorio debido, entre otras cosas, a la falta de documentos o, el reconocimiento de estos documentos.

Este Reglamento, que he apoyado con mi voto, establece un documento de viaje europeo uniforme que facilita el retorno de los nacionales de terceros países sujetos a una decisión de retorno. El documento deberá contener una fotografía de pasaporte y ser expedido en una lengua oficial de la UE, con traducción al inglés y al francés y, cuando sea posible, a la lengua del país de retorno. A propuesta socialista, el informe recuerda que la devolución, expulsión y extradición deben ser un elemento de última instancia sujeto a un recurso efectivo.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la proposition de règlement relatif à un document de voyage européen destiné au retour des ressortissants de pays tiers en séjour irrégulier.

Ce règlement crée un meilleur document de voyage pour l'avenir qui sera plus largement utilisé par les États membres et reconnu par les États tiers. Ceci permettra de faciliter les retours.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Na sequência da desmedida vaga migratória que tem assolado a UE nos últimos anos e que constitui, atualmente, umas das principais prioridades da agenda europeia, muitos são os migrantes que não estão abrangidos pelo regime de proteção internacional na UE, tendo necessidade de sair do espaço europeu.

Ora, este relatório versa sobre a proposta de regulamento do Parlamento e do Conselho relativo a um documento de viagem europeu para o regresso dos nacionais de países terceiros em situação irregular na UE. O objetivo é não só tentar estabilizar a atual crise migratória, como também aliviar a pressão nos Estados-Membros e nas agências europeias, cuja capacidade e recursos são, como bem sabemos, limitados.

Não se trata de tentar dar resposta a uma situação meramente conjuntural, pois este é um drama que afeta a própria estrutura da política migratória europeia; pretende-se antes promover uma harmonização e reformulação substantiva do formato e da aplicação deste documento de viagem europeu, reforçando o seu reconhecimento por parte de países terceiros.

Através deste Regulamento será possível à UE garantir um maior grau de segurança e fiabilidade das normas técnicas, designadamente, em matéria de contrafação e falsificação destes documentos.

Estou globalmente de acordo com as sugestões apresentadas pelo relator e, nessa medida, votei favoravelmente este relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui fixe les conditions que doivent remplir les documents de voyage européens nécessaires au retour des ressortissants des pays tiers déboutés de leurs demandes d'asile. Ce rapport demande l'établissement d'un modèle commun et des spécifications techniques et de sécurité du document de voyage européen harmonisé.

Si l'Union veut garantir une protection internationale rapide à ceux qui en ont réellement besoin, il est nécessaire qu'elle se donne les moyens de faire respecter les accords de réadmission contractés avec des pays tiers.

Dans cette perspective, j'ai soutenu ce rapport qui instaure un document harmonisé, instrument utile à la politique de retour.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos en contra de este informe al tratarse de un texto legitimador del mecanismo de expulsión regulada de personas migrantes que forma parte de la lógica represora y securitaria con el que la UE ha decidido enfrentar la crisis humanitaria provocada en parte por su irresponsable política exterior. Ninguna de las enmiendas de nuestro grupo, centradas en el necesario respeto a los derechos de las personas migrantes y a la protección de datos fue incluida en el texto final.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Vorschlag eines europäischen Reisedokuments für die Rückführung irregulärer Drittstaaten-Migranten gestimmt, da ein abgestimmtes, harmonisiertes Dokument den Prozess der geordneten Rückführung und der Wiederaufnahme in den Drittländern beschleunigt und somit für Entlastung der zuständigen europäischen Behörden sorgt.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – La expulsión de personas que han huido de las guerras, la miseria y la explotación generadas por Occidente es uno de los elementos clave de la Europa Fortaleza que rechazamos. Entendemos que esta es una medida contraria a los derechos de las personas migrantes, a las que se expulsa con violencia y contra su voluntad y cabe recordar que el desplazamiento forzoso está recogido en el derecho internacional como delito de lesa humanidad. Por esto, hemos votado en contra de esta propuesta cuyo único objetivo es acelerar estas deportaciones y reducir las escasas garantías y derechos que pudieran tener las personas migrantes.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report. EU countries currently face serious difficulties when repatriating migrants back to their home countries due to the fact that the documents used to facilitate the journey are not recognised by the countries of return. Having a single, unified EU document can be viewed as a diplomatic tool which will assist Member States in carrying out safer returns. The UK has opted out of the proposal and will not be affected by this legislation.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Podporila som návrh legislatívneho uznesenia, pretože návrat štátnych príslušníkov tretích krajín, ktorí nespĺňajú alebo prestali spĺňať podmienky na vstup alebo pobyt na územie Únie, považujem za mimoriadne dôležitú súčasť komplexného úsilia zaistiť dôveryhodnosť a riadne a účinné fungovanie migračnej politiky Únie. Mrzí ma, že aj napriek tomu, že v odporúčaní Rady z 30. novembra 1994 sa stanovil štandardný cestovný doklad pre návrat v celej Únii, je mnoho štátnych príslušníkov tretích krajín, ktorí sa neoprávnene zdržiavajú na území Únie a nemajú takýto platný cestovný doklad. To pochopiteľne spôsobuje členským štátom vážne problémy pri ich zákonnom a bezpečnom navracaní do ich krajiny návratu. Verím preto, že v záujme stabilizácie súčasnej migračnej krízy dôjde na základe prijatých opatrení k zmierneniu tlaku na členské štáty a agentúry EÚ a posilneniu kapacít a zdrojov v rámci EÚ, ktoré v tejto oblasti poskytnú nielen krátkodobé, ale aj dlhodobé riešenia. Keďže doteraz mnohé tretie krajiny nie sú ochotné akceptovať doklady pre návrat vydané členskými štátmi EÚ pre ich nedostatočnú kvalitu, súhlasím s tým, aby sa štandardný cestovný doklad EÚ nielen prepracoval, ale jeho uznanie by sa malo stať stálou požiadavkou v rámci každej budúcej dohody EÚ o readmisii a spolupráci.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Zprávu o návrhu nařízení o evropském cestovním dokladu pro navracení neoprávněně pobývajících státních příslušníků z Unie do třetích zemí jsem se rozhodla podpořit.

Z dostupných dat lze dovodit, že míra navracení nelegálních migrantů do třetích zemí je stále velmi nízká a třetí státy současně odmítají přijímat nepříliš kvalitní doklady pro navracení vydávané jednotlivými členskými státy. Za účelem zlepšení této nepříznivé situace a omezení nelegální migrace je proto nutné vytvořit jednotný unijní doklad s kvalitními technickými a bezpečnostními prvky, který mohou úřady třetích zemí lépe akceptovat.

Díky vyšší akceptaci úřady třetích zemí se takový doklad nejen může stát dalším účinným nástrojem pro boj s nelegální migrací, ale zajistí místo v Evropě pro ty, kteří azyl skutečně potřebují.

Drobné výhrady mám pouze ke dvěma pozměňovacím návrhům. Domnívám se, že by členské státy neměly usilovat o „získání záruky“ uznání dokladu, ale přímo o jeho uznání. Rovněž, navracení nelegálních migrantů by se mělo týkat nejen těch, kteří nesplňují podmínky pro vstup a přítomnost v Unii, ale i těch, kteří nesplňují podmínky pro „pobyt“.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Die vergangenen Jahre haben leider deutlich aufgezeigt, dass die EU und deren Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Asyl- und Flüchtlingskrise völlig überfordert sind. Dies liegt vor allem daran, dass bestehendes Recht und internationale Verträge wie die Dublin-Verordnung oder der Schengen-Besitzstand nicht umgesetzt werden. Ein wichtiger Baustein, um wieder Kontrolle über diese Krise zu gewinnen, ist die Vereinfachung der Rückführungen von abgewiesenen Asylbewerbern bzw. von sich illegal in der EU aufhaltenden Drittstaatsangehörigen. Zu diesem Zweck soll ein einheitliches europäisches Reisedokument geschaffen werden, welches entsprechende Rückführungen erleichtert. Damit wird ein Schritt zur Wiederherstellung rechtsstaatlicher Grundsätze im Asylbereich unternommen und das erschütterte Vertrauen der Bürger in die Politik ein Stück weit zurückgewonnen. Denn nur wenn illegal in die EU gelangte Wirtschaftsmigranten konsequent abgeschoben werden, kann die Bereitschaft der Bürger zur Hilfe für wirklich Verfolgte und an Leib und Leben Bedrohte erhalten bleiben. Aus diesem Grund habe ich dem Bericht zugestimmt.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Zavedenie náhradného cestovného dokladu slúžiaceho pre rýchlu a bezpečnú readmisiu osôb do ich domovských krajín je veľkým krokom vpred v rámci systémového riešenia migračnej krízy. Aby tento doklad spĺňal svoj účel, však bude potrebné zabezpečiť, aby ho uznávalo čo najviac štátov sveta.

Jaromír Štětina (PPE), *písemně*. – Velmi rád jsem na plénu EP podpořil vznik nového jednotného evropského cestovního dokladu pro navracení neoprávněně pobývajících státních příslušníků třetích zemí v EU. Stávající míra navracení neúspěšných kategorií žadatelů o azyl je napříč EU velmi nízká. Za rok 2015 se podařilo provést 43 % rozhodnutí o navracení. I když hlavním kamenem úrazu je problematická spolupráce se třetími zeměmi při zpětném přebírání svých občanů v širším okruhu otázek, evropský cestovní doklad pro navracení je dobrým a přínosným nástrojem. Nařízení EP a Rady stanoví jednotnou formu tohoto dokladu, zvyšuje jeho kvalitu zaváděním bezpečnostních prvků, a tím odstraňuje jednu z příčin odmítání dokladů vydaných členskými státy třetími zeměmi. Tento krok by tak měl napomoci zvýšit

míru úspěšného provádění readmisních dohod členských států a EU se zeměmi tranzitu či původu osob vyhoštěných z území členských států, včetně neúspěšných žadatelů o azyl.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće budući da je za neke državljane trećih zemalja, koji nepropisno borave na području Unije te ne posjeduju valjane putne isprave, potrebno pronaći zakonit, siguran i dostojanstven način vraćanja tih osoba u zemlje iz kojih potječu te osigurati ponovni prihvat.

Poglavito, što je to i obveza propisana međunarodnim običajnim pravom koju sve države moraju poštivati. S obzirom da mnoge treće zemlje ne žele priznati isprave za vraćanje izdane u državama članicama zbog loše kvalitete istih, nužno je da EU uspostavi sigurniju i usklađeniju europsku putnu ispravu te uspostavi više tehničke standarde radi zaštite od falsificiranja i krivotvorenja, čime bi se i smanjilo administrativno i birokratsko opterećenje administracija država članica i trećih zemalja.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Ich kann keinen Mehrwert erkennen, illegal aufhältigen Drittstaatsangehörigen („illegalen Einwanderern“) ein besonderes Reisedokument zu überreichen. Illegale Flüchtlinge haben ihren richtigen Pass in der Regel ja verloren (nicht jedoch ihr iPhone), oder sie verfügen über einen gefälschten Pass. Wozu jetzt noch mehr Bürokratie? Ich habe mich bei dieser Entschließung enthalten.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Prioritet Europske unije mora biti vraćanje osoba koje ne ispunjavaju uvjete za dobivanje međunarodne zaštite u EU-u s obzirom da je trenutačna stopa vraćanja tražitelja azila koji ne zadovoljavaju uvjete nedovoljna kako bi se očuvao integritet sustava azila EU-a, suradnja država članica EU-a s trećim zemljama i zadržavanje povjerenja građana Europske unije.

Radi toga je potrebno postojeću standardnu putnu ispravu Europske unije znatno izmijeniti u smislu formata i provedbe kako bi se unaprijedilo njezino priznavanje u trećim zemljama te kako bi bila djelotvornija. Između ostalog, važno je uskladiti formu putne isprave država članica, zaštititi je od krivotvorenja te osigurati razmjenu informacija među državama članicama u vezi s izdavanjem putnih isprava.

Podržavam Izvješće o Prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o europskoj putnoj ispravi za vraćanje državljana trećih zemalja s nezakonitim boravkom Odbora za građanske slobode, pravosuđe i unutarnje poslove.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o evropski potni listini za vrnitev nezakonito prebivajočih državljanov tretjih držav.

Migrantska oziroma begunska kriza, ki smo ji priča v zadnjem času, ter različne varnostne grožnje terjajo od nas ukrepanje. Vrnitev tistih, ki niso upravičeni do mednarodne zaščite v Evropski uniji, ter izboljšanje vrnitve migrantov brez urejenega statusa je bistveno za celovitost azilnega sistema EU.

Podpiram, da je potrebno temeljito spremeniti oblike in izvajanje obstoječe standardne potne listine EU, da bi povečali njeno priznavanje v tretjih državah in njeno učinkovitost. S tem bodo države članice zmanjšale birokracijo, število različic, stroške in čakalno dobo.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Είναι αδύνατο να παραβλέψουμε ότι στο έδαφος της Ένωσης υπάρχουν εκατομμύρια παράνομα διαμένοντες μετανάστες και άτομα των οποίων η αίτηση για χορήγηση ασύλου έχει απορριφθεί.

Όλοι αυτοί διαμένουν ή κυκλοφορούν παράνομα εντός της ΕΕ και είναι ανόητο να πιστεύουμε ότι το μεγάλο πρόβλημα για την επαναπροώθησή τους είναι η χορήγηση σωστών ταξιδιωτικών εγγράφων.

Στην περίπτωση της Τουρκίας και των υπολοίπων τρίτων χωρών που, ενώ έχουν υπογράψει συμφωνίες επανεισδοχής δεν τις τηρούν και μάλιστα απαιτούν περισσότερα ανταλλάγματα, οφείλουμε να απαντήσουμε δυναμικά και αποφασιστικά.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Támogattam az előterjesztést, annak tudatában, hogy a jogellenesen az EU területén tartózkodó, vagy oda belépett harmadik országbeli személyek hazatérését – adott esetben kitoloncolását – lehetővé tevő uniós dokumentumok formai és tartalmi harmonizálása a hatékonyabb és egyben humánusabb közös menekültpolitika sürgető előfeltétele. A migránsok és menekültek befogadását politikai okból, idegenellenességből elutasító tagállamok, vagy befogadásra kötelezett célállamok eddig túl könnyen, túl gyakran hivatkozhattak az ilyen úti okmányok hiányosságaira.

Ezt az adminisztratív-politikai taktikázást persze a jövőben sem tudjuk teljesen megszüntetni, de az új, egységesített és korszerű okmányok révén a nem együttműködő kormányok – EU-n belül és kívül – egy ürüggyel kevesebbel rendelkeznek majd az elutasításra, egyben a migránsokkal való embertelen bánásmódra. Abban bízom, hogy e határozat nyomán, a korszerűbb okmányok bevezetésével együtt az EU fokozza majd erőfeszítéseit újabb befogadási és toloncegyezmények kötésére az eddig ettől elzárkózó országokkal.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – W 2014 roku państwa członkowskie UE wydały prawie pół miliona decyzji nakazujących powrót migrantów, którzy nie posiadają prawa do wjazdu lub przebywania na terytorium UE. Jednak zaledwie 40 % spośród nich faktycznie powróciło do państwa niebędącego członkiem UE. Jedną z głównych przeszkód uniemożliwiających powrót jest brak ważnych dokumentów podróży osób powracających.

Skuteczny powrót obywateli państwa trzeciego, którzy nie spełniają warunków wjazdu, pobytu lub zamieszkania na terytorium UE lub przestali je spełniać, jest niezbędny w celu zapewnienia wiarygodności i prawidłowego funkcjonowania polityki migracyjnej UE oraz ograniczania nielegalnej migracji i zniechęcania do niej.

W sprawozdaniu słusznie podkreślono potrzebę zapewnienia przez państwa członkowskie UE skutecznego stosowania europejskiego powrotowego dokumentu podróży, który będzie zawierać informacje na temat wyjazdu i przyjazdu obywatela państwa trzeciego. Konieczne jest również zacieśnienie współpracy z przedstawicielstwami dyplomatycznymi w tej kwestii, przy poszanowaniu obowiązującego prawa międzynarodowego i prawa Unii Europejskiej.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – The proposed regulation aims to establish a dedicated European travel document for the return of third-country nationals subject to a return decision. This regulation provides for a uniform format and enhanced technical and security features, with the aim of ensuring wider acceptance of the document by third countries and increasing its use for readmissions. Some 60% of returns cannot be facilitated because the country of origin refuses to accept the person in question back into their country because of a lack of documents or the non-recognition of documents.

There should be a guarantee that returns are carried out in a humane manner, ensuring the safe return and the safety of the returnees, and that fundamental rights are fully respected. I therefore support this regulation, which ensures all of the above.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je me suis prononcé en faveur du texte. Le retour des personnes qui ne remplissent pas les conditions pour bénéficier d'une protection internationale au sein de l'Union doit être une priorité pour l'Union européenne. L'amélioration du taux de retours de migrants en situation irrégulière est essentielle pour l'intégrité du système d'asile de l'Union, la coopération entre les États membres de l'Union et les pays tiers, et le maintien de la confiance des citoyens de l'Union.

Il convient de mettre en place une solution à long terme, afin de stabiliser la crise migratoire actuelle, d'alléger la pression exercée sur les États membres et les agences de l'Union, et d'augmenter les capacités et les ressources au sein de l'Union européenne.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the regulation on a European travel document for the return of illegally staying third-country nationals, as I believe that this initiative is urgently needed to improve the rate of returns for irregular migrants, and thereby stabilise the current migrant crisis in Europe. By harmonising the content and the technical specifications of the EU travel document we will not only increase its recognition by third countries, and reduce bureaucracy and associated costs for Member States through better cooperation, but also deter attempts at counterfeiting and falsification. A harmonised return policy will also guarantee that these returns are carried out with the full observance of fundamental rights.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog o potni listini za vrnitev nezakonito prebivajočih državljanov tretjih držav sem podprla, saj menim, da je izboljšanje stopnje vrnitve migrantov brez urejenega statusa bistven korak k zagotavljanju celovitosti azilnega sistema, sodelovanja med državami članicami in tretjimi državami ter za ohranjanje zaupanja državljanov v EU.

Z uskladitvijo oblike potne listine bodo države članice zmanjšale birokracijo, število različic, stroške in čakalno dobo, upati pa je tudi, da se bo s tem povečalo tudi priznavanje dokumenta v tretjih državah. Zagotavljanje izmenjave informacij med državami članicami o izdajanju potnih listin in posameznikih, navedenih kot nezakonito prebivajočih državljanih tretje države brez veljavne potne listine, je bistveno, saj se tako lahko poveča medsebojno priznavanje odločb o azilu v celotni Evropski uniji in prepreči sekundarne premike neuspešnih prosilcev za azil.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos en contra de este informe al tratarse de un texto legitimador del mecanismo de expulsión regulada de personas migrantes que forma parte de la lógica represora y securitaria con el que la UE ha decidido enfrentar la crisis humanitaria provocada en parte por su irresponsable política exterior. Ninguna de las enmiendas de nuestro grupo, centradas en el necesario respeto a los derechos de las personas migrantes y a la protección de datos fue incluida en el texto final.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Die vergangenen Jahre haben leider deutlich aufgezeigt, dass die EU und deren Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Asyl- und Flüchtlingskrise völlig überfordert sind. Dies liegt vor allem daran, dass bestehendes Recht und internationale Verträge wie die Dublin-Verordnung oder der Schengen-Besitzstand nicht umgesetzt werden. Ein wichtiger Baustein, um wieder Kontrolle über diese Krise zu gewinnen, ist die Vereinfachung der Rückführungen von abgewiesenen Asylbewerbern bzw. von sich illegal in der EU aufhaltenden Drittstaatsangehörigen. Zu diesem Zweck soll ein einheitliches europäisches Reisedokument geschaffen werden, welches entsprechende Rückführungen erleichtert. Damit wird ein Schritt zur Wiederherstellung rechtsstaatlicher Grundsätze im Asylbereich unternommen und das erschütterte Vertrauen der Bürger in die Politik ein Stück weit zurückgewonnen. Denn nur wenn illegal in die EU gelangte Wirtschaftsmigranten konsequent abgeschoben werden, kann die Bereitschaft der Bürger zur Hilfe für wirklich Verfolgte und an Leib und Leben Bedrohte erhalten bleiben. Aus diesem Grund habe ich dem Bericht zugestimmt.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – La proposition vise à introduire un document européen de voyage standard afin d'accélérer le retour des ressortissants non européens en situation irrégulière au sein des États membres de l'UE et ne possédant ni passeport ni carte d'identité. Il est très difficile pour de nombreux pays européens de renvoyer ces personnes dans leur pays d'origine par des moyens sûrs et légaux.

Les chiffres de la Commission européenne suggèrent également que seules 40 % des décisions prises au sein de l'UE et visant à renvoyer des citoyens des pays tiers en situation irrégulière sont appliquées chaque année.

La nouvelle réglementation déterminera un format commun au document européen de voyage afin d'améliorer sa reconnaissance dans les pays de destination. Ses détails techniques incluront des informations personnelles ainsi qu'une photographie officielle, afin d'éviter les contrefaçons et les falsifications.

Le document est valable pour un seul voyage qui prend fin à l'arrivée de la personne concernée dans le pays tiers de retour.

Cette mesure constitue un nouvel élément vers l'établissement d'une politique commune en matière d'asile et d'immigration, ce que je refuse catégoriquement.

J'ai voté contre.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Europejski dokument podróży jest instrumentem niezbędnym do odpowiedniego zarządzania polityką azylową. Obowiązkiem Unii Europejskiej jest ochrona i zapewnienie bezpieczeństwa obywatelom państw członkowskich, dlatego niedopuszczalny jest brak kontroli nad osobami, których unijna polityka azylowa nie objęła. Konieczne jest przyspieszenie procesu wydawania i ujednolicenia dokumentów oraz wprowadzenie systemu zabezpieczeń, by osoby takie bez zbędnej zwłoki mogły opuszczać granice Unii Europejskiej. W głosowaniu zdecydowałem się poprzeć projekt rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A jelenlegi migrációs válság stabilizálása, a tagállamokra és az uniós ügynökségekre nehezedő nyomás enyhítése és az EU-n belüli kapacitás és források növelése érdekében hosszú távú megoldást kell biztosítani. Voksommal az indítványt támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — Votamos en contra de este informe al tratarse de un texto legitimador del mecanismo de expulsión regulada de personas migrantes que forma parte de la lógica represora y securitaria con el que la UE ha decidido enfrentar la crisis humanitaria provocada en parte por su irresponsable política exterior. Ninguna de las enmiendas de nuestro grupo, centradas en el necesario respeto a los derechos de las personas migrantes y a la protección de datos fue incluida en el texto final.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Europos grąžinamosios kelionės dokumentas turėtų padėti sumažinti administracinę ir biurokratizmo naštą, tenkančią valstybių narių ir trečiųjų šalių administracijoms, įskaitant konsulatus, ir padėtų sutrumpinti administracines procedūras, reikalingas neteisėtai ES esančių trečiųjų šalių piliečių grąžinimui ir readmisijai vykdyti.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council on a European travel document for the return of illegally staying third-country nationals. The return of those who do not qualify for international protection within the EU must be a priority for the European Union. Improving the rate of returns for irregular migrants is vital for the integrity of the EU's asylum system, for cooperation between EU Member States and third countries, and for maintaining the confidence of EU citizens. I voted in favour because I believe that the EU needs to ensure higher technical and security standards, in particular as regards safeguards against counterfeiting and falsification.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted in favour of the report. EU countries currently face serious difficulties when repatriating migrants back to their home countries due to the fact that the documents used to facilitate the journey are not recognised by the countries of return. Having a single, unified EU document can be viewed as a diplomatic tool which will assist Member States in carrying out safer returns. The UK has opted out of the proposal and will not be affected by this legislation.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Een terugkeerbeleid voor illegale migranten is een essentieel onderdeel van de brede aanpak van het migratiebeleid van de Unie en dient om irreguliere migratie te verminderen en te ontmoedigen.

De lidstaten ondervinden moeilijkheden bij de terugkeer van illegale migranten die niet over geldige reisdocumenten beschikken. Daarom stelt de Commissie een verordening voor waarvan het EP vindt dat ze slechts het format, de veiligheidskenmerken en de technische specificaties van het Europees reisdocument voor terugkeer moet harmoniseren en niet de regels voor de afgifte daarvan. Ik stemde voor dit verslag.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A criação de um documento de viagem europeu normalizado para facilitar o repatriamento de migrantes em situação irregular faz parte das medidas apresentadas pela Comissão para gerir os fluxos migratórios e representa mais uma face deste processo vergonhoso que caracteriza a resposta europeia à crise migratória.

Uma crise gerada pelo imperialismo europeu e norte-americano, que deveria suscitar uma ampla mobilização da UE. Ao contrário, esta crise veio revelar a desumanidade desta UE que se declara solidária, mas apenas com as grandes empresas multinacionais e com o complexo industrial militar, que continua a gerar lucros bilionários. Uma vergonha.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht behandelt lediglich die Rückführung von Drittstaatsangehörigen und zielt auf eine Vereinfachung des Rückführungsprozesses ab, falls mit den Herkunftsländern Rückübernahmeabkommen geschlossen worden sind. Die Verordnung soll das Format und die technischen Spezifikationen vereinheitlichen, das allerdings nichts an dem Problem der illegalen Migration nach Europa verändern wird. Das Dokument verursacht nur zusätzlich mehr Verwaltungsaufwand, da es auch in die jeweilige Sprache vom Herkunftsland des Abzuschiebenden verfasst werden müsste. Außerdem dient es nicht zur Verifizierung der persönlichen Daten und ermöglicht somit weiterhin, falsche Angaben zu machen. Daher habe ich mich meiner Stimme enthalten.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di regolamento del Parlamento e del Consiglio relativo ad un documento di viaggio europeo per il rimpatrio di cittadini di paesi terzi il cui soggiorno è irregolare.

La relazione mira a fornire tale documento ai cittadini extracomunitari soggetti ad una decisione di rimpatrio, garantendo in questo modo un modello uniforme per tutti i paesi membri e impedendo che i paesi d'origine rifiutino l'accoglimento di tali cittadini non riconoscendone le documentazioni. Inoltre questo documento sarà assegnato solo a persone la cui nazionalità è stata individuata, in nessun caso potrà essere riferito ai soggetti la cui nazionalità è sconosciuta. Il testo sottolinea inoltre l'importanza, nei procedimenti di rimpatrio, del rispetto dei diritti fondamentali della Carta dell'UE, in particolare la dignità e la protezione in caso di allontanamento, espulsione o estradizione.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted in favour of the report. EU countries currently face serious difficulties when repatriating migrants back to their home countries due to the fact that the documents used to facilitate the journey are not recognised by the countries of return. Having a single, unified EU document can be viewed as a diplomatic tool which will assist Member States in carrying out safer returns. The UK has opted out of the proposal and will not be affected by this legislation.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – La proposta di regolamento che abbiamo oggi approvato mira a introdurre un modello unico da utilizzare in tutti gli Stati membri per favorire il rimpatrio di coloro che non rispondono ai requisiti per beneficiare della protezione internazionale all'interno dell'UE. Secondo l'intenzione della Commissione, un modello unico servirebbe a incrementare il tasso di rimpatrio dei migranti irregolari al fine di mantenere l'integrità del sistema europeo comune di asilo e migliorare la cooperazione con i paesi terzi.

A tale fine si è reso necessario rivedere sostanzialmente il formato e l'attuazione del documento di viaggio standard dell'UE per incrementarne il riconoscimento da parte dei paesi terzi. Armonizzando il formato del documento di viaggio, gli Stati membri ridurranno la burocrazia, le divergenze, i costi e i tempi di attesa, nella speranza che tale documento venga maggiormente riconosciuto dai paesi terzi. Al momento infatti, molti di questi paesi, non sono disposti ad accettare i documenti di rimpatrio rilasciati dagli Stati membri dell'UE a causa della loro scarsa qualità.

L'UE deve sicuramente garantire standard tecnologici e di sicurezza più elevati, in particolare per quanto riguarda la tutela dal rischio di contraffazione e falsificazione.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς*. — Ο κανονισμός για το λεγόμενο «ευρωπαϊκό ταξιδιωτικό έγγραφο» αποσκοπεί, στο όνομα της έλλειψης ταξιδιωτικών εγγράφων των μεταναστών και προσφύγων, να διευκολύνει και να επιταχύνει τις μαζικές απελάσεις πίσω στη φωτιά των πολέμων, στη φτώχεια και τη δυστυχία που σπέρνουν η ΕΕ και οι σύμμαχοί της με τις ιμπεριαλιστικές επεμβάσεις τους για τα συμφέροντα των επιχειρηματικών ομίλων που εκπροσωπούν. Αυτό το «έγγραφο απέλασης» συνιστά κρίκο σε μια αλυσίδα μέτρων (συμφωνία ΕΕ-Τουρκίας, κατάλογος «ασφαλών χωρών», Ευρωπαϊκό Σύστημα Ασύλου, «Ευρωπαϊκή Συνοριοφυλακή – Ακτοφυλακή», αναθεώρηση «Δουβλίνο ΙΙΙ», Σένγκεν, κλπ) της ΕΕ σε βάρος προσφύγων και μεταναστών. Η αντιμεταναστευτική πολιτική της ΕΕ θα ενισχύσει τα άθλια δουλεμπορικά κυκλώματα, θα πολλαπλασιάσει τις εκατόμβες αθώων θυμάτων στη Μεσόγειο και την τραγωδία προσφύγων και μεταναστών που αντιμετωπίζουν την απειλή της απέλασης καθημερινά, όπως οι χιλιάδες εγκλωβισμένοι στα ελληνικά νησιά (Λέσβος, Χίος) που ζουν σε μια απαράδεκτη κατάσταση με αρνητικές συνέπειες και για τους κατοίκους που εκμεταλλεύονται οι ναζιστές χρυσαυγίτες. Η αλληλεγγύη των λαών στους πρόσφυγες και μετανάστες, η πάλη ενάντια στους ιμπεριαλιστικούς πολέμους και την αντιλαϊκή πολιτική ΕΕ και κυβερνήσεων μπορεί να βάλει εμπόδια στη βαρβαρότητα των απελάσεων, διασφαλίζοντας με ευθύνη του κράτους ανθρώπινους όρους και συνθήκες υποδοχής και φιλοξενίας και την ασφαλή μεταφορά τους στις χώρες τελικού προορισμού τους.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Návrh nariadenia o európskom cestovnom doklade úzko súvisí s nedávnym vytvorením novej Európskej pohraničnej a pobrežnej stráže, a síce s návratom osôb, ktoré nespĺňajú podmienky pre medzinárodnú ochranu v EÚ. Tieto návratové operácie boli aj z dôvodu zastaraného a nejednotného cestovného dokumentu, ktorý pochádzal ešte z roku 1994, neefektívne, keďže krajiny pôvodu týchto osôb náš cestovný doklad najmä kvôli nedostatku vyžadovaných prvkov neuznávali. Práve preto vítam, že európsky cestovný doklad prešiel zmenou, boli pridané potrebné technické a bezpečnostné prvky, ktoré zabránia jeho falšovaniu, a celkovo bol zmodernizovaný tak, aby odrážal aj pokrok súvisiaci s digitalizáciou. A hoci si nemyslím, že vyrieši všetky problémy súvisiace so zdržiavaním sa neúspešných žiadateľov o azyl na území EÚ, považujem ho za pozitívny krok, a preto som ho svojim hlasom podporila.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za potno listino za vrnitev nezakonito prebivajočih državljanov tretjih držav.

Menim, da je ob polnem spoštovanju njihovih temeljnih pravic vračanje nezakonito prebivajočih državljanov tretjih držav bistveni del celovitih prizadevanj za zagotovitev verodostojnosti ter pravilnega in učinkovitega delovanja migracijske politike Unije ter pripomore k zmanjšanju nedovoljenih migracij in odvračanje od njih.

Evropska potna listina za vrnitev bi prav tako morala prispevati k zmanjšanju upravne in birokratske obremenitve uprav držav članic in tretjih držav ter k skrajšanju upravnih postopkov, potrebnih za zagotovitev vračanja in ponovnega sprejema nezakonito prebivajočih državljanov tretjih držav.

12.3. Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel zu veröffentlichen ist (A8-0238/2016 - Petr Ježek)

Kirjalliset äänestysselitykset

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre el Reglamento relativo al folleto informativo que debe publicarse al momento de realizar emisiones de títulos, ya que se homogenizan las condiciones en todos los Estados miembros, lo que contribuye a reforzar el mercado único de servicios financieros y capitales.

El mercado interior no deja de ser una de las piezas fundamentales para avanzar en clave federal en la integración europea en las dimensiones económica, política y social.

Asimismo, estoy satisfecho de que el informe ha recogido nuestra propuesta relativa a que no se pueda excluir a ningún comprador de emisiones por razón de nacionalidad o residencia, aun cuando las emisiones se acojan a la exención cuantitativa que permite no publicar el folleto informativo o prospecto.

Al mismo tiempo, el informe deja claro que si el emisor publica el folleto informativo pudiendo haberse acogido a la exención cuantitativa, la emisión no tendrá que cumplir requisitos adicionales en otros Estados miembros distintos de donde se produce la misma.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this non-legislative, own-initiative report. The proposal grants the regulator (ESMA) and the Commission powers to issue delegated acts: UKIP is therefore against it.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – This report concerns a 'prospectus' – an information and disclosure document – that must be provided to investors in the context of seeking to raise capital on the capital markets. The proposed regulation is part of the Capital Markets Union (CMU). The Commission wants further to harmonise the prospectus regime in the EU so that it will be easier for companies and investors to buy and sell bonds and shares.

The proposed measures specifically aim to: reduce the administrative burden of drawing up prospectuses for all issuers, in particular for SMEs and frequent issuers of securities and secondary issuances; make the prospectus a more relevant disclosure tool for potential investors, especially in SMEs; and achieve greater convergence between the EU prospectus and other EU disclosure rules.

We are in favour of maximum disclosure on risk to consumers, so we oppose some of the exemptions, but we are also fundamentally opposed to the CMU. Because of the CMU aspects in the report, I voted against it.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Je voudrais rendre hommage à notre groupe des socialistes et démocrates qui s'est battu pour:

— réduire les coûts juridiques et les formalités administratives;

— réduire la fragmentation des pratiques entre les États membres en vue d'une intégration plus poussée des marchés de capitaux dans l'UE;

— débloquer les liquidités des investisseurs institutionnels qui sont actuellement confrontés à un environnement à faible taux d'intérêt;

— harmoniser les règles de protection des investisseurs dans les différents textes de loi;

— éviter une course vers le bas entre les États membres.

Nous sommes particulièrement fiers d'avoir proposé à d'autres groupes un régime qui simplifie la vie des PME en leur permettant d'utiliser un document standard – facile à remplir par tout un chacun sans l'aide de banques ou d'avocats – afin de vendre leurs titres.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά το ενημερωτικό δελτίο που πρέπει να δημοσιεύεται κατά τη δημόσια προσφορά κινητών αξιών ή κατά την εισαγωγή κινητών αξιών προς διαπραγμάτευση, διότι έτσι μειώνονται τα νομικά έξοδα και η γραφειοκρατία καθώς επίσης περιορίζονται και οι διαφορετικές πρακτικές μεταξύ των κρατών μελών οδεύοντας σε μια βαθύτερη ενοποίηση των κεφαλαιαγορών στην ΕΕ.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Die Überarbeitung der Prospektvorschriften ist ein zentrales Element der Kapitalmarktunion und hat zum Ziel, die Finanzierung über die Kapitalmärkte zu erleichtern, Verwaltungsaufwand für Unternehmen, die einen Prospekt erstellen, zu senken und das Prospekt zu einer wesentlichen Informationsquelle für potenzielle Anleger zu machen. Der vom Parlament und vom Rat angenommene Bericht wird definitiv einen Beitrag dazu leisten, diese o. g. Ziele zu erreichen. Insbesondere begrüße ich die neuen Bestimmungen zum EU-Wachstumsprospekt, welche KMU einen erleichterten Zugang zu Finanzierungen an den Kapitalmärkten ermöglichen sollten.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Among other reasons, I voted against this resolution because it grants the Commission authority to issue and adopt regulatory technical standards.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl prospekto, kuris turi būti skelbiamas, kai vertybiniai popieriai siūlomi viešai arba įtraukiami į prekybos sąrašą. Siūlomas reglamento tikslas – nustatyti prospekto, kuris turi būti skelbiamas, kai vertybiniai popieriai siūlomi viešai arba įtraukiami į prekybos sąrašą reguliuojamoje rinkoje, įsteigtoje valstybėje narėje, rengimo, tvirtinimo ir platinimo reikalavimus. Tai reiškia, kad prospekte turi būti pateikta informacija, kuri būtina investuotojams, kad jie galėtų priimti informacija pagrįstą sprendimą dėl investicijų.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – La révision de la directive «prospectus» est une étape importante de la construction de l'union des marchés des capitaux. Le prospectus harmonisé de l'UE constitue la «porte d'accès» aux marchés des capitaux européens pour les émetteurs en quête de financement. Le plan d'action pour la mise en place d'une union des marchés des capitaux présente un programme exhaustif et ambitieux de mesures visant à renforcer le rôle du financement par les marchés financiers dans l'économie européenne.

L'un des objectifs majeurs de l'union des marchés des capitaux est notamment de faciliter la mobilisation de capitaux sur les marchés des capitaux. Ces marchés permettent d'atteindre un large éventail de bailleurs de fonds et offrent une porte de sortie aux fonds de capital investissement qui investissent dans des entreprises à un stade précoce de leur développement.

Les prospectus sont des documents requis par la législation, qui fournissent des informations sur une entreprise. Ces informations constituent la base dont les investisseurs ont besoin pour décider de l'opportunité d'investir dans les diverses valeurs mobilières émises par l'entreprise en question.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La relazione Ježek, che oggi ho sostenuto, approva la revisione del regolamento europeo relativo al prospetto informativo da pubblicare per l'offerta al pubblico o l'ammissione alla negoziazione di titoli. Questo regolamento costituisce una tappa essenziale verso il completamento dell'Unione dei mercati dei capitali, come già indicato dalla Commissione, dal Parlamento europeo e dal Consiglio.

Le modifiche proposte hanno come obiettivo quello di una piena armonizzazione delle regole sui prospetti informativi e definiscono norme europee più precise per la protezione degli investitori. Sono considerate in particolare le piccole e medie imprese, rispetto alle quali viene stabilito un chiaro impegno per ridurre gli oneri amministrativi e i costi legali derivanti dalla redazione del prospetto informativo. Grazie a queste misure le PMI potranno accedere più facilmente al mercato dei capitali e aumentare le loro possibilità di ottenere finanziamenti.

La riduzione della frammentazione delle pratiche esistenti nell'UE presenta numerosi aspetti positivi e costituisce un passaggio chiave per una reale integrazione del mercato dei capitali. In un momento in cui gli investitori istituzionali si trovano a fronteggiare i bassi tassi di interesse che caratterizzano l'economia europea si tratta di una misura ineludibile.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de esta propuesta de regulación, destinada a establecer las reglas que deben cumplir las compañías financieras cuando informan al consumidor sobre los productos financieros que ponen en venta. Por una parte nos parece que esta regulación, así como todas las que se engloban en el proyecto de la Comisión de la Unión de Mercado de Capitales, promueve una economía financiarizada con alta tendencia a la inestabilidad financiera y la especulación, con una capacidad cada vez más limitada de los Estados para dirigir los flujos de financiación hacia actividades y proyectos de interés general. Por otra parte nos parece que la regulación de los prospectos que se propone es excesivamente laxa y no contiene elementos suficientes para advertir de los riesgos y responsabilidades que adquiere el consumidor al comprar estos productos.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero felicitar a mi compañero de grupo Petr Jezek por su trabajo en este informe sobre el folleto que debe publicarse en caso de oferta pública o admisión a cotizaciones de valores. El objetivo del mismo es definir los requisitos para la elaboración, aprobación y distribución de dicho folleto. Es un buen paso de cara a la transparencia y la clarificación.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concernant le prospectus à publier en cas d'offre au public de valeurs mobilières ou en vue de l'admission de valeurs mobilières à la négociation s'inscrit dans l'union des marchés de capitaux. Le terme de prospectus correspond à la documentation que les émetteurs de produits financiers faisant appel public à l'épargne doivent mettre à la disposition des investisseurs. La Commission voulait simplifier la documentation avec un nouveau prospectus obligatoire au-dessus de 5 M€ par émission sur 1 an et les États sont libres d'imposer leurs normes quand ce format n'est pas obligatoire. Globalement, sur le plan strictement technique, la refonte de la directive prospectus peut se justifier. Sur le texte même et l'Union des marchés de capitaux, il est plus contestable de vouloir financiariser davantage le financement des entreprises, notamment des PME. Les gagnants seront en réalité avant tout les entreprises de marché et les banques d'affaires. Je me suis donc abstenue.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La tutela degli investitori attraverso la trasparenza nei mercati sembra essere l'obiettivo di questa relazione. Tuttavia, preso atto che ad oggi nulla è stato fatto per rimborsare i cittadini risparmiatori truffati dalle banche dopo l'entrata in vigore del meccanismo del *bail-in*, non posso condividere pienamente questo testo. Ho preferito quindi esprimermi con un voto di astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La actual Directiva 2003/71/EC relativa a la obligación de publicar un folleto informativo comprensible para el inversor medio ha quedado desactualizada por la evolución del mercado, y sobre todo por la desigual aplicación que han hecho los Estados miembros de la misma.

Por esta razón, la Comisión ha optado por sustituirla por este Reglamento que he votado favorablemente, el cual simplifica las obligaciones de información para las PYMES y permite exenciones nacionales para emisiones inferiores a 5 millones de euros, además de garantizar una aplicación uniforme.

Valoro además positivamente la propuesta socialista según la cual se podrá cumplir voluntariamente con el Reglamento aun estando por debajo del umbral, lo que permitirá al emisor beneficiarse de la cobertura que ofrece el mismo, es decir, el poder desplegarse en el marco del mercado interior con la autorización de un solo Estado miembro.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas išreiškė savo poziciją dėl reglamento dėl prospekto, kuris turi būti skelbiamas, kai vertybiniai popieriai siūlomi viešai arba įtraukiami į prekybos sąrašą. Šis reglamentas yra vienas svarbiausių žingsnių užbaigiant kurti 2015 m. Komisijos komunikate Europos Parlamentui, Tarybai, Europos ekonomikos ir socialinių reikalų komitetui ir Regionų komitetui „Kapitalo rinkų sąjungos kūrimo veiksmų planas“ aprašytą kapitalo rinkų sąjungą. Kapitalo rinkų sąjungos tikslas – padėti įmonėms pasinaudoti įvairesniais kapitalo šaltiniais visoje Europos Sąjungoje (toliau – Sąjunga), užtikrinti, kad rinkos veiktų efektyviau, o investuotojams ir santaupų turintiems asmenims pasiūlyti papildomų galimybių investuoti savo lėšas, kad būtų skatinamas augimas ir kuriamos darbo vietos.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Evropski parlament je skupaj z Evropskim svetom in Komisijo pripravil za Slovenijo zelo zanimivo zakonodajo o tem, kako mora biti sestavljen prospekt ob javni prodaji ali sprejemu vrednostnih papirjev v trgovanje.

Katastrofalne izkušnje z javno prodajo delnic banke NKBM in nekaj let pozneje z razlastninjenjem lastnikov podrejenih obveznic, ki so jih očitno kupovali povsem nepoučeni državljani, kažejo na to, da je slovenski vlagatelj v povprečju zelo slabo poučen o tveganjih pri svojih vlaganjih.

Z uskladitvijo informacij na predstavitvenih prospektih in z jasnimi določili o tveganjih predvsem za male vlagatelje bomo verjetno marsikomu preprečili, da bi svoja težko privarčevana sredstva vložil v bistveno bolj tvegane naložbe, kot bi si sam želel.

Takšno zakonodajo o obveščanju malih vlagateljev zato absolutno podpiram, zato sem poročilo na glasovanju v Evropskem parlamentu tudi podprl.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o uzajamnom fondu EU-a za Afriku, kojemu je glavni cilj pomoći poticanje stabilnosti u regijama i doprinijeti boljem upravljanju migracijama, odnosno rješavati uzrok destabilizacije, prisilnog raseljavanja i neredovite migracije promicanjem ekonomskih prilika, jednake mogućnosti, sigurnosti i razvoja.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre el Reglamento relativo al folleto informativo que debe publicarse al momento de realizar emisiones de títulos, ya que se homogenizan las condiciones en todos los Estados miembros, lo que contribuye a reforzar el mercado único de servicios financieros y capitales.

El mercado interior no deja de ser una de las piezas fundamentales para avanzar en clave federal en la integración europea en las dimensiones económica, política y social.

Asimismo, estoy satisfecho de que el informe ha recogido nuestra propuesta relativa a que no se pueda excluir a ningún comprador de emisiones por razón de nacionalidad o residencia, aun cuando las emisiones se acojan a la exención cuantitativa que permite no publicar el folleto informativo o prospecto.

Al mismo tiempo, el informe deja claro que si el emisor publica el folleto informativo pudiendo haberse acogido a la exención cuantitativa, la emisión no tendrá que cumplir requisitos adicionales en otros Estados miembros distintos de donde se produce la misma.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sul prospetto da pubblicare per l'offerta al pubblico o l'ammissione alla negoziazione di titoli.

Questo regolamento rappresenta una tappa necessaria verso il compimento dell'Unione dei mercati. L'obiettivo dell'Unione dei mercati dei capitali è quello di aiutare le imprese a raccogliere capitali da più fonti di finanziamento. A tal fine occorre rendere maggiormente efficiente il funzionamento dei mercati e offrire agli investitori e ai risparmiatori ulteriori opportunità per contribuire a rafforzare la crescita e a creare posti di lavoro.

L'informativa sull'offerta al pubblico di titoli o sulla loro negoziazione in un mercato regolamentato è essenziale per tutelare gli investitori. La divulgazione delle informazioni è necessaria affinché gli investitori possano prendere decisioni di investimento mirate, assicurando, così, la tutela degli stessi.

Inoltre le informazioni costituiscono uno strumento efficace per accrescere la fiducia nei titoli. La pubblicazione di un prospetto può essere la giusta soluzione per mettere a disposizione del pubblico le informazioni in questione.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This report relates to a 'prospectus' – an information and disclosure document – that must be provided to investors in the context of seeking to raise capital on the capital markets. The proposed regulation is part of the Capital Markets Union (CMU). The Commission wants further to harmonise the prospectus regime in the EU so that it will be easier for companies and investors to buy and sell bonds and shares.

The proposed measures specifically aim to: reduce the administrative burden of drawing up prospectuses for all issuers, in particular for SMEs and frequent issuers of securities and secondary issuances; make the prospectus a more relevant disclosure tool for potential investors, especially in SMEs; and achieve more convergence between the EU prospectus and other EU disclosure rules.

We are in favour of maximum disclosure on risk to consumers, so we oppose some of the exemptions but we are also fundamentally opposed to the CMU. Because of the CMU aspects in the report I voted against it.

David Casa (PPE), *in writing*. – In accordance with Rule 61(2) of the Rules of Procedure, the vote on the draft legislative resolution has been postponed and the report has been referred back to the Committee on Economic and Monetary Affairs.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato contro questo testo: la revisione del regolamento ha sì l'obiettivo di armonizzare a livello europeo i requisiti di informativa relativamente all'offerta al pubblico di titoli o alla loro ammissione alla negoziazione, come strumento per aumentare trasparenza, adeguatezza e comparabilità delle informazioni sui titoli finanziari e garantire una maggiore protezione degli investitori, ma tale revisione avrebbe dovuto – a mio avviso – rafforzare le attuali regole di informativa e ampliarne l'ambito di applicazione rispetto a mercati, prodotti e investitori coinvolti.

Al contrario, in questa proposta della Commissione le regole vengono indebolite e vengono introdotte moltissime esenzioni non giustificate. Gli obblighi di informativa per alcuni soggetti sono stati alleggeriti e, inoltre, intere fette di mercato e soggetti sono stati esclusi dall'ambito di applicazione del regolamento, compromettendo di conseguenza la completezza e correttezza delle informazioni sui rischi associati agli investimenti. Per questi motivi il mio voto è stato negativo.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Καλούμε την αρμόδια επί της ουσίας επιτροπή να εξετάσει ξανά την έκθεση.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Con favore accolgo questa relazione poiché ritengo fermamente che gli investitori debbano poter conoscere al meglio le condizioni offerte dagli intermediari finanziari. Troppo di frequente ormai salgono agli onori della cronaca casi di risparmiatori traditi e ciò è inaccettabile: la tutela del risparmio è un diritto costituzionale e ciascuno deve poter avere libero accesso a ciò che lo riguarda.

La materia dell'appello al pubblico risparmio presenta elementi di internazionalità, divenendo così potenzialmente suscettibile di valutazione da parte di una pluralità di *authorities*. Tale fenomeno solleva inevitabili dubbi interpretativi, posto che le legislazioni statali al riguardo risultano spesso differenziate.

Con questo prospetto si vuole, dunque, fare ordine per realizzare in toto l'Unione dei mercati dei capitali, consentendo un accesso efficace e sicuro per le imprese a queste forme di finanziamento. Solo in questo modo, infatti, si può rafforzare la crescita (soprattutto quella delle nostre PMI) e creare posti di lavoro.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the decision of the European Parliament to refer the report on the prospectus to be published when securities are offered to the public or admitted to trading back to the Committee on Economic Affairs.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, own-initiative report. The proposal grants the regulator (ESMA) and the Commission powers to issue delegated acts, therefore UKIP is against it.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — It is important that the regulatory environment at Union level ensures that companies have enough options to raise capital. Therefore, in the spirit of the Capital Markets Union and in order to unlock investment, it would be good to have a regulatory initiative to regulate and harmonise crowdfunding practices across the Union. As legislators we should refrain from imposing at national level other disclosure requirements which could constitute a disproportionate or unnecessary burden in relation to such offers and thus increase fragmentation of the internal market.

The varying sizes of financial markets across the Union should be taken in account. It is appropriate to give Member States the option of exempting offers of securities to the public in case of certain thresholds. In this sense I agree with the rapporteur that Member States should be free to set out in their national law a threshold, within the established parameters, from which the exemption should apply, taking into account the level of domestic investor protection they deem to be appropriate. On the other hand, harmonisation of the information contained in the prospectus should provide equivalent investor protection at Union level in order to enable investors to make an informed investment decision.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe debido a que supone un paso adelante en la financiariazión del tejido empresarial de la Unión Europea, adoptando un modelo similar al de los Estados Unidos para impulsar métodos de financiación especulativos para las empresas relacionadas con la economía real principalmente las Pequeñas y Medianas Empresas. Esta propuesta, que establece los requerimientos informativos de dichas empresas, es un paso necesario dentro de la Unión del Mercado de Capitales, para permitir a fondos financieros cortocircuitar los requerimientos bancarios y poder especular directamente con la financiación de las PYMES. Esto redundara en la desestabilización de la economía real y la externacionalización del riesgo del sector financiero sobre las Pequeñas y Medianas Empresas. Es por esto por lo que he decidido votar en contra de este informe.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Scopul uniunii piețelor de capital este acela de a ajuta întreprinderile să valorifice surse de capital diverse de oriunde de pe teritoriul Uniunii Europene, de a face ca piețele să funcționeze eficient și să ofere investitorilor și deponenților posibilități suplimentare de a-și utiliza banii, pentru a stimula creșterea economică și pentru a crea locuri de muncă. Prin urmare, pentru a se asigura buna funcționare a pieței interne și a se îmbunătăți condițiile acestei funcționări, este oportun să se stabilească un cadru de reglementare pentru prospecte la nivelul Uniunii.

Am votat pentru garantarea protecției investitorilor și a eficienței pieței prin consolidarea pieței unice de capital.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this report as I believe that prospectuses published when companies want to raise capital either by listing shares or by offering investment opportunities to the general public must contain the necessary information for investors to make an informed investment decision. I believe that a summary of the prospectus would make it easier and less expensive for companies to ensure that retail investors have access to appropriate information so that they can make an informed decision. I agree that this prospectus should be a short document written in a concise manner and easily comparable.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I support this report's aim of simplifying the rules and procedures for companies to issue a prospectus, allowing investors to make informed decisions, but enhancing SMEs' access to finance. At the moment, SMEs often face disproportionate and unfair costs when drawing up a prospectus, and this dampens growth and expansion in that sector of the economy.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – La revisione del regolamento relativo al prospetto informativo da pubblicare per l'offerta al pubblico o l'ammissione alla negoziazione di titoli costituisce uno degli elementi cardine del completamento dell'Unione dei mercati dei capitali. Con la relazione approvata oggi, il Parlamento europeo rilancia questo vitale ed ambizioso progetto e precisa la sua posizione riguardo a quello che è uno strumento essenziale per informare i cittadini europei quando decidono di investire nei mercati finanziari: il prospetto informativo.

Ho espresso voto positivo perché la relazione promuove la piena armonizzazione delle regole sui prospetti informativi e stabilisce norme europee più precise per la protezione degli investitori. Inoltre, si impegna a ridurre gli oneri amministrativi e i costi legali derivanti dalla redazione del prospetto informativo per gli emittenti, in particolare per le PMI, così da consentire loro di accedere più facilmente al mercato dei capitali e aumentare le loro possibilità di ottenere finanziamenti.

L'Unione europea ha il dovere di fornire tutti gli strumenti e le informazioni per aiutare i cittadini-investitori affinché prendano scelte consapevoli e pienamente informate, sulla base di quanto redatto nel prospetto informativo, senza per questo imporre un onere eccessivo alle aziende che decidono di immettere strumenti finanziari sui mercati.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce texte qui vise à réviser les règles en matière de prospectus à publier en cas d'offre au public de valeurs mobilières ou en vue de l'admission de valeurs mobilières à la négociation, ceci afin de garantir la protection des investisseurs et l'efficacité des marchés. Par l'adoption de ce texte, nous nous assurons notamment que ces prospectus contiennent les informations nécessaires permettant une bonne compréhension et que celles-ci sont rédigées d'une manière facilitant une analyse facile. Il est nécessaire d'établir un climat de confiance permettant de contribuer à l'investissement dans des valeurs mobilières.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада относно проспекта, който следва да се публикува при публично предлагане или допускане на ценни книжа до търгуване, тъй като той е ключов за правилното функциониране на общия капиталов пазар. Докладът цели да подобри достъпа до финансиране за компании от всякакъв размер, по-специално МСП, и да се намалят пречките, като същевременно се поддържа подходяща защита на инвеститорите.

Докладът опростява правилата за изготвяне, одобрение и публикуване на проспектите, когато ценните книжа се предлагат публично или са търгувани на регулиран пазар. Това изключително много ще подпомогне МСП, тъй като те често се сблъскват с прекомерни разходи при изготвянето на проспектите с цел да имат достъп до капитала.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Ο συγκεκριμένος κανονισμός σηματοδοτεί στην ουσία την επανέναρξη της δραστηριότητας των χρηματοπιστωτικών αγορών, γεγονός που, ως εκ τούτου, μάλλον θα ενισχύσει την κερδοσκοπία και θα αποσταθεροποιήσει τις οικονομίες.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O prospeto deve incluir as informações necessárias para que os investidores possam tomar uma decisão de investimento informada. A Comissão propôs uma revisão da Diretiva Prospetos com vista a tornar mais fácil e menos dispendioso para as empresas, nomeadamente as PME, mobilizarem capital e fornecerem informações claras a potenciais investidores, incluindo os pequenos investidores. Concordo que a facilitação do acesso das PME ao financiamento é benéfica e que os consumidores também beneficiariam de um aumento das opções de investimento.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention: sur le plan strictement technique, la refonte de la directive «Prospectus» peut se justifier.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – The main reasons for the economic crisis are not addressed in this proposal at all, as the main problem for businesses is not getting access to funding but rather a lack of demand for their products due to ongoing austerity policies.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Preskúmanie predmetnej smernice o prospekte je zahrnuté v akčnom pláne kapitálových trhov ako jeden zo skorých a vysoko prioritných cieľov. Jeho hlavným cieľom je znížiť jednu z hlavných regulačných prekážok, ktorej eminenti čelia pri ponúkaní svojich majetkových a dlhových cenných papierov maloobchodným a veľkoobchodným investorom. Zároveň cieľom návrhu je aj to, aby sa prospekt stal dôležitým nástrojom pre informovanie potencionálnych investoroch, najmä tých cezhraničných. Je veľmi dôležité, že sa nám podarilo spoločnými silami dosiahnuť pokrok pre malé a stredné podniky, pretože použitím jedného štandardného dokumentu budú môcť obchodovať bez pomoci právnikov alebo bánk.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά το ενημερωτικό δελτίο που πρέπει να δημοσιεύεται κατά τη δημόσια προσφορά κινητών αξιών ή κατά την εισαγωγή κινητών αξιών προς διαπραγμάτευση καθώς ο συγκεκριμένος κανονισμός σηματοδοτεί στην ουσία την επανέναρξη της δραστηριότητας των χρηματοπιστωτικών αγορών, γεγονός που, ως εκ τούτου, μάλλον θα ενισχύσει την κερδοσκοπία και θα αποσταθεροποιήσει τις οικονομίες.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The review of the Prospectus Directive is one of the Capital Markets Union (CMU) Action Plan's early and high-priority measures, and I support its main aim: to reduce one of the principal regulatory hurdles that issuers face when offering their equity and debt securities to retail and wholesale investors. I also support the concept of disclosure rules which are tailored to issuers' specific needs. It is very important to make the prospectus a relevant tool for informing potential investors, especially in a cross-border context.

In order to create a real CMU and to deepen EU capital markets, it is more than useful to create the same rules for all companies in all Member States, thus reducing the fragmentation of practices across the Member States and moving towards closer integration of the EU markets – although, regarding the summary of the prospectus, I believe that this should be translated into the official language of the country where the security is issued, in order to foster cross-border investment.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Támogattam az értékpapírok nyilvános kibocsátásakor vagy piaci bevezetésekor közzéteendő tájékoztatóról szóló jelentést. Alapvető lépés annak a tőkepiaci uniónak a megvalósítása felé, amelynek célja, hogy segítsen a vállalkozásoknak abban, hogy diverzifikáltabb finanszírozási csatornákhoz folyamodhassanak bárhol az Európai Unióban, a piacokat hatékonyabb működésre ösztönözze, és a befektetőknek és megtakarítóknak olyan további lehetőségeket kínáljon, amelyek révén pénzüket hasznosíthatják, hogy ezáltal fokozzák a növekedést és a munkahelyteremtést. Az információ közzététele az értékpapírok nyilvános kibocsátása vagy szabályozott piacra történő bevezetése esetén létfontosságú a befektetők védelme szempontjából.

Ennek a közzétételnek a harmonizálása lehetővé teszi egy olyan, határokon átnyúló engedélyeztetési mechanizmus létrehozását, amely értékpapírok széles körénél segítheti elő a belső piac eredményes működését. Továbbá szükséges, hogy az ennek bevezetésekor alkalmazandó közzétételi szabályok jogszabályi formája rendelet legyen, így biztosítható ugyanis, hogy az értékpapírok nyilvános kibocsátásában és szabályozott piacra történő bevezetésében érintett személyekre közvetlen kötelezettségeket megállapító rendelkezéseket az egész Unióban egységes módon alkalmazzák. Nem szabad, hogy akadályok keletkezzenek a határokon átnyúló értékpapír-kibocsátás, a szabályozott piacokon történő többszörös jegyzés és az uniós fogyasztóvédelmi szabályok útjába.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre el Reglamento relativo al folleto informativo que debe publicarse al momento de realizar emisiones de títulos, ya que se homogenizan las condiciones en todos los Estados miembros, lo que contribuye a reforzar el mercado único de servicios financieros y capitales.

El mercado interior no deja de ser una de las piezas fundamentales para avanzar en clave federal en la integración europea en las dimensiones económica, política y social.

Asimismo, estoy satisfecho de que el informe ha recogido nuestra propuesta relativa a que no se pueda excluir a ningún comprador de emisiones por razón de nacionalidad o residencia, aun cuando las emisiones se acojan a la exención cuantitativa que permite no publicar el folleto informativo o prospecto.

Al mismo tiempo, el informe deja claro que si el emisor publica el folleto informativo pudiendo haberse acogido a la exención cuantitativa, la emisión no tendrá que cumplir requisitos adicionales en otros Estados miembros distintos de donde se produce la misma.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de este informe sobre el Reglamento relativo al folleto informativo que debe publicarse cuando se realizan emisiones de títulos, ya que se homogenizan las condiciones en todos los Estados Miembros, hecho que contribuye a reforzar el mercado único de servicios financieros y capitales.

El mercado interior no deja de ser una de las piezas fundamentales para avanzar en clave federal en la integración europea en las dimensiones económica, política y social. Asimismo, celebro que el informe haya recogido nuestra propuesta relativa a que no se pueda excluir a ningún comprador de emisiones por razón de nacionalidad o residencia, aun cuando las emisiones se acojan a la exención cuantitativa que permite no publicar el folleto informativo o prospecto.

Al mismo tiempo, el informe deja claro que si el emisor publica el folleto informativo pudiendo haberse acogido a la exención cuantitativa, la emisión no tendrá que cumplir requisitos adicionales en otros Estados Miembros distintos de donde se produce la misma.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della posizione del PE concernente la proposta di regolamento relativo al prospetto da pubblicare per l'offerta al pubblico o l'ammissione alla negoziazione di titoli, poiché ritengo che esso costituisca un ulteriore passo verso un mercato unico integrato dei servizi finanziari.

Ritengo che le modifiche apportate dal PE migliorino la proposta della Commissione. Condivido infatti che il prospetto redatto ai sensi del presente regolamento dovrebbe contenere le informazioni pertinenti e necessarie in relazione a un investimento in titoli di cui un investitore avrebbe ragionevolmente bisogno per valutare con cognizione di causa la situazione patrimoniale e finanziaria, i profitti e le perdite e le prospettive dell'emittente e degli eventuali garanti, come pure i diritti connessi con i titoli. Tali informazioni dovrebbero essere elaborate e presentate in una forma facilmente analizzabile.

Allo stesso modo la nota di sintesi dovrebbe contenere una chiara avvertenza che metta in evidenza i rischi, in particolare per gli investitori al dettaglio, nel caso dei titoli emessi da banche soggette a *bail-in* a norma della direttiva 2014/59/UE.

Infine, plaudo all'integrazione di principi e criteri di proporzionalità, considerando le diverse dimensioni dei mercati finanziari dell'UE, e alla possibilità per gli Stati membri di prevedere soglie più basse.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den „Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel zu veröffentlichen ist" gestimmt. Der Bericht garantiert mehr Sicherheit für Verbraucher bei der Anlage von Wertpapieren.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – The report on prospectuses is a key part of the Capital Markets Union (CMU), and will help improve access to funding for SMEs, of which there are 400 000 in my West Midlands constituency.

Among the key features of this report is the fact that prospectuses are to be streamlined, thus reducing legal costs and red tape. In addition, in order to deepen integration of EU capital markets, we need to see less fragmentation of practices across Member States. As well as broadening the range of financing available to SMEs, we are also improving investor protection rules.

This report shifts the focus of the prospectus from an exercise in lining the pockets of banks and lawyers to improving funding for SMEs and delivering the jobs and growth that we need.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de esta propuesta de Reglamento, destinada a establecer las reglas que deben cumplir las compañías financieras cuando informan al consumidor sobre los productos financieros que ponen en venta. Por una parte nos parece que esta regulación, así como todas las que se engloban en el proyecto de la Comisión de la Unión de Mercado de Capitales, promueve una economía financiarizada con alta tendencia a la inestabilidad financiera y la especulación, con una capacidad cada vez más limitada de los Estados para dirigir los flujos de financiación hacia actividades y proyectos de interés general. Por otra parte nos parece que la regulación de los prospectos que se propone es excesivamente laxa y no contiene elementos suficientes para advertir de los riesgos y responsabilidades que adquiere el consumidor al comprar estos productos.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Am fost raportor din umbră pentru Comisia pentru piața internă și protecția consumatorilor din partea Grupului S&D pentru acest raport și știu cât este de necesar, în special pentru IMM-uri.

În același timp, uniunea piețelor de capital este o problemă complexă, motiv pentru care am votat amânarea votului și întoarcerea la comisia responsabilă în fond. Prospectul reprezintă un element esențial în procesul de construire a uniunii piețelor de capital, dar și o „poartă de acces" la piețele europene de capital pentru emitenții ce au nevoie de finanțare.

Este important să înlăturăm barierele inutile în ceea ce privește accesul la piețele publice și să încurajăm IMM-urile să lanseze oferte publice de valori imobiliare, prin reducerea birocrației inutile și reducerea costurilor, cu scopul de a facilita îndeplinirea obligațiilor administrative.

Totodată, prospectul trebuie să fie un instrument pertinent, asigurând norme adaptate la nevoile specifice ale tuturor emitenților, mai ales în ceea ce privește IMM-urile, emitenții frecvenți de valori mobiliare și operațiuni secundare, dar și potențialii investitori.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report. Prospectuses published when securities are offered to investors or admitted to trading will become simplified and cheaper, in order to help businesses, especially SMEs, to find diverse sources of capital across the EU. The uniform rules for prospectuses and the information they disclose will protect investors while creating an efficient single market for capital.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre el Reglamento relativo al folleto informativo que debe publicarse al momento de realizar emisiones de títulos, ya que se homogenizan las condiciones en todos los Estados miembros, lo que contribuye a reforzar el mercado único de servicios financieros y capitales.

El mercado interior no deja de ser una de las piezas fundamentales para avanzar en clave federal en la integración europea en las dimensiones económica, política y social.

Asimismo, estoy satisfecho de que el informe ha recogido nuestra propuesta relativa a que no se pueda excluir a ningún comprador de emisiones por razón de nacionalidad o residencia, aun cuando las emisiones se acojan a la exención cuantitativa que permite no publicar el folleto informativo o prospecto.

Al mismo tiempo, el informe deja claro que si el emisor publica el folleto informativo pudiendo haberse acogido a la exención cuantitativa, la emisión no tendrá que cumplir requisitos adicionales en otros Estados miembros distintos de donde se produce la misma.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Σύμφωνα με τον νέο αυτό κανονισμό, η πρόσβαση σε χρηματοδότηση των εταιρειών είναι ένα από τα σημαντικά ζητήματα που οδήγησαν στην κρίση, κι έτσι προτείνονται εναρμονιστικά μέτρα μέσα από τα οποία οι εταιρείες θα μειώσουν το «γραφειοκρατικό» τους κόστος για να μπορούν πιο εύκολα να απευθύνονται σε χρηματοδότηση.

Στόχος του κανονισμού είναι η «αμερικανοποίηση» της ευρωπαϊκής οικονομίας και του τρόπου χρηματοδότησης των τραπεζών. Η περαιτέρω ρύθμιση και εναρμόνιση των χρηματοπιστωτικών δραστηριοτήτων μάλλον περισσότερη κερδοσκοπία θα επιφέρει παρά πρόσβαση σε χρηματοδότηση, καθώς δεν είναι η πρόσβαση στη χρηματοδότηση που δημιούργησε την κρίση αλλά η έλλειψη ζήτησης των προϊόντων των επιχειρήσεων από τα συνεχιζόμενα μέτρα λιτότητας. Αυτό το ζήτημα η ρύθμιση αποτυγχάνει να το αντιμετωπίσει πλήρως.

Για αυτούς τους λόγους θεωρήσαμε ως ενδεδειγμένη στάση αυτή της καταψήφισης.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this regulation, which constitutes an essential step towards the completion of the Capital Markets Union (CMU). The reform of the current directive will reduce the administrative burden of drawing up prospectuses for all issuers, and in particular for SMEs. It will also make the prospectus a more relevant disclosure tool for potential investors, while unifying EU capital markets to deliver high levels of investor protection, and thus creating growth and jobs.

The aim of this regulation is to ensure investor protection and market efficiency, while enhancing the single market for capital through the publication of a prospectus by a company when securities are offered to the public or admitted to trading. The provision on the data published in the prospectus ensures that investors will be able to make an informed assessment on investment decisions. The prospectus includes information which, according to the nature of the issuer and of the securities, is necessary to enable investors to make an informed evaluation, as well as rules on the conduct of business and the protection of investors.

Such information provides an effective means of increasing confidence in securities and thus of contributing to the proper functioning and development of securities markets.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour as I have no objections to the proposal.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, own-initiative report. The proposal grants the regulator (ESMA) and the Commission powers to issue delegated acts, therefore UKIP is against it.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – The introduction of regulations that simplify the lives of SMEs through the standardisation of documents for selling securities is long overdue.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o Prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o prospektu koji se objavljuje prilikom javne ponude vrijednosnih papira ili uvrštavanja za trgovanje (COM(2015)0583 – C8-0375/2015 – 2015/0268(COD)), s obzirom da ova uredba predstavlja bitan korak prema dovršenju unije tržišta kapitala, te je cilj gospodarskim subjektima olakšati pristup raznovrsnim izvorima financiranja kapitala iz cijele Europske unije na jednaki način.

Potreban je usklađen okvir kojim se osigurava jedinstvenost potrebnih informacija za javnu ponudu vrijednosnih papira. Ovime se uređuje tržište, olakšava postupak posebno za manje tvrtke te štiti ulagače i smanjuje trošak prikupljanja kapitala za poduzeća. Podržavam aktiviranje tržišta nevlasničkih vrijednosnih papira malim ulagačima.

Diane James (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this non-legislative, own-initiative report. The proposal grants the regulator (ESMA) and the Commission powers to issue delegated acts, therefore UKIP is against it.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – This is the first legislative proposal associated with the Capital Markets Union and I am proud to have been able to steer the regulation through Parliament. We have introduced the concept of a 'growth prospectus' in order to ensure that small businesses are not hindered from getting access to capital by over-burdensome requirements and costs associated with producing a prospectus. We need to reduce administration, harmonise the European regime and help our companies grow.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui établit la position du Parlement sur la réforme relative aux règles applicables à l'émission de prospectus lors d'un placement de titres. Cette réforme s'inscrit dans le cadre du projet de la Commission européenne de créer un marché unique des capitaux qui vise à simplifier la documentation, notamment pour les PME, à harmoniser les régimes nationaux et les régimes encore inégaux entre «wholesale» et «retail» et à centraliser les informations auprès de l'autorité européenne compétente.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Η εναρμόνιση των ενημερωτικών δελτίων που πληροφορούν τους επενδυτές σχετικά με ευκαιρίες και κινδύνους επενδύσεων αποτελεί κρίσιμο στοιχείο για την επιτυχία της Ένωσης των Κεφαλαιαγορών. Σε πολλά κράτη μέλη της ΕΕ, η ποιότητα των πληροφοριών ήταν πλημμελής ή εσκεμμένα ασαφής προκαλώντας έτσι σημαντικές στρεβλώσεις στην αγορά, εξ αιτίας και της κακής παρακολούθησης από τις κατά τόπους ρυθμιστικές αρχές. Με την εισαγωγή κοινών υποχρεωτικών προτύπων σε σχέση με τα επενδυτικά ενημερωτικά δελτία, εισάγεται ουσιαστικά ένα καινούριο σημείο ελέγχου του κινδύνου που προκύπτει από μη ανεπτυγμένα συστήματα διακυβέρνησης εντός των επενδυτικών εταιριών σε κράτη μέλη με πολύ κακή παράδοση, καθώς και ένα ακόμα σημείο ελέγχου του λειτουργικού κινδύνου που ενέχεται σε τέτοιες περιπτώσεις.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht geht in die richtige Richtung, bringt mehr und klarere Information für den Verbraucher und schafft Klarheit bei Haftungsfragen seitens der Emittenten. Grundsätzlich ist der Ansatz ein Fortschritt für eine Harmonisierung und schafft gleichzeitig Flexibilität in jenen Bereichen, wo sie notwendig ist. Ich stimme daher dem vorliegenden Bericht zu.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - A Bizottság javaslata azt a célt lenne hivatott szolgálni, hogy megkönnyítse és olcsóbbá tegye a vállalkozások, különösen a kkv-k számára a tőkebevonást és egyben egyértelmű tájékoztatást biztosítson a potenciális befektetők, köztük a lakossági befektetők számára. Vajmi kevéssé valószínű, hogy a tőkepiaci alapú finanszírozás újraindítása megoldást jelenthet olyan vállalatok számára, melyeknek tevékenységük folytatásához, bővítéséhez több tőkére lenne szükségük, hiszen a gazdasági nehézségek alapvetően a megszorító, neoliberális politika folyományai, amely szűkíti a kkv-k tevékenysége és termékei iránti keresletet. A tőkepiaci unió fő és valós célja a pénzpiacok tevékenységének újraélesztése.

Ez sokkal inkább spekulációhoz, mintsem gazdasági fellendüléshez fog vezetni, és nagy valószínűséggel destabilizálja a gazdaságot, ezért a jelentés nem támogatható.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Il corrente prospetto contiene le informazioni necessarie per gli investitori al fine di prendere decisioni di investimento con cognizione di causa.

Nell'ambito dei mercati dei capitali, la Commissione ha prospettato una revisione della direttiva sui prospetti in modo da rendere più agevole e meno costoso per le imprese ottenere capitali e fornire informazioni chiare per i possibili investitori. L'attuale direttiva 2003/71/CE armonizza le norme per rendere pubblici i prospetti quando le imprese desiderano raccogliere capitali mediante l'ammissione alla quotazione o offrendo opportunità di investimento al grande pubblico.

Al fine di poter prendere una decisione informata, per gli investitori risulta fondamentale avere la possibilità di accedere ad informazioni adeguate. Per tali ragioni mi trovo consenziente ad approvare e sostenere la decisione assunta dal Parlamento.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Sur le plan strictement technique, la refonte du règlement «Prospectus» peut se justifier. Sur la philosophie du texte et de l'Union des marchés de capitaux, il est plus contestable de vouloir financiariser davantage le financement des entreprises, notamment des PME. Les principaux gagnants seront avant tout les entreprises de marché et les banques d'affaires. Nous sommes plus favorables à des partenariats de long terme des entreprises avec des banques recentrées sur leur métier et sur les prêts à l'économie réelle, et non sur la spéculation et les opérations de marché.

J'ai ainsi opté pour l'abstention.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre el Reglamento relativo al folleto informativo que debe publicarse al momento de realizar emisiones de títulos, ya que se homogenizan las condiciones en todos los Estados miembros, lo que contribuye a reforzar el mercado único de servicios financieros y capitales.

El mercado interior no deja de ser una de las piezas fundamentales para avanzar en clave federal en la integración europea en las dimensiones económica, política y social.

Asimismo, estoy satisfecho de que el informe ha recogido nuestra propuesta relativa a que no se pueda excluir a ningún comprador de emisiones por razón de nacionalidad o residencia, aun cuando las emisiones se acojan a la exención cuantitativa que permite no publicar el folleto informativo o prospecto.

Al mismo tiempo, el informe deja claro que si el emisor publica el folleto informativo pudiendo haberse acogido a la exención cuantitativa, la emisión no tendrá que cumplir requisitos adicionales en otros Estados miembros distintos de donde se produce la misma.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe debido a que supone un paso adelante en la financiariazión del tejido empresarial de la Unión Europea, adoptando un modelo similar al de los Estados Unidos para impulsar métodos de financiación especulativos para las empresas relacionadas con la economía real principalmente las Pequeñas y Medianas Empresas. Esta propuesta, que establece los requerimientos informativos de dichas empresas, es un paso necesario dentro de la Unión del Mercado de Capitales, para permitir a fondos financieros cortocircuitar los requerimientos bancarios y poder especular directamente con la financiación de las PYMES. Esto redundara en la desestabilización de la economía real y la externacionalización del riesgo del sector financiero sobre las Pequeñas y Medianas Empresas. Es por esto por lo que he decidido votar en contra de este informe.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – La divulgación de información en caso de ofertas públicas de valores o de admisión de valores a cotización en un mercado regulado es vital para proteger a los inversores, eliminando las asimetrías de información entre ellos y los emisores. La armonización de esta divulgación de información permite el establecimiento de un mecanismo de pasaporte transfronterizo que facilite el funcionamiento efectivo del mercado interior en una amplia variedad de valores.

No podemos olvidar que la diferenciación de enfoques da lugar a una fragmentación del mercado interior. Por ello considero que es necesario que las normas sobre la divulgación de información en caso de oferta publica o admisión a cotización de valores en un mercado regulado adopten la misma forma jurídica establecida en un reglamento, con el fin de garantizar que las disposiciones que suponen obligaciones directas a quienes intervienen se haga de manera uniforme.

Voto favorablemente para la aprobación de este informe porque además considero que este reglamento reforzará la confianza en la transparencia de los mercados del conjunto de la unión, reducirá la complejidad reglamentaria y los costes de búsqueda y de cumplimiento normativo para las empresas.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Ovaj prijedlog je ključan za proces daljnjeg integriranja tržišta kapitala država članica Europske unije. Kako bi se osigurao rast i otvorila nova radna mjesta, potrebno je poduzećima omogućiti pristup raznovrsnijim izvorima kapitala i osigurati djelotvoran rad tržišta. Investitorima i štedišama Unija treba pružiti daljnje opcije učinkovitije upotrebe njihovih financijskih sredstava kako bi se stimulirao gospodarski rast.

Prospekt koji se objavljuje prilikom javne ponude vrijednosnih papira ili uvrštavanja za trgovanje bitan je element unapređenja jedinstvenog tržišta kapitala, jer omogućuje zaštitu ulagača. Izdavanjem i usklađivanjem objavljivanja prospekta uklanja se asimetričnost dostupnosti podataka između njih i izdavatelja. Također, pružene informacije omogućuju ulagačima donošenje utemeljene investicijske odluke.

Načela i propisi utvrđeni Direktivom 2003/71/EZ Europskog parlamenta i Vijeća moraju se izmijeniti s obzirom na novosti koje su se pojavile na zakonodavnom i tržišnom planu od trenutka njezina usvajanja. Podržala sam prijedlog uredbe i predložene reforme zato što sadrže dopune koje su važne za daljnju izgradnju unije tržišta kapitala i smanjuju nepotrebne administrativne prepreke.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing.* – The purpose of this proposal is to reform the prospectus rules in order to enhance investor protection and market efficiency while establishing the Capital Markets Union. This information is to be the basis on which investors can decide whether to invest in a variety of securities. I agree that a harmonised EU prospectus is an essential tool for the integration of capital markets throughout the Union.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Prospekty sú zákonom vyžadované dokumenty, ktoré poskytujú informácie o konkrétnej spoločnosti tak, aby sa na ich podklade mohol investor rozhodnúť, či bude investovať do cenných papierov vydaných touto spoločnosťou. Je dôležité, že navrhovaná smernica odstraňuje zbytočnú administratívnu záťaž pri vytváraní harmonizovaného prospektu. Prospekt schválený vnútroštátnymi orgánmi bude akceptovaný všetkými členskými krajinami Únie bez ďalších schvaľovaní v inej členskej krajine. Zároveň sa vytvárajú podmienky na poskytnutie relevantnejších údajov potencionálnym investorom, čo v konečnom dôsledku môže oživiť kapitálový trh.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς.* – Αναφερόμενος στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 14/9/2016, επισημαίνω ότι ψήφισα υπέρ της αναβολής της ψηφοφορίας σύμφωνα με την πρόταση του εισηγητή.

Dominique Martin (ENF), *par écrit.* – Je me suis abstenu sur ce texte.

Sur le plan strictement technique, la refonte du règlement «Prospectus» peut se justifier. La Commission a voulu simplifier la documentation en la rendant à la fois plus concise et plus lisible, ce que nous approuvons. En revanche, sur l'esprit du texte et de l'Union des marchés de capitaux, il est plus contestable de vouloir financiariser davantage le financement des entreprises, notamment des PME.

Les principaux gagnants seront avant tout les entreprises de marché et les banques d'affaires. Nous sommes plus favorables à des partenariats sur la durée entre les entreprises et des banques recentrées sur leur métier et à des prêts à l'économie réelle qu'à la spéculation et aux opérations de marché.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich.* – Der Bericht bringt mehr und klarere Informationen für den Verbraucher. Weiter wird Klarheit bei Haftungsfragen seitens der Emittenten geschaffen. Daher unterstütze ich diesen Bericht.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už reglamento pakeitimus, nes tai yra vienas svarbiausių žingsnių užbaigiant kurti kapitalo rinkų sąjungą. Kapitalo rinkų sąjungos tikslas – padėti įmonėms pasinaudoti įvairesniais kapitalo šaltiniais visoje Europos Sąjungoje (toliau – Sąjunga), užtikrinti, kad rinkos veiktų efektyviau, o investuotojams ir santaupų turintiems asmenims pasiūlyti papildomų galimybių investuoti savo lėšas, kad būtų skatinamas augimas ir kuriamos darbo vietos;

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – «Les prospectus sont des documents requis par la législation, qui fournissent des informations sur une entreprise. Ces informations constituent la base dont les investisseurs ont besoin pour décider de l'opportunité d'investir dans les diverses valeurs mobilières émises par l'entreprise en question.» Le rapport défend l'idée que le prospectus harmonisé de l'UE est un outil essentiel pour intégrer les marchés des capitaux dans l'ensemble de l'Union. Il en précise le fonctionnement. Ainsi, il convient que ces prospectus «devraient comporter un avertissement clair mentionnant les risques, en particulier pour les investisseurs de détail». Pour ma part je crains que la publication de telles brochures ne suffise pas à lutter contre la finance. En particulier dans le cadre de l'Union des marchés de capitaux et des montages financiers qu'elle permet (titrisation, *shadow banking*, etc.). Encore de la paperasse et de la bureaucratie. Le *benchmarking* est une dictature formaliste archaïque. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Sur le plan strictement technique, la refonte du règlement «Prospectus» peut se justifier. Sur la philosophie du texte et de l'Union des marchés de capitaux, il est plus contestable de vouloir financiariser davantage le financement des entreprises, notamment des PME. Les principaux gagnants seront avant tout les entreprises de marché et les banques d'affaires. Nous sommes plus favorables à des partenariats de long terme des entreprises avec des banques recentrées sur leur métier et à des prêts à l'économie réelle qu'à la spéculation et aux opérations de marché.

Ainsi, je me suis abstenue.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O presente regulamento constitui um passo essencial para a realização da União dos Mercados de Capitais, tal como estabelecido na comunicação da Comissão ao Parlamento Europeu, ao Conselho, ao Comité Económico e Social Europeu e ao Comité das Regiões intitulada «Plano de Ação para a Criação de uma União dos Mercados de Capitais», de 30 de setembro de 2015. A União dos Mercados de Capitais visa ajudar as empresas a aproveitar fontes de capital provenientes de qualquer parte da União Europeia (a seguir designada «União»), fazer com que os mercados funcionem de forma mais eficaz e oferecer aos investidores e aforradores oportunidades suplementares de aplicar o seu dinheiro, a fim de aumentar o crescimento e criar postos de trabalho. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this legislative resolution as it furthers the Union's drive to complete the Capital Markets Union – ensuring proper protection for investors by removing asymmetries of information between them and issuers.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Je me réjouis de l'adoption de ce rapport qui vise à renforcer les règles relatives aux prospectus qu'une entreprise doit publier pour informer ses investisseurs potentiels. Il s'agit là de mesures destinées à renforcer l'union des marchés des capitaux. L'objectif est de mettre en place un prospectus contenant les informations permettant d'évaluer correctement l'investissement souhaité dans une valeur mobilière. L'accès à l'information est essentiel si nous voulons créer un cadre de confiance propice à l'investissement et donc à la croissance. Le Parlement européen a adopté une position ambitieuse, appelant à une véritable harmonisation européenne du régime. Toutefois, nous devrons à présent rentrer en négociation avec le Conseil pour que cette législation puisse réellement aboutir.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* — Návrh prepracovania smernice o prospekte si kladie za cieľ zjednodušiť a zlacniť získavanie kapitálu pre podniky, najmä však pre malé a stredné podniky (MSP) a poskytovať jasné informácie potenciálnym investorom vrátane retailových investorov. Je dôležité, aby retailoví investori mali prístup k primeraným informáciám a mohli sa tak informovane rozhodnúť. Návrh podporuje otvorenie trhu s nemajetkovými cennými papiermi pre retailových investorov a zníženie výnimky pre dlhopisy s minimálnou hodnotou nad 100 000 EUR, pričom je ale potrebné zachovať rozlišovanie medzi kvalifikovanými a nekvalifikovanými investormi z hľadiska poskytovania informácií. Investor by mal mať možnosť čítať súhrn prospektu v jednom z úradných jazykov svojho domovského členského štátu, súhrn by sa mal prekladať podľa potreby. Zlepšenie prístupu MSP k financovaniu je prínosom pre MSP aj pre spotrebiteľov, ktorí by mohli tiež mať prospech zo širšieho výberu investičných možností. Návrh podporujem svojim hlasom.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the regulation, which aims to reduce one of the principal regulatory hurdles that issuers face when offering their equity and debt securities to retail and wholesale investors, and also to provide all types of issuers with disclosure rules tailored to their specific needs. At the same time, the proposal aims to make the prospectus a more relevant tool for informing potential investors, especially in a cross-border context. The regulation also simplifies the lives of SMEs by allowing them to use a standard document – that is easy for anyone to fill in without the help of banks or lawyers – to sell their securities.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság az értékpapírok nyilvános kibocsátásakor vagy piaci bevezetésekor közzéteendő tájékoztatóról szóló rendelet elfogadására tett javaslatot a Parlamentnek és a Tanácsnak. A Gazdasági és Monetáris Bizottság jelentésében azt ajánlja a Parlamentnek, hogy a Bizottság javaslatát első olvasatban számos lényeges módosítással egységes szerkezetbe foglalt szöveggel fogadja el. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Sur le plan pratique, la refonte de la directive «Prospectus» peut se justifier. Sur la philosophie du texte et de l'union des marchés de capitaux, il est plus contestable de vouloir financiariser davantage le financement des entreprises, notamment des PME. Les principaux gagnants seront avant tout les entreprises de marché et les banques d'affaires. Nous sommes plus favorables à des partenariats de long terme des entreprises avec des banques recentrées sur leur métier et à des prêts à l'économie réelle qu'à la spéculation et aux opérations de marché. Pour cette raison, et malgré des seuils mieux adaptés aux PME et des obligations simplifiées, nous nous abstenons sur ce texte.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Sur le plan strictement technique, la refonte de la directive «Prospectus» peut se justifier. Sur la philosophie du texte et de l'union des marchés de capitaux, il est plus contestable de vouloir financiariser davantage le financement des entreprises, notamment des PME. Les principaux gagnants seront avant tout les entreprises de marché et les banques d'affaires. Je suis plus favorable à des partenariats de long terme des entreprises avec des banques recentrées sur leur métier et à des prêts à l'économie réelle qu'à la spéculation et aux opérations de marché. Je m'abstiens donc sur ce rapport.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – Ce texte établit la position du Parlement européen sur la réforme du règlement relatif aux règles applicables à l'émission de prospectus lors d'un placement de titres. Je soutiens notamment l'un des objectifs de cette réforme qui était de simplifier la documentation, notamment pour les PME qui subissent encore trop de contraintes administratives. J'ai voté pour.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – This regulation represents an indispensable step forward towards the completion of the Capital Markets Union. I voted for the report, which will ensure market efficiency and investor protection while enhancing the single market for capital.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea prezentului raport deoarece acesta reprezintă un pas important spre finalizarea uniunii piețelor de capital, abordând problema prezentării informațiilor în cazul unei oferte publice de valori mobiliare sau al admiterii de valori mobiliare la tranzacționare pe o piață reglementată.

Armonizarea acestor norme oferă o mai bună protecție investitorilor și asigură buna funcționare a pieței interne, reducând fragmentarea. Acest lucru va reduce situațiile în care persoanele implicate sunt supuse unor norme diferite în fiecare stat membru, reducând riscul ca prospectele aprobate într-un stat să nu poată fi utilizate într-un alt stat membru.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — This report relates to a 'prospectus' – an information and disclosure document – that must be provided to investors in the context of seeking to raise capital on the capital markets. The proposed regulation is part of the Capital Markets Union (CMU). The Commission wants further to harmonise the prospectus regime in the EU so that it will be easier for companies and investors to buy and sell bonds and shares.

The proposed measures specifically aim to: reduce the administrative burden of drawing up of prospectuses for all issuers and in particular for SMEs and frequent issuers of securities and secondary issuances; make the prospectus a more relevant disclosure tool for potential investors, especially in SMEs; and achieve more convergence between the EU prospectus and other EU disclosure rules.

We are in favour of maximum disclosure on risk to consumers, so we are opposed to some of the exemptions, but we are also fundamentally opposed to the CMU. Because of the CMU aspects in the report, I voted against it.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Määruse eesmärk on tagada investorite kaitse ja turu tõhusus, samal ajal tõhustades ühtset kapitaliturgu. Sellise teabe esitamine, mis vastavalt emitendi ja väärtpaberite olemusele on vajalik selleks, et investorid saaksid teha teadliku investeerimisotsuse, tagab koos äritegevuse eeskirjadega investorite kaitse. Peale selle on see teave tõhus vahend väärtpaberite vastu usalduse suurendamisel, millega aidatakse kaasa väärtpaberiturgude nõuetekohasele toimimisele ja nende arengule. Sobiv viis selle teabe kättesaadavaks tegemiseks on prospekti avaldamine.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, own-initiative report. The proposal grants the regulator (ESMA) and the Commission powers to issue delegated acts, therefore UKIP is against it.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala sam ovu zakonodavnu rezoluciju jer smatram kako je točna i potpuna informacija namijenjena svim dionicima ključ povjerenja na tržištu vrijednosnih papira. Vrijednosni papiri se nude javnosti u Uniji tek nakon prethodne objave prospekta, u skladu s Uredbom. Njima se trguje na uređenom tržištu sa sjedištem u Uniji tek nakon prethodne objave prospekta.

Države članice mogu odlučiti izuzeti obvezu objavljivanja od javnosti ponuda vrijednosnih papira od prospekta pod uvjetom da ukupno razmatranje ponude u Uniji ne prelazi 5 000 000 eura izračunato tijekom razdoblja od 12 mjeseci. Javne ponude koje se podnose na temelju izuzeća moraju sadržavati jasnu naznaku da javna ponuda nije granične prirode.

Prospekt o rastu u EU-u mora biti standardiziran dokument koji treba obuhvatiti ključne informacije o izdavatelju, vrijednosnim papirima i ponudi. Komisija treba olakšati pristup tržištima kapitala za mala i srednja poduzeća, dakle treba osigurati povjerenje ulagača za ulaganja u takve tvrtke tako da se smanje troškovi i opterećenja za male i srednje poduzetnike.

Prospekti također moraju uključivati rizike koji proizlaze iz razine podređenosti sigurnosti i utjecaja na očekivanu veličinu ili vrijeme plaćanja vlasnicima vrijednosnih papira u stečaju, ili bilo kojeg drugog sličnog postupka, uključujući, gdje je to relevantno, nesolventnosti kreditne institucije.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – La refonte de la directive «Prospectus» s'inscrit dans l'Union des marchés de capitaux, lancée par Jonathan Hill, dont un des buts est de dynamiser les alternatives aux financements bancaires pour les entreprises. Faciliter l'appel aux marchés financiers a donc été une des priorités de la Commission.

Le terme de prospectus correspond à la documentation que les émetteurs de produits financiers faisant appel public à l'épargne doivent mettre à la disposition des investisseurs. Des exigences trop fortes en termes d'information peuvent créer une charge administrative et des risques de contentieux dissuasifs, notamment pour les PME. Il faut donc fournir une information pertinente et synthétique aux investisseurs, en différenciant selon s'ils sont professionnels ou profanes, sans créer d'obstacles excessifs.

Sur le plan strictement technique, la refonte de la directive «Prospectus» peut se justifier. Sur la philosophie du texte et de l'Union des marchés de capitaux, il est plus contestable de vouloir financiariser davantage le financement des entreprises, notamment des PME. Les principaux gagnants seront avant tout les entreprises de marché et les banques d'affaires. Je suis plus favorable à des partenariats de long terme des entreprises avec des banques recentrées sur leur métier et à des prêts à l'économie réelle qu'à la spéculation et aux opérations de marché. Je préfère donc m'abstenir.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Prijedlog uredbe predstavlja ključan korak prema dovršetku unije tržišta kapitala. Cilj unije tržišta kapitala je pomoći društvima u lakšem pristupanju izvorima kapitala, osiguravanje učinkovitijeg funkcioniranja tržišta te ulagateljima i štedišama ponuditi dodatne mogućnosti korištenja sredstava.

Reforma prospekta bi trebala osigurati smanjenje rascjepkanosti financijskih tržišta, diversificiranje izvora financiranja i jačanje prekograničnih tokova kapitala. Stabilnije i snažnije tržište kapitala važan je dio odgovora na izazov jačanja gospodarstva i stvaranja novih radnih mjesta, stoga sam podržao Izvješće zastupnika Ježeka.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport établissant la position du Parlement européen relative aux règles applicables à l'émission du prospectus lors d'un placement de titres. En novembre 2015, la Commission européenne a publié une proposition de règlement européen visant à remplacer la directive 2003/71/CE sur les prospectus. Cette réforme, qui s'inscrit dans le cadre de la création d'un marché unique des capitaux, a pour ambition de diminuer les obstacles aux investissements et de faciliter les levées de fonds sur les marchés financiers. À noter que les PME seront les principales bénéficiaires de cette simplification de la documentation, que les régimes nationaux seront harmonisés et que la centralisation d'informations au niveau de l'Autorité européenne des marchés financiers (AEMF) sera accrue.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, own-initiative report. The proposal grants the regulator (ESMA) and the Commission powers to issue delegated acts, therefore UKIP is against it.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, uma vez que o presente regulamento constitui um passo essencial para a realização da União dos Mercados de Capitais, tal como previsto no plano de trabalho da Comissão Europeia para este mandato. A União dos Mercados de Capitais visa ajudar as empresas a aproveitar fontes de capital provenientes de qualquer parte da União Europeia, fazer com que os mercados funcionem de forma mais eficaz e oferecer aos investidores e aforradores oportunidades suplementares de aplicar o seu dinheiro, a fim de aumentar o crescimento e criar postos de trabalho.

O objetivo do presente regulamento é assegurar a proteção dos investidores e a eficiência do mercado, reforçando, ao mesmo tempo, o mercado único de capitais. A prestação de informações que, de acordo com a natureza do emitente e dos valores mobiliários, é necessária para que os investidores possam tomar uma decisão de investimento informada, assegura, juntamente com as normas de conduta, a proteção dos investidores. Além disso, tal informação representa um meio eficaz para reforçar a confiança nos valores mobiliários, contribuindo assim para o bom funcionamento e desenvolvimento dos mercados de valores mobiliários.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre el Reglamento relativo al folleto informativo que debe publicarse al momento de realizar emisiones de títulos, ya que se homogenizan las condiciones en todos los Estados miembros, lo que contribuye a reforzar el mercado único de servicios financieros y capitales.

El mercado interior no deja de ser una de las piezas fundamentales para avanzar en clave federal en la integración europea en las dimensiones económica, política y social.

Asimismo, estoy satisfecho de que el informe ha recogido nuestra propuesta relativa a que no se pueda excluir a ningún comprador de emisiones por razón de nacionalidad o residencia, aun cuando las emisiones se acojan a la exención cuantitativa que permite no publicar el folleto informativo o prospecto.

Al mismo tiempo, el informe deja claro que si el emisor publica el folleto informativo pudiendo haberse acogido a la exención cuantitativa, la emisión no tendrá que cumplir requisitos adicionales en otros Estados miembros distintos de donde se produce la misma.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la position de négociation sur la proposition de règlement de la Commission qui modifie les règles inhérentes au prospectus qu'une entreprise européenne doit publier lorsqu'elle souhaite lever des capitaux.

Ce texte accorde une importance particulière aux PME en leur permettant de produire une version réduite du prospectus. De plus, il est laissé aux États membres la possibilité d'exempter les émissions de titres inférieures à 5 millions d'euros.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O relatório em causa diz respeito a uma proposta de regulamento do Parlamento Europeu e do Conselho relativo ao prospeto a publicar em caso de oferta pública de valores mobiliários ou da sua admissão à negociação.

Esta proposta de regulamento surge no quadro da União dos Mercados de Capitais, no qual a Comissão propôs a revisão da Directiva Prospetos, com o objetivo da simplificação administrativa e, muito concretamente, para facilitar a vida às empresas, libertando-as de ónus desnecessários quando pretendam mobilizar capital ou prestar informações claras e precisas a potenciais investidores.

Apoio as alterações que são propostas pelo relator, na medida em que as mesmas conferem maior transparência e melhor acesso das PME aos mercados de capitais, como também confere uma maior transparência e segurança junto dos investidores e consumidores, indo ao encontro das suas legítimas expetativas em termos de opções de investimento.

Face ao que precede, o meu voto foi favorável à aprovação deste relatório, que expressa a posição do Parlamento Europeu em primeira leitura.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui établit la position du Parlement sur la réforme des règles applicables à l'émission de prospectus lors d'un placement de titres.

Cette réforme a pour objectif de simplifier la documentation, tout particulièrement pour les PME, dans le cadre de l'union des marchés des capitaux. Il s'agit également d'harmoniser les régimes nationaux et de centraliser les informations auprès de l'autorité européenne des marchés financiers.

J'ai soutenu ce rapport parce qu'il s'inscrit dans les mesures nécessaires pour la création d'un réel marché unique des capitaux. Il est essentiel que l'Europe poursuive son action afin de lever les obstacles qui restreignent les investissements dans l'Union.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de esta propuesta de Reglamento, destinada a establecer las reglas que deben cumplir las compañías financieras cuando informan al consumidor sobre los productos financieros que ponen en venta. Por una parte nos parece que esta regulación, así como todas las que se engloban en el proyecto de la Comisión de la Unión de Mercado de Capitales, promueve una economía financiarizada con alta tendencia a la inestabilidad financiera y la especulación, con una capacidad cada vez más limitada de los Estados para dirigir los flujos de financiación hacia actividades y proyectos de interés general. Por otra parte nos parece que la regulación de los prospectos que se propone es excesivamente laxa y no contiene elementos suficientes para advertir de los riesgos y responsabilidades que adquiere el consumidor al comprar estos productos.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe debido a que supone un paso adelante en la financiariazión del tejido empresarial de la Unión Europea, adoptando un modelo similar al de los Estados Unidos para impulsar métodos de financiación especulativos para las empresas relacionadas con la economía real principalmente las Pequeñas y Medianas Empresas. Esta propuesta, que establece los requerimientos informativos de dichas empresas, es un paso necesario dentro de la Unión del Mercado de Capitales, para permitir a fondos financieros cortocircuitar los requerimientos bancarios y poder especular directamente con la financiación de las PYMES. Esto redundara en la desestabilización de la economía real y la externacionalización del riesgo del sector financiero sobre las Pequeñas y Medianas Empresas. Es por esto por lo que he decidido votar en contra de este informe.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Podporila som návrh uznesenia, pretože nariadenie predstavuje zásadný krok na ceste k dobudovaniu únie kapitálových trhov, ako sa uvádza v oznámení Komisie Európskemu parlamentu, Rade, Európskemu hospodárskemu a sociálnemu výboru a Výboru regiónov s názvom Akčný plán na vybudovanie únie kapitálových trhov z 30. septembra 2015. Cieľom únie kapitálových trhov je pomôcť podnikom využiť rozmanitejšie zdroje kapitálu z akéhokoľvek miesta v Európskej únii , zefektívniť fungovanie trhov a ponúkať investorom a sporiteľom dodatočné príležitosti, aby ich peniaze mohli zarábať, s cieľom posilniť rast a vytvárať pracovné miesta. Cieľom tohto nariadenia je zabezpečiť ochranu investorov a efektívnosť trhu a zároveň posilniť jednotný kapitálový trh. Poskytovanie informácií, ktoré sú podľa povahy emitenta a cenných papierov nevyhnutné na to, aby investori mohli prijať informované investičné rozhodnutie, zabezpečuje spolu s pravidlami podnikania ochranu investorov. Takéto informácie navyše predstavujú účinný prostriedok na zvýšenie dôvery k cenným papierom, a tým prispievajú k náležitému fungovaniu a rozvoju trhov s cennými papiermi.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – V rámci budovania Únie kapitálových trhov je dôležité harmonizovať predpisy členských štátov, aby finančné nástroje, ktoré budú v rámci neho fungovať, mohli byť využívané čo najoptimálnejšie.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel zu veröffentlichen ist, habe ich zugestimmt.

Natürlich gibt es auch hier Licht und Schatten, zum Beispiel dass eine Verordnung die bestehende Richtlinie ersetzt. Gleichwohl ist die Verordnung inhaltlich eine Verbesserung gegenüber dem Status quo unter der Geltung der Börsenprospektrichtlinie. Denn die Verordnung gibt dem nationalen Gesetzgeber einen größeren Spielraum als er ihn unter der Richtlinie derzeit innehat. Das ist im Wesentlichen der guten Vorarbeit des inzwischen aus dem EU-Parlament ausgeschiedenen ersten Berichterstatters zu verdanken, der eine sehr liberale und souveränitätsfreundliche, den Wettbewerb der Nationalstaaten anfeuernde liberale Lösung vorgelegt hat, die weit über den kurz gegriffenen Vorschlag der Kommission hinausgeht. Im weiteren Verlauf, also dem nun folgenden Trilog, werde ich das Verfahren als Schattenberichterstatterin meiner Fraktion weiter verfolgen.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Direktivom o prospektu 2003/71/EZ usklađuju se pravila za objavljivanje prospekata kada poduzeća žele prikupiti kapital bilo emisijom dionica bilo pružanjem mogućnosti ulaganja općoj javnosti. Posljedično je Komisija u sklopu unije tržišta kapitala predložila reviziju Direktive o prospektu u cilju pojednostavljena postupka i smanjenja troška te pružanja jasnih informacija ulagateljima.

Odbor IMCO zadužen je za zakonodavni nadzor interesa potrošača u cijelom nizu sektora, uključujući i sektor financijskih usluga te unapređivanje konkurentnosti na jedinstvenom tržištu. Podržavam Izvješće o Prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o prospektu koji se objavljuje prilikom javne ponude vrijednosnih papira ili uvrštavanja za trgovanje Odbora za ekonomsku i monetarnu politiku.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o prospektu, ki se objavi ob javni ponudbi ali sprejemu vrednostnih papirjev v trgovanje.

S to uredbo bomo naredili en korak pri vzpostavitvi unije kapitalskih trgov, s katero bomo podjetjem omogočili dostop do bolj raznolikih virov kapitala kjer koli v Evropski uniji, zagotovili učinkovitejše delovanje trgov ter vlagateljem in varčevalcem ponudili priložnosti za učinkovitejše vlaganje denarja, da se poveča rast in ustvarijo delovna mesta. Prav tako bomo z uredbo zagotovili zaščito vlagateljev in tržno učinkovitost ter okrepiti enotni trg kapitala.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Σύμφωνα με τον νέο αυτό κανονισμό, η πρόσβαση σε χρηματοδότηση των εταιρειών είναι ένα από τα σημαντικά ζητήματα που οδήγησαν στην κρίση, και έτσι προτείνονται εναρμονιστικά μέτρα μέσα από τα οποία οι εταιρείες θα μειώσουν το «γραφειοκρατικό» τους κόστος για να μπορούν πιο εύκολα να απευθύνονται σε χρηματοδότηση.

Στόχος του κανονισμού είναι η «αμερικανοποίηση» της ευρωπαϊκής οικονομίας και του τρόπου χρηματοδότησης των τραπεζών. Εν τούτοις, η περαιτέρω ρύθμιση και εναρμόνιση των χρηματοπιστωτικών δραστηριοτήτων μάλλον περισσότερη κερδοσκοπία θα επιφέρει παρά πρόσβαση σε χρηματοδότηση, καθώς δεν είναι η πρόσβαση στη χρηματοδότηση που δημιούργησε την κρίση αλλά η έλλειψη ζήτησης των προϊόντων των επιχειρήσεων από τα συνεχιζόμενα μέτρα λιτότητας. Αυτό το ζήτημα η ρύθμιση αποτυγχάνει να το αντιμετωπίσει πλήρως. Γι' αυτό καταψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Ο συγκεκριμένος κανονισμός σηματοδοτεί στην ουσία την επανέναρξη της δραστηριότητας των χρηματοπιστωτικών αγορών, γεγονός που θα ενισχύσει την κερδοσκοπία και θα αποσταθεροποιήσει τις οικονομίες.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az értékpapírok nyilvános kibocsátásakor vagy piaci bevezetésekor közzéteendő tájékoztatóról szóló európai parlamenti és tanácsi rendeletre vonatkozó javaslatról szóló jelentést. A tőkepiaci unió fő célja a tőkebevonás megkönnyítése a tőkepiacokon, ebben pedig nagy szerepe van egy harmonizált uniós tájékoztatónak. A nagyobb hatékonyság biztosítása érdekében fontos a tájékoztatóról szóló irányelv felülvizsgálata, amely egyben a tőkepiaci unió létrehozása szempontjából is lényeges.

Egyetértek a jelentéssel, amely elfogadta a bizottsági álláspontot, különös tekintettel a nem részvényjellegű értékpapírok piacának a lakossági befektetők előtti megnyitására, illetve arra, hogy a befektetőnek legyen lehetősége az összefoglalót saját tagállamának valamelyik hivatalos nyelvén olvasnia. Ezentúl üdvözlöm a kkv-k tőkepiacokhoz való hozzáférésének könnyítését szolgáló módosításokat.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – I support this report because it aims to simplify the lives of SMEs by allowing them to use a standard document – easy for anyone to fill without the help of banks or lawyers – to sell their securities. Helping cross-border investment and deepening the capital market is at the heart of the proposals. But, in order to create a real Capital Markets Union and to deepen EU capital markets, we have to move away from 28 different national regimes by creating the same rules for all companies in all Member States. With this report, we will be able to achieve or improve several important things for European citizens, such as: reduced legal costs and red tape; reduced fragmentation of practices across Member States and a move towards deeper integration of the capital markets in the EU; unlocked liquidity from institutional investors who are currently facing a low-interest-rate environment and sitting on capital; and harmonised investor protection rules across the different pieces of legislation.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je suis d'accord avec la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil concernant le prospectus à publier en cas d'offre au public de valeurs mobilières ou en vue de l'admission de valeurs mobilières à la négociation. Le texte comble les lacunes législatives à ce sujet.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of revising the directive on the prospectus. Prospectuses are legally required documents, presenting information about a company, that inform investors about investment opportunities in the company's securities. I believe that this is an important tool to reduce the fragmentation of financial markets and to increase investor protection, and thereby enable the European economy to pick up again.

In fact, this revision will make it easier and cheaper for companies to raise capital in the EU by reducing the administrative burden, in particular for SMEs. It will also make the prospectus a more relevant disclosure tool for potential investors by further standardising this document.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržavam ovu uredbu jer joj je cilj utvrditi zahtjeve za sastavljanje, odobrenje i distribuciju prospekta koji se objavljuje prilikom javne ponude vrijednosnih papira ili uvrštavanja za trgovanje na uredbenom tržištu uspostavljenom u državi članici. Slažem se kako prethodno spomenutim prospektom trebaju biti obuhvaćene informacije koje su ulagateljima potrebne za donošenje utemeljenih investicijskih odluka.

Osobito podržavam prijedlog Komisije da se revidira Direktiva o prospektu kako bi se pojednostavili postupci i smanjili troškovi prikupljanja kapitala za poduzeća, posebice mala i srednja poduzeća. Bitno je da mali ulagatelji imaju pristup potreban informacijama na temelju kojih mogu donositi utemeljene odluke, te da se malim i srednjim poduzećima omogući bolji pristup financijskim sredstvima.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog prospekta, ki se objavi ob javni ponudbi ali sprejemu vrednostnih papirjev v trgovanje, sem podprla, saj prospekt vsebuje ustrezne in potrebne informacije, ki bi jih vlagatelj razumno zahteval v zvezi z naložbo v vrednostne papirje.

Na podlagi teh informacij vlagatelj lahko oceni sredstva in obveznosti, finančni položaj, poslovni izid, prospekte izdajatelja in morebitnega garanta ter pravice, ki izhajajo iz takih vrednostnih papirjev.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de esta propuesta de regulación, destinada a establecer las reglas que deben cumplir las compañías financieras cuando informan al consumidor sobre los productos financieros que ponen en venta. Por una parte nos parece que esta regulación, así como todas las que se engloban en el proyecto de la Comisión de la Unión de Mercado de Capitales, promueve una economía financiarizada con alta tendencia a la inestabilidad financiera y la especulación, con una capacidad cada vez más limitada de los Estados para dirigir los flujos de financiación hacia actividades y proyectos de interés general. Por otra parte nos parece que la regulación de los prospectos que se propone es excesivamente laxa y no contiene elementos suficientes para advertir de los riesgos y responsabilidades que adquiere el consumidor al comprar estos productos.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – La refonte de la directive «Prospectus» s'inscrit dans l'Union des marchés de capitaux, lancée par Jonathan Hill, dont un des buts est de dynamiser les alternatives aux financements bancaires pour les entreprises. Faciliter l'appel aux marchés financiers a donc été une des priorités de la Commission.

Sur le plan strictement technique, la refonte de la directive prospectus peut se justifier. Sur la philosophie du texte et de l'Union des marchés de capitaux, il est plus contestable de vouloir financiariser davantage le financement des entreprises, notamment des PME. Les principaux gagnants seront avant tout les entreprises de marché et les banques d'affaires. Nous sommes plus favorables à des partenariats de long terme des entreprises avec des banques recentrées sur leur métier et à des prêts à l'économie réelle qu'à la spéculation et aux opérations de marché.

J'ai choisi l'abstention.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A tájékoztatókról szóló, jelenleg hatályos 2003/71/EK irányelv azokat a szabályokat harmonizálja, melyek a részvények tőzsdei jegyzésre történő kibocsátása vagy befektetési lehetőségek nyilvános felkínálása révén tőkét bevonó cégek által kiadandó tájékoztatók közzétételére vonatkoznak. A mostani javaslatot szavazatommal támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — Hemos votado en contra de esta propuesta de regulación, destinada a establecer las reglas que deben cumplir las compañías financieras cuando informan al consumidor sobre los productos financieros que ponen en venta. Por una parte nos parece que esta regulación, así como todas las que se engloban en el proyecto de la Comisión de la Unión de Mercado de Capitales, promueve una economía financiarizada con alta tendencia a la inestabilidad financiera y la especulación, con una capacidad cada vez más limitada de los Estados para dirigir los flujos de financiación hacia actividades y proyectos de interés general. Por otra parte nos parece que la regulación de los prospectos que se propone es excesivamente laxa y no contiene elementos suficientes para advertir de los riesgos y responsabilidades que adquiere el consumidor al comprar estos productos.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – Me he abstenido en este informe. Conseguimos que mis enmiendas de protección a los inversores minoristas para evitar estafas como las de las preferentes se aceptaran, cosa que es muy positiva. Pero el texto en su conjunto es desequilibrado y desregulador, beneficiando a las grandes empresas reduciendo sus obligaciones de hacer público los riesgos de sus emisiones.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council on the prospectus to be published when securities are offered to the public or admitted to trading. The aim of this regulation is to ensure investor protection and market efficiency, while enhancing the single market for capital. The provision of information, according to the nature of the issuer and of the securities, is necessary to enable investors to make an informed investment decision, and ensures, together with rules on the conduct of business, the protection of investors. I voted in favour because I believe that such information contributes to the proper functioning and development of securities markets.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre el Reglamento relativo al folleto informativo que debe publicarse al momento de realizar emisiones de títulos, ya que se homogenizan las condiciones en todos los Estados miembros, lo que contribuye a reforzar el mercado único de servicios financieros y capitales.

El mercado interior no deja de ser una de las piezas fundamentales para avanzar en clave federal en la integración europea en las dimensiones económica, política y social.

Asimismo, estoy satisfecha de que el informe ha recogido nuestra propuesta relativa a que no se pueda excluir a ningún comprador de emisiones por razón de nacionalidad o residencia, aun cuando las emisiones se acojan a la exención cuantitativa que permite no publicar el folleto informativo o prospecto.

Al mismo tiempo, el informe deja claro que si el emisor publica el folleto informativo pudiendo haberse acogido a la exención cuantitativa, la emisión no tendrá que cumplir requisitos adicionales en otros Estados miembros distintos de donde se produce la misma.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Estamos de acordo que é de extrema importância para os investidores terem informações fiáveis e precisas e um alto grau de transparência.

Recusamos é que, a reboque desta noção de transparência, se distorça por completo a génese desta crise. A transparência ajuda e é bem-vinda. Mas não se acredite que foi a falta de transparência a causa da crise financeira. A crise foi provocada pela ganância dos grandes investidores institucionais que tinham toda a informação possível, mas que, ainda assim, não quiseram abrir mão dos seus lucros. O problema foi a espiral especulativa que envolveu a banca e as restantes instituições financeiras que sabiam que podiam arriscar porque sabiam e sabem, hoje, que poderão contar sempre com os governos e os bancos centrais para resolver este problema.

Por mais regulação que possam inventar, não há nada que apague, hoje, a necessidade do controlo público do sistema financeiro.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht geht in die richtige Richtung, bringt mehr und vor allem klarere Information für den Verbraucher und schafft Klarheit bei Haftungsfragen seitens der Emittenten. Grundsätzlich ist der Ansatz ein Fortschritt, um Einheitlichkeit zu gewährleisten, und schafft gleichzeitig Flexibilität dort, wo sie notwendig ist. Daher habe ich dem Bericht zugestimmt.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za predlog uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o prospektu, ki se objavi ob javni ponudbi ali sprejemu vrednostnih papirjev v trgovanje.

Menim, da uredba predstavlja pomemben korak k vzpostavitvi unije kapitalskih trgov, to je zagotavljanje učinkovitejšega delovanja trgov ter ponujanje priložnosti vlagateljem in varčevalcem za učinkovitejše vlaganje denarja, da se poveča rast in ustvarijo delovna mesta.

Prav tako menim, da je razkritje informacij v primeru javnih ponudb ali sprejema vrednostnih papirjev v trgovanje na reguliranem trgu ključnega pomena za zaščito vlagateljev, saj odpravlja neusklajenost informacij med vlagatelji in izdajatelji.

12.4. Asyl: vorläufige Maßnahmen zugunsten von Italien und Griechenland (A8-0236/2016 - Ska Keller)

Suulliset äänestysselitykset

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem tuto zprávu, která se týká kvót a evropské azylové politiky, nepodpořil, stejně jako jsem nikdy zde na plénu nepodpořil kvóty, tzn. nucené rozdělování uprchlíků do jednotlivých členských států Evropské unie. Jsem přesvědčen, že tato politika v reálu nemůže fungovat, praxe to ostatně ukazuje, a to, že jsme dnes přijali další návrh bez reflexe reality, bez toho, jak v praxi azylová politika funguje, mi připadá, že je tak trošku utopie. Mrzí mě to, měli bychom spíše vnímat realitu, zamýšlet se nad tím, jak současnou situaci pragmatickým selským rozumem řešit, a nevymýšlet další projekty, které nebudou fungovat. Jsem přesvědčen, že tento návrh, který dnes prošel, skončí pouze jako utopie, která v praxi nebude naplněna.

Peter Jahr (PPE). – Frau Präsidentin! Ich habe für den Bericht gestimmt, weil ich ganz einfach der Meinung bin: Es ist richtig, wir müssen praktikable Lösungen finden. Aber wir können dies nur europäisch tun, und wir brauchen auch die europäische Solidarität aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Dazu gehört natürlich auch, dass wir die Problematik Einreise, Asylberechtigung, Sicherheit der Dokumente, Rückführung der nichtberechtigten Asylbewerber europäisch lösen.

Und trotzdem wird es zum Schluss so sein, dass wir Menschen haben, die der Hilfe bedürfen und die wir in der Europäischen Union aufnehmen müssen. Ich denke, es ist der richtige Grundansatz, auch zu dieser zweiten oder dritten Aufgabe zu sagen: Wenn es um die humanitäre Hilfe für Menschen geht, stehen wir in europäischer Gesamtsolidarität und helfen uns gegenseitig. Das ist an sich der Duktus des Berichts, und deshalb konnte ich zustimmen.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já jsem tuto zprávu rovněž nepodpořil a to z důvodu, který považuji za poměrně závažný a chci jej zde vysvětlit.

Jsem přesvědčen, že předložený návrh Komise byl relativně správný. Obsahoval dobrou míru kompromisů a myslím si, že to bylo řešení, které zaprvé navazovalo na již před půl rokem přijaté rozhodnutí, které se vztahovalo ve prospěch Itálie a Řecka, a zadruhé obsahovalo i jistou míru shody mezi členskými státy.

Zpráva, která nám byla předložena od paní kolegyně Ska Kellerové, ovšem tyto mantinely do jisté míry bortí a chci to ilustrovat na případu, že do té kvóty, která má být zahrnuta do přerozdělení, nemají být zahrnováni ti uprchlíci, kteří budou přicházet na základě dohody EU s Tureckem, tzn. ten příklad 1:1. Pokud tito uprchlíci nebudou započítáváni do kvóty, která je již dříve vyjednaná, tak si myslím, že tím ale oslabujeme dohodu s Tureckem a z tohoto důvodu já jsem nemohl tuto zprávu podpořit.

Kirjalliset äänestysselitykset

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Gli Stati membri devono impegnarsi a distribuire le responsabilità per ricollocare i 160 000 richiedenti asilo provenienti dalla Grecia e dall'Italia.

Essi devono intensificare gli sforzi per far funzionare al meglio lo schema europeo di ricollocamento. La trasformazione di posti per il ricollocamento in posti di reinsediamento di profughi provenienti dalla Turchia, punto chiave dell'accordo UE, non risulta essere il modo migliore per la corretta implementazione dello schema di ricollocamento.

Poiché credo fermamente che, in un'ottica di solidarietà europea, sia necessario che ogni Stato membro rispetti gli accordi accogliendo il numero di rifugiati che gli competono, ho votato a favore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP MEPs voted against this consultation procedure vote, which is technically non-legislative. UKIP rejects the role of the European Border and Coast Guard in the migration crisis. Moreover, UKIP also opposes the compulsory resettlement of migrants across EU nations.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – I supported the report and voted in favour. The report is strong on protecting the concept of shared responsibility for the refugee crisis, and it calls for safe and legal access for refugees, is committed to family reunification, acknowledges the dire situation in Greece and Italy and seeks to add Afghan refugees to the relocation category.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport. Nous devons montrer plus de solidarité entre nous et créer enfin un système d'asile véritablement européen.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the Council proposal concerning provisional measures in favour of Italy and Greece. The objective of the Council proposal is to amend Council Decision (EU) 2015/1601 to relocate people in need of international protection from Italy and Greece.

In the framework of the existing commitments under EU-Turkey cooperation in the field of migration, the proposal responds to the need for further measures on resettlement to Turkey. The 54 000 relocation places provided for will now be available for the purpose of resettling Syrians from Turkey in the EU through the 1:1 scheme. Pursuant to the proposed amendment, the EU Member States may meet their commitments by admitting Syrians to their territory directly from Turkey. Important points are that the number of resettled Syrians would be deducted from Member States' relocation quotas, and that each Member State which uses this facility would receive the sum of EUR 6 500 per person.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – In dieser Entschließung fordert das Parlament die Ablehnung eines Vorschlags der Kommission, welcher beinhaltet, 54.000 Plätze des Programms zur Umsiedlung von Flüchtlingen aus Italien und Griechenland in das Hoheitsgebiet anderer Mitgliedstaaten aufzugeben und stattdessen die gleiche Anzahl syrischer Flüchtlinge aus der Türkei neu in der EU anzusiedeln (gemäß dem EU-Türkei-Abkommen). Das Parlament fordert die EU-Länder auf, ihre Zusagen zu erfüllen und aus Griechenland und Italien umgesiedelte Flüchtlinge aufzunehmen. Nur so kann der Migrationsdruck für die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen gemindert werden und gleichzeitig illegaler Einwanderung entgegengewirkt werden, indem sichere und legale Wege in die EU eröffnet werden.

Auch ich habe den Vorschlag der Kommission abgelehnt, da ich der Meinung bin, dass es dringend notwendig ist, Notumsiedlungen aus Griechenland und Italien in andere EU-Mitgliedstaaten durchzuführen, um die Notlage in Griechenland und das Risiko einer Verschlechterung der Situation in Italien zu bekämpfen. Ich bin ebenfalls der Meinung, dass das Umsiedlungsprogramm ein Instrument der Solidarität ist und nicht mit der Neuansiedlungsregelung durcheinanderzubringen sein sollte. Darüber hinaus plädiere ich weiterhin für eine gerechte Umverteilung der Flüchtlinge und bedaure sehr, dass es weiterhin Länder gibt, die noch keinen einzigen Flüchtling aufgenommen haben.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La Commission européenne veut utiliser 54 000 des 120 000 places du plan de relocalisation accepté par les représentants européens en septembre 2015 pour réinstaller des Syriens venus de Turquie dans l'UE, conformément à l'accord UE-Turquie sur les migrations.

La résolution propose que les États membres mettent à disposition au moins un tiers de leurs places de relocalisation avant le 31 décembre 2016. Elle ajoute que si l'État membre de relocalisation n'approuvait pas la relocalisation dans un délai de deux semaines, l'approbation devrait être supposée avoir été donnée.

Le texte souligne qu'à ce jour, seul un très faible nombre de réfugiés syriens ont été relocalisés dans l'Union. Il rappelle la résolution du Parlement européen du 12 avril 2016 dans laquelle celui-ci a appelé à définir plus d'itinéraires sûrs et licites dans l'Union pour les demandeurs d'asile et les réfugiés, y compris l'adoption par l'UE d'un dispositif législatif contraignant et obligatoire à l'égard de la réinstallation, la mise en place de programmes d'admission humanitaire par tous les États membres et une utilisation plus large des visas humanitaires.

Nous rejetons la politique de répartition des migrants qui s'est d'ailleurs avérée un échec cinglant. Ce texte ne fait que confirmer et rendre encore plus contraignante cette politique. Je m'y suis donc opposée.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I do not believe that the European Union should play a role in asylum, a matter which in my view is subject to the sovereignty of Member States.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pasiūlymą dėl Tarybos sprendimo, kuriuo iš dalies keičiamas 2015 m. rugsėjo 22 d. Tarybos sprendimas (ES) 2015/1601, kuriuo Italijos ir Graikijos labui nustatomos laikinosios priemonės tarptautinės apsaugos srityje. Šiuo pakeitimu valstybėms narėms leidžiama iš joms priskirto perkeliamų Europos Sąjungoje asmenų skaičiaus atimti skaičių Turkijoje esančių sirų, priimtų į jų teritoriją vykdant perkėlimą į ES, humanitarinį priėmimą arba kitų formų teisėtą priėmimą pagal nacionalines ar daugiašales programas, išskyrus perkėlimo į ES programą.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – Az előterjesztés tárgya: EP-állásfoglalás konzultációs eljárás keretén belül a nemzetközi védelem területén Olaszország és Görögország érdekében elfogadott átmeneti intézkedések megállapításáról szóló, 2015. szeptember 22-i (EU) 2015/1601 tanácsi határozat módosításáról szóló tanácsi határozatra irányuló javaslatról. A javaslat lényege szerint a kötelező áthelyezési rendszer jogi kereteinek a megteremtését szolgálja, látszólag Görögország és Olaszország megsegítésének hivatkozásával, de valójában az Európát szétzilálni hivatott nagy bevándoroltatási terv végrehajtását jelenti. A tagállamok számára kötelezően írná elő a nyilvánvalóan nemzetközi jogi értelemben nem menekültnek, hanem gazdasági bevándorlónak tekintendő, európai kultúrától idegen milliók beözönlésének elősegítését a tagállamok számára előírt befogadási kvóta alapján.

Az előterjesztés a Tanács javaslatánál is tovább megy és teljes, feltétlen liberális befogadás elvén áll és a tagállami identitásvédelem-elvét határozottan tagadja. A javaslat szerint az áttelepítés nem történhet az áthelyezés kárára, mindkettő a szolidaritás fontos eszközét képezi. Az áthelyezés a tagállamok közötti belső szolidaritás formája, míg az áttelepítés és a humanitárius befogadás vagy a befogadás más formái a menekültek többségét befogadó harmadik országokkal vállalt külső szolidaritás formái. Mindez csupán játék a szavakkal, a lényeg ugyanaz: a nemzetállamok szétverésének nagy projektje, Európa identitásának, kultúrájának feladása. Mindezek alapján természetesen a jelentés elfogadását elutasítottam.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport qui précise que les relocalisations ne devraient s'appliquer qu'aux demandeurs de nationalité syrienne, irakienne, érythréenne ou afghane ou à ceux qui possèdent une nationalité pour laquelle la part des décisions accordant une protection internationale est égale ou supérieure à 75 %.

Le rapport souligne par ailleurs que la réinstallation ne devrait pas se faire au détriment de la relocalisation, qui est une forme de solidarité interne entre les États membres.

Les députés ont également attiré l'attention sur le faible nombre de réfugiés relocalisés au sein de l'Union jusqu'à présent.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – En esta resolución legislativa el Parlamento concede su aprobación a la celebración del Acuerdo con los Estados del AAE de la Comunidad para el desarrollo del África Meridional (Botsuana, Lesoto, Mozambique, Namibia, Sudáfrica y Suazilandia). Este Acuerdo busca aumentar la cooperación con esta región de África. Contiene disposiciones para promover el comercio y el desarrollo, la promoción de la integración regional, y contiene cláusulas de respeto de los valores y de seguimiento de la aplicación del Acuerdo.

Sin embargo, este acuerdo supone una amenaza para el sector agrícola español, en especial al citrícola, debido a la competencia desleal que permite y a la falta de reciprocidad. Comparto los objetivos de favorecer la cooperación inter-regional y ayudar al crecimiento económico de del África meridional, pero no sin transparencia, a costa del sector agrícola español y sin tener en cuenta sus demandas y su posible impacto, ni de prever medidas compensatorias.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Il prolungarsi della crisi migratoria rende sempre più evidente lo sforzo che paesi come Grecia e Italia mettono in campo quotidianamente per gestire l'afflusso di migliaia di migranti che sbarcano sulle coste d'Europa in fuga dalla miseria e dai conflitti.

La relazione Keller, che ho sostenuto con convinzione, affronta il problema dell'asilo e delle misure temporanee a beneficio di Italia e Grecia, modificando la proposta originariamente presentata dalla Commissione. Il Parlamento ha infatti bocciato la disposizione che prevedeva di utilizzare i 54 000 posti originariamente destinati alla ricollocazione di richiedenti asilo da Grecia e Italia in altri Stati membri dell'UE per il reinsediamento dei rifugiati siriani dalla Turchia all'UE. Il regime di trasferimento previsto all'interno dell'Unione non deve essere confuso con quello della ricollocazione che riguarda un paese non UE, come invece suggerito dalla Commissione.

I due paesi mediterranei si trovano oggi ad affrontare una situazione complessa che rischia il deterioramento; occorre al più presto che tutti gli Stati membri si attivino per tener fede alla promessa fatta di ricollocare 160 000 richiedenti asilo entro due anni. L'Unione europea deve dimostrare l'esistenza di un vero vincolo di solidarietà tra gli Stati, da questo dipende il suo stesso futuro.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos a favor de un Informe que se opone al Acuerdo UE-Turquía y al esquema de readmisiones planteado por la Comisión en el marco de su política migratoria vulneradora de los derechos humanos. Compartimos la crítica a los Estados miembro por su mezquino comportamiento a la hora de acoger personas necesitadas de protección internacional en su territorio y en la necesidad de actuar en corresponsabilidad con Grecia e Italia a la hora de enfrentar con recursos suficientes y de manera solidaria la mayor crisis humanitaria en Europa desde la 2da Guerra Mundial.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer a la ponente y a los ponentes alternativos del informe su trabajo y empeño en conseguir un acuerdo en relación con las medidas provisionales en favor de Italia y Grecia en materia de asilo. He apoyado además la enmienda referida al hecho de que numerosos solicitantes necesitados de protección internacional que actualmente se encuentran en estos dos países no pueden beneficiarse del plan de reubicación al estar sujetos al Reglamento (UE) n.º 604/2013 y apoyo la idea de que los Estados miembros deben aplicar sin demora el derecho a la reunificación familiar previsto en dicho Reglamento y agilizar así los casos vulnerables para permitir la reunificación lo antes posible.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – La Commission européenne veut utiliser 54 000 des 120 000 places du plan de relocalisation accepté par les représentants européens en septembre 2015 pour réinstaller des Syriens venus de Turquie dans l'UE, conformément à l'accord UE-Turquie sur les migrations. La résolution veut en réalité que les États mettent à disposition au moins deux tiers de leurs places de relocalisation avant le 31 décembre 2016. Si l'État membre n'approuve pas la relocalisation dans un délai de 2 semaines, celle-ci est considérée comme acceptée. Le texte insiste sur le très faible nombre de réfugiés syriens relocalisés dans l'UE, demande la mise en place d'un dispositif contraignant pour la

réinstallation des migrants, la mise en place de programmes d'admission humanitaire par tous les États membres et une utilisation plus large des visas humanitaires. Étant opposée à la politique de répartition des migrants qui est un échec et qui conduit à plus d'immigration, j'ai voté contre ce rapport.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – A distanza di un anno dall'entrata in vigore nell'UE del meccanismo di ricollocamento e di reinsediamento dei migranti, i numeri hanno dimostrato che noi della Lega avevamo ragione. Anche i vertici UE hanno dovuto ammettere che è stato un completo fallimento: su 160 000 ricollocamenti previsti entro il 2017 per alleviare l'emergenza immigrazione in Italia e Grecia, ad oggi ne sono stati effettuati solo poco più di 3 000.

Tuttavia questa relazione insiste sul fatto che la colpa del fallimento di questo meccanismo è degli Stati membri e non della UE, che con le sue folli politiche non fa nulla per fermare l'invasione di clandestini in corso in Italia. Per tutti questi motivi non ho sostenuto il testo con il mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La Decisión 2015/1601 indicó que los refugiados debían ser reubicados de Italia y Grecia hacia el territorio de otros Estados miembros.

Hasta el momento, los Estados miembros no han llegado a movilizar las plazas de reubicación que se tenían previstas. Por ello, se presenta la necesidad de que los Estados miembros asuman sus obligaciones y se cumpla el acuerdo de reasentamiento. Es imperativo que los Estados miembros den una respuesta solidaria al reto que plantea la crisis de refugiados que sirva de base para desarrollar un verdadero Sistema Europeo de Asilo.

Por ello, he votado a favor del Informe.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Szeretném felhívni a figyelmet, hogy a menedékkérők elosztásának e módja továbbra sem tekinthető a helyzet megoldására alkalmas eszköznek, mivel minden állam szuverén joga meghatározni, hogy kit fogad be területére. Továbbá, a kötelező relokáció növeli a húzó hatást és a másodlagos migrációs mozgások kezelésére sem ad választ. Mindemellett, a relokáció a gyakorlatban nem működik, a 120.000 fős kötelező, valamint a 40.000 fős önkéntes betelepítési kvótából 2015 szeptembere óta mindössze 4741 személy került áthelyezésre. Véleményem szerint Európának és a menekülteknek azonos az érdeke: hogy a menekültek visszatérhessenek szülőhazájukba, amint a menekülést kiváltó okok mérséklődnek vagy megszűnnek.

Ehhez pedig nem a migránsokat kell idehozni és elosztani, hanem a segítséget kell odavinni. Törökország mellett a nagy menekülttáboroknak otthont adó más államok megsegítése is szükséges. Az Európai Parlament jelentése – ahelyett, hogy az EU-török megállapodás technikai formába öntésére szorítkozott volna – ezen félresikerült mechanizmus hatályát kívánja bővíteni és gyorsítani, ami csak még jobban ellehetetleníti ennek a már most sem funkcionáló rendszernek a működését. Mindezek figyelembevételével a jelentés elfogadása ellen szavaztam.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Con il voto di oggi, e alla vigilia del vertice di Bratislava, il Parlamento ribadisce ancora una volta che gli Stati membri devono rispettare gli impegni presi circa la ricollocazione dei rifugiati arrivati nei paesi di prima linea come Italia e Grecia.

La relatrice ha giustamente evidenziato che lo schema di ricollocazione è un vero e proprio strumento di solidarietà, che se possibile va rinforzato e non indebolito. Dati alla mano siamo ben lontani dalla cifra dei 160 000 rifugiati da ridistribuire – alcuni Stati membri non hanno accolto nemmeno un rifugiato – e mentre in Italia continuano gli sbarchi, sarebbe fuorviante, come rilevato nella relazione, far rientrare in questa cifra 54 000 rifugiati che verrebbero reinsediati dalla Turchia verso l'UE.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o privremenim mjerama u korist Italije i Grčke. Italija i Grčka su preopterećene priljevom izbjeglica te se raspoređivanjem dijela izbjeglica na druge zemlje članice olakšava njihovo funkcioniranje. Smatram kako moramo pokazati više solidarnosti između sebe i stvoriti učinkovit europski azilantski sustav.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce texte ne fait que rendre encore plus contraignants les effets de la résolution du Parlement européen du 12 avril 2016 qui visait à imposer aux États membres un quota de réinstallation de migrants syriens.

Cette politique ayant déjà largement échouée, j'ai voté contre.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – La tragedia umana che si sta svolgendo nel Mediterraneo non ci può lasciare indifferenti. Oltre tremila persone hanno perso la vita dall'inizio di quest'anno tentando di raggiungere le coste europee. Coste europee, di questo si tratta, perché il fenomeno dei migranti non riguarda solo Italia e Grecia ma tutti noi. È un tema comune, che richiede risposte comuni.

Dobbiamo aumentare la quota di persone da ricollocare e sostenere le autorità italiane e greche che stanno faticando a gestire questa grande sfida del XXI secolo: non è solo una questione di solidarietà, è anche una questione di lungimiranza. Nessun muro ha mai fermato le grandi migrazioni della storia, e la nostra indifferenza non potrà arrestare in alcun modo le guerre e la povertà che causano la fuga di queste persone. L'Unione europea deve praticare i propri principi fondamentali di solidarietà e di protezione verso coloro che ne hanno bisogno, e di unità e azione comune tra i paesi membri. E lo deve fare adesso.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Dopo attenta riflessione ed ampia discussione in Aula, mi sono espresso a favore della proposta di decisione del Consiglio che istituisce misure temporanee nel settore della protezione internazionale a beneficio dell'Italia e della Grecia.

La condizione dei migranti è di chiara evidenza a tutti: per il loro ricollocamento non stiamo facendo abbastanza. I numeri sono tutti a nostro sfavore. Sono molto preoccupato per il fatto che i tentativi di gestire la crisi dei rifugiati evidenziano un obiettivo utopistico che fatica a realizzarsi, con un obbligo a fare di più e più rapidamente, rispondendo alla situazione umanitaria d'urgenza in Grecia ed impedendo un deterioramento della situazione in Italia.

Se è di oggi la notizia che la Marina militare italiana ha coordinato 6 operazioni di soccorso su 5 gommoni e un barchino in difficoltà con circa 650 migranti salvati, sono necessari interventi che siano più che proporzionali, data l'urgenza e la gravità della situazione, e va preservato l'impatto sui diritti fondamentali dei richiedenti protezione internazionale.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I supported the report and voted in favour. The report is strong on protecting the concept of shared responsibility for the refugee crisis, calls for safe and legal access for refugees, is committed to family reunification, acknowledges the dire situation in Greece and Italy and seeks to add Afghan refugees to the relocation category.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it seeks to respond to the need for further measures on the resettlement of refugees from Turkey within the framework of existing commitments under EU-Turkey cooperation in the field of migration.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – L'anno scorso, al culmine della cosiddetta crisi dei rifugiati, il Consiglio ha deciso, nonostante l'opposizione di alcuni Stati, di ricollocare 160 000 rifugiati provenienti dalla Grecia e dall'Italia in altri Stati membri.

Con la proposta in esame si richiede di utilizzare un terzo della somma totale dei rifugiati da ricollocare (54 000) per l'attuazione dell'accordo UE-Turchia; gli Stati membri non erano infatti riusciti a accordarsi sull'incremento delle ricollocazioni in seguito all'accordo. La gran parte degli Stati membri non sta, in ogni caso, rispettando gli impegni presi ed i centri di accoglienza continuano ad essere – soprattutto in Grecia – sovraffollati. La relazione della collega tiene giustamente distinti i posti dedicati al ricollocamento e quelli necessari per l'applicazione dell'accordo con la Turchia ed ho quindi votato a favore.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I voted against the report as it re-introduces, once again, the relocation mechanism with compulsory quotas for migrants. I keep saying that it is not possible to force any Member State to accept an allocated number of immigrants when they do not want to do so. That principle, among others, was also recognised in the State of the Union speech given yesterday by Commission President Juncker.

Moreover, to date, only a minimal number of Syrian refugees have been actually resettled within the Union. I believe that, first of all, we have to protect our external border effectively in order to limit the impact of the migration crisis, and that should be the primary duty of the new European Border and Coast Guard Agency.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και θυμίζουμε πως, ιδιαίτερα στην Ελλάδα, η κατάσταση παραμένει κρίσιμη.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς την έκθεση σχετικά τη θέσπιση προσωρινών μέτρων στον τομέα της διεθνούς προστασίας υπέρ της Ιταλίας και της Ελλάδας. Οι δυσκολίες που η Ελλάδα μα και η Ιταλία έχουν κληθεί να αντιμετωπίσουν, συχνά χωρίς βοήθεια από άλλα κράτη μέλη της Ευρώπης, είναι σημαντικές. Γι' αυτό και η πρόβλεψη και η εφαρμογή συγκεκριμένων μέτρων υποστήριξης των δύο αυτών κρατών είναι ένα θετικό βήμα και γι' αυτό τον λόγο ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Non posso che accogliere con favore il rapporto Keller, auspicando che possa aiutare il nostro paese di fronte alla prostrante e sfiancante crisi migratoria. Apprezzo vivamente come, in virtù degli accordi intrapresi dall'Unione con la Turchia, vengano specificate a scanso di ogni tipo di equivoci le differenze sostanziali tra reinsediamento e ricollocazione e le relative condizioni. Pur trattandosi di due forme di trasferimento dei richiedenti asilo, esse sono ben distinte poiché la prima viene effettuata con un paese esterno alla Comunità, mentre la seconda si verifica tra due Stati membri. Il mio appoggio è dato dalla puntualizzazione delle condizioni di ricollocazione: infatti si conferma come entro il 31 dicembre 2016 gli Stati membri debbano mettere a disposizione almeno un terzo dei posti da loro concordati per i richiedenti asilo provenienti da Italia e Grecia, oltretutto si ammonisce su come verranno avviate procedure di infrazione per quanti non rispetteranno gli obblighi assunti. Basti pensare che al 5/6/2016 sono state ricollocate solo 793 persone presenti in Italia a fronte delle 12764 attese. Mi auguro vivamente di poter osservare entro la fine dell'anno una collaborazione più consistente.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on Asylum: provisional measures in favour of Italy and Greece and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Já o disse por diversas vezes: fomos lentos e pouco solidários na forma como gerimos a chamada crise dos refugiados. Esta proposta torna isso também evidente. Os mecanismos de recolocação e reinstalação têm até agora funcionado muito mal. Logo à partida com números pouco condizentes com a dimensão do influxo de pessoas, o apoio prestado por esta via à Itália e à Grécia tem sido reduzido, apesar de já ter sido aprovado há mais de um ano.

Se dos 160 000 inicialmente propostos, 54 000 passarão a ser utilizados no âmbito do programa de reinstalação com a Turquia e com isso conferimos mais eficácia ao mecanismo, então, esta é uma boa proposta. No entanto, o que realmente nos deve preocupar é a falta de solidariedade para com a Itália e a Grécia e que o - malfadado - acordo com a Turquia esteja só a ser cumprido pelos turcos e a União continue a furtar-se aos seus compromissos.

Em suma, precisamos de ser mais eficazes na utilização dos instrumentos que se encontram disponíveis, como é o objetivo desta proposta e, por outro lado, necessitamos de mais solidariedade europeia. Hoje damos um passo no sentido de maior eficácia.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted against this consultation procedure vote, which is technically non-legislative. UKIP rejects the role of the European Border and Coast Guard in the migration crisis. Moreover, UKIP opposes the compulsory resettlement of migrants across EU nations.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – È urgente che gli Stati membri onorino gli impegni presi per impedire il deteriorarsi delle condizioni dei rifugiati nei paesi di arrivo, collaborando in modo efficiente al fine di ridurre la pressione su Stati quali l'Italia e la Grecia e quindi procedendo ad una veloce ricollocazione e creando un numero maggiore di vie d'accesso più sicure e legali. Non possiamo restare miopi di fronte a questa emergenza umanitaria, non possiamo soprattutto agire con la lentezza dimostrata fino ad ora. I progressi, come anche detto dalla Commissione lo scorso maggio, sono insoddisfacenti. Ad oggi gli Stati membri hanno messo a disposizione solo il 7% del numero di posti per la ricollocazione e secondo il «5º rapporto della CE sul ricollocamento e insediamento», dal 14 giugno all'11 luglio, almeno in Italia, solo 66 persone sono state ricollocate rispetto alle 186 del periodo precedente e solo 6 minori. In Italia ci stiamo dando da fare anche per creare *hotspot* aggiuntivi, perché i 1.600 non bastano. Ma serve la collaborazione di tutti gli Stati membri.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — This proposal seeks to tackle situations involving a sudden inflow of persons in the Mediterranean countries, a situation which we have witnessed on a number of occasions. Parliament has repeatedly called for the development of a greater number of safer and lawful routes for asylum seekers and refugees into the Union, as well as a binding and mandatory Union legislative approach to resettlement, the establishment of humanitarian admission programmes by all Member States and more extensive use of humanitarian visas – and I continue to support that call through this report.

We should give due consideration to measures concerning family reunification, to be adopted in conformity with the obligation to protect the family and respect family life, which is enshrined in many instruments of international law.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Estamos ante una propuesta que no cuestiona la raíz de la actual situación de las personas migrantes ni planta cara a la lógica de la Europa Fortaleza. Sin embargo, se está proponiendo la introducción de toda una serie de medidas concretas que mejorarían la situación de estas personas. La eliminación del vergonzoso Acuerdo UE-Turquía o la extensión del derecho al asilo a más nacionalidades, en concordancia con la Convención de Ginebra que hoy no cumple la UE, son elementos que valoramos de forma muy positiva. Además de ello, compartimos la necesidad de superar el actual sistema de cuotas que ha fracasado por la falta de voluntad política de los Estados, para imponer un sistema basado realmente en la solidaridad y en la libertad de movimiento y capacidad de elección de la propia persona demandante de asilo. Por eso, y a pesar de no ser el modelo de política migratoria que defendemos, hemos votado a favor del informe, al entender que esta propuesta supondría mejoras tangibles en la situación de las personas que se ven forzadas a huir de sus países.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Votando a favore di questa risoluzione, intendo sostenere gli emendamenti proposti dal Parlamento europeo sul testo della Commissione a modifica della decisione (UE) 2015/1601 del Consiglio, del 22 settembre 2015, che istituisce misure temporanee nel settore della protezione internazionale a beneficio dell'Italia e della Grecia. In particolare, sostengo la soppressione dell'emendamento 20 che ammette la riduzione degli obblighi relativi alla ricollocazione dei richiedenti asilo per gli Stati membri che accolgano i cittadini siriani presenti in Turchia sulla base di programmi di reinsediamento diversi da quello di ricollocazione temporanea ed eccezionale da Italia e Grecia, deciso dal Consiglio il 20 luglio 2015. Ritengo, infatti, che questo emendamento vada contro la ratio delle misure di asilo a beneficio dei paesi maggiormente interessati dall'arrivo di richiedenti asilo, creando un rischioso precedente legale che legittima la riduzione degli obblighi di ricollocazione per gli Stati membri stabiliti in sede di Consiglio a luglio 2015. Inoltre, credo che l'accoglienza sulla base del reinsediamento non possa sostituire il meccanismo di ricollocazione che esprime la solidarietà interna fra gli Stati membri e la necessità di un approccio globale dell'UE nella gestione dei flussi di persone richiedenti protezione internazionale.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Șefii de stat sau de guvern din UE au convenit, în data de 7 martie 2016, să lucreze pe baza unei serii de principii pentru a ajunge la un acord cu Turcia, inclusiv să realoce, pentru fiecare sirian sosit în insulele elene care este readmis de Turcia, un alt sirian din Turcia în statele membre. Relocarea la scară largă, prin sistemele naționale și multilaterale este necesară pentru a reduce presiunea exercitată de migrație asupra statelor membre prin oferirea unei căi legale și sigure pentru a intra în Uniune.

Am votat pentru acest nou pas în soluționarea acestei crize umanitare cu care se confruntă Uniunea Europeană și care afectează, implicit, fiecare cetățean al statelor membre.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A jelentést nem támogattam, mert figyelmen kívül hagyja az Európai Tanács önkéntes alapon történő relokáció melletti állásfoglalását. A menedékkérők elosztásának e módja nem tekinthető a helyzet megoldására alkalmas eszköznek, mivel minden uniós tagállam szuverén joga meghatározni, hogy kit fogad be területére. Továbbá félő, hogy a kötelező relokáció növeli a húzó hatást. Az Európai Parlament jelentése ezen mechanizmus hatályát kívánja bővíteni és gyorsítani, ami csak még jobban ellehetetleníti ennek a már most sem funkcionáló rendszernek a működését.

Véleményem szerint a legjobb megoldás, ha a menekülteknek a hazájukhoz lehető legközelebbi befogadótáborokban teremtünk megfelelő körülményeket, hogy amint a menekülést kiváltó okok mérséklődnek vagy megszűnnek, mielőbb biztonságban visszatérhessenek hazájukba. Európa feladata, hogy segítséget nyújtson, de a leghatékonyabb, ha az EU-török megállapodást tesszük hatékonnyá, illetve Törökország mellett támogatást nyújtunk a nagy menekülttáboroknak otthont adó más államokat.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as it highlights the need for relocation to alleviate the pressure on frontline Member States. I strongly believe that Member States need to show more solidarity between them and create a truly European functional asylum system. I agree that Member States need to significantly increase their efforts to address the urgent humanitarian situation in Greece and prevent the deterioration of the situation of the frontline Member States.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Sebbene il Consiglio avesse deciso, nel 2015, il trasferimento di migliaia di richiedenti asilo dall'Italia e dalla Grecia verso altri Stati membri, sino ad ora solo una minima parte è stata effettivamente riallocata. Con convinzione, quindi, ho sostenuto l'adozione di questa decisione, attraverso la quale il Parlamento esprime l'importanza di una maggiore collaborazione tra i paesi UE in tema di immigrazione, mettendo in risalto soprattutto la necessità di ottemperare pienamente agli obblighi relativi ad un'equa e solidale distribuzione delle quote di richiedenti asilo, al fine di alleviare gli immensi sforzi effettuati dai paesi che si trovano geograficamente in prima linea nel fronteggiare la crisi migratoria, proprio come l'Italia. I flussi migratori costituiscono un problema che interessa non solo i confini meridionali dell'Europa, bensì l'Europa nel suo insieme. È pertanto fondamentale che la cooperazione sia rapida e sostanziale al fine di prevenire il deterioramento della situazione sul fronte mediterraneo.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté contre ce rapport de consultation du Parlement européen sur la modification de la décision du Conseil de relocaliser, au départ de l'Italie et de la Grèce, des personnes ayant besoin d'une protection internationale en vue de mettre en œuvre l'accord sur la migration conclu entre le Conseil européen et la Turquie. Le texte tel qu'adopté par le Parlement va beaucoup trop loin dans ses recommandations sur l'application des mécanismes de relocalisation et de réinstallation en Europe. Je suis notamment opposée à ce que les afghans bénéficient de la relocalisation dans les États membres de l'Union européenne, alors qu'il est établit que seuls les Syriens, les Irakiens et les Erythréens peuvent bénéficier de ce système. Une fois encore, les groupes de gauche du Parlement européen ont essayé de détourner la proposition de la Commission pour introduire des dispositions qui n'ont pas lieu d'être dans un tel texte, comme le fait d'inciter les États membres au regroupement familial.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – Bien que ce rapport propose des solutions intéressantes à propos de la relocalisation et de la réinstallation de personnes ayant besoin d'une aide internationale, je n'ai pas pu soutenir ce texte car certains paragraphes traitent de problématiques qui dépassent le champ d'application de la proposition de la Commission. Ce rapport propose notamment de mettre en place un dispositif législatif contraignant et obligatoire à l'égard de la réinstallation de ces personnes, ou encore d'utiliser plus largement des visas humanitaires. Il traite également de la problématique du regroupement familial, un sujet qui pour moi doit être lié à d'autres politiques européennes ou à des mesures de solidarité et d'urgence.

Andor Deli (PPE), *írásban*. - Magyarország a migrációs válság kezdete óta elvi alapon ellenzi a kötelező áthelyezést. Magyarország kormánya meg is támadta az Európai Unió Bíróságán a migránsok befogadására kényszerítő határozatot, amely figyelmen kívül hagyja az Európai Tanács önkéntes alapon történő relokáció melletti állásfoglalását. A menedékkérők elosztásának e módja továbbra sem tekinthető a helyzet megoldására alkalmas eszköznek, mivel minden állam szuverén joga meghatározni, hogy kit fogad be területére. Továbbá, a kötelező relokáció növeli a húzó hatást, és a másodlagos migrációs mozgások kezelésére sem ad választ. Mindemellett a relokáció a gyakorlatban nem működik, a 120.000 fős kötelező, valamint a 40.000 fős önkéntes betelepítési kvótából 2015 szeptembere óta mindössze 4741 személy került áthelyezésre.

Véleményem szerint Európának és a menekülteknek azonos az érdeke: hogy a menekültek visszatérhessenek szülőhazájukba, amint a menekülést kiváltó okok mérséklődnek vagy megszűnnek. Ehhez pedig nem a migránsokat kell idehozni és elosztani, hanem a segítséget kell odavinni. Törökország mellett a nagy menekülttáboroknak otthont adó más államok megsegítése is szükséges. Az Európai Parlament jelentése – ahelyett hogy az EU–török megállapodás technikai formába öntésére szorítkozott volna – ezen félresikerült mechanizmus hatályát kívánja bővíteni és gyorsítani, ami csak még jobban ellehetetleníti ennek a már most sem funkcionáló rendszernek a működését, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként ellene szavazok.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur de la résolution rendant l'avis du Parlement sur la proposition de décision du Conseil modifiant la décision instituant des mesures provisoires en matière de protection internationale au profit de l'Italie et de la Grèce.

La résolution rejette la proposition de la Commission visant à saisir les 54 000 places du plan de relocalisation des réfugiés de Grèce et d'Italie vers d'autres États membres, et de les utiliser pour réinstaller des Syriens venus de Turquie dans l'UE, conformément à l'accord UE-Turquie.

L'avis du Parlement est que le plan de relocalisation au sein de l'UE ne doit pas être confondu avec le plan de réinstallation et que «la réinstallation ne doit pas avoir lieu au détriment de la relocalisation». Les États membres doivent tenir leurs promesses vis-à-vis de la Grèce et de l'Italie, afin de les soulager de la pression migratoire, tout en décourageant les entrées irrégulières par la création d'itinéraires sûrs et légaux.

Le texte souligne aussi le faible pourcentage de personnes qui, pour le moment, ont été relocalisés. De ce fait, le Parlement insiste pour que les États membres mettent à disposition au moins un tiers des places de relocalisation promises d'ici le 31 décembre 2016.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban.* - Magyarország a migrációs válság kezdete óta elvi alapon ellenzi a kötelező áthelyezést. Magyarország kormánya meg is támadta az Európai Unió Bíróságán a migránsok befogadására kényszerítő határozatot, amely figyelmen kívül hagyja az Európai Tanács önkéntes alapon történő relokáció melletti állásfoglalását. A menedékkérők elosztásának e módja továbbra sem tekinthető a helyzet megoldására alkalmas eszköznek, mivel minden állam szuverén joga meghatározni, hogy kit fogad be területére. Továbbá, a kötelező relokáció növeli a húzó hatást és a másodlagos migrációs mozgások kezelésére sem ad választ. Mindemellett, a relokáció a gyakorlatban nem működik, a 120.000 fős kötelező, valamint a 40.000 fős önkéntes betelepítési kvótából 2015 szeptembere óta mindössze 4741 személy került áthelyezésre.

Véleményem szerint Európának és a menekülteknek azonos az érdeke: hogy a menekültek visszatérhessenek szülőhazájukba, amint a menekülést kiváltó okok mérséklődnek vagy megszűnnek. Ehhez pedig nem a migránsokat kell idehozni és elosztani, hanem a segítséget kell odavinni. Törökország mellett a nagy menekülttáboroknak otthont adó más államok megsegítése is szükséges. Az Európai Parlament jelentése – ahelyett hogy az EU–török megállapodás technikai formába öntésére szorítkozott volna – ezen félresikerült mechanizmus hatályát kívánja bővíteni és gyorsítani, ami csak még jobban ellehetetleníti ennek a már most sem funkcionáló rendszernek a működését, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként ellene szavazok.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit.* – La Commission européenne souhaite utiliser 54 000 des 120 000 places du plan de relocalisation accepté par les représentants européens en septembre 2015 pour réinstaller des Syriens venus de Turquie dans l'UE, conformément à l'accord UE-Turquie sur les migrations. La résolution propose que les États membres mettent à disposition au moins un tiers de leurs places de relocalisation avant le 31 décembre 2016. Elle ajoute qu'à ce jour, seul un très faible nombre de réfugiés syriens ont été relocalisés dans l'Union. Le texte rappelle la résolution du Parlement européen du 12 avril 2016 dans laquelle celui-ci a appelé à définir plus d'itinéraires sûrs et licites dans l'Union pour les demandeurs d'asile et les réfugiés, y compris l'adoption par l'UE d'un dispositif législatif contraignant et obligatoire à l'égard de la réinstallation, la mise en place de programmes d'admission humanitaire par tous les États membres et une utilisation plus large des visas humanitaires. Étant opposée à la politique de répartition des migrants qui s'est d'ailleurs avérée être un échec, j'ai voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма.* – Гласувах против доклада за установяване на временни мерки в областта на международната закрила в полза на Италия и Гърция, тъй като не подкрепям мерките, предложени от Комисията за презаселване на бежанци, както и споразумението между ЕС и Турция за обмен на бежанци и предоставянето на финансова помощ. От самото начало съм против задължителните квоти за бежанци, които няма да проработят и все повече страни отказват да приемат бежанци.

Според докладът на г-жа Келер схемата за обмен на бежанци 1 за 1 с Турция цели за всеки върнат сириец да се подпомогне друг сириец, бягащ от война и преследване. Категорично съм против тази мярка, която сама по себе си е конфликтна и дискриминираща – как така едни сирийци ще имат правото на убежище, а други не, но също така сирийците, изпращани от Турция, в никакъв случай не са застрашени от война и преследване, тъй като те вече се намират в безопасна страна.

Според международното право бежанец, бягащ от война, трябва да се задържи в първата сигурна страна и по възможност най-близо до родината си, за да може лесно да се върне след приключването на конфликта, което не е случаят с бежанците, идващи в ЕС. Бежанците идват в ЕС, за да останат.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η συγκεκριμένη έκθεση προσπαθεί να επιβάλει τη βίαιη ενσωμάτωση διαφορετικών εθνοτήτων και πολιτισμών.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Magyarország a migrációs válság kezdete óta elvi alapon ellenzi a kötelező áthelyezést. Magyarország kormánya meg is támadta az Európai Unió Bíróságán a migránsok befogadására kényszerítő határozatot, amely figyelmen kívül hagyja az Európai Tanács önkéntes alapon történő relokáció melletti állásfoglalását. A menedékkérők elosztásának e módja továbbra sem tekinthető a helyzet megoldására alkalmas eszköznek, mivel minden állam szuverén joga meghatározni, hogy kit fogad be területére. Továbbá, a kötelező relokáció növeli a húzó hatást és a másodlagos migrációs mozgások kezelésére sem ad választ. Mindemellett a relokáció a gyakorlatban nem működik, a 120.000 fős kötelező, valamint a 40.000 fős önkéntes betelepítési kvótából 2015 szeptembere óta mindössze 4741 személy került áthelyezésre.

Véleményem szerint Európának és a menekülteknek azonos az érdeke: hogy a menekültek visszatérhessenek szülőhazájukba, amint a menekülést kiváltó okok mérséklődnek vagy megszűnnek. Ehhez pedig nem a migránsokat kell idehozni és elosztani, hanem a segítséget kell odavinni. Törökország mellett a nagy menekülttáboroknak otthont adó más államok megsegítése is szükséges. Az Európai Parlament jelentése – ahelyett hogy az EU–török megállapodás technikai formába öntésére szorítkozott volna – ezen félresikerült mechanizmus hatályát kívánja bővíteni és gyorsítani, ami csak még jobban ellehetetleníti ennek a már most sem funkcionáló rendszernek a működését, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként ellene szavazok.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulle misure temporanee a beneficio dell'Italia e della Grecia per quanto riguarda le politiche di asilo in quanto si rende sempre più necessaria la presa di coscienza da parte tutti gli Stati membri della situazione emergenziale che ormai caratterizza i paesi in prima linea nella gestione dei flussi migratori. Gli Stati membri devono mantenere gli impegni presi e ricollocare i 160.000 richiedenti asilo provenienti dalla Grecia e dall'Italia secondo il principi di solidarietà ed equa ripartizione delle responsabilità. Nessuno spazio per i negoziati che vedono sacrificare un terzo dei rifugiati da ricollocare a favore del reinsediamento previsto nell'accordo UE-Turchia.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Concordo com as alterações preconizados nos diferentes artigos, uma vez que trazem informação adicional para esclarecer melhor as medidas provisórias em benefício da Itália e da Grécia, países que são porta de entrada e de abrigo de muitos deslocados que merecem um tratamento digno e coerente com as práticas preconizadas pela União Europeia.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: nous rejetons la politique de répartition des migrants qui s'est d'ailleurs avérée un échec cinglant. Ce texte ne fait que confirmer et rendre encore plus contraignante cette politique.

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. — Il reinsediamento non deve avvenire a scapito del ricollocamento. Entrambi sono importanti strumenti di solidarietà. Come M5S riteniamo che gli Stati membri debbano mantenere gli impegni presi riguardanti la ripartizione delle responsabilità per ricollocare i 160.000 richiedenti asilo provenienti dalla Grecia e dall'Italia. A tal fine è necessario intensificare gli sforzi e far funzionare lo schema europeo di ricollocamento in cui è emersa la mancanza di volontà politica degli Stati membri di rispettare il principio di solidarietà ed equa ripartizione delle responsabilità. Pertanto dichiaro favorevole il mio voto.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della presente relazione in quanto sottolinea, nello specifico, che l'emergenza migranti in Italia rimarrà elevata, rilevando altresì l'esigenza di ricollocare un determinato numero di rifugiati da Italia e Grecia verso altri Stati membri. Ritengo, a tal proposito, che l'Unione europea possa affrontare questa enorme emergenza migratoria solo con un approccio a lungo termine, fondato su rispetto dei diritti umani, contrasto all"immigrazione irregolare e accoglienza dei migranti che possano trovare risposta dal sistema occupazionale nazionale.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of the report as it is a clear political statement of our opposition to the EU-Turkey deal.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario in quanto il piano di ricollocamenti e reinsediamenti è stato un fallimento.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με πρόταση απόφασης του Συμβουλίου για την τροποποίηση της απόφασης (ΕΕ) 2015/1601 του Συμβουλίου, της 22ας Σεπτεμβρίου 2015, για τη θέσπιση προσωρινών μέτρων στον τομέα της διεθνούς προστασίας υπέρ της Ιταλίας και της Ελλάδας καθώς η συγκεκριμένη έκθεση προσπαθεί να επιβάλει τη βίαιη ενσωμάτωση διαφορετικών εθνοτήτων και πολιτισμών.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I welcome the fact that we managed to propose a compromise which highlighted the need of the European Parliament to commit and stick to the decisions taken under relocation. We must show more solidarity between ourselves and create a truly European asylum system. I therefore voted in favour of the report.

Мария Габриел (PPE), *в писмена форма*. — Подкрепих този доклад, защото представлява конкретен израз на солидарност с държави членки или трети държави, засегнати от масов приток на мигранти. С това предложение за решение на Съвета за изменение на Решение (ЕС) 2015/1601 се позволява на държавите членки да извадят от зачисления им брой преместени кандидати броя на сирийците, приети на тяхна територия от Турция посредством презаселване, хуманитарен прием или други форми на законен прием.

В доклада на Европейския парламент е отчетено, че изпълнението на различните схеми за презаселване, хуманитарен прием или други форми на законен прием ще отслаби миграционния натиск върху държавите членки на първа линия. Това ще направи възможна и замяната на опасните и незаконни миграционни потоци към ЕС на сирийски граждани с безопасни и законни начини за миграция.

Не на последно място, приветствам бързото приемане на този доклад от страна на Европейския парламент. Така се подпомага и ускорява предприемането на мерки за справяне с извънредни ситуации, като настоящата, характеризираща се с увеличен приток на мигранти, съобразно договорите за функциониране на Съюза.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Magyarország a migrációs válság kezdete óta elvi alapon ellenzi a kötelező áthelyezést. Magyarország kormánya meg is támadta az Európai Unió Bíróságán a migránsok befogadására kényszerítő határozatot, amely figyelmen kívül hagyja az Európai Tanács önkéntes alapon történő relokáció melletti állásfoglalását.

A menedékkérők elosztásának e módja továbbra sem tekinthető a helyzet megoldására alkalmas eszköznek, mivel minden állam szuverén joga meghatározni, hogy kit fogad be területére. Továbbá, a kötelező relokáció növeli a húzó hatást és a másodlagos migrációs mozgások kezelésére sem ad választ. Mindemellett a relokáció a gyakorlatban nem működik, a 120 000 fős kötelező, valamint a 40 000 fős önkéntes betelepítési kvótából 2015 szeptembere óta mindössze 4741 személy került áthelyezésre.

Véleményem szerint Európának és a menekülteknek azonos az érdeke: hogy a menekültek visszatérhessenek szülőhazájukba, amint a menekülést kiváltó okok mérséklődnek vagy megszűnnek. Ehhez pedig nem a migránsokat kell idehozni és elosztani, hanem a segítséget kell odavinni. Törökország mellett, a nagy menekülttáboroknak otthont adó más államok megsegítése is szükséges.

Az Európai Parlament jelentése – ahelyett hogy az EU–török megállapodás technikai formába öntésére szorítkozott volna – ezen félresikerült mechanizmus hatályát kívánja bővíteni és gyorsítani, ami csak még jobban ellehetetleníti ennek a már most sem funkcionáló rendszernek a működését, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként ellene szavazom.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Magyarország a migrációs válság kezdete óta elvi alapon ellenzi a kötelező áthelyezést. Magyarország kormánya meg is támadta az Európai Unió Bíróságán a migránsok befogadására kényszerítő határozatot, amely figyelmen kívül hagyja az Európai Tanács önkéntes alapon történő relokáció melletti állásfoglalását. A menedékkérők elosztásának e módja továbbra sem tekinthető a helyzet megoldására alkalmas eszköznek, mivel minden állam szuverén joga meghatározni, hogy kit fogad be területére. Továbbá, a kötelező relokáció növeli a húzó hatást és a másodlagos migrációs mozgások kezelésére sem ad választ. Mindemellett a relokáció a gyakorlatban nem működik, a 120.000 fős kötelező, valamint a 40.000 fős önkéntes betelepítési kvótából 2015 szeptembere óta mindössze 4741 személy került áthelyezésre.

Véleményem szerint Európának és a menekülteknek azonos az érdeke: hogy a menekültek visszatérhessenek szülőhazájukba, amint a menekülést kiváltó okok mérséklődnek vagy megszűnnek. Ehhez pedig nem a migránsokat kell idehozni és elosztani, hanem a segítséget kell odavinni. Törökország mellett a nagy menekülttáboroknak otthont adó más államok megsegítése is szükséges. Az Európai Parlament jelentése – ahelyett hogy az EU-török megállapodás technikai formába öntésére szorítkozott volna – ezen félresikerült mechanizmus hatályát kívánja bővíteni és gyorsítani, ami csak még jobban ellehetetleníti ennek a már most sem funkcionáló rendszernek a működését, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként ellene szavazok.

Elisabetta Gardini (PPE), *in writing*. – I supported this report on the basis of the necessity of support for Italy and Greece. Italy is under huge pressure from the large migration flows from Libya, and the current systems to help us are not working at all.

One hopeful and important aspect of the report is the point made in it that resettlement from third countries should not take place at the expense of relocation within the EU. I also think it is important that the report calls out the limited numbers of committed relocation places. As of 5 June 2016, only 793 persons had been relocated from Italy. I therefore support the report's call for Member States to make one third of their relocation places available by 31 December 2016, and I hope this will be done automatically if the Member State does not agree.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Ringrazio la collega Keller per aver portato a compimento il lavoro legislativo su un dossier così delicato e decisivo per la svolta che tutti noi auspichiamo nelle politiche migratorie dell'UE.

Con il nostro voto ribadiamo la posizione che la commissione LIBE e il Parlamento in seduta plenaria hanno espresso già nei mesi scorsi: la solidarietà tra gli Stati membri è essenziale per venire incontro a flussi migratori così ingenti e per sostenere gli sforzi profusi dai paesi in prima fila nell'emergenza, come Italia e Grecia. Come sappiamo, molti Stati membri sono ancora in grave ritardo nel venire incontro ai propri obblighi di accoglienza, il che è invece un obbligo morale, ma anche legale, come il testo di oggi giustamente sottolinea nuovamente e che ho voluto sostenere con molta convinzione.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe mich heute bei der Abstimmung zum Bericht „Asyl: vorläufige Maßnahmen zugunsten von Italien und Griechenland" enthalten. Grundsätzlich stimme ich zu, dass es in Europa einen Mechanismus zur Verteilung der Flüchtlinge geben muss. Gleichzeitig aber geht der Bericht in seinen Forderungen zu weit, sodass etwa Sicherheitsfragen und der Kampf gegen illegale Einreise oder Terrorismus vernachlässigt werden.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Wir dürfen die südeuropäischen Mitgliedstaaten nicht mit dem Flüchtlingsstrom alleine lassen, sondern müssen uns auf die Gründungswerte der Europäischen Union besinnen und Solidarität zeigen. Daher ist eine gerechte quotierte Aufteilung der syrischen Flüchtlinge unter den Mitgliedsstaaten der EU unerlässlich. Jeder muss Verantwortung in dieser Krise übernehmen. Wer keine Verantwortung übernimmt, kann auch keinen Anspruch auf volle EU-Förderung geltend machen.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Cette résolution porte sur l'application du plan de relocalisation des migrants dans toute l'Union européenne. Cette relocalisation, présentée comme une aide apportée à l'Italie et à la Grèce, vise surtout à forcer les États membres et les peuples européens à accueillir chez eux des demandeurs d'asile, même si ce sont dans la plupart des cas des réfugiés économiques.

La Commission européenne veut donc utiliser 54 000 des 120 000 places du plan de relocalisation accepté par les chefs d'États européens en septembre 2015. Ce plan prévoit, en effet, le début de la relocalisation — répartition entre les États membres à compter du 26 septembre 2016.

Ce n'est malheureusement pas tout puisque l'accord conclu le 18 mars dernier entre l'Union européenne et la Turquie prévoit de procéder à la réinstallation d'un «Syrien» vers un des États membres pour chaque «Syrien» réadmis par la Turquie.

Les députés patriotes rejettent cette répartition obligatoire des migrants dont l'accueil se révèle tous les jours catastrophique pour les européens. J'ai donc voté contre cette résolution.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Ce texte est le constat d'échec de la politique de répartition des migrants décidée par les gouvernements européens en 2015. Il vise à modifier ladite décision pour prendre en compte l'accord de dupes passé avec la Turquie, en attribuant 54 000 des 120 000 places du plan de «relocalisation» aux réfugiés venant de Turquie, tout en constatant que le plan a été fort peu appliqué.

Nous n'avons pas à payer collectivement les mesures décidées par M^me^ Merkel dans le seul intérêt de l'Allemagne. J'ai bien dit les intérêts de l'Allemagne, qui s'imagine qu'elle a besoin de travailleurs à bas coût pour soutenir sa croissance et l'aisance de ses retraités. Il semble que les Allemands, eux, n'ont pas vraiment été consultés. À voir les claques électorales que prend M^me^ Merkel depuis plusieurs semaines et l'irrésistible ascension de l'AfD, ils ont décidé de faire connaître leur opinion.

Si nous devons aider la Grèce et l'Italie, c'est surtout à reconduire hors d'Europe les centaines de milliers de migrants qu'elles accueillent involontairement et à se protéger contre les nouvelles arrivées en menant la guerre aux passeurs, en aidant la Syrie et en coupant les pompes aspirantes de l'immigration. Dont M^me^ Merkel fait partie. Mais ça, c'est aux citoyens allemands de le faire.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos a favor de un Informe que se opone al Acuerdo UE-Turquía y al esquema de readmisiones planteado por la Comisión en el marco de su política migratoria vulneradora de los derechos humanos. Compartimos la crítica a los Estados miembro por su mezquino comportamiento a la hora de acoger personas necesitadas de protección internacional en su territorio y en la necesidad de actuar en corresponsabilidad con Grecia e Italia a la hora de enfrentar con recursos suficientes y de manera solidaria la mayor crisis humanitaria en Europa desde la 2da Guerra Mundial.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted in favour of this report, which signals another call on Member States to uphold their responsibility and show solidarity by taking part in relocation and resettlement measures. Countries on the periphery, such as Greece and Italy, are still struggling to respond to the thousands of refugees and asylum-seekers that are arriving. We believe that resettlement should not take place at the expense of relocation: both are important instruments of solidarity. Relocation is a form of internal solidarity among Member States, while resettlement and humanitarian admission or other kinds of admission are a form of external solidarity with third countries hosting the majority of refugees.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – L'UE peine encore à adopter une politique migratoire globale, à long terme, stratégique et, reconnaissons-le, lisible. Présentée en mars 2016 dans la foulée de la déclaration UE-Turquie, cette proposition de la Commission en est l'exemple parfait. En grossissant à peine le trait, on peut dire que ce que la Commission demande revient à «troquer» des places de relocalisation en réinstallation. Personne ou presque ne contestera la nécessité et l'urgence de promouvoir des voies légales et sûres pour les migrants et de soutenir les pays tiers – comme la Turquie – qui accueillent la majorité des déplacés dans le monde. Ceci étant dit, la solidarité de l'UE avec ses partenaires extérieurs ne pourra jamais dispenser les États d'une solidarité entre eux. Les mécanismes de relocalisation et de réinstallation sont complémentaires et ne peuvent en aucun cas être mis en concurrence. Les dernières statistiques confirment malheureusement que les transferts intra-européens de demandeurs depuis l'Italie et la Grèce se font toujours au compte-goutte. Dans ce dossier, le Parlement est consulté, mais il a parlé d'une voix ferme et claire: les efforts de relocalisation doivent être accélérés et renforcés. La balle est désormais dans le camp du Conseil pour qu'il ne rate pas cette opportunité.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report. The Member States had already pledged to receive a share of 160 000 asylum seekers relocated from Greece and Italy. A part of the total allocation (54 000) was kept as a reserve, this was originally intended for Hungary but was unused. The Commission decided to use the 54 000 relocation allocation for the resettlement of Syrians from Turkey, as this meant that the distribution between Member States had already been effected and no new legal instrument had to be created.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Υπερψηφίσαμε την έκθεση καθώς στέλνει σαφές πολιτικό μήνυμα στην ανάγκη να στηριχτεί η Ελλάδα και η Ιταλία με επίσπευση, μεταξύ άλλων, ενός δίκαιου συστήματος μετεγκατάστασης των προσφύγων. Επίσης, στην έκθεση εκφράζεται ξεκάθαρη αντίθεση για την Συμφωνία ΕΕ-Τουρκίας, η οποία δεν συνάδει με το διεθνές δίκαιο για τους πρόσφυγες και το άσυλο και αλλά αποτελεί κορύφωση της πολιτικής κυνισμού και αναλγησίας της ΕΕ απέναντι στα θύματα ενός πολέμου για τον οποίο και η ίδια φέρει πολλές ευθύνες.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution. Given the strain that the migrant crisis has had on the infrastructures of certain Member States, and given the potential for fundamental rights abuses, I believe that an amendment of provisional measures in the area of international protection, for the benefit of Italy and Greece, is necessary.

I accept and support the provision that Member States should make available at least one third of their relocation places by 31 December 2016. It should be the duty of the European Border and Coast Guard Agency to keep under constant review the situation regarding massive inflows of third-country nationals into Member States. It is imperative that Syrian refugees, in particular, be resettled to the Union. There should be a greater number of safer and lawful routes for asylum seekers and refugees into the Union, including a binding and mandatory Union legislative approach to resettlement, the establishment of humanitarian admission programmes by all Member States and more extensive use of humanitarian visas.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Im Rahmen der Ratsbeschlüsse vom 14. und 22. September 2015 zur Umverteilung von insgesamt 160 000 Asylbewerbern von Italien und Griechenland auf andere Länder soll nun ein bestehender, daran anschließender Ratsentscheid vom 26. September 2015 geändert werden, welcher die Umsetzung der Umverteilung regelt. Dabei soll das bestehende EU-Türkei-Abkommen neu mitberücksichtigt werden. Grundsätzlich ist ein solches Vorgehen sinnvoll. Der Bericht fordert allerdings nicht tragbare Veränderungen. So wird das Momentum der Solidarität und der gerechten Aufteilung von Lasten viel stärker als im ursprünglichen Entwurf betont. Das Prinzip der Nichtzurückweisung von Flüchtlingen sei demzufolge mit dem bestehenden EU-Türkei-Abkommen nicht gegeben. Im Weiteren werden bessere Möglichkeiten der sicheren Einreise von Migranten in die EU sowie verstärkte Familienzusammenführungen gefordert. Neuansiedlungen und Umsiedlungen sollten als Zeichen der Solidarität gefördert werden. Vor allem aus Syrien, Irak, Eritrea und Afghanistan sollen Asylsuchende aufgenommen werden. Monatliche Statusberichte der Mitgliedstaaten sollen entfallen. Ich habe den Bericht abgelehnt. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Er führt zu Zwietracht und Zwist in Europa.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted against this consultation procedure proposal, which is technically non-legislative. UKIP rejects the role of the European Border and Coast Guard in the migration crisis. Moreover, UKIP also opposes the compulsory resettlement of migrants across EU nations.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport Keller car je suis persuadé que les mouvements migratoires vers l'Europe ne peuvent diminuer si dans le même temps, l'UE continue de clamer qu'elle accueillera tous les migrants du monde et qu'elle leur trouvera un lieu d'accueil décent, aux conditions optimales.

Cette recommandation propose notamment de créer un dispositif législatif contraignant et obligatoire pour une réinstallation à grande échelle, estime que le regroupement familial ne peut être «subordonné à d'autres politiques de l'Union ou à des mesures de solidarité d'urgence» et qu'il doit être même «encouragé par les États membres dans tous les cas», et suggère de rajouter une nouveau pays dans la liste de nationalités éligibles au statut de réfugié, l'Afghanistan.

En outre, le Parlement exige que les États membres s'engagent à accueillir un nombre supérieur de migrants par rapport à leurs engagements de 2015. Qu'en pensent les parlements nationaux? En avons-nous les moyens?

La bonne réponse ne se trouve pas dans l'accueil continu et soutenu de migrants alors que nos propres capacités d'accueil sont dépassées mais dans une coopération plus active avec les pays tiers, une meilleure connaissance de notre environnement géostratégique et une politique d'aide au développement mieux orientée.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – It is important to show solidarity towards Greece and Italy, which are facing a tremendous volume of asylum applications. I welcome the creation of a European asylum system.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu odluke Vijeća o izmjeni Odluke Vijeća (EU) 2015/1601 od 22. rujna 2015. o uvođenju privremenih mjera u području međunarodne zaštite u korist Italije i Grčke, zbog toga što snažno podržavam legalne i sigurne rute prema Europskoj uniji za ljude koji traže zaštitu i azil.

Ovo izvješće ide ka tome da se omogući preseljenje Sirijaca iz Turske, a smatram da je u kontekstu humanitarne krize u kojoj se Unija nalazi nužno pružati konkretne i učinkovite mjere dostupne što je prije moguće. Potrebna su dugoročna rješenja kako bi se na efikasan i konkretan način pristupilo ovom problemu, te stoga podržavam ovo izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce texte est un plaidoyer pro-immigration, qui précise qu'à ce jour, seul un très faible nombre de réfugiés syriens ont été relocalisés dans l'Union. Il rappelle la résolution du Parlement européen du 12 avril 2016 dans laquelle celui-ci a appelé à définir plus d'itinéraires sûrs et licites dans l'Union pour les demandeurs d'asile et les réfugiés, y compris l'adoption par l'UE d'un dispositif législatif contraignant et obligatoire à l'égard de la réinstallation, la mise en place de programmes d'admission humanitaire par tous les États membres et une utilisation plus large des visas humanitaires.

Nous rejetons la politique de répartition des migrants qui s'est d'ailleurs avérée un échec cinglant. Ce texte ne fait que confirmer et rendre encore plus contraignante cette politique. Conformément à la lutte du Front national depuis plus de 40 ans contre l'invasion migratoire, je me suis opposé à ce texte de trahison.

Diane James (EFDD), *in writing*. — UKIP MEPs voted against this consultation procedure proposal, which is technically non-legislative. UKIP rejects the role of the European Border and Coast Guard in the migration crisis. Moreover, UKIP also opposes the compulsory resettlement of migrants across EU nations.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport Keller sur l'instauration de mesures provisoires en matière de protection internationale au profit de l'Italie et de la Grèce. Je suis évidemment favorable à ce que les États membres fassent preuve de solidarité entre eux face à la crise migratoire, mais ce rapport va bien au-delà en proposant par exemple la mise en place d'un dispositif législatif contraignant et obligatoire à l'égard de la réinstallation. Il souhaite également que le regroupement familial ne soit pas subordonné à d'autres politiques de l'Union ou à des mesures de solidarité ou d'urgence.

Eva Kaili (S&D), *in writing*. – I voted for Ms Keller's report as it looks at the issue of asylum. She stresses the multi-dimensional nature of the problem and she focuses on an issue that is of vital importance for the smooth procedure of refugee integration, namely relocation. It is of utmost importance that the relocation mechanism becomes efficient and that the various Member States accept their obligations. Additionally we need to face the reality that the EU must be prepared for alternative routes and a potential failure of the deal with Turkey. For those reasons I supported the report.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht behandelt die Umverteilung von tausenden Migranten von Griechenland und Italien auf die übrigen Mitgliedstaaten, ohne jedoch auf die allgemeine Problematik der Migrationskrise und mögliche Lösungen betreffend die Bekämpfung von Fluchtgründen einzugehen. Außerdem werden neue Wege für die Einreise von Migranten in die Union, durch eine vereinfachte Erteilung von Visa aus humanitären Gründen, vorgeschlagen. Diesem Bericht stimme ich daher nicht zu.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted in favour of this report, which signals another call on Member States to uphold their responsibility and show solidarity by taking part in relocation and resettlement measures. Countries on the periphery such as Greece and Italy are still struggling to respond to the thousands of refugees and asylum-seekers that are arriving. We believe that resettlement should not take place at the expense of relocation. Both are important instruments of solidarity. Relocation is a form of internal solidarity among Member States, while resettlement and humanitarian admission or other kinds of admission are a form of external solidarity with third countries hosting the majority of refugees.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Im Rahmen der Ratsbeschlüsse vom 14. und 22. September 2015 zur Umverteilung von insgesamt 160 000 Asylbewerbern von Italien und Griechenland auf andere Länder soll nun ein bestehender, daran anschließender Ratsentscheid vom 26. September 2015 geändert werden, welcher die Umsetzung der Umverteilung regelt. Dabei soll das bestehende EU-Türkei-Abkommen neu mitberücksichtigt werden. Grundsätzlich ist ein solches Vorgehen sinnvoll. Der Bericht fordert allerdings nicht tragbare Veränderungen. So wird das Momentum der Solidarität und der gerechten Aufteilung von Lasten viel stärker als im ursprünglichen Entwurf betont. Das Prinzip der Nichtzurückweisung von Flüchtlingen sei demzufolge mit dem bestehenden EU-Türkei-Abkommen nicht gegeben. Im Weiteren werden bessere Möglichkeiten der sicheren Einreise von Migranten in die EU sowie verstärkte Familienzusammenführungen gefordert. Neuansiedlungen und Umsiedlungen sollten als Zeichen der Solidarität gefördert werden. Vor allem aus Syrien, Irak, Eritrea und Afghanistan sollen Asylsuchende aufgenommen werden. Monatliche Statusberichte der Mitgliedstaaten sollen entfallen. Insgesamt spricht aus dem Bericht der Wunsch, mehr Asylsuchende und Migranten in Europa aufzunehmen. Die Berichterstatterin der Grünen ignoriert damit völlig die mit der aktuellen Asyl- und Migrationskrise verbundenen Probleme in den Bereichen Kriminalität, Terrorismus und Integration sowie den breiten Bürgerwillen in Europa. Aus diesem Grund lehne ich diesen Bericht ab.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Legislativní usnesení Evropského parlamentu ze dne 15. září 2016 o návrhu rozhodnutí Rady, kterým se mění rozhodnutí Rady (EU) 2015/1601 ze dne 22. září 2015, kterým se stanoví dočasná opatření v oblasti mezinárodní ochrany ve prospěch Itálie a Řecka jsem nemohla podpořit, jelikož se opět jednalo o nechvalně známé kvóty. Uznávám složitou situaci Itálie a Řecka, ale nedomnívám se, kvóty jsou řešením tak komplexní situace.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Magyarország a migrációs válság kezdete óta elvi alapon ellenzi a kötelező áthelyezést. Magyarország kormánya meg is támadta az Európai Unió Bíróságán a migránsok befogadására kényszerítő határozatot, amely figyelmen kívül hagyja az Európai Tanács önkéntes alapon történő relokáció melletti állásfoglalását. A menedékkérők elosztásának e módja továbbra sem tekinthető a helyzet megoldására alkalmas eszköznek, mivel minden állam szuverén joga meghatározni, hogy kit fogad be területére. Továbbá, a kötelező relokáció növeli a húzó hatást és a másodlagos migrációs mozgások kezelésére sem ad választ. Mindemellett a relokáció a gyakorlatban nem működik, a 120.000 fős kötelező, valamint a 40.000 fős önkéntes betelepítési kvótából 2015 szeptembere óta mindössze 4741 személy került áthelyezésre.

Véleményem szerint Európának és a menekülteknek azonos az érdeke: hogy a menekültek visszatérhessenek szülőhazájukba, amint a menekülést kiváltó okok mérséklődnek vagy megszűnnek. Ehhez pedig nem a migránsokat kell idehozni és elosztani, hanem a segítséget kell odavinni. Törökország mellett a nagy menekülttáboroknak otthont adó más államok megsegítése is szükséges. Az Európai Parlament jelentése – ahelyett hogy az EU-török megállapodás technikai formába öntésére szorítkozott volna – ezen félresikerült mechanizmus hatályát kívánja bővíteni és gyorsítani, ami csak még jobban ellehetetleníti ennek a már most sem funkcionáló rendszernek a működését, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként ellene szavazok.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – In the EU-Turkey deal, the Commission made the proposal that 54 000 applicants should be resettled to Turkey, instead of Greece and Italy. This report amends the Commission's proposal in order to improve conditions in Greece and Italy and to stick to the relocation programme. The report also requests safer and legal routes for asylum-seekers, recalls the right of family reunification and highlights the very low numbers of persons relocated, despite Member States' commitments. I voted in favour of the report for these reasons.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Nono, ilyen már volt a történelemben, de annak sem lett jó vége, azóta is keresik Trója romjainak még a helyét is. Talán nem kellene a görög és az olasz tengerészeteknek Afrika partjainál összegyűjteniük, majd Európába fuvarozniuk a gazdasági „menekülteket". Nemzetközi jogi értelemben nem menekültnek, hanem gazdasági bevándorlónak tekintendő, az európai kultúrától idegen milliók beözönlésének elősegítését a tagállamok számára előírt befogadási kvóta alapján nem szabad támogatni. Komolytalan például a befogadást kötelezővé tenni az afgánok vonatkozásában is, akik már a fél világot átszelték, amíg az EU területére léptek, tehát egyértelműen biztonságos származási országból érkeztek, de ez szinte minden más bevándorlóra is igaz.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D), *per iscritto*. – La solidarietà è il principio cardine che dovrebbe reggere l'elaborazione delle politiche di immigrazione e di asilo. Solidarietà sia interna, fra gli Stati membri dell'Unione, che esterna, verso i paesi terzi che ospitano la maggior parte dei rifugiati.

Con questo voto il Parlamento ricorda agli Stati membri che le politiche di reinsediamento, il principale strumento di solidarietà esterna, non dovrebbero avvenire a scapito della ricollocazione. Per tale ragione esortiamo gli Stati membri ad onorare gli impegni assunti con le precedenti decisioni e ad assicurare la rapida ricollocazione di 54 mila richiedenti protezione internazionale. Chiediamo inoltre di velocizzare il trattamento dei casi delle persone vulnerabili, soprattutto minori, affinché possano ricongiungersi alle loro famiglie. Non ci limitiamo a garantire i diritti alla ricollocazione di siriani, eritrei ed iracheni, ma includiamo anche gli afghani tra i soggetti aventi diritto alla ricollocazione.

Gli sforzi sinora compiuti sono irrisori: non possiamo accettare che ad oggi solo il 7% del numero dei posti di ricollocazione siano stati effettivamente ripartiti. La situazione diventa ogni giorno più critica per l'Italia e la Grecia e, visto l'alto numero di richiedenti asilo che arrivano soprattutto in Italia, si prevede che la necessità di luoghi di ricollocazione di emergenza rimarrà elevata.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car la Commission veut utiliser 54 000 des 120 000 places du plan de relocalisation de septembre 2015 pour réinstaller des Syriens venus de Turquie dans l'UE. Or je rejette cette politique de répartition des migrants.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – La Commission veut utiliser 54 000 des 120 000 places du plan de relocalisation de septembre 2015 pour réinstaller des Syriens venus de Turquie dans l'UE. Nous nous opposons à la politique de répartition des migrants alors que ce texte ne fait que confirmer et rendre encore plus contraignante cette politique.

J'ai donc rejeté la proposition de la Commission et la résolution législative pour ces raisons.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque hasta el momento, los Estados miembros han movilizado sólo el 7% de las plazas de reubicación previstas. Hasta el 5 de julio, solo 793 personas procedentes de Italia y de 2033 procedentes de Grecia fueron reubicadas con carácter efectivo. La Comisión, en su primer informe sobre la reubicación y reasentamiento de 16 de marzo de 2016, señala que los Estados miembros tienen que alcanzar una tasa de reubicación mensual de al menos 5.680 persona con el fin de cumplir con sus obligaciones de reubicación dentro del plazo de dos años previsto.

El presente informe que hace hincapié en la necesidad de que los Estados miembros asuman plenamente sus obligaciones en materia de reubicación para que en virtud de las Decisiones que tomó el año pasado, contribuyan a aliviar así la presión sobre los Estados miembros de primera línea. Los Estados miembros responsables en los que se debería realizar el reasentamiento deben aumentar con rapidez y sustantivamente sus esfuerzos para responder a la situación humanitaria existente.

Es imperativo que los Estados miembros den una respuesta solidaria al reto que plantea la crisis de refugiados que sirva de base para desarrollar un verdadero Sistema Europeo de Asilo.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Estamos ante una propuesta que no cuestiona la raíz de la actual situación de las personas migrantes ni planta cara a la lógica de la Europa Fortaleza. Sin embargo, se está proponiendo la introducción de toda una serie de medidas concretas que mejorarían la situación de estas personas. La eliminación del vergonzoso Acuerdo UE-Turquía o la extensión del derecho al asilo a más nacionalidades, en concordancia con la Convención de Ginebra que hoy no cumple la UE, son elementos que valoramos de forma muy positiva. Además de ello, compartimos la necesidad de superar el actual sistema de cuotas que ha fracasado por la falta de voluntad política de los Estados, para imponer un sistema basado realmente en la solidaridad y en la libertad de movimiento y capacidad de elección de la propia persona demandante de asilo. Por eso, y a pesar de no ser el modelo de política migratoria que defendemos, hemos votado a favor del informe, al entender que esta propuesta supondría mejoras tangibles en la situación de las personas que se ven forzadas a huir de sus países.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Im Rahmen der Ratsbeschlüsse vom 14. und 22. September 2015 zur Umverteilung von insgesamt 160 000 Asylbewerbern von Italien und Griechenland auf andere Länder soll nun ein bestehender, daran anschließender Ratsentscheid vom 26. September 2015 geändert werden, welcher die Umsetzung der Umverteilung regelt. Dabei soll das bestehende EU-Türkei-Abkommen neu mitberücksichtigt werden. Grundsätzlich ist ein solches Vorgehen sinnvoll. Der Bericht fordert allerdings nicht tragbare Veränderungen. So wird das Momentum der Solidarität und der gerechten Aufteilung von Lasten viel stärker als im ursprünglichen Entwurf betont. Das Prinzip der Nichtzurückweisung von Flüchtlingen sei demzufolge mit dem bestehenden EU-Türkei-Abkommen nicht gegeben. Im Weiteren werden bessere Möglichkeiten der sicheren Einreise von Migranten in die EU sowie verstärkte Familienzusammenführungen gefordert. Neuansiedlungen und Umsiedlungen sollten als Zeichen der Solidarität gefördert werden. Vor allem aus Syrien, Irak, Eritrea und Afghanistan sollen Asylsuchende aufgenommen werden. Monatliche Statusberichte der Mitgliedstaaten sollen entfallen. Insgesamt spricht aus dem Bericht der Wunsch, mehr Asylsuchende und Migranten in Europa aufzunehmen. Die Berichterstatterin der Grünen ignoriert damit völlig die mit der aktuellen Asyl- und Migrationskrise verbundenen Probleme in den Bereichen Kriminalität, Terrorismus und Integration sowie den breiten Bürgerwillen in Europa. Aus diesem Grund lehne ich diesen Bericht ab.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report, which acknowledges the need for further action for resettlement, resettling Syrians from Turkey through a 1:1 scheme.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Jde o návrh rozhodnutí Rady, Evropský parlament zde má jen konzultační roli, takže i kdyby EP hlasoval proti, nemusí na to Rada brát zřetel. Podstatou návrhu je úprava nechvalně známého loni přijatého rozhodnutí o přerozdělování migrantů, ve kterém jsme byli jako Česká republika přehlasováni. Nynější návrh včleňuje do legislativy EU dohodu EU s Tureckem ze 7. března letošního roku o výměnách migrantů (za každého Syřana vráceného do Turecka si EU vezme jiného Syřana). Hlasoval jsem proti ze dvou hlavních důvodů: zaprvé, naprosto nesouhlasím s principy dohody mezi EU a Tureckem. Zadruhé, rozhodnutí Rady považuji za obcházení vůle Evropského parlamentu i národních parlamentů. Pokud by totiž dohoda měla formu mezinárodní smlouvy, a nikoliv pouhého dočasného rozhodnutí Rady, musela by být řádně projednána v Evropském parlamentu i v národních parlamentech. Úprava dočasného rozhodnutí je výsměchem principům právního státu, to takto můžeme dočasnost upravovat donekonečna. Jde o zneužití článku Lisabonské smlouvy, který u dočasných opatření nevyžaduje souhlas Evropského parlamentu a zapojení národních parlamentů.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Priljev državljana trećih zemalja znatno se povećao u određenim državama članicama EU-a. Pritisak migracijskog priljeva osjetio se i u drugim izloženim državama, poput Italije. Zbog jačanja unutarnje solidarnosti te odgovornosti za pomoć državama članicama, preseljenje i zakoniti ili humanitarni prihvat iz Turske potrebni su kako bi se smanjio pritisak na izložene države članice.

One su zbog tog pritiska nesposobne pružiti adekvatnu zaštitu tražiteljima azila. To potvrđuje i Rezolucija Europskog parlamenta od 12. travnja 2016. o situaciji na Sredozemlju koja naglašava potrebu za cjelovitim pristupom EU-a migraciji te poziva na razvoj i diversifikaciju migracijskih tokova prema Uniji. Premještanje migranata s državnog područja jedne države članice na državno područje druge države članice jedan je od ključnih mehanizama unutar okvira hitne pomoći izloženim državama članicama kao što su Grčka i Italija, te time treba biti podržan.

Također, bitna je i uloga Europske agencije za graničnu i obalnu stražu, koja bi trebala biti nadležna za stalno analiziranje stanja u vezi s masovnim priljevima migranata u države članice. Sukladno ovim tvrdnjama podržala sam Prijedlog odluke Vijeća i smatram da će ono pridonijeti učinkovitijem upravljanju migrantskih tokova u EU-u.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. — Mana attieksme pret tādu sistēmu ir skeptiska. Tā nestrādās reālos apstākļos. Mums ir nepieciešams visaptverošs mehānisms, kas palīdzētu reāli, nevis deklaratīvi.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Na základe rozhodnutia Rady (EÚ) zo septembra 2015, ktoré upravuje zavedenie dočasných opatrení v oblasti medzinárodnej ochrany v prospech Talianska a Grécka, by malo dôjsť k prerozdeleniu 54 000 utečencov, resp. žiadateľov z územia Grécka a Talianska do iných členských štátov.

Prax však dokazuje, že systém povinných kvót nefunguje. Viaceré štáty vzhľadom na svoj iný vývoj voči ostatným európskym krajinám a na hospodársku a ekonomickú situáciu svojich krajín, ako aj vzhľadom na iné problémy nedokážu prijať požadované množstvo žiadateľov.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Συμβουλίου για την τροποποίηση της απόφασης (ΕΕ) 2015/1601 του Συμβουλίου, της 22ας Σεπτεμβρίου 2015, για τη θέσπιση προσωρινών μέτρων στον τομέα της διεθνούς προστασίας υπέρ της Ιταλίας και της Ελλάδας, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 14/9/2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

La Commission veut utiliser presque la moitié des places du plan de relocalisation de septembre 2015 (54 000 sur 120 000) pour réinstaller des Syriens venus de Turquie dans l'UE. Nous nous opposons à la politique de répartition des migrants alors que ce texte ne fait que confirmer et rendre encore plus contraignante cette politique. De plus, cette mesure s'impose aux États membres, ce qui constitue une attaque contre la souveraineté.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. — It should be the European Union's moral duty to assist asylum seekers reaching Italy and Greece, as these countries have declared a state of emergency. No Member State should take a hands-off approach because failing to assist is against what the EU believes in. EU countries are encouraged to be as cooperative as possible, especially in relation to border control.

I want to highlight the importance of travel documents to identify those reaching Greek and Italian coasts, because only by identifying them will we be able to assist more effectively in the relocation of migrants. Italy and Greece, as core members of the EU, should not have to battle alone to cope with the hundreds of asylum seekers arriving every day.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Mi apoyo a la propuesta de cara a establecer nuevas medidas provisionales en el ámbito de la protección internacional en beneficio de Italia y Grecia, ante la presión que sufren estos países por la llegada de personas solicitantes de asilo.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Hier wird von der Asylkrise in Italien und Griechenland berichtet. Als Konsequenz aus dem Status quo möchte man jedoch weitere Maßnahmen setzen, die Migrationsbewegungen fördern. Dies lehne ich ab.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport s'oppose à la proposition de la Commission de déplacer 54 000 demandeurs d'asile en Grèce et en Italie vers la Turquie. Car depuis l'accord UE-Turquie imposé par l'Allemagne, outre les 3 milliards donnés au gouvernement Erdogan pour «garder» les migrants, il a été introduit le principe du «tri» des Syriens. Pour chaque Syrien renvoyé, l'Union pourra choisir celui qu'elle veut bien reprendre. Un accord taillé sur les besoins de main-d'œuvre du capitalisme allemand. Le rapport défend également une application stricte du programme de relocalisation, interne à l'Union européenne. Je ne suis personnellement pas satisfait de ce programme qui vise à déplacer des poignées de demandeurs de-ci de-là dans l'Union. Certes, il faut désengorger les services de demande d'asile grecs et italiens, mais un système bureaucratique loin des réalités et des besoins des demandeurs ne peut pas fonctionner. A fortiori, si on n'éteint pas les causes profondes de la migration en parallèle. Je soutiens l'opposition à ces dispositions UE-Turquie, mais pas ce programme tel que présenté. Dans ces conditions, je m'abstiens.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La Commission veut utiliser 54 000 des 120 000 places du plan de relocalisation de septembre 2015 pour réinstaller des Syriens venus de Turquie dans l'UE. Nous nous opposons à la politique de répartition des migrants alors que ce texte ne fait que confirmer et rendre encore plus contraignante cette politique.

J'ai donc rejeté la proposition de la Commission et la résolution pour ces raisons.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – No quadro da política comum de asilo, o artigo 78.º, n.º 3, do Tratado sobre o Funcionamento da União Europeia (TFUE) prevê uma base jurídica específica para lidar com situações de emergência. A presente alteração consiste na avaliação dos esforços já envidados pelos Estados-Membros em termos de admissão de sírios presentes na Turquia através da reinstalação, da admissão humanitária ou de outras formas de admissão legal em relação ao número de requerentes de proteção internacional que devem ser recolocados no seu território ao abrigo da Decisão 2015/1601 do Conselho. No que se refere aos 54 000 requerentes referidos no artigo 4.º, n.º 1, alínea c), da Decisão 2015/1601 do Conselho, esta alteração permite aos Estados-Membros subtrair do número de requerentes recolocados que lhes foi atribuído o número de sírios presentes na Turquia admitidos no seu território através da reinstalação, da admissão humanitária ou de outras formas de admissão legal ao abrigo de regimes nacionais ou multilaterais que

não o regime de reinstalação estabelecido ao abrigo das conclusões dos representantes dos Governos dos Estados-Membros, reunidos no Conselho em 20 de julho de 2015. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this legislative resolution which urges Member States to implement the relocation mechanism properly and show solidarity with Italy and Greece.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Je salue l'objection du Parlement européen à la proposition de la Commission de réallouer à de la réinstallation des places initialement prévues pour de la relocalisation. Il s'agit là de deux procédures différentes. La solidarité des États membres entre eux et celle envers les pays tiers ne devraient pas se substituer l'une à l'autre. Tous les engagements pris en matière de relocalisation doivent être honorés. La Grèce et l'Italie faisant toujours face à un défi considérable, la solidarité entre États membres doit être renforcée. Il n'est donc pas opportun de remplir nos engagements en matière de réinstallation vis-à-vis de la Turquie au détriment de ceux pris en faveur de l'Italie et la Grèce. Les personnes réinstallées depuis la Turquie par les États membres ne devraient pas réduire nos engagements en matière de relocalisation. Par contre, notre solidarité envers les pays tiers qui sont en première ligne de la crise des réfugiés doit être bien réelle. La réinstallation constitue à cet égard un outil qu'il convient de privilégier et pour lequel l'Union se doit d'adopter une politique ambitieuse. Le nouveau programme européen en matière de réinstallation devra donc être à la hauteur de notre devoir de solidarité avec ces pays tiers.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* — Európska komisia navrhla uvoľniť 54 000 miest z celkového počtu 120 000 miest v rámci mechanizmu premiestnenia žiadateľov o azyl v rámci EÚ a využiť tieto miesta na presídlenie Sýrčanov z Turecka na územie Únie, na základe dohody o migrácii medzi EÚ a Tureckom. Návrh sa stavia proti takejto zmene mechanizmu, pretože premiestňovanie žiadateľov o azyl v rámci EÚ nemožno miešať s presídľovaním utečencov z tretích krajín. Presídľovanie (z Turecka do EÚ) by sa nemalo uskutočňovať na úkor premiestňovania (v rámci EÚ). Premiestňovanie je podľa navrhovaného textu formou vnútornej solidarity medzi členskými štátmi EÚ, zatiaľ čo presídľovanie predstavuje formu externej solidarity s tretími krajinami, na ktorých území sa nachádza väčšina utečencov. Za návrh hlasujem kladne.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on asylum and its provisional measure in favour of Italy and Greece because it is essential to show more solidarity among the Member States and to create a truly European asylum system.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – La Commission européenne désire employer 54 000 des 120 000 places du plan de relocalisation accepté par les représentants européens en septembre 2015 afin de réinstaller des migrants syriens venus dans l'UE depuis la Turquie.

Cette résolution demande aux États membres de mettre à disposition au moins un tiers de leurs places de relocalisation avant le 31 décembre 2016.

Pire, si l'État membre de relocalisation n'accepte pas la relocalisation dans un délai de deux semaines, l'approbation sera alors considérée comme donnée.

Il est évident que nous rejetons vigoureusement ce texte qui impose aux États membres une dose supplémentaire de la folle politique migratoire européenne.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O artigo 78º, nº 3, do TFUE prevê que, sob proposta da Comissão Europeia, o Conselho, após consulta do PE, adote medidas provisórias a favor do ou dos Estados-Membros confrontados com uma situação de emergência caracterizada por um súbito afluxo de nacionais de países terceiros a um ou mais Eestados-Membros.

Atendendo a que a situação continua dramática, defendo novas iniciativas operacionais na cooperação entre a UE e a Turquia no domínio da migração, com a adoção de medidas necessárias para transferir alguns dos compromissos assumidos no âmbito das atuais decisões de recolocação, nomeadamente a totalidade ou parte dos 54 000 lugares atualmente não afetados, para o chamado regime um por um. A reinstalação ou outras vias legais para a admissão de pessoas com clara necessidade de proteção internacional pode ser considerada equivalente à recolocação, uma vez que são todas expressões concretas de solidariedade com outros Estados-Membros ou países terceiros confrontados com afluxos maciços de migrantes.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Je rejette la politique de répartition des migrants qui s'est d'ailleurs avérée un échec cinglant. Ce texte ne fait que confirmer et rendre encore plus contraignante cette politique. Je vote contre.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, which signals another call on Member States to uphold their responsibility and show solidarity by taking part in relocation and resettlement measures. Countries on the periphery, such as Greece and Italy, are still struggling to respond to the thousands of refugees and asylum-seekers who are arriving. We believe that resettlement should not take place at the expense of relocation. Both are important instruments of solidarity. Relocation is a form of internal solidarity among Member States, while resettlement and humanitarian admission or other kinds of admission are forms of external solidarity with third countries hosting the majority of refugees.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport sur les mesures provisoires en matière de protection internationale au profit de l'Italie et de la Grèce dont l'objectif est de modifier la décision du Conseil de relocaliser, au départ de l'Italie et de la Grèce, des personnes ayant besoin d'une protection internationale en vue de mettre en œuvre l'accord conclu avec la Turquie auquel je me suis toujours opposée. Ce texte demande notamment la mise en place d'un dispositif législatif contraignant et obligatoire à l'égard de la réinstallation des migrants et une utilisation plus large des visas humanitaires.

Luigi Morgano (S&D), *per iscritto*. – È passato un anno da quando, il 6 settembre 2015, Papa Francesco, per prepararsi all'Anno santo della Misericordia, invitava le parrocchie, le comunità religiose, i monasteri e i santuari di tutta Europa ad accogliere una famiglia di profughi. L'Unione europea ha cercato di reagire, attraverso la Commissione e il Parlamento, e su spinta di alcuni Stati membri, proponendo soluzioni a sostegno di un approccio solidale all'emergenza umanitaria. Ciononostante, non si è ancora arrivati ad un vero ripensamento del regolamento di Dublino e a una condivisione della responsabilità. I meccanismi di ricollocamento parziale proposti dal Consiglio e che prevedono un aiuto ai due Stati maggiormente esposti, Italia e Grecia, sono stati solo parzialmente rispettati. Nel frattempo, il numero degli sbarchi, seppur lievemente diminuito, continua a registrare cifre altissime: nel solo 2016 sono già sbarcate in Italia e Grecia 281.055 persone. Per questo, sostengo la relazione proposta dalla commissione LIBE, che ribadisce la necessità di una ripartizione obbligatoria dei migranti tra gli Stati membri, secondo un meccanismo di ripartizione per quote. Solo in questo modo, infatti sarà possibile sviluppare un sistema di solidarietà sincera tra Stati membri e creare un vero e proprio sistema di asilo europeo.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport sur les mesures provisoires au profit de l'Italie et de la Grèce, qui prend la suite d'une décision du Conseil de 2015 visant à alléger ces deux pays au vu du nombre de personnes ayant besoin d'une protection internationale sur leur territoire. Le rapport prévoit que les États membres prennent des personnes en charge directement depuis la Turquie, sans passer par l'Italie et la Grèce comme intermédiaires.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Considerata la necessità di accrescere la solidarietà tra gli Stati membri, rafforzare l'integrazione per la gestione delle frontiere e contribuire a prevenire le situazioni di crisi alle frontiere esterne dell'Unione, accolgo favorevolmente favore la relazione sulle misure temporanee nel settore della protezione internazionale a beneficio dell'Italia e della Grecia. Il nostro gruppo ha lavorato alacremente alla stesura di un rapporto che possa stimolare maggiormente il dibattito e che chieda primariamente più azione da parte dei leader europei. La proposta risponde all'esigenza di garantire un'adeguata redistribuzione dei migranti che sbarcano sulle coste europee tra tutti gli Stati membri. Infatti, sebbene il piano di ridistribuzione approvato dal Consiglio europeo in data 22 settembre 2015 preveda, secondo il principio di solidarietà che lega i membri dell'Unione, il trasferimento di 54 000 richiedenti asilo tra i 28 paesi. Al 5 luglio 2015, soltanto 793 persone dall'Italia e 33 dalla Grecia sono state trasferite; questi numeri ci raccontano una realtà molto lontana da ciò che il Consiglio ha deciso. È dunque necessario lavorare affinché i meccanismi di redistribuzione inizino a funzionare e che, come stabilito, vi siano 5.680 richiedenti asilo trasferiti ogni mese.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – La proposta di destinare 54.000 quote assegnate inizialmente alla ricollocazione da Italia e Grecia, a beneficio del programma di reinsediamento di profughi siriani provenienti dalla Turchia, previsto dalla dichiarazione UE-Turchia, non può essere condivisa da parte di chi, come me, ritiene che una valida reazione alla crisi dei rifugiati non possa che basarsi su un approccio solidale tra tutti gli Stati membri. Sebbene ritenga necessario che l'Unione europea adempia alla clausola prevista dall'accordo con la Turchia, per la quale, a ogni ricollocato dalla Grecia, deve corrispondere un reinsediato dalla Turchia verso il territorio europeo, non sostengo l'idea secondo cui debbano essere Italia e Grecia, già sottoposte a una pressione migratoria senza precedenti, a dover essere ulteriormente penalizzate. Per le ragioni esposte ho deciso di votare a favore della relazione Keller che, grazie ad una volontà condivisa da parte di più gruppi politici, respinge la proposta di commutare 54.000 quote destinate alla ricollocazione da Italia e Grecia, in quote valide per il reinsediamento dalla Turchia. Il testo, inoltre, veicola adeguatamente l'urgenza di rendere il programma di ricollocazione uno strumento davvero funzionante, in grado di produrre un vero alleggerimento degli oneri che gli Stati di frontiera sono costretti a sopportare.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The rising number of asylum seekers in Greece and in Italy makes the need for emergency relocation places an important issue to address. I voted for this report, which will provide large-scale resettlement, humanitarian admission and other forms of legal admission for migrants in order to relieve the migratory pressure on Greece and Italy.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am susținut, prin votul de astăzi, prezentul raport deoarece consider că acesta aduce completări și modificări importante propunerii de decizie a Consiliului de modificare a Deciziei (UE) 2015/1601 a Consiliului din 22 septembrie 2015 de instituire a unor măsuri provizorii în domeniul protecției internaționale în beneficiul Italiei și al Greciei. Desigur, mai există aspecte ce ar putea fi îmbunătățite, dar consider că, în contextul presiunii existente în Italia și Grecia, prezentul raport clarifică situația transferurilor și a relocărilor resortisanților.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Nepodpořil jsem zprávu EP, protože zcela vyprazdňuje návrh Komise a místo toho jej zaměřuje zcela jiným směrem. Domnívám se, že nejen v tomto případě se zpráva EP měla zabývat návrhem Komise (včetně jeho možné kritiky) a nezaměnit jej za politickou deklaraci. Komise pragmaticky navrhla započítávání osob přesídlených do členských států přímo z Turecka do národních kvót na přemístění uprchlíků z Itálie a Řecka a já tomuto návrhu rozumím jako snaze přispět k řešení migrační krize a zároveň k zajištění fungování dohody EU-Turecko. Rozhodnutí o přemístění uprchlíků uvnitř EU předpokládá určitou flexibilitu s ohledem na nové okolnosti a právě uzavření dohody EU-Turecko a z ní vyplývající závazky jsou podle mého názoru důvodem pro aktivaci této doložky flexibility.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I supported the report and voted in favour. The report is strong on protecting the concept of shared responsibility for the refugee crisis, calls for safe and legal access for refugees, is committed to family reunification, acknowledges the dire situation in Greece and Italy and seeks to add Afghan refugees to the relocation category.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Diesen Bericht lehne ich entschieden ab, da bezüglich der Asylkrise in Italien und Griechenland weitere Maßnahmen gesetzt werden sollen, die die Migrationsbewegungen fördern würden.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Otsus annab ELile võimaluse võtta kasutusele meetmeid seoses Süüria põgenike ümberpaigutamisega Türgist. On oluline, et asüüli otsivad inimesed saaksid seda teha legaalseid ja turvalisi teid pidi.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Παρά τις δεσμεύσεις των χωρών της ΕΕ για την μετεγκατάσταση συνολικά 160.000 αιτούντων άσυλο μέσα σε δύο χρόνια, μόνο ένα μικρό ποσοστό ατόμων έχει μέχρι στιγμής μεταφερθεί από την Ελλάδα και την Ιταλία. Υπερψήφισα την έκθεση, η οποία ζητά από τις χώρες της ΕΕ να διαθέσουν τουλάχιστον το ένα τρίτο των θέσεων μετεγκατάστασης, για τις οποίες έχουν ήδη δεσμευθεί, μέχρι την 31η Δεκεμβρίου 2016.

Τα κράτη μέλη της ΕΕ πρέπει να τηρήσουν τις δεσμεύσεις τους και να υπάρχει ίση ανακατανομή του βάρους. Επίσης, όπως τονίζεται στην έκθεση, η πρόταση της Επιτροπής, σύμφωνα με την οποία οι χώρες της ΕΕ μπορούν να προσμετρούν τον αριθμό των Σύρων προσφύγων τους οποίους δέχονται απευθείας από την Τουρκία με βάση τη συμφωνία ΕΕ-Τουρκίας στις ήδη υπάρχουσες θέσεις μετεγκατάστασης από Ελλάδα και Ιταλία, δεν είναι ορθή. Η επανεγκατάσταση δεν θα πρέπει να πραγματοποιηθεί σε βάρος της μετεγκατάστασης και να υπάρξει αντικατάσταση των θέσεων υποδοχής από Ελλάδα και Ιταλία με πρόσφυγες απευθείας από Τουρκία.

Υπάρχει μεγάλη ανάγκη για άμεση μετεγκατάσταση προσφύγων από την Ελλάδα και την Ιταλία σε άλλα κράτη μέλη της ΕΕ λαμβάνοντας υπόψη την επείγουσα ανθρωπιστική κατάσταση στην Ελλάδα και τον κίνδυνο επιδείνωσης στην Ιταλία.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted against this consultation procedure proposal, which is technically non-legislative. UKIP rejects the role of the European Border and Coast Guard in the migration crisis. Moreover, UKIP also opposes the compulsory resettlement of migrants across EU nations.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Da meridionale, da italiano e da europeo vi esorto a votare positivamente a questo testo. Troppo importante in questo momento storico che tutti gli Stati membri dimostrino solidarietà l'un l'altro.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Hrvatska je izbjegličko-migrantsku krizu prihvatila u humanitarnom aspektu i isticanjem empatije hrvatskih građana prema dolazećim izbjeglicama i migrantima. U drugoj polovici rujna i listopadu 2015. u Hrvatsku je ušlo i potom se do 1. studenog 2015. zaputilo u treće zemlje 299 969 izbjeglica i migranata. U Hrvatskoj je u razdoblju od 2004. do 2015. godine podneseno 4857 zahtjeva.

S početkom krize bili su osnovani tranzitni centri poput Opatovca i Slavonskog Broda, s kapacitetom od 5000 do 10000 osoba, koji su bili dostatni za kratkotrajni smještaj. Prihvatilišta za tražitelje azila poput onih u Kutini i Zagrebu pokazatelj su kako je Hrvatska spremna pružiti pomoć. Hrvatska je do sada pokazala primjerenu solidarnost u skrbi za izbjeglice i migrante, organizirajući potrebnu skrb u skladu s mogućnostima, što su građani podržali no očekuju također da tijela vlasti štite nacionalnu i državnu suverenost kao i druge vitalne nacionalne interese, a posebice socijalnu sigurnost vlastitih građana.

Italiji i Grčkoj treba pružiti potporu, no Europa u konačnici treba utvrditi zajedničku politiku vezanu uz azil i imigracije usmjerenu na rješavanje problema na ishodištu, a ne kako je bilo do sada na gašenju požara.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – La Commission européenne veut utiliser 54 000 des 120 000 places du plan de relocalisation accepté par les représentants européens en septembre 2015 pour réinstaller des Syriens venus de Turquie dans l'UE, conformément à l'accord UE-Turquie sur les migrations.

La résolution propose que les États membres mettent à disposition au moins un tiers de leurs places de relocalisation avant le 31 décembre 2016. Elle ajoute que si l'État membre de relocalisation n'approuvait pas la relocalisation dans un délai de deux semaines, l'approbation devrait être supposée avoir été donnée.

Le texte souligne qu'à ce jour, seul un très faible nombre de réfugiés syriens ont été relocalisés dans l'Union. Il rappelle la résolution du Parlement européen du 12 avril 2016 dans laquelle celui-ci a appelé à définir plus d'itinéraires sûrs et licites dans l'Union pour les demandeurs d'asile et les réfugiés, y compris l'adoption par l'UE d'un dispositif législatif contraignant et obligatoire à l'égard de la réinstallation, la mise en place de programmes d'admission humanitaire par tous les États membres et une utilisation plus large des visas humanitaires.

Je rejette l'accord UE-Turquie ainsi que la politique de répartition des migrants qui s'est d'ailleurs avérée un échec cinglant. Ce texte ne fait que confirmer et rendre encore plus contraignante cette politique. Je vote donc contre.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Le due decisioni adottate dal Consiglio nel 2015, (EU) 2015/1523 e (EU) 2015/1601, hanno stabilito misure provvisorie in materia di protezione internazionale, a beneficio di Italia e Grecia, che prevedevano il ricollocamento di 160 000 richiedenti asilo negli altri paesi dell'Unione. In base a queste decisioni, 54 000 persone avrebbero dovuto essere ricollocate da Italia e Grecia entro il 26 settembre 2016 verso il territorio di altri Stati membri, a meno che la Commissione, entro tale data, avesse presentato una proposta per allocare questi posti ad altri Stati membri in situazione di emergenza per un improvviso afflusso di persone. Ora, la proposta della Commissione intende prendere in considerazione gli sforzi fatti dagli Stati membri per l'accoglienza dei profughi siriani ricollocati dalla Turchia. Il gruppo S&D e il Parlamento europeo non condividono questa proposta. Ad oggi, gli Stati membri hanno reso disponibile solo il 7% dei posti necessari al ricollocamento da Italia e Grecia. Perciò la commissione LIBE ha approvato, a larga maggioranza, questa relazione per ribadire la necessità che gli Stati membri adempiano ai loro obblighi, alleviando la pressione sui paesi mediterranei. Il protrarsi di questa situazione di assoluta mancanza di solidarietà è inaccettabile, sostengo perciò la relazione.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Podržao sam Izvješće zastupnice Keller, jer je uvođenje privremenih mjera u korist Italije i Grčke, kojima bi se omogućilo preseljenje ili prihvat izbjeglica te smanjio migracijski pritisak, dokaz zajedničkog djelovanja u svrhu rješavanja izbjegličko-migracijske krize te pronalasku solidarnog zbrinjavanja izbjeglica u skladu s međunarodnim zakonima i propisima.

Posebno je važna zadaća Europske granične i obalne straže, čija je dužnost držati pod stalnim nadzorom priljeve migranata u Italiju i Grčku. Važan je i Sporazum s Turskom čijom je primjenom značajno popustio izbjeglički val i osnažila se kontrola migracijskog vala.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Con il voto odierno il Parlamento europeo si è espresso chiaramente contro la proposta della Commissione europea che prevedeva la possibilità per gli Stati membri di detrarre il numero di siriani reinsediati dalla Turchia dal numero di persone che lo Stato membro si è impegnato a ospitare in virtù degli accordi di ricollocamento. Anche grazie la mio determinante contributo, in qualità di relatore ombra del PPE, abbiamo approvato una risoluzione legislativa nella quale si sottolinea che il reinsediamento non deve avvenire a scapito dei ricollocamenti dei richiedenti asilo attualmente ospitati nel nostro paese. La chiusura della rotta Balcanica ha di nuovo spostato i flussi migratori irregolari verso il Mediterraneo centrale. Inoltre, gli ultimi dati pubblicati dalla Commissione europea ci dicono che sono stati ricollocate dall'Italia solamente 1.064 persone, mentre, dalla Grecia, sono state ricollocate solamente 3.712. Per risolvere la crisi dei migranti dobbiamo continuare sulla strada della condivisione delle responsabilità e dei costi tra gli Stati membri dell'Unione. Il nostro compito di deputati europei è quello di spingere la Commissione e il Consiglio a fare in modo che questo avvenga. Ritengo che in questo caso ci siamo riusciti e per questo motivo ho, naturalmente, votato a favore di questa risoluzione legislativa.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – W dniu 7 marca 2016 r. szefowie państw lub rządów UE uzgodnili szereg zasad będących podstawą porozumienia z Turcją, między innymi przesiedlanie zgodnie z zasadą, że każdej readmisji Syryjczyka z wysp greckich do Turcji będzie towarzyszyć przesiedlenie innego Syryjczyka z Turcji do państw członkowskich UE, w ramach istniejących zobowiązań.

Proponowana zmiana polega na zaliczeniu działań podjętych przez państwa członkowskie w związku z przyjęciem Syryjczyków przebywających w Turcji w drodze przesiedlenia, przyjęcia ze względów humanitarnych lub innych form legalnego przyjęcia w poczet liczby osób ubiegających się o udzielenie ochrony międzynarodowej, które mają być relokowane na terytorium tych państw na mocy decyzji Rady 2015/1601. Zgodnie z tą zmianą i w odniesieniu do 54 000 osób ubiegających się o azyl państwa członkowskie mogą od przydzielonej im liczby osób ubiegających się azyl objętych relokacją odjąć liczbę Syryjczyków przebywających w Turcji przyjętych na ich terytorium w drodze przesiedlenia, przyjęcia ze względów humanitarnych lub innych form legalnego przyjęcia na mocy programów krajowych lub wielostronnych innych niż program przesiedleń. Niniejszym nie mogłem poprzeć sprawozdania.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport de consultation car il concerne un champ de compétence et de décision relevant des États membres de l'Union européenne.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A recente crise migratória instou a União Europeia a tomar medidas de cooperação internacional cuja relevância é deveras assinalável no atual contexto geopolítico mundial. O Acordo UE-Turquia tem vindo a revelar-se uma ferramenta relevante – a ferramenta possível – na gestão da crise migratória. O presente relatório vem aprovar a recolocação de 54 000 requerentes de asilo, presentes em Itália e na Grécia, noutros Estados-Membros, respeitando as quotas estabelecidas no acordo.

O meu voto é, pois, favorável.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted against this consultation procedure proposal, which is technically non-legislative. UKIP rejects the role of the European Border and Coast Guard in the migration crisis. Moreover, UKIP also opposes the compulsory resettlement of migrants across EU nations.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente por ser necessária uma redistribuição de migrantes mais equitativa pelos membros da UE. Deve ser feita uma reinstalação em larga escala da admissão humanitária e outras formas de admissão legal a partir da Turquia ao abrigo de regimes nacionais e multilaterais para aliviar a pressão migratória sobre os Estados-Membros, proporcionando vias seguras e legais para entrar na União e tornando desnecessárias as entradas irregulares.

É fundamental, juntamente com a Agência Europeia de Guarda Costeira e de Fronteiras, acompanhar permanentemente a situação no que respeita ao afluxo massivo de nacionais de países terceiros para os Estados-Membros.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – De uma vez por todas, é necessário que os Estados-Membros cumpram de forma plena as suas obrigações no que respeita à reinstalação sob as decisões (UE) 2015/1523 e (UE) 2015/1601, num total de 120 mil refugiados, de forma a aliviar a pressão sobre a Grécia e a Itália. O cumprimento das decisões humanitárias merece o mesmo respeito e rigor que o cumprimento das decisões económicas e financeiras.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La Decisión 2015/1601 indicó que los refugiados debían ser reubicados de Italia y Grecia hacia el territorio de otros Estados miembros.

Hasta el momento, los Estados miembros no han llegado a movilizar las plazas de reubicación que se tenían previstas. Por ello, se presenta la necesidad de que los Estados miembros asuman sus obligaciones y se cumpla el acuerdo de reasentamiento. Es imperativo que los Estados miembros den una respuesta solidaria al reto que plantea la crisis de refugiados que sirva de base para desarrollar un verdadero Sistema Europeo de Asilo.

Por ello, he votado a favor del Informe.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution législative instituant des mesures provisoires en matière de protection internationale au profit de l'Italie et de la Grèce.

Il s'agit d'un signal fort qui réaffirme la nécessité de respecter le plan de relocalisation de la Commission au regard des milliers de personnes qui sont bloquées en Grèce et en Italie ou qui arrivent chaque jour dans ces pays. Il est indispensable de mettre sur pied un système européen de relocalisation qui soit juste et porteur d'espoir pour ces milliers de gens en détresse.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Apoiei este relatório sobre a proposta de alteração da decisão do Conselho, que vem estabelecer medidas provisórias no domínio da proteção internacional a favor de Itália e da Grécia, dado estarmos perante duas situações de emergência em matéria de asilo.

Trata-se de medidas provisórias, de natureza excecional, que pretendem dar resposta a uma situação grave relacionada com o súbito e repentino afluxo de nacionais de países terceiros ao espaço europeu.

Como a situação continua a revestir urgência, gravidade e ação imediata e eficaz, o presente relatório versa sobre a necessidade de proceder a uma alteração da proposta da Comissão, no que respeita à admissão de nacionais de países terceiros, sua reinstalação, admissão humanitária e demais formas legais.

Uma vez que estou maioritariamente de acordo com as alterações que foram introduzidas, o meu voto foi favorável à aprovação deste relatório.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos a favor de un Informe que se opone al Acuerdo UE-Turquía y al esquema de readmisiones planteado por la Comisión en el marco de su política migratoria vulneradora de los derechos humanos. Compartimos la crítica a los Estados miembro por su mezquino comportamiento a la hora de acoger personas necesitadas de protección internacional en su territorio y en la necesidad de actuar en corresponsabilidad con Grecia e Italia a la hora de enfrentar con recursos suficientes y de manera solidaria la mayor crisis humanitaria en Europa desde la 2da Guerra Mundial.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die einstweiligen Asylmaßnahmen zugunsten Italiens und Griechenlands gestimmt, da die aktuelle Flüchtlingskrise gemeinsam gelöst werden muss. Italien und Griechenland dürfen mit ihren europäischen Außengrenzen nicht allein gelassen werden.

Somit sollen Not leidende Syrer gemäß der EU-Türkei-Kooperation direkt von der Türkei in EU-Mitgliedstaaten umgesiedelt werden.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Estamos ante una propuesta que no cuestiona la raíz de la actual situación de las personas migrantes ni planta cara a la lógica de la Europa Fortaleza. Sin embargo, se está proponiendo la introducción de toda una serie de medidas concretas que mejorarían la situación de estas personas. La eliminación del vergonzoso Acuerdo UE-Turquía o la extensión del derecho al asilo a más nacionalidades, en concordancia con la Convención de Ginebra que hoy no cumple la UE, son elementos que valoramos de forma muy positiva. Además de ello, compartimos la necesidad de superar el actual sistema de cuotas que ha fracasado por la falta de voluntad política de los Estados, para imponer un sistema basado realmente en la solidaridad y en la libertad de movimiento y capacidad de elección de la propia persona demandante de asilo. Por eso, y a pesar de no ser el modelo de política migratoria que defendemos, hemos votado a favor del informe, al entender que esta propuesta supondría mejoras tangibles en la situación de las personas que se ven forzadas a huir de sus países.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, which signals another call on Member States to uphold their responsibility and show solidarity by taking part in relocation and resettlement measures. Countries on the periphery, such as Greece and Italy, are still struggling to respond to the thousands of refugees and asylum-seekers who are arriving. We believe that resettlement should not take place at the expense of relocation. Both are important instruments of solidarity. Relocation is a form of internal solidarity among Member States, while resettlement and humanitarian admission or other kinds of admission are forms of external solidarity with third countries hosting the majority of refugees.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Pri hlasovaní o správe k návrhu rozhodnutia Rady o zavedení dočasných opatrení v oblasti medzinárodnej ochrany v prospech Talianska a Grécka som sa zdržala. Návrh sa týka prerozdelenia 160-tisíc žiadateľov o azyl z Talianska a Grécka do ostatných členských krajín. Ako sa po roku od prijatia tohoto rozhodnutia ukázalo, toto opatrenie nie je dostatočne účinné a nerieši primárne príčiny migračnej krízy. Prioritou v súčasnej situácii musí pre EÚ zostať ochrana vonkajších hraníc a dostatočná kontrola jednotlivcov, ktorí hranice prechádzajú. Na druhej strane, utečencom, ktorí sa už v krajinách EÚ nachádzajú, by mala byť poskytnutá ochrana a humanitárna pomoc. Ostatné členské štáty majú možnosť poskytnúť pomoc krajinám zasiahnutým utečeneckou krízou práve v týchto oblastiach.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Im Rahmen der Ratsbeschlüsse vom 14. und 22. September 2015 zur Umverteilung von insgesamt 160 000 Asylbewerbern von Italien und Griechenland auf andere Länder soll nun ein bestehender, daran anschließender Ratsentscheid vom 26. September 2015 geändert werden, welcher die Umsetzung der Umverteilung regelt. Dabei soll das bestehende EU-Türkei-Abkommen neu mitberücksichtigt werden. Grundsätzlich ist ein solches Vorgehen sinnvoll. Der Bericht fordert allerdings nicht tragbare Veränderungen. So wird das Momentum der Solidarität und der gerechten Aufteilung von Lasten viel stärker als im ursprünglichen Entwurf betont. Das Prinzip der Nichtzurückweisung von Flüchtlingen sei demzufolge mit dem bestehenden EU-Türkei-Abkommen nicht gegeben. Im Weiteren werden bessere Möglichkeiten der sicheren Einreise von Migranten in die EU sowie verstärkte Familienzusammenführungen gefordert. Neuansiedlungen und Umsiedlungen sollten als Zeichen der Solidarität gefördert werden. Vor allem aus Syrien, Irak, Eritrea und Afghanistan sollen Asylsuchende aufgenommen werden. Monatliche Statusberichte der Mitgliedstaaten sollen entfallen. Insgesamt spricht aus dem Bericht der Wunsch, mehr Asylsuchende und Migranten in Europa aufzunehmen. Die Berichterstatterin der Grünen ignoriert damit völlig die mit der aktuellen Asyl- und Migrationskrise verbundenen Probleme in den Bereichen Kriminalität, Terrorismus und Integration sowie den breiten Bürgerwillen in Europa. Aus diesem Grund lehne ich diesen Bericht ab.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Relokácia utečencov do iných členských štátov môže prebiehať len na základe dobrovoľnosti. Taliansku a Grécku najviac pomôžeme tým, že vytvoríme čo najlepšie podmienky na efektívne fungovanie európskej pobrežnej a pohraničnej stráže.

Helga Stevens (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA is voor herplaatsing als sluitstuk van een adequaat grenzenbeleid. Ditmaal steunt de N-VA niettemin het gefragmenteerde Commissievoorstel, omdat herplaatsingsplaatsen – een bestaande verplichting – worden geheroriënteerd om gevolg te geven aan het akkoord tussen de EU en Turkije. Dit voorstel beoogt namelijk om bepaalde reeds voorziene plaatsen voor de 1-op-1-hervestiging te benutten, en aldus dat noodzakelijke akkoord verder ten uitvoer te leggen. Lidstaten kunnen daardoor, ook in dit kader, een beroep doen op een financiële tegemoetkoming per herplaatste Syriër. Daarentegen stemde de N-VA tegen de resolutie van het Parlement omdat daarin van de gelegenheid misbruik wordt gemaakt om het oorspronkelijke Raadsbesluit inzake herplaatsing naar zijn hand te zetten. Zo wordt o.a. gevraagd ook Afghanen onder EU-lidstaten te herverdelen en wordt een lans gebroken voor een ruime toepassing van de gezinshereniging.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Prihvaćam ovo izvješće jer smatram da se svijet danas suočava s jednim od najvećih izbjegličkih i migracijskih valova, a Europa mora sudjelovati u rješavanju tog problema na humanitaran način. U Grčkoj i Italiji broj tražitelja azila je sve veći i potreba za hitnim premještanjem će i dalje ostati veliki problem za granične zemlje EU-a.

Iz Turske je potreban humanitaran prihvat kako bi se smanjio broj nezakonitih ulazaka u Tursku, a kasnije i u Europsku uniju. Smatram potrebnim da se mjesta za prihvat prošire i na područja drugih članica, jer 12 764 podnositelja zahtjeva za azil je u Italiji, a u Grčkoj njih čak 41 236. Ove dvije zemlje ne mogu same nositi teret prihvaćanja i skrbi o izbjeglicama i imigrantima u EU-u.

Postupak premještanja mora se dovršiti što je prije moguće, osim u slučaju da Italija i Grčka dokažu objektivne prepreke koje sprječavaju da dođe do transfera. Europska unija mora u ovom ključnom trenutku pokazati solidarnost ne samo prema izbjeglicama, već i prema svojim graničnim članicama koje podnose najveći teret migracijskog i izbjegličkog vala.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates zur Änderung des Beschlusses (EU) 2015/1601 des Rates vom 22. September 2015 zur Einführung von vorläufigen Maßnahmen im Bereich des internationalen Schutzes zugunsten von Italien und Griechenland habe ich nicht zugestimmt.

Damit wird die Umsiedlung von 54 000 Antragstellern aus Italien und Griechenland eingeleitet. Umsiedlung definiert sich als die Überstellung eines Antragstellers aus dem Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats, der für die Prüfung seines Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist, in das Hoheitsgebiet des Umsiedlungsmitgliedstaats. Die Neuansiedlung oder die Aufnahme auf dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats von Drittstaatsangehörigen, die internationalen Schutz benötigen, fallen nicht unter den Begriff Umsiedlung.

Daneben geht es auch um die Umsetzung des EU/Türkei-Flüchtlingsdeals vom 7. März. Danach soll für jeden von der Türkei von den griechischen Inseln rückübernommenen Syrer ein weiterer Syrer aus der Türkei in den EU-Mitgliedstaaten neu angesiedelt werden. Diese 1:1-Regelung sollte zum Schutz von Syrern, die vor Krieg und Verfolgung flüchten, und unter vollumfänglicher Wahrung des Rechts, Asyl zu beantragen, und des Grundsatzes der Nichtzurückweisung, die im Unionsrecht und der Genfer Konvention vereinbart sind, umgesetzt werden.

Beide Projekte tragen den Spaltpilz tief in die EU und gefährden den Frieden in Europa.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Kao dio zajedničke politike o azilu člankom 78. stavkom 3. Ugovora o funkcioniranju EU-a (UFEU) predviđa se posebna pravna osnova za rješavanje kriznih situacija. Vijeće u skladu s njome, na temelju prijedloga Europske komisije i nakon savjetovanja s Europskim parlamentom, može donijeti privremene mjere u korist jedne države članice ili više njih suočenih s kriznom situacijom zbog iznenadnog priljeva državljana trećih zemalja u jednu državu članicu ili više njih.

Na temelju članka 78. stavka 3. UFEU-a, Vijeće je donijelo dvije odluke o uvođenju privremenih mjera u području međunarodne zaštite u korist Italije i Grčke. Podržavam Izvješće o prijedlogu odluke Vijeća o izmjeni Odluke Vijeća (EU) 2015/1601 od 22. rujna 2015. o uvođenju privremenih mjera u području međunarodne zaštite u korist Italije i Grčke Odbora za građanske slobode, pravosuđe i unutarnje poslove.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu sklepa Sveta o spremembi Sklepa Sveta z dne 22. septembra 2015 o uvedbi začasnih ukrepov na področju mednarodne zaščite v korist Italije in Grčije.

S predlogom sprememb določamo, da se premesti 54000 prosilcev iz Italije in Grčije kot transfer prosilca z ozemlja države članice, ki je odgovorna za obravnavo njegove prošnje za mednarodno zaščito, na ozemlje države članice premestitve. Premestitev ne vključuje preselitve ali sprejema oseb iz tretje države, ki potrebujejo mednarodno zaščito, na ozemlje države članice.

Prav tako je predlagana sprememba, da redno pregledovanje razmer v zvezi z množičnim prihodom državljanov tretjih držav v države članice ni naloga Evropske komisije, temveč bi moralo biti naloga Evropske agencije za mejno in obalno stražo.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Nepodpořil jsem dnes zprávu na téma azylu a dočasných opatření ve prospěch Itálie a Řecka, jelikož se domnívám, že původní návrh Evropské komise navrhující možnost dobrovolného přesídlení migrantů, jejichž konkrétní počet by poté mohl konkrétní členský stát realizující toto dobrovolné přesídlení odečíst od již schválených kvót, byl dostatečnou reakcí na situaci, kdy se Maďarsko zřeklo možnosti relokovat určitý počet migrantů ze svého území na území ostatních členských států. Otázka dalšího vývoje evropských mechanismů přesidlování a další prvky současné migrační krize by měly být řešeny zvlášť.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Υπερψηφίσαμε την έκθεση καθώς στέλνει σαφές πολιτικό μήνυμα στην ανάγκη να στηριχτεί η Ελλάδα και η Ιταλία με επίσπευση, μεταξύ άλλων, ενός δίκαιου συστήματος μετεγκατάστασης των προσφύγων. Επίσης, στην έκθεση εκφράζεται ξεκάθαρη αντίθεση για την Συμφωνία ΕΕ-Τουρκίας, η οποία δεν συνάδει με το διεθνές δίκαιο για τους πρόσφυγες και το άσυλο αλλά αποτελεί κορύφωση της πολιτικής κυνισμού και αναλγησίας της ΕΕ απέναντι στα θύματα ενός πολέμου, για τον οποίο και η ίδια φέρει πολλές ευθύνες.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η συγκεκριμένη έκθεση προσπαθεί να επιβάλει τη βίαιη ενσωμάτωση διαφορετικών εθνοτήτων και πολιτισμών.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a határozat elfogadását, abban a meggyőződésben, hogy az európai szolidaritás és az uniós migrációs együttműködés eddigi tapasztalata egyaránt indokolja a menekültválság elsődleges terheit vállaló tagállamok – adott esetben az olasz és a görög kormány – újabb soron kívüli és sürgős támogatását. Ugyanakkor tudatában vagyok, hogy ez tüneti kezelésnek tekinthető, a migrációs válság kezelése sokrétűbb és az EU teljes egységét feltételező intézkedéseket követel. A téma kapcsán magyar képviselőként csak sajnálni tudom, hogy hazám – lehetséges kedvezményezettként is – kimarad a közös tehervállalásból, mert az EU mint közösség, s mint intézmény mindmáig tehetetlennek mutatkozik azzal szemben, hogy némely tagállam kormánya továbbra sem kíván menekültügyben semmilyen uniós szolidaritás részese lenni, sőt, igyekszik azt aláásni, s ebben élen jár az Orbán-kormány.

A most elfogadott határozat mint pozitív gesztus fontosságát nem tagadva, s a jövőre tekintve figyelmeztetnem kell rá: a fő terheket vállalókkal való közös szolidaritásunk erejéből és hatékonyságából rengeteget von le, ha az EU továbbra is tehetetlennek bizonyul egyes saját tagállamai ilyen magatartásával szemben.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Fenomenul migrației care afectează Uniunea Europeană în ultimii ani a demonstrat necesitatea elaborării unei abordări unitare în privința politicii de azil la nivel european. Întrucât majoritatea refugiaților provin din zonele de conflict din Siria și Irak, statutul lor de azilanți nu este pus în discuție. Totuși, principala problemă este presiunea pusă asupra țărilor de graniță din zona sudică, cum ar fi Grecia și Italia, care nu pot gestiona singure numărul mare de refugiați. În acest context, Comisia Europeană a reacționat și a venit cu propunerea de a împărți refugiații în statele membre conform unor cote stabilite în funcție de capacitatea fiecărei țări. O parte din statele membre nu au fost de acord cu aceste cote, rezultatul fiind aglomerarea refugiaților în taberele din Grecia și Italia, ceea ce creează probleme statelor respective. Atitudinea respectivă este contrară spiritului de solidaritate care stă la baza Uniunii Europene și pune în pericol însăși viabilitatea proiectului european în perioada următoare. În aceste condiții, Parlamentul European este forul cel mai potrivit pentru a atrage atenția că problema refugiaților trebuie rezolvată prin cooperarea între statele membre și că niciun stat nu se poate eschiva de la aceste obligații folosind tertipuri de tip naționalist-populist.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour l'excellent texte de ma collègue Ska Keller sur la proposition de décision du Conseil modifiant la décision (UE) 2015/1601 du Conseil du 22 septembre 2015 instituant des mesures provisoires en matière de protection internationale au profit de l'Italie et de la Grèce.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The EU Heads of State and Government agreed on 7 March 2016 a series of principles as the basis for an agreement with Turkey – including to resettle, for every Syrian readmitted by Turkey from Greek islands, another Syrian from Turkey to the EU Member States, within the framework of the existing commitments.

While I support the deal with Turkey, I voted against the Keller report. Indeed, this report opposed the Commission proposal according to which, out of 120 000 places for applicants to be relocated from Italy and Greece to other Member States, 54 000 shall now be allocated to the relocation of Syrians in the EU, from Turkey in accordance with the EU-Turkey agreement. The Commission proposal enables Member States to subtract from their allocated number of relocated applicants the number of Syrians present in Turkey admitted to their territory through resettlement.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan.* – Glasovala sam protiv Izvješća o prijedlogu odluke Vijeća o uvođenju privremenih mjera u području međunarodne zaštite u korist Italije i Grčke. Kao što sam već istaknula, smatram da se ne možemo baviti samo preraspodjelom migranata. Ovim izvješćem se države članice pozivaju da prihvate migrante te da pojačaju napore u pružanju odgovora na humanitarno stanje u Grčkoj i spriječe daljnje pogoršanje stanja u Italiji.

Međutim, praksa prihvata i preraspodjele se već pokazala neučinkovitom, stoga smatram da je prije svega potrebno rješavati problem na području gdje nastaje, a ne nametati državama članicama dodatni pritisak.

Romana Tomc (PPE), *pisno.* – Predlog Azil: začasni ukrepi v korist Italije in Grčije sem podprla.

Od 26. septembra 2016 naj bi 54 000 prosilcev za azil premestili iz Italije in Grčije na ozemlja drugih držav članic v razmerju, določenem v tem sklepu (in sicer 12 764 prosilcev iz Italije in 41 236 prosilcev iz Grčije), razen če do tega datuma Komisija v skladu s členom 4(3) predlaga, da bi te premestitve dodelila drugim državam članicam upravičenkam, ki se soočajo z izrednimi razmerami zaradi nenadnega prihoda oseb.

Yana Toom (ALDE), *in writing.* – The situation regarding massive inflows remains critical. Already in the first months of 2016 thousands of people were entering Greece from Turkey daily. It should be stressed that the refugee crisis is a European problem and therefore requires efforts from all Member States. Solidarity with Member States who experience the highest pressure is necessary. This decision should provide some relief to Greece and Italy.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito.* – Votamos a favor de un Informe que se opone al Acuerdo UE-Turquía y al esquema de readmisiones planteado por la Comisión en el marco de su política migratoria vulneradora de los derechos humanos. Compartimos la crítica a los Estados miembro por su mezquino comportamiento a la hora de acoger personas necesitadas de protección internacional en su territorio y en la necesidad de actuar en corresponsabilidad con Grecia e Italia a la hora de enfrentar con recursos suficientes y de manera solidaria la mayor crisis humanitaria en Europa desde la 2da Guerra Mundial.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich.* – Im Rahmen der Ratsbeschlüsse vom 14. und 22. September 2015 zur Umverteilung von insgesamt 160 000 Asylbewerbern von Italien und Griechenland auf andere Länder soll nun ein bestehender, daran anschließender Ratsentscheid vom 26. September 2015 geändert werden, welcher die Umsetzung der Umverteilung regelt. Dabei soll das bestehende EU-Türkei-Abkommen neu mitberücksichtigt werden. Grundsätzlich ist ein solches Vorgehen sinnvoll. Der Bericht fordert allerdings nicht tragbare Veränderungen. So wird das Momentum der Solidarität und der gerechten Aufteilung von Lasten viel stärker als im ursprünglichen Entwurf betont. Das Prinzip der Nichtzurückweisung von Flüchtlingen sei demzufolge mit dem bestehenden EU-Türkei-Abkommen nicht gegeben. Im Weiteren werden bessere Möglichkeiten der sicheren Einreise von Migranten in die EU sowie verstärkte Familienzusammenführungen gefordert. Neuansiedlungen und Umsiedlungen sollten als Zeichen der Solidarität gefördert werden. Vor allem aus Syrien, Irak, Eritrea und Afghanistan sollen Asylsuchende aufgenommen werden. Monatliche Statusberichte der Mitgliedstaaten sollen entfallen. Insgesamt spricht aus dem Bericht der Wunsch, mehr Asylsuchende und Migranten in Europa aufzunehmen. Die Berichterstatterin der Grünen ignoriert damit völlig die mit der aktuellen Asyl- und Migrationskrise verbundenen Probleme in den Bereichen Kriminalität, Terrorismus und Integration sowie den breiten Bürgerwillen in Europa. Aus diesem Grund lehne ich diesen Bericht ab.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit.* – La Commission européenne veut utiliser 54 000 des 120 000 places du plan de relocalisation accepté par les représentants européens en septembre 2015 pour réinstaller des Syriens venus de Turquie dans l'UE, conformément à l'accord UE-Turquie sur les migrations.

D'après la résolution, «la réinstallation des réfugiés ne doit pas se faire au détriment de la relocalisation», car si cette dernière est une forme de «solidarité interne», la réinstallation correspond quant à elle à un processus de «solidarité externe» où des pays tiers abritent la majorité des réfugiés.

Le texte souligne qu'à ce jour, seul un très faible nombre de réfugiés syriens ont été relocalisés dans l'Union. Il rappelle la résolution du Parlement européen du 12 avril 2016 dans laquelle celui-ci a appelé à définir plus d'itinéraires sûrs et licites dans l'Union pour les demandeurs d'asile et les réfugiés, y compris l'adoption par l'UE d'un dispositif législatif contraignant et obligatoire à l'égard de la réinstallation, la mise en place de programmes d'admission humanitaire par tous les États membres et une utilisation plus large des visas humanitaires.

Je rejette la politique de répartition des migrants qui s'est d'ailleurs avérée un échec cinglant.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – W głosowaniu nad rezolucją zagłosowałem przeciwko przedstawionemu dokumentowi. Co do zasady udzielanie pomocy humanitarnej i zapewnianie schronienia osobom opuszczającym swoje kraje z powodu tragicznej sytuacji w Syrii powinno być oczywistą powinnością wszystkich państw członkowskich, jednakże zaproponowane w projekcie rozwiązania mogą nie przynieść oczekiwanych rezultatów. Program realokacji jest niedopracowany, więc obowiązek jego wdrożenia przez wszystkie państwa UE może zagrozić bezpieczeństwu obywateli.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A közös menekültügyi politika részeként az Európai Unió működéséről szóló szerződés lehetővé teszi, hogy a Tanács az Európai Bizottság javaslata alapján, az Európai Parlamenttel folytatott konzultációt követően átmeneti intézkedéseket fogadjon el az érintett tagállam vagy tagállamok érdekében, ha egy vagy több tagállam olyan szükséghelyzettel szembesül, amelyet harmadik országok állampolgárainak hirtelen beáramlása jellemez. A jelentés végszavazásánál az S&D-álláspontját követtem.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — Votamos a favor de un Informe que se opone al Acuerdo UE-Turquía y al esquema de readmisiones planteado por la Comisión en el marco de su política migratoria vulneradora de los derechos humanos. Compartimos la crítica a los Estados miembro por su mezquino comportamiento a la hora de acoger personas necesitadas de protección internacional en su territorio y en la necesidad de actuar en corresponsabilidad con Grecia e Italia a la hora de enfrentar con recursos suficientes y de manera solidaria la mayor crisis humanitaria en Europa desde la 2da Guerra Mundial.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour as the EU system (highly costly and scarcely effective) to enforce the return of irregular migrants seems not to be sustainable in the long term. For instance, in 2014 less than 40% of the total number of return decisions issued by Member States have been enforced. However, the establishment of a dedicated EU travel document for irregular migrants for the purpose of removal will not ensure an automatic increase in the effectiveness of returns and no impact assessment was carried out by the European Commission in the context of this proposed regulation to prove otherwise.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Atsižvelgiant į dabartinį prieglobsčio prašytojų skaičių Graikijoje ir didėjantį į Italiją atvykstančių prieglobsčio prašytojų skaičių, manau, kad išliks didelis skubių perkėlimo vietų poreikis.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the proposal for a Council decision amending Council Decision (EU) 2015/1601 of 22 September 2015 establishing provisional measures in the area of international protection for the benefit of Italy and Greece. The report states that EU countries must honour their pledges to accept refugees relocated from Greece and Italy to relieve migratory pressure on these two 'frontline' countries. Furthermore, it underlines that the need for emergency relocation from Greece and Italy to other EU Member States is expected to remain high, pointing to the urgent humanitarian situation in Greece and the risk of deterioration in Italy. I voted in favour because I believe that these measures would, at the same time, discourage irregular entries by opening up legal and safe routes to the EU.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Esta propuesta tiene por objeto mejorar la Decisión del Consejo Europeo 2015/1601 de reubicar a las personas necesitadas de protección internacional desde Italia y Grecia. En el marco de los compromisos existentes que forman parte de la cooperación UE - Turquía en el área de la migración, la propuesta responde a la necesidad de llevar a cabo más acciones en pro del reasentamiento en Turquía. Las 54.000 plazas previstas para el realojamiento estarán disponibles para la reubicación de ciudadanos sirios desde Turquía a la UE a través del esquema 1-1. Conforme a esta enmienda, los Estados miembros pueden poner en práctica sus compromisos admitiendo a ciudadanos sirios en sus territorios directamente desde Turquía. El número de sirios realojados se deducirá

de las cuotas de reasentamiento fijadas y cada uno de los países que haga uso de esta vía recibirá 6.500 euros. Dado el incremento en la eficiencia del proceso que suponen estas medidas, he creído oportuno votar a favor.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Dit verslag bevat de amendementen van het EP op het voorstel van besluit dat de Commissie wil treffen aangaande de vluchtelingen/migranten/asielzoekers die nu worden opgevangen in Italië en Griekenland. Ik stemde voor het verslag omdat ik vind dat er dringend wat moet gebeuren aan de onhoudbare situatie in beide landen qua opvang.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A situação mantém-se crítica. De acordo com dados fornecidos pela Frontex, durante os primeiros meses de 2016, em média, entraram diariamente na Grécia, de forma irregular, vindas da Turquia, 2000 a 3000 pessoas.

As restrições impostas na fronteira entre a Grécia e a antiga República jugoslava da Macedónia agravaram a pressão sobre a Grécia e aumentaram o risco de se desenvolverem novas rotas migratórias através de outros Estados-Membros da UE, à medida que as condições meteorológicas forem melhorando. Estas novas rotas migratórias são suscetíveis de afetar os Estados-Membros da primeira linha.

Importa lembrar que esta crise foi gerada pelo imperialismo europeu e norte-americano, que deveria suscitar uma ampla mobilização da UE. Ao contrário, esta crise veio revelar a desumanidade desta UE que se declara solidária, mas apenas com as grandes empresas multinacionais e com o complexo industrial militar, que continua a gerar lucros bilionários. Uma vergonha.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht ist lediglich ein weiterer Schritt, den falsch eingeschlagenen Weg in der Flüchtlingsproblematik weiter zu gehen. Eine Umverteilung von 40.000 und weiteren 120.000 Personen von Griechenland und Italien auf die anderen Mitgliedstaaten ändert an der Situation rein gar nichts. Zudem sollen weitere sichere und legale Wege für die Einreise in die EU geschaffen werden, und es sollen verstärkt Visa aus humanitären Gründen erteilt werden. Auch soll jeder ein Recht auf Familienzusammenführung haben, was die immensen Zahlen in Europa noch mehr steigen lassen würde. Daher lehne ich den Bericht ab.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulla proposta di decisione del Consiglio che istituisce misure temporanee nel settore della protezione internazionale a beneficio dell'Italia e della Grecia in rapporto all'emergenza migranti. Il testo mira garantire il rispetto delle decisioni del Consiglio (UE) 2015/1523 e (UE) 2015/1601 volte ad alleviare la pressione migratoria su Italia e Grecia applicando un ricollocamento dei richiedenti asilo verso gli altri Stati membri. Finora, gli Stati membri hanno messo a disposizione solo il 7% dei posti disponibili e questa relazione mira a stimolare gli stessi a porre in essere l'applicazione degli obblighi previsti dal Consiglio, aumentando i loro sforzi per rispondere il più rapidamente possibile a questa crisi umanitaria.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted in favour of the report, which signals another call on Member States to uphold their responsibility and show solidarity by taking part in relocation and resettlement measures. Countries on the periphery, such as Greece and Italy, are still struggling to respond to the thousands of refugees and asylum-seekers who continue to arrive in Europe. We believe that resettlement should not take place at the expense of relocation. Both are important instruments of solidarity. Relocation is a form of internal solidarity among Member States, while resettlement and humanitarian admission or other kinds of admission are forms of external solidarity with third countries hosting the majority of refugees.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – L'anno scorso, al culmine della crisi dei rifugiati, il Consiglio ha deciso di ricollocare 160.000 rifugiati provenienti dalla Grecia e dall'Italia in altri Stati membri. Anche se la decisione è stata contestata dagli Stati membri dell'est Europa, una netta maggioranza era favorevole a tale ricollocazione. Attraverso la presente proposta della Commissione, il Consiglio, sta progettando di mettere da parte un terzo del totale dei rifugiati da ricollocare (54.000) per l'attuazione dell'accordo UE-Turchia: per ogni rifugiato siriano che la Turchia riammette dalle isole greche, un altro siriano verrà reinsediato dalla Turchia negli altri Stati membri dell'UE. Nel negoziare l'accordo, gli Stati membri non riuscirono a mettersi d'accordo per rendere disponibili posti aggiuntivi per i rifugiati provenienti dalla Turchia e per questo motivo ora hanno intenzione di fare uso dei 54.000 posti originariamente destinati al ricollocamento dei rifugiati provenienti dalla Grecia e dall'Italia per reinsediare i rifugiati siriani direttamente dalla Turchia. Gli Stati membri non stanno tuttavia rispettando gli impegni presi per quanto riguarda la ricollocazione: alcuni non hanno finora accolto nessun rifugiato, altri, solo una manciata di persone; vi sia maggiore solidarietà e si rispettino gli impegni presi.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς*. — Οι τροποποιήσεις στην απόφαση του Συμβουλίου της ΕΕ για τη μετεγκατάσταση προσφύγων, που φέρει τον ψευδεπίγραφο τίτλο «προσωρινά μέτρα προς όφελος της Ελλάδας και της Ιταλίας» δεν πρόκειται να προσφέρει την παραμικρή ανακούφιση στο πρόβλημα των εγκλωβισμένων προσφύγων σε Ελλάδα και Ιταλία και τις άθλιες συνθήκες που αντιμετωπίζουν. Γιατί συνδέεται άμεσα με την απαράδεκτη συμφωνία ΕΕ-Τουρκίας και τις μαζικές απελάσεις προσφύγων, με τα βάρβαρα μέτρα της ΕΕ ενάντια σε πρόσφυγες και μετανάστες (ταξιδιωτικό έγγραφο απελάσεων, επιστροφή αιτούντων άσυλο ξανά στις χώρες «πύλες εισόδου» όπως Ελλάδα και Ιταλία, Ευρωπαϊκή Συνοριοφυλακή-Ακτοφυλακή). Η ένταση της ιμπεριαλιστικής επιθετικότητας της ΕΕ και των συμμάχων της, η βάναυση κατασταλτική πολιτική της απέναντι στους πρόσφυγες αυξάνει καθημερινά τον αριθμό των χιλιάδων εγκλωβισμένων στην Ελλάδα κάτω από απαράδεκτες συνθήκες με ενδεικτική την άθλια κατάσταση με τον διπλό εγκλωβισμό προσφύγων, πχ Λέσβος, Χίος, όπως και τους κινδύνους νέων πολύνεκρων τραγωδιών. Η απάνθρωπη πολιτική της ΕΕ και ο ρατσισμός των φασιστικών συμμοριών αποτελούν όψεις του βάρβαρου καπιταλιστικού συστήματος, που και οι δύο υπηρετούν. Αυτό πρέπει να μπει στο στόχαστρο της πάλης των εργαζομένων, μαζί με την απαίτηση, για ανθρώπινες συνθήκες υποδοχής και φιλοξενίας προσφύγων και μεταναστών, γρήγορη χορήγηση προσφυγικού ή ανθρωπιστικού καθεστώτος και άμεση μεταφορά τους στις χώρες τελικού προορισμού τους.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Návrh rozhodnutia Rady o zavedení dočasných opatrení v oblasti medzinárodnej ochrany v prospech Talianska a Grécka smeroval k zmene rozhodnutia z roku 2015, podľa ktorého malo byť 54 000 žiadateľov o azyl premiestnených z Grécka a Talianska na základe systému kvót do iných členských štátov. Zmena bola navrhnutá v súvislosti s v marci 2016 uzavretou dohodou s Tureckom a mala zohľadňovať snahu členských štátov o prijímanie osôb z tureckého územia na základe tejto dohody. Členské štáty by si tak na základe tejto zmeny mohli odpočítať utečencov prijatých priamo z Turecka na základe systému 1:1 od povinných kvót. Správa pani poslankyne Kellerovej však tieto snahy úplne zvrátila a možnosť odpočítania počtu osôb prijatých z Turecka od kvót stanovených členským štátom úplne odmietla. Rovnako ako vo všetkých ostatných hlasovaniach týkajúcich sa systému povinných kvót pre členské štáty aj v tomto som hlasovala proti správe ako celku. Môj názor na to, že členské štáty by nemali byť nútené do akejsi povinnej solidarity, zostáva nezmenený a členské štáty by podľa môjho názoru mali byť skôr povzbudzované na dobrovoľné prejavenie solidarity a ponúknutie pomoci v rámci riešenia utečeneckej krízy.

12.5. Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten (A8-0247/2016 - Laura Agea)

Suulliset äänestysselitykset

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, vótáil mé arís ina fhabhar seo le mo ghrúpa sna trí vótaí sa tuarascáil seo agus glacadh leis le móramh mór.

So, this report deals with the appraisal of economic and social policies within the European Union and I would hope, as this report highlights, that the role and opinion of Parliament will be better considered by the Council as we move forward. This is a very important point. We find ourselves at a critical stage, where the spirit of cooperation between European institutions should not be called into question, nor should it act as an obstacle to the development of more effective policies at Member State level.

Staying in line with the Stability and Growth Pact and remaining responsive to economic change, we may together – and together is the key word – promote the development and accommodation of a more skilled and adaptable workforce, providing for sustainable and inclusive growth across all Member States.

Kirjalliset äänestysselitykset

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – L'approccio adottato dal Consiglio, per quel che riguarda le politiche degli Stati membri a favore dell'occupazione, non è propriamente adeguato. Si è dimostrato infatti contrario allo spirito dei trattati, implicando un indebolimento della cooperazione interistituzionale e un aumento del deficit democratico nei confronti dei cittadini dell'Unione. Poiché credo fortemente che il Consiglio debba tenere conto della posizione del Parlamento ho deciso di votare a favore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this consultation procedure proposal, which is technically non-legislative. It is written into the treaties (TFEU Article 148) that the EU should coordinate employment policy between all Member States and this is a procedure that is voted on every year. The proposal creates vague goals without specific actions as to what the Member States should be focusing on. This proposal includes things like 'increasing labour participation and reducing structural employment' and 'develop a skilled workforce'. This all sounds OK, but ultimately it is the EU trying to control Member States and tell them what their employment policies should be. The only people that should decide these things are our elected and accountable national governments, not EU bureaucrats in Brussels.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – This report included several good aspects such as calling for public investment, job creation, and support for workers' rights. However, it calls for all of this within the confines of the European Stability and Growth pact as well as the European Semester. These two things are almost diametrically opposed – you cannot have a decent level of investment etc. while you are in a fiscal straight jacket. Because of the positive aspects around workers' rights etc. I did not vote against this report, but I could not support it either, given the confines in which it wishes to place investment and job creation, i.e. the Stability and Growth Pact and European Semester. For these reasons I abstained on the overall report.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Je regrette fortement que le Conseil et la Commission restent sourds à nos contributions sur les lignes directrices relatives aux politiques de l'emploi dans les États membres. Nous invitons la Commission européenne à modifier en conséquence sa proposition et le Conseil à prendre en compte nos propositions afin d'assurer un marché du travail inclusif et intégré, capable de traiter les graves conséquences du chômage, de favoriser un niveau élevé d'emploi et de garantir des conditions de travail décentes, incluant un revenu minimum et une protection sociale digne de ce nom.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the report on guidelines for the employment policies of the Member States. The report express the regrets of the European Parliament with regard to the decision of the Council to ignore the EP legislative resolution of 8 July 2015 and stresses that the European Parliament position must be taken into consideration. At present 120 million Union citizens, namely around a quarter of the total of the Union population, are at risk of poverty and social exclusion. I believe that the European Union is in need of holistic policies and public investments that will fight against unemployment and poverty. The number of people at risk of poverty and exclusion has increased by five million, the employment rate in some countries has not yet recovered the pre-crisis level, while in some Member States the rate of young people who are not in employment, education or training (NEETs) is above 20 per cent and the rate of early school leavers is up to 23 per cent. I support the Guidelines that shall be taken into account by the Member States in their employment policies and reform programmes.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Les lignes directrices pour les politiques de l'emploi coordonnent les politiques de l'emploi des États membres de l'Union européenne.

Sur recommandation de la Commission, le Conseil maintient les lignes directrices en date de 2015 pour l'année 2016. Le Conseil insiste sur l'utilisation du fonds social européen pour les politiques de l'emploi.

Le Parlement européen approuve la proposition conjointe de la Commission et du Conseil de maintenir les lignes directrices pour l'emploi pour l'année 2016.

Les lignes directrices pour l'emploi ont été initiées en 1998. Les éditions successives prônent toutes des objectifs identiques mais sans résultat.

Le chômage des jeunes est un exemple éloquent. En 2003 et en 2008, on fixait comme objectif l'obtention d'un emploi ou d'une formation quatre à six mois après l'arrivée sur le marché du travail. L'initiative pour l'emploi des jeunes, lancée en 2013, obéit au même principe. En 2016, le chômage des jeunes en Europe oscille autour de 20 %, et atteint 50 % dans certains États membres. Je me suis donc prononcée contre ce rapport «poudre aux yeux».

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I do not believe that national employment policies should be coordinated by the European Union, and therefore I voted against this resolution on principle.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl valstybių narių užimtumo politikos gairių. Sutarties dėl Europos Sąjungos veikimo (toliau – SESV) 145 straipsnyje nurodyta, kad valstybės narės ir Sąjunga veikia siekdamos plėtoti suderintą užimtumo strategiją, kad būtų pasiekti Europos Sąjungos sutarties tikslai. Penki pagrindiniai tikslai sudaro bendrus uždavinius, kuriais grindžiama valstybių narių veikla, ir kuriuose atsižvelgta į skirtingas valstybių narių pradines pozicijas bei nacionalines aplinkybes ir į Sąjungos pozicijas bei aplinkybes. Pritariu dėl bendroje užimtumo ataskaitoje pateiktos valstybių narių nacionalinių reformų programų analizės, kurioje matyti, kad valstybės narės turėtų toliau dėti visas pastangas tokiose prioritetinėse srityse kaip: didinti dalyvavimą darbo rinkoje, mažinti struktūrinį nedarbą, ugdyti prie darbo rinkos poreikių prisitaikančią kvalifikuotą darbo jėgą, skatinti gerą darbo kokybę ir mokymąsi visą gyvenimą, gerinti visų lygių švietimo ir mokymo sistemų veikimą, didinti dalyvavimą aukštojo mokslo sistemoje, puoselėti socialinę įtrauktį ir kovoti su skurdu.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport qui souligne les conclusions de la Cour des comptes, à savoir que la quasi-totalité des travailleurs admissibles au titre du FEM ont pu bénéficier de mesures personnalisées et bien coordonnées, adaptées à leurs besoins individuels, et que près de 50 % des travailleurs qui ont bénéficié d'une assistance dans le cadre du FEM ont désormais retrouvé un emploi. Face aux dégâts sociaux provoqués par un capitalisme dérégulé, le FEM est un outil nécessaire qui a permis d'aider des milliers de travailleurs licenciés. Mais, et la fermeture scandaleuse de Caterpillar l'a encore démontré, il faut très rapidement prendre des mesures en amont pour éviter ces drames sociaux et humains. L'Europe doit pénaliser durement les entreprises qui procèdent à des licenciements boursiers. Elle doit prendre des mesures strictes pour mettre fin à l'évitement fiscal et au rôle des paradis fiscaux. Enfin, elle doit redévelopper une politique industrielle basée sur des activités riches en innovation et en recherche et développement que l'on ne délocalise pas facilement. Ceci doit bien évidemment s'accompagner d'une relance de l'investissement public et donc de la demande au sein de l'Union.

Heinz K. Becker (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die legislative Entschließung des Parlaments zu Ergänzungen der Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten gestimmt. Der Rat hat das Parlament bei der Verabschiedung leider übergangen und dabei einige wesentliche Aspekte zur Verbesserung der Bedingungen am Arbeitsmarkt unbeachtet gelassen, wie etwa die Verbesserung von Ausbildungsangeboten sowie der Vergleichbarkeit von Qualifikationen entsprechend dem EQR.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Agea sugli orientamenti per le politiche degli Stati membri a favore dell'occupazione. Lo scoppio della crisi economica e il perdurare dei suoi effetti negativi sulla crescita e sull'occupazione, come dimostrato ampiamente da tutti gli indicatori della Strategia 2020, richiede con forza lo sviluppo di un vero mercato del lavoro inclusivo e integrato che sia supportato da una politica sociale e occupazionale coordinata e incisiva. Gli Stati membri, in collaborazione con le autorità locali e regionali, devono affrontare in modo tempestivo il gravissimo problema della disoccupazione, agevolando gli investimenti nella creazione di posti di lavoro sostenibili e di qualità con particolare attenzione al settore verde, bianco e blu e all'economia sociale. L'innovazione sociale, la riduzione degli oneri burocratici, un nuovo equilibrio tra vita professionale e privata per i lavoratori sono tutti aspetti fondamentali che devono essere collegati all'introduzione di strumenti comuni sul piano della partecipazione, dell'informazione e della consultazione dei lavoratori. Superare la crisi è possibili ma solo a patto di dare una risposta comune dell'Unione a tutti i problemi che ha generato.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos abstención en este informe porque consideramos como una cuestión prioritaria que el contenido del informe fuera tenido en cuenta de forma vinculante por parte del Consejo y no a modo de apéndice sin ningún efecto. Consideramos que el contenido del informe es en suma positivo y la mayor parte de las recomendaciones son positivas, pero encontramos que se hace un especial hincapié en la promoción del emprendimiento en demérito de las recomendaciones sobre cómo paliar el desempleo de larga duración y garantizar el trabajo de calidad. Como no nos oponemos a una parte del informe y no se pueden votar por separado las enmiendas de la comisión, votamos abstención

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce vote concerne le projet de rapport sur la proposition de décision du Conseil relative aux lignes directrices pour les politiques de l'emploi des États membres. Ce rapport annuel se base sur des analyses pays par pays fournies à la Commission par les États membres et le Parlement n'émet qu'un simple avis consultatif. Horizon 2020 émet cinq objectifs déclinés en trois thèmes: une croissance durable, intelligente et inclusive. Les lignes directrices pour l'emploi, dans leur dernière version, sont les suivantes: stimuler la demande d'emploi (5), améliorer l'offre d'emplois, les qualifications et les compétences (6), améliorer le fonctionnement du marché du travail (7) et enfin favoriser l'inclusion sociale, combattre la pauvreté et promouvoir l'égalité des chances (8). Ces lignes directrices datant de 1998 ont toujours prôné des objectifs identiques sans résultats concrets. Le chômage des jeunes en est l'exemple le plus criant avec 20 % des jeunes européens sans emplois et même plus de 50 % en Grèce, en Espagne ou dans les régions ultramarines françaises. J'ai donc voté contre.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Sebbene gli obiettivi della relazione siano condivisibili, per esempio la lotta alla disoccupazione e la promozione dell'imprenditorialità, non mi convincono le «Linee guida per le politiche dell'occupazione» che, muovendo nella fallimentare direzione di «più Europa», non portano a nessun risultato concreto per i nostri cittadini, le nostre imprese e i nostri territori. Per questi motivi ho preferito esprimermi con un'astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución con la cual el Parlamento denuncia la falta de atención prestada por el Consejo en octubre del año pasado a sus propuestas, aprobando unas Directrices que obviaban por completo cualquiera de las Recomendaciones hechas por el Parlamento pocos tiempo antes, planteamiento contrario al espíritu de los Tratados y que debilita la cooperación entre las instituciones de la Unión. El Parlamento expresa su preocupación respecto a la consecución de los objetivos de la Estrategia 2020, especialmente respecto a los objetivos de empleo y de protección social, así como a los educativos, con especial atención a las divergencias crecientes entre diferentes países. Asimismo, y gracias a las aportaciones del grupo S&D, la resolución incide en la necesidad de introducir la dimensión social, al mismo nivel que la financiera y fiscal, en el proceso del Semestre Europeo con el objeto de mejorar los resultados de las políticas macroeconómicas en el ámbito social.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas paragino Komisiją ir Tarybą laikytis sutarčių ir gero bendradarbiavimo principo ir tinkamai atsižvelgti į Parlamento poziciją dėl valstybių užimtumo politikos gairių. Deja, šiandien, praėjus 6 metams nuo strategijos „Europa 2020“ pradžios, galime pasakyti, kad strategijos tikslų nepasiekėme ir esama raida kelia didelį susirūpinimą. Žmonių, kuriems gresia skurdas ir atskirtis, skaičius, užuot sumažėjęs 20 milijonų, kaip to tikėjomės, padidėjo penkiais milijonais, užimtumo lygis kai kuriose šalyse dar nepakilo iki prieš krizę buvusio lygio, ir kai kuriose šalyse narėse jaunų žmonių, kurie nedirba, nesimoko ir nedalyvauja mokymuose (NEET), dalis yra didesnė nei 20 proc., o mokyklos nebaigusių asmenų dalis siekia 23 proc. Jau nekalbant apie išaugusį skaičių vaikų, gyvenančių skurde, kas ilgalaikėje perspektyvose piešia taip pat liūdną vaizdą. Todėl kviečiu Komisiją su Taryba susitelkti ir dirbti visiems kartu, kad Europoje žmonės turėtų kokybišką darbą, ir nei jiems, nei jų vaikams nebegrėstų skurdas.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o smjernicama za politike zapošljavanja država članica te držim kako Komisija mora promijeniti svoj prijedlog u skladu s Izvješćem i uzeti izmijenjene Smjernice u obzir kako bi se osiguralo inkluzivno i integrirano tržište rada s mogućnostima rješavanja ozbiljnog utjecaja nezaposlenosti, osigurati visoku razinu zaposlenosti te osigurati pristojne radne uvjete, uključujući nacionalne minimalne osnovne sheme prihoda i socijalne zaštite.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport ne fait que reprendre les rapports précédents sur le sujet qui ont tous échoué, et pour cause, puisqu'ils ne s'attaquent pas à la racine du mal de l'emploi en Europe, à savoir l'ouverture des frontières économiques à tous les vents, ce qui met nos entreprises et nos salariés en concurrence avec ceux des pays les plus pauvres de la planète.

J'ai voté contre ce texte.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Le politiche intese a garantire che i salari rappresentino un reddito di sussistenza adeguato rimangono importanti per creare occupazione e ridurre la povertà nell'Unione. Pertanto gli Stati membri, di concerto con le parti sociali, dovrebbero rispettare e incoraggiare meccanismi di fissazione dei salari che consentano di adeguare i salari reali all'andamento della produttività e contribuiscano a correggere le precedenti divergenze senza alimentare pressioni deflazionistiche: questi meccanismi dovrebbero garantire risorse sufficienti per soddisfare le necessità di base, tenendo conto degli indicatori sulla povertà specifici per ogni Stato membro.

A tal proposito si dovrebbero opportunamente valutare le differenze relative alle competenze e alle condizioni dei mercati del lavoro locali, allo scopo di garantire in tutta l'Unione un salario che permetta una vita dignitosa. Nel fissare i salari minimi conformemente alla legislazione e alle prassi nazionali, gli Stati membri e le parti sociali dovrebbero garantirne l'adeguatezza e tenere conto delle ripercussioni sulla povertà dei lavoratori, sul reddito delle famiglie, sulla domanda aggregata, sulla creazione di posti di lavoro e sulla competitività. Una Europa più attenta alla condizione salariale dei propri lavoratori è una Europa più giusta, più umana, più solidale e più sicura.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – În conceperea și realizarea politicilor și activităților sale, Uniunea trebuie să asigure o piață a muncii incluzivă și integrată, capabilă să facă față efectelor grave ale șomajului și să garanteze un nivel ridicat al ocupării forței de muncă.

UE are nevoie de politici holistice și investiții publice care să combată șomajul și sărăcia. Numărul persoanelor expuse riscului de sărăcie și excluziune a crescut cu cinci milioane, rata de ocupare a forței de muncă, în unele țări, încă nu a ajuns la nivelul anterior crizei, iar în unele state membre, procentul tinerilor care nu lucrează și nici nu urmează vreun program de educație sau formare depășește 20 %, în timp ce rata abandonului școlar atinge 23 %.

Transpunerea în practică a Strategiei Europa 2020 în domeniul social și al ocupării forței de muncă trebuie să rămână un obiectiv esențial al politicii de ocupare a forței de muncă a statelor membre.

Am votat în favoarea acestui raport deoarece avem nevoie de o serie de orientări care să ofere statelor membre îndrumări cu privire la definirea programelor lor naționale de reformă și la punerea în aplicare a reformelor.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Con il voto di oggi mi sono espresso favorevolmente sulla relazione in questione poiché ritengo che gli orientamenti per le politiche degli Stati membri a favore dell'occupazione siano determinanti per l'effettiva attuazione integrata della strategia Europa 2020. Se in alcuni paesi il tasso di occupazione non è ancora tornato ai livelli pre-crisi e la percentuale di giovani che non studiano, non lavorano e non seguono corsi di formazione (cosiddetti NEET) è superiore al 20 %. Gli Stati membri dovrebbero continuare a compiere ogni possibile sforzo al fine di affrontare concretamente le questioni prioritarie della riduzione della disoccupazione strutturale, dello sviluppo di una forza lavoro competente e della promozione della qualità del lavoro e dell'apprendimento permanente. È necessario, inoltre, migliorare i risultati dei sistemi di istruzione e formazione a tutti i livelli e, al contempo, incrementare la partecipazione all'istruzione terziaria al fine di promuovere l'inclusione sociale e combattere la povertà.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This report included several good aspects such as calling for public investment, job creation, and support for workers' rights. However, it calls for all of this within the confines of the European Stability and Growth pact as well as the European Semester. These two things are almost diametrically opposed – you cannot have a decent level of investment etc. while you are in a fiscal straight jacket. Because of the positive aspects around workers' rights etc. I did not vote against this report, but I could not support it either, given the confines in which it wishes to place investment and job creation, i.e. the Stability and Growth Pact and European Semester. For these reasons I abstained on the overall report.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as I believe that the European Parliament's suggestions provide added value to the Member States' current employment policies in order to help address the many challenges we are facing in this area. The economic recovery in the Union is still very fragile and employment rates although improving are still low. Substantial disparities exist between regions and Member States. This is still a matter of urgency. Europe has a number of tools at its disposal to achieve this, the Europe 2020 Strategy essentially, and the implementation of the Investment Plan for Europe (EFSI). On both counts we need to look carefully at improving its implementation and monitoring in order to ensure smart, sustainable and inclusive growth. It is encouraging to note that three new employment indicators have been added to the main scoreboard.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La nostra collega Laura Agea, che si è occupata dello stesso dossier anche lo scorso anno, dopo aver visto che il Consiglio non solo ha ignorato totalmente la posizione espressa dal Parlamento nel 2015, ma ha anche già stabilito di ignorare quello che dirà con la relazione del 2016, ha deciso di ripresentare in blocco gli orientamenti dello scorso anno, introducendo però un paragrafo di critica pesante al Consiglio UE, il cui approccio si è dimostrato «contrario allo spirito dei trattati» comportando «un indebolimento della cooperazione tra le istituzioni dell'Unione e un aumento del 'deficit democratico' nei confronti dei cittadini dell'Unione». Il Parlamento europeo, con questa relazione, deplora quindi con forza l'approccio del Consiglio e sottolinea la necessità di tenere conto della posizione del Parlamento. Ho votato a favore.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Ho ritenuto di votare a favore della decisione del Consiglio sugli orientamenti per le politiche degli Stati membri a favore dell'occupazione che conferma quanto già pattuito dal Consiglio lo scorso 5 ottobre 2015. Credo che le politiche dell'Unione in materia di occupazione debbano garantire la creazione di un mercato del lavoro integrato ed inclusivo che assicuri condizioni di lavoro dignitose e retribuzioni adeguate. In particolare, mi sembra indispensabile stimolare la creazione di posti di lavoro di qualità, riducendo gli oneri amministrativi per le piccole e medie imprese che desiderano assumere, ed incoraggiare l'imprenditoria giovanile. Apprezzo che il progetto di decisione consideri la lotta alla disoccupazione giovanile e alla disoccupazione di lungo periodo un tema prioritario sul quale orientare le future politiche europee. Ulteriori sforzi vanno messi in atto per ridurre le discriminazioni nell'accesso al mercato del lavoro per le categorie vulnerabili quali le donne, i giovani, i lavoratori anziani o i portatori di handicap. Ritengo inoltre che gli Stati membri debbano impegnarsi per lottare in maniera più incisiva contro il lavoro precario e il lavoro nero. Per concludere, ho votato a favore della decisione poiché indica come linea direttrice delle politiche per l'occupazione la necessità di migliorare la qualità e l'accessibilità dei sistemi educativi degli Stati membri.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και θεωρούμε πως η εξέταση των εθνικών προγραμμάτων μεταρρυθμίσεων των κρατών μελών που περιέχεται στην κοινή έκθεση για την απασχόληση δείχνει ότι τα κράτη μέλη πρέπει να εξακολουθήσουν να καταβάλλουν κάθε προσπάθεια στους τομείς προτεραιότητας: αύξηση της συμμετοχής στην αγορά εργασίας και μείωση της διαρθρωτικής ανεργίας, ανάπτυξη ειδικευμένου εργατικού δυναμικού που να ανταποκρίνεται στις ανάγκες της αγοράς εργασίας, προώθηση της ποιότητας των θέσεων εργασίας και της διά βίου μάθησης, βελτίωση των επιδόσεων των συστημάτων εκπαίδευσης και κατάρτισης σε όλες τις βαθμίδες και αύξηση της συμμετοχής στην τριτοβάθμια εκπαίδευση, προώθηση της κοινωνικής ένταξης και καταπολέμηση της φτώχειας.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς την έκθεση σχετικά με την πρόταση απόφασης του Συμβουλίου που αφορά τις κατευθυντήριες γραμμές των πολιτικών απασχόλησης των κρατών μελών. Το ζήτημα αυτό βρίσκεται στον πυρήνα των προβλημάτων που καλείται να αντιμετωπίσει η Ευρώπη την εποχή αυτή, κάτι που ενισχύθηκε ιδιαίτερα λόγω της οικονομικής και πολιτικής κρίσης τα τελευταία χρόνια. Παρότι η έκθεση έχει ορισμένα θετικά στοιχεία προβάλλοντας ζητήματα που απασχολούν τους εργαζόμενους, εστιάζει παράλληλα σε συντηρητικές προσεγγίσεις, γεγονός που με βρίσκει αντίθετο. Γι' αυτό και αποφάσισα να απέχω.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Approvo gli orientamenti previsti per le politiche occupazionali negli Stati membri poiché ritengo doveroso padroneggiare delle linee guida comuni sulla riduzione di tassi di disoccupazione da anni preceduti solo da raccapriccianti più. L'occupazione costituisce uno degli obiettivi di Europa 2020 e in quest'ottica è fondamentale coordinare e promuovere strategie per rilanciare la domanda di lavoro e rafforzarne l'offerta plasmando occupati competenti, qualificati e resilienti. Gli orientamenti integrati, da me condivisi, prevedono un sistema che va incontro alle imprese e ai loro bisogni grazie a una riduzione della burocrazia (in Italia è un problema endemico e pachidermico, cui urge porre la parola fine) e della pressione fiscale, cui va però affiancato un programma di investimenti compatibile con le raccomandazioni specifiche fatte dal Consiglio a ciascuno Stato. Infatti, per ridurre e annullare i 120 milioni di europei a rischio povertà ed esclusione sociale è necessaria l'adozione di misure mirate a formare una forza lavoro adatta alle mutevoli richieste del mercato e di un'opportuna politica di protezione sociale. Pertanto, va ribadita la disponibilità del Fondo sociale europeo e attivata quella del Fondo europeo per gli investimenti strategici.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on guidelines for the employment policies of the Member States and I noted no objections.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this consultation procedure vote, which is technically non-legislative. It is written in to the treaties (TFEU Article 148) that the EU should coordinate employment policy between all Member States and this is a procedure that is voted on every year. The proposal creates vague goals without specific actions as to what the Member States should be focussing on. This proposal includes things like 'increasing labour participation and reducing structural employment' and 'develop a skilled workforce'. This all sounds ok, but ultimately it is the EU trying to control Member States and tell them what their employment policies should be. The only people that should decide these things are our elected and accountable national governments, not EU bureaucrats in Brussels.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione perché gli obiettivi generali e le priorità in materia di occupazione, definite lo scorso anno dal Parlamento, siano valutate anche dal Consiglio. È opportuno che il Consiglio adotti una posizione sulla tematica, confermando mediante una decisione la validità degli orientamenti per le politiche dell'impiego come il Parlamento europeo ha già provveduto ad adottare. La tematica è di grande importanza anche per le implicazioni di carattere economico e sociale e pertanto ritengo sia necessario che il Consiglio esprima una decisione in merito.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — I support the development of holistic policies, as well as public investment, to address unemployment and poverty, to ensure an inclusive and integrated labour market, and to secure a high level of employment. We need to ensure decent working conditions across the Union, including adequate wages; and to guarantee adequate social protection in accordance with labour regulations and collective bargaining and in line with the principle of subsidiarity, as well as a high level of education and training; and we need to combat discrimination on the basis of sex, racial or ethnic origin, religion or belief, disability, age or sexual orientation.

We should push Member States to take action in key areas to ease the burden on small and medium-sized enterprises. Through better access to the labour market we can facilitate entrepreneurship and sustainable job creation in all sectors, including green employment, as well as the provision of social care.

More importance should be given to innovation. We need to invest further in skills and make the best use of people's skills, so as to foster lifelong development and encourage employee-driven innovation.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – En este caso, me he pronunciado a favor de las enmiendas introducidas en la Comisión de Empleo a la propuesta de la UE porque, pese a sus insuficiencias, por lo menos amplía el foco a las políticas pasivas de empleo y las políticas macroeconómicas para luchar contra el actual desempleo masivo.

La propuesta de la Comisión, que ha contado con mi voto negativo, no es más que un ariete para reducir las prestaciones sociales y las pensiones y para culpar a los trabajadores de su situación de desempleo; posturas lo suficientemente graves para que no votara a favor de la resolución final.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La proposta della Commissione non tiene in alcun conto della risoluzione che abbiamo approvato in Parlamento lo scorso 2015. Una scelta scellerata e per questo sostengo con forza la scelta della commissione EMPL di esprimere delusione e rammarico ripresentando emendamenti in linea con la nostra risoluzione che ribadiscono l'esigenza di una dimensione sociale forte nelle politiche economiche e occupazionali, per dare concretezza alle sfide e agli obiettivi di Europa 2020 e per contribuire alla realizzazione di un mercato del lavoro inclusivo, capace di generare occupazione sostenibile e condizioni di lavoro dignitose. Ignorando la nostra posizione, la Commissione europea non solo viene meno allo spirito e alla lettera dei trattati, ma arretra su posizioni che, nella realtà del mondo del lavoro odierno, sono assolutamente superate e altrettanto incapaci di costruire risposte, in particolare ai tanti giovani che iniziano a non credere più che in questa Europa si possa aspirare a un lavoro stabile e dignitoso. Noi chiediamo migliore protezione sociale e politiche occupazionali attive, che richiedono, ovviamente, investimenti adeguati: tutte cose che fino a oggi sono mancate e che hanno portato alla drammatica situazione socio-economica che stiamo vivendo e alle conseguenze che, se non cambiamo, presto ci travolgeranno.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Tratatul privind funcționarea Uniunii Europene prevede ca statele membre și Uniunea să elaboreze o strategie coordonată de ocupare a forței de muncă și, în special, să promoveze o forță de muncă formată, calificată și adaptabilă, precum și piețe ale muncii capabile să reacționeze rapid la evoluția economiei. Strategia Europa 2020 propusă de către Comisie permite Uniunii Europene să-și direcționeze economia către o creștere inteligentă, durabilă și favorabilă incluziunii, însoțită de un nivel ridicat de ocupare a forței de muncă, de productivitate și de coeziune socială.

În prezent, aproape 120 de milioane de cetățeni ai Uniunii, un sfert din populația totală a acesteia, sunt expuși riscului sărăciei și excluziunii sociale.

Am votat pentru încurajarea imediată a statelor membre să creeze noi sisteme naționale, care să ducă la condiții de viață decente. Statele membre, în cooperare cu autoritățile locale și regionale, ar trebui să soluționeze efectiv și prompt problema gravă a șomajului, să faciliteze și să investească în crearea de locuri de muncă durabile și de calitate.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Employment policies must reflect the current realities and tackle the current challenges by taking into consideration the Europe 2020 targets. We need to ensure an inclusive and integrated labour market which is able to address unemployment and induce sustainable employment. I believe that the European Union needs to ensure decent working conditions and social protection.

I voted in favour of this report as I believe that the European Parliament contribution to the guidelines for employment policies of the Member States is important.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Consider că statele membre, în cooperare cu autoritățile locale și regionale, trebuie să găsească soluții la problema gravă a șomajului, să faciliteze și să investească în crearea de locuri de muncă durabile și de calitate, să soluționeze problema accesibilității pentru grupurile cele mai vulnerabile promovând antreprenoriatul în rândul tinerilor prin sprijinirea înființării și dezvoltării microîntreprinderilor, a întreprinderilor mici și mijlocii, pentru a crește rata de ocupare a locurilor de muncă în rândul femeilor și bărbaților.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu ce rapport visant à confirmer, pour 2016, les lignes directrices pour les politiques de l'emploi des États membres adoptées en 2015. Il est particulièrement important que les institutions européennes encouragent les États membres à garantir de manière prioritaire des systèmes éducatifs et de formation de qualité afin de favoriser l'accès à l'emploi tout au long de la vie et de favoriser l'inclusion sociale de tous.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Les lignes directrices pour les politiques de l'emploi coordonnent les politiques de l'emploi des États membres de l'UE. Elles sont intégrées à la stratégie «Europe 2020», du 3 mars 2010, qui fixe les lignes directrices économiques de l'Union. Le Conseil s'appuie sur le rapport annuel de la Commission pour actualiser annuellement les lignes directrices pour l'emploi. Sur recommandation de la Commission, le Conseil souhaite maintenir les lignes directrices en date de 2015 pour l'année 2016. Or ces lignes directrices pour l'emploi ont été initiées en 1998. Les éditions successives prônent toutes des objectifs identiques mais sans résultat concret. Le chômage des jeunes est un exemple éloquent. En 2003 et en 2008, on fixait comme objectif l'obtention d'un emploi ou d'une formation quatre à six mois après l'arrivée sur le marché du travail. L'initiative pour l'emploi des jeunes, lancée en 2013, obéit au même principe. En 2016, le chômage des jeunes en Europe oscille autour de 20 %, et atteint 50 % dans certains États membres (Grèce, Espagne). Aussi, j'ai voté contre ce texte, dans la mesure où il ne cherche en rien à traiter les causes réelles du chômage de masse.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Не подкрепих този доклад, защото вярвам, че намесата тук на Европейския парламент е неуместна. Договорът за функционирането на ЕС предвижда, че държавите членки следва да разглеждат своите икономически политики, както и политиките по заетостта, като въпроси от общ интерес, както и да се координират в рамките на ЕС.

Тук обаче има искане за отваряне на глава с насоки в областта на тези политики, която вече е била одобрена от държавите членки и с това не мога да се съглася. Парламентът не е този, който трябва да насърчава държавите членки да вземат в предвид нови политически насоки в областта на заетостта, при положение че вече има консенсус в сферата.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Οι προτεραιότητες μας όσον αφορά την εργασία είναι τελείως διαφορετικές, θεωρούμε δε πως πρέπει πρώτα να εξασφαλισθούν θέσεις εργασίας για όσους ήδη αναζητούν.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – La propuesta de la Decisión del Consejo tiene como fin fomentar la demanda de mano de obra, mejorar la oferta y las habilidades de trabajo, así como el funcionamiento de los mercados laborales. También persigue mejorar la calidad y el rendimiento de los sistemas educativos y de formación en todos los niveles, además de garantizar la justicia social.

Por tanto, estas directrices están en consonancia con los objetivos principales de Europa 2020, que son, entre otros, elevar la tasa de empleo de las mujeres y los hombres de 20 a 64 años al 75 % en 2020; reducir la tasa de abandono escolar a menos del 10 %; aumentar la proporción de personas de 30 a 34 años de edad que terminan la enseñanza superior o equivalente a por lo menos el 40 %; y promover la inclusión social, en particular mediante la reducción de la pobreza.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – Ho sostenuto con convinzione il rapporto della collega Agea che ripropone le stesse raccomandazioni riportate nella relazione dello scorso anno: tutele sociali, politiche occupazionali con investimenti pubblici per far ripartire l'economia, assistenza, politiche di reddito minimo che garantiscano sostegno alle famiglie povere, salario minimo. Raccomandazioni che sono state completamente ignorate dal Consiglio, disattendendo completamente gli obiettivi della strategia 2020 di riduzione della povertà e ottenendo un peggioramento significativo in termini di occupazione e di povertà. Il Parlamento europeo, con questa relazione, deplora quindi con forza l'approccio del Consiglio e sottolinea la necessità di tenere conto della posizione del Parlamento, unico organo democraticamente e direttamente eletto dai cittadini europei.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Os Estados-Membros, em cooperação com as autoridades regionais e locais, devem resolver de forma eficaz e célere o problema grave do desemprego, facilitar e investir na criação de emprego de qualidade e sustentável, tratar a questão da acessibilidade para os grupos expostos a riscos, reduzir os obstáculos que impedem as empresas de contratar pessoas nos vários níveis de competências e setores do mercado de trabalho, nomeadamente através da redução da burocracia, respeitando, contudo, as normas laborais e sociais, promover o empreendedorismo jovem e, em especial, favorecer a criação e o crescimento de micro, pequenas e médias empresas, a fim de aumentar a taxa de emprego de homens e mulheres. Por tudo isto, concordo com as alterações preconizadas sobre esta matéria.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: les lignes directrices pour l'emploi ont été initiées en 1998. Les éditions successives prônent toutes des objectifs identiques mais sans résultat concret.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho deciso di votare contro la presente relazione in quanto ritengo che le Linee-guida in tema di politica occupazionale siano riservate, prevalentemente, alla competenza degli Stati membri. Pertanto, non ritengo sia utile riaprire il dibattito sulla competenza in materia occupazionale, in quanto un accordo tra gli Stati membri era già stato raggiunto.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – The report mentions public investments for job-creation, and supports workers' rights in many aspects. But it also strongly supports the European stability and growth pact, and suggests, that all employment reforms should be made of the European Semester and the country specific recommendations framework.

I abstained.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Zmluva o fungovaní EÚ stanovuje, že členské štáty považujú svoje hospodárske politiky a podporu zamestnanosti za otázky spoločného záujmu a koordinujú ich v rámci Rady. Návrh EK z tohto roka sa však usiluje o zachovanie rovnakých uznesení, ktoré boli prijaté Radou ešte v roku 2015, a vôbec neberie do úvahy pozíciu Európskeho parlamentu a nezohľadnil jeho uznesenie z 8. júla 2015, ktoré je zamerané na silný sociálny rozmer hospodárskej politiky a politiky zamestnanosti, ktoré by mali zahŕňať politiky členských štátov tak, aby zohľadňovali výzvy a ciele stratégie EUROPA 2020.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo sebbene gli obiettivi indicati nella relazione siano in parte condivisibili, ma non posso che criticare il semestre europeo per il suo scarso funzionamento.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τις κατευθυντήριες γραμμές των πολιτικών απασχόλησης των κρατών μελών, καθόσον οι προτεραιότητες μου όσον αφορά την εργασία είναι τελείως διαφορετικές· θεωρώ δε πως πρέπει πρώτα να εξασφαλισθούν θέσεις εργασίας για όσους ήδη αναζητούν.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I find the Council's and Commission's ignorance of the EP contribution to the guidelines for employment policies of Member States most regrettable and I support the call on the Commission to alter its proposal accordingly and on the Council to take the amended guidelines into account, in order to ensure an inclusive and integrated labour market able to address the severe impact of unemployment, secure a high level of employment, and ensure decent working conditions, including national minimum basic income schemes and social protection.

I believe we made a very valuable contribution both last year and this year, so far, ensuring that our objectives in employment and social policies are strongly reflected, and I therefore believe that our position must be taken into account, as the Council's and Commission's ignorance is against the spirit of the Treaties and the spirit of good cooperation between the EU institutions.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Con il voto di oggi il Parlamento ribadisce la propria posizione a sostegno di un'azione più decisa degli Stati membri per una politica occupazione e sociale coordinata e incisiva. Non bastano più misure ordinarie, occorre integrare in modo concreto e ambizioso i target occupazionali e sociali all'interno delle procedure macro-economiche e dare coerenza all'azione europea in tutti i settori giuridici, economici e sociali. Sottolineo in particolare l'esigenza di inserire forme adeguate di protezione contro i fenomeni del dumping sociale, dopo i recenti episodi che hanno colpito imprese e lavoratori in Europa. Credo inoltre sia molto importante che l'Europa riconosca le ricadute positive per l'occupazione e la crescita che possono arrivare dall'introduzione di nuovi strumenti comuni di partecipazione, consultazione e informazione per i lavoratori. Nelle prossime settimane il Parlamento sarà impegnato a esaminare numerose proposte di riforma del diritto societario, sarà quindi importante dare anche in quella occasione un impulso per un'occupazione di qualità.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe gegen den „Bericht über den Vorschlag für einen Beschluss des Rates zu Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten" gestimmt, da er in viel zu vielen Punkten die Souveränität der Mitgliedstaaten in sozialen Fragen angreift und Subsidiarität missachtet.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Der europäische Arbeitsmarkt muss sich einem Bürokratieabbau auf allen Ebenen stellen, um insbesondere KMU zu entlasten. Bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze dürfen wir nicht tolerieren, dass geltende Arbeits- und Sozialstandards unterwandert werden.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos abstención en este informe porque consideramos como una cuestión prioritaria que el contenido del informe fuera tenido en cuenta de forma vinculante por parte del Consejo y no a modo de apéndice sin ningún efecto. Consideramos que el contenido del informe es en suma positivo y la mayor parte de las recomendaciones son positivas, pero encontramos que se hace un especial hincapié en la promoción del emprendimiento en demérito de las recomendaciones sobre cómo paliar el desempleo de larga duración y garantizar el trabajo de calidad. Como no nos oponemos a una parte del informe y no se pueden votar por separado las enmiendas de la comisión, votamos abstención.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of a report which encourages Member States to adopt concrete employment policies aiming at ensuring an inclusive and integrated labour market and at addressing the severe impact of unemployment, to create sustainable employment and to ensure decent working conditions including social protection.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report. Economic policy guidelines and employment guidelines were introduced by the Lisbon treaty and were first adopted by the Council in 2010. Whilst the broad economic policy guidelines remain valid for any duration of time, the employment guidelines need to be drawn up each year.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Παρόλες τις καλές αναφορές για τα δικαιώματα των εργαζομένων δεν μπορούμε να στηρίξουμε αλλαγές στα πλαίσια του συμφώνου σταθερότητας και του ευρωπαϊκού εξαμήνου. Ως Ομάδα επιμένουμε στην κατάργηση τους, γιατί αυτά είναι τα όργανα με τα οποία επιβάλλονται οι αντιλαϊκές πολιτικές φτωχοποίησης των εργαζομένων. Είναι ενδεικτικό της επιμονής της ΕΕ στις νεοφιλελεύθερες πολιτικές λιτότητας και μνημονίων και της έλλειψης δημοκρατίας στην ένωση, αφού ούτε πέρσι, αλλά ούτε και φέτος δεν έλαβε το Συμβούλιο υπόψη την έκθεση του Κοινοβουλίου για τις κατευθυντήριες γραμμές απασχόλησης. Η απορρύθμιση των εργασιακών σχέσεων, η πίεση προς τα κάτω των μισθών και των εργασιακών δικαιωμάτων, η διάλυση του κοινωνικού κράτους και το κοινωνικό ντάμπιγκ επιβάλλονται στους λαούς για να κερδοφορούν οι πολυεθνικές και το μεγάλο κεφάλαιο. Έτσι θεωρούμε ενδεδειγμένη την στάση αποχής στην έκθεση.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – The Employment Guidelines are a soft policy instrument by which the EU outlines common priorities and targets for labour market strategy in the Member States. They are one part of broader economic and employment guidelines and are renewed substantively every 5 years. The Council's decision to maintain the 2015 employment guidelines for this year was particularly galling given they did not take up any suggestions from the European Parliament in the 2015 procedure. This report reiterates the Parliament's demands on the four Guidelines put forward by the Commission and adopted by Council last year, namely boosting demand for labour, enhancing labour supply and skills, enhancing the functioning of labour markets and ensuring social justice, combatting poverty and promoting equal opportunities. In particular I was happy to support the report's calls for entrepreneurship education and measures to improve entrepreneurship, less red tape for SMEs, access to quality education and vocational training and the diversification of skills in order to better adapt to future labour market needs.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour as I have no objections.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this consultation procedure vote, which is technically non-legislative. It is written in to the treaties (TFEU Article 148) that the EU should coordinate employment policy between all Member States and this is a procedure that is voted on every year. The proposal creates vague goals without specific actions as to what the Member States should be focussing on. This proposal includes things like 'increasing labour participation and reducing structural employment' and 'develop a skilled workforce'. This all sounds ok, but ultimately it is the EU trying to control Member States and tell them what their employment policies should be. The only people that should decide these things are our elected and accountable national governments, not EU bureaucrats in Brussels.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – It is paramount for the Commission and Council to take into account the European Parliament Resolution of 8 July 2015! It is disappointing to see that the European Parliament is disregarded on matters that are of great importance. I make a further call for the European institutions to take into account the amendments tabled regarding an integrated labour market that can address the pitfalls of unemployment, securing and maintaining high levels of employment, while offering national minimum basic income schemes and social protection.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o prijedlogu odluke Vijeća o smjernicama za politike zapošljavanja država članica (COM(2016)0071 – C8-0098/2016 – 2016/0043(NLE)), s obzirom na važnost politike zapošljavanja i potrebe da Parlament bude uključen u donošenje ove zakonodavne inicijative s obzirom da članovi dolaze iz svih zemalja i odlično poznaju situaciju na terenu kao i probleme koji se tiču nezaposlenosti. S obzirom na brze gospodarske promjene, bitno je nastaviti s integriranjem tržišta rada, promicati bolje obrazovanje i fleksibilnost te usklađenost potreba odnosno potražnje s obrazovnim politikama.

Uniji su potrebne holističke politike protiv nezaposlenosti. Porezno opterećenje treba preusmjeriti s rada na druge izvore oporezivanja. U osmišljavanje potrebnih reformi i politika trebaju biti uključene organizacije civilnog društva, regionalna i lokalna samouprava. Podržavam ciljeve da se stopa zaposlenosti od 20 do 64 godine poveća na 75 % do 2020. te da se smanji stopa napuštanja školovanja na manje od 10 %.

Diane James (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this consultation procedure vote, which is technically non-legislative. It is written in to the treaties (TFEU Article 148) that the EU should coordinate employment policy between all Member States and this is a procedure that is voted on every year. The proposal creates vague goals without specific actions as to what the Member States should be focussing on. This proposal includes things like 'increasing labour participation and reducing structural employment' and 'develop a skilled workforce'. This all sounds ok, but ultimately it is the EU trying to control Member States and tell them what their employment policies should be. The only people that should decide these things are our elected and accountable national governments, not EU bureaucrats in Brussels.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui insiste sur le fait que le Conseil n'a pas tenu compte des demandes du Parlement, telles qu'exprimées dans la résolution du 8 juillet 2015 relative aux lignes directrices de 2015. Ce rapport n'a aucun impact juridique mais constitue un signal politique important.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht enthält zwar viele positive Punkte, die in Österreich längst umgesetzt sind, geht jedoch weit über beschäftigungspolitische Maßnahmen hinaus. Es werden Forderungen aufgestellt, die tief in sozial- und gesellschaftspolitische Zuständigkeiten von Mitgliedstaaten eingreifen. Aus diesen Gründen kann ich diesem Bericht nicht zustimmen.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Es atturējos balsojumā par dalībvalstu nodarbinātības politikas pamatnostādnēm Eiropas Parlamenta plenārsesijā Strasbūrā, jo ziņojumā ir iekļauta prasība pēc minimālās algas Eiropas Savienībā. Uzskatu, ka šāda prasība ir iejaukšanās dalībvalstu nodokļu sistēmās. Eiropas Savienības nodokļu politika ir stingri balstīta uz subsidiaritātes principu. Katrā valstī situācija ir krasi atšķirīga. Uzskatu, ka dalībvalstīm pašām ir jālemj par savu nodokļu politiku.

Tunne Kelam (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report.

Last year, Parliament presented the same report and it was completely ignored by the Council. Fighting unemployment, especially youth unemployment, remains a major concern across Europe and, although it is the Member States implementing the requisite policies, a constructive dialogue between the institutions must take place to address this issue.

The report underlines the need for a holistic approach to tackling unemployment and reducing poverty levels. It calls for the realisation of the objectives set in Europe 2020 and notes with concern that these have not yet been met. In that regard, calling for reductions in the 2017 budget to fight youth employment by cutting the budget line for the Youth Guarantee from EUR 6 billion to EUR 2 billion, as proposed by the Commission, is a grave mistake. I call upon the Council to join with Parliament to reject such cuts.

Meaningful employment policies accompanied by relevant and up-to-date life-long learning schemes must enable barrier-free access to first employment, ensure a balanced work and family life, offer measures for successful re-employment when needed and reduce poverty in employment.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of a report which encourages Member States to adopt concrete employment policies aiming at ensuring an inclusive and integrated labour market and at addressing the severe impact of unemployment, to create sustainable employment and to ensure decent working conditions including social protection.

Jaromír Kohlíček (GUE/NGL), *písemně*. – Rozhodnutí Rady o hlavních směrech politik zaměstnanosti členských států je důležitým dokumentem, protože zde uvedených osm hlavních směrů může, při vhodné aplikaci, přispět ke zlepšení plnění strategie Evropa 2020 v oblasti zaměstnanosti a pracovního trhu. Tyto směry uvádí původní dokument z roku 2015 a jsou to: zaprvé, podpora investic, zadruhé, posílení růstu prováděním strukturálních reforem, zatřetí, odstranění základních překážek pro růst a zaměstnanost na úrovni EU, začtvrté, zlepšení udržitelnosti a prorůstové orientace veřejných financí, zapáté, podpora poptávky po pracovní síle, zašesté, zlepšení nabídky práce a dovedností, zasedmé, zlepšení fungování trhů práce a zasomé, zajištění spravedlnosti, boj s chudobou a prosazování rovných příležitostí.

Vzhledem k tomu, že integrované hlavní směry jsou potvrzeny, Radou i EP mohou výrazně přispět k plnění evropské strategie zaměstnanosti. Zakládají možnost vytvoření programů vzdělávání a školení pracovníků i rozvoje infrastruktury prostřednictvím „prorůstové orientace veřejných financí". U směru č. 3 se domnívám, že právě tento cíl by mohl být využit pro zjednodušení administrativy malých a středních podniků, což se jistě setká s příznivým ohlasem podnikatelů v celé EU. Pokud administrativa národních států tohoto podnětu vhodným způsobem využije. Vzhledem k výše uvedenému předložený návrh Komise ve znění předloženém k hlasování podporuji.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - A Bizottság hozza a szokásos formáját, jelszavak szintjén véli megtalálni a megoldásokat, szigorúan a többszörösen megbukott neoliberális gazdaságpolitika talaján állva. A Foglalkoztatási és Szociális Bizottság javaslatai legalább jó szándékúak, bár kevéssé megvalósíthatók, hiszen magán az Unión belül az átlagbérek 5–10-szeresen különböznek, és ehhez jön még a fejlődő országok bérkülönbözete mint versenytorzító. Be kellene végre látni, hogy lehetetlen ennyire különböző országokra ugyanazt a gazdaságpolitikát ráhúzni. A szakbizottság az eredeti bizottsági anyagénál sokkal kritikusabb hangot üt meg, sokkal jobb a helyzetértékelése is, így módosítási javaslatai támogatandók, az eredeti anyaggal szemben.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Gli orientamenti per le politiche degli Stati membri a favore dell'occupazione, si basano sugli obiettivi della strategia Europa 2020 e sono volti a sostenere le riforme per una crescita sostenibile, basata sulla conoscenza e sull'innovazione. L'Unione europea mira a un tasso occupazionale, sia per gli uomini che per le donne, pari al 75% e per poterlo raggiungere, lo sforzo tocca gli Stati membri, che devono incoraggiare la partecipazione al mercato del lavoro da parte di giovani, lavoratori anziani, lavoratori poco qualificati e immigrati regolari. Per tali ragioni mi trovo consenziente ad approvare e sostenere la decisione assunta dal Parlamento.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il félicite l'UE de jouer un rôle majeur en tant que force de création d'emplois, de richesse et de croissance. On croit rêver!

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Les lignes directrices pour l'emploi ont été initiées en 1998. Les éditions successives prônent toutes des objectifs identiques mais sans résultat concret. Il ne s'agit là que de grandes lignes très générales, n'ayant qu'une valeur indicative. Un exemple éloquent de ce manque d'efficacité que nous dénonçons sans relâche: le chômage des jeunes. En 2003 et en 2008, on fixait comme objectif l'obtention d'un emploi ou d'une formation quatre à six mois après l'arrivée sur le marché du travail. L'initiative pour l'emploi des jeunes, lancée en 2013, obéit au même principe. En 2016, le chômage des jeunes en Europe oscille autour de 20 %, et atteint 50 % dans certains États membres (Grèce, Espagne).

De ce fait, j'ai voté contre ce rapport.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque considero que el Consejo aprobó el año pasado unas Directrices para las políticas de empleo que obviaban por completo cualquiera de las Recomendaciones hechas por el Parlamento pocos meses antes. Además, el informe expresa la preocupación del Parlamento respecto a la consecución de los objetivos de la Estrategia 2020, especialmente respecto a los objetivos de empleo y de protección social, así como a los educativos, con especial atención a las divergencias crecientes entre diferentes países.

El informe también incluye la necesidad de introducir la dimensión social, al mismo nivel que la financiera y fiscal, en el proceso del Semestre Europeo con el objeto de mejorar los resultados de las políticas macroeconómicas en el ámbito social. Así como reintroduce literalmente la posición manifestada por el Parlamento el pasado 8 de julio, como forma de reiterar el rol que el Parlamento debe jugar en este entramado Institucional de la Unión.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – En este caso, me he pronunciado a favor de las enmiendas introducidas en la Comisión de Empleo a la propuesta de la UE porque, pese a sus insuficiencias, por lo menos amplía el foco a las políticas pasivas de empleo y las políticas macroeconómicas para luchar contra el actual desempleo masivo.

La propuesta de la Comisión, que ha contado con mi voto negativo, no es más que un ariete para reducir las prestaciones sociales y las pensiones y para culpar a los trabajadores de su situación de desempleo; posturas lo suficientemente graves para que no votara a favor de la resolución final.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – Este informe tiene como objetivo que se estreche la colaboración entre los Parlamentos nacionales, así como con los interlocutores sociales y los representantes de la sociedad civil en materia de empleo.

Las Directrices para las políticas de empleo engloban el ámbito económico y el mercado de trabajo. Es importante la aprobación de este informe ya que estas Directrices impulsan la demanda de mano de obra, mejoran la oferta de trabajo, las cualificaciones y el funcionamiento de los mercados de trabajo, garantizan la equidad, combaten la pobreza y promueven la igualdad de oportunidades.

Por las razones anteriormente descritas doy mi voto positivo para su aprobación.

Krystyna Łybacka (S&D), *na piśmie*. – W kontekście wytycznych dotyczących polityki zatrudnienia państw członkowskich zwracam uwagę na konieczność oceny Inicjatywy na rzecz zatrudnienia ludzi młodych i zintensyfikowania działań na rzecz redukcji bezrobocia wśród młodzieży w UE, które utrzymuje się w dalszym ciągu na wysokim poziomie powyżej 40%.

Istotne jest także efektywne wykorzystanie europejskich programów i funduszy do finansowania procesów modernizacji systemów szkolnictwa wyższego, tak aby lepiej dostosować systemy kształcenia do potrzeb rynku pracy oraz do zmieniających się warunków społecznych i gospodarczych. Potrzebujemy także większego wsparcia dla instytucji VET w zakresie podnoszenia jakości oraz elastyczności nauczenia.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Nesouhlasím s tím, aby EU stanovovala členským státům směry jejich politiky zaměstnanosti. Je absurdní, aby země, které mají vyšší nezaměstnanost než Česká republika, určovaly České republice, jakou má mít politiku zaměstnanosti. Nesouhlasím s výzvou, že by členské státy měly „investovat do kvalitních pracovních míst“. Podle mě vlády nemají investovat do pracovních míst, zaměstnávání lidí má být věcí firem. Nesouhlasím ani s požadavkem, aby příspěvky na bydlení byly součástí sociální politiky.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Strategijom Europa 2020. Uniji bi se trebalo omogućiti da svoje gospodarstvo usmjeri prema pametnom, održivom i uključivom rastu kojeg prate visoke razine zaposlenosti, produktivnosti i socijalne kohezije. U tom smislu dosadašnja kretanja pokazatelja zapošljavanja i socijalnih pokazatelja strategije Europa 2020. zabrinjavaju s obzirom na to da se broj osoba kojima prijeti siromaštvo i socijalna isključenost povećao.

Ovo izvješće naglašava kako ostvarivanje ciljeva strategije Europa 2020. na području zapošljavanja i dalje mora biti ključni cilj politika država članica. Europski parlament je u svojoj rezoluciji od 22. veljače pozvao države članice da na osnovi pokazatelja zapošljavanja (stopa aktivnosti, nezaposlenost mladih i dugotrajna nezaposlenost) provedu dubinsku analizu i nastave s reformama. Države članice moraju smanjivati prepreke zapošljavanju smanjenjem birokracije, promicati poduzetništvo mladih te posebno podupirati osnivanje i rast mikropoduzetnika i MSP-ova.

Nužno je i stvaranje zelenih radnih mjesta i u tu svrhu učinkovitije korištenje Europskog socijalnog fonda te drugih fondova Unije kako bi suzbilo siromaštvo, unaprijedilo kvalitetno zapošljavanje, socijalna uključenost, obrazovni sustav, javna uprava i javne službe. Također bi se trebalo mobilizirati i Europski fond za strateška ulaganja i njegove platforme za ulaganja kako bi se zajamčilo otvaranje kvalitetnih radnih mjesta i osposobljavanje radnika. Zbog svega navedenog, podržala sam ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – It is very important that the proposal for a decision provides that the guidelines for Member States' employment policies shall be taken into account by the Member States in their employment policies. Member States should continue to make every effort to address the priority areas of: increasing labour market participation and reducing structural unemployment, improving the performance of education and training systems, promoting social inclusion and combating poverty.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Συμβουλίου που αφορά τις κατευθυντήριες γραμμές των πολιτικών απασχόλησης των κρατών μελών, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 14/9/2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Les lignes directrices pour l'emploi ont été initiées en 1998 et sont intégrées à la stratégie «Europe 2020». Les éditions successives prônent toutes des objectifs identiques mais sans résultat concret. Il ne s'agit là que de grandes lignes très générales, n'ayant qu'une valeur indicative.

Un exemple éloquent de ce manque d'efficacité est celui du chômage des jeunes. En 2003 et en 2008, l'objectif fixé était l'obtention d'un emploi ou d'une formation quatre à six mois après l'arrivée sur le marché du travail. L'initiative pour l'emploi des jeunes, lancée il y a 3 ans, fonctionne sur la même idée. Or, en 2016, le chômage des jeunes en Europe est de 20 % en moyenne, et atteint 50 % dans certains États membres (comme la Grèce et l'Espagne).

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. — According to the report on the proposal for a Council decision on guidelines for the employment policies of the Member States, 120 million EU citizens are at risk of poverty and social exclusion. Therefore, I voted in favour of the resolution as I agree that the Union needs to ensure an inclusive and integrated labour market that is able to address the repercussions of unemployment, provide adequate working conditions and guarantee social protection, while at the same time pursuing smart, sustainable and inclusive growth.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Mi apoyo a las propuestas realizadas por este Parlamento para mejorar las directrices para las políticas de empleo de los Estados miembros.

Se trata de una Decisión importante en el momento actual, tras años de crisis que tanto daño han hecho a la creación de empleo, y es necesario desde la UE adoptar medidas que contribuyan a que en toda Europa se adopten medidas que garanticen un desarrollo armonioso y que no deje a nadie atrás, contemplando a los sectores más vulnerables de nuestra sociedad.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – In diesem Bericht sollte man eigentlich Rahmenbedingungen für höhere Beschäftigungszahlen schaffen. Stattdessen versucht die EU, mehr Kompetenzen an sich zu ziehen, und man greift in die Regelungskompetenzen der Mitgliedstaaten ein. Dies lehne ich strikt ab.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už šį Parlamento pranešimą, nes pritariu jo nuostatoms, kuriomis valstybės narės skatinamos dėti daugiau pastangų formuojant ir įgyvendinant užimtumo politiką. Manau, jog siekiant užtikrinti ekonomikos konkurencingumą ir augimą ypač svarbu ugdyti prie darbo rinkos poreikių gebančią prisitaikyti kvalifikuotą darbo jėgą, skatinti darbo vietų kūrimą, mokymąsi visą gyvenimą, gerinti visų lygių švietimo ir mokymo sistemų veikimą.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le but de cette proposition est de confirmer la validité des lignes directrices pour les politiques de l'emploi des États membres adoptées en 2015. Ces lignes directrices cherchent, dans la bonne logique néolibérale, à «renforcer la croissance par des réformes structurelles» et à «rendre les finances publiques plus viables». Le rapport du Parlement met l'accent sur la lutte contre le travail précaire, le sous-emploi, le travail non déclaré et les contrats «zéro heure», ou vise à réduire «les discriminations sur le marché du travail ainsi qu'en matière d'accès au marché du travail, notamment pour les catégories victimes de discriminations ou d'exclusion, telles que les femmes, les travailleurs âgés, les jeunes, les personnes handicapées et les migrants en situation légale». Cependant tout ceci reste dans le cadre des «recommandations de la Commission par pays». Je ne peux valider la mise sous tutelle budgétaire des États par les technocrates de Bruxelles. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Les lignes directrices pour l'emploi ont été initiées en 1998. Les éditions successives prônent toutes des objectifs identiques mais sans résultat concret. Il ne s'agit là que de grandes lignes très générales, n'ayant qu'une valeur indicative. Un exemple éloquent de ce manque d'efficacité que nous dénonçons sans relâche: le chômage des jeunes. En 2003 et en 2008, on fixait comme objectif l'obtention d'un emploi ou d'une formation quatre à six mois après l'arrivée sur le marché du travail. L'initiative pour l'emploi des jeunes, lancée en 2013, obéit au même principe. En 2016, le chômage des jeunes en Europe oscille autour de 20 %, et atteint 50 % dans certains États membres (Grèce, Espagne).

De ce fait, j'ai voté contre la proposition de la Commission et la résolution.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A estratégia Europa 2020 proposta pela Comissão deve permitir à União orientar a sua economia para um crescimento inteligente, sustentável e inclusivo, acompanhado de um elevado nível de emprego, produtividade e coesão social. A UE necessita de políticas holísticas e investimentos públicos que combatam o desemprego e a pobreza. Neste contexto, a evolução, até à data, dos indicadores de emprego e sociais da estratégia Europa 2020 suscita grande preocupação, dado que o número de pessoas em risco de pobreza e de exclusão aumentou cinco milhões em vez de diminuir, a taxa de emprego em alguns países ainda não atingiu os níveis registados antes da crise e, em alguns Estados-Membros, a percentagem de jovens que não trabalham, não estudam e não seguem uma formação (NEET) é superior a 20 % e a taxa de abandono escolar precoce ascende a 23 %. À Estratégia Europeia de Emprego cabe o papel fundamental de concretizar os objetivos da nova estratégia em matéria de emprego, inclusão social e mercado laboral. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this legislative resolution as it enshrines the need for Member States across the Union to tackle the problem of unemployment by increasing the demand for labour with measures that include support for SMEs and greater involvement of actors from civil society.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Le modèle européen est social. La lutte contre la pauvreté et le chômage est inscrite dans toutes les politiques de l'Union. Ainsi, la formation professionnelle et la création d'emplois sont au cœur des priorités de la Commission en vue d'une croissance inclusive et durable. Bien que la responsabilité en matière d'emploi reste du ressort des États membres, rien n'empêche le Parlement européen, incarnant la voix de 508 millions de citoyens, de construire un projet social européen. La société évolue, la famille se transforme, engendrant de nouveaux besoins sociaux. Or nos systèmes sociaux nationaux sont encore trop basés sur des modèles révolus. Il nous faut être ambitieux. Nous devons poursuivre nos efforts notamment en direction de l'emploi pour la jeunesse et des petites et moyennes entreprises. En ce sens, nous mettons un point d'honneur à nous faire entendre auprès du Conseil par le biais de ce rapport mentionnant les lignes directrices pour les politiques de l'emploi des États membres auquel j'apporte mon soutien.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* — Zvyšovanie počtu a kvality pracovných miest je jednou z priorít stratégie Európa 2020. Cieľom európskej stratégie zamestnanosti s usmerneniami a programami zamestnanosti je prispieť k rastu a zamestnanosti, mobilite práce a sociálneho pokroku. Predložená správa je reakciou na situáciu, keď Rada odignorovala pozíciu Parlamentu pri usmerneniach o zamestnanosti, ktoré boli vydané minulý rok. Správa má iba konzultačný charakter, nevytvára žiadne právne dôsledky, avšak je politickým signálom, že pozícia Parlamentu by mala byť vzatá do úvahy. Za správu hlasujem kladne.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which calls on the Commission to alter its proposal accordingly and on the Council to take the amended guidelines into account in order to ensure an inclusive and integrated labour market able to address the severe impact of unemployment, secure a high level of employment, and ensure decent working conditions including national minimum basic income schemes and social protection.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság a tagállamok foglalkoztatáspolitikáira vonatkozó iránymutatásokról szóló határozat elfogadására tett javaslatot a Tanácsnak. A Tanács a javaslat elfogadása előtt konzultálni köteles a Parlamenttel. A Foglalkoztatási és Szociális Bizottság jelentésében azt ajánlja a parlamentnek, hogy a Bizottság javaslatát módosított formában, 7 módosító indítvány mellett és 5 új iránymutatással kiegészítve fogadja el, és kérje föl a Bizottságot, hogy javaslatát ennek megfelelően módosítva terjessze a Tanács elé. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Les lignes directrices pour les politiques de l'emploi coordonnent les politiques de l'emploi des États membres de l'Union européenne.

Elles font partie de la stratégie «Europe 2020», présentée le 3 mars 2010, qui fixe les lignes directrices économiques de l'UE, surveillées dans le cadre du Semestre européen.

Le programme «Europe 2020» fixe cinq objectifs, déclinés en trois thèmes: une croissance intelligente, une croissance durable et une croissance inclusive.

Sur recommandation de la Commission, le Conseil veut conserver les lignes directrices en date de 2015 pour l'année 2016, notamment pour la libéralisation du marché du travail.

Depuis 1998, ces lignes directrices sont censées améliorer l'emploi au sein de l'UE mais nous ne pouvons constater que leur inefficacité totale.

De façon logique, nous rejetons ce texte du Parlement qui approuve la décision du Conseil et de la Commission.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Les lignes directrices pour l'emploi ont été initiées en 1998. Les éditions successives prônent toutes des objectifs identiques mais sans résultat concret.

Le chômage des jeunes est un exemple éloquent. En 2003 et en 2008, on fixait comme objectif l'obtention d'un emploi ou d'une formation quatre à six mois après l'arrivée sur le marché du travail. L'initiative pour l'emploi des jeunes, lancée en 2013, obéit au même principe. En 2016, le chômage des jeunes en Europe oscille autour de 20 %, et atteint 50 % dans certains États membres (Grèce, Espagne). Je vote donc contre.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – At present, 16.8% of UK citizens are at risk of poverty and social exclusion. Today the EPLP voted in favour of a report which encourages Member States to adopt concrete employment policies aiming at ensuring an inclusive and integrated labour market and at addressing the severe impact of unemployment, create sustainable employment and ensure decent working conditions including social protection.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur la proposition de décision du Conseil relative aux lignes directrices pour les politiques de l'emploi des États membres. Ce texte demande notamment aux États membres de garantir aux salariés des conditions de travail décentes ainsi qu'une protection sociale. Alors que le dumping social au sein de l'Union européenne est notamment lié aux différences dans les conditions de travail, l'adoption d'un tel rapport était nécessaire.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de Laura Agea sur les lignes directrices pour les politiques de l'emploi des États membres. La question de l'emploi me tient particulièrement à cœur, et ce rapport fait suite au fait que le Conseil avait complètement ignoré la position que le Parlement avait rendu sur ce sujet dans le cadre d'une procédure consultative.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Szavazatommal támogatom a tagállamok foglalkoztatáspolitikáira vonatkozó iránymutatásokról szóló tanácsi határozatra irányuló javaslatot. Egy évvel ezelőtt kidolgoztunk és elfogadtunk egy javaslatot, amit sajnos végül a Tanács nem vett figyelembe. Az Európai Parlament az egyetlen olyan demokratikusan választott uniós intézmény, ami közvetlenül képviseli az európai polgárokat, így joggal várhatjuk el, hogy a Tanács komolyan vegye az ajánlásainkat. Úgy gondolom, hogy az Európai Parlament a mai nap folyamán egy olyan jelentést fogadott el, ami az Európa 2020 stratégia vonalát követve képes lesz megállni a helyét.

A jelentés olyan alapvető célokat tűz ki, mint a 20 és 64 év közöttiek foglalkoztatottsági arányának emelkedése, megfelelő munkakörnyezet kialakítása vagy a szegénységben élők számának csökkentése. Mindezek eléréséhez pedig szükség lesz egy hatékony eszközre, ami úgy gondolom, hogy akár a minőségi oktatás biztosítása is lehetne.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The European Union's current growth strategy has five ambitious objectives on employment, education, social inclusion, innovation and climate/energy that should be reached by 2020. Entitled Europe 2020, its initiative regarding the Agenda for new skills and jobs will help the EU reach 75% of the working-age population between 20 and 64 under employment. I have voted for this report that calls for more significant efforts to be made in order to reach the established targets.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport, deoarece în procedura privind dezechilibrele macroeconomice au fost introduși indicatori pentru ocuparea forței de muncă precum rata activității, rata de angajare a tinerilor și șomajul pe termen lung.

Acești indicatori vor ajuta la întocmirea unei analize mai clare, care să conducă la construirea și aplicarea unor reforme pentru piața muncii, precum și a unor reforme sociale suplimentare.

De asemenea, raportul propune ca statele membre să reducă birocrația cu scopul de a diminua obligațiile excesive asupra întreprinderilor mici și mijlocii.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — This report included several good aspects such as calling for public investment, job creation, and support for workers' rights. However, it calls for all of this within the confines of the European Stability and Growth pact as well as the European Semester. These two things are almost diametrically opposed – you cannot have a decent level of investment etc. while you are in a fiscal straight jacket. Because of the positive aspects around workers' rights etc. I did not vote against this report, but I could not support it either, given the confines in which it wishes to place investment and job creation, i.e. the Stability and Growth Pact and European Semester. For these reasons I abstained on the overall report.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Bezüglich der Schaffung von Rahmenbedingungen für höhere Beschäftigungszahlen erscheint der Bericht zunächst positiv. Allerdings versucht man, in die Regelungskompetenzen der Mitgliedstaaten einzugreifen. Dies lehne ich ab.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Euroopa tööhõivestrateegial on oluline roll tuleviku majandus-, sotsiaal- ja tööhõivepoliitika edendamisel. Koondsuunised annavad liikmesriikidele detailse ülevaate ja juhised enda reformikavade rakendamiseks ning muu hulgas pööratakse tähelepanu järgmistele prioriteetidele: tööturul osalemise määra suurendamine, elukestva õppe ja sotsiaalse kaasatuse edendamine ning vaesuse vastu võitlemine.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this consultation procedure vote, which is technically non-legislative. It is written in to the treaties (TFEU Article 148) that the EU should coordinate employment policy between all Member States and this is a procedure that is voted on every year. The proposal creates vague goals without specific actions as to what the Member States should be focussing on. This proposal includes things like 'increasing labour participation and reducing structural employment' and 'develop a skilled workforce'. This all sounds ok, but ultimately it is the EU trying to control Member States and tell them what their employment policies should be. The only people that should decide these things are our elected and accountable national governments, not EU bureaucrats in Brussels.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Voterei a favore di questo testo e vi invito, soprattutto dopo le parole del Presidente Juncker sui *millennials*, a fare altrettanto. Noi tutti dobbiamo aver bene in mente che urgono nuove strategie ed orientamenti per permettere ai giovani più opportunità lavorative nei prossimi anni.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Činjenica je da su gospodarske politike i promicanje zapošljavanja pitanja od zajedničkog interesa i da su to pitanja koja se tiču svih država članica u EU-u. Dosad se pokazalo dobrom i učinkovitom praksom da države članice i EU rade zajedno na usklađivanju strategija zapošljavanja te na promicanju kvalificirane, obrazovane i prilagodljive radne snage.

Europska Komisija je predložila u Strategiji Europa 2020. usmjerenje prema pametnom, održivom i uključivom rastu s visokim razinama zaposlenosti, produktivnosti i socijalne kohezije na razini cijelog EU-a; u tom prijedlogu posebno pozdravljam usmjerenje prema socijalnoj koheziji na razini cijelog EU-a, jer se još uvijek suočavamo s gospodarskom i socijalnom nejednakošću unutar EU-a.

Nadalje, taj je prijedlog doveo do toga da su države članice dobile precizne smjernice za utvrđivanje nacionalnih programa reformi i provedbu reformi. Ti programi su usklađeni s programima drugih zemalja članica, što dovodi do homogenizacije gospodarskih politika u EU-u. Zato smatram da već postojeću Odluku koja je dosada vrijedila, treba ponovno podržati kako bi i dalje bila važeća.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Les lignes directrices pour l'emploi ont été initiées en 1998. Les éditions successives prônent toutes des objectifs identiques mais sans résultat concret.

Le chômage des jeunes est un exemple éloquent. En 2003 et en 2008, on fixait comme objectif l'obtention d'un emploi ou d'une formation quatre à six mois après l'arrivée sur le marché du travail. L'initiative pour l'emploi des jeunes, lancée en 2013, obéit au même principe. En 2016, le chômage des jeunes en Europe oscille autour de 20 %, et atteint 50 % dans certains États membres (Grèce, Espagne). Il s'agit donc d'une politique d'ingérence particulièrement inefficace et inutile. Je vote contre le texte.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Con questa relazione il Parlamento europeo intende esprimere il suo disappunto per la decisione presa dalla Commissione e dal Consiglio di ignorare completamente i suggerimenti di questa assemblea, formulati nella risoluzione dell'8 luglio 2015, riguardo alle linee guida per le politiche degli Stati membri a favore dell'occupazione. L'atteggiamento di Commissione e Consiglio è contrario allo spirito dei trattati e al principio di buona collaborazione tra le istituzioni europee, e rischia di rafforzare, agli occhi dei cittadini, l'impressione di un deficit democratico in Europa. Con questa relazione, chiediamo oggi alla Commissione di modificare la sua proposta e al Consiglio di tener conto degli orientamenti espressi dal Parlamento, al fine di garantire un mercato del lavoro inclusivo e integrato, in grado di affrontare il duro impatto della disoccupazione, assicurando un elevato livello di occupazione, e di garantire condizioni di lavoro e di vita dignitose. Al di là dei tanti annunci, è giunto il momento di lavorare seriamente e concretamente alla costruzione del pilastro sociale dell'Unione. Sostengo quindi questa relazione perché si proceda effettivamente in questo senso.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Ugovorom o funkcioniranju EU-a propisano je da smjernice za zapošljavanje i gospodarske politike zajedno čine smjernice za provedbu strategije za zapošljavanje. Unija pri utvrđivanju i provedbi strategije mora osigurati uključivo i integrirano tržište rada koje može odgovoriti na visoku razinu nezaposlenosti, osigurati uvjete rada i socijalnu zaštitu, visoku razinu obrazovanja i osposobljavanja te se boriti protiv svih vrsta diskriminacije.

Podržao sam Izvješće zastupnice Agea, jer je važno da države članice ulažu u obrazovanje i sustave strukovnog osposobljavanja radi podizanja razine znanja i vještina radne snage kako bi bolje ispunili potrebe dinamičnih tržišta rada i osigurali visoku razinu zaposlenosti.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Hlasoval jsem pro zprávu o hlavních směrech politik zaměstnanosti členských států, protože považuji za nutné, aby Komise i Rada vzaly v ohledu zaměstnanosti v potaz postoj Evropského parlamentu. Parlament jakožto jediná instituce přímo volená občany navrhla zavést silnou sociální dimenzi do hospodářské politiky a politiky zaměstnanosti všech 28 členských zemí. V případě, že nebude v tomto ohledu Parlament vyslyšen, se proto jedná o obyčejné prohlubování demokratického deficitu. Evropská unie musí v souladu s Lisabonskou smlouvou při provádění svých politik a činností zajistit inkluzivní a integrovaný trh práce, zabezpečit vysokou míru zaměstnanosti a důstojné pracovní podmínky v celé Unii. O tom, že politiky zaměstnanosti v současnosti nejsou správně nastaveny, svědčí míry nezaměstnanosti, které v několika zemích ještě pořád nedosáhly úrovně před propuknutím finanční a hospodářské krize. Taktéž počet Evropanů ohrožených vyloučením a chudobou se nesnížil. Naopak zaznamenal zvýšení o 5 milionů. Chudobou a vyloučením je konkrétně v současnosti ohroženo až 120 milionů Evropanů. Členské země proto musí vynaložit daleko větší úsilí. Není nadále možné tuto situaci přehlížet. Hlavní směry politik zaměstnanosti by proto měly být bez podmínky zohledňovány při veškerých doporučeních Rady. Měly by být dále vytvářeny s Parlamentem jako rovnocennou institucí, která pomůže zabezpečit více pracovních míst, kvalitních i udržitelných.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport de consultation qui rappelle au Conseil de l'Union européenne la nécessité de prendre en compte la position du Parlement européen sur les lignes directrices pour les politiques de l'emploi des États membres, déjà énoncée il y a un an.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O problema do desemprego é, naturalmente, uma das principais prioridades da União Europeia.

O presente relatório apresenta, neste domínio, um conjunto de orientações que visam alertar para a importância de integrar lacunas – que, reconheça-se, existem –, sensibilizar para fatores sociais relacionados com o desemprego, assim como promover um mercado laboral mais justo.

O relator alerta para a importância de facilitar e investir na criação de emprego de qualidade e sustentável, de promover o empreendedorismo jovem, assim como de conduzir e de fomentar políticas que garantam salários equitativos a todos os trabalhadores.

Votei favoravelmente porque acredito que, por via da dinamização da procura de mão de obra, do aumento das competências dos trabalhadores, do melhoramento do funcionamento do mercado laboral e da promoção da igualdade de oportunidades, estaremos no rumo certo para uma Europa em que a economia social de mercado contribua para a dignificação do mercado laboral e para a erradicação do desemprego.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this consultation procedure vote, which is technically non-legislative. It is written in to the treaties (TFEU Article 148) that the EU should coordinate employment policy between all Member States and this is a procedure that is voted on every year. The proposal creates vague goals without specific actions as to what the Member States should be focussing on. This proposal includes things like 'increasing labour participation and reducing structural employment' and 'develop a skilled workforce'. This all sounds ok, but ultimately it is the EU trying to control Member States and tell them what their employment policies should be. The only people that should decide these things are our elected and accountable national governments, not EU bureaucrats in Brussels.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente por considerar fundamental que os Estados-Membros e a União se empenhem em desenvolver uma estratégia coordenada em matéria de emprego e, em especial, em promover uma mão de obra qualificada, formada e suscetível de adaptação, bem como mercados de trabalho que reajam rapidamente às mudanças económicas.

Os Estados-Membros, em cooperação com as autoridades regionais e locais, devem resolver de forma eficaz e célere o problema grave do desemprego, facilitar e investir na criação de emprego de qualidade e sustentável, tratar a questão da acessibilidade para os grupos expostos a riscos, reduzir os obstáculos que impedem as empresas de contratar pessoas nos vários níveis de competências e setores do mercado de trabalho, nomeadamente através da redução da burocracia, respeitando, contudo, as normas laborais e sociais, promover o empreendedorismo jovem e, em especial, favorecer a criação e o crescimento de micro, pequenas e médias empresas, a fim de aumentar a taxa de emprego de homens e mulheres. Os Estados-Membros devem promover ativamente, *inter alia*, os empregos nos setores verde, branco e azul, bem como a economia social, e fomentar a inovação social.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución con la cual el Parlamento denuncia la falta de atención prestada por el Consejo en octubre del año pasado a sus propuestas, aprobando unas Directrices que obviaban por completo cualquiera de las Recomendaciones hechas por el Parlamento pocos tiempo antes, planteamiento contrario al espíritu de los Tratados y que debilita la cooperación entre las instituciones de la Unión. El Parlamento expresa su preocupación respecto a la consecución de los objetivos de la Estrategia 2020, especialmente respecto a los objetivos de empleo y de protección social, así como a los educativos, con especial atención a las divergencias crecientes entre diferentes países. Asimismo, y gracias a las aportaciones del grupo S&D, la resolución incide en la necesidad de introducir la dimensión social, al mismo nivel que la financiera y fiscal, en el proceso del Semestre Europeo con el objeto de mejorar los resultados de las políticas macroeconómicas en el ámbito social.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la position du Parlement européen en ce qui concerne les lignes directrices pour l'emploi qui déterminent le champ d'action des politiques des États membres pour atteindre les objectifs de la stratégie Europe 2020. Je me réjouis d'ailleurs de l'ajout cette année d'une priorité concernant la conciliation entre vie familiale et vie professionnelle.

Par cette position, je déplore également que le Conseil ne prenne que très rarement en compte les amendements proposés par le Parlement européen pour améliorer ces lignes directrices. Je demande vivement au Conseil d'accorder une importance particulière aux propositions d'amendement du Parlement introduites dans ce rapport.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui fixe la position du Parlement sur les lignes directrices proposées par la Commission pour les politiques de l'emploi des États membres. Ce rapport rappelle les objectifs principaux des politiques de l'emploi: stimuler la demande d'emplois en réduisant, par exemple, les obstacles à l'embauche, améliorer l'offre d'emplois et les qualifications en facilitant l'accès à l'enseignement, améliorer le fonctionnement des marchés du travail en luttant contre le travail au noir et enfin garantir la justice sociale.

Ce rapport souligne que 120 millions de citoyens de l'Union risquent de connaître la pauvreté et l'exclusion sociale. Ce chiffre alarmant rappelle l'urgence à agir en matière d'emploi et requiert des mesures visant à encourager les États membres à lutter contre le chômage et les conditions de travail précaires.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos abstención en este informe porque consideramos como una cuestión prioritaria que el contenido del informe fuera tenido en cuenta de forma vinculante por parte del Consejo y no a modo de apéndice sin ningún efecto. Consideramos que el contenido del informe es en suma positivo y la mayor parte de las recomendaciones son positivas, pero encontramos que se hace un especial hincapié en la promoción del emprendimiento en desmerito de las recomendaciones sobre como paliar el desempleo de larga duración y garantizar el trabajo de calidad. Como no nos oponemos a una parte del informe y no se pueden votar por separado las enmiendas de la comisión, votamos abstención.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe erneut für die Richtlinien zur Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten gestimmt. Letztes Jahr hat der Europäische Rat den Bericht des Europäischen Parlaments „übersehen", daher wollen wir nun durch die erneute Abstimmung ein politisches Signal setzen.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – En este caso, me he pronunciado a favor de las enmiendas introducidas en la Comisión de Empleo a la propuesta de la UE porque, pese a sus insuficiencias, por lo menos amplía el foco a las políticas pasivas de empleo y las políticas macroeconómicas para luchar contra el actual desempleo masivo.

La propuesta de la Comisión, que ha contado con mi voto negativo, no es más que un ariete para reducir las prestaciones sociales y las pensiones y para culpar a los trabajadores y trabajadoras de su situación de desempleo; posturas lo suficientemente graves para que no votara a favor de la resolución final.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *na piśmie*. – Szacuje się, że obecnie nawet blisko jedna czwarta unijnej populacji jest zagrożona w różnym stopniu ubóstwem i wykluczeniem społecznym. Ta wyjątkowo trudna sytuacja, która cechuje się między innymi utrzymującą się wysoką liczbą osób bez pracy, wymaga przyjęcia środków w celu zachęcenia państw członkowskich do pomocy osobom bezrobotnym oraz najmniej zarabiającym.

Analiza krajowych programów reform państw członkowskich wskazuje na to, że państwa członkowskie nadal w zbyt małym stopniu skupiają się na podnoszeniu aktywności zawodowej, ograniczaniu bezrobocia, zwiększaniu kwalifikacji siły roboczej w odpowiedzi na oczekiwania i potrzeby rynku pracy.

W szczególnie trudnym położeniu na rynku pracy znajdują się ciągle – mimo małej poprawy w ostatnim czasie – ludzie młodzi w Europie. Dotyczy to zwłaszcza najbardziej dotkniętych kryzysem krajów południa Europy, ale też niektórych nowych państw członkowskich. Dalsze utrzymywanie się wysokiego bezrobocia wśród młodych może skutkować spełnieniem się naszych czarnych wizji o „straconym pokoleniu w Europie" i zagrozić przyszłości kontynentu. W tym kontekście ważne jest szczególnie propagowanie jakości zatrudnienia, powiązań nauka-biznes oraz zachęcania do uczenia się przez całe życie.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – At present, 16.8% of UK citizens are at risk of poverty and social exclusion. Today the EPLP voted in favour of a report which encourages Member States to adopt concrete employment policies aiming at ensuring an inclusive and integrated labour market and at addressing the severe impact of unemployment, create sustainable employment and ensure decent working conditions including social protection.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* — V prípade uznesenia pojednávajúceho o zmenách v usmerneniach politík zamestnanosti členských štátov som hlasoval proti tomuto návrhu. Nestotožňujem sa s predstavou zlepšovania politík zamestnanosti v EÚ, ktorá je automaticky spojená s politikou presadzovania práv LGBTI.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Legislativní usnesení o návrhu rozhodnutí Rady o hlavních směrech politik zaměstnanosti členských států jsem podpořila.

Přes některé pozitivní trendy v oblasti zaměstnanosti stále přetrvává velký počet nezaměstnaných mladých lidí a lidí ohrožených chudobou a sociálním vyloučením. Vítám proto, že EU přijímá hlavní směry politik zaměstnanosti členských států, které umožňují úsilí států v této oblasti koordinovat.

V doporučeních je správně obsažena podpora podnikání mladých lidí a akcent na zajištění kvalitního všeobecného a odborného vzdělávání, které hraje zásadní roli v oblasti zaměstnanosti a uplatnění se na trhu práce.

Další pozitiva zprávy lze také spatřovat v doporučeních týkajících se zajištění rovnosti žen a mužů na trhu práce, včetně jejich rovnocenného odměňování. V neposlední řadě nelze opomenout ani velmi dobře zvolenou formulaci ohledně stanovení výše minimálního příjmu. Text připomíná, že by si jej měl každý členský stát určit sám s ohledem na svou situaci a vnitrostátní postupy.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Boj proti nezamestnanosti, najmä mladých ľudí, je jednou z priorít Európskej komisie aj Európskeho parlamentu. Okrem podpory vzdelávacích a rekvalifikačných projektov by sme mali klásť dôraz najmä na zlepšovanie podnikateľského prostredia a podporu tvorby pracovných miest v súkromnom sektore.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Prihvaćam izvješće o prijedlogu odluke Vijeća o smjernicama za politike zapošljavanja država članica, jer smatram da je pitanje nezaposlenosti od velike važnosti, a pogotovo nezaposlenost mladih. Problem nezaposlenosti treba rješavati brzo i učinkovito.

Potrebno je ulagati i stvarati nova radna mjesta, aktivno promicati zelene, bijele i plave sektore te socijalno gospodarstvo. Plaće moraju biti dovoljno visoke kako bi nadvisile dohodak za život što bi ujedeno smanjilo siromaštvo u Uniji. Potrebno je efikasno smanjiti birokraciju i podupirati osnivanje malih i srednjih poduzetništva kako bi se povećala sveukupna zaposlenost.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates zu Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten habe ich nicht zugestimmt.

Der AEUV sieht vor, dass die Mitgliedstaaten und die Union auf die Entwicklung einer koordinierten Beschäftigungsstrategie und insbesondere auf die Förderung der Qualifizierung, Ausbildung und Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Fähigkeit der Arbeitsmärkte hinarbeiten, auf die Erfordernisse des wirtschaftlichen Wandels zu reagieren. Die hier zu beschließenden Leitlinien gehören in diesen Rahmen.

Diese Leitlinien und auch die Kompetenz der EU überhaupt dazu sollte es nicht geben. Dabei handelt es sich um eine zentralverwaltende Steuerung, die nicht einmal auf nationaler Ebene einen Mehrwert bringt, geschweige denn auf Ebene der EU.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Ugovorom o funkcioniranju EU-a propisuje se da države članice svoje gospodarske politike i promicanje zapošljavanja smatraju pitanjima od zajedničkog interesa te da ih usklađuju u Vijeću. Podržavam Izvješće o prijedlogu odluke Vijeća o smjernicama za politike zapošljavanja država članica Odbora za zapošljavanje i socijalna pitanja.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu sklepa Sveta o smernicah za politike zaposlovanja držav članic.

Obžalujem, da Svet ni upošteval zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta, ki smo jo sprejeli julija 2015. Pristop Sveta je v nasprotju, slabi sodelovanje med institucijami Unije in povečuje demokratični primanjkljaj za državljane.

Podpiram spremembo, da mora Unija pri opredelitvi in izvajanju svojih politik in dejavnosti zagotoviti povezan in vključujoč trg dela, ki lahko odpravi resne učinke brezposelnosti in zagotavlja dostojne pogoje dela v vsej Uniji, vključno z ustreznimi plačami, zagotavlja ustrezno socialno varstvo v skladu s predpisi na področju dela.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Τηρήσαμε στάση αποχής στην έκθεση. Παρόλες τις καλές αναφορές για τα δικαιώματα των εργαζομένων δεν μπορούμε να στηρίξουμε αλλαγές στα πλαίσια του συμφώνου σταθερότητας και του ευρωπαϊκού εξαμήνου. Ως Ομάδα επιμένουμε στην κατάργηση τους, γιατί αυτά είναι τα όργανα με τα οποία επιβάλλονται οι αντιλαϊκές πολιτικές φτωχοποίησης των εργαζομένων. Είναι ενδεικτικό της επιμονής της ΕΕ στις νεοφιλελεύθερες πολιτικές λιτότητας και μνημονίων και της έλλειψης δημοκρατίας στην ένωση, αφού ούτε πέρσι, αλλα ούτε και φέτος δεν έλαβε το Συμβούλιο υπόψη την έκθεση του Κοινοβουλίου για τις κατευθυντήριες γραμμές απασχόλησης. Η απορρύθμιση των εργασιακών σχέσεων, η πίεση προς τα κάτω των μισθών και των εργασιακών δικαιωμάτων, η διάλυση του κοινωνικού κράτους και το κοινωνικό ντάμπιγκ επιβάλλονται στους λαούς για να κερδοφορούν οι πολυεθνικές και το μεγάλο κεφάλαιο.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η ΕΕ χρειάζεται ολιστικές πολιτικές και δημόσιες επενδύσεις που θα καταπολεμήσουν την ανεργία και τη φτώχεια. Ωστόσο, οι στόχοι αυτοί δεν έχουν επιτευχθεί και πρέπει να καταβληθούν πιο σημαντικές προσπάθειες για να επιτευχθούν τα αναμενόμενα αποτελέσματα.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést, amelynek pontjait második alkalommal nyújtja be az Európai Parlament a Bizottság, illetve a Tanács felé. Egyetértek a Foglalkoztatásügyi és Szociális szakbizottság sajnálatával, hisz a Tanács és a Bizottság az EP korábbi javaslatait nem vette figyelembe. Az Európai Unióról szóló szerződés egyértelműen megfogalmazza azt a célt, hogy a tagállamok az Unión belül összehangolják gazdaságpolitikájukat. Emellett azt is meghatározza, hogy az Európai Unió intézkedéseket hoz (iránymutatások formájában például) a tagállamok foglalkoztatáspolitikájának és szociálpolitikájának összehangolása céljából. Sajnálattal konstatálom, hogy ezek az elvek nem teljesülnek 100%-ban, egyre több tagállam különutas politikát folytat. Egyes tagállamok konkrétan semmibe veszik az alapszerződés(ek) szellemiségét, mely véleményem szerint az EU-val szembeni demokratikus deficit jelenségét erősíti. Úgy gondolom, hogy nemcsak munkahelyteremtésről kell beszélnünk, hanem minőségi munkahelyteremtésről is. Ne legyen az, hogy egy tagállam (például Magyarország) beszámolhassa foglalkoztatott adatai közé a külföldön dolgozó állampolgárait vagy a havi 150 euró fizetségen tartott rabszolgaközmunkásokat.

A fentiek tekintetében örülök, hogy a javaslatok erős szociális hangsúlyt fektetnek az Európa 2020, illetve a tagállamok gazdasági és munkaügyi politikáira és kihívásaira.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – Per il secondo anno consecutivo, è ancora la nostra collega Laura Agea ad occuparsi in qualità di relatrice di questo fascicolo che consiste in una procedura non legislativa di consultazione dove il Parlamento esprime i suoi orientamenti per le politiche a favore dell'occupazione negli Stati membri. Grazie all'esperienza maturata dallo scorso anno, la collega ha potuto notare come il Consiglio abbia ignorato la posizione espressa del Parlamento nel 2015 e che è già in procinto di farlo anche quest'anno con la relazione del 2016. Così la relatrice ha deciso di ripresentare in blocco gli emendamenti del 2015 aggiungendo un paragrafo di critica al Consiglio UE che ha dimostrato di andare contro lo spirito dei trattati. Per questo motivo ho votato a favore della relazione.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – I support this report as major political groups in the European Parliament all want to send a clear message to the Council that its position must be taken into account as their ignorance is against the spirit of the Treaties and the good cooperation between the EU institutions. My colleagues and I in the S&D Group very much regret the Council and Commission ignorance of the EP contribution to the Guidelines for employment policies of Member States and call on the Commission to alter its proposal accordingly. Furthermore, we call on the Council to take the amended Guidelines into account in order to ensure an inclusive and integrated labour market able to address the severe impact of unemployment, secure a high level of employment, and ensure decent working conditions including national minimum basic income schemes and social protection.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la proposition de ma collègue Laura Agea sur la proposition de décision du Conseil relative aux lignes directrices pour les politiques de l'emploi des États membres.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of maintaining the 2015 guidelines for the employment policies of the Member States for 2016, as I believe that it is a useful tool to increase the effectiveness of our internal market, and to fight unemployment, particularly amongst youth. The guidelines include boosting demand for labour, enhancing labour skills and supply and the functioning of labour markets, improving the quality and performance of education and training systems, as well as ensuring social justice. Measures to promote entrepreneurship, access to quality education and vocational training as well as the employability capacity for SMEs should also be included. However, we should refrain from going beyond minimum requirements, in order to leave space for national and regional policy-makers to devise measures that are most tailored to the specificities of their own labour market.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog sklepa o smernicah za politike zaposlovanja držav članic sem podprla, saj menim, da mora Evropska unija pri opredelitvi in izvajanju svojih politik in dejavnosti zagotoviti povezan in vključujoč trg dela, ki lahko odpravi resne učinke brezposelnosti in zagotavlja dostojne pogoje dela v vsej Uniji, vključno z ustreznimi plačami in ustreznim socialnim varstvom v skladu s predpisi na področju dela, kolektivnimi pogajanji in v skladu z načelom subsidiarnosti.

Bistvenega pomena je tudi zagotoviti izobraževanje in usposabljanje na visoki ravni ter preprečevanje diskriminacije na podlagi spola, rase ali nacionalnosti, vere ali prepričanja, invalidnosti, starosti ali spolne usmerjenosti.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos abstención en este informe porque consideramos como una cuestión prioritaria que el contenido del informe fuera tenido en cuenta de forma vinculante por parte del Consejo y no a modo de apéndice sin ningún efecto. Consideramos que el contenido del informe es en suma positivo y la mayor parte de las recomendaciones son positivas, pero encontramos que se hace un especial hincapié en la promoción del emprendimiento en demérito de las recomendaciones sobre cómo paliar el desempleo de larga duración y garantizar el trabajo de calidad. Como no nos oponemos a una parte del informe y no se pueden votar por separado las enmiendas de la comisión, votamos abstención.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Les lignes directrices pour les politiques de l'emploi coordonnent les politiques de l'emploi des États membres de l'Union européenne. Elles sont intégrées à la stratégie «Europe 2020», édictée le 3 mars 2010, qui fixe les lignes directrices économiques de l'Union européenne. Le suivi des lignes directrices économiques est assuré dans le cadre du Semestre européen: elles font l'objet d'une surveillance thématique spécifique.

Sur recommandation de la Commission, le Conseil maintient les lignes directrices en date de 2015 pour l'année 2016. Le Conseil insiste sur l'utilisation du fonds social européen pour les politiques de l'emploi.

Le Parlement européen approuve la proposition conjointe de la Commission et du Conseil de maintenir les lignes directrices pour l'emploi pour l'année 2016.

Les lignes directrices pour l'emploi ont été initiées en 1998. Les éditions successives prônent toutes des objectifs identiques mais sans résultat concret.

Le chômage des jeunes est un exemple éloquent. En 2003 et en 2008, on fixait comme objectif l'obtention d'un emploi ou d'une formation quatre à six mois après l'arrivée sur le marché du travail. L'initiative pour l'emploi des jeunes, lancée en 2013, obéit au même principe. En 2016, le chômage des jeunes en Europe oscille autour de 20 %, et atteint 50 % dans certains États membres (Grèce, Espagne).

J'ai voté contre.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Wspólne ramy polityki zatrudnienia w państwach członkowskich mogą stanowić ważny punkt odniesienia w konstruowaniu planów przyszłej polityki dotyczącej rynku pracy i promocji zatrudnienia. Należy jednak uwzględnić istotną rolę specyfiki podejścia do polityki zatrudnienia wszystkich państw członkowskich; ujednolicenie przepisów i wykraczanie organów wyższego szczebla UE poza przyznane przez traktaty kompetencje może skutkować zbyt poważną ingerencją w rynek i nie przynieść oczekiwanych rezultatów. Z tych powodów zdecydowałem się zagłosować przeciwko złożonemu projektowi rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A tagállamok és az Unió az Európai Unióról szóló szerződésben meghatározott célkitűzések megvalósítása érdekében összehangolt stratégia kialakítására törekednek a foglalkoztatás, és különösen a szakképzett, képzett és alkalmazkodásra képes munkaerő, valamint a gazdasági változásokra reagálni képes munkaerőpiacok fejlesztése terén. A mostani javaslatot megszavaztam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — Votamos abstención en este informe porque consideramos como una cuestión prioritaria que el contenido del informe fuera tenido en cuenta de forma vinculante por parte del Consejo y no a modo de apéndice sin ningún efecto. Consideramos que el contenido del informe es en suma positivo y la mayor parte de las recomendaciones son positivas, pero encontramos que se hace un especial hincapié en la promoción del emprendimiento en demérito de las recomendaciones sobre cómo paliar el desempleo de larga duración y garantizar el trabajo de calidad. Como no nos oponemos a una parte del informe y no se pueden votar por separado las enmiendas de la comisión, votamos abstención.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour as Member States should listen to the message of their citizens, sent via their elected body, the European Parliament, and give sustainable employment and social inclusion higher priority in their agenda settings / employment guidelines.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Šios naujos integruotosios gairės turėtų atitikti Europos Vadovų Tarybos išvadas.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the proposal for a Council decision on guidelines for the employment policies of the Member States. The 'Europe 2020 Strategy' proposed by the Commission should enable the Union to turn its economy towards smart, sustainable and inclusive growth, accompanied by a high level of employment, productivity and social cohesion. The Union is in need of holistic policies and public investments that will fight against unemployment and poverty. I voted in favour because I strongly believe that the achievement of the Europe 2020 Strategy in the employment and social area must remain a key objective of Member States' employment policies.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Presentando este informe por segunda vez el Parlamento pretende emitir una señal política para que la posición del Parlamento sea tenida en consideración. El texto recoge un equilibrio entre todos los grupos políticos que ha hecho posible alcanzar compromisos comunes en el tratamiento, por una parte, de las políticas económicas; y, por otra parte, de las políticas sociales. Además, se mantiene en línea con el Pacto de Estabilidad y Crecimiento. Por todo ello he votado a favor de este informe.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – At present, 16.8% of UK citizens are at risk of poverty and social exclusion. Today the EPLP voted in favour of a report which encourages Member States to adopt concrete employment policies aiming at ensuring an inclusive and integrated labour market and at addressing the severe impact of unemployment, create sustainable employment and ensure decent working conditions including social protection.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit verslag. Het Europees Parlement en de Europese Raad komen niet overeen over de richtsnoeren die de EU haar lidstaten dient te geven om de werkgelegenheid op te krikken.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório pretende, para 2016, confirmar a validade das orientações das políticas de emprego dos Estados-Membros, que tinham sido lançadas em outubro de 2015.

Lamentavelmente, muitos dos conceitos utilizados – como «adaptabilidade» e «flexibilidade» – comportam alterações nas relações e nas condições de trabalho, que conduzem à deterioração dos direitos dos trabalhadores.

Por outro lado, a solução principal preconizada, o empreendedorismo, é incentivado de múltiplas formas, inclusivamente como componente curricular no sistema educativo público. Existe ainda a referência à «necessária flexibilidade nos sistemas de ensino e uma orientação prática», revelando um paradigma educativo essencialmente profissionalizante e o conceito de subjugação das políticas educativas às necessidades das empresas.

Esse relatório estava ainda numa lógica inerente à Estratégia Europa 2020, ao Semestre Europeu e a outras políticas que assentam na ingerência supranacional e na imposição da austeridade. O nosso voto foi contra.

Esta proposta de resolução que agora se apresenta contém considerações positivas no que toca à defesa dos direitos dos trabalhadores, de género ou de orientação sexual, ao reforço da contratação coletiva e ao combate à pobreza. No entanto, não se afasta do que, no documento original, nos fez votar contra.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Im Änderungsantrag wird die unzureichende Einbindung des Parlaments durch den Rat bei der Gesetzgebung kritisiert. Es heißt, die EU benötigt „ganzheitliche politische Strategien", um Arbeitslosigkeit und Armut bekämpfen zu können. Dementsprechend werden in den Änderungsanträgen u.a. die Gleichstellung von Mann und Frau am Arbeitsmarkt gefordert, was meiner Meinung nach bloß wieder zu der Debatte von Frauenquoten führen wird. Zudem soll es eine verstärkte Inklusion auf dem Arbeitsmarkt von diskriminierten Gruppen geben, u.a. legale Einwanderer, obwohl die (in Anmerkung auf Österreich) Arbeitslosigkeit der autochthonen Bevölkerung schon hoch genug ist. Daher ist der Bericht abzulehnen.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulla proposta di decisione del Consiglio sugli orientamenti per le politiche degli Stati membri a favore dell'occupazione. Il testo approvato dalla commissione EMPL esprime delusione per la mancanza di considerazione da parte del Consiglio e della Commissione degli orientamenti presentati dal Parlamento. La relazione ripresenta di conseguenza gli stessi emendamenti dell'anno scorso, volti a focalizzare l'attenzione sulla necessità di realizzare un mercato inclusivo che possa rispondere al problema della disoccupazione, creare posti di lavoro sostenibili e assicurare condizioni di lavoro dignitose.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – At present, 16.8% of UK citizens are at risk of poverty and social exclusion. Therefore, I voted together with my EPLP colleagues in favour of a report that encourages Member States to adopt concrete employment policies aimed at ensuring an inclusive and integrated labour market and at addressing the severe impact of unemployment, thereby creating sustainable employment and ensuring decent working conditions including social protection.

Since being elected, I have consistently worked to include a gender equality and women's rights perspective at the heart of policy-making on employment and women's representation and access to labour markets. EU policies have continuously advanced gender equality for decades, and it is crucial that UK citizens continue to enjoy those benefits in years to come, despite the recent referendum vote which risks further progress in these matters.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), *na piśmie*. – Głosowałam przeciwko sprawozdaniu, ponieważ, mimo że traktuje o ważnych dla społeczeństw UE sprawach i zawiera istotne obserwacje, to narusza kwestie kompetencji. Wytyczne w zakresie polityki zatrudnienia należą w większości do kompetencji państw członkowskich.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei a favor do relatório Agea, por entender que o Parlamento deve afirmar as suas orientações para as políticas de emprego dos Estados-Membros.

Defendo que a UE deve, na execução das suas políticas de emprego, garantir a criação de um mercado de trabalho integrado e inclusivo, que esteja apto a combater o impacto do desemprego, a assegurar um nível elevado de emprego, a garantir condições de trabalho dignas em toda a União, incluindo remunerações adequadas e níveis de proteção social adequados, e a combater a discriminação em razão do sexo, da origem racial ou étnica, da religião ou crença, da deficiência, da idade ou da orientação sexual.

Além disso, a UE necessita de políticas holísticas e investimentos públicos que combatam o desemprego e a pobreza. Neste contexto, a evolução, até à data, dos indicadores de emprego e sociais da estratégia Europa 2020 suscita grande preocupação, dado que o número de pessoas em risco de pobreza e de exclusão aumentou cinco milhões em vez de diminuir e a taxa de emprego em alguns países ainda não atingiu os níveis registados antes da crise.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. — Questa è una relazione non legislativa ma di consultazione. Il Parlamento viene «consultato» sugli orientamenti per le politiche degli Stati membri a favore dell'occupazione. Noi del M5S ci siamo occupati dello stesso dossier anche lo scorso anno e abbiamo constatato che il Consiglio non solo ha ignorato totalmente la posizione espressa dal Parlamento nel 2015, ma ha anche già stabilito di ignorare quella che sarà espressa con la relazione del 2016. Insieme ai miei colleghi del Movimento5Stelle siamo riusciti a creare consenso all'interno del Parlamento così da riuscire a ripresentare in blocco gli orientamenti dello scorso anno, introducendo però un

paragrafo di forte critica al lavoro del Consiglio UE. L'approccio di quest'ultimo infatti si è dimostrato contrario allo spirito dei trattati ponendo in essere un comportamento che ha come effetto quello di voler indebolire la cooperazione tra le istituzioni dell'Unione. Non possiamo che ravvisare in questo un aumento del «deficit democratico» nei confronti dei cittadini dell'Unione. Il Parlamento europeo, con questa relazione, denuncia il modus operandi del Consiglio e ribadisce la propria posizione che deve esser tenuta in considerazione. Non potevo che votare a favore della relazione.

Milan Zver (PPE), *pisno.* – Glasoval sem za predlog sklepa Sveta o smernicah za politike zaposlovanja držav članic.

Menim, da mora Unija zagotoviti povezan in vključujoč trg dela, ki lahko odpravi resne učinke brezposelnosti in zagotavlja dostojne pogoje dela v vsej Uniji in za vse.

Prav tako mora Unija omogočati, da svoje gospodarstvo usmerja k pametni, trajnostni in vključujoči rasti, ki jo bo spremljala visoka stopnja zaposlenosti, produktivnosti in socialne kohezije.

12.6. Schlüsselziele für die 17. Konferenz der Vertragsparteien des CITES-Übereinkommens in Johannesburg (Südafrika) (B8-0987/2016)

Suulliset äänestysselitykset

Emma McClarkin (ECR). – Madam President, today I welcome the steps taken by the EU to become part of the global fight against illegal wildlife trade by becoming a party to CITES. The battle against this heinous crime cannot be fought or won in isolation, and this marks an important step in acknowledging that and responding.

It is estimated that this illicit trade and criminal activity has a value of between EUR 8 billion and EUR 20 billion per year, and the profits from it prop up corrupt regimes and criminals across the world. Only by stemming the funds from such crime will we really enable development and trade efforts for certain nations to be fully realised.

Europe is not only the destination, but is also a transitional market for these goods and their illicit supply chains, and much can be done to tackle this across a range of policy fields. Therefore, whilst we take this international step forward, we should also look at the domestic market and continue to encourage all Member States to end trade in illicit goods, and specifically in ivory.

Overall, this is a positive step in terms of joining the global fight against the trade in illegal wildlife products, and we should be an active party to CITES, driving the agenda forward.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem rád podpořil toto usnesení, protože považuji za mimořádně důležité bojovat proti všem formám tzv. zoo-mafie, to znamená organizované trestné činnosti, která vydělává na pašování zvířat. Ať už se jedná o volně žijící druhy, to je případ této mezinárodní konference, kam doufám, že naši zástupci pojedou se silným mandátem, nebo o pašování zvířat v rámci Evropské unie ze střední a východní Evropy do západních částí EU, které se dotýká psů a koček, a o tzv. množírny. Shodou okolností zítra k tomuto tématu v Praze dělám velkou konferenci a velkou debatu.

Je to důležité téma, které na první pohled vypadá jako téma okrajové, ale už to bylo řečeno, zoo-mafie, tento organizovaný zločin, je druhá či třetí (podle různých statistik) nejvíce výdělečná trestná činnost na světě vedle obchodu s drogami a jinými nezákonnými věcmi. Takže bychom to neměli podceňovat a měli bychom tomu věnovat výraznou pozornost.

Kirjalliset äänestysselitykset

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La Convenzione sul commercio internazionale delle specie di flora e di fauna selvatiche minacciate di estinzione (CITES) è uno strumento internazionale volto a proteggere le specie di flora e di fauna selvatiche minacciate di estinzione mediante il controllo del commercio internazionale degli esemplari di tali specie. In questa risoluzione si chiede alla Commissione europea di spiegare i principali obiettivi strategici dell'Unione alla prossima Conferenza delle parti della CITES, mettendo in luce i seguenti aspetti: la trasparenza del processo decisionale, la necessità di migliorare la segnalazione del contrabbando di fauna selvatica, la corruzione e l'attuazione della CITES. Per questi motivi ho espresso voto favorevole.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — With regard to the motion for a resolution on the EU strategic objectives for the 17th meeting of the Conference of the Parties to the Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora (CITES), to be held in Johannesburg (South Africa) from 24 September to 5 October 2016, this vote is not about CITES itself.

We support the objectives of the CITES convention, but this vote is about enhancing the status of the European Commission within the CITES structure, which we are not prepared to support.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this resolution. The motion comes ahead of the 17th meeting of the parties to the Convention on International Trade in in Endangered Species of Wild Fauna and Flora (CITES), of which the EU is now a member (as of 2015), and it calls for further action in cracking down on illegal trafficking of wildlife, which is still widespread.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui appelle les États membres à faire preuve de volonté politique et à intensifier leurs efforts pour lutter contre le commerce illégal de la faune qui se déroule sous nos yeux, au sein de l'UE.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της πρότασης ψηφίσματος του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου σχετικά με τους βασικούς στόχους της 17ης Διάσκεψης των συμβαλλόμενων μερών στη CITES η οποία θα διεξαχθεί στο Γιοχάνεσμπουργκ, διότι είναι σημαντικό για τα κράτη μέλη να δείξουν πολιτική θέληση και να εντείνουν τις προσπάθειές τους για την καταπολέμηση της παράνομης διακίνησης άγριων ζώων στην ΕΕ.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Cette résolution présente les objectifs clés de l'UE en tant que participant à la 17e conférence des parties à la Convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction (dite CITES en anglais) qui se tiendra du 24 septembre au 5 octobre prochains à Johannesburg. Cette résolution se réjouit de l'adhésion de l'UE à la convention CITES, par laquelle l'UE votera désormais au nom des 28 États membres, qui sont déjà tous parties à la CITES, sur les sujets qui relèvent de compétences de l'UE.

L'UE n'a pas à supplanter le rôle des États souverains concernant les grands sujets de coopération internationale. J'ai donc voté contre cette résolution.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – In the interests of transparency and democracy, given that the vote is not subject to a roll-call, I wish to confirm that I abstained on this resolution.

Whilst I fully support efforts to protect endangered species, this vote also concerns enhancing the status of the European Commission to the detriment of national authorities. As it appears to be a power grab, I cannot support it overall.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pasiūlymą dėl rezoliucijos dėl strateginių ES tikslų 2016 m. rugsėjo 24 d. – spalio 5 d. Johanesburge (Pietų Afrika) vyksiančiam Nykstančių laukinės faunos ir floros rūšių tarptautinės prekybos konvencijos (CITES) 17-ajam šalių konferencijos susitikimui. CITES yra svarbiausias egzistuojantis pasaulinio lygio laukinės gamtos išsaugojimo susitarimas, kurį pasirašė 181 šalis, įskaitant ES ir jos 28 valstybes nares. ES pirmą kartą dalyvauja CITIES konferencijoje kaip konvencijos šalis, todėl palaikau ES prisijungimą prie CITIES ir manau, kad šis prisijungimas yra labai svarbus žingsnis užtikrinant, kad ES ir toliau siektų platesnių savo aplinkos politikos ir tarptautinės prekybos nykstančiomis laukinės floros ir faunos rūšimis reguliavimo tikslų ir propaguotų JT 2030 m. darbotvarkės darnaus vystymosi politiką.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – Az állásfoglalási indítvány részletezi, hogy az Európai Uniónak az egyezményhez aláíró félként való csatlakozása milyen jelentőséggel bír a vadon élő állatok és növények illegális kereskedelmének felszámolásában. Az EU az egyik fő célpontja ezen élő állatok és növények kereskedelme, továbbá a belőlük készült termékek fő piaca is az EU területe.

Az indítvány ajánlásokat fogalmaz meg a döntéshozatali mechanizmus és az egyezmény által előírt finanszírozás és végrehajtás módosításaihoz, továbbá a függelékben szereplő fajok számának növelését célozza meg. A módosítások a korrupció és a visszaélések, illetve az illegális kereskedelem hatékonyabb felderítését és felszámolását segítik elő, továbbá a tagállamok között és az egész EU-ban a hatékonyabb információcsere és ellenőrzések összehangolását szorgalmazza. Mindezek alapján az indítványt elfogadtam.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport qui salue l'adhésion de l'Union à la CITES et considère qu'il s'agit d'une avancée fondamentale pour la poursuite, par l'Union, des efforts réalisés par la CITES pour protéger les espèces de la flore et de la faune sauvage menacées d'extinction.

Parmi d'autres initiatives, le rapport invite également l'Union à adopter une législation qui permette de réduire le commerce illicite en rendant illégales l'importation, l'exportation, la vente ou l'acquisition d'animaux ou de plantes sauvages pris, possédés, transportés ou vendus en infraction à la loi du pays d'origine ou de transit.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que contiene varias directrices para la Convención sobre el Comercio Internacional de Especies Amenazadas de Fauna y Flora Silvestres (CITES), que se celebrará en Johannesburgo (Sudáfrica) del 24 de septiembre al 5 de octubre. Todas las orientaciones van destinadas a cumplir con los objetivos medioambientales, así como a la promoción de políticas de desarrollo sostenible. La caza furtiva y la alarmante situación que sufren los elefantes y tigres son otros de los elementos más destacados.

La CITES tiene como principal objetivo velar por que el comercio internacional de animales y plantas silvestres no ponga en riesgo su existencia. Desde su creación en 1963 hasta la actualidad, se puede ver cómo han disminuido las especies mientras ha aumentado su comercio. De este modo, sea hace aún más necesario poner de relieve que sólo desde la cooperación internacional entre los diferentes Gobiernos será posible combatir el comercio ilegal, a las mafias, y proteger a los animales y plantas silvestres. Estamos ante un comercio global que no entiende de fronteras, por tanto, todos los actores implicados deben tener una voluntad decidida para acabar con esta práctica que amenaza constantemente nuestro medio ambiente.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La Convenzione sul commercio internazionale delle specie di flora e fauna selvatiche minacciate dall'estinzione rappresenta il più importante accordo in materia di conservazione delle specie selvatiche, potendo contare su ben 181 parti aderenti tra cui l'Unione europea e i suoi 28 Stati membri. Considerando che l'UE rappresenta uno dei principali mercati di transito e di destinazione del commercio illegale di specie selvatiche, in particolare di uccelli, tartarughe, rettili e specie vegetali inserite negli elenchi allegati alla CITES; appare evidente come la sua partecipazione alla convenzione rappresenti una logica conseguenza delle scelte adottate in materia ambientale. La risoluzione approvata oggi dal Parlamento sostiene il piano d'azione adottato dall'UE contro il traffico di specie selvatiche, incoraggiando tutte le parti a rafforzare la cooperazione, il coordinamento e le sinergie tra le convenzioni inerenti alla biodiversità. Occorre una nuova legislazione che renda illegale l'importazione, l'esportazione, la vendita e l'acquisto di piante e animali selvatici che sono catturati e posseduti in violazione della legge del paese d'origine o di transito. Aggredire il commercio illegale significa combattere la corruzione, la criminalità organizzata e le organizzazioni terroristiche che lucrano sul traffico di specie a rischio.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de los objetivos clave para la 17.ª reunión de la CP de la CITES en Johannesburgo dado que es fundamental la adhesión de la Unión a la CITES; considera que es un paso fundamental para garantizar que la UE pueda alcanzar los objetivos más amplios de sus políticas medioambientales y la regulación del comercio internacional de especies amenazadas de flora y fauna silvestres, promoviendo las políticas de desarrollo sostenible de la Agenda 2030 de la ONU.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado esta Resolución sobre los objetivos claves para la 17.ª reunión de la Conferencia de las Partes de la CITES en Johannesburgo. En ella se acoge con satisfacción la adhesión de la UE a la CITES y se considera dicha adhesión un paso fundamental para garantizar que la Unión pueda alcanzar los objetivos más amplios de sus políticas medioambientales y la regularización del comercio internacional de especies amenazadas de flora y fauna silvestres promoviendo las políticas de desarrollo sostenible de la Agenda 2030 de las Naciones Unidadas.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – La Convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction, connue par son sigle CITES ou encore comme la Convention de Washington, est un accord international entre États. Elle a pour but de veiller à ce que le commerce international des spécimens d'animaux et de plantes sauvages ne menace pas la survie des espèces auxquelles ils appartiennent.

Cette résolution présente les objectifs de l'UE comme participant à la 17e conférence des parties à la CITES. Profondément attaché à la protection animale, je suis favorable à ce type d'accord. Néanmoins, ici, la résolution se félicite de l'adhésion de l'UE à la CITES par laquelle l'UE votera désormais à la place des 28 États membres. Je refuse que l'UE supplante les États et j'ai donc voté contre pour cette raison uniquement.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Pur essendo un testo in buona parte equilibrato e condivisibile, permangono passaggi che potrebbero aprire a criticità future, mi sono quindi espressa con un voto di astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El tráfico de vida silvestre se ha convertido en el cuarto mercado negro más grande después de las drogas, el tráfico de personas y el mercado de armas. La UE es un importante mercado de tránsito y de destino para el comercio ilegal de vida silvestre de aves, tortugas, reptiles y especies de plantas que están sujetos a altos niveles de protección en virtud de la Convención sobre el Comercio Internacional de Especies Amenazadas de Fauna y Flora Silvestre (CITES). Un número cada vez mayor de especies exóticas que se han comerciado ilegalmente se tienen como mascotas en la UE.

En vista a la 17ª reunión de la Conferencia de las Partes de CITES, he votado en favor de esta resolución que solicita, entro otras cuestiones, más medidas para combatir la corrupción y hacer frente a la delincuencia organizada involucrada en el tráfico de vida silvestre, medidas más eficaces para combatir el comercio ilegal, el pleno uso de sanciones efectivas, y cooperación internacional conjunta y conceder el estado de conservación más alta (CITES, anexo I) a los elefantes de África, de manera que se envíe una señal política fuerte para una prohibición indefinida del comercio de marfil en el futuro.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, nes ja Parlamentas pasisakė dėl CITES šalių konferencijos 17-tajam susitikimui numatytų pagrindinių tikslų. CITES yra svarbiausias egzistuojantis pasaulinio lygio laukinės gamtos išsaugojimo susitarimas, kurį pasirašė 181 šalis, įskaitant ES ir jos 28 valstybes nares. CITES tikslas yra užtikrinti, kad tarptautinė prekyba laukiniais gyvūnais ir augalais nekeltų grėsmės rūšių išlikimui laisvėje. Kaip rodo Tarptautinės gamtos ir gamtos išteklių apsaugos sąjungos (IUCN) Nykstančių rūšių raudonoji knyga, išnykimas gresia daugiau kaip 23 000 rūšių, o jos sudaro apie 30 proc. iš IUCN vertinamų 79 837 rūšių. Parlamentas palankiai vertina neseniai priimtą ES kovos su neteisėta prekyba laukiniais gyvūnais ir augalais veiksmų planą, kuriuo siekiama užkirsti kelią tokiai prekybai šalinant pagrindines jos priežastis, gerinant esamų taisyklių įgyvendinimą ir laikymąsi ir veiksmingiau kovojant su organizuotais nusikaltimais laukinei gamtai. Parlamentas palankiai vertina ir tai, kad į veiksmų planą įtrauktas specialus skyrius dėl pasaulinės partnerystės tarp kilmės, vartojimo ir tranzito šalių kovojant su neteisėta laukinių gyvūnų ir augalų prekyba stiprinimo. Taip pat Parlamentas primygtinai ragina ES ir jos valstybes nares priimti ir įgyvendinti griežtesnį veiksmų planą ir taip pademonstruoti tvirtą Europos įsipareigojimą kovoti su neteisėta prekyba laukiniais gyvūnais ir augalais.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće. Cilj je osigurati da međunarodne trgovine divljih životinja i biljaka nisu prijetnja opstanku te vrste u divljini. EU je postala potpisnica Konvencije 2015. godine.

Trgovina divljim životinjama je postala četvrto najveće crno tržište nakon droge, krijumčarenja ljudi i oružja. EU je glavno tranzitno i odredišno tržište zbog nezakonite trgovine divljih životinja, ptica, kornjača, gmazova i biljnih vrsta koje su predmet visoke razine zaštite pod CITES-om. Sve veći broj ljudi ilegalno trguje egzotičnim vrstama koje se čuvaju kao kućni ljubimci u EU-u.

Smatram kako države članice moraju pokazati političku volju i pojačati napore u borbi protiv ilegalne trgovine divljim životinjama.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Si tratta di un argomento delicato che ci coinvolge da vicino in quanto consumatori. Il traffico di specie selvatiche costituisce una grave minaccia per la biodiversità e lo sviluppo sostenibile. Specie come elefanti, rinoceronti, grandi scimmie, tigri e squali sono particolarmente colpite e minacciate di estinzione. Il bracconaggio di elefanti e rinoceronti ha raggiunto un picco storico che sta compromettendo il ripopolamento. Il traffico di fauna selvatica è la quarta attività illegale nel mondo dopo il traffico di droga, di armi e di esseri umani, con un giro d'affari di circa 17 miliardi di euro all'anno.

La risoluzione sugli obiettivi principali della COP 17 di Johannesburg propone un'azione severa di contrasto alla corruzione e alla criminalità organizzata coinvolti nel traffico di fauna selvatica, che spesso è uno strumento di finanziamento di molte organizzazioni criminali (si pensi al gruppo terrorista Boko Haram in Nigeria).

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della relazione in questione che si concentra su alcuni punti fondamentali su cui i negoziatori dell'UE dovrebbero focalizzare la loro attenzione alla prossima Conferenza della CITES. In primis, la tracciabilità delle specie selvatiche: occorre che tutte le parti introducano un sistema di autorizzazioni elettroniche, utile anche ai fini della lotta alla corruzione, che rappresenta un fattore chiave nel traffico illegale di specie di flora e fauna in estinzione. La corruzione può essere individuata in ogni punto della catena del commercio di specie selvatiche e colpisce i paesi di origine, di transito e di destinazione, danneggiando l'efficacia, la corretta attuazione e il successo finale della Convenzione CITES. Per questo motivo occorre insistere per l'introduzione di misure anticorruzione solide ed efficaci e per una maggiore cooperazione giudiziaria tra Stati membri. Infine, è necessario che la CITES preveda l'applicazione piena e senza indugio di sanzioni contro le parti che non rispettano gli elementi chiave della Convenzione. L'Unione e gli Stati membri devono sfruttare tutti gli strumenti disponibili per incoraggiare le parti a rispettare la Convenzione CITES e gli altri accordi internazionali richiamati dalla Convenzione intesi a tutelare la flora e la fauna selvatiche e la biodiversità.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this resolution. The motion comes ahead of the 17th meeting of the parties to the Convention on International Trade in in Endangered Species of Wild Fauna and Flora (CITES), of which the EU is now a member (as of 2015), and it calls for further action in cracking down on illegal trafficking of wildlife, which is still widespread.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it is important to ensure that international trade in wild animals and plants is not a threat to the survival of species in the wild. We have a moral responsibility to do our utmost to save threatened species from extinction, especially when the EU is found to be a significant transit route and destination market for illegal wildlife trade in species listed in the CITES Agreement. I believe that the penalties for wildlife trafficking offences are not severe enough.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La CITES è la convenzione sul commercio internazionale delle specie di flora e di fauna selvatiche minacciate di estinzione e si tratta di uno strumento internazionale volto a proteggere le specie a rischio mediante il controllo del commercio internazionale degli esemplari di tali specie. La risoluzione mette in luce aspetti importanti quali la trasparenza del processo decisionale, la necessità di migliorare la segnalazione del contrabbando di fauna selvatica, la corruzione e l'attuazione della CITES. Ho votato a favore del testo finale.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – L'Unione europea ha aderito alla Convenzione sul commercio internazionale delle specie di flora e fauna selvatiche minacciate di estinzione (CITES) nel 2015. La diciassettesima riunione della Conferenza delle parti, che si terrà dal 21 settembre al 5 ottobre, sarà un momento di confronto molto importante per presentare gli obiettivi principali per l'Europa in questo settore. La Convenzione CITES sottopone le specie selvatiche ad un regime di protezione molto rigoroso ma, considerata la portata dei traffici e gli elevati profitti per le organizzazioni criminali, è chiaro come sia necessaria una strategia più strutturata tra i paesi che sottoscrivono la Convenzione. Tra gli obiettivi principali da perseguire sono da sottolineare: l'adozione di nuove misure per combattere il commercio illegale online e, soprattutto, la messa in atto di azioni più robuste per la lotta alla corruzione e alla criminalità orga-

nizzata coinvolta in questi traffici illeciti. Ho votato a favore della risoluzione in quanto vengono evidenziati aspetti rilevanti in termini di lotta al commercio internazionale gestito dalla criminalità organizzata transfrontaliera. Ritengo quindi necessario intraprendere un percorso più efficace per combattere questo tipo di commercio soprattutto perché l'Unione Europea risulta essere uno dei principali mercati di transito e destinazione delle specie di flora e fauna selvatiche minacciate di estinzione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και υπογραμμίζουμε πως το λαθρεμπόριο άγριων ειδών έχει εξελιχθεί στην τέταρτη μεγαλύτερη μαύρη αγορά, μετά το λαθρεμπόριο ναρκωτικών, την εμπορία ανθρώπων και το εμπόριο όπλων.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Το ψήφισμα ως προς τους βασικούς στόχους της 17ης Διάσκεψης της CITES εστιάζει σε ζητήματα διαφάνειας στις διαδικασίες λήψης αποφάσεων, και προστασίας της πανίδας. Θεωρώ πως αποτελεί μια σωστή προσπάθεια και ως εκ τούτου ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Mi sono espresso a favore della linea di obiettivi proposta dai colleghi dal momento che costituisce un momento fondamentale nella lotta per la tutela della flora e della fauna selvatiche. Infatti, ritengo che la Conferenza delle parti della CITES a Johannesburg, alla quale l'Unione europea parteciperà per la prima volta in qualità di parte aderente, contribuirà a combattere il commercio illegale di specie selvatiche, dal momento che l'UE rappresenta uno dei principali mercati di transito e di destinazione. Inoltre, ritengo che la richiesta di maggiore trasparenza a livello decisionale possa contribuire al miglioramento della rispettabilità dell'organizzazione e sia in linea con i principi di democrazia e chiarezza promossi dall'Unione. Noto con rammarico l'aumento di attività illegali, specialmente per quanto riguarda il commercio in prodotti derivati da elefanti africani e tigri, e mi auguro che l'adesione dell'UE possa tradursi in nuovi finanziamenti per combattere questo crescente mercato nero.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the motion on key objectives for the CITES CoP17 meeting in Johannesburg and noted no objections.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – With regard to the motion for a resolution on the EU strategic objectives for the 17th meeting of the Conference of the Parties to the Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora (CITES), to be held in Johannesburg (South Africa) from 24 September to 5 October 2016, this vote is not about CITES itself.

We support the objectives of the CITES convention, but this vote is about enhancing the status of the European Commission within the CITES structure, which we are not prepared to support.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione sulla 17a riunione della CITES, nella speranza che le decisioni in capo alla conferenza vengano prese sulla base di analisi tecnico scientifiche realizzate dagli Stati interessati in collaborazione con le realtà locali, ovvero, con il pieno coinvolgimento delle popolazioni rurali al fine di garantire una maggiore protezione del patrimonio naturale.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución conjunta de todos los grupos parlamentarios en la Comisión de Medio Ambiente del Parlamento Europeo puesto que realiza varias recomendaciones positivas para la próxima Conferencia de las Partes (COP) sobre el Comercio Internacional de Especies Amenazadas de Fauna y Flora Silvestres (CITES) a celebrar próximamente en Sudáfrica.

Puesto que el texto hace hincapié en la importancia de la transparencia en la toma de decisiones y en la adopción de medidas para combatir el tráfico de especies salvajes y de combatir la corrupción y el tráfico de trofeos de caza, con especial hincapié en medidas de protección del león africano, el folidoto o el rinoceronte blanco, he votado a favor de la resolución.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The CITES convention is the largest international wildlife conservation agreement in existence and it aims to ensure that global trade does not affect the survival of species. Wildlife trafficking is the fourth largest black market. The resolution includes aims to fight corruption and crime, measures for online illegal trade, effective sanctions and the adoption of new EU legislation on illegal animal/plant trade, increased consumer awareness and traceability. For these reasons, I voted in favour of this oral question.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – As a proud proponent of animal welfare, I am pleased to support this resolution. It makes a number of key recommendations on improving the reporting of wildlife trafficking, tackling corruption and establishing international standards on the trade in hunting trophies.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Par l'adoption de cette résolution, le Parlement émet ses recommandations sur les objectifs stratégiques de l'Union en vue de la dix-septième session de la Conférence des parties à la convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction (CITES), qui se tiendra du 24 septembre au 5 octobre 2016 à Johannesburg. J'ai soutenu ce texte qui met l'accent sur les sanctions et la législation contre le commerce illégal des espèces sauvages, ainsi que sur la coopération et l'échange d'informations entre les États parties à la convention. Le commerce illégal d'espèces sauvages constitue désormais le quatrième plus grand marché noir et les groupes terroristes y ont recours pour financer leurs activités. L'Union, qui participe pour la première fois à la Conférence des parties à la CITES, devra montrer la voie à suivre pour que soient adoptées des politiques claires visant à décourager la consommation des produits dérivés et à sensibiliser les consommateurs.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – La prochaine convention internationale sur le commerce des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction se tiendra à Johannesburg fin septembre 2016. Dans cette perspective, le Parlement européen a adopté une résolution sur certains objectifs clés qui devront être discutés pendant cette convention. Ces objectifs incitent l'Union européenne à s'engager dans la protection des espèces menacées et à fortifier sa législation contre le braconnage et le commerce illégal. La résolution contient notamment plusieurs propositions pour encourager l'interdiction du commerce de l'ivoire dans les pays membres et pour lutter contre la chasse aux trophées et le marché des animaux exotiques. Ces pratiques représentent en effet une menace importante pour un grand nombre d'espèces. Considérant la biodiversité comme essentielle, j'ai voté en faveur de ce texte.

Mark Demesmaeker (ECR), *schriftelijk*. – Ik steun voluit de Cites-resolutie, waarin terecht het belang van handhaving van bestaande regels en bestrijding van corruptie wordt benadrukt. In het licht van de bijeenkomst in Johannesburg wil ik Commissie en lidstaten oproepen een verbod op de handel in ivoor te steunen, zonder achterpoortjes: illegaal ivoor vindt immers altijd zijn weg naar het legale circuit.

Daar moeten we paal en perk aan stellen want illegale handel is dodelijk voor de biodiversiteit. Een recente telling (Great Elephant Census) toont aan dat tussen 2007 en 2014 30 % van de Afrikaanse savanneolifanten werd gestroopt. Dat zijn maar liefst 144 000 olifanten. De omschrijving van olifanten als "levende dinosaurussen" is dan ook bijzonder treffend.

Maar de illegale handel heeft nog andere desastreuze en vaak dodelijke gevolgen: de handel breng jaarlijks miljarden euro's in handen van criminelen, milities en terroristische groeperingen en creëert op die manier onveiligheid en instabiliteit.

Bovendien neemt de handel spectaculair toe: de illegale ivoorhandel verdrievoudigde sinds 1998.

Een forse bestrijding van deze criminele activiteiten is nodig om de bescherming van soorten én veiligheid te garanderen. De EU kan en moet het verschil maken. We zijn immers betrokken partij. Dit werd enkele dagen geleden opnieuw bewezen door een recordivoorvangst van 1,2 ton in Duitsland.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — À la fin du mois de septembre s'ouvre à Johannesburg la 17e Conférence des parties à la convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction (CITES). Pour la première fois, l'Union sera partie prenante de cet événement majeur pour la lutte contre le déclin de la biodiversité mondiale.

Avec l'augmentation des activités de braconnage ces dernières années, de nombreuses espèces animales et végétales sont menacées de disparaître. Le commerce illégal est désormais considéré comme un réseau majeur de la criminalité internationale organisée. Son chiffre d'affaires est estimé à 20 milliards de dollars, soit le quatrième marché noir au monde.

L'Union a récemment adopté un plan d'action pour faire de la lutte contre le trafic d'espèces sauvages une priorité. Cela passe par une collaboration plus étroite entre les pays d'origine, de destination et de transit concernés par ces échanges illicites, ainsi que par une définition plus large des flux commerciaux frappés d'illégalité, en incluant l'import, l'export, la vente, l'acquisition ou l'achat d'espèces menacées.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce texte présente les objectifs clés de l'UE en tant que participant à la 17e conférence des parties à la convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction qui aura lieu du 24 septembre au 5 octobre 2016 à Johannesburg. Il est certes urgent d'encadrer ce commerce et de protéger les espèces en renforçant le système des permis et en complétant la classification des annexes I, II et III de la CITES, qui reflètent la gravité de la situation. Malheureusement, cette résolution se réjouit de l'adhésion de l'UE à la convention CITES, par laquelle l'UE votera désormais au nom des 28 États membres, qui sont déjà tous parties à la CITES, sur les sujets qui relèvent de compétences de l'UE. Or cela n'était pas le cas avant l'adhésion de l'UE à la CITES en 2015. L'UE n'ayant pas à supplanter le rôle des États souverains concernant les grands sujets de coopération internationale, j'ai voté contre cette résolution.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих този файл, тъй като е важно да правим всичко възможно за защитата на диви животни и предотвратяването на незаконното използване на същите, включително общи продукти на дивата природа. За мен беше удоволствие да видя, че предложението отправя конкретни препоръки към CITES по въпроси като прозрачността на вземане на решения, подобреното отчитане, проследяването на диви животни, антикорупционните мерки и т.н.

Проектът на текста също подкрепя предложенията, направени от страна на ЕС и неговите държави членки, по-специално предложените резолюции за борба с корупцията и установяването на стандарти, приложими към международната търговия с ловни трофеи.

България също е с много богата флора и фауна и запазването на дивата природа навсякъде е важен елемент за опазване на естествения баланс и нашата история. Ето защо аз силно подкрепям последните развития с цел по-ефективно налагане на действия срещу незаконната търговия и варварските актове, които унищожават тези красиви видове, засягащи не само нас, но и лишавайки всички поколения, идващи след нас.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Το γεγονός ότι το ΕΚ δια της παρούσης αντιτίθεται έντονα στην αδιαφάνεια και τη χρήση μυστικών ψηφοφοριών ως γενική πρακτική εντός της CITES, δεν συνάδει με την πρότασή του να διατεθούν επαρκείς πιστώσεις στη γραμματεία της CITES και να αυξηθεί η χρηματοδότηση προς αυτήν.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – La 17a riunione delle parti contraenti della Conferenza sul commercio internazionale delle specie minacciate di estinzione (CITES) segnerà un momento cruciale per gli sforzi che dobbiamo compiere per preservare la biodiversità a livello planetario. Pertanto auspico che a Johannesburg l'UE e i suoi Stati membri possano mettere in campo, con convinzione, tutta l'abilità negoziale necessaria a promuovere un livello di tutela sempre più elevato, introducendo ulteriori limitazioni al commercio internazionale di specie minacciate. Sarà l'occasione per discutere lo stato di conservazione delle specie elencate negli allegati I e II della Convenzione e di emendare il testo convenzionale alla luce di una riflessione sulla sua effettiva implementazione. Mi preme ricordare, inoltre, che diverse problematiche collegate alla materia disciplinata dalla CITES sono al centro di un'ampia riflessione da parte dell'opinione pubblica europea. Sono molti, infatti, i cittadini europei che, esercitando il loro diritto alla petizione, si rivolgono al Parlamento europeo per invocare l'introduzione del divieto di importazione dei trofei di caccia nell'UE. Il mio voto su questa risoluzione non può che essere favorevole, in quanto focalizzata, tra l'altro, sulla necessità di migliorare gli strumenti preposti alla segnalazione del contrabbando della fauna e della flora selvatiche e, più in generale, l'applicazione della CITES.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A CITES, com 181 Partes, incluindo a UE e os seus 28 Estados-Membros, é o maior acordo vigente a nível mundial sobre a conservação da vida selvagem e de acordo com a lista vermelha de espécies ameaçadas elaborada pela União Internacional para a Conservação da Natureza e dos Recursos Naturais (UICN), mais de 23 000 espécies, que representam cerca de 30 % das 79 837 espécies avaliadas pela UICN, estão em risco de extinção. Os Estados-Membros da UE declararam a importação de quase 117 000 espécimes de espécies selvagens como troféus de caça, tratando-se estas de espécies que constam dos anexos da Convenção CITES por um período de dez anos.

Concordo com a adesão da UE à CITES porque é um passo fundamental para garantir que a UE possa alcançar os objetivos mais gerais das suas políticas ambientais, bem como da regulação do comércio internacional de espécies ameaçadas da flora e da fauna selvagens.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Je vote contre, l'UE n'ayant pas à supplanter le rôle des États souverains concernant les grands sujets de coopération internationale.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Το γεγονός ότι το ΕΚ δια της παρούσης αντιτίθεται έντονα στην αδιαφάνεια και τη χρήση μυστικών ψηφοφοριών ως γενική πρακτική εντός της CITES δεν συνάδει με την πρότασή του να διατεθούν επαρκείς πιστώσεις στη γραμματεία της CITES και να αυξηθεί η χρηματοδότηση προς αυτήν, για αυτό καταψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The resolution focuses on general issues and gives strong backing to the EU proposal calling specifically for robust action to fight corruption and tackle organised crime involved in wildlife trafficking; more effective measures for tackling illegal online trade; full use of effective sanctions; and joint international cooperation on law enforcement.

Member States must show political will and step up efforts to combat the illegal wildlife trade taking place within the EU. I voted in favour of the resolution.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Megszavaztam az állásfoglalási indítványt a johannesburgi CoP17 találkozó főbb célkitűzéseiről. Az EU CITES-hez való csatlakozása alapvető lépés az Unió környezetvédelmi politikáját érintő szélesebb körű célkitűzések teljesítése és a veszélyeztetett vadon élő állat- és növényfajok nemzetközi kereskedelmére irányuló szabályozás biztosítása, illetve az ENSZ 2030-ig tartó időszakra vonatkozó fenntartható fejlesztési politikáinak előmozdítása felé. Az egyezményhez való csatlakozása átláthatóbbá tette az Európai Unió CITES-en belüli jogállását. Ez logikus és szükséges lépés annak biztosítására, hogy az Európai Unió maradéktalanul teljesíteni tudja a környezetvédelmi szakpolitikája szerinti célkitűzéseket.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Il traffico di fauna selvatica è il quarto mercato nero dopo la droga, il commercio di esseri umani, la droga e il mercato illecito delle armi. Eppure dubito che sia un problema universalmente riconosciuto. 181 paesi nel mondo, si riuniranno invece a Johannesburg il prossimo 2' settembre per parlare di protezione della fauna e della flora selvatiche, tra questi i 28 paesi dell'UE. E l'approvazione di questo testo, oggi, offrirà all'Europa l'occasione di dare il suo contributo affinché si possa porre un contrasto reale a questo scempio di criminalità e corruzione. Il messaggio che dà oggi il Parlamento con questo voto è chiaro e inequivocabile: l'impegno per un incremento dei controlli e un invito alla cooperazione internazionale contro il commercio illegale, che corre anche online, regole certe e sanzioni, ampliamento delle misure di tracciabilità e la proposta di stato di massima conservazione per gli elefanti africani, che auspichiamo possa tradursi al più presto in un divieto assoluto per il commercio di avorio.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione del Parlamento europeo sugli obbiettivi strategici dell'UE per la 17a riunione della Conferenza delle parti della Convenzione sul commercio internazionale delle specie di flora e fauna selvatiche minacciate di estinzione (CITES) che si terrà dal 24 settembre al 5 ottobre 2016 a Johannesburg, perché considero fondamentale trovare un'intesa comune per regolamentare a livello internazionale la caccia a specie ad alto rischio estinzione e preservare la biodiversità vegetale. Ritengo fondamentale che l'UE abbia un ruolo propulsore nel contesto dei negoziati CITES essendo purtroppo uno dei principali mercati di transito e destinazione per il commercio illegale di specie animali e vegetali protette, che spesso finiscono nelle nostre case come piante ornamentali o animali da compagnia. Condivido perciò il richiamo della risoluzione a rafforzare la lotta alla corruzione e alle attività di bracconaggio, a norme più efficaci per regolamentare il commercio online e il divieto di importare, esportare, vendere o acquistare piante o animali venduti in violazione delle leggi del paese d`origine o di transito. Spetta ora agli Stati membri mettere in pratica questi accordi e applicare sanzioni effettive ed efficaci per porre fine alle irregolarità e combattere la caccia illegale dentro e fuori l'UE.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Das Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten frei lebenden Tieren und Pflanzen (Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora - CITES), auf Deutsch als das Washingtoner Artenschutzübereinkommen (WA) bezeichnet, wurde bereits 1973 angesichts des dramatischen Rückgangs vieler Arten durch Wilderei und Handel geschlossen. Ich unterstütze den Bericht, der klare Schlüsselziele für die 17. Konferenz der Vertragsparteien des CITES-Übereinkommens in Johannesburg (Südafrika) formuliert und mehr internationalen Artenschutz verlangt.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – La CITES est une convention internationale dont l'objet est la protection de la faune et de la flore, en particulier des espèces protégées.

La France est bien évidemment signataire de cette convention, comme tous les autres États membres de l'Union.

Les objectifs de l'Union sont certes louables mais ce texte profite des bonnes intentions pour grignoter encore sur la souveraineté des États en substituant l'Union aux États membres dans cette Convention, ce qui n'était pas le cas jusqu'alors.

Au-delà de l'attaque de notre souveraineté, cette substitution ne fera pas gagner en efficacité. Au contraire, faune et flore sont si diversifiées que l'État est précisément la bonne échelle pour agir. Le danger pesant sur de nombreuses espèces et l'inefficacité, voire la nuisance des politiques européennes, m'ont convaincue de voter contre ce texte.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de los objetivos clave para la 17.ª reunión de la CP de la CITES en Johannesburgo dado que es fundamental la adhesión de la Unión a la CITES; considera que es un paso fundamental para garantizar que la UE pueda alcanzar los objetivos más amplios de sus políticas medioambientales y la regulación del comercio internacional de especies amenazadas de flora y fauna silvestres, promoviendo las políticas de desarrollo sostenible de la Agenda 2030 de la ONU.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai tenu à soutenir ce texte visant à donner les indications du Parlement sur les objectifs clés de la prochaine convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction. La protection de la biodiversité est un sujet essentiel, et l'Europe doit être plus efficace pour lutter contre les trafics et le commerce illégal de produits issus du braconnage (l'ivoire d'éléphants par exemple), dont elle est une plaque tournante importante. Le rapport insiste notamment pour revoir le cadre législatif existant afin que soient automatiquement interdits en Europe l'import, l'export, le transport, l'acquisition et la détention d'espèces protégées dans leurs pays d'origine, et donc illégalement obtenues ou vendues dans des pays tiers.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. — Υπερψηφίσαμε την έκθεση η οποία περιέχει πολλά θετικά σημεία ιδίως όσον αφορά την ρύθμιση σχετικά με τα άγρια ζώα η οποία πρέπει να παρέχει κίνητρα στους αγροτικούς πληθυσμούς ώστε να συμμετέχουν στην προστασία της φύσης συνδέοντας τα οφέλη τους με την κατάσταση της βιοποικιλότητας. Επιπρόσθετα, η έκθεση, επισημαίνει την ανάγκη για αύξηση της χρηματοδότησης που διατίθεται για την διατήρηση της άγριας χλωρίδας και πανίδας καθώς και της χρηματοδότησης των προγραμμάτων ανάπτυξης ικανοτήτων.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour as I have no objections.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – With regard to the motion for a resolution on the EU strategic objectives for the 17th meeting of the Conference of the Parties to the Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora (CITES), to be held in Johannesburg (South Africa) from 24 September to 5 October 2016, this vote is not about CITES itself.

We support the objectives of the CITES convention, but this vote is about enhancing the status of the European Commission within the CITES structure, which we are not prepared to support.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za prijedlog rezolucije o strateškim ciljevima EU-a za 17. sastanak konferencije ugovornih stranaka Konvencije o međunarodnoj trgovini ugroženim vrstama divljih životinja i biljaka (CITES) koja će se održati u Johannesburgu (u Južnoj Africi) od 24. rujna do 5. listopada 2016., jer smatram da je ugrožene vrste, o kojima ovaj prijedlog govori, potrebno očuvati od izumiranja, istrebljenja, krijumčarenja i krivolova koji se smatra četvrtim najvećim ilegalnim tržištem na svijetu.

S obzirom da je EU potpisao najveći svjetski sporazum o očuvanju divljih vrsta - CITES, treba se osigurati nastavak ostvarivanja širih ciljeva politika okoliša i regulirati međunarodnu trgovinu ugroženim vrstama divlje flore i faune te promicati politike održivog razvoja Programa UN-a do 2030. Smatram da je zajednička međunarodna suradnja među svim akterima u lancu provedbe zakona iznimno važna kako bi se osnažili kapaciteti za provedbu zakona na lokalnoj, regionalnoj, nacionalnoj i međunarodnoj razini.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – La protection des espèces sauvages en voie de disparition est une cause juste et nécessaire. Malheureusement, cette résolution se réjouit de l'adhésion de l'UE à la convention CITES, par laquelle l'UE votera désormais au nom des 28 États membres, qui sont déjà tous parties à la CITES, sur les sujets qui relèvent de compétences de l'UE. Cette disposition n'existait pas avant l'adhésion de l'UE à la CITES en 2015, et n'est d'aucune utilité. C'est une prérogative vaine pour la lutte contre le commerce d'animaux sauvages et un élément préjudiciable aux États membres. J'ai donc voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing*. — With regard to the motion for a resolution on the EU strategic objectives for the 17th meeting of the Conference of the Parties to the Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora (CITES), to be held in Johannesburg (South Africa) from 24 September to 5 October 2016, this vote is not about CITES itself.

We support the objectives of the CITES convention, but this vote is about enhancing the status of the European Commission within the CITES structure, which we are not prepared to support.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui vise à donner les indications du Parlement sur les objectifs clés de la prochaine Convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction qui se tiendra à Johannesburg fin septembre.

Le texte rappelle l'importance de protéger les espèces de faune et de flore menacées par le braconnage et le commerce illégal, soulignant le rôle que joue le crime organisé dans ces activités. Il est important de lutter en particulier contre les clients de ce trafic.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Dieser Entschließungsantrag enthält durchaus korrekte Ansätze betreffend Umweltschutz, stellt jedoch gleichzeitig einen nicht hinreichend belegten Zusammenhang zwischen Trophäenjagd und Artensterben her. Deshalb enthalte ich mich zu diesem Entschließungsantrag.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. — Подкрепих предложените стратегически цели на ЕС за седемнадесетото заседание на Конференцията на страните по Конвенцията по международната търговия със застрашени видове от дивата фауна и флора (CITES). Предложената резолюция е важна крачка към следването, отстояването и изпълнението на поставените от ЕС цели, свързани с политиките за опазване на околната среда и регулирането на международната търговия със застрашени видове от дивата фауна и флора, както и с поетите от ЕС ангажименти относно устойчивото развитие, предвидени в Програмата 2030 г.

Смятам, че резолюцията е от изключително важно значение предвид факта, че ЕС е основен пазар за транзит и за незаконна търговия с дива флора и фауна. Трафикът на екземпляри от дивата флора и фауна трябва да бъде разглеждан като организирана транснационална престъпност, която влияе отрицателно на биологичното разнообразие, погазва хуманното отношение към животните и ощетява бюджета на държавите и ЕС. Необходимо е приемането на всеобхватно законодателство, което да намали незаконната търговия и да инкриминира всички действия срещу флората и фауната, извършени в разрез със законите на държавата на произход, на транзитно преминаване и на ЕС.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La presente proposta di risoluzione valuta in maniera positiva l'adesione dell'UE alla CITES. Ciò rappresenta un passo di fondamentale importanza in quanto cerca di fare in modo che si possa garantire all'UE di poter perseguire gli obiettivi delle sue politiche in materia ambientale e della regolamentazione del commercio internazionale delle specie della flora e della fauna in via di estinzione, nonché promuovere le politiche per lo sviluppo sostenibile dell'Agenda ONU 2030. L'UE inoltre, viene invitata ad adottare immediatamente tutte le strategie idonee a ridurre il commercio illegale, rendendo illegale l'importazione, la vendita, l'acquisto di piante o animali selvatici che sono catturati, posseduti, trasportati o venduti violando la legge del paese d'origine. La proposta mira a promuovere e sostenere, tutte le iniziative volte a migliorare il benessere degli animali vivi elencati nella CITES in fase di commercializzazione, cercando anche di ridurre al minimo il rischio di lesioni, danno alla salute o maltrattamento.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution car elle se réjouit de l'adhésion de l'UE à la Convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction («CITES»). Or cette adhésion prive la France d'une de ses compétences, puisque désormais l'UE votera à sa place aux conférences de la CITES.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Cette résolution se réjouit de l'adhésion de l'UE à la convention CITES, par laquelle l'UE votera désormais au nom des 28 États membres, qui sont déjà tous parties à la CITES. Or cela n'était pas le cas avant l'adhésion de l'UE à la CITES en 2015. L'UE n'ayant pas à supplanter le rôle des États souverains concernant les grands sujets de coopération internationale, j'ai voté contre cette résolution.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución conjunta de todos los grupos parlamentarios en la Comisión de Medio Ambiente del Parlamento Europeo puesto que realiza varias recomendaciones positivas para la próxima Conferencia de las Partes (COP) sobre el Comercio Internacional de Especies Amenazadas de Fauna y Flora Silvestres (CITES) a celebrar próximamente en Sudáfrica.

Puesto que el texto hace hincapié en la importancia de la transparencia en la toma de decisiones y en la adopción de medidas para combatir el tráfico de especies salvajes y de combatir la corrupción y el tráfico de trofeos de caza, con especial hincapié en medidas de protección del león africano, el folidoto o el rinoceronte blanco, he votado a favor de la resolución.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Nesouhlasím sice se zabíjením nebo mrzačením zvířat kvůli trofejím, ale také nesouhlasím se zneužíváním tohoto tématu k boji proti bitcoinu. Požadavek, aby strany Úmluvy o mezinárodním obchodu s ohroženými druhy zkoumaly zda „nově se objevující finanční produkty a technologie, např. bitcoin" náhodou neumožňují „spekulace s vyhubením druhů" považuji za snahu potírat nové technologie a bitcoin. Ať státy stíhají nelegální obchod se zvířaty, ale ať kvůli tomu nepostihují alternativní měny.

Monica Macovei (ECR), *in writing*. – I supported this resolution because it calls on the European Union to apply the precautionary principle in all its decisions and listing proposals.

The resolution encourages Member States to promote initiatives designed to improve the welfare, during marketing, of live animals listed in CITES. It must be ensured that each specimen is prepared and shipped in such a way as to minimise the risk of injury, damage to health or cruel treatment, and that the destination is adequately equipped to host it.

I express strong support for the listing proposals submitted by the EU to regulate strictly the trade in Barbary Macaques and African Grey parrots, both endangered species. Corruption in the trade in wild species can be found at any point of the trade chain, therefore it is essential to introduce solid and effective anti-corruption measures in the fight against wildlife trafficking.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – CITES je najveći svjetski sporazum o očuvanju divljih vrsta, s 181 strankom konvencije, uključujući i EU. Cilj CITES-a je osigurati da međunarodna trgovina divljim životinjama i biljkama ne prijeti opstanku tih vrsta u divljini. Prema Crvenom popisu ugroženih vrsta Međunarodne unije za očuvanje prirode i prirodnih resursa (IUCN), više od 23000 vrsta prijeti izumiranje, što je oko 30 % vrsta koje je procijenio IUCN, a nezakonita trgovina divljim životinjskim i biljnim vrstama je četvrto najveće crno tržište.

EU je veliko tranzitno i odredišno tržište za nezakonitu trgovinu divljim vrstama, posebno za trgovinu pticama, kornjačama, reptilima i biljnim vrstama, stoga je pristupanje EU-a CITES-u ključni korak kojim će se osigurati nastavak ostvarenja europskih ciljeva politika okoliša i regulirati međunarodna trgovina ugroženim vrstama. Također, ovim će se nastaviti promicati i politike održivog razvoja Programa UN-a do 2030., stoga sam podržala ovu rezoluciju.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της πρότασης ψηφίσματος σχετικά με τους στρατηγικούς στόχους της ΕΕ για την 17η συνεδρίαση της Διάσκεψης των Συμβαλλόμενων Μερών (CoP 17) στη Σύμβαση για το Διεθνές Εμπόριο των Απειλούμενων με Εξαφάνιση Άγριων Ειδών Πανίδας και Χλωρίδας (CITES), που θα διεξαχθεί από τις 24 Σεπτεμβρίου έως τις 5 Οκτωβρίου 2016 στο Γιοχάνεσμπουργκ (Νότια Αφρική), για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 14/9/2016,καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Cette résolution se réjouit de l'adhésion de l'UE à la Convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction (CITES), alors que 27 États membres y ont déjà adhéré. Bien qu'étant favorables à l'encadrement de ce commerce et à la protection des espèces, nous estimons que l'UE n'a pas à supplanter le rôle des États souverains concernant les grands sujets de coopération internationale, raison pour laquelle nous nous opposons à ce texte.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – CITES yra svarbiausias egzistuojantis pasaulinio lygio laukinės gamtos išsaugojimo susitarimas, kurį pasirašė 181 šalis. Atsižvelgiant į artėjantį šių šalių susitikimą šiais metais, EP parengė rezoliuciją, kurioje išskiriamos didžiausios problemos laukinės gamtos išsaugojimo srityje bei nubrėžiamos politinės gairės, užtikrinančios, kad tarptautinė prekyba laukiniais gyvūnais ir augalais nekeltų grėsmės rūšių išlikimui.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Cette résolution fournit un certain nombre de recommandations à la Commission européenne et aux États Membres à l'approche le mois prochain de la prochaine conférence internationale sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction (dite «CITES»). Sa Convention permet de lutter contre la criminalité et le commerce illégal liés aux espèces sauvages. Le trafic illégal de ces espèces est le 4e plus grand marché noir au monde. Le texte soutient de nombreuses propositions d'États pour protéger de nouvelles espèces de plus en plus menacées par l'activité humaine et le réchauffement climatique ou encore interdire totalement le commerce de certaines autres, comme les éléphants, par exemple, dont le commerce d'ivoire alimente de nombreux groupes paramilitaires. Il invite les États membres de l'Union et la Commission à aller au-delà des dispositions internationales existantes. Il demande une plus grande transparence et vigilance dans le processus décisionnel de la CITES, ses conflits d'intérêts potentiels et ses cas avérés de corruption en interne. Je me félicite de cette résolution à laquelle mon ami Younous Omarjee a fortement contribué. Je vote pour.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Cette résolution se réjouit de l'adhésion de l'UE à la convention CITES, par laquelle l'UE votera désormais au nom des 28 États membres, qui étaient déjà tous parties à la CITES. L'UE n'ayant pas à supplanter le rôle des États souverains concernant les grands sujets de coopération internationale, j'ai voté contre cette résolution.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A CITES, com 181 Partes, incluindo a UE e os seus 28 Estados-Membros, é o maior acordo vigente a nível mundial sobre a conservação da vida selvagem.

A CITES tem como objetivo garantir que o comércio internacional de animais e de plantas selvagens não constitua uma ameaça para a sobrevivência dessas espécies no meio natural.

A adesão da UE à CITES é um passo fundamental para garantir que a UE possa alcançar os objetivos mais gerais das suas políticas ambientais, bem como da regulação do comércio internacional de espécies ameaçadas da flora e da fauna selvagens, e promover as políticas de desenvolvimento sustentável da Agenda 2030 das Nações Unidas.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as it welcomes the Union's accession to CITES and stresses the need for the Union to take further measures to curb illegal trade in animals and plants.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — De illegale handel in bedreigde dier- en plantensoorten is de op drie na grootste georganiseerde misdaadactiviteit na drugs-, mensen- en wapenhandel. Deze grensoverschrijdende misdaad heeft niet alleen immense gevolgen voor de biodiversiteit; illegale handel is nefast voor de lokale economische ontwikkeling, stimuleert corruptie en wordt door milities gebruikt als bron voor de financiering van conflicten. De EU is een belangrijke bestemmingsmarkt voor en doorvoerhaven van bedreigde dier- en plantensoorten. Met haar eigen actieplan tegen de handel in wilde dieren en planten wil de EU, die toegetreden is tot CITES, haar inspanningen opvoeren om de illegale handel droog te leggen. In deze resolutie wordt ertoe opgeroepen in het kader van CITES initiatieven te bevorderen om wereldwijde richtlijnen vast te leggen om stroperij en illegale handel terug te dringen, betere internationale controles vast te leggen en internationaal daadwerkelijke vervolging te garanderen voor personen die criminele activiteiten begaan met wilde dieren en planten. Het is in elk geval hoopgevend dat op de bijeenkomst in Johannesburg een groot aantal Afrikaanse landen het signaal zullen uitsturen dat ze vastberaden zijn om het uitsterven van de Afrikaanse olifant te stoppen.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* — V dňoch od 24. septembra do 5. októbra 2016 sa v Johannesburgu bude konať 17. zasadnutie konferencie zmluvných strán Dohovoru o Medzinárodnom obchode s ohrozenými druhmi voľne žijúcich živočíchov a rastlín (CITES). Cieľom dohovoru je zabezpečiť, aby medzinárodný obchod s týmito živočíchmi a rastlinami neohrozoval prežitie týchto druhov vo voľnej prírode. Únia, ktorá je zmluvnou stranou dohovoru od júla 2015, považuje CITES za kľúčový medzinárodný dohovor na ochranu biodiverzity a boj proti nezákonnému obchodovaniu. Únia sa na konferencii zameria na tieto priority: plné využívanie nástrojov CITES na reguláciu medzinárodného obchodu s ohrozenými druhmi zvierat a rastlín, ktoré sú predmetom neudržateľného medzinárodného obchodu, v súlade s vedecky podloženým postupom, ďalej posilnenie reakcie medzinárodného spoločenstva proti obchodu s voľne žijúcimi druhmi a dôraz bude kladený aj na zlepšenie transparentnosti a zodpovednosti v rámci dohovoru CITES a zabezpečenie toho, aby boli odsúhlasené vhodné postupy. Stanovené ciele a priority Únie sú v súlade s príslušnými politikami Únie a jej medzinárodnými záväzkami v tejto oblasti, preto za uznesenie hlasujem kladne.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, which calls for measures to combat the illegal wildlife trade taking place within the EU.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Környezetvédelmi, Közegészségügyi és Élelmiszer-biztonsági Bizottság a veszélyeztetett vadon élő állat- és növényfajok nemzetközi kereskedelméről szóló egyezmény (CITES) részes felei konferenciájának 2016. szeptember 24. és október 5. között Johannesburgban (Dél-Afrika) megrendezendő 17. ülésével kapcsolatos uniós stratégiai célkitűzésekről szóló állásfoglalás elfogadására tett javaslatot. A tervezet üdvözölni az EU csatlakozását a CITES-hez, továbbá azt a tényt, hogy az EU – első ízben – immár részes félként vesz részt a konferencián.

A tervezet külön kitér néhány veszélyeztetett állat- és növényfaj, így az afrikai elefánt, a szélesszájú orrszarvú, az afrikai oroszlán, a tobzoskafélék, a tigris és az ázsiai nagymacskák továbbá az agarfa és a rózsafa védelmére, a megvédésüket elősegíteni hivatott intézkedések elfogadására. Az állásfoglalás-tervezet elfogadását támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Cette résolution présente les objectifs clés de l'UE en tant que participant à la 17e conférence des parties à la «Convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction» (CITES en anglais).

Certes, il est urgent d'encadrer ce commerce et de protéger les espèces, notamment en renforçant le système des permis.

Mais la CITES se réjouit de l'adhésion de l'UE à la convention en tant qu'unique représentant. Aucun des 28 États membres ne pourra y faire entendre sa voix et voter car il s'agit maintenant d'un sujet relevant des compétences de l'UE.

Cette situation étant une atteinte à la souveraineté des États, nous votons contre cette résolution.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – L'UE n'ayant pas à supplanter le rôle des États souverains concernant les grands sujets de coopération internationale, je vote contre cette résolution.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui donne les indications du Parlement sur les objectifs clés de la prochaine Convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction qui se tiendra à la fin du mois de septembre 2016 à Johannesburg. Ce texte rappelle qu'il est essentiel pour la biodiversité de protéger les espèces menacées notamment en luttant contre le braconnage et contre le commerce illégal de ces espèces dont l'Europe est une plaque tournante.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió a világ egyik jelentős globális szereplője, ezért különös örömmel fogadtam a veszélyeztetett vadon élő- és növényfajok nemzetközi kereskedelméről szóló egyezményhez való csatlakozást. A CITES első számú célja megakadályozni a vadon élő állat- és növényfajok nemzetközi kereskedelem következtében történő kihalását. Az erre szolgáló stratégiát a tagok rendszerint egy konferencián tárgyalják meg, ami ebben az évben Johannesburgban kerül megrendezésre, és a 181. tagként csatlakozó Európai Unió is képviseli majd álláspontját. Úgy gondolom, hogy az Európai Parlament állásfoglalási indítványa megfelelően tükrözi prioritásainkat ezen a területen.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The Convention on International Trade in Endangered Species of Wild fauna and Flora (CITES) was drafted as a result of a resolution adopted in 1963 following a meeting of members of the International Union for Conservation of Nature. As an international agreement between governments, it aims to ensure that international trade in species of wild animals and plants does not threaten their survival. I voted for this motion for a resolution setting out objectives for the CITES CoP17 Conference.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this resolution. The motion comes ahead of the 17th meeting of the parties to the Convention on International Trade in in Endangered Species of Wild Fauna and Flora (CITES), of which the EU is now a member (as of 2015), and it calls for further action in cracking down on illegal trafficking of wildlife, which is still widespread.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Looduslike looma- ja taimeliikidega kauplemise konventsioon on oluline, et kaitsta ohustatud liikide püsimajäämist looduses. Konventsiooni osaliseks olemine ning selle tegevuses osalemine aitab ELil edendada keskkonnapoliitikat ja rahvusvahelise kauplemise reguleerimist ning laiemalt kaasa rääkida ÜRO 2030. aasta tegevuskava säästva arengu poliitikas.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – With regard to the motion for a resolution on the EU strategic objectives for the 17th meeting of the Conference of the Parties to the Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora (CITES), to be held in Johannesburg (South Africa) from 24 September to 5 October 2016, this vote is not about CITES itself.

We support the objectives of the CITES convention, but this vote is about enhancing the status of the European Commission within the CITES structure, which we are not prepared to support.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Nel ringraziare il lavoro del relatore e avendo seguito anche il dibattito avuto in commissione ENVI confermerei il mio parere positivo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala sam Rezoluciju Europskog parlamenta o strateškim ciljevima EU-a za 17. sastanak konferencije ugovornih stranaka Konvencije o međunarodnoj trgovini ugroženim vrstama divljih životinja i biljaka (CITES). CITES Konvencija je jedini uspješni globalno uspostavljen sustav zaštite ugroženih vrsta te je nužno da se dalje razvija za što veću zaštitu ugroženih vrsta.

Pristupanje EU-a konvenciji bio je samo jedan od administrativnih koraka nužnih za njezinu bolju provedbu. Na državama članicama je da taj sustav ojačaju i u potpunosti provode. Prema Crvenom popisu ugroženih vrsta Međunarodne unije za očuvanje prirode i prirodnih resursa (IUCN), više od 23000 vrsta prijeti izumiranje, što je oko 30 % od ukupno 79837 vrsta koje je procijenio IUCN. Ako znamo da je ilegalna trgovina vrstama najunosniji ilegalni posao nakon trgovine drogom, oružjem i ljudima, jasno je da kriminalne skupine upravo u ovoj niši pronalaze utočište.

Nadzorom međunarodne trgovine moguće je spriječiti devastacije okoliša i istrebljivanje ugroženih vrsti. Nažalost, tijekom devedesetih godina, upravo zbog manjkave regulative, omogućena je devastacija Jadrana prekomjernim izlovom prstaca. U Hrvatskoj u ratno i poratno vrijeme neki su se okoristili nedostatkom odgovarajućeg nadzora, a takva je situacija još dan danas u većini nestabilnih država Azije i Afrike. Naša je obveza da im pomognemo.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Cette résolution présente les objectifs clés de l'UE en tant que participant à la 17e conférence des parties à la Convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction (dite CITES en anglais) qui se tiendra du 24 septembre au 5 octobre prochains à Johannesburg. Il est certes urgent d'encadrer ce commerce et de protéger les espèces en renforçant le système des permis et en complétant la classification des annexes I, II et III de la CITES, qui reflètent la gravité de la situation. Malheureusement, cette résolution se réjouit de l'adhésion de l'UE à la convention CITES, par laquelle l'UE votera désormais au nom des 28 États membres, qui sont déjà tous parties à la CITES, sur les sujets qui relèvent de compétences de l'UE. Or cela n'était pas le cas avant l'adhésion de l'UE à la CITES en 2015. L'UE n'ayant pas à supplanter le rôle des États souverains concernant les grands sujets de coopération internationale, je vote contre cette résolution.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution qui définit la position du Parlement européen sur les objectifs clés de la 17e conférence de la Convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction, qui se déroulera à Johannesburg à la fin du mois de septembre. Ce texte insiste sur l'importance de protéger ces espèces menacées par le commerce illégal, le braconnage, le crime organisé et qui alimentent la corruption et les trafics dans certains pays du monde. L'Union européenne ne peut demeurer une plaque tournant de ces commerces illégaux.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – With regard to the motion for a resolution on the EU strategic objectives for the 17th meeting of the Conference of the Parties to the Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora (CITES), to be held in Johannesburg (South Africa) from 24 September to 5 October 2016, this vote is not about CITES itself.

We support the objectives of the CITES convention, but this vote is about enhancing the status of the European Commission within the CITES structure, which we are not prepared to support.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente por ser imperativo garantir que o comércio internacional de animais e de plantas selvagens não constitua uma ameaça para a sobrevivência dessas espécies no meio natural.

O tráfico de animais selvagens é, hoje, uma criminalidade transnacional organizada que tem grandes impactos negativos sobre a biodiversidade e sobre os meios de subsistência das populações locais, na medida em que nega um rendimento legal, criando insegurança e instabilidade. Cada vez mais espécies exóticas comercializadas ilegalmente são tratadas como animais domésticos na Europa e no resto do mundo, podendo a fuga destes animais levar a uma disseminação descontrolada, com consequências para o ambiente e para a saúde e a segurança públicas.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – L'Union européenne a rejoint la CITES il y a 11 mois. Une avancée essentielle, et un travail qui reste immense!

À chaque fois que le sort d'une espèce s'améliore, par exemple le panda géant, c'est une autre qui s'ajoute à la liste rouge de l'UICN des espèces «en danger critique» d'extinction. C'est le cas du grand gorille de l'Est, victime d'un braconnage intense en République démocratique du Congo, et aujourd'hui en grand danger. L'UE a un rôle essentiel à jouer à Johannesburg.

Elle doit oser bousculer certains partenaires stratégiques, tels la Chine ou le Japon, et mettre à l'ordre du jour la question sensible du commerce d'ivoire d'éléphant, de corne de rhinocéros et d'os de tigre. L'Europe, de son côté, en tant qu'important marché de transit, doit montrer l'exemple. Il est inadmissible que les participants à ces trafics criminels n'encourent, dans certains pays de l'Union, que des peines minimales, à savoir des amendes de 15 000 euros maximum dans une majorité d'États membres, alors que la corne de rhinocéros sur le marché noir atteint 51 000 euros le kilo. Les sanctions doivent être harmonisées et exemplaires.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – El tráfico de vida silvestre se ha convertido en el cuarto mercado negro más grande después de las drogas, el tráfico de personas y el mercado de armas. La UE es un importante mercado de tránsito y de destino para el comercio ilegal de vida silvestre de aves, tortugas, reptiles y especies de plantas que están sujetos a altos niveles de protección en virtud de la Convención sobre el Comercio Internacional de Especies Amenazadas de Fauna y Flora Silvestre (CITES). Un número cada vez mayor de especies exóticas que se han comerciado ilegalmente se tienen como mascotas en la UE.

En vista a la 17ª reunión de la Conferencia de las Partes de CITES, he votado en favor de esta resolución que solicita, entro otras cuestiones, más medidas para combatir la corrupción y hacer frente a la delincuencia organizada involucrada en el tráfico de vida silvestre, medidas más eficaces para combatir el comercio ilegal, el pleno uso de sanciones efectivas, y cooperación internacional conjunta y conceder el estado de conservación más alta (CITES, anexo I) a los elefantes de África, de manera que se envíe una señal política fuerte para una prohibición indefinida del comercio de marfil en el futuro.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution du Parlement européen sur les objectifs stratégiques de l'Union en vue de la dix-septième session de la conférence des parties à la convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction (CITES), qui se tiendra du 24 septembre au 5 octobre 2016 à Johannesburg (Afrique du Sud).

En effet, le trafic d'espèces sauvages s'est mué en une forme de criminalité transnationale organisée qui nuit fortement à la biodiversité mondiale.

L'Union européenne doit endosser un rôle important dans ce combat. À cet égard, je me félicite de la contribution financière de l'UE à la CITES. Toutefois, il faut continuer d'être vigilant sur la question du commerce légal et illégal qui est ténue en ce qui concerne la commercialisation des espèces et de leurs produits dérivés.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A adesão da União Europeia (UE) à CITES constituiu um passo fundamental para garantir que a UE e os seus Estados-Membros alcancem os objetivos mais gerais das suas políticas ambientais, melhorando a regulação do comércio internacional de espécies ameaçadas da flora e fauna selvagens e promovendo as políticas de desenvolvimento sustentável da Agenda 2030 das Nações Unidas.

É a primeira vez que a UE se apresenta como parte na Convenção, formulando propostas relevantes, designadamente em matéria de luta contra a corrupção e regulamentação do regime sobre troféus de caça.

Saliento a recente adoção do plano de ação da UE contra o tráfico de espécies selvagens, que tem por fim combater, de uma forma mais eficaz, o crime organizado associado à vida selvagem, o qual deverá ser aplicado também pelos Estados-Membros, como forma de demonstrar a importância em lutar contra este tipo de criminalidade.

Por último, gostaria ainda de referir a relevância de incentivar a UE e os Estados-Membros a promoverem iniciativas que aumentem a proteção contra o impacto do comércio internacional de espécies, para as quais a UE é um importante mercado de trânsito ou de destino, criando, para o efeito, legislação que tenha por objetivo reduzir o seu comércio ilegal.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui reprend les indications du Parlement sur les objectifs clés de la prochaine Convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction (CITES). La 17e conférence des parties à la CITES se tiendra fin septembre en Afrique du Sud, à Johannesburg.

Comme le rappelle cette résolution, il est crucial de protéger les espèces menacées par les trafics internationaux et le braconnage. Il est, de plus, indéniable que le crime organisé joue un rôle prépondérant dans l'organisation de ce commerce illégal, source de corruption.

J'ai soutenu ce texte parce qu'il insiste sur la nécessité de pénaliser les clients de ce trafic, tout autant que les braconniers.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de los objetivos clave para la 17.ª reunión de la CP de la CITES en Johannesburgo dado que es fundamental la adhesión de la Unión a la CITES; considera que es un paso fundamental para garantizar que la UE pueda alcanzar los objetivos más amplios de sus políticas medioambientales y la regulación del comercio internacional de especies amenazadas de flora y fauna silvestres, promoviendo las políticas de desarrollo sostenible de la Agenda 2030 de la ONU.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *in writing*. – Evidence that the illegal trade in wildlife has become the fourth biggest black market, after drugs, people smuggling and the illegal arms trade, underlines the fact that the importance of CITES is not only environmental. The EU is a large market for this illegal trade and also plays a role in transiting wildlife to other markets around the world. More dissuasive sanctions and improved enforcement regimes are needed to provide effective deterrents, and this requires more resources for national authorities and better international cooperation. I welcome the proposal in this resolution for new EU legislation on importing and selling illegally caught wildlife, which would probably involve the expansion of traceability measures. This would be an important step.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución conjunta de todos los grupos parlamentarios en la Comisión de Medio Ambiente del Parlamento Europeo puesto que realiza varias recomendaciones positivas para la próxima Conferencia de las Partes (COP) sobre el Comercio Internacional de Especies Amenazadas de Fauna y Flora Silvestres (CITES) a celebrar próximamente en Sudáfrica.

Puesto que el texto hace hincapié en la importancia de la transparencia en la toma de decisiones y en la adopción de medidas para combatir el tráfico de especies salvajes y de combatir la corrupción y el tráfico de trofeos de caza, con especial hincapié en medidas de protección del león africano, el folidoto o el rinoceronte blanco, he votado a favor de la resolución.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – Este relatório aponta pistas para uma melhoria acentuada da Convenção CITES. Entre muitas, destaco a proposta de reforço do controlo sobre as certificações de origem do marfim, o reforço das sanções aplicáveis ao tráfico de espécies protegidas (nomeadamente de elefantes, rinocerontes, tigres, primatas e variedades de madeira tropical) e o desafio para que se elaborem novas orientações e se apoie o desenvolvimento de técnicas e metodologias adicionais para que seja possível distinguir as espécies provenientes de instalações de produção em cativeiro das espécies selvagens.

Espero que todas estas sugestões sejam tomadas em consideração durante a COP 17 da CITES e que, desta forma, se ajude a combater a corrupção e se proteja a biodiversidade.

Por todas estas razões, votei positivamente o presente relatório.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Uznesenie o strategických cieľoch EÚ pre konferenciu o obchode s ohrozenými druhmi voľne žijúcich živočíchov a rastlín som podporila, keďže pokladám za nezodpovedné obchodovať s druhmi na pokraji vyhynutia. Dohovor CITES týkajúci sa medzinárodného obchodu s ohrozenými druhmi flóry a fauny združuje 181 krajín sveta. Vítam preto, že sa aj EÚ stala konečne v roku 2015 signatárom tejto dohody. Konferencia zmluvných strán dohovoru sa bude konať na prelome septembra a októbra, kde by mala EÚ zaujať jednoznačný a jednotný postoj, keďže obchod s voľne žijúcimi druhmi sa stal štvrtým najvýnosnejším čiernym trhom po obchodovaní s drogami, pašovaní ľudí a obchode so zbraňami. EÚ je navyše hlavnou tranzitnou a cieľovou destináciou pre najohrozenejšie druhy pod ochranou dohovoru ako divoké vtáky, korytnačky, plazy a rôzne rastlinné druhy. Súhlasím preto s uznesením, ktoré volá po tvrdších postihoch v boji proti korupcii a organizovaným trestným činom pašovania ohrozených druhov. Takisto bude potrebné prijať efektívne opatrenia proti nelegálnemu obchodovaniu na internete, ako aj pokročiť s medzinárodnou spoluprácou v dodržiavaní zákona. V neposlednom rade bude potrebné zvýšiť citlivosť spotrebiteľa na produkty pochádzajúce z ohrozených druhov. Konferencia bude jedinečnou príležitosťou na upevnenie medzinárodnej spolupráce, ktorá je v ochrane životného prostredia nenahraditeľná.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Nelegálnemu obchodovaniu so vzácnymi a chránenými druhmi rastlín a živočíchov môžeme zabrániť len spoluprácou vlád a príslušných inštitúcií na celosvetovej úrovni. Tak ako pri mnohých iných prípadoch, aj tu je Európska únia tým subjektom, ktorý nastavuje vysoko kvalitný právny rámec, ktorý slúži ako vzor pre iné krajiny.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu den strategischen Zielen der Europäischen Union für die 17. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES) vom 24. September bis 5. Oktober 2016 in Johannesburg (Südafrika) (2016/2664(RSP)) habe ich nicht zugestimmt.

Die Mitgliedstaaten sind bereits Vertragsparteien von CITES, so dass kein Anlass dafür besteht, dass auch die EU Mitglied ist. Eine Entschließung, um der Kommission ein Verhandlungsmandat zu geben, ist ebenso überflüssig.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – CITES je najveći svjetski sporazum o očuvanju divljih vrsta, sa 181 strankom konvencije, uključujući i EU i njegovih 28 država članica. Uzimajući u obzir ozbiljnost smanjenja globalne biološke raznolikosti, što predstavlja šesti val masovnog izumiranja vrsta, kao i ulogu šuma i tropskih šuma koje predstavljaju najveći svjetski kopneni rezervat biološke raznolikosti, te sami cilj CITES-a kojim se nastoji osigurati da međunarodna trgovina divljim životinjama i biljkama ne prijeti opstanku tih vrsta u divljini, održat će se Konvencija o međunarodnoj trgovini ugroženim vrstama divljih životinja i biljaka (CITES) u Johannesburgu (u Južnoj Africi) od 24. rujna do 5. listopada 2016.

Podržavam Prijedlog rezolucije o strateškim ciljevima EU-a za 17. sastanak konferencije ugovornih stranaka Konvencije o međunarodnoj trgovini ugroženim vrstama divljih životinja i biljaka (CITES) koja će se održati u Johannesburgu (u Južnoj Africi) od 24. rujna do 5. listopada 2016.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za resolucijo k vprašanjema za ustni odgovor o strateških ciljih EU za 17. konferenco pogodbenic Konvencije o mednarodni trgovini z ogroženimi prostoživečimi živalskimi in rastlinskimi vrstami, ki bo potekala od 24. septembra do 5. oktobra 2016 v Johannesburgu v Južni Afriki.

S pristopom Evropske unije h konvenciji CITES je pravni status EU v tej konvenciji postal preglednejši za tretje države pogodbenice konvencije. Evropski uniji se tako v celoti omogoči doseganje ciljev v okviru njene okoljske politike.

Prav tako resolucija opominja, da lahko Komisija v imenu EU na podlagi pristopa zastopa skladno stališče EU na področju delovanja konvencije in da ima lahko bistveno vlogo pri pogajanjih na konferencah pogodbenic.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Το γεγονός ότι το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο δια της παρούσης αντιτίθεται έντονα στην αδιαφάνεια και τη χρήση μυστικών ψηφοφοριών ως γενική πρακτική εντός της CITES, δεν συνάδει με την πρότασή του να διατεθούν επαρκείς πιστώσεις στη γραμματεία της CITES και να αυξηθεί η χρηματοδότηση προς αυτήν.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – A veszélyeztetett vadon élő állat- és növényfajok nemzetközi kereskedelméről szóló egyezmény a világ legnagyobb, a globális vadvilág megőrzéséről szóló egyezmény, 181 tagállam részvételével. A vadvilággal való kereskedelem a negyedik legnagyobb feketepiaci terület (a kábítószer-, ember- és fegyverkereskedelem után), és ez az illegális kereskedelem az EU-t is sújtja. Az indítvány határozott fellépést sürget a vadvilág kereskedelmével kapcsolatos korrupcióval és a szervezett bűnözéssel szemben; hatékonyabb intézkedéseket sürget az illegális online kereskedelemmel szemben; hatékony szankciók rendszerének felállítását sürgeti, fogyasztói tudatosság erősítését és a nyomon követhetőség erősítését szorgalmazza. Mindezek tükrében az állásfoglalási indítványt szavazatommal támogattam és bízom abban, hogy Magyarország aktívan részt vesz e vállalások betartásában. Úgy gondolom, hogy a magyarországi, vadászni kívánó politikai elit sem engedheti meg magának, hogy önkényes módon változtasson a védett állatok listáján, inkább azt javaslom, hogy tegyenek meg mindent a közös fellépés érdekében.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Cea de-a 17-a reuniune a Conferinței părților la Convenția privind comerțul internațional cu specii sălbatice de faună și floră pe cale de dispariție (CITES), care se va desfășura la Johannesburg (Africa de Sud) cu începere de la sfârșitul acestei luni, va constitui un moment important pentru reiterarea unor obiective strategice ale UE în acest domeniu. Întrucât CITES este cel mai amplu acord global în vigoare privind conservarea speciilor sălbatice, fiind ratificat de 181 de state, inclusiv de UE și cele 28 de state membre, el poate deveni cel mai important instrument de combatere a traficului ilegal de specii sălbatice, care a devenit a patra piață neagră ca mărime, după traficul de droguri, de persoane și de arme. UE este o piață majoră de tranzit și destinație pentru traficul ilegal al păsărilor, broaștelor țestoase, reptilelor și plantelor sălbatice protejate în cadrul CITES. De aceea, poziția Uniunii trebuie să se axeze pe combaterea crimei organizate și corupției legate de traficul de specii sălbatice, combaterea comerțului ilegal online, utilizarea de sancțiuni eficiente, interdicția comercializării speciilor sălbatice protejate pe teritoriul UE,

măsuri de detecție în sectorul transporturilor și interzicerea comercializării fildeșului. Este vorba despre obiective perfect justificate și susțin adoptarea acestei rezoluții.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Par ce texte, nous saluons l'adhésion de l'Union à la CITES.

Cette adhésion constitue une avancée fondamentale pour garantir la poursuite, par l'Union, des objectifs plus généraux de ses politiques environnementales et de la réglementation du commerce international des espèces de la faune et de la flore sauvages menacées d'extinction, ainsi que la promotion des politiques de développement durable du programme des Nations unies à l'horizon 2030.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution setting out our key priorities for the upcoming World Wildlife Conference in Johannesburg – a conference to discuss measures for tackling the unprecedented level of poaching and the trafficking of illegal wildlife products. I believe that all countries should step up their efforts to enforce the CITES rules, combat related corruption, strengthen border control at crossing points, and toughen the sanctions against criminal traffickers of these products.

This summit will also be a unique opportunity for the EU to speak with one voice on the implementation of a European wildlife action plan, and to reaffirm its wider commitment to promoting the UN 2030 Agenda for Sustainable Development.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predloge resolucij - Ključni cilji za srečanje CITES CoP17 v Johannesburgu sem podprla, saj vrstam, ki jih ščiti CITES, grozi izumrtje in trgovina z njimi je prepovedana.

Trofejni lov ni etičen in trajnosten, je neposreden vzrok za zmanjšanje biotske raznovrstnosti in ogroženih vrst.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de los objetivos clave para la 17.ª reunión de la CP de la CITES en Johannesburgo dado que es fundamental la adhesión de la Unión a la CITES; considera que es un paso fundamental para garantizar que la UE pueda alcanzar los objetivos más amplios de sus políticas medioambientales y la regulación del comercio internacional de especies amenazadas de flora y fauna silvestres, promoviendo las políticas de desarrollo sostenible de la Agenda 2030 de la ONU.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I voted in favour and I support this report. I believe the EU should do its utmost and play its role in the protection and safeguarding of our natural resources – fauna, flora, nature, wildlife, countryside – and I am committed to this.

Preserving biodiversity must also be ensured through binding international and regional environmental protection measures and agreements.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Cette résolution présente les objectifs clés de l'UE en tant que participant à la 17e conférence des parties à la Convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction (dite CITES en anglais) qui se tiendra du 24 septembre au 5 octobre prochains à Johannesburg.

Il est certes urgent d'encadrer ce commerce et de protéger les espèces en renforçant le système des permis. Malheureusement, cette résolution se réjouit de l'adhésion de l'UE à la convention CITES, par laquelle l'UE votera désormais au nom des 28 États membres, qui sont déjà tous parties à la CITES, sur les sujets qui relèvent de compétences de l'UE. Or cela n'était pas le cas avant l'adhésion de l'UE à la CITES en 2015.

L'UE n'ayant pas à supplanter le rôle des États souverains concernant les grands sujets de coopération internationale, j'ai voté contre cette résolution.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Felmerült a kérdés korábban, hogy az Európai Unió milyen főbb stratégiai célkitűzéseket fog képviselni a veszélyeztetett vadon élő állat- és növényfajok nemzetközi kereskedelméről szóló egyezmény (CITES) részes feleinek közelgő, 2016. szeptember 24. és október 5. között Johannesburgban (Dél-Afrika) megrendezésre kerülő konferenciáján. Az ehhez kapcsolódó mostani dokumentum végszavazásánál igent nyomtam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — Hemos votado a favor de los objetivos clave para la 17.ª reunión de la CP de la CITES en Johannesburgo dado que es fundamental la adhesión de la Unión a la CITES; considera que es un paso fundamental para garantizar que la UE pueda alcanzar los objetivos más amplios de sus políticas medioambientales y la regulación del comercio internacional de especies amenazadas de flora y fauna silvestres, promoviendo las políticas de desarrollo sostenible de la Agenda 2030 de la ONU.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the key objectives for the CITES CoP17 meeting in Johannesburg.

The Conference of the Parties to the Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora (CITES), to be held in Johannesburg (South Africa) from 24 September to 5 October 2016 is the largest global wildlife conservation agreement in existence, with 181 parties, including the EU and its 28 Member States. The aim of CITES is to ensure that international trade in wild animals and plants is not a threat to the survival of the species in the wild.

I voted in favour because I believe that the accession to CITES of the European Union has rendered the Union's legal status in respect of CITES more transparent vis-à-vis third parties to the Convention.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Tendo em vista a 17.ª reunião da Conferência das Partes (COP17) da Convenção sobre o Comércio Internacional de Espécies de Fauna e Flora Selvagens Ameaçadas (CITES), em Joanesburgo, na África do Sul, de 24 setembro a 5 outubro de 2016, e devido ao facto de que a UE participa pela primeira vez como parte da CITES, os coordenadores da Comissão ENVI decidiram apresentar uma pergunta oral ao Conselho e à Comissão, juntamente com uma proposta de resolução.

A resolução aborda os principais tópicos da próxima COP17 e faz várias recomendações, designadamente em matéria de transparência na tomada de decisões e nos relatórios, quanto ao tráfico de animais selvagens e à corrupção, aplicação e financiamento.

O texto apoia as propostas apresentadas pela UE e os seus Estados-Membros, em particular as resoluções propostas sobre corrupção e sobre os troféus de caça, a extensão da CITES à proteção de um número de espécies que são importadas para a UE, como animais de estimação, e propostas de alteração no controlo do comércio de bens pessoais e domésticos.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), *na piśmie*. – W Johannesburgu, w dniach od 24 września do 5 października, odbędzie się Konferencja Stron Konwencji o Międzynarodowym Handlu Gatunkami Zagrożonymi Dzikiej Flory i Fauny (CITES), podczas której UE wystąpi pierwszy raz jako strona. CITIES jest porozumieniem międzyrządowym, którego celem jest dopilnowanie, by handel gatunkami zagrożonymi nie powodował ich wyginięcia.

Poparłam to sprawozdanie, ponieważ zawiera konkretne rekomendacje dotyczące przejrzystości procesu decyzyjnego, poprawy raportowania, finansowania i stosowania prawa, przepisów dotyczących zwalczania nielegalnego handlu i korupcji, a także propozycji odnoszących się do konkretnych gatunków.

Projekt wspiera także propozycje UE i jej państw członkowskich, w szczególności odnoszące się do zwalczania korupcji i ustanowienia standardów dotyczących polowania w celu uzyskania trofeów, a także rozciągnięcia zakresu CITES na ochronę pewnych gatunków importowanych do UE jako zwierzęta domowe oraz niektórych przedmiotów ruchomych.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Uznesenie parlamentného výboru ENVI načrtáva názory a ciele Európskeho parlamentu v súvislosti so 17. stretnutím konferencie strán Dohody o medzinárodnom obchode ohrozených druhov fauny a flóry (CITES), ktorý sa bude konať v Johannesburgu na prelome septembra a októbra tohto roka. Cieľom dohody CITES je zabezpečiť, aby medzinárodný obchod neohrozoval prežitie ohrozených druhov rastlín a živočíchov. Na stretnutí konferencie sa bude diskutovať o 62 návrhoch na zvýšenie alebo zníženie kontrol v medzinárodnom obchode, ktoré sa dotýkajú mnohých ohrozených druhov. Zároveň sa bude hovoriť aj o tom, ako zaviesť čo najviac transparentnosti do rozhodovacích procesov a ako čo najlepšie uchopiť boj proti pašovaniu ohrozených druhov či korupcii. Správa sa okrem všeobecných ustanovení detailnejšie zaoberá aj niekoľkými ohrozenými druhmi rastlín a živočíchov.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei a favor da resolução que estipula os principais objetivos da 17.ª sessão da Conferência das Partes na Convenção CITES, por concordar com o posicionamento do Parlamento Europeu neste que é o maior acordo vigente a nível mundial sobre a conservação da vida selvagem.

Infelizmente, a União é hoje um importante mercado de destino e de trânsito do comércio ilegal de espécies selvagens, em particular de aves, tartarugas, répteis e espécies da flora.

Neste contexto, congratulo-me particularmente com a adesão da UE à CITES, sobretudo pelo facto de a UE participar pela primeira vez como parte, tornando mais transparente o estatuto jurídico da UE na CITES e confirmando o papel da UE no multilateralismo.

Esta adesão permitirá à UE manifestar uma posição coerente relativamente aos assuntos da CITES e participar de forma substancial nas negociações das Conferências das Partes.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. — La «Convenzione sul commercio internazionale delle specie di flora e fauna selvatiche minacciate di estinzione» (CITES) è uno strumento di protezione che prevede il controllo del commercio internazionale di queste specie a rischio estinzione. In vista della prossima riunione delle parti, che si terrà in Sud Africa dal 24 settembre al 5 ottobre 2016 , la commissione ENVI del Parlamento europeo ha deciso di porre alla Commissione europea la seguente interrogazione orale con risoluzione: «Può la Commissione spiegare i principali obiettivi strategici per l'Unione europea alla prossima Conferenza delle parti della Convenzione sul commercio internazionale delle specie di flora e fauna selvatiche minacciate di estinzione (CITES), che si terrà a Johannesburg, Sud Africa, dal 24 settembre al 5 ottobre 2016?» Attraverso questa iniziativa, a cui ho votato favorevolmente, si vuol infatti mettere in luce l'esigenza di trasparenza del processo decisionale, la necessità di migliorare la segnalazione del contrabbando di fauna selvatica, la lotta alla corruzione e l'attuazione della CITES.

12.7. Anwendung der Richtlinie über Postdienste (A8-0254/2016 - Markus Ferber)

Suulliset äänestysselitykset

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem tento návrh rád podpořil, protože jako člen výboru IMCO považuji za hlavní téma agendy tohoto výboru pro toto volební období digitální trh. Digitální trh ovšem může fungovat, např. prodej zboží online, pouze pokud internetově prodané zboží bude možné po Evropě rychle a levně doručovat. Proto otázka pošt, otázka zasílatelství a bourání hranic mezi jednotlivými státy je mimořádně důležitá, není to jen o tom, jak se budou draze prodávat balíky, ale chceme-li digitální ekonomiku, musíme umět elektronicky prodané zboží rychle po Evropě dopravit, takže to je dobrý návrh.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, ní raibh aon fhadhb agam vótáil le mo ghrúpa sna cúig vóta a bhain leis an tuarascáil seo. Ó thaobh mhuintir na hÉireann…

I would like to say that, faced with the decline of the rural post office network, I would be eager to emphasise the value and the presence of our postal services, which are indeed changing but are nonetheless vital to our communication sector and in terms of employment. The 2008 Third Postal Services Directive encouraged the completion of the internal market in this domain. However, in line with this report, I would call for the Commission to assist Member States in their efforts to implement such policies effectively on a national and regional level.

We appreciate the vital role that this sector plays in the spheres of communication and employment whilst also boosting economic and territorial cohesion across the EU and in the single market.

Kirjalliset äänestysselitykset

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – L'obiettivo della relazione è verificare lo stato dei servizi postali nell'UE in seguito alla revisione della relativa direttiva nel 2008. Si sottolinea la necessità di garantire un accesso equo e non discriminatorio alla formazione professionale, così come un servizio universale essenziale di qualità e a condizioni accessibili, con speciali garanzie rivolte ai cittadini con disabilità. Si chiede dunque un livello minimo garantito di servizio per i consumatori, con trasparenza dei prezzi e delle condizioni di consegna. Si evidenzia, infine, la necessità di garantire condizioni di lavoro dignitose per tutti i lavoratori, incluso il necessario livello di tutela della salute e della sicurezza sul posto di lavoro. Per questi motivi ho espresso voto favorevole.

Daniela Aiuto (EFDD), *per iscritto*. – Voteremo a favore del dossier, che pone un aggiornamento sostanziale sulla questione dei servizi postali, che più di altri soffrono a stare al passo con gli enormi e rapidi cambiamenti dettati dalla digitalizzazione dei servizi e dall'esponenziale crescita del commercio elettronico.

Dal 2008 ad oggi, i servizi postali pubblici hanno sofferto il moltiplicarsi delle offerte di gestori privati e in alcuni Stati membri, come l'Italia, si trovano ad essere molto meno competitivi dei privati e per nulla convenienti economicamente.

La stessa digitalizzazione dei servizi e sistemi quali la tracciabilità dei pacchi o della posta risultano spesso farraginosi e di difficile accesso rispetto ai pari servizi offerti dal privato. E questo, con una popolazione europea sempre più anziana, non agevola l'utilizzo di un servizio pubblico che è fondamentale e tra i più importanti.

Resta infatti spesso un *gap* tra l'utente e i gestori del servizio, e la corsa alla digitalizzazione spesso si dimentica dei tanti utenti sparsi sul territorio e nei piccoli centri, per i quali ha ancora estrema importanza il contatto umano e il potersi interfacciare fisicamente con il gestore del servizio.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this non-legislative, own-initiative report because the UK already has an established national regulatory authority (NRA) and has already proven that it is able to monitor the delivery network without the interference of the EU.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report, which followed a review of the application of the Postal Services Directive across the EU.

This Directive has been disastrous for public services, jobs and workers' rights in Ireland and throughout the EU. The liberalisation of postal services under the directive has resulted in the closure of post offices across Ireland, and the postal service in the North especially has been decimated as a result. The report supported the ongoing implementation of the directive, and for that reason I voted against it.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Le rapport pourrait sembler acceptable dans la mesure où il ne demande pas directement la révision de la directive postale et ne remet pas en cause le principe même d'un opérateur de service universel.

Cependant, plusieurs paragraphes tendent à jeter une forme de suspicion sur les opérateurs universels, notamment en demandant un contrôle accru et systématique des opérateurs du service universel de la part de la Commission et des autorités de régulation.

Je me suis donc abstenu.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the application of the Postal Services Directive.

The revision of postal services in 2008 achieved key objectives in terms of the liberalisation of European postal services. However, postal services have undergone dramatic changes due to the growth of e-commerce. Postal services are a vital part of communication in the EU internal market, and this sector remains a fundamental contributor to social, economic and territorial cohesion and to the development of the digital single market. Sectors such as e-commerce, publishing, mail order, insurance, banking and advertising depend heavily on the postal infrastructure.

One of the Commission's core tasks is to promote and safeguard effective competition in the postal services sector. Promoting more competition in this sector is also important in reaching the Europe 2020 goals for sustainable growth in a resource-efficient and more competitive economy.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την εφαρμογή της οδηγίας για τις ταχυδρομικές υπηρεσίες, διότι ζητά την αύξηση των ελέγχων διαφάνειας σε ό,τι αφορά τις συνθήκες δημόσιας τιμολόγησης, της απόδοσης των υπηρεσιών καθώς και τιμών όταν αυτές δεν ελέγχονται από τον ανταγωνισμό ή είναι αδικαιολόγητα υψηλές.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Mit der Überprüfung der Postdienste im Jahr 2008 konnten wichtige Ziele im Hinblick auf die Liberalisierung der Postdienste in Europa verwirklicht werden. Seit der vollständigen Öffnung der Postbranche 2008 haben sich die Postdienste jedoch erheblich verändert. Zum einen ist die papiergestützte Kommunikation in vielen Mitgliedstaaten zurückgegangen. Die Zahl der versendeten Briefe ist EU-weit rückläufig. Zum anderen sind Online-Einkäufe durch neue Technologien bequemer geworden, weswegen die Zahl der Päckchen und Pakete, die durch Postunternehmen befördert werden, gestiegen ist. Daher machen die Einnahmen aus Paket- und Eilsendungen nun mehr als die Hälfte der Gesamteinnahmen in der Postbranche aus. Eine der Kernaufgaben der Kommission ist es, den wirksamen Wettbewerb in der Postbranche zu fördern und zu schützen.

Die Postbranche der EU trägt weiterhin entscheidend zum sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt und der Entwicklung des digitalen Binnenmarkts bei. Erschwingliche und verlässliche Post- und Paketlieferungen sind für den Binnenmarkt auch weiterhin von größter Bedeutung.

Ich schließe mich der Position des Parlaments an, vor allem im Hinblick auf die Intention, Universaldienste weiter aufrecht zu erhalten, um auch den lokalen Besonderheiten ländlicher Gegenden Rechnung zu tragen. Es muss weiterhin ein qualitativ hochwertiger Zugang zu den Postdienstleistungen garantiert sein, der dem Bedarf der Nutzer gerecht wird.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport qui, au nom de la concurrence libre et non faussée, soumettra La Poste française à une concurrence contre laquelle elle ne pourra faire face au vu de ses contraintes de service public. Ce rapport ne permettra nullement de lutter contre les exploitations salariales dont la dénonciation présente dans le texte restera purement théorique.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – The United Kingdom already has a highly competent national regulatory authority in the field of postal services. Many of the problems within the UK postal service, such as post office closures, etc., are directly or indirectly linked to the EU Postal Services Directives. Consequently I voted against this report, which completely misses the point of the problems.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą dėl Pašto paslaugų direktyvos taikymo. 2008 m. persvarstant pašto paslaugas pasiekti pagrindiniai Europos pašto paslaugų liberalizavimo tikslai. Vis dėlto nuo tada, kai 2008 m. buvo visiškai atverta pašto paslaugų sektoriaus rinka, pašto paslaugų sektoriuje įvyko didžiuliai pokyčiai. Iš vienos pusės daugelyje valstybių narių sumažėjo popierinių pranešimų, t. y. 2012-2013 m. laiškų skaičius visose 28 ES valstybėse narėse vidutiniškai 4,85 proc. Iš kitos pusės, dėl naujų technologijų tampa patogiau apsipirkti internetu, todėl didėja pašto paslaugų teikėjų pervežamų paketų ir siuntinių skaičius. Todėl dabar daugiau kaip pusę visų pašto sektoriaus pajamų sudaro iš siuntinių ir greitųjų siuntų pervežimo gaunamos pajamos. Per pastaruosius penkerius metus dėl elektroninės prekybos plėtros siuntinių ir paketų siuntimo rinkų verslo vartotojui segmentas sparčiai didėjo, o konkurencija minėtose rinkose, nors rinka visoje ES ir buvo visiškai atverta, vystėsi lėtai. Todėl pritariu tam, jog Komisijos pagrindiniai uždaviniai išlieka skatinti ir apsaugoti veiksmingą konkurenciją pašto paslaugų sektoriuje.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui insiste sur l'importance de fournir un service universel de haute qualité à des conditions abordables comprenant au moins cinq jours de livraison et cinq jours de collecte par semaine pour tout citoyen.

Il insiste aussi sur la nécessité d'améliorer la couverture géographique et l'accessibilité aux services universels de livraison de colis notamment pour les personnes handicapées et à mobilité réduite et les personnes vivant dans des zones reculées.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Feber relativa all'applicazione della direttiva sui servizi postali. Il mercato postale rimane un settore economico nel quale le prospettive di crescita e di aumento della concorrenza sono ancora forti. Nonostante il declino dei servizi connessi alle lettere, generato da un corrispondente aumento degli invii elettronici, l'impatto delle tecnologie dell'informazione e della comunicazione ha consentito un netto aumento dei ricavi sul versante dei pacchi e degli invii tramite corriere, grazie alla cospicua mole di acquisti online. Il testo proposto, tenendo conto di questi aspetti chiede alla Commissione di facilitare e rafforzare la cooperazione e il coordinamento tra le autorità nazionali di regolamentazione, per conseguire una maggiore efficienza e interoperabilità nella fornitura transfrontaliera. La copertura geografica e l'accessibilità ai servizi universali per la consegna dei pacchi devono essere migliorate prestando particolare attenzione alle esigenze dei cittadini con disabilità e le persone con mobilità ridotta.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe revisa la aplicación de la Directiva de servicios postales, aprobada en 1997 y modificada en 2002 y 2008. Con el trabajo previo en comisión, hemos conseguido incluir en el texto varios puntos importantes que abogan por un servicio público de correos que sea universal, accesible, sostenible en el largo plazo y capaz de mantener empleos de calidad.

Sin embargo, permanece en el texto parte del enfoque inicial del ponente, que aboga por aumentar la competencia en detrimento de las empresas públicas y potenciar los servicios de alta gama dentro de las prestaciones del Servicio Universal, olvidando que la liberalización del sector en todos los países de que se tienen datos sólo ha llevado a la concentración de competidores privados en los segmentos más lucrativos del mercado y al detrimento generalizado de las condiciones laborales.

Así, para reflejar el balance entre los puntos positivos y negativos del informe, hemos votado abstención.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer su trabajo al ponente de esta informe de iniciativa sobre la aplicación de la directiva sobre servicio postales, siempre conflictiva debido a los distintos sistemas que imperan en los Estados Miembros. En ella se impulse el servicio universal mejorando la independencia de las autoridades nacionales de reglamentación, permitir una competencia justa con acceso, calidad de los servicios y necesidades de los usuarios bien definidos. Sin olvidar además la dimensión transfronteriza y el comercio electrónico así como la dimensión social con la mejora del empleo. Por todo ello he votado a favor de este informe.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne l'application de la directive sur les services postaux qui sont totalement soumis à la concurrence depuis 2008. L'utilisation des mails fait diminuer l'envoi de lettres, mais l'utilisation d'internet et des achats en ligne fait augmenter le nombre de colis livrés au profit des vendeurs en ligne et des livreurs de colis.

Le rapport nous propose une série de contradiction et de fin du service public postal. Par exemple, il veut la séparation totale des fonctions d'opérateur postal et de régulation postale, ou encore il déplore que le commerce international intra-UE ne se développe plus, et demande donc à la Commission de faire en sorte que les prix internes aux États se rapprochent des prix internationaux au risque d'augmenter le prix des envois nationaux pour compenser la baisse des prix internationaux. Pourtant, le rapport réaffirme la nécessité de maintenir le service universel en faisant fi du fait que cette exigence entre en opposition avec la concurrence érigée en idéal. Le rapport fait aussi la chasse aux subventions publiques donc, in fine, à la disparition du service universel. Habitant en milieu rural et étant encore plus concernée par ces problématiques, j'ai voté contre ce texte.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Nonostante qualche spunto interessante e condivisibile, come la necessità di garantire che il servizio postale rimanga accessibile a tutti i cittadini, nella relazione permangono alcuni punti critici che mi hanno spinta a non condividerla pienamente ed esprimermi con un voto di astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Respuesta del Parlamento al informe de la Comisión sobre la implementación de la Directiva sobre Servicios Postales cinco años después de su entrada en vigor. El informe es positivo y concluye que, pese a la crisis y a la caída del mercado de la mensajería por carta por la sustitución electrónica, la directiva y el Servicio Postal Único funcionan relativamente bien. La principal aportación se refiere a la regulación del sector de la paquetería que no cubre la Directiva de servicios postales, aspecto sobre el que la Comisión ha presentado una propuesta de reglamento.

El informe propugna un equilibrio entre la libre competencia, las exigencias de los consumidores, la sostenibilidad del servicio universal y su financiación y el mantenimiento de los puestos de trabajo. Se pide un sector postal que garantice la sostenibilidad del servicio universal, con bajos precios para los consumidores pero al mismo tiempo de alta calidad, con servicios de «*track and trace*», rápidos, abiertos a todos los operadores, servicios comerciales transparentes a todos los otros operadores y al mismo tiempo con trabajadores con unas buenas condiciones de trabajo, formados y que se garantice un empleo estables.

Por estos motivos, he votado a favor de este Informe.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pateikė savo vertinimą dėl Pašto paslaugų direktyvos taikymo. 2008 m. persvarstant pašto paslaugas pasiekti pagrindiniai Europos pašto paslaugų liberalizavimo tikslai. Vis dėlto nuo tada, kai 2008 m. buvo visiškai atverta pašto paslaugų sektoriaus rinka, pašto paslaugų sektoriuje įvyko didžiulių pokyčių. Viena vertus, daugelyje valstybių narių sumažėjo popierinių pranešimų. 2012-2013 m. laiškų skaičius visoje ES sumažėjo – 28 ES valstybėse narėse vidutiniškai 4,85 proc. Kita vertus, dėl naujų technologijų tampa patogiau apsipirkti internetu, todėl didėja pašto paslaugų teikėjų pervežamų paketų ir siuntinių skaičius. Todėl dabar daugiau kaip pusę visų pašto sektoriaus pajamų sudaro iš siuntinių ir greitųjų siuntų pervežimo gaunamos pajamos. Per pastaruosius penkerius metus dėl elektroninės prekybos plėtros siuntinių ir paketų siuntimo rinkų verslo vartotojui segmentas sparčiai didėjo, o konkurencija minėtose rinkose, nors rinka visoje ES ir buvo visiškai atverta, vystėsi lėtai.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az egyre gyakoribb e-szolgáltatások és online vásárlások ellenére a klasszikus postai szolgáltatások napjainkban is elengedhetetlenek. Különösen szükséges azok biztosítása azokban a távolabb eső régiókban, ahol nincs megfelelő internet-lefedettség. A postai szolgáltatásokról szóló harmadik irányelv még 2008-ban megnyitotta az utat a postai szolgáltatások belső piacának a megalkotása felé. 2013-ra minden tagállamban megtörtént a piacnyitás. Az elmúlt időszakban azonban olyan jelentős változások történtek a postai szolgáltatások piacán, amelyek szükségessé teszik az irányelv alkalmazásának felülvizsgálatát.

A klasszikus papíralapú kommunikáció – levelek és napilapok, folyóiratok kézbesítése – rohamosan csökken, miközben az elektronikus vásárlásoknak köszönhetően a csomagküldés volumene egyre növekszik. Nagyon fontos a belföldi szolgáltatásokon túl a határon átnyúló postai szolgáltatások biztosítása, méghozzá átlátható és elfogadható árakon, a jelen kor vívmányainak felhasználás mellett (például a küldemény útjának követése – track-and-trace). Az egyik fő prioritás a postai szolgáltatások szektorban történő effektív versenyhelyzet megtartása és előmozdítása a felhasználók igényeinek figyelembevétele mellett. A fentiek figyelembevételével szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Tržište poštanskim uslugama u EU-u je vrlo podijeljeno. U nekim državama članicama nacionalna pošta ima povlašteni položaj na tržištu te ometa razvoj konkurencije. Sve to uzrokuje nelogičnosti na tržištu, poput činjenice da je prekogranična dostava za manju udaljenost značajno i do pet puta skuplja od dostave za veću udaljenost unutar jedne države članice.

Premda je poštanska djelatnost koja se odnosi na pisma u opadanju, tržište paketima je u nekoliko godina naraslo za 70 posto. Rezultat je to rasta online trgovine i upravo radi povjerenja potrošača u taj oblik kupnje treba otkloniti nelogičnosti u cijenama poštanskih usluga unutar EU-a.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport prône la libre concurrence, la fin du service public et une uniformisation des services postaux de l'Union.

Il est clair que ceci débouchera vers plus de dumping social pour les salariés du secteur et moins de service pour le client.

J'ai, par conséquent, voté contre.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – La revisione dei servizi postali nel 2008 ha raggiunto gli obiettivi principali della liberalizzazione dei servizi postali europei.

Tuttavia, i servizi postali hanno subito enormi cambiamenti dopo la piena apertura del mercato del settore dei servizi postali nel 2008. Da un lato, le comunicazioni cartacee sono diminuite in molti Stati membri. Il numero di lettere è diminuito in tutta l'Unione europea e, tra il 2012 e il 2013, il tasso medio di declino nell'insieme dei 28 Stati membri dell'Unione era del 4,85%. D'altro lato, le nuove tecnologie rendono gli acquisti online più convenienti e, quindi, aumentano il numero dei colli e pacchi trasportati dagli operatori postali. Di conseguenza, i ricavi derivati da pacchi ed invii attraverso corriere rappresentano oggi oltre la metà dei ricavi totali del settore postale.

L'esistenza di buoni servizi postali costituisce un elemento vitale per la comunicazione nel mercato interno dell'UE. Dalla raccolta al trasporto, dalla cernita alla consegna di lettere e pacchi presso le case e gli uffici, i fornitori di servizi postali offrono una vasta gamma di servizi a un prezzo accessibile che deve essere salvaguardato.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Serviciile poștale au suferit schimbări importante de la deschiderea completă a pieței din sectorul serviciilor poștale, în 2008. Pe de o parte, comunicațiile pe suport de hârtie au scăzut în mai multe state membre, iar pe de altă parte, datorită cumpărăturilor *online*, numărul de pachete și de colete transportate de operatorii poștali a crescut. Astfel, veniturile obținute din coletărie și curierat rapid reprezintă mai mult de jumătate din totalul veniturilor sectorului poștal.

Aceste servicii reprezintă o componentă esențială a comunicării în cadrul pieței interne a UE, precum și un factor care contribuie în mod fundamental la asigurarea coeziunii sociale, economice și teritoriale, dar și la dezvoltarea pieței unice.

M-am exprimat în favoarea acestui raport deoarece consider că este nevoie de promovarea și garantarea existenței unei concurențe reale în sectorul serviciilor poștale.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho espresso voto favorevole in merito alla relazione in questione poiché ritengo che l'esistenza di servizi postali efficienti e all'avanguardia costituisce un elemento di indubbio rilievo ai fini di una buona comunicazione nel mercato interno dell'UE. L'apertura di tale settore alla concorrenza, avviata nel 2008, ha stimolato, fino ad ora, lo sviluppo di servizi a valore aggiunto come le tecnologie di rilevamento e localizzazione c.d. *track-and-trace*, i punti di raccolta e consegna c.d. *pick-up/drop-off* e orari di consegna e procedure di rinvio flessibili. Un mercato dei pacchi competitivo, innovativo e in rapida crescita non deve essere ostacolato da regolamentazioni ingiustificate o da elefantiasi dell'apparato burocratico. Le consegne postali e dei pacchi devono essere affidabili e disponibili a prezzi accessibili per i cittadini europei. I servizi postali, con la piena apertura del mercato, sono stati protagonisti di importanti cambiamenti. Se da un lato, le comunicazioni cartacee sono notevolmente diminuite in molti Stati membri, dall'altro, l'e-commerce, agevolando gli acquisti, fa sì che il numero dei colli e pacchi trasportati dagli operatori postali sia in netto incremento. I ricavi derivati da pacchi ed invii effettuati tramite corriere rappresentano, infatti, oltre la metà dei ricavi totali del settore postale.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report, which followed a review of the application of the Postal Services Directive across the EU.

This Directive has been disastrous for public services, jobs and workers' rights in Ireland and throughout the EU. The liberalisation of postal services under the directive has resulted in the closure of post offices across Ireland, and the postal service in the North especially has been decimated as a result. The report supported the ongoing implementation of the directive, and for that reason I voted against it.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as I believe that the European Union should continue with the roadmap for completing the single market for parcel delivery. Postal services have undergone tremendous changes since the full opening-up of the sector to the market in 2008. Due to the growth of e-commerce, the business-to-consumer segment of the parcel and packet markets has grown rapidly whereas competition in the letter market has been slow to develop, despite full opening to the market across the EU.

I believe that affordable and reliable postal and parcel deliveries remain essential for the single market. Whilst new technologies make shopping online more convenient, and parcel and express revenues now account for more than half of the postal sector's total revenue, e-retailers' use of cross-border e-commerce still remains low.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione di implementazione mira a verificare lo stato dei servizi postali in Europa in seguito alla revisione della relativa direttiva nel 2008. Non riscontrando problemi particolari ho espresso voto favorevole.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – L'esistenza di buoni servizi postali è un elemento vitale per la comunicazione e per il buon funzionamento del mercato interno dell'UE. Il mercato postale è un settore economico nel quale le prospettive di crescita e di aumento della concorrenza sono ancora forti e per nulla frenate dall'era digitale che attraverso le nuove tecnologie hanno favorito gli acquisti e le transazioni online con conseguente aumento degli invii postali che ha permesso di raddoppiare i ricavi totali del settore. Sicuramente per il futuro andrà rafforzato il coordinamento transfrontaliero e l'armonizzazione delle procedure per il rilascio delle autorizzazioni al fine di rimuovere le barriere all'accesso al mercato unico. L'attuazione della direttiva sui servizi postali ha contribuito ad aprire il mercato e ad aumentarne la concorrenza, ma occorre assicurarsi che gli Stati membri e la Commissione vigilino sulla prestazione dei servizi al pubblico e sulla loro affidabilità. Ci attendiamo tutti che l'apertura di un settore strategico come questo non crei aumenti dei costi o disservizi per i cittadini. La tutela del consumatore deve essere centrale in tutte le politiche europee e va garantita attraverso politiche sui prezzi e regole di prestazione dei servizi chiare e trasparenti. Per tali motivi ho espresso

il mio voto a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και τονίζουμε πως οι καλές ταχυδρομικές υπηρεσίες αποτελούν ζωτικό μέρος των επικοινωνιών στην εσωτερική αγορά της ΕΕ. Από τη συλλογή στη μεταφορά, από τη διαλογή στη διανομή αλληλογραφίας και δεμάτων σε σπίτια και γραφεία, οι φορείς παροχής ταχυδρομικών υπηρεσιών προσφέρουν ευρύ φάσμα υπηρεσιών σε προσιτές τιμές. Ο ταχυδρομικός τομέας της ΕΕ παραμένει θεμελιώδης παράγοντας κοινωνικής, οικονομικής και εδαφικής συνοχής καθώς και ανάπτυξης της ενιαίας ψηφιακής αγοράς.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με την εφαρμογή της οδηγίας για τις ταχυδρομικές υπηρεσίες θα μπορούσε να αφορά ιδιαίτερα ζητήματα σχετικά με την ανάπτυξη και ισχυροποίηση των ευρωπαϊκών ταχυδρομικών υπηρεσιών. Καθώς όμως εστιάζει απόλυτα σε ζητήματα απορρύθμισης του τομέα αυτού με παράλληλη προώθηση των ιδιωτικών συμφερόντων, θεωρώ πως δεν προσεγγίζει επαρκώς την πλευρά των εργαζομένων και για αυτό τον λόγο ψήφισα αρνητικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione del collega Ferber dal momento che condivido la valutazione della scarsa efficacia della direttiva sui servizi postali. In particolare, in alcuni Stati membri, come per esempio l'Italia, la liberalizzazione dei servizi postali non ha contribuito a creare un mercato più dinamico. Al contrario, lo Stato italiano rimane azionista di maggioranza in Poste italiane, spesso comportandosi come un'azienda privata in cerca di profitti. Infatti, molti comuni montani sono serviti solamente due giorni per settimana. Sono dunque pienamente d'accordo con il collega Ferber sul bisogno di garantire un servizio postale veramente universale e sull'obbligo di assicurare almeno cinque giorni di consegna e di raccolta a settimana per tutti i cittadini. Infine, mi auguro che l'invito rivolto alla Commissione a promuovere tariffe transfrontaliere abbordabili e individuare le pratiche anticoncorrenziali e monopolistiche possa finalmente sfociare in un mercato unico europeo.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the application of the Postal Services Directive and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Desde a liberalização dos serviços postais em 2008, verificou-se uma alteração de paradigma no setor, com a redução das comunicações em suporte de papel, a aplicação das novas tecnologias e um aumento exponencial das embalagens e encomendas graças às compras em linha.

Apoio o Relatório Ferber, que vem responder a estes novos desafios, definindo um conjunto de observações às autoridades reguladoras nacionais, cuja principal função é dar aplicação concreta ao disposto na Diretiva dos Serviços Postais.

Concordo com a necessidade de se reforçar a cooperação e a coordenação entre as autoridades reguladoras, com vista a uma maior eficácia e interoperabilidade do serviço de entrega transfronteiriço, bem como à melhoria da cobertura geográfica e da acessibilidade a serviços universais para entrega de encomendas a cidadãos com deficiência ou mobilidade reduzida ou que habitem em zonas remotas.

Defendo que deve ser assegurado que a liberalização do mercado beneficie todos os utilizadores, em particular os consumidores e as Pequenas e Médias Empresas, promovendo-se ao mesmo tempo a estratégia sobre o comércio eletrónico e a entrega de encomendas transfronteiriça.

Estes direitos devem ser acompanhados de um sistema transfronteiriço de gestão de queixas e resolução de litígios simples e eficaz.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, own-initiative report because the UK already has an established national regulatory authority (NRA) and has already proven that it is able to monitor the delivery network without the interference of the EU.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – L'evoluzione del mercato interno, come la revisione della direttiva sui servizi postali del 2008, ha portato a una diminuzione delle comunicazioni cartacee a vantaggio di quelle elettroniche. Quindi nuove opportunità di innovazione e una maggiore espansione del mercato, con il conseguente aumento dei fornitori e della concorrenza. Per far sì che il servizio postale continui ad essere un settore capace di contribuire alla coesione sociale, economica e territoriale è necessario definire norme minime tra gli operatori evitando una regolamentazione ingiustificata e una burocrazia inutile, garantire una fornitura sostenibile, ma al contempo flessibile, del servizio universale tenendo conto delle specificità locali, continuando a fornire un servizio sempre di alta qualità a condizioni accessibili e incrementando la trasparenza delle tariffe applicate ai vari prodotti.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — I believe that this directive is essential to accelerate the pace of development and enable SMEs to thrive online and take full advantage of the benefits of the single digital market. There are also beneficial spill-overs in relation to ensuring the continuation and future growth of services. The universal service obligation (USO) in the postal sector is applied very differently across Member States, reflecting the fact that Member States have a certain flexibility in terms of providing universal service according to their domestic circumstances, including at local level.

Postal services should be monitored closely in terms of providers' legacy costs, in accordance with the main set of rules for the control of state aid in respect of services of general economic interest.

I agree with the report which endeavours to promote cost reduction by improving the interoperability of parcel dispatch and collection processes, and to develop European standards for integrated tracking systems. I acknowledge the progress made by the industry in serving consumers and SMEs across borders by enhancing interoperability, but more work needs to be done.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe se posiciona de tal modo que la liberalización de los servicios postales aparece como poco más o menos que inevitable. De este modo, a pesar que contiene toda una serie de recomendaciones sobre la mejora de las condiciones laborales y la protección del servicio universal con las que podría estar de acuerdo, en el fondo sirve para legitimar las reformas que han permitido la terrible degradación de las normas de trabajo en el sector postal, la ruina de los operadores públicos y la pérdida de calidad en el servicio al cliente final. Por ello, he votado en contra.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La direttiva sull'uguaglianza in materia di occupazione ha l'obiettivo di creare condizioni omogenee per quanto riguarda la parità nella sfera del lavoro e garantisce un quadro giuridico dell'Unione consolidato in materia di occupazione. Ricordo che ad oggi i dati disponibili sulla parità sono ancora molto scarsi e che sebbene la percezione della discriminazione sia aumentata, non vi è una reale consapevolezza dei propri diritti e dei meccanismi giudiziari contro pratiche discriminatorie. Alla luce di tali considerazioni, ho espresso il mio voto in favore dalla presente risoluzione poiché credo che gli organismi nazionali possono e debbano dare prova di maggiore impegno nell'attuazione della direttiva sull'uguaglianza, intervenendo e combattendo concretamente contro tutte le forme di discriminazione relative all'assunzione e legate al mercato del lavoro.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Serviciile poștale au suferit schimbări importante de la deschiderea completă a pieței din sectorul serviciilor poștale în anul 2008. Creșterea volumului cumpărăturilor *online* a dus la restabilizarea și creșterea numărului de colete transportate de către operatorii poștali. Serviciile poștale de calitate reprezintă o componentă esențială a comunicării în cadrul pieței interne a UE.

În 2011, sectorul poștal european a înregistrat o cifră de afaceri anuală de 91 de miliarde EUR, reprezentând 0,72% din PIB-ul Uniunii. Aproximativ 1,2 milioane de persoane sunt angajate de către prestatorii de serviciu poștal.

Am votat pentru mai bune condiții de muncă, garantate tuturor lucrătorilor din sectorul serviciilor poștale.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. - A postai szolgáltatásokról szóló harmadik irányelv 2008-ban nyitotta meg az utat a postai szolgáltatások belső piacának megalkotása felé. 2013-ra minden tagállamban megtörtént a piacnyitás. Az elmúlt időszakban azonban olyan jelentős változások történtek a postai szolgáltatások piacán, amelyek szükségessé teszik az irányelv alkalmazásának felülvizsgálatát. A hagyományos papíralapú kommunikáció – levelek és napilapok, folyóiratok kézbesítése – rohamosan csökken, miközben az elektronikus vásárlásoknak köszönhetően a csomagküldés volumene egyre növekszik. Az e-szolgáltatások és online vásárlások térnyerése ellenére a hagyományos postai szolgáltatások biztosítása napjainkban is fontos, különösen megfelelő internetlefedettséggel nem rendelkező területeken.

A határon átnyúló postai szolgáltatásokhoz átlátható és elfogadható árakon való hozzáférés szintén elengedhetetlen követelmény, amelyhez a modern technológiák is hozzájárulnak (pl. a küldemény útjának követése). Az ágazat egyik fő prioritása a hatékony versenyhelyzet megtartása és előmozdítása a felhasználók igényeinek figyelembevétele mellett. Szavazatommal támogattam a jelentést.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this report as it takes into consideration the market changes in different Member States and seeks to foster economic growth and social cohesion. I agree that Member States should ensure good working conditions for all employees in the postal services sector and that we need improved transparency with regard to public pricing conditions and service performance.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az egyre gyakoribb e-szolgáltatások és online vásárlások ellenére a klasszikus postai szolgáltatások napjainkban is elengedhetetlenek. Különösen szükséges azok biztosítása azokban a távolabb eső régiókban, ahol nincs megfelelő internet-lefedettség. A postai szolgáltatásokról szóló harmadik irányelv még 2008-ban megnyitotta az utat a postai szolgáltatások belső piacának a megalkotása felé. 2013-ra minden tagállamban megtörtént a piacnyitás. Az elmúlt időszakban azonban olyan jelentős változások történtek a postai szolgáltatások piacán, amelyek szükségessé teszik az irányelv alkalmazásának felülvizsgálatát.

A klasszikus papíralapú kommunikáció – levelek és napilapok, folyóiratok kézbesítése – rohamosan csökken, miközben az elektronikus vásárlásoknak köszönhetően a csomagküldés volumene egyre növekszik. Nagyon fontos a belföldi szolgáltatásokon túl a határon átnyúló postai szolgáltatások biztosítása, méghozzá átlátható és elfogadható árakon, a jelen kor vívmányainak felhasználás mellett (például a küldemény útjának követése – track-and-trace). Az egyik fő prioritás a postai szolgáltatások szektorban történő effektív versenyhelyzet megtartása és előmozdítása a felhasználók igényeinek figyelembevétele mellett. Ezekkel a célokkal a Fidesz Néppárti Delegációjának tagjaként én is azonosulok, ezért szavazatommal támogattam a jelentést.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Negli ultimi anni i servizi postali europei hanno subito sostanziali cambiamenti: il numero di lettere è diminuito in tutta l'Unione europea mentre è aumentato il numero dei colli e pacchi trasportati dagli operatori postali in seguito agli acquisti online. I servizi postali necessitano dunque di una nuova direttiva per conseguire un mercato unico, trasparente e competitivo e per promuovere una crescita economica sostenibile ed efficiente. Per tali ragioni ho deciso di sostenere la proposta di risoluzione.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – L'enjeu de ce rapport était pour la droite européenne d'appeler la Commission à réviser la directive sur les services postaux afin d'accélérer la libéralisation du secteur, notamment en renforçant les autorités de régulation et le contrôle des opérateurs du service universel. Pour le groupe S&D, l'enjeu était de défendre et de garantir durablement la prestation du service universel. Au terme des négociations, le texte reste d'approche mesurée et attire l'attention sur des points essentiels à mon sens comme la garantie de la cohésion territoriale avec le maintien de certains points d'accès. Pour autant, il jette une forme de suspicion inacceptable sur le service universel que je regrette en tant que vice-président de l'intergroupe «bien commun / services publics».

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport relatif aux marchés de services postaux déplore que le commerce international intra-UE ne se développe plus. Il demande donc à la Commission de faire en sorte que les prix internes aux États se rapprochent des prix internationaux au risque d'augmenter le prix des envois nationaux pour compenser la baisse des prix internationaux. Le rapport multiplie les contradictions. Il demande la séparation totale des fonctions d'opérateur postal et de régulation postale. L'objectif le plus important est d'assurer la concurrence, pas l'efficacité, ni l'accessibilité, ni le service public. Il demande à la Commission de lutter contre le dumping social et les exploitations salariales alors que, dans le même temps, il souhaite un accroissement de la concurrence et que c'est justement cette concurrence qui est à l'origine du dumping social, de l'utilisation de travailleurs détachés, voire du travail dissimulé. Enfin, la chasse aux subventions publiques est réaffirmée. Il explique que le but est d'obtenir à terme un secteur postal intégré, par l'interopérabilité et une définition européenne de normes minimales à respecter. Aussi, j'ai voté contre cette uniformisation par le bas.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Знаем, че в последните години пощенските услуги са претърпели огромни промени. Промените са свързани с намаляване на някои пощенски услуги поради навлизането на новите технологии, но пък нови пазари за пощенски пратки са налице поради същите нови технологии и покупките в Интернет, които са все повече и повече.

Аз подкрепих доклада по собствена инициатива, защото той предлага политика в полза на всеки гражданин и правото му на достъп до тези универсални услуги, но в същото време взема предвид спецификата на различните пазари и предлага гъвкавост при организацията на тези услуги. Поддържа се също независимостта на националните регулатори, което за мен и моето политическо семейство е много важен фактор и подчертава, че всяка държава членка има известна гъвкавост при прилагането на директивата.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Par le vote de ce texte, le Parlement établit ses recommandations quant à la mise en œuvre de la directive sur les services postaux, secteur d'importance dans les économies européennes. Il était nécessaire d'insister sur l'importance de renforcer la confiance des consommateurs dans ces services, ceci notamment par une plus grande transparence des prix et des modalités du service.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. - Az egyre gyakoribb e-szolgáltatások és online vásárlások ellenére a klasszikus postai szolgáltatások napjainkban is elengedhetetlenek. Különösen szükséges azok biztosítása azokban a távolabb eső régiókban, ahol nincs megfelelő internet-lefedettség. A postai szolgáltatásokról szóló harmadik irányelv még 2008-ban megnyitotta az utat a postai szolgáltatások belső piacának a megalkotása felé. 2013-ra minden tagállamban megtörtént a piacnyitás. Az elmúlt időszakban azonban olyan jelentős változások történtek a postai szolgáltatások piacán, amelyek szükségessé teszik az irányelv alkalmazásának felülvizsgálatát.

A klasszikus papíralapú kommunikáció – levelek és napilapok, folyóiratok kézbesítése – rohamosan csökken, miközben az elektronikus vásárlásoknak köszönhetően a csomagküldés volumene egyre növekszik. Nagyon fontos a belföldi szolgáltatásokon túl a határon átnyúló postai szolgáltatások biztosítása, méghozzá átlátható és elfogadható árakon, a jelen kor vívmányainak felhasználása mellett (például a küldemény útjának követése – track-and-trace). Az egyik fő prioritás a postai szolgáltatások szektorban történő effektív versenyhelyzet megtartása és előmozdítása a felhasználók igényeinek figyelembevétele mellett. Ezekkel a célokkal a Fidesz Néppárti Delegációjának tagjaként én is azonosulok, ezért szavazatommal támogattam a jelentést.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az egyre gyakoribb e-szolgáltatások és online vásárlások ellenére a klasszikus postai szolgáltatások napjainkban is elengedhetetlenek. Különösen szükséges azok biztosítása azokban a távolabb eső régiókban, ahol nincs megfelelő internet-lefedettség. A postai szolgáltatásokról szóló harmadik irányelv még 2008-ban megnyitotta az utat a postai szolgáltatások belső piacának a megalkotása felé. 2013-ra minden tagállamban megtörtént a piacnyitás. Az elmúlt időszakban azonban olyan jelentős változások történtek a postai szolgáltatások piacán, amelyek szükségessé teszik az irányelv alkalmazásának felülvizsgálatát.

A klasszikus papíralapú kommunikáció – levelek és napilapok, folyóiratok kézbesítése – rohamosan csökken, miközben az elektronikus vásárlásoknak köszönhetően a csomagküldés volumene egyre növekszik. Nagyon fontos a belföldi szolgáltatásokon túl a határon átnyúló postai szolgáltatások biztosítása, méghozzá átlátható és elfogadható árakon, a jelen kor vívmányainak felhasználása mellett (például a küldemény útjának követése – track-and-trace). Az egyik fő prioritás a postai szolgáltatások szektorban történő effektív versenyhelyzet megtartása és előmozdítása a felhasználók igényeinek figyelembevétele mellett. Ezekkel a célokkal a Fidesz Néppárti Delegációjának tagjaként én is azonosulok, ezért szavazatommal támogattam a jelentést.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – Unos buenos servicios postales son una parte vital de la comunicación en el mercado interior de la UE. El sector postal de la UE sigue siendo un factor fundamental para la cohesión social, económica y territorial y para el desarrollo del mercado único digital. Unos envíos postales y de paquetería asequibles y fiables siguen siendo cruciales para el mercado único. La revisión de los servicios postales en 2008 logró los objetivos de la liberalización de los servicios postales europeos.

En este sentido, en febrero de 2008, el Parlamento Europeo y el Consejo adoptaron la Directiva 2008/6/CE, que introdujo la base jurídica para la realización del mercado interior de los servicios postales y proporcionó el último paso legislativo en el proceso de apertura gradual del mercado. La tercera Directiva de servicios postales también fortalece las funciones y competencias de las autoridades nacionales

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Em 2009, à escala europeia, os serviços postais representaram um volume de negócios anual de 72 mil milhões de euros, o que corresponde a 0,62 % do PIB na UE. No que diz respeito aos serviços universais, foram expedidos por prestadores de serviços universais na UE, em 2013, mais de 85 mil milhões de envios postais e quase 2 mil milhões de encomendas. O setor postal europeu representava um volume de negócios anual de 91 mil milhões de euros em 2011, equivalente a 0,72 % do PIB da UE.

Entretanto, a entrega de encomendas é um setor competitivo, inovador e em rápido crescimento. Cerca de 1,2 milhões de pessoas trabalham para prestadores do serviço postal universal, a que se juntam as pessoas que trabalham para outros operadores de distribuição de cartas e encomendas. Concordo com a necessidade de se promover e salvaguardar a concorrência efetiva no setor dos serviços postais.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: le rapport réaffirme que le but de la directive sur les services postaux est d'obtenir à terme un secteur postal intégré, par l'interopérabilité et une définition européenne de normes minimales à respecter. En clair, une fois de plus, l'uniformisation par le bas.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione poiché ritengo che l'esistenza di servizi postali validi costituisca un elemento vitale per la comunicazione nel mercato interno dell'UE oltre a contribuire in modo sostanziale alla coesione sociale, economica, territoriale e allo sviluppo del mercato unico digitale. Consegne postali e dei pacchi affidabili e a prezzi accessibili sono ancora essenziali per il mercato unico. Inoltre, molti altri settori quali il commercio elettronico, l'editoria, la vendita per corrispondenza, le assicurazioni, le banche e la pubblicità dipendono fortemente dall'infrastruttura postale.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – Even if the final result is better than initially expected, I am still concerned about giving the Commission arguments for reviewing the universal service obligation. Therefore I abstained.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Napriek tomu, že k revízii poštovej smernice došlo len relatívne nedávno v roku 2008 a dosiahli sa ňou kľúčové ciele v oblasti liberalizácie trhu s poštovými službami v Európskej únii, nastali na úplne otvorenom trhu odvetví s poštovými službami značné zmeny. Nové technológie zjednodušujú online nakupovanie a zvyšujú tak množstvo zásielok a balíkov prepravovaných prevádzkovateľmi poštových služieb. Príjmy z balíkov a expresného doručovania následne predstavujú viac ako polovicu celkových príjmov odvetvia poštových služieb. Za posledných päť rokov a v dôsledku rastu elektronického obchodu došlo v segmente trhu s doručovaním balíkov a zásielok medzi podnikmi a spotrebiteľmi k prudkému rastu, avšak hospodárska súťaž na trhu s listovými zásielkami sa aj napriek úplnému otvoreniu trhov v celej Európskej únii rozvíja len pomaly. Ak chce Európska únia aj v budúcnosti v tejto oblasti napredovať, musí dobudovať jednotný trh s doručovaním balíkov. Európska komisia sa musí v tomto odvetví zamerať na presadzovanie a ochranu férovej a efektívnej hospodárskej súťaže, ktoré bude nepochybne znamenať prínos pre európske hospodárstvo ako také.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo dalla risoluzione che, nonostante alcuni passaggi positivi, non tocca alcuni temi importanti come il mantenimento di determinati servizi in alcune zone.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την εφαρμογή της οδηγίας για τις ταχυδρομικές υπηρεσίες καθώς η επιβαλλόμενη εξισορρόπηση των κρατικών υπηρεσιών με τις ιδιωτικές ταχυδρομικές υπηρεσίες βλάπτει το συμφέρον των κρατών μελών, δεδομένου ότι οι κρατικές υπηρεσίες παρέχουν δημόσια υπηρεσία, με ό,τι αυτό συνεπάγεται (διασφάλιση εχεμύθειας ιδιαίτερα σε περιπτώσεις έκτακτης ανάγκης, κτλ).

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I welcome this report which calls on the Commission to improve the definition of universal service in order to guarantee a certain level of service for consumers, takes into account market changes in different Member States, fosters economic growth and social cohesion, and facilitates coordination between National Regulatory Authorities (NRAs) with a view to greater interoperability in cross-border delivery and to monitoring their regulatory activities. Member States are urged to ensure good working conditions for all employees in the sector, to support the role and independence of NRAs, and to harmonise licensing procedures further to reduce unjustified barriers to market entry.

Finally, I welcome the fact that we kept the general definition of Universal Service, we insisted on postal service as tool of social cohesion and we stated that Member States have to ensure good working conditions for all employees in the sectors.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az egyre gyakoribb e-szolgáltatások és online vásárlások ellenére a klasszikus postai szolgáltatások napjainkban is elengedhetetlenek. Különösen szükséges azok biztosítása azokban a távolabb eső régiókban, ahol nincs megfelelő internet-lefedettség. A postai szolgáltatásokról szóló harmadik irányelv még 2008-ban megnyitotta az utat a postai szolgáltatások belső piacának a megalkotása felé. 2013-ra minden tagállamban megtörtént a piacnyitás. Az elmúlt időszakban azonban olyan jelentős változások történtek a postai szolgáltatások piacán, amelyek szükségessé teszik az irányelv alkalmazásának felülvizsgálatát.

A klasszikus papíralapú kommunikáció – levelek és napilapok, folyóiratok kézbesítése – rohamosan csökken, miközben az elektronikus vásárlásoknak köszönhetően a csomagküldés volumene egyre növekszik. Nagyon fontos a belföldi szolgáltatásokon túl a határon átnyúló postai szolgáltatások biztosítása, méghozzá átlátható és elfogadható árakon, a jelen kor vívmányainak felhasználása mellett (például a küldemény útjának követése – track-and-trace). Az egyik fő prioritás a postai szolgáltatások szektorban történő effektív versenyhelyzet megtartása és előmozdítása a felhasználók igényeinek figyelembevétele mellett. Ezekkel a célokkal a Fidesz Néppárti Delegációjának tagjaként én is azonosulok, ezért szavazatommal támogattam a jelentést.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az egyre gyakoribb e-szolgáltatások és online vásárlások ellenére a klasszikus postai szolgáltatások napjainkban is elengedhetetlenek. Különösen szükséges azok biztosítása azokban a távolabb eső régiókban, ahol nincs megfelelő internetlefedettség. A postai szolgáltatásokról szóló harmadik irányelv még 2008-ban megnyitotta az utat a postai szolgáltatások belső piacának a megalkotása felé. 2013-ra minden tagállamban megtörtént a piacnyitás. Az elmúlt időszakban azonban olyan jelentős változások történtek a postai szolgáltatások piacán, amelyek szükségessé teszik az irányelv alkalmazásának felülvizsgálatát.

A klasszikus papíralapú kommunikáció – levelek és napilapok, folyóiratok kézbesítése – rohamosan csökken, miközben az elektronikus vásárlásoknak köszönhetően a csomagküldés volumene egyre növekszik. Nagyon fontos a belföldi szolgáltatásokon túl a határon átnyúló postai szolgáltatások biztosítása, méghozzá átlátható és elfogadható árakon, a jelen kor vívmányainak felhasználása mellett (például a küldemény útjának követése – track-and-trace). Az egyik fő prioritás a postai szolgáltatások szektorban történő effektív versenyhelyzet megtartása és előmozdítása a felhasználók igényeinek figyelembevétele mellett. Ezekkel a célokkal a Fidesz Néppárti Delegációjának tagjaként én is azonosulok, ezért szavazatommal támogattam a jelentést.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über die Anwendung der Richtlinie über Postdienste gestimmt, da er einige wichtige Entwicklungsschritte für die Zukunft formuliert. So ist gerade in Hinblick auf den gesteigerten Anteil an Internet-Einkäufen auf eine Art „Roaming-Deckel" für Pakete hinzuarbeiten. Davon profitiert der EU-Binnenmarkt ebenso wie Einzelhandel und Start-ups in Europa.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ein guter und verlässlicher Postdienst ist für den EU-Binnenmarkt unerlässlich. So sind andere Wirtschaftszweige, wie der elektronische Handel, das Verlagswesen, der Versandhandel, Versicherungen, Banken und die Werbung, stark abhängig von einem guten europaweiten Postdienst. Die zurzeit 1,2 Mio. Beschäftigten im Postdienst sollten nicht befürchten müssen, dass durch erhöhtes Arbeitsaufkommen sich ihre Arbeitsbedingungen verschlechtern. Daher stimme ich für eine europäische Richtlinie für den Postdienst.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – EU rules on postal services guarantee all citizens the right to affordable and regular postal deliveries, and this review of the EU postal market makes clear that such rights need to be protected. The review also recognises the continued growth in online shopping options and alternative postal services. It is vital that EU rules on post and parcel delivery are fit for purpose, ensuring reliable delivery options for consumers and businesses whilst also protecting those working in the sector through safe and secure employment conditions.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Les services postaux sont soumis à une concurrence exacerbée par le développement des achats en ligne, qui a révolutionné le marché en introduisant de nouveaux acteurs tels que les entreprises de livraison de colis.

L'objectif de ce rapport est de promouvoir une plus grande concurrence dans ce secteur, afin d'augmenter la croissance.

Le rapport prétend ainsi rapprocher les prix internes aux États membres des prix internationaux, en augmentant les prix nationaux pour compenser la baisse des prix internationaux. Cette proposition est étonnante alors que la lutte contre les émissions de gaz à effet de serre est présentée comme prioritaire par les institutions européennes.

De même, le rapport prétend défendre le service universel, c'est-à-dire le service public minimum, mais en combattant dans le même temps les subventions publiques nécessaires au maintien de ce service.

Enfin, le rapport demande à la Commission de lutter contre le dumping social et les mauvaises conditions salariales dans les services postaux, mais sans s'interroger sur la concurrence exacerbée qui incite justement à utiliser massivement les contrats précaires, les travailleurs détachés, voire clandestins.

J'ai donc voté contre ce rapport qui n'apporte pas de solutions réelles aux problèmes contemporains des services postaux, en particulier en matière sociale.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – M. Ferber se penche sur la situation des services postaux, totalement libéralisés en 2008.

Dès que la Commission a voulu libéraliser un service public, elle a martelé l'argument suivant: plus de concurrence ferait forcément baisser les prix tout en garantissant la qualité du service.

En 2008, les Français achetaient leur timbre 0,55 euros pour envoyer une lettre en France, comme dans de nombreux pays limitrophes. En 2016, il leur en coûte 0,80 euros pour un courrier vers la France et 1 euro vers la Belgique, par exemple. Soit respectivement 45 % et 80 % d'augmentation. Pour des courriers qui arrivent moins vite. Quant à l'universalité du service, allez donc demander ce qu'en pensent les nombreux Français qui habitent des villes et villages où les bureaux de poste ont disparu ou réduit leurs heures d'ouverture.

Malgré tout, le rapporteur pense que le marché manque de libéralisation, déplore la prédominance de l'opérateur historique tandis que les concurrents se concentrent sur les zones géographiques et les segments les plus rentables. Écrémage du marché annoncé de longue date par le Front National. Comme d'ailleurs la précarisation des salariés chez tous les opérateurs, à cause de la concurrence, et la lente érosion de la notion même de service public. Halte au massacre.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe revisa la aplicación de la Directiva de servicios postales, aprobada en 1997 y modificada en 2002 y 2008. Con el trabajo previo en comisión, hemos conseguido incluir en el texto varios puntos importantes que abogan por un servicio público de correos que sea universal, accesible, sostenible en el largo plazo y capaz de mantener empleos de calidad.

Sin embargo, permanece en el texto parte del enfoque inicial del ponente, que aboga por aumentar la competencia en detrimento de las empresas públicas y potenciar los servicios de alta gama dentro de las prestaciones del Servicio Universal, olvidando que la liberalización del sector en todos los países de que se tienen datos sólo ha llevado a la concentración de competidores privados en los segmentos más lucrativos del mercado y al detrimento generalizado de las condiciones laborales.

Así, para reflejar el balance entre los puntos positivos y negativos del informe, hemos votado abstención.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Głosowałam za sprawozdaniem w sprawie stosowania dyrektywy o usługach pocztowych.

Zmiana przepisów o usługach pocztowych z 2008 r. pozwoliła osiągnąć kluczowe cele liberalizacji europejskich usług pocztowych. Od chwili pełnego otwarcia w 2008 roku rynek usług pocztowych przeszedł olbrzymie zmiany. Z jednej strony w wielu państwach członkowskich spadła ilość korespondencji papierowej. Z drugiej strony nowe technologie zwiększają wygodę zakupów online, a przez to wzrasta liczba paczek dostarczanych przez operatorów pocztowych.

Dobrej jakości usługi pocztowe są istotną częścią komunikacji na rynku wewnętrznym UE, a unijny sektor pocztowy nadal w znacznym stopniu przyczynia się do umacniania spójności społecznej, gospodarczej i terytorialnej oraz rozwoju jednolitego rynku cyfrowego.

W mojej ocenie wspieranie rozwoju konkurencji w tym sektorze ma również duże znaczenie w dążeniach do osiągnięcia celów strategii „Europa 2020" w zakresie trwałego wzrostu bardziej konkurencyjnej gospodarki.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Am votat acest raport deoarece susțin progresele tehnologice și digitalizarea sectorului serviciilor poștale ca modernizare și diversificare a serviciilor poștale. Aceasta a avut un impact puternic asupra condițiilor de lucru și ocupării forței de muncă din acest sector, în special în zonele îndepărtate, rurale și montane, înregistrând o creștere foarte mare în sectorul serviciilor de livrare a coletelor, datorită dezvoltării comerțului electronic. În calitate de membru al comisiei TRAN, sunt de părere că serviciile poștale de calitate reprezintă o componentă esențială a comunicării în cadrul pieței interne a UE. Sectorul poștal al Uniunii Europene rămâne un factor care contribuie în mod fundamental la asigurarea coeziunii sociale, economice și teritoriale și la dezvoltarea pieței unice digitale. Livrarea fiabilă, la un preț abordabil, a coletelor și pachetelor constituie un aspect esențial pentru piața unică. Alte sectoare, precum comerțul electronic, editarea, comenzile prin corespondență, asigurările, serviciile bancare și publicitatea depind în mare măsură de dezvoltarea infrastructurii poștale.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – EU rules on postal services guarantee all citizens the right to affordable and regular postal deliveries, and this review of the EU postal market makes clear that such rights need to be protected. The review also recognises the continued growth in online shopping options and alternative postal services. It is vital that EU rules on post and parcel delivery are fit for purpose, ensuring reliable delivery options for consumers and businesses whilst also protecting those working in the sector through safe and secure employment conditions.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. — Καταψηφίσαμε την έκθεση σχετικά με την εφαρμογή της οδηγίας για τις ταχυδρομικές υπηρεσίες αφού προωθούσε τον περιορισμό της ικανότητας των κρατών μελών να αποφασίζουν πώς να διαχειρίζονται τις δημόσιες ταχυδρομικές υπηρεσίες τους.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour as I have no objections.

Krzysztof Hetman (PPE), *na piśmie*. – Głosowałem za przyjęciem sprawozdania o stosowaniu dyrektywy o usługach pocztowych. Mówiąc o usługach pocztowych. W moim przekonaniu musimy skupić się przede wszystkim na usprawnieniu swobodnego świadczenia usług wewnątrz Unii Europejskiej oraz zwiększeniu ich dostępności i przystępności na poziomie krajowym i transnarodowym, przy równoczesnym dostosowaniu się do zmian gospodarczych, społecznych i technicznych.

Pragnę podkreślić, że potrzebna jest poprawa przejrzystości i atrakcyjności cen, wprowadzenie funkcjonalnego mechanizmu rozwiązywania sporów i skarg, a także rozwiązań technologicznych umożliwiających czytelne monitorowanie przesyłek. Konieczne jest też zwiększenie powszechności usług pocztowych oraz ich zasięgu geograficznego, aby obywatele zamieszkujący regiony wiejskie, górskie czy też odległe posiadali dostęp do wysokiej jakości usług odpowiadających ich potrzebom.

Ważną kwestią pozostają prawa pracowników branży pocztowej, których wysoka mobilność wymaga m.in. gwarancji bezpiecznego środowiska pracy i ochrony zdrowia.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, own-initiative report because the UK already has an established national regulatory authority (NRA) and has already proven that it is able to monitor the delivery network without the interference of the EU.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – The volume of letter deliveries has decreased in recent years, and this has led to a decrease in the competitiveness of the market. I voted for the report, which calls for greater transparency regarding pricing conditions and performance in postal services.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o primjeni Direktive o poštanskim uslugama jer smatram da tržište poštanskih usluga ima snažne izglede za rast i povećanje konkurentnosti, posebno zahvaljujući napretku informacijskih i komunikacijskih tehnologija koje pružaju mogućnosti za inovacije i omogućavaju širenje tržišta poštanskih usluga.

Iako države članice bilježe veliki pad komunikacije u papirnatom obliku, s druge strane, prihodi od paketa i ekspresnih usluga sada čine više od polovice ukupnih prihoda u sektoru poštanskih usluga. Ovakav, konkurentan, inovativan te brzo rastući sektor svakako treba promicati i očuvati učinkovito tržišno natjecanje o kojem govori upravo ovo izvješće za koje sam glasao.

Diane James (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this non-legislative, own-initiative report because the UK already has an established national regulatory authority (NRA) and has already proven that it is able to monitor the delivery network without the interference of the EU.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur l'application de la directive sur les services postaux qui vise à promouvoir et à préserver une concurrence effective dans le secteur des services postaux. Le secteur postal de l'Union, qui représente 0,72 % du PIB de l'Union, reste un contributeur fondamental de la cohésion sociale, économique et territoriale et du développement du marché unique numérique. L'existence de services de distribution postale et de livraison de colis abordables et fiables est un élément crucial pour le marché unique.

Eva Kaili (S&D), *in writing*. – The Postal Services Directive is an essential part of the unveiling of the digital single market. As rapporteur for the opinion of the Committee on Industry, Research and Energy on geo-blocking, I see the Postal Services Directive as the completion of a grand strategy. I therefore voted for Markus Ferber's report.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Papiergestützte Kommunikation ist europaweit rückläufig. Andererseits ist die Anzahl an Paketen stark gestiegen, und der Umsatz aus der Zustellung von Paketen und Eilzustellungen macht im Durchschnitt mehr als die Hälfte der Gesamteinnahmen von Postdienstleistern aus. Die nationalen Regulierungsbehörden sind daher aufgefordert, die Ausweitung ihrer Aufgaben im Rahmen der neuen Verordnung im Paketmarkt zu adaptieren. Dieser Aufforderung ist nichts entgegenzusetzen, da eine Festsetzung von Mindeststandards für alle Betreiber – und damit der gesamten Branche – Vorteile bringt. Ich stimme daher dem vorliegenden Bericht zu.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – EU rules on postal services guarantee all citizens the right to affordable and regular postal deliveries, and this review of the EU postal market makes clear that these rights need to be protected. The review also recognises the continued growth in online shopping options and alternative postal services. It is vital that EU rules on post and parcel delivery are fit for purpose, ensuring reliable delivery options for consumers and businesses whilst also protecting those working in the sector through safe and secure employment conditions.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az egyre gyakoribb e-szolgáltatások és online vásárlások ellenére a klasszikus postai szolgáltatások napjainkban is elengedhetetlenek. Különösen szükséges azok biztosítása azokban a távolabb eső régiókban, ahol nincs megfelelő internetlefedettség. A postai szolgáltatásokról szóló harmadik irányelv még 2008-ban megnyitotta az utat a postai szolgáltatások belső piacának a megalkotása felé. 2013-ra minden tagállamban megtörtént a piacnyitás. Az elmúlt időszakban azonban olyan jelentős változások történtek a postai szolgáltatások piacán, amelyek szükségessé teszik az irányelv alkalmazásának felülvizsgálatát.

A klasszikus papíralapú kommunikáció – levelek és napilapok, folyóiratok kézbesítése – rohamosan csökken, miközben az elektronikus vásárlásoknak köszönhetően a csomagküldés volumene egyre növekszik. Nagyon fontos a belföldi szolgáltatásokon túl a határon átnyúló postai szolgáltatások biztosítása, méghozzá átlátható és elfogadható árakon, a jelen kor vívmányainak felhasználása mellett (például a küldemény útjának követése – track-and-trace). Az egyik fő prioritás a postai szolgáltatások szektorban történő effektív versenyhelyzet megtartása és előmozdítása a felhasználók igényeinek figyelembevétele mellett. Ezekkel a célokkal a Fidesz Néppárti Delegációjának tagjaként én is azonosulok, ezért szavazatommal támogattam a jelentést.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Negli ultimi anni vi è stato un cambiamento repentino nel settore dei servizi postali. Se da un lato sono diminuite le comunicazioni cartacee, dall'altro, grazie alla tecnologia e al nuovo modo di effettuare acquisti online, sono aumentate le spedizioni di pacchi. Ad oggi, questo settore della posta fornisce più del 50% del ricavato totale. Il settore postale dell'Unione continua, infatti, a contribuire alla coesione sociale, economica e territoriale e allo sviluppo del mercato unico digitale, ed è quindi di vitale importanza per la comunicazione, che tali servizi vengano effettuati con efficienza e a prezzi accessibili. Si chiede, dunque, alla Commissione di promuovere e salvaguardare la concorrenza nel settore, in modo tale da raggiungere gli obiettivi di Europa 2020 verso una crescita sostenibile e un'economia più competitiva. Per le ragioni sopraesposte, voto a favore della proposta del Parlamento sull'applicazione della direttiva sui servizi postali.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte car il vise à libéraliser le marché des colis en Europe au détriment des consommateurs et au profit des grandes entreprises du secteur.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Malgré l'objectif affiché de protection des salariés et du service universel, ce rapport n'a pour but que la libéralisation et l'uniformisation complètes du marché des colis en Europe pour accroître les bénéfices des entreprises de messagerie (DHL, Deutsche Post, etc.) et des vendeurs en ligne (Amazon, etc.).

J'ai dès lors voté contre cette résolution.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución porque concluye que, pese a la crisis y a la caída del mercado de la mensajería por carta por la sustitución electrónica, la directiva y el Servicio Postal Único funcionan relativamente bien.

Además, propugna un equilibrio entre la libre competencia, las exigencias de los consumidores, la sostenibilidad del servicio universal y su financiación y el mantenimiento de los puestos de trabajo.

Por otro lado, las demandas de la resolución piden que se establezca un sector postal que garantice la sostenibilidad del servicio universal, con bajos precios para los consumidores pero al mismo tiempo de alta calidad, con servicios de *«track and trace»*, rápidos, abiertos a todos los operadores, servicios comerciales transparentes a todos los otros operadores y al mismo tiempo con trabajadores con unas buenas condiciones de trabajo, formados y que se garantice un empleo estables. También se pide reiteradamente el mantenimiento de un empleo de calidad en el sector y se critica la creciente precariedad en algunas formas de empleo.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe se posiciona de tal modo que la liberalización de los servicios postales aparece como poco más o menos que inevitable. De este modo, a pesar que contiene toda una serie de recomendaciones sobre la mejora de las condiciones laborales y la protección del servicio universal con las que podría estar de acuerdo, en el fondo sirve para legitimar las reformas que han permitido la terrible degradación de las normas de trabajo en el sector postal, la ruina de los operadores públicos y la pérdida de calidad en el servicio al cliente final. Por ello, he votado en contra.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – El objetivo general del presente informe de iniciativa es abordar cuestiones específicas relacionadas con los servicios de paquetería transfronterizos y presentar la opinión del Parlamento para cambiar la Directiva sobre servicios postales.

El Parlamento reitera la importancia de que los mercados funcionen de manera más eficaz, aumentando la coherencia de la supervisión reglamentaria de los mercados de paquetería y fomentando la competencia. Además, subraya la necesidad de incrementar la transparencia de los precios para reducir así las diferencias de precio injustificadas y las tarifas abonadas por los particulares y las pequeñas empresas, especialmente en zonas remotas.

Doy mi voto positivo para la aprobación de este informe por estar de acuerdo con las directrices aquí definidas. En sede de IMCO, como ponente del PPE en el informe legislativo sobre la Propuesta de Reglamento del Parlamento Europeo y del Consejo sobre los servicios de paquetería transfronterizos, trabajaré para que se cumplan estos objetivos. Necesitamos de una nueva legislación para desarrollar el mercado único digital y aumentar el comercio electrónico transfronterizo y la inclusión digital. Más y mejor Europa para las empresas es regenerar empleo y crecimiento.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report, which promotes effective competition in the postal services sector as it faces challenges such as e-substitution on one hand and online shopping on the other.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Nesouhlasím s návrhem, aby řidiči v oblasti doručování byli monitorováni „pomocí digitálních monitorovacích zařízení instalovaných ve vozidlech“, a to dokonce bez ohledu na to „zda se jedná o osoby samostatně výdělečně činné, subdodavatele, dočasné pracovníky nebo smluvní zaměstnance“. Považuji to za snahu o státní dohled ve stylu Velkého bratra. Nesouhlasím ani s požadavkem, aby „Komise a členské státy o trhu s doručováním balíků shromažďovaly více údajů“.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Revizijom poštanskih usluga iz 2008. ostvareni su ključni ciljevi liberalizacije europskih poštanskih usluga koje su se uvelike izmijenile od punog otvaranja tržišta. Nove tehnologije zaslužne su za olakšavanje kupovine na internetu i povećani broj pošiljaka i paketa povjerenih poštanskim operaterima, pa zbog toga prihodi od paketa i ekspresnih usluga čine više od polovice ukupnih prihoda u sektoru poštanskih usluga.

Izvješće naglašava kako su dobre poštanske usluge važan dio komunikacije na unutarnjem tržištu EU-a, a poštarski sektor daje ključan doprinos društvenoj, gospodarskoj i teritorijalnoj koheziji i razvoju jedinstvenog digitalnog tržišta. E-trgovina je pokretač za rast tržišta, a tržište dostave paketa je visoko konkurentno. Potrošači i mala poduzeća žale se da ih problemi s dostavom paketa i visoke cijene odvraćaju od korištenja poštanskih usluga, pogotovo pri prodaji ili kupnji iz drugih država članica.

Promicanje veće konkurencije u ovom sektoru važno je za ostvarenje ciljeva održivog rasta u okviru strategije Europa 2020., odnosno gospodarstva koje se temelji na učinkovitom korištenju resursa i većoj konkurentnosti, stoga sam podržala ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The postal market is still an area of the economy with strong prospects for growth and increasing competition. It is important to establish affordable and reliable parcel delivery services as part of the realisation of the digital single market, and to promote the strategy on e-commerce and cross-border parcel delivery.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – V oblasti univerzálnych poštových služieb je zamestnaných v Európskej únii 1,2 milióna ľudí. Ďalšie stovky tisíc zamestnancov pracujú v nadväzujúcich službách. Komisia a členské krajiny musia vytvárať podmienky na inovatívne riešenia v tomto sektore tak, aby sa ďalej podporoval rast zamestnanosti a zároveň aby sa modernizovali činnosti v týchto službách. V záujme ochrany zamestnancov je potrebné monitorovať dodržiavanie pracovnoprávnych predpisov pri výkone tohto zamestnania a dbať na prijímanie opatrení, ktoré zlepšia pracovné a sociálne podmienky zamestnancov.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την εφαρμογή της οδηγίας για τις ταχυδρομικές υπηρεσίες για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 14/9/2016,καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Malgré l'objectif affiché de protection des salariés et du service universel, ce rapport n'a pour but que la libéralisation et l'uniformisation du marché des colis en Europe. Chaque proposition est en contradiction la plus totale. Par exemple, le rapport réaffirme la nécessité de maintenir le service universel en faisant fi du fait que cette exigence entre en opposition avec la concurrence érigée en idéal indépassable. Le but est d'accroitre les bénéfices des entreprises de messagerie (DHL, Deutsche Post, etc.) et des vendeurs en ligne (Amazon, etc.).

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. — I voted in favour of the report on the application of the Postal Services Directive. Of all the key points listed, I have to agree with the importance of ensuring that there are no barriers to the accessibility of parcel deliveries, especially to citizens with disabilities or those living in remote areas. Not only do deliveries matter, but I would also stress the serious need to improve quality of service and to protect consumers' rights in order to restore consumer confidence.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Mi apoyo al informe desde el que el Parlamento instamos a la Comisión a una correcta aplicación de la Directiva sobre servicios postales, con el fin de fomentar y garantizar una competencia efectiva en el sector.

Este fomento de la competencia, se recuerda en la propuesta de resolución que hemos aprobado, reviste gran importancia para la consecución de los objetivos de la Estrategia Europa 2020 en materia de crecimiento sostenible en una economía eficiente cuanto a los recursos y más competitiva.

Contar con buenos servicios postales es uno de los pilares de la comunicación dentro del mercado interior de la Unión. Por eso, es preciso asegurar el buen funcionamiento del sector.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – Jean-Claude Juncker lui-même semble avoir entendu, à défaut de le prendre en compte, que la libéralisation aveugle ne peut plus constituer la feuille de route de l'Union. L'Europe sociale, «l'Europe qui protège», pour reprendre ses mots, est la première priorité.

Pour les services postaux, nous avons encore la possibilité de ne pas répéter les erreurs du passé, avec la libéralisation forcée de l'énergie ou du transport ferroviaire. Le texte sur le bilan et les perspectives de la directive «Services postaux», porté par le PPE, ne tient pas compte de ces erreurs.

La seule obsession de ce texte est l'ouverture au marché et à la concurrence. On sait que lorsqu'il existe un monopole naturel ou un monopole d'État qui assure le service universel, cela demande un soutien artificiel aux nouveaux entrants, en sacrifiant la rentabilité des grands opérateurs historiques, qui sont encore parfois des services publics. En outre, le rapport propose de supprimer l'exonération TVA, qui ne favorise pourtant pas les opérateurs, mais les usagers particuliers du service universel, qui verraient leurs frais augmenter si l'exonération TVA était supprimée.

Ce texte constitue donc à mon sens une erreur économique, politique et sociale. J'ai voté contre.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Αναμφισβήτητα, οι σωστές και αποτελεσματικές σε λειτουργία ταχυδρομικές υπηρεσίες αποτελούν ζωτικό και καίριο μέρος των επικοινωνιών στην εσωτερική αγορά της ΕΕ. Ο ταχυδρομικός τομέας της ΕΕ είναι και παραμένει θεμελιώδης παράγοντας κοινωνικής, οικονομικής και εδαφικής συνοχής. Σε μια ενιαία αγορά θα πρέπει να υπάρχουν οικονομικά προσιτές και αξιόπιστες κυρίως ταχυδρομικές υπηρεσίες. Για ένα πρόσθετο λόγο οι ταχυδρομικές υπηρεσίες επιβάλλεται να λειτουργούν σωστά και αποτελεσματικά αφού τομείς όπως το ηλεκτρονικό εμπόριο, οι εκδόσεις, οι ασφάλειες, οι τραπεζικές εργασίες και άλλα εξαρτώνται σε μεγάλο βαθμό από την ταχυδρομική υποδομή. Για όλους αυτούς τους λόγους υπερψηφίζω την έκθεση για την εφαρμογή της οδηγίας για τις ταχυδρομικές υπηρεσίες.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Hier wird berichtet, dass der Wettbewerb auf dem Briefmarkt stark unterentwickelt ist. Durch einen höheren Wettbewerb würden die Preise für den Endkunden, analog zum Paketmarkt, sinken. Das befürworte ich.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu EP pateiktam pranešimui dėl Pašto paslaugų direktyvos taikymo. Vienas iš pagrindinių direktyvos uždavinių – skatinti ir apsaugoti veiksmingą konkurenciją pašto paslaugų sektoriuje. Bendrajai rinkai vis dar labai svarbu, kad pašto ir siuntinių pristatymas būtų prieinamas ir patikimas. Pašto paslaugoms priskiriama daug įvairių paslaugų: nuo laiškų ir siuntinių siuntimo iki pridėtinės vertės paslaugų teikimo. Nuo pašto infrastruktūros labai priklauso kiti sektoriai, pavyzdžiui, elektroninė prekyba, leidyba, užsakomoji prekyba paštu, draudimas, bankininkystė ir reklama.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La directive sur les services postaux de 2008 a atteint ses objectifs de libéralisation des services postaux. Le rapport qui nous est proposé s'attache à assurer que les conditions de la concurrence soient bien respectées. Ainsi, il rappelle que «l'exonération de TVA pour les services postaux doit être appliquée d'une manière qui réduise les distorsions de concurrence entre les anciens monopoles et les nouveaux venus sur le marché». Si certains constats sont réalistes, le rapport ne propose aucune piste pour y remédier. Ainsi, le rapport se contente de «noter» «l'augmentation du nombre de salariés à temps partiel, de travailleurs intérimaires et d'indépendants dans le secteur». Ou encore de déplorer «les tentatives de contournement des réglementations actuelles en matière de salaire minimum par l'augmentation de la charge de travail à un point tel qu'elle ne peut être exécutée pendant les heures de travail rémunérées». Aussi les quelques éléments concédés sur l'emploi, tels que la demande de garantie «de conditions de travail décentes», ne peuvent faire oublier le désastre social qui a accompagné la libéralisation de ce secteur (11 700 emplois supprimés à la Poste française en 2010). Je vote contre ce texte qui s'en satisfait.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Malgré l'objectif affiché de protection des salariés et du service universel, ce rapport n'a pour but que la libéralisation et l'uniformisation complètes du marché des colis en Europe pour accroître les bénéfices des entreprises de messagerie (DHL, Deutsche Post, etc.) et des vendeurs en ligne (Amazon, etc.).

J'ai dès lors voté contre cette résolution.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O mercado dos serviços postais ainda é uma área da economia com fortes perspetivas de crescimento e de aumento da concorrência, embora entre 2012 e 2013 o serviço de correspondência geral tivesse diminuído, em média, 4,85 % na UE, de acordo com a base de dados da Comissão Europeia sobre estatísticas dos serviços postais, o que é consentâneo com a diminuição do volume de correspondência durante os últimos dez anos, em grande medida devido ao processo de substituição por meios eletrónicos.

A Diretiva Serviços Postais proporciona aos Estados-Membros a flexibilidade necessária para lidar com as especificidades locais e garantir a sustentabilidade a longo prazo da prestação de serviços universal, ao mesmo tempo que responde às necessidades dos utilizadores e se adapta às mudanças no contexto técnico, económico e social.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution on the application of the Postal Services Directive following the opening up of the market, as it stresses the need to assess the impact on those employed in the sector and also to promote competitiveness.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Les services postaux ont subi des changements impressionnants depuis l'ouverture complète du marché du secteur postal en 2008: les communications sur papier ont diminué alors que les colis et courriers express ont augmenté suite aux achats en ligne. La directive relative aux services postaux de 2008 doit être à nouveau adaptée afin de pouvoir répondre aux besoins et attentes des consommateurs européens. De bons services postaux sont essentiels à la communication sur le marché intérieur de l'Union européenne. Notre politique au niveau européen vise non seulement à achever le marché intérieur pour les services postaux, mais aussi à garantir à tous les citoyens et à toutes les entreprises un accès à des services postaux efficaces, fiables et de grande qualité à des tarifs abordables, sur l'ensemble du territoire de l'UE. Je soutiens donc l'élaboration et l'application d'un cadre réglementaire qui propose des services universels de qualité avec une marge de manœuvre minimum. Il s'agit de rester attentif au bon équilibre entre prospérité économique, bien-être social et cohésion de l'UE. Ceci n'est possible que par la mise en place d'autorités de régulation indépendantes comme le prévoit cette nouvelle directive.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* — Revíziou smernice o poštových službách z roku 2008 boli dosiahnuté kľúčové ciele liberalizácie európskych poštových služieb. Dobré poštové služby sú dôležitou súčasťou komunikácie na vnútornom trhu EÚ, aj keď v dôsledku technologického pokroku a digitalizácie došlo k výraznej zmene poštového odvetvia. Množstvo listových zásielok v EÚ v dôsledku nahradenia papierovej pošty digitálnymi nástrojmi klesá, zatiaľ čo v odvetví expresných zásielok dopyt narastá. Poskytovanie služieb má zásadný význam z hľadiska regionálneho rozvoja, sociálneho začlenenia a hospodárskej a územnej súdržnosti EÚ a zohráva dôležitú úlohu vo vidieckych a vzdialených oblastiach. Podpora efektívnej hospodárskej súťaže v odvetví poštových služieb a jej ochrana sú prioritou. Podpora intenzívnejšej hospodárskej spolupráce je dôležitá pre dosahovanie cieľov stratégie Európa 2020 týkajúcich sa konkurencieschopného hospodárstva, ktoré efektívne využíva zdroje.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, which calls for improved transparency as regards public pricing conditions and service performance (delivery options, final delivery and reliability), especially when it comes to e-commerce.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Közlekedési és Idegenforgalmi Bizottság állásfoglalásra irányuló indítványa a postai szolgáltatások helyzetét tekinti át azok liberalizációja, a postai szolgáltatásokról szóló irányelv 2008-as felülvizsgálata óta. megállapítja, hogy a papíralapú kommunikáció, a levelezés visszaszorulását ellensúlyozta az online vásárlás elterjedésével növekvő volumenű csomagforgalom. Az adatokat áttekintve arra a következtetésre jut, hogy a postai ágazat a szociális, gazdasági és területi kohézió, valamint a digitális egységes piac kialakításának alapvető eleme, a megfizethető és megbízható postai és csomagküldő szolgáltatások továbbra is döntő fontosságúak az egységes piac számára. Az állásfoglalás-tervezetet megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Depuis 2008, le secteur des services postaux est complètement libéralisé et soumis à la concurrence. Parallèlement, l'utilisation de plus en plus importante des courriers électroniques ne cesse de faire diminuer le nombre d'envois de lettres, alors que, dans le même temps, les achats en ligne ne cessent de faire augmenter le nombre de colis livrés.

Ce rapport a donc pour but de redéfinir auprès de la Commission de nouveaux objectifs en matière de services postaux.

Il y est proposé la séparation totale des fonctions d'opérateur postal et de régulation postale, la nécessité de maintenir le service universel et la chasse aux subventions publiques vues comme une distorsion de concurrence, et le but est d'obtenir, à terme, un secteur postal européen intégré.

Cette directive étant une pierre supplémentaire apportée à l'édification du marché unique, nous votons contre ce texte qui en fait la promotion.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport demande un accroissement de la concurrence et c'est justement cette concurrence et la fin des monopoles publics qui permettent, qui facilitent et même incitent au recours au dumping social, à l'utilisation de travailleurs détachés, au travail dissimulé, ceci pour être compétitif sur les prix alors même que les services de livraison ne nécessitent que peu de qualifications pour un grand nombre d'emplois.

Le rapport réaffirme que le but de la directive sur les services postaux est d'obtenir à terme un secteur postal intégré, par l'interopérabilité et une définition européenne de normes minimales à respecter. En clair, une fois de plus, l'uniformisation par le bas. C'est déjà le cas dans de nombreux pays de l'ouest européen où la qualité du service postal ne cesse de diminuer pour pouvoir faire face à la concurrence.

Je me prononce donc contre ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – EU rules on postal services guarantee all citizens the right to affordable and regular postal deliveries, and this review of the EU postal market makes clear that such rights need to be protected. The review also recognises the continued growth in online shopping options and alternative postal services. It is vital that EU rules on post and parcel delivery are fit for purpose, ensuring reliable delivery options for consumers and businesses whilst also protecting those working in the sector through safe and secure employment conditions.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à l'application de la directive sur les services postaux. Ce texte rappelle notamment que les services postaux ont une obligation de service universelle. Par conséquent, il demeure essentiel que tous les utilisateurs y aient accès et que les prix pratiqués soient raisonnables. Dans ce contexte, le rapport rappelle l'importance du rôle joué par les autorités de régulation nationales.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai approuvé le rapport de mon collègue Markus Ferber concernant l'application de la directive sur les services postaux. Le secteur postal de l'Union européenne reste un contributeur fondamental de la cohésion sociale, économique et territoriale. Il est essentiel que nous puissions bénéficier d'un service postal accessible et fiable dans le cadre du marché unique. De nombreux autres domaines sont directement touchés par ce secteur, comme le commerce, l'assurance, la publicité, le système bancaire, etc.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Key objectives of the liberalisation of European postal services have been achieved following the revision of postal services in 2008. Postal services went through formidable changes after the full market opening of the sector in that year. The growth of e-commerce increased the business-to-consumer segment of the parcel and packets market so that, Europe-wide, postal services account for 0.62% of the EU's GDP. I voted for this report, which promotes and safeguards effective competition in the postal services sector.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport, deoarece acesta susține punerea în aplicare a Directivei privind serviciile poștale, aducând, în același timp, completări de substanță.

Consider că este foarte important ca, în contextul competiției de pe această piață, drepturile consumatorului să fie protejate. În acest sens, simplificarea procedurilor de tratare a reclamațiilor și mecanismele de soluționare a litigiilor, sunt foarte importante.

De asemenea, având în vedere caracterul transfrontalier al acestor servicii, consider că aceste proceduri trebuie să protejeze drepturile consumatorilor în toate statele membre.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Poštovní služby patří k důležitým segmentům vnitřního trhu EU a zprávu zabývající se touto tematikou proto považuji za velmi potřebnou. Tato potřebnost je dána i tím, že trh s poštovními službami v EU prochází dynamickým vývojem charakterizovaným nárůstem balíkových zásilek a doručování online. Zpráva správně zmiňuje nutnost posílení spolupráce mezi národními regulačními orgány s cílem dosáhnout větší účinnosti a interoperability u přeshraničního doručování a pozornost věnuje rovněž problematice všeobecné služby. Za zmínku stojí rovněž vyzdvihnutí vazby mezi realizací jednotného digitálního trhu a cenově dostupnými a spolehlivými službami doručování balíků. Jakékoli nové právní předpisy v oblasti trhu s doručováním balíků proto musí být přiměřené a nesmí narušovat rozvoj služeb s přidanou hodnotou, jako jsou sledování pohybu zásilek, místa k vyzvednutí a k předání k odeslání, možnost zvolit si čas doručení a vhodné postupy vracení zásilek.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted against this report, which followed a review of the application of the Postal Services Directive across the EU.

This Directive has been disastrous for public services, jobs and workers' rights in Ireland and throughout the EU. The liberalisation of postal services under the directive has resulted in the closure of post offices across Ireland, and the postal service in the North especially has been decimated as a result. The report supported the ongoing implementation of the directive, and for that reason I voted against it.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Laut diesem Bericht ist der Markt für den Briefverkehr stark unterentwickelt. Dementsprechend würde ein höherer Wettbewerb die Preise für den Endkunden senken. Das befürworte ich.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Postiteenused on aastate vältel märkimisväärselt muutunud, paberipõhine kirjavahetus on vähenenud ning postiteenuste pakkujad esitlevad laiapõhiseid teenuseid madalamate hindadega. Direktiiv aitab kaasa postipakkide majandamise ühise turu lõpuleviimisele.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, own-initiative report because the UK already has an established national regulatory authority (NRA) and has already proven that it is able to monitor the delivery network without the interference of the EU.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Cari colleghi, esprimerei su questo testo il mio pieno supporto.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — Postal services continue to play a vital role across the European Union, although the nature of that role is changing as new technologies are driving both e-substitution and an increasing volume of online purchases. As a member of the Committee on the Internal Market and Consumer Protection, I work for fair competition in all industries of the EU. Hence I voted in favour, because promoting more competition in this sector is also important in reaching the Europe 2020 goals for sustainable growth in a resource-efficient and more competitive economy.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Unatoč mnogim promjenama koje su zahvatile poštanski sektor, on i dalje ostaje vrlo važan za EU-u, pogotovo za društvenu, gospodarsku i teritorijalnu koheziju. EP je imao to u vidu kad je oblikovao ovaj prijedlog rezolucije koji podržavam iz mnogo razloga. EP predlaže da se nacionalni propisi pojedinih država članica trebaju uskladiti s Direktivom o poštanskim uslugama, čime će se postići homogenost ovog sektora u svim zemljama članicama.

Parlament se oslanja također i na Komisiju u mnogim pitanjima koja prate poštanske usluge općenito. Poziva je da još jednom potvrdi da niska razina gustoće naseljenosti nije opravdan razlog za smanjenje učestalosti dostave, jer svi imaju pravo na jednaku ponudu usluge. Također EP poziva na suradnju između država članica i Komisije u nadziranju pružanja poštanskih usluga zbog transparentnosti i pravednosti.

Rezolucija više puta naglašava transparentnost, što pozdravljam, posebno kada je riječ o transparentnosti u pogledu mogućnosti dostave te kvalitete i uspješnosti s ciljem izgrađivanja povjerenja kod korisnika. Ono što također smatram dobrim prijedlogom jest osiguravanje dostojnih radnih uvjeta za sve zaposlenike u sektoru poštanskih usluga.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Depuis 2008, les marchés des services postaux sont complètement soumis à la concurrence. Parallèlement, l'emploi du courrier électronique ne cesse de faire diminuer le nombre d'envois de lettres alors que les achats en ligne ne cessent de faire augmenter le nombre de colis livrés, ce qui génère de fabuleux profits pour les vendeurs en ligne (Amazon, fnac, cdiscount, etc.) et les livreurs de colis (UPS, DHL, fedex, etc.). Ce rapport a pour but de redéfinir auprès de la Commission de nouveaux objectifs en matière de services postaux. Malgré quelques objectifs affichés de protection des salariés et de service universel, il s'agit encore d'un texte prônant la libéralisation outrancière qui conduira, comme toujours, à une diminution du service dans les zones les plus difficiles d'accès et les moins rentables et à une dégradation des conditions de travail des employés du secteur. Je vote donc contre ce rapport.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Ho sostenuto questa relazione perché credo che il mercato dei servizi postali, grazie ad un'accresciuta concorrenza, può rappresentare un importante volano per la crescita economica, l'innovazione tecnologica e lo sviluppo di servizi ad alto valore aggiunto. In quanto servizi di interesse generale, i servizi postali sono anche uno strumento importante di promozione della coesione sociale e la relazione, grazie all'ottimo lavoro svolto in commissione trasporti dal gruppo S&D, stabilisce che gli Stati membri sono tenuti a garantire buone condizioni di lavoro a tutti gli impiegati del settore. L'impegno dei parlamentari S&D ha inoltre fatto sì che il testo finale adottato contenesse anche una serie di altri punti molto importanti: una migliore definizione di servizi di pubblica utilità, al fine di garantire un buon livello del servizio per i consumatori; un coordinamento semplificato tra le autorità nazionali di regolamentazione, in vista di una maggiore interoperabilità transfrontaliera; l'indicazione agli Stati membri di procedere all'armonizzazione delle procedure di autorizzazione per ridurre le barriere ingiustificate all'ingresso di competitori nei loro mercati; e la richiesta di maggiore trasparenza riguardo alla determinazione dei prezzi e alla valutazione della qualità del servizio. Per questi motivi ho votato a favore della relazione.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Revizijom poštanskih usluga iz 2008. ostvareni su ključni ciljevi liberalizacije europskih poštanskih usluga. Međutim, zbog digitalizacije društva poštanske usluge su se promijenile te je u mnogim državama članicama zabilježen pad ove vrste komunikacije. Poštanski sektor EU-a i dalje daje ključan doprinos društvenoj, gospodarskoj i teritorijalnoj koheziji i razvoju jedinstvenog digitalnog tržišta.

Važno je promicati i očuvati učinkovito tržišno natjecanje u sektoru poštanskih usluga što će dovesti i do ostvarenja ciljeva održivog rasta u okviru strategije Europa 2020., odnosno gospodarstva koje se temelji na učinkovitom korištenju resursa i većoj konkurentnosti, zbog čega sam podržao izvješće zastupnika Ferbera.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Zmiana przepisów w sprawie usług pocztowych z 2008 r. pozwoliła osiągnąć kluczowe cele liberalizacji europejskich usług pocztowych. Niemniej od chwili pełnego otwarcia w 2008 r. rynek usług pocztowych przeszedł olbrzymie zmiany. Z jednej strony w wielu państwach członkowskich spadła ilość korespondencji papierowej. Z drugiej strony nowe technologie zwiększają wygodę zakupów online i tym samym liczbę paczek dostarczanych przez operatorów pocztowych. W efekcie ponad połowa całkowitych przychodów sektora pocztowego pochodzi z dostawy paczek i przesyłek ekspresowych.

W sprawozdaniu podkreślono obowiązek zapewnienia, na przystępnych warunkach, wysokiej jakości usług powszechnych, których zakres obejmuje co najmniej pięć dni doręczania i pięć dni wybierania przesyłek w tygodniu dla każdego obywatela UE. Podkreślono również, że – biorąc pod uwagę ograniczenia charakteryzujące każdy rynek – należy pozostawić pewną elastyczność operatorom, aby zorganizować tę usługę powszechną. Zwrócono uwagę na niezależność krajowych organów regulacyjnych i położono nacisk na interoperacyjność oraz podkreślono, że każde państwo członkowskie posiada pewien margines swobody w stosowaniu dyrektywy w sprawie usług pocztowych. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Le secteur des services postaux en Europe est fondamental pour la cohésion économique et sociale de l'ensemble des territoires européens. J'ai voté en faveur de ce rapport portant sur l'application de la directive sur les services postaux pour rappeler l'importance de poursuivre la libéralisation du secteur pour permettre une concurrence saine, offrant ainsi aux clients un choix réel et une qualité de service accrue. Un prix abordable, une couverture géographique renforcée permettant l'accessibilité et l'accroissement des services postaux transfrontaliers doivent continuer à être des priorités pour les opérateurs et les autorités nationales compétentes.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A adoção da Diretiva n.º 2008/6/CE foi crucial para atingir os objetivos fundamentais da liberalização dos serviços postais europeus. Com efeito, os serviços postais integram uma grande variedade de serviços, desde a entrega de cartas e encomendas a lares e escritórios, até à promoção de serviços de valor acrescentado *(e-commerce*, seguros, banca, publicidade).

O referido setor é uma parte importante da comunicação no mercado interno da União Europeia, tendo um papel fundamental na coesão social, territorial e económica europeia.

Sucede, porém, que, hodiernamente, os serviços postais sofreram mudanças na forma de procura dos seus serviços, pelo que muitos destes serviços passaram a ser prestados por recurso a meios digitais, o que se antolha, desde logo, pelo aumento das compras e das entregas de encomendas em linha.

O presente relatório conclui que promover a competição deste setor é importante para atingir os objetivos estabelecidos com a estratégia 2020.

Por conseguinte, por identificar o setor dos serviços postais europeu como parte vital da comunicação no mercado interna e por partilhar a consideração de que a estratégia 2020 é, neste domínio, fundamental, voto favoravelmente o presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, own-initiative report because the UK already has an established national regulatory authority (NRA) and has already proven that it is able to monitor the delivery network without the interference of the EU.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – A revisão dos serviços postais em 2008 alcançou objetivos fundamentais quanto à sua liberalização. Contudo, sofreram enormes alterações desde a abertura total do mercado. As comunicações em suporte de papel registaram uma grande quebra e o número de cartas diminuiu em toda a UE. Por outro lado, as novas tecnologias tornam mais convenientes as compras em linha e, portanto, fazem aumentar o número de embalagens e de encomendas processadas pelos operadores postais.

Nos últimos cinco anos, o segmento «empresas a consumidores» cresceu rapidamente nos mercados de encomendas e embalagens.

Bons serviços postais são uma parte essencial da comunicação no mercado interno da UE. No entanto, a principal tendência incide nos serviços de entrega de encomendas, devido ao desenvolvimento do comércio eletrónico.

Entretanto, a entrega de encomendas é um setor competitivo, inovador e em rápido crescimento. Estima-se que o setor dos serviços de entrega expresso europeu empregava 272 mil trabalhadores em 2010 e prevê-se que esse número aumente para 300 mil até 2020.

Para finalizar, uma das principais tarefas da Comissão é promover e salvaguardar a concorrência efetiva no setor dos serviços postais.

Face ao exposto, votei favoravelmente esta diretiva.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Respuesta del Parlamento al informe de la Comisión sobre la implementación de la Directiva sobre Servicios Postales cinco años después de su entrada en vigor. El informe es positivo y concluye que, pese a la crisis y a la caída del mercado de la mensajería por carta por la sustitución electrónica, la directiva y el Servicio Postal Único funcionan relativamente bien. La principal aportación se refiere a la regulación del sector de la paquetería que no cubre la Directiva de servicios postales, aspecto sobre el que la Comisión ha presentado una propuesta de reglamento.

El informe propugna un equilibrio entre la libre competencia, las exigencias de los consumidores, la sostenibilidad del servicio universal y su financiación y el mantenimiento de los puestos de trabajo. Se pide un sector postal que garantice la sostenibilidad del servicio universal, con bajos precios para los consumidores pero al mismo tiempo de alta calidad, con servicios de «track and trace», rápidos, abiertos a todos los operadores, servicios comerciales transparentes a todos los otros operadores y al mismo tiempo con trabajadores con unas buenas condiciones de trabajo, formados y que se garantice un empleo estables.

Por estos motivos, he votado a favor de este Informe.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport qui vise à évaluer la mise en œuvre de la directive sur les services postaux car celui-ci contient des recommandations importantes.

Je suis totalement en faveur du maintien d'un service universel et je refuse catégoriquement que des politiques discriminatoires fondées sur la densité de population comme c'est le cas en Italie se multiplient. Habitant dans une région rurale où la densité de population est inférieure à la moyenne du pays, je militerai toujours pour que les services, notamment postaux, soient identiques à ceux fournis dans les autres régions.

Je soutiens également les recommandations visant à améliorer les services postaux transfrontaliers et la lutte contre la dégradation des conditions de travail. S'il est important d'améliorer sans cesse la qualité des services postaux, cela ne peut se faire au détriment des conditions de travail.

Enfin, je mentionnerai le paragraphe important qui vise à promouvoir l'installation de tachygraphes à bord des véhicules de transport de moins de 3,5 tonnes. Nous devons protéger les travailleurs et lutter activement contre le dumping social. Je regrette d'ailleurs que le groupe ECR ait voté contre ce rapport suite à l'introduction de ce paragraphe.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O presente relatório de iniciativa refere-se à aplicação da Diretiva Serviços Postais de 2008 e efetua, de uma forma bastante detalhada e exaustiva, uma análise às alterações significativas que os serviços postais sofreram ao longo destes últimos anos, propondo algumas medidas com vista à sua melhoria.

Estou globalmente de acordo com a caracterização que é feita, sendo certo que os serviços postais devem adaptar-se à realidade atual, promovendo uma maior concorrência neste sector, atentos os objetivos da Estratégia Europa 2020 no que respeita a um crescimento mais sustentável e a uma economia mais competitiva e eficiente em termos de recursos. Quanto a propostas constantes do relatório, sublinho duas: a necessidade de reforçar a independência das autoridades reguladoras nacionais e a viabilização da existência de uma concorrência justa.

Uma palavra final para referir a importância das administrações dos Estados-Membros se adaptarem igualmente a esta nova realidade - de cariz mais tecnológico, a fim de promoverem mais ativamente a coesão económica, social e dos seus territórios, bem como a necessidade de assegurarem o benefício homogéneo da liberalização deste mercado a todos os seus utilizadores, com especial incidência nos consumidores finais e nas pequenas e médias empresas.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui donne la position du Parlement sur l'application de la directive sur les services postaux.

Ce rapport demande l'amélioration de la couverture géographique et une meilleure accessibilité aux services postaux, notamment pour les personnes handicapées et à mobilité réduite. Ce texte appelle les États membres à préserver la cohésion territoriale et sociale.

Il est crucial de veiller à ce que les clients continuent d'avoir accès aux services postaux, en garantissant un nombre minimal de services de qualité au même point d'accès.

Ce rapport invite la Commission à améliorer la définition de service universel de façon à prévoir un niveau minimal garanti de service pour les consommateurs, ainsi qu'à assurer des conditions de concurrence équitables entre les envois postaux traditionnels et le secteur de livraison de colis qui est en pleine expansion.

J'ai soutenu ce texte parce qu'il se concentre sur l'amélioration de la qualité des services postaux, sur leur universalité ainsi que sur la protection des droits des consommateurs.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe revisa la aplicación de la Directiva de servicios postales, aprobada en 1997 y modificada en 2002 y 2008. Con el trabajo previo en comisión, hemos conseguido incluir en el texto varios puntos importantes que abogan por un servicio público de correos que sea universal, accesible, sostenible en el largo plazo y capaz de mantener empleos de calidad.

Sin embargo, permanece en el texto parte del enfoque inicial del ponente, que aboga por aumentar la competencia en detrimento de las empresas públicas y potenciar los servicios de alta gama dentro de las prestaciones del Servicio Universal, olvidando que la liberalización del sector en todos los países de que se tienen datos sólo ha llevado a la concentración de competidores privados en los segmentos más lucrativos del mercado y al detrimento generalizado de las condiciones laborales.

Así, para reflejar el balance entre los puntos positivos y negativos del informe, hemos votado abstención.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zur Umsetzung der Richtlinie über die Postdienste gestimmt.

Dieser letzte legislative Schritt zur graduellen Marktöffnung stellt die Rechtsgrundlage für die Erfüllung des Binnenmarkts für Postdienste dar.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Jak uvádí zpráva Evropské komise, v posledních letech se poštovní služby výrazně změnily. Vlivem nových technologií a elektronických služeb dochází k nárůstu on-line nákupů, zatímco počet listovních zásilek naopak klesá. I přes rychlé změny je nezbytné, aby klasické poštovní služby zůstaly zachovány a byly dostupné pro všechny uživatele. K vytvoření jednotného evropského trhu v oblasti poštovních služeb je proto zásadní podpora přeshraničního doručování balíků a snížení cenových rozdílů mezi vnitrostátním a přeshraničním doručováním. I přes rozvoj nových technologií v oblasti doručování je potřeba, aby pracovníci v poštovních službách byli chráněni před zvyšováním pracovní zátěže nad zvladatelnou míru. Jak zdůrazňuje zpráva kolegy Ferbera, nadměrné zatěžování pracovníků a snižování nákladů práce by nemělo být považováno za flexibilitu. I proto jsem jeho zprávu podpořila.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe se posiciona de tal modo que la liberalización de los servicios postales aparece como poco más o menos que inevitable. De este modo, a pesar que contiene toda una serie de recomendaciones sobre la mejora de las condiciones laborales y la protección del servicio universal con las que podría estar de acuerdo, en el fondo sirve para legitimar las reformas que han permitido la terrible degradación de las normas de trabajo en el sector postal, la ruina de los operadores públicos y la pérdida de calidad en el servicio al cliente final. Por ello, he votado en contra.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – EU rules on postal services guarantee all citizens the right to affordable and regular postal deliveries, and this review of the EU postal market makes clear that such rights need to be protected. The review also recognises the continued growth in online shopping options and alternative postal services. It is vital that EU rules on post and parcel delivery are fit for purpose, ensuring reliable delivery options for consumers and businesses whilst also protecting those working in the sector through safe and secure employment conditions.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Výrazné zmeny na trhoch poštových služieb zasiahli aj do rámca univerzálnej poštovej služby a zmenili tradičný charakter služieb poskytovaných v jej rámci. Som rada, že aj vďaka uplatňovaniu smernice o poštových službách došlo k výraznému posilneniu legislatívneho rámca poštových služieb v členských štátoch EÚ, ich modernizácii a prispôsobeniu sa požiadavkám zákazníkov. Keďže v dôsledku rozvoja elektronického obchodu sa hlavný trend bude pravdepodobne najviac týkať služieb súvisiacich s doručovaním balíkov, EÚ by mala pokračovať v pláne dobudovania jednotného trhu s doručovaním balíkov. Verím, že harmonizáciou a súčinnosťou poštových systémov, technologickou inováciou a vytvorením normalizovaných podmienok pre meranie kvality poštových služieb sa ešte výraznejšie urýchli prístup na rozšírený poštový trh EÚ. Vyzývam EÚ a jej členské štáty, aby v záujme komunikácie medzi ľuďmi a zaručenia poskytovania nenahraditeľných poštových služieb zachovali poštové služby vo vidieckych a horských oblastiach a zaručili všetkým pracovníkom v odvetví poštových služieb dôstojné pracovné podmienky vrátane požadovanej úrovne bezpečnosti a ochrany zdravia pri práci.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Poštové služby prechádzajú s celkovou digitalizáciou ekonomiky a celej spoločnosti veľkými premenami, na ktoré musí adekvátne reagovať ako národná, tak aj európska legislatíva. Na jednej strane musíme zachovať historickú úlohu univerzálnej služby, ktorá funguje aj v takých oblastiach a prípadoch, ktoré nie sú pre komerčných poskytovateľov rentabilné. Na strane druhej je potrebné čo najviac otvoriť priestor pre inovatívne druhy služieb a alternatívnych prevádzkovateľov, čím sa zvýši konkurencia, skvalitnia sa služby a poklesnú ceny pre zákazníka.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Prihvaćam izvješće o primjeni Direktive o poštanskim uslugama, jer smatram da je tržište poštanskih usluga područje gospodarstva sa snažnim izgledima za rast i povećanje konkurentnosti. Jačanje poštanskih usluga pruža mogućnosti za inovacije i omogućavanjem širenja tog tržišta potaknut ćemo rast gospodarstva.

Tržište dostave paketa je visoko konkuretno, brzorastući sektor kao i e-trgovina stoga treba voditi računa o tome. Također, mora se voditi računa o ujednačavanju poštanskih usluga i troškova u cijeloj Europskoj uniji. Primarni je zadatak svake države članice postignuti ciljeve ove Direktive kako bi se osiguralo pravedno i ravnopravno tržišno natjecanje.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich.* – Der Entschließung des EU-Parlaments zur Anwendung der Richtlinie über Postdienste habe ich nicht zugestimmt.

Darin wird die Kommission aufgefordert, die Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den nationalen Regulierungsbehörden zu erleichtern und zu stärken, um für mehr Effizienz und Interoperabilität bei der grenzüberschreitenden Zustellung zu sorgen, und die regulatorische Tätigkeit der nationalen Regulierungsbehörden, einschließlich der Bereitstellung von Universaldiensten, zu überwachen, um die einheitliche Anwendung des europäischen Rechts und die Harmonisierung des Postmarkts in der EU zu gewährleisten.

Eine Harmonisierung des Postmarktes halte ich für falsch. Eine Deregulierung und Entbürokratisierung und möglicherweise – im Einklang mit den nationalstaatlichen Gepflogenheiten – Privatisierung der zumeist aus traditionellen Gründen staatlichen Unternehmen wäre stattdessen geboten.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Tržište poštanskih usluga i dalje ostaje područje gospodarstva sa snažnim izgledima za povećanje konkurentnosti i rast, unatoč činjenici da je, prema podacima Europske komisije, u posljednjih nekoliko godina korištenje usluge dostave pismenih pošiljki u Europskoj uniji u prosjeku palo za skoro 5 % što je u velikoj mjeri posljedica postupka zamjene poštanske komunikacije elektroničkom.

E-trgovina je pokretač za rast tržišta, a tržište dostave paketa je visoko konkurentno. Potrošači i mala poduzeća žale se da ih problemi s dostavom paketa i visoke cijene odvraćaju od korištenja poštanskih usluga, pogotovo pri prodaji ili kupnji iz drugih država članica. Podržavam Izvješće o primjeni Direktive o poštanskim uslugama, jer smatram da su smjernice navedene u njemu kvalitetno napisane i da će pridonijeti održavanju univerzalne usluge i omogućiti pošteno tržišno natjecanje u kojem će se voditi briga o potrebama korisnika, pristupu i kvaliteti usluge.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o uporabi direktive o poštnih storitvah.

Sektor poštnih storitev v Evropski uniji je v zadnjih letih zaradi digitalizacije doživel številne spremembe. Na eni strani se zaradi elektronske pošte zmanjšuje obseg pisemskih pošiljk, na drugi strani pa se zaradi spletnega nakupovanja povečuje število pošiljk in paketov.

Kljub različnim pogojem v posameznih državah članicah moramo spodbujati in izboljševati kakovost in zanesljivost dostave paketov v EU. V sektorju poštnih storitev potrebujemo odprtje trga in konkurenco, le tako bomo odpravili številne ovire pri spletnem trgovanju v EU, ki smo jim priča: visoke cene dostave, nepreglednost, dolgi roki dostave ter nejasna odgovornost v primeru izgube pošiljke.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně.* – Podpořil jsem zprávu o uplatňování směrnice o poštovních službách. Zpráva vyzývá k větší transparentnosti, pokud jde o podmínky stanovení cen a výkonu služeb, a to zejména pokud jde o elektronický obchod. Zpráva upozorňuje na řadu případů nekalé soutěže v odvětví poštovních služeb, připomíná, že nekalá soutěž může přispívat ke zhoršení pracovních podmínek, a vyzývá odpovědné orgány, aby náležitě postihovaly jakékoli pochybení v tomto ohledu. Zpráva také naznačuje, že výhody, které nabízejí nové technologie, včetně bezpilotních letounů, např. dronů, by mohly zjednodušit dodávku služeb, a to zejména v řídce osídlených, izolovaných a odlehlých oblastech.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Η επιβαλλόμενη εξισορρόπηση των κρατικών υπηρεσιών με τις ιδιωτικές ταχυδρομικές υπηρεσίες βλάπτει το συμφέρον των κρατών μελών, δεδομένου ότι οι κρατικές υπηρεσίες παρέχουν δημόσια υπηρεσία, με ό,τι αυτό συνεπάγεται (διασφάλιση εχεμύθειας ιδιαίτερα σε περιπτώσεις έκτακτης ανάγκης, κ.τ.λ.).

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az európai postai szolgáltatásokról szóló irányelv módosítására vonatkozó javaslatot, figyelembe véve a terület liberalizálását célzó 2008. évi uniós jogszabály elfogadása óta ezen a téren lezajlott jelentős változásokat. Ezek közül különösen nagy hatással van a hagyományos postai szolgáltatásokra, illetve a levelezésre a digitalizáció gyors elterjedése, miközben a csomagküldéssel szembeni igények teljes megváltozását és bővülését pedig az e-kereskedelem terjedése váltotta ki. A jogszabály módosítása segíti az európai szolgáltatók közötti versenyt és jobb alkalmazkodásukat az új feltételekhez, miközben megfelelő figyelmet fordít az ágazat munkahelyteremtő potenciáljára az európai munkaerőpiacon.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Dobrej jakości usługi pocztowe stanowią istotną część komunikacji w ramach unijnego rynku wewnętrznego. Od odbioru, przez transport, sortowanie i dostawę listów oraz paczek do domów oraz biur dostawcy usług pocztowych oferują szeroką gamę usług po przystępnych cenach. Inne sektory, takie jak handel elektroniczny, branża wydawnicza, sprzedaż wysyłkowa, ubezpieczenia, bankowość oraz reklama zależą w dużej mierze od infrastruktury pocztowej. Sektor pocztowy UE pozostaje więc podstawowym czynnikiem przyczyniającym się do spójności społecznej, gospodarczej i terytorialnej, a także rozwoju jednolitego rynku cyfrowego.

W ostatnich latach rynek usług pocztowych przechodzi głęboką transformację, konsekwencją, której jest spadek liczby wysyłanych listów, szybki wzrost liczby doręczanych paczek, związany z popularnością handlu elektronicznego oraz pojawienie się nowych potrzeb klientów. Unia Europejska musi więc dostosować swoje regulacje do tych zmian. Przede wszystkim należy skoncentrować się na podniesieniu jakości i dostępności świadczenia usługi powszechnej oraz większej przystępności w transgranicznym doręczaniu paczek. Co więcej, powinno się położyć nacisk na nadzór rynku w celu zidentyfikowania praktyk antykonkurencyjnych oraz zwiększenia przejrzystości cen dla użytkowników detalicznych i przedsiębiorstw. Istotne jest również promowanie usług o wartości dodanej takich, jak śledzenie przesyłek oraz elastyczne dostawy.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – The review of the Postal Services Directive has provided the opportunity to examine the current state of the postal services market, with a view to protect the rights of consumers while adopting the use of new technological developments.

Given the fact that postal services are a fundamental right for all EU citizens, but also taking into account the decline in letter volume over the past few years, the report has aimed to provide, first of all, a definition of universal service. An improved postal services system would contribute to the social cohesion and economic growth of the Union, and would facilitate coordination between national regulatory authorities. The report also calls for improved transparency as regards public pricing conditions and asks for transparency checks where prices are not controlled by competition.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – La révision des services postaux en 2008 a atteint les principaux objectifs de la libéralisation des services postaux européens. Toutefois, les services postaux ont subi d'énormes changements depuis l'ouverture complète du marché du secteur des services postaux en 2008. D'une part, les communications sur papier ont diminué dans de nombreux États membres.

Le nombre de lettres a régressé dans l'Union européenne et, entre 2012 et 2013, le taux moyen de diminution dans l'UE-28 était de 4,85 %. D'autre part, les nouvelles technologies facilitent les achats en ligne et augmentent donc le nombre de paquets et de colis transportés par les opérateurs postaux. Par conséquent, les recettes provenant des colis et du courrier express représentent maintenant plus de la moitié du total des recettes du secteur postal.

L'une des tâches principales de la Commission est de promouvoir et de préserver une concurrence effective dans le secteur des services postaux. Promouvoir une plus grande concurrence dans ce secteur est également important pour atteindre les objectifs d'Europe 2020 pour une croissance durable dans une économie efficace dans l'utilisation des ressources et plus compétitive.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – Communication has changed considerably over recent years: communications are now immediate and our communication tools have become access doors to services. Those changes have impacted on postal services and, whether we like it or not, we send fewer letters but receive more parcels.

Innovation in the sector moves swiftly and we must make sure the legislation keeps track and anticipate challenges. I voted in favour of the report on the application of the Postal Services Directive because I share its assessment of the situation and the solutions put forward for the future of postal services regulation. We need a regulatory framework that maintains high-quality universal-service obligations while allowing a certain flexibility: strong and independent national regulatory authorities; increased price transparency and consumer awareness; and, if the competition between historic operators, universal-service providers and newcomers is fair, protectionism. This report is only a first step in the estab-

lishment of the next regulatory framework on postal and parcel delivery services, and I will continue monitoring those developments.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Poštanske usluge i dalje imaju ključnu ulogu u Europskoj uniji, iako se priroda te uloge mijenja jer se uvođenjem novih tehnologija potiče prijelaz na internetske usluge i povećava obujam internetske kupovine. Velik potencijal internetske trgovine znači da je pomoć u ostvarenju potencijala jedinstvenog digitalnog tržišta pružena pristupačnim i pouzdanim uslugama dostave paketa važnija nego ikada.

Nacionalna regulatorna tijela i dalje ispunjavaju ključnu ulogu u potpori i nadzoru primjene Direktive o poštanskim uslugama u državama članicama. Europska skupina regulatora poštanskih usluga, osnovana 2010. godine, poboljšala je savjetovanje, koordinaciju i suradnju nacionalnih regulatornih tijela na europskoj razini.

Općenito, dva temeljna cilja europske poštanske politike, odnosno osiguravanje minimalnog broja usluga određene kvalitete po pristupačnim cijenama za sve korisnike te otvaranje tržišta s pravednim uvjetima tržišnog natjecanja, uglavnom su postignuta, iako i dalje postoji zabrinutost u pogledu tržišta prekogranične dostave paketa.

Poštansko tržište ipak se nastavlja brzo razvijati te je zbog toga potrebno neprestano pomno pratiti i analizirati ukupno poštansko tržište i učinke regulatornog okvira, stoga sam glasala pozitivno za izvješće o primjeni Direktive poštanskih usluga.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog uporabe direktive o poštnih storitvah sem podprla, saj je izvajanje direktive o poštnih storitvah pripomoglo k odpiranju domačih trgov pisemskih pošiljk in konkurenci.

Sektor poštnih storitev se z uporabo informacijske in komunikacijske tehnologije nenehno širi, saj te zagotavljajo priložnosti za inovacije in omogočajo širjenja trga.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe revisa la aplicación de la Directiva de servicios postales, aprobada en 1997 y modificada en 2002 y 2008. Con el trabajo previo en comisión, hemos conseguido incluir en el texto varios puntos importantes que abogan por un servicio público de correos que sea universal, accesible, sostenible en el largo plazo y capaz de mantener empleos de calidad.

Sin embargo, permanece en el texto parte del enfoque inicial del ponente, que aboga por aumentar la competencia en detrimento de las empresas públicas y potenciar los servicios de alta gama dentro de las prestaciones del Servicio Universal, olvidando que la liberalización del sector en todos los países de que se tienen datos sólo ha llevado a la concentración de competidores privados en los segmentos más lucrativos del mercado y al detrimento generalizado de las condiciones laborales.

Así, para reflejar el balance entre los puntos positivos y negativos del informe, hemos votado abstención.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Depuis 2008, les marchés des services postaux sont complètement soumis à la concurrence. Parallèlement, l'emploi du courrier électronique ne cesse de faire diminuer le nombre d'envois de lettres alors que les achats en ligne ne cessent de faire augmenter le nombre de colis livrés, ce qui génère de fabuleux profits pour les vendeurs en ligne (Amazon, fnac, cdiscount, etc.) et les livreurs de colis (UPS, DHL, fedex, etc.).

Ce rapport a pour but de redéfinir auprès de la Commission de nouveaux objectifs:

— Le rapport déplore que le commerce international intra-UE ne se développe plus, et demande donc à la Commission de faire en sorte que les prix internes aux États se rapprochent des prix internationaux.

— Séparation totale des fonctions d'opérateur postal et de régulation postale.

— Nécessité de maintenir le service universel (point très contradictoire).

— Relancer la chasse aux subventions publiques vues comme une distorsion de concurrence. Le service universel lui-même est vu comme susceptible de fausser la concurrence.

—Lutter contre le dumping social et les exploitations salariales alors que, dans le même temps, il demande une ouverture à la concurrence à l'origine de ce dumping social.

—Obtenir à terme un secteur postal intégré et harmonisé.

J'ai donc voté contre ce texte.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Usługi pocztowe są ważnym elementem sprawnego przekazywania informacji, rozwoju regionalnego i pokonywania barier terytorialnych. Zauważa się spadek obrotu przesyłek listowych, natomiast z korzyścią dla rynku konsumenta stale wzrasta ilość dostarczanych paczek. Przewiduje się, że w przyszłych latach będzie wzrastać zatrudnienie w tego typu usługach. Ważnym jest, by w ramach państw członkowskich Unii Europejskiej dbać o dalszą liberalizację tego segmentu rynku, dlatego w głosowaniu zdecydowałem się poprzeć projekt rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A postai szolgáltatások 2008-as felülvizsgálata elérte az európai postai szolgáltatások liberalizációjának fő célkitűzéseit. Az elmúlt öt év során, valamint az e-kereskedelem növekedésének következtében gyorsan nőtt a csomagszállítás piacának kiskereskedelmi szegmense, míg a levélkézbesítés piacán lassan alakul ki a verseny, az uniós piac teljes megnyitása ellenére. A mostani javaslatot támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — Este informe revisa la aplicación de la Directiva de servicios postales, aprobada en 1997 y modificada en 2002 y 2008. Con el trabajo previo en comisión, hemos conseguido incluir en el texto varios puntos importantes que abogan por un servicio público de correos que sea universal, accesible, sostenible en el largo plazo y capaz de mantener empleos de calidad.

Sin embargo, permanece en el texto parte del enfoque inicial del ponente, que aboga por aumentar la competencia en detrimento de las empresas públicas y potenciar los servicios de alta gama dentro de las prestaciones del Servicio Universal, olvidando que la liberalización del sector en todos los países de que se tienen datos sólo ha llevado a la concentración de competidores privados en los segmentos más lucrativos del mercado y al detrimento generalizado de las condiciones laborales.

Así, para reflejar el balance entre los puntos positivos y negativos del informe, hemos votado abstención.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the application of the Postal Services Directive. The report underlines that the postal market is still an area of the economy with strong prospects for growth and increasing competition. It also points out that the universal service must evolve in response to the technical, economic and social environment and to the needs of users. I voted in favour because I believe that the Postal Services Directive provides Member States with the flexibility necessary to address local specificities and to ensure the long-term sustainability of universal service provision.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – EU rules on postal services guarantee all citizens the right to affordable and regular postal deliveries, and this review of the EU postal market makes clear that such rights need to be protected. The review also recognises the continued growth in online shopping options and alternative postal services. It is vital that EU rules on post and parcel delivery are fit for purpose, ensuring reliable delivery options for consumers and businesses whilst also protecting those working in the sector through safe and secure employment conditions.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – De richtlijn postdiensten biedt de lidstaten de nodige ruimte om in te spelen op specifieke plaatselijke kenmerken en om ervoor te zorgen dat de levering van universele diensten op lange termijn duurzaam blijft. Ik stemde voor dit verslag omdat de aandacht gefocust blijft op de behoeften van gebruikers en er wordt ingespeeld op de veranderingen op technisch, economisch en sociaal gebied.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A aplicação da Diretiva dos Serviços Postais, principalmente a partir da sua revisão em 2008, alcançou os seus objetivos fundamentais de liberalização dos serviços postais europeus.

Essa liberalização traduziu-se na redução da cobertura geográfica e da frequência da distribuição; na elevação dos preços e na desativação dos serviços não rentáveis; no *dumping* social e laboral, através da substituição de postos de trabalho permanentes por trabalhadores temporários, precários, com salários frequentemente abaixo da remuneração mínima nacional.

Este relatório, num contexto reconhecidamente mais diverso em termos de comunicações (considerando a crescente digitalização), o que retirou escala aos objetivos da liberalização (maximizar lucros para o capital financeiro), apela a mais competição, a mais serviços de valor acrescentado e à diminuição (ou não obrigação de prestação) da prestação dos serviços universais obrigatórios.

Todo este processo merece a nossa total reprovação. A evolução deste setor tem sido uma regressão para as populações e os utentes.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht stellt fest, dass die papiergestützte Kommunikation europaweit rückläufig ist, aber die Anzahl an Päckchen und Paketen stark steigt. Der Umsatz aus der Zustellung von Paketen und Eilzustellungen macht im Durchschnitt mehr als die Hälfte der Gesamteinnahmen von Postdienstleistern aus. Dahingegen ist der Wettbewerb auf dem Briefmarkt stark unterentwickelt. Da die Postbranche einen Netto-Arbeitsplatzverlust erlitten hat, plädiert der Bericht für ein Gleichgewicht zwischen freiem Wettbewerb und den Bedürfnissen der Verbraucher. Daher habe ich dem Vorschlag zugestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – EU rules on postal services guarantee all citizens the right to affordable and regular postal deliveries, and this review of the EU postal market makes clear that such rights need to be protected. The review also recognises the continued growth in online shopping options and alternative postal services. It is vital that EU rules on post and parcel delivery are fit for purpose, ensuring reliable delivery options for consumers and businesses whilst also protecting those working in the sector through safe and secure employment conditions.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul referitor la punerea în aplicare a Directivei privind serviciile poștale. Salut solicitarea raportorului adresată Comisiei de a facilita și consolida cooperarea și coordonarea între autoritățile naționale de reglementare pentru a se asigura o mai mare eficiență și interoperabilitate în privința livrărilor transfrontaliere și de a supraveghea activitățile de reglementare ale ANR - inclusiv furnizarea de servicii universale - în vederea asigurării unei abordări uniforme în aplicarea legislației europene și a armonizării pieței serviciilor poștale în cadrul UE. El reamintește faptul că serviciul universal trebuie să evolueze în funcție de contextul tehnic, economic și social, precum și în funcție de nevoile utilizatorilor, și că Directiva privind serviciile poștale acordă statelor membre flexibilitatea necesară pentru a lua în considerare caracteristicile locale și pentru a asigura sustenabilitatea pe termen lung a furnizării serviciilor universale.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), *na piśmie*. – Rynek usług pocztowych na przestrzeni ostatnich lat uległ znacznej transformacji. W związku z rozwojem technologicznym spada popyt na tradycyjne usługi pocztowe, natomiast wzrasta, głównie z powodu ekspansji sklepów internetowych, zapotrzebowanie na przesłanie paczek. Zapewnienie podstawowych usług pocztowych uznawane jest za jeden z obowiązków państwa, dlatego ważnym jest podjęcie dyskusji co do zakresu obowiązku świadczenia powszechnych usług pocztowych. Ważna jest kompleksowa wiedza w zakresie zmian na rynku pocztowym w celu uzyskania globalnego obrazu rynku. Obszarem szczególnego zainteresowania powinien być transgraniczny rynek dostawy paczek wykazujący znaczny potencjał wzrostowy, stąd popieram działania KE zmierzające do wsparcia rozwoju tego sektora rynku. Popieram również działania KE na rzecz uruchomienia platformy skupiającej wszystkie informacje dotyczące podmiotów działających na rynku. Takie działania będą korzystne przede wszystkim dla klienta i możliwości dokonania przez niego najlepszego wyboru.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς*. – Οι ταχυδρομικές υπηρεσίες αποτέλεσαν έναν από τους πρώτους τομείς εφαρμογής της πολιτικής ΕΕ και κυβερνήσεων για την «απελευθέρωση της αγοράς», ιδιωτικοποίηση δηλαδή δημόσιων υπηρεσιών. Η εμπειρία στα κράτη μέλη απέδειξε πόσο ψεύτικη ήταν η προπαγάνδα για φτηνότερες και καλύτερες ποιοτικά υπηρεσίες σε όλους τους τομείς που απελευθερώθηκαν (ταχυδρομικές υπηρεσίες, μεταφορές, ενέργεια, ύδρευση κ.τ.λ.). Οι δημόσιες υποδομές, που αποτελούν λαϊκή περιουσία, παραδόθηκαν στους επιχειρηματικούς ομίλους, ενώ οι τιμές εκτινάχτηκαν στα ύψη για τα λαϊκά νοικοκυριά και η ποιότητα χειροτέρευσε κατακόρυφα. Το ίδιο ισχύει και για όσες επιχειρήσεις παρέμειναν υπό πλειοψηφικό κρατικό έλεγχο, λειτουργώντας όμως στο πλαίσιο της απελευθερωμένης καπιταλιστικής αγοράς με μοναδικό κριτήριο το κέρδος. Τα δικαιώματα των εργαζομένων τσακίστηκαν το ίδιο ανεξάρτητα από το ιδιοκτησιακό καθεστώς τους. Γι' αυτά η έκθεση που υποτίθεται αξιολογεί την εφαρμογή της σχετικής οδηγίας της ΕΕ για τις ταχυδρομικές υπηρεσίες δεν λέει κουβέντα. Αντίθετα, αποδεικνύοντας την προσήλωσή της ΕΕ και των οργάνων της στη διασφάλιση των μονοπωλιακών κερδών, διερευνά τρόπους επέλασης των επιχειρηματικών ομίλων σε νέα κερδοφόρα πεδία των υπηρεσιών αυτών, όπως η παράδοση δεμάτων που αυξάνεται κατακόρυφα λόγω της αντίστοιχης αύξησης του ηλεκτρονικού εμπορίου και των ηλεκτρονικών συναλλαγών, σε συνδυασμό με την «ενιαία ψηφιακή αγορά» που προωθεί η ΕΕ σαν προνομιακή χρυσοφόρα αγορά για τα μονοπώλια.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Uznesenie Európskeho parlamentu o uplatňovaní smernice o poštových službách sa zaoberalo najmä zmenami, ktoré tento sektor zaznamenal od úplného otvorenia trhu v roku 2008. Zmeny sa pritom týkajú najmä zníženia počtu listových zásielok a naopak zvýšenia počtu balíkov, ktoré sú dôsledkom čoraz väčšej popularity nakupovania cez internet. Uznesenie sa okrem tém týkajúcich sa zabránenia diskriminácii nových hráčov na trhu a zabránenia narušení hospodárskej súťaže zaoberalo najmä zaručením minimálneho rozsahu služieb, ktoré by mali byť poskytované v Európskej únii, ale aj napríklad cenovou dostupnosťou poštových služieb, a to nielen v rámci jednotlivých členských štátoch, ale aj pri zásielkach do zahraničia. Samotná dostupnosť poštových služieb je nanajvýš dôležitá v riedko osídlených oblastiach alebo odhliadnuc od lokality aj pre starších ľudí či osoby so zdravotným postihnutím. V tomto ohľade je veľmi dôležité okrem dostupnosti služieb dohliadnuť aj na zabezpečenie bezbariérového prístupu do budov pošty. Keďže návrh uznesenia všetky tieto pripomienky reflektoval, hlasovala som v jeho prospech.

Milan Zver (PPE), *pisno.* – Podprl sem poročilo o uporabi direktive o poštnih storitvah.

Menim, da je pomembno doseči skupni cilj direktive o poštnih storitvah za zagotavljanje trajnostnega izvajanja univerzalne storitve tudi s tem, da se poziva države članice k visokim merilom strokovnosti, pravnim varstvom zaposlenih, k poštenim in nediskriminatornim dostopom do poklicnega usposabljanja.

Prav tako je pomembno zagotavljanje univerzalne storitve in omogočanje poštene konkurence, dostopnost, kakovost storitve in potrebe uporabnikov.

12.8. Zugang von KMU zu Finanzmitteln und Diversifizierung der Finanzierungsquellen von KMU in einer Kapitalmarktunion (A8-0222/2016 - Othmar Karas)

Suulliset äänestysselitykset

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem tento materiál také s radostí podpořil, protože už i včera se zde vedla debata o pozici malých a středních podniků v Evropě. Jejich pozice pro úspěšnost evropské ekonomiky je mimořádně důležitá a co já vím a znám z mé země, z České republiky, tak jedním z problémů pro malé a střední podniky je přístup ke kapitálu, přístup k penězům. Zvláště pokud chtějí podnikat v oblastech, které na první pohled nevypadají jako příliš výnosné, ale jsou třeba důležité, protože zachovávají nějaká tradiční řemesla nebo nějakou tradiční místní regionální výrobu.

Takže tento materiál, který se zabývá otázkami, jak usnadnit malým a středním podnikům přístup k získávání úvěrů a kapitálu, já považuji za mimořádně důležitý a kdyby se část peněz, které Evropská unie používá na podporu a rozvoj jednotlivých regionů v rámci své politiky soudržnosti, použila na podporu malých a středních podniků v oblasti úvěrování, bylo by to podle mého názoru správné.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, ar dtús ba mhaith liom moladh mór a thabhairt do mo chara agus mo chomhghleacaí, Othmar Karas, as an obair iontach atá déanta aige, ní amháin sa tuarascáil seo, ach in a lán a bhaineann leis an ábhar seo chomh maith, agus maidir le mo thír féin…

I want to emphasise that we have one of the highest rejection rates for SME bank loan applications in Europe, and on that basis I welcome the views outlined by the rapporteur in this report. In particular, I note the approval of the non-banking finance recommendations that will provide alternatives to short-term financing options such as overdrafts, which often hinder sustainable development. Although banks are best positioned to provide tailored long-term financial assistance, the reality of the market necessitates an exploration of different means to meet financial needs. I think this initiative is timely and in the right direction, but I would also like to see further examination of the benefits of crowd-funding.

Kirjalliset äänestysselitykset

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Trattasi di una relazione di iniziativa volta ad analizzare diverse possibilità per incrementare il finanziamento alle PMI europee, considerata l'importanza nevralgica che rivestono nell'economia europea, sia attraverso il classico canale bancario che attraverso nuovi metodi alternativi. Anche se alcune parti, quali quelle sul finanziamento bancario e sulla cultura finanziaria, sono condivisibili, altre rappresentano un grosso rischio per le PMI e per i piccoli operatori in generale che finirebbero per confrontarsi con strumenti finanziari poco trasparenti e complessi. Si fa riferimento, nello specifico, all'Unione dei mercati capitali, alle cartolarizzazioni e alle politiche anticonvenzionali avviate dalla BCE dopo la crisi. Per tali motivi ho deciso di astenermi.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – Las pymes son un componente fundamental de la economía europea, y una palanca clave para la efectiva recuperación de la misma. Para que esto sea posible, la Unión debe apoyar a las pymes, prestando apoyo para su creación y crecimiento, garantizando su acceso al capital y su internacionalización. Por eso he dado mi voto favorable a este informe que recoge una lista detallada de medidas para impulsar las pymes europeas.

En la coyuntura actual, para poder seguir avanzando en el proyecto de integración europea en clave federal, y derrotar a los nacionalismos resurgentes que querrían condenar a Europa a repetir las pesadillas del pasado, la Unión necesita recuperar la confianza de amplios sectores de la sociedad, en particular el del conjunto de la clase trabajadora, incluyendo a los trabajadores precarios, y a los pequeños autónomos. Es imprescindible que la economía europea, donde las pymes desempeñan un papel esencial, crezca de manera sostenible y genere puestos de trabajo de calidad.

Este informe puede contribuir a lograr este objetivo, junto a una ampliación del Plan de Inversiones para Europa, el cual debe dotarse de nuevos recursos propios y de la capacidad de emitir deuda pública europea para poder doblar la financiación disponible.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — Different legal systems, cultures, languages, country-specific credit risks and the potential for capital controls (as used in Greece and Cyprus) in the likely event of euro-break-up make Capital Markets Union a distraction from more pressing matters (such as planning for an orderly break-up of the euro). Accordingly UKIP voted against.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report. The report proposes that the best way to boost SMEs in the EU is by pushing forward with the Capital Markets Union, which will promote the shadow banking sector that played a fundamental role in causing the 2008 financial crash and economic crisis.

There are some positive calls in there for increasing SMEs' access to credit from banks and EU funds, but the overall proposal is for the development of new financial vehicles based on securitisation and risk-sharing instruments, and this will supposedly solve the problem.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport équilibré qui appelle à des mesures de défense des investissements publics et privés, des outils de financement alternatifs et une attention particulière aux PME dirigées par des femmes et des minorités.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on access to finance for SMEs and increasing the diversity of SMEs' funding in a Capital Markets Union. Small and medium-sized enterprises (SMEs) are a substantial part of the EU economy. Access to finance for SMEs has, therefore, been a long-standing theme on the policy agenda. Bank lending constitutes still the most important source of funding for the large majority of SMEs. Therefore, it is important to diversify the funding options for SMEs to allow for a wide range of choices.

I welcome the proposals made in the Capital Market Unions (CMU) Action Plan for connecting SMEs more effectively with a wide range of funding options and I support the initiative of the Commission to examine and assess barriers and obstacles for SMEs in tapping capital markets.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Midcap-Unternehmen sind ein wesentlicher Bestandteil der Wirtschaft in der EU. Aus diesem Grund steht der Zugang von KMU zu Finanzmitteln bereits seit langer Zeit auf der politischen Agenda.

Während der Krise war der Zugang von KMU zu Finanzmitteln deutlich stärker eingeschränkt als der Zugang größerer Unternehmen. Dazu haben die große Abhängigkeit der KMU von Bankdarlehen und die durch die Krise ausgelöste Bereinigung des Darlehensbestands der Banken beigetragen. Aus diesem Grund ist die Diversifizierung der Finanzierungsmöglichkeiten für KMU eine der Prioritäten der Initiative für eine Kapitalmarktunion.

KMU müssen wettbewerbsfähig bleiben. Ich befürworte daher ausdrücklich einen erleichterten und günstigen Zugang zu alternativen Finanzierungsquellen. Aktuell sind viele KMU von Bankdarlehen abhängig. Dadurch, dass durch die Finanzkrise der Zugang zu solchen Darlehen wesentlich schwieriger geworden ist, ist es wichtig, dass kleine und mittlere Unternehmen einen besseren Zugang zu alternativen Finanzierungsquellen erhalten. Nur so kann ihre Investitionsfähigkeit auch weiterhin gewährleistet werden.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le constat de ce rapport est consensuel: les PME souffrent dans leur accès aux financements alors qu'elles sont un moteur essentiel de l'économie, les contraintes réglementaires pèsent plus particulièrement sur elles, il est nécessaire d'inclure la dimension PME dans l'ensemble des textes à portée économique.

On relève bon nombre de propositions pertinentes, comme la nécessité de règles adaptées pour que les marchés publics soient plus ouverts aux PME et aux micro-entreprises, le développement des banques locales ou encore le fléchage obligatoire de certains fonds de la BCE à la disposition des banques pour accorder des crédits aux PME.

Mais, comme toujours, il s'agit d'interpeller la Commission afin qu'elle agisse dans ce sens. Nous connaissons la proximité des institutions avec les grands lobbys industriels et bancaires, et on a peine à imaginer que l'essai soit transformé.

En définitive, sur le constat et sur un certain nombre d'objectifs, ce rapport ne fait que reprendre ce que nous réclamons depuis longtemps, mais il y a comme une erreur de casting quant à l'autorité choisie pour mener à bien un tel small business act. Je me suis donc abstenue sur ce bon texte qui n'aboutira à rien en raison des orientations de la Commission.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – SMEs function best when they are subject to the minimum necessary regulation and the minimum necessary taxation. It is absurd to heavily tax and regulate them, then provide state subsidies to those deemed worthy. This completely misunderstands the free market; as a supporter of SMEs I cannot support this report.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car, comme le Parlement européen, j'ai toujours fait des PME la base indispensable de la création de l'emploi en Europe. Pour rappel, «les PME forment l'épine dorsale de l'économie de l'Union européenne et ont un énorme potentiel de création d'emplois, étant à l'origine de 85 % des nouveaux emplois; 20,7 millions de PME représentent plus de 67 % de l'emploi du secteur privé dans l'Union européenne, dont 30 % proviennent de microentreprises». Le Parlement estime également que «les PME sont les principaux moteurs de la croissance économique européenne à long terme et des possibilités de création d'emplois durables dans les 28 États membres».

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl MVĮ galimybių gauti finansavimą ir MVĮ finansavimo įvairumo didinimo kapitalo rinkų sąjungoje. Krizės metu MVĮ galimybės gauti finansavimą buvo labiau apribotos nei didesnių įmonių galimybės. Prie to prisidėjo didelis MVĮ pasikliovimas bankų skolinimu ir krizės sukeltas bankų skolinimo apimties mažinimas. Todėl vykdant kapitalo rinkų sąjungos iniciatyvą vienu iš jos prioritetų tapo MVĮ finansavimo galimybių įvairinimas. Pritariu sudaryti geresnes sąlygas MVĮ naudotis įvairiomis finansavimo galimybėmis. Tačiau vis dar esama daug kliūčių MVĮ naudotis rinka grindžiamomis ir kitomis labiau novatoriškomis finansavimo priemonėmis. Todėl pritariu Komisijos iniciatyvai išnagrinėti ir įvertinti kliūtis MVĮ naudotis kapitalo rinkomis. Atlikus analizę būtų tinkamai ir laiku pašalintos įvairios ribojančios kliūtis.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A jelentés fontosnak tartja, hogy a kkv-k meg tudják érteni a külső finanszírozás bonyolult formáit, hasznát és kockázatait. Ezért a kkv-k pénzügyi műveltségének növelése előfeltétele a tőkepiaci kultúra megteremtésének, ahol a vállalkozók hajlandóak mérlegelni a tőkepiaci megoldások igénybevételét.

Véleményem szerint a tőkepiaci unióhoz hasonló kezdeményezések súlyosbítani fogják az európai kkv-k által tapasztalt problémákat, a finanszírozáshoz való hozzáférést. Ez azért van így, mert fokozzák a gazdaság pénzügyesítését, és ezzel csökkentik a makrogazdasági stabilitást és a növekedést. A kkv-k finanszírozásának javításához arra is szükség lenne, hogy a szabályozás megerősítésével a pénzügyi ágazat erejét megkurtítsák, és állami ellenőrzés alá vonják, illetve egyértelmű kapcsolatot teremtsenek a hitelezési tevékenység és a tényleges termelés között. A kkv-k tipikus szerepe a helyi igények kielégítése, a helyi gazdaságban való aktív részvétel. Ha valamely kkv ki akar lépni a nemzetközi piacra, azt is általában csak akkor teheti meg, ha a hazai piacon erős lábakon áll. Ehhez a pénzügyi biztonság is hozzá tartozik, amelyik olyan mértékben romlik, ahogy a pénzforrások távolodnak a munkavégzés helyszínéről. A kkv-k pénzügyi ellátását olyan helyi bankokkal lehet megoldani, amelyek célzottan a kisvállalkozásoknak hiteleznek és ismerik is a tevékenységüket, meg tudják ítélni a hitelezés kockázatát. Mivel a jelentés ezeket nem szorgalmazza, annak elfogadását elutasítottam.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Je tiens en préambule à rappeler que les PME totalisent 67 % des emplois, 71,4 % de la hausse de l'emploi et 58 % de la valeur ajoutée du secteur non financier de l'Union européenne en 2014 et que 77 % des encours de financement des PME en Europe proviennent des banques. Cette question de l'accès des PME au financement ne peut donc être ignorée, il en va de la pérennité et du développement de l'emploi.

J'ai voté en faveur de ce rapport, car celui-ci invite la Commission à soutenir la mise au point d'une large gamme de programmes, d'instruments et d'initiatives visant à soutenir les PME dans leurs phases de lancement et de croissance, en tenant compte de leur spécificité et de leurs besoins de financement. Les députés invitent également la Commission à garantir les synergies entre les différents instruments et programmes européens en faveur des PME, à favoriser une approche globale pour la diffusion de l'information sur l'ensemble des possibilités de financement de l'Union et à rendre les financements plus attractifs pour les PME. À cet égard, il est également à souligner l'importance du développement des banques locales du fait de leurs relations de longue durée avec les PME.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Sebbene ancora non definite univocamente dalla legislazione europea, le piccole e medie imprese costituiscono l'ossatura dell'economia del continente. Ad esse è attribuibile il 67% dell'occupazione totale, il 71,4% dell'aumento dell'occupazione e il 58% del valore aggiunto nel settore non finanziario dell'UE nel 2014. Sono dati importanti che obbligano le istituzioni a prestare particolare attenzione ai problemi che questi motori dell'economia europea possono incontrare. Una delle questioni più rilevanti è senza dubbio quella dell'accesso al credito. La relazione Karas, che oggi ho sostenuto, è un testo bilanciato che chiede di migliorare le possibilità di finanziamento pubblico e privato proposte alle PMI. Il settore dei servizi finanziari deve essere necessariamente diversificato, ben regolamentato e stabile e offrire un'ampia gamma di opzioni di finanziamento su misura con un buon rapporto costi-efficacia.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de este informe acerca del acceso de financiación para las pequeñas y medianas empresas. Consideramos que la orientación que defiende, basada en la consolidación y expansión de la Unión de Mercados de Capitales, es errónea y perjudicial. En primer lugar, porque no está demostrado que la liberalización del acceso al mercado de capitales suponga en modo alguna un abaratamiento de los costes de financiación para PYMES. En segundo lugar, porque consideramos que yerra en su diagnóstico, ya que el acceso a la financiación no es hoy en día el principal problema de las PYMES sino más bien el bajo nivel de la demanda.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre el acceso de las pymes a la financiación y el aumento de la diversidad de la financiación de las pymes en una Unión de los Mercados de Capitales. Las pymes y las empresas de mediana capitalización constituyen una parte importante de la economía de la UE y, en este contexto, el acceso a la financiación es, y tiene que seguir siendo, un punto fundamental en la agenda política. Es importante que esa financiación se dé durante la totalidad del ciclo de vida de la pyme, donde la transferencia de las actividades constituye un paso importante para una empresa y donde se deben adoptar medidas adecuadas para apoyar a las pymes en la preparación de la transferencia de actividades que conlleva incentivos fiscales.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative se veut une réflexion sur la manière d'améliorer le sort des PME dans l'Union. Il concerne l'accès des PME au financement et le renforcement de la diversité des financements aux PME dans une union des marchés de capitaux.

Je partage le constat que les PME souffrent dans leur accès aux financements alors qu'elles sont un moteur essentiel de l'économie et que des contraintes réglementaires pèsent plus particulièrement sur elles. Des propositions sont intéressantes (règles adaptées pour que les marchés publics soient plus ouverts aux PME et aux microentreprises, développement des banques locales ou encore fléchage obligatoire de certains fonds de la BCE à la disposition des banques pour accorder des crédits aux PME, etc.). Je doute néanmoins que la Commission aille dans ce sens vu sa proximité avec les lobbys industriels et bancaires.

Enfin, la solution consiste à faciliter les alternatives au crédit bancaire, c'est-à—dire les marchés financiers et les financements participatifs.

De bons constats, de bonnes idées mais pas de réelle volonté en fait, je me suis donc abstenue.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Nonostante qualche spunto interessante, la relazione Karas presenta diversi punti critici per cui ho preferito esprimermi con un voto di astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado en favor de este informe de propia iniciativa que solicita un mejor acceso de las pymes a la financiación y el aumento de la diversidad de su financiación, asegurando que las pymes se van a beneficiar de la Unión de los Mercados de Capitales y en particular de la prestación de servicios financieros transfronterizos. Valoro además positivamente la propuesta de que el BCE abra líneas de crédito a la banca solamente dirigidas a las pymes.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pasisakė dėl MVĮ galimybių gauti finansavimą ir MVĮ finansavimo įvairumo didinimo kapitalo rinkų sąjungoje. Mikroįmonėms, mažosioms ir vidutinėms įmonėms bei vidutinės kapitalizacijos įmonėms Europos ekonomikoje tenka svarbus vaidmuo užtikrinant užimtumą ir augimą – 2014 m. ES ne finansų verslo sektoriuje MVĮ buvo įdarbinta 67 proc. visų darbuotojų, sukuriama 71,4 proc. naujų darbo vietų bei 58 proc. pridėtinės vertės. Šiuo metu Sąjungos teisės aktuose nėra pateikta bendros aiškios MVĮ apibrėžties, išskyrus pagal Apskaitos direktyvą nustatytas kategorijas „mažosios įmonės" ir „vidutinės įmonės". Europos MVĮ labai įvairios ir tarp jų esama daugybės mikroįmonių, neretai veiklą vykdančių tradiciniuose sektoriuose, taip pat vis daugiau naujų startuolių ir sparčiai augančių novatoriškų įmonių. Taikant šiuos verslo modelius susiduriama su skirtingomis problemomis ir todėl jų finansiniai poreikiai nevienodi.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo uravnoteženo i dalekosežno izvješće kojim se poziva na mjere koje brane javne i privatne investicije, s posebnom pažnjom na mala i srednja poduzeća koja vode žene i manjine. Konkretno, ovo izvješće prati rad pokrenut od strane Komisije u 2015. te traži od Komisije da obrati posebnu pozornost na specifičnosti malih i srednjih poduzeća i osigura da prekogranične aktivnosti u području maloprodajnih financijskih usluga dovedu do boljeg pristupa financiranju za mala i srednja poduzeća.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Certes, ce rapport est plein de bonnes intentions à l'égard des PME mais il n'insiste pas assez sur le rôle des banques en la matière. Les orienter vers les marchés financiers n'est pas une mauvaise chose en soi, mais faire en sorte que les banques fassent leur travail est plus efficace.

Je me suis abstenue.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Le piccole e medie imprese (PMI) e le imprese a media capitalizzazione rappresentano una parte significativa dell'economia dell'UE. L'accesso ai finanziamenti per le PMI è stato pertanto giustamente un tema a lungo presente nell'agenda politica. Rispetto alle aziende di maggiori dimensioni, per le PMI l'accesso ai finanziamenti è stato più difficile durante la crisi. A ciò hanno contribuito la forte dipendenza delle PMI dai prestiti bancari e la riduzione della leva finanziaria delle banche provocata dalla crisi. L'iniziativa in materia di Unione dei mercati dei capitali ha pertanto collocato la diversificazione delle modalità di finanziamento delle PMI in cima alle sue priorità.

La disomogeneità delle PMI nell'UE è considerevole: negli Stati membri ne esistono diversi tipi a seconda del modello commerciale, delle dimensioni, della fase di sviluppo, della struttura finanziaria e della forma giuridica. Inoltre, fattori specifici per paese, compreso il contesto economico, fattori strutturali come il quadro giuridico e le questioni culturali hanno una forte influenza sul fabbisogno di finanziamento e la disponibilità di opzioni di finanziamento: eppure esse rimangono il pilastro fondante dell'economia manifatturiera della UE, devono essere sostenute e l'integrazione delle fonti finanziarie non bancarie per le PMI è un passo fondamentale per permettere la loro sopravvivenza.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. — Întreprinderile mici și mijlocii, precum și întreprinderile cu o capitalizare medie joacă un rol important pentru economia europeană în ceea ce privește ocuparea forței de muncă și creșterea economică, în 2014 ele reprezentând 67 % din totalul locurilor de muncă, 71,4 % din creșterea ratei de ocupare a forței de muncă și 58 % din valoarea adăugată în sectorul întreprinderilor nefinanciare din UE.

Ținând cont de cifrele de mai sus, finanțarea IMM-urilor ar trebui să aibă o bază mai largă, pentru a asigura, astfel, accesul optim la finanțare al IMM-urilor în fiecare etapă a dezvoltării unei întreprinderi.

Din cauza diferențelor existente între statele membre și între regiuni în ceea ce privește condițiile de finanțare și nevoile IMM-urilor, acestea se confruntă cu o serie de provocări cum ar fi cantitatea și costul finanțării disponibile, volatilitatea economică, creșterea economică lentă și nu numai.

M-am declarat în favoarea acestui raport deoarece susțin necesitatea unui sector de servicii financiare diversificat, bine reglementat și stabil, care să ofere o gamă largă de opțiuni de finanțare adaptate și eficiente din punctul de vedere al costurilor, servind astfel cel mai bine nevoilor de finanțare a IMM-urilor.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – Las pymes son un componente fundamental de la economía europea, y una palanca clave para la efectiva recuperación de la misma. Para que esto sea posible, la Unión debe apoyar a las pymes, prestando apoyo para su creación y crecimiento, garantizando su acceso al capital y su internacionalización. Por eso he dado mi voto favorable a este informe que recoge una lista detallada de medidas para impulsar las pymes europeas.

En la coyuntura actual, para poder seguir avanzando en el proyecto de integración europea en clave federal, y derrotar a los nacionalismos resurgentes que querrían condenar a Europa a repetir las pesadillas del pasado, la Unión necesita recuperar la confianza de amplios sectores de la sociedad, en particular el del conjunto de la clase trabajadora, incluyendo a los trabajadores precarios, y a los pequeños autónomos. Es imprescindible que la economía europea, donde las pymes desempeñan un papel esencial, crezca de manera sostenible y genere puestos de trabajo de calidad.

Este informe puede contribuir a lograr este objetivo, junto a una ampliación del Plan de Inversiones para Europa, el cual debe dotarse de nuevos recursos propios y de la capacidad de emitir deuda pública europea para poder doblar la financiación disponible

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in questione perché reputo che le piccole e medie imprese (PMI), così come le imprese a media capitalizzazione, ricoprano un ruolo di considerevole rilievo per l'economia dell'UE. Rispetto alle aziende di maggiori dimensioni, le PMI, soprattutto nei periodi di crisi, riscontrano non poche difficoltà nell'accesso ai finanziamenti. Negli Stati membri esistono diverse tipologie di PMI. Esse variano a seconda del modello commerciale, delle dimensioni, della fase di sviluppo, della struttura finanziaria e della forma giuridica. Ritengo sia importante sostenere l'accesso ai finanziamenti per le PMI durante l'intero ciclo di vita. Occorre, pertanto, adottare misure concrete volte a sostenere le PMI anche nella fase preparatoria del trasferimento dell'impresa; ad esempio si potrebbero prendere in considerazione degli incentivi fiscali. Ad oggi, i prestiti bancari rappresentano, tuttavia, la principale fonte di finanziamento per le PMI. In linea con il relatore, sono favorevole alle proposte formulate nel piano d'azione relativo all'Unione dei mercati dei capitali. Tali proposte sono, infatti, atte a collegare meglio le PMI con un'importante gamma di opzioni di finanziamento.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report. The report proposes that the best way to boost SMEs in the EU is by pushing forward with the Capital Markets Union, which will promote the shadow banking sector that played a fundamental role in causing the 2008 financial crash and economic crisis.

There are some positive calls in there for increasing SMEs' access to credit from banks and EU funds, but the overall proposal is for the development of new financial vehicles based on securitisation and risk-sharing instruments, and this will supposedly solve the problem.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as I believe in the importance of finding ways to incentivise SMEs and support them, especially by facilitating their access to finance. Access to finance was made worse by the crisis. The Capital Markets Union (CMU) initiative made one of its priorities the diversification of funding options for SMEs in order to offer other options beyond bank lending. The report encourages SMEs to consider the potential of the single market for their financing needs. It also underlines the importance of the implementation of the Small Business Act.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione analizza diverse possibilità per incrementare il finanziamento alle PMI, alcune di queste però non sono sostenibili perché rischiano di produrre proprio l'effetto contrario. Si sostiene infatti l'importanza della Unione dei mercati dei capitali che, attraverso una maggiore finanziarizzazione dell'economia, rappresenta un grosso rischio per le PMI e per i piccoli operatori che dovranno confrontarsi con strumenti finanziari poco trasparenti e complessi. Si raccomanda, inoltre, il ritorno alla cartolarizzazione, altro fattore di rischio per eccellenza. Questi strumenti non faranno altro che aggravare i problemi a cui fanno fronte le PMI oggigiorno, riducendo la stabilità finanziaria e, quindi, la crescita. Si avvalla il piano EFSI, nonostante la sua completa inefficienza. In ultimo, la relazione sostiene le politiche monetarie anticonvenzionali avviate dalla BCE dopo la crisi che, come l'evidenza ha già largamente dimostrato, si sono rivelate assolutamente inefficienti, se non addirittura dannose a causa di una eccessiva riduzione dei tassi e del livello dei prezzi. Per tali motivi ho deciso di astenermi.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Le piccole e medie imprese (PMI), costituiscono una parte fondamentale dell'economia dell'Unione, poiché rappresentano il 99% di tutte le imprese dell'UE. Rispetto alle grandi aziende, per le PMI l'accesso ai finanziamenti è stato molto più difficile durante la crisi, specialmente a causa della loro forte dipendenza dai prestiti bancari e dalla riduzione della leva finanziaria delle banche. Le microimprese e le PMI della zona euro si sono improvvisamente trovate a far fronte a un ingiustificato inasprimento delle richieste di garanzie da parte delle banche. Ritengo sia necessario diversificare e migliorare le possibilità di finanziamento pubblico e privato proposte alle PMI, non limitando la loro scelta al settore bancario. Inoltre, credo che l'accesso al credito non debba essere circoscritto alla fase di avvio dell'impresa, bensì esteso durante tutto il suo ciclo di vita, per garantire un approccio strategico a lungo termine e un supporto nelle successive fasi di sviluppo. Ho apprezzato particolarmente, di questa relazione, l'attenzione posta sulle PMI gestite dalle donne e dai gruppi più vulnerabili, i quali affrontano maggiori ostacoli nell'accesso ai finanziamenti. Sta alla Commissione l'importante compito di individuare le barriere ingiustificate e qualsiasi forme di discriminazioni di cui sono vittime le PMI. Per questi motivi, ho votato a favore della risoluzione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και υπογραμμίζουμε πως οι μικρές και μεσαίες επιχειρήσεις (ΜΜΕ) και οι εταιρείες μεσαίας κεφαλαιοποίησης αποτελούν σημαντικό μέρος της οικονομίας της ΕΕ. Συνεπώς, η πρόσβαση των ΜΜΕ στη χρηματοδότηση αποτελεί εδώ και καιρό ένα από τα θέματα της πολιτικής ατζέντας.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς την έκθεση σχετικά με την πρόσβαση των μικρομεσαίων επιχειρήσεων στη χρηματοδότηση, και την αύξηση της πολυμορφίας στη χρηματοδότηση των μικρομεσαίων επιχειρήσεων στο πλαίσιο μιας Ένωσης Κεφαλαιαγορών. Παρότι η αναζήτηση των αιτιών που οδηγούν στις δυσκολίες χρηματοδότησης μικρομεσαίων επιχειρήσεων αποτελεί μια θετική προσπάθεια, η έκθεση αυτή εστιάζει κυρίως στην ενίσχυση συντηρητικών προσεγγίσεων που ουσιαστικά δεν διαφυλάσσουν τα συμφέροντα μικρών επιχειρήσεων ή των εργαζομένων τους. Για αυτό τον λόγο ψήφισα αρνητικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Considerando che le PMI costituiscono una parte fondamentale del tessuto industriale italiano, trattandosi di ben più di 137 000 attività con un volume d'affari oltre gli 800 miliardi e con almeno 3,9 milioni di addetti, non posso che accogliere con favore la relazione presentata dal collega Karas. La perdurante crisi sta fiaccando l'accesso ottimale al credito, pertanto è inderogabile l'istituzione di un quadro normativo adeguato alle diverse esigenze di finanziamento per le PMI dal momento che queste stesse sono per loro natura disomogenee. In accordo con quanto previsto dalla relazione, si provvederà ad agevolare l'attività bancaria a vocazione regionale e locale, essendo la più adattabile alle specifiche esigenze delle PMI. Inoltre si intende implementare il ricorso a fonti non bancarie tramite una migliore alfabetizzazione finanziaria delle imprese stesse (per una visione complessiva e nitida della redditività e della rischiosità) e l'accrescimento di sistemi più innovativi quali il *crowdfunding* e i prestiti *peer-to-peer*. In virtù di quanto esposto, la Commissione si impegnerà a redigere una relazione annuale delineando lo stato delle iniziative di attuazione e il relativo impatto sull'accesso al credito, affiancandovi incisive strategie di crescita.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on access to finance for SMEs and increasing the diversity of SME funding in a Capital Markets Union and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A economia da União Europeia tem nas pequenas e médias empresas (PME) um pilar fundamental: representam uma percentagem esmagadora do número total de empresas, cerca de dois terços dos trabalhadores e mais de metade do valor acrescentado.

Entendo que a UE deve procurar ultrapassar as dificuldades da heterogeneidade dos tipos de PME e das diferentes circunstâncias nacionais de ambiente económico ou quadro jurídico. Nesse sentido, considerando que o crédito bancário é a principal fonte de financiamento das PME e que a sua diminuição, motivada pela crise, teve um impacto significativo no tecido empresarial europeu, defendo que a União dos Mercados de Capitais em perspetiva deve tomar as PME como vetor prioritário da sua afirmação.

Acompanho a preocupação de equilíbrio entre a estabilidade do setor bancário e o apoio às PME, pelo que entendo que, no quadro das novas regras para o setor bancário, sejam tidas em conta as necessidades de financiamento destas.

Partilho, igualmente, o entendimento de que é necessário promover uma literacia financeira para os empresários e investidores: no caso dos primeiros, no sentido de sensibilizar para formas não bancárias de financiamento, junto dos mercados de capitais; no caso dos segundos, no sentido de aumentar a confiança no investimento.

Pelo exposto, apoio o relatório.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – Different legal systems, cultures, languages, country-specific credit risks and the potential for capital controls (as used in Greece and Cyprus) in the likely event of euro-break-up make Capital Markets Union a distraction from more pressing matters (such as planning for an orderly break-up of the euro). Accordingly UKIP voted against.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Concordo con il collega Karas nell'invitare la Commissione a migliorare le regole per l'accesso ai finanziamenti sia pubblici che privati e ad adottare un piano strategico a lungo termine che includa una vasta gamma di progetti e iniziative adatti a tutti i tipi di imprese. È necessario dare maggiore visibilità al FEIS, che con il suo sportello, rappresenta un'importante fonte di sostegno all'imprenditorialità come anche allo SME *supporting factor*, programma che agevola le banche nella concessioni di prestiti alle PMI.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — We should ensure proportionality as regards the early repayment of loans across the EU, with measures such as a cap to limit costs for SMEs and more transparency in contracts for SMEs. There are country-specific factors, including structural factors such as the legal framework and cultural issues, which influence financing needs and the availability of funding options, and these have a direct impact on their operability.

I agree with the report on the importance of transparent, standardised financing information for banks, investors, supervisors and other stakeholders, so that risk profiles can be understood and informed decisions taken, and to reduce financing costs. The creation of a European database, collecting information on business strategies and the financing needs of SMEs, in which they could voluntarily enter their data and which would keep them up to date, could be a step in the right direction.

Furthermore, by simplifying rules on support for start-ups, micro enterprises and SMEs, and by improving the EU business environment, we can further assist the contribution made by SMEs to a Capital Markets Union.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe debido a que las propuestas que plantean no solucionaran el problema de acceso a la financiación de las Pequeñas y Medianas Empresas, sino que las expondrá más a los riesgos de la especulación financiera. Este informe señala la problemática que sufre la PYME europea en el acceso al crédito, sin embargo, en lugar de proponer un sistema bancario minorista sano que permita financiar a este tipo de empresas que suponen la columna vertebral de la economía europea, plantea que la solución debe ser la Unión del Mercado de Capitales. Esta propuesta no hará más que elevar el riesgo soportado por las PYMES dependientes de complejos productos financieros de carácter especulativo. Es porque este informe no propone soluciones para las PYMES sino para el capital financiero por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Le sfide cui le micro, piccole e medie imprese si trovano a far fronte nell'UE, per quanto riguarda le condizioni di finanziamento, la quantità e il costo dei finanziamenti disponibili, sono influenzate da fattori specifici legate sia alle PMI ma anche ai paesi e alle regioni in cui queste sono stabilite, comprese l'instabilità economica, una crescita lenta e una maggiore fragilità finanziaria. Risulta pertanto necessario diversificare e migliorare le possibilità di finanziamento pubblico e privato proposte alle PMI che non devono limitarsi alla fase di avvio, ma continuare durante tutto il loro ciclo di vita, e occorre altresì un approccio strategico a lungo termine per garantire il credito alle imprese e che tenga conto della diversità delle imprese per dimensioni, settori in cui operano, volumi d'affari. Nella risoluzione del Parlamento europeo che ho votato in favore, si chiede alla Commissione e gli Stati membri a sostenere le PMI in tale processo, anche nei primi anni di attività. Inoltre, la Commissione è chiamata a verificare gli strumenti esistenti, come i Fondi strutturali e altri programmi pertinenti, per valutare l'adeguatezza del sostegno finanziario fornito alle PMI in relazione agli obiettivi stabiliti.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Întreprinderile mici și mijlocii reprezintă o parte substanțială a economiei UE. Accesul IMM-urilor la finanțare a reprezentat o constrângere mai mare în timpul crizei decât cel al întreprinderilor mai mari, cu toate că aceste întreprinderi sunt dependente de împrumuturi bancare care reprezintă pentru ele cea mai importantă sursă de finanțare. Este important ca IMM-urile să dispună de cunoștințe aprofundate cu privire la sursele de finanțare complementare bazate pe piață.

Am votat pentru un sector de servicii financiare diversificat, bine reglementat și stabil, care oferă o gamă largă de opțiuni de finanțare adaptate și eficiente din punctul de vedere al costurilor. Având în vedere rata ridicată a șomajului în rândul tinerilor, încurajarea dezvoltării spiritului antreprenorial al generațiilor mai tinere reprezintă o soluție viabilă în soluționarea acestei crize.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – This report highlights the main measures necessary to improve access to finance for SMEs and also increase the diversity of SME funding. I strongly agree that SMEs need diverse and improved public and private funding which does not stop at start-up phase but also assists them throughout their lifecycle. I also agree that the Commission needs to assess the review of the Late Payment Directive, with the introduction of specific measures aimed at easing payments for SMEs. This report calls for measures to defend public and private investments, alternative financing tools and also special attention to SMEs run by women and minorities. For all these reasons, I voted in favour of this report.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – SMEs are the lifeblood of our economy, so I welcome this report's support for enhancing their access to different funding sources, and reduction in the overall tax burden and lower taxes for businesses. Without continued support for SMEs, growth and financing the wider economy will suffer, leading to a drop in overall exchequer revenues.

Rosa D'Amato (EFDD), *per iscritto*. – La relazione sull'accesso al credito per le PMI nell'Unione dei mercati dei capitali punta sulla promozione della cultura del rischio e dei mercati dei capitali. Il testo insiste sulla necessaria educazione finanziaria delle PMI quale presupposto per aumentare la concessione di prestiti bancari e per estendere l'utilizzo e l'accettazione delle soluzioni proposte dai mercati dei capitali. Non è con il rischio e con prodotti di ingegneria finanziaria che migliorerà la situazione delle micro, piccole e medie imprese europee. Bisognerebbe invece evitare ogni forma di azzardo morale e creare un settore bancario sicuro per poter garantire la relazione bancaria tradizionale come principale risorsa di approvvigionamento creditizio per le PMI, evitando di favorire le banche di investimento tramite lo strumento delle cartolarizzazioni. Non nascondo infine tutta la mia perplessità per quanto riguarda l'Unione dei mercati dei capitali, la quale, pur proponendosi di aumentare il ventaglio di possibilità di accesso al credito per cittadini e imprese migliorando e omogeneizzando la loro inclusione finanziaria, espone a un incremento concreto del rischio dell'intero sistema creditizio e dei capitali, puntando sulla finanziarizzazione dell'economia e danneggiando, soprattutto nel medio e lungo periodo, i risparmiatori. Per i motivi esposti, il mio voto è dunque di astensione.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Consider că formarea adecvată, sprijinul, accesul la finanțare și creșterea diversității finanțării acordate întreprinderilor sunt esențiale, fiind nevoie de o formare specială pentru a pregăti tinerii în perspectiva economiei verzi. Nu trebuie să uităm faptul că prevenirea daunelor de mediu și tranziția către o economie cu emisii scăzute de carbon este o provocare a societății care oferă, de asemenea, noi oportunități de afaceri pentru întreprinderile care aduc pe piață produse și servicii verzi.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Les microentreprises, les PME et les entreprises à capitalisation moyenne représentent le cœur des économies européennes en constituant les principales sources d'emplois et de croissance. Nous devons défendre avec force la mise en place de mesures favorisant l'accès au financement des PME et le renforcement de la diversité de leurs financements dans une union des marchés de capitaux. Il est indispensable de dynamiser la croissance et l'innovation en encourageant l'esprit d'entreprenariat et la prise de risques par un accès à des financements adaptés à l'évolution de l'entreprise. Aussi, nous devons notamment renforcer les systèmes bancaires en Europe pour leurs permettre de répondre aux besoins de financements de ces entreprises.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – S'il est nécessaire d'aider les PME, acteurs incontournables de l'économie, dans leur accès aux financements, et limiter les contraintes réglementaires qui pèsent sur elles, ce n'est pas des institutions européennes, responsables en grande partie de la situation, que viendra la solution.

En effet, nous connaissons la proximité des institutions avec les grands lobbys industriels et bancaires. Une meilleure ouverture des marchés publics aux PME est certes louable, tout comme le développement des banques locales ou encore le fléchage obligatoire de certains fonds de la BCE à la disposition des banques pour accorder des crédits aux PME.

Toutefois, la solution proposée par l'union des marchés de capitaux, qui consiste à faciliter les alternatives au crédit bancaire, c'est-à-dire les marchés financiers et les financements participatifs, a des inconvénients. Il en découle une financiarisation accrue de l'économie, sensible aux cycles et coûteuse, au détriment de relations stables entre une banque et son client.

Des politiques qui reposent sur la demande, via notamment la hausse des salaires ou la baisse des charges, ou encore sur la préférence nationale, produiraient plus certainement leurs effets pour le tissu des PME. Aussi me suis-je abstenue sur ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада по собствена инициатива на Комисията по икономически и парични въпроси относно състоянието на малките и средни предприятия в Европа. Докладът обръща внимание на опасности, с които МСП е трябвало да се справят, но същевременно набляга и на потенциалните ползи за тях. Докладът на колегата Карас също така набляга на нуждата за административни и данъчни облекчения полза на МСП. Подкрепям мнението му, че такива облекчения биха допринесли за развитието им. Важна част от процеса на това развитие също така е и повишаването на информираността на самите МСП по отношение на наличните източници на финансиране.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – As pequenas e médias empresas (PME) e as empresas de média capitalização representam uma parte substancial da economia da UE. O acesso das PME ao financiamento é, pois, uma questão que há muito figura na agenda política. A variedade de PME na UE é considerável. Os diferentes Estados-Membros apresentam diferentes tipos de PME, consoante o modelo de negócio, a dimensão, a fase de desenvolvimento, a estrutura financeira e a forma jurídica. É importante apoiar o acesso das PME ao financiamento durante todo o seu ciclo de vida, bem como aumentar o conhecimento das PME sobre as fontes complementares de financiamento que assentam no mercado.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention: en définitive, sur le constat et sur un certain nombre d'objectifs, ce rapport ne fait que reprendre ce que nous réclamons depuis longtemps, mais il y a comme une erreur de casting quant à l'autorité choisie pour mener à bien un tel small business act.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole alla presente relazione poiché ritengo fondamentale sostenere l'accesso ai finanziamenti per le PMI durante l'intero ciclo di vita. Difatti, rispetto alle aziende di maggiori dimensioni, per le PMI l'accesso ai finanziamenti è stato più difficile durante la crisi. A ciò hanno contribuito la forte dipendenza dai prestiti bancari e la riduzione della leva finanziaria delle banche provocata dalla crisi. L'iniziativa in materia di Unione dei mercati dei capitali ha, pertanto, collocato la diversificazione delle modalità di finanziamento delle PMI in cima alle sue priorità.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – There is a core neoliberal approach here. I voted against.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόσβαση των ΜΜΕ στη χρηματοδότηση και την αύξηση της πολυμορφίας στη χρηματοδότηση των ΜΜΕ στο πλαίσιο μιας Ένωσης Κεφαλαιαγορών καθώς τέτοιες πρωτοβουλίες όπως η Ένωση των Κεφαλαιαγορών θα επιδεινώσουν τα προβλήματα που αντιμετωπίζουν οι ευρωπαϊκές ΜΜΕ.

Οι ΜΜΕ, λόγω του μεγέθους τους, πλήττονται δυσανάλογα από τις συνέπειες της οικονομικής αστάθειας και της ύφεσης και είναι ήδη ιδιαίτερα εκτεθειμένες στην ισχύ των ολιγοπωλίων που ελέγχουν την παραγωγή και την πίστωση.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I support this balanced and far-reaching report, due to the proposed measures that defend public and private investments, alternative financing tools and special attention to SMEs run by women and minorities. I agree that we should encourage SMEs to consider the whole EU as their home market and to use the potential of the single market for their financing needs. We need to ensure coordination, consistency and synergies between European instruments and programmes for SMEs such as the European Structural and Investment Funds. It is also essential to promote a holistic approach to the dissemination of information on all EU funding opportunities by encouraging the Member States, the EIB and national promotional banks, in this context, to provide information on financing options and loan guarantee schemes. The report points out very well the financial problems suffered by SMEs and the situation of uncertainty experienced by suppliers generated by late payments by larger companies, public institutions and authorities, and thus I believe that the Commission should, during the review of the Late Payment Directive, assess the introduction of specific measures to simplify the payment procedure.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – Las pymes son un componente fundamental de la economía europea, y una palanca clave para la efectiva recuperación de la misma. Para que esto sea posible, la Unión debe apoyar a las Pymes, prestando apoyo para su creación y crecimiento, garantizando su acceso al capital y su internacionalización. Por eso he dado mi voto favorable a este informe que recoge una lista detallada de medidas para impulsar las Pymes europeas.

En la coyuntura actual, para poder seguir avanzando en el proyecto de integración europea en clave federal, y derrotar a los nacionalismos resurgentes que querrían condenar a Europa a repetir las pesadillas del pasado, la Unión necesita recuperar la confianza de amplios sectores de la sociedad, en particular el del conjunto de la clase trabajadora, incluyendo a los trabajadores precarios, y a los pequeños autónomos. Es imprescindible que la economía europea, donde las Pymes desempeñan un papel esencial, crezca de manera sostenible y genere puestos de trabajo de calidad.

Este informe puede contribuir a lograr este objetivo, junto a una ampliación del Plan de Inversiones para Europa, el cual debe dotarse de nuevos recursos propios y de la capacidad de emitir deuda pública europea para poder doblar la financiación disponible.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. — Las pymes son un componente fundamental de la economía europea, y una palanca clave para la efectiva recuperación de la misma. Para que esto sea posible, la Unión debe apoyar a las PYMES, prestando apoyo para su creación y crecimiento, garantizando su acceso al capital y su internacionalización. Por eso he dado mi voto favorable a este informe que recoge una lista detallada de medidas para impulsar las pymes europeas.

En la coyuntura actual, para poder seguir avanzando en el proyecto de integración europea en clave federal, y derrotar a los nacionalismos resurgentes que querrían condenar a Europa a repetir las pesadillas del pasado, la Unión necesita recuperar la confianza de amplios sectores de la sociedad, en particular la del conjunto de la clase trabajadora, incluyendo a los trabajadores precarios, y a los pequeños autónomos. Es imprescindible que la economía europea, donde las pymes desempeñan un papel esencial, crezca de manera sostenible y genere puestos de trabajo de calidad.

Este informe puede contribuir a lograr este objetivo, junto a una ampliación del Plan de Inversiones para Europa, el cual debe dotarse de nuevos recursos propios y de la capacidad de emitir deuda pública europea para poder doblar la financiación disponible.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho convintamente votato a favore della risoluzione del PE sull'accesso al credito per le PMI e rafforzamento della diversità del finanziamento alle PMI nell'Unione dei mercati dei capitali, perché ritengo che le microimprese e le PMI e le imprese a media capitalizzazione costituiscano il perno dell'economia europea, particolarmente in Italia, in termini di crescita e occupazione. Tuttavia, non esiste una definizione unica e specifica di PMI, inoltre esse costituiscono un mondo molto variegato basato su modelli d'impresa che affrontano problemi diversi, con conseguenti esigenze finanziarie differenti. Nell'UE il finanziamento delle PMI poggia per il 77 % sul credito bancario, una percentuale molto elevata, per le microimprese esso costituisce ancora oggi l'unica fonte di accesso possibile al credito. In considerazione di ciò si ritiene fondamentale, in fase di revisione della CRD4, il mantenimento del fattore di sostegno alle PMI, introdotto per salvaguardare l'accesso al credito. Nel contempo ritengo necessario diversificare e migliorare le possibilità di finanziamento pubblico e privato proposte alle PMI durante tutto il ciclo di vita secondo un approccio strategico di lungo termine. Le PMI devono essere incoraggiate ad avere una visione europea e a considerare l'UE come loro campo di azione. Gli Stati membri devono ridurre le barriere amministrative.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über den „Zugang von KMU zu Finanzmitteln und Diversifizierung der Finanzierungsquellen von KMU in einer Kapitalmarktunion" gestimmt. Eine Kreditklemme belastet und bremst Mittelstand und Familienbetriebe unverhältnismäßig stark. Dem gilt es vorzubeugen – auch von europäischer Seite.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – KMU sind besonders auf Anschubfinanzierung von Banken angewiesen. Im Zuge der Finanzkrise sind solche Finanzierungen zum großen Teil weggebrochen. Dies hat die KMU stark getroffen. Die Start-Up-Europe-Initiative der Europäischen Union bietet in diesem Kontext eine willkommene Möglichkeit für KMU, Zugang zu Anschubfinanzierungen zu erhalten.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – Small and medium-sized enterprises form a substantial part of the EU economy. In the UK, they account for 99.7% of all enterprises and 53.3% of the number of employees. Four banks account for 85% of lending to small businesses. I voted for this report because it calls for improvement in bank lending to SMEs and for a diversification of credit sources.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de este informe acerca del acceso de financiación para las pequeñas y medianas empresas. Consideramos que la orientación que defiende, basada en la consolidación y expansión de la Unión de Mercados de Capitales, es errónea y perjudicial. En primer lugar, porque no está demostrado que la liberalización del acceso al mercado de capitales suponga en modo alguna un abaratamiento de los costes de financiación para PYMES. En segundo lugar, porque consideramos que yerra en su diagnóstico, ya que el acceso a la financiación no es hoy en día el principal problema de las PYMES sino más bien el bajo nivel de la demanda.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Am votat acest raport, deoarece sunt Co-președintele Intergrupului pentru IMM-uri din Parlamentul European și fost Ministru delegat pentru IMM-uri, Mediu de Afaceri și Turism în țara mea, dar și datorită faptului că am lucrat în economia reală ca IMM, motiv pentru care cunosc dificultățile cu care se confruntă acestea. Astfel, raportul Karas cere Comisiei susținerea în mod concret a IMM-urilor, deoarece acestea au suferit constrângeri considerabile în privința finanțării, comparativ cu întreprinderile mai mari. Întrucât există o diversitate mare între tipurile de IMM-uri europene, este nevoie de diversitate și în ceea ce privește opțiunile de finanțare, iar această inițiativă este prioritară pentru uniunea piețelor de capital. Totodată, este esențial ca IMM-urile să dispună de un mai bun capital de cunoștințe cu privire la costurile, beneficiile și riscurile asociate cu modalitățile de finanțare, cu scopul de a crea o cultură a piețelor de capital. Este nevoie de un sistem de finanțare simplu și armonizat, care asigură condiții echitabile pentru toate întreprinderile și care reprezintă cea mai bună modalitate de a asigura dezvoltarea IMM-urilor.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Small and medium-sized enterprises form a substantial part of the EU economy. In the UK, they account for 99.7% of all enterprises and 53.3% of the number of employees. Four banks account for 85% of lending to small businesses. I voted for this report because it calls for improvement in bank lending to SMEs and for a diversification of credit sources.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport, car il fait des propositions concrètes pour améliorer l'accès au financement des PME, à tous les stades de leur développement. Les PME constituent la colonne vertébrale de l'économie européenne mais rencontrent des difficultés croissantes pour accéder aux capitaux. Souvent trop dépendantes du crédit bancaire, elles doivent être en mesure de diversifier leurs apports financiers, notamment en accédant plus facilement au capital-risque.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report. Small and medium-sized enterprises (SMEs) and mid-caps form a substantial part of the EU economy. Access to finance for SMEs has therefore been a long-standing theme on the policy agenda. Therefore, I welcome the recognition of the importance of bank funding for SMEs in the Commission's Capital Market Unions (CMU) initiative. Nevertheless, it is important to diversify the funding options for SMEs to allow for a wide range of choices.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – Las pymes son un componente fundamental de la economía europea, y una palanca clave para la efectiva recuperación de la misma. Para que esto sea posible, la Unión debe apoyar a las pymes, prestando apoyo para su creación y crecimiento, garantizando su acceso al capital y su internacionalización. Por eso he dado mi voto favorable a este informe que recoge una lista detallada de medidas para impulsar las pymes europeas.

En la coyuntura actual, para poder seguir avanzando en el proyecto de integración europea en clave federal, y derrotar a los nacionalismos resurgentes que querrían condenar a Europa a repetir las pesadillas del pasado, la Unión necesita recuperar la confianza de amplios sectores de la sociedad, en particular el del conjunto de la clase trabajadora, incluyendo a los trabajadores precarios, y a los pequeños autónomos. Es imprescindible que la economía europea, donde las pymes desempeñan un papel esencial, crezca de manera sostenible y genere puestos de trabajo de calidad.

Este informe puede contribuir a lograr este objetivo, junto a una ampliación del Plan de Inversiones para Europa, el cual debe dotarse de nuevos recursos propios y de la capacidad de emitir deuda pública europea para poder doblar la financiación disponible.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. — Καταψηφίσαμε την έκθεση σχετικά με την πρόσβαση των ΜΜΕ στη χρηματοδότηση, και την αύξηση της πολυμορφίας στη χρηματοδότηση των ΜΜΕ στο πλαίσιο μιας Ένωσης Κεφαλαιαγορών αφού η άποψη της Ομάδας μας είναι ότι το χρηματοπιστωτικό σύστημα και ειδικά το έργο της Τραπεζικής Ένωσης και του CMU δημιουργεί νέα εμπόδια για τις ΜΜΕ να αποκτήσουν πρόσβαση σε χρηματοδότηση για τις δραστηριότητές τους. Επιπρόσθετα η αυξημένη οικονομική ευθραυστότητα των ΜΜΕ οφείλεται στην πτώση των πωλήσεων τους σαν αποτέλεσμα των πολιτικών λιτότητας που επιβάλλονται σε όλη την Ευρώπη. Επομένως, η πρόσβαση σε χρηματοδότηση δεν είναι ο πυρήνας του προβλήματος και η πρόταση του CMU δεν θα λύσει κανένα από τα προβλήματα των ΜΜΕ. Αντιθέτως, θα μεταφέρει τον κίνδυνο των επενδύσεων από το χρηματοπιστωτικό σύστημα προς τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις, επιτρέποντας κερδοσκόπους επενδυτές να επωφεληθούν από την τραγική κατάσταση των ευρωπαϊκών ΜΜΕ.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – Small and medium-sized enterprises (SMEs) are the backbone of Europe's economy. They represent 99% of all businesses in the EU. In the past five years, they have created around 85% of new jobs and provided two-thirds of the total private sector employment in the EU.

SMEs and entrepreneurship are key to ensuring economic growth, innovation, job creation and social integration in the EU. Accordingly, finance for SMEs has been a long-standing theme on the policy agenda. I voted in favour of this report, which supports the proposals made in the CMU Action Plan for better connecting SMEs with a wide range of funding options, and asks the Commission to initiate a thorough analysis of obstacles to SMEs' tapping capital markets and to address these barriers in a timely manner.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour as I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht Karas nimmt Stellung zur optimalen Nutzung des Potenzials kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zur Schaffung von Arbeitsplätzen. KMU stellen etwa zwei Drittel der Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft bereit. Um das Potential zur Schaffung von Arbeitsplätzen noch weiter zu stärken, sollten KMU im Fokus der Ausgestaltung der EU-Unternehmenspolitik stehen. Der Bericht hebt hervor, dass eine Verringerung des Verwaltungs- und Regelungsaufwandes wie auch eine Verbesserung der Qualität der Rechtssetzung und Rechtsdurchsetzung KMU entlasten sollten. Darüber hinaus wird im Bericht betont, dass faire Wettbewerbsbedingungen für KMU im Vergleich mit Großunternehmen geschaffen werden. Kleine und lokale Unternehmen werden in überregulierten und bürokratischen Verwaltungssystemen besonders benachteiligt. Es sind Maßnahmen notwendig, um Marktnachteile von KMU so einzuschränken, dass ihr Beschäftigungspotenzial erheblich gesteigert wird. Ich halte den Bericht insgesamt für sehr ausgewogen und habe ihm deshalb zugestimmt. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Er führt zu Zwietracht und Zwist in Europa.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – Different legal systems, cultures, languages, country-specific credit risks and the potential for capital controls (as used in Greece and Cyprus) in the likely event of euro-break-up make Capital Markets Union a distraction from more pressing matters (such as planning for an orderly break-up of the euro). Accordingly UKIP voted against.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – This report is part of the European Parliament's contribution to the Capital Markets Union. It follows the work initiated by the Commission with the Green Paper on Retail Financial Services. The Commission should pay particular attention to the specificities of SMEs and ensure that cross-border activities in the field of retail financial services lead to better access to finance. The report calls for measures defending public and private investments and alternative financing tools.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o pristupu financiranju za mala i srednja poduzeća i povećanju raznolikosti financiranja malih i srednjih poduzeća u uniji tržišta kapitala, jer posebno je njima, malim i srednjim poduzećima koja imaju izuzetno važnu ulogu u europskom gospodarstvu u pogledu zapošljavanja i rasta, za vrijeme krize pristup financiranju bio ograničeniji od onoga za veća poduzeća.

Upravo o diversifikaciji mogućnosti financiranja za mala i srednja poduzeća govori i ovo izvješće koje sam podržao kako bi se povećale mogućnosti financiranja MSP-a, te kako bi to postao jedan od prioriteta inicijative za stvaranje unije tržišta kapitala.

Diane James (EFDD), *in writing*. — Different legal systems, cultures, languages, country-specific credit risks and the potential for capital controls (as used in Greece and Cyprus) in the likely event of euro-break-up make Capital Markets Union a distraction from more pressing matters (such as planning for an orderly break-up of the euro). Accordingly UKIP voted against.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D), *por escrito*. – Las pymes son un componente fundamental de la economía europea, y una palanca clave para la efectiva recuperación de la misma. Para que esto sea posible, la Unión debe apoyar a las pymes, prestando apoyo para su creación y crecimiento, garantizando su acceso al capital y su internacionalización. Por eso he dado mi voto favorable a este informe que recoge una lista detallada de medidas para impulsar las pymes europeas.

Este informe puede contribuir a lograr este objetivo, junto a una ampliación del Plan de Inversiones para Europa, el cual debe dotarse de nuevos recursos propios y de la capacidad de emitir deuda pública europea para poder doblar la financiación disponible.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – In the European Parliament we often refer to SMEs as the backbone of our economy. It is therefore important that we propose concrete ways to improve their access to finance. The regulatory framework should incentivise companies to grow, and access to diversity in funding is important. Financial literacy and education is necessary, especially in regions with underdeveloped capital markets, to help companies to improve their knowledge of funding options and processes. Going forward, I hope that this report can help the Commission to develop legislation which cuts administration for businesses while helping them to grow.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à exposer les carences dans le modèle de financement des PME en Europe en évaluant le ratio entre financement bancaire et non bancaire et, dans ce deuxième cas, à établir les besoins propres aux PME pour l'accès aux marchés de capitaux.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Οι μικρές και μεσαίες επιχειρήσεις αποτελούν την ραχοκοκαλιά της ευρωπαϊκής οικονομίας, που ωστόσο υπέστησαν τους μεγαλύτερους περιορισμούς χρηματοδότησης κατά την περίοδο κρίσης. Αυτοί οι περιορισμοί υπήρξαν μεγαλύτεροι στις χώρες των οποίων τα τραπεζικά συστήματα υπέστησαν εντονότερη πίεση, κυρίως στη περιφέρεια. Το νέο εργαλείο της Ένωσης των Κεφαλαιαγορών υπάρχει για να μειώσει την χρηματοδοτική εξάρτηση από τις τράπεζες αλλά σε καμία περίπτωση δεν πρόκειται να επιτύχει αν δεν δημιουργήσει δυναμικές σχέσεις και δεσμούς μεταξύ των ΜΜΕ και εναλλακτικών φορέων χρηματοδότησης. Αυτή τη στιγμή δεν υπάρχουν προφανείς διασυνδέσεις κάτι που πρέπει να αποκατασταθεί αν δεν θέλουμε να εκτεθεί το παραγωγικό μοντέλο των ΜΜΕ σε μεγαλύτερους κινδύνους, ειδικά στα κράτη της περιφέρειας. Είναι ένα σημείο στο οποίο ο αρμόδιος Επίτροπος θα πρέπει να δώσει ιδιαίτερη έμφαση.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht sondierte die künftigen Herausforderungen sowie Finanzierungsbedürfnisse und -bedingungen aus der Sicht von Klein- und Mittelbetrieben in den jeweiligen Mitgliedstaaten. Der Bericht verweist weiters auf die Notwendigkeit einer differenzierten und maßgeschneiderten Herangehensweise bei der Regulierung, bei den zu unterstützenden Maßnahmen (z.B. steuerliche Anreize) und den Finanzierungsmöglichkeiten. Ich stimme dem vorliegenden Bericht zu.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted for the report because it calls for improvements in bank lending to SMEs and for a diversification of credit sources.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Közgazdászként és nemzetközi tapasztalataim alapján is azt kell mondanom, hogy az anyag szakbizottsági vitája során kialakult kisebbségi különvéleményt kell korrektnek tekinteni. Az európai kkv-k problémáit a finanszírozáshoz való hozzáférés terén súlyosbítani fogják a tőkepiaci unióhoz hasonló kezdeményezések, mert fokozzák a gazdaság pénzügyiesítését, ezáltal csökkentik a makrogazdasági stabilitást és a növekedést, illetve mert a mikrogazdasági kockázatokat áthárítják a nagy pénzügyi szereplőkről a kkv-kra, amelyek így az egyre bonyolultabb és átláthatatlanabb pénzügyi eszközöktől válnak függővé.

Általános kiutat az jelenthet, ha a banki közintézmények és a szabályozás megerősítésével állami ellenőrzés alá vonják a pénzügyi szektort, illetve egyértelmű kapcsolatot teremtenek a hitelezési tevékenység és a tényleges termelés között. A kkv-k szegmense a helyi igények kielégítése, finanszírozásukat leginkább olyan helyi bankokkal lehet megoldani, amelyek a kisvállalkozásoknak hiteleznek és ismerik is a tevékenységüket, így meg tudják ítélni a hitelezés kockázatát. Ha valamely kkv ki akar lépni a nemzetközi piacra, azt általában csak akkor teheti meg, ha a hazai piacon erős lábakon áll. A pénzügyi biztonsága olyan mértékben romlik, ahogy a pénzforrások távolodnak a munkavégzés helyszínéről.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепям доклада за достъпа до финансиране за МСП и увеличаване на разнообразието на финансирането за МСП в рамките на съюз на капиталовите пазари. Предприятията от малък и среден размер са основополагащи за европейската икономика. Достъпът до финансиране за тях остава важен въпрос.

Подкрепям предложенията за подобряването на условията за отпускане на средства в помощ на бизнеса. В доклада се отбелязва, че банковото кредитиране все още е най-важният източник на финансиране за МСП (77%) , но той също трябва да бъде подобрен.

Подкрепям призива към Комисията да проучи възможността да въведе програми за „финансиране за отпускане на заеми“, които биха предоставили на банките средства от ЕЦБ с единствената цел да отпускат кредити на МСП, както и да оцени възможностите за разработване на нови инициативи за привличане на инвестиции.

Не на последно място, трябва да се намерят най-ефективните небанкови източници на финансиране за МСП. Необходимо е увеличаване на културата на поемане на риск и на ползване на капиталовия пазар, потенциала на новите иновативни финансови технологии и стимулиране на иновациите чрез платформи за кредитиране.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Le piccole e medie imprese (PMI) e le imprese a media capitalizzazione sono una parte essenziale dell'economia dell'Unione e sono state, per diversi anni, al centro dell'agenda politica. Pur non di meno, l'accesso ai finanziamenti per le PMI è stato problematico durante la crisi, ed ha fatto sì che le imprese dipendessero da prestiti bancari. Inoltre, sono presenti molte differenze fra le PMI dell'UE. Infatti, a seconda dello Stato e del contesto economico e culturale, esse cambiano nella struttura, nella dimensione, e nella forma giuridica, richiedendo a loro volta opzioni di finanziamento differenti. È per queste ragioni che ci poniamo l'obiettivo di diversificare le modalità di finanziamento delle PMI, elaborando misure strategiche adeguate per ogni situazione. La relazione chiede, dunque, alla Commissione di presentare una relazione annuale sullo stato delle iniziative di attuazione con i risultati avuti sulle PMI e le relative raccomandazioni.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce rapport. Certes, il s'efforce, au moins en apparence, de protéger les PME. Mais je n'ai pas confiance dans les bonnes paroles de l'UE qui a toujours favorisé les grands groupes.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Nous soutenons l'idée d'une législation mieux calibrée pour les PME, mais nous émettons des réserves sur la capacité de l'UE à la mettre en œuvre alors qu'elle a toujours favorisé les grands groupes.

Je me suis donc abstenu sur cette résolution.

Javi López (S&D), *por escrito*. – Las pymes son un componente fundamental de la economía europea, y una palanca clave para la efectiva recuperación de la misma. Para que esto sea posible, la Unión debe apoyar a las pymes, prestando apoyo para su creación y crecimiento, garantizando su acceso al capital y su internacionalización. Por eso he dado mi voto favorable a este informe que recoge una lista detallada de medidas para impulsar las pymes europeas.

En la coyuntura actual, para poder seguir avanzando en el proyecto de integración europea en clave federal, y derrotar a los nacionalismos resurgentes que querrían condenar a Europa a repetir las pesadillas del pasado, la Unión necesita recuperar la confianza de amplios sectores de la sociedad, en particular el del conjunto de la clase trabajadora, incluyendo a los trabajadores precarios, y a los pequeños autónomos. Es imprescindible que la economía europea, donde las pymes desempeñan un papel esencial, crezca de manera sostenible y genere puestos de trabajo de calidad.

Este informe puede contribuir a lograr este objetivo, junto a una ampliación del Plan de Inversiones para Europa, el cual debe dotarse de nuevos recursos propios y de la capacidad de emitir deuda pública europea para poder doblar la financiación disponible.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – Las pymes son un componente fundamental de la economía europea, y una palanca clave para la efectiva recuperación de la misma. Para que esto sea posible, la Unión debe apoyar a las pymes, prestando apoyo para su creación y crecimiento, garantizando su acceso al capital y su internacionalización. Por eso he dado mi voto favorable a este informe que recoge una lista detallada de medidas para impulsar las pymes europeas.

En la coyuntura actual, para poder seguir avanzando en el proyecto de integración europea en clave federal, y derrotar a los nacionalismos resurgentes que querrían condenar a Europa a repetir las pesadillas del pasado, la Unión necesita recuperar la confianza de amplios sectores de la sociedad, en particular el del conjunto de la clase trabajadora, incluyendo a los trabajadores precarios, y a los pequeños autónomos. Es imprescindible que la economía europea, donde las pymes desempeñan un papel esencial, crezca de manera sostenible y genere puestos de trabajo de calidad.

Este informe puede contribuir a lograr este objetivo, junto a una ampliación del Plan de Inversiones para Europa, el cual debe dotarse de nuevos recursos propios y de la capacidad de emitir deuda pública europea para poder doblar la financiación disponible.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – El objetivo de este informe es el aumento de la diversidad de la financiación de las pymes en una Unión de los Mercados de Capitales.

Aunque se inclina por seguir fomentando el canal crediticio bancario para la financiación de las pymes, apoya las medidas que puedan adoptarse encaminadas a mejorar su eficacia.

Considero que es importante diversificar las opciones de financiación de las pymes a fin de permitir la mejora de su conexión con otras opciones de financiación.

Algunos de los elementos clave reflejados en el informe son la mejora de la disponibilidad pública de la información financiera sobre las pymes, la reactivación del mercado de titulizaciones, la simplificación de la cotización en Bolsa, la microfinanciación colectiva o los préstamos *inter pares*.

Además, considero que debemos luchar por un sistema impositivo justo y simple, que garantice la igualdad de condiciones a todas las empresas, ya que esta es la mejor manera de garantizar el desarrollo de las pymes.

Dada la importancia de las pymes, tanto como creadoras de puestos de trabajo como por constituir una parte fundamental del tejido industrial y económico de la UE, doy mi apoyo a la aprobación de este informe.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report to increase access to funding for SMEs.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Nesouhlasím s výzvou Komisi, aby zavedla „programy financování pro účely půjček, které by bankám umožňovaly čerpat prostředky ECB za výhradním účelem jejich půjčování malým a středním podnikům“. Ani Komise ani Evropská centrální banka by se podle mě neměly starat o komerční úvěry. Nesouhlasím ani s tím, aby Komise stanovila koeficient, který by zvýhodňoval banky při poskytování úvěrů malým oproti velkým firmám. Komise nemá bankám mluvit do strategie rozložení rizika.

Monica Macovei (ECR), *in writing*. – I supported this report because SMEs are key players in the EU economy in terms of their share in employment and value added. According to the Directorate-General for Internal Market Industry, SMEs employ close to 90 million persons.

Bank loans constitute the main source of external funding for corporations in the majority of Member States. Companies in southern and eastern Europe are most reliant on banks loans. The global financial crisis has left a large private-sector debt overhang, and high levels of non-performing loans (NPLs), in several European countries. SMEs across the EU thus face many difficulties in obtaining bank loans, as the result of differences in terms and conditions for loans or credit in the EU.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Budući da mala i srednja poduzeća čine znatan dio gospodarstva EU-a, njihov pristup financiranju iznimno je bitan. Tijekom krize pristup financiranju za MSP-ove bio je ograničen, a to je pridonijelo njihovom oslanjanju na bankovne zajmove. Izvješće naglašava diversifikaciju mogućnosti financiranja za MSP-ove kao jedan od prioriteta inicijative za stvaranje unije tržišta kapitala.

Države članice imaju različite vrste MSP-ova, ovisno o njihovu poslovnom modelu, veličini, fazi razvoja, financijskoj strukturi i pravnom obliku, a različito gospodarsko okruženje i strukturni čimbenici u državama članicama snažno utječu na financijske potrebe i raspoloživost mogućnosti financiranja. Upravo te višestruke čimbenike koji su različiti u pojedinim državama članicama potrebno je uzeti u obzir pri osmišljavanju odgovarajućih mjera politike kojima je cilj diversifikacija mogućnosti financiranja za MSP-ove.

Važno je podržati pristup financiranju za MSP-ove tijekom njihova cijelog životnog vijeka i potrebno je poduzeti odgovarajuće mjere kako bi im se pružila podrška u pripremi za prijenos poslovanja. Rješavanje i poticanje kanala bankovnih zajmova najučinkovitiji je način osiguravanja i poboljšanja pristupa financiranju za MSP-ove, stoga sam podržala ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – Micro enterprises small and medium-sized enterprises play an important role in the European economy in terms of employment and growth. Is important to ensure coordination, consistency and synergies between European instruments and programmes for SMEs, such as the European Structural and Investment Funds, to promote a holistic approach to the dissemination of information on all EU funding opportunities, and to make significant progress towards further simplification so as to make funding for SMEs more attractive.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Finančná kríza ovplyvnila prístup malých a stredných podnikov k financovaniu ich činnosti. Problémy financovania sa zvlášť dotýkajú podnikania v oblasti kultúrnych a tvorivých odvetví, ktoré plnia významnú úlohu pri prekonávaní regionálnych rozdielov a vytváraní medziregionálnej spolupráce, ich financovanie je však problematické.

Pokiaľ majú MSP ako hybný motor hospodárstva zohrať hlavnú úlohu pri rozvoji a zvyšovaní zamestnanosti, musí aj bankový a finančný sektor aktívnejšie pristupovať k poskytovaniu finančnej pomoci. Preto pokladám za dôležité, aby Komisia v spolupráci s členskými štátmi preskúmala všetky vhodné možnosti financovania investícií do podnikania MSP vrátane poskytovania štátnej pomoci, ktorá nenarúša hospodársku súťaž. Uľahčenie prístupu k finančným prostriedkom pomôže vyrovnávať rozdiely medzi MSP v jednotlivých krajinách a naštartovať rast zamestnanosti.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόσβαση των ΜΜΕ στη χρηματοδότηση, και την αύξηση της πολυμορφίας στη χρηματοδότηση των ΜΜΕ στο πλαίσιο μιας Ένωσης Κεφαλαιαγορών για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 14/9/2016,καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce texte.

Bien que soutenant l'idée d'une législation mieux calibrée sur le financement des PME, nous émettons cependant des réserves sur la capacité de l'UE à la mettre en œuvre alors qu'elle a toujours favorisé les multinationales.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. — Linking this resolution to the one by Guillaume Balas, I find myself once again stressing the importance of equal treatment for women and, therefore, I am pleased to see that the resolution included a prohibition on gender discrimination in access to goods and services. That justified my vote in favour of it. On the other hand, I agree with the rapporteur who underlines that a simple and fair taxation system is the best way to ensure the development of SMEs. On a different note, the use of new and innovative technologies that could provide new funding opportunities for SMEs, if it is proven to be effective, is encouraged.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – En la UE debemos trabajar más para garantizar el acceso de las pymes a la financiación y el aumento de la diversidad de la financiación de las pymes en una Unión de los Mercados de Capitales.

La crisis redujo la posibilidad de estas empresas de acceder a créditos bancarios, algo que se debe solventar y también buscar otras fuentes complementarias de financiación, tal y como proponemos en la resolución que he apoyado.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Hier geht es um den Zugang von KMU zu Finanzmitteln. Der Bericht erkennt die Herausforderungen im Zusammenhang mit einer differenzierten und maßgeschneiderten Herangehensweise bei der Regulierung. Weiter werden den nationalen Unterschieden Rechnung getragen. Daher unterstütze ich diesen Bericht.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Europos MVĮ sukuria daugiau kaip pusę ES BVP, jose dirba apie 75 mln. darbuotojų, be to, jos sukuria esminę sąsają tarp privačiojo ekonomikos sektoriaus ir vietos gamybos. Todėl pritariu EP parengtam pranešimui, kuriame numatomos politikos gairės, didinančios MVĮ galimybes gauti finansavimą.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport se penche sur les problèmes d'accès aux financements des petites et moyennes entreprises (PME).

En effet, les PME, fortement dépendantes des prêts bancaires, ont été impactées par la contraction du crédit par des banques qui ne font plus leur travail de financement de l'économie productive. Plutôt que de s'interroger sur l'échec de la Banque centrale dans son refinancement aveugle des grandes banques, il s'agit ici de permettre aux PME d'accéder aux marchés financiers comme principale source de financement.

Pour se faire, l'UE met en place une union des marchés des capitaux, qui rassemble les initiatives développant les prêts non bancaires (le «shadow banking») qui fragilisent davantage le système financier. Et la solution favorisée par le rapport est celle de la titrisation «simple, transparente et standardisée», c'est-à-dire la transformation des actifs financiers (créance, prêt, facture non soldée) en titre financier émis sur le marché des capitaux. Rappelons que c'est cette procédure qui est à l'origine de la crise des subprimes.

Je m'oppose à ce texte qui mène l'UE vers une nouvelle crise financière et vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Nous soutenons l'idée d'une législation mieux calibrée pour les PME, mais nous émettons des réserves sur la capacité de l'UE à la mettre en œuvre alors qu'elle a toujours favorisé les grands groupes.

Je me suis donc abstenue sur cette résolution.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – As micro, pequenas e médias empresas, bem como as empresas de média capitalização, desempenham, em termos de emprego e de crescimento, um papel importante para a economia europeia, tendo as PME contribuído, em 2014, para 67 % do emprego total, para 71,4 % do aumento no emprego e para 58 % do valor acrescentado no setor empresarial não financeiro na UE. Daí que seja necessária a criação de incentivos que proporcionem melhores condições de acesso ao financiamento, bem como à diversificação das fontes de financiamento das PME. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as it stresses the importance of SMEs to the Union's economy and the various opportunities that are open to SMEs through the Capital Markets Union.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* — Malé a stredné podniky a spoločnosti so strednou trhovou kapitalizáciou tvoria významnú časť hospodárstva EÚ. Otázka ich prístupu k financovaniu je preto významnou témou politického programu. Prístup MSP k financovaniu bol počas krízy obmedzenejší ako pre väčšinu spoločností. Silná závislosť MSP od bankových úverov a znižovanie rizikovosti bánk, ktoré vyvolala kríza, prispeli k tejto situácii. Iniciatíva s názvom „únia kapitálových trhov" mala ako jednu z priorít práve diverzifikáciu možností financovania pre MSP. Bankové úvery však sú a v budúcnosti ostanú najdôležitejším zdrojom financovania malých a stredných podnikov, keďže sa dokážu prispôsobiť osobitným potrebám financovania rôznych MSP, avšak je dôležité ponúknuť zlepšenia aj v tejto oblasti. Správa povzbudzuje MSP, aby využili potenciál jednotného trhu pre svoje potreby financovania a vnímali EÚ ako ich domáci trh. Vyzýva na odstránenie bariér, ktoré bránia využívaniu trhových a iných inovačných spôsobov financovania a zdôrazňuje potrebu konvergencie pravidiel a postupov naprieč celou EÚ a implementáciu Small Business Act (rámec politiky EÚ pre MSP). Hlasujem v prospech návrhu.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which calls for measures to protect public and private investments, for alternative financing tools and for special attention to SMEs run by women and minorities.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Gazdasági és Monetáris Bizottság állásfoglalásra irányuló indítványa a kis- és középvállalatok finanszírozási lehetőségeit tekinti át a tőkepiaci unió keretében. Megállapítja, hogy a banki hitelezés még mindig a kkv-k legfontosabb finanszírozási forrása, és minden valószínűség szerint az is marad. Ezt azonban jelentősen akadályozza, hogy a pénzügyi válság közvetlen következményeként a pénzügyi stabilitás biztosítása érdekében jelentős mértékben megerősítették és újra érvénybe léptették a bankok prudenciális és felügyeleti keretét. A kkv-kat érintő lehetséges negatív következmények mérséklése érdekében ezért bevezették az úgynevezett kkv-szorzót, vagyis azt az előírást, hogy a kkv-k hitelkockázati kitettségére vonatkozó tőkekövetelményt meg kell szorozni a 0,7619-del.

A tervezet kiemelt fontosságot tulajdonít ennek a szorzónak. A tervezet figyelmet szentel a kkv-k nem banki forrásból történő finanszírozása, így az értékpapírosítás, a tőzsdei bevezetés, a közösségi finanszírozás és a személyközi hitelezés lehetőségeinek is. Végül leszögezi, hogy a kkv-k fejlődésének biztosítására a legjobb módszer a minden vállalkozás számára egyenlő versenyfeltételeket biztosító, egyszerű és igazságos adórendszer, mégpedig nem csak a társasági, hanem a jövedelemadózás tekintetében is. A tervezetet megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le constat fait par ce rapport est consensuel: les PME souffrent dans leur accès aux financements alors qu'elles sont un moteur essentiel de l'économie, les contraintes réglementaires pèsent plus particulièrement sur elles, il est nécessaire d'inclure la dimension PME dans l'ensemble des textes à portée économique.

On relève bon nombre de propositions pertinentes, comme la nécessité de règles adaptées pour que les marchés publics soient plus ouverts aux PME et aux microentreprises, le développement des banques locales ou encore le fléchage obligatoire de certains fonds de la BCE à la disposition des banques pour accorder des crédits aux PME.

Mais, comme toujours, c'est la Commission qui est supposée y remédier, alors que sa proximité avec les grands lobbys industriels et bancaires est un obstacle rédhibitoire.

Plus généralement, la solution proposée par l'union des marchés de capitaux aboutirait à une financiarisation accrue de l'économie, sensible aux cycles et couteuse, au détriment de relations stables entre une banque et son client. Des politiques basées sur la demande, via notamment la hausse des salaires ou la baisse des charges, ou encore sur la préférence nationale produirait plus certainement leurs effets pour le tissu des PME. Abstention.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – As micro, pequenas e médias empresas, bem como as empresas de média capitalização desempenham, em termos de emprego e de crescimento, um papel importante para a economia europeia, tendo as PME contribuído, em 2014, para 67 % do emprego total, para 71,4 % do aumento no emprego e para 58 % do valor acrescentado no setor empresarial não financeiro na UE.

Voto favoravelmente o presente relatório que estimula as entidades a criarem novas vias de financiamento para as PME distintas das já tradicionalmente existentes. Entendo, assim, que a União dos Mercados de Capitais deve contribuir ativamente para que existam outras vias de apoio financeiro para as empresas, como poderá e deverá suceder com capital de risco.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport prône une financiarisation accrue de l'économie, il n'est pas acceptable.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – Small and medium-sized enterprises form a substantial part of the EU economy. In the UK, they account for 99.7% of all enterprises and 53.3% of the number of employees. Four banks account for 85% of lending to small businesses. I voted for the report because it calls for improvements in bank lending to SMEs and for a diversification of credit sources.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport sur l'accès des PME au financement et sur la diversité des financements aux PME dans une union des marchés de capitaux. Ce rapport pointe les carences dans le modèle européen de financement des PME dont la source principale de financement demeure le prêt bancaire. Si celui ci doit encore être encouragé, notamment parce que les banques possèdent des connaissances régionales et locales qui permettent de mieux s'adapter aux besoins de chaque PME, il ne doit pas être la seule source de financement des PME (titrisation, financement participatif, prêt entre particuliers).

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport de M. Karas. Les PME sont très importantes dans l'économie de l'Union européenne et leur accès au financement est un objectif de longue date dans l'agenda politique de l'Union. Pendant la crise, l'accès au financement était plus compliqué pour les PME que pour les grosses entreprises. L'initiative Capital Markets Union travaille donc à la diversification des options de financement pour les PME.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Small and medium-sized enterprises (SMEs) represent a substantial part of the EU economy, making access to finance for SMEs an important topic on the policy agenda. I voted for this report, which aims to increase SMEs' knowledge of complementary market-based funding sources and the use of new technologies in relation to new funding opportunities.

Norica Nicolai (ALDE), *in writing*. – Access to finance for SMEs is essential to the wellbeing of the European economy and to growth, as SMEs account for 67% of employment in Europe. Bank lending was and remains the most used source of SME finance, however, as the resolution rightly concludes, the financial crisis brought home the realisation that diversifying access to finance for SMEs is important to avoid over-dependence on the bank sector.

The resolution suggests ways to diversify channels of funding for SMEs, highlighting conditions that would create a conducive environment for SME financing. Removing structural barriers (i.e. reducing red tape and harmonising national legislation governing the SME sector across the EU), developing a Capital Markets Union in the EU, encouraging a culture of crowd-funding, introducing innovative technology (FinTech), and matching SMEs with investors are just a few of the concrete examples cited. To conclude, the resolution is very promising and I therefore vote in favour of it.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu, která se zaměřuje na přístup MSP jak k bankovním, tak nebankovním zdrojům financování. V oblasti bankovních úvěrů vítám výzvu Komisi, aby zvážila, jak v rámci EU přiměřenějším způsobem upravit předčasné splacení úvěrů, například stanovením maximální výše nákladů pro MSP a větší transparentnosti smluv, které MSP uzavírají. Pokud jde o nebankovní zdroje financování, za úvahu by stálo vytvoření evropské databáze, která by shromažďovala informace o obchodních strategiích a potřebách financování MSP, jež by do ní mohly dobrovolně vkládat své údaje a aktualizovat je. Účelem takové databáze by bylo shromáždění transparentních, standardizovaných a veřejně dostupných informací o financování MSP, které umožní porozumět jejich rizikovému profilu a přijímat informovaná rozhodnutí a omezit náklady na financování.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted against this report. The report proposes that the best way to boost SMEs in the EU is by pushing forward with the Capital Markets Union, which will promote the shadow banking sector that played a fundamental role in causing the 2008 financial crash and economic crisis.

There are some positive calls in there for increasing SMEs' access to credit from banks and EU funds, but the overall proposal is for the development of new financial vehicles based on securitisation and risk-sharing instruments, and this will supposedly solve the problem.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Mit Blick auf nationale wirtschaftliche Unterschiede sollen KMU in ihren Finanzierungshorizonten unterstützt werden. Dies finde ich absolut unterstützenswert.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. VKEd moodustavad olulise osa ELi majandusest, seetõttu on nende rahastamisvõimaluste efektiivsemaks muutmine oluline. Raportis on käsitletud VKEde pangalaenude saamise suutlikkust, kuna tegu on kõige usaldusväärsema rahastamisviisiga VKEdele, ning muude pangaväliste allikate osas takistuste vähendamist.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – Different legal systems, cultures, languages, country-specific credit risks and the potential for capital controls (as used in Greece and Cyprus) in the likely event of euro-break-up make Capital Markets Union a distraction from more pressing matters (such as planning for an orderly break-up of the euro). Accordingly UKIP voted against.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Voterei positivamente questa relazione perché da sempre nella mia commissione di appartenenza sono a difendere l'operato delle PMI ed il loro accesso al credito. Ritengo le PMI il vero motore della nostra economia e il perno su cui si basano due terzi delle famiglie europee. Accolgo, quindi, con favore ogni sorta di politica che salvaguardi ed inventivi il loro operato.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — Small and medium-sized enterprises (SMEs) and mid-caps form a substantial part of the EU economy. Access to finance for SMEs has been a long-standing objective of the EU policy agenda. As a substitute member of the Committee on Economic and Monetary Affairs, I am working towards easing access to finance for SMEs, and the Capital Markets Union (CMU) can provide a good opportunity for them. That is why I fully support this report.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam prijedlog povećanja raznolikosti financiranja malih i srednjih poduzeća u uniji tržišta kapitala. Često spominjemo kako je malo i srednje poduzetništvo bitno i da moramo posvetiti pažnju toj djelatnosti ukoliko želimo gospodarski rast i razvoj sa više radnih mjesta i rješenje socijalnih pitanja, a zaboravljamo kako moramo malom i srednjem poduzetništvu prvo omogućiti uvjete u kojima će djelovati i pomoć u financiranju.

Većina malih i srednjih poduzeća u samom početku osnivanja nestanu iako su imala dobru ideju, ali nisu imala ostala dostupna dodatna sredstva uz vlastita sredstva, ili ih je bilo otežavajuće dobiti ili im je nedostajalo savjetovanje u financiranju. Iz tog razloga je i bitno financijsko obrazovanje SME-a kako bi se povećalo korištenje sredstava i upravljanje tim sredstvima.

Bankovni sustavi financiranja poduzetništva moraju biti blaži u određivanju kamatnih stopa na kredite, jer visokim kamatnim stopama na kredite sprečavaju razvoj, a i u većini slučajeva gašenje malih i srednjih poduzeća, što nam nikako ne smije biti u interesu.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative se veut une réflexion sur la manière d'améliorer le sort des PME dans l'Union. Il s'inscrit dans la démarche de l'union des marchés de capitaux, programme qui a déjà donné lieu à la refonte de la directive prospectus afin de faciliter l'accès aux marchés pour les PME en allégeant les exigences pour les petites émissions.

Le constat est consensuel: les PME souffrent dans leur accès aux financements alors qu'elles sont un moteur essentiel de l'économie, les contraintes réglementaires pèsent plus particulièrement sur elles, il est nécessaire d'inclure la dimension PME dans l'ensemble des textes à portée économique.

La solution proposée par l'union des marchés de capitaux consiste à faciliter les alternatives au crédit bancaire, c'est-à-dire les marchés financiers et les financements participatifs.

Les détracteurs à cette option dénoncent une financiarisation accrue de l'économie, sensible aux cycles et coûteuse, au détriment de relations stables entre une banque et son client. Des politiques basées sur la demande, via notamment la hausse des salaires ou la baisse des charges, ou encore sur la préférence nationale produiraient plus certainement leurs effets pour le tissu des PME. Je vote donc contre ce texte.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Questa relazione di iniziativa è parte del contributo del Parlamento alla costruzione del mercato unico dei capitali. In particolare, si inserisce sul lavoro incominciato dalla Commissione con il «Libro verde sui servizi finanziari al dettaglio» del 2015 e chiede alla Commissione di prestare particolare attenzione alle esigenze specifiche delle PMI e di garantire che le attività transfrontaliere del settore conducano ad un migliore accesso ai finanziamenti per le PMI. Più nello specifico, la relazione sottolinea la necessità migliorare e diversificare le possibilità a disposizione delle PMI di accedere a finanziamenti sia pubblici che privati, anche nella fase post start-up. Chiede alla Commissione e agli Stati membri di promuovere le informazioni relative alle opportunità di finanziamento. Indica alla Commissione di valutare la possibilità di introdurre programmi di finanziamento di prestiti indirizzati specificamente alle PMI. Fa notare che, quando non determinano una distorsione della concorrenza, gli aiuti di stato possono essere necessari allo sviluppo delle PMI. Le PMI sono il vero motore della crescita economica europea, un importante stimolo all'innovazione e generano la maggior parte dei posti di lavoro. Dobbiamo sostenerle nel migliore dei modi e per questo ho votato a favore della relazione.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Mala i srednja poduzeća čine znatan dio gospodarstva EU-a, međutim njihov pristup financiranju bio je ograničen za vrijeme financijske krize. Diversifikacija mogućnosti financiranja za ovakva poduzeća postala je jedan od prioriteta unije tržišta kapitala.

Podržao sam izvješće zastupnika Karasa, jer je važno da malim i srednjim poduzetnicima pružimo odgovarajuću podršku, što se posebice odnosi na bolje mogućnosti financiranja i porezne olakšice te osiguravanje jednakih uvjete za sva poduzeća i njihov razvoj.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie skupia się na obecnej sytuacji małych i średnich przedsiębiorstw w Europie, podkreślając przy tym potencjalne korzyści i zagrożenia, jakim europejskie MŚP musiały i muszą stawić czoła. MŚP oraz spółki o średniej kapitalizacji stanowią znaczącą część gospodarki UE. Dlatego ich dostęp do finansowania jest tak istotny.

W czasie kryzysu MŚP miały bardziej ograniczony dostęp do finansowania niż większe przedsiębiorstwa. Przyczyniły się do tego takie czynniki jak silne uzależnienie MŚP od kredytowania bankowego oraz delewarowanie banków spowodowane kryzysem. Jednym z priorytetów inicjatywy dotyczącej unii rynków kapitałowych jest zatem dywersyfikacja możliwości finansowania MŚP i sprawozdanie rozważa takie możliwości, kładąc nacisk na innowacyjne instrumenty finansowe.

Sprawozdanie podkreśla również potrzebę administracyjnych i podatkowych ułatwień dla MŚP, jako że prosty i sprawiedliwy system podatkowy stanowi najlepszy sposób zagwarantowania rozwoju MŚP. Nie należy przy tym ignorować roli banków, jako że pożyczki bankowe wciąż stanowią najważniejsze źródło finansowania MŚP. Również istotne znaczenie ma poszerzenie wiedzy samych MŚP na temat wszelkich źródeł finansowania. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport d'initiative qui expose clairement les difficultés auxquelles sont confrontées nos PME en Europe en matière d'accès au financement, alors qu'elles représentent le cœur de l'économie dans tous les États membres. Avec ce texte, nous rappelons combien la diversification des sources de financement pour les entreprises doit être un objectif prioritaire de l'Union des marchés de capitaux. La Commission européenne est ainsi invitée à proposer de nouveaux dispositifs de financements spécifiques aux besoins des PME. Cela passe d'ores et déjà par des programmes tels que l'initiative Start-up Europe ou encore la mise en œuvre du Small Business Act.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Hoje, é já indubitável que, nos últimos anos, o acesso das PME ao financiamento bancário sofreu fortes restrições, sobretudo devido à crise financeira que se abateu sobre o espaço económico europeu. Tal dado é mais grave quando é certo e sabido que os empréstimos bancários são a maior fonte de financiamento das PME europeias.

Não obstante esta heterogeneidade da génese das referidas PME e dos seus modos de financiamento, o presente relatório identifica a importância do apoio à transmissão de empresas, do estímulo à literacia financeira, da criação de fontes complementares não bancárias à simplificação e harmonização dos sistemas fiscais dos Estados Membros.

Voto favoravelmente no presente relatório, pois sendo as PME uma parte substancial do tecido empresarial europeu, cujo impacto socioeconómico é tremendo, é imperativo garantir condições para que estas empresas granjeiem o apoio e o financiamento adequados, sobretudo em tempos de maior instabilidade nos sistemas económico-financeiros europeu e mundial.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Different legal systems, cultures, languages, country-specific credit risks and the potential for capital controls (as used in Greece and Cyprus) in the likely event of Euro-break-up make Capital Markets Union a distraction from more pressing matters (such as planning for an orderly break-up of the euro). Accordingly UKIP voted against.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente por, no meu entender, ser importante apoiar financeiramente as PME, compreendendo que existem diferentes tipos de PME, consoante o modelo de negócio, a dimensão, a fase de desenvolvimento, a estrutura financeira e a forma jurídica. Fatores específicos por país, como o ambiente económico, fatores estruturais como o quadro jurídico e questões culturais, têm uma forte influência sobre as necessidades de financiamento e a disponibilidade de opções de financiamento.

Todos estes fatores específicos relativos às PME e aos países têm repercussões na produtividade, na rentabilidade, bem como no perfil de risco das PME. Tendo em conta a multiplicidade de fatores, é difícil avaliar a influência de cada um. Este facto tem de ser tido em conta aquando da elaboração de medidas políticas adequadas tendo em vista a diversificação de opções de financiamento para as PME eficazes em termos de custos.

A disponibilização ao público de informações financeiras sobre as PME é fundamental para que estas acedam com êxito ao mercado de capitais. Os investidores, sejam eles bancos, investidores institucionais ou pequenos investidores, devem poder avaliar a rentabilidade e o grau de risco do seu investimento.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Ce midi, le Parlement a mis l'accent sur l'accès des petites et moyennes entreprises (PME) au financement dans l'Union européenne. Il a appelé à clarifier les conditions d'obtention des prêts qui leurs sont destinés, à rendre disponibles publiquement certaines informations sur les banques et les investisseurs, et à mettre en place un système d'imposition transparent et efficace afin d'attirer les investissements.

Les PME représentent 99 % des entreprises en Europe et elles sont performantes. La richesse qu'elles produisent a rattrapé les niveaux d'avant la crise économique, en hausse de 2,4 % par rapport à l'année 2008. Elles créent également la plupart des emplois dans le secteur privé. Il est donc particulièrement crucial d'aider ces petites structures et de faciliter leur accès au financement.

Encourager les PME et l'emploi en Europe est au cœur des préoccupations du Parlement, et c'est ce que démontre à nouveau le vote sans ambiguïté d'aujourd'hui.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – As pequenas e médias empresas (PME) representam uma parte substancial da economia da UE. O acesso das PME ao financiamento é essencial. Durante a crise, as PME tiveram um acesso ao financiamento mais limitado do que as empresas de maior dimensão. A forte dependência das PME do crédito bancário e a «desalavancagem» dos bancos desencadeada pela crise contribuíram para esta situação. Daí que seja urgente uma iniciativa que diversifique as opções de financiamento para as PME como uma das suas prioridades, com especial atenção para aquelas dirigidas por mulheres e minorias.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Las pymes son un componente fundamental de la economía europea, y una palanca clave para la efectiva recuperación de la misma. Para que esto sea posible, la Unión debe apoyar a las pymes, prestando apoyo para su creación y crecimiento, garantizando su acceso al capital y su internacionalización. Por eso he dado mi voto favorable a este informe que recoge una lista detallada de medidas para impulsar las pymes europeas.

En la coyuntura actual, para poder seguir avanzando en el proyecto de integración europea en clave federal, y derrotar a los nacionalismos resurgentes que querrían condenar a Europa a repetir las pesadillas del pasado, la Unión necesita recuperar la confianza de amplios sectores de la sociedad, en particular el del conjunto de la clase trabajadora, incluyendo a los trabajadores precarios, y a los pequeños autónomos. Es imprescindible que la economía europea, donde las pymes desempeñan un papel esencial, crezca de manera sostenible y genere puestos de trabajo de calidad.

Este informe puede contribuir a lograr este objetivo, junto a una ampliación del Plan de Inversiones para Europa, el cual debe dotarse de nuevos recursos propios y de la capacidad de emitir deuda pública europea para poder doblar la financiación disponible.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de deux rapports qui ont trait à la question des petites et moyennes entreprises. Le premier rapport traite la question de l'accès des PME au financement et le renforcement de la diversité des financements aux PME dans une union des marchés de capitaux, alors que le second s'intéresse aux moyens pour tirer le meilleur parti du potentiel de créations d'emplois des PME.

Les PME sont vitales pour la croissance économique de notre continent et représentent 99 % des entreprises en Europe. Il est important de pouvoir tenir compte de leurs spécificités dans le processus législatif mais sans jamais, et j'insiste là-dessus, remettre en question les normes sociales et environnementales.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Uma parte bastante significativa da economia europeia é composta por PME e empresas de média capitalização, sendo de geometria variável nos diferentes Estados-Membros, em função do modelo de negócio, dimensão, forma jurídica e estrutura financeira, aos quais acrescem os fatores estruturais específicos de cada país.

Esta heterogeneidade tem repercussões ao nível da produtividade, da rendibilidade, da criação de emprego e da própria complexidade em matéria de financiamento das PME.

É por isso que cada um desses fatores específicos deverá ser tido em conta aquando da elaboração de medidas políticas diversificadoras do investimento, ao longo de todo o ciclo de vida empresarial.

Apoio, por isso, as propostas do relator para apoiar o acesso das PME ao financiamento, seja através de incentivos fiscais, seja através de empréstimos bancários, melhorando o nível de apoio através dos canais de crédito existentes ou a criar e ainda mediante fontes complementares não bancárias de financiamento, tais como as que se encontram elencadas no plano de ação relativo à União dos Mercados de Capitais.

Face ao exposto, votei favoravelmente o presente relatório de iniciativa.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui détaille les lacunes du modèle de financement des PME au sein de l'Union et qui invite à l'élaboration d'une stratégie diversifiée pour le financement des PME dans le cadre d'une union des marchés de capitaux.

Les PME jouent un rôle essentiel dans la création d'emplois (les PME totalisent 67 % des emplois dans l'Union) et le développement des économies des États membres de l'Union. Nos PME sont les vecteurs de l'innovation et du développement. Les PME ont des besoins de financement différents qui devraient être assurés sur une base aussi large que possible.

Il est nécessaire de soutenir la mise au point d'une large gamme de programmes, d'instruments et d'initiatives sur mesure afin de soutenir les entreprises, particulièrement les PME, dans leurs phases de lancement, de croissance et de transmission.

J'ai soutenu ce texte qui rappelle combien le financement des PME est crucial pour que celles-ci puissent croître et se développer afin de créer de l'emploi et de la croissance.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de este informe acerca del acceso de financiación para las pequeñas y medianas empresas. Consideramos que la orientación que defiende, basada en la consolidación y expansión de la Unión de Mercados de Capitales, es errónea y perjudicial. En primer lugar, porque no está demostrado que la liberalización del acceso al mercado de capitales suponga en modo alguna un abaratamiento de los costes de financiación para PYMES. En segundo lugar, porque consideramos que yerra en su diagnóstico, ya que el acceso a la financiación no es hoy en día el principal problema de las PYMES si no más bien el bajo nivel de la demanda.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – This report makes a significant reference to the fact that European SMEs and micro-enterprises currently rely in very large part on bank lending to finance their ongoing and investment initiatives. Opening access for them to new ways of funding projects is vitally important. However, it has to be kept in mind that such enterprises have limited time, experience and resources to get to know about these options and feel confident in following them.

Rightly then, the report also emphasises the role of young entrepreneurs. It is they who will be more amenable to seeking out and trying non-traditional ways of mobilising financial support. Promotional and educational programmes specifically targeting young entrepreneurs, when launching new financial tools for SMEs, should have greater traction than with other sectors. That will have carry-forward effects since, as new generations come on stream, financing decisions will increasingly be tilted away from exclusive reliance on banks and toward other avenues.

By preparing the ground for such a strategy, the report provides further impetus to the diversification of financing methods which are available not just to SMEs and micro-enterprises but also more widely. For this reason too I voted in favour.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zum Kapitalzugang für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) und zur wachsenden Vielfalt von Förderungsmöglichkeiten für KMU in einer Kapitalmarktunion gestimmt.

Der Zugang zu Fördermitteln für KMU stellt einen wichtigen Schritt für Wirtschaftswachstum und Schaffung neuer Arbeitsplätze dar, da diese einen erheblichen Teil der europäischen Wirtschaftslandschaft ausmachen.

Während der Krise war dieser Zugang beschränkt, doch nun soll das Potential, welches in KMU steckt, mit Priorität gefördert werden.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe debido a que las propuestas que plantean no solucionaran el problema de acceso a la financiación de las Pequeñas y Medianas Empresas, sino que las expondrá más a los riesgos de la especulación financiera. Este informe señala la problemática que sufre la PYME europea en el acceso al crédito, sin embargo, en lugar de proponer un sistema bancario minorista sano que permita financiar a este tipo de empresas que suponen la columna vertebral de la economía europea, plantea que la solución debe ser la Unión del Mercado de Capitales. Esta propuesta no hará más que elevar el riesgo soportado por las PYMES dependientes de complejos productos financieros de carácter especulativo. Es porque este informe no propone

soluciones para las PYMES sino para el capital financiero por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Un'indagine svolta del 2015 ha evidenziato che le principali sfide a cui devono far fronte le PMI europee sono legate alla ricerca di clienti, alla disponibilità di manodopera qualificata, alle norme, alla concorrenza, ai costi di produzione e all'accesso ai finanziamenti. In merito a quest'ultimo punto, ritengo che sia importante favorire la creazione anche a livello regionale di nuovi attori finanziari che offrano soluzioni innovative sia alle imprese già affermate, che alle start up. Considerando inoltre che il settore delle PMI è estremamente vario in Europa; è importante che le iniziative volte a migliorare l'accesso ai finanziamenti comprendano misure diverse, in grado di incidere sul maggior numero possibile di imprese, tenendo conto delle loro particolarità. Ho votato quindi a favore di questa relazione di iniziativa in cui si riconosce che la diversificazione delle fonti di credito porterebbe a una maggiore stabilità dell'intero settore finanziario. Spero infine che venga messa in atto presto una serie di misure concrete per accrescere il sostegno finanziario alle PMI e migliorare così il loro potenziale di crescita.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Small and medium-sized enterprises form a substantial part of the EU economy. In the UK, they account for 99.7% of all enterprises and 53.3% of the number of employees. There are 378 000 SMEs in the West Midlands alone. The report addresses the diverse funding needs of a diverse SME sector, bank lending to SMEs and non-bank sources for SME funding. As shadow rapporteur, I made sure that the report addresses issues faced by SMEs in my region and throughout the EU.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Európska komisia a Európska centrálna banka považujú prístup k financovaniu za druhý najvážnejší problém, ktorému čelia MSP. Mrzí ma, že stále hovoríme, koľko sme urobili pre MSP, ale aj ja osobne sa často stretávam s tým, že na finančnom trhu pretrvávajú vážne nedostatky v súvislosti s poskytovaním úverov, najmä pokiaľ ide o financovanie nových a malých podnikov. Mnoho MSP zanikne najmä preto, že v počiatočnej fáze expanzie má problém získať prístup k externému financovaniu. Bohužiaľ stretávam sa aj s tým, že investori a banky sa často zdráhajú financovať podniky v ich začiatkoch a počiatočnej fáze. Podporila som uznesenie, lebo verím, že prijatými opatreniami zabezpečíme pre mikropodniky a začínajúce podniky ľahší a jednoduchší prístup k financovaniu. Keďže prístup k financovaniu je určite jednou z najvýznamnejších podmienok zakladania, prežitia, výkonnosti a rastu MSP, podporujem všetky iniciatívy umožňujúce financovanie z viacerých zdrojov a zníženie nákladov na kapitál. Od Komisie a členských štátov očakávam, že budú podporovať holistický prístup k šíreniu informácii o všetkých možnostiach financovania zo zdrojov EÚ na európskej, národnej, regionálnej a miestnej úrovni, čo by pre MSP predstavovalo dôležitý krok pri ich financovaní.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Jednou z najväčších prekážok rastu malých a stredných podnikov je nedostatočný prístup k investičnému kapitálu. Európska únia sa im snaží uľahčiť situáciu a akcelerovať ich rozvoj ponukou nových typov finančných nástrojov, ktoré podporia inovácie, zvyšovanie konkurencieschopnosti a rast počtu pracovných miest.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće o pristupu financiranju za mala i srednja poduzeća i povećanju raznolikosti financiranja malih i srednjih poduzeća u uniji tržišta kapitala jer mikro, mala i srednja poduzeća te poduzeća srednje tržišne kapitalizacije imaju važnu ulogu u europskom gospodarstvu s obzirom da čine, prema podacima iz 2014., 67 % svih radnih mjesta.

Opseg financiranja malih i srednjih poduzeća trebao bi biti što je moguće širi kako bi ona u svakoj fazi svojega razvoja imala najbolji mogući pristup financiranju, obzirom da je financiranje MSP-ova pogođeno krizom jače nego financiranje velikih poduzeća. Bankovni zajmovi predstavljaju najvažniji izvor financiranja za MSP-ove te je stoga rješavanje i poticanje kanala bankovnih zajmova najučinkovitiji način osiguravanja i poboljšanja pristupa financiranju za MSP-ove.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlamentes zu dem Zugang von KMU zu Finanzmitteln und der Diversifizierung der Finanzierungsquellen von KMU in einer Kapitalmarktunion habe ich nicht zugestimmt.

Das Problem, dass KMU vermeintlich mangelhaften Zugang zu Finanzierungsquellen haben, wird nicht an der Wurzel, sondern allein an den Symptomen behandelt. Das ist nicht das Problem des Rapporteurs, der einen limitierten Ausschnitt betrachten soll. Ein holistischer Ansatz muss zu dem Ergebnis kommen, dass das Problem allein im Euro liegt. Die Eurozone bringt einen einheitlichen Zins für alle KMU. Dabei ist es – angesichts unterschiedlicher regulatorischer und kultureller Rahmenbedingungen – völlig klar, dass die Kreditrisiken etwa in Portugal und den Niederlanden höchst unterschiedlich sein müssen. Diesen unterschiedlichen Bedingungen wurde – bis zur Einführung des Euro – durch einen jeweils individuellen Zins der nationalen Zentralbank genüge getan. Der Euro hat diesen Mechanismus zerstört. Nun existiert ein Euro, der als Durchschnittsprodukt den Weichwährungsländern ein zu hartes Zinsumfeld bietet und in

den Hartwährungsländern Finanzierungssubventionen bis hin zur Blasenbildung liefert. Solange der Euro besteht, werden diese Probleme wohl schwerlich behoben werden können, erst recht nicht durch mehr Regulierung, wie vom Bericht teilweise vorgeschlagen.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – 2014. godine mala i srednja poduzeća (MSP-evi) činila su 67 % svih radnih mjesta te 71,4 % porasta zaposlenosti. Zbog toga mikro, mala i srednja poduzeća imaju važnu ulogu u europskom gospodarstvu u pogledu zapošljavanja i rasta. Unatoč tome, ne postoji jedinstvena definicija malih i srednjih poduzeća u zakonodavstvu Europske unije.

MSP-ovi su raznovrsni te uključuju izniman broj mikropoduzeća koja su aktivna u tradicionalnim sektorima, ali postoji i veliki broj brzorastućih inovativnih poduzeća koja se suočavaju s različitim problemima zbog kojih imaju različite potrebe financiranja. Opseg financiranja malih i srednjih poduzeća trebao bi biti što širi kako bi u svakoj fazi razvoja MSP-ovi imali najbolji pristup financiranju.

Podržavam izvješće o pristupu financiranja za mala i srednja poduzeća, jer smatram da su smjernice u njemu kvalitetno navedene i da će uspostaviti najbolji mogući pristup financiranju za MSP-ove.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o dostopu do finančnih sredstev za mala in srednja podjetja in povečanju raznolikosti financiranja teh podjetij v uniji kapitalskih trgov.

Mala in srednja podjetja z zagotavljanjem dveh tretjin delovnih mest v zasebnem sektorju v celotni Evropski uniji predstavljajo hrbtenico evropskega gospodarstva. Zato je dostop MSP do finančnih sredstev dolgoletna tema na politični agendi.

Odbor za proračun med drugim tudi poudarja, da Komisija in Evropska centralna banka morata priznati, da je dostop do financiranja druga najresnejša težava, s katero se soočajo mala in srednja podjetja.

Zaradi tega je bistveno, da proračun EU ne glede na pravni status teh podjetij dodatno olajša njihov dostop do financiranja in trgov.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a kkv-k finanszírozáshoz való hozzájutásáról és a tőkepiaci unióban a kkv-finanszírozás sokféleségének növeléséről szóló jelentést. Helyesen állapítja meg a jelentés, hogy az európai kkv-k nagyon sokfélék, eltérő üzleti modellel rendelkeznek, más kihívásokkal szembesülnek, így a finanszírozási igényeik is eltérőek.

Ahogy a jelentés is hangsúlyozza, a válság keményebben sújtotta a mikro-, kis- és középvállalkozások finanszírozását, mint a nagyvállalatokét. Ez a helyzet még ma is fennáll, ezért helyeslem a felhívást, hogy diverzifikált és még több állami és magánfinanszírozási lehetőséget kell biztosítani a kkv-k számára nem csak az indulási fázisban, hanem teljes életciklusuk alatt.

A diverzifikáció azért kiemelten fontos, mivel nem létezik olyan egységes finanszírozási módozat, amely mindenkinek megfelelne, testre szabott programok, eszközök és kezdeményezések széles körére van szükség.

Továbbá a jelentéssel és a tőkepiaci unióra irányuló cselekvési tervvel összhangban én is úgy vélem, hogy a kkv-kat jobban össze kell kapcsolni a finanszírozási lehetőségekkel, mivel még mindig számos akadály áll az előtt, hogy a kkv-k piaci alapú és egyéb innovatív finanszírozási módszereket vegyenek igénybe.

Üdvözlöm végül a jelentés azon részét is, mely kitér az adózási rendszer okozta torzításokra. Az előadóval egyetértve szorgalmazom a minden vállalkozás számára egyenlő versenyfeltételeket biztosító, egyszerű és igazságos adórendszer kialakítását.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Małe i średnie przedsiębiorstwa oraz przedsiębiorstwa o średniej kapitalizacji tworzą znaczną część gospodarki Unii Europejskiej. Zwiększenie dostępu do finansowania jest od dawna jednym z priorytetów UE, jednak z uwagi na kryzys w ostatnich latach możliwość jego realizacji była znacznie ograniczona. Obecnie tworzona Unia Rynków Kapitałowych ma na celu dywersyfikację możliwości finansowania dla MŚP.

Sprawozdanie Parlamentu Europejskiego analizuje cały cykl życia małych i średnich przedsiębiorstw z punktu widzenia finansowania i czyni propozycję poprawy warunków finansowania na wszystkich etapach. W sprawozdaniu stwierdza się, że kredyty bankowe są nadal najważniejszym źródłem finansowania dla MŚP, należy jednak doprowadzić do poprawy w tej dziedzinie. Dokument kładzie również nacisk na konieczność zachowania czynnika wspierającego MŚP w odniesieniu do wymogów kapitałowych.

W sytuacji, gdy niemal 99% wszystkich przedsiębiorstw stanowią małe i średnie firmy, konieczne jest podejmowanie działań ułatwiających im dostęp do finansowania. Dlatego też zdecydowałem się zagłosować za sprawozdaniem Parlamentu.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – I believe this is a balanced and far-reaching report which calls for measures to defend public and private investments, alternative financing tools and special attention to SMEs run by women and minorities. It is imperative for the Commission to pay particular attention to the specificities of SMEs and ensure that cross-border activities in the field of retail financial services lead to better access to finance for SMEs.

It is especially important to emphasise that financial education for SMEs is not only key to increasing bank lending. It is also key to expanding the use and acceptance of capital market solutions as well as to encouraging women and young people to start and expand their businesses, allowing for a better assessment of costs, benefits and the associated risks. Encouraging women and young people is a very important aspect and one which has my strong support.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour le texte. Le régime d'imposition a une forte influence sur la capacité d'autofinancement des PME. Soulignons qu'un régime d'imposition simple et équitable, qui assure l'égalité des conditions pour toutes les entreprises, est la meilleure façon de garantir le développement des PME. Précisons qu'il n'est pas seulement question de l'imposition des sociétés, mais que la fiscalité des revenus joue également un rôle important.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – SMEs vary considerably across the EU in terms of size, business model, development stage, financial structure and legal form, and nationality. This is why SME financing is a highly complex issue and has become even more so with the economic crisis, as SMEs depend on bank lending by 80%. Yet, SMEs constitute the backbone of the European economy, which is why I voted in favour of the resolution to facilitate the access to finance for SMEs and increase the diversity of SME funding in a Capital Markets Union. It will do so not only by improving finance opportunities at every stage of their development and facilitating access to bank lending, but also by encouraging new sources of financing such as FinTech. Financial literacy, skills and knowledge of SMEs should also be promoted.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Drago mi je da se u ovom izvješću ističe ključna uloga malih i srednjih poduzeća kao okosnice našeg gospodarstva za rast i otvaranje radnih mjesta, jer upravo ona osiguravaju dvije trećine radnih mjesta u privatnom sektoru i više od polovine dodane vrijednosti poduzeća u EU-u, zbog čega sam podržala ovo izvješće.

Osim pristupa svjetskom tržištu, pristup financiranju jedan je od najvažnijih čimbenika za stvaranje, održivost, uspješnost, konkurentnost i rast malih i srednjih poduzeća, a u aktualnom ozračju krize i u situaciji koju karakteriziraju proračunski rezovi, visok stupanj ovisnosti banaka i opadanje povjerenja ulagača, između ostalog, otežavaju priljev sredstava u realno gospodarstvo, a osobito u dugoročna ulaganja. U tom smislu kohezijska politika predstavlja jedan od glavnih izvora potpore malim i srednjim poduzećima te je važna za jačanje njihove gospodarske aktivnosti.

Složeni propisi i administrativno opterećenje za pristup europskim strukturnim i investicijskim fondovima posebno negativno utječu na mala i srednja poduzeća, uključujući administrativne troškove nerazmjerne veličini poduzeća. Stoga je bitno da se znatno pojednostave ti postupci te da se posebna pažnja posveti borbi protiv prijevara i pogrešaka.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog o dostopu do finančnih sredstev za mala in srednja podjetja in povečanje raznolikosti financiranja teh podjetij v uniji kapitalskih trgov sem podprla, ker so evropski MSP zelo raznoliki in pogosto delujejo v tradicionalnih sektorjih.

Opaziti je tudi vse večje število novih zagonskih podjetij in hitro rastočih inovativnih podjetij. Izboljšanje dostopa do finančnih sredstev za MSP pa ne bi smelo povzročiti nižanja finančnih standardov in predpisov.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de este informe acerca del acceso de financiación para las pequeñas y medianas empresas. Consideramos que la orientación que defiende, basada en la consolidación y expansión de la Unión de Mercados de Capitales, es errónea y perjudicial. En primer lugar, porque no está demostrado que la liberalización del acceso al mercado de capitales suponga en modo alguna un abaratamiento de los costes de financiación para PYMES. En segundo lugar, porque consideramos que yerra en su diagnóstico, ya que el acceso a la financiación no es hoy en día el principal problema de las PYMES sino más bien el bajo nivel de la demanda.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – The access of SMEs to the capital markets is a fundamental step to increase the potential economic growth of Europe and its resilience to global shocks. The EU is still too dependent on banking credit and it must move forward with the Capital Markets Union in order to improve this situation.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative se veut une réflexion sur la manière d'améliorer le sort des PME dans l'Union.

Il s'inscrit dans la démarche de l'union des marchés de capitaux, programme qui a déjà donné lieu à la refonte de la directive prospectus afin de faciliter l'accès aux marchés pour les PME en allégeant les exigences pour les petites émissions.

Le constat est consensuel: les PME souffrent dans leur accès aux financements alors qu'elles sont un moteur essentiel de l'économie, les contraintes réglementaires pèsent plus particulièrement sur elles, il est nécessaire d'inclure la dimension PME dans l'ensemble des textes à portée économique.

On relève bon nombre de propositions pertinentes, comme la nécessité de règles adaptées pour que les marchés publics soient plus ouverts aux PME et aux micro-entreprises, le développement des banques locales ou encore le fléchage obligatoire de certains fonds de la BCE à la disposition des banques pour accorder des crédits aux PME.

Mais, comme toujours, il s'agit d'interpeller la Commission afin qu'elle agisse dans ce sens. Nous connaissons la proximité des institutions avec les grands lobbys industriels et bancaires, et on a peine à imaginer que l'essai soit transformé.

Je choisis l'abstention.

Mihai Ţurcanu (PPE), *în scris*. – IMM-urile joacă un rol extrem de important pentru economia europeană, acestea reprezentând 67 % din totalul locurilor de muncă și având o contribuție importantă pentru creșterea economică în UE.

Raportul subliniază necesitatea unei strategii diversificate în ceea ce privește legislația și inițiativele de susținere a IMM-urilor și invită Comisia să creeze o serie de programe și instrumente pentru a susține întreprinderile în fazele de creare și dezvoltare, ținând cont de cifrele de afaceri și de nevoile lor de finanțare. Mai mult, aceste programe ar trebui să asigure o egalitate între femeile și bărbații antreprenori.

Statele membre sunt încurajate să reducă obstacolele administrative pentru IMM-uri și să creeze ghișee unice care să centralizeze toate exigențele legislative la adresa antreprenorilor.

În ceea ce privește finanțarea acestor întreprinderi, împrumuturile bancare reprezintă principala sursă, iar, în acest sens, raportul recomandă statelor membre o colaborare cu sectorul financiar în vederea asigurării unui acces complet și egal al tuturor IMM-urilor la creditele bancare. Mai mult, susținând principiul unei finanțări diversificate, raportul propune posibilitatea împrumutului între particulari, în vederea facilitării accesului la noi fonduri pentru antreprenori.

Prin urmare, am votat în favoarea raportului referitor accesul la finanțare al IMM-urilor.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Sektor MŚP odgrywa istotną rolę w rozwoju gospodarczym państw członkowskich, wytwarzaniu ich PKB oraz w tworzeniu nowych miejsc pracy, dlatego niezbędnym jest otwarcie nowych źródeł finansowania tych podmiotów. Należy skupić się na bankowych (kredyty, pożyczki) i pozabankowych (publiczna emisja, sekurytyzacja, crowdfunding) metodach pozyskiwania kapitału, by umożliwić przedsiębiorstwom dywersyfikację wkładów na potrzeby działalności. Popieram przedstawione w sprawozdaniu rozwiązania.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az európai kkv-k nagyon sokfélék, nagyszámú mikrovállalkozással, amelyek gyakran a hagyományos ágazatokban tevékenykednek, valamint egyre nagyobb számban új, induló vállalkozással és gyorsan fejlődő, innovatív vállalkozással; mivel ezek az üzleti modellek egymástól eltérő problémákkal küzdenek, ezért finanszírozási igényeik is eltérőek. A tárgyalt javaslatot a végszavazásnál támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — Hemos votado en contra de este informe acerca del acceso de financiación para las pequeñas y medianas empresas. Consideramos que la orientación que defiende, basada en la consolidación y expansión de la Unión de Mercados de Capitales, es errónea y perjudicial. En primer lugar, porque no está demostrado que la liberalización del acceso al mercado de capitales suponga en modo alguna un abaratamiento de los costes de financiación para PYMES. En segundo lugar, porque consideramos que yerra en su diagnóstico, ya que el acceso a la financiación no es hoy en día el principal problema de las PYMES sino más bien el bajo nivel de la demanda.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Palankiai vertinu įvairias vykdomas iniciatyvas, kuriomis siekiama gerinti galimybes gauti standartizuotą ir skaidrią MVĮ kreditų informaciją, kuri gali padidinti investuotojų pasitikėjimą.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on access to finance for SMEs and increasing the diversity of SME funding in a Capital Markets Union. The report underlines the fact that micro enterprises, small and medium-sized enterprises and mid-caps play an important role for the European economy in terms of employment and growth. However, it acknowledges the diversity of SMEs, including micro-enterprises and mid-caps, in the Member States.

The report recognises the challenges that SMEs face as a result of differences between Member States and regions in terms of SME financing conditions and needs. I voted in favour because I believe that a diversified, well-regulated and stable financial services sector, offering a wide range of cost-efficient tailor-made funding options, best serves the actual funding needs of SMEs and the real economy, enabling long-term sustainable development.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – Las pymes son un componente fundamental de la economía europea, y una palanca clave para la efectiva recuperación de la misma. Para que esto sea posible, la Unión debe apoyar a las pymes, prestando apoyo para su creación y crecimiento, garantizando su acceso al capital y su internacionalización. Por eso he dado mi voto favorable a este informe que recoge una lista detallada de medidas para impulsar las pymes europeas.

En la coyuntura actual, para poder seguir avanzando en el proyecto de integración europea en clave federal, y derrotar a los nacionalismos resurgentes que querrían condenar a Europa a repetir las pesadillas del pasado, la Unión necesita recuperar la confianza de amplios sectores de la sociedad, en particular el del conjunto de la clase trabajadora, incluyendo a los trabajadores precarios, y a los pequeños autónomos. Es imprescindible que la economía europea, donde las pymes desempeñan un papel esencial, crezca de manera sostenible y genere puestos de trabajo de calidad.

Este informe puede contribuir a lograr este objetivo, junto a una ampliación del Plan de Inversiones para Europa, el cual debe dotarse de nuevos recursos propios y de la capacidad de emitir deuda pública europea para poder doblar la financiación disponible.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Durante la scorsa Plenaria è stata votata una relazione di iniziativa volta ad analizzare diverse possibilità per incrementare il finanziamento alle PMI europee, sia attraverso il classico canale bancario che attraverso nuovi metodi alternativi. Considerata l'importanza nevralgica che rivestono le PMI nell'economia europea, garantire un facile accesso ai finanziamenti è una condizione necessaria per la ripresa dell'economia europea. Da un lato è necessario rafforzare il canale bancario, renderlo più affidabile e adeguarlo alle specificità delle PMI e dall'altro bisogna offrire dei metodi alternativi per porre fine alla eccessiva dipendenza dalle banche. La relazione analizza diverse possibilità per migliorare la cultura finanziaria e per incrementare il finanziamento alle PMI, alcune di queste come il *crowdfunding* e il *peer to peer lending* hanno ricevuto anche il nostro sostegno. Tuttavia, la relazione presenta alcune criticità. Essa infatti sottolinea l'importanza dell'Unione dei mercati dei capitali che, attraverso una maggiore finanziarizzazione dell'economia, rappresenta un grosso rischio per le PMI. Raccomanda il ritorno alla cartolarizzazione, altro fattore di rischio per eccellenza. Avvalla il piano EFSI, nonostante la sua completa inefficienza. In ultimo sostiene le politiche della BCE post crisi. Per questi motivi abbiamo preferito astenerci sia durante il voto in commissione ECON che in seduta Plenaria.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – Small and medium-sized enterprises form a substantial part of the EU economy. In the UK, they account for 99.7% of all enterprises and 53.3% of the number of employees. Four banks account for 85% of lending to small businesses. I voted for this report because it calls for improvement in bank lending to SMEs and for a diversification of credit sources.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Gezien de vele vormen van kmo's, waaronder micro-ondernemingen, zijn hun financieringsbehoeften het meest gediend met een pluriforme, goed gereguleerde en stabiele financiëledienstensector die een breed scala aan kostenefficiënte en op maat gesneden financieringsopties aanbiedt, en duurzame langetermijnontwikkeling mogelijk maakt. Ik stemde voor dit verslag, waarin wordt benadrukt dat in dit kader het belang van traditionele bankmodellen, met inbegrip van kleine regionale banken, spaarcoöperaties en overheidsinstellingen in het achterhoofd gehouden moet worden, en dat qua financiering evenveel aandacht moet worden besteed aan een betere toegang tot financiering voor micro-ondernemingen en ondernemers met een eenmanszaak.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A diversificação das fontes de financiamento das PME na União dos Mercados de Capitais representa um canto de sereia.

Surgindo como uma iniciativa para colmatar as dificuldades de financiamento que as PME enfrentam junto das entidades bancárias, o seu verdadeiro objetivo é relançar e revitalizar o mercado de capitais dos Estados-Membros.

O relatório mascara os verdadeiros objetivos desta iniciativa e não condena o impacto negativo que as políticas de austeridade e neoliberais tiveram sobre as PME.

Em vez de fazer a apologia da União Bancária e da União dos Mercados de Capitais, seria preferível ler as verdadeiras causas da crise que, no mínimo, nos deveriam suscitar a necessidade de um controlo público e efetivo sobre o sistema financeiro.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht bearbeitet die Herausforderungen der Finanzierungsbedürfnisse und -bedingungen von KMU aus unterschiedlichen Mitgliedstaaten und den jeweiligen Regionen. Es wird auf die Notwendigkeit einer differenzierten und maßgeschneiderten Herangehensweise bei der Regulierung, den zu unterstützenden Maßnahmen (z.B. steuerliche Anreize) und den Finanzierungsmöglichkeiten hingewiesen. Daher habe ich dem Bericht zugestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Small and medium-sized enterprises form a substantial part of the EU economy. In the UK, they account for 99.7% of all enterprises and 53.3% of the number of employees. Four banks account for 85% of lending to small businesses. I voted for this report because it calls for improvement in bank lending to SMEs and for a diversification of credit sources.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I strongly support this motion for a resolution on the report on access to finance for SMEs. As the resolution states, mid-caps and SMEs are a very important part of our economy. It recognises the role of the Capital Markets Union in making available new options for SME financing. This is needed as the EU inhibits a great variety of SMEs that all have different financing needs, depending on their size, rate of growth, future plans and stage of development.

Currently, there are still many barriers to their making use of such financing sources. This resolution and adjoining report aim to remove or lower the barriers. Traditionally, banks have played an important role in SME financing, and they will continue to do so. We therefore need to ensure that banks have sufficient lending capacity. It is my belief that a stable banking sector and a strong Capital Markets Union will lead to stronger SMEs and, in turn, to economic growth.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. — Raportul referitor accesul la finanțare al IMM-urilor și creșterea diversității finanțării IMM-urilor în cadrul uniunii piețelor de capital este o inițiativă salutară. Am votat raportul care vine cu soluții interesante pentru accesul IMM-urilor europene la sursele de finanțare. Una dintre aceste propuneri se referă la posibilitatea de a introduce programe de „fonduri pentru creditare", care ar pune banii BCE la dispoziția băncilor cu scopul unic de creditare a IMM-urilor.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Questa relazione d'iniziativa è volta ad analizzare le diverse possibilità per incrementare il finanziamento alle piccole e medie imprese (PMI) europee, sia attraverso il classico canale bancario che attraverso nuovi metodi alternativi. Considerata l'importanza nevralgica che rivestono le PMI nell'economia europea, garantire un facile accesso ai finanziamenti è una condizione necessaria per la ripresa dell'economia europea. Se da un lato è necessario rafforzare il canale bancario, renderlo più affidabile e adeguarlo alle specificità delle PMI, dall'altro bisogna offrire dei metodi alternativi per porre fine alla eccessiva dipendenza dalle banche. La relazione analizza diverse possibilità per incrementare il finanziamento alle PMI, alcune delle quali però non sostenibili. In primis l'Unione dei mercati dei capitali che, attraverso una maggiore finanziarizzazione dell'economia, rappresenta un grosso rischio per le PMI e per i piccoli operatori che dovranno confrontarsi con strumenti finanziari poco trasparenti e complessi. Si raccomanda, inoltre, il ritorno alla cartolarizzazione, altro fattore di rischio per eccellenza. Si avvalla il piano EFSI, nonostante la sua completa inefficienza. In ultimo, la relazione sostiene le politiche monetarie anticonvenzionali avviate dalla BCE che si sono rivelate assolutamente inefficienti, se non addirittura dannose, a causa di una eccessiva riduzione dei tassi e del livello dei prezzi.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς*. – Η έκθεση ουσιαστικά διαφημίζει την «Ένωση των κεφαλαιαγορών» της ΕΕ ως έναν τρόπο εναλλακτικής χρηματοδότησης των ΜΜΕ σε σχέση με τον τραπεζικό δανεισμό, ο οποίος πάντως θεωρεί ότι θα παραμείνει κυρίαρχος. Στην πράξη, εστιάζει στις μεγάλες επιχειρήσεις, που με τα κριτήρια της ΕΕ χαρακτηρίζονται μικρομεσαίες επιχειρήσεις, για να προετοιμάσει την εισαγωγή τους στις χρηματιστηριακές αγορές. Γι' αυτό και μιλάει για την «καλλιέργεια κλίματος φιλικού προς τις κεφαλαιαγορές». Η ΕΕ ουσιαστικά βαφτίζει μικρομεσαίες επιχειρήσεις ισχυρούς επιχειρηματικούς ομίλους ή αντίστοιχες μεσαίας κεφαλαιοποίησης που λειτουργούν δορυφορικά προς αυτούς. Αποκαλυπτικός είναι ο ορισμός της ΕΕ για τον χαρακτηρισμό των ΜΜΕ, που περιλαμβάνει επιχειρήσεις με 250 εργαζόμενους και 50 εκατομμύρια κύκλο εργασιών, ενώ για την χρηματοδότησή τους από το περιβόητο ταμείο στρατηγικών επενδύσεων (γνωστό και ως «ταμείο Γιούνκερ») ο ορισμός των ΜΜΕ αφορά επιχειρήσεις με 3000 εργαζόμενους! Οι πραγματικά μικρές επιχειρήσεις, φτωχοί αυτοαπασχολούμενοι και μικροί επαγγελματοβιοτέχνες συνθλίβονται από την κυριαρχία των μονοπωλιακών ομίλων που υπηρετεί η αντιλαϊκή πολιτική της ΕΕ και των κυβερνήσεων, ίδια με αυτή που τσακίζει την εργατική τάξη και τη φτωχομεσαία αγροτιά. Το συμφέρον τους βρίσκεται στη μεγάλη κοινωνική συμμαχία τους με την εργατική τάξη ενάντια στα μονοπώλια και τις ενώσεις τους, για ριζικές αλλαγές στην εξουσία και την οικονομία.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Táto správa sa sústreďuje najmä na prínos mikropodnikov, malých a stredných podnikov pre ekonomiku Európskej únie a hľadá spôsoby, akými uľahčiť ich prístup k financovaniu. Mikropodniky, malé a stredné podniky prinášajú významný podiel na raste zamestnanosti, ako aj pridanej hodnote v nefinančnom sektore. Bohužiaľ sa však tieto podniky stretávajú ešte stále s mnohými prekážkami a väčšina z nich sa nezapája do zahraničného podnikania. Zároveň možnosti ich financovania zostávajú obmedzené a až 77 % ich financovania poskytujú banky. Práve preto sme Komisiu v tejto správe vyzvali, aby dôkladne posúdila nielen diskrimináciu, prekážky a výzvy, ktorým tieto podniky čelia, ale aj aby spoločne s členskými štátmi podporovala čo najširšie možnosti finančných zdrojov pre tieto podniky vrátane rôznych inovatívnych spôsobov. Keďže tieto podniky preukázateľne tvoria hybnú silu európskej ekonomiky a výrazne prispievajú k tvorbe stabilných pracovných miest, správu som rada podporila.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei a favor do relatório Karas, por concordar com a necessidade de diversificação das fontes de financiamento das pequenas e médias empresas (PME) na União Europeia.

Noto que, por um lado, as PME europeias se caracterizam por uma grande heterogeneidade e incluem um largo número de microempresas, «start-ups» e empresas inovadoras de crescimento rápido crescimento, que, por terem diferentes modelos empresariais, enfrentam problemas distintos, com necessidades de financiamento diferentes.

Sublinho, por conseguinte, a necessidade de as PME disporem de opções de financiamento público e privado melhoradas e mais diversificadas, que não se restrinjam à fase de arranque, mas a todo o seu ciclo de vida.

Para tanto, a Comissão e os Estados-Membros devem apoiar as PME neste processo, não só em matéria de financiamento, mas também no que toca à regulamentação e às iniciativas a apoiar.

Como não existe um modelo único de financiamento adequado para todos, é necessário que a Comissão apoie o desenvolvimento de um vasto conjunto de programas, instrumentos e iniciativas personalizados, a fim de apoiar as empresas na sua fase de arranque e crescimento, tendo em conta a sua dimensão, o seu volume de negócios e as suas necessidades de financiamento específicas.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem poročilo o dostopu do finančnih sredstev za mala in srednja podjetja in povečanju raznolikosti financiranja teh podjetij v uniji kapitalskih trgov.

Menim, da imajo mala in srednja podjetja pomembno vlogo v zaposlovanju in rasti v evropskem gospodarstvu, saj MSP v EU predstavljajo 67 % vsega zaposlovanja, 71,4 % povečanja zaposlovanja (leto 2014).

Financiranje malih in srednjih podjetij je zaradi krize bolj trpelo kot financiranje velikih podjetij, poleg tega so se v euroobmočju spopadala in se do neke mere še z zaostritvijo zahtev bank glede zavarovanja posojil.

12.9. Methoden für die optimale Nutzung des Potenzials von KMU zur Schaffung von Arbeitsplätzen (A8-0248/2016 - Zdzisław Krasnodębski)

Suulliset äänestysselitykset

Thomas Mann (PPE). – Frau Präsidentin! Dem Bericht habe ich zustimmen können. 85 % aller Jobs in der EU werden von den KMU bereitgestellt. Das ist das Rückgrat der europäischen Volkswirtschaft und darf nicht ständig an Belastungsgrenzen herangeführt werden. Im Gegenteil: KMU müssen entlastet werden von Steuern und Abgaben und von dieser schrecklichen überbordenden Bürokratie.

Zahlreiche meiner Änderungsanträge wurden im Beschäftigungsausschuss angenommen. Ich halte es zum Beispiel für unumwunden wichtig, dass wir den Meisterbrief schützen, die soziale Verantwortung der Unternehmen nicht verpflichtend machen, sondern nach wie vor freiwillig. Und bei der Integration von Flüchtlingen im Arbeitsmarkt, wo die KMU große, beispielhafte Dinge leisten, bei denen man sagen kann: „Wir wollen das“, da müssen Berufsausbildung und natürlich auch die Sprachkurse im Mittelpunkt stehen. Es darf keinen Sonderarbeitsmarkt für Flüchtlinge geben und erst recht kein Unterlaufen von Mindestlöhnen. Gut ausgebildete Flüchtlinge wirken dem Fachkräftemangel im Mittelstand und Handwerk entgegen. Und es ist auch eine Frage der angewandten Humanität und Solidarität.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Asszony! A kis- és középvállalkozások helyzete differenciált megközelítést igényel. A tagállamok közötti regionális különbségekre mindenképpen tekintettel kell lenni. A szakképzett munkaerő hiánya már most óriási gondokat okoz a kelet-közép-európai államokban, melynek csak egyik oka a szakképzési rendszerek fejletlensége, a másik a masszív elvándorlás. Vannak államok, melyek aktív lakosságának jelentős része külföldön, jellemzően nyugat-európai EU-tagállamokban vállal munkát, csökkentve a strukturális munkaerőhiányt ezekben az országokban.

Erre a jelenségre a válasz nem a bezárkózás, a külföldi munkavállalás mindenféle adminisztratív eszközzel való visszaszorítása lehet, hanem a bérszínvonal növelése az új tagállamokban. Ameddig nyolc-tízszeres átlagbérkülönbségek vannak a tagállamokban, addig ne várjunk a tagállamok közötti munkaerő-migrációban változást. A migráció mindig jelen lesz, a munkaerőkibocsátó országok pedig számos gonddal – demográfiai egyensúlytalanság, nyugdíjrendszerek fenntarthatatlansága, munkaerőhiány – nézhetnek szembe az elkövetkezendő évtizedekben.

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Pani Przewodnicząca! Fundamentem unijnej gospodarki są małe i średnie przedsiębiorstwa. Aż 99% firm w Unii zaliczanych jest do tej grupy i tworzą one blisko dwie trzecie miejsc pracy. Co więcej, w czasach kryzysu to one okazywały się być najbardziej stabilnym elementem europejskiej gospodarki, a także głównym kreatorem nowych miejsc pracy. Z drugiej jednak strony należy pamiętać, iż te miejsca pracy nie zawsze charakteryzują się dobrą jakością. Źródeł takiej sytuacji należy szukać w trudnej sytuacji tego segmentu przedsiębiorstw. Rządy państw członkowskich bardzo często preferencyjnie traktują jedynie międzynarodowe korporacje oferując im specjalny status prawny i ulgi podatkowe, tych przywilejów nie mają zaś lokalni, mali i średni przedsiębiorcy. Ta nierówna konkurencja wymusza na nich ograniczenie kosztów pracowniczych. Dlatego też jeżeli chcemy poprawić sytuację na rynku pracy powinniśmy w pierwszej kolejności w większym stopniu wesprzeć małe i średnie przedsiębiorstwa w ich nierównej walce z globalnymi korporacjami. Przyczyni się to nie tylko do stworzenia nowych miejsc pracy, ale również poprawy jakości istniejących. Wydaje się również, iż w tym kontekście Komisja Europejska musi dokonać oceny oddziaływania decyzji o przyznaniu Chinom statusu gospodarki rynkowej na ilość i jakość miejsc pracy w sektorze małych i średnich przedsiębiorstw w Europie. Istnieje bowiem duże ryzyko, iż pozytywna decyzja we wspomnianej kwestii przyczyni się do pogorszenia sytuacji małych i średnich przedsiębiorstw, a tym samym do pogorszenia sytuacji na europejskim rynku pracy. Stąd też głosowałam za tą dyrektywą.

Kirjalliset äänestysselitykset

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Nonostante le regole del mercato interno, il quadro normativo applicabile alle PMI presenta ancora importanti divergenze all'interno degli Stati membri. La relazione provvede a indicare le politiche necessarie, sia a livello nazionale che europeo, allo scopo di ottenere un ambiente sano per lo sviluppo delle imprese e per dare impulso al loro potenziale di creazione di posti di lavoro. Nonostante molte nostre posizioni siano state inserite nella relazione, ne sono rimaste fuori altre, quali la disparità di condizioni fiscali nei diversi Stati membri, che genera dumping sociale, l'incidenza che i vincoli europei sulle politiche di bilancio, l'austerità, la pressione fiscale eccessiva e la spesa pubblica inadeguata hanno nei confronti del potenziale di creazione di posti di lavoro delle PMI e sulla loro competitività e, infine, la parificazione degli apprendistati e tirocini a ogni altra forma di lavoro, incluso un pari trattamento in termini sociali e previdenziali. Per questi motivi ho deciso di astenermi.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this non-legislative, own-initiative report. Although the report seeks to tell the Commission and Member States that more needs to be done to help SMEs and reduce the regulatory burden (which in principle UKIP supports), it then goes on to call for wide ranging Commission action and further legislation. The initial report seeks to tell Member States what their taxation policy should be, calls to create an EU framework regulation for pan-EU crowd funding and welcomes an EU proposal on business insolvency among many other things. If it wasn't due to the cost of EU regulation and overly bureaucratic EU red tape SMEs would have a much better chance at growing. The only people that should decide these things are our elected and accountable national governments, not EU bureaucrats in Brussels.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report. While I fully support the concept that SMEs have a lot of potential for job creation, the report placed far too much emphasis on reducing protection, rights, wages and conditions for workers. While it had some positive calls for further education and training of workers and access to support for SMEs, it also included negative calls for the promotion of temporary work by the Commission and Member States, as well as for 'regulatory burdens' in health and safety to be reduced. Due to the generally neoliberal, anti-worker approach of the report I voted against.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport. Les PME sont l'épine dorsale de l'économie européenne. À ce titre, il est fondamental de favoriser une concurrence loyale, l'accès au financement, un environnement réglementaire adéquat et un bon dialogue social afin de permettre aux PME de créer des emplois durables et de qualité.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the report on harnessing job creation potential for SMEs. Unemployment and migration flows are the biggest challenges facing Europe at the moment. Therefore, for EU Member States it is crucial to strengthen the conditions for new job creation. The European economic structure is mainly based on SMEs, which are a heterogeneous group and there is a diversity of small business models. The report underlines that for achieving a sound environment for business development and boosting its job creation potential, national and European policies must as a priority address the issues of skills, regulatory uncertainty and administrative burdens. It highlights the necessity of ensuring a level playing field for the SMEs regarding their competitive position compared with large corporations. In this regard, there is a need for specific measures for SMEs in order to curb their market diseconomies, enabling their internationalisation and boosting their job creation potential.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Angesichts der aktuell sehr hohen Zahl der Arbeitslosen sowie der Migrationsströme stellt sich momentan eine grundlegende Aufgabe für die EU, nämlich die Bedingungen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in sämtlichen – peripheren und zentralen – EU-Mitgliedstaaten zu verbessern. Die Wirtschaftsstruktur der EU basiert vor allem auf kleinen und mittelgroßen Unternehmen, die neue Arbeitsplätze schaffen und als Motor der Wirtschaft der Union gelten. Im letzten Jahrzehnt wurden 85 % der Arbeitsplätze in der EU von KMU geschaffen. Deshalb sollten KMU im Fokus der Ausgestaltung der Unternehmenspolitik in der Europäischen Union stehen, und es sollten alle erforderlichen Schritte unternommen werden, um das Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen in diesem Sektor zu stärken. Das kann nur auf der Grundlage einer eingehenden Untersuchung der bestehenden Hemmnisse geschehen. Der Bericht enthält eine solche Untersuchung des Problems.

Auch Ostbelgien ist von einem allgemeinen Fachkräftemangel oder Problemen bei der Aus- und Weiterbildung von Arbeitnehmern betroffen. Daher unterstütze ich den Bericht des Parlaments zur weiteren Schaffung von Methoden, die zur optimalen Nutzung des Potenzials von KMU in Bezug auf die Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen sollen.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport remet les PME au centre des préoccupations et demande l'allègement du poids administratif et bureaucratique qui pèse sur elles. Que ce soit suivi d'effet est autre chose. Mais cela va dans le bon sens: j'ai donc voté favorablement.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – The report seeks to encourage the Commission and Member States to take into account the needs of SMEs and try to lift the burden on them. In principle this sounds great, but the report goes on to call for far-reaching Commission action and legislation. It discusses taxation policy, information campaigns, data collection and legislative action.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, car, comme le Parlement européen, j'ai toujours fait des PME la base indispensable de la création de l'emploi en Europe. Pour rappel, «les PME forment l'épine dorsale de l'économie de l'Union européenne et ont un énorme potentiel de création d'emplois, étant à l'origine de 85 % des nouveaux emplois; 20,7 millions de PME représentent plus de 67 % de l'emploi du secteur privé dans l'Union européenne, dont 30 % proviennent de microentreprises». Le Parlement estime également que «les PME sont les principaux moteurs de la croissance économique européenne à long terme et des possibilités de création d'emplois durables dans les 28 États membres».

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą dėl kaip kuo geriau pasinaudoti mažųjų ir vidutinių įmonių (MVĮ) darbo vietų kūrimo galimybėmis. Bedarbių skaičius visoje ES tebėra didžiausias per visą jos istoriją. 2015 m. joje buvo 23 milijonai bedarbių, iš jų – 4,5 milijono jaunesnių nei 25 metų vyrų ir moterų, kurie nedirbo ir nesimokė. Neseniai atvykę šimtai tūkstančių migrantų – dar vienas milžiniškas socialinis iššūkis, nes norint tinkamai integruoti Europoje įsikuriančius žmones reikia vis daugiau darbo vietų. Manau, kad Europos Sąjungoje MVĮ turėtų būti skiriamas didžiausias dėmesys ir reikia imtis visų reikiamų žingsnių, kad būtų sustiprintas šio sektoriaus darbo vietų kūrimo potencialas. Todėl pritariu, kad būtina užtikrinti vienodas veiklos sąlygas MVĮ, susijusias su jų konkurencine padėtimi didelių įmonių atžvilgiu.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car j'estime primordial de soutenir les PME afin de développer un tissu économique durable, proche des citoyens, de taille humaine et créateur d'emplois non délocalisables. Il faut en effet rappeler que si près de 99 % des entreprises européennes sont des PME et que ces dernières créent plus d'emplois que d'autres entreprises du secteur privé (environ deux tiers de tous les emplois du secteur privé au sein de l'UE), elles ne bénéficient souvent pas des mêmes avantages que les entreprises multinationales, que ce soit en termes de fiscalité, d'économies d'échelle, ou encore d'accès aux technologies.

En conséquence, ce rapport invite les États membres à notamment adopter le principe d'imposition des revenus dans le lieu où ils sont générés ainsi que d'autres mesures visant à contrer les pratiques d'optimisation fiscale des multinationales. Les députés estiment également nécessaire de diminuer la charge administrative des PME – tout en assurant bien entendu aux salariés une protection appropriée en matière de santé et de sécurité – mais également de lutter contre l'accès limité de celles-ci au financement ainsi qu'aux nouvelles technologies.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – Este informe aporta una ingente cantidad de excelentes recomendaciones para aprovechar mejor el potencial de creación de empleo de las pymes. Por ello he votado a favor del mismo. Me gustaría destacar algunas de las recomendaciones, como la creciente importancia de la actividad por cuenta propia y de las microempresas, que revisten una importancia fundamental para impulsar la innovación y el emprendimiento así como la carga administrativa desproporcionadamente más alta para los trabajadores autónomos y las microempresas. También destaca el informe el importante valor de las cooperativas y las empresas sociales, que ofrece empleo a más de 14 millones de personas, que representan un 6,5 % aproximadamente de los trabajadores de la UE.

Además también propone un trato fiscal favorable para las pymes así como un marco regulador que fomente la inversión en pymes y empresas sociales.

Heinz K. Becker (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Initiativbericht von Z. Krasnodębski über Methoden für die optimale Nutzung des Potenzials kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zur Schaffung von Arbeitsplätzen gestimmt, da es für den europäischen Arbeitsmarkt und die Entwicklung der europäischen Wirtschaft außerordentlich wichtig ist, die Situation der Klein- und Mittelbetriebe zu fördern und zu unterstützen. Der Bericht enthält eine Reihe an unterstützenswerten Vorschlägen wie die Evaluierung und Abbau bürokratischer Hürden in den Mitgliedstaaten oder Förderung von modernen und flexiblen Arbeitszeitmodellen und Arbeitsformen.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Le PMI danno un contributo importante alla crescita e allo sviluppo socioeconomici dell'Unione, sostenerle significa lottare concretamente contro la disoccupazione e in particolare contro la disoccupazione giovanile che oggi rimane a livelli storici. La creazione di posti di lavoro nelle piccole e medie imprese è però influenzata da numerosi fattori, interni ed esterni, che vanno dall'accesso ai finanziamenti arrivando agli oneri amministrativi, passando per la manodopera qualificata. La relazione Krasnodębski, che ho sostenuto con il mio voto, chiede alla Commissione e agli Stati membri di adoperarsi per affrontare problemi cruciali come la carenza di competenze, l'incertezza normativa, la scarsa capacità di innovazione e l'accesso al credito. Solo attraverso un approccio olistico, che sviluppi un buon dialogo sociale e tenga conto delle competenze necessarie per i lavoratori del XXI secolo, sarà possibile creare muovi posti di lavoro nelle PMI.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe trata de identificar los problemas que dificultan a las pymes alcanzar una tasa de crecimiento efectivo y crear de puestos de trabajo. El informe se centra, en gran medida, de la reducción de 'cargas administrativas' a las pymes y, aunque se ha mejorado en la comisión Empleo con un cierto contenido progresista, su premisa básica sigue siendo neoliberal: que las leyes y reglamentos, incluyendo el pago a los trabajadores y las condiciones laborales, la salud y la seguridad, son cargas administrativas y deben reducirse con el fin de promover el crecimiento.

A pesar de que no llama directamente a la eliminación o reducción de los estándares en salario mínimo, dice que «los altos costes laborales» son una de las restricciones más importantes para la creación de empleo en el sector de las pymes. Llama implícitamente a una exención de normas reglamentarias para las pymes, y sugiere el paso de la imposición directa a la imposición indirecta, claramente regresiva. También hace hincapié en la importancia del empleo temporal en el sector de las pymes e «insta a la Comisión y a los Estados miembros a que apoyen todas las formas de empleo temporal». Por ello, hemos votado en contra.

Joëlle Bergeron (EFDD), *par écrit*. – Je tiens à féliciter mon collègue pour ce rapport en faveur du soutien aux PME européennes, moteurs essentiels de croissance pour nos économies.

Il faut en effet trouver un juste équilibre entre le dogme de la «concurrence libre et non faussée» prôné par la Commission européenne qui empêche toute aide nationale, et la liberté d'entreprendre qui permet le soutien aux PME ne pouvant bien souvent pas lutter à armes égales avec les géants américains ou asiatiques.

Par ailleurs, n'oublions pas que toute création d'entreprise nécessite des financements et donc des emprunts bancaires qui sont difficiles à obtenir. Incitons sur ce point les banques à soutenir de façon plus effective les entrepreneurs tout au long du processus d'activité: de la phase de conception à celle de la fabrication de son produit. La créativité a besoin d'être encouragée et soutenue.

Les jeunes entrepreneurs sont porteurs de dynamisme et d'emplois pour les économies nationales et pour l'Europe dans son ensemble. Aidons-les à s'implanter sur le territoire européen et ne leur imposons pas trop de contraintes administratives ou fiscales, sans quoi ils disparaîtront au profit de nos voisins extra-européens.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer al ponente su labor en este informe sobre la mejor manera de aprovechar el potencial de creación de empleo de las pymes. Hay que identificar bien a qué nos referimos cuando hablamos de falsos autónomos, ya que este fenómeno creciente suscita preocupación. Hay que reducir la carga administrativa para los autónomos y las microempresas, pues muchas veces se ven desbordados por la burocracia.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport propose de soutenir les PME pour développer l'emploi. En effet, au cours des dix dernières années, les PME ont créé 85 % des nouveaux emplois en Europe. En 2015, les petites entreprises ont contribué jusqu'à 71 % de la croissance de l'emploi dans l'économie marchande non financière.

Le rapport fait un état des lieux des défis que relèvent les PME, et des moyens à mettre en place pour y remédier. Il insiste sur le fait que les politiques nationales et européennes doivent remédier en priorité aux problèmes liés aux compétences (pénuries, inadéquations, fuite des cerveaux), à l'insécurité réglementaire et à la charge administrative, ainsi qu'aux problèmes du travail non déclaré et de la position privilégiée de facto des entreprises multinationales.

De plus, le rapport souligne la nécessité d'assurer des conditions de concurrence équitables aux PME au regard de leur position de compétitivité par rapport aux grandes entreprises.

Enfin, les États devraient favoriser en priorité les PME et faire en sorte que les entrepreneurs évitent la fermeture de leur entreprise pour différents problèmes (procédures complexes, retards de paiement, concurrence déloyale, transmission et succession, etc.). J'ai donc voté pour.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Le relazione oggetto di voto è equilibrata e ampiamente condivisibile. Ritengo fondamentale il ruolo svolto dalle piccole e medie imprese nella crescita economica degli Stati membri. Ribadisco fortemente la mia convinzione della necessità di un rinnovo radicale del sistema di programmazione e gestione dei Fondi strutturali europei, rendendolo meno complesso ed eliminando tutti gli attuali oneri amministrativi che gravano sulle imprese prima, durante e dopo l'erogazione degli aiuti. Per tutti questi motivi ho sostenuto col mio voto questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Las pequeñas y medianas empresas constituyen la columna vertebral de la economía europea, al suponer el 99% de las empresas y el 67% del empleo. Un marco regulatorio adecuado, acceso a financiación y competencias son clave para asegurar su impulso y la creación de empleo estable y de calidad.

Gracias al trabajo del Grupo S&D, el informe hace hincapié en la necesidad de impulsar la protección social y la salud ocupacional y la creación de empleo de calidad, así como hacer frente a los problemas del trabajo precario, los falsos autónomos, la competencia desleal y las desigualdades salariales y de empleo entre hombres y mujeres.

Por todo ello, he votado a favor.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pasisakė dėl geresnio MVĮ darbo vietų kūrimo galimybių. MVĮ sukuria daugiau darbo vietų nei kitos privačiojo sektoriaus įmonės, įdarbindamos maždaug du trečdalius visų ES privačiajame sektoriuje dirbančių asmenų, tuo svariai prisidėdamos prie socialinio ir ekonominio ES augimo ir vystymosi. Parama MVĮ padeda kovoti su Europos nedarbu ir jaunimo nedarbu, kuris yra atitinkamai 8,9 ir 19,4 proc., o tai ypač svarbu atsižvelgiant į bedarbių skaičių – apie 23 mln. žmonių 2015 m. – kuris iki šiol tebėra istoriškai didelis. Parlamento manymu, siekiant užtikrinti geresnes sąlygas kokybiškoms darbo vietoms MVĮ sektoriuje kurti, valstybės narės ir Komisija turi spręsti šias įvairiose valstybėse narėse ir regionuose nevienodai paplitusias problemas: gebėjimų trūkumo, netinkamo būsimų gebėjimų poreikių vertinimo, gebėjimų neatitikimo, protų nutekėjimo, nereikalingos reglamentavimo naštos ir reglamentavimo neapibrėžtumo visose srityse, nepakankamo dialogo tarp darbo rinkos suinteresuotųjų subjektų, ribotų galimybių gauti finansavimą ir dalyvauti viešuosiuose pirkimuose, mažų inovacinių pajėgumų ir galimybių pasinaudoti naujomis technologijomis, nepakankamos paramos MVĮ įgyvendinant viešųjų investicijų politiką, šešėlinės ekonomikos ir sukčiavimo, taip pat itin palankios tarptautinių korporacijų padėties problema.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Azáltal, hogy az európai vállalkozások mintegy 99%-a kkv, a munkahelyteremtő képességük nagyban befolyásolja az európai gazdaság teljesítményét. Mivel a két legnagyobb aktuális kihívásunk a munkanélküliség csökkentése és a migrációs áramlás megállítása, ezért a kis- és középvállalkozásoknak a vállalkozási politika kialakításának középpontjába kell kerülniük az EU-ban, és valamennyi szükséges lépést meg kell tenni a munkahelyteremtő képesség megerősítése érdekében ebben az ágazatban. Ez kizárólag a meglévő kötöttségek mélyreható feltérképezése alapján lehetséges. A kkv-szektor Európában sokrétű és széttöredezett.

A belső piaci szabályok ellenére továbbra is jelentős eltérések tapasztalhatók az Európai Unión belül a kkv-kre vonatkozó szabályozási keret tekintetében, különösen e keret stabilitása és biztonsága szempontjából. Egyértelmű, hogy a Közép- és Kelet-Európában működő legnagyobb kkv-k nyugati társaikhoz képest kisméretűknek tekinthetők. Miközben a stabil gazdaságok növekedését a kkv-k és a nagyvállalatok közötti hatékony kölcsönös kapcsolatok gerjesztik, számos dél- és kelet-európai tagállamban a nehéz gazdasági körülmények rányomták bélyegüket a kkv-k megfelelő fejlődésére. Épp ezért az üzleti fejlődéshez és a vállalkozások munkahelyteremtő képességének növeléséhez szükséges környezet kialakítása érdekében a nemzeti és európai politikáknak kezelniük kell a szakértelemmel kapcsolatos problémákat. A jelentés kitér ezekre a problémákra, ezért szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće, jer smatram kako su mala i srednja poduzeća okosnica europskog gospodarstva. Stoga je važno usredotočiti se na pošteno tržišno natjecanje, pristup financiranju, adekvatnom regulatornom okruženju, vještinama 21. stoljeća i dobrom socijalnom dijalogu, kako bi se omogućilo malim i srednjim poduzećima kreiranje održivih kvalitetnih radnih mjesta.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce texte insiste sur le rôle primordial des PME dans la création d'emplois.

Ensuite, il met en avant un certain nombre de pistes d'amélioration, comme la compétence ou la stabilité réglementaire ou encore la faible capitalisation, etc.

Même s'il ne prend pas en compte le problème essentiel qu'est l'ouverture des frontières économiques, il va dans le bon sens.

J'ai donc voté pour.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Alla fine del 2014 nell'UE si è registrato un tasso di disoccupazione giovanile medio pari al 21,4%, ovvero oltre 7 milioni di giovani inoccupati. Tuttavia, alla medesima data, risultavano vacanti nell'UE 2 milioni di posti di lavoro. Tale dato evidenzia la necessità di migliorare il raccordo fra il mondo della formazione e quello del lavoro, di sviluppare competenze più flessibili e interdisciplinari.

Cooperazione, partecipazione e partenariati sono il mezzo per aprire un rapporto costruttivo con le PMI e con la multiforme realtà imprenditoriale europea e allentare gli attuali vincoli amministrativi e finanziari relativi all'avvio di nuove attività imprenditoriali, mediante la semplificazione delle procedure, un accesso agevole al credito, al capitale di rischio e al microfinanziamento, connessioni Internet ad alta velocità garantite, consulenze pluridisciplinari su misura e l'introduzione, ove possibile, di misure di incentivazione per gli imprenditori che assumono giovani disoccupati.

È evidente l'importanza che il microfinanziamento e il programma europeo per l'occupazione e l'innovazione sociale (EaSI) assumono nel conseguimento della piena occupazione giovanile. Solo aumentando l'efficienza del percorso di formazione e creando una rete di sportelli unici dove espletare tutte le procedure amministrative necessarie alla creazione e gestione di un'impresa potremo alzare il tasso di imprenditorialità giovanile sul breve termine.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Șomajul reprezintă una dintre problemele cu care Uniunea Europeană se confruntă, acesta afectând 23 de milioane de persoane în 2015, dintre care 4,5 milioane de tineri, femei și bărbați. Toate acestea culminează cu venirea a sute de refugiați pe teritoriul statelor membre, fapt ce presupune o nevoie și mai mare de locuri de muncă, în vedere asigurării unei bune integrări a acestor persoane.

În acest context, este nevoie ca autoritățile europene să susțină IMM-urile deoarece acestea sunt un important angajator pe piața UE, ele asigurând două treimi din toate locurile de muncă din sectorul privat la nivelul UE.

În vederea asigurării unui mediu solid pentru dezvoltarea întreprinderilor, dar și pentru consolidarea potențialului acestora de a crea locuri de muncă, politicile naționale și europene trebuie să soluționeze, în principal, problemele legate de competență, insecuritatea în materie de reglementare și sarcini administrative.

Având în vedere cele menționate mai sus, m-am declarat în favoarea acestui raport, susținând importanța unui mediu stabil și nevoia de a reduce sarcinile impuse IMM-urilor.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in questione perché le PMI, costituendo quasi il 99 % delle imprese europee, rappresentano il perno indiscusso dell'economia dell'UE. Nell'ultimo decennio, le PMI hanno creato, infatti, ben l'85 % dei posti di lavoro europei. Inoltre, come opportunamente evidenziato nella relazione, lo scorso anno, la piccola impresa ha contribuito fino al 71 % alla crescita dell'occupazione nell'economia commerciale non finanziaria. Sono dell'avviso, quindi, che le PMI debbano rappresentare il cardine del processo di definizione della politica per le imprese nell'UE. Occorre, dunque, mettere in campo misure efficaci al fine di rafforzare il potenziale di creazione di posti di lavoro di questo fondamentale settore. Le organizzazioni e le reti che rappresentano le PMI sono, però, ancora troppo deboli. Le PMI devono, in alcuni casi, affrontare l'ulteriore problematica della bassa capitalizzazione, la quale si traduce in una peggiore posizione di mercato e ostacola una leale concorrenza. Una delle principali sfide è rappresentata dall'abbassamento degli oneri per le PMI, su tutti il costo della manodopera. Suddetta sfida si può vincere soltanto in presenza di un quadro normativo stabile e di qualità, dove le norme vengono applicate in modo uniforme e egualitario.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report. While I fully support the concept that SMEs have a lot of potential for job creation, the report placed far too much emphasis on reducing protection, rights, wages and conditions for workers. While it had some positive calls for further education and training of workers and access to support for SMEs, it also included negative calls for the promotion of temporary work by the Commission and Member States, as well as for 'regulatory burdens' in health and safety to be reduced. Due to the generally neoliberal, anti-worker approach of the report I voted against.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it studies ways on how best to harness the job potential of SMEs both at EU and national level. I consider this to be a very important topic as, in my view, working at making SMEs stronger means guaranteeing present and future jobs in the EU. SMEs are the strength of the European economy. When they can thrive in the free market, they build sustainable jobs, growth and prosperity. It is important to seek new ways to stimulate interest in entrepreneurship and cultivate a more entrepreneurial mind-set, especially among young people. To do this, we must ensure that they have access to funds, and the knowledge of how the EU can help them. We need to recognise the importance of thinking small first.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Le PMI sono molto eterogenee e nonostante le regole del mercato interno, persistono importanti divergenze in tutta l'Unione europea in termini di quadro normativo in particolare per quanto riguarda la loro stabilità e il loro livello di certezza. La relazione del collega Krasnodębski sottolinea che, per ottenere un ambiente sano per lo sviluppo delle imprese e per dare impulso al loro potenziale di creazione di posti di lavoro, le politiche nazionali ed europee devono preoccuparsi in primis di affrontare le problematiche connesse alle competenze (carenza, inadeguatezza, fuga dei cervelli), all'incertezza normativa e agli oneri amministrativi, nonché al lavoro sommerso e alla posizione privilegiata de facto delle multinazionali. Purtroppo sono rimasti fuori dalla relazione alcuni concetti molto importanti proposti dal M5S in commissione EMPL: la disparità di condizioni fiscali nei diversi Stati membri che genera dumping sociale, il fatto che i vincoli europei sulle politiche di bilancio, l'austerità, la pressione fiscale eccessiva e la spesa pubblica inadeguata hanno effetti sul potenziale di creazione di posti di lavoro delle PMI e sulla loro competitività e, infine, la richiesta che gli apprendistati e i tirocini vengano parificati ad ogni altra forma di lavoro, beneficiando dello stesso trattamento in termini sociali e previdenziali. Per questi motivi ho deciso di astenermi.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Le piccole e medie imprese (PMI) sono il motore dell'economia europea e contribuiscono in modo fondamentale all'occupazione. Nel 2014, infatti, le PMI hanno dato lavoro a quasi 90 milioni di persone pari al 67% dell'impiego totale in Europa. Ritengo fondamentale creare un ambiente economico che faciliti lo sviluppo delle PMI e stimoli la loro capacità di assunzione. A tal proposito, l'azione politica dovrebbe migliorare l'accesso delle PMI alle competenze, favorendo attività di formazione ed istruzione professionale. Inoltre, mi sembra importante ridurre gli oneri per le PMI, tra cui il costo della manodopera, al fine di incoraggiare la creazione di posti di lavoro duraturi e di qualità. Auspico altresì che vengano ridotti gli oneri amministrativi a carico delle PMI. È stato infatti dimostrato che sistemi economici amministrativi iper-regolamentati determinano costi fissi più elevati fornendo indirettamente un vantaggio concorrenziale alle imprese di maggiori dimensioni. Ho ritenuto inoltre di votare a favore della relazione poiché invita Commissione e Stati membri a porre in atto misure che favoriscano i processi di internazionalizzazione delle PMI, che possano espanderne il mercato e conseguentemente anche la capacità di impiego. Infine va sottolineato come l'economia sommersa e criminale rappresenti una forma di concorrenza sleale che penalizza particolarmente le PMI.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και τη θέση του εισηγητή πως για την επίτευξη ενός υγιούς περιβάλλοντος για την ανάπτυξη των επιχειρήσεων και την τόνωση της δημιουργίας θέσεων απασχόλησης, οι εθνικές και ευρωπαϊκές πολιτικές πρέπει κατά προτεραιότητα να αντιμετωπίσουν τα ζητήματα των δεξιοτήτων (ελλείψεις, αναντιστοιχίες, διαρροή εγκεφάλων), ρυθμιστική αβεβαιότητα και διοικητικές επιβαρύνσεις, καθώς και το πρόβλημα της αδήλωτης εργασίας και την εκ των πραγμάτων προνομιακή θέση των πολυεθνικών εταιρειών.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η ψηφοφορία ως προς την έκθεση σχετικά με το πώς να αξιοποιηθεί με τον καλύτερο δυνατό τρόπο το δυναμικό των μικρών και μεσαίων επιχειρήσεων για τη δημιουργία θέσεων εργασίας, αφορά ένα σημαντικό πρόβλημα που καλούνται να αντιμετωπίσουν τα κράτη μέλη της ΕΕ, οι επιχειρήσεις μα και οι πολίτες. Παρότι η αναζήτηση αιτιών που οδηγούν στην αδυναμία ανάπτυξης και ισχυροποίησης των μικρομεσαίων επιχειρήσεων είναι θετική, η έκθεση ουσιαστικά δεν βάζει σε πρώτο πλάνο τα δικαιώματα και τα συμφέροντα των εργαζομένων, προτείνοντας συντηρητικές λύσεις. Ως εκ τούτου, ψήφισα αρνητικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Mi sono espresso a favore della relazione Krasnodebski al fine di facilitare la creazione di nuovi posti di lavoro. È altresì vero che vi è una disparità tra PMI e multinazionali sul livello delle norme regolamentari che esse sono in grado di assorbire. Quindi, per dare più dinamicità al mercato del lavoro, sono pienamente d'accordo con la necessità di alleggerire il carico normativo e burocratico che le piccole e medie imprese (PMI) devono sostenere. Ritengo che le PMI siano un pilastro importante dell'Unione europea e sono dunque a favore dell'agevolazione dell'accesso delle PMI agli appalti pubblici e ai finanziamenti, oltre che alla ricerca e allo sviluppo, al fine di promuovere posti di lavoro di qualità a lungo termine.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O desemprego e os fluxos migratórios constituem os maiores desafios que a Europa enfrenta atualmente e apresentam múltiplas implicações para o futuro.

O número de desempregados na UE mantém-se em níveis historicamente elevados e a recente chegada de centenas de milhares de migrantes constitui outro enorme desafio social, sendo necessários cada vez mais postos de trabalho para integrar as pessoas que se estabelecem na Europa.

A estrutura económica europeia baseia-se em pequenas e médias empresas enquanto fonte de novos empregos e motor da economia da UE.

Concordo com a necessidade de assegurar condições de concorrência equitativas para as PME relativamente à sua posição competitiva em comparação com as grandes empresas.

Apoio a necessidade de um ambiente regulamentar estável e de uma melhor qualidade da regulamentação e da respetiva aplicação, como forma correta de diminuir os encargos para as PME, incluindo os custos salariais.

Destaco a necessidade de medidas específicas para as PME, com o objetivo de reduzir as deseconomias de mercado, permitindo a sua internacionalização e impulsionando o seu potencial de criação de emprego.

Pelo exposto, apoio o presente relatório.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn ich unterstütze den Ansatz der verstärkten Einbeziehung von KMU bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Die Zahl der Arbeitslosen in der gesamten EU bewegt sich nach wie vor auf einem historischen Höchststand. Und unsere KMU können hier einen entscheidenden Beitrag leisten. Dabei müssen wir aber hinsichtlich des Regelungsrahmens beachten, dass zwischen multinationalen Unternehmen und KMU unterschieden werden muss. Wir brauchen ein stabiles Regelungsumfeld und bessere Rechtsdurchsetzung, um unsere KMU zu entlasten und nicht mit Bürokratie zu überlasten.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, own-initiative report. Although the report seeks to tell the Commission and Member States that more needs to be done to help SMEs and reduce the regulatory burden (which in principle UKIP supports), it then goes on to call for wide ranging Commission action and further legislation. The initial report seeks to tell Member States what their taxation policy should be, calls to create an EU framework regulation for pan-EU crowd funding and welcomes an EU proposal on business insolvency among many other things. If it wasn't due to the cost of EU regulation and overly bureaucratic EU red tape SMEs would have a much better chance at growing. The only people that should decide these things are our elected and accountable national governments, not EU bureaucrats in Brussels.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione in quanto le PMI sono alla base della nostra economia e si trovano ad affrontare problemi rilevanti per quanto riguarda il quadro normativo, il reperimento di fondi ma soprattutto il ritardo nei pagamenti, in particolare modo da parte delle pubbliche amministrazioni. Attualmente gli oneri amministrativi per i lavoratori autonomi delle micro imprese risultano sproporzionati rispetto a quelli per le grandi imprese e, concordo con il relatore, quando invita la commissione e gli Stati membri a promuovere reti di collaborazione attraverso la costituzione di cooperative, rafforzando notevolmente la sostenibilità e la creazione di posti di lavoro. Non posso che sostenere favorevolmente la modifica delle soglie necessarie per accedere ai progetti di investimento europei, adattandole in maniera da permettere a PMI e startup di beneficiarne e attivare una maggiore cooperazione tra la Commissione, le autorità nazionali e regionali, le imprese e le parti sociali.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — Member States need to provide appropriate training and ensure an ongoing professional development of teachers to promote up-to-date teaching methods and the development of 21st century skills and competences. Also, we need to overcome the gender gap in the labour market with regard to employment and pay, amongst other issues, by providing carers' leave, flexible working hours for carers, and ensuring equal pay for equal work between male and female workers.

SMEs play an important role in strengthening economic, social and territorial cohesion, while also contributing to smarter, sustainable and inclusive growth. There are still significant differences across the EU in terms of regulatory frameworks for SMEs, in particular regarding the certainty of future regulatory developments and the legal quality of regulation in general. The fact remains that the highest labour costs have been identified in over-regulated and bureaucratised systems. The report cautions against this.

Job creation also entails a better engagement with Member States and local as well as regional authorities, education and training facilities, civil society associations, businesses, trade unions and financial institutions with a view to promoting and making full use of EU funding sources to help overcome the difficulties in accessing information.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque su objetivo es el de reducir la protección laboral de los trabajadores de las pymes y autónomos, incluidos dependientes y falsos autónomos, bajo el mantra de mejorar su competitividad. De esta forma, se utiliza a las pymes para abrir brecha en los intereses del gran capital contra la clase trabajadora. Creo, por el contrario, que los problemas de las pymes (la falta de demanda provocada por la caída de salarios y los del gasto público; la extrema volatilidad y dependencia financiera provocada por el creciente poder del oligopolio bancario) deben servir para crear una alianza con las clases populares para poner fin a las políticas neoliberales.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La struttura economica europea si basa principalmente sulle piccole e medie imprese come fonte di nuovi posti di lavoro e volano dell'economia europea. Pertanto, sono fermamente convinto che le PMI debbano essere il punto centrale del processo di definizione della politica per le imprese nell'Unione europea ed è auspicabile che vengano compiuti tutti i passi necessari per rafforzare il potenziale di creazione di posti di lavoro di questo settore. Attualmente, nonostante le regole del mercato interno, persistono importanti divergenze in tutta l'Unione europea in termini di quadro normativo per le PMI, che creano condizioni di sviluppo sfavorevoli. Alla luce di tali sfide, ho votato a favore della presente risoluzione poiché credo che sia fondamentale consolidare le condizioni per la creazione di nuovi posti di lavoro in tutti gli Stati membri dell'UE, periferici e centrali, al fine di ottenere un ambiente sano per lo sviluppo delle imprese.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Una dintre principalele crize cu care se confruntă Europa este cea a șomajului. Din cauza ratei ridicate a acestuia, din ce în ce mai mulți tineri fără loc de muncă amână întemeierea unei familii, iar fluxul foarte mare de tineri ce părăsesc statele cu rate ale șomajului ridicate și care pleacă spre centrul Europei creează tensiuni sociale în țările gazdă.

Șomajul afectează 23 de milioane de persoane, dintre care 4,5 milioane de tineri, femei și bărbați, cu vârsta sub 25 de ani. În ultimii zece ani IMM-urile au creat 85 % din locurile de muncă din Europa. IMM-urile trebuie să fie în centrul politicii Uniunii Europene privind întreprinderile și ar trebui să se ia toate măsurile necesare pentru a consolida potențialul de creare de locuri de muncă din acest sector.

Am votat pentru asigurarea condițiilor de concurență echitabile pentru IMM-uri în ceea ce privește poziția lor în raport cu marile companii. O mai bună informare a micilor întreprinzători și antreprenori cu privire la diferitele posibilități de finanțare din fonduri europene este necesară.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as I believe that SMEs are the backbone of the European Economy, which is why I am in favour of fair competition, access to financing and an adequate regulatory environment. This report also urges Member States to develop forms of cooperation that involve all governance levels, businesses, trade union, educational institutions and other stakeholders with a view to adapting their education and training systems to address the disparity between skills and qualifications. I support this measure and believe that more informal training, including on-the-job training, is needed and that Member States should implement the 'Think Small First' principle.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I welcome my colleague's report, and its focus on creating a good environment for SMEs to grow and create jobs, particularly addressing a number of key issues including skills mismatches, regulatory uncertainty and administrative burdens.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris.* – Am acordat un vot favorabil acestui raport cu privire la accesul la finanțare al IMM-urilor, deoarece consider că IMM-urile necesită un mediu de afaceri favorabil, în care ideile verzi să poată fi dezvoltate, finanțate și introduse pe piață cu ușurință.

Refabricarea, repararea, întreținerea, reciclarea și proiectarea ecologică au un imens potențial de a deveni motoare ale creșterii economice și ale creării de locuri de muncă, aducând, în același timp, contribuții semnificative la soluționarea provocărilor climatice.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Ce texte sans valeur législative contraignante vise à mener la réflexion du Parlement européen sur la manière de tirer au mieux parti du potentiel de création d'emplois des petites et moyennes entreprises (PME). Je soutiens que nous devons nous employer à mettre en oeuvre les conditions nécessaires pour un environnement propice au développement des PME afin de faire face au chômage au sein de nos États membres. Pour cela, il est particulièrement important que nos législations n'impliquent pas une charge bureaucratique et administrative trop lourde pour nos entreprises. De plus, une facilitation de l'accès au financement pour ces entreprises doit être mise en place afin de favoriser des conditions de concurrence équitables pour toutes les PME.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Le chômage dans l'Union concerne 23 millions de personnes en 2015, dont 4,5 millions de jeunes de moins de 25 ans qui sont sans travail et ne suivent pas d'études. L'arrivée massive de migrants représente un autre défi social considérable, car de plus en plus d'emplois sont nécessaires.

Or, au cours des dix dernières années, les PME ont créé 85 % des nouveaux emplois en Europe. Ce rapport souligne que les politiques nationales et européennes doivent remédier en priorité aux problèmes liés aux compétences (pénuries, inadéquations, fuite des cerveaux), à l'insécurité réglementaire et à la charge administrative, ainsi qu'aux problèmes du travail non déclaré et de la position privilégiée de facto des entreprises multinationales.

Ce texte va dans le bon sens en demandant l'allègement du poids administratif et bureaucratique qui pèse sur les PME. Il insiste sur l'importance d'un environnement réglementaire stable et de qualité, d'une amélioration de la réglementation et de son application, les petites entreprises locales étant particulièrement désavantagées par la problématique des coûts fixes élevés.

Aussi ai-je voté pour ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада на г-н Краснодембски, тъй като той подчертава важната роля на МСП в създаването на работни места. Понастоящем 85% от работните места в Съюза се създават от МСП и именно затова трябва да се стимулира тяхната дейност. Докладчикът подчертава, че за постигане на стабилна среда за развитие на бизнеса и увеличаване на потенциала му за създаването на работни места, националните и европейските политики трябва приоритетно да разглеждат въпросите, свързани с уменията (недостиг, несъответствия, изтичане на мозъци), регулаторната несигурност и административните тежести, както и проблема с недекларирания труд.

Докладчикът също така подчертава необходимостта от осигуряване на равни условия за МСП по отношение на тяхната конкурентна позиция в сравнение с големите корпорации. Малките и местните бизнеси са в особено неблагоприятно положение в настоящата прекомерно регулирана и бюрократична административна система.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – Los flujos migratorios, así como la elevada tasa de desempleo, suponen retos que se deben superar reforzando las condiciones para la creación de nuevos empleos en todos los Estados miembros, centrales y periféricos, de la Unión. La estructura económica europea se basa principalmente en las pequeñas y medianas empresas como fuente de nuevos empleos y motor de la economía; así pues, las pymes deben ser el punto central a la hora de dar forma a la política empresarial de la Unión, y deben adoptarse todas las medidas necesarias para fortalecer el potencial de creación de empleo de este sector sobre la base de un diagnóstico en profundidad de las limitaciones existentes.

El presente informe ofrece un análisis del problema -tanto en la UE como a nivel nacional- para aprovechar el potencial de creación de empleo de las pymes en la Unión Europea. Los compromisos propuestos por el ponente están en línea con la promoción de las condiciones para el desarrollo de las pymes y la disminución de los órganos de administración, así como de las cargas y dificultades que estas experimentan.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O número de desempregados na UE mantém-se em níveis historicamente elevados, atingindo 23 milhões de pessoas em 2015, com 4,5 milhões de jovens de ambos os sexos com idades inferiores a 25 anos fora do mercado de trabalho e do sistema de ensino. Em 2015, as pequenas empresas contribuíram com até 71 % do crescimento do emprego na economia de mercado não financeira. O relatório salienta que, para se atingir um ambiente sólido para o desenvolvimento empresarial e impulsionar o seu potencial de criação de emprego, as políticas nacionais e europeias devem, como prioridade, resolver as questões relacionadas com as competências (escassez, desfasamentos, «fugas de cérebros»), a insegurança regulamentar e os encargos administrativos, bem como o problema do trabalho não declarado e a posição de facto privilegiada das empresas multinacionais.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: ce texte va dans notre sens, en remettant les PME au centre des préoccupations et en demandant l'allègement du poids administratif et bureaucratique qui pèse sur elles.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della presente relazione in quanto sottolinea l'importanza di creare un ambiente sano per lo sviluppo delle imprese e per dare maggiore impulso al loro potenziale di creazione di posti di lavoro. In tal senso, le politiche nazionali ed europee devono preoccuparsi anzitutto di affrontare le problematiche connesse alle competenze, all'incertezza normativa e agli oneri amministrativi, nonché al lavoro sommerso.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – The report implicitly calls for an exemption for SMEs from regulatory standards, and calls for a shift away from direct taxation to indirect, regressive taxation.

I voted against.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione in quanto sono convinto nel ribadire il ruolo centrale delle piccole e medie imprese per la crescita dell'economia degli Stati membri.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με το πώς να αξιοποιηθεί με τον καλύτερο δυνατό τρόπο το δυναμικό των μικρών και μεσαίων επιχειρήσεων (ΜΜΕ) για τη δημιουργία θέσεων εργασίας,καθώς η ανάπτυξη των μικρών και μεσαίων επιχειρήσεων, αλλά και της οικονομίας γενικότερα, δεν έρχεται με περισσότερη «ευελιξία» και χρηματοδοτήσεις από τις τράπεζες. Όλες αυτές οι «ρυθμίσεις» απλώς προσπαθούν να υποκρύψουν ανεπιτυχώς την απόπειρα ακόμα μεγαλύτερης εκμετάλλευσης των εργαζομένων και της εξυπηρέτησης των τραπεζών και των πολυεθνικών.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – SMEs are the backbone of the European economy. Hence it is important to focus on fair competition, access to financing, an adequate regulatory environment, 21st century working skills and a good social dialogue in order to allow SMEs to create sustainable quality jobs.

The focus of the report at hand is on which conditions would need to be met in order to better harness the job creation potential of SMEs. I welcome the introduction of important elements such as social and occupational protection; social enterprises and cooperatives; quality job creation; the problems of precarious employment, letter box companies, bogus self-employment, unfair competition and the gender gap with regard to employment and pay; the fight against tax avoidance and the shadow economy; the impact of trade agreements on workers' rights, wages and jobs; and the impact of the Digital Single Market. I voted in favour of the report.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. — Mr President, I voted in favour of this report as a good example of how the EU can help its citizens. Expansion of employment and innovative business practices should be a core focus of the EU. In addressing key issues such as skills mismatches, regulatory uncertainty, administrative burdens and access to finance, this report showcases how the EU can work for its citizens.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Pozitív szavazatommal támogattam a jelentést, mivel a két legnagyobb aktuális kihívásunk a munkanélküliség csökkentése és a migrációs áramlás megállítása. Azáltal, hogy az európai vállalkozások mintegy 99%-a kkv, a munkahelyteremtő képességük nagyban befolyásolja az európai gazdaság teljesítményét. A kis- és középvállalkozásoknak ezért a vállalkozási politika kialakításának középpontjába kell kerülniük az EU-ban, és valamennyi szükséges lépést meg kell tenni a munkahelyteremtő képesség megerősítése érdekében ebben az ágazatban. Ez kizárólag a meglévő kötöttségek mélyreható feltérképezése alapján lehetséges.

A kkv szektor Európában sokrétű és széttöredezett. A belső piaci szabályok ellenére továbbra is jelentős eltérések tapasztalhatók az Európai Unión belül a kkv-kre vonatkozó szabályozási keret tekintetében, különösen e keret stabilitása és biztonsága szempontjából. Egyértelmű, hogy a Közép- és Kelet-Európában működő legnagyobb kkv-k nyugati társaikhoz képest kisméretűknek tekinthetők. Miközben a stabil gazdaságok növekedését a kkv-k és a nagyvállalatok közötti hatékony kölcsönös kapcsolatok gerjesztik, számos dél- és kelet-európai tagállamban a nehéz gazdasági körülmények rányomták bélyegüket a kkv-k megfelelő fejlődésére.

Épp ezért, az üzleti fejlődéshez és a vállalkozások munkahelyteremtő képességének növeléséhez szükséges környezet kialakítása érdekében a nemzeti és európai politikáknak kezelniük kell a szakértelemmel kapcsolatos problémákat (a szakképzett munkaerő hiánya enyhíteniük kell a szabályozási bizonytalanságot és az adminisztratív terheket. A jelentés kitér ezekre a problémákra, ezért megszavaztam azt.

Elisabetta Gardini (PPE), *in writing*. – I voted to support this report as it outlines good policies concerning how we can make the most out of our European SMEs, especially in creating jobs. In order to achieve the potential of our SMEs we need to make sure that national and EU policies are prioritising issues such as skill gaps, uncertain regulations and administrative burdens. We must make sure that rules for doing business are simple and easy to access in order to create a good regulatory environment and that it is easy to hire and do all the accompanying paperwork. Another major point that the report also agrees with is that there are large regional disparities and imbalances when it comes to SMEs' access to funding and investments. Ways to achieve a more even playing field include to securitise loans to SMEs, use micro-credit and to push for improvements in the enforcement of the Late Payments Directive.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Der Mittelstand ist Europas größter, stärkster und verlässlichster Arbeitgeber. Entsprechende Potentiale gilt es auszubauen und zu fördern. Deshalb habe ich heute für einen Bericht über „Methoden für die optimale Nutzung des Potenzials von KMU zur Schaffung von Arbeitsplätzen" gestimmt und danke meinem Kollegen Zdzisław Krasnodębski für die hervorragende Arbeit.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen durch KMU ist zentraler Bestandteil der europäischen Arbeitsmarktpolitik. Ein gegenseitiger Erfahrungsaustausch zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten ist hierbei ein wichtiger Erfolgsfaktor.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Tandis que le chômage se maintient à un niveau historiquement élevé, l'Union européenne commence à reconnaître la contribution des PME dans la création d'emplois. Ces dix dernières années, les PME ont créé 85 % des nouveaux emplois en Europe.

Il est donc vital d'aider les PME en levant les obstacles à leur développement. Parmi ces obstacles, on trouve les formations professionnelles insuffisantes ou inadaptées, l'insécurité réglementaire, la surcharge administrative ou encore la pression fiscale. Le rapport souligne également l'importance de remédier aux problèmes de financement des PME et d'assurer des conditions de concurrence équitables avec les grandes entreprises.

Le rapport préconise aussi un meilleur traitement fiscal des PME. En effet, ce sont les multinationales qui bénéficient pour le moment d'un traitement de faveur, notamment en France où elles payent moins d'impôts sur les sociétés.

Je regrette toutefois les références douteuses à la promotion de la mobilité des travailleurs et surtout à l'intégration des migrants sur le marché du travail. Malgré ces références marginales, ce texte identifie correctement les problèmes rencontrés par les PME et propose quelques solutions pour y remédier. J'ai donc voté en faveur de ce rapport.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe trata de identificar los problemas que dificultan a las pymes alcanzar una tasa de crecimiento efectivo y crear de puestos de trabajo. El informe se centra, en gran medida, de la reducción de 'cargas administrativas' a las pymes y, aunque se ha mejorado en la comisión Empleo con un cierto contenido progresista, su premisa básica sigue siendo neoliberal: que las leyes y reglamentos, incluyendo el pago a los trabajadores y las condiciones laborales, la salud y la seguridad, son cargas administrativas y deben reducirse con el fin de promover el crecimiento.

A pesar de que no llama directamente a la eliminación o reducción de los estándares en salario mínimo, dice que «los altos costes laborales» son una de las restricciones más importantes para la creación de empleo en el sector de las pymes. Llama implícitamente a una exención de normas reglamentarias para las pymes, y sugiere el paso de la imposición directa a la imposición indirecta, claramente regresiva. También hace hincapié en la importancia del empleo temporal en el sector de las pymes e «insta a la Comisión y a los Estados miembros a que apoyen todas las formas de empleo temporal». Por ello, hemos votado en contra.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which proposes means of improving the job creation potential of SMEs while emphasising the need for high standards of protection of workers. The report advocates quality job creation, high standards for workers' protection and calls for means to overcome the gender pay gap.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report. Unemployment and migration flows are the biggest challenges facing Europe at the moment, with multiple implications for the future. High unemployment threatens demographic perspectives, as many young people without work delay starting a family. As a longer term consequence, this situation puts pressure on social security systems and pension schemes, threatening also the future of the current generation. The report emphasises the importance of a stable regulatory environment, improved regulation quality and enforcement, as the right way to lower SMEs burdens, including labour costs. This is an essential prerequisite for the permanence of jobs and for the SMEs' potential to create high quality jobs.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. — Καταψηφίσαμε την έκθεση αφού το στρατηγικό πλαίσιο που προτείνεται για δημιουργία θέσεων εργασίας στις ΜΜΕ, δεν διασφαλίζει τη δημιουργία νέων αξιοπρεπών και μόνιμων θέσεων. Επιπρόσθετα δεν γίνεται καμία αναφορά για τα συλλογικά εργασιακά δικαιώματα των εργαζομένων.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported this report which looks at the potential of Europe's SMEs to create employment. SMEs make up almost 99% of European companies and form the backbone of the EU economy, providing two thirds of private-sector employment in the EU. However, SMEs face specific challenges such as skills shortages/mismatches, regulatory uncertainty and administrative burdens, as well as the problem of undeclared work, which larger companies often do not.

The report emphasises the importance of a stable regulatory environment and improved regulatory efficiency and enforcement as a way to reduce SME costs and establish a level playing field. I was particularly pleased to support provisions emphasising the need for matching skills and qualifications with market demands and promoting entrepreneurship for young people, specifically development of vocational education training that facilitates work-based learning and apprenticeships, and the encouragement of partnerships between employers and educators to help young people to acquire entrepreneurial skills, as well as to better recognise and validate non-formal education and skills. I also support the call on the Commission to conduct an impact assessment regarding the implications of TTIP, and of granting China market economy status (MES), on the number and quality of jobs in the SME sector in Member States.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour as I have no objections against it.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, own-initiative report. Although the report seeks to tell the Commission and Member States that more needs to be done to help SMEs and reduce the regulatory burden (which in principle UKIP supports), it then goes on to call for wide ranging Commission action and further legislation. The initial report seeks to tell Member States what their taxation policy should be, calls to create an EU framework regulation for pan-EU crowd funding and welcomes an EU proposal on business insolvency among many other things. If it wasn't due to the cost of EU regulation and overly bureaucratic EU red tape SMEs would have a much better chance at growing. The only people that should decide these things are our elected and accountable national governments, not EU bureaucrats in Brussels.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – The growth of the SME sector is related to fair competition and access to financing. We need education reform and a good social dialogue in order to allow for SMEs to create sustainable quality jobs.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o najboljem načinu iskorištavanja potencijala malih i srednjih poduzeća za otvaranje radnih mjesta, jer donosi mnoge važne regulatorne okvire, propise i provedbe koji vode na dobar put ka smanjenju opterećenja za mala i srednja poduzeća, te omogućuju stabilnost sadašnjih i otvaranje novih kvalitetnih radnih mjesta. Mala i srednja poduzeća u proteklom su desetljeću zaslužna za otvaranje 85 % radnih mjesta u Europi, te daju važan doprinos društveno-gospodarskom rastu i razvoju EU-a.

U izvješću se ističe da je potrebno zajamčiti jednake uvjete za mala i srednja poduzeća s obzirom na njihovu konkurentnost u odnosu na velike korporacije. U nekim slučajevima sama politika tržišnog natjecanja EU-a rezultira povlasticama za velike operatere koji su gospodarski učinkovitiji od malih i srednjih poduzeća. U tom smislu, ovim se izvješćem ističe da su potrebne posebne mjere za mala i srednja poduzeća kako bi se smanjila njihova tržišna neekonomičnost i tako omogućili internacionalizacija i poticanje potencijala za otvaranje radnih mjesta.

Diane James (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this non-legislative, own-initiative report. Although the report seeks to tell the Commission and Member States that more needs to be done to help SMEs and reduce the regulatory burden (which in principle UKIP supports), it then goes on to call for wide ranging Commission action and further legislation. The initial report seeks to tell Member States what their taxation policy should be, calls to create an EU framework regulation for pan-EU crowd funding and welcomes an EU proposal on business insolvency among many other things. If it wasn't due to the cost of EU regulation and overly bureaucratic EU red tape SMEs would have a much better chance at growing. The only people that should decide these things are our elected and accountable national governments, not EU bureaucrats in Brussels.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai évidemment voté en faveur de ce rapport, car les PME sont le moteur de l'économie européenne. Elles ont créé 85 % des nouveaux emplois en Europe lors des dix dernières années. Il est donc primordial que toutes les mesures nécessaires soient prises pour leur assurer un environnement sain et propice à leur développement.

Ce rapport réalise donc une analyse des problèmes rencontrés par les PME et propose un certain nombre de solutions pour y remédier. Parmi les problèmes soulevés, on retrouve par exemple les problèmes liés aux compétences, à l'insécurité réglementaire, aux charges administratives trop lourdes et à l'accès aux financements.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht stellt einen Versuch dar, Rahmenbedingungen für KMU zu verbessern. Insbesondere zielt er darauf ab, die Schaffung von Arbeitsplätzen europaweit zu verbessern. Ich stimme daher dem vorliegenden Bericht zu.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which proposes means of improving the job creation potential of SMEs while emphasising the need for high standards of protection of workers. The report advocates quality jobs creation, high standards for workers' protection and calls for means to overcome the gender pay gap.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Der Krasnodębski-Bericht nimmt Stellung zur optimalen Nutzung des Potenzials kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zur Schaffung von Arbeitsplätzen. KMU stellen etwa zwei Drittel der Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft bereit. Um das Potential zur Schaffung von Arbeitsplätzen noch weiter zu stärken, sollten KMU im Fokus der Ausgestaltung der EU-Unternehmenspolitik stehen.

Der Bericht hebt hervor, dass eine Verringerung des Verwaltungs- und Regelungsaufwandes wie auch eine Verbesserung der Qualität der Rechtssetzung und Rechtsdurchsetzung KMU entlasten sollten. Darüber hinaus wird im Bericht betont, dass faire Wettbewerbsbedingungen für KMU im Vergleich mit Großunternehmen geschaffen werden. Kleine und lokale Unternehmen werden in überregulierten und bürokratischen Verwaltungssystemen besonders benachteiligt. Es sind Maßnahmen notwendig, um Marktnachteile von KMU so einzuschränken, dass ihr Beschäftigungspotenzial erheblich gesteigert wird.

Ich halte den Bericht insgesamt für sehr ausgewogen und habe ihm deshalb zugestimmt.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Amióta képviselő vagyok az EP-ben, rengeteg olyan jelentéssel találkoztam, melyek kihangsúlyozzák, hogy a kkv-k mennyire fontos szerepet töltenek be az EU-n belül a munkahelyteremtés, a foglalkoztatás vonatkozásában. A jelentések aláhúzzák, hogy ezért is minden lehetséges módon támogatni kell a kis- és középvállalatokat mind a forrásokhoz való hozzáférés, mind az adminisztratív terheik csökkentése révén. Az EU sokéves látszólagos törekvése ellenére a helyzet ma sem jó, a jelentés jól mutat rá, hogy a kkv-k létrehozásának és növekedésének egyik legfőbb akadálya még mindig a finanszírozáshoz való hozzáférés.

A kkv-k súlyos versenyhátrányban vannak a multinacionális vállalatokkal szemben, melyek a nyereségüket adóparadicsomként működő tagállamokba, vagy harmadik országokba csoportosítják át. Erényei mellet az anyag nem elég határozott, a konkrét megoldási javaslatok hiányoznak belőle, de így is támogatandó.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепям доклада относно търсенето на най-добрия начин как да се оползотвори потенциалът на малките и средните предприятия (МПС) за създаване на работни места. Секторът има нужда от голяма подкрепа, за да продължава успешното си развитие. Тази подкрепа ще означава борба с равнищата на безработица сред младите, а и с безпрецедентно високия процент на безработица като цяло.

Трябва ясно да назовем основните предизвикателства, с които трябва да се преборим, за да създадем повече предпоставки за създаване на работни места. Част от тях са недостигът на умения, недостатъчната степен на оценка на бъдещите нужди от умения, несъответствията между уменията и потребностите, изтичането на мозъци, ненужната регулаторна тежест и регулаторна несигурност във всички области, недостигът на диалог между заинтересованите страни на пазара, ограниченият достъп до финансиране и до обществени поръчки, недостатъчният капацитет за иновации и за достъп до нови технологии, недостатъчната подкрепа, оказвана на МСП в рамките на политиките за публични инвестиции, сивата икономика и измамата, както и облагодетелстваното положение на МНК.

Решенията се коренят в насърчаването на силна предприемаческа култура, държавите членки да разработят форми на сътрудничество, подходящи обучения и промяна на законодателствата в страните членки.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Di recente abbiamo più volte avuto modo di sottolineare il ruolo centrale che le piccole medie imprese (PMI) hanno giocato negli ultimi anni. La relazione posta oggi al voto spiega come migliorare la qualità normativa nel contesto delle PMI e come ridurne gli oneri, condizioni essenziali per garantire posti di lavoro a lungo termine e di qualità. Il futuro dei nostri giovani è nelle nostre mani, e dobbiamo fare in modo che venga reso il più proficuo possibile. Voto, dunque, a favore della relazione su come realizzare al meglio il potenziale di creazione di posti di lavoro delle PMI.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport, car, malgré des maladresses, il a le mérite de se préoccuper des PME, notamment en demandant l'allègement du poids administratif et bureaucratique qui pèse sur elles.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Ce texte, s'il n'est pas parfait, va dans le sens de notre vision de l'entreprise et de l'emploi en remettant les PME au centre des préoccupations et en demandant l'allégement du poids administratif et bureaucratique qui pèse sur elles.

En conséquence, j'ai voté en faveur de ce dossier.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe porque debe asegurar la competencia leal, el acceso a la financiación, un marco regulatorio adecuado, habilidades del S.XXI y un buen diálogo social con el fin de permitir a las pymes crear trabajos de calidad y sostenibles.

El informe introduce elementos como la protección social y la salud ocupacional, las empresas de economía social y cooperativas, la creación de empleo de calidad, los problemas del trabajo precario, las sociedades buzón, los falsos autónomos, la competencia desleal y las desigualdades salariales y de empleo entre hombres y mujeres, la lucha contra la evasión fiscal y la economía sumergida, el impacto de los acuerdos comerciales en los derechos de los trabajadores, los salarios y los empleos, o el impacto del Mercado único digital.

También se mantiene la referencia a las «cargas injustificadas» para las pymes en lugar de simplemente cargas. Además se ha apoyado el enfoque sobre el potencial de las pymes, las habilidades del Siglo XXI, la educación dual y la formación continuada para superar la falta de habilidades, el acceso a la financiación y el apoyo a las pymes (incluyendo Fondos Europeos y Programas) la responsabilidad social corporativa así como un apoyo específico a los jóvenes emprendedores.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe debido a que las propuestas que plantean no solucionaran el problema de acceso a la financiación de las Pequeñas y Medianas Empresas, sino que las expondrá más a los riesgos de la especulación financiera. Este informe señala la problemática que sufre la pymes europea en el acceso al crédito, sin embargo, en lugar de proponer un sistema bancario minorista sano que permita financiar a este tipo de empresas que suponen la columna vertebral de la economía europea, plantea que la solución debe ser la Unión del Mercado de Capitales. Esta propuesta no hará más que elevar el riesgo soportado por las pymes dependientes de complejos productos financieros de carácter especulativo. Es porque este informe no propone soluciones para las pymes sino para el capital financiero por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – El objetivo de este informe de iniciativa es potenciar la creación de empleo y la mano de obra: a través de un marco regulador favorable y estable, facilitando el acceso a financiación, con un plan de inversiones para Europa, con contratación pública, mejorando la capacidad de inversión e innovación y fomentando la economía digital.

En este informe destacamos la necesidad de un marco regulador que fomente la inversión y promueva al mismo tiempo el crecimiento económico sostenible y el empleo de calidad.

Considero que uno de los puntos claves que pueden influir en la competitividad de las pymes son los costes laborales, pero el desempleo no debería combatirse a costa de la protección de los trabajadores, sino aumentando el valor de la formación como elemento necesario para preparar a la población trabajadora para ocupar los puestos de trabajo, así como adaptando la demanda y la oferta de mano de obra.

Por último, quiero subrayar que debemos reducir la carga administrativa de la regulación, ya que esta es desproporcionadamente más alta para los trabajadores autónomos y las microempresas que para las empresas de mayor tamaño.

Por todo lo anteriormente descrito, doy mi voto positivo para la aprobación de este informe.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Krasnodębski-Bericht nimmt Stellung zur optimalen Nutzung des Potenzials kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zur Schaffung von Arbeitsplätzen. KMU stellen etwa zwei Drittel der Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft bereit. Um das Potential zur Schaffung von Arbeitsplätzen noch weiter zu stärken, sollten KMU im Fokus der Ausgestaltung der EU-Unternehmenspolitik stehen.

Der Bericht hebt hervor, dass eine Verringerung des Verwaltungs- und Regelungsaufwandes wie auch eine Verbesserung der Qualität der Rechtssetzung und Rechtsdurchsetzung KMU entlasten sollten. Darüber hinaus wird im Bericht betont, dass faire Wettbewerbsbedingungen für KMU im Vergleich mit Großunternehmen geschaffen werden. Kleine und lokale Unternehmen werden in überregulierten und bürokratischen Verwaltungssystemen besonders benachteiligt. Es sind Maßnahmen notwendig, um Marktnachteile von KMU so einzuschränken, dass ihr Beschäftigungspotenzial erheblich gesteigert wird.

Ich halte den Bericht insgesamt für sehr ausgewogen und habe ihm deshalb zugestimmt.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I supported this report, which looks into the conditions which would best harness the job creation potential of SMEs in the European Union.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Nesouhlasím s výzvou, aby členské státy „podporovaly vytváření a rozvoj družstevních podniků". Státy podle mě nemají ovlivňovat, jaké právní formy lidé v podnikání používají. Státní upřednostňování družstev jsme už v předchozím socialismu zažili. Nesouhlasím s „naléhavou výzvou k přípravě účinných a výrazných reklamních kampaní, které budou propagovat Rychlou cestu k inovacím (FTI)". Podle mě nepotřebujeme více kampaní na evropské fondy placené z peněz daňových poplatníků.

Monica Macovei (ECR), *în scris*. – Întreprinderile mici și mijlocii asigură două treimi din toate locurile de muncă din sectorul privat. Sprijinirea lor contribuie la combaterea șomajului ridicat – aproximativ 23 de milioane la nivel de UE în 2015. 99 % din întreprinderile europene sunt IMM-uri. În ultimii 10 ani, IMM-urile au creat 85 % din locurile de muncă din Europa, subliniind încă o dată importanța lor pentru economia europeană.

Libera circulație a lucrătorilor este un principiu fundamental al Uniunii Europene și nu ar trebui să uităm acest lucru.

Susțin acest raport deoarece sunt aproximativ 2 milioane de locuri de muncă care nu pot fi ocupate ușor din cauza incompatibilității forței de muncă în Europa și raportul subliniază importanța rezolvării unor probleme, precum incompatibilitățile.

Pentru a asigura dezvoltarea întreprinderilor și pentru a consolida potențialul acestora de a crea locuri de muncă, politicile europene și naționale trebuie să rezolve problemele legate de competențe (insuficiente, incompatibilități), insecuritatea în materie de reglementare, sarcinile administrative, munca nedeclarată și altele.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Europska gospodarska struktura zasniva se na malim i srednjim poduzećima koja su izvor novih radnih mjesta i pokretač europskog gospodarstva. MSP-ovi imaju važnu ulogu u jačanju ekonomske, socijalne i teritorijalne kohezije, pridonoseći također pametnijem i održivom rastu, a ovaj sektor važan je na regionalnoj razini, posebno u ruralnim regijama. Unatoč pravilima unutarnjeg tržišta, u cijelom EU-u i dalje postoje znatne razlike u pogledu regulatornih okvira za MSP-ove, a veliki troškovi radne snage i prevelika birokracija jedni su od glavnih prepreka otvaranju radnih mjesta.

Stoga bi proračun EU-a trebao pridonijeti poticanju otvaranja dugoročnih kvalitetnih i održivih radnih mjesta. Države članice moraju riješiti probleme manjka i neusklađenosti vještina, odljev mozgova, nepotrebna regulatorna opterećenja i nedovoljan dijalog između dionika na tržištu rada te ograničen pristup financijama i javnoj nabavi. Strukovno obrazovanje i osposobljavanje, a posebno dualni sustavi u suradnji s MSP-ovima, trebaju dobiti veću potporu javnosti, budući da su važan alat u smanjenju nezaposlenosti mladih.

Veća pozornost mora se posvetiti i razvijanju digitalnih vještina, kritičkog razmišljanja, rješavanja problema i timskog rada. Poboljšane kvalitete propisa i bolja provedba pravi su put za smanjenje opterećenja za MSP-eve i glavni preduvjet za stabilnost i otvaranje novih radnih mjesta, stoga sam podržala ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – We are awaiting from the Commission proposals to facilitate loans to microcompanies and SMEs to increase their available credit, to improve the regulatory framework for social businesses, and to create a differentiated approach to improving the environment for SMEs, taking into account the EU regions' specific structural differences.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – K najväčším problémom EÚ patrí vysoká miera nezamestnanosti. V roku 2015 bolo v EÚ nezamestnaných 23 miliónov osôb, z toho 4,5 milióna mladých mužov a žien do 25 rokov. Situáciu sťažuje aj veľký prílev migrantov, ktorých sociálna integrácia si vyžaduje poskytnutie zamestnania.

Malé a stredné podniky v posledných desiatich rokoch vytvorili 85 % pracovných miest, a teda majú potenciál na riešenie nezamestnanosti a tvorbu pracovných miest. Vzhľadom na rôzne podmienky jednotlivých členských štátov však pretrvávajú medzi MSP z niektorých členských krajín evidentné rozdiely, čo sa prejavuje v ich veľkosti a hospodárskom vplyve. Tento stav pretrváva najmä v krajinách strednej a východnej Európy, ktoré vstúpili do EÚ po roku 2004.

Členské štáty preto musia poskytnúť MSP účinnú a efektívnu pomoc v podobe odstraňovania administratívnych a regulačných bariér pri ich zakladaní a podnikaní. Nutné je vytvárať vhodné podmienky na zlepšenie prístupu k zručnostiam, učňovskému a odbornému vzdelávaniu s ohľadom na potreby trhu práce. Spravodlivý regulačný rámec a rovnaké podmienky umožnia viac podnietiť záujem a činnosť MSP.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Αναφερόμενος στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 14/9/2016, απείχα κατά την ψηφοφορία της έκθεσης σχετικά με το πώς να αξιοποιηθεί με τον καλύτερο δυνατό τρόπο το δυναμικό των μικρών και μεσαίων επιχειρήσεων (ΜΜΕ) για τη δημιουργία θέσεων εργασίας, καθώς η εν λόγω έκθεση δεν είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

Ce texte, s'il n'est pas parfait, va dans le sens de notre vision de l'entreprise et de l'emploi, en remettant les PME au centre des préoccupations et en demandant l'allègement du poids administratif et bureaucratique qui pèse sur elles. La structure économique européenne repose principalement sur ces structures qui constituent une source de nouveaux emplois. Au cours des dix dernières années, les PME ont créé 85 % des nouveaux emplois en Europe. Le texte insiste sur l'importance d'un environnement règlementaire stable et de qualité, ce que nous approuvons.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Como motor de nuestra economía, las pymes tienen un papel fundamental en la creación de empleo y desde las instituciones debemos hacer lo posible para facilitar el desarrollo empresarial y aumentar su potencial de creación de empleo.

Mi apoyo al informe sobre la mejor manera de aprovechar el potencial de creación de empleo de las pequeñas y medianas empresas, que debe servir de referente a la Comisión para establecer medidas inmediatas que proporcionen un marco adecuado para el crecimiento de estas empresas y su protección para garantizar la igualdad de condiciones respecto a las grandes empresas.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht soll die Bedingungen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze verbessern. Es ist richtig, dass dieses Potenzial besser ausgeschöpft werden muss. Daher kann ich dies nur unterstützen.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu EP parengtam pranešimui kuriuo skatinama geriau pasinaudoti mažųjų ir vidutinių įmonių (MVĮ) darbo vietų kūrimo galimybėmis. Pranešima išskiriama eilė egzistuojančių problemų, su kuriomis susiduria MVĮ bei išskiriamos svarbiausios, prioritetinės priemonės šioms problemoms spręsti. Pavyzdžiui, pranešime pabrėžiama stabilios ir geresnės reglamentavimo kokybės ir vykdymo užtikrinimo svarba, nes tai yra vienas iš būdų mažinti darbo sąnaudas. Pranešime taip pat ypač palankiai vertinamas tolesnis profesinio mokymo, kuris skatintų darbu pagrįstą mokymąsi ir pameistrystes, plėtojimas. Pranešime be kita ko pabrėžiama būtinybė užtikrinti vienodas veiklos sąlygas MVĮ, susijusias su jų konkurencine padėtimi didelių įmonių atžvilgiu.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative est destiné à identifier les problèmes qui empêchent les petites et moyennes entreprises (PME) de réaliser un taux de croissance efficace et de permettre la création d'emplois. Selon l'auteur, «les coûts élevés du travail» sont l'une des plus importantes restrictions à la création d'emplois dans le secteur des PME. Je crois au contraire que c'est la restriction de la demande.

Le rapport appelle implicitement une exemption pour les PME des normes réglementaires, et appelle à un abandon de la fiscalité directe à indirecte, la taxation régressive. Il souligne également l'importance de l'emploi temporaire et donc précaire dans le secteur des PME et «invite la Commission et les États membres à soutenir toutes les formes d'emploi temporaire».

Je vote contre ce texte d'un dogmatisme libéral grotesque.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce texte, s'il n'est pas parfait, va dans le sens de notre vision de l'entreprise et de l'emploi en remettant les PME au centre des préoccupations et en demandant l'allégement du poids administratif et bureaucratique qui pèse sur elles.

En conséquence, j'ai voté en faveur de ce dossier.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Em 2014, as PME contribuíram, em grande medida, para o crescimento do emprego, com até 71 % na economia de mercado não financeira. A criação de emprego nas PME é influenciada por uma série de fatores internos e externos e, entre estes últimos, são pressupostos essenciais a concorrência controlável (incluindo de empresas multinacionais e da economia paralela), os encargos administrativos e os custos globais de produção controláveis, bem como o acesso ao financiamento e à mão de obra qualificada. Temos que criar mecanismos que permitam aproveitar da melhor maneira o potencial das PME na criação de emprego e no desenvolvimento económico. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this resolution as it makes numerous proposals to make the most of and also support the Union's Small and Medium Enterprises. The resolution focuses on tackling the skill-gap in certain sectors and the need for SMEs to be given the same level of tax support and access to public procurement processes as larger companies.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — De afgelopen tien jaar zijn kmo's goed geweest voor 85 procent van de nieuwe banen in Europa. Op die manier staan kleine en middelgrote bedrijven garant voor twee derde van de totale tewerkstelling. Bovendien hebben deze ondernemingen aangetoond dat ze in periodes van economische laagconjunctuur beter bestand zijn tegen banenverlies. Omdat ze zo'n belangrijke bijdrage leveren aan de sociaal-economische groei en ontwikkeling van de EU, verdienen deze bedrijven prioriteit in het industriebeleid van de EU. Maar kleine en middelgrote ondernemingen staan ook voor grote uitdagingen.

Het is de verdienste van dit verslag dat een grondige analyse wordt gemaakt van de problemen waar kmo's mee geconfronteerd worden. Naast de bekende problemen, zoals het gevaar van overregulering of hoge arbeidskosten, moeten het tekort aan vaardigheden, de geringe innovatiecapaciteit, de beperkte internationalisering en de matige toegang tot financiering voor kmo's worden verholpen. Daarom heb ik in mijn amendementen op dit verslag aan de Commissie gevraagd inspanningen te leveren zodat méér kmo's gaan exporteren. Ik heb ook de klemtoon gelegd op de noodzaak om van jongs af aan een sterke ondernemingscultuur in te bedden in het onderwijs en de opleidingen en aangeleerde vaardigheden beter af te stemmen op de vragen van de arbeidsmarkt.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* — Európa v súčasnosti čelí viacerým výzvam, medzi najzávažnejšie z nich patrí súčasná migračná vlna a otázka nezamestnanosti. Vysoká nezamestnanosť v Európe negatívne vplýva na mnohé oblasti, ohrozuje demografické vyhliadky, keďže mnoho mladých bez práce odkladá založenie rodiny, čo následne vytvára tlak na systémy sociálneho zabezpečenia a dôchodkové systémy. Vysoká nezamestnanosť v južnej a východnej Európe a následný odchod mladých ľudí z týchto krajín do centrálnych členských štátov podnecujú vznik sociálneho napätia v hostiteľských krajinách. Malé a stredné podniky v poslednom desaťročí vytvorili v Európe až 85 % pracovných miest, preto je dôležité, aby sa stali ústrednou témou pri formovaní politiky v oblasti podnikania v EÚ, a mali by sa vytvárať potrebné kroky s cieľom posilniť potenciál na vytvorenie pracovných miest v tomto odvetví. MSP sú rôznorodou skupinou a v Európe sa vyskytujú rôzne modely malých podnikov. Návrh zdôrazňuje potrebu zabezpečenia rovnakých podmienok pre MSP, pokiaľ ide o ich konkurenčné postavenie v porovnaní s veľkými spoločnosťami. MSP sú znevýhodnené najmä nadmernou reguláciou v administratívnom systéme a vysokými fixnými nákladmi v byrokratickom systéme. Je preto potrebné realizovať osobitné opatrenia pre MSP s cieľom obmedziť ich nevýhody na trhu, umožniť ich internacionalizáciu a zvýšenie potenciálu vytvárania pracovných miest. Návrh podporujem svojím hlasom.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report because SMEs are the backbone of the European economy. Hence it is important to focus on fair competition, access to financing, an adequate regulatory environment, 21st century working skills and a good social dialogue in order to allow for SMEs to create sustainable quality jobs.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Foglalkoztatási és Szociális Bizottság jelentése az új munkahelyek létrehozásának fontosságából indul ki. Megállapítja, hogy az új munkaalkalmak forrásait és az európai gazdaság motorját a kkv-k képezik: az elmúlt évtizedben az európai munkahelyek 85%-át a kkv-k hozták létre, és 2015-ben a kisvállalkozások 71%-ban járultak hozzá a foglalkoztatás növekedéséhez a nem pénzügyi vállalkozásokban. A jelentés hangsúlyozza, hogy az üzleti fejlődéshez és a vállalkozások munkahelyteremtő képességének növeléséhez szükséges egészséges környezet kialakítása érdekében a nemzeti és európai politikáknak kezelniük kell a szakértelemmel kapcsolatos problémákat (a szakképzett munkaerő hiánya, meg nem felelés, agyelszívás), enyhíteniük kell a szabályozási bizonytalanságot és az adminisztratív terheket, valamint fel kell venniük a küzdelmet a be nem jelentett munkával és a multinacionális cégek de facto privilegizált helyzetével szemben.

Kiemeli továbbá a stabil szabályozási környezet, a szabályozási minőség és a végrehajtás jelentőségét, ez ugyanis a kkv-kat terhelő költségek – közöttük a munkaerőköltség – csökkentésének helyes útja; Egyben ez az egyik lényeges előfeltétele a munkahelyek állandóságának és annak, hogy a kkv-k képesek legyenek magas színvonalú munkahelyeket teremteni. A jelentés elfogadását támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Nous votons pour ce rapport qui va dans le sens du discours que nous tenons à propos des PME.

Il présente les PME comme une priorité pour l'emploi et la croissance, et demande à ce qu'elles soient au centre des préoccupations.

En effet, la structure économique européenne repose principalement sur les PME qui constituent une source de nouveaux emplois et le moteur de l'économie européenne. Elles ont créé 85 % des nouveaux emplois en Europe sur les 10 dernières années. Et en 2015, elles ont contribué à 71 % de la croissance de l'emploi dans l'économie marchande non financière.

Il est donc primordial que l'environnement règlementaire économique soit favorable aux PME en assurant des conditions de concurrence équitables face aux grandes entreprises, en améliorant encore l'enseignement et la formation professionnels, et en allégeant le poids administratif et bureaucratique qui pèse sur elles.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Importa recordar que quase 99 % das empresas europeias são PME, constituindo, por isso, a espinha dorsal da economia da UE, e possuem uma importância estratégica no que diz respeito à criação de emprego.

Voto favoravelmente o presente relatório, entendendo que as PME devem ativamente contribuir para o crescimento sustentável e a criação de empregos de qualidade. Simultaneamente, devem ser promovidos novos métodos de ensino atualizados e o desenvolvimento de aptidões e competências por forma a ir ao encontro das necessidades das PME, aumentando assim a empregabilidade de milhares de cidadãos europeus.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce texte remet les PME au centre des préoccupations et demande l'allègement du poids administratif et bureaucratique qui pèse sur elles. Je vote donc pour.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report which proposes means of improving the job creation potential of SMEs while emphasising the need for a high standard of protection of workers. The report advocates quality job creation, high standards for workers' protection and calls for means to overcome the gender pay gap.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport intitulé «Comment tirer le meilleur parti du potentiel de création d'emplois des petites et moyennes entreprises?». Ce texte analyse les problèmes rencontrés par les PME (insécurité réglementaire, lourdeur des charges administratives, difficulté de l'accès au financement). Les PME sont les entreprises qui créent le plus d'emplois en Europe (85% des nouveaux emplois en Europe au cours des dix dernières années ont été créés par des PME). Il est donc fondamental d'identifier les problèmes qu'elles rencontrent et de proposer des solutions.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur la façon de tirer le meilleur parti du potentiel de création d'emplois des PME. Le rapport explore les conditions qui aideraient à la création d'emplois dans les petites et moyennes entreprises tant au niveau de l'Union européenne que dans les États membres.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Üdvözlöm a jelentést. Úgy gondolom, hogy legfőbb ideje hangsúlyoznunk a kis- és középvállalkozások fontos szerepét a mai társadalomban. A számok magukért beszélnek, és a gazdaságra való pozitív hatásuk világosan kimutatható. Mindezek ellenére nem érzékelem, hogy az egyes tagállamok valamilyen módon próbálnák ezt az ágazatot támogatni. Egyetértek ezért a jelentéssel abban, hogy a kisvállalkozókat, valamint a helyi üzleti vállalkozókat ne kezeljük ugyanazzal a hozzáállással, bürokratikus és pénzügyi terhekkel, mint a multinacionális cégeket. Bízom benne, hogy a jelentés majd arra ösztönzi a tagállamokat, köztük Szlovákiát is, hogy végre egy kedvezőbb jogi keretet állítsanak fel, első sorban az újonnan alapított kis- és középvállalkozások számára, támogatva ezzel a vállalkozói szellemet és az új munkahelyek létrehozását.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Europe's economic structure is mainly based on small and medium-sized enterprises as sources of new jobs and represents a driving force of Europe's economy. I have voted for this report that calls on national and European policies to address the issues of skills shortages and mismatches.

Norica Nicolai (ALDE), *in writing*. – I endorse this resolution because it offers an analysis of the constraints to the growth of the SME sector in the EU. Especially SMEs in eastern and southern Member States face harder conditions in terms of accessing finance, as the economy in these regions of the EU is under bigger strain and therefore less stable. These disadvantages should be taken into consideration in EU policy assessments. Moreover, problems of competing with big corporations and suffering under heavy administrative systems remain concerning to the growth potential of SMEs – a sector that is vital for getting especially young Europeans out of unemployment and into work.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted against this report. While I fully support the concept that SMEs have a lot of potential for job creation, the report placed far too much emphasis on reducing protection, rights, wages and conditions for workers. While it had some positive calls for further education and training of workers and access to support for SMEs, it also included negative calls for the promotion of temporary work by the Commission and Member States, as well as for 'regulatory burdens' in health and safety to be reduced. Due to the generally neoliberal, anti-worker approach of the report I voted against.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Es sollen in diesem Bericht die Konditionen für die Arbeitsplatzschaffung durch KMU verbessert werden. Ich habe mich bei diesem Bericht enthalten, da nicht alle finanzökonomischen Maßnahmen effizient sind.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. VKEd loovad ELis rohkem töökohti kui muud ettevõtted erasektoris. Raport kutsub liikmesriike üles vältima ülereguleerimist, mis takistab äriühingute konkurentsivõimet ja töökohtade loomise võimalusi. Veel juhitakse tähelepanu sellele, et ettevõtete arengu jaoks soodsa keskkonna saavutamiseks ja töökohtade loomise potentsiaali suurendamiseks tuleb liikmesriikide ja Euroopa poliitikas keskenduda oskustele, nende nappusele ja mittevastavusele või haritud ja oskusteabega inimeste väljavoolule ning hargmaiste ettevõtete eelisseisundile.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, own-initiative report. Although the report seeks to tell the Commission and Member States that more needs to be done to help SMEs and reduce the regulatory burden (which in principle UKIP supports), it then goes on to call for wide ranging Commission action and further legislation. The initial report seeks to tell Member States what their taxation policy should be, calls to create an EU framework regulation for pan-EU crowd funding and welcomes an EU proposal on business insolvency among many other things. If it wasn't due to the cost of EU regulation and overly bureaucratic EU red tape SMEs would have a much better chance at growing. The only people that should decide these things are our elected and accountable national governments, not EU bureaucrats in Brussels.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ringrazio il relatore per il lavoro svolto e voterei positivamente sulla relazione modificata dagli emendamenti proposti dal mio gruppo che allargano ed arricchiscono il testo di base.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — As a member of the Committee on the Internal Market and Consumer Protection I work for cutting red-tape for businesses and removing barriers for accessing markets. I voted in favour of this report, which promotes the conditions for SMEs' development and for decreasing the administrative burdens and difficulties they experience.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam prijedlog potencijala malih i srednjih poduzeća za otvaranje radnih mjesta. Znamo kako je u zemljama EU-a prisutna nezaposlenost mladih ljudi pogotovo na istoku, jugu i središnjem dijelu Europe, dok u zapadnom dijelu mala i srednja poduzeća su među glavnim djelatnostima u EU-u i možemo ih nazvati kralježnicom gospodarskog sustava EU-a.

Ono što čini razliku između srednje Europe u razvoju SME-a i ostalih dijelova Europe je sustav koji onemogućava razvoj takvog oblika djelatnosti koji se ograničava razno raznim administrativnim i regulatornim preprekama u ostalim dijelovima Europe. Takav pristup malom i srednjem poduzetništvu nije dobar i potiče odlazak mladih obrazovanih ljudi u zapadne dijelove Europe i vrši pritisak.

Moramo poticati mlade poduzetnike i omogućiti im rad i napredak u njihovoj zemlju kako bi se razvijali i ostali dijelovi Europe, a s time bi se riješio i socijalni problem kao što su osnivanje obitelji i povećanje nataliteta koji će održati sustav mirovina.

Velika prilika se može naći u e-trgovini, a pošto je mladima internet u malom prstu potrebno je iskoristiti i tu mogućnost. Zalažem se za strukovna usmjerenja u SME-u i primjere najbolje prakse mladim ljudima u SME-u te, ponavljam, smanjenje ograničavajućeg pristupa na čemu se i treba temeljiti tržišna ekonomija.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce texte présente quelques mesures de bon sens pour alléger les contraintes qui pèsent que les PME. Néanmoins, seule une stratégie nationale passant par un patriotisme économique assumé, des frontières et une priorité nationale pourrait apporter des solutions durables aux difficultés que connaissent les PME, mises en concurrence de manière bien trop brutale au sein de l'Union européenne. Je préfère donc m'abstenir sur ce texte.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Le PMI sono l'ossatura dell'economia europea. Per questo è importante lavorare per assicurare una concorrenza leale, l'accesso ai finanziamenti, un adeguato quadro normativo, competenze all'altezza delle sfide poste dalla realtà del XXI secolo e un buon dialogo sociale, al fine di consentire alle PMI di creare posti di lavoro sostenibili e di qualità. Voto a favore della relazione perché è stata decisamente migliorata, in commissione, grazie all'impegno del gruppo S&D che è riuscito a inserire nel testo una serie di elementi molto importanti, tanto per le imprese, quanto per i lavoratori come l'inclusione delle imprese sociali e cooperative, l'importanza del mercato unico digitale e la lotta all'evasione fiscale e al lavoro sommerso. Altrettanto importanti sono l'appello a che gli accordi di libero commercio non vadano a penalizzare i diritti e le retribuzioni dei lavoratori, la necessità di affrontare i problemi posti dal lavoro precario, dalle società fittizie, dal finto lavoro autonomo, dalla competizione sleale e dalla disparità di trattamento tra uomini e donne, sia per quanto riguarda i livelli di occupazione che di retribuzione.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Europska gospodarska struktura uglavnom se zasniva na malim i srednjim poduzećima koja su izvor novih radnih mjesta i pokretač europskog gospodarstva. Dok se u stabilnim gospodarstvima rast stvara na temelju učinkovitog međudjelovanja malih i srednjih poduzeća i velikih poduzeća, u mnogim južnim i istočnim državama članicama teške gospodarske prilike usporavaju razvoj malih i srednjih poduzeća.

Podržao sam izvješće zastupnika Krasnodębskija jer je važno osigurati jednake uvjete za mala i srednja poduzeća s obzirom na njihovu konkurentnost u odnosu na velike kompanije, a što će ujedno stvoriti potencijal za otvaranje novih radnih mjesta i rezultirati gospodarskim rastom.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – W ostatniej dekadzie MŚP utworzyły 85% miejsc pracy w Europie. W 2015 r. małe firmy przyczyniły się do 71% wzrostu zatrudnienia w branżach niezwiązanych z sektorem finansowym. Pomimo przepisów regulujących rynek wewnętrzny w Unii Europejskiej utrzymują się duże rozbieżności, jeśli chodzi o ramy regulacyjne dla MŚP. Przy ocenie i pomiarze skutków polityki UE należy w większym stopniu uwzględnić silne zróżnicowanie regionalne wśród państw członkowskich. Z powodu wielorakich przeszkód dla tworzenia miejsc pracy zasada uniwersalnego modelu okazała się dyskryminująca dla sektora MŚP. Ponadto brak stabilności makroekonomicznej oraz przejrzystych uregulowań skutkuje tym, że MŚP w wielu krajach, które przystąpiły do Unii po 2004 r., oraz w krajach strefy euro, które przechodzą kryzys, mają niekorzystne warunki rozwoju.

Sprawozdawca podkreślił, że aby stworzyć solidne otoczenie dla rozwoju przedsiębiorczości oraz aby zwiększać potencjał tworzenia miejsc pracy, polityki krajowe i europejskie powinny przede wszystkim koncentrować się na kwestii umiejętności, braku pewności prawa i obciążeniach administracyjnych oraz na problemie pracy nierejestrowanej. Sprawozdawca zwrócił również uwagę na konieczność zagwarantowania równych warunków konkurencji dla MŚP, jeśli chodzi o ich pozycję konkurencyjną w porównaniu z dużymi korporacjami. Małe i lokalne firmy mają szczególnie niekorzystną pozycję w nadmiernie uregulowanych i zbiurokratyzowanych systemach administracyjnych. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport d'initiative qui analyse les problèmes rencontrés par les PME européennes et qui expose certaines solutions permettant d'y remédier. Parmi les difficultés, le texte retient: le manque de compétences (formation), l'insécurité juridique et réglementaire, l'accès au financement, et, bien entendu, les charges administratives excessives.

Il faut cependant le noter: 85 % des PME en Europe ont créé de nouveaux emplois sur les dix dernières années, et ce malgré les difficultés énoncées ci-dessus, et surtout les conséquences de la crise économique et financière mondiale. Les PME sont donc bien le moteur de la croissance dans les États membres de l'UE. La position du Parlement européen est claire: la priorité doit être donnée au renforcement d'un environnement propice au développement des PME en Europe.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – As elevadas taxas de desemprego e os fluxos migratórios têm vindo a exercer uma pressão crescente no mercado laboral europeu. Não sendo a Europa o continente com as taxas de natalidade mais elevadas, certo é que o desemprego jovem ameaça ainda mais as perspetivas demográficas e expõe os riscos dos sistemas de segurança social e dos regimes de pensões.

A recente chegada de centenas de milhares de migrantes ao espaço europeu obriga, hoje, a repensar o modelo de integração social da União, que se quer mais robusto e que, concomitantemente, precisa de soluções de emprego que minorem potenciais tensões sociais nos Estados-Membros de acolhimento, de que é exemplo o Reino Unido.

O presente relatório identifica a importância das PME na atual conjetura, salientado a necessidade de resolver questões como a insegurança regulamentar, o trabalho não declarado, os privilégios das multinacionais e outras questões de monta, como a chamada «fuga de cérebros».

Pelo antes exposto, e por considerar essencial a criação de novos e sustentáveis postos de trabalho em todos os Estados-Membros da União, votei a favor da aprovação do presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, own-initiative report. Although the report seeks to tell the Commission and Member States that more needs to be done to help SMEs and reduce the regulatory burden (which in principle UKIP supports), it then goes on to call for wide ranging Commission action and further legislation. The initial report seeks to tell Member States what their taxation policy should be, calls to create an EU framework regulation for pan-EU crowd funding and welcomes an EU proposal on business insolvency among many other things. If it wasn't due to the cost of EU regulation and overly bureaucratic EU red tape SMEs would have a much better chance at growing. The only people that should decide these things are our elected and accountable national governments, not EU bureaucrats in Brussels.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Os elevados níveis de desemprego ameaçam as perspetivas demográficas, uma vez que muitos jovens sem trabalho adiam a constituição de uma família. A recente chegada de centenas de milhares de migrantes constitui outro enorme desafio social, sendo necessários cada vez mais postos de trabalho.

Face a estes desafios, o reforço das condições para a criação de novos postos de trabalho em todos os Estados-Membros da UE tornou-se essencial. As PME devem constituir um ponto central na definição da política empresarial e devem ser tomadas as medidas necessárias para reforçar o potencial de criação de emprego neste setor.

O relatório salienta que se devem resolver as questões relacionadas com as competências (escassez, desfasamentos formativos, «fugas de cérebros»), a insegurança regulamentar e os encargos administrativos, bem como o problema do trabalho não declarado e a posição de facto privilegiada das empresas multinacionais.

Destaca-se a importância de diminuir os encargos para as PME, um maior desenvolvimento da formação profissional, a necessidade de assegurar condições de concorrência equitativas para as PME e ainda o «paradoxo do mercado de trabalho», já que muitos postos de trabalho não podem ser facilmente ocupados devido aos desfasamentos da mão de obra na Europa.

Votei favoravelmente.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Par 528 voix contre 77 (et 44 abstentions), le Parlement a appelé à sensiblement alléger la charge administrative qui pèse sur les PME et demandé à la Commission de toujours considérer en priorité l'impact des nouvelles législations européennes sur la situation des PME avant de les valider.

Les PME représentent 99 % des entreprises en Europe, et neuf PME sur dix comptent moins de dix employés. Les PME européennes sont une chance. Elles sont performantes et la richesse qu'elles créent a rattrapé les niveaux d'avant la crise économique, en hausse de 2,4 % par rapport à l'année 2008. Il est donc particulièrement crucial d'avancer sur la simplification des procédures administratives et fiscales pour ces petites structures.

Encourager les petites et moyennes entreprises (PME) en Europe est au cœur des préoccupations du Parlement, et c'est ce que démontre à nouveau le vote sans ambiguïté de ce midi.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – A estrutura económica europeia baseia-se principalmente em pequenas e médias empresas enquanto fonte de novos empregos e motor da economia da Europa. Na última década, as PME criaram 85 % dos postos de trabalho europeus. Em 2015, as pequenas empresas contribuíram com até 71 % do crescimento do emprego na economia de mercado não financeira. Por conseguinte, as PME devem constituir um ponto central na definição da política empresarial na União Europeia e devem ser tomadas todas as medidas necessárias para reforçar o potencial de criação de emprego neste setor. As políticas nacionais e europeias devem, como prioridade, resolver as questões relacionadas com a insegurança regulamentar e os encargos administrativos, bem como o problema do trabalho não declarado e a posição privilegiada das empresas multinacionais. Não podemos esquecer ainda os aspetos

relacionados com a proteção social, as empresas e cooperativas sociais, a criação de emprego de qualidade, o problema do emprego precário, a competição desleal, as desigualdades de género face ao emprego e ao rendimento, a luta contra a fuga de impostos e a economia paralela, o impacto dos acordos comerciais nos direitos dos trabalhadores, salários e empregos, e também o impacto do *digital single market*.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Las pequeñas y medianas empresas constituyen la columna vertebral de la economía europea, al suponer el 99% de las empresas y el 67% del empleo. Un marco regulatorio adecuado, acceso a financiación y competencias son clave para asegurar su impulso y la creación de empleo estable y de calidad.

Gracias al trabajo del Grupo S&D, el informe hace hincapié en la necesidad de impulsar la protección social y la salud ocupacional y la creación de empleo de calidad, así como hacer frente a los problemas del trabajo precario, los falsos autónomos, la competencia desleal y las desigualdades salariales y de empleo entre hombres y mujeres.

Por todo ello, he votado a favor.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de deux rapports qui ont trait à la question des petites et moyennes entreprises. Le premier rapport traite la question de l'accès des PME au financement et du renforcement de la diversité des financements aux PME dans une union des marchés de capitaux, alors que le second s'intéresse aux moyens pour tirer le meilleur parti du potentiel de création d'emplois des PME.

Les PME sont vitales pour la croissance économique de notre continent et représentent 99 % des entreprises en Europe. Il est important de pouvoir tenir compte de leurs spécificités dans le processus législatif mais sans jamais, et j'insiste là-dessus, remettre en question les normes sociales et environnementales.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O desemprego e a gestão adequada dos fluxos migratórios constituem dois dos maiores desafios que a Europa enfrenta atualmente. Este relatório debruça-se sobre o primeiro destes desafios - a criação de medidas com vista à promoção do emprego (particularmente emprego jovem), em especial por parte das Pequenas e Médias Empresas (PME).

De facto, o número de desempregados na UE mantém-se em níveis historicamente elevados, principalmente o desemprego juvenil - infelizmente prevalecente já há algum tempo. Esta situação coloca um enorme desafio político, económico e social, com a necessidade premente de criar mais postos de trabalho para os mais jovens e para integrar, de forma adequada, as pessoas que se estabelecem na Europa.

A estrutura económica europeia baseia-se principalmente em PME, tendo estas sido responsáveis, na última década, pela criação de 85 % dos postos de trabalho europeus.

O relatório em apreço, que votei favoravelmente, salienta que, para se atingir um ambiente sólido para o desenvolvimento empresarial e impulsionar o seu potencial de criação de emprego, as políticas nacionais e europeias devem solucionar, prioritariamente, as questões relacionadas com as competências («fuga de cérebros»), a insegurança regulamentar, os encargos administrativos, o trabalho não declarado e a posição de facto privilegiada das empresas multinacionais.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui dresse une analyse des problèmes rencontrés par les PME et propose des solutions pour répondre à ces défis.

Ce rapport liste les enjeux auxquels doivent faire face les PME. Le manque d'adéquation des compétences aux demandes du marché du travail, l'insécurité règlementaire, les difficultés d'accès aux financements ou encore le poids des charges fiscales et administratives sont les principales difficultés que les PME doivent surmonter.

Il est crucial que les PME, qui sont les moteurs de l'économie européenne, soient l'objet d'une attention particulière et que des réponses soient apportées à ces difficultés.

J'ai donc soutenu ce rapport parce qu'il rappelle, notamment, que les règles de concurrence de l'Union doivent garantir des conditions de concurrence équitables pour les petites, les moyennes et les grandes entreprises et favoriser ainsi leur internationalisation.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe trata de identificar los problemas que dificultan a las pymes alcanzar una tasa de crecimiento efectivo y crear de puestos de trabajo. El informe se centra, en gran medida, de la reducción de 'cargas administrativas' a las pymes y, aunque se ha mejorado en la comisión Empleo con un cierto contenido progresista, su premisa básica sigue siendo neoliberal: que las leyes y reglamentos, incluyendo el pago a los trabajadores y las condiciones laborales, la salud y la seguridad, son cargas administrativas y deben reducirse con el fin de promover el crecimiento.

A pesar de que no llama directamente a la eliminación o reducción de los estándares en salario mínimo, dice que «los altos costes laborales» son una de las restricciones más importantes para la creación de empleo en el sector de las pymes. Llama implícitamente a una exención de normas reglamentarias para las pymes, y sugiere el paso de la imposición directa a la imposición indirecta, claramente regresiva. También hace hincapié en la importancia del empleo temporal en el sector de las pymes e «insta a la Comisión y a los Estados miembros a que apoyen todas las formas de empleo temporal». Por ello, hemos votado en contra.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zur Fragestellung, mit welchen Methoden das Potential von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) zur Schaffung von Arbeitsplätzen am besten genutzt werden kann, gestimmt.

KMU zu unterstützen bedeutet, etwas gegen Jugendarbeitslosigkeit zu tun und in Wirtschaftswachstum zu investieren. Sie machen einen erheblichen Anteil der europäischen Wirtschaft aus.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque su objetivo es el de reducir la protección laboral de los trabajadores/as de las pymes y autónomos/as, incluidos dependientes y falsos/as autónomos/as, bajo el mantra de mejorar su competitividad. De esta forma, se utiliza a las pymes para abrir brecha en los intereses del gran capital contra la clase trabajadora. Creo, por el contrario, que los problemas de las pymes (la falta de demanda provocada por la caída de salarios y los del gasto público; la extrema volatilidad y dependencia financiera provocada por el creciente poder del oligopolio bancario) deben servir para crear una alianza con las clases populares para poner fin a las políticas neoliberales.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report which proposes means of improving the job creation potential of SMEs while emphasising the need for high standard of protection of workers. The report advocates quality jobs creation, high standards for workers' protection and calls for means to overcome the gender pay gap.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Malé a stredné podniky (MSP) majú kľúčový význam pre rast a zamestnanosť v európskych regiónoch. Svedčí o tom aj skutočnosť, že MSP zabezpečujú dve tretiny pracovných miest v súkromnom sektore a viac ako polovicu pridanej hodnoty podnikov v EÚ. Žiaľ, v mnohých členských štátoch v dôsledku rozpočtových obmedzení dochádza k útlmu MSP a ich nízkej podpory. Podporila som uznesenie, pretože v MSP vidím veľký potenciál pre vytváranie nových a udržateľných kvalitných pracovných miest. Podporu MSP považujem za mimoriadne dôležitú aj preto, že MSP sú vzhľadom na svoju veľkosť mimoriadne obmedzené nekonkurenčnými reálnymi výmennými kurzami, obmedzeným prístupom k financiám, ťažkopádnymi a byrokratickými postupmi týkajúcimi sa zakladania, prevádzky a rozvoja podnikov, zlým stavom infraštruktúry a nedostatkom účinných inštitucionálnych štruktúr. Verím, že aj vďaka navrhovaným opatreniam sa MSP podarí zvládnuť tieto problémy a zvýšeným úsilím zabezpečia dobré a kvalitné podmienky pre zakladanie a prevádzkovanie podnikov, no najmä podnikov založených mladými ľuďmi a podnikov nachádzajúcich sa vo vidieckych oblastiach. Očakávam, že Komisia a členské štáty zabezpečia stabilné a prehľadné právne prostredie a koordináciu, súdržnosť a súčinnosť medzi rôznymi nástrojmi a programami v prospech MSP.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Kmo's bieden een coöperatief model dat gepromoot moet worden, aangezien het zijn duurzaamheid en veerkracht reeds heeft bewezen in de voorbije jaren. Behalve op het verbeteren van het concurrentievermogen van kmo's, zoals eerder deze week behandeld, ligt in dit verslag de focus op de toegang tot financiering voor kmo's volgens het "think small first"-principe, op het verlagen van de administratieve lasten en op de problemen met zwartwerk en de gunstigere behandeling van multinationals. Dit alles met het oog op het optimaal benutten van het potentieel van kmo's met betrekking tot jobcreatie.

In het verslag wordt benadrukt dat afdoende werkgelegenheid en sociale bescherming verzekerd moeten worden om duurzame werkgelegenheid te garanderen. Ook moeilijkheden en onzekerheden bij het opstarten van een onderneming, in het bijzonder door jonge mensen, worden naar voren geschoven. Verder roept het verslag op om tekorten in vaardigheden aan te pakken, informeel leren te valideren en een betere samenwerking tussen werknemers en de onderwijssector te bewerkstelligen.

Het verslag is zeer evenwichtig en alle groene kwesties worden in aanmerking genomen: de groene economie, sociale en solidaire economie, jeugd, werkgelegenheid en sociale bescherming. Ik heb dan ook voor gestemd.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Malé a stredné podniky vytvárajú väčšinu pracovných miest v Európskej únii. Podľa viacerých prieskumov sú najväčšími prekážkami ich rozvoja vysoké daňové a odvodové zaťaženie, zaťažujúca byrokracia a nedostatok kapitálu. V Európskom parlamente sa snažíme, pomocou vytvorenia únie kapitálových trhov zjednodušiť im prístup k financiám a cestou odbúrania bariér otvoriť možnosti pre ich expanziu a rast.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Prihvaćam ovo izvješće, jer smatram da mala i srednja poduzeća imaju važnu ulogu u jačanju ekonomske, socijalne i teritorijalne kohezije. Kada bi se otvorila radna mjesta u malim i srednjim poduzećima ona bi utjecala na niz unutarnjih i vanjskih čimbenika. Također, važno je napomenuti da su u 2014. godini mala i srednja poduzeća pridonijeli rastu zaposlenosti do 71 % u nefinancijskom sektoru gospodarstva.

Takva vrsta poduzeća je otpornija na gospodarsku krizu kada je riječ o gubitku radnih mjesta, konkretnije, zadruge u industrijskim i uslužnim djelatnostima pokazale su se otpornijima u razdoblju krize iz 2008. nego ostala poduzeća. U načelu, teško je naći podatke o ugovornim aranžmanima i organizaciji rada malih i srednjih poduzeća. Uvjeti rada, prema podacima Eurofounda mnogo su prihvatljiviji od onih u većim trgovačkim društvima.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich.* – Der Entschließung des EU-Parlaments zu Methoden für die optimale Nutzung des Potenzials kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zur Schaffung von Arbeitsplätzen habe ich nicht zugestimmt.

Der Bericht erkennt, dass KMU sehr wichtig sind. Er verkennt, dass man deren Wichtigkeit am besten gerecht wird, indem man sie politisch und regulatorisch in Ruhe wirtschaften lässt. Jeder neue politische Eingriff sorgt für sog. „regime uncertainty", der Entwicklungspotentiale vernichtet. Ein Bericht mit 96 Forderungen in Buchform, die sich angesichts der Vielzahl der Ziele, mit der die KMU gefördert werden sollen, aber teilweise widersprechen, ist nicht zielführend.

Ein kurzer Bericht über KMU wie folgt hätte es auch getan: Die EU hält sich raus, die Mitgliedstaaten senken die Steuern und entbürokratisieren, und keine staatliche Ebene kommt ab heute auf die Idee, „Methoden für die optimale Nutzung des Potenzials kleiner und mittlerer Unternehmen" zu ersinnen.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – 2014. godine u 28 država članica Europske unije bilo je aktivno 22,3 milijuna malih i srednjih poduzeća. MSP-ovi otvaraju otprilike dvije trećine radnih mjesta u privatnom sektoru i daju važan doprinos društveno-gospodarskom rastu i razvoju Europske unije. Također, MSP-ovi uvelike pridonose rastu zaposlenja.

Istraživanja Eurofounda pokazalo je da su MSP-ovi inovativni, djeluju na međunarodnoj razini i uglavnom su smješteni u gradovima. MSP-ovi pridonose pametnijem, održivom i uključivom rastu. U cijelom EU-u i dalje postoje velike razlike u pogledu regulatornih okvira za MSP-ove.

Podržavam Izvješće o najboljem načinu iskorištavanja potencijala malih i srednjih poduzeća za otvaranje radnih mjesta, jer smatram da su smjernice navedene u njemu kvalitetne i pridonijet će otvaranju novih radnih mjesta, kao i stvaranju nove kvalificirane radne snage. Također, smatram da će osigurati povoljno i stabilno regulatorno okruženje i jednake uvjete tržišnog natjecanja.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o tem, kako najbolje izkoristiti potencial ustvarjanja novih delovnih mest v malih in srednjih podjetjih.

Podpiram mnenje Odbora za proračun, da bi morali proračun EU uporabiti za spodbujanje dolgoročnega kakovostnega in kvalificiranega zaposlovanja ter potenciala malih in srednjih podjetij za ustvarjanje dostojnih in trajnostnih delovnih mest.

Odbor za proračun tako predlaga, da treba povečati naložbe v raziskovanje, inovacije, kvalificirano usposabljanje in razvoj, da bi spodbudili kakovostno rast in potencial, ki ga imajo evropska mala in srednja podjetja za ustvarjanje novih delovnih mest.

Ne smemo pozabiti, da mala in srednja podjetja z zagotavljanjem dveh tretjin delovnih mest v zasebnem sektorju v celotni Evropski uniji predstavljajo hrbtenico evropskega gospodarstva.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Καταψηφίσαμε την έκθεση, γιατί διαφωνούμε με τη γενική φιλοσοφία της. Το γενικό πλαίσιο που προτείνεται για δημιουργία θέσεων εργασίας στις ΜΜΕ, δεν διασφαλίζει τη δημιουργία νέων αξιοπρεπών και μόνιμων θέσεων. Ούτε γίνεται λόγος για συλλογικά εργασιακά δικαιώματα, δηλαδή την κοινωνική ασφάλιση, την συλλογική διαπραγμάτευση και τις συλλογικές συμβάσεις.

Δεν παραβλέπουμε τις καλές προθέσεις του εισηγητή και τις βελτιώσεις που έγιναν στο κείμενο. Η αναφορά στη διασφάλιση της προστασίας των εργαζομένων σε οποιαδήποτε αύξηση της ευελιξίας, και η στήριξη της ανάπτυξης συνεταιριστικών επιχειρήσεων μας βρίσκουν σύμφωνους. Όμως, για πραγματική κοινωνική και οικονομική ανάπτυξη χρειάζονται δημόσιες επενδύσεις που θα στηρίζουν βιομηχανικούς τομείς και θα συμβάλλουν σε αξιοπρεπείς θέσεις εργασίας.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a kis- és középvállalkozások munkahelyteremtő képességének jobb kiaknázásáról szóló jelentést. Mivel a kis- és középméretű vállalkozások az európai gazdaság motorját képezik, rendkívül fontos, ahogyan azt a jelentés is hangsúlyozta, hogy a tagállamok jobb feltételeket biztosítsanak a kkv-k munkahelyteremtéséhez, többek között a készséghiány csökkentésével, a szükségtelen, túl bonyolult szabályozási terhek egyszerűsítésével, az innovációs kapacitás növelésével és a finanszírozásokhoz, valamint a közbeszerzésekhez való hozzáférés javításával. Üdvözlöm, hogy a jelentés megemlíti a multinacionális cégekkel szembeni gyakori preferenciális elbánást és annak a kkv-kra gyakorolt negatív hatását. Az egyenlő versenyfeltételek biztosítása, valamint a kkv-k munkahelyteremtő képességének fokozása érdekében a multinacionális vállalatok nyereségátcsoportosítási gyakorlataival szemben fel kell lépni.

A jelentés további fontos, támogatandó felhívást fogalmazott meg a szövetkezeti vállalkozások létrehozása és fejlesztése, a szakszervezetekkel, oktatási intézményekkel való együttműködés, valamint a sérülékeny csoportokból származó emberek vállalkozókedvének ösztönzése kapcsán. A kkv-k munkahelyteremtő képességére nézve szintén kulcs fontosságú a finanszírozás kérdése. A jelentés e területen is értékes megállapításokat tett. Ugyanakkor megjegyzem, hogy a munkaerőpiaci rugalmasság fokozása sok esetben a munkavállalók védelmének korlátozásához vezet.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Małe i średnie przedsiębiorstwa tworzą więcej miejsc pracy niż wszystkie inne w sektorze prywatnym, zapewniając około 2/3 zatrudnienia w UE. W ostatnich kryzysowych latach to właśnie one stworzyły najwięcej miejsc pracy oraz często są innowacyjne, aktywne na arenie międzynarodowej i zatrudniają młodych ludzi.

Możliwości MŚP są jeszcze większe, jednak konieczne jest podejmowanie działań na poziomie krajowym i unijnym, aby wzmocnić ich potencjał tworzenia miejsc pracy.

W sprawozdaniu słusznie podkreślono, że najważniejszą kwestią jest zmniejszenie obciążeń administracyjnych. MŚP bowiem, ze względu na strukturę mniejszych rozmiarów, nie mają takich samych zdolności absorpcyjnych w odniesieniu do norm regulacyjnych jak wielkie przedsiębiorstwa. Nadmierna regulacja hamuje konkurencyjność przedsiębiorstw i ich potencjał tworzenia miejsc pracy.

W sprawozdaniu Parlamentu słusznie podkreślono potrzebę stworzenia otoczenia, które zachęca do inwestycji, a jednocześnie sprzyjać będzie zrównoważonemu wzrostowi i tworzeniu wysokiej jakości miejsc pracy. Konieczne jest także egzekwowanie przepisów dotyczących równego dostępu MŚP do zamówień publicznych.

W sprawozdaniu słusznie podkreślono także znaczenie programu „Erasmus dla przedsiębiorców", który pomaga młodym przedsiębiorcom w zdobywaniu wiedzy i przydatnych umiejętności koniecznych do założenia i prowadzenia z powodzeniem firmy.

Uważam, że to bardzo dobry dokument, dlatego też zdecydowałem się zagłosować za jego przyjęciem.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – SMEs are the backbone of the European economy. Hence it is important to focus on fair competition, access to financing, an adequate regulatory environment, 21st century working skills and a good social dialogue in order to allow SMEs to create sustainable quality jobs. The report focuses on a very important question, namely, on which conditions would need to be met in order to better harness the job creation potential of SMEs. There are key challenges that need to be taken into consideration when it comes to increasing the competitiveness of the EU's productive sector, such as: the reduction of regulatory and administrative burden; tax incentives; and the role of trade unions and social partners. I therefore endorse the report due to its focus on the potential of SMEs, 21st century skills, dual education and ongoing training to overcome skills shortages, access to finance and support for SMEs (including EU funding and programmes), corporate social responsibility as well as specific support for young entrepreneurs.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Le rapport met en exergue le «paradoxe du marché du travail»: environ 2 millions d'emplois peinent à être pourvus en raison de l'inadéquation de la main-d'œuvre en Europe. D'autres emplois pourraient être sauvés dans les PME si les entrepreneurs pouvaient éviter la fermeture de leur entreprise, notamment en raison de la faible capitalisation, des retards de paiement des contractants, de la complexité des procédures de succession et de transmission des entreprises, de la concurrence déloyale de l'économie souterraine et de certaines pratiques abusives des entreprises multinationales.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on 'How best to harness the job creation potential of small and medium sized enterprises (SMEs)'. As SMEs provide 99% of EU businesses, produced two thirds of the EU private sector employment and created 85% of European workplaces in the last decade, boosting the job creation potential of SMEs is the best way to tackle unemployment and encourage growth in our Union. This can be achieved by combining upfront support to help kick-start projects with long-term strategies to improve the investment environment for SMEs. We must also address the issue of skills shortage and mismatches, regulatory uncertainty and work to reduce administrative burdens, in particular to increase their capacity to compete with large corporations.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Mala i srednja poduzeća (MSP-ovi) otvaraju više radnih mjesta nego ostala trgovačka društva iz privatnog sektora, osiguravajući tako otprilike dvije trećine ukupnog zapošljavanja u privatnom sektoru u EU-u, a poduzetnici i MSP-ovi daju važan doprinos društveno-gospodarskom rastu i razvoju EU-a. Pružanje podrške MSP-ovima pridonosi borbi protiv nezaposlenosti u Europi, koja je 2015. iznosila 23 milijuna i nikada nije bila tako visoka.

Diljem EU-a javlja se nedostatak kvalificirane radne snage i nejednakosti, kao i odljev kvalificiranih radnika iz zemalja europodručja snažno pogođenih krizom u druge države članice. Kao zastupnica iz Hrvatske, zemlje kojoj je odlazak visokoobrazovanih mladih u potrazi za bilo kakvim poslom jedan od gorućih problema, posebno sam osjetljiva na ovu problematiku. Upravo po nezaposlenosti mladih Hrvatska se, sa svojom stopom od 43,1 posto, nalazi u samom europskom vrhu.

Zbog svega navedenog, snažno podržavam ovo Izvješće o najboljem načinu iskorištavanja potencijala malih i srednjih poduzeća za otvaranje radnih mjesta te pozivam države članice da izbjegnu pretjerano donošenje propisa kojima se guši konkurentnost poduzeća i njihov potencijal za otvaranje radnih mjesta te da rade na uklanjanju nepotrebnog regulatornog i administrativnog opterećenja.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije, kako najbolje izkoristiti potencial ustvarjanja novih delovnih mest v malih in srednjih podjetjih (MSP), sem podprla, ker so mala in srednja podjetja pomembna za krepitev ekonomske, socialne in teritorialne kohezije, prispevajo pa tudi k pametnejši ter bolj trajnostni in vključujoči rasti.

Sektor MSP je pomemben tudi na regionalni ravni in na podeželju. Vedno več delovnih mest je nezasedenih zaradi nizke mobilnosti delavcev in neustreznosti nekaterih sistemov izobraževanja in usposabljanja glede na razmere na trgu dela.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe trata de identificar los problemas que dificultan a las pymes alcanzar una tasa de crecimiento efectivo y crear de puestos de trabajo. El informe se centra, en gran medida, de la reducción de 'cargas administrativas' a las pymes y, aunque se ha mejorado en la comisión Empleo con un cierto contenido progresista, su premisa básica sigue siendo neoliberal: que las leyes y reglamentos, incluyendo el pago a los trabajadores y las condiciones laborales, la salud y la seguridad, son cargas administrativas y deben reducirse con el fin de promover el crecimiento.

A pesar de que no llama directamente a la eliminación o reducción de los estándares en salario mínimo, dice que «los altos costes laborales» son una de las restricciones más importantes para la creación de empleo en el sector de las pymes. Llama implícitamente a una exención de normas reglamentarias para las pymes, y sugiere el paso de la imposición directa a la imposición indirecta, claramente regresiva. También hace hincapié en la importancia del empleo temporal en el sector de las pymes e «insta a la Comisión y a los Estados miembros a que apoyen todas las formas de empleo temporal». Por ello, hemos votado en contra.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Der Krasnodębski-Bericht nimmt Stellung zur optimalen Nutzung des Potenzials kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zur Schaffung von Arbeitsplätzen. KMU stellen etwa zwei Drittel der Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft bereit. Um das Potential zur Schaffung von Arbeitsplätzen noch weiter zu stärken, sollten KMU im Fokus der Ausgestaltung der EU-Unternehmenspolitik stehen.

Der Bericht hebt hervor, dass eine Verringerung des Verwaltungs- und Regelungsaufwandes wie auch eine Verbesserung der Qualität der Rechtssetzung und Rechtsdurchsetzung KMU entlasten sollten. Darüber hinaus wird im Bericht betont, dass faire Wettbewerbsbedingungen für KMU im Vergleich mit Großunternehmen geschaffen werden. Kleine und lokale Unternehmen werden in überregulierten und bürokratischen Verwaltungssystemen besonders benachteiligt. Es sind Maßnahmen notwendig, um Marktnachteile von KMU so einzuschränken, dass ihr Beschäftigungspotenzial erheblich gesteigert wird.

Ich halte den Bericht insgesamt für sehr ausgewogen und habe ihm deshalb zugestimmt.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le but du rapport est de faire un état des lieux des défis que relèvent les PME, et des moyens à mettre en place pour y remédier.

Le rapport insiste sur l'importance d'un environnement réglementaire stable et de qualité, d'une amélioration de la qualité de la réglementation et de son application, estimant que c'est la manière appropriée de réduire la charge qui pèse sur les PME, notamment le coût de la main-d'œuvre. C'est une condition préalable essentielle pour la pérennité des emplois et le potentiel de création d'emplois de qualité des PME.

Enfin, le rapport souligne la nécessité d'assurer des conditions de concurrence équitables aux PME au regard de leur position de compétitivité par rapport aux grandes entreprises. Les petites entreprises locales sont particulièrement désavantagées par des systèmes administratifs surréglementés et bureaucratisés, car ceux-ci entraînent des coûts fixes plus élevés pour les entreprises.

D'autres emplois pourraient être sauvés dans les PME si les entrepreneurs pouvaient éviter la fermeture de leur entreprise, notamment en raison de la faible capitalisation, des retards de paiement des contractants, de la complexité des procédures de succession et de transmission des entreprises, de la concurrence déloyale de l'économie souterraine et de certaines pratiques abusives des entreprises multinationales.

Rapport globalement positif. J'ai voté pour.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Europejski rynek pracy zmaga się z poważnym problemem bezrobocia oraz odpowiedniego dopasowania podaży do popytu na rynku pracy, dlatego należy zdecydować się na stymulację pewnych segmentów gospodarki. Duże znaczenie może mieć wsparcie sektora małych i średnich przedsiębiorstw dzięki uruchomieniu programów praktyk, dostęp do kapitału oraz odblokowanie potencjału dzięki uproszczeniu prawa i kwestii podatkowych, ograniczenie uprzywilejowanej roli dużych koncernów oraz zmniejszenie udziału pracy nierejestrowanej. Zgadzam się z zaleceniem sprawozdawcy, by państwa członkowskie wdrażały zasadę „najpierw myśl na małą skalę" i dlatego popieram projekt tej rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A jelentéstevő szerint Európának jelenleg két óriási kihívással kell szembenéznie: a munkanélküliséggel és a migrációs áramlással, amelyeknek számos kihatása lesz a jövőre. A magas munkanélküliségi arány veszélyezteti a demográfiai kilátásokat, sok fiatal ugyanis munkahely hiányában inkább nem alapít családot. E helyzet hosszú távú következménye a szociális biztonsági rendszerekre és a nyugdíjrendszerekre gyakorolt nyomás, ami a mostani nemzedék jövőjét is fenyegeti. A javaslat végszavazásánál az S&D-álláspontot támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — Este informe trata de identificar los problemas que dificultan a las pymes alcanzar una tasa de crecimiento efectivo y crear de puestos de trabajo. El informe se centra, en gran medida, de la reducción de 'cargas administrativas' a las pymes y, aunque se ha mejorado en la comisión Empleo con un cierto contenido progresista, su premisa básica sigue siendo neoliberal: que las leyes y reglamentos, incluyendo el pago a los trabajadores y las condiciones laborales, la salud y la seguridad, son cargas administrativas y deben reducirse con el fin de promover el crecimiento.

A pesar de que no llama directamente a la eliminación o reducción de los estándares en salario mínimo, dice que «los altos costes laborales» son una de las restricciones más importantes para la creación de empleo en el sector de las PYMEs. Llama implícitamente a una exención de normas reglamentarias para las PYMEs, y sugiere el paso de la imposición directa a la imposición indirecta, claramente regresiva. También hace hincapié en la importancia del empleo temporal en el sector de las PYMEs e «insta a la Comisión y a los Estados miembros a que apoyen todas las formas de empleo temporal». Por ello, hemos votado en contra.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Ppalankiai vertinu perėjimą prie finansinių priemonių, skirtų MVĮ remti, naudojimo, tačiau manau, kad subsidijų finansavimas turėtų būti ir toliau teikiamas atvejais, kai jis labai svarbus ir būtinas skatinant inovacijas, plėtrą ir mokslinius tyrimus, kurie yra itin svarbūs kuriant darbo vietas ir norint užtikrinti ekonominę Europos sėkmę ateityje.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on how best to harness the job creation potential of small and medium-sized enterprises (SMEs). The report emphasises that SMEs play an important role in strengthening economic, social and territorial cohesion, while also contributing to smarter, sustainable and inclusive growth. In addition, it stresses the need for a regulatory environment that encourages investment that concurrently fosters sustainable growth and quality jobs. I voted in favour because I believe that self-employment and micro-enterprises are of vital importance for boosting innovation and entrepreneurship.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report which proposes means of improving the job creation potential of SMEs while emphasising the need for high standard of protection of workers. The report advocates quality job creation, high standards for workers' protection and calls for means to overcome the gender pay gap.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit verslag om het potentieel van onze kmo's beter te benutten. Op aandringen van het Europees Parlement begint de Europese Commissie steeds meer aandacht te krijgen voor kmo's als motor achter welvaart en jobcreatie. Dat juich ik zeer toe.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – As PME são o setor da economia que alavanca a sociedade, contribuindo para 71% do crescimento do emprego na economia não-financeira em 2015.

Este relatório reconhece a importância das PME e a sua relação com o desenvolvimento das sociedades e a qualidade do emprego. Contém alguns pontos que se consideram positivos, nomeadamente a redução dos encargos, o combate aos falsos empregos independentes, as consequências dos acordos comerciais – TTIP e CETA – ou as necessidades de oportunidades de financiamento para dinamizar as organizações.

No entanto, assume premissas que contrariam completamente as condições necessárias à garantia de um desenvolvimento empresarial que promova o emprego com direitos e o desenvolvimento global das sociedades. Essas premissas baseiam-se na redução dos salários e na desregulação laboral para promover a competitividade; na promoção de sistemas de educação dual, «menos academista» e com disciplinas de empreendedorismo; no encorajamento do teletrabalho e de um chamado «trabalho inteligente» (smartworking) e em formas desreguladas de organização laboral, principalmente através da defesa do trabalho temporário.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht weist darauf hin, dass Scheinselbständigkeit nicht als Beitrag zur wachsenden Zahl von Kleinstunternehmen hergenommen werden darf, und verweist auf die neuen sozialen Probleme, die entstehen, weil viele scheinselbständige Personen kaum noch versichert sind. Da auch versucht wird, das Potential von KMU im Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen zu verbessern, habe ich den Bericht unterstützt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione su come potenziare la creazione di posti di lavoro delle PMI. Il testo mira al raggiungimento di obiettivi importanti, quali la protezione sociale e professionale, la creazione di occupazione di qualità, il rispetto della parità di genere nell'occupazione, una risposta al lavoro precario e ai problemi connessi alla concorrenza sleale e all'evasione fiscale. Vengono inoltre presi in considerazione l'impatto degli accordi commerciali sui diritti dei lavoratori, le tematiche concernenti i salari e le retribuzioni e l'impatto del mercato unico digitale.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report which proposes means of improving the job creation potential of SMEs while emphasising the need for high standard of protection of workers. The report advocates quality jobs creation, high standards for workers' protection and calls for means to overcome the gender pay gap. Any strategy on SMEs must include support for cooperatives and alternative business models that have so much potential for a more ethical way of doing business, and bringing more flexibility and accountability to the private sector. We must also ensure that vulnerable excluded groups have access to entrepreneurship education, particularly women and girls, who face greater obstacles and prejudice. We must make sure that we share best practice on enabling women and girls to become entrepreneurs.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — Because our SMEs are an important part of our economy, this also means that they contribute significantly to job creation. It is therefore important that their growth potential can be optimised. That is why I voted in favour of this resolution. I strongly welcome its recognition of the SMEs' importance, having provided the majority of all workplaces in the EU in the past ten years. In order to support them, specific measures and/or requirements are mentioned, such as a stable regulatory environment, and improved quality of regulation and actual enforcement. Overregulation and administrative burdens have to be removed whenever possible and should be avoided at all times. Doing so will especially benefit the SME's and level the playing field between them and larger corporations.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul referitor la modul optim de valorificare a potențialului de creare de locuri de muncă al IMM-urilor. Salut abordarea raportorului care a subliniat faptul că, în pofida normelor pieței interne, continuă să existe diferențe considerabile în Uniunea Europeană în ceea ce privește cadrul de reglementare pentru IMM-uri, în special privind stabilitatea și nivelul de securitate. Totodată acesta remarcă faptul că, din cauza instabilității macroeconomice și a absenței unei reglementări transparente și previzibile, IMM-urile din multe țări care au aderat la UE după 2004, precum și din țările din zona euro aflate în criză, se confruntă cu condiții defavorabile de dezvoltare. În raport se mai subliniază necesitatea asigurării de condiții de concurență echitabile pentru IMM-uri în ceea ce privește poziția lor concurențială în raport cu marile corporații.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), *na piśmie*. – Jak wskazuje sprawozdanie, mimo że istnieją regulujące rynek wewnętrzny w Unii Europejskiej przepisy tworzące ramy regulacyjne dla MŚP to wciąż istnieją rozbieżności w poziomie stabilności tych ram. Głównymi problemami MŚP jest nadmierna regulacja i niedostosowanie przepisów, faworyzujących i traktujących w uprzywilejowany sposób w UE duże i wielkie przedsiębiorstwa oraz brak odpowiednio wykształconych kadr. W związku z tymi problemami, a także z problemami, z którymi zmaga się współczesna Europa: bezrobociem, niedopasowaniem miejsc pracy, kryzysem demograficznym, imigracją, właściwe jest wykorzystanie i wspieranie potencjału małych i średnich przedsiębiorstw, które są motorem i filarem europejskiej gospodarki oraz oferują znaczny potencjał tworzenia miejsc pracy. W sprawozdaniu zauważono potrzebę przyjrzenia się regulacjom i środowisku, w którym istnieją, tak aby najlepiej wykorzystać ich możliwości.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Správa pána poslanca Krasnodębského sa zaoberá otázkou, akým spôsobom najlepšie využiť potenciál malých a stredných podnikov na vytváranie pracovných miest. Malé a stredné podniky sú hybnou silou európskej ekonomiky a výrazne sa podieľajú na ekonomickom raste, ako aj raste zamestnanosti. Zároveň vytvárajú významnú pridanú hodnotu v nefinančnom sektore. Napriek jednotným pravidlám týkajúcim sa trhu však ešte stále existujú veľké rozdiely medzi členskými štátmi ohľadom stability a istoty pre tieto podniky. Práve preto by malo byť venované omnoho viac pozornosti týmto rozdielom pri hodnotení a meraní výsledkov európskych politík. Spravodajca v celej správe taktiež zdôrazňoval, že na dosiahnutie prostredia pre rozvoj a posilnenie potenciálu MSP vytvárať pracovné miesta musia národné a európske politiky adresovať v prvom rade témy, ako sú regulačná neistota, problém nelegálnej práce či zaistenie konkurencieschopnosti MSP voči veľkým spoločnostiam.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei a favor do relatório Krasnodebski, por concordar com as propostas apresentadas pelo Parlamento Europeu no que toca ao aproveitamento do potencial de criação de emprego das PME, que constituem 99 % das empresas europeias, constituindo, por isso, a espinha dorsal da economia da UE.

Lembro que as PME criam mais postos de trabalho do que outras empresas do setor privado, representando cerca de dois terços de todo o emprego no setor privado da UE, e que os empresários e as PME prestam um contributo importante para o crescimento socioeconómico e o desenvolvimento da UE. Recordo ainda que o apoio às PME ajuda a combater as taxas de desemprego europeias e o desemprego dos jovens.

Sublinho, por isso, o apelo aos Estados-Membros e à Comissão para que desenvolvam políticas no sentido de responder à escassez e inadequação de competências, ao fenómeno da «fuga de cérebros», ao acesso limitado ao financiamento e aos concursos públicos, à fraca capacidade de inovação e ao acesso reduzido a novas tecnologias.

Neste contexto, é também necessário ter em conta o apoio insuficiente que é dado às PME no âmbito das políticas de investimento público, que contrasta com a posição privilegiada das empresas multinacionais.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem poročilo o tem, kako najbolje izkoristiti potencial ustvarjanja novih delovnih mest v malih in srednjih podjetjih (MSP).

Menim, da so mala in srednja podjetja pomembna za krepitev ekonomske, socialne in teritorialne kohezije in prispevajo k pametnejši ter bolj trajnostni in vključujoči rasti, tako na podeželju kot v urbanih področjih. Na ustvarjanje delovnih mest v malih in srednjih podjetjih pa vplivajo številni notranji in zunanji dejavniki, pri čemer so pri slednjih bistveni pogoji obvladljiva konkurenca, obvladljivo upravno breme in skupni proizvodni stroški ter dostop do finančnih sredstev in razpoložljivost usposobljenih delavcev.

Zlasti za nas, države članice, ki smo v EU vstopile po letu 2004, je značilen beg možganov, kar ustvarja periferne regije s pomanjkanjem kvalificiranih delavcev.

12.10. Anwendung der Gleichbehandlungsrichtlinie für den Bereich Beschäftigung (A8-0225/2016 - Renate Weber)

Suulliset äänestysselitykset

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Pani Przewodnicząca! Wydaje się, że po piętnastu latach od momentu przyjęcia dyrektywy w sprawie równego traktowania w obszarze zatrudnienia i pracy zgromadziliśmy pewien zasób wiedzy i doświadczenie, które pozwala nam ocenić nie tylko skuteczność przyjętych w niej rozwiązań, ale również trwałość samego zjawiska dyskryminacji w omawianym obszarze.

Podstawowym problemem, na który nie znaleźliśmy skutecznego rozwiązania, jest brak świadomości zaistnienia sytuacji dyskryminacyjnej, zarówno po stronie ofiar, jak i podmiotów dyskryminujących. Jest więc ogromna trudność w zwalczaniu tego zjawiska i jego trwałości. Dlatego też konieczne są określone działania po stronie Unii, państw członkowskich i partnerów społecznych zmierzające do rozpropagowania wiedzy, jakie zachowanie i praktyki w obszarze zatrudnienia mają charakter dyskryminujący. Podniesienie świadomości pozwoli wyeliminować wiele patologicznych sytuacji stosunkowo niskim kosztem.

Działania te wydają się być uzasadnione z jeszcze jednego powodu: w ostatnich miesiącach możemy zaobserwować narastającą w Unii falę nienawiści, nie tylko do muzułmanów, ale również do obywateli innych państw członkowskich. Wzrastający nacjonalizm i ksenofobia prowadzą nie tylko do dyskryminacji pracowników w ramach jednolitego rynku, ale również do brutalnych napaści i pobić, czego doświadczają ostatnio Polacy w Wielkiej Brytanii. Konieczne jest więc jak najszybsze podjęcie działań mogących powstrzymać tę falę. Wnioski Parlamentu Europejskiego na temat stosowania dyrektywy równościowej są więc konieczne, dlatego też poparłam w głosowaniu sprawozdanie pani Weber.

Kirjalliset äänestysselitykset

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – L'obiettivo della direttiva sulla parità in materia di occupazione è quello di combattere le discriminazioni fondate sul sesso, la razza o l'origine etnica, la religione o le convinzioni personali, la disabilità, l'età o l'orientamento sessuale sul posto di lavoro. Tra gli spunti principali della relazione, si ricordano la rimozione degli ostacoli di ordine naturale, sociale ed economico che impediscono l'attuazione sostanziale del principio di uguaglianza e che limitano la libertà dei cittadini europei; la promozione dello *Smart Working* che consente alle persone disabili di svolgere attività lavorativa presso la propria abitazione; le norme a difesa dei *whistleblower* e della loro riservatezza in caso di condotte discriminatorie sul posto di lavoro, e il reinserimento nel mercato del lavoro dei detenuti che abbiano scontato la condanna. Per questi motivi ho votato a favore.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque evalúa la aplicación de la Directiva sobre la igualdad de trato en el empleo desde su adopción y dibuja las recomendaciones para futuras mejoras adicionales. Tiene un enfoque equilibrado sobre los aspectos más importantes como la discriminación por motivos de sexo, de origen racial o étnico, religiosos o de convicciones, discapacidad, edad u orientación sexual.

También destaca que a pesar de que algunos Estados miembros han ido más allá en la aplicación de los requisitos de la Directiva, y que los europeos son tolerantes con los colectivos en riesgo de discriminación y además están mejor informados acerca de sus derechos, los retos para la implementación de la Directiva todavía existen.

Gracias a las enmiendas del S&D se fortalecieron aspectos relacionados con la edad y la discriminación por discapacidad, sobre la presentación de informes, la recopilación de datos, la discriminación múltiple, la formación continua y el aprendizaje. También se incorporó un párrafo sobre la conciliación entre la vida laboral y personal (maternidad, cuidadores, permisos de paternidad) y otro en que se defiende la «calidad» del empleo para las personas con discapacidad, así como la eliminación del lenguaje discriminatorio contra migrantes y refugiados.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP abstained on this non-legislative, own-initiative report. This vote wasn't on the legislation itself, but on how it was being implemented. The report covered a wide range of sensitive issues such as discrimination based on gender, ethnicity, nationality sexual orientation etc., and rightly condemned aspects such as harassment and violence. However the report then went on to call for wide-reaching Commission action and EU legislation such as data collection, information campaigns, adopting the EU framework on racism and called for further harmonisation of laws regarding secularism. The only people that should decide these things are our elected and accountable national governments, not EU bureaucrats in Brussels. While UKIP cannot support more EU action and spending of taxpayer's money, we do not want to appear to oppose equality or against fighting discrimination.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this positive report examining the application of the Employment Equality Directive across the EU. The report contains strong and positive proposals about achieving workplace and social equality for LGBTI people, women and parents, anti-discrimination elements around race, religion and gender, as well as positive aspects around equality for people with disabilities in the workplace.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Malgré l'application très positive de la directive dans de nombreux États membres, force est de constater que de nombreux problèmes et défis demeurent, comme le financement, la sensibilisation aux discriminations, l'accès à l'information et à la justice, la collecte de données. Les partenaires sociaux (syndicats et employeurs) et la société civile doivent être davantage impliqués dans l'application effective de cette directive sur l'égalité en matière d'emploi.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the report on the application of the Employment Equality Directive. The Employment Equality Directive, whose ultimate objective is the creation of a level playing field as regards equality in employment and occupation, was adopted 15 years ago. The report underlines that some EU Member States go beyond the requirements of the Employment Equality Directive, not limiting the protection against discrimination based on religion and belief, disability, age and sexual orientation to employment, occupation and vocational training. However, challenges to the implementation of the Employment Equality Directive still exist, since some groups and minorities in the EU have reported experiencing discrimination. This situation has a negative impact on social cohesion, as well as on respect for fundamental rights. I welcome the report as it stresses the importance of raising awareness among public opinion and the need to increase dialogue among governments, civil society and the social partners across all grounds.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Gemäß dem Vertrag über die Europäische Union sind die Werte, auf die sich die Europäische Union gründet, die Achtung von Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte. Die Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung ist eine Pflicht der Europäischen Union.

15 Jahre sind seit der Verabschiedung der Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf vergangen; Endziel der Richtlinie ist die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen hinsichtlich Gleichheit in Beschäftigung und Beruf.

Es bestehen jedoch immer noch Herausforderungen, was die Umsetzung der Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf betrifft.

Europa muss dafür Sorge tragen – unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips –, dass Ausgrenzung und Diskriminierung von Menschen bekämpft wird. Ich begrüße daher die Schaffung weiterer Maßnahmen, die zur Verwirklichung einer Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf beitragen.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Un nouveau texte visant prétendument à lutter contre les discriminations dénoncées notamment par le lobby LGBTI. Pauvre homme hétérosexuel européen qui semble être le seul à ne bénéficier d'aucune attention. J'ai évidemment voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This report highlights that SMEs can become overburdened with too many rules. We have seen the impact of EU rules in watching British SMEs go out of business. However, as always with this kind of report it goes on to ask the Commission to collect more data from SMEs, organise information campaigns and interfere in many areas of national policy.

The report also 'considers it necessary that the Commission provides private companies, including SMEs and micro companies with models for equality and diversity frameworks.'

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, car il identifie un certain nombre de défis subsistant en ce qui concerne la mise en œuvre de la directive, par exemple, sur la nécessité de mieux informer les citoyens sur leurs droits et obligations juridiques.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą dėl lygių galimybių užimtumo srityje direktyvos taikymo. Europos Komisijos duomenimis, darbingo amžiaus (15–64 metų) gyventojų skaičius ES ėmė mažėti, ir prognozuojama, kad 2010-2060 m. 65 metų ir vyresnių gyventojų dalis padidės nuo 87 iki 152 mln. Matant šią būtinybę ateityje, pritariu, kad reikia užtikrinti aktyvesnį dalyvavimą darbo rinkoje, ilgalaikes pajamas, taip pat rasti geresnes darbo ir šeimyninio gyvenimo derinimo, įskaitant šeimos narių priežiūrą, priemones. Visuomenės gyvenime ir darbo rinkoje ilgalaikės priežiūros paslaugų organizavimo vaidmuo turi būti labai svarbus.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, non-binding, own-initiative report. Social dumping is of course a huge problem with cheap labour being brought over from other countries by companies to undercut wages and avoid employing local workers. It also covers issues like companies finding cheaper alternatives elsewhere and moving operations abroad. However this report went on to call for more EU action, legislation, monitoring of legislation and data collection. On top of that there isn't an official legal definition of 'social dumping' in EU law, so this report is about an issue the EU can't even define properly. The EU can never tackle social dumping as the free movement of people is the perfect enabler for it to occur. Also the EU's Posted Workers Directive actually enables employers to bring cheap labour over to undercut the local community. The only way to stop social dumping is to leave the EU and get back control of immigration.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Je me suis prononcé en faveur du texte. Au vu de la nécessité d'augmenter à l'avenir la participation au marché du travail, ainsi que de garantir la sécurité des revenus à long terme, il importe de trouver de meilleures solutions pour concilier la vie professionnelle et la vie familiale, y compris la prise en charge d'un membre de la famille. Par conséquent, votre rapporteure espère que le rapport annuel 2013 du comité de la protection sociale de la Commission, dans lequel il est indiqué que l'organisation d'un système de prise en charge de longue durée jouera un rôle déterminant au regard de la participation à la société et au marché du travail, sera bientôt transposé dans la pratique.

La discrimination touche à tous les aspects de la vie des gens et l'emploi n'est que l'un d'entre eux. Toute évolution implique des changements et notre société doit s'adapter aux contextes culturels actuels. L'environnement de travail doit également être adapté; pour ce faire, la Commission et les États membres ne devraient pas se concentrer uniquement sur la législation, mais aussi sur la création d'une culture du travail et sur le bien-être de tout un chacun.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor del informe Weber sobre la aplicación de la Directiva relativa a la igualdad de trato en el empleo. Frente a quienes insisten en prohibir derechos humanos fundamentales mediante la excusa del principio de subsidiariedad, insistir en la idea de que los derechos humanos son universales e indivisibles. Tenemos que avanzar con normas europeas que regulen y prohíban discriminar por razón de sexo, religión o raza.

Las prohibiciones a determinados símbolos religiosos no siempre concuerdan con las normas internacionales de derechos humanos, ya que no se limitan a circunstancias bien definidas y delimitadas ni persiguen un objetivo legítimo. Los Estados no siempre toman las medidas adecuadas contra estas restricciones cuando no concuerdan con las normas internacionales de derechos humanos. Frente a las prohibiciones, libertad de expresión. Frente a la intolerancia, educación y fomento de la diversidad y el respeto mutuo.

Heinz K. Becker (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Initiativbericht von R. Weber über die Anwendung der Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf gestimmt, da ich die Evaluierung und permanente Implementierung der Gleichbehandlungsrichtlinie für den Bereich Beschäftigung als besonders wichtig für die soziale Integration Europas halte. Der Initiativbericht enthält Aufforderungen zur Beseitigung sozialer und wirtschaftlicher Hindernisse am Weg zur Gleichbehandlung und Beendigung von Diskriminierungen aufgrund Religion und Weltanschauung, Alter, Behinderung, sexueller Ausrichtung, des Geschlechts oder der ethnischen Herkunft.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La relazione Weber sull'applicazione della direttiva sulla parità in materia di occupazione, che oggi ho sostenuto, traccia un bilancio a quindici anni dalla sua adozione e delinea alcune importanti raccomandazioni per i prossimi sviluppi. Ancora oggi Rom, persone LGBTI, disabili e individui appartenenti a minoranze religiose subiscono discriminazioni quotidiane e a volte sono vittima di reati d'odio. Nonostante un'applicazione positiva della direttiva in molti Stati membri, permangono aree in cui ancora devono essere affermati quei principi di non discriminazione che sono elementi fondanti della costruzione europea. Molti Stati si sono dotati di organismi dedicati all'informazione sulla normativa contro le discriminazioni e alla sensibilizzazione su questi temi, ma spesso tali strutture lamentano una cronica carenza di fondi. I problemi in termini di consapevolezza, informazioni e accesso alla giustizia sono largamente superabili ma occorre un impegno concreto. Le parti sociali e la società civile devono essere opportunamente coinvolte per affiancare e spronare le istituzioni verso un'effettiva applicazione della parità e dell'uguaglianza sul lavoro.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe ya que su contenido es positivo en tanto que identifica los principales problemas y retos de la aplicación de dicha Directiva, y propone recomendaciones a la Comisión y los Estados Miembros con los que estamos de acuerdo para eliminar la discriminación por motivos de sexo, religión, creencias, discapacidad, edad u orientación sexual y garantizar la igualdad de trato en el empleo. Entre otras, algunas destacadas que nos parecen muy positivas son: que la Comisión presente una Directiva sobre el permiso para cuidadores/as; una mejora y transversalización de los datos disponibles sobre igualdad, incluidas las estadísticas armonizadas y homogéneas; proporcionar formación continua a los stakeholders sobre legislación en el empleo; fortalecer y apoyar a las organizaciones de la sociedad civil que trabajan en esta materia; medidas para lograr que el sector privado asuma su responsabilidad en la creación de un entorno libre de discriminación; la adopción de un marco europeo de estrategias nacionales de lucha contra el antisemitismo y la islamofobia; reconocer las cláusulas sociales en los contratos públicos o la aplicación de la legislación efectiva (refundición GED) para asegurar la protección de todas las personas trans, entre otras

Joëlle Bergeron (EFDD), *par écrit*. – À la lecture de l'intitulé de ce rapport «portant sur l'égalité de traitement en matière d'emploi et de travail», je pensais qu'il serait consensuel et ne ferait pas l'objet de controverses. Quelle ne fut pas ma surprise de constater qu'il n'en est rien.

Ce rapport réussit en effet le tour de force d'intégrer toutes les questions sociétales qui font aujourd'hui l'objet de débats dans nos sociétés européennes.

Aussi y trouve-t-on pêle-mêle les questions relatives au principe de la laïcité et notamment la possibilité ou non de porter des symboles religieux dans le cadre professionnel, les discriminations envers les handicapés ou les personnes âgées, l'euthanasie, l'avortement, les questions liées aux droits LGBTI et transgenres ou encore la lutte contre le racisme.

Ce rapport mélange à souhait tous ces éléments de façon parfois confuse mais souvent dogmatique. On finit malheureusement par en oublier le sujet initial de ce rapport: l'égalité de traitement entre les hommes et les femmes: un sujet qui mériterait pourtant d'être examiné et étudié à part entière.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer a la ponente Renate Weber su intenso trabajo en este informe sobre la aplicación de la directiva de igualdad de trato en el empleo que he apoyado. En ella se habla, entre otras cosas de la mejora de la conciliación de la vida laboral y privada a través de medidas concretas entre ella de la presentación urgente de nuevas propuestas legislativas sobre la Directiva de permiso de maternidad. Es fundamental que recibamos esa propuesta cuanto antes para que podamos debatirla e intentar acordarla con el Consejo. Es un pilar necesario para una Europa más social centrada en la ciudadanía.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte qui se lance dans une course à la victimisation des minorités (femmes, LGBTI, migrants) sans chercher à s'attaquer aux causes réelles et structurelles du chômage de masse.

Évidemment, chacun s'accorde à dire que la discrimination à l'embauche n'a pas lieu d'être. Mais le rapporteur dévoie le sujet en s'attachant à favoriser le communautarisme en lieu et place d'une égalité de traitement.

La priorité, c'est la lutte contre le chômage pour tous, et non d'avoir des dépenses supplémentaires pour des organismes antiracistes qui d'ailleurs excluent souvent de leur combat des communautés «pas assez victimaires pour eux», comme ça s'est passé récemment à Paris pour la communauté chinoise.

Bien que je salue la partie consacrée au handicap et le rappel de la nécessité de tout mettre en œuvre en faveur de l'intégration des personnes handicapées dans le monde du travail, globalement, ce texte n'a pour seul objectif que la surproduction de normes pour les entreprises, ce qui ne favorisera pas l'emploi et ne conduira qu'à ce que les travailleurs ne soient tous égaux que dans la misère.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione è faziosa e palesemente a favore della solita retorica buonista nei confronti di Rom, migranti e categorie LGBTI. Invece di valutare lo stato dell'arte nella lotta alla discriminazione sul lavoro dei cittadini europei, il testo mostra tutta l'ipocrisia dell'UE che pubblicamente difende il diritto dei lavoratori a un giusto equilibrio tra lavoro e vita privata, ma dall'altro costringe gli Stati membri a tagliare sempre più servizi sotto i colpi delle politiche di austerità. Infine il testo scade in una critica del tutto di parte contro i movimenti euroscettici, «colpevoli» di pensarla in modo diverso. Per tutti questi motivi mi sono espressa con voto contrario.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque evalúa la aplicación de la Directiva sobre la igualdad de trato en el empleo desde su adopción y dibuja las recomendaciones para futuras mejoras adicionales. Tiene un enfoque equilibrado sobre los aspectos más importantes como la discriminación por motivos de sexo, de origen racial o étnico, religiosos o de convicciones, discapacidad, edad u orientación sexual.

También destaca que a pesar de que algunos Estados miembros han ido más allá en la aplicación de los requisitos de la Directiva, y que los europeos son tolerantes con los colectivos en riesgo de discriminación y además están mejor informados acerca de sus derechos, los retos para la implementación de la Directiva todavía existen.

Gracias a las enmiendas del S&D se fortalecieron aspectos relacionados con la edad y la discriminación por discapacidad, sobre la presentación de informes, la recopilación de datos, la discriminación múltiple, la formación continua y el aprendizaje. También se incorporó un párrafo sobre la conciliación entre la vida laboral y personal (maternidad, cuidadores, permisos de paternidad) y otro en que se defiende la «calidad» del empleo para las personas con discapacidad, así como la eliminación del lenguaje discriminatorio contra migrantes y refugiados.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu.* – Balsavau už šį pranešimą, kadangi ši Lygių galimybių direktyva užimtumo srityje turi įtakos kiekvieno žmogaus kasdieniam gyvenimui – tiek jaunuoliams, tiek neįgaliesiems, vyresnio amžiaus žmonėms. Ypač svarbu suvokti, kad dėl Europoje vykstančių demografinių pokyčių, taip pat dėl pensinio amžiaus ilginimo, vyresnio amžiaus žmonių diskriminacijos dėl amžiaus klausimas užimtumo srityje tampa vis aktualesnis. Todėl, jei jau ilginame pensinį amžių, tai privalome mūsų senjorams užtikrinti visas įmanomas galimybes likti darbo rinkoje kaip pilnaverčiams darbuotojams. Taip pat norėčiau paraginti valstybes nares užtikrinti vyresnio amžiaus darbuotojų apsaugą nuo nesąžiningo atleidimo pensinio amžiaus atveju, nes vyresnių darbuotojų teisės yra pažeidžiamesnės.

Antra, deja, bet vis dar nesugebame nuo diskriminacijos apsaugoti labiausiai pažeidžiamų visuomenės narių – žmonių su negalia. Kai kurios valstybės narės pažeidžia šią direktyvą, nes nesugeba pritaikyti neįgaliesiems darbo vietų, nesuteikia tinkamų gyvenimo ir kokybiškų darbo sąlygų, neužtikrina lygių galimybių į švietimą, profesinį mokymą. Todėl turime raginti valstybes nares pasinaudoti struktūriniais fondais ir pritaikyti darbo vietas bei suteikti reikiamą pagalbą neįgaliesiems darbo vietoje.

Negalime būti abejingi jautriausioms mūsų visuomenės grupėms ir šioms problemoms, todėl norėčiau paraginti Komisiją ir valstybes nares užtikrinti geresnį šios direktyvos dėl lygių galimybių visiems įgyvendinimą valstybėse narėse, nes valstybėms narėms ši direktyva turėtų tapti kasdieninio gyvenimo įrankiu, apsaugant ir gerinant visų žmonių gyvenimą.

Biljana Borzan (S&D), *napisan.* – Prema zadnjim istraživanjima žene u prosjeku dobiju oko 16 posto manju plaću od svojih muških kolega. To znači da u odnosu na njih odrade 59 dana besplatno. Upravo tu je značaj ove Direktive. Ne možemo dopustiti da žene, koje u većem broju završavaju fakultete, ne pronalaze zaposlenje, što se onda odražava na njihov položaj u obitelji, društvu, te naravno i na njihovu mirovinu.

Renata Briano (S&D), *per iscritto.* – Conformemente al trattato sull'Unione europea, siamo fondati sui valori del rispetto della dignità umana, della libertà, della democrazia, dell'uguaglianza, dello Stato di diritto e dei diritti umani. L'Unione europea combatte l'esclusione sociale e le discriminazioni: negli Stati membri devono prevalere il pluralismo, la non discriminazione, la tolleranza, la giustizia, la solidarietà e la parità tra donne e uomini.

L'articolo 10 TFUE stabilisce che l'Unione combatte le discriminazioni fondate sul sesso, la razza o l'origine etnica, la religione o le convinzioni personali, la disabilità, l'età o l'orientamento sessuale. Inoltre l'articolo 21 della Carta dei diritti fondamentali dell'UE stabilisce che è vietata qualsiasi forma di discriminazione fondata sul sesso, la razza, il colore della pelle o l'origine etnica o sociale, le caratteristiche genetiche, la lingua, la religione o le convinzioni personali, le opinioni politiche o di qualsiasi altra natura, l'appartenenza ad una minoranza nazionale, il patrimonio, la nascita, gli handicap, l'età o le tendenze sessuali.

Oggigiorno ci troviamo ancora davanti a discriminazioni di genere, etniche, religiose e a pregiudizi di vario tipo che minano l'unità e l'armonia dei rapporti fra i nostri concittadini: occorre sensibilizzare maggiormente, anche con campagne di educazione, al rispetto del valore individuale e della tolleranza.

Daniel Buda (PPE), *în scris.* – Uniunea Europeană se întemeiază pe valorile respectării demnității umane, libertății, statului de drept, precum și pe respectarea drepturilor omului.

Directiva privind egalitatea de tratament a reușit să fie transpusă în legislațiile statelor membre și să fie pusă în aplicare, ceea ce reprezintă un pas înainte pentru garantarea drepturilor cetățenilor europeni.

Pe lângă prevederile legislative existente în această directivă, statele membre pot oferi un nivel mai ridicat de protecție și, în același timp, pot lua măsuri de discriminare pozitivă în acest domeniu, în legislația lor națională.

M-am declarat în favoarea acestui raport deoarece susțin cu tărie nevoia de a combate discriminarea într-un mod corespunzător, în toate domeniile vieții.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque evalúa la aplicación de la Directiva sobre la igualdad de trato en el empleo desde su adopción y dibuja las recomendaciones para futuras mejoras adicionales. Tiene un enfoque equilibrado sobre los aspectos más importantes como la discriminación por motivos de sexo, de origen racial o étnico, religiosos o de convicciones, discapacidad, edad u orientación sexual.

También destaca que a pesar de que algunos Estados miembros han ido más allá en la aplicación de los requisitos de la Directiva, y que los europeos son tolerantes con los colectivos en riesgo de discriminación y además están mejor informados acerca de sus derechos, los retos para la implementación de la Directiva todavía existen.

Gracias a las enmiendas del S&D se fortalecieron aspectos relacionados con la edad y la discriminación por discapacidad, sobre la presentación de informes, la recopilación de datos, la discriminación múltiple, la formación continua y el aprendizaje. También se incorporó un párrafo sobre la conciliación entre la vida laboral y personal (maternidad, cuidadores, permisos de paternidad) y otro en que se defiende la «calidad» del empleo para las personas con discapacidad, así como la eliminación del lenguaje discriminatorio contra migrantes y refugiados

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in questione che fa il punto sullo stato di applicazione della direttiva sulla parità di trattamento in materia di occupazione. A 15 anni dall'adozione della suddetta direttiva, si rilevano notevoli passi in avanti. Alcuni Stati membri non limitano la tutela contro le discriminazioni fondate sulle convinzioni personali, la disabilità, l'età o l'orientamento sessuale, ma la estendono ai settori contemplati dalla direttiva sull'uguaglianza razziale. Occorre, tuttavia, monitorare attentamente la situazione perché la crisi economica tende a sottrarre diritti, specie alle fasce più deboli. Nella relazione viene sottolineato, inoltre, come la direttiva 2000/78/CE manchi di chiarezza e di certezza giuridica riguardo alla discriminazione multipla. In essa, infatti, non vi è contenuta alcuna disposizione specifica sulla discriminazione multipla, sebbene dica esplicitamente che la combinazione di due o più forme di discriminazione può far insorgere problemi connessi alle differenze esistenti a livello di tutela garantita per le diverse forme.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this positive report examining the application of the Employment Equality Directive across the EU. The report contains strong and positive proposals about achieving workplace and social equality for LGBTI people, women and parents, anti-discrimination elements around race, religion and gender, as well as positive aspects around equality for people with disabilities in the workplace.

David Casa (PPE), *in writing*. – I fully agree with the general elements set out in this report and I therefore voted in favour. The adoption of the Employment Equality Directive (EFD) extended the protection against discrimination provided under EU law by laying down a general framework for combating discrimination on the grounds of religion or belief, disability, age or sexual orientation with regard to employment and occupation. This was done with a view to putting into effect in the Member States the principle of equal treatment without undermining the role of the Member States in this process. Despite huge steps in the right direction, many are still unaware of their rights. Employers need to create an anti-discriminatory working environment as without their active involvement in this process it will be very hard to achieve.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – L'obiettivo della direttiva sulla parità in materia di occupazione, adottata 15 anni fa, è quello di combattere le discriminazioni – su qualsiasi base – che avvengono sul posto di lavoro. Con la relazione si ribadiscono tutti i punti focali della direttiva e se ne richiede un'applicazione tempestiva in tutta l'Unione. Ho votato senza dubbio a favore-

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – Even though I fully agree that the EU should combat social exclusion and discrimination which also means that we should keep removing barriers when it comes to gender equality in employment, I abstained from voting. The reason I did so is that I do not support initiatives included in the report which aim at harmonisation of maternity leaves or reinforcing legislation on compulsory paternity leave as I do not believe that this should be established from the EU level. The same applies for supporting measures such as social clauses in the public procurement.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Ho ritenuto di votare a favore della relazione che traccia un bilancio dei primi quindici anni di applicazione della direttiva sulla parità in materia di occupazione. Apprezzo che quasi tutti gli Stati membri abbiano incluso il principio generale della parità di trattamento in materia di occupazione nelle loro costituzioni. Mi compiaccio che la relazione inviti la Commissione a raccogliere dati sulle discriminazioni e in particolare su quelle per motivi razziali. Credo che tali episodi incidano in modo negativo sulla coesione sociale e sul rispetto dei diritti fondamentali su cui si basa l'Unione europea. Mi rammarico che, nonostante siano stati raggiunti risultati positivi su alcuni temi quali l'inclusione delle persone con disabilità, il numero di episodi discriminatori contro i musulmani e le persone LGBT siano in aumento. A tal proposito, mi sembra opportuno incrementare le risorse destinate agli enti nazionali responsabili per le campagne di sensibilizzazione. Ritengo inoltre che tali organizzazioni dovrebbero fornire informazioni e assistenza legale al fine di incrementare il numero delle denunce, da parte delle vittime, di episodi discriminatori. In conclusione, ritengo essenziale accrescere la partecipazione al mercato del lavoro degli individui di età compresa tra i 55 e i 64 anni al fine di assicurare loro la certezza di un reddito a lungo termine.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και υπογραμμίζουμε πως η ανάγκη για αυξημένη συμμετοχή στην αγορά εργασίας στο μέλλον, καθώς και για μακροπρόθεσμη εισοδηματική ασφάλεια, καθιστούν αναγκαία την εύρεση καλύτερων ρυθμίσεων για τη συμφιλίωση της επαγγελματικής και της οικογενειακής ζωής, συμπεριλαμβανομένης της παροχής φροντίδας σε μέλος της οικογένειας.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε σχετικά με την έκθεση για την εφαρμογή της οδηγίας 2000/78/ΕΚ του Συμβουλίου, ως προς τη διαμόρφωση γενικού πλαισίου για την ίση μεταχείριση στην απασχόληση και την εργασία, γνωστή και ως «οδηγία για την ισότητα στην απασχόληση». Καθώς η ευρωπαϊκή κοινωνία καλείται να εξαλείψει οποιαδήποτε διάκριση στον τομέα της εργασίας, θεωρώ πως η έκθεση αυτή κινείται προς τη σωστή κατεύθυνση και, γι' αυτό τον λόγο, ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Esterno il mio favore alla relazione presentata dalla collega Weber per sveltire e approfondire il quadro generale inerente la parità di trattamento in materia di occupazione e condizioni di lavoro. Vanno, infatti, implementati strumenti legislativi capaci di eliminare la discriminazione e alla luce di ciò, mi sono espresso a favore del riconoscimento tra i diritti fondamentali della libertà di coscienza. Sono, a tal proposito, allarmato per i medici che subiscono discriminazioni a seguito del ricorso all'obiezione di coscienza. Pur ritenendo la libertà religiosa un diritto inalienabile, è ampiamente condivisibile l'assunto della relazione secondo cui i datori di lavoro possono avere legittimi motivi per vietare determinati simboli religiosi laddove questi comportino problemi di sicurezza o reprimano i diritti delle donne. Queste ultime, inoltre, per poter lavorare in condizioni ottimali e di serenità necessitano di proposte innovative in merito al congedo di maternità e alla protezione efficace della salute sul luogo di lavoro. Poiché realizzare una piena ed effettiva parità lavorativa ha impatti, come si può notare, quanto più trasversali, invito i cittadini europei a mantenere vivo l'interesse verso i provvedimenti adottati e a segnalare eventuali lacune.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O artigo 10.º do Tratado sobre o Funcionamento da UE estabelece que, na definição e execução das suas políticas e ações, a União tem por objetivo combater a discriminação em razão do sexo, raça ou origem étnica, religião ou crença, deficiência, idade, ou orientação sexual.

Findos 15 anos desde a adoção da Diretiva sobre a igualdade de tratamento no emprego e na atividade profissional, é este o fio condutor que devemos continuar a seguir na sua aplicação, sendo impermeáveis nos valores a sentimentos de atualidade ou ventos de ocasião política dos Estados-Membros.

Apoio o Relatório Weber, que vem reforçar o combate à não discriminação, alertando para o ainda baixo nível de sensibilização sobre a matéria e a existência de fenómenos reais de discriminação em grupos concretos e a urgência de se desbloquear a Diretiva horizontal de luta contra discriminação.

Ressalvo a abundante jurisprudência do Tribunal Europeu dos Direitos do Homem sobre a matéria e congratulo-me com a iniciativa da Comissão de conciliação com a vida particular, que é indissociável desta Diretiva.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, auch wenn ich dem Bericht in einigen Punkten nicht zustimme. In den letzten 15 Jahren wurde mit der Gleichbehandlungsrichtlinie viel erreicht. Der Bericht zeigt die Bereiche auf, an denen wir noch weit von gleichen Wettbewerbsbedingungen hinsichtlich Gleichheit in Beschäftigung und Beruf entfernt sind. Die gilt z. B. für Frauen, die am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen und im Zusammenhang mit Beschäftigung mit negativer Diskriminierung konfrontiert sind.

Der vorgelegte Bericht greift aber in einigen Punkten in Bereiche ein, die in der Kompetenz der Mitgliedstaaten liegen. Fragen der Anerkennung eines Partnerschaftsstatus, Güterstandsregelungen und Regelungen von Erziehungsrechten sind Sache der Mitgliedstaaten und müssen dort von den nationalen Parlamenten beraten und beschlossen werden.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this non-legislative, own-initiative report. This vote wasn't on the legislation itself, but on how it was being implemented. The report covered a wide range of sensitive issues such as discrimination based on gender, ethnicity, nationality sexual orientation etc., and rightly condemned aspects such as harassment and violence. However the report then went on to call for wide-reaching Commission action and EU legislation such as data collection, information campaigns, adopting the EU framework on racism and called for further harmonisation of laws regarding secularism. The only people that should decide these things are our elected and accountable national governments, not EU bureaucrats in Brussels. While UKIP cannot support more EU action and spending of taxpayer's money, we do not want to appear to oppose equality or against fighting discrimination.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione poiché invita le istituzioni dell'Unione europea a prendere maggiormente in considerazione le difficoltà che affrontano quotidianamente i disabili e rafforzare sia le tutele contro la discriminazione sul mercato del lavoro. È necessario incoraggiare gli Stati membri ad attuare politiche occupazionali che combinando misure positive, come le agevolazioni fiscali, con politiche attive, quali l'orientamento e la formazione, favoriscano l'assunzione di persone con disabilità e a seguire i datori di lavoro con un costante sostegno durante tutto il processo di occupazione.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — Measures, such as the Directive on improving the gender balance among non-executive directors of companies listed on stock exchanges and related measures, have already been adopted by Parliament. They have the potential to help bring about greater equality for women within the field of employment and improve women's access to management positions. But legislation should be considered as a crucial tool in reaching gender equality. As advocated by the report, this should be combined with normative procedures and campaigns in order to implement gender equality, not only in legislation but also in public opinion.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que evalúa la aplicación de la directiva sobre igualdad en materia de empleo puesto que reconoce e identifica los problemas fundamentales en la implementación de esta directiva, como la falta de datos en materia de igualdad, las carencias en la información y en el apoyo a las víctimas o las barrreras en el acceso a la justicia y a la reparación en caso de vulneraciones de la misma.

Asimismo, el informe realiza una serie de recomendaciones que considero positivas como la necesidad de adoptar un marco europeo para combatir a nivel nacional entre otros la islamofobia, o la necesidad de que los Estados miembros implementen la legislación para asegurar la protección de las personas transgénero, así como para que posibiliten el reconocimiento mutuo de todos tipo de uniones, regímenes matrimoniales y derechos parentales. Al apoyar estas recomendaciones, mi voto ha sido favorable.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Employment equality is crucially important, we need to ensure that our citizens are equally treated in the job market. I am in favour of this report as it outlines and seeks to address the main issues in this regard – that is equality of data, discrimination reporting, awareness, the role of civil society and the social partners and access to justice, amongst others.

Rosa D'Amato (EFDD), *per iscritto*. – La relazione affronta con serietà le problematiche che si sono recentemente imposte con l'evoluzione delle condizioni socio-economiche in Europa. Sono purtroppo infatti ancora molti gli ambiti dove i lavoratori sono discriminati per orientamento sessuale, colore della pelle, origine etnica o sociale, lingua, religione, patrimonio, nascita, disabilità, difficoltà familiari o convinzioni e opinioni personali, ivi incluse quelle politiche. Non solo: l'austerity imposta negli ultimi anni ha accentuato i casi di fuoriuscita forzata di lavoratori di età compresa tra i 45 e i 55 anni, i quali non riescono a reinserirsi nel contesto occupazionale attuale, anche a causa della discriminazione legata alla loro età. L'Unione europea generalmente viene indentificata con le imposizioni e con i doveri, mentre raramente viene ricordato un suo testo basilare che, se applicato regolarmente alle politiche delle Istituzioni e degli Stati membri, potrebbe contribuire ad allentare la distanza fra cittadini e UE. Si tratta della Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea, che contiene una serie di principi valori fondanti, anche quando applicati al contesto occupazionale. L'auspicio è quindi che l'UE rimetta al centro tali valori per combattere l'esclusione sociale ed affermare la solidarietà, l'inclusione e l'uguaglianza. Per questo il mio voto alla relazione è favorevole.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu ce rapport, sans valeur législative contraignante, sur la mise en œuvre de la directive portant création d'un cadre général en faveur de l'égalité de traitement en matière d'emploi. Il est crucial que les États membres s'emploient davantage à lutter contre les discriminations récurrentes qui ont lieu sur le marché de l'emploi. Toutefois, nous ne devons pas par ce texte mettre à mal le principe de subsidiarité en Europe. Il était alors important de rappeler dans ce texte que les États membres restent compétents pour déterminer les règles qui encadrent le port de symboles religieux en Europe dans les entreprises et les espaces publics.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Alors que certaines données démontrent clairement un recul des discriminations et une information de plus en plus complète des droits pour les victimes de discrimination, ce rapport dénonce exactement l'inverse. Il ne semble plus défendre l'égalité en matière d'emploi mais plutôt le communautarisme en promouvant un terrorisme judiciaire entrainant un éclatement de la société. Ce rapport stigmatise au contraire l'Européen et ne fait aucune mention de l'immigration massive que les pays membres subissent depuis des décennies et que l'UE a intensifiée par l'arrivée et l'installation de millions de migrants non assimilables.

Au-delà des cas de discrimination issus de l'immigration, l'influence regrettable du lobby LGBTIQ se fait sentir clairement dans ce rapport. Pour ces raisons, j'ai voté contre.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Целта на доклада е да очертае моментното състояние на Директивата за равенството в областта на заетостта и да насърчи държавите членки в по-доброто ѝ прилагане, с което аз бих могъл да се съглася. От моята група бяха внесени поправки, с които искахме да подчертаем ролята на ЕС по отношение на посредничеството и координацията за обмен на най-добри практики. Поименното гласуване на определени параграфи, поискано от моята група на Европейските консерватори и реформисти, показва някои от нашите позиции по специфични теми, но тъй като цялостният дух на доклада е позитивен, аз го подкрепих.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – La Directiva de Igualdad en el Empleo, que fue adoptada hace ya quince años, es una legislación clave para garantizar la igualdad y luchar contra la discriminación en el empleo. Desde entonces, la situación ha mejorado mucho a pesar de que dista de ser la ideal, especialmente para algunos colectivos como el de las personas discapacitadas.

El informe propone medidas acertadas para combatir la discriminación en el trabajo de estas personas. Además, el uso de los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos debe jugar un papel importante para conseguir una mayor igualdad e inclusión laboral de estas personas, por ejemplo, mediante la adaptación de lugares de trabajo, implementación del diseño universal, proporcionando la asistencia y asesoramiento necesario en el trabajo, mejorando la educación y la formación y creando programas dirigidos a empresas que contraten a personas con discapacidades.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Jag avstod från att rösta, eftersom även om texten var relativt balanserad kvarstod flera osäkerheter kring tillämpningen, vilket berör det faktum att beslut i liknande frågor i första hand ska fattas så nära dem som berörs av politiken som möjligt, vilket görs mycket bättre på nationell och lokal nivå än på EU nivå.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Segundo o quarto inquérito do Eurobarómetro, em comparação com o inquérito anterior, mais europeus são tolerantes relativamente aos grupos em risco de discriminação e os europeus também estão mais bem informados sobre os seus direitos em caso de discriminação. De acordo com os dados da Agência dos Direitos Fundamentais da União Europeia (FRA), 40 % dos ciganos que procuram emprego são vítimas de discriminação, 75 % dos casais homossexuais não dão as mãos em público, 38 % dos judeus inquiridos admitem que não usam vestes simbólicas em público, 37 % dos muçulmanos inquiridos declararam que foram vítimas de discriminação e 11 % que foram vítimas de crimes de ódio. Globalmente, a situação tem um impacto negativo sobre a coesão social, bem como no respeito pelos direitos fundamentais. É necessário envidar esforços a fim de reforçar o diálogo entre os governos, a sociedade civil e os parceiros sociais em todos os domínios e sensibilizar o público em geral.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: il n'a pas vocation à défendre l'égalité en matière d'emploi. Il a plutôt pour objectif de booster le communautarisme avec pour conséquence un morcellement de la société.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della presente relazione poiché è fondamentale che l'Unione si fondi sui valori del rispetto della dignità umana, della libertà, della democrazia, dell'uguaglianza, dello Stato di diritto e del rispetto dei diritti umani. L'Unione europea deve porsi quale obiettivo l'abbattimento dell'esclusione sociale e delle discriminazioni. Il principio di non discriminazione deve riguardare tutti gli aspetti della vita delle persone, compresa l'occupazione.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – The main points of contention were issues related to LGBTI and the Leave Directives. The outcome of the negotiations was overall positive.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Prijatie smernice o rovnakom zaobchádzaní predstavovalo pre Európsku úniu pred 15 rokmi veľký krok vpred v oblasti vytvorenia rovnakých podmienok na trhu práce a zlepšenie podmienok v oblasti kvality zamestnania a povolania. Treba poznamenať, že niektoré členské štáty pri implementácii smernice do svojich vnútroštátnych poriadkov zachádzajú ešte oveľa ďalej a rozširujú pôsobnosť aj na oblasti rasovej rovnosti. Napriek dosiahnutým pokrokom však ešte stále ostáva do budúcnosti veľmi veľa nevyriešených úloh. Prieskumy pravidelne poukazujú na nesúlad medzi mierou prejavovanej diskriminácie a oznámených prípadov diskriminácie. Obete majú stále problém rozoznať diskriminačnú situáciu. Je potrebné vyvinúť úsilie o zintenzívnenie dialógu medzi vládami, občianskou spoločnosťou a sociálnymi partnermi o všetkých dôvodoch diskriminácie a zvýšiť povedomie v radoch verejnosti. Väčšina členských štátov presunula zodpovednosť za šírenie informácií týkajúcich sa antidiskriminačných právnych predpisov a zvyšovanie povedomia na vnútroštátne špecializované orgány bez toho, aby im nevyhnutne poskytli primerané prostriedky.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario alla relazione: solita retorica a favore solo di Rom, migranti, categorie LGBT ecc. Non si considerano invece i cittadini europei in difficoltà.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την εφαρμογή της οδηγίας για την ισότητα στην απασχόληση, καθόσον διαφωνώ κάθετα με την προσέγγιση της Ένωσης στο συγκεκριμένο θέμα, έχω διαφορετικές προτεραιότητες και πολύ διαφορετική άποψη σχετικά με τις νομοθετημένες δήθεν θετικές διακρίσεις.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I welcome this report, which assesses the application of the Employment Equality Directive 15 years from its adoption and draws recommendations for further improvements.

I believe the rapporteur produced a good draft with a balanced focus on the most important aspects such as discrimination based on sex, racial or ethnic origin, religion or belief, disability, age or sexual orientation. I welcome the call for work-life balance legislation (maternity, carers, paternity leave), the defending of 'quality' employment for people with disabilities, and the elimination of discriminatory language against migrants and refugees.

Despite very positive application of the directive in many Member States, problems and challenges still exist such as funding, awareness, discrimination reporting, access to information and justice, and data collection. The social partners (trade unions and employers) and civil society, including equality bodies, must be involved in the effective application of equality in employment and occupation.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A Fidesz–KDNP európai parlamenti delegációja egységesen és határozottan nemmel szavazott a szociális dömpingről szóló EP-jelentésre. A dokumentum – többek közt – veszélyt lát ugyanis a szolgáltatások szabad áramlása keretében legálisan más tagállamban foglalkoztatott EU-s állampolgárokban, elsősorban a Közép-Kelet Európából érkezett munkavállalókban. A jelentés ahelyett, hogy meghatározta volna a „szociális dömping" fogalmát, a legálisan foglalkoztatott munkavállalók másik EU-tagállamba történő kiküldetését igyekezett szociális dömpingként meghatározni.

Már meglévő EU-s jogszabályok alapján egy másik tagállamba legálisan kiküldött munkavállalók, valamint a határon átnyúló szolgáltatásokat végzők, tipikusan fuvarozók jogállását kívánja a jelentés összemosni, többek között a be nem jelentett munkavállalók és a háztartási, az ápolási-gondozási szektorban (különösen az otthoni ápolásban) dolgozók helyzetével elfogadhatatlan. Mint ismert, az Unión belül kiküldöttként dolgozó munkavállalók aránya nem éri el az uniós munkaerő-piac 1%-át sem. Felmerül a kérdés, hogy az Európai Bizottság vajon miért erőltette a jogszabály felülvizsgálatának megkezdését a kiküldött munkavállalók kapcsán, amikor még le sem járt az annak átültetésére szabott határidő.

Ismert tény az is, hogy a nyugat-európai vállalkozások sokkal tőkeerősebbek, ezzel szemben Közép-Kelet Európában a versenyképesség egyik fő eleme az alacsonyabb bérköltség. A kettő közötti különbözőséget tudná korlátozottan ugyan, de feloldani a kiküldött munkavállalókra vonatkozó jogszabály, amelynek felülvizsgálatát csak megfelelő tapasztalatok birtokában lenne ésszerű és méltányos elvégezni.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque evalúa la aplicación de la Directiva sobre la igualdad de trato en el empleo desde su adopción y dibuja las recomendaciones para futuras mejoras adicionales. Tiene un enfoque equilibrado sobre los aspectos más importantes como la discriminación por motivos de sexo, de origen racial o étnico, religiosos o de convicciones, discapacidad, edad u orientación sexual.

También destaca que a pesar de que algunos Estados miembros han ido más allá en la aplicación de los requisitos de la Directiva, y que los europeos son tolerantes con los colectivos en riesgo de discriminación y además están mejor informados acerca de sus derechos, los retos para la implementación de la Directiva todavía existen.

Gracias a las enmiendas socialistas se fortalecieron aspectos relacionados con la edad y la discriminación por discapacidad, sobre la presentación de informes, la recopilación de datos, la discriminación múltiple, la formación continua y el aprendizaje. También se incorporó un párrafo sobre la conciliación entre la vida laboral y personal (maternidad, cuidadores, permisos de paternidad) y otro en que se defiende la «calidad» del empleo para las personas con discapacidad, así como la eliminación del lenguaje discriminatorio contra migrantes y refugiados.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de este informe porque evalúa la aplicación de la Directiva sobre la igualdad de trato en el empleo desde su adopción y dibuja las recomendaciones para futuras mejoras adicionales. Tiene un enfoque equilibrado sobre los aspectos más importantes como la discriminación por motivos de sexo, de origen racial o étnico, religiosos o de convicciones, discapacidad, edad u orientación sexual.

También destaca que, a pesar de que algunos Estados Miembros han ido más allá en la aplicación de los requisitos de la Directiva, y que los europeos son tolerantes con los colectivos en riesgo de discriminación y además están mejor informados acerca de sus derechos, los retos para la implementación de la Directiva todavía existen.

Gracias a las enmiendas socialistas se fortalecieron aspectos relacionados con la edad y la discriminación por discapacidad, la presentación de informes, la recopilación de datos, la discriminación múltiple, la formación continua y el aprendizaje. También se incorporó un párrafo sobre la conciliación entre la vida laboral y personal (maternidad, cuidadores, permisos de paternidad) y otro en el que se defiende la «calidad» del empleo para las personas con discapacidad, así como la eliminación del lenguaje discriminatorio contra migrantes y refugiados.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sull'applicazione della direttiva 2000/78/CE del Consiglio, del 27 novembre 2000, che stabilisce un quadro generale per la parità di trattamento in materia di occupazione e di condizioni di lavoro (direttiva sulla parità in materia di occupazione) perché sostengo la necessità di creare condizioni omogenee tra tutti i cittadini comunitari per favorirne l'accesso al mondo del lavoro. Nonostante l'Unione europea si fondi su valori quali il rispetto della dignità umana, della libertà, dell'uguaglianza e tutela dei diritti umani, c'è da constatare un grande divario tra gli Stati membri circa il rispetto degli obblighi della direttiva in materia di occupazione. Se è vero che alcuni Stati più virtuosi vanno addirittura oltre tali obblighi, estendendo le tutele anche all'uguaglianza razziale, oltre che all'età, all'orientamento sessuale, alle convinzioni religiose, permangono numerosi problemi di accesso al lavoro per i Rom, per gli omosessuali, per i musulmani o gli ebrei. La necessità di ampliare la partecipazione al mercato del lavoro nel futuro e la sicurezza dei lavoratori costituiscono oltretutto un requisito fondamentale per creare le condizioni per una più adeguata conciliazione vita-lavoro e per una migliore e diffusa coesione sociale e benessere dei cittadini.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zur „Anwendung der Gleichbehandlungsrichtlinie für den Bereich Beschäftigung" gestimmt. Er setzt, wenngleich nicht in allen Punkten, durchaus wichtige Akzente. So begrüße ich die Verurteilung von Berufsverboten in einzelnen Mitgliedstaaten, wenn Menschen gewisse Tätigkeiten aus religiösen oder Gewissensgründen ablehnen. Ebenso begrüße ich die Aufnahme meines Antrags auf besonderen Schutz stillender Mütter am Arbeitsplatz.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Gleichbehandlungsrichtlinie der Europäischen Union stellt einen unumstößlichen Wert der Union dar. Die europäische Direktive zur Bekämpfung von Diskriminierung muss schnellstmöglich eingeführt werden.

María Teresa Giménez Barbat (ALDE), *por escrito*. – Estimamos con respecto a la primera parte de la enmienda 21 que es justamente el principio de subsidiariedad aplicado a los estados y los cuerpos intermedios sociales el que garantiza con carácter general el cumplimiento de las normas internacionales de derechos humanos, de otro modo difícilmente aplicables al menos hasta que un sistema de justicia supranacional no sea plenamente efectivo.

Sin perjuicio de que debe favorecerse un equilibrio entre la unidad de los derechos humanos y la diversidad de los contextos culturales y políticos donde estos se aplican, entendemos que los estados y los empleadores pueden en efecto conservar razones legítimas para prohibir símbolos que son patentemente opresivos y que no pueden excusarse en su naturaleza religiosa.

Con respecto a la segunda parte de la enmienda, si bien no especifica con claridad los criterios por los que determinados símbolos reprimen derechos de la mujer, lo que puede originar algunas interpretaciones abusivas, consideramos que el riesgo de que el texto sea empleado actualmente para justificar la represión de símbolos legítimamente amparados en la libertad religiosa es significativamente inferior al riesgo de que el texto se abstenga sobre la necesidad de reprimir el uso público de símbolos opresivos, o que supongan manifiestos problemas de seguridad.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Voilà longtemps que je n'avais pas vu un rapport si idéologique. Il est consacré à la discrimination au travail, supposée réelle, massive et systématique envers les minorités (immigrés, roms, LGBT, handicapés, etc.), réalité affligeante qu'un biais statistique nous empêcherait de bien voir. À se demander pourquoi tant d'immigrés affluent chaque année en Europe. Par masochisme sans doute.

Malgré sa méfiance envers les chiffres, M^me^ Weber en utilise quelques-uns, qu'elle juge fiables puisqu'ils vont dans son sens, même s'ils n'ont qu'un rapport ténu avec le sujet: des homosexuels qui ne se tiennent pas la main ou des juifs qui ne portent pas de vêtement symbolique en public, sans que l'on nous dise si c'est par choix ou par peur, et par peur de qui. Des minorités qui sont ou se disent victimes de discrimination. Tout cela malaxé dans une joyeuse confusion pour promouvoir la seule discrimination légitime, et même recommandée: celle du mâle européen hétérosexuel âgé de 25 à 50 ans.

On aimerait, puisque l'on parle travail et minorités, que M^me^ Weber se penche sur l'explosion des pratiques religieuses en entreprise et l'instrumentalisation des lois anti-discrimination par certains pour imposer ces pratiques à tous. Mais là, j'entends déjà son cri d'effroi: «Padamalgame !»

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe ya que su contenido es positivo en tanto que identifica los principales problemas y retos de la aplicación de dicha Directiva, y propone recomendaciones a la Comisión y los Estados Miembros con los que estamos de acuerdo para eliminar la discriminación por motivos de sexo, religión, creencias, discapacidad, edad u orientación sexual y garantizar la igualdad de trato en el empleo. Entre otras, algunas destacadas que nos parecen muy positivas son: que la Comisión presente una Directiva sobre el permiso para cuidadores/as; una mejora y transversalización de los datos disponibles sobre igualdad, incluidas las estadísticas armonizadas y homogéneas; proporcionar formación continua a los stakeholders sobre legislación en el empleo; fortalecer y apoyar a las organizaciones de la sociedad civil que trabajan en esta materia; medidas para lograr que el sector privado asuma su responsabilidad en la creación de un entorno libre de discriminación; la adopción de un marco europeo de estrategias nacionales de lucha contra el antisemitismo y la islamofobia; reconocer las cláusulas sociales en los contratos públicos o la aplicación de la legislación efectiva (refundición GED) para asegurar la protección de todas las personas trans, entre otras.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Am votat acest raport deoarece, în conformitate cu un studiu realizat de Comisia Europeană, s-a dovedit că există o posibilă corelație între țările cu un nivel scăzut de jurisprudență și țările care au transpus directiva luând doar anumite formulări din aceasta și introducându-le în legislațiile lor naționale. Există anumite dificultăți procedurale care afectează accesul la justiție și punerea în aplicare efectivă care provin, de asemenea, din perioadele-limită scurte prevăzute de legislație, procedurile îndelungate, costurile ridicate și deficiențele în oferirea de asistență judiciară, precum și barierele lingvistice, accesul pentru persoanele cu dizabilități și chestiunile juridice privind interesul legitim. Sunt de părere că sunt necesare eforturi suplimentare pentru a garanta credibilitatea și admisibilitatea mijloacelor de probă pornind de la circumstanțe specifice, întrucât femeile și persoanele cu dizabilități continuă să fie victime ale discriminării multiple, directe și indirecte, pe piața forței de muncă, în pofida aplicării, în teorie, a principiului egalității de tratament în statele membre. Încurajez și susțin vehement protejarea persoanelor cu dizabilități și nediscriminarea acestora în fapt pentru că, teoretic, toate Constituțiile statelor membre prevăd nediscriminarea.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, which calls for a comprehensive approach on combating discrimination in employment and occupation. We urgently need to adapt workplaces and to provide assistance, education and training for people with disabilities.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport, qui souligne de nombreux principes importants pour l'égalité et la non-discrimination devant l'emploi, mais je me suis opposée à son paragraphe 21, qui visait indirectement la France en «s'inquiétant de ce que certains États membres aient mis en place des interdictions générales concernant le port de symboles religieux dans l'espace public au nom de la neutralité et de la laïcité». Ce paragraphe était contraire au principe de subsidiarité, et il va à l'encontre de la législation française en vigueur, pourtant tout à fait légitime pour lutter contre les communautarismes, qui interdit le port de signes religieux ostentatoires dans les établissements publics. Le respect des valeurs de la République nous interdit tout autant de laisser prospérer le communautarisme dans l'entreprise et c'est pourquoi le port de certains signes à caractère religieux, notamment quand ils portent atteinte aux droits des femmes, doit pouvoir être interdit par les employeurs.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque evalúa la aplicación de la Directiva sobre la igualdad de trato en el empleo desde su adopción y dibuja las recomendaciones para futuras mejoras adicionales. Tiene un enfoque equilibrado sobre los aspectos más importantes como la discriminación por motivos de sexo, de origen racial o étnico, religiosos o de convicciones, discapacidad, edad u orientación sexual.

También destaca que a pesar de que algunos Estados miembros han ido más allá en la aplicación de los requisitos de la Directiva, y que los europeos son tolerantes con los colectivos en riesgo de discriminación y además están mejor informados acerca de sus derechos, los retos para la implementación de la Directiva todavía existen.

Gracias a las enmiendas del S&D se fortalecieron aspectos relacionados con la edad y la discriminación por discapacidad, sobre la presentación de informes, la recopilación de datos, la discriminación múltiple, la formación continua y el aprendizaje. También se incorporó un párrafo sobre la conciliación entre la vida laboral y personal (maternidad, cuidadores, permisos de paternidad) y otro en que se defiende la «calidad» del empleo para las personas con discapacidad, así como la eliminación del lenguaje discriminatorio contra migrantes y refugiados.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I was pleased to support this report which is a well balanced and comprehensive assessment of the challenges we face in ensuring equal treatment in employment and protection from discrimination on the grounds of sex, race, disability, age, religion and belief or sexual orientation. While great progress has been made since the Directive's introduction, discrimination is still a problem for our society. According to data from the EU Fundamental Rights Agency, 40% of Roma job seekers experience discrimination, 75% of gay people will not hold hands in public with their partner, 38% of Jewish respondents admitted they do not wear their symbolic garments in public and 37% of Muslim respondents have reported experiencing discrimination. The report highlights the importance of collecting data, in order to help prove the existence of discrimination and in particular indirect discrimination. Awareness raising and access to information, with the help of equality bodies and social partners, is crucial as many victims themselves still have difficulty in recognising discrimination. Access to justice in discrimination cases is also a key area highlighted in the report.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour as I have no objections.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this non-legislative, own-initiative report. This vote wasn't on the legislation itself, but on how it was being implemented. The report covered a wide range of sensitive issues such as discrimination based on gender, ethnicity, nationality sexual orientation etc., and rightly condemned aspects such as harassment and violence. However the report then went on to call for wide-reaching Commission action and EU legislation such as data collection, information campaigns, adopting the EU framework on racism and called for further harmonisation of laws regarding secularism. The only people that should decide these things are our elected and accountable national governments, not EU bureaucrats in Brussels. While UKIP cannot support more EU action and spending of taxpayer's money, we do not want to appear to oppose equality or against fighting discrimination.

Филиз Хюсменова (ALDE), *в писмена форма*. – Уважаеми г-н Председател, уважаеми колеги, за съжаление дискриминацията, основана на полов, национален, етнически или религиозен принцип, продължава да е пречка в ежедневието на твърде много европейци. Ето защо подкрепям заключенията на доклада относно прилагането на Директивата за равното третиране в областта на заетостта.

За ефективното упражняване на принципите за равенство и на основните права и свободи в областта на заетостта, държавите членки следва систематично да гарантират, че всички съществуващи правни текстове са в съответствие с принципа за равно третиране. Очаквам те да поощрят работата на националните органи по инспекция на труда и да разработят политики за повишаване на осведомеността на жертвите на дискриминация в сферата на труда, тъй като работещите често не са запознати със своите права, с компетентните органи, към които могат да се обръщат, нито с възможностите за получаване на подкрепа и правна защита.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I fully support the recommendations made by the rapporteur regarding the Employment Equality Directive in order to improve the role of civil society and social partners, access to justice, lack of equality data and awareness.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasao sam za Izvješće o primjeni Direktive Vijeća 2000/78/EZ od 27. studenog 2000. o uspostavi općeg okvira za jednako postupanje pri zapošljavanju i obavljanju zanimanja („Direktiva o jednakosti pri zapošljavanju") jer sam svjestan kako je diskriminacija, nažalost, još uvijek dio svakodnevnice brojnih Europljana te vjerujem u bolji svijet kada će sve države članice ukloniti prirodne, društvene i ekonomske prepreke koje onemogućuju ostvarenje načela jednakosti i ograničavaju slobodu europskih građana.

Ovo Izvješće, koje sam podržao, naglašava kako je potrebno raditi na jačanju dijaloga među vladama, civilnim društvom i socijalnim partnerima u pogledu svih oblika diskriminacije te podizanju razine svijesti u javnosti. Isto tako, postoji i puno prostora za napredak jer je većina država članica delegirala odgovornost širenja informacija u vezi sa zakonodavstvom o suzbijanju diskriminacije te podizanjem svijesti specijaliziranim nacionalnim tijelima, a da im nije nužno dodijelila odgovarajuća sredstva.

Diane James (EFDD), *in writing.* — Diane James and her UKIP MEP colleagues abstained on this non-legislative, own-initiative report. This vote wasn't on the legislation itself, but on how it was being implemented. The report covered a wide range of sensitive issues such as discrimination based on gender, ethnicity, nationality sexual orientation etc., and rightly condemned aspects such as harassment and violence. However the report then went on to call for wide-reaching Commission action and EU legislation such as data collection, information campaigns, adopting the EU framework on racism and called for further harmonisation of laws regarding secularism. The only people that should decide these things are our elected and accountable national governments, not EU bureaucrats in Brussels. While UKIP cannot support more EU action and spending of taxpayer's money, we do not want to appear to oppose equality or against fighting discrimination.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur du rapport Weber concernant la directive portant création d'un cadre général en faveur de l'égalité de traitement en matière d'emploi. Cette directive a été adoptée il y a 15 ans et visait à mettre en place des conditions égales en matière d'accès à l'emploi. Ce rapport vise à examiner les défis toujours existants dans la mise en place de cette directive et propose certaines solutions pratiques.

Jarosław Kalinowski (PPE), *na piśmie.* – Wśród podstawowych wartości, na jakich opiera się UE, są niedyskryminacja i poszanowanie praw człowieka. Celem Unii jest dążenie do zwalczania wszelkich praktyk dyskryminacyjnych ze względu na płeć, wiek, religię, rasę, kolor skóry, pochodzenie. Mimo że wiele państw włączyło do swoich systemów prawnych zakaz dyskryminacji, to jednak wciąż prawo to nie jest w pełni stosowane.

Rynek pracy jest jednym z obszarów, gdzie dochodzi do dyskryminacji. Obrazuje to chociażby fakt, że kobiety są bardziej dotknięte bezrobociem niż mężczyźni. Chodzi głównie o kobiety w ciąży i matki. Dotyczy to również osób starszych, wśród których procent bezrobocia jest bardzo wysoki, a przecież mogą one wzbogacić firmy swoim doświadczeniem i wiedzą.

Aby poradzić sobie z tym problemem, musimy dążyć do likwidacji wszystkich form dyskryminacji, nie tylko tych na rynku pracy. Istniejące prawo powinno być konsekwentnie stosowane, a dochodzenie praw powinno być ułatwione poprzez zapewnienie możliwości korzystania z darmowej pomocy prawnej i uproszczenie procedur. Powinniśmy też tworzyć programy ułatwiające adaptację w zmieniającym się środowisku pracy.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich.* – Durch die Richtlinie zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften wurde viel erreicht. Dieser Bericht versucht nun, die horizontale EU-Antidiskriminierungsrichtlinie voranzutreiben, welche jedoch das Subsidiaritätsprinzip verletzen und tief in die Kompetenzen der einzelnen Mitgliedstaaten eingreifen würde. Ich lehne daher den vorliegenden Bericht ab.

Afzal Khan (S&D), *in writing.* – I voted in favour of the report, which calls for a comprehensive approach on combatting discrimination in employment and occupation. We urgently need to adapt workplaces and to provide assistance, education and training for people with disabilities.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма.* — Подкрепям доклада относно прилагането на Директивата за равенството в областта на заетостта, приета преди 15 години и чиято крайна цел е да се създадат еднакви условия по отношение на равенството в областта на заетостта. Според данните от четвъртия Евробарометър, все по-голям брой европейци са толерантни спрямо групи, които са заплашени от дискриминация, и са по-добре информирани за своите права в случай на дискриминация в сравнение с предишното проучване, проведено през 2012 г.

Все още съществуват предизвикателства пред изпълнението на директивата. Смятам, че държавите членки трябва да покажат по-голяма ангажираност по отношение на прилагането на принципа на равенство между жените и мъжете в политиките в областта на заетостта и трябва да изработят неутрални спрямо пола класификации на професиите и системи за оценка като задължителни мерки за насърчаване на равното третиране. Освен това призовавам държавите членки да насърчават работодателите да наемат млади хора, но същевременно да гарантират и спазват равното третиране по отношение на заплащането и социалната закрила.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La direttiva sulla parità in materia di occupazione, adottata 15 anni fa, ha come scopo quello di condurre verso l'uguaglianza fra uomo e donna nell'ambito lavorativo. Secondo un recente sondaggio di Eurobarometro, la popolazione europea è ora più tollerante, rispetto al 2012, verso i gruppi soggetti a discriminazione, oltre a essere più informata sui diritti spettanti in caso di discriminazione. Pur non di meno, la direttiva presenta ancora svariati problemi e debolezze nel campo della sua applicazione. Per tali ragioni, la relazione esamina le sfide esistenti per l'attuazione della direttiva e cerca di dare delle soluzioni per migliorala il più possibile. È nostro compito promuovere i principi fondamentali dell'Unione di uguaglianza, dignità umana, libertà e democrazia. Voto, quindi, a favore.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, car nombre de ses dispositions sont contraires au principe de subsidiarité.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – La directive sur l'égalité en matière d'emploi, adoptée en 2000, vise à assurer l'égalité de traitement sur le lieu de travail, indépendamment de l'âge, de la religion, des convictions, du handicap ou de l'orientation sexuelle de l'individu. Je déplore que, seize ans après, certaines mesures n'aient pu aboutir de manière concrète.

Je suis donc tout à fait favorable à ce rapport, qui examine les défis toujours existants concernant l'égalité en matière d'emploi et les possibles améliorations. Il encourage par exemple la création de lieux de travail tenant compte des besoins des personnes en situation de handicap, propose la mise en place de programmes de formation – notamment dans le développement des compétences numériques – destinés aux travailleurs âgés, ou bien prône une meilleure sensibilisation à l'attention des victimes de discrimination selon l'orientation sexuelle.

Par conséquent, j'ai voté pour son adoption en séance plénière.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Si chacun s'accorde évidemment à dénoncer les discriminations en matière d'emploi et de salaire, à qualification égale, ce texte élargit jusqu'à dénaturer la lutte contre les discriminations. Tout ce qui n'est pas homme, hétérosexuel, européen et bien portant, doit bénéficier impérativement, selon ce texte, d'une législation particulière de lutte contre les discriminations. Nous rejetons ce référentiel et le principe même de discrimination positive, préférant l'idée de méritocratie.

Je me suis donc opposé à cette résolution.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque evalúa la aplicación de la Directiva sobre la igualdad de trato en el empleo desde su adopción y dibuja las recomendaciones para futuras mejoras adicionales. Tiene un enfoque equilibrado sobre los aspectos más importantes como la discriminación por motivos de sexo, de origen racial o étnico, religiosos o de convicciones, discapacidad, edad u orientación sexual.

También destaca que a pesar de que algunos Estados miembros han ido más allá en la aplicación de los requisitos de la Directiva, y que los europeos son tolerantes con los colectivos en riesgo de discriminación y además están mejor informados acerca de sus derechos, los retos para la implementación de la Directiva todavía existen.

Gracias a las enmiendas del S&D se fortalecieron aspectos relacionados con la edad y la discriminación por discapacidad, sobre la presentación de informes, la recopilación de datos, la discriminación múltiple, la formación continua y el aprendizaje. También se incorporó un párrafo sobre la conciliación entre la vida laboral y personal (maternidad, cuidadores, permisos de paternidad) y otro en que se defiende la «calidad» del empleo para las personas con discapacidad, así como la eliminación del lenguaje discriminatorio contra migrantes y refugiados.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque evalúa la aplicación de la Directiva sobre la igualdad de trato en el empleo desde su adopción y dibuja las recomendaciones para futuras mejoras adicionales. Tiene un enfoque equilibrado sobre los aspectos más importantes como la discriminación por motivos de sexo, de origen racial o étnico, religiosos o de convicciones, discapacidad, edad u orientación sexual.

También destaca que a pesar de que algunos Estados miembros han ido más allá en la aplicación de los requisitos de la Directiva, y que los europeos son tolerantes con los colectivos en riesgo de discriminación y además están mejor informados acerca de sus derechos, los retos para la implementación de la Directiva todavía existen.

Gracias a las enmiendas del S&D se fortalecieron aspectos relacionados con la edad y la discriminación por discapacidad, sobre la presentación de informes, la recopilación de datos, la discriminación múltiple, la formación continua y el aprendizaje. También se incorporó un párrafo sobre la conciliación entre la vida laboral y personal (maternidad, cuidadores, permisos de paternidad) y otro en que se defiende la «calidad» del empleo para las personas con discapacidad, así como la eliminación del lenguaje discriminatorio contra migrantes y refugiados.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que evalúa la aplicación de la directiva sobre igualdad en materia de empleo puesto que reconoce e identifica los problemas fundamentales en la implementación de esta directiva, como la falta de datos en materia de igualdad, las carencias en la información y en el apoyo a las víctimas o las barrreras en el acceso a la justicia y a la reparación en caso de vulneraciones de la misma.

Asimismo, el informe realiza una serie de recomendaciones que considero positivas como la necesidad de adoptar un marco europeo para combatir a nivel nacional entre otros la islamofobia, o la necesidad de que los Estados miembros implementen la legislación para asegurar la protección de las personas transgénero, así como para que posibiliten el reconocimiento mutuo de todos tipo de uniones, regímenes matrimoniales y derechos parentales. Al apoyar estas recomendaciones, mi voto ha sido favorable.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – La presente Directiva relativa al establecimiento de un marco general para la igualdad de trato en el empleo y la ocupación, establece un marco general para garantizar la igualdad de trato en el lugar de trabajo de las personas de la Unión Europea, independientemente de su religión o convicciones, discapacidad, edad u orientación sexual.

Considero que un punto importante de esta iniciativa es que se aplicará a todas las personas, tanto las que trabajan en el sector público como en el privado, en relación con las condiciones de acceso al empleo o a la actividad por cuenta propia, incluidos los criterios de selección y las condiciones de contratación y promoción; la formación profesional; las condiciones de empleo y trabajo (incluidas las de despido y remuneración); la afiliación y participación en una organización de trabajadores o de empresarios, o en cualquier organización cuyos miembros desempeñen una profesión concreta.

Por las razones anteriormente descritas y porque debemos tomar, tanto a nivel nacional como europeo, todas las medidas posibles para proteger el principio de igualdad en el empleo y en la ocupación, doy mi voto favorable a la aprobación de este informe.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I supported this report that seeks a level playing field and how the EED can be improved.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Stavěl jsem se proti přijetí antidiskriminačních směrnic a nesouhlasím ani s touto zprávou. Nesouhlasím s výzvou, že je potřeba, aby vláda zvyšovala pomocí kampaní informovanost LGBTI osob o jejich právech. Je na každém, aby si sám zjistil, jaká má práva. Nesouhlasím ani s požadavkem, aby „pro případy diskriminace na pracovišti byla přijata pravidla k ochraně oznamovatelů“. Podle mě by to vedlo ke zvýhodňování udavačů v právních sporech týkajících se údajné diskriminace na pracovišti.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – I support the report's recommendations to strengthen the role of the national equality bodies, including through the provision of adequate funding, to display greater commitment in implementing the principle of equality between women and men in employment policies, to enhance the reconciliation of work and private life by concrete measures, such as urgently proposing new legislative proposals on the Maternity Leave Directive so as to guarantee the right for women to return to work after pregnancy and maternity leave and parental leave.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Únia vo svojich dokumentoch deklaruje boj proti sociálnemu vylúčeniu a diskriminácii. Tieto hodnoty sa dotýkajú všetkých sfér života. Napriek tomu, že členské štáty tieto hodnoty transformovali aj do svojich vnútroštátnych predpisov, v praxi dochádza rozmanitými spôsobmi a formami k ich porušovaniu a nedodržiavaniu. Dokazovanie existencie diskriminácie a nerovnakého zaobchádzania je však v bežnom živote náročné. Vyžaduje si cieľavedomý prístup zainteresovaných orgánov a spoluprácu poškodených, ktorí sa zvyčajne obávajú hovoriť o svojej zlej skúsenosti.

Komisia, členské štáty a všetky orgány a organizácie musia spolupracovať pri získavaní informácií o diskriminácii a nerovnakých postupoch, vymieňať si praktické skúsenosti a postupy a z tejto praxe navrhovať nové riešenia, ktoré musia nájsť odraz a podporu aj v úprave právnych predpisov.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Αναφερόμενος στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 15/9/2016, απείχα κατά την ψηφοφορία της έκθεσης σχετικά με την εφαρμογή της οδηγίας 2000/78/ΕΚ του Συμβουλίου, της 27ης Νοεμβρίου 2000, για τη διαμόρφωση γενικού πλαισίου για την ίση μεταχείριση στην απασχόληση και την εργασία («οδηγία για την ισότητα στην απασχόληση»), καθώς η εν λόγω έκθεση δεν είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Si chacun s'accorde évidemment à dénoncer les discriminations en matière d'emploi et de salaire, à qualification égale, ce texte élargit les critères jusqu'à dénaturer la lutte contre les discriminations.

Par ailleurs, l'utilisation de statistiques par le rapporteur n'ayant, pour certaines, aucun lien direct avec le rapport montre sa volonté de pervertir le fond du sujet.

Nous rejetons le principe même de discrimination positive, préférant l'idée de méritocratie.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht behauptet, Wettbewerbsbedingungen hinsichtlich Gleichheit in Beschäftigung und Beruf zu behandeln, tatsächlich soll jedoch Gesellschaftspolitik betrieben werden. Dies ist abzulehnen.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu EP pranešimui dėl Lygių galimybių užimtumo srityje direktyvos taikymo. Diskriminacija daro įtaką visoms žmonių gyvenimo sritims, ir užimtumas yra tik viena iš jų. Nors diskriminacijos suvokimas pagerėjo, nemažai diskriminacijos aukų vis dar nežino savo teisių arba dėl įvairių veiksnių, pavyzdžiui dėl sudėtingų ir ilgai trunkančių teisinių procedūrų, nedrįsta imtis teisinių veiksmų prieš diskriminacinę praktiką.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La directive sur l'égalité de l'emploi est entrée en vigueur en décembre 2000. Elle établit un cadre pour la lutte contre la discrimination et la garantie de l'égalité de traitement en matière d'emploi.

Le rapport pointe les manquements dans l'application de cette directive. Il dénonce le faible niveau de sensibilisation, ainsi que le fait que la plupart des États membres ont délégué la responsabilité de diffuser des informations relatives à la législation en matière de lutte contre la discrimination et de sensibiliser l'opinion publique à des organismes nationaux spécialisés, sans leur fournir les ressources nécessaires.

Il note également qu'il existe un large écart entre les discriminations subies et leur taux de déclaration dont attestent régulièrement les sondages. Ou encore le fait que les victimes ont encore des difficultés à reconnaître une situation discriminatoire.

Pour y remédier, le rapport propose que la Commission adopte un cadre européen reprenant les stratégies nationales pour lutter contre le racisme. Il encourage également les États membres à prévoir des systèmes adaptés pour la réinsertion sur le marché du travail des détenus qui ont purgé leur peine.

Je vote pour ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Si chacun s'accorde évidemment à dénoncer les discriminations en matière d'emploi et de salaire à qualification égale, ce texte élargit jusqu'à dénaturer la lutte contre les discriminations. Tout ce qui n'est pas homme, hétérosexuel, européen et bien portant, doit bénéficier impérativement, selon ce texte, d'une législation particulière de lutte contre les discriminations. Nous rejetons ce référentiel et le principe même de discrimination positive, préférant l'idée de méritocratie.

Je me suis donc opposée à cette résolution.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A União Europeia funda-se nos valores do respeito pela dignidade humana, da liberdade, da democracia, da igualdade, do Estado de direito e do respeito pelos direitos do Homem e deve combater a exclusão social e as discriminações. É necessário que que todos os Estados-Membros eliminem os obstáculos naturais, sociais e económicos que impedem que o princípio da igualdade encontre expressão material e que limitam a liberdade dos cidadãos europeus. Só assim será possível atingir os objetivos propostos. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this resolution as it deals with the challenges to the implementation of the Employment Equality Directive. The resolution calls on Member States to commit to the principles of equality and tackle any forms of discrimination whether religious, sexual, gender, race or age; therefore I voted in favour as the Union needs to promote its values on its own soil.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — Discriminatie komt voor in alle aspecten van het leven. Werk, werkomstandigheden en werkvoorwaarden zijn voorbeelden van gevallen waarin ongelijke behandeling van mensen nog te vaak voorkomt. In 2000 werd de Europese richtlijn voor gelijke behandeling in arbeid en beroep vastgelegd. Opzet was om in Europa eenzelfde aanpak voor de behandeling in arbeid en beroep te realiseren en mensen beter te wapenen en beter te beschermen tegen allerlei vormen van discriminatie op basis van geslacht, ras, afkomst, seksuele geaardheid, handicap, geloof of overtuiging en leeftijd. Zestien jaar later zijn mensen zich beter bewust van hun rechten in geval van discriminatie. Maar tegelijk moeten we vaststellen dat nog te weinig gevallen van discriminatie daadwerkelijk worden gemeld en dat sommige discriminatiegronden meer aandacht krijgen dan andere. Het is dan ook noodzakelijk aan de hand van gegevensverzameling, bewustmaking van de burgers en wetgevende en niet-wetgevende initiatieven ertoe te komen alle vormen van discriminatie en vooral ook van indirecte discriminatie te erkennen, te voorkomen en te allen tijde te bestrijden.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which calls on social partners (trade unions and employers) and civil society, including equality bodies to be involved in the effective application of equality in employment and occupation.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Foglalkoztatási és Szociális Bizottság jelentése a foglalkoztatás és a munkavégzés során alkalmazott egyenlő bánásmód általános kereteinek létrehozásáról szóló 2000. november 27-i 2000/78/EK tanácsi irányelvről szól, amelynek végső célja az egyenlő versenyfeltételek megteremtése volt a foglalkoztatás és a munkavégzés tekintetében. Az irányelv végrehajtása számos eredményt hozott, ám továbbra is vannak súlyos megoldatlan problémák. A jelentés leszögezi, hogy megkülönböztetés az emberek életének minden területét érinti, a foglalkoztatás csak egy ezek közül.

A foglalkoztatási egyenlőségre vonatkozóan egyébként is kevés adat áll rendelkezésre, ami abból is adódik, hogy a foglalkoztatási egyenlőségről szóló irányelv nem írja elő a tagállamok számára azok gyűjtését. Mindazonáltal a más területeken érzékelhető megkülönböztetésből következtethetünk erre a területre is. A roma álláskeresők 40%-a tapasztal megkülönböztetést, a melegek 75%-a nem jár kézen fogva a partnerével nyilvános helyeken, a zsidó válaszadók 38%-a elmondta, hogy nyilvános helyeken nem visel szimbolikus zsidó ruhadarabokat, a muszlim válaszadóknak pedig 37%-a tapasztalt megkülönböztetést, és 11%-uk élt át gyűlölet-bűncselekményt. A jelentést megszavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A Diretiva sobre a igualdade de tratamento no emprego está fundada num dos princípios basilares da União. O artigo 10º do TFUE estabelece que a criação e aplicação das políticas e ações da União têm por base a não discriminação em razão do sexo, raça ou origem étnica, religião ou crença, idade ou orientação sexual.

Contudo, e de acordo com o relatório da Comissão, não basta a existência de legislação para se alcançar a plena igualdade. Por isso, deve ser reforçada a sensibilização para a proteção existente, a utilização dos fundos da UE e o reforço dos organismos nacionais de promoção da igualdade.

Pelas razões expostas, votei a favor do relatório.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – La lutte contre les discriminations est un objectif louable si tant est que l'on ne verse pas dans l'hystérie et la paranoïa. C'est ce que semble pourtant faire ce rapport, qui pose pourtant de bonnes questions sur les discriminations, notamment en direction des personnes homosexuelles ou transsexuelles. Je m'abstiens donc sur ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report which calls for a comprehensive approach on combatting discrimination in employment and occupation. We urgently need to adapt workplaces and to provide assistance, education and training for people with disabilities. In the UK in 2015, only 48% of people with disabilities were in employment.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur le vote de ce rapport. Si j'approuve les recommandations qu'il formule, notamment en ce qui concerne l'embauche des travailleurs handicapés, je ne peux pas soutenir un texte qui «s'inquiète des interdictions mises en place par certains États du port de signes religieux dans l'espace public au nom de la neutralité et de la laïcité, ce qui a mené le secteur privé à tenter également d'appliquer de telles restrictions», alors que la neutralité religieuse dans l'entreprise est un rempart contre les comportements communautaristes qui sont inacceptables et dangereux.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur l'application de la directive 2000/78/CE du Conseil du 27 novembre 2000 portant création d'un cadre général en faveur de l'égalité de traitement en matière d'emploi et de travail. Il rend compte des résultats du quatrième baromètre sur le sujet en Europe, après celui de 2012 et constate que les Européens sont plus tolérants qu'avant à l'égard des groupes risquant d'être discriminés et qu'ils connaissent aujourd'hui mieux leurs droits en cas de discrimination. Le rapport examine également les obstacles qui existent encore à la mise en œuvre de la directive sur l'égalité de l'emploi et les améliorations possibles pour tendre à une égalité parfaite en matière d'emploi.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Accogliamo favorevolmente questa relazione d'iniziativa che valuta l'applicazione della direttiva sulla parità di occupazione a 15 anni dalla sua adozione e propone raccomandazioni per ulteriori miglioramenti. Apprezziamo in modo particolare che si sia scelto di adottare un focus sugli aspetti più importanti come la discriminazione basata sul sesso, sull'etnia, sulla religione ma anche sulle convinzioni personali, sull'età, sull'orientamento sessuale o a causa di forme di disabilità. Siamo soddisfatti nel rilevare che, nei 15 anni trascorsi dall'entrata in vigore della direttiva, alcuni Stati membri abbiano prodotto una legislazione ancora più evoluta, persino oltre i requisiti della norma europea, e che, dal punto di vista della società civile, è possibile riscontrare una maggiore attenzione nei confronti dei gruppi sociali tradizionalmente a rischio di discriminazione da parte dei cittadini europei, che presentano oggi anche una migliore e più ampia informazione nell'ambito dei diritti. Tuttavia, è innegabile che ancora oggi esistano sfide dal punto di vista dell'integrazione e della discriminazione sul mercato del lavoro, anche in seguito al sopraggiungere, o acuirsi, di fenomeni di trasformazione della nostra società, come i flussi migratori. Per questa ragione è assolutamente auspicabile una proposta di riforma da parte della Commissione europea, come indicato dalla relazione in oggetto.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – In 2000 the Employment Equality Directive was adopted which extended the protection against discrimination on grounds of sex, race, colour, ethnic or social origin, genetic features, language, religion or belief, political or any other opinion, membership of a national minority, birth, disability, age or sexual orientation that is provided under EU law. I have voted for this report that will address the challenges to the implementation of the Employment Equality Directive.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat această inițiativă deoarece aceasta subliniază faptul că „discriminarea pe criterii de dizabilitate" înseamnă orice distincție, excludere sau restricție care împiedică recunoașterea, respectarea și exercitarea în mod legal a drepturilor omului și a libertăților fundamentale.

De asemenea, acest raport invită statele membre să consolideze sistemele publice de pensii, cu scopul de a garanta înlocuirea decentă a salariilor după momentul pensionării. În același timp, consider că este foarte important ca statele membre să revizuiască sistemele de asigurări profesionale pentru a combate discriminarea persoanelor cu dizabilități.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Zdržel jsem se hlasování o zprávě o provádění směrnice o rovnosti v zaměstnání, neboť obsahuje jak prvky, s nimiž se ztotožňuji, tak prvky, s nimiž nesouhlasím. Oceňuji, že při odděleném hlasování prošel text uznávající například svobodu svědomí každého pracovníka či odkázání úpravy náboženských symbolů do sféry členských států. Myslím také, že koncepty typu otcovské dovolené mohou přinést řadu benefitů pro společnost, pokud jsou správně uchopeny. Na druhou stranu však v textu zprávy zůstala řada bodů, se kterými nemohu souhlasit, například bod, podle kterého lze proti sociálním nerovnostem bojovat pouze prostřednictvím politik, jež zaručí lepší přerozdělování bohatství a které budou založeny na zvýšení reálných mezd, opatřeních na podporu regulace práce a pracovní doby a ochrany práce. Stejně tak obvykle nevítám výzvy k tomu, aby Komise připravovala nové regulace zejména tam, kde by měla v rámci subsidiarity být zásadní role států.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this positive report examining the application of the Employment Equality Directive across the EU. The report contains strong and positive proposals about achieving work-place and social equality for LGBTI people, women and parents, anti-discrimination elements around race, religion and gender, as well as positive aspects around equality for people with disabilities in the workplace.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Unter dem Deckmantel, Wettbewerbsbedingungen hinsichtlich Gleichheit in Beschäftigung und Beruf zu verbessern, wird tatsächlich Gesellschaftspolitik betrieben. Dies ist abzulehnen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. EL väärtustab võrdse kohtlemise põhimõtteid, sellest hoolimata on selles valdkonnas vaja veelgi enam püüelda diskrimineerimise vähendamise poole. Raport kutsub üles pöörama suuremat tähelepanu puuetega inimestele, usulistele veendumustele, vanusele ning muudele aspektidele, mis demokraatlikule Euroopale oluline. Tuleb teha tööd, et tugevdada valitsuste, kodanikuühiskonna ja sotsiaalpartnerite dialoogi kõigi diskrimineerimise põhjuste üle ning suurendada avalikkuse teadlikkust.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η αρχή της ίσης μεταχείρισης είναι μια από τις θεμελιώδεις αρχές της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Παρά το γεγονός ότι και τα 28 κράτη μέλη έχουν μεταφέρει την οδηγία στην εθνική τους νομοθεσία, η νομοθεσία από μόνη της δεν αρκεί για να διασφαλίσει την πλήρη ισότητα. Πρέπει να συνδυαστεί με την απαραίτητη δράση στον τομέα της πολιτικής. Υπερψήφισα την έκθεση που αφορά την εφαρμογή της οδηγίας για την ισότητα στην απασχόληση με απώτερο στόχο τη δημιουργία ισότιμων όρων ανταγωνισμού όσον αφορά την ισότητα στον τομέα της απασχόλησης. Η ανάγκη για αυξημένη συμμετοχή στην αγορά εργασίας στο μέλλον, καθώς και για μακροπρόθεσμη εισοδηματική ασφάλεια, καθιστούν αναγκαία την εύρεση καλύτερων ρυθμίσεων για τη συμφιλίωση της επαγγελματικής και της οικογενειακής ζωής. Επιπλέον, χρειάζεται ενίσχυση του διαλόγου μεταξύ των κυβερνήσεων, της κοινωνίας των πολιτών και των κοινωνικών εταίρων όσον αφορά όλες τις αφορμές διακρίσεων, καθώς και για την αύξηση της ευαισθητοποίησης του κοινού. Στην έκθεση τονίζεται επίσης ο χαμηλός αριθμός καταγγελιών, που αντικατοπτρίζει μόνο ένα χαμηλό ποσοστό των περιστατικών διακριτικής μεταχείρισης που λαμβάνουν χώρα στην πραγματικότητα στο σύνολο της ΕΕ. Επομένως, πρέπει να ενταθούν οι προσπάθειες προς ευαισθητοποίηση, διάδοση πληροφοριών, βελτίωση της πρόσβασης στο σύστημα απονομής δικαιοσύνης και στους μηχανισμούς υποβολής καταγγελιών για διακριτική μεταχείριση.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this non-legislative, own-initiative report. This vote wasn't on the legislation itself, but on how it was being implemented. The report covered a wide range of sensitive issues such as discrimination based on gender, ethnicity, nationality sexual orientation etc., and rightly condemned aspects such as harassment and violence. However the report then went on to call for wide-reaching Commission action and EU legislation such as data collection, information campaigns, adopting the EU framework on racism and called for further harmonisation of laws regarding secularism. The only people that should decide these things are our elected and accountable national governments, not EU bureaucrats in Brussels. While UKIP cannot support more EU action and spending of taxpayer's money, we do not want to appear to oppose equality or against fighting discrimination.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Apprezzo il lavoro svolto nel cercare di produrre un testo che comprendesse tutte le varie posizioni e regolamentasse meglio un pilastro fondamentale di quello che dovrà essere un mercato europeo del lavoro sempre più integrato e aperto. Mi congratulo quindi con il relatore e voterei a favore di questo testo.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — As a convinced European I believe that tolerance and non-discrimination should be at the heart of the EU policies. This is why I voted in favour of this report, which examines the still existing challenges to the implementation of the Employment Equality Directive and looks for possible ways of improvement. Furthermore, according to the forth Eurobarometer, currently more Europeans are tolerant of groups at risk of discrimination and are better informed about their rights in case of discrimination as compared to a previous survey conducted in 2012.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Prijedlog rezolucije EP-a donosi mnoge konstruktivne prijedloge kojima je zajednički cilj spriječiti diskriminaciju pri zapošljavanju osoba. Pritom je od ključne važnosti poštivanje ljudskog dostojanstva i ljudskih prava koja moraju biti orijentir u ovim pitanjima.

U fokusu rezolucije su ugrožene skupine koje bi trebale imati jednaka prava prilikom zapošljavanja, a to su osobe s invaliditetom te starije osobe u dobi između 55 i 65 godina. Također je dobro što se EP ovom rezolucijom kritički osvrće na praksu integriranja općeg načela jednakog postupanja prema svima kod država članica koje to još nisu usvojile.

Međutim, unatoč mnogim dobrim aspektima ovog Prijedloga rezolucije, ne mogu ga podržati jer su prisutni neki ideološki impregnirani elementi. Ne slažem se da je društvena i politička klima sve tolerantnija prema programima ekstremista, rasista i ksenofoba i ne slažem se s time da se pod pojam obitelji svode neke zajednice koje nisu utemeljene na braku između muškarca i žene.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Chacun s'accorde à reconnaître qu'en matière d'emploi, à qualification égale, la discrimination n'a pas lieu d'être et certaines données indiquent clairement un recul des discriminations et une information de plus en plus complète des droits des victimes de discrimination.

Or, le rapport dénonce exactement l'inverse. Il n'a plus vocation à défendre l'égalité en matière d'emploi. Il a plutôt pour objectif d'exacerber le communautarisme en encourageant, notamment, une judiciarisation systématique avec pour conséquence un morcellement de la société.

Je préfère donc m'abstenir.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Questa relazione di iniziativa valuta lo stato dell'applicazione della direttiva sulla parità in ambito lavorativo a distanza di 15 anni dalla sua adozione e contiene raccomandazioni per futuri miglioramenti.

Alcuni Stati membri sono riusciti ad assicurare condizioni addirittura migliori di quelle richieste dalla direttiva e sempre più cittadini europei si dimostrano tolleranti nei confronti dei gruppi a rischio di discriminazione e sono maggiormente consapevoli dei propri diritti. Restano, tuttavia, questioni ancora da risolvere, come la scarsa denuncia delle discriminazioni e l'ancora limitato accesso alle informazioni e alla giustizia. La relazione richiede alle parti sociali (sindacati e datori di lavoro) e alla società civile, in particolare le associazioni e le organizzazioni che si occupano di parità, di impegnarsi di più per rendere effettivo il principio di non discriminazione nel mondo del lavoro, a partire dalla ricerca di un migliore equilibrio tra vita lavorativa e vita privata.

Resta ancora molto da fare affinché vi sia piena parità nel mondo del lavoro, ma la strada è quella giusta e sostengo quindi le richieste di questa relazione.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Prošlo je 15 godina od donošenja Direktive o jednakosti pri zapošljavanju, čiji je krajnji cilj stvaranje jednakih uvjeta za sve pri zapošljavanju i obavljanju zanimanja. Međutim, potrebno je raditi na jačanju dijaloga među vladama, civilnim društvom i socijalnim partnerima u pogledu svih oblika diskriminacije te kako bi se podigla razina svijesti o diskriminaciji u javnosti.

Podržao sam izvješće jer su stvaranje naprednog zakonodavstva, nediskriminacija i socijalna uključenost na radnom mjestu prioritet svih država članica.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Omawiane sprawozdanie z wdrożenia dotyczy wyzwań związanych z wdrożeniem przyjętej 15 lat temu dyrektywy w sprawie równego traktowania w obszarze zatrudnienia i pracy, ze szczególnym uwzględnieniem aspektów horyzontalnych, orientacji seksualnej, religii i wyznania, wieku oraz niepełnosprawności. W dalszym ciągu dostępnych jest bardzo mało danych dotyczących równości, ponieważ dyrektywa nie nakłada na państwa członkowskie obowiązku gromadzenia takich danych. Godny poparcia jest ogólny charakter przedmiotowego sprawozdania, którego celem jest jedynie ogólne zarysowanie aktualnej sytuacji i zachęcenie państw członkowskich do pełniejszego wdrożenia przepisów dyrektywy. Jest w nim kilka elementów, które mogą być niepokojące, takich jak odniesienia do proponowanej dyrektywy w sprawie przeciwdziałania dyskryminacji, dyrektywy w sprawie urlopu macierzyńskiego oraz LGBTI. W związku z tym wstrzymałem się od głosu.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui fait un bilan de la mise en œuvre de la directive sur l'égalité en matière d'emploi, adoptée il y a quinze ans. Au regard des études Eurobaromètres, les discriminations en matière d'accès à l'emploi diminuent et les victimes de discrimination sont désormais mieux informées sur leurs droits.

Néanmoins, certains défis doivent encore être relevés. À l'instar de l'égalité de salaire entre les hommes et les femmes, l'égalité en matière d'emploi doit être, dans chaque État membre, une priorité de chaque instant.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A transposição e a aplicação da Diretiva n.º 2000/78/CE, que estabelece um quadro geral de igualdade de tratamento no emprego e na atividade profissional, pelos 28 Estados-Membros, permitiu, segundo o Eurobarómetro, não apenas um aumento de tolerância relativamente aos grupos em risco de discriminação, mas também que os cidadãos europeus estivessem mais informados sobre os seus direitos em caso de discriminação.

No entanto, ainda permanecem desafios à aplicação da Diretiva relativa à igualdade no emprego.

Segundo o TUE, a União funda-se nos valores do respeito pela dignidade humana, da liberdade, da democracia, da igualdade, do Estado de direito e do respeito pelos direitos do Homem e deve combater a exclusão social e as discriminações em razão do sexo, raça ou origem étnica, religião ou crença, deficiência, idade ou orientação sexual. De igual modo, nos Estados-Membros, deve prevalecer o pluralismo, a não discriminação, a tolerância, a justiça, a solidariedade e a igualdade entre mulheres e homens.

Por considerar que o combate à discriminação no contexto do emprego e da atividade profissional só será eficaz se essa discriminação for digladiada de forma global – objetivo conseguido no documento em apreço, apoio e voto favoravelmente o presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this non-legislative, own-initiative report. This vote wasn't on the legislation itself, but on how it was being implemented. The report covered a wide range of sensitive issues such as discrimination based on gender, ethnicity, nationality sexual orientation etc., and rightly condemned aspects such as harassment and violence. However the report then went on to call for wide-reaching Commission action and EU legislation such as data collection, information campaigns, adopting the EU framework on racism and called for further harmonisation of laws regarding secularism. The only people that should decide these things are our elected and accountable national governments, not EU bureaucrats in Brussels. While UKIP cannot support more EU action and spending of taxpayer's money, we do not want to appear to oppose equality or against fighting discrimination.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente por considerar fundamental que a UE deve combater a exclusão social e as discriminações; devem prevalecer o pluralismo, a não discriminação, a tolerância, a justiça, a solidariedade e a igualdade entre mulheres e homens.

Contudo, de acordo com os dados da Agência dos Direitos Fundamentais da União Europeia, 40 % da população cigana que procuram emprego são vítimas de discriminação, 75 % dos casais homossexuais não dão as mãos em público, 38 % dos judeus inquiridos admitem que não usam vestes simbólicas em público, 37 % dos muçulmanos inquiridos declararam que foram vítimas de discriminação e 11 % que foram vítimas de crimes de ódio. Globalmente, a situação tem um impacto negativo sobre a coesão social, bem como no respeito pelos direitos fundamentais e os casos denunciados devem ser abordados de forma séria.

Os dados disponíveis sobre a igualdade ainda são muito escassos, devido, nomeadamente, ao facto de a Diretiva relativa à igualdade no emprego não exigir que os Estados-Membros os recolham.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque evalúa la aplicación de la Directiva sobre la igualdad de trato en el empleo desde su adopción y dibuja las recomendaciones para futuras mejoras adicionales. Tiene un enfoque equilibrado sobre los aspectos más importantes como la discriminación por motivos de sexo, de origen racial o étnico, religiosos o de convicciones, discapacidad, edad u orientación sexual.

También destaca que a pesar de que algunos Estados miembros han ido más allá en la aplicación de los requisitos de la Directiva, y que los europeos son tolerantes con los colectivos en riesgo de discriminación y además están mejor informados acerca de sus derechos, los retos para la implementación de la Directiva todavía existen.

Gracias a las enmiendas del S&D se fortalecieron aspectos relacionados con la edad y la discriminación por discapacidad, sobre la presentación de informes, la recopilación de datos, la discriminación múltiple, la formación continua y el aprendizaje. También se incorporó un párrafo sobre la conciliación entre la vida laboral y personal (maternidad, cuidadores, permisos de paternidad) y otro en que se defiende la «calidad» del empleo para las personas con discapacidad, así como la eliminación del lenguaje discriminatorio contra migrantes y refugiados.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport visant à évaluer la mise en œuvre de la directive 2000/78/CE sur l'égalité de traitement. Cette directive, adoptée il y a maintenant 16 ans, met en place un cadre général afin d'assurer le respect de l'égalité de traitement entre les personnes sur leur lieu de travail, quels que soient leur religion ou leurs convictions, leur handicap, leur âge ou leur orientation sexuelle.

Dans cette résolution, le Parlement européen demande notamment l'adoption de cadres européens pour la mise en œuvre de stratégies nationales visant à lutter contre l'antisémitisme et l'islamophobie. Il s'agit là d'une demande importante dans le contexte actuel de montée des populismes.

Virginie Rozière (S&D), *par écrit*. – La directive sur l'égalité en matière d'emploi fournit un cadre général visant à lutter contre les discriminations fondées sur l'âge, l'orientation sexuelle, le handicap, la religion ou les convictions.

Toutefois, elle ne suffit pas à garantir la pleine égalité en matière d'emploi. De nombreuses discriminations subsistent sur le marché du travail, en particulier en ce qui concerne les femmes, les personnes LGBTI, les personnes âgées et les personnes handicapées. Ce rapport s'attache à combattre les discriminations fondées sur la religion, en proposant notamment l'adoption de cadres européens pour la mise en œuvre de stratégies nationales de lutte contre l'antisémitisme et le racisme. Il exhorte également à l'action en faveur de l'insertion des personnes handicapées, notamment par la promotion des modèles de «smart working».

Ce rapport appelle par ailleurs à promouvoir l'intégration sur le marché du travail pour tous les travailleurs, quel que soit leur âge, notamment par le biais de la formation professionnelle.

Enfin, il invite à prévenir les discriminations fondées sur l'orientation sexuelle, notamment en réexaminant les textes de loi et les pratiques.

Dans la mesure où la pleine égalité en matière d'emploi est un impératif essentiel, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – De acordo com o Tratado da União Europeia, esta funda-se nos valores do respeito pela dignidade humana, da liberdade, da democracia, da igualdade, do Estado de direito e do respeito pelos direitos do Homem, devendo combater a exclusão social e as discriminações.

Quinze anos após a adoção da Diretiva relativa à igualdade no emprego, cujo objetivo final foi a criação de condições equitativas no que se refere à igualdade no emprego e na atividade profissional, ainda permanecem desafios a superar.

Atualmente, os europeus são mais tolerantes em relação aos grupos em risco de discriminação, estando também mais bem informados sobre os seus direitos em caso de discriminação. Apesar disso, continua a ser necessário envidar esforços capazes de reforçar o diálogo entre os governos, a sociedade civil e os parceiros sociais, sensibilizando também o público em geral.

A necessidade de uma maior participação no mercado de trabalho no futuro, bem como a garantia dos rendimentos a longo prazo, tornam essencial encontrar mecanismos mais eficazes de conciliação da vida profissional com a vida privada, pelo que concordo genericamente com este relatório que foca as questões anteriormente descritas, tendo-o votado favoravelmente.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui dresse un bilan de la mise en œuvre de la directive de 2007 portant création d'un cadre général en faveur de l'égalité de traitement en matière d'emploi.

S'il est vrai que la très grande majorité des États membres ont inscrit dans leur constitution le principe de l'égalité de traitement au regard de motifs de discrimination spécifiques, dans les faits, on assiste au sein de l'Union à la persistance de cas de discrimination et de harcèlement.

Dans ce sens, ce rapport souligne l'importance de protéger les travailleurs handicapés de toute forme de discrimination sur leur lieu de travail. De manière plus générale, l'âge, le sexe, l'orientation sexuelle, l'origine ou encore la religion ne doivent être la source de discriminations en matière d'emploi.

Ainsi, ce texte demande le renforcement du rôle des organismes nationaux de promotion de l'égalité, l'amélioration de la mise en œuvre du principe d'égalité entre les hommes et les femmes dans les politiques de l'emploi, ou encore l'amélioration des mécanismes de traitement des plaintes au niveau national.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe ya que su contenido es positivo en tanto que identifica los principales problemas y retos de la aplicación de dicha Directiva y propone recomendaciones a la Comisión y los Estados Miembros con los que estamos de acuerdo para eliminar la discriminación por motivos de sexo, religión, creencias, discapacidad, edad u orientación sexual y garantizar la igualdad de trato en el empleo. Entre otras, algunas destacadas que nos parecen muy positivas son: que la Comisión presente una Directiva sobre el permiso para cuidadores/as; una mejora y transversalización de los datos disponibles sobre igualdad, incluidas las estadísticas armonizadas y homogéneas; proporcionar formación continua a los stakeholders sobre legislación en el empleo; fortalecer y apoyar a las organizaciones de la sociedad civil que trabajan en esta materia; medidas para lograr que el sector privado asuma su responsabilidad en la creación de un entorno libre de discriminación; la adopción de un marco europeo de estrategias nacionales de lucha contra el antisemitismo y la islamofobia; reconocer las cláusulas sociales en los contratos públicos o la aplicación de la legislación efectiva (refundición GED) para asegurar la protección de todas las personas trans, entre otras.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die weitere Anwendung der Gleichbehandlungsrichtlinie für den Bereich Beschäftigung gestimmt.

Sie stammt aus dem Jahre 2000 und nahm sich zum Ziel, mehr Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf zu erreichen. Nach gut 15 Jahren sind deutliche Erfolge zu sehen; dennoch gibt es nach wie vor Herausforderungen in diesem Bereich. Die Richtlinie beinhaltet noch Verbesserungsvorschläge und sollte daher weiterhin angewendet werden.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que evalúa la aplicación de la directiva sobre igualdad en materia de empleo puesto que reconoce e identifica los problemas fundamentales en la implementación de esta directiva, como la falta de datos en materia de igualdad, las carencias en la información y en el apoyo a las víctimas o las barrreras en el acceso a la justicia y a la reparación en caso de vulneraciones de la misma.

Asimismo, el informe realiza una serie de recomendaciones que considero positivas como la necesidad de adoptar un marco europeo para combatir entre otros la islamofobia, o la necesidad de que los Estados miembros implementen la legislación para asegurar la protección de las personas transgénero, así como para que posibiliten el reconocimiento mutuo de todos tipo de uniones, regímenes matrimoniales y derechos parentales. Al apoyar estas recomendaciones, mi voto ha sido favorable.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report which calls for a comprehensive approach on combating discrimination in employment and occupation. We urgently need to adapt workplaces and to provide assistance, education and training for people with disabilities. In the UK in 2015, only 48% of people with disabilities were in employment.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* — Správa sa zaoberá mnohými oblasťami nediskriminácie v zamestnaní a povolaní a navrhuje viaceré dôležité opatrenia, napríklad vo vzťahu k ľuďom so zdravotným postihnutím. No zároveň vyvíja tlak na prijatie veľmi kontroverznej horizontálnej antidiskriminačnej smernice, ktorá už je roky zablokovaná a ktorá tiež kladie neprimeraný dôraz na boj proti homofóbii a transfóbii, ako aj na špecifickú ochranu skupín transsexuálnych a intersexuálnych osôb. Prijaté uznesenie svojimi návrhmi a odporúčaniami tiež zasahuje do oblastí, ktoré sú výhradne v kompetencii členských štátov, preto som hlasoval proti.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Smernica o rovnakom zaobchádzaní v zamestnaní stanovuje minimálne požiadavky, ale členské štáty smú stanoviť vyššiu úroveň ochrany vo svojich vnútroštátnych právnych predpisoch. Avšak pri implementácii smernice o rovnakom zaobchádzaní sa stále stretávame s problémami. Podľa údajov z Agentúry EÚ pre ľudské práva vyplýva, že s diskrimináciou sa stretáva mnoho rómskych uchádzačov o prácu, diskriminácia je pri zamestnávaní žien, starších ľudí, zdravotne hendikepovaných a pri odmeňovaní mužov a žien. Preto je potrebné vyvinúť úsilie o zintenzívnenie dialógu medzi vládami, občianskou spoločnosťou a sociálnymi partnermi o všetkých dôvodoch diskriminácie a zvýšiť povedomie v radoch verejnosti. Prieskumy jednoznačne preukázali, že existuje veľký nesúlad medzi mierou prejavovanej diskriminácie a oznámených prípadov diskriminácie. Preto zapojenie širokej verejnosti by pomohlo tento nesúlad odbúrať, diskriminovaní jednotlivci by mali vedieť, kde a na akú inštitúciu sa obrátiť o pomoc a predovšetkým, aby obete vedeli rozpoznať diskriminačnú situáciu. Návrh uznesenia som podporila, pretože považujem uplatňovanie smernice o rovnakom zaobchádzaní v zamestnaní za veľmi dôležité.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Het initiatiefverslag van Renate Weber gaat over de richtlijn tot het instellen van een algemeen kader voor gelijke behandeling in arbeid en beroep van 2000. Die richtlijn verplicht lidstaten om bescherming te bieden tegen elke vorm van discriminatie op grond van geslacht, ras of etnische afkomst, godsdienst of overtuiging, handicap, leeftijd of seksuele geaardheid in arbeid en beroep. Door het veranderende politieke klimaat van angst om werkloosheid en de vluchtelingencrisis nemen racisme en discriminatie toe, ook op de arbeidsmarkt. Om dit in te dammen vraagt het Europees Parlement aan de Raad om het aannemen van de horizontale anti-discriminatierichtlijn niet te blokkeren.

Daarnaast is het consistent toepassen van anti-discriminatiewetgeving belangrijk in preventieve strategieën rond radicalisering. Het verslag verwijst ook naar de noodzaak om minder valide werknemers te beschermen en ijvert voor het gebruik van sociaal verantwoorde openbare aanbestedingen. Voorts moeten de lidstaten meer doen om transgenders en klokkenluiders te beschermen, gebruik maken van genderbudgettering en sterke nationale arbeidsinspecties organiseren. We roepen de Commissie ook op om nieuwe wetgevende voorstellen te doen om de moederschapsrichtlijn, de zorgverlofrichtlijn en de wetgeving over vaderschapsverlof te versterken. Voor mij is dit de evidentie zelve in deze 21e eeuw en daarom stemde ik voor.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Akákoľvek diskriminácia v zamestnaní na základe pohlavia, veku, rasy, presvedčenia či iných faktorov, ktoré sú subjektívnymi osobnými danosťami, je neprijateľná. Bolo by však chybou, keby sme sa v snahe o rovnosť vydali cestou kvót, ktoré nič neriešia a boli by len ďalšou formou diskriminácie.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Prihvaćam izvješće o primjeni Direktive Vijeća 2000/78/EZ, jer smatram potrebnom borbu protiv socijalne isključenosti i diskriminacije. Europska unija se temelji na vrijednostima slobode, demokracije, jednakosti, poštivanja ljudskog dostojanstva i poštivanja ljudskih prava te mora poticati pomoć za osobe koje su se susrele s bilo kojom vrstom diskriminacije.

Žene su i dalje žrtve višestruke izravne i neizravne diskriminacije na tržištu rada te je to potrebno promijeniti. Također, svaku diskriminaciju povezanu sa starošću osobe, rasom ili etničkom pripadnošću, jezikom, vjerom, političkim ili drugim uvjerenjem, nacionalnim ili socijalnim podrijetlom i sve ostale vrste diskriminacije s kojima se ljudi susreću prilikom zapošljavanja potrebno je suzbiti. Prema Direktivi države članice su se dužne boriti protiv svih vrsta diskriminacije prilikom zapošljavanja ljudi.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Ich erinnere daran, dass die „Gleichbehandlungsrichtlinie“ ursprünglich nur für Menschen mit Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt Anwendung finden sollte. In der Tat sollten Arbeitnehmer aufgrund einer Körperbehinderung nicht schlechter gestellt werden. Dann wurde jedoch das bereits bestehende Themenfeld auf alle möglichen Diskriminierungsgründe ausgeweitet, darunter „Gender“ und „sexuelle Orientierung“. Das kommt nicht von ungefähr! In dieser Form muss man die Gleichbehandlungsrichtlinie ablehnen und alle nationalen Regierungen auf die Gefahren dieses Richtlinienentwurfs hinweisen. Deswegen habe ich gegen diese Entschließung gestimmt.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Europska unija temelji se na vrijednostima slobode, demokracije, jednakosti, vladavine prava i bori se protiv socijalne isključenosti i diskriminacije. Pri utvrđivanju svojih politika, EU je usmjeren na borbu protiv diskriminacije na temelju spola, rase i vjere. Nediskriminacija u zapošljavanju uspješna je samo ako se protiv diskriminacije bori na svim područjima života.

Žene, a osobito trudnice i majke, najteže su pogođene nezaposlenošću i žrtve su negativne diskriminacije u pogledu zapošljavanja. Svaka peta mlada osoba u Europskoj uniji traži posao, a ukupan trošak nezaposlenosti mladih procjenjuje se na 153 milijarde eura godišnje. Također, i stariji radnici još uvijek su često izloženi diskriminaciji na osnovi starosti ili stereotipa.

Podržavam Izvješće o uspostavi općeg okvira za jednako postupanje pri zapošljavanju i obavljanju zanimanja, jer smatram da svi radno sposobni ljudi moraju imati jednaka prava za zaposlenje i pritom ne biti žrtve bilo kakve diskriminacije.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o uporabi Direktive Sveta o splošnih okvirih enakega obravnavanja pri zaposlovanju in delu (direktiva o enakosti pri zaposlovanju).

Pozdravljamo, da so skoraj vse države članice v svojo ustavo vključile splošno načelo enakega obravnavanja zaradi različnih oblik diskriminacije. Države članice bi morale odpraviti naravne, socialne in politične ovire, ki dejansko preprečujejo izvajanje načela enakosti in omejujejo svobodo evropskih državljanov.

Koncept univerzalnosti, nedeljivosti in medsebojne povezanosti človekovih pravic ne sme biti zgolj pravno načelo, ki velja bolj v teoriji kot v praksi, saj so različni vidiki človekove identitete v že obstoječih pravnih instrumentih Evropske unije ločeno obravnavani.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Při hlasování o zprávě o provádění směrnice o rovnosti v zaměstnání jsem se hlasování zdržel, protože se především domnívám, že mnoho z témat, kterých se tato zpráva dotýká, nemusí být nutně řešeno na unijní úrovni a může být ponecháno v kompetenci členských států. Ačkoli plně podporuji rovnost v zaměstnání stejně jako vyhodnocování účinnosti nástrojů, které napomáhají k její realizaci, domnívám se, že jde o téma, které by nemělo sloužit jako záminka k realizaci politických cílů, které často mají s rovností v zaměstnání jen málo společného.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – A jelentés elemzi a foglalkoztatási egyenlőségről szóló irányelv 15 éves tapasztalatait, javaslatokat fogalmaz meg a további fejlesztések érdekében. A jelentéstevő kiegyensúlyozott anyagot készített, amely magában foglalja a nem, faj, vallás, politikai meggyőződés, fogyatékosság, életkor, vagy szexuális beállítottság miatti megkülönböztetés aspektusait is. Annak ellenére, hogy egyes tagállamok túl is teljesítették az irányelv végrehajtását – ezért a munkavállalók jobban informáltak –, mások még sajnos le vannak maradva. A jelentés a hiányosságok között említi az egyenlőségi adatok, a tudatosság, a civil és szociális társadalom szerepének és az igazságszolgáltatáshoz való hozzáférés hiányát. Fontosnak tartom, hogy a jelentés nagy hangsúlyt fektet az életkori és fogyatékosságbeli diszkriminációra, az adatgyűjtés fontosságára és az élethosszig tartó tanulásra, képzésre. Fontosnak tartom a foglakoztatási egyenlőségről szóló felülvizsgálatot, úgy vélem, hogy mindenféle diszkriminációt mellőzni kell, ezért szavazatommal támogattam a jelentést. Meggyőződésem, hogy a magyar kormánynak is több célzott intézkedést kellene bevezetnie, hogy a gyakorlatban is érvényesüljön az egyenlőség elve.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Równe traktowanie w obszarze pracy i zatrudnienia to warunek konieczny dla rozwoju gospodarek unijnych. Nie ulega wątpliwości, że mimo ogromnych postępów kobiety, osoby niepełnosprawne oraz mniejszości są nadal gorzej traktowane przez pracodawców niż mężczyźni. Co więcej, niestety jeszcze w bardzo wielu dziedzinach osoby te napotykają problemy, bariery i ewidentną nierówność. Przede wszystkim przejawia się to w odmiennej wysokości wynagrodzenia otrzymywanego za taką samą pracę przez mężczyzn i kobiety.

Ponadto, najbardziej dyskryminowanymi grupami społecznymi w obszarze zatrudnienia są żydzi, sikhowie i muzułmanie (zwłaszcza kobiety). Przekonania religijne nie powinny mieć żadnego wpływu na ocenę jakości pracy pracownika ani na postrzeganie go jako zdolnego lub niezdolnego do wykonywania obowiązków służbowych.

W przedstawionym sprawozdaniu poruszono wiele kwestii kluczowych dla osiągnięcia równości w obszarze zatrudnienia i pracy, jednakże sprawozdawczyni w przygotowanym tekście wykroczyła poza kompetencje wspólnotowe. Wezwanie bowiem Komisji Europejskiej do pilnego przedstawienia nowego projektu dyrektywy w sprawie urlopu macierzyńskiego i wzmocnienia przepisów w zakresie urlopu ojcowskiego nie może być zrealizowane, gdyż polityka prorodzinna należy do obszaru kompetencji wyłącznych państw członkowskich.

Należy również podkreślić, że żadne propozycje nie powinny wiązać się nieproporcjonalnymi obciążeniami dla pracodawców lub usługodawców, gdyż ich osłabienie negatywnie wpłynie na rynek pracy ze szkodą przede wszystkim dla pracowników.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Susțin acest raport deoarece el evaluează cu atenție aplicarea Directivei privind egalitatea de tratament în cazul ocupării forței de muncă, după 15 ani de la adoptare, și prevede recomandări pentru îmbunătățirea situației.

Printre principalele aspecte abordate în acest raport se numără: lipsa de date despre egalitate, problema conștientizării, rolul societății civile și accesul la justiție.

Documentul subliniază că, în pofida aplicării foarte pozitive a directivei în multe state membre, încă mai există probleme și provocări precum finanțarea, raportarea cazurilor de discriminare și accesul la informație și justiție.

Consider că partenerii sociali și societatea civilă, inclusiv organismele de promovare a egalității, trebuie să fie implicați în aplicarea efectivă a egalității în cazul ocupării forței de muncă.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je me suis prononcé en faveur du texte. Au vu de la nécessité d'augmenter à l'avenir la participation au marché du travail, ainsi que de garantir la sécurité des revenus à long terme, il importe de trouver de meilleures solutions pour concilier la vie professionnelle et la vie familiale, y compris la prise en charge d'un membre de la famille. Par conséquent, votre rapporteure espère que le rapport annuel 2013 du comité de la protection sociale de la Commission, dans lequel il est indiqué que l'organisation d'un système de prise en charge de longue durée jouera un rôle déterminant au regard de la participation à la société et au marché du travail, sera bientôt transposé dans la pratique.

La discrimination touche à tous les aspects de la vie des gens et l'emploi n'est que l'un d'entre eux. Toute évolution implique des changements et notre société doit s'adapter aux contextes culturels actuels. L'environnement de travail doit également être adapté; pour ce faire, la Commission et les États membres ne devraient pas se concentrer uniquement sur la législation, mais aussi sur la création d'une culture du travail et sur le bien-être de tout un chacun.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The Employment Equality Directive was created to protect against discrimination on grounds of religion or belief, age, disability and sexual orientation in the areas of employment, occupation and vocational training. While such measures are vital to ensure equal access to employment, occupation but also for societal cohesion, I believe that discrimination is addressed more effectively at national level, as its roots often lie in specific national historical, cultural and social dynamics. This is why I abstained from voting on this report.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Krajnji cilj Direktive o jednakosti pri zapošljavanju je stvaranje jednakih uvjeta za sve u pogledu jednakosti pri zapošljavanju i obavljanju zanimanja. Unatoč povećanju percepcije diskriminacije, brojne žrtve diskriminacije i dalje nisu svjesne svojih prava ili se zbog različitih faktora kao što su manjak povjerenja u nadležna tijela država članica ili zbog složenih i dugotrajnih pravnih postupaka ne usude poduzeti zakonske mjere protiv diskriminirajućih praksi.

Izražavam žaljenje zbog toga što shvaćanje ljudskih prava kao univerzalnih, nedjeljivih i međusobno povezanih kao pravno načelo vrijedi više u teoriji nego u praksi, s obzirom na to da se u postojećim pravnim instrumentima EU-a različiti aspekti ljudskog bića tretiraju odvojeno. Nadam se da će sve države članice ukloniti prirodne, društvene i ekonomske prepreke koje onemogućuju ostvarenje načela jednakosti i ograničavaju slobodu europskih građana, stoga sam podržala ovo Izvješće o primjeni direktive o jednakosti pri zapošljavanju.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o uporabi direktive o enakosti pri zaposlovanju sem podprla, saj menim, da je v EU še vedno prisotna diskriminacija pri zaposlovanju, ki negativno vpliva na vse vidike življenja in ima tudi negativne posledice za posameznika.

Države članice morajo poskrbeti za sistematično uskladitev zakonodaje in izvajanje načela enakega obravnavanja.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe ya que su contenido es positivo en tanto que identifica los principales problemas y retos de la aplicación de dicha Directiva, y propone recomendaciones a la Comisión y los Estados Miembros con los que estamos de acuerdo para eliminar la discriminación por motivos de sexo, religión, creencias, discapacidad, edad u orientación sexual y garantizar la igualdad de trato en el empleo. Entre otras, algunas destacadas que nos parecen muy positivas son: que la Comisión presente una Directiva sobre el permiso para cuidadores/as; una mejora y transversalización de los datos disponibles sobre igualdad, incluidas las estadísticas armonizadas y homogéneas; proporcionar formación continua a los stakeholders sobre legislación en el empleo; fortalecer y apoyar a las organizaciones de la sociedad civil que trabajan en esta materia; medidas para lograr que el sector privado asuma su responsabilidad en la creación de un entorno libre de discriminación; la adopción de un marco europeo de estrategias nacionales de lucha contra el antisemitismo y la islamofobia; reconocer las cláusulas sociales en los contratos públicos o la aplicación de la legislación efectiva (refundición GED) para asegurar la protección de todas las personas trans, entre otras.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce rapport a pour principe général l'obsession récurrente de l'UE pour la lutte contre les discriminations et dans le cas présent en matière d'emploi.

L'agence des droits fondamentaux de l'Union Européenne indique que 40 % des demandeurs d'emploi roms sont victimes de discriminations; que 75 % des homosexuels ne tiennent pas la main de leur partenaire en public; que 38 % des sondés juifs ont admis ne pas porter de vêtements ayant une dimension symbolique en public; et que 37 % des musulmans interrogés ont déclaré avoir été victimes de discriminations.

L'utilisation de ces statistiques par le rapporteur n'ayant, pour certaines, aucun lien direct avec la discrimination en matière d'emploi démontre sa volonté de pervertir le fond du sujet.

Alors que certaines données indiquent clairement un recul des discriminations et une information de plus en plus complète des droits des victimes de discrimination, le rapport dénonce exactement l'inverse.

Il n'a plus vocation à défendre l'égalité en matière d'emploi. Il a plutôt pour objectif de booster le communautarisme en installant, notamment, un terrorisme judiciaire avec pour conséquence un morcellement de la société.

Il ne fait évidemment aucunement mention de l'immigration massive que les pays membres subissent depuis des décennies.

J'ai voté contre.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Poszukiwanie odpowiednich rozwiązań legislacyjnych w sprawie równego traktowania na rynku pracy jest istotnym celem wspólnej polityki unijnej. W sprawozdaniu zostały jednak ujęte kwestie światopoglądowe stojące w sprzeczności z tradycją, kulturą, porządkiem społecznym i prawnym pewnych krajów członkowskich. Aspekty dotyczące niedyskryminacji ze względu na wiek, płeć, stopień niepełnosprawności są w pełni akceptowalne, jednakże do pozostałych zapisów dotyczących uznawania statusów partnerskich czy praw rodzicielskich należy podejść z pewną dozą rezerwy, by działania te nie były narzucane wbrew woli państw członkowskich. Z tego powodu postanowiłem wstrzymać się od głosu.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Unióról szóló szerződés szerint az Unió az emberi méltóság tiszteletben tartása, a szabadság, a demokrácia, az egyenlőség, a jogállamiság, valamint az emberi jogok tiszteletben tartásának értékein alapul. Tizenöt év telt el a foglalkoztatási egyenlőségről szóló irányelv elfogadása óta, amelynek végső célja az egyenlő versenyfeltételek megteremtése a foglalkoztatás és a munkavégzés tekintetében. A most tárgyalt dokumentumot támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — Hemos votado a favor de este informe ya que su contenido es positivo en tanto que identifica los principales problemas y retos de la aplicación de dicha Directiva, y propone recomendaciones a la Comisión y los Estados Miembros con los que estamos de acuerdo para eliminar la discriminación por motivos de sexo, religión, creencias, discapacidad, edad u orientación sexual y garantizar la igualdad de trato en el empleo. Entre otras, algunas destacadas que nos parecen muy positivas son: que la Comisión presente una Directiva sobre el permiso para cuidadores/as; una mejora y transversalización de los datos disponibles sobre igualdad, incluidas las estadísticas armonizadas y homogéneas; proporcionar formación continua a los stakeholders sobre legislación en el empleo; fortalecer y apoyar a las organizaciones de la sociedad civil que trabajan en esta materia; medidas para lograr que el sector privado asuma su responsabilidad en la creación de un entorno libre de discriminación; la adopción de un marco europeo de estrategias nacionales de lucha contra el antisemitismo y la islamofobia; reconocer las cláusulas sociales en los contratos públicos o la aplicación de la legislación efectiva (refundición GED) para asegurar la protección de todas las personas trans, entre otras.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted for, as the EU and its MS must step up their efforts to fight discrimination, including by changing the social and political climate that is more and more tolerant towards extremism, racism and xenophobia, fuelling and exploiting fears about unemployment and the refugee crisis.

While the Employment Equality Directive has been transposed in all 28 Member States, non-discrimination in the field of occupation and employment is only effective if discrimination is comprehensively combated in all areas of life.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Palankiai vertinu tai, kad visos valstybės narės teikia dotacijas, subsidijas arba mokesčių lengvatas, pvz., neįgaliesiems tinkamas sąlygas sudarantiems darbdaviams, ir taip skatina darbdavius pritaikyti darbo vietas ir atverti darbo rinkos galimybes neįgaliesiems, taip pat užtikrinti visiems asmenims galimybę naudotis visomis žmogaus teisėmis ir pagrindinėmis laisvėmis vienodomis sąlygomis su kitais asmenimis.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the application of Council Directive 2000/78/EC of 27 November 2000 establishing a general framework for equal treatment in employment and occupation ('Employment Equality Directive'). The report stipulates that in defining and implementing its policies and activities, the Union shall aim to combat discrimination based on sex, racial or ethnic origin, religion or belief, disability, age or sexual orientation. Moreover, it points out that, according to the EU Agency for Fundamental Rights, all forms of discrimination, including multiple and intersectional discrimination, to a great extent hinder the deployment of human capital and constitute a barrier to career development. I voted in favour because I am of the opinion that non-discrimination in the field of occupation and employment is only effective if discrimination is comprehensively combated in all areas of life.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – La presente Directiva relativa a la Igualdad de Trato en el Empleo, adoptada hace 15 años, establece un marco general para garantizar la igualdad de trato en el lugar de trabajo de las personas de la UE, independientemente de su religión, convicciones, discapacidad, edad u orientación sexual. Este informe examina los retos que aún existen en la implementación de la mencionada Directiva y busca posibles maneras de mejorarla. En apoyo firme a la aplicación del principio de igualdad en el trabajo, y consciente de que subsisten, por ejemplo, brechas salariales entre hombres y mujeres que habrá que seguir reduciendo, he votado afirmativamente.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque evalúa la aplicación de la Directiva sobre la igualdad de trato en el empleo desde su adopción y dibuja las recomendaciones para futuras mejoras adicionales. Tiene un enfoque equilibrado sobre los aspectos más importantes como la discriminación por motivos de sexo, de origen racial o étnico, religiosos o de convicciones, discapacidad, edad u orientación sexual.

También destaca que a pesar de que algunos Estados miembros han ido más allá en la aplicación de los requisitos de la Directiva, y que los europeos son tolerantes con los colectivos en riesgo de discriminación y además están mejor informados acerca de sus derechos, los retos para la implementación de la Directiva todavía existen.

Gracias a las enmiendas socialistas se fortalecieron aspectos relacionados con la edad y la discriminación por discapacidad, sobre la presentación de informes, la recopilación de datos, la discriminación múltiple, la formación continua y el aprendizaje. También se incorporó un párrafo sobre la conciliación entre la vida laboral y personal (maternidad, cuidadores, permisos de paternidad) y otro en que se defiende la «calidad» del empleo para las personas con discapacidad, así como la eliminación del lenguaje discriminatorio contra migrantes y refugiados.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report which calls for a comprehensive approach on combating discrimination in employment and occupation. We urgently need to adapt workplaces and to provide assistance, education and training for people with disabilities. In the UK in 2015, only 48% of people with disabilities were in employment.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Dit verslag betreft de toepassing van de richtlijn gelijke behandeling in arbeid en beroep. Ik stemde voor dit verslag omdat het enkele belangrijke thema's aanraakt zoals discriminatie, vrijheid van godsdienst, LGBTI-kwesties, personen met een handicap, leeftijdsvereisten, enz. Ook wordt erin benadrukt dat in het wetgevingsproces op alle niveaus rekening moet worden gehouden met de administratieve lasten voor micro-, kleine en middelgrote ondernemingen en dat geplande maatregelen aan een evenredigheidstoets moeten worden onderworpen.

Paavo Väyrynen (ALDE), *kirjallinen*. – Mietintö yhdenvertaista kohtelua työssä ja ammatissa koskevista yleisistä puitteista puuttui liialti jäsenvaltioiden oikeuksiin työelämä- ja sosiaalipoliittisen lainsäädännön osalta. Näistä syistä en kannattanut mietinnön hyväksymistä.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport fait le bilan de la directive du 27 novembre 2000, dite directive «égalité au travail», portant sur la lutte contre les discriminations au travail.

C'est un bon outil de l'Union européenne mais il demeure mal appliqué dans les États malgré sa transposition juridique. Il est et restera insuffisant voire illusoire tant que la directive transversale en matière de lutte contre les discriminations ne sera pas adoptée. Or, celle-ci, proposée par la Commission en 2008 et adoptée par le Parlement en 2009, est aujourd'hui, comme d'autres, bloquée par le Conseil et donc par les États membres.

Je partage largement les constats de ce rapport sur l'augmentation des discriminations dans l'UE, notamment à l'égard des femmes, des LGBT ou encore en raison de la religion «utilisée comme substitut de la race sur la base de l'appartenance réelle ou supposée….» . Les chiffres, notamment de l'Agence des droits fondamentaux, sont éloquents.

J'ai donc voté pour ce rapport mais suggère une fois encore que l'UE se dote des moyens ad hoc pour faire respecter les droits fondamentaux et l'égalité effective de ces droits plutôt que de concentrer son activité sur les plans de rigueur et les libéralisations qui aggravent leur violation.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O objetivo da Diretiva de Igualdade de Tratamento no Emprego é criar condições equitativas no que se refere às relações e organização de trabalho, nomeadamente no tocante às questões de género, raciais e étnicas, religiosas, de orientação sexual, deficiência ou idade.

O relatório avalia a aplicação da diretiva e fornece uma série de recomendações para o futuro. Como sabemos, a questão das discriminações múltiplas negativas, tanto em contexto laboral, como na sociedade como um todo, é um fator muito relevante de exclusão social, com implicações e consequências que têm impacto nos comportamentos culturais ou na estratificação social, no sentido de perpetuar as desigualdades.

Entende-se que o relatório tem um bom enquadramento e apresenta respostas efetivas para um problema que não tem sido debelado e que vemos que tem tendência para crescer, em consequência das políticas de austeridade e de agressão imperialista.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Geht es nach diesem Bericht, soll die Gleichheit aller Menschen im Beruf hergestellt werden. In Wahrheit wird aber nichts anderes als Gesellschaftspolitik betrieben. Unter anderem würden Arbeitgeber, welche religiöse Symbole beschränken, teils gegen internationale Menschenrechtsnormen verstoßen. Grundsätzlich ist jegliche Art von Benachteiligung zu bedauern. Wenn aber auf der einen Seite ein Arbeitgeber, der religiöse Symbole verbietet, gegen Menschenrechtsnormen verstößt, und es auf der anderen Seite viele Unternehmen gibt, die aus Respekt/Ehrfurcht vor anderen Religionen in Kantinen kein Schweinefleisch mehr anbieten, hat das nichts mehr mit Gleichheit zu tun, sondern ist Unterwerfung unter andere Kulturen. Daher habe ich den Bericht abgelehnt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – The Employment Equality Directive is a landmark piece of European legislation, which sets out equality at the workplace and prohibits discrimination based on gender, sexual orientation, age, religious belief or disability. This is a prime example of the EU working to create social justice and a level playing field of high employment standards across Europe. This is the kind of progressive legislation which Leave campaigners would like to scrap. Labour MEPs will continue to fight so that UK citizens will retain the rights and protections the EU provides, regardless of the disastrous referendum outcome.

As a champion for the rights of people with disabilities and a member of the Disability Rights Intergroup in the European Parliament, I was happy to vote in favour of this report which calls for a comprehensive approach on combating discrimination in employment and occupation. We urgently need to adapt workplaces and to provide assistance, education and training for people with disabilities. In the UK in 2015, only 48% of people with disabilities were in employment.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), *na piśmie*. – Mimo postępu kulturowego i wysiłków, jakie podejmuje społeczeństwo i jego instytucje na rzecz zmniejszenia dyskryminacji, wciąż nie możemy mówić o równym traktowaniu, w przypadku tego sprawozdania – w obszarze zatrudnienia i pracy. Nadal istnieją znaczne dysproporcje między wynagrodzeniem kobiet i mężczyzn oraz między wysokością emerytur kobiet i mężczyzn. Nie tylko płeć jest czynnikiem różnicującym – sprawozdanie traktuje również o nierównościach ze względu na wyznanie religijne, niepełnosprawność czy wiek. Naszym obowiązkiem jest eliminowanie wszelkich dyskryminujących praktyk za pomocą instytucjonalnych działań i wskazywanie pożądanych rozwiązań. W tym ważnym sprawozdaniu znalazły się jednak zapisy ingerujące w kompetencje państw członkowskich UE, dlatego wstrzymałam się od głosu.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Cieľom smernice o rovnakom zaobchádzaní v zamestnaní a povolaní, ktorá je súčasťou aj slovenského právneho poriadku, je zabezpečiť, aby ľudia neboli diskriminovaní v prístupe na trh práce ani pri výkone svojho povolania. Smernica pritom stanovuje iba minimálne požiadavky tak, aby bol v celej Európskej únii zabezpečený určitý minimálny štandard, a členské štáty majú možnosť zaviesť pravidlá prísnejšie. Všeobecnú zásadu rovnakého zaobchádzania už väčšina štátov zahrnula do svojich ústav a následne do právnych poriadkov, nie všade je však v zamestnaní táto zásada dôsledne dodržiavaná. Správa Európskeho parlamentu sa preto zaoberala práve ešte stále pretrvávajúcou diskrimináciou v zamestnaní, ktorú pozorujeme napríklad v zamestnávaní žien, osôb so zdravotným postihnutím, ale aj voči ľuďom vyššieho veku či rozdielneho náboženského vyznania. Napriek tomu, že návrh správne identifikoval mnohé nedostatky, ktoré sa v členských štátoch objavujú, v niektorých svojich ustanoveniach bol v rozpore so zásadou subsidiarity, v dôsledku čoho som sa v záverečnom hlasovaní zdržala.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei a favor do relatório Weber, por partilhar das recomendações apresentadas no balanço de aplicação da Diretiva relativa à igualdade no emprego.

Recordo que, apesar de uma aplicação globalmente positiva em muitos Estados-Membros, apenas em alguns países se garante sistematicamente que todos os seus textos jurídicos estejam em conformidade com o princípio da igualdade de tratamento, e são ainda menos os que os aplicam de forma sistemática.

Recordo que a União Europeia se funda nos valores do respeito pela dignidade humana, da liberdade, da democracia, da igualdade, do Estado de direito e do respeito pelos direitos do Homem, devendo combater a exclusão social e as discriminações, como está plasmado no Tratado de Lisboa.

Uma vez que um dos grandes obstáculos se prende com a obtenção de dados, destaco o apelo à harmonização de estatísticas homogéneas tendentes a colmatar as lacunas existentes a nível da recolha de dados sobre a igualdade de género, nomeadamente através do Eurostat, com o objetivo de integrar os dados desagregados relativos a todos os motivos de discriminação nos indicadores do Inquérito Social Europeu, de modo a lutar de forma concreta contra todas as discriminações relacionadas com o recrutamento e o mercado de trabalho.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem poročilo o uporabi Direktive Sveta 2000/78/ES z dne 27. novembra 2000 o splošnih okvirih enakega obravnavanja pri zaposlovanju in delu (direktiva o enakosti pri zaposlovanju).

Menim, da je pomembno, da si Evropska unija pri opredeljevanju in izvajanju svojih politik in dejavnosti prizadeva za boj proti diskriminaciji.

Nediskriminacija na področju poklicev in zaposlovanja pa je učinkovita samo, če se proti diskriminaciji borimo celovito na vseh življenjskih področjih, in sicer tako, da odpravimo ovire, ki omejujejo svobodo in enakost ter preprečujejo celovit razvoj človeka in dejansko udeležbo vseh delavcev v političnem, družbenem in gospodarskem ustroju posameznih držav članic.

12.11. Tätigkeiten, Auswirkungen und Mehrwert des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zwischen 2007 und 2014 (A8-0227/2016 - Marian Harkin)

Suulliset äänestysselitykset

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Pani Przewodnicząca! Celem Europejskiego Funduszu Dostosowania do Globalizacji jest nie tyle pomoc pracownikom będącym ofiarą tego procesu, ale przede wszystkim wsparcie trwałego zatrudnienia na obszarach dotkniętych efektami zmian zachodzących w gospodarce. Pierwsze lata funkcjonowania funduszu bardzo wyraźnie pokazały, że wymagana jest elastyczność i szybkie reagowanie na pojawiające się trudności, zarówno po stronie państw członkowskich, jak i instytucji unijnych. Oceniany okres naznaczony był nieustanną ewolucją zasad funkcjonowania tego funduszu i dostosowywaniem go do pojawiających się wyzwań. Dlatego też wydaje się, iż jest on obecnie bardzo wygodnym instrumentem wspierania przedsiębiorstw przeżywających trudności związane z globalizacją oraz kryzysem gospodarczym.

Konieczne jednak byłoby wprowadzenie zmian zapewniających skoordynowanie ze sobą omawianego funduszu oraz działań podejmowanych w ramach Europejskiego Funduszu Społecznego i Europejskiego Funduszu Rozwoju Regionalnego. Pozwoliłoby to podnieść skuteczność podejmowanych interwencji oraz uniknąć ponoszenia niepotrzebnych kosztów. Europejski Fundusz Dostosowania do Globalizacji nie może jednak zastępować odpowiedzialnej polityki restrukturyzacyjnej państw członkowskich. Ma on jedynie udzielać wsparcia w sytuacjach wyjątkowych, a nie być formą ucieczki od trudnych decyzji.

Póki co, spośród stu trzydziestu wspartych przedsiębiorstw możemy odnaleźć zarówno przykłady efektywnych, jak i nieefektywnych działań. Widać więc, że są sytuacje, kiedy fundusz nie spełnił swojej roli, co w głównej mierze wynika ze złego przygotowania projektów działań. Dobrze byłoby wyciągnąć wnioski z tych porażek, tak aby nie popełniać błędów w przyszłości. Taką refleksję zawiera sprawozdanie, dlatego z pełną odpowiedzialnością popieram je w dzisiejszym głosowaniu.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, ar dtús vótáil mé le mo ghrúpa sna vótaí go léir agus glacadh leis an tuarascáil gan aon deacracht in aon chor. Ní nach ionadh. Agus freisin ba mhaith liom mo chomhghleacaithe ó ALDE agus feisire ó mó thír féin, Éire, Marian Harkin, a mholadh as an dea-obair a dhéanann sí in a lán slite, go háirithe maidir leis an tuarascáil seo. Agus gan dabht ar bith tá an ciste seo thar a bheith tábhachtach do na daoine a chaill na jabanna. Chonaic mé seo i mo cheantar féin, daoine a chaill jabanna i nDell, a chaill jabanna i Waterford Crystal agus mar sin de. Agus is cuimhin liom go ndúirt oibrí amháin liom nuair a chaill sí a jab agus nuair a chuala sí faoin gciste seo, dúirt sí gur bronntanas ó Dhia é. Dá bhrí sin, taispeánann sé an dea-obair is féidir linn a dhéanamh sa Chomhaontas agus ba chóir dúinn leanúint ar aghaidh leis an gciste seo chomh fada agus is gá.

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Pani Przewodnicząca! Chciałam Pani bardzo podziękować za umożliwienie i zgodę na pełne wypowiedzi przekraczające nawet limit czasu, który mamy. Dziękuję bardzo.

Kirjalliset äänestysselitykset

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Si tratta di una relazione d'iniziativa abbastanza critica sull'applicazione del FEG per il periodo 2007-2014. In particolare viene sottolineato come spesso i casi di intervento del FEG siano connessi alle strategie di ristrutturazione di grandi imprese e multinazionali, senza un adeguato coinvolgimento dei lavoratori e dei loro rappresentanti.

Vista la perfettibilità del FEG, in termini di trasparenza ed efficienza, si incoraggiano gli Stati membri beneficiari del FEG a pubblicare tutti i dati e le valutazioni dei casi e a rendere pubbliche le loro domande e relazioni definitive in modo tempestivo, nonché si invita la Commissione a rendere pubblici tutti i documenti relativi ai casi di intervento del FEG, oltre a effettuare approfondite valutazioni di impatto ex ante ed ex post che comprendano anche l'aspetto sociale, occupazionale ed economico. A questo proposito si condanna fortemente qualsiasi iniziativa di considerare il FEG come uno strumento di intervento per i posti di lavoro persi nell'UE in conseguenza di strategie commerciali decise a livello UE e si invita la Commissione a concedere lo status di economia di mercato solamente ai partner commerciali che soddisfano i cinque criteri da essa stabiliti. Per questi motivi ho votato a favore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this non-legislative, own-initiative report. The European Globalisation Adjustment Fund (EGF) is basically EU dole money towards which British taxpayers are forced to pay. Where there has been a large and sudden loss of jobs in a region of a Member State, the government can apply for this EU funding which will be used for retraining and education of workers who have lost their jobs. This report looked at how the EGF performed between 2007 and 2014. The report of course says the EGF was a glowing success and calls for the programme to expand and have more resources to be dedicated to it. UKIP opposes the use of the EGF as British taxpayer's shouldn't be asked to pay for poor economic policies in other countries and by the EU.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – This was generally a good report and I voted in favour. My Sinn Féin colleague was involved as negotiator at the Committee level where she proposed amendments aiming to increase transparency in the EGF process, increase the focus on reaching out to young people not in education, employment or training, and ensure that the funds do not get returned to the Commission unspent due to slow implementation or incompetence by national authorities. Overall the EGF as a fund helps workers when they are in need of help having been made redundant because they are the victims of deindustrialisation, globalisation, or the financial crisis, therefore we supported it.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Au moment où des accidents industriels majeurs sont annoncés avec les dossiers Alstom et Caterpillar, qui risquent de précipiter des milliers de travailleurs au chômage, il était fondamental de rappeler l'utilité de ce dispositif doté annuellement de 150 millions d'euros, dont le fonctionnement peut encore être amélioré. Les procédures de déclenchement et d'instruction doivent pouvoir être accélérées afin que les moyens puissent être débloqués suffisamment tôt pour accompagner, en temps réel, les salariés victimes d'un licenciement.

Dans la perspective d'un remaniement des critères d'attribution et de la nécessaire ré-industrialisation de l'Europe, nous avons interpellé la commissaire en charge de l'emploi, Marianne Thyssen, afin que soit privilégiée une approche préventive permettant de mieux anticiper les mutations technologiques et commerciales, d'accompagner davantage les entreprises en amont, notamment les PME, dans un monde en constante évolution.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the report on the activities, impact and added value of the European Global Adjustment Fund (EGF). Initially the EGF was established by Regulation (EC) No 1927/2006 to allow solidarity with workers who lost their jobs in large-scale redundancies because of major structural changes in world trade patterns due to globalisation, where these redundancies have a significant adverse impact on the regional or local economy. The report underlines that the EGF has undergone numerous reforms since 2006. I welcome the fact that the EGF's scope has been broadened in order to include self-employed persons and persons not in education, employment or training (NEETs) and that the period of intervention has been extended up to 24 months, thus allowing many beneficiaries to access more extended training or educational programmes.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Ursprünglich war der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) durch die Verordnung (EG) Nr. 1927/2006 eingerichtet worden, um Arbeitnehmer zu unterstützen, die ihren Arbeitsplatz infolge von Massenentlassungen verloren hatten. Der Anwendungsbereich des Fonds wurde zwischen 2009 und 2011 und für die Zeit ab 2013 auf Arbeitnehmer ausgeweitet, die infolge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise entlassen wurden. Seit 2013 fallen auch Selbständige in den Anwendungsbereich.

Das wichtigste Ziel dieses Berichts ist es, die Tätigkeiten, Auswirkungen und den Mehrwert des Fonds für den Zeitraum zwischen 2007 und 2014 zu überprüfen. Außerdem ist es das Ziel, die Stärken und Schwächen der Reformen zu bewerten, die während dieses Zeitraums eingeführt wurden.

Es ist wichtig, einen solchen Mehrwert zu messen, um überprüfen zu können, ob politische Maßnahmen auf Unionsebene, wie in diesem Fall der EGF, gerechtfertigt sind oder in Frage gestellt werden müssen. Meiner Meinung nach ist es weiterhin absolut notwendig, Arbeitnehmer zu unterstützen, die ihren Arbeitsplatz infolge von Massenentlassungen im Zuge von Strukturveränderungen im Welthandelsgefüge verloren haben. Langfristig bleibt es aber auch unabdinglich, faire und wirksame Rahmenbedingungen in Europa zu schaffen, um Arbeitsplätze und Industriestandorte in Europa nachhaltig zu sichern.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – J'ai voté favorablement à ce rapport sur le Fonds d'ajustement à la mondialisation, qui a été mis en place dans le but de compenser les effets destructeurs de la mondialisation sur les travailleurs. Pourtant, les emplois détruits sont rarement remplacés par de nouveaux postes, et les régions touchées connaissent déjà un marché de l'emploi difficile. Dans la plupart des cas, les jeunes sont contraints à la mobilité et les plus âgés, au chômage. De plus, il est reconnu que de nombreuses régions ou entreprises touchées de plein fouet par la mondialisation sont en réalité victimes des politiques commerciales décidées au niveau de l'Union: les accords de libre-échange, en cours de négociation ou à venir, sont les principaux vecteurs de la perte massive d'emplois en Europe.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – The EGAF is the equivalent of the UK's unemployment benefit. Where there has been a sudden loss of jobs in a certain region a Member State can apply for this fund and the money will be used to help retrain the redundant workers. Between 2007 and 2014 there were 131 funding applications for EUR 542 million for 121 380 workers. That is almost EUR 4 500 per worker.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl Europos prisitaikymo prie globalizacijos padarinių fondo 2007-2014 m. veiklos, poveikio ir pridėtinės vertės. Europos prisitaikymo prie globalizacijos padarinių fondo (EGF) tikslas – padėti darbuotojams, praradusiems darbą dėl esminių pasaulio prekybos sistemos struktūrinių pokyčių, ir parodyti savo solidarumą su jais. Audito Rūmai pateikė 2007-2014 m. ataskaitą dėl EGF fondo veikimo, poveikio, pridėtinės vertės. EGF fonas sulaukė kritikos, kad kai kurios valstybės narės panaudojo dideles sumas iš EGF skiriamų lėšų tam, kad kompensuotų nacionalines darbuotojų pajamų paramos schemas. Audito Rūmų nuomone, šiuo atveju ES lėšų panaudojimas neturi pridėtinės vertės, o todėl labai svarbu, kad valstybės narės įvertintų konkrečiai šio paramos tipo pridėtinę vertę. Kritiškai įvertintos ir ilgos EGP patvirtinimo procedūros. Pritariu Audito Rūmų rekomendacijoms, kad būtina ES institucijoms apsvarstyti galimybę taikyti Europos socialinio fondo (ESF) sistemą kaip alternatyvą EGF, nes jos tikslas šalinti ilgalaikį struktūrinį disbalansą, visų pirma įgyvendinant mokymosi visą gyvenimą programas.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport, qui souligne les conclusions de la Cour des comptes, à savoir que la quasi-totalité des travailleurs admissibles au titre du FEM ont pu bénéficier de mesures personnalisées et bien coordonnées, adaptées à leurs besoins individuels, et que près de 50 % des travailleurs qui ont bénéficié d'une assistance dans le cadre du FEM ont désormais retrouvé un emploi.

Face aux dégâts sociaux provoqués par un capitalisme dérégulé, le FEM est un outil nécessaire qui a permis d'aider des milliers de travailleurs licenciés.

Mais, et la fermeture scandaleuse de Caterpillar l'a encore démontré, il faut très rapidement prendre des mesures en amont pour éviter ces drames sociaux et humains. L'Europe doit pénaliser durement les entreprises qui opèrent des licenciements boursiers. Elle doit prendre des mesures strictes pour mettre fin à l'évitement fiscal et au rôle des paradis fiscaux. Enfin, elle doit redévelopper une politique industrielle basée sur des activités riches en innovation et en recherche et développement, que l'on ne délocalise pas facilement.

Ceci doit bien évidemment s'accompagner d'une relance de l'investissement public, et donc de la demande, au sein de l'Union.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – Estoy a favor de este informe que analiza las actividades, el impacto y valor añadido del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización (FEAG). El FEAG se creó con objeto de ayudar y expresar solidaridad a los trabajadores despedidos como resultado de los grandes cambios estructurales en los patrones del comercio mundial.

El informe, entre otras cosas, celebra la ampliación del período de financiación de uno a dos años, pide que se pongan todos los medios para acelerar los procedimientos de solicitud y aprobación de los Fondos y al mismo tiempo destaca la preocupación por el hecho de que el FEAG haya tenido un impacto muy limitado sobre las pymes.

Creo que es un instrumento fundamental y muy útil y debemos seguir mejorándolo y adaptándolo a los cambios que se van produciendo en la UE. Por ello, es necesario realizar estudios específicos del impacto de la globalización por sectores que le permitan elaborar propuestas que animen a las empresas a anticipar las mutaciones sectoriales y a preparar a sus trabajadores con antelación a los despidos y contra con una verdadera política industrial a nivel de la Unión que genere un crecimiento sostenible e integrador.

Heinz K. Becker (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Initiativbericht von M. Harkin über die Tätigkeiten, die Auswirkungen und den Mehrwert des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zwischen 2007 und 2014 gestimmt, da darin deutlich aufgezeigt wird, wo die Stärken und Schwächen des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung liegen. Mit dem Fonds sollen Gelder der Europäischen Union eingesetzt werden, um Arbeitnehmer zu unterstützen, die infolge weitreichender Strukturveränderungen im Welthandelsgefüge arbeitslos geworden sind. Der Einsatz des Geldes und die Auswirkungen müssen natürlich gewissenhaft evaluiert werden. Daher ist eine Aufforderung an jene Mitgliedstaaten, die Unterstützung aus dem EGF erhalten haben, sämtliche Daten und Bewertungen zu den betreffenden Fällen öffentlich zugänglich zu machen und eine Folgenabschätzung beizufügen, gerechtfertigt.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione è uno strumento pensato per fornire un sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze dei grandi cambiamenti strutturali del commercio mondiale. Creato dal regolamento (CE) n. 1927/2006 si è rapidamente trasformato in una importante misura di reinserimento sociale, con tassi di successo che variano dal 4 % al 98 % a seconda del settore. Il FEG ha incluso nella sua sfera d'azione i lavoratori in esubero per effetto della crisi finanziaria ed economica globale, i lavoratori autonomi e quote di NEET in alcune regioni prestabilite.

Si tratta di uno strumento che costituisce un grande valore aggiunto per rafforzare la dimensione sociale dell'Unione: per questo motivo ho deciso di sostenere la relazione Harkin. L'Europa deve sempre di più assicurare ai propri cittadini un miglioramento delle loro condizioni di vita e di lavoro. Bisogna promuovere un modello sociale europeo sempre più inclusivo che faccia della qualità dei servizi pubblici, della protezione e del dialogo sociale i suoi punti centrali.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – El Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización (FEAG) se creó en 2006 para ayudar a trabajadores que han perdido su empleo en despidos a gran escala como consecuencia de la globalización, cuando dichos despidos tienen una incidencia negativa importante en la economía regional o local. El FEAG ha sido objeto de modificaciones como la reducción del número de despidos en los criterios de intervención de 1000 a 500. Esto significa que el FEAG es más accesible para las regiones y para los Estados miembros más pequeños. Desde 2013 se incluyó a los trabajadores por cuenta propia y también, en las regiones elegibles en virtud de la Iniciativa sobre Empleo Juvenil, a los «ninis».

El informe final votado en comisión, aunque no es perfecto, incorpora medidas más progresistas que el borrador inicial, incluyendo una mayor accesibilidad para trabajadoras/es veteranos/as, mujeres, jóvenes y los madres/padres solteras/os. Reconoce que las mujeres se ven desproporcionadamente afectadas por la crisis y la austeridad. También contiene algunos puntos positivos en el aumento de la participación de las autoridades locales, los interlocutores sociales y la sociedad civil en el acceso, distribución y aplicación del FEAG. Hemos votado a favor.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado el informe de la diputada Marian Harkin a la cual me gustaría felicitar por su gran labor. El informe se refiere a las actividades, impacto y valor añadido del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización entre 2007 y 2014. Aun apoyando todo el informe en mi caso he diferido con mi grupo en dos votos ya que en mi opinión las mujeres sí se han visto afectadas de manera desproporcionada por la crisis y las políticas de austeridad. Estoy además de acuerdo con que aunque la tasa de reinserción laboral femenina es superior a la masculina, en el caso de la mujer se trata de una reinserción laboral mayoritariamente provisional e inestable debido a que debe atender las obligaciones de cuidado de la familia a la vez que busca un nuevo empleo o asiste a

cursos de reciclaje profesional, así como a la falta de servicios de guardería y atención a los enfermos asequibles y de calidad.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne les activités, l'incidence et la valeur ajoutée du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation entre 2007 et 2014. Le FEM a été créé en 2007 pour soutenir la réinsertion des travailleurs dans les régions et secteurs défavorisés par l'ouverture à la concurrence internationale. Il s'agit de financer les actions visant à accompagner la réinsertion des travailleurs licenciés sur le marché du travail en complément des dispositifs nationaux, et non en s'y substituant. Plusieurs problèmes: taux de réemploi variable, difficulté d'évaluation de l'efficacité et aides surtout versées aux travailleurs des grandes entreprises, et non aux PME ou aux indépendants. Or le problème est que la valeur ajoutée européenne du FEM reste faible. Alors que ce Fonds est destiné à accentuer l'efficacité des mesures nationales, un tiers des financements alloués au titre du FEM servent à compenser les programmes nationaux d'aide au revenu des travailleurs. Il reste néanmoins efficace pour soutenir des groupes ou des secteurs peu reconnus au niveau national. Le FEM compense les effets destructeurs liés à la mondialisation sur les travailleurs, mondialisation voulue par l'Union libre-échangiste. J'ai voté pour ce texte pour soutenir les travailleurs, mais en étant conscience du double langage de l'Union.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Condivido quanto contenuto nella relazione Harkin che analizza in modo critico l'utilizzo del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) tra il 2007 e il 2014. Ritengo di fondamentale importanza rendere questo Fondo più accessibile alle PMI e ai giovani, che sono tra le principali vittime della folle politica commerciale della UE. Per questo motivo ho inteso supportare col mio voto questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización (FEAG) se creó para ayudar a los trabajadores despedidos como resultado de los grandes cambios estructurales en los patrones del comercio mundial. El FEAG se concibió para hacer frente a situaciones de emergencia mediante una intervención rápida y una ayuda a corto plazo en respuesta a dificultades graves e imprevistas del mercado laboral que impliquen despidos a gran escala.

Con este informe, que examina las actividades, impacto y valor añadido del FEAG entre 2007 y 2014, se plantean un conjunto de recomendaciones al objeto de mejorar el funcionamiento del fondo. Entre otros aspectos, se llama a prestar más atención al impacto de las políticas comerciales y los acuerdos comerciales en el mercado de trabajo europeo y pide a la Comisión que anticipe estos efectos; se reclaman medidas para que también puedan beneficiarse del mismo las pymes, empresas de economía social y cooperativas y se destaca la importancia de un diálogo social basado en la confianza mutua y la responsabilidad compartida, como el mejor instrumento para buscar soluciones consensuadas y puntos de vista comunes en la predicción, prevención y la gestión de los procesos de reestructuración.

Por todo ello, he votado a favor.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas įvertino Europos globalizacijos fondo veiklą 2007-2014 metais ir pateikė gaires tolimesniems fondo veiklos tobulinimams. Europos prisitaikymo prie globalizacijos padarinių fondo (EGF) tikslas – padėti darbuotojams, praradusiems darbą dėl esminių pasaulio prekybos sistemos struktūrinių pokyčių, ir parodyti savo solidarumą su jais. Parlamentas mano, kad dvimečių ir kitų ataskaitų nepakanka siekiant visiškai užtikrinti EGF skaidrumą ir veiksmingumą. Ragina EGF paramą gavusias valstybes nares viešai skelbti visus paramos atvejų duomenis ir vertinimus ir į paramos atvejų vertinimą įtraukti poveikio lytims vertinimą, taip pat labai skatina visas valstybes nares laiku viešai skelbti savo paraiškas ir galutines ataskaitas, kaip numatyta galiojančiame reglamente. EGF vertinimai rodo, jog šio fondo intervencijų rezultatams įtakos turi tokie veiksniai kaip remtinų darbuotojų išsilavinimo lygis ir kvalifikacija, taip pat atitinkamų darbo rinkų pajėgumas įsisavinti paramą ir šalių paramos gavėjų BVP. Parlamentas pabrėžia, kad tokiems veiksniams daugiausia įtakos turi ilgalaikės priemonės, kurias gali veiksmingai remti Europos struktūriniai ir investicijų fondai.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap (EGAA) a jelentős világkereskedelmi szerkezetváltozások következtében (vállalkozásonként legalább 500 fő felett) elbocsátott munkavállalók támogatása, és a velük való szolidaritás kifejezése érdekében jött létre és az EGAA célja az intelligens, fenntartható és inkluzív növekedéshez való hozzájárulás és a fenntartható foglalkoztatás előmozdítása oly módon, hogy felkészíti az elbocsátott munkavállalókat egy új munkahelyre és ennek során támogatja őket. Szemben az Európai Szociális Alappal, a társfinanszírozási ráta sokkal alacsonyabb (60%), valamint a kérelmek elbírálásának futamideje átlagosan 41 hét (2013-as adat), és átlagosan fejenként kb. 4500 EUR támogatást biztosított.

Magyarország eddig nem élt ezzel a lehetőséggel, hiszen tömeges létszámleépítések szinte kizárólag 2010 előtt történtek, illetve a meglévő eljárási szabályok egyelőre még mindig nem kellően rugalmasak hazánk számára. Az alap ugyanakkor jelentős eszköz a gazdasági válság következményei leküzdéséhez, ezért szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – In quanto strumento di adeguamento alle prospettive economiche ed esigenze del mercato del lavoro, il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) si propone come aiuto mirato ai lavoratori in esubero e ai lavoratori autonomi soggetti a licenziamenti a causa degli effetti di ristrutturazioni economiche. Un'iniziativa volta a favorire lo sviluppo di un'Europa in grado di creare politiche socio-economiche a misura di cittadino, accompagnando trasformazioni e ristrutturazioni economiche legate alla globalizzazione e ai cambiamenti dei *trend* commerciali sui mercati internazionali.

Il Fondo di adeguamento ci porta oggi anche ad evidenziare l'importanza di rafforzare il lato sociale dell'UE, con schemi di tutela sociale armonizzati, come recentemente proposto dal governo italiano. Ritengo infatti che stia proprio nel principio della responsabilità condivisa, come sottolineato dalla relazione al voto e ben in linea con le prerogative del gruppo S&D, la capacità di trovare soluzioni flessibili per rispondere prontamente ai cambiamenti economici, ammortizzandone gli effetti negativi.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o Europskom fondu za prilagodbu globalizaciji koji pruža podršku ljudima koji ostaju bez posla kao rezultat velikih strukturnih promjena u svjetskoj trgovini zbog globalizacije. Smatram kako se svi moramo boriti za Europu koja osigurava poboljšanje životnih i radnih uvjeta i za promicanje europskog socijalnog modela koji se sastoji od jake socijalne zaštite, kvalitetne javne usluge i socijalnog dijaloga.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il FEG fu creato dal regolamento (CE) n. 1927/2006 per dare prova di solidarietà nei confronti dei lavoratori che hanno perso il posto di lavoro in occasione di esuberi di massa, a seguito di modifiche strutturali rilevanti della struttura del commercio mondiale per effetto della globalizzazione, laddove tali esuberi abbiano ripercussioni negative significative sull'economia regionale o locale. Col tempo è diventato un importante strumento di reinserimento sociale, con tassi di successo che variano dal 4% al 98% a seconda del settore, e un numero di soggetti interessati superiore alle ventimila unità con ricadute positive sui territori e sulle filiere di formazione-riorganizzazione correlate agli interventi.

Per tutti questi motivi il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione è uno strumento utile, da preservare e potenziare, che rappresenta una risposta concreta di solidarietà e coesione sociale ai grandi cambiamenti che il mondo globalizzato comporta per il mercato e la società europea del XXI secolo.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in questione perché ritengo che il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione rappresenti un importante strumento di sostegno e solidarietà per i lavoratori in esubero a seguito di trasformazioni rilevanti della struttura del commercio mondiale.

Con il varo di questo strumento, l'UE ha palesato la sua solidarietà nei confronti dei lavoratori particolarmente vulnerabili, soprattutto nei confronti di chi, più di altri, ha risentito maggiormente delle conseguenze negative della globalizzazione e risente, tuttora, di quelle della crisi economica e finanziaria.

I casi che richiedono l'intervento del FEG riguardano, sempre più, le strategie di ristrutturazione di grandi imprese e multinazionali. Strategie che, nella maggior parte dei casi, sono decise in assenza di un coinvolgimento dei lavoratori e dei loro rappresentanti.

Con l'avvio del nuovo ciclo di programmazione dell'UE il FEG è stato riproposto come strumento finanziario del tutto autonomo: esso, infatti, opera al di fuori del Quadro finanziario pluriennale.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This was generally a good report and I voted in favour. My Sinn Féin colleague was involved as negotiator at the Committee level where she proposed amendments aiming to increase transparency in the EGF process, increase the focus on reaching out to young people not in education, employment or training, and ensure that the funds do not get returned to the Commission unspent due to slow implementation or incompetence by national authorities. Overall the EGF as a fund helps workers when they are in need of help having been made redundant because they are the victims of deindustrialisation, globalisation, or the financial crisis, therefore we supported it.

David Casa (PPE), *in writing*. – I believe that there exist a lot of potential for Member States to make use of this Fund. In order to achieve this, additional information could be stepped up by the Commission informing Member States on the possibilities offered by the EGF. The report underscores amongst others that the EGF cannot act as a substitute to a true industrial policy at EU level to bring sustainable and inclusive growth. It also calls on the Commission to include in its mid-term evaluation a specific assessment of the Fund's support to young persons not in employment, education or training (NEETs), especially in view of the Youth Guarantee and the synergies between national budgets, the European Social Fund and the Youth Employment Initiative. I therefore voted in favour of this report.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione della collega Harkin è abbastanza critica sulle attività, l'incidenza e il valore aggiunto del FEG per il periodo 2007-2014. Si critica inoltre la Commissione europea per aver fornito risposte deludenti alle risoluzioni parlamentari in materia di informazione e consultazione dei lavoratori e si evidenza inoltre il fatto che le relazioni biennali della Commissione non garantiscono pienamente la trasparenza e l'efficienza del FEG. Viene anche chiesto di fare tutto il possibile per accelerare le procedure, perché attualmente la durata media di una domanda del FEG è di 41 settimane. Ho votato a favore.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Credo che l'Unione europea debba essere solidale nei confronti dei lavoratori che hanno perso il posto di lavoro a causa degli esuberi di massa scaturiti a seguito di cambiamenti strutturali del tessuto economico per effetto della globalizzazione.

Ho votato a favore della relazione che traccia un bilancio positivo dei primi sette anni di applicazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG).

Apprezzo che il tasso di reinserimento professionale medio dei beneficiari del programma si attesti al 49 % e sono convinta che promuovendo ulteriormente un sostegno personalizzato e intensivo ai lavoratori in esubero tale dato possa diventare ancor più positivo. Certamente il FEG ha contribuito in questi anni alla coesione sociale, aiutando ampi gruppi di persone estremamente bisognose di assistenza, producendo effetti positivi per le famiglie dei beneficiari e la comunità in senso più ampio.

Mi compiaccio che la relazione inviti la Commissione a presentare valutazioni d'impatto controfattuali (VIC) che possano fornire ulteriori informazioni sul valore aggiunto europeo che il FEG riesce ad offrire.

Mi rammarico che alcuni Stati membri abbiano utilizzato importi rilevanti di finanziamenti a titolo del FEG per compensare regimi nazionali di sostegno al reddito dei lavoratori e che le procedure di approvazioni del FEG siano ancora troppo lente.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και θεωρούμε πως το Ταμείο παρέχει πραγματική στήριξη και εκφράζει αλληλεγγύη προς τους εργαζομένους που απολύονται ως αποτέλεσμα μεγάλων διαρθρωτικών αλλαγών στη μορφή του παγκόσμιου εμπορίου.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione in quanto concordo con le richieste presentate dalla collega. In linea con la relazione, ritengo che la Commissione debba chiarire che la perdita di posti di lavoro causata da controversie commerciali che provocano un importante mutamento a livello degli scambi commerciali di beni o servizi dell'UE rientra pienamente nell'ambito di applicazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG).

Inoltre penso che il FEG abbia fornito un valore aggiunto per l'UE quando è servito a cofinanziare servizi per lavoratori in esubero o indennità normalmente non previste dai sistemi di indennità di disoccupazione degli Stati membri.

Tuttavia, mi rammarico del fatto che questi meccanismi siano spesso andati a sostituire, anziché completare, gli obblighi degli Stati membri nei confronti dei lavoratori in esubero. Inviterei dunque la Commissione ad essere più rigida su questo punto.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the Activities, impact and added value of the European Globalisation Adjustment Fund between 2007 and 2014 and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Instituído pelo Regulamento n.º 1927/2006, o Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização (FEG) foi criado para apoiar e expressar a solidariedade para com os trabalhadores que perderam os seus empregos por ocasião de despedimentos em larga escala devido a importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial decorrentes da globalização, sempre que esses despedimentos tenham um impacto negativo considerável na economia regional ou local.

Desde 2006 que o FEG tem sido objeto de inúmeras reformas: O critério de intervenção foi reduzido de 1000 para 500 trabalhadores despedidos, o que permitiu tornar o FEG mais acessível às regiões e aos Estados-Membros; O período de intervenção foi alargado de 12 para 24 meses, possibilitando a muitos beneficiários ter acesso a programas de formação ou de ensino mais desenvolvidos; Os trabalhadores por conta própria podem agora ter acesso ao FEG, o que permite a estes trabalhadores terem a mesma proteção social e rede de segurança que os outros trabalhadores.

As reformas do regulamento contribuíram para melhorar o seu funcionamento e simplificaram os procedimentos de acesso ao FEG por parte dos Estados-Membros. Apoio, por isso, o relatório da colega Harkin.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, own-initiative report. The European Globalisation Adjustment Fund (EGF) is basically EU dole money towards which British taxpayers are forced to pay. Where there has been a large and sudden loss of jobs in a region of a Member State, the government can apply for this EU funding which will be used for retraining and education of workers who have lost their jobs. This report looked at how the EGF performed between 2007 and 2014. The report of course says the EGF was a glowing success and calls for the programme to expand and have more resources to be dedicated to it. UKIP opposes the use of the EGF as British taxpayers shouldn't be asked to pay for poor economic policies in other countries and by the EU.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulle attività, l'incidenza e il valore aggiunto del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione tra il 2007 e il 2014 in quanto in essa, partendo dall'assunto che le PMI rappresentano il 99 % della totalità delle imprese dell'UE e danno lavoro alla maggior parte dei lavoratori dell'Unione, si sottolinea l'esigenza di riorientare maggiormente il FEG a favore di lavoratori delle PMI, aumentando anche le soglie di ammissibilità. Si ribadisce inoltre l'importanza di stimolare maggiormente anche l'imprenditoria autonoma con l'utilizzo di sovvenzioni ed incentivi dedicati che non tralascino il tema dell'apprendimento permanente, del tutoraggio e delle reti *peer-to-peer*. La relazione incoraggia inoltre gli Stati membri a sottolineare l'inclusione delle donne nei programmi a favore dell'imprenditorialità.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — I see scope for the European Globalisation Adjustment Fund (EGAF) contributing to smart, sustainable and inclusive growth and the promotion of sustainable employment by preparing redundant workers for a new job and supporting them.

It also provides a means of addressing emergencies by providing rapid intervention and short-term assistance in response to acute and unforeseen labour market difficulties involving large-scale redundancies. That makes it different from the European Social Fund (ESF), which also provides support for redundant workers but is intended to address long-term structural imbalances mainly through life-long learning.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente porque supone una equilibrada valoración del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización. Partiendo de la basa de que este fondo no puede sustituir a las políticas económicas e industriales necesarias para mantener el tejido productivo, este fondo debe ser utilizado para paliar las consecuencias inmediatas derivadas del cierre de empresas. El informe incluye numerosas referencias positivas con respecto al papel de los sindicatos, el impacto que la crisis está teniendo especialmente en las mujeres, el papel que también deben desempeñar las autoridades locales, etc. Así como pide a la comisión una ambiciosa evaluación y revisión de este fondo para afrontar la dramática situación que vive la economía europea. Es por todo esto por lo que he

decidido votar a favor del presente informe.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione è uno strumento di sostegno e solidarietà nei confronti dei lavoratori in esubero a seguito di trasformazioni rilevanti della struttura del commercio mondiale e mira a promuovere l'occupazione sostenibile, preparando i disoccupati a un nuovo lavoro e assistendoli in tal senso. La risoluzione del Parlamento europeo che ho votato a favore rileva che il Fondo europeo di adeguamento ha registrato un miglioramento nel funzionamento grazie alle riforme apportate, che hanno inciso anche sulla semplificazione delle procedure di accesso al Fondo per gli Stati membri.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Schimbările structurale majore intervenite în practicile comerciale mondiale, generate de globalizare, au un puternic impact negativ asupra economiei regionale sau locale.

Fondul european de ajustare la globalizare a fost creat pentru a-i permite Uniunii să acorde sprijin lucrătorilor disponibilizați din cauza acestor schimbări structurale, contribuind, astfel, la o creștere inteligentă, sustenabilă și favorabilă incluziunii. În ultimii ani, restructurarea a devenit un fenomen tot mai răspândit.

Am votat pentru creșterea ratei de cofinanțare de la 50 % la 60 %, pentru a veni în ajutorul statelor membre.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap (EGAA) a jelentős világkereskedelmi szerkezetváltozások következtében, vállalkozásonként legalább 500 fő felett elbocsátott munkavállalók támogatása, és a velük való szolidaritás kifejezése érdekében jött létre. 2009 és 2011 között, valamint 2013-tól az EGAA hatályát az olyan munkavállalókra is kiterjesztették, akik a globális pénzügyi és gazdasági válság miatt veszítették el állásukat. Lehetővé teszi a szolidaritást azokkal a munkavállalókkal, akik a globalizálódás miatt a világkereskedelemben bekövetkezett fő strukturális változások következtében veszítették el munkájukat, azokban az esetekben, amikor ezek az elbocsátások jelentős negatív hatással vannak a regionális vagy helyi gazdaságra.

Emellett 2013-tól az alap hatályát kiterjesztették az önálló vállalkozókra, illetve az ifjúsági foglalkoztatási kezdeményezés keretében támogatásra jogosult régiókban a célzott kedvezményezettek számának megfelelő számú, nem foglalkoztatott, oktatásban és képzésben nem részesülő fiatalra. Az EGAA elsődleges célja az intelligens, fenntartható és inkluzív növekedéshez való hozzájárulás és a fenntartható foglalkoztatás előmozdítása oly módon, hogy felkészíti az elbocsátott munkavállalókat egy új munkahelyre és ennek során támogatja őket. A ma jóváhagyott jelentést, amely összefoglalja az EGAA 2007-2014 közti tevékenységét, hatását, és ajánlásokat fogalmaz meg a jövőt illetően, szavazatommal támogattam.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – This fund provides support to those employees who have lost their jobs due to changes in international trade patterns. I am in favour of this report as I believe that Europe needs to keep on fighting for a Europe that ensures improvement of living, social and working conditions.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I cannot support this report as the European Globalisation Adjustment Fund has been consistently shown to be an inefficient and ineffective tool for managing large scale redundancies. It is not good value for money and the case has never been made as to why this investment should be made at an EU rather than a national level.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Consider că principiile egalității de gen și nediscriminării, care se numără printre valorile de bază ale Uniunii și sunt consacrate în Strategia Europa 2020, trebuie să fie garantate și promovate în cadrul punerii în aplicare a Fondului european de ajustare la globalizare (FEG).

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai soutenu le rapport sur l'évaluation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM). Je constate que le FEM a globalement fourni des mesures bien coordonnées pour les travailleurs licenciés, qu'il est bien géré et qu'il joue un rôle important en améliorant les perspectives d'emploi de milliers de citoyens à une époque marquée par des accidents industriels en cascade, dont les derniers exemples sont Caterpillar et Alstom. Dans ce contexte, cet outil est essentiel. L'un de ses bénéfices est qu'il fournit un soutien personnalisé aux travailleurs licenciés. Il faut également souligner que le FEM prévoit la possibilité d'intervenir en faveur des jeunes non scolarisés, sans emploi ou sans formation. Cela contribue à garantir que les régions ayant un taux de chômage élevé chez les jeunes puissent bénéficier de la solidarité européenne. Il est bien sûr possible de faire mieux: il faut inviter les gouvernements de l'Union à agir davantage pour utiliser la flexibilité du Fonds actuel afin d'aider les travailleurs licenciés des sous-

traitants, qui sont les plus souvent des PME. Il est également très important qu'il y ait une véritable participation des travailleurs ou de leurs représentants, des partenaires sociaux et des autres parties prenantes dans les décisions concernant l'application.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — Le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) est un fonds d'urgence créé en 2006, destiné aux travailleurs ayant été licenciés à la suite d'un changement structurel majeur intervenu en raison soit de la mondialisation, soit de la survenance de la crise économique et financière mondiale de 2008.

Soucieuse de garantir aux travailleurs concernés des solutions rapides et personnalisées de réinsertion professionnelle, l'Union a soutenu par le biais de ce fonds de nombreuses initiatives nationales ou régionales sur la période 2007-2014. Grâce à cet instrument, un taux moyen de réemploi de 49 % a été atteint.

Les contours du FEM doivent toutefois encore être revus pour qu'il soit plus réactif et plus souple dans son application. Et au-delà de l'aide ponctuelle et spécifique que peut apporter le Fonds, il est urgent que l'Union européenne mette en place une véritable stratégie: elle doit mieux anticiper les mutations économiques, préserver les PME, mettre en œuvre une politique d'investissements tournée vers l'avenir, et se doter de véritables instruments de défense commerciale.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – L'instrument du FEM a été mis en place dans le but de compenser les effets destructeurs de la mondialisation sur les travailleurs. Pourtant, les emplois détruits sont rarement remplacés par de nouveaux postes, et les régions touchées connaissent déjà un marché de l'emploi difficile. Dans la plupart des cas, les jeunes sont contraints à la mobilité et les plus âgés, au chômage. De plus, il est reconnu que de nombreuses régions ou entreprises touchées de plein fouet par la mondialisation sont en réalité victimes des politiques commerciales décidées au niveau de l'Union: les accords de libre-échange, en cours de négociation ou à venir, sont les principaux vecteurs de la perte massive d'emplois en Europe. Aussi, j'ai voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Моята група ЕКР, както и аз самият не подкрепяме Европейския фонд за приспособяване към глобализацията (ЕФПГ), защото смятаме, че той не е подходящата мярка и заетостта може и трябва да бъде стимулирана посредством други инструменти, икономически растеж, пренасочване на уменията, за да могат те да бъдат адаптирани към новите условия на пазара по труда и пр.

ЕФПГ е спешен инструмент и е извън Многогодишната финансова рамка. Резервен фонд е създаден, от което той може да направи своите годишни бюджетни кредити. Аз смятам, че силата на този инструмент не може да оправдае вложенията и затова не съм съгласен с неговото съществуване.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap (EGAA) a jelentős világkereskedelmi szerkezetváltozások következtében (vállalkozásonként legalább 500 fő felett) elbocsátott munkavállalók támogatása, és a velük való szolidaritás kifejezése érdekében jött létre és az EGAA célja az intelligens, fenntartható és inkluzív növekedéshez való hozzájárulás és a fenntartható foglalkoztatás előmozdítása oly módon, hogy felkészíti az elbocsátott munkavállalókat egy új munkahelyre és ennek során támogatja őket. Szemben az Európai Szociális Alappal, a társfinanszírozási ráta sokkal alacsonyabb (60%), valamint a kérelmek elbírálásának futamideje átlagosan 41 hét (2013-as adat), és átlagosan fejenként kb. 4500 EUR támogatást biztosított.

Magyarország eddig nem élt ezzel a lehetőséggel, hiszen tömeges létszámleépítések szinte kizárólag 2010 előtt történtek, illetve a meglévő eljárási szabályok egyelőre még mindig nem kellően rugalmasak hazánk számára. A jelentés árnyékelőadója Sógor Csaba határon túli magyar képviselő volt, aki munkájával nagyban hozzájárult ahhoz, hogy a jelentés még elfogadhatóbb legyen a Fidesz–KDNP képviselőcsoport számára, ezért szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását is.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – Inicialmente, el FEAG (Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización) fue establecido por el Reglamento (CE) n.º 1927/2006 para apoyar a los trabajadores que han perdido sus puestos de trabajo en el marco de despidos a gran escala debido a los grandes cambios estructurales en los patrones del comercio mundial por la globalización, cuando dichos despidos tengan una incidencia negativa importante en la economía regional o local.

Los objetivos principales del informe se dirigen hacia el examen de sus resultados en el período 2007-2014, así como a la determinación de los puntos débiles y fuertes de las reformas del FEAG que se introdujeron en este periodo, y a evaluar su eficacia e importancia, lo que podría aprobar el uso del Fondo para el período de programación actual.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Marian Harkin har utarbetat en välbalanserad och välskriven text som i första hand avser att rapportera om effekterna av Europeiska fonden för justering för globaliseringseffekter mellan 2007 och 2014. Anledningen till att jag röstade nej till texten var ändringsförslag 36 som yrkade på ytterligare finansiering av Europeiska fonden för justering för globaliseringseffekter, något som inte är lämpligt innan en fullständig utvärdering av denna fond har verkställts.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Desde a sua criação, os Estados-Membros tiveram a possibilidade de utilizar o FEG em circunstâncias excecionais ou em mercados de trabalho de pequena dimensão, quando o critério de intervenção não era preenchido, se os despedimentos em causa tivessem um impacto considerável no emprego e na economia local. O âmbito de aplicação do FEG foi alargado entre 2009 e 2001 e a partir de 2013 a fim de incluir os trabalhadores despedidos devido à crise financeira e económica mundial. Além disso, a partir de 2013, os trabalhadores independentes foram incluídos no âmbito de aplicação, o mesmo acontecendo, em regiões elegíveis a título da Iniciativa para o Emprego dos Jovens, com um número de NEET igual ao número de beneficiários visados. Concordo com as conclusões contidas no relatório.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto contrario in quanto non ritengo il provvedimento in oggetto uno strumento utile allo sviluppo di politiche che favoriscono la crescita e la creazione di nuova occupazione, né in grado di dare una risposta esaustiva per quanto riguarda i lavoratori in esubero.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – The final report voted on in Committee, while not perfect, included more progressive content than the draft, including a focus on how the EGF can work better for older workers, women, young people and single parents. I voted in favour.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Po dosiahnutých výsledkoch Európskeho fondu na prispôsobenie sa globalizácii v rokoch 2007 až 2014 môžeme konštatovať, že tento fond poskytol individualizované a dobre koordinované opatrenia prepusteným pracovníkom. Cielená, individualizovaná a intenzívna podpora prepusteným pracovníkom často vedie k pozitívnym výsledkom. Zásadný význam má aj schopnosť vytvoriť opatrenia, ktoré dopĺňajú vnútroštátne opatrenia, rovnako ako aj flexibilita obsiahnutá v tomto nástroji. Medzi ďalšie pozitívne výsledky pre príjemcov patrí pozitívny psychologický vplyv, zvýšená prispôsobivosť a pružnosť trhu práce. Okrem toho je dokázané, že EGF prispel k sociálnej súdržnosti tým, že pomohol veľkým skupinám ľudí, ktorí naliehavo potrebovali pomoc. To malo pozitívny účinok aj na rodiny a širšiu komunitu. Zúčastnené organizácie dosiahli pozitívne výsledky v oblasti vzdelávania. To zahŕňa budovanie kapacít na efektívne riadenie týchto opatrení a vytváranie partnerstiev pri vykonávaní opatrení Európskeho fondu na prispôsobenie sa globalizácii. V mnohých prípadoch sa však vyskytli podozrenia, že finančné prostriedky z Európskeho fondu na prispôsobenie sa globalizácii využili viaceré členské štáty na kompenzovanie a vnútroštátnych systémov na podporu zamestnanosti a pracovníkov.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione che chiede di facilitare in tutti i modi l'accesso delle PMI e dei giovani a queste risorse.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τις δραστηριότητες, τον αντίκτυπο και την προστιθέμενη αξία του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση κατά το διάστημα μεταξύ 2007 και 2014. Ο μόνος τρόπος για πραγματική εξάλειψη της ανεργίας, είναι η επιστροφή στην παραγωγή και όχι προγράμματα μετεκπαίδευσης και ελεημοσύνες.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I strongly support the EGF (European Globalisation Adjustment Fund), a fundamental European instrument which provides direct support to workers who have lost their job as a consequence of changes in trade patterns and globalisation. We will keep fighting for a Europe that ensures the improvement of living and working conditions and to promote a European social model consisting of strong social protection, quality public services and social dialogue.

I welcome the fact that, through these changes, we will ensure that more attention is paid to the impact of trade policies and trade agreement in the European labour market and we clarify that the loss of jobs as a consequence of trade disputes which result in a serious shift in Union trade in goods or services is fully within the scope of the EGF.

Finally, I support the demand to the Commission to present a proposal for a legal act on information and consultation of workers, anticipation and management of restructuring.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap (EGAA) a jelentős világkereskedelmi szerkezetváltozások következtében (vállalkozásonként legalább 500 fő felett) elbocsátott munkavállalók támogatása, és a velük való szolidaritás kifejezése érdekében jött létre és az EGAA célja az intelligens, fenntartható és inkluzív növekedéshez való hozzájárulás és a fenntartható foglalkoztatás előmozdítása oly módon, hogy felkészíti az elbocsátott munkavállalókat egy új munkahelyre és ennek során támogatja őket. Szemben az Európai Szociális Alappal, a társfinanszírozási ráta sokkal alacsonyabb (60%), valamint a kérelmek elbírálásának futamideje átlagosan 41 hét (2013-as adat), és átlagosan fejenként kb. 4500 EUR támogatást biztosított.

Magyarország eddig nem élt ezzel a lehetőséggel, hiszen tömeges létszámleépítések szinte kizárólag 2010 előtt történtek, illetve a meglévő eljárási szabályok egyelőre még mindig nem kellően rugalmasak hazánk számára. A jelentés elfogadható a Fidesz–KDNP képviselőcsoport számára, ezért szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap (EGAA) a jelentős világkereskedelmi szerkezetváltozások következtében (vállalkozásonként legalább 500 fő felett) elbocsátott munkavállalók támogatása, és a velük való szolidaritás kifejezése érdekében jött létre és az EGAA célja az intelligens, fenntartható és inkluzív növekedéshez való hozzájárulás és a fenntartható foglalkoztatás előmozdítása oly módon, hogy felkészíti az elbocsátott munkavállalókat egy új munkahelyre és ennek során támogatja őket. Szemben az Európai Szociális Alappal, a társfinanszírozási ráta sokkal alacsonyabb (60%), valamint a kérelmek elbírálásának futamideje átlagosan 41 hét (2013-as adat), és átlagosan fejenként kb. 4500 EUR támogatást biztosított.

Magyarország eddig nem élt ezzel a lehetőséggel, hiszen tömeges létszámleépítések szinte kizárólag 2010 előtt történtek, illetve a meglévő eljárási szabályok egyelőre még mindig nem kellően rugalmasak hazánk számára. A jelentés árnyékelőadója Sógor Csaba határon túli magyar képviselő volt, aki munkájával nagyban hozzájárult ahhoz, hogy a jelentés még elfogadhatóbb legyen a Fidesz–KDNP képviselőcsoport számára, ezért szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását is.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Il testo che abbiamo approvato, che ho sostenuto pienamente, traccia un importante bilancio politico dell'utilizzo di uno dei Fondi europei di maggiore rilevanza per i cittadini. Con il Fondo di adeguamento alla globalizzazione, infatti, l'Europa si è voluta dotare di uno strumento che possa dare sostegno e solidarietà nei confronti dei lavoratori in esubero a seguito di trasformazioni industriali e di evoluzioni del commercio mondiale, un fenomeno purtroppo in costante incremento negli ultimi anni.

Tra i punti politici più rilevanti, mi preme sottolineare l'appello alle istituzioni europee, come misura preventiva e che anticipi l'erogazione del Fondo (prima quindi delle ristrutturazioni aziendali) di garantire strumenti comuni per la partecipazione, consultazione e informazione dei lavoratori alle principali strategie delle imprese, in coerenza con quanto affermato in precedenza presso la commissione giuridica e la commissione per l'occupazione.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho convintamente sostenuto la risoluzione del Parlamento europeo sulle attività, l'incidenza e il valore aggiunto del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione tra il 2007 e il 2014, perché penso che il FEAG sia realmente uno dei programmi più importanti dell'UE.

Si tratta dell'unica tipologia di assistenza dell'UE ai lavoratori che perdono il posto di lavoro ed è una delle forme più manifeste e visibili del valore aggiunto e dell'importanza dell'appartenenza all'UE. Un fondo che persegue politiche intelligenti, che guarda alla formazione e alla riqualificazione, che promuove il dialogo sociale interistituzionale e che prende in cura i destini di coloro che perdono il lavoro a causa della crisi, della globalizzazione, degli accordi commerciali e dei licenziamenti di massa.

Sono convinta che la platea dei beneficiari possa ancora essere allargata e che le procedure a livello nazionale possano essere snellite, magari permettendo agli enti locali di richiedere direttamente l'attivazione della misura. Spero che gli Stati membri aumentino i fondi per questo programma nel prossimo QFP e che la Commissione decida di aprire questi finanziamenti anche a quelle forme d'impresa, come le imprese dell'economia sociale, attualmente escluse, dotandosi di risorse umane adeguate per snellire ancora di più le procedure di erogazione.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht „Tätigkeiten, Auswirkungen und Mehrwert des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zwischen 2007 und 2014" der Kollegin Marian Harkin gestimmt und danke ihr für die ausführliche, tiefgehende und konstruktive Ausarbeitung des Textes. Der Fonds selbst ist gut gemeint – muss aber in vielen Punkten noch viel besser werden, damit er wirkt. Das haben wir mit diesem Bericht zum Ausdruck gebracht.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) leistet einen wichtigen Beitrag zur Minderung von Globalisierungseffekten in der EU. Der Schwerpunkt des Fonds sollte weiterhin auf der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit im Zuge von Globalisierung liegen.

Ich unterstütze auch ausdrücklich die im Bericht erhobene Forderung nach einer engeren Zusammenarbeit zwischen den zuständigen lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Behörden, um den Zugang zum EGF schneller und einfacher zu gestalten.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – El Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización (FEAG) se creó en 2006 para ayudar a trabajadores que han perdido su empleo en despidos a gran escala como consecuencia de la globalización, cuando dichos despidos tienen una incidencia negativa importante en la economía regional o local. El FEAG ha sido objeto de modificaciones como la reducción del número de despidos en los criterios de intervención de 1000 a 500. Esto significa que el FEAG es más accesible para las regiones y para los Estados miembros más pequeños. Desde 2013 se incluyó a los trabajadores por cuenta propia y también, en las regiones elegibles en virtud de la Iniciativa sobre Empleo Juvenil, a los «ninis».

El informe final votado en comisión, aunque no es perfecto, incorpora medidas más progresistas que el borrador inicial, incluyendo una mayor accesibilidad para trabajadoras/es veteranos/as, mujeres, jóvenes y los madres/padres solteras/os. Reconoce que las mujeres se ven desproporcionadamente afectadas por la crisis y la austeridad. También contiene algunos puntos positivos en el aumento de la participación de las autoridades locales, los interlocutores sociales y la sociedad civil en el acceso, distribución y aplicación del FEAG. Hemos votado a favor.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which examines the activities of the European Globalisation Adjustment Fund (EGF), its effects and the trends of the fund. Labour has consistently supported the EGF out of solidarity for workers across Europe and this report outlines the effectiveness of the fund for its beneficiaries.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report. On the whole the European Globalisation Adjustment Fund has provided personalised and well-coordinated measures for redundant workers. It is very important that there is genuine involvement of the workers or their representatives, the social partners and other relevant stakeholders in drawing up the application. As the fund is a flexibility instrument it allows for innovative action and tailor-made interventions.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – The purpose of this report, for which I was rapporteur, was to assess the activities, implementation and added value of the European Globalisation Adjustment Fund (EGF) from 2007 to 2014 and to make recommendations on how the Fund could be made more effective and efficient based on our observations. The EGF is a small fund compared to the ESF and others but nonetheless has an important role to play in supporting and expressing solidarity with workers made redundant as a result of globalisation, a phenomenon we must grapple with increasingly.

The report examines issues such as what models used will deliver the best outcomes for redundant workers, timely and responsive intervention and implementation, value for money and efficient spending and data collection for qualitative and quantitative assessment. With the revision of the regulation the Fund has seen improvements such as the inclusion of self-employed persons and NEETs as potential beneficiaries, increased efforts to support entrepreneurship and the inclusion of the EGF in the SFC facility resulting in better coordination and data collection. Areas to be improved include the budget implementation rate of 55% and the limited impact on SMEs despite existing flexibility under Art. 4(2) which could be used.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour as I have no objections.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, own-initiative report. The European Globalisation Adjustment Fund (EGF) is basically EU dole money towards which British taxpayers are forced to pay. Where there has been a large and sudden loss of jobs in a region of a Member State, the government can apply for this EU funding which will be used for retraining and education of workers who have lost their jobs. This report looked at how the EGF performed between 2007 and 2014. The report of course says the EGF was a glowing success and calls for the programme to expand and have more resources to be dedicated to it. UKIP opposes the use of the EGF as British taxpayers shouldn't be asked to pay for poor economic policies in other countries and by the EU.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I fully support a European social model that offers strong social protection and dialogue. Although there are many elements that should be improved, I believe the European Globalisation Adjustment Fund between 2007 and 2014 had great impact on the lives of hard-working citizens.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o aktivnostima, učinku i dodanoj vrijednosti Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji u razdoblju 2007. – 2014., s obzirom na to da je taj Fond namijenjen pružanju potpore i izražavanju solidarnosti radnicima koji su proglašeni viškom uslijed ekonomske krize.

Pokazalo se da se EGF-om doprinijelo socijalnoj koheziji jer se pomagalo velikim skupinama ljudi kojima je ta pomoć bila prijeko potrebna, što se pozitivno odrazilo na obitelji korisnika i širu zajednicu. Novom Uredbom postavljaju se nova pravila koja će poboljšati učinkovitost spomenutog Fonda u području financiranja, djelovanja i strožih vremenskih okvira i izvješćivanja. Samo neka od proširenih područja primjene EGF-a su na primjer mladi koji nisu zaposleni, ne školuju se i ne osposobljavaju te samozaposlene osobe. Ovim novim pravilima EGF bi trebao biti u stanju još efikasnije odgovoriti na sve nove globalne financijske ili gospodarske krize.

Diane James (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this non-legislative, own-initiative report. The European Globalisation Adjustment Fund (EGF) is basically EU dole money towards which British taxpayers are forced to pay. Where there has been a large and sudden loss of jobs in a region of a Member State, the government can apply for this EU funding which will be used for retraining and education of workers who have lost their jobs. This report looked at how the EGF performed between 2007 and 2014. The report of course says the EGF was a glowing success and calls for the programme to expand and have more resources to be dedicated to it. UKIP opposes the use of the EGF as British taxpayers shouldn't be asked to pay for poor economic policies in other countries and by the EU.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport Harkin sur les activités, les incidences et la valeur ajoutée du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) entre 2007 et 2014.

Le rapport souligne que les interventions du FEM devraient être orientées vers des investissements qui contribuent à la croissance et à l'emploi, à l'éducation, aux compétences et à la mobilité géographique des travailleurs, et être coordonnées avec les programmes existants de l'Union. Enfin, il est important de rappeler que le FEM ne peut en aucun cas se substituer à une politique sérieuse de prévention et d'anticipation des restructurations; il convient d'insister sur l'importance d'une véritable politique industrielle à l'échelle de l'Union européenne.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht ist im Ansatz durchaus positiv zu beurteilen, da es um die europäische Kernproblematik, nämlich um wirksame Arbeitsplatzmaßnahmen geht. Die Berichterstatterin stellt dabei die bisherige Mittelverwendung kritisch und detailliert dar. Außerdem wird von der Berichterstatterin die Forderung aufgestellt, die von den Mitgliedstaaten bereitgestellten Mittel des Fonds unter Umständen zu erhöhen, zugleich aber effizienter und zweckgebunden einzusetzen. Dieser Forderung und dem Bericht stimme ich aus diesen Gründen zu.

Tunne Kelam (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report.

The European Globalisation Adjustment Fund aiming to reduce the negative effects of large-scale redundancies and following job losses can be seen as a valuable tool bringing European added value to ensure re-employment.

Some problems have occurred over the years and need further tackling. I welcome the efforts made to reduce the lengthy bureaucracy in processing the files by the European Commission. I welcome the shortened deadlines and clear timelines presented.

The threshold of 500 is a step in the needed direction, but it still leaves smaller Member States where SMEs and bigger companies mostly do not reach this number out of the scope. Despite some possibilities to bypass this threshold, it should be further reviewed.

Lastly, the re-employment rate is at 49% and 41% of re-employed individuals claim to be in worse conditions. This is a serious matter that the Member States jointly with the private sector and educational institutions need to find a better solution for. Efficient national measures must compliment the EGF to enable people to swiftly find a new job at a more or less same level.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which examines the activities of the European Globalisation Adjustment Fund (EGF), its effects and the trends of the fund. Labour has consistently supported the EGF out of solidarity for workers across Europe and this report outlines the effectiveness of the fund for its beneficiaries.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap (EGAA) a jelentős világkereskedelmi szerkezetváltozások következtében (vállalkozásonként legalább 500 fő felett) elbocsátott munkavállalók támogatása, és a velük való szolidaritás kifejezése érdekében jött létre és az EGAA célja az intelligens, fenntartható és inkluzív növekedéshez való hozzájárulás és a fenntartható foglalkoztatás előmozdítása oly módon, hogy felkészíti az elbocsátott munkavállalókat egy új munkahelyre és ennek során támogatja őket. Szemben az Európai Szociális Alappal, a társfinanszírozási ráta sokkal alacsonyabb (60%), valamint a kérelmek elbírálásának futamideje átlagosan 41 hét (2013-as adat), és átlagosan fejenként kb. 4500 EUR támogatást biztosított.

Magyarország eddig nem élt ezzel a lehetőséggel, hiszen tömeges létszámleépítések szinte kizárólag 2010 előtt történtek, illetve a meglévő eljárási szabályok egyelőre még mindig nem kellően rugalmasak hazánk számára. A jelentés árnyékelőadója Sógor Csaba határon túli magyar képviselő volt, aki munkájával nagyban hozzájárult ahhoz, hogy a jelentés még elfogadhatóbb legyen a Fidesz–KDNP képviselőcsoport számára, ezért szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását is.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Az uniós GDP-hez viszonyítva szégyenletesen alacsony keretösszegből gazdálkodhat az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap. Maga a szándék, hogy lehetővé tegye a szolidaritást azokkal a munkavállalókkal, akik a globalizálódás miatt a világkereskedelemben bekövetkezett fő strukturális változások következtében veszítették el munkájukat a tömeges elbocsátások során, helyes. Ugyanakkor a gyakorlat azt mutatja, hogy ténylegesen a centrumországok nagyvállalatainak profithajhászó tevékenységéből fakadó károk mérséklésére fordítódnak az alap eszközei, ami erősen megkérdőjelezhető. Nézetem szerint elsősorban a gyengébben fejlett tagországokban kellene felhasználni, mert ott a globalizációs hatás mellett az erősebb EU-s tagállamok negatív gazdasági hatása is érvényesül.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Il Fondo europeo di adeguamento fu emanato nel 2006 per dare prova di solidarietà a coloro che hanno perso il lavoro durante i cambi strutturali nel mondo del commercio, dovuti per lo più al processo di globalizzazione.

Dal 2013 in poi, il Fondo fu inoltre esteso ai lavoratori in esubero come conseguenza della crisi finanziaria ed economica. La relazione vuole ora analizzare il periodo che va dal 2007 al 2014, in modo tale da esaminarne i risultati. A seguito di tale analisi, abbiamo valutato positivamente il suo funzionamento e riconosciuto l'importante valore aggiunto rappresentato nel corso di questi anni di implementazione, in termini di aiuto, sostegno, recupero e formazione.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport, car j'approuve l'action du Fonds d'ajustement à la mondialisation, qui appuie financièrement la réinsertion professionnelle des travailleurs licenciés. Beaucoup de travailleurs français en ont d'ailleurs bénéficié. Je rappelle toutefois que l'Union est souvent responsable de la disparition de leurs emplois en raison de sa politique ultralibérale.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – L'instrument du FEM a été mis en place pour compenser les effets destructeurs de la mondialisation sur les travailleurs. Pourtant, les emplois détruits sont rarement remplacés et, quand ils le sont, c'est par des emplois nécessitant des qualifications autres, s'adressant à d'autres profils. D'où la problématique de la division internationale du travail et de la désindustrialisation. Dans la plupart des cas, les jeunes sont contraints à la mobilité et les plus âgés, au chômage. De plus, il est reconnu que de nombreuses régions ou entreprises touchées de plein fouet par la mondialisation sont en réalité victimes des politiques commerciales décidées au niveau de l'Union: les accords de libre-échange, en cours de négociation ou à venir, sont les principaux vecteurs de la perte massive d'emplois en Europe. Toutefois, ce Fonds est une façon pour les entreprises françaises de récupérer une (petite) part de l'argent que l'Union leur prélève. Des agences françaises bénéficient fréquemment de ces Fonds, c'est pourquoi nous les soutenons.

J'ai donc voté en faveur de ce rapport.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe porque el Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización proporciona apoyo a las personas que pierden sus puestos de trabajo como consecuencia de los importantes cambios estructurales en los patrones del comercio internacional provocados por la globalización. El informe pide que se preste más atención al impacto de las políticas comerciales y los acuerdos comerciales en el mercado de trabajo europeo y pide a la Comisión que anticipe estos efectos teniendo en cuenta también la información de las aplicaciones al EGF.

Reitera la petición a la Comisión que presente una propuesta de acto jurídico sobre información y consulta de los trabajadores, y anticipación y gestión de las reestructuraciones empresariales. También poner de relieve la importancia de un diálogo social basado en la confianza mutua y la responsabilidad compartida, como el mejor instrumento para buscar soluciones consensuadas y puntos de vista comunes en la predicción, prevención y la gestión de los procesos de reestructuración.

Finalmente, pide a la Comisión que asegure que los despidos son vistos como último recurso después de haber considerado todas las alternativas posibles sin reducir competitividad de las empresas.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente porque supone una equilibrada valoración del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización. Partiendo de la basa de que este fondo no puede sustituir a las políticas económicas e industriales necesarias para mantener el tejido productivo, este fondo debe ser utilizado para paliar las consecuencias inmediatas derivadas del cierre de empresas. El informe incluye numerosas referencias positivas con respecto al papel de los sindicatos, el impacto que la crisis está teniendo especialmente en las mujeres, el papel que también deben desempeñar las autoridades locales, etc. Así como pide a la comisión una ambiciosa evaluación y revisión de este fondo para afrontar la dramática situación que vive la economía europea. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – El Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización (FEAG) presta apoyo a los trabajadores que pierden su empleo como consecuencia de grandes cambios estructurales en las pautas del comercio mundial, provocados por la globalización.

Periódicamente se han realizado informes de evaluación de las actividades realizadas en los sucesivos años de vigencia, con resultados muy positivos tanto en personas atendidas como en tasas de reinserción. Este informe de iniciativa trataría de hacer ahora una evaluación más global de los años 2007-2014.

Mi País, España, está razonablemente satisfecha con el funcionamiento del Fondo, pues, como en otros países ha sido elemento importante a la hora de dar respuestas a las consecuencias laborales de las crisis.

Por las razones anteriormente descritas, soy mi voto positivo para la aprobación de esta iniciativa.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Věta o tom, „že integrovaná strategie plánování napříč fondy by snížila riziko přesouvání průmyslové výroby", je jak vystřižená z brožury o socialistickém centrálním plánování. Nesouhlasím s požadavkem, aby členské státy u projektů Evropského fondu globalizace „shromažďovaly údaje z genderového hlediska". Je to jen další byrokracie navíc.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Europska unija temelji se na vrijednostima slobode, demokracije, jednakosti, vladavine prava, a bori se protiv socijalne isključenosti i diskriminacije. Žene, a osobito trudnice i majke, najteže su pogođene nezaposlenošću i žrtve su negativne diskriminacije u pogledu zapošljavanja.

Ovo izvješće naglašava važnu ulogu koju imaju nacionalna tijela za jednakost u provedbi Direktive o jednakosti pri zapošljavanju i to podizanjem razine svijesti i prikupljanjem podataka, suradnjom sa socijalnim partnerima i rješavanjem problema neprijavljivanja slučajeva diskriminacije.

Iznimno je bitno da se nastavi jačanje uloge nacionalnih tijela za jednakost, njihova nepristranost, razvoj aktivnosti i povećanje njihovih kapaciteta. Podržala sam ovo izvješće, jer smatram da svi radno sposobni ljudi moraju imati jednaka prava pri zaposlenju i kako se sustavno na svim razinama moramo boriti protiv diskriminacije.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – I support the report's call on the Commission and Member States to use the scope for implementing the European Globalisation Adjustment Fund budget more flexibly and effectively, with the focus on outcomes, impact and value added. The application procedure should be made faster, and the Commission must assess the reasons for the low implementation rates and propose measures to address the existing bottlenecks and ensure optimal use of the fund.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Európsky fond na prispôsobenie sa globalizácii bol zriadený na pomoc zamestnancom, ktorí v dôsledku globalizácie a štrukturálnych zmien prišli o prácu. Zdroje z tohto fondu sú prioritne určené na realizáciu opatrení, ktoré umožnia prepusteným zamestnancom opätovné zaradenie na trh práce. V rokoch 2007 až 2014 požiadalo dvadsať členských štátov o pomoc vo výške 542,4 milióna EUR na 131 zásahov určených pre 121 380 pracovníkov. Rozhodovanie o žiadosti o poskytnutie pomoci z fondu trvá v priemere až 41 týždňov, preto je potrebné prijať mechanizmy na skrátenie tejto doby. Pomoc z tohoto fondu len v minimálnej miere využívajú malé a stredné podniky, ktoré tvoria 99 % všetkých podnikov EÚ a zamestnávajú viac ako 100 miliónov ľudí. Je preto namieste, aby sme požiadali Komisiu a členské štáty, aby sústredili pomoc aj na MSP a aby dôsledne dbali na dodržiavanie pravidiel tohto fondu pri opätovnom začleňovaní zamestnancov na trh práce. Včasné poskytovanie údajov umožní lepšie zhodnotiť efektívnosť fondu.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Στηρίζω την έκθεση σχετικά με τις δραστηριότητες, τον αντίκτυπο και την προστιθέμενη αξία του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση κατά το διάστημα μεταξύ 2007 και 2014, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 15/9/2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte. L'instrument du FEM a été créé afin de compenser les effets néfastes de la mondialisation sur les travailleurs, ce que nous dénonçons depuis longtemps. Pourtant, les emplois détruits sont rarement remplacés, et quand ils le sont, ce sont par des emplois nécessitant des qualifications autres, s'adressant à d'autres profils, d'où la problématique de la division internationale du travail et de la désindustrialisation.

Bien souvent, les jeunes sont contraints à la mobilité et les plus âgés au chômage. De plus, il est reconnu que de nombreuses régions ou entreprises touchées de plein fouet par la mondialisation sont en réalité victimes des politiques commerciales décidées au niveau de l'Union: les accords de libre-échange, en cours de négociation ou à venir, sont les principaux vecteurs de perte massive d'emplois en Europe.

Toutefois, ce Fonds est une façon pour les entreprises françaises de récupérer une (petite) part de l'argent que l'Union leur prélève. Des agences françaises bénéficient fréquemment de ces Fonds, c'est pourquoi nous votons pour ce texte.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. — I voted in favour of the report on the activities, impact and added value of the European Globalisation Adjustment Fund between 2007 and 2014 because, once again, I am a firm supporter of the principles of gender equality and non-discrimination, which are among the Union's core values and which need to be safeguarded and promoted. Aside from that, I consider that EU citizens should have access to training and retraining, job-search assistance, mentoring, entrepreneurship promotion, and business start-ups. I also want to highlight the importance of favourable working conditions, including decent working wages.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht hat gute Ansätze in Bezug auf Arbeitsplatzmaßnahmen, jedoch steht eine Erhöhung der nationalen Fördermittel für den Fonds im Raum. Daher enthalte ich mich.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už pranešimą, kuriuo įvertinama Europos prisitaikymo prie globalizacijos padarinių fondo (EGF) veikla. EGF tikslas – padėti darbuotojams, praradusiems darbą dėl esminių pasaulio prekybos sistemos struktūrinių pokyčių.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport dresse le bilan du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation sur la période 2007-2014. Ce fonds apporte une aide financière aux employés licenciés suite aux «modifications majeures de la structure du commerce international» , qu'il s'agisse de PME subissant la politique européenne austéritaire ou de grandes entreprises profitant de l'aubaine pour se délocaliser vers des pays à bas coûts salariaux. Le rapport reconnaît d'emblée qu'il s'agit d'un pansement sur une jambe de bois: «le FEM ne peut en aucun cas se substituer à une politique sérieuse de prévention et d'anticipation des restructurations» . Il soutient des aides ciblées en priorité aux coopératives, aux PME et sous-traitants, aux travailleurs plus âgés et aux jeunes, mais peine à toucher du doigt le fond du problème: la politique commerciale et industrielle de l'Union. Face à la concurrence internationale, il demande des «conditions favorables pour la relocalisation de la production industrielle dans l'Union» . Il faut aller au bout de cette pensée et imposer le protectionnisme écologique et social aux frontières. Et sortir de l'austérité pour relancer l'activité. Sinon les cas Alstom et Caterpillar continueront de se multiplier. Devant cette timidité, je m'abstiens.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – L'instrument du FEM a été mis en place dans le but de compenser les effets destructeurs de la mondialisation sur les travailleurs. Pourtant, les emplois détruits sont rarement remplacés et, quand ils le sont, c'est par des emplois nécessitant des qualifications autres, s'adressant à d'autres profils, d'où la problématique de la division internationale du travail et de la désindustrialisation. Dans la plupart des cas, les jeunes sont contraints à la mobilité et les plus âgés, au chômage. De plus, il est reconnu que de nombreuses régions ou entreprises touchées de plein fouet par la mondialisation sont en réalité victimes des politiques commerciales décidées au niveau de l'Union: les accords de libre-échange, en cours de négociation ou à venir, sont les principaux vecteurs de perte massive d'emplois en Europe. Toutefois, ce Fonds est une façon pour les entreprises françaises de récupérer une (petite) part de l'argent que l'Union leur prélève. Des agences françaises bénéficient fréquemment de ces Fonds, c'est pourquoi nous les soutenons.

J'ai donc voté en faveur de ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização (FEG) foi criado para apoiar e expressar a solidariedade da UE para com os trabalhadores que perderam os seus empregos em resultado de importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial. O objetivo do FEG é contribuir para um crescimento inteligente, sustentável e inclusivo e para a promoção do emprego sustentável, preparando os desempregados para um novo posto de trabalho e proporcionando-lhes apoio nesse contexto. Temos que continuar a melhorar este importante mecanismo para minorar os efeitos adversos do desemprego. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report, which highlights the ways in which the European Globalisation Adjustment Fund was used and improved between 2007 and 2014. I fully supported this fund as it is essential that the Union does its utmost to alleviate the situation of workers who have been made redundant due to global market forces, and to get them back into the workforce.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — À l'heure où les événements que l'on sait frappent Caterpillar, le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation prend tout son sens. Il s'agit là d'une véritable aide aux personnes ayant perdu leur emploi afin qu'elles puissent se reconvertir dans d'autres secteurs de croissance. Mais l'action sociale de l'Union ne doit pas s'arrêter là. La Commission devra mieux anticiper et procéder à des analyses d'impact en mettant en avant les effets potentiels d'affaires telles que celle de Caterpillar sur l'emploi et la compétitivité ainsi qu'en faisant la lumière sur les conséquences pour les PME. Le Fonds ne pourra remplacer une réelle politique de prévention et d'anticipation de la restructuration. Il faut donc que le Fonds social européen et le plan Juncker viennent directement compléter le Fonds d'ajustement à la mondialisation pour garantir la pérennisation de l'activité industrielle européenne.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* — Európsky fond na prispôsobenie sa globalizácii v rokoch 2007 až 2014 bol zriadený na poskytnutie solidarity s pracovníkmi, ktorí prišli o prácu počas rozsiahleho prepúšťania z dôvodu veľkých zmien v štruktúre svetového obchodu v dôsledku globalizácie, ak tieto prepúšťania vo významnej miere nepriaznivo vplývajú na regionálne a lokálne hospodárstvo. Od svojho zriadenia v roku 2006 prešiel fond niekoľkými reformami, došlo k zníženiu kritéria zásahu z 1 000 prepustených pracovníkov na 500, čím sa stal dostupnejším pre regióny a menšie členské štáty. Pôsobnosť fondu bola rozšírená v roku 2013 o pracovníkov, ktorí prišli o prácu v dôsledku svetovej hospodárskej krízy, okrem toho boli zahrnuté aj samostatne zárobkovo činné osoby. Správa o činnosti, vplyve a pridanej hodnote fondu odhalila niekoľko nedostatkov. Jednou z výhrad voči EGF je, že niektoré členské štáty použili značné finančné prostriedky z EGF na kompenzovanie vnútroštátnych systémov na podporu príjmov pracovníkov, pričom takéto využívanie európskych prostriedkov neprináša pridanú hodnotu. Ďalším nedostatkom je informovanosť, fond trpí nedostatkom povedomia zo strany niektorých členských štátov, sociálnych partnerov a podnikov, komunikáciu je potrebné zlepšiť. Vyslovujem sa v prospech daného návrhu.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I supported the report on the activities, impact and added value of the European Globalisation Adjustment Fund between 2007 and 2014 because the EGF is a European instrument providing direct support to workers who have lost their job as a consequence of changes in trade patterns and globalisation. That is why I voted in favour of this report.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – L'instrument du FEM a été mis en place dans le but de compenser les effets destructeurs liés à la mondialisation sur les travailleurs. Pourtant, les emplois détruits sont rarement remplacés par de nouveaux, et les régions touchées connaissent déjà un marché de l'emploi difficile. Dans la plupart des cas, les jeunes sont contraints à la mobilité et les plus âgés au chômage. De plus, il est reconnu que de nombreuses régions ou entreprises touchées de plein fouet par la mondialisation sont en réalité victimes des politiques commerciales décidées au niveau de l'Union européenne: les accords de libre-échange, en cours de négociation ou bien à venir, sont les principaux vecteurs de perte massive d'emplois en Europe. Sur le texte en lui-même, je m'abstiens donc.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted in favour of this report which examines the activities of the European Globalisation Adjustment Fund (EGF), its effects and the trends of the fund. Labour has consistently supported the EGF out of solidarity for workers across Europe and this report outlines the effectiveness of the fund for its beneficiaries.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur les activités, les incidences et la valeur ajoutée du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation entre 2007 et 2014. Ce fonds intervient pour soutenir les salariés licenciés en raison de modifications majeures de la structure du commerce mondial résultant de la mondialisation, en raison de la persistance de la crise financière et économique mondiale, ou en raison d'une nouvelle crise financière et économique mondiale.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur les activités, l'incidence et la valeur ajoutée du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation entre 2007 et 2014. Ce fonds a été à l'origine créé pour mettre en marche la solidarité avec les travailleurs ayant perdu leur emploi dans des licenciements à grande échelle en raison de modifications majeures de la structure du commerce mondial résultant de la mondialisation, là où ces licenciements ont un impact négatif sur l'économie régionale et locale, puis a été élargi en 2013 aux employés licenciés en raison des crises économiques et financières mondiales. Le rapport examinait les chiffres de la période 2007-2014 pour déterminer les forces et les faiblesses des réformes de ce Fonds, dans le but d'approuver éventuellement un renouvellement de ce fonds pour la période de programmation actuelle.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Per sfruttare al meglio le grandi opportunità offerte dalla globalizzazione è innanzitutto necessario saperne mitigare gli effetti. È per questo motivo che accogliamo con favore la relazione sulle attività, l'incidenza e il valore aggiunto del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione tra il 2007 e il 2014.

Il Fondo ha dimostrato infatti di essere un importante strumento di solidarietà per i lavoratori vittime di esuberi di massa generati dai cambiamenti strutturali del commercio mondiale, attraverso attività di assistenza, riqualificazione e reinserimento, nonché di promozione dell'attività di impresa. Inoltre, la relazione mette nero su bianco la necessità di prestare attenzione agli impatti delle politiche e degli accordi commerciali sul mercato del lavoro europeo, oltre a ribadire l'importanza del dialogo sociale e a spronare la Commissione affinché si assicuri che la perdita del lavoro avvenga solamente come ultima istanza.

La risposta alla globalizzazione non può né deve declinarsi in un atteggiamento di diffidenza e di chiusura, bensì va vista come una grande opportunità che necessita di un adattamento attivo per coglierne i benefici, mantenendo come saldi punti di riferimento le conquiste del modello sociale europeo e la tutela dei lavoratori.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The European Globalisation Adjustment Fund provides support to people losing their jobs as a result of major structural changes in the world trade patterns due to globalisation. I have voted for this report that highlights the activities, impact and added value of the European Globalisation Adjustment Fund between 2007 and 2014.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Consider că acest raport analizează într-un mod obiectiv situația Fondului european de ajustare la globalizare (FEG) și modul în care acesta a fost utilizat în perioada 2007-2014. În același timp, raportul atrage atenția cu privire la problemele ce au apărut în utilizarea FEG de către statele membre, precum slaba informare, imposibilitatea prefinanțării, și duratele lungi de aprobare.

Consider că propunerile făcute în acest raport sunt benefice viitorului FEG și vor ajuta la îmbunătățirea utilizării acestuia. În acest context, am votat în favoarea acestui raport.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — This was generally a good report and I voted in favour. My Sinn Féin colleague was involved as negotiator at the Committee level where she proposed amendments aiming to increase transparency in the EGF process, increase the focus on reaching out to young people not in education, employment or training, and ensure that the funds do not get returned to the Commission unspent due to slow implementation or incompetence by national authorities. Overall the EGF as a fund helps workers when they are in need of help having been made redundant because they are the victims of deindustrialisation, globalisation, or the financial crisis, therefore we supported it.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Bei diesem Bericht habe ich mich enthalten, da er zwar gute Ansätze in Bezug auf Arbeitsplatzmaßnahmen und Arbeitsplatzbeschaffung besitzt, andererseits jedoch eine Erhöhung der nationalen Fördermittel für den Fonds verlangt.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. EGF on oluline koondatutele, kes on kaotanud töökoha majanduslanguse tagajärjel. Fondist rahastatud tegevused aitavad individualiseeritud ja paindliku lähenemise abil töötutel tööturule tagasi pöörduda.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, own-initiative report. The European Globalisation Adjustment Fund (EGF) is basically EU dole money towards which British taxpayers are forced to pay. Where there has been a large and sudden loss of jobs in a region of a Member State, the government can apply for this EU funding which will be used for retraining and education of workers who have lost their jobs. This report looked at how the EGF performed between 2007 and 2014. The report of course says the EGF was a glowing success and calls for the programme to expand and have more resources to be dedicated to it. UKIP opposes the use of the EGF as British taxpayers shouldn't be asked to pay for poor economic policies in other countries and by the EU.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ringrazio la relatrice e confermo che esprimerei il mio parere positivo alla relazione.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — Initially the EGF was established by Regulation EC No 1927/2006 to allow solidarity with workers who lost their jobs in large-scale redundancies because of major structural changes in world trade patterns due to globalisation, where these redundancies have a significant adverse impact on the regional or local economy. I voted in favour, as the key aims of the report are directed towards examination of the results in the period 2007-2014, as well as identifying the weak and strong sides of the reforms of EGF. Such assessment is needed as it could adjust the use of the Fund for the current programming period.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Ova rezolucija ima najprije u vidu posljedice globalizacije koja je uzrokovala velike strukturne promjene u tokovima svjetske trgovine. To je bio prvotni razlog zašto je EGF bio osnovan. Kasnije je područje primjene EGF-a bilo prošireno i za one radnike koji su proglašeni viškom kao rezultat opće financijske i gospodarske krize u razdoblju 2009. – 2011.

Danas je glavni cilj EGF-a doprinositi pametnom, uključivom i održivom gospodarskom rastu te poticanju održivog zapošljavanja, s čime se slažem. Osim toga, rezoluciju podržavam jer donosi mnoge konstruktivne odredbe koje nose vrlo snažan pečat socijalne osjetljivosti što posebno pozdravljam. Rezolucija stavlja snažan naglasak i na mala i srednja poduzeća.

Ona čine 85% svih poduzeća u EU-u. Budući da trenutno EGF ima vrlo ograničen učinak na mala i srednja poduzeća, unatoč očitoj činjenici da može itekako financirati mala i srednja poduzeća, rezolucija poziva na to da se poduzmu mjere kojima će se ona lakše financirati. Parlament poziva države članice da proaktivno podupiru radnike koji su proglašeni viškom u malim i srednjim poduzećima.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – L'instrument du FEM a été mis en place dans le but de compenser les effets destructeurs liés à la mondialisation sur les travailleurs. Pourtant, les emplois détruits sont rarement remplacés par de nouveaux postes, et les régions touchées connaissent déjà un marché de l'emploi difficile. Dans la plupart des cas, les jeunes sont contraints à la mobilité et les plus âgés, au chômage. De plus, il est reconnu que de nombreuses régions ou entreprises touchées de plein fouet par la mondialisation sont en réalité victimes des politiques commerciales décidées au niveau de l'Union européenne: les accords de libre-échange, en cours de négociation ou à venir, sont les principaux vecteurs de perte massive d'emplois en Europe. Néanmoins, dans l'attente de la mise en œuvre d'une politique économique intelligente, il reste un secours indispensable pour les entreprises et les salariés. Dans ces conditions, je vote donc pour le rapport.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione è uno strumento che fornisce sostegno diretto ai lavoratori che hanno perso il lavoro a seguito di cambiamenti avvenuti nei rapporti commerciali internazionali e dovuti al processo di globalizzazione. Con il passare del tempo, i criteri per accedere a questo sostegno si sono allargati, per includere anche i lavoratori esclusi dal mondo della produzione a seguito della crisi economica e finanziaria globale. Questa relazione analizza l'attività, l'incidenza e il valore aggiunto del Fondo tra il 2007 e il 2014.

Il gruppo S&D è riuscito ad includere una serie di priorità e raccomandazioni che hanno fortemente migliorato il testo. Tra queste la necessità di prestare maggiore attenzione alle conseguenze delle politiche e degli accordi commerciali sul mercato del lavoro europeo; l'appello alla Commissione perché garantisca la presenza di uno staff adeguato per la gestione del Fondo, in modo da evitare ritardi nello svolgimento delle pratiche; la richiesta di accordare maggiore importanza al dialogo sociale, nel caso di ristrutturazioni aziendali. Per questo ho voluto dare il mio voto favorevole alla relazione.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Europski fond za prilagodbu globalizaciji kreiran je kako bi se pokazala solidarnost s radnicima koji su izgubili posao u slučajevima masovnog otpuštanja zbog viška radne snage, a koje je imalo učinak na regionalno ili lokalno gospodarstvo. Financiranje svih prihvatljivih djelovanja uvjetovano je aktivnim sudjelovanjem korisnika u traženju posla ili osposobljavanju.

Europska dodana vrijednost jedna je od mjera kojom se intervencije EGF-a razlikuju od intervencija država članica. Reformom fonda omogućeno je korištenje sredstava EGF-a samozaposlenim osobama koje se ne školuju niti osposobljavaju. Pravilno korištenje mjera iz EGF-a, ravnomjerno i pravedno raspoređivanje sredstava na sve države članice u primjerenom roku može pomoći u smanjenju razine nezaposlenosti te osiguravanju stabilnog tržišta rada, stoga sam podržao izvješće.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Globalizace nám, občanům i podnikům, na jednu stranu značně usnadňuje fungování v čím dál tím více propojeném světě, kde takzvaně není nic příliš daleko. Existují však i stinné stránky tohoto procesu a my jsme jeho každodenními svědky. Právě proto jsem hlasoval pro zprávu o fungování Evropského fondu pro přizpůsobení se globalizaci. Fond totiž poskytuje tolik potřebnou podporu v podobě asistence a přípravy při hledání nového pracovního místa v případě, že se pracovníci v rámci strukturálních změn a stěhování podniků mimo Unii stanou oběťmi propouštění. Jsem rád, že byl fond v minulých letech schopen pokrýt až 134 případů v 20 členských zemích. Vzhledem k ambicím Evropské komise jsem podpořil, aby byla větší pozornost věnována evropské obchodní politice, sporům a jejich následkům. Podpořil jsem v tomto ohledu také zkrácení lhůty pro schvalování žádostí, která momentálně v průměru činí neuvěřitelných 303 dnů. Je naprosto nezbytné tuto dobu zkrátit, jinak nebudeme schopni dosáhnout kýženého výsledku zachování akceptovatelné životní úrovně evropských pracovníků pracujících v rizikové průmyslové výrobě. Evropská unie a členské země se musí postarat o to, že nebude docházet ke zhoršení životních podmínek občanů. Musí naopak podporovat evropský sociální model postavený na principech sociálního zabezpečení, kvalitních veřejných službách a sociálním dialogu.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – EFG przeszedł szereg zmian od 2006 roku. Obejmują one obniżenie kryteriów interwencji z 1000 zwolnień do 500 zwolnień. Oznacza to, że EFG jest bardziej dostępny dla regionów i mniejszych państw członkowskich. Pojawiły się propozycje dalszego obniżenia liczby zwolnień, co spotkało się ze zdecydowanym sprzeciwem. Okres interwencji został wydłużony z 12 do 24 miesięcy.

EFG jest funduszem nadzwyczajnym i pozostaje poza wieloletnimi ramami finansowymi. Utworzono rezerwę, z której można pobierać roczne środki na fundusz. Roczne środki przeznaczone na EFG w budżecie UE zmniejszono z 500 mln EUR rocznie w 2007 r. do 150 mln EUR w obecnym rozporządzeniu. Średnia wartość środków przydzielonych w ciągu 8 lat (lata 2007-2014) wynosiła 70 mln EUR rocznie. Poziom współfinansowania początkowo wynosił 50 %, po czym podniesiono go do 65 % w latach 2009-2011, obniżono ponownie do 50 % w latach 2012-2013 i podniesiono do 60 % w rozporządzeniu z 2013 r. na lata 2014-2020.

Do działań kwalifikowalnych zaliczają się zindywidualizowane szkolenia umożliwiające nabywanie nowych kwalifikacji oraz zmianę kwalifikacji, pomoc w poszukiwaniu pracy, mentoring, promowanie przedsiębiorczości, pomoc w zakresie prowadzenia działalności na własny rachunek, uruchamiania działalności gospodarczej i przejmowania działalności przez pracowników oraz dodatki na koszty przeniesienia, na koszty utrzymania lub dodatki szkoleniowe. W związku z tym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation a été créé en 2006 pour venir en aide aux travailleurs victimes de licenciements de masse, notamment lors de plans sociaux amorcés dans certaines grandes entreprises. À de nombreuses reprises au cours de l'année, le Parlement européen octroie une aide financière, au titre de ce fonds, à des personnes ayant perdu leur emploi, par exemple pour les accompagner dans une formation ou une reconversion professionnelle. J'ai voté pour ce rapport qui dresse un bilan de l'utilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation entre 2007 et 2014, en identifiant ses forces et ses faiblesses, afin de renforcer son efficacité dans le cadre de la période de programmation actuelle (2014-2020).

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O objetivo do presente relatório é analisar as atividades, o impacto e o valor acrescentado do Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização (FEG), no período compreendido entre 2007 e 2014, assim como identificar a importância e a eficácia das reformas aplicadas nesse mesmo período.

Criado com o objetivo de permitir a solidariedade para com os trabalhadores que perderam os seus empregos por ocasião de despedimentos em larga escala, devido a importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial decorrentes da globalização, o FEG é um instrumento de emergência e não é abrangido pelo Quadro Financeiro Plurianual. Entre 2007 e 2014, o funcionamento do FEG sofreu algumas alterações, de que destacaria, o decréscimo do número de trabalhadores necessário para a possibilidade de recurso ao fundo (hoje, 500 funcionários) e o aumento do orçamento deste mecanismo.

A utilização de apoios através do FEG requer a apresentação, pelos Estados-Membros, de um relatório final de execução do fundo, que inclua estatísticas sobre a reintegração dos trabalhadores assistidos. Apoio o presente relatório, pois valorizo o aumento da capacidade e da ação do FEG, identificando este fundo solidário como uma ferramenta indispensável à proteção dos trabalhadores europeus, numa conjuntura social onde o desemprego é um dos problemas a que urge dar uma resposta europeia, para os europeus.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative, own-initiative report. The European Globalisation Adjustment Fund (EGF) is basically EU dole money towards which British taxpayers are forced to pay.

Where there has been a large and sudden loss of jobs in a region of a Member State, the government can apply for this EU funding which will be used for retraining and education of workers who have lost their jobs. This report looked at how the EGF performed between 2007 and 2014. The report of course says the EGF was a glowing success and calls for the programme to expand and have more resources to be dedicated to it. UKIP opposes the use of the EGF as British taxpayers shouldn't be asked to pay for poor economic policies in other countries and by the EU.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, por considerar fundamental a proteção dos trabalhadores que este fundo tenta garantir. Considero imperativo sermos solidários para com os trabalhadores, por vezes até famílias, que perderam os seus empregos por ocasião de despedimentos em larga escala devido a importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial decorrentes da globalização ou de crises.

O FEG permite um apoio personalizado, individualizado e intensivo aos trabalhadores despedidos e dá, em muitos casos, resultados positivos, nomeadamente um impacto psicológico positivo, uma maior capacidade de adaptação e a flexibilidade do mercado de trabalho. Além disso, os dados revelam que o FEG contribuiu para a coesão social, ajudando grandes grupos de pessoas que necessitavam prementemente de assistência. Esta ação teve repercussões positivas para as famílias dos beneficiários e a comunidade em geral.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – El Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización (FEAG) se creó para ayudar a los trabajadores despedidos como resultado de los grandes cambios estructurales en los patrones del comercio mundial. El FEAG se concibió para hacer frente a situaciones de emergencia mediante una intervención rápida y una ayuda a corto plazo en respuesta a dificultades graves e imprevistas del mercado laboral que impliquen despidos a gran escala.

Con este informe, que examina las actividades, impacto y valor añadido del FEAG entre 2007 y 2014, se plantean un conjunto de recomendaciones al objeto de mejorar el funcionamiento del fondo. Entre otros aspectos, se llama a prestar más atención al impacto de las políticas comerciales y los acuerdos comerciales en el mercado de trabajo europeo y pide a la Comisión que anticipe estos efectos; se reclaman medidas para que también puedan beneficiarse del mismo las pymes, empresas de economía social y cooperativas y se destaca la importancia de un diálogo social basado en la confianza mutua y la responsabilidad compartida, como el mejor instrumento para buscar soluciones consensuadas y puntos de vista comunes en la predicción, prevención y la gestión de los procesos de reestructuración.

Por todo ello, he votado a favor.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution du Parlement européen sur les activités, les incidences et la valeur ajoutée du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation entre 2007 et 2014.

Soyons clair, ce Fonds européen d'ajustement à la mondialisation ne peut en aucun cas se substituer à une politique sérieuse de prévention et d'anticipation des restructurations. À ce titre, je plaide encore et toujours pour la mise en place d'une véritable politique industrielle au niveau européen. La récente annonce de l'intention de fermer l'usine Caterpillar à Gosselies nous rappelle que le chemin de la réindustrialisation est encore long et nécessite une véritable volonté politique, à traduire en actes législatifs dès maintenant!

Concernant l'évaluation de ce fonds, je suis préoccupé par le fait que le FEM ait eu des effets très limités sur les PME. La Commission doit davantage réorienter le FEM au bénéfice des PME en recourant davantage à la dérogation au seuil de recevabilité.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Tendo sido criado, inicialmente, para permitir a solidariedade com os trabalhadores despedidos por mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial, o Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização foi alargado, posteriormente, para incluir os trabalhadores despedidos na sequência da crise financeira e mundial, incluindo trabalhadores independentes.

Também em matéria de ações elegíveis, financiamento e beneficiários, houve um alargamento do âmbito de aplicação neste período de 2007-2014, passando a englobar e bem as pessoas mais desfavorecidas, os idosos e jovens desempregados, num prazo mais dilatado de utilização de financiamento - 24 meses - e, consequentemente, aumentando o número de beneficiários reintegrados no mercado de trabalho.

Tal como evidenciado no relatório - que votei favoravelmente, destaco igualmente a circunstância do critério de intervenção para recurso ao fundo ter sido reduzido de 1 000 para 500 trabalhadores despedidos, o que tornou mais acessível a candidatura por parte das regiões e Estados-Membros de menor dimensão, contribuindo assim para a concretização de uma maior coesão económica, social e territorial. Como aspeto negativo, apenas uma chamada de atenção para a morosidade no processo de aprovação e atribuição do Fundo, que deverá ser revisto no futuro, para que a aplicação das medidas possa ser mais rápida e, consequentemente, mais eficaz.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – Le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) a été lancé en 2007 et poursuit l'objectif de concilier les avantages globaux à long terme de la libéralisation des échanges pour la croissance et l'emploi avec les effets négatifs potentiels de la mondialisation à court terme, en particulier sur l'emploi des travailleurs les plus vulnérables et les moins qualifiés.

Il ressort des rapports qu'à la fin de la période de mise en œuvre du FEM, 7 656 travailleurs, soit 44,9 % des 18 848 travailleurs ayant bénéficié de l'aide du Fonds, avaient retrouvé du travail ou exerçaient une activité indépendante. L'Union doit continuer ses actions pour améliorer ces chiffres et promouvoir l'emploi et la formation.

J'ai voté en faveur de ce rapport qui dresse une évaluation du fonctionnement du FEM et appelle notamment la Commission et les États membres à utiliser les possibilités d'exécution plus souples et plus efficaces pour le budget du FEM. Il est important qu'une distinction ait bien lieu entre les deux principaux types de mesures du FEM, à savoir les mesures actives sur le marché de l'emploi et l'aide au revenu des travailleurs.

Le FEM est outil européen important qui apporte des aides concrètes pour l'emploi et la formation.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – El Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización (FEAG) se creó en 2006 para ayudar a trabajadores que han perdido su empleo en despidos a gran escala como consecuencia de la globalización, cuando dichos despidos tienen una incidencia negativa importante en la economía regional o local. El FEAG ha sido objeto de modificaciones como la reducción del número de despidos en los criterios de intervención de 1000 a 500. Esto significa que el FEAG es más accesible para las regiones y para los Estados miembros más pequeños. Desde 2013 se incluyó a los trabajadores por cuenta propia y también, en las regiones elegibles en virtud de la Iniciativa sobre Empleo Juvenil, a los «ninis».

El informe final votado en comisión, aunque no es perfecto, incorpora medidas más progresistas que el borrador inicial, incluyendo una mayor accesibilidad para trabajadoras/es veteranos/as, mujeres, jóvenes y los madres/padres solteras/os. Reconoce que las mujeres se ven desproporcionadamente afectadas por la crisis y la austeridad. También contiene algunos puntos positivos en el aumento de la participación de las autoridades locales, los interlocutores sociales y la sociedad civil en el acceso, distribución y aplicación del FEAG. Hemos votado a favor.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zu den Aktivitäten, den Auswirkungen und dem Mehrwert des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung gestimmt.

Dieser wurde eingerichtet, um sich solidarisch mit den Arbeitnehmern zu zeigen, die aufgrund von Großserienproduktion und Globalisierungsprozessen ihren Arbeitsplatz verloren haben, bzw. mit den Regionen, die dadurch ihre Wirtschaftskraft verloren haben.

Der Bericht beleuchtet die Ergebnisse des Zeitraums 2007-2014 und analysiert die Stärken und Schwächen des Fonds, um die Effektivität und Bedeutung herauszustellen.

Jasenko Selimovic (ALDE), *in writing*. – I voted against this report. The European Globalisation Adjustment Fund is a clear indication of protectionism. Over the last century, it is hard to find systematic evidence for the benefits of protectionism. I firmly believe that fair competence in a context of free markets is the most suitable way to produce wealth for all.

I have exceptionally accepted the European Globalisation Adjustment Fund as an emergency measure at time of deep economic crisis. But this time it is meant to be more short-term in its approach, causing a negative impact.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente porque supone una equilibrada valoración del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización. Partiendo de la basa de que este fondo no puede sustituir a las políticas económicas e industriales necesarias para mantener el tejido productivo, este fondo debe ser utilizado para paliar las consecuencias inmediatas derivadas del cierre de empresas. El informe incluye numerosas referencias positivas con respecto al papel de los sindicatos, el impacto que la crisis está teniendo especialmente en las mujeres, el papel que también deben desempeñar las autoridades locales, etc. Así como pide a la comisión una ambiciosa evaluación y revisión de este fondo para afrontar la dramática situación que vive la economía europea. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report which examines the activities of the European Globalisation Adjustment Fund (EGF), its effects and the trends of the fund. Labour has consistently supported the EGF out of solidarity for workers across Europe and this report outlines the effectiveness of the fund for its beneficiaries

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Európsky fond na prispôsobenie sa globalizácii (EGF) bol zriadený s cieľom podporovať pracovníkov, ktorí boli prepustení z dôvodu veľkých štrukturálnych zmien v celosvetovom obchode, a vyjadriť solidaritu s nimi. Cieľom EGF je podporovať udržateľnú zamestnanosť prípravou prepustených pracovníkov na nové pracovné miesta a bol zriadený na riešenie núdzových situácií poskytovaním rýchleho zásahu a krátkodobej pomoci v reakcii na naliehavé a nepredvídané problémy na trhu práce zahŕňajúce rozsiahle prepúšťanie. Zo správy jednoznačne vyplýva, že je potreba zvýšiť využívanie EGF podporou dopytu zo strany členských štátov, čo si vyžiada zvýšenie jeho financovania a zvýšenie miery spolufinancovania EÚ. Je na škodu, že Komisia v správe nedoplnila analýzu príjemcov podľa regiónov, ktorá by ukázala, ako sa využíva EGF v jednotlivých regiónoch členských štátov. Z tohto dôvodu sme požiadali Komisiu, aby v svojej ďalšej správe poskytla aj informáciu o druhu a kvalite pracovných miest, ktoré si našli ľudia opätovne začlenení do trhu práce.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Het initiatiefverslag van Marian Harkin bekijkt de activiteiten, impact en toegevoegde waarde van het Europees Fonds voor aanpassing aan de globalisering (EFG) tussen 2007 en 2014. Dit Europees Fonds werd opgericht ter ondersteuning van werknemers die ontslagen worden als gevolg van grote onvoorziene structurele veranderingen op de arbeidsmarkt ten gevolge van de wereldhandel. Dit fonds kan door de lidstaten ingeroepen worden bij minimaal 500 afvloeiingen en beschikt over een totale begroting van 150 miljoen euro per jaar om tot 60 % van de kosten te co-financieren. Tussen 2007 en 2014 waren er 134 aanvragen uit 20 lidstaten, goed voor 122 121 getroffen werknemers.

Het verslag wil dat de Europese Commissie anticipeert op de effecten van handelsovereenkomsten op de arbeidsmarkt en dat er meer coördinatie is tussen de diensten handel en werkgelegenheid. Dit magere fonds mag niet gezien worden als sociaal vangnet om foute toekomstige handelsakkoorden met een negatieve impact op de werkgelegenheid erdoor te drukken. Voorts moeten de lidstaten deze fondsen gebruiken in hun diensten aan de ontslagen werknemers om in te zetten op een grondstoffen-efficiënte en duurzame economie. Het fonds mag de lidstaten niet ontheffen van hun verplichtingen ten aanzien van de ontslagen werknemers. Dit zijn allemaal aanbevelingen die het belang van de werknemer voorop plaatsen. Daarom stem ik voor.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Európsky fond na prispôsobenie sa globalizácii je jedným z nástrojov, akými sa európske hospodárstvo vyrovnáva s poklesom svojej konkurencieschopnosti. Jeho účelom je poskytnúť prostriedky pre rekvalifikáciu a ďalšie uplatnenie prepustených zamestnancov. Je škoda, že Slovensko túto možnosť ešte nevyužilo, a to ani v odôvodnených prípadoch.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Prihvaćam izvješće o aktivnostima, učinku i dodanoj vrijednosti Europskog fonda za prilagodbu globalizaciju u razdoblju 2007.-2014. s obzirom da je svrha samog Europskog fonda izražavanje solidarnosti s osobama, odnosno radnicima koji su proglašeni viškom uslijed promjena u svjetskoj trgovini.

Također, smatram potrebnim neku vrstu europskog zakonskog okvira o informiranju radnika i savjetovanju s njima u slučaju gubitka posla, koji bi djelovao na način da im uspije i pomoći u situacijama kada je čak moguće predvidjeti i zaustaviti gubitak radnih mjesta.

Ključno je imati dobro razvijen sustav industrijskih odnosa prema kojem bi se točno mogla određivati prava radnika te njihovih predstavnika, vezano uz savjetovanja i informiranja. Rješavanje krize nezaposlenosti, zaštitu na radnim mjestima treba učiniti temeljima politike EU-a, što pokazuju i same stope nezaposlenosti.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich.* – Der Entschließung des EU-Parlaments über die Tätigkeiten, die Auswirkungen und den Mehrwert des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zwischen 2007 und 2014 habe ich nicht zugestimmt.

Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) wurde eingerichtet, um Arbeitnehmer zu unterstützen, die infolge weitreichender Strukturveränderungen im Welthandelsgefüge arbeitslos geworden sind, und Solidarität mit diesen zum Ausdruck zu bringen. Er soll Hilfe in dringenden Fällen leisten, indem ein schnelles Eingreifen und kurzfristige Unterstützung bei unvorhergesehenen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt, bei denen es zu umfangreichen Massenentlassungen kommt, ermöglicht wird.

Der EGF muss weder verbessert noch irgendwie begutachtet werden. Der EGF muss eingestampft und abgeschafft werden. Es gibt wohl kein Instrument der EU, das den wirtschaftlichen Wandel in ähnlicher Halsstarrigkeit aufzuhalten sucht wie der EGF und dabei marktwirtschaftliche Prinzipien verletzt.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Svrha uspostavljanja Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji (EGF-a) je pružanje potpore i izražavanje solidarnosti s radnicima koji su proglašeni viškom uslijed značajnih strukturnih promjena, a posljednjih godina restrukturiranje je postalo sve učestalije.

Ponovno uključivanje korisnika Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji biti će uspješnije ako rezultira kvalitetnim zapošljavanjem. Prag minimalnog viška radne snage s 1000 radnika snižen je na njih 500, no postoji mogućnost da se EGF primjeni u iznimnim okolnostima ako otpuštanja utječu na zapošljavanje i na lokalno, regionalno ili nacionalno gospodarstvo. Stopa sufinanciranja iznosi 60 %, dok je prvotna iznosila 50 %.

Podržavam Izvješće o aktivnostima, učinku i dodanoj vrijednosti Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji u razdoblju 2007. - 2014., jer smatram da su mjere navedene u njemu kvalitetno razrađene te će doprinijeti boljem sveukupnom funkcioniranju Fonda.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o dejavnostih, učinku in dodani vrednosti Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji med letoma 2007 in 2014.

Podpiram pobudo Odbora za proračun, ki ugotavlja, da lahko Evropski sklad za prilagoditev globalizaciji podpira ali dopolnjuje ukrepe držav članic na področju zaposlovanja in socialne politike, vendar ne more nadomestiti osnovnih ukrepov in pristojnosti nacionalnih organov in torej ne bi smel nadomeščati nacionalnih shem za dohodke delavcev.

Prav tako tudi opozarja, da so države članice odgovorne za sofinanciranje ukrepov ESPG v skladu z določbami nacionalne zakonodaje in so obvezane, da učinkovito izvajajo proračun ESPG.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az Európai Globalizációs Alap 2007-14 közötti működésének tapasztalatairól szóló jelentés elfogadását. Az Alapot 10 évvel ezelőtt az EU többéves pénzügyi keretén kívüli sürgősségi eszközként hozták létre, elsősorban olyan európai munkavállalók, kis- és középvállalkozók támogatására, akik a nemzetközi gazdasági és kereskedelmi viszonyok átrendeződéséből adódóan vesztették el munkahelyüket. Tapasztalataim szerint az ezzel kapcsolatos munkahelyteremtés, átképzés, vállalkozástámogatás iránt ma is aktuális igény van, ugyanakkor az eszköz ismerete, egyes tagállamok ahhoz való hozzáállása, a rendelkezésre álló források kihasználása még nem kielégítő. Bízom benne, hogy az elfogadott jelentés megállapításai, korrekciós javaslatai is hozzájárulnak a jövőben e fontos uniós alap lehetőségeinek jobb kiaknázásához, főként új, valós európai munkahelyek létrehozásához.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Fondul european de ajustare la globalizare este un instrument care oferă un sprijin direct pentru lucrătorii care și-au pierdut locul de muncă ca urmare a globalizării și schimbărilor intervenite în comerț. Acest raport analizează cu atenție activitățile, impactul și valoarea adăugată a Fondului european de ajustare la globalizare între 2007 și 2014.

În acest context, consider că ar trebui să continuăm măsurile pentru o Europă care să asigure îmbunătățirea condițiilor de viață și promovarea unui model social european, acesta vizând o protecție socială puternică, servicii publice de calitate și dialog social.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – À l'origine, l'assistance financière était destinée aux «mesures actives du marché du travail qui s'inscrivent dans un ensemble coordonné de services personnalisés visant à la réinsertion professionnelle des travailleurs ayant perdu leur emploi»(1). Dans le règlement de 2013, ce champ d'application a été élargi de manière à inclure «la réinsertion sur le marché du travail salarié ou non salarié en particulier, des chômeurs défavorisés, âgés ou jeunes».

Les actions admissibles comprennent la formation et le recyclage sur mesure, l'aide à la recherche d'un emploi, le parrainage, la promotion de l'entrepreneuriat, l'aide à l'emploi indépendant, à la création d'entreprises et à la reprise d'entreprises par les salariés ainsi que les allocations de mobilité, les allocations de subsistance ou de formation.

Le financement de toutes les actions admissibles est subordonné à la participation active des bénéficiaires ciblés à des activités de recherche d'emploi ou de formation. En outre, les actions qui relèvent de la responsabilité des entreprises en vertu du droit national ou des conventions collectives, ainsi que les mesures de protection sociale passives, ne peuvent être financées.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The European Globalisation Adjustment Fund (EGF) was established to support workers who had lost their jobs as a result of the adverse effects of globalisation. It was later broadened to support workers suffering from the global and financial crisis, as well as to self-employed and youth. Since its creation, the Fund has successfully helped put 49% of workers back to work and provided them with tailored support, which is why I voted in favour of extending the funding period from one to two years. It is important that the Fund is carefully coordinated with other EU programmes, that its budget is spent efficiently, and that it focuses more on workers in SMEs, upon which the impact has remained limited until now.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Glasovala sam suzdržano o Izvješću o aktivnostima, učinku i dodatnoj vrijednosti Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji u razdoblju 2007. -2014. godine. Iako Europski fond za prilagodbu globalizaciji ima za cilj doprinijeti pametnom, održivom i uključivom rastu te poticati održivo zapošljavanje, smatram da prekvalifikacija radnika nije dovoljna za očuvanje radnih mjesta.

Mišljenja sam da trenutne mjere koje pruža ovaj Fond ne doprinose održavanju radnih mjesta i konkurentnosti gospodarstva Europske unije. Gospodarstvu Europske unije i smanjenju nezaposlenosti mogu pomoći samo dugoročne mjere, kao što je smanjenje birokracije i visokih poreza.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o dejavnostih, učinku in dodani vrednosti Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji med letoma 2007 in 2014 sem podprla.

Sklad je bil zasnovan za reševanje nujnih primerov s hitrim posredovanjem in kratkoročno pomočjo v odziv na hude in nepredvidene težave na trgu dela. Cilj je prispevati k pametni, trajnostni in vključujoči gospodarski rasti ter spodbujati trajnostno zaposlovanje s podporo presežnim delavcem in njihovo pripravo na novo delovno mesto.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – El Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización (FEAG) se creó en 2006 para ayudar a trabajadores que han perdido su empleo en despidos a gran escala como consecuencia de la globalización, cuando dichos despidos tienen una incidencia negativa importante en la economía regional o local. El FEAG ha sido objeto de modificaciones como la reducción del número de despidos en los criterios de intervención de 1000 a 500. Esto significa que el FEAG es más accesible para las regiones y para los Estados miembros más pequeños. Desde 2013 se incluyó a los trabajadores por cuenta propia y también, en las regiones elegibles en virtud de la Iniciativa sobre Empleo Juvenil, a los «ninis».

El informe final votado en comisión, aunque no es perfecto, incorpora medidas más progresistas que el borrador inicial, incluyendo una mayor accesibilidad para trabajadoras/es veteranos/as, mujeres, jóvenes y los madres/padres solteras/os. Reconoce que las mujeres se ven desproporcionadamente afectadas por la crisis y la austeridad. También contiene algunos puntos positivos en el aumento de la participación de las autoridades locales, los interlocutores sociales y la sociedad civil en el acceso, distribución y aplicación del FEAG. Hemos votado a favor.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – L'instrument du FEM a été mis en place dans le but de compenser les effets destructeurs liés à la mondialisation sur les travailleurs. Pourtant, les emplois détruits sont rarement remplacés par de nouveaux postes, et les régions touchées connaissent déjà un marché de l'emploi difficile. Dans la plupart des cas, les jeunes sont contraints à la mobilité et les plus âgés au chômage. De plus, il est reconnu que de nombreuses régions ou entreprises touchées de plein fouet par la mondialisation sont en réalité victimes des politiques commerciales décidées au niveau de l'Union européenne: les accords de libre-échange en cours de négociation ou à venir sont les principaux vecteurs de la perte massive d'emplois en Europe.

Toutefois, ce fonds est une façon de récupérer notre argent. J'ai voté pour.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – EFG jest kluczowym instrumentem pozwalającym łagodzić negatywne skutki masowych zwolnień, globalizacji, zmian na rynku pracy i w handlu. Należy kontynuować wspieranie podmiotów dążących do ponownego zatrudnienia, zmiany kwalifikacji zawodowych, dostosowania się do podaży pracy. Należy dbać o dobrą sprawozdawczość, by stale monitorować postępy krajów członkowskich pobierających pomoc z funduszu, by móc dopasowywać finansowanie do najbardziej potrzebujących sektorów. W głosowaniu poparłem projekt rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az EGAA szerepe, hogy lehetővé tegye a szolidaritást azokkal a munkavállalókkal, akik a globalizálódás miatt a világkereskedelemben bekövetkezett fő strukturális változások következtében veszítették el munkájukat a tömeges elbocsátások során, azokban az esetekben, amikor ezek az elbocsátások jelentős negatív hatással vannak a regionális vagy helyi gazdaságra. A végszavazáson támogattam a jelentést.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — El Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización (FEAG) se creó en 2006 para ayudar a trabajadores que han perdido su empleo en despidos a gran escala como consecuencia de la globalización, cuando dichos despidos tienen una incidencia negativa importante en la economía regional o local. El FEAG ha sido objeto de modificaciones como la reducción del número de despidos en los criterios de intervención de 1000 a 500. Esto significa que el FEAG es más accesible para las regiones y para los Estados miembros más pequeños. Desde 2013 se incluyó a los trabajadores por cuenta propia y también, en las regiones elegibles en virtud de la Iniciativa sobre Empleo Juvenil, a los «ninis».

El informe final votado en comisión, aunque no es perfecto, incorpora medidas más progresistas que el borrador inicial, incluyendo una mayor accesibilidad para trabajadoras/es veteranos/as, mujeres, jóvenes y los madres/padres solteras/os. Reconoce que las mujeres se ven desproporcionadamente afectadas por la crisis y la austeridad. También contiene algunos puntos positivos en el aumento de la participación de las autoridades locales, los interlocutores sociales y la sociedad civil en el acceso, distribución y aplicación del FEAG. Hemos votado a favor.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour as the Globalisation Fund can be an efficient rapid intervention tool in cases of mass redundancies if used for personalised and active labour market measures.

It cannot, however, be considered a solution to clean up disastrous trade deals or non-existent restructuring policies.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Palankiai vertinu tai, kad daug paramos iš EGF gavėjų visų pirma galėjo gauti asmeninę pagalbą ieškant darbo, atnaujinti savo įgūdžius profesinio mokymo programose ir naudotis judumo išmokomis; taip pat palankiai vertinu tai, kad EGF, iš jo suteikus pagalbą įmonėms steigti ar perimti, kai kuriems samdomiesiems darbuotojams suteikė galimybę pradėti savo verslą; todėl pabrėžiu, kad nustatyta, jog EGF padarė didelį teigiamą poveikį savigarbai, įgalėjimo jausmui ir motyvacijai; pabrėžiu, kad EGF parama padidino socialinę sanglaudą, nes suteikė žmonėms galimybę vėl įsidarbinti ir išvengti neigiamų nedarbo padarinių.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the activities, impact and added value of the European Globalisation Adjustment Fund between 2007 and 2014. The European Globalisation Adjustment Fund (EGF) was set up to provide support for, and express its solidarity with, workers made redundant as a result of major structural changes in world trade patterns. The report emphasises the relevance of strong social dialogue based on mutual trust and shared responsibility as the best instrument with which to seek consensual solutions and common outlooks when predicting, preventing and managing restructuring processes. Furthermore, it highlights that this would help to prevent job losses and therefore EGF cases. I voted in favour because I believe that the current EGF aims not only to support redundant workers but also to demonstrate solidarity towards those workers.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted in favour of this report which examines the activities of the European Globalisation Adjustment Fund (EGF), its effects and the trends of the fund. Labour has consistently supported the EGF out of solidarity for workers across Europe and this report outlines the effectiveness of the fund for its beneficiaries.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Cette évaluation du fonds «d'ajustement à la mondialisation» dénonce le fait que de plus en plus de cas traités par ledit fonds européen sont liés à la restructuration de grandes entreprises.

Or, pour moi, il n'est pas admissible que l'argent public serve à financer des mesures de retour à l'emploi à la suite de licenciements dont le seul motif est d'augmenter les profits des entreprises concernées et les dividendes de leurs actionnaires.

Je reste réservée sur la logique globale de ce fonds qui ne fait que rembourser aux États une partie non négligeable du financement de restructurations et même souvent de délocalisations qu'ils n'ont pas su ou voulu empêcher.

On ne se demande jamais si ces plans sociaux auraient pu être évités ou si les syndicats ont été réellement consultés, pas plus que l'on vérifie si les salariés concernés ont retrouvé un emploi.

J'ai donc choisi de m'abstenir.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização (FEG) é uma medida paliativa, cujo objetivo é compensar o elo mais fraco das políticas neoliberais e de austeridade – os trabalhadores –, empurrados para o desemprego e a precariedade.

Entendemos que o FEG não pode ser utilizado para substituir as obrigações das empresas e dos Estados-Membros relativamente aos seus trabalhadores.

Refere-se, no entanto, que o caráter de um fundo de urgência para apoio – neste caso social – merece a nossa aprovação. Da mesma forma, todas as transferências propostas ao Parlamento Europeu no âmbito destes fundos têm sido aprovadas também com o nosso apoio.

Considerando que o relatório faz um balanço realista deste período, propõe-se o voto a favor.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht ist im Ansatz positiv zu beurteilen, da es um Arbeitsplatzmaßnahmen geht. Auch wird die Mittelverschwendung kritisch angeführt. Jedoch sollen die Mittel des Fonds von den Staaten erhöht werden, und zusätzlich soll eine Förderung von Personen mit Migrationshintergrund angedacht werden. Daher habe ich mich meiner Stimme enthalten.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sull'attività, incidenza e valore aggiunto del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione tra il 2007 e il 2014.

Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione fornisce sostegno alle persone che perdono il lavoro a causa dei cambiamenti strutturali del commercio mondiale dovuti alla globalizzazione. Inoltre, il campo di applicazione del Fondo è stato ampliato per includere i lavoratori in esubero a causa della crisi finanziaria ed economica mondiale del 2009-2011 e, a questo scopo, è stato ulteriormente ampliato per includere i lavoratori autonomi colpiti dalla crisi tra il 2014 e il 2020. È importante che l'Unione europea si impegni sempre di più per aiutare i lavoratori in difficoltà.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted in favour of this report which examines the activities of the European Globalisation Adjustment Fund (EGF), its effects and the trends of the fund. Labour has consistently supported the EGF out of solidarity for workers across Europe and this report outlines the effectiveness of the fund for its beneficiaries. It particularly highlights the view to see the EGF used to its full potential, by calling for it to complement other available instruments and seek consultation of major stakeholders.

Social solidarity is a core value of the European Union, and the EGF is an expression of such solidarity. It is an instrument that allows the EU to democratise globalisation, and minimise damage to communities that may be caused by international trade. It is the EU that often steps in when national governments fail to do so.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – El Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización (FEAG) presta apoyo a los trabajadores que pierden su empleo como consecuencia de grandes cambios estructurales en el comercio mundial, provocados por la globalización o por la crisis económica y financiera mundial.

Periódicamente se han realizado informes de evaluación de las actividades efectuadas en los sucesivos años de vigencia, con resultados muy positivos tanto en personas atendidas, como en tasas de reinserción. La idea es realizar una evaluación más global de los años 2007-2014.

Voto a favor de este informe, ya que España está razonablemente satisfecha con el funcionamiento de dicho Fondo en nuestro país.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Správa pani poslankyne Harkinovej veľmi realisticky sumarizovala informácie o Európskom fonde na prispôsobenie sa globalizácii, ktorý bol pôvodne založený ako vyjadrenie solidarity so zamestnancami, ktorí stratili prácu v rámci hromadných prepúšťaní v dôsledku globalizačných zmien vo svetovom obchode. Rámec tohto fondu bol rozšírený v rokoch 2009-2011 a ďalej po roku 2013. Hoci vo všeobecnosti platí, že ľuďom, ktorí prídu o prácu, je potrebné poskytnúť pomoc, treba taktiež sledovať, či vynaložené financie prinášajú výsledky, či pomohli prepusteným pracovníkom opätovne sa zamestnať a či by sa tieto financie nedali s väčšou úspešnosťou použiť iným spôsobom. Takisto sa treba zamyslieť nad tým, ako pomôcť nielen veľkým podnikom, ale aj malým a stredným podnikom, ktorých sa globálne zmeny takisto významne dotýkajú. Táto správa však konštatuje, že na komplexné zhodnotenie pridanej hodnoty fondu neexistujú dostatočné údaje, že hodnotenie opätovného zamestnania sa nie je správne nastavené a neexistujú štatistiky o tom, aké zamestnanie a akej kvality sa prepusteným pracovníkom podarilo nájsť. Práve preto si myslím, že na správne zhodnotenie prínosu tohto fondu budeme musieť zhromaždiť ešte viac relevantných údajov a povzbudiť pri tom všetky inštitúcie k čo najefektívnejšej spolupráci.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei a favor do relatório Harkin sobre as atividades, o impacto e o valor acrescentado do Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização (FEG) entre 2007 e 2014, por considerar imperativo apoiar e expressar a solidariedade da UE para com os trabalhadores que perderam os seus empregos em resultado de importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial.

Considero que deve existir maior flexibilidade nos limiares de elegibilidade, especialmente em prol das PME, já que o FEG se tem concentrado nas grandes empresas, pelo que o seu impacto nas PME tem sido muito limitado.

Recordo que o objetivo do FEG é contribuir para um crescimento inteligente, sustentável e inclusivo e para a promoção do emprego sustentável, preparando os desempregados para um novo posto de trabalho e proporcionando-lhes apoio nesse contexto.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o dejavnostih, učinku in dodani vrednosti Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji med letoma 2007 in 2014 sem podprl.

Prestrukturiranje je v zadnjih nekaj letih postalo vse bolj splošen pojav, ki se je v nekaterih sektorjih še okrepil, v druge pa razširil. Zato podpiram Evropski sklad za prilagoditev globalizaciji, ki zagotavlja podporo delavcem, ki so postali presežni zaradi večjih strukturnih sprememb v svetovnih trgovinskih tokovih, ter prispeva k pametni, trajnostni in vključujoči gospodarski rasti ter spodbuja trajnostno zaposlovanje s podporo presežnim delavcem in njihovo pripravo na novo delovno mesto.

President. – That concludes the explanations of vote.

13. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(The sitting was suspended at 13.05 and resumed at 15.05)

IN THE CHAIR: ANNELI JÄÄTTEENMÄKI

Vice-President

14. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

15. Auslegung der Geschäftsordnung: siehe Protokoll

16. Standpunkte des Rates in erster Lesung

President. – I have received from the Council its positions at first reading on:

«Me référant à l'article 164 du règlement, je souhaite prendre la parole pour un fait personnel.»

Dominique Bilde (ENF). – Madame la Présidente, ce matin, lors des débats sur le rapport Weber concernant l'application de la directive sur l'égalité en matière d'emploi, je n'ai pu terminer mon intervention car j'ai été coupée par des propos mensongers de M. Lavrilleux.

Alors que je saluais la volonté de l'Union d'en finir avec les discriminations et de favoriser le pluralisme, j'ai jugé bon de préciser que les élus du groupe ENF, dont je fais partie, sont eux-mêmes régulièrement victimes de manœuvres de leurs collègues EuroLat du Parlement européen, en commission de la culture et de l'éducation. Nos amendements sont constamment censurés, y compris quand ils correspondent aux orientations de politique générale voulues par les groupes majoritaires.

Jérôme Lavrilleux s'est permis de me couper, jugeant que les élus du groupe ENF n'étaient pas victimes de discrimination. Cela m'a profondément touchée et de ce fait, je n'ai pu terminer, comme le dit le règlement, mon intervention puisque j'avais dépassé le temps légal, alors que rien n'a été dit à l'encontre de M. Lavrilleux qui a pu m'interrompre sans rappel à l'ordre. Tête haute et mains propres, je n'ai pas de leçons à recevoir d'un homme dont la probité peut être remise en question, notamment en France, puisqu'à cette heure-ci nous attendons tous la fin de l'affaire Bygmalion qui le met en cause.

Je voulais m'en expliquer, je vous remercie de m'avoir laissé cette possibilité, Madame la Présidente.

17. Spielabsprachen

President. – The next item is the debate on the oral question to the Commission on match-fixing, by Silvia Costa on behalf of the Committee on Culture and Education ((O-000102/2016 – B8-0714/2016) (2016/2873(RSP)).

Silvia Costa, *Auteur.* – Signora Presidente, onorevoli colleghi, so che il Commissario è in ritardo – non per sua colpa – ma sono certa che ci raggiungerà per la conclusione dei nostri interventi.

Innanzitutto vorrei però esprimere, anche a nome della commissione Cultura, tutta la nostra contrarietà per il fatto che questo dibattito, secondo la nostra richiesta iniziale, doveva tenersi in un orario molto più adeguato questa settimana. Non era stato possibile e avevamo concordato la prima settimana di ottobre. Non è assolutamente *fair* che invece lunedì, senza avvertire la commissione Cultura, né tantomeno la sottoscritta, si sia deciso da parte della Presidenza di proporre un altro ordine del giorno che vede il nostro dibattito anticipato al pomeriggio di giovedì, non consentendo a molti colleghi della commissione Cultura, come avrebbero voluto, di partecipare. Ho il dovere di dirlo, perché questo non deve più succedere.

Vorrei dire anche, entrando nel merito, che siamo proprio nella settimana europea dello sport, la seconda edizione dopo quella dell'anno scorso. Vorrei ricordare che l'abbiamo inaugurata col Commissario Navracsics e con la Presidenza slovacca il 10 settembre a Košice, ed è giunta appunto ad un passaggio importante perché sta diventando un importante appuntamento per i giovani, le associazioni, tutti gli sportivi europei, ma anche per coloro che sono coinvolti non solo nelle attività sportive ma anche in quelle fisiche e amatoriali. È interessante vedere anche come il motto «Be active» opportunamente scelto, sia stato attivato in molte forme nelle città europee, a partire da quelle coinvolte nella bella esperienza delle capitali e città europee dello sport.

Condividiamo l'annuncio fatto dal Commissario di spostare in avanti dal prossimo anno la data della settimana europea per coinvolgere di più le scuole e fornire maggiore capacità organizzativa, ma dovrà cogliersi di più il dato europeo di quest'iniziativa, e quindi il suo carattere *transborder*, abituando i cittadini europei a farla con le bandiere nazionali, ma anche con quella europea, come ha fatto efficacemente Elisa Di Francisca, a Rio, nelle Olimpiadi.

Con questo spirito abbiamo promosso molte iniziative, fra cui una qui a Strasburgo, la mostra «Run for art», e poi a settembre, il 27, ci sarà un convegno promosso con molti colleghi, anche preparando la relazione della commissione Cultura del Parlamento del collega Takkula sul linguaggio universale dello sport. Un linguaggio che in questi giorni ci sta dando straordinarie emozioni nei giochi paraolimpici di Rio, con giovani che chiedono di essere visti come atleti, e non come disabili, e con la vittoria di medaglie d'oro, ieri, di grandi atleti, fra cui ricordo Alex Zanardi.

Purtroppo però esiste anche il rovescio della medaglia, c'è un lato oscuro dello sport che il Parlamento ha già affrontato nella prima relazione Fisas del 2011 e che ora, appunto, vogliamo affrontare insieme al tema della *good governance*, dell'integrità e anche dell'accessibilità nella relazione Takkula. Sappiamo che la manipolazione delle gare sportive, legata alle scommesse illegali, sempre di più online, si sta manifestando in scandali che hanno colpito prevalentemente il calcio – ma purtroppo non solo, anche per esempio il tennis ed altri sport – e costituiscono una vera e propria minaccia all'integrità, alla leale competizione e alla credibilità dello sport nazionale ed europeo.

Ricordo che nel dicembre 2012 la commissione Cultura aveva organizzato un'audizione pubblica proprio su questo tema, sulla lotta agli incontri truccati e sul *fair play* finanziario, e nel marzo 2013 ha anche approvato una risoluzione in materia. Sono felice che nello stesso anno il Consiglio dei ministri abbia autorizzato la Commissione europea – e questa è una svolta importante del trattato di Lisbona – a partecipare a nome dell'Unione europea al negoziato che poi è andato avanti con un processo che ha portato alla proposta di ratifica della Convenzione del Consiglio d'Europa contro la manipolazione delle competizioni sportive, che è stata aperta nel 2014 alla firma dei singoli Stati membri.

Nella nostra interrogazione cosa chiediamo? Chiediamo alla Commissione di superare queste ultime difficoltà che ci sono, che impediscono di arrivare alla totalità degli Stati membri che firmino e ratifichino questa importante Convenzione, e soprattutto che si facciano quei passi da parte di tutti – io spero molto nella Presidenza slovacca, ma anche nella prossima Presidenza maltese, che è direttamente interessata – perché si arrivi davvero non dico ad un'armonizzazione, ma almeno a delle comuni regole che consentano, di fronte a questo che ormai è un crimine *transborder*, che va al di là sia dei paesi nazionali, degli Stati nazionali, che della stessa Europa, di poter assumere iniziative comuni, perché ormai appunto questa è la dimensione e dobbiamo assolutamente essere in grado di cogliere questa sfida pro-

muovendo comuni programmi di educazione, prevenzione, investigazione, punire con regole armonizzate gli affari criminali – una vera e propria economia nera – e i reati che hanno creato questo mercato assolutamente illegale delle scommesse illecite.

Credo che quindi a questo punto sia necessario armonizzare anche le regole dell'industria del gioco, che sono uno degli elementi ostativi al fatto che alcuni paesi aderiscano a questa Convenzione. È necessario fare questo passo. Concludendo, ogni azione che il Commissario e la Commissione intraprenderanno in questo ambito, anche sul piano culturale ed educativo, ci troverà sicuramente disponibili ad aiutare e a sostenere queste iniziative. Naturalmente mi auguro che tutti gli Stati membri facciano loro parte.

Bogdan Brunon Wenta, *w imieniu grupy PPE*. – Pani Przewodnicząca! Na wstępie chciałbym poprzeć to, o czym powiedziała pani przewodnicząca Costa – znajdujemy się w tym miejscu i o tej porze, ale przejdźmy do meritum. Celem konwencji jest zapobieganie ustawianiu wyników zawodów sportowych oraz manipulacji rozgrywkami sportowymi, jak również wykrywanie i zwalczanie tego procederu. Apeluje się w niej do rządów w całej Europie o podjęcie środków zapobiegających konfliktom interesów między operatorami zakładów sportowych a organizatorami sportowymi oraz o zachęcanie organów regulujących zakłady sportowe do nasilenia walki z nadużyciami i nielegalną działalnością bukmacherską.

Doceniamy zaangażowanie Komisji Europejskiej w procesie negocjacyjnym oraz propozycję podpisania konwencji przez Unię Europejską. Niestety jej wejście w życie zostało teraz opóźnione. To bardzo zły sygnał, tym bardziej, że istnieje szerokie poparcie ze strony państw członkowskich dla szybkiego wejścia w życie tej konwencji. Niektóre z państw są już gotowe ją ratyfikować, lecz nie mogą tego uczynić ze względu na unijne wewnętrzne kwestie proceduralne oraz polityczny sprzeciw jednego państwa członkowskiego, o którym wspomniała już pani przewodnicząca – Malty.

Od ponad 4 lat Komisja Europejska odgrywa główną rolę w przygotowaniu i negocjowaniu tego porozumienia. Dlatego teraz jest to czas na podjęcie politycznych kroków i decyzji, które spowodują wyjście z tego impasu i doprowadzą do wejścia w życie właśnie tej Konwencji.

Ustawianie wyników rozgrywek sportowych to poważne zagrożenie, to choroba, która niszczy integralność sportu, poważnie narusza wartości oraz zaufanie kibiców do swoich ulubionych drużyn czy klubów. Ten problem dotyka dzisiaj wielu dyscyplin sportowych, chociaż w większości przypadków to negatywne zjawisko konkretnie dotyczy takich dyscyplin, jak krykiet, piłka nożna czy, wspomniany tutaj, tenis.

Parlament Europejski wielokrotnie podkreślał swoje zaangażowanie w walkę z ustawianiem wyników zawodów sportowych w rezolucjach związanych z hazardem online (z 2009 r. i 2011 r.), ustawianiem meczów i korupcji w sporcie (2013 r.) oraz w rezolucjach o przypadkach korupcji w takiej organizacji, jaką jest FIFA, w 2015 r. Parlament w szczególności podkreślał, że rynek hazardu online „nie jest rynkiem jak każdy inny ze względu na ryzyko w zakresie ochrony konsumentów i zwalczanie przestępczości zorganizowanej". Dlatego wielokrotnie wzywaliśmy organizacje sportowe do podjęcia polityki zerowej tolerancji dla korupcji i ustalenia „wspólnej definicji korupcji czy oszustwa sportowego".

Kluczowe znaczenie w walce z tymi problemami ma Konwencja Rady Europy w sprawie zwalczania manipulacji rozgrywkami sportowymi, którą Parlament oczywiście będzie popierał.

Nicola Caputo, *a nome del gruppo S&D*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, truccare le partite è una vera e propria minaccia allo sport, perché ne mina valori come l'integrità, la lealtà e il rispetto per il prossimo e rischia di allontanare i tifosi e i sostenitori dalle attività sportive organizzate. Le partite truccate sono spesso appannaggio di una criminalità organizzata che opera su scala mondiale. Si tratta di un problema divenuto ormai prioritario per il movimento sportivo e per le autorità incaricate dell'applicazione della legge in tutto il mondo.

Apprezzo molto il fatto che dei fondi europei siano stati assegnati a partenariati pubblico- privati per la realizzazione di progetti volti a individuare i fattori di rischio per le partite truccate e lo sviluppo di strumenti per la loro gestione. Apprezzo anche molto le normative europee in materia di gioco d'azzardo online e la creazione di una piattaforma europea di discussione per i regolatori nazionali del gioco d'azzardo, ma ciò non basta.

L'Unione europea deve avere un ruolo maggiore nella lotta contro le partite truccate. Abbiamo due organizzazioni in Europa che si occupano di cooperazione transfrontaliera di accertamento e perseguimento di reati gravi: Europol ed Eurojust. La Commissione può invitare queste agenzie a cooperare più strettamente con il movimento sportivo e dare maggiore attenzione alle partite truccate. Gli Stati membri dovrebbero attuare misure volte a prevenire i conflitti di interesse tra gli operatori di scommesse e le organizzazioni sportive e ad incentivare i regolatori delle scommesse sportive ad intensificare la lotta contro le frodi e le scommesse illegali.

Il Parlamento europeo ha evidenziato in varie occasioni il proprio impegno contro le partite truccate, ribadendo il suo pieno sostegno nei confronti della Convenzione del Consiglio d'Europa sulla manipolazione di competizioni sportive, che rappresenta a mio avviso il miglior strumento e quadro giuridico per lottare a livello internazionale contro le scommesse sportive illecite.

Penso sia essenziale che l'Unione europea e i suoi Stati membri siano coinvolti nell'istituzione di un sistema di monitoraggio e nello sviluppo di una cooperazione operativa nel quadro della Convenzione del Consiglio d'Europa sulla manipolazione di competizioni sportive sin dal momento della sua entrata in vigore. Ricordo che l'articolo 165 del trattato sul funzionamento dell'Unione europea invita l'Unione e gli Stati membri a favorire la cooperazione con le organizzazioni internazionali nel settore dello sport, in particolare con il Consiglio d'Europa. L'azione dell'Unione europea può contribuire in modo determinante ad affrontare le sfide transnazionali che lo sport deve affrontare in Europa, quali le partite truccate, che richiedono sforzi congiunti e un approccio coordinato.

Uno dei principali obiettivi della Convenzione del Consiglio d'Europa sulla manipolazione di competizioni sportive è promuovere la cooperazione nazionale e internazionale. Il capo 3 della Convenzione fissa infatti una serie di disposizioni per agevolare lo scambio di informazioni tra tutte le parti interessate. La lotta alle partite truccate richiede una stretta collaborazione tra i movimenti sportivi, i governi, gli operatori delle scommesse, le autorità incaricate dell'applicazione della legge e le organizzazioni internazionali, e una gamma così ampia di parti interessate costituisce di per sé una sfida. L'Unione europea può contribuire a creare unità e assicurare un approccio più coordinato.

Gli Stati membri si trovano in fasi diverse dello sviluppo del contrasto alle partite truccate. La natura transnazionale delle partite truccate comporta verosimilmente la collaborazione tra Stati membri con livelli diversi di esperienza, creando la necessità di condivisione di buone pratiche e sviluppo di competenze. In questo, l'Unione europea gioca un ruolo importante nello sviluppo di capacità come catalizzatore della cooperazione e in definitiva come sostegno all'attuazione della Convenzione del Consiglio d'Europa sulla manipolazione di competizioni sportive.

Esiste un ampio sostegno degli Stati membri a favorire una rapida entrata in vigore della Convenzione, e alcuni sono pronti a ratificarla ma non hanno potuto semplicemente farlo a causa di questioni procedurali tutte interne all'Unione europea. Vorrei quindi chiedere alla Commissione quali ulteriori passi intende adottare al fine di rompere questo stallo e consentire agli Stati membri che hanno svolto un ruolo fondamentale nella preparazione della Convenzione del Consiglio d'Europa sulla manipolazione di competizioni sportive di firmarla e ratificarla al più presto.

Emma McClarkin, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, colleagues, let me begin by thanking the Committee on Culture and Education coordinators for putting together this oral question on illicit match-fixing. I regret that the Commissioner is not here to hear what we have to say this afternoon, and indeed that there are not more Members here. Perhaps a better time could have been found, because match-fixing poses a significant and worrying threat to sport, something that so many of us love.

For fans to follow their sport with a passion that we all want to see, it is necessary that they have the confidence and that any attempts to corrupt sport are cracked down on. They need to know the integrity of sport is there. The ECR are therefore supportive of the Council of Europe Convention and have a strong commitment to tackle match fixing. Match-fixing remains a black mark on sport with around EUR 12 million paid to players, referees, coaches or officials in order to influence matches in 2012 alone. In the last three months, 24 matches were deemed suspicious based on betting patterns across a variety of sports in Europe.

Sport must remain inspirational and a showcase for the very best in human endeavours. we should therefore be doing all that we can to encourage Member States to combat match-fixing, but we should also be pushing for stronger cooperation and partnerships between the sports betting industry and sports governing bodies. It is our collective responsibility and one we must do together. But for this very reason the ECR has not been able to support this oral question because it singles out one nation. It dismisses the concerns of a nation that questions the legal clarity and definition of illegal sports betting. We must work together constructively between nations, between our public and private partners and at all levels within sport from the grassroots to the very top to protect the integrity of sport.

Yana Toom, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, I understand I have to speak as slowly as possible to give the Commissioner time to arrive at least by the end of the debate. So I will do my best.

On behalf of the ALDE Group I would like to welcome this very important oral question regarding a serious integrity problem in sports. In modern English, match-fixing is normally understood as the act of arranging the outcome of a match even before it has been actually played. It is obvious that match-fixing is widespread internationally, and this problem also concerns illegal gambling and organised crime. Match-fixing is a way of undermining fair sport. It is also a great temptation for sportspersons and a great threat to those of them who have to resist pressure from criminals.

Chris Eaton, director of sport integrity at the International Centre for Sport Security has said that football is in a disastrous state, with the fixing of matches for the purposes of criminal gambling and fraud absolutely endemic world-wide. It is a daily occurrence. However, this is a problem not only for football, but also for other sports as well.

On the regional level, we would like to highlight the Council of Europe Convention on the Manipulation of Sports Competitions. We call all on all Member States to ratify it immediately, if they have not done so already. Furthermore, Member States should establish match-fixing as specific criminal offence and ensure that match-fixing and corruption in sport are subject to judicial proceedings. We would like also to stress the importance of data sharing between sports bodies, public authorities and licensed betting operators. It is essential to detect, investigate and prosecute all forms of match-fixing.

Last but not least, we believe that it is hard to overestimate the importance of an awareness-raising campaign, which also may assist us to fight match-fixing. We are looking forward to receiving the Commission's response to this question and a concrete proposal from the Commission on how match-fixing can be tackled efficiently in the Union.

Ernest Maragall, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señora Presidenta, esta pregunta oral la dirigimos a la Comisión, y hay que agradecer la iniciativa a la señora Costa y a los compañeros de la Comisión de Cultura, sin ninguna duda. Parece oportuna y necesaria. La dirigimos a la Comisión, digo, pero podríamos también dirigirla al Consejo y dirigirla a cada Estado miembro, y seguramente dirigírnosla a nosotros mismos. Seguramente también a unos Estados miembros más que a otros, y a uno en particular: Malta.

Deberíamos empezar, pues, de algún modo, por avergonzarnos un poco todos colectivamente por que aún deba plantearse esta cuestión; por que esta pregunta oral sea necesaria y pertinente; por que aún estemos pendientes de la ratificación del Convenio.

Lo sabemos todo, tenemos la información, tenemos un presunto acuerdo político, tenemos la voluntad expresada por todo el mundo, pero no pasa nada y se alegan cuestiones de procedimiento o la cuestión conocida de la oposición de un Estado. Parecen ambas explicaciones del todo inaceptables para detener la ratificación colectiva. Y sabemos además que todo sigue igual o peor, que la realidad es la misma que cuando este Parlamento aprobó una Resolución en 2013 o cuando el Consejo de Europa aprobó el Convenio en 2014. Cabría preguntarse, en ese sentido, si, por ejemplo, los escándalos de la FIFA tienen o no relación, directa o indirecta, próxima o lejana, con lo que estamos hablando.

Las apuestas deportivas ilegales son una rama cada vez menos secundaria del crimen organizado y contaminan cada vez más deportes, como se acaba de decir. Este tema — créanme— es un agujero negro en nuestra responsabilidad colectiva. Hemos trabajado en evasión fiscal, hemos trabajado en la investigación sobre Luxleaks y ahora sobre los papeles de Panamá, preparamos Directivas sobre el blanqueo de capitales, y también sabemos que esta actividad, este negocio, este crimen organizado sería imposible sin la actividad necesaria de entidades financieras y servicios de telecomunicación que deben facilitar los medios de pago necesarios para hacerlo posible.

Es hora de que entremos en ello a fondo, y creo además que deberíamos, para acabar, añadirle una dimensión, de la que no hemos hablado y que, desde luego, no es parte de la pregunta y no tiene por qué serlo, aunque quizá esta sea una oportunidad para considerarla, que es el aspecto fiscal asociado al sector de las apuestas deportivas.

¿Sabemos de qué volumen de negocios estamos hablando? ¿Esta Unión Europea, esta Comisión, no debería tener una estimación realizada de lo que eso supone y del coste fiscal para el conjunto de la Unión Europea derivado de la falta de regulación del sector? ¿No podríamos incluir un primer esfuerzo en la respuesta de la Comisión, en la respuesta activa de estimación de ese volumen de negocio de las apuestas *online* y del rendimiento fiscal que cada país y el conjunto de Europa debería esperar? Entonces podríamos, quizá, proponer un trato fiscal adecuado, que solo puede plantearse, por cierto, en el ámbito, como mínimo, de la Unión Europea.

Acabo, Presidenta. Si no hacemos todo esto, me temo que, aun si consiguiéramos la ratificación universal del Convenio, todo seguiría o podría seguir más o menos igual. Ayer tuvimos la oportunidad de felicitar a la Comisaria Vestager por su decisión sobre el caso Apple. El volumen del fraude fiscal asociado al sector de las apuestas *online* y del movimiento de dinero que de él se deriva quizá, probablemente, supere las de aquel caso.

Esperamos que la respuesta de la Comisión a la pregunta que hoy le formulamos sea el primer paso efectivo en la dirección correcta.

Isabella Adinolfi, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, mi spiace dover constatare per l'ennesima volta che manca una volontà reale di cambiamento e che si tende come sempre a procrastinare qualsiasi cosa, anche quando essa è la più necessaria.

Ritardare l'entrata in vigore della Convenzione del Consiglio d'Europa sulla manipolazione delle competizioni sportive appare ai miei occhi un'occasione mancata per restituire ai cittadini la fiducia persa nel mondo dello sport, in particolar modo in un momento in cui si susseguono, quasi quotidianamente, scandali nella stragrande maggioranza delle discipline sportive.

Circa un anno fa in questo stesso Parlamento, noi del Movimento 5 Stelle abbiamo denunciato lo scandalo che ha investito il mondo del calcio, nel quale, come ricorderete, erano coinvolti i massimi esponenti della Federazione internazionale calcio. Già allora chiedemmo un'inversione di rotta, qualcosa che riportasse il mondo dello sport alla sua reale e basilare vocazione, cioè quella di aggregare, di unire, un ritorno alla cultura dello sport, che incarnasse quei valori di eguaglianza, lealtà e integrazione sociale che sono alla base della società civile.

Negli ultimi anni, l'accresciuta commercializzazione degli eventi sportivi e la loro esposizione mediatica hanno favorito un consistente incremento degli interessi economici, trasformando ogni competizione sportiva in un mero mezzo per raggiungere guadagni sempre maggiori. Le organizzazioni criminali, naturalmente, hanno fiutato la possibilità di guadagno e hanno iniziato ad agire, prima a livello nazionale, poi a livello transnazionale, rendendo di fatto la vigilanza qualcosa di estremamente complesso.

Dai recenti scandali si può dedurre in maniera incontrovertibile che gli sforzi e le misure portati avanti finora non hanno sortito gli effetti sperati e la motivazione è da ricercare nella mancanza di cooperazione tra i diversi paesi. Per evitare, come don Chisciotte, di continuare a combattere contro i mulini a vento, abbiamo bisogno di un lavoro di squadra che si basi sulla condivisione delle informazioni e delle *best practice*. Sono stata informata dal presidente dell'Intergruppo rugby di un'iniziativa degna di nota: si chiama *Keep Rugby Onside* e consiste in un portale di informazioni online per educare e proteggere i giocatori, gli allenatori, gli ufficiali di gara dai pericoli delle scommesse e delle partite truccate.

Chiedo quindi alla Commissione, quando arriverà, che faccia quanto in suo potere affinché si superi questa *impasse* e si giunga ad una rapida entrata in vigore della Convenzione, che si presenta come il primo vero passo verso una più marcata collaborazione nella lotta alla manipolazione delle gare sportive.

Mi preme ricordare che la mancata ratifica delle convenzioni internazionali per opposizione di uno o più Stati membri in Consiglio, in casi meritevoli come questo, è un vero e proprio insulto ai 500 milioni di cittadini che noi rappresentiamo. In quest'Aula vengono infatti fatte enormi pressioni e chiesti enormi sacrifici in nome di un generico interesse dell'Unione, ma stranamente quando gli interessi in questione sono quelli dei cittadini europei troppo spesso quest'Aula tace. L'assordante silenzio di molti nel caso della vergognosa, per esempio, mancata ratifica del trattato di Marrakech è solo uno dei tanti esempi che si aggiunge e si ripete ancora oggi con la convenzione sulla manipolazione sportiva.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, položili jsme tuto otázku na řešení boje proti manipulaci s výsledky sportovních zápasů, protože chceme zastavit zneužívání sportu pro individuální i organizované nezákonné obohacování. Tím dochází k ohrožení sportovních soutěží, ve kterých mají vyhrávat ti nejlepší. Sport není jen zábava, ale je to činnost, která je prospěšná individuálně, ale také společensky. Korupce a manipulace s výsledky sport poškozují, protože demotivují sportovce, demotivují fanoušky, kteří mohou ztrácet důvěru a také ztrácet ochotu podporovat sport.

Manipulace s výsledky je tedy aktuálním a palčivým problémem a s tím také souvisí nezákonné praktiky při sázení, kterým je třeba čelit. Potřeba očistit sport od těchto neduhů, které jdou proti principu sportovní etiky a boří základní hodnoty, na nichž je sport vystaven, je tedy v tuto chvíli na místě. Úmluva Rady Evropy o boji proti manipulaci se sportovními soutěžemi je vhodným nástrojem k tomu, abychom se mohli těmto problémům postavit čelem a mohli je efektivně řešit. *Match fixing* je mezinárodní problém a je tedy na místě, že ho řešíme také na úrovni Evropského parlamentu. Velmi vítám práci Komise a možnost, aby se také Evropská unie svým podpisem připojila k této úmluvě Rady Evropy. Zdůrazňuji, že většina členských států již vyjádřila podporu a blízký vstup této úmluvy v palatnost je tedy připraven. Ovšem znepokojující je situace v přístupu Malty, která brání zatím zdárnému ukončení tohoto procesu.

Důrazně tedy apeluji na to, aby proces přistoupení k úmluvě nebyl brzděn, aby byly činěny takové kroky, aby tato úmluva byla v co nejkratší době Evropskou unií podepsána a mohla být aplikována. Chtěla bych říci, že přestože tady pan komisař není, tak vím o jeho osobním zájmu a pozitivním přístupu ke sportu, protože on osobně se zasazuje o financování sportu pro všechny a řadu prospěšných sportovních aktivit na úrovni EU.

Já zde mám takovou připomínku akce, kterou jsme tady měli v červnu v Evropském parlamentu. Byla to výstava Zlatého míče Josefa Masopusta, který byl fenoménem českého fotbalu, džentlmenem, osobností, která vždycky prosazoval fair play. Proto bych i dnes chtěla připomenout, že takové příklady fair play hry máme a ty by měly být příkladem toho, jak se má sport uskutečňovat i pro budoucnost.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētājas kundze! Godātie kolēģi! Es gribēju teikt "godātais komisārs", bet skatos, ka komisāra uz vietas vēl nav. Vispār tāda prakse, kad komisārs ierodas zālē diskusijas vidū, neiztur nekādu kritiku. Īstenībā tāda attieksme pret šeit, Parlamentā, debatējamiem jautājumiem, es nezinu… es varu uzdot tikai retorisku jautājumu… vai komisāram nospļauties vienkārši par to, par ko sāp sirds deputātiem.

Runājot par šo tēmu, varu pateikt, godātie kolēģi, ka nelegālu un legālu derību slēgšanas bizness daudziem sportistiem un treneriem rada kārdinājumu nevis nodarboties ar sportu, bet iesaistīties krāpniecībā ar sarunātiem sporta sacensību rezultātiem un ar to pelnīt naudu. Šis process ir ārkārtīgi bīstams daudzu iemeslu dēļ. Pirmkārt, pati par sevi krāpniecība ir noziegums, kura rezultātā materiāli cieš iedzīvotāji. Otrkārt, šāda darbība grauj sabiedrības uzticību valsts iestādēm, jo tās nevar efektīvi novērst šo noziedzības veidu. Treškārt, tas diskreditē sportu kā tādu. Viena no svarīgākajām sporta funkcijām ir veselīga dzīvesveida propaganda, it īpaši jauniešu vidū, un, ja krāpniecība sasniedz lielus apjomus un sporta sacensības kļūst par ķīmiķu sacensībām, kas izgudro jaunus dopinga veidus, vai sacensību rezultāts kļūst pats par sevi par preci, sports jauniešu acīs var būt neatgriezeniski diskreditēts, un tā pozitīvais potenciāls ievērojami samazināts.

Šādu noziegumu īpašība ir tas, ka tiem parasti ir starptautisks raksturs. Tieši tāpēc Eiropas Savienībai ir pienākums iesaistīties cīņā pret šo noziedzības veidu. Bez koordinācijas vai bez vienotas pieejas nevar sasniegt ievērojamu rezultātu. Jau izstrādāts labs instruments – Eiropas Padomes Konvencija pret manipulācijām ar sporta sacensībām, kurai Eiropas Savienība varētu pievienoties.

Konvencija paredz noteiktu standartu ieviešanu starptautiskā līmenī, kas skar valsts institūcijas, sporta organizācijas un azartspēļu operatorus, kā arī starptautiskas struktūras izveidošanu efektīvai uzraudzībai. Šai dokumentā apkopota starptautiskā prakse, pasaules valstu pieredzē balstīti secinājumi, kā cīnīties ar šādiem pārkāpumiem sportā, un ir arī ieteikums valstu tiesiskajā regulējumā par smagākiem noziegumiem paredzēt krimināltatbildību. Diemžēl konvencijas stāšanās spēkā tagad ir atlikta. Daudzas Eiropas Savienības valstis gatavas ratificēt konvenciju, taču šo procesu apgrūtina Eiropas Savienības iekšējās procedūras jautājumi un dažas valsts pozīciju atšķirības.

Gribētos, komisāra kungs, lai Eiropas Komisija aktīvāk iesaistītos šī jautājuma risināšanā. Skaidrs, ka ne viss ir atkarīgs no Komisijas, jo dalībvalstis arī spēlē svarīgu lomu šajā procesā. Bet es gribētu aicināt izdarīt visu, kas ir Komisijas spēkos, lai pozitīvas izmaiņas tomēr notiktu. Un, godātais komisāra kungs, ja jūs tiešām kavējat sēdes Eiropas Parlamentā, varbūt jums ir vērts padomāt, kā aiziet no šī posteņa, demisionēt, ja šis darbs un šīs debates jums nav interesantas.

Ангел Джамбазки (ECR). – Уважаема г-жо Председател, уважаеми г-н Комисар, уважаеми колеги, за съжаление проблемът с уреждането на резултати за спортни срещи е широко разпространен не само на нашия континент, но и далеч отвъд него. Заедно с допинга той се нарежда като един от най-сериозните проблеми на нашето време. Според данни на Интерпол само за периода от една година между юни 2012 г. и май 2013 г. е имало данни за уредени резултати в 70 държави, и то само в сферата на футбола.

Международната футболна асоциация представи данни, според които организираната престъпност печели над 13 милиарда евро от този тип дейност, и го разглежда като по-безопасната алтернатива на търговията с наркотици, проституцията и трафика на хора. Според Интерпол спортните залагания привличат около един трилион евро годишно, като близо три четвърти от тази сума са заложени на футбола.

Въпреки че футболът и тенисът са най-често засегнатите спортове, в последните години за съжаление се наблюдават подобни практики и в бокса, баскетбола, хандбала и волейбола. Уреждането на спортни резултати подкопава доверието в спорта и може сериозно да накърни спортните ценности.

Смятам, че Конвенцията на Съвета на Европа относно манипулирането на спортни състезания има потенциала да се превърне в един от важните, ако не един от най-важните документи и инструменти в тази сфера. За тази цел обаче трябва да се предприемат мерки за нейното подписване и ратифициране от страните членки. Смятам, че трябва да се положат усилия за преодоляването на съществуващите спънки по нейното ратифициране, за да се борим ефективно с тази вредна практика, а не просто да четем декларации.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, otkada je natjecanja – otada je i namještanja rezultata. A pogotovo je namještanja rezultata otkada se počelo s klađenjem. Ali, to je počelo još u antičko doba. Dakle, namještanje rezultata postoji još od antičkih olimpijada. Otada do danas čovječanstvo nije uspjelo riješiti taj problem. A kako ćemo ga riješiti danas, kada se vrti toliko novca u tom prljavom poslu? Nisam siguran da ćemo to jednostavno riješiti i možda će to potrajati još nekoliko stotina ili tisuća godina.

Naime, danas je evidentno da imamo još uvijek prisutnih niz skandala u sportovima koje svi volimo. Naravno da će svatko od nas spomenuti nogomet. Neću nikada zaboraviti jednu utakmicu koja je bila 1982. godine između tadašnje Zapadne njemačke i Austrije kada su se namještanjem rezultata te dvije države, te dvije reprezentacije, ustvari dogovorile da na taj način spriječe Alžir da bi išao dalje u svjetskom natjecanju. Navijač Njemačke je palio njemačku zastavu, Alžirci su bacali novac u teren i pokazivali što misle o takvom namještanju rezultata.

Već je poznato na US Openu u tenisu ili na Australian Cupu. Poznat je jedan dobar primjer, primjer tenisača Novaka Đokovića koji kada mu je ponuđen novac da namjesti jedan teniski rezultat to prijavio poreznim organima, prijavio je policiji i pokazao da postoji i *fair play* u sportu, da postoje oni koji ne žele pod svaku cijenu novac i da nisu podmitljivi i takvih na sreću u odnosu i na ove lopove s kojima se borimo ima isto tako jako puno.

Međutim, nemojmo zaboraviti da je pitanje namještanja rezultata u raznim sportovima od vrha, kao što sam rekao od reprezentacija, od Bundeslige, od Premiershipa, od svih velikih liga svjetskoga nogometa do onih najmanjih, do onih malih liga koje se igraju, da tako kažem, u pojedinim malim regijama unutar Europske unije ili svijetu. Svugdje postoje namještanja rezultata. A da ne kažem da je bilo i stravičnih situacija – poznato je kada su tri libanonska suca svojedobno bila osuđena jer su tražili seksualne usluge za svoje namještanje rezultata u nogometu. I toga je bilo.

Dakle, ono što sam htio ovim govorom naprosto naglasiti je da imamo pred sobom jednu veliku neman koju neće biti lako obuzdati i uvjeren sam da naša poruka mladima i naša poruka navijačima mora biti ista. Mi želimo koliko god je moguće smanjiti to zlo, a naravno preduvjeti su za to angažman Europske komisije, angažman država članica, potpisivanje konvencije Vijeća Europe i vjerodostojnost u svemu tome.

President. – Thank you Mr Jakovčić, I also remember this Austria v. Germany match very well. It was a great scandal, yes it is true.

Seán Kelly (PPE). – Go raibh maith agat a Uachtaráin, fáilte romhat, a Choimisinéir, déarfainn go raibh cuid de na feisirí beagáinín ródhian ort. Is féidir le gach duine a bheith déanach, agus gan dabht tá leithscéal maith agat. Ach, fáilte romhat. Tá a fhios agam go bhfuil fíorshuim agat i gcúrsaí spóirt agus sin é an rud is tábhachtaí. Gan dabht, freisin, bíonn caimiléireacht ag baint le gach gné de ghníomhaíochtaí an chine daonna, agus tá sé ag éirí níos measa de réir dealraimh, i gcúrsaí spóirt agus sin é an fáth go bhfuil an díospóireacht seo againn um thráthnóna agus go bhfuil gá rud éigin a dhéanamh faoi, más féidir linn.

Madam President, the Lisbon Treaty has given us certain competences in sport, and we would like to put emphasis on promoting sport. Sports week is a good example of that, and I compliment the Commission and everyone involved in trying to promote it. But there is the downside, which we are discussing now, especially in relation to match-fixing. It came as a surprise to me, and maybe to my colleagues too, when we had the Sport Intergroup meeting here a couple of months back dealing with this issue, when tennis was seen as the game there was most afflicted by this.

In some respects it is not surprising because it is much easier to fix a match involving two people then involving 22, as would be the case in a soccer match. But the same time, there is a good image of tennis, and of course we must look at the reasons, and in some respects of course it is easier to fix it. If I was playing Jim Nicholson in tennis and he was clearly a better player than me, he could allow me to win and take a package. But of course he would not do that.

But you can see the point I am making and for that reason, I think there is a need for rules, especially in relation to banning gambling on games you are involved in yourself, on games involving minors and on what I call in-play betting. All those things have to be looked at. There is also need for proper governance, and I think we should ask the forthcoming Maltese Presidency of the Council to try and look at this so that we can get the convention adopted. That would be a good help.

We have to have, of course, codes of conduct, and we do not have to look much further than recently, when in the middle of the Olympics, rather strangely, referees were stood down by the boxing authorities. Now that is rather strange, but it just shows you again that there was a lot of controversy prior to that regarding the results. There are all sorts of opportunities, not necessarily to fix matches but certainly to give wrong results, etc. We have a huge task ahead to try and come to grips with it, but at least today we trying to have a debate here in the European Parliament and then we can progress from there under the guidance of the Commissioner, I also look forward to seeing the Maltese Presidency, especially, doing something about it.

President. – Thank you very much indeed Mr Kelly, one important explanation. Commissioner Navracsics was late because his flight from Brussels to Strasbourg was cancelled. I know about it very well because it is also my flight and, by the way the reason for my delay. Mr James Nicholson of the ECR, one and a half minutes, take the floor please. A potential tennis partner for Sean Kelly.

James Nicholson (ECR). – Mr President, I think as a Member of this Parliament for 27 years that is the first time I have ever been told that I can have so much speaking time. Even though it is on a Thursday afternoon I certainly enjoy it.

We are all rightly proud of the achievements of our athletes from across the different sporting codes and disciplines. I was delighted to join the thousands of others from Northern Ireland recently to watch our national football team play in the European championships with great honour. It was also a great pleasure also to watch the Olympic success of Team GB this summer who were quite astonishing from my point of view.

However, all too often we see the bodies purportedly governing sports and others tarnish the integrity and reputation of their sport through various forms of corruption. I wish the newly-elected President of UEFA well, and I certainly hope his appointment sets football's governing bodies back on the right direction after recent controversies.

Match-fixing, wherever it may be found, is a blight on our sporting communities, as has already been outlined here this afternoon. In Europe and across the world and at every level, action must be taken to root it out. For the sake of the future of sport, all corruption, including match-fixing, must be tackled in the strongest and most measured way possible. I am therefore supportive of the Council of Europe Convention on the Manipulation of Sports Competitions.

The Commission should take a consistent and fair approach to all Member States in relation to this. I also agree with colleagues that any review of this should call the Commission to embed such principles into the funding criteria for any programme related to sport.

We should also note the good work that has been done in tackling this by the sporting bodies themselves. I certainly welcome the initiatives of the rugby world such as Keep Rugby Onside and the integrity programmes, which have been widely praised by authorities such as the UK's Gambling Commission. I did not make the three minutes but I did my best to get there, but anything I have left I am sure Ms Tomašić can use up!

President. – Mr Nicholson, thank you and, by the way, congratulations on the very good result of your national team during Euro 2016. It was one of the biggest surprises during this championship, and congratulations to you personally on your one-and-a-half minute speech!

Ruža Tomašić (ECR). – Mr President, thank you, but I told my colleague that he can have my minute because I am only going to speak for about 40 seconds, so we divided this up well!

Gospodine predsjedniče, namještanje utakmica, od najniže do najviše lige, pogotovo u nogometu, traje desetljećima. O tome se uvijek pričalo. Netko ponekad prijavi, bude istraga i u većini je slučajeva sve zataškano. Zašto? Zato što oni koji namještaju utakmice imaju zaštitu u svojim vladama. Koliko znam, većina vlada država članica EU-a ne troše previše ni vremena, a ni novca da promoviraju sport i takmičenja kao nešto zdravo, pošteno, fer i da to bude dobar primjer za mlade.

Kada bi bilo političke volje, *match fixing mafia* bi se brzo razbila, a sport bi se vratio tamo gdje mu je mjesto, a to je zdravo, pošteno, fer natjecanje.

Catch-the-eye procedure

Karol Karski (ECR). – Panie Przewodniczący! W sytuacji, w której mamy do czynienia z działalnością międzynarodowych organizacji sportowych oraz organizacją wielkich wydarzeń sportowych, stykamy się też z takimi wydarzeniami i sytuacjami, gdy organizacja sportowa jako jeden z warunków przeprowadzenia imprezy w danym kraju czy przyznania imprez danemu krajowi stawia warunek określonej zmiany prawa wewnętrznego tego kraju tak, że prawo danego kraju staje się towarem, jednym z towarów, który jest oferowany. Zmienia się tutaj warunki, na jakich taka organizacja może w danym państwie funkcjonować, zmienia się także zasady finansowe, przyznając czasem nieuzasadnione przywileje finansowe.

W związku z tym chciałbym zasygnalizować ten problem i poprosić o rozważenie, czy Komisja Europejska nie mogłaby monitorować takich sytuacji, aby nie dochodziło do takiego nieuzasadnionego dumpingu poprzez, z jednej strony, wymuszanie określonych przywilejów w państwach goszczących imprezy sportowe, a po drugie, poprzez oferowanie tego typu dumpingowych warunków.

(Koniec pytań z sali)

Tibor Navracsics, *Member of the Commission*. – Mr President, let me remind you about the history of the ratification of the Convention, which was declared open for signature in September 2014. The proposal for the signature by the EU of the Convention has been one of the priorities of the new Commission, and a matter of particular importance to me.

On 2 March 2015 the Commission submitted a proposal for the signing of the Convention on behalf of the EU. This proposal took the form of two Council decisions, one with regard to matters related to substantive criminal law and judicial cooperation in criminal matters, and one on other matters, such as cooperation between sports organisations, betting operators and state administrations.

Under the Latvian and Luxembourg Presidencies in 2015, discussions took place within the Council on these proposals for signature. While the contents of the proposals were agreed at Coreper in November 2015, the proposals were blocked as the Council requested confirmation of a common accord by all Member States before proceeding to a vote. This allows one Member State to continue blocking the process.

The Commission disagrees with this approach. The applicable procedure and voting is clear: the Treaty clearly stipulates qualified majority voting for this kind of Council decision. The Court of Justice has also confirmed in a recent judgment that the rules regarding the manner in which the EU institutions arrive at their decisions are laid down by the Treaties and are not at the disposal of the Member States or of the institutions themselves. However, this viewpoint was not shared during the discussions in Coreper in November 2014 when the Presidency refused to proceed to a vote. This is a question which the Council and the Presidency must find a solution to. Despite the efforts of the Dutch Presidency, they were unable to find a compromise which would enable a breakthrough.

The Commission regrets the current stalemate. The Commission is fully aware of the benefits of the Convention, and we would like it to enter into force as soon as possible. For the Convention to come into force, five signatories must ratify it and three of those five have to be Council of Europe Members. To date, there are two such ratifications. If there is no agreement in the Council, the Convention will enter into force without the EU and most EU Member States being on board. That would be a regrettable situation.

Given the nature of the Convention, which links matters of national competence with EU competence, including exclusive EU competence, the Commission considers that a coordinated approach to the signature and ratification of the Convention by Member States remains necessary in accordance with the principle of sincere cooperation.

The Commission adds its voice to the call by the honourable Member for all parties to continue to seek a solution. The Commission, for its part, will continue its efforts to convince all Member States to support the signature and ratification process. We will use all opportunities to underline the importance of EU participation in this Convention.

We fully support the Convention as a valuable tool in the fight against match-fixing. For the states that choose to ratify it, it will be the first legally binding international tool to fight match-fixing – representing a solid basis for ensuring pan-European coordination and cooperation in the fight against match-fixing.

The Commission needs your support in trying to find a breakthrough. I would like to thank you for the positive contributions you made during the debate. It is not an easy task to fight complex issues like match-fixing. The Convention is, indeed, an important tool but we must continue to look at match-fixing from all angles. In the Commission, colleagues dealing with sport, betting, organised crime and corruption will continue to work closely in this field. We will continue to finance projects to fight against match-fixing and to raise awareness about the problem.

There is also an EU-funded pilot project which supports four major activities, including one preparing Member States for the entry into force of the Convention. We count on your support to help the Council find a way to overcome the current stalemate and enable the Member States and the EU to sign and ratify the Convention as soon as possible.

President. – Commissioner, thank you for your very interesting speech, and thank you also for today's very interesting conversation about the history of my country. Your knowledge about it is extensive.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Tennis, football, basket-ball, boxe: tant de sports sont salis par les mafias qui organisent des matches truqués pour s'enrichir. Récemment, Europol, l'office européen de police, révélait l'existence de la plus grande enquête de tous les temps sur des matches truqués présumés. Il soupçonne un réseau criminel, basé en Asie, avec des connexions en Europe, d'avoir truqué 380 matches de football joués entre 2008 et 2011, à travers 15 pays.

Au départ, si la plupart des grandes organisations criminelles de la planète ont mis le nez dans les paris sportifs, c'est pour blanchir l'argent de la drogue, de la vente d'armes ou de la prostitution. Le monde du crime sait que pour rendre l'argent propre, il faut accepter de perdre 30 à 40% de son argent sale. Le blanchir par les paris sportifs permet de réduire les risques.

Il est nécessaire pour les États membres de l'UE participer à la mise en place du système de suivi et au développement de la coopération opérationnelle dans le cadre de la convention dès son entrée en vigueur. Pour ces raisons, pour l'esprit du sport, ratifions et signons les textes permettant de lutter contre le fléau des paris truqués dans les meilleurs délais.

18. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll

19. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll

20. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

21. Unterbrechung der Sitzungsperiode

(The sitting closed at 16.05)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss

DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/1961

8.3.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 3. OKTOBER 2016

(C/2024/1961)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 3. bis 6. Oktober 2016

STRASSBURG

Inhalt

Seite

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode . . . 3
2. Erklärung des Präsidenten . . . 3
3. Mitteilung des Präsidenten . . . 3
4. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll . . . 4
5. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll . . . 4
6. Prüfung von Mandaten: siehe Protokoll . . . 4
7. Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll . . . 4
8. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll . . . 4
9. Berichtigungen (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll . . . 4
10. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll . . . 4
11. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll . . . 4
12. Arbeitsplan . . . 4

Inhalt Seite

13. Zukunft der Beziehungen zwischen den AKP-Staaten und der EU nach 2020 (Aussprache) 8

14. Zugang zu Bildung für syrische Kinder im Libanon (Aussprache) 23

15. Globale Ziele und Zusagen der EU in Bezug auf Ernährung und Ernährungssicherheit weltweit (Aussprache) 33

16. Änderung der Tagesordnung: siehe Protokoll 44

17. Gegen illegalen Holzeinschlag, Entwaldung und Waldschädigung (Aussprache) 44

18. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll 55

19. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen 55

20. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll 62

21. Schluss der Sitzung 62

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 3. OKTOBER 2016

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

(Die Sitzung wird um 17.00 Uhr eröffnet.)

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die am Donnerstag, 15. September 2016, unterbrochene Sitzungsperiode für wieder aufgenommen.

2. Erklärung des Präsidenten

Martin Schulz. – Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Am vergangenen Freitag nahm die Welt Abschied von Shimon Peres, von diesem außergewöhnlichen Staatsmann und unermüdlichen Verfechter des Friedens. Staatspräsident Peres hatte eine Vision von einem befriedeten Nahen Osten, in dem Israel mit seinen palästinensischen Nachbarn und den arabischen Staaten gewaltfrei zusammenleben sollte. Shimon Peres verfolgte diese Vision, und er setzte sie mit seinem Mitwirken am Osloer Friedensabkommen im September 1993 um. Für diesen Meilenstein im Friedensprozess im Nahen Osten wurde er 1994 neben Yitzhak Rabin und Jassir Arafat mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Shimon Peres war ein Freund Europas. Er hat uns mehrere Male hier im Europäischen Parlament mit seiner Anwesenheit beehrt und zu uns gesprochen. Ich denke, Sie werden mir zustimmen, wenn ich sage, dass seine Persönlichkeit, sein Charisma und seine Ideen uns jedes Mal, wenn er bei uns war, inspiriert haben.

Seine Nachricht war einfach und klar: Gebt niemals auf, für den Frieden zu kämpfen! Das Erbe von Shimon Peres ist gewaltig, und es liegt nun in der Verantwortung der nächsten Generation von Politikern in Israel, seinen Weg von Diplomatie, Dialog und Versöhnung weiterzugehen.

Im Namen des Europäischen Parlaments möchte ich seiner Familie, seinen Freunden, den ihm nahestehenden Menschen und dem israelischen Volk unser tiefes Mitgefühl aussprechen. Ich darf Sie bitten, sich zu Ehren von Shimon Peres von Ihren Plätzen zu erheben.

(Das Parlament erhebt sich zu einer Schweigeminute.)

3. Mitteilung des Präsidenten

Martin Schulz. – Kolleginnen und Kollegen! Am morgigen Dienstag werden wir den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Herrn Ban Ki-moon, und die Umweltministerin der Französischen Republik, Frau Ségolène Royal, in ihrer Eigenschaft als amtierende Präsidentin der COP-21-Klimakonferenz bei uns begrüßen können.

Ich werde Ihnen nachher eine Änderung der morgigen Tagesordnung vorschlagen, um eine kurze feierliche Sitzung zur möglichen Ratifizierung des Pariser Klimaschutzabkommens morgen hier im Hause abzuhalten, bei der der Generalsekretär der Vereinten Nationen zu uns hier im Plenum sprechen möchte. Nach der feierlichen Sitzung soll dann die Abstimmung hier im Plenum über die Zustimmung unseres Hauses zur Ratifizierung dieses Abkommens erfolgen. Diese Abstimmung ist natürlich davon abhängig, ob heute Abend der Umweltausschuss in seiner Sitzung eine positive Empfehlung für die Beschlussfassung morgen im Plenum abgibt. Es wird dann morgen an uns liegen, hier den letzten politischen Schritt auf dem Weg zur förmlichen Ratifizierung dieses Abkommens durch die EU und ihre

Mitgliedstaaten zu gehen.

Sollte morgen hier in diesem Hause die Ratifizierung erfolgen, könnte das Pariser Übereinkommen weniger als ein Jahr nach seiner Verabschiedung in Kraft treten – noch rechtzeitig vor der COP-22-Klimakonferenz in Marakkesch. Mit der Abstimmung morgen hier und dem bindenden Charakter für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union wäre auch das Mindestquorum, das die Vereinten Nationen brauchen, um das Klimaschutzabkommen weltweit in Kraft zu setzen, erreicht. Deshalb kommt der morgigen Abstimmung sicher eine außerordentliche Bedeutung zu.

4. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

5. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

6. Prüfung von Mandaten: siehe Protokoll

7. Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll

8. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

9. Berichtigungen (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll

10. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll

11. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

12. Arbeitsplan

Der Präsident. – Der endgültige Entwurf der Tagesordnung dieser Tagung, wie er in der Konferenz der Präsidenten in ihrer Sitzung vom Donnerstag, dem 29. September 2016 gemäß Artikel 149 der Geschäftsordnung festgelegt wurde, ist verteilt worden. Zu diesem Entwurf wurden folgende Änderungen beantragt:

*
* *

Cécile Kashetu Kyenge (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, prima di passare all'ordine del giorno di questa settimana, ho chiesto la parola per ricordare il 3 ottobre 2013, una giornata in cui hanno perso la vita molti migranti al largo di Lampedusa. Questa giornata viene ricordata come una giornata della memoria e dell'accoglienza di tutte le persone che perdono la vita quando lasciano il proprio paese e anche per ricordare coloro i quali soccorrono queste persone. Io chiedevo di ricordare questa giornata anche qui in Aula.

Der Präsident. – Frau Kyenge, Sie haben ganz sicher Recht. Ich glaube, dass im Verlauf der Sitzungswoche die Flüchtlingsproblematik und auch die tragischen Fälle sicher zur Sprache kommen werden. Im Übrigen ist nach meinem Kenntnisstand auch Frau Nicolini, die Bürgermeisterin von Lampedusa, in dieser Woche hier im Hause. Ich werde auch mit ihr zusammentreffen.

Cornelia Ernst (GUE/NGL). – Herr Präsident! Ich denke, es ging um eine Gedenkminute. Das, denke ich, sollten wir doch wenigstens tun – unabhängig von den Debatten. Und das beantrage ich jetzt.

Der Präsident. – Schönen Dank.

*
* *

Wir kommen nun zur heutigen Tagesordnung.

Montag:

Im Einvernehmen mit den Fraktionen schlage ich folgende Änderungen des endgültigen Entwurfs der Tagesordnung vor:

Der Bericht von Isabelle Thomas für heute über die Möglichkeiten zur Vereinheitlichung der Fischereikontrolle in Europa, der für eine kurze Darstellung heute Abend vorgesehen war, wird im Einvernehmen mit den Fraktionen auf die Oktober-II-Tagung vertagt.

(Das Parlament nimmt die Änderung an.)

Dienstag:

Ich hatte eben schon bei meiner Einführung darauf hingewiesen: Der Umweltausschuss stimmt heute Abend über den Bericht von Herrn La Via über den Abschluss des Pariser Übereinkommens im Namen der Europäischen Union im Rahmen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen ab. Wenn der Bericht im Ausschuss heute Abend angenommen wird, dann wird er am Dienstag hier in die Abstimmungsstunde aufgenommen. Das muss ich zunächst feststellen.

Meine Damen und Herren! Der Generalsekretär der Vereinten Nationen – ich sagte das eben – hat eine Einladung zur Teilnahme an der morgigen Abstimmung angenommen, mit der Begründung, dass mit der morgigen Abstimmung hier und der damit verbunden Weiterleitung des Abstimmungsergebnisses an den Rat und der Hinterlegung der Ratifizierung bei den Vereinten Nationen das Mindestquorum, das die Vereinten Nationen brauchen, um das Klimaschutzabkommen weltweit in Kraft zu setzen, erreicht wird. Das ist ganz ohne Zweifel ein besonderer Vorgang. Ich beabsichtige deshalb, morgen zu Beginn, um 12.00 Uhr, Herrn Generalsekretär Ban Ki-moon das Wort zu geben. Er hat darum gebeten, eine kurze Ansprache an die Abgeordneten halten zu können. Ich würde Sie also bitten, um zwölf Uhr zu dieser feierlichen Sitzung hier zu sein.

Danach gibt es vor der Abstimmung eine kurze Runde der Fraktionsvorsitzenden. Dann stimmen wir über die Ratifizierung des Klimaschutzabkommens ab. Wenn die Abstimmung eine Mehrheit hier im Hause findet – was ich unterstelle –, werde ich anschließend im Beisein von Generalsekretär Ban Ki-moon, Kommissionspräsident Juncker, dem zuständigen Energie- und Umweltkommissar und der Ratsseite sowie Frau Royal als amtierender Vorsitzender der Konferenz COP 21 den Übermittlungsbrief an den Rat hier unterschreiben. Mit dieser Unterschrift kann der Rat unmittelbar handeln, und damit ist der Weg frei gemacht für die Inkraftsetzung des Klimaabkommens, rechtsverbindlich für alle Staaten der Vereinten Nationen.

Das ist morgen ganz sicher ein außergewöhnlicher Tag, weil durch den Beschluss des Europäischen Parlaments das Mindestquorum hier erreicht wird. Ich würde mich freuen, wenn Sie morgen die Anwesenheit von Generalsekretär Ban Ki-moon durch Ihre Anwesenheit auch verstärken könnten.

(Das Parlament nimmt die Änderungen an.)

Mittwoch:

Die ECR-Fraktion beantragt, die Erklärung der Kommission zu Frauenrechten in Polen, die als vierter Punkt am Nachmittag vorgesehen ist, von der Tagesordnung abzusetzen.

Ryszard Antoni Legutko, *w imieniu grupy ECR*. – Wnoszę o usunięcie punktu dotyczącego tzw. praw kobiet w Polsce. Po pierwsze, ingerencja instytucji unijnych w tę kwestię jest niedopuszczalna na gruncie art. 5 ust. 1 i 2 Traktatu o Unii Europejskiej, gdzie czytamy: „wszelkie kompetencje nieprzyznane Unii w Traktatach należą do państw członkowskich". Otóż nie ma w przepisach Traktatów niczego, co przyznawałoby Unii kompetencję do spraw aborcji.

Po drugie, wykładnię tę potwierdził Trybunał Sprawiedliwości Unii Europejskiej w sprawie 150/90 *Society for the Protection of the Unborn Children v. Grogan* i orzeczenie to nadal obowiązuje.

Po trzecie, ingerencja instytucji unijnych w kwestie aborcji nie ma również uzasadnienia w Karcie praw podstawowych, gdzie w art. 51 ust. 2 czytamy: „Niniejsza Karta nie ustanawia nowych kompetencji ani zadań Unii, ani też nie zmienia kompetencji i zadań określonych w Traktatach".

Podsumowując: wszelkie ingerencje Parlamentu Europejskiego w rzeczonej materii mają w sposób oczywisty charakter pozaprawny.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Panie Przewodniczący! Temat tej debaty nie leży w kompetencjach Parlamentu Europejskiego. Dlaczego? Dlatego, że kwestie światopoglądowe należą do kompetencji krajowych. Panie Przewodniczący, temat tej dyskusji byłby fałszywy – i przed tym ostrzegam. Bo jeśli mamy mówić o prawach kobiet w Polsce, to powinniście Państwo powiedzieć o tym, że to w Polsce różnica między płacami kobiet i mężczyzn jest najniższa wśród państw OECD, że to Polska jest drugim krajem OECD z najwyższym wskaźnikiem kobiet inwestorów, że czwarte miejsce wśród krajów OECD zajmuje Polska pod względem równego traktowania kobiet w miejscach pracy. I wreszcie, że badania Agencji Praw Podstawowych pokazują, że to Polska jest krajem o najniższej skali przemocy fizycznej i seksualnej.

Szanowni Państwo! Parlament Europejski powinien zajmować się dziś tymi problemami, które stoją przed zjednoczoną Europą: kryzysem bezpieczeństwa, kryzysem gospodarczym, rozpadającą się na naszych oczach Europą.

Zapraszam Państwa do pięknej Polski, gdzie żyją Polki, które się kształcą, edukują, pracują, zakładają rodziny. Zobaczcie, jak Polska wygląda naprawdę. Pochylcie się nad tym. Nie chcemy rozmawiać o aborcji, gdyż jest to kompetencja państwa członkowskiego.

Malin Björk (GUE/NGL). – Herr talman! Det är klart att vi ska prata om kvinnors rättigheter. Vi ska prata om löneskillnader och beslutsfattande, men vi ska också prata om kvinnors rätt till sina kroppar. Det handlar om mänskliga rättigheter, och i det här huset pratar vi ofta om mänskliga rättigheter. Det ska vi göra, men vi ska också prata om kvinnors mänskliga rättigheter.

Polen har redan blivit dömt för sin repressiva abortpolitik, och idag tycker jag att det är viktigt att vi uppmärksammar att det här rör sig om ännu grymmare lagstiftning. Jag tycker att det är viktigt att den debatteras och att kollegorna får veta vad det faktiskt handlar om. Vi kan inte ha ett jämställt Europa om inte kvinnor får bestämma över sina kroppar. Det ska upp i kammaren och det ska debatteras.

Der Präsident. – Ich lasse über den Antrag abstimmen. Der Antrag lautet, die Erklärung der Kommission zu Frauenrechten in Polen als vierten Punkt von der Tagesordnung abzusetzen.

(Das Parlament lehnt den Antrag ab.)

Bitte sehr, Sie wollen sich zur Geschäftsordnung melden?

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Chciałem zapytać, dlaczego nie udzielił Pan mi głosu, ponieważ chciałem dowiedzieć się, jaki jest prawdziwy sens tego głosowania, które przed chwilą odbywaliśmy.

Temat jest sformułowany niezwykle enigmatycznie. Koledzy występujący za uchyleniem tego punktu przypuszczali, że chodzi o sprawy prawa do życia. Z tego, co mówiła pani poseł Björk, wynika tak również. A myśmy niedawno dyskutowali na temat demokracji konstytucyjnej w Polsce i chcę, żebyśmy wszyscy mieli świadomość, że polski Trybunał Konstytucyjny 28 maja 1997 r. sformułował orzeczenie obowiązujące po dziś dzień, stwierdzające jasno, że fundamentem demokratycznego państwa prawa jest prawo do życia.

Ja bym chciał się dowiedzieć, jakie jest stanowisko Parlamentu Europejskiego: czy wy chcecie znieść demokrację w konstytucyjnej Polsce, czy tak naprawdę mówić o Trybunale Konstytucyjnym, bo ja do tej pory nie wiem, co ma być przedmiotem tej debaty, i pan przewodniczący właściwie uniemożliwił mi uzyskanie informacji na temat tego, o co chodzi.

Der Präsident. – Herr Jurek, zunächst einmal stelle ich fest, dass Ihre Wortmeldung keine Wortmeldung zur Geschäftsordnung war, keineswegs. Sie haben hier eine politische Kommentierung abgegeben.

Zweitens: Der Antrag war eindeutig und ist übrigens von Ihrem Fraktionskollegen Legutko ziemlich präzise und umfassend formuliert worden, nämlich den Punkt von der Tagesordnung abzusetzen.

Ich kann Ihnen aber sagen, warum ich Ihnen das Wort nicht gegeben habe. Bei Anträgen zur Tagesordnung wird der Antrag gestellt, das hat Herr Kollege Legutko gemacht. Dann gibt es einen Redner oder eine Rednerin dafür, das war Frau Wiśniewska, und einen Redner oder eine Rednerin dagegen, das war Frau Björk. Danach wird abgestimmt. Das ist das ganz übliche und übrigens in der Geschäftsordnung so vorgesehene Verfahren. Eine Aussprache über diese Anträge gibt es nicht. Deshalb hatte ich Ihnen das Wort nicht gegeben.

Frau Fotyga, Sie haben sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Bitte begründen Sie, auf welchen Artikel der Geschäftsordnung Sie sich beziehen.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). – Mr President, I would like to enquire about the equal treatment of Member States within the EU, because in virtually every EU Member State there is a popular movement requesting consideration of certain legislative measures. For example, in Finland, one such request with 60 000 signatures, on issues relating to the right to abortion, was also deliberated upon in the parliament, yet we did not discuss that issue. Why is this one so? The current legislative measures are popular, societal initiatives, not governmental ones. Why are we considering it during this session?

Der Präsident. – Frau Fotyga, ich werde den Text im Protokoll nochmal nachlesen und nachforschen, wo Sie sich auf die Geschäftsordnung bezogen haben.

Mittwoch:

Die GUE-Fraktion beantragt, eine Erklärung der Kommission zur Lage in Ungarn, und zwar zur Kampagne zum Referendum und zu Aspekten des europäischen internationalen Asylrechts, als fünften Punkt am Nachmittag nach der Debatte über die Frauenrechte in Polen auf die Tagesordnung zu setzen.

Marie-Christine Vergiat, *au nom du groupe GUE/NGL.* – Monsieur le Président, hier, un référendum a eu lieu en Hongrie pour demander aux Hongrois s'ils voulaient que l'Union européenne puisse rendre obligatoire l'installation de quotas de réfugiés dans le pays. Les Hongrois ont voté – dont acte –, mais pas en nombre suffisant pour que le résultat de ce référendum puisse être validé. C'est une victoire pour ceux qui ont appelé au boycott. Ce qui nous inquiète et ce sur quoi nous voulons un débat, ce sont les conditions de cette campagne, au regard des règles européennes et internationales en matière de droits de l'homme et, notamment, de la convention de Genève.

J'ai entre les mains les affiches de la campagne officielle intitulée «Tudta?» («Le saviez-vous?»). Les affirmations proposées sont consternantes en ce qu'elles manipulent des amalgames, notamment entre terrorisme et immigration. Je vais prendre un exemple: «Bruxelles veut installer l'équivalent d'une ville d'immigrés illégaux en Hongrie». Le quota en Hongrie, si celui-ci avait été accepté, c'est 1 294 personnes. Vraiment une toute petite ville, pour ne pas dire un village. C'est 0,01 % de la population hongroise, pas de quoi bouleverser les valeurs de la Hongrie, me semble-t-il.

De tels mensonges sont-ils dignes des valeurs de l'Union européenne? Il me semble que le Parlement européen devrait, au moins, en débattre et avoir l'avis de la Commission, tout comme sur l'évolution des législations en matière d'immigration et d'asile.

C'est pourquoi nous voulons un débat sur ce sujet, Monsieur le Président, et nous demandons que le Parlement européen se prononce par scrutin public.

Philippe Lamberts (Verts/ALE). – Monsieur le Président, je crois en effet que la question qui a été soulevée dans le cadre du référendum hongrois est une question de portée européenne.

Les réactions observées au sein du corps citoyen hongrois sont des réactions que l'on observe ailleurs en Europe. Je pense donc qu'il est tout à fait indiqué que nous prenions un instant pour réfléchir à ce qui s'est passé en Hongrie, mais selon une perspective véritablement européenne. Cela ne doit pas être un festival de *finger pointing* – je ne trouve pas la bonne expression pour cela en français –, mais bien un exercice de réflexion collective sur la façon dont nous prenons en charge le défi des migrations et des réfugiés. Selon moi, il sortira assez clairement du débat qu'il n'y a qu'ensemble que nous pouvons y remédier ou, je dirais plutôt, y faire face.

Enrique Guerrero Salom (S&D). – Señor Presidente, mi Grupo no quiere que se debata en este Pleno, pero quiere que se discuta en la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior y se debata en el Pleno más adelante. ¿Por qué razón? A nosotros nos preocupa la situación en Hungría —este Parlamento ha debatido sobre ello varias veces, porque las políticas del Gobierno húngaro, del Gobierno de Orban, continuamente se sitúan al margen, cuando no fuera de los valores fundamentales de la Unión—. Y, por tanto, ese debate lo hemos tenido. Pero ese debate ha sido siempre aprovechado por el señor Orban para plantear un conflicto inexistente entre el Parlamento Europeo y Hungría.

Ayer quedó demostrado que el conflicto existe entre el Gobierno de Orban y sus ciudadanos. Y sus ciudadanos dejaron en minoría al Gobierno de Orban de una manera clara. Rechazaron su tentación populista. No oscurezcamos su derrota. Pongamos el foco sobre su derrota. Llevemos la cuestión a la Comisión LIBE. Preparemos el debate y traigámosla de nuevo al Pleno.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL). – J'ai demandé un scrutin public.

Der Präsident. – Frau Vergiat, Sie haben Recht. Das ist mir hier oben nicht richtig übermittelt worden. Sie hatten eine namentliche Abstimmung beantragt. Ich bitte um Entschuldigung. Der Fehler liegt also bei mir. Ich eröffne daher die Abstimmung erneut, diesmal eine namentliche Abstimmung.

(Das Parlament lehnt den Antrag ab.)

Donnerstag: Keine Änderungen.

(Der Arbeitsplan ist somit angenommen.)

13. Zukunft der Beziehungen zwischen den AKP-Staaten und der EU nach 2020 (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Norbert Neuser im Namen des Entwicklungsausschusses über die Zukunft der Beziehungen zwischen den AKP-Staaten und der EU nach 2020 (2016/2053(INI)) (A8-0263/2016).

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

Norbert Neuser, *Berichterstatter.* – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit 2000 gilt das Cotonou-Abkommen zwischen den 28 EU— Mitgliedstaaten und den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik. Dieses Abkommen ist weltweit einmalig. Es ist das Ergebnis einer engen Zusammenarbeit unserer Länder in Europa mit 78 Ländern – überwiegend Entwicklungsländern –, das sich auf das Lomé-Abkommen I und II aus den Siebzigerjahren bezieht. Das Cotonou-Abkommen läuft in wenigen Jahren aus. Deshalb ist es gut, jetzt früh genug die Weichen zu stellen, was über 2020 hinaus geschehen soll.

Das Europäische Parlament ist gut aufgestellt. Wir legen diesen Bericht heute vor und damit unsere Position zu den AKP-Beziehungen dar. Dem wird die Kommission in wenigen Wochen oder Monaten folgen; dann ist der Rat gefordert. Die Verhandlungen, bei denen die Kommission mit vertreten war, haben ergeben, dass wir als Parlamentarier ungefähr auf der Linie der Kommission liegen. Deswegen wäre es gut, wenn wir im Parlament eine breite Mehrheit zustande bekommen, weil es in den Mitgliedstaaten, beim Europäischen Rat, auch in einigen Ländern Widerstand gegen eine Fortführung dieses Abkommens gibt.

Warum glaube ich, dass dieses Abkommen fortgeführt werden soll? Es gibt einen rechtlichen Rahmen, den wir ohne dieses Abkommen nach 2020 nicht mehr hätten.

Wir müssen auch sehen, dass wir uns insgesamt – als Europäer und auch als Parlamentarier – besser aufstellen. Die Akzeptanz unter den Parlamentariern könnte besser sein, das Engagement der Mitgliedstaaten ebenfalls. Ich verweise darauf, dass sich seit dem Jahr 2013 die Mitgliedstaaten, die jeweils die Ratspräsidentschaft innehatten, geweigert haben, die Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP-EU zu beherbergen. Das waren Irland, Griechenland und die Niederlande, und ich hoffe, dass sich vielleicht im nächsten Jahr Malta, wenn es die Ratspräsidentschaft hat, sich anders verhalten wird.

Die Bedeutung des AKP-Abkommens ist, in drei Säulen zusammengefasst, einmal die entwicklungspolitische Zusammenarbeit, die politische Dimension und die Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und im handelspolitischen Bereich.

Bei der Diskussion um die Fortführung wurde oft dargelegt, dass wir von europäischer Seite zu wenig Menschenrechtsverletzungen mit unseren afrikanischen, karibischen und pazifischen Partnern diskutieren. Das liegt aber auch an uns, weil das Cotonou-Abkommen bisher in den Artikeln 8 und 96 durchaus diese Möglichkeit sieht, und wir sollten dies auch in Zukunft, wenn das Abkommen verlängert wird, stärker berücksichtigen.

Wir haben neue Herausforderungen nach 2020 in einem Abkommen anzugehen. Ich nenne den Klimawandel, die Migration, die neuen SDGs und die Bekämpfung des Terrorismus – globale Themen, die wir im Rahmen der EU-AKP gut lösen können und wo wir uns gemeinsam mit unseren Partnern auf Lösungen festlegen.

Was brauchen wir in der Zukunft? Wir brauchen eine bessere regionale Orientierung, weil nicht alle Themen, die die kleinen Inselstaaten oder die großen Länder wie Nigeria und Südafrika haben, alle berühren, und deswegen, denke ich, brauchen wir neue regionale Strukturen unter einem gemeinsamen Dach, und durch die Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP-EU parlamentarisch abgefedert.

Neven Mimica, *Member of the Commission*. – Madam President, I would like to thank the Committee on Development and the rapporteur, Mr Neuser, for the report on the future of ACP-EU relations beyond 2020. I also thank the Committee on Foreign Affairs, the Committee on International Trade and the Committee on Budgets for their opinions.

This report is an important milestone. The Cotonou Agreement binds us with almost 80 countries in the world. We have a unique opportunity ahead of us. Let us put the EU global strategy into practice and let us use a future partnership as a vehicle for implementing the 2030 Agenda for Sustainable Development jointly.

I am pleased to express support for this report. Let me point out some of the features I find most important. We are aiming for a partnership that is flexible enough to cope with a radically, and rapidly, changing international environment. We should aim to address effectively common challenges and take advantage of economic opportunities to deliver peace and prosperity for our people, both in the European Union and in the ACP countries. We need a partnership that reflects and reinforces EU interests, objectives and means, as well as those of our ACP partners. This new partnership should keep what has worked, but we should also use the opportunity to improve, or create new ways of working, where weaknesses have been shown. Our main concern should be to keep the essential elements as global safeguards, such as respect for human rights, democracy and the rule of law, as well as good governance. This is clearly fundamental.

We should also maintain and reinforce our regular political dialogue with our partner countries. International commitments, such as the 2030 Agenda for Sustainable Development or the Paris climate agreement, should be central references in a future partnership. Enhancing dialogue with ACP countries in order to forge global alliances in multilateral settings offers a new perspective for a future partnership. An excellent case in point was the final round of negotiations during COP 21 in Paris. The fight to eradicate poverty and combat inequalities is at the heart of our policies and we know that efforts should be maintained.

We also expect strong commitment on the part of the ACP countries. Any future framework that links the ACP to the EU should learn from the positive aspects of Cotonou, including its legally binding nature. The world around us is evolving and so are the roles of organisations and institutions. The partnership should recognise this and give due consideration to all levels, both continental and regional. It should equally reflect on how to involve national parliaments and other actors at local level, as well as non-state actors, in our project. The impact of the private sector should also be fostered since it has proven to be an essential motor for development. The report encourages engagement with additional countries as well as our current ACP partners. For the sake of geographical and political coherence, this certainly merits consideration.

While I trust that many honourable Members share most of these opinions, I look forward now to hearing your comments.

Javier Couso Permuy, *ponente de opinión de la Comisión de Asuntos Exteriores.* – Señora Presidenta, como sabemos, los Acuerdos de Asociación han tenido numerosos impactos negativos en las economías de los países ACP, por lo que es necesario una nueva asociación, justa, entre iguales, que respete la soberanía de los países, que busque la satisfacción de las necesidades básicas y el respeto de los derechos humanos. La nueva asociación deberá promover el desarrollo de las capacidades productivas de los países, proteger la agricultura tradicional y luchar contra el acaparamiento de tierras.

Apoyamos la decisión de las Naciones Unidas de crear un instrumento jurídico a fin de que las empresas respeten los derechos humanos, para acabar con la explotación laboral, la esclavitud moderna, el flujo ilícito de capitales y la financiación del terrorismo o de los conflictos.

Es importante subrayar la universalidad de los derechos humanos consagrados en el Derecho internacional —incluyendo el Derecho internacional de los migrantes y refugiados—, que deben ser respetados, así como la Convención de Ginebra.

Quisiera señalar, finalmente, la importancia de acabar con la injerencia extranjera en los asuntos internos, así como el fin de las políticas neocoloniales y el desmantelamiento de todas las bases militares extranjeras.

Jude Kirton-Darling, *rapporteur for the opinion of the Committee on International Trade.* – Madam President, our economic and political relations with the African, Caribbean and Pacific countries have never been more important, and this report sets out three key principles for our future relations with those countries beyond 2020 and the current Cotonou Agreement. Firstly, the sustainable development goals must be at the heart of our future partnership. Secondly, any post-Cotonou agreement must remain legally binding and enforceable. And thirdly, we must strengthen the involvement of civil society and improve monitoring structures.

Our trade policy and economic partnership agreements (EPAs) are central to this strategy. These regional instruments should support the overall framework agreement. However, there is a real danger here. A new framework agreement will only come once Cotonou expires after 2020, and yet we are already voting on the content of those EPAs, now and in the coming months, and the agreements so far put before this House have been a long way away from the principles contained in this report.

I therefore urge colleagues not only to support Norbert Neuser's excellent report but also to follow through when considering the ratification of future EPAs.

Eider Gardiazabal Rubial, *ponente de opinión de la Comisión de Presupuestos.* – Señora Presidenta, señor Comisario, desde la Comisión de Presupuestos consideramos que la coincidencia en el tiempo de la finalización del actual marco financiero (2014-2020) y el Acuerdo de Cotonú nos brinda una oportunidad perfecta para que, por fin, tal y como viene reclamando hace tiempo este Parlamento, el Fondo Europeo de Desarrollo pueda ser incluido en los presupuestos europeos.

Y para ello consideramos fundamental que la Comisión empiece a trabajar desde ya en una hoja de ruta y la pueda presentar antes del próximo marco financiero. Eso creemos que le daría mayor legitimidad y eficacia al Fondo y, sobre todo, nos permitiría coordinar y mejorar la coherencia de las políticas de la Unión y de los instrumentos existentes.

Quiero recordar que la lucha contra la pobreza es esencial para afrontar las causas de la migración y de los desplazamientos forzosos y que, por lo tanto, esta tiene que seguir siendo uno de los objetivos globales de la Unión. Y con esto quiero decir que los nuevos instrumentos que ha planteado la Comisión, como el plan de inversiones para África o el fondo fiduciario, no pueden en ningún caso comprometer la política de cooperación al desarrollo, ni tampoco utilizar fondos para fines distintos a los que ya hemos tratado.

Maurice Ponga, *au nom du groupe PPE.* – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, je souhaitais tout d'abord remercier notre collègue, Norbert Neuser, pour le travail réalisé et pour l'excellente collaboration sur ce dossier.

Ce rapport est important car il énonce nos priorités sur l'avenir de nos relations avec les pays ACP et permettra, je l'espère, d'orienter la Commission européenne dans ses propositions.

Je suis convaincu que nous devons nous servir de l'acquis de Cotonou et l'améliorer afin de répondre aux nouveaux défis mondiaux que sont notamment la migration ou bien le changement climatique. Nous ne pouvons pas repartir de zéro. Il faut avancer et faire progresser ce qui existe déjà.

Ainsi, il faut garder un texte juridiquement contraignant qui s'adresse à l'ensemble du groupe ACP, même si la dimension régionale doit être mieux prise en compte. Il me semble important d'inscrire notre partenariat après 2020 dans le cadre des nouveaux objectifs de développement durable et d'insister pour que les droits de l'homme et la bonne gouvernance soient les pierres angulaires de notre partenariat avec les pays ACP.

Si nous appelons à une budgétisation du Fonds européen de développement dans notre rapport, celle-ci doit être soumise à deux conditions préalables. Tout d'abord, le maintien des enveloppes existantes et, deuxièmement, la création d'un instrument permettant de financer les dépenses sécuritaires liées au développement. En effet, je partage l'idée qu'il ne peut y avoir de développement sans paix et que la sécurité est une condition préalable du développement. Il nous faut donc un outil qui permette de répondre à ces problématiques.

À cet égard, je suis heureux que le rapport soutienne l'idée de sortir les pays et territoires d'outre-mer du Fonds européen de développement et propose la création d'un instrument financier spécifique à ces derniers. C'est là une étape nouvelle qui doit conduire, dès 2020, à mieux réaffirmer l'appartenance européenne de nos pays et territoires d'outre-mer et à promouvoir leur rôle d'ambassadeurs de l'Union européenne en défendant nos valeurs dans les pays en développement voisins.

Enrique Guerrero Salom, *en nombre del Grupo S&D.* – Señora Presidenta, señor Comisario, en primer lugar quería agradecer al señor Neuser el informe que nos ha preparado, que creo que es un informe muy completo que va a permitir una hoja de ruta para que el Parlamento participe en la renovación del Acuerdo de Cotonú.

Este es un Acuerdo que nos ha permitido tener un diálogo político con un buen número de países de distintos continentes y que ha reforzado la acción exterior de la Unión Europea.

Es también un Acuerdo que nos ha permitido tomar parte en la prevención de conflictos y en trabajar por la paz una vez que estos conflictos han desembocado. También nos ha permitido participar en la protección de los derechos humanos, en proveer buena gobernanza, en hacer avanzar procesos democráticos.

Tengo que señalar, no obstante, que han sido muy discutibles los resultados en lo que se refiere a los Acuerdos de Asociación Económica, que sin duda deben ser revisados. Pero los tiempos están cambiando y los tiempos ya han cambiado, y la situación ahora de esos países y de la Unión Europea no es la misma situación que cuando se abordó por primera vez el Acuerdo de Cotonú.

Ahora son tiempos para trabajar entre iguales; son tiempos de respeto mutuo; son tiempos de reequilibrio para equilibrar nuestras relaciones; y son tiempos, por tanto, de abrirnos a un nuevo horizonte para los próximos veinte años, a través de una colaboración más que de una acción unidireccional.

Morten Messerschmidt, *for ECR-Gruppen*. – Fru formand! Der er nogen, der foregøgler, at man kan skabe vækst ved at lave indkomstomfordeling. Det har de sidste 50 års verdenshistorie vist ikke kan lade sig gøre. Det, der skaber vækst og fremgang og heldigvis også politiske rettigheder som demokrati og frihed, det er frihandel. Det, at nationer og aktører kan handle frit og uhindret, når de skal udveksle varer og andre gode sager, det skaber vækst! Og det er det, vi har brug for i forhold til de partnerskabslande, som vi taler om i dag.

Meget er sket, siden de første aftaler blev indgået, men det er også på tide, at vi ser indad i forhold til mange af de udfordringer af mere dogmatisk karakter, som vi i Den Europæiske Union præsenterer. Jeg kan ikke lade være med at tænke på hele det støttehalløj, der findes inden for landbrugssektoren, som er af ekstrem protektionistisk karakter og forhindrer, at eksempelvis landbruget i mange af de partnerlande, vi taler med, kan agere netop frit i forhold til europæiske producenter.

Vi har også brug for i højere grad at vurdere de programmer, vi sætter i søen. Da jeg skulle forberede mig til i dag, kiggede jeg tilbage og undersøgte, hvornår vi egentlig senest har fået særberetninger fra Revisionsretten, der gennemgår de støtteprogrammer, som AVS-landene indgår i. Og vi skal altså mere end ti år tilbage for at finde en gennemgående beretning om alle de støtteprogrammer, som vi har sat i søen. Det er ikke godt nok! Slet ikke, når man ser på den kritik, der blev fremsat dengang. Der er således i den grad behov for, at vi får gennemgået alle sagerne endnu engang.

Overordnet er der dog mange gode betragtninger fra hr. Neuser, og vi kan støtte betænkningen, men der skal virkelig mere arbejde til, hvis det her skal virke.

Paavo Väyrynen, *ALDE-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, ALDE-ryhmä on tyytyväinen kehitysvaliokunnassa laadittuun mietintöön Afrikan, Karibian ja Tyynenmeren alueen maiden ja Euroopan unionin suhteiden tulevaisuudesta. Cotonoun sopimuksen vanhentuessa vuonna 2020 haluamme tilalle uuden yhteistyösopimuksen, jonka keskiössä ovat kaikkia maailman valtioita koskeva Agenda 2030 ja kestävän kehityksen tavoitteiden saavuttaminen.

Cotonoun sopimuksen tavoitteena on ollut köyhyyden vähentäminen Afrikan, Karibian ja Tyynenmeren alueen maissa sekä näiden maiden tukeminen niiden integroitumisessa maailmantalouteen. Edellä mainittujen tavoitteiden saavuttamisessa ei valitettavasti ole edistytty riittävästi. Seuraavan sopimuksen tulee mahdollistaa yhteistyön syventäminen ja tehostaminen jäsenmaiden tahdon mukaisesti, jotta voimme edistää myönteistä kehitystä paitsi talouden, myös rauhan ja turvallisuuden, ihmisoikeuksien, oikeusvaltion, muuttoliikkeen, ilmastonmuutoksen ja laajemminkin ympäristön suojelun saralla.

Paljon on tapahtunut vuoden 2000 jälkeen, jolloin Cotonoun sopimus allekirjoitettiin. Kumppanuuden rakenne tulee mukauttaa vastaamaan uusiin haasteisiin ja sovittaa se yhteen alueellisten sopimusten ja järjestöjen kanssa.

Kumppanuuden potentiaali on huomattava. Yhdessä me muodostamme merkittävän ryhmittymän, jolla on yhteinen toimielinkehys ja suuri budjetti, Euroopan kehitysrahasto.

Lola Sánchez Caldentey, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora Presidenta, lamento profundamente que este informe sea una oportunidad perdida para marcar una diferencia en la relación entre la Unión Europea y los países del África subsahariana, el Caribe y el Pacífico, es decir, los países más pobres del mundo.

Deberíamos fomentar una salida al círculo de la pobreza en el que la Unión Europea es, con frecuencia, parte del problema, y no de la solución.

Me parece inaceptable que en este informe no se ponga en el centro la solución de la deuda, que mantiene a tantos Estados en una constante situación de subordinación frente a sus acreedores.

Tampoco intenta acabar con los flujos ilícitos de capital o con el fraude fiscal, que vacían de recursos domésticos sus economías. Estos países están sometidos a un expolio constante, pues grandes cantidades de capital generados en ellos vuelven a Europa o a paraísos fiscales, y eso se llama robar.

Todo esto tiene un solo nombre: neocolonialismo financiero.

Basar la ayuda al desarrollo en relaciones comerciales asimétricas aumenta la desigualdad y la pobreza, condenando a estos países a un estado de perpetuo sometimiento y dependencia.

Se supone que los objetivos de desarrollo sostenible deben estar en el centro del nuevo acuerdo y, sin embargo, solo son un elemento ornamental.

Los pilares fundamentales de las relaciones ACP-UE deben ser la lucha contra la pobreza y la desigualdad a través del desarrollo endógeno, respetando el espacio propio para que los Estados implementen las políticas que más convienen a sus ciudadanos, y no a las empresas europeas.

Todos tenemos nuestras contradicciones, pero hay algunas líneas rojas y algunos principios irrenunciables, y por eso no apoyaré con mi voto este informe.

Maria Heubuch, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Herr Kommissar, Norbert Neuser! Herzlichen Dank an Dich für Deine Arbeit, für einen Bericht, der sehr detailliert ausführt, in welcher Form die Zusammenarbeit zwischen EU und AKP-Ländern gestaltet werden kann. Ich meine aber, dass sich der Berichterstatter und der Entwicklungsausschuss zu früh auf eine bestimmte Position festlegen, und daher haben wir Grünen auch dagegen gestimmt. Die Arbeit im Ausschuss war so gut wie beendet, bevor die Ergebnisse der Evaluierung des Cotonou-Abkommens bekannt wurden. Auch wurde nicht abgewartet, bis mögliche Szenarien und Kooperationsformen auch im Detail durchdekliniert waren. Und ohne diese wichtige Grundlage wollen wir Grünen uns nicht vorschnell festlegen.

Uns ist es wichtig, evidenzbasiert Entscheidungen zu treffen für ein wirklich tragfähiges künftiges Abkommen. Ja, die Europäische Union blickt zurück auf eine lange Tradition der Zusammenarbeit mit den AKP-Ländern, und das war eine sehr wichtige Zusammenarbeit. Doch die Diskussion jetzt zur Zukunft in unserer Beziehung zu AKP findet ja schließlich nicht im luftleeren Raum statt! Wir haben die Überarbeitung des Europäischen Konsenses vor uns. Wir haben im Juni von der Hohen Vertreterin der Europäischen Union die globale Strategie der EU vorgestellt bekommen. Wir haben die SDGs. Sie haben selbst, Herr Kommissar, vom Klimaschutzabkommen geredet.

Also: Vieles ist im Umbruch, und wir sollten doch dies nutzen, hier auch ergebnisoffen an alle Möglichkeiten heranzugehen, uns mit allen Möglichkeiten auseinanderzusetzen, auch zu schauen, was in der Zusammenarbeit nicht so gut geklappt hat. Es gilt schließlich auch, schwierige Fragen zu beantworten: die Fragen zur Finanzierung, der rechtlichen Verbindlichkeit oder der künftigen Struktur der Partnerschaft, auch wie wir die regionale Zusammenarbeit im Detail ausbauen können. Doppelstrukturen müssen abgebaut werden. Ich bin überzeugt: Wie auch immer wir uns für die Zukunft entscheiden, wir müssen nicht bei Null anfangen, denn wir können auf eine gute Zusammenarbeit aufbauen und haben jetzt die Chance, hier etwas Neues voranzubringen.

Ignazio Corrao, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, innanzitutto voglio complimentarmi con il collega Neuser per l'ottimo lavoro fatto nella sua relazione, una relazione su cui abbiamo votato a favore in sede di commissione per lo sviluppo e con cui condividiamo la premura nel tracciare e dotare il Parlamento europeo di una posizione sul futuro dell'accordo di Cotonou dopo il 2020.

Riconosciamo che troppo spesso il Parlamento europeo è arrivato in ritardo nel far conoscere la propria posizione su temi e argomenti che mettono insieme commercio, diritti umani e sviluppo. Anche da parte nostra si è espressa la volontà di poter rendere efficace ed adeguare la partnership ACP-UE in base alle attuali e future sfide che si presenteranno.

Anche se siamo a favore dell'impostazione voluta dal collega Neuser, dobbiamo sempre ricordare che, nei quattro anni che ci separano dal 2020, il mutamento delle condizioni potrebbe portare a un superamento delle posizioni della relazione. Quindi, partendo dal presupposto che l'attuale situazione è quella di non aver saputo incidere sulle gravissime problematiche causate dagli interessi diretti e indiretti dei vari Stati e delle multinazionali europee e non nei paesi ACP, necessitiamo di un solido quadro legale con strumenti in grado di affrontare adeguatamente le gravissime problematiche dei settori per cui l'accordo con i paesi ACP era stato pensato per rappresentare una valida soluzione.

Dovremmo essere tanto lungimiranti da prevedere e pensare alla nuova partnership come sarti in grado di realizzare un vestito su misura per il raggiungimento degli obiettivi dell'agenda delle Nazioni Unite del 2030.

Olaf Stuger, *namens de ENF-Fractie*. – September was de maand van de verspilling. September was een recordmaand, want in september is er 6,6 miljard aan verspilling geconstateerd. 5,7 Miljard aan havens, dokken en golfbrekers. Allemaal in het water gevallen. 780 Miljoen verdween in Moldavië en 129 miljoen is in rook opgegaan in de Palestijnse gebieden.

Voorzitter, op datzelfde moment in september is de Nederlandse regering bezig met het vrijmaken van 50 miljoen euro voor mantelzorg aan chronisch zieken en ook volgend jaar in Nederland zal de zorgpremie met 10 euro stijgen. Nederland haalt de broekriem aan en in Brussel blijft verspilling troef.

Voorzitter, ik zie het zo: een moeder spaart elke euro en legt dat bij elkaar om het schoolreisje van haar dochter te betalen, terwijl op hetzelfde moment twee straten verder vader 300 euro in een gokmachine werpt. Dat kan niet. Dat is buitensporig. Voorzitter, dat is schandalig!

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, οι συμφωνίες εταιρικής σχέσης μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Ομάδας των κρατών της Αφρικής, Καραϊβικής και Ειρηνικού πρέπει να επικεντρωθούν σε τρία βασικά ζητήματα. Το πρώτο είναι η οικονομική εταιρική σχέση με πρωταρχικό σκοπό την προώθηση των συμφερόντων των κρατών μελών της Ένωσης, αλλά και τη δημιουργία βιώσιμης ανάπτυξης στις χώρες αυτές ως βασικός παράγοντας αναχαίτισης της λαθρομετανάστευσης. Δεύτερον, δημιουργία προϋποθέσεων ώστε, ειδικά για τις αφρικανικές χώρες, κάθε εγκληματική τρομοκρατική ενέργεια και παραβίαση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και του κράτους δικαίου να συνιστά αυτόματα εφαρμογή μέτρων και κυρώσεων κατά των χωρών αυτών. Τρίτον και κυριότερο, με κάθε εγγραφή στον προϋπολογισμό κονδυλίων του Ευρωπαϊκού Ταμείου Ανάπτυξης θα πρέπει να οριοθετούνται σαφείς εγγυήσεις, νομικές ρήτρες και υλοποιήσιμοι στόχοι που θα συνδέονται άμεσα με τη συνέχεια ή τη διακοπή της χρηματοδότησης των χωρών αυτών.

Bogdan Brunon Wenta (PPE). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Chcę pogratulować panu Norbertowi Neuserowi tego trudnego sprawozdania o przyszłych stosunkach AKP–Unia Europejska.

Jak pokazują doświadczenia ostatnich lat, dzięki umowie z Kotonu dotychczasowa współpraca na linii AKP–Unia Europejska przynosi pozytywne rezultaty. Jednak ich wymiar nadal nie jest jeszcze zadowalający. Zauważalna jest konieczność dalszej kooperacji, a nawet jej wzmocnienie, zwłaszcza w aspekcie gospodarczym. W dalszym ciągu bowiem 80 % krajów wchodzących w skład AKP należy do państw najsłabiej rozwiniętych.

Powyższe oraz aktualna sytuacja ekonomiczna wskazują, że potrzebna jest zmiana formuły w relacjach AKP–Unia Europejska. Zaangażowanie UE powinno coraz częściej polegać na wypracowaniu relacji, które będą w większym stopniu partnerskie.

Kluczową rolę w dalszym rozwoju odgrywać powinny umowy gospodarcze i inwestycje, co również przyczyni się do większego upodmiotowienia państw AKP. Handel jest jednym z trzech głównych filarów umowy z Kotonu, wpływającym na wzrost inwestycji, ograniczenie bezrobocia i oczywiście walkę z ubóstwem. Dlatego też jego wzmocnienie jest niezbędne dla dalszego wzrostu i rozwoju gospodarczego tych krajów.

Tymczasem import UE tylko z krajów Afryki Zachodniej zmalał z ponad 38 mld w roku 2013 do nieco ponad 27 mld w roku 2015. Jednocześnie UE jest nadal głównym partnerem handlowym krajów AKP z ponad 5 % poziomem importu i eksportu w skali całej UE.

Równocześnie dbanie o dalszy zrównoważony rozwój i walka z ubóstwem muszą następować w połączeniu z postępem na rzecz rozwoju demokracji i poszanowaniem praw człowieka.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il quadro di cooperazione UE-ACP ha fortemente contribuito, nel corso degli ultimi quarant'anni, a rafforzare i legami tra i popoli e i parlamenti dei rispettivi paesi. In prossimità della scadenza dell'accordo di Cotonou, la nostra cooperazione va datata e calibrata alle nuove sfide del Millennio.

È necessaria quindi una nuova struttura che conservi le parti dell'acquis UE-ACP e che ne preservi gli elementi essenziali. I diritti umani, l'uguaglianza di genere, i principi democratici e lo Stato di diritto devono costituire la base di valori di questo nuovo accordo, unitamente alla buona governance. Il dialogo politico deve restare un pilastro giuridico centrale. Gli articoli 8 e 96 devono trovare maggior attenzione anche al fine di preservare crisi e conflitti, come ha sottolineato l'on. Neuser. Chiedo inoltre il rafforzamento della dimensione parlamentare, ma anche il coinvolgimento della società civile.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Dobiegająca końca umowa o partnerstwie między Unią a grupą krajów Afryki, Karaibów i Pacyfiku nie przyniosła oczekiwanych rezultatów, gdyby porównać ją z innymi partnerstwami Unii. Osiągnięcia m.in. w dziedzinie zwalczania biedy, budowy państwa prawa czy integracji z gospodarką światową to niestety wciąż za mało, by na tym etapie bardzo dobrze ocenić spuściznę tego porozumienia. Szczególnie martwi mnie fakt, że dialog w kwestii promowania praw człowieka jest mało zaawansowany i występują w nim znaczne różnice interpretacyjne pomiędzy niektórymi krajami, co prowadzi do sporów i narastającej nieufności ze strony państw AKP. Narzucanie unijnych rozwiązań, groźby związane ze wstrzymaniem wsparcia finansowego często interpretowane są przez naszych partnerów jako przejaw paternalizmu, a nawet neokolonializmu. Niestety nie pomaga to w budowaniu realnego partnerstwa, wręcz przeciwnie, umacnia relację darczyńca-beneficjent, od której Unia musi zacząć odchodzić, by móc budować partnerstwo równych podmiotów oparte na wspólnych celach: odpowiedzialności, równych prawach i dzieleniu kosztów.

Wyrażam głęboką nadzieję, że podczas planowania kierunków i zasad współpracy uwzględnimy różnice interesów i weźmiemy pod uwagę zmiany, jakie zaszły w światowej gospodarce, w polityce oraz wewnątrz obu grup. Poddajmy dotychczasowe dokonania szczegółowej analizie.

Charles Goerens (ALDE). – Madame la Présidente, les relations UE-ACP sont loin d'être démodées. Bien au contraire, le partenariat UE-ACP a toujours pu évoluer dans des contextes changeants, comme le confirment d'ailleurs nombre d'évaluations. Des progrès importants ont pu être réalisés dans les domaines de la santé, de la promotion et de la coopération régionale en Afrique, sans parler des infrastructures. Sur le plan de la coopération politique, le bilan est un peu plus mitigé. En effet, cette dimension reste encore largement inutilisée.

Je persiste à croire que le Cycle de Doha, par exemple, qui ambitionnait de combiner le commerce et le développement dans l'intérêt de tous, et plus particulièrement des plus faibles, a échoué faute de pouvoir s'entendre sur une ligne commune entre l'Union et les 79 États ACP. De mon point de vue, les deux parties auraient intérêt à s'entendre sur un pacte stratégique qui pourrait peser de tout son poids à l'Assemblée des Nations unies et dans le cadre des grandes conférences multilatérales.

Mais il faut s'interroger avant tout sur la façon de valoriser ces potentialités. Or, il y a lieu de constater que, malheureusement, nos responsables politiques – les États membres – ne s'impliquent que faiblement dans cette coopération. Puisque nous ne cessons de proclamer à longueur de journée que le réveil de l'Afrique est imminent, nous serions en droit d'attendre une action politique plus offensive, plus robuste, plus déterminée et plus efficace. Oui, nous formons avec les ACP, et plus particulièrement avec nos voisins d'Afrique subsaharienne, une communauté de destin dans des domaines aussi divers que le climat, l'énergie et la sécurité, notamment.

Mon dernier point est une mise en garde pour ceux qui seraient tentés de faire éclater la relation UE-ACP dans ses composantes régionales. Et je ne voudrais pas terminer sans avoir remercié Norbert Neuser d'avoir ouvert le débat avec un rapport qui n'est pas la fin d'un processus, mais n'en est que le début.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhora Presidente, as relações entre a União Europeia e os países ACP devem assentar, desde logo, no reconhecimento de uma dívida histórica por reparar de centenas de anos de colonialismo, saque, de opressão e exploração; no reconhecimento e combate à natureza profundamente assimétrica das interdependências Norte-Sul que os últimos anos não mitigaram.

O objetivo da integração progressiva dos países ACP na economia mundial não pode ignorar que essa integração não deve ser, mas está a ser, uma integração subordinada, dependente e periférica, assente em relações injustas entre partes desiguais.

A liberalização e a desregulação do comércio de que os chamados Acordos de Parceria Económica são um instrumento servem os interesses das potências e dos grupos económicos do norte, mas não as necessidades de desenvolvimento sustentável dos países e das comunidades do sul, bem pelo contrário.

A relação com os países ACP deve ser respeitadora da sua soberania, das suas legítimas opções e aspirações, não um biombo para lhes impor modelos de organização política e económica ou o alinhamento geoestratégico com as prioridades e opções da União Europeia.

Bodil Valero (Verts/ALE). – Fru talman! Jag har haft möjlighet att delta i AVS-delegationen sedan 2014 när jag kom in här i parlamentet, och jag vill poängtera att jag tycker att den här politiska dialogen mellan våra länder är mycket värdefull, och att samarbetet är positivt.

Men med det sagt menar jag inte att vi borde haft så bråttom, som vi har haft här i parlamentet, att komma med ett betänkande om detta just nu. Precis som min kollega Maria tidigare har tagit upp, menar jag att vi måste titta på och studera frågan mycket, mycket noggrannare.

Det är ju så att vi vid sidan av AVS-arbetet har många andra parallella strukturer, många som också omfattar i princip samma regioner, och då måste vi fråga oss om vi arbetar på rätt sätt. Att ha de här parallella strukturerna uppfattas också som väldigt rörigt av aktörer utanför, men vi måste vid en eventuell förändring också se till att det som är bra i den nuvarande strukturen och samarbetet inte försvinner. Jag tänker i synnerhet på de möjligheter vi har att tillsammans med flera regioner tala om frågor som omfattar oss alla, men inte bara just de här regionerna utan också andra delar av världen. Klimatpåverkan är en sådan fråga som vi måste diskutera väldigt brett, bland annat i det här samarbetet.

Raymond Finch (EFDD). – Madam President, I would first like to say how shameful it is that there appear to be more spectators in the gallery than there are Members in the Chamber. Is it any wonder that the peoples of Europe do not listen to you, when you cannot even be bothered to listen to yourselves?

The EU-ACP partnership is based upon near-colonialism. The EU taxpayer will pay EUR 30 billion for the EDF in 2014-2020 in order to ensure that the poorer nations are in its debt and therefore subject to the rapacious greed of big business. This is against all that your European Union is supposed to stand for, and we see the results in the economic partnership agreements, in the fisheries agreements and in the common agricultural policy.

If the EU really wants to help the third world, then it should enable those nations to build their own economies and ensure free trade, not just for raw materials in the age-old manner of the colonialists, but also for finished products and goods. As long as we keep pouring in aid for no good outcome, we encourage the cycle of third-world government dependency and keep the poorest the poorest. Democracy, independence and freedom come only when peoples have a safe, solid, sustainable economy. We need to break the cycle of dependency, and giving corrupt governments more and more taxpayers' money merely encourages more of the same results.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Madame la Présidente, chers collègues, la notion même de communauté de développement entraîne celle de frontières et de régulation du marché intérieur. C'est le *Zollverein*, c'est l'Europe communautaire qui, à l'origine, se protégeait comme toute zone économique.

Le rapport de ma collègue de Sarnez soulignait d'ailleurs, et à juste titre, le besoin d'un marché intérieur africain. Je souligne qu'il doit être protégé. C'est cette protection que vous refusez. Mais pouvons-nous donner des leçons de développement avec l'échec du développement chez nous et notre approche d'un marché sans frontières, d'une concurrence libre et non faussée, démarche qui nous a conduits où nous sommes, à savoir, au bord du précipice économique européen?

Cette démarche, cette approche idéologique du marché, qui détruit les emplois chez nous, accroît les disparités Nord-Sud chez nous, la Commission veut cependant l'imposer à l'Afrique et aux autres continents. Cela ne marche pas. On veut encore aller plus de l'avant jusqu'à l'implosion de l'Europe et de l'Afrique. Non contente de détruire le développement Nord-Sud de l'Europe, la Commission veut aussi détruire le développement Nord-Sud du prochain de l'Europe, celui de l'Afrique et des pays du Sud de l'Europe. Chers collègues, nous devons dire «non» à ces accords. Les pays en développement nous regardent.

Les accords de Lomé osaient le protectionnisme pour le développement. Les accords de Cotonou ouvraient déjà cette folle idée du renard libre dans le poulailler libre pour obtenir le développement. Des pays refusent. C'est le chantage à l'ouverture de nos frontières, c'est le néocolonialisme. Honte à la Commission, honte à nous, si nous acceptons ces accords.

Cristian Dan Preda (PPE). – Madame la Présidente, je tiens tout d'abord à féliciter le rapporteur, M. Neuser, qui a travaillé dans un esprit de compromis, ce qui a permis d'aboutir à un texte équilibré et ambitieux. Ce rapport représente une contribution importante du Parlement qui, je l'espère, sera prise en considération dans la communication que nous attendons sur l'avenir des relations ACP-UE après 2020.

En tant que rapporteur permanent pour la cohérence des politiques au service du développement (CPD), je me réjouis de voir que ce concept a été mis en avant dans ce rapport. La CPD a beaucoup à apporter, non seulement dans la révision de l'accord de Cotonou mais également dans la mise en œuvre des objectifs de développement durable. C'est pour cette raison que j'ai tenu à ce que le rapport appelle à nouveau à la mise en place de corapporteurs permanents sur la CPD au sein de l'Assemblée paritaire ACP-UE.

Il est vrai que le partenariat ACP-UE n'a pas rempli tous ses objectifs et qu'il a déçu sur certains aspects, mais je suis convaincu que nous pouvons améliorer ces points faibles tout en conservant la structure actuelle, qui est un outil unique dans les relations extérieures de l'Union. Son caractère juridiquement contraignant contribue grandement à son efficacité.

Selon moi, il faut que la réforme du partenariat prenne en considération nos autres outils de politique étrangère, notamment les différentes feuilles de route qui vont aboutir à la stratégie globale de l'Union. Je regrette que cette stratégie ne mentionne pas spécifiquement le partenariat ACP-UE. S'il y a un point sur lequel la réforme de l'accord de Cotonou doit concentrer tous ses efforts, c'est celui du renforcement du dialogue politique. De nombreux pays africains sont actuellement confrontés à de graves crises politiques et électorales – le dernier en date étant le Gabon – et, notamment, à la question de la limite des mandats présidentiels: c'est ici que le dialogue politique prend tout son sens. Il doit pouvoir être utilisé par les deux parties pour prévenir ces crises et agir en amont.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Madam President, it really is time to renew our relations with the African, Caribbean and Pacific states, not only because the current Cotonou Agreement expires in 2020 but also because pressing challenges need solutions that we can only achieve jointly with our partner countries.

I am strongly in favour of European Parliament support for a new cooperation structure keeping the unity of the European Union states with their 79 partner countries, under one umbrella, while at the same time permitting closer regional cooperation. Climate change is one of the issues that the EU and ACP countries have to tackle as soon as possible. Another is addressing poverty and the fragility of states, as the root causes of migration, in a sustainable way. This forum is the best place to listen to each other's needs and find common solutions to global problems.

Last but not least, allow me warmly to congratulate the rapporteur, Mr Neuser.

Isabella Adinolfi (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'Accordo di partenariato di Cotonou tra l'Unione europea e i membri del gruppo degli Stati dell'Africa, dei Caraibi e del Pacifico è stato firmato nel 2000.

Abbiamo visto, in questi sedici anni trascorsi, gli Stati coinvolti nel partenariato e gli *stakeholder* lottare per rafforzare i tre pilastri complementari dell'accordo – la dimensione politica ed economica, la cooperazione commerciale e la cooperazione allo sviluppo – al fine di debellare la povertà, promuovendo gli Stati ACP nell'economa mondiale.

Noi ci complimentiamo per i risultati raggiunti finora. Lamentiamo però che il Fondo europeo di sviluppo sia uno strumento finanziario al di fuori del bilancio generale dell'Unione e chiediamo vivamente che il Parlamento europeo possa ricoprire in futuro un ruolo più forte nelle decisioni post-Cotonou.

In alcuni paesi dell'Africa c'è una crescente tensione dovuta a ragioni di carattere politico. L'aumento dell'insicurezza alimentare e nutrizionale, della siccità e dell'immigrazione figura tra le problematiche che il futuro trattato dovrà affrontare. Spero, inoltre, che l'integrazione giovanile sarà considerata uno dei punti di primaria importanza da risolvere nei prossimi accordi.

Michael Gahler (PPE). – Frau Präsidentin! Ich finde, es ist jetzt die richtige Zeit, dass wir über die Zeit nach Cotonou debattieren und diesen Bericht auf der Tagesordnung haben. Herzlichen Dank an den Kollegen Neuser, er hat sich damit sehr viel Mühe gemacht und auch die Fraktionen sehr gut in diesen Bericht eingebunden. Ich denke, das Abkommen sollte Anlass sein, dass wir über die Zukunft im Bereich der besseren Zusammenarbeit reden. Denn die Ziele, die wir uns eigentlich auch schon vor Cotonou in den vier Lomé-Abkommen gesetzt haben, nämlich die Lebensumstände der Menschen im AKP-Bereich zu verbessern, diese Ziele haben wir leider in weiten Teilen nicht erreicht.

Wir haben es zum Beispiel nicht geschafft, dass der afrikanische Kontinent wirklich Teil der Weltwirtschaft geworden ist in der Form, dass dort die Menschen vor Ort davon profitieren. Wir haben es nicht geschafft, dass es bessere Regierungsführung, *better governance,* in weiten Teilen des AKP-Bereichs gibt, sondern wir erleben bis in die heutigen Tage – es ist eben Gabun genannt worden, ich selber war in den Sommerferien zur Wahlbeobachtung in Sambia –, dass es dort politische Umstände gibt, bei denen man feststellen muss, dass schon bei Wahlen selbst der Anfang von Illegitimität dadurch zustande kommt, dass eben die Umstände unfair sind, und dass daher auch die Menschen von Anfang an nicht das Vertrauen in ihre Regierenden bekommen können.

Da, glaube ich, müssen wir ansetzen: ohne gute Regierungsführung keine dauerhafte Entwicklung. Da müssen wir auch bisherige Instrumente hinterfragen. Ich nenne da mal diese generelle Budgethilfe, die war über viele Jahre lang ein beliebtes Instrument. Ich glaube, da müssen wir andere Wege finden, um dafür zu sorgen, dass die Mittel tatsächlich dort ankommen, wo sie auch eingesetzt werden sollten.

Marlene Mizzi (S&D). – Sinjura President, dan hu rapport importanti għax jindirizza r-relazzjoni bejn il-pajjiżi tal-ACP u l-Unjoni Ewropea u jirrikonoxxi l-fatt li l-koperazzjoni bejn il-pajjiżi tal-ACP u l-Unjoni hi kisba valida u importanti, u li ġiet imsaħħa matul is-snin.

L-Economic Partnership Agreements - l-EPAs- huma għodda ta' żvilupp biex ikabbru l-kummerċ bejn iż-żewġ blokki. L-EPAs servew sew biex jgħinu lill-pajjiżi tal-ACP jgħaġġlu l-iżvilupp tal-ekonomiji tagħhom u jidħlu fis-suq globali.

Hu importanti li l-EPAs jintużaw biex jiġu indirizzati iżda sfidi ġodda, bħall-ambjent, tibdil fil-klima, terroriżmu, u l-migrazzjoni.

Għad hemm ħafna xi jsir biex nindirizzaw żvilupp akbar fil-pajjizi ACP. Biex isir hekk irid ikun hemm tisħiħ tad-djalogu politiku u nimxu lejn qafas uniku ta' ftehimiet reġjonali li jkunu mfassla għall-bżonnijiet partikolari ta' dak ir-reġjun. Mhux każ li kull qies hu tajjeb għal kulħadd, għax kull reġjun għandu l-bżonnijiet u l-isfidi tiegħu. Hekk biss nistgħu nindirizzaw l-isfidi u l-bżonnijiet komuni tal-pajjiżi ACP u tal-Ewropa.

U prosit lir-Rapporteur Norber Neuser.

György Hölvényi (PPE). – Madam President, first of all let me thank my colleague Mr Neuser for his good work. We have recognised that ACP-EU cooperation is a unique achievement. It has intensified the ties between ACP and EU countries for the last four decades. I would like to highlight two elements that would improve the situation of the peoples of the partner countries: first, placing the 2030 agenda and the sustainable development goals at the centre of the new agreements; and, second, placing the human-rights aspect at the centre of European action.

Migration and displacement will dominate the ACP-EU agenda for the future. A new agreement must address this expanding challenge. To increase political oversight, we need a strong parliamentary dimension in the new cooperation agreement. We must guarantee that European development partnerships are concluded only with regimes respecting human dignity. Where governments cannot be our partners, we must bring on board local communities that are ready to cooperate with us. Faith-based communities and their organisations represent the real local power in very many places. They often manage development programmes that are already functioning well. Their efficiency on the ground is remarkable.

My strongest message today is that we must engage better with local communities and faith-based organisations in coordinated – and I underline again *coordinated* – dialogue. Let me draw attention to the importance of local small and medium-sized enterprises: they are key to the improvement of communities and the extension of social cohesion.

Lastly, the situation is quite clear: let us have cooperation with local powers and international actors to address the humanitarian situation which can no longer be overlooked in many ACP countries.

Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

Maria Arena (S&D). – Monsieur le Président, le cadre UE-ACP représente un partenariat unique et privilégié entre l'Europe et ses partenaires d'Afrique, des Caraïbes et du Pacifique. Seize ans plus tard, l'heure est au bilan. Les particularités parfois trop divergentes entre les différentes régions ont mené à une sous-exploitation des institutions de Cotonou. Pourtant, celles-ci offrent une opportunité unique de dialogue, d'échange et de coopération entre les régions du monde qui ont tant de défis en commun. Il sera donc essentiel, à mon sens, de revoir le cadre de coopération en tenant davantage compte des spécificités régionales de chaque partie.

Il me semble que nous pouvons travailler autour de quatre priorités. La première de celles-ci est que le futur cadre devra mettre au cœur de ses priorités les objectifs de développement durable, mais aussi et surtout la cohérence des politiques en faveur du développement afin de s'assurer que les politiques commerciales, migratoires, sécuritaires et environnementales soient cohérentes et compatibles avec les objectifs de développement.

La deuxième priorité concerne le dialogue politique. À l'heure où les tensions touchent une grande partie de l'Afrique, celui-ci reste un pilier fondamental qui a été trop peu utilisé jusqu'à présent. Ce pilier devra être renforcé et doté d'outils adéquats afin de le rendre plus efficace et plus pertinent.

La troisième priorité a trait au pilier économique. À ce propos, l'Union européenne devrait s'engager à soutenir davantage les pays ACP dans la mise en œuvre des accords de partenariat économique (APE) quand les pays ont décidé d'en conclure et à s'assurer que ces pays aient d'abord renforcé leurs capacités institutionnelles et leur capacité de diversification économique et qu'ils aient procédé à une réforme de leurs politiques fiscales avant de se lancer dans une libéralisation commerciale.

Enfin, l'implication de la société civile doit être garantie dans tous les domaines de coopération, tant dans le développement que dans la coopération commerciale, à tous les niveaux du dialogue et avec de nouveaux outils plus performants. La société civile doit continuer à être reconnue comme un acteur officiel de la coopération entre l'Union et les pays ACP.

Francesc Gambús (PPE). – Señor Presidente, señor Comisario, el 80 % de los países menos desarrollados del mundo, y los más olvidados, se encuentran en lo que aquí conocemos como países ACP. Y ahora que tanto se parlotea de los fracasos de la Unión Europea, y ahora que tanto se habla de la necesidad de trabajar en las causas de las migraciones, debemos, cuando menos, mostrar la tranquilidad de que ya hace tiempo que los europeos entendimos lo que había que hacer y nos pusimos manos a la obra.

No empezamos ayer. Cabe recordar aquí los acuerdos de Lomé y el que hoy nos ocupa, el Acuerdo de Cotonú, que sigue siendo un instrumento válido, mucho más concreto en objetivos de cooperación para el desarrollo que la estrategia global de la Unión o la Agenda 2030 de las Naciones Unidas, por ejemplo, tanto en la promoción de la integración regional como en las acciones contra el cambio climático, uno de los asuntos sobre los que hemos llegado a una posición común.

Sin embargo, también es cierto que, a fecha de hoy, tenemos cuestiones pendientes, retos que superar, nuevos paradigmas en las relaciones de la Unión con los países ACP o las relaciones de estos mismos países con otros actores globales, como China.

Creemos que, en esencia, sigue siendo válido el modelo de colaboración basada tanto en la dimensión política como en las estrategias de desarrollo y en la cooperación económica y comercial. Precisamente, la coincidencia en el tiempo de la expiración del Acuerdo de Cotonú y del marco financiero plurianual de la Unión nos da una oportunidad única para conseguir integrar el Fondo Europeo de Desarrollo en el presupuesto general y mejorar así en transparencia, eficiencia y rendición de cuentas.

Sabemos que el diálogo político no ha logrado introducir mejoras en lo tocante a los derechos humanos y la democracia en los países que no comparten los valores de la Unión: otro reto por superar. Desde esta casa debemos velar por consolidar y mejorar en el futuro el trabajo hecho estos veinte años. Quedan más de tres años, hay margen. Es por todo ello que apoyaré el informe del señor Neuser, que me parece apropiado, bien trabajado y que aprovecho para agradecer.

Alojz Peterle (PPE). – Govorimo o odnosih Evropske zveze z največjo skupino držav na svetu. Čaka nas izredno veliko pomembnega dela, ki ga brexit, če do njega pride, finančno ne bo okrepil.

Dosedanji odnosi in sodelovanje med AKP in Evropsko zvezo so bili in ostajajo usmerjeni v krepitev univerzalnih vrednot in ciljev, kot so uveljavljanje človekovih pravic, demokracije in trajnostnega razvoja.

Sporazum smo sklenili v Coutonouju leta 2000 in ga dvakrat revidirali. Razvoj je v letih po zadnji reviziji pokazal, tako je pokazala tudi moja izkušnja na terenu z vodenjem dveh Evropskih misij za opazovanje volitev v podporo demokracije v Nigeriji in Keniji, da je potrebno izhodišča, ki jih delimo z našimi AKP partnerji konkretizirati z bolj specifičnimi regionalnimi strategijami in regionalnimi sporazumi, ki bodo bolj upoštevali spremenjene politične, gospodarske in varnostne razmere.

Po drugi strani se zelo strinjam s poudarkom poročila, da naj sodelovanje poteka na področjih skupnega interesa, kjer bi bilo mogoče pričakovati vzajemno korist, ne le z ekonomskega vidika, temveč tudi in predvsem v zvezi z mirom in varnostjo, s človekovimi pravicami, načeli pravne države, dobrim upravljanjem, demokracijo, migracijami, okoljem in tako naprej.

Mir je vrednota, ki po mojem mnenju ostaja prva razvojna prioriteta. Ne moremo se uspešno lotiti revščine, če ni zagotovljen mir. Zato se mi zdi smiselno, da AKP in Evropska zveza delata skupaj kot celota, pri tej in drugih podpornih vrednotah.

V tem smislu predlagam, da v bodoče še več energije posvetimo medkulturnemu dialogu, ki je še vedno podcenjena možnost za dodano vrednost v polariziranih družbah, ki potrebujejo za trajnejši razvoj višjo raven notranjega sožitja.

Kolegu Neuserju in poročevalcem v senci sem hvaležen za dobro opravljeno delo.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, πιστεύω ότι αν πράγματι θεωρούμε ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν πρέπει να είναι εσωστρεφής, αλλά να απλώνει το χέρι της για να βοηθήσει - με κοινωνικό πρόσωπο, με κοινωνικό χαρακτήρα και με μια ευφάνταστη αναπτυξιακή πολιτική - και άλλες χώρες εκτός Ευρωπαϊκής Ένωσης, τότε θα πρέπει να στηρίξουμε συμφωνίες όπως είναι η συμφωνία Κοτονού, η συμφωνία με τις χώρες της Καραϊβικής, της Αφρικής και του Ειρηνικού, εκεί όπου η Ευρωπαϊκή Ένωση πραγματικά συνεισφέρει, και οικονομικά, και με άλλους τρόπους…

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή λόγω έλλειψης αγγλικής διερμηνείας, ο οποίος στη συνέχεια ξαναπαίρνει τον λόγο)

Έλεγα, κύριε Πρόεδρε, ότι αν θεωρήσουμε ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν μπορεί να είναι ένα κλειστό κλαμπ χωρών που ασχολούνται μόνο με την ανάπτυξη της ίδιας της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αλλά ότι, αντιθέτως, η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει ευθύνη αλλά και ρόλο να διαδραματίσει και πέραν των ορίων της, τότε θα πρέπει να θεωρήσουμε επίσης ότι η συμφωνία που επιτεύχθηκε μεταξύ των χωρών της Καραϊβικής, του Ειρηνικού και της Αφρικής και των κρατών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης αποτελεί το επιστέγασμα μιας σύγχρονης Ευρωπαϊκής Ένωσης που ανταποκρίνεται στα καλέσματα ολόκληρης της ανθρωπότητας και που βρίσκεται παντού όπου υπάρχει πρόβλημα. Πιστεύω ότι αν κάποιος μελετήσει αυτήν τη συμφωνία, στα δεκαέξι χρόνια της ύπαρξής της, θα αντιληφθεί ότι, όσα προβλήματα και αν υπάρχουν, όσες δυσκολίες και όσα κωλύματα και αν προκύπτουν, ότι πρόκειται για μια πολύ χρήσιμη συμφωνία, χρήσιμη γιατί προσφέρει πραγματικά σε αυτές τις χώρες και συμβάλλει τόσο στη βιώσιμη ανάπτυξη, όσο στην εξέλιξη και την ένταξή τους στην παγκόσμια οικονομία.

Συμφωνώ όμως - και ως σκιώδης εισηγητής στη γνωμοδότηση της Επιτροπής Προϋπολογισμού στήριξα με όλες μου τις δυνάμεις αυτήν την άποψη - ότι η συγκυρία της αναθεώρησης του πολυετούς δημοσιονομικού πλαισίου το 2020 και της λήξης της συμφωνίας μας προσφέρει μια σημαντική ευκαιρία για να εντάξουμε τον προϋπολογισμό του Ευρωπαϊκού Ταμείου Ανάπτυξης στον προϋπολογισμό της Ευρωπαϊκής Ένωσης, ούτως ώστε να υπάρχει αποτελεσματικότερη διαχείριση με διαφάνεια και με όλους εκείνους τους όρους που απαιτούνται. Επιθυμώ δε, κύριε Πρόεδρε, να τονίσω κάτι τελευταίο, ότι είναι πράγματι πολύ σημαντικό να υπάρχει αποτελεσματικός έλεγχος και διαφάνεια εκεί όπου πηγαίνουν τα χρήματα της Ευρωπαϊκής Ένωσης και ότι πρέπει σε αυτές τις χώρες να εφαρμόζονται οι αρχές της δημοκρατίας, των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και του κράτους δικαίου.

Adam Szejnfeld (PPE). – Panie Przewodniczący! Za nami aż 40 lat współpracy, a przed nami tylko 4 lata na to, aby przygotować nowe warunki, nowe umowy, nowe zasady realizowania współpracy między państwami członkowskimi Unii Europejskiej a 78 państwami AKP.

Trzeba więc wyciągać wnioski z przeszłości, a te wnioski to to, że nie wszystkie cele w sposób optymalny udało nam się osiągnąć. By więc przyszłe lata współpracy – nie ma co ukrywać – także pojęcia pomocy nie poszły na marne, trzeba podejmować działania, które będą bardziej skuteczne. Nie ulega żadnej wątpliwości, że między innymi trzeba postawić na zwiększenie inwestycji, a nie tylko na handel i zwykłe pomocnictwo. Zasadę ryby trzeba zamienić i zastąpić zasadą wędki.

Niestety żyjemy w czasach, które są groźne dla tego rodzaju umów, bowiem żyjemy w czasach, w których wzbierają siły przeciwne handlowym umowom międzynarodowym, a to jest jeden z bardzo ważnych elementów tego porozumienia. To jest proces, który jest groźny dla krajów rozwijających się, i też musimy brać to pod uwagę, chcąc tym państwom pomagać.

Intervenții la cerere

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'accordo di Cotonou rappresenta una valida piattaforma di cooperazione tra l'Unione europea e i paesi ACP. Lo è per il considerevole numero di paesi che ne prendono parte, ma anche per i preziosi legami instaurati tra i rispettivi popoli. I risultati conseguiti in materia di eliminazione della povertà e di integrazione dei paesi ACP nell'economia mondiale sono tuttavia ancora scarsi, troppo scarsi. L'Agenda 2030 e gli Obiettivi di sviluppo sostenibile dovranno segnare la strada maestra in vista di una più stretta cooperazione che tenga in considerazione le sfide intanto sopravvenute.

L'esigenza di dover garantire, nel periodo post 2020, una maggiore rilevanza al tema dei diritti umani e al rafforzamento del dialogo politico è, per esempio, un tema che non può essere sottovalutato. Così come è di fondamentale importanza istituire, all'interno di un quadro comune giuridicamente vincolante, validi meccanismi di monitoraggio volti a salvaguardare la concreta attuazione dell'accordo. Il nuovo accordo di cooperazione dovrà riflettere un progetto politico ambizioso e fare della buona governance un caposaldo, lasciando alle spalle la deleteria mentalità donatore-beneficiario.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η συμφωνία του Κοτονού αποτελεί μια συμφωνία εταιρικής σχέσης ανάμεσα στην Ευρωπαϊκή Ένωση και τις χώρες της Αφρικής, Καραϊβικής και του Ειρηνικού, η οποία, όπως κάθε συμφωνία οικονομικής εταιρικής σχέσης, παρουσιάζεται ως δήθεν ευκαιρία για την προώθηση της περιφερειακής ολοκλήρωσης, του εμπορίου και της ανάπτυξης, ενώ στην πραγματικότητα το μόνο που προωθεί είναι τα συμφέροντα των μεγάλων εταιρειών σε βάρος των μικρών επιχειρήσεων, αλλά και των λαών των συμβαλλομένων μερών. Παράλληλα, ο αγροτικός, ο περιβαλλοντικός και ο κοινωνικός τομέας πλήττονται ανεπανόρθωτα.

Ως παράδειγμα, αναφέρω τη συμφωνία Ευρωπαϊκής Ένωσης-Μεσημβρινής Αφρικής, μια συμφωνία που αφήνει τη φέτα και τις ελιές Καλαμών, δύο προϊόντα Ονομασίας Προέλευσης σημαντικά για την Ελλάδα, εκτός λίστας προστασίας της Ένωσης, την στιγμή που η παραγωγή πορτοκαλιών και λεμονιών στην Ελλάδα αναμένεται να πληγεί από την εν λόγω συμφωνία, αφού καταργούνται με αυτήν οι δασμολογικοί φραγμοί για το εμπόριο μεταξύ Αφρικής και Ευρωπαϊκής Ένωσης. Εκτιμώ επομένως ότι το μόνο που πετυχαίνουν αυτές τις συμφωνίες είναι να πλήξουν τις εθνικές παραγωγές και να αυξήσουν τις κοινωνικές ανισότητες.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, poštovani gospodine povjereniče, uopće ne mogu zamisliti da EU nakon 2020. nema sporazum sa zemljama AKP-a. Sporazum iz Cotonua iz 2000. je, naravno, papir koji je pomalo zastario i koji danas traži nove vizije, nove prijedloge i nove odnose.

Međutim, objektivno, treba nam globalni okvir jer s tim državama rješavamo ključne probleme ovog planeta. Poslije ćemo razgovarati o siromaštvu i kako ga iskorijeniti. Većina siromašnih ljudi živi upravo u zemljama AKP-a, da ne govorimo o problemu migracija o kojem stalno pričamo.

Naravno da sam sklon onome, kako se kaže: „Dajmo nekome udicu, a ne ribu". Pomozimo zemljama AKP-a da razviju vlastito gospodarstvo na principima održivog razvoja i na taj način razriješimo krizu s kojom se suočavamo.

Julie Ward (S&D). – Mr President, the partnership between the EU and ACP countries is an important vehicle for sustainable development and I would like to thank my colleagues who truly understand this.

We all know that the future belongs to young people and that is why it is important for me to highlight the participation and empowerment of children and young people when we talk about the future of ACP-EU relations and sustainability. Article 26 of the Cotonou Agreement stipulates that our cooperation must support youth, releasing their potential. I would like to see such a commitment strengthened post 2020, with ambitious new initiatives and monitoring structures. We need to share best practice and empower civil society networks like the ACP Young Professionals Network, with whom I have had the great pleasure of working.

(Încheierea intervențiilor la cerere)

Neven Mimica, *Member of the Commission*. – Mr President, I am thankful for this fruitful debate and interesting exchange. The comments I have heard demonstrate that we all agree that the European Union and its partner countries should engage in a relationship of equals. The donor-recipient mentality is over. The European Union has much to gain from building a strong alliance for the future.

Let me reiterate support for the report presented today. Its vision of the future makes me confident about the next steps in the process. The Commission and the High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy have been preparing a joint communication for November, proposing broad elements and building blocks for a future policy framework with the ACP countries. It will be accompanied by an impact assessment of options for a Cotonou successor framework. This report and subsequent discussion in Parliament and the Council, as well as with the ACP leaders, will feed into the preparation of the recommendation to Council, with draft negotiating directives, in the course of 2017.

Much is still to be decided, but I believe we are moving together in the right direction and for the benefit of all. I look forward to continuing our strong and fruitful cooperation as we go forward.

Norbert Neuser, *Berichterstatter*. – Herr Präsident, Herr Kommissar! Danke auch nochmal für das klare Wort: *Donor mentality is over,* und von dem Geist muss auch das neue Fortsetzungsprogramm nach Cotonou ausgehen. Ich will auch den Schattenberichterstattern danken, weil die Zusammenarbeit sehr fruchtbar war und auch dem DEVE-Sekretariat, insbesondere Jesper Haglund und seinem Team, das mit hoher Kompetenz mitgeholfen hat, einen guten Bericht auf den Weg zu bringen.

Die Ausschüsse AFET, INTA und BUDG stehen hinter diesen Bericht, und es ist wichtig, dass wir diese drei wichtigen Ausschüsse ebenfalls mit eingebunden haben.

Wir haben bisher nicht diskutiert, wie sich die AKP-Staaten zu einem Nachfolgeabkommen stellen, und ich denke, das sind die Signale von unseren Partnern aus den AKP-Ländern: Sie wollen diese gewachsenen Beziehungen weiter aufrechterhalten. Es ist ein ganz wichtiges Argument zu wissen, was die Partner wollen und in welchem Rahmen die Partner ihre Arbeit mit uns, der EU, über 2020 hinaus weiter fortsetzen wollen.

Wir sprachen von neuen Herausforderungen. Ich nehme nur ein Beispiel: die Bekämpfung der Fluchtursachen. Wo haben wir die Möglichkeit, den Dialog über Fluchtursachen zu führen, wenn nicht bei den AKP. Wir haben dort als Mitglieder Sudan, Südsudan, Äthiopien, Eritrea, Nigeria, Niger, Tschad, Somalia – Beispiele, die klarmachen, wie wichtig die Zusammenarbeit ist und dass wir dort auch den politischen Dialog führen und auch zu Ergebnissen kommen können.

Und ein Letztes: Hätten die USA, Russland oder China ein solches Vertragswerk mit 78 Ländern – über Jahrzehnte gewachsen –, sie würden sich die Finger danach lecken und würden alles tun, damit dieser Vertrag fortgesetzt wird!

Președintele. – Dezbaterea a fost închisă.

Votul va avea loc marți, 4 octombrie 2016.

Declarații scrise (articolul 162)

Jarosław Wałęsa (PPE), *na piśmie*. – Unia Europejska, chcąc działać na rzecz zrównoważonego rozwoju, a także promowania demokracji na świecie, musi zastanowić, się, w jaki sposób ułożyć relacje z krajami AKP nie tylko na kilka najbliższych lat, ale także po roku 2020. Otóż regulująca owe relacje do tej pory umowa z Kotonu okazała się niewystarczającym narzędziem w tym zakresie. Uważam, że przyszłe partnerstwo, jeśli ma być skuteczne, musi zerwać z mentalnością darczyńca–biorca, przede wszystkim uwzględniając realne potrzeby państw AKP. W związku z tym musi ono w większym stopniu niż dotychczas opierać się na zaangażowaniu parlamentów krajowych, władz lokalnych, społeczeństwa obywatelskiego i sektora prywatnego z krajów AKP. Dobrym krokiem w tym kierunku były obszerne konsultacje społeczne, jakie przeprowadziła Komisja Europejska z obywatelami oraz różnymi organizacjami społecznymi z całego świata. Uważam także, iż w celu uniknięcia dublowania pewnych zadań przez UE należy pamiętać o umowach o partnerstwie ekonomicznym, które jako istotne forum współpracy regionalnej powinny pozostać kamieniem węgielnym przyszłego partnerstwa.

14. Zugang zu Bildung für syrische Kinder im Libanon (Aussprache)

Președintele. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbaterea privind Declarația Comisiei referitoare la accesul la educație al copiilor sirieni din Liban (2016/2913(RSP)).

Johannes Hahn, *Member of the Commission*. – Mr President, let me start by underlining our 100% commitment to the goal of education for all Syrian refugees, in line with our pledge at the Syria Donors Conference in London.

It is absolutely essential that we do not lose a generation of displaced Syrian children. First and foremost, this is important for the well-being of the children themselves. It is also crucial for regional stability, for the eventual recovery of Syria from this crisis as well as – let's face it – in our own interest over the long term. Where there are needs, we are responding and we are ready, if necessary, to do more. Our neighbours in the region need to know that we stand by them as they work towards a better future.

One of the outcomes of the London Conference was a joint commitment to provide access to quality education for all refugee and vulnerable children in host communities. We will make every effort to empower young Syrians by investing in their future. Education is, and has always been, a key priority of the EU response to the crisis in Syria. So far we have made a substantial contribution to education in Lebanon, with EUR 180 million allocated to this sector since the beginning of the crisis. We have stepped up this approach both through the EU Trust Fund in response to the Syria crisis as well as the compact we have been negotiating with the Lebanese and Jordanian authorities. This aims to turn the challenges posed by the huge influx of Syrian refugees into an opportunity both for refugees and host communities. In Lebanon the focus has been on education, where we hope that reforms will have an impact across the entire public education sector.

EUR 42.5 million has already been allocated to the so-called Reaching All Children with Education Strategy, the abbreviation for which is RACE, which I think is a good one. Called the RACE Programme, it was designed by the Lebanese Ministry of Education. A substantial part of this has gone towards the enrolment of Syrian children in formal and non-formal education, the supply of educational material and transport. I am pleased to say that this coming school year is already well funded and we will be able to cover school fees for over 168 000 Syrian children in formal education.

I must stress, however, that money alone will not solve the problem of access to education. There are still serious legal, administrative and technical barriers. This includes the lack of residency status, the distance between where refugees live and the schools that service them but also, unfortunately, harassment and discrimination, which has been documented in last summer's Human Rights Watch report.

The problem of residency status is a serious one and has a clear impact on freedom of movement of refugees and leads to exploitation, including child labour. This is why we have placed this at the core of the EU-Lebanon compact. In exchange for the considerable financial support being offered by the European Union, Lebanon has agreed to provide an appropriate and safe environment for refugees.

We are working closely with various UN agencies and international NGOs in this respect and it should be noted that when we see or hear of the commendable work being done by UNICEF, UNHCR and others, that behind this effort there is a strong European Union contribution which should also be acknowledged.

Although not directly linked with the subject we are dealing with today, I should also mention the humanitarian initiative launched by my colleagues Mogherini and Stylianides over the past few days. The tragedy of Aleppo cannot continue and we call on all parties concerned to ensure that the desperately needed aid can be delivered.

Thank you for your attention and I await a very fruitful discussion.

Jeroen Lenaers, *namens de PPE-Fractie*. – We zijn anderhalve week geleden met de Commissie burgerlijke vrijheden op delegatiebezoek geweest in Libanon en we hebben daar ter plekke kunnen constateren dat de EU-steun aan het land echt cruciaal is. Steun om Libanon te helpen om te gaan met de meer dan een miljoen vluchtelingen uit Syrië die hun toevlucht hebben gezocht in het kleine buurland. 489 000 Kinderen tussen de 3 en de 18 jaar uit Syrië zitten in Libanon. Het is mede ónze verantwoordelijkheid om ervoor te zorgen dat ze ook naar school kunnen gaan. Het is heel terecht wat de commissaris zei: niet alleen Syrische kinderen maar hou ook als alstublieft oog voor andere kwetsbare kinderen, zoals die van de lokale Libanese bevolking, maar ook die de Palestijnse vluchtelingen.

Met betrekking tot Syrische vluchtelingen: veel van die kinderen hebben vanwege de omstandigheden delen of soms hele schooljaren gemist en dat vereist een op maat gemaakte aanpak om ervoor te zorgen dat deze kinderen niet uiteindelijk het kind van de rekening worden. Zo'n aanpak kost geld en we hebben daar ter plekke gezien dat de steun vanuit de Europese Unie zeer gewaardeerd wordt en ook werkt.

Het gaat echter om meer dan alleen om geld en ik ben heel blij dat de commissaris de opmerking maakte over de verblijfspapieren. Steeds meer Syrische vluchtelingen in Libanon hebben moeite om hun verblijfspapieren te vernieuwen. Op dit moment beschikt ongeveer 70 % van de mensen niet over de juiste papieren en dat heeft ook gevolgen voor de kinderen. Sommige ouders zijn bang om hun kinderen naar school te brengen, omdat ze bang zijn gecontroleerd te worden op die papieren. Dus vraag ik de Europese Commissie ook: blijf daarover overleggen met de Libanese regering - heel scherp - opdat we op die manier echt proberen die kinderen naar school te krijgen. Het Europese hulpbudget aan Libanon werkt. Het is tastbaar. Mensen merken het in hun eigen dagelijkse leven, dus laten we ervoor zorgen dat we dat doorzetten, dat we dat mogelijk verruimen, want zolang er nog steeds honderdduizend Syrische kinderen in Libanon niet naar school gaan, zit ons werk er nog niet op.

Norbert Neuser, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen darauf achten, dass die Verpflichtungen, die bei der Geberkonferenz für Syrien eingegangen wurden, auch umgesetzt werden. Herr Kommissar, Sie haben gesagt: Es geht um das Wohl der Kinder, es geht um den Aufbau eines Syriens nach dem Bürgerkrieg. Es geht aber auch darum, weitere Ursachen für die Flucht aus den Lagern nach Europa zu vermeiden.

Wir waren vor einem Jahr in den Lagern in der Türkei. Uns wurde gesagt: Wir junge Familien verlassen die Türkei, weil wir hier keine Gelegenheit haben, dass unsere Kinder in Erziehung, in die Schule integriert werden können. Dieses Beispiel macht klar, dass wir hier ungeheuer viel tun müssen. Wir haben 250 000 von 500 000 Kindern, die keinen Zugang zur Schule haben, und deswegen müssen wir alles tun, um den Libanon zu unterstützen, damit den syrischen Kindern ein Zugang zur Bildung gewährt wird.

Die S&D-Fraktion hat mit ihrer EDUCA-Kampagne genau dies auch vor und will deswegen, dass der Haushalt auch dementsprechend vergrößert wird. Wir sind in naher Zukunft dabei, uns im Rahmen einer *fact finding mission* im Libanon speziell auch die Situation im Bildungssystem anzusehen. Jedes Kind, das dort im Libanon die Möglichkeit hat, in die Schule zu gehen, um damit später für sich selbst, für sein Wohl, aber auch für die syrische Gemeinschaft wieder sein Land mit aufzubauen, ist sehr wichtig.

Vielen Dank, und ich hoffe, dass wir insbesondere gegenüber den Gebern soviel Druck machen können, dass das notwendige Geld fürs kommende Schuljahr auch schnell bereitgestellt wird.

Ryszard Czarnecki, *w imieniu grupy ECR.* – Szanowni Państwo! W ostatnich dniach byłem w kolejnych dwóch krajach Bliskiego Wschodu: w Libanie i Jordanii. Odwiedzałem tam obozy uchodźców, podobnie jak parę miesięcy temu, kiedy byłem w Iraku. Jednak, co chciałem podkreślić, sytuacja dzieci i młodzieży syryjskiej w Libanie jest szczególnie trudna. Mój kolega z PPE mówił też o uchodźcach z Palestyny, ale oni mają na przykład własny samorząd, mają własne siły porządkowe i jest to wspólnota, która funkcjonuje w Libanie od kilkudziesięciu lat.

Stopień skolaryzacji dzieci palestyńskich jest dużo większy niż dzieci i młodzieży syryjskiej. Oczywiście my na tej sali możemy się różnić w wielu kwestiach, gdy chodzi o imigrantów, napływ imigrantów do Europy, ich rozdzielenie. Myślę jednak, że się nie różnimy w kwestii, że musimy, że warto i trzeba inwestować właśnie w uchodźców, którzy tam mieszkają, a także w ich edukację. Im bardziej wyedukowane będą dzieci uchodźców, tym prawdopodobnie mniejsze będą szanse, że wejdą one na drogę terroryzmu, który, chociaż bywa, że jest także on oczywiście pokusą ludzi wykształconych, występuje bardzo często wśród ludzi niewykształconych.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz, *en nombre del Grupo ALDE.* – Señor Presidente, muchísimas gracias a todos los miembros de la Comisión presentes. Algunos vinimos del Líbano hace muy pocos días y pudimos ver, por una parte, que las autoridades libanesas contemplaban como una carga muy, muy difícil de sobrellevar la situación de los refugiados en su país —a los que, por cierto, porque no están obligadas, prácticamente no les dan papeles legales—. De hecho, cada vez más, en la sociedad libanesa se habla de mandarlos a Siria; y hablan de lugares seguros, cosa que sabemos que no existe.

Y efectivamente, ACNUR y Unicef trabajan de forma extraordinaria, y usted habla de 168 000 escolarizados en este curso escolar, pero es que son más de 250 000 los que no están escolarizados, y no podemos conformarnos con menos de que todos tengan oportunidades de escolarización.

En este caso, la eficacia no es algo que tenemos que perseguir, sino que tenemos que conseguir. Porque seis años de escolarización perdida es la vida, prácticamente, de una criatura, y estamos hablando de los de primaria, de los de secundaria. Y solo un puñado muy pequeño, un puñado de jóvenes con escolarización suficiente han podido acceder a la universidad, de todos los refugiados sirios que están en edad y que tienen estudios, porque los sirios tenían la tasa de graduación más alta de toda la región.

Y estamos hablando de gente como usted y como yo que hace seis años empezaron a perder oportunidades, y que además saben que sus padres, sus primos, sus hermanos mayores tuvieron oportunidades de escolarización antes de la maldita guerra que les asola.

Por tanto, Comisario, no podemos hacer menos que conseguir que la escolarización sea del cien por cien y alcance al cien por cien. No podemos quedarnos con esos 168 000 y felicitarnos por ello.

Lola Sánchez Caldentey, *en nombre del Grupo GUE/NGL.* – Señor Presidente, la respuesta internacional a la guerra en Siria ha sido y sigue siendo nefasta. Parece que nadie tenga verdadero interés en acabar con esta masacre. Y las peores consecuencias caen siempre sobre los más vulnerables: los niños.

El Líbano, que puede darnos lecciones en el cumplimiento de la legalidad internacional respecto a refugiados, otorga el derecho a la escolarización de niños y niñas sirias. Sin embargo, el apoyo de la Comisión Europea y los Estados miembros a la educación de los refugiados es todavía muy deficiente y secundario.

Y no es por falta de recursos, sino una cuestión de prioridades. Porque sí que tenemos siete mil millones de euros para darle a Turquía para que haga el trabajo sucio, pero no somos capaces de garantizar un derecho humano, como es la educación pública y de calidad a todos y cada uno de los refugiados, apoyando económicamente, como se merece, al Líbano.

Hay dos formas de dar respuesta a esta crisis migratoria que tanto miedo les da a algunos de ustedes. Una, con vallas y fronteras externas, y, otra, buscando un futuro digno y seguro en las zonas de conflicto.

Si no garantizamos un futuro a los niños que sufren la guerra, estaremos pavimentando el camino al odio, al miedo y, por tanto, a los fascismos.

Bodil Valero, *för Verts/ALE-gruppen*. – Herr talman! Jag vill börja med att påminna om det väldigt stora ansvar som Libanon har tagit för de syriska flyktingarna ända sedan kriget startade. Jag skulle ha varit stolt om Europas länder hade tagit samma ansvar, om vi också hade gett flyktingarna uppehållstillstånd och arbetstillstånd, gett barnen skolgång etc, etc.

När 163 000 flyktingar kom till Sverige förra året kollapsade våra mottagningssystem. Boende, skolor och hälsovård räckte inte till. Vi är ändå ett av de länder som tog emot; det gör inte alla. Jag har full förståelse för att Libanon har samma problem, men deras problem är så mycket större. Jag förstår också om Libanon tycker att vi ska ta ett större ansvar.

För att slippa ta emot i Europa talar vi ju om att vi ska hjälpa till på plats, och det är där pengarna kommer in i det hela. Trots att vi har utlovat mycket pengar, stora resurser, är inte alla de resurserna på plats. Enligt den studie som kommissionären hänvisade till hade bara 23 procent, tror jag, nått fram.

Vi vill ju också samtidigt att när flyktingarna kommer till Libanon ska Libanon ge uppehållstillstånd och arbetstillstånd, de ska ge barnen skolgång etc, och vi vill hjälpa till. Men vi ska titta på vad vi gör själva. Vi gör faktiskt inte samma sak själva. Vi borde också ställa krav på oss själva.

Kommissionären tog också upp problemet med att man blir av med sitt uppehållstillstånd. När man är utan uppehållstillstånd blir man papperslös, och när man är papperslös vågar man inte låta sina barn gå i skolan för man är rädd att myndigheterna då hittar en; man kan söka föräldrarna genom att man vet var barnen är. Det här är ett problem som vi har inte bara i Libanon, utan också i länder här i Europa. Det är svårt att vara papperslös oavsett var i världen man lever. Men det viktiga som det här handlar om är att se till att vi inte får de här förlorade generationerna, kanske, av flyktingbarn, som kommissionären pratade om. Att inte få gå i skola, som kan vara den enda fasta punkten i tillvaron, leder också på sikt till stora hälsoproblem för de barnen, och det måste vi till varje pris undvika.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). – Mr President, today we cannot stay silent and turn our back on the bloodshed in Aleppo. Children are being slaughtered, injured and starved. They are trapped and traumatised. More than 100 kids have been killed in Aleppo last week by the Syrian army and Russian air strikes. More than 100 000 children are under siege. We have to strongly condemn the indiscriminate bombing of families and hospitals and the use of illegal weapons. The United Nations Secretary calls it war crimes. So what can we do?

The EU should call for an immediate ceasefire, and I welcome the new humanitarian initiative for Aleppo to ensure access to emergency aid, safe passage for rescue workers and the evacuation of the sick and the wounded. The EU must also relaunch negotiations. There is no military solution. The EU should unite in confronting Russia with its responsibility as a member of the United Nations Security Council. For Russia to be a partner for peace, they must respect humanitarian law and go back to the negotiating table, and those responsible must be held accountable.

All Member States should increase resettlement for thousands of kids, especially unaccompanied minors, and education. Going back to school gives children a sense of normality, a chance for self-sufficiency, and hope for the future. Education empowers children, it helps prevent violence, early marriage, forced labour and radicalisation and recruitment. With the Intergroup of human rights in the European Parliament that I co-chair, we stand united with the children of Syria. We fully support the ECHO/UNICEF Emergency Lessons campaign to provide education for children in conflict, and the No Lost Generation initiative to recruit Syrian teachers for Syrian children. We fully support the UNICEF campaign Education Cannot Wait as five years is a lifetime. We urge the EU and the Member States to increase efficient funding for education for Syrian children. Let us raise our voices and invest in children. End violence against the children of Syria.

Enrique Guerrero Salom (S&D). – Señor Presidente, señor Comisario, nadie sufre más en la situaciones de guerra que los niños. Son víctimas de bombardeos, son víctimas de desplazamientos, pierden su acceso a la educación; a veces pierden el contacto con sus propias familias.

Cuando una guerra dura seis años, o más, como es el caso de Siria, lo que está en riesgo es todo el ciclo vital de esos niños perdidos en distintos sitios, muchos de ellos en campos de refugiados.

El Líbano, en cierta medida, es un ejemplo. Asume un número de refugiados que, si fuéramos siquiera la décima parte de generosos, no tendríamos en estos momentos ningún problema en la Unión Europea. Por tanto, no podemos culpabilizar al Líbano, pero es verdad que el Líbano tiene que resolver problemas como los que se refieren a la residencia legal, al permiso de trabajo y a la escolarización efectiva de 250 000 niños que todavía no acceden a sus aulas.

Nada proporciona más oportunidades a la vida futura de los niños que la paz y la educación. Y nada proporciona más estabilidad a las sociedades que la educación para la paz. Por tanto: hagamos el esfuerzo que nos corresponde para proveer de estabilidad, de paz —acabando con este conflicto— y de educación a esos niños para que tengan una vida futura en reconstrucción.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Liban tak jak Jordania to są właśnie te miejsca, gdzie naprawdę są uchodźcy, ludzie, którzy uciekli przed wojną i w sąsiednim kraju czekają na jej zakończenie. Oni naprawdę przede wszystkim potrzebują domu, czyli pokoju, bo pokój to jest dom. Wszyscy zastanówmy się, co zrobiliśmy, żeby ta niepotrzebna wojna się skończyła, ale póki trwa, to im trzeba pomagać tam na miejscu.

I Polska jest krajem, który nie tylko mówi, ale najzwyczajniej po prostu pomaga. My dwa miesiące temu zwiększyliśmy nakłady na pomoc dla uchodźców w Libanie, na utrzymanie szkół, przekazywane organizacjom pozarządowym, które tam na miejscu ludziom pomagają, ale przede wszystkim ci ludzie muszą wrócić do domów.

Ja z dużym niepokojem słucham tych opinii na tej sali, marzymy: skończy się wojna, karanie, ściganie winnych i tak dalej. Ilu ludzi dożyje tej bezwarunkowej kapitulacji? Ta wojna naprawdę trwa już o wiele lat za długo.

María Teresa Giménez Barbat (ALDE). – Señor Presidente, estimados compañeros, el conflicto en Siria está produciendo una generación perdida de millones de niños que nunca han estado en clase o que solo tienen recuerdos de tal experiencia.

En Líbano, el Gobierno, junto a varias organizaciones y gracias a programas como No Lost Generation, de Unicef, financiado por la Unión Europea, hace un trabajo activo para permitir a los menores tener acceso a la educación pública, a la salud, a la nutrición y a los servicios higiénicos.

Lamentablemente, la mayoría de los niños siguen quedándose sin posibilidad de escolarizarse. En Líbano, las cifras dicen que 150 000 niños sirios no van a la escuela, y se calcula que antes del fin de año el número llegará a los 400 000.

Estamos enfrentados a un desafío que no es únicamente humanitario. Podemos y debemos seguir financiando estos programas para que se garantice una educación básica a toda una generación que un día volverá a su país y será responsable de su reconstrucción.

Pero ¿pensamos de verdad que eso pueda bastar? Debemos tener coraje político. En primer lugar, nuestra diplomacia tiene que luchar por una solución pacífica a la guerra de Siria, empezando por la prohibición de la venta de armas; en segundo lugar, es inútil y vergonzoso firmar acuerdos con terceros países para que se encarguen ellos de los refugiados que llegan a nuestras fronteras.

Si no conseguimos alcanzar este esfuerzo político, que sí es sostenible si lo repartimos entre todos los Estados miembros, servirá de poco lo humanitario.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL). – Señor Presidente, a las niñas y a los niños sirios no los llevó un viento huracanado al Líbano. Huyeron por una guerra de desestabilización que muchos países de la Unión Europea —y, sobre todo, nuestros queridos aliados— financian y en la que entrenan e impulsan a grupos extremistas que practican el terrorismo.

Siria tenía un sistema educativo sólido: casi el 100 % de los niños escolarizados en primaria; el 70 % en secundaria. El Líbano muestra las vergüenzas de la Unión Europea. Un país de solo 4,6 millones acoge a 2 millones de refugiados sirios. Un país con un equilibrio precario que hace un esfuerzo admirable para escolarizar al 60 % de las niñas y de los niños sirios de seis a once años.

Ya que no cumplimos con los refugiados —lo cual nos avergüenza—, hay que apoyar más este esfuerzo. Pero, sobre todo, hay que impulsar la paz entre el Gobierno legítimo y la oposición no terrorista, porque esa es la única solución para que las niñas y los niños sirios puedan volver a estudiar a su país.

Jaromír Štětina (PPE). – Pane předsedající, Jordánsko a Libanon se k uprchlické krizi postavily lidsky a zodpovědně. Tyto dvě země přijaly celkem více než čtyři miliony uprchlíků, což je více než třetina, opakuji třetina jejich celkové populace. Libanon hostí více než jeden milion syrských uprchlíků. V Libanonu žije 417 000 syrských uprchlických dětí ve věku tři až čtrnáct let. Odhaduje se, že téměř polovina z nich nemá přístup k žádné formě vzdělání.

Mezi léty 2012 až 2015 Evropská komise poskytla 269 milionů pro humanitární pomoc v Libanonu v souvislosti se syrskou krizí. V roce 2016 Evropská komise plánuje alokovat 87 milionů dodatečných prostředků na humanitární asistenci. Oceňuji tuto snahu Evropské unie.

Vzdělání je budoucnost, znamená naději. Matky dětí, které neměly šanci dostat se do Libanonu, si však každodenně kladou jinou otázku. Bude moje dítě zítra naživu? Přežije další útok ruských a asadovských vojsk?

Připomínám, dámy a pánové, že tuto sobotu byla v Alepu již potřetí bombardována traumatologická nemocnice, kde jsou i dětští pacienti. Jordánsko a Libanon si zaslouží nejen naše uznání, ale také pokračující finanční podporu v rámci regionálního fondu Evropské unie a evropské humanitární pomoci. Nejmenší, co můžeme udělat, je usnadnit práci těm, kteří zachraňují životy místo nás. Zastavme vraždění syrských dětí asadovsko- ruskou aliancí. Dejme syrským dětem vzdělání. To je nejlepší zbraň proti válce.

Tanja Fajon (S&D). – Prejšnji teden sem se vrnila iz Libanona, kjer si štiri milijone Libanoncev deli državo s skoraj poldrugim milijonom beguncev.

Med begunci v Libanonu je danes še vedno četrtina Palestincev, ki so že drugo ali tretjo generacijo brez državljanstva. Ostali so večinoma iz Sirije. Več kot polovica vseh je otrok, med njimi tretjina šoloobveznih, a jih v šolo hodi le 30 odstotkov.

Dovoljenja za prebivanja so predraga, vse več beguncev nima… *(Govorka je nadaljevala v angleščini, ker ni bilo tolmačenja.)*

Mr President, I hear there is no interpretation. I will make it short in English. I just wanted to say that last week I came from Lebanon, and it was very shocking. A third of children are not going to school, and the reason is, for the most part, that they do not have residency permits.

Residency permits cost USD 200 per year, and 90% of refugees today do not simply manage to get them. So their parents are extremely afraid to send their kids to school, not to mention that private schools are impossible to reach. The situation is very critical, economically and politically, because of the war in Syria. What is very worrying is the new policy of the Lebanese Government, which is urging us to recognise some parts of the country as safe, and send refugees back. I think this is completely unacceptable.

I completely agree with my colleague: we have to ensure that the money gets there. But it is not only money that is crucial. It is extremely crucial that we create efficient policies on the ground so that – in a highly corrupt environment – money gets to where it is needed.

Marietje Schaake (ALDE). – Mr President, when we listen to the public debate about refugees and asylum seekers in Europe, it would be easy to think that Europe is facing the main crisis, and it also sounds as if the deal or the statement with Turkey – as the unofficial and intransparent deal is now called – is the main solution.

This picture could not be more false, and it only distracts from the urgent need for the EU Member States to do their homework and ensure that our borders are protected and that they develop a common EU position to engage actively with the goal of facilitating a negotiated end to the horrifying war in Syria. As long as Assad's and Russian planes are bombing residents and homes, people will not return.

Let there be no confusion: it is the Lebanese who have taken extraordinary numbers of people in need. It is the half a million Syrian children who live in an absolute crisis: half of them not enrolled in schools, and girls being particularly vulnerable. I have no illusions about the short- or long-term impact of a lost generation on these people themselves and also on us. We must connect the dots and realise that our fates are intertwined. If we prefer sheltering the region over opening our doors, we must invest in safe, sufficient and accessible education for kids in Lebanon. We cannot afford for Lebanon to destabilise, and it would cause more suffering for children.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8)

Marek Jurek (ECR), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Chciałbym zapytać koleżankę, czy nie zauważa tego, że interwencja rosyjska, która odgrywa rolę bardzo destrukcyjną w Syrii, trwa jednak o wiele krócej niż ta wojna. My naprawdę nie myślimy o tym, jak tę wojnę kontynuować, tylko jak najszybciej doprowadzić tam do pokoju, gdyż jest to jedyny ratunek dla tych dzieci i jedyna szansa na powrót do domu dla tych setek tysięcy uchodźców, którzy znajdują się w Jordanii i w Libanie, i jedyna szansa, żeby zniknął pretekst do kontynuowania fali imigracyjnej do Europy.

Marietje Schaake (ALDE), *blue-card answer*. – I heard only a statement from my respected colleague. However, let me reiterate that, indeed, the Russians are playing a destructive, unacceptable role in bombing innocent people in Syria, and it is high time that the EU stopped allowing this to happen. It is in the vacuum that the EU and the international community have left that the destructive forces that are killing people have taken too much space. I think that we should be very focused on what we have to do ourselves, which is on the one hand to allow for a humane and functioning asylum policy – and that goes for all EU Member States – and on the other hand to invest in a common position and a more ambitious diplomatic approach to a negotiated peace in Syria.

Josef Weidenholzer (S&D). – Herr Präsident! Der Zugang zur formalen Bildung ist einer der wichtigsten Aspekte der Flüchtlingskrise, und wir haben das viel zu lange vernachlässigt. Ich freue mich über diese Debatte und über die Fortschritte, die es offensichtlich gibt. Die Lage ist in der Tat erschütternd. Bei einem meiner Besuche in dem Lager hat mich ein junger, 14- oder 15-jähriger Mann begleitet, hat mir die Situation erklärt, und ich fragte ihn dann, wo er Englisch gelernt hätte. Seine Antwort war: Ich habe ein Wörterbuch gefunden und lerne es auswendig. Diese Antwort des jungen Mannes werde ich nie vergessen! Und ich frage Sie: Ist es nicht ein Skandal, dass dieser Mann keine Chance hatte, in eine Schule zu gehen? Und was wird aus ihm in ein, zwei, drei Jahren werden, wenn ihm der Zugang zur Bildung weiterhin versagt bleibt?

Julie Ward (S&D). – Mr President, education is a fundamental human right and essential for the exercise of all other human rights. That is why the Committee on Culture and Education has put forward the proposal of education corridors. I am very proud that my group, the Socialists and Democrats, have launched the EDUCA campaign, calling for more international funding to be focused on the education of refugee children and young people, and mobilising universities in Europe and in conflict zones to act on this.

A whole generation of refugee children, especially girls and young women, face a bleak future without education. This is also important for all the welcoming countries who will benefit from the economic contribution of educated newcomers. It is a moral humanitarian duty for the European Union, as one of the main welcoming regions and a key player in the international scene, to guarantee that these young people have the opportunity for a brighter future.

Education initiatives, including informal education, must support refugee children's mental health after they have gone through traumatic experiences. It is vital for present and future conflict resolution and peace-building in the region.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, five years after the start of the conflict in Syria, more than 250 000 children – approximately half of the nearly 500 000 school-age Syrian children registered in Lebanon – are out of school. This is totally unacceptable. The high number of refugee children out of school is an immediate crisis.

Education is a fundamental right under international law. All children in Lebanon – including Syrian refugees – have a legal right to free and compulsory primary education and access to secondary education without discrimination. Education is also crucial for protecting children in situations of displacement, which can sometimes last for an entire childhood.

Despite these efforts, too many Syrian children are still out of school. I believe Lebanon needs more international financial support to respond to the educational needs of Syrian refugees, including expanding and rehabilitating public schools, investing in quality education, fully including children with disabilities, training and hiring more teachers and subsidising school transportation.

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, circa un milione di persone ha urgente bisogno di assistenza umanitaria in Libano e la metà di questi sono bambini. Il Libano è un paese che sta affrontando con enormi sforzi la crisi umanitaria che l'ha investito – e lo sta facendo forse con maggiore coraggio dell'Europa che, in proporzione, come tutti sappiamo, accoglie molti meno rifugiati – e molti di questi sforzi riguardano proprio i minori. In Libano i bambini siriani possono andare a scuola, però solo sulla carta, perché purtroppo *Human Rights Watch* ci descrive una situazione che è nella realtà molto difficile.

Più della metà dei 500 000 bambini siriani non riesce infatti ad accedere all'istruzione e concedere un diritto non equivale sempre a garantirne l'esercizio. L'estrema povertà delle famiglie siriane e la difficoltà di accesso al mondo del lavoro e ad avere una residenza gravano tutte sul futuro di questi bambini che hanno già conosciuto il peggio che questo mondo poteva offrire loro.

Il Libano – ma credo sia un dovere morale dell'Europa – deve garantire a questi bambini l'opportunità per combattere un giorno con la forza della cultura quel nemico così ignorante che oggi li ha costretti ad abbandonare le loro case e il loro paese.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, recentemente ho avuto anch'io modo di partecipare, con la commissione per il controllo dei bilanci, a una missione in Libano e in Giordania, visitando proprio i campi profughi in cui vivono i rifugiati siriani.

La situazione è drammatica e lo è più di quanto non si possa immaginare, soprattutto con riferimento alle condizioni dei minori, anche perché, se le stime sono corrette, saranno circa 250 000 i bambini che non avranno accesso all'istruzione e che si vedranno quindi negato un diritto fondamentale per la loro crescita e soprattutto per un futuro dignitoso.

Tante, forse troppe, le volte in cui in quest'Aula abbiamo discusso della crisi migratoria e delle sue terribili conseguenze, soprattutto per i minori. Occorre ormai porre la situazione dei minori concretamente al top dell'agenda politica della cooperazione dell'Unione europea. Solo in questo modo potremo dare una reale speranza ai bambini ed evitare il fenomeno della *lost generation* cui rischiano di andare incontro le giovani generazioni di siriani. In questo senso auspico che sia rinnovato il supporto ai programmi educativi per i bambini siriani in Libano.

Intervenții la cerere

Kinga Gál (PPE). – Tisztelt Elnök Úr! Európának és a menekülteknek azonos az érdeke, hogy a menekültek visszatérhessenek szülőhazájukba, amint a kiváltó okok mérséklődnek vagy megszűnnek. Tehát a kiváltó okokat kell megszüntetnünk és ott kell segítenünk, ahol a baj van, nem idehoznunk azt. Ennek érdekében pedig létfontosságú, hogy a menekülésre kényszerített emberek a hazájukhoz közeli táborokban megfelelő életkörülmények között élhessenek.

És ennek az egyik legfontosabb eleme az oktatás. Az oktatás biztosítása elengedhetetlen nemcsak a gyermek egészséges fejlődése miatt, de saját közösségük jövője szempontjából is. Nem eshet ki egész generáció az oktatásból, már csak a radikalizáció elkerülése végett is. Ezért is nagyon fontos, hogy a szír gyermekek részesülhessenek oktatásban Libanonban. És örvendek, hogy Magyarország is támogatja direkt a libanoni, jordániai, iraki menekülttáborokban az oktatás biztosítását konkrét felajánlásokkal, vagy kórházak építését.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è un'emergenza senza fine quella dei profughi siriani in Libano. Secondo un rapporto di *Human Rights Watch* sulla condizione dei bambini siriani rifugiati in Libano, i minori a cui è stato negato l'accesso all'istruzione sarebbero 250 000. Solo il 3% dei ragazzini nell'ultimo anno ha frequentato una scuola pubblica libanese.

Gli sforzi del governo libanese per assicurare un minimo di istruzione ai minori siriani sono però insufficienti. Le scuole pubbliche rifiutano i bambini disabili per mancanza di risorse e molte famiglie con il permesso di soggiorno scaduto non possono mandare i figli a scuola per paura di essere arrestate. L'accesso all'istruzione è fondamentale per aiutare e dare un futuro a questa nuova generazione, ma anche per superare i segni di tanta violenza. È fondamentale il supporto economico internazionale a progetti per l'espansione del programma di istruzione, ma sono anche necessarie azioni politiche concrete per favorire l'accoglienza. Il rischio è che altrimenti anche le speranze dei giovani siriani intrappolati dalla guerra in Libano resteranno vane.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, ο Λίβανος είναι μια μικρή χώρα 4,5 εκατομμυρίων κατοίκων που φιλοξενεί σήμερα πάνω από ένα εκατομμύριο πρόσφυγες, από τους οποίους οι μισοί είναι παιδιά. Από τα παιδιά αυτά, 250.000 δεν έχουν πρόσβαση στην εκπαίδευση. Πρέπει λοιπόν να ενισχυθούν οι προσπάθειες παροχής βοήθειας στο Λίβανο, αλλά και στην Ιορδανία, και να επικεντρωθούν οι συναφείς δράσεις στο μείζον ζήτημα της εκπαίδευσης, η έλλειψη της οποίας υπονομεύει το μέλλον αυτών των παιδιών.

Στην Ελλάδα, κύριε Επίτροπε, η κατάσταση με το προσφυγικό έχει φτάσει στο απροχώρητο. Επιπλέον, δεν είναι δυνατόν να επιφορτιστεί το ελληνικό εκπαιδευτικό σύστημα που έχει διαλυθεί από την τρόικα και με την εκπαίδευση χιλιάδων παιδιών προσφύγων. Για τον λόγο αυτό, κύριε Hahn, η εκπαίδευση των παιδιών των προσφύγων στην Ελλάδα πρέπει να παρέχεται αποκλειστικά μέσα στα κέντρα φιλοξενίας, με αποκλειστική χρηματοδότηση της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Αντί λοιπόν η Ένωση να δίνει 6 δισεκατομμύρια ευρώ στην Τουρκία, εκεί όπου τα παιδιά των προσφύγων καταλήγουν να δουλεύουν στις βιοτεχνίες κλωστοϋφαντουργίας, είναι καλύτερο να δώσει τα χρήματα αυτά σε δομές φιλοξενίας στο Λίβανο, στην Ιορδανία και στην Ελλάδα.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, ova me rasprava podsjetila na 90-e godine u Hrvatskoj, na vrijeme rata na Balkanu kada su mnoge osobe raseljene, kada je mnogo izbjeglica došlo u Istru, regiju u kojoj sam tada politički djelovao, kada smo s mnogo mladih ljudi, osnovnoškolaca i srednjoškolaca, imali ozbiljnih problema kako nastaviti njihov obrazovni ciklus.

Netko je tada izgubio koji mjesec, možda je netko izgubio i godinu dana, ali ovdje govorimo o tome da djeca gube više godina. I to je zaista tragično. Prisjećajući se tih dana i znajući za probleme u jednoj organiziranoj zemlji kao što je Hrvatska – sa sto problema, ali organiziranoj zemlji – mogu zamisliti kako to može izgledati u Libanonu ili Jordanu.

Pozivam vas, gospodine povjereniče, da uložite dodatne napore, neovisno o tome što ste jako angažirani, da pomognemo tim državama jer one zaslužuju našu podršku.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, όταν παρατηρούνται μεγάλες μετακινήσεις μεταναστευτικής φύσεως, τα μεγάλα και αθώα θύματα αυτών των εξελίξεων είναι τα παιδιά που υποφέρουν τα πάνδεινα, όπως είναι η έλλειψη εκπαίδευσης. Κάτι τέτοιο συμβαίνει και με τους πρόσφυγες της Συρίας στο Λίβανο. Κάτι τέτοιο συμβαίνει όμως, σε ακόμη χειρότερη μορφή, και στην Ευρώπη και συγκεκριμένα στην Ελλάδα, η οποία έχει καταστραφεί από τα μέτρα του μνημονίου και άρα αδυνατεί να απορροφήσει αυτά τα εκατομμύρια των παράνομων μεταναστών που παραμένουν στο έδαφός της. Μεταξύ αυτών των παράνομων μεταναστών υπάρχουν πολλά παιδιά. Το εκπαιδευτικό σύστημα δεν μπορεί να τα απορροφήσει αλλά οι ανίκανες και άτεγκτες ελληνικές κυβερνήσεις, αντί να ζητήσουν από την Ευρωπαϊκή Ένωση βοήθεια για αυτά τα παιδιά, προσπαθούν να τα βάλουν δια της βίας μέσα στα σχολεία τα ελληνικά. Τι εννοώ όταν λέω δια της βίας; Εννοώ ότι, όταν διαμαρτύρονται οι γονείς τους διότι κινδυνεύουν τα παιδιά και από ασθένειες, η κυβέρνηση στέλνει τις μονάδες αποκατάστασης της τάξεως για να χτυπήσουν τους Έλληνες. Αυτό είναι το πρόβλημα που πρέπει να αντιμετωπίσει η Ευρωπαϊκή Ένωση κατά τη γνώμη μου κι όχι τόσο πολύ το πρόβλημα του Λιβάνου.

Silvia Costa (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, prima di tutto vorrei esprimere il mio sdegno per il genocidio di bambini che sta avvenendo in Siria, dove non si rispettano nemmeno gli ospedali e le vittime innocenti. Per quanto riguarda il diritto all'educazione dei bambini in Libano – ricordo che il Libano sta ospitando più profughi dell'Europa intera – devo dire che tempo fa noi abbiamo lanciato la campagna Educa, e sono felice che la Commissione l'abbia raccolta, e siamo arrivati a 52 milioni di EUR in più per superare quel misero 2 % degli aiuti umanitari che attualmente andavano per l'educazione dei bambini in queste situazioni di profughi o di *displacement*.

Credo che sia importante anche ricordare che, se noi vogliamo evitare una *lost generation*, dobbiamo fare più sforzi – come chiedo anche alla Commissione– perché tutti i paesi membri ai quali abbiamo mandato una richiesta ufficiale come commissione per la cultura e l'istruzione del Parlamento europeo facciano propria la proposta dei corridoi educativi, ovvero di aprire le università europee e dell'area euromediterranea a ragazzi e studenti che rischiano di perdere l'intero ciclo di studi.

(Încheierea intervențiilor la cerere)

Elly Schlein (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, fanno bene i colleghi a ricordare la strage in atto ad Aleppo, una strage di bambini, e fanno bene anche a ricordare gli sforzi che sta facendo il Libano, che ospita da solo un numero di rifugiati maggiore rispetto a quelli che abbiamo accolto in Europa l'anno scorso.

Il rapporto di *Human Rights Watch*, del luglio di quest'anno, dice che più della metà dei quasi 500 000 bambini siriani registrati in Libano sono però fuori dal sistema scolastico. Alcuni sono stati fuori sin dal loro arrivo cinque anni fa. Nonostante gli sforzi del governo libanese e dei donatori, la mancanza di risorse e i requisiti restrittivi sulla residenza limitano le possibilità di accedere all'istruzione e li consegnano alla piaga del lavoro minorile.

L'educazione è un diritto e deve essere considerata prioritaria in questi contesti, poiché assicura una garanzia di protezione e un senso di normalità ai bambini, proprio nel momento in cui sono più vulnerabili. Rinviare le attività educative a quando l'emergenza e la crisi saranno finite vuol dire rischiare di non tornare a scuola mai più, condannandoli spesso a un futuro di povertà.

Il Commissario Stylianides aveva affermato l'intenzione di fare dell'UE il primo donatore internazionale a raggiungere il 4 % di spesa in aiuti umanitari per l'istruzione in situazioni di emergenza. Ecco, a partire dal supporto al Libano, dobbiamo fare di più.

Johannes Hahn, *Member of the Commission*. – Mr President, it is good to see and to hear that there is, across all parties, a common understanding that we have to be extremely focused and committed to guaranteeing education for every child. It is also important to take care that those who are not yet in school have the opportunity to attend school. It is impossible, and I think there is a moral obligation, not to lose any generation, not to lose any child and to give everybody an opportunity to be educated.

I think we are all impatient and we are all concerned because still, I agree, not every child is going to school. There are a lot of reasons for that and we should not underestimate that many families push, urge, force their children to work, to contribute to the family's financial support and income. There are also reasons, as it was already said by some colleagues, because of the lack of having a residency status. This is why one of the key areas we have addressed in our negotiations with the Lebanese Government concerning an EU compact agreement is that this has to be resolved in order to guarantee, including from a legal perspective, the possibility to enrol in schools.

There is also some progress, I have to admit. There is now a decision by the Lebanese Government to apply the new Lebanese curriculum. There were some discussions in the past whether it should be the Syrian or the Lebanese curriculum, but there is now a decision, and I think it is a good decision to apply the Lebanese curriculum which allows also that Lebanese teachers can teach Syrian kids. There should also be an opportunity for Syrian teachers who are refugees to get a work permit to teach Syrian kids, and this is also something we have addressed in our negotiations concerning the compact.

There was also an issue about the money. May I say that in 2016, as far as the expected number of school children being *de facto* in school is concerned, this is being financed. There is an overall budget of EUR 191 million. Out of that, EUR 190 million is provided by the European Union and its Member States, with more than 60% of this budget being provided by the European Union. Primarily the financing is provided via UNICEF, but we are also trying to find an agreement with the Lebanese Government directly. This also depends a little bit on the very complicated political situation inside Lebanon. As there is no president elected, with all the consequences of that, it is difficult to have an agreement with the Lebanese Government, and therefore we have decided, in order not to waste time and resources, to channel most of the money via UNICEF.

There is one element I would like to highlight, and I think this is something we should not forget. Of course it is important to provide elementary and secondary school education, but it is equally important to offer afterwards children in the region vocational education. Therefore, also the aim of this new compact is to support the Lebanese economy to offer jobs, to offer economic business opportunities and to give young people the opportunity to get an apprenticeship, as an example.

So while this is about investment in young people, it is not only an investment in their basic education, but equally important is to have an investment further on in specific training and education to become a skilled member of the workforce. I think this is something which should be our joint focus in the future, of course still taking care about the elementary and secondary school education. Once again, I think we should be determined to provide this additional education not only in Lebanon but also, of course, in Jordan, in Turkey. Wherever Syrian refugee children are, we have to support them and their parents.

Președintele. – Dezbaterea a fost închisă.

Declarații scrise (articolul 162)

Krystyna Łybacka (S&D), *na piśmie*. – Naszym priorytetowym celem w kontekście pomocy dla dzieci-uchodźców, oprócz zapewnienia im bezpieczeństwa i dostępu do żywności i opieki medycznej, powinien być powszechny dostęp do bezpłatnej edukacji. Edukacja dzieci to najlepsza inwestycja w przyszłość. To jest inwestycja długotrwała i jedyna, dzięki której możemy wychować nowe pokolenia w duchu pokoju, tolerancji i zrozumienia międzykulturowego. Edukacja dzieci-uchodźców to także dla nich szansa na powrót do normalności i częściowej stabilizacji, jaką cieszyły się przed wojną. Szkoła daje pewne poczucie bezpieczeństwa i może pomóc w poradzeniu sobie z trudnymi doświadczeniami. Dzięki edukacji młodzi ludzie nabywają także wiedzę i umiejętności, które pomogą im odnaleźć się w nowej sytuacji i pozwolą na dalszy rozwój. Pomimo niekwestionowanej wartości dodanej, jaką jest edukacja dla życia przyszłych pokoleń migrantów, pozostaje ona jedną z najbardziej niedofinansowanych sfer działań pomocowych. Nie możemy na to pozwolić! Dziękuję Komisji za zaproponowanie nowego pakietu pomocy humanitarnej na projekty edukacyjne dla dzieci z rejonów objętych kryzysem. Liczę na jego szybkie i efektywne wdrożenie. Każde dziecko zasługuje na szansę na lepsze życie, które może mu zapewnić właśnie edukacja.

15. Globale Ziele und Zusagen der EU in Bezug auf Ernährung und Ernährungssicherheit weltweit (Aussprache)

Președintele. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbaterea privind întrebarea cu solicitare de răspuns oral referitoare la obiectivele globale și angajamentele UE în materie de nutriție și securitate alimentară în lume, adresată Comisiei de dl Enrique Guerrero Salom, în numele Comisiei pentru dezvoltare (O-000099/2016 - B8-0717/2016) (2016/2705(RSP)).

Enrique Guerrero Salom, *autor*. – Señor Presidente, señor Comisario, intervengo para presentar esta pregunta oral que la Comisión de Desarrollo tiene interés en debatir con la Comisión Europea.

En septiembre del año pasado, los líderes mundiales, alentados y acompañados por la sociedad civil, incluidas numerosas organizaciones no gubernamentales, acordaron la Agenda para el Desarrollo Sostenible 2030.

En los distintos puntos, concretamente en el segundo, se hacía referencia, se subrayaba que la lucha contra el hambre y la desnutrición sigue siendo todavía hoy, ya en pleno siglo XXI, una cuestión central. Trabajar para acabar con el hambre, lograr la seguridad alimentaria, proporcionar mejor nutrición, proveer de medios para la agricultura sostenible son, en el mundo actual, objetivos aún por conseguir.

La Comisión de Desarrollo, que presenta esta pregunta para debate, quiere destacar que una parte de nuestra contribución al desarrollo ha servido, sin duda, para disminuir el número de personas que sufren de desnutrición en el mundo, pero está muy lejos de haber alcanzado los objetivos de erradicarla de nuestra realidad. De hecho, la proporción de personas desnutridas en las regiones en desarrollo se ha reducido a casi la mitad desde 1990, pero aun así 785 millones de personas no reciben suficientes alimentos y tampoco obtienen los nutrientes necesarios.

La desnutrición crónica afecta a 160 millones de niños, es la causa de casi la mitad de las muertes entre menores de cinco años, uno de cada seis está por debajo del peso para sus edades. La nutrición inadecuada durante los primeros 1 000 días de vida tendrá consecuencias negativas en las capacidades físicas e intelectuales de un niño durante toda su vida.

Es por esto que, en 2012, la Asamblea Mundial de la Salud estableció el objetivo de lograr en 2025 una reducción del 40 % en el número de niños con retraso en su crecimiento. Instamos a la Comisión a que aumente los esfuerzos para combatir la malnutrición y por ello necesitamos intervenciones específicas en esos primeros 1 000 días de vida.

Me gustaría recordar que la Unión Europea se comprometió en la Cumbre de Londres de 2012 a reducir el retraso en el crecimiento de al menos siete millones de niños para 2025 y de contribuir a esta causa con 3 500 millones de euros hasta 2020. Esperábamos que este año en Río de Janeiro haríamos un balance de los progresos y renovaríamos nuestros compromisos. No ha sido posible. Sin embargo, actuar es hoy más urgente que nunca, porque las intervenciones de desarrollo contra la desnutrición reciben solo el 0,57 % de toda la ayuda oficial al desarrollo. Necesitamos multiplicar por 70 veces la inversión para cumplir nuestros objetivos.

En 2013 la Unión Europea comprometió 400 millones para iniciativas específicas. Llamamos a la Comisión a que incremente ese compromiso con otros 1 000 millones adicionales. Tenemos que poner en práctica estrategias, nosotros y todos nuestros socios, para apoyar el importante papel que desempeñan los agricultores a pequeña escala. Ellos producen el 70 % de los alimentos del mundo. Tenemos que apoyarles, utilizar su potencial, aumentar su rendimiento y productividad, preservar la variedad de semillas y el valor nutritivo de lo que producen.

Comisario, me gustaría escuchar qué piensa hacer la Comisión en este campo. Seguro que está de acuerdo con nosotros en que tenemos que hacer mucho más. También lo ha dicho el presidente del Banco Mundial, que incluso ha señalado o ha dicho que tenemos que señalar a los Gobiernos de los países que no están cumpliendo con sus objetivos.

Sabemos también qué es necesario hacer en seguridad alimentaria y le pedimos a la Comisión que nos diga qué pretende para los próximos años. Nos gustaría escuchar nuevas iniciativas y que pida a los Estados miembros que se comprometan en 2017 a una cumbre intergubernamental que revise los objetivos y que haga balance de las necesidades que tenemos por delante.

Neven Mimica, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank the Committee on Development and its Chair, Ms Linda McAvan, for putting nutrition high on the development agenda in line with our commitment to the UN 2030 Agenda and Sustainable Development Goals. The resolution on malnutrition proposed by the committee is, in our view, an important step forward. Since 2012, the Commission has emerged as a world leader in the nutrition arena. This leadership is backed by a robust policy framework addressing both stunting and wasting. Over the last three years, we have observed a trend pointing towards the decrease of stunting. Our first progress report on the European Commission's Nutrition Action Plan shows that we are well on track to reach the commitment of reducing the number of stunted children under the age of five by seven million by 2025.

Our further actions on nutrition and food security should be guided by the approach that would seek to strike the right balance between our preferred nutrition-sensitive interventions that address the multiple nature of undernutrition and malnutrition causes, including food insecurity, health, sanitation, social safety nets and inequalities, and the needed nutrition-specific interventions. This balance is to be better assessed in the programming exercise with partner countries and other donors. This may also include a further look into our development instruments in 2017.

We have taken due note of Parliament's request to increase the Commission's funding for nutrition-specific actions. In this context, the Commission has put forward the following approach: we should maximise the synergies and complementarities of our development and humanitarian responses to nutrition and food security needs, having in mind that humanitarian responses are, in principle, nutrition-specific.

We will promote programming coordination with other donors, who can focus on nutrition-specific interventions, thus complementing the Commission's focus on nutrition-sensitive issues. We shall also advocate at global level, especially through the Scaling Up Nutrition (SUN) movement, to increase investment in nutrition, including nutrition-specific investments by both donors and developing countries.

The first results of this three-pronged approach are encouraging, notably in Rwanda, Ethiopia, Niger, Mali, Bangladesh, Laos and Guatemala. We support partner countries in developing and implementing their own true multi-sectoral nutrition action plans, which combine nutrition-specific and nutrition-sensitive interventions. This also allows donors to align their support to national priorities and coordinate the division of nutrition efforts.

The Commission has gained a strong record and evidence in supporting nutrition, mainly through the agriculture, education, water or health sectors. However, the Commission is exploring other areas, such as social safety nets, which have proved to be successful in improving nutrition – particularly in Mali. In this context, the Commission and the Club du Sahel are organising a major event on social protection for nutrition in Abuja in December. The objective will be to further increase investments and to reduce undernutrition faster, while putting women, children, and small farmers at the centre of nutrition actions.

At the global level, the Commission will continue advocating further investment in nutrition, notably through the Scaling Up Nutrition movement. We should also explore with the SUN Movement the opportunity to organise a pledging event for nutrition in the coming years.

Bogdan Brunon Wenta, *w imieniu grupy PPE*. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Według danych Organizacji Narodów Zjednoczonych, o czym wspomniał już kolega Guerrero, aktualnie 795 mln ludzi (tzn. 1 na 10 osób) jest niedożywionych. Przewiduje się, że do 2050 r. liczba ta wzrośnie do 2 mld. W świetle stale powiększającej się liczby ludności i jednoczesnym wysokim procencie osób głodujących celowe i konieczne jest wsparcie szczególnie sektora rolniczego i poprawa jego wydajności.

Sektor rolniczy to nie tylko dostawca żywności, ale uchodzi także za największego pracodawcę na świecie (dostarcza środków utrzymania ponad 40 % światowej populacji). Zwalczanie ubóstwa i likwidacja głodu, a także wspieranie tej gałęzi gospodarki powinny być celem nadrzędnym Unii Europejskiej, czyli realizacji drugiego punktu celów zrównoważonego rozwoju.

Głód niesie za sobą szczególnie negatywne konsekwencje dla dzieci, a skutki odczuwalne są nie tylko w skali jednostki, ale i całych społeczeństw, powodując zahamowanie rozwoju osobistego i dalsze negatywne skutki społeczne. Szacunki na rok 2016 wskazują, że w samej tylko Etiopii liczba osób, które będą dotknięte problemem głodu, wzrośnie z 10 do 18 mln, a już teraz jest to około 6 mln dzieci.

Działania mające na celu rozwiązanie wskazanych problemów oznaczają także pomoc w walce z innymi zagrożeniami, począwszy od społecznych po migracyjne.

Mam nadzieję, że w świetle powyższego odpowiedzą Państwo na pytania Komisji Rozwoju i wskażą dalszy kierunek działań na rzecz poprawy omawianej sytuacji.

Marc Tarabella, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, le rapporteur spécial des Nations unies sur le droit à l'alimentation, M. Olivier De Schutter, avait souligné le rôle essentiel de l'agriculture en termes de développement.

Il est clair que, dans nos politiques, nous devons être cohérents sur ce point et essayer de faire en sorte que, partout dans le monde, l'agriculture soit source d'autosuffisance alimentaire. Or, aujourd'hui, par nos politiques, nous tournons le dos à cette autosuffisance alimentaire. Dans les accords de partenariat économique que nous signons avec l'Afrique, finalement, nous faisons dépendre les pays africains du business européen, ce qui contrarie leur développement agricole normal. De même, au niveau européen, notre politique agricole commune est peut-être la seule, parmi les grands acteurs de production agricole au monde, qui découple les aides. Ainsi, les aides de la PAC – qui représentent 40 % du budget européen – sont complètement découplées de la réalité économique de l'agriculture.

Il est donc clair qu'il faut recoupler les aides à la réalité économique. Nous devons veiller à faire preuve de cohérence dans nos divers accords internationaux et faire en sorte que l'agriculture se développe partout dans le monde, surtout dans les zones où les gens ont faim. Je rappelle, en effet, que 70 % des personnes qui souffrent de malnutrition dans le monde sont des paysans des zones rurales.

Ελένη Θεοχάρους, *εξ ονόματος της ομάδας ECR.* – Κύριε Πρόεδρε, η εξάλειψη της πείνας και του υποσιτισμού είναι μια μεγαλεπήβολη δέσμευση της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Πρόθεσή μας πρέπει να είναι η επίτευξη της αειφόρου ανάπτυξης εντός του στόχου ΙΙ, αλλά και των συναφών στόχων, οι οποίοι αποσκοπούν στην εξάλειψη τόσο της πείνας όσο και του υποσιτισμού, μέχρι το 2030. Ωστόσο, η σημερινή κατάσταση αποδεικνύει ότι οι μέχρι τώρα πολιτικές μας είναι αναποτελεσματικές και λανθασμένες και διαφωνώ με τα ενθαρρυντικά αποτελέσματα και στοιχεία που αναφέρθηκαν.

Οι νέοι στόχοι μπορούν να επιτευχθούν κυρίως με την αύξηση της παραγωγικότητας των μικρών καλλιεργειών και ιδιοκτησιών και με τη δημιουργία βιώσιμων συστημάτων γεωργίας και παραγωγής τροφίμων, ικανών να τροφοδοτήσουν ένα συνολικό πληθυσμό που αναμένεται να αγγίξει τα 8,5 δισεκατομμύρια ανθρώπους. Είναι επομένως ιδιαίτερα σημαντικό να πραγματοποιηθούν συντονισμένες δράσεις μεταξύ της παγκόσμιας κοινότητας και των εθνικών και τοπικών αρχών, των μη κυβερνητικών οργανώσεων και του ιδιωτικού τομέα, καθώς και μεταξύ χορηγών για την αντιμετώπιση των λιμών και όλων των μορφών υποσιτισμού, μέσω μιας αυξημένης παραγωγής και μιας πιο αποτελεσματικής διαδικασίας ανάπτυξης της παραγωγικής διατροφικής αλυσίδας.

Στη βάση αυτή επίσης, θα πρέπει να λάβει και η Ευρωπαϊκή Ένωση υπόψη ότι απαιτούνται μεγαλύτερη συνοχή και συντονισμός μεταξύ όλων των οργάνων και των φορέων της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των κρατών μελών. Τα κράτη μέλη πρέπει να εντείνουν, σύμφωνα με τις δεσμεύσεις τους, τις προσπάθειές τους για την παγκόσμια επισιτιστική ασφάλεια και να δώσουν προτεραιότητα στη βιώσιμη γεωργία και στην τοπική παραγωγή τροφίμων, καθώς και στην στήριξη των μικρών καλλιεργητών και των γυναικών αγροτισσών ως παραγωγών τροφίμων. Ταυτοχρόνως, η διεθνής κοινότητα και η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλουν να συνεργαστούν με όλες τις χώρες για να στηρίξουν τη χάραξη και την εφαρμογή ενός ολοκληρωμένου πλαισίου με συγκεκριμένα, εφικτά και ισχυρά εθνικά και υπερεθνικά μέτρα επισιτισμού, στη βάση των στόχων για την αειφόρο ανάπτυξη, προκειμένου να μειωθεί η υπανάπτυξη και ο υποσιτισμός.

Όσον αφορά την παραγωγή, θα πρέπει να γίνεται προσεκτική και επιστημονική επιλογή των καλλιεργειών, με εκπαίδευση των αγροτών και με προσαρμογή στις τοπικές κλιματολογικές και εδαφολογικές συνθήκες, αλλά και στις ανάγκες των ντόπιων πληθυσμών. Τέλος, η ανθρωπιστική βοήθεια πρέπει να είναι στοχευμένη, να μην γίνεται αντικείμενο εκμετάλλευσης από διεφθαρμένους φορείς, να αποφεύγεται η σπατάλη και να συμπληρώνεται με στρατηγικές της Επιτροπής που θα συνδέουν την ανθρωπιστική και αναπτυξιακή βοήθεια. Ταυτόχρονα, η Επιτροπή θα πρέπει να αυξήσει τις επενδύσεις ως προς τις ειδικές παρεμβάσεις που σχετίζονται με τη διατροφή, με δεδομένο μάλιστα το σημερινό τεράστιο χάσμα χρηματοδότησης. Τέλος, θέλω να θυμίσω, κύριε Επίτροπε, ότι τεράστιοι ευρωπαϊκοί πληθυσμοί σήμερα λιμοκτονούν.

Ivan Jakovčić, *u ime kluba ALDE.* – Gospodine predsjedniče, pogledajmo u kakvom svijetu živimo. S jedne strane u ovom Parlamentu raspravljamo kako zaštititi vrhunske poljoprivredne proizvode EU-a. I ja sudjelujem u toj raspravi i to podržavam. Ali, s druge strane imamo akutnu glad.

U Parlamentu često pričamo o činjenici da se hrana u europskim restoranima, supermarketima, trgovinama napretek baca, a s druge strane, dame i gospodo, imamo akutnu glad, koja je prisutna uglavnom i prvenstveno u Africi, ali ne samo na tom kontinentu. Imamo situaciju u kojoj danas stotine milijuna ljudi živi na rubu gladi, na rubu egzistencije. Nažalost, ogromna broj njih, milijuni, su djeca.

Ono što je paradoks u cijeloj ovoj priči je to da su često ljudi koji žive uz zemlju, kraj zemlje, na zemlji, oni koji su gladni. Govorim ponovno o Africi. Japan je dao dobar primjer i u nekim afričkim državama krenuo u edukaciju i učenje kako uzgajati rižu. Znam da naša Komisija također radi na edukaciji stanovništva u Africi, kako da sami proizvode hranu, jer uvijek sam bio uvjeren da onome tko je gladan treba pomoći, ali prvenstveno tako da mu daš udicu da može uloviti ribu, a ne da mu daš ribu.

I u tom kontekstu, uvjeren sam da i naša politika mora ići u tom pravcu. Pomoći i s ribom, dakle konkretnom pomoći u hrani, ali prvenstveno pomoći u edukaciji i načinu proizvodnje hrane u zemljama u razvoju.

Lola Sánchez Caldentey, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, 800 millones de personas en el mundo pasan hambre. Más de tres millones de niños mueren cada año por malnutrición.

El hambre en el mundo no es un problema de abastecimiento, sino de pobreza, de ausencia de democracia y de acceso desigual a la tierra y al agua, especialmente para las mujeres. Pero nuestras políticas comerciales y de desarrollo solamente profundizan en este camino, y entonces quiero centrarme en un aspecto concreto.

Sociedad civil y expertos se han hecho eco de la grave amenaza que supondrían las fusiones previstas entre grandes multinacionales de la alimentación, que acabarían controlando la mayoría de suministros agrícolas del mundo. Implicaría un mayor aumento de precios, la privatización de las investigaciones e índices, por tanto, más altos de pobreza y de hambre. El control corporativo de la alimentación ya está expulsando a los pequeños productores, que producen, en el caso de África, hasta el 80 % de los alimentos que se consumen.

Desde las instituciones europeas debemos regular un derecho tan elemental como la alimentación, para que no quede en manos de tres gigantes multinacionales que solo persiguen el negocio y la especulación, y no acabar con el hambre. No nos fiemos de ellos, Señorías.

Maria Heubuch, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Wir alle wissen es und haben es jetzt mehrfach gehört, dass trotz all unserer Bemühungen nach wie vor mehr als 800 Millionen Menschen unterernährt sind und hungern. Weitere Menschen haben richtige Mangelernährung, das heißt, Mineralstoffe, wie zum Beispiel Eisen, Jod und Zink sind in ihrer Nahrung nicht ausreichend vorhanden, was wirklich zu großen Gesundheitsproblemen führt – insbesondere bei Kindern. Und es sterben mehr Kinder an den Folgen von Hunger als an Aids, Malaria und Tuberkulose zusammen.

Trotz dieser katastrophalen Situationen gibt es zu wenig entwicklungspolitische Intervention, ist der Finanzbedarf nur zu einem Bruchteil gedeckt. Die Zusage der Kommission, hier 3,5 Mrd. EUR in Ernährung zu investieren, kann ich an der Stelle wirklich nur begrüßen. Aber wir wissen auch, dass das nicht ausreicht, um das Nachhaltigkeitsziel 2, den Hunger bis 2030 zu beenden, zu erreichen. Daher fordert das Parlament eine weitere Milliarde. Doch es zählt nicht nur das Geld, es zählt nicht nur wie viel Geld kommt, es zählt auch, wie es ausgegeben wird – entscheidend sind die Maßnahmen, die wir mit diesem Geld in die Hand nehmen.

Denn es reicht nicht nur, ausreichend Kalorien zur Verfügung zu stellen, sondern wir brauchen eine vielfältige, gesunde Nahrung, und das bedeutet am Ende: Wir müssen die Nahrung dort produzieren, wo sie auch gebraucht wird. 60 - Prozent der Bäuerinnen, Bauern und Fischer dieser Welt müssen hungern. Und 20 weitere Prozent der Hungernden sind Landarbeiter. Daher ist eigentlich das Groteske an dieser Situation –etwas, was mich wirklich sehr bewegt –, dass die Menschen, die eigentlich Nahrung produzieren selbst nicht ausreichend ernährt sind. Sie brauchen Zugang zu Wasser, Land, Werkzeugen, zu angepasstem Saatgut. Und das muss Vorrang haben, Vorrang vor den industriellen Interessen in diesen Regionen. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die Menschen, die in diesen Regionen, wo Nahrungsmittel produziert werden, leben, auch heute Abend wieder hungernd ins Bett gehen müssen – und das mus als Skandal von uns wahrgenommen werden.

Raymond Finch, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, the Commission may well promote itself as a champion in the field of enhancing nutrition and food security. However, it is clear that tens of millions of taxpayers' money will again be misused and channelled to the wrong projects with no tracking or real control whatsoever. Besides that, there is the danger that the EU is influencing the political agenda in the governments concerned, causing more instability.

However, there is another point that I would like to make. On the one hand, the EU promotes itself as a champion of development, providing poor countries with aid and assistance to deal with food security and food shortages. But, on the other hand, the EU is undermining food security in many parts of the world. Taxpayers in the EU are forced to bear the cost of EU fisheries agreements, which are essentially a tool to allow a few big fishing companies to plunder the waters of poor African coastal nations.

People of poor coastal communities rely on fish as an affordable source of protein. Fish is their main source of food and they need it to survive, but we are stealing it from them. The plundering of these fish stocks has led to serious protein deficiencies within these communities. It is threatening food security and causing malnutrition. We can only hope that when we leave the EU, which we will do shortly, we can then promote true food security and sustainability.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, βρισκόμαστε μπροστά σε ένα σημαντικό πρόβλημα που αναμένεται, δυστυχώς, να επιδεινωθεί τα επόμενα χρόνια. Μεγάλο ποσοστό του παγκόσμιου πληθυσμού υποσιτίζεται την ίδια ώρα που μεγάλες ποσότητες τροφίμων, κυρίως στις κοινωνίες της Δύσης, καταλήγουν κάθε χρόνο στα σκουπίδια. Κοινωνικές αδικίες υπήρχαν, υπάρχουν και θα συνεχίσουν να υπάρχουν και στο μέλλον. Οφείλουμε όμως, από τη θέση στην οποία βρισκόμαστε, να καταβάλουμε τις μέγιστες δυνατές προσπάθειες, ώστε να τις αμβλύνουμε τόσο εντός της Ένωσης, όσο και διεθνώς.

Η παγκόσμια αγορά τροφίμων - με μεγάλο μερίδιο ευθύνης της Ευρωπαϊκής Ένωσης, των κυβερνήσεων των κρατών μελών, αλλά κυρίως της μορφής της παγκόσμιας οικονομίας - δεν αποσκοπεί στην ικανοποίηση των διατροφικών αναγκών παγκοσμίως, αλλά στην επίτευξη του μέγιστου δυνατού κέρδους. Όμως οι άνθρωποι δεν είναι αριθμοί και ισολογισμοί. Η έλλειψη τροφίμων δημιουργεί και άλλα, ανυπολόγιστα προβλήματα που δεν απασχολούν καθόλου τις πολυεθνικές εταιρείες.

Πρότασή μας είναι η θέσπιση ενός ορισμένου ποσοστού αυτάρκειας για την Ένωση. Συγκεκριμένο ποσοστό τροφίμων πρέπει να παράγεται αναγκαστικά εντός της Ένωσης, πράγμα που θα ωφελήσει τους Ευρωπαίους παραγωγούς ενώ ταυτόχρονα η παραγωγή τρίτων χωρών θα κατευθύνεται στο εσωτερικό τους, προς όφελος των λαών τους.

Adam Szejnfeld (PPE). – Panie Przewodniczący! W dzisiejszej Europie, szczególnie w jej zachodniej części rozwija się i umacnia się ruch antyglobalizmu. Chcę powiedzieć o tym przy tym temacie, ponieważ jest to niezwykle ważne. Globalizm dzisiaj to jest globalizm demokracji. Globalizm dzisiaj to globalizm praworządności, globalizm równości. Globalizm nowoczesny w XXI w. to jest globalizm edukacji. To jest globalizm społeczeństwa obywatelskiego. W końcu w dzisiejszych czasach globalizm to upowszechnianie dobrobytu na świecie. Ci wszyscy, którzy występują w Europie przeciwko globalizacji, tak *de facto* – ja rozumiem, że bez świadomości – opowiadają się za upowszechnianiem biedy, za utrzymywaniem biedy. Świat, w którym państwa zamykałyby się tylko w swoich granicach, w którym wspólnoty działałyby tylko w ramach swoich umów, i nie przejmowały się innymi państwami, innymi narodami, to by był świat zdominowany przez biedę. Ten proces globalizacji, który obecnie obserwujemy i który się w sposób pozytywny rozwija, służy ideałom, o których tutaj dzisiaj mówimy. I mam nadzieję, że ci, którzy mają wpływ na życie publiczne w Europie i na całym świecie, to rozumieją. Będziemy poprzez globalizację działać na rzecz zmniejszenia biedy na świecie.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, I strongly support this report, which underlines the importance of the development of social safety nets. I would like to underline the importance of achieving sustainable development goal 2, which aims to end hunger and malnutrition by 2030, notably by increasing the productivity of smallholders' farms, and achieving sustainable and climate resilient agriculture and food systems.

Currently 159 million children are stunted and 50 million are affected by wasting. Malnutrition has a tremendous impact on their development and health and fuels the cycle of poverty. The level of investment remains inadequate. The Commission Nutrition Action Plan pledged to reduce stunting by 7 million children by 2025 and should honour its commitments, ensuring it addresses all forms of under-nutrition while also filling the huge current funding gap for nutrition-specific interventions.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Zabierając głos w tej debacie, chcę przypomnieć, że według danych FAO sprzed zaledwie kilku lat produkcja żywności na świecie powinna wzrosnąć do roku 2030 przynajmniej o 75 %, a to oznacza, że rolnictwo i produkcja żywności powinny być pod szczególną ochroną poszczególnych państw i ich związków takich jak Unia Europejska, która przecież od blisko 50 lat finansuje wspólną politykę rolną. Delegacja polska w grupie EKR, w imieniu której przemawiam, chce oczywiście wesprzeć większość zapisów przygotowywanej rezolucji Parlamentu Europejskiego dotyczącej żywienia i bezpieczeństwa żywnościowego, w tym szczególnie wspieranie małych producentów rolnych, zwalczanie zjawiska zawłaszczania ziemi w krajach rozwijających się czy też sprzeciw wobec tzw. prywatyzacji nasion, co wprost zagraża suwerenności żywnościowej poszczególnych państw. Przy tej okazji chciałbym jednak przypomnieć, że reformy wspólnej polityki rolnej realizowanej przez samą Unię Europejską bardzo często mają na celu ograniczenie produkcji rolnej w Europie. Przy użyciu ogromnych sum idących w miliardy euro finansowane są programy zmniejszania produkcji, na przykład cukru czy ostatnio mleka, co jest przecież sprzeczne z zapewnieniem bezpieczeństwa żywnościowego zarówno w Europie, jak i na świecie.

Jasenko Selimovic (ALDE). – Mr President, the EU has committed to reducing the number of chronically undernourished children by at least seven million by 2025 with a nutrition action plan. Indeed, progress in hunger reduction has been substantial in spite of the difficult global environment.

The proportion of undernourished people in the developing world has dropped from 18 % in the 1990s to 10 % in 2014. However, the path towards the total eradication of hunger will be a long one. If we continue at this tempo, many children, women and those living in poverty will pay the price. That is why more consecrated action is required from us. We need to step up and tackle rising unemployment by creating the conditions for growth. Volatile commodity prices, economic recessions and, primarily, political instability and wars.

Nutrition is an investment for our collective future. Here is where the EU has a crucial role, so let's play it!

Anja Hazekamp (GUE/NGL). – Over twee weken is het Wereldvoedseldag, maar op 8 augustus hadden we al meer van de aarde gebruikt dan zij ons kan bieden. Voorzitter, in mijn jeugd bestond er nog geen Earth Overshoot Day, maar tegenwoordig groeit er een generatie op die neemt wat ze wil, ook als dat ten koste van anderen gaat.

Vandaag hebben één miljard mensen overgewicht en bijna één miljard mensen gaan met honger naar bed. Niet omdat er te weinig voedsel is, maar door ons eigen consumptiepatroon en ons eigen landbouwbeleid. We kunnen iedereen voeden als we stoppen met het verspillen van eten. We kunnen iedereen voeden als Brussel niet langer intensivering en overproductie stimuleert. We kunnen iedereen voeden als we kinderen appels geven in plaats van schoolmelk.

Voorzitter, morgen is het Werelddierendag en de Partij voor de Dieren vraagt u om ook eens stil te staan bij de 7 miljard dieren in onze vee-industrie, want we kunnen honger bestrijden en deze dieren een lange lijdensweg besparen door te stoppen met het verspillen van voedsel aan veevoer. Voorts ben ik van mening dat de Europese landbouwsubsidies moeten worden afgeschaft.

Molly Scott Cato (Verts/ALE). – Mr President, ending hunger by 2030 is not about increasing production of commodities for global markets; rather we need to put nutrition, health and food security at the core of agricultural policy. We need a fundamental shift towards agro-ecology so that countries can feed themselves with a diversity of crops while addressing climate and poverty challenges. Support to family farmers and smallholders is key.

The EuroLat Assembly, of which I am a member, is debating a resolution on food security, recommending measures such as food reserves which governments can use to mitigate short term price fluctuations. In the EU, the Commission has a role in reducing volatility by ensuring that robust position limits are put in place to curb food speculation, as citizens rightly expect from the MiFID 2 Agreement.

The right to food also depends on access to land, yet inconsistencies in EU sectoral policies are inhibiting this. Current policies towards biofuels and many liberalising trade and investment agreements are jeopardising food security, contributing directly or indirectly to land grabbing.

Ignazio Corrao (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il nostro obiettivo dichiarato e conclamato è quello di porre fine alla fame e alla malnutrizione nel mondo entro il 2030. Domani ce lo ricorderà probabilmente il Segretario generale delle Nazioni Unite Ban Ki-moon con la sua presenza qui a Strasburgo.

Purtroppo, però, l'obiettivo dichiarato sembra davvero fuori portata. Signor Commissario, onorevoli colleghi, convenite con me che oggi ci troviamo in netto ritardo rispetto a questo obiettivo? Non credete che, continuando con questo passo, non ce la potremo mai fare a raggiungerlo? È assurdo che ancora oggi si debba assistere al puntuale e quotidiano sfruttamento di persone e suoli da parte di interessi privati per il proprio esclusivo tornaconto, senza alcun riguardo per la vita altrui. Vanno aumentati i nostri sforzi sulle tematiche legate all'alimentazione e alla sicurezza alimentare globale. Dobbiamo seriamente impegnarci per rilanciare e sostenere i piccoli produttori agricoli e la produzione alimentare locale, per sviluppare politiche agricole che siano efficaci e resilienti, per assicurare l'accesso alla terra e arrestare una volta per tutte il *land grabbing*.

Se vogliamo provare a raggiungere l'obiettivo, la strada è quella di garantire la sovranità alimentare a coloro che ne dovrebbero essere i principali beneficiari, ossia le popolazioni locali. Per tutto questo, con tali obiettivi saldi in mente, oggi invitiamo la Commissione e l'intera Unione europea a prendere nuovamente in esame la questione e a interrogarsi sull'efficacia delle proprie azioni, per prendere in considerazione un intervento diverso, basato sulla trasparenza e sulla tutela delle popolazioni locali.

Jytte Guteland (S&D). – Herr talman! Vi lever i en paradoxernas tid. Det har påtalats här i kväll, men det är sjukt hur det ser ut. Å ena sidan har vi det här parlamentet som kan tala om hur vi ska minska matsvinnet. Å andra sidan har vi nära 800 miljoner människor som lider av att få för lite mat.

Vi lever i en tid när vi med blixtens hastighet kan få reda på att människor riskerar svält – jag tänker på El Niño i våras. Samtidigt tar det månader innan omvärlden samlas för att kunna stödja och hjälpa de utsatta. Jag ser fortfarande framför mig de hungrande barnen och de trötta blickarna från barnen som inte orkar leka längre.

Jag stöder nu uppmaningarna till kommissionen att tydligare ta en ledarroll när det gäller en tryggad livsmedelssäkerhet – där är samordning och långsiktighet en nyckel – och vill också att kommissionen svarar på vad man gör för de El Niño-drabbade områdena.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR). – Arvoisa puhemies, maailman väestömäärän on ennustettu kasvavan vuoteen 2050 mennessä 9,5 miljardiin. Niinpä ruuan saamisen turvaaminen kaikille maailman ihmisille onkin oltava ykkösprioriteetti.

Mielestäni on ensisijaisen tärkeää, että ravinnon laatua korostetaan enemmän kuin pelkkiä tyhjiä kaloreita. Tällä hetkellä ruokaa tuotetaan määrällisesti paljon, mutta esimerkiksi nykyisistä pääviljoista, kuten maissista, vehnästä ja riisistä, saatavat kalorit eivät pidä sisällään tarpeeksi välttämättömiä hivenaineita. Maailman köyhimmät kansalaiset ovat usein riippuvaisia juuri siitä pääviljasta, jota kyseisessä maassa tuotetaan. Siksi onkin tärkeää, että tulevaisuudessa kehitystä ohjataan siihen suuntaan, että tämä päävilja olisi aikaisempaa useammin ravintopitoinen kaura, ohra, ruis, hirssi ja durra.

Tällä hetkellä jopa kaksi miljardia ihmistä kärsii raudan puutteesta ja viidennes maapallon väestöstä elää sinkin puutteessa. On esitetty arvioita, joiden mukaan noin 170 miljoonaa lasta kärsii ravinteiden puutteesta ja siitä johtuvasta kasvun hidastumisesta, joten viljelykasvien ravintopitoisuuden tärkeyttä ei voida korostaa liikaa.

Kasvisruokaan liittyviä innovaatioita tulisikin edistää entistä enemmän. Suomessa kehitetty nyhtökaura ja härkäpapuvalmiste ovat esimerkkejä tulevaisuuden kestävistä ratkaisuista.

Klaus Buchner (Verts/ALE). – Herr Präsident! Der Hunger in den ärmsten Staaten entsteht ganz wesentlich auch durch unsere Handelspolitik. Wir drängen die afrikanischen Staaten in Handelsabkommen, die uns erlauben, ihre Küsten leer zu fischen. Wir verlangen den unbeschränkten Zugang zu ihren Märkten, wo wir unsere hochsubventionierten landwirtschaftlichen Produkte absetzen. In vielen Bereichen können die einheimischen Bauern, die nicht subventioniert werden, mit unseren Preisen einfach nicht mehr mithalten. Wir drängen sie dazu, für den Export zu arbeiten, Kakao, Kaffee, Obst, Südfrüchte, Blumen anzubauen. Das Problem dabei ist nur, dass den Handel nach Europa, nach USA meistens eine einzige, manchmal zwei Handelsfirmen machen, die die Preise drücken, die den Bauern so wenig geben, dass sie davon nicht leben und nicht sterben können. Wir produzieren den Hunger. So ist unsere Handelspolitik, die Handelspolitik der EU, schlimmer als das, was früher, vor 100 Jahren, in der Kolonialpolitik passiert ist.

Paolo De Castro (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, l'instabilità dei mercati delle materie prime agricole, la crescita demografica e il cambiamento delle diete a livello globale, i vincoli ambientali alla produzione di cibo e le conseguenze del cambiamento climatico sono tutti elementi che compongono uno scenario di nuova scarsità. In questo scenario l'agricoltura è chiamata a ricoprire un ruolo di primissimo piano nella sempre più pressante sfida globale dell'accesso al cibo, non solo da una prospettiva produttiva, ma anche per la capacità di generare occupazione e stabilità nelle aree più marginalizzate del pianeta. Un ruolo riconosciuto dalle stesse Nazioni Unite che pongono il tema della sicurezza alimentare al centro degli Obiettivi di sviluppo sostenibile dell'Agenda 2030.

Signor Commissario, la questione è globale e come tale va affrontata. Occorre quindi una vera *Global Food Policy* e l'Europa deve assumere un ruolo di protagonismo che finora ha purtroppo solo annunciato, un protagonismo nella definizione di misure di sviluppo inclusive e innovative che garantiscano coesione sociale e territoriale, coinvolgendo i gruppi fin qui considerati più vulnerabili nei processi decisionali e di governance.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, ανάμεσα στους στόχους και τις δεσμεύσεις της Ένωσης για την επισιτιστική ασφάλεια στον πλανήτη βρίσκουμε την εξάλειψη της πείνας και της κακής διατροφής μέχρι το 2030, μέσω της αύξησης της παραγωγικότητας των μικρών εκμεταλλεύσεων και της επίτευξης βιώσιμων στην κλιματική αλλαγή επισιτιστικών συστημάτων. Στο πλαίσιο του στόχου αυτού περιλαμβάνεται και η μείωση του αριθμού των καχεκτικών ατόμων κατά 7 εκατομμύρια παγκοσμίως έως το 2025, με την Ευρωπαϊκή Ένωση να έχει δεσμευτεί ότι θα διαθέσει 3,5 δισεκατομμύρια ευρώ την περίοδο 2014-2020 για τον σκοπό αυτό. Το 2014 βεβαίως διατέθηκε για τις παρεμβάσεις που είχαν στόχο την εξάλειψη του παγκόσμιου υποσιτισμού μόνο το 0,57% της συνολικής επίσημης αναπτυξιακής βοήθειας. Δεδομένου ότι 159 εκατομμύρια παιδιά είναι καχεκτικά και 50 εκατομμύρια πάσχουν από ατροφία, καθίσταται σαφές ότι θα πρέπει να αναληφθεί άμεσα δράση από την Ένωση υπέρ της επισιτιστικής ασφάλειας, καθώς και ότι θα πρέπει να χρησιμοποιηθεί το σύνολο της επίσημης αναπτυξιακής βοήθειας.

Επιπλέον, η επισιτιστική ασφάλεια στον πλανήτη σχετίζεται με τη χρήση ασφαλούς τροφής, κάτι που σημαίνει ότι θα πρέπει να χτυπηθούν τα μεταλλαγμένα και να ενισχυθεί η βιολογική καλλιέργεια και η βιολογική κτηνοτροφία. Πώς όμως μπορεί να γίνει αυτό, κύριε Επίτροπε, όταν στην Ελλάδα την τελευταία πενταετία οι εκτροφείς βιολογικής κτηνοτροφίας δεν έχουν πάρει τις ενισχύσεις που δικαιούνται από την Ευρωπαϊκή Ένωση; Το ίδιο ισχύει, κύριε Επίτροπε, και για τους κτηνοτρόφους που στηρίζουν τη διατήρηση των απειλούμενων φυλών αγροτικών ζώων. Επίσης περιμένουν ακόμη τις επιδοτήσεις. Τι πρόκειται λοιπόν να γίνει, κύριε Επίτροπε; Τι θα κάνετε προκειμένου οι Έλληνες κτηνοτρόφοι να πληρωθούν τις επιδοτήσεις τους;

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Úr, ahogy itt több képviselő – köztük legutóbb De Castro kolléga is – említette, egy globális élelmiszerpolitikára van szükség. És amennyiben a glóbuszt, a Föld egészét úgy értelmezzük, hogy annak Európa is része, akkor bizony azt kell mondjam, hogy idehaza, az európai kontinensen is bőven van tennivaló. Valószínűleg a sokak által szóvá tett különböző botladozásoknak az az oka, hogy hazai terepen, azaz az Európai Unión belül kevés tapasztalatot szereztünk, márpedig itt is nagyon súlyos problémák vannak. Elnök úr, elmondanám, hogy Európa keleti felén – köztük a saját hazámban, Magyarországon – a lakosság 2%-a effektív alultáplált és éhezik. Ezeknek a döntő többsége persze gyermek, mindennek a tetejébe.

Ha ezeknek az élelmezésével is foglalkoznánk, akkor lehet, hogy sokkal könnyebben tudnánk érvényesülni a nemzetközi porondon. De nemcsak erről van szó, hanem arról is, hogy mindaddig, amíg az Európai Unióban nem lesz egységes adópolitika az élelmiszerek tekintetében, addig az lesz, hogy Magyarországon 27% az ÁFA az élelmiszereken, máshol meg nulla.

Elly Schlein (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, oggi circa 800 milioni di persone, la maggior parte in zone rurali, soffrono ancora la fame e più di 2 miliardi sono malnutrite. Con i nuovi Obiettivi di sviluppo sostenibile ci siamo impegnati non solo a porre fine alla fame cronica, ma anche a lavorare per una maggiore sicurezza alimentare e a combattere la malnutrizione perché, una volta soddisfatto il bisogno di cibo, è alla qualità e alla varietà della dieta che bisogna guardare.

Per farlo la FAO ci dice che avremmo bisogno di 267 miliardi di dollari l'anno per investimenti. Si tratterebbe solo dello 0,3 % del PIL mondiale per diversificare le culture, investire seriamente nelle popolazioni rurali, in particolare sui piccoli produttori agricoli, e promuovere un'agricoltura sostenibile. Se non vogliamo che i nuovi SDG rimangano sulla carta, servono più risorse – questo stiamo chiedendo – e serve anche un *framework* europeo per l'implementazione degli SDG.

Il coordinamento tra Commissione e Stati membri su questo è essenziale, perché sono obiettivi universali, e chiedo al Commissario quando avremo finalmente questo *framework* europeo sull'implementazione dei nuovi Obiettivi di sviluppo.

Julie Ward (S&D). – Mr President, I would like to focus specifically on women and girls, who suffer more nutritional deficiencies than men for reasons such as women's reproductive biology, low social status, poverty and lack of education. Although malnutrition's effects on this group have been recognised for decades, there has been little measurable progress in addressing the specific nutritional problems of women and adolescent girls. Addressing women's malnutrition has a range of positive effects because healthy women can fulfil their multiple roles more effectively, thereby helping to advance their country's socio-economic development. Secondly, more consideration should be given to the power of civil society and people-to-people initiatives in making real differences in their communities, such as the World Vision

Gicumbi Child Nutrition Centre that I recently visited in Rwanda.

Finally, I want to emphasise the role that education and intercultural dialogue plays as a key tool in development, emphasising and transforming mindsets and addressing key causes of under-nutrition. Fighting against malnutrition requires access to education.

Intervenții la cerere

Franc Bogovič (PPE). – V tej dvorani velikokrat govorimo o človekovih pravicah in zagotovo je pravica do hrane, do kvalitetne, zdrave hrane osnovna človekova pravica.

Zato zelo podpiram vse programe, ki jih izvaja Evropska unija, tako v obliki humanitarne pomoči kakor tudi v obliki razvojen pomoči.

Mislim, da je prišel čas, da pri razvojni pomoči resnično osredotočimo to razvojno pomoč Evropske unije v to, da v deželah, kjer je največje pomanjkanje hrane, se pravi v Afriki največ, pomagamo razviti malo kmetijstvo, kmetijstvo, ki je na neki način osnova za to, da bodo ljudje prvič, prišli do hrane, drugič, da bodo tudi razvili delovna mesta. Izobrazba, izmenjava izkušenj, in tu mislim, da lahko Evropa zelo veliko naredi.

Kajti, če bomo uspešni na tem problemu, na problemu prehranske varnosti, bomo delno rešili tudi velik problem migracij, s katerim se bomo v svetovnem formatu soočili tudi v prihodnje.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'obiettivo di sviluppo sostenibile dell'agenda ONU mira a porre fine alla fame nel mondo entro il 2030 attraverso un aumento della produttività dei piccoli coltivatori e l'incentivo dell'agricoltura sostenibile. Tuttavia, occorre prendere atto del fatto che limitarsi a garantire una maggiore produzione e una più grande disponibilità di prodotti alimentari non è sufficiente a risolvere il problema.

Gli ultimi dati disponibili ci dicono che oltre 159 milioni di bambini nel mondo soffrono di ritardo nella crescita. Alla luce di ciò, occorre implementare l'attuazione delle politiche europee elaborate dal piano di azione della Commissione sulla nutrizione. La sicurezza alimentare e nutrizionale necessita di una costante attenzione a livello strategico, oltre che di sostegno agli investimenti, specie nelle aree rurali. L'elaborazione e la programmazione delle politiche devono tener conto dei legami tra nutrizione, salute e creazione di occupazione, crescita e produzione sostenibile. Occorre che l'Unione europea lavori strategicamente per determinare le condizioni per contrastare lo spreco alimentare e per favorire lo sviluppo di un'agricoltura sostenibile e di qualità, con particolare riferimento al sostegno delle piccole e piccolissime aziende agricole.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, a persistência da fome, a persistência de milhões de casos de subnutrição crónica no mundo, numa altura em que o desenvolvimento científico e tecnológico atinge níveis que poderiam facilmente permitir erradicar este fenómeno é um dos mais vivos libelos acusatórios que pesa sobre o sistema capitalista largamente dominante à escala mundial.

As razões da fome são políticas, antes de mais. Não por acaso assistimos a um recrudescer do fenómeno mesmo em países normalmente incluídos no lote de países ditos «desenvolvidos». Olhemos, por exemplo, aos efeitos devastadores dos programas da União Europeia e do FMI. O livre comércio que arruína a pequena agricultura, a agricultura familiar e a soberania alimentar de nações inteiras, a usurpação de terras, o monopólio das transnacionais do agronegócio sobre sementes e outros fatores de produção, o desmantelamento de infraestruturas e serviços públicos e o ataque às funções sociais dos estados estão entre as causas incontornáveis da fome, e um genuíno esforço de combate à fome deve, obrigatoriamente, ter em conta a necessidade de combater as suas causas.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, this is a very important topic, and again I think it shows the genuine commitment of the European Union to helping all peoples in the world. It is a commitment that is genuine and sincere and to which we give a lot of support and for which we get very little credit, not to mention publicity.

Nevertheless, it is work that needs to be done, because when millions and millions of people around the world – especially children – are dying of malnutrition on the one hand, and then in our own first-world many of them are suffering from obesity, there is a reconciliation there that needs to be done, which will not be easy.

One area that I would like to see much more emphasis placed on is the whole area of research and development – especially research. With climate change, some places are getting warmer and drier while other places are getting wetter and colder. Crops need to adjust, and I think we need to do a lot more research in that regard.

(Koniec pytań z sali)

Neven Mimica, *Member of the Commission*. – Mr President, if we want to achieve the sustainable development goals we must pursue our efforts to eradicate undernutrition. The Commission spent almost EUR 500 million per year on nutrition interventions, representing 3.1% of its development aid in 2014.

The European Union is also addressing undernutrition through its humanitarian assistance. We had EUR 700 million spent between 2011 and 2015. But we all must do more.

We will continue keeping our development policy focus on nutrition and food security issues, as well as advocating further investment in nutrition by other donors and partner countries. We will explore with a strong movement the possible Pledging Conference on Nutrition. We will continue also to explore other interventions, such as the social safety nets, as well as reflecting on the balance between nutrition-sensitive and nutrition-specific interventions. We will continue to coordinate with donors who focus on nutrition-specific interventions, as well as maximising the synergies and complementarities of our development and humanitarian responses.

This development humanitarian collaboration has been further confirmed by the Commission's response to the food crisis generated by El Niño climate change phenomenon. The Commission allocated an additional EUR 543 million this year, almost equally shared between humanitarian and development interventions. This is coherent with the resilience approach, which aims at meeting the more immediate needs of populations in food crisis while addressing the root causes of partner countries' fragility and vulnerability.

I am confident that the proposed resolution on nutrition of the European Parliament, the Nutrition Action Plan of the Commission and the Council conclusions on nutrition can help the European Union improve nutrition and make undernutrition history, as foreseen in sustainable development goals agenda by 2030.

Przewodniczący. – Otrzymałem jeden projekt rezolucji złożony zgodnie z art. 128 ust. 5 Regulaminu.

Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w środę 5 października 2016 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Petras Auštrevičius (ALDE), *in writing*. – Hunger and malnutrition are the epicentre of one of the biggest issues we have to fight today. One in six children are underweight for their age and even though since 1990 the amount of people being effected by malnutrition has halved, there are still millions of people not receiving enough food and water. The percentage of development assistance dedicated to malnutrition should be increased and coupled with long-term goals for prevention of hunger. More specifically, we should pay more attention to small farmers, who at this moment produce around 70% of the world's food. Increasing their potential yield and diversifying the seeds being grown gives the surrounding area not only short-term assistance but also the tools to combat malnutrition in the long run. In addition, toddlers and new-born babies are severely affected by malnutrition; this is impacted by the fact that breastfeeding is still not fully recognised as an acceptable and culturally-decent practice in many places. The EP report tackles this issue by calling on the EU for a worldwide campaign highlighting the importance of breastfeeding and its necessity for a growing baby.

Karol Karski (ECR), *na piśmie.* – Bezpieczeństwo żywnościowe, oprócz bezpieczeństwa energetycznego i bezpieczeństwa obronnego, jest najważniejszym z globalnych wyzwań współczesnego świata. Związane jest to przede wszystkim ze stale rosnącą liczbą ludności, oczekuje się, że do 2030 r. wzrośnie ona aż do 8,5 mld., a ponadto według prognoz FAO (Światowej Organizacji do spraw Wyżywienia i Rolnictwa) do 2050 r. zapotrzebowanie na żywność wzrośnie o 70 %. Wyżywienie ludności stanie się głównym problemem świata i z tego powodu obserwujemy nasilony wzrost zawłaszczania ziemi w krajach rozwijających się i nie tylko. Wzywam Komisję do podjęcia konkretnych środków w celu przeciwdziałania zawłaszczaniu gruntów rolnych oraz do opracowania planu działania na rzecz zwalczania masowego wykupu gruntów i zapewnienia skutecznego wdrożenia wytycznych FAO w zakresie własności.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *în scris.* – De decenii vorbim despre malnutriție și despre foamete, însă, în ciuda ajutorului de dezvoltare alocat statelor subsahariene, malnutriția și foametea încă există. Din păcate, chiar dacă planul de acțiune al Comisiei pentru nutriție s-a angajat să reducă numărul cazurilor de retard de creștere în rândul copiilor cu 7 milioane până în 2025, dintr-un angajament total de 3,5 miliarde doar 400 de milioane sunt alocate măsurilor specifice nutriției. În 2012, Adunarea Mondială a Sănătății a aprobat un set de șase obiective globale în materie de nutriție pentru 2025, inclusiv obiectivul de a reduce cu 40 % numărul de cazuri de retard de creștere în rândul copiilor cu vârsta sub cinci ani. Totuși, investițiile în nutriție sunt în continuare insuficiente. Comisia Europeană ar trebui să mărească ajutorul pentru nutriție și să sprijine dezvoltarea sectorului agricol în țările care se confruntă cu foamete.

16. Änderung der Tagesordnung: siehe Protokoll

17. Gegen illegalen Holzeinschlag, Entwaldung und Waldschädigung (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad pytaniem wymagającym odpowiedzi ustnej skierowanym do Komisji przez Lindę McAvan w imieniu Komisji Rozwoju, Giovanniego La Vię w imieniu Komisji Ochrony Środowiska Naturalnego, Zdrowia Publicznego i Bezpieczeństwa Żywności, Bernda Lange w imieniu Komisji Handlu Międzynarodowego, Czesława Adama Siekierskiego w imieniu Komisji Rolnictwa i Rozwoju Wsi oraz Jerzego Buzka w imieniu Komisji Przemysłu, Badań Naukowych i Energii w sprawie przeciwdziałania nielegalnemu wyrębowi, wylesianiu i degradacji lasów – program działań UE (O-000112/2016 - B8-0720/2016) (2016/2824(RSP)).

Paavo Väyrynen, *author.* – Mr President, in 2003 the European Union took action against illegal logging and trade in illegally-logged tree timber by adopting the FLEGT Action Plan, the central element of which is the system of voluntary partnership agreements signed between the EU and timber-producing countries in Africa, Asia and Latin America.

In 2015, the European Court of Auditors issued a special report identifying gaps in FLEGT implementation and enforcement. The Court found that EU support to timber-producing countries was not sufficiently effective and targeted and called for an appropriate work plan with clear objectives, milestones and a dedicated budget. The Court also found that monitoring and reporting on progress had been inadequate, in particular due to the lack of an accountability framework.

The Commission has recently issued an evaluation of the FLEGT Action Plan, 12 years after its entry into force. Given this context, five committees asked the Commission to answer the following questions. First, how will the Commission concretely respond to the European Court of Auditors recommendations in its Special Report No 13/2015? Will additional resources be mobilised to respond to implementation challenges and will specific monitoring and evaluation mechanisms be developed to strengthen implementation of the EU Action Plan on Forest Law Enforcement, Governance and Trade? What is the Commission strategy to revive the political momentum for FLEGT in voluntary partnership agreement countries and to accelerate the governance reforms that are necessary for the issuance of FLEGT licences? Thirdly, how is the Commission ensuring coherence and synergies between climate mitigation policies and FLEGT, especially on governance aspects?

David Martin, *author.* – Mr President, I am speaking on behalf of Bernd Lange, who cannot be here this evening. Illegal logging and trade in illegal timber has a devastating impact on the world's forests, threatening the survival of various wildlife species and contributing to climate change. Regrettably, we have not managed to reverse global deforestation, even though illegal timber imports to the EU have declined. This signals the urgent need to step up our efforts. The Committee on International Trade is a lead committee for FLEGT, the voluntary partnership agreements that are signed under the FLEGT Regulation between the EU and timber-producing countries, and that should address the supply side of the problem.

I note with satisfaction that Indonesia will be the first country to start issuing FLEGT licenses this autumn, and the whole process has contributed to strengthened forest governance through an inclusive multi-stakeholder approach. Today, over 90% of Indonesia's timber exports are from independently-audited factories and forests, compared to just 20% in 2002. It is an important milestone, especially as one third by value of the EU's tropical timber imports come from Indonesia.

I would like to hear from the Commission how they are going to step up and accelerate the process in other Voluntary Partnership Agreement countries (VPAs). Could the Commission indicate which VPA countries, in addition to Indonesia, are closest to signing FLEGT licenses, and – as we have just heard, this is especially relevant in light of the Court of Auditors recommendation – notably that resources should be allocated to where they are likely to have the greatest impact in tackling illegal logging and related trade? In cases where implementation of the VPA requirements appears less feasible, would the Commission agree to propose measures supporting forest governance without necessarily signing a VPA?

Karmenu Vella, *Member of the Commission*. – Mr President, I have to start by saying and reconfirming that the EU is strongly committed to the fight against illegal logging and the associated trade. The FLEGT Action Plan has built an effective global coalition against it, tackling both the supply and demand sides through trade measures, through development cooperation and through broad stakeholder engagement.

Our action plan tackles some of the real drivers of deforestation and forest degradation. But deforestation continues and its consequences are potentially catastrophic at many levels – for the local communities that depend on forests, for the ecosystems that they support and at the global level as we deplete one of the most effective carbon sinks that we have.

We must continue this fight both through our own actions and in the new global dynamic of the 2030 Agenda and the Paris Agreement. The honourable Members are right to raise their concerns, and I welcome the interest of the Parliament in the follow-up to the European Court of Auditors report. FLEGT has been the subject of two reviews in the past two years. EU support to timber production countries under FLEGT was reviewed by the European Court of Auditors, while the overall performance of the action plan was also independently evaluated.

A basic finding is that FLEGT remains highly relevant and that the work carried out so far under the action plan is delivering significant results. Forest governance has improved, particularly in targeted countries, while demand for illegal timber in the EU has been reduced. The design of FLEGT has also been found to be future proof.

That being said, things have changed since the inception of the action plan. Imports of tropical timber in the EU have fallen, whilst China has become the world's largest market and global political attention has shifted to other drivers of deforestation such as the competition for land and to other drivers of climate change. The evaluation stressed that such changes may have an impact on the relevance of the action plan if not sufficiently addressed. That is why the Commission has been considering opportunities to scale up efforts to combat deforestation through FLEGT but also through other instruments such as REDD+ and the EU timber regulation.

We have now commissioned a study to consider the feasibility of a comprehensive EU action plan on deforestation. The review of the Court and of the independent evaluation have highlighted important implementation challenges and areas for improvement in the way the FLEGT Action Plan has been managed, particularly in relation to the support to the countries concerned, and have recommended adjustments.

We are working to address these findings to a multiannual work plan with clear objectives, targets, timeframes and budget. This will redefine priorities geographically and thematically and will ensure more effective monitoring of progress, achievements and impact. FLEGT is our flagship priority under the Global Public Goods and Challenges Programme of the European Development Cooperation Instrument, but we should remember that the action plan is a joint initiative. It must draw on the combined strengths and capacities of the EU and of its Member States. According to the evaluation, stronger commitment and more active support by more Member States is needed.

Finally, the honourable Members also asked about voluntary partnership agreements (VPAs). As mentioned by Paavo Väyrynen, VPAs are a central FLEGT element, and the Commission has invested intensely in their negotiation and implementation through political dialogue, through stakeholder engagement and through capacity building.

Our colleague David Martin also mentioned Indonesia and yes, soon we will be launching Indonesia's FLEGT licensing, and hopefully Ghana will follow soon after, hopefully next year. These efforts are yielding good results in those countries where there is willingness to implement the necessary reforms. The difficulty of putting in place these reforms should not be underestimated. There are often strong vested interests, benefiting from the status quo.

We will, of course, continue to make all possible efforts to maintain political momentum in VPAs and address the challenges with our partner countries.

Franc Bogovič, *v imenu skupine PPE*. – Najlepša hvala najprej kolegoma za postavitev tega zelo pomembnega vprašanja in seveda tudi vam, komisar Vella, za odgovore, ki ste nam jih podali na začetku te točke.

Evropska unija se zaveda pomena ekosistema gozda, zato se že vse od devetdesetih let ukvarja s problemom nezakonitega krčenja, trgovine s tem lesom in, kot ste dejali, se tudi skozi teh, sedaj že 25 let, stvari bistveno spreminjajo.

Ne vem, Kitajska se pojavlja sedaj kot največji kupec, v vmesnem času je tudi Evropska unija namenila in to, kar je pregledalo tudi Evropsko sodišče, kar 300 milijonov evrov sredstev v to, da se to gospodarjenje z gozdovi po svetu izboljša in da se tudi na osnovi teh ugotovitev, pa tudi skupnih priporočil izboljša gospodarjenje z gozdovi.

Poleg velike biotske raznovrstnosti, ki je eden od ključnih problemov ob okoljski škodi, je zagotovo tudi velik problem tega področja, področje korupcije in pa pravzaprav nedelovanje držav od koder prihajamo. Zato je na neki način tudi manjše razočaranje to, da imamo podpisanih le nekaj, se pravi sporazum z Indonezijo in pa nekaj sporazumov z afriškimi državami.

Želim vam v tem delu veliko uspeha, kajti, kot sem že dejal tudi sam, zelo podpiram, da se ta problematika reši. Ti problemi, hočemo ali nočemo, slejkoprej pridejo tudi na naše domove.

Naj samo povem lastno izkušnjo iz Slovenije izpred dobrih dveh let, ko smo pozimi leta 2004 po velikem žledu imeli veliko škodo, se pravi klimatske spremembe, povzročajo različne pojave, veliko škodo, ko je skoraj polovica slovenskega gozda bilo kovanega v led in kot posledica, dve leti po tistem, čutimo pa tudi po zelo vročem letu velike posledice s podlubniki, ki uničujejo sedaj smrekov gozd.

Tako, da problem, o katerem govorimo, na prvi pogled zgleda, da je zelo daleč od nas, posledice pa zelo hitro čutimo tudi na lastnih tleh. Zato podpiram ta prizadevanja, v tej smeri, kot ste jih omenili, tu pri tej točki.

Renata Briano, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio il Commissario Vella per gli impegni e le risposte. Ci sono paesi in cui il tasso di disboscamento illegale raggiunge il 90 %, implicando forme di corruzione in tutta la filiera di abbattimento, trasporto e vendita. Gli obiettivi posti nell'*Action Plan* sono ancora ostacolati da una moltitudine di fattori, tra cui la resistenza al cambiamento del settore forestale, il ritardo nell'applicazione del regolamento europeo, l'importanza di altri mercati come Cina e India, nonché il boom delle materie prime agricole la cui produzione occupa superficie forestale.

L'agricoltura estensiva gioca un ruolo chiave nel processo di deforestazione, se pensiamo che dal 2000 circa la metà della foresta tropicale è stata convertita in terreno agricolo o per piantagioni monocultura, spesso contro il volere delle popolazioni autoctone, come è il caso dell'olio di palma in Indonesia, in Liberia e in Ecuador. Si stima che oggi l'80 % della deforestazione globale è causato dall'agricoltura e con l'importazione di prodotti come olio di palma, manzo, cuoio, soia, gomma, cacao e legname anche l'Unione europea è attore di questo problema.

Non si possono sottostimare inoltre i danni ambientali legati alla deforestazione. In aggiunta alla gravissima perdita di biodiversità, la deforestazione è una delle principali cause di dissesto idrogeologico e provoca alluvioni e frane. Bisogna quindi che l'UE dimostri e continui a dimostrare un forte impegno politico per l'efficace attuazione dei *Voluntary Partnership Agreement*, per rafforzarne l'impatto, per assicurare l'attuazione efficace del regolamento sul legname e per adottare ulteriori misure per sostenere la tutela e il recupero degli ecosistemi forestali.

Ruža Tomašić, *u ime kluba ECR*. – Poštovani predsjedniče, pitanje nezakonite sječe, deforestacije i degradacije šuma od posebnog je značaja za moju domovinu Hrvatsku jer je gotovo polovica njezina teritorija prekrivena šumama. Posljednjih je nekoliko godina sve izraženije djelovanje tzv. „šumske mafije" koja godišnje ukrade na tisuće kubika drvne mase, bilo da je riječ o drvu za ogrjev ili skupim hrastovim i bukovim trupcima kojima nezakonito opskrbljuju drvno-prerađivačku industriju.

Problem je posebno izražen u privatnim šumama čiji vlasnici ne žive na svom posjedu i gdje nisu sređeni imovinsko-pravni odnosi, no ne zaobilazi ni državne šume. Lopovi su dobro organizirani i umreženi, državni šumari ne mogu učinkovito patrolirati i sprječavati krađe na tolikom prostoru, a policija lopovima teško ulazi u trag.

Ako doista želimo zaštititi šume, država mora učinkovitije upravljati onima u svom vlasništvu, a vlasnike privatnih šuma trebamo poticati na osnivanje udruga privatnih šumoposjednika i uvođenje sustava zajedničkog nadzora koji bi uključivao stalnu razmjenu informacija s državnim šumarijama i policijom.

Za zemlje poput Hrvatske drvo je u svakom smislu strateški resurs i ne smijemo dozvoliti da ga bilo tko nezakonito prisvaja te svojim razbojništvom ugrožava budućnost naših šuma, njihovog ekosustava i budućnost naše djece.

Ulrike Müller, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich begrüße die Aussprache hier im Plenum über den FLEGT-Aktionsplan ganz besonders. Ein weltweit nachhaltiger Einschlag und Handel von Holz ist die Grundlage für eine funktionierende Holzwirtschaft. Mir persönlich ist es besonders wichtig, sorgsam mit unserer Ressource umzugehen und unsere Märkte zu schützen.

Der illegale Holzeinschlag beschäftigt uns schon lange. Hier ein paar Fakten: Es werden ungefähr 20 bis 40 % der globalen Holzproduktion illegal geschlagen. Der wirtschaftliche Schaden beträgt durch entgangene Einnahmen im Bereich des Staates, der Kommunen, der Industrie, aber auch der privaten Waldbesitzer etwa 15 Milliarden Dollar. Weltweit wird dadurch der Holzpreis ungefähr um 10 % gedrückt. Ungefähr 16 % der Holzimporte in die Europäische Union stammen aus illegalem Holzeinschlag, und die Weltbank spricht sogar von organisiertem Verbrechen, das mit schärferen Gesetzen bekämpft werden muss. Wir können also hier nicht weiter zusehen.

Heute bewerten wir den Aktionsplan FLEGT. Mit ihm sollten die Probleme angegangen und gelöst werden. Kernstück des Aktionsplans sind bilaterale Abkommen zwischen Europa und den Holz exportierenden Ländern. Trotz aller Bemühungen, hier verantwortungsvolle Rechtsstaatlichkeit zu schaffen, werden weiter Regenwälder gerodet und Artenvielfalt zerstört. Unsere Vorsorgemaßnahmen haben bisher kaum Erfolg. Wir brauchen Aktionen gegen die Hintermänner des Handels. Greifen wir also die wichtigsten Punkte vom Rechnungshof auf! Ich fordere Sie hier dazu auf, bitte auch eine klare Strategie zu beschreiten, kohärente Arbeitspläne, Prioritäten, Zeitpläne und Etappenziele zu erklären und aus diesem zahnlosen Tiger endlich ein Regelwerk zu schaffen, das europaweit in allen Staaten gleich umgesetzt wird.

Maria Lidia Senra Rodríguez, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, yo creo que la Unión Europea podría hacer muchísimo más para desincentivar la tala ilegal en el mundo. Podría empezar, por ejemplo, por desincentivar el monocultivo del eucalipto o de otras especies de crecimiento rápido y promover en su lugar en la producción de maderas de calidad. Esto contribuiría muchísimo a mantener la biodiversidad, a mantener también el medio ambiente.

Me parece que otro aspecto importantísimo que podría tener en cuenta la Unión Europea para desincentivar la tala ilegal sería no aplicar solo medidas voluntarias, sino poner fin al comercio ilegal controlando las importaciones y también a los importadores.

Promover una política forestal en Europa que incentive la ordenación de los bosques, que evite la deforestación de tierras agrarias y potencie la producción de madera de calidad sería una magnífica contribución a este proyecto.

Heidi Hautala, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, it is of the utmost importance that the Commission really comes up with a comprehensive EU action plan on deforestation and forest degradation. We have lots of reasons and obligations as to why we need this. First of all, we have the UN Sustainable Development Goals and the Paris climate agreement, which both require effective action on illegal logging and deforestation. Besides, illegal logging is a major problem in illicit capital flows from developing countries. Indeed, FLEGT has had many successes, but the global context has changed a lot since its introduction in 2003.

So now we really need new measures and we need to look at innovative ways of shedding light on the supply chains. It is a very important task for us to make sure that consumers in the end-user countries, like those in the European Union, have full access to information on the origin of the timber. I believe that FLEGT could actually inspire many other sectors and products. The approach is really innovative, with the voluntary partnership agreements.

One of the things that I have noticed is that the evaluation has come to the conclusion that there are limitations in terms of lack of data on illegal logging and trade and on governance achievements. Here I believe some new instruments could be introduced. We could see how customs information could be used to shed light on which companies are importing what to the EU Member States. I also firmly believe that we could look in the countries of origin at how we can support the countries to put in place proper systems of forest inventory. I am proud to say that Finland, my country, has been very active in helping countries like Vietnam and Tanzania in this field.

Julia Reid, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, illegal logging is symptomatic of wider governance problems, such as weak and unclear laws, corruption, big business behaving badly and poor local people with few incentives to behave well – all brought about by scientific theories which have been preached with the certainty of religious fervour. This, with the assertion that the rule of law means the same everywhere, is not a pretty picture, and it applies to much in the developing world – especially in the issue of industrial scale illegal logging and deforestation, which is threatening the survival of some of the world's most endangered animal species.

There is a stupid response to rush to criminalise in ways which further incentivise bad behaviour, based on questionable science, and to reinforce this with due diligence bureaucracy which adds to costs, thus further incentivising the very activity that we want to stop. If you raise the price of something, you encourage new market entrants, including illegal ones. What is needed is to ask the Commission whether it has done a robust behavioural economic analysis of the incentive system in the global logging market. This is, of course, not the kind of question asked by or of the European institutions. Instead, we have the usual cliché buzzwords: 'political momentum', 'coherence', 'synergies', 'climate', 'mitigation'. Thank goodness my country is leaving.

Philippe Loiseau, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, le rapport spécial n° 13/2015 de la Cour des comptes européenne décrit l'échec du programme européen de soutien aux pays producteurs de bois dans la lutte contre l'abattage illégal. Ce fléau met en péril le patrimoine forestier mondial, mais aussi des populations indigènes qui tirent leur subsistance de cette forêt.

Les raisons de ces abattages illégaux sont diverses. Tout d'abord, en Indonésie, une grande quantité d'arbres sont coupés pour laisser place à des plantations qui produiront du papier ou de l'huile de palme, détruisant ainsi la biodiversité. En Amérique du Sud, l'abattage illégal sert à l'exportation de ce bois au profit d'organisations parfois liées aux autorités corrompues qui, bien sûr, veulent s'enrichir en répondant à la demande de bois sur les marchés internationaux. On poursuit les bûcherons alors qu'ils sont victimes d'un système qui les exploite et, bien entendu, les décideurs ne sont jamais arrêtés.

Outre la corruption, la lutte contre l'abattage illégal n'est pas toujours la priorité du gouvernement du pays en question. L'extension des productions d'huile de palme ou de champs de soja pour soutenir l'agriculture intensive fait partie du problème.

Enfin, le dernier problème est celui de la traçabilité des produits sur le marché. Par exemple, 80 à 90 % du bois exporté du Pérou vers la Chine et d'autres marchés asiatiques est illégal, ce qui correspond à une perte d'environ 86 millions d'euros.

Pour finir, je pense que développer et durcir l'impératif de traçabilité serait une bonne solution. Au vu de la complexité du problème, savoir d'où vient le bois et connaître la société d'abattage apparaît évidemment comme une solution crédible et tout à fait envisageable.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η σημασία της υπάρξεως δασών σε παγκόσμια κλίμακα είναι μεγάλη, όχι μόνο διότι αυτά συμβάλλουν στον περιορισμό των αερίων του θερμοκηπίου και κυρίως του διοξειδίου του άνθρακος, περιορίζοντας κατ' αυτό τον τρόπο τις κλιματικές μεταβολές, αλλά και διότι αποτελούν σημαντική πηγή πλούτου για τις χώρες που τα διαθέτουν. Συνεπώς, η προστασία των δασών από παράνομη υλοτομία και αποψίλωση πρέπει να αντιμετωπιστεί από την Ευρωπαϊκή Ένωση ως ένα θέμα πρώτης προτεραιότητας.

Πρέπει η Ευρωπαϊκή Ένωση να εκπονήσει μία σχετική πολιτική και να συνεργαστεί όχι μόνο με τα κράτη μέλη της Ενώσεως, αλλά και με τα κράτη εκείνα τα οποία παράγουν μεγάλες ποσότητες ξύλου, ούτως ώστε να περιοριστεί η παράνομη υλοτομία καθώς επίσης και το εμπόριο των αγαθών των οποίων η παραγωγή συνεπάγεται την αποψίλωση των δασών. Παράλληλα, πρέπει να χρηματοδοτήσει κατάλληλα αυτή την προσπάθεια και να συνάψει και τις απαραίτητες εμπορικές συμφωνίες, ούτως ώστε να υπάρξει δυνατότητα επιτυχίας του προγράμματος.

Τέλος, το θέμα του περιορισμού τόσο της παράνομης υλοτομίας, όσο και των καταστροφών των δασών οι οποίες προκαλούνται είτε από πυρκαγιές, είτε από εμπρησμούς, είτε από συμπτωματικά γεγονότα, πρέπει επίσης να αντιμετωπιστεί στο πλαίσιο της Ευρωπαϊκής Ενώσεως.

Elisabeth Köstinger (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Ich möchte doch noch einmal darauf hinweisen und halte es für wichtig herauszustreichen, dass die heutige Debatte kein Fingerzeig auf unsere europäischen Waldbesitzer ist, die bereits seit Generationen mit nachhaltiger Waldbewirtschaftung unseren grünen Schatz pflegen. Es geht heute vielmehr darum, alle Kräfte zu bündeln, damit der Handel mit illegalem Holz endlich gestoppt wird.

Weltweit wird alle zwei Sekunden eine Waldfläche in der Größe eines Fußballfeldes illegal gerodet, und zuverlässige Daten von illegaler Waldholzung in Drittstaaten sind nach wie vor sehr schwer zugänglich. Schätzungen zufolge wird aber in der Europäischen Union jährlich illegales Holz im Wert von 1,2 Mrd. EUR verkauft. Der wirtschaftliche Schaden für die Holzerzeugerländer ist demnach auch enorm. Jährlich entgehen ihnen Einnahmen in Höhe von 10 bis 15 Mrd. EUR, und dieses Geld, vor allem auch in Hinblick auf die immens großen Herausforderungen, insbesondere in den Staaten – vor auf dem afrikanischen Kontinent, ist hier wirklich von ganz besonderer Bedeutung.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir haben hier eine Verantwortung für die nachfolgenden Generationen zu tragen, denn neben dem wirtschaftlichen Schaden ist illegaler Holzeinschlag auch ein massiver Eingriff in unser weltweites Ökosystem. FLEGT ist die Antwort der Europäischen Union auf das globale Problem. Das Konzept ist innovativ und absolut richtig. Der Sonderbericht des Rechnungshofs zeigt allerdings massive Umsetzungsdefizite auf. Hier gibt es großen Erklärungsbedarf: Welche Konzepte hat hier die Kommission? Wie können wir aber vor allem auch die Partnerstaaten zu Reformen animieren? Wie können wir ihnen auch unterstützend zur Seite stehen? Und gibt es hier wirklich auch eine nach vorne weisende Strategie?

Als Berichterstatterin der freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Indonesien, Liberia und Zentralafrika möchte ich die Kommission auch um einen Fortschrittsbericht zur Umsetzung dieser Abkommen bitten.

Ricardo Serrão Santos (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, em março de 2015 abordei em plenário a questão da desflorestação ilegal de florestas tropicais, o conflito com a agricultura, o papel da corrupção e a perda de diversidade. Hoje, foco-me no plano de ação desenhado pela Comissão Europeia, pois a sua implementação carece de clarificação, de objetivos e de prioridades.

É difícil entender algumas das opções. Por exemplo, ao abrigo deste plano foi estabelecido um acordo de parceria voluntária com a Libéria, que incluía apoios no valor de 12 milhões de euros, mas este país exporta apenas 5 milhões de euros em madeira para o nosso território. A Costa do Marfim, que exporta para a Europa um valor 30 vezes superior, foi deixada de fora. Caso tivesse sido incluída garantiria a adequação ambiental e social dessa madeira.

Para além de ser um problema ambiental grave constitui uma competição desleal com as nossas regiões produtoras que estão a fazer um esforço de certificação, como é o caso dos Açores, ilhas portuguesas de que sou de origem e que estão no centro do Atlântico.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Poštovani predsjedniče, lako ćemo se složiti oko stanja u Latinskoj Americi i znamo da je pretjerana proizvodnja palminog ulja u raznim državama prouzročila veliku sječu šuma, da je neplanska loša poljoprivreda također napravila veliku štetu za naš planet. Ali, ja želim govoriti o Europi, želim govoriti o nama, želim govoriti o problemima s kojima se suočavamo u zemljama članicama Europske unije u kojima također postoji ilegalna sječa šuma, krađa šuma, krađa drva i gdje postoji krađa resursa ljudi koji žive okruženi šumama.

Konkretan primjer je Gorski kotar u Hrvatskoj. Promašena politika koju država vodi već 25 godina, zbog koje mladi odlazi iz Gorskog kotara jer ne vide svoju perspektivu i svoju budućnost, a okruženi su kvadratnim kilometrima šuma prve klase. Loša državna politika koja ne vodi brigu o lokalnom zajednici i na taj način ne omogućava da fantastični resursi koje Gorski kotar ima budu iskorišteni u korist razvoja građana tog jednog malog, ali predivnog dijela Hrvatske. Mislim da i o takvim temama trebamo govoriti, gospodine povjereniče.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL). – Señor Presidente, los compromisos y medidas recogidos en el Plan de Acción siguen siendo relevantes, pero su eficacia será menor si no es reforzado, como reconoce la Comisión. Y será ineficaz si la Unión Europea no garantiza su total implementación, como por ejemplo, la del Reglamento relativo a la comercialización de la madera.

Hay que detener la circulación de madera extraída ilegalmente, que viola la normativa sobre protección de bosques y los derechos de las poblaciones nativas. Necesitamos medidas adicionales, como las que ha mencionado mi colega Lidia Senra, para proteger la biodiversidad, los bosques y los pueblos del bosque.

En 2015 los Estados miembros reconocieron la necesidad de una acción urgente cuando se comprometieron con los objetivos de desarrollo sostenible y el Acuerdo de París sobre el cambio climático. Creo que es hora de cumplir dichos compromisos y de cerrar las brechas del Plan de Acción.

Bogdan Brunon Wenta (PPE). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Problem nielegalnego wykorzystania zasobów leśnych i zagrożeń, jakie niosą ze sobą takie działania, dotyczy aspektów nie tylko środowiskowych, ale także ekonomicznych i społecznych. Niewłaściwe użytkowanie lasów wywołuje znaczne szkody nie tylko dla środowiska naturalnego. Oprócz wylesiania, utraty bioróżnorodności i zwiększonej emisji gazów cieplarnianych nielegalny wyrąb przyczynia się do konfliktu wśród rdzennych i lokalnych społeczności, łamania praw człowieka i korupcji. Dochody z tych działań używane są często do finansowania konfliktów zbrojnych, przyczyniają się do zwiększenia poziomu ubóstwa. W Afryce największe straty w sektorze leśnym zanotowano w ostatnich latach w Nigerii, Tanzanii, Zimbabwe, Demokratycznej Republice Konga. Władze niektórych z tych krajów stosują tak zwane kontrolowane wypalania obszarów leśnych w celu pozyskania tych ziem pod uprawy.

Przeciwdziałanie negatywnym tendencjom, w tym nielegalnej wycince drewna, wymaga ścisłej współpracy z krajami rozwijającymi się, gdzie duże znaczenie dla gospodarki ma użytkowanie drewna i handel nim. Niezbędne jest wsparcie w zakresie wymiany dobrych praktyk i odpowiednie reformy polityki leśnej. Dlatego plan działania FLEGT mający na celu zwiększenie zdolności krajów rozwijających się do kontroli nielegalnego użytkowania lasów – przy jednoczesnym ograniczaniu handlu wyrobami z nielegalnego drewna pomiędzy tymi krajami a Unią Europejską – jest dobrą postawą. Jednak należy przeznaczyć dodatkowe środki, aby sprostać wyzwaniom związanym z jego wdrażaniem oraz monitorowaniem.

Tonino Picula (S&D). – Gospodine predsjedniče, gospodine povjereniče, ilegalna sječa i trgovina nezakonito posječenom drvnom sirovinom godišnje generira ekonomski gubitak od 7 milijardi eura. Još je značajniji iznimno nepovoljan utjecaj na biološku raznolikost i razinu ispuštanja stakleničkih plinova, a to posljedično utječe na živote ljudi koji ovise o šumama, narušava tržište i, svakako, potiče korupciju.

Akcijski plan Europske unije za provedbu zakonodavstva, upravljanje i trgovinu u području šumarstva (FLEGT), iako je u teoriji dobro zamišljen, u praksi je zakazao. Zbog toga je potrebno što prije oživiti tu političku inicijativu i iskoristiti njezin potencijal.

Osim toga, vrijeme je da se potakne zanimanje za stanje šuma u Europskoj uniji. Prekomjerna, nelegalna sječa i trgovina nezakonito posječenim drvom nije problem samo trećih zemalja s kojima sklapamo FLEGT sporazume jer se sve to na dnevnoj bazi događa i u našim zemljama članicama. U Hrvatskoj se uništavaju putevi i ceste koji su građeni desetljećima, a nelegalno posječeno drvo se uglavnom odvozi u susjedne zemlje i bez kontrole stavlja na tržište.

Zbog toga još jednom pozivam na pojačanu aktivnost i koordinaciju kada je u pitanju očuvanje europskih šuma. Šume su puno značajnije nego što nam se čine; one su pluća Europe, izvor energije, čuvar klime i bioraznolikosti te ih trebamo poštovati sukladno njihovoj izuzetnoj važnosti.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, in tempi di cambiamenti climatici le foreste diventano l'unico alleato per la salvaguardia della vita e del benessere di milioni di esseri umani. Inoltre, esse rappresentano il più importante serbatoio di biodiversità e un elemento costitutivo per le comunità indigene e i contadini in tutto il mondo.

L'Europa rimane la prima destinazione per il commercio illegale di legname e per questo è fondamentale nei prossimi anni che vi sia un impegno reale di tutta l'Unione per far sì che il FLEGT non resti un impegno volontario nell'ambito degli accordi commerciali. Sono necessari impegni cogenti in grado di regolare l'attività di governi e multinazionali e al tempo stesso di bloccare il sistema di corruttele. È fondamentale che la riforma del FLEGT vieti esplicitamente il commercio di legname proveniente da zone di conflitto, prevedendo un sistema di sanzioni fino alla revoca delle licenze di importazione e alla sospensione degli accordi di libero scambio o delle tariffe preferenziali per le multinazionali e gli Stati che violino l'embargo.

In ultimo consideriamo inadeguato il sistema di monitoraggio volontario degli investimenti nel settore forestale da parte delle multinazionali dell'agricoltura e del settore finanziario. Sono invece necessari una regolamentazione efficace e meccanismi di *due diligence* in grado di limitare le attività illegali e fornire una speranza ai polmoni verdi del pianeta.

Francesc Gambús (PPE). – Señor Presidente, señor Comisario, en primer lugar creo que es importante señalar que el informe del Tribunal de Cuentas Europeo es bastante devastador en sus observaciones. En resumidas cuentas nos dice que la intención política es buena e innovadora, pero que este Plan de Acción —que por sí no tendría que ser malo— no llega implementado por un buen plan de trabajo, o si llega, lo hace tarde y mal. Parece un buen resumen también de la percepción de los males que afectan a la Unión: bien pensada, pero vamos tarde y mal. Debemos actuar con una visión global, porque la deforestación es un problema grave tanto ambiental como humano, pero debemos actuar bien.

En 2015 se calcula que hubo cien mil muertes en Indonesia atribuidas a los incendios forestales. Indonesia, que en 2014 superó a Brasil en el dudoso honor de ser el país con mayor deforestación anual del mundo. Indonesia, que recibió diez millones de euros destinados a la lucha por la aplicación de las leyes, la gobernanza y el comercio forestales en 2004; y, desde entonces, la Unión Europea no ha programado ningún otro proyecto de ayuda al desarrollo para el Gobierno de este país en el sector forestal.

Sin embargo, no debemos ser pesimistas, sino —como dice el propio informe— verlo como una oportunidad para mejorar el enfoque que se le da actualmente, para tener resultados más tangibles, que también los hemos tenido.

El mismo fondo ha tenido buenos resultados, por ejemplo en Camerún, donde ha conseguido que la sociedad civil participara en la gobernanza forestal.

Debemos insistir en la necesidad de reconocer el valor ambiental pero también social y económico de los bosques. Debemos recordar el valor añadido que suponen para las poblaciones rurales, también las actividades que como el pastoreo ayudan a prevenir peligros como los incendios forestales, así como a mantener un bosque limpio.

Por ello quisiera poner en valor el informe Köstinger de este Parlamento sobre una nueva estrategia de la UE en favor de los bosques y del sector forestal en la que pedíamos un plan de acción sobre deforestación y degradación con el fin de abordar los objetivos fijados en la Comunicación respecto a la protección y mejora de los bosques mediante su gestión sostenible, así como el apoyo a los mecanismos que fomentan el desarrollo mundial de la silvicultura con miras a una explotación más sostenible de los bosques.

Miroslav Poche (S&D). – Mr President, the EU Action Plan on Forest Law Enforcement, Governance and Trade (FLEGT) and its implementation have fundamentally helped to increase awareness of the devastating impact of illegal logging. The commitments and measures contained remain highly relevant today and should be further strengthened. Governments have recently committed themselves to the Sustainable Development Goals and the Paris Agreement. If the European Union wants to remain a credible global partner and a global force in combating climate change, we have to take concrete actions, cooperate with international partners, and increase the coherence of EU policies to effectively push for ending deforestation and the connected violations of human rights.

Tackling deforestation and illegal logging can be successful only if indigenous peoples' land rights are respected. The EU Action Plan needs strong governance reforms, coherence with other environmental policies and additional resources. We should express our firm position on some particular points of the problem, which I believe are essential to achieving the concrete picture of what the European Union plans to undertake.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, είναι σημαντικό να στηριχτούν οι χώρες παραγωγής ξυλείας και να κινητοποιηθούν πόροι για την ανάπτυξη μηχανισμών, ώστε να ενισχυθεί το σχέδιο δράσης της Ένωσης για την εφαρμογή της δασικής νομοθεσίας. Κάθε μας ενέργεια όμως πρέπει να σέβεται και να προωθεί τους στόχους που έχουμε θέσει για το κλίμα και την προστασία του περιβάλλοντος. Είναι αναγκαίο να ληφθούν άμεσα μέτρα για την πρόληψη και αποτροπή της παράνομης υλοτομίας, της αυθαίρετης αποψίλωσης, αλλά και της σκόπιμης καταστροφής και πυρπόλησης των δασών που πραγματοποιούνται με σκοπό την οικοπεδοποίηση δασικών εκτάσεων, κάτι που ζούμε πολύ έντονα στη Νότια Ευρώπη, και την εξυπηρέτηση μεγάλων ιδιωτικών συμφερόντων.

Είναι επίσης σημαντικό να προωθηθεί η αναδάσωση. Η προστασία του περιβάλλοντος αποτελεί βασική προϋπόθεση για την αναβάθμιση της ποιότητας ζωής του ανθρώπου. Έχουμε λοιπόν χρέος να προστατεύσουμε τα δάση από κάθε μορφή παράνομης αποψίλωσης και καταστροφής και να αναπτύξουμε μια δασική νομοθεσία με γνώμονα τα συμφέροντα της κοινωνίας και των ανθρώπων.

Pytania z sali

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěl ve své jedné minutě podpořit všechny svoje kolegy, kteří zde vystupovali, protože skutečně podle mého soudu nezákonně vytěžené dřevo ohrožuje plíce světa. A v tomto smyslu bych chtěl především podpořit východiska, která jsou stanovena v akčním plánu. Na druhou stranu mám opravdu pocit, že zaostáváme v jeho provedení i právě na tom mezinárodním poli, protože tento akční plán by měl být podle mého názoru přímo provázán se zahraniční politikou Evropské unie. My bychom měli i ty státy, které skutečně nedodržují závazky, které třeba i byly smluvně sjednány s naší Unií, jaksi být schopni efektivně podpořit právě na mezinárodním poli. Já jsem byl v Singapuru před několika lety a byl jsem opravdu zděšen z toho, jak kouř z Indonésie dopadá dokonce do tohoto státu a právě pochází z vypalovaných lesů a týká se palmového oleje. Já myslím, že bychom na tyto skutečnosti neměli rezignovat a měli bychom podpořit naši politiku i právě v této zahraniční oblasti.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, per effetto della posizione di rilievo, ma non dominante, che l'Unione europea detiene nel mercato mondiale dei prodotti del legno, qualsiasi provvedimento risulterà inefficace se non condiviso con i grandi *player* del settore, come ad esempio Stati Uniti, Giappone e Cina.

Penso che la Commissione debba dare impulso politico al piano d'azione dell'Unione europea per l'applicazione delle normative, la governance e il commercio nel settore forestale, portando a compimento la creazione di un sistema di rilascio di licenze su base volontaria, volto a garantire l'import del solo legname tagliato legalmente. Affinché un tale sistema possa funzionare correttamente, i paesi partner FLEGT dovrebbero provvedere a istituire sistemi e strutture affidabili per una corretta identificazione e certificazione del legame del legname tagliato.

Relativamente all'aspetto finanziario, la Commissione dovrebbe integrare le iniziative previste dal programma FLEGT nei principali programmi europei di cooperazione allo sviluppo, al fine di poter attuare programmi di assistenza tecnica e di sviluppo di capacità nei paesi partner produttori di legname.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η παράνομη υλοτομία και η αποψίλωση των δασών δημιουργούν σοβαρές επιπτώσεις στο περιβάλλον, καθώς μειώνουν τη βιοποικιλότητα και συμβάλλουν αρνητικά στην αλλαγή του κλίματος. Για την αντιμετώπιση των περιβαλλοντικών καταστροφών που προκαλούνται από την παράνομη υλοτομία και την αποψίλωση, η Ευρωπαϊκή Ένωση από το 2003 έχει υιοθετήσει ένα σχέδιο δράσης για την επιβολή της δασικής νομοθεσίας, τη διακυβέρνηση και το εμπόριο, με στόχο την ενθάρρυνση μιας βιώσιμης διαχείρισης των δασών. Αυτό το σχέδιο δράσης δεν έχει φέρει ακόμη τα επιθυμητά αποτελέσματα. Σύμφωνα με το Ελεγκτικό Συνέδριο της Ευρωπαϊκής Ένωσης, τα 300 εκατομμύρια ευρώ που κατανεμήθηκαν σε 35 χώρες στο πλαίσιο του σχεδίου είχαν πενιχρά αποτελέσματα.

Επομένως, η Επιτροπή θα πρέπει να λάβει άμεσα μέτρα για την καταπολέμηση της παράνομης υλοτομίας και της αποψίλωσης. Ταυτόχρονα, κύριε Vella, θα πρέπει η Ένωση να ενισχύσει οικονομικά την Ελλάδα για την αποκατάσταση των ζημιών που υπέστησαν οι παραγωγοί και το φυτικό και ζωικό τους κεφάλαιο από τις πρόσφατες πυρκαγιές στη Χίο, την Εύβοια, αλλά και την Κέρκυρα. Το ίδιο βεβαίως πρέπει να ισχύσει και για την Κύπρο, η οποία επίσης φέτος υπέφερε από πυρκαγιές.

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Vicepresidente

Seán Kelly (PPE). – Mr President, this is a most interesting discussion and a serious issue for the world generally. I would hope, particularly now that we have 195 countries signed up to COP 21, that this is an issue that should be easier to tackle globally – especially now as we go to Morocco and try to implement the agreement that was signed in Paris in December. That should certainly help.

Also of interest is that in my own constituency there is an innovative company called Treemetrics who log, map and monitor what is happening in forests through satellite imagery. That might be useful, especially in tracking illegal logging, etc., and is something that might be worth looking at. I was very encouraged, though, to hear that progress has been made, for instance, in Indonesia. In the space of 14 years, there was a 70% reduction in illegal logging due to bilateral arrangements and discussions. I think, as the Commissioner pointed out, that Ghana and other countries will hopefully follow in due course.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Úr, az illegális fakitermelés és erdőirtás óriás problémát jelent több európai uniós tagállamban. Ezen a téren is tapasztaljuk a jól ismert jelenséget: miközben vannak a kérdés kezelésére alkalmas jogszabályaink, a mindennapok valósága az, hogy korrupcióval átitatott rendszerek épültek ki az ellenőrizhetetlen fakitermelési tevékenység ipari méretekben való folytatására. Egész erdőket tüntetnek el, az állami hatóságok sok esetben szemet hunynak, a helyi erdőtulajdonosok pedig tehetetlenek.

Nyílt titokként keringenek olyan információk, hogy fakitermelő vállalkozások illegálisan kitermelt fát vásárolnak meg, feldolgozzák, értékesítik, nem törődve a környezetvédelmi és egyéb szempontokkal. A jogszabályok áthágásának mintha nem lenne következménye, a polgárok pedig elvárják, hogy a törvény mindenkire vonatkozzon: még azokra a cégekre is, amelyek több millió köbméter fát dolgoznak fel és több száz munkahelyet biztosítanak.

(Fine della procedura «catch-the-eye»)

Karmenu Vella, *Member of the Commission* – Mr President, I would like to thank all the Members for their statements, comments and suggestions, to which I have listened very carefully. I have to say that I agree with many points that have been raised. I will also communicate these to my colleagues, Neven Mimica, Miguel Arias and Cecilia, with whom I work very closely on deforestation issues.

It has already been mentioned that progress is being made even with some timber producers, and in a few weeks' time we will see the launching of FLEGT licensing in Indonesia. I think this is a major step and one we hope will be followed by Ghana next year. At the moment we are discussing VPAs with some 15 other countries. So there should be no doubting the Commission's commitment to making FLEGT work.

There were also some interesting points which were made like, for example, Mr Tomašić, who mentioned the joint surveillance between Member States, and the fact that we still have illegal timber coming into Europe, and I have to stress again the responsibility of the Member States.

There is also the fact of the link between deforestation and the agricultural sector, especially the fact that we have to find monoculture and so on, and the socio-economic impact as well.

I think many of you also spoke about inadequate implementation and I have to say yes, the Commission acknowledges that the absence of an implementation plan to guide strategic management and monitoring has rendered implementation of FLEGT, and VPAs in particular, largely demand-driven. That is why the Commission is working towards the development of a multiannual plan to guide activity planning by setting clear targets, indicators, monitoring deadlines and associated budgetary resources.

Many of the honourable Members also mentioned the corruption problem. I totally agree with what they said, and that is why we took a number of precautions, especially in VPAs. The scheme developed for VPAs has several layers of safeguards and independence. Firstly, compliance with legal requirements is checked by private certification companies. Secondly, a specific role is provided for civil society to check that audited enterprises and forest operators comply with legal requirements. Thirdly, there is an overall systems audit, or periodical evaluation, that is foreseen and that will be carried out at least on an annual basis to check that the system is working properly overall.

There were several mentions of dealing with SDGs and climate change, and many of the action plan's areas of action contribute to addressing several goals of the 2030 Agenda for Sustainable Development, including SDG 8, SDG 12 and SDG 13, which is climate change, SDG 15 which is life on land and SDG 16, which is peaceful and inclusive societies.

What the Commission intends to do: as indicated in the 7th Environmental Action Plan, the Commission remains committed to developing policy proposals to address the deforestation challenge, and to this end the Commission is in the process of considering the feasibility of measures to achieve this objective, also as a follow-up to the study on the impact of EU consumption on deforestation.

We will continue to ensure adequate resources for the implementation of the action plan, through the development and cooperation instrument, including support for the engagement of civil society, private sector and public administrations. When we talk about resources, as Notis Marias mentioned, we have not only to monitor and talk about input but, more importantly, I think we need to monitor the output as well.

As the Court's report found, the fundamentals of the FLEGT Action Plan are right. It is making an important contribution to mitigating climate change and to improving governance by clarifying tenure rights but, I agree, still more needs to be done. The Commission is also acting to address the important recommendations of the Court to ensure that the action plan is fit for purpose in a world where the pressures on forests are increasing.

Presidente. – La discussione è chiusa.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Pădurile ocupă suprafețe semnificative ale planetei și sunt ecosisteme importante atât pentru om, cât și din punct de vedere ecologic. Pentru atingerea obiectivelor Strategiei 2020 în ceea ce privește pădurile, consider că este necesară consolidarea strategiei pentru păduri și sectorul forestier prin: lupta împotriva despăduririlor și a degradării pădurilor, promovarea gestionării durabile a pădurilor ca mijloc de protecție a biodiversității, lupta împotriva deșertificării și de reacție la schimbările climatice, asigurându-se totodată că ecosistemele forestiere oferă bunuri și servicii, contribuind la dezvoltarea durabilă și la eradicarea sărăciei. Este nevoie de un angajament ferm, coerență și de sprijin politic din partea tuturor părților implicate în cadrul Planului de acțiune FLEGT, astfel încât politicile de dezvoltare și în materie de schimbări climatice să plaseze pădurile și sectorul forestier în centrul demersului către o economie ecologică și să pună în valoare avantajele pe care le pot oferi pădurile în mod durabil, asigurând totodată protecția acestora și combaterea despăduririlor ilegale.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – U provedbi sporazuma iz Pariza kojeg ćemo potvrditi ovih dana, nužno je da svaka država svijeta preuzme odgovornost i da svoj doprinos ostvarivanju zadanih ciljeva. EU u provedbi svoje energetske i klimatske politike mora tražiti i od drugih da slijedeći njezin primjer doprinose očuvanju svojih šuma. Upravo na tom tragu smatram kako održivo korištenje šuma kakvo poznajemo u Europi mora biti ujedno i uvjet za trgovinu s trećim državama kada se radi o uvozu drva i drvne građe. FLEGT dozvola predstavlja dobrovoljan okvir unutar kojeg je moguće postići željene ciljeve. Smatram pozitivnim istaknuti primjer Indonezije koja je od 2002. do danas podigla udio certificirane sječe s 20 % na 90 % te na taj način pokazuje predanost očuvanju i održivom korištenju svojih šuma. To je za nas važno zbog toga što EU uvozi gotovo trećinu svojih potreba za tropskim drvom upravo iz Indonezije. Smatram potrebnim, a kako to također naglašava Revizorski sud u svom izvješću, konkretizirati akcije kroz mehanizme praćenja i ocjenjivanja uspješnosti provedbe Akcijskog plana EU-a za provedbu zakonodavstva, upravljanje i trgovinu u području šumarstva. Postojeći način dobrovoljnog certificiranja potrebno je dodatno ojačati kako bi i druge zemlje postigle zaštitu svojih šuma barem do razine njihovog održivog korištenja.

18. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll

19. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen

Presidente. – L'ordine del giorno reca gli interventi di un minuto su questioni di rilevanza politica in base all'articolo 163 del regolamento.

László Tőkés (PPE). – Elnök Úr, hatvan éve annak, hogy 1956 októberében a magyar nép példátlan egységben lázadt fel a kommunista diktatúra és az országát megszálló szovjet bolsevik uralom ellen. Az 1956-os magyar forradalom és szabadságharc 1968-ban a prágai tavasszal, majd a 80-as években a lengyel Szolidaritás szabadságmozgalmával folytatódott. 1989 sorsfordító esztendejében közép- és kelet-európai népeink közös küzdelme vezetett el a szovjet kommunizmus bukásához, a rendszerváltozás pedig a megosztott Európa újraegyesüléséhez. Az Európai Közösség egyik legfőbb alapértéke a szabadság. Méltó, hogy közös történelmünk egyik legkiemelkedőbb eseményeként emlékezzünk meg a magyar „56-ról és azokról, akik életüket áldozták a szabadságért. Az ő példájukat követve kell folytatnunk harcunkat minden elnyomó hatalom és totalitárius rezsim ellen".

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, entro il 2020 l'Italia, per essere al passo con l'Europa, dovrà garantire una crescita inclusiva, creando ben 2,8 milioni di nuovi posti di lavoro, e sottrarre circa 2,2 milioni di persone a condizioni di povertà o deprivazione.

Purtroppo sono ancora otto le regioni italiane lontane dal raggiungere il traguardo nazionale fissato per il 2020 e tra le regioni con maggiori difficoltà figurano tutte quelle del Mezzogiorno, con un *gap* da recuperare che va dall'8,4 % dell'Abruzzo al 23,9 % della Campania e al 24,9 % della Calabria. Va ha messo in campo un grande piano d'azione, un piano che preveda riforme e investimenti nell'edilizia sociale, nelle infrastrutture fisiche e digitali e nelle infrastrutture educative.

Il governo italiano, specie nell'ultimo periodo, sta facendo molto per migliorare le condizioni del paese in chiave di sviluppo e di creazione di nuovi posti di lavoro, ma risulta chiaro che per raggiungere i traguardi precisati dalla strategia Europa 2020 serve anche il contributo dell'Europa. Occorre una politica economica più flessibile ed espansiva per permettere al nostro paese di superare le difficoltà e raggiungere i *target* prefissati.

Ангел Джамбазки (ECR). – Неразумната и сбъркана обща политика по съсредоточаването на нелегални имигранти в центрове в населените места създаде изключително много затруднения, заплаха за обществения ред и сигурност, заплаха за сигурността и здравето на гражданите около тези центрове. Навсякъде около Овча купел, Враждебна, Харманли гражданите протестират срещу тези центрове и настояват те да бъдат закрити.

Ще ви прочета накратко декларация, приета от общото събрание на населението в град Харманли вчера, в която се изисква регистрационно-приемателният център в град Харманли да бъде премахнат от града. Изисква се незабавно прекратяване на обществената поръчка за разширяването на този център и за изграждането на нови центрове в населените места. Изисква се полицейска проверка за нелегално пребиваване на мигранти на външни адреси. Изисква се действие по линия на Европейския съюз за сключване на реадмисия с Афганистан. Изисква се незабавна промяна на законите, така че нелегалните мигранти да бъдат отблъснати.

Уважаеми г-н Председател, уважаеми колеги, нуждаем се от нова политика по отношение на миграцията и убежището. Няма да допуснем родината ни да бъде превърната в лагер за нелегални мигранти.

Marian Harkin (ALDE). – Mr President, there was always a contradiction at the heart of the argument that said 'we will control our borders while keeping access to the single market'. Those lies were laid bare by Theresa May last weekend. There were no weasel words from Mrs May. She laid it on the line when she said: 'we will decide for ourselves how we control immigration and we will be free to pass our own laws'. The most important word there is 'ourselves'. There is no attempt at negotiation; no soft Brexit. She is setting the parameters.

This has the potential to be catastrophic for Ireland in so many ways, but particularly for some of our indigenous industries, particularly the agri-food sector. By comparison, 7% of German exports go to the UK, 17% of Irish exports go to the UK. The British will be hard-nosed in their negotiations. We in Ireland must move swiftly and sure-footedly to protect our interests. We are entering a critical time. As we say in Ireland: 'we are playing senior hurling now'.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, έληξε πρόσφατα η τριμερής συνάντηση στη Νέα Υόρκη μεταξύ των ηγετών των δύο κοινοτήτων στην Κύπρο. Επειδή δεν γνωρίζουμε αν θα βρεθούμε μπροστά σε μια μεγάλη επιτυχία της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αν επιτευχθεί λύση, ή αν θα καταρρεύσει αυτό το πράγμα, με όλους τους κινδύνους που κάτι τέτοιο συνεπάγεται, λαμβάνοντας υπόψη και το τι τρέχει στη γύρω περιοχή, θα ήθελα να καταθέσω μερικές σκέψεις για την ανάγκη επίλυσης του Κυπριακού και τις παραμέτρους του. Ζητούμε λοιπόν αποχώρηση των τουρκικών κατοχικών στρατευμάτων στη λύση και κατάργηση του αναχρονιστικού συστήματος των εγγυήσεων του 1960, καθώς και οποιωνδήποτε μονομερών επεμβατικών δικαιωμάτων. Το κόμμα μου απορρίπτει κάθε Νατοϊκή λύση στο θέμα της ασφάλειας.

Δεύτερον, ζητούμε συνέχεια της Κυπριακής Δημοκρατίας και μετεξέλιξή της σε Δικοινοτική Διζωνική Ομοσπονδία. Ζητούμε απρόσκοπτη εφαρμογή των βασικών ελευθεριών και των ανθρωπίνων δικαιωμάτων για όλους τους Κύπριους πολίτες. Δεν αποδεχόμαστε μόνιμες αποκλίσεις από το κοινοτικό κεκτημένο. Απαιτούμε τον τερματισμό του εποικισμού και τον σεβασμό της πληθυσμιακής αναλογίας 4 προς 1. Ζητούμε ουσιαστικές εδαφικές αναπροσαρμογές, όπως την ένταξη, μεταξύ άλλων, της Αμμοχώστου και της Μόρφου υπό Ελληνοκυπριακή Διοίκηση. Θεωρούμε αναγκαία την σύντμηση στο ελάχιστο των χρονοδιαγραμμάτων τόσο της επιστροφής εδαφών, όσο και της αποχώρησης των κατοχικών στρατευμάτων και ζητούμε, τέλος, ισχυρό ψήφισμα του Συμβουλίου Ασφαλείας και άλλες συναφείς δεσμεύσεις όλων των εμπλεκομένων για διασφάλιση της εφαρμογής και πιστής τήρησης της συνολικής διευθέτησης.

Θέλω να κλείσω, αν μου επιτρέπετε, με μια αναφορά στον Şener Elcil, ο οποίος βραβεύθηκε μόλις προχθές με το Βραβείο του Ευρωπαίου Πολίτη και, παρά την προστασία που θα έπρεπε να του δώσει αυτή η βράβευση, αντιμετωπίζει απειλές. Νομίζω ότι το Κοινοβούλιο πρέπει να έχει ανοιχτά τα μάτια του στο θέμα αυτό.

Gerard Batten (EFDD). – Mr President, Theresa May has outlined her great repeal bill, but nothing will happen for six months until Article 50 is triggered in March next year. Two years of negotiations will then follow to arrive at the elusive deal supposedly required before the UK can leave the EU, and we won't actually leave until April 2019. By then, we will have had another two-and-a-half years of uncontrolled EU immigration and not a single EU law will have been repealed.

There is a much simpler solution. Forget Article 50. Repeal the European Communities Act and return supremacy to our parliament. Introduce emergency legislation on immigration and border controls. Offer the EU a choice: continued mutual tariff-free access to the single market, or trade under WTO terms. The choice is theirs. Existing EU directives would continue to apply until amended or repealed by parliament. That is the way to make Brexit mean Brexit now.

Gilles Lebreton (ENF). – Monsieur le Président, l'Union européenne s'est construite contre la volonté des peuples. Elle le paie très cher aujourd'hui. Après le peuple britannique, qui a voté le Brexit, c'est au tour du peuple hongrois de lui donner une leçon de démocratie directe.

98 % des Hongrois qui ont participé au référendum du 2 octobre ont en effet voté contre l'accueil de 1 300 migrants que l'Union voulait imposer à la Hongrie. Même si seulement 40 % des électeurs inscrits se sont déplacés, c'est un score sans appel. La conséquence est claire: le plan européen de relocalisation de 160 000 migrants ne sera pas exécuté. C'est une victoire éclatante des peuples sur la folle politique d'immigration programmée par Bruxelles.

60 ans après sa révolte contre l'Union soviétique, la Hongrie s'est révoltée contre l'Union européenne. L'âme européenne est toujours vivante, la résistance à la destruction des identités nationales s'organise. Demain, la France donnera le coup de grâce à l'Union en se prononçant par référendum pour le Frexit.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Panie Przewodniczący! Bardzo przepraszam, ale będę mówił na bardzo podobny temat – nie tyle może o Węgrzech, co o Parlamencie Europejskim, ponieważ zdumiewa mnie, że w tym Parlamencie co chwila słyszę słowa o demokracji, natomiast gdy na Węgrzech demokratycznie coś się robi, bo rzeczywiście większość – dziewięćdziesiąt osiem procent głosujących jest prawdą – a zatem ten procent jest znacznie większy niż procent chcących głosować na panią Clintonową w Ameryce, to wtedy Unia chce robić dyskusję na temat tego, że jest zaniepokojona sytuacją na Węgrzech.

Otóż chciałem zwrócić uwagę, że jeżeli ktoś jest demokratą – ja a nie jestem demokratą – ale jeżeli Państwo jesteście demokratami, to musicie przyjąć do wiadomości, że większość Węgrów sobie czegoś życzy. I cieszę się tylko, że Unia Europejska nie ma jeszcze armii, bo gdyby Unia Europejska miała armię, to z całą pewnością już by niosła pomoc narodowi węgierskiemu, tak jak armia sowiecka, o czym pamięta pan Tőkés, niosła tę pomoc w roku 1956.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE). – Tisztelt Elnök Úr! Mi magyarok mindig népszavazáson döntünk a jövőnket érintő legfontosabb ügyekről, így volt ez tegnap is. Egyértelműen a magyarok eldöntötték, kivel szeretnének együtt élni és kivel nem szeretnének együtt élni. Ez a népszavazás tisztázta a magyarok álláspontját. A kötelező betelepítési kvótacsomag jelentős gazdasági, kulturális és biztonsági kockázattal jár, ezért nem tudjuk azt vállalni.

Köszönöm mindenkinek, aki elment szavazni. Aki otthon maradt, az pedig a többiekre bízta ezt a döntést. Azt gondolom, hogy ez a döntés most a jövőnkről szól, gyermekeinkről szól. Tisztelettel kérem a demokratikus Európai Uniót, ahogy a Brexit esetén tette, tartsa tiszteletben a magyar polgároknak az ezirányú döntését. 3 millió 300 ezren döntöttek úgy, hogy nemet mondanak erre a kötelező kvótacsomagra. 10 emberből 9 döntött úgy, hogy nemet mond.

Sokan azt szeretnék, hogyha elbagatellizálnánk ezt a 3 millió 300 ezer embert, de ez sokkal több, mint ahányan igennel szavaztak az EU-hoz való csatlakozásra. Sőt, sokkal több, mint amennyi szavazatot 2014-ben kaptunk, amikor megerősítettek bennünket a kormányzásban – pontosan 1 millióval több. 10%-kal több, magasabb a részvétel, mint az EU-ról szóló szavazáson volt. Köszönöm, Elnök úr. Kérem, tartsák tiszteletben a döntésünket.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāj! Godātie kolēģi, godātie Komisijas pārstāvji! *Me miyvars Saqartvelo* — tulkojot no gruzīnu valodas, tas nozīmē "es mīlu Gruziju". Es domāju un esmu pārliecināts, ka vairākums deputātu, kas ir Eiropas Parlamenta deputāti, varētu teikt to pašu. Tad man ir pretjautājums — kāpēc mēs, Eiropas Savienība, piemānām Gruziju? Kāpēc mēs, Eiropas Parlaments, nezinām, kas notiek Padomē, un Eiropas Savienības Padome dotajā brīdī ir bremzējošais faktors, kas reāli uz doto brīdi neļauj ieviest bezvīzu režīmu starp Gruziju un Eiropas Savienību. Man ir kauns, kolēģi, jo esošajā situācijā, kad plosās krīze Eiropas Savienībā, mums nav īpaši daudz draugu, bet Gruzija ir viens no sabiedrotajiem un draugiem. Es aicinu Eiropas Parlamentu aktīvi iesaistīties šajā procesā un ieviest bezvīzu režīmu ar Gruziju.

Urszula Krupa (ECR). – Panie Przewodniczący! Po powrocie po raz pierwszy przemawiając, chciałam podziękować za troskę, jaką Parlament Europejski otacza Polskę w ostatnim roku przez wprowadzenie debat na temat praworządności i praw kobiet. Szkoda tylko, że nie oferowano podobnej pomocy za czasów poprzednich rządów, kiedy zniszczono wiele dziedzin życia, prowokując wielomilionową emigrację moich rodaków – najczęściej młodych, wykształconych i przedsiębiorczych.

Łatwo jest niszczyć, trudniej odbudowywać, co stara się robić obecny rząd. Rozmiar zniszczenia i głębię destrukcji w jednym tylko – moralnym – aspekcie można było zobaczyć w Polsce dzisiaj, kiedy organizowano czarny poniedziałek. Były marsze i strajki ubranych na czarno zwolenników cywilizacji śmierci, którzy zamiast opłakiwać miliony zabitych w majestacie prawa nienarodzonych dzieci, w całkowitym bezwstydzie walczą nadal o barbarzyńskie prawo do zabijania poczętych dzieci w łonach matek.

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, πριν από ακριβώς ένα χρόνο, κατ' επιταγή των Ευρωπαίων πολιτών, εκδώσαμε το ψήφισμα για το δικαίωμα στο νερό. Απαιτούσαμε τότε, επί λέξει, από την Επιτροπή να μην προωθήσει με κανένα τρόπο την ιδιωτικοποίηση των επιχειρήσεων ύδρευσης στο πλαίσιο προγραμμάτων οικονομικής προσαρμογής ή οποιασδήποτε άλλης ενωσιακής διαδικασίας και να εξαιρέσει μόνιμα τις υπηρεσίες ύδρευσης από τους κανόνες της εσωτερικής αγοράς και από οποιαδήποτε εμπορική συμφωνία, καθώς και να τις παρέχει σε προσιτές τιμές. Χθες, το Κουαρτέτο, σε συνεργασία με την πρόθυμη και υπάκουη ελληνική κυβέρνηση, ενέταξε στο Υπερταμείο Ιδιωτικοποιήσεων το νερό και την αποχέτευση της Ελλάδας για 99 ολόκληρα χρόνια. Ευτυχώς, ο Έλληνας Υπουργός Οικονομικών, Ευκλείδης Τσακαλώτος, δήλωσε ότι, όσο είναι αυτός υπουργός, δεν πρόκειται να πουληθούν. Απ' ό,τι φαίνεται, το μόνο που μας μένει για να υπερασπιστούμε τόσο την αξιοπρέπεια

και τον λόγο ύπαρξης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, όσο και τη βαρύτητα των ψηφισμάτων μας, είναι να υποχρεώσουμε ή το Κουαρτέτο να χρίσει τον κύριο Τσακαλώτο μόνιμο Υπουργό Οικονομικών για τα επόμενα 99 χρόνια ή την Επιτροπή να συμμορφώνεται με τα ψηφίσματά μας. Δυστυχώς, κύριε Πρόεδρε, και τα δύο φαντάζουν το ίδιο εξωπραγματικά.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κύριε πρόεδρε, οι δηλώσεις Erdoğan με τις οποίες αμφισβητεί τη Συνθήκη της Λωζάνης είναι ιδιαίτερα επικίνδυνες, όπως είναι και αυτές του τουρκικού ρεπουμπλικανικού κόμματος που εγείρουν ανύπαρκτα ζητήματα κυριαρχίας για 16 ελληνικά νησιά και θέτουν ζήτημα γκρίζων ζωνών και συνόρων, διαιωνίζοντας έτσι την διαχρονική προκλητικότητα που εκφράζεται με τις συνεχείς παραβιάσεις του ελληνικού θαλάσσιου και εναέριου χώρου, με τις διαρκείς προκλήσεις κατά της Κύπρου, με την αμφισβήτηση της Αποκλειστικής Οικονομικής Ζώνης. Αποκαλύπτεται το τι σημαίνει συμμαχία Ελλάδας-Τουρκίας στο πλαίσιο του ΝΑΤΟ και τι είναι τα λεγόμενα «ευρωπαϊκά σύνορα», όταν η Ευρωπαϊκή Ένωση και το ΝΑΤΟ ενθαρρύνουν την τουρκική επιθετικότητα στο όνομα της συμφωνίας Ευρωπαϊκής Ένωσης-Τουρκίας και της διχοτομικής λύσης που προωθείται στο Κυπριακό.

Το ότι από Επίτροπο της Ευρωπαϊκής Ένωσης εγείρεται επίσης το ανύπαρκτο ζήτημα των Τσάμηδων φανερώνει το πόσο επικίνδυνη είναι η Ευρωπαϊκή Ένωση και όσοι τη στηρίζουν, όπως είναι η κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ–ΑΝΕΛ, αφού η Ευρωπαϊκή Ένωση αμφισβητεί σύνορα και αποκαθιστά πρώην συνεργάτες των Ναζί. Οφείλουν οι λαοί με την πάλη τους να είναι σε επαγρύπνηση ενάντια σε όλες τις δυνάμεις που, είτε εφησυχάζουν, είτε καλλιεργούν το εθνικιστικό μίσος.

Deirdre Clune (PPE). – Mr President, yesterday the British Prime Minister announced her intention formally to trigger Article 50 by the end of March 2017. Politically, socially and economically, Brexit has enormous consequences for the island of Ireland. It is said that Ireland is the country that will be most affected by Brexit. We export 50% of our beef, 60% of cheese and 85% of our agricultural products to the UK. But the most important issue I want to comment on tonight is the peace process.

A lot of time, effort and energy has been invested, with the help of the European Union, in ensuring that there is peace on the island of Ireland. Communities live together side by side, there are no divisions, there is free movement of people across the border. We have agencies such as Tourism Ireland and InterTrade Ireland working on an all-Ireland basis, promoting the island of Ireland and activities on the island of Ireland.

We do not want to see that border reinstated. We want to ensure that the implications of such a border are recognised: that there could be a negative influence on the peace process, which has been supported by the European Union. I would ask this House, and everybody here, to bear in mind the peace process and the border in Ireland. We do not want to see that border reinstated, and it behoves everybody to pay due attention to that issue.

Péter Niedermüller (S&D). – Elnök Úr, a tegnapi magyarországi népszavazáson a választópolgároknak mindössze 40%-a vett részt, illetve szavazott érvényesen. A többi, közel 5 millió állampolgár bojkottálta ezt a szégyenletes színjátékot, vagy pedig kisebb részük érvénytelenül szavazott. Ez azt jelenti, hogy az Orbán által kikényszerített népszavazás érvénytelen és eredménytelen volt. A népszavazás megmutatta: Orbán szélsőjobboldali gyűlöletpolitikájának ma Magyarországon nincs semmiféle többsége. Orbán vereséget szenvedett, a demokratikus Magyarország győzött, és ezen a tényen semmiféle hazug kormányzati propaganda sem tud változtatni. A magyarok többsége az Európai Unió szellemét, értékeit választotta.

A magyar demokraták megérdemlik, hogy az Európai Unió támogassa őket, hiszen ez a népszavazás Európáról, a közös európai értékekről, Európa jövőjéről is szólt. Ebből az eredményből az Európai Unió bátorságot meríthet, hogy ne engedjen a zsarolóknak, és következetesen, az eddigieknél sokkal bátrabban szálljon szembe a szélsőjobboldali populizmussal.

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Panie Przewodniczący! Ja trochę zmienię temat.

Otóż przed paroma dniami odbyły się uroczystości upamiętniające siedemdziesiątą piątą rocznicę masakry w Babim Jarze pod Kijowem, gdzie zamordowano od stu do stu pięćdziesięciu tysięcy osób, w tym co najmniej trzydzieści cztery tysiące Żydów. Oprócz Żydów, głównych ofiar zbrodni, w tym miejscu zabijano także Polaków, Romów, partyzantów, żołnierzy sowieckich oraz przedstawicieli ukraińskiej elity, a także członków organizacji ukraińskich nacjonalistów.

Pouczająca jest późniejsza historia Babiego Jaru – historia prób zafałszowania przeszłości. Dziś także nie jesteśmy wolni od takich skłonności. Pamiętając o zawiłościach historii, z szacunku dla ofiar, powinniśmy jasno mówić kto, jakie państwo, jaki naród w to państwo zorganizowany, był sprawcą tej zbrodni. Powinniśmy pamiętać, jaka to ideologia, jakie dążenia motywowały tę zbrodnię.

Nie powinniśmy się godzić na eugenikę w żadnej postaci. Dzisiejsza neostalinowska maniera obrzucania wszystkich konkurentów politycznych po prawej stronie mianem faszystów to także znak braku szacunku dla ofiar i dążenie do zakłamania przeszłości.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL). – A Uachtaráin, ba mhaith liom tacú leis an méid atá ráite ag na Feisirí ó Éirinn maidir le Brexit, ach táim anseo chun labhairt faoin gclár LEADER tráthnóna mar go bhfuil sé práinneach.

Is léir go bhfuil fadhbanna ollmhóra ceangailte leis an bpróiseas nua; is clár iontach é LEADER agus tugann sé spreagadh agus tacaíocht d'fhorbairt eacnamaíochta inár mbailte beaga agus pobail tuaithe. Tá go leor fianaise ann trí na blianta gur oibrigh sé go maith mar chlár agus gur cruthaíodh neart postanna dá bharr. Ní thuigim mar sin cén fáth go bhfuil an méid sin ciorruithe déanta insan gclár féin. Ní thuigim cén fáth gur aistríodh na rialacha agus go bhfuil sé anois faoi smacht na bpolaiteoirí seachas an pobal. Níl sé trédhearcach agus níl sé féarálta agus níl aon soiléiriú ann maidir leis an bpróiseas.

Tá an t-am anois ann don gCoimisiún ceisteanna a ardú faoin slí ina bhfuil an clár seo ag feidhmiú. Is iad ár bpobal atá ag fulaingt gan an maoiniú, agus is measa atá an scéal seo ag éirí. Ba mhaith liom go dtabharfaí aird ar an gceist thábhachtach seo.

Daniel Buda (PPE). – Domnule președinte, politica de coeziune este un mecanism conceput la nivelul Uniunii Europene în vederea înlăturării disparităților sociale dintre statele membre, astfel încât fiecare cetățean european să se simtă la el acasă, indiferent dacă se află în estul sau vestul Europei.

Astăzi în Europa, criza economică, gestionarea ineficientă a crizei imigranților au contribuit la creșterea populismului cu efecte grave asupra viitorului politicii de coeziune. Multe voci, în special din statele vestice, vin să conteste eficiența acestei politici, apreciindu-se că nu există modalități clare de exprimare a avantajelor de care ar urma să beneficieze și cetățenii din statele net donatoare în urma acestor investiții. Atrag însă atenția că statele care sunt azi net donatoare au beneficiat de-a lungul timpului de resurse financiare consistente de la Uniunea Europeană. Subliniez totodată că acești bani se reîntorc în bună măsură în aceste state, deoarece aproape toate investițiile realizate în țările din est sunt efectuate de firme cu tehnică sau materiale care provin din vestul Europei.

Julie Ward (S&D). – Mr President, since October 2015 Nnamdi Kanu, a British-Nigerian citizen and leader of the indigenous people of Biafra, has been unlawfully imprisoned by Nigeria's Department of State Services, despite the fact that all criminal charges against him were dropped and a court order has been issued for him to be released on bail. Chapter 4, Section 39, of the Nigerian Constitution says that 'every person shall be entitled to freedom of expression, including freedom to hold opinions and to receive and impart ideas and information without interference'. I therefore call upon the President of Nigeria, Muhammadu Buhari, to uphold his country's constitution and to ensure Nnamdi Kanu's immediate and safe release, as well as that of his co-defendants, Benjamin Madubugwu and David Nwauwisiare.

The Nigerian Government must guarantee the freedom of expression of all Nigerian citizens, including their right to protest without intimidation, and must end the violence towards those who identify as Biafran. I call, too, on my colleagues here in the European Parliament to do much more to promote human rights in Nigeria.

Lynn Boylan (GUE/NGL). – Mr President, while many are speaking tonight on Brexit, I would like to raise another issue relating to Britain. Between 2002 and 2010 it is known that the British Metropolitan Police sent undercover police to infiltrate democratic campaign groups in Ireland, the six counties, Scotland and Germany. Some of these undercover police incited violent actions at protests. Others testified under their aliases, leading to over 50 convictions being overturned in England and Wales.

More disturbing is the fact that some sexually exploited female activists and even fathered children. Despite Scotland, the North of Ireland and Germany rightly demanding answers from the British Metropolitan Police, Irish Justice Minister Frances Fitzgerald is refusing to demand how many undercover police operated in Ireland, which organisations were targeted and who authorised their presence in Ireland.

Brexit will not excuse Theresa May from explaining what British undercover police were doing in Ireland. Their victims demand answers and Minister Fitzgerald should join her counterparts in demanding those answers.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Úr, szeretném felhívni az Európai Parlament tagjainak figyelmét, hogy Romániában az állam továbbra is üldözi a közösségek szimbólumhasználatát. Legutóbb az Egyesült Államok bukaresti nagykövete is megtapasztalhatta ezt, amikor olyan fotó jelent meg róla a médiában, amelyen helyi önkormányzati vezetők társaságában egy székely zászlót tartott. A román médiában ez a gesztus elég volt arra, hogy botrány törjön ki, még a Külügyminisztérium is közleményben tiltakozott a gesztus ellen, a létező érzékenységek ismeretének fontosságát hangsúlyozva. Persze nem minden közösségi szimbólum okoz ekkora felzúdulást Romániában, sok tájegységnek megvan a saját zászlaja, amelyet szabadon használhat. Csupán a többségében magyarok által lakott Székelyföld zászlója ellen tiltakoznak a román hatóságok.

Ez pedig diszkrimináció, még akkor is, ha minden létező érzékenységre tekintettel vagyunk. Sőt, Romániában a bíróság úgy döntött, hogy a Székelyföld megnevezést nem lehet turisztikai desztinációként sem használni, azaz nem lehet megnevezni egy térséget azon a néven, amelyen azt a lakói nevezik több száz éve. Kérem, döntsék el, hogy sérti-e az európai érzékenységet ez a jelenség.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D). – Señor Presidente, hace unos días, Draghi, el presidente del Banco Central Europeo, recomendó a los Estados miembros incrementar los salarios como una medida más para la recuperación. Lo dijo por razones económicas y tenía razón.

El 80 % de las exportaciones en Europa se producen entre Estados miembros; por lo tanto, los salarios son una medida fundamental para fortalecer la demanda interna y para impulsar el crecimiento económico. Pero, además, hay razones sociales más que evidentes, porque solo los salarios dignos producen un trabajo decente, y solo los trabajos y los salarios decentes producirán la posibilidad de mantener el Estado del bienestar.

¿Cómo podemos hacer que las palabras de Draghi se conviertan más en un hecho que en una recomendación? Desde la Unión Europea tenemos dos mecanismos: el primero, el Semestre Europeo. Tenemos que introducir esa recomendación en el marco de los programas nacionales de reformas. Tenemos que animar a los Estados miembros a que lo hagan.

Y segundo, el Grupo Socialista apuesta por un marco europeo de salarios mínimos; no por un salario mínimo europeo, imposible hoy dadas las divergencias, sino por un marco en el que se establezca una horquilla y en el que animemos, obliguemos a los Estados miembros a establecer un mínimo para evitar ese fenómeno del que hoy tanto nos avergonzamos en Europa, denominado la pobreza laboral, es decir, trabajadores que, aun dedicando horas de la semana a trabajar, no son capaces de llegar a fin de mes.

Acabemos con la pobreza laboral con el único mecanismo real que tenemos: los trabajos dignos.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, bhí sé de phribhléid agamsa a bheith mar ionadaí ar son na Parlaiminte i bPáras i mí na Nollag, nuair a d'éirigh linn COP 21 – an comhréiteach domhanda stairiúil sin – a bhaint amach. Dar ndóigh thug an Coimisiún, go háirithe an Coimisinéir Arias Cañete, an-cheannasaíocht insna cainteanna sin.

Anois, caithfimid é a chur i bhfeidhm. Arís, tá moladh ag dul go dtí Uachtaránacht na Slóvaice mar gur éirigh leo tacaíocht a fháil ó na hAirí chun glacaint leis an gcomhréiteach sin. Anois tá an sprioc de 55% a bhí riachtanach bainte amach againn agus is féidir linn dul chun cinn maith agus éifeachtach a dhéanamh i Marrakech an mhí seo chugainn. Agus beidh mé féin ann arís, buíochas le Dia.

Ach ina dhiaidh sin, beidh orainn sa Pharlaimint agus san Eoraip ár spriocanna féin a bhaint amach agus caithfimid é sin a dhéanamh gan cur isteach ar iomaíochas an Aontais, jabanna, fás, geilleagar agus mar sin de. Ach is féidir linn é a dhéanamh má chuirimid agus oibrímid le chéile. Tá súil agam go n-éireoidh linn é sin a dhéanamh.

Csaba Molnár (S&D). – Elnök Úr! Orbán Viktor magyar miniszterelnök Európa-ellenes álnépszavazása tegnap érvénytelen lett. Ezzel a miniszterelnök politikája megbukott, Orbán hatalmas vereséget szenvedett el. Jó hír ez Európának, és hatalmas győzelem ez Magyarországnak és a magyar embereknek. Egyrészt jó hír Európának, hiszen ezek után a magyar miniszterelnök nem tud abban a pózban tetszelegni, hogy ő az európai kisemberek véleményét képviseli a brüsszeli politikai elittel szemben, hiszen láthatóan már saját országában, saját hazájában is kisebbségbe került. Másrészt hatalmas győzelem ez a magyar embereknek, mert vereséget szenvedett a gyűlölet, vereséget szenvedett az a gyűlöletkampány, amelyre a magyar kormány a magyar adófizetők pénzéből többet költött, mint amire a brit kilépést megelőző népszavazáson Nagy-Britanniában költöttek.

Bárhol Európában ennek a következménye a miniszterelnök lemondása lenne. Orbán persze nem fog lemondani, hiszen nem engedi hiúsága, hatalomvágya és üzleti érdekei. De egy dolog biztos! A bukása már közelebb került! Egyre közelebb vagyunk ahhoz, hogy oda juttassuk Orbán Viktort, ahova ő, és a hozzá hasonló szélsőséges kalandorok valók: a történelem szemétdombjára.

Catherine Stihler (S&D). – Mr President, yesterday the British Prime Minister announced that the negotiations for the UK to leave the EU would start at the end of March 2017. The lack of any commitment to the importance of the EU single market was shocking. The British Government is about to start negotiations and it cannot commit to making the EU single market a key factor in any negotiations. The single market is pivotal to the UK's current market access for goods and services. Throw that away and you put British jobs and the UK economy at risk. Only today, we saw the fall in the value of the pound. Hundreds of thousands of British jobs rely on our accessing the EU single market. Why is it important? It is important because the single market allows us to create one set of rules that cover 20 different countries, covering 500 million citizens, allowing certainty for business and security and quality for consumers. It is no coincidence that here in this Parliament, since the single market – or internal market – committee was created in 2004, it has had only had UK chairs in Phillip Whitehead, Arlene McCarthy, Malcolm Harbour and currently Vicky Ford. The EU single market matters to the UK and the UK should recognise this. The UK Government should recognise this before it irrevocably damages the British economy and destroys British jobs.

Emilian Pavel (S&D). – Domnule Președinte, Uniunea Europeană este și rămâne indispensabilă pentru noi toți. Această construcție are în fața sa un viitor de câștigat pentru cetățenii săi, iar eu cred că o va face. Din păcate, însă, politicieni precum Nigel Farage, Viktor Orban, Marine Le Pen sau alții și alții au și ei nevoie de Uniunea Europeană pentru a arunca orice problemă națională în cârca altora. Ce nu spun ei este faptul că Uniunea Europeană există prin voința statelor membre. Că Parlamentul European este ales direct de cetățeni și că, da, Comisia Europeană nu este un templu al tehnocraților, ci o instituție eminamente politică, formată în urma deciziilor luate împreună de aceleași state membre.

Dacă Uniunea Europeană are o față, ea nu este una ascunsă, așa cum sugerează unii. Fața Uniunii Europene sunt toate statele membre, reduse în curând, cu sprijinul populismului și demagogiei, la un număr de douăzeci și șapte. Dar responsabile toate pentru ce face și pentru cum funcționează Uniunea Europeană. Acest adevăr trebuie comunicat oamenilor cât mai des posibil.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE). – Señor Presidente, la amenaza de suspensión de fondos europeos para España y Portugal es una cuestión importante. Los compromisos, desde luego, hay que cumplirlos, pero algún otro país más poderoso no los ha cumplido con anterioridad y no ha ocurrido nada.

Me parece que en un momento tan delicado de la Unión Europea en que los ciudadanos sienten poco afecto por la Unión y, sobre todo, por los poderes centrales de la Unión, sería realmente muy grave que se produjera esta suspensión de fondos.

Además, hay que reconocer y aceptar que España y Portugal han pasado por un periodo cruel de crisis y de austeridad, y ellos no pueden pagar, como nadie ha pagado hasta ahora, los platos rotos de esta situación.

Presidente. – Con questo si conclude il punto.

20. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

21. Schluss der Sitzung

(La seduta è tolta alle 22.20)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss

DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/1962

8.3.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 4. OKTOBER 2016

(C/2024/1962)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 3. bis 6. Oktober 2016

STRASSBURG

Inhalt

Seite

1. Eröffnung der Sitzung 4

2. Änderung der Tagesordnung: siehe Protokoll 4

3. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll 4

4. Prozesskostenhilfe für Verdächtige und Beschuldigte in Strafverfahren sowie für gesuchte Personen in Verfahren zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls (Aussprache) 4

5. Handel mit bestimmten Gütern, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder zu anderer Behandlung oder Strafe verwendet werden könnten (Aussprache) 16

6. Feierliche Sitzung 28

7. Abstimmungsstunde 30

7.1. Abschluss des im Rahmen des VN-Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen geschlossenen Übereinkommens von Paris im Namen der EU (A8-0280/2016 - Giovanni La Via) (Abstimmung) 30

7.2. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Giorgos Grammatikakis (A8-0279/2016 - António Marinho e Pinto) (Abstimmung) 35

7.3. Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zwecks Hilfeleistung für Griechenland aufgrund des Erdbebens, das im November 2015 die Ionischen Inseln erschütterte (A8-0270/2016 - Georgios Kyrtsos) (Abstimmung) 35

7.4. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – EGF/2016/001 FI/Microsoft (A8-0273/2016 - Petri Sarvamaa) (Abstimmung) 35

7.5. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – EGF/2016/002 SE/Ericsson (A8-0272/2016 - Esteban González Pons) (Abstimmung) 35

Inhalt Seite

7.6. Prozesskostenhilfe für Verdächtige und Beschuldigte in Strafverfahren sowie für gesuchte Personen in Verfahren zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls (A8-0165/2015 - Dennis de Jong) (Abstimmung) . . . 35

7.7. Handel mit bestimmten Gütern, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder zu anderer Behandlung oder Strafe verwendet werden könnten (A8-0267/2015 - Marietje Schaake) (Abstimmung) . . . 36

7.8. Abkommen über strategische Kooperation zwischen Europol und China (A8-0265/2016 - Claude Moraes) (Abstimmung) . . . 36

7.9. Zukunft der Beziehungen zwischen den AKP-Staaten und der EU nach 2020 (A8-0263/2016 - Norbert Neuser) (Abstimmung) . . . 36

8. Stimmerklärungen . . . 36

8.1. Abschluss des im Rahmen des VN-Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen geschlossenen Übereinkommens von Paris im Namen der EU (Giovanni La Via (A8-0280/2016)) . . . 36

8.2. Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zwecks Hilfeleistung für Griechenland aufgrund des Erdbebens, das im November 2015 die Ionischen Inseln erschütterte (A8-0270/2016 - Georgios Kyrtsos) . . . 78

8.3. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – EGF/2016/001 FI/Microsoft (A8-0273/2016 - Petri Sarvamaa) . . . 107

8.4. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – EGF/2016/002 SE/Ericsson (A8-0272/2016 - Esteban González Pons) . . . 140

8.5. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Giorgos Grammatikakis (A8-0279/2016 - António Marinho e Pinto) . . . 172

8.6. Prozesskostenhilfe für Verdächtige und Beschuldigte in Strafverfahren sowie für gesuchte Personen in Verfahren zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls (A8-0165/2015 - Dennis de Jong) . . . 186

8.7. Handel mit bestimmten Gütern, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder zu anderer Behandlung oder Strafe verwendet werden könnten (A8-0267/2015 - Marietje Schaake) . . . 222

8.8. Abkommen über strategische Kooperation zwischen Europol und China (A8-0265/2016 - Claude Moraes) . . . 268

8.9. Zukunft der Beziehungen zwischen den AKP-Staaten und der EU nach 2020 (A8-0263/2016 - Norbert Neuser) . . . 302

9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll . . . 345

10. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll . . . 345

11. Gesamtwirtschaftliche Lage in Griechenland, Strukturreformen und ihre Auswirkungen sowie Perspektiven für die künftigen Verhandlungen im Rahmen des Programms (Aussprache) . . . 345

12. Vermeidung von Interessenskonflikten bei vormaligen und amtierenden Mitgliedern der Kommission - Enthüllungen im Zusammenhang mit den Bahamas (Aussprache) . . . 372

13. Berichtigungen (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll . . . 392

14. Lage in Calais (Aussprache) . . . 393

15. Zum 18. Geburtstag ein Interrail-Pass für Europa (Aussprache) . . . 410

Inhalt Seite

16. Künftige Entwicklungen bei den Telekommunikationsdiensten, angemessene Nutzung und Anrufe innerhalb der EU (Aussprache) 422

17. Europäische Staatsanwaltschaft und Eurojust (Aussprache) 432

18. Internationale Rechnungslegungsstandards: IFRS 9 (Aussprache) 443

19. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll 447

20. Schluss der Sitzung 447

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 4. OKTOBER 2016

Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

1. Eröffnung der Sitzung

(Ședința a fost deschisă la 9.00)

2. Änderung der Tagesordnung: siehe Protokoll

3. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

4. Prozesskostenhilfe für Verdächtige und Beschuldigte in Strafverfahren sowie für gesuchte Personen in Verfahren zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls (Aussprache)

Președintele – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbaterea privind raportul lui Denis de Yong, în numele Comisiei pentru libertăți civile, justiție și afaceri interne, referitor la propunerea de directivă a Parlamentului European și a Consiliului privind asistența judiciară provizorie pentru persoanele suspectate sau acuzate care sunt private de libertate și asistența judiciară în cadrul procedurilor aferente mandatului european de arestare (COM(2013)0824 – C7-0429/2013 – 2013/0409(COD)) (A8-0165/2015).

Dennis de Jong, *rapporteur*. – Toen ik ruim anderhalf jaar geleden aan de slag ging als rapporteur voor deze richtlijn over rechtsbijstand, hield ik er serieus rekening mee dat het vele jaren zou duren voordat we er een akkoord over zouden hebben. Dat hing samen met het feit dat het hier wetgeving betreft die op het snijvlak zit van strafprocesrecht en sociale zekerheid en dat is een gevoelig terrein. Ik denk dat de Commissie zich daar ook heel goed van bewust was, want de oorspronkelijke voorstellen van de Commissie strekten zich eigenlijk alleen maar uit tot rechtsbijstand in het geval van een Europees aanhoudingsbevel en voorlopige rechtsbijstand in andere gevallen. In een aparte aanbeveling had de Commissie daarnaast regels opgenomen over onder meer de kwaliteit van de rechtsbijstand. Dat was wel erg bescheiden. Als we werkelijk vertrouwen willen hebben in elkaars rechtssystemen, dan hoort daar ook vertrouwen in elkaars rechtsbijstandssystemen bij. In de Europese Unie mag geen plaats zijn voor klassenjustitie. Gelijke toegang tot het recht voor iedereen, ongeacht je inkomen. Het recht op een advocaat had de EU al geregeld in een aparte richtlijn. Dan was het in mijn ogen logisch dat in die gevallen waarin je recht hebt op een advocaat, je ook recht op rechtsbijstand krijgt, als je ten minste zelf geen advocaat kunt betalen.

Daarnaast lijkt het me belangrijk dat bepaalde onderdelen uit de aanbeveling, met name over de kwaliteit van de rechtsbijstand, ook in de richtlijn zouden worden opgenomen. De meerderheid in het Europees Parlement steunde deze benadering en zo gingen we met een ambitieus standpunt de onderhandelingen in met de Raad. De stemming in de Raad was behoorlijk terughoudend. Ondanks goede inspanningen van het Luxemburgse voorzitterschap bleven de verschillen tussen Raad en Parlement groot. Het was te danken aan de grote inzet van het daaropvolgende Nederlandse voorzitterschap dat we uiteindelijk een tekst konden overeenkomen die sterker was dan de oorspronkelijke Commissievoorstellen, ook al kreeg het Parlement niet op alle punten zijn zin.

Grote winst is dat het gelukt is om rechtsbijstand te regelen in gewone strafzaken, niet in alle gevallen, maar wel bij vrijheidsontneming en bij bepaalde ingrijpende onderzoeksmethoden waar de verdachte zelf bij betrokken is. Bij verhoren van de verdachte is het recht op rechtsbijstand verzekerd en in geval van Europese aanhoudingsbevelen is er een recht op rechtsbijstand in de uitvoerende, maar ook in de verzoekende lidstaat, als dat nodig is. In alle gevallen geldt als hoofdregel dat een onafhankelijke instantie verantwoordelijk wordt voor de toevoeging van een advocaat. Alleen in noodgevallen speelt de politie hier nog een rol in. Lidstaten moeten er verder op toezien dat er voldoende geld is voor een kwalitatief goede vorm van rechtsbijstand.

Gaat er nu heel veel veranderen in de Europese Unie? Dat zal per lidstaat verschillen, maar alle lidstaten zullen nu in ieder geval een kwalitatief goed rechtsbijstandssysteem moeten opzetten voor mensen die zelf geen advocaat kunnen betalen. Voor sommige lidstaten, zo bleek uit de effectenrapportage die we als Parlement zelf hebben laten uitvoeren, zal dat een flinke financiële investering betekenen. In ieder geval betekent het dat absoluut geen sprake kan zijn van de tendens van de regeringen in andere lidstaten waar wel rechtsbijstand is, zoals ook in Nederland, om dan te gaan bezuinigen op de rechtsbijstand.

Een groot deel van de rechten die in de richtlijn zijn terechtgekomen, is ontleend aan de jurisprudentie van het Europese Hof voor de Rechten van de Mens. Ook naar belangrijke VN-instrumenten, zoals de beginselen en richtsnoeren voor toegang tot rechtsbijstand, wordt in de richtlijn expliciet verwezen als leidinggevend voor de uitvoeringspraktijken van de lidstaten. Dit versterkt de kracht van al deze internationale instrumenten en maakt controle op de uitvoering daarvan makkelijker. Al met al ben ik tevreden met het eindresultaat. Ik ben ervan overtuigd dat in de praktijk veel mensen ervan gaan profiteren die nu nog verstoken zijn van een goede advocaat. Met dank aan de schaduwrapporteurs en aan de Commissie en de Raad.

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Mr President, following the path set out by the Council in its roadmap from 2009, the Commission presented two packages of legislative proposals strengthening procedural safeguards for EU citizens in criminal proceedings. The first was in 2010, on the right to translation and interpretation, the right to information, and the right to access a lawyer. Later, in 2013, we proposed the Directive to strengthen the presumption of innocence and the right to be present at trial, the Directive on special safeguards for children suspected or accused of a crime, and the Directive on the right to provisional legal aid. And this is the proposal you are going to vote on tomorrow, as the last piece missing from the system of procedural rights.

I think we can all agree that there is no point in rights if you cannot really take advantage of them. What is the right of access to a lawyer worth, if you cannot afford a lawyer? In other words, access to justice and a fair trial must not be something which is only for rich people.

I would like to thank your rapporteur, Mr de Jong, and the shadow rapporteurs for their dedicated work on this issue, which made an agreement on this directive possible after long and very difficult negotiations. The directive is an important step forward in the construction of an area of justice in the European Union. Today there are large disparities in the way legal aid is provided in the European Union. The directive, once adopted, will significantly strengthen the procedural safeguards for all citizens in criminal proceedings.

The scope of the directive covers those situations where legal aid is needed most: when persons are deprived of liberty, during a number of crucial evidence-gathering acts, and in cases of mandatory defence by a lawyer. As proposed by the Commission, legal aid will also be granted at the very early stages of proceedings when persons are most vulnerable, especially during police questioning.

Ελισσάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυωνίδη, *εξ ονόματος της ομάδας PPE*. – Κύριε Πρόεδρε, αξίζουν συγχαρητήρια στον εισηγητή κ. de Jong και στους συνεισηγητές. Όπως ανέφερε και η Επίτροπος, η κυρία Jurova, κινούμαστε στη σφαίρα του ποινικού δικαίου και ομιλούμε για δικαιώματα υπόπτων και κατηγορουμένων, λόγω της ανάγκης, χάρη σε αυτή τη συμφωνία που ήδη κατοχυρώθηκε, να εγκρίνουμε μια οδηγία που θα εναρμονίζει ουσιαστικά τις νομοθεσίες των επιμέρους κρατών μελών.

Όλοι γνωρίζουμε ότι το δικαίωμα σε νομική προστασία του υπόπτου και του κατηγορουμένου που βρίσκεται σε δεινή θέση και αντιμετωπίζει ενδεχόμενο στερητικής της ελευθερίας ποινής πρέπει να κατοχυρώνεται στην πράξη και όχι μόνο στη θεωρία. Πολύ σωστά επισήμανε η κυρία Επίτροπος ότι η ποιότητα της νομικής προστασίας και της νομικής αρωγής στην οποία μπορεί να προσβλέπει ένας ύποπτος ή ένας κατηγορούμενος στην πράξη εξαρτάται, συχνά, από τις οικονομικές του δυνατότητες.

Η απάντηση του κράτους μέλους σε αυτό το πρόβλημα πρέπει να είναι η κατοχύρωση του δικαιώματος αυτών των προσώπων σε οικονομική κάλυψη από ειδικά κονδύλια. Οι διατάξεις του δικαίου βάσει των οποίων εξασφαλίζεται η προστασία αυτών των προσώπων θα πρέπει επίσης να εναρμονιστούν από τα κράτη μέλη. Γνωρίζουμε βεβαίως ότι αυτά τα δικαιώματα, όπως είναι το τεκμήριο της αθωότητας, δεν κατοχυρώνονται μόνο από τα Συντάγματα των κρατών μελών αλλά και από εθνικό δίκαιο που εδράζεται σε διεθνείς πράξεις δικαίου, όπως είναι η ΕΣΔΑ. Βλέπουμε εξάλλου στα κράτη μέλη πάρα πολλές περιπτώσεις υπόπτων ή κατηγορούμενων, οι οποίοι, τόσο στην προδικασία, όσο και στην κύρια διαδικασία, προσφεύγουν στο Δικαστήριο Ευρωπαϊκών Δικαιωμάτων επικαλούμενοι το άρθρο 6 της ΕΣΔΑ και κατηγορούν το κράτος μέλος στο οποίο βρίσκονται, είτε είναι πολίτες του κράτους μέλους, είτε αλλοδαποί, για αδράνεια σε ό,τι αφορά την θωράκιση και την προστασία των ατομικών τους δικαιωμάτων και κυρίως των δικαιωμάτων που κατοχυρώνονται από τα Συντάγματα και από την υπερεθνικής σημασίας νομοθεσία.

Κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, γνωρίζω, από την τριακονταετή εμπειρία μου ως δικηγόρος και μάλιστα στο ποινικό δίκαιο, ότι τα κράτη μέλη διαθέτουν κανόνες δικαίου που θωρακίζουν και προστατεύουν τα δικαιώματα των υπόπτων και κατηγορουμένων. Αυτό όμως που επιδιώκουμε σήμερα και θα ψηφίσουμε αύριο είναι η εναρμόνιση των Δικαίων, ούτως ώστε να διαφυλάξουμε το ευρωπαϊκό οικοδόμημα από τις αποκλίσεις μεταξύ των κρατών μελών σε σχέση με τα διαφορετικά επίπεδα προστασίας που αυτά παρέχουν. Το να μπορούν όλοι οι πολίτες της Ευρωπαϊκής Ένωσης να προσβλέπουν στην ίδια προστασία των δικαιωμάτων τους είναι, σε τελική ανάλυση, προς το συμφέρον του κράτους δικαίου και της δικαιοσύνης.

Birgit Sippel, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Die Europäische Union ermöglicht es immer mehr europäischen Bürgern, auch in einem anderen Mitgliedstaat zu leben, zu studieren, zu arbeiten. Dadurch erhöht sich natürlich auch die Wahrscheinlichkeit, dass man in einem anderen als dem eigenen Mitgliedstaat in ein Strafverfahren verwickelt werden kann.

Schon seit Jahren sind Rat und Kommission – und das ist im Grundsatz auch gut so – sehr ambitioniert bei der Harmonisierung und Europäisierung der Strafverfolgung: der Europäische Haftbefehl, die Beweis- und Ermittlungsanordnung, Instrumente zur langfristigen Speicherung oder zum Austausch von Daten, gemeinsame Ermittlungsteams – um nur einige wenige Beispiele zu nennen. Eine Harmonisierung der Verfahrensrechte aber wurde lange vernachlässigt – zum Nachteil der Bürger, die in ein Strafverfahren verwickelt werden. Sie sehen sich in den einzelnen Mitgliedstaaten mit sehr unterschiedlichen Schutzstandards konfrontiert. Faire Verfahren für alle überall in Europa? Fehlanzeige. Informationen über meine Rechte im Strafverfahren, Übersetzung, das Prinzip der Unschuldsvermutung, das Recht auf einen Anwalt. Die Richtlinie zur Prozesskostenhilfe ist nun die letzte von insgesamt sechs zur Stärkung der Verfahrensrechte in Strafverfahren und aus meiner Sicht eine der wichtigsten. Warum? Was nützen mir alle schön formulierten Rechte, auch das Recht auf einen Anwalt, wenn ich diesen am Ende des Tages nicht bezahlen kann und ich dadurch dann auch Gefahr laufe, meine anderen Rechte, die mir im Verfahren zustehen, nicht wirklich wahrnehmen zu können und dadurch kein faires Verfahren zu erhalten?

Frau Jourová hat schon darauf hingewiesen: Faire Verfahren dürfen keine Frage des Geldbeutels sein. Auch deshalb haben wir als Parlament den Vorschlag der Kommission deutlich unterstützt und diesen auch in den Verhandlungen mit dem Rat, mit den Mitgliedstaaten weiter ausgebaut. So wurde aus dem vorläufigen Recht auf Prozesskostenhilfe nun ein allgemeines gültiges Recht, und in Fällen des Europäischen Haftbefehls konnten wir durchsetzen, dass der Anspruch auf Prozesskostenhilfe sowohl in dem ausführenden als auch in dem ausstellenden Mitgliedstaat gilt. Weiterhin gibt es Qualitätsstandards für den Rechtsbeistand, und wir haben auch für einen effektiven Rechtsbehelf gesorgt.

Nun erwarte ich, dass die Mitgliedstaaten diese gemeinsam ausgehandelte Richtlinie zügig und umfassend umsetzen. Kommission und Parlament werden das aufmerksam verfolgen. Denn nur so können wir endlich faire Verfahren für alle Bürgerinnen und Bürger überall in der Europäischen Union sicherstellen.

(Die Rednerin lehnt es ab, eine Frage von Jiří Pospíšil nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Helga Stevens, *namens de ECR-Fractie*. — Dit verslag is bedoeld om binnen de EU een minimum aan rechtsbijstand te garanderen in juridische procedures. We hebben al richtlijnen betreffende het recht op een tolk of advocaat, terwijl deze ontwerpwet specifiek handelt over het recht op rechtsbijstand. We spreken dus over toegang tot juridische informatie, het krijgen van een eerste advies of een verwijzing naar een al dan niet kosteloze advocaat.

De door de Commissie voorgestelde tekst was een mager beestje. Tijdens de trialoogonderhandelingen werd de tekst ingrijpend geamendeerd. Ik ben alvast tevreden met het verhoogde beschermingsniveau. Het lijkt mij ook niet meer dan normaal dat over de gehele Europese Unie eenzelfde minimumniveau wordt aangehouden. Zo voorzien bepaalde EU-lidstaten niet in rechtsbijstand voor mensen die aangehouden worden onder Europees aanhoudingsbevel. Dergelijke hiaten worden in de huidige tekst weggewerkt.

Ten slotte lijkt het mij een goede zaak dat die rechtsbijstand slechts wordt aangeboden, indien er een zekere meerwaarde kan zijn, ongeacht de onvermogendheid van de persoon. In België is dit trouwens al het geval met betrekking tot bijstand van een advocaat. Indien hij denkt dat zijn tussenkomst geen meerwaarde heeft, dan kan hij het overkoepelende bureau vragen om hem van de zaak te halen. Dat lijkt mij een verstandige besteding te zijn van belastinggeld. Daarom zal de N-VA dit voorstel steunen.

Louis Michel, *namens de ALDE-Fractie*. – Ik wil eerst en vooral onze collega De Jong danken voor de bijzondere inspanningen die hij geleverd heeft om in deze kwestie vooruitgang te boeken.

Le droit d'accès à un avocat est un droit fondamental garanti par les législations européennes. Toutefois, nous le savons, dans la pratique, ce droit n'est pas assorti ou n'est que rarement assorti de mesures permettant de le rendre effectif. Faute de moyens, certaines personnes peuvent se retrouver seules face aux charges qui pèsent contre elles.

Personnellement, je refuse de cautionner une justice à deux vitesses. Nous devions garantir l'effectivité des systèmes d'aide juridictionnelle dans les États membres. L'Union européenne se devait de définir un plancher minimal à respecter, et les systèmes de façade – je les appelle "les systèmes leurre" –, qui n'existent que sur le papier, doivent impérativement disparaître. Cela relève d'ailleurs d'un cynisme absolument scandaleux.

Le Parlement européen, chers collègues, a joué un rôle déterminant durant les négociations. Nos ambitions ont porté leurs fruits puisque nous avons obtenu, entre autres: premièrement, que des critères minimaux communs soient établis; deuxièmement, que l'aide juridictionnelle soit garantie durant l'ensemble des procédures judiciaires pénales; troisièmement, qu'une attention particulière soit octroyée aux personnes vulnérables en prenant leurs besoins spécifiques en compte; et, enfin, quatrièmement – et cela me paraît important –, que la police et le parquet jouent un rôle très limité dans la désignation de l'avocat *pro deo*. Il s'agit là d'une véritable victoire. Il est inacceptable que la police puisse à la fois enquêter sur une personne et, en même temps, prendre des décisions quant à sa défense.

Je tiens à remercier la Commission européenne, qui a été d'un soutien crucial durant les négociations. Je tiens également à saluer le travail de la présidence néerlandaise et sa détermination à trouver un accord. Bien sûr, nous aurions sans doute tous préféré aller un pas plus loin, en alignant totalement le droit d'accès à un avocat sur le droit à l'aide juridictionnelle. Cela n'a pas été possible.

La législation se limite malheureusement à garantir l'aide juridictionnelle aux situations de privation de liberté, mais il faut être clair: cela doit inclure la période d'interrogatoire. Nous ne pouvons en aucun cas accepter que des personnes soient soumises aux questions des policiers sans pouvoir jouir du droit à disposer d'un avocat *pro deo*. Nous parlons ici d'un droit humain fondamental. Que certains États membres aient encore une conception aussi misérable du droit est choquant, et il faut le leur rappeler en toutes circonstances.

Κώστας Χρυσόγονος, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κύριε Πρόεδρε, η σημερινή συζήτηση αφορά την ενίσχυση των δικαιωμάτων των πολιτών και την ορθότερη λειτουργία της Δικαιοσύνης σε ευρωπαϊκό επίπεδο. Η δυνατότητα εκπροσώπησης του κατηγορουμένου αποτελεί μια από τις βασικότερες πτυχές του δικαιώματος στη δίκαιη δίκη, όπως αυτό κατοχυρώνεται τόσο στο Χάρτη Θεμελιωδών Δικαιωμάτων της Ευρωπαϊκής Ένωσης, όσο και στην Ευρωπαϊκή Σύμβαση Δικαιωμάτων του Ανθρώπου. Ιδιαίτερα υπό το πρίσμα της συνεχιζόμενης οικονομικής και κοινωνικής κρίσης που ταλαιπωρεί εκατομμύρια Ευρωπαίους πολίτες, οφείλουμε να διασφαλίσουμε την παροχή δυνατότητας αποτελεσματικής εκπροσώπησης των κατηγορουμένων ή υπόπτων ενώπιον των Αρχών.

Η έγκαιρη παροχή νομικής συνδρομής, καθώς και η επέκταση του πεδίου εφαρμογής της σε κάθε κράτος μέλος όπου πραγματοποιείται συλλογή αποδεικτικών στοιχείων ή διεξάγονται άλλες ανακριτικές πράξεις αποτελούν επιβεβλημένα βήματα. Παράλληλα, η υποχρέωση των κρατών μελών να διασφαλίζουν την ποιότητα και την ανεξαρτησία της παρεχόμενης νομικής βοήθειας, σε συνδυασμό με την ύπαρξη ένδικων μέσων για περιπτώσεις παραβίασης του δικαιώματος αυτού, θα συμβάλει στην κατοχύρωση των δικαιωμάτων των πολιτών. Συνεπώς, θεωρώ πως η σημερινή διαδικασία μπορεί να συμβάλει στη βελτίωση της θέσης των Ευρωπαίων πολιτών και παράλληλα να δημιουργήσει θετικό κλίμα για την εντατικοποίηση της συνεργασίας ανάμεσα στα κράτη μέλη.

Judith Sargentini, *namens de Verts/ALE-Fractie*. – Eindelijk eens een keer goed nieuws! We tuigen een Europees minimum op voor rechtsbijstand en het Parlement - en laat ik Dennis de Jong daar van harte mee feliciteren - heeft uiteindelijk de Commissie en de Raad meegekregen. Al eerder hadden wij het recht op advocaat bij een eerste verhoor vastgelegd in de wet, maar wat heb je daaraan als je in een aantal lidstaten te horen krijgt: ja, je hebt het recht wel, maar hoe je dat recht gaat betalen is een tweede. Rechtsbijstand geeft mensen met weinig geld de mogelijkheid zichzelf te laten vertegenwoordigen en daarmee is onze rechtsstaat weer een beetje beter geworden.

Ook in de uitvoering van het Europees aanhoudingsbevel zien we enige verbeteringen. Je hebt nu recht op een advocaat in het land waar je bent aangehouden, maar helaas nog niet in alle gevallen in het land waar je heen gezonden wordt. Toch is dit een aanzienlijke verbetering. We zien te vaak gevallen van burgers die voor een klein vergrijp of op basis van een zwakke verdenking worden overgeleverd. En waar je als je thuis in je eigen land bent, kunt wachten op een rechtszaak door gewoon door te werken en uiteindelijk een oproep krijgt om je te melden, word je in een ander land in voorarrest geplaatst. We weten dat voorarrest niet in alle landen in Europa even netjes gebeurt. Je wordt in voorarrest geplaatst en zeg maar dag dan tegen je werk, tegen je leven en wellicht ook tegen je relatie en soms zeg maar dag tegen je gezondheid. Dus ja, de Groenen zijn blij met deze stap, en nu de volgende stappen.

Daarbij wil ik voor twee dingen waarschuwen: verdere strafrechtharmonisatie moet niet plaatsvinden op een minimaal beschermingsniveau, want daarmee hollen we nationale verworvenheden uit. En een tweede punt is: laat geld niet het leidend principe zijn. De kosten van goede bescherming van verdachten en slachtoffers worden vaak als excuus gebruikt om af te zien van verbetering van procedurele rechten. Juist nu Europese lidstaten worden opgeschrikt door terroristische aanslagen hebben we een goed functionerend strafrechtsysteem nodig. Dus moeten we procedurele rechten op een goed niveau harmoniseren. Want als we dat niet doen, riskeren we dat de schuldigen vrijkomen op administratieve gronden en de onschuldigen wegkwijnen in voorarrest.

(De spreker gaat in op een "blauwe kaart"-vraag (artikel 162, lid 8, van het Reglement))

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Panie Przewodniczący! Szanowna Pani Poseł! Pani poseł powiedziała, że nasze decyzje nie mogą ograniczać się do poziomu minimalnego. Jednak traktat w tej sprawie (art. 82 Traktatu o funkcjonowaniu Unii Europejskiej) powiada, że właśnie w tej sprawie mamy ograniczać się do ustanowienia warunków minimalnych. To traktaty nas zachęcają do oszczędności. Chciałbym, żeby pani wyjaśniła swój pogląd na tę sprawę.

Judith Sargentini (Verts/ALE), *blue-card answer*. – I am always happy to give a colleague the space to make a point, but let me try to understand what you are saying. I think what we have here are minimum standards. What I am pleading for is not to lower our standards to a bare minimum. That is one thing. Secondly, yes, legal aid is costly in countries that do not yet have legal aid, but it is much more costly for society to put the wrong people behind bars. So I would say that, in a European Union that looks across the border to find criminals, we need to look across the border to provide people with legal aid.

President. – If I am allowed a small comment on this, I would say that the full equality of all people before the law does exclude, from the beginning, minimum standards. All of them should enjoy the same standards. But forgive me – I now give the floor to Ms Ferrara.

Laura Ferrara, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, con l'adozione della direttiva sull'ammissione al patrocinio legale a spese dello Stato, l'Unione europea compie un ulteriore significativo passo avanti sul fronte del riconoscimento del diritto dei cittadini a un equo processo.

L'ampliamento delle garanzie procedurali riconosciute ad indagati e imputati rappresenta infatti una conquista di civiltà, che purtroppo non tutti gli Stati membri avevano recepito in maniera omogenea. Si trattava evidentemente di un vulnus da colmare per garantire la corretta applicazione delle disposizioni del trattato sulla cooperazione giudiziaria in materia penale.

Abbiamo apprezzato molto la tenacia con la quale il relatore ha difeso la posizione del Parlamento nei negoziati interistituzionali e per questo lo ringrazio. Siamo soddisfatti del risultato raggiunto, in particolare del fatto che sia garantito, quantomeno da un punto di vista normativo, un minimo patrocinio a spese dello Stato in tutti gli Stati membri.

Costituisce poi un autentico successo del Parlamento, e in particolare del suo team negoziale, l'aver ottenuto in sede di trilogo l'estensione dell'ambito di applicazione della direttiva, con la previsione del diritto all'assistenza legale ordinaria oltre che al patrocinio provvisorio. Infine auspichiamo che, oltre ad un puntuale recepimento della direttiva in tutti gli Stati membri, ci sia l'impegno concreto a reperire le risorse finanziarie indispensabili per garantire l'effettivo riconoscimento del diritto al gratuito patrocinio.

Gilles Lebreton, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, M[me] Jourová et les parlementaires qui viennent de s'exprimer sont manifestement tous favorables à ce projet de directive, et je suis au regret de devoir briser ce beau consensus.

De quoi s'agit-il? Cette directive vise à garantir l'accès à un avocat pour toute personne poursuivie pénalement. Plus particulièrement, il s'agit de contraindre les États à accorder une aide juridictionnelle aux personnes qui sont trop pauvres pour payer intégralement leur avocat.

Alors, en soi, l'aide juridictionnelle est évidemment un bon système, mais les États n'ont pas besoin de l'Union européenne pour l'imposer. Si je prends l'exemple de la France, sachez que ce système est instauré chez nous par une loi du 22 janvier 1851. C'est dire si la France a deux siècles d'avance sur vous. L'immixtion de l'Union européenne inhérente à ce texte se fonde notamment sur l'article 47 de la charte des droits fondamentaux de l'Union, qui prévoit justement ce droit à l'aide juridictionnelle.

Mais précisément, il est problématique d'invoquer cette charte qui, selon moi, est un instrument extrêmement contestable. Si l'on veut absolument protéger les droits de l'homme au niveau européen, j'estime que la convention européenne de sauvegarde des droits de l'homme suffit largement. En réalité, la charte est un loup pour les droits de l'homme. C'est le loup ultralibéral dans la bergerie des droits de l'homme. La justification de l'immixtion est donnée par la directive. Il s'agit, dit-elle, «de renforcer la confiance des États membres dans le système de justice pénale des autres États membres». Cela dit, j'estime que l'objectif est raté car cette immixtion prend de telles proportions en matière pénale qu'elle ne manquera pas d'inquiéter les peuples européens. Vous n'avez tiré aucune leçon du Brexit, aucune leçon non plus du référendum hongrois du 2 octobre.

Vous dites aussi que ce texte est applicable au mandat européen, ce qui n'est pas rassurant. Le mandat européen est un système beaucoup moins protecteur que l'extradition. En droit français, l'extradition n'est pas une procédure de juge à juge, mais une procédure qui fait intervenir, d'une part, les juges, la chambre de l'instruction, et, d'autre part, le gouvernement, le décret. Cela signifie que l'individu a deux chances au lieu d'une d'échapper à l'extradition.

En définitive, ce texte est une régression et, à mes yeux, ne marque pas du tout un progrès.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η Επιτροπή προτείνει ένα κείμενο βάσει της αρχής της αμοιβαίας αναγνώρισης των δικαστικών αποφάσεων και του οδικού χάρτη για την ενίσχυση των οικονομικών δικαιωμάτων των υπόπτων ή κατηγορουμένων σε ποινικές διαδικασίες. Όμως η εξασφάλιση ελαχίστου επιπέδου δικαστικής αρωγής σε όλα τα κράτη μέλη δεν πρέπει να περιορίζεται μόνο σε δύο κατηγορίες, δηλαδή στους υπόπτους ή κατηγορουμένους σε ποινικές διαδικασίες οι οποίοι στερούνται της ελευθερίας τους και στα καταζητούμενα άτομα που υπόκεινται σε διαδικασίες που αφορούν στην εκτέλεση ευρωπαϊκού εντάλματος σύλληψης. Μια τέτοια αποσπασματική προσέγγιση ούτε ενισχύει την ασφάλεια δικαίου ούτε αποσαφηνίζει το βαθμό και την ποιότητα του δικαιώματος νομικής αρωγής.

Είναι γεγονός ότι υπάρχουν διαφορές μεταξύ των κρατών μελών όσον αφορά στην ποιότητα και την αμοιβή της παρεχόμενης νομικής αρωγής. Εκτιμούμε όμως ότι μια οριζόντια νομοθέτηση για τη δικαστική αρωγή και εκπροσώπηση θα εντείνει απλώς τα προβλήματα που ήδη υφίστανται και δεν θα οδηγήσει σε λύση.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, mnoho lidí se často ocitne v situaci, kdy potřebuje právní pomoc, ať už jako podezřelá, obviněná nebo vyžádaná osoba. V jakémkoliv členském státě má takový člověk právo na právní pomoc, ať už na provizorní nebo běžnou. Především pak, pokud nedisponuje dostatečnými finančními prostředky, aby si ji mohl sám dovolit. Evropská unie však doposud nemá žádné standardy, jak zajistit minimální úroveň takovéto právní pomoci napříč státy Evropské unie. Je sice pravda, že dochází ke zlepšování výměny informací v rámci Evropské unie a jednotlivé státy si čím dál víc důvěřují, pokud jde o systém trestního soudnictví. Ale jednotlivé vnitrostátní postupy se stále velmi liší, což způsobuje řadu problémů. Především právní nejistota a nejasnost rozsahu práva na právní pomoc je hlavní překážkou, které musí podezřelé, obviněné nebo vyžádané osoby čelit. Dalším aspektem je samotné udělení právní pomoci, její finanční náročnost a její kvalita. Věřím tedy, že tato směrnice přispěje k harmonizaci této oblasti a zajištění odpovídající právní pomoci ve všech členských státech.

(Řečník souhlasil s tím, že odpoví na otázku položenou zvednutím modré karty (čl. 162 odst. 8 jednacího řádu).)

Jiří Pospíšil (PPE), *otázka položená zvednutím modré karty.* – Pane předsedající, já jsem tady pozorně poslouchal vystoupení kolegy Zdechovského, který souhlasí s tím, aby se harmonizovalo trestní právo procesní, a mám na něj dotaz, jestli si myslí, že do budoucna bude vhodné harmonizovat i některá ustanovení trestního práva hmotného a třeba uvažovat o jednotném evropském trestním zákoníku.

Tomáš Zdechovský (PPE), *odpověď na otázku položenou zvednutím modré karty.* – Děkuji panu kolegovi, bývalému ministrovi spravedlnosti, který se touto otázkou velmi intenzivně zabýval. Já si myslím, že v tuto chvíli ta diskuze není tak daleko a nikdy nebude tak daleko. Sjednocení všech trestních práv v rámci sedmadvacítky, osmadvacítky není možné a myslím si, že nikdy nebude možné s ohledem na historické zkušenosti jednotlivých států a rozlišnost aplikace trestního práva.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io vorrei innanzitutto ringraziare il collega de Jong e i relatori ombra per l'impegno profuso in tanti mesi di intenso e non facile lavoro che hanno portato al testo di cui oggi si discute. Con la votazione di domani si chiude il cerchio delle misure per indagati e imputati nei procedimenti penali che facevano parte della tabella di marcia avviata dalla Commissione nel 2009, di cui faceva parte anche quella per i minori indagati e imputati di cui ho avuto l'onore di essere relatrice.

Penso di cogliere il sentimento di tutti nel dire che possiamo ritenerci soddisfatti del lavoro che siamo riusciti a portare avanti. Abbiamo posto un ulteriore tassello per l'armonizzazione del diritto penale, per migliorare la cooperazione giudiziaria all'interno dell'Unione europea e per rafforzare la fiducia fra autorità giudiziarie necessaria ai fini del riconoscimento reciproco.

Al di là di questi aspetti più squisitamente tecnici, vorrei però sottolineare anche la particolare rilevanza politica e sociale di questa relazione che contribuisce a colmare le forti differenze fra gli ordinamenti giuridici. Innalzare il livello delle garanzie procedurali contribuirà a rafforzare il senso di appartenenza all'Unione. L'avere stabilito norme minime nell'ambito del gratuito patrocinio permetterà a coloro che, indagati o imputati, siano privi di risorse sufficienti di coprire comunque i costi dell'assistenza di un difensore grazie all'intervento dello Stato, secondo un principio di giustizia che non lasci ai margini nessuno.

Particolarmente significativo, poi, è l'essere riusciti ad ampliare l'ambito di applicazione, che include tutti i tipi di patrocinio nei procedimenti penali e ancora garantire il diritto al patrocinio a delle persone oggetto di procedimenti di esecuzione del mandato di arresto europeo, sia negli Stati membri che emettono il mandato che negli Stati membri in cui esso viene eseguito.

Alla luce anche delle mie precedenti esperienze professionali, non posso che ribadire come l'effettiva assistenza legale in tutte le fasi del procedimento penale rappresenti una garanzia imprescindibile, non solo per la tutela dei diritti degli indagati o imputati, ma più in generale per lo svolgimento del giusto processo in tutti gli Stati membri.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR). – Panie Przewodniczący! Nasze decyzje w tej sprawie powinny być racjonalne i oszczędne. Wielokrotnie deklarujemy oszczędną legislację. Byłem gotów poprzeć dyrektywę w takiej wersji, w jakiej przedstawiła ją Komisja Europejska, gdyż było to całkowicie zasadne. Przypomnę, że w tej pierwotnej wersji dyrektywa o pomocy prawnej dotyczyła przede wszystkim pierwszej fazy postępowania, kiedy podejrzany jeszcze może nie mieć szans na skorzystanie z adwokata i europejskiego nakazu aresztowania, ale potem niestety rozciągnięto tę regulację bez podstaw i to bez podstaw traktatowych, o których mówiłem kilkanaście minut temu. Chciałbym przypomnieć, że Traktat o funkcjonowaniu Unii Europejskiej daje podstawę do ustanowienia wyłącznie norm minimalnych i to w celu dobrej współpracy między policjami, współpracy sądowej, a także wzajemnego uznawania orzeczeń. Natomiast nie daje on podstaw do budowania nowych powszechnych regulacji w zakresie procedury karnej.

Uważam, że powinniśmy działać oszczędnie i racjonalnie, przede wszystkim manifestować większą dozę zaufania w stosunku do państw członkowskich. Unia Europejska może wyjść z kryzysu, jeśli przywrócimy zaufanie między instytucjami europejskimi a państwami członkowskimi.

Gerard Batten (EFDD). – Mr President, King Richard III first introduced a form of legal aid into English courts in about 1485. Now Richard is accused of many crimes, but one thing he never did, to my knowledge anyway, was to surrender an English subject to a foreign jurisdiction purely on the basis of unsubstantiated accusations on a sheet of paper. It took Conservative and Labour governments to remove the requirement for evidence in extradition cases – as now enshrined in the infamous European Arrest Warrant. There is nothing that the European Union can teach the English legal system about anything else, including legal aid, but at least the British Government has chosen to opt out of this directive.

Nevertheless, it is good to see that other EU Member States are being required to catch up and to provide legal assistance to those accused in criminal proceedings, and to victims of European arrest warrants. But this must include assistance to those in all receiving Member States.

Normally I would vote against EU law, but in this case I am inclined to abstain. It does not affect the UK, but it is good and it is only right and proper that other Member States should go to the trouble and expense of providing legal assistance to those who cannot afford it themselves. When Britain leaves the European Union, then we must repeal the European Arrest Warrant and never again extradite someone unless a British court has first considered the evidence against them and come to the conclusion that there is a proper case to answer.

Milan Zver (PPE). – Spoštovana gospa komisarka, spoštovani gospod predsedujoči. Čestitam poročevalcu in poročevalcem v senci za dobro opravljeno delo.

Direktivo o pravici do začasne brezplačne pravne pomoči osebam v kazenskih postopkih, ki jim je bila odvzeta prostost, je Komisija, kot je povedala že komisarka, predstavila že pred leti.

Po napornih pogajanjih je bil dosežen sporazum med Evropskim parlamentom in Svetom šele v času nizozemskega predsedovanja oziroma junija letos. Kot je bilo že rečeno, ne gre za prvo EU direktivo s področja procesnih pravic, prostor osebne varnosti se postopoma širi v Evropski uniji in to je dobro.

Poročilo podpiram, saj zagotavlja skupne in minimalne standarde glede pravice do brezplačne pravne pomoči osumljenim in obtoženim osebam v kazenskih postopkih, kadar jim je bila odvzeta prostost, ter brezplačno pravno pomoč za osebe, zoper katere je bil uveden postopek po evropskem nalogu za prijetje.

Po mojem mnenju je bilo prvotno predlagano besedilo Evropskega parlamenta preoptimistično, saj je predvidevalo, da se področje uporabe te direktive razširi tudi na primere, ko prostost osebam v postopku ni bila odvzeta. Tega bremena pa vse države članice ne bi zmogle. Besedilo sedaj predvideva bolj realen obseg in je zato vsekakor boljše.

Na drugi strani pa podpiram razširitev te direktive na nudenje redne, ne le začasne brezplačne pravne pomoči, saj se bo s tem vsaj skušalo zagotoviti pošteno sojenje skozi ves kazenski postopek. To bo okrepilo medsebojno zaupanje držav članic v pravosodne sisteme. Pravilna je tudi določba, ki predvideva možnost izterjave, kadar prihaja do zlorab s strani oseb, ki niso upravičene do redne brezplačne pravne pomoči.

Ta direktiva s področja procesnih pravic je en korak na poti k pravičnemu sojenju v Evropski uniji, a na izvajanje skupnih minimalnih standardov vladavine prava bi morala EU biti bolj pozorna tudi takrat, ko gre za dvomljive sodne, včasih tudi politično motivirane, procese v nekaterih tranzicijskih državah, kjer še niso dosegli niti običajnih standardov vladavine prava.

Josef Weidenholzer (S&D). – Herr Präsident! Viel Positives wurde heute schon erwähnt und dem will ich mich anschließen: dass der Zugang zum Rechtssystem nicht von Zahlungsfähigkeit abhängig sein soll, dass er nicht durch nationale Grenzen erschwert wird und, dass die Verfahren möglichst einheitlichen Standards unterliegen sollen. Hier konnte das Parlament wesentliche Verbesserungen erreichen. In Zeiten, wo das europäische Haus heftigen Stürmen ausgesetzt ist und wo der Eindruck erweckt wird, dass nichts mehr funktioniert, ist das ein positives Zeichen – ein Signal, dass es geht und dass die Zusammenarbeit der Institutionen funktionieren kann, wenn der Wille dazu vorhanden ist.

Dieses Beispiel sollten wir auch als Vorbild für andere Bereiche nehmen, und wir sollten uns vor allem freuen, dass der gemeinsame Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts, ein ähnlich wichtiges Projekt wie der Binnenmarkt, heute eine wesentliche Aufwertung erfährt.

Morten Messerschmidt (ECR). – Hr. Formand! Der er noget grundlæggende forkert ved et retssystem, der ikke må beskytte sine egne borgere, men skal forlade sig 100 % på andre landes retssystem.

Det er velkendt, at der er ganske store forskelle mellem de 28 medlemslandes retssystemer i dag, både materielt og formelt. Det kan godt være, vi alle sammen har skrevet under på de samme konventioner og traktater, men ude i virkelighedens verden er der en enorm forskel på, hvordan sagerne køres, fra Bulgarien og Rumænien over Finland, Danmark og Storbritannien til Centralkontinentet. Den forskel er ikke afspejlet i arrestordren, og det er den heller ikke, efter at dette retsgrundlag er blevet vedtaget i dag. Det er ikke bare et problem for de mennesker, som rent faktisk rammes af, at de udsættes for forskellige behandlinger i forskellige lande. Det er ud fra en ren traditionel europæisk betragtning en katastrofe. Det er meget ueuropæisk. I Europa har det altid ligget os på sinde, at det enkelte land kunne beskytte sine egne borgere. Men med dette regelgrundlag forhindres medlemslandene i at beskytte deres egne borgere. Det er ikke værdigt.

Jeg er nødt til at sige, at med de latterlige sager, vi også har set, hvor arrestordren er blevet brugt på anklager om at have stjålet en gris, anklager om at have stjålet nogle bagdæk, anklager om at have haft få gram hash i lommen, så er vi langt ude på et overdrev, hvor disse regler aldrig nogen sinde skulle have fundet anvendelse. Derfor må vi have i hvert fald en bagatelgrænse for, hvad der skal til, således at medlemslandene og borgerne har mulighed for at beskytte sig selv imod dette regelsystem, som jeg godt nok synes er grotesk.

Beatrix von Storch (EFDD). – Herr Präsident! Es geht um den Vorschlag zur EU-weiten Harmonisierung der Prozesskostenhilfe, und ich möchte nicht auf die Prozesskostenhilfe eingehen, sondern auf die Begründung der Kommission, warum wir die nun europaweit vereinheitlichen sollen, und ich zitiere deswegen wörtlich die Kommission: „Das mit dem Vorschlag verfolgte Ziel lässt sich von den Mitgliedstaaten allein nicht hinreichend verwirklichen, weil das Recht auf vorläufige Prozesskostenhilfe in den EU-Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich ausgestaltet ist." Die Kommission sagt also: Die Regeln sind unterschiedlich, deswegen müssen sie vereinheitlicht werden, und das genau ist die Beendigung und die Außerkraftsetzung des Subsidiaritätsprinzips. Natürlich sind die Regeln unterschiedlich, denn sie werden von verschiedenen Parlamenten gemacht. Unter jedem unserer Dokumente in Europa steht das Europamotto: „In Vielfalt geeint". Erinnern wir uns daran und hören wir mit dieser Gleichmacherei auf – entbrüsseln Sie sich!

Monika Flašíková Beňová (S&D). – V súčasnosti existujú veľké rozdiely v kvalite ponúkanej právnej pomoci v jednotlivých členských štátoch, a preto vítam predložený návrh Európskej komisie aj zapracované zmeny, ktoré sme navrhli my z Parlamentu, a považujem ho za dôležitý krok pre zabezpečenie minimálnej právnej pomoci vo všetkých členských štátoch. Predkladaná problematika je pomerne náročná, a preto je pochopiteľné, že Európskej komisii trvalo dlhšie pripraviť príslušné nástroje. Je však veľmi dôležité, aby sa nám spoločnými silami podarilo zabezpečiť adekvátnu a kvalitnú právnu pomoc. Podozrivé osoby nemôžu mať pocit, že sú im odopierané ich práva a že je v Európskej únii znižovaná úroveň právnej istoty a výkonu spravodlivosti. Musíme sa preto usilovať o zblíženie jednotlivých vnútroštátnych trestnoprávnych postupov a systémov, nakoľko harmonizácia v tejto oblasti je veľmi dôležitá na zabezpečenie vysokého štandardu v garantovaní právnej pomoci v Európskej únii. Očakávam, že členské štáty nebudú mať problém pri implementácii príslušnej legislatívy v záujme zvýšenia právnej istoty občanov Európskej únie.

Ruža Tomašić (ECR). – Poštovani predsjedniče, jedan od temeljnih problema Zajednice je nedostatak povjerenja. Iako je utemeljena na dobrosusjedskim odnosima, činjenica je da je većina integracijskih koraka nailazila na određeni otpor upravo iz razloga što članice nisu vjerovale jedna drugoj.

Dobar dio tog nepovjerenja izvorište ima u pravosudnom sustavu. Članice žele da njihovi građani, tvrtke i interesi budu zaštićeni pred pravosudnim tijelima ostalih članica i to je sasvim legitiman zahtjev.

Ovo izvješće u tom smislu predstavlja korak u pravom smjeru. Priznavanje istih postupovnih garancija i prava osumnjičenih u postupcima na temelju europskog uhidbenog naloga važan je korak u izgradnji istinske suradnje u području pravosuđa i jačanju povjerenja među članicama.

Dosadašnja je pravosudna suradnja bila tek djelomična i obilježavalo ju je nedovoljno uzajamno priznavanje odluka pravosudnih tijela. Nakon uvođenja privremene pravne pomoći možemo očekivati značajniji pomak u smjeru bolje suradnje, čime će nedvojbeno doći do jačanja međusobnog povjerenja.

Predviđeni povrat troškova pružanja privremene pravne pomoći državama članicama u slučaju neispunjavanja kriterija za redovnu pravnu pomoć dodatno je jamstvo da ovaj prijedlog neće dovesti do novih zloupotreba. Želimo li izgraditi povjerenje u pravosudne sustave drugih članica, trebaju nam upravo ovakvi osigurači te stoga pozdravljam ovaj prijedlog izvjestitelja.

Diane James (EFDD). – Mr President, today we see yet another example of the madness of freedom of movement and the associated European Union immigration system – a system that totally fails to discriminate between a European Union citizen with an unblemished record and one who has already been a menace in his or her own country. Legal aid is a justifiable financial mechanism to support those of insufficient means to enable them to achieve justice through a national legal and court system. It becomes completely open to abuse when the borderless European Union actually encourages the free movement of criminals and crimes.

In the UK alone, British courts are dealing with over 700 notifications involving European Union migrants each week – that is an increase of more than 40% over the past five years – and 12% of the United Kingdom prison population are now foreign nationals. I will not even try to estimate or get the figures for those on bail.

Many of these individuals already have criminal records and, once in court, they milk the system. It is not just the United Kingdom system they are milking, it is every court system because of the bizarre situation we are in. In the United Kingdom, the cost of translation services alone is now a significant burden for United Kingdom courts.

No one is denying anyone justice. Justice should mean justice, but national justice should come first and United Kingdom citizens' eligibility and entitlement to legal aid should not be sacrificed to a European Union dictate.

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, we need to strengthen the rights of suspects and accused persons, not only to protect their human rights, but also to improve our criminal procedure system and to make it more just and effective. If because of objective factors, such as low income, a bad family situation, a poor standard of living and the high cost of a legal aid lawyer, people did not receive proper professional protection, they became an easy target for unprofessional procedures and staff. The system became lazy, neglectful and unjust.

That is why it is necessary in the European Union to set high a common minimum standard of legal aid. This minimum standard also allows the strengthening of mutual trust among judicial authorities and can thus help improve the mutual recognition of decisions in criminal matters. I fully support the report's author's approach whereby Member States should ensure that ordinary legal aid has to be provided at all stages of the criminal justice process. Information on legal aid in criminal proceedings should be easily accessible and understandable.

Intervenții la cerere

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já se evropským trestním právem zabývám více než patnáct let, a proto mi dovolte několik poznámek. Já nejsem pro samoúčelnou harmonizaci trestního práva na evropské úrovni, ale toto je jiný příběh a několikrát to tady zaznělo.

Ve chvíli, kdy jsme před patnácti lety – a já si to pamatuji, byl jsem tehdy v českém parlamentu –, prosadili evropský zatýkací rozkaz, tak už tehdy jsme říkali, že musí následovat další harmonizace procesního trestního práva tak, aby ten zatýkací rozkaz mohl fungovat.

Pro posluchače vysvětluji, znamená to, že občané Evropské unie jsou ze své domovské země vydáváni do jiného státu Evropské unie k trestnímu stíhání. A proto je tedy nutný minimální standard trestního práva. To je důvod proč, jak už jsem řekl, nejsem pro samoúčelnou harmonizaci, ale tady je důvod jasný: umožnit občanům, kteří jsou vydáni do jiné země Evropské unie k trestnímu stíhání, aby jim byla garantována trestní procesní práva. A mezi ně určitě patří i právo na bezplatnou právní pomoc.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, doamnă comisar, drepturile la apărare, garanțiile procedurale în procesele penale sunt de bază, așa cum și dumneavoastră ați precizat. Deși avem reglementări în privința dreptului la traducere, de exemplu, personal am primit multe petiții prin care am fost informată că cetățenii care au fost reținuți nu au avut dreptul la traducere. Dreptul la un proces corect este un drept cetățenesc care nu trebuie nici negociat și nu trebuie să țină cont de locul unde este judecat cetățeanul, de naționalitate, gen sau vârstă. Este nevoie, din punctul meu de vedere, de o directivă care să armonizeze drepturile în Uniunea Europeană în această problemă. Rezultatul judecării nu trebuie să depindă de posibilitățile financiare ale persoanei judecate. Trebuie să fim onești însă, doamnă comisar, și să spunem că sunt persoane care nu pot să se apere din lipsă de resurse financiare. Procesele echitabile pentru toți trebuie să fie scopul acestei armonizări. Mi se pare nepotrivită formularea la articolul 4 din propunerea Comisiei pentru că lasă o portiță de neaplicare a asistenței juridice gratuite și citez „atunci când acest lucru este în interesul actului justiției". Eu cred că trebuie să fie în interesul cetățeanului.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Επιτροπή έχει εγκρίνει από το 2013 την πρόταση οδηγίας για την προσωρινή νομική συνδρομή για υπόπτους ή κατηγορουμένους και για τη νομική συνδρομή σε διαδικασίες εκτέλεσης του ευρωπαϊκού εντάλματος σύλληψης, σύμφωνα με το άρθρο 6 της ΕΣΔΑ, δηλαδή της Ευρωπαϊκής Σύμβασης Ανθρωπίνων Δικαιωμάτων. Τούτο σημαίνει ότι οι ύποπτοι ή οι κατηγορούμενοι σε ποινική διαδικασία θα πρέπει να έχουν δικαίωμα πρόσβασης σε δικηγόρο, είτε έχουν στερηθεί την ελευθερία τους, είτε όχι. Κάθε κράτος μέλος οφείλει δηλαδή να παρέχει στην πράξη επαρκή νομική βοήθεια σε άτομα που δεν διαθέτουν τους αναγκαίους πόρους και που είναι ύποπτοι ή κατηγορούμενοι για ποινικό αδίκημα.

Επιπλέον, κάθε χώρα της Ένωσης πρέπει να εξασφαλίζει νομική αρωγή σε υπόπτους ή κατηγορουμένους χωρίς αδικαιολόγητη καθυστέρηση και πριν από οποιαδήποτε διαδικαστική ενέργεια απαιτεί παρουσία συνηγόρου υπεράσπισης. Τέλος, το δικαίωμα νομικής αρωγής πρέπει να βασίζεται στον έλεγχο των πόρων του αιτούντος και κάθε κράτος μέλος πρέπει να λαμβάνει μέτρα ώστε να βελτιωθεί η ίδια η ποιότητα της νομικής αρωγής για τους υπόπτους ή κατηγορουμένους και τούτο προκειμένου να τηρείται η επιταγή της ΕΣΔΑ, δηλαδή η εξασφάλιση της δίκαιης δίκης.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'attuazione del principio del riconoscimento reciproco delle sentenze giudiziarie presuppone che gli Stati membri cooperino maggiormente e che rafforzino la fiducia nei reciproci sistemi giudiziari penali, a partire proprio dal modo in cui sono tutelati i diritti degli indagati e degli imputati.

L'approccio adottato dalla Commissione ha il pregio di fornire la garanzia di un livello minimo di patrocinio a spese dello Stato in tutti gli Stati membri, ma necessita, a causa della sua frammentarietà, di opportuni accorgimenti per rendere effettivo il diritto di difesa. Innanzitutto, è opportuno assicurare garanzie riguardanti la qualità dell'assistenza legale offerta. In secondo luogo, occorre tener conto delle preferenze degli indagati, degli imputati e dei ricercati per quanto riguarda la scelta del difensore d'ufficio. Lo stesso principio vale anche per la necessità di garantire la continuità nella rappresentanza legale. Importante anche la previsione della possibilità di sostituire il difensore d'ufficio qualora l'indagato o l'imputato abbia perso ogni fiducia nel proprio avvocato e sia in grado di giustificarlo con motivazioni verificabili.

(Încheierea intervențiilor la cerere)

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Mr President, the objective of all the proposals strengthening procedural rights that we have made in recent years has been to promote the principle of equality of arms, and to provide all parties with the protection of a fair trial. I am confident that we have contributed to increasing mutual trust in Member States' judicial systems. The Legal Aid Directive will give a strong signal that procedural safeguards for suspects and accused persons are taken very seriously in the European Union, even if this implies costs for Member States. I therefore strongly encourage you to vote in favour of this directive tomorrow.

Dennis de Jong, *rapporteur*. – Ik denk dat het debat liet zien dat er grote overeenstemming is in het Parlement over de noodzaak van deze richtlijn. Ik wil ook de commissaris bedanken voor haar inzet in het begin van de route die we gelopen hebben met de Raad. Gedurende de onderhandelingen hebben ook haar vertegenwoordigers zeker op de cruciale momenten bijgedragen. Het werk is alleen niet af. We zullen nu - de Raad is hier niet - moeten gaan kijken wat de lidstaten hiermee gaan doen. Want je zult bij het verzamelen van informatie alleen al afhankelijk zijn van goede informatie over wat er nou in de praktijk gebeurt. Wordt het goed uitgevoerd? Wordt die kwaliteit echt bewaakt of gaan er toch weer verdere bezuinigingen plaatsvinden in sommige lidstaten op de sociale advocatuur, op de rechtsbijstand? Dat vereist een actieve inzet van de Commissie, een actieve inzet van het Parlement en ook een actieve inzet van ngo's die er gelukkig zijn, zoals Fair Trials International en andere die daarop toezien.

Dan voor de toekomst. Er was één opmerking van de commissaris waar ik een beetje van schrok, omdat ze de indruk wekte van: nu zijn we klaar met die strafprocesrechtskant. Ik denk dat er in ieder geval één terrein is, maar er zijn er misschien meerdere, waar we echt op door moeten gaan, en dat is het terrein van het voorarrest, van de voorlopige hechtenis en de omstandigheden daarvan. Ik hoor te veel geluiden van mensen die zijn overgedragen naar een andere lidstaat en dan vervolgens terechtkomen in redelijk mensonterende situaties. Dus ik steun van harte de oproep van een aantal ngo's en ook van een groep in het Parlement die zeggen: nu moeten we doorgaan met volgende voorstellen. De routekaart is nog lang niet af. Ik reken ook op de commissaris bij de verdere invulling van met name dat punt "voorarrest".

Președintele. – Dezbaterea a fost închisă.

Votul va avea loc astăzi, 4 octombrie 2016.

Declarații scrise (articolul 162)

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La cooperazione giudiziaria in ambito penale si scontra con numerose difficoltà, prima fra tutte la differenza tra i sistemi giuridici nazionali e la gelosia che gli Stati mostrano nel voler mantenere il proprio bilanciamento tra misure repressive e garantiste. Ció porta anche necessariamente a difficoltà nel riconoscimento delle sentenze relative ed è stata quindi individuata una *road map* che fissi alcuni diritti di base validi su tutto il territorio dell'Unione. Tra questi rientra quello al gratuito patrocinio da parte dello Stato, che viene introdotto dalla direttiva in esame. Il livellamento non viene fatto in modo ambizioso, ma il risultato ottenuto è comunque soddisfacente. È importante che si prosegua su questa via e che, sempre più, si miri ad una omologazione dei diritti che garantisca livelli di tutela il più elevati possibile.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Je souhaiterais remercier notre rapporteur Denis De Jong, mais également mes collègues rapporteurs fictifs, pour notre bonne coopération tout au long de ce dossier. Les négociations ont été longues et difficiles, mais nous sommes parvenus à trouver un accord qui peut être soutenu par tous. Nous avons fait le choix de l'ambition en allant plus loin que la proposition de la Commission européenne.

Grâce à notre travail, des normes minimales communes en matière d'accès à l'aide juridictionnelle seront garanties tout au long de la procédure pénale. L'adoption de ce texte concrétise alors pour les suspects et les personnes poursuivies privés de liberté le droit d'accès à un avocat déjà promu en Europe. Cette législation complète la gamme d'instruments européens renforçant les droits procéduraux des citoyens européens. Ceci dans un espace cohérent de liberté, de sécurité et de justice en Europe.

Mais bien des progrès restent encore à faire. Un dossier est ouvert sur la table des négociations depuis bien trop longtemps: celui du Parquet européen. J'appelle alors le Conseil à avancer sur ce texte. L'Europe de la Justice ne restera qu'une illusion tant que nous n'aurons pas finalisé ce dossier.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Podpiram dopolnitev predloga direktive, da so po Evropski konvenciji o varstvu človekovih pravic in temeljnih svoboščin in Mednarodnemu paktu o političnih in državljanskih pravicah priznavata pravico do brezplačne pravne pomoči tistim, ki nimajo dovolj sredstev, da bi sami plačali za pravno pomoč, če to zahtevajo interesi pravičnosti. S predlogom Komisije bomo tako dobili minimalno raven brezplačne pravne pomoči v vseh državah članicah.

5. Handel mit bestimmten Gütern, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder zu anderer Behandlung oder Strafe verwendet werden könnten (Aussprache)

Președintele. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbaterea privind raportul lui Marietje Schaake, în numele Comisiei pentru comerț internațional referitor la propunerea de regulament al Parlamentului European și al Consiliului de modificare a Regulamentului (CE) nr 1236/2005 al Consiliului privind comerțul cu anumite bunuri susceptibile de a fi utilizate pentru a impune pedeapsa capitală, tortura și alte pedepse și tratamente cu cruzime, inumane sau degradante (COM(2014)0001 – C7-0014/2014 – 2014/0005(COD)) (A7-0267/2015).

Marietje Schaake, *rapporteur*. – Mr President, the cross-party collaboration and the successful outcome of the negotiations with the Commission and Council sent three strong messages today: Europe delivers, and it is stepping up its efforts to curb the trade and promotion of torture and death-penalty goods; trade policy helps strengthen human rights; and the European Parliament played a decisive role in achieving this important upgrade and update of the legislation. So I would like to thank very much the shadow rapporteurs, as well as everyone in this House, for working towards the biggest majority we have seen on a trade-related issue in the current parliamentary term. This strong EU position and EP position allowed us to improve key points, despite initial reluctance in Council.

I am glad that advertising online for banned goods, and also trade fairs, will be illegal. This extends the ban on services facilitating this dreadful market of torture and death-penalty goods and services. I am glad we included the ban on transit via the EU for prohibited goods and that, in addition, knowledge-based transit bans will be in place for multi-purpose goods. We also added the urgency procedure, which allows for rapid bans or controls on new products, and, to make the rules future-proof, we expanded the reach of the urgency procedure to cover all annexes to the legislation, thus enabling the Commission swiftly to add new items to annexed lists of banned or controlled items if this is necessary.

We will add law-enforcement standards, so that, when the competent authorities are looking at the supply of technical systems related to Annex 3 goods, they must see that there is a provision promoting law-enforcement standards that respect human rights and contribute to the prevention of torture. Another key element is the inclusion of several steps for better sharing of information. The updated agreement covers the possibility of the competent authorities sharing information with the national preventive mechanisms established under the optional protocol to the UN Convention against Torture.

An Anti-Torture Coordination Group will monitor the application of the rules, with Parliament's experts attending meetings on the preparation of delegated acts and the updating of annexes.

We have made this EU regulation a baseline, and there is room for national measures. Member States are permitted to adopt or maintain additional national measures that restrict certain ancillary services, such as transportation, financial services, insurance, advertising or promotion in relation to Annex 2 goods. And, in order to keep the door open for possible further strengthening, we have asked that the Commission, when reviewing the rules at the end of July 2020, should assess whether they should also include activities of EU nationals abroad. This is something that we in Parliament requested, and I hope it can be included in the review.

This whole update would not have been possible without the active involvement of civil society and of a number of people in the EU who care deeply about upgrading and updating our human rights record, and I would like explicitly to thank them as well. I would emphasise that we want to make sure we practise what we preach in Europe, and that we have to make sure that all foreign policy instruments, including for trade, help to address the world's most pressing human rights issues.

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Mr President, it was actually on Human Rights Day, on 10 December 2015, that we had the first trilogue on this issue of how to reform the so-called Anti-torture Regulation. Thanks to very good cooperation between the Commission and the Parliament and, of course, the Council, we managed to get something I think we can all be very proud of. I welcome this agreement. It is ground-breaking. I would like to thank the rapporteur, Marietje Schaake, and the shadow rapporteurs and, of course, the rapporteur for the Committee on Foreign Affairs, Mrs Barbara Lochbihler.

Many countries have, like the EU, abolished the death penalty for all crimes, but we know that the death penalty still exists, and the abolition of the death penalty worldwide remains one of the flagship objectives of our human rights policies. Today we show how we can concretely deliver trade's contribution to this. We are leading the way. It is a ground-breaking revised version of the regulation designed to stop the trade in equipment used for the torture or execution of people.

The new reforms of the regulation from 2005 is now a robust export-controlled regime designed to prevent EU involvement in trading goods that are intended to be used for capital punishment or torture in third countries. As the rapporteur said, there are some very important new elements in this regulation. It covers such activities as brokering services, concerning goods located outside the EU, for which an authorisation will now be required, technical assistance, which will also require an authorisation, and also advertising. For the first time, we are introducing a ban on the display of goods in trade fairs in the EU. For those products made in third countries and exported in transit through the EU, we are making it more expensive and more difficult by introducing a ban. We simply cannot tolerate that these torture and execution products are circulated through our ports or through our territory.

We know that technology evolves and new products for torture may reach the market. That is why it is imperative that the list of products under export control can be updated quickly. The Commission will now have the possibility to use a fast-track – or urgency – procedure to amend the list of goods to which the regulation applies on the lists or the list of countries benefiting from the general export authorisation. Let me stress that, if this procedure is applied, it does not in any way deprive Parliament and the Council of their right to scrutiny of the delegated acts.

This regulation sets a high EU trade standard, which takes into account the need to respect human rights. It is an excellent example of the new value-based trade that is so essential for our trade policy. We have shown leadership when it comes to human rights. It is not only an empty statement, but this is a concrete way to contribute to it. With concrete action, through concrete measures, we show that we are taking the death penalty and torture seriously. We want to make it difficult and to remind countries, such as Saudi Arabia, Iran, China and also the US, that we do not tolerate, and we condemn, these practices. It is a message of support to all those people suffering torture and inhumane treatment in prisons and police stations that we care about them and we are listening to them.

The original regulation already made the point that restrictions on trade are instrumental in promoting respect for human rights and human life and thus it serves the purpose of protecting public morals in compliance with the WTO rules in this respect. In our contacts with third countries, be it with members of parliaments or governments, we should promote our values and explain that these restrictions are justified and proportionate. We should of course continue our fight against abolishing capital punishment for all crimes, and invite countries to apply similar end-use control to their exports. We should also explain that these trade restrictions are not intended to deprive third countries of listed medicinal products, but have to prevent such products from being used for the death penalty. We know that in the past that has actually worked. So authorisations can be granted for exports of medicinal products if it is shown that they are being used for the treatment of patients – i.e. the purpose for which they were originally developed.

So I hope that Parliament with the vote today will confirm the agreement that we reached last May. It is indeed a very important decision. A strong vote in this plenary will, of course, send a very powerful signal, showing that trade policy is not only about economies, jobs and investment, but is also a way to promote our values. I want again to reiterate my deepest thanks for the contribution and for the good collaboration we have had with this Parliament.

President. – Thank you very much, but combinations of innocent medicines could also be lethal under certain circumstances.

Barbara Lochbihler, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten*. – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissarin Malmström! Ja, es gibt immer noch Unternehmen in der EU, die sogenannte Sicherheitsgüter vermarkten und exportieren, die aber eigentlich für Folter oder für die Umsetzung der Todesstrafe verwendet werden oder verwendet werden können. Dem wollen wir heute ein Ende setzen. Die Anti-Folter-Verordnung der EU etabliert ein Ausfuhrkontrollsystem für Güter und Aktivitäten, die für die Todesstrafe, Folter oder andere grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung genutzt werden oder genutzt werden können.

Allerdings war bisher die Liste der Schlupflöcher, die wir bei unserer bisherigen Verordnung hatten, sehr groß. Ich freue mich deshalb sehr, dass wir viele dieser Schlupflöcher schließen konnten und dass wir einen guten überarbeiteten Text haben, in dem wir vieles verbessern konnten. Lassen Sie mich am Anfang eben auch als AFET-Berichterstatterin sagen, was Sie, Frau Malmström, ausgeführt haben. Ich denke, in unseren auswärtigen Beziehungen sollten wir alles daransetzen, dass auch andere Regionen solche Ausfuhrregulierungen machen, auch in den Beziehungen mit unseren Drittstaaten.

Santiago Fisas Ayxelà, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor Presidente, señora Comisaria, me gustaría antes que nada felicitar a la ponente Schaake por el gran trabajo realizado en este dosier de gran complejidad técnica y enorme trascendencia política.

La abolición de la pena de muerte y de los tratos inhumanos y degradantes se inscribe entre las grandes prioridades de la política de derechos humanos de la Unión. La Unión Europea, a través de este Reglamento, reafirma su política tendente a la eliminación de la pena de muerte en el mundo. Es un instrumento único, que permite asegurar el respeto de los derechos humanos consagrados tanto en la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión como en el Convenio Europeo de Derechos Humanos, en particular el respeto y la protección de la dignidad humana, el derecho a la vida y la prohibición de la tortura y los tratos o penas inhumanos o degradantes. Este acuerdo es un paso muy importante en la lucha contra la tortura y sentará un precedente que, espero, sirva de ejemplo a otras partes del mundo.

Como muy bien ha explicado la ponente, en mayo de este año alcanzamos un acuerdo con el Consejo sobre un texto de compromiso que incluye una gran parte de las recomendaciones del Parlamento. Me congratulo por ello. Se han prohibido una serie de productos destinados a infligir tortura o pena de muerte, así como su publicidad, promoción o tránsito por el territorio de la Unión. Para otro tipo de productos se han introducido una serie de controles para garantizar que su uso sea el correcto y no sirvan para fines de tortura o para imponer la pena capital.

No debemos olvidar que ciertos instrumentos o medicinas sirven para garantizar nuestra seguridad o curar nuestra salud, por lo que hay que buscar un equilibrio, definir de forma clara sus usos legítimos. Aquí está toda la dificultad: un mismo producto, bien empleado, puede salvar vidas y, mal empleado, utilizarse para ejecutar a una persona.

Desde el Parlamento Europeo también hemos conseguido que se cree un grupo de coordinación antitortura y que se adopten unas directrices sobre buenas prácticas en la verificación del uso final de estos instrumentos.

En conclusión, el texto resultante del trílogo nos parece apropiado y contribuye a la protección de los derechos humanos, y hace de la Unión Europea una pionera en la reglamentación del comercio de estos productos. Espero que podamos aprobarlo por una gran mayoría.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor Presidente, en primer lugar, quiero felicitar a la ponente por su excelente trabajo, por su sensibilidad e incorporación de las enmiendas que he presentado y por el buen resultado obtenido en la negociación, fruto también del excelente trabajo de la Comisaria Malmström y de su equipo, a quienes también felicito.

Y mi especial reconocimiento a Amnistía Internacional y a la Fundación Omega por su encomiable trabajo y por su implicación. Más de 1 600 personas fueron ejecutadas en 2015, mientras más de 20 000 esperaban en corredores de la muerte.

La Unión Europea es líder mundial en la defensa contra la tortura y la pena de muerte, pero de nada sirve si no viene reforzada por acciones firmes y vinculantes como la que ahora debatimos.

Hoy damos un gran paso adelante con la aprobación de este nuevo Reglamento en defensa de los derechos humanos, actuando contra la tortura y la pena de muerte. Con importantes avances para que ningún nacional ni empresa europea pueda lucrarse con este comercio en el seno de la Unión Europea. Extendiendo la prohibición y control a todas las actividades necesarias para su uso, como los servicios de intermediación, de asistencia técnica, de transporte, de publicidad o de exhibición en las ferias comerciales. Exigiendo un mayor deber de control y de información a los Estados miembros, y también la aplicación de sanciones. Y defendiendo las prerrogativas del Parlamento Europeo, incorporando a nuestros funcionarios expertos en el Grupo de coordinación, gracias al empuje del presidente de nuestra Comisión, el señor Lange.

Con este nuevo Reglamento, la Unión Europea —ya lo han dicho quienes me han precedido en la palabra— eleva los estándares para erradicar la tortura y la pena de muerte. Y por ello mi Grupo está satisfecho con el acuerdo; ojalá consigamos que se sumen el resto de países para que podamos acabar con las peores prácticas contra los derechos humanos.

Pero queda camino por recorrer. Lamento que no se haya incorporado la cláusula *catch-all,* aunque el procedimiento de emergencia, es verdad, es un avance para impedir el nuevo comercio de instrumentos que puedan ser considerados de riesgo. Y, desde luego, también nos hubiera gustado que se incorporase la extraterritorialidad, aunque confío en que el acuerdo de la Comisión de proceder a su evaluación en julio de 2020 tenga un final feliz.

Sigamos trabajando. Sigamos trabajando para conseguir una mayor vinculación del comercio como un instrumento fundamental en defensa de los derechos humanos. Hoy hay motivos para el optimismo.

Mark Demesmaeker, *namens de ECR-Fractie*. – Ik spreek in naam van onze schaduwrapporteur Sander Loones. Evenredigheid, helderheid en flexibiliteit zijn de elementen van de herziening van deze verordening uit 2005 die onze fractie het meest waardeert. We juichen toe dat er evenredige controles worden ingesteld zonder dat die overbodige lasten creëren, lasten die de handel in goederen voor legaal eindgebruik zouden beperken. We staan ook achter de techniek van specifieke beknopte goederenlijsten die uit- en invoerders helderheid bieden en die snel kunnen worden aangepast aan veranderende technologieën en veranderende ontwikkelingen in de wereld. Door die combinatie van goederenlijsten en spoedprocedure wordt de geoorloofde toegang tot geneesmiddelen en farmaceutische producten niet in het gedrang gebracht. Ook andere aanpassingen van de verordening kunnen op onze goedkeuring rekenen, zoals de vereiste van een voorafgaande vergunning voor tussenhandeldiensten en technische bijstand voor goederen die vallen onder bijlagen III en III bis en het verbod daarvan voor goederen van bijlage II; het verbod van de doorvoer van

goederen die vallen onder bijlage II en - als de transporteur weet dat de goederen voor foltering of doodstraf kunnen worden gebruikt - ook voor goederen van bijlage III en II bis, en ten slotte het verbod op reclame en het tentoonstellen en voor verkoop aanbieden op handelsbeurzen van bepaalde goederen.

We hopen samen met u op een kamerbrede goedkeuring. Onze felicitaties aan rapporteur Schaake en ook aan commissaris Malmström.

Eleonora Forenza, *a nome del gruppo GUE/NGL*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, noi oggi qui approviamo un aggiornamento del regolamento sulla commercializzazione di beni che possono essere usati per pena di morte o tortura, dopo un trilogo impegnativo con il Consiglio e la Commissione.

Vorrei quindi, prima di tutto, ringraziare la relatrice on. Schaake per il lavoro egregio che ha svolto insieme al suo ufficio, al lavoro della segreteria della commissione INTA e del Servizio giuridico del Parlamento. Un lavoro che ci ha permesso di arrivare a un risultato che valutiamo positivamente e che contribuisce a migliorare un regolamento, quello del 2005, che ha presentato nella sua applicazione concreta alcune scappatoie che ne avevano impedito una piena implementazione.

Noi crediamo giusto e importante che l'Unione si impegni affinché non vengano commercializzati strumenti che possono essere usati per trattamenti disumani e degradanti, trattamenti lesivi della dignità umana. Proprio per questa ragione, proprio perché ritengo un segno di civiltà bandire pena di morte e tortura, colgo l'occasione per ricordare come episodi gravissimi di tortura e di violazione dei diritti umani accaddero quindici anni fa nel mio paese, in occasione delle manifestazioni contro il G8 a Genova. Lo ricordo anche perché ero presente in quei giorni, in quelli che Amnesty International ha descritto come la più grande sospensione dei diritti democratici in un paese occidentale dopo la Seconda guerra mondiale.

Ebbene, quindici anni dopo quegli atti gravissimi, dopo la sentenza della Corte europea dei diritti umani di Strasburgo, che nel 2015 ha condannato l'Italia per la condotta tenuta dalle forze dell'ordine durante l'irruzione alla scuola Diaz al G8 di Genova, dove appunto ci fu una vera e propria rappresaglia per provare l'umiliazione e la sofferenza fisica e morale delle vittime, l'Italia non si è ancora dotata di un provvedimento che riconosca il reato di tortura. Credo che il fatto che accada questo in questa Unione europea sia assolutamente grave.

Barbara Lochbihler, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Ja, wir haben es geschafft, viele der Schlupflöcher zu schließen, die die bisherige Anti-Folter-Verordnung noch gehabt hat, und das ist sehr positiv. Nun soll beispielsweise auch der Transit von Gütern durch die EU verboten werden, wenn Grund zu der Annahme besteht, dass die Ware im Zielland zur Folter oder zur Anwendung der Todesstrafe genutzt wird. Da es aber auch auf diesem furchtbaren Markt immer Weiterentwicklung an Technologie für potenzielle Folterwerkzeuge gibt, wird nun auch dieses neue Eilverfahren eingeführt. Damit wird die Kommission in die Lage versetzt, ohne viel Aufwand neue Produkte auf die Liste verbotener oder genehmigungspflichtiger Güter zu setzen, und wird so hoffentlich auch schnell auf diese Entwicklungen reagieren können.

Endlich konnten wir uns auch darauf einigen, die Werbung für Folterwerkzeuge auf europäischen Handelsmessen zu verbieten. Zukünftig wird es also nicht mehr möglich sein, Folterinstrumente in einem EU-Mitgliedstaat auf Messen auszustellen. Diese Messen ziehen ja auch immer viele Interessenten aus nichteuropäischen Ländern an.

Besonders zu begrüßen ist schließlich auch, dass nationale Behörden nun Informationen über bestimmte Handelsgeschäfte an die nationalen Stellen zur Verhütung von Folter weitergeben müssen, die die Unterzeichnerstaaten des Übereinkommens gegen Folter einrichten müssen. Diese Forderung war uns gerade aus menschenrechtlicher Sicht besonders wichtig, und es war eine Kernforderung bei uns im Menschenrechtsausschuss, dass wir das in die Verordnung hineinbekommen.

Alle diese Änderungen waren längst überfällig. Es ist aber jetzt auch absolut notwendig, dass die Mitgliedstaaten die neuen Bestimmungen zügig und konsequent umsetzen, und wir sollten uns auf allen Ebenen dafür starkmachen, dass auch andere Länder im Kampf gegen Folter und Todesstrafe voranschreiten. Dieses Ausfuhrkontrollsystem, das die EU geschaffen hat, ist das einzige seiner Art weltweit und eines der wenigen Beispiele dafür, dass Handelspolitik durchaus mit Menschenrechten nicht nur in Einklang zu bringen ist, sondern ihrer Durchsetzung und ihrem Schutz dienen kann.

Leider ist die Lage in anderen Regionen und Ländern eine ganz andere. Der Handel mit Sicherheitsgütern wird sehr viel weniger stringent geregelt als beispielsweise der Handel mit konventionellen Militär- oder Rüstungsgütern, und das obwohl sich die Technologie für diese *Dual-use*-Güter laut Amnesty International in den letzten Jahren maßgeblich weiterentwickelt hat. Auch mussten wir einen Anstieg in der Anzahl der Firmen, die solche Güter herstellen und vertreiben, sowie auch deren geografische Ausbreitung vornehmlich in Ländern mit wenig bis gar keinen Herstellungs- und Handelskontrollen verzeichnen. Wenn wir aber eine Welt ohne Todesstrafe und ohne Folter wollen, dann muss es ähnliche Ausfuhrkontrollsysteme auch in anderen Ländern und Regionen geben. Und wir sollten vielleicht auch beginnen, an einem internationalen Abkommen zu diesem Bereich zu arbeiten.

Tiziana Beghin, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, contrariamente a quanto si crede, noi europei non abbiamo abolito la pena di morte, l'abbiamo solo delocalizzata. In Europa, infatti, non si uccide più, ma prodotti e medicinali fatti in Europa sono usati per infliggere torture o addirittura la pena di morte in paesi senza scrupoli.

Dal 2005 esiste un regolamento che cerca di mettere un freno a questo traffico, ma aveva bisogno di essere aggiornato e, insieme ai colleghi e guidati dalla relatrice Schaake, che ringrazio, è proprio quello che abbiamo fatto. Abbiamo aggiornato la definizione di tortura, rafforzato i controlli, creato un sistema di scambio d'informazioni e di aggiornamento rapido e addirittura vietato il transito sul nostro territorio di molti di questi strumenti. Il risultato finale non racchiude il 100 % delle nostre richieste, ma è senz'altro un passo avanti.

Per fermare la pena di morte e la tortura il Movimento 5 Stelle vota sì. Mi chiedo però che cosa farà il Partito democratico, che predica bene qui al Parlamento europeo ma dall'Italia continua ad esportare armi e strumenti di tortura verso le dittature.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, έχουμε εδώ άλλη μία έκθεση για τη δημιουργία εντυπώσεων και τίποτα παραπάνω. Δεν πρόκειται τα βασανιστήρια και οι εκτελέσεις να αποτραπούν με την απαγόρευση εμπορίας των αντικειμένων που χρησιμοποιούνται σήμερα διότι είναι πολύ εύκολο να χρησιμοποιηθούν άλλα, απλά, καθημερινά και εύκολα προσβάσιμα αντικείμενα προς τον σκοπόν αυτόν. Τους εικονικούς πνιγμούς στο Γκουαντάναμο, με μια πετσέτα κι ένα μπουκάλι νερό, πώς θα τους απαγορεύσετε; Στο καλύτερο σενάριο, θα καταφέρουμε απλά να κάνουμε τις εκτελέσεις ακόμη πιο οδυνηρές. Ήδη συζητούν στις ΗΠΑ το ενδεχόμενο να αντικαταστήσουν τη δύσκολα ανευρέσιμη και ίσως προσεχώς απαγορευμένη θανατηφόρο ένεση με την αγχόνη ή με το εκτελεστικό απόσπασμα.

Όλοι οι πολιτισμένοι άνθρωποι καταδικάζουμε τα βασανιστήρια. Άποψή μου πάντως είναι ότι πρέπει να ξανανοίξει η συζήτηση πάνω στη θανατική ποινή. Είμαστε σίγουροι ότι θέλουμε να στέλνουμε πίσω στην κοινωνία δράστες ιδιαιτέρως ειδεχθών εγκλημάτων; Ορισμένες χώρες της Ένωσης έχουν ελαστικές ποινές και διαφυλάσσουν υπερβολικά τα δικαιώματα του δράστη, αδιαφορώντας όμως για τα δικαιώματα του θύματος. Εμείς αρκούμαστε σε ενός λεπτού σιγή για τα θύματα. Έχει αποδειχθεί ότι κατά συρροή δολοφόνοι, τρομοκράτες, μεγαλέμποροι ναρκωτικών συνεχίζουν τη δράση τους και μέσα από τη φυλακή. Γιατί να έχουν αυτοί περισσότερα δικαιώματα από τα εκατοντάδες θύματά τους;

Daniel Caspary (PPE). – Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir sollten alles dafür tun, dass Folterwerkzeuge wie elektrische Stühle, Daumenschrauben, Streckbänke und anderes weltweit nicht eingesetzt werden, dass sie nach Europa nicht eingeführt werden können, dass sie aus Europa nicht ausgeführt werden können und dass wir alle Produkte, die irgendwie durch Europa durchgeführt werden, stoppen und aus dem Markt und aus der Lieferkette entfernen.

Deswegen unterstützt unsere Fraktion diese Gesetzgebung und die Änderung. Wir sind für ein Transitverbot. Alle Produkte, die unter diese Regelung fallen, müssen wirksam von unseren Behörden entfernt werden. Wir sind für das Verbot von Werbung und bei Messen. Wir sind dagegen, dass für solche Produkte in irgendeinem Medium Werbung gemacht werden darf. Wir unterstützen es, dass die Mitgliedstaaten zusätzliche Maßnahmen ergreifen können. Wenn ein Mitgliedstaat merkt, dass etwas schiefgeht, wenn ein Mitgliedstaat merkt, dass eine Lücke da ist, dann muss es schnell möglich sein, entsprechend zu verschärfen.

Wir sind für ein Verbot der Vermittlungstätigkeiten und für technische Hilfe. Es ist doch geradezu pervers, wenn immer noch Bürger aus der Europäischen Union in anderen Ländern Diktatoren, Despoten oder andere Organisationen dabei beraten, wie man Menschen am besten foltern kann oder welche Instrumente dafür einzusetzen sind.

Wir unterstützen die Überprüfungsklausel, die vorgesehen ist. Wir müssen sicher sein, dass nach einigen Jahren auch überprüft wird, inwieweit unsere Regulierung greift. Wir sind für die Einführung des Dringlichkeitsverfahrens. Wir müssen sicherstellen, dass wenn neue perverse und perfide Methoden erfunden werden, diese schnell in die entsprechenden Anhänge aufgenommen werden. Wir wünschen uns, dass die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten bei all ihren Gesprächen mit Drittstaaten auf dieser Welt sicherstellen, dass alle Dinge, die irgendwie dazu beitragen, Foltermethoden und anderes zu verhindern, eingesetzt werden.

Wir sind für eine Stärkung des Informationsaustauschs. Wir müssen die Behörden in unseren Mitgliedstaaten besser motivieren, ja geradezu dazu zwingen, dass sie Informationen austauschen, um wirklich grenzüberschreitenden Handel mit solchen Produkten zu stoppen. Und wir unterstützen die neue Koordinierungsgruppe Verhütung von Folter, denn wir wollen gemeinsam unsere Gesetzgebung weiterentwickeln und sicherstellen, dass die Europäische Union weiterhin beispielgebend dafür sein kann, wie man Folter und andere menschenverachtende Methoden verhindert.

In diesem Sinne unterstützt unsere Fraktion grundsätzlich freie Handelsbeziehungen. Aber wir setzen uns gerade deshalb dafür ein, dass dort, wo freier Handel missbraucht wird, wir diesen auch unterbinden. In diesem Sinne freue ich mich, dass wir in diesem Haus mit breiter Zustimmung diese Gesetzgebung vorantragen.

PRÉSIDENCE DE MME Sylvie GUILLAUME

Vice-présidente

David Martin (S&D). – Madam President, I would like to thank the rapporteur and the Commission for the excellent work they have done on this report. The anti-torture regulation is an excellent example of the value-based trade on which trade policy should be focused. It demonstrates that values can have, in the right circumstances, priority over business and over profits, and therefore it is to be warmly welcomed.

This is also a great success for Parliament, as most of our recommendations have been taken on board. Measures agreed which have already been mentioned include the EU transit ban for torture and capital-punishment goods, which will make sure that, in the future, the EU in no way contributes to the trade in these goods thus inadvertently participating in violations of human rights and international law.

We now have a system in place which should guarantee that there are no loopholes in this law but, as Daniel Caspary has rightly said, what is now important is the full commitment of all the Member States to continued monitoring of the situation. And, while I welcome the regulation, it is worth pausing in a debate like this to remind ourselves that, incredibly in the modern world, torture is actually still on the increase and the use of the death penalty went up in the last three years for which have statistics. So this is a good step in the right direction, a good victory for Parliament and a good decision by the European Union to strengthen the 2005 regulation, but let us not be complacent about the situation we face in the current world.

Helmut Scholz (GUE/NGL). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Ich möchte auch im Namen meiner Fraktion der Berichterstatterin Anerkennung für den Verhandlungserfolg aussprechen, auch den Schattenberichterstattern.

Mit der neuen Verordnung schaffen wir sicherlich Folter nicht ab. Laut Amnesty International haftet die Schande der Anwendung von Folter an 82 % der Staaten dieser Erde. Für Folterinstrumente wurde bislang sogar auf Messen geworben, unter anderem auf der skandalösen Messe „Enforce Tac" in Nürnberg in Deutschland. Zumindest damit soll mit dieser Verordnung Schluss sein.

Doch Folterknechte sind erfinderisch. Für *Waterboarding* benötigen die Täter keine EU-Technologie. Deshalb meine ich: Wir müssen Organisationen und Institute auch finanziell erheblich stärker fördern, die mit ihrem mutigen Einsatz Fälle von Folter oder Fälle von Handel mit Folterinstrumenten aufdecken. Staaten, in denen immer wieder gefoltert wird, sollten jegliche Handelspräferenzen seitens der EU verlieren.

VN Sonderberichterstatter De Schutter hat zu Recht Durchsetzungsmechanismen für Menschenrechte auch in internationalen Abkommen verlangt. Entsprechende Regelungen sind deshalb in die Nachhaltigkeitskapitel von EU-Handelsverträgen verbindlich aufzunehmen.

Und nicht zuletzt noch ein Blick nach Ungarn: Wir müssen geflüchtete Opfer von Folter aufnehmen und schützen. Wir müssen ihnen bei der Bewältigung ihrer Traumatisierung auch alle medizinische Hilfe ermöglichen.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Pani Przewodnicząca! Chciałbym zwrócić uwagę, że Amerykanie, również w Polsce, stosowali jako torturę duszenie wodą, i zakaz eksportu wody powinien być również wprowadzony. W krajach sowieckich stosowano wbijanie zapałek i wykałaczek pod paznokcie. Zapałek już nie ma, ale zakaz eksportu wykałaczek powinien być koniecznie wprowadzony. A teraz mówiąc poważnie: takiej ilości głupoty to jeszcze w tym parlamencie nie widziałem. Rozumiem, że ludzie, którzy to zrobili, to ludzie zacni, ale proporcja głupoty do zacności nie może przekraczać pewnych granic. Gdyby ktokolwiek czytał rezolucję Parlamentu Europejskiego, to byśmy byli przedmiotem żartów satyryków na całym świecie. Na szczęście nikt tego nie czyta, a poza tym sądzę, że Unia Europejska musi być zniszczona.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, this is a very important topic and I think it highlights again the amount of good work that the European Union endeavours to do and its efforts to achieve a good standard of human rights across the globe, especially in areas with which we have dealings in relation to trade. I would like to compliment the rapporteur, Marietje Schaake, for her good work: as always, it has been comprehensive and dedicated.

This is really about closing the loopholes, and that is what has been achieved to a large degree. You will never, of course, close loopholes one hundred percent, and it has been pointed out that some goods traded could be used both to save and to kill people. Be that as it may, movements such as abolishing the death penalty are something that we are very strong on, and this is something we have to work towards continually.

So this is a positive action by the European Union to help promote human rights across the globe and that is to be commended.

Bernd Lange (S&D). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! In der Tat: Fußfesseln mit Stromstößen bei Folter oder Daumenschrauben auf einer Messe in Europa oder Medikamente zum Vollzug der Todesstrafe – alles das *made in Europe*! Nein, das darf nicht Wirklichkeit sein. Wir müssen klarmachen, dass Folter und der Vollzug von Todesstrafe nicht in unserem Wertekanon, nicht im Interesse der Europäischen Union ist, und insofern haben wir heute eine Gesetzgebung vor uns, die dafür sorgt, dass eben keine Folterwerkzeuge mehr exportiert werden, dass dafür nicht geworben werden darf, dass sie nicht ausgestellt werden dürfen und dass es auch keinen Transit gibt. Und das ist ein großer Schritt in die richtige Richtung für eine wertbasierte Handelspolitik, die deutlicher macht, dass Handel nicht allein über ökonomische Beziehungen zu organisieren ist und ökonomische Interessen zu verfolgen hat, sondern in der Tat auf Werten der Europäischen Union basiert.

Dass wir das so hingekriegt haben, war in der Tat ein Erfolg des Europäischen Parlaments. Herzlichen Dank an die Berichterstatterin, Frau Marietje Schaake, aber auch an Frau Malmström herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission!

Leider kann ich den Dank nicht unbedingt an den Rat weitergeben, weil wir den Rat und die Mitgliedstaaten doch sehr stark drängen mussten, diese Gesetzgebung in dieser Form jetzt so zu verabschieden – gerade auch, was einen Schnelltest für neue Produkte anbetrifft. Aber wir haben jetzt wirklich ein tolles Modell auf dem Tisch. Dieses Modell sollten wir auch als Blaupause für eine Gesetzgebung nehmen, die kommt. Die Kommission hat jüngst letzte Woche die Gesetzgebung zu *Dual-use*-Gütern veröffentlicht, also dem Export von Gütern, die sowohl militärisch als auch zivil genutzt werden können. Auch da müssen wir klarmachen: Wir stehen zu unserer wertbasierten Handelspolitik. Güter, die missbräuchlich genutzt werden, dürfen nicht exportiert werden.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL). – Madame la Présidente, s'interdire de fournir des produits, des médicaments, des poisons destinés à torturer ou à donner la mort est un acte de civilisation. C'est donc le sens de notre soutien à ce texte. Continuons d'agir pour l'abolition de la peine de mort partout où elle existe dans le monde.

Il nous faudra aussi réviser nos politiques commerciales de telle sorte que les pays qui dispensent des traitements inhumains ne bénéficient d'aucun traitement commercial préférentiel. Pour cela, il conviendrait d'avoir le courage d'utiliser toutes les clauses inscrites dans les accords de partenariat pour faire respecter les droits humains et la démocratie en suspendant ces accords commerciaux ou d'association, comme toute coopération militaire, dès lors que des faits de torture ou des traitements inhumains sont constatés. C'est la condition de la mondialisation du progrès humain.

Daniel Buda (PPE). – Doamnă președintă, pedeapsa capitală, tortura, dar și tratamentele cu cruzime inumane sau degradante sunt incompatibile cu principiile și valorile care guvernează Uniunea Europeană. Împrejurarea că unele substanțe sau produse din Uniunea Europeană pot fi utilizate pentru execuția ființelor umane prin injecție letală este o realitate, astfel încât este necesară adoptarea unor măsuri suplimentare prin care să se prevină încălcarea drepturilor omului sub acest aspect. În acest context, este important să se asigure o îmbinare adecvată a măsurilor de natură legislativă, administrativă, judiciară și externă ale Uniunii Europene pentru a preveni și interzice producția, comerțul și utilizarea bunurilor destinate torturii, precum și a controla în mod efectiv elementele cu utilizări potențial letale și inumane. Importanță majoră și eforturi sporite trebuie direcționate către controlul exporturilor, dar și către elaborarea unei liste specifice cu bunuri care urmează a fi controlate. Cu toate acestea, eforturile nu pot fi limitate doar în direcția de eradicare a torturii prin reducerea disponibilităților echipamentelor cu care se pot comite abuzuri, ci și cu promovarea unor controale adecvate dincolo de frontierele sale. În continuarea acestor eforturi, Uniunea Europeană ar trebui, de asemenea, să încerce să controleze alte servicii care pot contribui la răspândirea produselor ce pot fi utilizate pentru tortură sau pedeapsa capitală, cum ar fi serviciile financiare, dar, mai ales, cele de comercializare. Pe de altă parte, în ceea ce privește asistența tehnică a furnizorilor ar trebui să le fie interzis să acorde instruire, consiliere, formare sau să transmită cunoștințe sau tehnici practice care ar putea ajuta la comiterea unor execuții judiciare. Nu în ultimul rând, trebuie subliniată necesitatea de a monitoriza în mod adecvat punerea în aplicare a angajamentelor statelor membre, inclusiv obligația lor de raportare și schimb de informații prin intermediul unui sistem securizat și criptat.

Alessia Maria Mosca (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'esito dei negoziati con Consiglio e Commissione rappresenta una vittoria politica del Parlamento e dell'Unione europea tutta. La normativa proposta tocca da vicino uno dei valori di cui l'Unione è portatrice: il sostegno ai diritti umani e la lotta contro la pena di morte.

Ci sono due principi generali che sono alla base della questione. Anzitutto, l'Unione europea, capofila nella lotta alla pena capitale, deve essere coerente. Non siamo credibili se pretendiamo di proteggere i diritti umani in paesi lontani, mentre permettiamo che le nostre aziende commercializzino in quegli stessi Stati alcuni fra i prodotti che contribuiscono alla perpetuazione di soprusi contro la dignità umana.

In secondo luogo, il testo si inserisce coerentemente nella strategia commerciale europea, una politica volta a promuovere sviluppo sostenibile e crescita, imponendo alla globalizzazione i principi di tutela e giustizia sociale. Il nostro obiettivo è garantire agli attori del commercio globale una base di regole comuni che permettano di correggere e prevenire gli effetti collaterali della globalizzazione. È indispensabile che l'Unione europea sia all'avanguardia in questa battaglia di civiltà per evitare che i cambiamenti che stanno accompagnando la nostra epoca diventino armi in mano a pochi, a svantaggio dei più deboli. Il bando alla commercializzazione, alla promozione e al transito di queste merci risponde proprio a questa necessità e per questo auspico che l'Aula si esprima nel modo più unitario possibile.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL). – Señora Presidenta, creo que es positivo y necesario que se regule el comercio de determinados productos que pueden utilizarse para aplicar la pena de muerte, infligir tortura o tratos degradantes, y por ese motivo creo que este informe va en la dirección correcta. Pero hay que tener claro que la Unión Europea no tiene ninguna credibilidad mientras continúe pasando por alto lo que hacen sus socios en cuanto a la tortura, o lo que hacemos nosotros mismos.

Ejemplos hay muchos: los vuelos secretos de la CIA, las cárceles, o que en Guantánamo se tortura impunemente desde hace ya catorce años, por no hablar de nuestra subcontratación de la deportación de inmigrantes o la concesión del estatus de país seguro a Turquía o, según un acuerdo secreto, a Afganistán.

No tendremos ninguna credibilidad en nuestra llamada «lucha contra la tortura» mientras continuemos lucrándonos con la venta de armas a Arabia Saudí o nuestros socios, como Israel o Estados Unidos, tengan legalizada la tortura. Los papeles lo soportan todo, pero, si estamos realmente contra la tortura, ¿no deberíamos empezar por presionar y condicionar nuestras relaciones con aliados y actores relevantes hasta que cumplan con la Declaración Universal de Derechos Humanos?

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *question «carton bleu»*. – Cher collègue, permettez-moi de vous demander comment vous comprenez cette procédure d'urgence par laquelle les autorités douanières peuvent, par exemple, confisquer les produits de torture. Je n'ai pas compris comment cela fonctionne.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Bueno, yo creo que más que una pregunta era una declaración para que constara en sus estadísticas, pero vamos, creo que hay muchos mecanismos para que nuestras relaciones comerciales estén supeditadas a una acción política. Sabemos cómo se puede hacer, lo que pasa es que tiene que haber consecuencias. Nunca hay consecuencias cuando se incumplen los derechos humanos si el socio es grande; si es pequeño, claro, cortamos relaciones inmediatamente.

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, a União Europeia é bastante mais do que um simples mercado e sendo a proteção dos direitos humanos um valor fundamental da União, esse valor tem de estar no centro da política europeia de comércio. É por isso que as novas regras anti tortura acordadas no trílogo das instituições europeias merecem o apoio desta Casa, justamente porque constituem um passo muito importante para uma política comercial mais responsável e mais conforme com os nossos valores, capaz até de se constituir como uma referência exemplar neste domínio à escala global.

Quero, por isso, saudar o trabalho da Comissão e da delegação da Comissão do Comércio Internacional no trílogo que conseguiu integrar grande parte das recomendações do Parlamento no texto final e destaco dois pontos fundamentais: a proibição da publicidade e da promoção das mercadorias destinadas à tortura e também o procedimento de urgência que permitirá uma resposta rápida à circulação de novos produtos que possam surgir no mercado e sejam suscetíveis de utilização em atos de tortura. Com estas novas regras a política comercial da União fica melhor, o nosso combate pelos direitos humanos fica mais forte e o Parlamento Europeu continuará a cumprir a sua missão, vigiando a aplicação destas regras para que a política comercial da União seja efetivamente, na prática, fiel aos valores da União Europeia.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL). – Señora Presidenta, la ponente Schaake y las aportaciones de nuestra colega Lochbihler han mejorado la propuesta de la Comisión, que refuerza el control de los instrumentos de tortura e incorpora aportaciones de Amnistía Internacional o de Omega. Sin embargo, hay armas y proyectiles no incluidos en los anexos y que, por tanto, no están sometidos a control o prohibición. Es el caso de las pelotas de goma.

La Comisión alude o se escuda en la falta de competencias y en que la legislación comunitaria no prohíbe el uso de pelotas de goma. Esto, unido al hecho de que la Lista Común Militar y la de productos de doble uso sean aplicadas de forma diferente por cada Estado miembro, agrava la falta de garantías y de seguridad.

Es hora, en mi opinión, de que solventemos estas lagunas, para que muertes como la del joven Iñigo Cabacas en 2012, causada por el impacto de una pelota de goma lanzada por la policía autónoma vasca, no ocurran nunca más. Y es hora de que apliquemos y hagamos respetar también en casa lo que preconizamos fuera.

Jude Kirton-Darling (S&D). – Madam President, our trade policy can and should be a crucial tool to promote human rights, and this is what this regulation is all about. The EU rightly rejects the use of torture and the death penalty, and the way that we trade must reflect these fundamental values. This legislation will ensure that No EU business can profit from torture and that no company trading for goods for execution or torture can access the EU market. Effective enforcement will be absolutely crucial.

But it is worth reminding ourselves that, because this legislation is from the EU – the biggest trading bloc in the world – it can have a real impact in setting global standards in a way that no country could ever achieve unilaterally. I support this legislation and I very much hope that, despite Brexit in my own country, both the UK and the rest of the EU will continue to strive together for a strong, value-based trade policy worldwide.

Ana Gomes (S&D). – Senhora Presidente, há uns anos atrás, a pedido da ONG Reprieve, iniciei, com outros colegas aqui no Parlamento Europeu uma ação para obter o resultado que hoje finalmente votaremos. Felicito a relatora Marietje Schaake, que conduziu as negociações entre a Comissão, o Conselho e o Parlamento em defesa das posições do Parlamento para introduzir cruciais alterações no Regulamento de 2005, corrigindo lacunas e aumentando o alcance e a eficácia.

É o caso das cláusulas que restringem e proíbem serviços de assessoria, transporte, corretagem, *marketing* e outros serviços acessórios à venda de produtos de risco ou proibidos. As empresas estabelecidas na União Europeia não poderão mais promover equipamentos proibidos em feiras de armas, exposições e *online*. Proibimos o fornecimento de assistência técnica na utilização de medicamentos ou outros produtos suscetíveis destes usos, para tortura, aplicação de pena de morte e introduzimos um procedimento de urgência que permitirá controlar novos produtos que apresentem riscos.

Não basta sermos contra a pena de morte e a tortura, universalmente. Precisamos de garantir que a União Europeia, na política comercial como noutras, é coerente e não, de maneira nenhuma, se presta a ser cúmplice na execução da pena de morte e de atos de tortura, que as nossas empresas, que as empresas europeias, não lucram com a venda de produtos que possam ser utilizados por ditaduras ou por democracias para causar tortura e infligir a pena capital a seres humanos. Coerência na defesa da dignidade humana, na base dos valores consagrados no Tratado da União Europeia e na Carta dos Direitos Fundamentais é fundamental na política comercial como noutras.

Interventions à la demande

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'Europa ha la necessità di ribadire il suo ruolo di leadership in campo internazionale nella lotta all'abolizione della pena di morte, della tortura e delle pratiche inumane e degradanti che violano i diritti umani. I paesi membri non devono essere complici, nemmeno indirettamente, di chi continua a compiere atti di tortura e maltrattamenti in totale disprezzo della Carta dei diritti fondamentali.

Il fulcro della linea europea deve essere la giusta combinazione di divieti e requisiti di autorizzazione per il commercio delle merci oggetto del regolamento. Non è sufficiente il mero divieto di commercializzazione di prodotti utilizzabili ai fini del compimento di atti di tortura e pena di morte. Occorre prevedere un sistema di autorizzazione anche degli articoli destinati a più usi, che potrebbero essere quindi oggetto di un utilizzo improprio. Ritengo opportuno che si ponga in essere un severo regime multilaterale di controllo delle esportazioni nel settore in questione. Particolare attenzione dovrà essere riposta ai medicinali utilizzabili per eseguire pene capitali tramite iniezione letale.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η θανατική ποινή, τα βασανιστήρια και κάθε μορφή σκληρής, απάνθρωπης και ταπεινωτικής μεταχείρισης και τιμωρίας απαγορεύονται από τις διεθνείς και ευρωπαϊκές συνθήκες. Στο πλαίσιο αυτό, ο ευρωπαϊκός κανονισμός κατά των βασανιστηρίων πρέπει να λειτουργήσει αποτελεσματικά ως εργαλείο για την προστασία των ανθρώπων από τη βίαιη μεταχείριση επιβάλλοντας αποτελεσματικούς ελέγχους σε είδη και δραστηριότητες που χρησιμοποιούνται για εκτέλεση θανατικής ποινής ή για βασανιστήρια. Αυτός ο στόχος απαιτεί άμεση αναδιοργάνωση των ελέγχων της Ευρωπαϊκής Επιτροπής στο εμπόριο οργάνων βασανιστηρίων, μια αναδιοργάνωση που, δυστυχώς, έχει καθυστερήσει σε πολλαπλά επίπεδα.

Πρέπει, λοιπόν, να απαγορευθούν οι διαφημίσεις και οι πωλήσεις αυτών των προϊόντων στο διαδίκτυο. Πρέπει ιδίως να ενταθεί ο έλεγχος των εξαγωγών των ειδών διπλής χρήσης που περιλαμβάνονται στους καταλόγους στρατιωτικού εξοπλισμού, είδη τα οποία μπορούν να χρησιμοποιηθούν και για βασανιστήρια. Εκτιμώ λοιπόν ότι δεν γίνεται να ζητά η Ευρωπαϊκή Ένωση από τη μία την επικύρωση των διεθνών συμβάσεων κατά της θανατικής ποινής σε τρίτες χώρες και από την άλλη να ανέχεται εδώ στην Ευρωπαϊκή Ένωση τη χρήση πρακτικών και εργαλείων από τα Σώματα Ασφαλείας που αποδεδειγμένα οδηγούν σε μόνιμους τραυματισμούς ή ακόμη και σε θανάτους.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, doamnă comisar, ca membru al Comisiei IMCO mă interesează orice reglementare legată de comerț în piața internă, așadar și acest raport. Nu trebuie însă să dezvoltăm o piață liberă cu orice preț, vorbim de o Europă digitală, de comerț online și cred că este foarte important să vedem cum putem supraveghea piața pe acest segment. Este bine că se introduce interdicția produselor care sunt susceptibile de a fi utilizate pentru tortură. Pentru condamnarea practicilor de tortură trebuie intervenit fără ezitare. Restricțiile în acest domeniu, prevăzute în acest raport, sprijină de fapt combaterea pedepsei capitale și a torturii. Este bine că avem un raport care arată că susținerea dezvoltării comerțului liber nu ne împiedică să intervenim atunci când este vorba de produse periculoase. Cred însă, doamnă comisar, că este nevoie să revizuim periodic lista acestor produse periculoase deoarece inventivitatea și inovarea funcționează și în domeniul acestor produse. Susțin acest raport și îl voi vota și felicit raportorii și pe toți colegii care au lucrat la raport.

(Fin des interventions à la demande)

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Mr President, it is rare that there is such consensus on a trade-related matter in this plenary, and I salute this, but this is truly an occasion where we can all be proud. The institutions, including Parliament under the very strong and affirmative leadership of the rapporteur, worked very closely together in the trilogues to achieve something really important that has a real effect on the most vulnerable people all across the world.

This is being closely watched by members of NGOs, of course, and also by many committed citizens who have been expecting us to take action today. And with your vote in a couple of hours we will do so.

What we have been considering here is the impact of trade in instruments that actually cause death and torture – lethal drugs, injections, electric chairs, choke belts, spiked batons – and we have prohibited the promotion of those products. I was shocked to see how such products are displayed at trade fairs all over the European Union or offered in catalogues.

Today we are addressing that loophole, which so many of you have talked about, and also making sure that we address transit issues, and that we have a quick procedure for updating so that we can ban new products in a quick and effective manner.

This, of course, makes a true contribution. It will not eliminate torture or the death penalty, because we cannot do that with this instrument alone, but it is a contribution and we will continue, with the other tools we have in various dialogues and in our foreign policy, to fight against these things that have no place in a civilised society. We are also sending a very powerful signal: that the European Union stands united in taking this step. So thank you again. I am looking forward to the vote and to working with you to make sure that this legislation is swiftly implemented and that it works in practice.

Marietje Schaake, *rapporteur.* – Madam President, I would like to thank everyone for their contributions, including Commissioner Malmström for her leadership across the board in her groups at the Commission. Together we have closed most loopholes, and we must ensure solid monitoring at the Member-State level. It is indeed, as the Commissioner said, hard to imagine the kinds of products and services that are offered at trade fairs and in online or offline catalogues. This must end.

Today's update shows the EU leads in raising the bar globally to take concrete steps to end the death penalty and torture. The increase of torture and the death penalty call for such measures, from Iran to Saudi Arabia or Egypt, from China to the United States. We must push back and challenge these kinds of human rights abuses. In fact, we need more EU-wide leadership to push back against those who challenge the universality of human rights.

Today's trade measures – and I hope they will be adopted with a large majority – will of course not in of themselves end the death penalty or torture. So we must see this step in sync with other measures and instruments the European Union has and must use.

We have to keep in mind when we do our work those people who are suffering from repression, violence, torture and the death penalty, often at the hands of their own governments. They must find in the European Union an advocate for their freedom. Today's regulation is an important element to give meaning to the European Union's human rights agenda, and I hope for all of your support.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu aujourd'hui.

(La séance, suspendue à 11 heures, est reprise à 12 h 05)

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

(Mehrere laute Zwischenrufe eines Besuchers an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon.)

6. Feierliche Sitzung

Der Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Ihnen mitteilen, dass der Umweltausschuss unseres Hauses gestern Abend den Bericht über das Übereinkommen von Paris angenommen hat.

(Beifall)

Damit ist die förmliche Voraussetzung dafür erfüllt, dass das Plenum heute über diesen Bericht, den der Kollege La Via uns hier vorstellen wird, abstimmen kann.

Es handelt sich um eine historische Abstimmung, da wir mit der Annahme dieses Textes den letzten politischen Schritt auf dem Weg zur Ratifizierung des Übereinkommens von Paris durch die EU gehen können. Und mit unserer Abstimmung würde der Weg frei gemacht, damit das gesamte Übereinkommen den notwendigen Schwellenwert überschreiten kann, um weltweit in Kraft zu treten. Nicht einmal ein Jahr nach seiner Verabschiedung im Dezember 2015 wäre dies ein herausragendes Ergebnis. Und es käme noch rechtzeitig vor der nächsten COP-22-Klimakonferenz in Marakesch.

Damit hätte die EU – wichtig in diesen Zeiten – Führungskraft bewiesen. Nur zum Vergleich: Zwischen der Verabschiedung und dem Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls vergingen acht Jahre. Wir sind jetzt knapp neun Monate nach der Pariser Konferenz. Ich bin daher sehr froh, dass Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meinem Vorschlag zugestimmt haben, diese historische Abstimmung in einem angemessenen und feierlichen Rahmen durchzuführen.

Wir sind deshalb sehr geehrt, dass der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Herr Ban Ki-moon, bei uns ist, und ich darf Sie, Herr Generalsekretär, der Sie ohne Zweifel einer der großen Architekten dieses historischen Übereinkommens sind, verbunden mit unserer Hochachtung für diese außergewöhnliche Leistung herzlich im Europäischen Parlament willkommen heißen!

(Beifall)

Unser Dank am heutigen Tage gilt aber auch der Französischen Republik, die als Gastgeberin der COP-21-Konferenz enorme politische Anstrengungen unternommen hat, um das Übereinkommen herbeizuführen. Daher freut es mich sehr, dass die amtierende Präsidentin der COP-21-Klimakonferenz unserer heutigen Sitzung beiwohnt, und ich möchte Ihnen, Frau Ministerin Royal, stellvertretend für die gesamte französische Regierung herzlich für Ihre großen Bemühungen danken.

(Beifall)

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Herr Ban Ki-moon, wird uns nun mit einer kurzen Rede beehren. Danach werden wir die Vorsitzenden der Fraktionen hören und im Anschluss daran zu den Abstimmungsprozeduren schreiten.

Ban Ki-moon, *Secretary-General of the United Nations.* – Your Excellency Mr Martin Schulz, President of the European Parliament, Your Excellency Mr Jean-Claude Juncker, President of the Commission, Your Excellency Mr Ivan Korčok, President-in-Office of the Council and State Secretary for EU Affairs, Your Excellency Madam Ségolène Royal, President of COP21, Your Excellency Mr Maroš Šefčovič, Vice-President in charge of Energy Union, Your Excellency Mr Miguel Arias Cañete, Commissioner for Climate Action and Energy, Your Excellency Mr Giovanni La Via, Chair of the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety, honourable EU parliamentarians, Excellencies, distinguished Ministers, ladies and gentlemen, it is a great honour for me, as Secretary-General of the United Nations, to take this opportunity to address once again the distinguished Members of the European Parliament. Thank you for this privilege.

I was not originally planning to come to Strasbourg but I diverted my travel to address you at this crucial time, at the invitation of President Schulz, on the importance of Europe's ratification of the Paris Agreement on climate change. I deeply appreciate your leadership and engagement.

The European Union has a long and proud record of leadership on climate change – the defining challenge of our time. As Members of the European Union, your countries have demonstrated, time and again, that you not only recognise the seriousness of this threat but you are also ready to seize the opportunities it brings for building more sustainable, competitive economies and stable and healthier societies. From an early leadership role in the UN Framework Convention negotiations, to support for the Green Climate Fund and other funding mechanisms, to your own efforts in scaling-up clean energy, European Union members have stood strong.

Today you have another opportunity to demonstrate global climate leadership. I encourage you to build on your proud legacy and to support the speedy ratification of the Paris Agreement. This would allow the European Union, and its Member States which are in a position to do so, to deposit the ratification instrument at UN Headquarters in New York. Such a swift embrace of an international agreement would be a remarkable achievement at any time. It would be especially impressive for an agreement that addresses one of the most complex and all-embracing issues of our time.

In the past few weeks, we have seen tremendous momentum, from all corners of the globe, to bring the Paris Agreement to life this year. Already this week, India has formally joined the agreement. Thirty-one countries joined the agreement at a high-level event which I hosted at the United Nations on 21 September. Already in September, the world's two largest emitters, China and the United States, have put their political support behind Paris and formally joined the agreement. I commend all of these governments for their vision and leadership. This means we have crossed the first threshold for entry into force. As of today, we have 62 countries which have joined this Paris Agreement.

Excellencies, honourable parliamentarians, ladies and gentlemen, I understand and respect the unique decision-making process of the European Union. At the same time, I welcome the decision by the EU Environment Ministers on 30 September to act on a fast track. This will enable individual countries to send their ratifications directly to the United Nations. I appeal to you to approve this fast-track procedure. We are on the verge of passing the 55% threshold. You now have an opportunity to make history by helping lead the world to a better future. I can think of no better way to secure the legacy of Paris than to have the agreement enter into force in record time, with the support of the world's most powerful economies and its most vulnerable countries.

Rapid entry into force would demonstrate anew Europe's commitment to international cooperation, which is at the heart of the European Union's identity. It would spur the transformation to the lower-carbon, higher-opportunity, climate-resilient economy that we need in order to keep global temperature increases well below two degrees. And it would help to protect the world's most vulnerable communities and assist them in adapting to inevitable climate impact. In the name of humanity and for the sake of future generations, I encourage you to support the speedy ratification of the Paris Agreement.

At a time of record heat, let us take historic action. At a moment of divisions on many other challenges, let us show that we are united on the biggest one of all. This is our chance to set a course towards a safer, more sustainable and more just future for all, on a healthy planet. Let us seize the moment and be true to the values and aims of our organisation.

As you may know, my mandate as Secretary-General ends at the end of this year, when I finish my tenure. It has been a great honour for me to serve this invaluable organisation and to work closely with the European Union and the European Parliament. I take this opportunity to express my deepest gratitude for all the wholehearted support you have given to me and to the United Nations over the past 10 years. I sincerely hope that the European Union will continue to lead in supporting the noble missions of the United Nations for human rights, sustainable development and lasting peace in our world. Thank you for your great leadership and your commitment. Let us work together to build a world better for all.

(The House accorded the speaker a standing ovation)

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Generalsekretär!

7. Abstimmungsstunde

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die Abstimmungsstunde.

(Abstimmungsergebnisse und sonstige Einzelheiten der Abstimmung: siehe Protokoll).

7.1. Abschluss des im Rahmen des VN-Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen geschlossenen Übereinkommens von Paris im Namen der EU (A8-0280/2016 - Giovanni La Via) (Abstimmung)

Der Präsident. – Zunächst einmal eine kurze Erklärung zum Ablauf. Zunächst erteile ich das Wort den Vorsitzenden der Fraktionen, die eine kurze Erklärung für die jeweilige Fraktion abgeben. Danach erteile ich das Wort dem Präsidenten der Kommission sowie dem amtierenden Präsidenten des Rates. Zum Abschluss dieser Runde – wie bereits ausgeführt – erteile ich das Wort auf der Grundlage unserer Geschäftsordnung dem Berichterstatter und Ausschussvorsitzenden Giovanni La Via. Danach führen wir die namentliche Abstimmung durch. Im Falle der Annahme ist durch das Europäische Parlament die Ratifizierungsprozedur, das sogenannte Verfahren der Zustimmung, abgeschlossen.

Ich werde im Anschluss daran hier im Plenum einen sogenannten Übermittlungsbrief unterschreiben. Dieser Brief geht an den Präsidenten des Rates. Durchschriften davon erhalten der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Frau Ministerin Royal und der Präsident der Kommission. Mit diesem Übermittlungsschreiben ist der Rat in der Lage, die entsprechenden Voraussetzungen zur Hinterlegung der Urkunden in New York zu schaffen. Damit erreichen wir das Mindestquorum von 55 % und überschreiten es sogar, sodass mit dem heutigen Beschluss die Grundvoraussetzung für das Inkrafttreten des Übereinkommens von Paris geschaffen wird.

Nach der Abstimmung bitte ich den Präsidenten der Kommission, den Präsidenten des Rates, Frau Royal und den Generalsekretär sowie Herrn La Via, mich bei der Unterschrift zu begleiten.

Manfred Weber, *im Namen der PPE-Fraktion.* – Herr Präsident, sehr geehrter Herren Präsidenten, sehr geehrter Herr Generalsekretär! Zunächst ein herzliches Willkommen im Europäischen Parlament, und ich möchte zum Ausdruck bringen, dass auch wir Ihnen danken, für Ihre Arbeit, die Sie für die Welt und in Partnerschaft mit Europa in den letzten zehn Jahren geleistet haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Klimawandel ist wahrscheinlich die zentrale Aufgabe unserer Politikergeneration, und deswegen ist dieser Tag heute ein historischer Tag. Wir Europäer können stolz darauf sein, weil wir der führende Kontinent waren, um diese Frage zu beantworten. Ohne die Führungskraft Europas hätte ist es dieses Abkommen nicht gegeben, und dafür war wiederum Voraussetzung, dass wir Europäer geschlossen waren, dass wir mit einer Stimme sprechen und damit globale Fragen mitentscheiden. Es zeigt, wozu wir Europäer in der Lage sind. Wir Europäer müssen jetzt nach der Unterschrift auch handeln, das heißt, die bestehenden Zusagen müssen umgesetzt werden.

Für meine Fraktion möchte ich zum Ausdruck bringen: Globale Probleme brauchen globale Lösungen. Trotz des Populismus, den wir auf der ganzen Welt erleben, zeigen wir mit diesem Abkommen, dass die Welt in der Lage ist, globale Probleme gemeinsam zu beantworten. Die Menschen haben viele Sorgen, wenn es um globale Fragen geht – heute ist aber ein Tag des Optimismus. Heute zeigen wir, dass wir lösen können. Deswegen ist es ein guter Tag!

Gianni Pittella, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Ministro Royal, illustre Ban Ki-moon, grazie per il suo impegno decennale e per l'invito che ci ha rivolto e che noi raccogliamo. L'Europa di oggi è finalmente l'Europa che vogliamo: non l'Europa chiusa in se stessa, ma l'Europa mondo che è fedele alla sua prima missione, che è quella di prendersi cura delle persone e della Terra. L'Europa deve essere un progetto al servizio di una vita migliore e non un insieme di arguzie giuridiche.

Oggi abbiamo una responsabilità storica e la onoreremo. Ma dobbiamo fare di più. Dobbiamo anche darci altri impegni, tradurre le cose scritte, decise e convenute e darci impegni ancora più ambiziosi. Il nostro pianeta, la Terra, è sorto miliardi di anni prima che si manifestasse la vita delle persone. La Terra non ci appartiene. Siamo noi che le apparteniamo e abbiamo il dovere di preservarla e di trasmetterla ai nostri figli.

Morten Messerschmidt, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, it is now clear that last Friday's agreement by EU environment ministers will bring forward the ratification of the Paris Agreement on Climate Change. As such, we recognise that the path is now clear for the European Parliament to give its formal consent, as foreseen by the Treaty.

The adoption of this agreement on the cumulative announcements by the end of the COP 21 of intended nationally determined contributions by 187 parties will now form the basis of a global effort. The ECR Group therefore notes that ratification will enable the EU to join with the United States, China and 60 other parties who have formally submitted their instrument of ratification. In light of this, the Paris Agreement will now become legally binding before the end of this year.

The Paris Agreement carries importance for all stakeholders, whether they be investors, businesses, civil society or policy-makers. Indeed, the global nature of the effort is made manifest by the 189 national climate plans which have been put forward. We should, however, be mindful that this step only marks ratification of the agreement and we await with interest to see how national governments across the EU will seek to implement the promises they have made.

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I would like to thank the Secretary-General first of all for this last 10 years.

Madame la Présidente, soyez la bienvenue. Je suis content que vous ayez trouvé le chemin vers notre Parlement. Il y a encore sur votre bureau une petite invitation de la commission d'enquête EMIS. J'espère donc que vous connaissez maintenant le chemin.

So colleagues, I think that the COP21 Paris Agreement is historic. I think, in my opinion, it is even as historic as the Universal Declaration of Human Rights of 1948. As in 1948, COP21 is proof, in fact, that multilateralism works, and that the global governance of our planet is not a dream, as some people are saying. It proves also that we, Europe, can lead the world in the right direction and that in fact we are stronger together.

Mr Secretary-General, what a dramatic difference between this and the ongoing tragedy in Aleppo: civilians killed, hospitals bombed, and stalemate between America and Russia – the reluctance of the first coupled with the cynical and cruel determination of the other and, I would even say, the failing post-war logic of the Security Council.

I think COP21 and the Paris Agreement demonstrate exactly the opposite: that the international community and Europe can take responsibility, and that in fact multilateralism is the way forward for the next generations.

Gabriele Zimmer, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! Herr Ban Ki-moon! Ich möchte Sie ebenfalls im Namen meiner Fraktion recht herzlich hier in diesem Saal begrüßen; es ist für uns eine große Ehre. Der Kampf gegen den Klimawandel ist eine globale Herausforderung, darüber sind wir uns alle einig.Es wurde ein verbindlicher Rahmen geschaffen, um Treibhausgase zu senken. Allerdings – und auch das möchte ich sagen: Wir verstehen den heutigen Akt, die heutige Entscheidung als einen Startschuss, weil wir nicht dabei stehen bleiben können. Wir müssen an die Art und Weise herangehen wie wir leben, wie wir produzieren, wie wir verbrauchen. Das, was eigentlich gemeinhin der allgemeine Kapitalismus ist, wird dazu nicht in der Lage sein. Lassen wir uns darüber reden, wie wir gemeinsam in der Weltgemeinschaft dieser Verantwortung nachkommen und wie wird dazu beitragen, dass unsere Umwelt, unsere soziale Gemeinschaft und auch das Zusammenleben mit den Tieren nachhaltig verändert wird.

Deshalb meine Aufforderung noch einmal: Die vereinbarten Ziele der Europäischen Union zur Senkung der Treibhausgase reichen nicht aus! Der Handel, der festgelegt worden ist, mit 4 EUR pro Tonne reicht nicht aus, er kommt über einen Ablasshandel noch nicht hinaus. Lassen Sie uns gemeinsam in unserer Verantwortung mehr tun. Dafür stehen wir zur Verfügung. Das wollen wir mit unterstützen – in Verantwortung für das zukünftigen Leben unserer Kinder.

Rebecca Harms, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Herr Generalsekretär Ban Ki-moon! Ich möchte – gerade weil ich denke, dass auch Ihnen jeden Tag wieder das Herz bricht, wenn Sie nach Syrien schauen – Ihnen und den Vereinten Nationen gratulieren zu etwas, was zumindest gelungen ist. Denn was man über das Übereinkommen von Paris sagen kann, das kann man jetzt auch über den Ratifizierungsprozess sagen, und ich bin tief davon überzeugt, dass dieses Übereinkommen für den internationalen Klimaschutz bedeutend ist, aber dass es eben auch bedeutend ist für die Vereinten Nationen, die Sie bis zum Ende dieses Jahres noch führen werden.

Ich wünschte Ihnen, dass Ihnen auch etwas gelingt angesichts des Schreckens, der aus Syrien und aus Aleppo berichtet wird.

Von Frau Royal erwarten wir als Grüne in der Europäischen Union, dass der Rat jetzt nicht nur im Ratifizierungsprozess entscheidungsfähig ist, sondern auch handlungsfähig, und zwar ehrgeizig handlungsfähig wird. Die Europäische Union hat alle Technologien, um anders zu wirtschaften: Wir können anders Energie erzeugen, wir können Transport anders organisieren. Wir müssen aber endlich auch mal springen. Wir dürfen nicht mehr zögern! Diese Konsequenz, die Sie heute hier demonstrieren, brauchen wir dann demnächst bei den Handlungen, für die die Spitzen der Europäischen Union stehen. Was wir in Europa machen, wie wir in den Industriestaaten dieser Welt wirtschaften, ist entscheidend für die Zukunft von Menschen außerhalb der Europäischen Union – nicht nur heute, sondern morgen und übermorgen.

Das Thema Flucht werden wir hier nicht diskutieren. Aber das Übereinkommen von Paris ist tatsächlich eine riesige Herausforderung, und die Europäer haben in den letzten Jahren mit Ehrgeiz gegeizt.

Piernicola Pedicini, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, anche noi siamo soddisfatti della ratifica da parte dell'Unione europea dell'accordo di Parigi. Un passo dovuto, ma comunque cruciale e necessario. Purtroppo crediamo che non basterà. Questo è solo un primo passo che ci deve costringere a non mollare la presa. Un primo passo che ci deve spingere ad attuare nuove azioni concrete per affrontare la più importante tra le sfide da qui ai prossimi decenni. Voglio ripetere per questo le parole di Christiana Figueres: «se non attueremo un cambiamento radicale nei prossimi cinque anni, avremo un livello di sofferenza umana inaccettabile a causa della povertà». Allora dobbiamo avere il coraggio di abbandonare un modello assurdo, basato su una crescita illimitata avendo a disposizione risorse limitate. Dobbiamo avere il coraggio di sostituire la parola «crescita» con la parola «equilibrio». E fatemi citare per questo mio figlio di nove anni, che qualche tempo fa mi ha detto: «Papà, ma se cresciamo per sempre, dove andremo a sbattere con la testa?». Forse basterebbe soltanto quello, forse basterebbe soltanto guardare il mondo con gli occhi di un bambino, perché è a loro che lo lasciamo in eredità.

Marcel de Graaff, *on behalf of the ENF Group*. – *(Inaudible)* … what they want to do with regard to climate change. The EU has nothing to do with this, and the EU should not ratify this climate agreement. Again, there are happy faces in this room because of this so-called historical landmark, and I understand that as the influence of the EU in this agreement is again evident.

The agreements are one-sidedly detrimental to developed countries, the climate effects are not clear at all and citizens must again bear enormous costs. The elite are laughing here while rubbing their hands. They will benefit from these climate action plans, but the hard-working citizens in the Member States will soon pay more for their electricity, their car, their heating, you name it. It is a shame.

At the moment that the EU is proudly ratifying this agreement, I see only one bright spot and that is that the Member States are free to fulfil or not fulfil this agreement any way they like, and that is a good thing.

Zoltán Balczó (NI). – Tisztelt Elnök Úr! Tisztelt Főtitkár Úr! A napirendünkön ünnepélyes ülés szerepel, ugyanakkor egy fontos tartalmi döntést fogunk meghozni. A szavazatunkkal az Európai Unió ratifikálja a párizsi klímavédelmi egyezményt. Ugyan ezt több ország már megtette, köztük Magyarország is, mégis ez döntő lépés lesz a hatálybalépés tekintetében. Az Európai Unió tagországai élen jártak a klímaváltozás elleni küzdelemben. Ambiciózus célokat fogalmaztak meg és teljesítettek. Amikor azonban még az ambiciózusnál is ambiciózusabb célok merülnek föl, szeretnék ehhez két megjegyzést tenni. Talán nem ünneprontás, mert sokrétű felelősségünk van az európai lakosságért és egy európai gazdaságért is. Tehát a radikálisnál radikálisabb lépések esetén figyelembe kell vennünk, hogy Európa csak a kibocsátás 10%-áért felel, és adott esetben globálisan nem csökkenésre, hanem csak egy áthelyezésre kerül sor.

Tehát ennél ezeket a szempontokat figyelembe kell venni az európai gazdaság versenyképessége érdekében. A másik megjegyzés: a legfontosabb a párizsi klímamegállapodásban, hogy jogilag kötelező érvényű. Az Európai Uniónak azonban érvényt is kell szerezni minden tekintetben ennek, és nem lehetséges, hogy az Egyesült Államok – mint az egyik legnagyobb kibocsátó – a hozzáállása, majd a teljesítés attól függjön, hogy az elnökválasztáson vajon ki kerül hatalomra. Az érdekérvényesítés azt jelenti, hogy minden fél teljesítse azt, amit vállal.

Jean-Claude Juncker, *président de la Commission*. – Monsieur le Président, Monsieur le Secrétaire général, l'Europe démontre aujourd'hui qu'elle est capable de grandes choses lorsqu'elle sait conjuguer ses énergies et ses forces. Mais cet accord de Paris n'est pas tombé du ciel; il a fallu que les meilleurs d'entre nous y contribuent. C'est pourquoi je voudrais rendre, ici, hommage au président de la République française, François Hollande, à l'ancien ministre des affaires étrangères, Laurent Fabius, ainsi qu'à M^me^ Royal, dont je voudrais souligner ici l'acharnement et la persévérance puisqu'elle n'a cessé de nous rappeler à notre travail et à notre devoir de ratification. C'est désormais chose faite.

Il y a un an, je déclarais dans cet hémicycle que l'Union européenne n'allait pas signer n'importe quel accord et que cet accord devrait être ambitieux, robuste et juridiquement contraignant. C'est chose faite aujourd'hui.

Nous avons donc la chance d'assister à un mouvement que l'Histoire retiendra. Je dirai à M. de Graaff que ce n'est pas la première ni la dernière fois que vous avez manqué votre rendez-vous avec l'Histoire. Mais l'Histoire progresse puisqu'il s'agit de nous occuper, je dirais – en étant peut-être trop pathétique –, d'une des grandes causes de l'humanité. Nous prenons notre avenir en mains et nous pouvons être fiers d'avoir fait ce que nous avons fait.

(Applaudissements)

Ivan Korčok, *Council*. – Mr President, I would like to start by expressing our gratitude and appreciation for the leadership the Secretary-General of the United Nations has shown in our common effort to agree on this ambitious Paris Agreement. Secondly, I would like to thank him for the ten years of his service to the international community as Secretary-General of the United Nations.

Today the European Union is clearly reaffirming its commitment to continued climate action. Let me thank, therefore, this House, the Parliament and the Commission for their contribution and exemplary cooperation and to you, President, for your determination and efforts to ensure a speedy ratification of the Paris Agreement.

This commitment is also about our credibility and responsibility and about the role that the European Union plays on the global stage. The EU worked hard for many years to shape the new climate action agreement and to make it possible last year in Paris. At the extraordinary Environment Council meeting last Friday we worked hard to secure the support of Member States for the decision on the EU ratification of the Paris Agreement.

I am glad that later today the Council will formally adopt the decision on ratification. I want to assure this House, on behalf of the Presidency, that, as of today, we will start vigorously with its implementation.

(Applause)

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Korčok!

Wir kommen jetzt zur Abstimmungsprozedur. Dazu erteile ich zunächst das Wort dem Berichterstatter und Vorsitzenden des Umweltausschusses, Giovanni La Via.

Giovanni La Via, *rapporteur.* – Mr President, as Chair of the Committee on the Environment and rapporteur, I am proud to recommend to the House to give the largest support to the EU ratification of the Paris Agreement.

Almost twenty years ago, the Kyoto Protocol was buried in the US Senate. Since then, the EU has been leading the international action to fight climate change and has worked hard to make Paris a success. Today I want to underline that the Paris Agreement will secure its entry into force in the House of European citizens.

It is an historic moment and it is the outcome of great work together: Members of the European and national Parliaments, the EU Member States, the European Commission and the Council Presidencies. In particular, I would like to recognise the work of Commissioner Arias Cañete, with whom I have been in permanent contact during this process.

Today's vote shows that the European Union delivers on promises made. We must, and we can, hand over to future generations a world that is more stable and prosperous, a healthier and cleaner planet. Today we are closer to it. Today we can!

(Applause)

Der Präsident. – Wir kommen nun zur Abstimmung über die Empfehlung zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss des im Rahmen des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen geschlossenen Übereinkommens von Paris im Namen der Europäischen Union.

(Die Abstimmung wird durchgeführt.)

(Der Präsident gibt das Ergebnis bekannt.)

Abgegebene Stimmen: 679

Ja-Stimmen: 610

Nein-Stimmen: 38

Enthaltungen: 31

(Beifall)

Ich stelle fest: Das Parlament hat dem Übereinkommen zugestimmt.

(Der Präsident unterzeichnet das Übereinkommen.)

Președinte: ADINA-IOANA VĂLEAN

Vicepreședintă

7.2. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Giorgos Grammatikakis (A8-0279/2016 - António Marinho e Pinto) (Abstimmung)

— *Before the vote:*

Ana Gomes (S&D). – Madam President, last Sunday, the Irreecha festival in Ethiopia ended in a massacre. According to Oromo sources, 678 people were killed by security forces shooting into the crowd in cold blood and causing a stampede.

Another 700 people have been murdered in Ethiopia in the past 10 months, as marathon runner Feyisa Lilesa denounced at the Rio Olympics. The UN High Commissioner for Human Rights and the African Commission on Human and People's Rights have called for independent observers to enter the country and assess the situation and for an impartial investigation.

The EU, which pays lots of taxpayers' money to the country via ODA, is silent. That silence is deafening. Will you, Mr President, speak up on our behalf in solidarity with the repressed people of Ethiopia and call for an international independent investigation into the Irreecha massacre and the ongoing repression in Ethiopia?

(Applause)

President. – Madam Gomes, we will take note of your comments even though this was not a point of order.

7.3. Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zwecks Hilfeleistung für Griechenland aufgrund des Erdbebens, das im November 2015 die Ionischen Inseln erschütterte (A8-0270/2016 - Georgios Kyrtsos) (Abstimmung)

7.4. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – EGF/2016/001 FI/Microsoft (A8-0273/2016 - Petri Sarvamaa) (Abstimmung)

7.5. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – EGF/2016/002 SE/Ericsson (A8-0272/2016 - Esteban González Pons) (Abstimmung)

7.6. Prozesskostenhilfe für Verdächtige und Beschuldigte in Strafverfahren sowie für gesuchte Personen in Verfahren zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls (A8-0165/2015 - Dennis de Jong) (Abstimmung)

7.7. Handel mit bestimmten Gütern, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder zu anderer Behandlung oder Strafe verwendet werden könnten (A8-0267/2015 - Marietje Schaake) (Abstimmung)

7.8. Abkommen über strategische Kooperation zwischen Europol und China (A8-0265/2016 - Claude Moraes) (Abstimmung)

7.9. Zukunft der Beziehungen zwischen den AKP-Staaten und der EU nach 2020 (A8-0263/2016 - Norbert Neuser) (Abstimmung)

President. – That concludes the vote.

8. Stimmerklärungen

8.1. Abschluss des im Rahmen des VN-Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen geschlossenen Übereinkommens von Paris im Namen der EU (Giovanni La Via (A8-0280/2016))

Written explanations of vote

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Ad oggi solo sette Stati membri hanno ratificato l'Accordo di Parigi. Per questo motivo la Commissione europea ha spinto per ottenere il mandato eccezionale di presentare un unico strumento di ratifica a nome dei 28 Stati membri. Il Consiglio europeo dell'Ambiente straordinario del 30 settembre ha votato un testo modificato rispetto all'originale con il quale si rimanda agli Stati membri e all'Unione la responsabilità di rispettare gli impegni di riduzione delle emissioni. È stato inoltre eliminato l'impegno dell'Unione di verificare periodicamente e con strumenti legali il raggiungimento degli obiettivi di riduzione dichiarati dagli Stati membri nell'ambito dell'accordo di Parigi. Poiché credo che l'accordo sia un punto di partenza per trattare un tema così importante e delicato come i cambiamenti climatici, e quindi è strettamente necessaria la ratifica di tutti gli Stati membri, ho votato a favore.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – El Acuerdo de París es el primer acuerdo internacional jurídicamente vinculante que se adopta en materia de cambio climático. Fue adoptado en la 21ª COP de la CMNUCC, que tuvo lugar en París del 30 de noviembre al 12 de diciembre de 2015.

Yo he votado a favor para que tanto la Unión como los siete Estados miembros que han completado el proceso de ratificación, puedan depositar sus instrumentos de ratificación en la sede de la ONU en Nueva York el viernes 7 de octubre, lo que permite que el Acuerdo de París entre en vigor a tiempo para la COP22, que tendrá lugar en Marrakech del 7 al 18 de noviembre de 2016.

El grupo socialdemócrata en el Parlamento Europeo y la Delegación española han trabajado fehacientemente para que la Conferencia de París fuera un éxito, abogando por la adopción de un acuerdo ambicioso y de rápida implementación. Los socialistas piensan que la Unión no puede quedarse atrás de otras potencias mundiales cuando se trata de ratificar, por lo que han votado favorablemente la resolución que habilita al Consejo a adoptar formalmente la decisión de ratificación por procedimiento escrito urgente.

Tim Aker, Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — We in UKIP are against this recommendation because we oppose the climate change alarmism supported by green lobbies, often financed by the EU Commission. They are the cause of our current damaging and counter-productive energy policy.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la ratificación en nombre de la Unión del Acuerdo de París, puesto que se trata de un gesto simbólico de validación de este acuerdo negociado por las partes, que luego ha de ser ratificado e implementado por cada Estado miembro de las Naciones Unidas.

Ahora bien, no comparto la retórica triunfalista sobre este Acuerdo de París. Si bien mi voto ha sido favorable, este acuerdo me resulta insuficiente, puesto que se basa fundamentalmente en los compromisos voluntarios y mecanismos de mercado que crítico. He votado a favor de este acuerdo de mínimos, siendo consciente de que a pesar de los avances, está aún lejos de ser una respuesta efectiva al cambio climático.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Le 30 septembre dernier, les États membres se sont accordés pour une adoption rapide par l'Union européenne de l'accord de Paris, sans attendre la ratification par ses 28 États membres. Cet accord a été approuvé en séance plénière aujourd'hui, ce dont nous nous réjouissons.

L'Accord de Paris va donc entrer en vigueur lors de la COP 22 qui se tiendra à Marrakech du 7 au 18 novembre prochains; c'est un moment historique pour la planète: la communauté internationale va pouvoir mener le combat du siècle contre les bouleversements climatiques.

Il y a un an, le Parlement européen avait plaidé pour des objectifs climatiques juridiquement contraignants, accompagnés d'outils financiers solides. L'ambition est au rendez-vous: sur le fond, et aussi par la rapidité de l'adoption par l'Union!

À nous tous maintenant d'en faire le point de départ d'une nouvelle ambition européenne: cela passe par un budget européen à la hauteur, doté de ressources propres, pour réaliser la transition écologique et économique et concrétiser les engagements de l'Europe. Ce combat ne fait que commencer.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της σύστασης σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου για τη σύναψη, εξ ονόματος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, της Συμφωνίας του Παρισιού που εγκρίθηκε στο πλαίσιο της Σύμβασης-πλαισίου των Ηνωμένων Εθνών για την κλιματική αλλαγή, διότι εκτιμώ ότι με αυτό τον τρόπο θα σταλεί ένα ηχηρό μήνυμα από την ηγεσία της Ευρωπαϊκής Ένωσης και τα κράτη μέλη της στο πλαίσιο της προσπάθειας που καταβάλουν σε παγκόσμιο επίπεδο για την καταπολέμηση της κλιματικής αλλαγής.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Les accords de Paris conclus après la COP 21 sont pavés de bonnes intentions. Avec mes collègues du Front national, je m'y suis opposée, car ils auront pour conséquence majeure d'accélérer la désindustrialisation de l'Europe, réduite à devenir une zone de chalandise pour produits manufacturés dans des conditions environnementales et sociales accablantes. Un tel accord n'est pas crédible au regard des niveaux élevés de pollution des États-Unis et de la Chine par rapport à ceux des pays européens.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I am concerned about the potential impact of this on our energy policy. There is a need to find cost-effective means of renewable energy. However, artificial targets caused by an overly alarmist point of view lead to renewables being introduced before the technology is available to ensure that they are economically sustainable.

A better approach would be a research-based one, solving the storage problem first before introducing forms of energy production which are, for example, intermittent.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte car j'estime que, l'Union européenne ayant joué un rôle central dans la négociation de cet accord, il est donc juste qu'elle le conclue désormais. Dans les prochains mois, notre défi consistera à mettre à jour la loi européenne sur le climat. Cependant, visons à ne pas annihiler par des mesures trop contraignantes l'esprit d'entrepreneuriat et à faire fuir progressivement l'industrie européenne au-delà de nos frontières.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už Paryžiaus susitarimo, priimto pagal Jungtinių Tautų bendrąją klimato kaitos konvenciją, sudarymą ES vardu. Paryžiaus susitarimas yra didelis istorinis laimėjimas kovojant su klimato kaita ir siekiant daugiašališkumo. Pritariu, kad ratifikavimo sprendimas dėl Paryžiaus susitarimo pabrėš aiškią ES ir jos valstybių narių lyderystę bei svariai prisidės prie visuotinės kovos su klimato kaita.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – We in UKIP are against this recommendation because we oppose the climate change alarmism supported by green lobbies, often financed by the Commission. They are the cause of our current damaging and counter-productive energy policy.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Ce rapport propose de donner le feu vert au Conseil pour la ratification de l'Accord de Paris issu de la COP21. Sur l'essentiel du sujet, je demeure opposé à la tartufferie des Accords de Paris qui serviront surtout à accélérer la désindustrialisation de l'Europe et à n'en faire qu'une zone de chalandise pour produits manufacturés produits en dehors du Vieux Continent dans des conditions sociales et environnementales accablantes.

En effet, il me paraît tout à fait contre-productif de poursuivre la stratégie engagée de «décarbonisation de l'économie» de l'UE tant que la Chine (qui prévoit d'augmenter sa pollution) et surtout les États-Unis n'auront pas rejoint les niveaux européens de pollution en équivalent tonne de CO_2/habitant.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – L'accord de Paris est un événement historique dans la lutte contre le changement climatique et pour le multilatéralisme. Il s'agit d'un accord ambitieux, équilibré, équitable et juridiquement contraignant.

Celui-ci fixe notamment comme objectif à long terme de prendre des mesures à l'échelle de la planète pour maintenir l'augmentation des températures mondiales bien en dessous de 2º C par rapport aux niveaux préindustriels. Il instaure également un mécanisme dynamique permettant de dresser des bilans et d'ajuster à la hausse les ambitions au fil du temps. L'accord prévoit que les parties prenantes soient juridiquement tenues de prendre des mesures d'atténuation nationales pour atteindre les objectifs énoncés dans leur contribution, mais prévoit également un dispositif de solidarité ambitieux entre pays riches et moins riches.

Convaincu que cet accord devrait accélérer la transition vers une économie mondiale résiliente face au changement climatique et climatiquement neutre, j'ai voté en faveur de son adoption.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución que concede su aprobación a la celebración del Acuerdo de París. En la Conferencia de París sobre el Clima (COP21), celebrada en diciembre de 2015, 195 países firmaron el primer acuerdo vinculante mundial sobre el clima. Para evitar un cambio climático peligroso, el Acuerdo establece un plan de acción mundial que pone el límite del calentamiento global muy por debajo de 2º C. El Acuerdo entrará en vigor en 2020.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La conclusione dell'Accordo di Parigi, al termine della COP21, ha rappresentato un passaggio fondamentale nella storia del contrasto ai cambiamenti climatici, un punto di svolta decisivo verso un'efficace azione, collettiva e globale, in una sfida che è tra quelle cruciali del nostro tempo. L'Europa non può che assumere un ruolo di leadership in questo campo, seguendo l'impegno già promosso in questi anni e indirizzando i propri sforzi verso la creazione di un'economia al tempo stesso sostenibile e competitiva, che sappia garantire stabilità ed equità sociale. Ho quindi votato convintamente a favore della relazione La Via, che approva la conclusione dell'Accordo di Parigi e consente all'Unione europea di unirsi alle 62 parti che hanno già ratificato l'accordo. Grazie alla ratifica da parte dell'UE, esso potrà entrare in vigore in tempo per la conferenza sul clima COP22 che si terrà a Marrakech dal 7 al 18 novembre prossimi.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este Informe que implica la aprobación del Acuerdo de París, adoptado por consenso en la última COP 21. Aunque se trata de una votación simbólica, ya que la ratificación se tiene que dar a nivel de los Estados miembros, es importante porque supone que el Parlamento Europeo se comprometa con los objetivos del Acuerdo de París, pidiendo a cada Estado miembro de la Unión que ratifique el Tratado. El Acuerdo entrará en vigor en el plazo de un año a partir del 12 de diciembre de 2015.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – L'enfer étant pavé de bonnes intentions, j'ai préféré m'abstenir sur ce rapport prévoyant de laisser le Conseil ratifier l'accord de Paris issu de la COP21.

Si les objectifs environnementaux sont louables, les contraintes que l'Europe choisit d'imposer à ses industries font peu le poids face aux stratégies économiques de la Chine qui, si elle a ratifié l'accord, a pourtant d'ores et déjà prévu d'augmenter sa pollution. Il en va de même pour les États-Unis, qui ont certes politiquement envoyé un symbole fort en ratifiant l'accord, mais qui n'ont toujours pas rejoint les niveaux européens de pollution en équivalent tonne de CO_2 par habitant.

Enfin, je comprends que l'Union joue ici le chronomètre puisque de la ratification dépend son statut au prochain sommet mondial de l'ICAO à Montréal. Le principe de précaution ne semble pas s'appliquer à nos politiques industrielles.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Non condivido quanto sostenuto nella relazione che analizza la conclusione dell'Accordo di Parigi nell'ambito della Convenzione quadro delle Nazioni Unite sui cambiamenti climatici. Ritengo che con questo accordo l'UE si sia impegnata a garantire ingenti finanziamenti ai paesi in via di sviluppo senza però ottenere concretamente nulla in cambio, né da un punto di vista ambientale né da quello economico, e sono convinta che nuocerà fortemente alla competitività del tessuto produttivo dei nostri territori. In questo periodo di gravissima crisi economica e sociale in Europa, l'Unione non dovrebbe siglare accordi impossibili da mantenere se non chiedendo ulteriori sacrifici ai nostri cittadini. Per tutti questi motivi non ho sostenuto col mio voto questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — El Acuerdo de París es el primer acuerdo internacional jurídicamente vinculante que se adopta en materia de cambio climático. Fue adoptado en la 21ª COP de la CMNUCC, que tuvo lugar en París del 30 de noviembre al 12 de diciembre de 2015. Yo he votado a favor para que tanto la Unión como los siete Estados miembros que han completado el proceso de ratificación, puedan depositar sus instrumentos de ratificación en la sede de la ONU en Nueva York el viernes 7 de octubre, lo que permite que el Acuerdo de París entre en vigor a tiempo para la COP22, que tendrá lugar en Marrakech del 7 al 18 de noviembre de 2016. El grupo socialdemócrata en el Parlamento Europeo y la Delegación española han trabajado fehacientemente para que la Conferencia de París fuera un éxito, abogando por la adopción de un acuerdo ambicioso y de rápida implementación. Los socialistas piensan que la Unión no puede quedarse atrás de otras potencias mundiales cuando se trata de ratificar, por lo que han votado favorablemente la resolución que habilita al Consejo a adoptar formalmente la decisión de ratificación por procedimiento escrito urgente.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame nagrinėjamas Paryžiaus susitarimas dėl Jungtinių Tautų bendrosios klimato kaitos konvencijos. Paryžiaus susitarimas yra didelis istorinis laimėjimas, kovojant su klimato kaita ir siekiant daugiašališkumo. Šis susitarimas yra plačių užmojų, subalansuotas, teisingas ir teisiškai privalomas. Tai, kad COP 21 pabaigoje buvo priimtas susitarimas ir 187 šalys paskelbė numatomus nacionaliniu lygmeniu nustatytus įpareigojančius veiksmus (INDC), yra lemiamas pokytis siekiant imtis visapusiškų ir kolektyvinių pasaulinių veiksmų, o juos įgyvendinus neabejotinai ir negrįžtamai bus paspartintas perėjimas prie klimato kaitos poveikiui atsparios ir klimato atžvilgiu neutralios pasaulio ekonomikos. Šiuo pasauliniu veiksmu siekiama nukreipti pasaulio vystymąsi taip, kad būtų išvengta pavojingos klimato kaitos. Susitarimu pripažįstama, kad reikėtų kuo greičiau pasiekti aukščiausią pasaulinio šiltnamio efektą sukeliančių dujų išmetamo kiekio ribą ir antroje šio šimtmečio pusėje neutralizuoti poveikį klimatui. Be to, šiame susitarime numatytas plataus užmojo solidarumo priemonių rinkinys, apimantis tinkamas nuostatas dėl klimato srities veiksmų finansavimo ir dėl poreikių, susijusių su prisitaikymu prie klimato kaitos ir klimato kaitos neigiamų padarinių sukeliamais nuostoliais bei žala, tenkinimo.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Predlagani sklep o sklenitvi Pariškega sporazuma sem podprl z največjim veseljem, saj gre za zgodovinsko pomemben mejnik v boju proti podnebnim spremembam. Uveljavitev in uresničitev sporazuma bo pomenila pospešen prehod na čistejše globalno gospodarstvo, ki se bo zavedalo pomena omejenih naravnih virov.

Nedvomno pa uveljavitev sporazuma dokončno pomeni, da je treba pri zmanjševanju posledic podnebnih sprememb dokončno preiti od besed k dejanjem. Sporazum namreč poziva k ustavitvi globalne rasti emisij toplogrednih plinov in k doseganju podnebne nevtralnosti po l. 2050.

Ključni dolgoročni cilj sporazuma je omejitev globalnega segrevanja na precej pod 2 °C glede na predindustrijsko raven ter prizadevanje za omejitev segrevanja na 1,5 °C. Sporazum hkrati jasno poudarja prehod od fosilnih goriv k drugim virom, kar po mojem mnenju predstavlja velik potencial za evropsko, kot tudi za slovensko, gospodarstvo in nova delovna mesta, predvsem na področju biogospodarstva in krožnega gospodarstva.

EU ima že vrsto let vodilno vlogo v boju proti podnebnim spremembam in si je že l. 2014 zastavila ambiciozen cilj zmanjšanja emisij toplogrednih plinov za vsaj 40 % do leta 2030 glede na l. 1990, k čemer so se države članice EU tudi že formalno zavezale. S tem sporazumom se navedeni cilji le še nadgrajujejo.

David Borrelli (EFDD), *per iscritto*. – Sono soddisfatto del voto odierno e della ratifica da parte dell'Unione europea dell'accordo di Parigi, un momento storico perché la ratifica dei 28 Stati membri dell'UE permette la rapida entrata in vigore dell'accordo (grazie al raggiungimento delle quote necessarie: ratifica di almeno 55 parti contraenti che rappresentino almeno il 55 % delle emissioni totali). Un primo passo quindi, ma comunque cruciale e necessario. Un primo passo che adesso ci deve spingere ad attuare nuove azioni concrete per affrontare la più importante tra le sfide da qui ai prossimi decenni, altrimenti tutto ciò potrebbe non bastare. Non bisogna quindi mollare la presa ed è un peccato, da questo punto di vista, che sia stato eliminato l'impegno dell'Unione di verificare periodicamente e con strumenti legali il raggiungimento degli obiettivi di riduzione dichiarati dai singoli Stati membri nell'ambito dell'accordo di Parigi.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće.

Smatram kako će se donošenjem odluke o sklapanju Pariškog sporazuma poslati snažna poruka i istaknuti vodstvo EU-a i njegovih država članica te njihovo kontinuirano ulaganje napora u rješavanju pitanja klimatskih promjena na međunarodnoj razini.

Isto tako, stupanje na snagu Pariškog sporazuma smatram prioritetom za Europsku uniju te pozivam Vijeće da što prije poduzme sve korake potrebne za finaliziranje svog stajališta o ratifikaciji Pariškog sporazuma.

Paul Brannen (S&D), *in writing*. – Like most Members of the European Parliament, I voted today in support of ratifying the Paris Agreement on climate change, probably the most important vote I have cast as an MEP. Now we have the plan, and now we must act.

The energy, industry and transport sectors must act to reduce emissions – and so must the land-use sector. Agriculture has significant potential to reduce emissions, through agro-forestry for example. Forestry also has a major role to play as trees and timber soak up carbon, substituting for carbon-intensive steel, concrete and plastic. So let us design a framework of rules that incentivise farmers and the construction industry, working to the motto that 'Man's best friend is the tree'.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the draft Council decision to adopt the Paris Agreement signed in Paris on the 12 December 2015, because I firmly believe that the EU is a world leader in fighting climate change. Moreover, I think this decision strengthens the global role of the EU. Indeed, the Council now has the mandate from Parliament to ask the Member States to ratify the agreement simultaneously with the European Union.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – L'accordo di Parigi costituisce un risultato storicamente importante nella lotta contro i cambiamenti climatici. Esso ha segnato un punto di svolta verso un'azione collettiva a livello mondiale per arrivare a un'economia globale resiliente ai cambiamenti climatici e a impatto climatico zero. È necessario stabilizzare quanto prima le emissioni di gas a effetto serra e conseguire la neutralità climatica nella seconda metà del secolo. La decisione di ratifica in merito alla conclusione dell'accordo di Parigi invierà un segnale forte e sottolineerà gli sforzi continui dell'UE e dei suoi Stati membri per affrontare i cambiamenti climatici a livello internazionale. Pertanto, l'entrata in vigore ufficiale dell'Accordo di Parigi è una priorità fondamentale dell'Unione europea.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport propose de donner l'aval du Parlement européen au Conseil pour la ratification des Accords de Paris issus de la COP 21. Celui-ci est censé entrer en vigueur le 30e jour à compter de la date à laquelle au moins 55 parties à la Convention, représentant au moins 55% des émissions mondiales de gaz à effets de serre, auront déposé auprès des Nations unies les documents attestant de leur ratification.

Or, l'Union européenne doit ratifier cet Accord avant le 7 octobre, date à laquelle se tient une réunion des parties à Montréal annonçant son entrée en vigueur. Nous sommes opposés aux Accords de Paris qui contribueront à accélérer la désindustrialisation en Europe. En effet, il est contre-productif d'engager la décarbonisation de nos économies tant que la Chine et les États-Unis n'auront pas rejoint les niveaux européens de pollution en équivalent tonne de CO_2 par habitant.

Ces États utilisent le dumping environnemental comme un outil pour préserver leurs industries mais surtout leurs emplois. J'ai donc voté contre ce texte.

Cristian-Silviu Buşoi (PPE), *în scris*. – Acordul de la Paris, adoptat în temeiul Convenției-cadru a Națiunilor Unite asupra schimbărilor climatice, reprezintă una dintre cele mai importante realizări ale zilelor noastre. Astăzi, mai mult ca oricând, vedem cu ușurință efectul nociv pe care omul îl are asupra naturii. În condițiile în care nu s-ar schimba abordarea statelor lumii, scenariul care se prefigurează este unul nefast: secetă, incendii și furtuni tropicale. Pentru a preveni toate aceste calamități naturale, Națiunile Unite și-au propus limitarea creșterii încălzirii globale la nu mai mult de 2 grade Celsius până în 2100.

Încheierea Acordului de la Paris și semnarea lui la New York la 22 aprilie 2016 marchează un moment de mare importanță, întrucât Uniunea și statele sale membre au hotărât să acționeze în comun, lăsând Comisia și Consiliul să semneze în numele lor. Decizia Consiliului privind încheierea acordului constituie baza necesară pentru încheierea Acordului de la Paris de către UE și statele sale membre, prin urmare susțin recomandarea colegului meu, Giovanni La Via, deoarece subliniază poziția de lider a Uniunii și a statelor sale membre, precum și eforturile lor continue pentru combaterea schimbărilor climatice la nivel internațional.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – El Acuerdo de París es el primer acuerdo internacional jurídicamente vinculante que se adopta en materia de cambio climático. Fue adoptado en la 21ª COP de la CMNUCC, que tuvo lugar en París del 30 de noviembre al 12 de diciembre de 2015.

Yo he votado a favor para que tanto la Unión como los siete Estados miembros que han completado el proceso de ratificación, puedan depositar sus instrumentos de ratificación en la sede de la ONU en Nueva York el viernes 7 de octubre, lo que permite que el Acuerdo de París entre en vigor a tiempo para la COP22, que tendrá lugar en Marrakech del 7 al 18 de noviembre de 2016.

El grupo socialdemócrata en el Parlamento Europeo y la Delegación española han trabajado fehacientemente para que la Conferencia de París fuera un éxito, abogando por la adopción de un acuerdo ambicioso y de rápida implementación. Los socialistas piensan que la Unión no puede quedarse atrás de otras potencias mundiales cuando se trata de ratificar, por lo que han votado favorablemente la resolución que habilita al Consejo a adoptar formalmente la decisión de ratificación por procedimiento escrito urgente.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – L'accord de Paris adopté au titre de la convention-cadre des Nations unies sur le changement climatique (COP 21) constitue un accord historique. Il compte à présent 177 signataires ce qui est un record pour les accords mondiaux sur le climat.

Cet accord contraignant prévoit de prendre des mesures efficaces et de long-termes pour maintenir l'augmentation des températures mondiales bien en dessous de 2º C par rapport aux niveaux préindustriels, tout en s'efforçant de limiter cette augmentation à 1,5º C.

Le Parlement européen devait donner son approbation à cet accord afin que l'Union européenne devienne signataire à part entière. J'ai voté en faveur de cet accord historique.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Con il voto positivo di oggi il Parlamento ha inviato un segnale forte. Come specificato dal Segretario generale delle Nazioni Unite, Ban Ki-moon, presente oggi al Parlamento europeo, «bisogna cogliere l'opportunità di fare storia per un futuro migliore, consentendo l'entrata in vigore rapida dell'accordo di Parigi al fine di stimolare un'economia più rispettosa dell'ambiente. Bisogna dimostrare che siamo uniti di fronte alla sfida climatica».

Invito ora il Consiglio ad adottare quanto prima le misure necessarie alla ratifica dell'accordo di Parigi, congiuntamente ai processi paralleli di ratifica nazionale negli Stati membri, in modo da portare a termine il processo di ratifica dell'UE e depositare presso l'ONU gli strumenti di ratifica prima della fine del 2016.

Il processo di ratifica da parte del Consiglio e degli Stati membri va portato a termine, soprattutto se si considera la recente ratifica da parte degli Stati Uniti e della Cina e l'imminenza della COP22 a Marrakech a novembre. Sarebbe imbarazzante per l'Europa restare fuori dalle decisioni che contano a Marrakech e partecipare solo come osservatore, a causa di dispute interne tra gli Stati membri. Non dobbiamo indebolire lo storico e indiscusso ruolo dell'UE a tutela della protezione dell'ambiente e del pianeta.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report which was a rubber stamp for the EU to join up to the Paris Agreement, agreed at COP21. This is the first time that 195 countries have agreed to a pact to reduce dependence on fossil fuels. There is still a long way to go before these points can be realised, but the agreement was a good start.

David Casa (PPE), *in writing*. – I gave my consent to the ratification of the Paris Climate Agreement. This will trigger the entry into force of the first-ever universal, legally-binding global climate deal. I am proud to say that without Europe's strong position on climate, the Paris Agreement would never have happened. The EU has been leading international actions to fight climate change and has worked hard to make the Paris Agreement a success. This is a step in the right direction to hand over to future generations a healthier and cleaner world.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il Parlamento ha dato il suo consenso alla ratifica UE dell'accordo delle Nazioni Unite sulla protezione del clima, raggiunto a Parigi nove mesi fa. L'accordo di Parigi sulla lotta ai cambiamenti climatici, il primo accordo vincolante globale sul clima in assoluto, entrerà in vigore il mese prossimo, molto prima del previsto, grazie proprio a questo storico voto. Affinché l'accordo possa entrare in vigore sono necessarie le ratifiche di almeno 55 paesi che rappresentano almeno il 55 % delle emissioni globali. Mentre la prima condizione era già stata soddisfatta, questo voto permette di soddisfare il secondo parametro e quindi far scattare l'entrata in vigore. La lotta al cambiamento climatico non è solo una delle più importanti sfide del nostro tempo, ma anche l'opportunità di costruire un'economia più sostenibile e competitiva e società più stabili. Ho votato convintamente a favore.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the ratification of the Paris Agreement on Climate Change. I do believe that it is a good step how to face issues related to preserving, protecting and improving the quality of the environment, as well as protecting human health and promoting measures at international level to deal with regional or worldwide environmental problems. I would like to call on all the parties of the agreement to ensure its swift implementation.

Nessa Childers (S&D), *in writing*. – Those of us who have been following this process closely have suffered through many years of global climate summits where urgently needed consensus for action eluded us.

While we are consumed by more immediate concerns, it is easy to forget or to belittle the urgency of finally stalling the increase in greenhouse gas emissions, before global temperatures tip over a level that will usher in catastrophic disruption beyond our control.

Now that we have unblocked the ratification of the agreement by the EU, in the presence of UN Secretary-General Ban Ki Moon, the Council of Member States will follow suit and we can have it formalised at the UN headquarters in New York by Friday.

But even if we make good on our collective commitments, that is still not good enough to keep temperatures from rising below 2 degrees Celsius.

We must keep working together and acknowledge that fundamental choices in the very near future will determine the survival of the species.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την Συμφωνία και τονίζουμε τη δέσμευση της Ευρώπης να αναλάβει ηγετικό ρόλο στις προσπάθειες για την αντιμετώπιση της κλιματικής αλλαγής και να κάνει βήματα προόδου για τη θέσπιση μιας οικονομίας χαμηλών εκπομπών διοξειδίου του άνθρακα.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η Σύσταση ως προς το σχέδιο προσχώρησης της Ευρωπαϊκής Ένωσης στη Συμφωνία του Παρισιού που εγκρίθηκε στο πλαίσιο της Σύμβασης-πλαισίου των Ηνωμένων Εθνών για την κλιματική αλλαγή, αποτελεί ένα βήμα προς τη σωστή κατεύθυνση. Καθώς είναι επιβεβλημένο να προχωρήσουμε σε αλλαγές με στόχο την προστασία του περιβάλλοντος, ψήφισα θετικά.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato favorevolmente al provvedimento visto che l'accordo di Parigi costituisce un risultato storicamente importante nella lotta contro i cambiamenti climatici e nel multilateralismo. Esso indirizza l'azione globale mirata a consentire al mondo di evitare pericolosi cambiamenti climatici. L'accordo riconosce la necessità di stabilizzare quanto prima le emissioni di gas a effetto serra e di conseguire la neutralità climatica nella seconda metà del secolo. Condivido anche la posizione del relatore che accoglie favorevolmente il progetto di proposta di decisione del Consiglio, presentato dalla Commissione, relativa alla conclusione dell'accordo di Parigi e ritiene che fornisca il fondamento necessario per la conclusione dell'accordo di Parigi da parte dell'UE e dei suoi Stati membri. Inoltre, l'attuazione dell'accordo di Parigi rappresenterà un contributo essenziale agli sforzi mondiali volti a contrastare i cambiamenti climatici. Per tali ragioni, ritengo importante che l'entrata in vigore ufficiale dell'accordo di Parigi sia una priorità fondamentale dell'Unione europea.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto negativo per questa relazione sull'accordo di Parigi in tema di cambiamenti climatici. L'accordo di Parigi è la fotocopia del fallimentare accordo di Kyoto; entrambi gli accordi risultano fortemente a sfavore dei paesi industrializzati e nella realtà assolutamente inefficienti nella lotta ai cambiamenti climatici. Un accordo che maschera, dietro tematiche importanti sull'ambiente, enormi finanziamenti a paesi in via di sviluppo, come quelli petroliferi arabi, e che penalizza fortemente le nostre aziende che saranno soggette a normative vincolanti e relativi oneri per favorire invece le imprese emergenti di altri paesi, provocando di fatto una forte concorrenza sleale.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Fornisco la mia approvazione alla ratifica dell'accordo di Parigi sul clima da parte dell'UE dal momento che si tratta di un'iniziativa coraggiosa e collettiva capace di imprimere un'accelerazione definitiva alla transizione verso un'economia globale resiliente ai cambiamenti ambientali e a emissioni zero. A riprova di ciò, gli accordi comprendono obiettivi di lungo termine atti a mantenere il riscaldamento globale al di sotto dei 2°C, tra cui la presentazione di inventari biennali riguardanti l'utilizzo dei gas e l'istituzione a partire dal 2023 di un bilancio globale per valutare oggettivamente i progressi compiuti rispetto a quanto firmato. Sono, altresì, previsti pacchetti di disposizioni in merito ai finanziamenti per il clima e per la riduzione della vulnerabilità dei nostri sistemi. Le parti sono giuridicamente vincolate all'adozione delle misure interne ritenute più opportune al fine di realizzare quanto approvato in concomitanza con l'obiettivo europeo di ridurre del 40 % le emissioni di gas serra entro il 2030. L'entrata in vigore del trattato è fondamentale, specialmente in vista della COP22 che si terrà a Marrakech dal 7 al 18 novembre.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the recommendation on the draft Council decision on the conclusion on behalf of the EU of the Paris Agreement adopted under the UN Framework Convention on Climate Change, and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A celebração do Acordo de Paris, conforme aprovado na Conferência das Partes (COP 21) da Convenção-Quadro das Nações Unidas sobre as Alterações Climáticas (CQNUAC), em dezembro de 2015, constitui uma vitória do multilateralismo na luta contra as alterações climáticas. O facto de o acordo, bem como os contributos previstos determinados a nível nacional (CPDN), se assumirem como juridicamente vinculativos para as 187 partes é uma boa notícia para o combate mundial contra o aumento da emissão de gases com efeito estufa e pelo alcance da neutralidade climática até ao final do século.

Acompanho o objetivo ambicioso de longo prazo de limitar o aumento da temperatura a 1,5 º C. Para o efeito, destaco a importância dos balanços globais quinquenais a partir de 2023 sobre os progressos em matéria de emissões e a obrigação de apresentação bienal do inventário dos gases com efeito de estufa por todas as partes. São passos importantes para uma maior transparência e responsabilização dos Estados.

Congratulo-me, igualmente, pelo compromisso com a partilha de boas práticas *(benchmarking)* em matéria de investigação científica e adoção de políticas.

Apelo ao rápido depósito dos instrumentos de ratificação junto das Nações Unidas, mantendo a liderança da UE nesta área.

Pelo exposto, apoio a recomendação.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn ich freue mich, dass wir mit unserem Votum den notwendigen Schwellenwert für das Inkrafttreten des Übereinkommens erreicht haben. Wir reden nicht nur, sondern wir setzen uns aktiv für den Kampf gegen den Klimawandel ein!

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la ratificación en nombre de la Unión del Acuerdo de París, puesto que se trata de un gesto simbólico de validación de este acuerdo negociado por las partes, que luego ha de ser ratificado e implementado por cada Estado miembro de las Naciones Unidas.

Ahora bien, no comparto la retórica triunfalista sobre este Acuerdo de París. Si bien mi voto ha sido favorable, este acuerdo me resulta insuficiente, puesto que se basa fundamentalmente en los compromisos voluntarios y mecanismos de mercado que crítico. He votado a favor de este acuerdo de mínimos, siendo consciente de que a pesar de los avances, está aún lejos de ser una respuesta efectiva al cambio climático.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – L'Unione europea ha concluso l'accordo di Parigi adottato in occasione della 21a sessione della Conferenza delle Parti (COP21) della Convenzione quadro delle Nazioni Unite sui cambiamenti climatici svoltasi a Parigi nel dicembre 2015. Ho votato a favore di questa risoluzione, perché credo che questo accordo rappresenti un risultato storico nella lotta ai cambiamenti climatici e, in particolare, nell'azione multilaterale e collettiva a livello globale a favore di un'economia a impatto climatico zero.

L'UE si era già prefissata un obiettivo ambizioso: ridurre le emissioni di gas a effetto serra, a livello nazionale, di almeno il 40 % entro il 2030. Tale obiettivo è ora rafforzato nel quadro dell'agenda di Parigi, che riconosce la necessità di stabilizzare quanto prima le emissioni di gas a effetto serra e di conseguire la neutralità climatica nella seconda metà del secolo. L'accordo di Parigi non solo stabilisce obiettivi importanti, come limitare il livello di riscaldamento globale a 1,5°C, ma contribuisce anche ad assicurare trasparenza e responsabilità nella gestione delle emissioni attraverso un meccanismo rafforzato che comprende diverse misure vincolanti. Ad esempio, l'obbligo delle parti di presentare ogni due anni gli inventari dei gas a effetto serra e un sistema di revisione tecnica da parte degli esperti.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Acordul de la Paris reprezintă un acord ambițios, cu un caracter juridic obligatoriu, dar și unul de referință pentru combaterea schimbărilor climatice și în ceea ce privește multilateralismul. Încălzirea globală afectează direct fiecare cetățean al UE. Tranziția către o energie curată este necesară, iar resursele nu trebuie să mai fie bazate doar pe combustibilii fosili. Acordul a fost semnat de către 187 de state, care cumulativ acoperă aproximativ 98% din totalul emisiilor, combaterea schimbărilor climatice devenind un efort global.

Am votat pentru intrarea oficială în vigoare a Acordului de la Paris, dar și pentru o colaborare comună și eficientă între statele membre, pentru atingerea obiectivului de reducere cu cel puțin 40% a emisiilor de gaze cu efect de seră, până în anul 2030.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – 2015 decemberében Párizsban a klímakonferencián 187 ország fogadta el az ENSZ Éghajlat-változási Keretegyezményét, amelynek fő célja, hogy elérje az üvegházhatású gázok kibocsátásának mielőbbi globális tetőzését, illetve az évszázad második felére megvalósuljon az éghajlat-semlegesség. Az éghajlatváltozás negatív hatásai olyan méreteket öltöttek, hogy elengedhetetlenné vált a globális összefogás az ügyben. A megállapodás többek között követelményként fogalmazza meg, hogy a globális felmelegedést az iparosodás előtti időszakokhoz képest 2 Celsius fok alatt kell tartani, a hőmérsékl-etemelkedést pedig maximum 1,5 Celsius fokra korlátozni, továbbá elengedhetetlen a tiszta energiára történő globális áttérés.

A párizsi dokumentum 2023-tól kezdve ötévente szükségesnek látja egy olyan globális helyzetfelmérő tanácskozás összehívását, ahol megvitatják az elért eredményeket, mérlegelik a helyzetet, és kidolgozzák a további lépéseket. Az Unió tagállamai a jelentéstevő szerint közösen felelősek egy ilyen nagy jelentőségű döntés meghozataláért. A klímaegyezmény aláírása nem történhet meg az EU nélkül, a kontinensnek vezető szerepe van a globális éghajlatváltozás elleni küzdelemben. A ratifikációnak a többi részes fél oldaláról még az idei év folyamán meg kellene történnie, a valós eredmények elérése érdekében. Megszavaztam a jelentést.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za sprawozdaniem dotyczącym podpisania, w imieniu Unii Europejskiej, porozumienia paryskiego przyjętego w ramach Ramowej konwencji Narodów Zjednoczonych w sprawie zmian klimatu. To bardzo ważne, aby pokazać obywatelom Unii Europejskiej, że środowisko i zapobieganie zmianom klimatu jest dla nas równie ważne jak choćby gospodarka. Realizacja porozumienia paryskiego odegra również ważną rolę w kwestii ograniczenia wzrostu średniej globalnej temperatury do poziomu poniżej 2°C sprzed epoki przemysłowej. Dlatego zagłosowałem za, ponieważ uważam, że formalne wejście w życie porozumienia paryskiego przyniesie oczekiwane korzyści, przez co powinno stanowić priorytet dla wszystkich państw członkowskich Unii.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – It is extremely positive that the European Union will be ratifying the Paris Agreement. The implementation of the Paris Agreement will make a crucial contribution to global efforts to tackle climate change. The Council needs to take all necessary steps to finalise its position on the Paris Agreement ratification, as do the Member States, as soon as possible, so as to finalise the EU ratification process and deposit the instruments of ratification with the UN before the end of 2016. That is why I and the European Parliament are calling on the Council to take the final steps towards ratification and implementation.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – La conclusion de l'accord de Paris COP en décembre 2015 est un acte historique symbolisant l'engagement de tous les pays du monde en faveur d'une diminution du réchauffement climatique causé par les activités humaines. Des paroles aux actes, il est temps à présent de mettre en œuvre les engagements pris lors de ce sommet. Je soutiens pleinement la ratification de la COP 21 par les États membres et l'Union, qui permettra l'entrée en vigueur de l'accord. J'ai donc voté en faveur.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Pour que l'accord de Paris issu de la COP 21 puisse entrer en vigueur, il était nécessaire que 55 parties à la convention-cadre des Nations unies sur le changement climatique, représentant un total estimé d'au moins 55% des émissions mondiales des gaz à effet de serre, l'aient ratifié. Suite à l'approbation du Parlement, nous avons pu atteindre ces seuils et enclencher la procédure d'application de l'accord.

Parce que la lutte contre les changements climatiques est un combat que nous devons porter ensemble, j'ai voté en faveur de cette résolution sur le projet de décision du Conseil relative à la conclusion, au nom de l'Union européenne, de l'accord de Paris adopté au titre de la convention-cadre des Nations unies sur les changements climatiques.

L'entrée en vigueur de l'accord de Paris est un évènement historique dotant notre planète d'un cadre juridiquement contraignant pour contenir l'élévation de la température à 1,5°C.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – Le Parlement européen a ratifié l'accord de Paris, c'est une avancée essentielle dans la lutte contre le changement climatique dont je me réjouis. J'espère que les États s'engageront à leur tour rapidement dans une action globale et coordonnée pour l'environnement.

Cet accord comprend plusieurs mesures concrètes, telles que le développement d'énergies propres par l'abandon des combustibles fossiles, des bilans mondiaux tous les 5 ans à partir de 2023 et la revue à la hausse des ambitions au fil du temps, un cadre législatif qui favorise la transparence et l'obligation de présentation et de justification des comptes ainsi que des mesures appropriées pour le financement de la lutte contre le réchauffement climatique.

Je soutiens l'ensemble de ces mesures et je suis convaincue qu'elles permettront une gestion commune des difficultés et des problèmes mondiaux.

Mark Demesmaeker (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA-delegatie heeft met overtuiging de klimaatovereenkomst van Parijs goedgekeurd. Door de ratificatie van de EU komt de inwerkingtreding van deze historische overeenkomst een stap dichterbij en dat is noodzakelijk. Klimaatverandering vormt immers samen met biodiversiteitsverlies en grondstoffenschaarste een van de belangrijkste globale uitdagingen. Een gebrek aan krachtdadig beleid heeft onomkeerbare gevolgen en is nefast voor planeet, mens en economie. De Overeenkomst van Parijs is het eerste juridisch bindende globale klimaatakkoord en wil de opwarming van de aarde beperken tot ruim onder de 2 °C.

We kunnen de strijd tegen klimaatverandering enkel effectief voeren met globale en gezamenlijke inspanningen. Europa speelt al jaren een voortrekkersrol in de strijd tegen klimaatverandering, maar het goede voorbeeld geven is niet voldoende. De EU kan het probleem niet alleen oplossen. We hebben bondgenoten nodig.

Voor de N-VA komt de toekomst van onze kinderen en kleinkinderen op de eerste plaats. Wij moeten dus zowel de gevolgen als oorzaken van de klimaatverandering aanpakken. Het initiatief van Vlaams minister-president Geert Bourgeois voor een Vlaamse klimaat- en energietop illustreert ons engagement. De N-VA wil economische groei en welvaart combineren met een koolstofarme economie. Dit impliceert dat we duurzame, efficiënte en effectieve keuzes maken die we jarenlang kunnen volhouden.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ritengo che l'accordo di Parigi sia un valido passo in avanti nella salvaguardia del pianeta per richiamare l'attenzione dell'UE sulle sue decisioni climatiche di breve e lungo termine e realizzare l'obiettivo di emissioni zero nei prossimi 50 anni adottato dall'accordo di Parigi. Questo inoltre spingerà gli investitori, le imprese e la società civile ad adottare misure volte al contenimento dell'innalzamento delle temperature. Per questi motivi ho votato a favore della raccomandazione.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – Je me félicite de l'adoption de ce texte qui permettra d'avancer de façon concrète dans la lutte contre le changement climatique. Il souligne des points importants: la participation de tous à l'effort collectif pour réduire les gaz à effet de serre, la nécessité de s'appuyer sur une diplomatie offensive et des instruments financiers innovants.

Sur ce point, mon groupe a poussé à la mise en place d'une transaction financière dédiée, décriée par les forces de droite. Pour ce qui me concerne en tant que co-président de l'intergroupe «services publics», en amont de la rédaction de ce rapport, j'avais alerté la commission ENVI, compétente sur le fond, de la nécessité de bien articuler les enjeux de lutte contre le réchauffement climatique et les valeurs du service public, afin que la transition énergétique ne se fasse pas au détriment des plus démunis et des plus isolés.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la ratification de l'accord de Paris sur la lutte contre le changement climatique parce qu'il s'agit du tout premier accord climatique mondial et juridiquement contraignant jamais conclu et qu'il est urgent que cet accord puisse entrer en vigueur dès que possible. Ce combat n'est pas seulement l'un des plus grand défis de notre époque.

C'est également une opportunité pour construire un modèle économique plus durable et compétitif, ainsi que des sociétés plus stables. Pour que l'accord puisse entrer en vigueur, une double condition devait être rencontrée: il fallait des ratifications représentant au moins 55 parties et 55% des émissions mondiales. La première condition était déjà remplie.

Le vote du Parlement européen permet à la seconde de l'être aussi, déclenchant ainsi l'entrée en vigueur de l'accord, moins d'un an après sa signature. Le vote du Parlement permet également à l'UE de rester un chef de file dans le domaine du climat. Il démontre en outre que la coopération et la gestion commune des difficultés sont la seule solution aux problèmes mondiaux.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — Un an après le sommet de la COP21, le Parlement européen a ratifié l'accord de Paris, ouvrant ainsi la voie à son entrée en vigueur. C'est un moment très important pour la planète. Par cet accord, juridiquement contraignant, 195 États s'engagent à réduire leurs émissions de gaz à effet de serre pour limiter le réchauffement climatique à 2 degrés par rapport au niveau préindustriel.

Avec le vote du Parlement, l'Union européenne se joint aux pays ayant déjà ratifié l'accord, comme les États-Unis, l'Inde ou encore la Chine, permettant d'atteindre le seuil de 55 États-parties représentant au moins 55 % des émissions mondiales nécessaire à son entrée en application. La prochaine grande conférence sur le climat, qui se tiendra début Novembre à Marrakech, doit être l'occasion de poursuivre sur cette voie, et de consolider les acquis de l'accord de Paris.

D'ores et déjà, nous pouvons être fiers du chemin parcouru mais nous devons rester vigilants et exigeants quant à la réalité de ce qui sera fait pour réduire concrètement le réchauffement climatique.

Diane Dodds (NI), *in writing*. – Mr President, I am willing to support this vote, albeit very cautiously.

The Paris Agreement will pursue emissions reductions through a 'burden-sharing' agreement between EU countries. However, the detail of this arrangement has yet to be finalised. There is surely a concern that some EU regions may have to take on a disproportionate burden in relation to these targets. In this sense, while we can debate and discuss and ultimately agree on these far-reaching international agreements, we must remember that the solutions affect ordinary people; farmers, consumers, households. I would therefore urge caution that, when ratifying this agreement, national authorities do not take these obligations lightly.

In my own constituency, Northern Ireland, our most recent Programme for Government aims to reduce emissions by 35% on 1990 levels by 2025. The most recent report by the Cross-Department Working Group on Climate Change confirmed that we are there or thereabouts in meeting this goal.

So when voting today we should remember the work that is already underway at local level – and remain conscious of the burdens and sacrifices that have to be made by our citizens in the interests of these goals.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Θετικό στο συνολό του, παρόλο που μέσα στα άρθρα του , υπάρχουν και θέματα που δεν αφορούν την προστασία του περιβάλλοντος το οποίο οι ίδιοι που κυβερνούν κατέστρεψαν και απλά τώρα προσπαθούν να σώσουν ότι έχει απομείνει.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A Párizsi Megállapodás elfogadása fordulópontot jelent egy átfogó és közös, globális szintű fellépés irányába. Végrehajtása felgyorsítja az éghajlatváltozás hatásaival szemben ellenállóképes és éghajlati szempontból semleges globális gazdaságra való áttérést. A Párizsi Megállapodás célul tűzte ki, hogy a hőmérséklet-emelkedést 2°C alatt tartja, határértékeket állapít meg az üvegházhatású gázok kibocsátásában, illetőleg – mint kiemelt feladatot – rögzíti a klímaváltozásra érzékenyebb országok segítését. A megállapodás célja, hogy egy fenntarthatóbb, méltányosabb, egészségesebb bolygót tudjunk a jövő generációinak továbbadni.

A megvalósuláshoz kulcsfontosságú volt az Európai Parlament jóváhagyása, amellyel teljesültek a Megállapodás hatályba lépésének feltételei. Magyarország az Európai Unió tagállamai közül elsőként zárta le a Párizsi Megállapodás belső ratifikációs eljárását. Ennek fényében és a Fidesz–KDNP Képviselőcsoport álláspontjával összhangban szavazatommal támogattam a ratifikáció jóváhagyását.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of the ratification of the Paris Agreement, which provides momentum for its implementation. Climate change is the greatest threat facing us today, and we in Wales need to do all we can to protect the planet and ensure the well-being of future generations. That is why I have called on the National Assembly to also ratify the agreement as soon as possible.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – La ratifica da parte dell'Unione europea dell'accordo di Parigi segna un momento importante nella lotta su scala globale ai cambiamenti climatici e consente all'accordo di entrare in vigore entro la fine del 2016. L'accordo di Parigi ha come obiettivo quello di mantenere l'aumento della temperatura globale ben di sotto dei 2°C e di proseguire gli sforzi per mantenerlo al 1,5°C rispetto ai livelli preindustriali. Sebbene si tratti di un passo fondamentale, permangono numerose preoccupazioni sulla reale efficacia dell'accordo e degli impegni delle parti. Manca ancora la seria volontà di affrontare l'impatto climatico che hanno settori quali l'agricoltura e l'allevamento animale, e permangono strumenti di mercato, quale l'ETS, come pilastro delle politiche per il clima anche a livello globale, nonostante la comprovata inefficacia di tale meccanismo e il rischio di favorire solo speculazione finanziaria. Infine, permane il pericolo che tecnologie quali il CCS possano essere favorite, allontanandoci dal vero obiettivo che dovrebbe essere la decarbonizzazione dei nostri sistemi produttivi.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O Acordo de Paris representa um feito de enorme significado histórico na luta contra as alterações climáticas. É um acordo ambicioso, equilibrado, equitativo e juridicamente vinculativo.

É decisivo para uma ação abrangente e coletiva a nível mundial, com o objetivo da transição para uma economia mundial resiliente às alterações climáticas.

Demonstra solidariedade com as gerações futuras. Temos de viver bem dentro das limitações do nosso planeta.

Este acordo entrará em vigor no trigésimo dia após a data em que, pelo menos, 55 partes na convenção, representando no seu conjunto, pelo menos, cerca de 55 % do total das emissões de gases com efeito de estufa, tiverem depositado os seus instrumentos de ratificação, aceitação, aprovação ou adesão.

Até ao momento, 62 países responsáveis por 51,89 % das emissões globais de gases com efeito de estufa depositaram os seus instrumentos de ratificação. A UE representa cerca de 12 % das emissões globais. Com a ratificação pela UE, fica preenchido o segundo critério de 55 % das emissões.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Pese embora a imensa propaganda, o Acordo de Paris não responde cabalmente aos objetivos de redução das emissões de Gases de Efeito de Estufa (GEE).

Com efeito, não foram acordados limites concretos para as emissões de GEE e o conjunto de medidas já anunciadas pela esmagadora maioria dos 195 países que aprovaram o texto são insuficientes para cumprir a meta de aquecimento proposta.

O Acordo mantém e legitima uma abordagem de mercado à problemática das alterações climáticas de que o comércio do carbono é o principal (mas não único) instrumento. Uma abordagem assente na mercantilização e financeirização da Natureza e dos seus recursos, que criou direitos de poluir transacionáveis e fixou o seu preço a níveis irrisórios. Uma abordagem que revelou à saciedade toda a sua ineficácia e perversidade mas na qual se insiste, apesar de existirem alternativas.

O Acordo abandona o princípio da «responsabilidade comum, mas diferenciada» entre países em desenvolvimento e industrializados, optando por um sistema único suscetível de aprofundar injustiças entre os países que mais contribuíram para a acumulação de carbono na atmosfera e os países em desenvolvimento.

Por fim, o Acordo comporta ainda uma dimensão de financiamento de projetos de grandes grupos transnacionais em países em desenvolvimento, potenciando a dominação imperialista dos recursos destes países.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore del presente progetto di risoluzione poiché condivido le finalità dell'Accordo firmato alla Conferenza sul clima di Parigi, nell'ambito del contrasto ai cambiamenti climatici pericolosi. Sono due gli obiettivi che ritengo la risoluzione affronti opportunamente: rallentare il riscaldamento globale e ridurre le emissioni di gas nell'ambiente.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as the planet's future is at stake.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Európska únia a jej členské štáty myjú už dlhé roky vedúce celosvetové postavenie v boji proti klimatickým zmenám. Parížska dohoda predstavuje obrovský pokrok pre celý svet v oblasti boja proti zmene klímy, ktorý povedie ku prijatiu mnohých kolektívnych opatrení na celosvetovej úrovni. Tieto opatrenia majú za úlohu prispieť k vytvoreniu celosvetovo klimaticky neutrálneho globálneho hospodárstva, ktoré bude odolné voči zmenám v klíme. V súčasnosti chýba k naplneniu ratifikačných cieľov už iba 2 % celosvetovej produkcie globálnych emisií, keďže požiadavka na najmenej 55 zmluvných strán dohovoru už bola splnená. Je potrebné, aby bola Parížska dohoda ratifikovaná najneskôr do konca roka 2016 a naviazala tak na Kjótsky protokol.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contro la relazione in quanto a mio avviso cambia poco rispetto al precedente accordo, che si è dimostrato fallimentare, e contiene molti punti discutibili anche sotto l'aspetto economico.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω τη σύσταση σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου για τη σύναψη, εξ ονόματος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, της Συμφωνίας του Παρισιού που εγκρίθηκε στο πλαίσιο της Σύμβασης-πλαισίου των Ηνωμένων Εθνών για την κλιματική αλλαγή διότι, αν και δεν αρκεί η Συμφωνία του Παρισιού για την αντιμετώπιση της υπερθέρμανσης του πλανήτη, θεωρώ ότι αποτελεί εντούτοις ένα μικρό βήμα προς την σωστή κατεύθυνση.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The Paris Agreement is a historically significant landmark achievement for combating climate change and for multilateralism. It represents an ambitious, balanced, equitable and legally binding agreement. The adoption of the Agreement and the cumulative announcements by the end of COP 21 of Intended Nationally Determined Contributions (INDCs) by 187 Parties marked a decisive turning point towards comprehensive and collective global action, and, when implemented, will definitively and irreversibly accelerate the transition to a climate resilient, climate neutral global economy. This global action aims to put the world on track to avoid dangerous climate change. I believe that the ratification decision on the conclusion of the Paris Agreement adopted under the

UNFCCC will send a strong signal and highlight the leadership of the EU and its Member States and their continuing efforts to address climate change at international level.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A Párizsi Megállapodás elfogadása fordulópontot jelent egy átfogó és közös, globális szintű fellépés irányába. Végrehajtása felgyorsítja az éghajlatváltozás hatásaival szemben ellenállóképes és éghajlati szempontból semleges globális gazdaságra való áttérést. A Párizsi Megállapodás célul tűzte ki, hogy a hőmérséklet-emelkedést 2°C alatt tartja, határértékeket állapít meg az üvegházhatású gázok kibocsátásában, illetőleg – mint kiemelt feladatot – rögzíti a klímaváltozásra érzékenyebb országok segítését. A megállapodás célja, hogy egy fenntarthatóbb, méltányosabb, egészségesebb bolygót tudjunk a jövő generációinak továbbadni.

A megvalósuláshoz kulcsfontosságú volt az Európai Parlament jóváhagyása, amellyel teljesültek a Megállapodás hatályba lépésének feltételei. Magyarország az Európai Unió tagállamai közül elsőként zárta le a Párizsi Megállapodás belső ratifikációs eljárását. Ennek fényében és a Fidesz–KDNP Képviselőcsoport álláspontjával összhangban szavazatommal támogattam a ratifikáció jóváhagyását.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az ENSZ Éghajlat-változási Keretegyezménye keretében létrejött Párizsi Megállapodás ratifikálása. A Párizsi Megállapodás elfogadása fordulópontot jelent egy átfogó és közös, globális szintű fellépés irányába. Végrehajtása felgyorsítja az éghajlatváltozás hatásaival szemben ellenállóképes és éghajlati szempontból semleges globális gazdaságra való áttérést. A Párizsi Megállapodás célul tűzte ki, hogy a hőmérséklet-emelkedést 2°C alatt tartja, határértékeket állapít meg az üvegházhatású gázok kibocsátásában, illetőleg – mint kiemelt feladatot – rögzíti a klímaváltozásra érzékenyebb országok segítését.

A megállapodás célja, hogy egy fenntarthatóbb, méltányosabb, egészségesebb bolygót tudjunk a jövő generációinak továbbadni. A megvalósuláshoz kulcsfontosságú volt az Európai Parlament jóváhagyása, amellyel teljesültek a Megállapodás hatályba lépésének feltételei. Magyarország az Európai Unió tagállamai közül elsőként zárta le a Párizsi Megállapodás belső ratifikációs eljárását. Ennek fényében és a Fidesz–KDNP Képviselőcsoport álláspontjával összhangban szavazatommal támogattam a ratifikáció jóváhagyását.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de ratificar el Acuerdo de París sobre el cambio climático. La rápida y positiva decisión del Parlamento es histórica por su importancia y por la unidad que se ha demostrado. La UE ha acelerado el proceso para que el Acuerdo de París entre en vigor lo antes posible, ya que con la ratificación de la UE ya se llega al mínimo exigido para su aplicación, que era de 55 países que representen el 55 % de las emisiones de gases. No hay duda de que la lucha contra el cambio climático es un ejemplo de cómo la Unión Europea representa a todos los Estados y ejerce una acción común y necesaria a nivel mundial con una sola voz. El Acuerdo de París recoge el compromiso de los países para reducir los gases de efecto invernadero y será obligatorio que los Estados presenten las contribuciones climáticas cada cinco años. El objetivo esencial es evitar que las temperaturas medias aumenten más de dos grados respecto a los niveles anteriores a la Revolución Industrial.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – El Acuerdo de París es el primer acuerdo internacional jurídicamente vinculante que se adopta en materia de cambio climático. Fue adoptado en la 21ª COP de la CMNUCC, la cual tuvo lugar en París del 30 de noviembre al 12 de diciembre de 2015.

Yo he votado a favor para que tanto la Unión como los siete Estados miembros que han completado el proceso de ratificación, puedan depositar sus instrumentos de ratificación en la sede de la ONU en Nueva York el viernes 7 de octubre, lo que permitirá que el Acuerdo de París entre en vigor a tiempo para la COP22, la cual se celebrará en Marrakech del 7 al 18 de noviembre de 2016.

El grupo socialdemócrata en el Parlamento Europeo y la Delegación Socialista Española han trabajado fehacientemente para que la Conferencia de París fuera un éxito, abogando por la adopción de un acuerdo ambicioso y de rápida implementación. Los socialistas piensan que la Unión no puede quedarse al margen de otras potencias mundiales cuando se trata de ratificar, por lo que han votado favorablemente la resolución que habilita al Consejo a adoptar formalmente la decisión de ratificación por procedimiento escrito urgente.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – El Acuerdo de París es el primer acuerdo internacional jurídicamente vinculante que se adopta en materia de cambio climático. Fue adoptado en la 21ª COP de la CMNUCC, que tuvo lugar en París del 30 de noviembre al 12 de diciembre de 2015.

Yo he votado a favor para que tanto la Unión como los siete Estados miembros que han completado el proceso de ratificación, puedan depositar sus instrumentos de ratificación en la sede de la ONU en Nueva York el viernes 7 de octubre, lo que permite que el Acuerdo de París entre en vigor a tiempo para la COP22, que tendrá lugar en Marrakech del 7 al 18 de noviembre de 2016.

El grupo socialdemócrata en el Parlamento Europeo y la Delegación española han trabajado fehacientemente para que la Conferencia de París fuera un éxito, abogando por la adopción de un acuerdo ambicioso y de rápida implementación. Los socialistas piensan que la Unión no puede quedarse atrás de otras potencias mundiales cuando se trata de ratificar, por lo que han votado favorablemente la resolución que habilita al Consejo a adoptar formalmente la decisión de ratificación por procedimiento escrito urgente.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della raccomandazione del Parlamento europeo sul progetto di decisione del Consiglio relativa alla conclusione, a nome dell'UE, dell'accordo di Parigi adottato nell'ambito della Convenzione quadro dell'ONU sui cambiamenti climatici, perché ritengo di fondamentale importanza il consenso del Parlamento europeo per la conclusione dell'accordo di Parigi da parte dell'UE e dei suoi Stati membri.

L'accordo di Parigi entrerà in vigore subito dopo che almeno 55 parti della convenzione (che rappresentano un totale stimato di almeno il 55 % delle emissioni mondiali di gas a effetto serra) avranno depositato presso l'ONU i loro strumenti di ratifica, accettazione, approvazione o adesione. Vi è al momento un crescente impulso nazionale affinché l'accordo di Parigi possa entrare in vigore nel 2016. Di qui l'importanza che l'UE nel suo complesso ratifichi l'accordo tenendo conto della leadership dell'Unione in materia di lotta ai cambiamenti climatici, del suo ruolo nel protocollo di Kyoto e dei suoi continui sforzi per un successivo trattato universale. Per tale ragione, ho condiviso il forte segnale di sostegno in favore della ratifica e quindi l'esortazione rivolta al Consiglio e ai singoli Stati membri ad adottare le misure necessarie per portare a termine il processo di ratifica entro la fine del 2016.

Adam Gierek (S&D), *na piśmie*. – Dzisiaj ratyfikowaliśmy paryskie porozumienie klimatyczne. Ja również głosowałem za przyjęciem tej rezolucji, chociaż myślę, że nie otwiera to jednak dowolnej drogi do podejmowania złych dla niektórych państw członkowskich rozwiązań EU ETS. Energetyka polska, ale także i innych państw członkowskich, oparta jest na węglu. Oznacza to, że gospodarka tych krajów musi być siłą rzeczy bardziej emisyjna.

Odnoszę wrażenie, że nasze unijne cele klimatyczne będą rozwiązywane głównie kosztem przemysłu tych krajów. Mechanizmy tego sztucznego quasi-rynku emisji CO_2, tj. EU ETS, zawierają w sobie ogromny potencjał spekulacyjny, co – moim zdaniem – wcale nie będzie skutkować tym, do czego zobowiązaliśmy się, ratyfikując porozumienie klimatyczne. Nie rokuje to dobrze.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Das Europäische Parlament hat das Signal der Pariser Klimakonferenz bekräftigt. Wir machen Ernst. Und wir machen Tempo. Nur zehn Monate nach der Pariser VN-Klimakonferenz hat die EU das Abkommen ratifiziert. Jetzt kommt es vor allem darauf an, dass China und die USA ihre Verpflichtungen ebenso ernst nehmen.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I am against this recommendation because I oppose the climate change alarmism supported by green lobbies, often financed by the Commission. They are the cause of our current damaging and counter-productive energy policy.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – J'ai voté contre la ratification de l'accord de Paris sur le climat. Ce que l'on nous présente comme un accord contraignant n'est en fait que ce que le droit Romain appelait une pétition de principe. Rien n'y oblige juridiquement les États à réduire leurs émissions de gaz à effet de serre, ni sanctions ni incitations financières. Il n'y a aucun moyen fiable et contraignant de vérifier et mesurer la réalité des efforts auxquels les signataires se sont engagés. Je pense que la célérité avec laquelle les États-Unis, la Chine, le Brésil, l'Inde, parmi les pays les plus pollueurs de la planète, ont ratifié cet accord, avant même l'Union européenne, est un signe de son caractère avant tout déclaratoire.

Du moins pour ces pays. Car, pour sa part, l'Union européenne a toujours eu à cœur de se poser en exemple mondial de vertu. Au prix de la désindustrialisation du continent et d'un chômage de masse. Mais au final, le désastreux bilan carbone de ses importations (méthodes de productions, transports longues distances) annihile ses efforts de bon élève. Aucun gain pour la planète n'en résultera, mais seulement de nouveaux problèmes économiques et sociaux pour les Européens.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este Informe que implica la aprobación del Acuerdo de París, adoptado por consenso en la última COP 21. Aunque se trata de una votación simbólica, ya que la ratificación se tiene que dar a nivel de los Estados miembros, es importante porque supone que el Parlamento Europeo se comprometa con los objetivos del Acuerdo de París, pidiendo a cada Estado miembro de la Unión que ratifique el Tratado. El Acuerdo entrará en vigor en el plazo de un año a partir del 12 de diciembre de 2015.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I am delighted that we have ratified the Paris Climate Agreement. This is essential for the future of our planet and is a crucial step in the direction of a low-carbon future. Labour MEPs will continue to work hard in this field, as much more work must follow this agreement.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui va permettre la ratification des accords de Paris. L'accord trouvé à Paris est un succès. Mais ce succès ne doit pas en rester là! La diplomatie climatique des États membres et de l'Union européenne doit continuer à s'intensifier afin qu'elle fasse naturellement partie de nos relations avec les autres pays. La ratification doit être rapide car la mise en œuvre de chacune des contributions nationales doit être suivie d'effets concrets.

Nous connaissons les effets du changement climatique sur les migrations, la sécurité alimentaire, l'accès aux ressources, l'eau et l'énergie, la propagation des épidémies et l'instabilité sociale et économique. Il est donc fondamental que le suivi de la question du changement climatique implique tous les acteurs, publics ou privés.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – El Acuerdo de París es el primer acuerdo internacional jurídicamente vinculante que se adopta en materia de cambio climático. Fue adoptado en la 21ª COP de la CMNUCC, que tuvo lugar en París del 30 de noviembre al 12 de diciembre de 2015.

Yo he votado a favor para que tanto la Unión como los siete Estados miembros que han completado el proceso de ratificación, puedan depositar sus instrumentos de ratificación en la sede de la ONU en Nueva York el viernes 7 de octubre, lo que permite que el Acuerdo de París entre en vigor a tiempo para la COP22, que tendrá lugar en Marrakech del 7 al 18 de noviembre de 2016.

El grupo socialdemócrata en el Parlamento Europeo y la Delegación española han trabajado fehacientemente para que la Conferencia de París fuera un éxito, abogando por la adopción de un acuerdo ambicioso y de rápida implementación. Los socialistas piensan que la Unión no puede quedarse atrás de otras potencias mundiales cuando se trata de ratificar, por lo que han votado favorablemente la resolución que habilita al Consejo a adoptar formalmente la decisión de ratificación por procedimiento escrito urgente.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. — J'ai apporté tout mon soutien à l'accord historique conclu à Paris l'an dernier sur les changements climatiques. L'heure est à présent venue, pour les pays qui ont ratifié cet accord, de rehausser leurs engagements en matière de réduction d'émissions de gaz à effet de serre, afin de contenir le réchauffement mondial moyen bien en dessous de 2 degrés Celsius.

Le débat va désormais porter sur les outils à mettre en œuvre pour rendre cet accord opérationnel et à la hauteur de l'enjeu. Pour atteindre ces objectifs, je soutiens la création de financements innovants pour lutter contre les changements climatiques, avec, par exemple, la fixation d'un prix plancher pour la tonne de carbone ou la réforme du système européen d'échange de quotas carbone. L'instauration d'une véritable économie circulaire et la dynamisation des énergies renouvelables sont également des voies intéressantes d'action à développer.

En outre, il est indispensable de supprimer les subventions allouées au secteur des énergies fossiles – qui mènera, à terme, à l'abandon des combustions fossiles. Les efforts de réduction des émissions de gaz à effet de serre produites dans les secteurs du transport et de l'agriculture, doivent également s'intensifier. Enfin la question des réfugiés climatiques mérite toute notre attention.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour. The 2015 Paris Agreement is a historically significant landmark in the global fight against climate change. The Paris Agreement is a success for the world and a confirmation of the EU's path towards a low-carbon economy. The EU's negotiation strategy was decisive in reaching the Agreement. The EU has pushed for ambition, bringing its experience of effective climate policy and tradition of negotiation and rules-based international cooperation.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – El Acuerdo de París es el primer acuerdo internacional jurídicamente vinculante que se adopta en materia de cambio climático. Fue adoptado en la 21ª COP de la CMNUCC, que tuvo lugar en París del 30 de noviembre al 12 de diciembre de 2015.

Yo he votado a favor para que tanto la Unión como los siete Estados miembros que han completado el proceso de ratificación, puedan depositar sus instrumentos de ratificación en la sede de la ONU en Nueva York el viernes 7 de octubre, lo que permite que el Acuerdo de París entre en vigor a tiempo para la COP22, que tendrá lugar en Marrakech del 7 al 18 de noviembre de 2016.

El grupo socialdemócrata en el Parlamento Europeo y la Delegación española han trabajado fehacientemente para que la Conferencia de París fuera un éxito, abogando por la adopción de un acuerdo ambicioso y de rápida implementación. Los socialistas piensan que la Unión no puede quedarse atrás de otras potencias mundiales cuando se trata de ratificar, por lo que han votado favorablemente la resolución que habilita al Consejo a adoptar formalmente la decisión de ratificación por procedimiento escrito urgente.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I was happy to support the ratification of the Paris Agreement. Man-made climate change is occurring and it is having devastating impacts on many people across the globe. It is therefore essential that there is a global response to this problem, especially from the developed world. The EU, which played a decisive role in building the coalition of ambition making the adoption of the Paris Agreement possible last December, is a global leader on climate action and needs to continue to lead the way. So far, 62 parties, accounting for almost 52% of global emissions have ratified the Paris Agreement, and after the Council and Member States ratify the agreement it will enter into force. The European Commission has already brought forward the legislative proposals to deliver on the EU's commitment to reducing emissions in the European Union by at least 40% by 2030, and now work on this legislation needs to begin – but it also needs to be fair towards all sectors of society.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A Párizsi Megállapodás elfogadása fordulópontot jelent egy átfogó és közös, globális szintű fellépés irányába. Végrehajtása felgyorsítja az éghajlatváltozás hatásaival szemben ellenállóképes és éghajlati szempontból semleges globális gazdaságra való áttérést. A Párizsi Megállapodás célul tűzte ki, hogy a hőmérséklet-emelkedést 2°C alatt tartja, határértékeket állapít meg az üvegházhatású gázok kibocsátásában, illetőleg – mint kiemelt feladatot – rögzíti a klímaváltozásra érzékenyebb országok segítését. A megállapodás célja, hogy egy fenntarthatóbb, méltányosabb, egészségesebb bolygót tudjunk a jövő generációinak továbbadni.

A megvalósuláshoz kulcsfontosságú volt az Európai Parlament jóváhagyása, amellyel teljesültek a Megállapodás hatályba lépésének feltételei. Magyarország az Európai Unió tagállamai közül elsőként zárta le a Párizsi Megállapodás belső ratifikációs eljárását. Ennek fényében és a Fidesz–KDNP Képviselőcsoport álláspontjával összhangban szavazatommal támogattam a ratifikáció jóváhagyását.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju, u ime Europske unije, Pariškog sporazuma donesenog u sklopu Okvirne konvencije Ujedinjenih naroda o klimatskim promjena jer se time daje suglasnost za sklapanje navedenog Sporazuma, te podržavam ratifikaciju i što brže stupanje na snagu istoga.

Europska unija ima ključnu ulogu u suzbijanju posljedica klimatskih promjena na globalnoj razini, te se stoga mora usredotočiti na efikasnu implementaciju Sporazuma kroz konkretne politike i mjere. Smatram iznimno važnim to što se radi o ujednačenom i pravno obvezujućem sporazumu koji ima za cilj, između ostalog, ograničiti porast prosječne globalne temperature, poticati prijelaz na čistu energiju, te u što većoj mjeri poštovati načela odgovornosti i transparentnosti. Izbjeći opasne klimatske promjene u interesu je svih globalnih aktera, te stoga podupirem ovu Preporuku.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Notre opinion sur les effets néfastes des Accords de Paris ne change pas. Ceux-ci vont poursuivre la désindustrialisation de l'Europe et miner des structures sociales et environnementales déjà bien entamées dans nos pays. La stratégie visant à «décarboner» notre économie ne fait que nous affaiblir davantage face à des pays autrement plus vastes et nocifs comme la Chine et les États-Unis qui se sont bien gardés, de leur côté, de s'aligner sur les niveaux européens de pollution.

J'ai donc choisi de m'abstenir.

Diane James (EFDD), *in writing*. — We in UKIP are against this recommendation because we oppose the climate change alarmism supported by green lobbies, often financed by the Commission. They are the cause of our current damaging and counter-productive energy policy.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D), *por escrito*. – El Acuerdo de París es el primer acuerdo internacional jurídicamente vinculante que se adopta en materia de cambio climático. Fue adoptado en la 21ª COP de la CMNUCC, que tuvo lugar en París del 30 de noviembre al 12 de diciembre de 2015.

Yo he votado a favor para que tanto la Unión como los siete Estados miembros que han completado el proceso de ratificación, puedan depositar sus instrumentos de ratificación en la sede de la ONU en Nueva York el viernes 7 de octubre, lo que permite que el Acuerdo de París entre en vigor a tiempo para la COP22, que tendrá lugar en Marrakech del 7 al 18 de noviembre de 2016.

El grupo socialdemócrata en el Parlamento Europeo y la Delegación española han trabajado fehacientemente para que la Conferencia de París fuera un éxito, abogando por la adopción de un acuerdo ambicioso y de rápida implementación. Los socialistas piensan que la Unión no puede quedarse atrás de otras potencias mundiales cuando se trata de ratificar, por lo que han votado favorablemente la resolución que habilita al Consejo a adoptar formalmente la decisión de ratificación por procedimiento escrito urgente.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Pařížská dohoda je jedním z historicky nejvýznamnějších mezníků v boji proti klimatickým změnám. Hlasoval jsem pro schválení ratifikace ze strany EU, protože dodržování stanovených cílů boje proti znečišťování klimatu a zodpovědný přístup k životnímu prostředí jsou základem zachování čisté planety pro budoucí generace. Stanovené cíle EU v rámci agendy 2030 o udržitelném rozvoji, mezi které patří snížení skleníkových plynů o 40 % oproti úrovni roku 1990 a zvýšení podílu energie z obnovitelných zdrojů na nejméně 27 %, jsou ambiciózním závazkem, kterým EU stvrzuje své odhodlání udržet si vedoucí postavení globálního hráče v oblasti životního prostředí a jít ostatním zemím příkladem.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Giovanni La Via, concernant la ratification de l'accord de Paris par l'Union Européenne. Par une procédure inédite de ratification commune, nous avons officiellement approuvé et signé l'accord de Paris, prévoyant de contenir le réchauffement climatique en dessous de 2 °C et poursuivre les efforts pour limiter la hausse des températures à 1.5 °C. Je salue ce vote qui fait de l'Union européenne un acteur majeur dans la lutte contre le réchauffement climatique.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la conclusion, au nom de l'Union Européenne, de l'accord de Paris car c'est un accord majeur pour l'enjeu mondial du réchauffement climatique. Grâce à ce vote, l'Union Européenne va pouvoir rapidement notifier, en même temps que plusieurs États membres, sa ratification à l'ONU. Il est important que l'Union européenne soit leader sur les questions environnementales.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Η συμφωνία του Παρισιού αποτελεί ορόσημο ιστορικής σημασίας για την καταπολέμηση της κλιματικής αλλαγής και για την πολυμερή συνεργασία. Συνεπώς, υπερψήφισα την σχετική έκθεση του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου.

Jarosław Kalinowski (PPE), *na piśmie*. – Porozumienie paryskie, podpisane przez 28 państw członkowskich UE w Nowym Jorku w kwietniu 2016 r., podkreśla istotę działań na rzecz przeciwdziałania zmianom klimatu i jasno określa cel osiągnięcia „neutralnej dla klimatu gospodarki światowej". Wśród jego najważniejszych postanowień znalazła się m. in. idea ograniczenia poziomu globalnego ocieplenia poniżej 2°C w stosunku do czasów sprzed epoki przemysłowej (docelowo do poziomu 1,5°C), a także wyraźne przesłanie, że niezbędne jest odchodzenie od wykorzystywania ograniczonych zasobów naturalnych, takich jak paliwa kopalne, na rzecz czystej energii odnawialnej. Wszystkie kraje zobowiązały się też do przyjmowania środków łagodzących, które umożliwią im osiągnięcie zadeklarowanych przez siebie celów (EU zobowiązała się do redukcji emisji o co najmniej 40 % do roku 2030). Co pięć lat będą także spotykać się, aby przedstawić sprawozdania z postępów w kwestii redukcji emisji gazów cieplarnianych. W sumie, łącznie z krajami Wspólnoty Europejskiej, podpisanie i ratyfikację porozumienia zadeklarowało 195 państw, a zgodnie z ustaleniami wejdzie ono w życie, jeśli ratyfikuje je co najmniej 55 sygnatariuszy, odpowiedzialnych za co najmniej 55 % światowych emisji.

Unia Europejska odgrywa na arenie międzynarodowej pierwszoplanową rolę w przeciwdziałaniu zmianom klimatu, dlatego w przyjętym dzisiaj dokumencie wzywamy do jak najszybszej ratyfikacji porozumienia.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Klimata pārmaiņas, globālā sasilšana un vidējās gaisa temperatūras paaugstināšanās ir neapstrīdami fakti, ar ko pasaule saskaras jau kādu laiku. Lielākoties šīs ir tieši cilvēka darbības sekas, tāpēc ANO katru gadu satiekas Klimata pārmaiņu konferencēs un apspriež iespējas un mērķus, kā šīs izmaiņas pēc iespējas samazināt. Eiropas Savienības valstis vienmēr ir izvirzījušas ambiciozus mērķus, piemēram, ieviešot emisijas kvotu tirdzniecības sistēmu. Tomēr ir skaidrs, ka ES viena pati nevar pilnībā mazināt globālo sasilšanu. Tas ir visas pasaules valstu kopīgs darbs. Tāpēc pagājušā gada novembrī Parīzē ANO Klimata konferencē valstis parakstīja nolīgumu ar saistošiem klimata pārmaiņu mazināšanas mērķiem. Tas bija liels solis uz priekšu, jo bez citu lielāko CO_2 izmešu emitētāju piekrišanas Eiropas pūles šajā jomā būtu veltas. Tādēļ Eiropas Parlamenta plenārsesijā Strasbūrā es balsoju par Parīzes nolīguma ratifikāciju.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I was proud to vote, along with other Labour MEPs, in favour of the agreement today. It's vital that we protect our planet for the next generation and seize the opportunities of the low-carbon revolution.

Jude Kirton-Darling (S&D), *in writing*. – Today we are welcoming good news. The Paris Agreement on climate change from December last year is a great achievement, in an otherwise challenging year for the EU and the United Nations, and its ratification proves that Europeans can work together and reach compromises that work for all citizens.

I voted for the ratification of the agreement and I wholeheartedly support it. However, now the real hard work begins! In this Parliament, as well as in Member State parliaments, we must create and implement the policies that ensure we meet the targets set out in Paris. We must ensure we create a 'just transition' that does not punish working people and communities, but instead offers new, high-quality jobs for our constituencies and sustainable growth for our economies. Tackling climate change must be turned into an opportunity not just a challenge.

Jaromír Kohlíček (GUE/NGL), *písemně*. – Pařížská dohoda je pro návaznost na Kjótský protokol logickým krokem, protože je nezbytné, aby k dohodě přistoupilo minimálně takové množství smluvních stran, aby jejich celkové emise skleníkových plynů tvořily alespoň 55% celosvětového množství. ER má snahu ve spolupráci s EP ratifikaci protokolu podpořit svým usnesením. Vedle států EU vyjádřily Norsko a Island úmysl podílet se na společném postupu. Podle čl. 4 odst. 16 Pařížské dohody je nutné, aby úroveň emisí přidělená Unii byla v souladu se závazky úrovní emisí jednotlivých členských států. Změny využívání půdy a lesnictví, politiky v oblasti energetiky a změny klimatu v období do roku 2030 jsou v této souvislosti zahrnuty v nově připravovaných právních předpisech. Unie i členské státy v souladu s čl. 4 odst. 18 společně odpovídají za přípravu dohody ohledně oznámení a zachovávání vnitrostátně stanovených příspěvků redukce emisí, kterých chtějí dosáhnout. Cílem do roku 2030 je dosáhnout alespoň 40% snížení skleníkových plynů. Každých 5 let, počínaje rokem 2023, se státy Pařížské dohody zavazují hodnotit výsledky a upravovat nástroje nutné k dosažení co nejlepšího efektu. Dlouhodobým cílem dohody je udržet globální nárůst teploty výrazně pod 2°C ve srovnání s úrovní před průmyslovou revolucí. Parlament, jak doufám, výraznou většinou cíle návrhu rozhodnutí Rady podpoří.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Ochrana životního prostředí se jako téma objevuje čím dál častěji a to z jednoho prostého důvodu. Lidstvo se ocitlo na hranici, kdy je ještě teoreticky možné zachránit životně důležité ekosystémy, které nutně potřebujeme, abychom mohli na této planetě přežít. Ratifikace dohody COP21 je krok tím správným směrem a jsem ráda, že vůdčí iniciativu má v tomto ohledu Evropská unie, ale jak všichni moc dobře víme, je to pouze první krok. Navíc je třeba si přiznat, že dohoda neposkytuje státům žádný závazný návod, jak cíle dosáhnout. Navíc o její reálné právní vymahatelnosti by se zajisté daly vést rozporuplné diskuze. Vše je tak v rukou jednotlivých států, kde dohoda bude muset projít řádnou ústavní ratifikací. Osobně však považuji za esenciální, abychom na tento skvělý akt ihned navázali aktivitami směřujícími k jejímu naplňování a snažili se efektivně řešit palčivé problémy naší doby. Věřím, že jsme schopni tímto směrem vykročit, a proto jsem při rozhodování o COP21 hlasovala ano.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A Párizsi Megállapodás elfogadása fordulópontot jelent egy átfogó és közös, globális szintű fellépés irányába. Végrehajtása felgyorsítja az éghajlatváltozás hatásaival szemben ellenállóképes és éghajlati szempontból semleges globális gazdaságra való áttérést. A Párizsi Megállapodás célul tűzte ki, hogy a hőmérséklet-emelkedést 2°C alatt tartja, határértékeket állapít meg az üvegházhatású gázok kibocsátásában, illetőleg – mint kiemelt feladatot – rögzíti a klímaváltozásra érzékenyebb országok segítését. A megállapodás célja, hogy egy fenntarthatóbb, méltányosabb, egészségesebb bolygót tudjunk a jövő generációinak továbbadni.

A megvalósuláshoz kulcsfontosságú volt az Európai Parlament jóváhagyása, amellyel teljesültek a Megállapodás hatályba lépésének feltételei. Magyarország az Európai Unió tagállamai közül elsőként zárta le a Párizsi Megállapodás belső ratifikációs eljárását. Ennek fényében és a Fidesz–KDNP Képviselőcsoport álláspontjával összhangban szavazatommal támogattam a ratifikáció jóváhagyását.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепих ратификацията на Парижкото споразумение, прието по Рамковата конвенция на ООН по изменение на климата, тъй като това е важна крачка за глобалните действия срещу климатичните промени. Съгласието на Европейския парламент отваря пътя към преодоляването на двойния праг и влизането на Парижкото споразумение в сила преди Конференцията за климатичните промени КОП 22 в Маракеш от 7 до 18 ноември 2016 г.

Смятам че, ранната ратификация на споразумението е първостепенен приоритет за ЕС. Трябва да се избегне ситуация, при която споразумението да влезе в сила без ЕС да е страна по него, тъй като ЕС е световен лидер в политиките за действия срещу измененията на климата и най-голям финансов донор в света.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La conclusione dell'accordo di Parigi ha rappresentato un giorno storico per l'Europa e per il mondo intero. A Parigi si è delineato un percorso ambizioso, da attuare fino alla fine del secolo, per limitare il riscaldamento globale «ben al di sotto» dei 2°C e compiere sforzi per mantenerlo entro 1,5°C. Si tratta di una decisione importante, perché, come la scienza ci mostra, l'innalzamento della temperatura globale si ripercuote negativamente su tutte le regioni del mondo. I ghiacciai si sciolgono e cresce il livello dei mari. In alcune zone, fenomeni meteorologici estremi e le precipitazioni si manifestano più frequentemente, mentre altre sono colpite da forti siccità e aumenti delle temperature anomali. L'accordo prevede la riduzione della produzione di emissioni di gas serra, attraverso piani di impegno nazionali da monitorare e rivedere, alla luce dei progressi compiuti, ogni cinque anni. Si prevedono anche obblighi di finanziamento per aiutare i paesi più poveri a sviluppare fonti di energia meno inquinanti. L'Europa ha già fatto i suoi compiti, in vista del raggiungimento degli obiettivi di Parigi, mettendo sul tavolo proposte di politiche concrete, mentre altre sono ancora in corso di elaborazione, per realizzare i target UE.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu car, certes, les accords de Paris sont pavés de bonnes intentions, mais ils serviront surtout à accélérer la désindustrialisation de l'Europe et à n'en faire qu'une zone de chalandise pour produits manufacturés dans des pays tiers dans des conditions sociales et environnementales accablantes.

Il est tout à fait contre-productif de poursuivre la stratégie engagée de «décarbonation de l'économie» de l'UE tant que la Chine (qui prévoit d'augmenter sa pollution) et surtout les États-Unis n'auront pas rejoint les niveaux européens de pollution en équivalent tonne de CO_2/habitant.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour l'adoption de ce rapport qui valide la ratification de l'accord de Paris, négocié lors de la COP 21 en décembre dernier. En effet, la ratification par l'Union européenne permet d'atteindre les deux «seuils» fixés par l'ONU (55 pays et 55% des émissions de CO_2) pour l'entrée en vigueur de l'accord sous un mois.

Ce vote positif concrétise l'engagement de l'Union européenne et de ses États membres pour des objectifs volontaires et réalistes dans la lutte contre le changement climatique au niveau mondial: un geste fort pour l'avenir de la planète et celui de nos enfants!

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – L'accord de Paris pour limiter le réchauffement climatique se donne pour objectif de limiter le réchauffement climatique sous le seuil des 2 degrés. Au-delà le Groupe d'experts intergouvernemental sur l'évolution du climat de l'ONU (GIEC) estime que les conséquences du réchauffement climatique seront incontrôlables.

Pour ne pas dépasser ce seuil, chaque pays signataire s'engage à réduire ses émissions de gaz carbonique selon leur niveau de responsabilité et de richesse. Chaque pays devra pour cela soumettre ses contributions tous les 5 ans pour atteindre cet effort commun. Enfin, pour solder leur «dette climatique» les pays riches du Nord s'engagent à mobiliser 100 milliards de dollars par an d'aide à l'adaptation aux conséquences du réchauffement climatique.

Pour entrer en vigueur cet accord requerrait la signature de 55 pays représentant 55% des émissions mondiales. Sans l'Union européenne 62 pays représentant 51,89% des émissions avaient déjà signé l'accord dont les États-Unis, la Chine et l'Inde. Avec la ratification de l'Union européenne d'engager que j'ai soutenu par ce vote ce sera chose faite.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur la conclusion, au nom de l'Union européenne, de l'accord de Paris adopté au titre de la convention-cadre des Nations unies sur les changements climatiques. Ce texte servira surtout à accélérer la désindustrialisation de l'Europe et à n'en faire qu'une zone de chalandise pour produits manufacturés dans des conditions sociales et environnementales accablantes.

Il est tout à fait contre-productif de poursuivre la stratégie engagée de «décarbonation de l'économie» de l'UE tant que la Chine (qui prévoit d'augmenter sa pollution) et surtout les États-Unis n'auront pas rejoint les niveaux européens de pollution en équivalent tonne de CO_2/habitant.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – J'ai rejeté ce rapport, qui propose de donner le feu vert au Conseil pour ratifier les Accords de Paris issus de la COP21. Au-delà des questions procédurales de ratification, nous demeurons opposés à ces accords.

En effet, ils vont surtout accélérer la désindustrialisation de l'Europe, pour n'en faire qu'un gigantesque marché où transiteront des produits manufacturés dans des conditions socio-environnementales accablantes.

Enfin, il est totalement illusoire de poursuivre la stratégie engagée de «décarbonisation de l'économie» de l'UE, tant que les autres puissances commerciales et industrielles ne se mettent pas au diapason. La Chine (qui prévoit d'augmenter sa pollution) ainsi que les États-Unis sont très loin de rejoindre les niveaux européens de pollution en équivalent tonne de CO_2 par habitant.

Javi López (S&D), *por escrito*. – El Acuerdo de París es el primer acuerdo internacional jurídicamente vinculante que se adopta en materia de cambio climático. Fue adoptado en la 21ª COP de la CMNUCC, que tuvo lugar en París del 30 de noviembre al 12 de diciembre de 2015.

Yo he votado a favor para que tanto la Unión como los siete Estados miembros que han completado el proceso de ratificación, puedan depositar sus instrumentos de ratificación en la sede de la ONU en Nueva York el viernes 7 de octubre, lo que permite que el Acuerdo de París entre en vigor a tiempo para la COP22, que tendrá lugar en Marrakech del 7 al 18 de noviembre de 2016.

El grupo socialdemócrata en el Parlamento Europeo y la Delegación española han trabajado fehacientemente para que la Conferencia de París fuera un éxito, abogando por la adopción de un acuerdo ambicioso y de rápida implementación. Los socialistas piensan que la Unión no puede quedarse atrás de otras potencias mundiales cuando se trata de ratificar, por lo que han votado favorablemente la resolución que habilita al Consejo a adoptar formalmente la decisión de ratificación por procedimiento escrito urgente.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – El Acuerdo de París es el primer acuerdo internacional jurídicamente vinculante que se adopta en materia de cambio climático. Fue adoptado en la 21ª COP de la CMNUCC, que tuvo lugar en París del 30 de noviembre al 12 de diciembre de 2015.

Yo he votado a favor para que tanto la Unión como los siete Estados miembros que han completado el proceso de ratificación, puedan depositar sus instrumentos de ratificación en la sede de la ONU en Nueva York el viernes 7 de octubre, lo que permite que el Acuerdo de París entre en vigor a tiempo para la COP22, que tendrá lugar en Marrakech del 7 al 18 de noviembre de 2016.

El grupo socialdemócrata en el Parlamento Europeo y la Delegación española han trabajado fehacientemente para que la Conferencia de París fuera un éxito, abogando por la adopción de un acuerdo ambicioso y de rápida implementación. Los socialistas piensan que la Unión no puede quedarse atrás de otras potencias mundiales cuando se trata de ratificar, por lo que han votado favorablemente la resolución que habilita al Consejo a adoptar formalmente la decisión de ratificación por procedimiento escrito urgente.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la ratificación en nombre de la Unión del Acuerdo de París, puesto que se trata de un gesto simbólico de validación de este acuerdo negociado por las partes, que luego ha de ser ratificado e implementado por cada Estado miembro de las Naciones Unidas.

Ahora bien, no comparto la retórica triunfalista sobre este Acuerdo de París. Si bien mi voto ha sido favorable, este acuerdo me resulta insuficiente, puesto que se basa fundamentalmente en los compromisos voluntarios y mecanismos de mercado que crítico. He votado a favor de este acuerdo de mínimos, siendo consciente de que a pesar de los avances, está aún lejos de ser una respuesta efectiva al cambio climático.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – La presente recomendación aprueba la celebración del Acuerdo de París en nombre de la Unión Europea.

La Unión Europea es desde hace tiempo líder en la lucha contra el cambio climático y aprobar este acuerdo lo corrobora. El Acuerdo de París es un hito histórico en la lucha contra el cambio climático que ha reunido a casi 200 países en su ambición de rebajar las emisiones de CO_2 para limitar el calentamiento mundial a través de medidas ambiciosas, equilibradas, equitativas, y siendo jurídicamente vinculante.

Doy mi voto favorable a este trascendental Acuerdo, ya que guiará irrevocable y decisivamente hacia una economía mundial climáticamente neutra y servirá como precedente de que una acción mundial colectiva y efectiva es posible. Hemos de proporcionar a las generaciones próximas un futuro más estable y próspero a través de un mundo sostenible y sano.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I support this recommendation on the Paris Agreement. The agreement sets out a qualitative long-term emissions reduction goal.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Smlouva je vágní, neobsahuje žádné měřitelné závazky ani mechanismy jejich vynucení, takže i se smlouvou půjde život jako dosud, dalo by se říct, že smlouva je bezzubá a zbytečná. Přesto ponouká zúčastněné státy k nešvarům, které známe z EU: akčním plánům, genderové politice, regulacím, příspěvkům a dotacím. Tyto politiky se přitom neosvědčily a vedly už dosud k mnoha škodám, ničení půdy řepkou a solárními panely, růstu cen energií i potravin, růstu daní a zastavení hospodářského růstu. Co by se tedy mělo dělat, když tyto smlouvy jsou podle mě neúčinné? Když země bohatnou, přirozeně omezují emise škodlivin a chtějí více lesů a parků. A to je dobře. Nesmíme proto uregulovat země ke stagnaci. Hospodářský růst, přirozená péče o životní prostředí, bezpečná jaderná energie a rozvoj moderních technologií jsou nejlepší cesta k omezení skleníkových plynů.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Pariški klimatski sporazum ključno je postignuće u borbi protiv klimatskih promjena, a njegovim donošenjem postignut je odlučan zaokret prema sveobuhvatnom i zajedničkom globalnom djelovanju i nastojanja da se ublaži globalno zatopljenje. Ova nastojanja ne smiju se smatrati preprekama gospodarskom rastu, nego pokretačem ostvarenja novog održivog rasta i zapošljavanja.

6. ožujka 2015. EU i države članice predale su svoje predviđene i na nacionalnoj razini određene doprinose UNFCCC-u kojima se obvezuju da će biti usmjereni postizanju obvezujućeg cilja smanjenja domaćih emisija stakleničkih plinova za najmanje 40 % do 2030. Za to je potrebno aktivno uključenje država članica i podrška marokanskom predsjedništvu u njegovoj usredotočenosti na doprinos obnovljivih izvora energije u borbi protiv klimatskih promjena. Nužno je povećanje opsega mjera do 2020. kako bi se ispunili ciljevi za smanjenje emisija stakleničkih plinova, energiju iz obnovljivih izvora i uštedu energije. S obzirom na učinak koji iskorištavanje sirovina i zbrinjavanje otpada imaju na emisije stakleničkih plinova, prijelaz prema globalnom gospodarskom modelu kružnog gospodarstva mora biti na odgovarajući način obuhvaćen u okviru konferencije COP 22.

Smatram da je potreban globalno usuglašeni poticaj prema inovacijama u području tehnologija za čistu i obnovljivu energiju, ključan za postizanje klimatskih ciljeva i poticanje rasta, stoga sam podržala ovu rezoluciju.

Светослав Христов Малинов (PPE), *в писмена форма*. – Днес Европейският парламент ратифицира най-голямото и първото по рода си обвързващо споразумение срещу изменението на климата. Огромно мнозинство в пленарна зала от 610 гласа „за“ (90%) застана зад текста. Това бе историческо гласуване, с което се гарантира, че Парижкото споразумение за борба с климатичните промени ще влезе в сила до края на годината. Споразумението за първи път обвързва със задължителен характер страните да предприемат конкретни мерки за ограничаване на глобалното затопляне до под 2°C. Европа е глобален лидер в битката с климатичните промени и днес затвърдихме това. Нека не забравяме, че това е само началото на един дълъг път и от всички нас зависи да превърнем това споразумение в успех.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Cieľom Parížskej dohody je dosiahnuť klimatickú neutralitu prostredníctvom zásadnej zmeny v znižovaní emisií skleníkových plynov a postupného prechodu na nové technológie. V druhej polovici tohto storočia sa bude môcť vypustiť len toľko emisií, koľko bude schopná príroda zvládnuť. Dohoda stanovuje povinnosti všetkým zmluvným stranám nielen v oblasti monitorovania, ale aj pri redukcií emisií. Európska únia vytvára približne 12 % svetových emisií skleníkových plynov. Na platnosť Parížskej dohody je potrebné, aby ju ratifikovalo a uložilo s tým súvisiace listiny v OSN najmenej 55 zmluvných strán dohovoru, ktoré celkovo tvoria odhadom aspoň 55 % globálnych emisií skleníkových plynov. Som rád, že Slovensko patrí medzi sedem členských štátov Únie, ktoré ukončili vnútroštátny proces ratifikácie Parížskej dohody.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – Suite à l'accord trouvé le 30 septembre dernier par les ministres de l'environnement des 28 États membres, le Parlement européen s'est prononcé aujourd'hui sur l'accord de Paris sur le climat. Grâce à une large majorité à laquelle j'ai participé, la Commission européenne devrait rapidement ratifier l'accord de Paris sans passer par la ratification de chaque État membre.

Pour entrer en vigueur, cet accord devait être ratifié par au moins 55 États représentants plus de 55 % des émissions mondiales de gaz à effet de serre. Aujourd'hui, les 28 États membres de l'Union européenne viennent donc s'ajouter aux 62 pays qui ont déjà ratifié l'accord et qui représentent 52 % des émissions mondiales de gaz à effet de serre.

Avec la ratification par l'Union européenne, l'accord de Paris entrera en vigueur à l'occasion de la 22ème conférence des Nations unies sur le climat qui se tiendra du 7 au 18 novembre prochains à Marrakech. Je m'en félicite.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Όπως έχω τονίσει και παλαιότερα, η Συνθήκη των Παρισίων για την κλιματική αλλαγή (COP21) δεν δημιούργησε σαφές πλαίσιο αντιμετώπισης του φαινομένου της κλιματικής αλλαγής διότι, μεταξύ άλλων, δεν έθιξε δύο μείζονα προβλήματα που θα κληθούμε να αντιμετωπίσουμε στο μέλλον. Το πρώτο μείζον πρόβλημα είναι εκείνο του παραγωγικού μοντέλου που ευθύνεται για την υπερθέρμανση του πλανήτη και το δεύτερο είναι αυτό της κλιματικής μετανάστευσης. Η Συμφωνία των Παρισίων (COP21) δεν κάνει καμιά αναφορά στο καθεστώς του κλιματικού πρόσφυγα ή μετανάστη αν και, μόνο για την περίοδο 2008-2013, ο αριθμός τους υπολογίζεται σε 166 εκατομμύρια. Τέλος, η διαδικασία κύρωσης της εν λόγω Συνθήκης σε επίπεδο ΕΕ και η έγκρισή της από το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο πριν ολοκληρωθεί η διαδικασία κύρωσής της στα Κοινοβούλια των κρατών-μελών της Ένωσης αντίκειται στο γράμμα και στο πνεύμα τόσο της Συνθήκης για την Ευρωπαϊκή Ένωση (ΣΕΕ) όσο και της Συνθήκης για τη Λειτουργία της Ευρωπαϊκής Ένωσης (ΣΛΕΕ).

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu pour ce texte. Ce texte souhaite permettre au Conseil de ratifier l'Accord de Paris issu de la COP21. Or, cet accord prône la désindustrialisation de l'Europe et risque de transformer notre continent en zone de chalandise pour produits manufacturés dans des conditions sociales et environnementales scandaleuses, ce à quoi nous nous opposons.

Par ailleurs, il est contre-productif de continuer nos efforts de «décarbonisation de l'économie», tant que la Chine et les USA restent bien au-dessus des seuils européens sur la valeur de CO_2 par habitant.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – Cooperation among EU Member States is important in order to address climate change at an international level. Therefore, I voted in favour of the Resolution on the draft Council decision on EU conclusion of the Paris Agreement. The agreement is a basis for effectively combating climate change through the employment of sustainable methods and practices. Limiting global warming is one of the main goals, and European Union Member States are showing their interest and involvement in the matter by having set an ambitious target of reducing greenhouse gas emissions by at least 40% domestically by 2030.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – La COP 21 constitue, malgré ses limites inévitables, une réussite incontestable de la diplomatie climatique multilatérale. Et dans cette perspective, la décision des 28 États membres de l'Union européenne de ratifier collectivement l'Accord de Paris est une expression très positive de l'intégration européenne et de l'affirmation de l'Union comme un acteur central de cette diplomatie verte. Il est capital que les États demeurent engagés à la mise en œuvre de l'Accord.

Grâce à cette ratification, l'Accord de Paris entrera en vigueur à l'occasion de la COP 22 au Maroc. La rapidité des ratifications est un facteur clef de sa bonne application, et d'ores et déjà 62 États représentant 52% des émissions mondiales de gaz à effet de serre ont ratifié l'Accord.

J'ai donc voté sans réserve en faveur de cette ratification.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω το σχέδιο πρότασης της Επιτροπής για τη συμφωνία του Παρισιού διότι εκτιμώ ότι οφείλει η ΕΕ να διαδραματίσει ηγετικό ρόλο στην καταπολέμηση της αλλαγής του κλίματος καθώς και να εργαστεί για μια μεταγενέστερη παγκόσμια συνθήκη. Θεωρώ επίσης ότι η απόφαση για τη σύναψη της συμφωνίας του Παρισιού θα στείλει ένα δυνατό μήνυμα και θα αναδείξει την πρωτοπορία της ΕΕ και των κρατών μελών της στις προσπάθειες για να αντιμετωπιστεί σε διεθνές επίπεδο η αλλαγή του κλίματος. Παράλληλα, θα συμβάλει καθοριστικά στις προσπάθειες του υπόλοιπου πλανήτη για την αντιμετώπιση των κλιματικών μεταβολών.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Hier geht es um das Übereinkommen von Paris (COP 21). Dieses Abkommen soll dem Schutze unseres Klimas und unserer Umwelt gelten, jedoch stellt dieses Übereinkommen keinen Schritt in die richtige Richtung dar und ist mit meinem Verständnis für Klimaschutz nicht vereinbar. Hier wird die Atomenergie als probates Mittel zur Erreichung von Emissions-Reduktionszielen angesehen. Weiter zeigt die Studie des Corporate Europe Observatory (CEO), dass bei der COP 21 dieselben Global Player am Verhandlungstisch saßen, welche auch die TTIP und das CETA unterstützen. Daher hab ich dieses Übereinkommen abgelehnt.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu Europos Parlamento sprendimui ratifikuoti Paryžiaus klimato kaitos sutartį. Manau, jog tai padės spręsti ypač svarbius klimato kaitos klausimus tarptautiniu lygmeniu.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – L'UE est une partie à part entière de l'accord COP 21 de Paris sur le réchauffement climatique en plus des 28 pays qui la composent. Cependant les règles actuelles ne lui permettent pas de ratifier l'accord avant que les 28 États membres ne l'aient fait. Or si certains membres (comme la France) ont d'ores et déjà ratifié l'accord, d'autres repoussent l'échéance (Pologne).

Le rapport propose d'autoriser l'UE à ratifier l'accord de Paris, avant qu'il n'ait été ratifié par l'ensemble des États membres. Ce qui permet à l'UE de ratifier cet accord avant sa date d'entrée en vigueur, prévue 30 jours après avoir été ratifié par au moins 55 pays représentant 55% des émissions. Par cette décision l'UE serait autorisée à siéger au sein de l'organe de décision de l'ONU qui organisera la prochaine étape de l'accord le 7 novembre, lors de la COP 22, à Marrakech.

Au final il s'agit donc surtout de permettre à l'UE d'obtenir un siège à part entière dans une instance de l'ONU. Ce qui lui permettra également de se féliciter d'avoir ratifié un accord obsolète puisque l'objectif de limitation du réchauffement à 2°C est déjà contourné et dépassé. Tout ça pour ça! Je m'abstiens.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport propose de donner le feu vert au Conseil pour la ratification de l'Accord de Paris issu de la COP21. Sur l'essentiel du sujet, nous demeurons opposés aux Accords de Paris qui serviront surtout à accélérer la désindustrialisation de l'Europe et à n'en faire qu'une zone de chalandise pour produits manufacturés dans des conditions sociales et environnementales accablantes. Il est tout à fait contre-productif de poursuivre la stratégie engagée de «décarbonation de l'économie» de l'UE tant que la Chine et surtout les États-Unis n'auront pas rejoint les niveaux européens de pollution en équivalent tonne de CO_2/habitant. Je me suis donc abstenue sur ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O Acordo de Paris representa um feito de grande significado histórico na luta contra as alterações climáticas e pelo multilateralismo, e constitui um acordo ambicioso, equilibrado, equitativo e juridicamente vinculativo. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I was proud to vote in favour of this resolution giving Parliament's consent to the Paris Agreement. As the EU is one of the principal actors in the fight against Climate Change, it is essential that it continues to play a leading role in addressing global warming.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — Halfweg vorige eeuw is men wereldwijd tot de vaststelling gekomen dat het met ons klimaat de verkeerde kant uit ging. Ondertussen heeft wetenschappelijk onderzoek aangetoond dat industriële activiteiten aan de basis liggen van die klimaatverandering. In 1997 werd in Kyoto de uitstoot van schadelijke broeikasgassen voor het eerst aan banden gelegd. Nadien zouden nog vele klimaatconferenties volgen. Met wisselend succes. Want ofwel bleven grote industrielanden zoals de VS en China aan de zijlijn staan, ofwel werden ambities bijgesteld. Daarom is de klimaatovereenkomst van Parijs om verschillende redenen "historisch" te noemen. Eén: omdat alle partners de klimaatdreiging nu wél ernstig hebben genomen en zich meteen ook engageren om de temperatuurstijging te beperken tot 1,5 °C. Twee: de snelle ratificatie komt er dankzij een versterkte multilaterale aanpak, wat het bewijs levert dat mondiale uitdagingen het best worden aangepakt, als ze samen worden aangepakt. Nu komt het er op aan snel een concreet en ambitieus klimaatbeleid te ontwikkelen om die doelstelling van 1,5°C te bereiken. Dit veronderstelt ernstige inspanningen om de uitstoot van schadelijke gassen terug te dringen, nieuwe energietechnologieën te introduceren en een volstrekt duurzame economie te ontwikkelen. Met deze ratificatie herbevestigt de EU haar wereldwijde engagement voor een beter milieu.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — Parížska dohoda, ktorá bola prijatá 12. decembra 2015 v rámci Rámcového dohovoru OSN o zmene klímy (UNFCCC), predstavuje rozhodujúci posun od opatrení malého počtu aktérov ku komplexným a kolektívnym opatreniam na svetovej úrovni – v súčasnosti má dohoda už 191 signatárov. Dohoda je otvorená na podpis od 22. apríla 2016 a nadobudne platnosť, ak najmenej 55 zmluvných strán dohovoru, ktoré celkovo tvoria aspoň 55 % globálnych emisií skleníkových plynov, uloží svoje listiny o ratifikácii, prijatí, schválení alebo pristúpení v OSN. K dnešnému dňu dohodu ratifikovalo 62 zmluvných strán, ktoré spolu predstavujú približne 52 % globálnych emisií skleníkových plynov. Domnievam sa, že rozhodnutie o ratifikácii uzavretia Parížskej dohody na úrovni členských štátov a EÚ najneskôr do konca roka 2016 by prispelo k zvýrazneniu postavenia EÚ a jej členských štátov, k ich trvalému úsiliu o riešenie zmeny klímy na medzinárodnej úrovni, ako aj k celkovému medzinárodnému úsiliu v boji proti zmene klímy. Za návrh preto hlasujem kladne.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the Conclusion on behalf of the EU of the Paris Agreement adopted under the UN Framework Convention on Climate Change. The Agreement was reached last year in the UN Climate Conference in Paris. There is no time to waste, or the human, economic and environmental consequences will become unbearable. By protecting our planet, we will also be setting the path for a smart and sustainable economic growth.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – The EU ratification of the Paris Agreement contributes to the conclusion of the 55% threshold needed in order for the agreement to enter into force. By voting in favour of this recommendation, I gave full consent for the urgent ratification and implementation of the Paris Agreement in Europe. A historic vote that marks the first global climate deal, which is legally binding and will come into force in November 2016 — just in time for the COP 22 Climate Change Conference in Marrakesh.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az ENSZ Éghajlat-változási Keretegyezménye részes feleinek 2015. november 30. és december 12. között Párizsban megrendezett 21. konferenciáján egy olyan megállapodás szövegét fogadták el, amely az éghajlatváltozás kihívására adandó globális válaszok erősítését irányozza elő. A Bizottság a Párizsi Megállapodás lehető leggyorsabb aláírását és ratifikálását szorgalmazta, 2016. március 18-i döntésében pedig az Európai Tanács is aláhúzta annak fontosságát, hogy az egyezményt az EU és tagállamai a lehető leghamarabb fogadják el. A 2016. április 22-én New Yorkban megrendezett magas szintű aláírási ceremónián az Európai Unió részéről a Bizottság és a Tanács, továbbá mind a 28 tagállam parafálta a megállapodást.

A megállapodás ratifikálásához a Tanácsnak a Parlament egyetértésével meghozott döntése szükséges. A Környezetvédelmi, Közegészségügyi és Élelmiszer-biztonsági Bizottság jelentésében azt indítványozza, hogy a Parlament a megállapodás ratifikálásával értsen egyet. Ennek megfelelően szavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O Acordo de Paris, aprovado em dezembro de 2015, constitui uma vitória global na luta contra as alterações climáticas.

As alterações climáticas estão em curso e a ação humana tem sido a principal causa do aquecimento climático registado desde meados do século XX. Nesse sentido, é preocupante o impacto generalizado e substancial das alterações climáticas, já evidentes, nos sistemas naturais e humanos em todos os continentes e oceanos.

O Acordo de Paris sobre o Clima foi um feito histórico na luta contra as alterações climáticas e é de saudar o compromisso assumido de reduzir as emissões globais para zero emissões líquidas durante a segunda metade do século. A UE deve diligenciar no sentido de exercer pressão junto das Partes que ainda não se encontrem em sintonia com o delineado pelo Acordo de Paris.

Defendo a necessidade da obtenção de esforços suplementares com o propósito de garantir a mobilização dos meios financeiros para a luta contra as alterações climáticas, a fim de se atingir a meta de 100 mil milhões de dólares até 2020.

Pelo exposto, apoio a recomendação.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à donner feu vert au Conseil pour la ratification de l'Accord de Paris issu de la COP21 qui entrera en vigueur lorsqu'au moins 55 pays représentant 55% des émissions mondiales de gaz l'auront ratifié. La Chine et les États-Unis ont déjà ratifié l'Accord accélérant ainsi le processus de mise en application. Le conseil ne peut ratifier l'accord au nom de l'UE qu'avec l'aval du parlement européen.

Cependant, cet accord est éminemment critiquable puisqu'il risque d'accélérer la désindustrialisation des pays de l'UE et de donner encore plus de compétitivité aux pays ayant choisi de ne pas le ratifier.

En effet, les États-Unis ou la Chine n'ont pas les mêmes exigences en matières d'émission de CO_2 par habitant. Enfin, cette compétence doit revenir aux seuls États et non à l'UE. J'ai donc décidé de voter de m'abstenir.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte relatif à la conclusion de l'accord de Paris au nom de l'Union européenne. La mobilisation de la communauté internationale dans la lutte contre le réchauffement climatique est nécessaire et ne doit pas s'arrêter. Je salue donc l'adoption de cet accord qui prévoit de maintenir le réchauffement climatique «bien en dessous de 2 °C par rapport aux niveaux préindustriels» et de «poursuivre les efforts pour limiter la hausse des températures à 1,5 °C».

Il faudra dorénavant regarder avec une très grande attention. le respect par les États des contributions qu'ils se sont fixés, dans le cadre du mécanisme de transparence qui conduira un comité d'experts internationaux à vérifier publiquement les informations fournies par les pays en termes de suivi de leurs émissions et des progrès accomplis pour les réduire.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Considerando che gli effetti devastanti del cambiamento climatico, realtà storica scientificamente provata, diventerebbero irreversibili una volta superata la soglia limite di un innalzamento della temperatura pari a due gradi; considerando l'impegno dei Capi di governo di 195 paesi a contenere tale aumento entro uno grado e mezzo; dimostrata l'infondatezza della teoria secondo cui le misure ambientali frenino la crescita e, al contrario, convinti che le politiche di mitigazione e adattamento al cambiamento climatico rappresentino un investimento a lungo termine; tenuto conto che, negli ultimi trent'anni in Europa, al crollo delle emissioni di gas serra è corrisposto un aumento del prodotto interno lordo; osservata la realtà delle oltre 19 milioni di persone costrette a lasciare la propria casa per cause ambientali; considerando la nostra responsabilità di fronte alle future generazioni; analizzate infine le analisi scientifiche ed economiche in supporto a queste tesi, esprimiamo, con forte convinzione, un voto favorevole sull'approvazione dell'Accordo di Parigi. A fronte delle logoranti trattative, durate vent'anni, il risultato di Parigi è infatti una vittoria politica e diplomatica, oltre che europea, del sistema multilaterale stesso. La credibilità delle Nazioni Unite era, infatti, minacciata dai fallimenti che hanno preceduto e seguito lo sconfortante epilogo della Conferenza di Copenaghen.

József Nagy (PPE), *písomne*. – Parížska klimatická dohoda je nie len o životnom prostredí, ale je to jedna z posledných možných globálnych mierových dohôd. Očakávané klimatické zmeny môžu vyvolať veľké sťahovanie národov, čo už teraz spôsobuje ozbrojené konflikty. Podpora čistých alternatívnych zdrojov energií zase vedome nahradzuje ropu a zemný plyn, o ktoré vedie ľudstvo v posledných desaťročiach čoraz krvavejšie vojny.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – We have reached a world limit in the climate change problem. I have voted for this recommendation, which will bring about important measures in achieving the EU's objective for the global climate change issue.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Acordul de la Paris, din 2015, este primul acord multilateral privind schimbările climatice acoperind aproape toate emisiile la nivel mondial. Acordul este un succes pentru întreaga lume și o confirmare a orientării UE în direcția unei economii cu emisii scăzute de dioxid de carbon.

Proiectul uniunii energetice pune la dispoziție un cadru mai amplu în care UE poate oferi un mediu favorabil adecvat pentru tranziția energetică. Potrivit Agenției Internaționale a Energiei, punerea integrală în aplicare a planurilor climatice va conduce la investiții de 13,5 trilioane USD în eficiența energetică și tehnologii cu emisii scăzute de dioxid de carbon între 2015 și 2030, cu o medie anuală de 840 de miliarde USD.

În plus, viitoarea strategie pentru cercetare, inovare și competitivitate privind uniunea energetică va profita de sinergiile între sectorul energetic, sectorul transporturilor, economia circulară, precum și inovarea industrială și digitală. Acest lucru ar trebui să ducă la creșterea competitivității tehnologiilor europene actuale și viitoare cu emisii scăzute de dioxid de carbon și eficiente din punct de vedere energetic.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport care aprobă acest Acord istoric semnat la Paris de 187 de părți și care își propune să protejeze habitatul în care trăim, lăsându-l la fel de agreabil generațiilor ce vor veni. Acordul reprezintă în sine un mesaj clar transmis investitorilor din industrie, întreprinderilor, societății civile și factorilor de decizie politică și reiterează într-un consens larg faptul că tranziția globală către o energie curată este crucială în acest moment, iar acest obiectiv va fi atins prin renunțarea treptată la folosirea combustibililor fosili. De asemenea, raportul invită la instituirea unui cadru consolidat de transparență și responsabilitate și la prezentarea de către toate părțile implicate a inventarelor gazelor cu efect de seră și a informațiilor necesare pentru a urmări progresul acestora. Un alt punct forte al acestui raport este acela referitor la mecanismul dinamic pe care îl are în vedere în ceea ce privește întocmirea acestui bilanț, dar și măsurile necesare pentru a crește obiectivele extrem de ambițioase în anii ce urmează.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem vyslovení souhlasu s Pařížskou dohodou o ochraně klimatu, který umožní, aby se EU stala oficiálně signatářem této dohody a aby dohoda díky této skutečnosti vstoupila v platnost. Jedná se o zodpovědnou, ambiciózní, vyváženou dohodu, která obsahuje nákladově přiměřené závazky na snížení emisí CO_2 v celosvětovém měřítku. Naplnění závazků umožní světu vyvarovat se nebezpečné změny klimatu, která například v ČR představuje zejména riziko sucha. Dohoda uznává, že vrcholu celosvětových emisí skleníkových plynů by se mělo dosáhnout co nejdříve a klimatická neutralita by měla být dosažena v druhé polovině tohoto století. Rozvoj nových technologií a pokles jejich ceny vytváří podmínky pro to, aby i poměrně náročné cíle v oblasti ochrany klimatu byly dosaženy s náklady, které nehrozí stabilitu a růst ekonomik, mnohdy je dokonce mohou i posílit. Věřím v úspěch dohody, k níž se kromě EU přihlásili i další velcí emitenti CO_2, jako je i USA, Rusko a Čína. Základním předpokladem je politická vůle všech zúčastněných přenést závazky z papíru do reality.

Андрей Новаков (PPE), *в писмена форма*. – Парижкото споразумение е постижение с историческо значение за борбата срещу изменението на климата и за многостранното сътрудничество. Създаването на референтна стойност за опазване на климата е от изключителна важност. Решението за ратифициране на сключването на Парижкото споразумение ще изпрати силен сигнал и ще подчертае лидерството на ЕС и неговите държави членки, както и техните непрестанни усилия за справяне с изменението на климата на международно ниво. Изпълнението на Парижкото споразумение ще има ключов принос към световните усилия в борбата с изменението на климата и поради това неговото официално влизане в сила е основен приоритет за Европейския съюз.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da im Bericht vor allem jene Staaten bevorzugt werden, welche auf Kernkraft setzen. Wären im Bericht verbindliche Ziele für den Anteil an erneuerbaren Energien enthalten, wäre meine Entscheidung anders ausgefallen. Leider wurde Österreich bisher immer betraft, obwohl wir weit sauberer produzieren als viele andere Länder.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Pariisi kokkuleppe sõlmimise otsus saadab selge signaali sellest, et kliimamuutustega võitlemine on ELi jaoks prioriteet. Pariisi kokkulepe seab olulisi eesmärke, millega EL end ühiselt seob, astudes samme, et võidelda kliimamuutuse vastu. Samuti on oluline, et ELi liikmesriigid selle leppe võimalikult kiiresti ratifitseeriksid.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. — Balsavau už šią rekomendaciją, kad ES vardu būtų sudaromas Paryžiaus susitarimas, priimtas pagal Jungtinių Tautų bendrąją klimato kaitos konvenciją.

Pažymėtina, kad šis susitarimas yra itin svarbus pasaulinis žingsnis stiprinant visuotinius kolektyvinius veiksmus ir spartinant visuotinį perėjimą prie mažo anglies dioksido kiekio technologijų ir klimato kaitai atsparios visuomenės. Todėl labai svarbu, kad susitarimas įsigaliotų kuo greičiau, nes tik bendromis pastangomis mes galime sustiprinti atsaką į klimato kaitos keliamą grėsmę ir pasiekti užsibrėžtus tikslus. Be to, atsižvelgiant į susitarimo nuostatas, bus sudaryta daugiau galimybių pertvarkyti ekonomiką, sukurti darbo vietų ir paskatinti ekonomikos augimą.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ του ψηφίσματος με το οποίο το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο δίνει την έγκριση του για την επικύρωση της Συμφωνίας του Παρισιού για την καταπολέμηση της κλιματικής αλλαγής. Η έναρξη ισχύος της συμφωνίας σε λιγότερο από ένα χρόνο μετά την υπογραφή της αποτελεί ένα τεράστιο επίτευγμα, δεδομένου ότι χρειάστηκαν οκτώ χρόνια για να τεθεί σε ισχύ το πρωτόκολλο του Κιότο. Η Ευρωπαϊκή Ένωση, η οποία αντιπροσωπεύει περίπου το 12% των παγκόσμιων εκπομπών αερίων του θερμοκηπίου, επιβεβαιώνει τον ηγετικό της ρόλο στην καταπολέμηση της αλλαγής του κλίματος. Ενωμένοι προχωρούμε πλέον με στόχο την υλοποίηση της δέσμευσης της ΕΕ για μείωση των εκπομπών στην Ευρωπαϊκή Ένωση κατά τουλάχιστον 40 % έως το 2030. Χάρη στην επικύρωση της ΕΕ, η συμφωνία του Παρισιού θα τεθεί σε ισχύ εγκαίρως για τη διάσκεψη COP 22 για την Κλιματική Αλλαγή που θα πραγματοποιηθεί στο Μαρρακές.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. – Η Συμφωνία του Παρισιού για το κλίμα, προϊόν προσωρινών συμβιβασμών ανάμεσα σε ιμπεριαλιστικά κέντρα και ισχυρές καπιταλιστικές χώρες, ούτε θέλει, ούτε μπορεί να αντιμετωπίσει τα οξυμένα περιβαλλοντικά προβλήματα που δημιουργεί ο καπιταλιστικός τρόπος ανάπτυξης, αφού αντιμετωπίζει το περιβάλλον σαν μέσο αύξησης της κερδοφορίας των επιχειρηματικών ομίλων, ενώ επιδρά καταστροφικά όχι μόνο με την ανεξέλεγκτη άντληση των πόρων, αλλά και με τους ιμπεριαλιστικούς πολέμους. Η Συμφωνία έχει στο επίκεντρό της τα διάφορα «συστήματα εμπορίου ρύπων», που, σαν μηχανισμοί επικερδούς αγοραπωλησίας της ίδιας της ρύπανσης, έχουν αποδεδειγμένα εντείνει την υποβάθμιση του περιβάλλοντος. Οι «πράσινες» τεχνολογίες αποσκοπούν στο να ανοίξουν νέα επενδυτικά πεδία στα μονοπώλια, εν μέσω σφοδρών ανταγωνισμών, στους οποίους πρωτοστατεί η ΕΕ, αφού θεωρεί ότι οι επιχειρηματικοί όμιλοι της διαθέτουν συγκριτικό πλεονέκτημα. Το βέβαιο αποτέλεσμα και αυτής της συμφωνίας θα είναι η επιδείνωση των περιβαλλοντικών προβλημάτων, των συνθηκών διαβίωσης των λαϊκών οικογενειών. Μόνο μια οικονομία και μια κοινωνία που δεν θα στηρίζεται στο καπιταλιστικό κέρδος, αλλά στην ικανοποίηση των λαϊκών αναγκών, μπορεί να εξασφαλίσει συμβατή και ισόρροπη επίδραση του εργαζόμενου ανθρώπου στη φύση, στο περιβάλλον. Για μία τέτοια ζωή ο εργαζόμενος λαός πρέπει να πάρει στα χέρια του την εξουσία και την οικονομία, ερχόμενος σε ρήξη με την καπιταλιστική βαρβαρότητα, τα μονοπώλια και τις ιμπεριαλιστικές ενώσεις τους.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. – J'ai donné mon accord à la ratification par l'Union européenne de l'Accord de Paris. Ce vote permet ainsi son entrée en vigueur à l'occasion de la 22ème conférence des Nations Unies sur le climat qui se tiendra du 7 au 18 novembre prochains à Marrakech. Pour entrer en l'accord devait être ratifié par au moins 55 États représentants plus de 55 % des émissions mondiales de gaz à effet de serre.

Avec 63 pays représentant 64 % des émissions mondiales de gaz à effet de serre, le compte est bon. Il s'agit là d'une première victoire. Jamais un accord international n'a été ratifié aussi rapidement par les pays signataires.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – We in UKIP are against this recommendation because we oppose the climate change alarmism supported by green lobbies, often financed by the Commission. They are the cause of our current damaging and counter-productive energy policy.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta del collega poiché ritengo che la ratifica dell'accordo di Parigi sia una risposta pronta ed efficace al problema del cambiamento climatico. L'Unione europea si trova a dover ratificare un progetto per una vita migliore, un progetto che sia in grado di tutelare e preservare il nostro pianeta in modo tale da poter garantire un futuro alle prossime generazioni. L'accordo sul clima rappresenta una grandissima sfida e, alla luce di problemi globali, è necessaria una risposta globale, dalla quale l'Unione europea non può esimersi. Pertanto, ho espresso voto positivo.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I supported this report, as I believe it is high time to take concrete actions to combat climate change. The Paris Agreement is a global milestone for enhancing global collective action and accelerating the global transformation to a low-carbon and climate resilient society. The quick ratification decision by the EU on the conclusion of the Paris Agreement adopted under the UNFCCC will send a strong signal and highlight the leadership of the EU and its Member States and their continuing efforts to address climate change at international level.

Piernicola Pedicini (EFDD), *per iscritto*. – L'accordo di Parigi ha come obiettivo quello di mantenere l'aumento della temperatura globale ben di sotto dei 2°C e di proseguire gli sforzi per mantenerlo al 1,5°C rispetto ai livelli preindustriali. L'accordo entrerà in vigore il trentunesimo giorno successivo alla data in cui almeno 55 parti dell'UNFCC, che rappresentano almeno il 55 % delle emissioni globali di gas e effetto serra, avranno depositato i loro strumenti di ratifica. Oggi, la ratifica comune dei 28 Stati membri dell'Unione costituisce un passo storico fondamentale per l'entrata in vigore dell'accordo. L'accordo costituisce un chiaro segno per investitori, business, società civile e classe politica che la transizione globale per un'energia pulita è vitale per le future generazioni e pertanto le risorse devono sempre più allontanarsi dalle fonti fossili. Rimango critico rispetto ai tentativi di valorizzare tecnologie di neutralizzazione come la cattura e il sequestro del carbonio, non solo perché altamente costose, ma anche, soprattutto, perché ci allontanano dal vero obiettivo che dovrebbe essere la decarbonizzazione dei nostri sistemi produttivi. In ogni caso, questo di oggi è un momento storico. Mi sono espresso con voto favorevole al processo di ratifica da parte dell'UE e spero che gli Stati membri scelgano al più presto la stessa strada.

Alojz Peterle (PPE), *in writing*. – The Paris Agreement – that's what citizens understand and welcome. My hope is that the legally binding Paris Agreement is the beginning of a more sustainable earth balance!

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala sam ovu zakonodavnu rezoluciju koja predstavlja jedan značajan korak k stupanju na snagu Pariškog sporazuma. Nažalost, EU nakon početne euforije oko postignutoga sporazuma krajem 2015. godine, nije poduzela potrebne korake i činilo se kao da smo svi zajedno zaspali. EU ratificira ovaj sporazum nakon što su ga već ratificirale 62 države koje su odgovorne za 51,89 % emisija stakleničkih plinova, te svojom odlukom omogućuje stupanje Sporazuma na snagu još ove godine.

Svjesna svoje odgovornosti prema budućim generacijama mogu reći da sam ponosna što sam danas, u ime građana Hrvatske i građana EU-a koje ovdje danas zastupam, imala priliku podržati jednu od najvažnijih odluka koju je ovaj Parlament donio za spas našeg planeta.

Na nama je odgovornost da ne posustanemo i da nastavimo s radom te u suradnji s Vijećem i Komisijom pripremimo odgovarajuće zakonodavne prijedloge koji će omogućiti provedbu Sporazuma na način koji će ojačati naše gospodarstvo te otvoriti nova radna mjesta u razvoju i primjeni tehnologija koje su kompatibilne sa zacrtanim ciljevima.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – La protection de l'environnement est une priorité pour tous. Mais l'Union européenne n'a pas à ratifier des accords internationaux, c'est aux États souverains de décider démocratiquement ce à quoi ils souhaitent s'engager. Par ailleurs, le zèle de l'Union européenne est contre-productif: elle impose à ses membres des normes strictes, mais ouvre son marché à des pays qui produisent selon des critères beaucoup plus souples. Ainsi, l'Union européenne favorise en réalité la pollution de la planète en encourageant l'industrie de pays tiers pollueurs et le transport sur de longues distances d'une quantité de biens toujours plus importante. Des barrières douanières protégeant l'environnement et les producteurs locaux seraient bien plus efficaces que ce type d'accord. Il est incohérent de se rengorger de la COP21 tout en négociant le TAFTA. Je préfère donc m'abstenir.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Pariški sporazum je najvažniji i prvi pravno obvezujući globalni klimatski sporazum. Najvažniji cilj ovog sporazuma je smanjenje emisije stakleničkih plinova te ograničenja porasta prosječne globalne temperature na znatno ispod 2 °C.

Pariški sporazum stupa na snagu tridesetog dana od datuma na koji stranke na koje otpada najmanje 55 % procijenjenih ukupnih globalnih emisija stakleničkih plinova deponira pri UN-u svoje instrumente ratifikacije. Do sada je njih 19 deponiralo svoje instrumente ratifikacije, što predstavlja ukupno 0,18 % svih globalnih emisija stakleničkih plinova. Vjerujući da je nemoguće da će Pariški sporazum stupiti na snagu, a da ga EU ne potpiše (EU i MS izrazile su namjeru da u ispunjavanju odredbi Pariškog sporazuma djeluju zajednički), Parlament je dao odobrenje za ratifikaciju Pariškog sporazuma. Ratifikacija od strane EU-a omogućuje da ugovor stupi na snagu jer je ispunjen kriterij o pokrivenosti najmanje 55 % procijenjenih globalnih emisija stakleničkih plinova, zbog čega sam iznimno ponosan na današnju ratifikaciju.

Donošenjem odluke o sklapanju Pariškog sporazuma ponovo je istaknuta vodeća uloga EU-a u borbi protiv klimatskih promjena.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Pese embora a imensa propaganda, o Acordo de Paris não responde cabalmente aos objetivos de redução das emissões de Gases de Efeito de Estufa (GEE).

Com efeito, não foram acordados limites concretos para as emissões de GEE e o conjunto de medidas já anunciadas pela esmagadora maioria dos 195 países que aprovaram o texto são insuficientes para cumprir a meta de aquecimento proposta.

O Acordo mantém e legitima uma abordagem de mercado à problemática das alterações climáticas de que o comércio do carbono é o principal (mas não único) instrumento. Uma abordagem assente na mercantilização e financeirização da Natureza e dos seus recursos, que criou direitos de poluir transacionáveis e fixou o seu preço a níveis irrisórios. Uma abordagem que revelou à saciedade toda a sua ineficácia e perversidade mas na qual se insiste, apesar de existirem alternativas.

O Acordo abandona o princípio da «responsabilidade comum, mas diferenciada» entre países em desenvolvimento e industrializados, optando por um sistema único suscetível de aprofundar injustiças entre os países que mais contribuíram para a acumulação de carbono na atmosfera e os países em desenvolvimento.

Por fim, o Acordo comporta ainda uma dimensão de financiamento de projetos de grandes grupos transnacionais em países em desenvolvimento, potenciando a dominação imperialista dos recursos destes países.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Za účasti generálního tajemníka OSN pana Pan Ki-muna a francouzské ministryně životního prostředí Ségolène Royalové schválil Evropský parlament Pařížskou dohodu o změně klimatu, tzv. COP21. Nejprve bych rád zdůraznil, že to byli právě členové sociální demokracie, kteří se největší mírou zasadili o vznik tohoto dokumentu. Ale jsme teprve na začátku celého procesu. Tuto dohodu musí nyní ratifikovat všechny členské státy a poté bude zejména důležité její naplňování. Nesmíme zůstat pouze u slov, ale musíme investovat do čistých technologií, obnovitelné energie a energetické účinnosti, což jsou téma, kterými se na poli Evropského parlamentu prioritně zabývám. Bude to velká výzva pro celou Evropskou unii, ale především pro členské státy střední a východní Evropy, kterým by EU měla být více nápomocna v otázce tranzitu směrem do nízkouhlíkové ekonomiky. Na závěr bych rád připomenul, že klíčem k realizaci ambiciozní dohody bude dohoda o nových pravidlech trhu s emisními povolenkami (ETS). O její výsledné podobně ovšem zatím zdaleka není rozhodnuto.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Szybka decyzja o ratyfikacji przez UE porozumienia paryskiego na podstawie Ramowej konwencji Narodów Zjednoczonych w sprawie zmian klimatu (UNFCCC) wyśle silny sygnał i podkreśli pierwszoplanową rolę UE i jej państw członkowskich, jak również ich wysiłków w celu zapobiegania zmianom klimatu na poziomie międzynarodowym. Realizacja porozumienia paryskiego odegra kluczową rolę, jeśli chodzi o globalne wysiłki na rzecz przeciwdziałania zmianom klimatu i ograniczenie wzrostu średniej globalnej temperatury do poziomu poniżej 2°C sprzed epoki przemysłowej.

Formalne wejście w życie porozumienia paryskiego to kluczowy priorytet dla UE. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Osobně mám problém se způsobem, který byl zvolen pro ratifikaci úmluvy. Jsem přesvědčen, že národní parlamenty by se při těchto důležitých smlouvách neměly obcházet.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la ratification par l'Union européenne de l'accord de Paris sur le climat signé en décembre 2015. Cet accord, adopté au titre de la convention-cadre des Nations Unies sur les changements climatiques, est un texte universel et contraignant. S'il est respecté par les États parties à l'accord, sa mise en œuvre permettra d'accroître la lutte nécessaire contre le réchauffement climatique de notre planète.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A celebração do Acordo de Paris é uma das mais ambiciosas demonstrações de cooperação, de entendimento e de compromisso em matéria climatérica, tendo sido adotado no âmbito da Convenção-Quadro das Nações Unidas sobre Alterações Climáticas, de dezembro de 2015.

Com efeito, o Acordo de Paris representa um feito histórico na luta contra as alterações climáticas, afigurando-se, a meu ver, ambicioso, equilibrado e equitativo. Entre algumas das características que o Acordo inclui, realçaria, fundamentalmente, o incentivo à cooperação entre as suas 187 Partes, o seu carácter vinculativo, a expressa necessidade de transição energética vertida nas suas normas, exemplificada pela sugestão do abandono gradual dos combustíveis fósseis.

Do meu ponto de vista, a implementação do Acordo de Paris, sob os signos da cooperação internacional e da vinculatividade das suas normas, será um contributo fundamental para o combate às alterações climáticas. Desta forma, é com agrado que atento no sucesso da celebração do Acordo, esperando que o mesmo seja cumprido por todas as partes e orgulhando-me pela vanguarda da União Europeia em matéria ambiental. Dito isto, o meu voto é favorável.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – We in UKIP are against this recommendation because we oppose the climate change alarmism supported by green lobbies, often financed by the Commission. They are the cause of our current damaging and counter-productive energy policy.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. – Le 4 octobre 2016 est un grand jour. J'ai voté pour la ratification par l'UE de l'accord de Paris, qui représente l'aboutissement d'une longue bataille en faveur d'objectifs contraignants pour lutter, tous ensemble au niveau mondial, contre le plus grand défis du XXIe siècle, le réchauffement climatique. Avec l'adoption de l'accord de Paris au Parlement européen, comme l'a dit le secrétaire général des Nations Unies, Ban Ki-moon, nous faisons l'histoire en actant son entrée en vigueur.

C'est un grand pas pour l'humanité et la planète et, en tant que députée européenne, je suis fière que l'Union européenne ait joué un rôle moteur pour aboutir à cet accord.

Maintenant, nous devons regarder vers l'avenir, l'entrée en vigueur de l'accord de Paris n'est que le début d'un long combat. Ce vote n'est pas une simple formalité mais bien un signal politique pour traduire nos engagements à travers des actes. Au niveau européen, plusieurs textes législatifs sont sur la table pour traduire l'accord de Paris, et le Parlement devra se montrer à la hauteur en adoptant des objectifs ambitieux de réduction des émissions.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a presente recomendação por entender que esta estabelece um mecanismo dinâmico de avaliação que permite definir objetivos mais ambiciosos ao longo do tempo em matérias relacionadas com o financiamento da luta contra as alterações climáticas e de resposta às necessidades relacionadas com a adaptação e com as perdas e os danos associados aos efeitos adversos das alterações climáticas.

Deste modo, esta recomendação cria um melhor enquadramento em termos de transparência e responsabilização, incluindo a apresentação bienal, por todas as partes, de inventários dos gases com efeito de estufa e das informações necessárias para acompanhar os progressos realizados, uma avaliação por parte de peritos técnicos, um exame multilateral e facilitador dos progressos das Partes e um mecanismo para facilitar e promover o cumprimento das normas. O Acordo de Paris estabelece, pela primeira vez, um objetivo mundial com o intuito de reforçar as capacidades, aumentar a resiliência climática e reduzir a vulnerabilidade às alterações climáticas.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Tendo em conta a liderança da União Europeia na luta contra as alterações climáticas, seria inconcebível que o Acordo de Paris entrasse em vigor sem a União Europeia enquanto signatária. A ratificação da conclusão do Acordo de Paris adotado ao abrigo da Convenção-Quadro das Nações Unidas sobre Alterações Climáticas enviará um sinal forte e destacará o papel de liderança da UE e dos seus Estados-Membros, bem como os seus esforços contínuos para combater as alterações climáticas a nível internacional. Será, além disso, um contributo fundamental para os esforços globais de combate às alterações climáticas.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – El Acuerdo de París es el primer acuerdo internacional jurídicamente vinculante que se adopta en materia de cambio climático. Fue adoptado en la 21ª COP de la CMNUCC, que tuvo lugar en París del 30 de noviembre al 12 de diciembre de 2015.

Yo he votado a favor para que tanto la Unión como los siete Estados miembros que han completado el proceso de ratificación, puedan depositar sus instrumentos de ratificación en la sede de la ONU en Nueva York el viernes 7 de octubre, lo que permite que el Acuerdo de París entre en vigor a tiempo para la COP22, que tendrá lugar en Marrakech del 7 al 18 de noviembre de 2016.

El grupo socialdemócrata en el Parlamento Europeo y la Delegación española han trabajado fehacientemente para que la Conferencia de París fuera un éxito, abogando por la adopción de un acuerdo ambicioso y de rápida implementación. Los socialistas piensan que la Unión no puede quedarse atrás de otras potencias mundiales cuando se trata de ratificar, por lo que han votado favorablemente la resolución que habilita al Consejo a adoptar formalmente la decisión de ratificación por procedimiento escrito urgente.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Le Parlement européen a voté en séance plénière la ratification de l'accord de Paris de la COP21. Après le temps des décisions viendra le temps des actes, avec la COP22 qui aura lieu à Marrakech, au Maroc. Ainsi, celle-ci permettra d'appliquer les mesures adoptées dans l'accord de Paris pour réduire les émissions de gaz à effet de serre et lutter efficacement contre le réchauffement climatique. L'Union européenne et les grandes puissances industrielles doivent s'engager avec volonté dans le chemin d'une économie décarbonnée, avec la collaboration des acteurs économiques. La lutte contre le changement climatique est aussi celle du respect des droits humains.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šią rekomendaciją. Manau, tai istorinė akimirka, kai didžioji dalis Europos Parlamento narių parodė supratimą, jog kovoti su klimato kaita būtina čia ir dabar. Šis žingsnis lėmė tai, kad Paryžiaus klimato kaitos susitarimas įsigalios. Dabar mums būtina susitelkti ir nuo kalbų pereiti prie darbų. Jau šiandien reikia galvoti apie 2050 metų tikslus ir kaip mes juos įgyvendinsime.

Virginie Rozière (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'approbation de l'accord de Paris par le Parlement européen. L'accord marque un tournant historique dans la lutte mondiale contre le changement climatique. La limitation de la hausse des températures mondiales est assurée par la confirmation du seuil de réchauffement en deçà de 2°C, ainsi que la fixation d'un ambitieux objectif indicatif de 1,5°C.

Les contributions prévues déterminées au niveau national (CPDN) des parties signataires assurent une action globale et collective, tandis qu'un nouveau mécanisme dynamique permettra de revoir à la hausse les objectifs fixés par l'accord tous les cinq ans. Le texte prévoit également un cadre de transparence et de reddition de comptes renforcé. Enfin, l'accord comporte un dispositif de solidarité imposant aux États industrialisés de financer l'aide aux pays pauvres et vulnérables à la hausse des températures.

L'approbation de l'accord de Paris par le Parlement européen ouvre la voie à la ratification du texte par l'Union européenne. Cet acte démontre le rôle moteur de l'Europe dans la lutte contre le changement climatique et son engagement sans faille en faveur de la transition vers une énergie propre.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O Acordo de Paris representa um marco histórico na luta contra as alterações climáticas, sendo ambicioso, equilibrado, equitativo e juridicamente vinculativo.

Representa um ponto de viragem irreversível no caminho para uma economia mundial resiliente às alterações climáticas, através de uma ação global na rota da neutralidade climática que se pretende atingir na segunda metade deste século.

A UE tem assumido uma postura liderante na luta contra as alterações climáticas, atendendo ao seu papel neste desígnio desde o Protocolo de Quioto. A UE e os seus Estados-Membros deverão, por isso, tomar as medidas necessárias para completar os seus processos de ratificação nacional e europeu até ao final de 2016, atendendo ao objetivo ambicioso de reduzir as emissões de gases com efeito de estufa em, pelo menos, 40 % a nível interno até 2030, bem como alcançar o compromisso de redução das emissões para o período 2020-2030.

Tal como o relator, concordo que a decisão de ratificação deste acordo dará um sinal forte e destacará o papel cimeiro da UE e dos seus Estados-Membros no combate às alterações climáticas a nível internacional, sendo, por isso, importante finalizar, quanto antes, o processo de ratificação junto do Conselho e pelos respetivos Estados-Membros.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui constitue la ratification par le Parlement européen de l'accord de Paris conclu à l'issue de la COP21 de décembre 2015.

Cet accord est le premier accord climatique mondial universel et juridiquement contraignant en termes de protection de l'environnement et de réduction des émissions de gaz à effet de serre. Cette ratification doit être suivie d'une mise en œuvre concrète et efficace qui doit associer et voir participer l'ensemble des acteurs publics et privés.

L'Union européenne doit continuer à être un acteur international central ainsi qu'un leader en matière de lutte contre le changement climatique. Cet accord représente une étape dans l'action de l'Union européenne, et non une fin en soi.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este Informe que implica la aprobación del Acuerdo de París, adoptado por consenso en la última COP 21. Aunque se trata de una votación simbólica, ya que la ratificación se tiene que dar a nivel de los Estados miembros, es importante porque supone que el Parlamento Europeo se comprometa con los objetivos del Acuerdo de París, pidiendo a cada Estado miembro de la Unión que ratifique el Tratado. El Acuerdo entrará en vigor en el plazo de un año a partir del 12 de diciembre de 2015.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Entwurf einer Empfehlung zum Übereinkommen von Paris, welches Teil des VN-Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen (UNFCCC) ist, gestimmt.

Ziel des historischen Übereinkommens von Paris ist es, dass von 2050 an weltweit nicht mehr Kohlendioxid ausgestoßen als gleichzeitig absorbiert wird (CO_2-Neutralität).

Die Empfehlung betont, dass es sich bei den zeitlichen Vereinbarungen um Mindestanforderungen handelt und dass alles getan werden muss, um die CO_2-Reduzierung so schnell wie möglich voranzutreiben.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Hlasovala jsem pro ratifikaci pařížské klimatické dohody, protože se jednalo o těžce vyjednaný kompromis, u jehož počátku byla vůle států k dohodě dospět. To považuji za velký diplomatický úspěch. Přítomnost generálního tajemníka OSN Pan Ki-muna při ratifikaci dohody v Evropském parlamentu vnímám také jako ocenění role, kterou v celém procesu vyjednávání sehrála EU a její členské státy.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la ratificación en nombre de la Unión del Acuerdo de París, puesto que se trata de un gesto simbólico de validación de este acuerdo negociado por las partes, que luego ha de ser ratificado e implementado por cada Estado miembro de las Naciones Unidas.

Ahora bien, no comparto la retórica triunfalista sobre este Acuerdo de París. Si bien mi voto ha sido favorable, este acuerdo me resulta insuficiente, puesto que se basa fundamentalmente en los compromisos voluntarios y mecanismos de mercado que crítico. He votado a favor de este acuerdo de mínimos, siendo consciente de que a pesar de los avances, está aún lejos de ser una respuesta efectiva al cambio climático.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – L'approvazione del Parlamento europeo segna l'inizio di un nuovo importante capitolo nella lotta mondiale contro i cambiamenti climatici. Essa consentirà infatti la ratifica dell'accordo di Parigi da parte dell'UE e la sua successiva entrata in vigore prima della fine dell'anno. È un traguardo storico che fissa l'obiettivo a lungo termine per contrastare il riscaldamento globale e contenere l'aumento delle temperature al di sotto dei 2°C rispetto ai livelli preindustriali. Mi sono espresso a favore dell'accordo con l'auspicio che l'impegno assunto congiuntamente da tutte le parti si traduca in strategie concrete e realizzabili per ridurre le emissioni di gas a effetto serra. Ritengo infine che sia essenziale che tutte le economie mondiali adottino misure equivalenti al fine di raggiungere questo importante obiettivo per l'ambiente e per la salute, garantendo allo stesso tempo condizioni di concorrenza leale per i nostri settori industriali che competono a livello globale.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – O Acordo de Paris adotado ao abrigo da Convenção das Nações Unidas para as Alterações Climáticas vem destacar o papel preponderante da União Europeia e dos seus 28 Estados-Membros, no combate às alterações climáticas. Esta postura segue uma boa tradição europeia que já se tinha destacado no Protocolo de Quioto.

Com o compromisso de reduzir a nível interno as suas emissões de gases com efeito de estufa em cerca de 40 % até 2030, a União procura assim contribuir para conter o aumento da temperatura abaixo dos 2º C, em comparação com a época pré-industrial. Pela importância deste tema, votei de forma positiva.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this report because I do not recognise the EU's competence in this area.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *na piśmie*. – W dniu 4 października 2016 r. Parlament Europejski zatwierdził ratyfikację porozumienia paryskiego przez UE. Jest to bardzo ważne, pierwsze w historii wiążące porozumienie w sprawie klimatu. Europie udało się zbudować front poparcia dla ambitnych celów na rzecz ochrony środowiska i klimatu, co podkreślił w swoim wystąpieniu również przewodniczący KE Jean-Claude Juncker.

Ratyfikacja porozumienia przez UE, która najciężej pracowała na rzecz jego powstania, ma również wydźwięk symboliczny, gdyż przekroczony został tym samym próg co najmniej 55 stron, odpowiadających za co najmniej 55 % emisji na świecie, co umożliwi wejście w życie tego dokumentu.

Należy jednak podkreślić, że wysiłki redukcyjne oraz promocja rozwiązań przyjaznych dla klimatu muszą być realizowane bez szkody dla rozwoju i innowacyjności, i muszą w sposób szczegółowy uwzględniać specyficzny charakter różnych sektorów (np. energia, transport, rolnictwo). Warto zaznaczyć, że rolnictwo wraz z leśnictwem mają szczególny związek z klimatem i środowiskiem, gdyż poza emisją gazów cieplarnianych do atmosfery jako jedyne mają również ogromne możliwości pochłaniania i magazynowania związków wpływających na ocieplanie się klimatu.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today, along with colleagues in the European Parliament, I voted to give consent to the ratification of the Paris Climate Agreement in the European Parliament. Although most Member States still have to ratify the Paris Agreement, today's vote from the European Union now ensures a swift start for COP21.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pariški sporazum jest pravno obvezujući sporazum koji označava prekretnicu od povijesne važnosti u borbi protiv klimatskih promjena. Činjenica kojom je 195 zemalja zajedničkim dogovorima donijelo sporazum, itekako odražava zaokret u zajedničkom globalnom djelovanju. Propisane su ključne obveze poput ograničenja porasta globalne temperature na znatno manje od 2 °C, smanjenje globalnih emisija, globalni prijelaz na čistu energiju, uspostavljanje nacionalnih mjera za ublažavanje klimatskih promjena itd.

Upravo je njegova ratifikacija u Europskom parlamentu kojoj danas svjedočimo povijesni trenutak za cijelo čovječanstvo jer se njome šalje snažna poruka te ističe ulaganje napora Europske unije u rješavanju pitanja klimatskih promjena. Pritom ga ne smijemo promatrati samo kao rješavanje određenog klimatskog problema s kojim se suočavamo, već kao promjenu cjelokupne paradigme odnosa čovjeka prema svom planetu.

Kao predstavnik Zelenih/ESS-a, iznimno sam ponosan na trenutačna postignuća te podatak kojim je ovaj sporazum izglasan velikom većinom, glasovima čak 610 zastupnika, uključujući i moj.

Mišljenja sam kako će se u budućnosti poticati bolja suradnja između zemalja u području dijeljenja znanstvenih spoznaja o prilagođavanju te informacija o praksama i politikama te time doprinijeti efikasnosti provedbe ciljeva.

Tome u prilog ističem kako je upotreba čistih i zelenih tehnologija ujedno i prva stepenica na putu do održivog razvoja kojem svi stremimo.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Rozhodnutie o ratifikácii Parížskej zmluvy považujem za najvýznamnejšie hlasovanie v EP v tomto roku. Každý z nás si musí uvedomiť naliehavosť ochrany ovzdušia a potrebu znižovania skleníkových plynov, aby naša planéta ostala zelenou aj pre ďalšie generácie. O vážnosti hlasovania svedčí aj fakt, že generálny tajomník OSN Pan Ki-mun osobne navštívil Európsky parlament a vo svojom krátkom vystúpení pred poslancami EP naliehavo žiadal o čo najskoršie schválenie Parížskej dohody a uplatňovaní v praxi. Parížska dohoda stanovuje dlhodobý cieľ obmedziť globálne otepľovanie výrazne pod 2 C v porovnaní s predindustriálnou úrovňou a vyvíjať úsilie o to, aby sa nárast teploty obmedzil na 1,5 C. Dohodou sa vytvára rámec väčšej transparentnosti a zodpovednosti vrátane dvojročného predkladania prehľadu o skleníkových plynoch všetkými zmluvnými stranami, ako aj predkladanie informácií potrebných na sledovanie ich pokroku. EÚ bola vždy v popredí ochrany klímy a ovzdušia a dnešným hlasovaním, kde 610 poslancov sa vyjadrilo za podporu Parížskej dohody, o tom aj svedčí.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Legislativní usnesení, kterým Evropský parlament vyjadřuje souhlas s rozhodnutím Rady o uzavření Pařížské dohody přijaté v rámci Rámcové úmluvy OSN o změně klimatu jménem Evropské unie, jsem podpořila.

Souhlasem Evropského parlamentu došlo k výraznému pokroku v ratifikaci dohody, která tudíž může začít platit. Pro EU, která je třetím největším emitentem emisí na světě a zároveň významným světovým lídrem v boji proti změně klimatu, to také znamená, že nebude u důležitých jednání vystupovat z pozice pouhého pozorovatele, ale umožní jí to řešit detaily implementace Pařížské dohody spolu s dalšími smluvními stranami, zejména s dalšími emisními giganty, jako jsou Čína a USA.

Pařížská dohoda vstoupí v platnost už dne 4. 11. 2016, tedy ještě před konáním konference COP22 o klimatických změnách v Marrákeši.

Česká republika ratifikaci dohody jménem EU jako celku podporuje. V rámci vnitrostátního ratifikačního procesu již udělila česká vláda souhlas. Nyní bude dohoda postoupena ke schválení Parlamentu a poté k podpisu prezidentovi. Věřím, že i ostatní členské státy se k ratifikaci postaví zodpovědným způsobem.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Het Europees Parlement stemde met een overweldigende meerderheid in met de ratificatie van de klimaatovereenkomst van Parijs. Dit is belangrijk en goed nieuws voor het internationaal klimaatbeleid en laat zien dat als er politieke wil is, zaken vooruit kunnen gaan. Multilaterale en internationale samenwerking loont.

De ratificatie door de Europese Unie is uitzonderlijk omdat de meeste EU-lidstaten waaronder België, nog niet hebben geratificeerd. Dat kan in theorie leiden tot een situatie waarbij de EU op de klimaattop in Marrakech onderhandelt namens lidstaten die zelf niet bevoegd zijn om iets te zeggen. Lidstaten zijn huiverig voor deze situatie, maar omdat landen als de VS en China zo snel ratificeerden, moest de EU wel mee. De keuze was of snelle ratificatie door de EU of een internationaal modderfiguur slaan én als EU helemaal niets te zeggen hebben. Het mes stond op de keel.

Vanaf nu telt de uitstoot van de zes lidstaten die al ratificeerden, mee richting de drempel van 55 procent uitstoot die de klimaatovereenkomst in werking doet treden. Daarmee wordt een gat van 3,1 procent aan uitstoot gedicht. De Overeenkomst van Parijs treedt begin november officieel in werking. Dat is op tijd voor het begin van de klimaattop in Marrakech.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Parížska dohoda je veľkým úspechom európskej diplomacie. K našim cieľom sa pridali aj krajiny ako Čína, bez účasti ktorej by bola akákoľvek klimatická dohoda neúčinná. Som rád, že Slovenská republika bola medzi prvými krajinami, ktoré ju ratifikovali.

Jaromír Štětina (PPE), *písemně*. – Ochrana životního prostředí je globální výzvou pro celé lidstvo a naším závazkem pro příští generace zároveň. Proto jsem svým hlasem podpořil Pařížskou dohodu o ochraně klimatu. Přijetím dohody ze strany EU dojde k jejímu vstupu v platnost a signatářské země budou moci začít systematicky pracovat na splnění společně nastavených závazků. Dohoda je již teď ve své počáteční fázi historickým úspěchem proto, že se k ní vůbec poprvé připojili kromě EU i další významní producenti CO_2, především pak Čína, Rusko a USA. Jejím hlavním cílem je udržet růst globálního oteplování pod 2 C°, zároveň však co nejblíže 1,5 C°, a tím předejít dalším nebezpečným změnám klimatu. Dalším závazkem je pak postupně omezovat vypouštění skleníkových plynů tak, aby v druhé polovině tohoto století bylo dosaženo klimatické neutrality. Dohoda je dle mého názoru odvážným a vyváženým textem. Měla by přinést nejen úspěchy na poli ochrany životního prostředí, ale sloužit také jako příležitost pro rozvoj nových technologií a růst ekonomiky. Oceňuji, že dohoda pracuje s reálnými, ekonomickou stabilitu neohrožujícími náklady na její realizaci. Věřím, že všechny signatářské země se ke společnému globálnímu závazku postaví odpovědně.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem „Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss des im Rahmen des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen geschlossenen Übereinkommens von Paris im Namen der Europäischen Union“ habe ich nicht zugestimmt.

Es geht um ein Abkommen zur Bewältigung des Klimawandels. Das Klima wandelt sich, solange die Erde existiert. Die Klimaschutzpolitik beruht auf hypothetischen Klima-Modellen, basierend auf computergestützten Simulationen des IPCC („Weltklimarat“). Kohlendioxid (CO_2) ist kein Schadstoff, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil allen Lebens.

Die grundsätzlichen Annahmen eines menschengemachten Klimawandels teile ich daher nicht. Eine Politik auf dieser Basis unterstütze ich nicht. Ich denke nicht, dass es ein politisches Ziel sein sollte, die Erderwärmung deutlich unter 2 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu halten.

Die hierzu geplante zwangsweise Senkung der CO_2-Emissionen schwächt den Wirtschaftsstandort und senkt den Lebensstandard. Die Bekämpfung eines angeblich menschengemachten Klimawandels destabilisiert und verteuert unsere bisher sichere Stromversorgung.

Die AfD sagt „Ja zum Umweltschutz“, macht aber Schluss mit der „Klimaschutzpolitik“ und mit den Plänen zur Dekarbonisierung und „Transformation der Gesellschaft“.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Klimatske promjene su globalni problem. Moguće ih je prepoznati svugdje u svijetu, neovisno o mjestu njihovog uzroka. Pariški sporazum smatra se izuzetno značajnim multilateralnim instrumentom za sprječavanje klimatskih promjena kojim se nastoji ukazati na važnost energetske učinkovitosti, korištenje obnovljivih izvora energije i smanjenje emisija štetnih tvari. Stabilnost klimatskog sustava važna je za sigurnost hrane, proizvodnju energije, vodu i očuvanje biološke raznolikosti. Također, potrebno je pomoći slabije razvijenim zemljama pogođenim posljedicama klimatskih promjena, budući da im nedostaju resursi za ublažavanje klimatskih promjena i prilagodbu. Sporazum obuhvaća ključne točke za rješavanje problema te sadrži dugoročne ciljeve koji se namjeravaju ostvariti.

Prema Ugovoru o EU-u cilj Europske unije je u odnosima s ostatkom svijeta doprinijeti solidarnosti i održivom razvoju planeta Zemlje. Prema Ugovoru o funkcioniranju EU-a, politikom Europske unije o okolišu promiču se mjere za borbu protiv klimatskih promjena na međunarodnoj razini. EU kao važan akter u klimatskog diplomaciji, ima jednu od vodećih uloga u borbi protiv klimatskih promjena.

Ratifikacijom Pariškog sporazuma dolazi se korak bliže njegovom stupanju na snagu. Zbog iznimnog značaja sporazuma, podržavam preporuku o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju, u ime Europske unije, Pariškog sporazuma donesenog u sklopu Okvirne konvencije Ujedinjenih naroda o klimatskim promjenama.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za priporočilo o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi Pariškega sporazuma, sprejetega na podlagi Okvirne konvencije Združenih narodov o spremembi podnebja, v imenu Evropske unije.

Pariški sporazum je pomemben mejnik v boju proti podnebnim spremembam, saj gre za ambiciozen, uravnotežen, pravičen in pravno zavezujoč sporazum. Želim si, da bi ga v najkrajšem možnem času podpisala Evropska unija, ki ima vodilno vlogo v boju proti podnebnim spremembam.

Države članice bi tako morale sprejeti potrebne ukrepe za dokončanje postopkov ratifikacije do konca leta 2016. S tem bi Evropska unija dokazala, da si želi še naprej imeti vodilno vlogo v svetu v boju proti podnebnim spremembam.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Με την Συμφωνία στο Παρίσι δημιουργήθηκε ένα σημαντικό πλαίσιο για την αντιμετώπιση των κλιματικών αλλαγών. Γι' αυτό υπερψηφίσαμε την σύναψη της συμφωνίας, για να στείλουμε το μήνυμα ότι η συμφωνία πρέπει να υλοποιηθεί άμεσα από όλους. Ωστόσο, είναι σημαντικό να σημειωθεί πρόοδος σε βασικά στοιχεία της συμφωνίας του Παρισιού και να τεθούν πιο φιλόδοξοι στόχοι που θα δεσμεύουν όλους. Για να επιτύχουμε, πρέπει να πάψει το αθέμιτο κέρδος να καθορίζει τις πολιτικές που προωθούνται. Πρέπει να τεθούν στο επίκεντρο οι ανάγκες της κοινωνίας και των ανθρώπων και όχι τα συμφέροντα των πολυεθνικών και των μονοπωλίων. Μονάχα έτσι θα προστατεύσουμε το περιβάλλον. Ιδιαίτερα η ΕΕ καθώς και τα πλούσια κράτη οφείλουν να πρωτοστατήσουν με επιμονή ώστε να τεθούν νέοι στόχοι για καταπολέμηση της ενεργειακής φτώχειας, για τερματισμό της αλόγιστης χρήσης των φυσικών πόρων, τερματισμό της αποψίλωσης των δασών, μείωση των εκπομπών του θερμοκηπίου και ανάπτυξη ενός ολοκληρωμένου σχεδίου για την στήριξη και προώθηση των ανανεώσιμων πηγών ενέργειας. Εάν δεν γίνουν αυτά, τότε η ΕΕ θα ευθύνεται για την καταπάτηση του ανθρώπινου δικαιώματος σε μια ποιοτική ζωή.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Θεωρούμε πως δεν αρκεί η Συμφωνία του Παρισιού για την αντιμετώπιση της υπερθέρμανσης του πλανήτη αλλά είναι εντούτοις ένα μικρό βήμα προς την σωστή κατεύθυνση.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést, amely jóváhagyja a tanácsi határozatra irányuló javaslatot. Egyetértek azzal a megállapítással, hogy a párizsi megállapodás történelmi jelentőségű az éghajlatváltozás elleni küzdelemben és az aláíró országok számát érintően is. Fontosnak tartom megjegyezni, hogy a megállapodáshoz a COP 21 végéig összesen 187 részes fél jelentette be tervezett nemzeti hozzájárulását. Az egyezmény fordulópontot jelent egy átfogó és közös, globális szintű fellépés irányába és egy éghajlati szempontból semleges globális gazdaságra való áttérés tekintetében. A párizsi megállapodás 30 nappal azután lép hatályba, hogy legkevesebb 55, együttesen legalább az üvegházhatást okozó gázok kibocsátásának 55%-áért felelős részes fél az ENSZ-nél letétbe helyezte a megerősítési, elfogadási, jóváhagyási vagy csatlakozási okiratait. Fontos megjegyezni, hogy első lépésként a Bizottság és a Tanács az Európai Unió és mind a 28 tagállam nevében aláírta a megállapodást a 2016. április 22-én tartott ünnepélyes magas szintű aláírási ceremónia során New Yorkban. Az Európai Parlament képviselői elképzelhetetlennek tartják, hogy a párizsi megállapodás az EU aláírása nélkül lépjen hatályba, figyelembe véve az EU vezető szerepét az éghajlatváltozás elleni küzdelemben. Ezért sürgeti a Tanácsot és az egyes tagállamokat, hogy legkésőbb 2016 végéig tegyék meg a kellő lépéseket az uniós és nemzeti megerősítési folyamat befejezése érdekében.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Äänestin mietintöehdotuksen puolesta, koska EU ja myös Suomi on sitoutunut Pariisin ilmastosopimuksen tavoitteisiin. Haluan kuitenkin painottaa, että Euroopan komission ehdotukset ilmastosopimuksen tavoitteiden implementoinnista eivät toistaiseksi ole oikeansuuntaisia erityisesti LULUCF- ja taakanjakosektoreilla. Suomalaisen kestävän metsänhoidon erityispiirteet on otettava nykyistä paremmin huomioon näiden direktiivien jatkovalmistelussa.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Ce mardi, le Parlement européen, a ratifié l'accord de Paris – COP21; une procédure de validation du texte qui permet de ne pas passer par la ratification spécifique de chaque État membre. Notre signature signifie avant tout que nous entérinons les engagements pris à Paris. C'est un signal clair que l'Europe entend respecter ses engagements pour une transition vers une économie et une société à faibles émissions de carbone. Les défis restent nombreux: mettre en place une Union de l'énergie, continuer à soutenir les conditions favorables à l'innovation et la création d'emploi que cette transition engendrera. L'Europe doit être un leader de la transition énergétique.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The Paris Agreement has now been signed by 191 countries, and the EU ratification will officially bring the Agreement into force. The Agreement aims to limit global temperature increases at national level through climate pledges. The EU's contribution to the reduction of greenhouse gas emissions will account for a 40% reduction from levels in the 1990s. I voted in favour of the EU ratification of the Paris Agreement to ensure the quick entry into force of the Agreement. The EU has played a significant role in combatting climate change and must now work hard to implement internal policies that will bring to light the promises made. I believe that it is our duty as Europeans to ensure not only a clean and safe environment for us here in Europe, but equally to set an example by promoting environmental ambitions and conscientiousness to other nations who share with us this one world.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – L'accord de Paris, conclu en décembre 2015 lors de la COP 21, est un accord historique. Il met en place des normes contraignantes pour stopper les ravages des bouleversements climatiques, illustrés notamment par l'augmentation du nombre de personnes réfugiées pour des raisons climatiques.

Par cette ratification, l'Union européenne, par la voix de son Parlement, est à la hauteur de cette exigence historique.

Cet accord, en actant la limitation de la hausse des températures à moins de 1,5°C et celle des émissions de gaz à effet de serre, engage la communauté internationale pour l'avenir, même s'il reste à mettre en œuvre les moyens de cette transition vers un nouveau modèle de développement plus soutenable et décarbonné, afin de lutter efficacement contre le réchauffement climatique.

Cela ne doit pas être la énième bonne intention, mais une nouvelle étape d'une stratégie européenne ambitieuse qui passe par un budget européen conséquent, doté de ressources propres, pour réaliser la transition écologique et économique et concrétiser les engagements de l'Europe.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam zaključke Sporazuma u Parizu donesene na temelju Okvirne konvencije Ujedinjenih naroda o promjeni klime (UNFCCC), jer smatram da će se na taj način istaknuti vodstvo Europske unije i država članica te nastaviti rješavanje klimatskih promjena na međunarodnoj razini.

Naime, vjerujem da će provedba Sporazuma u Parizu dati ključni doprinos globalnim naporima u borbi protiv klimatskih promjena i zadržati porast prosječne svjetske temperature na znatno manjoj razini od 2°C u usporedbi s predindustrijskim razinama.

Budući da će se provedbom ove Konvencije ostvariti cilj prilagodbe ekološkog sustava na klimatske promjene, omogućit će se nastavak ekonomskog razvoja na održiv način te se neće ugroziti proizvodnja hrane, smatram da Europski parlament treba odobriti ovo izvješće bez odlaganja.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog sklepa Sveta o sklenitvi Pariškega sporazuma, sprejetega na podlagi Okvirne konvencije Združenih narodov o spremembi podnebja, v imenu Evropske unije sem podprla.

Pariški sporazum je zgodovinsko pomemben mejnik v boju proti podnebnim spremembam in v večstranskem sodelovanju. S tem skupnim ukrepom naj bi svet našel pravilno usmerjenost in preprečil nevarne podnebne spremembe. Sporazum priznava, da je treba karseda hitro ustaviti globalno rast emisij toplogrednih plinov in v drugi polovici tega stoletja doseči podnebno nevtralnost.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este Informe que implica la aprobación del Acuerdo de París, adoptado por consenso en la última COP 21. Aunque se trata de una votación simbólica, ya que la ratificación se tiene que dar a nivel de los Estados miembros, es importante porque supone que el Parlamento Europeo se comprometa con los objetivos del Acuerdo de París, pidiendo a cada Estado miembro de la Unión que ratifique el Tratado. El Acuerdo entrará en vigor en el plazo de un año a partir del 12 de diciembre de 2015.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I strongly support this report and I am convinced the EU can and will play its role.

The Paris Agreement is potentially a historic one and we in the EU must do everything possible to give it a chance to succeed at the end of the day.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Porozumienie paryskie jest podsumowaniem globalnych wysiłków na rzecz przeciwdziałania zmianom klimatu i ograniczenia wzrostu średniej temperatury na świecie. Wpisuje się ono w unijną politykę zrównoważonego rozwoju, który musi pogodzić wzrost gospodarczy z potrzebą zachowania środowiska dla przyszłych pokoleń. Państwa członkowskie Unii Europejskiej odegrały istotną rolę w negocjowaniu tego porozumienia. Szybka decyzja o ratyfikacji podkreśli pierwszoplanową rolę państw członkowskich w animowaniu działań na poziomie międzynarodowym, które zapobiegają zmianom klimatu. Pod względem formalnym zgoda Unii Europejskiej na związanie się konwencją będzie oznaczać osiągnięcie progu wymaganego do ratyfikacji, a zatem wejście w życie porozumienia paryskiego już w listopadzie bieżącego roku. Z powyższych powodów popieram to zalecenie.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A Párizsi Megállapodás történelmi jelentőségű mérföldkövet jelent az éghajlatváltozás elleni küzdelemben. A Parlament mai ülésén meghallgattuk Ban Ki Mun ENSZ-főtitkár álláspontját. A közös fellépés a környezetvédelem érdekében elsődleges feladatunk és ebben az EU intézményeinek kulcsszerepe van. Az ajánlást szavazatommal támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este Informe que implica la aprobación del Acuerdo de París, adoptado por consenso en la última COP 21. Aunque se trata de una votación simbólica, ya que la ratificación se tiene que dar a nivel de los Estados miembros, es importante porque supone que el Parlamento Europeo se comprometa con los objetivos del Acuerdo de París, pidiendo a cada Estado miembro de la Unión que ratifique el Tratado. El Acuerdo entrará en vigor en el plazo de un año a partir del 12 de diciembre de 2015.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favor de la ratificación del Acuerdo de París ya que era vital que la Unión ratificara cuando antes este Acuerdo y, así empezar a trabajar para alcanzar objetivos acordados en materia de la lucha contra el cambio climático.

Владимир Уручев (PPE), *в писмена форма*. – Уважаеми колеги, Днес в присъствието на Генералния секретар на ООН приехме резолюция за ратифицирането от ЕС на Парижкото споразумение за климата – един исторически акт, защото ще се изпълнят условията за влизане на споразумението в сила.

Към момента то е ратифицирано от 63 страни по Конвенцията за климата (при необходими най-малко 55 страни), които отговарят за около 52% от глобалните емисии на парникови газове (при необходими 55%). От днес ще се добавят седемте държави–членки на ЕС, които са завършили националната ратификация и с това ще се изпълни и вторият критерий.

Така, само 9 месеца след подписването му, споразумението от Париж може да влезе в сила, докато за ратифицирането на Протокола от Киото, предшественик на споразумението, бяха необходими почти 8 години. Това е ясно доказателство, че светът е узрял за глобално единодействие в борбата с климатичните промени, независимо дали става въпрос за развитите или за развиващите се страни.

Ще припомня, че в Париж страните се споразумяха за ограничаване на затоплянето до 2oC, поставиха си цел дори да се постигне 1.5oC, а през втората половина на този век да се постигне баланс между антропогенните емисии на парниковите газове и тяхното обратно поглъщане от Земята и моретата.

Наистина исторически момент за спасяването на планетата.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Recommendation on the draft Council decision on the conclusion, on behalf of the European Union, of the Paris Agreement adopted under the United Nations Framework Convention on Climate Change. The Paris Agreement is a historically significant landmark achievement for combating climate change and for multilateralism. It represents an ambitious, balanced, equitable and legally binding agreement. This global action aims to put the world on track to avoid dangerous climate change. Moreover, the Agreement acknowledges that a global peaking of greenhouse gas emissions should be reached as quickly as possible and climate neutrality should be achieved in the second half of this century. I voted in favour because I believe that the implementation of the Paris Agreement will play a crucial contribution to global efforts to tackle climate change.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – El Acuerdo de París supone un antes y un después en la lucha contra el cambio climático a nivel global, diseñando el camino hacia un modelo de desarrollo bajo en emisiones de gases de efecto invernadero. El liderazgo que mostró la Unión Europea en París debe mantenerse y, para ello, es clave la ratificación temprana del Acuerdo. En este sentido he apoyado esta decisión mediante la cual, tras la aprobación de los ministros de la Unión Europea, se procede a celebrar en nombre de la Unión Europea el Acuerdo de París. La rápida ratificación por parte de sus Estados miembros consolidará a la Unión como un actor líder en la lucha contra el cambio climático.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la ratificación en nombre de la Unión del Acuerdo de París, puesto que se trata de un gesto simbólico de validación de este acuerdo negociado por las partes, que luego ha de ser ratificado e implementado por cada Estado miembro de las Naciones Unidas.

Ahora bien, no comparto la retórica triunfalista sobre este Acuerdo de París. Si bien mi voto ha sido favorable, este acuerdo me resulta insuficiente, puesto que se basa fundamentalmente en los compromisos voluntarios y mecanismos de mercado que crítico. He votado a favor de este acuerdo de mínimos, siendo consciente de que a pesar de los avances, está aún lejos de ser una respuesta efectiva al cambio climático.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – Today, along with colleagues in Parliament, I voted to give consent to the ratification of the Paris Climate Agreement in the European Parliament. Although most Member States still have to ratify the Paris Agreement, today's vote from the European Union now ensures a swift start for COP21.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit bekrachtigingsbesluit opdat een krachtig signaal zou worden gegeven wat betreft het leiderschap en de inspanningen van de EU en haar lidstaten om de klimaatverandering op internationaal niveau te bestrijden. We zijn geen praatclub, Europa doet weer helemaal mee met de klimaatonderhandelingen. Nadat de Europese Commissie eerder haar goedkeuring gaf, heeft het Europees parlement het klimaatverdrag van Parijs geratificeerd. Ik ben erg verheugd dat we in het Europees Parlement het klimaatverdrag hebben geratificeerd en daarmee zetten we een beslissende stap voor de inwerkingtreding van het akkoord. De aanwezigheid van VN-secretaris-generaal Ban Ki-moon zei ook veel over de draagwijdte van de beslissing van het Europees Parlement.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O Acordo de Paris foi chamado de histórico. Pela primeira vez, todos os países se comprometeram a reduzir as emissões de gases com efeito de estufa e impedir que a temperatura global aumente mais de dois graus. O texto final menciona o teto de 1,5 grau, mas isso tem um efeito puramente simbólico e foi incluído para atender aos pequenos países insulares ameaçados de submersão. O grande problema é que a COP-21 não fixou metas nem definiu meios para alcançar os objetivos apresentados. E adiou o problema para 2030.

E para dar um retoque social e solidário, foi criado um fundo alimentado pelos países ricos responsáveis pelo aquecimento destinado a compensar os países pobres a braços com a subida do nível do mar e a instabilidade climática. Mas ninguém sabe como e quando irão funcionar as contribuições, muito embora saibamos que as multinacionais já se posicionaram para serem elas as grandes beneficiárias do mesmo.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Das Übereinkommen von Paris (COP 21) zum Schutze des Klimas stellt keinen Schritt in die richtige Richtung dar und ist mit unserer Politik aus mehreren Gründen unvereinbar. So wird beispielsweise im Rahmen dieses Abkommens die Atomenergie aufgrund ihrer geringen CO_2-Emissionen als probates Mittel zur Erreichung von Emissions-Reduktionszielen angesehen, während multinationale Großkonzerne wie Monsanto im Rahmen der Verhandlungen mit dem Vorschlag von genmanipuliertem Saatgut als klimaverträgliche Alternative zu konventionellem Anbau aufwarteten. Außerdem zeigte eine Studie des Corporate Europe Observatory (CEO), dass dieselben globalen *big players* am COP-21-Verhandlungstisch saßen, die auch die TTIP und das CETA unterstützen. Klimaschutz darf nicht auf Kosten der Umwelt oder unserer Gesundheit erfolgen, deshalb habe ich diesem Bericht nicht zugestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Climate change is the most significant challenge facing humanity as a whole at present. Its impacts are already being felt around the globe, fuelling conflict, the movement of peoples, and destruction of our ecosystems. My own temperate constituency of North-West England suffered terrible floods last year, partly brought about by a sub-tropical storm.

EU Member States must move as quickly as possible to ratify and implement the COP21 Paris Agreement, so that the EU can play a leading role in the global effort to combat climate change.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this legislative resolution and thereby gave my consent to the conclusion of the Paris Agreement. By doing so, Parliament has given its contribution to reaching the required 55 signatories representing 55% of global emissions, to come into effect. This agreement is a milestone in our efforts to stop climate change. Over the past years it has become clear that we have to take action in order to keep climate change under control. This agreement provides a long-term plan that includes 189 nations and the vast majority of emissions worldwide. It sets clear goals and ensures and enhances transparency and accountability with regard to commitments. At the same time, it also helps those nations to fight climate change that do not have the resources to do so. It will provide one of the cornerstones for future sustainable economic development.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς*. – Η Συμφωνία του Παρισιού για το κλίμα, προϊόν προσωρινών συμβιβασμών ανάμεσα σε ιμπεριαλιστικά κέντρα και ισχυρές καπιταλιστικές χώρες, ούτε θέλει, ούτε μπορεί να αντιμετωπίσει τα οξυμένα περιβαλλοντικά προβλήματα που δημιουργεί ο καπιταλιστικός τρόπος ανάπτυξης, αφού αντιμετωπίζει το περιβάλλον σαν μέσο αύξησης της κερδοφορίας των επιχειρηματικών ομίλων, ενώ επιδρά καταστροφικά όχι μόνο με την ανεξέλεγκτη άντληση των πόρων, αλλά και με τους ιμπεριαλιστικούς πολέμους. Η Συμφωνία έχει στο επίκεντρό της τα διάφορα «συστήματα εμπορίου ρύπων», οι οποίοι, όντας μηχανισμοί επικερδούς αγοραπωλησίας της ίδιας της ρύπανσης, έχουν αποδεδειγμένα εντείνει την υποβάθμιση του περιβάλλοντος. Οι «πράσινες» τεχνολογίες αποσκοπούν στο να ανοίξουν νέα επενδυτικά πεδία για χάρη των μονοπωλίων, εν μέσω σφοδρών ανταγωνισμών, στους οποίους πρωτοστατεί η ΕΕ επειδή θεωρεί ότι οι επιχειρηματικοί όμιλοι της διαθέτουν συγκριτικό πλεονέκτημα. Το βέβαιο αποτέλεσμα και αυτής της συμφωνίας θα είναι η επιδείνωση των περιβαλλοντικών προβλημάτων και των συνθηκών διαβίωσης των λαϊκών οικογενειών. Μόνο μια οικονομία και μια κοινωνία που δεν θα στηρίζεται στο καπιταλιστικό κέρδος, αλλά στην ικανοποίηση των λαϊκών αναγκών, μπορεί να εξασφαλίσει συμβατή και ισόρροπη επίδραση του εργαζόμενου ανθρώπου στη φύση, στο περιβάλλον. Για μία τέτοια ζωή ο εργαζόμενος λαός πρέπει να πάρει στα χέρια του την εξουσία και την οικονομία, πρέπει να έρθει σε ρήξη με την καπιταλιστική βαρβαρότητα, τα μονοπώλια και τις ιμπεριαλιστικές ενώσεις τους.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Uznesenie Európskeho parlamentu, ktoré udeľuje súhlas s uzavretím Parížskej dohody som podporila. Ratifikácia Parížskej dohody Európskou úniou a jej 28 členskými štátmi tak bude prelomovou ratifikáciou, ktorá pomôže naplniť potrebné podmienky na to, aby Parížska dohoda vstúpila do platnosti. Dlhodobým cieľom novej dohody je udržanie rastu globálneho otepľovania pod úrovňou 2°C s tým, že sa krajiny zaviazali na prijatie opatrení tak, aby sa v ideálnom prípade globálna teplota zvýšila maximálne o 1,5°C. Parížska dohoda je historickým medzníkom v boji proti zmene klímy a zároveň právne záväzným nástrojom, ktorý si stanovil ambiciózne ciele. Tieto ciele budú mať za úlohu dosahovať všetky strany, a to najmä znižovaním emisií skleníkových plynov, ale aj zvýšením podielu využívania obnoviteľných zdrojov energie. Dúfam, že sa štáty zodpovedne ujmú napĺňania svojich záväzkov a spoločne sa im podarí ciele Parížskej dohody dosiahnuť.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório La Via que o Acordo de Paris ratifica em nome da UE. Congratulo-me com esta etapa histórica que permitirá ao Acordo entrar em vigor hoje, já que se assegura a ratificação por 55 partes da parceria representando pelo menos 55% do total das emissões, após as ratificações por parte dos EUA, da China e da Índia.

Portugal já tinha dado o seu contributo, tendo sido o quinto país da UE a ratificar o Acordo em sessão parlamentar realizada em 30 de setembro de 2016. Destaco que o Acordo de Paris é uma parceria global determinante para a sustentabilidade ambiental do planeta e para dar um novo impulso à economia global. De facto, do Acordo de Paris emerge uma nova noção de universalidade de compromisso de natureza híbrida que conjuga disposições jurídicas vinculativas e compromissos voluntários, com o objetivo de alcançar uma descarbonização da economia global mediante «contribuições nacionais determinadas».

Sublinho que para ser um sucesso, a chave agora é a implementação de ações concretas de descarbonização à escala universal para se atingir a meta de limitar a subida da temperatura a 1,5 graus celsius.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. — Per noi del Movimento 5 Stelle la ratifica da parte dell'Unione europea dell'accordo COP21 di Parigi è un atto dovuto, cruciale e necessario. Purtroppo da solo non basterà. Bisognerà andare oltre. Si tratta, infatti, di un primo passo che ci deve costringere a non mollare la presa, un primo passo che ci deve spingere ad attuare nuove azioni concrete. Dobbiamo avere il coraggio di abbandonare un modello basato su un'assurda crescita illimitata avendo a disposizione risorse limitate. COP21 è un punto di partenza per affrontare e cercare di risolvere i problemi legati ai cambiamenti climatici, non può certo essere considerato un punto di arrivo.

Abbiamo, infatti, forti dubbi sulla gestione delle emissioni di CO_2 che avverrà attraverso l'utilizzo di strumenti finanziari e siamo delusi che siano state escluse dalla trattativa le emissioni inquinanti degli aerei e delle navi. Ancora non capiamo perché il capitolo dell'agricoltura sia stato escluso dai negoziati considerato che il business delle multinazionali del cibo sta provocando disastri. Tuttavia, ritengo importante che i grandi della terra abbiano trovato un compromesso ammettendo di fatto che c'è un'emergenza climatica. Ed è a questo primo passo che ho dato il mio voto favorevole così da passare presto a lavorare per il secondo.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Sklep o ratifikaciji Pariškega sporazuma.

Menim, da bo ta pravno zavezujoč sporazum pospešil globalna prizadevanja za prehod na podnebno nevtralno gospodarstvo in preprečil nevarne podnebne spremembe.

8.2. Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zwecks Hilfeleistung für Griechenland aufgrund des Erdbebens, das im November 2015 die Ionischen Inseln erschütterte (A8-0270/2016 - Georgios Kyrtsos)

Written explanations of vote

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La Commissione chiede la mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea per un importo pari a 1 651 834 EUR a seguito di un terremoto che ha colpito le isole ionie in Grecia. L'intensità del terremoto ha raggiunto una magnitudo 6.1 della scala Richter provocando significativi danni ad abitazioni e rendendone 20 inagibili. Poiché credo sia molto importanti fornire gli aiuti necessari in situazioni come questa, ho espresso un voto a favore.

Tim Aker, Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP abstained on this legislative, consent procedure (single vote) report. This vote was to approve giving EUR 1 651 834 to Greece for the earthquake that hit in 2015. The event was a 6.1 on the Richter Scale in which two people lost their lives and 8 people were injured. The Greek Government estimated the total damage to be over EUR 66 million. While in principle UKIP opposes the EU spending British taxpayers' money, as this was for disaster relief and there was loss of life, we will not oppose its use in this case.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – El 17 de noviembre de 2015, las Islas Jónicas (particularmente Léucade y las zonas septentrionales de Ítaca y Cefalonia) sufrieron seísmos cuyos daños se estiman en más de 66 millones de euros, un 2,1 % del PIB regional. El objetivo del presente informe es movilizar el Fondo de Solidaridad de la Unión por valor de 1,7 millones de euros en créditos de compromiso y pago. Aunque se trata sólo de una pequeña cantidad en relación a los daños totales, he votado a favor de este informe para contribuir a la reconstrucción de la zona.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — Following the earthquake that affected the Ionian Islands in November 2015, on 5 February 2016 Greece submitted an application to mobilise the European Union Solidarity Fund.

As there are appropriations still available in the European solidarity fund for 2016, the proposal is to provide the amount of EUR 1 651 834 to Greece, in commitment and payment appropriations.

The vote took place on 28 September in the BUDG committee, and adopted with an overwhelming majority +32 in favour, one abstention and one vote against.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport contenant une décision du Parlement européen et du Conseil de mobiliser le Fonds de solidarité européenne pour fournir une aide à la Grèce, après le séisme qui a touché les îles Ioniennes en novembre 2015.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου σχετικά με την κινητοποίηση του Ταμείου Αλληλεγγύης της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την παροχή βοήθειας προς την Ελλάδα μετά τον σεισμό που έπληξε τα Ιόνια νησιά τον Νοέμβριο του 2015, διότι τα καταστροφικά αποτελέσματα του μεγέθους 6,1 Ρίχτερ σεισμού δημιούργησαν πολλαπλά προβλήματα στην καθημερινότητα των κατοίκων των νησιών. Σε τέτοιες έκτακτες περιπτώσεις, είναι επιτακτική ανάγκη να δείχνει η Ευρωπαϊκή Ένωση την αλληλεγγύη της σε όλες τις πληγείσες περιοχές.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Die Europäische Kommission schlägt vor, Griechenland aufgrund des Erdbebens auf den Ionischen Inseln eine Summe von 1 651 834 EUR aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union zur Verfügung zu stellen. Das Erdbeben, welches am 17. November 2015 geschah, erreichte auf der Richterskala eine Stärke von 6,1 und zerstörte viele Häuser und forderte Todesopfer und Verletzte.

Das Parlament und auch ich haben für diese Unterstützung Griechenlands und der betroffenen Region gestimmt, um die Menschen vor Ort beim Wiederaufbau zu unterstützen und ihnen zu zeigen, dass die europäische Solidarität greift.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui mobilise le Fonds de solidarité à hauteur de 1,7 million d'euros afin d'aider la Grèce frappée par un séisme de magnitude 6,1 sur l'échelle de Richter dans les îles de Leucade et de Céphalonie, en novembre 2015, endommageant 120 logements, dont 20 totalement détruits, et occasionnant des dégâts considérables sur des bâtiments et infrastructures publics (hôpitaux, ports, églises…). Selon les autorités grecques, le montant des dommages s'élève à 66 millions d'euros, soit 2,1% du PIB de la région concernée, ce qui est au-dessus du seuil de qualification de catastrophe naturelle situé à 1,5% du PIB.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I do not believe that this fund is necessary. EU Member States contribute to a fund from which they can then reclaim money in the event of a natural disaster. However, ultimately there will be no real net benefit in terms of the levels of administration involved.

Given that the fund exists, however, I see no reason to doubt that this is a worthwhile cause and I have no objection to the proposal. I therefore felt, overall, that it was appropriate to abstain.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la mobilisation du Fonds de solidarité pour venir en aide aux victimes et compenser les dommages causés, notamment au réseau routier, par le séisme qui a frappé l'île de Leucade en novembre 2015.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už Europos Sąjungos solidarumo fondo lėšų mobilizavimą siekiant suteikti Graikijai pagalbą po 2015 m. Jonijos salas sukrėtusio žemės drebėjimo. Šis žemės drebėjimas pasiekė 6,1 balo pagal Richterio skalę. Apgadinta 120 būstų, iš kurių 20 pripažinti nebetinkamais gyventi. Pranešta, jog didelė žala padaryta infrastruktūros tinklams, pastatams ir kultūros objektams. Todėl pritariu Komisijai, kuri siūlo mobilizuoti Europos Sąjungos solidarumo fondo (ESSF) lėšas, siekdama suteikti finansine pagalbą, susijusią su nelaime Graikijoje.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this legislative, consent procedure (single vote) report. This vote was to approve giving EUR 1 651 834 to Greece for the earthquake that hit in 2015. The event was 6.1 on the Richter Scale in which two people lost their lives and 8 people injured. The Greek Government estimated the total damage to be over EUR 66 million. While in principle UKIP opposes the EU spending British taxpayer's money, as this was for disaster relief and there was loss of life, we will not oppose its use in this case.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Je ne me suis bien évidemment pas opposé à la mobilisation – à hauteur de 1,7 million d'euros – du Fonds de solidarité de l'UE pour aider la Grèce suite au séisme de magnitude 6,1 qui a touché les îles de Leucade et de Céphalonie en novembre 2015.

Les autorités grecques estiment les dommages à 2,1% du PIB de la région concernée, qu'il s'agisse de logements ou d'infrastructures publiques.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – La Commission propose d'octroyer une aide financière au titre du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE) afin de répondre à une catastrophe survenue en Grèce le 17 novembre 2015 (séismes ayant touché la région des Îles ioniennes, notamment l'île de Leucade et les zones septentrionales des îles d'Ithaque et de Céphalonie). Dans le droit fil de la pratique suivie par le passé et du règlement FSUE, la Commission propose d'appliquer le taux de 2,5 % du total des dommages directs au-dessous du seuil d'intervention fixé pour la Grèce. Le montant total de l'aide proposée s'élève dès lors à 1 651 834 EUR.

J'ai voté en faveur de ce rapport recommandant l'approbation rapide de la proposition de décision de la Commission en signe de solidarité avec les régions grecques touchées par ce séisme.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Il 17 novembre del 2015 le isole ioniche della Grecia sono state colpite da un violento terremoto con una intensità di 6.1 della scala Richter. Gli ingenti danni causati dal sisma, in particolare nelle isole di Leucade, Itaca e Cefalonia, hanno danneggiato più di 120 case, distrutto spiagge e stabilimenti balneari, compromesso reti infrastrutturali e siti culturali. La Repubblica ellenica ha quindi chiesto all'UE di attivare il Fondo di solidarietà dell'Unione europea, uno strumento che ha come obiettivo quello di rispondere in modo rapido, efficiente e flessibile alle situazioni di emergenza, sostenendo la popolazione delle regioni colpite da catastrofi naturali. Ho votato a favore della relazione Kyrtsos perché ritengo fondamentale l'intervento europeo in questo tipo di situazioni. Grazie all'aiuto e alle risorse fornite, che ammontano a 1,65 miliardi di EUR, si potranno ripristinare le infrastrutture, rimborsare i costi delle misure di emergenza e contribuire a coprire alcune spese per le operazioni di pulizia.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe pedía la movilización de fondos para ayudar a la región de las Islas Jónicas en Grecia por los daños sufridos por un terremoto acaecido en noviembre de 2015. Voto a favor para que se movilicen estos fondos en solidaridad con la gente que sufrió los daños ocasionados por este desastre natural.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai souhaité voter en faveur du versement de 1 651 834 euros à la Grèce, prélevés sur le Fonds de solidarité de l'Union européenne puisque c'est pour faire face à ce genre de catastrophe imprévisible et aux conséquences désastreuses que ce fonds existe.

Nous nous souvenons du séisme de magnitude 6,1 qui avait touché les îles de Leucade et de Céphalonie en novembre 2015. Les pouvoirs publics grecs ont estimé le coût de ce tragique évènement à 66 millions d'euros soit 2,1 % du PIB de cette région. On est donc bien largement au-dessus du seuil de qualification de catastrophe naturelle régionale, lequel s'élève à 1,5 % du PIB.

Au-delà de l'expression de toute ma solidarité avec le peuple grec, je précise de plus que le financement de cette aide est assuré par les crédits de paiement déjà inscrits au budget 2016.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Il 17 novembre 2015 la Grecia è stata colpita da un terremoto che ha interessato le isole ionie, in particolare Leucade, le zone nord di Itaca e l'isola di Cefalonia. Con questo voto sostengo la mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'UE per 1 651 834 EUR da destinarsi alla ricostruzione e al sostegno delle popolazioni colpite. Ritengo che il Fondo di solidarietà continui a rappresentare un importante strumento di sostegno che l'Europa mette a disposizione degli Stati membri colpiti da gravi catastrofi naturali, anche se auspico che si riesca a rendere la sua attivazione sempre più rapida, perché questo incrementerà fortemente la sua efficacia.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la movilización del Fondo de Solidaridad de la Unión para destinar 1 651 834 euros en señal de solidaridad con las regiones griegas afectadas por el terremoto de noviembre de 2015. Los seísmos, de una magnitud de 6,1 grados, provocaron la muerte de dos personas, ocho resultaron heridas y ciento veinte viviendas sufrieron daños, veinte de las cuales se consideraron no aptas para vivir en ellas. También se registraron graves daños en las redes de infraestructura y diversos edificios y lugares de interés cultural.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame nagrinėjamas Komisijos siūlymas mobilizuoti Europos Sąjungos solidarumo fondo (ESSF) lėšas, siekiant suteikti finansine pagalbą, susijusią su nelaime Graikijoje (žemės drebėjimu, sukrėtusiu Jonijos salų regioną, ypač Leukadės ir Kefalonijos salas), įvykusia 2015 m. lapkričio 17 d. Šis žemės drebėjimas pasiekė 6,1 balo pagal Richterio skalę. Žuvo du žmonės, aštuoni buvo sužeisti, apgadinta 120 būstų, iš kurių 20 pripažinti nebetinkamais gyventi. Pranešta, jog didelė žala padaryta infrastruktūros tinklams, pastatams ir kultūros objektams. Leukadėje sunaikinta keletas turizmo sektoriaus požiūriu svarbiausių paplūdimių. Nukentėjęs regionas pagal Europos struktūrinių ir investicijų fondų (2014-2020 m.) nuostatas priskiriamas „mažiau išsivysčiusių

regionų“ kategorijai. Graikijos valdžios institucijos nepranešė Komisijai apie ketinimą perskirstyti finansavimą pagal ESI fondo programą ir skirti lėšas atstatymo priemonėms. Europos Parlamentas rekomenduoja greitai patvirtinti prie šio pranešimo prisegtą Komisijos pasiūlymą dėl sprendimo ir taip išreikšti solidarumą su nukentėjusiais Graikijos regionais.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A Bizottság az Európai Unió Szolidaritási Alapjának (EUSZA) igénybevételét javasolja, hogy pénzügyi segítséget nyújtson a 2015. november 17-i görögországi katasztrófa (az Ión-szigeteket – különösen Lefkadát és Ithaki és Kefalónia északi részeit – érintő földrengés) nyomán. A rengések elérték a Richter-skála szerinti 6,1-es erősséget. A görög hatóságok a katasztrófa által okozott közvetlen károkat kezdetben összesen 66 073 345 euróra becsülték. Mivel a fenti összeg az érintett Ión-szigetek NUTS 2 régió GDP-jének 2,1%-át teszi ki (az Eurostat 2014-es adatai alapján), és meghaladja a regionális GDP 1,5%-os küszöbértékét, a katasztrófa az EUSZA-rendelet 2. cikkének (3) bekezdése értelmében regionális katasztrófának minősül.

Az EUSZA-rendelet 4a. cikkének (2) bekezdésével összhangban Görögország kérésére a Bizottság egy 164 798 eurós előleget folyósított, amely az alapból nyújtandó hozzájárulás 10%-a. A már folyósított 10%-os előleg levonása után fennmaradó kifizetendő összeg 1 487 036 euró. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Predlagani sklep o koriščenju sredstev solidarnostnega sklada EU za zagotavljanje pomoči Grčiji po lanskoletnem potresu sem podprl. S sprejetjem sklepa se bo Grčiji dalo na voljo dobrih 1,6 milijonov EUR sredstev za odpravo posledic potresa, ki je poškodoval 120 stanovanjskih objektov in povzročil smrt dveh oseb.

Povzročena je bila tudi obsežna škoda na preostali infrastrukturi in kulturnih objektih, uničene pa so bile tudi nekatere turistično najpomembnejše plaže na otoku Lefkada. Skupna višina škode je bila ocenjena na 66 milijonov EUR, kar presega prag 1,5 % regionalnega BDP in tako zadostuje merilu za pomoč iz solidarnostnega sklada.

Omeniti še velja, da prizadeta regija sodi v kategorijo manj razvitih regij. Ker je Grčija marca letos že dobila 164.798 EUR sredstev, 10 % skupnega zneska, znaša preostala pomoč solidarnostnega sklada, ki jo je še treba izplačati, 1.487.036 EUR.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o mobilizaciji Fonda solidarnosti Europske unije radi pružanja pomoći Grčkoj nakon potresa koji je pogodio Jonske otoke u studenome 2015. Ovo izvješće preporučuje brzo odobravanje prijedloga Komisije za iskorištavanje 1.651,834 EUR, kao znak solidarnosti s grčkim regijama koje su pogođene potresom 2015. godine.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est destiné à dédommager les victimes du séisme qui a frappé les îles de Leucade et de Céphalonie. Les critères de catastrophe naturelle sont remplis et les sommes mentionnées sont déjà inscrites au budget 2016.

Pour toutes ces raisons, j'ai voté en faveur de ce texte.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I decided to support this resolution concerning the allocation of more than EUR 1.5 million to Greece following the earthquake of November 2015, because I strongly believe that European solidarity is the right political answer, especially during hard times.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Nel periodo autunno-inverno 2015 le isole ioniche della Grecia sono state colpite da un terremoto e da diverse inondazioni locali. I danni alle infrastrutture pubbliche e private, alle imprese, alle abitazioni dei cittadini, alle aziende del settore agricolo e ai beni ambientali dei territori colpiti sono stati gravi, sia in termini economici che umani, causando vittime e conseguenze materiali difficilmente risolvibili nel breve periodo in un paese già duramente provato dalla crisi. Gli eventi, che si possono attribuire a un unico fenomeno naturale avverso, si devono considerare alla stregua di un'unica grande catastrofe naturale. Il danno diretto complessivo, stimato in diversi milioni di EUR, deve essere sommato agli ingenti danni indiretti a norma dei criteri vigenti per le catastrofi regionali dal momento che sono interessate diverse regioni di livello NUTS 2 e che i danni arrecati nelle aree colpite rappresentano una parte significativa del PIL greco. Il Parlamento europeo deve pertanto mobilitare immediatamente il Fondo di solidarietà dell'Unione europea a favore delle aree colpite attribuendo loro sufficienti risorse per far fronte ai danni subiti e consentire la messa in sicurezza dei siti danneggiati.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à mobiliser le Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE) à hauteur de 1,7 million d'euros pour aider la Grèce à surmonter financièrement les dommages engendrés par un séisme d'une magnitude de 6,1 sur l'échelle de Richter, qui a touché les îles de Leucade et de Céphalonie en novembre 2015. Au total, ce sont plus de 120 logements qui ont été détruits par le séisme sans compter les dégâts considérables qui ont affecté les infrastructures publiques telles que les hôpitaux, les ports ou les Églises. Les autorités grecques évaluent à 66 millions d'euros le coût des dégâts, soit 2,1% du PIB de la région concernée, dépassant de fait le seuil de qualification de catastrophe naturelle fixé à 1,5%. J'ai donc voté pour ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Din cauza cutremurului din data de 17 noiembrie produs în Insulele Ionice din Grecia, Parlamentul European propune mobilizarea Fondurilor de solidaritate ale UE, fonduri necesare pentru a acorda asistență financiară în urma catastrofei. Intensitatea cutremurului a fost de 6,1 grade pe scara Richter, iar daunele au fost în special pe plan material, mai precis 120 de locuințe avariate, pierderea a două vieți omenești, cât și rănirea unui număr de 8 persoane.

Regiunile afectate intră în categoria regiunilor mai puțin dezvoltate, astfel costurile de urgență și reabilitare se află în jurul sumei de 52 de milioane de euro, din care peste 38 de milioane euro sunt întrebuințate în sectorul transporturilor și peste 7 milioane de euro, pentru protecția patrimoniului cultural.

Am acordat un vot favorabil prezentului raport, deoarece consider că este mare nevoie de fondurile de solidaritate ale UE pentru măsurile de reabilitare, dat fiind faptul că avem de-a face cu o serie de regiuni mai puțin dezvoltate, iar daunele sunt însemnate.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Fondul de solidaritate al Uniunii Europene îi permite acesteia să susțină financiar un stat membru, o țară în curs de aderare sau o regiune în caz de catastrofă naturală majoră.

În perioada 26 ianuarie - 3 februarie 2014, Kefalonia a fost afectată de un cutremur puternic, de magnitudine 5,8 grade pe scara Richter, urmat de zeci de replici puternice în nord-estul insulei; cutremurul a făcut mai multe victime, iar 3 000 de persoane au rămas fără adăpost. Numeroase locuințe au fost grav deteriorate, iar oamenii au fost obligați să doarmă mai multe nopți în corturi sau pe nave ale armatei.

Cererea Greciei a fost primită la 28 martie 2014, îndeplinind condițiile de acordare a unei contribuții financiare din fond conform articolului 4 din Regulamentul (CE) nr. 2012/2002. Fiind de origine naturală, cutremurele se încadrează în domeniul principal de aplicare a Fondului de solidaritate.

În semn de solidaritate cu regiunile din Grecia afectate, susțin mobilizarea rapidă a propunerii de decizie a Comisiei prevăzută în respectivul raport.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Un séisme dévastateur a frappé les îles Ioniennes grecques, le 17 novembre 2015. Il a fait de nombreux dégâts humains mais également matériels comme sur les infrastructures et les sites touristiques. Le Fonds de solidarité de l'Union européenne a été créé en 2002 dans le but de faire face aux grandes catastrophes naturelles. La mobilisation de ce fonds était donc justifiée pour venir en aide aux régions sinistrées. La somme de 1 651 834 euros sera versée à la Grèce afin de couvrir une partie des dommages directs causés par la catastrophe. J'ai voté en faveur de ce rapport.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore del Fondo europeo di solidarietà (FSUE) per fornire un'assistenza finanziaria in relazione a un terremoto avvenuto in Grecia il 17 novembre 2015. Sono stati registrati danni diffusi alle reti infrastrutturali, a edifici e a siti culturali. Sull'isola di Leucade sono andate distrutte alcune delle spiagge più importanti sotto il profilo turistico. Il totale dei danni diretti causati dalla catastrofe in Grecia è stimato a 66 073 345 EUR.

In Italia, il Fondo di solidarietà dell'UE è stato usato nel 2002 per il terremoto in Molise, nel 2009 per il terremoto in Abbruzzo e nel 2012 per il terremoto in Emilia Romagna.

L'Unione europea si è detta pronta ad attivare il Fondo di solidarietà anche a sostegno della ricostruzione nelle zone colpite dal terremoto del 24 agosto 2016 nel Lazio e nelle Marche. Le risorse del fondo potranno essere utilizzate per coprire i danni non assicurabili, riferibili quindi ai primi soccorsi, alle infrastrutture e ai beni culturali. Il Fondo permetterà anche di ripristinare strade, acquedotti, reti elettriche, del gas e linee telefoniche o di trasporto.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – Following an earthquake measuring 6.0 on the Richter Scale that affected the Ionian Islands in November 2015, on 5 February 2016 Greece submitted an application to mobilise the European Union Solidarity Fund.

EUR 1 651 834 will now be provided to Greece to cope with damaged roads, buildings and other infrastructure from this earthquake which also killed two people.

This fund was set up to provide assistance in instances of natural disasters in the EU Member States.

For these reasons, I voted in favour.

David Casa (PPE), *in writing*. – I agree with the rapporteur on the need for a swift approval of the Commission proposal to mobilise the EU Solidarity Fund as a sign of solidarity with the affected Greek regions and to grant financial assistance relating to the disaster in Greece (earthquakes affecting the Ionian Islands region, in particular the island of Lefkada, northern parts of Ithaki and Kefalonia) which occurred on 17 November 2015. The proposed mobilisation would not require an amendment to the 2016 budget.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La Commissione propone di mobilitare il Fondo europeo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE) per fornire un'assistenza finanziaria in relazione a una catastrofe avvenuta in Grecia il 17 novembre 2015. Le autorità greche hanno stimato in circa 66 milioni di EUR il totale dei danni diretti causati dalla catastrofe. L'importo totale dell'aiuto proposto dal FSUE è pari a 1 651 834 EUR. Il mio voto è stato favorevole.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Il 17 novembre 2015 un terremoto di magnitudo 6.1 ha investito alcune isole dell'ovest della Grecia danneggiando reti infrastrutturali, edifici pubblici e privati (tra cui un ospedale) e siti culturali. I danni stimati dalle autorità locali ammontano ad oltre 66 milioni di EUR. Sono convinta che l'entità della catastrofe naturale che ha colpito una delle regioni meno sviluppate del paese ci imponga di mobilitare l'apposito Fondo europeo di solidarietà (FSUE) per fornire l'assistenza finanziaria domandata dal governo greco. Ho ritenuto quindi di votare a favore della decisione di erogare circa 1,7 milioni di EUR per contribuire alla copertura dei danni. Auspico che la decisione venga rapidamente eseguita in modo da testimoniare la solidarietà e la vicinanza delle Istituzioni europee agli abitanti delle aeree colpite dal sisma.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Τασσόμαστε υπέρ της έκθεσης και συνιστούμε την ταχεία έγκριση της πρότασης της Επιτροπής για την έκδοση απόφασης που επισυνάπτεται στην παρούσα έκθεση, σε ένδειξη αλληλεγγύης προς τις πληγείσες ελληνικές περιφέρειες.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η ψηφοφορία επί της έκθεσης σχετικά με την κινητοποίηση του Ταμείου Αλληλεγγύης προς υποστήριξη των περιοχών του Ιονίου μετά το σεισμό του Νοεμβρίου του 2015, αποτελεί μια θετική διαδικασία που μπορεί να δώσει λύσεις στις πληγείσες περιοχές. Καθώς μάλιστα το Ταμείο αυτό έχει συσταθεί για τέτοιους ακριβώς σκοπούς, υπερψήφισα την πρόταση.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato favorevolmente alla proposta visto che la Commissione propone di mobilitare il Fondo europeo di solidarietà (FSUE) per fornire un'assistenza finanziaria in relazione a una catastrofe avvenuta in Grecia il 17 novembre 2015 (un terremoto che ha interessato le isole ionie, in particolare l'isola di Leucade, le zone nord di Itaca e l'isola di Cefalonia). Il terremoto ha raggiunto magnitudo 6.1 sulla scala Richter e ha causato due morti e otto feriti e danneggiato 120 unità abitative, 20 delle quali sono state dichiarate inagibili. Sono stati registrati danni diffusi alle reti infrastrutturali, a edifici e a siti culturali. Sull'isola di Leucade sono andate distrutte alcune delle spiagge più importanti sotto il profilo turistico.

Su richiesta della Grecia, il 18 marzo 2016 la Commissione ha concesso un anticipo di 164 798 EUR, pari al 10 % del contributo finanziario previsto dal Fondo, in linea con l'articolo 4 bis, paragrafo 2, del regolamento FSUE. La mobilitazione proposta non richiederebbe alcuna modifica del bilancio 2016 né un progetto di bilancio rettificativo. Si tratta della prima decisione di mobilitazione del 2016 e l'importo totale dell'aiuto proposto rispetta il massimale per il Fondo di solidarietà dell'UE quale fissato dal regolamento che stabilisce il QFP.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Alla luce del tragico terremoto che ha colpito l'Italia il 24 agosto, non posso che votare a favore del sostegno da fornire ai greci. Il terremoto che ha scosso le isole ioniche il 17 novembre 2015 ha avuto una magnitudo di 6.5 ed è stato avvertito anche in Puglia e Calabria. Se le vittime sono state limitate, i danni purtroppo no. Grazie alla domanda di contributo finanziario che la Grecia ha prontamente presentato entro il termine di 12 settimane dalla constatazione del primo danno, ci sarà una mobilitazione del Fondo di solidarietà per un importo di 1 651 834 EUR. Auspico che il governo italiano abbia la capacità di provvedere in maniera analoga il più presto possibile dal momento che i danni nel nostro centro Italia sono stimati intorno a un ammontare complessivo di 4 miliardi. Tutti noi siamo ben consci di come determinate tragedie causino perdite ben più gravose rispetto ai danni monetariamente quantificabili. Pertanto voglio ricordare i 297 morti che l'intera nostra nazione si è trovata a dover piangere, come è stato anche recentemente osservato durante la plenaria di Strasburgo di settembre tramite il minuto di silenzio rispettato dall'intero Parlamento europeo.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the mobilisation of the European Union Solidarity Fund to provide assistance to Greece following the earthquake that affected the Ionian Islands in November 2015, and I noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O Fundo de Solidariedade da União Europeia tem por objetivo garantir um auxílio rápido, eficaz e flexível à população de um Estado-Membro, bem como aos países que estejam a negociar a respetiva adesão, em caso de catástrofe natural de grandes proporções.

Este fundo complementa os fundos públicos dos Estados-Membros em situações de emergência, nomeadamente na recuperação urgente das infraestruturas, no alojamento temporário e nos serviços de emergência destinados a satisfazer as necessidades imediatas da população, bem como na limpeza das áreas afetadas pela catástrofe.

A 17 de novembro de 2015, a Grécia foi afetada por um sismo de 6,1 na escala de Richter - afetou a região das Ilhas Jónicas - provocando a morte de pessoas, a destruição de habitações, danos significativos na rede de infraestruturas e em edifícios e locais de interesse cultural, tendo algumas das praias mais importantes turisticamente ficado destruídas. Na sequência da catástrofe a Grécia solicitou assistência do Fundo de Solidariedade da União Europeia.

Apoiei o presente relatório referente à mobilização de 1.651,834 euros em dotações de autorização e de pagamento, a título do Fundo de Solidariedade da União Europeia, com o intuito de minorar a dor, o sofrimento e as perdas das pessoas afetadas pela referida catástrofe.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione affinché l'Unione europea affianchi la Grecia nel tragico avvenimento del terremoto del 17 novembre 2015 nelle isole Ionie, attraverso la mobilitazione del Fondo di solidarietà, per aiutare le zone maggiormente colpite, come l'isola di Leucade, le zone a nord di Itaca e l'isola di Cefalonia, nella ricostruzione delle abitazioni e nel mettere in sicurezza i cittadini stessi. La Commissione europea applicherà un tasso del 2,5 % dell'importo del danno diretto totale per tutti i danni fino alla soglia, assegnando alla Grecia un contributo finanziario di 1 651 834 EUR.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I am in favour of this financial assistance towards rehabilitating victims of the disaster which took place at the Ionian Islands region of Greece last year, providing for an anticipated Fund contribution, in line with Article 4(a) of the EUSF Regulation, and a total amount of aid proposed of just over EUR 1.5 million.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – El 17 de noviembre de 2015, las Islas Jónicas (particularmente Léucade y las zonas septentrionales de Ítaca y Cefalonia) sufrieron seísmos cuyos daños se estiman en más de 66 millones de euros, un 2,1 % del PIB regional. El objetivo del presente informe es movilizar el Fondo de Solidaridad de la Unión por valor de 1,7 millones de euros en créditos de compromiso y pago. Aunque se trata sólo de una pequeña cantidad en relación a los daños totales, he votado a favor de este informe para contribuir a la reconstrucción de la zona.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Il Fondo di solidarietà dell'Unione europea costituisce il principale strumento di dimostrazione dell'azione di solidarietà dell'Unione, fornendo un importante sostegno finanziario agli Stati membri o alle regioni colpite da gravi calamità. Alla luce di tali considerazioni, ho accolto con favore l'erogazione di aiuti alla Grecia a seguito del terremoto che ne ha colpito le isole Ionie.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – În data de 17 noiembrie 2015, Grecia a fost lovită de un cutremur cu magnitudinea de 6,1 grade pe scara Richter. Două persoane și-au pierdut viața, opt au fost rănite, iar 120 de locuințe au fost avariate. S-au raportat și daune importante aduse rețelelor de infrastructură, clădiri, dar și situri culturale. Daunele materiale se ridică la peste 2,5% din PIB-ul regional, clasând astfel acest eveniment în categoria catastrofelor regionale. Am votat pentru acordarea de asistență financiară din Fondul de solidaritate al Uniunii Europene pentru poporul elen, grav afectat de către acest cutremur. Solidaritatea stă la baza fondării UE și cred că doar împreună putem depăși crizele cu care ne confruntăm în cadrul Uniunii.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – 2015 novemberében a Richter-skála szerinti 6,1-es erősségű földrengés sújtotta a görögországi Ión-szigetet. A görög hatóságok több mint 66 millió eurós kárt állapítottak meg, a személyi károkon túl jelentősen sérült az infrastruktúra, valamint turisztikai szempontból roppant fontos helyszínek sérültek meg. A kormány 2016 februárjában nyújtotta be igényét az Európai Bizottsághoz, hogy igénybe vehessék az Európai Unió Szolidaritási Alapjának ilyen esetekre elkülönített támogatását. Az Európai Bizottság jóvá is hagyta az 1 651 834 eurós támogatást. Az Európai Unió Szolidaritási Alapjának célja, hogy az Unió gyors, hatékony és rugalmas módon legyen képes a vészhelyzetekre reagálni és kifejezni szolidaritását a katasztrófa sújtotta régiók lakosságával, ezért a javaslatot én is támogattam.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – W pełni poparłem wniosek, ponieważ uważam, że wśród państw członkowskich powinna zawsze panować chęć pomocy, szczególnie w przypadkach klęsk żywiołowych. Pokrycie szkód, jak i skutków trzęsienia ziemi zdecydowanie przerosło możliwości finansowe Wysp Jońskich.

Celem Funduszu Solidarności UE (FSUE) jest pomoc finansowa kwalifikującym się państwom członkowskim dotkniętym klęskami żywiołowymi o wielkiej skali lub nadzwyczajnymi klęskami o skali regionalnej. W przypadku trzęsienia ziemi, które nawiedziło Wyspy Jońskie, nie można pozostać obojętnym, należy okazać solidarność, tym bardziej że istnieje specjalny fundusz pomocy w takich sytuacjach.

Stąd moja decyzja, żeby zagłosować za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The Commission decided to grant EUR 1.65 million from the EU Solidarity Fund to Greece following the earthquake in the Ionian Islands in November 2015. This disaster severely impacted on roads, ports, public buildings, homes, cultural sites and tourist areas. The aid will help to restore infrastructure, reimburse the cost of emergency measures and cover some of the clean-up operations, in a gesture of solidarity with the Greek regions affected. For these reasons, I am in favour of this report.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Anul trecut, în noiembrie, Grecia a fost grav afectată de cutremurul produs în Insulele Ionice. Având în vedere că obiectivul principal al UE cu privire la Fondul de solidaritate este de a-și exprima solidaritatea față de populația din regiunile afectate de catastrofe naturale printr-un răspuns rapid și eficient, susțin în totalitate poziția raportorului prin care se recomandă aprobarea rapidă a propunerii de decizie a Comisiei în semn de solidaritate cu regiunile din Grecia afectate.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif propose d'octroyer une aide financière suite au séisme survenu en Grèce le 17 novembre 2015, dans la région des îles Ioniennes. Les tremblements de terre ont atteint une magnitude de 6,1 sur l'échelle de Richter et ont provoqué des dégâts humains et matériels très importants. Sur demande de la Grèce, la Commission européenne a déjà accordé une avance de 10 % de la contribution financière attendue, le solde restant à payer s'élève à 1 487 036 euros. Considérant que l'Union européenne doit soutenir les citoyens européens victimes de catastrophes naturelles et doit participer à l'effort de reconstruction, j'ai soutenu ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce rapport sur la mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne pour venir en aide à la Grèce à la suite du séisme qui a frappé les îles Ioniennes en novembre 2015. Ce Fonds de solidarité a pour but de permettre à l'Union européenne d'apporter une aide effective à un État membre faisant face aux dégâts provoqués par une catastrophe naturelle majeure. Il a donc toute vocation à être mobilisé pour les îles Ioniennes.

Le séisme d'une magnitude de 6,1 sur l'échelle de Richter qui a touché ces îles a provoqué des dégâts catastrophiques. Des dégâts considérables ont été causés aux réseaux d'infrastructures, à des bâtiments et à des sites culturels. Les plages des îles Ioniennes, qui sont une importante source de revenus touristiques pour la région, ont aussi été détruites par le séisme. Afin que la population locale puisse reconstruire leurs villes et leur appareil économique, nous nous devons de soutenir la décision du Parlement européen et du Conseil pour la mobilisation de 1 651 834 euros au profit de la Grèce.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A Bizottság az Európai Unió Szolidaritási Alapjának (EUSZA) igénybevételét javasolja, hogy pénzügyi segítséget nyújtson a 2015. november 17-i görögországi katasztrófa (az Ión-szigeteket – különösen Lefkadát és Ithaki és Kefalónia északi részeit – érintő földrengés) nyomán. A rengések elérték a Richter-skála szerinti 6,1-es erősséget. A görög hatóságok a katasztrófa által okozott közvetlen károkat kezdetben összesen 66 073 345 euróra becsülték. Mivel a fenti összeg az érintett Ión-szigetek NUTS 2 régió GDP-jének 2,1%-át teszi ki (az Eurostat 2014-es adatai alapján), és meghaladja a regionális GDP 1,5%-os küszöbértékét, a katasztrófa az EUSZA-rendelet 2. cikkének (3) bekezdése értelmében regionális katasztrófának minősül.

Az EUSZA-rendelet 4a. cikkének (2) bekezdésével összhangban Görögország kérésére a Bizottság egy 164 798 eurós előleget folyósított, amely az alapból nyújtandó hozzájárulás 10%-a. A már folyósított 10%-os előleg levonása után fennmaradó kifizetendő összeg 1 487 036 euró. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Sono particolarmente a favore della mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'UE in quanto provengo da una regione italiana con forte attività sismica e ritengo dunque che sia un'importante iniziativa per aiutare la popolazione delle isole greche colpite dal terremoto del novembre 2015. Auspico dunque una veloce approvazione da parte della Commissione per lo stanziamento degli aiuti finanziari necessari. Per questi motivi ho votato a favore della relazione.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — Le séisme qui a frappé la région des îles Ioniennes en Grèce en novembre 2015 a causé de très importants dégâts. De nombreuses infrastructures portuaires et routières ont été détruites, et des sites culturels ont été gravement endommagés. Il est naturel que l'Union puisse venir en aide aux régions sinistrées, et fasse preuve de solidarité vis à vis des populations touchées.

L'aide financière de 1,65 million d'euros accordée par l'Union européenne à la Grèce va permettre de rétablir les infrastructures, de rembourser les frais liés aux mesures de secours et de couvrir une partie des opérations de nettoyage. Elle va aider les habitants à se relever de ce sinistre, à reconstruire et à relancer l'activité touristique.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих предложението да се мобилизират средства от фонд „Солидарност“, за да се предостави помощ на Гърция в рамките на 1 651 834 евро в следствие на земетресението от ноември 2015 година, засегнало Йонийските острови. Щетите нанесени от него представляват 2.1% от БВП на островите и надвишават нужния праг, необходим за квалифициране за отпускане на помощ за „регионално бедствие“. Земетресението от 17 ноември 2015 г. нанесе огромни щети на Йонийските острови и отпуснатата сума ще покрие част от щетите без да създава допълнителна тежест върху европейския бюджет.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η ΕΕ οφείλει να επιδεικνύει ευελιξία όταν συντρέχουν λόγοι αποζημίωσης χωρών που επλήγησαν από φυσικές καταστροφές.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A Bizottság az Európai Unió Szolidaritási Alapjának (EUSZA) igénybevételét javasolja, hogy pénzügyi segítséget nyújtson a 2015. november 17-i görögországi katasztrófa (az Ión-szigeteket – különösen Lefkadát és Ithaki és Kefalónia északi részeit – érintő földrengés) nyomán. A rengések elérték a Richter-skála szerinti 6,1-es erősséget. A görög hatóságok a katasztrófa által okozott közvetlen károkat kezdetben összesen 66 073 345 euróra becsülték. Mivel a fenti összeg az érintett Ión-szigetek NUTS 2 régió GDP-jének 2,1%-át teszi ki (az Eurostat 2014-es adatai alapján), és meghaladja a regionális GDP 1,5%-os küszöbértékét, a katasztrófa az EUSZA-rendelet 2. cikkének (3) bekezdése értelmében regionális katasztrófának minősül.

Az EUSZA-rendelet 4a. cikkének (2) bekezdésével összhangban Görögország kérésére a Bizottság egy 164 798 eurós előleget folyósított, amely az alapból nyújtandó hozzájárulás 10%-a. A már folyósított 10%-os előleg levonása után fennmaradó kifizetendő összeg 1 487 036 euró. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this report on the mobilisation of the European Union Solidarity Fund to provide assistance to Greece following the earthquake that affected the Ionian Islands in November 2015. The principle of solidarity, helping each other out, has long been an important value in Wales. The European Union has emergency funding to help in crises such as this. The UK Government does not make use of this support, which is why Wales has missed out in the past.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O Fundo de Solidariedade da União Europeia (o «Fundo») visa permitir à União responder de forma rápida, eficiente e flexível a situações de emergência e manifestar a sua solidariedade para com a população das regiões afetadas por catástrofes, sendo que a intervenção do Fundo não deve exceder o montante máximo anual de 500 milhões de euros. A Grécia apresentou um pedido de mobilização do Fundo, na sequência de um sismo que afetou as ilhas Jónicas em novembro de 2015. Concordo, por isso, que deve ser mobilizado o Fundo no montante de 50 milhões de euros para satisfazer o pedido apresentado pelos gregos.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: il s'agit de mobiliser le Fonds de solidarité à hauteur de 1,7 million d'euros pour aider la Grèce suite au séisme de magnitude 6,1 qui a touché les îles de Leucade et de Céphalonie en novembre 2015.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – As Ilhas Jónicas, na Grécia, foram atingidas em novembro de 2015 por um sismo que causou bastante destruição e que levou as autoridades gregas, em fevereiro de 2016, a apresentarem um pedido para mobilizar o Fundo de Solidariedade da União Europeia (FSUE).

Agora, quase um ano após a catástrofe, o Parlamento Europeu aprova a mobilização do FSUE. Como existem dotações ainda disponíveis no FSUE para 2016, a proposta é fornecer a quantidade de 1 651 834 euros à Grécia, em dotações de autorização e de pagamento.

Justifica-se inteiramente que a UE mobilize este apoio à Grécia, ademais tendo em conta um quadro conhecido de continuada agressão a este país, nomeadamente por via dos sucessivos memorandos da troica que arrasaram estruturas económicas e o devastaram socialmente.

Votámos favoravelmente.

Mas esta situação vem recolocar na ordem do dia a necessidade de alteração das regras de mobilização do FSUE, de forma a possibilitar uma mobilização mais expedita e atempada. Não se compreende que só quase após um ano depois da catástrofe ocorra a mobilização de apoios que, frequentemente, são necessários de imediato, seja para defender a segurança de pessoas e bens, seja para acorrer aos prejuízos causados, procurando normalizar a vida económica e social da região afetada tão cedo quanto possível.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole alla presente relazione in quanto concordo con la proposta di mobilitazione del Fondo europeo di solidarietà (FSUE) avanzata dalla Commissione con l'intento di fornire assistenza finanziaria alla Grecia in relazione alla catastrofe avvenuta il 17 novembre 2015.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as this benefits ordinary people.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Fond solidarity Európskej únie slúži na poskytnutie finančnej podpory členským štátom, ktoré sa vyrovnávajú s následkami prírodných katastrof. V tomto konkrétnom prípade ide o uvoľnenie 16 551 834 EUR pre Grécko, ktorého regióny sa musia vyrovnať so zemetrasením, ktoré dosiahlo intenzitu 6,1 stupňa Richterovej stupnice. Celkové náklady odhadujú grécke orgány vo výške 66 miliónov EUR. Predmetná finančná pomoc nebude predstavovať navýšenie rozpočtu pre rok 2016.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore degli aiuti per la popolazione greca colpita dal terremoto nel novembre 2015.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Η ΕΕ οφείλει να επιδεικνύει ευελιξία όταν συντρέχουν λόγοι αποζημίωσης χωρών που επλήγησαν από φυσικές καταστροφές και για τον λόγο αυτό ψηφίζω υπέρ της κινητοποίησης του Ταμείου Αλληλεγγύης της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την παροχή βοήθειας προς την Ελλάδα μετά τον σεισμό που έπληξε τα Ιόνια Νησιά τον Νοέμβριο του 2015.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – This report contains a Decision of the European Parliament and of the Council to mobilise the European Solidarity Fund to provide assistance to Greece following the earthquake that affected the Ionian Islands in November 2015.

I support a swift approval of the Commission proposal to mobilise EUR 1 651 834, in a sign of solidarity with the Greek regions affected by the earthquake of 2015.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A Bizottság az Európai Unió Szolidaritási Alapjának (EUSZA) igénybevételét javasolja, hogy pénzügyi segítséget nyújtson a 2015. november 17-i görögországi katasztrófa (az Ión-szigeteket – különösen Lefkadát és Ithaki és Kefalónia északi részeit – érintő földrengés) nyomán. A rengések elérték a Richter-skála szerinti 6,1-es erősséget. A görög hatóságok a katasztrófa által okozott közvetlen károkat kezdetben összesen 66 073 345 euróra becsülték. Mivel a fenti összeg az érintett Ión-szigetek NUTS 2 régió GDP-jének 2,1%-át teszi ki (az Eurostat 2014-es adatai alapján), és meghaladja a regionális GDP 1,5%-os küszöbértékét, a katasztrófa az EUSZA-rendelet 2. cikkének (3) bekezdése értelmében regionális katasztrófának minősül.

Az EUSZA-rendelet 4a. cikkének (2) bekezdésével összhangban Görögország kérésére a Bizottság egy 164 798 eurós előleget folyósított, amely az alapból nyújtandó hozzájárulás 10%-a. A már folyósított 10%-os előleg levonása után fennmaradó kifizetendő összeg 1 487 036 euró. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. - A Bizottság az Európai Unió Szolidaritási Alapjának (EUSZA) igénybevételét javasolja, hogy pénzügyi segítséget nyújtson a 2015. november 17-i görögországi katasztrófa (az Ión-szigeteket – különösen Lefkadát és Ithaki és Kefalónia északi részeit – érintő földrengés) nyomán. A rengések elérték a Richter-skála szerinti 6,1-es erősséget. A görög hatóságok a katasztrófa által okozott közvetlen károkat kezdetben összesen 66 073 345 euróra becsülték. Mivel a fenti összeg az érintett Ión-szigetek NUTS 2 régió GDP-jének 2,1%-át teszi ki (az Eurostat 2014-es adatai alapján), és meghaladja a regionális GDP 1,5%-os küszöbértékét, a katasztrófa az EUSZA-rendelet 2. cikkének (3) bekezdése értelmében regionális katasztrófának minősül.

Az EUSZA-rendelet 4a. cikkének (2) bekezdésével összhangban Görögország kérésére a Bizottság egy 164 798 eurós előleget folyósított, amely az alapból nyújtandó hozzájárulás 10%-a. A már folyósított 10%-os előleg levonása után fennmaradó kifizetendő összeg 1 487 036 euró. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de movilizar el Fondo de Solidaridad de la UE para proporcionar asistencia en relación con una catástrofe ocurrida en Grecia el 17 de noviembre de 2015, a saber, unos seísmos que afectaron a la región de las Islas Jónicas. Los seísmos alcanzaron una magnitud de 6,1 grados en la escala de Richter, dos personas perdieron la vida, ocho resultaron heridas y ciento veinte viviendas sufrieron daños, veinte de las cuales se consideraron no aptas para vivir en ellas. También se registraron graves daños en las redes de infraestructura y diversos edificios y lugares de interés cultural.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho sostenuto convintamente la risoluzione sulla proposta di decisione del Parlamento europeo e del Consiglio relativa alla mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea, perché ritengo che offrire un sostegno alle autorità greche e alle popolazioni colpite dal terremoto del 17 novembre 2015 sia una grande prova e dimostrazione di solidarietà.

Il terremoto che nel 2015 ha colpito le isole di Cefalonia e Leucade e la zona nord di Itaca ha infatti determinato ingenti danni economici e purtroppo anche tragiche fatalità in una zona con un tessuto economico e sociale già duramente provato dalla crisi economica. Va dunque nella giusta direzione la decisione dell'UE di erogare un'assistenza finanziaria in favore dei territori colpiti.

La decisione, inoltre, non richiede una revisione delle previsioni finanziarie di spesa e permette all'UE di continuare ad avere le necessarie risorse per sostenere i territori colpiti in caso di nuove calamità naturali. È questo un importante segnale di come i popoli europei siano e possano essere solidali tra loro e auspico che tali strumenti di sostegno siano in futuro ulteriormente rafforzati, viste le numerose catastrofi naturali che purtroppo continuano a verificarsi anche in Italia.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Solidarität in Fällen von Naturkatastrophen ist zentraler Bestandteil der europäischen Wertegemeinschaft. Ich empfinde es als unsere Pflicht, in solchen Ausnahmesituationen dem betroffenen Mitgliedstaat beizustehen und schnelle Hilfeleistungen zu gewähren.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I abstained on this legislative, consent procedure (single vote) report. This vote was to approve giving EUR 1 651 834 to Greece for the earthquake that hit in 2015. The event was a 6.1 on the Richter Scale in which two people lost their lives and 8 people injured. The Greek Government estimated the total damage to be over EUR 66 million. While in principle UKIP opposes the EU spending British taxpayer's money, as this was for disaster relief and there was loss of life, we will not oppose its use in this case.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe pedía la movilización de fondos para ayudar a la región de las Islas Jónicas en Grecia por los daños sufridos por un terremoto acaecido en noviembre de 2015. Voto a favor para que se movilicen estos fondos en solidaridad con la gente que sufrió los daños ocasionados por este desastre natural.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the mobilisation of the European Solidarity Fund, as I believe we should be providing assistance to Greece following the earthquake that affected the Ionian Islands in November 2015.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour. The European Union Solidarity Fund aims to enable the Union to respond in a rapid, efficient and flexible manner to emergency situations in order to show solidarity with the population of regions struck by natural disasters. On 5 February 2016, the Commission received an application for the Fund for financial assistance relating to a disaster in Greece (earthquake affecting the Ionian Islands region, in particular the islands of Lefkada and Kefalonia) which had occurred on 17 November 2015. After careful consideration it was decided that Greece meets the conditions for providing a financial contribution from the Fund.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I support the use of the European Union Solidarity Fund (EUSF) to provide financial assistance to Greece following the earthquake that affected the Ionian Islands in November 2015. The earthquake reached a magnitude of 6.1 on the Richter scale. Two people lost their lives, eight were wounded and 120 housing units were damaged, of which 20 were considered unsuitable for living. Extensive damage to infrastructure networks, buildings and cultural sites was reported. Some of the most important beaches in terms of tourism were destroyed on Lefkada. The proposed mobilisation would not require an amendment to the 2016 budget and a draft amending budget. Providing financial assistance in this regard would undoubtedly strengthen European Solidarity whilst also providing humanitarian and administrative aid.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections.

Anja Hazekamp (GUE/NGL), *schriftelijk*. – Op 5 februari van dit jaar vond er een aardbeving plaats op de Ionische Eilanden in Griekenland, voornamelijk het eiland Lefkada, het noordelijke deel van Ithaki en Kefalonia. De aardbeving had een kracht van 6,1 op de schaal van Richter. Twee mensen kwamen om het leven, acht mensen raakten gewond en 120 woningen werden beschadigd, waarvan 20 onbewoonbaar werden verklaard. Er is sprake van aanzienlijke schade aan infrastructuur, gebouwen en culturele sites. Griekenland heeft daarom ook om financiële steun gevraagd uit het Solidariteitsfonds van de Europese Unie. Ik heb voor de beschikbaarstelling van middelen uit dit fonds gestemd, omdat mensen die door natuurrampen getroffen worden, onze hulp hard nodig hebben.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – Damage by the earthquake of November 2015 on the Greek Ionian Islands represents 2.1% of the Islands' GDP, and therefore qualifies as a regional disaster. EUR 1 651 834 (2.5% of the total direct damage) of the EU Solidarity Fund (EUSF) will be mobilised. Given the tragic events, and because this mobilisation will still leave enough funds available for other EUSF applications, my Group and I have voted in favour of this proposal. By the way, I believe that the euro must be abolished. It leads to dissension and discord in Europe.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A Bizottság az Európai Unió Szolidaritási Alapjának (EUSZA) igénybevételét javasolja, hogy pénzügyi segítséget nyújtson a 2015. november 17-i görögországi katasztrófa (az Ión-szigeteket – különösen Lefkadát és Ithaki és Kefalónia északi részeit – érintő földrengés) nyomán. A rengések elérték a Richter-skála szerinti 6,1-es erősséget. A görög hatóságok a katasztrófa által okozott közvetlen károkat kezdetben összesen 66 073 345 euróra becsülték. Mivel a fenti összeg az érintett Ión-szigetek NUTS 2 régió GDP-jének 2,1%-át teszi ki (az Eurostat 2014-es adatai alapján), és meghaladja a regionális GDP 1,5%-os küszöbértékét, a katasztrófa az EUSZA-rendelet 2. cikkének (3) bekezdése értelmében regionális katasztrófának minősül.

Az EUSZA-rendelet 4a. cikkének (2) bekezdésével összhangban Görögország kérésére a Bizottság egy 164 798 eurós előleget folyósított, amely az alapból nyújtandó hozzájárulás 10%-a. A már folyósított 10%-os előleg levonása után fennmaradó kifizetendő összeg 1 487 036 euró. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – A decision of Parliament and the Council to mobilise the European Solidarity Fund to provide assistance to Greece following the earthquake that affected the Ionian Islands in November 2015 is included in this report. I voted in favour.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Izvješće o prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o mobilizaciji Fonda solidarnosti Europske unije koji služi kako bi financijskom pomoći omogućio što brži oporavak regija pogođenih prirodnim katastrofama. 17. studenoga 2015. Grčku su pogodili jaki potresi, osobito regiju Jonskih otoka, otok Lefkadu, te sjeverne dijelove Itake i Kefalonije. U ovoj regionalnoj prirodnoj katastrofi dvije su osobe izgubile život, osmero ljudi je ozlijeđeno, a oštećeno je i 120 stambenih jedinica, od kojih se 20 smatra neprikladnima za život. Prijavljena su i velika oštećenja infrastrukturne mreže, zgrada i kulturnih znamenitosti. Uništene su i neke od turistički najvažnijih plaža na Lefkadi. U skladu s dosadašnjom praksom Komisija predlaže primjenu stope u visini od 2,5 % ukupne izravne štete za svu štetu do praga. Ukupan iznos predložene pomoći iznosi 1 651 834 EUR. Svakako podržavam mobilizaciju spomenutog Fonda kako bi se što prije pokazao znak solidarnosti prema pogođenim regijama.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Le séisme qu'a subi la Grèce en novembre dernier et qui a causé des dommages considérables justifie bien la mobilisation du Fonds de solidarité. En outre, l'estimation des dommages occasionnés dépasse le seuil de qualification de catastrophe naturelle régionale, et les crédits de paiement servant au financement de l'aide relèvent déjà du budget 2016.

Tous les critères étaient donc réunis pour que je vote en faveur de ce texte.

Diane James (EFDD), *in writing*. — UKIP abstained on this legislative, consent procedure (single vote) report. This vote was to approve giving EUR 1 651 834 to Greece for the earthquake that hit in 2015. The event was 6.1 on the Richter Scale in which two people lost their lives and 8 people injured. The Greek Government estimated the total damage to be over EUR 66 million. While in principle UKIP opposes the EU spending British taxpayer's money, as this was for disaster relief and there was loss of life, we will not oppose its use in this case.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I supported providing assistance to Greece via mobilisation of the EU Solidarity Fund in relation to the earthquake which took place in November 2015, to help quick recovery of the Ionian Islands region, which the disaster mainly struck. The Ionian Islands are strongly dependent on tourism and since infrastructure networks, buildings and cultural sites with some of the most important tourist beaches were hit, financial assistance is crucial.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Georgios Kyrtsos relatif à la mobilisation du Fonds de solidarité pour la Grèce suite au séisme qui a frappé en 2015 les îles Ioniennes. Sur demande de la Grèce, la Commission a octroyé le 18 mars 2016 une avance d'un montant de 164 798 euros, qui représente 10 % de la contribution financière attendue du Fonds.

Après déduction du montant déjà versé au titre de l'avance de 10 %, le solde restant à payer s'élève à 1 487 036 euros.

Je salue cette décision qui doit permettre de contribuer à la reconstruction des dommages causés par ce tremblement de terre.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui vise à mobiliser le Fonds européen de solidarité de l'Union européenne pour aider la Grèce suite à un séisme destructeur qui l'a frappée en novembre 2015, au nom de la nécessaire solidarité entre États membres de l'Union devant les catastrophes naturelles.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Είμαι προσωπικά υπέρ κάθε απόφασης κινητοποίησης του Ταμείου Αλληλεγγύης της Ευρωπαϊκής Ένωσης (ΤΑΕΕ) για τη χορήγηση οικονομικής βοήθειας σε σχέση με έκτακτες ανάγκες που προκύπτουν. Αυτή η περίπτωση αφορά την καταστροφή που συνέβη στην Ελλάδα (σεισμοί που έπληξαν την περιοχή των Ιονίων Νήσων και συγκεκριμένα το νησί της Λευκάδας και το βόρειο τμήμα της Ιθάκης και της Κεφαλλονιάς) στις 17 Νοεμβρίου 2015. Οι ελληνικές αρχές υπολόγισαν αρχικά τις συνολικές άμεσες ζημίες που προκλήθηκαν από την καταστροφή σε 65 919 000 EUR. Στις 9 Μαρτίου 2016 το ποσό αυτό επικαιροποιήθηκε φτάνοντας τα 66 073 345 EUR. Δεδομένου ότι το ποσό αυτό αντιπροσωπεύει το 2,1% του περιφερειακού ΑΕΠ της οικείας περιφέρειας NUTS 2 των Ιονίων Νήσων (με βάση τα στοιχεία της Eurostat για το 2014) και υπερβαίνει το κατώτατο όριο του 1,5% του περιφερειακού ΑΕΠ, η καταστροφή μπορεί να χαρακτηριστεί ως «περιφερειακή καταστροφή», κατά την έννοια του άρθρου 2 παράγραφος 3 του κανονισμού ΤΑΕΕ. Μετά την αίτηση της Ελλάδας, η Επιτροπή, στις 18 του Μαρτίου 2016, χορήγησε προκαταβολή ύψους 164 798 EUR, δηλαδή το 10% της προβλεπόμενης συνεισφοράς του Ταμείου, σύμφωνα με το άρθρο 4α παράγραφος 2 του κανονισμού ΤΑΕΕ. Το συνολικό ποσό της βοήθειας που θα καταβληθεί είναι 1 651 834 EUR.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für die Mobilisierung des Solidaritätsfonds für Griechenland. Den Erdbebenopfern muss Hilfe geleistet werden, was für ein wirtschaftlich und durch die Flüchtlingskrise schon so stark gebeuteltes Land oberste Priorität hat.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of mobilisation of the fund, as I support giving assistance for the reintegration into the labour market of workers who have been made redundant due to major structural changes in world trade patterns due to globalisation and the economic crisis.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A Bizottság az Európai Unió Szolidaritási Alapjának (EUSZA) igénybevételét javasolja, hogy pénzügyi segítséget nyújtson a 2015. november 17-i görögországi katasztrófa (az Ión-szigeteket – különösen Lefkadát és Ithaki és Kefalónia északi részeit – érintő földrengés) nyomán. A rengések elérték a Richter-skála szerinti 6,1-es erősséget. A görög hatóságok a katasztrófa által okozott közvetlen károkat kezdetben összesen 66 073 345 euróra becsülték. Mivel a fenti összeg az érintett Ión-szigetek NUTS 2 régió GDP-jének 2,1%-át teszi ki (az Eurostat 2014-es adatai alapján), és meghaladja a regionális GDP 1,5%-os küszöbértékét, a katasztrófa az EUSZA-rendelet 2. cikkének (3) bekezdése értelmében regionális katasztrófának minősül.

Az EUSZA-rendelet 4a. cikkének (2) bekezdésével összhangban Görögország kérésére a Bizottság egy 164 798 eurós előleget folyósított, amely az alapból nyújtandó hozzájárulás 10%-a. A már folyósított 10%-os előleg levonása után fennmaradó kifizetendő összeg 1 487 036 euró. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report since it provides a well-needed assistance of EUR 1.65 million for Greece allowing the main infrastructure to be restored and the cultural heritage that was strongly affected by the 2015 earthquake to be protected, as well as to respond to the immediate needs of people in Ionian Islands.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - A görögországi szigeteket földrengés sújtotta 2015-ben. Az Európai Szolidaritási Alapot éppen azzal a céllal hozták létre, hogy segítse azokat az országokat, amelyeket természeti katasztrófa ért. Sajnos ez az alap csak évi 500 millió eurós kerettel rendelkezik, melyből az adott jelentés mindössze 1,6 millió €-nak a kifizetését irányozza elő. Minden segítség jól jön a károsultaknak, de magát a keretösszeget nagyon kevésnek találom, ahhoz képest, hogy felesleges dolgokra mennyi fordítódik az Unióban.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – It is necessary to mobilise the European Union Solidarity Fund (EUSF) in order to provide a financial contribution to Greece in the wake of the earthquakes that affected the Ionian Islands region. The earthquakes reached magnitude 6.1 on the Richter scale. Two people lost their lives, eight were wounded, 120 housing units were damaged, of which 20 were considered unsuitable for living. Extensive damage to infrastructure networks, buildings and cultural sites was reported. Some of the most important beaches in terms of tourism were destructed. The affected region falls under the category of 'less developed regions' under the European Structural and Investment Funds (2014-2020). Therefore, in a sign of solidarity with the affected Greek population and regions, the EU should provide assistance to Greece.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Nel novembre del 2015 la Grecia è stata colpita da un terribile terremoto che ha causato notevoli danni in alcune isole. Come sappiamo, questo ha causato e continuerà a causare una grossa predita economica per la Grecia e per la regione colpita in particolare. Abbiamo quindi approvato la mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE) in modo tale da supportare la Grecia con un totale di 1 651 834 EUR, di cui il 10 % è già stato già pagato alle autorità greche. È proprio in momenti di crisi come questo che dobbiamo mostrare la nostra solidarietà e aiutare chi è colpito da gravi tragedie. Per tali ragioni voto a favore della mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea per fornire assistenza alla Grecia.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la mobilisation du Fonds de solidarité à hauteur de 1,7 million d'euros pour aider la Grèce, suite au séisme de magnitude 6,1 qui a touché ses îles en novembre 2015.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne pour venir en aide à la Grèce à la suite du séisme qui a frappé les îles Ioniennes en novembre 2015.

Ce séisme de magnitude 6,1 a touché les îles de Leucade et de Céphalonie. 120 logements ont été endommagés, dont 20 totalement détruits, et des dégâts considérables ont également affecté les infrastructures publiques (hôpitaux, ports, églises…).

Les autorités grecques estiment les dommages directs occasionnés à 66 millions d'euros, soit 2,1% du PIB de la région concernée, ce qui est au-dessus du seuil de qualification de catastrophe naturelle régionale (1,5 %).

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – En novembre 2015, un séisme d'une magnitude de 6,1 sur l'échelle de Richter touchait les îles de Leucade et de Céphalonie. Logements privés, hôpitaux publics, églises, le nombre d'infrastructures endommagées ou détruites est impressionnant.

Les autorités grecques ont estimé les dommages directs occasionnés à hauteur de 66 millions d'euros soit 2,1 % du PIB de cette région, un taux au-dessus du seuil de 1,5 % nécessaire pour la qualification de catastrophe naturelle. Il s'agit ici de mobiliser le Fonds de solidarité de l'UE à hauteur de 1,7 million d'euros. Le financement de cette aide est assuré par les crédits de paiements déjà inscrits au budget 2016.

En toute logique, j'ai voté pour la mobilisation de ce fonds.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe, porque propone movilizar el Fondo de Solidaridad, por el que se recomienda que se apruebe rápidamente la propuesta de la Comisión en señal de solidaridad con las regiones griegas afectadas por el terremoto de 2015.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – El 17 de noviembre de 2015, las Islas Jónicas (particularmente Léucade y las zonas septentrionales de Ítaca y Cefalonia) sufrieron seísmos cuyos daños se estiman en más de 66 millones de euros, un 2,1 % del PIB regional. El objetivo del presente informe es movilizar el Fondo de Solidaridad de la Unión por valor de 1,7 millones de euros en créditos de compromiso y pago. Aunque se trata sólo de una pequeña cantidad en relación a los daños totales, he votado a favor de este informe para contribuir a la reconstrucción de la zona.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Zdržel jsem se. Nejsem proti uvolnění peněz na pomoc Řecku v souvislosti s následky loňského zemětřesení. Jedná se o 1,6 milionu EUR, což je zlomek toho, co platí pojišťovny. Jestli EU posílá v podstatě zanedbatelný milion EUR rok po té, kdy k zemětřesení došlo, je na tomto systému něco špatně. Podle mě by se spíš solidarita měla nechat na jednotlivých občanech a členských státech, které dokážou reagovat pružně.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Ovim prijedlogom traži se mobilizacija Fonda solidarnosti Europske unije u svrhu davanja financijske pomoći nakon razarajućih potresa u Grčkoj koji su se dogodili 2015., a nakon kojih je došlo do gubitka života, štete na infrastrukturi, zgradama i kulturnim objektima. Grčke vlasti procijenile su nastalu štetu na 66 milijuna EUR, što predstavlja 2,1 % njihovog BDP-a, i što čini ovu katastrofu regionalnom katastrofom. Ova regija u okviru Europskog strukturnog i investicijskog fonda spada u manje razvijene regije. Zbog toga su im odobrena sredstva iz Fonda solidarnosti, 38 milijuna za prometni sektor i preko 7 milijuna za zaštitu kulturnog nasljeđa.

Zbog solidarnosti s pogođenim grčkim regijama smatram da je nužno osigurati brzo odobrenje ovih sredstava, stoga sam podržala ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. — I support the suggestion to mobilise the European Union Solidarity Fund to provide assistance to Greece following the earthquake that affected the Ionian Islands in November 2015. We should show our solidarity with the Greek people and to help them to restore their communities.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Iónske ostrovy, ktoré postihlo v roku 2015 silné zemetrasenie, patria k menej rozvinutým regiónom. Zemetrasenie spôsobilo priame škody vo výške 66 miliónov EUR, pričom došlo aj k úmrtiu a zraneniu osôb a zničeniu budov na bývanie. Zničená bola dopravná infraštruktúra a škody sa dotkli aj kultúrneho dedičstva. Grécku bude z Fondu solidarity v súlade s jeho pravidlami poskytnutá pomoc vo výške 1 651 834 EUR, určená na núdzové opatrenia a obnovu postihnutej infraštruktúry a majetku.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την έκθεση σχετικά με την κινητοποίηση του Ταμείου Αλληλεγγύης της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την παροχή βοήθειας στην Ελλάδα μετά τον σεισμό που έπληξε τα Ιόνια Νησιά τον Νοέμβριο του 2015, διότι την θεωρώ πλήρη και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport.

Il s'agit d'apporter une aide financière d'un montant de 1,7 millions d'euros aux citoyens grecs habitant dans la région des îles Ioniennes, suite au séisme de magnitude 6,1 qui a touché les îles de Leucade et de Céphalonie, en novembre 2015.

Nous émettons les réserves coutumières vis-à-vis du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation, qui ne doit pas servir à remplacer les actions du gouvernement, qui d'ailleurs profite déjà du grand soutien financier issu du budget de l'UE à travers des fonds différents. Néanmoins, nous ne saurions nous opposer à cette aide financière destinée aux citoyens européens qui ont perdu leurs logements, l'accès aux hôpitaux, ports, églises et à d'autres infrastructures indispensables.

Nous préférons, enfin, soutenir les citoyens d'un État membre qui a subi une catastrophe naturelle que gaspiller le budget de l'UE dans l'aide aux migrants clandestins, par les biais des autres fonds européens destinés à la Grèce !

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – The proposal of Parliament and of the Council on the mobilisation of the European Union Solidarity Fund stresses that such fund will enable the European Union to respond in a rapid, efficient and flexible manner to emergency situations in order to show solidarity with the people affected by natural disasters. Hence, my vote in favour. The report numbered the casualties, the wounded, and the damages left by the earthquake in Greece. However, with the following mobilisation of funds, Greece can look forward to rebuilding infrastructure networks, buildings and cultural sites that were reported completely damaged.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Τάσσομαι υπέρ της απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου όσον αφορά την κινητοποίηση του Ταμείου Αλληλεγγύης της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την χορήγηση οικονομικής βοήθειας σε σχέση με την καταστροφή που συνέβη στην Ελλάδα στις 17 Νοεμβρίου 2015. Η καταστροφή μπορεί να χαρακτηρισθεί και ως «περιφερειακή» σύμφωνα με τον κανονισμό ΤΑΕΕ, το κόστος των επιλέξιμων ενεργειών πρώτης ανάγκης έχει υπολογιστεί στα 52,374 εκατομμύρια EUR και από το ποσό αυτό, περισσότερα από 38 εκατομμύρια EUR αφορούν τον τομέα των μεταφορών και περισσότερα από 7 εκατομμύρια EUR την προστασία της πολιτιστικής κληρονομιάς. Επιπλέον, το Ταμείο Αλληλεγγύης της Ευρωπαϊκής επιδιώκει να δώσει στην Ένωση τη δυνατότητα να αντιδρά με γρήγορο, αποτελεσματικό αλλά και ευέλικτο τρόπο σε καταστάσεις επείγουσας ανάγκης ώστε να εκφράζει την αλληλεγγύη της προς τον πληθυσμό των περιοχών που πλήττονται από φυσικές καταστροφές, όπως στην προκείμενη περίπτωση της Ελλάδας με τους σεισμούς που έπληξαν την περιοχή των Ιονίων νησιών και ιδίως το νησί της Λευκάδας.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die griechische Region der Ionischen Inseln wurde von einem Erdbeben mit der Stärke 6,1 auf der Richterskala erschüttert. Dieser Solidaritätsfonds wurde genau für solche Schicksalsschläge eingerichtet. Daher stimme ich dem Bericht und somit einer Hilfeleistung für den Wiederaufbau der strukturschwachen Region zu.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu Komisijos pasiūlymui mobilizuoti Europos Sąjungos solidarumo fondo (ESSF) lėšas, siekiant suteikti finansinę pagalbą Graikijai dėl įvykusio žemės drebėjimo Jonijos salų regione, ypač Leukadės ir Kefalonijos salose. Finansinė pagalba bus skirta atstatyti žemės drebėjimo nuniokotiems infrastruktūros tinklams, pastatams ir kultūros objektams.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Les îles Ioniennes ont été touchées par un séisme de 6,1 sur l'échelle de Richter l'année dernière. La Grèce a évalué à plus de 66 millions les dommages directs et va consacrer 38 millions pour la reconstruction des infrastructures de transports et 7 millions pour les sites culturels touchés. La Commission propose une aide de 1,6 million via le «Fonds de solidarité» créé pour les États et leurs régions en proie à des catastrophes naturelles croissantes avec le dérèglement climatique que nos modes de production et de consommation provoquent. Une aide donc bien maigre aux regards du montant des dommages.

Pourtant, il reste 48 millions sur ce Fonds pour couvrir les mois restants de l'année 2016. Je vote pour le déblocage de cette aide d'urgence, tout en déplorant que le montant soit aussi faible.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il s'agit de mobiliser le Fonds de solidarité à hauteur de 1,7 million d'euros pour aider la Grèce suite au séisme qui a touché les îles de Leucade et de Céphalonie en novembre 2015.

Les autorités grecques estiment les dommages directs à 66 millions d'euros soit 2,1% du PIB de la région concernée, ce qui est au-dessus du seuil de qualification de catastrophe naturelle régionale (1,5%). Le financement de cette aide est assuré par les crédits de paiement déjà inscrits au budget 2016. J'ai donc voté en faveur de ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A mobilização do Fundo de Solidariedade da União Europeia (FSUE) a fim de prestar assistência financeira relativa a uma catástrofe ocorrida na Grécia (sismo que afetou a região das ilhas Jónicas, nomeadamente a ilha de Lefkada e as regiões setentrionais de Cefalónia e Ítaca), ocorrida em 17 de novembro de 2015, é fundamental para ajudar essas regiões.

Os sismos atingiram a magnitude de 6,1 na escala de Richter. Duas pessoas perderam a vida, oito ficaram feridas, 120 habitações ficaram danificadas, das quais 20 foram consideradas impróprias para viver. Registaram-se danos significativos nas redes de infraestruturas, em edifícios e em locais de interesse cultural. Algumas das praias mais importantes turisticamente ficaram destruídas em Lefkada. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of using funds to deal with damage caused by the 17 November 2015 earthquake that affected the Ionian Islands. The region requires all the support possible to repair the extensive damage to infrastructure, cultural locations and sites vital to the islands.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Le 17 novembre 2015, des séismes ont touché la région des îles Ioniennes, notamment l'île de Leucade et les zones septentrionales des îles d'Ithaque et de Céphalonie. Ces tremblements de terre ont atteint une magnitude de 6,1 sur l'échelle de Richter. Deux personnes ont perdu la vie, huit autres ont été blessées, 120 logements ont été endommagés, dont 20 ont été jugés inhabitables. Des dégâts considérables ont été causés aux réseaux d'infrastructures, à des bâtiments et à des sites culturels. Je tiens à exprimer toute ma sympathie et ma solidarité aux familles des victimes de cette tragédie ainsi qu'à tous ceux qui ont perdu un être cher. Les dommages économiques, sociaux, humains et environnementaux que ces catastrophes ont engendrés ne peuvent rester sans écho. C'est pourquoi je soutiens l'aide financière du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE) à concurrence d'un montant de 1 651 834 euros en crédits d'engagement et de paiement afin d'assurer les besoins les plus urgents. Il est du devoir de l'UE de coordonner et de renforcer ses instruments afin de pouvoir agir efficacement face à cette situation.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – 17. novembra 2016 zasiahlo Grécko silné zemetrasenie. Postihnutým regiónom boli Iónske ostrovy, najviac zasiahnuté boli ostrovy Lefkada a Kefalónia, kde intenzita zemetrasenia dosiahla až 6,1 stupňa Richterovej stupnice. O život prišli dvaja ľudia, osem sa zranilo a približne 120 bytových jednotiek bolo poškodených. Okrem toho boli nahlásené rozsiahle škody na regionálnych a komunálnych sieťach infraštruktúry, súkromných a verejných budovách (vrátane miestnej nemocnice) a na ostatnej infraštruktúre, ale aj na kultúrnych pamiatkach. . Celkové škody sa vyšplhali do výšky 66 073 345 EUR. Grécko predložilo žiadosť o finančný príspevok z fondu solidarity EÚ v súvislosti so zemetrasením, pričom splnilo všetky stanovené podmienky žiadosti, preto podporujem mobilizáciu finančnej pomoci z Fondu solidarity EÚ vo výške 1 651 834 EUR. Keďže sa táto mobilizácia plne financuje využitím časti z 50 000 000 EUR, ktoré boli zahrnuté do rozpočtu v roku 2016, na tento účel sa nevyžaduje opravný rozpočet.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report to provide assistance to Greece in order to repair damage caused by an earthquake that hit the Ionian Islands region, and in particular Lefkada, northern parts of Ithaki and Kefalonia, on 17 November 2015. The earthquake measured 6.1 on the Richter scale. Two people lost their lives, eight were wounded, and 120 houses were damaged. The Greek authorities reported extensive damage to infrastructure networks, buildings and cultural sites, with some of the most important tourist beaches destroyed on Lefkada. The aid will help restore infrastructure, reimburse the cost of emergency measures and cover some of the clean-up operations. The European Union Solidarity Fund (EUSF) was set up to respond to major natural disasters and express European solidarity to disaster-stricken regions within Europe.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapjának célja, hogy az Unió gyors, hatékony és rugalmas módon legyen képes a vészhelyzetekre reagálni és kifejezni szolidaritását a katasztrófa sújtotta régiók lakosságával. Görögország a Jón-szigeteket 2015. november 17-án sújtó földrengés nyomán 2016. február 5-én kérelmet nyújtott be az alap igénybevételére. A görög hatóságok a földrengés okozta közvetlen károk nagyságát 66 073 345 euróban állapították meg. Ez az összeg meghaladja a regionális GDP 1,5%-os küszöbértékét, a földrengés ezért regionális katasztrófának minősül.

A Bizottság ezért határozati javaslatot nyújtott be az Európai Parlamentnek és a Tanácsnak a szolidaritási alapból 1 651 834 EUR összeg igénybevételére Görögország részére, kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában. A javaslatot megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Il s'agit ici de mobiliser le Fonds de solidarité de l'Union à hauteur de 1,7 million d'euros pour aider la Grèce suite au séisme de magnitude 6,1 qui a touché les îles de Leucade et de Céphalonie en novembre 2015. 120 logements furent endommagés, dont 20 totalement détruits, et des dégâts considérables ont également affecté les infrastructures publiques (hôpitaux, ports, églises…). Les autorités grecques estiment les dommages directs occasionnés à 66 millions d'euros, soit 2,1 % du PIB de la région concernée, ce qui est au-dessus du seuil de qualification de catastrophe naturelle régionale (1,5 %). Le financement de cette aide est assuré par les crédits de paiements déjà inscrits au budget 2016. Vote favorable.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O FSUE visa dar uma resposta rápida, eficiente e flexível a situações de emergência e manifestar a sua solidariedade para com a população das regiões afetadas por catástrofes.

Foi solicitada a mobilização do FSUE para conceder assistência financeira na sequência da catástrofe ocorrida na Grécia, fruto do sismo, de magnitude de 6,1 na escala de Richter, que afetou a região das ilhas Jónicas, nomeadamente a ilha de Lefkada e as regiões setentrionais de Cefalónia e Ítaca, ocorrida em 17 de novembro de 2015.

Esta calamidade provocou a morte a duas pessoas, oito ficaram feridas, 120 habitações ficaram danificadas, das quais 20 foram consideradas impróprias para viver. Registaram-se ainda danos consideráveis nas infraestruturas públicas (redes de infraestruturas, edifícios e locais de interesse cultural, assim como algumas das praias mais importantes turisticamente ficaram destruídas em Lefkada).

Defendo a mobilização do FSUE neste caso por cumprir os requisitos, pelo impacto na comunidade e economia local e pelos prejuízos avultados que atingiram a região, não apenas as infraestruturas públicas, mas também propriedades privadas e empresas, bem como o setor cultural e turístico.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce vote concerne la mobilisation du Fonds de solidarité à hauteur de 1,7 million d'euros pour aider la Grèce suite au séisme de magnitude 6,1 qui a touché les îles de Leucade et de Céphalonie en novembre 2015. 120 logements furent endommagés dont 20 totalement détruits, et des dégâts considérables ont également affecté les infrastructures publiques (hôpitaux, ports, églises…)

Les autorités grecques estiment les dommages directs occasionnés à 66 millions d'euros soit 2,1% du PIB de la région concernée, ce qui est au-dessus du seuil de qualification de catastrophe naturelle régionale (1,5%).

Le financement de cette aide est assuré par les crédits de paiement déjà inscrits au budget 2016.

J'ai décidé de voter en faveur de ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne pour venir en aide à la Grèce suite au séisme qui a frappé les îles Ioniennes en novembre 2015. Ces tremblements de terre, d'une magnitude de 6,1 sur l'échelle de Richter, ont eu pour conséquences la mort de 2 personnes et des dégâts matériels considérables. L'Union européenne doit faire preuve de solidarité lorsqu'une région peu développée est victime d'un évènement naturel violent.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport KYRTOS sur la mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne pour venir en aide à la Grèce à la suite du séisme qui a frappé les Îles ioniennes en novembre 2015. La solidarité entre les États membres est aujourd'hui plus que jamais nécessaire. Face à des drames humains ou des situations de catastrophes naturelles, l'Union européenne peut apporter un soutien financier essentiel à la reconstruction morale et matérielle des pays et des citoyens européens durement touchés.

La Grèce a malheureusement et tragiquement été touchée par un séisme à l'automne 2015. Ce pays ayant déjà été fortement touché par la crise économique, puis entièrement mobilisé face à la crise migratoire, il était important pour moi, et pour le Parlement européen, de leur venir en aide.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Mi sono pronunciata a favore del provvedimento che propone di mobilitare il Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE) per fornire un'assistenza finanziaria in relazione a una catastrofe avvenuta in Grecia il 17 novembre 2015 (un terremoto che ha interessato le isole Ionie, in particolare l'isola di Leucade, le zone nord di Itaca e l'isola di Cefalonia). Il terremoto ha raggiunto magnitudo 6.1 sulla scala Richter e ha causato due morti e otto feriti e danneggiato 120 unità abitative, 20 delle quali sono state dichiarate inagibili. Sono stati registrati danni diffusi alle reti infrastrutturali, a edifici e a siti culturali. Sull'isola di Leucade sono andate distrutte alcune delle spiagge più importanti sotto il profilo turistico. La regione colpita rientra nella categoria delle «regioni meno sviluppate» previste dai Fondi strutturali e d'investimento europei (2014-2020).

József Nagy (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapjának célja lehetővé tenni, hogy az EU képes legyen gyorsan, flexibilisen és hatékonyan reagálni a felmerülő katasztrófahelyzetekre. Görögországnak most pont erre van szüksége. A Jón-szigeteket ért földrengés során több százan vesztették el otthonukat, akiknek most lehetőségünk van segíteni. Egy ilyen katasztrófa után döbbenünk rá igazán, hogy mennyire tehetetlenek is vagyunk a természet erejével szemben. Az Európai Unió a szolidaritáson alapul és meg kell mutatnunk, hogy a szükségben is számíthatunk egymásra. Bízom benne, hogy az alapból származó pénznek köszönhetően végre elkezdődhet a lakótelepek újjáépítése és sikerül egy kis terhet levennünk a katasztrófa által sújtottak válláról.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for this report because I have found Greece to be in high need of financial support due to the 'regional disaster' which took place in the Ionian Islands on 17 November 2015.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. — Тази година Гърция подаде заявление за мобилизиране на средства от фонд „Солидарност“ на ЕС, след като през ноември 2015 г. страната беше разтърсена от силно земетресение с магнитуд 6.5 по Рихтер, което засегна Йонийските острови и по-специално островите Левкада и северните части на Итака и Кефалония. Това земетресение нанесе значителни щети на множество инфраструктурни мрежи, сгради и културни обекти, които възлизат на повече от 65 милиона евро.

Подкрепям прилагането на инструменти по фонд „Солидарност“, защото вярвам че те показват на европейските граждани, че Европа не ги забравя в трудностите, предизвикани от природни стихии. През 2014 и 2015 година, моята страна България също беше сполетяна от няколко бедствия и ние подадохме заявления за помощ от фонда. Макар тези помощи да не покриха цялостно щетите, нанесени от природните бедствия, те все пак помогнаха финансово на част от българското население, демонстрирайки съпричастността и солидарността, които Европа трябва да показва в такива моменти.

На мнение съм, че в Европейския парламент трябва възможно най-бързо да процедираме с одобрението на тази финансова помощ, за да могат хората в Йонийските острови да разберат, че не са сами в тези тежки за тях времена.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da eine Soforthilfe für Griechenland nach dem Erdbeben notwendig ist.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Joonia saar sai eelmisel aastal maavärina tagajärjel tugevalt kannatada. ELi Solidaarsusfondi eesmärk on paindlikult reageerida kriisiolukordadele ja toetada kannatanud piirkondade elanikke. Finantsabi andmine Kreekale on oluline, et efektiivselt taastada saarel elukorraldus, infrastruktuur ning kultuurimälestised.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση η οποία προβλέπει την παροχή χρηματοδοτικής ενίσχυσης ύψους 1.651.834 ευρώ από το Ταμείο Αλληλεγγύης της ΕΕ για την αποκατάσταση των ζημιών που προκλήθηκαν από τους σεισμούς που έπληξαν την περιοχή των Ιονίων νήσων, και ειδικότερα τη Λευκάδα, τα βόρεια τμήματα της Ιθάκης, και την Κεφαλονιά στις 17 Νοεμβρίου 2015. Ο απολογισμός του καταστροφικού σεισμού περιλαμβάνει ανθρώπινες απώλειες, εκτεταμένες ζημιές σε σπίτια, δίκτυα υποδομής, κτήρια και πολιτιστικά μνημεία, ενώ μερικές από τις σημαντικότερες τουριστικές παραλίες στη Λευκάδα καταστράφηκαν. Η οικονομική ενίσχυση θα βοηθήσει για την αποκατάσταση των υποδομών, για την αποπληρωμή των έκτακτων μέτρων που ελήφθησαν και για την κάλυψη εξόδων για ορισμένες ενέργειες πρώτης ανάγκης. Επίσης, αναγνωρίζεται η σημασία του Ταμείου Αλληλεγγύης της Ευρωπαϊκής Ένωσης το οποίο έχει στόχο να επιτρέψει στην Ένωση να αντιδρά με ταχύ, αποτελεσματικό και ευέλικτο τρόπο σε καταστάσεις επείγουσας ανάγκης ώστε να εκφράζει την αλληλεγγύη της προς τον πληθυσμό των περιοχών που πλήττονται από φυσικές καταστροφές.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. – Μόλις το 2,5% (δηλαδή 1.651.834 EUR) από το συνολικό ποσό (66.073.345 EUR) στο οποίο υπολογίζεται ότι ανήλθαν οι ζημιές από τον καταστροφικό σεισμό στα νησιά του Ιονίου και ιδίως στη Λευκάδα, την Ιθάκη και την Κεφαλλονιά, τον Νοέμβριο του 2015, θα χορηγηθεί στην Ελλάδα από την κινητοποίηση του «Ταμείου Αλληλεγγύης της ΕΕ», αποκαλύπτοντας πόσο απατηλοί είναι οι ισχυρισμοί για τη δήθεν «αλληλεγγύη» της ΕΕ. Τα ευρωενωσιακά κονδύλια, από τα οποία μάλιστα έχει εκταμιευθεί εδώ και 11 μήνες ένα ελάχιστο ποσό, δεν αποκαθιστούν τις ζημιές ιδιωτών, δηλαδή των εργατικών λαϊκών νοικοκυριών, των αυτοαπασχολούμενων κι άλλων μικροεπαγγελματιών που επλήγησαν. Όπως κατ' επανάληψη έχει αναφέρει η Ευρωπαϊκή Επιτροπή, αυτό που χρηματοδοτείται είναι η αποκατάσταση υποδομών που αναλαμβάνουν οι επιχειρηματικοί όμιλοι ενώ αποκλείονται έργα που δεν αποφέρουν μεγάλα κέρδη και ως εκ τούτου, δεν αποτελούν προτεραιότητα για το μεγάλο κεφάλαιο.

Μεγάλη ευθύνη έχει κι η κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ - ΑΝΕΛ που στηρίζει και εφαρμόζει κατά γράμμα τις παραπάνω ευρωενωσιακές κατευθύνσεις. Την ώρα που δίνει άφθονο χρήμα κι επιδοτήσεις στους επιχειρηματικούς ομίλους, προσφέρει στους σεισμοπαθείς, όπως άλλωστε και στο σύνολο του λαού, μόνο βάρβαρα αντιλαϊκά μέτρα. Η Ευρωκοινοβουλευτική Ομάδα του ΚΚΕ ψήφισε υπέρ της κινητοποίησης των όποιων κονδυλίων του Ταμείου, τονίζοντας όμως την πραγματική κι επείγουσα ανάγκη της πλήρους αποζημίωσης των λαϊκών νοικοκυριών και των μικρών επαγγελματιών για τις καταστροφές.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this legislative, consent procedure (single vote) report. This vote was to approve giving EUR 1 651 834 to Greece for the earthquake that hit in 2015. The event was 6.1 on the Richter Scale in which two people lost their lives and 8 people injured. The Greek Government estimated the total damage to be over EUR 66 million. While in principle UKIP opposes the EU spending British taxpayer's money, as this was for disaster relief and there was loss of life, we will not oppose its use in this case.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho ritenuto opportuno pronunciarmi a favore della proposta in esame, in quanto concordo pienamente con il collega nel dover utilizzare il Fondo di solidarietà dell'Unione europea per fornire assistenza alle isole greche colpite dal terremoto del 2015. La creazione di tale Fondo è finalizzata proprio a situazioni delicate e di emergenza come quella in esame. L'Unione europea si prefigge di fornire assistenza agli Stati membri in situazioni di particolare difficoltà. Ritengo, quindi, che vi debba essere una risposta solidale ed univoca da parte dell'Unione. Pertanto, ho votato a favore.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam prijedlog Komisije za mobilizacijom Fonda solidarnosti Europske unije (EUSF) radi pružanja pomoći Grčkoj nakon potresa koji je pogodio Jonske otoke u studenome 2015. godine. Pogođene grčke regije spadaju u kategoriju „manje razvijenih regija" u okviru Europskih strukturnih i investicijskih fondova, a potres jačine 6,1 stupnjeva po Richteru prouzročio je ogromnu štetu. Prijavljene su velike štete na infrastrukturnim mrežama, objektima, ali i na kulturnim znamenitostima.

Također, iznos štete čini 2,1 % regionalnog BDP-a predmetne regije NUTS 2 Jonski otoci, što prelazi prag od 1,5 % regionalnog BDP-a koji je uvjet za proglašenje regionalne prirodne katastrofe.

Predloženi iznos mobilizacije neće zahtijevati izmjene i dopune proračuna za 2016. godinu te u znak solidarnosti s pogođenim grčkim regijama podržavam prijedlog Komisije.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Il s'agit de mobiliser le Fonds de solidarité à hauteur de 1,7 million d'euros pour aider la Grèce suite au séisme de magnitude 6,1 qui a touché les îles de Leucade et de Céphalonie en novembre 2015. Cent-vingt logements ont alors été endommagés, dont vingt totalement détruits, et des dégâts considérables ont également affecté les infrastructures publiques (hôpitaux, ports, églises…).

Les autorités grecques estiment les dommages directs occasionnés à 66 millions d'euros soit 2,1 % du PIB de la région concernée, ce qui est au-dessus du seuil de qualification de catastrophe naturelle régionale (1,5 %). Le financement de cette aide est assuré par les crédits de paiement déjà inscrits au budget 2016. Dans ces conditions, je vote donc en faveur de l'aide proposée.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Podržavam žurnu mobilizaciju Fonda solidarnosti Europske unije (EUSF) za dodjelu financijske pomoći u vezi s prirodnom katastrofom koja je 17. studenoga 2015. pogodila Grčku (potresi koji su pogodili regiju Jonskih otoka, jačine 6,1 stupnjeva na Richterovoj ljestvici. Dvije su osobe izgubile život, osmero ljudi je ozlijeđeno, a oštećeno je i 120 stambenih jedinica. Prijavljena su i velika oštećenja infrastrukturne mreže, zgrada i kulturnih znamenitosti. Uništene su i neke od turistički najvažnijih plaža na Lefkadi.

Grčke vlasti su ukupnu izravnu štetu procijenile na 66 073 345 EUR. S obzirom na to da taj iznos predstavlja 2,1 % regionalnog BDP-a predmetne regije NUTS 2 Jonski otoci i time prelazi prag od 1,5 % regionalnog BDP-a, ova prirodna katastrofa smatra se „regionalnom prirodnom katastrofom". Grčka nadležna tijela procijenila su troškove hitnih operacija od ključne važnosti na 52 374 000 EUR (38 milijuna EUR prometni sektor, 7 milijuna EUR zaštita kulturne baštine).

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – As Ilhas Jónicas, na Grécia, foram atingidas em novembro de 2015 por um sismo que causou bastante destruição e que levou as autoridades gregas, em fevereiro de 2016, a apresentarem um pedido para mobilizar o Fundo de Solidariedade da União Europeia (FSUE).

Agora, quase um ano após a catástrofe, o Parlamento Europeu aprova a mobilização do FSUE. Como existem dotações ainda disponíveis no FSUE para 2016, a proposta é fornecer a quantia de 1 651 834 euros à Grécia, em dotações de autorização e de pagamento.

Justifica-se inteiramente que a UE mobilize este apoio à Grécia, ademais tendo em conta um quadro conhecido de continuada agressão a este país, nomeadamente por via dos sucessivos memorandos da troica que arrasaram estruturas económicas e o devastaram socialmente.

Votámos favoravelmente.

Mas esta situação vem recolocar na ordem do dia a necessidade de alteração das regras de mobilização do FSUE, de forma a possibilitar uma mobilização mais expedita e atempada. Não se compreende que só quase após um ano depois da catástrofe ocorra a mobilização de apoios que, frequentemente, são necessários de imediato, seja para defender a segurança de pessoas e bens, seja para acorrer aos prejuízos causados, procurando normalizar a vida económica e social da região afetada tão cedo quanto possível.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Hlasoval jsem pro uvolnění prostředků z Fondu solidarity Evropské unie za účelem poskytnutí pomoci Jónským ostrovům, které byly v roce 2015 postiženy zemětřesením. Zemětřesení ve stupni 6,1 Richterovy škály způsobilo zranění i úmrtí obyvatel, poškození veřejných budov, soukromých obydlí, kulturních památek, přístavů i silniční infrastruktury. Poslední zmíněná je klíčová pro řeckou ekonomiku založenou z velké části na sektoru služeb, a konkrétně pak na cestovním ruchu. Částka 1,65 miliardy EUR, která bude z Fondu solidarity poskytnuta, by měla napomoci řeckým úřadům na Lefkádě, Ithace a Kefalonii vypořádat se s vyjmenovanými škodami, obnovit infrastrukturu a pomoci uhradit odklízecí operace. Ačkoliv je velmi smutné, že je Řecko postiženo přírodní pohromou poměrně záhy od katastrofických povodní, které tuto zemi zasáhly ke konci roku 2015, jsem rád, že právě pro tyto případy existuje Fond solidarity. Přestože byl tento nástroj zkonstruován jako reakce na povodně, které v roce 2002 postihly zejména region střední Evropy, jeho mobilizace nás už po několikáté přesvědčila, že evropská solidarita funguje a je aplikovatelná na všechny členské země, a to bez výjimky.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Dne 17. listopadu 2015 došlo v Řecku k neštěstí, když oblast Jónských ostrovů, zejména ostrovy Lefkada a Kefalonie zasáhlo zemětřesení dosahující síly 6,1 stupně Richterovy škály. Při této přírodní katastrofě byly rozsáhle poškozeny některé budovy, památky a infrastruktura, ale bohužel také došlo ke ztrátě na lidských životech. Na ostrově Lefkada byly zničeny pláže, které měly klíčovou úlohu z hlediska cestovního ruchu. Finance, které budou Řecku poskytnuty, pocházejí z Fondu solidarity Evropské unie, jehož klíčovou úlohou je flexibilně a účinně reagovat nečekané události. V souvislosti s posledními událostmi bych rád také podpořil snahu Řecka, které usiluje o vytvoření rámce pro prevenci a řízení rizika přírodních katastrof, vzhledem k tomu, že území Řecka patří v Evropě k seizmicky nejaktivnějšímu.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La Commissione propone di mobilitare il Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE) per fornire un'assistenza finanziaria in relazione a una catastrofe avvenuta in Grecia il 17 novembre 2015. Si tratta di un terremoto che ha interessato le isole Ionie, in particolare l'isola di Leucade, le zone nord di Itaca e l'isola di Cefalonia. Su richiesta della Grecia, il 18 marzo 2016 la Commissione ha concesso un anticipo di 164 798 EUR, pari al 10 % del contributo finanziario previsto dal Fondo. I terremoti sono manifestazioni della natura che troppe volte, anche in Italia, hanno provocato morti e devastazioni. Sono convinto che sia necessario fare di più per quanto riguarda la prevenzione e la messa in sicurezza delle abitazioni e dei centri abitati più vulnerabili e che in ogni caso la solidarietà con le popolazioni colpite dai terremoti debba essere una delle priorità dell'Unione europea. Per questo motivo ho votato a favore del sostegno finanziario alla Grecia.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Fundusz Solidarności UE (FSUE) został utworzony w 2002 r., aby zapewnić pomoc finansową kwalifikującym się państwom członkowskim dotkniętym klęskami żywiołowymi o wielkiej skali lub nadzwyczajnymi klęskami o skali regionalnej. Komisja proponuje wykorzystanie kwoty 1 651 834 EUR z tego funduszu na pomoc dla Grecji w związku z serią trzęsień ziemi, jakie nawiedziły region Wysp Jońskich w dniu 17 listopada 2015 r.

Wysokość szkód spowodowanych tym trzęsieniem ziemi stanowiła 2,1 % PKB tych wysp, przekroczyła zatem próg wymagany do ubiegania się o uruchomienie środków z tytułu „regionalnej klęski żywiołowej". FSUE pokryje 2,5 % ogólnych bezpośrednich szkód spowodowanych trzęsieniem ziemi. Pełną kwotę 1 651 834 EUR można pokryć z zaliczek już wprowadzonych do budżetu na 2016 r., przy czym w budżecie pozostanie wystarczająca kwota środków na wypadek nowych wniosków o uruchomienie środków z FSUE w dalszej części roku. Region Wysp Jońskich został dotknięty klęską żywiołową, która spowodowała ogromne szkody. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Na rozdíl od tzv. globalizačního fondu, u něhož mám často pochyby, musím s tímto návrhem jednoznačně souhlasit, protože jsem přesvědčen, že Fond solidarity skutečně pomáhá občanům států EU.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour l'octroi à la Grèce d'une aide financière au titre du Fonds de solidarité de l'Union européenne pour venir en aide aux zones sinistrées en novembre 2015 par le séisme qui a touché les îles Ioniennes dans le pays. Des morts, de nombreux blessés et des logements détruits, tel a été le bilan de cet épisode catastrophique pour ces territoires. Je me réjouis de voir que l'Union caractérise sa solidarité en apportant une contribution concrète à cette phase de reconstruction.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O presente relatório consiste na proposta da mobilização do Fundo de Solidariedade da União Europeia, no intuito de conceder ajuda financeira à Grécia, a propósito dos desastres naturais ocorridos no ano transato.

A 17 de novembro de 2015, as ilhas Jónicas foram sujeitas a um sismo com magnitude de 6,1 na escala de Richter. O terramoto trouxe vastas consequências, como a perda das vidas de dois habitantes, oito feridos e diversos e extensos danos em sistemas de infraestruturas, de edifícios e de pontos culturais.

Os danos estimados fixaram-se na ordem dos 66 milhões de euros que, na região em causa, representam 2,1 % do PIB, podendo, assim, qualificar-se o sucedido como um desastre regional.

No respeitante a práticas anteriores, a Comissão propôs a atribuição de um apoio financeiro, pelo Fundo, na dimensão de 2,5 % do total de danos sofridos. Cifrando-se este valor em 1 651 834 € e tendo já a Comissão avançado com 10 % em Março, resta a mobilização no valor de 1 487 036 €.

Por se tratar de um adequado uso do FSUE, cujo propósito é contribuir em situações desta natureza, voto favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this legislative, consent procedure (single vote) report. This vote was to approve giving EUR 1 651 834 to Greece for the earthquake that hit in 2015. The event was 6.1 on the Richter Scale in which two people lost their lives and 8 people injured. The Greek Government estimated the total damage to be over EUR 66 million. While in principle UKIP opposes the EU spending British taxpayer's money, as this was for disaster relief and there was loss of life, we will not oppose its use in this case.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – A Comissão propôs a mobilização do Fundo de Solidariedade da União Europeia (FSUE) a fim de prestar assistência financeira relativa a uma catástrofe ocorrida na Grécia (sismo que afetou a região das ilhas Jónicas, nomeadamente a ilha de Lefkada e as regiões setentrionais de Cefalónia e Ítaca), ocorrida em 17 de novembro de 2015.

A região afetada insere-se na categoria das «regiões menos desenvolvidas» para efeitos dos Fundos Europeus Estruturais e de Investimento (2014-2020) e onde duas pessoas perderam a vida, oito ficaram feridas, 120 habitações ficaram danificadas, das quais 20 foram consideradas impróprias para viver. Registaram-se danos significativos nas redes de infraestruturas, em edifícios e em locais de interesse cultural. Algumas das praias mais importantes turisticamente ficaram destruídas em Lefkada.

Assim pelo respeito dos direitos da pessoa humana, votei favoravelmente no presente relatório.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la movilización del Fondo de Solidaridad de la Unión para destinar 1 651 834 euros, en señal de solidaridad con las regiones griegas afectadas por el terremoto de noviembre de 2015. Los seísmos, de una magnitud de 6,1 grados, provocaron la muerte de dos personas, ocho resultaron heridas y 120 viviendas sufrieron daños, 20 de las cuales se consideraron no aptas para vivir en ellas. También se registraron graves daños en las redes de infraestructura y diversos edificios y lugares de interés cultural.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne pour venir en aide à la Grèce à la suite du séisme qui a frappé les îles Ioniennes en novembre 2015. En effet, une série de tremblements de terre catastrophiques a frappé l'île de Leucade, endommageant 120 logements, dont 20 ont été jugés inhabitables.

Ces tremblements de terre ont également engendré des dégâts considérables aux réseaux municipal et provincial d'infrastructures, à des bâtiments publics et privés et à d'autre infrastructures mais également à des sites culturels. Compte tenu de tous ces éléments, il me semblait important et urgent de voter en faveur de cette aide financière.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pasiūlymą, kuriuo norima skirti lėšas Graikijai iš Europos Sąjungos solidarumo fondo. Šis fondas yra skirtas suteikti Sąjungai galimybę greitai, veiksmingai ir lanksčiai reaguoti nelaimės atvejais, kad būtų parodytas solidarumas su gaivalinių nelaimių ištiktų regionų gyventojais. Būtinybė panaudoti fondo lėšas kilo po Jonijos salas sukrėtusio žemės drebėjimo. Taigi iš 2016 m. biudžeto Graikijai ketinama skirti 1 651 834 EUR įsipareigojimų ir mokėjimų asignavimų suma.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Em novembro de 2015 a Grécia foi assolada por trágicos sismos, com magnitude de 6,1 na escala de Richter, que afetaram sobretudo, as ilhas Jónicas, provocando a morte de duas pessoas, ferimentos em oito, mais de uma centena de casas destruídas e danos avultados ao nível das infraestruturas públicas e do património turístico-cultural.

Os prejuízos calculados pelas autoridades gregas ascendem a mais de 65 milhões de euros, tendo este desastre sido classificado como catástrofe regional, atentos os critérios contantes do Regulamento do Fundo de Solidariedade da União Europeia.

Esta região encontra-se classificada como «região menos desenvolvida», para efeitos dos Fundos Europeus Estruturais e de Investimento e, até ao momento, a Comissão já procedeu a um adiantamento de 10 % da contribuição do Fundo de Solidariedade da União Europeia (FSUE), que visa justamente acudir, de forma rápida, eficiente e flexível, a situações de emergência decorrentes de catástrofes naturais.

Concordo com o montante total da ajuda financeira - 1 651 834 € (em dotações de autorização e pagamento a conceder à Grécia, a título de FSUE), uma vez que está em conformidade com o limite máximo de 552 milhões de euros aplicáveis ao FSUE e não requer qualquer alteração ao orçamento de 2016.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à octroyer une aide financière, à l'aide du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE), à la Grèce qui a été touchée le 17 novembre 2015 par un séisme. En effet, les îles Ioniennes ont été frappées par des tremblements de terre d'une magnitude de 6,1 sur l'échelle de Richter.

Deux personnes ont perdu la vie et les dommages directs s'élèveraient à 66,073 milliards d'euros selon les autorités grecques. Ainsi, par ce vote le Parlement autorise la Commission à octroyer un peu plus de 1,5 milliard d'euros pour aider la Grèce, notamment les îles Ioniennes. Ces fonds serviront à la reconstruction des infrastructures endommagées et des sites culturels et naturels gravement touchés par le séisme.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Il 17 novembre del 2015 la Grecia è stata abbattuta da un terribile terremoto che ha interessato in particolare le isole Ionie. Su richiesta dello stesso paese, la Commissione europea ha concesso un anticipo del 10 % rispetto al contributo del Fondo di solidarietà che le spetta. Per il pagamento dei restanti soldi occorre l'assenso del Parlamento europeo che oggi abbiamo concesso.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe pedía la movilización de fondos para ayudar a la región de las Islas Jónicas en Grecia por los daños sufridos por un terremoto acaecido en noviembre de 2015. Voto a favor para que se movilicen estos fondos en solidaridad con la gente que sufrió los daños ocasionados por este desastre natural.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – El 17 de noviembre de 2015, las Islas Jónicas (particularmente Léucade y las zonas septentrionales de Ítaca y Cefalonia) sufrieron seísmos cuyos daños se estiman en más de 66 millones de euros, un 2,1 % del PIB regional. El objetivo del presente informe es movilizar el Fondo de Solidaridad de la Unión por valor de 1,7 millones de euros en créditos de compromiso y pago. Aunque se trata sólo de una pequeña cantidad en relación a los daños totales, he votado a favor de este informe para contribuir a la reconstrucción de la zona.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this because I believe aid should be decided on by nation states.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today, I voted for the mobilisation of the European Union Solidarity Fund in order to provide assistance to Greece following the earthquake that affected the Ionian Islands in November 2015. This covers the mobilisation of the European Union Solidarity Fund for an amount of EUR 1 651 834, this will be financed through the partial use of the EUR 50 000 000 in commitment and payment appropriations already entered into the 2016 budget, an amending budget is therefore not required.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Fond solidarity Európskej únie bol založený v roku 2002 za účelom poskytnutia finančnej pomoci oprávneným štátom, ktoré postihla veľká prírodná katastrofa alebo mimoriadna regionálna katastrofa. Dňa 17. novembra 2016 postihla Grécko séria zemetrasení, ktoré mali vplyv na región Iónskych ostrovov, pričom tieto zemetrasenia spôsobili škody vo výške 2,1 % z celkového HDP týchto ostrovov. Hlasoval som preto za poskytnutie finančnej pomoci Grécku v súvislosti s týmito zemetraseniami.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – V novembri minulého roku postihli Iónske ostrovy Grécka zemetrasenia, ktoré dosiahli silu 6,1 stupňa Richterovej stupnice. Dôsledkom toho prišli o život dvaja ľudia, osem bolo zranených, 120 bytových jednotiek bolo poškodených, z toho 20 je už neobývateľných. Rozsiahle škody nastali aj na sieťach infraštruktúry, iných budovách a kultúrnych pamiatkach. Keďže som presvedčená, že Fond solidarity EÚ je určený práve na takéto udalosti, uvoľnenie zdrojov pre Grécko som podporila. Celkové náklady spojené s odstraňovaním škôd spôsobených zemetraseniami boli gréckymi orgánmi odhadnuté na takmer 66,1 milióna EUR. Znamená to, že túto katastrofu je možné považovať za regionálnu živelnú pohromu, a preto má Grécko na prostriedky z fondu nárok. Komisia už v marci tohto roku uhradila 10 % očakávaného príspevku ako zálohovú platbu. Celková výška navrhovanej pomoci by na základe 2,5 % sadzby uplatnenej Komisiou bude predstavovať viac než 1,6 milióna EUR. Tieto prostriedky by sa mali urýchlene dostať k ľuďom postihnutým katastrofou, aby sa mohli s následkami vyrovnať a vrátiť sa do bežného života.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Poročilo o predlogu sklepa o uporabi Solidarnostnega sklada Evropske unije predvideva uporabo dela sredstev sklada za namene odprave posledic več potresov, ki so 17. novembra 2015 prizadeli Jonsko otoško regijo v Grčijo, še posebej otok Lefkada, severne dele Itake in Kefalonijo.

Solidarnostni sklad Evropske unije je namenjen prav takim primerom in je oblikovan za pomoč državi članici ali državi kandidatki, ki jo prizadene večja katastrofa. Stroški nujnih aktivnosti, kot so definirani v 3. členu uredbe o solidarnostnem skladu, po ocenah grških oblasti znašajo 52,374 milijona evrov, od česar se 38 milijonov nanaša na transportni sektor, 7 milijonov pa na varovanje kulturne dediščine.

Po grški prošnji je Komisija 18. marca 2016 dodelila 164.798 EUR oz. 10 % pričakovane pomoči sklada. Celoten znesek predlagane pomoči znaša 1.651.834 EUR.

Solidarnostno pomoč v takih primerih podpiram, zato sem glasoval za.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Jedným z pilierov Európskej spolupráce je aj solidarita medzi členskými štátmi a vzájomná pomoc pri nepredvídateľných udalostiach, napríklad prírodných pohromách. Z Fondu solidarity čerpalo pomoc vo výške 5,7 milióna EUR aj Slovensko, keď Vysoké Tatry v roku 2004 postihla katastrofálna víchrica.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung zu dem „Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union" habe ich zugestimmt.

Wenn es eine sinnvolle Funktion der EU geben könnte, dann würde ich mich für eine supranationale Versicherung gegen Naturkatastrophen entscheiden.

Ich unterstütze daher, dass im Rahmen des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016 der Solidaritätsfonds der Europäischen Union in Anspruch genommen wird. Damit wird ein Betrag von 1 651 834 EUR an Mitteln für Zahlungen für Griechenland bereitgestellt, um so Hilfe wegen eines Erdbebens zu leisten, das im November 2015 die Ionischen Inseln erschütterte.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Fond solidarnosti Europske unije (FSEU) osnovan je kako bi se njime odgovorilo na prirodne katastrofe velikih razmjera te izrazila europska solidarnost s regijama pogođenima katastrofom.

Fond solidarnosti Europske unije mobiliziran je radi pružanja pomoći Grčkoj nakon potresa koji je pogodio Jonske otoke u studenome 2015. u iznosu od 1 651 834 EUR. Ta će se mobilizacija u potpunosti financirati djelomičnom upotrebom iznosa od 50 000 000 EUR odobrenih sredstava za preuzimanje obveza i odobrenih sredstava za plaćanje.

Sredstva su već unesena u proračun za 2016., te stoga nije potrebna izmjena proračuna.

Podržavam mobiliziranje Fonda solidarnosti Europske unije Grčkoj jer smatram da je neophodno pokazati solidarnost sa stanovništvom regija pogođenih prirodnim katastrofama i barem financijskim sredstvima ublažiti ogromne gubitke.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi Solidarnostnega sklada Evropske unije za zagotavljanje pomoči Grčiji po potresu, ki je prizadel Jonske otoke novembra 2015.

Zaradi potresa sta umrli dve osebi, osem jih je bilo ranjenih, poškodovanih pa je bilo 120 stanovanjskih enot. Poškodovane so bile številne stavbe, prav tako tudi turistično najpomembnejše plaže na otoku Lefkada. Tako potres kakor tudi vloga izpolnjujeta vsa merila za dodelitev pomoči iz Solidarnostnega sklada Evropske unije, hkrati pa tudi regija sodi v kategorijo manj razvitih regij, zato sem podprla poročilo.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Στην εν λόγω έκθεση προτείνεται η κινητοποίηση του Ταμείου Αλληλεγγύης της ΕΕ για την παροχή βοήθειας προς την Ελλάδα μετά το σεισμό που έπληξε τα Ιόνια Νησιά το Νοέμβριο του 2015. Με την υπερψήφιση από μέρους μας της συγκεκριμένης έκθεσης, στέλνουμε μήνυμα αλληλεγγύης προς τις πληγείσες ελληνικές περιφέρειες.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η ΕΕ οφείλει να επιδεικνύει ευελιξία όταν συντρέχουν λόγοι αποζημίωσης χωρών που επλήγησαν από φυσικές καταστροφές.

Claudia Ţapardel (S&D), *in writing*. – On 17 November 2015, an earthquake that measured 6.1 on the Richter scale hit the Ionian Islands region, in particular Lefkada, northern parts of Ithaki and Kefalonia. Two people lost their lives, eight were wounded and 120 houses were damaged. The Greek authorities reported extensive damage to infrastructure networks, buildings and cultural sites, with some of the most important tourist beaches destroyed on Lefkada. This report contains a Decision of the European Parliament and of the Council to mobilize the European Solidarity Fund to provide assistance to Greece following the earthquake. The European Union Solidarity Fund aims to enable the Union to respond in a rapid, efficient and flexible manner to emergency situations in order to show solidarity with the population of regions struck by natural disasters. BUDG recommends a swift approval of the Commission proposal to mobilize EUR 1651 834. The aid will help restore infrastructure, reimburse the cost of emergency measures and cover some of the clean-up operations. I support this report, as I believe that Greece is eligible to receive the European Solidarity Fund.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Il est normal que nous fassions preuve de solidarité. La Commission propose d'octroyer une aide financière au titre du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE) afin de répondre à une catastrophe survenue en Grèce le 17 novembre 2015 (séismes ayant touché la région des Îles ioniennes, notamment l'île de Leucade et les zones septentrionales des îles d'Ithaque et de Céphalonie).

Les tremblements de terre ont atteint une magnitude de 6,1 sur l'échelle de Richter. Deux personnes ont perdu la vie, huit autres ont été blessées, 120 logements ont été endommagés, dont 20 ont été jugés inhabitables. Des dégâts considérables ont été causés aux réseaux d'infrastructures, à des bâtiments et à des sites culturels. Une partie des plages les plus importantes de l'île de Leucade d'un point de vue touristique a été détruite.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – On 17 November 2015 the Ionian Islands region suffered a series of devastating earthquakes reaching a magnitude of 6.1 on the Richter scale. The devastation included two deaths, many injuries and the damage and destruction of 120 homes, accounting for approximately EUR 66 million. I voted for the mobilisation of the European Union Solidarity Fund, a crucial financial mechanism which will provide badly needed monetary assistance to the Ionian region in a bid to undo the damage and restore the lives, homes, infrastructure and the livelihoods of the people in the affected region.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Grčka je nakon potresa koji je pogodio Jonske otoke u studenome 2015. godine podnijela zahtjev za mobilizaciju sredstava iz Fonda na temelju regionalne katastrofe u iznosu od 1 651 834 EUR, što sam podržala.

Budući da je Fond solidarnosti Europske unije osnovan kako bi omogućio brzo, učinkovito i fleksibilno reagiranje na hitne situacije čime bi se pokazala solidarnost sa stanovništvom regija pogođenih prirodnim katastrofama ili izvanrednim regionalnim katastrofama, zahtjev Grčke ispunjava uvjete za mobilizaciju njegovih sredstava.

Stoga smatram ispravnim pružiti pomoć stanovništvu koje je izravno pogođeno potresom kako bi im se omogućio dostojanstven život.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog uporabe Solidarnostnega sklada Evropske unije za zagotavljanje pomoči Grčiji po potresu, ki je prizadel Jonske otoke novembra 2015, sem podprla.

Komisija predlaga uporabo Solidarnostnega sklada Evropske unije za finančno pomoč v zvezi z naravno nesrečo v Grčiji (potres, ki je 17. novembra 2015 prizadel Jonske otoke, zlasti otok Lefkada ter severni del otokov Itaka in Kefalonija). Skupni znesek pomoči znaša 1.651.834 EUR. Gre za prvi sklep o uporabi sklada v letu 2016 in predlagani skupni znesek pomoči je skladen z določbami o zgornji meji Solidarnostnega sklada EU iz uredbe o večletnem finančnem okviru, ki znaša 552 milijonov EUR.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe pedía la movilización de fondos para ayudar a la región de las Islas Jónicas en Grecia por los daños sufridos por un terremoto acaecido en noviembre de 2015. Voto a favor para que se movilicen estos fondos en solidaridad con la gente que sufrió los daños ocasionados por este desastre natural.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Il s'agit de mobiliser le Fonds de solidarité à hauteur de 1,7 million d'euros pour aider la Grèce suite au séisme qui a touché les îles de Leucade et de Céphalonie en novembre 2015. 120 logements furent endommagés, dont 20 totalement détruits, et des dégâts considérables ont également affecté les infrastructures publiques (hôpitaux, ports, églises…)

Les autorités grecques estiment les dommages directs occasionnés à 66 millions d'euros soit 2,1 % du PIB de la région concernée, ce qui est au-dessus du seuil de qualification de catastrophe naturelle régionale (1,5 %).

Le financement de cette aide est assuré par les crédits de paiement déjà inscrits au budget 2016.

J'ai voté pour.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Fundusz Solidarności jest ważnym instrumentem wsparcia państw członkowskich dotkniętych klęską żywiołową w dużej i w regionalnej skali. Przypadek trzęsienia ziemi na Wyspach Jońskich należy do takich, dlatego ważne jest udzielenie finansowania i pomoc w przywróceniu stanu sprzed zniszczeń. Grecja spełniła wszystkie potrzebne techniczne wymogi, by ubiegać się o wsparcie z Funduszu Solidarności. Solidarność w trudnych momentach jest charakterystyczna dla społeczności europejskich, dlatego w głosowaniu poparłem udzielenie pomocy Grecji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A jelentés összefoglalja az EP és az EiT döntését a 2015. novemberi görög Jón-szigeteki földrengés körüli segítségnyújtásról az Európai Unió Szolidaritási Alapjának terhére. A Költségvetési Bizottság a jelentés gyors elfogadását javasolja az elkülönített források mielőbbi folyósításához. A jelentést szavazatommal támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe pedía la movilización de fondos para ayudar a la región de las Islas Jónicas en Grecia por los daños sufridos por un terremoto acaecido en noviembre de 2015. Voto a favor para que se movilicen estos fondos en solidaridad con la gente que sufrió los daños ocasionados por este desastre natural.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favor de la movilización del fondo de Solidaridad de la Unión para prestar asistencia a Grecia tras el seísmo que afectó a las Islas Jónicas en noviembre de 2015, ya que el uso del fondo para esta circunstancia es adecuado con los objetivos y las regulaciones estipulados.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Palaikau Komisijos pasiūlymą mobilizuoti Europos Sąjungos solidarumo fondo (ESSF) lėšas, siekiant suteikti finansinę pagalbą, susijusią su nelaime Graikijoje (žemės drebėjimu, sukrėtusiu Jonijos salų regioną, ypač Leukadės ir Kefalonijos salas).

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Report on the proposal for a decision of the European Parliament and of the Council on the mobilisation of the European Union Solidarity Fund. The Commission proposes mobilising the European Union Solidarity Fund (EUSF) to grant financial assistance relating to a disaster in Greece (earthquakes affecting the Ionian Islands region) that occurred on 17 November 2015. The European Union Solidarity Fund aims to enable the Union to respond in a rapid, efficient and flexible manner to emergency situations in order to show solidarity with the population of regions struck by natural disasters. The Fund is not to exceed a maximum annual amount of EUR 500 000 000. I voted in favour because I believe that this aid will help communities in the Ionian Islands to restore infrastructure, reimburse the cost of emergency measures and cover some of the clean-up operations.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Es un objetivo común que Grecia vuelva a la senda del crecimiento y de la creación de empleo. Para conseguirlo, un factor clave es la competitividad; que, a su vez, sólo se puede lograr a través de la realización de las reformas estructurales recomendadas por el conjunto de la Unión al Gobierno heleno. Por tanto, apoyo con mi voto esta declaración de la Comisión y su propósito, que no es sino, evaluar qué avances ha realizado Grecia en las reformas pactadas, ya que éstos son condición para los desembolsos pendientes en el marco del segundo tramo del tercer programa de asistencia financiera que los europeos concedemos a Grecia.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – El 17 de noviembre de 2015, las Islas Jónicas (particularmente Léucade y las zonas septentrionales de Ítaca y Cefalonia) sufrieron seísmos cuyos daños se estiman en más de 66 millones de euros, un 2,1 % del PIB regional. El objetivo del presente informe es movilizar el Fondo de Solidaridad de la Unión por valor de 1,7 millones de euros en créditos de compromiso y pago. Aunque se trata sólo de una pequeña cantidad en relación a los daños totales, he votado a favor de este informe para contribuir a la reconstrucción de la zona.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – De Commissie stelt voor om middelen uit het Solidariteitsfonds van de Europese Unie (SFEU) beschikbaar te stellen om financiële bijstand te verlenen in verband met de aardbeving in Griekenland op 17 november 2015 in de regio van de Ionische eilanden, met name het eiland Lefkada, het noordelijke deel van Ithaki en Kefalonia.

De aardbeving had een kracht van 6,1 op de schaal van Richter. Twee mensen kwamen om het leven, acht mensen raakten gewond, 120 woningen werden beschadigd, waarvan 20 onbewoonbaar werden verklaard. Er is sprake van aanzienlijke schade aan infrastructuur, gebouwen en culturele sites. Op Lefkada werd een aantal van de grootste stranden op het gebied van toerisme vernietigd. Ik stemde voor dit rapport omdat ik vind dat Europa hier zijn steentje moet bijdragen.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Les îles Ioniennes, notamment les îles de Leucade et de Céphalonie, ont été frappées en novembre 2015 par une série de tremblements de terre atteignant une magnitude de 6,1 sur l'échelle de Richter. Les dégâts ont été considérables pour cette zone touristique et donc particulièrement importants pour l'économie locale.

Les dégâts ont été estimés à 52,374 millions d'euros, soit 2,1 % du PIB de la Grèce, et ce pays largement touché par les politiques austéritaires n'avait vraiment pas besoin de cela, si je peux m'exprimer ainsi.

C'est donc la moindre des choses que l'Union européenne participe à la reconstruction des infrastructures, comme elle le fait habituellement dans d'autres pays en des circonstances similaires à partir du moment où les dommages sont supérieurs à 1,5 % du PIB. Il était même urgent qu'elle le fasse.

J'ai donc voté pour ce texte en solidarité avec la Grèce tout en regrettant que cette décision ne puisse être prise que maintenant, onze mois après les faits, et que la somme allouée soit si faible.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Após o terremoto de lamentar que afetou a Ilhas Jónicas em novembro de 2015, em 5 de fevereiro de 2016, a Grécia apresentou um pedido para mobilizar o Fundo de Solidariedade da União Europeia. Como existem dotações ainda disponíveis no fundo de solidariedade europeia para 2016, a proposta é fornecer a quantia de 1 651 834 euros à Grécia, em dotações de autorização e de pagamento. Apoiamos mas lamentamos a morosidade do processo.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die Kommission schlägt vor, den Solidaritätsfonds der Europäischen Union (EUSF) in Anspruch zu nehmen, um Griechenland eine finanzielle Unterstützung aufgrund einer Naturkatastrophe (Erdbeben der Stärke 6,1 auf der Richterskala) in der Region der Ionischen Inseln bereitzustellen. Der Solidaritätsfonds wurde für eben solche Zwecke eingerichtet und soll Griechenland Hilfeleistungen in der Höhe von insgesamt 1,65 Mio. EUR zukommen lassen, um die strukturschwache Region beim Wiederaufbau zu unterstützen. Ich halte diese Maßnahme für sinnvoll und habe daher dem Bericht zugestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – The EU Solidarity Fund is meant to assist Member States in recovering from natural disasters. As the name suggests, it is another expression of the EU value of social solidarity.

I joined fellow Labour MEPs to press the UK Tory government to apply for Solidarity Funds when the North of the UK, and particularly my own constituency of the North West of England, were hit by devastating floods in late 2015. The government eventually agreed to request the funds and filed a partial application, but shamefully, it has since failed to complete that application.

In the meantime, Greece has filed an application which has been approved for support after an earthquake. It is sad to see that while the Tories had the opportunity to receive more funds to support communities in the North West, they have chosen not to pursue this.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Abbiamo oggi votato la proposta della Commissione di mobilitare il Fondo europeo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE) per fornire assistenza finanziaria in relazione a una catastrofe avvenuta in Grecia il 17 novembre 2015, un terremoto che ha interessato le isole Ionie, in particolare l'isola di Leucade, le zone nord di Itaca e l'isola di Cefalonia. Il terremoto ha raggiunto una magnitudo di 6.1 sulla scala Richter e ha causato due morti e otto feriti, danneggiando 120 unità abitative, 20 delle quali sono state dichiarate inagibili. A ciò si uniscono danni diffusi alle reti infrastrutturali, edifici e siti culturali. Le autorità greche hanno stimato che ammonti a circa 66 milioni di EUR il totale dei danni diretti causati dalla catastrofe; l'importo totale dell'aiuto proposto dal FSUE e approvato oggi in plenaria è pari a 1 651 834 EUR.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς*. – Μόλις το 2,5% (δηλαδή 1.651.834 EUR) από το συνολικό ποσό (66.073.345 EUR) στο οποίο υπολογίζεται ότι ανήλθαν οι ζημιές από τον καταστροφικό σεισμό στα νησιά του Ιονίου και ιδίως στη Λευκάδα, την Ιθάκη και την Κεφαλλονιά, τον Νοέμβριο του 2015, θα χορηγηθεί στην Ελλάδα από την κινητοποίηση του «Ταμείου Αλληλεγγύης της ΕΕ», αποκαλύπτοντας πόσο απατηλοί είναι οι ισχυρισμοί για τη δήθεν «αλληλεγγύη» της ΕΕ. Τα ευρωενωσιακά κονδύλια, από τα οποία μάλιστα έχει εκταμιευθεί εδώ και 11 μήνες ένα ελάχιστο ποσό, δεν αποκαθιστούν τις ζημιές ιδιωτών, δηλαδή των εργατικών λαϊκών νοικοκυριών, των αυτοαπασχολούμενων κι άλλων μικροεπαγγελματιών που επλήγησαν. Όπως κατ' επανάληψη έχει αναφέρει η Ευρωπαϊκή Επιτροπή, αυτό που χρηματοδοτείται είναι η αποκατάσταση υποδομών που αναλαμβάνουν οι επιχειρηματικοί όμιλοι ενώ αποκλείονται έργα που δεν αποφέρουν μεγάλα κέρδη και ως εκ τούτου, δεν αποτελούν προτεραιότητα για το μεγάλο κεφάλαιο.

Μεγάλη ευθύνη έχει κι η κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ - ΑΝΕΛ που στηρίζει και εφαρμόζει κατά γράμμα τις παραπάνω ευρωενωσιακές κατευθύνσεις. Την ώρα που δίνει άφθονο χρήμα κι επιδοτήσεις στους επιχειρηματικούς ομίλους, προσφέρει στους σεισμοπαθείς, όπως άλλωστε και στο σύνολο του λαού, μόνο βάρβαρα αντιλαϊκά μέτρα. Η Ευρωκοινοβουλευτική Ομάδα του ΚΚΕ ψήφισε υπέρ της κινητοποίησης των όποιων κονδυλίων του Ταμείου, τονίζοντας όμως την πραγματική κι επείγουσα ανάγκη της πλήρους αποζημίωσης των λαϊκών νοικοκυριών και των μικρών επαγγελματιών για τις καταστροφές.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De PVV stemde tegen de beschikbaarstelling van deze middelen omdat een compensatie vanuit de EU voor de financiële gevolgen van de aardbeving in 2015 al ruimschoots is verleend door de honderden miljarden die de lidstaten hebben gestort in de Griekse schatkist en de miljarden schuldenverlichting die de banken hebben verleend.

Bij de bedragen die de belastingbetalers van de lidstaten aan Griekenland hebben overgemaakt, is geen enkele afspraak die met Griekenland is gemaakt, uitgevoerd. Er is volgens de PVV dan ook geen aanleiding te denken dat eventuele middelen uit het Solidariteitsfonds zullen worden aangewend voor het herstellen van de aardbevingsschade op de Ionische eilanden.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Žiadosť Grécka o mobilizáciu fondu solidarity som podporila. Grécko vo februári tohto roku požiadalo o mobilizáciu fondu solidarity v súvislosti so škodami spôsobenými zemetrasením na Iónskych ostrovoch v novembri 2015, ktoré dosiahli výšku až 2,1 % regionálneho HDP. Tento návrh som podporila nielen z dôvodu, že katastrofa spôsobená zemetrasením v Grécku spĺňa všetky podmienky na poskytnutie finančnej asistencie z fondu solidarity, ale najmä ako princíp, podľa ktorého Európska únia znamená aj pomoc a podporu pre členské štáty, ktoré sa v dôsledku rôznych nepredvídateľných príčin môžu ocitnúť v krízovej situácií. Verím, že s finančnou pomocou poskytnutou z tohto fondu sa Grécku podarí opraviť zničenú infraštruktúru a kultúrne pamiatky a tým aj obnoviť narušený cestovný ruch.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem sklep, s katerim se Solidarnostni sklad Evropske unije, v okviru splošnega proračuna Unije za proračunsko leto 2016, uporabi za zagotovitev zneska v višini 1.651.834 EUR za Grčijo.

Grčija je 5. februarja 2016 predložila vlogo za uporabo sredstev sklada zaradi potresa, ki je prizadel Jonske otoke novembra 2015.

Podpiram namen Solidarnostnega sklada Evropske unije, s katerim se omogoči Uniji, da se hitro, učinkovito in prožno odziva na izredne razmere in tako izkaže svojo solidarnost s prebivalstvom območij, ki so jih prizadele naravne nesreče.

8.3. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – EGF/2016/001 FI/Microsoft (A8-0273/2016 - Petri Sarvamaa)

Written explanations of vote

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La domanda presentata dalla Finlandia riguarda 2161 lavoratori in esubero della Microsoft e di otto fornitori e produttori a valle. In Finlandia negli ultimi anni l'impiego nel settore tecnologico ha subito un brusco calo, seguendo un trend europeo, contrariamente a quanto è successo per USA e Cina. Poiché reputo importante che la Finlandia percepisca tali fondi, ho votato a favore.

Tim Aker, Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this budgetary (single vote) report. This vote was to approve giving EUR 5 364 000 (60% match funding) for 1 441 Finnish workers who have been made redundant. This is nothing more than EU dole money. UKIP opposes British taxpayers' money being used to offset poor economic decisions in other countries and by the EU.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Finlandia solicitó una ayuda del FEAG tras el despido de 2 161 trabajadores de Microsoft Mobile OY y 8 de sus proveedores y transformadores de productos. Aunque las ayudas europeas no garantizan la continuidad del empleo en el sector en una zona muy afectada por el declive de Nokia y la industria electrónica finlandesa, sí que suponen una mejora en la situación de los trabajadores despedidos, por lo que he votado a favor.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — This EGF application materialised when Nokia initially moved production lines to the Far East, then closed down some more specialised production areas too and sold the mobile phone operation to Microsoft in 2013. The situation has replicated itself this time around when Microsoft have done the same thing.

Like all EGF applications, there are good and bad elements to this. However, the decision comes down to the same question each time: whether to deny support for redundant workers over trying to make a larger political statement to the EU and to the companies who are relocating or restructuring.

We supported this application in BUDG and also in EMPL.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport qui donne le feu vert pour la mobilisation du Fonds d'ajustement à la mondialisation européenne (FEM) en Finlande, principalement dans les régions d'Helsinki-Uusimaa, Etelä-Suomi et Länsi-Suomi. La solidarité ne doit pas être un vain mot en Europe!

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου σχετικά με την κινητοποίηση του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση μετά από αίτηση που υπέβαλε η Φινλανδία, διότι είναι μείζονος σημασίας η παροχή βοήθειας στους δικαιούχους για την επανένταξη τους στην αγορά εργασίας.

Gerolf Annemans (ENF), *schriftelijk*. – Het Europees Globaliseringsfonds is een nuttig instrument om de gevolgen van bedrijfssluitingen in de EU te verzachten, maar het blijft slechts een doekje voor het bloeden achteraf. Er zijn echter proactief grotere inspanningen nodig om de industrie in Europa te redden en/of zelfs terug te halen naar ons continent. De EU is op dat vlak, door alle regels en lasten, veeleer een rem dan een motor. De lidstaten moeten zelf een actieve (her)industrialiseringspolitiek kunnen voeren en een economisch patriottisme hanteren. Daarbij mag het enigszins cynisch genoemd worden dat vanuit het fonds 5,4 miljoen EUR wordt uitgekeerd voor de sluiting van een Finse afdeling van een multinational die in 2015 een nettowinst van 12,2 miljard USD boekte.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Der EGF fördert Qualifizierungen, Beratung und Unterstützung für Personen, die aufgrund der Globalisierung oder globaler starker Wirtschaftskrisen, arbeitslos geworden sind.

In diesem Bericht geht es um die Unterstützung von 2035 Arbeitnehmern der Firma Microsoft in Finnland, die aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung und der globalen Konkurrenz des Unternehmens ihre Arbeit verloren haben. Ein Betrag von 5 364 000 EUR soll dem Land daher zur Verfügung gestellt werden.

Ich befürworte dieses Vorhaben, da es den Arbeitnehmern neue Perspektiven verschafft.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – À la suite du licenciement de 1889 salariés chez Microsoft et 146 chez certains sous-traitants, la Finlande a sollicité le soutien du Fonds d'ajustement à la mondialisation (FEM) à hauteur de 5,36 millions d'euros pour faciliter la réintégration sur le marché du travail de 1141 de ces travailleurs.

La répartition mondiale des emplois dans le secteur des technologies de l'information s'est largement faite au détriment de l'UE, concurrencée par les pays émergents, notamment asiatiques. En 2014, le nombre d'emplois dans ce secteur a baissé de 2 % en Finlande. De même, ces destructions d'emplois sont à mettre en lien avec le recul des parts de marché des téléphones fonctionnant avec le système d'exploitation de Microsoft.

Cependant, aucune allusion n'est faite aux effets de l'euro sur la concurrence de la Finlande. Quand sa voisine, la Suède, a vu son PIB croître depuis 2007 de 15 %, la Finlande a vu le sien se contracter de 1 %.

Ce fonds vise à timidement maquiller les conséquences des politiques commerciales et monétaires de l'UE et à déresponsabiliser les grandes entreprises sans exiger de contrepartie. Cependant, j'ai voté pour cette aide, utile à la réintégration de travailleurs subissant les lubies libre-échangistes de la Commission européenne.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – The principle of subsidiarity dictates that decisions should be taken at the closest possible level to the citizen – in this case at regional or national level. Therefore, these projects should not be funded by the European Union.

It is absurd that the arbiters of whether this funding should, or should not, be given are Members of the European Parliament with no detailed knowledge of the situation. This project may well be of benefit to the people of Finland, but I am not best placed to judge.

The European Globalisation Adjustment Fund should be scrapped, which would give money back to the Member States to decide for themselves about the appropriateness of such funding. Consequently, I had no option but to vote against – even though this may be a worthwhile project.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération qui prévoit une aide de 5 364 000 euros au titre de la mobilisation du Fonds d'ajustement à la mondialisation, afin d'aider les employés licenciés de Microsoft à retrouver un emploi. L'aide apportée par ce fonds est la bienvenue pour revitaliser et soutenir cette branche d'activité. De plus, les autorités finlandaises ont commencé à fournir les services personnalisés aux travailleurs concernés le 11 septembre 2015, bien avant de solliciter l'aide du FEM.

Néanmoins, je regrette que le versement de cette aide se réalise à l'aune des licenciements, alors qu'elle aurait pu être précieuse pour aider l'entreprise à se restructurer. Il est urgent d'agir et de comprendre que nos entreprises sont les victimes de l'absence des réformes structurelles nécessaires à son adaptation aux enjeux de la mondialisation.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už Europos prisitaikymo prie globalizacijos padarinių fondo lėšų mobilizavimą (paraiška „EGF/2016/001 FI/Microsoft“). Drastiškai mažėjanti „Nokia“ telefonų rinkos dalis privertė „Microsoft“ panaikinti 2 300 darbo vietų Suomijoje. Tai stiprus sukrėtimas darbuotojams, todėl „Microsoft“ pateikė paraišką Europos prisitaikymo prie globalizacijos padarinių fondui, kuris įkurtas siekiant teikti papildomą pagalbą darbuotojams, nukentėjusiems nuo esminių pasaulio prekybos sistemos struktūrinių pokyčių. Atsižvelgdamas į susiklosčiusią situaciją, pritariu Komisijos priimtam pasiūlymui dėl sprendimo mobilizuoti EGF lėšas Suomijos reikmėms siekiant paremti darbuotojų, atleistų iš įmonės „Microsoft“, grįžimą į darbo rinką.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this budgetary (single vote) report. This vote was to approve giving EUR 5 364 000 (60% match funding) for 1441 Finnish workers who have been made redundant. This is nothing more than EU dole money. UKIP opposes British taxpayer's money being used to offset poor economic decisions in other countries and by the EU.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – À la suite du licenciement de 1 889 salariés de Microsoft et 146 chez certains sous-traitants, la Finlande a sollicité le soutien du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) à hauteur de 5,36 millions d'euros pour faciliter la réintégration sur le marché du travail de 1 141 de ces travailleurs. Le FEM peut en effet être mobilisé si un lien entre les licenciements et les modifications majeures de la structure du commerce international résultant de la mondialisation est établi.

Or la répartition mondiale des emplois dans le secteur des technologies de l'information s'est largement faite au détriment de l'UE, concurrencée par les pays émergents, notamment asiatiques.

J'ai voté en faveur de ce rapport tout en sachant que ce «fonds d'ajustement» n'est qu'un pis-aller: si elle veut réellement lutter contre les effets délétères de la mondialisation, l'Union européenne doit impérativement renoncer au dogme de la libre circulation des biens et des personnes et ne plus faire obstacle à la mise en place de mesures protectionnistes. Les travailleurs n'ont pas à subir les lubies libre-échangistes des eurocrates.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) a vocation à fournir une aide complémentaire aux travailleurs subissant les conséquences de modifications majeures de la structure du commerce mondial.

Le 11 mars 2016, la Finlande a présenté une demande en vue d'obtenir une contribution financière du FEM à la suite de licenciements survenus chez Microsoft et chez 8 fournisseurs et producteurs en aval en Finlande. Il y a eu 2 035 licenciements au cours de cette période entre le 11 septembre 2015 et le 11 janvier 2016, dont 1 889 travailleurs chez Microsoft. Ces licenciements massifs s'inscrivent dans un contexte d'exacerbation de la compétition internationale, particulièrement dans le secteur de la téléphonie, ayant déjà coûté à la Finlande plus de 5 000 emplois dans des entreprises technologiques en 2014.

Au vu de la situation vécue par les travailleurs finlandais et de la nécessité de faire de l'Europe un projet de solidarité et pas seulement un espace de libre-échange, j'ai voté en faveur de la proposition de la Commission de mobiliser le FEM pour la somme de 5 364 000 EUR, soit 60 % du coût total des actions proposées par la Finlande.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione è uno strumento pensato per fornire un sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze dei grandi cambiamenti strutturali del commercio mondiale. Le rilevanti trasformazioni avvenute negli ultimi anni nella struttura del commercio mondiale, e in particolare nel settore delle TIC, hanno comportato una perdita di posizioni dell'Europa, leader del settore nei primi anni duemila grazie a Nokia, a favore di Cina e Stati Uniti, avvantaggiati dall'introduzione di sistemi operativi come android e iOS. Il declino di Nokia e conseguentemente dell'intera elettronica finlandese ha portato Microsoft ad annunciare piani di ristrutturazione delle attività di telefonia dell'azienda, con la perdita di 2 300 posti di lavoro in Finlandia. Il mio voto a favore della relazione Sarvamaa nasce dalla condivisione della necessità di mobilitare il FEG per fornire assistenza ai 1 441 lavoratori collocati in esubero da Microsoft e da otto fornitori e produttori a valle in Finlandia. Con questa misura si potrà fornire un pacchetto coordinato di strumenti, che comprendono indennità di formazione e di mobilità nonché contributi per l'avvio di imprese e programmi di formazione, riqualificazione e formazione professionale.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor en este informe, puesto que promueve unos fondos destinados a compensar y establecer medidas indemnizatorias en casos de relocalización o cierres de empresas por los cambios estructurales de los mercados a causa de la globalización. Servirán para atender la situación de los trabajadores despedidos, y ayudas a jóvenes sin estudios ni empleo, en esta ocasión se trata de Microsoft en Finlandia, que ya había absorbido desempleados que venían de Nokia, pero que al movilizar gran parte de su producción vuelven a quedar en situación de desempleo.

Se trata de medidas que, de no existir, dejarían en peor lugar a los trabajadores afectados. Este tipo de medidas tienen efecto sólo a corto plazo, pero no solucionan el problema a largo plazo, puesto que la cuestión del empleo y las relocalizaciones debieran tener otro enfoque de actuación. Por un lado, Europa necesita un plan de inversión, de un corte sumamente diferente al de Juncker, y otra política de empleo, para actuar en materia laboral. Por otro lado, esa alternativa debiera consistir en invertir en actividades de futuro, especialmente en un cambio de modelo productivo.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Je me suis prononcée en faveur de l'octroi du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation à destination de la Finlande, et notamment des 2161 travailleurs licenciés de chez Microsoft et de ses huit fournisseurs et producteurs en aval.

Encore une fois, on voit les résultats catastrophiques de la soi-disant politique commerciale européenne. Depuis quelques années, les emplois dans le domaine des TIC, comme dans de nombreux autres domaines, sont délocalisés hors UE, et notamment en Asie, où la main d'œuvre est moins chère. Les chiffres parlent d'eux-mêmes et sont effrayants: en 2014, le nombre de personnes employées dans des entreprises technologiques en Finlande a baissé de 2 %, ce qui représente plus de 5 000 salariés; toujours pour 2014, le secteur employait 285 000 personnes en Finlande, alors qu'en 2008, leur nombre total était encore de 326 000 personnes. Dans le même temps, les effectifs pour ce secteur ont continué de grandir aux USA ainsi qu'en Chine.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione che autorizza la mobilitazione di 5 364 000 EUR del FEG, il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione, a beneficio di 1 441 lavoratori in esubero della Microsoft Mobile in Finlandia. Il Fondo di adeguamento alla globalizzazione è uno strumento fondamentale per il sostegno ai cittadini europei in questo periodo di crisi. Tuttavia, l'UE dovrebbe mettere al primo posto nella lista delle sue priorità le politiche a favore dell'occupazione in Europa, piuttosto che correre ai ripari sostenendo lavoratori che hanno perso il posto di lavoro, proprio a causa delle sue folli scelte.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la movilización de 5 364 000 euros del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización destinados a la reintegración en el mercado laboral de 1 441 trabajadores, despedidos por Microsoft Mobile Oy y ocho de sus proveedores en Finlandia.

Estos fondos se dedicarán a financiar las medidas destinadas a los trabajadores despedidos, entre las que se incluyen medidas de asesoramiento, servicios de empleo y empresa, formación, subsidios salariales o subvenciones a la creación de empresas.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame nagrinėjamas Komisijos siūlymas dėl sprendimo mobilizuoti EGF lėšas Suomijos reikmėms siekiant paremti darbuotojų, atleistų iš darbo iš įmonės „Microsoft“ ir 8 jos tiekimo ir tolesnės gamybos grandies įmonių Suomijoje, kurios vykdo veiklą kompiuterių programavimo, konsultacijų srityje, grįžimą į darbo rinką. Suomijos valdžios institucijos teigia, kad pagrindinė atleidimų iš darbo „Microsoft“ priežastis yra mažėjanti šios įmonės telefonų rinkos dalis. Jos šį darbo jėgos mažinimą sieja su dideliais struktūriniais pasaulio prekybos tendencijų pokyčiais, vykstančiais dėl globalizacijos, ir primena, kad ES tenkanti visų darbo vietų IRT sektoriuje dalis sumažėjo, tuo tarpu atitinkama Kinijai ir JAV tenkanti dalis padidėjo. Nors „Nokia“ vyravo mobiliųjų telefonų rinkose 2000-2010 m., vėliau „Android“ ir „iOS“ operacinės sistemos, kurias naudoja įvairūs Azijoje įsikūrę gamintojai, užėmė dominuojančią rinkos padėtį. Suomijos valdžios institucijos nurodė tendenciją, kuri daro poveikį visai Suomijos elektronikos pramonei ir yra susijusi su „Nokia“, pardavusia savo mobiliųjų telefonų operacijas „Microsoft“, rinkos dalies sumažėjimu. 2014 m. „Microsoft“ paskelbė apie savo planus 2015 m. sumažinti savo bendrą darbo jėgą 18 000 darbo vietų, įskaitant 1 100 darbo vietų Suomijoje, o 2015 m. paskelbė planus restruktūrizuoti telefonų verslą ir dėl to numatyta Suomijoje panaikinti 2 300 darbo vietų.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap (EGAA) célja, hogy támogatást nyújtson a globalizáció hatására a világkereskedelemben bekövetkezett fő strukturális változások miatt, vagy a globális pénzügyi és gazdasági válság elhúzódása, illetve egy újabb globális pénzügyi és gazdasági válság következtében elbocsátott munkavállalóknak és tevékenységüket megszüntető önálló vállalkozóknak a munkaerőpiacon történő újbóli beilleszkedéshez. Finnország az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap (EGAA) igénybevételéről szóló rendelet alapján a Microsoft Mobile Oy vállalatnál, valamint nyolc, azzal kapcsolatban álló beszállítónál történt, 2161 főt érintő elbocsátásokat követően „EGF/2016/001 FI/Microsoft” referenciaszámmal kérelmet nyújtott be az EGAA-ból igénybe vehető pénzügyi hozzájárulás iránt.

A kérelem megfelel az EGAA-rendeletben meghatározott jogosultsági kritériumoknak. Finnország hatféle intézkedést tervez a kérelem által érintett elbocsátott munkavállalók érdekében: tanácsadási (coaching) és más előkészítő intézkedések; foglalkoztatási és üzleti szolgáltatások; munkaerőpiaci szakképzés; fizetési támogatások; vállalkozásindítási támogatás; és utazási, szállás- és költözési költségtérítés. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Podprl sem tudi sklep o uporabi sredstev sklada za prilagoditev globalizaciji, prošnji za katerega je pred nekaj meseci vložila Finska z željo po ponovnemu vključevanje delavcev, ki so postali presežni v podjetju Microsoft oz. bivši Nokii in njegovih dobaviteljih, na trg dela. Vloga se nanaša na 1441 izmed 2161 odpuščenih delavcev in znaša 1.365.000 EUR.

Odpuščanje je bilo povezano z velikimi strukturnimi tokovi na področju informacijske in komunikacijske trgovine, ki imajo za posledico večje zaposlovanje v Aziji. Nokia je na trgu mobilnih telefonov prevladovala v prvem desetletju 21. stoletja, vendar so jo izrinili azijski proizvajalci, ki uporabljajo operacijska sistema Android in iOS.

Finska se že dlje časa sooča s temi problemi, saj je zaton Nokie prizadel celotno finsko elektronsko industrijo. Po prodaji nokie Microsoftu je namreč samo na Finskem v l. 2014 prišlo do zmanjšanja števila zaposlenih za 1100, zaradi prestrukturiranja proizvodnje telefonov pa naj bi v l. 2015 in 2016 delo izgubilo še nadaljnjih 2300 ljudi.

Zato je pomoč EU zelo pomembna za ponovno zaposlovanje in pomoč odpuščenim delavcem.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji, koje je vezano uz otpuštanje 2 161 ljudi u Microsoftu u Finskoj.

Viškovi su uzrokovani glavnim strukturnim promjenama u svjetskim trgovačkim običajima, pa će mobilizacija Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji pomoći otpuštenim osobama u integraciji na tržište rada.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport propose de mobiliser le fonds européen d'ajustement à la mondialisation pour aider la Finlande à recaser 1 141 travailleurs licenciés de Microsoft. Même si ce rapport ne mentionne pas les vraies causes de ce licenciement massif, les salariés n'ont pas à supporter les erreurs de la Commission en matière de protection des frontières économiques de l'UE.

Par conséquent, j'ai voté en faveur de ce texte.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I endorsed this proposal for the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund (EGF), because the European Union has the duty to alleviate the situation of people facing negative effects caused by globalisation. The EGF has the aim of providing support to workers who are suffering negative consequences of the phenomenon. Finland asked for an intervention after the redundancies made by Microsoft Mobile and I supported the EU's financial aid to Finland.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) è utile per fornire sostegno ai lavoratori collocati in esubero e ai lavoratori autonomi la cui attività sia cessata in conseguenza di trasformazioni rilevanti della struttura del commercio mondiale dovute alla globalizzazione, a causa del persistere della crisi finanziaria ed economica globale oppure a causa di una nuove crisi economiche e finanziarie a carattere sovraregionale. Il Fondo deve essere utilizzato per assisterli nel reinserimento nel mercato del lavoro, aggiornando la loro formazione e dandogli un sostegno economico nel contempo. È pertanto opportuno procedere alla mobilitazione del FEG per erogare un contributo finanziario ai lavoratori delle imprese che hanno subito gravi dissesti a causa del mutamento del mercato internazionale informatico e delle nuove strategie aziendali di Microsoft e delle aziende partner.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à accorder à la Finlande une contribution financière de 5,36 millions d'euros, issue du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation, à la suite du licenciement de 1889 salariés chez Microsoft et de 146 salariés chez certains de ses sous-traitants. Cette aide financière a vocation à faciliter la réintégration sur le marché du travail de ces travailleurs licenciés.

D'une part, cette demande formulée par la Finlande remplit les conditions d'octroi du FEM, accordé si le lien entre les licenciements et les modifications de la structure du commerce international résultant de la mondialisation, est établi. D'autre part, nous considérons qu'il est de notre devoir de se montrer solidaire avec les Finlandais qui subissent, comme en France, les conséquences de la mondialisation sauvage.

Néanmoins, au lieu de s'attaquer aux racines de la désindustrialisation telles que la concurrence internationale déloyale, ce fonds ne vise qu'à maquiller les conséquences désastreuses des politiques commerciales et monétaires de l'Union européenne. J'ai tout de même voté pour ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Conform Regulamentului UE, Fondul european de ajustare la globalizare a fost creat pentru oferirea unui sprijin suplimentar acordat muncitorilor afectați de schimbările structurale majore apărute în practicile comerciale mondiale, iar în cazul de față vorbim despre muncitorii disponibilizați de la Microsoft și alți 8 furnizori și producători în aval ai acestei companii din Finlanda.

Practicile comerciale mondiale rezultate din procesul de globalizare au dus la o scădere considerabilă a ocupării forței de muncă din sectorul TIC-ului, acest efect fiind resimțit cel mai puternic în Finlanda, țară în care acest sector este determinant pentru economie.

Am votat în favoarea prezentului raport deoarece consider că este foarte important ca Finlanda să primească acest sprijin pentru muncitorii disponibilizați.

Cristian-Silviu Buşoi (PPE), *în scris.* – Fondul european de ajustare la globalizare (FEAG) are rolul de a oferi sprijin lucrătorilor care și-au pierdut locul de muncă în urma schimbărilor survenite în structura comerțului mondial.

Cererea prezentată Comisiei de Finlanda la 11 martie 2016 îndeplinește condițiile pentru acordarea unei contribuții financiare din partea FEAG.

Scăderea în popularitate a platformei celor de la Microsoft a dus la o scădere abruptă a cotei de piață, în condițiile în care era deja destul de mică. Acesta a fost și principalul motiv al disponibilizărilor de la Microsoft Finlanda are dreptul la o contribuție financiară de 5 364 000 EUR, reprezentând 60 % din costurile totale de 8 940 000 EUR, așadar situația îngrijorătoare creată de șomajul unor persoane cu competențe și educație înalte, care ar fi avut, în mod normal, șanse bune de a ocupa un loc de muncă se va remedia în cel mai scurt timp posibil.

Susțin respectivul raport și subliniez faptul că Uniunea trebuie să reprezinte un principal sprijin pentru readucerea unui echilibru pe piața economică din Finlanda.

Alain Cadec (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur de la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation en faveur des salariés licenciés de Microsoft à la demande de la Finlande. Cette demande est justifiée étant donnée la concurrence très importante qui sévit dans le domaine de la téléphonie mobile. La somme de 5 364 000 euros sera donc mobilisée afin d'aider 2161 employés licenciés à se réinsérer dans le monde du travail.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto.* – Oggi ho votato a favore della relazione sulla proposta relativa alla mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) istituito per fornire sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze di rilevanti cambiamenti della struttura del commercio mondiale.

La domanda in questione è stata presentata dalla Finlandia in relazione a 1 441 esuberi presso la Microsoft che sono imputabili principalmente al calo della quota di mercato dei suoi telefoni cellulari. Noto che le riduzioni di personale nel settore dell'elettronica in Finlandia sono correlate al declino della Nokia, che ha venduto le operazioni di telefonia mobile alla Microsoft.

Mi rammarico, e lo ribadirò in ogni mia dichiarazione di voto, che le aziende italiane non possano usufruire maggiormente di questo Fondo per la mancanza di sostegno da parte delle istituzioni locali e nazionali. Fra il 2007 e il 2015, l'Italia ha presentato solo 15 richieste al Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione, 3 delle quali nel 2007, soltanto una nel 2008, zero tra il 2009 e il 2010, 7 nel 2011, 2 nel 2012, zero nel 2013, una nel 2014 e una nel 2015.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing.* – The European Globalisation Fund provides assistance to persons who have lost their jobs due to structural changes in world trade patterns. This EGF application materialised when Nokia initially moved production lines to the Far East, then closed down some more specialised production areas and sold its mobile phone operation to Microsoft in 2013. Microsoft have now done the same thing.

I voted in favour of activating the fund for the 2161 workers made redundant in Finland.

David Casa (PPE), *in writing.* – I voted in favour of the decision to mobilise the EGF in favour of Finland to support the reintegration in the labour market of workers made redundant in Microsoft and eight of its suppliers and downstream producers in Finland, operating in computer programming, consultancy and related activities. The Finnish authorities state the workforce reductions are linked to major structural changes in world trade patterns due to globalisation by recalling that the EU share in the ICT sector employment has decreased, while the share of China and the United States has increased.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) è stato istituito per fornire un sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze dei grandi cambiamenti strutturali del commercio mondiale. La Finlandia ha presentato una domanda di contributo del FEG per sostenere il reinserimento nel mercato del lavoro dei lavoratori collocati in esubero presso la Microsoft e otto fornitori e produttori a valle in Finlandia, operanti nella divisione 62 della NACE Revisione 2. Siccome la crescita economica dovrebbe essere utilizzata per alleviare la situazione delle persone colpite dagli effetti negativi della globalizzazione, ho votato a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την αίτηση διότι θεωρούμε πως πληροί τους όρους για τη χορήγηση χρηματοδοτικής συνεισφοράς από το ΕΤΠ.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε επί της έκθεσης σχετικά με την κινητοποίηση του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση μετά από αίτηση που υπέβαλε η Φινλανδία για την περίπτωση των εργαζομένων στην εταιρία Microsoft. Καθώς το Ταμείο αυτό παρέχει πόρους προς όφελος των εργαζομένων, θεωρώ ότι η πρόταση έχει θετικό σκοπό και γι' αυτόν τον λόγο ψήφισα υπέρ.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento visto che il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione è stato istituito per fornire un sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze dei grandi cambiamenti strutturali del commercio mondiale. Il 29 luglio 2016 la Commissione ha adottato una proposta di decisione sulla mobilitazione del FEG a favore della Finlandia per sostenere il reinserimento nel mercato del lavoro dei lavoratori collocati in esubero presso la Microsoft e otto fornitori e produttori a valle in Finlandia, operanti nella divisione 62 della NACE Revisione 2. La Commissione ha concluso, in conformità di tutte le disposizioni applicabili del regolamento FEG, che la domanda soddisfa le condizioni per un contributo finanziario a valere sul Fondo. Le autorità finlandesi sostengono che gli esuberi presso la Microsoft siano imputabili principalmente al calo della quota di mercato dei suoi telefoni cellulari dovuta all'aumento di mercato della quota cinese e americana. Per mobilitare il Fondo la Commissione ha presentato all'autorità di bilancio una richiesta di storno per un importo complessivo di 5 364 000 EUR dalla riserva FEG. In caso di disaccordo sarà avviata una procedura di trilogo, come previsto all'articolo 15, paragrafo 4, del regolamento FEG.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione per la mobilitazione di 5 364 000 EUR per i 1 441 lavoratori in esubero della Microsoft Mobile in Finlandia. Le riduzioni di personale nel settore delle tecnologie dell'informazione e della comunicazione sono imputabili ai notevoli mutamenti del commercio mondiale causati dalla globalizzazione. È utile ricordare che nello stesso settore delle tecnologie, per quanto concerne l'occupazione, la quota dell'UE è in calo mentre quella di Cina e Stati Uniti continua ad aumentare.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Mi trovo a dover votare a favore di tale provvedimento poiché il ricorso al FEG si rende indubbiamente necessario. Infatti, è urgente fare sì che i 2 035 dipendenti messi in esubero dal colosso informatico statunitense possano beneficiare dell'assistenza migliore possibile come si spera avvenga grazie al contributo di 1 365 000 EUR da noi votato.

La relazione proposta dal collega ben evidenzia come la crisi di Microsoft sia determinata da una forte riduzione nelle vendite dei relativi prodotti ed è lodevole la celerità organizzativa con cui la Finlandia ha già stabilito anche misure per preparare gli ex dipendenti Microsoft a nuovi mestieri.

Emerge prepotentemente ancora una volta, però, non solo come la competizione globale nel settore dell'IT possa generare turbolenze sui mercati del lavoro nazionali, ma anche la diminuzione di competitività che l'Unione si trova a dover affrontare persino in paesi da sempre noti per essere all'avanguardia. Tale quadro non può fare altro che spronarmi nella mia attività a combattere affinché si possano elaborare strategie normative efficaci per raggiungere, in un futuro non troppo lontano, un picco nella produttività europea.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the Report on the Mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund: application EGF/2016/001 FI/Microsoft and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Apoio o relatório Sarvama que vem permitir a utilização de 5.364,000 euros do Fundo de Ajustamento à Globalização para a reintegração no mercado dos trabalho dos trabalhadores despedidos pela Microsoft Mobile Oy e em oito dos seus fornecedores e produtores a jusante na Finlândia.

Os despedimentos foram provocados pela diminuição da quota de mercado dos seus telemóveis com o sistema operativo Windows da Microsoft de mais de 50% em 2009 para 0,6% no segundo trimestre de 2016. Os despedimentos enquadram-se na tendência que afeta toda a indústria eletrónica finlandesa desde o declínio da Nokia no seu país de origem.

Através da utilização deste Fundo, criado para prestar um apoio complementar aos trabalhadores por mudanças estruturais importantes no comércio mundial, vai ser possível apoiar estes trabalhadores através de medidas que vão desde a orientação/interpretação e a facilitação da procura de emprego ao apoio à criação de empresas ou à requalificação profissional personalizada.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione poiché le mutate condizioni economiche e del mercato della telefonia mobile hanno portato l'azienda Nokia a perdere circa il 45 % della sua quota di mercato e ad effettuare un ridimensionamento del personale presso le sedi di Helsinki-Uusimaa, Etela-Suomi e Lansi-Suomi, lasciando in esubero circa 2 000 lavoratori. Attraverso il ricorso al FEG, di concerto con le attività del Servizio pubblico Finlandese per l'occupazione, verranno offerte sei tipi di misure, che vanno dal tutoraggio alla formazione professionale, che permetteranno agli ex impiegati di avere un supporto costante e di reinserirsi nel mercato del lavoro. Il contributo finanziario proveniente dal FEG andrà a coprire il 60 % dei costi totali ed ammonterà a circa 5 milioni di EUR.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The ICT sector plays a key role in the Finnish economy with it having the highest employment percentage in ICT amongst all Member States. The redundancies in Microsoft are linked with the trend that has affected the entire Finnish electronics industry since the decline of Nokia and for which four previous applications have been presented.

Those made redundant have highly varying competencies, 89 % of them are between 30 and 54 years of age. I support this assistance since it will help these people through targeted vocational labour training and provide start-up grants.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Finlandia solicitó una ayuda del FEAG tras el despido de 2 161 trabajadores de Microsoft Mobile OY y 8 de sus proveedores y transformadores de productos. Aunque las ayudas europeas no garantizan la continuidad del empleo en el sector en una zona muy afectada por el declive de Nokia y la industria electrónica finlandesa, sí que suponen una mejora en la situación de los trabajadores despedidos, por lo que he votado a favor.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione è stato istituito per fornire un sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze dei grandi cambiamenti strutturali del commercio mondiale. Il 29 luglio 2016 la Commissione ha adottato una proposta di decisione sulla mobilitazione del FEG a favore della Finlandia per sostenere il reinserimento nel mercato del lavoro dei lavoratori collocati in esubero presso la Microsoft. La Finlandia sostiene che negli ultimi anni la distribuzione di occupazione nel settore delle TIC tra l'UE e le altre economie è andata mutando a scapito della quota dell'UE. Questi effetti sono stati particolarmente avvertiti in Finlandia, per la cui economia il settore delle TIC riveste un ruolo fondamentale. In particolare, le autorità finlandesi sostengono che gli esuberi presso la Microsoft siano imputabili principalmente al calo della quota di mercato dei suoi telefoni cellulari, dovuti all'introduzione del sistema Android. Ho votato a favore perché convinto che lo strumento rappresenti la maniera più rapida per offrire un aiuto concreto ai lavoratori, mostrando l'Europa e il suo volto solidale.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Fondul european de ajustare la globalizare a fost creat pentru a veni în sprijinul lucrătorilor afectați de schimbările structurale majore intervenite în practicile comerciale mondiale. Conform autorităților finlandeze, principalul motiv al disponibilizărilor de la Microsoft îl reprezintă cota de piață în scădere a telefoanelor mobile ale acestei companii. Firma Microsoft a disponibilizat 1 441 de angajați din totalul de 2 161. Am votat pentru alocarea sumei de 1 365 000 de euro, din Fondul european de ajustare la globalizare, pentru măsuri de ghidare, formare profesională, subvenții salariale, dar și alte măsuri menite să ajute personalul disponibilizat.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Jóllehet a globalizáció általánosságban gazdasági növekedést teremt, viszont eredményezhet olyan változásokat, amelyek negatívan érintik egy vagy több tagállam munkaerőpiacát. Ezt orvosolandó az Unió létrehozta az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alapot, olyan jogalkotási és költségvetési eszközök tárházát, amelynek célja, hogy támogatást nyújtson a világkereskedelem fő strukturális változásainak következményei által sújtott, vagy a globális pénzügyi és gazdasági válság következtében elbocsátott munkavállalóknak, és támogassa újbóli munkaerőpiaci beilleszkedésüket. Finnország a Microsoft Mobile Oy vállalatnál, valamint nyolc, azzal kapcsolatban álló beszállítónál és továbbfeldolgozó vállalatnál történt, 2161 főt érintő elbocsátásokat követően kérelmet nyújtott be az EGAA-ból igénybe vehető pénzügyi hozzájárulás iránt.

A finn hatóságok állítása szerint a Microsoft létszámleépítésének elsődleges oka mobiltelefonjainak csökkenő piaci részesedése. A hatóságok a munkaerő-csökkentéseket a világkereskedelemben a globalizáció hatására bekövetkezett jelentős strukturális változásokhoz kötik, emlékeztetve, hogy ikt-ágazatbeli foglalkoztatásban az EU-nak csökkent, míg Kínának és az USA-nak növekedett a részesedése. Jóllehet, a 2000-es évek első évtizedében a piacokat a Nokia uralta, a különböző ázsiai gyártók által alkalmazott Android és az iOS operációs rendszerek időközben átvették a piaci vezetést. A Bizottság megállapította, hogy a kérelem esetében teljesülnek az EGAA-ból nyújtott pénzügyi hozzájárulás feltételei. A Parlament a mai ülésén jóváhagyta a kérelmet, amelyet szavazatommal én is támogattam.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za wnioskiem złożonym przez Finlandię o pomoc z Europejskiego Funduszu Dostosowania do Globalizacji, ponieważ uważam, że właśnie w takich sytuacjach należy korzystać z tego funduszu. Wniosek złożony przez Finlandię jest skutkiem zwolnienia 2161 pracowników z firmy Microsoft, główną przyczyną zwolnień jest spadek sprzedaży telefonów komórkowych z oprogramowaniem Microsoft.

Nie można pozostawić tych pracowników bez pomocy, należy podjąć wszelkie kroki w celu poprawy ich sytuacji na rynku pracy. Z tych powodów zagłosowałem za, ponieważ jestem przekonany, że Finlandia wykorzysta środki przyznane z tego funduszu na rzecz zwiększenia zatrudnienia i wsparcia wzrostu gospodarczego.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The main reason for workforce reductions at Microsoft is the declining market share of phones (Lumia) that use Microsoft Windows operating system. I am in favour of these redundant workers benefitting from the European Globalisation Adjustment fund, as its main purpose is to serve as a flexible instrument in the EU budget to provide support, under specific conditions, to workers who have lost their jobs as a result of mass redundancies caused by major changes in global trade.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif porte sur une demande de mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation, dont l'objectif est de venir en aide aux États membres qui subissent une réduction d'activités et d'employés dans un secteur professionnel particulier. Dans ce rapport, la mobilisation du fonds est demandée par la Finlande pour le secteur de la téléphonie mobile. La Finlande a présenté cette demande suite à de nombreux licenciements survenus en particulier chez Microsoft. Cette demande concerne 1 441 salariés et représente 5,3 millions d'euros. Considérant que l'Union doit favoriser la transition de son économie vers des secteurs porteurs de croissance et d'emploi par le biais d'un accompagnement des travailleurs licenciés, j'ai soutenu ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu ce rapport sur la demande de la Finlande pour la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM). Le FEM a été conçu pour venir en aide aux travailleurs subissant les conséquences des modifications majeures de la structure du commerce mondial.

Suite à un recul de sa part de marché dans le secteur de la téléphonie, Microsoft a licencié 2161 de ses travailleurs en Finlande. Il y a donc tout lieu de recourir au FEM. La liste des services personnalisés, appelés à être financés par le FEM, pour aider ses travailleurs à retrouver un emploi combine des mesures favorables aux entreprises et des initiatives au profit des travailleurs. C'est ce genre de stratégie globale, intégrant l'ensemble des acteurs et intérêts, que l'Union européenne doit encourager.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Finnország az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap (EGAA) igénybevételéről szóló rendelet alapján a Microsoft Mobile Oy vállalatnál, valamint nyolc, azzal kapcsolatban álló beszállítónál történt, 2161 főt érintő elbocsátásokat követően „EGF/2016/001 FI/Microsoft" referenciaszámmal kérelmet nyújtott be az EGAA-ból igénybe vehető pénzügyi hozzájárulás iránt. A kérelem megfelel az EGAA-rendeletben meghatározott jogosultsági kritériumoknak. Finnország hatféle intézkedést tervez a kérelem által érintett elbocsátott munkavállalók érdekében: tanácsadási (coaching) és más előkészítő intézkedések; foglalkoztatási és üzleti szolgáltatások; munkaerőpiaci szakképzés; fizetési támogatások; vállalkozásindítási támogatás; és utazási, szállás- és költözési költségtérítés. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – La plénière a suivi la position de la commission des budgets, dont je suis membre, et a voté l'octroi d'un montant de 5 364 000 EUR demandé par les autorités finlandaises suite à une série de licenciements survenus au sein de la société Microsoft (Microsoft Mobile Oy) et chez 8 fournisseurs et producteurs. Cette aide permettra de cofinancer en faveur de 2 161 personnes des mesures actives axées sur l'aide à la recherche d'emploi, la formation, la réorientation professionnelle…

La principale raison de la réduction des effectifs chez Microsoft est à chercher dans le recul de la part de marché de ses téléphones (Lumia) au profit de système d'exploitation conçus aux USA, mais utilisés par plusieurs fabricants asiatiques. La mondialisation pose à l'évidence de graves problèmes aux producteurs européens.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — Au cours des dernières années, la répartition de l'emploi dans le secteur des TIC (technologies de l'information et de la communication) entre l'UE et d'autres économies s'est faite au détriment de l'UE. Les effets se sont particulièrement fait sentir en Finlande, où le secteur des TIC joue un rôle clé dans l'économie.

La restructuration de Microsoft en 2016 y a entrainé le licenciement de plus de 2000 salariés, notamment chez huit des fournisseurs et producteurs de l'entreprise, en aval. Il est légitime que l'Union européenne vienne en aide à ces travailleurs licenciés via le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation. 5,354 millions d'euros ont été débloqués afin de financer un programme de formation à l'emploi et de remise à niveau des compétences ou encore des programmes de soutien à l'entreprenariat.

Mais, au-delà de l'aide ponctuelle et spécifique que peut apporter le Fonds, il est urgent que l'Union européenne mette en place une véritable stratégie pour mieux anticiper les mutations économiques, préserver les PME, mettre en œuvre une politique d'investissements tournée vers l'avenir, et se doter de véritables instruments de défense commerciale.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Европейският фонд за приспособяване към глобализацията не е правилният инструмент за справянето с този проблем и аз и моята група сме против средства да се отпускат по този фонд, защото резултатът, който се постига не е ефикасен. Начинът за справяне с безработицата и с промените, настъпващи в сектори, където глобализацията е най-ясно отразена, трябва да бъдат адресирани с политики, които създават растеж и работни места. Така и жертвите на глобализацията ще могат да се престроят към други сектори.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Τα χρήματα του Ταμείου Προσαρμογής πρέπει να κατανέμονται, κατά βάση, στους απολυμένους και όχι σε εταιρείες επανένταξης ή μετεκπαίδευσης διότι έτσι δημιουργούνται εξειδικευμένοι άνεργοι και δεν αντιμετωπίζεται η παρουσιαζόμενη κατάσταση.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Finnország az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap (EGAA) igénybevételéről szóló rendelet alapján a Microsoft Mobile Oy vállalatnál, valamint nyolc, azzal kapcsolatban álló beszállítónál történt, 2161 főt érintő elbocsátásokat követően „EGF/2016/001 FI/Microsoft" referenciaszámmal kérelmet nyújtott be az EGAA-ból igénybe vehető pénzügyi hozzájárulás iránt. A kérelem megfelel az EGAA-rendeletben meghatározott jogosultsági kritériumoknak. Finnország hatféle intézkedést tervez a kérelem által érintett elbocsátott munkavállalók érdekében: tanácsadási (coaching) és más előkészítő intézkedések; foglalkoztatási és üzleti szolgáltatások; munkaerőpiaci szakképzés; fizetési támogatások; vállalkozásindítási támogatás; és utazási, szállás- és költözési költségtérítés. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – The European Globalisation Adjustment Fund was set up to provide additional assistance to workers who have lost their jobs as a result of major structural changes in world trade patterns. It is a means by which the EU can give valuable help to local economies hard hit by company closures, and so I voted in favour of this application. I regret that the UK Government has not taken advantage of this fund in Wales.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Vår övertygelse är att välstånd skapas genom fri handel och rättvis konkurrens. Därför är vi principiellt emot den europeiska globaliseringsfonden, som vi menar är ett uttryck för protektionism. Vi har tidigare accepterat att fonden använts som en ren akutåtgärd i en tid av djup ekonomisk kris, som ett sätt att möta människors känsla av hopplöshet och det utanförskap som följer i krisens spår och som riskerar att ytterligare förstärka den våg av nationalism och främlingsfientlighet som sprider sig i Europa. Särskilt i ljuset av den svenska Riksrevisionens analys, där man menar att fonden rentav har en negativ effekt på återgången till arbete, anser vi dock att fonden förlorat sitt berättigande och inte bör användas mer.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O FEG foi criado para fornecer suporte adicional a trabalhadores despedidos na sequência de importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial devido à globalização ou crise financeira e ajudá-los a encontrar novos empregos. Aos trabalhadores despedidos são oferecidos medidas tais como suporte para a criação de empresas, assistência na procura de emprego, orientação profissional e vários tipos de formação. Na maioria dos casos, as autoridades nacionais já começaram a tomar medidas em obter os seus custos reembolsados pela UE, quando os seus pedidos são aprovados.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: cette aide est utile à la réintégration de travailleurs n'ayant pas à subir les lubies libre-échangistes de la Commission européenne.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O pedido refere-se a um total de 2 161 trabalhadores despedidos na Microsoft e em oito fornecedores e produtores a jusante (1 889 trabalhadores), entre setembro de 2015 e janeiro de 2016, tendo 3 regiões finlandesas sido as afetadas (Helsínquia-Uusimaa, Finlândia do Sul, Finlândia Ocidental).

Inicialmente, a Microsoft reintegrou alguns trabalhadores da Nokia que receberam apoio do Fundo de Ajustamento à Globalização (FEG). A Nokia deslocou as linhas de produção para o Extremo Oriente, em seguida fechou algumas das áreas de produção mais especializadas, vendendo, por fim, à Microsoft em 2013 a produção dos telefones móveis, para agora até isso estar a ser encerrado.

Mais um exemplo de deslocalização, mais um cortejo de destruição e de desemprego, mais uns milhares de vítimas do neoliberalismo reinante.

A resolução formula as habituais pias recomendações. Mas não faz referência ao facto de os trabalhadores provenientes dos despedimentos da Nokia terem já recebido «ajuda» do FEG, tendo havido, por isso, uma falha no pressuposto deste fundo no que diz respeito, pelo menos, ao fornecimento de contratos seguros e de longa duração aos trabalhadores, o que relativiza o peso das ditas recomendações.

Sendo necessário apoiar os trabalhadores despedidos, continua a ser deplorável a forma como este instrumento vem sendo utilizado.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso voto contrario alla presente relazione in quanto non ritengo il provvedimento in oggetto uno strumento utile allo sviluppo di politiche che favoriscano la crescita e la creazione di nuova occupazione, né in grado di fornire una risposta esaustiva in merito ai lavoratori in esubero.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as it benefits ordinary workers.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Európsky fond na prispôsobenie sa globalizácií slúži na pokrytie strát pre podniky a spoločnosti v členských štátoch, ktoré sa musia vyrovnávať s následkami finančnej a ekonomickej krízy, v dôsledku ktorej sú častokrát nútené prepúšťať zamestnancov. V tomto predmetnom prípade ide o žiadosť spoločnosti Microsoft a 8 z jej dodávateľov vo Fínsku. Týka sa mobilizácie celkovej sumy 1 365 000 EUR z EGF v prospech Fínska a 1 441 z celkového počtu 2 161 prepustených pracovníkov.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore degli aiuti per i 1 441 lavoratori disoccupati della Finlandia.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Τα χρήματα του Ταμείου Προσαρμογής πρέπει να κατανέμονται, κατά βάση, στους απολυμένους και όχι σε εταιρείες επανένταξης ή μετεκπαίδευσης, διότι έτσι δημιουργούνται εξειδικευμένοι άνεργοι και δεν αντιμετωπίζεται η παρουσιαζόμενη κατάσταση.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The application relates to 2161 redundancies of the enterprise Microsoft (Microsoft Mobile Oy) in Finland, operating in the economic sector classified under NACE Rev. 2 division 62 (Computer programming, consultancy and related activities) during the reference period from 11 September 2015 to 11 January 2016.

The EGAF funding of EUR 5 364 000, which I support, will contribute to the costs of a coordinated package of eligible personalised services, providing assistance for 1441 targeted beneficiaries following redundancies, with the aim of providing assistance for integrating the affected persons into the labour market. The redundancies were caused by major structural changes in world trade patterns due to globalisation.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Finnország az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap (EGAA) igénybevételéről szóló rendelet alapján a Microsoft Mobile Oy vállalatnál, valamint nyolc, azzal kapcsolatban álló beszállítónál történt, 2161 főt érintő elbocsátásokat követően „EGF/2016/001 FI/Microsoft" referenciaszámmal kérelmet nyújtott be az EGAA-ból igénybe vehető pénzügyi hozzájárulás iránt. A kérelem megfelel az EGAA-rendeletben meghatározott jogosultsági kritériumoknak. Finnország hatféle intézkedést tervez a kérelem által érintett elbocsátott munkavállalók érdekében: tanácsadási (coaching) és más előkészítő intézkedések; foglalkoztatási és üzleti szolgáltatások; munkaerőpiaci szakképzés; fizetési támogatások; vállalkozásindítási támogatás; és utazási, szállás- és költözési költségtérítés. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Finnország az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap (EGAA) igénybevételéről szóló rendelet alapján a Microsoft Mobile Oy vállalatnál, valamint nyolc, azzal kapcsolatban álló beszállítónál történt, 2161 főt érintő elbocsátásokat követően „EGF/2016/001 FI/Microsoft" referenciaszámmal kérelmet nyújtott be az EGAA-ból igénybe vehető pénzügyi hozzájárulás iránt. A kérelem megfelel az EGAA-rendeletben meghatározott jogosultsági kritériumoknak. Finnország hatféle intézkedést tervez a kérelem által érintett elbocsátott munkavállalók érdekében: tanácsadási (coaching) és más előkészítő intézkedések; foglalkoztatási és üzleti szolgáltatások; munkaerőpiaci szakképzés; fizetési támogatások; vállalkozásindítási támogatás; és utazási, szállás- és költözési költségtérítés. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la movilización del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización (FEAG) en relación con la solicitud EGF/2016/001 FI/Microsoft, de Finlandia. Europa y el mundo se encuentran inmersos en un profundo proceso de globalización que, pese a ser fuente de creación de comercio y riqueza, también puede conllevar riesgos a los que debemos estar muy atentos. Como consecuencia de este proceso, hay sectores que están más expuestos a la competencia internacional, por lo que desde la UE debemos dar respuesta a aquellos ciudadanos que pierden su empleo como consecuencia de la globalización. El FEAG presta apoyo a los trabajadores que pierden su empleo como consecuencia de grandes cambios estructurales en las pautas del comercio mundial, provocados por la globalización o por la crisis económica y financiera mundial.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho sostenuto la risoluzione sulla proposta di decisione del Parlamento europeo e del Consiglio per la mobilizzazione di un contributo del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione di 5 364 000 EUR presentata dalla Finlandia in relazione ai 2621 esuberi della società Microsoft Mobile OI perché ritengo doveroso sostenere i lavoratori finlandesi, già pesantemente colpiti dalla chiusura degli stabilimenti Nokia, nel lungo processo di ricollocamento professionale.

Parliamo di un settore, quello dell'informatica, in cui l'UE soffre pesantemente i grandi competitor internazionali e in cui lavorano principalmente giovani ingegneri sotto i 50 anni, altamente qualificati, che non avrebbero difficoltà in condizioni occupazionali normali.

Penso, quindi, che il finanziamento di servizi personalizzati quali servizi di tutoraggio, servizi di formazione professionale, servizi per l'occupazione, incentivi all'assunzione, sovvenzioni di avvio e indennità per spese di viaggio, pernottamento e trasloco sia molto importante e che la scelta delle autorità finlandesi di accoppiare tali interventi ad altre misure già previste nella spesa dei fondi strutturali vada nella giusta direzione.

Ritengo importante, tuttavia, che la Commissione monitori l'utilizzo di tali incentivi e in generale delle varie fonti di finanziamento dei programmi in favore dell'occupazione, al fine di evitare comportamenti speculativi da parte delle imprese.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Unter anderem ist der IKT-Sektor von Abwanderung auf Grund von Globalisierung betroffen. Diese Abwanderungstendenzen haben besonders negative Effekte auf die finnische Wirtschaft. Der EGF bietet an dieser Stelle eine gute und schnelle europäische Antwort auf ein globales Problem. Er eröffnet den Betroffenen Arbeitsplatz- und Karrierecoachings, Schulungen, Beschäftigungs- und Unternehmensdienstleistungen, Gehaltsbeihilfen, Zuschüsse zu Unternehmensgründungen und Beihilfen zu Reise—, Übernachtungs- und Umzugskosten.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted against this budgetary (single vote) report. This vote was to approve giving EUR 5 364 000 (60% match funding) for 1441 Finnish workers who have been made redundant. This is nothing more than EU dole money. UKIP opposes British taxpayer's money being used to offset poor economic decisions in other countries and by the EU.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor en este informe, puesto que promueve unos fondos destinados a compensar y establecer medidas indemnizatorias en casos de relocalización o cierres de empresas por los cambios estructurales de los mercados a causa de la globalización. Servirán para atender la situación de los trabajadores despedidos, y ayudas a jóvenes sin estudios ni empleo, en esta ocasión se trata de Microsoft en Finlandia, que ya había absorbido desempleados que venían de Nokia, pero que al movilizar gran parte de su producción vuelven a quedar en situación de desempleo.

Se trata de medidas que, de no existir, dejarían en peor lugar a los trabajadores afectados. Este tipo de medidas tienen efecto sólo a corto plazo, pero no solucionan el problema a largo plazo, puesto que la cuestión del empleo y las relocalizaciones debieran tener otro enfoque de actuación. Por un lado, Europa necesita un plan de inversión, de un corte sumamente diferente al de Juncker, y otra política de empleo, para actuar en materia laboral. Por otro lado, esa alternativa debiera consistir en invertir en actividades de futuro, especialmente en un cambio de modelo productivo.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie w sprawie wniosku dotyczącego decyzji Parlamentu Europejskiego i Rady w sprawie uruchomienia Europejskiego Funduszu Dostosowania do Globalizacji (wniosek złożony przez Finlandię – EGF/2016/001 FI/Microsoft). Europejski Fundusz Dostosowania do Globalizacji (EFG) utworzono w celu udzielenia dodatkowego wsparcia pracownikom dotkniętym konsekwencjami istotnych zmian w strukturze światowego handlu.

W dniu 29 lipca 2016 r. Komisja przyjęła wniosek w sprawie decyzji dotyczącej uruchomienia EFG na rzecz Finlandii w celu wsparcia powrotu na rynek pracy pracowników zwolnionych w przedsiębiorstwie Microsoft oraz u ośmiu jego dostawców i producentów znajdujących się na niższym etapie łańcucha dostaw w Finlandii. Załamanie w Microsoft było spowodowane upadkiem Nokii wykorzystującej narzędzia Microsoft, która przestała dominować na rynkach telefonów komórkowych.

W mojej ocenie należy zatem stworzyć odpowiednie instrumenty, które wspomogą rzesze zwolnionych pracowników w odnalezieniu się na aktualnie istniejącym rynku pracy.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the use of this fund, as it provides crucial support to workers who need to retrain and reskill following the changes in world trade patterns and their impact upon work.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported this application for EUR 5 364 000 of EGF assistance for 2161 workers and 8 suppliers and downstream producers made redundant from Microsoft in Finland. Unfortunately, this application is a continuation of the decline of Nokia, which Microsoft acquired, and the knock-on impacts of the decline of the EU's share of the ICT sector, on which Finland's economy is particularly dependant. The software sector is particularly susceptible to the effects of globalisation, having become highly international, with industry competing for the same customers, and increasingly location and personnel background are having less significance. I am pleased to see that the provision of the personalised services package put together by the Finnish authorities will make up 80% of the total use of the application and includes job and career coaching, training, employment and business services, start-up grants and allowances for travel and overnight costs. I am also pleased to see that the income support measures under

the application amount to 16.64% of the overall package of personalised measures, which is well below the 35% limit, and that these actions are conditional on the active participation of the targeted beneficiaries in job-search or training activities.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections

Anja Hazekamp (GUE/NGL), *schriftelijk*. – Ik vind dat mensen niet de dupe mogen worden van falend Europees sociaaleconomisch beleid en kortzichtige handelsbelangen. In dit geval gaat het om het ontslag van 2 161 werknemers van Microsoft en aanverwante leveranciers in Finland. Ik vind dit echter een doekje voor het bloeden. Bedrijven, en de lidstaten, zouden zelf met passende steunmaatregelen moeten komen, want nu pompt men geld van de lidstaten rond, terwijl een multinational zoals Microsoft voldoende middelen zou moeten hebben voor een fatsoenlijk sociaal plan. Grote bedrijven zetten hun werknemers na jarenlange trouwe dienst op straat, omdat ze hun productie verplaatsen naar plekken waar ze goedkopere arbeidskrachten kunnen vinden. Deze mensonterende praktijken keur ik ten strengste af en met de middelen uit het Europees Fonds zorgen we er ten minste voor dat weggestuurde werknemers niet in de kou komen te staan.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – The European Global Adjustment Fund (EGF) helps workers develop new skills when they have lost their jobs due to changing global trade patterns. In the case of Finland, the EGF would provide EUR 5.3 million out of EUR 8.9 after the dismissal of 2 161 workers. In the case of Sweden, it would provide EUR 3.9 million out of EUR 6.5 million after the dismissal of 1 556 workers. Though I fully support policies that create growth and jobs, my Group and I do not believe that the EGF is the right tool for putting in place such policies, which is why I have voted against this proposal. By the way, I believe that the euro must be abolished. It leads to dissension and discord in Europe.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Finnország az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap (EGAA) igénybevételéről szóló rendelet alapján a Microsoft Mobile Oy vállalatnál, valamint nyolc, azzal kapcsolatban álló beszállítónál történt, 2161 főt érintő elbocsátásokat követően „EGF/2016/001 FI/Microsoft" referenciaszámmal kérelmet nyújtott be az EGAA-ból igénybe vehető pénzügyi hozzájárulás iránt. A kérelem megfelel az EGAA-rendeletben meghatározott jogosultsági kritériumoknak. Finnország hatféle intézkedést tervez a kérelem által érintett elbocsátott munkavállalók érdekében: tanácsadási (coaching) és más előkészítő intézkedések; foglalkoztatási és üzleti szolgáltatások; munkaerőpiaci szakképzés; fizetési támogatások; vállalkozásindítási támogatás; és utazási, szállás- és költözési költségtérítés. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – The European Globalisation Adjustment Fund's main role is to provide assistance to workers suffering from the consequences of major structural changes in world trade patterns. This report includes a decision to mobilise the European Globalisation Adjustment Fund (EGF) in Finland, mainly in the regions Helsinki-Uusimaa, Etelä-Suomi and Länsi-Suomi. I voted in favour of this report.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Izvješće o prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji (zahtjev koji je podnijela Finska –EGF/2016/001 FI/Microsoft) nakon što je 2161 radnik proglašen viškom u poduzeću Microsoft Mobile Oy, te osam dobavljača i daljnjih proizvođača tog poduzeća, koji djeluju u ekonomskom sektoru točnije u području programiranja, savjetovanja i djelatnosti povezanih s njima. Europska komisija potvrđuje da su uvjeti iz članka 4. stavka 1. točke (a) Uredbe Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji ispunjeni i da Finska u skladu s tom Uredbom ima pravo na financijski doprinos u iznosu od 5 364 000 EUR, što iznosi 60 % ukupnog troška od 8 940 000 EUR. Podržavam ovo Izvješće i smatram da financijska pomoć Unije u ovakvoj situaciji treba biti dinamična i dostupna što je brže i učinkovitije moguće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Il semble tout à fait adéquat de faire appel au Fonds européen d'ajustement à la mondialisation dans le cas où les licenciements opérés par Microsoft sont directement liés aux effets néfastes de la mondialisation. On ne peut que regretter que d'autres liens indispensables ne soient pas établis avec la concurrence des pays émergents, ou le poids de l'euro sur la compétitivité.

En définitive, l'Union européenne déplore les effets des causes qu'elle chérit: le recours au Fonds contredit la politique commerciale et monétaire de l'UE. Toutefois, je souscris à l'effet positif que cette aide aura à l'endroit des travailleurs, victimes innocentes de cette affaire. J'ai voté pour.

Diane James (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this budgetary (single vote) report. This vote was to approve giving EUR 5 364 000 (60% match funding) for 1441 Finnish workers who have been made redundant. This is nothing more than EU dole money. UKIP opposes British taxpayer's money being used to offset poor economic decisions in other countries and by the EU.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Petri Sarvamaa relatif à la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation. Celui-ci, créé en 2006, aide les personnes ayant perdu leur emploi. Ce fonds débloquera une enveloppe de 5 364 000 euros en faveur des 2 161 salariés licenciés. Ce montant servira à financer des formations, des services de conseil et d'accompagnement pour favoriser le retour à l'emploi de ces travailleurs licenciés.

Je me réjouis que ce rapport ait été adopté à une large majorité.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à mobiliser le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation pour des salariés licenciés de l'entreprise Microsoft en Finlande. Ce fonds a été créé pour aider ceux qui se trouvent impactés par certaines conséquences néfastes de la mondialisation, en finançant par exemple de nouvelles formations.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung. Die Arbeiter von Microsoft sind unverschuldet in die Arbeitslosigkeit geschlittert, sodass, um sie wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen notwendig sind.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of mobilisation of the fund, as I support giving assistance to reintegrate workers in the labour market made redundant due to major structural changes in world trade patterns, due to globalisation and the economic crisis.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Finnország az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap (EGAA) igénybevételéről szóló rendelet alapján a Microsoft Mobile Oy vállalatnál, valamint nyolc, azzal kapcsolatban álló beszállítónál történt, 2161 főt érintő elbocsátásokat követően „EGF/2016/001 FI/Microsoft" referenciaszámmal kérelmet nyújtott be az EGAA-ból igénybe vehető pénzügyi hozzájárulás iránt. A kérelem megfelel az EGAA-rendeletben meghatározott jogosultsági kritériumoknak. Finnország hatféle intézkedést tervez a kérelem által érintett elbocsátott munkavállalók érdekében: tanácsadási (coaching) és más előkészítő intézkedések; foglalkoztatási és üzleti szolgáltatások; munkaerőpiaci szakképzés; fizetési támogatások; vállalkozásindítási támogatás; és utazási, szállás- és költözési költségtérítés. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – The main aim of the fund is to help people who have lost their jobs to reintegrate into the labour market. The EU should mobilise the fund to support Finland's submitted application EGF/2016/001 FI/Microsoft for a financial contribution from the EGF, following 2161 redundancies in Microsoft Mobile Oy and 8 of its suppliers and downstream producers in Finland. The main reason behind the redundancies in Microsoft is the declining market share of its mobile phones. They link the workforce reductions to major structural changes in world trade patterns due to globalisation by recalling that the EU share in the ICT sector employment has decreased, while the share of China and the United States has increased. ICT plays a key role in the Finnish economy, with 6.7% of employees working in the ICT sector in 2014 — the highest percentage amongst all Member States. The EGF is expected to support redundant workers through further education, training or entrepreneurship. Another reason why I supported the mobilisation of the fund is that the Finnish authorities have implemented all the necessary measures to activate and receive the EGF fund.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Ho votato a favore della relazione del collega Sarvamaa. Il motivo del mio assenso risiede in ciò che questo provvedimento rappresenta: la consapevolezza dell'Europa circa la necessità di uno sforzo ulteriore per la gestione della crisi. Il provvedimento riguarda, infatti, una mobilitazione pari ad un importo di 1 365 milioni di EUR a favore della Finlandia. Essa riguarda 1 441 dei 2 161 lavoratori collocati in esubero della Microsoft. Si tratta di una misura concreta per aiutarci ad affrontare l'emergenza, che assume oramai connotati di ordinaria amministrazione, e per sostenere lavoratori che necessitano di aiuto e riqualificazione.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la mobilisation du Fonds d'ajustement à la mondialisation à hauteur de 5,36 millions d'euros pour la réintégration sur le marché du travail de 1141 travailleurs licenciés par Microsoft et ses sous-traitants en Finlande, à la suite de la concurrence exercée par les pays asiatiques dans le domaine des technologies de la communication.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation en ce qui concerne la demande EGF/2016/001 FI/Microsoft. À la suite du licenciement de 1889 travailleurs chez Microsoft et 146 chez certains sous-traitants, la Finlande a sollicité le soutien du Fonds d'ajustement à la mondialisation (FEM) à hauteur de 5,36 millions d'euros pour faciliter la réintégration sur le marché du travail de 1141 de ces travailleurs.

La répartition mondiale des emplois dans le secteur des technologies de l'information s'est largement faite au détriment de l'UE, concurrencée par les pays émergents, notamment asiatiques. En 2014, le nombre d'emplois dans ce secteur a baissé de 2 % en Finlande (soit 5000). Cependant, aucune allusion n'est faite aux effets de l'euro sur la concurrence de la Finlande. Alors que sa voisine, la Suède, a vu son PIB croître depuis 2007 de 15 %, la Finlande a vu le sien se contracter de 1 %.

Comme d'habitude, ce FEM vise à timidement maquiller les conséquences des politiques commerciales et monétaires de l'UE et à déresponsabiliser les grandes entreprises sans exiger de contrepartie. Cependant, cette aide est utile à la réintégration de travailleurs n'ayant pas à subir les lubies libre-échangistes de la Commission européenne.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – La Finlande a sollicité l'octroi de ce fonds à la suite de nombreux licenciements (1886 chez Microsoft, 146 chez certains de ses sous-traitants). Le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation – FEM – peut être mobilisé si un lien est établi entre ces licenciements et les modifications majeures de la structure du commerce international résultant de la mondialisation. Situation que l'on peut observer en Finlande: la mondialisation a largement fait reculer l'UE dans le secteur des télécommunications, au bénéfice notamment des pays d'Asie. Un état des lieux que l'on pourrait également relier à aux effets de l'euro, puisque le PIB de la Finlande a baissé d'1 % depuis 2007. Dans le même temps sa voisine la Suède, qui ne fait pas partie de la zone euro, a vu le sien croître de 15 % sur la même période…

Si ce FEM n'est qu'un cache-misère des conséquences néfastes des différentes politiques de l'UE, il permet de redresser des torts et d'aider des salariés qui, eux, n'y sont pour rien. J'ai donc voté pour.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe porque da luz verde a la contribución del FEAG para la reintegración en el mercado laboral de 1 441 trabajadores, despedidos por Microsoft Mobile Oy y 8 de sus proveedores en Finlandia.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Finlandia solicitó una ayuda del FEAG tras el despido de 2 161 trabajadores de Microsoft Mobile OY y 8 de sus proveedores y transformadores de productos. Aunque las ayudas europeas no garantizan la continuidad del empleo en el sector en una zona muy afectada por el declive de Nokia y la industria electrónica finlandesa, sí que suponen una mejora en la situación de los trabajadores despedidos, por lo que he votado a favor.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Nesouhlasím, aby se Finsku posílalo 5 milionů EUR na sociální pomoc v důsledku uzavření továrny firmy Microsoft na výrobu mobilů. Nesouhlasím s existencí Fondu na přizpůsobování se globalizaci, považuji ho za nesmyslný, peníze mají zůstávat v kapsách lidí místo, aby je přerozdělovala EU. Speciální pomoc některým pracovníkům je nespravedlivá.

Monica Macovei (ECR), *în scris.* – Fondul european de ajustare la globalizare ajută lucrătorii să își găsească slujbe noi și să dezvolte abilități noi atunci când o companie dă faliment sau se mută în afara Europei.

2 161 de muncitori de la Microsoft (Finlanda) și 1 556 de la Ericson (Suedia) au rămas fără niciun venit. Guvernul finlandez i-a reproșat companiei Microsoft că nu și-a ținut angajamentele să facă din Finlanda un centru și să păstreze slujbele din cercetare. Promisiuni încălcate sau nu, companiile au avut de suferit, ca efect al globalizării. Oamenii preferă telefoane cu sisteme de operare mai noi.

Fondul ar plăti Finlandei 5,3 din 8,9 milioane €, iar Suediei 3,9 din 6,5 milioane €. Următoarele servicii urmează să le fie oferite lucrătorilor: măsuri de ghidare și alte măsuri pregătitoare, servicii în domeniul ocupării forței de muncă, formare profesională, subvenții salariale, subvenții pentru înființarea unor afaceri. Acești bani eficient folosiți pot ajuta realmente.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Unija je uspostavila zakonodavne i proračunske instrumente kako bi pružila dodatnu potporu radnicima koji pate od velikih strukturnih posljedica globalne financijske i gospodarske krize i kao pomoć njihovoj reintegraciji na tržište rada. Udio Unije u globalnom zapošljavanje ICT sektora je smanjen u posljednjih nekoliko godina, a ovaj sektor ima ključnu ulogu u finskom gospodarstvu.

U ožujku 2016. Finska je podnijela zahtjev za mobilizaciju EGF-a, u odnosu na otpuštanja u Microsoftu (Microsoft Mobile Oy), koji kao glavni razlog otpuštanja navodi opadanje tržišnog udjela od prodaje mobitela. Smanjenje radne snage povezuju s velikim strukturalnim promjenama u svjetskoj trgovini pod utjecajem globalizacije, u kojem je udio EU- u zapošljavanju u ICT sektoru smanjena, dok je udio Kine i SAD-a povećan.

U srpnju 2016. Komisija je usvojila prijedlog za odluku o mobilizaciji EGF u korist Finske za potporu reintegraciji radnika koji su proglašeni tehnološkim viškom u Microsoftu, s iznosom od 5 364 000 EUR. Budući da je Microsoft Mobile Oy ispunio svoje pravne obveze u upravljanju radnicima, omogućio im propisano zbrinjavanje i pomoć pri traženju novog zaposlenja, podržala sam ovaj prijedlog.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing.* – I support the suggestion to mobilise the European Globalisation Adjustment Fund to assist Finland's workers in respect of redundancies in the information and communications technology sector.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne.* – Veľké štrukturálne zmeny v usporiadaní svetového obchodu spôsobili, že v spoločnosti Microsoft Mobile Oy a v jej ďalších 8 dodávateľoch a nadväzujúcich výrobcoch došlo k prepusteniu 2 161 pracovníkov. Dôvodom je predovšetkým pokles tejto firmy na svetovom trhu s mobilnými telefónmi, pričom je predpoklad, že reštrukturalizáciou tejto spoločnosti dôjde aj k ďalšiemu prepúšťaniu. Fínsko preto požiadalo o mobilizáciu z Európskeho fondu na prispôsobenie sa globalizácii vo výške 1 365 000 EUR. Táto pomoc je v súlade s pravidlami fondu a sa dotkne 1 441 prepustených pracovníkov.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς.* – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την κινητοποίηση του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση (αίτηση που υπέβαλε η Φινλανδία), διότι την θεωρώ πλήρη και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit.* – J'ai voté pour ce rapport.

Il vise à débloquer une aide financière du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) d'un montant de 5,36 millions d'euros. Cette enveloppe serait allouée aux anciens salariés finlandais de Microsoft, ainsi qu'aux sous-traitants qui ont été licenciés.

Ces destructions d'emplois sont liées au recul des parts de marché des téléphones fonctionnant avec le système d'exploitation Windows, ainsi qu'à une grande concurrence de la part des pays asiatiques, notamment la Chine.

Malheureusement, encore une fois, le FEM n'est utilisé que pour traiter les conséquences et non les causes des destructions massives d'emplois en Europe. Par conséquent, le rapport ne mentionne pas les effets négatifs de l'introduction de l'euro sur la concurrence de la Finlande. Comme d'habitude, le FEM vise donc à masquer les conséquences des politiques commerciales et monétaires de l'UE et à déresponsabiliser les grandes entreprises.

Cependant, cette aide est utile à la réintégration des travailleurs. Nous sommes donc, en dépit de ces considérations, favorables à l'octroi d'une aide matérielle à ces personnes.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I have expressed a favourable vote towards the Report on the mobilisation of the European Globalisation Fund, for this has been created with the aim of providing additional assistance to workers suffering from the impacts of major structural changes in world trade patterns. In general, I consider that the report includes a set of advantages and benefits for the economy and citizens involved.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την απόφαση για την κινητοποίηση του ΕΤΠ υπέρ της Φινλανδίας και υπέρ της επανένταξης στην αγορά εργασίας των εργαζομένων που απολύθηκαν στην Microsoft και σε 8 προμηθευτές και παραγωγούς στη Φινλανδία. Βάσει της παρούσας αίτησης, θα παρασχεθούν εξατομικευμένες υπηρεσίες στους εργαζομένους οι οποίοι έχουν απολυθεί. Τα μέτρα που θα ληφθούν αφορούν επαγγελματική καθοδήγηση, επαγγελματική κατάρτιση, επιδότηση μισθού καθώς και επιδόματα διανυκτέρευσης και έξοδα μετακόμισης σε περίπτωση που οι απολυμένοι προβούν σε σύσταση άλλων επιχειρήσεων σε άλλες περιοχές. Σε αυτό το σημείο θα πρέπει να τονιστεί ότι τα πιο πάνω μέτρα, σύμφωνα με την Επιτροπή, αποτελούν ενεργητικά μέτρα της αγοράς εργασίας.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die Anpassung an die Globalisierung stellt uns vor große Probleme. Daher gibt es unter anderem den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung. Dieser Fonds unterstützt entlassene Arbeitnehmer. In diesem konkreten Fall geht es um die Inanspruchnahme dieses Fonds zugunsten von Arbeitnehmern in Finnland. Diese wurden bei Microsoft und einigen Zulieferfirmen entlassen. Die Unterstützung dieser Arbeitnehmer sehe ich als meine Verpflichtung an.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu Parlamento pranešimui, kuriame siūlome skirti EGF lėšas Suomijos reikmėms siekiant paremti darbuotojų, atleistų iš darbo iš įmonės „Microsoft“ grįžimą į darbo rinką.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Encore un énième cas de mobilisation du «Fonds européen d'ajustement à la mondialisation» (FEM) dans le secteur de l'informatique et la téléphonie dans les pays scandinaves, une fois de plus symbolique des méfaits de la politique industrielle et commerciale de l'Union européenne. Il concerne ici l'entreprise Microsoft en Finlande qui licencie près de 2 000 employés, avec des effets en cascade sur les sous-traitants et fournisseurs. Pour certains de ces travailleurs, ils venaient de se faire licencier de Nokia et avaient déjà bénéficié de cette aide européenne.

Pour autant, le rapport ne s'interroge nullement sur le fait que leurs nouveaux emplois n'étaient donc pas sécurisés à long terme, ce qui est pourtant le but promu au travers du FEM. Pire, il indique que la concurrence étant mondiale, «la localisation ou le contexte culturel du personnel revêt une importance limitée»! Le FEM remplit donc bien son rôle d'«aide à la délocalisation».

Je m'abstiens néanmoins pour ne pas priver les travailleurs finlandais de cette aide.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – À la suite du licenciement de 1889 travailleurs chez Microsoft et 146 chez certains sous-traitants, la Finlande a sollicité le soutien du Fonds d'ajustement à la mondialisation (FEM) à hauteur de 5,36 millions d'euros pour faciliter la réintégration sur le marché du travail de 1141 de ces travailleurs. Le FEM peut en effet être mobilisé si un lien entre les licenciements et les modifications majeures de la structure du commerce international résultant de la mondialisation est établi.

Or, en l'espèce, la répartition mondiale des emplois dans le secteur des technologies de l'information s'est largement faite au détriment de l'UE, concurrencée par les pays émergents, notamment asiatiques.

Comme d'habitude, ce FEM vise à timidement maquiller les conséquences des politiques commerciales et monétaires de l'UE et à déresponsabiliser les grandes entreprises sans exiger de contrepartie.

Cependant, cette aide est utile à la réintégration de travailleurs n'ayant pas à subir les conséquences de choix malheureux opérés par la Commission européenne et par des dirigeants irresponsables. J'ai donc voté favorablement à ce dossier.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A UE é um espaço de solidariedade e nela se enquadra o Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização. Estes apoios são fundamentais para o auxílio aos desempregados e às vítimas das deslocalizações que se verificam num contexto globalizado. É cada vez maior o número de empresas que se deslocalizam, aproveitando os reduzidos preços do fator trabalho, que são praticados em vários países, nomeadamente na China e na Índia, com efeitos nocivos para os países que respeitam os direitos dos trabalhadores.

O FEG destina-se a ajudar os trabalhadores vítimas da deslocalização de empresas e é fundamental para facilitar o acesso a um novo emprego. O FEG já foi no passado utilizado por outros países da UE, cabendo agora dar esse auxílio à Finlândia que apresentou a candidatura EGF/2016/001 FI/Microsoft a uma contribuição financeira do FEG, ao abrigo dos critérios de intervenção previstos no artigo 4.º, n.º 1, alínea a), do Regulamento FEG, na sequência de 2161 despedimentos na Microsoft Mobile Oy e em oito seus fornecedores e produtores a jusante na Finlândia, que operam no setor de atividade económica classificado na divisão 62 da NACE Revisão 2 (Consultoria e atividades relacionadas de programação informática).

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – The European Globalisation Adjustment Fund (EGF) is one of the tools at the European Union's disposal to provide additional assistance to workers negatively impacted upon by major structural changes in world trade patterns. The Commission approved this specific application as it met the conditions for mobilising the EGF to support the local economy. I therefore voted in favour of this report to alleviate the situation of 1 441 people.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — L'industrie des logiciels est sévèrement touchée par l'ouverture à l'économie mondialisée. Caractérisée par une forte internationalisation, la concurrence dans ce secteur est mondiale. Selon la Finlande, les licenciements sont donc à chercher dans le recul de la part de marché de ses téléphones. La part occupée par l'Union européenne dans le secteur des TIC en matière d'emploi a reculé au profit de la Chine et des États-Unis.

C'est dans ce contexte que, le 11 mars 2016, la Finlande a introduit une demande de mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation pour des licenciements au nombre de 2 161 personnes chez Microsoft et chez huit fournisseurs et producteurs en aval en Finlande. Je soutiens l'aide financière de l'Union européenne aux travailleurs licenciés, mis au chômage chez Microsoft et huit de ses fournisseurs et producteurs en aval en Finlande. Cette aide permettra de favoriser leur réinsertion sur le marché de l'emploi. La contribution financière du FEM d'un montant de 5 364 000 EUR aidera les travailleurs dans leur réinsertion sur le marché du travail. Au-delà, je suis résolu à défendre la mise en place d'une stratégie pour une politique européenne de réindustrialisation ambitieuse, tournée vers l'avenir.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which proposes to give Finland EUR 5 364 000 from the European Globalisation Adjustment Fund (EGF) to help 1 441 former workers at Microsoft and eight of its suppliers and downstream producers to find new jobs. The main reason for the job losses at Microsoft is the declining market share of its phones (Lumia) that use the Microsoft Windows operating system. Most of the Microsoft redundancies were in the Helsinki-Uusimaa, Etelä-Suomi and Länsi-Suomi regions. The European Union Solidarity Fund (EUSF) was set up to respond to major natural disasters and express European solidarity to disaster-stricken regions within Europe.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap azért jött létre, hogy kiegészítő támogatást nyújtson a világkereskedelemben bekövetkezett főbb strukturális változások következményei által sújtott munkavállalóknak. Finnország 2016. március 11-én kérelmet nyújtott be a Bizottságnak az alap igénybevételére a finnországi Microsoft vállalattól, valamint nyolc, azzal kapcsolatban álló beszállítótól és továbbfeldolgozó vállalattól elbocsátott munkavállalók munkaerőpiacra történő újbóli beilleszkedésének segítése érdekében. Az intézkedések a 2161 elbocsátott munkavállalóból 1441-et érintenek.

Az elbocsátott munkavállalóknak a kérelem szerint hatféle, személyre szabott szolgáltatást kívánnak nyújtani, úgymint i. tanácsadási és más előkészítő intézkedések, ii. foglalkoztatási és üzleti szolgáltatások, iii. munkaerőpiaci szakképzés, iv. fizetési támogatások, v. vállalkozásindítási támogatás és vi. utazási, szállás- és költözési költségtérítés. A Bizottság megállapította, hogy a kérelem esetében teljesülnek az alapból nyújtott pénzügyi hozzájárulás feltételei, továbbá, hogy a tervezett intézkedések a támogatható tevékenységek közé tartozó aktív munkaerőpiaci intézkedéseknek minősülnek, ezért határozati javaslatot nyújtott be a Parlamentnek és a Tanácsnak az alapból 5 364 000 EUR összeg Finnország javára történő igénybevételére kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában. A javaslatot támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – À la suite du licenciement de 1 889 travailleurs chez Microsoft et de 146 autres chez certains sous-traitants, la Finlande a sollicité le soutien du Fonds d'ajustement à la mondialisation à hauteur de 5,36 millions d'euros pour faciliter la réintégration sur le marché du travail de 1141 de ces travailleurs. Comme d'habitude, ce fonds vise à timidement maquiller les conséquences des politiques commerciales et monétaires de l'Union et à déresponsabiliser les grandes entreprises sans exiger de contrepartie. Cependant, il est utile à la réintégration de travailleurs n'ayant pas à subir les lubies libre-échangistes de la Commission européenne, aussi il convient de voter en faveur de cette aide.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O FEG foi criado com o propósito de dar apoio complementar aos trabalhadores atingidos pelos efeitos de mudanças estruturais importantes nos padrões do comércio mundial.

No caso em apreço, a Comissão adotou uma proposta de decisão sobre a mobilização do FEG a favor da Finlândia, para apoiar a reintegração no mercado de trabalho de trabalhadores despedidos na Microsoft Mobile Oy e em oito fornecedores e produtores a jusante na Finlândia, que operam no setor de atividade económica classificado na divisão 62 da NACE Revisão 2 (Consultoria e atividades relacionadas de programação informática).

Subscrevo a importância de melhorar a empregabilidade de todos os trabalhadores despedidos por meio de formações adaptadas e do reconhecimento das qualificações e competências adquiridas ao longo da carreira profissional, assim como é vital que a formação proposta seja adaptada não só às necessidades dos trabalhadores despedidos mas também ao ambiente real das empresas.

Defendo que as medidas destinadas à reintegração dos trabalhadores devem ser aprovadas.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce vote est relatif à la mobilisation du Fonds d'ajustement à la mondialisation à hauteur de 5,36 millions pour faciliter la réintégration sur le marché du travail de 1141 travailleurs licenciés en Finlande par Microsoft et 146 chez certains sous-traitants, en raison notamment de la concurrence grandissante des pays émergents et surtout asiatiques dans le domaine de la téléphonie et des nouvelles technologies de l'information et de la communication.

Cependant, même si aucune allusion n'est faite aux effets de l'euro sur la concurrence de la Finlande, cette aide est utile à la réintégration de travailleurs qui n'ont pas à subir les lubies libre-échangistes de la Commission européenne. J'ai donc voté pour.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation demandée par la Finlande à la suite de licenciements survenus chez Microsoft et chez 8 fournisseurs et producteurs en aval entre septembre 2015 et janvier 2016.

Le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation intervient pour soutenir les salariés licenciés en raison de modifications majeures de la structure du commerce mondial résultant de la mondialisation, en raison de la persistance de la crise financière et économique mondiale, ou en raison d'une nouvelle crise financière et économique mondiale. En l'espèce le montant du FEM mobilisé s'élève à 5 364 000 euros pour 2161 bénéficiaires admissibles.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mobilisation, demandée par la Finlande, pour l'entreprise Microsoft. Lorsque des emplois sont en danger, que les mutations économiques nécessitent la reconversion ou l'aide à la formation des employés d'entreprises en difficulté, je me réjouis de l'aide financière que peut apporter l'Union européenne. La lutte contre le chômage est la priorité de l'Union européenne; malheureusement, la situation actuelle sur le marché du travail et les conséquences de la crise économique de 2008 continuent de toucher l'emploi en Europe. Tous les outils dont nous disposons doivent être utilisés pour sauvegarder les emplois dans nos petites et grandes entreprises.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Per sfruttare al meglio le grandi opportunità offerte dalla globalizzazione è innanzitutto necessario saperne mitigare gli effetti. È per questo motivo che accogliamo con favore la relazione sulle attività, l'incidenza e il valore aggiunto del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione tra il 2007 e il 2014. Il Fondo ha dimostrato infatti di essere un importante strumento di solidarietà per i lavoratori vittime di esuberi di massa generati dai cambiamenti strutturali del commercio mondiale, attraverso attività di assistenza, riqualificazione e reinserimento, nonché di promozione dell'attività di impresa. Inoltre, la relazione mette nero su bianco la necessità di prestare attenzione agli impatti delle politiche e degli accordi commerciali sul mercato del lavoro europeo, oltre a ribadire l'importanza del dialogo sociale e a spronare la Commissione affinché si assicuri che la perdita del lavoro avvenga solamente come ultima istanza. La risposta alla globalizzazione non può né deve declinarsi in un atteggiamento di diffidenza e di chiusura, bensì va vista come una grande opportunità che necessita un adattamento attivo per coglierne i benefici, mantenendo come saldi punti di riferimento le conquiste del modello sociale europeo e la tutela dei lavoratori.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Il 29 luglio 2016 la Commissione ha adottato una proposta di decisione sulla mobilitazione del FEG a favore della Finlandia per sostenere il reinserimento nel mercato del lavoro dei lavoratori collocati in esubero presso la Microsoft e otto fornitori e produttori a valle in Finlandia, operanti nella divisione 62 della NACE Revisione 2. Le autorità finlandesi sostengono che gli esuberi presso la Microsoft siano imputabili principalmente al calo della quota di mercato dei suoi telefoni cellulari dovuta all'aumento di mercato della quota cinese e americana. Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione è stato istituito per fornire un sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze dei grandi cambiamenti strutturali del commercio mondiale. Pertanto mi sono espressa a favore del provvedimento.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alapból származó támogatás Finnországban is olyan helyre talált, ahol igazán szükség van rá. Emlékszem, ahogy a 2000-es évek elején a Nokia uralta a teljes mobil piacot, aztán az évek elteltével egyre népszerűbb lett az iOS és az Android, ami szép lassan a Nokia hanyatlásához vezetett. Egy ilyen méretű cég leépítése komoly hatással van az egész munkaerőpiacra, aminek következtében nagy sokan veszítették el állásaikat. Új munkahelyet találni nem egyszerű, sok energiát, türelmet és segítséget igényel. A támogatás olyan területekre összpontosít, mint az új vállalkozások indítása, illetve utazási vagy költözési költségtérítés.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – On 29 July 2016, Finland's proposal for a decision on the mobilisation of the EGF was adopted by the Commission in order to support the reintegration in the labour market of workers made redundant at Microsoft.

I voted for this report that will mobilise a total amount of EUR 1 365 000 from the EGF for Finland that will help 1 441 workers made redundant.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. — През последните години множество европейски и чуждестранни фирми затвориха своите офиси и филиали в страни–членки на ЕС, в резултат на недалновидната неолиберална икономическа политика, водена на европейско ниво. Особено в сектора на информационните и комуникационните технологии това довежда до закриването на много квалифицирани работни места и задълбочава неконкурентноспособността на ЕС в световен мащаб що се отнася до създаването на иновативни технологични продукти и услуги.

Вземайки предвид тежката ситуация, пред която са изправени европейски граждани, уволнени от фирми, които постепенно спират своята дейност в Европа в условия на агресивна глобализация и тежка финансова и икономическа криза, какъвто е случаят с финландците, работещи в Майкрософт, смятам че мобилизирането на средства от Европейския фонд за приспособяване към глобализацията е една от инициативите, които Европейският парламент трябва задължително да подкрепя.

Този фонд ще снабди работещите доскоро в Майкрософт финландски работници с достъп до необходими съвети, насоки и финансови средства, които ще им помогнат да открият и развият своите умения и мобилност по начин, по който те бързо ще се върнат на работа и ще преодолеят икономическите трудности, с които сега трябва да се справят.

Андрей Новаков (PPE), *в писмена форма*. – Комисията прие предложение за решение за мобилизиране на ЕФПГ в полза на Финландия, за да се подпомогне реинтеграцията на пазара на труда на работници, съкратени от Microsoft. Докладът отбелязва, че основната причина за съкращенията в Microsoft е намаляващият пазарен дял на неговите телефони с операционна система Microsoft Windows от 50% през 2009 г. на 0,6% през второто тримесечие на 2016 г. Финансовата помощ на Съюза за съкратените работници трябва да бъде динамична и да се предоставя по възможно най-бърз и ефикасен начин.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Die Europäische Union verfügt mit dem Globalisierungsfonds über ein Haushaltsinstrument, welches die von den weitreichenden globalen Strukturveränderungen des Welthandelsgefüges betroffenen Arbeitnehmer finanziell unterstützt. Dieser Fonds setzt genau dort an, wo es die Gesellschaft am meisten braucht, aus diesem Grund habe ich mich für diesen Bericht ausgesprochen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Microsoft Windows operatsioonisüsteemi kasutavate telefonide turuosa kahanemise tõttu oli Microsoft sunnitud koondama inimesi. Kõnealune meede puudutab 1441 koondatut ning on mõeldud nende aitamiseks tööturule naasmisel.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Το Ευρωπαϊκό Ταμείο Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση (ΕΤΠ) δημιουργήθηκε για να προσφέρει πρόσθετη στήριξη στους εργαζομένους που υφίστανται τις συνέπειες των μεγάλων διαρθρωτικών αλλαγών στη μορφή του παγκόσμιου εμπορίου.

Η έκθεση δίνει το πράσινο φως για την κινητοποίηση του ΕΤΠ στην Φιλανδία και αφορά 2.161 απολύσεις στην επιχείρηση της Microsoft που δραστηριοποιούνται στον οικονομικό τομέα. Η χρηματοδότηση εκ μέρους του ΕΤΠ 5.364.000 ευρώ θα συνεισφέρει στο κόστος συντονισμένης δέσμης επιλέξιμων εξατομικευμένων υπηρεσιών, την παροχή βοήθειας για 1.441 δικαιούχους μετά τις απολύσεις, με στόχο την παροχή βοήθειας για την ενσωμάτωση των προσβεβλημένων ατόμων στην αγορά εργασίας. Οι απολύσεις προκλήθηκαν από μεγάλες διαρθρωτικές αλλαγές στη μορφή του παγκόσμιου εμπορίου λόγω της παγκοσμιοποίησης. Για όλους αυτούς τους λόγους υπερψήφισα την εν λόγω έκθεση.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this budgetary (single vote) report. This vote was to approve giving EUR 5 364 000 (60% match funding) for 1441 Finnish workers who have been made redundant. This is nothing more than EU dole money. UKIP opposes British taxpayer's money being used to offset poor economic decisions in other countries and by the EU.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – In merito alla proposta in esame ho ritenuto doveroso esprimermi a favore. Gli effetti che possono derivare dalla globalizzazione, in determinate circostanze, possono avere portata negativa e pertanto risulta necessario un intervento solidale da parte delle istituzioni. L'Unione ha predisposto strumenti legislativi e di bilancio per fornire un sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze delle trasformazioni rilevanti della struttura del commercio mondiale o della crisi economica e finanziaria globale, nonché per assisterli nel reinserimento nel mercato del lavoro. L'Unione, quindi, si impegna ad alleviare quelli che possono essere tali tipi di effetti mediante un supporto finanziario immediato ed efficace. Pertanto, ho votato positivamente.

Marijana Petir (PPE), *napisan.* – Podržavam prijedlog Komisije za mobilizacijom europskog fonda za prilagodbu globalizaciji prema zahtjevu EGF/2016/001 F1/Microsoft. IT industrija je jedna od najbrže rastućih industrija današnjice, a shodno tome raste i potreba za novom, visokoobrazovanom radnom snagom. Konkurencija u IT industriji je nemilosrdna, bilo da se radi o tržištu Europske unije, ali i izvan nje. Nažalost, u toj situaciji dolazi do smanjenja obujma poslovanja pojedinih IT tvrtki ili do gašenja pojedinih sektora kada gube određene tržišne udjele. U toj situaciji brojni radnici ostaju bez posla, naročito kada se radi o velikim tvrtkama. Dodatni problem s kojima se susreću ti radnici je i nedostatak kompetencija kako bi bili konkurentni na tržištu rada.

Upravo zbog toga smatram da je sredstvima europskog fonda za prilagodbu globalizaciji potrebno pomoći radnicima u IT sektoru kako bi stekli potrebne kvalifikacije i lakše pronašli novi posao. Jačanjem kompetencija radnika državljana EU-a izravno ulažemo u konkurentnost cijelog IT sektora Europske unije, koja se bori s rastućom konkurencijom u svijetu, naročito u azijskim zemljama.

Florian Philippot (ENF), *par écrit.* – À la suite du licenciement de 1889 travailleurs chez Microsoft et 146 chez certains sous-traitants, la Finlande a sollicité le soutien du Fonds d'ajustement à la mondialisation (FEM) à hauteur de 5,36 millions d'euros pour faciliter la réintégration sur le marché du travail de 1141 de ces travailleurs. Évidemment, aucune allusion n'est faite aux effets de l'euro sur la concurrence de la Finlande. Quand sa voisine, la Suède, a vu son PIB croître depuis 2007 de 15 %, la Finlande a vu le sien se contracter de 1 %.

Comme d'habitude, ce FEM vise à timidement maquiller les conséquences des politiques commerciales et monétaires de l'UE et à déresponsabiliser les grandes entreprises sans exiger de contrepartie. Cependant, cette aide est utile à la réintégration de travailleurs qui n'ont pas à subir les lubies libre-échangistes de la Commission européenne. En soutien aux travailleurs, je vote donc pour.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Finska je podnijela zahtjev za mobilizaciju EGF-a u vezi s otpuštanjima u poduzeću Microsoft (Microsoft Mobile Oy) (ova situacija je rezultata pada Nokije, koja je svoje poslovanje s mobilnim telefonima prodala Microsoftu). Komisija je donijela prijedlog odluke o mobilizaciji EGF-a u korist Finske radi pružanja podrške ponovnom uključivanju na tržište rada radnika koji su proglašeni viškom u poduzeću Microsoft i u osam njegovih dobavljača i daljnjih proizvođača u Finskoj. Odnosi se na 1441 radnika koji su proglašeni viškom. Stoga bi trebalo mobilizirati EGF kako bi se za zahtjev koji je podnijela Finska osigurao financijski doprinos u iznosu od 5 364 000 EUR. Ovo je sedma mobilizacija EGF-a u 2016. godini. 22 000 000 EUR su do sada mobilizirana što znači da ostaje 143 500 000 EUR za ovu godinu. (EGF ne smije premašiti najviši godišnji iznos od 150 milijuna EUR).

Svrha Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji (EGF) pružanje je potpore radnicima koji su proglašeni viškom i samozaposlenim osobama koje su prestale sa svojom djelatnošću zbog velikih strukturnih promjena u tokovima svjetske trgovine uzrokovanih globalizacijom, zbog nastavka svjetske financijske i gospodarske krize ili zbog nove svjetske i gospodarske krize te pomaganje tim radnicima da se ponovno uključe na tržište rada. Upravo iz tih razloga podržavam i ovu mobilizaciju.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito.* – O pedido refere-se a um total de 2 161 trabalhadores despedidos na Microsoft e em oito fornecedores e produtores a jusante (1 889 trabalhadores), entre setembro de 2015 e janeiro de 2016, tendo 3 regiões finlandesas sido afetadas (Helsínquia-Uusimaa, Finlândia do Sul, Finlândia Ocidental).

Inicialmente, a Microsoft reintegrou alguns trabalhadores da Nokia que receberam apoio do Fundo de Ajustamento à Globalização (FEG). A Nokia deslocou as linhas de produção para o Extremo Oriente, em seguida fechou algumas das áreas de produção mais especializadas, vendendo, por fim, à Microsoft em 2013 a produção dos telefones móveis, para agora até isso estar a ser encerrado.

Mais um exemplo de deslocalização, mais um cortejo de destruição e de desemprego, mais uns milhares de vítimas do neoliberalismo reinante.

A resolução formula as habituais pias recomendações. Mas não faz referência ao facto de os trabalhadores provenientes dos despedimentos da Nokia terem já recebido «ajuda» do FEG, tendo havido, por isso, uma falha no pressuposto deste fundo no que diz respeito, pelo menos, ao fornecimento de contratos seguros e de longa duração aos trabalhadores, o que relativiza o peso das ditas recomendações.

Sendo necessário apoiar os trabalhadores despedidos, continua a ser deplorável a forma como este instrumento vem sendo utilizado.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Podpořil jsem uvolnění prostředků z Evropského fondu pro přizpůsobení se globalizaci ve Finsku, jelikož v této zemi letos došlo k propuštění více než dvou tisíců zaměstnanců nejen ze společnosti Microsoft, ale i z jejího řetězce dodavatelů a výrobců. Toto hromadné propouštění bylo způsobeno rekordně klesajícím podílem společnosti Microsoft na trhu s telefony využívajícími operační systém Microsoft Windows o téměř 50 procent. Pro Finsko jako zemi, v jejímž hospodářství hrají informační a komunikační technologie klíčovou úlohu, je zmíněný vývoj, jehož prvky nacházíme v menší míře bohužel i v jiných členských zemích, velmi bolestný. Hlasoval jsem konkrétně pro poskytnutí částky 5,346 milionu EUR, která by měla propuštěným zaměstnancům ulehčit další aktivní zapojení na trhu práce. Ve spolupráci s finskými orgány se jedná kupříkladu o koučování pracovníků, odbornou přípravu, dotaci mezd, granty pro začínající podniky, příspěvky na výdaje spojené s cestovným, ubytováním a stěhováním. Podpořil jsem také navázání spolupráce mezi společností Microsoft a EURES programem pracovní mobility, který by pracovníky měl pozitivně motivovat k využití svého práva na volný pohyb. Pevně věřím, že finské hospodářství, jež je delší dobu značně postihováno změnami ve struktuře světového obchodu způsobenými globalizací, s evropskou pomocí dokáže co nejvhodněji reagovat na tyto nelehké výzvy.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Finlandia ubiega się o wsparcie z EFG w następstwie zwolnienia 2161 pracowników w przedsiębiorstwie Microsoft oraz u ośmiu jego dostawców i producentów niższego szczebla. Głównym powodem zwolnień w przedsiębiorstwie Microsoft jest jego malejący udział w rynku telefonów wykorzystujących system operacyjny Microsoft Windows. Środki współfinansowane z EFG pomogą 1441 pracownikom przez zapewnienie im coachingu zawodowego i indywidualnego doradztwa, usług dotyczących zatrudnienia i przedsiębiorczości, szeregu szkoleń zawodowych, usług dla nowych przedsiębiorców i dotacji dla przedsiębiorstw typu start-up, środków zachęty do zatrudniania pracowników, zasiłków szkoleniowych i dodatków na pokrycie kosztów przeprowadzki. Całkowity szacowany koszt pakietu wyniesie 8,9 mln EUR, z czego EFG dostarczy 5,3 mln EUR. Popieram działania mające na celu wprowadzanie polityk sprzyjających wzrostowi i zatrudnieniu. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Bohužel nejsem dlouhodobě přesvědčen, že máme neustále globalizační fond využívat jen pro staré členské země. Dnes tu máme žádosti ze Švédska a Finska a od firem Ericsson a Microsoft, takže si asi každý udělá svůj obrázek.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM), créé en 2006, vient en aide aux personnes ayant perdu leur emploi à la suite de changements structurels survenus dans le commerce international, à l'image de délocalisations ou de fermetures d'entreprises. Dans ce cas précis, j'ai voté en faveur de l'octroi d'une aide demandée par la Finlande pour soutenir les 2161 anciens salariés (licenciés entre septembre 2015 et janvier 2016) d'entreprises opérant dans le secteur de la téléphonie mobile.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Enquanto mecanismo criado para prestar apoio a trabalhadores atingidos pelos efeitos de mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial, o Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização está vocacionado para casos como o presente.

A candidatura ao Fundo, a fim de apoiar a reintegração, no mercado de trabalho, de trabalhadores despedidos pela Microsoft, foi apresentada à Comissão, no dia 11 de março de 2016. Na origem dos cortes de mão de obra efetuados está, aparentemente, a diminuição da quota de mercado dos telemóveis da Microsoft, assim como as importantes mudanças estruturais nos padrões de comércio mundial decorrentes da globalização, mais especificamente o aumento da concorrência proveniente da China e dos Estados Unidos.

O despedimento de 1 441 trabalhadores da empresa - uma grave consequência social da crise suprarreferida - justifica, por conseguinte, a mobilização do FEG. De forma a apoiar os 1 441 cidadãos europeus que se encontram nesta situação precária e para que os mesmos sejam beneficiados com medidas tão relevantes como o acesso a serviços de consultoria e a formações direcionadas para o reingresso no mercado de trabalho, voto favoravelmente a aprovação do relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this budgetary (single vote) report. This vote was to approve giving EUR 5 364 000 (60% match funding) for 1441 Finnish workers who have been made redundant. This is nothing more than EU dole money. UKIP opposes British taxpayer's money being used to offset poor economic decisions in other countries and by the EU.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, uma vez que o Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização foi criado para prestar um apoio complementar aos trabalhadores atingidos pelos efeitos de mudanças estruturais importantes nos padrões do comércio mundial e as autoridades finlandesas afirmam que na origem dos cortes de mão de obra na Microsoft está a diminuição da quota de mercado dos seus telemóveis.

Compreendendo a relação entre os despedimentos e as importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial decorrentes da globalização, recordando que a quota da União do emprego no setor das TIC diminuiu, ao passo que a parte correspondente à China e aos Estados Unidos aumentou.

É fundamental reverter esta tendência de declínio, que afeta toda a indústria eletrónica finlandesa, prevendo-se a perda de 2 300 postos de trabalho na Finlândia, e que está relacionada com o declínio da Nokia, que vendeu a sua atividade de telefonia móvel à Microsoft.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la movilización de 5 364 000 euros del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización destinados a la reintegración en el mercado laboral de 1 441 trabajadores, despedidos por Microsoft Mobile Oy y 8 de sus proveedores en Finlandia. Estos fondos irán destinados a financiar las medidas destinadas a los trabajadores despedidos, entre las que se incluyen medidas de asesoramiento, servicios de empleo y empresa, formación, subsidios salariales o subvenciones a la creación de empresas.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'intervention du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation pour venir en aide aux 1889 travailleurs qui ont perdu leur emploi chez Microsoft en Finlande ainsi qu'aux 146 travailleurs chez 8 fournisseurs et producteurs en aval. En effet, la Finlande, au même titre que l'Union européenne dans son ensemble, doit faire face à une concurrence accrue ces dernières années sur le marché des technologies de l'information et de la communication. Il est dès lors important de venir en aide à tous ces travailleurs qui ont perdu leur emploi des suites de la mondialisation.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą. Žymiai sumažėjusi „Nokia" telefonų rinkos dalis privertė „Microsoft" atleisti 2 300 darbuotojų Suomijoje. Iš jų 89 proc. darbuotojų amžius yra nuo 30 iki 54 metų. Informacinių ir ryšių technologijų sektoriaus mažėjimas lemia sudėtingas sąlygas šiems žmonėms įsidarbinti. Esant šioms sąlygoms „Microsoft" pateikė paraišką Europos prisitaikymo prie globalizacijos padarinių fondui, kurio tikslas yra suteikti papildomą pagalbą darbuotojams, nukentėjusiems nuo esminių pasaulio prekybos sistemos struktūrinių pokyčių.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Votei de forma favorável esta resolução do Parlamento Europeu sobre a proposta de mobilização do Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização (FEaG) a favor da Finlândia, com o objetivo de apoiar a reintegração no mercado laboral de trabalhadores alvo de despedimento por parte da empresa Microsoft e de oito fornecedores e produtores que operam no sector da consultoria e programação informática.

Pretende-se mobilizar um valor total de 1 365 000 € do FEaG para apoiar a reintegração no trabalho de 1 441 dos 2 161 trabalhadores despedidos, em consequência da diminuição da quota de mercado dos telemóveis da Microsoft e da própria diminuição da quota da União Europeia do emprego no sector das Tecnologias de Informação e Comunicação.

Tendo a Comissão concluído pelo cumprimento das condições necessárias à atribuição do FEaG e sendo esse apoio financeiro canalizado para medidas de acompanhamento profissional, formação, subvenções ao recrutamento e à criação de empresas, não existem razões que objetem à aprovação desta mobilização, pelo que votei em sentido favorável.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Per la settima volta nel 2016 ci troviamo a votare una richiesta di mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione. Questa è la volta della Finlandia che ha chiesto aiuto all'Europa, per un importo di 1 365 000 EUR, al fine di aiutare 2161 lavoratori collocati in esubero. Ho votato a favore della relazione perché anche in questi modi si dimostra l'importanza e la grandezza della vera Unione europea.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor en este informe, puesto que promueve unos fondos destinados a compensar y establecer medidas indemnizatorias en casos de relocalización o cierres de empresas por los cambios estructurales de los mercados a causa de la globalización. Servirán para atender la situación de los trabajadores despedidos, y ayudas a jóvenes sin estudios ni empleo, en esta ocasión se trata de Microsoft en Finlandia, que ya había absorbido desempleados que venían de Nokia, pero que al movilizar gran parte de su producción vuelven a quedar en situación de desempleo.

Se trata de medidas que, de no existir, dejarían en peor lugar a los trabajadores afectados. Este tipo de medidas tienen efecto sólo a corto plazo, pero no solucionan el problema a largo plazo, puesto que la cuestión del empleo y las relocalizaciones debieran tener otro enfoque de actuación. Por un lado, Europa necesita un plan de inversión, de un corte sumamente diferente al de Juncker, y otra política de empleo, para actuar en materia laboral. Por otro lado, esa alternativa debiera consistir en invertir en actividades de futuro, especialmente en un cambio de modelo productivo.

Jasenko Selimovic (ALDE), *in writing*. — In March this year, Finland submitted an application for a financial contribution from the European Globalisation Fund, as 2035 workers, both from Microsoft and from downstream producers, were made redundant and lost their jobs. Indeed, one of the biggest challenges the EU and its Member States face is managing the downsides of globalisation. Every one of us is affected, and we really need to alleviate the situation of people facing the negative effects of globalisation.

However, I firmly believe that protectionist measures such as the EGF would exacerbate the difficulties we are facing rather than resolving them. What we need in Europe today are measures that will create jobs, businesses and start-ups – an active strategy to promote competitiveness, innovation, research, development and new technologies throughout the EU.

I usually vote against all applications to the European Globalisation Fund whatsoever. Nevertheless, in current times of a severe economic crisis and rising populism, I chose not to vote against and abstained from voting.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Finlandia solicitó una ayuda del FEAG tras el despido de 2 161 trabajadores de Microsoft Mobile OY y 8 de sus proveedores y transformadores de productos. Aunque las ayudas europeas no garantizan la continuidad del empleo en el sector en una zona muy afectada por el declive de Nokia y la industria electrónica finlandesa, sí que suponen una mejora en la situación de los trabajadores despedidos, por lo que he votado a favor.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this because we do not receive this fund from the EU.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today, I voted for the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund following an application from Finland. This was set up in order to provide additional assistance to workers suffering from the consequences of major structural changes in world trade patterns.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Plne podporujem opatrenia, ktoré majú za cieľ nastaviť politiky podporujúce hospodársky rast a vznik nových pracovných miest. Európsky fond na prispôsobenie sa globalizácii však nepovažujem za správny a efektívny nástroj na vytváranie týchto politík. Preto som hlasoval v súlade s pozíciou ECR proti tomuto uzneseniu.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Európsky fond na prispôsobenie sa globalizácii je dôležitým nástrojom na riešenie vplyvov štrukturálnych zmien v usporiadaní svetového obchodu. Dlhodobo sa osvedčuje ako mechanizmus podpory pracovníkov, ktorí stratili prácu kvôli krachu ich zamestnávateľa a zároveň sa nachádzajú v menej rozvinutom regióne, kde sú príležitosti na zamestnanie vzácne. V takej situácii sa ocitli aj zamestnanci spoločnosti Microsoft na niekoľkých miestach vo Fínsku, a preto som súhlasila s uvoľnením prostriedkov z globalizačného fondu. Podľa informácií poskytnutých fínskymi orgánmi, ktoré žiadosť podávali, je hlavným dôvodom prepúšťania v Microsofte klesajúci podiel spoločnosti na trhu s mobilnými telefónmi. Takisto sa v žiadosti uvádza, že celý elektronický priemysel vo Fínsku je pod tlakom v súvislosti s úpadkom spoločnosti Nokia, ktorá svoju divíziu mobilných telefónov predala práve Microsoftu. Komisia prijala žiadosť o pomoc v prospech Fínska v júli tohto roku s tým, že zámerom je podporiť opätovný vstup

pracovníkov prepustených zo spoločnosti Microsoft a z ôsmich z jej dodávateľov a nadväzujúcich výrobcov. Fínsku by sa malo vyplatiť takmer 1,4 milióna EUR, ktoré sa majú využiť na preškolenie 1 441 z celkového počtu 2 161 prepustených pracovníkov. Týmto bývalým zamestnancom Microsoftu budú poskytnuté personalizované služby ako koučing, podpora v podnikaní, dotácie na mzdy alebo príspevky na náklady na cestu.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Sklad za prilagoditev globalizaciji razpolaga z letnim proračunom v znesku 150 milijonov evrov in zagotavlja pomoč v primerih, ko je odpuščenih več kot 500 delavcev v enem podjetju v enem sektorju in v eni regiji kot posledica velikih strukturnih sprememb v svetovni trgovini. Pomoč se odraža v iskanju zaposlitve, kariernem svetovanju, izobraževanju, prekvalifikacijah, mobilnosti in podobno.

29. julija 2016 je Evropska Komisija sprejela predlog za aktiviranje omenjenega sklada v korist Finske za podporo pri reintegraciji trga dela v povezavi z delavci, ki so bili na Finskem odpuščeni v podjetju Microsoft in osmih dobaviteljih in povezanih proizvajalcih.

Finska vlada je izjavila, da je glavni razlog za omenjenimi odpuščanji padajoč delež Microsofta na trgu mobilnih naprav. Zmanjševanje števila delavcev je povezano z večjimi premiki v svetovni trgovini, kjer se število zaposlenih v sektorju informacijske tehnologije v EU zmanjšuje, v ZDA in na Kitajskem pa zvišuje. Pomoč finskim delavcem bo namenjena v obliki šestih različnih storitev – od izobraževanja do začetnega kapitala za zagonska podjetja.

Ker sklad dobro deluje in gre v tem primeru za situacijo, za katero je bil ustanovljen, sem poročilo podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Európsky fond na prispôsobenie sa globalizácii je dôležitým nástrojom na udržanie zamestnanosti v regiónoch. V prípade Fínska ide o rekvalifikáciu 2 161 pracovníkov prepustených zo spoločnosti Microsoft a jej dodávateľských firiem. Je škoda, že Slovensko o pomoc z tohto fondu v obdobných prípadoch nepožiadalo.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (Antrag Finnlands – EGF/2016/001 FI/Microsoft) habe ich nicht zugestimmt.

Wir entscheiden laufend über Subventionen aus diesem Fonds. Der EGF verfügt im Zeitraum 2014-2020 über ein maximales Jahresbudget von 150 Mio. EUR. Ich lehne diesen Fonds grundsätzlich als Verschwendung von Geld der Steuerzahler ab. Der Fonds subventioniert Unterstützungsmaßnahmen, wenn sich ein Unternehmen mit seinem Geschäftsmodell im Wettbewerb nicht behaupten konnte. Der Fonds bedeutet zudem eine Überschreitung von Kompetenzen der EU. Es ist absurd, solche Rettungsmaßnahmen bei Wettbewerbsunfähigkeit von Einzelunternehmungen oder Branchen auf EU-Ebene anstatt auf nationaler Ebene zu beschließen. Das ist mindestens ein Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip und zudem ein Verstoß gegen wirtschaftspolitische Lehren. Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung gehört geschlossen und umgehend abgewickelt.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Europski fond za prilagodbu globalizaciji (EGF) stvoren je kako bi se osigurala dodatna pomoć radnicima koji su izravno pogođeni posljedicama velikih strukturnih promjena. Finska je 11. ožujka 2016. podnijela zahtjev EGF/2016/001 FI/Microsoft za financijski doprinos nakon otpuštanja u poduzeću Microsoft i njegovih osam dobavljača i daljnjih proizvođača u Finskoj. Nakon ocjenjivanja zahtjeva Komisija je u skladu sa svim primjenjivim odredbama Uredbe donijela zaključak da su ispunjeni uvjeti za dodjelu financijskog doprinosa iz EGF-a. Finska tvrdi da se u posljednjih nekoliko godina sve manje osoba zapošljava u sektoru IKT-a u EU-u, dok je u drugim gospodarstvima situacija obrnuta. Softverska industrija izrazito je međunarodnog karaktera te se tržišno natjecanje odvija na globalnoj razini.

Podržavam prijedlog ove rezolucije jer smatram da bi potpora radnicima koji su postali višak mogla imati važnu ulogu u revitalizaciji industrije ako se u dovoljnoj mjeri podrži njihovo daljnje obrazovanje i osposobljavanje, te izgledi za zapošljavanje.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi sredstev Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji za vlogo, ki jo je podala Finska –Microsoft.

V podjetju Microsoft Mobile Oy ter osmih dobaviteljih in proizvajalcih v poproizvodni fazi na Finskem je bilo primoranih odpustiti 2161 delavcev, kot posledica negativnih učinkov globalizacije, ki se kažejo skozi posledice velikih strukturnih sprememb v svetovnih trgovinskih tokovih ali posledice svetovne finančne in gospodarske krize.

Ker je bila vloga popolna in tako podjetje Microsoft Mobile Oy izpolnjuje vse pogoje, sem podprla poročilo.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Το Ευρωπαϊκό Ταμείο Προσαρμογής δημιουργήθηκε για να προσφέρει πρόσθετη στήριξη στους εργαζόμενους που υφίστανται τις συνέπειες μεγάλων διαρθρωτικών αλλαγών στη μορφή του παγκόσμιου εμπορίου. Στις 29 Ιουλίου 2016, η Επιτροπή εξέδωσε πρόταση απόφασης για την κινητοποίηση του ΕΤΠ υπέρ της Φινλανδίας, για να στηρίξει την επανένταξη στην αγορά εργασίας των εργαζομένων που απολύθηκαν στη Microsoft. Οι εξατομικευμένες υπηρεσίες που πρόκειται να παρασχεθούν, βάσει της παρούσας αίτησης στους απολυθέντες εργαζόμενους κατανέμονται στις εξής κατηγορίες: μέτρα επαγγελματικής καθοδήγησης και άλλα μέτρα πλαισίωσης, υπηρεσίες απασχόλησης και επιχειρήσεων, επαγγελματική κατάρτιση, επιδότηση μισθού, επιχορήγηση για τη σύσταση επιχειρήσεων και επιδόματα ταξιδιού, διανυκτέρευσης και έξοδα μετακόμισης. Έχοντας τούτα υπόψη, υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Τα χρήματα του Ταμείου Προσαρμογής πρέπει να κατανέμονται, κατά βάση, στους απολυμένους και όχι σε εταιρείες επανένταξης ή μετεκπαίδευσης διότι έτσι δημιουργούνται εξειδικευμένοι άνεργοι και δεν αντιμετωπίζεται η παρουσιαζόμενη κατάσταση.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Problemy Nokii, niegdyś lidera w branży telefonów komórkowych, rozpoczęły się od ekspansji smartfonów Apple'a i Samsunga. Obie firmy szybko wywalczyły dominującą pozycję na rynku, zostawiając przedsiębiorstwo z Finlandii daleko w tyle. Przejęcie przez Microsoft biznesu mobilnego i patentów fińskiej firmy w 2013 roku miało być dla niej ratunkiem. Niestety, gigant z Redmond na rynku smartfonów sam nie radził sobie najlepiej. Udział w rynku telefonów wykorzystujących system operacyjny Microsoft Windows spadł z ponad 50 % w 2009 r. do 0,6 % w drugim kwartale 2016 r. W 2014 r. Microsoft ogłosił plany ograniczenia ogólnej liczby swoich pracowników w 2015 r. o maksymalnie 18 000 osób, w tym 1 100 w Finlandii, natomiast w 2015 r. ogłosił plany restrukturyzacji w dziale produkcji telefonów, spodziewając się utraty 2 300 miejsc pracy w Finlandii.

Rząd w Helsinkach planuje wdrożyć sześć rodzajów środków na rzecz zwolnionych pracowników objętych wnioskiem: środki w zakresie coachingu i inne środki przygotowawcze, usługi dotyczące zatrudnienia i przedsiębiorczości, szkolenia zawodowe, dopłaty do wynagrodzeń, dotacje na rozpoczęcie działalności, dodatki na podróż, zakwaterowanie i przeprowadzkę. Służyć one mają przede wszystkim dostosowaniu pracowników do przyszłego rynku pracy oraz rozwijaniu u nich potrzebnych umiejętności. Dlatego zdecydowałem się poprzeć ten wniosek.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Äänestin mietinnön puolesta, koska Microsoft-hakemuksen hyväksyminen on Suomelle erittäin tärkeä. Globalisaation aiheuttama rakennemuutos Suomen IT-sektorille on ollut poikkeuksellisen raju, joka heijastuu joukkoirtisanomisina ja työttömyytenä. EU:n tuki on tervetullut.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – This report is about approving the mobilisation of the European Globalization Adjustment Fund in Finland, mainly in the regions Helsinki-Uusimaa, Etelä-Suomi and Länsi-Suomi. The European Globalization Adjustment Fund is a legislative and budgetary instrument to provide additional support to workers who are suffering from the consequences of major structural changes in world trade patterns or of the global financial and economic crisis and to assist their reintegration into the labour market. The application relates to 2161 redundancies in Microsoft in Finland, operating in the economic sector during the period from 11 September 2015 to 11 January 2016. The EGAF funding of EUR 5 364 000 will contribute to the costs of a coordinated package of eligible personalised services, providing assistance for 1441 targeted beneficiaries following redundancies, with the aim of providing assistance for integrating the affected persons into the labour market. The redundancies were caused by major structural changes in world trade patterns due to globalisation. I support this report as I believe that the 2161 redundancies of Microsoft are eligible to receive aid.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Selon les autorités finlandaises, la principale raison des licenciements chez Microsoft est à chercher dans le recul de la part de marché de ses téléphones. Pour établir le lien entre les réductions d'effectif et les modifications majeures de la structure du commerce international résultant de la mondialisation, elles rappellent que la part occupée par l'Union européenne dans le secteur des TIC en matière d'emploi a reculé, tandis que celle de la Chine et des États-Unis a augmenté.

Alors que, au cours de la première décennie des années 2000, Nokia a dominé les marchés de la téléphonie mobile, Android et iOS, systèmes d'exploitation utilisés par différents fabricants asiatiques, se sont développés ces dernières années au point d'en devenir les leaders.

Le Parlement européen les a entendues.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – Finland, as of recently, has had a significant decline in its Microsoft market share as a result of the shifting trend in the production of mobile phones. Particularly, this reduction is the result of the shift from EU production in the ICT sector to the Asian-based manufacturing that has come to dominate the market. This trend has affected the entire Finnish electronic industry, amounting to 2 300 job losses in the mobile phone sector alone. I voted for the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund in Finland, entitling the struggling Finnish economy to a financial contribution of around EUR 5 million, which will be allocated to payroll and unemployment insurance, labour training, subsidies, and innovation grants in the aim of better managing sectorial adjustment.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Ovim izvješćem predlaže se mobilizacija Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji (EGF) kako bi se pružila potpora za otpuštene radnike u poduzeću Microsoft i u njegovih osam dobavljača i daljnjih proizvođača u Finskoj.

Kako bi izravno pomogla otpuštenim radnicima, Finska je pripremila šest mjera, kao što su mjere usmjeravanja, usluge zapošljavanja i poslovne usluge, strukovno osposobljavanje, subvencije za plaću, bespovratna sredstva za osnivanje poduzeća i naknade za putne troškove, troškove smještaja i selidbe.

U potpunosti podržavam mjere kojima se stvaraju nova radna mjesta i ostvaruje rast. Međutim, smatram da Europski fond za prilagodbu globalizaciji nije učinkovito sredstvo za vraćanje radnika na tržište rada te da neće pomoći finskom gospodarstvu. Stoga sam glasovala protiv.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog uporabe sredstev Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji: vloga EGF/2016/001 FI/Microsoft sem podprla.

Komisija je 29. julija 2016 sprejela predlog sklepa o uporabi sredstev ESPG v korist Finske, da bi podprla ponovno vključevanje delavcev, ki so postali presežni v podjetju Microsoft ter osmih dobaviteljih in proizvajalcih v poproizvodni fazi na Finskem, razvrščenih v oddelek 62 NACE Revizija 2 (Računalniško programiranje, svetovanje in druge s tem povezane dejavnosti), na trg dela.

Odpuščanje delavcev je povezano z velikimi strukturnimi spremembami v svetovnih trgovinskih tokovih, ki so posledica globalizacije, zaradi česar je delež delovnih mest EU v sektorju informacijske in komunikacijske tehnologije upadel, delež Kitajske in ZDA pa se je povečal.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor en este informe, puesto que promueve unos fondos destinados a compensar y establecer medidas indemnizatorias en casos de relocalización o cierres de empresas por los cambios estructurales de los mercados a causa de la globalización. Servirán para atender la situación de los trabajadores despedidos, y ayudas a jóvenes sin estudios ni empleo, en esta ocasión se trata de Microsoft en Finlandia, que ya había absorbido desempleados que venían de Nokia, pero que al movilizar gran parte de su producción vuelven a quedar en situación de desempleo.

Se trata de medidas que, de no existir, dejarían en peor lugar a los trabajadores afectados. Este tipo de medidas tienen efecto sólo a corto plazo, pero no solucionan el problema a largo plazo, puesto que la cuestión del empleo y las relocalizaciones debieran tener otro enfoque de actuación. Por un lado, Europa necesita un plan de inversión, de un corte sumamente diferente al de Juncker, y otra política de empleo, para actuar en materia laboral. Por otro lado, esa alternativa debiera consistir en invertir en actividades de futuro, especialmente en un cambio de modelo productivo.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – À la suite du licenciement de 1889 travailleurs chez Microsoft et 146 chez certains sous-traitants, la Finlande a sollicité le soutien du Fonds d'ajustement à la mondialisation (FEM) à hauteur de 5,36 millions d'euros pour faciliter la réintégration sur le marché du travail de 1141 de ces travailleurs.

Le FEM peut en effet être mobilisé si un lien entre les licenciements et les modifications majeures de la structure du commerce international résultant de la mondialisation est établi. Or, en l'espèce, la répartition mondiale des emplois dans le secteur des technologies de l'information s'est largement faite au détriment de l'UE, concurrencée par les pays émergents, notamment asiatiques.

En 2014, le nombre d'emplois dans ce secteur a baissé de 2 % en Finlande (soit 5000). De même, ces destructions d'emplois sont à mettre en lien avec le recul des parts de marché des téléphones fonctionnant avec le système d'exploitation de Microsoft.

Le FEM vise à maquiller les conséquences des politiques commerciales et monétaires de l'UE et à déresponsabiliser les grandes entreprises sans exiger de contrepartie. Cependant, cette aide est utile à la réintégration de travailleurs n'ayant pas à subir les lubies libre-échangistes de la Commission européenne.

Je vote donc pour.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Europejski Fundusz Dostosowania do Globalizacji jest instrumentem pozwalającym niwelować negatywne skutki masowych zwolnień, które są reperkusjami globalnych zmian na rynku pracy i w handlu. Finlandia ubiega się o przeznaczenie środków z funduszu celem wsparcia ponad dwóch tysięcy zwolnionych pracowników Microsoft. Jako główną przyczynę masowych zwolnień w przedsiębiorstwie wskazuje się malejący udział firmy w globalnym rynku. Środki współfinansowane z Europejskiego Funduszu Dostosowania do Globalizacji pozwolą pomóc licznej grupie ponad 1 400 pracowników m.in. poprzez doradztwo i szkolenia zawodowe. Stworzą także zachętę dla przedsiębiorców do zatrudnienia pracowników.

Polityki, które sprzyjają wzrostowi i zatrudnieniu, zasługują na poparcie. Zasadniczo jestem jednak sceptyczny co do tego, czy mechanizm Europejskiego Funduszu Dostosowania do Globalizacji rzeczywiście jest narzędziem, które może efektywnie pomóc zwalnianym pracownikom w integracji na rynku pracy. Uważam, że każda sytuacja wymaga indywidualnej i ostrożnej oceny. Uruchomienie środków z funduszu w tej konkretnej sprawie jest moim zdaniem uzasadnione, dlatego w głosowaniu poparłem tę rezolucję.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A javaslat elfogadása zöld jelzést ad az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap alkalmazására Finnország több régiójában. A Microsoft 2.161 főt érintő elbocsátási hullámának kezelésére, és a munkanélküliek munkaerő-piaci integrációjára 5.364.000 eurót biztosítana az alap. Szavazatommal a jelentést támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor en este informe, puesto que promueve unos fondos destinados a compensar y establecer medidas indemnizatorias en casos de relocalización o cierres de empresas por los cambios estructurales de los mercados a causa de la globalización. Servirán para atender la situación de los trabajadores despedidos, y ayudas a jóvenes sin estudios ni empleo, en esta ocasión se trata de Microsoft en Finlandia, que ya había absorbido desempleados que venían de Nokia, pero que al movilizar gran parte de su producción vuelven a quedar en situación de desempleo.

Se trata de medidas que, de no existir, dejarían en peor lugar a los trabajadores afectados. Este tipo de medidas tienen efecto sólo a corto plazo, pero no solucionan el problema a largo plazo, puesto que la cuestión del empleo y las relocalizaciones debieran tener otro enfoque de actuación. Por un lado, Europa necesita un plan de inversión, de un corte sumamente diferente al de Juncker, y otra política de empleo, para actuar en materia laboral. Por otro lado, esa alternativa debiera consistir en invertir en actividades de futuro, especialmente en un cambio de modelo productivo.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favor de la Movilización del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización para la solicitud de solicitud de Finlandia (Microsoft) y la solicitud de Suecia (Ericsson) porque estoy de acuerdo con el uso de los fondos para ambos casos.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Teigiamai vertinu tai, kad Suomijos valdžios institucijos nukentėjusiems darbuotojams pradėjo teikti prie individualių poreikių pritaikytas paslaugas 2015 m. rugsėjo 11 d., t. y. gerokai anksčiau nei buvo pateikta paraiška dėl EGF paramos suteikimo siūlomam suderintam paslaugų paketui, nes šie veiksmai atitinka reikalavimus EGF finansinei paramai gauti.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Report on the proposal for a decision of the European Parliament and of the Council on the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund (application from Finland – EGF/2016/001 FI/Microsoft). The European Globalisation Adjustment Fund (EGF) has been created in order to provide additional assistance to workers suffering from the consequences of major structural changes in world trade patterns. On 29 July 2016, the Commission adopted a proposal for a decision on the mobilisation of the EGF in favour of Finland to support the reintegration in the labour market of workers made redundant in Microsoft and eight of its suppliers and downstream producers in Finland, operating in the NACE Rev. 2 division 62 (computer programming, consultancy and related activities). I voted in favour because I believe that the design of the coordinated package is compatible with the shift towards a resource-efficient and sustainable economy.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – El Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización (FEAG) fue introducido en 2007 como un instrumento flexible mediante el que el presupuesto de la Unión presta apoyo, bajo condiciones específicas, a aquellos trabajadores que han perdido su empleo como consecuencia de grandes cambios estructurales en las pautas del comercio mundial, provocados por la globalización o por la crisis económica y financiera extendida a nivel global. Mediante este informe, el Parlamento Europeo apoya la propuesta de la Comisión consistente en conceder a Finlandia 5,3 millones de euros del FEAG para ayudar a que 1 441 ex empleados de Microsoft y ocho de sus compañías proveedoras encuentren nuevos trabajos. Bajo la firme convicción de que el compromiso de la Unión con los ciudadanos en situación de desempleo debe materializarse en acciones concretas, he votado a favor de esta decisión.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Finlandia solicitó una ayuda del FEAG tras el despido de 2 161 trabajadores de Microsoft Mobile OY y 8 de sus proveedores y transformadores de productos. Aunque las ayudas europeas no garantizan la continuidad del empleo en el sector en una zona muy afectada por el declive de Nokia y la industria electrónica finlandesa, sí que suponen una mejora en la situación de los trabajadores despedidos, por lo que he votado a favor.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Het Europees fonds voor aanpassing aan de globalisering (EFG) is opgericht om extra steun te verlenen aan werknemers die lijden onder de gevolgen van grote structurele veranderingen omwille van de globalisering. Op 29 juli 2016 keurde de Commissie een voorstel goed om middelen uit het EFG aan Finland ter beschikking te stellen om de terugkeer naar de arbeidsmarkt te steunen van werknemers die gedwongen zijn ontslagen bij Microsoft en acht leveranciers en downstreamproducenten in Finland. De aanvraag bedroeg 1 365 000 EUR uit het EFG voor Finland. De aanvraag heeft betrekking op 1 441 van 2 161 werknemers die zijn ontslagen. Ik stemde in met dit verslag.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Lors du rachat de Nokia en 2013, Microsoft s'était engagé à faire de la Finlande un centre névralgique de ses opérations en Europe. Mais entre septembre 2015 et janvier 2016, 1 889 salariés finlandais ont été licenciés par l'entreprise. En tout, fournisseurs compris, ce sont pas moins de 2 161 personnes qui ont perdu leur emploi.

La multinationale n'est pourtant pas à la peine: Satya Nadella, le PDG de Microsoft, a touché un salaire de 17,7 millions de dollars pour sa dernière année fiscale et Microsoft affiche un bénéfice net en forte hausse (+38 %) avec 17 milliards de dollars en 2016. Son fondateur et second principal actionnaire, Bill Gates, fondateur a été classé premier au classement Forbes des hommes les plus riches du monde cette année encore, avec 75 milliards de dollars de fortune personnelle.

Dans ces conditions, il est inacceptable que les deniers publics soient sollicités pour financer l'aide au retour à l'emploi des 2 161 employés finlandais laissés sur le carreau! Microsoft est pleinement en mesure d'assumer les conséquences de ses actes et de payer pour les travailleurs que l'entreprise a voulu sacrifier.

Je vote contre ce texte.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O pedido refere-se a um total de 2 161 trabalhadores despedidos na Microsoft e em 8 fornecedores e produtores a jusante (1 889 trabalhadores apenas na Microsoft), entre setembro de 2015 e janeiro de 2016, tendo 3 regiões finlandesas sido afetadas (Helsínquia-Uusimaa, Finlândia do Sul, Finlândia Ocidental).

Inicialmente, a Microsoft reintegrou alguns trabalhadores da Nokia que receberam um EGF. A Nokia deslocou as linhas de produção para o Extremo Oriente, em seguida fechou algumas das áreas de produção mais especializadas, vendendo, por fim, à Microsoft em 2013 a produção dos telefones móveis para agora até isso estar a ser encerrado.

Ou seja, a seguir à aquisição, a Microsoft Mobile foi criada em abril de 2014 e aproximadamente 25 000 empregados da Nokia foram cedidos à empresa Microsoft, incluindo 4 700 pessoas com base na Finlândia. Apenas alguns meses depois, a Microsoft anunciou os seus planos de encerrar 18 000 postos de trabalho, sendo 1 100 trabalhadores finlandeses que, no final, atingiram a atual quantidade de trabalhadores despedidos.

Esta situação é intolerável e merece o nosso total repúdio. O nosso voto favorável decorre do respeito e da compreensão da situação difícil dos trabalhadores afetados. A nossa luta é contra este capitalismo beduíno, exigindo medidas firmas contra estas práticas.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung wurde eingerichtet, um Arbeitnehmer, die unter den Folgen weitreichender Strukturveränderungen im Welthandelsgefüge im Zuge der Globalisierung leiden, zu unterstützen. Konkret geht es in diesem Vorschlag um die Inanspruchnahme dieses Fonds zugunsten von Arbeitnehmern in Finnland, die bei Microsoft und dessen Zulieferern entlassen wurden. Ich halte diese Maßnahmen für sinnvoll und habe daher dem Bericht zugestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – The European Globalisation Adjustment Fund is an expression of the EU's core value of social solidarity. Far from being just a neo-liberal club, the EU protects communities from the harsher impacts of globalisation, and provides social support for communities affected by job losses. The UK Government could have made much more use of this fund regarding job losses in the steel industry, for example.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – El Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización ha sido creado con el fin de proporcionar ayuda adicional a los trabajadores que sufren las consecuencias de cambios estructurales importantes en los patrones del comercio mundial.

La solicitud se refiere a 2 035 trabajadores despedidos por Microsoft. La empresa principal opera en el sector económico de «Programación, consultoría y otras actividades relacionadas con la informática».

El informe señala que la razón principal de los despidos en Microsoft es la cuota de mercado a la baja de sus teléfonos que utilizan el sistema operativo Microsoft Windows.

Se subraya que la industria del *software* es muy internacional y que la competencia en el sector es global, es decir, todos los agentes del mercado pueden competir por los mismos clientes y la ubicación y antecedentes culturales del personal tienen un significado limitado.

El informe afirma que esta solicitud es la continuación de una serie de casos que giran alrededor del declive de Nokia en Finlandia.

Mi voto es a favor de este informe, ya que hay que proteger las zonas más afectadas por la reindustrialización para salir hacia adelante y poder ir adaptándonos a las nuevas necesidades económicas.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – La richiesta di mobilitazione che abbiamo approvato oggi era stata presentata dalla Finlandia e riguarda 2 161 lavoratori collocati in esubero dalla Microsoft (Microsoft Mobile Oy) e da otto fornitori e produttori a valle. L'impresa principale opera nel settore definito della «programmazione, consulenza informatica e attività connesse». I collocamenti in esubero effettuati dalla Microsoft si concentrano soprattutto nelle regioni di Helsinki-Uusimaa, Etelä-Suomi e Länsi-Suomi. L'attuale domanda fa seguito a una serie di precedenti domande presentate dalla Finlandia, tutte causate dal declino della Nokia nel suo paese di origine. A titolo di esempio, si può considerare che nel 2014 il numero dei dipendenti di imprese tecnologiche in Finlandia è diminuito del 2 % rispetto all'anno precedente e, sempre nel 2014, questo settore dava lavoro in Finlandia a 285 000 persone rispetto alle 326 000 del 2008. Nello stesso periodo, la quota di personale nel settore delle TIC dei paesi sviluppati è nel contempo aumentata per Cina e Stati Uniti, mentre si è ridotta per l'Europa. Il contributo finanziario totale richiesto al FEG ammonta a 5 364 000 EUR, pari al 60 % dei costi totali. Sono generalmente favorevole alla mobilitazione di questo fondo, pur essendo consapevole del fatto che non si tratti probabilmente dello strumento che meglio possa aiutare i lavoratori in esubero.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De PVV stemde tegen de beschikbaarstelling van deze middelen omdat een wereldspeler als Microsoft geen nadelige gevolgen van globalisering ondervindt, maar juist zelf een stuwende kracht achter globalisering is.

Daarnaast is er geen sprake meer van een "wereldwijde crisis", een voorwaarde voor het mogen toekennen van subsidie.

Het fonds zal daarom, met de toewijzing van € 5,364 mln., een internationaal opererend bedrijf als Microsoft alleen maar faciliteren bij het schrappen van werkgelegenheid in een lidstaat van de Europese Unie.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Žiadosť Fínska o poskytnutie 5,3 milióna EUR z Fondu na prispôsobenie sa globalizácií som nepodporila. Spoločnosť Microsoft bude musieť vo Fínsku z dôvodu zmien vo svetovom obchode pristúpiť k hromadnému prepúšťaniu zamestnancov a financie z tohto fondu by mali byť určené na pomoc týmto zamestnancom opätovne sa zamestnať, prípadne začať podnikanie. Konkrétne v tomto prípade mali byť financie z fondu použité na podporu kariérneho poradenstva, individuálneho vedenia, školení, či servis pre start-upy. Avšak rovnako ako vo všetkých predchádzajúcich prípadoch žiadostí o mobilizáciu tohto fondu si myslím, že neexistujú dostatočné údaje, ktoré by preukazovali jeho účinnosť. Všetky dostupné údaje hovoria o tom, že miera opätovnej zamestnanosti prepustených pracovníkov sa v rôznych krajinách veľmi líši a, samozrejme, ich úspešné opätovné zamestnanie závisí skôr od ich vzdelania, zručností a od možností daného regiónu ako od školení poskytnutých s pomocou tohto fondu. Práve preto si myslím, že existenciu fondu ako takého by bolo treba vyhodnotiť omnoho dôkladnejšie, ako to bolo doteraz, a až na základe takého hodnotenia sa rozhodnúť, či sa tieto financie nedajú využiť lepším a efektívnejším spôsobom, ktorý by prepusteným zamestnancom nielen pomohol, ale zároveň by sa nevzťahoval iba na veľké spoločnosti, ale pomáhal by aj zamestnancom malých a stredných podnikov.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Sklep o uporabi sredstev Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji, s katerim se bo omogočila finančna pomoč v obliki nadaljnjega izobraževanja, usposabljanja in omogočanja podjetniških načrtov odpuščenim delavcem iz podjetja Microsoft na Finskem.

8.4. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – EGF/2016/002 SE/Ericsson (A8-0272/2016 - Esteban González Pons)

Written explanations of vote

Lars Adaktusson (PPE), *skriftlig*. – EU:s globaliseringsfond är tänkt att ge bidrag till personer som blivit arbetslösa efter att europeiska företag lagts ned. Kristdemokraterna är motståndare till denna fond av två skäl. För det första ska arbetsmarknadspolitik och ekonomiskt stöd till arbetslösa beslutas om, och finansieras, på nationell nivå – inte på EU-nivå. För det andra bygger grundidén till fonden på att globalisering är någonting negativt – vilket inte stämmer. Jag röstar därför konsekvent mot utbetalningarna från fonden. Alliansen markerade också under sin regeringstid upprepade gånger mot fondens existens. För de anställda hos Ericsson som blir av med sina jobb är detta en personlig tragedi, men det är Sverige som bör ta ansvar för att stödja dem i övergångsfasen till ett nytt arbete – inte EU.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La domanda presentata dalla Svezia riguarda i collocamenti in esubero presso la società Ericsson. All'origine di questi esuberi c'è la chiusura delle linee di produzione in vari impianti Ericsson e anche la chiusura di un intero stabilimento a Katrineholm. Le ragioni che hanno portato alla chiusura di stabilimenti e linee di produzione per Ericsson sono individuabili in una crescita stagnante e una concorrenza spietata con i prodotti asiatici. Per questi motivi ho votato a favore.

Tim Aker, Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this budgetary (single vote) report. This vote was to approve giving EUR 3 957 918 (60% match funding) for 918 Swedish workers who have been made redundant. This is nothing more than EU dole money. UKIP opposes British taxpayers' money being used to offset poor economic decisions in other countries and by the EU.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Suecia solicitó una ayuda del FEAG tras el despido de 1 556 trabajadores de Ericsson. Aunque las ayudas europeas no garantizan la continuidad del empleo en un sector muy expuesto a la competencia internacional, sí que suponen una mejora en la situación de los trabajadores despedidos, por lo que he votado a favor.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. –A total of 1 556 workers made redundant, all working for Ericsson in Sweden and due to the partial or entire closure of wireless telecom hardware production lines at various Ericsson sites. As a matter of interest, Ericsson has doubled its recruitment worldwide, yet it has been gradually cutting staff in Sweden (from 21 178 in 2005 to 17 858 in 2014).

The Swedish company sold its entire mobile phone development and production line to competitor Sony in February 2012, which has been a partial reason for job losses. Since this application, rumour has it that Ericsson will announce further lay-off plans, probably about 3 000 in Europe (approximately 17 000 left in Sweden). Swedish trade unions have no confirmation of this yet.

We supported this application in the Committee on Budgets (BUDG) and also in the Committee on Employment and Social Affairs (EMPL).

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport donnant le feu vert pour la mobilisation du Fonds d'ajustement à la mondialisation européenne (FEM) en Suède, principalement dans les régions de Stockholm et Östra. La solidarité ne doit pas être un vain mot en Europe.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης επί της πρότασης απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, του Συμβουλίου σχετικά με την κινητοποίηση του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση έπειτα από αίτηση από τη Σουηδία, διότι είναι μείζονος σημασίας η παροχή βοήθειας στους δικαιούχους απολυμένους για την επανένταξη τους στην αγορά εργασίας.

Gerolf Annemans (ENF), *schriftelijk*. – Het Europees Globaliseringsfonds is een nuttig instrument om de gevolgen van bedrijfssluitingen in de EU te verzachten, maar het blijft slechts een doekje voor het bloeden achteraf. Er zijn echter proactief grotere inspanningen nodig om de industrie in Europa te redden en/of zelfs terug te halen naar ons continent. De EU is op dat vlak, door alle regels en lasten, veeleer een rem dan een motor. De lidstaten moeten zelf een actieve (her)industrialiseringspolitiek kunnen voeren en een economisch patriottisme hanteren.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Der EGF fördert Qualifizierungen, Beratung und Unterstützung für Personen, die aufgrund der Globalisierung oder globaler starker Wirtschaftskrisen, arbeitslos geworden sind.

In diesem Bericht geht es um eine Summe von 3 957 918 EUR, die dem Land Schweden zur Verfügung gestellt werden sollen. 918 von 1556 Arbeitnehmern verloren ihre Arbeit in der Referenzperiode zwischen dem 11. September 2015 und dem 11. Januar 2016. Das Unternehmen Ericsson operiert hauptsächlich in der Herstellung von elektronischen Produkten, insbesondere von Computerprogrammen und Computern. Der Bericht hebt hervor, dass das Unternehmen mit stagnierendem Wachstum sowie der immer größer werdenden Konkurrenz asiatischer Produzenten zu kämpfen hat.

Auch in diesem Fall unterstütze ich das Vorhaben, die betroffenen Arbeitnehmer durch die Inanspruchnahme des Fonds zu unterstützen und ihnen neue Perspektiven zu verschaffen.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La Suède a sollicité une aide du Fonds d'ajustement à la mondialisation à hauteur de 4 millions d'euros pour faire face à plus de 1500 licenciements survenus dans son secteur téléphonique en vue de la réintégration des travailleurs concernés sur le marché du travail.

En effet, l'entreprise Ericsson a surtout supprimé des postes dans son secteur de la production de matériel de télécommunication pour délocaliser directement ou indirectement cette activité en Asie (surtout en Inde) afin de réduire ses coûts et faire face à une concurrence mondiale toujours accrue.

S'il faut voter ces aides aux travailleurs licenciés, ceci ne doit pas occulter la responsabilité des politiques de l'UE semant le libre-échange et la concurrence mondiale déloyale poussés par un refus irrationnel de tout protectionnisme intelligent.

J'ai donc voté pour ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – The principle of subsidiarity dictates that decisions should be taken at the closest possible level to the citizen – in this case at regional or national level. Therefore, these projects should not be funded by the European Union.

It is absurd that the arbiters of whether this funding should, or should not, be given are Members of the European Parliament with no detailed knowledge of the situation. This project may well be of benefit to the people of Sweden, but I am not best placed to judge.

The European Globalisation Adjustment Fund should be scrapped, which would give money back to the Member States to decide for themselves about the appropriateness of such funding. Consequently, I had no option but to vote against – even though this may be a worthwhile project.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – Je regrette l'institution de cet instrument au niveau européen et j'attends la révision programmée de la base juridique. Ce dispositif est largement sollicité mais je m'autorise, au cas par cas, la possibilité de voter en faveur de sa mobilisation. Je me suis donc abstenu car la situation autour de la politique d'emploi d'Ericsson dans le domaine des logiciels n'est pas suffisamment claire.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už Europos prisitaikymo prie globalizacijos padarinių fondo lėšų mobilizavimą (paraiška „EGF/2016/002 SE/Ericsson“). Iš įmonės „Ericsson“ telekomo aparatinės įrangos gamybos linijos, kuri buvo perkelta į Aziją, buvo atleisti 1 556 darbuotojai. Siekdama užtikrinti darbuotojų, kurie buvo atleisti, greitesnį grįžimą į darbo rinką, Švedija pateikė prašymą Europos prisitaikymo prie globalizacijos padarinių fondui, kuris įkurtas siekiant teikti papildomą pagalbą darbuotojams, nukentėjusiems nuo esminių pasaulio prekybos sistemos struktūrinių pokyčių. Atsižvelgdamas į susiklosčiusią situaciją, pritariu Komisijos priimtam pasiūlymui dėl sprendimo mobilizuoti EGF lėšas Švedijos reikmėms siekiant paremti darbuotojų, atleistų iš įmonės „Ericsson“, grįžimą į darbo rinką.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this budgetary (single vote) report. This vote was to approve giving EUR 3 957 918 (60% match funding) for 918 Swedish workers who have been made redundant. This is nothing more than EU dole money. UKIP opposes British taxpayer's money being used to offset poor economic decisions in other countries and by the EU.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'une demande de la Suède en vue de solliciter une aide du Fonds d'ajustement à la mondialisation à hauteur de 4 millions d'euros pour faire face à plus de 1 500 licenciements survenus dans son secteur téléphonique en vue de leur réintégration sur le marché du travail.

Puisque ce fonds existe, autant l'utiliser pour aider des travailleurs européens en détresse. Cependant, cela ne doit pas occulter la responsabilité des politiques de l'UE avalisant le libre-échange sans freins et la concurrence mondiale déloyale, et, partant, l'hypocrisie de ce «Fonds d'ajustement à la mondialisation».

Une fois encore, au lieu de chercher à atténuer les effets, c'est bien aux causes qu'il faudrait s'attaquer en protégeant les salariés européens de la mondialisation sauvage.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) a vocation à fournir une aide complémentaire aux travailleurs subissant les conséquences de modifications majeures de la structure du commerce mondial.

Le 31 mars 2016, la Suède a introduit une demande en vue d'obtenir une contribution financière du FEM à la suite du licenciement de plus de 1500 personnes survenu chez Ericsson en Suède. Ces dernières années, Ericsson a en effet concentré la plupart de ses installations de production et de développement en Asie, où l'on trouve non seulement les marchés présentant la plus forte croissance, mais aussi des travailleurs à moindre coût. L'entreprise a dès lors réduit progressivement ses effectifs en Suède (qui sont passés de 21 178 salariés en 2005 à 17 858 en 2014), tout en connaissant parallèlement une croissance spectaculaire dans le monde entier (passant de 56 055 salariés en 2005 à 118 055 en 2014).

La Commission propose que le FEM contribue à l'ensemble coordonné de services personnalisés à hauteur de 3 957 918 EUR. Au vu de la situation vécue par les travailleurs suédois et de la nécessité de faire de l'Europe un projet de solidarité et pas seulement un espace de libre-échange, j'ai voté en faveur de cette proposition.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione è uno strumento pensato per fornire un sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze dei grandi cambiamenti strutturali del commercio mondiale. Le rilevanti trasformazioni avvenute negli ultimi anni nella struttura del commercio mondiale, e in particolare nel settore mondiale delle TIC, hanno visto una perdita di posizioni dell'Europa a favore di Cina e Stati Uniti. In questo contesto, Ericsson, pur assumendo ancora in Europa, sta espandendo le sue attività in Asia, decidendo di puntare verso la crescita del settore software a scapito del settore della produzione e sviluppo di hardware.

Il mio voto a favore della relazione González Pons nasce dalla condivisione della necessità di mobilitare il FIG per fornire assistenza ai 918 lavoratori collocati in esubero da Ericsson in Svezia, in particolare nelle zone di Stoccolma, Östra Mellansverige, Sydsverige e Västsverige. Con questa misura si potrà fornire un pacchetto coordinato di strumenti che comprendono indennità di formazione e di mobilità nonché contributi per l'avvio di imprese e programmi di formazione, riqualificazione e formazione professionale.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor en este informe, puesto que promueve unos fondos destinados a compensar y establecer medidas indemnizatorias en casos de relocalización o cierres de empresas por los cambios estructurales de los mercados a causa de la globalización. Servirán para atender la situación de los trabajadores despedidos, y ayudas a jóvenes sin estudios ni empleo, en este caso en Suecia, para los trabajadores afectados por la deslocalización de la Empresa Ericsson que ha ido trasladando su producción paulatinamente a Asia, dando lugar a una reducción de personal en sus plantas en Suecia.

Se trata de medidas que, de no existir dejarían en peor lugar a los trabajadores afectados. Este tipo de medidas tienen efecto sólo a corto plazo, pero no solucionan el problema a largo plazo, puesto que la cuestión del empleo y las relocalizaciones debieran tener otro enfoque de actuación. Por un lado, Europa necesita un plan de inversión, de un corte sumamente diferente al de Juncker, y otra política de empleo, para actuar en materia laboral. Por otro lado, esa alternativa debiera consistir en invertir en actividades de futuro, especialmente en un cambio de modelo productivo.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai choisi de voter pour la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation à la suite d'une demande présentée par la Suède concernant les salariés d'Ericsson. 1556 employés, la plupart travaillant dans la branche de production de matériel de télécommunication, de cette grande firme suédoise ont en effet été licenciés.

Entreprise phare des années 90 et 2000, Ericsson, grâce au jeu de la soi-disant «mondialisation heureuse» a été contraint de délocaliser une grande partie de sa production en Asie, où les coûts de production sont beaucoup plus faibles (notamment grâce à une main d'œuvre bon marché). Ainsi, les effectifs d'Ericsson en Suède sont-ils passés de 21 178 salariés en 2005 à 17 858 en 2014; la plus grande part des salariés d'un des fleurons de l'industrie européenne des télécommunications se trouve désormais … en Inde!

Le fait même qu'il y ait besoin de ce «fonds d'ajustement» pour panser les plaies d'une industrie européenne agonisante montre malheureusement une nouvelle fois que le libre-échangisme sauvage n'a pour seul profit que la destruction d'emplois.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho sostenuto questa relazione che autorizza la mobilitazione del FEG, il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione, per un ammontare di 3 957 918 EUR in favore di 1 556 lavoratori di Ericsson Svezia in esubero. Il FEG rimane uno strumento concreto e indispensabile per sostenere i lavoratori e le imprese colpite dalla crisi e dai malfunzionamenti del mercato interno, anche se continuerò a battermi affinché divenga sempre meno burocratizzato e la sua attivazione sia più snella e flessibile.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la movilización de 3 957 918 euros del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización destinados a la reintegración en el mercado laboral de los 918 trabajadores despedidos por Ericsson en Suecia. Estos fondos irán destinados a cofinanciar servicios personalizados para los trabajadores despedidos, como asesoramiento y orientación profesional; empleo protegido y asistido y medidas de rehabilitación; educación y formación; y asignaciones para la búsqueda de empleo. Además, se prestará especial atención a los participantes de cincuenta años o más en la oferta de motivación y planificación profesional.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame nagrinėjamas Komisijos siūlymas dėl sprendimo dėl EGF lėšų mobilizavimo siekiant padėti Švedijai remti darbuotojų, atleistų iš įmonės „Telefonaktiebolaget LM Ericsson“, veikiančios kompiuterių, elektroninių ir optinių gaminių gamybos sektoriuose. Švedijos profesinė sąjunga „Unione“ teigia, kad „Ericsson“ vis dar samdo darbuotojus Europoje, bet tik tuos, kurių įgūdžiai yra visiškai kitokie. Aparatinės įrangos gamybos ir kūrimo įgūdžių turinčių darbuotojų bendrovė paprastai iš naujo neįdarbina. Bendrovės augimas šiuo metu daugiausia vyksta kuriant programinę įrangą. Nors tam tikra programinė įranga kuriama ir Europoje, didžiausia šio sektoriaus augimo dalis tenka Azijai, kur „Ericsson“ plečia savo veiklą. Prie individualių poreikių pritaikytas paslaugas, teiktinas atleistiems darbuotojams, sudaro keturių rūšių priemonės: i) konsultavimas ir profesinis orientavimas, suskirstytas į: išsamų vertinimą ir individualų planavimą, profesinį orientavimą ir motyvacinį konsultuojamąjį ugdymą ir karjeros planavimą, ii) globojamasis ir remiamas užimtumas ir reabilitacijos priemonės, iii) švietimas ir mokymas, iv) išmokos ieškantiesiems darbo.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap (EGAA) célja, hogy támogatást nyújtson a globalizáció hatására a világkereskedelemben bekövetkezett fő strukturális változások miatt, vagy a globális pénzügyi és gazdasági válság elhúzódása, illetve egy újabb globális pénzügyi és gazdasági válság következtében elbocsátott munkavállalóknak és tevékenységüket megszüntető önálló vállalkozóknak a munkaerőpiacon történő újbóli beilleszkedéshez. Svédország 2016. március 31-én nyújtotta be „EGF/2016/002 SE/Ericsson” referenciaszámon az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alapból (EGAA) való pénzügyi hozzájárulás iránti kérelmét.

Az intézkedésekben az EGAA-hozzájárulásra jogosult 1556 elbocsátott munkavállaló közül várhatóan 918 fog részt venni. Az informatikai és távközlési ágazatban a növekedés stagnálásával egy időben az ázsiai gyártók által támasztott erősebb versennyel szembesülve az Ericsson csökkentette a távközlési hardverek gyártását és fokozatosan csökkentette a személyzetét Svédországban. Az érintett régiók esetében a hasonló háttérrel rendelkező idősebb munkavállalók viszonylag nagy csoportját bocsátották el, és e munkavállalók túlnyomó része nem rendelkezik a helyi munkaerőpiacon keresett készségekkel.

Az EGAA-ból társfinanszírozott, az elbocsátott munkavállalók számára nyújtott személyre szabott szolgáltatások a következőket foglalják magukban: tanácsadás és karrier-tanácsadás; védett és támogatott foglalkoztatási és rehabilitációs intézkedések; oktatás és képzés; valamint álláskereséshez nyújtott anyagi juttatás. Az 50 éves vagy annál idősebb résztvevők kiemelt figyelmet kapnak a motivációs tréning és a karriertervezés során. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Glede podpore za uporabo sredstev Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji, ki ga je zahtevala Švedska za pomoč pri reševanju težav presežnih delavcev v podjetju SE/Ericsson, nisem imel nobenih zadržkov.

Kljub temu, da podjetje Ericsson, ki raste predvsem na področju programske opreme, še vedno zaposluje v Evropi, za številne delavce s področja strojne opreme ni mogoče najti ponovne zaposlitve. Podjetje namreč širi svoj razvoj izven Evrope. Približno 4 milijone EUR sredstev iz sklada za prilagoditev globalizaciji bo namenjenih za ukrepe svetovanja in poklicnega usmerjanja, preusposabljanje, izobraževanje in nadomestila za iskanje zaposlitev, v programih pa bo sodelovalo 918 izmed 1556 presežnih delavcev.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji, koje je vezano uz otpuštanje 1556 ljudi u poduzeću Telefonaktiebolaget LM Ericsson u Švedskoj.

Viškovi su uzrokovani glavnim strukturnim promjenama u svjetskim trgovačkim običajima, pa će mobilizacija Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji pomoći otpuštenim osobama u integraciji na tržište rada.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport propose de mobiliser le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation pour aider la Suède à recaser la plupart des 1500 travailleurs licenciés de la société Ericsson qui a délocalisé ces emplois en Asie. Même si ce rapport ne mentionne pas les vraies causes de ce licenciement massif, les salariés n'ont pas à supporter les erreurs de la Commission en matière de protection des frontières économiques de l'UE.

Je vote en faveur de ce texte

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the proposal on mobilising the European Globalisation Adjustment Fund following the application by Sweden after several redundancies in the economic sector. Indeed, I am confident that this instrument will provide additional support to workers who are suffering from the consequences of major structural changes. The European Union has the duty to help its people when globalisation penalises them.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) è utile per fornire sostegno ai lavoratori collocati in esubero e ai lavoratori autonomi la cui attività sia cessata in conseguenza di trasformazioni rilevanti della struttura del commercio mondiale dovute alla globalizzazione, a causa del persistere della crisi finanziaria ed economica globale oppure a causa di una nuove crisi economiche e finanziarie a carattere sovra-regionale. Il Fondo deve essere utilizzato per assisterli nel reinserimento nel mercato del lavoro, aggiornando la loro formazione e dandogli un sostegno economico nel contempo. È pertanto opportuno procedere alla mobilitazione del FEG per erogare un contributo finanziario ai lavoratori delle imprese che hanno subito gravi dissesti a causa del mutamento del mercato internazionale informatico e delle nuove strategie aziendali di Ericsson e delle aziende partner.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à accorder à la Suède une contribution financière de 4 millions d'euros, issue du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM), à la suite du licenciement de 1500 salariés chez Ericsson, qui opère dans le secteur de la téléphonie. Cette aide financière contribuera à faciliter la réintégration sur le marché du travail de ces salariés licenciés.

D'une part, cette demande formulée par la Suède remplit les conditions d'octroi du FEM, accordé si le lien entre les licenciements et les modifications de la structure du commerce international résultant de la mondialisation, est établi. D'autre part, nous considérons qu'il est de notre devoir de nous montrer solidaire à l'égard des Suédois qui subissent, comme en France, les conséquences de la mondialisation sauvage.

Néanmoins, ces aides ne doivent pas occulter la responsabilité de l'Union européenne dans la désindustrialisation et le chômage de masse que subissent nos concitoyens. Il est à ce titre indispensable de lutter contre la concurrence internationale déloyale exacerbée par le dumping social, environnemental et monétaire que pratiquent les pays émergents, en faisant notamment un moratoire sur toutes les concessions tarifaires accordées dans le cadre d'accords de libre-échange.

J'ai tout de même voté en faveur de ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Fondul european de ajustare la globalizare a fost creat pentru oferirea unui sprijin suplimentar acordat muncitorilor afectați de schimbările structurale majore apărute în practicile comerciale mondiale, iar în cazul de față vorbim despre muncitorii disponibilizați de la Telefonaktiebolaget LM Ericsson a cărei activitate este de a fabrica computerele produselor electronice și optice din Suedia.

Practicile comerciale mondiale rezultate din procesul de globalizare au dus la o externalizare a acestor activități către Asia, unde se află piețele cu cea mai rapidă creștere și unde se poate asigura o calitate echivalentă cu cheltuielile mult mai mici în activitatea de producție a echipamentelor de telecomunicații. Dintre muncitorii disponibilizați, 70% sunt bărbați, iar 30% sunt femei cu o vârstă medie cuprinsă între 30 și 60 de ani.

Am votat în favoarea prezentului raport, considerând că este foarte important ca Suedia să primească acest sprijin pentru muncitorii disponibilizați. De asemenea, acest sprijin reprezintă fără îndoială și un imbold pentru economia țării.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Le Parlement européen a accepté la demande de la Suède de mobiliser le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation pour venir en aide aux salariés licenciés d'Ericsson. La somme de 3 957 918 euros sera donc mobilisée afin d'aider 1556 employés licenciés à se réinsérer dans le monde du travail. Cette demande était justifiée, étant donné la concurrence mondiale très importante que subit le secteur de production de matériel de télécommunication particulièrement face aux producteurs asiatiques.

J'ai voté en faveur de ce rapport.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla proposta relativa alla mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) istituito per fornire sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze di rilevanti cambiamenti della struttura del commercio mondiale.

La domanda in questione è stata presentata dalla Svezia in relazione a 918 esuberi presso Ericsson che, purtroppo, non riassume i lavoratori con competenze nella produzione e nello sviluppo di hardware. Infatti oggi la crescita della società si basa prevalentemente sullo sviluppo di software. Benché una parte del software sia sviluppata in Europa, la crescita del settore avviene soprattutto in Asia, dove Ericsson sta espandendo le sue attività.

Mi rammarico, e lo ribadirò in ogni mia dichiarazione di voto, che le aziende italiane non possano usufruire maggiormente di questo Fondo per la mancanza di sostegno da parte delle istituzioni locali e nazionali. Fra il 2007 e il 2015, l'Italia ha presentato solo 15 richieste al Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione, 3 delle quali nel 2007, soltanto una nel 2008, zero tra il 2009 e il 2010, 7 nel 2011, 2 nel 2012, zero nel 2013, una nel 2014 e una nel 2015.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – In this case, 1 556 workers working for Ericsson in Sweden were made redundant due to the partial or entire closure of wireless telecom hardware production lines at various Ericsson sites.

The Swedish company sold its entire mobile phone development and production line to competitor Sony in February 2012, which has been a partial reason for job losses. Further lay-offs are expected in Europe. In order to avoid total devastation for these workers and the local economies in the areas they live in, I voted in favour of activating the fund.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the decision to mobilise the European Globalisation Adjustment Fund in favour of Sweden, to support the reintegration in the labour market of workers made redundant at Telefonaktiebolaget LM Ericsson operating in the manufacture of computer, electronic and optical products trailers mainly in the regions of Stockholm. Although Ericsson is still hiring in Europe, this is only people with an entirely different set of skills than in hardware production and development. Most of the company's growth is in software development and is also mostly happening in Asia(6), where Ericsson is expanding its activities.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Dovendo affrontare contemporaneamente una crescita stagnante e una concorrenza più serrata con i produttori asiatici, Ericsson ha gradualmente ridotto la produzione di hardware per le telecomunicazioni. Il 31 marzo 2016 la Svezia ha presentato una domanda di mobilitazione del FEG in relazione ai collocamenti in esubero presso la società Telefonaktiebolaget LM Ericsson. Il contributo finanziario richiesto a norma del FEG per questa proposta è di poco inferiore ai 4 milioni di EUR. Ho espresso voto favorevole.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την αίτηση και θεωρούμε πως πληροί τους όρους για τη χορήγηση χρηματοδοτικής συνεισφοράς από το ΕΤΠ.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε επί της έκθεσης σχετικά με την κινητοποίηση του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση μετά από αίτηση που υπέβαλε η Φινλανδία για την περίπτωση των εργαζομένων στην εταιρία Ericsson. Δεδομένου ότι το Ταμείο αυτό παρέχει υποστήριξη προς όφελος των εργαζομένων, θεωρώ πως η πρόταση έχει θετικό σκοπό και γι' αυτόν τον λόγο ψήφισα υπέρ.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento. Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione è stato istituito per fornire un sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze delle trasformazioni rilevanti della struttura del commercio mondiale. Il 5 settembre 2016 la Commissione ha adottato una proposta di decisione sulla mobilitazione del FEG in favore della Svezia, per sostenere il reinserimento nel mercato del lavoro di lavoratori collocati in esubero presso Telefonaktiebolaget LM Ericsson, attiva nella divisione 26 della NACE Revisione 2 (Fabbricazione di computer e prodotti di elettronica e ottica), soprattutto nelle regioni di livello NUTS4 2 di Stoccolma, Östra Mellansverige, Sydsverige e Västsverige. La Commissione ha concluso, in conformità di tutte le disposizioni applicabili del regolamento FEG, che la domanda soddisfa le condizioni per un contributo finanziario a valere sul Fondo.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – In questo caso ho votato a favore della relazione per la mobilitazione di 3 957 918 EUR per i 1 556 lavoratori in esubero di Ericsson Svezia. Gli esuberi sono stati la conseguenza della chiusura dello stabilimento della città di Katrineholm e di svariate filiali nel paese.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Con favore accolgo l'utilizzo di strumenti per fornire un supporto aggiuntivo ai lavoratori che stanno patendo le conseguenze delle tumultuose variazioni strutturali nel mondo del commercio o della crisi globale e per assistere a una loro nuova e vantaggiosa affermazione lavorativa. Pertanto, il contributo pari a 3 957 918 EUR, ossia al 60% del costo totale delle misure proposte, per agevolare 918 ex dipendenti della Ericsson a reintrodursi nel mondo del lavoro rappresenta una risposta adatta, fra le altre, anche per l'attuazione di programmi formativi al fine di arricchire le specifiche competenze e consentire di raggiungere nuove posizioni di qualità nonostante le diverse preparazioni di base.

La Ericsson, azienda operante nel settore della fornitura di tecnologie e servizi di comunicazione, in Europa sta licenziando dipendenti nel settore dell'hardware, ma altresì assumendo in quello legato allo sviluppo dei software. Contemporaneamente, la multinazionale svedese sta implementando la sua produzione in Asia, destinazione chiave dell'*outsourcing* mondiale grazie alla manifattura a basso costo e alle competenze che essa va acquisendo nel settore IT. La crescita stagnante e la competizione sempre più ardua con i mercati asiatici stanno fiaccando profondamente l'Unione. Auspico dunque che si possano espellere al più presto tali tossine che indeboliscono un ambiente sociale sempre più contaminato.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the Mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund: application EGF/2016/002 SE/Ericsson and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Apoio o relatório Esteban González Pons que vem permitir a utilização de 3.957,918 euros do Fundo de Ajustamento à Globalização para a reintegração no mercado de trabalho de trabalhadores despedidos pela Erickson *(Telefonaktiebolaget LM Ericsson)*, na Suécia, e elegíveis para as contribuições do FEG.

Os despedimentos foram provocados pela estagnação do crescimento e uma maior concorrência por parte dos países asiáticos que se tornaram num destino de externalização levando a Erickson a proceder a uma redução gradual do sua mão-de-obra na Suécia.

Através da utilização deste Fundo, criado para prestar um apoio complementar aos trabalhadores por mudanças estruturais importantes no comércio mundial, vai ser possível apoiar estes trabalhadores através de medidas que vão desde a orientação/interpretação e a facilitação da procura de emprego ao apoio à criação de empresas ou à requalificação profissional personalizada.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione perché attraverso il ricorso al Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione per la copertura del 60 % delle spese necessarie sarà possibile aiutare gli impiegati in esubero della Ericsson ad essere reinseriti nel mercato del lavoro. Un intervento congiunto fra il servizio pubblico svedese e il Fondo europeo accompagnerà i lavoratori in un programma di formazione personalizzata per acquisire nuove competenze richieste dal mercato del lavoro.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I supported the application for a financial contribution from the European Globalisation Adjustment Fund (EGF) towards redundancies in a Stockholm region where 918 out of 1 556 redundant workers eligible for the EGF contribution are expected to participate in the measures indicated in the report. Since the request in is in line with Article 4(1) of the EGF Regulation, I support this aid directed to the families of these workers who fell victims of such redundancies.

I welcome the special emphasis that will be placed on participants aged 50 and above, when providing motivational coaching and career planning. The employability of all workers by means of adapted training and the recognition of skills and competences is of vital importance for their future active participation in society.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Suecia solicitó una ayuda del FEAG tras el despido de 1 556 trabajadores de Ericsson. Aunque las ayudas europeas no garantizan la continuidad del empleo en un sector muy expuesto a la competencia internacional, sí que suponen una mejora en la situación de los trabajadores despedidos, por lo que he votado a favor.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La Commissione ha adottato una proposta di decisione sulla mobilitazione del FEG in favore della Svezia per sostenere il reinserimento nel mercato del lavoro di lavoratori collocati in esubero presso Ericsson. La Svezia sostiene che gli esuberi si sono verificati nella sfera operativa della produzione di hardware per le telecomunicazioni di Ericsson. Negli ultimi anni, Ericsson ha esternalizzato delle attività di produzione e di sviluppo in Asia. Inoltre, secondo il sindacato svedese Unione, la società non reintegra i lavoratori con competenze nella produzione e nello sviluppo di hardware, poiché la crescita della società si basa prevalentemente sullo sviluppo di software. Ho votato a favore perché convinto che lo strumento rappresenti la maniera più rapida per offrire un aiuto concreto ai lavoratori mostrando il vero volto solidale dell'Europa.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Fondul european de ajustare la globalizare a fost creat pentru a acorda un sprijin suplimentar lucrătorilor afectați de schimbările structurale majore intervenite în practicile comerciale mondiale. Din cauza scăderii vânzărilor, Ericsson a disponibilizat 918 lucrători din Suedia. Am votat pentru direcționarea sumei de 3 957 918 EUR din bugetul Fondului de ajustare la globalizare către autoritățile suedeze, care să ajute acești cetățeni europeni să se reintegreze pe piața muncii.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alapot azért hozták létre, hogy segítsen azoknak az embereknek, akik munkájukat a világkereskedelemben bekövetkező mélyreható strukturális változások következtében vesztik el. Erre 150 millió eurós éves kerete van az Uniónak. Svédország 2016 márciusában kérelmet nyújtott be a támogatás igénybevételére, elsősorban Stockholm, Östra Mellansverige, Sydsverige és Västsverige régiókban. A létszámleépítések az informatikai és a távközlési ágazatot érintik, a fő probléma pedig az ázsiai vállalatok térhódítása Svédországban. Emiatt kell az Ericssonnak folyamatosan csökkentenie dolgozói számát. Célja a támogatás igénybevételével, hogy az elbocsátott dolgozóit segítse a munkaerőpiacra való újbóli beilleszkedésben.

A döntés értelmében Svédország 3,9 millió euró igénybevételére jogosult, amely 918 elbocsátott munkavállalóra vonatkozik. Mivel az idősebb elbocsátott munkavállalók nem rendelkeznek olyan képességekkel, amelyekre a helyi munkaerőpiacon szükség van, a jelentés üdvözli Svédország tevékenységét és döntéseit az elbocsátott munkavállalók felé, többek között az 50 éves vagy idősebb résztvevőkkel való kiemelt foglalkozást is. A jelentést szavazatommal támogattam.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za wnioskiem złożonym przez Szwecję o pomoc z Europejskiego Funduszu Dostosowania do Globalizacji, ponieważ bezsprzecznie celem istnienia tego funduszu jest pomoc w takich przypadkach. Wniosek złożony przez Szwecję jest skutkiem zwolnienia przez firmę Ericsson pracowników w liczbie 1556. Zwolnienia te są spowodowane częściowym lub całkowitym zamknięciem linii produkcyjnych.

Oczywiście uważam, że w takiej sytuacji należy podjąć wszelkie działania, aby wesprzeć te osoby i pomóc im ponownie wejść na rynek pracy. Swoją postawą zawsze popierałem wszelkie działania mające na celu zwiększanie zatrudnienia i wzrostu gospodarczego, dlatego i w tym przypadku zagłosowałem za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Redundant Ericsson workers will benefit through a EUR 3 957 918 contribution from the European Globalisation Adjustment Fund, as the Fund's main aim is to provide financial support for workers who are suffering the consequences of major structural changes in world trade patterns. I agree that the redundant workers should receive this support.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif porte sur une demande de mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation, dont l'objectif est de venir en aide aux États membres qui subissent une réduction d'activités et d'employés dans un secteur professionnel particulier. L'entreprise Ericsson a fait appel à ce fonds pour un montant de 6 millions d'euros au profit de 1 244 salariés. Considérant que l'UE doit favoriser la transition de son économie vers des secteurs porteurs de croissance et d'emploi par le biais d'un accompagnement des travailleurs licenciés, j'ai soutenu ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu ce rapport sur la demande de la Suède pour la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM). Il est important que l'Union européenne soutienne l'ensemble des travailleurs licenciés en raison des effets de la mondialisation et qu'elle les aide à se réorienter. Nous approuvons donc la mobilisation du FEM, le fonds européen dédié à ce type de soutien, pour le plan de formation, réorientation et réadaptation des 1556 travailleurs licenciés de Telefonaktiebolaget LM Ericsson en Suède.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Svédország 2016. március 31-én nyújtotta be „EGF/2016/002 SE/Ericsson" referenciaszámon az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alapból (EGAA) való pénzügyi hozzájárulás iránti kérelmét. Az intézkedésekben az EGAA-hozzájárulásra jogosult 1556 elbocsátott munkavállaló közül várhatóan 918 fog részt venni. Az informatikai és távközlési ágazatban a növekedés stagnálásával egy időben az ázsiai gyártók által támasztott erősebb versennyel szembesülve az Ericsson csökkentette a távközlési hardverek gyártását és fokozatosan csökkentette a személyzetét Svédországban.

Az érintett régiók esetében a hasonló háttérrel rendelkező idősebb munkavállalók viszonylag nagy csoportját bocsátották el, és e munkavállalók túlnyomó része nem rendelkezik a helyi munkaerőpiacon keresett készségekkel. Az EGAA-ból társfinanszírozott, az elbocsátott munkavállalók számára nyújtott személyre szabott szolgáltatások a következőket foglalják magukban: tanácsadás és karrier-tanácsadás; védett és támogatott foglalkoztatási és rehabilitációs intézkedések; oktatás és képzés; valamint álláskereséshez nyújtott anyagi juttatás. Az 50 éves vagy annál idősebb résztvevők kiemelt figyelmet kapnak a motivációs tréning és a karriertervezés során. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – Je suis heureux que la plénière ait suivi la position de la Commission des budgets, dont je suis membre, et ait voté ce jour l'octroi d'un montant de 3 957 918 EUR destiné au financement de services personnalisés en faveur de 1.556 personnes de la société Ericsson frappés par un licenciement collectif.

Les secteurs des technologies de l'information et des télécommunications européens sont actuellement victimes de la très forte concurrence exercée par des fabricants asiatiques. L'Asie est par ailleurs devenue une destination de délocalisation importante.

Il y a là un problème majeur pour l'avenir de l'industrie européenne et les travailleurs doivent être aidés à affronter les conséquences de cette confrontation impitoyable.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — La crise économique et financière mondiale a durement touché de nombreux secteurs de l'industrie européenne. Confrontée simultanément à la stagnation de la croissance et à un durcissement de la concurrence avec les producteurs asiatiques, Ericsson ne cesse de réduire, depuis près de vingt ans, sa production de matériel de télécommunication.

Au cours du premier semestre 2015, Ericsson a annoncé successivement 1 611 pertes d'emplois, réparties sur sept sites suédois. Il est légitime que l'Union européenne vienne en aide à ces travailleurs licenciés via le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation. Quatre millions d'euros ont été débloqués afin de financer un programme de formation à l'emploi et de remise à niveau des compétences ou encore des programmes de soutien à l'entreprenariat.

Mais au-delà de l'aide ponctuelle et spécifique que peut apporter le Fonds, il est urgent que l'Union européenne mette en place une véritable stratégie pour mieux anticiper les mutations économiques, préserver les PME, mettre en œuvre une politique d'investissements tournée vers l'avenir, et se doter de véritables instruments de défense commerciale.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Европейският фонд за приспособяване към глобализацията не е правилният инструмент за справянето с този проблем и аз и моята група сме против средства да се отпускат по този фонд, защото резултатът, който се постига, не е ефикасен. Начинът за справяне с безработица и с промените настъпващи в сектори, където глобализацията е най-ясно отразена, трябва да бъдат адресирани с политики, които създават растеж и работни места. Така и жертвите на глобализацията ще могат да се престроят към други сектори.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Τα χρήματα του Ταμείου Προσαρμογής πρέπει να κατανέμονται, κατά βάση, στους απολυμένους και όχι σε εταιρείες επανένταξης ή μετεκπαίδευσης διότι έτσι δημιουργούνται εξειδικευμένοι άνεργοι και δεν αντιμετωπίζεται η κατάσταση.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Svédország 2016. március 31-én nyújtotta be „EGF/2016/002 SE/Ericsson" referenciaszámon az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alapból (EGAA) való pénzügyi hozzájárulás iránti kérelmét. Az intézkedésekben az EGAA-hozzájárulásra jogosult 1556 elbocsátott munkavállaló közül várhatóan 918 fog részt venni. Az informatikai és távközlési ágazatban a növekedés stagnálásával egy időben az ázsiai gyártók által támasztott erősebb versennyel szembesülve az Ericsson csökkentette a távközlési hardverek gyártását és fokozatosan csökkentette a személyzetét Svédországban.

Az érintett régiók esetében a hasonló háttérrel rendelkező idősebb munkavállalók viszonylag nagy csoportját bocsátották el, és e munkavállalók túlnyomó része nem rendelkezik a helyi munkaerőpiacon keresett készségekkel. Az EGAA-ból társfinanszírozott, az elbocsátott munkavállalók számára nyújtott személyre szabott szolgáltatások a következőket foglalják magukban: tanácsadás és karrier-tanácsadás; védett és támogatott foglalkoztatási és rehabilitációs intézkedések; oktatás és képzés; valamint álláskereséshez nyújtott anyagi juttatás. Az 50 éves vagy annál idősebb résztvevők kiemelt figyelmet kapnak a motivációs tréning és a karriertervezés során. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – The European Globalisation Adjustment Fund was set up to provide additional assistance to workers who lost their jobs as a result of major structural changes in world trade patterns. It is a means by which the EU can give valuable help to local economies hard hit by company closures, and so I voted in favour of this application. I regret that the UK Government has not taken advantage of this fund in Wales.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Vår övertygelse är att välstånd skapas genom fri handel och rättvis konkurrens. Därför är vi principiellt emot den europeiska globaliseringsfonden, som vi menar är ett uttryck för protektionism. Vi har tidigare accepterat att fonden använts som en ren akutåtgärd i en tid av djup ekonomisk kris, som ett sätt att möta människors känsla av hopplöshet och det utanförskap som följer i krisens spår och som riskerar att ytterligare förstärka den våg av nationalism och främlingsfientlighet som sprider sig i Europa. Särskilt i ljuset av den svenska Riksrevisionens analys, där man menar att fonden rentav har en negativ effekt på återgången till arbete, anser vi dock att fonden förlorat sitt berättigande och inte bör användas mer.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O FEG foi criado para fornecer suporte adicional a trabalhadores despedidos na sequência de importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial devido à globalização ou crise financeira e ajudá-los a encontrar novos empregos. Aos trabalhadores despedidos são oferecidas medidas tais como suporte para a criação de empresas, assistência na procura de emprego, orientação profissional e vários tipos de formação. Na maioria dos casos, as autoridades nacionais já começaram a tomar medidas em obter os seus custos reembolsados pela UE, quando os seus pedidos são aprovados.

A Suécia apresentou uma candidatura na sequência de despedimentos na área da Fabricação de equipamentos informáticos, equipamentos para comunicação, produtos eletrónicos e óticos, e que prevê que 918 dos 1 556 trabalhadores despedidos elegíveis para a contribuição do FEG participem nas medidas.

Votei favoravelmente a contribuição financeira de 3 957 918 euros.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: il s'agit cette fois-ci d'une demande de la Suède en vue de solliciter une aide du Fonds d'ajustement à la mondialisation à hauteur de 4 millions d'euros pour faire face à plus de 1500 licenciements survenus dans son secteur téléphonique en vue de leur réintégration sur le marché du travail.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este pedido, feito pela Suécia, diz respeito a 1 556 trabalhadores despedidos, todos funcionários da Ericsson, devido ao encerramento da sua unidade de produção de hardware para comunicação sem fio. São 5 as regiões mais afetadas: Estocolmo e Östra Mellansverige, Sydsverige e Västsverige. A maioria dos despedimentos ocorreu na zona de Kista (762 trabalhadores).

A Ericsson deslocou a maior parte da sua produção e desenvolvimento de hardware para a Ásia (a maior parte para a Índia), passando de 56 000 empregados em 2005 para mais de 118 000 em 2014 globalmente. O que quer dizer que, enquanto duplicava o recrutamento mundial, tem vindo gradualmente a reduzi-lo na Suécia (21 178 em 2005 para 17 858 em 2014).

Em 2012, a companhia sueca vendeu a totalidade do seu desenvolvimento de telemóveis e produção à sua concorrente Sony.

Eis o capitalismo predador e explorador no seu melhor.

Sem prejuízo de aspetos positivos, a resolução não reconhece nem aponta o problema de fundo. Pelo contrário, assume implicitamente a defesa do neoliberalismo – causador das deslocalizações, através da sua larga dominância à escala global – ao dizer compreender as razões da Ericsson.

É justo e necessário o apoio aos trabalhadores despedidos. Mas, acima de tudo, é necessário acabar com as políticas que estão na origem destes despedimentos.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso voto contrario alla presente relazione in quanto non ritengo il provvedimento in oggetto uno strumento utile allo sviluppo di politiche che favoriscano la crescita e la creazione di nuova occupazione, né in grado di fornire una risposta esaustiva in merito ai lavoratori in esubero.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as it is beneficial to workers.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Európsky fond na prispôsobenie sa globalizácií slúži na pokrytie strát pre podniky a spoločnosti v členských štátoch, ktoré sa musia vyrovnávať s následkami finančnej a ekonomickej krízy, v dôsledku ktorej sú častokrát nútené prepúšťať zamestnancov. V tomto predmetnom prípade ide o žiadosť spoločnosti Ericsson. Týka mobilizácie celkovej sumy 3 957 918 EUR z EGF v prospech Švédska. Týka sa 918 pracovníkov, ktorý sa stali nadbytočnými.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore per gli aiuti a 1 556 lavoratori svedesi collocati in esubero.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Τα χρήματα του Ταμείου Προσαρμογής πρέπει να κατανέμονται, κατά βάση, στους απολυμένους και όχι σε εταιρείες επανένταξης ή μετεκπαίδευσης, διότι έτσι δημιουργούνται εξειδικευμένοι άνεργοι και δεν αντιμετωπίζεται η κατάσταση.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The European Globalisation Adjustment Fund (EGF) funding of EUR 3 957 918 will contribute to the costs of a coordinated package of eligible personalised services, providing assistance for 918 targeted beneficiaries following redundancies in the NUTS level 2 regions of Stockholm (SE11), Östra Mellansverige (SE12), Sydsverige (SE22) and Västsverige (SE23), with the aim of providing assistance in integrating the affected persons into the labour market. The redundancies were caused by major structural changes in world trade patterns due to globalisation.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Svédország 2016. március 31-én nyújtotta be „EGF/2016/002 SE/Ericsson" referenciaszámon az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alapból (EGAA) való pénzügyi hozzájárulás iránti kérelmét. Az intézkedésekben az EGAA-hozzájárulásra jogosult 1556 elbocsátott munkavállaló közül várhatóan 918 fog részt venni. Az informatikai és távközlési ágazatban a növekedés stagnálásával egy időben az ázsiai gyártók által támasztott erősebb versennyel szembesülve az Ericsson csökkentette a távközlési hardverek gyártását és fokozatosan csökkentette a személyzetét Svédországban.

Az érintett régiók esetében a hasonló háttérrel rendelkező idősebb munkavállalók viszonylag nagy csoportját bocsátották el, és e munkavállalók túlnyomó része nem rendelkezik a helyi munkaerőpiacon keresett készségekkel. Az EGAA-ból társfinanszírozott, az elbocsátott munkavállalók számára nyújtott személyre szabott szolgáltatások a következőket foglalják magukban: tanácsadás és karrier-tanácsadás; védett és támogatott foglalkoztatási és rehabilitációs intézkedések; oktatás és képzés; valamint álláskereséshez nyújtott anyagi juttatás. Az 50 éves vagy annál idősebb résztvevők kiemelt figyelmet kapnak a motivációs tréning és a karriertervezés során. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Svédország 2016. március 31-én nyújtotta be „EGF/2016/002 SE/Ericsson" referenciaszámon az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alapból (EGAA) való pénzügyi hozzájárulás iránti kérelmét. Az intézkedésekben az EGAA-hozzájárulásra jogosult 1556 elbocsátott munkavállaló közül várhatóan 918 fog részt venni. Az informatikai és távközlési ágazatban a növekedés stagnálásával egy időben az ázsiai gyártók által támasztott erősebb versennyel szembesülve az Ericsson csökkentette a távközlési hardverek gyártását és fokozatosan csökkentette a személyzetét Svédországban.

Az érintett régiók esetében a hasonló háttérrel rendelkező idősebb munkavállalók viszonylag nagy csoportját bocsátották el, és e munkavállalók túlnyomó része nem rendelkezik a helyi munkaerőpiacon keresett készségekkel. Az EGAA-ból társfinanszírozott, az elbocsátott munkavállalók számára nyújtott személyre szabott szolgáltatások a következőket foglalják magukban: tanácsadás és karrier-tanácsadás; védett és támogatott foglalkoztatási és rehabilitációs intézkedések; oktatás és képzés; valamint álláskereséshez nyújtott anyagi juttatás. Az 50 éves vagy annál idősebb résztvevők kiemelt figyelmet kapnak a motivációs tréning és a karriertervezés során. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la movilización del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización (FEAG) en relación con la solicitud EGF/2016/002 SE/Ericsson, de Suecia. Europa y el mundo se encuentran inmersos en un profundo proceso de globalización que, pese a ser fuente de creación de comercio y riqueza, también puede conllevar riesgos a los que debemos estar muy atentos. Como consecuencia de este proceso, hay sectores que están más expuestos a la competencia internacional, por lo que desde la UE debemos dar respuesta a aquellos ciudadanos que pierden su empleo como consecuencia de la globalización. El FEAG presta apoyo a los trabajadores que pierden su empleo como consecuencia de grandes cambios estructurales en las pautas del comercio mundial, provocados por la globalización o por la crisis económica y financiera mundial.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulla proposta di decisione del Parlamento europeo e del Consiglio per la mobilizzazione di un contributo del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione di 3 957 918 EUR presentata dalla Svezia in relazione agli esuberi della società Ericsson, di cui beneficeranno circa 900 lavoratori.

Le chiusure decise da Ericsson in diverse regioni del paese rappresentano un evento molto grave per la Svezia poiché toccano diversi profili professionali, sia operai che impiegati e ingegneri, giovani e/o in età avanzata, difficili da ricollocare nell'industria tradizionale. I lavoratori pagano dunque ancora una volta il prezzo della crisi del settore e le diverse delocalizzazioni produttive verso la Cina e altri paesi con bassi costi della manodopera.

Il finanziamento del FEG di servizi personalizzati di consulenza professionale e di carriera, misure in materia di lavoro protetto e assistito e di riabilitazione, servizi d'istruzione e formazione e indennità per la ricerca di un impiego è importante e doveroso ma non è sufficiente. L'UE deve andare oltre e affrontare i problemi dell'industria informatica europea in modo complessivo, dotandosi di una strategia precisa ed efficace per il rilancio di un settore fondamentale per il futuro del continente.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die schwedische Wirtschaft leidet unter den Abwanderungstendenzen des IKT-Sektors. Der daraus resultierende Anstieg der Arbeitslosenzahlen kann hier wirksam durch den EGF abgefedert werden.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted against this budgetary (single vote) report. This vote was to approve giving EUR 3 957 918 (60% match funding) for 918 Swedish workers who have been made redundant. This is nothing more than EU dole money. UKIP opposes British taxpayers' money being used to offset poor economic decisions in other countries and by the EU.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor en este informe, puesto que promueve unos fondos destinados a compensar y establecer medidas indemnizatorias en casos de relocalización o cierres de empresas por los cambios estructurales de los mercados a causa de la globalización. Servirán para atender la situación de los trabajadores despedidos, y ayudas a jóvenes sin estudios ni empleo, en este caso en Suecia, para los trabajadores afectados por la deslocalización de la Empresa Ericsson que ha ido trasladando su producción paulatinamente a Asia, dando lugar a una reducción de personal en sus plantas en Suecia.

Se trata de medidas que, de no existir dejarían en peor lugar a los trabajadores afectados. Este tipo de medidas tienen efecto sólo a corto plazo, pero no solucionan el problema a largo plazo, puesto que la cuestión del empleo y las relocalizaciones debieran tener otro enfoque de actuación. Por un lado, Europa necesita un plan de inversión, de un corte sumamente diferente al de Juncker, y otra política de empleo, para actuar en materia laboral. Por otro lado, esa alternativa debiera consistir en invertir en actividades de futuro, especialmente en un cambio de modelo productivo.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie w sprawie wniosku dotyczącego decyzji Parlamentu Europejskiego i Rady w sprawie uruchomienia Europejskiego Funduszu Dostosowania do Globalizacji (wniosek złożony przez Szwecję – EGF/2016/002 SE/Ericsson). Europejski Fundusz Dostosowania do Globalizacji (EFG) utworzono w celu udzielenia dodatkowego wsparcia pracownikom dotkniętym konsekwencjami istotnych zmian w strukturze światowego handlu.

Załamanie w Ericsson było spowodowane zmianą profilu produkcji. Firma odchodzi od produkcji sprzętu komputerowego, a rozwija produkcję związaną z oprogramowaniem. W związku z powyższym wyprowadziła znaczną część produkcji z Europy i przeniosła do Azji. Oczywistym skutkiem tego działania jest znaczące zmniejszenie poziomu zatrudnienia w Europie.

W mojej ocenie należy zatem stworzyć odpowiedzenie instrumenty, które wspomogą rzesze zwolnionych pracowników w odnalezieniu się na aktualnie istniejącym rynku pracy.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Today, I voted for the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund: redundancies in telecom hardware production in Sweden, which relates to 1 556 workers made redundant in Ericsson (Telefonaktiebolaget LM Ericsson). These redundancies are linked to major structural changes in world trade patterns.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported this application for EGF assistance of EUR 3 957 918 for 1 556 workers made redundant at Ericsson resulting from the closure of production lines at various Ericsson sites and the closure of an entire plant in one instance. The Swedish authorities' rationale for the impact of globalisation in this sector is that it has experienced outsourcing to Asia which is seeing the strongest growth in the sector and their ability to provide similar quality at a lower cost. It is notable that a relatively high number of those workers made redundant are older workers who do not have the skills required in their regions' labour markets. The package of personalised measures will include counselling and career guidance, sheltered and supported employment and rehabilitation measures, education and training and job search allowances. It is welcome that there will be a special emphasis placed on participants aged 50 and over in the provision of motivational coaching and career planning. I note that while the income support measures are high at 33.92% of the overall package of personalised measures, I believe it to be justified given the significant number of older workers concerned and the provision of individual support to participants with learning disabilities.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections

Anja Hazekamp (GUE/NGL), *schriftelijk*. – Ik vind dat mensen niet de dupe mogen worden van falend Europees sociaaleconomisch beleid. In dit geval gaat het om het ontslag van 1 556 werknemers van Ericsson in Zweden. Ik vind dit echter een doekje voor het bloeden. Bedrijven, en de lidstaten, zouden zelf met passende steunmaatregelen moeten komen, want nu pompt men gewoon geld van de lidstaten rond. Grote bedrijven zetten hun werknemers na jarenlange trouwe dienst op straat, omdat ze hun productie verplaatsen naar plekken waar ze goedkopere arbeidskrachten kunnen vinden. Ericsson heeft in de afgelopen jaren haar productie naar Azië verplaatst, vooral naar India. Terwijl Ericsson wereldwijd haar personeelswerving verdubbelde, wordt er in Zweedse vestigingen personeel geschrapt. Deze mensonterende praktijken keur ik ten strengste af en met de middelen uit het Europees Fonds zorgen we er ten minste voor dat weggestuurde werknemers niet in de kou komen te staan.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – The European Globalisation Adjustment Fund (EGF) helps workers develop new skills when they have lost their jobs due to changing global trade patterns. In the case of Finland, the EGF would provide EUR 5.3 million out of EUR 8.9 million after the dismissal of 2 161 workers. In the case of Sweden, it would provide EUR 3.9 million out of EUR 6.5 million after the dismissal of 1 556 workers. Though I fully support policies that create growth and jobs, my Group and I do not believe that the EGF is the right tool for putting in place such policies, which is why I have voted against this proposal. By the way, I believe that the euro must be abolished. It leads to dissension and discord in Europe.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Svédország 2016. március 31-én nyújtotta be „EGF/2016/002 SE/Ericsson” referenciaszámon az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alapból (EGAA) való pénzügyi hozzájárulás iránti kérelmét. Az intézkedésekben az EGAA-hozzájárulásra jogosult 1556 elbocsátott munkavállaló közül várhatóan 918 fog részt venni. Az informatikai és távközlési ágazatban a növekedés stagnálásával egy időben az ázsiai gyártók által támasztott erősebb versennyel szembesülve az Ericsson csökkentette a távközlési hardverek gyártását és fokozatosan csökkentette a személyzetét Svédországban.

Az érintett régiók esetében a hasonló háttérrel rendelkező idősebb munkavállalók viszonylag nagy csoportját bocsátották el, és e munkavállalók túlnyomó része nem rendelkezik a helyi munkaerőpiacon keresett készségekkel. Az EGAA-ból társfinanszírozott, az elbocsátott munkavállalók számára nyújtott személyre szabott szolgáltatások a következőket foglalják magukban: tanácsadás és karrier-tanácsadás; védett és támogatott foglalkoztatási és rehabilitációs intézkedések; oktatás és képzés; valamint álláskereséshez nyújtott anyagi juttatás. Az 50 éves vagy annál idősebb résztvevők kiemelt figyelmet kapnak a motivációs tréning és a karriertervezés során. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – The European Globalisation Adjustment Fund's main role is to provide assistance to workers suffering from the consequences of major structural changes in world trade patterns. The report includes a decision to mobilise the European Globalisation Adjustment Fund in Sweden, mainly in the regions of Stockholm and Östra Mellansverige. I voted in favour of this report.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Izvješće o prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji (zahtjev koji je podnijela Švedska – EGF/2016/002 SE/Ericsson) jer smatram da je potrebno pomoći otpuštenim radnicima Ericssona, posebno iz razloga jer je riječ o relativno velikoj skupini starijih radnika u području Stockholma, Östra Mellansverigea, Sydsverigea i Västsverigea. Predviđa da će mjerama biti obuhvaćeno 918 od 1556 otpuštenih radnika koji ispunjavaju uvjete za doprinos iz EGF-a (Europskog Fonda za prilagodbu globalizaciji). Komisija naglašava da su uvjeti iz članka 4. stavka 1. točke (a) Uredbe o EGF-u ispunjeni i da Švedska u skladu s tom Uredbom ima pravo na financijski doprinos u iznosu od 3 957 918 EUR, što iznosi 60 % ukupnog troška od 6 596 531 EUR, što će omogućiti povratak na tržište rada za, već spomenutih, 918 ciljanih korisnika.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Le choix de l'entreprise Ericsson de délocaliser en Asie et de participer à la concurrence mondiale folle est évidemment la cause de ces licenciements. Encore une fois, s'il est louable de venir en aide à ces travailleurs sacrifiés, on ne peut ignorer la responsabilité de la politique européenne dans son soutien à l'ultra-mondialisme et le refus d'un protectionnisme intelligent.

J'ai voté en faveur de ce texte.

Diane James (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this budgetary (single vote) report. This vote was to approve giving EUR 3 957 918 (60% match funding) for 918 Swedish workers who have been made redundant. This is nothing more than EU dole money. UKIP opposes British taxpayer's money being used to offset poor economic decisions in other countries and by the EU.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Esteban González Pons relatif à la mobilisation du fond européen d'ajustement à la mondialisation. Le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation, créé en 2006, aide les personnes ayant perdu leur emploi. Ce fonds débloquera une enveloppe d'un peu plus de trois millions en faveur des 1556 salariés licenciés. Ce montant servira à financer des formations, des services de conseils et d'accompagnement pour favoriser le retour à l'emploi de ces travailleurs licenciés.

Je me réjouis que ce rapport ait été adopté à une large majorité.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à mobiliser le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation pour des salariés licenciés de l'entreprise Ericsson en Suède. Ce fonds a été créé pour aider ceux qui se trouvent impactés par certaines conséquences néfastes de la mondialisation, en finançant par exemple de nouvelles formations.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung. Die Arbeiter von Ericsson sind unverschuldet in die Arbeitslosigkeit geschlittert, sodass, um sie wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen notwendig sind.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of mobilisation of the fund, as I support giving assistance to reintegrate workers in the labour market made redundant due to major structural changes in world trade patterns, due to globalisation and the economic crisis.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Svédország 2016. március 31-én nyújtotta be „EGF/2016/002 SE/Ericsson" referenciaszámon az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alapból (EGAA) való pénzügyi hozzájárulás iránti kérelmét. Az intézkedésekben az EGAA-hozzájárulásra jogosult 1556 elbocsátott munkavállaló közül várhatóan 918 fog részt venni. Az informatikai és távközlési ágazatban a növekedés stagnálásával egy időben az ázsiai gyártók által támasztott erősebb versennyel szembesülve az Ericsson csökkentette a távközlési hardverek gyártását és fokozatosan csökkentette a személyzetét Svédországban.

Az érintett régiók esetében a hasonló háttérrel rendelkező idősebb munkavállalók viszonylag nagy csoportját bocsátották el, és e munkavállalók túlnyomó része nem rendelkezik a helyi munkaerőpiacon keresett készségekkel. Az EGAA-ból társfinanszírozott, az elbocsátott munkavállalók számára nyújtott személyre szabott szolgáltatások a következőket foglalják magukban: tanácsadás és karrier-tanácsadás; védett és támogatott foglalkoztatási és rehabilitációs intézkedések; oktatás és képzés; valamint álláskereséshez nyújtott anyagi juttatás. Az 50 éves vagy annál idősebb résztvevők kiemelt figyelmet kapnak a motivációs tréning és a karriertervezés során. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – The European Globalisation Adjustment Fund (EGF) aims to provide support for workers made redundant and self-employed persons whose activity has ceased as a result of major structural changes in world trade patterns. In this regard, the main aim of the fund is to help people who have lost their jobs to reintegrate into the labour market. In light of this, the EU should mobilise the fund to support Sweden's submitted application EGF/2016/002 SE/Ericsson for a financial contribution from the EGF, following redundancies in the economic sector classified under the NACE Revision 2 Division 26 (manufacture of computer, electronic and optical products). In this case, 918 redundant workers eligible for the EGF contribution will have new opportunities to reintegrate into the labour market.

It is important to emphasise efforts undertaken by Swedish authorities to break traditional gender barriers, including encouraging male beneficiaries to find jobs in the health sector. Furthermore, we should welcome the Swedish authorities' efforts to provide a personalised package of training programmes and coaching that will enable most of the redundant employees to find high-quality new jobs. I supported mobilisation of the fund because the Swedish authorities have implemented all necessary measures to activate and receive the EGF.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Come tutti noi sappiamo, i grandi cambiamenti strutturali del commercio mondiale e la crisi economica si ripercuotono sui lavoratori e il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) gioca un ruolo di primo piano in tale contesto. La Svezia ha presentato domanda per un contributo finanziario a valere sul FEG per sostenere il reinserimento nel mercato del lavoro di 918 lavoratori in esubero presso Telefonaktiebolaget LM Ericsson. In considerazione del fatto che la domanda di assistenza soddisfa i criteri di ammissibilità stabiliti dal regolamento FEG, ho deciso di votare favorevolmente la relazione, che offre un aiuto concreto a questi lavoratori in difficoltà.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la mobilisation du fonds d'ajustement à la mondialisation à hauteur de 4 millions d'euros pour la réintégration sur le marché du travail de 1500 travailleurs licenciés par Ericsson en Suède, à la suite de la concurrence des pays émergents dans le domaine de la production de matériel de télécommunication.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation concernant la demande EGF/2016/002 SE/Ericsson. Il s'agit d'une demande de la Suède en vue de solliciter une aide du Fonds d'ajustement à la mondialisation à hauteur de 4 millions d'euros pour faire face à plus de 1500 licenciements survenus dans son secteur téléphonique en vue de leur réintégration sur le marché du travail.

En effet, l'entreprise Ericsson a surtout supprimé des postes dans son secteur de la production de matériel de télécommunication pour délocaliser directement ou indirectement cette activité en Asie (surtout en Inde) afin de réduire ses coûts et faire face à une concurrence mondiale toujours accrue.

S'il faut voter ces aides aux travailleurs licenciés, ceci ne doit pas occulter la responsabilité des politiques de l'UE semant le libre-échange et la concurrence mondiale déloyale poussés par un refus irrationnel de tout protectionnisme intelligent.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – La Suède a fait ici une demande de sollicitation de mobilisation du fonds européen d'ajustement à la mondialisation. Elle demande 4 millions d'Euros pour pallier le licenciement de 1500 salariés du secteur téléphonique. La société Ericsson a en effet délocalisé une partie de sa production en Asie (surtout en Inde), où le coût du travail est largement moindre.

J'ai bien sûr voté en faveur de cette aide, même si elle n'est qu'un pâle remède aux effets dévastateurs de la mondialisation, dont elle ne s'attaque pas aux causes.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe porque da luz verde a la movilización del FEAG para la re-integración en el mercado laboral de los 918 trabajadores, despedidos por Ericsson en Suecia.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Suecia solicitó una ayuda del FEAG tras el despido de 1 556 trabajadores de Ericsson. Aunque las ayudas europeas no garantizan la continuidad del empleo en un sector muy expuesto a la competencia internacional, sí que suponen una mejora en la situación de los trabajadores despedidos, por lo que he votado a favor.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Nesouhlasím, aby se Švédsku posílaly 4 miliony EUR na sociální pomoc v důsledku propouštění zaměstnanců ve firmě Ericsson. Nesouhlasím s existencí Fondu na přizpůsobování se globalizaci, považuji ho za nesmyslný, peníze mají zůstávat v kapsách lidí místo, aby je přerozdělovala EU. Speciální pomoc některým pracovníkům je nespravedlivá.

Monica Macovei (ECR), *în scris*. – De la Nokia Cluj la Combinatul Sidex- Mittal Steel de la Galați, și România a fost lovită de concedieri masive, consecință fie a crizelor economice internaționale, fie a unui management iresponsabil al companiilor naționale sau multinaționale.

Fondul european pentru ajustare la globalizare (FEAG) ajută muncitorii să își depășească astfel de crize prin finanțarea unor programe de recalificare.

Finlanda este una dintre țările care a solicitat acces la acest fond. Peste 2 000 de lucrători ai Microsoft au fost trimiși în șomaj ca urmare a scăderii cererii pe piață pentru telefoanele produse de compania americană. Banii ar putea ajuta 1 441 de lucrători să se reorienteze pe piața muncii. Pentru programele de reconversie profesională ar urma să se cheltuiască aproximativ 9 milioane de euro, din care puțin peste 5 milioane ar trebui acoperiți de FEAG.

Pe de altă parte, confruntată cu o situație similară, și Suedia a solicitat acces la acest fond. În țara scandinavă, compania Ericsson a disponibilizat peste 1 500 de muncitori.

Măsurile de reabilitare profesională prevăzute de Suedia presupun o cheltuială de peste 6 milioane de euro, aproape 4 milioane urmând a fi vărsați de FEAG.

Susțin cu toată tăria măsurile care conduc la crearea de noi locuri de muncă și la adaptarea industriilor la exigențele actuale.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Europski fond za prilagodbu globalizaciji stvoren je s ciljem kako bi se osigurala dodatna pomoć radnicima koji pate od posljedica velikih strukturnih promjena u svjetskoj trgovini. U rujnu ove godine Komisija je usvojila prijedlog o odluci mobilizacije EFG-a za pomoć Švedskoj u reintegraciji radnika na tržište rada, otpuštenih kao višak u poduzeću Telefonaktiebolaget LM Ericsson.

Ovo je osmi zahtjev podnesen za poduzeća u sektoru proizvodnje računala te elektroničkih i optičkih proizvoda, odnosi se na mobilizaciju u ukupnom iznosu od 3 957 918 EUR iz EGF-a za Švedsku, a riječ je o 918 radnika koji su postali višak. Većina rasta kompanije danas se temelji na razvoju softvera, a najveći dio rasta u ovom sektoru događa se u Aziji, gdje Ericsson širi svoje aktivnosti. Ovom financijskom pomoći provode se personalizirane usluge koje se pružaju radnicima u procesu njihova zbrinjavanja, a sastoje se od mjera savjetovanja i profesionalnog usmjeravanja, subvencioniranog zapošljavanja, obrazovanja i osposobljavanja i pomoći kod aktivnog traženja posla.

Budući da je u skladu s odredbama Uredbe EFG-a Komisija zaključila da su ispunjeni uvjeti za ovu financijsku pomoć, podržala sam ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – I voted for the suggestion to mobilise the European Globalisation Adjustment Fund to assist Sweden in respect of redundancies in the telecommunications sector.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Švédska spoločnosť Ericsson v dôsledku rastúcej konkurencie ázijských výrobcov už dvadsať rokov znižuje objem výroby telekomunikačného hardvéru. To sa odrazilo v znižovaní stavu zamestnancov, kde došlo k prepusteniu 1 551 ľudí. Švédsko požiadalo o poskytnutie pomoci z fondu vo výške 3 957 918 EUR. Žiadosť je v súlade s podmienkami a pravidlami Európskeho fondu na prispôsobenie sa globalizácii. Suma je určená na prijatie opatrení na znovuzaradenie sa do pracovného procesu pre 918 prepustených zamestnancov.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την κινητοποίηση του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση (αίτηση που υπέβαλε η Σουηδία), διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport.

Il s'agit d'apporter à la Suède une aide financière d'un montant de 4 millions d'euros pour qu'elle puisse faire face aux conséquences de plus de 1500 licenciements survenus dans le secteur téléphonique. L'objectif est d'utiliser ce fond au profit des personnes licenciées, en vue de leur réintégration sur le marché du travail.

En effet, la Suède est victime de la mondialisation car l'entreprise Ericsson a supprimé des postes dans son secteur de production de matériel de télécommunication. Ces suppressions avaient pour objectif (afin de réduire ses coûts) de délocaliser, directement ou indirectement, cette activité en Asie.

Encore une fois, le rapport ne souligne pas la responsabilité des politiques de l'UE semant le libre-échange et la concurrence déloyale, et poussant ainsi les grandes entreprises à de telles actions. Malgré ces réserves, nous ne nous opposons pas à l'aide aux salariés licenciés: les vraies victimes de ces politiques.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – Regarding the Report on the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund, I voted in favour as it emphasises that citizens will have access to a personalised package of training programmes and coaching that will allow them to find new high-quality jobs. On the other hand, the report also focuses on recognising that skills and competences gained throughout a worker's professional career are of great importance to improve the employability of all workers. With that being said, I believe that many workers will benefit from the list of favourable aspects listed throughout the report.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Auch hier geht es um die Unterstützung von Arbeitnehmern, welche durch die Globalisierung entlassen wurden. Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung soll die entlassenen Arbeitnehmer in Schweden finanziell unterstützen. Der Telefonaktiebolaget (AG in Schweden) musste Arbeitnehmer entlassen. Die finanzielle Unterstützung dieser Arbeitnehmer ist mir ein Anliegen.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu EP pranešimui, kuriuo siūloma skirti EGF lėšų, siekiant padėti Švedijai remti darbuotojų, atleistų iš įmonės „Telefonaktiebolaget LM Ericsson" grįžimą į darbo rinką.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La firme d'origine suédoise, Ericsson, licencie plus de 1 500 de ses travailleurs dans le pays et bientôt plus en Europe. Dans le même temps, elle a doublé ses recrutements au niveau mondial. Ce rapport justifie les délocalisations d'un des leaders mondiaux des télécommunications qui serait «confronté simultanément à la stagnation de la croissance et à un durcissement de la concurrence avec les producteurs asiatiques».

Il s'agit plus exactement des effets de la délocalisation des sites de production de firmes européennes et américaines vers l'Asie et de l'alliance suédo-japonaise Sony Ericsson, 5ème constructeur mondial de téléphones. Aucune interrogation n'est proposée sur l'absence totale de protectionnisme aux frontières européennes qui a provoqué ces pertes d'emplois et de technologies depuis maintenant une dizaine d'années.

Les pays scandinaves étaient pourtant à la pointe des télécoms grâce à des employés hautement qualifiées qui pourront maintenant difficilement retrouver un emploi dans un secteur-niche en pleine débandade.

L'État suédois accuse le coup et prend l'engagement de réembaucher une partie de ces travailleurs. En définitive, ce «fonds européen d'ajustement à la mondialisation» remplit bien son rôle d'«aide à la délocalisation». Je m'abstiens néanmoins pour ne pas priver les travailleurs concernés de cette aide.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'une demande de la Suède en vue de bénéficier d'une aide du Fonds d'ajustement à la mondialisation à hauteur de 4 millions d'euros pour faire face à plus de 1500 licenciements survenus dans le secteur téléphonique en vue de leur réintégration sur le marché du travail. J'ai voté pour ces aides aux travailleurs licenciés mais celles-ci ne doivent pas occulter la responsabilité des politiques de l'UE.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A UE é um espaço de solidariedade e nela se enquadra o Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização. Estes apoios são fundamentais para o auxílio aos desempregados e às vítimas das deslocalizações que se verificam num contexto globalizado. É cada vez maior o número de empresas que se deslocalizam, aproveitando os reduzidos preços do fator trabalho, que são praticados em vários países, nomeadamente na China e na Índia, com efeitos nocivos para os países que respeitam os direitos dos trabalhadores. O FEG destina-se a ajudar os trabalhadores vítimas da deslocalização de empresas e é fundamental para facilitar o acesso a um novo emprego. O FEG já foi no passado utilizado por outros países da UE, cabendo agora dar esse auxílio à Suécia que apresentou a candidatura EFG/2016/002 SE/Ericsson a uma contribuição financeira do FEG, na sequência de despedimentos no setor de atividade económica classificada na Divisão 26 da NACE Rev. 2 (Fabricação de equipamentos informáticos, equipamentos para comunicação, produtos eletrónicos e óticos) principalmente nas regiões de nível 2 da NUTS de Estocolmo (SE11), Östra Mellansverige (SE12), Sydsverige (SE22) e Västsverige (SE23), e que se prevê que 918 dos 1 556 trabalhadores despedidos elegíveis para a contribuição do FEG participem nas medidas. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – The European Globalisation Adjustment Fund (EGF) is one of the tools at the European Union's disposal to provide additional assistance to workers negatively impacted by major structural changes in world trade patterns. The Commission approved this specific application as it met the conditions for mobilising the EGF to support the local economy. I therefore voted in favour of this report to alleviate the situation of 918 people.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Je soutiens la mobilisation du Fond européen d'ajustement à la mondialisation à la Suède, à hauteur d'un montant de 3 957 918 EUR, en vue d'aider 918 travailleurs à réintégrer le marché du travail. Il me semble indispensable de venir en aide aux travailleurs, de leur assurer des emplois stables et durables sur le long terme, et de les accompagner dans leur réinsertion sur le marché du travail.

Le 31 mars dernier, la Suède a présenté une demande d'intervention du FEM en ce qui concerne des licenciements survenus chez Ericsson. Cette société suédoise a été amenée à réduire progressivement le nombre de ses salariés en Suède, passant de 21 178 travailleurs en 2005 à 17 858 en 2014, ce qui représente près d'un cinquième de ses effectifs. Ces licenciements sont directement liés aux modifications majeures de la structure du commerce international résultant de la mondialisation.

Pour rester compétitif sur le long terme face aux fabricants asiatiques et assurer sa position dominante dans les services et la technologie, cet ancien pionnier de la téléphonie a dû changer de stratégie. Dans un monde en perpétuelle mutation, il est indispensable d'aider les travailleurs à leur réinsertion sur le marché du travail.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which proposes a contribution for Sweden amounts to EUR 3 957 918, in order to help find new jobs for 918 workers made redundant by Ericsson in a climate of stagnating growth and increasingly tough competition from Asian producers. These redundancies were due to the partial or complete closure of wireless telecom hardware production lines at various Ericsson sites (Borås, Karlskrona, Kista/Stockholm, Kumla, Linköping and Gothenburg) in Sweden, and the closure of an entire plant in the city of Katrineholm. The European Union Solidarity Fund (EUSF) was set up to respond to major natural disasters and express European solidarity to disaster-stricken regions within Europe.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap azért jött létre, hogy kiegészítő támogatást nyújtson a világkereskedelemben bekövetkezett főbb strukturális változások következményei által sújtott munkavállalóknak. Svédország 2016. március 31-én kérelmet nyújtott be a Bizottságnak az alap igénybevételére a svédországi Telefonaktiebolaget LM Ericsson vállalattól elbocsátott munkavállalók munkaerőpiacra történő újbóli beilleszkedésének segítése érdekében. Az intézkedések 918 elbocsátott munkavállalót érintenek.

Az elbocsátott munkavállalóknak a kérelem szerint négyféle, személyre szabott szolgáltatást kívánnak nyújtani, úgymint i. részletes elemzésből és személyre szabott tervezésből, útmutatásból, tanácsadásból és motivációs tréningből, illetve karriertervezésből álló tanácsadás és karriertanácsadás, ii. védett és támogatott foglalkoztatási és rehabilitációs intézkedések, iii. oktatás és képzés, iv. munkakereséshez nyújtott anyagi juttatás. A Bizottság megállapította, hogy a kérelem esetében teljesülnek az alapból nyújtott pénzügyi hozzájárulás feltételei, továbbá, hogy a tervezett intézkedések a támogatható tevékenységek közé tartozó aktív munkaerőpiaci intézkedéseknek minősülnek, ezért határozati javaslatot nyújtott be a Parlamentnek és a Tanácsnak az alapból 3 957 918 EUR Svédország javára történő igénybevételére kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában. A javaslatot támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'une demande de la Suède en vue de solliciter une aide du Fonds d'ajustement à la mondialisation à hauteur de 4 millions d'euros pour faire face à plus de 1 500 licenciements survenus dans son secteur téléphonique en vue de leur réintégration sur le marché du travail. En effet, l'entreprise Ericsson a surtout supprimé des postes dans son secteur de la production de matériel de télécommunication pour délocaliser directement ou indirectement cette activité en Asie (surtout en Inde) afin de réduire ses coûts et de faire face à une concurrence mondiale toujours accrue. S'il faut voter ces aides aux travailleurs licenciés, ceci ne doit pas occulter la responsabilité des politiques de l'Union semant le libre-échange et la concurrence mondiale déloyale poussés par un refus irrationnel de tout protectionnisme intelligent.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O FEG foi criado com o propósito de dar apoio complementar aos trabalhadores atingidos pelos efeitos de mudanças estruturais importantes nos padrões do comércio mundial.

No caso em apreço, a Comissão adotou uma proposta de decisão sobre a mobilização do FEG a favor da Suécia, para apoiar a reintegração no mercado de trabalho de trabalhadores despedidos na Telefonaktiebolaget LM Ericsson, da NACE Revisão 2, divisão 26 (Fabricação de equipamentos informáticos, equipamentos para comunicação, produtos eletrónicos e óticos).

Subscrevo a importância de melhorar a empregabilidade de todos os trabalhadores despedidos por meio de formações adaptadas e do reconhecimento das qualificações e competências adquiridas ao longo da carreira profissional, assim como é vital que a formação proposta seja adaptada não só às necessidades dos trabalhadores despedidos mas também ao ambiente real das empresas.

Defendo a mobilização deste fundo para a reintegração dos trabalhadores.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – De même que pour la demande de la Finlande, il s'agit cette fois-ci d'une demande de la Suède en vue de solliciter une aide du Fonds d'ajustement à la mondialisation à hauteur de 4 millions d'euros pour faire face à plus de 1500 licenciements survenus dans son secteur téléphonique en vue de leur réintégration sur le marché du travail.

En effet, l'entreprise Ericsson a surtout supprimer des postes dans son secteur de la production de matériel de télécommunication pour délocaliser directement ou indirectement cette activité en Asie (surtout en Inde) afin de réduire ses coûts et faire face à une concurrence mondiale toujours accrue.

S'il faut voter ces aides aux travailleurs licenciés, ceci ne doit pas occulter la responsabilité des politiques de l'UE semant le libre-échange et la concurrence mondiale déloyale poussés par un refus irrationnel de tout protectionnisme intelligent.

J'ai donc voté pour ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation pour l'entreprise Ericsson en Suède. Le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation intervient pour soutenir les salariés licenciés en raison de modifications majeures de la structure du commerce mondial résultant de la mondialisation, en raison de la persistance de la crise financière et économique mondiale, ou en raison d'une nouvelle crise financière et économique mondiale. En l'espèce le montant du FEM mobilisé s'élève à 3 957 918 euros pour 1556 salariés licenciés.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mobilisation, demandée par la Suède, pour l'entreprise Ericsson. Lorsque des emplois sont en danger, que les mutations économiques nécessitent la reconversion ou l'aide à la formation des employés d'entreprises en difficulté, je me réjouis de l'aide financière que peut apporter l'Union européenne. La lutte contre le chômage est la priorité de l'Union européenne; malheureusement, la situation actuelle sur le marché du travail et les conséquences de la crise économique de 2008 continuent de toucher l'emploi en Europe. Tous les outils dont nous disposons doivent être utilisés pour sauvegarder les emplois dans nos petites et grandes entreprises.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Il 5 settembre 2016 la Commissione ha adottato una proposta di decisione sulla mobilitazione del FEG in favore della Svezia per sostenere il reinserimento nel mercato del lavoro di lavoratori collocati in esubero presso Telefonaktiebolaget LM Ericsson, attiva nella divisione 26 della NACE Revisione 2 (Fabbricazione di computer e prodotti di elettronica e ottica). La domanda in esame riguarda 918 lavoratori collocati in esubero. Ho votato a favore del provvedimento per permettere l'utilizzo del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione, istituito appositamente per fornire un sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze della globalizzazione.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alapnak köszönhetően az EU képes felvenni a munkanélküliséggel való harcot. Kihasználásnak több módját is figyelemmel követtük már. Ennek a jelentésnek az elfogadásával a svédországi Ericcson és dolgozói támogatása mellett döntöttünk. A cég ugyanis készen áll új munkaerő alkalmazására, de a szakképzettséggel szembeni elvárások mára megváltoztak. Éppen ezért jelent nagy segítséget az Alkalmazkodási Alap, amely többek között az átképzésen való részvételt is lehetővé teszi. Így az elbocsátottak újra képesek lesznek elhelyezkedni a svéd munkaerőpiacon, de akár eredeti cégüknél is. Jó hírt jelent ez az elbocsátással fenyegetettek számára is, akik a képzésnek köszönhetően megtarthatják munkahelyeiket.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – On 5 September 2016, Sweden's proposal for a decision on the mobilisation of the EGF was adopted by the Commission in order to support the reintegration in the labour market of workers made redundant at Telefonaktiebolaget LM Ericsson.

I voted for this report that will mobilise a total amount of EUR 3 957 918 from the EGF for Sweden and that will help 918 workers made redundant.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. — Финансовата подкрепа, предоставена от Европейския фонд за приспособяване към глобализацията, трябва да бъде предоставена на европейските работници, работещи в сферата на информационните и комуникационни технологии (ИКТ), за да се избегне рискът, те да станат структурно безработни в резултат на безотговорното либерализиране на вътрешния европейски пазар.

През последните години тенденцията в сектора на ИКТ засилено клони към доминация на азиатските производители, както и изпълнители, поради ниската цена на фактори на производството в този регион, като например работната ръка. Шведската фирма Ериксон, за да запази своята конкурентоспособност, последва тази тенденция, закривайки работни места в Швеция, за сметка на отварянето на нови такива в Азия. Всичко това остави квалифицирани работници в ситуация на структурна безработица, тъй като техните умения не се търсят вече на местния шведски пазар.

В този контекст съм убеден, че ако искаме, що се отнася до областта на ИКТ, ЕС да се развива и да няма структурна безработица, трябва да помогнем чрез Европейския фонд за приспособяване към глобализацията на работници като тези, които до скоро работеха в Ериксон.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Die Europäische Union verfügt mit dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung über ein Haushaltsinstrument, welches die von den weitreichenden globalen Strukturveränderungen des Welthandelsgefüges betroffenen Arbeitnehmer finanziell unterstützt. Dieser Fonds setzt genau dort an, wo es die Gesellschaft am meisten braucht, aus diesem Grund habe ich mich für diesen Bericht ausgesprochen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Maailmakaubanduses toimunud muudatuste tõttu oli Ericsson sunnitud koondama palju töötajaid. Meetme eesmärk on toetada nende tagasipöördumist tööturule hariduse ja koolituste ning kutsenõustamise ja tööotsingutoetuse kaudu.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την παροχή υποστήριξης από το Ευρωπαϊκό Ταμείο Προσαρμογής προς τη Σουηδία και με σκοπό την επανένταξη στην αγορά εργασίας των εργαζομένων που απολύθηκαν από την TELEFONAKTIEBOLAGET LM Ericsson, διότι έκρινα ότι η αίτηση της χώρας πληροί τους όρους για τη χορήγηση χρηματοδοτικής συνεισφοράς από το Ευρωπαϊκό Ταμείο Προσαρμογής. Οι Σουηδικές αρχές εξάλλου έχουν παράσχει όλες τις αναγκαίες διαβεβαιώσεις που ζητήθηκαν. Με τα κονδύλια αυτά, οι εργαζόμενοι που απολύθηκαν θα αποκτήσουν πρόσβαση σε εξατομικευμένες υπηρεσίες όπως α) παροχή συμβουλών και επαγγελματικός προγραμματισμός με βάση διεξοδική αξιολόγηση και εξατομικευμένο προγραμματισμό, παροχή συμβουλών για καθοδήγηση και παροχή κινήτρων, β) προστατευόμενη και υποστηριζόμενη απασχόληση και μέτρα αποκατάστασης, γ) εκπαίδευση και κατάρτιση και δ) επίδομα αναζήτησης εργασίας, ούτως ώστε, με αυτή την βοήθεια που θα τους δοθεί, να καταφέρουν να επανενταχθούν στην αγορά εργασίας.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this budgetary (single vote) report. This vote was to approve giving EUR 3 957 918 (60% match funding) for 918 Swedish workers who have been made redundant. This is nothing more than EU dole money. UKIP opposes British taxpayer's money being used to offset poor economic decisions in other countries and by the EU.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Considerando quelli che possono essere gli effetti della globalizzazione che si sono manifestati in Svezia, ritengo necessaria una risposta solidale da parte dell'Unione mediante la mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione. Le istituzioni hanno predisposto appositamente l'utilizzo di tali strumenti per sostenere e riparare i lavoratori da quelle che possiamo considerare come conseguenze negative della globalizzazione.

Pertanto, ho votato a favore.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam prijedlog Komisije za mobilizacijom europskog fonda za prilagodbu globalizaciji prema zahtjevu EGF/2016/002 SE/Ericsson. Suočen s jakom konkurencijom azijskih zemalja, Ericsson je bio prisiljen smanjiti proizvodnju hardvera te se preorijentirati na proizvodnju i razvoj softvera. Ta tranzicija je nažalost rezultirala tehnološkim viškom od 1 556 radnika za tvrtku Ericsson. Dodatni problem s kojima se susreću ti radnici je i nedostatak kompetencija kako bi bili konkurentni na tržištu rada.

Bivši radnici Ericssona, iako im nedostaju potrebne vještine, pokazuju visok afinitet prema IT sektoru, te upravo zbog toga smatram da je sredstvima europskog fonda za prilagodbu globalizaciji potrebno pomoći tim radnicima kako bi stekli potrebne kvalifikacije i lakše pronašli novi posao.

Ulaganjem u njihov razvoj ulažemo i u razvoj IT sektora Europske unije koji se suočava s jakom konkurencijom i potrebna mu je snažna potpora kako bi se mogao nositi sa sve većim izazovima.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – De même que pour la demande de la Finlande, il s'agit cette fois-ci d'une demande de la Suède en vue de solliciter une aide du Fonds d'ajustement à la mondialisation à hauteur de 4 millions d'euros pour faire face à plus de 1500 licenciements survenus dans son secteur téléphonique en vue de leur réintégration sur le marché du travail.

En effet, l'entreprise Ericsson a surtout supprimé des postes dans son secteur de la production de matériel de télécommunication pour délocaliser directement ou indirectement cette activité en Asie (surtout en Inde) afin de réduire ses coûts et faire face à une concurrence mondiale toujours accrue.

S'il faut voter ces aides aux travailleurs licenciés, ceci ne doit pas occulter la responsabilité des politiques de l'UE semant le libre-échange et la concurrence mondiale déloyale, poussés par un refus irrationnel de tout protectionnisme intelligent. En soutien aux travailleurs victimes de l'UE, je vote pour cette aide.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Švedska je podnijela zahtjev za financijski doprinos iz EGF-a nakon otpuštanja radnika u Ericssonu (Telefonaktiebolaget LM Ericsson) u Švedskoj. Komisija je donijela prijedlog odluke o mobilizaciji EGF-a u korist Švedske radi pružanja potpore ponovnom uključivanju na tržište rada otpuštenih radnika poduzeća Ericsson. Zahtjev se odnosi na 918 radnika koji su proglašeni viškom. Stoga bi trebalo mobilizirati EGF kako bi se za zahtjev koji je podnijela Švedska osigurao financijski doprinos u iznosu od 3 957 918 EUR. Svrha Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji (EGF) pružanje je potpore radnicima koji su proglašeni viškom i samozaposlenim osobama koje su prestale sa svojom djelatnošću zbog velikih strukturnih promjena u tokovima svjetske trgovine uzrokovanih globalizacijom, zbog nastavka svjetske financijske i gospodarske krize ili zbog nove svjetske i gospodarske krize te pomaganje tim radnicima da se ponovno uključe na tržište rada. Upravo iz tih razloga podržavam i ovaj, šesti zahtjev za mobilizaciju EGF-a u 2016. godini.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Este pedido, feito pela Suécia, diz respeito a 1 556 trabalhadores despedidos, todos funcionários da Ericsson, devido ao encerramento da sua unidade de produção de hardware para comunicação sem fio. São 5 as regiões mais afetadas: Estocolmo e Östra Mellansverige, Sydsverige e Västsverige. A maioria dos despedimentos ocorreu na zona de Kista (762 trabalhadores).

A Ericsson deslocou a maior parte da sua produção e desenvolvimento de hardware para a Ásia (a maior parte para a Índia), passando de 56 000 empregados em 2005 para mais de 118 000 em 2014 globalmente. O que quer dizer que, enquanto duplicava o recrutamento mundial, tem vindo gradualmente a reduzi-lo na Suécia (21 178 em 2005 para 17 858 em 2014).

Em 2012, a companhia sueca vendeu a totalidade do seu desenvolvimento de telemóveis e produção à sua concorrente Sony.

Eis o capitalismo predador e explorador no seu melhor.

Sem prejuízo de aspetos positivos, a resolução não reconhece nem aponta o problema de fundo. Pelo contrário, assume implicitamente a defesa do neoliberalismo – causador das deslocalizações, através da sua larga dominância à escala global – ao dizer compreender as razões da Ericsson.

É justo e necessário o apoio aos trabalhadores despedidos. Mas, acima de tudo, é necessário acabar com as políticas que estão na origem destes despedimentos.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Hlasoval jsem pro zprávu o uvolnění prostředků z Evropského fondu pro přizpůsobení se globalizaci v případě Švédska a podniku Ericsson, protože jen v průběhu šesti měsíců došlo v této společnosti k propuštění přes 1 500 pracovníků. Jelikož snížení personálních stavů představovalo jen konečný důsledek stagnujícího růstu a strategie firmy koncertovat většinu své hardwarové produkce do Asie s daleko levnější pracovní silou, splňuje tento případ, a to i dle Evropské komise, podmínky stanovené pro získání podpory z globalizačního fondu. Celkový trend poklesu hardwarové produkce zanechává všechny švédské regiony s poměrně velkými skupinami starších občanů s podobným portfoliem vzdělání a zkušeností, kteří jsou nuceni si hledat nové zaměstnání. Podpořil jsem proto uvolnění téměř 4 milionů EUR k tomu, aby byla těmto znevýhodněným skupinám do roku 2018 poskytnuta pomoc kupříkladu ve formě individuálního plánování, kurzů, navázání komunikace s novými zaměstnavateli či v podobě stáže. Podpořil jsem také, aby byly zmíněné podpůrné aktivity v souladu s dalším vývojem hospodářství fungujícího na principu udržitelnosti. Je nesmírně důležité, aby bylo dosaženo co nejvyššího zapojení místních úřadů, které mají co nejhlubší znalost trhu práce a jeho problémů na regionální a lokální úrovni. Postižené oblasti se totiž zároveň musí vyrovnávat i s integrací značného počtu nově příchozích migrantů.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Reputo necessario, al fine di fornire un sostegno supplementare ai lavoratori svedesi che risentono delle conseguenze della crisi economica e finanziaria globale, che il Parlamento approvi questa proposta. Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione si pone l'obiettivo di offrire sostegno ai lavoratori collocati in esubero e ai lavoratori autonomi la cui attività sia cessata in conseguenza di trasformazioni rilevanti della struttura del commercio mondiale dovute alla globalizzazione. Si tratta di uno strumento molto importante in grado di fornire un aiuto concreto a chi si trova in difficoltà. Ho votato a favore di questa proposta di decisione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Szwecja ubiega się o wsparcie z EFG po zwolnieniu 1 556 pracowników w przedsiębiorstwie Ericsson. Główną przyczyną zwolnień w przedsiębiorstwie Ericsson jest częściowe lub całkowite zamknięcie linii produkcyjnych bezprzewodowego sprzętu telekomunikacyjnego w różnych zakładach Ericsson w Szwecji.

Środki współfinansowane za pomocą EFG pomogą 918 pracownikom przez zapewnienie im doradztwa i wskazówek zawodowych, środków zatrudnienia chronionego i wspieranego oraz rehabilitacji, zasiłków edukacyjnych, szkoleniowych i dla osób poszukujących pracy. Całkowity szacowany koszt pakietu wyniesie 6,5 mln EUR, z czego EFG dostarczy 3,9 mln EUR.

Popieram działania mające na celu wprowadzanie polityk sprzyjających wzrostowi i zatrudnieniu. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Le Fonds européen d'ajustement à la Mondialisation (FEM), créé en 2006, vient en aide aux personnes ayant perdu leur emploi à la suite de changements structurels survenus dans le commerce international, à l'image de délocalisations ou de fermetures d'entreprises. Dans ce cas précis, j'ai voté pour l'octroi d'une aide demandée par la Suède en faveur de 1556 anciens salariés de l'entreprise Ericsson.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização foi criado com o intuito de garantir apoio complementar aos trabalhadores atingidos pelos efeitos de mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial.

Desde que foi criado, o Fundo tem permitido que milhares de recém-desempregados acedam a serviços profissionais de aconselhamento para a reintegração no mercado de trabalho, constituindo outrossim um apoio à criação de negócios próprios e de novas oportunidades de educação e de formação.

Na sequência de um despedimento de 918 trabalhadores da empresa Telefonaktiebolaget LM Ericsson, foi apresentada a candidatura ao Fundo, em março de 2016. A Comissão apurou que a candidatura vai ao encontro das disposições aplicáveis do Regulamento do Fundo de Ajustamento à Globalização e que, *in casu*, a mobilização do fundo se cifra no montante de 3 957 918 €.

O presente relatório defende a insofismável importância do FEG, enquanto instrumento de emergência para colmatar o flagelo do desemprego, no contexto da hodierna economia social de mercado. Por conseguinte, o meu voto é favorável.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this budgetary (single vote) report. This vote was to approve giving EUR 3 957 918 (60% match funding) for 918 Swedish workers who have been made redundant. This is nothing more than EU dole money. UKIP opposes British taxpayer's money being used to offset poor economic decisions in other countries and by the EU.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente por considerar imperativo sermos solidários para com os trabalhadores que perderam os seus empregos por ocasião de despedimentos em larga escala, devido a importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial decorrentes da globalização ou de crises.

Este relatório diz respeito ao despedimento de 918 trabalhadores por parte da empresa Telefonaktiebolaget LM Ericsson, que opera na «Fabricação de equipamentos informáticos, equipamentos para comunicação, produtos eletrónicos e óticos» e sobre a qual a Comissão adotou uma proposta de decisão relativa à mobilização do Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização a favor da Suécia, a fim de apoiar a reintegração no mercado de trabalho.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la movilización de 3 957 918 euros del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización destinados a la reintegración en el mercado laboral de los 918 trabajadores, despedidos por Ericsson en Suecia. Estos fondos irán destinados a cofinanciar servicios personalizados para los trabajadores despedidos como asesoramiento y orientación profesional; empleo protegido y asistido y medidas de rehabilitación; educación y formación; y asignaciones para la búsqueda de empleo. Además, se prestará especial atención a los participantes de 50 años o más en la oferta de motivación y planificación profesional.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'intervention du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation pour venir en aide aux 1244 travailleurs suédois ayant perdus leur emploi au sein du plusieurs sites de production d'Ericsson en Suède. Il est important que l'Union européenne puisse soutenir financièrement ces travailleurs à retrouver un emploi et étoffer leurs compétences.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą. Susidūrusi su sunkumais ir stipria Azijos gamintojų konkurencija, įmonė „Ericsson" sumažino telekomo aparatinės įrangos gamybą. Dėl to Švedijoje buvo atleista 1 556 darbuotojai. Pabrėžtina, jog dėl to, kad didelė panašaus išsilavinimo ir patirties vyresnio amžiaus darbuotojų grupė atleidžiama iš darbo tuo pačiu metu, po atleidimo buvę darbuotojai sunkiai susiras darbą, nes neturi vietinei darbo rinkai tinkamų įgūdžių. Padėti netekusiems darbo bus skirta 3 957 918 EUR suma.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Atentas as mudanças estruturais relevantes que ocorreram nos últimos anos nos padrões do comércio mundial, sobretudo no sector das tecnologias de informação e comunicação, grande parte da produção está a expandir as suas operações para a Ásia e a reduzir o número de efetivos na Europa.

Atenta essa circunstância, são várias as empresas europeias que têm sido obrigadas a efetuar despedimentos coletivos nestes sectores. É também esse o caso da empresa sueca Telefonaktiebolaget LM Ericsson, que opera na divisão da fabricação de equipamentos informáticos, para comunicação, produtos eletrónicos e óticos, e que se viu na contingência de despedir 918 trabalhadores, fruto da deslocalização da área de desenvolvimento de software para a Ásia.

Após exame da Comissão Europeia à candidatura efetuada pela Suécia, verificou-se estarem reunidas as condições regulamentares necessárias à mobilização do FEAG, num valor total de 3 957 918 €, para apoiar medidas a favor dos trabalhadores de aconselhamento e orientação profissional, educação, formação e atribuição de subsídios para a procura ativa de emprego, pelo que considerei não existirem razões para obstar à sua aprovação.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Con questa relazione, per la quale ho votato a favore, il Parlamento europeo ha approvato la mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione richiesta dalla Svezia. Il caso in questione riguarda l'esubero di 918 lavoratori per il quale la Svezia ha chiesto 3 957 918 euro e grazie all'approvazione del Parlamento europeo tali fondi saranno stanziati il prima possibile.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor en este informe, puesto que promueve unos fondos destinados a compensar y establecer medidas indemnizatorias en casos de relocalización o cierres de empresas por los cambios estructurales de los mercados a causa de la globalización. Servirán para atender la situación de los trabajadores despedidos, y ayudas a jóvenes sin estudios ni empleo, en este caso en Suecia, para los trabajadores afectados por la deslocalización de la Empresa Ericsson que ha ido trasladando su producción paulatinamente a Asia, dando lugar a una reducción de personal en sus plantas en Suecia.

Se trata de medidas que, de no existir dejarían en peor lugar a los trabajadores afectados. Este tipo de medidas tienen efecto sólo a corto plazo, pero no solucionan el problema a largo plazo, puesto que la cuestión del empleo y las relocalizaciones debieran tener otro enfoque de actuación. Por un lado, Europa necesita un plan de inversión, de un corte sumamente diferente al de Juncker, y otra política de empleo, para actuar en materia laboral. Por otro lado, esa alternativa debiera consistir en invertir en actividades de futuro, especialmente en un cambio de modelo productivo.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Suecia solicitó una ayuda del FEAG tras el despido de 1 556 trabajadores de Ericsson. Aunque las ayudas europeas no garantizan la continuidad del empleo en un sector muy expuesto a la competencia internacional, sí que suponen una mejora en la situación de los trabajadores despedidos, por lo que he votado a favor.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – O Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização tem como principal função apoiar as pessoas que, devido a grandes mudanças estruturais ocorridas ao nível do comércio internacional consequência da globalização ou mesmo devido a algum tipo de crise macroeconómica e financeira, perderam os seus empregos.

Votei favoravelmente esta aplicação do Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização, a fim de apoiar os trabalhadores que foram despedidos pela empresa Telefonaktiebolaget LM Ericsson.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as the UK does not receive this funding.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today, I voted for the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund: redundancies in telecom hardware production in Sweden which relates to 1556 workers made redundant in Ericsson (Telefonaktiebolaget LM Ericsson). These redundancies are linked to major structural changes in world trade patterns due to globalisation.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Plne podporujem opatrenia, ktoré majú za cieľ nastaviť politiky podporujúce hospodársky rast a vznik nových pracovných miest. Európsky fond na prispôsobenie sa globalizácii však nepovažujem za správny a efektívny nástroj na vytváranie týchto politík. Preto som hlasoval v súlade s pozíciou ECR proti tomuto uzneseniu.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Dôležitým nástrojom na riešenie vplyvov štrukturálnych zmien v usporiadaní svetového obchodu je aj Európsky fond na prispôsobenie sa globalizácii. Dlhodobo sa osvedčuje ako mechanizmus podpory pracovníkov, ktorí stratili prácu kvôli krachu ich zamestnávateľa a zároveň sa nachádzajú v menej rozvinutom regióne, kde sú príležitosti na zamestnanie vzácne. Bez práce sa ocitli aj zamestnanci spoločnosti Ericson na niekoľkých miestach v Švédsku. S uvoľnením prostriedkov z globalizačného fondu som súhlasila, pretože situácia, v ktorej sa títo bývalí zamestnanci ocitli, spĺňa podmienky na čerpanie z globalizačného fondu. Hlavným dôvodom ich prepustenia je podľa švédskych odborov zmena orientácie spoločnosti Ericson. Podľa dostupných informácií Ericson v Európe stále najíma, ale len ľudí s odlišnými zručnosťami, ako tie, ktorými disponujú prepustení pracovníci. Zamestnanci so zručnosťami v oblasti výroby a vývoja hardvéru už nie sú pre túto spoločnosť zaujímaví, a preto došlo k ich prepusteniu pre nadbytočnosť. Dnes sa už spoločnosť orientuje na vývoj softvéru. Švédsku by sa tak mali poskytnúť takmer 4 milióny - EUR, ktoré sa majú využiť na pomoc 918 pracovníkom, ktorí sa stali nadbytočnými. Dúfam, že personalizované služby na preškolenie, na ktoré budú mať nárok, im pomôžu rýchlo sa zaradiť späť do pracovného procesu.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Sklad za prilagoditev globalizaciji razpolaga z letnim proračunom v znesku 150 milijonov evrov in zagotavlja pomoč v primerih, ko je odpuščenih več kot 500 delavcev v enem podjetju v enem sektorju in v eni regiji kot posledica velikih strukturnih sprememb v svetovni trgovini. Pomoč se odraža v iskanju zaposlitve, kariernem svetovanju, izobraževanju, prekvalifikacijah, mobilnosti in podobno.

5. septembra 2016 je Evropska komisija sprejela predlog za aktivacijo sredstev sklada za prilagoditev globalizaciji v zvezi z delavci, ki so bili odpuščeni v povezavi s podjetjem Telefonaktiebolaget LM Ericsson na Švedskem.

Sindikat Unionen je ob tem podal izjavo, da podjetje Ericsson še naprej zaposluje drugod po Evropi, vendar delavce s povsem drugačnimi znanji in izkušnjami. Zaposlitev za delavce, ki delajo na področju strojne opreme, tako v tem podjetju skorajda ni več, saj se rast na tem področju odvija v Aziji. Pomoč sklada bi v tem primeru obsegala štiri različne aktivnosti (karierno svetovanje, podporno zaposlovanje, izobraževanje, in denarno podporo iskalcem zaposlitve). Sklad bo zagotovil približno eno tretjino sredstev.

Gre za zelo podobno situacijo kot v finskem primeru, kjer gre tudi za sektor mobilne telefonije. Menim, da je potrebno v takih primerih odpuščenim delavcem ponuditi podporo pri vrnitvi na trg dela, zato sem poročilo podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – V Európe čelíme odchodu priemyslu a prepúšťaniu kvalifikovaných pracovníkov. Dlhodobým cieľom Komisie a Európskeho parlamentu je tento trend zastaviť a vytvoriť také podmienky, aby sa výroba s vyššou pridanou hodnotou do Európskej únie vracala. Pre ľudí, ktorí boli prepustení zo spoločnosti Ericsson vo Švédsku, ponúkame rekvalifikačné programy podporené z Európskeho fondu na prispôsobenie sa globalizácii. Je škoda, že Slovensko o pomoc z tohto fondu v obdobných prípadoch nepožiadalo.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (Antrag Schwedens – EGF/2016/002 SE/Ericsson) habe ich nicht zugestimmt.

Wir entscheiden laufend über Subventionen aus diesem Fonds. Der EGF verfügt im Zeitraum 2014-2020 über ein maximales Jahresbudget von 150 Millionen Euro. Ich lehne diesen Fonds grundsätzlich als Verschwendung von Geld der Steuerzahler ab. Der Fonds subventioniert Unterstützungsmaßnahmen, wenn sich ein Unternehmen mit seinem Geschäftsmodell im Wettbewerb nicht behaupten konnte. Der Fonds bedeutet zudem eine Überschreitung von Kompetenzen der EU. Es ist absurd, solche Rettungsmaßnahmen bei Wettbewerbsunfähigkeit von Einzelunternehmungen oder Branchen auf EU-Ebene anstatt auf nationaler Ebene zu beschließen. Das ist mindestens ein Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip und zudem ein Verstoß gegen wirtschaftspolitische Lehren. Der Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung gehört geschlossen und umgehend abgewickelt.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Europski fond za prilagodbu globalizaciji (EGF) stvoren je kako bi se osigurala dodatna pomoć radnicima koji su izravno pogođeni posljedicama velikih strukturnih promjena u svjetskoj trgovini uzoraka. Švedska je 31. ožujka 2016. podnijela zahtjev EGF/2016/002 SE/Ericsson za financijski doprinos iz EGF-a nakon otpuštanja u poduzeću Ericsson u Švedskoj.

Nakon ocjenjivanja zahtjeva Komisija je u skladu sa svim primjenjivim odredbama Uredbe donijela zaključak da su ispunjeni uvjeti za dodjelu financijskog doprinosa iz EGF-a.

Događaji koji su uzrok navedenih otpuštanja potpuna su i djelomična zatvaranja proizvodnih linija telekomunikacijske opreme u raznim Ericssonovim objektima, te potpuno zatvaranje tvornice u gradu Katrineholm. Zahtjev se odnosi na 1 556 otpuštenih radnika poduzeća Ericsson.

Podržavam prijedlog ove rezolucije jer smatram da bi potpora radnicima koji su postali višak mogla imati važnu ulogu u revitalizaciji industrije ako se u dovoljnoj mjeri podrže njihovo daljnje obrazovanje i osposobljavanje, te izgledi za zapošljavanje.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi sredstev Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji za vlogo, ki jo je podala Švedska –Ericsson.

Od 1556 odpuščenih delavcev, jih je 918 upravičenih do prispevka iz Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji. Spopadanje z negativnimi učinki globalizacije pri podjetju Ericsson traja že dve desetletji, saj ob stagnaciji rasti in hkrati močnejši konkurenci azijskih proizvajalcev zmanjšuje proizvodnjo telekomunikacijske opreme.

Ker vloga izpolnjuje vsa merila za dodelitev sredstev iz Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji, sem podprla poročilo.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Τα χρήματα του Ταμείου Προσαρμογής πρέπει να κατανέμονται, κατά βάση, στους απολυμένους και όχι σε εταιρείες επανένταξης ή μετεκπαίδευσης διότι έτσι δημιουργούνται εξειδικευμένοι άνεργοι και δεν αντιμετωπίζεται η κατάσταση.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – W branży informatycznej i telekomunikacyjnej dominują producenci z Azji, do których przenoszona jest produkcja. Z takiego rozwiązania skorzystał również Ericsson, który stopniowo ogranicza liczbę pracowników w Szwecji (z 21 178 w 2005 r. do 17 858 w 2014 r.), ale za to bardzo rozrasta się na świecie (z 56 055 w 2005 r. do 118 055 w 2014 r.).

Europejski Fundusz Dostosowania do Globalizacji (EFG) utworzono w celu udzielenia dodatkowego wsparcia pracownikom dotkniętym konsekwencjami istotnych zmian w strukturze światowego handlu. Wniosek złożony w tym roku przez Szwecję dotyczy prawie tysiąca osób zwolnionych z przedsiębiorstwa Ericsson (Telefonaktiebolaget LM Ericsson).

Ericsson wciąż zatrudnia pracowników w Europie, ale są to wyłącznie osoby o zupełnie innych kwalifikacjach niż uprzednio zwolnieni pracownicy, którzy posiadali umiejętności w zakresie produkcji i rozwoju sprzętu komputerowego. Obecnie głównym źródłem wzrostu przedsiębiorstwa jest bowiem rozwój oprogramowania.

Dlatego konieczne jest uruchomienie unijnej pomocy na rzecz przekwalifikowania zwolnionych w Szwecji pracowników.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Äänestin mietintöehdotuksen puolesta. Ericssonin tilanne muistuttaa Suomen tapausta Microsoftin kohdalla, jossa IT-sektorin rajun rakennemuutoksen seurauksena EU:n tuki irtisanomisista ja työttömyydestä kärsiville alueille on tervetullut.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – This report is about approving the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund (EGF) in Sweden, mainly in the regions of Stockholm and Östra Mellansverige. The European Globalisation Adjustment Fund is a legislative and budgetary instrument to provide additional support to workers suffering from the consequences of major structural changes in world trade patterns or of the global financial and economic crisis, and to assist their reintegration into the labour market. The application relates to 1 556 redundancies at the enterprise Telefonaktiebolaget LM Ericsson in Sweden operating in the economic sector, during the period 11 September 2015 to 11 January 2016. The EGF funding of EUR 3 957 918 will contribute to the costs of a coordinated package of eligible personalised services, providing assistance for 918 targeted beneficiaries following redundancies in the NUTS level 2 regions of Stockholm (SE11), Östra Mellansverige (SE12), Sydsverige (SE22) and Västsverige (SE23), with the aim of providing assistance in integrating the affected persons into the labour market. The redundancies were caused by major structural changes in world trade patterns due to globalisation. I support this report as I believe that the 1 556 redundancies at Ericsson are eligible to receive aid.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Il est normal que nous fassions preuve de solidarité. Le 5 septembre 2016, la Commission a adopté une proposition de décision relative à la mobilisation du FEM en faveur de la Suède afin de soutenir la réinsertion sur le marché du travail de travailleurs licenciés de Telefonaktiebolaget LM Ericsson, qui exerce ses activités dans le secteur économique relevant de la division 26 (Fabrication de produits informatiques, électroniques et optiques) de la NACE Rév. 2 principalement dans les régions de niveau NUTS(4) 2 de Stockholm (SE11), d'Östra Mellansverige (SE12), de Sydsverige (SE22) et de Västsverige (SE23).

Il s'agit de la huitième demande examinée dans le cadre du budget 2016 et de la quinzième concernant le secteur de la fabrication de produits informatiques, électroniques et optiques; elle porte sur la mobilisation d'un montant total de 3 957 918 EUR du FEM en faveur de la Suède. Elle concerne 918 travailleurs licenciés.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – Similar to the case of Finland and Nokia, Sweden's Ericsson too faces similar challenges with the shifting of global software development from Europe to the rapidly growing sector in Asia. I voted in favour of the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund intended to compensate for Sweden's decline in its software production market share. The funds will be allocated to workers who have been made redundant, for the purpose of counselling and career guidance, employment rehabilitation, education and training as well as job search allowances. I believe that with these funds, the redundant workers in Sweden concerned will be able to reintegrate successfully into the labour market.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Glasovala sam protiv zahtjeva za mobilizaciju Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji koji je podnijela Švedska zbog otpuštanja radnika tvrtke Ericsson. Kao što se navodi u samom prijedlogu Komisije, razlog otpuštanja radnika je premještanje koncentracije većine objekata za proizvodnju i razvoj u Aziju, gdje se uz manje troškove može postići jednaka kvaliteta.

Očigledno je da predložene mjere neće pomoći pri oporavku švedskog gospodarstva niti zadržati proizvodnju u državama članicama Europske unije. Kako bi se to ostvarilo, potrebno je stvoriti povoljne uvjete za zadržavanje i privlačenje velikih proizvođača u Europskoj uniji, što se može ostvariti smanjenjem birokracije i snižavanjem poreza.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog uporabe sredstev Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji: vloga EGF/2016/002 SE/Ericsson sem podprla.

Komisija je 5. septembra 2016 sprejela predlog sklepa o uporabi sredstev ESPG v korist Švedske, da bi podprla ponovno vključevanje delavcev, ki so postali presežni v podjetju Telefonaktiebolaget LM Ericsson, ki posluje v sektorjih, razvrščenih v oddelku 26 NACE Revizija 2 (Proizvodnja računalnikov, elektronskih in optičnih izdelkov).

Podjetje Ericsson v Evropi še vedno zaposluje, vendar le osebe s povsem drugačnimi znanji in spretnostmi, delavci z znanjem v proizvodnji strojne opreme in razvoju na splošno niso ponovno zaposleni v podjetju.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor en este informe, puesto que promueve unos fondos destinados a compensar y establecer medidas indemnizatorias en casos de relocalización o cierres de empresas por los cambios estructurales de los mercados a causa de la globalización. Servirán para atender la situación de los trabajadores despedidos, y ayudas a jóvenes sin estudios ni empleo, en este caso en Suecia, para los trabajadores afectados por la deslocalización de la Empresa Ericsson que ha ido trasladando su producción paulatinamente a Asia, dando lugar a una reducción de personal en sus plantas en Suecia.

Se trata de medidas que, de no existir dejarían en peor lugar a los trabajadores afectados. Este tipo de medidas tienen efecto sólo a corto plazo, pero no solucionan el problema a largo plazo, puesto que la cuestión del empleo y las relocalizaciones debieran tener otro enfoque de actuación. Por un lado, Europa necesita un plan de inversión, de un corte sumamente diferente al de Juncker, y otra política de empleo, para actuar en materia laboral. Por otro lado, esa alternativa debiera consistir en invertir en actividades de futuro, especialmente en un cambio de modelo productivo.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'une demande de la Suède en vue de solliciter une aide du Fonds d'ajustement à la mondialisation à hauteur de 4 millions d'euros pour faire face à plus de 1500 licenciements survenus dans son secteur téléphonique en vue de leur réintégration sur le marché du travail.

En effet, l'entreprise Ericsson a supprimé des postes dans son secteur de la production de matériel de télécommunication pour délocaliser directement ou indirectement cette activité en Asie (surtout en Inde) afin de réduire ses coûts et faire face à une concurrence mondiale toujours accrue.

S'il faut voter ces aides aux travailleurs licenciés, ceci ne doit pas occulter la responsabilité des politiques de l'UE et la concurrence mondiale déloyale poussés par un refus irrationnel de tout protectionnisme intelligent.

Je vote pour.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Europejski Fundusz Dostosowania do Globalizacji jest instrumentem pozwalającym niwelować negatywne skutki masowych zwolnień, które są reperkusjami globalnych zmian na rynku pracy i w handlu. Szwecja ubiega się o wsparcie z funduszu po zwolnieniu 1 556 pracowników w przedsiębiorstwie Ericsson. Główną przyczyną zwolnień jest częściowe lub całkowite zamknięcie linii produkcyjnych bezprzewodowego sprzętu telekomunikacyjnego w różnych zakładach na terenie całej Szwecji. Środki współfinansowane za pomocą EFG zapewnią 918 pracownikom doradztwo, środki zatrudnienia chronionego i wspieranego, a także zasiłki edukacyjne, szkoleniowe dla osób poszukujących pracy.

Polityki, które sprzyjają wzrostowi i zatrudnieniu, zasługują na poparcie. Zasadniczo jestem jednak sceptyczny co do tego, czy mechanizm Europejskiego Funduszu Dostosowania do Globalizacji rzeczywiście jest narzędziem, które może efektywnie pomóc zwalnianym pracownikom w integracji na rynku pracy. Uważam, że każda sytuacja wymaga indywidualnej i ostrożnej oceny. Uruchomienie środków z funduszu w tej konkretnej sprawie jest moim zdaniem uzasadnione, dlatego w głosowaniu poparłem tę rezolucję.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A javaslat elfogadása zöld jelzést ad az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap alkalmazására Svédország több régiójában. A Telefonaktiebolaget LM Ericsson 1.556 főt érintő elbocsátási hullámának kezelésére, és a munkanélküliek munkaerőpiaci integrációjára 3.957.918 eurót biztosítana az alap. A jelentést megszavaztam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor en este informe, puesto que promueve unos fondos destinados a compensar y establecer medidas indemnizatorias en casos de relocalización o cierres de empresas por los cambios estructurales de los mercados a causa de la globalización. Servirán para atender la situación de los trabajadores despedidos, y ayudas a jóvenes sin estudios ni empleo, en este caso en Suecia, para los trabajadores afectados por la deslocalización de la Empresa Ericsson que ha ido trasladando su producción paulatinamente a Asia, dando lugar a una reducción de personal en sus plantas en Suecia.

Se trata de medidas que, de no existir dejarían en peor lugar a los trabajadores afectados. Este tipo de medidas tienen efecto sólo a corto plazo, pero no solucionan el problema a largo plazo, puesto que la cuestión del empleo y las relocalizaciones debieran tener otro enfoque de actuación. Por un lado, Europa necesita un plan de inversión, de un corte sumamente diferente al de Juncker, y otra política de empleo, para actuar en materia laboral. Por otro lado, esa alternativa debiera consistir en invertir en actividades de futuro, especialmente en un cambio de modelo productivo.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favor de la Movilización del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización para la solicitud de solicitud de Finlandia (Microsoft) y la solicitud de Suecia (Ericsson) porque estoy de acuerdo con el uso de los fondos para ambos casos.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Daugelis atleistų vadovaujančių darbuotojų yra inžinieriai, kai kurie jų yra specializavęsi tik „Ericsson“ būdingose unikaliose srityse, tačiau džiaugiuosi Švedijos valstybinės užimtumo tarnybos pasitikėjimu, kad prie individualių poreikių pritaikytų mokymo programų paketas ir konsultuojamasis ugdymas padės daugeliui šių atleistų darbuotojų rasti naujų kokybiškų darbo vietų.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – El Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización (FEAG) fue introducido en 2007 como un instrumento flexible mediante el que el presupuesto de la Unión presta apoyo, bajo condiciones específicas, a aquellos trabajadores que han perdido su empleo como consecuencia de grandes cambios estructurales en las pautas del comercio mundial, provocados por la globalización o por la crisis económica y financiera extendida a nivel global. Mediante este informe, el Parlamento Europeo apoya la propuesta de la Comisión consistente en conceder a Suecia 3,9 millones de euros del FEAG para ayudar a que 918 ex empleados de varias plantas de producción de Ericsson encuentren nuevos trabajos. Bajo la firme convicción de que el compromiso de la Unión con los ciudadanos en situación de desempleo debe materializarse en acciones concretas, he apoyado con mi voto esta decisión.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Suecia solicitó una ayuda del FEAG tras el despido de 1 556 trabajadores de Ericsson. Aunque las ayudas europeas no garantizan la continuidad del empleo en un sector muy expuesto a la competencia internacional, sí que suponen una mejora en la situación de los trabajadores despedidos, por lo que he votado a favor.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Op 31 maart 2016 heeft Zweden een aanvraag ingediend om een beroep te doen op het EFG naar aanleiding van ontslagen bij Ericsson (Telefonaktiebolaget LM Ericsson) in Zweden. De middelen die ze vragen uit het EFG is 3 957 918 EUR, waarmee 918 individuele begunstigden zullen worden geholpen bij hun terugkeer naar de arbeidsmarkt. Ik stemde in met dit verslag.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Ericsson a licencié 1 244 travailleurs suédois entre septembre 2015 et janvier 2016.

Et l'entreprise vient d'annoncer le licenciement de 3000 à 4000 travailleurs supplémentaires en Suède une fois encore.

Parallèlement, depuis plusieurs années, l'entreprise recrute à bas coût dans les pays asiatiques.

Tout va d'ailleurs bien pour la multinationale: son bénéfice net est de 1,6 milliard d'euros en 2015 et les dividendes versés aux actionnaires sont en constante augmentation (+23% entre 2013 et 2016) en dépit de la «terrible» situation d'Ericsson que nous dépeignent les médias spécialisés.

À l'évidence, Ericsson n'est pas en faillite et les licenciements en cours répondent juste à une logique de délocalisation des emplois vers l'Asie.

Ericsson a les moyens de financer les conséquences sociales de ses politiques. Il suffirait de verser un peu moins de dividendes. Ce n'est pas au budget européen de financer «ces politiques d'ajustement à la mondialisation» même si c'est le nom de ce fonds car, pour moi, cela encourage, de fait les délocalisations.

J'ai donc voté contre ce rapport.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este pedido feito diz respeito a 1 556 trabalhadores despedidos, todos funcionários da Ericsson na Suécia, devido ao encerramento da sua unidade de produção de hardware para comunicação sem fio. São 5 as regiões mais afetadas: Estocolmo, Östra Mellansverige, Sydsverige e Västsverige, e com a maioria dos despedimentos na zona de Kista (762 trabalhadores despedidos).

A empresa Ericsson deslocou a maior parte da sua produção e desenvolvimento de hardware para a Ásia (a maior parte para a Índia), passando de 56 000 empregados em 2005 para mais de 118 000 em 2014 globalmente. O que quer dizer que, enquanto duplicava o recrutamento mundial, tem vindo gradualmente a reduzi-lo na Suécia (21 178 em 2005 para 17 858 em 2014).

Esta situação é intolerável e merece o nosso total repúdio. O nosso voto favorável decorre do respeito e compreensão da situação difícil dos trabalhadores afetados. A nossa luta é contra este capitalismo beduíno, exigindo medidas firmes contra estas práticas.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung wurde eingerichtet, um Arbeitnehmer, die unter den Folgen weitreichender Strukturveränderungen im Welthandelsgefüge im Zuge der Globalisierung leiden, zu unterstützen. Konkret geht es in diesem Vorschlag um die Inanspruchnahme dieses Fonds zugunsten von Arbeitnehmern in Schweden, die beim Telefonaktiebolaget LM Ericsson entlassen wurden. Ich halte diese Maßnahmen für sinnvoll und habe daher dem Bericht zugestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – This is an instrument which successive UK governments either chose not to use, but which could have in the past supported British communities. It is an important expression of common European solidarity.

Far from the false Euro-sceptic myth that 'the EU pays to close factories', these funds help workers retrain and stops communities from being torn apart.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – El Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización ha sido creado con el fin de proporcionar ayuda adicional a los trabajadores que sufren las consecuencias de cambios estructurales importantes en los patrones del comercio mundial.

Esta solicitud concierne a 918 de 1 556 trabajadores despedidos en el periodo del 11 de septiembre de 2015 al 11 de enero de 2016.

Ericsson opera principalmente en los sectores económicos de fabricación de productos informáticos, electrónicos y ópticos y de programación, consultoría y otras actividades relacionadas con la informática. Los despidos realizados por Ericsson se encuentran principalmente en las regiones de Estocolmo y Östra Mellansverige, en Sydsverige y Västsverige.

El informe señala que Ericsson sufre un estancamiento del crecimiento y de competencia con los productores asiáticos. Se pide a la Comisión que detalle, en futuras propuestas, los sectores en los que los trabajadores son propensos a encontrar un empleo y si la oferta de formación se alinea con las futuras perspectivas económicas y las necesidades del mercado.

Mi voto es a favor de este informe, ya que hay que proteger las zonas más afectadas por la reindustrialización para salir hacia adelante y poder ir adaptándonos a las nuevas necesidades económicas.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – A marzo la Svezia ha presentato una domanda di mobilitazione del FEG in relazione ai collocamenti in esubero presso la società Ericsson. Gli eventi all'origine dei poco meno di mille esuberi sono la chiusura parziale o totale delle linee di produzione di *hardware* per le telecomunicazioni senza fili in vari siti di Ericsson in Svezia, nonché la chiusura di un intero stabilimento a Katrineholm.

Dovendo affrontare contemporaneamente una crescita stagnante e una concorrenza più serrata con i produttori asiatici, Ericsson ha gradualmente ridotto la produzione di *hardware* per le telecomunicazioni in un processo iniziato oramai quasi vent'anni or sono. Nel 2012 la società ha inoltre venduto l'intera linea di sviluppo e produzione di telefonia mobile alla concorrente Sony, che ha deciso di concentrare le proprie linee di produzione principalmente in Asia.

Il contributo finanziario richiesto a norma del FEG per questa proposta è di poco inferiore ai 4 milioni di euro. Sono generalmente favorevole alla mobilitazione di questo Fondo, pur essendo consapevole del fatto che non si tratta probabilmente dello strumento che meglio può aiutare i lavoratori in esubero, ma in mancanza di valide alternative ritengo comunque che esso debba essere sostenuto; per questa ragione, ho espresso il mio voto favorevole.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De PVV stemde tegen de beschikbaarstelling van deze middelen. Aan de eisen die het Europees Fonds stelt (ontslagen moeten voortkomen uit de wereldwijde crisis en veroorzaakt worden door globalisatie) wordt niet voldaan.

Het fonds faciliteert alleen maar, met de toewijzing van 6,958 mln. EUR, een internationaal opererend bedrijf als Ericsson bij het schrappen van werkgelegenheid in een lidstaat van de Europese Unie. Dit is opnieuw aangetoond nu Ericsson heeft aangekondigd alle productie in Zweden te stoppen en nog eens 3 000 mensen te ontslaan. Ongetwijfeld zal ook daarvoor weer een subsidieaanvraag worden ingediend.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Rovnako ako v prípade žiadosti Fínska pre spoločnosť Microsoft, ani v prípade žiadosti Švédska o mobilizáciu Fondu na prispôsobenie sa globalizácií som správe nedala svoj hlas. Spoločnosť Ericsson prepustila 1 556 zamestnancov a Švédsko s pomocou požadovaných 3,9 milióna UER z Fondu na prispôsobenie sa globalizácií chce týmto prepusteným zamestnancom pomôcť získať buď nové zamestnanie, alebo pomôcť začať s podnikaním. Plánovanými nástrojmi sú najmä vzdelávacie kurzy, školenia, kariérne vedenie, či príspevky na hľadanie zamestnania. Myslím si však, že v súvislosti s fondom na prispôsobenie sa globalizácií neexistujú dostatočné údaje, ktoré by preukazovali jeho pridanú hodnotu. Všetky dostupné údaje hovoria o tom, že miera opätovnej zamestnanosti prepustených pracovníkov sa v rôznych krajinách veľmi líši a, samozrejme, ich úspešné opätovné zamestnanie závisí skôr od ich vzdelania, zručností a od možností daného regiónu ako od školení poskytnutých s pomocou tohto fondu. Z tohto dôvodu si myslím, že existenciu fondu ako takého by bolo treba vyhodnotiť omnoho dôkladnejšie, ako to bolo doteraz, a až na základe takého hodnotenia sa rozhodnúť, či sa tieto financie nedajú využiť lepším a efektívnejším spôsobom, ktorý by prepusteným zamestnancom nielen pomohol, ale zároveň by sa nevzťahoval iba na veľké spoločnosti, ale pomáhal by aj zamestnancom malých a stredných podnikov.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Sklep o uporabi sredstev Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji (ESPG), s katerim se bo omogočila finančna pomoč odpuščenim delavcem iz podjetja Ericsson na Švedskem.

Pomoč, ki bo sofinancirana iz ESPG, obsega: svetovanje in poklicno usmerjanje; zaščiteno in podporno zaposlitev ter rehabilitacijske ukrepe, izobraževanje in usposabljanje ter nadomestilo za iskanje zaposlitve.

8.5. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Giorgos Grammatikakis (A8-0279/2016 - António Marinho e Pinto)

Written explanations of vote

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il procuratore aggiunto presso la Corte suprema della Repubblica ellenica ha chiesto la revoca dell'immunità parlamentare dell'on. Giorgos Grammatikakis in relazione al perseguimento di un presunto reato. Visto che l'azione penale non riguarda opinioni o voti espressi nell'esercizio delle funzioni di deputato al Parlamento europeo, ho votato a favore per porre termine a questo lungo procedimento giudiziario.

Tim Aker, Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — The Greek authorities are proposing to prosecute Giorgos Grammatikakis, in conjunction with others, for failing to comply with certain legal obligations. The proposed proceedings concern a discussion held on 8 March 1996 on the possibility of concluding a new private collective insurance policy – in addition to the compulsory insurance policy – for all employees of the University of Crete and allegedly unlawful payments being made in successive instalments over the period 2000-2002. A previous proceeding on the same case covered the period from 2000 onwards and resulted in the acquittal of all the accused. UKIP would vote to waive the immunity of Giorgos Grammatikakis, as requested by Giorgos Grammatikakis himself in order to put an end to this long judicial process.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Si bien la solicitud de suspensión de la inmunidad parlamentaria del eurodiputado Giorgos Grammatikakis ha sido solicitada por las autoridades judiciales griegas por unos hechos que sucedieron en el año 1996, cuando era rector de la Universidad de Creta, la naturaleza de los mismos, en los que existe una acusación de pagos ilegales por parte de la universidad a seguros privados, me ha hecho votar a favor del suplicatorio de suspensión de la inmunidad de este eurodiputado para que el procedimiento judicial pueda seguir su curso en Grecia.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée de l'immunité de M. Grammatikakis.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Monsieur Giorgos Grammatikakis, député grec appartenant au groupe S&D, demande lui-même que son immunité soit levée. J'ai donc voté pour.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This vote is not a roll-call vote, and therefore in the interests of democracy and transparency I would like to confirm that I voted in favour of this resolution. I note that Mr Grammatikakis also is content with this decision.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération, comme le préconisait la commission au fond.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už prašymą atšaukti Giorgoso Grammatikakiso (Giorgos Grammatikakis) imunitetą. Graikijos Respublikos Aukščiausiojo Teismo prokuroro pavaduotojas perdavė prašymą atšaukti Giorgoso Grammatikakiso imunitetą, kuris susijęs su Retimno prokuroro ketinamu inicijuoti procesu dėl piktnaudžiavimo pasitikėjimu einant savo pareigas – nusikalstamos veikos, bendrininkaujant vykdytos su kitais asmenimis Retimne (Kreta) 2000-2002 m. Kadangi procesas, kurį ketinama inicijuoti, yra akivaizdžiai nesusijęs su Giorgoso Grammatikakiso, kaip Europos Parlamento nario, statusu, nes yra susijęs su jo ankstesnėmis – Kretos universiteto senato rektoriaus – pareigomis, todėl pritariu Giorgoso Grammatikakiso imuniteto atšaukimui, kaip to prašė ir pats Giorgos Grammatikakis, siekdamas užbaigti šį ilgą teisminį procesą.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – The Greek authorities are proposing to prosecute Giorgos Grammatikakis, in conjunction with others, for failing to comply with certain legal obligations. The proposed proceedings concern a discussion held on 8 March 1996 on the possibility of concluding a new private collective insurance policy – in addition to the compulsory insurance policy – for all employees of the University of Crete and allegedly unlawful payments being made in successive instalments over the period 2000-2002. A previous proceeding on the same case covered the period from 2000 onwards and resulted in the acquittal of all the accused. UKIP would vote to waive the immunity of Giorgos Grammatikakis, as requested by Giorgos Grammatikakis himself, in order to put an end to this long judicial process.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Giorgos Grammatikakis a demandé lui-même la levée de son immunité afin de mettre un terme à ce long processus judiciaire, motivé par des paiements illégaux qu'il aurait effectués il y a vingt ans quand il était recteur du conseil de l'université de Crète.

En outre, rien n'indique que l'intention sous-jacente à la poursuite envisagée est de nuire politiquement au député européen concerné. Je suis donc favorable à la levée de son immunité parlementaire.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée d'immunité de Monsieur Grammatikakis afin que toute la lumière puisse être faite dans cette affaire.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Attenendomi alle indicazioni della commissione giuridica ho votato a favore della richiesta di revoca dell'immunità per l'onorevole Giorgos Grammatikakis. La richiesta è stata sostenuta dallo stesso deputato per porre termine ad un lungo procedimento giudiziario legato al perseguimento di un presunto reato che sarebbe stato commesso nel periodo 1996-2000, quando Giorgos Grammatikakis rivestiva la carica di rettore dell'Università di Creta e non ricopriva il ruolo di membro del Parlamento europeo.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai soutenu la demande de levée d'immunité de mon collègue de la commission de la culture, Giorgos Grammatikakis, qui l'a lui-même demandée afin de mettre un terme au plus vite à une longue procédure judiciaire.

Il est en effet soupçonné d'être mêlé à une affaire de paiements illégaux alors qu'il était recteur du conseil de l'université de Crète. Il n'y a donc aucun lien avec son activité de député au Parlement européen, ni même avec des opinions ou votes émis dans cette institution. Il ne semble pas, par ailleurs, que les poursuites à son encontre soient motivées par une intention de lui nuire politiquement. Rien ne s'opposait donc à la levée de son immunité.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho partecipato alla votazione sulla relazione Marinho e Pinto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad de Giorgos Grammatikakis, teniendo en cuenta que así lo ha pedido el propio interesado y a la vista del informe elaborado por la Comisión de Asuntos Jurídicos, que señala que el procedimiento propuesto no guarda manifiestamente relación alguna con la condición de diputado al Parlamento Europeo de Giorgos Grammatikakis, dado que se refiere a su puesto anterior como rector del Claustro de la Universidad de Creta.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame nagrinėjamas prašymas atšaukti Europos Parlamento nario Giorgoso Grammatikakiso imunitetą, susijusį su procesu dėl įtarimų padarius nusikalstamą veiką. Šis procesas, kurį ketinama inicijuoti, yra akivaizdžiai nesusijęs su Giorgoso Grammatikakiso, kaip Europos Parlamento nario, statusu, nes yra susijęs su jo ankstesnėmis – Kretos universiteto senato rektoriaus – pareigomis. Šis procesas yra pratęstas siekiant įtraukti 1996-2000 m. laikotarpį, jis apima paskutinį Kretos universiteto senato posėdį, kuriame, eidamas rektoriaus pareigas, dar dalyvavo Giorgos Grammatikakis ir kuriame šis klausimas buvo aptartas, tačiau sprendimas priimtas nebuvo. Be to, nėra jokių požymių, iš kurių būtų matyti, jog inicijuojamu procesu atitinkamam EP nariui siekiama padaryti politinės žalos. Parlamentas yra nustebęs, kad imunitetą prašoma atšaukti po atitinkamų įvykių praėjus apie 20 metų ir kad Graikijos teisingumo sistema šiuo laikotarpiu nesugebėjo inicijuoti proceso prieš Giorgosą Grammatikakisą ir ketina tai padaryti dabar, kai jis tapo Europos Parlamento nariu. Reikia pažymėti, kad taip lėtai veikianti teisingumo sistema niekada nebus tikrai teisinga, nes susiję asmenys nebėra tokie, kokie buvo prieš 20 metų; kadangi, kad teisingumas pateisintų savo vardą, jį reikia vykdyti laiku. Taigi, Europos Parlamentas nusprendžia atšaukti Giorgoso Grammatikakiso imunitetą, kaip to prašė pats Giorgos Grammatikakis, siekdamas užbaigti šį ilgą teisminį procesą.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ukidanje parlamentarnog imuniteta Giorgosu Grammatikakisu.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport porte sur la demande de levée de l'immunité parlementaire de Giorgos Grammatikakis, soupçonné d'avoir effectué des paiements illégaux lorsqu'il était recteur du conseil de l'université de Crète. D'une part, les poursuites engagées à l'encontre de Giorgos Grammatikakis ne présentent manifestement aucun lien avec son statut de député européen, étant donné qu'elles sont liées à son mandat antérieur de recteur du conseil de l'université de Crète. D'autre part, ces poursuites ne concernent pas non plus un avis ou un vote émis par le député dans l'exercice de ses fonctions, au sens de l'article 8 du protocole nº 7 sur les privilèges et immunités de l'Union européenne. En outre, rien n'indique que l'intention sous-jacente à la poursuite engagée soit de nuire politiquement au député européen concerné. C'est la raison pour laquelle je me suis prononcé en faveur de la demande de levée de son immunité parlementaire.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this waiver. The case relates to accusations about an event that occurred 20 years ago and the MEP in question does not dispute the waiver. Since the MEP is in favour of this case being taken to court so the full details can be set out, I voted in favour.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore della richiesta di revoca dell'immunità di Giorgos Grammatikakis. Lo stesso, ben prima di divenire eurodeputato, era stato coinvolto in manifestazioni studentesche per le quali era stato aperto un processo che si è concluso con l'assoluzione di tutti gli imputati. Egli stesso vuole che l'immunità gli venga revocata in modo che il processo, che nei suoi confronti era stato bloccato, possa essere portato a compimento.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Ψηφίζουμε υπέρ της αίτησης για άρση της ασυλίας του συναδέλφου.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε επί της αίτησης άρσης της κοινοβουλευτικής ασυλίας του Γιώργου Γραμματικάκη. Δεδομένου ότι ο ίδιος ο βουλευτής έχει τονίσει πως επιθυμεί την ανεμπόδιστη ολοκλήρωση των διαδικασιών προκειμένου να αποδειχθεί περίτρανα η αθωότητά του στην οποία πιστεύω ακράδαντα, αποφάσισα να ψηφίσω υπέρ.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato favorevolmente al provvedimento vista la richiesta di revoca dell'immunità parlamentare di Giorgos Grammatikakis, trasmessa in data 1º aprile 2016 dal procuratore aggiunto presso la Corte suprema della Repubblica ellenica in relazione all'azione proposta dal pubblico ministero di Rethymnos, per il reato di abuso di fiducia nell'esercizio delle sue funzioni, commesso in concorso con altri a Rethymnos, Creta, nel periodo 2000-2002. L'azione proposta si riferisce a una discussione svoltasi l'8 marzo 1996 in merito alla possibilità di concludere una nuova polizza privata di assicurazione collettiva, oltre alla polizza assicurativa obbligatoria, per tutti i dipendenti dell'Università di Creta, nonché a presunti pagamenti illeciti effettuati in successione durante il periodo 2000-2002.

L'azione proposta è manifestamente irrelata allo status di deputato al Parlamento europeo di Giorgos Grammatikakis, in quanto si riferisce al suo precedente incarico di Presidente del Senato accademico dell'Università di Creta.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della revoca dell'immunità del collega Grammatikakis, richiesta dallo stesso parlamentare, affinché si possa porre termine al procedimento giudiziario in cui è implicato da lungo tempo.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Rules on waiver of immunity need to be applied consistently and with clarity. Although it is regretful that the waiver of immunity is being requested some 20 years after the events have occurred and the Greek justice system was not able to bring proceedings against Giorgos Grammatikakis during this period and intends to do so now while he is a Member of the European Parliament, the circumstances for waiver do fulfil the established criteria.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Si bien la solicitud de suspensión de la inmunidad parlamentaria del eurodiputado Giorgos Grammatikakis ha sido solicitada por las autoridades judiciales griegas por unos hechos que sucedieron en el año 1996, cuando era rector de la Universidad de Creta, la naturaleza de los mismos, en los que existe una acusación de pagos ilegales por parte de la universidad a seguros privados, me ha hecho votar a favor del suplicatorio de suspensión de la inmunidad de este eurodiputado para que el procedimiento judicial pueda seguir su curso en Grecia.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Poparłem wniosek o uchylenie immunitetu panu Giorgosowi Grammatikakisowi, przeciwko któremu toczy się postępowanie sądowe. Postępowanie dotyczy spotkania, na którym mówiono o możliwości zawarcia prywatnej polisy ubezpieczeniowej dla wszystkich pracowników uniwersytetu na Krecie, którego pan Grammatikakis był rektorem. Pan Giorgos Grammatikakis sam zgodził się na uchylenie mu immunitetu w celu nieutrudniania postępowania sądowego. W związku z tym, że uważam, że każdy eurodeputowany powinien być prawym człowiekiem, dając swoją postawą przykład obywatelom Unii Europejskiej, zagłosowałem za uchyleniem immunitetu panu Grammatikakisowi.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the waiver of the immunity of Giorgos Grammatikakis, as in this way he will be better able to prove his innocence or otherwise.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Τα κοινοβουλευτικά προνόμια δεν πρέπει σε καμία περίπτωση να οδηγούν σε άνιση και προνομιακή μεταχείριση των βουλευτών έναντι του νόμου και της δικαιοσύνης.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – El suplicatorio de suspensión de la inmunidad de Giorgos Grammatikakis, es en relación con el procedimiento propuesto por el fiscal de Rethymnon por un abuso de confianza en el ejercicio de sus funciones, cometido conjuntamente en Rethymnon, Creta, durante el período 2000 y comunicado al Pleno del 27 de abril de 2016,

El Parlamento, mostrando su sorpresa por el hecho de que se solicite la suspensión de la inmunidad unos veinte años después de los hechos y, de que el sistema judicial griego no haya sido capaz de actuar contra Giorgos Grammatikakis durante este período y pretenda hacerlo ahora, cuando es diputado al Parlamento Europeo y considerando que un sistema judicial que actúa con lentitud nunca será realmente justo, porque las personas implicadas ya no son las mismas que hace veinte años, decide suspender la inmunidad de Giorgos Grammatikakis, a petición del propio interesado, con objeto de poner fin a este largo procedimiento judicial.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O Supremo Tribunal da República Helénica solicitou o levantamento da imunidade parlamentar de Giorgos Grammatikakis, deputado ao Parlamento Europeu, no âmbito de uma ação judicial intentada devido a um alegado delito. O caso ocorreu há mais de 20 anos e a justiça grega não foi capaz de intentar o processo contra o deputado, não estando, por isso, relacionado com o estatuto de deputado ao Parlamento Europeu. Concordo com o levantamento da imunidade parlamentar, uma vez tem a concordância do próprio deputado.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: la levée d'immunité parlementaire de Giorgos Grammatikakis est motivée par des paiements illégaux qu'il aurait effectués il y a vingt ans quand il était recteur du conseil de l'université de Crète. Giorgos Grammatikakis a demandé lui-même la levée de son immunité afin de mettre un terme à ce long processus judiciaire. Rien n'indique que l'intention sous-jacente à la poursuite envisagée soit de nuire politiquement au député européen concerné.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório diz respeito a um pedido de levantamento da imunidade parlamentar do deputado Giorgos Grammatikakis, no âmbito de uma ação judicial intentada devido a um alegado delito referente ao incumprimento de determinadas obrigações legais.

O processo em causa diz respeito à discussão, que remonta a 1996, sobre a possibilidade de celebração de um novo contrato de seguro coletivo privado, além do contrato de seguro obrigatório, para todos os trabalhadores da Universidade de Creta e à realização de pagamentos pretensamente ilegais, em prestações sucessivas, durante o período de 2000-2002.

O processo não está de forma nenhuma relacionado com o estatuto de deputado ao Parlamento Europeu, visto que diz respeito a funções que este deputado tinha anteriormente como Reitor do Senado da Universidade de Creta. Não se considera que este processo pretenda causar danos políticos ao deputado em causa.

O processo em causa foi arquivado para outros arguidos, devido ao prazo de prescrição de 15 anos para os alegados crimes, enquanto outros foram definitivamente absolvidos de todas as acusações pelo Tribunal.

O levantamento da imunidade está inteiramente justificado.

Votámos favoravelmente.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Τα κοινοβουλευτικά προνόμια δεν πρέπει σε καμία περίπτωση να οδηγούν σε άνιση και προνομιακή μεταχείριση των βουλευτών έναντι του νόμου και της δικαιοσύνης.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The proposed proceedings are clearly unrelated to Giorgos Grammatikakis's status as a Member of the European Parliament, given that they relate to his former position as Rector of the Senate of the University of Crete. I voted in favour of the request to waive the immunity of Giorgos Grammatikakis, as requested by Giorgos Grammatikakis himself in order to put an end to this long judicial process.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – The Greek authorities are proposing to prosecute Giorgos Grammatikakis, in conjunction with others, for failing to comply with certain legal obligations. The proposed proceedings concern a discussion held on 8 March 1996 on the possibility of concluding a new private collective insurance policy – in addition to the compulsory insurance policy – for all employees of the University of Crete and allegedly unlawful payments being made in successive instalments over the period 2000-2002. A previous proceeding on the same case covered the period from 2000 onwards and resulted in the acquittal of all the accused. UKIP would vote to waive the immunity of Giorgos Grammatikakis, as requested by Giorgos Grammatikakis himself, in order to put an end to this long judicial process.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Dans la mesure où cette levée d'immunité est consentie par le député Grammatikakis lui-même, il était logique d'accéder à sa requête et de voter en faveur de ce rapport.

Par ailleurs, il s'agit d'une affaire sans lien avec l'exercice du mandat du député, puisque les faits reprochés sont survenus dans le cadre de son ancienne activité professionnelle.

Pour ces raisons, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this request as I support the reasons of the proposal to waive the immunity.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za prijedlog odluke Europskog parlamenta o zahtjevu za ukidanje imuniteta Giorgosu Grammatikakisu jer će se time riješiti dugotrajni sudski postupak. Zahtjev za ukidanje imuniteta podnesen je nakon 20 godina, što ukazuje na manjak efikasnost sudskih pravosudnih sustava.

Stoga, smatram da će g. Grammatikakis imati mogućnost pred sudom dokazati svoje argumente u vezi s navodnim kaznenim djelom neispunjavanja određenih pravnih obaveza.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Les activités illégales dont s'est rendu coupable le député Giorgos Grammatikakis ne peuvent aboutir qu'à la levée de son immunité parlementaire. Il n'y a pas de raison de croire que ces poursuites nuisent politiquement au député, ni au niveau de son statut, ni de ses activités de parlementaire, puisqu'elles concernent des faits s'étant produits avant son élection. J'ai donc voté pour.

Diane James (EFDD), *in writing*. — The Greek authorities are proposing to prosecute Giorgos Grammatikakis, in conjunction with others, for failing to comply with certain legal obligations. The proposed proceedings concern a discussion held on 8 March 1996 on the possibility of concluding a new private collective insurance policy – in addition to the compulsory insurance policy – for all employees of the University of Crete and allegedly unlawful payments being made in successive instalments over the period 2000-2002. A previous proceeding on the same case covered the period from 2000 onwards and resulted in the acquittal of all the accused. UKIP would vote to waive the immunity of Giorgos Grammatikakis, as requested by Giorgos Grammatikakis himself, in order to put an end to this long judicial process.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la décision sur la demande de levée d'immunité parlementaire de Giorgos Grammatikakis. Cette procédure est une formalité qui, sans se prononcer sur le fond de l'affaire, vise à permettre aux autorités judiciaires de pouvoir effectuer leur travail d'investigation.

Je me réjouis que ce rapport ait été adopté à une large majorité.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme gegen den vorliegenden Bericht. Die Immunitätsaufhebung ist auf Basis der Sachlage meines Erachtens nicht gerechtfertigt und würde die parlamentarische Arbeit von Herrn Grammatikakis stark beeinflussen.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I supported the request as I agree with the reasons of the proposal to waive the immunity.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la levée de l'immunité de M. Grammatikakis car il demande lui-même la levée de son immunité.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la levée de l'immunité parlementaire de Giorgos Grammatikakis, tout simplement parce qu'elle est demandée par l'intéressé lui-même. Il s'agit d'une affaire qui n'a rien à voir avec son mandat au Parlement européen.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – La levée d'immunité parlementaire de Giorgos Grammatikakis est motivée par des paiements illégaux qu'il aurait effectués il y a vingt ans quand il était recteur du conseil de l'université de Crète. Il a demandé lui-même la levée de son immunité afin de mettre un terme à ce long processus judiciaire. La poursuite envisagée ne présente manifestement aucun lien avec le statut de député européen de Giorgos Grammatikakis, étant donné qu'elle est liée à son mandat antérieur de recteur de conseil d'université. En outre, rien n'indique que l'intention sous-jacente à la poursuite envisagée est de nuire politiquement au député européen concerné. Ainsi, j'ai voté pour la demande.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Si bien la solicitud de suspensión de la inmunidad parlamentaria del eurodiputado Giorgos Grammatikakis ha sido solicitada por las autoridades judiciales griegas por unos hechos que sucedieron en el año 1996, cuando era rector de la Universidad de Creta, la naturaleza de los mismos, en los que existe una acusación de pagos ilegales por parte de la universidad a seguros privados, me ha hecho votar a favor del suplicatorio de suspensión de la inmunidad de este eurodiputado para que el procedimiento judicial pueda seguir su curso en Grecia.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem pro zbavení pana Grammatikakise imunity, sám o to žádal. Jedná se o dvacet let starou kauzu týkající se placení penzijního pojištění zaměstnanců. Nechť to řeší řecké soudy.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Zahtjev za ukidanje parlamentarnog imuniteta zastupniku Giorgusu Grammatikakisu podnesen je od strane tužitelja Vrhovnog suda Grčke, zbog povrede dužnosti u razdoblju 2000.-2002. Tužitelj je podnio ovaj zahtjev kako bi se zastupniku moglo suditi o zlouporabi dužnosti, zbog odluka donesenih na Senatu sveučilišta u vrijeme dok je obnašao dužnost rektora sveučilišta.

Premda je Parlament iznenađen odlukom grčkog pravosuđa da procesuira navodne događaje nakon 20 godina, odobrava zahtjev o skidanju zastupničkog imuniteta na zahtjev samog zastupnika Grammatikakisa, kako bi se moglo pristupiti ovom pravosudnom procesu. Zbog svega navedenog, podržala sam ovo izvješće.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Prokurátor Helénskej republiky požiadal o zbavenie imunity gréckeho poslanca Giorgosa Grammatikakisa, a to v súvislosti s vyšetrovaním jeho konania z marca 1996, keď bol zamestnancom Krétskej univerzity. Konanie sa týka údajných nezákonných platieb vyplácaných v rokoch 2000-2002. Poslanec sám požiadal o zbavenie imunity, keďže kauzu nie sú dotknuté orgány schopné za dvadsať rokov vyšetriť. Celý postup je v súlade Protokolom č. 7 o výsadách a imunitách Európskej únie, a preto som hlasoval za zbavenie imunity.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την αίτηση άρσης της ασυλίας του Γιώργου Γραμματικάκη κατόπιν της θετικής εισήγησης της Επιτροπής Νομικών Υποθέσεων του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte. Giorgos Grammatikakis a demandé lui-même la levée de son immunité parlementaire pour mettre fin au processus judiciaire, conséquence de paiements illégaux qu'il aurait effectués il y a 20 ans, en tant que recteur du conseil de l'université de Crète. Les poursuites ne présentent manifestement aucun lien avec le statut de député au Parlement européen. Par ailleurs, elles ne concernent pas les cas prévus à l'article 8 du protocole nº 7 sur les privilèges et immunités de l'Union européenne (avis ou vote émis dans l'exercice des fonctions parlementaires). Enfin, rien ne porte à croire que ces poursuites aient été engagées afin de nuire politiquement à M. - Grammatikakis.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Dieser Antrag beschäftigt sich mit der Aufhebung der Immunität von Giorgos Grammatikakis. Offenbar hat das griechische Rechtssystem ca. zwanzig Jahre benötigt, um ein Verfahren einzuleiten. Daher lehne ich den Antrag ab.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu Europos Parlamento pasiūlymui atšaukti Giorgoso Grammatikakiso imunitetą, kadangi to prašė pats Europos Parlamento natys, siekdamas greičiau užbaigti ilgą teisminį procesą.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport demande la levée de l'immunité parlementaire du député grec Giorgos Grammatikakis. La demande fait suite à la demande du procureur adjoint près la Cour suprême grecque. L'infraction présumée porte sur une discussion qui a eu lieu le 8 mars 1996 sur la possibilité de conclure une nouvelle police d'assurance privée collective pour tous les employés de l'université de Crète et sur des paiements présumés illégaux ayant été effectués en versements successifs sur la période 2000-2002. L'infraction n'a donc aucun lien avec son mandat de député. En outre, étant donné que les poursuites ne concernent pas une opinion ou un vote émis par le député dans l'exercice de ses fonctions de député au Parlement européen, au sens de l'article 8 du protocole nº 7 sur les privilèges et immunités de l'Union européenne, je vote pour la levée de l'immunité.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La levée d'immunité parlementaire de Giorgos Grammatikakis est motivée par des paiements illégaux qu'il aurait effectués il y a vingt ans quand il était recteur du conseil de l'université de Crète. Il a demandé lui-même la levée de son immunité afin de mettre un terme à ce long processus judiciaire. Les poursuites envisagées ne présentent manifestement aucun lien avec le statut de député européen de Giorgos Grammatikakis, étant donné qu'elles sont liées à son mandat antérieur de recteur de conseil d'université. En outre, rien n'indique que l'intention sous-jacente aux poursuites envisagées soit de nuire politiquement au député européen concerné. Ainsi, j'ai voté pour la demande.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A defesa da independência do mandato do deputado europeu é da competência do Parlamento Europeu e essa independência não pode ser posta em causa. De acordo com o artigo 8.º do Protocolo relativo aos Privilégios e Imunidades da União Europeia, os membros do Parlamento Europeu não podem ser procurados, detidos ou perseguidos pelas opiniões ou votos emitidos no exercício das suas funções.

O Tribunal Distrital Central de Pest solicitou o levantamento da imunidade parlamentar de um deputado ao Parlamento Europeu, Giorgos Grammatikakis. O Procurador-Adjunto no Supremo Tribunal da República Helénica solicitou o levantamento da imunidade parlamentar de Giorgos Grammatikakis, no âmbito de uma ação judicial intentada devido a um alegado delito.

O processo em causa diz respeito à discussão, em 8 de março de 1996, sobre a possibilidade de celebração de um novo contrato de seguro coletivo privado, além do contrato de seguro obrigatório, para todos os trabalhadores da Universidade de Creta e à realização de pagamentos pretensamente ilegais, em prestações sucessivas, durante o período de 2000-2002.

O processo em causa não está relacionado com o estatuto de deputado, visto que se prende com as suas anteriores funções como Reitor do Senado da Universidade de Creta.

Daí o meu voto favorável.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Le procureur adjoint près la cour suprême de la République hellénique a introduit une demande de levée de l'immunité parlementaire à l'encontre de M. Giorgos Grammatikakis, actuellement député au Parlement européen, pour abus de confiance dans l'exercice de ses fonctions. Étant donné que l'infraction présumée à l'origine des poursuites est liée au mandat antérieur de M. Giorgos Grammatikakis, lorsqu'il occupait le rectorat du conseil de l'université de Crète, les poursuites envisagées ne concernent pas un avis ou un vote émis par le député dans l'exercice de ses fonctions de député au Parlement européen, au sens de l'article 8 du protocole nº 7 sur les privilèges et immunités de l'Union européenne. C'est pourquoi j'ai voté en faveur de la levée de l'immunité parlementaire de Giorgos Grammatikakis.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I supported the request for the waiver of the immunity of MEP Giorgos Grammatikakis since he asked to proceed himself in order to put an end to the long judicial process.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Görög Köztársaság legfőbb ügyészének helyettese 2016. április 1-jén kérte Giorgos Grammatikakis európai parlamenti képviselő mentelmi jogának felfüggesztését egy a 2000-2002 közötti időszakban feladata ellátása során társtettesként Retimnóban (Kréta) elkövetett, bizalommal való visszaélés gyanúja miatt a Retimno város ügyészsége által javasolt eljárással összefüggésben. A Jogi Bizottság jelentésében megállapítja, hogy a javasolt bírósági eljárás nyilvánvalóan nem Giorgos Grammatikakis európai parlamenti képviselői tisztségéhez, hanem a Krétai Egyetem szenátusának rektoraként betöltött korábbi tisztségéhez kapcsolódik, és nincs arra utaló jel, hogy azt a szóban forgó képviselőnek szánt politikai kár okozása céljából indították volna.

Ezért – az érintett Grammatikakis képviselő kérésével összhangban – a mentelmi jog fölfüggesztést javasolja a Parlamentnek. A jelentés ugyanakkor kitér arra, hogy a javasolt bírósági eljárás egy 1996. március 8-án tartott megbeszéléssel kapcsolatos, és hogy ugyanezzel az üggyel kapcsolatosan egy előző bírósági eljárás a 2000-től kezdődő időszakot már tárgyalta, az pedig valamennyi vádlott fölmentésével végződött. Megütközésének ad továbbá hangot amiatt, hogy a mentelmi jog fölfüggesztését az események megtörténtét követően 20 évvel kérelmezik, és hogy a görög igazságszolgáltatási rendszer ezen időszak során nem emelt vádat Giorgos Grammatikakis ellen, ezt csak most, európai parlamenti képviselőségének idején szándékozik megtenni. A jelentést megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – La levée d'immunité parlementaire de Giorgos Grammatikakis est motivée par des paiements illégaux qu'il aurait effectués il y a vingt ans quand il était recteur du conseil de l'université de Crète. Il a demandé lui-même la levée de son immunité afin de mettre un terme à ce long processus judiciaire. La poursuite envisagée ne présente manifestement aucun lien avec le statut de député européen de Giorgos Grammatikakis, étant donné qu'elle est liée à son mandat antérieur de recteur du conseil de l'université de Crète. Elle ne concerne pas un avis ou un vote émis par le député dans l'exercice de ses fonctions de membre du Parlement européen, au sens de l'article 8 du protocole nº 7 sur les privilèges et immunités de l'Union européenne. En outre, rien n'indique que l'intention sous-jacente à la poursuite envisagée soit de nuire politiquement au député européen concerné. Vote favorable.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O presente relatório merece o meu voto favorável, uma vez decorridos todos os trâmites legais exigidos, pelo facto do delito em causa não estar, de alguma forma, relacionado com o desempenho das funções de deputado e, por último, por ser essa a vontade do próprio deputado.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce vote concerne la levée de l'immunité du député Giorgos Grammatikakis, soupçonné de paiemens illégaux effectués il y a 20 ans alors qu'il était recteur du conseil de l'université de Crète. Étant donné que le député a lui-même demandé la levée de son immunité et que les poursuites sont sans lien avec son activité politique ou parlementaire, j'ai décidé de voter pour.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la levée de l'immunité parlementaire de Monsieur Grammatikakis. Toute demande adressée au Président du Parlement européen par les autorités d'un État membre, ou par un député lui-même, en vue de lever l'immunité parlementaire est instruite par une commission du Parlement européen. J'ai voté conformément à l'avis rendu par cette commission.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée d'immunité parlementaire de Giorgos Grammatikakis.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for this report according to the evaluation made by the Committee on Legal Affairs (JURI).

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen die Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Giorgos Grammatikakis ausgesprochen, da die angestrebte Strafverfolgung offensichtlich keinerlei Zusammenhang mit dem Status von Giorgos Grammatikakis als Mitglied des Europäisches Parlaments steht, sondern sich auf seine frühere Stellung als Rektor des Senats der Universität von Kreta bezieht.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της άρσης της ασυλίας του συνάδελφου Ευρωβουλευτή, Γιώργου Γραμματικάκη, σύμφωνα με τη δική του επιθυμία, προκειμένου να μπορέσει να πάει στο δικαστήριο και να δοθεί ένα τέλος στην υπόθεση. Είμαι σίγουρος για την αθώωση του κ. Γραμματικάκη καθώς το υποτιθέμενο «αδίκημά» του αναφέρεται σε μια συνεδρίαση της Συγκλήτου του Πανεπιστημίου Κρήτης, που υπήρξε η τελευταία της μακράς του θητείας ως Πρύτανης του Ιδρύματος (1990-1996). Το «αδίκημα», που του καταλογίζεται, διαπράχθηκε 20 χρόνια πριν! Επίσης, για την υπόθεση αυτή ασκήθηκε δίωξη σε δύο εκατοντάδες και πλέον συναδέλφους του, οι οποίοι αθωώθηκαν πανηγυρικά το 2004 και το 2016 από τα Ελληνικά Δικαστήρια.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – The Greek authorities are proposing to prosecute Giorgos Grammatikakis, in conjunction with others, for failing to comply with certain legal obligations. The proposed proceedings concern a discussion held on 8 March 1996 on the possibility of concluding a new private collective insurance policy – in addition to the compulsory insurance policy – for all employees of the University of Crete and allegedly unlawful payments being made in successive instalments over the period 2000-2002. A previous proceeding on the same case covered the period from 2000 onwards and resulted in the acquittal of all the accused. UKIP would vote to waive the immunity of Giorgos Grammatikakis, as requested by Giorgos Grammatikakis himself, in order to put an end to this long judicial process.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – In riferimento alla domanda di revoca dell'immunità parlamentare di Giorgos Grammatikakis, considerando che il deputato ha rinunciato al suo diritto di essere sentito, in conformità dell'articolo 9, paragrafo 5, del regolamento e viste le precedenti pronunce della Corte di giustizia dell'Unione europea, decido di seguire la linea del mio gruppo.

Pertanto, ho votato a favore.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – La levée d'immunité parlementaire de Giorgos Grammatikakis est motivée par des paiements illégaux qu'il aurait effectués il y a vingt ans quand il était recteur du conseil de l'université de Crète. La poursuite envisagée ne présente manifestement aucun lien avec le statut de député européen de M. Grammatikakis. Elle ne concerne pas un avis ou un vote émis par le député dans l'exercice de ses fonctions de député au Parlement européen, au sens de l'article 8 du protocole nº 7 sur les privilèges et immunités de l'Union européenne. En outre, rien n'indique que l'intention sous-jacente à la poursuite envisagée est de nuire politiquement au député européen concerné. Enfin, M. Grammatikakis a demandé lui-même la levée de son immunité afin de mettre un terme à ce long processus judiciaire. Dans ces conditions, je vote pour le rapport qui demande la levée d'immunité.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Zahtjev za ukidanje imuniteta je 1. travnja 2016. proslijedio zamjenik Glavnog državnog odvjetnika Vrhovnog suda Helenske Republike u vezi s predloženim postupkom zbog zlouporabe povjerenja, zajedno s drugim osobama, u obnašanju dužnosti u Rethimnu (Kreta) u razdoblju 2000. – 2002.

Izvjestitelj izražava iznenađenost zbog toga što je zahtjev za ukidanje imuniteta podnesen sada, nakon dvadeset godina, kao i zbog činjenice da grčki pravosudni sustav nije u međuvremenu mogao pokrenuti postupak.

Obzirom da je postupak pokrenut na inicijativu kolege Grammatikakisa, podržavam odluku o ukidanju imuniteta. Predloženo pokretanje postupka nije povezano s obnašanjem dužnosti zastupnika u Europskom parlamentu, već s prijašnjom funkcijom rektora Senata Sveučilišta na Kreti.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório diz respeito a um pedido de levantamento da imunidade parlamentar do deputado Giorgos Grammatikakis, no âmbito de uma ação judicial intentada devido a um alegado delito referente ao incumprimento de determinadas obrigações legais. O processo em causa diz respeito à discussão, em 8 de março de 1996, sobre a possibilidade de celebração de um novo contrato de seguro coletivo privado, além do contrato de seguro obrigatório, para todos os trabalhadores da Universidade de Creta e à realização de pagamentos pretensamente ilegais, em prestações sucessivas, durante o período 2000-2002. O processo concerne a funções que exerceu previamente como Reitor do Senado da Universidade de Creta, pelo que não tem relação com o estatuto de deputado ao Parlamento Europeu. Não se considera que este processo tenha motivações políticas pelo que votámos a favor.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – The Greek authorities are proposing to prosecute Giorgos Grammatikakis, in conjunction with others, for failing to comply with certain legal obligations. The proposed proceedings concern a discussion held on 8 March 1996 on the possibility of concluding a new private collective insurance policy – in addition to the compulsory insurance policy – for all employees of the University of Crete and allegedly unlawful payments being made in successive instalments over the period 2000-2002. A previous proceeding on the same case covered the period from 2000 onwards and resulted in the acquittal of all the accused. UKIP would vote to waive the immunity of Giorgos Grammatikakis, as requested by Giorgos Grammatikakis himself, in order to put an end to this long judicial process.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – O Procurador-Adjunto no Supremo Tribunal da República Helénica solicitou o levantamento da imunidade parlamentar de Giorgos Grammatikakis, deputado ao Parlamento Europeu, no âmbito da instauração de um processo de inquérito relativo a um alegado delito.

A ação intentada prende-se ao abuso de confiança no exercício das suas funções, enquanto Reitor do Senado da Universidade de Creta, praticado com a participação de outros, durante o período de 2000-2002.

O processo em causa diz respeito à discussão, em 8 de março de 1996, sobre a possibilidade de celebração de um novo contrato de seguro coletivo privado, além do contrato de seguro obrigatório, para todos os trabalhadores da Universidade de Creta e à realização de pagamentos pretensamente ilegais, em prestações sucessivas, durante o período de 2000-2002.

Tendo em conta que o procedimento judicial não diz respeito a opiniões ou votos emitidos no exercício das suas funções enquanto deputado ao Parlamento Europeu e que não há razão para supor que a intenção subjacente à ação judicial consista em prejudicar a atividade política do deputado, este pedido, que votei favoravelmente, decide levantar a imunidade ao deputado Giorgos Grammatikakis.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – O processo de levantamento da imunidade parlamentar de Giorgos Grammatikakis, pedido pelo próprio, não está relacionado com a sua atividade enquanto deputado ao Parlamento Europeu.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad de Giorgos Grammatikakis, teniendo en cuenta que así lo ha pedido el propio interesado, y a la vista del informe elaborado por la Comisión de Asuntos Jurídicos, que señala que el procedimiento propuesto no guarda manifiestamente relación alguna con la condición de diputado al Parlamento Europeo de Giorgos Grammatikakis, dado que se refiere a su puesto anterior como rector del Claustro de la Universidad de Creta.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée d'immunité de M. Giorgos Grammatikakis, qui se fait à sa demande, afin que la justice grecque puisse effectuer son travail, dans le strict respect des droits de la défense, et pour mettre enfin un terme à un processus judiciaire qui concerne des paiements présumés illégaux effectués sur la période 2000-2002.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už prašymą atšaukti Giorgoso Grammatikakiso imunitetą. Graikijos institucijos siekia Giorgosą Grammatikakisą kartu su kitais asmenimis traukti atsakomybėn už tam tikrų teisinių prievolių nesilaikymą. Kaltinimai yra akivaizdžiai nesusiję su Giorgoso Grammatikakiso, kaip Europos Parlamento nario, statusu. Jie yra susiję su minėto Parlamento nario prieš tai vykdyta veikla, kai jis ėjo Kretos universiteto senato rektoriaus pareigas. Vis dėlto Parlamento nariams kelia nuostabą tai, kad imunitetą prašoma atšaukti po atitinkamų įvykių praėjus apie 20 metų ir kad Graikijos teisingumo sistema šiuo laikotarpiu nesugebėjo inicijuoti proceso prieš Giorgosą Grammatikakisą anksčiau. Akivaizdu, kad toks vėlavimas nėra priimtinas.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Este relatório diz respeito ao pedido de levantamento da imunidade parlamentar do colega Giorgos Grammatikakis.

Trata-se de um pedido efetuado pelo Supremo Tribunal da República Helénica, a 1 de abril de 2016, e diz respeito a uma ação judicial intentada, devido a um alegado delito.

Uma vez que se trata de uma alegada conduta praticada fora do seu mandato enquanto eurodeputado (estando relacionado com as suas anteriores funções como Reitor do Senado da Universidade de Creta) e não havendo quaisquer razões para acreditar que existam intenções subjacentes à ação judicial no sentido de prejudicar a sua atividade política, votei favoravelmente este pedido de levantamento da imunidade parlamentar, como foi desejo expresso pelo colega em causa, que afirmou pretender ver este longo processo judicial terminado.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Si bien la solicitud de suspensión de la inmunidad parlamentaria del eurodiputado Giorgos Grammatikakis ha sido solicitada por las autoridades judiciales griegas por unos hechos que sucedieron en el año 1996, cuando era rector de la Universidad de Creta, la naturaleza de los mismos, en los que existe una acusación de pagos ilegales por parte de la universidad a seguros privados, me ha hecho votar a favor del suplicatorio de suspensión de la inmunidad de este eurodiputado para que el procedimiento judicial pueda seguir su curso en Grecia.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted in favour of proposal as I do not believe it is right for him to have his immunity in this matter.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som návrh uznesenia, aby poslanec EP Giorgos Grammatikakis bol zbavený poslaneckej imunity. Prokurátor Najvyššieho súdu Helénskej republiky požiadal v súvislosti s konaním vo veci údajného prečinu o zbavenie parlamentnej imunity menovaného poslanca. Prečin sa týka diskusie, ktorá sa konala ešte 8. marca 1996, o možnom uzatvorení nového súkromného kolektívneho poistenia – nad rámec povinného – pre všetkých zamestnancov Krétskej univerzity, kde poslanec Giorgos Grammatikakis bol v tom čase predsedom senátu Krétskej univerzity. Vzhľadom na to, že žiadosť o zbavenie imunity sa predkladá 20 rokov po tom, ako k udalostiam došlo, a že grécke súdnictvo nebolo schopné začať konanie proti Giorgosovi Grammatikakisovi, poslanec sám požiadal Európsky parlament o zbavenie imunity na vlastnú žiadosť s cieľom skončiť tento zdĺhavý súdny proces. Aj to bol dôvod, prečo Parlament žiadosti o zbavenie poslaneckej imunity vyhovel.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Akékoľvek podozrenia z trestnej činnosti, ktoré sa týkajú poslancov Európskeho parlamentu musia byť riadne prešetrené. Oceňujem, že kolega Grammatikakis sa rozhodol požiadať Európsky parlament o zbavenie imunity sám a prispieva tak k rýchlemu ukončeniu súdneho procesu, ktorý sa ťahá už niekoľko rokov.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung über den Antrag auf Aufhebung der Immunität von Giorgos Grammatikakis habe ich zugestimmt.

Der Betroffene hat den Antrag selbst gestellt, um die über ihm schwebende Sache endlich vom Tisch zu bekommen.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Zastupnici u Europskom parlamentu na području vlastite države članice uživaju imunitet jednak imunitetu priznatom članovima parlamenta te države. U slučaju Grčke, zastupnik se ne smije kazneno goniti, uhititi ili zadržati u pritvoru niti se na njega smiju primjenjivati bilo kakve druge mjere ograničavanja slobode bez prethodnog odobrenja parlamenta, sve dok traje njegov mandat.

Grčka pravosudna tijela predlažu pokretanje kaznenog postupka protiv Giorgosa Grammatikakisa zbog zlouporabe povjerenja.

Podržavam izvješće o zahtjevu za ukidanje imuniteta Giorgosu Grammatikakisu, na njegov vlastiti zahtjev, zatražen od Glavnog državnog odvjetnika Vrhovnog suda Helenske Republike, kako bi se okončao taj dugotrajni sudski postupak zbog navodnog počinjena kaznenog djela.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Υπερψηφίσαμε το αίτημα των Ελληνικών αρχών για άρση της ασυλίας του κ. Γ. Γραμματικάκη, κάτι το οποίο ζήτησε και ο ίδιος, ώστε να βοηθήσουμε το σύστημα απονομής δικαιοσύνης να ολοκληρώσει το έργο του.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Τα κοινοβουλευτικά προνόμια δεν πρέπει σε καμία περίπτωση να οδηγούν σε άνιση και προνομιακή μεταχείριση των βουλευτών έναντι του νόμου και της δικαιοσύνης.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai accepté la levée d'immunité de mon collègue afin qu'il puisse se défendre devant la justice de son pays.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of waving the immunity of Member of Parliament Giorgos Grammatikakis, as requested by the Greek authorities as well as by Giorgos Grammatikakis himself, for failing to comply with certain legal obligations. The charges facing Grammatikakis concern a discussion held on 8 March 1996 on the possibility of concluding a new private collective insurance policy – in addition to the compulsory insurance policy – for all employees of the University of Crete and allegedly unlawful payments being made in successive instalments over the period 2000-2002. Because the proposed proceedings are clearly unrelated to Giorgos Grammatikakis's status as a Member of the European Parliament, given that they relate to his former position as Rector of the Senate of the University of Crete, he should therefore not be granted the immunity provided by his current position, but be prosecuted in his former capacity in order to end this long judicial process.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam zahtjev za ukidanje imuniteta zastupniku Giorgosu Grammatikakisu u vezi s njegovim navodnim prekršajima na sastanku Vijeća Sveučilišta na Kreti 8. ožujka 1996. godine, kada je zastupnik Grammatikakis bio rektor navedenog sveučilišta.

Rasprava tijekom sastanka odnosi se na mogućnost sklapanja nove privatne kolektivne police osiguranja, kao dodatak obaveznoj polici osiguranja, za sve zaposlenike Sveučilišta na Kreti i navodno nezakonite uplate tijekom razdoblja od 2000. do 2002. godine.

Budući da se iz navedenoga može zaključiti kako postupak protiv zastupnika Grammatikakisa nije povezan s njegovom pozicijom zastupnika u Europskom parlamentu nego s njegovom pozicijom rektora Vijeća Sveučilišta na Kreti, što je i sam zastupnik Grammatikakis isto potvrdio, smatram da mu se može oduzeti imunitet uz uvjet da mu se osigura pošteno i nepristrano suđenje.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog sklepa o zahtevi za odvzem imunitete Jorgosu Gramatikakisu sem podprla.

V sodnem postopku pred vrhovnim sodiščem je zaradi očitane zlorabe zaupanja pri opravljanju dolžnosti ter ob upoštevanju dejstva, da se je Jorgos Gramatikakis odrekel pravici zagovora v skladu s členom 9(5) Poslovnika ter ob upoštevanju dejstva, da je tudi sam zahteval odvzem imunitete, da bi zaključil dolgotrajni sodni postopek.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – La levée d'immunité parlementaire de Giorgos Grammatikakis est motivée par des paiements illégaux qu'il aurait effectués il y a vingt ans quand il était recteur du conseil de l'université de Crète.

Il a demandé lui-même la levée de son immunité afin de mettre un terme à ce long processus judiciaire. Les poursuites envisagées ne présentent manifestement aucun lien avec le statut de député européen de Giorgos Grammatikakis, étant donné qu'elles sont liées à son mandat antérieur de recteur du conseil de l'université de Crète. Elles ne concernent pas un avis ou un vote émis par le député dans l'exercice de ses fonctions de député au Parlement européen, au sens de l'article 8 du protocole n° 7 sur les privilèges et immunités de l'Union européenne. En outre, rien n'indique que l'intention sous-jacente aux poursuites envisagées soit de nuire politiquement au député européen concerné.

J'ai voté pour.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Grecki prokurator zwrócił się z wnioskiem o uchylenie immunitetu Giorgosa Grammatikakisa w związku z toczącym się w tym kraju postępowaniem. Zarzuty postawione posłowi dotyczą działań Uniwersytetu Kreteńskiego zapoczątkowanych spotkaniem Senatu uczelni w 1996 roku. Giorgos Grammatikakis pełnił w tym czasie funkcję rektora tej uczelni, natomiast mandat posła do Parlamentu Europejskiego sprawuje dopiero od 2014 roku. Wynika z tego w oczywisty sposób, że toczące się postępowanie przed sądem krajowym nie jest bezpośrednio związane z wykonywaniem przez Giorgosa Grammatikakisa obowiązków posła do Parlamentu Europejskiego. Również sam poseł przyznał, że jego immunitet powinien zostać uchylony, aby nie hamować biegu postępowania sądowego. Z powyższych powodów zagłosowałem za wnioskiem.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A jelentéstevő a mentelmi jog felfüggesztését javasolja. Szavazatommal támogattam az előterjesztést.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Report on the request for waiver of the immunity of Giorgos Grammatikakis. The request for waiver of the immunity of Giorgos Grammatikakis, forwarded on 1 April 2016 by the Deputy Prosecutor at the Supreme Court of the Hellenic Republic, concerns proceedings proposed by the Rethymno Public Prosecutor for breach of trust in the performance of his duties, committed in conjunction with others, at Rethymno, Crete, over the period 2000-2002. The proposed proceedings are clearly unrelated to Giorgos Grammatikakis's status as a Member of the European Parliament, given that they relate to his former position as Rector of the Senate of the University of Crete. I voted in favour because I believe that the proposed proceedings do not concern opinions expressed or votes cast in the performance of the duties of the Member of the European Parliament in question within the meaning of Article 8 of Protocol No 7 on the Privileges and Immunities of the European Union.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Si bien la solicitud de suspensión de la inmunidad parlamentaria del eurodiputado Giorgos Grammatikakis ha sido solicitada por las autoridades judiciales griegas por unos hechos que sucedieron en el año 1996, cuando era rector de la Universidad de Creta, la naturaleza de los mismos, en los que existe una acusación de pagos ilegales por parte de la universidad a seguros privados, me ha hecho votar a favor del suplicatorio de suspensión de la inmunidad de este eurodiputado para que el procedimiento judicial pueda seguir su curso en Grecia.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório diz respeito a um pedido de levantamento da imunidade parlamentar do deputado Giorgos Grammatikakis, no âmbito de uma ação judicial intentada devido a um alegado delito referente ao incumprimento de determinadas obrigações legais.

O processo em causa diz respeito à discussão, em 8 de março de 1996, sobre a possibilidade de celebração de um novo contrato de seguro coletivo privado, além do contrato de seguro obrigatório, para todos os trabalhadores da Universidade de Creta e à realização de pagamentos pretensamente ilegais, em prestações sucessivas, durante o período de 2000-2002.

O processo não está de forma nenhuma relacionado com o estatuto de deputado ao Parlamento Europeu, visto que diz respeito a funções que este deputado tinha anteriormente como Reitor do Senado da Universidade de Creta. Não se considera que este processo pretenda causar danos políticos ao deputado em causa.

O processo em causa foi arquivado para muitos coarguidos membros do Senado da Universidade de Creta e da Comissão ELKE, devido ao prazo de prescrição de 15 anos para os alegados crimes, enquanto outros foram definitivamente absolvidos de todas as acusações pelo tribunal, em maio de 2016.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die Aufhebung der Immunität wurde erst etwa zwanzig Jahre, nachdem die Ereignisse stattgefunden haben, beantragt, und das griechische Rechtssystem war nicht in der Lage, in diesem Zeitraum ein Verfahren gegen Giorgos Grammatikakis anzustrengen. Deshalb habe ich dem Bericht nicht zugestimmt.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu navrhujúcu zbavenie imunity pre gréckeho poslanca Európskeho parlamentu Giorgosa Grammatikakisa som podporila. V prípade takýchto žiadostí je veľmi dôležité si uvedomiť, že poslanecká imunita sa vzťahuje iba na obdobie, keď už daná osoba vykonávala poslanecký mandát, a zároveň musí udalosť, kvôli ktorej je žiadané o zbavenie imunity, byť v priamej súvislosti s výkonom tohto mandátu. V tomto prípade ale podmienky na zachovanie imunity nie sú splnené. Incident, kvôli ktorému je proti pánovi poslancovi Grammatikakisovi vedené v Grécku konanie, nijak s výkonom jeho poslaneckého mandátu nesúvisí. Sám pán poslanec so zbavením imunity súhlasí, a preto som nevidela žiadny dôvod, prečo túto správu nepodporiť.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem sklep Evropskega parlamenta o zahtevi za odvzem imunitete Jorgosu Gramatikakisu, saj se zahteva za odvzem imunitete v zvezi s kazenskim postopkom, ki teče zoper njega, ne navezuje na status Jorgosa Gramatikakisa kot poslanca Evropskega parlamenta ali na mnenje ali glas, ki ga je Jorgos Gramatikakis izrekel ali oddal na glasovanju pri opravljanju dolžnosti poslanca Evropskega parlamenta v smislu člena 8 Protokola št. 7 o privilegijih in imunitetah Evropske unije.

8.6. Prozesskostenhilfe für Verdächtige und Beschuldigte in Strafverfahren sowie für gesuchte Personen in Verfahren zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls (A8-0165/2015 - Dennis de Jong)

Oral explanations of vote

Krisztina Morvai (NI). – Kedves Képviselőtársaim! Arra kérem, hogy képzeljék el a következő helyzetet: Önök elmennek egy tüntetésre, gyakorolják a véleménynyilvánításhoz való alapvető emberi jogukat. A tüntetést brutálisan szétverik, Önöket bilincsbe verve előállítják, börtönbe zárják, majd elindul Önök ellen egy önkényes büntetőeljárás. Majd képzeljék el azt, hogy Önök hazafiak, erős véleményeket fogalmaznak meg, rendszerkritikus véleményeket, majd egyszer csak egy életfogytiglannal is büntethető terrorcselekmény miatti eljárásban találják magukat vádlottként.

Ha ezeket a helyzeteket elképzelik, nem lesz kétségük afelől, hogy igennel kell szavazni, mint ahogy én is tettem, arra az előterjesztésre, amelynek lényege, hogy mindenkinek joga van a védelemhez a büntetőeljárásokban, és ezt a rászorulóknak ingyenesen is és magas színvonalon biztosítani kell.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem se již v rámci procedury *catch the eye* vyjádřil k tomuto materiálu, který podporuji. Chci nyní k vysvětlení hlasování ještě dodat, že jsem ztotožněn i s tím, jak závěrečná podoba směrnice vypadá.

Podle mého názoru je velmi správně, že se konkrétní forma bezplatné právní pomoci nechává na rozhodnutí konkrétní země. To znamená, kdo například bude moci tuto formu bezplatné právní pomoci v kterém státě poskytovat.

Ještě mi dovolte jeden malý dovětek. Aby toto právní ustanovení v praxi mohlo fungovat, je velmi důležité, aby Evropská komise komunikovala s členskými zeměmi a aby s nimi vedla dialog, kolik peněž uvolní jednotlivé členské státy k naplnění této směrnice. Protože jedna věc je implementace bezplatné právní pomoci a druhá věc jsou reálné peníze, za které je možné bezplatnou právní pomoc poskytovat. Jinak zůstane pouze u prázdné směrnice, která fakticky nezlepší postavení občanů Evropské unie.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já se rovněž hlásím k tomu, že jsem podpořil tento návrh zprávy, podporuji i závěrečný obsah usnesení, který byl přijat, respektive podobu té zprávy, to znamená i směrnice, které ji doprovází.

Podle mého soudu jde zde o projev zásady subsidiarity, to znamená skutečně i v justičních věcech je nezbytné, aby se tato zásada promítala a aby členské státy měly možnost ovlivňovat potom konkrétní podobu právních aktů, které na ně mají dopadat i v oblasti justiční spolupráce. To se projevuje i u této bezplatné právní pomoci. V České republice se již několik let diskutuje o tom, jaký má být konkrétní obsah a kdo má být poskytovatelem této bezplatné právní pomoci.

A byl bych velmi rád, abychom tuto i naši národní debatu samozřejmě si učinili na našem národním dvorečku a aby nám Evropská unie v tomto směru dala jisté volné ruce, které se potom jaksi projeví v obsahu té národní legislativy. I z tohoto důvodu, že tato směrnice tomu vyhovuje, jsem ji mohl podpořit.

Anna Záborská (PPE). – Podporila som predloženú správu, pretože právo na spravodlivý proces je jedným zo základných predpokladov spravodlivosti. Malo by byť garantované v prípadoch, ktoré sa týkajú justičnej spolupráce v trestných veciach na základe európskeho zatykača. Návrh Komisie sa snaží zabezpečiť minimálnu úroveň právnej pomoci vo všetkých členských štátoch. Obmedzuje sa však na právo na predbežnú právnu pomoc pre podozrivé alebo obvinené osoby v trestnom konaní, ktoré sú pozbavené osobnej slobody, a na právo na predbežnú právnu pomoc pre vyžiadané osoby, na ktoré sa vzťahuje konanie o európskom zatykači. Podporila som preto pozíciu Parlamentu, ktorá navrhuje rozšíriť pôsobnosť navrhovanej smernice tak, aby poskytovala väčšiu právnu istotu.

Jonathan Arnott (EFDD). – Madam President, extradition has been around for centuries – millennia even. Ramesses II of Egypt signed the first extradition treaty all the way back in 1259 BC. I believe that extradition treaties work. I have concerns, though, about the European Arrest Warrant, which had led to certain miscarriages of justice in the United Kingdom. However, I am very much in favour of legal aid because money should never be a barrier to justice for anyone.

I am also concerned, though, that these are matters for Member States to decide, in terms of who should and should not be granted legal aid. So, with these conflicting concerns and because I feel that there should always be proper evidence before any extradition is granted, I felt it appropriate in this case to abstain.

Written explanations of vote

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La direttiva in questione sull'accesso provvisorio al gratuito patrocinio è l'ultima di sei direttive volte a implementare la tabella di marcia per il rafforzamento dei diritti procedurali di indagati o imputati in procedimenti penali adottata dal Consiglio nel novembre 2009.

La proposta di direttiva stabilisce norme minime relative al diritto al patrocinio a spese dello Stato di indagati o imputati in procedimenti penali che sono privati della libertà, e in alcune altre situazioni. Inoltre, garantisce che l'assistenza legale sia resa disponibile nell'ambito di un procedimento per esecuzione di un mandato di arresto europeo, al momento dell'arresto della persona ricercata nello Stato di esecuzione.

Queste sono le ragioni per cui ho espresso un voto positivo.

Tim Aker, Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP MEPs have abstained on this legislative report. UKIP supports the right for access to legal aid for suspects and accused persons. However, as the UK government has chosen to opt out of this directive, we do feel the need to cast opinion on legislation that does not affect the UK.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Entiendo que el acceso a la justicia es un derecho fundamental, y así viene recogido en la Carta de Derechos Fundamentales de la Unión. La única manera de garantizar acceso a este derecho en igualdad es a través de una justicia gratuita que a día de hoy no existe en la Unión. El informe original contenía algunos elementos muy positivos que caminarían en esa dirección, pero tras las negociaciones con el Consejo ha quedado muy debilitado, ya que muchos de los Estados miembros no garantizan este derecho. Con el texto presentado sólo quedarían cubiertas por este tipo de asistencia las personas en situación de privación de libertad. Entendemos que es una mejora respecto a la actual situación de desprotección, pero claramente insuficiente, contrastando marcadamente con la posición que aprobó en su momento el Parlamento Europeo, por lo que he decidido abstenerme.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — My GUE/NGL colleague Dennis De Jong is the rapporteur of this file and it sought to enhance the provision of legal aid to citizens across the EU.

The file sought to create a base standard for the provision of legal aid and the quality of the legal assistance provided.

The file also sought to ensure that in the case of European Arrest Warrants, legal aid is accessed from the issuing Member State.

Whilst Dennis wanted the report to go further and include legal aid provisions for persons before liberty is suspended, the Council shot that down.

However, the final report is still positive and a step in the right direction.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Je me félicite de l'adoption de ce rapport. À une époque où l'accent est mis sur la création d'autant de nouveaux instruments de droit pénal que possible pour lutter contre le terrorisme et d'autres formes de criminalité, il est important de se rappeler que la base d'une Union fondée sur la primauté du droit est de garantir le respect des droits fondamentaux de la défense à ceux qui sont accusés ou soupçonnés par nos systèmes de justice pénale.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση οδηγίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου όσον αφορά την προσωρινή νομική συνδρομή για υπόπτους ή κατηγορουμένους που στερούνται της ελευθερίας τους και τη νομική συνδρομή σε διαδικασίες εκτέλεσης του ευρωπαϊκού εντάλματος σύλληψης, διότι δεν πρέπει να ξεχνούμε, σε μια περίοδο κατά την οποία δημιουργούνται ολοένα και περισσότερα εργαλεία για την αντιμετώπιση της τρομοκρατίας και άλλων μορφών εγκληματικότητας, ότι θεμέλιο μιας Ένωσης που βασίζεται στο κράτος δικαίου είναι το δικαίωμα υπεράσπισης των κατηγορουμένων.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Alors que la proposition de la Commission ne garantirait que le droit à l'aide juridictionnelle «provisoire», la commission LIBE a suggéré d'élargir la portée de la proposition de directive pour inclure le droit à l'aide juridictionnelle «ordinaire» pour les suspects et les personnes poursuivies dans le cadre de procédures pénales ainsi que pour les personnes dont la remise est demandée dans le cadre d'une procédure relative à l'exécution d'un mandat d'arrêt européen.

Les États membres devraient veiller notamment à ce que: l'aide juridictionnelle ordinaire soit fournie à tous les stades de la procédure pénale; des systèmes visant à garantir la qualité et l'indépendance des avocats commis d'office soient mis en place, en particulier un système d'accréditation, ainsi qu'une formation initiale et une formation professionnelle continue; le suspect, la personne poursuivie ou la personne dont la remise est demandée ait le droit de demander une fois le remplacement de l'avocat commis d'office qui leur a été désigné.

Il s'agit là d'une nouvelle étape dans l'élaboration d'un droit pénal européen, alors qu'il s'agit d'une compétence des États membres. J'ai par conséquent voté contre ce rapport.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – L'Europe judiciaire est en marche mais elle avance lentement. C'est pourtant l'un des domaines où l'Europe peut démontrer sa plus-value auprès des citoyens. La libre circulation à l'intérieur de l'Union et le fractionnement à l'échelon national des compétences judiciaires est une aubaine pour les délinquants. Il faut y remédier, c'est l'évidence même. La confiance dans les systèmes juridiques respectifs passe par une confiance dans les systèmes d'aide juridictionnelle des États-Membres. C'est la raison pour laquelle j'ai voté pour cette résolution.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl laikinosios teisinės pagalbos įtariamiesiems arba kaltinamiesiems, kurių laisvė apribota, ir teisinės pagalbos vykdant Europos arešto orderio procedūrą. Komisijos pasiūlymas yra palankiai vertinamas žingsnis, užtikrinant būtiniausią teisinės pagalbos lygį visose valstybėse narėse. Tačiau remiantis Komisijos pasiūlymu, nėra sustiprinamas teisinis tikrumas, nei įtariamiesiems ar kaltinamiesiems tampa aišku, kiek jie galės veiksmingai naudotis teise gauti teisinę pagalbą ir kokia bus teisinės pagalbos kokybė. Todėl pritariu, kad direktyvos taikymo sritis turėtų apimti teisę gauti laikinąją ir įprastą teisinę pagalbą visais atvejais.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have abstained on this legislative report. UKIP supports the right to access to legal aid for suspects and accused persons. However, as the UK Government has chosen to opt out of this directive, we do not feel the need to cast opinion on legislation that does not affect the UK.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – D'après ce texte, les suspects et les personnes poursuivies dans le cadre de procédures pénales devraient bénéficier d'une voie de recours effective si leurs droits devaient s'avérer avoir été enfreints. Cependant, je suis contre cette aide juridictionnelle qui constitue une nouvelle étape dans l'élaboration d'un droit pénal européen, alors qu'il s'agit d'une compétence des États membres.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai décidé de voter en faveur de ce texte relatif à l'aide juridictionnelle car cette proposition de directive vise non moins qu'à garantir l'effectivité de la directive relative au droit d'accès à un avocat. Cette aide juridictionnelle serait accordée pour un suspect ou une personne poursuivie dans le cadre des procédures pénales, ou encoure pour une personne dont la remise est demandée dans le cadre des procédures relatives au mandat d'arrêt européen, et ce suite à une évaluation des ressources de celui-ci et du bien-fondé de la demande.

Au sein de la commission LIBE, nous avons également jugé nécessaire de suggérer d'élargir la portée de la proposition de directive pour inclure le droit à l'aide juridictionnelle «ordinaire» pour les suspects et les personnes poursuivies dans le cadre de certaines procédures et pas seulement le droit à l'aide juridictionnelle «provisoire» tel que proposé par la Commission.

Afin d'éviter de prévenir d'éventuels abus, le remboursement des frais relatifs à l'aide juridictionnelle pourrait à titre exceptionnel être réclamé aux suspects, notamment s'ils ont sciemment fourni aux autorités compétentes des informations mensongères concernant leur situation financière personnelle.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione de Jong relativa al patrocinio a spese dello Stato per indagati e imputati nell'ambito di procedimenti penali e per le persone ricercate nell'ambito di procedimenti di esecuzione del mandato d'arresto europeo.

Si tratta di un tema particolarmente importante che costituisce uno dei cardini dello Stato di diritto. Chi non dispone dei mezzi finanziari necessari deve vedersi garantito il diritto di avvalersi di un difensore attraverso il patrocinio a spese dello Stato. Il testo approvato costituisce un passo in avanti concreto nell'ottica del superamento delle diverse interpretazione del diritto a un equo processo, garantendo un livello minimo di patrocinio a spese dello Stato in tutti gli Stati membri.

Nonostante alcune disposizioni forse troppo timide per superare le differenze in termini di qualità dell'assistenza legale, il testo propone una giusta linea per una cooperazione giudiziaria in materia penale che sia realmente equa ed effettiva.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – El presente informe tiene por objeto mejorar los derechos de los imputados o acusados en los procesos penales. Contar con unas normas mínimas comunes que rijan estos derechos, debería impulsar la confianza mutua entre las autoridades judiciales y facilitar así la aplicación del principio de reconocimiento mutuo. Es fundamental un cierto grado de compatibilidad entre la legislación de los Estados miembros para mejorar la cooperación judicial en la Unión. Gracias a la labor del ponente de nuestro grupo, se han introducido notables mejoras en la propuesta de la Comisión; entre otras, ampliar el ámbito de aplicación más allá de la privación de libertad, lo que permite la asistencia jurídica provisional y ordinaria en todas las circunstancias. Es importante destacar que recoge aspectos como que la fase inicial del procedimiento, sobre todo cuando los imputados o acusados están privados de libertad, es el momento en el que son más vulnerables y cuando más necesitan la asistencia jurídica de un abogado. En las negociaciones del trílogo, el trabajo realizado en la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior, sufrió algunos retrocesos por la resistencia del Consejo. Aún así, supone un significativo avance. Por ello, voto a favor de esta propuesta.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Je me suis opposée à ce rapport de la commission LIBE qui pousse encore plus loin les velléités de la Commission européenne d'élaborer un véritable droit pénal européen au détriment du droit national.

Le rapport plaide en faveur de l'établissement d'un droit à l'aide juridictionnelle «ordinaire» pour les personnes poursuivies dans le cadre d'une procédure pénale, ainsi que pour les personnes dont la remise est demandée dans le cadre d'une procédure relative à l'exécution d'un mandat d'arrêt européen.

La démarche des européistes est perverse puisqu'elle consiste à attaquer la souveraineté des États membres sous l'angle des droits des individus. Les nations européennes, si on suit cette directive, seraient désormais cantonnées à un rôle de vérification: veiller à ce que l'aide juridictionnelle ordinaire soit fournie à tous les stades de la procédure pénale; garantir la qualité et l'indépendance des avocats commis d'office, etc.

Mais les États membres sont d'ores et déjà des États de droit et la plupart s'assurent déjà de telles pratiques au niveau national, en France depuis 1841! Un projet de directive qui n'a donc pour seule utilité que sa portée idéologique.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione del collega de Jong è ben strutturata e priva di criticità. Ritengo che il testo sia condivisibile e l'ho quindi sostenuto col mio voto.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har röstat för direktivet om rättshjälp.

Europeiska kommissionen antog 2013 ett förslag till Europaparlamentets och rådets direktiv om provisorisk rättshjälp för frihetsberövade misstänkta eller tilltalade och om rättshjälp inom ramen för förfaranden i samband med en europeisk arresteringsorder.

Av denna anledning är det viktigt att det också finns ett direktiv som garanterar rättshjälp där det finns en arresteringsorder. Av den anledningen har jag röstat för direktivet.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He dado mi apoyo al informe sobre la propuesta de Directiva del Parlamento Europeo y del Consejo relativa a la asistencia jurídica gratuita provisional a los sospechosos o acusados privados de libertad y a la asistencia jurídica gratuita en el procedimiento de la orden de detención europea.

El informe, que es una propuesta de acuerdo en primera lectura, toma en cuenta las diferencias entre los Estados miembros en relación con la calidad de la asistencia jurídica que ofrecen y la necesidad de incluir garantías sobre la calidad de la asistencia jurídica contemplada en la Directiva. Gracias a las enmiendas introducidas por el Grupo S&D, el informe incide en la asistencia jurídica gratuita y la expansión del ámbito cubierto que abarca todos los tipos de asistencia jurídica en procedimientos penales.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame nagrinėjamos laikinosios teisinės pagalbos įtariamiesiems ar kaltinamiesiems, kurių laisvė atimta, ir teisinės pagalbos priemonės, vykstant Europos arešto orderio vykdymo procedūroms. Teisė į teisinę pagalbą – nelengvas klausimas ir tai galbūt paaiškina, kodėl Komisijai prireikė palyginti daug laiko, kad ji pateiktų dabartinę priemonę. Tačiau tai neturėtų trukdyti naujos kadencijos Europos Parlamentui pradėti svarstyti pasiūlymą dėl direktyvos pirmumo tvarka. Skirtingai aiškinant teisę į teisingą bylos nagrinėjimą, įskaitant teisę gauti teisinę pagalbą, kuri pripažinta, *inter alia*, Europos Sąjungos pagrindinių teisių chartijos 47 straipsnyje ir Europos žmogaus teisių ir pagrindinių laisvių apsaugos konvencijos 6 straipsnyje, atsiranda kliūčių, siekiant vykdyti teisingą ir veiksmingą teisminį bendradarbiavimą baudžiamosiose bylose. Todėl reikia kiek įmanoma greičiau priimti likusias veiksmų plano priemones, visų pirma direktyvos dėl teisinės pagalbos projektą. Komisijos pasiūlymas yra palankiai vertinamas žingsnis, užtikrinant būtiniausią teisinės pagalbos lygį visose valstybėse narėse. Tačiau šiame pasiūlyme apsiribojama įtariamųjų ar kaltinamųjų baudžiamosiose bylose teise gauti laikinąją teisinę pagalbą, kai iš jų atimama laisvė, ir prašomų išduoti asmenų, kuriems taikoma Europos arešto orderio procedūra, teise gauti laikinąją teisinę pagalbą ir teisinę pagalbą. Papildomi teisės gauti teisinę pagalbą aspektai aptariami atskiroje Komisijos rekomendacijoje.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Navedeno poročilo o pravici do brezplačne pravne pomoči sem podprl.

Pri brezplačni pravni pomoči gre za občutljivo temo, saj med državami članicami ter njihovimi sodnimi sistemi ni enotnega tolmačenja pravice do poštenega sojenja, posledično tudi brezplačne pravne pomoči. Kljub daljšemu času priprave predloga direktive s tega področja s strani Komisije predlog omogoča zagotavljanje minimalne ravni brezplačne pravne pomoči v vseh državah članicah EU, kar se krepi še s sprejetimi amandmaji v Evropskem parlamentu.

Pozdravljam tudi merila upravičenosti do brezplačne pravne pomoči, saj dajejo določeno jasnost glede celotnega postopka. Kljub temu je treba imeti v mislih tudi razlike v stroških pravosodnih postopkov med državami članicami.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o pravnoj pomoći za osumnjičene i optužene osobe te za tražene osobe u postupcima na temelju europskog uhidbenog naloga.

Unatoč nekim nedostacima, ovo je pozitivan korak za Europsku uniju i vladavini prava. Zajednički minimalni standardi (poput prava na besplatnog odvjetnika u zemlji koja izdaje europski uhidbeni nalog/zemlji kojoj je izdan europski uhidbeni nalog) sada moraju biti provedeni, a mi moramo raditi na podizanju standarda i daljnjoj konsolidaciji proceduralnih, temeljnih i obrambenih prava, zajamčenih onima koji su optuženi ili osumnjičeni od strane našeg kaznenopravnog sustava.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce texte constitue une nouvelle étape dans l'élaboration d'un droit pénal européen, alors qu'il s'agit d'une compétence des États membres. J'ai donc voté contre.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I supported this proposal for a directive aimed at ensuring the right of access to a lawyer for suspects and accused persons in criminal proceedings and for requested persons who are the subject of European Arrest Warrant proceedings. I voted in favour of this proposal, because I think it is needed to strengthen the trust of Member States in each other's criminal justice systems.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport préconise d'élargir la portée de la proposition de directive de la Commission européenne pour y inclure le droit à l'aide juridictionnelle ordinaire en faveur des individus poursuivis dans le cadre des procédures pénales. Les États membres seraient ainsi contraints de fournir cette aide juridictionnelle à tous les stades de la procédure pénale et de garantir la qualité et l'indépendance des avocats commis d'office.

Par ailleurs, ce texte octroie aux suspects le droit de demander, à une seule reprise, le remplacement de l'avocat commis d'office qui leur a été désigné ainsi que le droit de faire appel d'une décision de refus de cette aide juridictionnelle. J'ai voté contre ce rapport qui constitue une nouvelle étape dans l'élaboration d'un droit pénal européen alors qu'il s'agit d'une compétence exclusive des États membres.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Comisia a adoptat o propunere de directivă privind asistența judiciară provizorie pentru persoanele suspecte sau acuzate care sunt private de libertate și asistență judiciară din cadrul procedurilor aferente mandatului european de arestare, implementarea presupunând ca statele membre să acorde reciproc încredere sistemelor lor judiciare penale, chiar și modului în care sunt salvgardate drepturile persoanelor suspecte sau inculpate.

La modul concret, însă, practicile naționale sunt diferite și apar diferențe mari între statele membre în ceea ce privește calitatea asistenței judiciare oferite, aceasta depinzând în mod special de onorariile plătite avocaților pentru asistența judiciară gratuită. În cazurile în care onorariile sunt prea mici, avocații nu vor dedica suficient timp și efort pentru oferirea unei asistențe judiciare gratuite de înaltă calitate.

Am acordat un vot favorabil raportului, considerând că trebuie să existe o politică judiciară unică în toate statele membre, iar această diferențiere între state și modul de abordare a asistenței judiciare să fie una și aceeași, indiferent de onorariile pe care le primesc avocații.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Directiva propusă stabilește normele minime comune referitoare la dreptul la asistență judiciară al persoanelor suspectate sau acuzate în cadrul procedurilor penale atunci când acestea sunt private de libertate și persoanele care fac obiectul procedurilor aferente mandatului european de arestare.

Obiectivul prezentei directive este de a asigura faptul că aceste persoane au acces la asistență judiciară, pentru a-și putea exercita efectiv dreptul de a avea acces la un avocat, astfel cum este prevăzut în Directiva privind accesul la un avocat.

Am votat în favoarea acestui proiect de rezoluție legislativă a Parlamentului European întrucât consider că această directivă va contribui la încrederea reciprocă dintre statele membre, fapt ce va conduce spre o mai bună cooperare europeană în materie penală. În primele etape ale procedurii, persoanele suspectate sau acuzate sunt deosebit de vulnerabile, iar accesul la un avocat este esențial pentru a le proteja drepturile la un proces echitabil.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car il permet l'établissement des règles minimales communes concernant le droit à l'aide juridictionnelle pour les suspects, les personnes poursuivies et les personnes dont la remise est demandée. Grâce aux règles minimales communes, ce rapport permet de renforcer la confiance des États membres dans le système de justice pénale des autres États membres.

Il facilite également la reconnaissance mutuelle des décisions en matière pénale. Les États membres sont encouragés à prendre des mesures pour améliorer la qualité et l'efficacité des services d'aide juridictionnelle. Ce rapport impose aux États membres d'accorder l'accès à l'aide juridictionnelle, au-delà de l'aide juridictionnelle provisoire, car les personnes dont la remise est demandée ne sont pas toujours privées de liberté.

Ceci permettra aussi de renforcer la confiance mutuelle et de rendre effectif le droit à une double défense dans le cadre des procédures relatives au mandat d'arrêt européen.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Con il voto di oggi mi sono espresso in favore della direttiva in questione che armonizza a livello UE l'istituto del gratuito patrocinio per gli indagati e gli imputati privati della libertà personale o implicati in procedimenti di esecuzione del mandato d'arresto europeo.

L'ambito di applicazione della direttiva comprende l'ammissione al patrocinio a spese dello Stato tanto provvisoria quanto definitiva e dà certezza del diritto all'indagato, all'imputato o al ricercato per quanto riguarda i criteri di ammissibilità.

Le differenze dei livelli di reddito e di costo tra gli Stati membri escludono la possibilità di fornire norme dettagliate sul livello degli onorari. Tuttavia, la direttiva include garanzie minime riguardanti la qualità dell'assistenza legale offerta.

Disposizioni specifiche sono previste anche per tenere conto, per quanto possibile, delle preferenze degli indagati, degli imputati e dei ricercati per quanto riguarda la scelta del difensore d'ufficio.

Lo stesso vale anche per la necessità di continuità nella rappresentanza legale e la sostituzione del difensore d'ufficio qualora l'indagato, l'imputato o il ricercato abbia perso ogni fiducia nel proprio avvocato e sia in grado di giustificarlo con motivazioni verificabili.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report, which seeks to enhance the provision of legal aid to citizens across the EU. The file seeks to create a base standard for the provision of legal aid and the quality of the legal assistance provided.

The file also seeks to ensure that in the case of European Arrest Warrants, legal aid is accessed from the issuing Member State.

Whilst I am disappointed that the report did not include provisions for persons before their liberty is suspended, the final report is still positive and a step in the right direction.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the text which works at ensuring a minimum level of legal aid in all Member States. The proposal focuses on the right to provisional legal aid for suspects or accused persons in criminal proceedings who are deprived of liberty, and the right to provisional legal aid and to legal aid for requested persons who are subject to European Arrest Warrant proceedings.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La direttiva proposta circa l'accesso provvisorio al gratuito patrocinio è l'ultima di un pacchetto di sei direttive volto a dare attuazione alla tabella di marcia per il rafforzamento dei diritti procedurali di indagati o imputati in procedimenti penali. Avendo ripercussioni dirette sul bilancio statale, quello del gratuito patrocinio non è un tema semplice; pur dettando uno standard minimo, non lo eleva quanto sarebbe stato auspicabile.

Va però sottolineato l'apporto del Parlamento, che è riuscito ad estendere il campo di applicazione al di là del periodo provvisorio, garantendo quindi l'assistenza legale ordinaria. Si tratta in ogni caso di una misura importante tesa a garantire uno standard minimo di diritti procedurali, utile anche e soprattutto al mutuo riconoscimento delle decisioni penali. Ho votato senza dubbio a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και θεωρούμε πως η πρόταση της Επιτροπής αποτελεί ένα θετικό βήμα για την εξασφάλιση του ελάχιστου επιπέδου δικαστικής αρωγής σε όλα τα κράτη μέλη.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με την πρόταση οδηγίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου όσον αφορά την προσωρινή νομική συνδρομή για υπόπτους ή κατηγορουμένους που στερούνται της ελευθερίας τους και τη νομική συνδρομή σε διαδικασίες εκτέλεσης του ευρωπαϊκού εντάλματος σύλληψης είναι ένα σωστό βήμα στην προσπάθεια για ισχυροποίηση του δικαιώματος του κατηγορουμένου σε δίκαιη δίκη. Οφείλουμε να επιδιώκουμε πάντα τη βελτίωση της λειτουργίας της δικαιοσύνης και θεωρώ πως η έκθεση αυτή βοηθά σε αυτό το σκοπό. Γι' αυτό το λόγο ψήφισα θετικά.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato favorevolmente al provvedimento visto che il 27 novembre 2013 la Commissione europea ha adottato una proposta di direttiva del Parlamento europeo e del Consiglio sull'ammissione provvisoria al patrocinio a spese dello Stato per indagati o imputati privati della libertà personale e sull'ammissione al patrocinio a spese dello Stato nell'ambito di procedimenti di esecuzione del mandato d'arresto europeo. La proposta della Commissione rappresenta un passo positivo verso la garanzia di un livello minimo di patrocinio a spese dello Stato in tutti gli Stati membri. Essa si limita tuttavia al diritto all'ammissione provvisoria al patrocinio a spese dello Stato per indagati o imputati in procedimenti penali privati della libertà personale e al diritto all'ammissione provvisoria e definitiva al patrocinio a spese dello Stato per i ricercati oggetto di procedimenti di esecuzione del mandato d'arresto europeo. Inoltre, il relatore è consapevole delle differenze tra gli Stati membri per quanto riguarda la qualità dell'assistenza legale offerta. Ciò dipende, tra l'altro, dagli onorari corrisposti agli avvocati per il patrocinio a spese dello Stato. Tuttavia, è quindi ancora più importante includere almeno alcune garanzie riguardanti la qualità dell'assistenza legale offerta nella direttiva.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore di questa relazione che intende regolamentare il patrocinio a spese dello Stato per indagati o imputati privati della libertà personale e l'ammissione al patrocinio a spese dello Stato nell'ambito di procedimenti di esecuzione del mandato d'arresto europeo.

Allo stato attuale il sistema giuridico italiano prevede garanzie più ampie rispetto a quelle di molti altri paesi dell'UE. Questa garanzia, a partire dall'articolo 24 della Costituzione, è prevista ed è stata implementata negli anni dalla nostra giurisprudenza. Trovo quindi condivisibile l'inserimento di questa misura anche nel procedimento del mandato d'arresto europeo.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Un tema di tale complessità richiede sostegno: troppo spesso infatti nei nostri paesi assistiamo, a causa delle differenti prassi, a casi in cui chi non ha la possibilità di difendersi perde automaticamente il diritto ad un equo processo.

La Commissione aveva previsto un aiuto provvisorio nei confronti di indagati e imputati in processi penali come pure di ricercati con mandato d'arresto europeo, tuttavia è stato possibile ampliarlo fino ad essere ordinario e definitivo. Si vuole così accrescere l'effettività del diritto di accesso al difensore legale a spese dello Stato per coloro che non dispongono di mezzi sufficienti per coprire i costi legali. Ragionevolmente, verranno disposte anche delle verifiche sui mezzi e sui meriti in modo da valutare con strumenti oggettivi l'effettiva indisponibilità di risorse da parte dell'imputato e, al contempo, l'urgenza, la complessità, la serietà del caso e la severità delle pene applicabili.

Ritengo fondamentale ribadire come la qualità e l'indipendenza dei difensori d'ufficio debba essere assicurata al meglio in tutti i paesi, così come il diritto dell'imputato a richiedere la sostituzione del legale laddove questi non si dimostri professionale.

Auspico che quanto votato possa consentire processi retti e brevi. Colgo inoltre l'occasione per ricordare la disastrosa situazione delle nostre carceri e invito a trovare soluzioni.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the proposal for a directive of the European Parliament and of the Council on provisional legal aid for suspects or accused persons deprived of liberty and legal aid in European arrest warrant proceedings, and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A proposta de diretiva relativa ao apoio judiciário faz parte ainda do Roteiro para o reforço dos direitos processuais dos suspeitos ou acusados em processos penais, aprovado em 2009 e que ao longo dos anos tem vindo a ser cumprido. Alcançar compromissos nesta matéria tem sido particularmente difícil, dada a diversidade das culturas jurídicas e também a sensibilidade do processo penal - parte angular do núcleo essencial de soberania dos Estados. Por essa razão, e apesar do longo processo, a harmonização conseguida é de extrema importância e tem que ser valorada.

No apoio judiciário em particular, o resultado alcançado podia ter sido melhor. A posição do Parlamento era a de assegurar apoio aos suspeitos e arguidos, com carência económica, independentemente da privação de liberdade. Contudo, o Conselho foi intransigente e estava desde 2014 a bloquear a aprovação deste instrumento. Ainda assim, o Parlamento conseguiu alargar o escopo da Diretiva, garantindo que protegia não apenas provisoriamente mas de forma permanente também. Por isso, o Parlamento decidiu aceitar este compromisso que, não sendo o melhor, irá com toda a certeza garantir o efetivo exercício do direito à defesa por muitos europeus.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta perché rappresenta un passo positivo verso la garanzia di un livello minimo di patrocinio a spese dello Stato per i cittadini degli Stati membri, pur limitandosi a quello provvisorio per gli indagati o imputati in procedimenti penali privati della libertà personale e a quello provvisorio e definitivo per i ricercati oggetto di procedimenti di esecuzione del mandato d'arresto europeo.

Considero importanti le modifiche apportate al testo finale rispetto alla proposta originaria nell'ottica di ampliare l'ambito di applicazione della direttiva includendo il diritto all'assistenza legale e non solo al patrocinio provvisorio, includendo così il supporto all'imputato in tutte le fasi processuali.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I agree with the proposal to help those not having sufficient means themselves to pay for legal assistance, where the interests of justice so require. Proper legal assistance will facilitate further the mutual recognition of judgments and judicial decisions and enhance police and judicial cooperation in criminal matters in matters with a cross-border dimension. Accreditation for legal aid lawyers as well as continuous professional training will continue to sustain the competence of legal aid lawyers.

Children are particularly vulnerable when involved in criminal matters and require particular attention through the implementation of special measures that provide for procedural safeguards.

Consequently I support this report.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Entiendo que el acceso a la justicia es un derecho fundamental, y así viene recogido en la Carta de Derechos Fundamentales de la Unión. La única manera de garantizar acceso a este derecho en igualdad es a través de una justicia gratuita que a día de hoy no existe en la Unión. El informe original contenía algunos elementos muy positivos que caminarían en esa dirección, pero tras las negociaciones con el Consejo ha quedado muy debilitado, ya que muchos de los Estados miembros no garantizan este derecho. Con el texto presentado sólo quedarían cubiertas por este tipo de asistencia las personas en situación de privación de libertad. Entendemos que es una mejora respecto a la actual situación de desprotección, pero claramente insuficiente, contrastando marcadamente con la posición que aprobó en su momento el Parlamento Europeo, por lo que he decidido abstenerme.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione, che intende porre fine alle divergenze tra gli Stati membri sui diritti procedurali di indagati o imputati in procedimenti penali, dato che tale situazione contraddice la cooperazione giudiziaria in materia penale nell'Unione stabilita dall'articolo 82 del trattato sul funzionamento dell'Unione europea (TFUE).

Il Parlamento si è espresso sulla proposta della Commissione a favore di un livello minimo di patrocinio a spese dello Stato in tutti gli Stati membri. Il Parlamento ritiene che l'approccio possa essere migliorato chiarendo quegli elementi rimasti incerti nella proposta della Commissione, quali il livello di qualità e i costi dell'assistenza legale, e i criteri di ammissibilità al patrocinio a spese dello Stato.

Sono convinto che stabilire norme minime comuni per il diritto al patrocinio a spese dello Stato per indagati, imputati e ricercati servirà a rafforzare la cooperazione e la fiducia tra i sistemi di giustizia penale degli Stati membri e, con esse, il riconoscimento reciproco delle decisioni in materia penale.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – În data de 27 noiembrie 2013, Comisia Europeană a adoptat o propunere a Parlamentului European și a Consiliului privind asistența judiciară provizorie pentru persoanele suspectate sau acuzate care sunt private de libertate și asistență judiciară în cadrul procedurilor aferente mandatului european de arestare.

Cooperarea judiciară în materie penală din cadrul Uniunii se bazează pe principiul recunoașterii reciproce a hotărârilor judecătorești și a deciziilor judiciare, însă practicile naționale sunt diferite. Pentru cei care nu dispun de resursele financiare necesare, asistența judiciară gratuită este singura soluție pentru a facilita accesul la un avocat. Am votat pentru asigurarea unui nivel minimal de asistență judiciară în toate statele membre. Dreptul la un proces echitabil, inclusiv prin oferirea de asistență judiciară gratuită, reprezintă un pas către o cooperare judiciară echitabilă și eficientă în materie penală.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A Tanács 2009. november 30-án elfogadott egy ütemtervet, melynek célja a gyanúsítottak és vádlottak jogainak megerősítése. Az ütemterv azonosítja a jogi tanácsadáshoz és költségmentességhez való jogot – utóbbi elválaszthatatlanul összekapcsolódik az ügyvédi segítség igénybevételéhez való joggal. Azok számára, akik nem rendelkeznek a szükséges pénzügyi eszközökkel, csak a költségmentesség biztosíthatja eme jog érvényesítését. A nehézkes intézményközi tárgyalások eredményeként végül sikerült egy mindenki számára elfogadható szöveget elfogadni, amelyet a Parlament ma jóváhagyott és amelyet szavazatommal én is támogattam.

Az eredeti, 2013-as, Európai Bizottság által előterjesztett irányelv-tervezethez képest a ma elfogadott szöveg számos változást hozott, letisztázódott és többek között az irányelv hatályát is kiterjesztették a szabadságuktól megfosztott gyanúsítottak és vádlottak ideiglenes költségmentességéről rendes költségmentességre, így sokkal több személyre vonatkozik majd az irányelv.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zdecydowałem się zagłosować przeciwko wnioskowi o pomoc prawną dla podejrzanych lub oskarżonych w postępowaniu karnym oraz dla osób podlegających nakazowi w postępowaniu dotyczącym europejskiego nakazu aresztowania. Moja decyzja jest spowodowana tym, że mimo iż tekst poddany pod głosowanie jest wynikiem negocjacji trójstronnych, nie widzę stosowności rozszerzenia zakresu stosowania dyrektywy. Rozdzielanie pomocy prawnej na „tymczasową" oraz „zwyczajną" również nie wydaje mi się stosowne. Z tych powodów zagłosowałem przeciwko. Uważam, że akt legislacyjny, który obecnie ma zastosowanie, jest wystarczający.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Terrorism is a new reality that requires an effective political system in place to really and truly safeguard our citizens. The European Union is also based on the rule of law, which includes a collection of procedural, fundamental and defence rights guaranteed to those who are accused or suspected of criminal actions. I am in favour of this agreement as it would lay down common minimum rules on legal aid for suspects and accused persons in criminal proceedings and also for those persons who are the subject of a European Arrest Warrant. I believe that criminal law is a key component in creating an Area of Freedom, Security and Justice.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif fait suite à la proposition de la Commission européenne de novembre 2013, en faveur d'une directive sur l'aide juridictionnelle. Ce texte vise à renforcer les droits des citoyens européens en instaurant des normes minimales communes dans l'ensemble des États membres en matière de droit à l'aide juridictionnelle pour les suspects et personnes poursuivies dans le cadre de procédures pénales. Considérant que ce texte assurera une meilleure protection des citoyens européens et renforcera la confiance mutuelle entre les États en matière de justice, j'ai voté en faveur.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — L'adoption à une très large majorité de ce texte sur l'aide juridictionnelle pour les suspects et les personnes poursuivies dans le cadre des procédures pénales et pour les personnes dont la remise est demandée dans le cadre des procédures relatives au mandat d'arrêt européen est une étape importante pour le renforcement des droits procéduraux des citoyens européens.

En tant que rapporteur sur ce texte pour mon groupe politique, le PPE, j'ai tenu à ce que des normes minimales solides en matière d'accès à l'aide juridictionnelle soit garanties pour tout suspect ou personne poursuivie privé de liberté dans un des États membres de l'Union européenne. Cette harmonisation de nos procédures pénales est indispensable à la construction de l'Europe de la Justice que je défends.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A szabadságuktól megfosztott gyanúsítottak és vádlottak ideiglenes költségmentességéről, valamint az európai elfogatóparancshoz kapcsolódó eljárásokban biztosított költségmentességről szóló európai parlamenti és tanácsi irányelvtervezet a büntetőeljárásban a terheltek eljárási jogainak megerősítését célzó 2009. november 30-án elfogadott ütemterv részének tekinthető, amely célja a közös minimumszabályok megteremtése a tagállamokban. Nehéz egyeztetések után alakult ki a kölcsönösen elfogadható szöveg, és a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogatom a kezdeményezést. Meglátásom szerint kielégítő kompromisszumot sikerült elérni a háromoldalú tárgyalások során, amely sikeresen hozzájárul a közös európai minimumszabályok meghatározásához és nem ró aránytalan terhet a büntetőeljárás terén.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution législative du Parlement européen donnant son approbation à l'adoption en première lecture de la proposition de directive concernant l'aide juridictionnelle provisoire pour les suspects et les personnes poursuivies privés de liberté, ainsi que l'aide juridictionnelle dans le cadre des procédures relatives au mandat d'arrêt européen.

L'objectif de cette directive est de garantir que partout dans l'Union les citoyens européens bénéficient d'un minimum de droits juridictionnels mais aussi d'améliorer la confiance mutuelle entre les différents systèmes de justice criminelle des États membres en vue d'améliorer l'utilisation correcte du mandat d'arrêt européen.

L'aide légale contient 6 mesures spécifiques: le droit à l'interprétation et à la traduction; le droit à l'information; le droit d'accès à un avocat, le droit à la présomption d'innocence; et des garanties procédurales spécifiques pour les enfants.

L'UE disposait déjà de garanties minimums pour l'accès à un avocat mais avec cette nouvelle directive, tous les citoyens européens pourront faire usage de ces droits et non plus seulement ceux qui ont les moyens de se payer un avocat. Les citoyens européens disposeront tous des mêmes droits où qu'ils se trouvent dans l'Union.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — Le droit d'accès à une aide juridictionnelle donne la possibilité à tout individu poursuivi au pénal de bénéficier d'un auxiliaire de justice, par exemple avocat ou interprète, quels que soient ses revenus.

Ce droit compte parmi les principes fondamentaux consacrés par l'article 6 de la Convention européenne des Droits de l'Homme et l'article 47 de la Charte des droits fondamentaux de l'Union. L'Union dispose depuis 2009 d'une législation visant à garantir à tous ses citoyens ce droit d'accès partout en Europe. Si tous les États membres reconnaissent cet instrument juridique, certaines disparités subsistent d'un État à l'autre dans la qualité de l'aide apportée.

Avec l'adoption de la révision de cette directive, les citoyens européens pourront désormais bénéficier pleinement de ce droit sans distinction de revenus, quel que soit l'État membre dans lequel ils se trouvent au moment de leur interpellation.

Diane Dodds (NI), *in writing*. – We can all agree that the right to a fair, independent and impartial trial is the cornerstone of an effective judicial system and just society.

Those charged with offences have the right to be presumed innocent until proven guilty and this is essential to ensuring that the public have confidence in our courts and democratic processes as a whole.

In this sense, I support the premise that those detained under a European Arrest Warrant should have an entitlement to legal representation, and that this eligibility should be subject to the same tests applied at a national level for the same offence.

In Northern Ireland, we have increasingly seen legal aid used under the auspices of human rights law by those liable for terrorist atrocities in an effort to evade the rulings of national courts in the United Kingdom.

Only last week the ECHR rejected appeals by two republican terrorists liable for the Omagh Bombing in 1998 which killed 28 people.

Whilst ensuring free and fair access to legal representation is vital, provision must also be centred toward addressing the needs of innocent victims and ensuring that the balance of protections do not tip toward the perpetrator.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма.* – Гласувах „въздържал се“ по доклада на колегата Де Йонг, тъй като имам опасения, че направените предложения от страната на Европейската комисия, противоречат на принципа на субсидиарност и водят до „европеизиране“ на наказателното право.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς.* – Η εξασφάλιση ελαχίστου επιπέδου δικαστικής αρωγής σε όλα τα κράτη μέλη δεν πρέπει να περιορίζεται σε δύο κατηγορίες, δηλαδή σε υπόπτους ή κατηγορουμένους σε ποινικές διαδικασίες οι οποίοι στερούνται της ελευθερίας τους και σε καταζητούμενα άτομα τα οποία υπόκεινται σε διαδικασίες που αφορούν στην εκτέλεση ευρωπαϊκού εντάλματος σύλληψης.

Μια τέτοια αποσπασματική προσέγγιση ούτε ενισχύει την ασφάλεια δικαίου, ούτε αποσαφηνίζει το βαθμό και την ποιότητα του δικαιώματος νομικής αρωγής.

Norbert Erdős (PPE), *írásban.* – A szabadságuktól megfosztott gyanúsítottak és vádlottak ideiglenes költségmentességéről, valamint az európai elfogatóparancshoz kapcsolódó eljárásokban biztosított költségmentességről szóló európai parlamenti és tanácsi irányelvtervezet a büntetőeljárásban a terheltek eljárási jogainak megerősítését célzó 2009. november 30-án elfogadott ütemterv részének tekinthető, amelynek célja a közös minimumszabályok megteremtése a tagállamokban. Nehéz egyeztetések után alakult ki a kölcsönösen elfogadható szöveg, és a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogatom a kezdeményezést. Meglátásom szerint kielégítő kompromisszumot sikerült elérni a háromoldalú tárgyalások során, amely sikeresen hozzájárul a közös európai minimumszabályok meghatározásához és nem ró aránytalan terhet a büntetőeljárás terén.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito.* – A cooperação judiciária em matéria penal na União assenta no princípio do reconhecimento mútuo das sentenças e decisões judiciais. O Conselho aprovou o Roteiro para o reforço dos direitos processuais dos suspeitos ou acusados em processos penais que identifica como o direito ao patrocínio e ao apoio judiciários. A proposta da Comissão constitui um passo importante para garantir um nível mínimo de apoio judiciário em todos os Estados-Membros.

No entanto, considero que os arguidos, os suspeitos ou as pessoas procuradas podem sentir-se inibidos de pedir apoio judiciário se os Estados-Membros puderem exigir-lhes os custos relativos ao apoio judiciário provisório por não cumprirem os critérios de elegibilidade. Assim, afigura-se justo limitar a recuperação dos custos aos casos em que os arguidos, os suspeitos ou as pessoas procuradas fornecem, intencionalmente, informações falsas.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit.* – Vote contre: une nouvelle étape dans l'élaboration d'un droit pénal européen, alors qu'il s'agit d'une compétence des États membres.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito.* – O direito a apoio judiciário está intrinsecamente associado ao direito de acesso a um advogado.

A proposta da Comissão Europeia visa garantir um nível mínimo de apoio judiciário em todos os Estados-Membros. Contudo, restringe-se ao direito a apoio judiciário provisório dos suspeitos ou arguidos em processo penal que se encontrem privados de liberdade, bem como ao direito a apoio judiciário provisório e ao apoio judiciário das pessoas procuradas no âmbito de processos de execução de mandados de detenção europeus. A Comissão apresentou, numa recomendação em separado, aspetos adicionais do direito a apoio judiciário.

O relator considera que esta abordagem fragmentada pode refletir a sensibilidade da matéria, mas não aumenta a segurança jurídica nem torna claro aos suspeitos ou arguidos em que medida terão efetivamente direito a apoio judiciário nem qual será a qualidade da assistência jurídica. O âmbito de aplicação da diretiva deve incluir o direito a apoio judiciário provisório e ordinário em todas as circunstâncias.

Em geral, este relatório avança num sentido positivo, que apoiamos. Para vários Estados-Membros representa um inquestionável avanço. Mas fica ainda aquém das medidas e dos recursos concretos, que garantam a universalidade de acesso, sem custos, do apoio judiciário e jurídico aos arguidos, como um dos mais elementares direitos à defesa e à dignidade.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as it will increase the opportunities for justice to be done.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – V súčasnosti existujú veľké rozdiely v kvalite ponúkanej právnej pomoci v jednotlivých členských štátoch. Predložený návrh Európskej komisie predstavuje dôležitý krok na zabezpečenie minimálnej úrovne právnej pomoci vo všetkých členských štátoch. Predkladaná problematika je pomerne náročná, a preto je pochopiteľné, že Európskej komisii trvalo pomerne dlho pripraviť príslušné nástroje. Je veľmi dôležité, aby sa nám spoločnými silami podarilo zabezpečiť adekvátnu a kvalitnú právnu pomoc. Podozrivé osoby nemôžu mať pocit, že sú im odopierané ich práva a že je v Európskej únií znižovaná úroveň právnej istoty a výkonu spravodlivosti. Musíme sa spoločnými silami usilovať o zblíženie jednotlivých vnútroštátnych trestnoprávnych postupov a systémov, keďže harmonizácia v tejto oblasti je veľmi dôležitá na zabezpečenie vysokého štandardu v garantovaní právnej pomoci v Európskej únii. V tomto prípade sa podarilo dosiahnuť kvalitný kompromis pre občanov žijúcich v jednotlivých členských štátoch Európskej únie. Členské štáty by nemali mať problém pri implementácií príslušnej legislatívy v záujme zvýšenia právnej istoty občanov Európskej únie.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione: sono d'accordo che anche a livello europeo venga regolamentato il patrocinio a spese dello Stato per indagati o imputati privati della libertà personale e l'ammissione al patrocinio a spese dello Stato nell'ambito di procedimenti di esecuzione del mandato d'arresto europeo.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Η εξασφάλιση ελαχίστου επιπέδου δικαστικής αρωγής σε όλα τα κράτη μέλη δεν πρέπει να περιορίζεται σε δύο κατηγορίες, δηλαδή μόνο σε υπόπτους ή κατηγορουμένους σε ποινικές διαδικασίες οι οποίοι στερούνται της ελευθερίας τους και σε καταζητούμενα άτομα τα οποία υπόκεινται σε διαδικασίες που αφορούν στην εκτέλεση ευρωπαϊκού εντάλματος σύλληψης.

Μια τέτοια αποσπασματική προσέγγιση ούτε ενισχύει την ασφάλεια δικαίου, ούτε αποσαφηνίζει τον βαθμό και την ποιότητα του δικαιώματος νομικής αρωγής. Για τους παραπάνω λόγους καταψηφίζω την έκθεση.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I welcome this report, which calls for the scope of the Directive to be widened to cover all cases of legal aid, and not just those of 'provisional' legal aid, as per the Commission proposal.

I believe persons subject to a European Arrest Warrant should have the right to legal aid for a lawyer both in the Member State which issues the arrest warrant and in the Member State which executes the arrest warrant.

At a time when the focus seems to be on creating as many new criminal law instruments as possible to tackle terrorism and other forms of criminality, it is important to remember that the bedrock of a Union based on the rule of law is the collection of procedural, fundamental and defence rights guaranteed to those who are accused or suspected by our criminal justice systems.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A szabadságuktól megfosztott gyanúsítottak és vádlottak ideiglenes költségmentességéről, valamint az európai elfogatóparancshoz kapcsolódó eljárásokban biztosított költségmentességről szóló európai parlamenti és tanácsi irányelvtervezet a büntetőeljárásban a terheltek eljárási jogainak megerősítését célzó 2009. november 30-án elfogadott ütemterv részének tekinthető, amelynek célja a közös minimumszabályok megteremtése a tagállamokban. Nehéz egyeztetések után alakult ki a kölcsönösen elfogadható szöveg, és a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogatom a kezdeményezést. Meglátásom szerint kielégítő kompromisszumot sikerült elérni a háromoldalú tárgyalások során, amely sikeresen hozzájárul a közös európai minimumszabályok meghatározásához és nem ró aránytalan terhet a büntetőeljárás terén.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A szabadságuktól megfosztott gyanúsítottak és vádlottak ideiglenes költségmentességéről, valamint az európai elfogatóparancshoz kapcsolódó eljárásokban biztosított költségmentességről szóló európai parlamenti és tanácsi irányelvtervezet a büntetőeljárásban a terheltek eljárási jogainak megerősítését célzó 2009. november 30-án elfogadott ütemterv részének tekinthető, amelynek célja a közös minimumszabályok megteremtése a tagállamokban. Nehéz egyeztetések után alakult ki a kölcsönösen elfogadható szöveg, és a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogatom a kezdeményezést. Meglátásom szerint kielégítő kompromisszumot sikerült elérni a háromoldalú tárgyalások során, amely sikeresen hozzájárul a közös európai minimumszabályok meghatározásához és nem ró aránytalan terhet a büntetőeljárás terén.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor teniendo presente que, con arreglo al artículo 82 del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea, la cooperación judicial en materia penal en la Unión se basa en el principio de reconocimiento mutuo de las sentencias y resoluciones judiciales. La aplicación de este principio necesita que los Estados miembros tengan confianza en los sistemas judiciales penales de los demás, incluso en la forma en que se salvaguardan los derechos de los sospechosos o acusados. La diferente interpretación del derecho a un juicio justo, en particular mediante la asistencia jurídica constituye un obstáculo para una cooperación judicial justa y eficaz en materia penal. La propuesta de la Comisión es un paso positivo para garantizar un nivel mínimo de asistencia jurídica en todos los Estados miembros.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Esprimo il mio sostegno all'accordo in prima lettura sul testo negoziato dai colleghi della commissione per le libertà civili, la giustizia e gli affari interni, che introduce standard minimi comuni per l'assistenza legale ai sospetti e alle persone accusate in casi penali o sottoposte a mandato d'arresto europeo. Con l'approvazione di questo importante provvedimento normativo l'Europa compie un ulteriore passo verso il rafforzamento della cooperazione e del mutuo riconoscimento nel campo della giustizia penale. È un aspetto che ritengo molto rilevante sottolineare: le garanzie fissate permettono infatti un'adeguata protezione in tutti i paesi europei e fissano standard di qualità dell'assistenza legale per le persone accusate, garantendo uguale trattamento.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulla proposta di direttiva del Parlamento europeo e del Consiglio sull'ammissione provvisoria al patrocinio a spese dello Stato per indagati o imputati privati della libertà personale e sull'ammissione al patrocinio a spese dello Stato nell'ambito di procedimenti di esecuzione del mandato d'arresto europeo perché sono fermante convinta della necessità di rafforzare lo Stato di diritto e le garanzie giuridiche e procedurali in un momento storico particolare come quello in cui viviamo, caratterizzato dal terrorismo e dall'aumento dei crimini transfrontalieri.

Per i non abbienti, il patrocino a spese dello Stato è l'unica maniera di garantire il diritto di difesa e a un equo processo. Plaudo perciò allo sforzo profuso dal gruppo S&D per introdurre norme uniformi a livello europeo che garantiscano la gratuità dell'assistenza, senza rischio di eventuali rimborsi dei costi sostenuti, in favore di indagati e imputati privi della libertà personale, e non solo nelle fasi provvisorie del procedimento come chiesto inizialmente dalla Commissione.

Credo infatti che questa normativa, se pur limitata alle situazioni in essa elencate, sia un primo importante passo per avvicinare la qualità dell'assistenza legale dei vari Stati membri, tenendo conto delle differenze esistenti in termini di costi e onorari professionali.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Der Grundsatz, dass alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind, darf nicht durch die finanzielle Lage eines Verdächtigen bzw. Beschuldigten eingeschränkt werden. Mit dem Bericht setzt die Europäische Union ein starkes Zeichen für eine faire, freie und unabhängige Justiz in allen Mitgliedstaaten.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I abstained on this legislative report. UKIP supports the right for access to legal aid for suspects and accused persons. However, as the UK Government has chosen to opt out of this directive, I do not feel the need to cast an opinion on legislation that does not affect the UK.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – El presente informe tiene por objeto mejorar los derechos de los imputados o acusados en los procesos penales. Contar con unas normas mínimas comunes que rijan estos derechos, debería impulsar la confianza mutua entre las autoridades judiciales y facilitar así la aplicación del principio de reconocimiento mutuo. Es fundamental un cierto grado de compatibilidad entre la legislación de los Estados miembros para mejorar la cooperación judicial en la Unión. Gracias a la labor del ponente de nuestro grupo, se han introducido notables mejoras en la propuesta de la Comisión; entre otras, ampliar el ámbito de aplicación más allá de la privación de libertad, lo que permite la asistencia jurídica provisional y ordinaria en todas las circunstancias. Es importante desta-

car que recoge aspectos como que la fase inicial del procedimiento, sobre todo cuando los imputados o acusados están privados de libertad, es el momento en el que son más vulnerables y cuando más necesitan la asistencia jurídica de un abogado. En las negociaciones del trílogo, el trabajo realizado en la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior, sufrió algunos retrocesos por la resistencia del Consejo. Aún así, supone un significativo avance. Por ello, voto a favor de esta propuesta.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Am votat acest raport deoarece consider că reprezintă un pas binevenit în direcția asigurării unui nivel minimal de asistență judiciară în toate statele membre. Acest nivel reprezintă însă limita dreptului la asistență judiciară provizorie gratuită oferită persoanelor suspectate sau inculpate în cadrul procedurilor penale care sunt private de libertate și al dreptului la asistență judiciară provizorie gratuită pentru persoane căutate care fac obiectul unor proceduri legate de mandatul european de arestare. Este important ca persoanele suspectate, inculpate sau căutate să beneficieze de siguranță juridică în ceea ce privește criteriile de eligibilitate. Dreptul la apărare sau dreptul la traducere nu trebuie să depindă de țara în care are loc procesul, de naționalitate, de gen sau de categoria socială din care face parte persoana. Criteriile de eligibilitate menționate în recomandarea Comisiei aduc deocamdată o oarecare clarificare, fără însă a se ridica la nivelul unei depline armonizări. Echitatea pentru cetățeni, indiferent de costuri trebuie pusă în aceeași balanță astfel încât drepturile cetățenești care se cuvin persoanelor aflate în astfel de situații să fie echilibrate.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this proposal for a directive on legal aid for suspects or accused persons deprived of liberty and legal aid in European Arrest Warrant proceedings. This is one of a set of proposals intended to further strengthen procedural rights for citizens in criminal proceedings.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce texte qui fait partie d'un paquet proposé par la Commission européenne afin d'améliorer les droits procéduraux et de les harmoniser au niveau européen. Ce rapport détermine les règles minimales communes selon lesquelles une personne accusée ou soupçonnée dans le cadre d'une procédure pénale ou faisant l'objet d'un mandat d'arrêt européen peut demander une aide juridictionnelle.

Deux tests qui seront menés par les États membres permettront à une autorité indépendante de décider du droit à l'aide juridictionnelle selon, entre autres critères, les ressources et la situation de la personne et la gravité de l'infraction. Je salue le fait que le Parlement européen ait réussi à appliquer ces droits à une aide pendant toute la durée de la procédure pénale et qu'un droit de recours puisse être exercé en cas de refus.

Par ailleurs, le Parlement a permis de rendre accessibles les informations liées à cette aide, ce qui est important car tous les citoyens doivent connaître leurs droits procéduraux.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour. This proposal for a directive of the European Parliament and of the Council aims to set common minimum standards on the right to provisional legal aid for suspects or accused persons in criminal proceedings when they are deprived of liberty and for provisional legal aid and legal aid for persons subject to proceedings. This proposal seeks to improve the rights of suspects or accused persons in criminal proceedings. Having common minimum standards governing these rights should boost mutual trust between judicial authorities and thus facilitate the application of the principle of mutual recognition. A certain degree of compatibility between the legislation of Member States is crucial to improve judicial cooperation in the EU.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I, along with the majority of Parliament, supported this report, which is the last of six measures on the procedural rights roadmap, which was launched in 2009. The EU already has minimum rules for the right of access to a lawyer but this new directive on legal aid will mean that all citizens can use this right and not just those who can afford it. All EU Member States have national legal aid schemes but this directive will mean that EU citizens have the same minimum rights wherever they are in the EU. In addition, I was happy that there is now provisional legal aid for the initial stages of criminal proceedings and ordinary legal aid for all stages of the proceedings in line with the conditions laid down in the directive. The final outcome also includes the possibility to use a means and merits test to find out whether a person is eligible for legal aid either because they lack financial resources or because it is in the interest of justice for a particular case. This, I believe, is a fair and equitable process.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Dieser Bericht, der das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Rat und der Kommission ist, unterstützt die vorläufige und ordentliche Rechtshilfe für Verdächtige und Beschuldigte und spricht sich für Mindeststandards bei Gerichtsverfahren aus. Die ALFA ist der Ansicht, dass Mindeststandards wie zum Beispiel das Recht auf Übersetzung, Unschuldsvermutung und Zugang zu einem Anwalt richtig sind und dass sie wegen des freien Personenverkehrs innerhalb der EU nicht effektiv auf nationaler Ebene geregelt werden können. Persönlich sehe ich die genannten Standards als selbstverständliche und faire Behandlung eines Einzelnen und habe dem Bericht deswegen zugestimmt. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Denn er führt zu Zwist und Zwietracht.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A szabadságuktól megfosztott gyanúsítottak és vádlottak ideiglenes költségmentességéről, valamint az európai elfogatóparancshoz kapcsolódó eljárásokban biztosított költségmentességről szóló európai parlamenti és tanácsi irányelvtervezet a büntetőeljárásban a terheltek eljárási jogainak megerősítését célzó 2009. november 30-án elfogadott ütemterv részének tekinthető, amelynek célja a közös minimumszabályok megteremtése a tagállamokban. Nehéz egyeztetések után alakult ki a kölcsönösen elfogadható szöveg, és a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogatom a kezdeményezést. Meglátásom szerint kielégítő kompromisszumot sikerült elérni a háromoldalú tárgyalások során, amely sikeresen hozzájárul a közös európai minimumszabályok meghatározásához és nem ró aránytalan terhet a büntetőeljárás terén.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – Je me réjouis du renforcement des mécanismes de droit en Europe avec l'accord entériné par le Parlement européen et le Conseil sur un corpus de règles minimales communes régissant le droit à l'aide juridictionnelle.

En France, ce dispositif existe déjà mais dans d'autres pays de l'Union européenne, l'effectivité du droit d'accès à un avocat n'était pas toujours garantie pour les personnes poursuivies ou suspectées qui n'ont pas de ressources suffisantes.

L'aide juridictionnelle sera désormais possible pour les suspects et personnes poursuivies dans le cadre des procédures pénales mais ne s'appliquera pas aux infractions mineures en raison de la charge financière excessive que cela aurait représentée pour les États membres.

Il convient également de préciser que cette aide s'appliquera aux personnes dont la remise est demandée dans le cadre de procédures relatives au mandat d'arrêt européen.

Enfin, chaque État restera libre d'appliquer le critère qu'il juge le plus pertinent – critère de ressource ou de bien-fondé – pour déterminer si l'aide juridictionnelle peut être accordée ou non.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu direktive Parlamenta i Vijeća o privremenoj pravnoj pomoći za osumnjičene ili optužene osobe lišene slobode i pravnoj pomoći u postupcima na temelju europskog uhidbenog naloga zbog toga što se ovom novom direktivom omogućuje pravna pomoć svim građanima, a ne samo onima koji si to financijski mogu priuštiti.

Sve države članice Europske unije imaju nacionalne sustave pravne pomoći, međutim ova direktiva osigurava svim građanima ista minimalna prava gdje god se nalazili unutar EU-a. Time se također osnažuje uzajamno povjerenje između država članica u području sustava kaznenog pravosuđa, te se povećava pravilna primjena europskog uhidbenog naloga.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce texte, plaidant en faveur d'une extension de l'aide juridictionnelle «ordinaire» pour les suspects et individus poursuivis pénalement ainsi que pour ceux faisant l'objet d'un mandat d'arrêt européen, s'attaque à des prérogatives qui relèvent de la seule compétence des États-membres. On sent bien la volonté d'aller toujours plus loin vers la constitution d'un droit pénal européen auquel je suis fermement opposé.

C'est pourquoi j'ai voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing*. — UKIP MEPs have abstained on this legislative report. UKIP supports the right to access to legal aid for suspects and accused persons. However, as the UK Government has chosen to opt out of this directive, we do not feel the need to cast opinion on legislation that does not affect the UK.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this directive because it is crucial to ensure fair trials and access to justice for EU citizens. The procedural rights of suspected or accused persons in criminal proceedings must be guaranteed equally across the EU. This directive broadens already existing legal rights, such as the right to interpretation and translation, the right to information, the right of access to a lawyer, the presumption of innocence and special safeguards for children. The legal aid directive ensures essential rights for EU citizens who cannot afford a lawyer or court proceedings for both 'provisional' and 'ordinary' legal aid.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte de mon collègue Dennis De Jong sur l'aide juridictionnelle. Crée en 1972 en France, l'aide juridictionnelle est un principe fondamental qui n'est toutefois pas présent dans l'ensemble des pays européens. Ainsi, dans la volonté de mettre en place des normes minimales dans l'ensemble des États membres, j'ai soutenu ce projet de directive qui prévoit l'obligation pour les États membres d'instaurer une aide juridictionnelle pour les personnes privées de liberté.

Je me réjouis que ce rapport ait été adopté à une large majorité.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui concerne le droit à l'aide juridictionnelle pour les citoyens soupçonnés d'avoir commis une infraction pénale ou poursuivis à ce titre ainsi que pour les citoyens qui font l'objet d'un mandat d'arrêt européen. Chacun doit pouvoir être défendu, et le droit à la défense est un droit fondamental en démocratie. De plus, la législation prévoit une évaluation des ressources et du bien-fondé de la demande comme préalables à l'obtention d'une telle aide juridictionnelle.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für den vorliegenden Bericht über Prozesskostenhilfe für Verdächtige und Beschuldigte in der Union. Es gibt zwar einige zentralisierende Elemente in diesem Bericht, doch sollte jeder Bürger unabhängig davon, wo er sich in der EU vor Gericht verantworten muss, dieselben Möglichkeiten und Absicherungen haben wie in seinem Heimatland.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report which will assist in increasing Member States' confidence in each other's legal systems and ensure that in countries where virtually no legal aid exists, new and improved systems can be established. Once fully implemented by Member States, the legal aid directive should give an important boost to social advocacy by strengthening the right to access to a lawyer for those who do not have sufficient financial means. In addition, it ensures quick and effective legal representation from the start of proceedings. The UK has opted out of the proposal and will not be affected by this legislation.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Dieser Bericht, der aus den Verhandlungen mit dem Rat und der Kommission resultiert, unterstützt die vorläufige und ordentliche Prozesskostenhilfe für Verdächtige und Beschuldigte und spricht sich für Mindeststandards bei Gerichtsverfahren aus. Die ALFA ist der Ansicht, dass Mindeststandards wie zum Beispiel das Recht auf Übersetzung, Unschuldsvermutung und Zugang zu einem Anwalt richtig sind und dass sie wegen des freien Personenverkehrs innerhalb der EU nicht effektiv auf nationaler Ebene geregelt werden können. Persönlich sehe ich die genannten Standards als selbstverständliche und gerechte Behandlung eines Einzelnen und habe dem Bericht deswegen zugestimmt.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A szabadságuktól megfosztott gyanúsítottak és vádlottak ideiglenes költségmentességéről, valamint az európai elfogatóparancshoz kapcsolódó eljárásokban biztosított költségmentességről. A szabadságuktól megfosztott gyanúsítottak és vádlottak ideiglenes költségmentességéről, valamint az európai elfogatóparancshoz kapcsolódó eljárásokban biztosított költségmentességről szóló európai parlamenti és tanácsi irányelvtervezet a büntetőeljárásban a terheltek eljárási jogainak megerősítését célzó 2009. november 30-án elfogadott ütemterv részének tekinthető, amelynek célja a közös minimumszabályok megteremtése a tagállamokban.

Nehéz egyeztetések után alakult ki a kölcsönösen elfogadható szöveg, és a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogatom a kezdeményezést. Meglátásom szerint kielégítő kompromisszumot sikerült elérni a háromoldalú tárgyalások során, amely sikeresen hozzájárul a közös európai minimumszabályok meghatározásához és nem ró aránytalan terhet a büntetőeljárás terén.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Bármelyikünk kerülhet önhibáján kívül is olyan helyzetbe, hogy hivatalos szervek eljárás alá vonják. Sok esetben abszurdisztáni körülmények között. Az ügyészségek nem egy esetben minden valós kontroll nélkül működnek, politikai megrendelésre cselekedve. Különösen az idegen környezetben, külföldön meghurcolt emberek számára létfontosságúak a javaslatban foglaltak, melyek korrekt, tisztességes, ésszerű és jogállami szabályokat tartalmaznak, amelyeket a LIBE bizottság további garanciális szabályokkal egészített ki. A szabadságuktól megfosztott gyanúsítottak és vádlottak ideiglenes költségmentességéről, valamint az európai elfogatóparancshoz kapcsolódó eljárásokban biztosított költségmentességről szóló irányelvre vonatkozó javaslat így egyértelműen támogatandó.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепих резолюцията на Европейския парламент относно предложението за директива за временната правна помощ за заподозрените или обвиняемите, които са задържани, и правната помощ при производствата по европейска заповед за арест, тъй като съдебното сътрудничество по наказателноправни въпроси в Съюза се основава на принципа на взаимното признаване на присъдите и съдебните решения.

Прилагането на този принцип предполага, че държавите членки имат взаимно доверие в наказателноправните си системи, както и по отношение на начина, по който се защитават правата на заподозрените и обвиняемите лица, но в националните практики съществуват различия, включително при тълкуването на правото на справедлив съдебен процес и осигуряването на ефективна правна помощ. Това може да се окаже непреодолима пречка за поддържането на справедливо и ефективно съдебно сътрудничество по наказателноправни въпроси и в този смисъл предложението за директива е положителна стъпка за гарантиране на минимално равнище на правна помощ във всички държави членки и свързаните с това разходи.

Критериите за предоставяне на правна помощ внасят по-голяма яснота, без да водят до пълна хармонизация, тъй като би било невъзможно и ненужно да се осигури подробна законодателна уредба на равнището на Съюза, като се имат предвид различията между размера на разноските за съдебните производства в държавите членки.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – I supported the resolution because there is no doubt that for those suspects, accused and requested persons who lack the necessary financial means, the right to legal advice and legal aid is the only way to take advantage of their right of access to a lawyer. Unfortunately, there is a difference in the quality of legal assistance offered by Member States. For one reason or another, in some Member States fees for the lawyers are too low so that they are not willing to devote enough time and effort to providing high quality legal aid. Therefore, the provision that allows suspects, accused and requested persons to show their preference and wishes with regard to their legal aid lawyer should be taken into account and included in the directive. Provision should also be made for replacement of the legal aid lawyer, if the suspected, accused or requested person has lost all confidence in the lawyer and can motivate this on verifiable grounds. Thus, we will not only reinforce the right to legal aid for suspects, accused and requested persons but will also ensure that they face a fair trial.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La proposta della Commissione è volta a garantire un minimo patrocinio a spese dello Stato in tutti gli Stati membri nei riguardi di indagati o imputati in procedimenti penali privati della libertà personale nonché il diritto all'ammissione provvisoria ed anche definitiva al patrocinio a spese dello Stato per i ricercati soggetti a procedimenti di esecuzione del mandato d'arresto europeo.

Affinché tale principio possa trovare attuazione, deve supporsi una maggiore armonizzazione dei reciproci sistemi giudiziari penali, comprese le disposizioni volte alla tutela dei diritti degli indagati e degli imputati. È importante sottolineare anche la possibilità di sostituire il difensore d'ufficio con uno di fiducia.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il marque une nouvelle étape dans le développement d'un droit pénal européen, cette fois en matière d'uniformisation de l'aide juridictionnelle. Or j'estime que la justice pénale est et doit rester une prérogative des États

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – Cette directive vise à élargir l'accès à l'aide juridictionnelle pour les suspects et personnes poursuivies privés de liberté, et à harmoniser ce dispositif au niveau européen. En renforçant ainsi les droits procéduraux des citoyens européens, nous avançons vers l'Europe de la Justice. C'est une étape importante pour la réalisation d'un véritable espace judiciaire commun digne de ce nom! J'ai donc voté en faveur du rapport De Jong pour l'adoption en première lecture de cette directive.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur l'aide juridictionnelle pour les suspects et les personnes poursuivies dans le cadre des procédures pénales et pour les personnes dont la remise est demandée dans le cadre des procédures relatives au mandat d'arrêt européen. On assiste ici à une nouvelle étape dans l'élaboration d'un droit pénal européen, alors qu'il s'agit d'une compétence des États membres.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Il s'agit très clairement d'une énième et nouvelle tentative d'élaboration d'un droit pénal européen. La Commission, aidée en cela par le travail de la commission LIBE, mordent insidieusement sur les compétences des États-membres, ce que je ne peux accepter.

En effet, avec cette directive, les États-membres devraient veiller à ce que l'aide juridictionnelle soit versée à tous les stades de la procédure pénale, ou encore qu'une accréditation soit mise en place pour s'assurer de la probité et de l'indépendante des avocats commis d'office.

Je ne peux cautionner une telle ingérence de l'Union européenne dans les affaires des États, qui plus est dans un domaine régalien, à savoir la justice.

J'ai fermement voté contre ce texte.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe porque indica que debe incluirse en la Directiva una norma que, en la medida de lo posible, se deben tener en cuenta la preferencia y los deseos de las personas sospechosas o acusadas y de las personas buscadas con respecto a la elección de su abogado de oficio. Lo mismo sucede con la necesidad de continuidad en la representación legal, si la persona sospechosa, acusada o buscada así lo desea. Asimismo, debe existir una norma para la sustitución del abogado de oficio, si la persona sospechosa, acusada o buscada ha perdido la confianza en el letrado y puede motivarlo con razones verificables, pues dicha norma ni siquiera figura en la Recomendación.

El informe toma en cuenta las diferencias entre los Estados miembros en relación con la calidad de la asistencia jurídica que ofrecen. Expone que teniendo en cuenta las diferencias en los niveles de ingresos y costes entre los Estados miembros, no es posible establecer normas sobre el nivel de los honorarios. Sin embargo, el informe recalca que esto hace que sea aún más importante incluir al menos ciertas garantías sobre la calidad de la asistencia jurídica contemplada en la Directiva.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Entiendo que el acceso a la justicia es un derecho fundamental, y así viene recogido en la Carta de Derechos Fundamentales de la Unión. La única manera de garantizar acceso a este derecho en igualdad es a través de una justicia gratuita que a día de hoy no existe en la Unión. El informe original contenía algunos elementos muy positivos que caminarían en esa dirección, pero tras las negociaciones con el Consejo ha quedado muy debilitado, ya que muchos de los Estados miembros no garantizan este derecho. Con el texto presentado sólo quedarían cubiertas por este tipo de asistencia las personas en situación de privación de libertad. Entendemos que es una mejora respecto a la actual situación de desprotección, pero claramente insuficiente, contrastando marcadamente con la posición que aprobó en su momento el Parlamento Europeo, por lo que he decidido abstenerme.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – El objetivo de la presente propuesta de Directiva del Parlamento Europeo y del Consejo, es establecer unas normas básicas comunes sobre el derecho a la asistencia jurídica gratuita provisional de los sospechosos o acusados que estén privados de libertad en los procesos penales y sobre la asistencia jurídica provisional y asistencia jurídica a las personas sujetas al procedimiento de detención europea.

El Consejo y el Parlamento Europeo han señalado la importancia de establecer normas básicas comunes para garantizar un nivel mínimo de asistencia jurídica en todos los Estados miembros.

Doy mi voto positivo ya que estas reglas reforzarían la confianza mutua de los Estados miembros en los sistemas penales de los demás, lo que es esencial para la aplicación del principio de reconocimiento mutuo de las sentencias y resoluciones judiciales, pilar en el que se basa la cooperación judicial en materia penal en la Unión.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Dieser Bericht, der das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Rat und der Kommission ist, unterstützt die vorläufige und ordentliche Prozesskostenhilfe für Verdächtige und Beschuldigte und spricht sich für Mindeststandards bei Gerichtsverfahren aus. Die ALFA ist der Ansicht, dass Mindeststandards wie zum Beispiel das Recht auf Übersetzung, Unschuldsvermutung und Zugang zu einem Anwalt richtig sind und dass sie wegen des freien Personenverkehrs innerhalb der EU nicht effektiv auf nationaler Ebene geregelt werden können. Persönlich sehe ich die genannten Standards als selbstverständliche und faire Behandlung eines Einzelnen und habe dem Bericht deswegen zugestimmt.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report, which provides rules on access to ordinary legal aid.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Zdržel jsem se. Nesouhlasím sice s existencí evropského zatykače, podle kterého jsou státy povinny vydávat osoby k trestnímu stíhání do ciziny. Když už ale evropský zatýkací rozkaz existuje, podporuju to, aby obviněné zatýkané osoby měly právo na obhájce a spravedlivý proces.

Monica Macovei (ECR), *in writing*. – I voted in favour of this report. I am in favour of legal aid to suspects and accused persons in criminal proceedings. Money should not be a barrier to access justice. Legal aid is an expression of the principle of subsidiarity in the legal field.

I agree that the field of application of the Directive should also be extended outside of those who are subject to a European arrest warrant.

Providing legal aid does not necessarily mean providing financial resources. In this regard, the Commission should communicate with Member States regarding the work of *pro bono* legal assistance offered to people undergoing criminal proceedings.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Člankom 6. Europske konvencije za zaštitu ljudskih prava i temeljnih sloboda i člankom 14. Međunarodnog pakta o građanskim i političkim pravima priznaje se pravo na pravnu pomoć osobama koje nemaju dostatna sredstva da je sami plate. Svrha je ove Direktive osigurati učinkovitost prava na pristup odvjetniku kao što je utvrđeno Direktivom 2013/48/EU Europskog parlamenta i Vijeća tako da države članice financiraju usluge odvjetnika za osumnjičene ili optužene osobe te za tražene osobe u postupcima predaje.

Ovom se Direktivom podržavaju temeljna prava i načela priznata u Povelji o temeljnim pravima Europske unije i Europskoj konvenciji o ljudskim pravima, uključujući zabranu mučenja, pravo na slobodu i sigurnost, na učinkovit pravni lijek, pravično suđenje, pretpostavku nedužnosti i pravo na obranu. Radi jamčenja učinkovitosti i kvalitete pravne pomoći države članice moraju poduzimati potrebne mjere kako bi osigurale da je standard usluga pravne pomoći koje se pružaju dovoljno visok da bi se zaštitilo pravo na pravično suđenje. U svakom slučaju, ova se Direktiva primjenjuje u potpunosti kada je osumnjičenoj ili optuženoj osobi oduzeta sloboda, neovisno o fazi kaznenog postupka.

Ovaj prijedlog korak je u osiguravanju minimalne razine pravne pomoći u svim državama članicama, stoga sam podržala ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The main aim of this proposal is to set out common minimum rules governing the right to provisional legal aid for suspects or accused persons in criminal proceedings. The draft directive aims to: ensure the effectiveness of the right of access to a lawyer at an early stage in the criminal proceedings for suspects and accused persons deprived of liberty; ensure that requested persons in European arrest warrant proceedings have access to legal aid to ensure the right of access to a lawyer in both the executing and issuing Member State. The EP suggested broadening the scope of the proposal to include the right to 'ordinary' legal aid to suspects and individuals charged in criminal proceedings, as well as for those whose surrender is sought in the context of the execution of a European arrest warrant. I voted in favour and I think that is very important to make this protection framework not lower than existing higher standards in certain Member States and the standards in the Charter and the European Convention on Human Rights.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Justičná spolupráca v trestných veciach je v EÚ založená na zásade vzájomného uznávania rozsudkov a iných justičných rozhodnutí. V praxi sa však vnútorné postupy členských krajín líšia. Vznikla tak potreba stanoviť minimálnu úroveň ochrany osôb bez toho, aby sa znížila vyššia ochrana poskytovaná jednotlivými členskými krajinami. Navrhovaná smernica Európskeho parlamentu a Rady o predbežnej právnej pomoci pre podozrivé alebo obvinené osoby pozbavené osobnej slobody a o právnej pomoci v konaní o európskom zatykači upravuje právo na minimálnu právnu pomoc vo všetkých členských krajinách, právo na prístup k obhajcovi a na spravodlivý súdny proces. Členské štáty budú povinné zabezpečiť, aby podozrivé, obvinené a vyžiadané osoby mali k dispozícii účinné prostriedky nápravy v prípadoch porušenia ich práv vyplývajúcich z tejto smernice, ako je napr. právo na súdne preskúmanie. Návrh podporujem, pretože garantuje minimálnu úroveň ochrany osôb v trestných veciach, čo určite pomôže eliminovať neoprávnené a nezákonné stíhanie, vyšetrovanie a odsúdenie.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση οδηγίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου όσον αφορά την προσωρινή νομική συνδρομή για υπόπτους ή κατηγορουμένους που στερούνται της ελευθερίας τους και τη νομική συνδρομή σε διαδικασίες εκτέλεσης του ευρωπαϊκού εντάλματος σύλληψης, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 4 Οκτωβρίου 2016 και διότι θεωρώ την εν λόγω έκθεση πλήρη και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce texte souhaite élargir le droit à l'aide juridictionnelle: d'une aide «provisoire», elle passerait à «ordinaire» pour les suspects et les personnes poursuivies dans le cadre de procédures pénales. Ce serait également le cas pour les personnes dont la remise est demandée dans le cadre d'une procédure relative à l'exécution d'un mandat d'arrêt européen.

Par ailleurs, le texte impose aux États membres de veiller à la mise en place d'un certain nombre de mesures: que l'aide ordinaire soit en vigueur à tous les stades de la procédure pénale, que des systèmes garantissant la qualité et l'indépendance des avocats commis d'office soient mis en place, etc.

Ainsi, c'est un véritable droit pénal européen qui se met en place, ce à quoi nous nous opposons.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – To comply with the Union's core values, I voted in favour of the report on provisional legal aid for suspects, which grants the suspects with the right to request aid, for example, access to a lawyer in case a European arrest warrant has been issued. The Commission made the decision of proposing a step that ensures a minimum level of legal aid in all Member States. The Parliament looks forward to cooperate with the Commission to make sure that certain measures be adopted as soon as possible.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την πρόταση οδηγίας του ΕΚ και του Συμβουλίου για την προσωρινή νομική συνδρομή για υπόπτους ή κατηγορούμενους που στερούνται της ελευθερίας τους καθώς και τη νομική συνδρομή σε διαδικασίες εκτέλεσης του ευρωπαϊκού εντάλματος σύλληψης διότι το δικαίωμα σε δίκαια δίκη συμπεριλαμβάνεται και αναγνωρίζεται, μεταξύ άλλων, στο άρθρο 47 του Χάρτη των Θεμελιωδών Δικαιωμάτων της ΕΕ και επίσης στο άρθρο 6 της Ευρωπαϊκής Σύμβασης για την προστασία των δικαιωμάτων του ανθρώπου και των θεμελιωδών ελευθεριών. Επιπλέον, το πεδίο εφαρμογής της οδηγίας θα πρέπει να περιλαμβάνει το δικαίωμα σε προσωρινή αλλά και σε συνήθη δικαστική αρωγή. Πιστεύω επίσης ότι είναι απαραίτητο να διαθέτει ο κατηγορούμενος ασφάλεια δικαίου και σε ό,τι αφορά τα κριτήρια επιλεξιμότητας.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die grundsätzliche Intention hinter diesem Bericht, die Gewährleistung gewisser rechtstaatlicher Mindeststandards innerhalb der Union, ist verständlich. Jedoch sehe ich hier kaum Handlungsbedarf; solange dem nach Artikel 6 EMRK garantierten Recht auf ein faires Verfahren Genüge getan ist, muss man nicht weiter mit der Zentralisierung der EU voranschreiten. Weiters sollte jeder Mitgliedstaat über die gesetzliche Ausgestaltung der Prozesskostenhilfe selbst bestimmen dürfen. Daher habe ich mich meiner Stimme enthalten.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu Europos Komisijos pasiūlymui dėl Europos Parlamento ir Tarybos direktyvos dėl laikinosios teisinės pagalbos įtariamiesiems ar kaltinamiesiems, kurių laisvė atimta, ir teisinės pagalbos vykstant Europos arešto orderio vykdymo procedūroms.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – L'article 82 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne (traité FUE) prévoit que la coopération judiciaire en matière pénale dans l'Union est fondée sur le principe de reconnaissance mutuelle des jugements et décisions judiciaires. La mise en œuvre de ce principe présuppose une confiance mutuelle des États membres dans leurs systèmes respectifs de justice pénale, y compris la manière dont les droits des suspects ou des personnes poursuivies sont protégés.

Dans les faits, toutefois, les pratiques nationales sont variées à cet égard. Aussi en 2013 la Commission européenne a adopté une directive concernant l'aide juridictionnelle afin d'assurer le droit à un procès équitable comme le reconnaît notamment l'article 47 de la charte des droits fondamentaux de l'Union européenne. Ce rapport en précise les modalités d'application. Ainsi il veille à ce que «la mise à disposition d'un interprète» soit intégré à l'aide juridictionnelle. Ou encore il détaille les cas dans lesquels «Les États membres peuvent prévoir, à titre d'exception, le remboursement des frais relatifs à l'aide juridictionnelle provisoire» . Je vote pour ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Alors que la proposition de la Commission ne garantirait que le droit à l'aide juridictionnelle «provisoire», la commission LIBE a suggéré d'élargir la portée de la proposition de directive pour inclure le droit à l'aide juridictionnelle «ordinaire» pour les suspects et les personnes poursuivies dans le cadre de procédures pénales ainsi que pour les personnes dont la remise est demandée dans le cadre d'une procédure relative à l'exécution d'un mandat d'arrêt européen. J'ai voté contre cette nouvelle étape dans l'élaboration d'un droit pénal européen, alors qu'il s'agit d'une compétence des États membres.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A presente proposta de diretiva do Parlamento Europeu e do Conselho visa estabelecer um conjunto de normas mínimas comuns relativas ao direito dos suspeitos ou arguidos a apoio judiciário provisório em processo penal, caso sejam privados de liberdade, e ao direito a apoio judiciário, provisório ou não, das pessoas sujeitas aos processos previstos na Decisão-Quadro 2002/584/JAI sobre o mandado de detenção europeu («pessoas procuradas»). A diretiva tem por objetivo garantir que os suspeitos ou arguidos em processo penal que se encontrem privados de liberdade e as pessoas sujeitas a processos de execução de mandados de detenção europeus têm acesso a apoio judiciário para tornar efetivo o seu direito de acesso a um advogado, tal como previsto na diretiva sobre esta matéria. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this legislative resolution as it seeks to enhance citizens' rights particularly by strengthening the procedural rights of suspected and accused persons in criminal proceedings.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Après deux ans de négociations, je me réjouis que le Parlement européen vienne d'adopter une nouvelle directive sur le droit à l'aide juridictionnelle. Le droit d'accès à un avocat est un droit fondamental garanti par les législations européennes. Toutefois, nous le savons, dans la pratique, ce droit n'est pas accompagné de mesures permettant de le rendre effectif.

Faute de moyens, certaines personnes peuvent se retrouver seules face aux charges qui pèsent contre elles. Je refuse de cautionner une justice à deux vitesses. Nous devions garantir l'effectivité des systèmes d'aide juridictionnelle dans les États membre. L'Union européenne se devait de définir un plancher minimal à respecter. Les systèmes de façade, qui n'existent que sur papier, doivent impérativement cesser. Bien sûr j'aurais préféré aller un pas plus loin en alignant totalement le droit d'accès à un avocat au droit à l'aide juridictionnelle.

Cela n'a pas été possible. La législation se limite malheureusement à garantir l'aide juridictionnelle aux situations de privation de liberté. Mais il faut être clair, cela doit inclure la période d'interrogatoire. Nous ne pouvons accepter que des personnes soient soumises aux questions des policiers sans pouvoir jouir du droit à disposer d'un avocat pro deo.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — Európska únia sa dlhodobo usiluje o posilnenie spolupráce v oblastiach, ako je vzájomné uznávanie rozsudkov či trestnoprávne veci. Do sféry justičnej spolupráce nevyhnutne spadá vytváranie spoločného rámca práv obvinených osôb či osôb pozbavených osobnej slobody. Domnievam sa, že harmonizácia v podobe akéhosi európskeho štandardu ľudských práv je v tejto súvislosti žiadaná. Legislatíva EÚ približovanie trestnoprávnych poriadkov jednotlivých členských krajín zaznamenáva už dlhodobejšie, avšak ešte vždy je priestor pre zlepšenie. Jedným zo slabých miest je realizácia práva na zaručenú právnu pomoc – predbežnú, riadnu a za každých okolností. Je však potrebné, aby sme pri tvorbe legislatívy nezabúdali ani na praktické aspekty zaručenia efektívnej právnej pomoci, ako je odmena právnym zástupcom. Finančné možnosti občanov v jednotlivých členských štátoch sa značne líšia, preto je dôležité eliminovať riziko zanedbávania klientov, ktorí nie sú z pohľadu právneho zástupcu dostatočne solventní. Predkladaná správa túto citlivú problematiku rieši, preto jej vyjadrujem svoju podporu.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which lays down common minimum rules on legal aid for suspects and accused persons in criminal proceedings, and for those persons who are the subject of a European Arrest Warrant, with the aim of strengthening mutual trust and, thus, mutual recognition in criminal matters. The Directive will complete the current procedural rights package, which was and is a key component in creating an Area of Freedom, Security and Justice.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A szabadságuktól megfosztott gyanúsítottak és vádlottak ideiglenes költségmentességéről, valamint az európai elfogatóparancshoz kapcsolódó eljárásokban biztosított költségmentességről szóló európai parlamenti és tanácsi irányelvre irányuló javaslatot az Európai Bizottság 2013. november 27-én fogadta el. A költségmentességhez való jog elválaszthatatlanul összekapcsolódik az ügyvédi segítség igénybevételéhez való joggal. Azok számára ugyanis, akik nem rendelkeznek a szükséges pénzügyi eszközökkel, csak a költségmentesség biztosíthatja az ügyvédi segítség igénybevételéhez való jog érvényesítését. Az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság jelentésében azt indítványozza, hogy a Parlament első olvasatban, 45 módosító indítvány mellett fogadja el a javaslatot. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Nous considérons que le droit et la procédure pénale sont au cœur des compétences que doivent conserver les États membres. Les différentes règles ici proposées pour encadrer l'aide juridictionnelle dans le cadre du mandat d'arrêt européen, quel que soit leur bien-fondé, vont contre cette conviction et notre engagement en faveur d'une souveraineté juridique des États en matière pénale. Pour cette raison de principe, nous nous opposons à ce texte.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A presente proposta versa sobre o apoio judiciário provisório para suspeitos ou arguidos privados de liberdade e ao apoio judiciário em processos de execução de mandados de detenção europeus. O apoio judiciário pode garantir o exercício efetivo do direito de acesso a um advogado para quem não dispõe dos meios financeiros necessários.

Subscrevo a posição do relator, ao considerar que os arguidos, os suspeitos ou as pessoas procuradas podem sentir-se inibidos de pedir apoio judiciário se os Estados-Membros puderem exigir-lhes os custos relativos ao apoio judiciário provisório por não cumprirem os critérios de elegibilidade. Deste modo, afigura-se justo limitar a recuperação dos custos aos casos em que os arguidos, os suspeitos ou as pessoas procuradas fornecem, intencionalmente, informações falsas.

Defendo que o âmbito de aplicação da diretiva deve abranger o direito a apoio judiciário provisório e ordinário em todas as circunstâncias. Assim sendo, a diretiva deve ter o mesmo âmbito de aplicação da Diretiva 2013/48/UE relativa ao direito de acesso a um advogado.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce vote concerne l'aide juridictionnelle pour les suspects et les personnes poursuivies dans le cadre des procédures pénales et pour les personnes dont la remise est demandée dans le cadre des procédures relatives au mandat d'arrêt européen. Cette directive ordonne ainsi aux États membres de veiller à ce que l'aide juridictionnelle soit fournie à tous les stades de la procédure pénale, à ce que des systèmes visant à garantir la qualité et l'indépendance des avocats commis d'office soient mis en place ou encore à ce que tout suspect ait le droit de demander une fois le remplacement de l'avocat commis d'office.

Considérant qu'il s'agit d'une nouvelle étape dans l'élaboration d'un droit pénal européen, qui mord sur les compétences exclusives des États membres, j'ai décidé de voter contre ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à l'aide juridictionnelle pour les suspects et les personnes poursuivies dans le cadre de procédures pénales et pour les personnes dont la remise est demandée dans le cadre des procédures relatives au mandat d'arrêt européen. Ce texte a pour but de mettre en place des normes minimales communes, pour notamment permettre l'effectivité du droit d'accès à un avocat pour les suspects et les personnes poursuivies, dans l'ensemble des États membres en ce qui concerne l'aide juridictionnelle afin de renforcer les droits procéduraux des citoyens européennes.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Mi sono espressa a favore del provvedimento che riguarda il patrocinio a spese dello Stato per indagati e imputati nell'ambito di procedimenti penali e per le persone ricercate nell'ambito di procedimenti di esecuzione del mandato d'arresto europeo. La proposta della Commissione rappresenta un passo positivo verso la garanzia di un livello minimo di patrocinio a spese dello Stato in tutti gli Stati membri. Nonostante vi siano delle differenze tra gli Stati membri per quanto riguarda la qualità dell'assistenza legale offerta, in particolare per gli onorari, nella direttiva sono previste delle garanzie che la tutelano.

József Nagy (PPE), *írásban*. – A jelentést támogattam, hiszen meggyőződésem, hogy mindenki megérdemli a tisztességes eljárást, valamint a színvonalas bírósági védelmet és nem szabad, hogy ezt bármilyen anyagi tényező befolyásolja. Ezt akkor tudjuk ténylegesen elérni, ha egy európai uniós irányelv keretein belül minimumszabályokat alakítunk ki. Emlékezzünk csak vissza, hogy a mára már természetesnek tűnő, a büntetőeljárás során igénybe vehető tolmácsoláshoz és fordításhoz való jogról szóló irányelv is ugyaninnen indult évekkel ezelőtt. Bízom benne, hogy hamarosan javulni fog a költségmentességre szoruló vádlottak helyzete is.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report because it has for priority the implementation of a mechanism which shall provide a decent level of legal aid within the Member States. Therefore, this will help ensure a legal mechanism based on mutual trust in each other's justice systems between the Member States.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. — Подкрепих доклада на г-н Йонг, тъй като смятам, че европейските граждани, които са заподозрени, задържани или обвиняеми по даден казус, също така тези, които са издирвани с европейска заповед за арест, трябва да имат възможност за правна защита пред европейските съдилища, дори когато нямат достатъчни средства да си осигурят сами правен защитник всеки път, когато правосъдието го изисква.

Считам, че обхватът на директивата трябва да обхваща както и временната, така и нормалната правна помощ във всички ситуации. За да бъде осигурено качеството на предоставената правна помощ, държавите трябва да вземат нужните мерки, за да се уверят в качеството на предоставената услуга по отношение на правната помощ и за да се гарантира доброто прилагане на законодателството в един справедлив процес.

Различните интерпретации за правото на „справедлив процес“, включително чрез посредничеството на правна помощ, признато в член 47 на Хартата на основните права на Европейския съюз и член 6 на Европейската конвенция за защита на правата на човека и основните свободи, пречат за осигуряването на сътрудничество по отношение на наказателните процедури. Това е причината, поради която проектът на директивата за правна помощ трябва да бъде приет възможно най-скоро.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am susținut prin vot raportul adoptat astăzi deoarece dreptul de a avea acces la un avocat este unul fundamental, care asigură condițiile unui proces echitabil. În acest sens, raportul de astăzi se referă la noua directivă care va include atât dreptul la asistență judiciară provizorie gratuită, cât și cel la asistență judiciară ordinară gratuită în toate circumstanțele. Sunt în favoarea acestui raport întrucât el include o prevedere care se va regăsi și în directivă și care va include posibilitatea înlocuirii avocatului din oficiu, în cazul în care, din motive întemeiate, persoana suspectată sau inculpată ori persoana căutată și-a pierdut complet încrederea în acesta.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem dohodu EP a Rady v prvním čtení, která posiluje práva podezřelých nebo obviněných osob v trestním řízení, které byly zbaveny osobní svobody, a osob, na které byl vydán evropský zatykač, tím, že jim zajišťuje přístup k právní pomoci v raných fázích trestního řízení, kdy jsou nejvíce zranitelné. Ponechává na členských státech, aby rozhodly, kdo splňuje podmínky pro poskytnutí právní pomoci, a umožňuje členským státům vymáhat náklady v případě, že osoba nárok na právní pomoc nemá. Na rozdíl od původního návrhu Komise byla oblast působnosti směrnice rozšířena na běžnou právní pomoc, a nikoli pouze na prozatímní právní pomoc. Vítám zahrnutí přezkumu majetkových poměrů a odůvodněnosti, který lze použít ke stanovení toho, zda má určitá osoba nárok na právní pomoc. Cílem přezkumu majetkových poměrů má být posoudit, zda osobě skutečně chybí prostředky na uhrazení právní pomoci, zatímco přezkum odůvodněnosti umožňuje posoudit, zda je poskytnutí právní pomoci s ohledem na okolnosti případu v zájmu spravedlnosti.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich bei diesen Bericht meiner Stimme enthalten, da dies ein weiterer Schritt in Richtung Zentralisierung wäre. Des Weiteren gibt es in Österreich bereits eine Prozesskostenhilfe.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Direktiivi eesmärk on sätestada ühised miinimumnõuded kriminaalmenetluste käigus. Kriminaalmenetluste menetlemisõiguste tavad on liikmesriikide praktikas erinevad, nende ühtlustamiseks astub komisjon samme, et õigus kvaliteetsele ja tasuta õigusabile oleks üheselt kättesaadav kõigile kahtlustatavatele ja süüdistatavatele.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. — Balsavau už šį pranešimą. Manau, kad visoje ES turi būti taikomos vienodos teisinės pagalbos įtariamiesiems arba kaltinamiesiems, kurių laisvė apribota, ir teisinės pagalbos vykdant Europos arešto orderio procedūrą taisyklės. Šios taisyklės sustiprins įtariamųjų ir kaltinamųjų teises ir nustatys bendrus būtiniausius teisių į teisingą bylos nagrinėjimą standartus.

Atkreiptinas dėmesys į tai, kad valstybėse narėse pagal Europos arešto orderį prašomi išduoti asmenys ne visada turi galimybę naudotis teisine pagalba. Be to, nepaisant įtariamųjų arba kaltinamųjų teisių, daroma neproporcingai didelė žala teisminiam bendradarbiavimui. Todėl labai svarbu pašalinti esamas kliūtis ir sustiprinti teisminių institucijų tarpusavio pasitikėjimą ir palengvinti tarpusavio pripažinimo principo taikymą. Pažymėtina, kad teisminis bendradarbiavimas turi būti grindžiamas tarpusavio pasitikėjimu ir pasitikėjimu skirtingomis teismų sistemomis.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η προτεινόμενη συμφωνία θα θεσπίσει κοινούς ελάχιστους κανόνες για τη νομική συνδρομή προς υπόπτους και κατηγορούμενους σε ποινικές διαδικασίες, καθώς και προς τα πρόσωπα που αποτελούν το αντικείμενο του ευρωπαϊκού εντάλματος σύλληψης, με στόχο την ενίσχυση της αμοιβαίας εμπιστοσύνης και, ως εκ τούτου, την αμοιβαία αναγνώριση σε ποινικές υποθέσεις. Η οδηγία θα ολοκληρώσει το ισχύον πακέτο για δικονομικά δικαιώματα, τα οποία ήταν και είναι βασικά συστατικά για τη δημιουργία ενός χώρου ελευθερίας, ασφάλειας και δικαιοσύνης. Η επέκταση του πεδίου εφαρμογής για να καλύψει αυτό όλα τα είδη νομικής συνδρομής σε ποινικές διαδικασίες, και όχι μόνο των «προσωρινών» νομικών βοηθειών, είναι μια νίκη. Επιπλέον, το δικαίωμα των ατόμων που υπόκεινται σε ευρωπαϊκό ένταλμα σύλληψης να έχουν δικαίωμα σε νομική βοήθεια από δικηγόρο τόσο στο κράτος μέλος που εκδίδει το ένταλμα σύλληψης όσο και στο κράτος μέλους που εκτελεί το ένταλμα σύλληψης είναι αναμφίβολα βαρύνουσας σημασίας. Για όλους αυτούς τους λόγους ψήφισα υπέρ της εν λόγω έκθεσης.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. – Η οδηγία για τη νομική βοήθεια κατηγορουμένων που δεν έχουν την οικονομική δυνατότητα πρόσβασης σε δικηγόρο, συμπεριλαμβανομένων και όσων συλλαμβάνονται με το «ευρωπαϊκό ένταλμα έκδοσης», ανταποκρίνεται απόλυτα στη λαϊκή ρήση «να σε κάψω Γιάννη, να σ' αλείψω λάδι». Την στιγμή που ενισχύονται οι κατασταλτικοί μηχανισμοί στην ΕΕ και στα κράτη μέλη της (π.χ. με το νέο κανονισμό για την Ευρωαστυνομία) και δημιουργούνται νέοι, όπως η «Ευρωπαϊκή Ακτοφυλακή και Συνοριοφυλακή», τα όργανα της ΕΕ προσποιούνται ότι ενδιαφέρονται για τα δικαιώματα τα οποία όμως περιορίζουν ασφυκτικά με ένα γιγάντιο πλέγμα καταστολής. Η οδηγία επιδιώκει δύο βασικούς στόχους της ΕΕ, πρώτον, την προσπάθεια εξωραϊσμού του τεράστιου πλέγματος καταστολής και χτυπήματος των λαϊκών ελευθεριών, με πρώτο στόχο το εργατικό-λαϊκό κίνημα και, δεύτερο, την επιβολή ενιαίου συστήματος ευρωενωσιακών κανόνων του ποινικού δικαίου με τον ίδιο στόχο. Τις πολιτικές ελευθερίες, τα ατομικά, κοινωνικά και δημοκρατικά δικαιώματά του, συμπεριλαμβανομένων αυτών της πραγματικής άσκησης της εξουσίας, ο εργαζόμενος λαός θα μπορέσει να τα απολαύσει μόνο όταν πάρει στα χέρια του την εξουσία, ερχόμενος σε σύγκρουση με τα μονοπώλια, τις ενώσεις, τους μηχανισμούς τους και το εκμεταλλευτικό σύστημα που υπηρετούν.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have abstained on this legislative report. UKIP supports the right to access to legal aid for suspects and accused persons. However, as the UK Government has chosen to opt out of this directive, we do not feel the need to cast opinion on legislation that does not affect the UK.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta del collega poiché ritengo che sia fondamentale garantire l'effettività del diritto di avvalersi di un difensore, assicurando così che siano gli Stati membri a prestare l'assistenza necessaria a chi è privato della libertà personale sin dalle fasi iniziali del procedimento penale o nel caso di procedimenti di esecuzione del mandato d'arresto europeo. L'Unione europea è da sempre stata in prima linea nella tutela dei diritti della persona, diritti che, affinché possano essere definiti tali, devono essere necessariamente garantiti anche in presenza di un procedimento.

Pertanto, ho votato a favore.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this dossier because I believe it enhances the rights for citizens and make the text clearer, in particular with the inclusion of the right to ordinary legal aid and not only to provisional legal aid. Furthermore, I consider very important the inclusion of a means test and a merits test, which may be used to determine whether a person is eligible for legal aid.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala sam prijedlog direktive o privremenoj pravnoj pomoći za osumnjičene ili optužene osobe lišene slobode i pravnoj pomoći u postupcima na temelju europskog uhidbenog naloga. Pravosudna suradnja u kaznenim stvarima u Uniji treba se temeljiti na načelu uzajamnog priznavanja presuda i sudskih odluka. Provedba ovog načela pretpostavlja da države članice imaju povjerenje u međusobne kaznenopravne sustave, uključujući i način na koji su zaštićena prava osumnjičenika optuženih osoba. Ovo je dobrodošao korak u osiguranju minimalne razine pravne pomoći u svim državama članicama. Pravo na besplatnu pravnu pomoć je tijesno povezano s pravom na pristup odvjetniku, a za one kojima nedostaju potrebna financijska sredstva, samo besplatna pravna pomoć može osigurati pravo pristupa odvjetniku. Važno je da optužene, osumnjičene ili tražene osobe dobiju određenu mjeru pravne sigurnosti koja se odnosi na kriterije prihvatljivosti. Kriteriji prihvatljivosti navedeni u Preporuci Komisije pružaju jasnoću, ali ne donose punu harmonizacije. To se čini opravdanim, jer bi jednostavno bilo nemoguće i nepotrebno ulaziti detaljno europsko zakonodavstvo, s obzirom na razlike između država članica kada je riječ o troškovima sudskih postupaka.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Alors que la proposition de la Commission ne garantirait que le droit à l'aide juridictionnelle «provisoire» , la commission LIBE a suggéré d'élargir la portée de la proposition de directive pour inclure le droit à l'aide juridictionnelle «ordinaire» pour les suspects et les personnes poursuivies dans le cadre de procédures pénales ainsi que pour les personnes dont la remise est demandée dans le cadre d'une procédure relative à l'exécution d'un mandat d'arrêt européen. On assiste à une nouvelle étape dans l'élaboration d'un droit pénal européen, alors qu'il s'agit d'une compétence des États membres. Seules les institutions démocratiques d'un peuple souverain devraient pouvoir modifier le droit pénal. Je vote donc contre ce texte.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – La creazione di standard minimi in materia di patrocinio legale per indagati e imputati in procedimenti penali e per le persone oggetto di un mandato di arresto europeo è un passo avanti fondamentale. Contribuendo a rafforzare la fiducia reciproca e, conseguentemente, il mutuo riconoscimento in materia penale, la direttiva completa l'attuale pacchetto sui diritti procedurali, elemento chiave nella creazione di un'area comune di libertà, sicurezza e giustizia.

Il buon testo finale è anche il risultato del lavoro svolto dal gruppo S&D, che è riuscito ad allargare l'ambito di applicazione della direttiva estendendo l'assistenza legale a tutti i casi e non solo, come voleva la Commissione, all'ammissione provvisoria al patrocinio a spese dello Stato. Inoltre, si è riuscito ad affermare il diritto di una persona oggetto di un mandato di arresto europeo al patrocinio legale sia nello Stato membro che emette il mandato sia in quello che lo esegue.

In un momento storico in cui si assiste al proliferare di strumenti giuridici per il contrasto del terrorismo e di altre forme di criminalità, un'Unione basata sullo Stato di diritto necessita di procedure e diritti garantiti per tutti. Per questo ho votato a favore.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Prijedlog Komisije je važan korak u osiguranju minimalne razine pravne pomoći u svim državama članicama. Međutim, prijedlog Komisije je ograničen na pravo na privremenu pravnu pomoć za osumnjičenika ili optuženika u kaznenom postupku koji su lišeni slobode, kao i pravo na privremenu pravnu pomoć i pravnu pomoć za tražene osobe u postupcima na temelju europskog uhidbenog naloga. Najvažnije postignuće Parlamenta je proširenje direktive na sve slučajeve pravne pomoći, a ne samo na privremenu pravnu pomoć kako je to predložila Komisija. To je ujedno i velika pobjeda S&D grupe koja je zagovarala takav pristup.

Podržavam usvajanje ovog izvješća, obzirom da ćemo konačno imati neka pravila o pravnoj pomoći koja će se primjenjivati u svim kaznenim postupcima u cijelom EU-u jer u vrijeme kada je sav fokus na borbi protiv terorizma, ne smije se zaboraviti na zaštitu temeljnih ljudskih prava.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – A orientação geral que a proposta da Comissão define é limitada no seu conteúdo apesar de melhorar o quadro de proteção jurídica existente. Apontamos como menos positivo elementos técnicos de condicionamento desta garantia à condição financeira do interessado, a par de uma avaliação do mérito, ou seja, da avaliação do interesse da justiça, situações que constam da proposta da comissão e que se destacam com maior assertividade na proposta apresentada pelo Parlamento Europeu, demonstrando, assim, a presença de alguns mecanismos que colocam limitações na garantia de universalidade no acesso à justiça. A presença de uma cláusula de não regressão acautela que direitos e garantias consagrados em qualquer Estado-Membro que prevejam um nível de proteção mais elevado, como é o caso de Portugal, não possam ser derrogados ou limitados. Uma proposta que fica bastante aquém do que a CRP consagra no seu Artigo 20.º, ponto 1: «A todos é assegurado o acesso ao direito e aos tribunais para defesa dos seus direitos e interesses legalmente protegidos, não podendo a justiça ser denegada por insuficiência de meios económicos». Registamos ainda que nenhuma referência é feita ao que têm sido as opções políticas que em muitos países, como em Portugal, têm aprofundado problemas estruturais do sistema de justiça.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – V rámci Smlouvy o fungování Evropské unie by měla být justiční spolupráce v trestních věcech v Unii založena na zásadě vzájemného uznávání rozsudků a soudních rozhodnutí. Přesto se však v praxi ukazuje, že se postupy jednotlivých členských států v tomto ohledu velice liší. Tento problém tak představuje velkou překážku pro vzájemnou a účinnou justiční spolupráci. Proto velice vítám návrh Komise, který by měl sladit minimální úrovně právní pomoci ve všech členských státech. Zároveň jsem také velice rád, že se podařilo původní návrh Komise rozšířit na všechny typy právní pomoci v trestních věcech řízení. Rovněž jsem podpořil požadavek, aby osoby, které jsou předmětem evropského zatýkacího rozkazu, měly právo na právní pomoc a na právníka jak v členském státě, který vydává tento zatykač, tak také v tom, který zatýkací rozkaz vykonává.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Il 27 novembre 2013 la Commissione europea ha adottato una proposta di direttiva sull'ammissione provvisoria al patrocinio a spese dello Stato per indagati o imputati privati della libertà personale e sull'ammissione al patrocinio a spese dello Stato nell'ambito di procedimenti di esecuzione del mandato d'arresto europeo.

La cooperazione giudiziaria in materia penale nell'Unione, fondata sul principio del mutuo riconoscimento delle sentenze e delle decisioni giudiziarie, rappresenta a mio avviso uno degli aspetti più importanti dello spazio europeo di libertà e giustizia. Questa relazione affronta diverse problematiche relative all'ambito di applicazione della direttiva. La proposta della Commissione rappresenta un passo positivo verso la garanzia di un livello minimo di patrocinio a spese dello Stato in tutti gli Stati membri. Pertanto, ho votato a favore della sua approvazione.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport portant sur l'aide juridictionnelle pour les suspects et les personnes poursuivies dans le cadre de procédures pénales et pour les personnes dont la remise est demandée dans le cadre des procédures relatives au mandat d'arrêt européen. Ce texte est positif car il renforce les droits procéduraux des citoyens européens grâce notamment à la mise en œuvre de normes minimales communes dans les États membres de l'UE.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have abstained on this legislative report. UKIP supports the right to access to legal aid for suspects and accused persons. However, as the UK Government has chosen to opt out of this directive, we do not feel the need to cast opinion on legislation that does not affect the UK.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – A implementação do reconhecimento mútuo das sentenças e decisões judiciais pressupõe que cada Estado-Membro confie nos sistemas de justiça penal dos restantes Estados-Membros, incluindo na forma como os direitos dos suspeitos ou arguidos são salvaguardados. As diferenças na interpretação do direito a um tribunal imparcial constituem um obstáculo à justiça e à eficácia da cooperação em matéria penal.

Desta forma, a proposta da Comissão constitui um passo importante para garantir um nível mínimo de apoio judiciário em todos os Estados-Membros. O relator considera que a atual abordagem pode refletir a sensibilidade da matéria, mas não aumenta a segurança jurídica nem torna claro aos suspeitos ou arguidos em que medida terão efetivamente direito a apoio judiciário nem qual será a qualidade da assistência jurídica.

Também considera que os arguidos, os suspeitos ou as pessoas procuradas podem sentir-se inibidos de pedir apoio judiciário se os Estados-Membros puderem exigir-lhes os custos relativos ao apoio judiciário provisório por não cumprirem os critérios de elegibilidade.

Por fim, o relator considera que os Estados-Membros têm dificuldade em recolher dados relativos à implementação da diretiva para cada caso individual.

Neste contexto, votei a favor deste relatório.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Ce midi, les députés européens ont ajouté une pierre à l'édifice de la politique européenne en matière de justice. Le compromis trouvé le 30 juin 2016 avec le Conseil sur la proposition de directive sur l'aide juridictionnelle octroie en effet de nombreux droits aux justiciables.

Trop souvent dans la pratique, ce droit n'est pas accompagné de mesures permettant de le rendre effectif. Faute de moyens, certaines personnes peuvent se retrouver seules face aux charges qui pèsent contre elles, ce qui peut fragiliser l'application de la présomption d'innocence.

La détermination des négociateurs du Parlement européen a heureusement porté ses fruits puisque figure entre autre dans la directive adoptée la disposition assurant que l'aide juridictionnelle soit garantie durant l'ensemble des procédures judiciaires pénales. Autre victoire, la police et le parquet auront un rôle très limité dans la désignation de l'avocat pro deo. Il eut été en effet paradoxal que la police puisse à la fois enquêter sur une personne et en même temps prendre des décisions quant à la défense de cette personne.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Devemos continuar a trabalhar no sentido do reforço dos direitos dos suspeitos e arguidos através do estabelecimento de normas mínimas comuns sobre o direito a um processo equitativo. A existência de normas mínimas comuns que regulam estes direitos contribuirá para aumentar a confiança mútua entre as autoridades judiciárias, facilitando, assim, a aplicação do princípio do reconhecimento mútuo. É essencial que haja um certo grau de compatibilidade entre as legislações dos Estados-Membros para melhorar a cooperação judiciária na União. Estas regras mínimas devem ter ainda em conta as diferenças entre as tradições e os sistemas jurídicos dos Estados-Membros.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He dado mi apoyo al informe sobre la propuesta de Directiva del Parlamento Europeo y del Consejo relativa a la asistencia jurídica gratuita provisional a los sospechosos o acusados privados de libertad y a la asistencia jurídica gratuita en el procedimiento de la orden de detención europea.

El informe, que es una propuesta de acuerdo en primera lectura, toma cuenta de las diferencias entre los Estados miembros en relación con la calidad de la asistencia jurídica que ofrecen y la necesidad de incluir garantías sobre la calidad de la asistencia jurídica contemplada en la Directiva. Gracias a las enmiendas introducidas por el grupo socialista, el informe incide en la asistencia jurídica gratuita y la expansión del ámbito cubierto que abarca todos los tipos de asistencia jurídica en procedimientos penales.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la proposition de directive concernant l'aide juridictionnelle pour les suspects et les personnes poursuivies, ainsi que l'aide juridictionnelle dans le cadre des procédures relatives au mandat d'arrêt européen. La proposition de la Commission est une étape importante en vue de garantir un niveau minimum d'aide juridictionnelle dans tous les États membres.

D'autres aspects du droit à l'aide juridictionnelle ont été inclus dans une recommandation distincte de la Commission. Celle-ci a mis beaucoup de temps avant de proposer les instruments actuels, raison pour laquelle les mesures restantes de la feuille de route, et notamment le projet de directive sur l'aide juridictionnelle, doivent être adoptées le plus rapidement possible.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą. Jame nagrinėjamos laikinosios teisinės pagalbos įtariamiesiems ar kaltinamiesiems, kurių laisvė atimta, ir teisinės pagalbos priemonės, vykstant Europos arešto orderio vykdymo procedūroms. Skirtingai aiškinant teisę į teisingą bylos nagrinėjimą, įskaitant teisę gauti teisinę pagalbą, kuri pripažinta Europos Sąjungos pagrindinių teisių chartijos 47 straipsnyje ir Europos žmogaus teisių ir pagrindinių laisvių apsaugos konvencijos 6 straipsnyje, atsiranda kliūčių siekiant vykdyti teisingą ir veiksmingą teisminį bendradarbiavimą baudžiamosiose bylose. Todėl reikia kiek įmanoma greičiau priimti likusias veiksmų plano priemones ir visų pirma direktyvos dėl teisinės pagalbos projektą.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – É na fase inicial do processo, sobretudo quando privados de liberdade, que os suspeitos ou arguidos se encontram numa situação de maior vulnerabilidade e com maior necessidade de assistência jurídica.

A presente proposta de diretiva do Parlamento Europeu e do Conselho visa reforçar os direitos dos suspeitos ou arguidos em processo penal, através da criação de normas mínimas comuns que regulem estes direitos, contribuindo para aumentar a confiança mútua entre as autoridades judiciárias. É por isso essencial que exista compatibilidade entre as legislações dos Estados-Membros para melhorar a cooperação judiciária na União.

Porém, a abordagem proposta inicialmente não aumentava a segurança jurídica nem tornava claro aos suspeitos ou arguidos em que medida terão direito a apoio judiciário nem qual será a qualidade da assistência jurídica, pelo que, no âmbito de aplicação, deveria incluir-se o direito a apoio em todas as circunstâncias.

Considerou-se relevante, incluir também na diretiva a disposição segundo a qual a preferência/vontade dos suspeitos ou arguidos deve ser tida em conta, tanto quanto possível, no que toca à escolha do advogado, devendo estar prevista a substituição do mesmo em caso de perda de confiança.

Por concordar com a proposta apresentada pelo colega relator, votei-a favoravelmente.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport concernant l'aide juridictionnelle provisoire pour les suspects et les personnes poursuivies privés de liberté, ainsi que l'aide juridictionnelle dans le cadre des procédures relatives au mandat d'arrêt européen. La position du Parlement va au-delà de la proposition de la Commission. Il s'agit d'établir des règles minimales communes concernant le droit à l'aide juridictionnelle tout au long de la procédure pénale. Par ce rapport, le droit d'accès à un avocat est garanti pour les suspects et personnes privés de liberté, et ce sans retard indu.

Il s'agit par ce texte de renforcer l'Europe de la justice en étoffant les instruments européens relatifs aux droits procéduraux des citoyens européens.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Con questo voto abbiamo approvato il patrocinio a spese dello Stato in tutti gli Stati membri in favore degli indagati o imputati in procedimenti penali privati della libertà personale. Più specificamente si tratta di un'ammissione provvisoria al patrocinio poiché gli Stati in seno al Consiglio non hanno voluto elargire maggiori diritti per questioni puramente economiche.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – El presente informe tiene por objeto mejorar los derechos de los imputados o acusados en los procesos penales. Contar con unas normas mínimas comunes que rijan estos derechos, debería impulsar la confianza mutua entre las autoridades judiciales y facilitar así la aplicación del principio de reconocimiento mutuo. Es fundamental un cierto grado de compatibilidad entre la legislación de los Estados miembros para mejorar la cooperación judicial en la Unión. Gracias a la labor del ponente de nuestro grupo, se han introducido notables mejoras en la propuesta de la Comisión; entre otras, ampliar el ámbito de aplicación más allá de la privación de libertad, lo que permite la asistencia jurídica provisional y ordinaria en todas las circunstancias. Es importante destacar que recoge aspectos como que la fase inicial del procedimiento, sobre todo cuando los imputados o acusados están privados de libertad, es el momento en el que son más vulnerables y cuando más necesitan la asistencia jurídica de un abogado. En las negociaciones del trílogo, el trabajo realizado en la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior, sufrió algunos retrocesos por la resistencia del Consejo. Aún así, supone un significativo avance. Por ello, voto a favor de esta propuesta.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zur vorläufigen Prozesskostenhilfe für Verdächtige oder Beschuldigte, denen die Freiheit entzogen ist, sowie Prozesskostenhilfe in Verfahren zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls gestimmt.

Enthalten sind einige Änderungen der Richtlinie, welche im Jahr 2013 von der Kommission vorgelegt wurde. Sie zielen darauf ab, die Rechte der Bürger durch Ausweitung des Anwendungsbereichs der Richtlinie zu stärken.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Entiendo que el acceso a la justicia es un derecho fundamental, y así viene recogido en la Carta de Derechos Fundamentales de la Unión. La única manera de garantizar acceso a este derecho en igualdad es a través de una justicia gratuita que a día de hoy no existe en la Unión. El informe original contenía algunos elementos muy positivos que caminarían en esa dirección, pero tras las negociaciones con el Consejo ha quedado muy debilitado, ya que muchos de los Estados miembros no garantizan este derecho. Con el texto presentado sólo quedarían cubiertas por este tipo de asistencia las personas en situación de privación de libertad. Entendemos que es una mejora respecto a la actual situación de desprotección, pero claramente insuficiente, contrastando marcadamente con la posición que aprobó en su momento el Parlamento Europeo, por lo que he decidido abstenerme.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this because the UK Government has opted out of this scheme.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today, I voted for the draft directive on legal aid for suspects or accused persons deprived of liberty and legal aid in European arrest warrant proceedings. This is one of a set of proposals intended to further strengthen procedural rights for citizens in criminal proceedings.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Aj keď systém právnej pomoci existuje vo všetkých členských štátoch EÚ, z porovnania vnútroštátnych systémov právnej pomoci vyplýva, že v členských štátoch existujú základné rozdiely vo filozofii, organizácií a riadení systémov právnej pomoci. Som rada, že napriek týmto rozdielom medzi členskými štátmi (kvalita právnej pomoci, odmeny poskytované obhajcovi za právnu pomoc, rozdiely v úrovni príjmov a nákladov) sa ustanovujú minimálne pravidlá s cieľom uľahčiť v rozsahu, v akom je to potrebné, vzájomné uznávanie rozsudkov a iných justičných rozhodnutí, ako aj policajnú a justičnú spoluprácu v trestných veciach, ktoré majú cezhraničný rozmer. Návrh legislatívneho uznesenia som podporila aj preto, že zabezpečenie minimálnej úrovne právnej pomoci vo všetkých členských štátoch považujem za veľmi pozitívny krok. Aj keď návrh Komisie sa obmedzuje na právo na predbežnú právnu pomoc pre podozrivé alebo obvinené osoby v trestnom konaní, ktoré sú pozbavené osobnej slobody, na ktoré sa vzťahuje konanie o európskom zatykači, verím že členské štáty urobia všetko pre to, aby bola účinná predbežná právna pomoc dostupná každému bez zbytočného odkladu pred vykonaním akéhokoľvek procesného kroku, ktorý sa podľa vnútroštátneho alebo európskeho práva musí vykonať v prítomnosti obhajcu.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Zprávu o návrhu směrnice o prozatímní právní pomoci jsem podpořila. Zpráva ve znění pozměňovacích návrhů reflektuje realitu trestního procesu a praktické aspekty související s poskytováním bezplatné právní pomoci lépe než původní návrh.

Zejména oceňuji rozšíření věcné působnosti směrnice na obvyklou právní pomoc, a nikoli pouze na prozatímní právní pomoc, která se vztahuje pouze na první fázi trestního řízení před přijetím konečného rozhodnutí o právní pomoci. Právo na právní pomoc tak nyní bude zajištěno nejen ve fázi počáteční, ale ve všech fázích trestního řízení. Pouze takto lze plně zaručit právo na spravedlivý proces po celé trestní řízení.

Rovněž podporuji zahrnutí přezkumu majetkových poměrů osob a odůvodněnosti právní pomoci. Jedině tak lze posoudit, zda určité osobě finanční prostředky na uhrazení právní pomoci skutečně chybí nebo zda je poskytnutí právní pomoci v zájmu spravedlnosti. Návrh též doplňuje základní výkladová pravidla pro takové posouzení a možnost členských států požadovat zpět poskytnuté náklady související s právní pomocí, pokud osoby nesplňují kritéria pro její přiznání nebo záměrně poskytly příslušným orgánům nepravdivé informace o své finanční situaci.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Direktiva o začasni brezplačni pravni pomoči za osumljene ali obdolžene osebe, ki jim je bila odvzeta prostost, ter osebe v postopkih na podlagi evropskega naloga za prijetje, vsebuje minimalna harmonizirana pravila o tem, kdaj in kako so države članice zavezane plačati pravno zastopanje v omenjenih situacijah.

Poročilo omenja predvsem situacije, v katerih bo država članica poskrbela za plačilo pravnega zastopanja, ko si ga posameznik ne bo mogel privoščiti, ter določa minimalna pravila za takšne situacije.

S to direktivo bodo po vsej EU harmonizirana pravila za določanje primerov, v katerih posameznik pridobi pravico do brezplačne pravne pomoči. Hkrati so določene tudi izjeme, ki zajemajo manjša kazniva dejanja oz. prekrške, postopke preverjanja alkoholiziranosti in podobno. Direktiva, na katero se to poročilo nanaša, bo del širšega konteksta zakonodajnih predlogov s strani Evropske Komisije, ki imajo za cilj okrepiti postopkovne pravice osumljenih ali obtoženih oseb.

Ker poročilo predvideva harmonizacijo pravil in uvedbo skupnih standardov na tem področju, sem se ga odločil podpreti.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Dieser Bericht, der das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Rat und der Kommission ist, unterstützt die vorläufige und ordentliche Prozesskostenhilfe für Verdächtige und Beschuldigte und spricht sich für Mindeststandards bei Gerichtsverfahren aus. Die ALFA ist der Ansicht, dass Mindeststandards wie zum Beispiel das Recht auf Übersetzung, Unschuldsvermutung und Zugang zu einem Anwalt richtig sind und dass sie wegen des freien Personenverkehrs innerhalb der EU nicht effektiv auf nationaler Ebene geregelt werden können. Persönlich sehe ich die genannten Standards als selbstverständliche und faire Behandlung eines Einzelnen und habe dem Bericht deswegen zugestimmt.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Každý občan Európskej únie má právo na spravodlivý súdny proces a pomoc v prípade vyšetrovania či trestného stíhania. Rozširujeme právo osôb pozbavených osobnej slobody na prístup k obhajcom a zjednocujeme pravidlá poskytovania bezplatnej právnej pomoci tým, ktorí si nemôžu dovoliť vlastného obhajcu.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über vorläufige Prozesskostenhilfe für Verdächtige oder Beschuldigte, denen die Freiheit entzogen ist, sowie über Prozesskostenhilfe in Verfahren zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls habe ich nicht zugestimmt.

Prozesskostenhilfe erfüllt eine wichtige Funktion. Es gibt aber keinen Grund, sie EU-weit einheitlich zu regeln. Wenn einzelnen Mitgliedstaaten damit zur Auflage gemacht werden soll, ein Defizit nicht vorhandener Regeln auszugleichen und endlich entsprechende Regelungen einzuführen, dann ist dies ein Mangel an Rechtstaatlichkeit, der schon der Aufnahme dieser Staaten in die EU im Wege hätte stehen müssen. Oder, wenn dies keine Bedingung für die Aufnahme in die EU ist, dann muss es jetzt auch nicht EU-einheitlich geregelt werden.

Dementsprechend armselig ist die entsprechende Begründung der Kommission für ihren Vorschlag. Sie begründet die Notwendigkeit einer EU-Regelung mit dem Argument, dass die Mitgliedstaaten hier unterschiedliche Regelungen hätten. Das ist indes kein Mangel, sondern gerade der willkommene Ausdruck der verschiedenen Vorstellungen der jeweiligen nationalen Gesetzgeber. Diese Unterschiede muss man im Sinne von Subsidiarität und nationalstaatlicher Eigenständigkeit begrüßen, nicht einebnen.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Komisija je 2013. godine prihvatila prijedlog direktive Parlamenta i Vijeća o privremenoj pravnoj pomoći za osumnjičene ili optužene osobe lišene slobode te pravnoj pomoći u postupcima na temelju europskog uhidbenog naloga.

Pravo na pravnu pomoć usko je povezano s pravom na obranu. Osumnjičenicima i optuženicima koji se nalaze u težem materijalnom stanju, potrebno je omogućiti obranu putem besplatne pravne pomoći.

Pravo na pravnu pomoć i pravično suđenje zajamčeno je i Europskom konvencijom o ljudskim pravima i temeljnim slobodama.

Ugovorom o funkcioniranju EU-a predviđena je pravosudna suradnja država članica u kaznenim stvarima te međusobno priznavanje sudskih odluka i presuda. Međutim, nacionalne prakse država razlikuju se od članice do članice.

Podržavam izvješće o prijedlogu direktive Europskog parlamenta i Vijeća o privremenoj pravnoj pomoći za osumnjičene ili optužene osobe lišene slobode i pravnoj pomoći u postupcima na temelju europskog uhidbenog naloga. Izvješće je korak bliže ostvarivanju zajamčenog minimuma pravne pomoći i potpune harmonizacije tog pitanja u svim državama članicama.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu direktive Evropskega parlamenta in Sveta o začasni brezplačni pravni pomoči za osumljene ali obdolžene osebe, ki jim je bila odvzeta prostost, ter osebe v postopkih na podlagi evropskega naloga za prijetje.

Podpiram dopolnitev predloga direktive, da so po Evropski konvenciji o varstvu človekovih pravic in temeljnih svoboščin in Mednarodnemu paktu o političnih in državljanskih pravicah priznavata pravico do brezplačne pravne pomoči tistim, ki nimajo dovolj sredstev, da bi sami plačali za pravno pomoč, če to zahtevajo interesi pravičnosti.

S predlogom Komisije bomo tako dobili minimalno raven brezplačne pravne pomoči v vseh državah članicah.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Hlasoval jsem dnes pro vyslovení souhlasu s návrhem směrnice o prozatímní právní pomoci pro podezřelé nebo obviněné osoby zbavené osobní svobody v rámci řízení týkajícího se evropského zatýkacího rozkazu, jelikož se domnívám, že jde o vyvážený návrh, který zajišťuje členským státům dostatečný prostor pro stanovení podmínek, jejichž splnění je nutné pro poskytnutí právní pomoci dle této směrnice. Přístup k právní pomoci je obecně jedním z předpokladů řádného procesu a v konečném důsledku tedy vlády práva.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Υπερψηφίσαμε την έκθεση σχετικά με την εν λόγω οδηγία διότι, πέραν της γενικότερης συνδρομής και νομικής βοήθειας που παρέχεται σε υπόπτους, κατηγορουμένους που στερούνται της ελευθερίας τους καθώς και σε εκζητούμενους που βρίσκονται σε διαδικασία εκτέλεσης ευρωπαϊκού εντάλματος, προτείνονται και ορισμένα κριτήρια για την ποιότητα της βοήθειας που θα παρασχεθεί. Ο καθορισμός κοινών ελάχιστων προτύπων για την διασφάλιση ενός από τα βασικότερα δικαιώματα υπόπτων ή κατηγορουμένων θα ενισχύσει την αμοιβαία εμπιστοσύνη μεταξύ των δικαστικών αρχών και θα διευκολύνει έτσι την εφαρμογή της αρχής της αμοιβαίας αναγνώρισης.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η εξασφάλιση ελαχίστου επιπέδου δικαστικής αρωγής σε όλα τα κράτη μέλη δεν πρέπει να περιορίζεται σε δύο κατηγορίες, δηλαδή σε υπόπτους ή κατηγορουμένους σε ποινικές διαδικασίες οι οποίοι στερούνται της ελευθερίας τους και σε καταζητούμενα άτομα τα οποία υπόκεινται σε διαδικασίες που αφορούν στην εκτέλεση ευρωπαϊκού εντάλματος σύλληψης.

Μια τέτοια αποσπασματική προσέγγιση ούτε ενισχύει την ασφάλεια δικαίου, ούτε καθιστά σαφή το βαθμό και την ποιότητα του δικαιώματος νομικής αρωγής.

József Szájer (PPE), *írásban*. – A szabadságuktól megfosztott gyanúsítottak és vádlottak ideiglenes költségmentességéről, valamint az európai elfogatóparancshoz kapcsolódó eljárásokban biztosított költségmentességről szóló európai parlamenti és tanácsi irányelvtervezet a büntetőeljárásban a terheltek eljárási jogainak megerősítését célzó 2009. november 30-án elfogadott ütemterv részének tekinthető, amelynek célja a közös minimumszabályok megteremtése a tagállamokban.

Nehéz egyeztetések után alakult ki a kölcsönösen elfogadható szöveg, és a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogatom a kezdeményezést. Meglátásom szerint kielégítő kompromisszumot sikerült elérni a háromoldalú tárgyalások során, amely sikeresen hozzájárul a közös európai minimumszabályok meghatározásához és nem ró aránytalan terhet a büntetőeljárás terén.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Oikeusvarmuus on yksi tärkeimmistä oikeuksista ja yhtäläisen oikeusturvan takaaminen kaikissa jäsenmaissa on rikostuomioiden tunnustamisen edellytys. Oikeusturvaan liittyvissä kysymyksissä kompetenssi on monilta osin jäsenvaltioilla ja siksi onkin ehdottoman tärkeätä, ettei parlamentti ulota mietintöään liian pitkälle kuitenkin kunnioittaen ihmisoikeuksia ja taaten jokaiselle oikeuden oikeudenmukaiseen oikeudenkäyntiin.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Cooperarea în domeniul judiciar este unul dintre capitolele în care statele membre mai au mult de lucru în vederea armonizării reglementărilor și practicilor. Tratatul privind funcționarea Uniunii Europene prevede respectarea principiului recunoașterii reciproce a hotărârilor judecătorești și a deciziilor judiciare, prin încrederea reciprocă în sistemele judiciare penale ale statelor membre. Acest principiu acoperă și asistența judiciară provizorie pentru persoanele suspectate sau acuzate că sunt private de libertate și asistență judiciară în cadrul procedurilor aferente mandatului european de arestare. În practică, sistemele naționale diferă, ceea ce afectează respectarea dreptului la consiliere și asistență judiciară gratuită, mai ales în cazul persoanelor care nu dispun de resursele financiare necesare. De aceea, propunerea Comisiei de a reglementa acest domeniu este un pas important, dar nu suficient, în

direcția asigurării unui nivel minimal în toate statele membre. Acesta se rezumă la persoanele suspectate sau inculpate în cadrul procedurilor penale care sunt private de libertate și la persoanele căutate care fac obiectul mandatului european de arestare. Diferența între onorariile avocaților din diversele state membre, calitatea serviciilor juridice din oficiu și lipsa reglementării preferinței persoanei suspecte sau inculpate sunt subiecte care trebuie acoperite de directiva Comisiei. Susțin adoptarea acestui raport.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – L'approche fragmentée actuellement poursuivie par la Commission illustre peut-être à quel point le sujet est sensible, mais elle n'augmente pas la sécurité juridique et ne permet pas aux suspects ou aux personnes poursuivies de savoir dans quelle mesure ils bénéficieront du droit à l'aide juridictionnelle et quelle sera la qualité de l'assistance juridique. Partant, le champ d'application de la directive devrait inclure l'aide juridictionnelle tant provisoire qu'ordinaire en toutes circonstances. À cet égard, la portée de la directive devrait être identique à celle de la directive 2013/48/UE relative au droit d'accès à un avocat.

Les personnes poursuivies, les suspects et les personnes dont la remise est demandée pourraient se montrer réticents à demander une aide juridictionnelle, si les États membres peuvent leur réclamer les dépenses relatives à l'aide juridictionnelle provisoire s'ils ne remplissent pas les critères d'admissibilité. Il semble donc légitime de limiter le recouvrement des coûts aux situations dans lesquelles le suspect, la personne poursuivie ou la personne dont la remise est demandée a sciemment fourni des informations mensongères.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – Enshrined in the European Convention of Human Rights, the right to legal aid and representation for all persons, regardless of their socio-economic position is a fundamental human right. This service is essential to strengthening the rights of suspects and accused persons. By establishing minimum rules on the protection of procedural rights of suspects or accused persons, the proposal aims to guarantee the effectiveness of the right of access to a lawyer at an early stage in the criminal proceedings for suspects, accused and vulnerable persons. I voted in favour of the proposal because I believe that, although all EU Member States have national legal aid schemes, this directive will mean that EU citizens have the same minimum rights wherever they are in the EU. Further, I believe that this directive represents a positive step to ensuring faire trials and access to justice for all EU citizens, not just those who can afford it.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Glasovala sam za, jer smatram da ovo izvješće predstavlja korak u pravom smjeru. Priznavanje istih postupovnih garancija i prava osumnjičenih u postupcima na temelju europskog uhidbenog naloga važan je korak u izgradnji istinske suradnje u području pravosuđa i jačanju povjerenja među članicama.

Dosadašnja je pravosudna suradnja bila tek djelomična i obilježavalo ju je nedovoljno uzajamno priznavanje odluka pravosudnih tijela. Nakon uvođenja privremene pravne pomoći možemo očekivati značajniji pomak u smjeru bolje suradnje, čime će nedvojbeno doći do jačanja međusobnog povjerenja, što svesrdno podržavam.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog direktive Evropskega parlamenta in Sveta o začasni brezplačni pravni pomoči za osumljene ali obdolžene osebe, ki jim je bila odvzeta prostost, ter osebe v postopkih na podlagi evropskega naloga za prijetje sem podprla.

Predlog Komisije je dobrodošel korak pri zagotavljanju minimalne ravni brezplačne pravne pomoči v vseh državah članicah. Predlog je omejen na pravico do začasne brezplačne pravne pomoči za osumljene ali obdolžene osebe v kazenskih postopkih, ki jim je bila odvzeta prostost, ter pravico do začasne brezplačne pravne pomoči in pravne pomoči za zahtevane osebe v postopkih na podlagi evropskega naloga za prijetje.

Vključitev v direktivo si zasluži še posebno določba, da se pri izbiri odvetnika, ki nudi brezplačno pravno pomoč, v največji možni meri upošteva preference in želje osumljenih ali obdolženih oseb in zahtevanih oseb.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – El presente informe tiene por objeto mejorar los derechos de los imputados o acusados en los procesos penales. Contar con unas normas mínimas comunes que rijan estos derechos, debería impulsar la confianza mutua entre las autoridades judiciales y facilitar así la aplicación del principio de reconocimiento mutuo. Es fundamental un cierto grado de compatibilidad entre la legislación de los Estados miembros para mejorar la cooperación judicial en la Unión. Gracias a la labor del ponente de nuestro grupo, se han introducido notables mejoras en la propuesta de la Comisión; entre otras, ampliar el ámbito de aplicación más allá de la privación de libertad, lo que permite la asistencia jurídica provisional y ordinaria en todas las circunstancias. Es importante destacar que recoge aspectos como que la fase inicial del procedimiento, sobre todo cuando los imputados o acusados están privados de libertad, es el momento en el que son más vulnerables y cuando más necesitan la asistencia jurídica de un

abogado. En las negociaciones del trílogo, el trabajo realizado en la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior, sufrió algunos retrocesos por la resistencia del Consejo. Aún así, supone un significativo avance. Por ello, voto a favor de esta propuesta.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Dieser Bericht, der das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Rat und der Kommission ist, unterstützt die vorläufige und ordentliche Prozesskostenhilfe für Verdächtige und Beschuldigte und spricht sich für Mindeststandards bei Gerichtsverfahren aus. Die ALFA ist der Ansicht, dass Mindeststandards wie zum Beispiel das Recht auf Übersetzung, Unschuldsvermutung und Zugang zu einem Anwalt richtig sind und dass es wegen des freien Personenverkehrs innerhalb der EU sinnvoll ist, europäische Mindeststandards einzuführen.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Alors que la proposition de la Commission ne garantirait que le droit à l'aide juridictionnelle «provisoire», la commission LIBE a suggéré d'élargir la portée de la proposition de directive pour inclure le droit à l'aide juridictionnelle «ordinaire» pour les suspects et les personnes poursuivies dans le cadre de procédures pénales ainsi que pour les personnes dont la remise est demandée dans le cadre d'une procédure relative à l'exécution d'un mandat d'arrêt européen.

On assiste donc à une nouvelle étape dans l'élaboration d'un droit pénal européen, alors qu'il s'agit d'une compétence des États membres.

J'ai voté contre.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Decyzje na poziomie Unii Europejskiej powinny być podejmowane w sposób racjonalny i oszczędny. Dyrektywa w pierwotnym projekcie opracowanym przez Komisję Europejską realizowała ten postulat. Przewidywała ona harmonizację porządków krajowych tak, aby zagwarantować pomoc prawną dla osób w pierwszej fazie postępowania karnego, kiedy mogą być pozbawione faktycznej możliwości skorzystania z adwokata, oraz w postępowaniu wynikającym z europejskiego nakazu aresztowania.

Rozwiązania prawne przewidziane w dyrektywie w aktualnym kształcie idą jednak krok dalej i nie mają oparcia w prawie pierwotnym. Traktat o funkcjonowaniu Unii Europejskiej daje podstawę wyłącznie do minimalnej ochrony, nie zaś do budowania powszechnych przepisów prawa karnego. Tak szeroka regulacja nie służy budowaniu zaufania państw członkowskich do instytucji Unii Europejskiej. Z powyższych powodów zagłosowałem przeciwko przyjęciu rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A javaslat a közös minimális jogsegély alapjait kívánja lefektetni a szabadságuktól megfosztott gyanúsítottak és vádlottak ideiglenes költségmentessége, valamint az európai elfogatóparancshoz kapcsolódó eljárásokban biztosított költségmentesség tekintetében. A javaslat elfogadását támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – El presente informe tiene por objeto mejorar los derechos de los imputados o acusados en los procesos penales. Contar con unas normas mínimas comunes que rijan estos derechos debería impulsar la confianza mutua entre las autoridades judiciales y facilitar así la aplicación del principio de reconocimiento mutuo. Es fundamental un cierto grado de compatibilidad entre la legislación de los Estados miembros para mejorar la cooperación judicial en la Unión. Gracias a la labor del ponente de nuestro grupo, se han introducido notables mejoras en la propuesta de la Comisión; entre otras, ampliar el ámbito de aplicación más allá de la privación de libertad, lo que permite la asistencia jurídica provisional y ordinaria en todas las circunstancias. Es importante destacar que recoge aspectos como que la fase inicial del procedimiento, sobre todo cuando los imputados o acusados están privados de libertad, es el momento en el que son más vulnerables y cuando más necesitan la asistencia jurídica de un abogado. En las negociaciones del trílogo, el trabajo realizado en la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior, sufrió algunos retrocesos por la resistencia del Consejo. Aún así, supone un significativo avance. Por ello, voto a favor de esta propuesta.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favor de la Directiva de Asistencia jurídica gratuita a los sospechosos o acusados en procesos penales y a las personas buscadas por el procedimiento de la orden de detención europea, ya que provee de normas mínimas armonizadas para así asegurar la efectividad y el derecho de acceder a un abogado y reforzar la confianza mutua, el conocimiento y la cooperación mutua entre Estados miembros.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Į direktyvą turėtų būti įtraukta nuostata, pagal kurią reikėtų kiek įmanoma geriau atsižvelgti į tai, kam įtariamieji ar kaltinamieji ir prašomi išduoti asmenys teikia pirmenybę, paskiriant teisinę pagalbą teikiantį advokatą, ir į jų norus. Tas pats taikoma ir poreikiui tęsti teisinį atstovavimą, jeigu to pageidauja įtariamasis, kaltinamasis ar prašomas išduoti asmuo.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the proposal for a directive of the European Parliament and of the Council on provisional legal aid for suspects or accused persons deprived of liberty and legal aid in European arrest warrant proceedings. According to Article 82 of the Treaty on the Functioning of the European Union (TFEU), judicial cooperation in criminal matters in the Union shall be based on the principle of mutual recognition of judgements and judicial decisions. The implementation of this principle presupposes that Member States put trust in each other's criminal justice systems, including in the manner in which the rights of suspects of accused persons are safeguarded. In practice, however, national practices vary in this respect. For those who are lacking the necessary financial means, only legal aid can make the right to access to a lawyer effective. I voted in favour because I believe that the proposal of the Commission is a welcome step in ensuring a minimum level of legal aid in all Member States.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – El análisis de la directiva europea sobre asistencia legal (presentada por la Comisión en noviembre de 2013) comenzó a realizarse por el Parlamento en 2014. A finales de junio de este año se llegó a un acuerdo con la Presidencia holandesa para modificar ciertos puntos de la propuesta original de la Comisión. En este informe se recogen dichas modificaciones, que hacen especial hincapié en el alcance de la aplicación de la directiva y en la inclusión de exámenes de medios y de méritos para convertirse en beneficiario. En la primera se consigna una ampliación, pasando de incluirse no sólo la asistencia de manera provisional, sino a lo largo de todo el proceso judicial. Si bien es cierto que el texto final no ha resultado todo lo ambicioso que esperábamos —ya que, pese a alcanzar a toda la asistencia jurídica gratuita en procesos penales, su aplicación queda sometida a criterios nacionales que no sólo se basan en lo económico, sino en los méritos—, se erige como un primer paso hacia mejoras futuras que requieren más tiempo para ser aceptadas por aquellos países que preferirían prescindir de la propuesta en su totalidad. De esta manera, he considerado oportuno votar afirmativamente.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Entiendo que el acceso a la justicia es un derecho fundamental, y así viene recogido en la Carta de Derechos Fundamentales de la Unión. La única manera de garantizar acceso a este derecho en igualdad es a través de una justicia gratuita que a día de hoy no existe en la Unión. El informe original contenía algunos elementos muy positivos que caminarían en esa dirección, pero tras las negociaciones con el Consejo ha quedado muy debilitado, ya que muchos de los Estados miembros no garantizan este derecho. Con el texto presentado sólo quedarían cubiertas por este tipo de asistencia las personas en situación de privación de libertad. Entendemos que es una mejora respecto a la actual situación de desprotección, pero claramente insuficiente, contrastando marcadamente con la posición que aprobó en su momento el Parlamento Europeo, por lo que he decidido abstenerme.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted in favour of the report, which will assist in increasing Member State's confidence in each other's legal systems and ensure that in countries where virtually no legal aid exists, new and improved systems can be established. Once fully implemented by Member States, the Legal Aid Directive should give an important boost to social advocacy by strengthening the right to access a lawyer for those who do not have sufficient financial means. In addition, ensuring quick and effective legal representation from the start of proceedings. The UK has opted out of the proposal and will not be affected by this legislation.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Deze richtlijn heeft als doel ervoor te zorgen dat het recht op toegang tot een advocaat daadwerkelijk kan worden uitgeoefend door verdachten of beklaagden of personen die worden gezocht in een procedure van overlevering. Gezien we in een democratie en rechtstaat leven, is het niet meer dan normaal dat iedereen in elke omstandigheid recht heeft op rechtsbijstand. Ik stemde voor dit voorstel tot richtlijn.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – La coopération judiciaire se met peu à peu en place au sein de l'Union européenne. Elle est fondée sur le principe de reconnaissance mutuelle des jugements et des décisions judiciaires.

Ce texte permet de compléter une directive sur le droit à l'assistance d'un avocat (2013/48/UE) afin d'avancer dans la mise en oeuvre du droit à un procès équitable énoncé par la Charte des droits fondamentaux de l'UE en complétant le droit à l'assistance d'un avocat par la mise en oeuvre d'une aide juridictionnelle permettant à toutes les personnes poursuivies, quelle que soit leur situation financière, de pouvoir être assistées par un avocat dès le tout début de la procédure et jusqu'au terme de celle-ci, c'est une norme minimale à laquelle aucun État membre ne devrait pouvoir se soustraire.

Sans de telles garanties, la justice européenne conserverait un caractère «censitaire» contraire y compris à la Convention européenne des droits de l'Homme.

Je salue le travail du rapporteur, mon collègue néerlandais, Dennis De Jong, qui a œuvré pour mettre en place un véritable droit à l'aide juridique et non une aide juridique provisoire telle que proposée initialement par la Commission.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O direito a apoio judiciário está intrinsecamente associado ao direito de acesso a um advogado, relativamente ao qual o Parlamento Europeu e o Conselho adotaram a Diretiva 2013/48/UE, de 22 de outubro de 2013. Para quem não dispõe de meios financeiros necessários, apenas o apoio judiciário pode assegurar o exercício efetivo do direito de acesso a um advogado.

Os arguidos, os suspeitos ou as pessoas procuradas podem sentir-se inibidos de pedir apoio judiciário se os Estados-Membros puderem exigir-lhes os custos relativos ao apoio judiciário provisório por não cumprirem os critérios de elegibilidade. Afigura-se justo limitar a recuperação dos custos aos casos em que os arguidos, os suspeitos ou as pessoas procuradas fornecem, intencionalmente, informações falsas.

No geral, este relatório avança num sentido geral positivo, que apoiamos. Mas fica ainda aquém do reconhecimento, das medidas e dos recursos concretos, que garantam a universalidade do acesso, sem custos, ao apoio judiciário e jurídico a arguidos, como um dos mais elementares direitos à defesa e à dignidade.

Votamos a favor.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie über die Prozesskostenhilfe geht einen Weg der zunehmenden Vereinheitlichung und Zentralisierung. Die Intention zu Gewährleistung gewisser rechtstaatlicher Mindeststandards innerhalb der Union geht zwar in die richtige Richtung; solange aber dem nach Artikel 6 EMRK garantierten Recht auf ein faires Verfahren Genüge getan ist, sollte den Mitgliedstaaten die gesetzliche Ausgestaltung der Prozesskostenhilfe selbst überlassen bleiben. Ich habe mich daher meiner Stimme enthalten.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sul patrocinio per indagati o imputati privati della libertà personale e sul patrocinio nei procedimenti di esecuzione del mandato d'arresto europeo. Uno dei principali obiettivi della relazione è quello di stabilire delle norme minime comuni in materia di assistenza legale per le persone sospettate all'interno di un procedimento penale e per le persone oggetto di un mandato d'arresto europeo con l'obiettivo di rafforzare la fiducia reciproca e, in tal modo, il riconoscimento reciproco in materia penale, fondamentale per la creazione di uno spazio di libertà, sicurezza e giustizia.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted in favour of the report, which will assist in increasing Member State's confidence in each other's legal systems and ensure that in countries where virtually no legal aid exists, new and improved systems can be established. Once fully implemented by Member States, the Legal Aid Directive should give an important boost to social advocacy by strengthening the right to access a lawyer for those who do not have sufficient financial means and will hopefully benefit women who often face barriers to accessing legal aid. In addition, this will ensure quick and effective legal representation from the start of proceedings. The UK has opted out of the proposal and will not be affected by this legislation.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς*. – Η οδηγία για τη νομική βοήθεια κατηγορουμένων που δεν έχουν την οικονομική δυνατότητα πρόσβασης σε δικηγόρο, συμπεριλαμβανομένων και όσων συλλαμβάνονται με το «ευρωπαϊκό ένταλμα έκδοσης», ανταποκρίνεται απόλυτα στη λαϊκή ρήση «να σε κάψω Γιάννη, να σ' αλείψω λάδι». Την στιγμή που ενισχύονται οι κατασταλτικοί μηχανισμοί στην ΕΕ και στα κράτη μέλη της (π.χ. με το νέο κανονισμό για την Ευρωαστυνομία) και δημιουργούνται νέοι, όπως η «Ευρωπαϊκή Ακτοφυλακή και Συνοριοφυλακή», τα όργανα της ΕΕ προσποιούνται ότι ενδιαφέρονται για τα δικαιώματα τα οποία όμως περιορίζουν ασφυκτικά με ένα γιγάντιο πλέγμα καταστολής. Η οδηγία επιδιώκει δύο βασικούς στόχους της ΕΕ, πρώτον, την προσπάθεια εξωραϊσμού του τεράστιου πλέγματος καταστολής και χτυπήματος των λαϊκών ελευθεριών, με πρώτο στόχο το

εργατικό-λαϊκό κίνημα και, δεύτερο, την επιβολή ενιαίου συστήματος ευρωενωσιακών κανόνων του ποινικού δικαίου με τον ίδιο στόχο. Τις πολιτικές ελευθερίες, τα ατομικά, κοινωνικά και δημοκρατικά δικαιώματά του, συμπεριλαμβανομένων αυτών της πραγματικής άσκησης της εξουσίας, ο εργαζόμενος λαός θα μπορέσει να τα απολαύσει μόνο όταν πάρει στα χέρια του την εξουσία, ερχόμενος σε σύγκρουση με τα μονοπώλια, τις ενώσεις, τους μηχανισμούς τους και το εκμεταλλευτικό σύστημα που υπηρετούν.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Jsem přesvědčen, že každý člověk by měl mít právo na právní pomoc, bez ohledu na to, zda disponuje dostatečnými prostředky na úhradu finančních nákladů, či nikoliv. Evropská unie doposud nemá v této oblasti žádné jednotné standardy, což může způsobit řadu problémů, kterým musí podezřelé a obviněné osoby čelit. Předložená směrnice přehledně popisuje proces udělení právní pomoci, finanční náročnost či zajištění kvality právní pomoci. Podporuji tuto směrnici, jelikož věřím, že pomůže zajistit lepší přístup k právní pomoci, ale také harmonizovat systém trestního procesního práva napříč státy Evropské unie.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu o návrhu smernice o predbežnej právnej pomoci pre podozrivé alebo obvinené osoby pozbavené osobnej slobody a o právnej pomoci v konaní o európskom zatykači som podporila. Táto smernica dopĺňa už prijaté smernice o procesných právach v trestnom konaní, a to smernicu o práve na tlmočenie a preklad, o práve na informácie a o práve na prístup k obhajcovi. Hlavným cieľom tejto smernice je najmä položiť minimálne štandardy, ktoré by zabezpečili dodržiavanie základnej úrovne práva na právnu pomoc vo všetkých členských štátoch. Myslím si, že táto smernica je z praktického hľadiska prospešná, keďže situácia v oblasti poskytovania či už predbežnej alebo riadnej právnej pomoci sa v jednotlivých členských štátoch líši. Zároveň bude stanovenie minimálnych štandardov prínosné najmä z hľadiska upevňovania dôvery medzi členskými štátmi, ako aj uznávania súdnych rozhodnutí, keďže štáty budú vedieť, že v rámci toho ktorého trestného konania boli zachované aspoň minimálne spoločné štandardy.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório De Jong por concordar com a aplicação de regras mínimas na assistência judiciária em toda a União Europeia. Sublinho particularmente que o grupo socialista europeu logrou o alargamento do âmbito de aplicação da Diretiva para cobrir todos os casos de assistência judiciária e não apenas casos de assistência judiciária provisória como previa a proposta original da Comissão Europeia.

Numa altura em que se multiplicam os instrumentos legais em matéria penal e criminal para procurar combater o terrorismo, é fundamental relembrar que a União Europeia se baseia no Estado de Direito e que isto se traduz na harmonização de princípios fundamentais e processuais de defesa que devem ser garantidos a suspeitos ou arguidos acusados da prática de um crime.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Predlog direktive Evropskega parlamenta in Sveta o začasni brezplačni pravni pomoči določa skupna minimalna pravila o pravici do brezplačne pravne pomoči za osumljene in obdolžene osebe v kazenskem postopku in osebe v postopku na podlagi evropskega naloga za prijetje (zahtevane osebe), ne glede na njihov pravni status, državljanstvo ali nacionalnost.

Predlog direktive podpira temeljne pravice in načela, ki jih priznavata Listina in EKČP, predvsem pravico do učinkovitega pravnega sredstva in pravico do poštenega sojenja, domnevo nedolžnosti in pravico do obrambe.

V skladu z zgoraj navedenim, menim, da bo predlog direktive Evropskega parlamenta in Sveta o začasni brezplačni pravni pomoči omogočil okrepitev procesnih pravic osumljenih, obtoženih ali zahtevanih oseb v kazenskih postopkih, zato sem ga podprl.

8.7. Handel mit bestimmten Gütern, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder zu anderer Behandlung oder Strafe verwendet werden könnten (A8-0267/2015 - Marietje Schaake)

Oral explanations of vote

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Asszony, mit tudna tenni az Európai Unió annak érdekében, hogy megállítsa a népvándorlást, az Európába történő tömeges és egyre elviselhetetlenebb migrációt úgy, hogy a nyomorúságos helyzetben lévő idevándorló emberek jogaira is tekintettel legyen és az európai őslakosság jogaira is. Hát elsősorban úgy, hogy a gyökérokokat kezeli – a háborúkat, fegyveres konfliktusokat. És ehhez mire lenne szükség? Illetőleg az ISIS és más terrorszervezetek finanszírozását akadályozza meg. Mihez lenne erre szükség? Alaposan ellenőrizni kellene, illetve be kellene tiltani azt, hogy a legkülönbözőbb diktatúráknak, illetőleg proxyháborúk számára az Európai Unió tagállamai, illetve ilyen cégek fegyvereket szállítsanak.

Azonkívül alaposan ellenőrizni kellene minden olyan ügyletet, ami esetlegesen az ISIS és más terrorszervezetek finanszírozására irányul – merthogy valaki őket fenntartja. Ehelyett mit csinálnak? Látszattevékenységet, a halálbüntetésre alkalmas gyógyszerek exportálásáról készítenek sok száz oldalas dokumentumokat. Ezt ellenőrzik, ezt megregulázzák, a fegyverkereskedelmet és az ISIS finanszírozását meg nem. Ez nem megoldás!

Monica Macovei (ECR). – Doamnă președintă, acest raport aduce, în sfârșit, în afara legii afaceri înfloritoare din comerțul cu produse care pot fi folosite pentru execuții, pentru tortură, pentru tratamente degradante, iar cei care doresc să facă astfel de activități vor putea, în sfârșit, să răspundă în fața legii. Regulamentul interzice, de pildă, folosirea bunurilor de unică folosință destinate torturii sau execuției, iar dacă este vorba de bunuri cu funcționalități multiple, atunci există un sistem de autorizare tocmai pentru a nu putea fi folosite pentru execuții sau tortură. De asemenea, medicamentele trebuie să fie controlate tocmai pentru a nu putea fi folosite pentru injecții letale - este vorba de comerțul cu aceste medicamente. Foarte pe scurt, acest raport va conduce la eliminarea pedepsei cu moartea și a torturii din întreaga lume. Să sperăm.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem podpořil tuto změnu nařízení. Připadá mi logické, že ve chvíli, kdy Evropská unie a její instituce jsou lídry boje proti trestu smrti ve světě a proti nelidskému zacházení s lidmi, je logické, že nezůstáváme pouze u těch politických deklarací a řekněme kritiky zemí, které hojně využívají trest smrti, ale že přijímáme i rozhodnutí – a to dnešní rozhodnutí takové je –, která mají vést k tomu, aby se opravdu omezil trest smrti ve světě, aby se omezilo nakládání s lidmi, které má podobu mučení.

Zákaz určitých látek, které mohou být využity k trestu smrti, určitého zboží a případné omezení obchodování s tímto zbožím je podle mého názoru zcela logickým důsledkem naší politiky boje proti trestu smrti. Proto jsem toto nařízení podpořil a považuji ho za správné rozhodnutí.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I was very pleased to support this resolution today and to vote with my group on all matters.

This is very important and there is great credit due to Marietje Schaake, the rapporteur, for the good work she has done. It is somewhat incongruous that a European Union that is so committed to peace and human rights across the globe would also be exporting goods which could be used for torture and capital punishment. It is absolutely right that we should move to end that practice wherever it may be.

I am pleased to say that in my own country, Ireland, there is no evidence of any such practice. There have been no applications made by Irish companies under the regulation and the Department of Jobs is not aware of any of those goods being either exported or imported. I hope that will become the norm across the European Union. We are trying to help in the whole area of human rights, and especially to end the death penalty, which is another manifestation of man's inhumanity to man.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, skutečně, má-li mít i zahraniční politika Evropské unie v oblasti hájení lidských práv nějaký konkrétní praktický význam a mají-li se další konkrétní kroky projevit v našem rozhodování, tak tato změna nařízení je nepochybně potřebná a nutná a já jsem rád, že jsem ji také mohl podpořit.

Ten důvod je v tom, že zboží, které může být použito právě k použití při exekuci, to znamená ke zbavení života, k mučení, k nelidskému zacházení, takovéto zboží bychom měli postihovat.

Evropský prostor je už od přijetí Úmluvy o ochraně lidských práv právě v okruhu Rady Evropy pokládán za prostor, kde se má potírat zacházení s osobami nelidským způsobem. Samozřejmě trest smrti je nepřípustný. I z tohoto důvodu opakuji, že jsem rád, že jsem tento návrh mohl podpořit.

Jonathan Arnott (EFDD). – Madam President, on the issue of capital punishment, I think my views are fairly well known. I am no fan of the death penalty in itself. At the same time, I believe it is the sovereign right of countries across the world to make their own decisions on that subject.

So I do not believe it is appropriate for us to impose a particular worldview upon those nations. I do have some concerns about unintended consequences in that we could end up with a situation where methods used end up being more painful rather than less.

If this report were about capital punishment alone, I might very well have voted against this report; but it is not. This report is also about torture and I recognise the very difficulties which the report and this legislation is trying to prevent and to protect against. Therefore overall I felt it was appropriate for me to abstain.

Written explanations of vote

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il regolamento ha come fine quello di introdurre delle clausole «catch-all» e «end-use» con il fine di proibire l'esportazione di merci destinate a torture e di medicinali utilizzati in pene capitali.

Poiché reputo che sia necessario un approccio comune tra tutti gli Stati membri che permetta controlli necessari e proporzionati sui medicinali, che però non implichino costi aggiuntivi che possano limitare gli scambi di merci aventi utilizzi finali legittimi, ho votato a favore.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la nueva normativa europea contra los negocios vinculados a la tortura y la pena de muerte, por ser una iniciativa pionera en favor de los derechos humanos en el mundo. Introduce medidas ejecutivas, vinculantes, que impedirán ningún tipo de participación europea en este negocio atroz. Refuerza la prohibición y el control a la exportación introducida en 2006, haciéndola más efectiva. Y extiende su aplicación a nuevos productos, como los fármacos para la inyección letal, y a servicios como el transporte, la publicidad on-line, la asistencia técnica o la intermediación comercial.

Ningún agente comercial extranjero podrá volver a exponer material de tortura en ferias comerciales de la Unión. Y se refuerza la responsabilidad de los Estados miembros en su deber de control e información. Cuando España asumió la Presidencia del Consejo de la Unión, en 2010, el Gobierno Socialista de Rodríguez-Zapatero reclamó a la Unión una reforma en este sentido. Hoy, la Unión ha dado un paso más contra la tortura y la pena capital y los socialdemócratas hemos podido demostrar que la política comercial es y debe ser una herramienta fundamental para la promoción del progreso y los derechos humanos en el mundo.

Tim Aker, Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP abstained on this legislative, consent procedure (single vote) report. UKIP objects to the EU dictating our terms of trade, so we would have been minded to vote against, however due to the sensitive nature of the report we did not oppose. There are practical problems in defining 'items of torture'. Our concern in the future is that conventional and innocuous items could be added the list of restricted goods and may affect legitimate trade. UKIP of course condemns any form of torture.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe busca regular el comercio de determinados productos que pueden utilizarse para aplicar la pena de muerte o infligir tortura o tratos degradantes, lo que considero muy necesario y por este motivo voté a favor del informe. Sin embargo, y aunque haya apoyado con mi voto el informe, creo que la Unión no tiene ninguna credibilidad en la lucha contra la tortura mientras continúe estando subordinada a los Estados Unidos (por nombrar un ejemplo, hay pruebas de que en Guantánamo se practica habitualmente la tortura con total impunidad desde hace ya 14 años).

El informe contiene numerosas propuestas con las que coincido plenamente, como el pedir asegurarse de que las exportaciones de la Unión a terceros países no contribuyen a lo que la Unión considera prácticas «inhumanas», tales como sillas eléctricas, o camas jaula. Pero lamentablemente la Unión no tiene ninguna credibilidad en su llamada «lucha contra la tortura» mientras continuemos lucrándonos con la venta de armas a Arabia Saudí, o mientras nuestros socios tengan legalizada la tortura y la pena de muerte.

Si estamos realmente contra la tortura, deberíamos empezar por revisar nuestras relaciones con terceros países, hasta que cumplan la Declaración Universal de los Derechos Humanos.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Ce rapport va dans le bon sens. Celui d'une Europe qui propose une norme mondiale en vue d'éradiquer la torture.

Les règles mises à jour aideront les autorités de l'Union à réagir plus rapidement aux nouvelles tendances émergentes dans le domaine de la torture et des traitements inhumains, notamment en réglementant leur vente en ligne, etc.

Au cours des dernières années, nous avons vu comment un changement dans les pratiques de l'Union a conduit à la disparition de la peine de mort dans de nombreux pays partenaires.

Cet effort est appelé à être poursuivi une fois que le règlement entrera en vigueur.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 1236/2005 του Συμβουλίου για το εμπόριο ορισμένων αντικειμένων δυναμένων να χρησιμοποιηθούν για τη θανατική ποινή, για βασανιστήρια ή άλλη σκληρή, απάνθρωπη ή ταπεινωτική μεταχείριση ή τιμωρία, διότι, με αυτό τον τρόπο και με τους επικαιροποιημένους κανόνες της, η Ευρωπαϊκή Ένωση θεσπίζει καθολικά πρότυπα για την εξάλειψη των βασανιστηρίων.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le règlement (CE) nº 1236/2005 de juin 2005 a pour objectif de prévenir et interdire toute exportation de matériel spécialement conçu pour infliger la peine de mort, des tortures, un traitement cruel, inhumain ou dégradant (infligé par un agent de la fonction publique ou tout autre officiel sauf s'il s'agit de sanctions légitimes) etc.

La Commission européenne propose de faire les modifications suivantes: les restrictions et interdictions sont étendues aux services de courtage et au transit lorsque le courtier sait qu'ils pourraient être utilisés pour la torture…

Le terme torture et traitements dégradants est étendu de façon excessive en incluant le surpeuplement carcéral, le manque de soins médicaux, l'interdiction de tout contact avec l'extérieur etc.

Enfin, le texte est assez inapplicable car il ne parle pas de certitudes ou d'éléments que les biens ou services seraient utilisés pour la torture ou des éléments dégradants mais de «peut servir…».

Le Parlement européen propose donc de durcir davantage ce texte purement idéologique.

J'ai donc voté contre ce rapport.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – L'Union ne doit pas relâcher les efforts qu'elle déploie pour éliminer la torture, en réduisant l'offre de matériel servant à infliger des mauvais traitements, en empêchant que la législation puisse être tournée ou détournée et en favorisant la réalisation de contrôles efficaces par-delà ses frontières.

Les instruments commerciaux sont l'un des éléments d'une stratégie globale faisant appel à tous les leviers d'action extérieure de l'Union.

J'ai donc voté pour cette résolution car il est primordial d'assurer la cohérence des exportations de l'Union.

Petras Auštrevičius (ALDE), *in writing*. – The European Union can be hailed as one of the leading champions in the fight against the practice of torture and execution, which is why it should demonstrate that quality throughout one of its biggest activities – trade. This report urges to close all the loopholes that are present in the current trade strategy that allows for pharmaceuticals to travel in and out of the EU, and that are then misused for the purpose of torture or execution (such as lethal injection). It enforces both Annex II and III and establishes an urgency procedure or a 'fast track,' for future pharmaceuticals to be added to the lists of banned substances without a consequential delay. This report stresses the fact that in the case of other pharmaceuticals and medicines which are not on the list of possible torture and execution substances, their trade cannot and will not be hindered. This report is a milestone in Europe's fight against the death penalty and the use of torture throughout the world. It provides a solid basis for Member States to work off and add on to, allowing the EU to uphold its values not only domestically but also internationally.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl prekybos tam tikromis prekėmis, kurios galėtų būti naudojamos mirties bausmei vykdyti, kankinimui ar kitokiam žiauriam, nežmoniškam ar žeminančiam elgesiui ir baudimui. Pagrindinė ES kovos su kankinimu ir mirties bausme priemonė - 2005 m. prekybos kankinimo įrankiais kontrolės taisyklės. Jos draudžia prekių (pavyzdžiui, elektrinės kėdės, giljotinos ar automatinės vaistų injekcijos sistemos) eksportą bei kontroliuoja prekių, kurios gali būti naudojamos minėtiems tikslams (pavyzdžiui, įrankiai ar medžiagos, skirtos riaušėms malšinti), prekybą. 2010 m. Europos Parlamentas paragino Europos Komisiją atnaujinti minėtas taisykles, nes tam tikros teisinės spragos leido išvengti prekybos ar reklamos apribojimų. Todėl atsižvelgdamas į Europos Parlamento raginimus, pritariu, jog būtina užtikrinti tinkamą ES teisėkūros, administracinių, teisminių ir išorės politikos priemonių derinį siekiant užkirsti kelią kankinimams skirtų prekių gamybai, prekybai ir naudojimui ir juos uždrausti ir veiksmingai kontroliuoti prekes, kurios gali būti panaudotos gyvybei pavojingais ir nežmoniškais tikslais.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this legislative, consent procedure (single vote) report. UKIP objects to the EU dictating our terms of trade, so we would have been minded to vote against, however due to the sensitive nature of the report we did not oppose. There are practical problems in defining 'items of torture'. Our concern in the future is that conventional and innocuous items could be added the list of restricted goods and may affect legitimate trade. UKIP, of course, condemns any form of torture.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Depuis juin 2005, le règlement (CE) nº 1236/2005 régit le commerce des biens pouvant être utilisés pour la peine capitale, la torture etc.

Ce règlement a pour objectif de prévenir et d'interdire toute exportation de matériel spécialement conçu pour infliger la peine de mort, des tortures, un traitement cruel, inhumain ou dégradant.

Cependant, ce nouveau texte me paraît inapplicable car il élargit cette interdiction à tout objet «susceptible» d'une telle utilisation.

Voilà pourquoi je me suis donc abstenu.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Suite à l'action de sensibilisation menée par le Parlement européen depuis 2010, la Commission a lancé le réexamen du système de contrôles des exportations de l'Union en vue de renforcer la protection des droits de l'homme en soumettant à des contrôles les biens et activités employés, ou susceptibles d'être détournés, pour infliger la peine capitale, la torture ou d'autres traitements inhumains ou dégradants.

Ce projet d'avis de mes collègues de la commission INTA vise notamment à introduire une clause d'utilisation finale ciblée afin de permettre aux États membres d'interdire ou de suspendre le transfert de certains biens qui n'ont à l'évidence aucune utilisation pratique autre que celle d'infliger la peine capitale, la torture ou d'autres mauvais traitements. Ils proposent également une série de mesures visant à assurer une mise en œuvre efficace de ce règlement ainsi que la mise en place d'un mécanisme de révision périodique.

Estimant que les contrôles des exportations sont des instruments de la politique commerciale extérieure qui peuvent concourir à la réalisation d'objectifs stratégiques plus vastes tels que l'abolition de la peine de mort et la lutte contre la torture, j'ai voté en faveur de ce texte.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – In un momento in cui il contesto internazionale vede un proliferare di episodi di violazioni dei diritti umani, l'azione dell'Unione europea in questo campo deve dimostrarsi ancora più decisa.

La relazione Schaake, che oggi ho sostenuto con il mio voto, stabilisce alcune disposizioni importanti che consentono di superare le difficoltà che sono state individuate nell'applicazione del regolamento «anti-tortura» del 2005, una normativa che vieta l'esportazione di beni che abbiano quale uso pratico solo quello di esecuzione capitale o di tortura. Catene per immobilizzare persone, strumenti per torturare e medicinali per iniezioni letali non devono essere venduti dalle imprese europee a paesi terzi.

Il testo approvato definisce alcuni punti fondamentali di questa strategia: il divieto di vendita e acquisto on-line di servizi pubblicitari per le merci vietate che non abbiano altro uso pratico se non quello di esecuzione capitale o di tortura, il loro divieto di transito attraverso il territorio dell'UE, un'azione rapida per aggiungere nuovi prodotti alla lista e infine l'istituzione di un gruppo di coordinamento contro la tortura, con esperti del Parlamento, per monitorare l'applicazione delle norme.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe puesto que estamos satisfechos con la propuesta de la Comisión, y más aún, tras un muy constructivo proceso de enmiendas. Aunque soy consciente de que la nueva regulación por sí misma no va a eliminar la pena de muerte ni evitar las torturas a nivel mundial, considero que supone un paso adelante en este sentido.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai préféré m'abstenir sur ce rapport concernant la proposition de règlement relative au commerce de certains biens susceptibles d'être utilisés en vue d'infliger la peine capitale, la torture ou d'autres peines ou traitements cruels.

Si l'objectif du règlement peut sembler louable – à savoir prévenir et interdire toute exportation de matériel spécialement conçu pour infliger la torture, la peine de mort, ou tout traitement cruel ou inhumain – les mesures proposées me semblent difficilement applicables car des critères servant à vérifier avec certitude que ces biens serviront à de telles pratiques n'ont pas été établis.

Par ailleurs, le terme de «traitement dégradant» est étendu de façon irresponsable en incluant par exemple la surpopulation carcérale, un problème qui, bien que réel, ne sera pas résolu en punissant les États membres.

La souveraineté de ces derniers est enfin mise à mal puisque l'on veut les obliger à suspendre le transfert de matériel de sécurité non inclus dans les annexes du règlement européen.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Pur condividendo pienamente gli scopi di questa proposta legislativa, ritengo che in essa vi siano alcuni passaggi poco chiari che potrebbero aprire a criticità, ho quindi preferito esprimermi con un'astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de la nueva normativa europea contra los negocios vinculados a la tortura y la pena de muerte, por ser una iniciativa pionera en favor de los derechos humanos en el mundo. Introduce medidas ejecutivas, vinculantes, que impedirán ningún tipo de participación europea en este negocio atroz. Refuerza la prohibición y el control a la exportación introducida en 2006, haciéndola más efectiva. Y extiende su aplicación a nuevos productos, como los fármacos para la inyección letal, y a servicios como el transporte, la publicidad on-line, la asistencia técnica o la intermediación comercial. Ningún agente comercial extranjero podrá volver a exponer material de tortura en ferias comerciales de la Unión. Y se refuerza la responsabilidad de los Estados miembros en su deber de control e información. Cuando España asumió la Presidencia del Consejo de la Unión, en 2010, el Gobierno Socialista de Rodríguez-Zapatero reclamó a la Unión una reforma en este sentido. Hoy, la Unión ha dado un paso más contra la tortura y la pena capital y los socialdemócratas hemos podido demostrar que la política comercial es y debe ser una herramienta fundamental para la promoción del progreso y los derechos humanos en el mundo.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame aptariama prekyba tam tikromis prekėmis, kurios galėtų būti naudojamos mirties bausmei vykdyti, kankinimui ar kitokiam žiauriam, nežmoniškam ar žeminančiam elgesiui ir baudimui. ES masto eksporto kontrolė yra išorės prekybos politikos priemonė, pasitarnaujanti įvairiems platesnio masto politikos tikslams. Kovos su kankinimu reglamentas yra unikali priemonė, kuria prisidedama prie žmogaus teisių apsaugos, kontroliuojant prekes ir veiklą, kuri naudojama arba galėtų būti netinkamai panaudota mirties bausmės vykdymui, kankinimams arba kitokiam žiauriam, nežmoniškam ar žeminančiam elgesiui ir baudimui. Kovos su kankinimu reglamentu prisidedama prie ilgalaikės ES politikos, kuria siekiama visame pasaulyje panaikinti mirties bausmę ir užkirsti kelią kankinimams. Reglamentas padeda siekti šių tikslų, nes jame draudimai derinami su leidimų prekybai nurodytomis prekėmis išdavimo reikalavimais. Juo reglamentuojamas draudimas prekiauti vien tik kankinimui ir mirties bausmės vykdymui skirtomis prekėmis ir teikti susijusią techninę pagalbą ir leidimų išdavimo įvairaus naudojimo prekėms, kurios galėtų būti netinkamai panaudotos kankinimams ir mirties bausmės vykdymui naudojant mirtinas injekcijas, sistema. Taigi, labai svarbu užtikrinti tinkamą ES teisėkūros, administracinių, teisminių ir išorės politikos priemonių derinį, siekiant užkirsti kelią kankinimams skirtų prekių gamybai, prekybai ir naudojimui ir juos uždrausti ir veiksmingai kontroliuoti prekes, kurios gali būti panaudotos gyvybei pavojingais ir nežmoniškais tikslais.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az egész EU-ra vonatkozó exportellenőrzés egy olyan külkereskedelmi szakpolitikai eszköz, amely szélesebb körű politikai célokat szolgál. Az exportellenőrzés az Európai Unió fontos szakpolitikai eszköze. Az 1236/2005/EK kínzás elleni rendelet egy egyedülálló eszköz, amely a halálbüntetés, a kínzás vagy más kegyetlen, embertelen vagy megalázó bánásmód vagy büntetés során alkalmazható termékek és tevékenységek ellenőrzése révén hozzájárul az emberi jogok védelméhez, a halálbüntetés és a kínzás globális felszámolásához. A rendelet az Európai Unió régi törekvését fogalmazza meg, amikor a mellékleteiben szereplő listákon felsorolt termékek kereskedelmének engedélyezési követelményeivel kombinálja a tilalmakat.

Tilalmat vezet be a kizárólag kínzásra és halálbüntetés végrehajtására használható eszközök és az azokkal kapcsolatos technikai segítségnyújtásra (II. melléklet), illetve engedélyezési rendszert hoz létre azon termékek vonatkozásában, amelyek visszaélésszerű használat esetén alkalmasak kínzásra és halálos injekciók általi kivégzésekre (III. melléklet). A véleménytervezet arra is javaslatot tesz, hogy jöjjön létre egy, a felszerelések koordinálásával foglalkozó csoport, továbbá vezessenek be időszakos felülvizsgálati mechanizmust, valamint rendszeresebb információmegosztási és jelentéstételi rendszert az ellenőrzés megerősítése és a rendelet hatékony végrehajtása érdekében. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a javaslat elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Nadzor nad trgovino z blagom za mučenje je potreben že dlje časa in veseli me, da smo končno glasovali o predlogu uredbe, ki poskuša to področje urediti na čim bolj primeren način. Predlog sem brez zadržkov podprl tudi sam.

Proizvodnja in prodaja blaga za mučenje ter njegova uporaba so ene izmed najbolj zavrženih stvari, ki morajo biti strogo nadzorovane in ostro kaznovane. Zato sem prepričan, da je treba zagotoviti skladnost nadzora EU na izvozom za vojaško opremo, strelno orožje in opremo za mučenje. Pozdravljam tudi predloge Komisije za preprečevanje uporabe preverjenih medicinskih proizvodov za usmrtitev z vbrizgom smrtonosnega odmerka.

Za učinkoviti nadzor nad tem področjem je treba ustrezno spremljati tudi izvajanje zavez držav članic, vključno z obveznostjo poročanja in izmenjave informacij prek varnega šifriranega sistema.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – L'abolizione a livello globale della pena di morte è uno degli obiettivi principali delle politiche dell'Unione europea in materia di diritti umani. È proprio attraverso la revisione di questa direttiva che si potrebbe concretizzare un'azione comunitaria volta alla tutela della dignità umana, del diritto alla vita, così come il divieto della tortura e altre pene disumane e degradanti.

Con questa nuova procedura, infatti, l'Unione europea non pone semplicemente un freno alla commercializzazione di tutti quegli strumenti che, in alcuni Stati, potrebbero essere usati per eseguire torture o pene capitali, ma pone inoltre il divieto alla pubblicizzazione e al trasporto su tutto il territorio europeo di questi ultimi. Da sottolineare è anche il fattore di flessibilità e precisione che la revisione in causa apporta al regolamento del 2005: è stata infatti stilata una versione aggiornata della «lista nera» che enumera tutti gli oggetti che hanno come unica funzione quella di torturare o provocare la morte, in modo da rispondere allo sviluppo di nuove tecnologie nel campo.

Accolgo dunque positivamente questa revisione, in quanto esempio concreto di una politica commerciale in grado di promuovere i valori comunitari.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće. Ovo je dobar primjer kako EU postavlja globalne standarde u iskorjenjivanju mučenja. Ažurirana pravila će pomoći vlastima EU-a da što brže reagiraju na nove trendove u razvoju mučenja i nečovječnom postupanju.

U posljednjih nekoliko godina vidjeli smo kako je promjena u praksi EU-a dovela do ukidanja smrtne kazne u mnogim zemljama partnerima poput SAD-a. Smatram kako je ovo dobra podloga za nastavak toga trenda kada regulacija stupi na snagu.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport de la Commission propose d'étendre ces interdictions en vigueur depuis 2005 aux services de courtage, et au transit de ces biens. En outre, il étend ces dispositions aux pratiques de surpeuplement carcéral et au manque de soins médicaux.

Le Parlement durcit encore plus le texte en proposant par exemple de l'étendre aux peines corporelles.

L'absence de certitude quant à la définition précise de ces biens m'amène à une certaine prudence.

Par conséquent je vote abstention sur le texte de la Commission.

Je vote aussi abstention sur le texte du Parlement.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – A clearer regulation on trade in goods used for capital punishment and torture is needed. Thus, I voted in favour of this resolution mostly with the idea that the Union has abolished capital punishment for all crimes and has made an international commitment on that issue. Then, stricter authorisations to the supply of brokering services and technical assistance in respect of goods that are used for the purpose of capital punishment have been approved with this vote.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il «regolamento contro la tortura» è uno strumento unico che serve a garantire la protezione dei diritti umani controllando le merci e le attività che potrebbero essere utilizzate per praticare la pena di morte o per infliggere tortura o altri trattamenti o pene crudeli, inumani o degradanti. Il «regolamento contro la tortura» si inserisce nella politica perseguita dall'UE che mira ad eliminare la pena di morte in tutto il mondo e a impedire la tortura.

È importante garantire la giusta combinazione di misure legislative, amministrative, giudiziarie ed esterne dell'UE per impedire e vietare la produzione, il commercio e l'uso di merci a fini di tortura e per controllare efficacemente gli articoli con potenziali utilizzi letali e inumani. È necessario far sì che i regimi di controllo delle esportazioni abbiano validità a lungo termine e siano flessibili per adattarsi rapidamente all'evoluzione tecnologica e agli sviluppi nel mondo. È di fondamentale importanza inoltre l'attuazione efficace, da parte delle autorità nazionali, di controlli, verifiche, sanzioni, orientamenti e azioni di sensibilizzazione.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Pour rappel, le règlement initial (CE) nº 1236/2005 interdisait déjà toute exportation et importation de matériel spécialement conçu pour infliger la peine de mort ou un traitement inhumain.

Les entreprises spécialisées dans la production de biens pouvant être utilisés pour la peine de mort ou la torture doivent disposer d'une autorisation d'exportation délivrée par l'autorité compétente nationale sur demande écrite.

Cette proposition de modification préconise de durcir le règlement initial en élargissant ces restrictions aux services de courtage et de transit. Par ailleurs, ce texte propose d'intégrer désormais dans la définition de la torture le surpeuplement carcéral, le manque de soins médicaux ainsi que l'interdiction de tout contact avec l'extérieur.

Nous sommes bien évidemment opposés au transit de matériel uniquement conçu pour la peine de mort et la torture. Néanmoins, nous considérons que la législation actuelle encadrait suffisamment cette activité.

C'est la raison pour laquelle je me suis abstenu sur ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Controlul exporturilor la nivelul UE constituie instrumente de politici de comerț exterior care servesc o multitudine de obiective de politici mai ample. „Regulamentul împotriva torturii" (CE) nr. 1236/2005 este un instrument unic care contribuie la protejarea drepturilor omului prin intermediul controlării bunurilor și activităților utilizate sau susceptibile de a fi utilizate în mod fraudulos pentru a impune pedeapsa capitală, tortura sau alte pedepse sau tratamente crude, inumane sau degradante.

Acest regulament contribuie la politica de lungă durată a UE de eliminare a pedepsei cu moartea în întreaga lume, și de prevenire a torturii. Acesta contribuie la realizarea obiectivelor prin îmbinarea interdicțiilor cu cerințele de acordare a licenței pentru comerțul cu bunurile incluse pe listă.

M-am exprimat în favoarea acestui raport, considerând că revizuirea controalelor UE pentru comerțul cu instrumente de tortură este extrem de importantă în actualul context european.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – În Europa, pedeapsa capitală a fost abolită în totalitate, excepție făcând Belarus, care a aplicat-o ca sentință chiar și anul acesta. Păstrarea pedepsei capitale constituie, de altfel, unul dintre motivele pentru care Belarus este singura țară europeană care nu este membră a Consiliului Europei. De altfel, abolirea pedepsei capitale este o precondiție pentru aderarea la UE, fiind considerată o practică crudă și inumană. Uniunea Europeană contestă pedeapsa cu moartea, indiferent de motivație, fie ea una de descurajare a crimei sau de pedepsire a crimelor de război (ultimul stat membru UE, Letonia, abolind pedeapsa capitală pentru toate tipurile de crimă în 2012).

Ținând seamă de acestea, UE își continuă politica sa de lungă durată de eliminare a pedepsei cu moartea în lume reglementând interzicerea comerțului cu bunuri și asistență tehnică conexă „de unică folosință" destinate torturii și execuției și un sistem de autorizare pentru bunuri „multifuncționale" care ar putea fi utilizate în mod abuziv pentru tortură și execuții prin injecții letale.

Mai mult, susțin acest raport, întrucât UE trebuie să actualizeze periodic listele de control pentru a include toate dispozitivele sau tehnologiile relevante care apar pe piață.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la nueva normativa europea contra los negocios vinculados a la tortura y la pena de muerte, por ser una iniciativa pionera en favor de los derechos humanos en el mundo. Introduce medidas ejecutivas, vinculantes, que impedirán ningún tipo de participación europea en este negocio atroz. Refuerza la prohibición y el control a la exportación introducida en 2006, haciéndola más efectiva. Y extiende su aplicación a nuevos productos, como los fármacos para la inyección letal, y a servicios como el transporte, la publicidad on-line, la asistencia técnica o la intermediación comercial.

Ningún agente comercial extranjero podrá volver a exponer material de tortura en ferias comerciales de la Unión. Y se refuerza la responsabilidad de los Estados miembros en su deber de control e información. Cuando España asumió la Presidencia del Consejo de la Unión, en 2010, el Gobierno Socialista de Rodríguez-Zapatero reclamó a la Unión una reforma en este sentido. Hoy, la Unión ha dado un paso más contra la tortura y la pena capital y los socialdemócratas hemos podido demostrar que la política comercial es y debe ser una herramienta fundamental para la promoción del progreso y los derechos humanos en el mundo.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – La charte des droits fondamentaux de l'Union européenne abolit la peine de mort et la torture. Ces deux pratiques sont formellement interdites dans tous les États membres de l'Union européenne. L'Union a le devoir de diffuser ces principes dans le reste du monde.

Il est donc primordial de réguler le commerce de biens susceptibles d'être utilisés en vue d'infliger la peine de mort ou la torture. Par cette législation nous garantissons des échanges commerciaux avec les pays tiers basés sur un système de valeurs.

J'ai voté en faveur de ce rapport.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho espresso voto favorevole in merito alla relazione in questione poiché ritengo che l'Europa abbia la necessità di ribadire in ambito internazionale il suo ruolo guida nella lotta per l'abolizione della pena di morte, della tortura e delle pratiche inumane e degradanti che violano i diritti umani.

Il «regolamento contro la tortura» (regolamento (CE) n. 1236/2005) è uno strumento unico che contribuisce alla protezione dei diritti umani attraverso il controllo di merci e attività che sono utilizzate o potrebbero essere impropriamente utilizzate per praticare la pena di morte o infliggere tortura o altri trattamenti o pene crudeli, inumani o degradanti.

È essenziale, pertanto, garantire uniformità nei controlli delle esportazioni UE, anche per quanto concerne le armi da fuoco militari a duplice uso e gli articoli annoverati tra gli strumenti di tortura.

Il rafforzamento dei controlli degli strumenti di tortura prevede l'introduzione di uno specifico allegato, il III bis. Tale allegato ha lo scopo di impedire ai medicinali controllati di essere utilizzati per eseguire pene capitali mediante iniezione letale.

L'UE dovrebbe, inoltre, istituire un'autorizzazione generale di esportazione per i paesi che hanno assunto rigorosi impegni internazionali, in particolare la ratifica del protocollo 13 della Convenzione europea dei diritti dell'uomo.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report, which was a revision of the 2005 anti-torture Regulation, to ensure that no new technologies were allowed to slip through gaps in legislation.

The 'Anti-torture Regulation' contributes to the EU policy of eliminating the death penalty worldwide, and of preventing torture. It helps achieve these goals by combining prohibitions with licensing requirements for trade in listed goods. It governs a ban of trade in 'single-use' torture and execution items and related technical assistance (Annex II) and an authorisation system for 'multi-purpose' items that could be misused for torture and executions by lethal injections (Annex III).

This revision will ensure that online and offline marketing and transit of prohibited goods are also caught by legislation. Clearance at EU borders will also now be necessary for certain goods such as specific chemicals.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report, which proposes to control the export of goods which are used for the death penalty and torture. It is essential to ensure coherence of the EU's export controls including military, dual use, firearms and torture goods lists, without subjecting items to duplicate controls (with the exception of complementary controls preventing illicit drug trafficking) to prevent and prohibit the production, trade and use of torture goods and effectively control items with potential lethal and inhumane uses. I agree with the approach of necessary and proportionate controls without superfluous burdens restricting trade which has legitimate end-use purposes.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Si tratta di un regolamento che permette di eliminare alcune carenze legislative, presenti in quello del 2005, attraverso l'introduzione di clausole che proibiranno l'esportazione non solo di merci destinate a torture ma anche di medicinali utilizzati in pene capitali o per altri trattamenti.

Vietare la pena di morte e la tortura sono obiettivi fondamentali del commercio europeo e della politica estera ed è essenziale che le imprese dell'UE non contribuiscano a queste pratiche. Il Movimento 5 Stelle è fermamente contrario alla pena di morte e alla tortura. Il mio voto, infatti, è stato positivo.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – The EU has a clear and firm stand on how to deal with death penalty or torture issues; we just say no to it. This report reflects very well the EU position also in the international trade area. I voted in favour of this report as I believe that the EU has to tighten the rules concerning trade of goods related to capital punishment and torture. I also believe that the EU should lead by example and set standards on global level to be respected by other trade partners.

Nessa Childers (S&D), *in writing*. – The EU's ban on the trade in goods or services for the purposes of inflicting cruel, inhuman and degrading treatment of people, anywhere in the world, stems from a principle that should remain absolute.

For this reason, and in order to better ensure that the private sector in the EU stays out of such trade, a ban on the marketing and promotion of this category of products is an important improvement in the review of the 2005 regulation.

Banning these goods from transiting through the EU territory is another logical corollary to this basic principle of our foreign policy, which righty encompasses dual purpose artefacts, such as crowd control implements or certain, when there is a risk that they will be used in torture or executions.

Loopholes in the legislation will be closed, and enforcement should be monitored more effectively.

I hope the Commission review, due by mid-2020, will register an improvement in the way the EU's ban on torture goods works in practice, thanks to the present legislative changes.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – La tortura e la pena di morte rappresentano ancora oggi alcune fra le più gravi e odiose forme di violazione dei diritti umani. Pertanto, l'Unione europea, che si fonda sui principi dello Stato di diritto e del rispetto della dignità umana, deve consolidare il proprio ruolo di leader mondiale nella lotta a tali trattamenti crudeli anche attraverso la propria politica estera e commerciale. Il divieto della commercializzazione, della promozione anche attraverso Internet e del trasporto delle merci indicate nell'allegato I del regolamento sono solo alcune delle disposizioni che sono state unanimemente accolte dall'Aula per impedire che l'UE possa in qualche modo favorire pratiche illegali.

Alla luce della rapida evoluzione tecnologica e dello sviluppo di nuovi prodotti, la possibilità di attivare clausole di urgenza per aggiornare l'elenco delle merci vietate al commercio renderà il regolamento ancora più efficace ed immediato. Il procedimento avrà un reale impatto soltanto se non vi saranno disparità nell'esecuzione dei controlli da parte delle autorità doganali degli Stati membri. Importante quindi l'istituzione di un apposito gruppo di coordinamento, già per altro esistente per altre categorie di esportazioni, che esaminerà regolarmente l'applicazione del regolamento. Per questi motivi ho votato a favore della relazione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και θεωρούμε πως ο «κανονισμός κατά των βασανιστηρίων» (ΕΚ) αριθ. 1236/2005 αποτελεί ένα μοναδικό μέσο το οποίο συμβάλλει στην προστασία των ανθρώπινων δικαιωμάτων μέσω ελέγχων των ειδών και των δραστηριοτήτων που χρησιμοποιούνται ή θα μπορούσαν να χρησιμοποιηθούν καταχρηστικά για θανατική ποινή, βασανιστήρια ή άλλη σκληρή, απάνθρωπη ή ταπεινωτική μεταχείριση ή τιμωρία.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε επί της έκθεσης σχετικά με την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 1236/2005 του Συμβουλίου για το εμπόριο ορισμένων αντικειμένων δυναμένων να χρησιμοποιηθούν για τη θανατική ποινή, για βασανιστήρια ή άλλη σκληρή, απάνθρωπη ή ταπεινωτική μεταχείριση ή τιμωρία. Ιδιαίτερα στη σύγχρονη εποχή, οφείλουμε να είμαστε αυστηροί με ό,τι σχετίζεται με βασανιστήρια ή ταπεινωτική μεταχείριση ανθρώπων. Θεωρώ πως η έκθεση αυτή βοηθά στην αυστηροποίηση των κανόνων και για αυτό τον λόγο ψήφισα θετικά.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato favorevolmente al riesame del regolamento che mira a rafforzare ulteriormente il ruolo dell'UE di leader e attore mondiale responsabile nella lotta contro la pena di morte e per l'eliminazione della tortura. Il provvedimento è volto a rafforzare le disposizioni relative ai servizi ausiliari connessi al trasferimento di merci, nonché al transito, all'assistenza tecnica e alla promozione commerciale. In conformità con la posizione ripetutamente espressa dal Parlamento, esso mira a introdurre clausole mirate sull'uso finale affinché gli Stati membri vietino o sospendano il transito di articoli legati alla sicurezza non elencati negli allegati II e III che chiaramente sono utilizzabili, nella pratica, solo a fini di pena capitale, tortura o altri maltrattamenti, o riguardo al cui transito sussistano fondati motivi di ritenere che sarebbero facilitate o eseguite pene capitali, tortura o altri maltrattamenti. Esso propone inoltre di creare un gruppo di coordinamento sulle apparecchiature e di introdurre un meccanismo di riesame periodico e un regime di condivisione delle informazioni e di relazioni più sistematico, al fine di rafforzare il controllo del regolamento e la sua efficace attuazione.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto di astensione per questa relazione. Il tema riguardante il commercio di prodotti che potrebbero essere utilizzati per la pena capitale e la tortura è molto delicato. Pur condividendo gli scopi della proposta legislativa, ritengo opportuno che la sua approvazione non comporti oneri eccessivi per le imprese che commerciano in modo legittimo prodotti che non sono legati ad azioni di tortura o pena di morte. Ritengo anche inutile strumentalizzare tematiche di questa importanza.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Con favore accolgo tale provvedimento con l'auspicio che sia possibile eliminare in futuro ogni tipo di forma atta a reprimere o annullare l'essere umano e la sua dignità, proprio come previsto dai valori fondanti dell'UE. Su questa linea sono lodevoli le politiche adottate in merito al transito delle merci utilizzabili per comminare trattamenti crudeli: esso va monitorato e sviato tramite uno scambio tempestivo di informazioni tra le autorità doganali, reso ancora più efficiente grazie all'istituzione di un gruppo di coordinamento contro la tortura.

Considerando l'epoca in cui viviamo, è altresì importante proibire la pubblicità e qualunque modalità di promozione, anche tramite Internet, della vendita e dell'uso delle merci in questione, come prontamente disposto dal documento.

Ho, inoltre, votato in linea con il gruppo sull'emendamento 41 presentato dal collega Lange affinché le esportazioni di medicinali o altre merci utilizzabili per torturare o uccidere siano regolate soprattutto verso quei paesi che non hanno abolito la pena di morte.

Accolgo, unitamente a quanto previsto, l'adozione della procedura d'urgenza per eventuali modifiche ai vari allegati al regolamento ai fini di garantire risposte immediate al clima destabilizzato dalla presenza di *foreign fighter* e affiliati all'ISIS che pervade l'Unione.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council amending Council Regulation (EC) No 1236/2005 concerning trade in certain goods which could be used for capital punishment, torture or other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment, and I noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Em junho de 2005, o Conselho da União Europeia adotou o Regulamento (CE) n.º 1236/2005 relativo ao comércio de determinadas mercadorias suscetíveis de serem utilizadas para aplicar a pena de morte ou infligir tortura ou outras penas ou tratamentos cruéis, desumanos ou degradantes que permite por ato delegado proceder à revisão das listas de controlo (constantes dos seus anexos).

Estes mecanismos de controlo da UE não são apenas mecanismos de controlo comercial, mas abrangem orientações políticas, nomeadamente impedem e proíbem a produção, o comércio e a utilização de mercadorias que se destinam a atos de tortura ou que possam ser utilizados para fins letais ou desumanos.

Apoio, assim, o Relatório Schaake sobre a revisão do Regulamento n.º (CE) 1236/2005 que vem reforçar os controlos de instrumentos de tortura seja aditando um novo anexo específico para evitar que medicamentos sejam utilizados para aplicar a pena de morte por injeção letal, proibindo serviços de corretagem para mercadorias proibidas, criando uma Autorização Geral de Exportações da União e prevendo um novo procedimento de urgência que permitirá dar uma resposta rápida à circulação de novos produtos que possam surgir no mercado e que sejam suscetíveis de utilização em atos de tortura.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn ich begrüße die verschärften Exportverbote und -beschränkungen für Produkte, die für Hinrichtungen oder zur Folter verwendet werden können. Dasselbe gilt für das Dringlichkeitsverfahren: Die EU-Kommission braucht diesen Spielraum, um schnell reagieren zu können, damit bei Verdacht, dass diese zu Folterzwecken oder für Hinrichtungen missbraucht werden könnten, Produkte kurzfristig auf die Liste genehmigungsbedürftiger Ausfuhren gesetzt werden können. Die EU duldet weder Folter noch die Todesstrafe.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del regolamento in questione in quanto giudico positivo l'aggiornamento degli elenchi delle merci soggette ai controlli in quanto è importante garantire la giusta combinazione di misure legislative, amministrative, giudiziarie ed esterne dell'UE per impedire e vietare la produzione, il commercio e l'uso di merci a fini di tortura e per controllare efficacemente gli articoli con potenziali utilizzi letali e inumani.

Ritengo inoltre importante la disposizione volta a estendere le restrizioni ai servizi d'assistenza tecnica e di intermediazione in relazione a qualsiasi merce vietata se il *broker* o il fornitore di assistenza tecnica è a conoscenza che i beni in questione sono o possono essere destinati per la pena di morte, per la tortura o per altri trattamenti o pene crudeli, inumane o degradanti.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – We need an appropriate set of measures ensuring that medicinal products are not used for capital punishment, for torture or for other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment. It is important that Member States give due consideration to this report and ensure that relevant information is provided to their customs administration and other relevant national authorities tasked with upholding the provisions of the law.

I favour the introduction of a targeted end-use clause in order for Member States to suspend or halt the transfer of security-related items not listed in Annexes II and III that clearly have no practical use other than for the purposes of capital punishment, torture or other ill-treatment.

Additional safeguards against the risks which are already in place should be monitored, abided with and enforced in the spirit of a Community coherent approach, ensuring unity within the Union on such a sensitive matter.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe busca regular el comercio de determinados productos que pueden utilizarse para aplicar la pena de muerte o infligir tortura o tratos degradantes, lo que considero muy necesario y por este motivo voté a favor del informe. Sin embargo, y aunque haya apoyado con mi voto el informe, creo que la Unión no tiene ninguna credibilidad en la lucha contra la tortura mientras continúe estando subordinada a los Estados Unidos (por nombrar un ejemplo, hay pruebas de que en Guantánamo se practica habitualmente la tortura con total impunidad desde hace ya 14 años).

El informe contiene numerosas propuestas con las que coincido plenamente, como el pedir asegurarse de que las exportaciones de la Unión a terceros países no contribuyen a lo que la Unión considera prácticas «inhumanas», tales como sillas eléctricas, o camas jaula. Pero lamentablemente la Unión no tiene ninguna credibilidad en su llamada «lucha contra la tortura» mientras continuemos lucrándonos con la venta de armas a Arabia Saudí, o mientras nuestros socios tengan legalizada la tortura y la pena de muerte.

Si estamos realmente contra la tortura, deberíamos empezar por revisar nuestras relaciones con terceros países, hasta que cumplan la Declaración Universal de los Derechos Humanos.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Il «regolamento contro la tortura» è uno strumento unico che contribuisce alla protezione dei diritti umani attraverso il controllo di merci e attività che sono utilizzate o potrebbero essere impropriamente utilizzate per praticare la pena di morte o infliggere tortura o altri trattamenti. La sua revisione rappresenta un importante esempio dell'azione dell'Unione europea volta a definire standard globali per l'eradicazione della tortura ed è un forte segnale anche nei confronti dei partner dell'UE.

Pertanto, ho accolto con favore la proposta di modifica poiché credo che gli strumenti commerciali possano favorire il superamento, almeno parziale, dell'assenza di regimi multilaterali di controllo delle esportazioni nel settore delle merci utilizzabili a fini di tortura.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – „Regulamentul împotriva torturii" reprezintă singurul instrument care contribuie la protejarea drepturilor omului prin intermediul controlării bunurilor și activităților utilizate în mod fraudulos pentru a impune pedeapsa capitală, tortura sau alte pedepse sau tratamente crude, inumane sau degradante.

O sincronizare adecvată între măsurile UE de natură legislativă, administrativă, judiciară și externă pentru prevenirea și interzicerea producției, comerțului, sau utilizarea bunurilor destinate torturii este importantă. Asigurarea respectării controalelor de către autoritățile naționale, atunci când discutăm de tranzacții comerciale externe ce au devenit din ce în ce mai complexe, reprezintă o necesitate. Am votat pentru o abordare comunitară care să mențină condițiile de concurență echitabile, prin adecvarea unui sistem de raportare și reexaminare periodică, în concordanță cu regimurile de control al exporturilor.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A jelentés az egyes, a halálbüntetés, a kínzás vagy más kegyetlen, embertelen vagy megalázó bánásmód vagy büntetés során alkalmazható áruk kereskedelméről szóló 1236/2005/EK tanácsi rendelet módosításáról szól. A módosítások mindenekelőtt azt a célt szolgálják, hogy sikerüljön visszaszorítani a halálbüntetés és a kínzások mértékét, mindenekelőtt az emberi jogok tiszteletben tartására hivatkozva. A módosítások a már hatályban levő rendeleteket egészítik ki, pontosítják, új szempontokat vetnek fel. Pontosítják többek közt az exportőr és az árutovábbítás definiálását. Kiegészítik továbbá az omnibusz rendelkezéseket, valamint bővítik azoknak az eszközöknek a listáját, amelyek fogva tartásra és kínzására alkalmasak, továbbá azon gyógyszereknek a listáját, amelyeket felhasználhatnak halálos injekciókhoz.

Javasolja szakértői csoportok létrehozását a hatékonyabb exportellenőrzés céljából, illetve a nyilvánosan elérhető éves jelentéseket, amelyek a tagállamok éves tevékenységének összefoglalói. A cél elérésének érdekében az is létfontosságú, hogy az olyan brókertevékenységekre tilalom érvényesüljön, amelyek tiltott termékekkel lehetnek kapcsolatosak.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za rozporządzeniem, które zakazuje handlu niektórymi towarami, które mogłyby być użyte do wykonywania kary śmierci, tortur lub innego okrutnego, nieludzkiego lub poniżającego traktowania albo karania.

To bardzo ważne rozporządzenie mające na celu poprawę poczucia bezpieczeństwa wśród obywateli. Określono w nim szczegółowo, jakie przedmioty obejmuje to rozporządzenie, oraz opisano wyjątkową procedurę dla tych sprzętów i towarów, które oprócz tego, że mogą być wykorzystywane do nielegalnych celów, mają także legalne zastosowanie. Z tych powodów oddałem głos za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Capital punishment, torture and any other treatment or punishment should be banned in all countries. The European Union must be on the forefront to eradicate torture. I voted in favour of this report as it will help EU authorities to react more quickly to new emerging trends. The revision of this regulation aims to contribute to the elimination of the death penalty worldwide and prevent torture through EU-wide controls on exports of torture goods and drugs used for lethal injection.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Oggi mi sono espresso a favore della relazione sulla proposta di modifica del regolamento (CE) n. 1236/2005 relativo al commercio di determinate merci che potrebbero essere utilizzate per la pena di morte, per la tortura o per altri trattamenti o pene crudeli, inumani o degradanti.

La revisione del regolamento del 2005 ha permesso, infatti, il necessario aggiornamento dei prodotti la cui commercializzazione è proibita all'interno dell'Unione europea, oltre all'inserimento del divieto di pubblicizzazione e promozione di tali prodotti, anche online, e del transito degli stessi attraverso il territorio dell'UE.

Si prevedono inoltre una «procedura di urgenza», volta all'inclusione in tempi rapidi di nuovi prodotti che potrebbero essere considerati rischiosi, e una clausola di revisione, che permetterà di verificare l'efficacia della normativa e di rivederla, se necessario, entro il 2020.

Le disposizioni introdotte tramite la revisione mirano ad aumentare l'efficacia di un regolamento che ha l'obiettivo più ampio di riaffermare l'impegno diretto dell'Unione europea nella lotta per la difesa del diritto alla vita e della dignità della persona: un esempio molto positivo di come la politica commerciale europea possa rappresentare sempre più un mezzo per rafforzare la tutela dei diritti umani all'interno e oltre i confini dell'Unione.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif fait suite à la proposition de la Commission européenne pour la révision du règlement contre les biens destinés à la torture et le commerce de certains biens susceptibles d'être utilisés en vue d'infliger la peine capitale, la torture ou d'autres peines ou traitements cruels.

Le rapport vise notamment à étendre la liste des biens contrôlés pouvant être utilisés pour infliger la peine capitale par injection létale, et à renforcer les restrictions aux services de courtage et d'assistance technique.

Les exportations de médicaments utilisés sous forme d'injection létale seront également plus strictement contrôlées.

Soutenant ces objectifs, j'ai voté en faveur du rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP chose to abstain on this vote because it is such an emotive issue. The right of countries acceding to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction is extremely important, however this should be done at the will of the individual country and not en-block by the EU.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la modification du règlement concernant le commerce de certains biens susceptibles d'être utilisés en vue d'infliger la peine capitale, la torture ou d'autres peines ou traitements cruels, inhumains ou dégradants.

L'exportation de biens pouvant servir à infliger la peine capitale ou à la torture doit être strictement contrôlée.

C'est pourquoi je suis notamment favorable à ce que les États membres disposent de la possibilité de mettre en place des mesures supplémentaires au niveau national vis-à-vis de ces biens.

Afin de lutter activement contre la torture, nous devons également encourager l'échange d'informations avec les mécanismes nationaux de prévention.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az egész EU-ra vonatkozó exportellenőrzés egy olyan külkereskedelmi szakpolitikai eszköz, amely szélesebb körű politikai célokat szolgál. Az exportellenőrzés az Európai Unió fontos szakpolitikai eszköze. Az 1236/2005/EK kínzás elleni rendelet egy egyedülálló eszköz, amely a halálbüntetés, a kínzás vagy más kegyetlen, embertelen vagy megalázó bánásmód vagy büntetés során alkalmazható termékek és tevékenységek ellenőrzése révén hozzájárul az emberi jogok védelméhez, a halálbüntetés és a kínzás globális felszámolásához. A rendelet az Európai Unió régi törekvését fogalmazza meg, amikor a mellékleteiben szereplő listákon felsorolt termékek kereskedelmének engedélyezési követelményeivel kombinálja a tilalmakat.

Tilalmat vezet be a kizárólag kínzásra és halálbüntetés végrehajtására használható eszközökre és az azokkal kapcsolatos technikai segítségnyújtásra (II. melléklet), illetve engedélyezési rendszert hoz létre azon termékek vonatkozásában, amelyek visszaélésszerű használat esetén alkalmasak kínzásra és halálos injekciók általi kivégzésekre (III. melléklet). A véleménytervezet arra is javaslatot tesz, hogy jöjjön létre egy, a felszerelések koordinálásával foglalkozó csoport, továbbá vezessenek be időszakos felülvizsgálati mechanizmust, valamint rendszeresebb információmegosztási és jelentéstételi rendszert az ellenőrzés megerősítése és a rendelet hatékony végrehajtása érdekében. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a javaslatot.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Come membro del Parlamento europeo e come europea mi schiero contro la pena di morte e ogni tipo di tortura. Auspico una collaborazione più stretta tra le autorità nazionali dei paesi membri dell'UE per migliorare i controlli e svolgere iniziative di sensibilizzazione. In questo senso sostengo la revisione della normativa per fermare l'esportazione e la promozione di beni che possono essere utilizzati per la pena di morte o per la tortura, come i medicinali per iniezioni letali o gli strumenti di tortura. Ho votato dunque a favore della relazione.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai soutenu l'adoption de règles renforcées pour empêcher le commerce de biens et services qui peuvent contribuer à la torture ou à la peine capitale.

L'interdiction de la peine de mort et celle de la torture sont des objectifs clés des politiques commerciale et étrangère européennes. À ce titre, il est essentiel que les entreprises de l'Union ne contribuent en aucune manière à ces pratiques.

Pour s'en assurer, l'Union s'est dotée d'outils spécifiques, notamment des règlements instituant des restrictions sur le commerce, lesquels interdisent l'exportation de produits qui n'ont d'autre utilisation pratique que l'exécution ou la torture, de même que des produits qui ont été conçus à d'autres fins mais qui pourraient être utilisés pour la torture ou l'exécution.

Malgré ces dispositions, certaines failles ont permis au commerce ou au courtage et à la publicité de tels produits de se poursuivre. De plus, face aux changements et au développement de nouvelles technologies, il était indispensable de renforcer la législation européenne.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — D'après Amnesty International, au moins 1 634 personnes ont été condamnées à la peine capitale et exécutées dans 25 pays l'année passée et des cas de torture dans 141 pays, soit les trois quarts des pays de la planète, ont été recensés.

Au niveau de l'Union, la charte des droits fondamentaux interdit la peine capitale et dispose que «nul ne peut être soumis à la torture, ni à des peines ou traitements inhumains ou dégradants». L'Union promeut également le respect des droits fondamentaux à travers le monde.

L'Union dispose depuis 2005 d'un instrument commercial visant à limiter les exportations de biens ou produits utilisés pour infliger la peine de mort et la torture, comme les pinces électriques, les vis à pointes ou certains médicaments utilisés dans les injections létales.

Ce nouveau règlement modifie la législation existante et encadre désormais également les services de courtage et l'assistance technique de ces biens et prend en compte les évolutions induites par le développement des nouvelles technologies.

La politique commerciale est ainsi mise au service de la promotion des valeurs de l'Union européenne.

Angel Dzhambazki (ECR), *in writing*. – I have voted for the file. Whilst initially there were some concerns regarding the extraterritoriality and 'catch-all' clauses, these issues were successfully resolved. I fully support the current text which focuses on issues arising from the export of pharmaceutical products which could be used for lethal injections. The agreed text as it stands today not only introduces a prior authorisation regime for brokering services and technical assistance, but also prohibits the transit of goods listed in Annex II, the advertising and promotion at exhibitions and trade fairs of goods listed in Annex II. Further, it permits Member States to adopt or maintain additional national measures and to establish a coordination group, enables the possible urgency procedure and introduces the review clause.

I am convinced that the changes negotiated propose effective measures to complement existing legislation in adapting to these challenges. Trade in such drugs must actively be prevented and this report is a decisive and important step towards this objective.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζουμε διότι εκτιμούμε ότι η έκθεση δεν θα έχει κανένα ουσιαστικό αποτέλεσμα και ότι δεν υπάρχει τρόπος να στερήσεις τα μέσα είτε για εκτελέσεις, είτε για βασανιστήρια. Είμαστε κατ` αρχήν εναντίον των βασανιστηρίων αλλά θεωρούμε ότι πρέπει να επανεξετασθεί η θανατική ποινή, ειδικά σε περιπτώσεις τελέσεως ιδιαιτέρως ειδεχθών εγκλημάτων.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az egész EU-ra vonatkozó exportellenőrzés egy olyan külkereskedelmi szakpolitikai eszköz, amely szélesebb körű politikai célokat szolgál. Az exportellenőrzés az Európai Unió fontos szakpolitikai eszköze. Az 1236/2005/EK kínzás elleni rendelet egy egyedülálló eszköz, amely a halálbüntetés, a kínzás vagy más kegyetlen, embertelen vagy megalázó bánásmód vagy büntetés során alkalmazható termékek és tevékenységek ellenőrzése révén hozzájárul az emberi jogok védelméhez, a halálbüntetés és a kínzás globális felszámolásához. A rendelet az Európai Unió régi törekvését fogalmazza meg, amikor a mellékleteiben szereplő listákon felsorolt termékek kereskedelmének engedélyezési követelményeivel kombinálja a tilalmakat.

Tilalmat vezet be a kizárólag kínzásra és halálbüntetés végrehajtására használható eszközökre és az azokkal kapcsolatos technikai segítségnyújtásra (II. melléklet), illetve engedélyezési rendszert hoz létre azon termékek vonatkozásában, amelyek visszaélésszerű használat esetén alkalmasak kínzásra és halálos injekciók általi kivégzésekre (III. melléklet). A véleménytervezet arra is javaslatot tesz, hogy jöjjön létre egy, a felszerelések koordinálásával foglalkozó csoport, továbbá vezessenek be időszakos felülvizsgálati mechanizmust, valamint rendszeresebb információmegosztási és jelentéstételi rendszert az ellenőrzés megerősítése és a rendelet hatékony végrehajtása érdekében. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a javaslatot.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted for the report concerning trade in goods which could be used for capital punishment, torture, or other cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment. There are currently many loopholes in international trade export controls which allow the movement of these goods. Amnesty International and other NGOs have been very supportive of this report, and it is a major step forward in tackling the problem. It is important to my constituents in Wales that we try protect the human rights of all people.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O objetivo deste regulamento é evitar que as exportações da UE contribuam para violações dos direitos humanos em países terceiros. Por isso, revê os controlos da UE sobre o comércio de instrumentos de tortura.

Esta legislação visa colmatar as lacunas do atual regime da UE, incluindo novas cláusulas que restringem e proíbem serviços de assessoria, transporte, corretagem, publicidade e promoção de produtos de risco ou proibidos, como em feiras comerciais, em exposições e na Internet.

O regulamento prevê também um novo procedimento de urgência, que permitirá dar uma resposta rápida à circulação de novos produtos que possam surgir no mercado e que sejam suscetíveis de utilização em atos de tortura.

Votei favoravelmente.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention: le texte est assez inapplicable car il ne parle pas de certitudes ou d'éléments que les biens ou services seraient utilisés pour la torture ou des éléments dégradants mais de «peut servir…».

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. – Non posso che condividere ogni misura diretta a impedire e vietare la produzione, il commercio e l'uso di merci a fini di tortura e a controllare efficacemente gli articoli con potenziali utilizzi letali e inumani. Il regolamento permetterà di eliminare alcune carenze legislative in materia e garantirà maggior uniformità nei controlli delle esportazioni dell'UE.

La lotta per l'abolizione della pena di morte e il contrasto ad ogni forma di tortura e altri trattamenti inumani o pene crudeli rappresentano una battaglia di civiltà da combattere secondo un approccio onnicomprensivo che non esclude il divieto di dannose pratiche commerciali. Pertanto dichiaro il mio voto favorevole.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O Regulamento (CE) n.º 1236/2005, que visa a luta contra a tortura, é um instrumento que contribui para a proteção dos direitos humanos através do controlo de produtos e atividades que são utilizados, ou podem ser utilizados, abusivamente para aplicar a pena de morte ou infligir tortura ou outros tratamentos ou penas cruéis, desumanos ou degradantes.

O regulamento estabelece uma proibição do comércio de produtos de «utilização única» destinados à tortura e às execuções e da respetiva assistência técnica (anexo II) e um sistema de autorização de produtos versáteis suscetíveis de serem utilizados de forma abusiva para infligir tortura e realizar execuções por injeção letal (anexo III).

Propõe-se agora reforçar os controlos de instrumentos de tortura.

As listas de artigos específicos proporcionam clareza aos exportadores e importadores e contribuem para garantir o respeito das regras.

Num contexto em que as operações de comércio externo são cada vez mais complexas, sublinha-se o papel fundamental da aplicação eficaz dos controlos, das verificações, das sanções, das orientações e das ações de sensibilização realizadas pelas autoridades nacionais.

Parece ser adequado um sistema periódico de comunicação de informações e de revisão, em consonância com outros regimes de controlo das exportações.

Os objetivos do regulamento afiguram-se justos e os meios que define proporcionados.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole alla presente relazione in quanto essa vieta l'esportazione e l'importazione di attrezzature o merci atte ai soli fini di tortura e pena di morte e introduce un regime ulteriormente restrittivo, fondato su autorizzazioni specifiche, per le esportazioni di attrezzature/merci potenzialmente impiegate a tali fini. La stessa relazione, inoltre, consente agli Stati membri di adottare o mantenere misure nazionali supplementari che limitino l'esercizio di determinati servizi ausiliari connessi a tali esportazioni.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Európska únia má výsadné celosvetové postavenie v ochrane ľudských práv a základných slobôd. Preto je veľmi dôležité, aby Európska únia neustále aktualizovala legislatívu v oblasti kontroly vývozu a kontrol EÚ, ktorú sú zamerané na obchod s nástrojmi mučenia. Je nevyhnutné zabezpečiť súlad kontrol EÚ v oblasti vývozu, pokiaľ ide o zoznamy tovaru na vojenské účely, tovaru s dvojakým použitím, strelných zbraní a tovaru určeného na mučenie, tak, aby nedochádzalo k zdvojeným kontrolám týchto položiek. Okrem technickej pomoci a sprostredkovateľských služieb by sa EÚ mala podľa možnosti snažiť aj o kontrolu ostatných služieb, ktoré môžu prispieť k šíreniu tovaru, ktorý možno použiť na mučenie alebo vykonanie trestu smrti, ako sú okrem iného marketingové alebo finančné služby.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Ho espresso un voto di astensione sulla relazione in quanto concordo sulla necessità di limitare il commercio di determinate merci usate per la pena di morte, tortura o altri trattamenti, ma non vorrei che si corresse il rischio di far ricadere sulle imprese produttrici eccessivi costi burocratici.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την σχετική έκθεση διότι εκτιμώ ότι δεν θα έχει κανένα ουσιαστικό αποτέλεσμα, αφού δεν υπάρχει τρόπος να στερήσεις τα μέσα είτε για εκτελέσεις, είτε για βασανιστήρια. Τάσσομαι εναντίον των βασανιστηρίων αλλά θεωρώ εντούτοις ότι πρέπει να επανεξετασθεί η θανατική ποινή, ειδικά σε περιπτώσεις τελέσεως ιδιαιτέρως ειδεχθών εγκλημάτων.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – This is a much welcome example of the EU setting a global standard in eradicating torture. The updated rules will help EU authorities to react more quickly to new emerging trends in torture and inhumane treatment, namely by regulating their sale on line, etc. In recent years we have seen how a change in EU practices has led to the demise of the death penalty in many partner countries such as the US. This will be set to continue when the regulation comes into force.

I welcome in particular the inclusion of a 'catch-all clause' in the EP position. With the new 'urgency procedure', customs authorities will be able to act just as fast in detaining torture goods. Moreover, there will be an outright ban on displaying and selling torture goods at trade fairs, updated rules on banning advertising to include online sales of torture goods, and the transit of the prohibited products will be outlawed.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az egész EU-ra vonatkozó exportellenőrzés egy olyan külkereskedelmi szakpolitikai eszköz, amely szélesebb körű politikai célokat szolgál. Az exportellenőrzés az Európai Unió fontos szakpolitikai eszköze. Az 1236/2005/EK kínzás elleni rendelet egy egyedülálló eszköz, amely a halálbüntetés, a kínzás vagy más kegyetlen, embertelen vagy megalázó bánásmód vagy büntetés során alkalmazható termékek és tevékenységek ellenőrzése révén hozzájárul az emberi jogok védelméhez, a halálbüntetés és a kínzás globális felszámolásához. A rendelet az Európai Unió régi törekvését fogalmazza meg, amikor a mellékleteiben szereplő listákon felsorolt termékek kereskedelmének engedélyezési követelményeivel kombinálja a tilalmakat.

Tilalmat vezet be a kizárólag kínzásra és halálbüntetés végrehajtására használható eszközökre és az azokkal kapcsolatos technikai segítségnyújtásra (II. melléklet), illetve engedélyezési rendszert hoz létre azon termékek vonatkozásában, amelyek visszaélésszerű használat esetén alkalmasak kínzásra és halálos injekciók általi kivégzésekre (III. melléklet). A véleménytervezet arra is javaslatot tesz, hogy jöjjön létre egy, a felszerelések koordinálásával foglalkozó csoport, továbbá vezessenek be időszakos felülvizsgálati mechanizmust, valamint rendszeresebb információmegosztási és jelentéstételi rendszert az ellenőrzés megerősítése és a rendelet hatékony végrehajtása érdekében. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a javaslatot.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az egész EU-ra vonatkozó exportellenőrzés egy olyan külkereskedelmi szakpolitikai eszköz, amely szélesebb körű politikai célokat szolgál. Az exportellenőrzés az Európai Unió fontos szakpolitikai eszköze. Az 1236/2005/EK kínzás elleni rendelet egy egyedülálló eszköz, amely a halálbüntetés, a kínzás vagy más kegyetlen, embertelen vagy megalázó bánásmód vagy büntetés során alkalmazható termékek és tevékenységek ellenőrzése révén hozzájárul az emberi jogok védelméhez, a halálbüntetés és a kínzás globális felszámolásához. A rendelet az Európai Unió régi törekvését fogalmazza meg, amikor a mellékleteiben szereplő listákon felsorolt termékek kereskedelmének engedélyezési követelményeivel kombinálja a tilalmakat.

Tilalmat vezet be a kizárólag kínzásra és halálbüntetés végrehajtására használható eszközökre és az azokkal kapcsolatos technikai segítségnyújtásra (II. melléklet), illetve engedélyezési rendszert hoz létre azon termékek vonatkozásában, amelyek visszaélésszerű használat esetén alkalmasak kínzásra és halálos injekciók általi kivégzésekre (III. melléklet). A véleménytervezet arra is javaslatot tesz, hogy jöjjön létre egy, a felszerelések koordinálásával foglalkozó csoport, továbbá vezessenek be időszakos felülvizsgálati mechanizmust, valamint rendszeresebb információmegosztási és jelentéstételi rendszert az ellenőrzés megerősítése és a rendelet hatékony végrehajtása érdekében. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a javaslatot.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe convencido de que los controles a la exportación a escala de la UE son un instrumento que contribuye a la protección de los derechos humanos mediante controles de los artículos y actividades que se utilizan, o de los que se podría abusar, para aplicar la pena de muerte o infligir tortura u otros tratos o penas crueles, inhumanos o degradantes. La revisión de la normativa relativa a los controles de la UE al comercio de instrumentos de tortura tenía que haberse realizado hace tiempo, constituyendo las actualizaciones de las listas de control pasos en la buena dirección. Es importante asegurar la combinación adecuada de medidas de la UE en materia legislativa, administrativa, judicial y exterior destinadas a impedir y prohibir la producción, el comercio y el uso de artículos de tortura y, en efecto, de productos de control de uso inhumano y potencialmente letal.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la nueva normativa europea contra los negocios vinculados a la tortura y la pena de muerte, por ser una iniciativa pionera en favor de los derechos humanos en el mundo. Introduce medidas ejecutivas, vinculantes, que impedirán ningún tipo de participación europea en este negocio atroz. Refuerza la prohibición y el control a la exportación introducida en 2006, haciéndola más efectiva. Y extiende su aplicación a nuevos productos, como los fármacos para la inyección letal, y a servicios como el transporte, la publicidad on-line, la asistencia técnica o la intermediación comercial.

Ningún agente comercial extranjero podrá volver a exponer material de tortura en ferias comerciales de la Unión. Y se refuerza la responsabilidad de los Estados miembros en su deber de control e información. Cuando España asumió la Presidencia del Consejo de la Unión, en 2010, el Gobierno Socialista de Rodríguez-Zapatero reclamó a la Unión una reforma en este sentido. Hoy, la Unión ha dado un paso más contra la tortura y la pena capital y los socialdemócratas hemos podido demostrar que la política comercial es y debe ser una herramienta fundamental para la promoción del progreso y los derechos humanos en el mundo.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la nueva normativa europea contra los negocios vinculados a la tortura y la pena de muerte, por ser una iniciativa pionera en favor de los derechos humanos en el mundo. Introduce medidas ejecutivas, vinculantes, que impedirán ningún tipo de participación europea en este negocio atroz. Refuerza la prohibición y el control a la exportación introducida en 2006, haciéndola más efectiva. Y extiende su aplicación a nuevos productos, como los fármacos para la inyección letal, y a servicios como el transporte, la publicidad on-line, la asistencia técnica o la intermediación comercial.

Ningún agente comercial extranjero podrá volver a exponer material de tortura en ferias comerciales de la Unión. Y se refuerza la responsabilidad de los Estados miembros en su deber de control e información. Cuando España asumió la Presidencia del Consejo de la Unión, en 2010, el Gobierno Socialista de Rodríguez-Zapatero reclamó a la Unión una reforma en este sentido. Hoy, la Unión ha dado un paso más contra la tortura y la pena capital y los socialdemócratas hemos podido demostrar que la política comercial es y debe ser una herramienta fundamental para la promoción del progreso y los derechos humanos en el mundo.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Trovo di fondamentale importanza esprimere il pieno sostegno all'accordo individuato in merito al commercio di merci che potrebbero essere utilizzate per la pena di morte, per la tortura o per altre pene. Ritengo doveroso da parte dell'Unione europea un monitoraggio rafforzato dei canali di commercio legali e illegali di strumenti che potrebbero essere utilizzati contro la persona e causare la morte o la mortificazione della vita. La salvaguardia della salute e della sicurezza dei cittadini deve rappresentare priorità assoluta nel nostro impegno politico e umano e dobbiamo mettere in atto, con la massima severità e tenacia, le misure più decise per verifiche scrupolose in merito a transiti e compravendite, anche online, di merci suscettibili di possibile utilizzo contro la persona, portando avanti con determinazione l'impegno concreto e solido dell'Europa di contrasto alla pena capitale, ove ancora sia riconosciuta.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Als Europäische Union lehnen wir die Todesstrafe ab. Dieser Grundsatz darf allerdings nicht an unseren EU-Außengrenzen aufhören. Daher unterstütze ich den Bericht und die darin geforderte Ausweitung des Verbots auf Vermittlungstätigkeiten und technische Hilfeleistung. Weiterhin sollte der enge Informationsaustausch zwischen den verschiedenen nationalen Zollbehörden gefördert werden. Eine unnötige Belastung für Exporteure muss dabei vermieden werden.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I abstained on this legislative, consent procedure (single vote) report. UKIP objects to the EU dictating our terms of trade, so we would have been minded to vote against, however due to the sensitive nature of the report we did not oppose. There are practical problems in defining 'items of torture'. Our concern in the future is that conventional and innocuous items could be added the list of restricted goods and may affect legitimate trade. UKIP, of course, condemns any form of torture.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe puesto que estamos satisfechos con la propuesta de la Comisión, y más aún, tras un muy constructivo proceso de enmiendas. Aunque soy consciente de que la nueva regulación por sí misma no va a eliminar la pena de muerte ni evitar las torturas a nivel mundial, considero que supone un paso adelante en este sentido.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Am votat acest raport întrucât consider că este esențial să contribuim la eliminarea pedepsei cu moartea în întreaga lume și să prevenim tortura. Un pas important este reprezentat de consolidarea dispozițiilor referitoare la transferul de bunuri, la tranzit, asistența tehnică și marketingul comercial, în scopul interzicerii comerțului cu bunuri destinate torturii și execuției sau cu bunuri „multifuncționale" ce ar putea fi utilizate în mod abuziv în scopuri de tortură și execuții prin injecții letale. Este nevoie de eforturi sporite la nivel UE, iar instrumentele comerciale constituie un element ce face parte dintr-o abordare globală pentru eradicarea torturii, prin interzicerea transferului elementelor care ar putea duce la facilitarea sau comiterea execuțiilor judiciare, a torturii și a altor maltratări. Totodată, este esențial să asigurăm coerența controalelor la export ale Uniunii Europene în ceea ce privește bunurile militare, armele de foc și bunurile ce pot fi utilizate pentru tortură și alte tratamente inumane sau degradante, fără a se impune dublarea controalelor. Este nevoie ca lista produselor interzise să fie revizuită. Am votat acest raport pentru că

eu cred că dezvoltarea economică și comercială a pieței interne nu trebuie să înlesnească tortura prin produsele create și comercializate online sau offline.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this proposal as it importantly represents a significant update of the rules which will stop the export, transit, marketing and promotion of goods that can be used for torture or inhumane treatment.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, car il complète l'actuel régime d'interdiction des exportations et importations de biens destinés à la torture et aux exécutions.

Dorénavant, le commerce de certains médicaments pouvant être utilisés pour infliger la peine capitale sera également mieux contrôlé, tout comme les services connexes d'assistance technique et de courtage liés à l'un quelconque des biens énumérés pouvant servir à la torture.

Les valeurs de l'Union européenne basées sur le respect de la vie et de la dignité humaine doivent en effet être protégées et promues partout dans le monde.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la nueva normativa europea contra los negocios vinculados a la tortura y la pena de muerte, por ser una iniciativa pionera en favor de los derechos humanos en el mundo. Introduce medidas ejecutivas, vinculantes, que impedirán ningún tipo de participación europea en este negocio atroz. Refuerza la prohibición y el control a la exportación introducida en 2006, haciéndola más efectiva. Y extiende su aplicación a nuevos productos, como los fármacos para la inyección letal, y a servicios como el transporte, la publicidad on-line, la asistencia técnica o la intermediación comercial.

Ningún agente comercial extranjero podrá volver a exponer material de tortura en ferias comerciales de la Unión. Y se refuerza la responsabilidad de los Estados miembros en su deber de control e información. Cuando España asumió la Presidencia del Consejo de la Unión, en 2010, el Gobierno Socialista de Rodríguez-Zapatero reclamó a la Unión una reforma en este sentido. Hoy, la Unión ha dado un paso más contra la tortura y la pena capital y los socialdemócratas hemos podido demostrar que la política comercial es y debe ser una herramienta fundamental para la promoción del progreso y los derechos humanos en el mundo.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour. It is important to ensure the right mix of EU legislative, administrative, judicial and external measures to prevent and prohibit the production, trade and use of torture goods as well as effectively control items with potential lethal and inhumane uses. It is essential to ensure coherence of the EU's export controls including military, dual use, firearms and torture goods lists, without subjecting items to duplicate controls.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la nueva normativa europea contra los negocios vinculados a la tortura y la pena de muerte, por ser una iniciativa pionera en favor de los derechos humanos en el mundo. Introduce medidas ejecutivas, vinculantes, que impedirán ningún tipo de participación europea en este negocio atroz. Refuerza la prohibición y el control a la exportación introducida en 2006, haciéndola más efectiva. Y extiende su aplicación a nuevos productos, como los fármacos para la inyección letal, y a servicios como el transporte, la publicidad on-line, la asistencia técnica o la intermediación comercial.

Ningún agente comercial extranjero podrá volver a exponer material de tortura en ferias comerciales de la Unión. Y se refuerza la responsabilidad de los Estados miembros en su deber de control e información. Cuando España asumió la Presidencia del Consejo de la Unión, en 2010, el Gobierno Socialista de Rodríguez-Zapatero reclamó a la Unión una reforma en este sentido. Hoy, la Unión ha dado un paso más contra la tortura y la pena capital y los socialdemócratas hemos podido demostrar que la política comercial es y debe ser una herramienta fundamental para la promoción del progreso y los derechos humanos en el mundo.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I was happy to support this report, which updates the current Anti-Torture Regulation and provides stricter EU rules on the trade in goods or substances that may be misused for torture and capital punishment. Under the new regulation, the current ban on certain goods will be expanded to also include marketing services and the transit of already forbidden goods via the EU. Moreover, these new anti-torture rules will be more flexible and can be quickly adapted to changing technologies and topical developments. The eradication of the death penalty and torture is an important goal of Europe. The EU condemns the death penalty and torture everywhere. Therefore, it is crucial that we have a strong and credible policy to make sure that Europe does not contribute to these practices. Thankfully, with these new updated rules we are broadening the scope of the regulation, making sure we include more of the worldwide trade in these products and ensure that Europeans are not involved.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Bei diesem Bericht geht es um den Export von Gütern, die auch zur Ausführung der Todesstrafe oder zur Folter verwendet werden können. Selbstverständlich würde auch ich eine Welt ohne Folter und Todesstrafe bevorzugen. Während die Intention nachvollziehbar ist, sollte man sich im Klaren sein, dass diese Exportverbote weder Folter noch Todesstrafe verunmöglichen. Gerade bei der Todesstrafe wären die zu exportierenden Güter wohl sogar im Sinne der Menschlichkeit. So ist z. B. das Steinigen überall möglich – eine Giftspritze wäre wohl die humanere Alternative. In diesem Bericht ging es uns deshalb vor allem darum, die negativen Nebenwirkungen auf den Handel von Gütern, die nicht den genannten Zwecken dienen, zu reduzieren. Da der Bericht in diesem Sinne einen sinnvollen Kompromiss darstellt, habe ich ihm zugestimmt. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Denn er führt zu Zwist und Zwietracht.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az egész EU-ra vonatkozó exportellenőrzés egy olyan külkereskedelmi szakpolitikai eszköz, amely szélesebb körű politikai célokat szolgál. Az exportellenőrzés az Európai Unió fontos szakpolitikai eszköze. Az 1236/2005/EK kínzás elleni rendelet egy egyedülálló eszköz, amely a halálbüntetés, a kínzás vagy más kegyetlen, embertelen vagy megalázó bánásmód vagy büntetés során alkalmazható termékek és tevékenységek ellenőrzése révén hozzájárul az emberi jogok védelméhez, a halálbüntetés és a kínzás globális felszámolásához. A rendelet az Európai Unió régi törekvését fogalmazza meg, amikor a mellékleteiben szereplő listákon felsorolt termékek kereskedelmének engedélyezési követelményeivel kombinálja a tilalmakat.

Tilalmat vezet be a kizárólag kínzásra és halálbüntetés végrehajtására használható eszközökre és az azokkal kapcsolatos technikai segítségnyújtásra (II. melléklet), illetve engedélyezési rendszert hoz létre azon termékek vonatkozásában, amelyek visszaélésszerű használat esetén alkalmasak kínzásra és halálos injekciók általi kivégzésekre (III. melléklet). A véleménytervezet arra is javaslatot tesz, hogy jöjjön létre egy, a felszerelések koordinálásával foglalkozó csoport, továbbá vezessenek be időszakos felülvizsgálati mechanizmust, valamint rendszeresebb információmegosztási és jelentéstételi rendszert az ellenőrzés megerősítése és a rendelet hatékony végrehajtása érdekében. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a javaslatot.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o Prijedlogu uredbe Parlamenta i Vijeća o izmjeni Uredbe Vijeća o trgovini određenom robom koja bi se mogla koristiti za izvršenje smrtne kazne, mučenje ili drugo okrutno, nečovječno ili ponižavajuće postupanje ili kažnjavanje zbog toga što se snažno suprotstavljam smrtnoj kazni i svakom obliku mučenja.

Podržavam tehnička unaprijeđena koja će omogućiti jače kontrole i jednake uvjete diljem EU-a bez stvaranja prevelikih administrativnih opterećenja. Time se osnažuje globalna uloga Europe usmjerena na poštovanje univerzalnih ljudskih prava.

Također, potrebno je usavršiti sustav kontrole izvoza kako bi isti bio fleksibilan te prilagodljiv tehnološkim promjenama i razvoju, ali je isto tako važno uzeti u obzir složenost vanjskotrgovinskih transakcija, te nadzirati implementaciju obveza država članica.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Le texte que le Parlement se propose de durcir ne parvient déjà pas à établir clairement s'il y a ou non un risque réel que tel bien ou service échangé soit utilisé à des fins de torture, de dégradation ou autre.

De plus, il fait bénéficier à ces termes d'une extension trop large et excessive de leur acception juridique, tout en restreignant de manière abusive le commerce des biens et en exerçant sur ce sujet une pression trop grande sur les États.

J'ai pris la décision de m'abstenir.

Diane James (EFDD), *in writing*. — UKIP abstained on this legislative, consent procedure (single vote) report. UKIP objects to the EU dictating our terms of trade, so we would have been minded to vote against, however due to the sensitive nature of the report we did not oppose. There are practical problems in defining 'items of torture'. Our concern in the future is that conventional and innocuous items could be added the list of restricted goods and may affect legitimate trade. UKIP, of course, condemns any form of torture.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la nueva normativa europea contra los negocios vinculados a la tortura y la pena de muerte, por ser una iniciativa pionera en favor de los derechos humanos en el mundo. Introduce medidas ejecutivas, vinculantes, que impedirán ningún tipo de participación europea en este negocio atroz. Refuerza la prohibición y el control a la exportación introducida en 2006, haciéndola más efectiva. Y extiende su aplicación a nuevos productos, como los fármacos para la inyección letal, y a servicios como el transporte, la publicidad on-line, la asistencia técnica o la intermediación comercial.

Ningún agente comercial extranjero podrá volver a exponer material de tortura en ferias comerciales de la Unión. Y se refuerza la responsabilidad de los Estados miembros en su deber de control e información. Cuando España asumió la Presidencia del Consejo de la Unión, en 2010, el Gobierno Socialista de Rodríguez-Zapatero reclamó a la Unión una reforma en este sentido. Hoy, la Unión ha dado un paso más contra la tortura y la pena capital y los socialdemócratas hemos podido demostrar que la política comercial es y debe ser una herramienta fundamental para la promoción del progreso y los derechos humanos en el mundo.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I am in favour of measures that will contribute to the protection of human rights via controls on items and activities that are used for or could be misused for capital punishment, torture or other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment. With foreign trade transactions becoming ever more complex, it is important to ensure the right mix of EU legislative, administrative, judicial and external measures to prevent and prohibit the production, trade and use of torture goods and effectively control items with potentially lethal and inhumane uses.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Marietje Schaake qui s'inscrit dans le prolongement d'un règlement de 2005 sur le commerce des biens destinés à la torture.

Le texte interdit l'exportation, la publicité et le transport de produits pour lesquels il n'y a pas d'autres utilisations pratiques que la torture (chaises électriques, injections létales). Une souplesse est toutefois accordée pour le commerce des produits conçus à d'autres fins (armes anti-émeutes, anesthésiant) qui font l'objet d'un contrôle renforcé.

Dans le cadre de son élaboration, nous avons tenu à ce que cette proposition n'entrave pas le commerce licite des entreprises européennes et ne leurs crée pas de contraintes superflues.

Je me réjouis que ce texte ait été adopté à une large majorité.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport révisant certaines règles européennes afin d'empêcher le commerce des biens et services qui peuvent contribuer à la torture ou à la peine capitale. Cela correspond aux valeurs défendues par l'Union européenne et en lesquelles je crois.

Il est notamment prévu l'interdiction de la promotion et du marketing de ces marchandises ainsi qu'un renforcement de l'interdiction de transit des produits interdits sur le territoire de l'Union.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση. Οι έλεγχοι των εξαγωγών σε επίπεδο ΕΕ αποτελούν εργαλεία της πολιτικής που ασκείται στον τομέα του εξωτερικού εμπορίου και εξυπηρετούν μια σειρά ευρύτερων στόχων πολιτικής. Ο «κανονισμός κατά των βασανιστηρίων» (ΕΚ) αριθ. 1236/2005 αποτελεί ένα μοναδικό μέσο το οποίο συμβάλλει στην προστασία των ανθρώπινων δικαιωμάτων μέσω ελέγχων των ειδών και των δραστηριοτήτων που χρησιμοποιούνται ή θα μπορούσαν να χρησιμοποιηθούν καταχρηστικά για θανατική ποινή, βασανιστήρια ή άλλη σκληρή, απάνθρωπη ή ταπεινωτική μεταχείριση ή τιμωρία.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der zur Abstimmung vorgelegte Bericht beinhaltet positive Aspekte zur Ächtung von Folter und Todesstrafe – ein Thema, für das ich mich seit jeher einsetze. Die Aufnahme von dazu notwendigen Gütern in eine entsprechende Liste ist ein wichtiger Schritt, dass Europa nicht mehr andere Länder bei der Ausübung von Folter oder Todesstrafe indirekt unterstützt. Der Bericht ist positiv zu beurteilen.

Tunne Kelam (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report. The amending Council Regulation (EC) No 1236/2005, concerning trade in certain goods which could be used for capital punishment, torture or other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment, offers a balanced approach and ensures that human rights serve as the underlying principle. I welcome that the Member States are given flexibility to apply stricter controls and additional measures. One of the major improvements constitutes also the possibility for competent authorities to share information with national preventive mechanisms under the Optional Protocol to the UN Convention against Torture. Better coordination and informing each other is necessary to be up to date on the situation around the world, especially regarding authoritarian states. We need to be willing and able to share information concerning trading goods which fall under this

regulation to avoid any conscious participation in capital punishment, torture and other cruel, in human or degrading treatment or punishment.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the proposal, as the deal represents a significant update of the rules which will stop the export, transit, marketing and promotion of goods that can be used for torture or inhumane treatment.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Návrh nařízení Evropského parlamentu a Rady o obchodování s některým zbožím, které by mohlo být použito pro trest smrti, mučení nebo jiné kruté, nelidské či ponižující zacházení nebo trestání jsem mileráda podpořila. Je nezbytné zakázat zprostředkovatelům v Unii poskytování zprostředkovatelských služeb v souvislosti se zbožím, jehož vývoz a dovoz je zakázán, protože takové zboží nemá jiné praktické využití než pro výkon trestu smrti, mučení nebo jiné kruté, nelidské či ponižující zacházení nebo trestání. Zákaz poskytování takových služeb poslouží k ochraně veřejné mravnosti a k dodržování zásad lidské důstojnosti, které jsou základem evropských hodnot, jež jsou součástí Smlouvy o Evropské unii a Listiny základních práv Evropské unie.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az egész EU-ra vonatkozó exportellenőrzés egy olyan külkereskedelmi szakpolitikai eszköz, amely szélesebb körű politikai célokat szolgál. Az exportellenőrzés az Európai Unió fontos szakpolitikai eszköze. Az 1236/2005/EK kínzás elleni rendelet egy egyedülálló eszköz, amely a halálbüntetés, a kínzás vagy más kegyetlen, embertelen vagy megalázó bánásmód vagy büntetés során alkalmazható termékek és tevékenységek ellenőrzése révén hozzájárul az emberi jogok védelméhez, a halálbüntetés és a kínzás globális felszámolásához. A rendelet az Európai Unió régi törekvését fogalmazza meg, amikor a mellékleteiben szereplő listákon felsorolt termékek kereskedelmének engedélyezési követelményeivel kombinálja a tilalmakat.

Tilalmat vezet be a kizárólag kínzásra és halálbüntetés végrehajtására használható eszközökre és az azokkal kapcsolatos technikai segítségnyújtásra (II. melléklet), illetve engedélyezési rendszert hoz létre azon termékek vonatkozásában, amelyek visszaélésszerű használat esetén alkalmasak kínzásra és halálos injekciók általi kivégzésekre (III. melléklet). A véleménytervezet arra is javaslatot tesz, hogy jöjjön létre egy, a felszerelések koordinálásával foglalkozó csoport, továbbá vezessenek be időszakos felülvizsgálati mechanizmust, valamint rendszeresebb információmegosztási és jelentéstételi rendszert az ellenőrzés megerősítése és a rendelet hatékony végrehajtása érdekében. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a javaslatot.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour since the report reaffirms the EU's strong commitment to be the frontrunner in defence of human rights at global level, prohibiting the trade of goods which could be used for degrading treatment.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада относно търговията с някои стоки, които биха могли да бъдат използвани с цел прилагане на смъртно наказание, изтезания или други форми на жестоко, нечовешко или унизително отношение или наказание. Правото на живот и защита на човешкото достойнство са основни европейски ценности и поради тази причина е необходимо да се предотвратява разпространяването на стоки и услуги, които биха могли да се използват с цел смъртно наказание или изтезаване. Смятам, че докладът предвижда конкретни законодателни и практически мерки, които ще подпомогнат за осъществяването и изпълнението на тази цел.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D), *per iscritto*. – Con l'adozione di questo provvedimento l'UE dà un'ulteriore prova del suo ruolo di leader e attore mondiale responsabile nella lotta contro la pena di morte e per l'eliminazione della tortura. Il regolamento che abbiamo modificato aveva troppe zone d'ombra e lasciava alcune scappatoie che hanno permesso, in passato, il commercio, l'intermediazione e la pubblicità di questi strumenti di morte. Grazie al voto di oggi e all'accordo raggiunto con il Consiglio, saranno non solo illegali l'acquisto e la vendita online di tali strumenti, ma anche la loro esportazione, pubblicità e visualizzazione. Nessuna di queste merci potrà circolare in Europa, così come abbiamo previsto il divieto dei servizi di intermediazione e di assistenza tecnica. La lista dei prodotti vietati non è chiusa. Grazie al voto di oggi la Commissione potrà aggiungere rapidamente nuovi prodotti fra quelli vietati o sottoposti a controllo. È tuttavia essenziale che gli Stati membri facciano la loro parte attraverso un sistema di comunicazione e uno scambio di informazioni sicuro e criptato.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – Undoubtedly, human rights lie at the heart of the EU foreign policy and the EU actively promotes and defends them around the world. The EU is the leading institutional actor that holds a strong and principled position against the death penalty and torture. It is important that the EU uses all its available tools of diplomacy and cooperation assistance to work towards the abolition of the death penalty and torture. In this context, the EU should implement new legislation that prevents trade in certain goods and services that may contribute to capital punishment, torture or other cruel, inhuman and degrading treatment.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La relazione della collega Schaake rappresenta uno strumento che contribuisce alla protezione dei diritti umani attraverso il controllo delle merci e delle attività utilizzate (o che potrebbero essere impropriamente utilizzate) per praticare la pena di morte o la tortura, combinando divieti con requisiti di autorizzazione per il commercio delle merci oggetto del regolamento in esame. Tale azione dovrebbe comprendere non solo approcci riservati e bilaterali, ma anche esplicite dichiarazioni e iniziative, per garantire risposte concrete, preventive e significative alle persone che rischiano o subiscono la tortura. Pertanto, ho deciso di sostenere tale relazione.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu car ce texte est un fatras de réglementations pour essayer d'empêcher l'exportation à des pays tiers de services ou de biens de l'Union européenne qui pourraient être utilisés pour des actes humains dégradants allant jusqu'à la torture (par exemple un médicament à double usage).

L'objectif est louable mais ce texte unilatéral est inapplicable. Il va bureaucratiser encore plus l'Union mais n'empêchera rien. Les fournisseurs se fourniront ces biens à usage multiple ailleurs.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – L'adoption de ce règlement permet de renforcer les interdictions d'exportations de produits pouvant servir à donner la mort ou à des fins de tortures.

Ces produits sont par exemple des produits pharmaceutiques, utilisés dans des injections létales pour donner la mort, comme celles qui sont malheureusement utilisées aux États-Unis.

Grâce à ce type d'interdiction et à des campagnes de sensibilisations sur l'utilisation de leurs produits à destination des laboratoires européens, l'administration pénitentiaire américaine peine désormais à se procurer ces produits. Avec cette pénurie, c'est l'ensemble des structures carcérales et judiciaires américaines qui se retrouvent face à leurs contradictions et leurs manquements.

C'est pourquoi j'ai soutenu ce renforcement de l'interdiction d'exporter ces produits, comme tout autre produit pouvant servir à la torture ou à des traitements inhumains.

Lors des débats, j'en ai également profité pour inviter à examiner non seulement ce que nous vendons mais aussi à qui nous le vendons.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur le rapport sur le commerce de certains biens susceptibles d'être utilisés en vue d'infliger la peine capitale, la torture ou d'autres peines ou traitements cruels.

Ce texte est un fatras de réglementations pour essayer d'empêcher l'exportation, la fourniture à des pays tiers de services ou de biens de l'Union européenne qui pourraient être utilisés pour des actes inhumains ou dégradants allant jusqu'à la torture (cela peut être d'ailleurs un médicament à double usage).

Ce texte unilatéral de l'Union est inapplicable et va bureaucratiser encore plus l'Union mais n'empêchera rien.

Les fournisseurs se fourniront ces biens à usage multiple ailleurs.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Le règlement actuel a pour objectif de prévenir et interdire toute exportation de matériel spécialement conçu pour infliger la peine de mort, des tortures, un traitement cruel, inhumain ou dégradant…

La Commission européenne a proposé de durcir ce règlement par des conditions plus restrictives: extension aux services de courtage et au transit, extension du terme du champ des traitements dégradants…

Enfin, ce durcissement est inapplicable, en ce qu'il se positionne sur l'éventualité («peut servir à»).

Le Parlement européen, lui, propose ici d'aller encore plus loin, en étendant par exemple le champ d'application du texte aux peines corporelles et à d'autres types de biens, et de façon contraignante pour les États membres.

Fondamentalement, je demeure bien évidemment opposé à toute forme de torture. Mais, ne pouvant accepter que l'Union européenne impose aux États des conditions plus restrictives, je me suis ABSTENU sur ce rapport.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la nueva normativa europea contra los negocios vinculados a la tortura y la pena de muerte, por ser una iniciativa pionera en favor de los derechos humanos en el mundo. Introduce medidas ejecutivas, vinculantes, que impedirán ningún tipo de participación europea en este negocio atroz. Refuerza la prohibición y el control a la exportación introducida en 2006, haciéndola más efectiva. Y extiende su aplicación a nuevos productos, como los fármacos para la inyección letal, y a servicios como el transporte, la publicidad on-line, la asistencia técnica o la intermediación comercial.

Ningún agente comercial extranjero podrá volver a exponer material de tortura en ferias comerciales de la Unión. Y se refuerza la responsabilidad de los Estados miembros en su deber de control e información. Cuando España asumió la Presidencia del Consejo de la Unión, en 2010, el Gobierno Socialista de Rodríguez-Zapatero reclamó a la Unión una reforma en este sentido. Hoy, la Unión ha dado un paso más contra la tortura y la pena capital y los socialdemócratas hemos podido demostrar que la política comercial es y debe ser una herramienta fundamental para la promoción del progreso y los derechos humanos en el mundo.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la nueva normativa europea contra los negocios vinculados a la tortura y la pena de muerte, por ser una iniciativa pionera en favor de los derechos humanos en el mundo. Introduce medidas ejecutivas, vinculantes, que impedirán ningún tipo de participación europea en este negocio atroz. Refuerza la prohibición y el control a la exportación introducida en 2006, haciéndola más efectiva. Y extiende su aplicación a nuevos productos, como los fármacos para la inyección letal, y a servicios como el transporte, la publicidad on-line, la asistencia técnica o la intermediación comercial.

Ningún agente comercial extranjero podrá volver a exponer material de tortura en ferias comerciales de la Unión. Y se refuerza la responsabilidad de los Estados miembros en su deber de control e información. Cuando España asumió la Presidencia del Consejo de la Unión, en 2010, el Gobierno Socialista de Rodríguez-Zapatero reclamó a la Unión una reforma en este sentido. Hoy, la Unión ha dado un paso más contra la tortura y la pena capital y los socialdemócratas hemos podido demostrar que la política comercial es y debe ser una herramienta fundamental para la promoción del progreso y los derechos humanos en el mundo.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe busca regular el comercio de determinados productos que pueden utilizarse para aplicar la pena de muerte o infligir tortura o tratos degradantes, lo que considero muy necesario y por este motivo voté a favor del informe. Sin embargo, y aunque haya apoyado con mi voto el informe, creo que la Unión no tiene ninguna credibilidad en la lucha contra la tortura mientras continúe estando subordinada a los Estados Unidos (por nombrar un ejemplo, hay pruebas de que en Guantánamo se practica habitualmente la tortura con total impunidad desde hace ya 14 años).

El informe contiene numerosas propuestas con las que coincido plenamente, como el pedir asegurarse de que las exportaciones de la Unión a terceros países no contribuyen a lo que la Unión considera prácticas «inhumanas», tales como sillas eléctricas, o camas jaula. Pero lamentablemente la Unión no tiene ninguna credibilidad en su llamada «lucha contra la tortura» mientras continuemos lucrándonos con la venta de armas a Arabia Saudí, o mientras nuestros socios tengan legalizada la tortura y la pena de muerte.

Si estamos realmente contra la tortura, deberíamos empezar por revisar nuestras relaciones con terceros países, hasta que cumplan la Declaración Universal de los Derechos Humanos.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – La presente propuesta de Reglamento del Parlamento Europeo y del Consejo introduce nuevas reglas para impedir el comercio de bienes y servicios que pueden ser utilizados en ejecuciones o tortura.

El Reglamento de 2005 sobre restricciones comerciales ya fue un éxito como instrumento clave para combatir la pena de muerte. Éste prohíbe la exportación de productos destinados a la pena capital o la tortura y controla el comercio de otros originalmente diseñados con otro fin, pero que pueden utilizarse para infligir tortura o en ejecuciones.

A pesar del mencionado éxito, la Unión no puede conformarse con el Reglamento de 2005 y tiene que continuar con su política de eliminar la pena de muerte en todo el mundo, así como, de impedir la tortura. En esta línea se mueve la presente propuesta, que gracias a los esfuerzos del Parlamento incluye la prohibición de publicitar productos utilizados para dispensar un trato cruel, inhumano o degradante a personas en otros países.

Doy mi voto favorable a la nueva propuesta, ya que se trata de un planteamiento amplio que contribuirá a la protección de los derechos humanos.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Bei diesem Bericht geht es um den Export von Gütern, die auch zur Ausführung der Todesstrafe oder zur Folter verwendet werden können. Selbstverständlich würde auch ich eine Welt ohne Folter und Todesstrafe bevorzugen.

Während die Intention nachvollziehbar ist, sollte man sich im Klaren sein, dass diese Exportverbote weder Folter noch Todesstrafe verunmöglichen.

In diesem Bericht ging es uns vor allem darum, die negativen Nebenwirkungen auf den Handel von Gütern, die nicht den genannten Zwecken dienen, zu reduzieren. Spritzen können natürlich für die Vollstreckung der Todesstrafe eingesetzt werden, sie können aber vor allem auch vielen sinnvollen medizinischen Zwecken dienen. Da der Bericht in diesem Sinne einen sinnvollen Kompromiss darstellt, habe ich ihm zugestimmt.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of controlling the export of goods that are used for torture or the death penalty.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Zdržel jsem se. Jsem proti omezování obchodu. Předměty nemůžou za to, že můžou být někde používány k mučení nebo provádění trestu smrti a morální přijatelnost takového exportu si musí zvážit výrobci a jednotliví pracovníci. Navržený systém bude administrativně náročný i pro firmy, které exportují zboží, které ani nakonec nebude použito k trestu smrti a mučení. Mám za to, že v České republice se nevyrábějí ani gilotiny, ani elektrická křesla a podobné věci, proto jsem se zdržel.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Uredba (EZ) br. 1236/2005 je jedinstven instrument koji doprinosi zaštiti ljudskih prava putem kontrola predmeta i aktivnosti koje se koriste za ili bi mogle biti zloupotrijebljene za izvršenje smrtne kazne, mučenje ili drugo okrutno, neljudsko ili ponižavajuće postupanje ili kažnjavanje.

Važno je osigurati odgovarajuću kombinaciju zakonodavne, upravne i sudske prakse EU-a u sprječavanju i zabrani proizvodnje, trgovine i korištenja robe koja bi se mogla koristiti za izvršenje smrtne kazne ili drugo okrutno postupanje. EU mora pojačati svoje napore u iskorjenjivanju mučenja smanjenjem dostupnosti takve opreme, promicanjem adekvatne kontrole izvan njezinih granica, a nužno je osigurati i kontrolu izvoza vojne opreme, vatrenog oružja i roba za mučenje i nečovječno postupanje. Potrebno je uvesti ciljanu klauzulu o krajnjoj namjeni kako bi države članice zaustavile prijenos predmeta koji imaju namjenu izvršenja smrtne kazne, mučenja ili drugog okrutnog, nečovječnog ili ponižavajućeg postupanja. Države članice potiču se na promicanje najboljih praksi među dobavljačima tehničke pomoći kako bi se pozitivno doprinijelo borbi protiv mučenja. EU mora pravovremeno ažurirati kontrolne liste koje uključuju sve takve objekte, uređaje i opremu koji mogu ući na tržište.

Smatram kako je potrebno pronaći ravnotežu u nadzoru, interesu društva i mogućoj zloupotrebi određenih proizvoda, stoga sam podržala ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The main proposals of this amendment to the Council regulation are: to strengthen export controls targeting capital punishment; to create additional measures concerning listed goods as, for example, the proposal prohibits brokers in the Union from providing brokering services in relation to goods whose export and import are prohibited as such goods have no practical use other than for capital punishment; to clarify the definition of torture and other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment; to create a system of exchange of information between customs authorities. I support these amendments and I think that the European Parliament has made the draft more clear and workable.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Podporujem prijatie novelizovaného nariadenia Európskeho parlamentu a Rady, ktorým sa mení nariadenie Rady o obchodovaní s určitým tovarom, ktorý možno použiť na vykonanie trestu smrti, mučenie alebo iné kruté, neľudské alebo ponižujúce zaobchádzanie alebo trestanie. Nariadenie je súčasťou dlhodobej politiky EÚ zameranej na zrušenie trestu smrti a na zabránenie mučenia na celom svete. Opatrenia zahrnuté v návrhu nariadenia posilňujú kontrolu v oblasti obchodovania a vývozu tovaru a látok, ktoré môžu slúžiť na nehumánne spôsoby výkonu trestu smrti. Komisia bude pravidelne každé tri roky preskúmavať plnenie tohto nariadenia a predkladať o výsledku správu EP.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά για την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 1236/2005 του Συμβουλίου σχετικά με το εμπόριο ορισμένων αντικειμένων δυναμένων να χρησιμοποιηθούν για τη θανατική ποινή, για βασανιστήρια ή άλλη σκληρή, απάνθρωπη ή ταπεινωτική μεταχείριση ή τιμωρία, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 4/10/2016, αλλά και διότι θεωρώ την εν λόγω έκθεση πλήρη και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce texte.

Aujourd'hui, c'est un règlement de 2005 (nº 1236/2005) qui interdit les exportations et importations de matériel spécialement conçus pour infliger la peine de mort, des tortures, un traitement cruel, inhumain ou dégradant.

Le texte en question souhaite d'une part étendre les restrictions et interdictions (en s'immisçant un peu plus dans la souveraineté des États) et d'autre part, souffre de plusieurs imprécisions qui le rendent, en partie, inapplicable.

Par ailleurs, certaines notions sont étendues de manière excessive, ce qui vide de sens l'objet même d'un tel règlement.

Cependant, nous approuvons l'idée selon laquelle il faut lutter contre ces importations et exportations.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – The EU is currently working on its policy of eliminating the death penalty worldwide and preventing torture. To accomplish this goal, the rapporteur highlights the need for effective enforcement of controls, verifications, penalties, guidance and outreach carried out by national authorities to prevent the misuse of trading goods for crimes against humanity (i.e. capital punishment, torture or other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment). Therefore, I voted in favour in order to take action on the matter.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – L'Union européenne accorde trop rarement sa politique commerciale à la «diplomatie des valeurs» qu'elle promeut. Cette lacune se retrouve clairement dans deux domaines, négligés par la plupart des accords commerciaux auxquels l'Union européenne est partie: l'environnement, et les droits de l'homme.

Aussi les institutions européennes ont-elles raison de se targuer d'être aux avant-postes dans la promotion de la lutte contre la peine de mort à l'échelle mondiale (par ailleurs, interdite par la CEDH), mais cette posture relèverait uniquement de la déclaration d'intention si l'Union ne se dotait pas des instruments adéquats. À cet égard, le rapport Schaake va dans la bonne direction.

Des entreprises européennes prospèrent sur le commerce de biens utilisés pour la torture, les exécutions ou les traitements dégradants. En votant le rapport Schaake, nous interdisons non seulement l'exportation de ce type de biens (chaises électriques, par exemple) par des sociétés basées dans l'Union, mais nous en prohibons également le transit par l'Union européenne, la publicité (par exemple: une société allemande faisait récemment la promotion de menottes à décharge électrique de 60 000 volts), l'exposition dans des foires dédiées et la formation tarifée à leur utilisation.

J'ai soutenu sans réserve ce rapport favorable au commerce juste.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την πρόταση κανονισμού του ΕΚ, η οποία αφορά στην αλλαγή του κανονισμού σχετικά με το εμπόριο ορισμένων αντικειμένων που μπορεί να χρησιμοποιηθούν για θανατική ποινή αλλά και άλλου είδους ταπεινωτική και απάνθρωπη μεταχείριση ή τιμωρία, γιατί, με αυτό τον τρόπο και μέσω της πάγιας πολιτικής της, η ΕΕ μπορεί να συμβάλει στην εξάλειψη της θανατικής ποινής, την αποτροπή των βασανιστηρίων και παράλληλα να συνδράμει στην επίτευξη των στόχων αυτών αφού συνδυάζει ένα συγκεκριμένο πρόγραμμα αδειοδότησης για το εμπόριο παρόμοιων εμπορευμάτων. Κρίνεται απαραίτητο να διασφαλιστούν οι έλεγχοι των εξαγωγών της ΕΕ, συμπεριλαμβανομένων των καταλόγων με στρατιωτικό εξοπλισμό, ειδών διπλής χρήσης, πυροβόλων όπλων και οργάνων βασανιστηρίων. Τέλος, τονίζω τον βασικό ρόλο που θα πρέπει να διαδραματίσουν οι εθνικές αρχές για να υπάρξει αποτελεσματική επιβολή ελέγχων στα είδη αυτά και για να καθιερωθεί ένα σύστημα τακτικής υποβολής εκθέσεων αλλά και επανεξέτασης.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Hier sollen Güter, welche man zur Folter von Menschen einsetzten kann, mit Ausfuhrkontrollen belegt werden. Beispielsweise sollen bestimmte Arzneimittel, welche man für die Vollstreckung der Todesstrafe einsetzt, in diese Liste mitaufgenommen werden. Dies unterstütze ich.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau EP pranešimui, kuriuo iš dalies keičiamas Tarybos reglamentas (EB) Nr. 1236/2005 dėl prekybos tam tikromis prekėmis, kurios galėtų būti naudojamos mirties bausmei vykdyti, kankinimui ar kitokiam žiauriam, nežmoniškam ar žeminančiam elgesiui ir baudimui. Kovos su kankinimu reglamentu prisidedama prie ilgalaikės ES politikos, kuria siekiama visame pasaulyje panaikinti mirties bausmę ir užkirsti kelią kankinimams. Reglamentas padeda siekti šių tikslų, nes jame draudimai derinami su leidimų prekybai nurodytomis prekėmis išdavimo reikalavimais.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Un règlement «anti-torture» de 2005 établit des mesures de restriction du commerce des biens pouvant être utilisés pour la torture.

Le rapport qui nous est soumis vise à réactualiser ce règlement. Ainsi la nouvelle version interdit également la promotion et la commercialisation de ce type de biens sur internet.

Le rapport interdit aussi tout type de formation visant à «transmettre des connaissances ou qualifications opérationnelles susceptibles de permettre des exécutions, des actes de torture ou d'autres mauvais traitement».

Je vote pour ce texte .

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le règlement (CE) nº 1236/2005 de juin 2005 a pour objectif de prévenir et interdire toute exportation de matériel spécialement conçu pour infliger la peine de mort, des tortures, un traitement cruel, inhumain ou dégradant.

La proposition de modification du règlement par la Commission européenne est plus restrictive et les interdictions sont étendues aux services de courtage et au transit lorsque le courtier sait que les biens pourraient être utilisés pour pratiquer une torture.

Les termes de «torture» et «traitements dégradants» sont étendus de façon excessive en incluant par exemple le surpeuplement carcéral ou le manque de soins médicaux.

La proposition du Parlement européen vise également à durcir le texte originel en obligeant par exemple les États membres à suspendre le transfert de matériel de sécurité non inclus dans les annexes.

Si l'objet de ce dossier est louable, il est dévoyé par une approche formelle trop liberticide. Je me suis ainsi abstenue sur les deux propositions.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Em junho de 2005, o Conselho da União Europeia adotou o Regulamento (CE) n.º 1236/2005 relativo ao comércio de determinadas mercadorias suscetíveis de serem utilizadas para aplicar a pena de morte ou infligir tortura ou outras penas ou tratamentos cruéis, desumanos ou degradantes.

O regulamento entrou em vigor em 30 de julho de 2006. Concordo com a presente proposta e com a proibição do comércio destas substâncias.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this legislative resolution which aims at creating a legally binding agreement that prohibits the exportation of medical products that may be used for capital punishment, torture or any other inhuman punishment. It is essential that the Union upholds its stance against capital punishment around the world and lives up to its own values of protecting life.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — Het blijft onrustwekkend dat een hoog aantal landen nog steeds de doodstraf toepast terwijl andere landen en regimes overwegen om de doodstraf opnieuw in te voeren. Daarom blijft Europa zich wereldwijd verzetten tegen de doodstraf. En daarom is het ook noodzakelijk dat Europa zich in alle domeinen van haar buitenlands beleid engageert voor de afschaffing van de doodstraf. Daartoe heeft de EU in 2005 een exportcontrolesysteem aangenomen voor de handel in goederen die gebruikt kunnen worden voor folteringen en de doodstraf. Sinds deze regelgeving is het verboden dergelijke producten uit te voeren naar landen en regimes die de doodstraf niet hebben afgeschaft. Om die regelgeving verder aan te scherpen wordt een geactualiseerd exportcontrolesysteem aangenomen dat voorziet in strengere douanecontroles, een verbod op advertenties, publiciteits- en marketingdiensten voor producten die gebruikt kunnen worden bij folteringen of terechtstellingen en een betere uitwisseling van informatie tussen de lidstaten. De EU is vastberaden in haar engagement voor een betere bescherming van de mensenrechten en de afschaffing van de doodstraf. En daarom is het noodzakelijk dat de EU niet alleen op politiek en diplomatiek vlak een voortrekkersrol speelt maar dit ook doet in alle onderdelen van haar buitenlands optreden.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — Nariadenie o boji proti mučeniu prispieva k ochrane ľudských práv prostredníctvom kontroly položiek a činností, ktoré sa používajú alebo by sa mohli zneužiť na vykonanie trestu smrti, mučenie alebo iné kruté a neľudské zaobchádzanie. Je kombináciou zákazov a požiadaviek na udeľovanie licencií na obchod s uvedeným tovarom. Legislatívna aktualizácia nariadenia je pozitívnym krokom. Na jednej strane je potrebné kontrolovať vývoz tovaru, ktorý by mohol byť použitý na mučenie alebo trest smrti, avšak požiadavka, aby nedochádzalo k zbytočným zaťaženiam, ktoré obmedzujú legálne obchodovanie, je tiež na mieste. Úprava režimov kontroly, aby boli flexibilnejšie a prispôsobivejšie voči vývoju vo svete a meniacim sa technológiám, a súlad kontrol EÚ v oblasti vývozu, pokiaľ ide o zoznamy tovaru na vojenské účely, tovaru s dvojakým použitím, strelných zbraní a tovaru určeného na mučenie tak, aby nedochádzalo k zdvojeným kontrolám týchto položiek, sú nevyhnutné kroky. Veľký význam má úprava zákonného prístupu k liekom a farmaceutickým výrobkom, ktorých kľúčovým výrobcom je EÚ. Účinný výkon kontrol a overovania uplatňovania sankcií, poskytovania usmernení a zabezpečovania podporných činností, ktoré realizujú vnútroštátne orgány, je kľúčové. Aj v tomto prípade je potrebné zaistiť rovnaké podmienky a prístup Spoločenstva a primeraný monitoring plnenia záväzkov členskými štátmi.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which aims to contribute to the elimination of the death penalty worldwide and prevent torture through EU-wide controls on exports of torture goods and drugs used for lethal injection. This is a much welcomed example of the EU setting a global standard in eradicating torture. The updated rules will help EU authorities to react more quickly to new emerging trends in torture and inhumane treatment, namely by regulating their sale on line etc. In recent years we have seen how a change in EU practices has led to the demise of the death penalty in many partner countries such as the US. This will be set to continue when the regulation comes into force.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – I voted in favour of strengthening the 2005 regulation banning trade in items that could be used for torture or executions in third countries, in order to address loopholes identified by civil society and make this ambitious piece of legislation (the first of its kind worldwide) even more effective.

I welcome in particular the fact that the European Parliament's views on brokering and technical assistance, including advertising and promotion, transit through the Union's territory of such goods, and the review clause, have been included in the final version of the compromise agreed with the Council and the Commission.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az 1236/2005/EK kínzás elleni rendelet egyedülálló eszköz, amely a halálbüntetés, a kínzás vagy más kegyetlen, embertelen vagy megalázó bánásmód vagy büntetés során alkalmazható termékek és tevékenységek ellenőrzése révén hozzájárul az emberi jogok védelméhez. A halálbüntetés és a kínzás globális felszámolásának elérését segíti, hogy a listán szereplő termékek kereskedelmének engedélyezési követelményeivel kombinálja a tilalmakat. Tilalmat vezet be a kizárólag kínzásra és halálbüntetés végrehajtására használható eszközökre, illetve engedélyezési rendszert hoz létre azon termékekre, amelyek visszaélésszerű használat esetén alkalmasak kínzásra és halálos injekciók általi kivégzésekre.

A Bizottság 2014-ben tett javaslatot az Európai Parlamentnek és a Tanácsnak az említett rendelet módosítására, a kínzóeszközök kereskedelme felett gyakorolt uniós ellenőrzés felülvizsgálata és az ellenőrzés alá tartozó termékek listájának naprakésszé tétele érdekében. A Nemzetközi Kereskedelmi Bizottság jelentésében azt javasolja, hogy a Parlament a tervezetet első olvasatban, 38 módosítással fogadja el. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le règlement 1236/2005 de juin 2005 a pour objectif de prévenir et d'interdire toute exportation de matériel spécialement conçu pour infliger la peine de mort, des tortures, un traitement cruel, inhumain ou dégradant (infligé par un agent de la fonction publique ou tout autre officiel sauf s'il s'agit de sanctions légitimes). Les biens et l'assistance technique ayant pour seule utilisation la peine de mort ou la torture, énumérés en annexe, sont interdits d'exportation et d'importation. Ceux pouvant servir à de telles fins sont soumis à autorisation. Si, sur le principe, on ne peut que s'accorder, en revanche le texte a été modifié par différentes dispositions attrape-tout, qui créent une certaine insécurité juridique et permettent d'appréhender un grand nombre de biens, en conséquence de quoi il est préférable de s'abstenir.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O Regulamento «Luta contra a Tortura» (CE) n.º 1236/2005 é um instrumento único que contribui para a proteção dos direitos do Homem através do controlo de produtos e atividades que são utilizados ou podem ser utilizados abusivamente para aplicar a pena de morte ou infligir tortura ou outros tratamentos ou penas cruéis, desumanos ou degradantes.

O Regulamento «Luta contra a Tortura» contribui para a política de longa data da UE com vista à eliminação da pena de morte em todo o mundo e à prevenção da tortura. Contribui para alcançar estes objetivos, combinando proibições com requisitos de licenciamento do comércio dos produtos enumerados.

Defendo a necessidade de revisão das regras relativas aos controlos da UE sobre o comércio de instrumentos de tortura, assim como a atualização das listas de controlo.

É fundamental garantir uma combinação adequada de medidas legislativas, administrativas, judiciais e externas da UE, a fim de impedir e proibir a produção, o comércio e a utilização de produtos destinados à tortura e controlar eficazmente os produtos suscetíveis de utilizações letais e desumanas.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce texte se rapporte à une proposition de règlement visant à modifier celui concernant le commerce de certains biens susceptibles d'être utilisés en vue d'infliger la peine capitale ou la torture.

En effet, depuis 2005, le commerce de tels bien est régi par le règlement (CE) nº 1236/2005 qui en interdit l'exportation ou l'importation sauf dérogation très stricte accordée à la suite d'une demande écrite.

Le Parlement européen propose de durcir ce texte en faisant en sorte qu'un Européen ne puisse plus rendre des services de courtage de ce produit en dehors des frontières de l'Union.

Cependant, considérant qu'il s'agit ici d'une compétence qui doit revenir aux États, j'ai décidé de m'abstenir lors du vote de ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte relatif au commerce de certains biens susceptibles d'être utilisés en vue d'infliger la peine capitale, la torture ou d'autres peines ou traitements cruels.

Ce texte a pour but d'instaurer un régime d'interdiction des échanges pour tous les biens spécialement destinés à la torture et aux exécutions et à l'assistance technique qui s'y rattache et un régime d'autorisation pour les biens susceptibles de servir à ces mêmes fins lorsqu'ils sont détournés.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Il «regolamento contro la tortura» (regolamento (CE) n. 1236/2005) è uno strumento unico che contribuisce alla protezione dei diritti umani attraverso il controllo di merci e attività che sono utilizzate o potrebbero essere impropriamente utilizzate per praticare la pena di morte o infliggere tortura o altri trattamenti o pene crudeli, inumani o degradanti.

A tal proposito ho ritenuto di votare a favore del provvedimento che modifica il regolamento, con il quale l'Unione europea mira a rafforzare ulteriormente il suo ruolo di leader responsabile nella lotta contro la pena di morte e per l'eliminazione della tortura attraverso il rafforzamento delle disposizioni relative ai servizi ausiliari connessi al trasferimento di merci, nonché sul transito, l'assistenza tecnica e la promozione commerciale.

È importante garantire la giusta combinazione di misure legislative, amministrative, giudiziarie ed esterne dell'UE per impedire e vietare la produzione, il commercio e l'uso di merci a fini di tortura e per controllare efficacemente gli articoli con potenziali utilizzi letali e inumani.

József Nagy (PPE), *písomne*. – Trest smrti je necivilizovaná pomsta a nie trest. V štátoch s autokratickým režimom je trest smrti obrovskou hrozbou, lebo je to najsilnejší nástroj na umlčanie kritikov a súperov – navždy. Nemožnosť rehabilitácie, prepustenia popravených politických väzňov má taký silný odstrašujúci efekt na oponentov diktatúry, že to odradzuje drvivú väčšinu od prejavu odporu, čím sa zdeformovaný systém ešte viac sa zabetónuje.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report that calls for human rights protection and for the EU's policy of eliminating the death penalty worldwide or any other type of human torture.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. — Аз дадох своята подкрепа за този доклад, защото смятам, че като една от организациите със сериозен ангажимент към осигуряването на мир и популяризирането на ценности като право на свободен изказ, права на изолирани групи и т,н. в света, Европейският съюз трябва да последователно да гарантира уважаването на тези ценности, включително и чрез контролирането и по-конкретно неизползваното на европейски стоки при прилагане на смъртно наказание, изтезания или други форми на жестоко, нечовешко или унизително отнасяне или наказание.

Дадох своята подкрепа за доклада също така, защото подкрепям създаването на координационна група за борба с изтезанията, гарантираща присъствието и гласа на всяка държава членка. Смятам, че функционирането на тази група би подпомогнало проучването на всички въпроси, свързани с прилагането на Регламент (ЕО) № 1236/2005, както и обмена на информация между различните представители. Така ще се изгради общоевропейско ноу-хау, което ще подобри прилагането на регламента и ще допринесе за борбата с търговията на стоки, които биха могли да бъдат използвани с цел прилагане на смъртно наказание, изтезания или други форми на жестоко, нечовешко или унизително отнасяне или наказание на глобално ниво.

Norica Nicolai (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report, supporting the concern that the trade with certain goods could be used for capital punishment, torture or other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment. Prohibiting such services is essential to protect public morals and to respect the principles of human dignity which underpin European values, as embodied in the Treaty on European Union and the Charter of Fundamental Rights of the European Union. Furthermore, it is necessary to prohibit brokers in the Union from providing brokering services in relation to goods whose export and import are prohibited as such goods have no practical use other than for capital punishment, torture or other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment. I am also in agreement with the prohibition of commercial marketing and promotion of any transit of goods listed in Annex II, regardless of the origin of such goods, unless such goods will be used for the exclusive purpose of public display in a museum, taking into consideration their historic significance.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem přepracování stávajících pravidel s cílem zvýšit schopnost efektivně zabránit výrobě zboží určeného k mučení, obchodování s ním a jeho používání a účinně kontrolovat zboží, které by bylo možné použít k usmrcování osob nebo k nelidskému zacházení s nimi. Konkrétně se jedná o zabránění tomu, aby se kontrolované léčivé přípravky používaly k vykonávání trestu smrti pomocí smrtící injekce, zavedení zákazu zprostředkovávat služby v oblasti zakázaného zboží a rozšíření zákazu zprostředkovávat služby a poskytovat technickou pomoc v oblasti kontrolovaného zboží v případech, kdy dodavatel či zprostředkovatel ví nebo má důvod se domnívat, že by se zboží mohlo používat k mučení, a konečně o zavedení všeobecného vývozního povolení Unie pro země, které v souladu s protokolem č. 13 Evropské úmluvy o ochraně lidských práv nebo s druhým opčním protokolem Mezinárodní úmluvy o občanských a politických právech přijaly jednoznačné mezinárodní závazky.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da der zur Abstimmung gebrachte Vorschlag einige positive Aspekte beinhaltet, welche hinsichtlich der verbesserten Ächtung von Folter und Todesstrafe durch die Aufnahme hierzu erforderlicher Güter in eine entsprechende Liste gebracht werden.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. EL soovib lisada tugevamaid nõudeid teatavate selliste kaupadega kauplemisele, mida on võimalik kasutada surmanuhtluse või piinamise läbiviimiseks. Vastavat määrust on vaja ajakohastada, et veelgi tugevdada ELi tegevust ülemaailmsel tasandil võitluses surmanuhtluse vastu ja piinamise kaotamise eest.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. — Balsavau už šį pranešimą. Manau, kad yra būtina nustatyti itin griežtus reikalavimus prekybai prekėmis, kurios gali būti naudojamos mirties bausmei vykdyti ar kankinimui. Visų pirma, reikia užtikrinti tinkamą pagarbą žmogaus gyvybei ir pagrindinėms žmogaus teisėms bei apsaugoti visuomenės interesus ir moralės normas.

Būtina uždrausti minėtos įrangos eksportą ir importą.

Sveikintina tai, kad pavyko papildyti taisykles nuostatomis, kurios draus arba tam tikrais atvejais griežtai kontroliuos ne tik minėtų prekių eksportą, bet ir jų tranzitą per ES teritoriją ar reklamą. Įgyvendinus numatytas priemones bus užtikrinta, kad ūkio subjektai negautų jokios naudos iš prekybos prekėmis, kurios praktiškai naudojamos tik mirties bausmei vykdyti arba kankinimui ir kitokiam žiauriam, nežmoniškam ar žeminančiam elgesiui ir baudimui.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η έκθεση απαγορεύει την εξαγωγή προϊόντων που δεν έχουν άλλη πρακτική χρήση πέρα από αυτήν για την εκτέλεση ή το βασανισμό ανθρώπων (π.χ. ηλεκτρικές καρέκλες και αυτόματα συστήματα για ενδοφλέβιες ενέσεις φαρμακευτικών ουσιών σχεδιασμένα για την εκτέλεση ανθρώπων). Επίσης, εισάγει ελέγχους στο εμπόριο προϊόντων που έχουν σχεδιαστεί για άλλους σκοπούς, αλλά θα μπορούσαν να χρησιμοποιηθούν για βασανιστήρια ή εκτελέσεις ανθρώπων.

Όπως επισημαίνεται εξάλλου, είναι σημαντικό να συνδυαστούν ορθά τα νομοθετικά μέτρα της ΕΕ με τα διοικητικά, δικαστικά και εξωτερικά μέτρα για την πρόληψη και την απαγόρευση της παραγωγής, του εμπορίου και της χρήσης οργάνων βασανιστηρίων και τον αποτελεσματικό έλεγχο αντικειμένων που ενδέχεται να χρησιμοποιηθούν για φονικούς και απάνθρωπους σκοπούς. Η απουσία πολυμερών συστημάτων ελέγχου των εξαγωγών στον τομέα των οργάνων βασανιστηρίων, δυσχεραίνει αναπόφευκτα το συγκεκριμένο έργο. Η υιοθέτηση αυτού του κανονισμού αποτελεί ένα ακόμη βήμα στις προσπάθειες που καταβάλουμε για κατάργηση της θανατικής ποινής και των βασανιστηρίων παντού στον κόσμο.

Για τους λόγους αυτούς ψήφισα υπέρ της έκθεσης.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. – Ο κανονισμός για την έκδοση ειδικής άδειας για αντικείμενα που, είτε προορίζονται άμεσα, είτε, από τη φύση τους, μπορούν να χρησιμοποιηθούν για εκτέλεση θανατικής ποινής ή για βασανιστήρια αναδεικνύει την υποκρισία της ΕΕ και των οργάνων της. Αντί να απαγορεύουν εντελώς την παραγωγή τους και ειδικά των αντικειμένων που προορίζονται αποκλειστικά για τέτοιους σκοπούς ή να θέτουν όρους απαγορευτικούς στη χρήση τους για τέτοιους σκοπούς, αυτοί βάζουν δήθεν όρους στην εμπορία τους μολονότι γνωρίζουν πως αυτά μπορούν να διακινούνται απρόσκοπτα μέσα από διάφορους διαύλους. Το κείμενο της συμφωνίας με το Συμβούλιο, όπως επανήλθε, είναι ακόμη χειρότερο από το αρχικό αφού απαλείφει τις όποιες αυστηρότερες προβλέψεις για τη διακίνησή τους. Αφαιρεί επίσης τη γενική ρήτρα που υπήρχε για εξέταση, κατά περίπτωση, της πραγματικής, κατά προορισμό, χρήσης κάθε αντικειμένου που θα μπορούσε να χρησιμοποιηθεί για τέτοιους σκοπούς, ενώ η εξάρτηση της παροχής άδειας από τη γνώση των εμπόρων ή των μεσιτών σχετικά με τον σκοπό για τον οποίο προορίζονται συνιστά αληθινό εμπαιγμό. Δεν θα περίμενε κανείς άλλωστε τίποτε διαφορετικό από την ΕΕ που παριστάνει την «ευαίσθητη» για τη θανατική ποινή και τα βασανιστήρια ενώ με τους ιμπεριαλιστικούς πολέμους της πνίγει τους λαούς στο αίμα και ενώ η πολεμική βιομηχανία της αποτελεί έναν από τους πιο χρυσοφόρους τομείς δράσης του κεφαλαίου.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this legislative, consent procedure (single vote) report. UKIP objects to the EU dictating our terms of trade, so we would have been minded to vote against, however due to the sensitive nature of the report we did not oppose. There are practical problems in defining 'items of torture'. Our concern in the future is that conventional and innocuous items could be added the list of restricted goods and may affect legitimate trade. UKIP, of course, condemns any form of torture.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Considerando che vi è la necessità di predisporre nuove norme europee per prevenire il commercio di beni e servizi che possono essere utilizzati per perpetrare tortura o pena di morte; che il divieto di questi beni e servizi è finalizzato a tutelare la morale pubblica e a rispettare quelli che sono i principi di dignità umana posti alla base dei valori europei, così come sancito nel trattato sull'Unione europea e nella Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea; che le istituzioni europee sono da sempre in prima linea nella lotta alla tortura e alla pena di morte, risulta fondamentale disciplinare in maniera precisa ed attenta l'esportazione e l'importazione di merci utilizzate a tali fini.

Pertanto, ho votato a favore.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I supported this report as I consider it important to control the export of goods which are used for the death penalty and torture. I welcomed the Commission proposal as adequate. The European Parliament report stressed that unnecessary burdens for exporters must be avoided.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam prijedlog Uredbe Europskog Parlamenta i Vijeća o izmjeni Uredbe Vijeća (EZ) br. 1236/2005 o trgovini određenom robom koja bi se mogla koristiti za izvršenje smrtne kazne, mučenje ili drugo okrutno, nečovječno ili ponižavajuće postupanje ili kažnjavanje jer pokazuje prije svega brigu EU-a da spriječi u maksimalnoj mjeri neželjene učinke proizvoda koji su proizvedeni u EU-u. Izvršenje smrtne kazne, mučenje i nečovječno postupanje samo su od nekih svrha u koje mogu biti upotrijebljeni proizvodi EU-a što se protivi Povelji o temeljnim pravima Europske unije i ne samo tome nego je također u oštroj suprotnosti s poštivanjem ljudskog dostojanstva i ljudskih prava. Ova Uredba donosi neke novine u odnosu na Uredbu Vijeća te na taj način nadopunjuje njezine nedostatke. Uredba zabranjuje brokerske usluge povezane sa spomenutim proizvodima ako postoji opravdan razlog za sumnju da bi se ta roba mogla upotrijebiti u spomenute neželjene svrhe. Isto tako, određuje da je za svaki izvoz robe potrebno odobrenje nadležnih tijela. Iz tih dvaju primjera vidljivo je da EU čini sve što je u njezinoj moći da spriječi bilo kakav oblik nečovječnog postupanja.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Le règlement (CE) nº 1236/2005 de juin 2005 a pour objectif de prévenir et interdire toute exportation de matériel spécialement conçu pour infliger la peine de mort, des tortures, un traitement cruel, inhumain ou dégradant.

Les biens et l'assistance technique de biens ayant pour seule utilisation la peine de mort ou la torture, énumérés à l'annexe II, sont interdits d'exportation et d'importation. Les biens et l'assistance technique pour des produits pouvant être utilisés pour la peine de mort ou la torture, énumérés en annexe III, doivent disposer d'une autorisation d'exportation.

La Commission européenne propose d'étendre les restrictions et interdictions aux services de courtage et au transit lorsque le courtier sait qu'ils pourraient être utilisés pour la torture et d'élargir la définition des termes «torture et traitements dégradants» en incluant le surpeuplement carcéral, le manque de soins médicaux, l'interdiction de tout contact avec l'extérieur, etc.

Le texte est de plus inapplicable car il ne parle pas de certitudes ou d'éléments sur l'utilisation des biens ou services pour la torture mais de «peut servir…». Le Parlement européen propose de le durcir encore.

Opposé à toute forme de torture, je refuse bien sûr l'exportation d'instruments de torture mais ce texte est trop flou et inapplicable en l'état. Je préfère donc m'abstenir.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Prijedlog teksta revidirane Uredbe sadrži mnoge promjene kojima je cilj dodatno doprinijeti ukidanju smrtne kazne u svijetu te sprječavanju mučenja i to kroz EU-ovu kontrolu i zabranu izvoza robe koja se može koristiti za mučenje ili izvršavanje smrtne kazne. EP svojim amandmanima želi dodatno proširiti opseg revidirane Uredbe. Najvažniji amandmani na tekst koji je predložila Komisija odnose se na: zabranu provoza robe (znači prijevoza robe, navedene u prilozima, koja nije iz Unije, odredište joj je izvan Unije, ali koja prolazi carinskim područjem EU-a), zabranu komercijalnog oglašavanja i promidžbe robe navedene u prilozima, zabranu pružanja obuke ili prenošenja znanja ili vještina koje bi se mogle iskoristiti u svrhu smaknuća, mučenja i ostalih oblika zlostavljanja, uvođenje sveobuhvatne klauzule temeljem koje će biti potrebno čak i odobrenje za izvoz robe koja nije navedena u

prilozima ako je namijenjena potrebama izvršenja smrtne kazne, mučenja i ostalih nečovječnih postupanja.

EU je već ostvarila pozitivne rezultate u pogledu smanjenja smrtne kazne u zemljama partnerima, a stupanjem na snagu ove Uredbe nastavlja se još učinkovitija borba EU-a za ukidanje smrtne kazne i zabranu mučenja na globalnoj razini.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O Regulamento (CE) n.º 1236/2005, que visa a luta contra a tortura, é um instrumento que contribui para a proteção dos direitos humanos através do controlo de produtos e atividades que são utilizados, ou podem ser utilizados, abusivamente para aplicar a pena de morte ou infligir tortura ou outros tratamentos ou penas cruéis, desumanos ou degradantes.

O regulamento estabelece uma proibição do comércio de produtos de «utilização única» destinados à tortura e às execuções e da respetiva assistência técnica (anexo II) e um sistema de autorização de produtos versáteis suscetíveis de serem utilizados de forma abusiva para infligir tortura e realizar execuções por injeção letal (anexo III).

Propõe-se agora reforçar os controlos de instrumentos de tortura.

As listas de artigos específicos proporcionam clareza aos exportadores e importadores e contribuem para garantir o respeito das regras.

Num contexto em que as operações de comércio externo são cada vez mais complexas, sublinha-se o papel fundamental da aplicação eficaz dos controlos, das verificações, das sanções, das orientações e das ações de sensibilização realizadas pelas autoridades nacionais.

Parece ser adequado um sistema periódico de comunicação de informações e de revisão, em consonância com outros regimes de controlo das exportações.

Os objetivos do regulamento afiguram-se justos e os meios que define, proporcionados.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Zcela podporuji tento návrh, jelikož jeho uvedení do praxe by mělo vést k posílení a upevnění úlohy EU v její snaze o úplné vymýcení trestu smrti a mučení. Návrh se zaměřuje na boj proti obchodování se zbožím určeným k mučení či vykonání trestu smrti a požaduje kompletně zakázat licence na obchodování s tímto zbožím (např. smrtící injekce, další farmaceutika a další zboží, přesně specifikované na zvláštních seznamech). Zároveň také posiluje ustanovení týkající se doplňkových služeb spojených s převodem zboží a ustanovení týkající se tranzitu, technické pomoci a komercializace. Vítám vytvoření mechanismu pravidelných přezkumů, systematičtější výměny informací a posílení dohledu nad prováděním nařízení. Jsem přesvědčen, že účinnější kontroly a lepší spolupráce v této oblasti zvýší šance na vymýcení obchodu se zbožím, které by bylo určeno k nelidskému či ponižujícímu zacházení nebo vedlo ke smrti.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La proposta di regolamento della Commissione mira a modificare il precedente regolamento del 2005 riguardante quei beni utilizzabili per infliggere la pena capitale, la tortura o altri trattamenti crudeli, disumani o degradanti.

Nel nuovo regolamento la Commissione propone di inserire un allegato destinato ad evitare che i beni in questione possano essere utilizzati per infliggere la pena capitale attraverso l'iniezione letale, di estendere le restrizioni ai servizi d'assistenza tecnica e di includere la possibilità di una procedura d'urgenza per modificare gli allegati secondo, terzo e terzo bis. Il Parlamento europeo ha votato nel mese di ottobre del 2015 una serie di emendamenti che hanno modificato la proposta, aprendo in seguito il trilogo informale con il Consiglio, il quale si è positivamente concluso il 24 maggio 2016.

Sono fermamente contrario alla pena di morte e reputo questa proposta di regolamento molto importante al fine di tutelare il diritto alla vita di ciascun essere umano. Per questo motivo ho votato a favore della sua approvazione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Rozporządzenie 1236/2005 zakazuje wywozu i przywozu sprzętu i towarów, które nie mają innego zastosowania niż tortury lub wykonywanie kary śmierci. Ich wykaz zamieszczono w załączniku II do tego rozporządzenia. Ten sam akt wymaga, by wywóz sprzętu i towarów, które nadają się do powyższych celów, ale które mają także inne legalne zastosowania, podlegał specjalnym zezwoleniom. Takie towary są oceniane indywidualnie. W 2011 r. rozporządzenie 1236/2005 zmieniono, aby objąć kontrolą wywóz substancji, których można używać w śmiercionośnych zastrzykach podczas egzekucji. Trójstronnie tekst wprowadza system uprzednich zezwoleń na świadc-

zenie usług pośrednictwa i pomocy technicznej względem towarów z załącznika III lub IIIA. Usługi pośrednictwa i pomoc techniczna związane z towarami z załącznika II są zakazane. Zakazuje tranzytu towarów wymienionych w załączniku II oraz towarów z załącznika III i IIIA. Zakazuje reklamowania i promowania towarów z załącznika II. Zezwala państwom członkowskim na przyjęcie lub utrzymanie dodatkowych krajowych środków ograniczających pewne usługi pomocnicze w odniesieniu do towarów z załącznika II. Powołuje grupę koordynującą, w ramach której eksperci z państw członkowskich i Komisji będą wymieniać informacje o praktykach administracyjnych. Stosuje tryb pilny w odniesieniu do załączników II, III, IIIA i IIIB i wprowadza klauzulę przeglądową. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui révise les règles européennes pour lutter contre le commerce de biens ou de services qui peuvent contribuer à la torture ou à la peine de mort.

Précisément, nous avons voté une interdiction de commercialiser ou de faire transiter du matériel qui peut être utilisé pour du traitement cruel, inhumain et dégradant de personnes dans les États tiers.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Desde há muitos anos que a União Europeia mantém uma firme posição contra a aplicação das penas de morte, de tortura, bem como de outros tratamentos ou penas cruéis, desumanos ou degradantes.

A adoção pelo Conselho do Regulamento (CE) nº1236/2005 reitera a intenção de eliminar tais práticas.

Deste modo, criando mecanismos de controlo das exportações a nível da União, torna-se possível proibir a exportação de mercadorias cujo destino possa estar relacionado com atos de tortura ou ser utilizado para fins letais.

A revisão do regulamento visa reforçar e atualizar as listas de controlo vertidas nos anexos ao diploma, e, bem assim, estender a proibição aos serviços de corretagem e de assistência técnica aos produtos controlados, introduzir uma Autorização Geral de Exportação da União e criar procedimentos de urgência que permitam uma rápida alteração aos seus anexos.

Por ser fundamental garantir uma combinação adequada de medidas legislativas, administrativas e judiciais contra a transação de produtos suscetíveis de serem letais ou desumanos, voto a favor do presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this legislative, consent procedure (single vote) report. UKIP objects to the EU dictating our terms of trade, so we would have been minded to vote against, however due to the sensitive nature of the report we did not oppose. There are practical problems in defining 'items of torture'. Our concern in the future is that conventional and innocuous items could be added the list of restricted goods and may affect legitimate trade. UKIP, of course, condemns any form of torture.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei a favor, por considerar imperativo garantir uma combinação adequada de medidas legislativas, administrativas, judiciais e externas da UE, a fim de impedir e proibir a produção, o comércio e a utilização de mercadorias destinadas à tortura, e controlar eficazmente os produtos suscetíveis de serem utilizados para fins letais ou desumanos.

A inexistência de regimes multilaterais de controlo das exportações de mercadorias destinadas à tortura, ao contrário do que sucede com o regime de «dupla utilização», dificulta, inevitavelmente, a tarefa. No entanto, a UE não pode limitar a sua ação de erradicação da tortura a diminuir a disponibilidade dos equipamentos abusivos, a pôr cobro às práticas de contornar a legislação e a promover a realização de controlos adequados além das suas fronteiras. Os instrumentos comerciais fazem parte de uma abordagem abrangente que recorre a todos os instrumentos da UE para a ação externa.

É fundamental garantir a coerência dos controlos das exportações da UE, incluindo os controlos das listas de material militar, de produtos de dupla utilização, de armas de fogo e de mercadorias destinadas à tortura, sem sujeitar os produtos a controlos duplos e/ou desnecessários, que possam criar encargos supérfluos e que restrinjam o comércio que tem uma finalidade legítima.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Par un vote sans ambiguïté de 612 voix contre 11, et 54 abstentions, les députés ont approuvé un renforcement des règles européennes contre le commerce de biens pouvant servir à la torture ou à la peine de mort par des pays tiers.

Il sera désormais interdit partout en Europe de faire la publicité de biens servant à la torture, comme des chaises électriques, y compris dans les foires professionnelles. Leur transit sur le territoire de l'Union européenne sera entièrement prohibé, de même que celui de biens «contrôlés» (c'est-à-dire conçus pour d'autres fins mais pouvant être utilisés pour la torture, à l'instar de certaines armes anti-émeutes), dès lors qu'ils sont destinés à finir entre de mauvaises mains.

Faut-il rappeler que la peine de mort est toujours appliquée dans 58 États et territoires dans le monde et que l'année 2015 a été particulièrement sombre à cet égard?

Amnesty International enregistre son plus haut nombre d'exécutions depuis 1989, culminant à au moins 1634 personnes. De même, l'ONG signale sur ces cinq dernières années des cas de torture dans au moins 141 pays, alors même que 156 États dans le monde sont signataires de la Convention contre la torture de l'ONU.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – A União Europeia deve assumir o seu papel no controlo de produtos e atividades que são utilizados, ou podem ser utilizados, abusivamente para aplicar a pena de morte ou infligir tortura ou outros tratamentos ou penas cruéis, desumanos ou degradantes. Estas propostas vêm no seguimento da política de longa data da UE que visa eliminar a pena de morte em todo o mundo e prevenir a tortura. Contribui para alcançar estes objetivos, combinando proibições com requisitos de licenciamento para o comércio dos produtos enumerados.

O presente regulamento estabelece uma proibição do comércio de produtos de «utilização única» destinados à tortura e às execuções e da respetiva assistência técnica, assim como um sistema de autorização de produtos versáteis suscetíveis de serem utilizados de forma abusiva para infligir tortura e realizar execuções por injeção letal. A revisão dos controlos da UE sobre o comércio de instrumentos de tortura é aguardada há muito e a atualização das listas de controlo constitui mais um passo na direção certa.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la nueva normativa europea contra los negocios vinculados a la tortura y la pena de muerte, por ser una iniciativa pionera en favor de los derechos humanos en el mundo. Introduce medidas ejecutivas, vinculantes, que impedirán ningún tipo de participación europea en este negocio atroz. Refuerza la prohibición y el control a la exportación introducida en 2006, haciéndola más efectiva. Y extiende su aplicación a nuevos productos, como los fármacos para la inyección letal, y a servicios como el transporte, la publicidad on-line, la asistencia técnica o la intermediación comercial.

Ningún agente comercial extranjero podrá volver a exponer material de tortura en ferias comerciales de la Unión. Y se refuerza la responsabilidad de los Estados miembros en su deber de control e información. Cuando España asumió la Presidencia del Consejo de la Unión, en 2010, el Gobierno Socialista de Rodríguez-Zapatero reclamó a la Unión una reforma en este sentido. Hoy, la Unión ha dado un paso más contra la tortura y la pena capital y los socialdemócratas hemos podido demostrar que la política comercial es y debe ser una herramienta fundamental para la promoción del progreso y los derechos humanos en el mundo.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui s'oppose au commerce sinistre des outils de torture.

Ce rapport est un pas important pour combler les failles de la prévention de la torture et des mauvais traitements en Europe.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą. Juo siekiama ištaisyti spragas, susijusias su prekyba tam tikromis prekėmis, kurios galėtų būti naudojamos mirties bausmei vykdyti, kankinimui ar kitokiam žiauriam, nežmoniškam ar žeminančiam elgesiui ir baudimui. Nepaisant jau egzistuojančių draudimų, įmonės atrado būdus prekiauti ir reklamuoti tam tikras prekes. Todėl Europos Parlamentas paragino Europos Komisiją atnaujinti minėtas taisykles. Pirmiausia įtraukta internetinė ir neinternetinė komercinė rinkodara, apribotas tranzitas, praplėstas prekių sąrašas.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Os mecanismos de controlo das exportações a nível da UE são instrumentos de política comercial ao serviço de um conjunto de objetivos políticos mais amplos. O Regulamento (CE) n.º 1236/2005, que visa lutar contra o uso de tortura, é um instrumento que promove a proteção dos direitos humanos através do controlo de produtos e atividades que são, ou podem ser, utilizados abusivamente para aplicar a pena de morte, infligir tortura e outros tratamentos ou penas cruéis, desumanos ou degradantes.

O regulamento de luta contra a tortura visa contribuir para o objetivo político de longa data da UE que pretende eliminar a pena de morte em todo o mundo e combater o uso de tortura. A revisão dos controlos comunitários sobre o comércio de instrumentos de tortura é aguardada há muito. Por isso, é importante garantir uma combinação adequada de medidas legislativas, administrativas, judiciais e externas da UE, a fim de impedir e proibir a produção, o comércio e a utilização de mercadorias destinadas à tortura e controlar eficazmente os produtos suscetíveis de serem utilizados para fins letais ou desumanos. Por concordar com o teor deste relatório, votei a favor.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui porte sur la révision du règlement sur le commerce de certains biens susceptibles d'être utilisés en vue d'infliger la peine capitale, la torture ou d'autres peines ou traitements cruels.

Cette mise à jour du règlement permet de renforcer la législation européenne actuelle pour continuer à empêcher que des entreprises puissent contribuer à l'exercice de la peine de mort ou de la torture des États tiers en commercialisant directement ou indirectement certains biens.

Des dispositions sont également prévues pour que l'Union puisse répondre rapidement et s'adapter en cas de développement de nouvelles technologies.

Ce texte rappelle que le commerce international doit respecter et contribuer à la promotion des valeurs de l'Union européenne sur la scène internationale.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe puesto que estamos satisfechos con la propuesta de la Comisión, y más aún, tras un muy constructivo proceso de enmiendas. Aunque soy consciente de que la nueva regulación por sí misma no va a eliminar la pena de muerte ni evitar las torturas a nivel mundial, considero que supone un paso adelante en este sentido.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Vorschlag der Kommission zum Handel mit bestimmten Gütern, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder zu anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe verwendet werden könnten, gestimmt.

Der Vorschlag beinhaltet das Verbot von Gütern, die zur Vollstreckung der Todesstrafe und zu Folter verwendet werden könnten. Das gilt auch für sämtliche Vermittlungstätigkeiten und die Bereitstellung technischer Hilfe im Zusammenhang mit den aufgeführten Gütern.

Die Zollbehörden müssen bestimmte Informationen austauschen, damit gegen den Wirtschaftsbeteiligten, der den Verstoß begangen hat, Sanktionen verhängt werden können.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe busca regular el comercio de determinados productos que pueden utilizarse para aplicar la pena de muerte o infligir tortura o tratos degradantes, lo que considero muy necesario y por este motivo voté a favor del informe. Sin embargo, y aunque haya apoyado con mi voto el informe, creo que la Unión no tiene ninguna credibilidad en la lucha contra la tortura mientras continúe estando subordinada a los Estados Unidos (por nombrar un ejemplo, hay pruebas de que en Guantánamo se practica habitualmente la tortura con total impunidad desde hace ya 14 años).

El informe contiene numerosas propuestas con las que coincido plenamente, como el pedir asegurarse de que las exportaciones de la Unión a terceros países no contribuyen a lo que la Unión considera prácticas «inhumanas», tales como sillas eléctricas, o camas jaula. Pero lamentablemente la Unión no tiene ninguna credibilidad en su llamada «lucha contra la tortura» mientras continuemos lucrándonos con la venta de armas a Arabia Saudí, o mientras nuestros socios tengan legalizada la tortura y la pena de muerte.

Si estamos realmente contra la tortura, deberíamos empezar por revisar nuestras relaciones con terceros países, hasta que cumplan la Declaración Universal de los Derechos Humanos.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Il rafforzamento del regolamento del 2005 permetterà un miglior controllo del commercio delle merci che sono o potrebbero essere impropriamente utilizzate per praticare la pena di morte o infliggere tortura.

Ho votato a favore di questo aggiornamento legislativo dal momento che punta a eliminare le scappatoie presenti nel testo di base, garantendo la giusta combinazione di misure legislative, amministrative, giudiziarie ed esterne dell'UE per impedire e vietare la produzione, il commercio e l'utilizzo di strumenti con potenziali utilizzi letali e inumani. Sono stati inoltre introdotti maggiori restrizioni in tema di *marketing*, promozione e transito sul territorio dell'Unione e un sistema di autorizzazione preventiva per l'intermediazione e l'assistenza tecnica in materia di merci controllate.

Mi auguro che tale approccio garantisca controlli e verifiche efficaci senza oneri superflui che ostacolino le attività commerciali legittime.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this as I do not believe the EU should control what nation-states should and should not trade.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today, I voted in favour of the report on Trade in certain goods which could be used for capital punishment, torture or other treatment or punishment. The new rules outlined in the report represent an update of the EU's 2005 Anti-torture Regulation and list goods and substances that are either banned for export, such as electric chairs, or need export clearance at EU borders.

Branislav Škripek (ECR), *in writing*. – This report bans the export and import of equipment and goods that can only be used for torture or capital punishment. As I am against torture and believe this is not the way how confessions are needed to be made, I voted in favour.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som legislatívne uznesenie, lebo aktualizáciu nariadenia obchodovania s určitým tovarom, ktorý možno použiť na vykonanie trestu smrti, mučenie alebo iné zaobchádzanie alebo trestanie, považujem za správny krok. Verím, že úpravou nariadenia sa posilní úloha EÚ ako hlavného a zodpovedného globálneho aktéra v boji proti trestu smrti, mučeniu alebo inému zlému zaobchádzaniu alebo trestaniu. Aj keď vo všeobecnosti platí, že tovar vyrobený v EÚ v súlade s legislatívou či legálne dovezený do EÚ požíva výhody slobody pohybu, myslím si, že v týchto prípadoch je nevyhnutné zo strany vnútroštátnych orgánov vykonávať účinnejšie kontroly a uplatňovať tvrdšie sankcie voči porušovateľom. Som presvedčená, že kontroly vývozu v rámci celej EÚ patria medzi veľmi dobré nástroje politiky zahraničného obchodu, ktoré slúžia celej škále širších politických cieľov. Očakávam, že členské štáty v súlade s cielenou doložkou o konečnom použití, zabezpečia, aby transfery tovaru súvisiaceho s bezpečnosťou, ktorý zjavne nemá žiadne iné praktické použitie ako na účel vykonania trestu smrti, mučenia, alebo iného zlého zaobchádzania, boli zakázané alebo pozastavené.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Legislativní usnesení o návrhu nařízení Evropského parlamentu a Rady, kterým se mění nařízení Rady (ES) č. 1236/2005 o obchodování s některým zbožím, které by mohlo být použito pro trest smrti, mučení nebo jiné kruté, nelidské či ponižující zacházení nebo trestání, jsem podpořila. Provedení revize stávajícího „nařízení proti mučení" (ES) č. 1236/2005 považuji za důležitý krok vpřed, který ve světovém měřítku přispěje k větší ochraně lidských práv, k ukončování trestu smrti a zákazu mučení. Okamžitá aktualizace a efektivní kontrola zboží nebo činností, které jsou používány nebo by mohly být zneužity k provedení trestu smrti, k mučení nebo k jinému krutému, nelidskému či ponižujícímu zacházení nebo trestání, je proto více než namístě. Zařazení látek, které jsou využívány pro legitimní terapeutické účely, avšak při injekční aplikaci mohou být ve vysoké dávce použity pro trest smrti, do seznamu kontrolovaného zboží, proto vítám.

Z pohledu českých vývozců považuji za podstatné zejména zavedení všeobecného vývozního povolení pro určené zboží do vybraných třetích zemí. Spolu s dalšími opatřeními to významným způsobem přispěje k zefektivnění kontroly určeného zboží a zároveň ke snížení administrativní zátěže pro vývozce.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Mehanizem za nadzor izvoza je bil na evropski ravni prvič zasnovan leta 2005 z Uredbo št. 1236/2005 in je pripomogel k spoštovanju človekovih pravic v tretjih državah.

Z novo uredbo bo ta mehanizem nadzora še razširjen, hkrati pa bodo zapolnjene večje vrzeli v obstoječem nadzoru izvoza izdelkov, ki bi lahko bili uporabljeni za izvršitev smrtne kazni, mučenje ali drugo podobno ravnanje in kaznovanje.

Poročilo vključuje tudi prepoved tranzita omenjenih izdelkov ter tudi prepoved oglaševanja in promocije izdelkov, ki so prepovedani za izvoz. Države članice bodo morale v skladu z novo uredbo s pomočjo nacionalnih preventivnih mehanizmov, ki so vzpostavljeni pod okriljem Konvencije ZN proti mučenju in drugim krutim, nečloveškim ali ponižujočim kaznim ali ravnanju, posredovati podatke o nadzoru, ki so ga izvedle nad trgovino z omenjenimi izdelki.

Poročilo in napovedano uredbo podpiram, zato sem glasoval za.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Bei diesem Bericht geht es um den Export von Gütern, die auch zur Ausführung der Todesstrafe oder zur Folter verwendet werden können. Selbstverständlich würde auch ich eine Welt ohne Folter und Todesstrafe bevorzugen.

Während die Intention nachvollziehbar ist, sollte man sich im Klaren sein, dass diese Exportverbote weder Folter noch Todesstrafe verunmöglichen. Gerade bei der Todesstrafe wären die zu exportierenden Güter wohl sogar im Sinne der Menschlichkeit. So ist z. B. das Steinigen überall möglich – eine Giftspritze wäre wohl die humanere Alternative.

In diesem Bericht ging es uns deshalb vor allem darum, die negativen Nebenwirkungen auf Handel mit Gütern, die nicht den genannten Zwecken dienen, zu reduzieren. Da der Bericht in diesem Sinne einen sinnvollen Kompromiss darstellt, habe ich ihm zugestimmt.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Štáty Európskej únie upustili od vykonávania trestu smrti. V súlade s princípmi ochrany života nebudú poskytovať krajinám, kde sú popravy či mučenie vykonávané, také prostriedky a nástroje, ktoré túto činnosť umožňujú či zjednodušujú. Bude sa to týkať aj tranzitu cez colné územie Európskej únie či predaja a propagácie takýchto predmetov na internete.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Bei der Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1236/2005 des Rates betreffend den Handel mit bestimmten Gütern, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder zu anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe verwendet werden könnten, habe ich mich enthalten.

Ich bin eine entschiedene Gegnerin der Todesstrafe. Der Mensch kann irren und sollte keine Strafen verhängen, die weder rückgängig noch wiedergutzumachen sind. Ich teile freilich das Ziel des Verordnungsvorschlags, dass es gut wäre, Staaten, die eine Todesstrafe vorsehen und verhängen, nicht dabei durch den Handel mit dafür benötigten Gütern zu unterstützen.

Gleichwohl bin ich nicht der Meinung, dass die EU die Kompetenz zur Regulierung des Handels haben sollte. Diese Kompetenz sollte bei den Mitgliedstaaten angesiedelt sein. Daher kann ich dem Vorschlag, an dem inhaltlich kaum etwas zu beanstanden ist, nicht zustimmen.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – „Anti-torture Regulation" (EC) No 1236/2005 jedinstveni je pravni instrument koji doprinosi zaštiti ljudskih prava kontroliranjem stvari i aktivnosti koje se koriste ili se mogu koristiti za izvršenje smrtne kazne, mučenja ili kažnjavanja. Sastoji se od zabrane trgovine jednokratnim sredstvima za mučenje i usmrćivanje te povezanim tehničkim pomagalima kao i sustava autorizacije za višenamjenske stavke koje mogu biti zloupotrebljene za mučenje ili usmrćivanje.

Kako vanjskotrgovinski promet postaje sve kompleksniji važno je uspostaviti što efikasnije kontrole, provjere, kazne te usmjeravanja koja se provode na razini država članica, ali i na razini Unije. Naglašava se potrebni nadzor implementacije na razini država članica, uključujući i njihovu obvezu za izvještavanjem o situaciji i razmjeni informacija.

Stoga, podržavam izvješće o Prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o izmjeni Uredbe Vijeća (EZ) br. 1236/2005 o trgovini određenom robom koja bi se mogla koristiti za izvršenje smrtne kazne, mučenje ili drugo okrutno, nečovječno ili ponižavajuće postupanje ili kažnjavanje.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe Sveta o trgovini z določenim blagom, ki bi se lahko uporabilo za izvršitev smrtne kazni, mučenje ali drugo okrutno, nečloveško ali poniževalno ravnanje ali kaznovanje.

Z Uredbo za preprečevanje mučenja, ki prinaša nadzor nad blagom in dejavnostmi, ki se uporabljajo za namene mučenja, bomo pomembno prispevali k zmanjšanju teh okrutnih dejanj. Podpiram zakonodajno posodobitev, ki bo prispevala k posodobitvi kontrolnih seznamov ter s pravilno mešanico zakonodaje EU k preprečevanju in prepovedi proizvodnje in uporabe blaga za mučenje ter trgovino z njim.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem návrh nařízení Evropského parlamentu a Rady, kterým se mění nařízení Rady (ES) č. 1236/2005 o obchodování s některým zbožím, které by mohlo být použito pro trest smrti, mučení nebo jiné kruté, nelidské či ponižující zacházení nebo trestání. Jde o jeden z nástrojů v důsledku chránících lidská práva, který má za cíl přispět k ukončení vykonávání trestu smrti po celém světě a zákazu mučení, a to prostřednictvím omezování obchodování se zbožím sloužícím k těmto činnostem. Domnívám se, že jde o správný krok přispívající k ochraně života, lidských práv a svobod a zároveň vedoucí k omezení krutého nelidského jednání.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ο κανονισμός κατά των βασανιστηρίων αποτελεί μέσο το οποίο συμβάλλει στην προστασία των ανθρωπίνων δικαιωμάτων μέσω του ελέγχου των ειδών και των δραστηριοτήτων που χρησιμοποιούνται ή θα μπορούσαν να χρησιμοποιηθούν καταχρηστικά για θανατική ποινή, βασανιστήρια ή άλλη σκληρή, απάνθρωπη ή ταπεινωτική μεταχείριση ή τιμωρία. Είναι σημαντικό να συνδυαστούν ορθά τα νομοθετικά μέτρα της ΕΕ με τα διοικητικά, δικαστικά και εξωτερικά μέτρα για την πρόληψη και την απαγόρευση της παραγωγής, του εμπορίου και της χρήσης οργάνων βασανιστηρίων και τον αποτελεσματικό έλεγχο αντικειμένων που ενδέχεται να χρησιμοποιηθούν για φονικούς και απάνθρωπους σκοπούς. Η Επιτροπή προτείνει να ενισχυθούν οι έλεγχοι για τα όργανα βασανιστηρίων προτείνοντας τρόπους και η εισηγήτρια με τη σειρά της υποστηρίζει την προσέγγιση για απαραίτητους και αναλογικούς ελέγχους χωρίς περιττή επιβάρυνση. Για όλους τους πιο πάνω λόγους, υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η έκθεση δεν θα έχει κανένα ουσιαστικό αποτέλεσμα διότι δεν υπάρχει τρόπος να στερήσεις τα μέσα είτε για εκτελέσεις, είτε για βασανιστήρια. Τασσόμεθα, λόγω αρχών, κατά των βασανιστηρίων αλλά θεωρούμε εντούτοις ότι πρέπει να επανεξετασθεί η θανατική ποινή, ειδικά σε περιπτώσεις τελέσεως ιδιαιτέρως ειδεχθών εγκλημάτων.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Az egész EU-ra vonatkozó exportellenőrzés egy olyan külkereskedelmi szakpolitikai eszköz, amely szélesebb körű politikai célokat szolgál. Az exportellenőrzés az Európai Unió fontos szakpolitikai eszköze. Az 1236/2005/EK kínzás elleni rendelet egy egyedülálló eszköz, amely a halálbüntetés, a kínzás vagy más kegyetlen, embertelen vagy megalázó bánásmód vagy büntetés során alkalmazható termékek és tevékenységek ellenőrzése révén hozzájárul az emberi jogok védelméhez, a halálbüntetés és a kínzás globális felszámolásához. A rendelet az Európai Unió régi törekvését fogalmazza meg, amikor a mellékleteiben szereplő listákon felsorolt termékek kereskedelmének engedélyezési követelményeivel kombinálja a tilalmakat.

Tilalmat vezet be a kizárólag kínzásra és halálbüntetés végrehajtására használható eszközökre és az azokkal kapcsolatos technikai segítségnyújtásra (II. melléklet), illetve engedélyezési rendszert hoz létre azon termékek vonatkozásában, amelyek visszaélésszerű használat esetén alkalmasak kínzásra és halálos injekciók általi kivégzésekre (III. melléklet). A véleménytervezet arra is javaslatot tesz, hogy jöjjön létre egy, a felszerelések koordinálásával foglalkozó csoport, továbbá vezessenek be időszakos felülvizsgálati mechanizmust, valamint rendszeresebb információmegosztási és jelentéstételi rendszert az ellenőrzés megerősítése és a rendelet hatékony végrehajtása érdekében. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a javaslatot.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a határozatot, mert úgy vélem, ezzel az Európai Unió újból megerősíti vezető szerepét a világon a halálbüntetés és a kínzás visszaszorításáért folytatott harc terén. A halálos ítéletek végrehajtásához, valamint a kínzáshoz használt eszközök és szerek esetében a mostantól érvényes „sürgősségi eljárás" lehetővé teszi az államok számára, hogy már a nyilvánvaló gyanú esetén is letiltsák az ilyen cikkek exportját, átszállítását, s lehetőségük lesz az ezekkel kapcsolatos internetes kereskedés, reklám, kiképzés és ismeretátadás tiltására is. Miután a megelőző időszakban az EU ilyen jellegű korlátozásai a tapasztalatok szerint érdemben hozzájárultak e visszataszító és embertelen gyakorlat visszaszorításához a partnerországokban, abban bízom, hogy az EP mostani – széleskörű politikai támogatást élvező – döntésével ez még hatékonyabban folytatódik, a kínzás és a halálbüntetés teljes felszámolásáig.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Dotychczas zakaz sprzedaży i eksportu sprzętu, który mógłby być wykorzystany do wykonywania kary śmierci, tortur lub nieludzkiego i poniżającego karania, regulowało unijne rozporządzenie z 2005 r. Nie rozwiązywało jednak ono kluczowych kwestii, w tym m.in. zakazu promowania i reklamowania narzędzi używanych do torturowania ludzi.

Zgodnie z nowym rozporządzeniem zakazana będzie promocja oraz reklama towarów, które w oczywisty sposób stosowane są do egzekucji lub tortur, takich jak krzesła elektryczne, automatyczne pompy infuzyjne stosowane do podawania zastrzyków trucizny, łańcuchy na nogi czy pałki z kolcami. Zakaz obejmie także wystawy oraz targi broni organizowane na terytorium Unii Europejskiej.

Uważam, że Unia Europejska nie powinna w żaden sposób ułatwiać procederu tortur i stosowania kary śmierci poprzez dostarczanie narzędzi, które mogą być do tego wykorzystane. Dlatego słusznie w dokumencie znalazły się także zapisy zakazujące przewożenia takich towarów przez terytorium UE, nawet jeśli docelowo mają one trafić do krajów trzecich.

Co więcej, w rozporządzeniu właściwie rozwiązano kwestię transportu przedmiotów, które zostały zaprojektowane do innych celów, ale mogą zostać wykorzystane do tortur. Według nowego prawa UE przewoźnicy zostaną zobowiązani do zaprzestania transportu przedmiotów, jeśli wiedzą, że mogą one trafić w złe ręce.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Trilogineuvotteluiden päättyminen tämän mietinnön osalta oli merkittävä saavutus ja äänestin ehdottomasti tämän mietinnön puolesta. Yhteisillä pelisäännöillä voimme myös kauppapolitiikan osalta vaikuttaa ihmisoikeuksien toteutumiseen ja nimenomaan kuolemanrangaistuksen ja kidutuksen poistamiseen.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană exportă o gamă largă de bunuri la nivel mondial. Printre acestea se numără o serie de produse care pot fi folosite ca instrumente de tortură și execuție, de exemplu prin injecții letale. În acest scop, se impune controlul la nivelul UE pentru a evita folosirea produselor exportate în moduri care contravin Regulamentului european împotriva torturii din 2005 sau pentru pedeapsa cu moartea, procedură pe care UE o dorește eliminată la nivel mondial. Acest lucru nu este posibil în prezent, datorită absenței unor regimuri multilaterale de control al exporturilor respective, în special în privința bunurilor militare, bunurilor cu dublă utilizare, armelor de foc, produselor medicale. O soluție ar putea fi crearea unei autorizații generale de export a Uniunii pentru țările care și-au luat angajamente conforme cu Protocolul nr. 13 la Convenția europeană a drepturilor omului sau cu al doilea Protocol facultativ la Pactul internațional privind drepturile civile și politice. Aceasta ar urma să conțină liste specifice de produse, asigurând un plus de claritate pentru exportatori, și o serie de controale, verificări, sancțiuni, orientări și informări din partea autorităților naționale. Parlamentul European trebuie să fie implicat în mod corespunzător în acest proces. Susțin adoptarea acestui raport.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte proposé par ma collègue néerlandaise. Les contrôles des exportations, applicables dans toute l'Union, sont des instruments de la politique commerciale extérieure qui concourent à la réalisation d'un faisceau d'objectifs stratégiques plus vastes. Le règlement (CE) nº 1236/2005 «contre la torture» constitue un moyen privilégié de renforcer la protection des droits de l'homme en soumettant à des contrôles les biens et activités employés, ou susceptibles d'être détournés, pour infliger la peine capitale, la torture ou d'autres peines ou traitements cruels, inhumains ou dégradants.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – In respecting fundamental human rights, the EU supports the movement for the global abolition of capital punishment in every manner it can. Regrettably, however, capital punishment remains intact in many third countries with which the EU shares trade ties with. Nevertheless, the respect for human rights is one of the core values of the European Union and remains an essential element in the Union's relationships it fosters with third countries. Although there already exists a regulatory framework which prohibits the export and import of goods which can be used to apply the death penalty or to inflict torture or other cruel, inhuman or degrading treatment and punishment, there remains a need to tighten the regulation through the use of export authorisation requirements on goods that could be used for the purpose of torture or other ill-treatment. I too share the desire to eradicate capital punishment around the word, as was done in the EU in 2012, and this is why I voted in favour of the legislative proposal.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Glasovala sam za izmjenu Uredbe o trgovini određenom robom koja bi se mogla koristiti za izvršenje smrtne kazne, mučenje ili drugo okrutno, nečovječno ili ponižavajuće postupanje ili kažnjavanje. Cilj ove uredbe je otkloniti smrtnu kaznu u svijetu i spriječiti mučenje ljudi kroz obustavljanje prijenosa predmeta koji nemaju drugu praktičnu namjenu osim izvršavanja smrtne kazne ili mučenja.

Jedna od odrednica uredbe jest da nadležna tijela država članica ne izdaju odobrenje ukoliko postoji opravdani razlog da bi se roba mogla upotrijebiti za smrtnu kaznu ili mučenje.

Smatram da je Koordinacijska skupina za borbu protiv mučenja, koja je uspostavljena ovom uredbom potrebna prije svega kako bi se uspostavila izravna suradnja među nadležnim tijelima i kako bi se postigla učinkovita razmjena informacija o administrativnim praksama.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe Sveta (ES) št. 1236/2005 o trgovini z določenim blagom, ki bi se lahko uporabilo za izvršitev smrtne kazni, mučenje ali drugo okrutno, nečloveško ali poniževalno ravnanje ali kaznovanje sem podprla.

Uredba za preprečevanje mučenja prispeva k dolgoletni politiki EU glede odprave smrtne kazni po vsem svetu in preprečevanja mučenja. Pomembno je zagotoviti ustrezno mešanico zakonodaje EU ter upravnih, pravnih in zunanjih ukrepov, da bi preprečili in prepovedali proizvodnjo in uporabo blaga za mučenje ter trgovino z njim in da bi učinkovito nadzirali blago s potencialno smrtonosno in nehumano rabo.

Yana Toom (ALDE), *in writing*. – The 2005 Anti-Torture Regulation contained loopholes. Although the Regulation banned certain equipment which could be used for torture or the death penalty, its transit through the EU territory was permitted. With these amendments, this loophole is closed. Aside from transit, the marketing and promotion of this equipment is also prohibited. These are important steps forward into enforcing the total ban on torture and the death penalty.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe puesto que estamos satisfechos con la propuesta de la Comisión, y más aún, tras un muy constructivo proceso de enmiendas. Aunque soy consciente de que la nueva regulación por sí misma no va a eliminar la pena de muerte ni evitar las torturas a nivel mundial, considero que supone un paso adelante en este sentido.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report.

I am strongly opposed to the death penalty and supported the EU proposal of a UN moratorium on death penalty.

The EU cannot be credible and consistent with its core and fundamental values if the EU and its Member States allow to trade goods and products used for capital punishment.

These are not normal products that can be traded like any others.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce règlement de 2005 a pour objectif de prévenir et interdire toute exportation de matériel spécialement conçu pour infliger la peine de mort, des tortures, un traitement cruel, inhumain ou dégradant.

L'autorité compétente nationale délivre sur demande écrite étayée des autorisations pour 12 mois maximum si elle n'a pas de soupçons forts sur l'utilisation pour torture et peine de mort.

La Commission européenne souhaite restreindre et interdire les services de courtage et de transit lorsque le courtier sait qu'ils pourraient être utilisés pour la torture…

Le terme torture et traitements dégradants est étendu de façon excessive en incluant le surpeuplement carcéral, le manque de soins médicaux, l'interdiction de tout contact avec l'extérieur etc.

Le Parlement européen propose quant à lui de durcir encore plus le texte.

Ce texte sera inapplicable et sans effet.

Je choisis l'abstention.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Kontrola eksportu jest nie tylko narzędziem handlu zewnętrznego. Może również skutecznie wspierać ochronę praw człowieka w tych państwach, które są odbiorcami towarów i usług potencjalnie służących do wykonywania kary śmierci, tortur lub innego okrutnego, nieludzkiego lub poniżającego traktowania albo karania. Należy zapewnić spójność unijnych kontroli wywozu w tym zakresie m.in. poprzez aktualizację wykazu narzędzi, które powinny podlegać tej kontroli.

Rozporządzenie 1236/2005 w sprawie przeciwdziałania torturom dotyczy również wywozu sprzętu i towarów, które mogą być użyte do tortur, choć nie jest to ich wyłączne zastosowanie. Ich eksport powinien podlegać specjalnym zezwoleniom. Proponowane zmiany w rozporządzeniu ponadto umożliwiają państwom członkowskim przyjęcie lub utrzymanie dodatkowych środków ograniczających usługi pomocnicze związane z towarami (np. reklamę, transport, usługi finansowe). Rozporządzenie bez wątpienia umocni odpowiedzialną rolę Unii Europejskiej w zwalczaniu kary śmierci i tortur na świecie. Zdecydowanie popieram tę rezolucję.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A kínzás elleni rendelet hozzájárul a halálbüntetés és a kínzás világszintű felszámolásához, ami az EU régi törekvése. Segíti e célok elérését azzal, hogy a listán szereplő termékek kereskedelmének engedélyezési követelményeivel kombinálja a tilalmakat. Tilalmat vezet be a kizárólag kínzásra és halálbüntetés végrehajtására használható eszközökre és az azokkal kapcsolatos technikai segítségnyújtásra, illetve engedélyezési rendszert hoz létre azon termékek vonatkozásában, amelyek visszaélésszerű használat esetén alkalmasak kínzásra és halálos injekciók általi kivégzésekre. Az S&D frakció álláspontjával egyetértve a jelentést elfogadását támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe puesto que estamos satisfechos con la propuesta de la Comisión, y más aún, tras un muy constructivo proceso de enmiendas. Aunque soy consciente de que la nueva regulación por sí misma no va a eliminar la pena de muerte ni evitar las torturas a nivel mundial, considero que supone un paso adelante en este sentido.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de Reglamento sobre el comercio de determinados productos que pueden utilizarse para aplicar la pena de muerte o infligir tortura u otros tratos o penas crueles, inhumanos o degradantes ya que el comercio es también una muy importante herramienta que debemos utilizar para proteger los derechos humanos, luchar contra la tortura y la erradicación de la pena de muerte en el mundo. La amplificación de este mecanismo de control de exportaciones es por lo tanto una muy buena noticia.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Šios Konvencijos tikslas – tarptautiniu lygmeniu spręsti šias problemas nustačius, kad kompetentingi teismai ir taikomi įstatymai yra tos valstybės, kurioje yra vaiko nuolatinė gyvenamoji vieta. Konvencijoje taip pat numatoma sistema, pagal kurią užtikrinama, kad pagrobtas vaikas būtų nedelsiant grąžintas.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council amending Council Regulation (EC) No 1236/2005 concerning trade in certain goods which could be used for capital punishment, torture or other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment. The 'Anti-Torture Regulation' (EC) No 1236/2005 is a unique instrument that contributes to protection of human rights via controls on items and activities that are used for or could be misused for capital punishment, torture or other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment. The 'Anti-Torture Regulation' contributes to the long-standing EU policy of eliminating the death penalty worldwide, and of preventing torture. It helps achieve these goals by combining prohibitions with licensing requirements for trade in listed goods. I voted in favour because I believe that it is of crucial importance to ensure a right mix of the EU legislative, administrative, judicial and external measures to prevent and prohibit the production, trade and use of torture goods and effectively control items with potential lethal and inhumane uses.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – La prohibición de la tortura y los malos tratos constituye un pilar clave en los convenios de derechos humanos de Naciones Unidas, suscritos por la Unión, uno de cuyos valores elementales es la promoción del respeto a los derechos fundamentales en todo el mundo. En junio de 2016, la Eurocámara alcanzó con el Consejo Europeo un acuerdo en relación a los productos que pueden utilizarse para aplicar la pena de muerte o infligir tortura u otros tratos o penas crueles, inhumanas o degradantes con el objetivo de impedir que las exportaciones de la Unión contribuyan a violaciones de derechos humanos en terceros países. Votando a favor he mostrado mi apoyo a este acuerdo, que permitirá que se modifique el Reglamento (CE) n.º 1236/2005 a la luz de las novedades que se han ido sucediendo desde que entró en vigor (2006), prestando especial atención a las normas relativas al control de las exportaciones, a los nuevos controles sobre los servicios de intermediación y la asistencia técnica, y a la prohibición de la publicidad de determinados productos.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe busca regular el comercio de determinados productos que pueden utilizarse para aplicar la pena de muerte o infligir tortura o tratos degradantes, lo que considero muy necesario y por este motivo voté a favor del informe. Sin embargo, y aunque haya apoyado con mi voto el informe, creo que la Unión no tiene ninguna credibilidad en la lucha contra la tortura mientras continúe estando subordinada a los Estados Unidos (por nombrar un ejemplo, hay pruebas de que en Guantánamo se practica habitualmente la tortura con total impunidad desde hace ya 14 años).

El informe contiene numerosas propuestas con las que coincido plenamente, como el pedir asegurarse de que las exportaciones de la Unión a terceros países no contribuyen a lo que la Unión considera prácticas «inhumanas», tales como sillas eléctricas, o camas jaula. Pero lamentablemente la Unión no tiene ninguna credibilidad en su llamada «lucha contra la tortura» mientras continuemos lucrándonos con la venta de armas a Arabia Saudí, o mientras nuestros socios tengan legalizada la tortura y la pena de muerte.

Si estamos realmente contra la tortura, deberíamos empezar por revisar nuestras relaciones con terceros países, hasta que cumplan la Declaración Universal de los Derechos Humanos.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – With my EPLP colleagues, I voted in favour of this report because there will be an updated 'urgency procedure' which would allow the prevention of the export of goods listed in the annexes which present a 'clear and immediate' risk that they will be used for torture. There will also be an outright ban on displaying and selling torture goods at trade fairs.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit rapport van mijn liberale collega Schaake. De uitvoercontroles in de gehele EU zijn instrumenten van het buitenlandse handelsbeleid die een groot aantal bredere beleidsdoelstellingen dienen. Deze verordening maakt deel uit van het al lang bestaande EU-beleid om de doodstraf wereldwijd te bestrijden en foltering te voorkomen. Bij de verordening wordt een verbod ingesteld op de handel in goederen die uitsluitend kunnen worden gebruikt voor foltering en executies en hiermee samenhangende technische bijstand en wordt een systeem ingesteld voor vergunningen voor goederen die voor verschillende doelen kunnen worden gebruikt en zouden kunnen worden misbruikt voor foltering en executies door middel van dodelijke injecties .

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – La peine de mort viole le droit à la vie tel qu'il est consacré par la Déclaration universelle des droits de l'homme et la Convention européenne des droits de l'homme. La torture et les traitements cruels, inhumains ou dégradants, interdits par ces mêmes textes et des conventions internationales ad hoc, violent des droits fondamentaux et notamment le droit à la dignité et par là même notre Humanité.

Il est de notre devoir de les interdire sur le sol européen et d'inciter les États membres à respecter ces textes.

Il est tout aussi important d'interdire d'y concourir de quelque façon que ce soit hors de nos frontières.

Il est donc urgent d'empêcher l'exportation, le transit et la réexportation de biens pouvant être utilisés en vue de faire subir de telles peines et de permettre à des entreprises de faire des profits sur de tels commerces illicites.

De même, toute assistance technique pouvant concourir à l'exécution de tels actes doit être strictement proscrite.

Les sanctions en la matière devraient être harmonisées et durcies. Ce projet de règlement va dans ce sens.

J'ai donc voté pour.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O Regulamento (CE) n.º 1236/2005, que visa a luta contra a tortura, é um instrumento único que contribui para a proteção dos direitos humanos através do controlo de produtos e atividades que são utilizados, ou podem ser utilizados, abusivamente para aplicar a pena de morte ou infligir tortura ou outros tratamentos ou penas cruéis, desumanos ou degradantes.

O regulamento estabelece uma proibição do comércio de produtos de «utilização única» destinados à tortura e às execuções e da respetiva assistência técnica (anexo II) e um sistema de autorização de produtos versáteis suscetíveis de serem utilizados de forma abusiva para infligir tortura e realizar execuções por injeção letal (anexo III).

A Comissão propõe reforçar os controlos de instrumentos de tortura. Num contexto em que as operações de comércio externo são cada vez mais complexas, é fundamental o papel da aplicação eficaz dos controlos, das verificações, das sanções, das orientações e das ações de sensibilização realizadas pelas autoridades nacionais. Votámos a favor.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die „Antifolter-Verordnung" (EG) belegt bestimmte militärische Güter und zum Zwecke der Folter bestimmte Güter mit Ausfuhrkontrollen. Der Bericht beinhaltet den Vorschlag, bestimmte Arzneimittel, die für tödliche Injektionen zur Vollstreckung der Todesstrafe eingesetzt werden können, in diese Liste aufzunehmen. Dieses Vorhaben ist zu unterstützen, daher habe ich dem Bericht zugestimmt.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Ich habe gegen den Entwurf gestimmt, da ich der Meinung bin, dass dieser Entwurf zu schwammig formuliert wurde. Allein schon die Überschrift ist so vage formuliert, dass man praktisch jeglichen Medikamenten- oder Güterhandel unter Strafe stellen kann, denn praktisch jeder Gegenstand kann dazu genutzt werden um Menschen zu foltern oder auf andere Art zu misshandeln oder zu erniedrigen.

Dass Folter auch weiterhin hart bestraft wird, sollte selbstverständlich sein, jedoch Personen wegen einfachem Handel mit undefinierten Gegenständen, die zu Folterzwecken auch von Dritten aufgekauft werden könnten, zu bestrafen, entbehrt jeglicher Rechtsgrundlage und Rechtsnorm!

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as it represents a significant update of the rules which will stop export, transit, marketing and promotion of goods that can be used for torture or inhumane treatment. This is a key step in the promotion of peace and human rights and the prevention of violence, and part of the central role that the EU plays on the international scene. This report also allies with the work of the PGA (Parliamentarians for Global Action) of whom I am a member.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this proposal for a regulation because it is in defence of human rights. Regrettably, in some places in the world, torture and the death penalty are still executed. The least that we can do is prevent that they use our products for such goals and practices. Doing so is consistent with European values and with the Charter of Fundamental Rights of the European Union. Coherence in the controls of EU exports plays an important role herein. This legislation will enhance such coherence and strengthens the existing legislation. It also recognises the rapid pace of technological developments, the role these play in this matter and the challenge this poses to us. At the same time we need to ensure that controls are proportionate and that they are not creating unnecessary administrative burdens.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς*. – Ο κανονισμός για την έκδοση ειδικής άδειας για αντικείμενα που, είτε προορίζονται άμεσα, είτε, από τη φύση τους, μπορούν να χρησιμοποιηθούν για εκτέλεση θανατικής ποινής ή για βασανιστήρια αναδεικνύει την υποκρισία της ΕΕ και των οργάνων της. Αντί να απαγορεύουν εντελώς την παραγωγή τους και ειδικά των αντικειμένων που προορίζονται αποκλειστικά για τέτοιους σκοπούς ή να θέτουν όρους απαγορευτικούς στη χρήση τους για τέτοιους σκοπούς, αυτοί βάζουν δήθεν όρους στην εμπορία τους μολονότι γνωρίζουν πως αυτά μπορούν να διακινούνται απρόσκοπτα μέσα από διάφορους διαύλους. Το κείμενο της συμφωνίας με το Συμβούλιο, όπως επανήλθε, είναι ακόμη χειρότερο από το αρχικό αφού απαλείφει τις όποιες αυστηρότερες προβλέψεις για τη διακίνησή τους. Αφαιρεί επίσης τη γενική ρήτρα που υπήρχε για εξέταση, κατά περίπτωση, της πραγματικής, κατά προορισμό, χρήσης κάθε αντικειμένου που θα μπορούσε να χρησιμοποιηθεί για τέτοιους σκοπούς, ενώ η εξάρτηση της παροχής άδειας από τη γνώση των εμπόρων ή των μεσιτών σχετικά

με τον σκοπό για τον οποίο προορίζονται συνιστά αληθινό εμπαιγμό. Δεν θα περίμενε κανείς άλλωστε τίποτε διαφορετικό από την ΕΕ που παριστάνει την «ευαίσθητη» για τη θανατική ποινή και τα βασανιστήρια ενώ με τους ιμπεριαλιστικούς πολέμους της πνίγει τους λαούς στο αίμα και ενώ η πολεμική βιομηχανία της αποτελεί έναν από τους πιο χρυσοφόρους τομείς δράσης του κεφαλαίου.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Zařízení, jako jsou šibenice, elektrická křesla a smrtelné injekce nemají prakticky jiné využití, než pro účely trestu smrti či nelidského zacházení. Nevidím proto důvod, proč by EU, která se otevřeně staví proti trestu smrti a dalším neobvyklým trestům, měla podporovat prodej takovýchto zařízení. Oceňuji, že návrh se zabývá samotným tranzitem zmíněného zboží přes území EU, ale i naléhavým postupem, který se týká zákazu nového typu zboží, pokud to bude nezbytně nutné. Jasně proto podporuji tento návrh a věřím, že pomůže efektivně bojovat proti obchodování s těmito zařízeními.

Janusz Zemke (S&D), *na piśmie*. – Obecnie obowiązujące rozporządzenie weszło w życie 30 lipca 2006 r. Miało ono zapobiegać dostarczaniu towarów użytkownikom końcowym, którzy mogliby wykorzystywać sprzęt lub towary pochodzące z obszaru UE do zadawania tortur lub do wykonywania kary śmierci. Jak pokazała dziesięcioletnia praktyka, przypadki takie niestety się zdarzały. Podstawowy błąd polegał bowiem na tym, że obowiązujące rozporządzenie co prawda ograniczało sprzedaż towarów, ale nie blokowało przekazywania technologii, które potem były wykorzystywane przez państwa spoza UE.

Uważam, że dostawcy pomocy technicznej z firm mających siedzibę w Unii Europejskiej nie powinni czerpać żadnych korzyści z obrotu technologiami, które mogłyby powodować cierpienia lub śmierć ludzi. Dlatego też popieram projekt nowego rozporządzenia, które wprowadzałoby zakaz świadczenia pomocy technicznej przez każdy podmiot zarejestrowany w państwach UE, jeżeli sprzedawany przez niego sprzęt, towary lub technologie mogłyby zostać wykorzystywane do zadawania tortur lub wykonywania kary śmierci.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu o návrhu nariadenia týkajúceho sa obchodovania s tovarom, ktorý môže byť použitý na vykonávanie trestu smrti, mučenie alebo iné kruté, neľudské alebo ponižujúce zaobchádzanie alebo trestanie som podporila. Týmto návrhom sa mení a sprísňuje súčasná úprava, zakazuje sa ním nielen export a import výrobkov, ktoré môžu byť použité na vykonávanie trestu smrti, ale zavádza sa aj licenčný systém pre tovar, ktorý môže mať dvojité použitie. Zároveň sa oproti súčasnej úprave zakazuje aj transport takéhoto tovaru, jeho servis či propagácia. Ako absolútny zástanca zrušenia trestu smrti s touto úpravou súhlasím. Podľa môjho názoru je veľmi dôležité nielen zakázať export a import tohto tovaru, ale, samozrejme, aj všetky služby s takýmto tovarom súvisiace. Nemôžeme predsa zatvárať oči pred skutočnosťou, že takýto tovar by bol prevážaný cez naše územie alebo dokonca by tu bol opravovaný. Verím, že sprísnená legislatíva účinne pomôže eliminovať prítomnosť takéhoto tovaru na území Európskej únie, ako aj vylúči, že by sa členské štáty mohli stať tranzitnými krajinami a nepriamo tak krajiny vykonávajúce trest smrti podporovali.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Schaake por concordar com a supressão progressiva da exportação de mercadorias suscetíveis de serem utilizadas para aplicar a pena de morte ou infligir tortura ou outras penas ou tratamentos cruéis, desumanos ou degradantes nomeadamente em países que ainda aplicam a pena de morte.

As novas regras permitirão que as autoridades da UE possam reagir mais rapidamente a novas formas de tortura ou tratamentos cruéis através da regulação da sua venda em linha, por exemplo.

Noto que o comércio não é um fim em si, mas uma ferramenta que deve servir para melhorar a vida das pessoas e, por conseguinte, entendo que a UE pode e deve utilizar a sua influência comercial para promover os direitos humanos.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za predlog uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe Sveta (ES) št. 1236/2005 o trgovini z določenim blagom, ki bi se lahko uporabilo za izvršitev smrtne kazni, mučenje ali drugo okrutno, nečloveško ali poniževalno ravnanje ali kaznovanje.

Menim, da je pomembno, da se nadzira trgovina s tretjimi državami z blagom, ki bi ga bilo mogoče uporabiti za izvršitev smrtne kazni ali za mučenje ali drugo okrutno, nečloveško ali poniževalno ravnanje ali kaznovanje. Prav tako so upravičena tudi opozorila podjetij, da naj nadzor ne ovira zakonite trgovine.

Zato je potrebno pri izvajanju Uredbe ohranjati ravnovesje med interesom podjetij do nemotenega zakonitega trgovanja in nadzorom nad morebitno uporabo nekaterih proizvodov za smrtno kazen, mučenje ali drugo okrutno ravnanje ali kaznovanje.

8.8. Abkommen über strategische Kooperation zwischen Europol und China (A8-0265/2016 - Claude Moraes)

Written explanations of vote

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il seguente accordo strategico riguarda lo scambio di informazioni nei seguenti ambiti: conoscenze specialistiche, relazioni di situazione generali, risultati di analisi strategiche, informazioni sulle procedure delle indagini penali, informazioni sui metodi di prevenzione della criminalità, attività di formazione, nonché la fornitura di consulenza e sostegno nell'ambito di singole indagini penali.

Dal 2017 entrerà in vigore all'interno dell'Unione europea il nuovo regolamento Europol, che prevede una nuova procedura in cui il ruolo del Parlamento europeo è potenziato. La procedura prevede infatti che il Parlamento esprima un parere e non dia un semplice la sua approvazione, come succede al momento.

Per le ragioni descritte precedentemente e coerentemente con le mie posizioni in materia di accordi internazionali con i paesi terzi, ho deciso di astenermi.

Tim Aker, Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP MEP's have voted against this legislative report. UKIP does not support the right for the EU to make agreements with third countries. UKIP also does not recognise the mandate of Europol and therefore have also voted against this report on the basis that it increases its legitimacy and influence.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Mi postura es de clara oposición a este tipo de acuerdos de cooperación estratégica en cuestiones judiciales y legales en los que existe una gran falta de transparencia que nos impide conocer como son utilizados los datos de los ciudadanos y ciudadanas de la Unión y de las personas migrantes y apátridas que aquí residen. Además, este rechazo aumenta en el caso de países con escasas garantías de cumplimiento de los derechos judiciales más elementales, como es el caso de China. Resulta llamativo que este acuerdo haya concluido poco antes de la aprobación del nuevo reglamento de Europol que garantiza mucha mayor transparencia y apertura, particularmente en los acuerdos de cooperación con terceros países, por lo que entiendo que existe una voluntad de la agencia de seguir operando de forma opaca. Por todo esto he votado en contra del Acuerdo.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — On the Europol China agreement on strategic cooperation, I voted against. We consistently vote against these files given the bloated remit and unaccountable nature of Europol and the human rights standards of the third country in question. Strategic intelligence cooperation with a country with as poor a human rights standard as China should be opposed. I voted against the report.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai donné mon consentement à l'accord stratégique entre Europol et le ministère de la sécurité publique de la République populaire de Chine qui implique l'échange d'informations, mais pas de données personnelles.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης του Συμβουλίου σχετικά με την έγκριση της σύναψης από την Ευρωπόλ της συμφωνίας για τη στρατηγική συνεργασία μεταξύ του Υπουργείου Δημόσιας Ασφάλειας της Λαϊκής Δημοκρατίας της Κίνας και της Ευρωπαϊκής Αστυνομικής Υπηρεσίας (Ευρωπόλ), διότι με αυτό τον τρόπο θα ενισχυθεί ο αγώνας κατά του οργανωμένου εγκλήματος και θα βελτιωθεί η συνεργασία στον τομέα επιβολής του διεθνούς δικαίου.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Afin de pouvoir faire preuve d'une plus grande efficacité dans la prévention des formes graves de criminalité et dans la lutte contre celles-ci, Europol a engagé, conformément à la décision 2009/934/JAI, la procédure de conclusion d'un accord sur la coopération stratégique avec le ministère de la sécurité publique de Chine. Les accords stratégiques impliquent l'échange d'informations à l'exclusion des données à caractère personnel, alors que les accords opérationnels impliquent l'échange d'informations, y compris de données à caractère personnel.

Les termes de la coopération régie par l'accord stratégique prévoient des échanges d'informations qui peuvent comprendre l'expertise, les comptes rendus généraux, les résultats d'analyses stratégiques, les informations sur les procédures d'enquêtes pénales et les informations sur les méthodes de prévention de la criminalité, la participation à des activités de formation, ainsi que la fourniture de conseils et de soutien dans des enquêtes pénales particulières.

Avec la présente proposition, il est prévu que le Conseil adopte une décision d'exécution par laquelle il autorise Europol à approuver l'accord sur la coopération stratégique entre le ministère de la sécurité publique de la République populaire de Chine et Europol.

Je me suis opposée à cet accord en raison des risques d'espionnage industriel.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I am concerned about the power of Europol, and believe that the UK should make our own decisions on security and policing matters, and therefore on principle would vote against this proposed Agreement.

I am also unconvinced that certain human rights issues in China are sufficiently addressed with regard to this co-operation, and would like to see any such co-ordinated ventures properly debated in Westminster.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai décidé de m'abstenir car la relation entre la Chine et Europol ne peut être pensée sans considérer les relations commerciales entre l'Union européenne et la Chine et l'octroi du statut d'économie de marché à cette dernière.

Dans la mesure où celles-ci ne sont, à l'heure actuelle, pas satisfaisantes, il ne m'apparaît pas cohérent de débattre d'autres mesures de coopération.

Petras Auštrevičius (ALDE), *in writing*. – Because of previous adopted articles, any attempt at an agreement for an exchange of information between Europol and any third states or international organisations has to pass through the approval of the European Parliament. In this report, an agreement between Europol and the People's Republic of China is being discussed. China has been increasing in its capabilities and sources regarding information about organised crime. China itself is home to several high-profile criminal groups. All these were the reason proposed for this report, yet the report brings us very close to the blurred lines of exchange of individual privacy and personal data. The report would be giving both sides close access to this kind of data.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pasiūlymą, kuriuo pritariama tam, kad Europos policijos biuras (Europolas) sudarytų Kinijos Liaudies Respublikos Visuomenės saugumo ministerijos ir Europolo strateginio bendradarbiavimo susitarimą. Europolas turi aiškų operatyvinį poreikį bendradarbiauti su Kinija. Europolo teigimu, Kinija kaip šaltinio, paskirties ir tranzito šalis tampa vis svarbesnė kovojant su organizuotu nusikalstamumu, pvz., pagalba neteisėtai migracijai, prekyba žmonėmis, su narkotikais susijusiais nusikaltimais, euro padirbinėjimu, intelektinės nuosavybės teisių pažeidimais, korupcija sporto sektoriuje, elektroniniais nusikaltimais ir su pinigų plovimu susijusiais nusikaltimais. Todėl pritariu tam, kad su Kinija būtų sudarytas šis strateginio bendradarbiavimo susitarimas, nes jis gerokai prisidės kovojant su organizuotu nusikalstamumu bei prisidės didinant bendradarbiavimą tarptautinės teisėsaugos srityje.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – Ez a jelentés a Kína és az Europol közötti stratégiai együttműködésről szóló megállapodás jóváhagyására vonatkozik. Egy ilyen stratégiai megállapodás kizárja a személyes adatok cseréjét, ebből következően az adatvédelem kérdése ebben az esetben nem játszik szerepet. A kicserélt információk magukban foglalhatják a szakértelemnek, az általános helyzetjelentéseknek, a stratégiai elemzés eredményeinek, valamint a bűnügyi nyomozási eljárásokra és bűnmegelőzési módszerekre vonatkozó információknak a területét, valamint képzési tevékenységeket, illetve tanácsadás és támogatás nyújtását az egyes konkrét bűnügyi nyomozásokhoz.

A Kína és az Europol közötti stratégiai együttműködési megállapodás segítené és megerősítené a szervezett bűnözés elleni küzdelmet, valamint hozzájárulna a nemzetközi bűnüldözési együttműködés megerősítéséhez. Ezek alapján a jelentés elfogadását támogattam.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this legislative report. UKIP does not support the right for the EU to make agreements with third countries. UKIP also does not recognise the mandate of Europol and therefore has also voted against this report on the basis that it increases its legitimacy and influence.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Les accords stratégiques impliquent l'échange d'informations à l'exclusion des données à caractère personnel, alors que les accords opérationnels impliquent l'échange de toutes les informations, y compris de données à caractère personnel.

Je me suis donc opposé à cet accord qui prévoit que le Conseil adopte une décision d'exécution par laquelle il autorise EUROPOL à approuver l'accord sur la coopération stratégique entre le ministère de la sécurité publique de la République populaire de Chine et EUROPOL.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Afin de pouvoir faire preuve d'une plus grande efficacité dans la prévention des formes graves de criminalité et dans la lutte contre celles-ci, EUROPOL a engagé la procédure de conclusion d'un accord de coopération stratégique avec le ministère de la sécurité publique de Chine.

Cet accord implique l'échange d'informations (à l'exclusion des données à caractère personnel), et couvre l'expertise, les comptes rendus généraux, les résultats d'analyses stratégiques, les informations sur les procédures d'enquêtes pénales et les informations sur les méthodes de prévention de la criminalité, la participation à des activités de formation, ainsi que la fourniture de conseils et de soutien dans des enquêtes pénales particulières.

Cet accord a pour objectif de soutenir et de renforcer l'action des autorités compétentes des États membres et leur coopération mutuelle dans la prévention de la criminalité organisée, du terrorisme et d'autres formes graves de criminalité. J'ai voté en faveur de celui-ci.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La Repubblica popolare cinese svolge oggi un ruolo sempre più importante come paese di provenienza, transito e destinazione nella lotta contro la criminalità organizzata. Per questo motivo ho deciso di votare a favore della relazione Moraes che approva l'accordo di cooperazione strategica tra Europol e la Cina. Grazie ad esso sarà possibile un vasto scambio di informazioni su conoscenze specialistiche, relazioni, risultati di analisi strategiche, informazioni sulle procedure delle indagini penali e attività di formazione.

Data la presenza nel paese asiatico di diversi gruppi criminali organizzati ad alto impatto, la collaborazione su temi come l'immigrazione illegale, la tratta di esseri umani, i reati connessi con la droga, la criminalità informatica e il riciclaggio di denaro potrà dimostrarsi particolarmente proficua, rafforzando l'azione di entrambe le parti nel settore della giustizia e della sicurezza. È bene sottolineare che l'accordo non prevede lo scambio di dati personali, garantendo quindi la tutela dei diritti dei cittadini europei.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto en contra de este informe que establece siguiendo el Articulo 23, apartado 2, de la decisión 2009/371/JHA, por la que el Consejo para aprobar la conclusión de acuerdos de cooperación internacional con terceros estados y organizaciones, debe de consultar al Parlamento Europeo. En estos acuerdos se engloba el intercambio de información estratégica y clasificada, así como, intercambio de datos personales.

Voto en contra, puesto que considero negativamente el establecimiento de este tipo de acuerdos de intercambio de información con un país en el que se producen un número significativo de casos de vulneración de los derechos humanos que han sido debidamente documentados. La postura de nuestro grupo sobre la cooperación judicial con terceros países es que sólo debe de producirse cuando se dan las garantías suficientes de respeto a los derechos humanos.

Joëlle Bergeron (EFDD), *par écrit*. – C'est bien que l'Europe veuille collaborer – si j'ose dire – avec la Chine, via son agence Interpol, contre le crime organisé dont nous savons qu'il devient de plus en plus planétaire. C'est bien que ce rapport précise que la Chine devient de plus en plus un pays d'origine, de destination et de transit pour toutes sortes de trafics et de crimes.

Cela étant, ne nous voilons pas la face, car quand bien même la Chine deviendrait la première puissance économique du monde dans un avenir proche, le régime reste à l'heure actuelle une dictature qui censure l'internet, qui emprisonne sans procès des opposants et qui viole les droits de l'homme à longueur de journée.

Mais la politique est l'art du possible. J'ai voté pour ce rapport parce qu'il faut choisir le moindre mal et parce que le rapporteur précise bien que l'échange de données personnelles est exclu de cet accord. Mais sans cautionner aveuglément le comportement de nos «partenaires» chinois, comme d'autres le font trop souvent.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport relatif à un accord sur la coopération stratégique entre la Chine et Europol.

Certes, le rapporteur précise que l'accord stratégique en question exclura l'échange de données à caractère personnel. Cependant, le caractère des informations échangées reste sensible: expertise, mais aussi comptes rendus généraux, résultats d'analyses stratégiques, informations sur les procédures d'enquêtes pénales, etc.

Or, compte tenu du statut particulier de la Chine, non reconnue encore comme une économie de marché mais hautement compétitive, il pourrait s'avérer imprudent de partager avec cette puissance de telles informations.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Condivido la proposta di accordo sulla cooperazione strategica tra la Repubblica popolare cinese ed Europol. Ritengo che una maggiore cooperazione fra questo paese ed Europol potrà garantire politiche ed azioni di contrasto più efficaci nella lotta alla criminalità, e ho quindi sostenuto col mio voto la relazione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre el proyecto de Decisión de Ejecución del Consejo por la que se aprueba la celebración por parte de la Oficina Europea de Policía (Europol) del Acuerdo de Cooperación Estratégica entre el Ministerio de Seguridad Pública de la República Popular China y Europol.

La información intercambiada podría incluir conocimientos especializados, informes generales de situación, resultados de análisis estratégicos, información sobre procedimientos de investigación penal, información sobre métodos de prevención de delitos y actividades de formación, así como la prestación de apoyo y asesoramiento en investigaciones penales concretas. No obstante, se excluye del acuerdo estratégico el intercambio de datos personales.

Tal y como advierte Europol, China está adquiriendo un papel cada vez más relevante como país de origen, destino y tránsito en la lucha contra la delincuencia organizada, en ámbitos como la ayuda a la inmigración ilegal, la trata de seres humanos, los delitos relacionados con las drogas, la falsificación del euro, las violaciones de los derechos de propiedad intelectual o la corrupción en el deporte, así como en otras actividades relacionadas con la ciberdelincuencia y el blanqueo de capitales.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame nagrinėjamas pasiūlymas, susijęs su siūlomu pritarimu strateginiam Europolo ir Kinijos bendradarbiavimui. Į šį strateginį susitarimą keitimasis asmens duomenimis neįtrauktas, taigi duomenų apsaugos klausimas šiuo atveju neaktualus. Galėtų būti keičiamasi informacija specialiųjų žinių, bendrosios padėties ataskaitų, strateginių analizių rezultatų srityse, informacija apie nusikalstamų veikų tyrimo procedūras, nusikalstamumo prevencijos metodus, mokymų veiklą, taip pat galėtų būti teikiamos konsultacijos ir pagalba atliekant konkrečius nusikalstamų veikų tyrimus. Atrodo, kad Europolas turi aiškų operatyvinį poreikį bendradarbiauti su Kinija. Europolas teigia, kad Kinija kaip šaltinio, paskirties ir tranzito šalis tampa vis svarbesnė kovojant su organizuotu nusikalstamumu, pvz., pagalba neteisėtai migracijai, prekyba žmonėmis, su narkotikais susijusiais nusikaltimais, euro padirbinėjimu, intelektinės nuosavybės teisių pažeidimais, korupcija sporto sektoriuje, elektroniniais nusikaltimais ir su pinigų plovimu susijusiais nusikaltimais. Be to, Kinijoje įsikūrusios kelios didelį poveikį darančios organizuotos nusikalstamos grupuotės. Parlamentas pritaria tam, kad su Kinija būtų sudarytas šis strateginio bendradarbiavimo susitarimas, nes jis padės kovoti ir stiprins kovą su organizuotu nusikalstamumu, taip pat prisidės didinant bendradarbiavimą tarptautinės teisėsaugos srityje.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A szervezett bűnözés elleni sikeres fellépés érdekében rendkívüli jelentőséggel bír a harmadik országbeli partnerek bűnüldöző szerveivel megvalósuló információcsere. Az Európai Rendőrségi Hivatal (Europol) szerint származási, cél- és tranzitországként Kína egyre nagyobb súllyal bír a szervezett bűnözés elleni küzdelemben. Ezért is fontos az Europol és Kína között megkötendő stratégiai együttműködésről szóló megállapodás, amely lehetővé teszi a szakértelem, az általános helyzetjelentések, a stratégiai elemzési eredmények, valamint a bűnügyi nyomozási eljárások és a bűnmegelőzési módszerekre vonatkozó információk kicserélését, illetve tanácsadás és támogatás nyújtását az egyes konkrét bűnügyi nyomozásokhoz.

Az Europolnak egyértelműen szüksége van arra, hogy együttműködjön Kínával, ezért szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Tudi predlagani sklep o sporazumu med Europolom in Kitajsko o strateškem sodelovanju sem podprl.

Sodelovanje pri izmenjavi podatkov o strateških analizah, postopkih kazenskih preiskav in o metodah za preprečevanje kriminala, dejavnosti usposabljanja ter svetovanju in podpori pri posameznih kazenskih preiskavah bo nedvomno pripomoglo k omejevanju oz. preprečevanju organiziranega kriminala med Evropo in Azijo. Izpostaviti velja, da sporazum ne vključuje izmenjave osebnih podatkov.

Sodelovanje Europola s Kitajsko je pomembno zaradi dejstva, da je Kitajska čedalje bolj pomembna kot izvorna, ciljna in tranzitna država v boju proti organiziranemu kriminalu, predvsem pri trgovini z ljudmi, trgovini z drogami, ponarejanju in kršitvam pravic intelektualne lastnine, pranjem denarja, itn.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o sporazumu o strateškoj suradnji između Europola i Kine, temeljem kojeg se EP konzultira o tome treba li dati svoj pristanak na strateški sporazum između Europola i Narodne Republike Kine, koji uključuje razmjenu informacija, ali ne i osobne podatke.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the conclusion of the Agreement on Strategic Cooperation between Europol and the Chinese Ministry of Public Security because I share the strategic goal of increasing our effectiveness in preventing serious forms of crime. Only the cooperation between global actors in security matters can improve the prevention efforts we carry out.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – La UE e gli Stati membri condividono le responsabilità in merito al mantenimento della sicurezza, della giustizia, della libertà e della salvaguardia dei diritti fondamentali dei cittadini dell'Unione: per questo è necessario creare un livello efficace di protezione dei dati nell'ambito delle attività giudiziarie e di polizia esercitate dalle autorità dell'UE e dei suoi Stati membri.

Spingere da un lato verso la creazione di istituzioni comuni che armonizzino le attività, attuando una vera cooperazione fra le autorità di controllo a livello nazionale e dell'Unione, e dall'altro aumentare la cooperazione con le forze di polizia dei paesi terzi è fondamentale per migliorare la cooperazione strategica ed operativa tra gli Stati membri dell'Unione europea e i loro partner commerciali, nell'ottica di rafforzare l'efficienza della lotta al terrorismo, alle mafie, al contrabbando e alla criminalità internazionale, così da aumentare sia la sicurezza dei cittadini dell'UE che quella dei paesi partner.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Europol a engagé avec le ministère de la sécurité publique chinois un accord sur la coopération stratégique afin d'accroitre l'efficacité en matière de lutte contre le crime organisé.

Ces accords stratégiques prévoient des échanges d'informations sur les expertises, les comptes rendus généraux, les résultats d'analyses stratégiques, les procédures d'enquêtes pénales, les méthodes de prévention de la criminalité ou encore la fourniture de conseils et de soutien dans des enquêtes pénales particulières.

Bien que ces accords stratégiques excluent, de fait, les échanges d'informations à caractère personnel, je me suis opposé à ce texte pour protéger les Etats membres d'un potentiel risque d'espionnage industriel de la part de la Chine.

La lutte contre la criminalité ne doit pas se faire au détriment de la sauvegarde de nos emplois et de nos industries. J'ai donc voté contre ce rapport.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Propunerea se referă la aprobarea unui acord de cooperare între Europol și China, un acord strategic care cuprinde cunoștințele specializate, rapoarte privind situația generală, rezultate ale analizelor strategice, informații privind procedurile de anchetare penală, informații privind metodele de prevenire a infracționalității, activități de formare și acordarea de consiliere și sprijin în anumite anchete penale.

China este din ce în ce mai pertinentă ca țară de origine, de destinație și de tranzit în lupta împotriva criminalității organizate, cum ar fi formele organizate de imigrație ilegală, traficul de persoane, criminalitatea legată de droguri, falsificarea monedei euro, încălcările drepturilor de proprietate intelectuală, corupția în sport, precum și activitățile legate de criminalitatea cibernetică și de spălarea de bani.

Am votat favorabil prezentul raport deoarece consider că încheierea acestui acord de cooperare strategic cu China ar sprijini și intensifica combaterea criminalității organizate și ar contribui la consolidarea cooperării internaționale în domeniul asigurării respectării legii.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Informația a fost dintotdeauna o resursă puternică și valoroasă, iar informația care ajută la prevenirea infracționalității, la combaterea criminalității organizate sau a oricărui alt tip de infracțiune ce poate trece nesesizată din cauza lipsei de comunicare dintre două entități statele este deosebit de prețioasă. De aceea, încheierea de acorduri internaționale de cooperare a Uniunii cu state terțe sau organizații internaționale, firește, după consultarea Parlamentului European, care exprimă necesitatea clară ca Europol să coopereze în acest caz cu China, ajută la combaterea criminalității organizate și poate contribui la consolidarea cooperării internaționale în domeniul asigurării respectării legii.

Susțin raportul referitor la Acordul privind cooperarea strategică dintre China și Europol, deoarece, nu numai că demarează un mecanism operațional cu China, un stat din ce în ce mai reprezentativ ca origine, destinație și tranzit în lupta criminalității organizate, dar exclude din capul locului schimbul de date cu caracter personal.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore dell'accordo di cooperazione strategica tra Europol e la Cina perché è chiara la necessità operativa di Europol di collaborare con la Cina.

La Cina svolge un ruolo sempre più importante come paese di provenienza, transito e destinazione nella lotta contro la criminalità organizzata, il favoreggiamento dell'immigrazione illegale, la tratta di esseri umani, i reati connessi con la droga, la contraffazione dell'euro, le violazioni dei diritti di proprietà intellettuale, la corruzione nello sport, la criminalità informatica e le attività connesse con il riciclaggio di denaro.

Sembra, inoltre, che in Cina si trovino diversi gruppi criminali organizzati.

Sono quindi favorevole alla conclusione di questo accordo di cooperazione strategica con la Cina, perché ritengo che esso possa rappresentare un valido aiuto ed un sostegno alla lotta contro la criminalità organizzata e contribuire a rafforzare la cooperazione internazionale per la legalità.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report which would see the EU exchanging operational, strategic, technical and classified information with China. Cooperation agreements on information exchange with certain third countries have the potential to lead to the deterioration of human rights, and should be treated with extreme caution. For these reasons I voted against.

David Casa (PPE), *in writing*. – I support the conclusion of this strategic cooperation agreement with China, since it would aid and reinforce the fight against organised crime and would contribute to enhancing international law enforcement co-operation. The agreement involves the exchange of operational, strategic and technical information and does not contain provisions on personal data.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – L'accordo di cooperazione tra Europol e la Cina riguarda lo scambio di informazioni, ma sono esclusi i dati personali. Le informazioni possono riguardare conoscenze specialistiche, relazioni di situazione generali, risultati di analisi strategiche, informazioni sulle procedure delle indagini penali, informazioni sui metodi di prevenzione della criminalità, attività di formazione, nonché la fornitura di consulenza e sostegno nell'ambito di singole indagini penali. Tuttavia non si può dire che si tratti di dati non sensibili e, inoltre, la nuova procedura che vede un ruolo potenziato del Parlamento nella conclusione di accordi con paesi terzi non è ancora utilizzata. Ho preferito quindi astenermi.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – La criminalità organizzata e il terrorismo non fermano le loro attività ai confini dell'Unione europea per contrastarne l'attività. Considerato il loro carattere transazionale, sono necessarie azioni coordinate e scambi di informazioni anche con i paesi non comunitari. Europol ha l'importante compito di rendere l'Europa più sicura, anche tramite accordi di cooperazione strategica con paesi terzi, come la Cina. La Repubblica Popolare Cinese, infatti, svolge un ruolo sempre più importante come paese di provenienza, transito e destinazione nella lotta contro il crimine internazionale. Ho votato a favore perché una buona cooperazione internazionale è una condizione indispensabile per poter contrastare efficacemente la criminalità organizzata.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση καθώς φαίνεται ότι υπάρχει σαφής επιχειρησιακή ανάγκη να συνεργαστεί η Ευρωπόλ με την Κίνα.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε επί της έκθεσης για τη στρατηγική συνεργασία μεταξύ του Υπουργείου Δημόσιας Ασφάλειας της Λαϊκής Δημοκρατίας της Κίνας και της Ευρωπαϊκής Αστυνομικής Υπηρεσίας (Europol). Είναι προφανές ότι οι ανακατατάξεις που καλούμαστε να αντιμετωπίσουμε εξ αιτίας του μεταναστευτικού ζητήματος αλλά και της οικονομικής κρίσης, οδηγούν στην ανάγκη εντονότερων ελέγχων. Παράλληλα όμως, δημιουργείται προβληματισμός σχετικά με τις πρακτικές που θέλουμε να εφαρμόσουμε αλλά και τα δικαιώματα των πολιτών που καλούμαστε να υπερασπιστούμε. Θεωρώ πως η έκθεση αυτή δεν καταφέρνει να καλύψει όλα τα ζητήματα σε επαρκή βαθμό και γι' αυτό αποφάσισα να απόσχω.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta in esame che riguarda l'idea di approvazione di un accordo di cooperazione strategica tra Europol e la Cina. Tale accordo strategico esclude lo scambio di dati personali e pertanto la questione della protezione dei dati non è rilevante in questo caso. Le informazioni scambiate potrebbero comprendere conoscenze specialistiche, relazioni di situazione generali, risultati di analisi strategiche, informazioni sulle procedure delle indagini penali, informazioni sui metodi di prevenzione della criminalità, attività di formazione.

Sembra esservi una chiara necessità operativa di Europol di collaborare con la Cina. Secondo Europol, la Cina svolge un ruolo importante come paese di provenienza, transito e destinazione nella lotta contro la criminalità organizzata, come il favoreggiamento dell'immigrazione illegale, la tratta di esseri umani, i reati connessi con la droga, la contraffazione dell'euro, le violazioni dei diritti di proprietà intellettuale, la criminalità informatica e attività connesse con il riciclaggio di denaro. In Cina si trovano diversi gruppi criminali organizzati importanti. Il relatore è favorevole alla conclusione di questo accordo di cooperazione strategica con la Cina, dato che rappresenterebbe un aiuto e un sostegno alla lotta contro la criminalità organizzata e contribuirebbe a rafforzare la cooperazione internazionale in materia di applicazione della legge.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Parere positivo per la risoluzione in oggetto riguardante gli accordi strategici di Europol con la Cina. Si ricorda che Europol è l'Ufficio europeo di polizia e che la sua finalità è quella di migliorare la cooperazione tra le forze di polizia degli Stati membri allo scopo di combattere il terrorismo, il traffico illecito di stupefacenti e le altre forme gravi di criminalità organizzata internazionale. Si tratta quindi di accordi strategici inerenti al solo scambio di informazioni operative, strategiche e tecniche e non di accordi di cooperazione operativa. Questo accordo esclude perciò lo scambio di dati personali con la Cina.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – In nome della lotta al crimine internazionale non posso che esprimere tutto il mio sostegno all'accordo di cooperazione strategica stretto tra l'Europol e la Repubblica popolare cinese. Tale intesa racchiude lo scambio di informazioni operative, strategiche e tecniche e, pur escludendo lo scambio di dati personali, prevede sincronia in merito alle conoscenze specifiche richieste, ai risultati delle analisi strategiche, alle procedure investigative e ai metodi di prevenzione, oltre che alla formazione e al supporto nei casi specifici. Posto che lo scenario odierno vede la Cina come fonte, destinazione e luogo di transito di immigrazione illegale, traffico di esseri umani, contraffazione e corruzione, la sintonia strategica appena approvata consentirà una lotta alla criminalità organizzata più moderna e consapevole, oltre che una cooperazione internazionale decisamente più affiatata. Come emerso da un rapporto del CNEL del 2011, la criminalità organizzata cinese è da tempo presente sul nostro territorio e si occupa principalmente di traffico di esseri umani, prostituzione, gioco d'azzardo, estorsioni e soprattutto di contraffazione dei nostri marchi e prodotti tessili. Perciò, confido in un progressivo abbattimento di tali fenomeni grazie alla coesione di quanti più Stati avranno accesso ad accordi strategici della stessa entità.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the Report on the draft Council implementing decision approving the conclusion by the European Police Office (Europol) of the Agreement on Strategic Cooperation between the Ministry of Public Security of the People's Republic of China and Europol and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – No âmbito do seu mandato, a Europol pode celebrar acordos com países terceiros e outras organizações, de modo a estabelecer vias de cooperação, sobretudo no combate ao crime organizado e ao terrorismo.

Nesse contexto compete ao Parlamento – visto o acordo alcançado – consentir na sua assinatura pela Europol. Fica assim dado o seu assentimento, demonstrado o cumprimento de todos os requisitos legais e garantidas todas as salvaguardas para os cidadãos europeus.

Este acordo com a China reveste particular importância, uma vez que é público e notório que é um país de origem, trânsito e destino de grupos de crime organizado com impacto ao nível global.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn China gewinnt bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens als Herkunfts-, Bestimmungs- und Transitland immer mehr an Bedeutung. Die mit Hilfe des Abkommens ausgetauschten Informationen können Informationen über strafrechtliche Ermittlungsverfahren und über Methoden zur Prävention von Straftaten, die Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen sowie die Bereitstellung von Beratung und Unterstützung in einzelnen strafrechtlichen Ermittlungsverfahren umfassen. Und damit erreichen wir eine bessere Kooperation im Kampf gegen das organisierte Verbrechen.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione in quanto una collaborazione strategica di Europol con la Cina può portare alla conclusione di importanti accordi di cooperazione operativa con la polizia al fine di prevenire e combattere la criminalità organizzata riducendo anche il transito di gruppi terroristici attraverso lo scambio di informazioni strategiche e tecniche. E' importante sviluppare una strategia condivisa volta a combattere quei fenomeni criminali ancora particolarmente presenti in Cina quali il favoreggiamento dell'immigrazione illegale, la tratta di esseri umani, i reati connessi con la droga, la contraffazione dell'euro, le violazioni dei diritti di proprietà intellettuale, la corruzione nello sport nonché la criminalità informatica e le attività connesse con il riciclaggio di denaro.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I support the approval of a strategic cooperation agreement between Europol and China. Such a strategic agreement, as clearly stated in this report, excludes the exchange of personal data.

There is scope for having criminal investigation procedures, information on crime-prevention methods, training activities, and the provision of advice and support in individual criminal investigations. This will help us reinforce the fight against organised crime and would contribute to enhancing international law enforcement cooperation.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Mi postura es de clara oposición a este tipo de acuerdos de cooperación estratégica en cuestiones judiciales y legales en los que existe una gran falta de transparencia que nos impide conocer como son utilizados los datos de los ciudadanos y ciudadanas de la Unión y de las personas migrantes y apátridas que aquí residen. Además, este rechazo aumenta en el caso de países con escasas garantías de cumplimiento de los derechos judiciales más elementales, como es el caso de China. Resulta llamativo que este acuerdo haya concluido poco antes de la aprobación del nuevo reglamento de Europol que garantiza mucha mayor transparencia y apertura, particularmente en los acuerdos de cooperación con terceros países, por lo que entiendo que existe una voluntad de la agencia de seguir operando de forma opaca. Por todo esto he votado en contra del Acuerdo.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La Cina svolge un ruolo sempre più importante come paese di provenienza, transito e destinazione nella lotta alla criminalità organizzata. Pertanto ho accolto con favore il suo inserimento nell'elenco di paesi con cui l'Europol può avviare negoziati per concludere un progetto di accordo di cooperazione. Credo che questo sia un primo ed importante passo verso un sostegno più strutturato nella lotta alla criminalità organizzata. La cooperazione strategica, attraverso lo scambio di informazioni, non può che dare impulso a iniziative rafforzate in materia di applicazione della normativa, contribuendo in tal modo ad un significativo rafforzamento della cooperazione nella lotta alla criminalità organizzata transfrontaliera.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Ultimele rapoarte arată o îmbunătățire semnificativă a luptei împotriva crimei și a infracționalității organizate pe teritoriul Chinei, acolo unde își desfășoară activitatea mai multe grupări infracționale foarte periculoase. În acest sens, o cooperare între Europol și Ministerul Securității Publice din Republica Populară Chineză reprezintă o necesitate. Prezentul acord face referire la schimbul de informații operaționale, strategice, tehnice sau clasificate. Un astfel de acord strategic exclude schimbul de date cu caracter personal. Am votat pentru această cooperare în lupta împotriva crimei organizate, un fenomen global, ce ne afectează direct pe fiecare.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament ma jóváhagyta a Kína és az Europol közötti stratégiai együttműködésről szóló megállapodást. Mivel az Europolnak szüksége van a Kínával való együttműködésre, ezért a megállapodást szavazatommal támogattam. Kínának egyre nagyobb szerepe van a szervezett bűnözés elleni küzdelemben. Nemcsak hogy Kínához köthető több nagy befolyással bíró szervezett bűnözői csoport, de nagy „hagyománya" van többek között olyan szervezett illegális tevékenységeknek, mint például a segítők által támogatott illegális bevándorlás, az emberkereskedelem, a kábítószerekkel összefüggő bűnözés, az euróhamisítás, a szellemitulajdon-jog megsértése, a sportkorrupció, valamint a kiberbűnözés és a pénzmosással kapcsolatos tevékenységek.

Örülök, hogy a megállapodás hozzájárul a szervezett bűnözés elleni küzdelem hatékonyságához, s egyben hozzájárul a nemzetközi bűnüldözési együttműködés megerősítéséhez is.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za porozumieniem o współpracy strategicznej między Europolem a Chinami, która to dotyczy wymiany informacji z wyłączeniem danych osobowych. Należy zauważyć, że Chiny są obecnie krajem pochodzenia, przeznaczenia i tranzytu w walce z przestępczością zorganizowaną. Porozumienie obejmuje istotne kwestie takie jak: dzielenie się wiedzą specjalistyczną czy wynikami analiz strategicznych oraz doradzanie i wspieranie w konkretnych dochodzeniach. Zagłosowałem za, ponieważ popieram każde działanie mające na celu zwiększenie bezpieczeństwa.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – According to Europol, China is increasingly relevant as a source-, destination- and transit-country in the fight against organised crime. I believe that the conclusion of this strategic cooperation agreement with China would contribute to enhancing international law enforcement co-operation.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – La Cina, oggi, può svolgere un ruolo importante nella lotta internazionale contro la criminalità organizzata in quanto paese di provenienza, transito e destinazione dei proventi da illeciti quali la tratta di esseri umani, il narcotraffico, le violazioni dei diritti di proprietà intellettuale, la criminalità informatica nonché attività connesse con il riciclaggio di denaro. L'accordo di cooperazione strategica con la Cina costituisce un tassello fondamentale alla lotta contro questi fenomeni. Pertanto, mi sono espresso favorevolmente all'intesa.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport propose l'approbation du Parlement européen à la conclusion par le Conseil de l'accord de coopération stratégique entre Europol et la Chine.

La Chine accueille plusieurs groupes criminels organisés et est considérée comme un pays de transit important pour la criminalité organisée.

Considérant que cette coopération technique et stratégique entre l'Union et la République Populaire de Chine renforcera la lutte contre les réseaux de criminalité organisée, j'ai soutenu ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce rapport pour la conclusion, par l'Office européen de police (Europol), de l'accord sur la coopération stratégique entre le ministère de la sécurité publique de la République populaire de Chine et Europol.

Il est nécessaire que nous nous dotions d'un cadre de coopération entre Europol, qui a pour mandat de rendre l'Europe plus sûre et d'aider les services répressifs d'un pays, et la Chine, par laquelle passe de nombreuses organisations criminelles qui agissent en Europe.

La conclusion de tels accords est importante afin de renforcer notre coopération notamment en matière de lutte contre le terrorisme. Il était cependant impératif que cet accord garantisse la protection des données personnelles des citoyens européens.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A szervezett bűnözés elleni sikeres fellépés érdekében rendkívüli jelentőséggel bír a harmadik országbeli partnerek bűnüldöző szerveivel megvalósuló információcsere. Az Európai Rendőrségi Hivatal (Europol) szerint származási, cél- és tranzitországként Kína egyre nagyobb súllyal bír a szervezett bűnözés elleni küzdelemben. Ezért is fontos az Europol és Kína között megkötendő stratégiai együttműködésről szóló megállapodás, amely lehetővé teszi a szakértelem, az általános helyzetjelentések, a stratégiai elemzési eredmények, valamint a bűnügyi nyomozási eljárásokra és a bűnmegelőzési módszerekre vonatkozó információk kicserélését, illetve tanácsadás és támogatás nyújtását az egyes konkrét bűnügyi nyomozásokhoz.

Az Europolnak egyértelműen szüksége van arra, hogy együttműködjön Kínával, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogatom a kezdeményezést.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – La criminalità organizzata cinese nell'UE è un problema crescente per la sicurezza dei paesi membri che riguarda settori quali le tratte di esseri umani, stupefacenti e riciclaggio di denaro. Ho votato a favore della relazione per migliorare la collaborazione tra l'Europol e la Cina nella lotta contro la criminalità organizzata e il rafforzamento della cooperazione internazionale in materia di applicazione della legge. Un migliore controllo porterà anche a una maggiore trasparenza nei rapporti politici ed economici.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада на г-н Морайс относно Споразумението за стратегическо сътрудничество между Китай и Европол, тъй като такъв тип споразумения с трети страни са изключително важни за спомагане на борбата с организираната престъпност. Все по-често Китай е или източник, или транзитна страна на голям брой престъпления с международен характер като трафика на хора и наркотици, фалшифициране на валута и по-специално на еврото, но също така нарушения на правата на интелектуалната собственост, корупция в спорта, кибер престъпления и пране на пари. Споразумението с Китай цели да се подобри обменът на информация като специализирани познания, ситуационни доклади, стратегически анализи и други, с изключение на обмена на лични данни. Също така, споразумението предвижда общи обучения и сътрудничество и подкрепа в отделни наказателни разследвания.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η Κίνα αποτελεί στρατηγικό εταίρο της Ρωσίας ενώ η στενή επιχειρησιακή συνεργασία της ΕΕ με την Κίνα είναι σημαντική, στο πλαίσιο καταπολέμησης του οργανωμένου εγκλήματος.

Το ζήτημα προστασίας δεδομένων προσωπικού χαρακτήρα δεν αφορά την προκείμενη περίπτωση, διότι στη συμφωνία αυτή αποκλείεται η ανταλλαγή τέτοιων δεδομένων.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A szervezett bűnözés elleni sikeres fellépés érdekében rendkívüli jelentőséggel bír a harmadik országbeli partnerek bűnüldöző szerveivel megvalósuló információcsere. Az Európai Rendőrségi Hivatal (Europol) szerint származási, cél- és tranzitországként Kína egyre nagyobb súllyal bír a szervezett bűnözés elleni küzdelemben. Ezért is fontos az Europol és Kína között megkötendő stratégiai együttműködésről szóló megállapodás, amely lehetővé teszi a szakértelem, az általános helyzetjelentések, a stratégiai elemzési eredmények, valamint a bűnügyi nyomozási eljárások és a bűnmegelőzési módszerekre vonatkozó információk kicserélését, illetve tanácsadás és támogatás nyújtását az egyes konkrét bűnügyi nyomozásokhoz.

Az Europolnak egyértelműen szüksége van arra, hogy együttműködjön Kínával, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogatom a kezdeményezést.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – De acordo com a Europol, a China assume uma importância cada vez maior na luta contra a criminalidade organizada, enquanto país de origem, de trânsito e de destino, em domínios como o auxílio à imigração clandestina, o tráfico de seres humanos, os crimes relacionados com a droga, a falsificação do euro, as violações dos direitos de propriedade intelectual, a corrupção no desporto, bem como as atividades relacionadas com o branqueamento de capitais e a cibercriminalidade.

O presente documento diz respeito à proposta de aprovação de um acordo de cooperação estratégica entre a Europol e a China. As informações trocadas poderiam incluir conhecimentos especializados, relatórios gerais de situação, resultados de análises estratégicas, informações sobre processos de investigação penal, informações sobre métodos de prevenção da criminalidade, atividades de formação, prestação de aconselhamento e apoio em determinadas investigações penais.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: avec la présente proposition, il est prévu que le Conseil adopte une décision d'exécution par laquelle il autorise EUROPOL à approuver l'accord sur la coopération stratégique entre le ministère de la sécurité publique de la République populaire de Chine et EUROPOL.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta proposta diz respeito à homologação de um acordo de cooperação estratégica entre a Europol e a China. As informações trocadas podem incluir conhecimentos específicos, relatórios sobre a situação geral, resultados da análise estratégica, informações sobre os procedimentos de investigação criminal, informações sobre os métodos de prevenção do crime, atividades de formação e a prestação de aconselhamento e apoio em investigações criminais individuais.

À semelhança de outras agências da União Europeia, a Europol é uma estrutura criada para impor a concretização de um caminho de progressiva federalização, além do mais em domínios particularmente sensíveis e que tocam no âmago da soberania dos Estados, porque mexem com direitos, liberdades e garantias. Desde a sua criação que lhe têm sido atribuídas competências que atentam contra a soberania dos Estados, sendo a sua atividade desenvolvida sem qualquer controlo democrático.

Entendemos que a Europol não deve sobrepor-se às polícias nacionais e às suas atividades e defendemos a cooperação entre as estruturas de segurança interna e externa dos vários países. O nosso voto de rejeição deste relatório é, por isso, indissociável da posição de princípio que temos relativamente à Europol.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della presente risoluzione poiché approvo la conclusione dell'accordo tra Europol e la Cina relativo allo scambio di informazioni, esclusi i dati personali, in tema di cooperazione strategica. Il voto è giustificato dal ruolo crescente che la Cina ha assunto come paese di transito e destinazione nella lotta alla criminalità organizzata e dal suo soddisfacimento dei requisiti necessari alla conclusione dell'accordo. Tale accordo include, tra i vari aspetti, lo scambio di informazioni sulle procedure di indagine penale e sui metodi di prevenzione della criminalità.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against, as the agreement is more about big business than citizens.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Pri tejto strategickej dohode ide o spoluprácu medzi Europolom a Čínou. V rámci tejto dohody nepôjde o výmenu osobných údajov, keďže táto strategická dohoda vylučuje výmenu osobných údajov, a preto nie je ani právne relevantná ich ochrana. Po dôkladnom procese zbierania informácií je zrejmé, že existujú odborné a operačné potreby na výmenu informácií medzi Europolom a Čínou. Uzavretie tejto strategickej dohody o spolupráci s Čínou napomôže a posilní boj proti organizovanej trestnej činnosti a prispeje k zlepšeniu spolupráce v oblasti presadzovania medzinárodného práva.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione perchè sostengo la necessità dello scambio di informazioni operative, strategiche e tecniche tra diversi attori.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Η Κίνα αποτελεί στρατηγικό εταίρο της Ρωσίας και η στενή επιχειρησιακή συνεργασία της ΕΕ με την Κίνα είναι σημαντική, στο πλαίσιο καταπολέμησης του οργανωμένου εγκλήματος.

Το ζήτημα προστασίας δεδομένων προσωπικού χαρακτήρα δεν αφορά την προκείμενη περίπτωση, διότι στη συμφωνία αυτή αποκλείεται η ανταλλαγή τέτοιων δεδομένων. Για τον λόγο αυτό υπερψηφίζω τη Συμφωνία Ευρωπόλ - Κίνας περί στρατηγικής συνεργασίας.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Parliament is being consulted on whether to give our consent to the Strategic agreement between Europol and the Ministry of Public Security of the People's Republic of China. Strategic agreements involve the exchange of information, but not personal data. I voted in favour of the proposal.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A szervezett bűnözés elleni sikeres fellépés érdekében rendkívüli jelentőséggel bír a harmadik országbeli partnerek bűnüldöző szerveivel megvalósuló információcsere. Az Európai Rendőrségi Hivatal (Europol) szerint származási, cél- és tranzitországként Kína egyre nagyobb súllyal bír a szervezett bűnözés elleni küzdelemben. Ezért is fontos az Europol és Kína között megkötendő stratégiai együttműködésről szóló megállapodás, amely lehetővé teszi a szakértelem, az általános helyzetjelentések, a stratégiai elemzési eredmények, valamint a bűnügyi nyomozási eljárások és a bűnmegelőzési módszerekre vonatkozó információk kicserélését, illetve tanácsadás és támogatás nyújtását az egyes konkrét bűnügyi nyomozásokhoz.

Az Europolnak egyértelműen szüksége van arra, hogy együttműködjön Kínával, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogatom a kezdeményezést.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A szervezett bűnözés elleni sikeres fellépés érdekében rendkívüli jelentőséggel bír a harmadik országbeli partnerek bűnüldöző szerveivel megvalósuló információcsere. Az Európai Rendőrségi Hivatal (Europol) szerint származási, cél- és tranzitországként Kína egyre nagyobb súllyal bír a szervezett bűnözés elleni küzdelemben. Ezért is fontos az Europol és Kína között megkötendő stratégiai együttműködésről szóló megállapodás, amely lehetővé teszi a szakértelem, az általános helyzetjelentések, a stratégiai elemzési eredmények, valamint a bűnügyi nyomozási eljárások és a bűnmegelőzési módszerekre vonatkozó információk kicserélését, illetve tanácsadás és támogatás nyújtását az egyes konkrét bűnügyi nyomozásokhoz.

Az Europolnak egyértelműen szüksége van arra, hogy együttműködjön Kínával, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogatom a kezdeményezést.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe tras constatar que se respetan los derechos fundamentales de los ciudadanos. Este acuerdo estratégico excluye el intercambio de datos personales, por lo que la cuestión de la protección de datos no es pertinente en este caso. La información intercambiada podría incluir conocimientos especializados, informes generales de situación, resultados de análisis estratégicos, información sobre procedimientos de investigación penal, información sobre métodos de prevención de delitos y actividades de formación, así como la prestación de apoyo y asesoramiento en investigaciones penales concretas. Existen claras necesidades operativas para que Europol coopere con China. Según Europol, China está adquiriendo un papel cada vez más relevante como país de origen, destino y tránsito en la lucha contra la delincuencia organizada, en ámbitos como la ayuda a la inmigración ilegal, la trata de seres humanos, los delitos relacionados con las drogas, la falsificación del euro, las violaciones de los derechos de propiedad intelectual o la corrupción en el deporte, así como en otras actividades relacionadas con la ciberdelincuencia y el blanqueo de capitales. Además, China alberga a varios grupos de delincuencia organizada de gran influencia.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione legislativa presentata dal Parlamento europeo sul progetto di decisione di esecuzione del Consiglio che approva la conclusione da parte dell'Ufficio europeo di polizia (Europol) dell'accordo sulla cooperazione strategica tra il ministero della pubblica sicurezza della Repubblica popolare cinese ed Europol, perché sono fermamente convinta che una cooperazione tra Europol e la Cina sia, in questo momento storico, utile e anche necessaria. Ritengo, infatti, essenziale la trasmissione e lo scambio di informazioni tra l'UE e la Cina in particolare ai fini della lotta contro il favoreggiamento dell'immigrazione illegale e contro la tratta di esseri umani. Penso inoltre che la collaborazione tra le diverse autorità debba estendersi anche ad altri settori, come la violazione dei diritti di proprietà intellettuale, la corruzione nello sport, la criminalità informatica e il riciclaggio di denaro, dato il ruolo sempre più importante che la Cina deve giocare a livello globale nella lotta alla criminalità organizzata. Sono soddisfatta della conclusione di questo accordo perché esso contribuirà sicuramente a rafforzare la cooperazione internazionale per il rispetto dei diritti umani, della legge e dello Stato di diritto. Spero quindi che sin da subito possano essere avviati progetti e strategie di collaborazione.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Eine enge Zusammenarbeit im Bereich der Kriminalitätsverfolgung ist in Zeiten von global agierenden und kriminellen Netzwerken unabdingbar. Auch die Bekämpfung des globalen Terrorismus können wir nur gemeinsam bestreiten.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted against this legislative report. UKIP does not support the right for the EU to make agreements with third countries. UKIP also does not recognise the mandate of Europol and therefore I voted against this report on the basis that it increases its legitimacy and influence.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto en contra de este informe que establece siguiendo el Articulo 23, apartado 2, de la decisión 2009/371/JHA, por la que el Consejo para aprobar la conclusión de acuerdos de cooperación internacional con terceros estados y organizaciones, debe de consultar al Parlamento Europeo. En estos acuerdos se engloba el intercambio de información estratégica y clasificada, así como, intercambio de datos personales.

Voto en contra, puesto que considero negativamente el establecimiento de este tipo de acuerdos de intercambio de información con un país en el que se producen un número significativo de casos de vulneración de los derechos humanos que han sido debidamente documentados. La postura de nuestro grupo sobre la cooperación judicial con terceros países es que sólo debe de producirse cuando se dan las garantías suficientes de respeto a los derechos humanos.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Strategiczne porozumienie o współpracy operacyjnej między Europolem a Chinami dotyczy wymiany informacji operacyjnych, strategicznych, technicznych lub niejawnych. Jednak co ważne – wyklucza ono wymianę danych osobowych. Współpraca ta będzie więc obejmowała wiedzę specjalistyczną, sprawozdania na temat ogólnej sytuacji, wyniki analiz strategicznych, informacje na temat procedur dochodzeniowych i metod zapobiegania przestępstwom, działania szkoleniowe, a także udzielanie porad i wsparcia w konkretnych śledztwach.

Chiny są coraz istotniejszym punktem na mapie przestępczości zorganizowanej: ułatwianie nielegalnej imigracji, handel ludźmi, przestępstwa związane z narkotykami, fałszowanie euro, naruszanie praw własności intelektualnej, korupcja w sporcie oraz działania z zakresu cyberprzestępczości i prania pieniędzy. Dodatkowo Chiny stanowią siedzibę zorganizowanych grup przestępczych o znacznych wpływach w Europie, co w pełni uzasadnia nawiązanie przez Europol współpracy z Chinami.

W mojej ocenie zawarcie strategicznego porozumienia o współpracy z Chinami ma istotne znaczenie dla walki z przestępczością zorganizowaną. Poprawi jej skuteczność oraz przyczyni się do zintensyfikowania międzynarodowej współpracy w zakresie egzekwowania prawa.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report. This strategic cooperation agreement with China would aid and reinforce the fight against organised crime and would contribute to enhancing international law enforcement cooperation.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted to abstain. This proposal concerns the proposed approval of a strategic cooperation agreement between Europol and China. Such strategic agreement excludes the exchange of personal data, so the issue of data protection is not relevant in this case. However it is especially relevant knowing that China is increasingly relevant as a source, destination and transit country in the fight against organised crime, such as cybercrime and money laundering related activities. I believe that the cooperation with China is indeed a necessary move; however, I see a lot of improvement that still needs to be made in order to have efficient cooperation.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I abstained with my Group in the vote on the report on a proposal for a strategic cooperation agreement between Europol and the People's Republic of China which provides for the exchange of information, excluding personal data, such as general situation reports, information on criminal investigation procedures and crime-prevention methods, training activities and the provision of advice and support in individual criminal investigations. While I have no issue with the agreement itself, the reason for my abstention is that this new agreement was proposed on the basis of the current 2009 Europol decision while a newly negotiated decision between the Parliament and Council on the procedure for concluding international agreements has since been decided which significantly strengthens safeguards for the classification of EU documents and the protection of personal data of European citizens. It would therefore be more appropriate for this proposed agreement to be adopted after the new Europol Regulation has entered into force in May 2017, to ensure proper scrutiny of the agreement and the implementation of the rigorous new provisions and safeguards

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – This Strategic Agreement was approved by the Europol Management Board in April 2016, and covers the exchange of information such as general situation reports, information on criminal investigation procedures and results of strategic analysis. It excludes personal data. Given the growing importance of China in the fight against organised crime and the increased security such an agreement would provide, I have voted favourably. By the way, I believe that the euro must be abolished. It leads to dissension and discord in Europe.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A szervezett bűnözés elleni sikeres fellépés érdekében rendkívüli jelentőséggel bír a harmadik országbeli partnerek bűnüldöző szerveivel megvalósuló információcsere. Az Európai Rendőrségi Hivatal (Europol) szerint származási, cél- és tranzitországként Kína egyre nagyobb súllyal bír a szervezett bűnözés elleni küzdelemben. Ezért is fontos az Europol és Kína között megkötendő stratégiai együttműködésről szóló megállapodás, amely lehetővé teszi a szakértelem, az általános helyzetjelentések, a stratégiai elemzési eredmények, valamint a bűnügyi nyomozási eljárások és a bűnmegelőzési módszerekre vonatkozó információk kicserélését, illetve tanácsadás és támogatás nyújtását az egyes konkrét bűnügyi nyomozásokhoz.

Az Europolnak egyértelműen szüksége van arra, hogy együttműködjön Kínával, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogatom a kezdeményezést.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – Je me félicite que le Parlement européen ait autorisé la conclusion d'un accord de coopération technique, stratégique et opérationnelle entre la Chine et Europol.

C'est une coopération d'autant plus importante que la Chine peut être d'un grand soutien dans la lutte contre les réseaux de criminalité organisée et les trafics d'êtres humains.

À mon sens, cette coopération est souhaitable et acceptable dans la mesure où l'échange de données à caractère personnel est exclu.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – The European Parliament is consulted on whether to give consent to the strategic agreement between Europol and the Ministry of Public Security of the People's Republic of China. It is important to specify that the strategic agreements involve the exchange of information, but not personal data.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam suzdržano o Izvješću o Nacrtu provedbene odluke Vijeća kojom se Europskom policijskom uredu (Europol) odobrava sklapanje Sporazuma o strateškoj suradnji između Ministarstva javne sigurnosti Narodne Republike Kine i Europola (08364/2016 — C8-0217/2016 – 2016/0808(CNS)), slijedeći stav ALDE grupe u Europskom parlamentu.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Le souhait d'EUROPOL de conclure un accord sur la coopération stratégique avec la Chine implique de partager avec cette dernière certaines informations, au prétexte d'une meilleure efficacité dans la lutte contre la criminalité.

Bien que les données à caractère personnel soient exclues des accords stratégiques, le risque d'espionnage est à mon sens trop grand.

J'ai donc voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing*. — UKIP MEPs have voted against this legislative report. UKIP does not support the right for the EU to make agreements with third countries. UKIP also does not recognise the mandate of Europol and therefore has also voted against this report on the basis that it increases its legitimacy and influence.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Claude Moraes reprenant une décision du Conseil permettant à Europol de s'associer avec la Chine pour une coopération stratégique en matière de sécurité.

Cette collaboration n'inclut pas d'échanges de données à caractère personnel entre l'Union européenne et la Chine et aura pour mission de lutter plus efficacement contre la criminalité organisée, la contrefaçon et la cybercriminalité.

Je soutiens cette initiative qui s'inscrit dans la volonté de renforcer la sécurité sur notre territoire en favorisant la coopération internationale, un sujet au cœur de la diplomatie européenne.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur un accord stratégique entre la Chine et Europol car il garantit un engagement total des deux parties pour prévenir et combattre la criminalité organisée, le terrorisme ou d'autres crimes avec une coopération pour l'échange d'informations opérationnelles, stratégiques et techniques, sans toucher aux données personnelles.

Dans ces temps difficiles, nous devons entretenir le maximum de relations avec des pays tiers dans le domaine du renseignement.

Jarosław Kalinowski (PPE), *na piśmie*. – Zawarcie umowy międzynarodowej z państwem trzecim lub organizacją międzynarodową musi być wcześniej zaakceptowane przez Radę UE oraz Parlament Europejski. Porozumienie o współpracy strategicznej między Europolem a Chinami dotyczy wymiany informacji strategicznych, operacyjnych, technicznych lub niejawnych. Jego zwarcie wiąże się również z wymianą danych osobowych. Jednak ze względu na fakt, że procedowana umowa ma charakter porozumienia strategicznego, dane osobowe pozostaną niejawne, a informacje, które będą przedmiotem wymiany, będą dotyczyć ogólnych sytuacji, analiz strategicznych, a także zapobiegania przestępczości oraz procedur dochodzeniowych.

Współpraca z Chinami jest szczególnie istotna, gdyż uważa się, że właśnie tam powstają przestępcze grupy zorganizowane odpowiedzialne za nielegalne organizowanie migracji, handel narkotykami, bronią i żywym towarem, cyberprzestępstwa, korupcję i fałszerstwo pieniędzy. A skuteczna walka z przestępczością zorganizowaną jest wyjątkowo istotna w dobie nasilających się zamachów terrorystycznych.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Es geht im vorliegenden Bericht um eine verbesserte strategische Zusammenarbeit zwischen Europol und der Volksrepublik China. Ein Austausch personenbezogener Daten wird dabei gänzlich ausgeschlossen. Da dieses höchst sensible Thema in der Zusammenarbeit nicht vorkommt, stimme ich für den Vorschlag.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report. This strategic cooperation agreement with China would aid and reinforce the fight against organised crime and would contribute to enhancing international law enforcement cooperation.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Návrh navrhované strategické dohody o spolupráci mezi Europolem a Čínou jsem podpořila. Chtěla bych zdůraznit, že takováto strategická dohoda vylučuje výměnu osobních údajů a otázka ochrany osobních údajů je tedy v tomto případě irelevantní. Mezi informace, které budou předmětem výměny, by mohly patřit odborné znalosti, všeobecné situační zprávy, výsledky strategických analýz, informace o postupech vyšetřování trestných činů, informace o metodách předcházení trestné činnosti, výcvikové aktivity a poskytování poradenství a podpory u konkrétních případů vyšetřování trestné činnosti.

Jsem přesvědčena, že existuje jednoznačná operativní potřeba navázat spolupráci mezi Europolem a Čínou. Podle Europolu roste význam Číny jako země původu, země určení a tranzitní země v boji proti organizované trestné činnosti, jako je napomáhání nedovolenému přistěhovalectví, obchod s lidmi, trestné činy související s drogami, padělání eura, porušování práv duševního vlastnictví, korupce ve sportu a činnosti související s kyberkriminalitou a praním peněz. Čína je navíc domovem několika významných organizovaných zločineckých skupin.

Zcela tedy podporuji uzavření této strategické dohody o spolupráci s Čínou, neboť by pomáhala v boji proti organizované trestné činnosti a tento boj by posílila a podpořila by lepší mezinárodní spolupráci v oblasti vymáhání práva.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A szervezett bűnözés elleni sikeres fellépés érdekében rendkívüli jelentőséggel bír a harmadik országbeli partnerek bűnüldöző szerveivel megvalósuló információcsere. Az Európai Rendőrségi Hivatal (Europol) szerint származási, cél- és tranzitországként Kína egyre nagyobb súllyal bír a szervezett bűnözés elleni küzdelemben. Ezért is fontos az Europol és Kína között megkötendő stratégiai együttműködésről szóló megállapodás, amely lehetővé teszi a szakértelem, az általános helyzetjelentések, a stratégiai elemzési eredmények, valamint a bűnügyi nyomozási eljárások és a bűnmegelőzési módszerekre vonatkozó információk kicserélését, illetve tanácsadás és támogatás nyújtását az egyes konkrét bűnügyi nyomozásokhoz.

Az Europolnak egyértelműen szüksége van arra, hogy együttműködjön Kínával, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogatom a kezdeményezést.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against since cooperation between two power enforcing agencies without having high human rights standards is not in conformity with the aims of our party and with our previous practice.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Kína dinamikus fejlődése sajnos nem csak a gazdaság területén mutatkozik meg, hanem a nemzetközi bűnözésben is mind jelentősebb szerephez jut az ország, sőt, a szervezett bűnözés egyes ágazataiban kifejezetten éllovasnak számít. Ilyen területek az illegális bevándorlás, az emberkereskedelem, a kábítószerekkel összefüggő bűnözés, az euróhamisítás, a szellemitulajdon-jog megsértése, a sportkorrupció, a kiberbűnözés és a pénzmosással kapcsolatos tevékenységek. Ezért egyértelműen támogatandó a javaslat, melynek célja stratégiai együttműködés kialakítása az Europol és Kína között, ami az operatív, stratégiai, technikai, vagy minősített adatok cseréjére vonatkozhat.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Гласувах в подкрепа на проекта на решение за изпълнение на Съвета за одобряване на сключването от страна на Европейската полицейска служба (Европол) на Споразумението за стратегическо сътрудничество между Министерството на обществената сигурност на Китайската народна република и Европол.

Налице са явни оперативни потребности за сътрудничеството на Европол с Китай. Информацията, която ще бъде обменяна, може да включва специализирани познания, общи доклади за обстановката, резултати от стратегически анализи, информация относно производства по наказателно разследване, информация относно методи за предотвратяване на престъпления, дейности по обучение и предоставяне на съвети, подкрепа по отделни наказателни разследвания.

Смятам, че Китай е все по-важен като държава източник, държава дестинация и транзитна държава в борбата срещу организираната престъпност, като например улесняваната нелегална имиграция, трафика на хора, свързани с наркотици, престъпления, фалшифициране на евро, нарушения на правата на интелектуална собственост, корупция в спорта, както и кибер престъпления и дейности, свързани с прането на пари.

Подкрепям настоящото споразумение за стратегическо сътрудничество с Китай, тъй като то би подпомогнало и укрепило борбата срещу организираната престъпност и би допринесло за засилване на сътрудничеството в областта на международното правоприлагане.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – The EU and China are two of the biggest traders in the world. China is the EU's second largest trading partner and the world's second fastest growing economy. Nevertheless, according to Europol, China is increasingly relevant as both source and transit country for organised crime, such as human trafficking, drug related crimes, euro-counterfeiting, intellectual property rights infringements, sport corruption, money laundering and cybercrime. Looking from this perspective, the strategic cooperation agreement between Europol and China is of great importance because it would aid and reinforce the international fight against organised crime and would contribute to enhancing international law enforcement co-operation. Last but not least, it will create a good environment for the development of relations between China and Europe.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La proposta presa in esame riguarda l'accordo di cooperazione strategica tra Europol e la Cina. Secondo l'Europol, la Cina, svolge un ruolo molto importante quale paese di provenienza, transito e destinazione nella lotta contro la criminalità organizzata, cosi come contro il favoreggiamento dell'immigrazione, la tratta degli esseri umani, i reati annessi alla droga, il riciclaggio, e la violazione dei diritti di proprietà intellettuale. Alla luce di queste motivazioni, il Parlamento propone l'approvazione del progetto di decisione da parte del Consiglio, il quale autorizza Europol a concludere l'accordo con la Cina. Ritengo che questo accordo rappresenti un forte aiuto alla lotta contro la criminalità organizzata contribuendo, inoltre, a rafforzare la cooperazione internazionale in materia di applicazione della legge; pertanto esprimo al il mio consenso favorevole.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il préconise la conclusion d'un accord de coopération stratégique entre Europol et la Chine.

Or la Chine n'est pas un partenaire fiable dans la mesure où elle pratique l'espionnage industriel.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur l'accord sur la coopération stratégique entre la Chine et Europol, même si les accords stratégiques (contrairement aux accords opérationnels) conclus par Europol impliquent l'échange d'informations à l'exclusion des données à caractère personnel.

Avec un pays comme la Chine, des problèmes de réciprocité sont à craindre. En outre, le cas de la Chine est particulier et sensible vu la menace de l'espionnage industriel et autre.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Le rapport parle ici de la conclusion d'un accord stratégique entre EUROPOL et la Chine. Les accords stratégiques impliquent les échanges d'informations, hormis les données à caractère personnel, alors que les accords opérationnels incluent ces dernières.

Notre groupe s'abstient souvent lorsqu'il s'agit d'accords stratégiques, alors que nous nous opposons aux accords opérationnels afin d'éviter toute communication de données à caractère personnel.

En l'espèce, l'accord est certes stratégique, mais il concerne un pays dont nous pouvons craindre certains risques, tels que l'espionnage industriel par exemple.

Par conséquent, je me suis opposé à cet accord.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe para la aprobación de un acuerdo de cooperación estratégica entre Europol y China porque contribuirá a la lucha contra la delincuencia organizada, reforzándola, así como a estrechar la cooperación policial a escala internacional.

El acuerdo estratégico excluye el intercambio de datos personales, pero incluye que la información intercambiada podría incluir conocimientos especializados, informes generales de situación, resultados de análisis estratégicos, información sobre procedimientos de investigación penal, información sobre métodos de prevención de delitos y actividades de formación, así como la prestación de apoyo y asesoramiento en investigaciones penales concretas.

Según Europol, China está adquiriendo un papel cada vez más relevante como país de origen, destino y tránsito en la lucha contra la delincuencia organizada, en ámbitos como la ayuda a la inmigración ilegal, la trata de seres humanos, los delitos relacionados con las drogas, la falsificación del euro, las violaciones de los derechos de propiedad intelectual o la corrupción en el deporte, así como en otras actividades relacionadas con la ciberdelincuencia y el blanqueo de capitales, además alberga a varios grupos de delincuencia organizada de gran influencia.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Mi postura es de clara oposición a este tipo de acuerdos de cooperación estratégica en cuestiones judiciales y legales en los que existe una gran falta de transparencia que nos impide conocer como son utilizados los datos de los ciudadanos y ciudadanas de la Unión y de las personas migrantes y apátridas que aquí residen. Además, este rechazo aumenta en el caso de países con escasas garantías de cumplimiento de los derechos judiciales más elementales, como es el caso de China. Resulta llamativo que este acuerdo haya concluido poco antes de la aprobación del nuevo reglamento de Europol que garantiza mucha mayor transparencia y apertura, particularmente en los acuerdos de cooperación con terceros países, por lo que entiendo que existe una voluntad de la agencia de seguir operando de forma opaca. Por todo esto he votado en contra del Acuerdo.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – El presente documento se refiere a la aprobación de una propuesta de un acuerdo de cooperación estratégica entre Europol y China.

Se trata de un acuerdo que contribuirá a la lucha contra la delincuencia organizada, reforzándola, así como a estrechar la cooperación policial a escala internacional.

Doy mi voto a favor de la propuesta debido a la importancia y necesidad operativa de que Europol y China cooperen. China se está convirtiendo en un actor con gran peso en este ámbito como país de origen, destino y tránsito contra la delincuencia organizada, así como jugando un papel cada vez más relevante en temas como la ayuda a la inmigración ilegal, la trata de seres humanos o la ciberdelincuencia.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in support of this proposed agreement to empower Europol to improve law enforcement and combat terrorism.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Nesouhlasím s posilováním policejních pravomocí Europolu a uzavření dohody o spolupráci s čínskou policií je posílením pravomocí Europolu.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Vijeće je nadležno za odobravanje međunarodnih sporazuma o suradnji, koji mogu sadržavati razmjenu strateških, operativnih i povjerljivih podataka. Ovaj prijedlog odnosi se na odobravanje ovakvog Sporazuma između Ministarstva javne sigurnosti Kine i Europola, koji kao strateški sporazum uključuje i razmjenu osobnih podataka. Također, podrazumijeva i razmjenu posebnih znanja, donošenje izvješća i informacija o novim metodama i istraživačkim procesima i suradnju u istragama. Postoje jasne potrebe i koristi od uspostavljanja suradnje Europola s Kinom, jer je Kina sve značajniji akter u međunarodnoj borbi protiv organiziranog kriminala, ilegalne migracije, trgovine ljudima i *cyber* kriminala.

Podržala sam ovo izvješće i sklapanje Sporazuma o strateškoj suradnji s Kinom, budući da će omogućiti borbu protiv organiziranog kriminala i doprinijeti poboljšanju međunarodne suradnje po tom pitanju.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The proposal provided that the Council adopts an implementing decision by which Europol is authorised to approve the Agreement on Strategic Cooperation between the Ministry of Public Security of the People's Republic of China and Europol. The aim is to increase effectiveness in preventing and combating serious forms of crime with cooperation. Such agreements have the objective of supporting and strengthening action by the competent authorities of the Member States and their mutual cooperation in preventing and combating organised crime, terrorism and other forms of serious crime affecting two or more Member States, and may concern the exchange of operational, strategic or technical information, including personal data and classified information. I support broadening

the cooperation between EU and China in the field of security.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Táto dohoda uzavretá medzi Europolom a Čínou pomôže posilniť boj proti medzinárodnej trestnej činnosti, ktorá je organizovaná z tejto krajiny. Ide najmä o nezákonné prisťahovalectvo, obchod s ľuďmi a drogami, počítačovú kriminalitu, falšovanie eura, pranie špinavých peňazí. Poskytovanie a výmena informácií sa netýkajú výmeny osobných údajov. Tie sú z dohody vylúčené. Dohoda o spolupráci zároveň pomôže posilniť presadzovania a rešpektovanie medzinárodného práva.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – La Chine, avec ses 1,3 milliard d'habitants, compte plusieurs organisations criminelles, qu'elle combat grâce au développement de la lutte contre la criminalité organisée: mesures contre l'aide à l'immigration illégale, la traite des êtres humains, le blanchiment d'argent, la contrefaçon de l'euro, ou encore la corruption dans le sport.

Europol, l'agence européenne de police criminelle intergouvernementale, a besoin de collaborer avec la Chine.

Cet accord stratégique permettra notamment l'échange d'avis d'experts, d'informations sur les procédures d'enquêtes pénales, d'informations sur les méthodes de prévention de la criminalité, ainsi que sur des activités de formation ou encore de conseil dans le cadre d'enquêtes spécifiques. Par ailleurs, l'accord exclut catégoriquement l'échange de données personnelles.

Cet accord avec la Chine facilitera et intensifiera la lutte contre la criminalité organisée et contribuera à renforcer la coopération policière internationale, tout en garantissant la protection des données personnelles. Je vote donc en faveur de cet accord.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Κατά την ψηφοφορία της έκθεσης για το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης του Συμβουλίου σχετικά με την έγκριση της σύναψης από την Ευρωπαϊκή Αστυνομική Υπηρεσία (Ευρωπόλ) της συμφωνίας για τη στρατηγική συνεργασία μεταξύ του Υπουργείου Δημόσιας Ασφάλειας της Λαϊκής Δημοκρατίας της Κίνας και της Ευρωπόλ, επέλεξα την αποχή διότι η έκθεση δεν είναι πλήρης.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce texte est un accord sur la coopération stratégique. À la différence des accords opérationnels, il ne prévoit donc pas d'échanges de données à caractère personnel. Il prévoit des échanges d'informations comme l'expertise, les informations sur les procédures d'enquêtes pénales, les informations sur les méthodes de prévention de la criminalité, etc.

Bien que nous approuvions une coopération avec la Chine visant à une plus grande efficacité dans la prévention des formes graves de la criminalité, nous nous opposons à cette coopération stratégique qui ne permet pas de garantir la protection de nos données et de nos procédés.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – My vote was positive for the Agreement on Strategic Cooperation between the Ministry of Public Security of the PRC and Europol. Such cooperation will benefit both sides not only in their fight against organised crime but also by contributing to enhancing international law enforcement cooperation. On the other hand, the international cooperation agreements with third countries, in this case China, will bring a handful of benefits that will result in limiting the harm and side of effects of problems such as illegal immigration, human trafficking, drug related crimes, cybercrime and money laundering activities.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης του συμβουλίου για στρατηγική συνεργασία μεταξύ Υπουργείου Δημόσιας Ασφάλειας της Λαϊκής Δημοκρατίας της Κίνας και της Ευρωπόλ, η οποία όμως συμφωνία αποκλείει την ανταλλαγή δεδομένων προσωπικού χαρακτήρα και δεν αφορά στην προκείμενη περίπτωση. Η ανταλλαγή πληροφοριών μπορεί να περιλαμβάνει εξειδικευμένη γνώση, εκθέσεις για τη γενική κατάσταση, πληροφορίες σχετικά με τη διερεύνηση εγκλημάτων. Τέλος, μια τέτοια συμφωνία στρατηγικής συνεργασίας με την Κίνα, θα βοηθήσει και θα ενισχύσει τον αγώνα κατά του οργανωμένου εγκλήματος και παράλληλα θα συμβάλει στην συνεργασία για επιβολή διεθνούς δικαίου.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Hier geht es um die verstärkte Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen Europol und China. Die verstärkte Zusammenarbeit zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität ist zu unterstützen, jedoch stehe ich einer zentralen Europäisierung der Polizeiarbeit mit Europol als institutionellem Zentrum kritisch gegenüber. Daher habe ich mich enthalten.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau EP rezoliucijai dėl Tarybos įgyvendinimo sprendimo, kuriuo pritariama tam, kad Europos policijos biuras (Europolas) sudarytų Kinijos Liaudies Respublikos Visuomenės saugumo ministerijos ir Europolo strateginio bendradarbiavimo susitarimą. Europolas turi aiškų operatyvinį poreikį bendradarbiauti su Kinija. Europolas teigia, kad Kinija tampa vis svarbesnė kovojant su organizuotu nusikalstamumu, pvz., pagalba neteisėtai migracijai, prekyba žmonėmis, su narkotikais susijusiais nusikaltimais, euro padirbinėjimu ir pan.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport porte sur l'approbation d'un accord de coopération entre Europol et la République populaire de Chine. À noter que cet Office européen de police récolte arbitrairement des données personnelles en Europe et peut refuser de les communiquer aux citoyens concernés qui les lui réclament.

Il convient pourtant de s'assurer que les pays avec lesquels l'Union européenne conclut ces accords de coopération policière offrent toutes les garanties de respect des libertés. Mais suite aux scandales de l'espionnage géant des gouvernements et des institutions européennes par la NSA et par les autorités allemandes, nous ne sommes plus en mesure d'apporter ces garanties du côté européen.

Je note également que pour la Chine, l'accord exclut légitimement l'échange de données personnelles quand avec les Nord-Américains, cela n'avait pas posé problème, même après le scandale de la NSA.

Enfin on peut s'interroger sur cet empressement à conclure des accords de coopération entre Europol et des pays tiers alors même qu'une nouvelle réglementation Europol est en cours de discussion, et qu'elle introduit de nouvelles procédures, plus transparentes, pour ce type d'accords.

Je vote contre ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – EUROPOL a engagé, conformément à la décision 2009/934/JAI, la procédure de conclusion d'un accord sur la coopération stratégique avec le ministère de la sécurité publique de Chine dans le domaine de la prévention et de la lutte contre les formes graves de criminalité.

Cet accord avec la Chine présente à notre sens un risque important d'espionnage industriel. Dès lors, j'ai voté contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O presente documento diz respeito à proposta de aprovação de um acordo de cooperação estratégica entre a Europol e a China. Um acordo estratégico desta natureza exclui o intercâmbio de dados pessoais, pelo que, no presente caso, a questão da proteção de dados não é pertinente.

As informações trocadas podem incluir conhecimentos especializados, relatórios gerais de situação, resultados de análises estratégicas, informações sobre processos de investigação penal, informações sobre métodos de prevenção da criminalidade, atividades de formação, prestação de aconselhamento e apoio em determinadas investigações penais. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of furthering cooperation between Europol and their counterparts in China, as cooperation and the exchange of information is essential for citizens' well-being. It is important to note that this agreement excludes the exchange of personal information, therefore addressing concerns about privacy and data protection.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Le Parlement a été consulté sur la conclusion d'un accord de coopération stratégique entre la Chine et Europol. Ce nouvel accord international vient renforcer la coopération qu'Europol entretient avec les pays tiers, ce qui représente un outil essentiel au travail d'Europol.

Je tiens néanmoins à souligner que la conclusion de cet accord aurait dû être faite après l'entrée en vigueur du nouveau règlement Europol prévue pour mai 2017.

Le nouveau règlement prévoit en effet des garanties renforcées en matière notamment de protection des données. De plus, après l'entrée en vigueur du nouveau règlement, le Parlement européen bénéficiera de plus de prérogatives dans la conclusion de tels accords internationaux.

Le rôle du Parlement dans ces matières doit absolument être défendu. C'est pourquoi il importe que la conclusion de tout nouvel accord obéisse aux nouvelles règles prochainement en vigueur.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne.* — V rámci svojho mandátu je EUROPOL oprávnený uzatvárať dohody o spolupráci s tretími stranami, pokiaľ ide o posilnenie spolupráce v oblastiach vymožiteľnosti práva, boja proti organizovanej kriminalite, terorizmu či iným závažným formám zločinu. V súvislosti s posilnenou spoluprácou s Čínou by v tomto kontexte nevyhnutne dochádzalo k výmene informácií operatívneho, strategického či technického charakteru, avšak akékoľvek osobné údaje budú z takejto výmeny vyňaté. Mám za to, že posilnená spolupráca s Čínou je aj v tejto sfére čoraz naliehavejšia, keďže Čína je považovaná za krajinu pôvodu, cieľovú i tranzitnú destináciu pre rôzne formy trestnej činnosti, ako je napr. nezákonné prisťahovalectvo, obchodovanie s ľuďmi a drogami, počítačová kriminalita, porušovanie práv duševného vlastníctva, pranie špinavých peňazí, falšovanie meny, korupcia, a pod. Je preto pre nás ako lídrov v presadzovaní medzinárodného práva a medzinárodných štandardov nevyhnutné podieľať sa na postupnej eliminácii takýchto negatívnych fenoménov aj v záujme zabezpečenia obchodných stykov. Správa má moju podporu.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing.* – I have voted in favour of the report, which concerns the proposed approval of a strategic cooperation agreement between Europol and China since it would aid and reinforce the fight against organised crime and would contribute to enhancing international law enforcement co-operation. Such strategic agreement excludes the exchange of personal data, so the issue of data protection is not relevant in this case.

Csaba Molnár (S&D), *írásban.* – Az Európai Rendőrségi Hivatalnak (Europol) egyértelmű operatív igénye van arra, hogy együttműködjék Kínával. Az Europol szerint származási, cél- és tranzitországként Kína egyre nagyobb jelentőséggel bír a szervezett bűnözés elleni küzdelemben. Ráadásul Kína több nagy befolyással bíró szervezett bűnözői csoportnak nyújt otthont. A nemzetközi együttműködési megállapodások harmadik országokkal vagy nemzetközi szervezetekkel történő megkötését a Parlamenttel folytatott konzultáció után a Tanács hagyja jóvá. A Tanács most javaslatot tett a Kína és az Europol közötti stratégiai együttműködésről szóló megállapodás jóváhagyására. A megállapodás kizárja a személyes adatok cseréjét, ebből következően az adatvédelem kérdése ebben az esetben nem játszik szerepet.

Az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság jelentésében azt javasolja, hogy a Parlament hagyja jóvá a Tanács tervezetét, mivel az segítené és megerősítené a szervezett bűnözés elleni küzdelmet, valamint hozzájárulna a nemzetközi bűnüldözési együttműködés megerősítéséhez. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit.* – Europol a engagé la procédure de conclusion d'un accord sur la coopération stratégique avec le ministère de la sécurité publique de Chine. La présente proposition prévoit que le Conseil adopte une décision d'exécution par laquelle il autorise Europol à approuver cet accord, qui implique l'échange d'informations, à l'exclusion des données à caractère personnel. Nous avons l'habitude de nous abstenir dans ce cas, et de voter contre quand il s'agit d'accords opérationnels. Le cas de la Chine, cependant, est particulier, vu le risque d'espionnage industriel. Il n'est pas possible de soutenir cette adoption.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito.* – A proposta de Acordo de Cooperação Estratégica entre o Ministério da Segurança Pública da República Popular da China e a Europol é um acordo de cooperação estratégica respeitante ao intercâmbio de informações operacionais, estratégicas, técnicas ou classificadas. Neste caso, exclui o intercâmbio de dados pessoais, pelo que a questão da proteção de dados não é pertinente.

As informações trocadas podem incluir conhecimentos especializados, relatórios gerais de situação, resultados de análises estratégicas, informações sobre processos de investigação penal, informações sobre métodos de prevenção da criminalidade, atividades de formação, prestação de aconselhamento e apoio em determinadas investigações penais.

Segundo a Europol, a China tem uma importância cada vez maior na luta contra a criminalidade organizada, em situações como o auxílio à imigração clandestina, o tráfico de seres humanos, os crimes relacionados com a droga, a falsificação do euro, as violações dos direitos de propriedade intelectual, a corrupção no desporto, bem como as atividades relacionadas com o branqueamento de capitais e a cibercriminalidade.

Sou favorável à celebração do acordo, por entender que será um passo importante na luta contra a criminalidade organizada e contribuirá para uma maior cooperação internacional visando a boa aplicação da lei.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce vote sur l'accord sur la coopération stratégique entre la Chine et Europol a pour ambition de faire preuve d'une plus grande efficacité dans la prévention des formes graves de criminalité et dans la lutte contre celles-ci.

Ils contiennent l'échange d'informations à l'exclusion des données à caractère personnel, alors que les accords opérationnels impliquent l'échange d'informations, y compris de données à caractère personnel.

Cependant, constatant qu'il s'agit là d'un accord à la fois stratégique mais aussi opérationnel avec la Chine, pays où le risque d'espionnage industriel est non négligeable, j'ai décidé de voter contre ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à l'approbation de la conclusion par l'Office européen de police de l'accord sur la coopération stratégique entre le ministère de la sécurité publique de la République de Chine et Europol.

Cet accord, qui exclut l'échange de données à caractère personnel, permettra de mieux lutter contre les réseaux de criminalité organisée notamment grâce à l'échange d'informations opérationnelles, stratégiques, techniques ou classifiées.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento riguardante la proposta di approvazione di un accordo di cooperazione strategica tra Europol e la Cina. La questione della protezione dei dati non è rilevante in questo caso in quanto tale accordo esclude lo scambio dei dati personali mentre potrebbero comprendere conoscenze specialistiche, relazioni di situazione generali, risultati di analisi strategiche, informazioni sulle procedure delle indagini penali e informazioni sui metodi di prevenzione della criminalità. La Cina svolge un ruolo sempre più importante come paese di provenienza, transito e destinazione nella lotta contro la criminalità organizzata, come il favoreggiamento dell'immigrazione illegale, la tratta di esseri umani, i reati connessi con la droga o la contraffazione dell'euro. Pertanto per Europol diventa strategica e fondamentale avviare una collaborazione con questo paese.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Olyan időket élünk, amikor Európának számos biztonsági kihívással kell szembenéznie. Különösen fontos szerepe van most az Europolnak, a nemzetközi bűnözés ellen küzdő európai uniós ügynökségnek. Az Európai Rendőrségi Hivatal leghatékonyabb eszközét, a határokon átnyúló adatcserét és koordinációt erősítik az új partnerekkel kötött megállapodások. Éppen ezért izgatottan várom, hogy ez az együttműködés Kínával bővüljön. Kínában az EU egy olyan stratégiai partnerre találhat, aki technológiai fejlettségével új távlatokat nyit a nemzetközi szervezett bűnözés elleni fellépésben.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report that will improve cooperation between Europol and China in fighting against any illegal activities which may include organised crime and illegal immigration. One relevant mention is that any exchange of personal data within this Europol-China agreement is strictly forbidden by this report.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. — Подкрепям доклада на г-н Морайс, тъй като сключването на настоящето споразумение за стратегическо сътрудничество между Европол и Китай е изключително важно за ЕС. Обмяната на информация относно специализирани познания, общи доклади за обстановката, стратегически анализи и информация относно производства по наказателно разследване ще допринесат за борбата с нелегалната миграция, трафика на хора, организираната престъпност и нарушаването на правата на интелектуалната собственост.

България е една от страните, които са крайна или междинна дестинация на китайски продукти, нарушаващи правото на интелектуална собственост на световно известни марки. Само в рамките на последните седмици Агенция „Митници“ е задържала над 15 000 часовника заради съмнението, че артикулите са фалшиви и нарушават правата на над 25 търговски марки. Над 1 000 детски играчки и 58 000 чифта работни ръкавици също са били задържани заради съмнения, че са фалшиви. Установеният произход на стоките според фактурите е именно Китайската народна република.

Подкрепих настоящето споразумение, защото сключването му ще подобри и укрепи борбата срещу организираната престъпност и би допринесло за засилване на сътрудничеството в областта на международното правоприлагане.

Norica Nicolai (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report approving cooperation between the Ministry of Public Security of the People's Republic of China and Europol because this agreement meets the objective of supporting and strengthening action of the EU Member States and third States pursuant to the list determined by Decision 2009/935/JHA. I strongly believe that the strategic agreements should involve the exchange of information, but excluding personal data, and can be concluded by Europol only after approval by the Council. This addresses the urgency and flexibility of the steps needed to be taken by Europol to prevent and combat serious forms of crime, and the oversight comes through approval required by the Council after consultation with the Management Board of Europol. The operational agreements involve the exchange of information including personal data, but I approve the necessity of such exchanges in the light of the stringent oversight that requires not only the Council's approval, via the Management Board, but also the opinion of the Joint Supervisory Body of Europol as it concerns the exchange of personal data.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da im Bericht zwar einige gute Aspekte enthalten sind, jedoch bin ich sehr skeptisch gegenüber Europol. Es gibt keine grundsätzliche Garantie, welche besagt, dass personenbezogene Daten aus diesem Datenaustausch ausgeschlossen werden.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Jäin erapooletuks. Hiinal ja ELil on mõistlik hoida omavahelist koostööd püsivana, ettepanek hõlmab strateegilise koostöö kokkulepet, sealhulgas on valdkonnad, mis puudutavad ebaseaduslikku sisserännet, inimkaubandust ja muud. Sellegi poolest on kokkuleppeni jõudmisel eiratud Euroopa Parlamendi järelevalve funktsiooni, mida ka järgnevate taoliste lepingute sõlmimisel tuleb austada ja meeles pidada.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. — Balsavau už šį pranešimą. Visų pirma, šis susitarimas padės kovoti ir stiprins kovą su organizuotu nusikalstamumu. Be to, bus galima sparčiau didinti bendradarbiavimą tarptautinės teisėsaugos srityje ir tinkamai užtikrinti strateginį Europolo ir Kinijos bendradarbiavimą.

Atkreiptinas dėmesys į tai, kad susitarimo nuostatos neapima keitimosi asmens duomenimis. Taigi jos nereguliuoja duomenų apsaugos klausimo. Pažymėtina tai, jog naujasis susitarimas užtikrins, kad būtų efektyviai keičiamasi informacija specialiųjų žinių, bendrosios padėties ataskaitų, strateginių analizių rezultatų srityse, informacija apie nusikalstamų veikų tyrimo procedūras, nusikalstamumo prevencijos metodus, mokymų veiklą. Be to, siekiant efektyviau plėsti abipusį bendradarbiavimą, bus sudarytos galimybės teikti konsultacijas ir pagalbą atliekant konkrečius nusikalstamų veikų tyrimus.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this legislative report. UKIP does not support the right for the EU to make agreements with third countries. UKIP also does not recognise the mandate of Europol and therefore has also voted against this report on the basis that it increases its legitimacy and influence.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – *I*in merito alla proposta in esame ho ritenuto doveroso esprimermi a favore. Risulta necessario, a causa delle dinamiche globali, instaurare un rapporto di collaborazione tra le diverse agenzie d'informazione e di sicurezza. Considerato che la proposta abbia come oggetto un accordo strategico volto allo scambio di informazioni, situazioni generali, metodi di prevenzione della criminalità, nonché fornitura di consulenza e di sostegno nell'ambito di specifiche indagini penali. Considerato che la conclusione di questo accordo rappresenterebbe un aiuto alla lotta contro la criminalità organizzata mediante la condivisione di conoscenze con uno Stato come la Cina, sempre più attivo nel contrastare tali tipi di organizzazioni. Considerato che tale tipo di cooperazione non prevede le scambio di dati sensibili e personali che possano in un certo qual modo nuocere i diretti interessati, sento di dovermi esprimere positivamente. Pertanto, ho votato a favore.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — As a member of the Delegation for relations with China in the European Parliament I supported this implementing decision. Its purpose is to authorise the conclusion of the mutual cooperation agreement between Europol and China. I believe that it will benefit both parties as it involves the exchange of operational, strategic and technical information.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam sklapanje ovog strateškog sporazuma o suradnji s Kinom, jer bi pomogao u borbi protiv organiziranog kriminala i pridonio jačanju međunarodne policijske suradnje. Prema Europolu, Kina je sve značajniji izvor, destinacija i tranzitna zemlja u borbi protiv organiziranog kriminala, kao što su ilegalne imigracije, trgovine ljudima, zločini u vezi droge, krivotvorenja novca, povrede prava intelektualnog vlasništva, sportske korupcije, kao i *cyber* kriminala te pranja novca. Osim toga, Kina je dom za nekoliko vrlo utjecajnih organiziranih kriminalnih skupina.

Ovaj prijedlog se odnosi na predloženo odobrenje sporazuma o strateškoj suradnji između Europola i Kine. Takav strateški dogovor isključuje razmjenu osobnih podataka, ali se odnosi na razmjenu operativnih, strateških, tehničkih ili povjerljivih informacija. Razmjena informacija može uključivati stručno znanje, opća izvješća situacija, rezultate strateške analize, informacije o postupcima kaznene istrage, informacije o metodama kriminala prevencije, aktivnostima obuke i pružanje savjeta kao i podrške u pojedinim kaznenim istragama.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Afin de pouvoir faire preuve d'une plus grande efficacité dans la prévention des formes graves de criminalité et dans la lutte contre celles-ci, EUROPOL a engagé, conformément à la décision 2009/934/JAI, la procédure de conclusion d'un accord sur la coopération stratégique avec le ministère de la sécurité publique de Chine.

Les termes de la coopération régie par l'accord stratégique prévoient des échanges d'informations qui peuvent comprendre l'expertise, les comptes rendus généraux, les résultats d'analyses stratégiques, les informations sur les procédures d'enquêtes pénales et les informations sur les méthodes de prévention de la criminalité, la participation à des activités de formation, ainsi que la fourniture de conseils et de soutien dans des enquêtes pénales particulières.

Il me semble que l'Union européenne fait courir de grands risques à ses États membres avec un tel accord car elle transmettra à la Chine de nombreuses données confidentielles. Je vote donc contre.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – U postupku savjetovanja zatraženo je od Parlamenta da prihvati Sporazum o strateškoj suradnji između Europola i Kine. Sporazum o strateškoj suradnji isključuje razmjenu osobnih podataka. Temeljem ovog sporazuma razmjenjivat će se informacije poput: izvješća o općem stanju, rezultata strateške analize, informacija o postupcima kaznene istrage, informacija o metodama sprečavanja kriminala, specijalističko znanje itd.

Operativna potreba za suradnjom Europola i Kine postoji obzirom da je Kina sve važnija kao izvorišna, odredišna i tranzitna zemlja u borbi protiv organiziranog kriminala što uključuje: nezakonito useljavanje, trgovinu ljudima, kriminal povezan s drogama, krivotvorenje eura, kršenje prava intelektualnog vlasništva, korupciju u sportu, kao i djelovanja povezana s kibernetičkim kriminalom i pranjem novca.

Prihvaćam ovaj Sporazum, međutim, nameće se pitanje zašto se požuruje sklapanje ovakvih sporazuma prije skorog stupanja na snagu nove Europol uredbe koja daje veće ovlasti Parlamentu.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta proposta diz respeito à homologação de um acordo de cooperação estratégica entre a Europol e a República Popular da China. As informações trocadas podem incluir conhecimentos específicos, relatórios sobre a situação geral, resultados da análise estratégica, informações sobre os procedimentos de investigação criminal, informações sobre os métodos de prevenção do crime, atividades de formação e prestação de aconselhamento e apoio em investigações criminais individuais.

À semelhança de outras agências da União Europeia, a Europol é uma estrutura criada para impor a concretização do caminho da Federalização. Desde a sua criação que a UE lhe tem atribuído competências que atentam contra a soberania dos Estados, desenvolvendo a sua atividade sem qualquer controlo democrático. Entendemos que a Europol não se deve sobrepor às polícias nacionais e às suas atividades, e defendemos a cooperação entre as estruturas de segurança interna e externa dos vários países. Votámos contra.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Podporuji uzavření strategické spolupráce mezi Europolem a Čínou v oblasti sdílení strategických informací. Postupně roste význam Číny jako země, která se stává čím dál častěji tranzitní zemí a zemí původu organizované trestné činnosti. Tato trestná činnost zahrnuje například obchod s lidmi, porušování práv duševního vlastnictví, trestnou činnost související s drogami a v neposlední řadě padělání eura. Čína je zároveň sídlem několika významných organizovaných zločineckých skupin. V rámci posílení boje a zlepšení mezinárodní spolupráce v oblasti vymáhání práva by měla dohoda mezi Europolem a Čínou významně pomoci při odhalování i prevenci trestné činnosti, zvýšení odborných znalostí a zlepšení vyšetřovacích postupů při řešení trestných činů na obou stranách. Za naprosto zásadní aspekt dohody považuji ochranu soukromí evropských občanů, jelikož dohoda vylučuje výměnu osobních údajů.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Al fine di garantire un maggior sostegno alla lotta contro la criminalità organizzata il Consiglio ha approvato la conclusione dell'accordo di cooperazione strategica tra l'Europol e il ministro della pubblica sicurezza della Repubblica popolare cinese. Nello specifico, l'accordo esclude lo scambio di dati personali, pertanto la questione della protezione dei dati non è rilevante in questo caso. Le informazioni scambiate potrebbero comprendere conoscenze specialistiche, relazioni di situazioni generali, risultati di analisi strategiche, informazioni sulle procedure delle indagini penali, informazioni sui metodi di prevenzione della criminalità, attività di formazione, nonché la fornitura di consulenza e sostegno nell'ambito di singole indagini penali. Il relatore è favorevole alla conclusione di questo accordo di cooperazione strategica con la Cina. Ritengo che esso contribuirebbe a rafforzare la cooperazione internazionale in materia di applicazione della legge e, pertanto, ho votato a favore della sua approvazione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Chiny są coraz ważniejszym krajem pochodzenia, przeznaczenia i tranzytu w walce z przestępczością zorganizowaną, taką jak ułatwianie nielegalnej imigracji, handel ludźmi, przestępstwa związane z narkotykami, fałszowanie euro, naruszanie praw własności intelektualnej, korupcja w sporcie oraz działania z zakresu cyberprzestępczości i prania pieniędzy. Ponadto w Chinach mają swoją siedzibę różne zorganizowane grupy przestępcze o znacznych wpływach. Porozumienie między Chinami a Europolem obejmuje wiedzę specjalistyczną, sprawozdania na temat ogólnej sytuacji, wyniki analiz strategicznych, informacje na temat procedur dochodzeniowych i metod zapobiegania przestępstwom, uczestnictwo w szkoleniach, doradzanie i wspieranie w konkretnych dochodzeniach. To porozumienie pomoże w zwalczaniu przestępczości i w zwiększeniu bezpieczeństwa. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte qui vise à approuver la conclusion par l'Office européen de police — Europol — d'un accord de coopération stratégique avec la Chine.

Cette coopération nécessaire sera renforcée notamment dans le cadre de la lutte contre les réseaux de criminalité organisée, qui n'ont pas de frontière.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O presente relatório aprova o projeto do Conselho, que autoriza a Europol a celebrar um acordo de cooperação estratégica com a China. De acordo com a Europol, a China assume uma importância cada vez maior na luta contra a criminalidade organizada, enquanto país de origem, de trânsito e de destino de várias redes criminalidade organizada.

Gostaria de salientar que este acordo de cooperação exclui o intercâmbio de dados pessoais, havendo, por sua vez, troca de conhecimentos especializados (benchmarking), atividades de formação, informações sobre processos de investigação penal, métodos de prevenção da criminalidade, entre outras matérias sobremaneira relevantes no combate ao crime organizado.

Pelo facto de esta cooperação promover o progresso da *rule of law* no domínio das relações entre a Europol e a China, salvaguardando a privacidade dos cidadãos europeus, voto a favor do presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this legislative report. UKIP does not support the right for the EU to make agreements with third countries. UKIP also does not recognise the mandate of Europol and therefore has also voted against this report on the basis that it increases its legitimacy and influence.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – O presente documento diz respeito à proposta de aprovação de um acordo de cooperação estratégica entre a Europol e a China. Um acordo estratégico desta natureza exclui o intercâmbio de dados pessoais, pelo que, neste caso, a questão da proteção de dados não é pertinente. As informações trocadas poderiam incluir conhecimentos especializados, relatórios gerais de situação, resultados de análises estratégicas, etc.

É lícito pensar que existem inequívocas necessidades operacionais para que a Europol coopere com a China. De acordo com a Europol, a China assume uma importância cada vez maior na luta contra a criminalidade organizada, enquanto país de origem, de trânsito e de destino, em domínios como o auxílio à imigração clandestina, o tráfico de seres humanos, os crimes relacionados com a droga, a falsificação do euro, as violações dos direitos de propriedade intelectual, a corrupção no desporto, bem como as atividades relacionadas com o branqueamento de capitais e a cibercriminalidade.

O relator é favorável à celebração do presente acordo de cooperação estratégica com a China, uma vez que apoia e intensifica a luta contra a criminalidade organizada e contribuirá para uma maior cooperação internacional em prol da aplicação da lei. Votei a favor deste relatório.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Les députés ont validé ce midi un accord de coopération stratégique entre Europol et la Chine, par 460 voix pour, 126 contre et 90 abstentions. À l'instar de celui qui existe avec la Russie ou qui a été signé avec le Brésil en avril 2016, cet accord permettra aux deux parties d'échanger certaines informations — à l'exclusion de données personnelles — et de s'entraider dans la lutte contre la criminalité organisée.

La Chine est le deuxième partenaire commercial de l'Europe et joue un rôle politique croissant dans le monde. Mais les autorités chinoises sont également confrontées à de grands défis.

En particulier, selon Europol, le poids de la Chine comme pays d'origine, de transit, ou de destination de la criminalité organisée augmente continuellement.

Dans le viseur de l'Union européenne et de la Chine: l'immigration illégale, la traite d'êtres humains, la criminalité liée à la drogue, la contrefaçon de devises, les violations de propriété intellectuelle, et la cybercriminalité.

La conclusion de cet accord est un signe du sérieux de l'engagement de la Chine pour renforcer la lutte contre la criminalité organisée, et participe de la stratégie d'Europol de développer des partenariats stratégiques pour assurer la sécurité des citoyens européens.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – De acordo com a Europol, a China é cada vez mais um parceiro relevante na luta contra o crime organizado. Este acordo relaciona-se com a troca de informação operacional, estratégica e técnica classificada (conhecimentos especializados, análises estratégicas, informação sobre procedimentos criminais, métodos de prevenção de crimes, etc.). Não inclui a troca de informação pessoal.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución sobre el proyecto de Decisión de Ejecución del Consejo por la que se aprueba la celebración por parte de la Oficina Europea de Policía (Europol) del Acuerdo de Cooperación Estratégica entre el Ministerio de Seguridad Pública de la República Popular China y Europol.

La información intercambiada podría incluir conocimientos especializados, informes generales de situación, resultados de análisis estratégicos, información sobre procedimientos de investigación penal, información sobre métodos de prevención de delitos y actividades de formación, así como la prestación de apoyo y asesoramiento en investigaciones penales concretas. No obstante, excluye del acuerdo estratégico el intercambio de datos personales.

Tal y como advierte Europol, China está adquiriendo un papel cada vez más relevante como país de origen, destino y tránsito en la lucha contra la delincuencia organizada, en ámbitos como la ayuda a la inmigración ilegal, la trata de seres humanos, los delitos relacionados con las drogas, la falsificación del euro, las violaciones de los derechos de propiedad intelectual o la corrupción en el deporte, así como en otras actividades relacionadas con la ciberdelincuencia y el blanqueo de capitales.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cet accord international de coopération stratégique entre Europol et la Chine.

Une telle coopération avec la Chine semble nécessaire puisque le poids de ce pays en tant que pays d'origine, de transit ou de destination dans la lutte contre la criminalité organisée est avéré.

Ce rapport va permettre de renforcer la coopération internationale avec la Chine en matière répressive.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau prieš šį pranešimą. Juo norima užtikrinti duomenų keitimąsi ir glaudesnį Europolo ir Kinijos bendradarbiavimą. Iš pirmo žvilgsnio gali pasirodyti, kad tai sveikintina iniciatyva. Dalinantis duomenimis būtų galima užkirsti kelią didelio masto tarptautiniams nusikaltimams. Vis dėlto situacija nėra tokia paprasta. Kinijos valdžia nuolat pažeidžia žmogaus teises, persekiodama politinius priešininkus ar rėžimui neįtikusius žmones – teisininkus, žurnalistus, aktyvistus. Todėl keitimasis strategine tyrimų, darbo metodų ir kita informacija gali pasitarnauti dar aktyvesniam minėtų asmenų persekiojimui ir naujų metodų taikymui.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Atualmente existem necessidades operacionais inquestionáveis para uma cooperação mais estreita entre a Europol e as autoridades chinesas.

A China é um país chave na luta contra a criminalidade organizada, enquanto país de origem, trânsito e destino, em domínios como o auxílio à imigração clandestina, o tráfico de seres humanos, os crimes relacionados com a droga, a falsificação do euro, as violações dos direitos de propriedade intelectual, a corrupção no desporto, bem como as atividades relacionadas com o branqueamento de capitais e a cibercriminalidade.

Este relatório diz, por isso, respeito à proposta de um acordo de cooperação estratégica entre a Europol e a China, e as informações trocadas incluirão conhecimentos especializados, relatórios gerais de situação, resultados de análises estratégicas, informações sobre processos de investigação penal e sobre métodos de prevenção da criminalidade, atividades de formação ou ainda aconselhamento e apoio em determinadas investigações penais, o que exige esta análise, discussão e votação no Parlamento Europeu.

Votei a favor da celebração deste acordo de cooperação estratégica com a China, uma vez que este visa intensificar a luta contra a criminalidade organizada, contribuindo desta forma para uma maior cooperação a nível internacional.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui porte sur le projet de décision d'exécution du Conseil portant approbation de la conclusion, par l'Office européen de police (Europol), de l'accord sur la coopération stratégique entre le ministère de la sécurité publique de la République populaire de Chine et Europol.

Le texte demande également à la Commission de mener une évaluation des dispositions de l'accord de coopération et d'informer le Parlement et le Conseil des conclusions de cette évaluation.

Il est important que l'Union européenne continue de renforcer sa coopération internationale dans le domaine de la sécurité.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto en contra de este informe que establece siguiendo el Articulo 23, apartado 2, de la decisión 2009/371/JHA, por la que el Consejo para aprobar la conclusión de acuerdos de cooperación internacional con terceros estados y organizaciones, debe de consultar al Parlamento Europeo. En estos acuerdos se engloba el intercambio de información estratégica y clasificada, así como, intercambio de datos personales.

Voto en contra, puesto que considero negativamente el establecimiento de este tipo de acuerdos de intercambio de información con un país en el que se producen un número significativo de casos de vulneración de los derechos humanos que han sido debidamente documentados. La postura de nuestro grupo sobre la cooperación judicial con terceros países es que sólo debe de producirse cuando se dan las garantías suficientes de respeto a los derechos humanos.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die Vereinbarung zur strategischen Kooperation zwischen dem Ministerium für Öffentliche Sicherheit der Volksrepublik China und dem Europäischen Polizeiamt (Europol) gestimmt.

Europol ist die Strafverfolgungsbehörde der Europäischen Union und hilft den nationalen Strafverfolgungsbehörden bei der Bekämpfung von schwerer internationaler Kriminalität und Terrorismus.

Die Vereinbarung hat das Ziel, organisierter Kriminalität, Terrorismus und anderen schwerwiegenden Straftatbeständen präventiv entgegenzuwirken, was durch den Austausch von strategischen und technischen Informationen geschehen soll.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Mi postura es de clara oposición a este tipo de acuerdos de cooperación estratégica en cuestiones judiciales y legales en los que existe una gran falta de transparencia que nos impide conocer como son utilizados los datos de los ciudadanos y ciudadanas de la Unión y de las personas migrantes y apátridas que aquí residen. Además, este rechazo aumenta en el caso de países con escasas garantías de cumplimiento de los derechos judiciales más elementales, como es el caso de China. Resulta llamativo que este acuerdo haya concluido poco antes de la aprobación del nuevo reglamento de Europol que garantiza mucha mayor transparencia y apertura, particularmente en los acuerdos de cooperación con terceros países, por lo que entiendo que existe una voluntad de la agencia de seguir operando de forma opaca. Por todo esto he votado en contra del Acuerdo.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Con il voto di oggi, il Parlamento europeo ha approvato la conclusione dell'accordo sulla cooperazione strategica tra il ministero della pubblica sicurezza della Repubblica popolare cinese e l'Ufficio europeo di polizia (Europol). Alcuni studi recenti hanno rilevato che nel corso dell'ultimo decennio la criminalità organizzata cinese si è inserita nell'ambiente della criminalità di un certo numero di paesi dell'UE. Le attività criminali comprendono l'estorsione, la tratta di esseri umani, la produzione e il traffico di droghe illegali, la contraffazione dell'euro, le violazioni dei diritti di proprietà intellettuale, le scommesse clandestine, la contraffazione di beni di consumo nonché i reati informatici e le attività connesse con il riciclaggio di denaro. Esiste quindi una chiara necessità operativa di Europol di collaborare con la Cina. La chiave del successo della lotta contro la criminalità organizzata risiede infatti nello scambio di informazioni e di competenze concernenti i gruppi criminali a livello di UE e con i paesi interessati come in questo caso la Cina. Europol può svolgere in questo contesto un ruolo determinante al fine di sostenere e rafforzare l'azione delle autorità competenti degli Stati membri e la reciproca collaborazione. Ho votato pertanto a favore della conclusione di questo accordo di cooperazione strategica.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – O meu voto favorável a este acordo estratégico entre a Europol e a China deve-se à necessidade de se intensificar o combate à criminalidade organizada. As trocas de conhecimento especializado, modos de prevenção, atividades de formação em ambas as partes e o próprio apoio à investigação criminal e penal são importantes. É necessária uma maior cooperação internacional em termos de segurança transnacional e este acordo é um passo positivo nesse sentido.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as I do not recognise the EUs competency in this area.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today, I voted for the agreement on strategic cooperation between Europol and China. This agreement is an important step towards reinforcing the fight against organised crime and enhancing international law enforcement cooperation.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Čína je dôležitou krajinou v boji proti organizovanému zločinu. Je krajinou pôvodu, cieľa a tranzitu organizovaného zločinu. Podporujem spoluprácu medzi Europolom a tretími krajinami, v tomto prípade s Čínou. Táto dohoda medzi Europolom a Čínou pomôže v boji proti zločinu a umožní zvýšenie bezpečnosti v rámci EÚ. Keďže táto dohoda je dohodou strategickou, a nie operatívnou, vylučuje výmenu osobných údajov. Hlasoval som preto sa prijatie tohto uznesenia.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Nisam podržao ovo izvješće, ali ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som návrh uznesenia Európskeho parlamentu o návrhu vykonávacieho rozhodnutia Rady, ktorým sa schvaľuje uzavretie dohody o strategickej spolupráci medzi Ministerstvom verejnej bezpečnosti Čínskej ľudovej republiky a Europolom zo strany Europolu. Táto strategická dohoda vylučuje výmenu osobných údajov. Informácie, ktoré budú predmetom výmeny, by mohli zahŕňať odborné znalosti, všeobecné situačné správy, výsledky trestnej činnosti, aktivity odbornej prípravy a poskytovanie poradenstva a podpory v jednotlivých prípadoch vyšetrovania trestných činov. Podľa Europolu rastie význam Číny ako krajiny pôvodu, cieľovej a tranzitnej krajiny v boji proti organizovaného zločinu, ako je organizované nezákonné prisťahovalectvo, obchodovanie s ľuďmi, drogová trestná činnosť, falšovanie eura, porušovanie práv duševného vlastníctva, korupcia v školstve, ako aj počítačová kriminalita a aktivity súvisiace s praním špinavých peňazí. Táto dohoda preto napomôže a posilní boj proti organizovanej trestnej činnosti a prispeje k zlepšeniu spolupráce v oblasti presadzovania medzinárodného práva.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Europol državam članicam EU pomaga v boju proti organiziranemu kriminalu.

Ker se organizirani kriminal enostavno ne ustavi na mejah EU, je izjemnega pomena sodelovanje z ostalimi državami po svetu in mednarodnimi organizacijami. Čeprav so tovrstna sodelovanja dobrodošla, je potrebno pri sporazumih pod drobnogled vzeti prakso pregona kriminala v državi partnerici in s tem povezano spoštovanje človekovih pravic.

Poročilo Parlamenta, ki predlaga sklenitev takšnega sporazuma s Kitajsko, predvideva izmenjavo operativnih in tehničnih podatkov, vključujoč osebne in zaupne podatke. Po besedah Europola postaja Kitajska za pregon organiziranega kriminala vedno bolj relevantna, saj je v mnogih primerih izvorna, ciljna ali pa tranzitna država različnih kriminalnih aktivnosti.

Težava predlaganega sporazuma leži v tem, da Kitajska na področju pregona kriminala ne spoštuje človekovih pravic, hkrati pa drugače opredeljuje kriminalce in teroriste. Tako je v zadnjem času Kitajska priprla kar 280 aktivistov in pravnikov, ki se ukvarjajo s človekovimi pravicami, okrog 40 jih je še vedno pridržanih, saj naj bi predstavljali organizirano kriminalno skupino. Hkrati so tam v postopku sprejema zakoni, ki vsem spletnim podjetjem na Kitajskem nalagajo, da imajo v podjetju kitajskega kibernetskega policista, ki bo nadzoroval „razširjanje govoric".

Zaradi omenjenih spornih kitajskih metod pregona organiziranega kriminala sem se odločil glasovati proti poročilu.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Organizovaná trestná činnosť v súčasnosti často presahuje hranice jednej krajiny či kontinentu. Rozširovanie spolupráce s inými štátmi vrátane výmeny údajov o podozrivých osobách či finančných transakciách je cenným príspevkom v globálnom boji proti zločinu.

Helga Stevens (ECR), *schriftelijk*. – Dit strategische akkoord tussen Europol en China beoogt het uitwisselen van informatie, met uitsluiting van persoonsgegevens. Europol sluit dergelijke akkoorden na toestemming van de Raad. Het Europees Parlement werd ook gevraagd een mening te geven in het kader van de goedkeuringsprocedure. China is steeds relevanter als actor in de strijd tegen georganiseerde misdaad, met inbegrip van mensensmokkel en witwaspraktijken. Met dit akkoord kunnen we onder andere beroep doen op gespecialiseerde kennis van Chinese autoriteiten en strategische informatie bekomen. Aangezien dit akkoord georganiseerde misdaad bestrijdt en de veiligheid binnen de Unie vergroot, steunde N-VA dit verslag volledig.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Bei der Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses des Rates über die Zustimmung zum Abschluss durch das Europäische Polizeiamt (Europol) des Abkommens über strategische Kooperation zwischen dem Ministerium für öffentliche Sicherheit der Volksrepublik China und Europol habe ich mich enthalten.

Ich erkenne an, dass es aus Gründen der Sicherheit einen eindeutigen operationellen Bedarf gibt, mit China zusammenzuarbeiten. China gewinnt als Herkunfts—, Bestimmungs- und Transitland bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens – wie Beihilfe zur illegalen Zuwanderung und mit Menschenhandel, Drogenkriminalität und Geldwäsche zusammenhängenden Tätigkeiten – immer mehr an Bedeutung. Ferner stammen einige der gefährlichsten organisierten kriminellen Gruppen aus China.

Gleichwohl lehne ich Europol in seiner jetzigen Form ab. Europol verletzt das Interesse an nationaler Eigenständigkeit, und seine Kompetenzen greifen zu tief in die Belange ein, die den Mitgliedstaaten zustehen sollten. Daher kann ich dem Vorschlag nicht zustimmen.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Odlukom Vijeća nakon savjetovanja s Europskim parlamentom odobrava se sklapanje sporazuma o međunarodnoj suradnji Europola s trećim državama što podrazumijeva razmjenu relevantnih informacija te razmjenu osobnih podataka. Kako Sporazum o strateškoj suradnji između Europola i Kine isključuje razmjenu osobnih podataka, informacije koje će se obostrano koristiti odnose se na razmjenu znanja, općeg stanja, analiza, savjeta i podrški u sprečavanju kriminala te u procesu kaznenih istraga.

S obzirom da određeni broj najutjecajnijih skupina organiziranog kriminala potječe iz Kine ovim pristupom doprinosi se borbi protiv organiziranog kriminala kao i nezakonitog useljavanja, trgovine ljudima, kriminala povezanog s drogama te ostalih aktivnosti organiziranog kriminala.

Stoga, podržavam izvješće Odbora za građanske slobode, pravosuđe i unutarnje poslove o Nacrtu provedbene odluke Vijeća kojom se Europskom policijskom uredu (Europol) odobrava sklapanje Sporazuma o strateškoj suradnji između Ministarstva javne sigurnosti Narodne Republike Kine i Europola.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o osnutku izvedbenega sklepa Sveta o odobritvi sklenitve sporazuma o strateškem sodelovanju med Ministrstvom za javno varnost Ljudske republike Kitajske in Evropskim policijskim uradom (Europol) s strani Europola.

Sporazum o strateškem sodelovanju med Europolom in Kitajsko bo prinesel izmenjavanje podatkov na področju strokovnega znanja, poročila o splošnem stanju, rezultatih strateških analiz, informacij o postopkih kazenskih preiskav, ne pa tudi izmenjave osebnih podatkov. Zato so vse skrbi v zvezi z varstvom osebnih podatkov in obdelovanje le teh odveč.

Podpiram sklenitev sporazuma, saj je Kitajska na področju organiziranega kriminala pomembna kot izvorna, ciljna in tranzitna država, čemur pritrjuje tudi Interpol.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem dnes udělení souhlasu s rozhodnutím Rady, kterým se schvaluje uzavření dohody mezi Europolem a Čínou, jelikož jde o jeden ze způsobů naplnění mandátu Europolu, který je oprávněn uzavírat dohody o spolupráci se třetími zeměmi za účelem prevence a boje proti organizovanému zločinu, terorismu a dalším závažným trestným činům. Jedná se tak o dohodu o výměně strategických a technických informací, nikoli o výměnu osobních údajů, které by poté mohly být použity proti jednotlivcům zasazujícím se například o dodržování lidských práv. Dodávám také, že uzavření této smlouvy nic nemění na mém negativním stanovisku, pokud jde o možnost udělení statutu tržní ekonomiky Číně v rámci WTO.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η Κίνα αποτελεί στρατηγικό εταίρο της Ρωσίας και η στενή επιχειρησιακή συνεργασία της ΕΕ με την Κίνα είναι σημαντική στο πλαίσιο καταπολέμησης του οργανωμένου εγκλήματος.

Το ζήτημα προστασίας δεδομένων προσωπικού χαρακτήρα δεν αφορά την προκείμενη περίπτωση, διότι στη συμφωνία αυτή αποκλείεται οποιαδήποτε ανταλλαγή τέτοιων δεδομένων.

József Szájer (PPE), *írásban*. – A szervezett bűnözés elleni sikeres fellépés érdekében rendkívüli jelentőséggel bír a harmadik országbeli partnerek bűnüldöző szerveivel megvalósuló információcsere. Az Európai Rendőrségi Hivatal (Europol) szerint származási, cél- és tranzitországként Kína egyre nagyobb súllyal bír a szervezett bűnözés elleni küzdelemben. Ezért is fontos az Europol és Kína között megkötendő stratégiai együttműködésről szóló megállapodás, amely lehetővé teszi a szakértelem, az általános helyzetjelentések, a stratégiai elemzési eredmények, valamint a bűnügyi nyomozási eljárások és a bűnmegelőzési módszerekre vonatkozó információk kicserélését, illetve tanácsadás és támogatás nyújtását az egyes konkrét bűnügyi nyomozásokhoz.

Az Europolnak egyértelműen szüksége van arra, hogy együttműködjön Kínával, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogatom a kezdeményezést.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam, hogy az Európai Parlament véleményében értsen egyet az Europol és a Kínai Népköztársaság között kötendő stratégiai együttműködési megállapodás Tanács általi jóváhagyásával. Figyelembe vettem, hogy az Europol már korábban is kötött ezzel megegyező tartalmú megállapodást harmadik országgal (Brazília). Nyilvánvaló, hogy a nemzetközi szervezett bűnözés elleni harc szempontjából Kína nagyságrendje, kiemelt forrás- és tranzitország szerepe, ezen belül főleg a nemzetközi illegális kereskedelem és csempészet, a kábítószer és a hamisított termékek kereskedelme, a pénzmosás és a kíberbűnözés területein egyaránt megkerülhetetlen partner az európai biztonsági érdekek hatékony védelmében.

A megállapodás ennek érdekében a módszer-, az információ- és a tapasztalatcsere különböző lehetőségeinek jobb kiaknázását segíti elő. Fontos feltételnek tartom azonban, hogy a megállapodás kizárja személyes adatok kiadását a másik félnek, így az európai polgárok adatvédelme szempontjából nem merülhet fel aggály a szerződés kapcsán.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Cooperarea dintre Uniunea Europeană și Republica Populară Chineză a atins în ultimii ani un nivel impresionant în toate domeniile. Pe lângă colaborarea în domeniul economic, un alt sector important de cooperare strategică este ordinea publică. Este vorba despre un domeniu de maxim interes, în special în contextul creșterii amenințărilor de tip terorist la adresa societății contemporane. În relația cu China, o componentă importantă de cooperare este combaterea criminalității organizate, sub forma imigrației ilegale, traficului de persoane și de droguri, falsificării monedei euro, încălcării drepturilor de proprietate intelectuală, corupției în sport, atacurilor cibernetice și spălării de bani. Acordul actual de cooperare exclude schimbul de date personale și se referă în special la schimburile de rapoarte privind situația generală, analize strategice, informații privind procedurile de anchetare penală și de prevenire a infracționalității, activitățile de formare și anumite anchete penale. Adoptarea acestui acord completează seria de inițiative de cooperare între Europol și alte structuri ale principalilor actori internaționali, în scopul eficientizării activității de prevenire și combatere a criminalității transfrontaliere. Este o măsură necesară, de aceea susțin adoptarea acestui raport.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai suivi le travail de mon collègue Moraes. La proposition à l'examen porte sur l'approbation d'un accord de coopération stratégique entre Europol et la Chine. Étant donné que ce type d'accord stratégique exclut l'échange de données à caractère personnel, la question de la protection des données ne se pose pas en l'espèce. Les informations échangées peuvent comprendre des avis d'experts, des comptes rendus généraux, des résultats d'analyses stratégiques, des informations sur les procédures d'enquêtes pénales, des informations sur les méthodes de prévention de la criminalité, ainsi que sur les activités de formation ou encore de conseil et de soutien dans le cadre d'enquêtes pénales spécifiques.

Europol semble avoir un besoin évident de collaboration opérationnelle avec la Chine. Selon Europol, le poids de la Chine, en tant que pays d'origine, de transit ou de destination, augmente continuellement dans la lutte contre la criminalité organisée, notamment l'aide à l'immigration illégale, la traite des êtres humains, la criminalité liée à la drogue, la contrefaçon de l'euro, les violations de droits de propriété intellectuelle et la corruption dans le sport, ainsi que d'autres activités liées à la cybercriminalité et au blanchiment d'argent. De plus, la Chine compte plusieurs organisations criminelles très influentes.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The strategic cooperation agreement between Europol and the People's Republic of China provides for the exchange of information which has become increasingly relevant in the fight against organised crime. There seem to be clear operational needs for Europol to cooperate with China. According to Europol, China is increasingly relevant as a source, destination and transit country in the fight against organised crime, such as facilitated illegal immigration, trafficking in human beings, drug-related crimes, euro-counterfeiting, intellectual property rights infringements, sport corruption, as well as cybercrime and money laundering related activities. Furthermore, China is home to several high-impact organised criminal groups. I voted in favour of the Europol-China agreement because I am

certain that the only way of combatting international crime and enhancing international law enforcement is through increased cooperation and mutual assistance.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE), *in writing*. — This is yet another one of those agreements signed between Europol and third states in order to strengthen their mutual cooperation in preventing and combating organised crime, terrorism and other forms of serious transnational crimes. Such strategic agreements involve the exchange of information, excluding personal data. The information exchanged could include specialist knowledge, general situation reports, results of strategic analysis, information on criminal investigation procedures, information on crime prevention methods, training activities, and the provision of advice and support in individual criminal investigations.

This time the third state in question is China. We are all aware of the systematic violations of human rights and fundamental freedoms committed by the Chinese Government, some of which are measures that directly fall under the justice and home affairs area. At the same time, China's definition of whom constitutes a criminal or a terrorist it is often markedly different from what the EU's is. Therefore, I have voted against authorising any kind of police cooperation with China, as doing so would be tantamount to becoming an accomplice of the Chinese Government in the curtailment and violation of human rights and fundamental freedoms.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Glasovala sam za sklapanje Sporazuma o strateškoj suradnji između Europskog policijskog ureda (Europola) i Kine budući da smatram da će se njime ojačati borba protiv organiziranog kriminala i unaprijediti međunarodna suradnja u pogledu kaznenog progona.

Smatram da je Kina sve važnija zemlja u borbi protiv organiziranog kriminala kao izvorišna država mnogih utjecajnih kriminalnih skupina povezanih s trgovinom ljudima, kriminala povezanog s drogama, krivotvorenjem eura, pranjem novca, korupcijom u sportu i kibernetičkim kriminalom.

Istaknula bih da će se suradnja ostvarivati kroz razmjenu informacija koje obuhvaćaju stručno znanje, rezultate strateških analiza, informacije o postupcima kaznene istrage i o metodama sprečavanja kriminala, te da neće uključivati razmjenu osobnih podataka.

Iz navedenoga može se zaključiti da će sklapanje i provedba ovog strateškog sporazuma biti od izuzetne koristi i državama članicama Europske unije i Kini u borbi protiv organiziranog kriminala.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog osnutka izvedbenega sklepa Sveta o odobritvi sklenitve sporazuma o strateškem sodelovanju med Ministrstvom za javno varnost Ljudske republike Kitajske in Evropskim policijskim uradom (Europol) s strani Europola sem podprla.

Sodelovanje Europola s Kitajsko se zdi potrebno z operativnega vidika. Europol navaja, da je Kitajska čedalje bolj pomembna kot izvorna, ciljna in tranzitna država v boju proti organiziranemu kriminalu, kot je omogočanje nezakonitega priseljevanja, trgovina z ljudmi, z drogami povezana kazniva dejanja, ponarejanje evra, kršitve pravic intelektualne lastnine, korupcije v športu, pa tudi dejavnosti, povezane s kibernetsko kriminaliteto in pranjem denarja. Poleg tega je Kitajska zatočišče za več zelo vplivnih organiziranih kriminalnih združb.

Yana Toom (ALDE), *in writing*. – The strategic cooperation agreement between Europol and China will contribute to crime prevention and investigation, especially transnational and organised crime, drug trafficking and trafficking in human beings, and money laundering. It does not include the exchange of personal data. This type of strategic cooperation is in the best interests of Europe and European citizens. Such cooperation cannot be halted or suspended for purely political or ideological reasons.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto en contra de este informe que establece siguiendo el Articulo 23, apartado 2, de la decisión 2009/371/JHA, por la que el Consejo para aprobar la conclusión de acuerdos de cooperación internacional con terceros estados y organizaciones, debe de consultar al Parlamento Europeo. En estos acuerdos se engloba el intercambio de información estratégica y clasificada, así como, intercambio de datos personales.

Voto en contra, puesto que considero negativamente el establecimiento de este tipo de acuerdos de intercambio de información con un país en el que se producen un número significativo de casos de vulneración de los derechos humanos que han sido debidamente documentados. La postura de nuestro grupo sobre la cooperación judicial con terceros países es que sólo debe de producirse cuando se dan las garantías suficientes de respeto a los derechos humanos.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Afin de pouvoir faire preuve d'une plus grande efficacité dans la prévention des formes graves de criminalité et dans la lutte contre celles-ci, EUROPOL a engagé, conformément à la décision 2009/934/JAI, la procédure de conclusion d'un accord sur la coopération stratégique avec le ministère de la sécurité publique de Chine.

Les accords stratégiques impliquent l'échange d'informations à l'exclusion des données à caractère personnel, alors que les accords opérationnels impliquent l'échange d'informations, y compris de données à caractère personnel.

Les termes de la coopération régie par l'accord stratégique prévoient des échanges d'informations qui peuvent comprendre l'expertise, les comptes rendus généraux, les résultats d'analyses stratégiques, les informations sur les procédures d'enquêtes pénales et les informations sur les méthodes de prévention de la criminalité, la participation à des activités de formation, ainsi que la fourniture de conseils et de soutien dans des enquêtes pénales particulières.

J'ai l'habitude de m'abstenir quand il s'agit d'accords stratégiques, et de voter contre quand il s'agit d'accords opérationnels (étant donné qu'il s'agit là de la possibilité d'échanges de données à caractère personnel).

Le cas de la Chine, cependant, est particulier vu le risque d'espionnage industriel.

J'ai donc voté contre.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – W walce z przestępczością zorganizowaną Chiny odgrywają newralgiczną rolę. W ostatnich latach stały się krajem pochodzenia, przeznaczenia lub tranzytu istotnym z punktu widzenia celów organizacji przestępczych. Ich działanie zagraża również bezpieczeństwu Europy m.in. poprzez ułatwianie nielegalnej imigracji, handel ludźmi, przestępstwa związane z narkotykami, fałszowanie euro oraz działania z zakresu cyberprzestępczości i prania pieniędzy.

Porozumienie strategiczne między Europolem a Chinami zakłada wymianę wiedzy specjalistycznej, analiz strategicznych, informacji na temat procedur dochodzeniowych i metod zapobiegania przestępstwom. Otwiera także możliwość szkoleń, wzajemnego doradztwa i wsparcia w konkretnych dochodzeniach. Co istotne, porozumienie nie będzie obejmowało danych osobowych. Niewątpliwie zaś pomoże w zwalczaniu przestępczości i zwiększeniu bezpieczeństwa obywateli Unii. Z powyższych racji popieram zawarcie porozumienia strategicznego między Europolem a Chinami.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Europol és a Kínai Népköztársaság Közbiztonsági Minisztériuma közötti stratégiai megállapodás az információ cserét biztosítja, de kizárja a személyes információk megosztását. Szavazatommal támogattam a Kína és az Europol közötti stratégiai együttműködési megállapodás megkötését, mivel ez segítené a szervezett bűnözés elleni küzdelmet, valamint hozzájárulna a nemzetközi bűnüldözési együttműködés megerősítéséhez.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto en contra de este informe que establece siguiendo el Articulo 23, apartado 2, de la decisión 2009/371/JHA, por la que el Consejo para aprobar la conclusión de acuerdos de cooperación internacional con terceros estados y organizaciones, debe de consultar al Parlamento Europeo. En estos acuerdos se engloba el intercambio de información estratégica y clasificada, así como, intercambio de datos personales.

Voto en contra, puesto que considero negativamente el establecimiento de este tipo de acuerdos de intercambio de información con un país en el que se producen un número significativo de casos de vulneración de los derechos humanos que han sido debidamente documentados. La postura de nuestro grupo sobre la cooperación judicial con terceros países es que sólo debe de producirse cuando se dan las garantías suficientes de respeto a los derechos humanos.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted against the proposal of the Council because concluding an Agreement on Strategic Cooperation between Europol and China that entails the exchange of information on crime prevention methods, training activities, and the provision of advice and support in individual criminal investigations, among other things, would be tantamount to becoming an accomplice of the implementation by the Chinese Government of a series of laws and decisions in the field of justice and home affairs that severely curtail basic human rights and freedoms in the country.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Šis pasiūlymas susijęs su siūlomu pritarimu strateginiam Europolo ir Kinijos bendradarbiavimui. Tokie susitarimai gali būti susiję su keitimusi operatyvine, strategine, technine arba įslaptinta informacija. Operatyvinio bendradarbiavimo susitarimas apima ir keitimąsi asmens duomenimis.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I abstained from voting on the report on the draft Council implementing decision approving the conclusion by the European Police Office (Europol) of the Agreement on Strategic Cooperation between the Ministry of Public Security of the People's Republic of China and Europol. This agreement excludes the exchange of personal data. The information exchanged could include specialist knowledge, general situation reports, results of strategic analysis, information on criminal investigation procedures, information on crime-prevention methods, training activities, and the provision of advice and support in individual criminal investigations.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – La Decisión 2009/371/JAI del Consejo constituye la base legal para la creación de la Oficina Europea de Policía (Europol). El mandato le concede a esta agencia europea el poder de alcanzar acuerdos de cooperación con terceros países en aras de mejorar la cooperación en materia de cumplimiento de la ley con vistas a prevenir y combatir el crimen organizado, el terrorismo y otras formas de criminalidad consideradas graves. La propuesta del Consejo para autorizar el Acuerdo de Cooperación Estratégica con China que evalúa este informe parlamentario incluye el intercambio de información operacional, estratégica y técnica. En ningún caso prevé la transferencia de datos personales. Mediante el documento, que he respaldado con mi voto, la Eurocámara aprueba el borrador de decisión de ejecución del Consejo relativa a la autorización para que Europol concluya el acuerdo con China, país que acoge a grupos criminales cuyas acciones tienen gran impacto a nivel internacional y, por tanto, supone una importante fuente de información sobre el crimen organizado.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Mi postura es de clara oposición a este tipo de acuerdos de cooperación estratégica en cuestiones judiciales y legales en los que existe una gran falta de transparencia que nos impide conocer como son utilizados los datos de los ciudadanos y ciudadanas de la Unión y de las personas migrantes y apátridas que aquí residen. Además, este rechazo aumenta en el caso de países con escasas garantías de cumplimiento de los derechos judiciales más elementales, como es el caso de China. Resulta llamativo que este acuerdo haya concluido poco antes de la aprobación del nuevo reglamento de Europol que garantiza mucha mayor transparencia y apertura, particularmente en los acuerdos de cooperación con terceros países, por lo que entiendo que existe una voluntad de la agencia de seguir operando de forma opaca. Por todo esto he votado en contra del Acuerdo.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit verslag. Wanneer de nieuwe Europolverordening in werking treedt, kan het zijn dat de EU de Strategische Samenwerking tussen het Ministerie van Openbare Veiligheid van de Volksrepubliek China en Europol opnieuw moet beoordelen.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Quand on entend les débats récurrents sur la Chine au Parlement européen, il est pour le moins surprenant de voir soumettre à notre ratification un accord de coopération policière avec ce pays.

Cet accord de coopération stratégique entre Europol et les renseignements chinois prétend prévenir des formes graves de criminalité.

S'il exclut explicitement l'échange de données à caractère personnel, et je m'en félicite, cet accord ressemble à la plupart des accords de coopération avec Europol et se caractérise donc par une grande imprécision concernant le type d'informations qui seront échangées.

De quels types d'informations sur les procédures d'enquêtes pénales parle-t-on? De quels types de résultats d'analyses stratégiques parle-t-on?

Quels délais de conservation des informations a été convenu?

Dans quels buts?

Une fois de plus, c'est le flou total.

Et s'agissant d'un accord avec un État où le respect des droits de l'homme est pour le moins un vrai sujet, on est en droit d'attendre beaucoup plus de transparence.

Je vote contre ce texte qui a été essentiellement adopté par les députés du PPE et des groupes conservateurs et socialistes; les libéraux s'étant largement abstenus.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta proposta diz respeito à homologação de um acordo de cooperação estratégica entre a Europol e China. As informações trocadas podem incluir conhecimentos específicos, relatórios sobre a situação geral, resultados da análise estratégica, informações sobre os procedimentos de investigação criminal, informações sobre os métodos de prevenção do crime, atividades de formação, e prestação de aconselhamento e apoio em investigações criminais individuais.

À semelhança de outras agências da União Europeia, a Europol é uma estrutura criada para impor a concretização do caminho da federalização. Desde a sua criação que a UE tem atribuído a esta estrutura competências que atentam contra a soberania dos Estados, desenvolvendo a sua atividade sem qualquer controlo democrático. Entendemos que a Europol não deve sobrepor-se às polícias nacionais e às suas atividades e defendemos a cooperação entre as estruturas de segurança interna e externa dos vários países. Votámos contra.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Vorschlag beinhaltet eine strategische Zusammenarbeit und einen verstärkten Informationsaustausch zwischen Europol und China zur Verstärkung des Kampfes gegen organisierte Kriminalität. Der Austausch personenbezogener Daten wird bei diesem Abkommen gänzlich ausgeschlossen. Die Intention ist durchaus zu unterstützen, allerdings stehe ich einer zentralen Europäisierung der Polizeiarbeit mit Europol als institutionellem Zentrum kritisch gegenüber. Deshalb habe ich mich meiner Stimmte enthalten.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'accordo sulla cooperazione strategica Europol-Cina. Questo accordo tra l'Europol e il ministero di pubblica sicurezza della Repubblica popolare cinese prevede lo scambio di informazioni, ma non dei dati personali poiché la Cina non si è ancora adeguata agli alti standard proposti dall'Unione europea sulla protezione dei dati.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – This strategic cooperation agreement with China would aid and reinforce the fight against organised crime and would contribute to enhancing international law enforcement co-operation.

According to Europol, China is increasingly relevant as a source, destination and transit country in the fight against organised crime, such as facilitated illegal immigration, trafficking in human beings, organ harvesting, drug-related crimes, euro-counterfeiting, intellectual property rights infringements, sport corruption, as well as cybercrime and money laundering related activities. Furthermore, China is home to several high-impact organised criminal groups.

This is the kind of international cooperation that is needed in a globalised world in order to keep citizens safe. Europol is an important part of the EU's infrastructure that helps keep British citizens safe and protected from crime. The UK government urgently needs to answer questions about what it wants the relationship with Europol to be going forwards.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – El mandato de Europol (Decisión 2009/371/2009) faculta a la agencia de la UE para la conclusión de acuerdos de cooperación con determinados terceros países para mejorar la cooperación policial con miras a prevenir y combatir el crimen organizado, el terrorismo y otras formas graves de delincuencia.

La propuesta de un acuerdo de cooperación estratégica con China implica el intercambio de información operativa, estratégica y técnica; en ningún caso disposiciones relativas a los datos personales.

El propósito de la decisión de aplicación del Consejo tiene por objeto autorizar la celebración del acuerdo de cooperación entre Europol y China.

Todos los grupos políticos dominantes apoyaron este enfoque, y yo voto a favor de la firma de este acuerdo ya que considero esencial el intercambio de información para la lucha contra el crimen organizado.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Jádrem strategické dohody je výměna informací týkajících se mezinárodního zločinu za účelem prevence a boje proti terorismu a dalším závažným trestným činům. Spolupráci mezi Europolem a Čínou považuji za krok správným směrem, jelikož v Číně sídlí několik významných organizovaných skupin, které mohou mít vliv na globální úrovni. Mimo jiné Čína také může sloužit jako vhodná tranzitní země pro další organizované skupiny. Z těchto důvodu podporuji tuto dohodu o strategické spolupráci, jelikož opatření, která přináší, přispějí k boji proti mezinárodnímu zločinu.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Navrhnuté schválenie dohody o strategickej spolupráci medzi Čínou a Europolom som podporila. Myslím si, že pokiaľ daná krajina, s ktorou Europol chce uzavrieť dohodu o spolupráci, splní všetky stanovené požiadavky a spolupráca s ňou môže byť pre Europol prínosná, nie je dôvod tieto dohody nepodporiť. Význam Číny je v tomto prípade nezanedbateľný, pretože spolupráca s ňou bude prospešná v boji proti organizovanému zločinu, a to najmä spojenému s nelegálnou migráciou, obchodovaním s ľuďmi či praním špinavých peňazí. Vyskytuje sa tam mnoho zločineckých organizácií, v boji proti ktorým Čína zaznamenáva výrazné úspechy, ktoré môžu Európskej únii v súvislosti s výmenou odborných vedomosti či strategických analýz pomôcť napredovať v tejto oblasti. Dôležitým faktom takisto je, že keďže ide o dohodu o strategickej spolupráci, nebudú sa v jej rámci vymieňať žiadne osobné údaje.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem osnutek izvedbenega sklepa Sveta o odobritvi sklenitve sporazuma o strateškem sodelovanju med Ministrstvom za javno varnost Ljudske republike Kitajske in Evropskim policijskim uradom (Europol) s strani Europola.

Po podatkih Europola je Kitajska zatočišče za več zelo vplivnih organiziranih kriminalnih združb. Zato menim, da je operativno sodelovanje s Kitajsko z namenom preprečevanja in boja proti organiziranemu kriminalu, terorizmu in drugim oblikam hudih kaznivih dejanj nujno za učinkovito varnostno politiko v Evropi in svetu.

8.9. Zukunft der Beziehungen zwischen den AKP-Staaten und der EU nach 2020 (A8-0263/2016 - Norbert Neuser)

Oral explanations of vote

Krisztina Morvai (NI). – Képviselőtársaim! Ez a jelentés is szoros kapcsolatban van a migráció gyökérokaival, hiszen az Európai Unió és Afrika kapcsolatairól szól a jelentés. Annak szellemében szavaztam, amit egy hazájáért és kontinenséért felelősséget érző afrikai egyetemi tanár mondott nekem egy konferencián, mikor rákérdeztem, hogy mit tehetne az Európai Unió az afrikai nyomorúság felszámolására. Azt mondta, hogy azt tehetné, hogy szüntesse meg azt a sokrétű, korrupt kapcsolatot, ami a korrupt európai politikai és gazdasági vezetők, nyugati, európai, multinacionális cégek és az afrikai, helyi, korrupt vezetők között vannak, és amelyek lényege, hogy Afrikának a természeti erőforrásait, nyersanyagait és egyéb erőforrásait fosztogatják. Európának tehát súlyos felelőssége van abban az afrikai nyomorúságban, amelyet nem lehet az afrikai emberek tömeges idemigráltatásával meggyógyítani.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem podpořil tuto zprávu, protože je zřejmé, že v roce 2020 skončí platnost a účinnost Dohody z Cotonu, a bude nutné se bavit o tom, jak navážeme nebo jak budeme pokračovat v obchodních vztazích vůči Africe, Karibiku a Tichomoří. A tato zpráva popisuje možnosti, se kterými já v zásadě souhlasím.

Myslím si, že do budoucna je vhodné uvažovat o jistých dohodách o hospodářském partnerství tak, aby trh Evropy nebyl pouze otevřen ekonomikám našich partnerů, ale aby došlo k jakési vzájemnosti, k vzájemnému otevření trhů. I s vědomím si toho, že je nutné podporovat ekonomiky afrických států, Karibiku a Tichomoří. Zvláště v souvislosti s dnešní velkou migrační vlnou je nutné podporovat africké státy, kde chudoba je tak velká, že to nutí tamní obyvatele k tomu, že míří do Evropy nebo do bohatších částí světa.

Monica Macovei (ECR). – Doamnă președintă, am votat astăzi ca, până în 2020, să stabilim cadrul unui nou acord cu țările din Africa, Pacific și Caraibe. Sigur am votat pentru acest raport și o să explic de ce, dar aș vrea, în același timp, să îmi arăt dezamăgirea că acordul cu Statele Unite în materie de comerț care aducea un comerț înfloritor pentru toată Europa și toate firmele mici și mijlocii a fost denunțat de trei miniștri socialiști.

Revenind la Acordul cu Africa, Pacific și Caraibe: este foarte important să avem un dialog politic cu țările din această regiune și este foarte important să investim în dezvoltarea lor, iar aici sectorul privat are un rol vital pentru că trebuie să facă aceste investiții și trebuie să realizăm acolo o dezvoltare durabilă, o dezvoltare care să meargă pe viitor și să nu fie pentru un an sau doi, mai ales în acest context în care avem o criză a migrației, suntem în plină criză a migrației și soluția principală este eradicarea sărăciei și dezvoltarea acelor țări, așa încât oamenii să aibă locuri de muncă, să stea acasă, să dezvolte economia în acele țări și de asemenea, evident, să condiționăm de respectarea drepturilor omului, de respectarea democrației, pentru că numai oameni independenți și liberi pot construi societăți sănătoase.

Anna Záborská (PPE). – Ako členka parlamentného zhromaždenia AKT – EÚ a zároveň členka Výboru pre rozvoj sa viac ako 10 rokov venujem problematike rozvojovej spolupráce. Podporila som predloženú správu, pretože som presvedčená, že je našou povinnosťou pomáhať menej rozvinutým krajinám. Navyše migračná kríza ukázala, čo sa stane, ak zlyháme v poskytovaní účinnej pomoci tam, kde ľudia trpia hladom a nedostatkom. Musíme preto brať vážne naše záväzky, ktoré na seba berieme, či už ide o financovanie alebo o poskytovanie know-how v oblasti zlepšenia fungovania inštitúcií štátu, vzdelávania či zdravotníctva. V rámci parlamentného zhromaždenia AKT – EÚ sme prijali množstvo správ. Chýbajú mi však správy, ktoré by zhodnotili, či naše odporúčania mali zmysel pre zlepšenie situácie v rozvojových krajinách a zároveň vyhodnotili efektívnosť využívania vynaložených finančných prostriedkov.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL). – Madame la Présidente, les accords de prétendus partenariats économiques avec les pays d'Afrique, des Caraïbes et du Pacifique suscitent des réticences de la part de tous les gouvernements, et ce quelle que soit leur couleur politique.

En vérité, ce ne sont pas des accords de partenariat. Il s'agit d'une incroyable machine à produire de l'immigration, puisqu'elle déclenche immédiatement une baisse des recettes des États concernés et, donc, de l'action sanitaire, sociale, éducative et d'équipements pour ces pays, et surtout une invasion de nos marchandises, qui ont pour résultat de tuer l'économie locale, d'augmenter le chômage et de pousser les populations de la campagne vers les villes – ces campagnes où les agricultures vivrières sont ruinées par les produits de l'agriculture de nos pays.

Ce mécanisme augmente les productions de monocultures, qui provoquent des dégâts de pollution et une mutilation de tous les modes de culture traditionnels de ces régions. Enfin, il provoque, évidemment, l'exil des populations de la campagne vers la ville et de la ville vers l'étranger. Je crois que l'Histoire jugera très durement l'aveuglement dont nous faisons preuve, dans un moment comme celui-ci, en votant des accords de cette nature et en soumettant les gouvernements de cette zone à une pression absolument insupportable.

Jonathan Arnott (EFDD). – Madam President, 80% of the world's least developed countries are ACP nations. Trade is not the only solution, but is an essential part of the solution, for trade creates jobs; trade generates wealth which allows those countries to import, trade lifts people out of poverty, trade motivates entrepreneurs and trade leads to development.

What we should be doing is breaking down tariffs and breaking down other barriers to trade. That is why I believe that this report is spectacularly missing the point, because it mentions trade really very little – really only at the end of the report. And it mentions it in the context of politicising that very trade. I believe that this report is completely missing the point of what we need to be doing.

Written explanations of vote

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – L'inizio delle relazioni tra l'UE e gli ACP risale al periodo postcoloniale, istituzionalizzato attraverso la prima convenzione di Lomè. Oggi la partnership tra UE e ACP è retta dall'accordo di Cotonou, che poggia su tre pilastri fondamentali: aiuto, commercio e cooperazione economica. Nonostante i risultati positivi che si sono raggiunti fino a oggi vi è ancora molto lavoro da fare e tra gli elementi su cui deve concentrarsi la partnership nel futuro vi sono la crescita dei paesi ACP, le nuove realtà geopolitiche, la globalizzazione e la regionalizzazione.

Tim Aker, Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against the non-legislative report. The EU wants to expand its influence over the less economically developed countries of the African, the Caribbean and the Pacific states group (ACP) with the use of the EUR 30 billion of the European Development Fund (EDF), which is outside of the EU budget. The ACP institutions see low level attendance and produce few results. The EU finances 50% of the costs the ACP secretariat. UKIP does not support the growing EU influence and the waste of funds on a failing EU project.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe pretende establecer cómo debe ser la relación entre la Unión y los países de África, Caribe y Pacífico después de 2020. Hay que resaltar que los acuerdos de asociación han tenido siempre numerosos impactos negativos en las economías de los países ACP, por lo que creo fundamental un nuevo tipo de asociación, justa y entre iguales, respetando la soberanía de los países y que promueva el desarrollo de las capacidades productivas de los países, proteger la agricultura tradicional y luchar contra el acaparamiento de tierras, y la sobreexplotación, mientras por otra parte cuente con mecanismos jurídicos de lucha contra la explotación laboral, la esclavitud moderna, el flujo ilícito de capitales y la financiación del terrorismo y de los conflictos armados.

Me parece importante también subrayar la importancia de acabar con la injerencia extranjera en los asuntos internos de los países ACP, así como el fin de las políticas neocoloniales y el desmantelamiento de todas las bases militares extranjeras.

Sin embargo, este informe no propone ningunos de estos cambios que considero fundamentales para el futuro de las relaciones UE-ACP tras el fin del acuerdo de Cotonou en 2020, por lo que mi voto fue contra de este informe.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με το μέλλον των σχέσεων ΑΚΕ-ΕΕ μετά το 2020, διότι η εν λόγω συνεργασία αποτελεί ένα σημαντικό επίτευγμα, τόσο σε επίπεδο χωρών ΑΚΕ και χωρών ΕΕ όσο και στο επίπεδο των κοινοβουλίων τους, ώστε να βελτιώνεται συνεχώς η αποτελεσματικότητα της συνεργασίας τους.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – L'Union européenne veut faire perdurer ce qu'elle considère comme les avancées des accords de Cotonou. Ceux-ci reposent sur trois piliers (le développement, les relations commerciales et le dialogues politiques).

Outre le fait que l'Union n'a pas à avoir de diplomatie sous aucune forme, les accords de Cotonou furent une catastrophe pour l'Afrique.

En substituant un système de libre-échange progressif au système jugé paternaliste où les pays du Nord acceptaient de payer plus cher les droits de douane pour permettre le développement accéléré de cette zone, les accords de Cotonou ont participé avec d'autres facteurs comme la politique des institutions internationales à retarder la création d'industries africaines protégées par de forts droits de douane ce qui était l'objectif de la France avec le projet de coopération.

Au lieu de cela, les gigantesques villes africaines, notamment en raison d'un exode rural massif, sont de véritables centres de consommation mais pour l'essentiel pas des centres de production.

Enfin, on ne peut qu'être surpris des leçons que l'Union se permet dans ce texte de donner sur la corruption.

Je me suis donc opposée à ce texte.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution qui a fait l'objet d'un avis de la commission des budgets.

L'expiration simultanée de l'accord de Cotonou et du cadre financier pluriannuel offre l'occasion de décider la budgétisation du Fonds européen de développement.

Cette suggestion permet de promouvoir la relation privilégiée ACP-UE.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pasiūlymą dėl Afrikos, Karibų ir Ramiojo vandenyno valstybių (AKR) ir ES santykių po 2020 m. AKR ir ES bendradarbiavimas yra vertingas ir unikalus pasiekimas ir pastaruosius 40 metų stiprino AKR ir ES gyventojų ir valstybių ir jų parlamentų ryšius, tačiau skurdo mažinimo ir AKR šalių integracijos į pasaulio ekonomiką tikslų siekimo rezultatai šiuo metu nepakankami. Todėl pritariu, kad reikia sukurti AKR ir ES tarpusavio stebėsenos, atskaitomybės ir peržiūros mechanizmą, skirtą darnaus vystymosi tikslų (DVT) įgyvendinimui valstybėse narėse nuolat kontroliuoti įtraukiant AKR ir ES atstovus ne tik iš centrinių vyriausybinių institucijų, bet ir iš parlamentų, regioninių ir vietos valdžios institucijų, pilietinės visuomenės ir mokslo bendruomenės, rengiant metines išvadas ir rekomendacijas dėl nacionalinės, regioninės ir visuotinės peržiūros procesų ir tolesnių veiksmų.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A Gazdasági Partnerségi Megállapodás az AKCS-országok világgazdaságba való zökkenőmentes és fokozatos bekapcsolását, különösen a regionális integráció és a dél és dél közötti kereskedelem teljes körű kiaknázását szolgálja. A konkrét tevékenységeket a szubszidiaritás elvének megfelelően kell elvégezni, olyan regionális megállapodások révén, amelyek az egyedi regionális szükségletekhez és az EU és az adott régió közös érdekeihez igazodnak. A megállapodás megítéléséhez el kell mondani, hogy az AKCS országok túlnyomó többségét létszámban mérve az afrikai országok adják, ahol a népességszám megközelíti az egymilliárdot, ezzel szemben a karibi országok népessége mindössze 39 millió, a csendes-óceáni országok lakossága pedig 11 millió. Így a megállapodásban az Afrikával való viszony játszik döntő szerepet, nem csak a lakosságszám miatt, de azért is, mert az Európába történő bevándorlás egyik kiinduló helye lehet.

Európa alapvető érdeke az afrikai országokkal olyan megállapodások megkötése lenne, amelyek a lakosság helyben maradását segítenék elő, például a mezőgazdaság, az ipar és a kereskedelem helyi igényekre történő fejlesztésével, illetve az ehhez szükséges know-how ingyenes átadásával. Ezzel szemben, mint az a jelentésből idézett részekből is kitűnik, a fő cél az afrikai országok világgazdaságba való bekapcsolása, ami a gyakorlatban a piacaik multinacionális vállalatok általi megszerzését jelenti.

A jelentésről történő szavazáskor tartózkodtam.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against the non-legislative report. The EU wants to expand its influence over the less economically developed countries of the African, the Caribbean and the Pacific states group (ACP) with the use of the EUR 30 billion of the European Development Fund (EDF), which is outside of the EU budget. The ACP institutions see low-level attendance and produce few results. The EU finances 50% of the costs of the ACP secretariat. UKIP does not support the growing EU influence and the waste of funds on a failing EU project.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – En substituant un système de libre-échange progressif au système – jugé «paternaliste» – où les pays du Nord acceptaient de payer plus chers les droits de douane pour permettre le développement accéléré de cette zone, les accords de Cotonou ont participé avec d'autres facteurs, comme la politique des institutions internationales, à retarder la création d'industries africaines protégées par de forts droits de douane.

C'est ainsi que les villes africaines, devenues gigantesques en raison d'un exode rural massif, sont de simples centres de consommation et non des centres de production.

Il faut travailler à des coopérations qui soient davantage profitables à toutes les parties.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport d'initiative du socialiste Norbert NEUSER (S&D, DE) sur l'avenir des relations ACP-UE au-delà de 2020 car la solidarité internationale m'apparait dans ce cadre plus que jamais indispensable.

Ce rapport a rappelé le caractère précieux de la coopération ACP-UE et a souligné la nécessité de l'améliorer par la mise en place d'une nouvelle structure qui conserverait l'acquis ACP-UE, comme par exemple l'engagement en faveur des droits de l'homme et de l'égalité des sexes, du développement humain, de la bonne gouvernance et de la démocratie ou encore l'objectif d'instauration de l'état de droit.

Mes collègues de la commission du développement ont également estimé que le développement durable, la lutte contre la pauvreté et les inégalités ainsi que les droits de l'homme, les principes démocratiques et l'état de droit devraient être placés au centre de l'accord.

Ils ont également demandé la création d'un mécanisme collégial ACP-UE pour le suivi, la justification de l'action menée et la révision en vue du contrôle régulier de la mise en œuvre des objectifs de développement durable dans les États membres.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – L'80 % dei paesi meno sviluppati al mondo si trova in regioni dell'Africa, dei Caraibi e del Pacifico; un dato negativo che è stato però alla base della nascita della cooperazione tra i paesi ACP e l'Unione europea così come impostata dalla Convenzione di Lomé e poi, dal 2000, dalla Convenzione di Cotonou. L'obiettivo fissato da quest'ultimo accordo è stato quello di ridurre ed eliminare la povertà, perseguendo gli obiettivi dello sviluppo durevole e della progressiva integrazione di questi paesi nell'economia mondiale. La scadenza dell'accordo nel 2020 impone una nuova riflessione all'interno dell'UE, per questo motivo ho deciso di votare a favore della relazione Neuser che delinea alcune prospettive per il futuro dei rapporti tra le due regioni. Occorre creare una nuova struttura che conservi le parti dell'acquis ACP-UE con un carattere universale, come l'impegno a favore dei diritti umani, della buona governance e della democrazia, ma che allo stesso tempo consenta lo svolgimento delle principali attività in conformità al principio di sussidiarietà. Il dialogo politico, gli Obiettivi di sviluppo sostenibile e l'Agenda 2030 devono essere al centro di nuovi accordi che prevedano anche l'istituzione di meccanismi di monitoraggio, affidabilità e revisione tra pari che controllino periodicamente l'attuazione degli obiettivi previsti.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de esta resolución ya que consideramos que no refleja los principales retos actuales de las relaciones UE-ACP. Creemos que el proceso de post-Cotonou debería ofrecer un marco justo y equilibrado entre socios iguales en el que debatir, entre otros temas importantes, temas de comercio justo con todos los países ACP, pero teniendo en cuenta que la liberalización comercial no es en sí positiva para un desarrollo sostenible. Rechazo que no haya en la resolución ninguna llamada a crear algún instrumento vinculante para detectar las responsabilidades del sector privado sobre violaciones de los derechos humanos y la impunidad de las empresas transnacionales. Además, insisto en la importancia de respetar, como se indica en SDG 17.15, la soberanía de los países asociados y que estos dispongan de un espacio político democrático para regular y tomar decisiones para la dignidad de su pueblo, principio que no se refleja en la resolución.

Joëlle Bergeron (EFDD), *par écrit*. – L'Afrique est en ruine. L'Afrique est dévorée par les guerres civiles. L'islamisme le plus fanatique continue son inexorable chemin sanglant du Nord vers le Sud. Hier encore, le Secrétaire général adjoint des Nations unies a mis en garde le monde contre la mort annoncée de dizaines de milliers d'enfants au Nigeria, terrorisé par les barbares du Boko Haram. Dans le Sahel, massacres et enlèvements par l'Aqmi se succèdent. Ailleurs, la Chine recolonise un continent que l'Europe a quitté dans la hâte il y a un demi-siècle.

Et nous réagissons par l'éternelle repentance. Tout ça, c'est notre faute, donc il faut injecter encore plus de milliards dans le tonneau des Danaïdes de l'aide au développement. Malgré toutes les études démontrant que l'aide au développement du passé n'a servi à rien.

Quelles sont les paroles de notre Parlement? Des paroles creuses pour nous convaincre que le partenariat ACP-UE joue un rôle important dans la réalisation des objectifs du Millénaire pour le développement, alors que nous voyons qu'il n'en est rien. De grâce, pourquoi le rapporteur ne nous a-t-il pas épargné cette langue de bois!

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte qui est un exemple criant de l'aveuglement européen face à l'échec de ses propres politiques. Le rapport souhaite entériner les prétendues avancées apportées par les accords de Cotonou, lesquels ont pourtant eu de nombreuses conséquences négatives pour les pays africains.

Le principal «progrès» de ces accords a été d'imposer un libre-échangisme brutal aux pays ACP, ne leur permettant pas de développer ou de protéger leurs industries par des droits de douane, ce qui aurait pourtant pu permettre le développement accéléré de cette zone, comme le souhaitait la France avec le projet de coopération. Cette politique a conduit à engendrer un exode rural massif, les grandes villes africaines devenant certes des centres de consommation, mais de véritables déserts de production.

Conséquence? 80 % des pays dits les «moins avancés» font partie de la zone ACP. Dans le même temps, l'Union, qui tente de se substituer aux États membres dans leur diplomatie, a éludé une véritable politique de codéveloppement qui permettrait, outre l'épanouissement économique de ces pays, d'offrir un avenir aux jeunes Africains aujourd'hui contraints au déracinement par l'émigration.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Il testo in oggetto riconosce che finora l'accordo di partenariato ACP-UE è stato poco efficace nella lotta alla povertà in Africa, nei Caraibi e nel Pacifico, che rappresentano l'80% delle aree meno sviluppate del mondo. Tuttavia, invece di ripensare a un uso migliore delle risorse già a disposizione, nel testo si insiste faziosamente per la creazione di nuovi fondi, a favore della migrazione. Ritengo quindi che la risoluzione sia sbilanciata a favore della solita retorica buonista che non porta a nessun risultato concreto per i paesi dell'ACP. Per questi motivi non ho inteso sostenere il testo con il mio voto.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har lagt ned rösten.

I betänkandet finns en hel del bra förslag om att bibehålla AVS–EU-regelverkets kärnpunkter även efter 2020, såsom: åtagande för mänskliga rättigheter, jämställdhet, mänsklig utveckling, inkludering av det civila samhället, goda styrelseformer och demokrati, rättsstatsprincipen och utbyte av bästa praxis inom en gemensam ram. Det är också positivt att det ställs krav på att 2030-agendan och målen för hållbar utveckling ska ges en central roll i ett nytt avtal. Men betänkandet förespråkar också en handelsdimension inom ramen för Avtal om ekonomiskt partnerskap (EPA), som i grunden innebär ökad handelsliberalisering och ojämlika villkor för AVS-länderna. Tyvärr saknas också skrivningar om bekämpning av utländska och inhemska makters markrofferi (land grabbing) och konkreta strategier för att förhindra ekonomisk exploatering av de mest utsatta grupperna. Det finns inte heller något fullständigt avståndstagande från att använda AVS-EU för att stoppa flyktingar och migranter, eller mot militarism.

Med denna motivering har jag lagt ner min röst i voteringen.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El Acuerdo de Asociación actual con los Estados de África, del Caribe y del Pacífico (ACP) —Acuerdo de Cotonú— se firmó en 2000, con vigencia hasta 2020, y propone un marco a las relaciones de cooperación centrado en tres grandes ejes: el diálogo político; la cooperación al desarrollo y la lucha contra la pobreza; y la cooperación comercial y la integración económica regional. El importe de la ayuda financiera destinada a los países ACP en el período 2014-2020 asciende a 30 506 millones de euros.

El informe —al que he dado mi voto a favor— propone revisar el marco de asociación con los países ACP para asegurar su adaptación a los nuevos riesgos (terrorismo, refugiados, buen gobierno, paz y seguridad, cambio climático, ODS), establecer una acción conjunta en los foros globales y obtener mejores resultados en el objetivo de erradicar la pobreza.

Además, el informe subraya la necesidad de asegurar mecanismos de control con plena participación de la sociedad civil y de los Parlamentos nacionales; mantener la condicionalidad del Acuerdo sobre la base del respeto de los derechos humanos y el Estado de Derecho; reforzar los procedimientos legales y hacerlos operativos para la lucha contra la corrupción, así como apoyar la dimensión parlamentaria del nuevo Acuerdo a través de la Asamblea Parlamentaria ACP-UE.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame Europos Parlamentas ragina svarbiausiais Afrikos, Karibų ir Ramiojo vandenyno valstybių (AKR) ir ES bendradarbiavimo tikslais laikyti kovą su skurdu ir nelygybe ir galiausiai visišką jų panaikinimą ir tvaraus vystymosi skatinimą. Parlamentas pabrėžia, kad naujas susitarimas visų pirma turi būti politinis projektas, paremtas atsakomybės principu, aiškiai atsisakant „paramos teikėjo – paramos gavėjo“ požiūrio. Be to, bendradarbiavimas turėtų vykti bendrų interesų srityse, kai galima tikėtis bendros naudos – ne tik ekonominės, bet ir taikos ir saugumo, žmogaus teisių ir teisinės valstybės, gero valdymo ir demokratijos, migracijos, aplinkos apsaugos, klimato kaitos ir kitose srityse, susijusiose tiek su AKR, tiek su ES gyventojų gerove. Taigi, Europos Parlamentas ragina AKR ir ES šalių nacionalinius parlamentus ir regionų bei vietos valdžios institucijas aktyviau dalyvauti visuose AKR ir ES politikos ir veiklos etapuose – nuo ateities planavimo ir programavimo iki įgyvendinimo, vertinimo ir stebėsenos, visų pirma atsižvelgiant į subsidiarumo principą. Taip pat ragina visas naujo susitarimo šalis vietos ir regiono vyriausybėms suteikti didesnę autonomiją ir stiprinti jų pajėgumus, kad jos galėtų veiksmingai atlikti

savo pareigas ir svariai prisidėti prie AKR šalių vystymosi.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió és afrikai, karibi és csendes-óceáni államok csoportja (AKCS) kapcsolatait szerződéses keretbe foglaló Cotonoui Megállapodás átfogó célkitűzései között egyértelműen szerepel „a szegénység csökkentése és végül felszámolása, összhangban az AKCS-országok fenntartható fejlődésére és a világgazdaságba történő fokozatos integrációjára irányuló célkitűzésekkel". A partnerség bizonyos alapvető értékekre és alapelvekre épül, ideértve az emberi jogok és alapvető szabadságok tiszteletben tartását, a jogállamiságon alapuló demokráciát és az átlátható és elszámoltatható kormányzást. Sajnos a szegénység csökkentésére és az AKCS országok világgazdaságba történő integrációjára irányuló célkitűzések terén elért eredmények eddig elégtelenek voltak.

Ennek különös jelentősége van napjainkban, mert az AKCS-országok egy része jelentős számban bocsát ki gazdasági migránsokat, akik tovább nehezítik a háborús övezetekből érkező menekültáradat európai kezelését. Az új megállapodásnak elsősorban a felelősségvállalás elvén alapuló politikai projektnek kell lennie, és egyértelműen maga mögött kell hagynia a donor–kedvezményezett mentalitást. Úgy gondolom, hogy az együttműködést olyan közös érdekű területeken kell megvalósítani, ahol kölcsönös előnyök várhatók, nem csupán gazdasági tekintetben, hanem a béke, a biztonság, az emberi jogok és a jogállamiság, a jó kormányzás és a demokrácia, a migráció, a környezet, az éghajlatváltozás terén is.

Az együttműködésnek mind az AKCS, mind az EU tagországaiban élő lakosság jólétéhez hozzá kell járulnia. A fentiek figyelembe vételével szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Resolucijo o krepitvi odnosov med skupnino afriških, karibskih in pacifiških držav na eni strani ter EU sem podprl, saj gre za pomembno partnerstvo, pri katerem je vloga EU ključnega pomena.

Evropa mora še naprej zagotavljati raznovrstno pomoč navedenim državam, saj kar 80 % najmanj razvitih držav na svetu leži v omenjenih regijah. Razvojna pomoč, ki bo zmanjševala migracijske pritiske iz teh držav, predvsem afriških, v EU, je po mojem mnenju ključnega pomena – tako za ustvarjanje ugodnejših in varnejših pogojev za življenje v navedenih državah kot za vzdržen pritok ekonomskih migrantov v Evropo.

Partnerice sporazuma o partnerstvu med članicami skupine afriških, karibskih in pacifiških držav ter EU morajo vso svojo energijo usmerjati v boj proti revščini in neenakosti ter njuno dokončno izkoreninjenje, zavzemati pa se morajo tudi za krepitev trajnostnega razvoja. Sodelovanje mora predvsem temeljiti na podlagi vzajemnih koristi za partnerice, predvsem v zvezi z mirom in varnostjo, človekovimi pravicami in načeli pravne države, migracijami, okoljem in podnebnimi spremembami.

Resnično upam, da bo sodelovanje prineslo rezultate in s tem večjo blaginjo v državah, ki se že vrsto let spopadajo z revščino, lakoto in politično nestabilnostjo.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovu Rezoluciju o budućnosti odnosa između AKP-a i EU-a nakon 2020.

Suradnja između AKP-a i EU-a vrijedno je i jedinstveno postignuće kojim su kroz posljednjih 40 godina osnažene veze između naroda AKP-a i EU-a te njihovih parlamenata.

Smatram kako treba usvojiti novu strukturu u kojoj će biti zadržani oni dijelovi pravne stečevine zemalja AKP-a i EU-a koji su po svojoj naravi univerzalni (npr. poštovanje ljudskih prava i rodne jednakosti).

Isto tako, smatram kako bi zajednički okvir i regionalni sporazumi trebali biti pravno obvezujući.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à prolonger les accords de Cotonou au-delà de 2020. Or ces accords de libre-échange ont été particulièrement néfastes pour la zone ACP, empêchant les États de favoriser l'émergence d'industries locales, vu l'absence de droits de douane protecteurs.

La coopération directe entre les États membres et les pays ACP est bien plus efficace que cette ingérence de la Commission de l'Union européenne dans les affaires intérieures de la zone ACP, propageant en outre une idéologie peu adaptée à la réalité africaine.

Pour toutes ces raisons, je vote contre.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I endorsed the resolution on the future of ACP-EU relations beyond 2020 because a new structure of cooperation must be adopted and a new commitment to human rights and democracy needs to be approved. Moreover, I believe the 2030 Agenda and the Sustainable Development Goals have to be the focus of the new agreement and its implementation has to be monitored. Last but not least, I share the call on all the parties to the agreement to give to local and regional governments a greater autonomy in order to enable them to play a significant role in the development of ACP countries.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – È importante ricostruire il rapporto tra l'ACP e l'UE su basi nuove, creando un partenariato che promuova gli interessi strategici e i valori condivisi. Esso dovrà perseguire gli obiettivi di sviluppo sostenibile e garantire il rispetto dei diritti umani. È fondamentale che i paesi del gruppo ACP partecipino appieno al processo di revisione, il quale dovrebbe anche tenere conto dell'importanza crescente della regionalizzazione. Sarebbe anche opportuno effettuare un'analisi approfondita dei risultati ottenuti in passato e dei fallimenti del quadro esistente, prima di prendere decisioni in merito al futuro delle relazioni ACP-UE. Si dovrà intensificare la cooperazione, soprattutto nei settori di interesse comune, al fine di affrontare in maniera più efficace le odierne sfide globali. Questo nuovo partenariato dovrà basarsi sui principi della crescita e dello sviluppo reciproci tra l'UE e l'Africa; agevolando l'industrializzazione del continente africano e lo sviluppo dell'agricoltura e incoraggiando gli investimenti nelle politiche in materia di innovazione e nello sviluppo sostenibile. Il futuro partenariato dovrebbe anche prevedere una più efficace azione congiunta in materia di prevenzione dei conflitti, in quanto un ambiente di sicurezza stabile è una condizione essenziale per raggiungere gli obiettivi di sviluppo sostenibile.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – À travers ce rapport, l'Union européenne souhaite pérenniser ses relations avec les pays de l'ACP (Afrique, Caraïbes, Pacifique) avant 2020, date d'expiration des accords de Cotonou.

Pour rappel, ces accords visaient à contribuer au développement des pays de l'ACP en favorisant leur intégration dans le commerce international, en établissant un dialogue constructif avec leurs autorités nationales ainsi qu'en intégrant les acteurs économiques et associatifs dans la mise en œuvre des projets.

Or ces accords se sont avérés dramatiques dans ces pays qui se sont vus imposer un système de libre-échange progressif les empêchant de protéger leurs industries naissantes et leur agriculture par le biais de barrières tarifaires.

Dans ce contexte, l'Union européenne n'a plus la moindre légitimité diplomatique pour nouer des relations avec des pays tiers d'autant plus qu'il s'agit d'une compétence exclusive des États membres.

C'est pourquoi j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Peste 80 % dintre țările cel mai puțin dezvoltate (LDC) provin din regiuni ACP, fapt care conferă o importanță deosebită parteneriatului UE-ACP (Acordul de parteneriat între membrii grupului statelor din Africa, Caraibe și Pacific). După semnarea Acordului de la Cotonou, s-au produs schimbări în peisajul politic și economic al grupului ACP și în cadrul Uniunii Europene, iar viitorul relațiilor ACP-UE ar trebui să se bazeze pe o nouă reflecție asupra potențialului și a obstacolelor viitoare pentru cooperarea dintre cele două entități.

Rezultatele în ceea ce privește obiectivele de eradicare a sărăciei și de integrare a țărilor ACP în economia mondială nu au fost convingătoare până în prezent, având în vedere faptul că jumătate din statele membre ale ACP se numără încă printre țările cel mai puțin dezvoltate (LDC) și că statele membre ale ACP reprezintă împreună mai puțin de 5% din comerțul mondial și aproximativ 2% din PIB-ul mondial.

Am votat în favoarea acestui raport, susținând ferm faptul că încheierea unui nou acord, în centrul căruia să fie plasate Agenda 2030 și Obiectivele de dezvoltare sustenabilă (ODS), precum și crearea unor mecanisme de monitorizare solide sunt extrem de necesare.

Cristian-Silviu Buşoi (PPE), *în scris.* – Acordul de la Cotonou reprezintă cadrul pentru relațiile UE cu statele din Africa, zona Caraibilor și Pacific (țările ACP). A fost adoptat în 2000 pentru o perioadă de 20 de ani și include o dimensiune politică, cooperarea economică și comercială și cooperarea pentru dezvoltare.

Principalele obiective ale Acordului de la Cotonou sunt reducerea și eradicarea sărăciei și integrarea progresivă a țărilor APC în economia mondială, respectând totodată obiectivele de dezvoltare durabilă.

În decursul ultimelor două decenii, UE și grupul statelor ACP s-au dezvoltat, relațiile acestora fiind marcate de evoluții majore. Într-o lume aflată în rapidă schimbare și din ce în ce mai multipolară viitorul relațiilor ACP-UE depind de un nou cadru ce urmează să se aplice în mod universal tuturor țărilor, acesta producând un impact și o schimbare radicală în ceea ce privește perspectivele în materie de dezvoltare. Vor fi mobilizate toate mijloacele de punere în aplicare și toți actorii implicați.

Am votat în favoarea acestui proiect de rezoluție legislativă al PE întrucât doresc să subliniez importanța economică și politică a Asiei care în mod sigur va continua să crească, la aceasta adăugându-se emergența unor alte puteri economice în Africa și în America Latină.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – L'acquis de l'accord de Cotonou découle d'une combinaison de facteurs. Il rassemble un grand nombre d'États parties, grâce à la coopération au développement, à la coopération politique et à la coopération économique et commerciale, et est doté d'un cadre institutionnel commun et d'un important budget: le Fonds européen de développement.

Ce partenariat est fondé sur un ensemble de valeurs et de principes fondamentaux dont le respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales, la démocratie fondée sur l'état de droit et une gestion transparente et responsable.

Je me suis prononcé en faveur de ce rapport car la pertinence de l'accord de Cotonou n'est plus à démontrer. Ce rapport insiste sur plusieurs objectifs clés pour 2030: faire du nouvel accord un projet politique qui repose sur le principe d'appropriation et abandonne la mentalité donateur-bénéficiaire; renforcer le dialogue politique; renforcer l'autonomie des gouvernements locaux et régionaux; permettre le financement par le secteur privé dans le processus de développement sous certaines conditions; employer les accords de partenariats économiques comme des outils de développement et d'intégration régionale.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in questione perché l'accordo di Cotonou rappresenta, ormai da anni, una valida piattaforma di cooperazione tra l'UE e i paesi ACP, basti pensare all'importante numero di paesi che prendono parte all'accordo ed ai legami instaurati tra i rispettivi popoli e parlamenti. Tuttavia, si rileva che la metà dei paesi ACP figura, ancora, tra i paesi meno sviluppati del globo, e che complessivamente, tali paesi, rappresentano meno del 5 % del commercio mondiale e circa il 2 % del PIL globale. La mobilitazione di risorse nazionali nei paesi ACP ed i fondi della diaspora possono rappresentare una fonte importante ai fini del finanziamento dello sviluppo. Il nuovo accordo di cooperazione dovrà prevedere una più forte dimensione parlamentare, attraverso la tanto auspicata Assemblea parlamentare paritetica (APP). Questa, infatti, avrà l'obiettivo principe di agevolare un dialogo parlamentare di tipo aperto e democratico. Bisognerà compiere ulteriori sforzi anche in materia di cooperazione allo sviluppo, promozione della democrazia e dei diritti umani. Il nuovo accordo dovrà, pertanto, riflettere un progetto politico ambizioso e fare della buona governance un caposaldo, lasciando alle spalle, come opportunamente evidenziato nella relazione, la deleteria mentalità donatore-beneficiario.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report on a legal framework for cooperation between the EU and its 28 Member States, and 79 countries in Sub-Saharan Africa, the Caribbean and Pacific. In financial terms, between 1975 and 2013 the ACP side has received more than EUR 78 billion of development aid through the European Development Fund (EDF). However, in practice this has not materialised in sustainable development, especially in the last decade by the enhancement of asymmetric trade relations built around the so-called Economic Partnership Agreements (EPAs).

This report was about what direction the relationship should take into the future. As very few progressive elements were included in the final text, I voted against.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report which seeks to contribute to the debate on the future of the EU-ACP partnership beyond 2020, when the Cotonou Agreement will expire. It defines the European Parliament's priorities, which include maintaining the legally binding provisions of the Cotonou Agreement based on three pillars: political dialogue, cooperation and trade. It proposes, though, a number of changes in order to make the partnership even more effective and adapt to the political, structural and demographic changes of recent years.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Essendo convinto dell'importanza delle relazioni tra i paesi ACP (Africa, Caraibi, Pacifico) e l'Unione europea, ho votato a favore di questa relazione sulle future relazioni tra l'UE e i 79 paesi facenti parte dell'ACP, la cui *partnership* è al momento retta dall'Accordo di Cotonou, che però scadrà nel 2020.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report, as I believe that the Partnership Agreement between the members of the African, Caribbean and Pacific Group of States and the EU creates effective and beneficial political, economic, development and trade cooperation. I agree that there is a need to put in place a new structure, which would better reflect the importance of human rights, gender equality and the rule of law. I also welcome the call for stronger involvement in political dialogue and for an ACP-EU peer monitoring, so that the implementation policies with regard to the Sustainable Development Goals in Member States would be monitored.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Negli ultimi quarant'anni il partenariato tra l'Unione europea e i Paesi di Africa, Caraibi e Pacifico (ACP) ha rappresentato uno strumento prezioso per il rafforzamento della cooperazione allo sviluppo e degli scambi commerciali. Credo che il nuovo accordo debba essere principalmente un progetto politico basato su sostenibilità e riduzione delle disparità. Solo uno sviluppo sostenibile e durevole può garantire un'efficace lotta alla povertà, obiettivo primario della cooperazione UE-ACP. Dobbiamo lasciarci alle spalle la mentalità «donatore-beneficiario» per poter costruire un solido partenariato con meccanismi di monitoraggio affidabili e un sistema di revisione tra pari che controlli periodicamente l'attuazione degli obiettivi comuni. Importante è infine coinvolgere nei negoziati per il nuovo accordo la società civile, in particolare i gruppi locali direttamente interessati, nonché dar voce ai gruppi più vulnerabili quali le minoranze, i giovani e le donne, che troppo spesso non sono messi in condizione di far valere le proprio istanze. Per questi motivi ho votato a favore della relazione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζω την έκθεση και τονίζω πως, αν θεωρήσουμε ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν μπορεί να είναι ένα κλειστό κλαμπ χωρών που ασχολούνται μόνο με την ανάπτυξη της ίδιας της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αλλά ότι, αντιθέτως, η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει ευθύνη αλλά και ρόλο να διαδραματίσει και πέραν των ορίων της, τότε θα πρέπει να θεωρήσουμε επίσης ότι η συμφωνία που επιτεύχθηκε μεταξύ των χωρών της Καραϊβικής, του Ειρηνικού και της Αφρικής και των κρατών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης αποτελεί το επιστέγασμα μιας σύγχρονης Ευρωπαϊκής Ένωσης που ανταποκρίνεται στα καλέσματα ολόκληρης της ανθρωπότητας και που βρίσκεται παντού όπου υπάρχει πρόβλημα. Πιστεύω ότι, αν κάποιος μελετήσει αυτήν τη συμφωνία, στα δεκαέξι χρόνια της ύπαρξής της, θα αντιληφθεί ότι, όσα προβλήματα και αν υπάρχουν, όσες δυσκολίες και όσα κωλύματα και αν προκύπτουν, πρόκειται για μια πολύ χρήσιμη συμφωνία που προσφέρει πραγματικά σε αυτές τις χώρες και συμβάλλει τόσο στη βιώσιμη ανάπτυξη, όσο στην εξέλιξη και την ένταξή τους στην παγκόσμια οικονομία.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με το μέλλον των σχέσεων των κρατών Αφρικής, Καραϊβικής και Ειρηνικού με την Ευρωπαϊκή Ένωση θα μπορούσε να περιέχει πολύ σημαντικά στοιχεία ως προς την ανάπτυξη των σχέσεων όλων των εμπλεκομένων μερών. Η αποκλειστική στόχευση σε οικονομικά δεδομένα όμως δεν μπορεί να γίνει αποδεκτή, χωρίς να υπάρξει παράλληλη εστίαση σε ζητήματα προστασίας των δικαιωμάτων των πολιτών, διαφάνειας και κοινωνικής ευημερίας. Ως εκ τούτου, ψήφισα κατά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto contro questa relazione che prende in esame una serie di proposte nell'ottica del rinnovo dell'accordo ACP-UE (Accordo di partenariato tra i membri del gruppo degli Stati dell'Africa, dei Caraibi e del Pacifico, da un lato, e la Comunità europea e i suoi Stati membri, dall'altro). L'accordo ad oggi non ha portato alcun beneficio nella riduzione della povertà nelle zone ACP. Tra le proposte vi è anche l'istituzione di un'Assemblea parlamentare paritetica (APP) che diventerebbe l'ennesimo inutile strumento politico.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Mi allineo alla relazione sul futuro dei rapporti tra i paesi dell'Africa, del Pacifico e dei Caraibi e l'Unione dal momento che essa rafforza lo spirito di collaborazione tra le nostre nazioni, conferendo nuova linfa a settori ed interessi comuni.

Nello specifico, mi congratulo per la corrispondenza tra i nuovi obiettivi proposti e i bisogni riscontrati all'indomani del rinnovamento demografico, strutturale e del più sonoro affinamento istituzionale. Infatti, se la relazione rimane in linea con i principi affermati nell'accordo di Cotonou per quanto riguarda l'eradicazione della povertà, i principi democratici, l'affermazione dello Stato di diritto e il sostegno ad uno sviluppo più sostenibile, essa aggiunge, comunque, numerosi spunti sul versante del principio di sussidiarietà e del rispetto per la cooperazione, anche a livello regionale.

Tra gli aspetti da evidenziare, emerge il meccanismo di monitoraggio, affidabilità e revisione tra i paesi finalizzato ad un controllo periodico dell'attuazione degli obiettivi di sviluppo sostenibile. Parimenti, l'istituzione di un'Assemblea parlamentare paritetica costruirà una nuova sede per un dialogo ed un confronto quanto più aperti, democratici e fecondi. A ciò, si accompagnano accordi di partenariato economico, pietre miliari per l'integrazione e la crescita.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the future of ACP-EU relations beyond 2020 and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O atual Acordo de Parceria UE-ACP, assinado em 23 de junho de 2000, constitui, desde então, o quadro das relações da UE com 78 países da África subsariana, das Caraíbas e do Pacífico. Esse acordo, revisto em 2005 e em 2010, tal como previsto nas suas disposições, foi celebrado por um período de vinte anos e atinge o termo de vigência em 29 de fevereiro de 2020.

Trata-se de um instrumento juridicamente vinculativo que cria instituições comuns e define um quadro de diálogo com cada um dos seus membros encerrando de grande relevo político, de cooperação económica e comercial, bem como uma dimensão de cooperação para o financiamento do desenvolvimento (articulada com o Fundo Europeu de Desenvolvimento).

Apoio o Relatório Neuser por considerar importante que nas relações após 2020 se frise esta dimensão multifacetada na parceria ACP-UE baseada no respeito pelo acervo dos direitos humanos, na boa governança e democracia (incluídos também nos acordos de parceria económica), e que um novo acordo inclua os objetivos de desenvolvimento sustentável e da Agenda 2030 e do ponto de vista institucional uma forte dimensão parlamentar e a inclusão das subestruturas regionais.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn ich begrüße die Forderung, dass die Agenda 2030 und die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung in den Mittelpunkt eines neuen Abkommens gestellt werden und dass ein starker Überwachungsmechanismus geschaffen wird. Mit einem rechtsverbindlichen gemeinsamen Rahmen und rechtsverbindlichen regionalen Abkommen werden wir effektiv zur Verwirklichung des Ziels einer nachhaltigen Entwicklung beitragen.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione in quanto ritengo utile migliorare l'efficacia della cooperazione ACP-UE e adattarla alle nuove sfide conseguenti ai cambiamenti politici, strutturali e demografici degli ultimi anni. Occorre inoltre creare una nuova struttura che mantenga l'impegno a favore dei diritti umani, della buona *governance* e della democrazia, mentre le principali attività andrebbero svolte conformemente al principio di sussidiarietà, ossia devono avere come cornice accordi generali adattati poi alle specifiche esigenze regionali e agli interessi reciproci esistenti tra l'Unione e la rispettiva regione.

È inoltre importante che il settore privato possa essere ascoltato durante il processo di elaborazione delle politiche di programmazione affinché possa svolgere un ruolo chiave nel processo di sviluppo e possa poi contribuire a finanziarlo, a condizione che gli investimenti siano attuati nel rispetto delle persone, della proprietà, dell'ambiente e in linea con i principi guida dell'ONU relativi a imprese e diritti umani. Auspico inoltre che nell'ambito del nuovo partenariato si possa attribuire maggiore attenzione ai produttori e agli agricoltori locali su piccola scala, oltre che creare un ambiente favorevole per le micro, le piccole e le medie imprese (MPMI).

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The report calls on the parties to strengthen their efforts to build capacity in the ACP countries and to harness and make good use of domestic resources by, in particular, strengthening tax systems, ensuring sound management of natural resources and fostering industrialisation and the processing of raw materials for local, regional and world markets.

Equally important is the call for the EU and the ACP partners to step up cooperation on combating money laundering and tax evasion. In parallel we should also seek how to enhance visibility and increase transparency in the use of EU development funds.

This would facilitate these countries' integration into the world economy. Meanwhile, financial aid has to be intertwined with concrete cooperative projects directed at improving infrastructure and educational and social systems in the ACP countries.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe pretende establecer cómo debe ser la relación entre la Unión y los países de África, Caribe y Pacífico después de 2020. Hay que resaltar que los acuerdos de asociación han tenido siempre numerosos impactos negativos en las economías de los países ACP, por lo que creo fundamental un nuevo tipo de asociación, justa y entre iguales, respetando la soberanía de los países y que promueva el desarrollo de las capacidades productivas de los países, proteger la agricultura tradicional y luchar contra el acaparamiento de tierras, y la sobreexplotación, mientras por otra parte cuente con mecanismos jurídicos de lucha contra la explotación laboral, la esclavitud moderna, el flujo ilícito de capitales y la financiación del terrorismo y de los conflictos armados.

Me parece importante también subrayar la importancia de acabar con la injerencia extranjera en los asuntos internos de los países ACP, así como el fin de las políticas neocoloniales y el desmantelamiento de todas las bases militares extranjeras.

Sin embargo, este informe no propone ningunos de estos cambios que considero fundamentales para el futuro de las relaciones UE-ACP tras el fin del acuerdo de Cotonou en 2020, por lo que mi voto fue contra de este informe.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Oltre l'80 % dei paesi meno sviluppati al mondo si trova in regioni ACP. Il partenariato ACP-UE resta uno scenario importante alla luce degli obiettivi per lo sviluppo sostenibile, del fine principale dell'accordo di Cotonou – identificato nella riduzione e nell'eliminazione della povertà – e dei valori su cui si basa l'azione esterna dell'UE, quali il rispetto dei diritti umani e delle libertà fondamentali, una democrazia basata sullo Stato di diritto e una *governance* trasparente e responsabile.

Ho votato a favore di questa relazione, perché ritengo che gli accordi di partenariato economico restino uno strumento fondamentale per favorire l'integrazione degli Stati ACP nell'economia globale, utilizzando appieno le potenzialità dell'integrazione regionale e favorendo la pace e la sicurezza a livello locale e transfrontaliero.

Il nuovo accordo di cooperazione introduce interessanti novità, come l'Assemblea parlamentare paritetica, che sarà coinvolta in tutte le discussioni rilevanti concernenti il partenariato ACP-UE post-2020, garantendo così la partecipazione inclusiva e multilaterale delle parti interessate.

La relazione sottolinea anche la necessità di disporre di uno strumento dedicato alle spese di sicurezza collegate alla cooperazione allo sviluppo, superando l'approccio al Fondo europeo di sviluppo (FES) come fonte principale di finanziamento del Fondo per la pace in Africa.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Acordul de parteneriat între membrii grupului statelor din Africa, Caraibe și Pacific, pe de o parte, și Comunitatea Europeană, se bazează pe o cooperare pentru dezvoltare, politică, economică și comercială. Obiectivul general al Acordului de la Cotonou îl reprezintă eradicarea sărăciei. Peste 80% dintre țările cel mai puțin dezvoltate provin din regiunile acestea. Sectorul privat reprezintă centrul dezvoltării durabile. O dezvoltare durabilă ar putea asigura un mediu de securitate internațională. Am votat pentru continuarea cooperării dintre UE și grupul statelor din Africa, Caraibe și Pacific, pentru a aborda în mod mai eficient provocările globale ale prezentului, cum ar fi schimbările climatice, securitatea alimentară, fluxurile migratorii, terorismul, extremismul sau criminalitatea internațională.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az AKCS–EU együttműködés alapjait az ún. Cotonoui Megállapodás szolgáltatja, amely 2020-ban hatályát veszti. Elérkezett hát az idő, hogy kiértékeljék a jelenlegi egyezmény eredményeit és felvázolják a soron következő egyezményt, amely remélhetőleg hatékonyabb partnerséghez vezet. A ma elfogadott parlamenti állásfoglalás, amelyet én is támogattam szavazatommal, az előkészületben levő tervezethez szolgál javaslatokkal. A jelentés emlékeztet arra, hogy az AKCS–EU között a puszta donor-kedvezményezett viszony helyett a jövőben politikai természetű kapcsolatokat kell fenntartani. Ezért hangsúlyozza, hogy az uniós fejlesztési támogatás elveit egyenlő alapon kell alkalmazni az összes fejlődő ország esetében, és a fejlett AKCS-országokat fokozatosan ki kell vezetni az uniós fejlesztési támogatás rendszeréből.

Felszólít, hogy a szegénység és egyenlőtlenség elleni küzdelem és ezek felszámolása, valamint a fenntartható fejlődés előmozdítása maradjon továbbra is eme együttműködés fő célja. Továbbá kéri, hogy a Cotonoui Megállapodás emberi jogokra, demokratikus alapelvekre és jogállamiságra vonatkozó alapvető elemei képezzék ezután is az új megállapodás alapját, valamint kéri az alapvető elemek közé a jó kormányzás felvételét. Az új egyezménynek tükröznie kell az elmúlt időszakban bekövetkezett politikai, strukturális és demográfiai változásokat is, illetve nagyobb figyelmet kell szánnia a régiók szerepének és szorgalmaznia kell a társadalom és a magánszektor erőteljesebb bevonását.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zdecydowałem wstrzymać się od głosu w sprawie rezolucji dotyczącej przyszłych stosunków AKP–UE po roku 2020. Stosunki Unii Europejskiej z krajami zrzeszonymi w AKP są bardzo istotne, dlatego należy dokładnie określić cele, jakie to porozumienie miałoby przynieść. Moim zdaniem rezolucja w obecnym jej kształcie jest zbyt ogólna, mowa w niej o dialogu politycznym, wspieraniu rozwoju oraz współpracy gospodarczej i handlowej. W moim odczuciu są to ogólniki, które należy dopracować, dlatego zdecydowałem wstrzymać się od głosu.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The Partnership Agreement between the EU and the ACP Group is the largest existing North-South partnership which dates back to 1975. The successive Lomé Conventions (1975-2000) and the Cotonou Agreement (2000-2020) have provided the legal basis for this partnership. The Cotonou Partnership Agreement signed in 2000 will expire in 2020. I am in favour of this report as I believe that in a changing global context a new relationship agreement is needed to maintain and promote an effective and close cooperation between the EU and the ACP countries.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Ho sostenuto con convinzione questo provvedimento con cui il Parlamento europeo esorta la Commissione a rivedere e potenziare le relazioni tra l'UE e i paesi dell'Africa, dei Caraibi e del Pacifico (paesi ACP).

Questa relazione, infatti, è il contributo del Parlamento al *follow-up* dell'accordo di Cotonou, lanciato nel 2000 ed in scadenza nel 2020, con cui l'UE regolava le relazioni politiche e commerciali – anche in termini di aiuti finanziari – con i paesi ACP.

Questioni internazionali di estrema rilevanza come la lotta alla povertà, il freno al cambiamento climatico, la gestione dei flussi migratori e la lotta contro il terrorismo hanno bisogno di una piattaforma comune affinché l'UE e i paesi interessati cooperino per risolvere problemi la cui soluzione non può che essere congiunta.

L'accordo di Cotonou ha contribuito a rafforzare le relazioni con i paesi ACP e a sviluppare un quadro che consenta di operare in tal senso. Tuttavia, molte cose sono cambiate da quando entrò in vigore l'accordo, pertanto il suo aggiornamento costituisce una buona occasione per rivedere e migliorare le modalità di cooperazione politica ed economica con i nostri partner ACP.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative fait suite à la consultation publique lancée par la Commission européenne sur l'avenir du partenariat entre l'Union européenne et le groupe des États d'Afrique, des Caraïbes et du Pacifiques (ACP) après 2020.

Si l'accord de Cotonou a permis de resserrer les liens politiques entre les deux parties et de développer une coopération étroite pour lutter contre la pauvreté, les résultats demeurent insuffisants.

Dans ce rapport du Parlement européen, les députés dressent une liste de priorités à considérer dans le cadre de la future coopération UE-ACP. Le rapport insiste sur le maintien de l'accord de Cotonou en établissant un accord-cadre juridiquement contraignant fondé sur trois grands principes: le dialogue politique, la coopération, le commerce.

Considérant que les États ACP sont des partenaires politiques et commerciaux importants pour l'Union européenne et qu'il est nécessaire de tirer les conséquences des partenariats antérieurs afin d'améliorer les relations futures avec les États ACP, j'ai soutenu ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport sur l'avenir des relations ACP-UE au-delà de 2020. Il est primordial de lutter contre la pauvreté dans le monde et en Afrique.

Le cadre actuel n'a pas permis suffisamment d'actions allant dans ce sens. En refondant nos relations avec les pays ACP à travers des accords régionaux, nous serons plus à même d'apporter des solutions ciblées et concrètes pour le développement humain et économique de ces pays.

Je considère aussi que la plus grande implication d'acteurs parlementaires, de la société civile et du secteur privé, envisagée dans ce rapport, est essentielle dans nos efforts pour le progrès et la sécurité de nos partenaires.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — L'accord de Cotonou, qui régit les relations entre l'Union européenne (UE) et le groupe des États d'Afrique, des Caraïbes et du Pacifique (groupe ACP), arrive à échéance à la fin de l'année 2020.

La situation, tant de l'Union européenne que des ACP, a changé depuis vingt ans en raison d'évolutions internes mais aussi de défis externes comme le changement climatique. Il est donc important, à l'approche de 2020, que le cadre des relations UE-ACP mette l'accent sur la protection de l'environnement, la gestion des migrations et la lutte contre les inégalités au sein et entre les pays.

Cette coopération stratégique doit prendre en compte les objectifs de co-croissance et de co-développement. Nous devons pour cela identifier des domaines d'actions prioritaires, tels que l'indépendance énergétique de l'Afrique, une gestion durable des ressources naturelles ou la diversification et le renforcement de son tissu économique.

Diane Dodds (NI), *in writing*. – Mr President, 80% of the world's least developed countries are from the African, Caribbean and Pacific Group (ACP). It is only right and proper therefore that we in Europe work together as nation states to cooperate with these nations and support balanced development of their societies.

Too often in the past, the EU placed prerequisite social obligations on these countries that are unachievable and which sadly have led to lost potential in terms of how we can contribute to a better future and higher standard of living for people in those communities. The number one driver both socially and economically in these countries is to provide sustainable investment, creating local jobs and giving people, young and old, a true stake in society. This gives structure and organisation to societies and will nurture greater respect for democratic values.

With the Trust Fund for Africa, these institutions have sent a message to governments of these nations that mass migration to the EU brings financial reward for them. This is not sustainable. A new ACP-EU settlement should therefore focus on incentivising economic development in indigenous communities, sustainable land use and agricultural production and above all enhanced access to education for young people.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – През 2020 г. изтича Споразумението от Котону, върху което са базирани взаимоотношенията между Европейския съюз със 79 държави от Африка, Карибите и Тихоокеанския басейн (АКТБ) – най-всеобхватното споразумение, което Европейският съюз е подписвал с тези държави. То институционализира взаимоотношенията и придава както търговски и икономически характер, така и политически в рамките на Генералната Асамблея между ЕС и АКТБ.

Подкрепих резолюцията относно Бъдещето на отношенията между АКТБ и ЕС след 2020 г., тъй като тя определя какви трябва да са бъдещите взаимоотношения между двата региона, а именно да се подобри ефективността на сътрудничеството и да се адаптира към предизвикателствата на XXI век. Резолюцията също така призовава за борба с измамите, корупцията, изкореняване на бедността и неравенството и преминаване към принципа на притежание от страна на развиващите се държави на инициативите и проектите за устойчиво развитие, за да се премахне манталитета донор-получател.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζουμε την έκθεση διότι θεωρούμε ότι αποτελεί αυτή συγκεκαλυμμένο δείγμα νέο-αποικιακής πολιτικής, με ευθείες παρεμβάσεις στα εσωτερικά τρίτων χωρών. Η Ένωση, υποσχόμενη οικονομικά ανταλλάγματα, ασκεί πολιτιστικό ιμπεριαλισμό επιβάλλοντας τις δικές της αξίες, τις οποίες έχει την ματαιοδοξία να θεωρεί πανανθρώπινες.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az AKCS–EU közötti kapcsolatok jövőjéről szóló jelentést. A jelentés olyan fontos témákat érint, mint az eddig jellemző donor-kedvezményezett viszony kiiktatása és egy egyenrangú, önállóságra alapuló kapcsolat kialakítása. Ezzel az új megközelítéssel hatékonyabb és életszerűbb segítséget tud nyújtani az EU olyan, a térségre jellemző égető problémák esetében, mint a szegénység vagy a társadalmi egyenlőtlenségek. A jelentés támogatja az Európai Fejlesztési Alap (EFA) költségvetésbe való beemelését, amely így célzottabb és átláthatóbb finanszírozást lenne képes nyújtani a regionális kezdeményezések számára.

Egyetértek a párbeszéd kialakításának, illetve a szakpolitikák koherens összehangolásának jelentőségével. Ennek fényében az elkövetkező időszakban egy nyitottabb kapcsolatépítésre kell alapozni a régió országaival való együttműködést (Afrikai Unió, ENSZ). Fontosnak tartom a magánszektor támogatását, itt is elősegítve a fent említett önállósodást. Véleményem szerint a fenti szempontok mentén kell segíteni a régió fejlődését, ezért támogattam szavazatommal az állásfoglalást.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – En marzo de 2016, la Comisión y el SEAE publicaron los resultados de la consulta pública lanzada el 6 de octubre 2015 sobre el futuro de la asociación UE-ACP más allá de 2020, cuando el Acuerdo de Cotonú expira. El objetivo era hacer un balance del acuerdo y elaborar propuestas para hacer la asociación más eficaz.

Este informe pretende contribuir al debate mediante la definición de las prioridades del Parlamento para las futuras relaciones UE-ACP. Se destaca que mantiene el acervo de Cotonú, es decir, un acuerdo de un marco jurídicamente vinculante basado en tres pilares: diálogo político, cooperación y comercio. A continuación, examina una serie de posibles desarrollos, como más regionalización, el presupuesto del FED, el fortalecimiento del diálogo político y una mayor participación de la sociedad civil y el sector privado. Destaca también que se pide que la lucha contra la pobreza siga siendo un objetivo primordial de la cooperación ACP-UE, aunque se hace notar que un nuevo acuerdo debe ser ante todo un proyecto político y claramente dejar atrás la mentalidad de donante-receptor.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Mais de 80 % dos países menos desenvolvidos do mundo situam-se em regiões ACP e, no seu conjunto, correspondem a menos de 5 % do comércio mundial e a aproximadamente 2 % do PIB mundial. Cerca de 900 milhões de EUR são reservados para o Mecanismo de Apoio à Paz em África e cerca de 1,4 mil milhões de EUR da reserva do FED serão utilizados para o Fundo Fiduciário da UE a favor de África.

A cooperação ACP-UE é uma realização valiosa e única, que reforçou os laços entre os povos e os países ACP e os Estados-Membros da UE e os respetivos parlamentos nacionais ao longo dos últimos 40 anos. No entanto, para melhorar a eficácia da cooperação e a adaptar a novos desafios, é necessário adotar uma nova estrutura que mantenha as partes do acervo ACP-UE que têm caráter universal, como o empenho nos direitos humanos e na igualdade de género, no desenvolvimento humano, na boa governação e na democracia, no objetivo do Estado de direito e no intercâmbio das melhores práticas sob um quadro comum.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: on ne peut qu'être surpris des leçons que l'UE se permet dans ce texte de donner sur la corruption (point 11).

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Como temos afirmado, é necessária uma inflexão na relação entre a UE e os países ACP, relação hoje enquadrada pelo Acordo de Cotonu.

Não é esta a visão subjacente a este relatório, bem pelo contrário. Quando se exigia uma abordagem mais profunda e crítica relativamente às relações de dependência e de subordinação a que os países ACP se têm encontrado sujeitos e ao papel das políticas da UE no estabelecimento dessas relações, o relatório cauciona, quanto ao essencial, o rumo seguido nos últimos anos.

Quando se exigia uma crítica aos chamados Acordos de Parceria Económica (APE), impostos pela UE, e às consequências da sua implementação, os APE não são criticados nem escrutinados, pelo contrário, são vistos como o instrumento que deve enquadrar as relações entre a UE e os países ACP, porque supostamente promotores do crescimento e do desenvolvimento.

Quando se exigia um novo quadro de cooperação, genuinamente capaz de promover o desenvolvimento soberano dos países ACP, o relatório ignora essa necessidade, não aborda problemas candentes como o da exploração e expropriação ilegal de recursos naturais por interesses estrangeiros nos países ACP, ignora a vontade, opinião e participação dos países ACP, dando maior relevância à afirmação (explícita ou implícita) dos interesses geoestratégicos da UE. Votámos contra.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho deciso di votare a favore della relazione in esame in quanto ritengo importante delineare il futuro delle relazioni ACP-UE dopo il 2020, data di scadenza degli accordi di Cotonou. La relazione individua fra i suoi capisaldi la promozione dei diritti umani e dello Stato di diritto, nonché lo sviluppo economico e commerciale fra le aree interessate, incentivando il settore privato a investire in tale cooperazione nel rispetto dei principi ONU.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Spolupráca medzi Európskou úniou a krajinami združenými v AKT môže priniesť obom stranám hospodárske aj ekonomické výhody v budúcnosti, ak sa prekonajú prekážky, ktoré pred ňou stoja. Treba zlepšiť účinnosť spolupráce a prispôsobiť ju novým výzvam a musí sa prijať nová štruktúra, ktorá si zachová tie časti práva Európskej únie, ktoré sú univerzálnej povahy, ako sú záväzok dodržiavať ľudské práva, rodová rovnosť, ľudský rozvoj, dobrá správa vecí verejných a demokracia, cieľ právneho štátu a výmena najlepších postupov v spoločnom rámci, pričom hlavná práca sa musí vykonať podľa zásady subsidiarity.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario alla relazione, che è a mio avviso insufficiente e rischia di proporre l'ennesimo strumento molto politico e poco efficace.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με το μέλλον των σχέσεων ΑΚΕ-ΕΕ μετά το 2020 διότι θεωρώ ότι αποτελεί αυτή μια συγκεκαλυμμένη μορφή νέο-αποικιακής πολιτικής, με ευθείες παρεμβάσεις στα εσωτερικά τρίτων χωρών. Η Ένωση, υποσχόμενη οικονομικά ανταλλάγματα, ασκεί πολιτιστικό ιμπεριαλισμό επιβάλλοντας τις δικές της αξίες, τις οποίες έχει την ματαιοδοξία να θεωρεί πανανθρώπινες.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – It is time to renew the relations with the African, Caribbean and Pacific states. Not only because the current Cotonou Agreement expires in 2020, but also because pressing challenges need solutions that we can only achieve commonly with our partner countries. I am strongly in favour of the support in the EP for a new structure of the cooperation that keeps the unity of EU states with its 79 partner countries under one umbrella, and allows at the same time closer regional cooperation.

Climate change is one of the issues that the EU and ACP countries have to tackle, another is to address poverty and fragility of states, as the root causes of migration, in a sustainable way. The forum is best placed to listen to each other's needs and find common solutions to global problems.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az afrikai, csendes-óceáni és karibi térségekért felelős parlamentközi delegáció tagjaként igennel szavaztam az EU–AKCS közötti kapcsolatról szóló jelentésre. Ebben a kontextusban kiemelt figyelmet kell fordítani a migráció kérdésére. Megfelelő kapcsolat kialakításával e régiók és az EU között, jól irányzott és tiszta feltételekhez kötött fejlesztéspolitikával, humanitárius segélyezéssel orvosolhatóak a migrációt kiváltó okok, mint a háborús fenyegetettség, a szegénység, a tömeges éhezés. Az EU-nak elsődleges érdeke, hogy helyben segítsen – együttműködve a nemzetközi szervezetekkel –, ott járuljon hozzá a baj megoldásához, ahol az kialakul, ahelyett, hogy ezt behozná az Unió területére.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. - Szavazatommal támogattam az AKCS–EU közötti kapcsolatok jövőjéről szóló jelentést. A jelentés olyan fontos témákat érint, mint az eddig jellemző donor-kedvezményezett viszony kiiktatása és egy egyenrangú, önállóságra alapuló kapcsolat kialakítása. Ezzel az új megközelítéssel hatékonyabb és életszerűbb segítséget tud nyújtani az EU olyan, a térségre jellemző égető problémák esetében, mint a szegénység vagy a társadalmi egyenlőtlenségek. A jelentés támogatja az Európai Fejlesztési Alap (EFA) költségvetésbe való beemelését, amely így célzottabb és átláthatóbb finanszírozást lenne képes nyújtani a regionális kezdeményezések számára. Egyetértek a párbeszéd kialakításának, illetve a szakpolitikák koherens összehangolásának jelentőségével.

Ennek fényében az elkövetkező időszakban egy nyitottabb kapcsolatépítésre kell alapozni a régió országaival való együttműködést (Afrikai Unió, ENSZ). Fontosnak tartom a magánszektor támogatását, itt is elősegítve a fent említett önállósodást. Véleményem szerint a fenti szempontok mentén kell segíteni a régió fejlődését, ezért támogattam szavazatommal az állásfoglalást.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe convencido de la necesidad de empezar a planificar el futuro de las relaciones ACP-UE tras la finalización del Acuerdo de Cotonú entre la Unión Europea y los 78 Estados de África, del Caribe y del Pacífico (ACP) para el intercambio comercial y de asistencia que finalizará en el año 2020. Las instituciones de la UE deben trabajar para garantizar los derechos humanos y la democracia, así como la participación de los gobiernos locales y regionales en la toma de decisiones de los países de la ACP. Debemos tener presente que el 80 % de los países menos desarrollados del mundo y los más olvidados se encuentran en lo que conocemos como región ACP. Es por ello que las instituciones europeas deben consolidar lo logrado en estos últimos años con el Acuerdo de Cotonú con la mirada fijada en el escenario posterior a 2020. Del mismo modo, debemos aprovechar la coincidencia de la expiración del Acuerdo de Cotonú y del marco financiero plurianual de la Unión para conseguir integrar el Fondo Europeo de Desarrollo en el presupuesto general y mejorar en transparencia, eficiencia y rendición de cuentas.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – La relazione della commissione per lo sviluppo traccia un bilancio molto esaustivo degli accordi di cooperazione con i Paesi dell'Africa, dei Caraibi e del Pacifico che, da oltre quarant'anni, rappresentano le forme più importanti nelle relazioni tra l'UE e i paesi in via di sviluppo.

Trovo molto importante ricordare il successo politico di tale relazione. Sono oltre cento, infatti, i paesi che oggi partecipano agli accordi di Cotonou, in un quadro di cooperazione molto avanzato su diversi aspetti politici, economici e commerciali e con un cospicuo bilancio alimentato dal Fondo europeo di sviluppo.

Sostengo in particolare quanto affermato nella relazione della commissione per lo sviluppo in merito alla necessità di una revisione ancora più ambiziosa di tali accordi, considerando i cambiamenti intervenuti nello scenario politico ed economico globale, e di prevedere forme più cogenti per gli obiettivi posti nell'accordo, in particolare in materia di riduzione della povertà e di rafforzamento degli standard democratici.

Come eletti in Europa, poi, tengo anch'io a sottolineare l'importanza della cooperazione interparlamentare tra queste aree macroregionali, che opera attraverso il Parlamento ACP, la più grande assemblea interparlamentare mondiale.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione del PE sul futuro delle relazioni ACP-UE dopo il 2020 perché ritengo che sia giunto il momento di attualizzare le relazioni con questi paesi, basate sulla Convenzione di Cotonou e su quelle che l'hanno preceduta.

La forza e l'*acquis* dell'accordo di Cotonou si fondano su caratteristiche uniche: si tratta di un documento giuridicamente vincolante, il numero di paesi che vi aderiscono è senza precedenti (79+28 paesi membri), poggia su tre pilastri concernenti la cooperazione allo sviluppo, politica ed economica e commerciale e soprattutto dispone di un quadro istituzionale comune nonché di un bilancio sostanzioso (Fondo europeo di sviluppo).

Auspico che l'Agenda 2030 e gli obiettivi di sviluppo sostenibile (OSS) diventino il fulcro di un nuovo accordo e che si creino solidi meccanismi di monitoraggio per garantire che l'attuazione dell'accordo contribuisca al conseguimento degli OSS e alla loro promozione.

L'accordo post-Cotonou deve essere un accordo politico quadro, in base al quale siano fissati requisiti minimi vincolanti per gli APE (Accordi di partenariato economico), al fine di garantire la continuità dei vincoli relativi alle disposizioni in materia di buona *governance*, rispetto dei diritti umani, anche delle persone più vulnerabili, e rispetto delle norme sociali e ambientali.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die EU muss auch über 2020 hinaus ihre engen Beziehungen zu den AKP-Staaten (Afrika, Karibik und Pazifik) aufrechterhalten und ausbauen. Die AKP-Staaten stellen einen wichtigen Handelspartner der EU dar. Die durch das Cotonou-Abkommen eingeleitete Zusammenarbeit zwischen der EU und den AKP-Staaten führte bei den Partnern zu Wachstumsimpulsen. Neben diesen wirtschaftlichen Impulsen unterstütze ich auch die politische Dimension einer engen Zusammenarbeit zwischen der EU und den AKP-Staaten. Die bisher geleistete Arbeit in der Konfliktprävention, der Friedenskonsolidierung und der Implementierung von demokratischen Strukturen ist vorbildlich und muss über den Zeitraum von 2020 hinaus weiter ausgebaut werden.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted against the non-legislative report. The EU wants to expand its influence over the less economically developed countries of the African, the Caribbean and the Pacific states group (ACP) with the use of the EUR 30 billion of the European Development Fund (EDF), which is outside of the EU budget. The ACP institutions see low-level attendance and produce few results. The EU finances 50% of the costs of the ACP secretariat. UKIP does not support the growing EU influence and the waste of funds on a failing EU project.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché mai come in questo momento le relazioni tra l'Unione europea e i paesi ACP hanno bisogno di costituirsi in una nuova ottica che tenga in considerazione tutti gli elementi di una cooperazione che esce dalla logica donatore-beneficiario, che tutto sommato non ha portato a grandi risultati in questi ultimi anni.

La nuova cooperazione non parla più la lingua dell'assistenzialismo: grazie al nuovo Piano di investimenti per l'Africa abbiamo davvero l'opportunità di creare sviluppo economico e società giuste. E questo percorso di sviluppo non può che essere legato alla pacificazione di un'area che è già stata teatro di troppe tragedie. Agli investimenti bisogna affiancare controlli e vincoli. E un percorso di cooperazione istituzionale che si concentri principalmente sulla costruzione di società più giuste, con grande attenzione per il rispetto dei diritti umani.

L'Assemblea parlamentare paritetica deve rafforzare il suo ruolo. Il lavoro deve concentrarsi su focus regionali, analizzare contesti specifici, risolvere problemi, elaborare strategie che servano nel contesto anche come *best practice* per altre situazioni analoghe.

L'Europa deve aiutare l'Africa a diventare un interlocutore alla pari e l'impegno deve essere massimo.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – La résolution sur les relations ACP-UE au-delà de 2020 s'inscrit dans la logique des accords de Cotonou, qui regroupent l'Union européenne, ses États membres et les États d'Afrique, des Caraïbes et du Pacifique.

Ces accords reposent sur 3 piliers: développement, relations commerciales et dialogue politique. Le pilier «relations commerciales» a contraint les pays en développement à abaisser leurs droits de douane, les exposant ainsi à une concurrence contre laquelle ils ne pouvaient rivaliser.

De même, le Fonds européen de développement (FED), instrument de financement dans le cadre de ces accords, est factice: ce sont uniquement les États membres qui abondent ce fonds. C'est d'ailleurs une technique de communication en vogue: créer un «fonds», un «plan», pour simuler une action politique alors que les ressources allouées existent déjà. Ce fut le cas par exemple du plan Juncker pour l'investissement en Europe ou du plan Le Foll pour l'aide à l'agriculture.

J'ai donc voté contre ce rapport qui prétend corriger la situation actuelle en renforçant le pouvoir des institutions européennes et en donnant des leçons de morale aux pays ACP. Mais sans remettre en question un système qui a conduit à l'échec…

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de esta resolución ya que consideramos que no refleja los principales retos actuales de las relaciones UE-ACP. Creemos que el proceso de post-Cotonou debería ofrecer un marco justo y equilibrado entre socios iguales en el que debatir, entre otros temas importantes, temas de comercio justo con todos los países ACP, pero teniendo en cuenta que la liberalización comercial no es en sí positiva para un desarrollo sostenible. Rechazo que no haya en la resolución ninguna llamada a crear algún instrumento vinculante para detectar las responsabilidades del sector privado sobre violaciones de los derechos humanos y la impunidad de las empresas transnacionales. Además, insisto en la importancia de respetar, como se indica en SDG 17.15, la soberanía de los países asociados y que estos dispongan de un espacio político democrático para regular y tomar decisiones para la dignidad de su pueblo, principio que no se refleja en la resolución.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report as it highlights the need to keep the binding legal provisions of Cotonou and to strengthen them further whilst boosting the legitimacy of inter-ministerial forums, particularly by including national parliaments to increase legitimacy. The emphasis should be on regional cooperation on the day-to-day level, with the ACP architecture remaining as a forum to promote common standards on issues such as human rights and environment.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport, car il me parait indispensable d'instaurer un nouveau cadre de coopération et de dialogue entre l'UE et les pays ACP, qui tienne compte des changements politiques et sociétaux intervenus ces dernières années, et qui permette la réalisation des objectifs de développement durable et de lutte contre la pauvreté.

Jytte Guteland, Anna Hedh, Olle Ludvigsson och Marita Ulvskog (S&D), *skriftlig*. — Vi svenska socialdemokrater välkomnar betänkandets fokus på att se över relationerna med AVS-länderna inför att Cotonou-avtalet löper ut år 2020. Vi är övertygade om att ett framtida partnerskap måste bygga på jämbördiga relationer baserat på ömsesidiga intressen, och därför är det viktigt att EU inte nöjer sig med en fortsättning av rådande avtal som har uppvisat tydliga brister. Vi stödjer betänkandets uppmaning till kommissionen att få på plats en ny struktur för samarbete som grundar sig på ett bredare politiskt partnerskap än nuvarande avtal. Därför vill vi samtidigt påminna om att det i nuläget är viktigt att inte binda sig vid ett färdigt förslag utan att gå in i förhandlingarna med lyhördhet inför AVS-ländernas behov och bedömningar, för att få på plats ett framtida partnerskap som bl.a. bygger på genomförandet av Agenda 2030 och som tar i beaktande ländernas och underregionernas olikheter.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I support the motion for a resolution on the future of ACP-EU relations beyond 2020. Given the unique nature of the European Union's relationship with the African, Caribbean and Pacific states, I believe that we should strive for increased cooperation and partnership. I accept that the private sector could play a pivotal role in the development process and could contribute to financing development, provided investment occurs that benefits the people, for traditional ownership or use, and for the environment. I agree that EU development aid principles must be applied on an equal basis to all developing countries, and that advanced ACP countries must therefore graduate out of receiving EU development aid on the same terms as non-ACP countries. Furthermore, a higher degree of self-financing by the ACP countries would be in line with the ACP ambitions to be an autonomous player, and the new agreement should include enhanced tools for building ACP countries' capacity to fund vital economic sectors.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – The report looks ahead at the future of the EU's relations with 79 countries in Africa, the Caribbean and the Pacific once the Cotonou Partnership Agreement expires in 2020. It is focused on three main areas: political dialogue, development support and economic and trade cooperation; and insists on the fact that a new agreement should be based on the principle of ownership. I believe strongly in trade and economic cooperation as a contributor to development, and that is why I have voted in favour of this report. By the way, I believe that the euro must be abolished. It leads to dissension and discord in Europe.

Krzysztof Hetman (PPE), *na piśmie*. – Głosowałem za przyjęciem raportu Neusera w sprawie przyszłości stosunków AKP-UE po roku 2020. W moim przekonaniu nie ulega wątpliwości, że prace nad przyszłym partnerstwem pomiędzy państwami AKP a Unią Europejską po wygaśnięciu umowy z Kotonu w 2020 r. muszą być kontynuowane, gdyż leży to w interesie wszystkich zainteresowanych stron. Musimy jednak zastanowić się nad najlepszym doborem charakteru relacji po wygaśnięciu tej umowy.

Uważam, że relacje Unii z państwami AKP mogłyby zostać objęte formą umowy parasolowej, która określałaby bardziej ogólne, globalne ramy naszych relacji w oparciu o dialog nad takimi kwestiami jak realizacja celów zrównoważonego rozwoju, zmiany klimatyczne czy migracje, dając jednocześnie możliwość równoległego zacieśniania relacji z poszczególnymi regionami lub subregionami w oparciu o bardziej szczegółowe porozumienia.

Musimy też zastanowić się nad przyszłością umów o partnerstwie gospodarczym, gdyż nie jest jasne, czy umowy te będą mogły istnieć samodzielnie w związku z odwoływaniem się w nich właśnie do umowy z Kotonu. Myślę jednak, że umowy o partnerstwie gospodarczym dowiodły swojej skuteczności w regulowaniu naszych stosunków gospodarczo-handlowych i nikt nie ma wątpliwości do co zasadności ich kontynuacji. Na koniec chciałbym podkreślić, że nowe porozumienie pomiędzy Unią Europejską a państwami AKP musi w dalszym ciągu promować demokrację, rządy prawa oraz prawa człowieka.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A jelentés olyan fontos témákat érint, mint az eddig jellemző donor-kedvezményezett viszony kiiktatása és egy egyenrangú, önállóságra alapuló kapcsolat kialakítása. Ezzel az új megközelítéssel hatékonyabb és életszerűbb segítséget tud nyújtani az EU olyan, a térségre jellemző égető problémák esetében, mint a szegénység vagy a társadalmi egyenlőtlenségek. A jelentés támogatja az Európai Fejlesztési Alap (EFA) költségvetésbe való beemelését, amely így célzottabb és átláthatóbb finanszírozást lenne képes nyújtani a regionális kezdeményezések számára. Egyetértek a párbeszéd kialakításának, illetve a szakpolitikák koherens összehangolásának jelentőségével.

Ennek fényében az elkövetkező időszakban egy nyitottabb kapcsolatépítésre kell alapozni a régió országaival való együttműködést (Afrikai Unió, ENSZ). Fontosnak tartom a magánszektor támogatását, itt is elősegítve a fent említett önállósodást. Véleményem szerint a fenti szempontok mentén kell segíteni a régió fejlődését, ezért támogattam szavazatommal az állásfoglalást.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I believe that the next Agenda and the Sustainable Development Goals (SDGs) should be placed at the centre of a new agreement. We need strong monitoring mechanisms to ensure that implementation of the agreement promotes the SDGs.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Izvješće o budućnosti odnosa između AKP-a i EU-a nakon 2020. jer je partnerstvo između EU-a i AKP-a vrlo relevantno s obzirom da se više od 80 % najnerazvijenijih zemalja na svijetu nalazi u regijama AKP-a. Te su zemlje pokazale svoju predanost da zajednički djeluju kao skupina. Kako bi se suradnja prilagodila novim izazovima i poboljšala njena djelotvornost treba usvojiti novu strukturu u kojoj će biti zadržani oni dijelovi pravne stečevine zemalja AKP-a i EU-a koji su po svojoj naravi univerzalni, poput poštovanja ljudskih prava i rodne jednakosti, predanosti ljudskom razvoju, dobrom upravljanju i demokraciji, postizanju cilja vladavine prava i razmjene najboljih praksi unutar zajedničkog okvira, dok se većina posla mora obavljati u skladu s načelom supsidijar-

nosti, odnosno preko regionalnih sporazuma koji bi odgovarali posebnim potrebama regija i zajedničkim interesima EU-a i konkretne regije. Kako bi se uspješna suradnja nastavila i poboljšala, svakako podržavam ovo izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Puisqu'il s'agit pour l'UE de revisiter les accords de Cotonou, il faut en rappeler les effets désastreux pour le continent africain. Après la victoire du libre-échangisme débridé sur la pratique jugée paternaliste de tarifs douaniers plus élevés pour les pays du Nord, l'économie africaine a été freinée dans son développement. Tâchons enfin de reconnaître l'impossibilité d'une transposition impérialiste de nos valeurs occidentales en Afrique et de condamner l'usage que l'UE fait des pays ACP pour imposer son cadre contraignant aux États, dont elle utilise d'ailleurs les ressources pour mener injustement sa propre politique étrangère.

Ainsi, j'ai voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against the non-legislative report. The EU wants to expand its influence over the less economically developed countries of the African, the Caribbean and the Pacific states group (ACP) with the use of the EUR 30 billion of the European Development Fund (EDF), which is outside of the EU budget. The ACP institutions see low-level attendance and produce few results. The EU finances 50% of the costs of the ACP secretariat. UKIP does not support the growing EU influence and the waste of funds on a failing EU project.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Hlasoval jsem pro rezoluci o budoucnosti vztahů AKT-EU po roce 2020, jelikož udržitelný rozvoj členských států skupiny afrických, karibských a tichomořských zemí může být zajištěn pouze jejich postupným začleňováním do globální ekonomiky. Partnerství mezi členskými státy EU a skupinou zemí AKT musí nepřetržitě navazovat na předešlé dohody, mezi nimi dohodu z Cotonou, která vyprší v roce 2020. Pouze užší spoluprací je možné dosáhnout naplnění rozvojových cílů, mezi které patří vymýcení chudoby či podpora lidských práv a demokratických principů.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Robert Neuser relatif à l'avenir des relations entre l'UE et les États d'Afrique, des Caraïbes et du Pacifique. Ce rapport permet d'ouvrir le débat et de préparer le futur des relations entre l'UE et les pays ACP, et ce en ayant toujours pour cadre l'accord de Cotonou. Par ce vote, le Parlement réitère son engagement pour soutenir la coopération politique et économique avec ces pays. Je salue cette initiative qui va dans le sens d'une relation commerciale équitable devant permettre aux deux espaces de bénéficier des échanges et de se développer.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui contribue au débat sur l'avenir du partenariat entre l'Union européenne et les pays ACP en définissant les priorités du Parlement. Tout en réaffirmant les acquis de l'accord précédent (un accord-cadre, juridiquement contraignant et basé autour des trois piliers que sont le dialogue politique, la coopération et le commerce), ce rapport émet des idées pour approfondir et améliorer encore nos relations après 2020: davantage de régionalisation, une budgétisation encadrée du Fonds européen de développement, un renforcement du dialogue politique et une meilleure implication de la société civile et du secteur privé notamment.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Die vorliegende Entschließung behandelt die Neuausrichtung der Beziehungen zwischen der Union und den AKP-Staaten. Das bisher geltende Abkommen von Cotonou verzeichnet allerdings eine ernüchternde Bilanz, insbesondere im Kampf gegen Armut – den wichtigsten Flucht- und Migrationsgrund. Ein weiteres Gremium einzurichten wird an der bisherigen Situation wahrscheinlich wenig ändern, doch sind die angeführten Gründe, Ziele und Methoden durchaus nachvollziehbar. Aufgrund dieser Überlegungen enthalte ich mich zu dem Vorschlag.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report as it highlights the need to keep the binding legal provisions of Cotonou and to strengthen them further whilst boosting the legitimacy of inter-ministerial forums particularly by including national parliaments to increase legitimacy. The emphasis should be on regional cooperation on the day to day level with the ACP architecture remaining as a forum to promote common standards on human rights, environment, etc.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Přestože považuji vytváření dohod se skupinou afrických, karibských a tichomořských států (AKT) za velmi důležité, rozhodla jsem se u hlasování o budoucnosti vztahů AKT-EU po roce 2020 zdržet. Plně sice podporuji fakt, aby se Agenda pro udržitelný rozvoj 2030 a cíle udržitelného rozvoje staly ústředními body nové dohody a aby byl vytvořen důrazný monitorovací mechanismus, který zajistí, aby dohoda přispívala k cílům udržitelného rozvoje a podporovala je, ale vadila mi zmínka o tom, že soukromý sektor může plnit klíčovou úlohu v rámci procesu rozvoje a může přispět k jeho financování, jestliže investice budou prováděny při zohlednění osob i tradičního vlastnictví nebo využití a životního prostředí v souladu s hlavními zásadami OSN v oblasti podnikání a lidských práv. To totiž ukazuje na základní problém EU, kterým je, že sice říkáme A, ale zapomínáme na B. Víra v to, že se korporace budou chovat slušně v zemích, které nemají dostatečné administrativní zázemí a mají problémy s korupcí, je sice hezká, ale víme, že k tomu příliš často nedochází. Je sice zajímavým nápadem udělat z vlka pastýře a doufat, že nevyužije své dominance, ale jedná se o víru zcela slepou a neuvěřitelně hloupou.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against since the framework of future negotiations is in opposition to European values and does not respond to needs of the majority of the population in ACP countries.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Ha a korábbi években ez nem is tűnt egyesek számára egyértelműnek, a jelenlegi migránsözön kapcsán már be kellene látni, hogy Európa alapvető érdeke az lenne, hogy az afrikai országokkal olyan megállapodásokat kössön, amelyek a lakosság helyben maradását támogatnák. Az EU segíthetne például a mezőgazdaság, az ipar és a kereskedelem helyi igényekre történő fejlesztésével, illetve az ehhez szükséges tudásanyag ingyenes átadásával. Ezzel szemben továbbra is a fő cél az afrikai országoknak a világgazdaságba való bekapcsolása, ami a gyakorlatban a piacaik multinacionális vállalatok általi megszerzését jelenti. Elég a volt KGST-tagországok tapasztalataira gondolni, hogy egyértelmű legyen, mit jelent a WTO szerinti világkereskedelembe való bekapcsolódás.

A jelentés már csak azért is támogathatatlan egészében, mert elkendőzi, hogy a fejlett országoknak a korábbi vállalásaik szerint évi 100 milliárd €-t kellene adniuk, ami már valóban jelentősen segíthetné ezt a térséget, egyben áttételesen Európát is a migrációs nyomás csökkentése révén.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Сътрудничеството между АКТБ и ЕС е ценно и важно постижение, което укрепи връзките между народите, държавите и техните парламенти през последните 40 години. Необходимо е приспособяване към новите предизвикателства, за да бъде по-ефикасно партньорството между двете страни.

Призовавам програмата до 2030 г. и целите за устойчиво развитие (ЦУР) да бъдат поставени в центъра на ново споразумение, както и да бъдат създадени силни механизми за мониторинг, за да се гарантира, че изпълнението на споразумението допринася и насърчава целите за устойчиво развитие. Смятам, че сътрудничеството следва да се осъществява в области от общ интерес, в които могат да се очакват взаимни ползи – не само в икономическо отношение, но и по отношение на мира и сигурността, правата на човека и принципите на правовата държава, доброто управление и демокрацията, миграцията, околната среда, изменението на климата и други области, свързани с благоденствието на населението от АКТБ и ЕС.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – Traditionally, ACP-EU relations are on a good level. I supported the resolution, it is important to note that at the core of our current relations is the ACP-EU Cotonou Agreement (2000-20), which aims to promote economic links, trade exchanges and political cooperation at different levels (national, regional and multi-regional). Looking from this perspective, it could be argued that ACP-EU cooperation is a valuable and unique achievement that has strengthened not only bonds between ACP and EU peoples and countries but also has raised public awareness of development issues (promotion of sustainable development, eradication of poverty and inequalities).

However, in order to improve the effectiveness of ACP-EU cooperation and to address new global challenges such as climate change, poverty, inequalities, migration, peace and security, a new structure (agreement) should be adopted that maintains partnership and relations with the ACP countries after 2020. The new agreement should primarily be a political project based on the principle of ownership and clearly leave behind the donor-recipient mentality. The 2030 Agenda and the Sustainable Development Goals (SDGs) would be placed at the centre of the new partnership in order to achieve better results when addressing global challenges.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La relazione in esame mira a sottolineare la necessità di creare una nuova struttura, che conservi l'impegno a favore dei diritti umani, della buona *governance* e della democrazia. Le principali attività dovrebbero essere svolte secondo il principio della sussidiarietà, ovvero secondo il principio di determinazione degli accordi regionali adattati alle specifiche esigenze regionali ed agli interessi reciproci esistenti tra l'Unione europea e la regione.

Pertanto, la cooperazione ACP-UE rappresenta un risultato prezioso che, nel corso degli ultimi 40 anni, ha fortificato i legami tra i popoli e i paesi ACP e UE e tra i vari rispettivi parlamenti. Al contempo è richiesto un meccanismo di monitoraggio, affidabilità e revisione volto ad assicurare ciclicamente l'attuazione degli obiettivi di sviluppo sostenibile nei paesi membri, con la relativa partecipazione dei rappresentanti dei paesi ACP e UE provenienti sia da istituzioni governative centrali, sia dai parlamenti, sia dalle autorità regionali e locali.

Pertanto, alla luce delle considerazioni suesposte, sostengo favorevolmente la relazione.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car les accords de Cotonou sont négatifs pour l'Afrique et retardent son développement. Le futur des relations ACP-Europe ne peut passer par ces accords de libre-échange qu'on lui impose.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur l'avenir des relations ACP-UE au-delà de 2020. Outre le fait que l'Union européenne n'a pas à avoir de diplomatie sous aucune forme, il faut rappeler que les accords libre-échangistes de Cotonou sont une catastrophe pour l'Afrique. Ceux-ci ont retardé la création d'industries africaines, et ils ont contribué à la création de gigantesques villes africaines liées à un gigantesque exode rural. Par ailleurs, comment accepter que l'UE utilise le Fonds européen de développement pour s'accaparer des réalisations dues à des contributions directes des États (considérant X) et se présenter comme l'ami de l'Afrique alors qu'elle utilise les pays ACP pour imposer son cadre contraignant aux États (paragraphe 2), qu'elle entendent créer une procédure spéciale pour gérer les territoires ultramarins des États (paragraphe 29) et faire disparaître ceux-ci des négociations avec l'ONU ou l'Union africaine? Enfin, on ne peut qu'être surpris des leçons que l'UE se permet de donner sur la corruption (paragraphe 11).

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Ce rapport tend à faire perdurer ce que l'Union européenne considère comme les avancées des accords de Cotonou. Signés le 23 juin 2000, ils reposent sur trois piliers, que sont le développement, les relations commerciales et le dialogue politique.

Pour ma part, je pense que les accords de Cotonou n'ont pas fait progresser l'Afrique. Avant ces accords, les pays du Nord payaient plus cher les droits de douane pour permettre le développement accéléré de la zone. Un système jugé «paternaliste» par le monde occidental. À cela, les accords de Cotonou ont substitué un système de libre-échange progressif. Conséquence directe, un retard immense dans le développement d'industries africaines, un exode rural sans précédent et la création de mégalopoles ultra-concentrées, qui sont de gigantesques centres de consommation, et non de production.

Enfin, les leçons de morale sans cesse prodiguées par l'UE, notamment sur la corruption, sont pour le moins surprenantes.

Pour ces diverses raisons, et surtout pour sanctionner ces accords qui ne sont pas le succès annoncé, j'ai voté contre.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque el futuro del acuerdo entre la Unión y el Grupo de los Estados de África, Caribe y Pacífico (ACP) expirará el 29 de febrero de 2020. Este acuerdo propone un marco a las relaciones de cooperación de la Unión con los países ACP que se vertebra en tres grandes dimensiones: el diálogo político; la cooperación al desarrollo y la lucha contra la pobreza; y la cooperación comercial e integración económica regional.

El informe proponer revisar el marco de asociación con los países ACP para asegurar: la adaptación a los nuevos riesgos (terrorismo, refugiados, buen gobierno, paz y seguridad, cambio climático, ODS), la acción conjunta en los foros globales y los mejores resultados en el objetivo de erradicar la pobreza.

El informe subraya la necesidad de asegurar mecanismos de control con plena participación de la sociedad civil y de los parlamentos nacionales; mantener la condicionalidad del acuerdo sobre la base del respeto de los derechos humanos y el Estado de derecho; reforzar el diálogo político para dejar de ser reactivos y pasar a prevenir crisis políticas; reforzar los procedimientos legales y hacerlos operativos para la lucha contra la corrupción.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe pretende establecer cómo debe ser la relación entre la Unión y los países de África, Caribe y Pacífico después de 2020. Hay que resaltar que los acuerdos de asociación han tenido siempre numerosos impactos negativos en las economías de los países ACP, por lo que creo fundamental un nuevo tipo de asociación, justa y entre iguales, respetando la soberanía de los países y que promueva el desarrollo de las capacidades productivas de los países, proteger la agricultura tradicional y luchar contra el acaparamiento de tierras, y la sobreexplotación, mientras por otra parte cuente con mecanismos jurídicos de lucha contra la explotación laboral, la esclavitud moderna, el flujo ilícito de capitales y la financiación del terrorismo y de los conflictos armados.

Me parece importante también subrayar la importancia de acabar con la injerencia extranjera en los asuntos internos de los países ACP, así como el fin de las políticas neocoloniales y el desmantelamiento de todas las bases militares extranjeras.

Sin embargo, este informe no propone ningunos de estos cambios que considero fundamentales para el futuro de las relaciones UE-ACP tras el fin del acuerdo de Cotonou en 2020, por lo que mi voto fue contra de este informe.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – En la presente propuesta de resolución se aborda el futuro de las relaciones ACP-UE después de la expiración del Acuerdo de Cotonou.

Una de las prioridades de la Comisión es la revisión de este mismo acuerdo, que busca favorecer el desarrollo económico de los países de la ACP (más del 80 % de los países menos desarrollados pertenecen a regiones de la misma), así como contribuir a la paz, seguridad, estabilidad política y democrática de sus países, con especial hincapié en el fomento de los derechos humanos y de los principios democráticos basados en el Estado de Derecho. Además, esta asociación ha desempeñado un papel importante en los Objetivos de Desarrollo del Milenio, y aspira en el futuro a tratar los nuevos retos mundiales (cambio climático, migración y paz, entre otros).

Doy mi voto a favor porque una especial asociación con 79 países del ACP refuerza el papel de la Unión como importante actor global internacional, y contribuirá a continuar con el cambio que ya ha comenzado a efectuarse en el panorama político y económico de los países de la región del ACP.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report, which seeks to maintain the legally binding framework agreement based on political dialogue, cooperation and trade.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Se zeměmi Afriky a Karibiku máme obchodovat, ne jim cpát dotace. Nesouhlasím ani se zapojením Evropské investiční banky do soukromých projektů ve třetích zemích.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Razvojna, trgovinska i politička suradnja između Europske unije i država članica AKP-a temelji se na Sporazumu u partnerstvu iz Cotonoua, potpisanog 23. lipnja 2000. Otkako je taj Sporazum postao temelj suradnje između EU-a i AKP skupine, došlo je do velikih promjena u političkom i gospodarskom kontekstu obiju regija. Kako bi se povećala učinkovitost novih dogovora, potrebna je nova struktura koja će očuvati pravnu stečevinu prijašnjeg Sporazuma i istovremeno omogućiti prostor za prilagodbu novonastalim političkim i gospodarskim uvjetima. Glavne aktivnosti partnerstva moraju se održati unutar djelokruga regionalnih sporazuma, koji su prilagođeni specifičnim regionalnim potrebama te zajedničkim interesima EU-a i određene regije unutar AKP skupine.

Temelj obnovljene suradnje između EU-a i AKP skupine mora biti ravnopravno partnerstvo. Suradnjom na područjima zajedničkih interesa može se očekivati gospodarska dobit i napredak u očuvanju mira, ljudskih prava i ostalih čimbenika vezanih uz napredak. Budući sporazum mora osigurati usklađenost politika za ostvarenje održivog razvoja te navesti borbu protiv nejednakosti i siromaštva kao ključne značajke i ciljeve partnerstva.

U skladu s prethodnim tvrdnjama o važnosti obnove i restrukturiranja suradnje s AKP skupinom, podržala sam ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The report recalled the unique nature of ACP-EU cooperation and stressed the need to put in place a new structure that maintains those parts of the ACP-EU *acquis*, e.g., a commitment to human rights and gender equality, human development, good governance and democracy, the objective of the rule of law, exchange of best practice in a common framework. EP members underlined that the common framework and the regional agreements should be legally binding.

The report states that the following must be placed at the centre of a new agreement: the 2030 Agenda and the Sustainable Development Goals and respect for internationally agreed aid effectiveness principles, the fight against, and ultimate eradication of, poverty and inequalities, human rights, democratic principles and the rule of law.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Dohoda o partnerstve medzi 79 členmi skupiny afrických, karibských a tichomorských štátov a Európskym spoločenstvom a jeho členskými štátmi bola podpísaná v Cotonou v roku 2000. Následne bola revidovaná v rokoch 2005 a 2010. Stojí na troch pilieroch spolupráce: rozvojovej politickej, hospodárskej a obchodnej spolupráce. 80 % najmenej rozvinutých krajín je práve z regiónov AKT. Spolupráca s týmito krajinami je dôležitá nielen pre tieto krajiny, ale aj pre samotnú EÚ, pretože problémy týchto krajín sa jej v rôznych podobách dotýkajú. Podporujem požiadavky EP na spoluprácu aj po roku 2020 tak, aby sa vytvorili podmienky na riešenie chudoby v týchto krajinách, podporili sa investície a nastavil sa ekonomický a sociálny rozvoj. Zároveň je potrebné pomôcť vytvoriť v týchto krajinách inštitúcie, ktoré rešpektujú zákony demokracie a právneho štátu.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – L'accord de Cotonou, adopté en 2000, arrivera à échéance en 2020. Il est le cadre, juridiquement contraignant, des relations entre l'Union européenne et les pays d'Afrique, des Caraïbes et du Pacifique (ACP). Il offre aujourd'hui un cadre de référence, autour de valeurs et de priorités communes à 107 pays. Il s'agit du plus important accord de partenariat international, tant par le nombre de ses signataires, que par les dimensions qu'il recouvre: politique, développement, économique et commerciale.

Le futur des relations UE-ACP constitue une question centrale au regard des enjeux politiques et stratégiques qu'il représente à long terme.

Afin d'adapter le partenariat aux nouveaux enjeux internationaux, ce rapport appelle à la préservation, après 2020, des acquis antérieurs de l'accord de Cotonou.

Ce rapport souligne également l'impérieuse nécessité d'intégrer les résultats des grandes conférences internationales de 2015: nouveaux objectifs de développement durable, nouveau cadre de financement du développement, accord de Paris sur le climat/COP21.

Convaincu que le futur de la relation UE-ACP est un sujet majeur, je vote en faveur de ce texte.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με το μέλλον των σχέσεων ΑΚΕ-ΕΕ μετά το 2020, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 3/10/2016, καθώς και διότι θεωρώ ότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι ούτε πλήρης, ούτε τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport. Le rapport sur l'avenir des relations ACP-UE pose plusieurs problèmes. Tout d'abord, il propose d'approfondir le dialogue politique entre l'UE et les pays ACP. Même si la coopération politique avec des pays africains est la bienvenue, ce n'est pas à l'Union européenne de la mener. Les États membres gardent encore, heureusement, leurs prérogatives dans le domaine de la politique étrangère.

Par ailleurs, les relations économiques entre l'UE et les pays ACP, basées sur les accords de Cotonou, illustrent tous les défauts de la politique commerciale européenne. En effet, c'est l'exemple d'un système paternaliste où les pays du Nord acceptaient de payer plus cher les droits de douane pour permettre le développement accéléré de cette zone.

Enfin, malgré le fait que les accords de Cotonou furent une catastrophe pour l'Afrique, le Parlement européen se félicite de leur succès et veut continuer l'approche envisagée. Nous ne pouvons pas l'accepter.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – In regard to the report on the future of ACP-EU relations beyond 2020, I expressed a favourable vote given the fact that the partnership has been crucial in making progress towards achieving the Millennium Development Goals (MDGs). The report also encourages engagement with other partners around the globe such as the United Nations or the African Union to tackle the challenges of wars, internal conflicts, insecurity, fragility and transition. Finally yet importantly, the report calls for all international actors to come together to fight and eradicate poverty and inequalities while promoting sustainable development.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – L'accord de Cotonou, régissant les relations entre les États d'Europe, d'Afrique, des Caraïbes et du Pacifique – soit 107 pays! – est l'accord de coopération internationale le plus étendu qui existe. Signé en 2000, il expirera en 2020. Alors que la Commission européenne est en pleine réflexion sur le devenir de ce partenariat UE-ACP, il était important que le Parlement européen fixe ses conditions à la reconduction d'un éventuel accord «Cotonou II».

J'estime, personnellement, qu'il est fondamental que les relations UE-ACP demeurent équilibrées et que leur aspect commercial ne prenne pas le pas sur les piliers «coopération politique» et «aide au développement». Cette aspiration est partagée par le rapport Neuser, qui pose des conditions strictes (et actuellement non respectées par la Commission) à la négociation d'accords commerciaux UE-Afrique. Le rapport rappelle également que le partenariat «de Cotonou» a d'abord vocation à promouvoir des valeurs communes (démocratie, état de droit) et des objectifs partagés (objectifs de développement durable de l'ONU, COP 21), sans occulter l'indispensable dialogue politique – symbolisé par l'assemblée parlementaire paritaire – notamment sur les droits humains. Réciproquement, l'Union européenne ne doit pas lésiner sur l'aide au développement vis-à-vis de ses partenaires ACP.

J'ai soutenu le rapport.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος σχετικά με το μέλλον των σχέσεων ΑΚΕ-ΕΕ μετά το 2020 διότι ενισχύει τους δεσμούς μεταξύ των λαών και των χωρών ΑΚΕ με τις χώρες της ΕΕ αλλά και τους δεσμούς μεταξύ των Κοινοβουλίων τους. Για να μπορέσει να υπάρξει βελτίωση αλλά και αποτελεσματική συνεργασία, θα πρέπει να εγκριθεί μια νέα δομή η οποία θα διατηρήσει τα στοιχεία του κεκτημένου ΑΚΕ-ΕΕ που έχουν καθολικό χαρακτήρα όπως είναι η προσήλωση στα ανθρώπινα δικαιώματα, στη χρηστή δημοκρατία αλλά και στα ανθρώπινα δικαιώματα. Τέλος, υπερψηφίζω το συγκεκριμένο ψήφισμα και τονίζω ότι ζητήματα όπως είναι η καταπολέμηση της φτώχειας, η αντιμετώπισή των ανισοτήτων αλλά και η προώθηση της βιώσιμης ανάπτυξης θα πρέπει να είναι ο πρωταρχικός στόχος της συνεργασίας ΑΚΕ-ΕΕ.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die Entschließung behandelt die Neuausrichtung der Beziehungen der Europäischen Union zu den Staaten der AKP-Gruppe (Cotonou-Abkommen). Da die bisherige Bilanz solcher Abkommen eher ernüchternd ist, stehe ich dieser Entschließung eher kritisch gegenüber. Daher habe ich mich meiner Stimme enthalten.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau EP pranešimui dėl Afrikos, Karibų ir Ramiojo vandenyno valstybių (AKR) ir ES santykių po 2020 m. Pranešime išdėstytos nuostatos, numatančios naujus bendradarbiavimo tikslus bei finansines, ekonomines priemones, kurios padėtų veiksmingiau spręsti tokius pasaulinius mūsų dienų iššūkius, kaip klimato kaita, migracijos srautai, terorizmas, ekstremizmas, tarptautiniai nusikaltimai, bioįvairovė, aprūpinimas vandeniu, energija ir maistu bei pan.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il s'agit pour l'UE de faire perdurer et de justifier ainsi les accords de Cotonou. Ceux-ci reposent sur trois piliers (le développement, les relations commerciales et le dialogue politique). L'objectif est ici: l'évolution des structures et l'approfondissement des procédures, comme le dialogue politique des articles 8 et 96 ou la nouvelle forme des APE (accords de partenariat économique). Soulignons que l'UE n'a pas de compétence diplomatique, sous aucune forme. Il faut par ailleurs rappeler que les accords de Cotonou ont été une catastrophe pour l'Afrique. En effet, en substituant un système de libre-échange «progressif» au système jugé trop paternaliste où les pays du Nord acceptaient de payer plus cher les droits de douane pour permettre le développement accéléré de cette zone, les accords de Cotonou ont participé à retarder la création d'industries africaines protégées et pérennisées par de forts droits de douane, objectif de la France avec «le projet de coopération». Aujourd'hui, on observe des villes africaines de plus en plus grandes, phénomène favorisé par l'exode rural, devenues de véritables centres de consommation sans pour autant être des centres de production. Je me suis donc opposée à ce dossier.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Nos últimos anos, a política de desenvolvimento sofreu um novo impulso tanto a nível da UE como a nível internacional. A UE tem de continuar a apostar no aprofundamento das relações com os países ACP. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support the report on future cooperation between the Union and African, Caribbean and Pacific Group of States. The report focuses on measures that can improve upon the existing Cotonou Agreement, it also explicitly calls for the end of the donor-recipient mentality and stresses that the new agreement must be a political project.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — L'après-Cotonou représente un enjeu politique et stratégique pour l'UE. Il est la pierre angulaire de notre dialogue et de notre coopération sous les angles politique, développemental, économique et commercial. Il structure notre relation autour de principes et de valeurs essentiels partagés avec les pays ACP comme le respect des droits de l'homme, de la démocratie et de l'état de droit, le soutien à la paix et à la sécurité. Il offre un cadre à notre coopération au développement, à travers le FED. Il permet le développement de nos relations économiques et commerciales, au travers des accords de partenariat économique (APE) dont je suis un ferme défenseur. À la veille de 2020, il s'agit non seulement de faire le bilan de ce qui a été fait mais aussi de prendre en compte les nouveaux enjeux globaux comme la lutte contre le changement climatique, la criminalité internationale, la lutte contre le terrorisme et la crise migratoire. Il faut travailler à améliorer notre politique de coopération au développement en la rendant plus efficace, plus cohérente, plus adaptée et plus durable.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — Korene Partnerstva Skupiny afrických, karibských a tichomorských štátov (AKT) a EÚ siahajú už do roku 1963, odvtedy bolo podpísaných niekoľko zmluvných rámcov, pričom posledná revízia zmluvných základov sa uskutočnila v roku 2000, známa ako Dohoda z Cotonou. Platnosť tejto dohody však vyprší v roku 2020, a preto je potrebné spustiť diskusiu o budúcnosti partnerstva AKT – EÚ po roku 2020. Dohoda z Cotonou sa považuje za prínosnú, preto zachovanie jej ustanovení bude súčasťou aj budúcich vzťahov. Správa ďalej skúma niekoľko možných scenárov pre budúcnosť partnerstva: silnejšia regionalizácia, rozpočet EDF, posilnenie politického dialógu a väčšia participácia občianskej spoločnosti a súkromného sektora. Agenda 2030 a ciele trvalo udržateľného rozvoja by mali byť základom novej dohody. Boj proti chudobe naďalej ostáva ústredným cieľom AKT – EÚ spolupráce, avšak nová dohoda musí byť primárne politickým projektom a musí zanechať mentalitu darca-príjemca. Spolupráca by sa mala uskutočňovať v oblastiach spoločného záujmu, kde je možné očakávať spoločné prínosy, a to nielen čo sa týka ekonomických aspektov, ale tiež pokiaľ ide o mier a bezpečnosť, ľudské práva a právny štát, dobrú správu vecí verejných a demokraciu, migráciu, životné prostredie, zmenu klímy a v ďalších oblastiach súvisiacich s prosperitou obyvateľov krajín AKT aj EÚ.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report on the future of relations between African, Caribbean and Pacific (ACP) countries and the EU beyond 2020, which is the Parliament's contribution to the follow-up of the international Cotonou Agreement that was launched in 2000 and is due to expire in 2020. The Economic Partnership Agreements (EPAs) are used as developing instruments to boost intra-African trade, which immensely helps those countries, speeds up their economies and integrates them into the global economy, but they could also be used as an instrument to address new challenges, such as environment, climate change, terrorism, and migration. ACP countries have further room for development and improvement, but to do that we need to strengthen the political dialogue and advance towards a new unique framework with regional agreements that are tailored to specific regional needs and to the mutual interests existing between the EU and the respective region.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az afrikai, karibi és csendes-óceáni államok csoportját (AKCS) az 1975-ben kötött és 1992-ben felülvizsgált Georgetowni Megállapodás hozta létre. Az egyrészről az AKCS, másrészről az Európai Közösség és tagállamai közötti partnerségi megállapodás a 2000. június 23-án Cotonouban aláírt és a 2005. és 2010. évben felülvizsgált Cotonoui Megállapodással jött létre. Minthogy a Cotonoui Megállapodás aláírása óta változások történtek az AKCS-csoport politikai és gazdasági színterén és az Európai Unióban, a Fejlesztési Bizottság jelentésében olyan állásfoglalás elfogadását javasolja a Parlamentnek, amelynek értelmében az együttműködés hatékonyságának növelése és annak az új kihívásokhoz való hozzáigazítása érdekében új struktúrát kell elfogadni.

Az állásfoglalás-tervezet áttekinti azokat a szempontokat, amelyek figyelembe vételével az új megállapodást ki kell dolgozni. A tervezetet megszavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – As relações atuais com os países de África, das Caraíbas e do Pacífico (ACP) e União Europeia não obtiveram grandes resultados para as partes do Acordo.

Após o Acordo de Cotonu, é vital que se prepare um quadro mais eficaz e eficiente e, mais importante, que esteja adaptado aos novos e emergentes desafios mundiais. Este novo quadro deverá ser definido em estreita cooperação com os países ACP, incluindo a sociedade civil e em coordenação com organizações regionais, e deve aproveitar os ensinamentos retirados do Acordo de Parceria de Cotonu, de forma a evitar a repetição de esforços e estruturas.

Defendo que, no quadro de ação pós-Cotonu, deverão existir mecanismos com propósito de facilitar o comércio e que o crescimento e o desenvolvimento terão de ser as suas principais metas.

Subscrevo a posição do relator relativamente à importância de uma Assembleia Parlamentar Paritária ACP-UE renovada e da sua participação em todas as fases das discussões relativas ao quadro pós-Cotonu, assim como da existência de um controlo parlamentar rigoroso do futuro quadro.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce vote sur l'avenir des relations UE-ACP vise à faire perdurer les accords de Cotonou. Or, ces accords furent une catastrophe pour le développement de l'Afrique puisqu'au lieu de mettre un place un système de libre-échange progressif, un système jugé paternaliste où les pays du Nord acceptaient de payer plus cher les droits de douane pour permettre le développement accéléré de cette zone a été institué. Résultat, ceci a contribué à retarder la création d'industries africaines selon la méthode «Listienne» du protectionnisme éducateur, modèle de développement adopté par les émergents asiatiques. Ce texte ne pose pas non plus la question de la pertinence du franc CFA. Considérant qu'il appartient aux États de décider de leur politique étrangère et que ces accords sont néfastes au développement de l'Afrique, j'ai décidé de voter contre ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à l'avenir des relations ACP-UE au-delà de 2020. Je soutiens notamment la demande de création d'un instrument financier spécifique pour les pays et territoires d'outre-mer qui bénéficient jusqu'à présent du Fonds européen de développement. Le FED doit être exclusivement consacré à la coopération et au développement dans les pays ACP. Ce rapport appelle également au maintien du partenariat entre l'Union européenne et le groupe des États d'Afrique, des Caraïbes et du Pacifique ainsi qu'à un renforcement du dialogue politique entre eux.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport Neuser sur l'avenir des relations ACP-UE au-delà de 2020. Le rapport souhaite contribuer au débat en définissant les priorités du Parlement européen pour la future relation UE-ACP. Il insiste sur le maintien de l'acquis de Cotonou, c'est-à-dire d'un accord-cadre, juridiquement contraignant, articulé autour de trois piliers: dialogue politique, coopération et commerce. Il explore ensuite certaines évolutions possibles, telles que davantage de régionalisation, une budgétisation encadrée du FED, ou encore le renforcement du dialogue politique et une meilleure implication de la société civile et du secteur privé.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Considerando la rinnovata centralità dei rapporti fra Unione europea e paesi ACP e la scadenza, nel 2020, della cornice legale impostata dalla Convenzione di Cotonou, appoggiamo con convinzione la relazione Neuser.

Sin dalla sua fondazione l'Unione europea, riconoscendo la sua responsabilità storica e la necessità di promuovere un modello di sviluppo sostenibile in aree caratterizzate da un alto tasso di povertà, ha perseguito politiche di assistenza e cooperazione. La collaborazione, caratterizzata da un approccio olistico, ha sin dal 1975, anno della Convenzione di Lomé, poggiato su tre pilastri: cooperazione allo sviluppo, cooperazione politica e cooperazione in materia economico-commerciale. L'apertura dei negoziati alla società civile e ai parlamenti nazionali, insieme alle facilitazioni commerciali asimmetriche, hanno dato luogo a un fruttifero dialogo in materia di diritti umani.

Guardando al 2020, però, riteniamo che l'efficacia delle misure a sostegno dello sviluppo economico e dello Stato di diritto debba essere rinvigorita, anche tramite una maggiore rigidità delle clausole legali che subordinano le facilitazioni commerciali al rispetto dei diritti fondamentali.

Non possiamo, infine, non rimarcare l'importanza dell'Africa e la necessità di una politica europea di ampio respiro che consideri le migrazioni come parte di un fenomeno complesso e che ne sappia riconoscere le cause lontane.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió nagyszerű kapcsolat tart fenn az afrikai, karibi és csendes óceáni országokkal. Támogatom, hogy az eddigi sikeres irányt követve 2020 után is folytatódjon a politikai és kereskedelmi együttműködés. Elégedett vagyok a célkitűzésekkel, külön pozitívumként értékelem a regionális fejlődés támogatását, ami az első lépés lehet a szegénység felszámolásának irányába.

Victor Negrescu (S&D), *par écrit*. – The Cotonou Agreement is a partnership signed by the Member States and the ACP States with the main objective being reducing poverty consistent as much as possible. Moreover, the agreement is contributing to the process of promotion the economy, as well as the cultural and social development of the ACP States.

I have voted for this report because of its importance in connecting not only people, but also countries and their parliaments form both ACP and EU over the last 40 years.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. — Отношенията между ЕС и страните от Африка, Карибите и Тихоокеанския басейн (АКТБ) в момента се управляват чрез споразумението от Котону, чиято давност изтича през 2020 година. Вземайки предвид, че над 80% от най-слабо развитите държави в света са от региона на АКТБ и че специално в Африка се наблюдават признаци на дестабилизация, които представляват непосредствен риск за сигурността на Европа, смятам, че формата на сътрудничество между ЕС и АКТБ трябва да се поднови.

Новата форма на сътрудничество, посредством съвместната парламентарна асамблея, трябва да упражни ефикасен контрол върху средствата, които се отпускат на страните от АКТБ, за да се избегне вероятността само местните елити да се възползват от тях. Още повече, трябва да се даде по-голяма автономност на местното и регионално управление и да се помогне за изграждането на капацитета му, така че то да участва във всички етапи на дейностите на АКТБ-ЕС – от планиране до изпълнение.

Само така дребните производители и земеделски стопани и гражданското общество ще бъдат осигурени с една благоприятна среда за развитие и възможност за качествено финансиране.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport deoarece consider că politica externă a Uniunii Europene în ceea ce privește relația cu țările din Africa, Caraibe și Pacific trebuie continuată, mai ales în contextul politic și economic actual, și trebuie să aibă ca punct central integrarea și dezvoltarea sustenabilă a acestor țări terțe, prin relațiile comerciale pe care le stabilesc cu statele europene. În aceeași măsură, cooperarea UE-ACP este una foarte importantă întrucât aceasta va crea instrumente de lucru mai eficiente în lupta cu terorismul și criminalitatea internațională. Nu în ultimul rând, am votat în favoarea acestui raport întrucât sunt convinsă de faptul că o colaborare pe termen lung între Uniunea Europeană și țările ACP poate aduce un plus de deschidere către democrație și întărire a drepturilor omului în aceste țări.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu o budoucnosti vztahů zemí AKT a EU po roce 2020 a považuji za důležité, že se touto otázkou EP takto důkladně zabývá. Jsem přesvědčen, že politika EU ve vztahu k zemím AKT by měla být důslednější. V tomto smyslu zpráva správně poukazuje na to, že i když článek 97 dohody z Cotonou zavádí postup konzultace a náležitá opatření za účelem potírání závažných případů korupce, byl tento článek doposud uplatněn pouze v jednom případě, a proto by tento postup měl být v nové dohodě o partnerství mezi EU a zeměmi AKT výrazně posílen. Také jsem toho názoru, že do všech dohod o hospodářském partnerství jakožto budoucího smluvního rámce vztahů mezi EU a zeměmi AKT je třeba začlenit právně závazná ustanovení týkající se udržitelnosti, zejména pokud jde o lidská práva, ale také o sociální a environmentální normy.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Auch bei diesem Bericht habe ich mich meiner Stimme enthalten. Aufgrund der bisherigen Bilanz, welche besonders im Kampf gegen die Armut eher ernüchternd ausfällt, kann ich mich nicht für diesen Bericht aussprechen. Nun möchte man ein weiteres Gremium einrichten, jedoch bezweifle ich, dass dies zu einer höheren Effektivität führt.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Nn Cotonou lepingu kehtivus lõppeb veebruaris 2020 ning ELi suhe AKV riikidega peab saama uue aluse. Üle 80 % maailma vähim arenenud riikidest asub AKV piirkondades, ELi ja AKV vaheline koostöö hõlmab nii poliitilist, majanduslikku kui ka arengukoostööd, seega on omavaheline lepingu jätk suure olulisusega. Uuendatav leping seab üles üldeesmärgina vaesuse ja ebavõrdsuse vastu võitlemise, kutsub üles seadma uusi säästva arengu suundi ja looma tugevamaid järelevalvemehhanisme.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu.* — Pritariu pateiktam pranešimui.

Manau, kad jau dabar yra būtina ypatingą dėmesį skirti darbotvarkės iki 2030 m. ir darnaus vystymosi tikslų įgyvendinimui. Todėl labai svarbu užtikrinti, kad naujasis susitarimas padėtų siekti darnaus vystymosi tikslų. Visų pirma, reikia nustatyti efektyvų stebėsenos mechanizmą bei būsimas AKR ir ES institucijas, įtraukiant parlamentinį aspektą. Be to, labai svarbu nuolat skatinti vykdyti atvirą demokratinį ir visapusišką parlamentinį dialogą.

Kitas svarbus aspektas yra būsimas finansavimas. Atsižvelgiant į tai, turėtų būti sukurta speciali priemonė, skirta su vystomuoju bendradarbiavimu susijusioms saugumo išlaidoms finansuoti.

Siekiant užtikrinti tvarų vystymąsi ir politikos darną, ypatingas dėmesys turi būti skiriamas ir prekybos politikos įgyvendinimui. Labai svarbu užtikrinti, kad į ekonominės partnerystės susitarimus privalomai be jokių išlygų būtų įtraukiamos tvarumo nuostatos. Be to, reikėtų nustatyti privalomus minimalius reikalavimus, taikomus naujiems ekonominės partnerystės susitarimams, ir kontrolės bei stebėsenos mechanizmus.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς.* – Το γενικό πλαίσιο για τις σχέσεις της ΕΕ με την Αφρική είναι η συμφωνία του Κοτονού, η οποία θεσπίσθηκε το 2000 με στόχο την εξάλειψη της φτώχειας χάρις στην πληρέστερη ενσωμάτωση των χωρών ΑΚΕ στην παγκόσμια οικονομία. Ωστόσο έχουν επέλθει πολλές αλλαγές στο πολιτικό και οικονομικό σκηνικό των χωρών της ομάδας ΑΚΕ και της Ευρωπαϊκής Ένωσης μετά την υπογραφή της Συμφωνίας του Κοτονού. Έτσι, προκειμένου να βελτιωθεί η αποτελεσματικότητα της συνεργασίας και για να προσαρμοστεί αυτή στις νέες προκλήσεις, πρέπει να εγκριθεί μια νέα δομή η οποία θα διατηρήσει τα στοιχεία του κεκτημένου ΑΚΕ-ΕΕ, όπως είναι η προσήλωση στα ανθρώπινα δικαιώματα, στη χρηστή διακυβέρνηση και στη δημοκρατία, ο στόχος του κράτους δικαίου και η ανταλλαγή βέλτιστων πρακτικών σε ένα κοινό πλαίσιο. Υπερψήφισα την έκθεση η οποία ζητεί να τεθούν στο επίκεντρο της νέας συμφωνίας η ατζέντα του 2030 και οι στόχοι βιώσιμης ανάπτυξης καθώς επίσης και η θέσπιση μηχανισμού παρακολούθησης, λογοδοσίας και αξιολόγησης από ομοτίμους ΑΚΕ-ΕΕ, προκειμένου να ελέγχεται τακτικά η εφαρμογή των στόχων βιώσιμης ανάπτυξης στα κράτη μέλη.

Margot Parker (EFDD), *in writing.* – UKIP voted against the non-legislative report. The EU wants to expand its influence over the less economically developed countries of the African, the Caribbean and the Pacific states group (ACP) with the use of the EUR 30 billion of the European Development Fund (EDF), which is outside of the EU budget. The ACP institutions see low-level attendance and produce few results. The EU finances 50% of the costs of the ACP secretariat. UKIP does not support the growing EU influence and the waste of funds on a failing EU project.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto.* – In merito alla proposta in esame ho ritenuto opportuno esprimermi a favore.

Ritengo che il partenariato ACP-UE abbia una notevole rilevanza, dato che oltre l'80 % dei paesi meno sviluppati al mondo si trova in regioni ACP. L'Unione europea, in quanto protagonista della scena internazionale, non può non instaurare accordi volti a promuovere la crescita delle economie e del benessere nelle suddette zone. Si tratta di ridurre ed infine eliminare la povertà in maniera tale da riuscire a sviluppare una durevole e progressiva integrazione dei paesi ACP, tutelando nel contempo un insieme di valori e principi che includono il rispetto delle libertà fondamentali e dei diritti umani.

Pertanto, ho votato positivamente.

Eva Paunova (PPE), *in writing.* — I voted in favour of this report because I believe that the relations between the EU and ACP countries need adapt to the political, structural and demographic changes of recent years. In this regard, a framework needs to be established for implementing the new Agenda 2030 and achieving the objectives of sustainable development. This report calls for the fight against poverty to remain an overarching objective of ACP-EU cooperation.

Alojz Peterle (PPE), *pisno.* – Dosedanji odnosi in sodelovanje med AKP in EU so bili in ostajajo usmerjeni v krepitev univerzalnih vrednot in ciljev, kot so uveljavljanje človekovih pravic, demokracije in trajnostnega razvoja.

Moja izkušnja na terenu, z vodenjem dveh Evropskih misij za opazovanje volitev v podporo demokracije v Nigeriji in Keniji, govori, da je treba izhodišča konkretizirati z bolj specifičnimi regionalnimi strategijami in regionalnimi sporazumi, ki bodo bolj upoštevali spremenjene politične, gospodarske in varnostne razmere.

Sodelovanje naj poteka na področjih skupnega interesa, kjer bi bilo mogoče pričakovati vzajemno korist, ne le z ekonomskega vidika, temveč tudi in predvsem v zvezi z mirom in varnostjo, s človekovimi pravicami in načeli pravne države, dobrim upravljanjem in demokracijo, migracijami, okoljem, podnebnimi spremembami in drugimi področji, povezanimi z blaginjo prebivalcev.

Mir je vrednota, ki po mojem mnenju ostaja prva razvojna prioriteta. Ne moremo se uspešno lotiti problema revščine, če ni zagotovljen mir. Zato se mi zdi smiselno, da AKP in EU delata skupaj kot celota, pri tej in drugih podpornih univerzalnih vrednotah.

V tem smislu predlagam, da v bodoče še več energije posvetimo medkulturnemu dialogu.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Suradnja između država AKP-a i EU-a je vrijedno i jedinstveno postignuće kojim su kroz posljednjih 40 godina osnažene veze između zemalja AKP-a i EU-a i njihovih parlamenata. Kako bi se suradnja prilagodila novim izazovima i poboljšala njena djelotvornost, treba usvojiti novu strukturu u kojoj će biti zadržani oni dijelovi pravne stečevine zemalja AKP-a i EU-a koji su po svojoj naravi univerzalni, poput predanosti ljudskim pravima, dobrom upravljanju i demokraciji, postizanja cilja vladavine prava i razmjene najboljih praksi unutar zajedničkog okvira. Suradnju treba ostvariti u područjima od zajedničkog interesa u kojima se mogu očekivati obostrana korist, ne samo u gospodarskom smislu nego i u pogledu mira i sigurnosti, ljudskih prava, dobrog upravljanja i demokracije, zaštite okoliša i borbe protiv klimatskih promjena i drugih područja povezanih s boljitkom stanovništva zemalja AKP-a i EU-a. Ciljevi suradnje su da se u središte novog sporazuma postavi program i ciljevi održivog razvoja do 2030. te da se uspostave snažni mehanizmi za praćenje kojima bi se zajamčilo da se pri provedbi sporazuma doprinosi ciljevima održivog razvoja te da se oni tim sporazumom promiču. Stoga sam podržala ovo izvješće jer će ono prilagoditi našu suradnju novim izazovima i doprinijeti njezinu poboljšanju, kao i očuvanju stabilnosti.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Il s'agit pour l'UE de faire perdurer ce qu'elle considère comme les avancées des accords de Cotonou, qui reposent sur trois piliers (développement, relations commerciales et dialogue politique). Outre le fait que l'Union n'a pas à avoir de diplomatie, il faut rappeler que ces accords ont été une catastrophe. En substituant un système de libre-échange progressif au système jugé paternaliste où les pays du Nord acceptaient de payer plus cher les droits de douane pour permettre le développement de cette zone, ils ont participé, avec d'autres facteurs, à retarder la création d'industries africaines.

Par ailleurs, comment accepter que l'Europe utilise le FED (Fonds européen de développement) pour s'attribuer des réalisations dues à des contributions directes des États (point X) et se présenter comme l'amie de l'Afrique alors qu'elle utilise les pays ACP pour imposer son cadre contraignant aux États (point 2), qu'elle entend créer une procédure spéciale pour gérer les territoires ultramarins des États (point 29) et les faire disparaître des négociations avec l'ONU ou l'Union africaine?

Enfin, on ne peut qu'être surpris des leçons que l'UE se permet dans ce texte de donner sur la corruption (point 11).

Je vote donc contre ce texte.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – La cooperazione ACP-UE, nel corso degli ultimi 40 anni, ha rafforzato i legami tra i popoli e i paesi ACP e UE. I risultati relativi agli obiettivi di eliminazione della povertà e di integrazione dei paesi ACP nell'economia mondiale, tuttavia, sono ad oggi ancora insufficienti. La metà dei paesi ACP figura tra i paesi meno sviluppati e, complessivamente, questi paesi rappresentano meno del 5 % del commercio mondiale e circa il 2 % del PIL globale.

Per migliorare l'efficacia della cooperazione e renderla all'altezza delle sfide odierne, è necessario ripensarne la struttura, conservando i principi generali a carattere universale (diritti umani, uguaglianza di genere, sviluppo umano, democrazia, Stato di diritto, ecc.) e organizzando le principali attività sulla base del principio di sussidiarietà (favorendo accordi regionali e la partecipazione degli attori locali e della società civile).

Al tempo stesso, bisognerebbe garantire un diritto formale di controllo sulla programmazione del Fondo europeo di sviluppo (FES) da parte del Parlamento europeo. L'iscrizione in bilancio del FES permetterebbe un controllo democratico, rafforzerebbe la visibilità e aumenterebbe la trasparenza e l'efficacia nell'uso dei fondi di sviluppo dell'UE.

Per tutte queste ragioni, ho votato a favore della relazione.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Glavni cilj sporazuma iz Cotonoua jest „smanjivanje i u konačnici iskorjenjivanje siromaštva, u skladu s ciljevima održivog razvoja i postupne integracije država AKP-a u globalno gospodarstvo". Više od 80 % najnerazvijenijih zemalja na svijetu nalazi se u regijama AKP-a, njihov udio u svjetskom BDP-u iznosi otprilike 2 %.

Novi sporazum mora u prvom redu biti politički projekt. Pozivam na uspostavu učinkovitog okvira suradnje za razdoblje nakon isteka Sporazuma iz Cotonoua koji će biti prilagođen novim i nadolazećim globalnim promjenama, temeljen na odgovornosti AKP zemalja, odmak od načina razmišljanja koje se temelji na odnosu donator – primatelj pomoći. Borba protiv siromaštva i nejednakosti, kao i promicanje održivog razvoja, i dalje moraju biti glavni ciljevi suradnje. Novi bi sporazum o suradnji trebao dobiti snažnu parlamentarnu dimenziju kroz djelovanje Zajedničke parlamentarne skupštine. Potrebna je daljnja suradnja i s drugim partnerima i dionicima kada god je to moguće. Treba u obzir uzeti postojeće (pod)regionalne organizacije te regionalne strategije i sporazume, treba omogućiti uključivanje dodatnih zemalja, primjerice sjevernoafričkih zemalja. Posebno odnosi s Afričkom Unijom se mogu još produbiti. Sporazum o partnerstvu ključan je za vlade država AKP-a pri poboljšanju cjelokupnih rezultata njihovih gospodarstava.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Como temos afirmado, é necessária uma inflexão na relação entre a UE e os países ACP, relação hoje enquadrada pelo Acordo de Cotonu.

Não é esta a visão subjacente a este relatório, bem pelo contrário. Quando se exigia uma abordagem mais profunda e crítica relativamente às relações de dependência e de subordinação a que os países ACP se têm encontrado sujeitos e ao papel das políticas da UE no estabelecimento dessas relações, o relatório cauciona, quanto ao essencial, o rumo seguido nos últimos anos.

Quando se exigia uma crítica aos chamados Acordos de Parceria Económica (APE), impostos pela UE, e às consequências da sua implementação, os APE não são criticados nem escrutinados, pelo contrário, são vistos como o instrumento que deve enquadrar as relações entre a UE e os países ACP, porque supostamente promotores do crescimento e do desenvolvimento.

Quando se exigia um novo quadro de cooperação genuinamente capaz de promover o desenvolvimento soberano dos países ACP, o relatório ignora essa necessidade, não aborda problemas candentes como o da exploração e expropriação ilegal de recursos naturais por interesses estrangeiros nos países ACP, ignora a vontade, opinião e participação dos países ACP, dando maior relevância à afirmação (explícita ou implícita) dos interesses geoestratégicos da UE. Votámos contra.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Evropská unie má podepsanou dohodu o partnerství se členy skupiny afrických, karibských a tichomořských států (tzv. AKT) již z roku 2000. Spolupráce mezi AKT a EU v posledních letech posílila vztahy mezi obyvateli a zeměmi AKT a EU, a to i na meziparlamentní úrovni. Nicméně je potřeba, aby se vzájemná dohoda aktualizovala a zohlednila Agendu pro udržitelný rozvoj 2030 a její cíle. Nová dohoda by měla zahrnovat i konkrétní monitorovací mechanismus pro dohled nad naplňováním cílů agendy. Domnívám se, že je potřeba posílit politický dialog, zejména v otázce lidských práv. Podporuji i myšlenku vytvoření zvláštního finančního nástroje pro financování výdajů v oblasti bezpečnosti při realizaci rozvojové pomoci.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo, attraverso questa relazione, sottolinea l'importanza che riveste la cooperazione tra i paesi ACP e l'UE. Nel testo si evidenzia che, al fine di rafforzarne l'efficacia ed evitare sovrapposizioni, gli accordi regionali con i paesi dell'Africa, dei Caraibi e del Pacifico dovrebbero essere concepiti in modo da tenere conto delle organizzazioni regionali esistenti, come ad esempio l'Unione africana, e degli accordi regionali vigenti, quali gli accordi di partenariato economico (APE).

Considerando il mutato scenario politico ed economico nel quale operano gli stati ACP a seguito della firma dell'accordo di Cotonou, ritengo che la chiave di volta per migliorare la cooperazione con l'UE debba essere ricercata nel settore privato, attraverso la promozione dei partenariati pubblico-privati. Sono convinto che la lotta contro la povertà e, in prospettiva, la sua eliminazione, debba restare l'obiettivo principale dei nuovi accordi ACP-UE.

Per tutte queste ragioni ho votato a favore dell'approvazione di questa relazione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Umowa partnerska AKP i UE jest najbardziej kompleksowym porozumieniem pomiędzy krajami rozwijającymi się a Unią Europejską. Od 2000 r. stanowi ona fundament relacji UE z 79 państwami Afryki, Karaibów i Pacyfiku (AKP). Umowa z Kotonu wygasa w 2020 r., w związku z tym głównym celem tej rezolucji jest ustanowienie nowych relacji UE z krajami AKP w celu poprawy skuteczności współpracy i dostosowania jej do nowych wyzwań. Rezolucja wyznacza przyszłe relacje AKP–UE w ramach trzech głównych obszarów: dialogu politycznego, wspierania rozwoju oraz współpracy gospodarczej i handlowej. Apeluje, by zwalczanie ubóstwa i nierówności oraz promowanie zrównoważonego rozwoju pozostało nadrzędnym celem współpracy AKP–UE. Uważa jednocześnie, że nowa umowa musi stanowić przede wszystkim projekt polityczny opierający się na zasadach własności i jednoznacznie likwidować mentalność darczyńca-beneficjent. Dziedziną, na którą należy zwrócić uwagę, jest sektor prywatny, ponieważ może odgrywać kluczową rolę w procesie rozwoju i przyczynić się do jego finansowania, chroniąc inwestycje z poszanowaniem ludzi, tradycyjnej własności i użytku oraz środowiska zgodnie z głównymi zasadami ONZ dotyczącymi przedsiębiorstw i praw człowieka. Niniejszym wstrzymałem się od głosu.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – En 2000, l'Union européenne et le groupe des États d'Afrique, des Caraïbes et du Pacifique (ACP) ont signé l'accord de Cotonou, cadre de coopération politique et économique conclu pour une durée de vingt ans. Il est donc temps de repenser notre stratégie de partenariat avec ces États qui font partie, pour la plupart d'entre eux, de zones géographiques qui sont des espaces de croissance au-delà de nos frontières. J'ai voté en faveur de ce rapport qui dresse un bilan des relations ACP-UE et qui établit les axes d'amélioration du partenariat entre l'Union et les pays ACP. Lutter contre la pauvreté est l'objectif central du soutien des États européens aux États en difficulté au sein du groupe ACP. Mais, je le crois profondément, c'est par l'essor économique que le développement sera durable. Investir dans des projets d'ampleur pour contribuer à ce que ces pays ACP aient enfin une véritable capacité de s'insérer dans les chaînes de valeur mondiales doit être la priorité du futur cadre de coopération UE-ACP. Plus globalement, cette relation devra nécessairement s'adapter aux changements structurels, et notamment démographiques, pour que le partenariat UE-ACP soit au service d'un développement de long terme et non d'objectifs court-termistes.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Legitimada pelo acordo de Cotonou, inicialmente assinado em 2003, a parceria entre a ACP (grupo de países da África, Caraíbas e Pacífico), composta por 79 Estados, e a União Europeia (UE), que integra 28 Estados-Membros, é um documento vinculativo com uma composição numérica sem precedentes.

O acordo de Cotonou teve como pilar principal a redução e a erradicação da pobreza, em consonância com os objetivos de desenvolvimento sustentável e de integração progressiva dos Estados que integram a ACP na economia mundial. O referido acordo assenta num conjunto de valores como o respeito pelos direitos humanos e pelas liberdades fundamentais, pela democracia e pelo Estado de Direito. Mas esgotará os seus efeitos ainda antes de Dezembro de 2016.

Ora, feito um balanço geral, constata-se que, apesar de uma aproximação política entre as partes e dos avanços no desenvolvimento da erradicação da pobreza, os resultados demonstraram ser insuficientes e desiguais. O presente relatório identifica áreas prioritárias na ação futura da cooperação ACP-UE, das quais destaco, por um lado, a necessidade de atribuição de caráter vinculativo aos quadros comuns e aos acordos regionais, bem como, por outro lado, a importância da enfatização da Agenda 2030 e dos objetivos de desenvolvimento sustentável no centro do novo acordo, e, bem assim, a permanência do objetivo prioritário, erradicação da pobreza.

Por conseguinte, voto a favor.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against the non-legislative report. The EU wants to expand its influence over the less economically developed countries of the African, the Caribbean and the Pacific states group (ACP) with the use of the EUR 30 billion of the European Development Fund (EDF), which is outside of the EU budget. The ACP institutions see low-level attendance and produce few results. The EU finances 50% of the costs of the ACP secretariat. UKIP does not support the growing EU influence and the waste of funds on a failing EU project.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – O Parlamento Europeu, tendo em conta o Acordo de Parceria entre os Estados de África, das Caraíbas e do Pacífico e a Comunidade Europeia e os seus Estados-Membros, solicita que a Agenda 2030 e os objetivos de desenvolvimento sustentável sejam colocados no centro de um novo acordo, bem como a criação de mecanismos sólidos de acompanhamento, para garantir que a aplicação do acordo promova e contribua para os objetivos de desenvolvimento sustentável.

Para futuras instituições, o PE solicita que as reuniões do Conselho Misto ACP-UE incluam debates políticos sobre questões urgentes, com o objetivo de adotar conclusões comuns sobre as mesmas.

Para financiamento futuro, o PE está convicto de que a expiração simultânea do Acordo de Cotonu e do quadro financeiro plurianual constitui uma oportunidade para finalmente decidir a inscrição do Fundo Europeu de Desenvolvimento no orçamento, com vista a aumentar a eficiência, a transparência, o controlo democrático, a prestação de contas, a visibilidade e a coerência dos fundos da UE para o desenvolvimento.

Para terminar, no que respeita à dimensão comercial, o PE reitera que os acordos de parceria económica (APE) constituem uma base para a cooperação regional e que devem ser instrumentos de desenvolvimento e de integração regional. Face ao exposto, votei a favor.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – A cooperação entre os Estados de África, das Caraíbas e do Pacífico (ACP) e a União Europeia é uma realização valiosa e única que reforçou os laços entre os países ACP e os Estados-Membros da UE, assim como dos respetivos parlamentos nacionais ao longo dos últimos 40 anos.

No sentido de melhorar a eficácia da cooperação e adaptar-se aos novos desafios, é necessário continuar a investir nos direitos humanos e na igualdade de género, no desenvolvimento humano, na boa governação e na democracia, no Estado de direito e no intercâmbio das melhores práticas sob um quadro comum, sem descurar as necessidades específicas regionais.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – El Acuerdo de asociación actual con los estados de África, Caribe y Pacífico (ACP) -Acuerdo de Cotonou- se firmó en 2000 con vigencia hasta 2020 y propone un marco a las relaciones de cooperación centrado en tres grandes ejes: el diálogo político; la cooperación al desarrollo y la lucha contra la pobreza; y la cooperación comercial e integración económica regional. El importe de la ayuda financiera destinada a los países ACP en el período 2014-2020 asciende a 30 506 millones de euros.

El informe, que he votado a favor, proponer revisar el marco de asociación con los países ACP para asegurar su adaptación a los nuevos riesgos (terrorismo, refugiados, buen gobierno, paz y seguridad, cambio climático, ODS); acción conjunta en los foros globales y mejores resultados en el objetivo de erradicar la pobreza.

Además, el informe subraya la necesidad de asegurar mecanismos de control con plena participación de la sociedad civil y de los parlamentos nacionales; mantener la condicionalidad del acuerdo sobre la base del respeto de los derechos humanos y el Estado de derecho; reforzar los procedimientos legales y hacerlos operativos para la lucha contra la corrupción, así como el apoyo a la dimensión parlamentaria del nuevo acuerdo -Asamblea Parlamentaria ACP-UE.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport d'initiative. Celui-ci s'inscrit dans le contexte de l'expiration, en 2020, de l'accord de partenariat de Cotonou entre l'UE et les pays ACP. Le rapport contient une série d'objectifs, de principes, de modalités de coopération et de financement ainsi que des recommandations institutionnelles pour un futur partenariat. La volonté essentielle qui sous-tend ce rapport est de ne pas aboutir à un statu quo au regard des évolutions contextuelles majeures survenues en Europe et au sein des ACP.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau prieš šį pranešimą. Reikia pastebėti, kad ES ir AKR valstybių bendradarbiavimas praeityje nepateisino lūkesčių. Nemažai lėšų pareikalauta, bet laukti rezultatai nebuvo pasiekti. Tai rodo, kad reikia glaudesnio ir tiesioginio bendradarbiavimo su atskiromis valstybėmis, o ne unifikuoto ir nešančio mažai naudos.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O acordo de Cotonu tem ajudado a estreitar os laços políticos entre a União Europeia e os países ACP (África, Caraíbas, Pacífico). Contudo, os resultados desta parceria são pouco percetíveis, pelo que as relações ACP-UE necessitam de se adaptar às mudanças políticas, estruturais e demográficas entretanto ocorridas.

Considero, por isso, da máxima importância instituir um novo quadro que implemente a Agenda 2030 e cumpra os Objetivos do Desenvolvimento Sustentável (ODS). A futura parceria deverá ainda satisfazer as ambições mútuas, pelo que é importante que exista, desde o início, grande clareza nas prioridades identificadas.

A erradicação da pobreza terá de continuar a ser um dos objetivos primários da cooperação ACP-UE. Julgo ainda que o diálogo político terá de ser mais eficaz e mais bem explorado quer a nível dos Governos, quer a nível dos próprios Estados como um todo, devendo ser efetuado pró-ativamente e não somente como ferramenta de gestão de crises.

Enquanto Vice-presidente da Assembleia Parlamentar Paritária ACP-UE, apresentei 23 alterações, constando por isso neste relatório algumas propostas que efetuei, nomeadamente a nível do envolvimento das autarquias, entidades regionais e organizações da sociedade civil, bem como a manutenção da erradicação da pobreza como um dos objetivos primários da futura parceria.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui établit la position du Parlement européen sur les futures relations de l'Union européenne avec les pays ACP après 2020, c'est-à-dire lorsque l'accord de Cotonou aura expiré. Il est crucial que le partenariat après 2020 avec les pays ACP soit reconduit et qu'il demeure juridiquement contraignant. Ce rapport appelle à l'amélioration de la structure actuelle tout en conservant l'acquis ACP-UE, notamment l'engagement en faveur des droits de l'homme, du développement humain, de la bonne gouvernance et de la démocratie. Il est essentiel que le programme de développement durable à l'horizon 2030, la lutte contre la pauvreté et à terme son éradication ainsi que les droits de l'homme soient placés au centre du futur accord.

J'ai soutenu ce texte qui appelle également à la budgétisation du Fonds européen de développement si celle-ci est associée au maintien des montants alloués ainsi qu'à la création d'un instrument pour financer les dépenses sécuritaires liées au développement.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de esta resolución ya que consideramos que no refleja los principales retos actuales de las relaciones UE-ACP. Creemos que el proceso de post-Cotonou debería ofrecer un marco justo y equilibrado entre socios iguales en el que debatir, entre otros temas importantes, temas de comercio justo con todos los países ACP, pero teniendo en cuenta que la liberalización comercial no es en sí positiva para un desarrollo sostenible. Rechazo que no haya en la resolución ninguna llamada a crear algún instrumento vinculante para detectar las responsabilidades del sector privado sobre violaciones de los derechos humanos y la impunidad de las empresas transnacionales. Además, insisto en la importancia de respetar, como se indica en SDG 17.15, la soberanía de los países asociados y que estos dispongan de un espacio político democrático para regular y tomar decisiones para la dignidad de su pueblo, principio que no se refleja en la resolución.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Berichtsentwurf zur Zukunft der Beziehungen EU-AKP nach 2020 gestimmt, da dieser einen wichtigen Beitrag zu der Diskussion über die künftigen Beziehungen zwischen der EU und den AKP-Staaten darstellt.

Die AKP-Staaten beinhalten die Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifiks, auf welchen ein Schwerpunkt der europäischen Entwicklungspolitik liegt.

Im Bericht wird eine Beibehaltung der rechtsverbindlichen Rahmenvereinbarung, die sich auf die drei Pfeiler politischer Dialog, Zusammenarbeit und Handel stützt, gefordert.

Darüber hinaus müssen sich die Beziehungen zwischen der EU und den AKP-Ländern an die politischen, strukturellen und demografischen Veränderungen der vergangenen Jahre anpassen. Dafür soll mithilfe des Berichts ein Rahmen geschaffen werden.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Vztah mezi EU na jedné straně a africkými, karibskými a tichomořskými státy na straně druhé je významným partnerstvím. Na Dohodu z Cotonu je proto vhodné navázat i do budoucna a podporovat tímto dosažení cílů, jako je např. vymýcení chudoby a hladu, zajištění přístupu k pitné vodě nebo přístupu ke vzdělání. Nová dohoda by měla být kupříkladu založena na spolupráci v oblasti společných zájmů, na vzájemné odpovědnosti a monitorování, na silnějším zapojení občanské společnosti nebo na potírání korupce. S tímto souhlasím, a proto bych tuto budoucí spolupráci svým hlasováním ráda podpořila.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe pretende establecer cómo debe ser la relación entre la Unión y los países de África, Caribe y Pacífico después de 2020. Hay que resaltar que los acuerdos de asociación han tenido siempre numerosos impactos negativos en las economías de los países ACP, por lo que creo fundamental un nuevo tipo de asociación, justa y entre iguales, respetando la soberanía de los países y que promueva el desarrollo de las capacidades productivas de los países, proteger la agricultura tradicional y luchar contra el acaparamiento de tierras, y la sobreexplotación, mientras por otra parte cuente con mecanismos jurídicos de lucha contra la explotación laboral, la esclavitud moderna, el flujo ilícito de capitales y la financiación del terrorismo y de los conflictos armados.

Me parece importante también subrayar la importancia de acabar con la injerencia extranjera en los asuntos internos de los países ACP, así como el fin de las políticas neocoloniales y el desmantelamiento de todas las bases militares extranjeras.

Sin embargo, este informe no propone ningunos de estos cambios que considero fundamentales para el futuro de las relaciones UE-ACP tras el fin del acuerdo de Cotonou en 2020, por lo que mi voto fue contra de este informe.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Dal 2000 l'accordo di Cotonou fornisce il quadro per la cooperazione per il finanziamento allo sviluppo, la cooperazione economica e commerciale ed il dialogo politico tra i ventotto Stati membri dell'Unione europea (UE) e 78 paesi dell'Africa, dei Caraibi e del Pacifico (ACP). Dal momento che tale accordo scadrà nel febbraio 2020, è necessario definire un nuovo partenariato tenendo conto dei risultati conseguiti e delle carenze dell'accordo.

Negli ultimi due decenni le relazioni ACP-UE hanno registrato sostanziali sviluppi. È doveroso tuttavia migliorare l'efficacia della cooperazione e adattarla alle nuove sfide internazionali che hanno un impatto a tutti i livelli negli Stati membri dell'Unione europea e negli Stati ACP quali, ad esempio, il cambiamento climatico, la sicurezza idrica, energetica e alimentare, la migrazione, la sanità, la sicurezza e le questioni finanziarie.

Ho votato a favore della relazione, che rappresenta un'ottima base di partenza per le prossime discussioni sul futuro accordo post-Cotonou. In particolare, ritengo positivo che nella relazione si sottolineino il ruolo chiave che il settore privato può svolgere nel processo di sviluppo e l'importanza di creare un ambiente favorevole per le micro, le piccole e le medie imprese nell'ambito del nuovo partenariato.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as this is the EU trying to expand their influence.

Pedro Silva Pereira (S&D), *por escrito*. – Votei a favor do relatório porque contém recomendações e orientações muito importantes para o relacionamento futuro entre a UE e os países ACP após 2020, ano em que termina o acordo de Cotonu. O Parlamento Europeu manifesta-se a favor de um acordo-quadro geral, juridicamente vinculativo, complementado por acordos regionais adaptados a necessidades específicas.

O relatório defende um acordo de parceria centrado no desenvolvimento sustentável e na promoção dos direitos humanos, com mecanismos sólidos de acompanhamento, incluindo uma participação efetiva dos parlamentos, das autoridades locais e da sociedade civil. Quanto ao pilar económico, os acordos regionais de parceria económica - instrumentos que visam fomentar a integração progressiva dos países ACP na economia mundial - deverão tornar-se uma parte importante do relacionamento pós-Cotonu.

Enquanto relator do parecer da Comissão do Comércio Internacional, insisti, em particular, no reforço da capacitação técnica dos países ACP e no financiamento adequado da União aos programas de ajuda ao comércio. A cooperação UE-ACP é uma realização valiosa, única, e o quadro pós-Cotonu deve dar-lhe continuidade e reforçar esta parceria através de um acordo juridicamente vinculativo ao serviço do desenvolvimento.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today, I voted for the report on the future of ACP-EU relations beyond 2020. It calls for breaking down the ACP into regional blocs whilst maintaining the CAP as an umbrella organisation, and for the Sustainable Development Goals (SDGs) to be incorporated as the guiding aim of development cooperation between the EU-ACP amongst the other measures concerning cooperation between the ACP-EU.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Dohoda o partnerstve medzi členmi skupiny afrických, karibských a tichomorských štátov na jednej strane a Európskym spoločenstvom a jeho členskými štátmi na strane druhej bola podpísaná v Cotonou už v roku 2000. Revidovaná bola v rokoch 2005 a 2010. Cieľom Dohody z Cotonou bolo zníženie a konečné odstránenie chudoby v súlade s cieľom trvale udržateľného rozvoja a postupného začleňovania krajín AKT do svetového hospodárstva. Platnosť tejto dohody vyprší v roku 2020. Toto uznesenie mapuje súčasnú situáciu v 3 oblastiach: politický dialóg, rozvojová pomoc a ekonomická a obchodná spolupráca. Zároveň do budúcnosti zdôrazňuje princíp súkromného vlastníctva a význam súkromných investícií (malé a stredné podniky). Na základe týchto dôvodov som hlasoval som za prijatie tohto uznesenia.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Nisam podržao ovo izvješće, ali ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Spoluprácu medzi AKT/krajiny Afriky, Karibiku a Tichomoria/ a EÚ považujem za jedinečný úspech, na základe ktorého sa za posledných 40 rokov posilnili väzby medzi národmi a krajinami AKT a členskými štátmi EÚ a ich parlamentmi. Aj keď dohoda o partnerstve s vládami krajín AKT bola uzavretá s cieľom zvýšiť celkovú výkonnosť ich hospodárstiev, mrzí má, že existujúca spolupráca AKT – EÚ nepriniesla zatiaľ očakávané výsledky. Som presvedčená o tom, že ak chceme zlepšiť účinnosť spolupráce, musíme ju prispôsobiť novým výzvam a oblastiam spoločného záujmu, kde je možné očakávať spoločné prínosy, a to nielen čo sa týka ekonomických aspektov, ale tiež pokiaľ ide o mier a bezpečnosť, ľudské práva a právny štát, dobrú správu vecí verejných a demokraciu, migráciu, životné prostredie, zmenu klímy, ale aj ďalších oblastí súvisiacich s prosperitou obyvateľov krajín AKT – EÚ. Verím, že na základe novej dohody dôjde k lepšiemu politickému dialógu medzi partnermi dohody, ktorý doteraz nebol dostatočne využívaný. Keďže polovica členských štátov AKT ešte stále patrí medzi najmenej rozvinuté krajiny sveta a členské štáty AKT dohromady predstavujú menej než 5 % svetového obchodu a zhruba 2 % svetového HDP, očakávam, že dôjde k výraznejšiemu odstráneniu chudoby a začleneniu krajín AKT do svetového hospodárstva.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Poročilo obravnava Sporazum o partnerstvu med članicami skupine afriških, karibskih in pacifiških držav na eni strani ter Evropsko skupnostjo in njenimi državami članicami na drugi.

Gre za najširši sporazum o partnerstvu med razvitimi in razvijajočimi se državami na svetu, katerega veljava se izteče v letu 2020. Iz tega razloga to poročilo zagovarja nadaljevanje tega sporazuma pod novo strukturo, kar pa je v skladu s smernicami poročila enostavno premalo ambiciozno.

Skupina afriških, karibskih in pacifiških držav (AKP) z vidika sprejemanja odločitev ne funkcionira, saj morajo biti odločitve sprejete soglasno, kar pa se zgodi le redko. Prav tako s političnega vidika ta skupina obstaja skorajda le zaradi financiranja s strani EU, politični dialog med državami skupine je velikokrat zelo omejen, partnerstvo med EU in članicami skupine afriških, karibskih in pacifiških držav pa je neuravnovešeno, saj lahko EU zaradi svoje politične koherentnosti s pritiskom deluje na to skupino držav.

V skupini Zelenih si zato prizadevamo za bolj odprt pristop k partnerstvu. Dobro bi bilo premisliti tudi o zamenjavi obstoječega sporazuma s posameznimi sporazumi med EU in vsako izmed treh vpletenih regij.

Zaradi vseh naštetih razlogov poročila nisem podprl.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – In 2020 zal de Partnerschapsovereenkomst van Cotonou tussen de EU en de Afrikaanse, Caribische en Stille Zuidzeelanden (ACS-landen) aflopen. Dit is wereldwijd het grootste partnerschap tussen ontwikkelde en ontwikkelingslanden en de relaties bestaan reeds sinds de jaren zestig.

In het verslag dat ter stemming ligt wordt de visie van het Europees Parlement op de toekomst van deze overeenkomst na 2020 uitgelijnd. Men koos voor een voortzetting van de Overeenkomst van Cotonou met een nieuwe structuur die universele thema's zoals mensenrechten en gendergelijkheid, ontwikkeling en democratie behoudt in een gemeenschappelijk kader, terwijl het werk verricht zal moeten worden in regionale overeenkomsten.

Hoewel de Groenen de Overeenkomst van Cotonou waarderen omwille van het ontwikkelingsbeleid en bindende normen inzake democratie, mensenrechten en de rechtstaat, zijn er volgens hen ernstige tekortkomingen: onder andere het (niet-)functioneren van de ACS-groep bij besluitvorming, het systematische gebrek aan respect van vele ACS-staten voor algemene waarden en de onregelmatige financiering. Vanwege deze tekortkomingen hadden we met de Groenen graag een meer open benadering gezien die de optie bevat om de ACS-EU-relaties te vervangen door directe relaties tussen de EU en de drie ACS-regio's afzonderlijk. Daarom stemde ik tegen het verslag.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Je dôležité, aby Európska únia udržiavala úzke vzťahy so štátmi Afriky, Tichomoria a Karibiku vrátane poskytovania rozvojovej pomoci. Vzhľadom na to, že medzi nimi sa nachádzajú aj krajiny, ktoré sú zdrojmi masovej migrácie (Afrika) alebo sídlami firiem, ktoré sa podieľajú na schémach daňových podvodov, musíme túto pomoc vždy podmieňovať legislatívnymi a ekonomickými reformami.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Die Entschließung des Europäischen Parlaments zur Zukunft der Beziehungen zwischen den AKP-Staaten und der EU nach 2020 habe ich abgelehnt.

Mit AKP-Staaten ist die Gruppe der Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Raum gemeint. Der Bericht betrifft außenpolitische Kompetenzen, die irrig der EU statt den Mitgliedstaaten zugeordnet werden.

Ich halte die meisten Formen der Entwicklungshilfe für falsch. Sie nützt erwiesenermaßen vor allem den Personen, die mit der Regierung auf bestimmte Weisen vernetzt sind, und zementiert so nachteilige antimarktwirtschaftliche Strukturen. Entwicklungshilfe kommt nur zu einem geringen Teil bei denen an, für die sie bestimmt ist.

Zudem enthält der Bericht Aussagen zu einer Wirtschafts- und Handelspartnerschaft der EU mit den AKP-Staaten. Die EU sollte nicht den Handel der Mitgliedstaaten regulieren – auch das ist besser im nationalen Kompetenzrahmen angesiedelt.

Schließlich lehne ich den Bericht auch deshalb ab, weil er die Gleichstellung der Geschlechter fordert, eine Zusammenarbeit auch in Bezug den Klimawandel stattfinden soll und vor allem weil das neue Kooperationsabkommen eine Paritätische Parlamentarische Versammlung (PPV) vorsieht, die im Rahmen eines Partnerschaftsabkommens eine völlig deplatzierte parlamentarische Dimension schaffen bzw. vertiefen würde.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Sporazum o partnerstvu između članica Skupine afričkih, karipskih i pacifičkih država s jedne strane i Europske unije i njenih država članica s druge strane potpisan u Cotonouu u lipnju 2000. godine usmjeren je k razvojnoj, političkoj, gospodarskoj i trgovinskoj suradnji sa zajedničkim institucionalnim okvirom i velikim proračunom preko Europskog razvojnog fonda. S obzirom da se više od 80 % najnerazvijenijih zemalja na svijetu nalazi u regijama AKP-a dodatno se naglašava potreba za iskorjenjivanjem siromaštva i postupne integracije AKP-a u globalno gospodarstvo.

Uspostava što učinkovitijeg okvira suradnje je važna s ciljem promicanja strateških interesa i zajedničkih vrijednosti partnera poštivajući ljudska prava i potičući održivi razvoj. Važno je naglasiti i uvrštavanje Programa održivog razvoja do 2030. u reviziju okvira za suradnju između EU-a i država AKP-a.

Podržavam izvješće Odbora za razvoj o budućnosti odnosa između AKP-a i EU-a nakon 2020.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o prihodnosti odnosov AKP-EU po letu 2020.

Sodelovanje med afriškimi, karibskimi in pacifiškimi državami se je do sedaj izkazalo za zelo dobrodošlo in potrebno. Partnerstvo temeljni na osnovnih vrednotah in načelih, kot so spoštovanje človekovih pravic in temeljnih svoboščin, demokracija, osnovana na načelih pravne države, ter pregledno in odgovorno upravljanje.

Podpiram mnenje Odbora za proračun, ki opozarja, da se Evropski razvojni sklad končno vključi v proračun, vendar le z jasnimi jamstvi za namensko dodelitev sredstev za sodelovanje AKP-EU in ohranitvijo stopnje financiranja.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς.* – Η ΕΕΑ/ΒΠΑ έθεσε ώς αρχή της την ισότιμη και δίκαιη διαπραγμάτευση μεταξύ ΑΚΕ και ΕΕ για τη συνέχιση των σχέσεων της. Δυστυχώς οι δύο μεγάλες ομάδες του Κοινοβουλίου πρόταξαν τα εμπορικά και οικονομικά συμφέροντα των μεγάλων εταιριών. Μεταξύ άλλων, στήριξαν τις συμφωνίες ελευθέρου εμπορίου οι οποίες θα καθυποτάξουν τους λαούς των χωρών της Αφρικής, Καραϊβικής και Ειρηνικού, όπως άλλωστε όλες οι συμφωνίες ελευθέρου εμπορίου. Την ίδια ώρα οι παραινέσεις της ΕΕΑ/ΒΠΑ για ολοκληρωμένες και βιώσιμες πολιτικές ανάπτυξης με ενδυνάμωση των εργασιακών και δημοκρατικών δικαιωμάτων όλων των πολιτών δεν εισακούστηκαν. Για τους πιο πάνω λόγους καταψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Η έκθεση αυτή αποτελεί συγκεκαλυμμένη μορφή νέο-αποικιακής πολιτικής, με ευθείες παρεμβάσεις στα εσωτερικά τρίτων χωρών. Η Ένωση, υποσχόμενη οικονομικά ανταλλάγματα, ασκεί πολιτιστικό ιμπεριαλισμό προσπαθώντας να επιβάλει τις δικές της αξίες, τις οποίες έχει την ματαιοδοξία να θεωρεί πανανθρώπινες.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Szavazatommal támogattam a jelentés és az abban megfogalmazott javaslatok elfogadását, méltányolva, hogy az új alapokra helyezi a 2020-ban amúgy is lejáró Cotonou-i Egyezmény keretében folyó együttműködést a 79 partnerországgal. Úgy ítélem meg, hogy a jelentés reális javaslatokat tartalmaz az együttműködés új, hatékonyabb, az EU egységes fellépését és a partnerek helyzetei közötti eltéréseket egyaránt figyelembe vevő keretének kialakítására. Fontosnak tartom, hogy a változó körülmények körében kiemelt figyelmet fordít a klímaváltozás hatásaira, valamint a tömeges elszegényedésre, úgy is mint a globális migrációs válsággal szoros okozati összefüggésben álló jelenségekre. Meggyőződésem, hogy a következő években erről az eddiginél még szélesebb körű és mélyebb egyeztetést és együttműködést kell folytatnia az Uniónak és tagállamainak e fontos partnereivel.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie.* – Umowa o partnerstwie z Kotonu między państwami Afryki, Karaibów i Pacyfiku a Unią Europejską musi zostać zreformowana tak, aby stało się ono bardziej efektywną i odpowiadającą wyzwaniom XXI wieku platformą współpracy.

Nie ulega wątpliwości, że 40 lat po podpisaniu porozumienia z Kotonu dotychczasowa współpraca UE–AKP nie przyniosła oczekiwanych rezultatów, zwłaszcza w porównaniu z innymi umowami o partnerstwie, których UE jest stroną. Dlatego konieczne jest przede wszystkim przeprowadzenie analizy efektywności działania dotychczasowej umowy o partnerstwie z Kotonu, której wyniki powinny stanowić podstawę kolejnych działań.

W sprawozdaniu PE słusznie podkreślono, iż partnerstwo powinno opierać się na projekcie politycznym i gospodarczym, a nie na relacji darczyńca–beneficjent. Ponadto zaznaczono, że umowy o partnerstwie gospodarczym są koniecznym elementem rozwojowym tych regionów i przynoszą jednocześnie korzyści europejskim przedsiębiorstwom i obywatelom.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Vuonna 2000 allekirjoitettu Cotonoun sopimus vanhenee vuonna 2020. Sopimuksen tavoitteena on edistää kestävää kehitystä ja köyhyyden vähentämistä Afrikan, Karibian ja Tyynenmeren alueen maissa sekä tukea maiden integraatiota maailmantalouteen. Äänestin mietinnön puolesta, koska yhteistyötä tulee jatkaa ja sopimusehdot päivittää.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Relațiile Uniunii Europene cu țările din Africa, Caraibe și Pacific (ACP) s-au situat constant la un nivel foarte bun în ultimele decenii. UE este principala sursă de ajutor pentru dezvoltare în cazul acestor state, poziție ce îi conferă un rol extrem de important în sprijinirea evoluției pozitive a țărilor respective. Totuși, poziția lor este destul de dificilă și în prezent, fapt care reclamă încheierea unui nou acord, care să pună în prim plan Agenda 2030 și Obiectivele de dezvoltare sustenabilă (ODS). Acest nou acord trebuie să includă un mecanism de monitorizare periodică, responsabilitate și evaluare inter pares, planificarea unor politici bazate pe cunoaștere, măsuri pentru eradicarea sărăciei și inegalităților, coerența politicilor de dezvoltare (CPD), protecția drepturilor omului, principiilor democratice și statului de drept, adoptarea unor măsuri adecvate în cazul unor situații grave de corupție, dialogul politic, consolidarea autorităților locale și regionale, sprijinirea minorităților, tinerilor și femeilor, dar și a sectorului privat al economiei. În acest scop, se preconizează înființarea unor noi instituții de cooperare, pe lângă Consiliul ACP-UE, cum ar fi Adunarea Parlamentară Paritară (APP), Biroul APP, Comisia APP. Acestea vor gestiona mai bine finanțarea prin diversele instrumente europene implicate și prin acordurile de parteneriat economic (APE). Susțin acest raport.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Par ce texte, nous affirmons que la coopération ACP-UE est une réalisation précieuse et unique qui a renforcé les liens entre les populations des États ACP et de l'Union ainsi qu'entre leurs parlements respectifs au fil des quarante dernières années.

Nous avons aussi voulu mettre l'accent sur le fait que le cadre commun comme les accords régionaux devraient être juridiquement contraignants.

Enfin, nous demandons que le programme de développement durable à l'horizon 2030 et les objectifs de développement durable (ODD) soient placés au centre du nouvel accord, et que soient mis en place des mécanismes solides de suivi afin de garantir que l'application de l'accord contribue à la réalisation des ODD et à leur promotion.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The Cotonou Agreement (2000) aims to reduce and eventually eradicate poverty through the promotion of sustainable development and the gradual integration of the African, Caribbean and Pacific (ACP) countries into the world economy. The EU-ACP partnership is based on a set of basic values and principles, including respect for human rights and fundamental freedoms, democracy based on the rule of law, and transparent and accountable governance. As of recently, the agreement has come to require a revision and reassessment of the long-standing partnership in order to have it better serve its purpose of regional development. I voted in favour of the revision of the ACP-EU agreement because I believe the partnership must now evolve from the donor-recipient mentality, which has not encouraged the full potential of development in the ACP community, to a more mutual political partnership based on sustainable shared cooperation among and between ACP members, providing greater independence from the EU.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Slažem se da je suradnja između država AKP-a i EU-a vrijedno i jedinstveno postignuće kojim su kroz posljednjih 40 godina osnažene veze između zemalja AKP-a i EU-a i njihovih parlamenata. Taj sporazum je ujedno i najobuhvatniji sporazum između država u razvoju i Europske unije, te obuhvaća 79 zemalja Afrike, Kariba i Pacifika.

Budući da sporazum istječe 2020., glavna zadaća ovog izvješća bila je redefinicija odnosa Europske unije i navedenih država, a sve u cilju poboljšavanja efektivnosti i kooperacije radi lakšeg prilagođavanja novim izazovima.

U tom smislu izvjestitelj navodi tri segmenta kao krucijalna - politički dijalog, potpora u razvoju te ekonomska i trgovinska suradnja. Iako podržavam napore izvjestitelja koji idu u smjeru iskorjenjivanja mentaliteta donator-primatelj, ne mogu se složiti s pozivima na naglašavanje važnosti pravno obvezujućih odredbi o održivosti te pozive na neugrožavanje razvojne pomoći za korisnike iste i oslanjanje inicijativa vezanih uz migracije isključivo na svježa sredstva, jer navedeno ne smatram ni realnim, ni proporcionalnim.

Stoga sam glasovala suzdržano.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o Prihodnosti odnosov AKP-EU po letu 2020 sem podprla.

Sodelovanje med AKP-EU dragocen in edinstven dosežek, ki je v zadnjih 40 letih okrepil vezi med narodi, državami ter parlamenti AKP in EU. Države AKP so jasno pokazale željo po sprejemanju skupnih ukrepov, poudarjamo, da je za učinkovitejše sodelovanje in prilagajanje na nove izzive nujno potrebna nova struktura, ki bo ohranila tiste dele pravnega reda AKP-EU, ki so po naravi univerzalni, kot so zavezanost človekovim pravicam in enakosti spolov, človeškemu razvoju, dobremu upravljanju in demokraciji, izpolnjevanju načel pravne države in izmenjavi primerov najboljše prakse v skupnem okviru, medtem ko je treba glavnino dela opraviti v skladu z načelom subsidiarnosti, kar pomeni, da mora potekati preko regionalnih sporazumov, prilagojenih specifičnim regionalnim potrebam ter vzajemnim interesom EU in posameznih regij.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de esta resolución ya que consideramos que no refleja los principales retos actuales de las relaciones UE-ACP. Creemos que el proceso de post-Cotonou debería ofrecer un marco justo y equilibrado entre socios iguales en el que debatir, entre otros temas importantes, temas de comercio justo con todos los países ACP, pero teniendo en cuenta que la liberalización comercial no es en sí positiva para un desarrollo sostenible. Rechazo que no haya en la resolución ninguna llamada a crear algún instrumento vinculante para detectar las responsabilidades del sector privado sobre violaciones de los derechos humanos y la impunidad de las empresas transnacionales. Además, insisto en la importancia de respetar, como se indica en SDG 17.15, la soberanía de los países asociados y que estos dispongan de un espacio político democrático para regular y tomar decisiones para la dignidad de su pueblo, principio que no se refleja en la resolución.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – The EU has and should continue to take the lead and great responsibility with the ACP.

This report, calls for the 2030 Agenda and the Sustainable Development Goals (SDGs) to be placed at the centre of a new agreement, and for the creation of strong monitoring mechanisms to ensure that implementation of the agreement contributes to and promotes the SDGs.

It calls for an ACP-EU peer monitoring, accountability and review mechanism to scrutinise SDG implementation in Member States on a regular basis.

Calls for the fight against, and ultimate eradication of, poverty and inequalities and the promotion of sustainable development to be the overarching objectives of ACP-EU cooperation.

The EU can only gain from fighting the root causes of many phenomena that affect all of us.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Il s'agit pour l'Union européenne de faire perdurer ce qu'elle considère comme les avancées des rapports de Cotonou.

Il faut rappeler que les accords de Cotonou reposent sur trois piliers (le développement, les relations commerciales et le dialogue politique).

L'Union n'a pas à avoir de diplomatie sous aucune forme et il faut rappeler que les accords de Cotonou furent une catastrophe pour l'Afrique. En effet, en substituant un système de libre-échange progressif au système jugé paternaliste où les pays du Nord acceptaient de payer plus cher les droits de douane pour permettre le développement accéléré de cette zone, les accords de Cotonou ont participé avec d'autres facteurs comme la politique des institutions internationales à retarder la création d'industries africaines protégées par de forts droits de douane, ce qui était l'objectif de la France avec le projet de coopération.

Pourquoi refuser la démocratie organique naturelle des pays africains au lieu de pratiquer un impérialisme des valeurs qui n'est plus au goût du jour et qui relève d'une sinistre farce?

Enfin, on ne peut qu'être surpris des leçons que l'UE se permet dans ce texte de donner sur la corruption.

J'ai voté contre ce texte.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Umowa partnerska, podpisana w 2000 roku w Kotonu, reguluje współpracę 79 krajów rozwijających się Afryki, Karaibów i Pacyfiku z Unią Europejską. Umowa wygasa w 2020 roku, co wymusza ustanowienie nowych ram prawnych dla stosunków UE z tymi państwami. Głosowana rezolucja wyznacza przyszłe relacje w ramach trzech głównych obszarów: dialogu politycznego, wspierania rozwoju oraz współpracy gospodarczej i handlowej.

Zgadzam się z tym, że zwalczanie ubóstwa i nierówności pozostaje istotnym celem współpracy AKP–UE, tak samo jak promowanie zrównoważonego rozwoju z poszanowaniem środowiska. Po 16 latach od podpisania umowy w Kotonu opracowanie nowych ram stosunków z krajami rozwijającymi się wymaga refleksji. Powinniśmy zerwać z układem relacji darczyńca-beneficjent. Należy uwzględnić to, że od 2000 roku sytuacja polityczna w krajach AKP znacznie się zmieniła. Od początku wieku niewiele udało się razem osiągnąć w zakresie globalnych wyzwań m.in. w dziedzinie bezpieczeństwa, bolączką była niska skuteczność wspólnych instytucji AKP–UE, które nie wypracowały konkretnych rezultatów. Istotnym zagadnieniem, które wymaga przemyślenia, jest także finansowanie dalszej współpracy. Mam wątpliwości, czy propozycja przyszłych stosunków przedstawiona w sprawozdaniu odpowiada na te potrzeby. W związku z tym wstrzymałem się od głosu.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az AKCS–EU együttműködés értékes és egyedi eredmény, amely az elmúlt 40 év folyamán megerősítette az AKCS és az EU népei, tagországai és parlamentjei közti kapcsolatokat; hangsúlyozza, hogy annak fényében, hogy az AKCS-országok tanújelét adják a csoportként való közös fellépés iránti elkötelezettségüknek, az együttműködés hatékonyságának növelése és annak az új kihívásokhoz való hozzáigazítása érdekében új struktúrát kell elfogadni, amely az AKCS–EU vívmányok jellegükben univerzális részeit – pl. az emberi jogok, a nemek közti egyenlőség, a humán fejlődés, a jó kormányzás és demokrácia iránti elkötelezettség, a jogállamiság megvalósításának célja és a bevált gyakorlatok cseréje – közös keretbe helyezi, míg a legfontosabb tevékenységeket a szubszidiaritás elvének megfelelően kell elvégezni, azaz olyan regionális megállapodások révén, amelyek az egyedi regionális szükségletekhez és az EU és az adott régió közös érdekeihez igazodnak. A jelentést megszavaztam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de esta resolución ya que consideramos que no refleja los principales retos actuales de las relaciones UE-ACP. Creemos que el proceso de post-Cotonou debería ofrecer un marco justo y equilibrado entre socios iguales en el que debatir, entre otros temas importantes, temas de comercio justo con todos los países ACP, pero teniendo en cuenta que la liberalización comercial no es en sí positiva para un desarrollo sostenible. Rechazo que no haya en la resolución ninguna llamada a crear algún instrumento vinculante para detectar las responsabilidades del sector privado sobre violaciones de los derechos humanos y la impunidad de las empresas transnacionales. Además, insisto en la importancia de respetar, como se indica en SDG 17.15, la soberanía de los países asociados y que estos dispongan de un espacio político democrático para regular y tomar decisiones para la dignidad de su pueblo, principio que no se refleja en la resolución.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I opposed this report because I had wished for a more open approach as concerns the different options for post-Cotonou, including the approach of abandoning EU-ACP cooperation for direct cooperation with each of the three ACP subregions: Africa, the Caribbean and the Pacific.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Manau, kad, nors tvirti politiniai aljansai, pagrįsti bendrais interesais ir vertybėmis, turėtų ir toliau būti AKR partnerystės pagrindas, reikėtų stiprinti tolesnį bendradarbiavimą pasauliniais klausimais ir kurti atitinkamus mechanizmus, siekiant veiksmingiau spręsti tokius pasaulinius mūsų dienų iššūkius, kaip klimato kaita, aprūpinimas vandeniu, energija ir maistu, migracijos srautai, terorizmas, ekstremizmas, tarptautiniai nusikaltimai, biojvairovė, sveikatos ir finansinės problemos.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the future of ACP-EU relations beyond 2020. The overarching objective of the Cotonou Agreement is reducing and eventually eradicating poverty, consistent with the objectives of sustainable development and the gradual integration of the ACP countries into the world economy. Over 80% of the world's least developed countries (LDCs) are from ACP regions, which gives particular relevance to the EU-ACP partnership. However, the numerical strength of the ACP and EU Member States has not sufficiently translated into joint action in global fora.

The report underlines that ACP-EU cooperation is a valuable and unique achievement that has strengthened bonds between ACP and EU peoples and countries and their parliaments throughout the last 40 years. It equally emphasises that the future of ACP-EU relations should be based on a new reflection on the potential and obstacles ahead for EU-ACP cooperation.

I voted in favour because I believe that in order to improve the effectiveness of cooperation and adapt it to new challenges, a new structure must be adopted that maintains those parts of the ACP-EU *acquis* that are universal in nature, such as a commitment to human rights and gender equality, human development, good governance and democracy.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe pretende establecer cómo debe ser la relación entre la Unión y los países de África, Caribe y Pacífico después de 2020. Hay que resaltar que los acuerdos de asociación han tenido siempre numerosos impactos negativos en las economías de los países ACP, por lo que creo fundamental un nuevo tipo de asociación, justa y entre iguales, respetando la soberanía de los países y que promueva el desarrollo de las capacidades productivas de los países, proteger la agricultura tradicional y luchar contra el acaparamiento de tierras, y la sobreexplotación, mientras por otra parte cuente con mecanismos jurídicos de lucha contra la explotación laboral, la esclavitud moderna, el flujo ilícito de capitales y la financiación del terrorismo y de los conflictos armados.

Me parece importante también subrayar la importancia de acabar con la injerencia extranjera en los asuntos internos de los países ACP, así como el fin de las políticas neocoloniales y el desmantelamiento de todas las bases militares extranjeras.

Sin embargo, este informe no propone ningunos de estos cambios que considero fundamentales para el futuro de las relaciones UE-ACP tras el fin del acuerdo de Cotonou en 2020, por lo que mi voto fue contra de este informe.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – With my Socialist colleagues, I supported this report because cooperation between EU and ACP should be maintained as it is a valuable tool for encouraging a large number of countries to work together in international development. The new approach of regionalisation gives more flexibility to have tailor-made cooperation between smaller groups of countries. And finally, the human rights perspective will also be given more visibility and better enforcement through a biennial reporting mechanism.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde volmondig in met het verslag. Het bevestigt dat de ACS-EU-samenwerking een waardevolle en unieke realisatie is die de banden tussen de ACS- en de EU-bevolkingen en -landen en hun parlementen in de loop van de laatste 40 jaar heeft versterkt. Nu het akkoord tot samenwerking, na 40 jaar, zou verlopen, hebben we besloten het te verlengen. De regionale samenwerking brengt voor alle partijen vooruitgang en welvaart met zich mee.

ACS: landen uit Afrika, Caraïben en de Stille Oceaan

Paavo Väyrynen (ALDE), *kirjallinen*. – Äänestin AKT-maiden ja EU:n suhteiden tulevaisuutta vuoden 2020 jälkeen koskeneen mietinnön puolesta, sillä se antaa hyvät lähtökohdat tuleville neuvotteluille. Kantoja ei tule lyödä lukkoon liian varhain vaan on etsittävä parasta mahdollista tulevan yhteistyön muotoa. Se muovautuu lopulliseen muotoonsa neuvottelujen kuluessa.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O acordo de Cotonu «gere» as relações de cooperação entre a UE, e os seus 28 Estados-membros, e 79 países de África, das Caraíbas e do Pacífico (ACP). O acordo de Cotonu foi assinado em 23 de junho de 2000 por um período de 20 anos, podendo ser revisto de cinco em cinco anos.

A revisão dos Acordos de Cotonu deveria promover uma inflexão na política de cooperação e ajuda ao desenvolvimento da União Europeia. Esta política deve ser orientada para uma genuína cooperação e solidariedade e contribuir para promover um desenvolvimento autónomo e soberano dos países ACP.

São múltiplos os mecanismos que hoje mantêm muitos destes países sob relações de dominação e subjugação. A asfixiante dívida externa, várias vezes paga e, não obstante, sempre crescente, tem um papel central no estabelecimento deste tipo de relações.

Este relatório mantém a mesma linha de neocolonialismo que não podemos aceitar.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die Entschließung behandelt die Neuausrichtung der Beziehungen der Europäischen Union mit den Staaten der AKP-Gruppe (Cotonou-Abkommen). Die bisherige Bilanz ist ernüchternd. Einigkeit zwischen der EU und AKP bestand bisher nur darin, dass die politische und ökonomische Integration der AKP-Regionen gefördert werden muss. Über die Art und Weise, wie das Ziel der Armutsbekämpfung erreicht werden soll, herrschte jedoch Uneinigkeit. Die künftige Nutzung derselben Instrumente im Rahmen der Beziehungen mit den AKP-Staaten kann daher nur eine begrenzte Wirkung für ihre Entwicklung mit sich bringen. Ich habe mich deshalb meiner Stimme enthalten.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – The EU is a global leader of the sustainable development agenda, and the relationship between the EU and the ACP countries is a cornerstone of that agenda.

That relationship must be based on promoting fair and equitable trade, as advocated in the Alternative Trade Mandate. Relations with ACP countries must put people and planet first, setting out a common agenda on human rights, democracy and the rule of law, as well as empowerment of women and young people.

I would especially like to emphasise the importance of youth participation and empowerment, particularly of women and girls. The existing agreement stipulates cooperation to help children and young people fulfil their potential, and I would like to see those commitments strengthened post-2020.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – El informe mantiene el acervo de Cotonú, es decir, un acuerdo jurídicamente vinculante basado en tres pilares: diálogo político, cooperación y comercio. Examina una serie de posibles desarrollos, como más regionalización, el presupuesto del FED, el fortalecimiento del diálogo político y una mayor participación de la sociedad civil y el sector privado.

Pide que la Agenda 2030 y los objetivos de desarrollo sostenible (ODS) sean colocados en el centro de un nuevo acuerdo para que la lucha contra la pobreza siga siendo un objetivo primordial de la cooperación ACP-UE.

Reitera su llamamiento para que el presupuesto del FED tenga una delimitación garantizada del desarrollo de fondos para mantener el nivel de financiación y una solución permanente para la financiación de los gastos de seguridad, relacionados con la cooperación al desarrollo de la UE.

Reitera que los acuerdos de asociación económica constituyen una base para la cooperación regional y que deben ser instrumentos para el desarrollo y la integración.

Por todo ello, mi voto es a favor de este informe, ya que España es partidaria de mantener las áreas geográficas del ACP y de preservar y mejorar el marco jurídico existente.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Zpráva dle mého názoru účelně a efektivně řeší budoucnost partnerství mezi EU a skupinou afrických, karibských a tichomořských států. Vzájemný vztah se musí přizpůsobit politickým, strukturálním a demografickým změnám, které proběhly během posledních dekád. Plně souhlasím s tím, že základem nové dohody by měl být důraz na udržitelný rozvoj a politický dialog, který by měl být aktivně a systematicky využíván tak, aby se předešlo politickým krizím v regionu AKT.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu o budúcnosti vzťahov medzi Európskou úniou a skupinou afrických, karibských a tichomorských štátov po roku 2020 som podporila. V súčasnosti sú vzťahy s 79 štátmi, z ktorých väčšina patrí k najmenej rozvinutým štátom sveta, upravené v Dohode z Cotonou, ktorá sa zaoberá novými globálnymi výzvami, medziiným klimatickými zmenami, migráciou či teroristickou hrozbou. Platnosť tejto dohody však skončí v roku 2019. Správa zdôraznila jedinečný úspech vzájomnej spolupráce, ako aj potvrdila, že hlavnými cieľmi budú aj po ukončení platnosti Dohody z Cotonou boj proti chudobe a podpora udržateľného rozvoja. Takisto požaduje, aby podstatné prvky Dohody z Cotonou v oblasti dodržiavania ľudských práv, demokratických zásad a zásad právneho štátu tvorili hodnotový základ novej dohody. Oproti Dohode z Cotonou navrhuje uznesenie aj nové prvky, ktoré novej dohode umožnia reflektovať zmenenú situáciu, a to najmä v oblasti upustenia od prístupu darca-príjemca. Okrem týchto aspektov sa zaoberá aj financovaním, systémom inštitúcií, ale aj obchodnými aspektami. Myslím si, že pokiaľ nová dohoda po roku 2020 dokáže naplniť očakávania vyjadrené v tejto správe, stane sa prínosným nástrojom na prehlbovanie vzťahov medzi Európskou úniou a štátmi AKT.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Neuser que abre caminho para fortalecer o futuro das relações ACP-UE. Relembro que este relatório constitui a contribuição do Parlamento Europeu que dará seguimento ao Acordo Internacional de Cotonu, lançado em 2000 e que expira em 2020. De facto, nestes últimos 40 anos, os países ACP e a UE alcançaram uma cooperação valiosa e única através deste instrumento que tem reforçado os laços entre estes povos.

Em termos de processo, é de salientar a vontade por parte dos países ACP de empreenderem uma ação comum enquanto grupo, uma abordagem essencial para melhorar a eficácia da cooperação internacional, adaptando-a a novos desafios. Em termos de conteúdo, defendo que a relação pós-2020 mantenha as partes do acervo ACP-UE que têm caráter universal, como o empenho nos direitos humanos e na igualdade de género, no desenvolvimento humano, na boa governação e na democracia. Neste contexto, destaco ainda que as relações pós-2020 devam ser pautadas pela garantia do reforço da representação da sociedade civil em todos os processos de cooperação.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za poročilo o prihodnosti odnosov AKP-EU po letu 2020.

Kot navaja poročilo, je sodelovanje AKP-EU dragocen in edinstven dosežek, ki je v zadnjih 40 letih še okrepil vezi med narodi, državami ter parlamenti AKP in EU. Zato menim, da se morajo prihodnji odnosi med EU in državami AKP prilagoditi političnim, strukturnim in demografskim spremembam v zadnjih letih, da bodo v večjem obsegu dosegali cilje trajnostnega razvoja in učinkovito odpravili revščino.

President. – That concludes the explanations of vote.

9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(The sitting was suspended at 13.25 and resumed at 15.00)

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

10. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

Antanas Guoga (ALDE). – Madam President, I would like to object, based on Rule 192 of the Rules of Procedure. In respect of minutes for 3 October, I did not agree to be replaced by Catherine Bearder in the Committee on Internal Market and Consumer Protection.

President. – Mr Guoga, we take note of your comments and the relevant service will deal with that in due course.

(The Minutes of the previous sitting were approved)

11. Gesamtwirtschaftliche Lage in Griechenland, Strukturreformen und ihre Auswirkungen sowie Perspektiven für die künftigen Verhandlungen im Rahmen des Programms (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Commission statement on the macroeconomic situation in Greece, structural reforms and their impact, as well as prospects for future negotiations within the Programme (2016/2883(RSP)).

Pierre Moscovici, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés, je suis heureux de pouvoir débattre en séance plénière avec vous sur ce sujet important, que j'ai eu l'occasion de discuter régulièrement avec le groupe de travail créé il y a quelques mois au sein du Parlement européen.

Permettez-moi de commencer par quelques nouvelles que je qualifierais de plutôt rassurantes, sur le front économique en Grèce. Le pays a connu au second trimestre une croissance de 0,2 %, et nous prévoyons que cette tendance continue, ce qui fait qu'au total, la croissance devrait rester légèrement négative en 2016. Mais, comme je l'avais déjà annoncé, le second semestre va être un semestre de croissance légèrement positive et cette tendance devrait se renforcer significativement l'année prochaine. Il est trop tôt pour donner des prévisions précises; ce sera fait d'ici à quelques semaines. On en est aux prévisions d'automne pour l'ensemble de l'Europe et de la zone euro. Les déboursements dans le cadre du programme devraient, en effet, contribuer à assurer la liquidité nécessaire à la reprise de l'activité économique et donc, notre prévision est plutôt confortée.

Sur le plan budgétaire, les développements de cette année ont également été plutôt encourageants. Sur la base des données dont nous disposons concernant l'exécution du budget 2016, atteindre l'objectif d'un surplus primaire de 0,5 % du PIB devrait être faisable pour Athènes en 2016. Nous pouvons donc dire que ce que nous avons mis sur les rails est en train d'avancer positivement.

J'en viens à présent, plus précisément, aux négociations liées au programme d'ajustement. Trois points sont à relever pour ce qui concerne les développements de ces derniers mois. D'abord, la première révision du programme s'est partiellement conclue, vous vous en souvenez, au printemps, ce qui a permis à l'Eurogroupe du 25 mai — qui restera, je crois, une date importante – de marquer son accord politique sur un nouveau déboursement de 10,3 milliards d'euros. Je m'en réjouis. Une première sous- tranche de 7,5 milliards d'euros, la principale, a été versée en juin. Une partie de la deuxième sous-tranche, qui représente 1,1 milliard d'euros, est conditionnée à l'adoption d'une série de *milestones* qui devrait être complétée cette semaine; je vais y revenir bien sûr. L'autre partie de la deuxième sous-tranche, donc les 1,7 milliard d'euros restant, doit, pour sa part, servir à réduire les arriérés de paiement de l'État au bénéfice des fournisseurs ou des sous-traitants et donc, en réalité, de l'économie réelle. Voilà pour le premier point.

Ensuite, des initiatives législatives majeures ont été prises dans pratiquement tous les domaines de l'économie, et c'est ce qui était prévu dans le cadre du protocole d'accord qui est notre référence partagée. Le gouvernement a ainsi adopté des mesures permettant des économies budgétaires de 3 % du PIB sur la période 2016-2018, mesures qui incluent entre autres une réforme de l'impôt sur le revenu pour 1 % du PIB ainsi qu'une profonde réforme du système des retraites pour 1 % du PIB également. Pour améliorer la perception de l'impôt, une nouvelle agence indépendante pour la perception des revenus publics a été établie. C'était un point auquel nous tenions substantiellement. Cela n'a pas été le plus facile à obtenir, mais c'est maintenant chose faite. Ces mesures ont été accompagnées de réformes structurelles tout à fait significatives. Elles concernent notamment les crédits non performants pour restaurer ce qui est indispensable à la stabilité du système bancaire pour relancer le financement des entreprises. Des mesures ont aussi été prises pour améliorer l'environnement des entreprises, y compris la mise en œuvre des mesures recommandées par l'OCDE en matière de concurrence. Des initiatives législatives ont été adoptées concernant l'utilisation des terres, la libéralisation du marché de l'énergie, l'établissement d'un nouveau fonds de privatisation et d'investissement pour lutter contre la corruption, soit un autre point majeur du protocole d'accord adopté en juillet 2015. Nous voulions aussi renforcer l'indépendance de la Commission et les lignes de concurrence pour dépolitiser l'administration publique. Tout ceci constitue un ensemble de mesures extrêmement fortes.

C'est vrai, il faut le dire, qu'aucun État membre ne conduit autant de réformes en parallèle. Il est vrai qu'aucun État membre n'a besoin de conduire autant de réformes simultanément. L'ensemble de l'Eurogroupe a marqué sa satisfaction de voir que la Grèce va dans la bonne direction. Je veux le faire bien sûr, moi aussi, au nom de la Commission.

Enfin, troisième et dernier point, nous sommes en train d'évaluer actuellement les progrès sur les derniers *milestones* dont je vous ai parlé, qui sont la condition pour le déboursement de la première sous-tranche restante du programme et, par conséquent, aussi la deuxième. Des mesures auraient dû être prises pour mi-septembre dans les domaines de la réforme des retraites, de la gouvernance des banques, de la libéralisation du marché de l'énergie ou encore de la privatisation et de l'agence indépendante des revenus publics. Il s'agit donc de finaliser ces réformes qui sont déjà adoptées sur le principe. Après des débuts relativement lents, il faut le dire – lenteurs que nous avons attribuées à la pause de l'été –, les autorités grecques ont accéléré le mouvement depuis le début du mois de septembre et, sincèrement, j'espère que nous pourrons conclure sur ce point lors de l'Eurogroupe du 10 octobre. C'est vous dire qu'il reste très peu de jours

pour conclure. Nous sommes le 5, il y a aussi, en parallèle, les assemblées générales du Fonds monétaire international, qui vont se tenir à partir de demain. Je profite donc de cette tribune pour lancer un appel au gouvernement grec. Il est d'importance capitale que nous puissions conclure sur ce point d'ici à lundi, date de l'Eurogroupe à Luxembourg.

Je passe à présent aux étapes à venir. L'enjeu après cela, car je compte bien que cela soit fait, sera de lancer et de conclure la seconde révision du programme dans un délai raisonnable. Ce délai raisonnable pour moi – je l'ai dit à plusieurs reprises, au premier ministre Tsipras, au ministre Tsakalotos, aux autres ministres dans les domaines économiques –, c'est novembre. Le succès de cette révision est essentiel alors que l'économie grecque donne des signes de reprise. Nous ne faisons pas des réformes pour le plaisir, nous faisons des réformes pour remettre l'économie grecque sur les rails, pour rendre plus performante la structure de cette économie, pour recréer la confiance qui est indispensable à l'attractivité et donc au retour des investisseurs, car c'est une économie ouverte qui a besoin d'investissements. Par conséquent, il y a là du gagnant-gagnant. C'est une démarche positive qui doit être conclue.

Une conclusion dans les délais prévus, à savoir novembre — je le rappelle –, serait aussi le signal de cette normalité économique tant attendue par les investisseurs. Une mission va donc débuter en Grèce dès mi-octobre. Notre objectif reste de conclure l'ensemble d'ici à la fin de l'année. La seconde révision, de quoi sera-t-elle constituée? Elle va se concentrer sur la mise en œuvre des réformes adoptées. On peut donc considérer qu'avec la fin de la première, le plus gros aura été fait mais, comme on dit en français, le diable se cache parfois dans les détails.

C'est la raison pour laquelle la deuxième révision ne sera pas pour autant aisée. Les sujets-clés vont inclure notamment le budget 2017, le cadre pour l'insolvabilité des entreprises, la réforme du marché du travail et la mise en place de ce fameux fonds de privatisation et d'investissement, qui est vraiment une clé pour déverrouiller l'économie grecque.

Il faut reconnaître qu'au fil des années – et ce n'est pas le propre de ce gouvernement, c'est une constante depuis malheureusement assez longtemps – la mise en œuvre a été le point faible des programmes d'ajustement grec précédents. L'approche de la Commission sera équitable, objective et, vous le sentez, elle est positive. Je revendique le fait que cette Commission ait toujours été hostile à la perspective d'un Grexit et toujours favorable à la recherche de solutions. Mais, en même temps, le fait que nous soyons positifs ne signifie pas que nous soyons bénévolents ou indulgents à l'excès. Nous sommes exigeants avec les autorités grecques. Tous les ministères devront manifester un engagement plein et entier en faveur du programme pour assurer le succès des réformes adoptées, et le sentiment que nous pouvons avoir est que ce n'est pas forcément toujours le cas. Il y a en quelque sorte quelques ministères de tête qui vont de l'avant et quelques autres, dont on a parfois l'impression qu'il serait utile de les pousser à aller plus vite.

Il est temps que la partie européenne – car nous ne devons pas être uniquement exigeants avec la partie grecque –, nous tous et les partenaires qui sont inclus dans l'Eurogroupe assument de leur côté leurs responsabilités en spécifiant les mesures de dettes à court terme. Je sais que c'est très attendu en Grèce, et je trouve cela parfaitement légitime dès lors que le travail sur les réformes aura été fait et complété. Il est temps aussi que le programme s'oriente plus nettement vers la croissance et l'emploi. Le gouvernement, je le sais, élabore actuellement une stratégie de croissance pour les années à venir. Celle-ci devra être complétée de mesures sociales et nous en sommes aussi conscients. Le programme prévoit ainsi le déploiement du mécanisme du revenu minimal garanti l'année prochaine. Si cela se fait dans le cadre des équilibres financiers prévus par le protocole d'accord, je pense que nous pouvons tous considérer que le fait d'allier justice sociale à l'investissement et aux réformes témoigne d'une bonne politique. La Commission fait aussi tout ce qu'elle peut pour mobiliser les Fonds européens. Nos services fournissent ainsi une assistance technique pour soutenir les réformes structurelles. L'engagement des autorités pour assurer la mise en œuvre des projets financés, pour éviter les irrégularités et pour mieux utiliser l'assistance technique reste d'une importance capitale.

Voilà, en quelques minutes, l'état des lieux, Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés. Vous voyez que nous avançons, vous voyez que nous sommes sortis de la période de très grande difficulté où le Grexit menaçait, mais vous voyez aussi que le travail sur les réformes doit continuer d'avancer pour que ce qui fut et ce qui est encore un problème, une difficulté, pas seulement pour la Grèce mais pour l'Europe, se transforme en – pardonnez-moi cet anglicisme – *success story*.

C'est vraiment ce que je souhaite, c'est ce à quoi la Commission est engagée et c'est ce à quoi, pour ma part, je continue de dédier une bonne partie de mon énergie politique, de mon capital politique parce que je pense que vraiment nous avons tous intérêt à ce que la Grèce sorte plus forte de cette crise et trouve toute sa place dans la zone euro, comme j'ai eu l'occasion de le dire, comme tout simplement une économie normale.

La Commission est pleinement engagée pour assurer le succès du programme pour aider la Grèce à trouver le chemin d'une croissance soutenable et le chemin de la création d'emplois. Je sais que c'est ce que la population grecque attend, c'est ce que la jeunesse grecque attend et par-delà, encore une fois, les sensibilités politiques que nous pouvons avoir sur ce sujet, c'est pour la population et pour la jeunesse que nous avons le devoir d'agir pour leur offrir un avenir meilleur.

Burkhard Balz, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Vielen Dank für Ihr Kommen und auch für dieses Statement zur Situation in Griechenland. Ich finde es äußerst wichtig, dass wir diese Debatte heute hier führen. Sie hätte aus meiner Sicht auch schon früher kommen müssen.

Ich möchte daran erinnern, dass Griechenland bereits das dritte wirtschaftliche Anpassungsprogramm in Anspruch nimmt, und die Erwartungshaltung ist meiner Meinung nach klar: Die griechische Regierung muss die Reformen aus eigenem Willen vorantreiben mit dem Ziel, Griechenland nachhaltig – darauf liegt die Betonung – zurück auf den Weg von Wachstum und Jobs zu bringen.

Leider hat die Regierung Tsipras allzu oft gezeigt, dass sie dazu nicht in der Lage ist. Reformen, die auf dem Papier beschlossen wurden, sind nicht implementiert, und es ist sicherlich nicht förderlich, hier den EU-Institutionen oder dem Internationalen Währungsfonds immer den schwarzen Peter zuzuschieben.

Wir sind in einer wichtigen Phase. Griechenland hat im Juni bereits 7,5 Mrd. EUR in einer ersten Zahlung bekommen – Sie haben es erwähnt, Herr Kommissar –, obwohl die Reformen nur halbherzig umgesetzt worden sind. Nun steht die zweite Überprüfung an, die eine zweite Zahlung von 2,8 Mrd. EUR vorsieht. Dafür muss die Regierung endlich liefern. Die Minister der Eurogruppe haben im September nicht genügend Fortschritte gesehen, um eine positive Bewertung abzugeben. Der Ball liegt also eindeutig im griechischen Feld. Und auch diese Woche fehlt laut der Eurogruppe noch immer ein eindeutiger Fortschritt in der Umsetzung der Reformen.

Die Regierung Tsipras spielt mit dem Feuer. Auch wenn die Wachstumszahlen des zweiten Quartals positiv erscheinen, was sicherlich ein gutes Zeichen ist, muss mehr passieren. Denn auch wenn Griechenland nächste Woche grünes Licht für diese zweite Zahlung bekommen wird, warten bereits neue Herausforderungen: Der Haushaltsplan 2017 muss vorgelegt werden, und es muss in einem Kernbereich zu Strukturreformen kommen, nämlich dem Arbeitsmarkt.

Es ist nun an der Eurogruppe zu bewerten, ob die Reformanstrengungen tatsächlich ausreichend sind. Meine Erwartungshaltung, Herr Kommissar, und die meiner Fraktion habe ich bereits zu Beginn formuliert: eine ernsthafte, glaubwürdige und umfassende Umsetzung der vereinbarten Reformen.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Peter van Dalen (ECR), *"blauwe kaart"-vraag*. – Als ik de heer Balz hoor dan hoor ik toch de nodige twijfel in zijn speech. Gaan de Grieken het wel doen? Gaan ze het wel realiseren? Gaan ze het wel waarmaken? Dan stel ik mijn concrete vraag aan hem: gelooft u zelf wel in deze aanpak, en waarom? Ik koppel er meteen een tweede vraag aan: is het niet beter om een Grexit te maken en de Grieken terug te brengen naar de drachme, te combineren misschien met een hulpprogramma waarbij we de schulden gedeeltelijk kwijtschelden? Is dat niet een veel betere, een te verkiezen aanpak?

Burkhard Balz (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. –Herr Kollege van Dalen! Ich glaube daran, dass das, was vereinbart worden ist, eingehalten werden muss, und die Reformen, über die gesprochen wurde, müssen eben umgesetzt werden. Und hier – meine Zweifel daran habe ich eben gerade auch relativ deutlich zum Ausdruck gebracht – ist sicherlich der Stand in keiner Weise so, wie er sein sollte. Die Reformen hängen nach, und da bin ich auch sicherlich nicht einer Meinung mit dem Kommissar. Um es deutlich zu sagen: Es muss mehr passieren!

Die Regierung Tsipras hat bislang nicht geliefert, und deswegen hätte ich diese Diskussion auch schon deutlich früher sehen wollen, um noch mehr Druck auf die griechische Regierung auszuüben.

Roberto Gualtieri, *a nome del gruppo S&D*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la crisi greca è stata una delle prove più difficili, drammatiche e importanti per l'Unione europea. L'unità e l'irreversibilità dell'eurozona sono state a rischio, mentre i cittadini greci hanno subito le durezze di una crisi che li ha colpiti in modo pesantissimo. Le conseguenze della recessione degli ultimi anni continuano a mordere, ma oggi finalmente possiamo dire di vedere della luce in fondo al tunnel. L'appartenenza della Grecia all'area dell'euro non è più in discussione e, dopo un anno segnato da risultati migliori delle aspettative, la stima di una crescita significativa per il 2017 appare realistica, così come il conseguimento di un avanzo primario leggermente superiore al *target* del *Memorandum of Understanding*.

Di ciò noi dobbiamo dare atto all'impegno e al coraggio del governo greco che, dopo il referendum, ha saputo compiere scelte difficili e correggere la propria rotta, salvando il paese dal baratro e negoziando un programma impegnativo che ha implicato scelte dolorose ma che contiene elementi di equità sociale nuovi che erano assenti da precedenti programmi. Allo stesso tempo, occorre anche dare atto alla Commissione europea di essersi sempre opposta alla prospettiva della Grexit e di aver compiuto un ruolo prezioso di mediazione rispetto a certe posizioni eccessivamente chiuse ed egoiste di alcuni creditori.

Ora è essenziale non perdere lo slancio e cogliere fino in fondo l'opportunità di una vera svolta. Innanzitutto, occorre completare le *milestones* e avere l'esborso della seconda sottotranche, così da avviare la seconda *review*. Sappiamo che questa *review* sarà impegnativa e va condotta con equilibrio, soprattutto sul versante della riforma del mercato del lavoro. In questo quadro sarebbe bene che il Fondo monetario si astenesse dal gettare benzina sul fuoco in una delicata procedura di bilancio, ventilando ulteriori misure che non sono necessarie.

Allo stesso tempo occorre che i creditori affrontino seriamente non solo la questione dell'implementazione delle misure di alleggerimento del debito di breve termine, ma anche la definizione più concreta delle misure di medio termine. È evidente che, anche se i dati sono migliori delle previsioni, un prolungato avanzo primario del 3,5 non appare sostenibile. Noi non chiediamo una quantificazione immediata e puntuale di tutte queste misure e rispettiamo le esigenze politiche di alcuni Stati membri, ma ciò non deve essere un alibi per evitare di dare concretezza alle conclusioni dell'Eurogruppo e superare un'ambiguità che sarebbe di ostacolo non solo alla partecipazione del Fondo monetario al programma, ma anche alla credibilità delle prospettive di ripresa per la Grecia e della possibilità di associare finalmente la Grecia al QE della BCE.

Questo Parlamento continuerà il suo ruolo di monitoraggio e di arricchimento della dimensione democratica dei programmi di aggiustamento economico per la Grecia e per tutta l'Unione.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *ερώτηση «γαλάζια κάρτα»*. – Κυρία Πρόεδρε, δεν υπάρχει καμιά αμφιβολία ότι, εδώ και εφτά χρόνια που βρίσκεται στα μνημόνια, ο ελληνικός λαός δοκιμάζεται πραγματικά και πληρώνει το κόστος των εσφαλμένων πολιτικών που εφαρμόστηκαν ιδιαίτερα τα τελευταία χρόνια. Ενώ λοιπόν αυτός ο λαός συνεχίζει να βρίσκεται κάτω από την πίεση και του μνημονίου και των σκληρών μέτρων, εμείς αναλωνόμαστε απλώς σε θεωρητικούς προβληματισμούς χωρίς να εισηγούμαστε κάτι συγκεκριμένο για να βγει επιτέλους ο ελληνικός λαός από το τούνελ στο οποίο βρίσκεται σήμερα. Μόνο σε θεωρητικό επίπεδο άραγε μπορεί να εξεταστεί αυτό το θέμα; Δεν υπάρχουν συγκεκριμένα μέτρα και λύσεις τις οποίες μπορούμε να προτείνουμε; Σημειώνω ότι η Κύπρος, μέσα σε τρία χρόνια, κατόρθωσε να βγει από το μνημόνιο ενώ ο ελληνικός λαός εξακολουθεί να δοκιμάζεται.

Roberto Gualtieri (S&D), *risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Non ho capito bene. Francamente, più che una domanda mi sembrava uno *statement* rispettabile ma non condivisibile. Io credo fermamente nelle prospettive di crescita e di sviluppo della Grecia nell'area dell'euro e noi dobbiamo, da un lato, incoraggiare le riforme, e, dall'altro, sostenere una politica di crescita di investimenti e di equità sociale in Grecia e in tutta l'Unione europea.

Νότης Μαριάς, *εξ ονόματος της ομάδας ECR*. – Κυρία Πρόεδρε, συμπληρώθηκαν ήδη έξι και πλέον χρόνια εφαρμογής του μνημονίου στην Ελλάδα και η χώρα έχει μετατραπεί σε ένα απέραντο κοινωνικό νεκροταφείο, αφού τα εκατοντάδες δισεκατομμύρια ευρώ που δόθηκαν σαν δάνεια τελικά επέστρεψαν στις τσέπες των δανειστών, αντί να επενδυθούν στην ελληνική οικονομία. Πέρασαν, λοιπόν, έξι πέτρινα μνημονιακά χρόνια στα οποία ο ελληνικός λαός βιώνει καθημερινά τη φτώχεια, την ανέχεια, την ανεργία και την εθνική ταπείνωση, έξι πέτρινα μνημονιακά χρόνια αποτυχημένης πολιτικής της τρόικας και των διεθνών τοκογλύφων-δανειστών - μιας πολιτικής που μείωσε το ΑΕΠ κατά 25% και σε απόλυτους αριθμούς κατά 47 δισεκατομμύρια EUR και πάνω, που ερήμωσε την οικονομία, που γέμισε την Ελλάδα με στρατιές εκατομμυρίων φτωχών και ανέργων και δημιούργησε καραβάνια νέων που μαζικά μεταναστεύουν, που έκανε φορολογικό ρεσάλτο στις τσέπες και στις περιουσίες των φτωχοποιημένων Ελλήνων, που κοινωνικοποίησε τις ζημιές των τραπεζών, που κούρεψε τα αποθεματικά των ασφαλιστικών ταμείων, πετσόκοψε μισθούς και συντάξεις, οδήγησε το 40% του ελληνικού πληθυσμού να ζει κάτω από τα όρια της φτώχειας.

Αυτή είναι, κύριε Moscovici, η πολιτική σας, η ανάλγητη πολιτική της τρόικας, μια πολιτική που αντί να μειώσει το χρέος, το εκτόξευσε στα ύψη. Ήταν στο 123% του ΑΕΠ το 2010 — στο 200% θα φτάσει το 2016. Είναι μια πολιτική που ενθυλάκωσε, αντί να επιστρέψει, τα κέρδη της ΕΚΤ και των κεντρικών τραπεζών, μια πολιτική που αρνείται το κούρεμα του ελληνικού χρέους, όταν αυτό κάνει η Ευρωπαϊκή Ένωση στην περίπτωση της Ουκρανίας και της Τυνησίας, μια πολιτική που υποθηκεύει για ένα αιώνα και ξεπουλά, μέσω του κατοχικού ταμείου, τη δημόσια περιουσία και βγάζει στο σφυρί τα σπίτια των Ελλήνων, δίνοντάς τα στα κοράκια. Αυτήν την πολιτική υπηρέτησαν τα τελευταία έξι χρόνια όλες ανεξαιρέτως οι μνημονιακές κυβερνήσεις, αυτήν την πολιτική επιβάλλουν με βία, όπως έκανε χθες η κυβέρνηση Τσίπρα κατά των συνταξιούχων. Φτάνει πια, κύριε Moscovici! Ο ελληνικός λαός δεν αντέχει πλέον τη φτώχεια και την ανεργία και σύντομα θα πετάξει την τρόικα και τους δανειστές έξω από την Ελλάδα.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *blue-card question*. – Mr President, dear colleagues, you know that I appreciate you very much, but do you not think that, before the disbursement of loans that is going to take place in October, the Greek Government, even though it probably does not have the necessary time, should nevertheless reach certain outcomes, if only in the fields of privatisation, pensions, and banking governance and in the energy sector?

Νότης Μαριάς (ECR), *απάντηση «γαλάζια κάρτα»*. – Κύριε συνάδελφε, φαίνεται ότι δεν έχετε αντιληφθεί τι συμβαίνει στην Ελλάδα. Η Ελλάδα μέχρι στιγμής, τυπικά, έχει πάρει δάνεια πάνω από 240 δισεκατομμύρια ευρώ. Εάν αυτά τα χρήματα είχαν επενδυθεί στην ελληνική οικονομία, αυτή θα είχε απογειωθεί. Δεν θα είχαμε 1,5 εκατομμύριο ανέργους, δεν θα είχαμε φτωχούς, δεν θα είχαμε μια κατάσταση διάλυσης της χώρας. Αυτό είναι το κεντρικό ερώτημα: πού πήγαν τα δανεικά; Επέστρεψαν πίσω στους ίδιους τους δανειστές! Μόνο ένα 4% επενδύθηκε στην ελληνική οικονομία. Δεν λύνεται λοιπόν το πρόβλημα με τις συνταγές της τρόικας.

Jean Arthuis, *au nom du groupe ALDE*. – Madame la Présidente, la relation entre la Grèce et la zone euro est la chronique d'un immense gâchis. Au-delà des hypocrisies, elle est la conséquence de l'absence de gouvernement européen. Ayant admis la Grèce, l'Eurogroupe aurait dû la surveiller comme le lait sur le feu, mais c'était l'époque où l'Allemagne et la France transgressaient impunément les règles de copropriété de l'euro, le pacte de stabilité et de croissance.

En 2009, nous avons pris la mesure du désastre et constaté que, si la Grèce était surendettée, ses principaux créanciers étaient domiciliés dans la zone euro. Personne ne s'est fait prier pour fournir à Athènes des travaux et équipements publics, des systèmes d'armes et autres fournitures coûteuses. De son côté, la Grèce s'est abandonnée à la facilité, tirant profit des aides européennes et de la baisse soudaine des taux d'intérêt sur la dette abyssale et laissant libre cours à la corruption et au clientélisme.

Convenons donc que la responsabilité est largement partagée. Ces affaires qui fâchent ne peuvent demeurer plus longtemps dans la clandestinité démocratique. Il faut les mettre sur la place publique si nous voulons faire bouger les lignes et abattre les écrans de fumée dressés au nom du respect de la souveraineté nationale. C'est tout à l'honneur du Parlement européen d'avoir relevé ce défi en décidant de créer un groupe de travail d'assistance financière, composé d'élus européens chargés de faire vivre le débat comme nous le faisons aujourd'hui.

Nous nous sommes rendus en Grèce, en mars, pour tenter de faire le point sur le troisième programme d'ajustement macroéconomique. Par ailleurs, nous entendons régulièrement les commissaires, les représentants de la Cour des comptes, de la Banque européenne d'investissement, du mécanisme européen de stabilité financière et du Fonds monétaire international, mais il va falloir aller plus loin.

Mes chers collègues, l'étape suivante est la rédaction d'un rapport étoffé et sans concession sur l'état de la Grèce, qui passe outre les considérations politiciennes. Il faut que l'élu qui aura la charge de ce rapport du Parlement européen travaille étroitement avec les parlementaires grecs afin que parlementaires européens et nationaux pétrissent ensemble la pâte budgétaire.

Le contrôle du plan de sauvetage ne peut plus être laissé aux seuls ministres des finances réunis en Eurogroupe, qui, depuis la création de l'euro, ont érigé l'opacité et la complaisance mutuelle en règle d'or. C'est dire si la vigilance et les diligences de la Commission sont vitales, mais seule la pression des représentants des autres peuples européens qui ont l'euro pour monnaie permettra d'aider nos amis grecs à mener à bien les réformes et à mettre en place la pédagogie nécessaire auprès de leur opinion publique.

Une monnaie européenne appelle une véritable gouvernance démocratique européenne. Les crises que connaît l'Europe, et notamment la crise de l'euro, ont fait naître une opinion publique continentale. Il est, mes chers collègues, de notre responsabilité, à nous, élus européens et élus nationaux, de nous faire la caisse de résonance de cette opinion publique en gestation et d'établir la confiance.

Δημήτριος Παπαδημούλης, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL.* – Σε εσάς κύριε Moscovici που μας αναφέρατε ενθαρρυντικά στοιχεία και μηνύματα για τις προοπτικές ανάκαμψης της ελληνικής οικονομίας και σε εσάς κύριε Balz που σπεύσατε να επιτεθείτε στην Επιτροπή, έχω να πω ότι, δυστυχώς για εσάς και για το κόμμα της δεξιάς, την Ελλάδα δεν την χρεοκόπησε ο ΣΥΡΙΖΑ και η κυβέρνηση Τσίπρα αλλά οι φίλοι σας της Νέας Δημοκρατίας, αυτοί που άφησαν ελλείμματα 15,5% το 2009 και δημόσιο χρέος 125%. Η σημερινή κυβέρνηση προσπαθεί, ενάντια σε δυσκολίες, να ξαναφέρει τη χώρα στην ανάπτυξη, να μειώσει την ανεργία και να περιορίσει τη γραφειοκρατία, τη φοροδιαφυγή, το πελατειακό κράτος που οι δικοί σας φίλοι δημιούργησαν.

Για να γίνει όμως αυτό πράξη, κύριε Moscovici, δεν αρκεί μόνο να τηρήσει τη συμφωνία η Ελλάδα για να προχωρήσει γρήγορα, μέσα στο Νοέμβριο, η ολοκλήρωση της δεύτερης αξιολόγησης. Πρέπει και εσείς οι δανειστές να τηρήσετε τη συμφωνία σε ό,τι αφορά την ελάφρυνση του ελληνικού δημόσιου χρέους. Δεν αναφέρομαι μόνο στα βραχυπρόθεσμα μέτρα που μας αναφέρατε αλλά και στα μεσοπρόθεσμα μέτρα, τα οποία έχουν συμφωνηθεί στο Eurogroup της 24ης Μαΐου: όλα πρέπει να εφαρμοστούν. Η πρόθεση του κυρίου Schäuble και της γερμανικής κυβέρνησης να αναβληθούν τα πάντα σχετικά με το χρέος και να θυσιαστούν στον βωμό των δικών τους μικροπολιτικών σκοπιμοτήτων είναι απαράδεκτη και δεν βοηθάει κανέναν, ούτε τον ελληνικό λαό, ούτε και την ίδια την ευρωπαϊκή κοινή προσπάθεια. Έχουν υποχρέωση οι 27 να αποδείξουν, μετά το Brexit, ότι προχωρούν ενωμένοι προς την ανάπτυξη, κόντρα σε μια δογματική λιτότητα που απέτυχε. Μην ξεχνάτε, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, ότι ο ελληνικός λαός, ένα υπερήφανο έθνος, έχει υποφέρει πολύ περισσότερο από όλους τους λαούς και ότι πρέπει να του δείξουμε, με έργα και όχι με λόγια, ότι αυτό που βιώνει, δεν είναι ο μύθος του Σισύφου.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

Μανώλης Κεφαλογιάννης (PPE), *ερώτηση «γαλάζια κάρτα»* – Κυρία πρόεδρε, για να λύσουμε το πρόβλημα της Ελλάδος, πρέπει να είμαστε ειλικρινείς με τον εαυτό μας. Η κρίση της Ελλάδος δημιουργήθηκε τη χαμένη δεκαετία του 1980 από τον λαϊκισμό εκείνης της εποχής. Δυστυχώς, ο λαϊκισμός εκείνος μετακόμισε στο ΣΥΡΙΖΑ το 2014. Αν θέλουμε να επιλύσουμε το πρόβλημα, τότε χρειάζεται ευρωπαϊκός προσανατολισμός, κοινοβουλευτική δημοκρατία και ελεύθερη οικονομία. Αυτό πρέπει να πει και ο κύριος Παπαδημούλης στο συνέδριο του ΣΥΡΙΖΑ τις επόμενες μέρες.

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL), *απάντηση «γαλάζια κάρτα»*. – Ευχαριστώ τον κύριο Κεφαλογιάννη για τη δήλωσή του - αφού δεν ήταν ερώτηση, διότι μου επιτρέπει να προσθέσω ότι, εκτός από τις μεγάλες ευθύνες του κόμματός του, της Νέας Δημοκρατίας για τη χρεοκοπία της χώρας, μεγάλες ευθύνες έχουν και οι κυβερνήσεις του ΠΑΣΟΚ.

President. – Colleagues, can I just say that there were other requests for blue cards which I refused because of time, so we had one per speaker, and I may at some stage have to restrict the cards altogether.

Sven Giegold, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, bevor wir hier über einzelne Aspekte reden, ist eins entscheidend: dass wir dem griechischen Volk, aber auch den griechischen Regierungen auch ein Stück weit Respekt zollen müssen für das, was Sie hier getan haben. Und Herr Kollege Balz, ich schätze Sie sehr, Sie wissen das, aber ich fand, Ihre Rede ging an diesem Punkt völlig vorbei. Es ist eine respektlose Rede, das nicht erst ein mal anzuerkennen, was in Griechenland geleistet wurde, bevor man zu Recht über Umsetzungsdefizite redet.

Tatsächlich gibt es bei den Reformen Dinge, die uns auch nicht gefallen. Zum Beispiel ist es falsch, dass der Privatisierungsfonds seine Entscheidungen intransparent trifft. Das passt nicht zu den europäischen Werten. Und es passt auch nicht zu den europäischen Werten, dass es jetzt zu einer Teilprivatisierung des Wassers kommt. Es ist gut, dass das griechische Parlament für eine Vollprivatisierung gemeinsam mit den griechischen Gerichten ein Stoppschild aufgestellt hat.

Uns macht es auch große Sorgen, Herr Moscovici, wenn in Griechenland in neue Braunkohlekraftwerke investiert wird. Das sind tote Investitionen. Was wir stattdessen in Griechenland brauchen, ist ein Aufbruch für nachhaltige Energien, für Energieeffizienz. Das sind die Jobs der Zukunft! Neue Braunkohlekraftwerke zerstören die Umwelt und schaffen auch keine nachhaltigen Arbeitsplätze.

Auch wir wollen stärkere Reformanstrengungen, gerade wenn es darum geht, dass das Steuersystem in Griechenland immer noch zu klientelistisch ist und viele der Steuerflüchtlinge nicht verfolgt werden. In diesem Bereich gilt es weiter, die Anstrengungen hochzufahren.

Zudem möchte ich noch eins sagen: Im Rahmen der Troika-Anpassungsprogramme gab es viele Opfer von Menschen, die sich solche Opfer eigentlich wirklich nicht leisten können. Wir haben mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass der Europäische Gerichtshof jetzt den Weg für individuelle Schadenersatzklagen gegen die Europäische Kommission eröffnet hat. Unsere Fraktion hat sich entschlossen, Menschen, denen persönlich Schaden zugefügt wurde, auf diesem Weg durch das europäische Recht zu helfen und das europäische Recht zu nutzen, damit ihnen Gerechtigkeit widerfährt.

Laura Agea, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io oggi mi trovo in estrema difficoltà e imbarazzo perché ascolto, per l'ennesima volta in tutti questi anni, gli stessi discorsi che parlano di soluzioni, ripresa, riforme strutturali e crescita. Siamo al paradosso, poiché tutto quello che avete proposto sino ad ora è stato un fallimento. Non lo volete riconoscere e anzi proseguite, perseverate nei vostri errori. Ho visto la Grecia nei mesi scorsi e ho visto con i miei occhi qual è la situazione reale. Possiamo parlare di cifre e di percentuali, ma diviene tutto estremamente superfluo e fastidioso quando la povertà è all'angolo di ogni strada, quando a soffrire la fame è perfino quello che un tempo era il cosiddetto ceto medio.

Voi avete distrutto un popolo e una nazione per salvare due banche e una moneta unica. Ma siete soddisfatti del vostro risultato? Signor Commissario Moscovici, per lei che cosa rappresenta l'Europa? È più importante che le famiglie sopravvivano in maniera dignitosa, che i bambini non soffrano più la fame, oppure che sia preservata la stabilità dell'eurozona? Perché, in nome di questa fantomatica stabilità dell'eurozona, voi avete trasformato la culla dell'Europa in una tomba.

L'Europa è morta in Grecia e ora volete mandare i vostri emissari a raccogliere le ceneri di quanto avete distrutto, giusto così, per completare l'opera. La Grecia vi dovrebbe chiudere la porta in faccia, riprendersi la propria sovranità e il proprio orgoglio, poiché questa Unione europea si è comportata in maniera criminale nei suoi confronti, calpestando i diritti e la dignità di milioni di cittadini greci, ma anche europei.

La Grecia è l'immagine chiara del fallimento della moneta unica e dell'Unione europea nella quale contano gli interessi dei più forti e i deboli finiscono stritolati. Noi vogliamo ribaltare tutto questo e i popoli europei devono avere la consapevolezza che la loro dignità vale più di qualsiasi accordo criminale imposto da Bruxelles.

Gerolf Annemans, *namens de ENF-Fractie*. – Collega's van de parlementaire meerderheid hier, toen u die euroconstructie hebt opgezet, toen u het imperium van uw euroforie hebt opgezet, hebt u een stijve constructie opgezet waarvan bekend was dat ze op een dag zou moeten omvallen. Omdat u nu eenmaal landen met zeer uiteenlopende sociaal-economische culturen in één constructie wil onderbrengen, hebt u verhinderd dat landen in moeilijkheden, dat landen die te maken hebben met een schok, met een crisis, met een verandering, dat die landen door een muntdevaluatie zichzelf opnieuw concurrentiekracht zouden verschaffen. De stijve constructie verhindert dat en wat moet u dan doen? U moet die landen verplichten om hun lonen te laten dalen, om hun prijzen te laten dalen. U duwt die landen in veel gevallen in een weerzinwekkende werkloosheidsspiraal en om dan te verhinderen dat uw constructie omvalt, moeten wij allemaal geloven dat het later goed zal komen.

U probeert van Grieken, van Portugezen, van Spanjaarden, weldra ook van Italianen allemaal Duitsers of Nederlanders te maken, maar dat is niet houdbaar. Dat is een illusie. Er zijn eigenlijk maar drie mogelijkheden: ofwel u gaat verder met meer Europese Unie, met dus nog meer neokolonialisme zoals dat in die landen wordt beschouwd, ofwel we gaan we naar een vreedzame opdeling van die eurozone, een vreedzaam einde van deze vergissing, ofwel we gaan af op een catastrofe. Ik pleit voor een vreedzaam einde, een minstens gedeeltelijk einde van deze eurozone.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία πρόεδρε, κύριε Moscovici, η παράσταση θεάτρου που παίζει η τρόικα στην Ελλάδα οδηγείται στην τελευταία πράξη της, στην τελευταία δόση του προγράμματος, όπως έχουν πλέον μετονομαστεί τα μνημόνια. Τα τελευταία έξι χρόνια βεβαίως, οι Ευρωπαίοι πολίτες χειραγωγούνται και έχουν πειστεί ότι οι Έλληνες δεν δουλεύουν και ότι σπαταλούν τα δανεικά χρήματα της Ένωσης. Παράλληλα, οι ανίκανες δεξιές, αριστερές και κεντρώες συγκυβερνήσεις της χώρας μου, αυτές που ενδιαφέρονται μόνο για τη νομή της εξουσίας, έχουν οδηγήσει στη φτώχεια και την ανέχεια τον ελληνικό λαό. Μισό εκατομμύριο νέοι Έλληνες επιστήμονες έχουν εξαναγκαστεί σε μετανάστευση ενώ, παράλληλα, οι τραγικές επιλογές των ευρωπαϊκών οργάνων έχουν οδηγήσει στον εγκλωβισμό εκατομμυρίων λαθρομεταναστών. Αν λοιπόν δεν αντιδράσουν οι Έλληνες, τότε θα καταστούν μάρτυρες της ολοκληρωτικής καταστροφής της χώρας, αφού ο δανεισμός από την Ένωση και το Διεθνές Νομισματικό Ταμείο πλέον δεν υφίσταται και αφού η έξοδος της χώρας στις αγορές, εάν γίνει, θα γίνει με ληστρικούς όρους. Ταυτόχρονα, πρέπει να απαιτήσουν τη διαγραφή του παράνομου και απεχθούς χρέους. Πρέπει όμως να μην κάνουν το ίδιο λάθος και δείξουν εμπιστοσύνη στα συστημικά, δήθεν δημοκρατικά σχήματα που κατέστρεψαν τη χώρα μου αλλά σε μια εθνικιστική κυβέρνηση που θα ενδιαφέρεται μόνο για την ανάκαμψη, την πρόοδο και την ανάπτυξη Ελλάδος.

Pablo Zalba Bidegain (PPE). – Señora Presidenta, Comisarios, Señorías, ha dicho el señor Moscovici que a todos nos interesa que Grecia salga fortalecida de esta crisis. Yo creo que es un objetivo común de toda esta Cámara que Grecia vuelva a la senda del crecimiento y, lo que es más importante, a la senda de la creación de empleo. Y, sin duda alguna, un factor capital para conseguir este objetivo es la competitividad. Y un factor capital para conseguir la competitividad, sin duda alguna, son las reformas estructurales. Es el camino más eficiente para conseguir el objetivo que todos tenemos en esta Cámara.

Permítanme que use mi país, España, como ejemplo. Ha sido uno de los países más ambiciosos en cuanto a reformas estructurales y hoy crece al 3,2 % y crea medio millón de puestos de trabajo al año.

Algunos tendrán la tentación de buscar soluciones mágicas, como la reestructuración de la deuda. No engañemos a los griegos. La reestructuración de la deuda no conseguirá crear un solo puesto de trabajo a corto plazo.

Sin duda alguna, tenemos que fijarnos en aquellos factores —como decía antes, la competitividad— que impulsan el crecimiento. Y hay otros factores, como puede ser la subida de impuestos, que dudo mucho que puedan ser el camino adecuado para fomentar el crecimiento y la creación de empleo. Tengamos mucho cuidado a la hora de tomar medidas que no vayan en la dirección correcta.

Pervenche Berès (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, la Grèce a accompli des efforts extraordinaires en matière de réformes et de sérieux budgétaire afin de respecter l'ensemble de ses promesses vis-à-vis de l'Union européenne. Le bilan du gouvernement hellénique, plus d'un an après l'accord noué en août 2015, est d'autant plus remarquable que le pays se situe en première ligne dans la crise de l'accueil des réfugiés.

Aucune raison ne peut être avancée pour empêcher le déblocage de la nouvelle tranche de près de 2,8 milliards d'euros prévue par le programme. Mais la dette grecque est insoutenable: elle frôle les 180 % du PIB, en dépit de trois plans successifs de soutien financier. C'est la raison pour laquelle même le FMI a plaidé, le 23 septembre dernier, en faveur d'un allégement de cette dette.

Cet allégement relève de l'urgence; il rendrait réaliste l'objectif d'un excédent budgétaire primaire de 3,5 % du PIB en 2018 et permettrait, surtout, d'assurer le redressement durable de ce pays. Il ne peut pas y avoir deux poids deux mesures au regard du calendrier politique des uns et des autres, et je ne comprends pas que certains puissent dire: «C'est bien, la Grèce doit faire les réformes et nous verrons, après nos propres élections, si nous pouvons discuter de la dette.»

Le Grexit a pu être empêché, mais au prix de tensions qui ont plus affaibli que renforcé l'esprit européen. C'est pourquoi je pense que ces discussions sans fin justifient en creux la nécessité d'une nouvelle gouvernance économique dotée, notamment, d'un budget pour la zone euro. La prise de conscience autour de cet enjeu est d'autant plus cruciale que l'Europe traverse un moment de perturbations du fait du Brexit, qui nous oblige à clarifier nos objectifs et à préserver les intérêts stratégiques dans la négociation qui s'engage.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Tim Aker (EFDD), *blue-card question*. – Winston Churchill called socialism the equal sharing of miseries. At what point are you willing to concede that the misery the eurozone has created across southern Europe is the point at which it should be dissolved and that the best boost for Greece and southern Europe is to revert back to national currencies? Surely that is the way forward if you want to stop countries leaving the European Union. Britain will not be the first. It will not be the last either, come the revolution.

Pervenche Berès (S&D), *réponse «carton bleu»*. – Le Royaume-Uni n'ayant jamais appartenu à la zone euro, je ne sais pas de quoi nous parlons.

Quant à la Grèce, je comprends qu'elle fait partie des pays du Sud, que vous avez évoqués. Or, la Grèce, y compris sous l'autorité de M. Tsipras, a engagé toute sa crédibilité, toute sa force, toute sa capacité de réforme et de mobilisation pour rester dans la zone euro: il doit bien y avoir une raison à cela, et je la soutiens pleinement.

Bernd Lucke (ECR). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Es ist jetzt sechseinhalb Jahre her, dass die Rettungsmaßnahmen für Griechenland begonnen haben, und ich kann mich auf Anhieb nicht an eine einzige Prognose erinnern, die seither Realität geworden wäre. Stets war das, was zur Rettung Griechenlands verkündet worden ist, viel, viel optimistischer als das, was realisiert worden ist. Deshalb vermag ich auch den Worten, die der Kommissar jetzt an uns gerichtet hat, nicht viel Vertrauen und viel Glauben zu schenken.

Ich möchte beispielhaft daran erinnern, was der IWF immer prognostiziert hat für die Entwicklung der griechischen Schulden. Und nun, in seiner letzten Schuldentragfähigkeitsanalyse, dreht er das fast vollständig ins Gegenteil um und sagt: Der Schuldendienst Griechenlands wird keineswegs, wie bisher vorhergesagt, im Jahr 2016 bei 15 % liegen, nein, er wird bei 60 % des Bruttoinlandsprodukts liegen. Mehr als die Hälfte des gesamten Bruttoinlandsprodukts wird durch den Schuldendienst in Anspruch genommen werden! Und die Schulden selbst haben sich im Jahr 2016 gegenüber der bisherigen Prognose des Internationalen Währungsfonds verdreifacht.

Meine Damen und Herren, wir müssen einfach einmal feststellen, dass hier nicht die Wahrheit gesprochen wird, dass die Prognosen falsch sind und dass es höchste Zeit ist, Konsequenzen zu ziehen und Griechenland aus dem Euro zu entlassen – gegen einen Schuldenschnitt!

Cora van Nieuwenhuizen (ALDE). – Ik heb de eurocommissaris aangehoord en ik zou het zo graag willen geloven. Ik zou zo graag willen geloven dat alle hervormingen nu gerealiseerd worden, dat er eindelijk voor 2017 eens realistisch zal worden begroot. Ik zou zo graag willen geloven dat de privatiseringen nu wel gerealiseerd worden. Maar ik heb er grote moeite mee, want de *track record* is zo slecht. Slechts 15 % van de wetten die zijn aangenomen, zijn daadwerkelijk uitgevoerd. We zien dat Griekenland op de *Global Competitive Index* van het *World Economic Forum* is gezakt van de 81e naar de 86e plek. We zien dat er maar een heel klein deel van de privatiseringen is gerealiseerd. En wanneer we dan zien dat minister van Infrastructuur Spirtzis gewoon zegt dat hij hoopt dat de privatiseringsdeals zullen mislukken, dat hij in het Griekse parlement zegt: "ach die bedrijven zijn zo zwaar met schulden belast, die wil toch niemand kopen", dan ben ik ontzettend bezorgd. Dan kan ik niet anders dan toch maar weer een keer benadrukken dat de commissaris er bovenop moet zitten, dat we niet mogen verslappen en de druk maximaal moeten blijven opvoeren om in het belang van Griekenland tot betere resultaten te komen.

(De spreker gaat in op een "blauwe kaart"-vraag (artikel 162, lid 8, van het Reglement))

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Είδα ότι είσαστε υπέρμαχος των ιδιωτικοποιήσεων. Όσες όμως ιδιωτικοποιήσεις έχουν γίνει στην Ελλάδα έχουν γίνει κατ` εντολή της τρόικας. Μήπως εσείς θεωρείτε ιδιωτικοποίηση το γεγονός ότι δεκατέσσερα περιφερειακά αεροδρόμια της Ελλάδας έχουν περάσει στα χέρια της Γερμανίας από μία κρατική εταιρεία …

(Η Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή διότι αυτός πήρε τον λόγο κατά λάθος)

President. – There is a blue-card request from Mr Kouloglou. Will you accept it?

Στέλιος Κούλογλου (GUE/NGL), *ερώτηση «γαλάζια κάρτα».* – Επιμένετε να ομιλείτε συνέχεια για την εφαρμογή των συμφωνηθέντων. Μεταξύ των συμφωνηθέντων τον Μάιο ήταν και η ελάφρυνση του ελληνικού χρέους. Οι περισσότεροι όμως που μίλησαν εδώ είναι σαν να έχουν πάθει αμνησία. Δεν θυμούνται τίποτε για αυτές τις αποφάσεις και τις συμφωνίες. Γιατί δύο μέτρα και δύο σταθμά κυρίες και κύριοι; Γιατί δεν λέτε ότι πρέπει να εφαρμοστούν οι συμφωνίες όχι μόνο από την ελληνική κυβέρνηση αλλά και από την τρόικα, προκειμένου να προχωρήσουμε στην ελάφρυνση του χρέους;

Cora van Nieuwenhuizen (ALDE), *"blauwe kaart"-antwoord.* – Voorzitter, mijn opvatting is dat afspraken altijd moeten worden nagekomen, maar er zat in deze afspraken ook een volgtijdelijkheid. Eerst moeten bepaalde zaken gerealiseerd worden en dan komt het vervolg in zicht. Dus zolang afspraken aan het begin nog niet zijn nagekomen, komt het vervolg natuurlijk ook niet.

Fabio De Masi (GUE/NGL). – Frau Präsidentin! Je länger die Troika in Griechenland regiert, desto länger dauert die Depression – die längste Depression der Nachkriegszeit.

Seien wir doch ehrlich zu einander: Gerettet wurde nicht die griechische Krankenschwester, sondern deutsche und französische Banken. Über 90 % der Rettungsgelder flossen in den Schuldendienst.

Löhne sind gesunken, Renten sind gesunken; Mehrwertsteuern wurden erhöht; die Kinderarmut ist explodiert; Krankenhäuser sind zusammengebrochen, und Staatsvermögen wird zu Ramschpreisen verhökert. Die deutsche Fraport ließ sich sogar den Verkauf der griechischen Regionalflughäfen durch die Troika zusichern. Sie nennen das Wettbewerb, ich nenne das ganz gewöhnliche räuberische Erpressung.

Die Schulden wachsen weiter – trotz völlig verrückter Ziele für den Haushaltsüberschuss und ultraniedriger Zinsen. Denn man kann nun mal keine Schulden bedienen, wenn man kein Einkommen erwirtschaftet! Die Exporte stagnieren trotz Lohnsenkungen, weil Griechenland deindustrialisiert ist und die Produktivität zu gering ist. Der IWF sagt, dass Griechenland nicht immer neue Kredite aufnehmen kann, um alte Schulden abzulösen. Aber der deutsche Finanzminister will die deutsche Öffentlichkeit täuschen. Daher darf es keine Debatten über Schulden vor der Bundestagswahl geben.

Die Troika untersagt Griechenland sogar die Gründung einer Entwicklungsbank nach deutschem Vorbild. Griechenland braucht vor allem öffentliche Investitionen. Wolfgang Münchau schrieb gestern in der Financial Times, es gebe nur zwei Optionen: ein europäisches Investitionsprogramm oder ein Ende des Euros. Sie entscheiden, wohin die Reise geht.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señora Presidenta, Grecia está tratando de salir adelante a pesar de la losa que supone este memorándum ignominioso firmado el año pasado. Yo quiero celebrar todos los esfuerzos que está haciendo el Gobierno griego para minimizar su impacto en muchos de sus ámbitos.

Yo, de verdad, hay cosas que en estos momentos se le está exigiendo a Grecia que haga que no van ni en la línea de mejora del crecimiento, ni del empleo, ni de luchar contra la pobreza, a pesar de la retórica. Alguien me tiene que explicar, por ejemplo, en qué ayuda al desarrollo del país que ustedes, o la troika, le pidan la privatización de las empresas que gestionan el agua pública a Grecia, cuando hay un movimiento en toda Europa que lo que está pidiendo precisamente es que el agua sea un bien público; incluso hubo un referéndum en Salónica hace unos años pidiendo que el agua sea un bien público.

O en qué ayuda el que una de las tres acciones que queda por aprobar antes del siguiente pago sea el aumento de los impuestos a las energías renovables, que es una de las cosas que se le está pidiendo al Parlamento griego que apruebe; un país que podría tener enormes ganancias en productividad en un sector clave como son las energías renovables y ustedes quieren ponerle una losa, que es aumentar los impuestos.

Francamente, que venga alguien y lo entienda. Igual que la privatización de todo el fondo de privatizaciones en general, que está produciendo una venta de activos de forma masiva, sin un calendario claro y muchas veces malvendiéndolo en lo que, como decía el señor De Masi, es un auténtico pillaje.

Y, finalmente, se le prometió a Grecia que iríamos a un programa de reestructuración de la deuda. Yo sé que la Comisión está en esa línea y a mí me gustaría pedirle al Consejo que de una vez desbloquee esto. No puede ser que este tema esté secuestrado por las elecciones algún otro Estado miembro.

Steven Woolfe (EFDD). – Madam President, after a decade of economic cruelty and an austerity-driven recession driven by the European Central Bank, the EU Commission, the IMF and, of course, the hands of the government in Greece, Syriza; after a decade which has seen youth unemployment rates consistently at 50%, a decade where 45% of Greek pensioners live below the poverty line of EUR 655 a month, a decade of the highest levels of suicide known in the Western world, a decade in which we have seen all the assets of Greece handed over, we who had said to Greece that we have seen this tragedy, have recognised that this was a battle to the death between those who wanted to save the euro, and the dignity and the lives of the Greek people. They wanted to save the EU Commissioners' salaries, rather than the lives of the European people. That is why we said the euro was not more important than ordinary citizens' lives. Greece should have left the euro. You know it over there, and you failed in your job to protect them.

Auke Zijlstra (ENF). – Daar staan we weer: Griekenland, ja, Griekenland. Honderden miljarden gekregen, geen afspraak uitgevoerd. Ze waren failliet, ze zijn failliet, ze blijven failliet, maar dat gaat de Commissie natuurlijk nooit zeggen. Voorzitter, de Grieken zitten met een geruïneerde economie en iedere econoom weet dat de euro de oorzaak daarvan is, maar ook dat gaat de Commissie natuurlijk nooit zeggen. Als politici de werkelijkheid onder ogen zouden zien, dan zou dit nooit zo gebeurd zijn, maar dan zouden ze ook geen politici zijn en de Grieken weten dat beter dan wie dan ook. Demosthenes zei 2400 jaar geleden al "wat de mens nastreeft, wil hij ook geloven". En ook voor de Commissie is zelfbedrog het gemakkelijkst en daarom, Voorzitter, zeg ik wat de Commissie blijkbaar niet zeggen kan: de euro is mislukt en daarom moet de eurozone worden ontmanteld en Nederland moet uit de Europese Unie.

(De spreker gaat in op een "blauwe kaart"-vraag (artikel 162, lid 8, van het Reglement))

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *ερώτηση «γαλάζια κάρτα»*. – Ευχαριστώ κύριε συνάδελφε. Συμφωνώ με όλα όσα είπατε αλλά θέλω να σας κάνω μια ερώτηση. Είπατε ότι η Ελλάδα ήταν πάντοτε φτωχή και ότι φτωχή θα παραμείνει. Γνωρίζετε άραγε ότι η Ελλάδα, πριν της επιβάλλουν αυτά τα μέτρα του μνημονίου, δεν ήταν φτωχή; Γνωρίζετε ότι οι Έλληνες είχαν μέσο όρο ζωής πολύ μεγαλύτερο από το μέσο όρο που έχουν κάποια άλλα κράτη της Ευρωπαϊκής Ένωσης, από τα θεωρούμενα με ισχυρή οικονομία; Γνωρίζετε άραγε ότι αυτό έγινε για να αφαιρεθεί από την Ελλάδα όλος ο θαλάσσιος αλλά και ο επίγειος πλούτος της…

(Η Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Auke Zijlstra (ENF), *"blauwe kaart"-antwoord*. – Voorzitter, ik zou toch graag even een antwoord geven. Voorzitter, mijn geachte collega laat weten dat de Grieken veel rijker waren voordat de crisis begon. Echter, de statistieken laten ook zien dat in de periode van tien jaar waarin het Duitse reële inkomen 0,7 % steeg, dat van de Grieken 70 % steeg in een decennium. Die 70 % was niet reëel, die was gebaseerd op geleend geld dat vervolgens verstopt is in de begroting. En daarom is het niet een reële voorstelling van zaken dat Griekenland toen zo rijk was. Helaas.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, εδώ ο ελληνικός λαός θα καταλάβαινε γιατί η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν μπορεί να βελτιωθεί και μόνο χειροτερεύει. Προχθές, τα χημικά που χτύπησαν ογδοντάρηδες συνταξιούχους, που διαμαρτύρονταν γιατί κόπηκε η σύνταξή τους κατά 50% και πάνω, τα κρατούσαν από κοινού και η κυβέρνηση του Τσίπρα και η Ευρωπαϊκή Ένωση. Γιατί, είτε η ανάπτυξη με Νέα Δημοκρατία και ΠΑΣΟΚ, είτε τώρα με τους νεόκοπους νεοδημοκράτες του ΣΥΡΙΖΑ, αυτή η ανάπτυξη χτίζεται μόνο πάνω στη φτώχεια, στους πολέμους και στην προσφυγιά. Να γιατί ο ΣΥΡΙΖΑ είναι το καλύτερο παιδί και παίρνει συγχαρητήρια και από το κεφάλαιο και από την Ευρωπαϊκή Ένωση…

(Η Πρόεδρος διακόπτει προσωρινά τον ομιλητή διότι υπάρχει πρόβλημα με την διερμηνεία προς τα γαλλικά. Ο ομιλητής ξεκινά από την αρχή)

Αν σας έβλεπε εδώ ο ελληνικός λαός, θα καταλάβαινε γιατί η Ευρωπαϊκή Ένωση μπορεί μόνο να χειροτερεύει και με τίποτε δεν μπορεί να βελτιωθεί. Προχθές, τα χημικά που χτύπησαν τους ογδοντάρηδες συνταξιούχους στην Αθήνα που διαμαρτύρονταν γιατί κόπηκε η σύνταξή τους πάνω από 50%, αυτά τα κρατούσε και η κυβέρνηση Τσίπρα/ΣΥΡΙΖΑ και η Ευρωπαϊκή Ένωση. Η καπιταλιστική ανάπτυξη, είτε με τους προηγούμενους, Νέα Δημοκρατία και ΠΑΣΟΚ, είτε με τους νεόκοπους νεοδημοκράτες του ΣΥΡΙΖΑ, στηρίζεται μόνο πάνω σε φτώχεια, σε πολέμους και σε προσφυγιά. Να γιατί ο Τσίπρας και οι του ΣΥΡΙΖΑ παίρνουνε συγχαρητήρια από το κεφάλαιο και από την Ευρωπαϊκή Ένωση: για τη βρώμικη δουλειά τους. Είτε ονομάστηκε ελάφρυνση του χρέους, είτε ευελιξία ευρω-ενωσιακών κανόνων, τίποτε από όσα δοκιμάστηκαν δεν έφεραν ανακούφιση του λαού. Το μόνο που είχαμε ήταν νέα αντεργατικά μέτρα και επιδοτήσεις, με μόνη προϋπόθεση την κερδοφορία του κεφαλαίου, και ελάχιστες κακοπληρωμένες θέσεις εργασίας. Η κοινωνική ασφάλιση κατεδαφίστηκε! Η δημόσια περιουσία παραδόθηκε όλη! Η δεύτερη αξιολόγηση θάβει τις συλλογικές συμβάσεις, απελευθερώνει τις μαζικές απολύσεις και συρρικνώνει το απεργιακό δικαίωμα! Τώρα χρειάζεται αγώνας ενάντια στα νέα μέτρα, τώρα χρειάζεται να ανακληθούν τα παλιά - αγώνας ενάντια στις κυβερνήσεις, ενάντια στην Ευρωπαϊκή Ένωση, το κεφάλαιο και την εκμετάλλευση!

Γεώργιος Κύρτσος (PPE). – κυρία Πρόεδρε, πολλοί συμπολίτες μου έχουν ξεσηκωθεί κατά της κυβέρνησης Τσίπρα εξαιτίας της υποκρισίας και της ανικανότητας της. Χθες, χιλιάδες συνταξιούχοι διαδήλωσαν στο κέντρο της Αθήνας καταγγέλλοντας τον εμπαιγμό τους από την κυβέρνηση. Ο κύριος Τσίπρας υποσχέθηκε δέκατη τρίτη σύνταξη στους χαμηλοσυνταξιούχους, για να έρθει στην εξουσία, να κερδίσει την ψήφο τους, και αντί για αυτό κατάργησε ένα κοινωνικό επίδομα που συμπλήρωνε το εισόδημά τους. Η αστυνομία διέλυσε χθες με βίαιο τρόπο τους συνταξιούχους χρησιμοποιώντας και χημικά αέρια.

Όλες οι δημοσκοπήσεις είναι καταδικαστικές για την κυβέρνηση Τσίπρα 80 έως 85 τοις εκατό των πολιτών θεωρούν ότι κινείται σε λάθος κατεύθυνση. Οι μισοί από όσους ψήφισαν ΣΥΡΙΖΑ τον Σεπτέμβριο του 2015 του έχουν ήδη γυρίσει την πλάτη. Με την Αριστερά στην εξουσία η λιτότητα έγινε πιο σκληρή και λιγότερο αποδοτική.

Ο υπουργός Οικονομικών, κύριος Τσακαλώτος, υπογράφει τα πάντα στις Βρυξέλλες εμφανιζόμενος σαν μεταρρυθμιστής και αρνείται σχεδόν τα πάντα στην Αθήνα. Για παράδειγμα, στην ελληνική Βουλή δεσμεύτηκε ότι δεν θα κάνει τις ιδιωτικοποιήσεις που έχει συμφωνήσει και εμφανίζεται σαν ο αρχηγός της αριστερής πτέρυγας του ΣΥΡΙΖΑ.

Οι πολιτικές μεταμφιέσεις ανεβάζουν το κοινωνικό κόστος της πολιτικής που εφαρμόζεται. Ορισμένοι σοσιαλιστές φίλοι μας πείθονται υπερβολικά εύκολα από όσα τους λένε οι εκπρόσωποι του ΣΥΡΙΖΑ. Αναρωτιέμαι γιατί. Θα ήθελα πάντως να επικρατήσει και στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο η γραμμή που οδήγησε στην αλλαγή ηγεσίας στο ισπανικό Σοσιαλιστικό Εργατικό Κόμμα, θα βοηθούσε την έξοδο της Ελλάδας από την κρίση.

Udo Bullmann (S&D). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Die Eurogruppe hat im Mai einen richtigen Schritt gemacht, indem sie beschlossen hat, sich an einer pragmatischen Kategorie zu orientieren, nämlich am Bruttofinanzbedarf und damit auch an einem maximalen Schuldendienst. Die griechische Wirtschaft muss die Chance erhalten, wachsen zu können, und man darf sie nicht ersticken, ebenso wenig wie das Volk in Griechenland.

Ich glaube aber, Herr Kommissar, es muss einen zweiten Schritt geben. Für vernünftige Reformen muss es auf der anderen Seite auch Schuldenerleichterungen geben können. Das darf man nicht mehr aufschieben. Es ist Zeit, dass das in der Eurogruppe aufgenommen wird. Ich hätte das, Frau Präsidentin, dem Rat gern gesagt, wenn er denn vertreten gewesen wäre. Vielleicht können wir das mal klären, dass die Vertreter der Mitgliedstaaten bei solchen wichtigen Diskussionen im Europäischen Parlament zugegen sind. Ich würde das in dieser Diskussion für einen Fortschritt halten.

An die Kollegen der EVP gewandt muss ich sagen: Ich will Ihnen gern erneut eine Bitte vortragen, die ich auch Herrn Weber schon in unserer letzten Diskussion vorgestellt habe, diesmal dem geschätzten Kollegen Balz: Die nächste Diskussion über Griechenland bereitet ihr doch bitte mal so vor, dass ihr auf einem weißen Blatt links hinschreibt, was die Vorgängerregierung an Reformen geschafft hat, und auf der rechten Seite, was die Regierung Tsipras bisher veranstaltet hat, und dann diskutieren wir das mal empirisch. Ihr müsst mal herunter vom Schäuble-Mantra! Nur weil ihr die nicht leiden könnt, heißt es nicht, dass die Regierung nicht an der Arbeit ist. Darüber müssen wir dann auch mal reden.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR). – Arvoisa puhemies, Kreikan kasvu on ollut viime vuosina eli ohjelmien aikana jatkuvasti selvästi hitaampaa kuin mitä troikka on ennustanut. Haluaisinkin nyt kysyä, miksi näin on käynyt. Missä on vika?

Monet eturivin ekonomistit ovat sitä mieltä, että Kreikan velkoja joudutaan lopulta leikkaamaan eli antamaan anteeksi. Mikä on komission edustajan näkemys Kreikan velkaleikkauksista?

On jo vuosia puhuttu siitä, kuinka Kreikka ei tule koskaan sopeutumaan euroon ja sen pelisääntöihin. Miksi Kreikka ei irtaudu eurosta ja ota käyttöön omaa valuuttaa? Onko euroalueen pitäminen väkisin koossa tärkeämpi asia kuin antaa Kreikalle mahdollisuus tehdä käänne parempaan ottamalla käyttöön oma valuutta?

Kuten Notis Marias on lukuisia kertoja ottanut täällä parlamentissa puheissaan esille, Kreikan kansa on kärsinyt kohtuuttomasti. On aika saada tuloksia lopultakin tehtyä täällä parlamentissa!

Nils Torvalds (ALDE). – Fru talman! Jag tror att Greklands folk har en moralisk rätt till mera förståelse och en rättvis behandling. Men en moralisk rättighet låter sig inte lätt översättas till en juridisk rättighet eller en ekonomisk rättighet. När man talar om moral finns det dessutom en annan regel: ”Att sopa rent framför sin egen dörr.” Den dagen Grekland behandlar sina nationella minoriteter med de krav på rättvisa som de själv ställer i förhållande till euroområdet, den dagen de har mod nog att behandla sina interna minoriteter med större rättvisa, den dagen ska jag också tala med betydligt starkare röst för Greklands och Greklands befolknings problem. Men så länge man inte har mod att se verkligheten rakt i ögonen, och dessutom vågar tala om att det inte finns minoriteter, får man inte så mycket förståelse i det här forumet.

Νικόλαος Χουντής (GUE/NGL). – κύριε Μοσχοβισί, λέτε ψέματα. Ήρθατε εδώ να εξωραΐσετε το τρίτο μνημόνιο και την κατάσταση της ελληνικής οικονομίας. Για εσάς, σήμερα, η ελληνική κυβέρνηση είναι ο καλύτερος μαθητής της Ευρώπης της λιτότητας και των ιδιωτικοποιήσεων. Είστε συνένοχοι. Έχετε οδηγήσει το 40% των Ελλήνων πολιτών να ζει κάτω από το όριο της φτώχειας. Στο όνομα της εξυπηρέτησης του χρέους και της ανάπτυξης μειώνονται συνεχώς οι μισθοί και οι συντάξεις και αυξάνονται οι φόροι. Διαλύονται οι εργασιακές σχέσεις και η ανεργία έχει αυξηθεί σε επίπεδα ρεκόρ. Οι κοινωνικές αντιδράσεις αντιμετωπίζονται με καταστολή και χημικά, όπως έγινε χθες τους συνταξιούχους, αλλά θα μου πείτε ότι αυτά γίνονται και στο Παρίσι.

Κύριε Μοσχοβισί, είσαστε υποκριτές και κερδοσκόποι, γιατί μαζί με την ελληνική κυβέρνηση πουλάτε το δημόσιο πλούτο της χώρας. Οι Γερμανοί πήραν τα αεροδρόμια, οι Ιταλοί πήραν τους σιδηρόδρομους. Για σύγκριση, η μεταγραφή του Γάλλου Πογκμπά στοίχισε το διπλάσιο από αυτή την εξαγορά. Οι Κινέζοι πήραν τα λιμάνια και οι φίλοι σας, οι Γάλλοι επιχειρηματίες, ετοιμάζονται να αγοράσουν το νερό.

Δώσατε το πράσινο φως στα αρπακτικά των αγορών να πάρουν τα κόκκινα δάνεια και να ξεσπιτώσουν τους Έλληνες πολίτες. Για σας λοιπόν, κύριε Μοσκοβισί, για το ευρωπαϊκό τραπεζικό σύστημα, για την ελληνική ολιγαρχία και τη νεομνημονιακή κυβέρνηση αυτό το πρόγραμμα είναι επιτυχημένο και πρέπει να ολοκληρωθεί. Για τον ελληνικό λαό που πνίγεται στους φόρους και στη φτώχεια, για την ελληνική νεολαία που μεταναστεύει είναι αποτυχημένο και πρέπει να ανατραπεί.

Ντροπή σας, κύριε Μοσκοβισί, γιατί ήρθατε τελικά σήμερα να μας πείτε ότι έχετε μετατρέψει την Ελλάδα σε αποικία της τρόικα και των χρηματαγορών.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

Marco Valli (EFDD), *domanda «cartellino blu»*. – Sono d'accordo con molte delle cose che ha appena detto il collega, ma vorrei capire. Secondo lei, quindi, il problema rimane ancora solo l'austerità, come pensava Tsipras, o bisognerebbe chiamarlo con un vero nome che è Unione economica e monetaria e quindi euro? Lei ritiene che difendere religiosamente questo strumento politico sia a vantaggio dei greci in questo momento o che bisogna iniziare a parlare di un'uscita da questo strumento per riportare crescita e sviluppo in un paese che altrimenti non troverà la soluzione?

Νικόλαος Χουντής (GUE/NGL), *απάντηση «γαλάζια κάρτα»*. – ευχαριστώ τον συνάδελφο για την ερώτηση, αλλά θα τον παρακαλούσα να μην μου υπαγορεύσει το τι ακριβώς θα προτείνω ή τι έχω προτείνει η τι προτείνει το κόμμα μου σχετικά με την αντιμετώπιση αυτής της κατάστασης. Προφανώς, μέσα στα πλαίσια της ΟΝΕ ούτε ξεπέρασμα της κρίσης μπορεί να γίνει, ούτε ανάπτυξη με τα σημερινά δεδομένα.

Παραταύτα, αγωνιζόμαστε μαζί με τον ελληνικό λαό προκειμένου να αποτινάξει τα μνημόνια και να διεκδικήσει μια διαφορετική πορεία στον τόπο απέναντι στις πολιτικές της τρόικα και τις πολιτικές της σημερινής ελληνικής κυβέρνησης.

Beatrix von Storch (EFDD). – Frau Präsidentin! Nichts Neues eigentlich: Wir reden wieder über Griechenland und die immer gleichen Themen: Wirtschaftswachstum, Auszahlungsbedingungen, Privatisierungserlöse. Wissen Sie, was ich mir wünschte? Ich wünschte mir, wir hätten den Griechen erlaubt, den Euro zu verlassen. Ich wünschte mir, wir hätten den Griechen die Schulden erlassen, denn sie werden sie nie bezahlen und sie wissen das auch alle. Und ich wünschte mir, dass wir die Zeit zurückdrehen könnten und alles neu machen. Dann müssten wir auch nicht über griechische Primärüberschüsse Bescheid wissen – über *prior actions* oder das griechische Rentensystem.

Wir müssten uns nur um unsere eigenen Angelegenheiten kümmern, und die Griechen müssten nicht auf die Straße gehen und gegen die Einmischung von außen demonstrieren. Kurz ich wünschte, den Griechen wären die Demütigungen durch die Troika erspart geblieben. Griechenland stünde nicht unter Kuratel, sondern wäre immer noch eine souveräne Demokratie, und Europa wäre jetzt nicht in Unfrieden gespalten, sondern in Frieden vereint – das wäre mein Wunsch.

Mara Bizzotto (ENF). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, potete parlare quanto volete della ricetta economica per uscire dalla crisi ma, finché sarà Bruxelles a decidere cosa gli Stati possono o non possono fare, non cambierà nulla. In Grecia la disoccupazione dilaga e le famiglie sono alla fame, proprio come in Italia dove ci sono 4 milioni di poveri. Cittadini talmente poveri che possono permettersi un solo pasto al giorno, o pranzo o cena. La Grecia e l'Italia soffrono della stessa malattia, malattia che sta distruggendo la nostra economia e la vita dei nostri cittadini. Tutto questo disastro è stato provocato da questa Europa sbagliata, da trattati sbagliati, da una moneta sbagliata. O curiamo questo disastro, questo cancro, altrimenti prepariamoci alla fine del sogno europeo e prepariamoci al funerale dell'Unione europea.

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Asszony, Görögország az első két mentőcsomagban 216 milliárd eurót kapott. Hogy lehet, hogy még mindig válságba van? Nos, ennek a nagy összegnek alig 5%-a – 9,7 milliárd – jutott csak a görög költségvetésbe. Az összes többit a hitelezők, döntően francia, német bankok vitték el. Nem kifizették Görögország helyett, csak a magánhitelt váltották át állami hitelre. Mit kínál a trojka a görög népnek? Az állami vagyon eladását és megszorítások után újabb megszorításokat. A helyzet a következőhöz hasonló: a vízben fuldokló embernek mentőkötelet dobunk, de ezt a kötelet a nyaka köré tekerjük. És amikor látszólag jó szándékkal mentjük, kihúzzuk, akkor a szorítással megfojtjuk. Ezt csinálja a trojka a görög néppel!

Othmar Karas (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Grundsätzlich ist einmal festzuhalten, dass man sich in einer Gemeinschaft aufeinander verlassen können und zu solidarischer Hilfe unter Bedingungen bereit sein muss. Das gilt für die solidarische Aufnahme von Flüchtlingen genauso wie bei den vereinbarten Reformen für Geld.

Die Richtung in Griechenland stimmt. Aber die griechische Regierung darf bei der Umsetzung des Fahrplans nicht jedesmal auf die Verlängerung setzen. Griechenland hat viel erreicht und laut OECD-Bericht sein Steuersystem von allen entwickelten Staaten im letzten Jahr am stärksten reformiert. Aber trotzdem wird nur die Hälfte der fälligen Steuern eingetrieben. Das Wirtschaftswachstum in Griechenland im ersten Halbjahr hat alle überrascht, auch trotz der Flüchtlingskrise und trotz eines leider verlangsamten Umsetzens des dritten Programms. Wir haben derzeit nur 28,9 Milliarden von 86 Milliarden Euro, die zugesichert sind, überwiesen, weil das Tempo und der Umfang der Reformen nicht ausreichend vorangetrieben wurden.

Daher haben wir beides: eine positive Bilanz und eine Mängelliste. Ja, wir können auch über weitere Umschuldungen reden, aber nicht statt Reformen, sondern neben den Reformen.

Maria João Rodrigues (S&D). – Madam President, it is really painful to see how, after six years of crisis, the European Union and Greece were not able to deliver a solution for sound recovery. In spite of that, it was possible to identify a clear package deal to do so – a package deal where Greece should make a reform effort and should get more means to invest and create jobs and where Greece would deliver on fiscal consolidation and should have debt re-profiling. So the deal was clear. I think that so far Greece is now delivering on reforms and this is the time to make some effort to re-profile the public debt. The recent IMF report on Greece is again very clear on this. We cannot just ask for the huge effort of providing a fiscal surplus while, at the same time, we do not push forward this debt re-profiling.

So my question for the Commission is as follows: the Commission is there, and should be there, to recall, in the Council, the full logic of the package with the elements – and we know very well what these elements are – and now is the right time for the debt re-profiling to be made.

Finally, we need to provide the right environment, and this is about completing the economic and monetary union. So my question is: how is the preparation of the promised White Paper on EMU going?

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Grecja przez ponad 6 i pół roku otrzymała prawie 240 mld EUR pomocy, ale jednocześnie doświadczyła blisko 30 % spadku PKB, tak jakby przez ten kraj przetoczyła się wojna. Jednocześnie średnia stopa bezrobocia w Grecji sięgnęła 25 %, a wśród młodych aż 50 %, co oznacza utratę jednego pokolenia przez ten kraj.

Nastąpiła także destrukcja systemu finansów publicznych, czego wyrazem jest wynosząca obecnie blisko 180 % relacja długu publicznego do PKB, a warto zaznaczyć, że w momencie wybuchu kryzysu relacja ta wynosiła zaledwie 110 %. Teraz wprawdzie większość wskaźników makroekonomicznych nieznacznie się poprawiła, ale koszty gospodarcze i społeczne ponad sześcioletniej realizacji programów naprawczych zaordynowane w Grecji są wręcz porażające.

(Mówczyni zgodziła się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Richard Howitt (S&D), *blue-card question.* – Mr Kuźmiuk, you speak on behalf of your conservative group and argue in your group that social protection for workers is a bad thing and should be stripped away, and that that is going to help. But when we look at Greece, and even at what the IMF says, the sort of reductions of social protection that your group advocates leads to more firing and less hiring. Do you accept that today in Greece – which you profess to be concerned about – the maintenance of social protection for the rights of employees is important?

Zbigniew Kuźmiuk (ECR), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki.* – Niczego takiego, co nam pan zarzuca, nie akceptujemy. W oczywisty sposób terapia zastosowana wobec Grecji jest błędna. To są wielkie miliardy pomocy kierowanej do tego kraju, ale jednocześnie tak naprawdę do budżetu tego kraju trafiają niewielkie pieniądze. To jest niestety pomoc niesiona bankom i wielkim koncernom, a na pewno nie Grecji. To jest niestety terapia, która nie prowadzi do właściwego celu.

Enrique Calvet Chambon (ALDE). – Señora Presidenta; buenas tardes y bienvenido, señor Moscovici, de nuevo. Lo que voy a decir va a complementar la excelente intervención del ministro Arthuis, con la que estoy totalmente de acuerdo, solo que quiero ir un poquito más allá. Basta ya, por lo menos, de tres cosas.

¡Basta ya de buscar responsables y ser un permanente intercambio de acusaciones y de remontarse a la Ilíada y la Odisea para justificar lo injustificable!

¡Basta ya de no saber la verdad o de reservársela para un grupo opaco de ministros de finanzas!

¡Basta ya de que los armadores griegos, que están en Londres, no paguen impuestos si representan más que el PIB de Grecia!

¿Qué quiero decir con esto? Que ya basta de mentiras e ineficacias, y que el Parlamento debe tomar las riendas como representante democrático para asegurar una mínima gobernanza a corto plazo. Para hacer tres cosas: exponer la cruda realidad y explicar a los europeos la situación real, porque, si los aeropuertos siguen estando en Europa, me da igual quien los posea.

Segundo, dañar lo menos posible el euro y preservarlo con la contemplación de una reestructuración. Escuchemos al FMI si tiene algo que proponer.

Y tercero —y termino—, que, democráticamente, eso se haga primero de verdad, eficazmente y con un alivio solidario, intenso hacia los ciudadanos griegos durante la larga transición de cambio de estructuras bajo gobernanza compartida.

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL). – κυρία Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, ο τίτλος της σημερινής συζήτησης είναι ύβρις για τον ελληνικό λαό. Αυτά που εσείς επιβάλλετε σαν διαρθρωτικές μεταρρυθμίσεις και η ελληνική κυβέρνηση εφαρμόζει κατά γράμμα βάσει του τρίτου μνημονίου που υπέγραψε, γνωρίζετε πολύ καλά ότι είναι ένα άνευ προηγουμένου και μοναδικό στον κόσμο, κύριε Επίτροπε, πλιάτσικο στον δημόσιο πλούτο της χώρας.

Επιβάλλετε να ξεπουληθούν τα πάντα. Προχτές απαιτήσατε να ιδιωτικοποιηθεί ακόμα και το νερό. Κύριε Επίτροπε, σε εφτά χρόνια εφαρμογής ενός σκληρού προγράμματος λιτότητας - προγράμματα σωτηρίας τα ονομάσατε εσείς - έχετε καταφέρει όσα έχει καταφέρει ένας πόλεμος. Φτάσατε την ανεργία σε επίπεδα ρεκόρ, τη μεγαλύτερη της Ευρώπης. Πετύχατε ένας στους τρεις Έλληνες να ζει κάτω από το όριο της φτώχειας. Μετατρέψατε τριακόσιες χιλιάδες νέους επιστήμονες σε οικονομικούς μετανάστες. Καταντήσατε τους συνταξιούχους επαίτες.

Σήμερα, κύριε Επίτροπε, για ποια μακροοικονομική κατάσταση θέλετε να συζητήσουμε; Τα αποτελέσματα των μνημονίων απογυμνώνουν την ελληνική οικονομία από κάθε εργαλείο ανάπτυξης. Αλήθεια, κύριε Επίτροπε, εσείς πώς ακριβώς εννοείτε την ανάπτυξη και έρχεστε σήμερα και υποστηρίζετε ότι αν εφαρμοστεί πλήρως το πρόγραμμα η ελληνική οικονομία θα ανακάμψει. Δηλαδή, αν συνεχιστεί η καταστροφή αυτό θα σημάνει πρόοδο, και προβάλλεται σαν αντάλλαγμα στη συζήτηση για το χρέος, ενώ γνωρίζετε πολύ καλά ότι αν και όποτε ξεκινήσει θα είναι προσχηματική και άνευ ουσίας, διότι θα αφορά μια νεκρή οικονομία.

Κύριε Επίτροπε, γιατί συνεχίζετε να υποστηρίζετε πολιτικές καταστροφικές για την Ευρώπη και προγράμματα που όλοι οι σοβαροί οικονομολόγοι χαρακτηρίζουν αποτυχημένα; Την απάντηση ίσως την δίνουν τα πρόσφατα γεγονότα στην Deutsche Bank.

Petr Mach (EFDD). – Pane komisaři Moscovici, Vy tady s uspokojením vychvalujete ty programy půjček Řecku a říkáte, že věříte, že ekonomika Řecka příští rok poroste, ale vždyť to je neustále jenom nalhávání si. Řecká ekonomika klesá devátý rok po sobě a i prognóza na příští rok je opět pokles. Ten celkový pokles za těch devět let je asi o 27 %, obří nezaměstnanost, rozpočet stále v hlubokém deficitu. Ty programy prostě nefungují, takže to je třeba říct, že ty dosavadní programy byly jednoduše katastrofa.

Já Vám řeknu, co potřebuje Řecko. Řecko nepotřebuje více půjček. Vy jste odsunuli jejich lhůty splatnosti na rok 2059, kdy ve vší úctě budete už všichni mrtví. Řecko nepotřebuje více byrokracie, více půjček, ale více svobody ke svému rozletu, aby mohlo opět jako Fénix z popela vstát. A část té důležité svobody je, aby mohlo opustit euro. To potřebuje Řecko.

Barbara Kappel (ENF). – Frau Präsidentin! Herr Kommissar Moscovici, Ihren Optimismus in Bezug auf die makroökonomischen Kennziffern Griechenlands kann ich leider nicht teilen. Die griechische Wirtschaft wird laut Eurostat in diesem Jahr um weitere 0,3 % schrumpfen, und die Staatsschulden werden einen Rekordwert – 182,8 % des BIP – erreichen. Ebenso sind Investitionen und Inlandsnachfrage rückläufig. Von der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit, möchte ich gar nicht sprechen.

Der IWF äußert seit Langem Zweifel an der Schuldentragfähigkeit Griechenlands, zuletzt in einer Analyse vom Mai dieses Jahres. Er fordert nun das Euro-Währungsgebiet und die europäischen Gläubigerinstitutionen zu einem großen Schuldenschnitt auf. Für eine schnelle Einigung gemeinsam mit dem IWF bis zum Jahresende ein Geldpaket, ein Kreditpaket bereitzustellen, das wird nicht einzuhalten sein, und es besteht die Gefahr, dass es dazu kommt.

Es liegt nun an der griechischen Regierung, die vereinbarten Reformschritte umzusetzen, damit die Eurogruppe die Auszahlung der restlichen 2,8 Milliarden beschließen kann. An diesen Reformen hapert es aber. Zwar wurde in der vergangenen Woche vom griechischen Parlament wieder ein Reformpaket beschlossen, tatsächlich umgesetzt wurden jedoch nur drei von fünfzehn Maßnahmen. Das reicht nicht aus! Reformankündigungen allein sind zu wenig. Der Kommissar sagte es: Die Umsetzung ist der Schwachpunkt des Programms. Vielleicht sollten Sie den Vorschlag von Herrn Lucke aufnehmen und einen Schuldenschnitt gegen einen Austritt aus der Eurozone anregen.

Luděk Niedermayer (PPE). – Madam President, first of all, let me say that I agree with the Commission's assessment that we could see stagnation in Greece this year, followed by recovery next year, finally. This is also confirmed by independent research. So Greece should be at the turning point, but a turning point that is too low and that has come too late. We should ask why.

I think that the first reason was the very bad governance of the Greek state by governments in decades, before the start of the economic crisis, creating a malfunctioning state and promoting unsustainable policies. Second, there has been a lack of trust since the beginning of the programme and a lack of ownership of the programme. I think this was the main reason why the programme in Greece worked much less well than in the cases of Ireland and other countries.

Last but not least, we should mention the huge mistake made by Mr Tsipras when he came to power. In my opinion, his experiment delayed the recovery of the Greek economy by about two years, and showed us what would happen if the calls for leaving the euro and giving up the support programme were actually accepted. I believe that Greek debt will be sustainable if the economy grows in nominal terms, interest payments are lower and the budget is in order. So we shall see what sustainability of the Greek economy looks like.

But most importantly, I believe that there is better future for the Greek people. They deserve it. It is a great country and it will be a great country in the future.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Paul Rübig (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Herr Kollege Niedermayer, zu Ihrer Bemerkung, dass es wieder aufwärts gehen muss: Ich glaube, das Entscheidende ist, dass wir die makroökonomische Situation natürlich auch an der mikroökonomischen Situation messen müssen: Wie geht es eigentlich den Selbständigen und den kleinen und mittleren Betrieben in Griechenland. Glauben Sie, dass man hier auch im Reformbereich ansetzen könnte, sodass dann die makroökonomische Situation durch Eigeninitiativen gestärkt werden kann?

Luděk Niedermayer (PPE), *blue-card answer.* – I guess we need three points. Stable, sustainable and predictable macroeconomic conditions are key. The second requirement is for the reforms that are actually taking place under pressure. And, very importantly, the banking sector must be functioning: the programme was actually aimed at supporting the ability of the banks to lend. We need confidence in the Greek economy. I believe that, after this, confidence will gradually come back, and that the economy will keep growing, including SMEs.

Isabelle Thomas (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, je crois qu'il faut que chacun l'admette: un certain nombre d'indicateurs ont bougé en Grèce, comme en témoigne son excédent primaire, dont bien d'autres États membres ne peuvent se prévaloir. Mais comment s'en réjouir lorsque nous voyons les souffrances colossales qu'a endurées le peuple grec?

Je partage votre avis, Monsieur le Commissaire: la balle est désormais dans le camp des institutions européennes. Les ministres de la zone euro auront, dès la semaine prochaine, la responsabilité de débloquer la nouvelle tranche de prêts, et nous attendons qu'ils le fassent. Désormais, l'agenda doit porter sur l'allégement de la dette pour que nous puissions enfin envisager de sortir de cette crise qui n'en finit pas. Cependant, tous les sacrifices imposés au peuple grec ont démontré la déficience des outils dont dispose la zone euro pour répondre aux chocs asymétriques.

Nous avons besoin d'une capacité budgétaire de la zone euro, pas dans vingt ans dans un avenir utopique mais vite, avec un calendrier de mise en œuvre, afin de disposer des outils permettant de faire face aux prochaines crises. De même, nous avons besoin d'un budget de l'Union à la hauteur des enjeux. Avec la révision du cadre financier pluriannuel, une nouvelle étape démarre: elle devra passer à la fois par une hausse des plafonds et par une réforme du Fonds européen pour les investissements stratégiques pour que ce dernier profite aussi aux États qui en ont le plus besoin, comme la Grèce.

Richard Sulík (ECR). – Frau Präsidentin, Herr Moscovici! Im Jahre 1970 kostete eine Deutsche Mark 9 Drachmen. 30 Jahre später, im Jahre 2000, mussten 170 Drachmen für eine Deutsche Mark bezahlt werden. Gäbe es den Euro nicht, würde eine Deutsche Mark heute 250 Drachmen kosten. Aber nein, die Schöpfer des Euro haben entschieden, dass für alle Ewigkeit eine Deutsche Mark 174 Drachmen kosten wird.

Das Ergebnis ist, dass der Euro für Griechenland viel zu stark ist – da werden selbst Tomaten aus Holland importiert –, und für Deutschland ist der Euro viel zu schwach, deswegen ist Deutschland Exportweltmeister. In Griechenland ist die Situation eine reine Katastrophe. Alle makroökonomischen Daten sind negativ, z. B. befindet sich die Industrieproduktion auf dem Stand der siebziger Jahre. Heute sind die Griechen die Opfer und nicht die Täter des Ganzen. Die einzig reelle Möglichkeit ist, dass Griechenland die Eurozone verlässt.

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE). – Frau Präsidentin! Griechenland hat damals falsche Zahlen vorgelegt, um in die Eurozone hineinzukommen. Heute legt die Kommission falsche Zahlen vor, um Griechenland in der Eurozone zu halten. Beides ist sinnlos, widersinnig und auf Dauer nicht durchzuhalten. Ich bin schon erstaunt, wenn der Kommissar hier sagt, Europa möge doch endlich seine Verantwortung gegenüber Griechenland wahrnehmen. Haben wir nicht ein erstes Hilfspaket gemacht, ein zweites Hilfspaket – das übrigens meine Partei, die deutschen Liberalen, jeweils mit unterstützt hat? Haben wir nicht einen ESM geschaffen, den wir auch unter größten Schwierigkeiten in Deutschland mit unterstützt haben? Und jetzt haben wir ein ESM-Paket, das objektiv rechtswidrig ist. Niemand hier glaubt doch, dass Griechenland Schuldentragfähigkeit hat. Das ist aber im ESM eine Voraussetzung für die Auskehrung von Mitteln an ein Land.

Deswegen: Der Internationale Währungsfonds ist nicht dabei – das war die Voraussetzung übrigens für die CDU und die CSU, überhaupt mitzumachen –, die Rentenreformen stocken, die Öffnung des Energiesektors kommt nicht voran, und der Evergreen: Das Kataster gibt es immer noch nicht.

Die einzige Chance ist: Griechenland muss die Eurozone verlassen, um außerhalb von ihr seine Wettbewerbsfähigkeit wiederzuerlangen, aber nicht außerhalb der europäischen Solidarität. Wir wollen Griechenland weiterhelfen, aber in der Eurozone geht das nicht.

Bernard Monot (ENF). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, comme chaque année, nous nous retrouvons pour discuter de la santé de la Grèce. Ce «Dallas» européen entre la troïka et les Grecs est sans fin. La question est de savoir si ce pays a bien mis en place les politiques de réformes structurelles imposées par Bruxelles – il faut sous-entendre l'euro-austérité. Et pour superviser tout cela, qui de plus compétent qu'un commissaire qui a fait tout l'inverse dans son pays. M. Moscovici a creusé les déficits publics lorsqu'il était ministre de l'économie en France, comme l'UMP d'ailleurs. Il n'a jamais coupé dans les mauvaises dépenses publiques, ce qui aurait permis à l'économie de redémarrer. Il a surtout refusé de remettre en cause les dogmes ultralibéraux, notamment l'euro, monnaie unique, gouffre financier, qui engage aujourd'hui la France dans plus de 470 milliards d'euros de garanties financières vers l'Union européenne.

Le peuple grec a clairement dit non à l'austérité, par référendum, en juillet 2015, mais qu'importe, la cleptocratie des banques privées et des commissaires aux ordres de Berlin n'a eu que faire de la démocratie populaire. La Grèce subit des plans terribles de privatisation pour le plus grand bonheur des investisseurs allemands, chinois ou qataris. Les Grecs ont eu des gouvernements incompétents, flambeurs ou corrompus, mais ils ne méritent pas le sort que cette Union européenne leur réserve. Les patriotes plaident pour une Europe des nations avec une gouvernance économique nationale et non une Grèce sous la tutelle de Bruxelles.

Elnökváltás: GÁLL–PELCZ ILDIKÓ asszony

Alelnök

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, Επίτροπε Moscovici, η ολοκλήρωση του ελληνικού προγράμματος απειλείται από δύο μαύρες τρύπες: την υπερφορολόγηση και την ελλειμματική εφαρμογή των διαρθρωτικών μεταρρυθμίσεων. Καταρχάς στην Ελλάδα φορολογείται ό,τι κινείται και έχετε και εσείς ευθύνη για αυτό. Εσείς οι πιστωτές προσυπογράψατε ένα φορολογικό μείγμα που επιτείνει την ύφεση και δεν δίνει αναπτυξιακή διέξοδο στην Ελλάδα. Αντί να επιμείνετε στη μεγαλύτερη φορολογική συμμόρφωση, δεχθήκατε τη φορολογική εξόντωση όλων των μικρομεσαίων στην Ελλάδα. Δεύτερον, εσείς οι πιστωτές αρκείστε σε νόμους για τις διαρθρωτικές μεταρρυθμίσεις χωρίς να παρακολουθείτε την εφαρμογή τους. Από τον περιορισμό της γραφειοκρατίας μέχρι τις αποκρατικοποιήσεις – όχι αυτές που δρομολόγησε η κυβέρνηση της Νέας Δημοκρατίας αλλά αυτές που οφείλει να κάνει ο ΣΥΡΙΖΑ – έχουμε δει ελάχιστα αποτελέσματα. Κύριε Moscovici, η μείωση του κόστους εξυπηρέτησης του ελληνικού δημοσίου χρέους είναι υποχρέωση που αναλάβατε τον Νοέμβριο του 2012 και εξειδικεύσατε τον Μάρτιο του 2016. Είναι απαραίτητο να εκπληρώσετε τη δέσμευσή σας ώστε να σταθεροποιηθεί το τοπίο στην Ελλάδα. Παράλληλα όμως η πατρίδα μου χρειάζεται ένα άλλο μείγμα πολιτικής για να σταθεί στα πόδια της χωρίς μνημόνιο μετά το 2018, χρειάζεται μια πολιτική με μείωση του κράτους, με μείωση των φόρων και με έμφαση στις αποκρατικοποιήσεις και τις διαρθρωτικές αλλαγές, για να μπορούμε να είμαστε στον στενό σύγχρονο πυρήνα της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Μιλτιάδης Κύρκος (S&D). – Κυρία πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, μας ενημερώσατε πως σε λίγες μέρες κλείνει θετικά η πρώτη αξιολόγηση. Θα ήθελα να σας θυμίσω πως είναι η δέκατη τρίτη αξιολόγηση. Ναι, ακούγεται παράδοξο αλλά αυτή είναι η δέκατη τρίτη θετική αξιολόγηση. Σήμερα η πραγματική οικονομία βρίσκεται στο χειρότερο σημείο της. Υπάρχουν έλεγχοι κεφαλαίων, αυξανόμενη και πλέον μη εξυπηρετούμενη υπερφορολόγηση, διαρροή εγκεφάλων. Γιατί φτάσαμε εδώ; Διότι εδώ και έξι χρόνια συνάπτονται συμφωνίες που περιγράφουν αναλυτικά εκείνες τις διαρθρωτικές μεταρρυθμίσεις που θα βγάλουν τη χώρα από την κρίση αλλά όταν φτάνουμε στο δια ταύτα, δηλαδή στις αξιολογήσεις, εξετάζουμε μόνο τα δημοσιονομικά μέτρα. Έτσι οι εταίροι δανείζουν μόνο τόσα όσα κρατούν ζωντανή την Ελλάδα στην εντατική και οι κυβερνήσεις κυβερνούν χωρίς να αναγκάζονται να συγκρουστούν με το πανίσχυρο πελατειακό κράτος. Διότι αυτό ακριβώς είναι το πρόβλημα, αυτό είναι το κλειδί και η μοναδικότητα της ελληνικής κρίσης: το μοντέλο διοίκησης που στηρίζεται στο δίπολο πάτρωνες- πελάτες και που ακυρώνει κάθε προσπάθεια ανάπτυξης, διαφάνειας και καταπολέμησης της διαφθοράς. Ακόμη και αν φτάσουμε, κάποια στιγμή, σε εκείνη την αναδιάρθρωση του χρέους που θα το καταστήσει εξυπηρετούμενο το χρέος, το παραγωγικό μας μοντέλο είναι παρωχημένο και αναποτελεσματικό. Για τον λόγο αυτό ζητούμε να αναβαθμιστεί η ομάδα εργασίας της ECON που θα παρακολουθεί με εκθέσεις την υλοποίηση των μη δημοσιονομικών μεταρρυθμίσεων, διότι χωρίς εκ βάθρων αλλαγή στη διοίκηση και χωρίς τομές στο επιχειρηματικό περιβάλλον, τη φορολογία και τη Δικαιοσύνη, δεν θα ξεφύγουμε ποτέ από την απειλή ενός Grexit. Μόνο το Κοινοβούλιο μπορεί να βοηθήσει. Κυβερνήσεις έξι χρόνων, Επιτροπή και IMF αρνούνται να το πράξουν.

Pascal Arimont (PPE). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte einen sehr spezifischen Aspekt der Lage Griechenlands hier beleuchten, nämlich die Verwendung der Strukturgelder der sogenannten EU-Fonds. Aufgrund der angespannten finanziellen Situation konnte die nötige Kofinanzierung zum Ende der Förderperiode nicht mehr gewährleistet werden. Das Europäische Parlament hat es Griechenland daher ermöglicht, auf diese Kofinanzierung zu verzichten. Zudem wurde Griechenland ein Vorschuss von rund einer Milliarde für die neue Förderperiode bewilligt.

Diese Art Hilfen für Griechenland sind aber kein Blankoscheck. Sie müssen konkreten Projekten vor Ort – mit tatsächlichem Mehrwert – zugutekommen. Tatsächlicher Mehrwert bedeutet: Die Gelder sollen nicht nur abgerufen und ausgegeben werden, sondern Griechenland dazu verhelfen, langfristige Produkte und Dienstleistungen anzubieten, die im Ausland nachgefragt werden. Nur auf diesem Wege kann Griechenland wieder wirtschaftlich wachsen, seine hohe Arbeitslosigkeit senken und seinen Bürgerinnen und Bürgern eine Perspektive bieten.

Als Sonderberichterstatter des Parlaments habe ich mir mehrfach vor Ort ein Bild vom Einsatz dieser Mittel machen können: Was die alte Förderperiode betrifft, scheint der Abschluss der Projekte positiv verlaufen zu sein. Was die neue Förderperiode angeht, ist die neue Absorptionsrate der Strukturgelder jedoch sehr niedrig, und ich möchte die gesamte Kommission daher auffordern, der Ursache dieser niedrigen Absorptionsrate sofort auf den Grund zu gehen und Lösungsvorschläge und Alternativen zu entwickeln, damit dieses Geld schneller in Projekte gelangt. Sonst laufen wir Gefahr, den Mehrwert nicht zu erreichen.

Agnes Jongerius (S&D). – De situatie in Griekenland begint zo langzamerhand uitzichtloos te worden. Zes jaar na de eerste *bailout* is er nog nauwelijks verbetering zichtbaar. De schuld neemt bijna niet af en de economie is nog steeds een kwart kleiner dan vóór de crisis. Ondertussen is de bevolking blootgesteld aan een extreme verlaging van de levensstandaard. Zo extreem hebben wij het in Europa nooit eerder gezien in vredestijd. Een kwart van de kinderen leeft in armoede, een kwart van de ouders zit werkloos thuis. Dit kan naar mijn mening zo niet doorgaan. De offers zijn gebracht. Griekenland moet met een schone lei kunnen beginnen en het enige wat ons rest is een echte hervorming van de economie, gecombineerd met schuldvermindering, met volledig herstel van alle vakbondsrechten en met substantiële steunprogramma's.

Dariusz Rosati (PPE). – Madam President, the agreement on the third Greek programme was signed in July last year. Since then, the Greek economy has returned to a growth path, but the recovery is still fragile and needs urgently to be supported by a range of reforms. We encourage the Greek Government to accelerate their implementation, especially those improving the pension system, tax collection, bank governance and the energy market.

We all express our solidarity with the Greek people in this difficult time, but let me stress that the cost of necessary reforms could have been lower had those reforms been implemented earlier. Unfortunately, because of the populist policy stance adopted initially by the Greek Government, including many unrealistic promises, precious time was wasted and Greece fell back into recession last year. Populism never pays off and this lesson needs to be constantly kept in mind.

The future of the current programme is, however, uncertain because of wide differences in the debt sustainability analyses produced by the Commission and the IMF. In my opinion the IMF conclusions and forecast are controversial. Debt restructuring through nominal reduction is not the solution. It involves moral hazard and is not necessary. Other measures could be considered, including the extension of maturities and grace periods and the reduction of interest rates. Strict conditionality, of course, remains key to the final success.

Paul Tang (S&D). – Griekenland is het land van de marathons, maar het trekt nu een sprint naar een begrotingsoverschot van 2 %. Dat begrotingsoverschot wordt gehaald door hogere lasten, met name de hogere lasten waarvoor de Griekse bevolking de rekening betaalt. Zoals mijn collega Agnes Jongerius al zei: "Dat kan de Griekse bevolking nauwelijks meer dragen". Er is geen enkel eurozoneland dat een overschot van 2 % heeft en Griekenland moet doorsprinten naar 3,5 % want als het dat niet haalt dan volgen er automatische bezuinigingen. Ondertussen drukt de last van de schulden nog zwaar op de Griekse economie en biedt het weinig perspectief. Dus ik zie heel graag dat de Commissie doorwerkt, ook om te komen tot een akkoord met het IMF, ook over schuldkwijtschelding om de Griekse bevolking en de Griekse economie weer perspectief te bieden.

Markus Ferber (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Seit sechs Jahren beschäftigen wir uns mit der griechischen Staatsschuldenkrise. Andere Staaten haben in diesem Zeitraum Unterstützungsprogramme erfolgreich absolviert und sind auch gestärkt aus dem Reformprozess hervorgegangen. Aber die Bilanz in Griechenland ist sehr ernüchternd: Die Staatsschulden sind fast dreimal so hoch, wie sie die Maastricht-Kriterien gestatten, die Arbeitslosenquote liegt bei 23 %, kein Wirtschaftswachstum seit sieben Jahren.

Das wirft doch die Frage auf, warum es in Griechenland nicht vorangeht, obwohl das griechische Parlament seit vielen Jahren Reform um Reform beschließt. Der zentrale Grund ist – Herr Kommissar, Sie haben es angesprochen –, dass der Fortschritt nur auf dem Papier stattfindet. Was vom Parlament beschlossen wird, entfaltet für die Verwaltung offensichtlich keinerlei Bindungswirkung. Und es wirft fundamentale Fragen auf, inwiefern Griechenland überhaupt – ich will es so deutlich sagen – regierbar oder reformierbar ist. Das ist doch der wahre Punkt, auf den die Aufmerksamkeit gerichtet werden muss: die Stärkung der Kapazität der Verwaltung, damit Reformen auch tatsächlich umgesetzt werden, damit sie tatsächlich ankommen.

Die Diskussion um einen Schuldenschnitt, die der Internationale Währungsfonds angezettelt hat, geht deswegen auch vollkommen am Problem vorbei. Das Gegenteil wäre richtig. Es geht doch hier darum, uns nicht auseinanderdividieren zu lassen, sondern zusammenzustehen. Und das Modell des IWF, Geschenke gegen keine Reformen, ist nicht das Modell, das wir verabredet haben: Kredite gegen Reformen. Und dass das nicht funktionieren kann, was der IWF vorschlägt, müsste ja auch der einfachste Nichtökonom verstehen.

(Der Redner lehnt es ab, eine Frage von Sven Giegold nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Jonás Fernández (S&D). – Señora Presidenta, en primer lugar me gustaría agradecer el trabajo y el esfuerzo del comisario Moscovici durante este ya largo periodo trabajando con Grecia. Todos vivimos aquellos primeros momentos, en el primer semestre de 2015, donde parecía que se podía dar una salida más fácil al problema griego, y todos vivimos cómo aquello se resolvió, en primer lugar, de una manera bastante triste y, después, pues parece que de una forma algo más razonable.

En todo caso, es verdad que Grecia, en el último año, año y medio, ha comenzado a avanzar en algunas reformas, ha venido cumpliendo con algunos de los requerimientos de la Comisión, ya no tanto centrados en ajustes y en recortes, como, en fin, en poner en pie un sistema tributario que funcione, hacer una administración que pueda responder a los problemas del país… Pero es verdad que el país sigue teniendo muchos problemas y que el volumen de la deuda sigue siendo inasumible y que el país no puede seguir registrando superávits primarios tan elevados si quiere dar una salida.

Y, por lo tanto, en mi opinión, creo que en algún momento, a través del MEDE y a través del FMI, tendremos que dar una salida al problema de la deuda con un programa de redención.

Angelika Niebler (PPE). – Frau Präsidentin, verehrter Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Jahren nun debattieren wir in diesem Haus, über die Finanz- und Wirtschaftskrise und die sich daraus ergebenden Folgen in Griechenland und in anderen EU-Mitgliedstaaten. Allmählich beschleicht mich das Gefühl, dass wir es bei diesem Kapitel mit einer *never ending story* zu tun haben.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch, ich bin immer noch fest davon überzeugt, dass es 2010 richtig war, der griechischen Regierung aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation finanzielle Unterstützung zuzusagen. Hier war echte europäische Solidarität gefragt. Die Europäische Union ist mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft: Es geht um europäische Werte. Solidarität ist und bleibt einer der Grundpfeiler der Europäischen Union. So steht es schließlich auch in unseren europäischen Verträgen.

Trotzdem müssen wir auch von der griechischen Regierung verlangen können, dass sie ihren Beitrag leistet. Ohne weitere Reformen darf es aus meiner Sicht keine weiteren finanziellen Mittel geben. Solidarität ist keine Einbahnstraße. Inzwischen fließen Mittel aus dem dritten Hilfspaket nach Griechenland. Für mich ist inakzeptabel, dass sich der IWF – entgegen den Zusagen – immer noch nicht daran beteiligt hat.

Noch immer ist rund die Hälfte der 15- bis 24-jährigen Griechen arbeitslos. Das ist ein Skandal! Ohne notwendige Reformen wird es aber kein dauerhaftes Wirtschaftswachstum geben und damit auch keine neuen Arbeitsplätze. Dies zeigt doch gerade die Erfahrung in anderen europäischen Ländern wie z. B. in Irland.

Deshalb meine dringende Bitte an die griechische Regierung: Setzen Sie Ihre Reformbemühungen zügig um! Setzen Sie den Weg fort! Am Ende wird der Staat nur dann seine Aufgaben erfüllen können, wenn eine Steuerpflicht eben nicht nur auf dem Papier steht, sondern die Steuern auch wirklich eingetrieben werden.

Εύα Καϊλή (S&D). – Κύριοι συνάδελφοι, κύριε Επίτροπε, το προσχέδιο του προϋπολογισμού που κατατέθηκε χθες στην ελληνική Βουλή είναι τρανή απόδειξη του δημοσιονομικού αδιεξόδου στο οποίο έχει περιέλθει η Ελλάδα τον τελευταίο ενάμιση χρόνο της διακυβέρνησης από ένα αριστεροδεξιό μόρφωμα. Ενδεικτικά, το Υπουργείο Οικονομικών προβλέπει νέα μείωση 326 εκατομμυρίων EUR στις συντάξεις, 440 εκατομμυρίων EUR στο ΕΚΑΣ, νέους φόρους πάνω από 1,5 δισεκατομμύρια EUR με την ελπίδα να κλείσει το έτος με πρωτογενές πλεόνασμα 2%. Την ίδια στιγμή βέβαια, οι ίδιοι οι υπουργοί της κυβέρνησης σαμποτάρουν κάθε προσπάθεια μεταρρύθμισης που θα έφερνε επενδύσεις και κερδίζουν χρόνο, αφού εμείς τους το επιτρέπουμε, για να συνεχίζουν τη φοροεπιδρομή χωρίς να προβαίνουν σε μεταρρυθμίσεις. Τα βάρη μετατίθενται στους πολίτες και οι περιουσίες τους ξεπουλιούνται.

Το ζήτημα, ασφαλώς, δεν είναι οι ψευδαισθήσεις και ο απολυταρχισμός μιας κυβέρνησης που επιχειρεί να ελέγξει μέσα ενημέρωσης, δικαιοσύνη και τράπεζες, αλλά η υποκρισία και η απάθεια της Ευρώπης που αναβάλλει τα πάντα και όλες τις αποφάσεις για μετά τις γερμανικές εκλογές. Παίζουμε μικροπολιτικά παιχνίδια αντί να στηρίζουμε τους πολίτες, δίνουμε παρατάσεις γιατί ίσως μας βολεύει σε σχέση με το προσφυγικό.

Κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, είναι ανεφάρμοστος ο προϋπολογισμός και δεν μπορούμε να το αγνοήσουμε. Η ελάφρυνση του χρέους μεταφέρεται για μετά τις γερμανικές εκλογές όπως φαίνεται και θα αποδειχθεί πολύ λίγη, πολύ αργά. Στραγγαλίζεται η χώρα από παράλογες απαιτήσεις για δημοσιονομικά πλεονάσματα. Αυτό που χρειάζόμαστε αυτή τη στιγμή είναι να λύσουμε ένα πρόβλημα όχι ιδεολογικό, αλλά απλής αριθμητικής. Πριν υπάρξει δημοσιονομική κατάρρευση, πρέπει να ξεκινήσουν οι συζητήσεις για αναπροσαρμογή των στόχων των πλεονασμάτων. Είναι συζητήσεις που έπρεπε να ξεκινήσουν χθες. Οφείλουμε αλληλεγγύη και ειλικρίνεια προς στον λαό, αυτό είναι το θέμα και όχι άλλο, να σηκώνουμε σημαία αριστεροσύνης που παρασύρει ή και βολεύει κάποιους εδώ μέσα.

„Catch the eye" eljárás.

Ελισσάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυωνίδη (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, οι θεσμοί και η σημερινή κυβέρνηση προβλέπουν για την ελληνική οικονομία ανάπτυξη 2,7% για το 2017. Όλοι ευχόμαστε να επαληθευθεί ο στόχος, όμως η επίτευξή του προϋποθέτει μεταξύ άλλων την κατακόρυφη αύξηση των ετήσιων συνολικών επενδύσεων, δημόσιων και ιδιωτικών. Η κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ έχει δημιουργήσει το κατάλληλο περιβάλλον για προσέλκυση επενδυτών; Πιστεύετε, κύριε Επίτροπε, ότι είναι ρεαλιστική η πρόβλεψη για ανάπτυξη 2,7% το 2017 με τέτοια φορολογία και πρόσθετους φόρους τεσσάρων δισεκατομμυρίων στον προϋπολογισμό του 2017, όταν, για παράδειγμα, οι συνολικές εισροές ξένων επενδυτικών κεφαλαίων το 2015 εμφάνισαν μείωση 73% σε σχέση με το 2014 και όταν η Ελλάδα υποχωρεί σε πρόσφατη έκθεση του Παγκόσμιου Οικονομικού Φόρουμ κατά πέντε θέσεις στη διεθνή κατάταξη ανταγωνιστικότητας; Ευχαριστώ πολύ.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, το άνοιγμα της αγοράς των δανείων, που αποτελεί δέσμευση του τελευταίου προγράμματος, είναι η μεγαλύτερη μεταφορά εθνικού πλούτου από την εποχή ανταλλαγής πληθυσμών το 1922. Τα μη εξυπηρετούμενα δάνεια ισοδυναμούν με το 60% του ΑΕΠ. Εάν στη διαδικασία αυτή δεν βάλουμε κανόνες δικαιοσύνης και διαφάνειας, οι ανισότητες θα γίνουν τερατώδεις και θα οδηγηθούμε σε κοινωνική έκρηξη.

Θα ήθελα να ρωτήσω τον Επίτροπο: Γιατί στην περίπτωση των ελλήνων δανειοληπτών δεν δίνεται δυνατότητα εξαγοράς του δανείου από τους ίδιους ή τους εγγυητές τους σε ένα χαμηλό αντίτιμο, όπως συμβαίνει στην Κύπρο, 45 μέρες πριν την πώλησή τους σε επενδυτικά funds; Αν εμπόδιο αποτελεί ο ηθικός κίνδυνος να εκμεταλλευθούν την ευκαιρία αυτή στρατηγικοί κακοπληρωτές που μπορούν αλλά δεν πληρώνουν, τότε να βάλουμε αυστηρές προϋποθέσεις, γιατί αλλιώς υπάρχει ένας άλλος, μεγαλύτερος ηθικός κίνδυνος: αυτοί που θέλουν αλλά δεν μπορούν –και είναι η συντριπτική πλειοψηφία του ελληνικού λαού– να χάσουν την περιουσία τους και, καθώς οι τιμές έχουν καταρρεύσει, να παραμείνουν οι ίδιοι και τα παιδιά τους όμηροι χρεών, χωρίς να μπορούν να κάνουν νέο ξεκίνημα στη ζωή τους.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Poštovana predsjednice, dozvolite mi da se prije svega solidariziram s grčkim narodom koji u ovim trenucima nosi veliki dio odgovornosti, vezano za migrantsku krizu i sve ono što je Grčka činila i čini u ovom slučaju, a to je bitno za čitavu Europu. Međutim, dozvolite mi da kažem da sam pomalo i razočaran ovom diskusijom. Kriv je euro, kriv je MMF, kriva je Nea demokratia, kriv je Cipras. Svi su krivi… malo samokritike, dragi prijatelji. Ja dolazim iz Hrvatske i znam jako dobro kako se neke stvari znaju prikazati na našem najljepšem balkanskom poluotoku.

Budimo malo samokritični. Recimo da smo živjeli možda predugo previše dobro, ne baš utemeljeno do kraja na realnim pokazateljima ekonomije. Mislim da, ako stavimo ruku na srce, Grčka ima velike šanse i moramo stati uz nju, ali uz realnu osnovu.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, τα μνημόνια που συνιστούσαν το τίμημα του διακρατικού δανεισμού για μια σειρά κρατών μελών της ευρωζώνης έπασχαν εξαρχής, αφού δεν υπήρχε καμία διασφάλιση ότι ο βασικός τους αρχιτέκτονας, δηλαδή το Διεθνές Νομισματικό Ταμείο, θα σεβόταν το πρωτογενές ευρωπαϊκό δίκαιο και ειδικότερα τον Χάρτη Θεμελιωδών Δικαιωμάτων της Ένωσης. Στην πράξη είδαμε υπέρμετρους περιορισμούς των κοινωνικών ιδίως δικαιωμάτων και τούτο μεταφράστηκε στην Ελλάδα σε δραματικές υλικές στερήσεις για μεγάλο μέρος του πληθυσμού, αύξηση των θανάτων λόγω επιδείνωσης της δημόσιας υγείας, μείωση του αριθμού των γεννήσεων και μετανάστευση εκατοντάδων χιλιάδων άνεργων νέων στο εξωτερικό.

Αν η Ευρωπαϊκή Ένωση θέλει να δείξει στοιχειώδη σεβασμό στα θεμελιώδη δικαιώματα που υποτίθεται πως αποτελούν τη βάση της ύπαρξής της, πρέπει να υπάρξει γενναία ελάφρυνση του διακρατικού χρέους της Ελλάδας, ώστε η οικονομία και η κοινωνία να τεθούν σε βιώσιμη τροχιά. Ευχαριστώ.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η Ελλάδα δυστυχώς δεν έχει καμία πιθανότητα επιστροφής σε πραγματική και όχι λογιστική ανάπτυξη υπό τις παρούσες συνθήκες. Οι προβλέψεις που ισχυρίζονται κάτι τέτοιο θα πέσουν για μια ακόμη φορά τραγικά έξω, ενώ οι ίδιοι ειδικοί προέβλεπαν επιστροφή στην ανάπτυξη από το 2012. Στην πραγματικότητα τα περίφημα προγράμματα δεν είναι παρά ανοησίες ανίκανων τεχνοκρατών που παίζουν με τις ζωές εκατομμυρίων Ελλήνων. Αυτό δεν μπορούμε πλέον να το ανεχόμαστε. Το Διεθνές Νομισματικό Ταμείο ήδη έχει παραδεχτεί τα σοβαρά λάθη του και πως τα προγράμματα είναι στην ουσία πολιτικά κατευθυνόμενα. Η πολιτική της λιτότητας με την υπερφορολόγηση, τη μείωση μισθών και συντάξεων, τη διάλυση των ασφαλιστικών ταμείων και την υποθήκευση της δημόσιας περιουσίας υπέρ των δανειστών έχει οδηγήσει σε εξαθλίωση, ανθρωπιστική κρίση και χιλιάδες αυτοκτονίες.

Η λύση για την Ελλάδα είναι μία: μονομερής διαγραφή του παράνομου χρέους και ποινική δίωξη των υπευθύνων, απελευθέρωση από τα δεσμά του ευρώ –ενός νομίσματος καταστροφικού για τη χώρα μας και πιθανότατα και για άλλες χώρες στο μέλλον– και, τέλος, επιστροφή στην εγχώρια παραγωγή και δασμούς σε όσα προϊόντα είναι ανταγωνιστικά των ελληνικών ή μπορούν να παραχθούν στην Ελλάδα. Ευχαριστώ.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, coming from Ireland I have great sympathy for Greece. Like the Greeks, we were in the bailout programme, but unlike Greece we implemented the programme and are now getting the benefits from it. Greece, unfortunately, especially the first Syriza Government, engaged in populist trickery which didn't pay off. Of course Greeks are not the only ones to engage in that. A few weeks ago Commissioner Moscovici engaged in populism as well when he said that EUR 13 billion of the Apple tax was available to Ireland to build houses and schools etc., knowing full well that it could not become available until after the court case in several years' time; and also, on the Commission's own admission, that money may belong to other Member States, not Ireland, so let's forget about populism and engage in realism. And where Greece is concerned, realism means, firstly, implementing the programme; secondly, introducing reforms; and thirdly, tackling corruption. In that way, Greece will gradually reach the prosperity which the great people of Greece deserve after many years of austerity. It is the only way.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Madame la Présidente, une amie grecque de mon épouse nous tient régulièrement au courant de ce qui se passe en Grèce sur les plans économique et social. Elle est particulièrement inquiète: pour elle-même – elle a attendu deux ans avant de toucher une toute petite retraite – et pour ses enfants – ils n'arrivent pas à entrer de façon durable dans la vie active.

Je souhaite saluer le travail du gouvernement grec dans le but de redresser la situation, comme l'a indiqué fort justement le commissaire Moscovici. Il faut saluer ce courage d'avoir mis en place des réformes difficiles, mais il ne faut pas demander l'impossible. La Grèce revient de loin, et l'Europe n'a pas le droit de la sacrifier, elle et son peuple, sur l'autel des critères de convergence, qui seront de toute façon difficiles à respecter dans un délai court.

La question de la dette doit bien sûr être posée, non seulement en Grèce d'ailleurs, mais aussi en Europe, en général. L'Europe a sauvé une première fois les banques. Ne serait-il pas temps de sauver les droits sociaux européens?

Costas Mavrides (S&D). – Madam President, on a point of order, I have not raised a question about a blue card. I have been patient from the very beginning and have asked for catch-the-eye. What have I done wrong? You tell me.

Elnök asszony. – Képviselő Úr! Semmi rosszat nem tett. Az ég adta világon semmi rosszat nem tett. Kiválóan vár a sorára. Az a gyakorlat, hogy körbemegyünk a képviselők körébe, és egész egyszerűen most a GUE után a függetleneken van a sor. Majd utána a Néppárt következik. Utána következik az S&D. És Ön következőként szót fog kapni. Úgyhogy kérem, várjon. 3 perc, többet beszéltünk róla, felesleges volt mindez.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, όσες και όσοι ισχυρίζονται ότι στην Ελλάδα υπάρχει οικονομική ανάπτυξη, είτε δεν γνωρίζουν τι ακριβώς συμβαίνει, είτε γνωρίζουν αλλά δεν θέλουν να ομολογήσουν ότι αυτό το οποίο συμβαίνει στην Ελλάδα, δηλαδή τα μνημόνια, είναι κάτι το οποίο επεβλήθη σκοπίμως. Δεν υπήρχε λόγος να γίνει αυτό το πράγμα και η Ελλάδα υπήρξε το εξιλαστήριο θύμα για να σωθούν η ευρωζώνη, το ευρώ, κάποιες γαλλικές και γερμανικές τράπεζες και κυρίως για να αφαιρεθεί από την Ελλάδα ο επίγειος, ο υπόγειος και ο υποθαλάσσιας πλούτος της.

Πώς είναι δυνατόν να υπάρξει ανάπτυξη στην Ελλάδα, όταν της έχει επιβληθεί ένα ογκώδες, παράνομο και δυσβάστακτο χρέος, το οποίο οι διεθνείς τοκογλύφοι δεν θέλουν να ελαφρύνουν; Πώς είναι δυνατόν να υπάρξει ανάπτυξη στην Ελλάδα, όταν η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει εγκλωβίσει εκεί εκατομμύρια παράνομους μετανάστες; Πώς είναι δυνατόν να υπάρξει ανάπτυξη στην Ελλάδα, όταν δεν διατίθενται για την ανάπτυξη χρηματικά ποσά αλλά αυτά δίδονται με το σταγονόμετρο; Ας είναι ειλικρινής λοιπόν ο κ. Moscovici και ας μη μας λέει ότι η Ευρώπη ενδιαφέρεται για την Ελλάδα.

Μανώλης Κεφαλογιάννης (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, το ζητούμενο σήμερα είναι να κάνουμε την κρίση ευκαιρία. Κάνουν όμως λάθη και οι δύο πλευρές. Ποια είναι τα λάθη από τη μεριά της Ελλάδας; Η υπερβολικά υψηλή φορολογία, οι ιδεοληψίες, ο λαϊκισμός και οι ελάχιστες διαρθρωτικές μεταρρυθμίσεις καταστρέφουν επί πολλά χρόνια τώρα τον παραγωγικό ιστό της οικονομίας, κυρίως στου ιδιωτικό τομέα, και τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις, απαξιώνοντας την ακίνητη περιουσία. Παράδειγμα πρώτο: στις τράπεζες έχουμε 120 δισεκατομμύρια καταθέσεις και έχουμε 125 δισεκατομμύρια κόκκινα δάνεια. Παράδειγμα δεύτερο, για να καλύψουμε τους στόχους όπως είπε ο κύριος Moscovici: οι υποχρεώσεις του Δημοσίου στον ιδιωτικό τομέα είναι 9 δισεκατομμύρια, 5% του Ακαθάριστου Εθνικού Προϊόντος της Ελλάδας. Ποια είναι τα λάθη της Ευρώπης; Οι διαχειριστικές λογικές και τα φοβικά σύνδρομα. Εάν θέλει η Ευρώπη να μετατρέψει προβλήματα όπως της Ελλάδας σε ευκαιρία, τότε θα πρέπει η Ευρώπη να κάνει βήματα προς τα μπρος και τέτοια βήματα μπορούν να γίνουν μόνο εάν γίνει πραγματικότητα η οικονομική ολοκλήρωση της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Τότε μόνο θα μπορούμε να λύσουμε προβλήματα, να κάνουμε την ελληνική κρίση ευκαιρία και βεβαίως, να ρυθμίσουμε, όπως πρέπει, το θέμα του χρέους για την περίοδο μετά το 2022, προκειμένου να μπορέσει στο μέλλον η ελληνική οικονομία να ανασάνει.

Costas Mavrides (S&D). – Madam President, to make a mistake is human. You made a mistake: you counted me as GUE. I am not GUE, I am S&D. It is OK, but let us turn now to our subject. I will speak using my mother tongue.

(The President cut-off the speaker)

Elnök asszony. – Képviselő Úr! Nem kívánok Önnel vitatkozni. Nálam tökéletesen jó helyen van a listámon. Az S&D soraiban ül és az S&D listájáról szólítom fel. Aki nem volt jelen, az volt a GUE soraiban. Valószínű fordítási hiba volt.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, εγώ με τη σειρά μου θα συγχαρώ τον κ. Moscovici για την προσπάθεια που κάνει για την Ελλάδα αλλά θα μιλήσω επί της ουσίας όσο μπορώ.Η σημερινή συζήτηση θα μπορούσε να ήταν ένα ερώτημα: Είναι το ελληνικό δημόσιο χρέος βιώσιμο;

Θα δυσκολευτώ να πιστέψω ότι υπάρχει κάποιος οικονομολόγος που θα έλεγε ότι το ελληνικό δημόσιο χρέος είναι βιώσιμο. Εάν δεν είναι βιώσιμο λοιπόν, δεν σημαίνει ότι δεν χρειάζονται οι διαρθρωτικές αλλαγές και όλα τα υπόλοιπα, αλλά χωρίς βιώσιμο χρέος νομίζω ότι η Ελλάδα δεν θα έρθει στην ανάπτυξη όσο γρήγορα το επιθυμούμε όσοι πραγματικά επιθυμούμε· γιατί υπάρχουν και κάποιοι που απλώς παίζουν παιχνίδια για να καταδυναστεύουν τον ελληνικό λαό είτε για να τιμωρήσουν τον Τσίπρα ή οποιοδήποτε άλλον. Σας ευχαριστώ.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já bych v těch dvou polohách, to znamená, jestli je již vidět světlo na konci tunelu anebo zdali se mají rozdávat dárky řeckým občanům, chtěl najít jistý kompromis. Podle mého názoru je velmi dobré, jaké konkrétní kroky se třeba projevily i v oblasti strukturální politiky, kdy se odpustil Řecku ten povinný podíl, který musely národní autority dodat.

Z tohoto důvodu bych byl rád, kdyby světlo na konci tunelu bylo vidět i v těch dalších, národních makroekonomických indikátorech. A já vyjadřuji svoji účast řeckému lidu, věřím, že ty oběti, které je nucen přinést, jsou velmi bolestivé.

Na druhou stranu je třeba vidět tuto snahu i ve světle požadavku věřitelů na zaplacení alespoň části svých oprávněných pohledávek. V tomto smyslu je třeba nutno asi ty oběti vést ještě dále, na druhou stranu věřím, že to světlo na konci tunelu přijde.

(A „catch the eye" eljárás vége.)

Pierre Moscovici, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, c'était un débat important avec beaucoup d'interventions, beaucoup de passion aussi. Je vais essayer de me livrer à un exercice peut-être un peu plus raisonnable car ce que j'ai entendu, c'est toute une série de réflexions, de remarques extrêmement justes et aiguës, mais aussi, parfois, la projection d'un débat politique que nous pouvons avoir – et c'est légitime – sur ce sujet.

Pour moi, la question n'est pas de savoir s'il faut entrer dans l'euro, en sortir ou y rester. Je suis commissaire chargé des affaires économiques et financières et, naturellement, je considère que l'euro est une construction monétaire et politique qui a un fondement économique très important. C'est à cela que la Commission et moi-même consacrons nos efforts. Personnellement, la question que je me pose – je conçois qu'il en soit différemment pour d'autres – n'est pas de savoir si j'ai ou non de la sympathie pour le gouvernement de M. Tsipras. Certains en ont, certains n'en ont pas, certains en ont eu et n'en ont plus. Non, je veux me placer du point de vue de l'action qui est la nôtre et du constat que fait la Commission tout comme l'Eurogroupe, qui, vous le savez, est une instance par définition tout à fait pluraliste.

Bien sûr, tout n'a pas été fait en Grèce, beaucoup d'erreurs ont été commises, notamment dans la période récente. C'est vrai, du temps a été perdu, et le temps perdu, ce sont des réformes différées, ce sont aussi des points de croissance qui n'ont pas été trouvés.

Mais je pense qu'il n'est pas juste non plus de dire que rien n'a été fait. Au contraire, ces derniers temps, beaucoup de réformes ont été votées et engagées. Il reste à les mettre en œuvre. J'estime que les choses avancent et ce, de notre point de vue, de manière positive. C'est ce que la Commission va continuer de s'efforcer de promouvoir de manière à permettre à la Grèce de retrouver le succès économique, d'offrir un avenir à sa population, d'abord à sa jeunesse, en mettant en place un cercle vertueux.

Pour moi, le cercle vertueux est clair: il s'agit de faire en sorte que nous soyons capables collectivement de vivre le respect des engagements pris dans le protocole d'accord de juillet 2015. Il faut ainsi que la première révision soit vraiment derrière nous, que la deuxième soit vite achevée, que les réformes avancent, que cela donne un signal de confiance économique et de retour des investisseurs et qu'à partir de ce moment-là, en effet – et je souhaite tout cela d'ici à la fin de l'année –, nous puissions trouver un accord sur la dette parce que c'est à la fois légitime et attendu.

Cela suppose que tout le monde fasse des efforts: les créanciers, tous les partenaires autour de la table de l'Eurogroupe – notamment des efforts en matière de réflexion économique – et, avant tout, les autorités grecques – pour mener à bien le programme de réformes. C'est cela que la Commission s'efforcera – je le répète – de promouvoir, à savoir la recherche d'une croissance soutenable qui permette la création d'emplois, qui respecte aussi la dimension sociale parce qu'elle est tout à fait indispensable.

Plusieurs d'entre vous ont appelé – c'est vrai et c'est logique de le dire devant ce Parlement – à l'approfondissement de la zone euro, de sorte qu'elle dispose d'instruments propres et aussi d'une gouvernance plus démocratique. C'est un point de vue que je partage et c'est ce que nous devrons notamment retrouver dans un Livre blanc que la Commission doit préparer.

Nous poursuivrons les discussions au sein de l'Eurogroupe dès ce lundi, à Luxembourg, où nous pourrons, je l'espère, constater que les fameux *milestones* ont tous été atteints.

Naturellement, je serai prêt à reprendre régulièrement ce débat devant vous au Parlement européen. Je connais votre vigilance, je connais votre exigence, je connais aussi votre attention à la situation de la Grèce et votre souhait que la Grèce sorte par le haut de cette interminable crise. C'est ce que la Commission veut réussir avec vous.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Na Grécko je v súčasnosti opätovne vyvíjaný intenzívny tlak v súvislosti s meškajúcimi štrukturálnymi reformami. Ich urýchlenie je pritom podmienkou čerpania ďalšej pomoci z už tretieho záchranného úveru. Problém s gréckymi dlhmi trvá už priveľmi dlho, bez citeľného zlepšenia. Výsledkom núteného šetrenia je ekonomický úpadok, nezamestnanosť vysoko nad 20 %, pričom mladých nezamestnaných bez perspektívy je v krajine takmer polovica. Takáto situácia nahráva len tamojším populistickým a extrémistickým politickým silám sľubujúcim zúfalému obyvateľstvu nesplniteľné zázraky. Je pritom známe, že Grécko nebude pri súčasnej štruktúre svojej ekonomiky schopné splatiť svoje záväzky prakticky nikdy. Treba sa preto zamyslieť nad podmienkami a nastavením pomoci, tak aby bolo možné dosahovať ciele konsolidácie tamojšieho hospodárstva. Ide o jeden z pretrvávajúcich destabilizačných prvkov, ktorý je súčasťou širokej mozaiky súčasných európskych problémov. V súčasnej situácií sa pritom krajina okrem pričinenia nezodpovedných vlád ocitla aj vďaka zlyhaniu európskych kontrolných mechanizmov pri prijímaní do menovej Únie. Nikto za to dodnes nenesie zodpovednosť. Odkladanie či dokonca obmedzovanie pomoci by sa najviac dotklo predovšetkým bežných ľudí v rámci už aj tak ťažko skúšanej strednej vrstvy.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – Grecia sigue viviendo en condiciones económicas y sociales dramáticas, con un paro del 25 % de la fuerza de trabajo y con un crecimiento económico muy débil. Al mismo tiempo, hay que reconocer que la deuda pública de la República Helénica es insostenible, lo que además supone una losa para que la economía griega pueda rebotar. Por tanto hay que tomar medidas al respecto. Concretamente, la unión financiera supone mutualizar en parte la emisión de deuda pública por parte de los Estados miembros de la Eurozona (eurobonos) y dar una solución al stock de deuda heredado del pasado *(legacy debt)*. En consecuencia, es necesario organizar una conferencia europea de la deuda, como ha propuesto el presidente de mi bancada, Gianni Pittella, al objeto de poder poner en marcha un fondo de amortización de deuda, en el marco del cual sería posible restructurar la deuda griega. Huelga recordar que el propio Fondo Monetario Internacional insiste en que es imprescindible afrontar la cuestión de la restructuración de la deuda pública griega más allá del cumplimiento de las condiciones del programa de asistencia financiera. No podemos olvidar que la solidaridad es el valor fundante básico de una Europa comunitaria con vocación federal.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die angeschlagene griechische Wirtschaft verbessert sich im zweiten Quartal leicht und wird trotzdem laut Eurostat in diesem Jahr um 0,3 % schrumpfen. Eine erhebliche Unsicherheit bezüglich dieser Daten bleibt bestehen. Eine boomende Tourismusbranche hat dazu beigetragen, dass die Arbeitslosenzahlen geringfügig zurückgingen, jedoch ist die Staatsverschuldung zurzeit auf den Rekordwert von 182,8 % des BIP gestiegen. Die Jugendarbeitslosigkeit lag im August 2016 bei ca. 47,7 %. Durch diese Daten bestätigt, sehe ich die Schuldentragfähigkeit Griechenlands als äußerst fragwürdig an. Offenbar gehe ich hier d'accord mit dem IWF, welcher im Mai dieses Jahres einen Schuldenschnitt für Griechenland gefordert hat. Jedoch fordere ich keinen Schuldenschnitt, denn dieser wäre ohne gravierende Änderungen für Griechenlands ineffiziente und korrupte Wirtschaft und Verwaltung sinnlos. Daher fordere ich vielmehr, dass die Finanzwirtschaft so zu reglementieren ist, dass der bisher verantwortungslosen Geschäftspolitik der Banken Grenzen gesetzt werden. Dabei ist Vorsorge zu tragen, dass künftig Steuerzahler nicht mehr für die Fehler der Banken aufkommen müssen. Denn die Euro-Rettungspakete kamen bisher nur den Banken zu Hilfe und nicht den Bürgern Griechenlands.

Evelyn Regner (S&D), *schriftlich*. – Ich möchte meine Solidarität mit der griechischen Bevölkerung ausdrücken. Die Griechen und Griechinnen haben in den letzten Jahren viele Opfer gebracht. Um die Sparvorgaben der Troika zu erfüllen, wurden massive Sozialkürzungen und Einschnitte bei den ArbeitnehmerInnenrechten erduldet. Mehr als ein Drittel der griechischen Bevölkerung ist von Armut betroffen, jedeR zweite JugendlicheR ist arbeitslos und die Suizidrate ist massiv gestiegen. Griechenland hat viel geleistet, die Aufgaben wurden erledigt. Jetzt müssen auch wir alle unseren Teil erfüllen. Wie vereinbart und wiederholt von IWF und auch Kommissar Moscovici gefordert, braucht es eine Schuldenerleichterung für Griechenland, um wieder ein nachhaltiges Wachstum zu erreichen. Denn Griechenland wird nicht einfach selbst aus den Schulden herauswachsen. Es kann nicht sein, dass diese Diskussion, auf dem Rücken der griechischen Bevölkerung, bis nach den Wahlen in Deutschland verschoben wird. Wir brauchen ein Umdenken in Europa. Der Austeritätspolitik in Griechenland muss ein Ende gesetzt werden. Nachhaltige Investitionen in die Zukunft des Landes zur Schaffung von Arbeit sind notwendig. Und nicht zuletzt müssen die Gewerkschaftsrechte wieder eingesetzt werden.

Jutta Steinruck (S&D), *schriftlich*. – Wenn wir neue Reformen diskutieren, müssen wir erstmal zurückschauen und sehen, was bisherige Reformen gebracht haben. Bis jetzt wurde von Griechenland immer nur verlangt, Ausgaben zu kürzen und Sozialstandards zu senken. Die griechischen Rentner mussten gerade die elfte Rentenkürzung seit dem Ausbruch der Krise hinnehmen. Auch die Einkommen sind seit 2008 um ein Drittel gesunken. Die ärmsten 10 % der griechischen Bevölkerung haben besonders hohe Einnahmeverluste hinnehmen müssen. Bei den Arbeitsstandards steht Griechenland jetzt sogar auf einer Stufe mit Katar. Anstatt die Krise zu lindern, haben die Reformen die Krise verschärft. Die Arbeitslosenquote liegt heute bei 24 %. Und von den Jugendlichen mit abgeschlossener Ausbildung ist sogar jeder zweite ohne Job.

Es steht außer Zweifel, dass Griechenland dringend Strukturreformen braucht. Diese dürfen sich aber nicht auf Sparprogramme beschränken. Mit neuen Reformen müssen wir den Menschen einen Weg aus der Krise zeigen. Wir brauchen endlich eine Ankurbelung der griechischen Wirtschaft. Es muss gezielt und intelligent in Schlüsselbranchen investiert werden. Flexibilisierung des Arbeitsrechts bringt uns hier keinen Zentimeter weiter. Im Gegenteil: Wir brauchen ein starkes Arbeitsrecht, das gute Arbeitsplätze garantiert und die florierende Schwarzarbeit bekämpft!

Theodor Dumitru Stolojan (PPE), *în scris*. – După ani și ani de zile, Grecia nu și-a revenit încă pe linia de plutire. Am mari îndoieli că de vină este numai Grecia, că nu a dus până la capăt programele convenite cu creditorii acesteia. Condiția pentru reușita oricărui program de restructurare, la nivelul unei țări, este de a realiza un echilibru între potențialul real de a genera venituri și datoria scadentă, pe perioada programului. Acest echilibru nu s-a realizat în cadrul programului existent cu Grecia. Datoria Greciei este mult prea mare în raport cu potențialul real al acestei țări de a genera venituri. Creditorii, inclusiv statele membre ale Uniunii Europene, au obligația de a ajunge la acest echilibru.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραπτώς*. – Το ότι τα τελευταία χρόνια ο ελληνικός λαός έχει υποστεί μια άνευ προηγουμένου δοκιμασία είναι γνωστό σε όλους. Θα πρέπει ωστόσο επιτέλους να αναγνωριστεί ότι για τη σημερινή κατάσταση στην Ελλάδα ευθύνες έχει και η ΕΕ. Εάν όλοι είχαν δράσει έγκαιρα, ούτε η Ελλάδα θα βίωνε σε αυτό το βαθμό τις συνέπειες της κρίσης, ούτε οι εταίροι μας θα καλούνταν συνεχώς να ψηφίζουν νέα πακέτα στήριξης. Επίσης, αν η ΕΕ είχε στηρίξει τις μεταρρυθμιστικές δυνάμεις της χώρας, όταν έπρεπε, δεν θα είχε γίνει το πισωγύρισμα λαϊκισμού των τελευταίων ετών που οδήγησε σε ακόμη σκληρότερα δημοσιονομικά μέτρα. Το ελληνικό χρέος αυτή τη στιγμή δεν είναι βιώσιμο. Κάτι πρέπει να γίνει. Το εάν θα το πούμε ελάφρυνση, επιμήκυνση ή αναδιάρθρωση μικρή αξία έχει. Αυτή είναι μια πραγματικότητα με την οποία όλοι θα πρέπει να συμβιβαστούν. Βεβαίως, η ελληνική κυβέρνηση φέρει η ίδια τη σημαντικότερη ευθύνη και για αυτό το λόγο θα πρέπει να προχωρήσει άμεσα στις απαραίτητες μεταρρυθμίσεις. Ωστόσο η εμμονή αυτού του προγράμματος στους φόρους αφήνει λίγα περιθώρια αισιοδοξίας. Η χώρα έχει ανάγκη από πραγματικές επενδύσεις και ανάπτυξη. Όσο και να αυξήσεις τους φόρους, εάν η χώρα δεν κάνει επανεκκίνηση στην πραγματική οικονομία δεν πρόκειται να βγει από την κρίση.

12. Vermeidung von Interessenskonflikten bei vormaligen und amtierenden Mitgliedern der Kommission - Enthüllungen im Zusammenhang mit den Bahamas (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő napirendi pont: Közös vita – Összeférhetetlenségek a Bizottság nyilatkozata az összeférhetetlenség elkerülése volt és jelenlegi biztosok esetében (2016/2893(RSP)), valamint a Bizottság nyilatkozata a bahamai kiszivárogtatásról (2016/2914(RSP)).

Nagyon hosszú a lista, amit a kezembe kaptam. Ezért kérem Önöket, hogy kékkártyás lehetőséggel ne is éljenek, mert nem fogunk a vita végére érni. Nagyon elcsúsztak a mostani, délutáni vitáink.

Pierre Moscovici, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés, la Commission actuelle, la Commission Juncker, est très fermement attachée au respect de ses obligations telles qu'inscrites dans les traités et dans le code de conduite des commissaires. Parmi ces obligations figure celle d'indépendance et d'intégrité des membres de la Commission. Cette Commission insiste sur deux concepts majeurs que sont la transparence et l'exemplarité. Le Parlement ainsi que tous les citoyens doivent avoir l'assurance que les commissaires agissent exclusivement dans l'intérêt de l'Union européenne et que la transparence nécessaire est garantie. Toute situation de conflit d'intérêts doit donc impérativement être évitée.

Les traités – je voudrais le rappeler – prévoient les obligations d'indépendance et d'intégrité à respecter par les membres de la Commission pendant toute la durée de leur fonction. L'article 245 du traité prévoit également, pour les membres de la Commission, l'obligation de respecter les devoirs d'honnêteté et de délicatesse quant à l'acceptation, après la cessation de leur fonction, de certaines autres fonctions ou de certains avantages. Le code de conduite des commissaires contient des dispositions qui concrétisent les obligations imposées par les traités. Il vise à empêcher tout risque de conflit d'intérêts, en fixant l'interdiction faite aux membres de la Commission d'exercer d'autres fonctions pendant leur mandat, exception faite des fonctions strictement honorifiques ou des activités politiques, bien sûr sans mandat. Les membres de cette Commission sont des hommes et des femmes qui ont des convictions et exercent des engagements politiques.

Le code prévoit également une procédure d'autorisation des activités envisagées à l'issue de leur mandat. Ce sont des règles strictes, au regard de celles qui s'appliquent aux membres des autres institutions européennes ou de celles en vigueur dans les États membres. Je commence à avoir une vie politique un peu longue, en tout cas assez respectable; j'ai exercé beaucoup de fonctions – député, député européen, élu local, ministre dans mon pays – et je peux, en effet, témoigner que les règles fixées pour les commissaires sont plutôt plus solides que toutes celles que j'ai eu à vivre auparavant. Ce code a fait l'objet de plusieurs révisions, à chaque fois pour être plus précis et plus rigoureux. Ces révisions sont toujours allées dans le sens d'un renforcement de ces dispositions.

Je voudrais m'arrêter quelques instants sur les activités post-mandat qui ont suscité beaucoup d'intérêt. Selon le code de conduite, lorsque les commissaires envisagent d'exercer une activité professionnelle – donc, les ex-commissaires, dans les 18 mois qui suivent la fin de leur mandat –, ces membres ou anciens membres ont l'obligation d'informer la Commission de ces activités. Cette période de 18 mois est conforme aux standards européens et internationaux et vise à éviter des situations de conflit d'intérêts à l'issue du mandat. Dans cette configuration, la Commission consulte le comité d'éthique ad hoc lorsque l'activité envisagée a un lien avec le portefeuille exercé et elle statue ensuite sur la compatibilité de l'activité envisagée sur proposition du président.

En pratique, cela signifie que, pendant les 18 mois qui ont suivi la fin de la Commission précédente, cette Commission – je parle bien de la Commission Juncker – a consulté le comité d'éthique ad hoc sur 40 des 114 activités notifiées par les membres des Commissions précédentes. Le comité a adopté 5 avis négatifs. En cas d'avis négatif, les membres concernés ont toujours, à chaque fois, préféré retirer leur notification plutôt que de risquer de recevoir un avis négatif de la Commission également. Cela prouve, à mon sens, l'efficacité du fonctionnement du comité d'éthique et la force des règles qui s'appliquent.

Toutes les décisions adoptées par la Commission sont accessibles au public – je tiens à le dire – à travers son procès-verbal. En vue d'assurer une plus grande transparence, cette Commission a mis en place une page web où chaque décision est reprise avec un lien direct au procès-verbal correspondant dès qu'il a été adopté. Les critiques de laxisme ou de manque de transparence ne sont donc pas fondées. Nous sommes face à des débats suffisamment graves et auxquels l'opinion publique attache une importance suffisamment grande pour ne pas en rajouter ou imaginer d'autres types de manquements.

Par ailleurs, aucune règle, même la plus stricte, ne peut se substituer à la responsabilité individuelle des membres de la Commission. Si l'on considère – et vous avez évoqué deux communications, que j'ai en fait regroupées – les cas récents de l'ancien président de la Commission, M. Barroso, et de l'ancienne vice-présidente, M^me^ Kroes, aucune extension des obligations imposées par le code de conduite n'aurait pu prévenir leur choix de développement professionnel. Il peut y avoir ici des appréciations sur la responsabilité individuelle de tel ou telle.

Quant aux déclarations d'intérêts des commissaires, chacun en est personnellement responsable. Cette déclaration doit être exacte et complète afin de permettre l'examen effectif des risques de conflit d'intérêts, et, là encore, elle est précise, actualisée et va au fond des choses.

Je terminerai en disant que le président suit attentivement et personnellement la mise en œuvre du code de conduite et considère qu'à ce stade, aucun changement du code n'aurait permis d'éviter les cas qui font aujourd'hui l'objet d'une attention particulière de la part du Parlement et de l'opinion publique, ce qui n'empêche pas, bien sûr, d'en débattre et de formuler telle ou telle appréciation que le président a également eu l'occasion de faire connaître.

Tadeusz Zwiefka, *w imieniu grupy PPE*. – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Sprawy związane z konfliktem interesów w przypadku kandydatów na komisarzy czy komisarzy to sprawa i kwestia niezwykle delikatna, ale jednocześnie tak bardzo wrażliwa i tak poruszająca wyobraźnię naszego społeczeństwa, że nie możemy przemilczeć sytuacji, które mają miejsce i które budzą także nasz niepokój. Komisja Prawna Parlamentu Europejskiego jest zobowiązana do wydania opinii, czy kandydat na komisarza rzeczywiście spełnia wszystkie wymogi związane z brakiem konfliktu interesów. Problem polega na tym, że w Komisji Prawnej nie dysponujemy w zasadzie żadnym sensownym materiałem, na podstawie którego moglibyśmy taką opinię wydać w sposób bezpieczny, a jednocześnie gwarantujący, że wydajemy ją tak naprawdę na serio. Wydaje się, że w tej mierze my i Komisja Europejska mamy bardzo dużo do zrobienia. Kodeks postępowania komisarzy jest oczywiście niezwykle ważnym instrumentem, ale wiele zapisów tam umieszczonych to zapisy natury bardzo ogólnej. Chcielibyśmy wiedzieć, co oznacza sformułowanie *Family interest*? Jakiego rodzaju powiązania rodzinne czy przyjacielskie kandydata na komisarza lub aktualnego komisarza mieszczą się w tym szerokim pojęciu? To także ułatwiłoby pracę Komisji Prawnej. Nie chcemy być ani urzędem prokuratorskim, ani sądem, ale chcemy w sposób bardzo precyzyjny i bardzo uczciwy wykonać pracę, którą nakłada na barki posłów Komisji Prawnej Regulamin Parlamentu Europejskiego przy wyborze nowych komisarzy i ocenie pracy aktualnych komisarzy.

Jeśli chodzi o sprawy bieżące, to *Le Monde* – bardzo poczytna francuska gazeta – napisała, że rzeczywistość opisana w Bahamas Leaks to moralna zdrada elit. Pytam się, jakich elit? To są ewentualnie przestępcy, to nie są żadne elity. Wydawać by się mogło, że tak znakomita gazeta jak *Le Monde* powinna być bardziej precyzyjna.

Peter Simon, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir behandeln ja heute zwei Punkte: Interessenskonflikte und die „Bahamas-Leaks“. Was haben diese beiden Punkte miteinander zu tun? Sie sind in erster Linie Beleg für offensichtliche Systemfehler. Auf der einen Seite haben wir hochrangige ehemalige Vertreter der EU-Kommission, von denen man eigentlich schon aufgrund der von Kommissar Moscovici ja deutlich hervorgehobenen strengen Regeln erwarten konnte, dass eine besondere Sensibilität vorhanden ist – in der Praxis Fehlanzeige. Auf der anderen Seite haben wir, was „Bahamas-Leaks“ angeht, unzählige anonyme Briefkastenfirmen, die per se auch nicht illegal sind, die aber kriminellen Machenschaften wie Geldwäsche und Steuerflucht Tür und Tor öffnen. Wir haben es hier mit nur zu oft staatlich geduldeter Verschleierungskriminalität zu tun.

In beiden Fällen – und das bringt die beiden Dinge zusammen – sind die Folgen verheerend. Die Bürgerinnen und Bürger draußen bekommen das Gefühl, dass für bestimmte Teile der Gesellschaft, für die da oben, irgendwie ganz andere Regeln gelten, andere Gesetze, als für die Normalverbraucher. Ob das im Einzelfall so zutrifft oder nicht, ist egal. Das Gefühl breitet sich aus. Wir als Volksvertreterinnen und Volksvertreter müssen dem zutiefst entgegenwirken, weil dies an die Säulen der Akzeptanz unseres Systems durch die Menschen geht.

Das heißt, was die Kommission angeht: Natürlich haben wir gute Vorschriften, aber die müssen eben noch besser werden, und die Sanktionen müssen noch härter werden. Und was Briefkastenfirmen angeht, heißt das natürlich, dass wir klare Regelungen brauchen, welche Länder für uns auf eine Steueroasenliste kommen und was effektive Sanktionen sind. Dies wird ein langer Kampf. Aber dieses Haus hat in der Vergangenheit bewiesen: Wir haben einen langen Atem.

Bernd Lucke, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Es ist in der Tat so, dass das, was sich im Rahmen dieser Leaks abspielt – seien es die „Mossack-Fonseca-Leaks“, also die „Panama-Leaks“, oder seien es die „Bahamas-Leaks“ –, das Vertrauen der Bürger in die Politik aushöhlt. Denn zumindest wird der Eindruck erweckt, als seien die Politiker unfähig, dem Missbrauch der Steuergesetzgebung, dem Entweichen von Steuergeldern in irgendwelche Offshore-Häfen etwas Wirkungsvolles entgegenzusetzen. Das für sich genommen ist schon schlimm in einer Zeit, in der wir sowieso eine spürbar wachsende Distanz zwischen Politikern und Bevölkerung und Wählern verzeichnen müssen. Aber hier in dieser Situation ist die Situation natürlich insofern noch etwas schlimmer, als es eine ehemalige Kommissarin war, die mehr oder weniger auf frischer Tat ertappt worden ist, die ganz eindeutig gegen den Verhaltenskodex, den sie selbst unterschrieben hat, verstoßen hat, wo sie sich verpflichtet hat, ihre möglichen Interessenkonflikte offenzulegen.

Der Punkt, der jetzt von Ihnen, Herr Moscovici, nicht wirklich angesprochen worden ist, und wo ich Sie bitten würde, nachher noch einmal darauf einzugehen, ist der: Was machen wir denn nun gegen diese Verstöße? Ich glaube ja durchaus, dass die Verhaltensregeln gut formuliert sind, dass man versucht hat, sie so präzise wie möglich zu schaffen – obwohl der Kollege von der EVP zu Recht noch einige Verbesserungsmöglichkeiten angemerkt hat. Aber das Phänomen, das wir haben, ist doch, dass gelegentlich trotz allem dagegen verstoßen wird und offenbar wissentlich dagegen verstoßen wird. Die Frage ist: Welche Konsequenzen zieht die Kommission daraus? Was sind die Sanktionen, die ergriffen werden sollen? Welche Strafen können verhängt werden in solchen Situationen? Da würde ich eine Antwort der

Kommission wirklich für sehr wünschenswert halten.

Jean-Marie Cavada, *au nom du groupe ALDE.* – Madame la Présidente, la situation difficile dans laquelle nous nous trouvons prend sa source dans les défauts et les largesses, eu égard à la confiance que les peuples placent dans leurs dirigeants, permis par le code de conduite des commissaires.

Premier élément important, l'initiative de la rédaction de ce code de conduite revient aux commissaires eux-mêmes. Ils sont donc juges et parties et, de ce point de vue-là, ce n'est vraiment pas une bonne chose. Ironie du sort, c'est la Commission Barroso, elle-même, qui, en 2011, était chargée de la révision du code de conduite. On ne peut pas dire qu'elle ait été sévère.

Deuxième élément, la période de *calling off* est beaucoup trop courte. Actuellement, elle est de dix-huit mois. Les textes législatifs pour lesquels les commissaires peuvent subir l'influence des groupes de pression ont une vie beaucoup plus longue, beaucoup plus dure: trois ans, cinq ans et même parfois, comme dans le cas du PNR, une bonne dizaine d'années. Il faut donc revoir cette durée impérativement afin d'ôter tout soupçon.

Troisième élément qui, me semble-t-il, est très important: le code de conduite des commissaires établit un comité d'éthique ad hoc, mais ce comité est seulement consultatif. Il est saisi par la Commission elle-même, alors qu'il devait être indépendant et souverain et devait pouvoir s'autosaisir.

Alors, voici mes recommandations. Premièrement, avoir un comité d'éthique qui soit indépendant. Deuxièmement, lui permettre, comme je viens de le dire, de s'autosaisir.

Enfin, pour terminer, voici l'exemple de ce que j'appelle une démocratie saine: le Canada, un pays extrêmement exigeant. Les ministres, les secrétaires d'État et les parlementaires se voient interdire l'accès à toute activité de lobbying pendant cinq ans. C'est un commissaire chargé de surveiller cette affaire qui fait la loi. Il est élu par le parlement pour sept ans. Voilà une démocratie. À bon entendeur…

Dennis de Jong, *namens de GUE/NGL-Fractie.* – In 2004 hadden veel leden van het Europees Parlement ernstige twijfel over mevrouw Kroes als kandidaat-commissaris. Kroes was in haar tijd als Nederlandse minister bekend geworden door haar niet onfortuinlijke vriendschappen met dubieuze zakenlieden. Het Nederlands parlement had een onderzoek naar belangenverstrengeling ingesteld, maar dat werd niet tijdig afgerond voordat ze alweer minister af was. In die zin was ik dan ook niet verbaasd dat Kroes verbonden was aan een duistere onderneming op de Bahama's, die als voornaamste taak zou hebben gehad een stuk van het al even duistere Enron op te kopen. Maar ernstig is het wel, vooral ook omdat het Parlement in 2004 van Kroes geëist had dat ze als commissaris Mededinging geen enkel belang meer zou hebben bij welk bedrijf dan ook. Ze beloofde dit plechtig in dit Parlement maar naar nu blijkt had ze verzuimd na te gaan of er ergens nog een onafgemaakt project lag.

Maar Kroes gaat door. Ze heeft alweer weer nieuwe banen bij onder meer Merrill Lynch en bij Uber. Voor de eerste baan kreeg ze voorwaardelijke toestemming van het ethische comité van de Commissie. Voor de tweede baan hoefde dat al niet meer omdat de afkoelingsperiode van 18 maanden was afgelopen. Kroes kan nu voluit gaan lobbyen voor dat bedrijf en ze weet als ex-commissaris Digitale Agenda goed de weg. Het is al met al een zootje.

Daarom vraag ik de Commissie om drie concrete punten: 1. geen voorwaardelijke instemming meer door het ethische comité voor risicovolle jobs en versterking van dat comité met volledig onafhankelijke experts; 2. verlenging van de afkoelingsperiode tot drie jaar; 3. duidelijke richtsnoeren over wat integriteit en discretie betekenen voor ex-commissarissen, want het is zonneklaar dat een aantal van hen daar geen notie van hebben of willen hebben. Ten slotte moet de Commissie zowel in het geval van Barroso als in dat van Kroes naar het Hof van Justitie stappen om hun pensioenrechten af te pakken. Deze mensen verdienen geen EU-pensioen meer. Ze krijgen al genoeg geld via hun dubieuze vriendjes.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE.* – Madame la Présidente, chers collègues, qui fait aujourd'hui le plus de tort au projet européen? Les eurosceptiques comme M. Farage ou M^me^ Le Pen ou les eurocyniques comme M. Barroso et M^me^ Kroes? Ce qui est clair, c'est que les premiers gagnent du terrain en attisant la colère suscitée par le comportement indigne des seconds. Plus les gouvernants sont gagnés par le cynisme, plus le populisme séduit les gouvernés. En rejoignant la banque Goldman Sachs, symbole de tous les excès de la finance et acteur de premier plan de la crise financière de 2008, José Barroso a sapé encore un peu plus la confiance des citoyens dans le projet européen. C'est pour cette raison qu'il doit être sanctionné. La décision de M. Juncker de saisir le comité d'éthique à ce sujet est beaucoup trop tardive et bien insuffisante. Il faut saisir la Cour de justice.

Le scandale qui éclabousse aujourd'hui M[me] Kroes nous rappelle d'ailleurs que le cas Barroso est loin d'être isolé et les cas de Gerhard Schröder, de Tony Blair ou de Jérôme Cahuzac illustrent bien qu'il ne s'agit pas d'une maladie propre aux institutions européennes.

Il est urgent de renforcer les règles sur les conflits d'intérêts et j'aimerais en outre adresser une mise en garde aux représentants de la Commission et, au-delà, à nous tous, responsables politiques européens, tant à Bruxelles que dans les États membres: les citoyens ont le sentiment – et trop souvent avec raison – que les décisions politiques sont taillées de plus en plus sur mesure dans l'intérêt du *big business*. Le recyclage d'anciens commissaires ou d'anciens ministres dans les milieux d'affaires ou leur implication dans des stratégies d'évitement fiscal ne font que renforcer leur suspicion, pour ne pas parler du cumul de responsabilités politiques avec des mandats dans le secteur privé, y compris au sein de cette assemblée.

La confiance des citoyens dans leurs institutions et leurs élus est le fondement de la démocratie et nous savons que cette confiance est ébranlée. La restaurer exige de chacun d'entre nous de remettre au cœur de notre action la défense de l'intérêt général avec une attention particulière pour les plus fragiles et les plus précarisés d'entre nous. À défaut, ce n'est pas seulement l'europhobie qui progressera, mais bien le rejet même de nos institutions démocratiques.

Marco Valli, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il titolo di questo dibattito è «Conflitti di interesse nell'Unione europea». A me viene da ridere, ma ci sarebbe da piangere su questo tema, anche perché partiamo dal presupposto che abbiamo un Presidente della Commissione, che tutti gli altri gruppi hanno sostenuto, che è a capo di un paradiso fiscale di fatto, che ha visto più amministratori delegati di banca negli ultimi diciotto anni che cittadini europei. Questo è il presidente Juncker in questo momento. Poi abbiamo Barroso, il presidente precedente, che adesso si ritrova a lavorare per la Goldman Sachs, guarda caso un'altra banca, un'altra élite, un altro potentato.

Andiamo a vedere se queste banche hanno le sedi nei paradisi fiscali e cosa sta facendo la Commissione europea e cosa stanno facendo queste persone, invece di dare fiato alla propria bocca, dal punto di vista legislativo per andare a tappare questo problema, perché banche e grandi multinazionali fanno un po' quello che vogliono e poi dopo li assumono anche. Allora a qualcuno può venire giustamente il dubbio che ci sia un conflitto di interessi tra queste persone e le grandi multinazionali, le grandi élite e le banche, e allora che l'Unione europea sia fondata su questo, non sugli interessi dei cittadini ma sugli interessi dei poteri forti. E mi rivolgo proprio al Commissario, perché vedo una persona che magari a parole sta cercando di portare fuori questo tema, però poi dopo, nei fatti, non succede niente.

Le raccomandazioni sono sempre state fatte nella commissione TAXE e Panama Papers. Ringrazio i giornalisti d'inchiesta che tengono alta questa pressione mediatica. Però la credibilità di questa Unione europea è a zero, con queste persone che continuano a rappresentarci e con questi deputati che continuano a votare queste commissioni.

Mario Borghezio, *a nome del gruppo ENF*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il caso dei Bahamas Leaks apre uno scenario ancora più preoccupante dei Panama Papers. Fa veramente scandalo la posizione di questo ex Commissario, la signora Kroes, che, mentre minacciava gli evasori fiscali, coltivava nelle banche interessi non dichiarati, rivestendo la carica di *director* per il periodo 2000-2009 di una società offshore ancora oggi attiva. Ma come, proprio questo vostro Commissario, che solidarizzava con i cittadini oppressi dalle tasse e voleva scatenare inchieste sugli extra utili accumulati dai trasgressori, sedeva sul banco in cui siede lei, signor Moscovici, che in quest'Aula mi sembra Alice nel paese delle meraviglie. Ma ha mai sentito parlare delle riunioni segrete del Bilderberg, della commissione trilaterale a cui hanno partecipato e continuano a partecipare allegramente Presidenti della Commissione e Commissari, dove decidono i governi, si è deciso l'euro, si è decisa tutta la storia politica ed economica e finanziaria? Siete tutto un conflitto di interessi. Questa Unione europea è un monumento al conflitto di interessi e alla segretezza e alla non trasparenza. Non prendete per il sedere i cittadini europei.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, δεν υπάρχει αμφιβολία ότι η διαφθορά είναι ένα φαινόμενο το οποίο παρατηρείται παντού. Είναι μια κατάσταση αναπόφευκτη που εμφανίζεται από την αρχαιότητα και, δυστυχώς, εξακολουθεί να εμφανίζεται ακόμη και στη σημερινή εποχή: άνθρωποι υπεράνω υποψίας, σε περίοπτες θέσεις, με υψηλές αποδοχές, άνθρωποι που έχουν λύσει εδώ και χρόνια το οικονομικό τους πρόβλημα, αιφνιδιάζουν τη διεθνή κοινότητα με τη διαφθορά στην οποία επιδίδονται. Πρόσφατα πολύ γνωστά παραδείγματα είναι οι περιπτώσεις νυν και παλαιοτέρων Επιτρόπων της Ευρωπαϊκής Ενώσεως και το οικονομικό σκάνδαλο του Bahama Leaks.

Χαρακτηριστικό γνώρισμα των ανθρώπων αυτών είναι η παντελής έλλειψη ηθικών φραγμών, δεοντολογίας και αισθήματος ευθύνης. Έτσι, αντί να χρησιμοποιήσουν τις υψηλές θέσεις που κατέχουν προς όφελος όσων τους πίστεψαν και τους εμπιστεύτηκαν, αυτοί χρησιμοποιούν τις θέσεις αυτές για να εξυπηρετήσουν παράνομα προσωπικά τους συμφέροντα. Πρέπει να καταβληθεί προσπάθεια να περιοριστεί το φαινόμενο γιατί το να εκλείψει είναι αδύνατον. Επειδή όπως η γυναίκα του Καίσαρος πρέπει και να φαίνεται ότι είναι τίμια, όπως είχε πει ο Ιούλιος Καίσαρας, για αυτό πρέπει και η Ευρωπαϊκή Ένωση να θεσπίσει αυστηρούς κανόνες και να περιορίσει το φαινόμενο …

(Η Πρόεδρος αφαιρεί τον λόγο από τον ομιλητή.)

Dariusz Rosati (PPE). – Madam President, the so-called 'Bahamas Leaks' have revealed further information on the world of offshore tax havens. They shed light on a secretive offshore centre which offers anonymity and no taxes on profits, capital gains income and inheritance to companies that register there. The large scale of both the Panama Papers and the Bahamas Leaks has proven that tax evasion is a massive structural problem, which we can only fight if we act together. This requires an effective cooperation between the EU Member States, as well as exerting pressure on tax haven countries to change their tax policies towards more transparency. Anonymity and secrecy cannot be offered if they are used to avoid or evade paying due taxes.

Taking into account the similar schemes revealed by the Panama Papers and the Bahamas Leaks, I welcome the fact that the Bahamas Leaks revelations fall under the competences of the newly established Committee of Inquiry into Money Laundering, Tax Avoidance, and Tax Evasion (PANA). Therefore, I strongly urge the Commission and the Member States to cooperate closely with Parliament and with the PANA Committee in order to more effectively fight tax evasion, tax avoidance and money laundering. Speeding up the process of setting up a joint list of tax havens will surely be a step in the right direction. The scandalous practices revealed in the Bahamas Leaks have to be stopped.

Evelyn Regner (S&D). – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kommissar! Ich möchte es gleich von hinten aufziehen, nämlich das nennen, was wir brauchen: Wir brauchen ein öffentliches Unternehmensregister, damit wir nachvollziehen können, wer wirtschaftlich Berechtigter von Firmen ist – Also die Offenlegung des wirtschaftlichen Eigentümers. Hätten wir das gehabt, wäre es schon wesentlich schneller offensichtlich gewesen, was mit Frau Kroes los ist. Um in Zukunft einen Fall wie jenen von Herrn Arias Cañete zu verhindern, brauchen wir ein Verfahren über die Erklärung der finanziellen Interessen der Kommission, das verbessert ist und das uns als Europäisches Parlament hier mehr Mitspracherechte einräumt.

Wer Kommissar wird oder wer Kommissar ist, darf keine Unvereinbarkeit mit dem Job aufweisen. Was meine ich damit? Frau Kommissarin Kroes ist kein Marsweibchen. Sie hat natürlich eine eine berufliche Vergangenheit – wir haben alle eine berufliche Vergangenheit, aber wichtig ist, dass dadurch nicht ihre politischen Entscheidungen beeinträchtigt werden konnten. Mit dem Nicht melden des Unternehmens, das durch die „Bahamas-Leaks" offenkundig wurde, hat Frau Kroes nun gegen die Regeln verstoßen.

Wir hatten in der letzten Straßburgwoche ihre Nachfolgerin Frau Vestager hier, als wir über ihre Apple-Entscheidung gesprochen haben – eine harte Entscheidung. Und damit die Kommission klare, harte Entscheidungen treffen kann, nicht salopp mit Steuersündern umgeht – wie es beispielsweise Frau Kroes gemacht hat –, brauchen wir eine Kommission, die unvoreingenommen und möglichst frei ist.

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Ujawnione ostatnio przypadki Mario Barroso, Neelie Kroes, Conni Hedegaard, podobnie jak wcześniej ujawniona dzięki LuxLeax rola przewodniczącego Junckera w rozwoju gospodarki Luksemburga podważają już i tak głęboko naruszone zaufanie do instytucji europejskich. Trudno o lepsze przykłady rozdźwięku między pięknymi słowami a czynami kierującymi się starożytną maksymą, że pieniądz nie śmierdzi. Chciałbym podać inny aktualny przykład: otóż dwie sprawozdawczynie Parlamentu zajmujące się dyrektywą audiowizualną są członkami rady Westdeutsche Rundfunk. Koleżanka Kammerevert jest nawet przewodniczącą komisji programowej rady WDR. Podczas ostatniego wysłuchania publicznego w CULT w trosce o niezależność mediów od kół polityki powoływały się jednak nie na swój przykład i nie na przykład pana Ruprechta Polenza – czołowego polityka CDU, a jednocześnie do niedawna długoletniego przewodniczącego rady telewizji ZDF, lecz koncentrowały się na przykładzie Polski, notabene kraju, którego media są zdominowane przez koncerny niemieckie. Trudno o lepszy przykład hipokryzji.

Petr Ježek (ALDE). – Madam President, I hope that the Commission will do its homework regarding the code of conduct and its application, but the Bahamas Leaks revelations are far wider. This confirmed that the Panama Papers were just the tip of a large iceberg; but there is good news as well. This Parliament established a committee of inquiry and there is a strong impetus and political will to eradicate money laundering, tax evasion and tax avoidance.

I think we must explore two main avenues: the way the legislation is implemented and reinforced, and also whether the legislation is efficient, up to the task. When we see how some European depositors reacted to the introduction of the EU Savings Directive by shifting their wealth to tax havens, we may rightly wonder whether the legislation fully addressed the issue. The same goes for the subsequent legal framework on automatic exchange of information. Moreover, automatic exchange is not sufficient if the real owner of the company can remain anonymous.

The public register is a good thing and a necessary one, but again, if the EU is the only one to impose this, money will just go where it is easy to stay off the radar. It is time the EU used its power to impose restrictive measures on the non-complying jurisdictions, but also to team up more with the OECD and other allies in this crusade against shady money flows.

Fabio De Masi (GUE/NGL). – Frau Präsidentin! US-Präsident Roosevelt sagte einst: „Es ist genauso schlimm, vom organisierten Geld regiert zu werden wie vom organisierten Verbrechen!“ Einige EU-Kommissare sind immer dort, wo das große Geld ist. Europäische Kommission klingt für immer mehr Menschen zunehmend nach europäischer Korruption. Gäbe es ein Defizitverfahren für Glaubwürdigkeit, wären die Barrosos & Co bankrott. EU-Kommissionspräsident Juncker ist der Pate des Steuerkartells für Konzerne, während die Bevölkerung unter Kürzungsdiktaten ächzt. Ex-Kommissionspräsident Barroso prostituiert sich bei Goldman Sachs. Trüge die Ex-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes ihre Sponsoren auf dem Körper wie bei der Formel 1, wäre sie von oben bis unten tätowiert. Kroes unterhielt eine Briefkastenfirma auf den Bahamas. Sie wollte mit den Scheichs und Enron den Gasmarkt aufrollen, während sie in Brüssel die Gasmärkte regulierte.

Basta, *enough is enough*. Brüssel muss liefern, Herr Moscovici! Entziehen Sie Frau Kroes ihre Rente und schaffen Sie harte Sanktionen gegen Verstöße beim Verhaltenskodex. Wir brauchen eine strenge Abkühlphase gegen die Drehtür in die private Wirtschaft.

Das Lobbyregister muss gesetzlich verbindlich werden, und die Expertengruppen der Kommission müssen öffentlich tagen und ausgewogen besetzt sein. Schluss damit, dass Banker Gesetze schreiben!

Drittens: Schließen Sie die Schlupflöcher bei der Geldwäscherichtlinie. Keine Scheindirektoren mehr! Wenn ein Unternehmen seine wahren Eigentümer nicht nennen kann, darf es keine Geschäftsbeziehungen in der EU führen.

EU-Kommissare haben der Bevölkerung zu dienen, nicht dem großen Geld!

Pascal Durand (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Monsieur Moscovici, j'ai entendu votre discours et je me demande si nous vivons dans la même réalité, parce qu'à bien vous entendre, très clairement, il ne faut rien changer et tout va bien. Personnellement, je n'ai pas tout à fait le même sentiment et j'ai l'impression que les citoyens européens, dans leur grande majorité, ne le partagent pas non plus.

Alors, pourquoi le départ de M. Barroso chez Goldman Sachs est-il aussi grave? Parce qu'il s'inscrit dans une décennie de perte de légitimité des institutions européennes, et de la Commission en particulier, qui n'est plus vue par les citoyennes et les citoyens européens comme l'espace de l'intérêt général européen – vous le savez bien –, mais comme celui de la défense d'intérêts privés, notamment de ceux des plus privilégiés et des banques.

Je me contenterai de citer quelques noms: M. Romano Prodi, conseiller de Goldman Sachs Italie sur les questions internationales, qui devient président de la Commission 1999-2004; M. Mario Monti, commissaire à la concurrence dans la même Commission, qui est embauché en 2008 par Goldman Sachs; M. Mario Draghi, vice-président Europe de Goldman Sachs entre 2002 et 2005, qui devient président de la Banque centrale européenne. Qui imagine M. Delors ou M^{me} Veil quittant la Commission européenne et la présidence pour aller travailler pour une banque privée?

Des solutions existent, contrairement à ce que vous avez dit. Il faut faire changer les choses, il faut une haute autorité indépendante, de façon à arrêter que la Commission se juge elle-même par les pairs, il faut allonger la durée d'interdiction des passerelles public-privé et il faut prévoir des sanctions exemplaires lorsque des commissaires ont menti ou dissimulé au public des intérêts qui sont en contradiction avec les fonctions qu'ils occupent.

Patrick O'Flynn (EFDD). – Madam President, the enormous rewards at the top of

corporate businesses pose major conflict of interest challenges. Put bluntly, pay packages have become so big that former EU Commissioners have potential access to untold riches after retiring from public service and there is growing concern that future awards may start to impinge on the consciousness of current Commissioners. The position obtained by Mr Barroso with Goldman Sachs is a case in point. Could such a bonanza affect the thinking of a current Commissioner involved in regulating markets? I fear it could.

The European Ombudsman has already criticised the Barroso Commission for laxity in this area, calling for a tougher code of conduct. I must advise this Chamber that the growing gulf between the EU and those it governs was a key weapon for people like me in the UK referendum. So, if the ethical arguments for tougher constraints do not sway you, then you might like to contemplate the imperative for self-preservation instead.

Bernard Monot (ENF). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, Edith Cresson et les emplois fictifs, Peter Mandelson et le dumping chinois, John Dalli et l'industrie du tabac, Jean-Claude Juncker et LuxLeaks, Miguel Arias Cañete et les Panama Papers, José Manuel Barroso et Goldman Sachs, et maintenant Nelly Kroes et les Bahamas Leaks. Vous l'aurez bien compris, il ne s'agit pas d'une litanie des saints mais plutôt d'une litanie des malsains. Monsieur Moscovici, ce n'est qu'un extrait de la longue série des commissaires européens impliqués dans des scandales de conflits d'intérêts et de corruption avant ou pendant leur mandat.

Chaque Commission apporte son lot d'affaires honteuses. Comment, après tant de scandales, arrivez-vous encore à croire en l'honnêteté de cette Europe bruxelloise? Comment ne voyez-vous pas que l'objectif de cette Commission européenne est de se mettre au service des lobbies mondiaux privés? Il faut être naïf, fou ou traître pour ne pas voir la réalité en face.

Alors, certes, vous allez nous baratiner qu'il faut plus de transparence, plus de règles, plus de surveillance, mais c'est ignorer le problème car l'Europe de Bruxelles est le problème, et ces quelques scandales ne sont que l'arbre qui cache la forêt. Vous voulez résoudre le problème des conflits d'intérêts? Alors mettez fin à cette Europe ultralibérale et corrompue, Monsieur Moscovici. Rendez la souveraineté aux États et laissez-les décider eux-mêmes de leur gouvernance économique dans l'intérêt de tous leurs peuples.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE). – Señora Presidenta, efectivamente el principio de independencia y de integridad está en el propio corazón de los Tratados en cuanto al comportamiento de los miembros de la Comisión. Ellos deben desempeñar sus funciones esgrimiendo el interés general de la Unión, que es tanto como decir trabajar con lealtad, con confianza y con transparencia. Tienen que abstenerse, sin duda, de cualquier acto que sea incompatible con la dignidad y también con las obligaciones de su cargo, durante el cargo y después del cargo.

En las comisiones competentes, hemos visto que podría mejorarse el Código de Conducta: entre otras cosas, hacerlo obligatorio y reformarlo, ampliando de dieciocho a veintidós meses el plazo de espera para trabajar después, en el periodo posterior al cargo, y también declarar todos aquellos bienes más allá de 10 000 euros, tanto de los comisarios como de sus descendientes, y otras mejoras.

La Comisión, por lo tanto, debe estar a la cabeza del cumplimiento de los más altos estándares de ética durante y después del cargo. Qué duda cabe de que la transparencia es el oxígeno de la democracia y este debe ser el signo de identificación de la propia Comisión.

Hoy los ciudadanos, para confiar en las instituciones, piden administraciones de cristal donde todo se vea, donde se vea todo lo que hacemos, con quién lo hacemos y de qué manera lo hacemos.

Tengo que acabar mi intervención diciendo que el señor Cañete cumplió escrupulosamente con el Código de Conducta, fue más allá del Código, y en ningún caso hay ningún conflicto de intereses en lo que afecta a su gestión.

Pervenche Berès (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, j'aurais voulu m'adresser au président de la Commission, Jean-Claude Junker, car il a dit que M. Barroso était son ami. M. Barroso n'est pas mon ami. Avec d'autres, je n'ai jamais voté pour lui, mais je crois que le fait d'avoir été président de la Commission implique des obligations.

Être commissaire est une charge immense. Je ne dis pas qu'après avoir été commissaire, on n'a pas le droit de travailler. Mais on ne peut pas avoir porté l'intérêt général européen et aller ensuite travailler pour Goldman Sachs. Je ne dis même pas qu'on n'aurait pas le droit d'aller travailler pour une banque, mais pour Goldman Sachs? Goldman Sachs est exactement à l'opposé de l'intérêt général européen. Nous ne pouvons pas laisser passer cela sans rien dire.

Or, les 18 mois ne disent rien sur ce point et, pourtant, l'article 245 – comme on introduit parfois un peu de poésie ou de littérature dans l'ordre juridique – dit qu'après la cessation des fonctions, il y a un devoir d'honnêteté et de délicatesse. Personne ne peut penser que M. Barroso a fait preuve de cette délicatesse. Quant à M[me] Nelly Kroes, elle a tout simplement menti. Lorsqu'elle avait été auditionnée par ce Parlement, en 2004, nous avions dénoncé le risque de conflit d'intérêts. Elle avait été protégée par M. Barroso au nom de la grande alliance libérale.

Parce que je crois que la Commission est une institution essentielle, que nous en avons besoin pour faire vivre l'idéal européen, nous vous demandons de réviser les règles, nous vous demandons qu'un commissaire …

(La Présidente retire la parole à l'oratrice)

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR). – Arvoisa puhemies, komission jäsenten eturistiriidat liittyvät komissaarien lisäksi myös heidän lähipiiriinsä ja avustajiinsa. On naiivia olettaa, että pelkästään komissaarien henkilökohtaiset ilmoitukset sidonnaisuuksistaan riittävät luomaan kokonaiskuvan siitä, kenen kynillä täällä lainsäädäntöä kirjoitetaan. Suuryritysten lobbarit niitä liian usein kirjoittavat, ja omaksi edukseen, totta kai.

Myös komissaarien avustajakunnan liikkuminen edestakaisin yrityselämän ja erilaisten etujärjestöjen tehtäviin tulisi saada nykyistä paremmin päivänvaloon.

Merkittävässä asemassa olevat päätösten valmisteluun osallistuvat henkilöt saavat usein haltuunsa julkiselle sektorille kuuluvaa sisäpiiritietoa, jota ei hetken päästä saisi kaupata vastapuolena toimiville suuryrityksille. Tämä on selkeä epäkohta, joka pitäisi korjata.

Michael Theurer (ALDE). – Frau Präsidentin! Herr Kommissar! Lux Leaks, Panama, Bahamas – dies alles zeigt den Handlungsbedarf. Dieser Handlungsbedarf ist schon seit Längerem bekannt. Eine Studie für dieses Parlament hat bereits im Jahr 2014 im Zusammenhang mit dem Verhaltenskodex für Kommissionsmitglieder festgestellt: Während andere Ethik-Kodizes „dazu beitragen, das öffentliche Vertrauen in die Regierung zu erhöhen, scheint das Kommissionssystem auf die politischen und Karriereinteressen der Kommissare ausgerichtet zu sein".

Schon damals hat das Parlament Änderungen gefordert, und es ist ganz dringend notwendig, dass die jetzt schnell in die Tat umgesetzt werden. Denn Neelie Kroes zeigt: Hier ist ein Verstoß vorgekommen, der nicht aufgedeckt wurde. Das Parlament hat es nicht erkannt, die Kommission hat es nicht erkannt – da geht es um mangelnde Kontrolle.

Bei Herrn Barroso und bei Herrn Arias Cañete stellt man aber fest, dass die Regeln offensichtlich nicht ausreichen. Experten empfehlen seit langem, dass die Regeln verändert werden, und das muss jetzt gemacht werden. Denn die Debatte hier zeigt, dass es ansonsten von den Extremen missbraucht wird, um das System in Frage zu stellen, und das darf nicht passieren.

Marisa Matias (GUE/NGL). – Senhora Presidente, a Comissária Georgieva preparou a sua candidatura às Nações Unidas enquanto recebia salário da Comissão Europeia. Durão Barroso formalizou a sua velha ligação à Goldman Sachs e passou de uma união de facto a um casamento. O Comissário Cañete, sim, saiu do *lobby* do petróleo para vir para a pasta do Clima e da Energia. E esta lista está longe de ser exaustiva.

Há um problema de registo e há um problema de conflitos de interesses, mas nenhum destes exemplos seria resolvido pelas novas propostas da Comissão Europeia. Nós precisamos de um registo intertemporal com incompatibilidades absolutas ao longo dos períodos de pausa e não apenas relativos aos períodos em que exercem as funções, senão vamos continuar a ter comissários que vêm da indústria e à indústria voltarão.

O problema de fundo é que ninguém pode servir dois senhores: não pode estar ao serviço dos interesses financeiros e ao serviço dos interesses dos cidadãos ao mesmo tempo e, portanto, se há portas giratórias, é porque as salas nestas instituições são contíguas.

Enquanto a Comissão estiver ao serviço dos interesses financeiros e não estiver ao serviço dos interesses da população, continuaremos a ter este tipo de comissários mas, no dia que for ao serviço dos cidadãos, garanto que estes comissários nem sequer quererão ir para a Comissão.

Puhetta johti ANNELI JÄÄTTEENMÄKI

varapuhemies

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE). – Señora Presidenta, desgraciadamente, ha habido diversos comisarios europeos que han puesto en evidencia un conflicto personal de intereses. En mi opinión, no deberíamos pedir simplemente, aunque sea deseable, que los comisarios sean buenas personas, personas honestas. Esta es una petición ética subjetiva.

Lo que resulta urgente es, por ejemplo, que, durante unos años, tras el periodo de servicio público, sea imposible, por ley, usar en beneficio propio las puertas giratorias sociales y económicas y la información privilegiada.

La acción política y el servicio público deben ser éticamente reforzados desde su interior y hay que asegurar el derecho de cualquier ciudadano, bueno o malo, a acceder a posiciones de poder y responsabilidad. El ejercicio responsable del poder debe quedar blindado ética y legalmente, accesible a todos, a los buenos y a los que a veces no lo parecen, abierto a todos, pero muy controlado por la ley.

Sí, lo que discutimos es cuestión de ética legal.

Isabella Adinolfi (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, oggi il Movimento 5 Stelle compie sette anni. Da sette anni noi combattiamo i conflitti di interesse di tutti quei politici che, abusando del loro ruolo, allontanano i cittadini dalle istituzioni pubbliche. Il Movimento 5 Stelle non può accettare questa vergogna! Noi non vogliamo far parte di un sistema marcio!

Il Presidente Juncker, che oggi diserta il dibattito, indiscusso protagonista del caso LuxLeaks, rappresenta un gigantesco conflitto di interessi vivente. Cañete, da lui scelto, è un petroliere nominato Commissario al clima e all'energia. Ma d'altronde la prassi normale della Commissione europea è questa. Barroso, il suo predecessore, ora è alla Goldman&Sachs. L'ex Commissaria all'agenda digitale Kroes ora è stata nominata consulente da Uber. Mi fermo qui ma la lista potrebbe essere molto lunga. Chissà se Juncker ha già pensato al suo futuro, a cosa farà quando il suo mandato di Presidente sarà concluso. Tornerà forse a essere consulente di qualche paradiso fiscale? Sarà al servizio di qualche lobby?

Presidente, i cittadini europei chiedono fatti concreti. Non perda tempo e ci presenti immediatamente una normativa europea sul conflitto di interessi.

Werner Langen (PPE). – Frau Präsidentin! Kommissar Moscovici hat gesagt: Wir beabsichtigen keine Änderung der Regeln. Da liegen Vorschläge vor! Wenn die Regeln so gut gewesen wären, dann hätten sie sicher besser kontrolliert werden müssen. Die Liste der Fälle ist ja ellenlang – es sind ja nicht nur die hier Genannten, und es gibt auch Unterschiede zwischen diesen Fällen.

Frau Kroes hat das Parlament belogen. Sie hatte in den 10 Jahren vorher 37 verschiedene Mandate und Vorsitze von Firmen, Gesellschaften und Aufsichtsräten. Sie hat bei ihrer Anhörung 2004 behauptet, sie habe alles niedergelegt – sie hat das Parlament belogen! Wir werden das im Panama-Untersuchungsausschuss sicher nutzen, um sie anzuhören und sie zu stellen. Die anderen Fälle, die hier genannt wurden: Herr Barroso, der die Frist eingehalten hat. Da kann man sagen: Jawohl, das mit Goldmann Sachs ist schwierig, aber er hat es eingehalten!

Wenn ich höre, was der Kollege de Masi gesagt hat: Die prostituieren sich. Er hat die Kommissionspräsidenten genannt. Ich erinnere mich noch genau an den Vizepräsidenten von Eurojust, Carlos Zeyen aus Luxemburg, der noch 2014 15 Briefkastenfirmen als Geschäftsführer in Panama hatte und der in früheren Jahren die SED-Millionen der deutschen Linken in diesen Briefkastenfirmen untergebracht hat. Das kann behauptet werden! Das in einem Topf zu werfen, halte ich für unverantwortlich.

Deshalb bin ich dafür, die Regeln zu verschärfen, Frau Kroes entsprechend zur Rechenschaft zu ziehen, aber nicht alles Mögliche jetzt in einen Topf zu werfen. Wir werden es im Panama-Untersuchungsausschuss auf jeden Fall prüfen.

Tanja Fajon (S&D). – Visoke plače in po koncu funkcij nadomestila komisarjem, poslancem, sodnikom in drugim od vedno predstavljajo tudi preventivo pred lobističnimi pritiski in zapletanjem v konflikte interesov.

Kot se je izkazalo za številne komisarje, Neelie Kroes, Karla de Guchta, da Barrosa niti ne omenjam, to očitno ni pomembno, še več: Barroso sedi med Bilderbergi, Kroesova si je omislila celo podjetje v davčni oazi. Kako zelo konkurenčno. Kakšen zgled za državljane.

Neka državljanka mi je pred dvema letoma zgrožena poslala vprašanje o konfliktu interesov Viviane Reding, ki je zdaj med nami. Po mnenju etične komisije Evropske komisije tega konflikta ni bilo. Tako kot na koncu ne bo kazni za Irsko in Apple, kajti nihče ni več nič odgovoren.

In povejte, spotošvane kolegice in kolegi, ali je res nenavadno, če ob takih ravnanjih Evropska unija ne uživa nikakršnega spoštovanja več?

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Koleżanki i Koledzy! Poważny kryzys wymaga mocnej i zdecydowanej reakcji. Chcę powiedzieć, że jestem zawiedziony słowami pana komisarza Moscovici, bo właściwie nie ma żadnej zapowiedzi poważnych reform w tej sprawie. Jestem, podobnie jak wielu posłów, za tym, żeby uchwalić nowe przepisy, żeby wydłużyć co najmniej do pięciu lat okres karencji dla byłych komisarzy. Mówili o tym pani poseł Adinolfi i pan poseł Durand, a także wielu innych.

Ponadto przy tej okazji warto powiedzieć, że dobrym wzorcem do uzdrowienia sytuacji są zapisy projektu sprawozdania pana posła Giegolda. Mam nadzieję, że niedługo będziemy głosować nad tym sprawozdaniem, które przedstawia kompleksowy sposób, kompleksowe mechanizmy uzdrowienia sytuacji, m.in. spójny rejestr lobbystów, konieczność zapisania wpływu lobbystów we wszelkich sprawozdaniach ustawodawczych, a więc ślad legislacyjny, wreszcie wydłużone okresy karencyjne. To jest dobry wzorzec, z którego powinniśmy skorzystać.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhora Presidente, há um primeiro fundamental e estrutural conflito de interesses na União Europeia. O conflito entre os interesses que a União Europeia defende, os interesses das grandes potências, dos grandes grupos económicos, do grande capital financeiro, e os interesses dos trabalhadores e dos povos da Europa. Tudo o resto que aqui discutimos são expressões, revelações, se quiserem, desta realidade fundamental.

Sabe-se hoje, sem surpresa, que Durão Barroso já trabalhava para a Goldman Sachs quando ainda era Presidente da Comissão Europeia, como se sabe que Draghi continua a trabalhar para a Goldman Sachs como Presidente do Banco Central Europeu, mas o problema vai muito para além da chamada porta giratória. Toda a legislação adotada nos últimos anos pela União Europeia no domínio financeiro, apenas para dar um exemplo, foi determinada pelos interesses e pela intervenção direta dos grandes bancos e seguradoras.

Não há código de conduta capaz de alterar a matriz, a natureza de classe deste processo de integração. Será a luta dos trabalhadores e dos povos a derrotá-lo e a contrapor-lhe a necessária alternativa, em defesa dos seus próprios interesses de classe.

Molly Scott Cato (Verts/ALE). – Madam President, the Bahamas papers revealed again the central role played in the murky global network of tax havens by the British overseas territories, former colonies and the City of London itself. In the first session of our inquiry committee, we heard that the London property market boom feeds on tax avoidance.

As with the Panama Papers, another member of the UK Government has been implicated. Our Home Secretary, Amber Rudd, was named as being a Director of two companies in the Bahamas. Secrecy means we actually cannot tell what companies she controlled, what they were doing, how much money she earned and how much tax was actually avoided. This lack of accountability is precisely what tax havens offer and is why people use them. Our Panama Papers Committee is dedicated to shining a light into these dark corners and I will be insisting that Amber Rudd is called before us. The ease with which the Home Secretary was able to avoid answering questions about her involvement in the Bahamas is evidence of the weakness of democratic accountability in the UK. I am glad that we will have a chance to tackle this during our work in the Panama Papers Committee.

Olaf Stuger (ENF). – De Brusselse elite is van haar voetstuk gevallen. Dat is inmiddels duidelijk. En als het niet zo triest was geweest had ik wel moeten lachen. Want eigenlijk is het niets meer dan een vervolg op de bekende tv-serie Dallas. U kent het nog wel.

Ik loop even met u de hoofdpersonen langs. Meneer Juncker speelt eigenlijk de perfecte J.R. Ewing en hij schuwt ook het glaasje niet. Mevrouw Neelie Kroes is de valse Sue Ellen en Timmermans, de vicevoorzitter, is de faalhaas Cliff Barnes. Als ik deze namen noem, zult u ze vast wel weer herkennen. Maar laten we niet vergeten dat de belastingbetaler deze Brusselse *soap* betaalt en daarom stel ik voor om de burelen in Brussel en Straatsburg vol te hangen met camera's, zodat de hardwerkende Nederlandse mensen kunnen meegenieten van het gekonkel en de intriges.

Ingeborg Gräßle (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer auch immer die Idee zu einer gemeinsamen Aussprache hatte, hatte eine schlechte Idee. Denn alles ineinander zu rühren, heißt nicht, dass die Dinge dann besser werden.

Herr Kommissar, ich möchte, dass Sie Einfluss nehmen, den Verhaltenskodex zu verändern und zu verschärfen. Das forderte das Europäische Parlament zuletzt im April dieses Jahres. Der Haushaltskontrollausschuss hat zwei Studien anfertigen lassen – Vergleichsstudien, 2009 und 2015 –, und diese Vergleichsstudien zeigen klar, dass der Verhaltenskodex eben nicht das Beste ist, was die Welt je gesehen hat, sondern durchaus noch Luft nach oben hat. Diese Luft nach oben müssen wir nutzen – im Interesse der Sache.

Die Barroso-I-Kommission endete 2009, und alle bis auf einen Kommissar haben als Lobbyisten angeheuert. Die Barroso-II-Kommission steht jetzt vor dem gleichen Schritt. Und jedes Mal, wenn ein neuer Kommissar ein Amt übernimmt – und es ist ja nicht so, dass hier der Bock zum Gärtner gemacht wird, sondern der Gärtner wird zum Bock –, gibt es einen neuen Aufschrei, eine neue Empörung.

Diese Kommission kann und muss etwas tun, und Sie müssen vor allem auch etwas tun in dem Bereich, in dem Sie auch schon gehandelt haben, nämlich beim Ad-hoc-Ethikausschuss. Noch nie hat es einen Ad-hoc-Ethikausschuss gegeben, der von der Kommission selbst so stark beeinflusst worden ist und in dem Leute sitzen, die jetzt noch für Kommissare aktiv sind. Das hat es noch nie gegeben! So eine geringe Unabhängigkeit hat es noch nie gegeben.

Hier setzt die Juncker-Kommission ein ganz schlechtes Zeichen. Wenn es so weitergeht, müssen wir noch mit allerhand Weiterem rechnen. Deswegen: Handeln Sie, solange Sie selbst auch noch handeln können!

Jeppe Kofod (S&D). – Madam President, combating tax evasion and tax havens is a top priority for the European Union. In the last two years, much has been achieved in this fight. However, the European Union also needs to be seen to act.

At present, a number of high-profile cases involving Mr Barroso and Mrs Kroes are overshadowing this important fight. When former top commissioners are discovered to be linked to overseas tax havens, and the global financial companies that benefit from them, the EU's credibility takes a justified hit. The EU cannot be seen as having double standards.

The Bahama Leaks teach us two lessons: first of all we need to increase our efforts in combating tax havens. Information provided by whistle-blowers and investigative journalists ought to have been freely available to all European authorities. It is our duty as European politicians to ensure that happens in the future through new legislation to end the world of secrecy, fraud, corruption and tax evasion, and put real pressure on tax havens.

Secondly, when it comes to our own procedures to avoid potential conflict of interest, we must be honest: they are not good enough. In the case of former Commissioner Kroes, the fact that she was a director of a holding company in the Bahamas only came to light after she had retired from the Commission. That proves that the vetting process for Commissioners simply is not working.

Therefore I am calling for a review of the current vetting procedures and for clear sanctions for Commissioners, present and former, that fail to live up to these standards.

Monica Macovei (ECR). – Doamnă președintă, fostul comisar pentru Concurență, Neelie Kroes, a fost în timpul mandatului său director al unei firme care avea sediul într-un paradis fiscal, fără ca această poziție să apară vreodată în declarația sa de interese. Fostul Președinte al Comisiei Europene, domnul Barroso, a acceptat o poziție pentru Goldman Sachs, una dintre băncile care au contribuit major la criza financiară. Exemplele sunt multe. Cum explicăm aceasta cetățenilor europeni? Unde este limita?

Acești oameni folosesc relațiile pe care le-au creat în timpul mandatului și informațiile pe care le au în timpul mandatului, uneori, confidențiale. Se pune întrebarea: când s-au creat aceste legături între înalții funcționari europeni și industriile în care apoi sunt angajați? Mie mi se pare evident că s-au creat în timpul mandatelor lor. Nu avem un cod de conduită obligatoriu pentru înalții demnitari. Trebuie să existe cel puțin o interdicție de trei ani pentru a ocupa funcții în industriile de care s-au ocupat și pentru care au luat decizii în timpul mandatului în Comisie. Astăzi, termenul este de optsprezece luni și nu are nicio sancțiune.

Deci, ne trebuie sancțiuni : dacă nu au etică, ne trebuie sancțiuni și sancțiunea nu poate fi decât eliminarea pensiei sau micșorarea pensiei.

Matt Carthy (GUE/NGL). – Madam President, the Bahamas Leaks show that corrupt officials and politicians are not only resisting action against tax evasion and avoidance, but they are directly engaging in these practices.

It is disappointing from my point of view, but not surprising, that some Irish links have been exposed here. For example, billionaire Denis O'Brien is linked to a property development in the Caribbean. His associates are acting as directors of six different companies in this tax haven. Denis O'Brien can use his control over large sections of the Irish media, along with his enthusiasm for launching lawsuits, to intimidate those who would dare make public statements about his business dealings in order to prevent those same dealings being scrutinised.

These leaks again highlight the urgent need for transparency on shell companies which are at the rotten core of the offshore scam. All countries must ensure that full registers of beneficial ownership of offshore companies, foundations and trusts are in place and open to public scrutiny. But that in itself will not be enough. We need to close the loopholes of having nominee directors of companies and dividing up company ownerships, which are used to hide the true owners. Only then can we begin to say that we have learned the lessons from these leaks.

Eva Joly (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, la passivité de M. Juncker face au scandale met en danger la légitimité de l'institution qu'il préside. Les affaires Barroso et Kroes ont eu l'effet d'une bombe dans l'opinion publique, semblable à l'affaire Cahuzac, en France.

Certaines failles du système apparaissent aux yeux de tous. Pourtant, tétanisée, la Commission n'ose bouger, au point de continuer à travailler, comme si de rien n'était, sur un plan anti-Leaks.

Vous vous mettez vous-même dans une situation intenable et délétère. Cessez de défendre un fonctionnement opaque qui ne préserve plus l'intérêt des institutions, mais favorise les conflits d'intérêts. Il est temps de mettre l'Union européenne à la page en matière de transparence, en s'attaquant sans trembler au pantouflage, en normalisant un accès large aux documents, notamment dans les cadre de nos commissions d'enquête, en créant, enfin, une haute autorité indépendante de contrôle des intérêts financiers des commissaires et des parlementaires capable d'enquêter et de saisir la justice. Vous le savez bien, elle a fait ses preuves en France.

Montrez-nous que vous n'avez rien à cacher. Cessez de faire le jeu de la défiance généralisée.

Luděk Niedermayer (PPE). – Madam President, as has been said already, we are dealing with two separate issues. On the first one, I believe that concerning the rules for Commissioners and top rank officials we need clear, strict but also balanced rules, but on top of that we need two other ingredients. The first is common sense and a sense of responsibility in those in question, and also those who are nominating them. And obviously, like in Europe, we always need enforcement of the rules. That is the weak point of our system.

Concerning the information about tens of thousands of offshore accounts in interesting places, held by interesting people with interesting amounts of money, as I said last time, this clearly just underlines the urgency of the tasks that are already underway for some time now. We need to learn more. The question of the balance of illegal, immoral and legitimate activity is still not clear to me but what is obvious is that two key components in the fight against this phenomenon include the programme of beneficial ownership and automated exchange of information on bank accounts. The second one, developed by the OECD, is already underway and will be implemented very soon. We must understand that with this tool it is not only important that we implement it in the EU, but that we force the others to do so. We should not hesitate to use our economic and political tools to achieve it.

Victor Negrescu (S&D). – Doamnă președintă, încrederea stă la baza democrației. Din păcate, se clădește greu și se pierde foarte ușor. Oamenii au încredere în noi, cei aleși, să îi reprezentăm cum trebuie, să nu cădem pradă intereselor de grup și să decidem în interesul general, bazându-ne pe propriile convingeri. Acest principiu este valabil și pentru comisarii europeni. Comisarii sunt în centrul aparatului administrativ european, dar sunt și trebuie să rămână responsabili în fața cetățenilor. De aceea, consider că este important ca noi, cei votați în Parlamentul European, se reglementăm mai bine sistemul conflictelor de interese pentru a ne asigura că integritatea, reputația, dar, mai ales, încrederea în instituțiile europene rămân neștirbite. Nu vorbim aici de un caz singular, nu ne referim doar la Barroso, Cañete și Kroes. Este vorba despre nevoia ca pentru toată lumea, inclusiv pentru comisari, lucrurile să fie clare. Oficialii au într-adevăr o viață profesională înainte de a deveni demnitari, dar este important să realizăm că ocuparea unei funcții publice presupune mai ales responsabilități. De aceea, sunt convins că împreună vom găsi cadrul legal care poate reglementa transparent conflictul de interese privind comisarii europeni.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señora Presidenta, señor Comisario, el caso del señor Barroso nos indignó a todos. Además, haber ido a trabajar a Goldman Sachs, una compañía que está en el centro y fue protagonista de la gran estafa financiera, realmente es deplorable. Pero también muy preocupante la falta de respuesta por parte de la Comisión Europea, tengo que decir. Haber mandado esto al Comité de Ética es una respuesta totalmente insuficiente. Deberían haber acudido ya al Tribunal de Justicia y haber iniciado el procedimiento para suspender su pensión; era lo mínimo que se podía hacer.

Y necesitamos reforzar la legislación en materia de lucha contra el conflicto de intereses. Hacer un nuevo código, tener un nuevo comité con muchas más competencias y capacidades y ampliar el periodo en el cual los excomisarios no pueden trabajar en este tipo de actividades por lo menos a tres años.

Pero mire, hay una cosa urgente que ustedes deben hacer: el conflicto de intereses lo tienen en casa, y se llama «señor Arias Cañete». La Comisión no será creíble en esta materia hasta que el señor Arias Cañete no dimita como comisario porque, si no, la Comisión nunca va a ser tomada en serio en materia de lucha contra los conflictos de intereses.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, podle mého názoru komisař se má chovat nestranně a nezaujatě. To, co ovšem vidíme, tyto případy, do jisté míry může podlamovat důvěru evropských občanů v představitele Evropské unie a samozřejmě i v instituce Evropské unie. A já bych chtěl zde zdůraznit, že Evropská unie padá a stojí na důvěře občanů právě v její instituce. Musíme však rozlišovat. Případ paní Kroesové podle mého názoru porušuje pravidla, která byla stanovena, musíme ji samozřejmě slyšet, ale tento případ ve mě nevyvolává pochybnosti.

Pokud jde o pana Barrosa, já musím říci, že formálně právně mám za to, že neporušil pravidla, která byla stanovena, nicméně morální závazky, které vyplývají z takto vykonávané vysoké funkce, podle mého názoru porušil. Firma v daňovém ráji a spolupráce s takto významnou světovou společností hned po skončení téhle ochranné lhůty, to si myslím, že vyvolává nepochybně otázky z hlediska etických norem. A právě na toto bychom měli reagovat. Měli bychom více prohloubit úpravu střetu zájmů, měli bychom zpřesnit náš etický kodex.

Chtěl bych upozornit rovněž na národní politiky, kteří „ulívají“ peníze do různých daňových rájů. Já jsem přesvědčen, že tito podlamují důvěru i u svých občanů. Toto je možná debata, která sem nepatří, ale musíme taky na to poukázat.

Hugues Bayet (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, vous le savez, dans presque tous les cas, l'absence de transparence et donc les éventuels conflits d'intérêts vont de pair avec l'existence de paradis fiscaux. C'est l'évidence même. On cache les choses pour gagner sans cesse plus d'argent.

Combien faudra-t-il de révélations sur l'évasion fiscale des plus riches pour enfin prendre des mesures fortes à tous les niveaux? En effet, au-delà de l'immoralité de ces pratiques, nos États sont doublement pénalisés. Chaque année, vous le savez, l'évasion fiscale prive les pouvoirs publics de 1 000 milliards d'euros de recettes, autant d'argent qui ne sera pas investi dans la santé, l'emploi, l'éducation ou encore la sécurité. C'est insupportable, au moment où l'on demande sans cesse plus d'efforts aux plus faibles, et alors que les licenciements massifs se multiplient en Europe.

On l'a dit, bien sûr, il faut condamner fermement les comportements de M^{me} Kroes et de M. Barroso, qui jettent de nouveau l'opprobre sur l'Europe. Mais, au-delà de leurs cas, il faut aussi sanctionner sévèrement tous les fraudeurs, ainsi que les banques et les conseillers fiscaux de tous poils, qui facilitent l'évasion fiscale et qui, par conséquent, luttent contre la transparence et favorisent les conflits d'intérêts – conflits d'intérêts qu'ils sont, d'ailleurs, les premiers à porter en étant, à la fois, conseillers de la Commission, conseillers des États membres et conseillers des multinationales. Il faudra quand même un jour se poser la question de savoir comment solutionner ce problème.

Il faut notamment aboutir à un *country by country reporting* public pour enfin obtenir un peu de transparence sur les bénéfices de ces multinationales. Il faut aussi appliquer les mesures qui ont été préconisées par ce Parlement pour lutter contre l'érosion fiscale, plutôt que de les reporter à 2024, comme l'a souhaité le Conseil. Après, quand éclate l'affaire Bahamas Leaks, on dit qu'on ne peut rien faire et que c'est à cause de l'Europe.

Tout est sur la table du Parlement et de la Commission. L'Europe doit agir et vite. Soyons courageux!

Max Andersson (Verts/ALE). – Fru talman! I dag debatterar vi frågan om kommissionens uppförandekod och risken för intressekonflikter. Är det ett problem att det finns en svängdörr mellan EU-kommissionen och storföretag? Finns det en risk för att politiska beslut kan påverkas av att EU-kommissionärer funderar på hur det kan påverka deras möjligheter att tjäna pengar efter avslutad politikerkarriär? Har vi ett tillräckligt starkt regelverk?

Svaren på dessa frågor ger sig själva. Ju mer makt en politiker har, desto större är risken för intressekonflikter, och desto skarpare regelverk för att förhindra intressekonflikter måste vi ha. Det här regelverket måste förbättras. Vi måste se till att täppa till kryphålen i regelverket, för det är ganska slappt på sina håll just nu. Vi behöver se till att förbättra kontrollen med en aktiv och oberoende etikkommitté som har rätt att ta egna initiativ. Och vi behöver förlänga karenstiden till minst tre år innan en EU-kommissionär får ägna sig åt lobbying.

Burkhard Balz (PPE). – Frau Präsidentin! Ohne Zweifel: Die „Bahamas-Leaks" benötigen eine konsequente Aufbereitung. Wie bei den „Panama-Leaks" müssen wir unsere Schlüsse daraus ziehen – in der Gesetzgebung und in der internationalen Zusammenarbeit. Der bereits abgeschlossene Sonderausschuss zu den Steuervorbescheiden, dann unser jetzt gerade eingesetzter Untersuchungsausschuss zu den Panama Papers und auch der Ausschus für Wirtschafts- und Währungs hatten und haben zum Ziel, Praktiken zur Steuervermeidung und Steuerhinterziehung aufzudecken und Schlupflöcher zu schließen.

Dafür haben wir bereits konkret an Gesetzgebung gearbeitet, und dafür arbeiten wir auch weiter an Gesetzgebung. Aber wir benötigen, Herr Kommissar, die umfassende Zusage und das konsequente Tätigwerden der Kommission – und noch mehr das Tätigwerden der Mitgliedstaaten. Dies ist ein erneuter Aufruf dazu, und wir werden nicht müde Sie daran zu erinnern. Wir müssen gemeinsam darauf hinzielen, unsere Glaubwürdigkeit zu stärken. Klar ist: Das System zur Feststellung der wirtschaftlichen Berechtigten muss besser funktionieren. Das haben die „Bahamas-Leaks" erneut gezeigt. Anders wäre es Frau Kroes nicht möglich gewesen, uns zu belügen.

Klar ist aber auch, dass es vor allem die zuständigen Behörden in den Mitgliedstaaten sind, die mit effektiven Kompetenzen ausgestattet werden müssen. Ein allgemeiner Ruf nach öffentlicher Transparenz garantiert uns nämlich nicht, dass das System funktioniert. Es sind die nationalen Behörden, die die Mittel und den politischen Auftrag erhalten müssen, die wirtschaftlich Berechtigten zu identifizieren, und die vor allem ihre Beschlüsse tatkräftig umsetzen müssen, und zwar auch auf internationaler Ebene.

Virginie Rozière (S&D). – Madame la Présidente, on aimerait pouvoir dire que les Bahamas Leaks, comme le cas de Madame Kroes, sont des cas isolés, des entorses regrettables mais marginales à l'éthique et à l'équité. Malheureusement, les faits prouvent le contraire. Dans ce contexte, je dois dire que c'est un peu choquant d'entendre que tout cela relève de la morale personnelle, parce que notre conception du droit, de la transparence ne peuvent pas être à géométrie variable.

Rappelons quand même que M^me^ Kroes, pour ne parler que d'elle, est soupçonnée de faits graves: évasion fiscale, mensonges délibérés à la représentation des citoyens européens, fausses déclarations, conflit d'intérêts manifeste entre ses activités privées et ses responsabilités publiques. Je vous pose une question: dans quelle démocratie digne de ce nom accepterait-on qu'une personne soupçonnée de tels faits ne soit pas traduite en justice? Alors, si nous souhaitons entendre M^me^ Kroes en commission d'enquête Panama Papers, la Commission doit saisir la Cour de justice pour les cas de M^me^ Kroes et de M. Barroso.

Nous devons revoir les règles, beaucoup trop vagues, sur la définition des conflits d'intérêts, qui doit être plus précise, sur les pouvoirs de contrôle du Parlement, qui doivent être plus grands, et sur les sanctions encourues, qui doivent être plus lourdes.

C'est à ce prix-là que nous regagnerons la confiance des citoyens européens.

Ana Gomes (S&D). – Senhora Presidente, a contratação do ex-Presidente da Comissão pela Golden Sachs, o caso Cañete e a ocultação de interesses offshore pela ex-Comissária Kroes alimentam o discurso populista eurofóbico porque alimentam a justa desconfiança e ira dos cidadãos. É inadmissível que Barroso continue a receber pensão paga pelos contribuintes enquanto serve a Goldman Sachs, que visitou à socapa, em 2013, quando era Presidente da Comissão Europeia. Uma comissão de ética *ad hoc* não basta. O caso Barroso deve ir ao Tribunal de Justiça.

É preciso reforçar regras sobre portas giratórias entre o setor público e privado, alargar períodos de nojo e incompatibilidades. São precisas sanções por violação das mais elementares regras de transparência e ética, são precisos registos detalhados de interesses financeiros dos lobistas e consultores junto da Comissão, do Parlamento e do Conselho.

As medidas propostas pela Comissão Europeia são manifestamente insuficientes. Restabelecer a confiança dos cidadãos exige reforma firme e radical. Na comissão de inquérito do Parlamento Europeu sobre os Panamá Papers e os Bahama Leaks, vamos trabalhar para isso.

Sergio Gaetano Cofferati (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, anch'io sono rimasto molto sorpreso e negativamente sorpreso da come alcuni componenti della Commissione hanno commentato vicende come quella della signora Kroes e ancor prima quella di Barroso. Quelli di cui stiamo discutendo sono fatti che tolgono credibilità alle istituzioni europee. Per questa ragione vanno commentati, ma criticamente, e soprattutto vanno avviate azioni che consentano all'Istituzione di recuperare credibilità e di non ricadere più in condizioni come quelle attuali.

Per questo motivo credo che siano indispensabili scelte anche coraggiose e però rapide. La prima è quella di riscrivere il codice di condotta. Così com'è non basta, è stato detto più volte, anche in questa discussione. Bisogna che sia scritto da un comitato indipendente, al quale riservare anche la possibilità di un intervento autonomo, e le sanzioni in caso di violazioni devono essere molto pesanti per avere non soltanto un rapporto con la violazione del diritto che è stata esercitata, ma anche un effetto di deterrenza che in questi casi vale tantissimo. Da ultimo credo che il tempo di sospensione, quello che passa tra la fine dell'attività e l'inizio di un nuovo ciclo professionale, debba essere assolutamente allungato. Aggiungo però che forse l'allungamento del tempo da solo non basta. Per commissari che hanno svolto funzioni precise alcuni settori andranno preclusi nella loro attività successiva, se no anche il tempo che si dilata può non essere sufficiente.

Paul Tang (S&D). – Razend was Neelie Kroes in april 2014, toen België Uber verbood. "*Show your anger!*" riep ze in een blog. Onlangs werd aangekondigd dat diezelfde Neelie Kroes lid wordt van de adviesraad van Uber. Commissarissen moeten de schijn van belangenverstrengeling vermijden en dat geldt ook voor oud-commissarissen. Dat is slecht voor de Europese Commissie. Dat is slecht voor het aanzien van de Europese Unie. Vorige week werd bovendien bekend dat Neelie Kroes een functie heeft verzwegen voor dit Parlement. Dat bleek uit de Bahamas Leaks. Met terugwerkende kracht wil ik daarom graag gehoor geven aan die oproep "*Show your anger!*" en samen met 45 andere sociaal-democraten heb ik dan ook een klacht ingediend bij de Europese Commissie over dit gedrag en de aanpassingen die nodig zijn. En ik hoor dan ook graag van de commissaris wat het antwoord is op de klacht die wij hebben ingediend.

Catch-the-eye procedure

Julie Ward (S&D). – Madam President, like so many of us, I was shocked and appalled when I saw that the former Commission President Barroso was going to work for Goldman Sachs, one of the banks that was implicated in causing the financial and eurozone crisis. There is no doubt that history will judge this as a disgraceful cynical move.

I am very glad that the EU Ombudsman, and now the European Commission, have listened to citizens and Commission staff petitions and concerns about this, and that they are now investigating the case. There is no doubt that the Commission needs to tighten its ethics rules for Commissioners and now is the time.

It is also an opportunity for citizens to get involved in EU politics and speak up; to call out conflict of interests and corruption where it is manifested. The EU belongs to its citizens, and has the democratic tools to listen to those concerns and to investigate and penalise Mr Barroso. I will continue to pursue this case and will continue to call for transparent and clean politics in the UK and in the EU.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, ο κώδικας δεοντολογίας των Επιτρόπων, όπως ορίστηκε το 2011, τους υποχρεώνει να δηλώσουν όλα τα οικονομικά ή περιουσιακά στοιχεία τα οποία ενδέχεται να τους οδηγήσουν σε σύγκρουση συμφερόντων, όπως ακριβώς έχει συμβεί με την περίπτωση του πρώην Προέδρου της Επιτροπής, Barroso, που βρήκε πλέον θαλπωρή στην Goldman Sachs. Γνωστή επίσης είναι και η περίπτωση του Juncker σε σχέση με τα LuxLeaks. Τα Panama Papers, τα Bahama Papers, αλλά και τα LuxLeaks, απέδειξαν την εμπλοκή πολιτικών προσώπων με οικονομικά συμφέροντα προκειμένου να υπάρξει φοροαπαλλαγή και φοροδιαφυγή των πολυεθνικών.

Ωστόσο, στον κώδικα δεοντολογίας δεν περιλαμβάνονται όλες οι συστάσεις του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου σχετικά με τις δηλώσεις των οικονομικών συμφερόντων των Επιτρόπων με αποτέλεσμα να μην διευκρινίζονται ποια στοιχεία θα οδηγούν σε σύγκρουση συμφερόντων. Επιπλέον, δεν προβλέπονται κυρώσεις όσον αφορά ορισμένες παραβιάσεις του κώδικα δεοντολογίας. Επομένως, χρειαζόμαστε αυτή τη στιγμή αποτελεσματική νομοθεσία της Ευρωπαϊκής Ένωσης για να κλείσει αυτή η πληγή.

Jasenko Selimovic (ALDE). – Madam President, the engagement of ex-Commissioners as advisers in multinational financial companies such a short time after they held office does cause rage. The engagement of ex-President Barroso at Goldman Sachs and that of Connie Hedegaard at Volkswagen constitute scandalous moves, which are happening in dramatic times in Europe and can only provide further ammunition for populist and extremist Europhobe propaganda.

European leaders on every level are supposed to give some kind of example of ethical behaviour. I firmly believe that the EU conflict of interest rules need to be tightened. We need strict and clear rules on the quarantine period, as well as ethical rules on quarantine. Commissioner, if there is outrage out there, then the quarantine period is too short. The lack of clear and balanced rules and the lack of explanation as to why this is so will cause strong distrust among our citizens, and that will only grow. We have to plug the leak now, as soon as possible.

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – Paní předsedající, to, že se nechal někdejší předseda Komise najmout americkou investiční banku, která čelí obvinění, že svými aktivitami napomohla ke dvěma největším krizím v Evropské unii, je do nebe volající arogance. A to, jak se k oprávněné kritice postavil, považuji dokonce za nechutné.

Pan Barroso by měl minimálně do prošetření celé záležitosti, když pomineme možné trestně právní důsledky, být zbaven veškerých benefitů a rent, které od Evropské unie jako vysloužilý předseda Komise pobírá. Stejně jako o tom momentálně má frakce GUE/NGL žádá Radu a Evropskou komisi v případě bývalé nizozemské eurokomisařky Kroesové. Tyto dva případy totiž jasně ukazují jediné, že „něco shnilého je v království dánském" a že tedy střed zájmů jak u bývalých, tak současných komisařů není vůbec vyřešen.

Pane komisaři, zklamal jste mě. To, co udělali Vaši předchůdci, je amorální a já doufám, že trestné. To, co děláte Vy, je to, že je Vám to úplně jedno. Dle Vašeho projevu bezpochyby.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – V tem boju proti konfliktu intresov moramo biti odločni vsi, tako Komisija kot tudi Parlament in drugi pristojni organi. In tudi ti primeri, o katerih govorimo danes, o katerih smo govorili v preteklosti, kažejo na to, da izvirajo tako iz afere Bahamas Leaks kot Panama Papers.

Ampak zanimivo je, da so te afere pricurljale na plan s pomočjo novinarjev, s pomočjo tako imenovanih žvižgačev. Mogoče se premalo zavedamo, kakšna je vloga teh žvižgačev in jih pravzaprav ne zaščitimo dovolj. Mislim, da je na tem mestu tudi ustrezna kritika, da pri zaščiti žvižgačev nismo naredili dovolj in da, poleg seveda te zaščite, moramo tudi okrepiti takoimenovani kodeks ravnanj, tudi pravila, ki veljajo ob konfliktu interesov.

In torej imamo tudi organe, ki bi že morali delati na teh področjih, pa je tukaj lahko kritika kar upravičena, mislim tudi na OLAF. In mislim, da vsi skupaj moramo na tem področju narediti več.

(End of catch-the-eye procedure)

Pierre Moscovici, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés, je vous remercie pour ce débat, et j'ai bien entendu les préoccupations exprimées dans cette assemblée, dont je sais – j'appartiens à une Commission politique, son président est un homme politique et nous sommes des hommes politiques – qu'elle reflète aussi beaucoup de questions, d'interrogations et, parfois, de réactions dans l'opinion publique.

Il y a à travers tout cela beaucoup d'émotion et je peux les ressentir. Il y a des convictions, à savoir que l'exemplarité et la transparence ne se divisent pas et ne se réduisent pas, qu'il ne faut pas faire de compromission avec cela, et je partage totalement ces convictions. Il peut y avoir, ici ou là, tel ou tel excès, que je peux comprendre et que j'aimerais voir un peu plus modéré. S'il est vrai que certaines situations sont discutables et discutées, il faut toujours – nous sommes dans des systèmes de droit – respecter les personnes et leur droit à faire valoir leurs droits.

Je voudrais aussi qu'ici, dans cette enceinte, nous évitions particulièrement les amalgames, les attaques ou le risque d'affaiblir une institution au nom de tel ou tel comportement. J'aimerais – c'est mon ressenti très profond – que nous évitions de toujours tirer sur le pianiste bruxellois, car la Commission européenne, qui est votre interlocuteur, notamment sur le sujet de la lutte contre l'évasion fiscale et la fraude fiscale, est une institution qui fait plus que beaucoup d'autres, non seulement dans ce domaine, mais aussi pour préserver l'éthique et garantir celle de ses membres et de ses anciens membres. Là encore, soyons capables de distinguer ce qui peut relever de tel ou tel cas individuel, qu'il faut traiter sans pour autant abîmer, affaiblir, voire salir cette institution qui est propre et belle.

Je tiens à réaffirmer la volonté de cette Commission d'appliquer et de faire respecter les normes les plus strictes de comportement politique et éthique dans l'exercice de ses responsabilités, mais aussi de faire la lumière sur les comportements de ses anciens membres qui contreviendraient aux règles ou qui auraient contrevenu aux règles en vigueur et de prendre les mesures correspondantes. C'est un engagement pris par le président, et je le dis très clairement en son nom. D'ailleurs, croyez-moi, le président Junker – j'en ai parlé avec lui en venant ici défendre cette position devant vous – est le premier à regretter que les situations que vous avez évoquées soient actuellement l'objet de telles discussions.

Dans ce contexte, le président – puisque cela fait partie de ses prérogatives – a pris les mesures nécessaires à sa disposition. Il a demandé des explications quand il a estimé qu'il fallait le faire et a consulté le comité d'éthique ad hoc sur la base de ces explications sur deux cas concernant des membres de la Commission précédente. Lorsque les avis du comité d'éthique ad hoc nous parviendront – ils ont été demandés –, la Commission en discutera et décidera des mesures appropriées à prendre. Vous avez pu voir – c'est ce que j'ai dit dans mon exposé introductif – que ces décisions étaient toujours respectées, et la Commission ira, bien sûr, dans ce sens. Le président Juncker s'engage à tenir ce Parlement pleinement informé sur la suite de ces dossiers individuels. Encore une fois, je disais qu'il faut aussi respecter le droit des individus à faire valoir leurs droits.

Nous avons des traités qui fixent des obligations, un code de bonne conduite pour les faire respecter et un comité d'éthique auquel nous devons faire confiance. Les notions d'honnêteté et de délicatesse, que M[me] Bérès a évoquées, y figurent. Ces notions, qui s'appliquent non seulement pour la période de 18 mois, mais aussi pour toute la durée de la vie, ne sont pas en vérité privées de sens et ne doivent pas l'être pour des hommes et des femmes qui peuvent avoir, à un moment donné, l'honneur d'exercer des fonctions au sein de la Commission, même si, par la suite – nous ne pouvons pas non plus souhaiter que des vies soient fossilisées ou congelées – ils peuvent reprendre ou exercer des activités politiques ou professionnelles dans le secteur privé.

En conclusion, je pense qu'il ne faut pas transformer des problèmes posés par les membres de la Commission précédente en un amalgame sur la Commission et sur le Parlement. N'utilisons pas des erreurs matérielles ou des choix personnels pouvant être regrettables pour une mise en question de règles qui ne pourront, en tout cas, jamais gouverner ou déterminer la solution de ce type de situation.

Les règles du traité et du code de conduite sont fermes. Elles représentent des normes – je le redis – qui vont bien au-delà de ce qui est appliqué dans la majorité des États membres ou dans toutes les autres institutions européennes. La Commission s'engage à les appliquer avec la rigueur nécessaire et en toute transparence vis-à-vis de ce Parlement.

Nous serons, bien sûr, attentifs aux débats qui se dérouleront sur ces sujets, dans votre enceinte, et nous apporterons tout notre concours, notamment aux travaux de la commission PANA. Je me suis déjà déclaré disponible pour venir devant elle, à la fois pour traiter de ces questions, mais aussi et surtout pour évoquer ce qui est la substance même de la politique que nous devons – le Parlement et la Commission, ensemble – conduire, que nous devons aussi pousser en direction des États membres et qui doit être une politique de transparence fiscale, d'abord. De ce point de vue – je le redis –, vous avez en face de vous une Commission ambitieuse et audacieuse. Exemplarité et transparence seront toujours les deux mots d'ordre de la Commission Juncker.

President. – The debate is closed.

Written statements (Rule 162)

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – Los socialistas hemos denunciado con rotundidad los comportamientos de los ex comisarios Durao Barroso, por su fichaje en Goldman Sachs y de Neelie Kroes, que combinó su rol de Comisaria Europea de Competencia con el de administradora de una sociedad *offshore* con sede en las Bahamas desde el año 2000 hasta el año 2009. Son comportamientos intolerables e inmorales, desde el punto de vista de la ética política, y por ello hemos pedido a la Comisión que modifique los códigos de conducta del Colegio de Comisarios y la hemos instado a que acuda al Tribunal de Justicia de la Unión Europea ante un posible incumplimiento de las obligaciones de independencia e integridad que exigen los Tratados. Además, hemos denunciado las graves revelaciones contenidas en los llamados «*Bahamas Leaks*», que suponen 1,3 millones de archivos disponibles al público con los detalles de registros corporativos opacos, que propician la elusión fiscal, y revelan los nombres de los directores y propietarios de más de 175 000 empresas de las Bahamas, fideicomisos y fundaciones registradas entre 1990 y principios de 2016. Esas filtraciones implican a muchos ex altos cargos, dignatarios extranjeros y sus familias y demuestran que la falta de trasparencia que caracteriza la jurisdicción de Bahamas es un hecho muy preocupante.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Sono intervenuto più volte sul tema della trasparenza fiscale e del conflitto di interessi ed ogni volta provo imbarazzo a dover difendere le istituzioni europee da coloro che dovrebbero tutelarle. Non si sono ancora sopite le eco degli scandali LuxLeaks e Panama Papers, che assistiamo, quasi fosse un effetto domino, a quello delle Bahamas.

Non a caso il tema della trasparenza fiscale è congiunto al conflitto di interessi dei commissari, ma su questo va operato un doveroso distinguo: un problema è la violazione del codice di comportamento della Commissione, che impedisce ogni attività esterna in costanza di mandato, altra cosa è contribuire ad un «autentico danno d'immagine», annunciando che si lavorerà, dopo il mandato, per influenti società di consulenza.

Le fattispecie vanno contrastate con rimedi differenti, giuridici e politici, rivedendo il codice di condotta interno ed inserendo una «vacatio» dopo il mandato, ma innanzitutto serve la consapevolezza che la lotta alla frode ed evasione fiscale in Europa si combatte partendo dall'interno delle stesse istituzioni europee.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – Los socialistas hemos denunciado con rotundidad los comportamientos de los ex comisarios Durao Barroso, por su fichaje en Goldman Sachs y de Neelie Kroes, que combinó su rol de Comisaria Europea de Competencia con el de administradora de una sociedad *offshore* con sede en las Bahamas desde el año 2000 hasta el año 2009. Son comportamientos intolerables e inmorales, desde el punto de vista de la ética política, y por ello hemos pedido a la Comisión que modifique los códigos de conducta del Colegio de Comisarios y la hemos instado a que acuda al Tribunal de Justicia de la Unión Europea ante un posible incumplimiento de las obligaciones de independencia e integridad que exigen los Tratados. Además, hemos denunciado las graves revelaciones contenidas en los llamados «*Bahamas Leaks*», que suponen 1,3 millones de archivos disponibles al público con los detalles de registros corporativos opacos, que propician la elusión fiscal, y revelan los nombres de los directores y propietarios de más de 175 000 empresas de las Bahamas, fideicomisos y fundaciones registradas entre 1990 y principios de 2016. Esas filtraciones implican a muchos ex altos cargos, dignatarios extranjeros y sus familias y demuestran que la falta de trasparencia que caracteriza la jurisdicción de Bahamas es un hecho muy preocupante.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Il y avait José Manuel Barroso parti chez Goldman Sachs. Il y a Neelie Kroes, ancienne Commissaire à l'économie numérique et à la concurrence, passée chez Uber, de surcroît salariée de Merrill Lynch semble-t-il, et qui a opportunément «oublié» — oups! — qu'elle continuait à diriger une société basée aux Bahamas alors qu'elle était commissaire. Il y a aussi Connie Hedegaard, ancienne commissaire au climat, récemment embauchée par Volkswagen. Où la liste s'arrêtera-telle?

Beaucoup d'orateurs ont dénoncé les faiblesses d'un code de bonne conduite pour les commissaires, établi par eux-mêmes. M. Moscovici, ajoutant son cynisme à celui de ses anciens collègues, nous a expliqué pourquoi ce code ne sera pas modifié. Je ne suis pas d'accord. Il doit l'être. Et que, sur des bases claires et non rétroactives, des sanctions réelles soient prononcées. Elles sont actuellement dérisoires: il ne s'agit que de priver de leur pension des gens qui de toute façon gagnent dix fois plus dans leurs nouveaux postes.

Je propose d'y ajouter dans les cas extrêmes une forme de bannissement: ni eux, ni les firmes qui les emploient ne devraient figurer sur la liste des lobbies autorisés et avoir accès aux institutions européennes. Cela devrait singulièrement réduire leur attractivité.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Evropská komise jako strážkyně Smluv, jako orgán mající monopol na podávání legislativních podnětů a disponující významnými výkonnými pravomocemi, jako orgán vykonávající svou funkci zcela nezávisle v obecném zájmu Unie. I tak popisuje Evropskou komisi a její činnost článek 17 Smlouvy o Evropské unii. Chtěl bych se zeptat, kam se poděla ona vznešenost, s jakou o tomto orgánu mluví Smlouva tvořící základ současné Evropské unie a s jakou ji zamýšleli otcové evropské integrace? Evropští občané, daňoví poplatníci, díky kterým je fungování Unie možné, již byli nedávno svědky nehezkého, avšak nesporně lukrativního profesního přesunu bývalého předsedy Komise Barossa do banky Goldman Sachs. Teď se ukázalo, že ještě větší skvrnu na vysvědčení bývalé Komise zanechá bývalá nizozemská komisařka Neelie Kroesová, v té době zodpovědná za digitální agendu a konkurenceschopnost, v současnosti působící v Bank of America, Uber a jiných. Že nyní zjistíme, že Neelie Kroesová figuruje i na seznamu Bahama papers, mi připadne už jen jako surreální třešnička na dortu. Netvrdím, že musíme bývalým členům Komise plošně zakázat působení v soukromé sféře. Nesmíme však dopustit, aby docházelo ke zneužívání jejich bývalé funkce. Pokud Komise nepřistoupí k reformě kodexu chování minimalizující střet zájmů, znamená to výsměch do obličeje nám poslancům EP, ale i evropským občanům.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – José Manuel Barroso vedl Evropskou komisi v době finanční krize s dramatickými dopady na eurozónu a její jednotlivé země. Opatření, která v té době Komise navrhovala nebo se jich účastnila a aktivně podporovala, jsou dodnes vnímána velmi kontroverzně. Je proto zjevné, že Barrosovo následné působení v jedné z největších a nejvlivnějších bank působí přinejmenším rozpaky. Bruselské instituce jsou často kritizovány za malou odolnost vůči různým lobbistickým zájmům. U komisařů a komisařek jsou pak jakákoliv podezření či spojení se zájmovými skupinami vnímány o to hůře. Přimlouvám se za mnohem jasnější úpravu pravidel ve vazbě na benefity po odchodu z funkce a pravděpodobně i delší časovou lhůtu. Ovšem obávám se, že dokonalou úpravu, která by, kromě osobní integrity, zabránila potenciálním střetům zájmů bývalých komisařů a komisařek, bude velmi obtížné nalézt.

Indrek Tarand (Verts/ALE), *in writing*. – It is clear that, after the end of their mandate, past Commissioners retain influence and connections from their previous position. The Commission offers them a very generous transitional allowance so that they can preserve their integrity, but unfortunately a considerable number of past Commissioners have given in to the temptation of monetising their influence; this phenomenon being so widespread that it already has a name, the 'revolving door'. Siim Kallas was allowed by the Commission to take up the position of special advisor to Commissioner Dombrovskis, and a position in the private software company Nortal. Although Kallas had a duty to refrain from lobbying the Commission on Nortal's behalf, he had, in his position as an advisor, unfettered access to the Commission while being on the payroll of a company on whose behalf he theoretically couldn't lobby. During his first term as Commissioner he set up the European Transparency Initiative which eventually led to the first lobby register. In an ironic twist of fate the same man who once helped to create the transparency rules and lobby registry was simultaneously advisor to the Commission and on the payroll of a private company, which wasn't even in the transparency register.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – V prvi polovici leta nam je društvo raziskovalnih novinarjev razkrilo prvi sklop dokumentov na področju davčnih utaj in odtekanja denarja v davčne oaze. Takrat je bila na udaru Panama. Pred kratkim smo bili deležni še enega razkritja. Tokrat na Bahamih, s tisoči imeni posameznikov, ki so Bahame izkoristili za to, da so se izognili plačilu davkov. Na seznamu oseb pa je tudi bivša komisarka za konkurenco, Neelie Kroes. In kot kaže, je svojo funkcijo pred tem, ko je nastopila z delom kot komisarka, zatajila. To je konflikt interesov, bivša komisarka mora zato sprejeti vso odgovornost.

Ob tem bi rada poudarila še na eno dejstvo. Davčnih utaj se ne bomo znebili samo s prisilnimi mehanizmi. Treba je narediti tudi preskok v miselnosti. Za tak preskok pa bo potrebno veliko več volje, kot jo imamo danes. In to se ne bo zgodilo čez noč, še posebej pa ne, če se bomo vedno znova seznanjali s takimi aferami visokih funkcionarjev.

Kathleen Van Brempt (S&D), *schriftelijk*. – Barroso en Kroes hebben duidelijk aangetoond dat er een groot probleem is met het morele kompas van deze ex-commissarissen. Zij mogen in hun verdediging dan wel aanvoeren dat ze de regels van 2 jaar 'ontluizen' hebben gevolgd, dit is werkelijk een zwaktebod. Hun gedrag gaat duidelijk in tegen de geest van de gedragscode en maakt een schrijnend gebrek aan fatsoen en gezond verstand duidelijk. Bovendien ondermijnen praktijken als deze het vertrouwen van de burger in de Europese instellingen. Commissarissen moeten steeds het belang van de burgers vooropstellen en daarnaar handelen, ook na hun mandaat. Transparantie, ook over hun financiële belangen, is cruciaal. Belangenvermenging is ontoelaatbaar. Ik pleit dan ook voor een verstrenging én verduidelijking van de gedragscode voor leden en voormalige leden van de Europese Commissie. Als zij zelf niet over een moreel kompas beschikken, moeten strenge en ondubbelzinnig duidelijke regels deze rol overnemen.

13. Berichtigungen (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll

14. Lage in Calais (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Commission statement on the situation in Calais (2016/2897(RSP)).

Dimitris Avramopoulos, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés, au mois d'avril, nous avons déjà eu un échange de vues dans cet hémicycle sur l'impact de la crise migratoire dans l'Union européenne, notamment sur le secteur des transports.

Nous sommes tous absolument conscients des nombreux défis posés par les flux migratoires, y compris à Calais. Ensemble, avec la commissaire Bulc, nous prenons très au sérieux cette question, et nous souhaitons trouver des solutions durables et viables pour, premièrement, assurer le passage normal des frontières pour les personnes et les marchandises à Calais et, deuxièmement, améliorer la gestion des flux migratoires dans cette zone ainsi que les conditions de vie des migrants présents.

Nous devons garder à l'esprit que la frontière franco-britannique est une frontière extérieure de l'espace Schengen. Pour cette raison, des accords bilatéraux spécifiques ont été conclus entre la France et le Royaume-Uni comme l'accord du Touquet en 2003.

Nous reconnaissons le désespoir des migrants, qui tentent d'embarquer à bord de trains ou de camions pour se rendre au Royaume-Uni, mais leurs tentatives ont clairement un effet négatif sur le secteur des transports. Eurotunnel nous a informés que, par rapport à la première moitié de l'année 2015, il y a eu une diminution de 43 % du nombre de trains de fret et des quantités de marchandises transportées au cours des deux premiers trimestres de 2016.

Nous continuons à travailler avec tous les acteurs concernés sur deux aspects. D'une part, la sécurisation du transport des marchandises et des personnes et, d'autre part, la gestion de la situation humanitaire et migratoire.

Mesdames et Messieurs, alors que le maintien de l'ordre public et de la sécurité est la responsabilité de la France sur son territoire national, notre objectif est que le passage des personnes et des marchandises à la frontière fonctionne normalement. Ainsi, au cours de l'été dernier, la Commission a pris des mesures exceptionnelles afin de réduire l'impact sur le secteur des transports. Nous avons autorisé le Royaume-Uni à déroger temporairement aux règles sur les horaires de travail des conducteurs routiers. Cela a permis aux conducteurs d'attendre dans un lieu de stationnement sûr pour se reposer.

Au cours de l'été 2015, la Commission a écrit aux autorités françaises et britanniques. Nous les avons appelées à installer le plus rapidement possible des équipements de sécurité dans les installations de transport situées près de Calais. Nous avons également invité les autorités françaises et britanniques à mieux coordonner leurs forces de police et de douane en vue d'améliorer l'efficacité des contrôles aux frontières et de réduire les embouteillages. Cela diminue le risque de voir des migrants monter à l'intérieur des remorques.

En conséquence, le nombre d'intrusions illégales dans les terminaux de transport a diminué radicalement.

Selon Eurotunnel, cette année, il y a eu moins de 17 500 interceptions jusqu'au mois de septembre. Il convient de comparer ce chiffre aux 80 829 interceptions qui ont eu lieu au cours de l'année 2015. Toutefois, je suis sûr d'avoir vu dernièrement des reportages télévisés montrant que le problème des migrants s'était éloigné des terminaux de transport à Calais. Les passagers clandestins sont présents dans les aires de stationnement réservées aux camions, parfois à plusieurs centaines de kilomètres de Calais. À cet égard, les services de la Commission préparent des recommandations pour le secteur du transport routier de marchandises afin de mieux sécuriser les véhicules de tous types contre une intrusion non autorisée. Nous allons consulter largement les parties intéressées. J'espère pouvoir présenter ces documents à la fin du printemps de l'année prochaine.

Les autorités françaises ont dû faire face à la situation s'agissant de la sécurité et des questions relatives à la migration. Elles ont déployé des forces de police et ont déplacé les migrants présents près de Calais dans des centres sur l'ensemble du territoire. À ce propos, la Commission se félicite de l'intention des autorités françaises de démanteler la «jungle» de Calais d'ici la fin de l'année. Nous sommes convaincus que cela contribuera à améliorer les conditions de vie. Cela est nécessaire en particulier pour améliorer la situation difficile de nombreux mineurs non accompagnés qui sont présents à Calais. Le démantèlement du camp non organisé autour de Calais doit s'accompagner de l'application correcte des règles de l'Union européenne en matière d'asile pour les personnes ayant besoin de protection et des règles concernant le retour de ceux qui n'ont pas un droit de séjour légal.

Dans le même temps, la situation à Calais démontre que les sources de la migration doivent être mieux gérées dans le cadre d'une action commune et d'une politique commune en matière d'émigration. Dans ce contexte, comme vous le savez d'ailleurs, la Commission a proposé un grand nombre de mesures afin d'améliorer la gestion des flux de migrants et de lutter contre le trafic des migrants. Ces mesures ont déjà considérablement réduit les flux de migrants dans l'ensemble de l'Europe.

Wim van de Camp, *namens de PPE-Fractie*. – Het is nu voor de derde of de vierde keer dat wij hier vandaag over de problemen in Calais spreken. Ik ben de commissaris aan de ene kant erkentelijk voor zijn overzicht en zijn pogingen om dit probleem op te lossen, maar ik moet u wel zeggen dat ik het namens de PPE-Fractie onvoldoende vind. Er speelt zich daar een groot menselijk drama af. Er zitten op dit moment nog meer dan 10 000 illegale asielzoekers in het betreffende departement van Frankrijk. President Hollande heeft gezegd dat hij het vóór 1 januari 2017 wil oplossen en ik wil in ieder geval aan de commissaris vragen, aan beide commissarissen - want ik zie dat nu ook mevrouw Bulc is aangeschoven - dat zij in samenspraak met de Franse regering die zogenaamde jungle ook opheffen.

Ik weet dat het niet alleen een Frans probleem is. Er zitten daar illegale asielzoekers uit heel Europa, vandaar natuurlijk ook dat de commissaris verantwoordelijk is voor dit gebeuren, maar het kan zo niet verder. De transporteurs uit heel Europa hebben buitengewoon veel last van die agressieve mensen die wanhopig zijn en die proberen naar Groot-Brittannië te komen. Vandaar dat ik op zich blij ben met de toezegging van Hollande, maar ik hoop wel dat de Europese Commissie Frankrijk ook helpt om dit probleem op te lossen.

Tot slot, Voorzitter, zitten we ook met Brexit en met de betrouwbaarheid van het Europese transport. Dat is iets waar we ook op moeten letten. Er is veel vervoer naar Groot-Brittannië. Dat gaat grotendeels via de Eurotunnel. Dat moet op tijd kunnen plaatsvinden en het is eigenlijk onacceptabel dat dit gebeurt aan onze buitengrens.

President. – There will be no blue cards during this debate.

Gianni Pittella, *a nome del gruppo S&D*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario Avramopoulos, signora Commissario Bulc, Calais non è solo Francia, Calais è Europa. È Europa non solo perché le appartiene geograficamente, ma soprattutto perché ciò che avviene a Calais riflette in miniatura ciò che succede in altri posti d'Europa. A Calais noi dobbiamo conciliare sicurezza e umanità. Sicurezza per tutti, europei e stranieri, che hanno diritto di vivere e di crescere in luoghi sicuri, di non doversi piegare ai trafficanti di vite umane, di non vivere in baracche o in bidonville, di poter commerciare liberamente. Bene quindi la decisione del governo francese di François Hollande di chiudere quella che in maniera brutale viene definita la «giungla di Calais», che brutto nome!

La preoccupazione per la sicurezza, se non è accompagnata da umanità, diventa disordine. Tutti sappiamo che, se non offriamo alloggi alternativi, assistenza e protezione ai richiedenti asilo, sulle macerie di oggi sorgeranno le baracche di domani, che saranno ancora più misere e insalubri. Chi invoca il bulldozer non detiene il monopolio della sicurezza, ma piuttosto quello della insalubrità, della miseria e dell'insicurezza che verranno create. La scelta di mettere fine alla giungla ha quindi senso se risponde ad un imperativo di umanità, perché a Calais ci sono vite, storie, persone che non possono essere spazzate vie, c'è anche energia, una fame di vita, quella che ha spinto tanti uomini e tante donne ad affrontare un lungo viaggio in cui Calais, che pure sembra un vicolo cieco, è solo una tappa. A queste persone bisogna fornire protezione umanitaria e assistenza, soprattutto ai minori non accompagnati, come ricordava poc'anzi il Commissario Avramopoulos. Il peso di questo sostegno non può restare come al solito sulle spalle dei più poveri, e il Nord-Pas-de-Calais è uno dei dipartimenti più poveri della Francia. È giusto quindi ripartire i richiedenti asilo in Francia e, aggiungo, in Europa. Stiamo parlando dello 0,01 della popolazione francese.

Concludo con un invito alla coerenza. Cari colleghi, alcuni di voi sono a favore della frontiera a Ventimiglia, ma sono contro la frontiera a Calais. Chiaritevi le idee e soprattutto capite che con le frontiere non si risolvono i problemi.

Peter van Dalen, *namens de ECR-Fractie*. – Ik heb dit debat aangevraagd, Voorzitter, omdat de situatie in Calais voor iedereen volkomen onhoudbaar is, voor vluchtelingen, voor omwonenden en voor chauffeurs. Ik heb afgelopen jaar samen met mijn gewaardeerde collega Dennis de Jong een meeting gehouden in Rotterdam en daar hebben wij tientallen chauffeurs gevraagd over hun ervaringen daar. Er zitten vaak bomen van kerels tussen, maar velen van hen waren doodsbenauwd om naar Calais te moeten rijden, omdat chauffeurs bij Calais worden bedreigd. Ze worden bespuugd, ze worden geslagen. Vele ladingen groenten en fruit verdwenen in afvalcontainers nadat vluchtelingen erop hadden gepoept en gepiest. En dan krijgt de chauffeur bovendien nog een boete van 1 000 euro omdat die verstekelingen had in zijn wagen.

We hebben het dus over een Europees probleem en de Europese Commissie moet dat aanpakken. Niet door een paar brieven te sturen aan regeringen maar door een topconferentie te organiseren binnen een paar weken met alle betrokkenen om een oplossing te vinden. Dan gaat het ook over de vluchtelingen, selectie aan de poort, hervestiging van echte vluchtelingen. Dat moet nu gerealiseerd worden en bij Calais moeten Frankrijk en Groot-Brittannië samen voor een oplossing zorgen. Vang daar die vluchtelingen op. Frankrijk moet het kamp sluiten en zorgen dat er langs de Kanaalzone geen nieuwe kampen ontstaan, plus beveiligde parkeerplaatsen, geen boetes meer aan chauffeurs die eerlijk zijn en een snelle doorgang bij de douane.

Het wordt nu tijd dat we stoppen met dat jarenlange praten want hoeveel Franse ministers zijn er al niet in Calais geweest die hebben gezegd: "Ja, het is heel erg, we gaan er nou een eind aan maken". En nu meneer Hollande weer. Het werkt zo niet. Dus meneer Avramopoulos, bij u ligt het nu om daden te laten zien en niet meer te praten. Geen woorden maar daden, zeggen wij in Rotterdam. Maak resultaten bekend, niet in de lente van 2017 maar vóór januari, en realiseer dat door een topconferentie te houden met alle betrokkenen. Geen woorden maar daden, meneer de commissaris!

Nathalie Griesbeck, *au nom du groupe ALDE.* – Madame la Présidente, Madame et Monsieur les commissaires, chers membres de la commission des libertés civiles, de la justice et des affaires intérieures, ces dernières années, j'ai eu l'occasion de visiter de nombreux camps de réfugiés à la frontière syrienne, au Liban, en Italie, sur la route des Balkans et dans des camps organisés en Bavière. Malheureusement, le pire des camps que j'ai vu en juillet dernier est celui de Calais. Ce ne sont pas des choses qui se passent à l'autre bout du monde, mais en Europe, à quelques heures de cet hémicycle.

Pour ma part, je voudrais insister sur ce que vous avez évoqué, Monsieur le Commissaire, tout particulièrement la situation des mineurs non accompagnés, la situation des enfants à Calais, qui sont plus de 6 000 aujourd'hui dans ce camp, celle de 1000 enfants qui sont exposés au froid, à la fatigue, aux peurs, aux violences, au harcèlement, au travail forcé, à la prostitution, au désespoir, à la disparition – de multiples enfants ont disparu – ou aussi à la mort, puisque certains de ces jeunes sont décédés, étouffés à l'arrière d'un camion ou percutés lors des nuits où ils tentaient de s'évader.

La semaine dernière, mon pays, la France, a été condamné concernant la situation d'un enfant kurde dans ce camp, qui vivait dans la jungle de Calais et qui a de la famille au Royaume-Uni. Mon pays a refusé par deux fois de l'enregistrer, d'enregistrer sa demande d'asile. Or, ici, chacun sait que la demande d'asile est un processus obligatoire avant qu'on ne puisse étudier la réunification familiale.

Au-delà de la polémique et de toutes ces situations tragiques, trois choses essentielles et immédiates sont à faire concernant ces enfants: la première est d'enregistrer tous les enfants qui arrivent sur le site de Calais et sur les multiples bidonvilles qui entourent ce secteur de mon pays; la deuxième est de garantir à tous l'accès à une information précise, dans leur langue et adaptée à leur âge, sur le droit de demander l'asile en France – avec la réforme de Dublin – et sur les procédures de réunification familiale; et, enfin, la troisième est de mettre en œuvre un accueil et une mise à l'abri adaptés pour ne pas les laisser aux mains des passeurs et des réseaux criminels.

Ces trois mesures simples doivent être mises en œuvre dans l'immédiat, en attendant le démantèlement et de façon simplement à respecter nos obligations européennes et les traités.

Marie-Christine Vergiat, *au nom du groupe GUE/NGL.* – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, je vous remercie pour votre expression dans ce français impeccable.

En 1989, tout le monde s'est réjoui de la chute du mur de Berlin. Aujourd'hui, de nouveaux murs se construisent et se multiplient en Europe et ailleurs. Calais en est un symbole. Depuis 2000, des barbelés y sont érigés, sans cesse surélevés et allongés. Aujourd'hui, on va en rajouter en végétalisant et on va démanteler ce camp de la misère pour la troisième fois.

Dans cette zone vivent plus de 10 000 personnes, dont plus de 1 000 mineurs, la plupart sans protection. On va les déplacer encore une fois sans résoudre le problème. Ils veulent rejoindre le Royaume-Uni parce qu'ils y ont des attaches, de la famille et pensent pouvoir y trouver facilement du travail. S'ils déposent une demande d'asile, ils doivent attendre des semaines, et le taux d'acceptation de ces demandes en France est parmi les plus bas de l'Union européenne. Sur cette base, on fait le tri entre les bons réfugiés et les autres, qu'on prétend expulser dans les plus brefs délais, y compris vers leur pays d'origine, quel que soit celui-ci, comme s'ils n'avaient pas d'autres droits.

Comme d'autres, ici, j'ai été à Calais. J'ai rencontré ces hommes, ces femmes, ces enfants, j'ai entendu leurs témoignages, leur histoire de vie, leur détresse, leur parcours hallucinant de violence. Calais n'est ni une affaire franco-britannique, ni seulement un problème de transport. Le droit européen, aussi imparfait soit-il, y est bafoué, pour les mineurs isolés notamment. C'est d'humanité, de prise en compte de leur situation dont ces hommes, ces femmes, ces enfants ont besoin.

Les politiques sécuritaires ont un coût: un policier à Calais pour cinq migrants. Combien pour les politiques d'accueil? Il serait temps d'agir pour la dignité, le respect des droits de celles et de ceux qui sont à Calais parce qu'ils ne peuvent aller ailleurs.

Jean Lambert, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, I think it is clear that issues of solidarity and delivery of international responsibilities are as important in Calais as anywhere else in the European Union and beyond. But I think it is also clear, when we look at Calais, that deterrence policies over the years clearly have not worked and that the so-called Jungle is a reflection of a long-term problem with no coherent ongoing governmental response. I have been going to Calais since the years of Sangatte, I have been there with the Road Haulage Association and we know the problems well.

It is a long-standing history of French failure to deliver effectively on its obligations, aided and abetted by a UK Government that we know drags its heels to deliver safety and security, even to children who are clearly entitled to be in the UK. Every time the camp at Calais is destroyed, children go missing and smuggling gangs responsible for much of the violence there gain more customers because people simply don't trust the state.

My French colleagues and I have again written to the relevant authorities to ask them to just do their jobs properly. It should not be left to NGOs, such as Citizens UK, to identify children who have a right to join their families in the UK.

Building walls displaces problems. It does not solve them. That money would be much better spent on the French and British Governments properly managing the asylum system in the region, which will provide safety, information and choices for people in need, be better for the local economy and certainly provide greater security for drivers.

Mike Hookem, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, the Calais crisis is a goldmine for people traffickers and criminal gangs and it is aided and abetted by the European Union. British drivers' lives have been put at risk for months from people the left insist on calling refugees, even though the majority are not. Last year I sat in a lorry in Calais whilst armed migrants broke into vehicles, the drivers unable to stop them.

Closing the jungle will not stop the crisis. It will just move it along the coast to smaller ports like Zeebrugge and Cherbourg, two places where I have personally witnessed criminal gangs in action. And it moves the problem in the UK from the south-east coast to ports like Hull and Immingham. We already have insufficient border staff, thanks to Theresa May.

Millions of pounds of British taxes are being spent fruitlessly building walls, whilst the French blame the UK, and not their politicians who signed up to Schengen. The EU created this mess. It will not be solved until we turn migrant boats in the Mediterranean back, and deport people who are not genuine refugees.

Steeve Briois, *au nom du groupe ENF.* – Madame la Présidente, chers collègues, Calais est devenu le laboratoire d'une France, d'une Europe soumise à l'invasion migratoire. Cette submersion migratoire est la triste réalité pour décrire ce que vous appelez pudiquement «la politique d'accueil des réfugiés». Vous clamez partout haut et fort votre indignation à l'idée que les populations s'opposent à accueillir les migrants, mais êtes-vous prêts, chacun d'entre vous, à vivre ce que subissent quotidiennement les habitants de Calais?

Êtes-vous prêt à supporter ne serait-ce qu'un dixième du cauchemar de ces Français les plus humbles, qui n'ont qu'un seul droit, celui de se taire? Si vous étiez agriculteur à Calais, seriez-vous prêt à voir votre récolte piétinée quotidiennement par les migrants? Si vous étiez propriétaire d'une petite maison à Calais, seriez-vous prêt à voir la valeur de votre bien chuter de 40 % et vivre derrière des clôtures et des barbelés pour empêcher l'intrusion de migrants dans votre jardin? Si vous étiez commerçant à Calais, seriez-vous prêt à voir votre activité chuter de 50 % et à déposer le bilan? Si vous étiez routier à Calais, seriez-vous prêt à risquer chaque jour l'accident de la route à cause des projectiles et des cocktails molotov lancés par les groupes de migrants?

Je connais des centaines de Calaisiens qui aimeraient partager votre vie paisible, ne serait-ce qu'une journée. Je vous propose donc, en parfaite cohérence avec vos nobles idéaux, de soulager le fardeau de ceux qui n'en peuvent plus: êtes-vous prêt à vivre la vie au quotidien des Calaisiens?

Udo Voigt (NI). – Frau Präsidentin, liebe Kollegen! Es ist schon eigenartig heute: Der Rat ist nicht da, der Kommissar ist gegangen, aber wir diskutieren trotzdem über etwas, was die verfehlte Politik, die EU-Politik, die Migrationspolitik darstellt. Der Kommissar hat eben gemeint: 10 000 Illegale halten sich dort auf. Das betrifft nicht nur Frankreich, das betrifft Großbritannien. Die 10 000 Illegale kämen aus ganz Europa. Ich frage mich, wie kommen denn 10 000 Illegalen dahin? Die kommen doch nur dahin, weil Schengen nicht funktioniert, weil unsere Außengrenzen nicht kontrolliert werden. Und dann soll Großbritannien die Verantwortung übernehmen?

Die Verantwortung sollen gefälligst die Politiker übernehmen, die Schengen haben zusammenbrechen lassen, die dafür gesorgt haben, dass Frontex heute zu einem Taxi und Fährunternehmen für Migranten geworden ist. Sie wollen eine Lösung haben? Ja, eine Lösung gibt es. Die Lösung besteht in der Umkehr der Politik. Hören Sie endlich auf, immer diese Menschen integrieren zu wollen, die unter falschen Voraussetzungen hierher kommen! Machen Sie – wie das Modell Australien – eine entsprechende Rückführung statt Integration, und das Problem ist bald gelöst.

Françoise Grossetête (PPE). – Madame la Présidente, la «jungle» de Calais, c'est aujourd'hui la violence, la violence de ceux qui veulent à n'importe quel prix passer la Manche et dont les victimes sont, entre autres, les chauffeurs routiers qui, eux, ont besoin d'exercer leur métier dans les meilleures conditions et, notamment, dans des conditions de sécurité. Ces conditions n'existent, malheureusement, pas pour eux puisqu'ils sont quotidiennement menacés.

La «jungle» de Calais, c'est aussi un drame humanitaire: pour les prétendants à l'asile, que nous avons le devoir d'accueillir dans la dignité, mais aussi pour les migrants dits économiques, à qui nous ne pouvons pas offrir ce qu'ils cherchent et que nous devons, dans ce cas-là, envoyer de l'autre côté de la Manche.

Ce qui me choque, c'est que la seule réponse soit la construction d'un mur payé par le Royaume-Uni et accepté par le gouvernement français. Quel terrible aveu d'impuissance lorsque l'on voit, partout en Europe, se dresser à nouveau des murs! Et quel écran de fumée, en réalité, car le Royaume-Uni n'a jamais assumé ses responsabilités dans ce dossier, y compris vis-à-vis des nombreux mineurs qui attendent à Calais de pouvoir retrouver leurs familles. Dans ces conditions, je le dis, les accords du Touquet doivent être absolument renégociés.

Vous me permettrez de saluer le courage des Calaisiens, qui supportent cette situation depuis trop longtemps, et le courage de la maire de Calais, Natacha Bouchart, qui, elle, assume ses responsabilités, même face à des choix difficiles.

La lucidité, c'est de prendre conscience que s'installent progressivement chez nos concitoyens un malaise, une inquiétude qui créent l'instabilité et font grandir le populisme.

Je terminerai en disant que le drame humanitaire que constitue la crise migratoire menace de faire exploser l'Europe. La sortie de crise n'est pas dans le chacun pour soi, mais dans une solution européenne, une politique migratoire commune et un meilleur contrôle de nos frontières extérieures.

Pervenche Berès (S&D). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, qui peut penser que le gouvernement français se satisfait de la situation à Calais? Qui peut douter de l'engagement du président de la République et de son ministre de l'intérieur à résoudre la situation à Calais? Non, Madame Grossetête, la seule chose qui est faite, ce n'est pas de construire un mur, la chose qui est faite, c'est d'organiser à l'échelle de notre pays cette relocalisation que nous avons voulue aussi, ici, à l'échelle européenne.

Après le Brexit, certains ont pensé que l'on pourrait dénoncer les accords du Touquet. M[me] Grossetête, là aussi, oublie que celui qui a été ministre de l'intérieur ayant conclu ces accords du Touquet, tout d'un coup, voulait les dénoncer, comme si Schengen était appliqué par le Royaume-Uni, comme si le Royaume-Uni pouvait être un échec de la politique migratoire de l'Union européenne, alors même que ce pays n'appartient pas à Schengen.

Après le Brexit, dénoncer l'accord du Touquet, c'est oublier tout simplement la géographie. C'est permettre au Royaume-Uni de ne plus prendre sa part de responsabilité, justement, dans la gestion de cette situation. C'est permettre à des demandeurs d'asile d'être à nouveau exposés aux terreurs. C'est permettre à des passeurs de continuer leur travail de sape. C'est plus de drames dans la Manche et sur les routes. C'est ajouter de l'incertitude à l'incertitude, alors qu'il faut deux ans pour dénoncer l'accord du Touquet.

Alors, je le dis, l'engagement du gouvernement français, c'est ce qui a permis aussi de démanteler les réseaux de passeurs. C'est ce qui permet d'examiner les demandes d'asile et c'est ce qui permet d'organiser à l'intérieur du territoire le démantèlement de cette jungle, ce pourquoi je remercie le commissaire de son soutien.

Roberts Zīle (ECR). – Priekšsēdētājas kundze! Cienījamā komisāre! Tad, kad mēs rosinājām šo jautājumu skatīt, mēs, pamatā Transporta komitejas deputāti, tiešām vēlējāmies šīs debates par transporta situāciju Kalē un Kalē apkārtnē, un ne tik daudz par šo it kā patvēruma meklētāju jautājumu, kurā mēs atkal esam novirzījušies, vairāk to politizējot.

Es tikai gribu teikt, ka manā skatījumā tās nav tikai patvēruma meklētāju problēmas šajā gadījumā, jo šie cilvēki atrodas drošā vietā. Viņi atrodas Šengenas teritorijā — šajā gadījumā pamatā Francijā, bet arī Beļģijā un blakus esošās valstīs. Viņu dzīvībai nekas nedraud. Viņiem ir pienākums reģistrēties un pieprasīt bēgļa vai alternatīvās personas statusu, un tas viņiem nedod tiesības organizēt — bieži vien ar noziedzīgām struktūrām un kriminālām organizācijām — šo situāciju, kas rada problēmas transporta pārvadājumiem.

Šajā gadījumā mums vajadzēja šodien vairāk runāt par to, vai Komisija kopā ar Francijas valdību to redz, it īpaši situācijas, kas varētu radīt — pamatā smago automašīnu pārvadātājiem — drošu situāciju, ka viņiem ir zināms, kur griezties tad, ja viņi redz šīs aizdomīgās situācijas, ja notiek ielaušanās viņu mašīnās, lai viņi paši nekļūtu ne tikai par upuriem šiem bieži vien krimināliem noziedzniekiem, bet arī pēc tam, piemēram, britu varas iestādēm, ja viņi ir pārveduši pāri un nonāk šajā gadījumā citā tiesvedībā un faktiski tiek uzskatīti par cilvēku kontrabandistiem. Šis bija tas, par ko mums šodien vajadzēja vairāk runāt, un es ļoti ceru, ka komisāre reaģēs uz šāda veida aspektiem.

Gesine Meissner (ALDE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Was sich in Calais abspielt, ist tatsächlich eine absolute menschliche Katastrophe. Für mich ist es auch bei dem Flüchtlingslager gar nicht so entscheidend, ob das jetzt illegale oder legale, tatsächlich asylberechtigte Flüchtlinge sind. Es sind Menschen, die unter unwürdigen Bedingungen auf unserem Kontinent leben – dem Kontinent, der für viele für Sicherheit und Menschlichkeit steht. Das ist schon mal etwas, was uns sehr besorgt machen muss.

Und dann ist es natürlich so – wir reden ja heute über Transport –, dass diese schlimme Situation für Menschen in Europa sich auch auf den Transportsektor, auf den Binnenmarkt ausgewirkt hat. Es ist so, dass die psychische Belastung für Lkw-Fahrer, die schon angesprochen wurde, immens hoch ist, dass sie sich gar nicht mehr trauen, auf den Parkplätzen anzuhalten, weil sie befürchten, es könnten Flüchtlinge illegal in ihre Lkw kommen. Dass sie das dann nicht mehr tun, ist nicht nur, um sich selbst zu schützen, sondern auch um die Flüchtlinge zu schützen. Denn niemand möchte später einen erstickten Flüchtling im Lkw finden. Und natürlich wollen die Lkw-Fahrer auch nicht, was jetzt passiert ist: wenn sie nach Großbritannien kommen, bestraft werden dafür, dass ein illegaler Flüchtling, in welchem Zustand auch immer, sich in ihrem Lkw befindet.

Es ist im Grunde genommen wirklich ein Hochsicherheitstrakt, den wir in Calais und bei den Fähranlagen jetzt schon haben, und das ist etwas, was ja zeigt, wie ungelöst die Situation ist. Wir müssen unbedingt etwas tun, um das zu verbessern. Es ist tatsächlich so, das stimmt schon, es ist angesprochen worden: Es gibt kriminelle Schlepperbanden. Auch vor denen haben die Lkw-Fahrer immense Angst, dass sie bedroht werden, gezwungen werden, Menschen aufzunehmen, und dann eben hinterher Strafen ausgesetzt sind. Und ich weiß: Vorhin hat Kommissar Avramopoulos gesagt, dass er begrüßt, dass das Flüchtlingslager aufgelöst werden soll, und er sagt, dies sollte dann tatsächlich auch begleitet werden von den richtigen Anwendungen der Asylverfahren. Ich hoffe sehr, dass das gelingt. Denn ich befürchte: Wenn das nicht gelingt, dann wäre die Auflösung wirklich nur eine Verlagerung an andere Orte. Das ist nichts, was einer von uns wünschen kann.

Malin Björk (GUE/NGL). – Fru talman! Som flera andra här har jag varit i ”The Jungle” i Calais, två gånger. Det är en kåkstad där 10 000 personer, varav nästan 1 000 barn, har fastnat. De har fastnat på grund av att Storbritannien och Frankrike inte har lyckats att finna några politiska lösningar som är hållbara. De utsätts också för polisbrutalitet, tårgas och vattenkanoner. Speciellt de allra mest utsatta, nämligen ensamkommande barn. Nu har den fullständiga rivningen av lägret tillkännagivits och människorna i ”The Jungle” lever i skräck. Vart ska de ta vägen? Dessutom bygger Frankrike och Storbritannien ännu en mur. Men det är inte fler murar som Europa eller Storbritannien och Frankrike behöver. Vidare finns det inga ursäkter för den brittiska regeringen att inte upprätthålla rätten till familjeåterförening. Hundratals barn väntar på att få komma till sina familjer i Storbritannien.

Istället för att lägga pengarna på murar måste vi investera i ett värdigt mottagande. Vi måste ha boenden, vi måste respektera barns rättigheter, vi måste ha könsseparata boenden för kvinnor, som är oerhört utsatta. Vi kommer att fortsätta att kämpa för människorna i Calais tills de behandlas som just det de är, människor.

Eva Joly (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, la situation à Calais est insupportable. Chaque démantèlement, parfois à coup de bulldozer, ajoute à l'inhumanité de la situation. Le dernier en date, annoncé par François Hollande, doit se faire dans le plus grand respect des populations, en particulier des mineurs isolés, dont le plus jeune a seulement 10 ans, car, à chaque fois qu'un camp est démantelé, des enfants disparaissent. Leur sécurité doit être prioritaire.

Une solution décente et réaliste de relogement doit être proposée à chacun. Les demandes d'asile doivent être scrupuleusement et rapidement traitées, notamment outre-Manche. Deux enfants ont déjà perdu la vie en tentant de rejoindre le Royaume-Uni, alors qu'une procédure de regroupement familial aurait dû aboutir.

Quant à la construction de la grande muraille de Calais, c'est le summum de la honte. Je ne parle même pas de son inutilité. Aucun mur n'arrêtera ceux qui ont déjà bravé tous les dangers pour fuir la guerre. Personne ne veut de ce mur, ni les associations humanitaires, ni les routiers, ni même la maire de Calais.

D'autres solutions existent: Damien Carême, le maire de Grande-Synthe, l'a démontré avec la construction d'un camp humanitaire qui héberge dignement des centaines d'hommes, de femmes et d'enfants. Il est temps de changer d'approche; la répression sans alternative n'est pas une solution, elle ne fait que nous déshumaniser.

Bill Etheridge (EFDD). – Madam President, thank you for the opportunity to take part in this stage-managed, pretend debate where people on the other side of the House can come out with figures about the people who are in that Calais Jungle without the slightest shred of evidence. I will tell you why I know this: because I have been there and there are a thousand people registered and 10 000 people outside the walls, not registered. So how you can come up with a figure for children is nonsense. You can wave all the pretend leaflets you like. It makes no difference.

I did not realise until tonight that France was a totalitarian state, persecuting and prosecuting people, and where people are in fear of their lives. If it is not, then there are no refugees or asylum seekers in Calais or anywhere else, there are only criminals seeking to break UK laws to get into the country or people being trafficked by criminals to get into our country. The French nation has a proud tradition. I believe that the French Government has let the French people down. It is time for them to be honourable, dismantle these camps, break up these criminal gangs, register genuine asylum seekers and stop the other economic migrants seeking to break the law to get into the UK.

Mylène Troszczynski (ENF). – Madame la Présidente, j'ai bien écouté M. le commissaire, qui est parti depuis, et je l'ai surtout entendu se plaindre des pauvres migrants. Aucun mot sur les habitants du Calaisis.

Calais, aujourd'hui, n'est plus qu'une ville sinistrée où le quotidien des habitants commence à ressembler au pire des cauchemars. Calais agonise, subit de plein fouet votre lamentable gestion de la crise migratoire. Cette ville devient l'étendard de vos politiques de destruction méthodique de nos nations. Elle est le symbole de votre incompétence. Vous avez à Calais l'illustration de l'effacement des frontières que vous avez organisé. Calais est le symbole de l'échec de Schengen.

Steeve Briois a donné tout à l'heure des chiffres. Pour vous, j'en ai d'autres. Depuis octobre 2015, le coût des renforts des CRS et des gendarmes mobiles, à qui je veux rendre hommage, aujourd'hui, et qui sont complètement épuisés par les attaques des migrants, s'élève à 150 000 euros par jour. Un budget exceptionnel a été consacré aux gaz lacrymogènes: deux millions d'euros de budget supplémentaire.

Aujourd'hui, le gouvernement français annonce le démantèlement de la «jungle», en disséminant les migrants dans les villages français. Encore une fois, ce sont les Français qui vont payer la note. Dans l'Oise, mon département, le coût de l'accueil forcé de 300 mineurs isolés étrangers s'élève à 50 000 euros par an et par mineur, aux frais de la collectivité, aux frais des contribuables français.

Ces chiffres sont totalement ahurissants, surtout à l'heure où l'on dénombre en France six millions de chômeurs, au bas mot, et neuf millions de personnes vivant avec moins de 1 000 euros par mois.

Vous appelez à la solidarité et aux valeurs d'humanisme à l'égard des migrants, mais vous apportez l'injustice, la ruine et la colère aux Français et surtout aux Calaisiens.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, εκατοντάδες παράνομοι μετανάστες συνωστίζονται καθημερινά στο Calais της Γαλλίας και τις νύχτες προσπαθούν να περάσουν μέσα από τη σήραγγα της Μάγχης με σκοπό να βγουν απέναντι στη Βρετανία.

Θεωρώ, όμως, λάθος το να προσπαθούμε να εξετάσουμε ξεχωριστά την κατάσταση στο Calais. Δεν είναι παρά ένα ακόμα σύμπτωμα του μεγάλου προβλήματος που λέγεται παράνομη μετανάστευση. Επιμένω στον όρο «παράνομη μετανάστευση» και όχι «προσφυγικό». Το μεγαλύτερο μέρος των ατόμων αυτών δεν είναι πρόσφυγες, αλλά οικονομικοί μετανάστες. Εάν μάλιστα μετακινούνται χωρίς τα προβλεπόμενα έγγραφα και άδειες είναι λαθρομετανάστες.

Πρέπει με κάθε τρόπο να εξασφαλίσουμε αξιοπρεπή διαβίωση για τους πρόσφυγες στην πρώτη χώρα που εισέρχονται μετά τη φυγή τους και να φροντίσουμε για την ταχύτερη δυνατή επιστροφή στις εστίες τους, μόλις αυτό είναι δυνατό. Τα παιδιά τους πρέπει να συνεχίσουν την εκπαίδευση στις γλώσσες τους, ώστε να είναι έτοιμα να επανενταχθούν στις κοινωνίες των χωρών τους.

Οι οικονομικοί μετανάστες να επιστρέφουν στις χώρες τους και να έρχονται νόμιμα μόνο μετά από εκδήλωση ενδιαφέροντος και να γνωρίζουν πριν από την έναρξη του ταξιδιού τους αν θα γίνουν δεκτοί.

Εάν αυτό εφαρμοστεί σε λίγες μόνο εβδομάδες θα λύσουμε το μεγαλύτερο μέρος του προβλήματος, συμπεριλαμβανομένου και του Calais.

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

Massimiliano Salini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la discussione di oggi ha un difetto fondamentale, anzi ne ha più di uno. Il primo è l'ipocrisia, l'ipocrisia di chi oggi racconta l'ennesima storia sull'accoglienza, un'accoglienza senza criterio a volte, un'accoglienza dove si fatica a trovare la distinzione tra richiedenti asilo con questo diritto e migranti economici che il diritto di asilo non lo possono avere. E soprattutto l'ipocrisia di una discussione che dovrebbe avere a tema come evitare che onesti autotrasportatori si trasformino in imputati a causa della nostra incertezza e della nostra incapacità di trovare un approccio corretto a questa tematica veramente drammatica.

Mi è dispiaciuto vedere l'on. Berès polemizzare con la collega Grossetête in ordine a questioni di politica interna francese. Forse l'onorevole Berès dovrebbe ricordarsi di rivolgere i propri strali al presidente Hollande e ascoltare di più il proprio capogruppo Pittella, che correttamente ha ricordato come Calais forse non è tanto diversa da Ventimiglia. Allora forse Hollande dovrebbe ricordarsi di utilizzare lo stesso peso in situazioni simili.

Oggi il problema è un problema di trasporti. Il problema è trovare una modalità corretta affinché gli autotrasportatori e gli abitanti di quel territorio non si trasformino nelle vittime ingiuste della nostra incapacità politica.

Ana Gomes (S&D). – Senhor Presidente, em julho chefiei uma delegação da Comissão LIBE a Calais. Encontrámos duas realidades bem diferentes. Em Grande-Synthe, por ação de um presidente da câmara com sensibilidade humanista; em Calais, por inação de uma presidente com um discurso hostil a refugiados e imigrantes. A abordagem faz toda a diferença para encontrar soluções dignas, para gerir o afluxo que põe muita pressão nesta região de fronteira. Apesar das autoridades francesas aceitarem pedidos de asilo, as pessoas com quem falámos na *jungle* não perdem a esperança de atravessar para o Reino Unido onde têm família, conterrâneos, e pensam ter futuro, porque sabem que as redes de traficantes continuam ativas e passar é apenas uma questão de poder pagar, incluindo centenas de menores não acompanhados que o Reino Unido tarda em reunificar às famílias.

Etíopes, com quem falei na *jungle*, disseram que centenas dos seus compatriotas haviam chegado ali semanas antes, dois a três meses depois de partirem das suas aldeias, em jornadas perigosas, arriscando as vidas.

Senhor Presidente, construir muros e recusar abrir vias legais e seguras para refugiados imigrantes é continuar a dar negócio às redes de traficantes. Para além de imoral e violador dos direitos humanos, é ineficaz e só agrava a segurança da Europa.

Calais pode ser em qualquer praia europeia.

Richard Ashworth (ECR). – Mr President, the British border has been on French soil since the Treaty of Le Touquet in 2003. It is that agreement which gave rise to the Calais jungle, and that migrant camp for over 10 years has been getting steadily bigger, steadily more desperate and steadily more violent.

Both the British Government and the French Government have got a duty to ensure safe passage for all legitimate cross-Channel traffic, to forcefully uphold national immigration policies and to provide all necessary humanitarian aid.

But there are dangers. First, that in tightening border controls we just displace the problem elsewhere or, we force migrants into ever more desperate measures, such a small boats. And second, in addressing the situation locally, we lose sight of the bigger global problem.

We welcome the Commission's help and support with the problem, but I urge them to remember that migrants all over the world are the consequence of the widening gap between the world's rich nations and the world's poor nations, and of climate change and violence. In addressing migration, therefore, we must understand the importance of directing our efforts to the cause, not just to the symptoms.

Dominique Riquet (ALDE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, les souffrances vécues par les migrants et les habitants du Calaisis sont évidemment au premier plan de nos préoccupations, mais je voudrais d'abord parler de l'aspect du transport routier.

Pour donner du corps à cela, je citerai les chiffres très récents de l'Union internationale des transports routiers qui a mené une enquête très approfondie parmi les chauffeurs routiers: 4 500 camions transitent chaque jour dans cette région, soit plus de 1,5 million de camions, 87 % des entreprises ont déjà retrouvé des migrants à bord de leurs véhicules, 22,5 % des entreprises ont au moins un chauffeur qui a subi une agression et 30 % des entreprises, dont les chauffeurs, refusent les trafics vers le Royaume-Uni, soit un coût global, juste pour le problème de Calais, de 2 milliards d'euros pour le secteur, incluant les dégradations sur le véhicule ou sur les marchandises ou les amendes infligées par les autorités quand elles découvrent des clandestins malgré les fouilles effectuées par les chauffeurs eux-mêmes, plus les délais d'attente au point de passage, voire les immobilisations judiciaires de camions.

Je rappelle que, vu la violence des attaques et la peur des chauffeurs, dont beaucoup maintenant sont armés, un certain nombre de chauffeurs ont passé des barrages routiers établis par les migrants avec des morts: on a parlé – je le rappelle – de «fosses communes» à Calais.

Barbara Spinelli (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la giungla di Calais che ho visto è una *wasteland* dove vivono, su 10 000 rifugiati, 1 000 minori non accompagnati. Più della metà dei bambini potrebbero raggiungere i familiari in Inghilterra, lo prescrive la legge europea. Sia Parigi sia Londra la violano. Solo 20 minori hanno potuto avvalersene. Vorrei narrarvi la storia di Raheemullah Oryakhel, quattordici anni, afghano, schiacciato giorni fa da un camion a Calais. Voleva raggiungere legalmente il fratello a Manchester. Perché tanta misantropia? Vi diranno che è perché i candidati all'Eliseo rincorrono Marine Le Pen, ma c'è un rifiuto più sostanziale. I rifugiati rappresentano appena lo 0,2 % della popolazione europea, eppure è come se non fossimo capaci di aggiungere un solo tavolo in una mensa di milioni. I bambini li compiangiamo, ma morti, solo in fotografia e possibilmente lontani da noi.

Jérôme Lavrilleux (PPE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, Calais est aujourd'hui la scène de l'indignité, voire de la lâcheté humaine, où migrants et habitants sont réellement abandonnés à leur sort.

Il ne se passe pas une seule journée sans que des vies soient en danger et que le pire soit frôlé. Il ne se passe pas de semaine sans morts, sans tragédie. Chaque jour, des actes désespérés sont tentés par des migrants afin d'entrer au Royaume-Uni. Ainsi, des troncs d'arbre, des objets sont régulièrement installés sur les routes pour obliger les routiers à ralentir afin de grimper dans les camions pour passer la frontière. Les transporteurs témoignent chaque jour de leur peur d'emprunter ces itinéraires. Pour les riverains, la situation n'est plus tenable et l'on assiste à une montée inquiétante de la violence. L'économie de Calais s'effondre. Des êtres humains sont entassés dans des conditions sanitaires indignes de la terre des droits de l'homme, comme en témoigne le nom donné à ce camp: la «jungle».

Face aux solutions de court terme et aux promesses non tenues, les Calaisiens ne voient plus le bout de ce qui est devenu un véritable cauchemar. À ce titre, je souhaite rendre hommage à Natacha Bouchart, maire de Calais, et à Xavier Bertrand, président de la région des Hauts-de-France pour leur courage et leur refus de céder au populisme ambiant.

L'Union européenne doit impérativement être à l'initiative d'une renégociation totale des accords du Touquet entre la France et le Royaume-Uni – accords qui étaient voués, dès leur rédaction, à l'échec. La France et l'Union européenne ne peuvent plus être les sous- traitants impuissants de la frontière avec les Britanniques. Le Brexit doit être l'occasion de mettre le Royaume-Uni face à ses responsabilités. La frontière anglaise doit retourner en Angleterre. Madame la Commissaire, il y a urgence.

Πρόεδρος. – Υπάρχει μια μπλε κάρτα από τον κ. Gericke, αλλά ζητώ την κατανόηση και του ίδιου και όλων σας. Υπάρχει μια μεγάλη καθυστέρηση στο συμφωνημένο χρονοδιάγραμμα, και έτσι, όπως και οι προηγούμενοι Αντιπρόεδροι, δεν θα δώσω μπλε κάρτες.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, quasi 10 000, tra uomini, donne e bambini, più un numero impressionante di minori non accompagnati, tutti accampati in condizioni disumane in quella che è la più grande bidonville del nostro continente. Ma è questa l'Europa dell'accoglienza? Un paese confinante, il Regno Unito, ha già iniziato i lavori di costruzione dell'ennesimo muro della vergogna. È forse questa l'Europa della solidarietà?

Perché si continua a gestire il fenomeno migratorio scaricando la responsabilità sui nostri vicini meridionali? Perché si perdura nelle scelte politiche di militarizzazione dei confini, di chiusura delle frontiere, di costruzione di muri, di allestimento di campi della vergogna? Se ci limitiamo a fronteggiare le situazioni di emergenza, ci saranno sempre tendopoli in ogni paese europeo e muri nei paesi confinanti.

Dobbiamo sapere e ricordare che sono la mancanza di solidarietà, le decisioni non rispettate in materia di rilocalizzazione e l'assenza di politiche di integrazione e di accoglienza a rendere il fenomeno migratorio ingovernabile. Quindi faccio appello agli Stati membri affinché concretizzino quello che è il più grande principio della solidarietà.

Kosma Złotowski (ECR). – Szanowni Państwo! Nie po raz pierwszy rozmawiamy tutaj o Calais, ale za każdym razem, kiedy o tym rozmawiamy, sytuacja tam na miejscu jest gorsza. Ale dlaczego? No dlatego, że nie przestrzegamy naszych własnych zasad. Czy legalne jest napadanie na ciężarówki? Nie, ale oni to robią, robią to co dzień. A policja? Policja nic nie robi.

Pani poseł była łaskawa wspomnieć o tym, że musimy wypracować program integracyjny dla imigrantów. To prawda – musimy, ale tacy imigranci, którzy w ten sposób się zachowują, powinni być integrowani w więzieniach.

Jeżeli nie przestrzegamy swoich własnych zasad, to potem borykamy się z tym, co mamy. Mówi pani, że to jest mur hańby, który budują Brytyjczycy. A dlaczego rozsądny rząd miałby kogoś, kto się tak zachowuje, wpuszczać do siebie? Dlaczego miałby to robić?

Prawo, które jest, powinno być przestrzegane, i to powinien być dzisiaj nasz apel do francuskiego rządu.

Matthijs van Miltenburg (ALDE). – De situatie in Calais is onhoudbaar geworden. Onhoudbaar voor de duizenden vluchtelingen, onhoudbaar voor de lokale bevolking en ook onhoudbaar voor de transportsector. Ik steun het plan van de Franse overheid voor de ontmanteling van de Jungle, maar dat betekent echter geen structurele oplossing. Om nieuwe jungles in Europa te voorkomen moet er een beter Europees asiel- en migratiebeleid komen, moeten Europese landen, lidstaten, Europese afspraken loyaal en snel uitvoeren. Daarnaast is solidariteit nodig. In dat licht, in het licht van solidariteit, wil ik de Britse regering verzoeken om een aandeel te nemen in de opvang van vluchtelingen uit Calais en daarbij denk ik vooral aan de alleenreizende kinderen die familie in het Verenigd Koninkrijk hebben. Alle lidstaten, inclusief het Verenigd Koninkrijk, hebben een verantwoordelijkheid. Neem die verantwoordelijkheid dan ook.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, já bych prvně chtěl trošku snížit emoce a jít trošku do pragmatického pohledu na celé řešení. Toto léto jsem měl možnost s výborem LIBE navštívit uprchlické tábory v okolí Calais. A i když jsem o této slavné džungli slyšet mnohokrát, to, co jsem tam viděl, mě neskutečně šokovalo a překvapilo. Ten stav byl ještě hroznější a hnusnější, než si dokáže kdokoliv z vás představit. Je to nejhnusnější uprchlický tábor, který jsem v životě viděl. A dámy a pánové, já jsem projel tábory napříč celou Evropskou unií.

V džungli jsou na denním pořádku různé konflikty. Nálada na bodu mrazu. A jednotlivé národnosti zde bojují o dominantní postavení. Nejen, že zde každý den zasahuje policie, ale často jsou i žádáni lékaři, aby ošetřili zranění. Celkové podmínky pro život v této džungli jsou naprosto otřesné.

Dámy a pánové, oficiální statistiky mluví o tom, že nikdo neví, kolik v džungli vlastně žije lidí. Neziskové organizace to odhadují na 4, 6, 8 nebo 9 tisíc. Ale tito lidé mají společný sen. Dostat se do Velké Británie. Je třeba si nalít čistého vína. Většina těchto lidí se tam nikdy nedostane a nemůže se tam dostat, protože to jsou ekonomičtí migranti. To jsou lidé, kterým by měl být zamítnut azyl.

A poslední věc, kterou bych chtěl říct, pane předsedající, je ta, že François Hollande se věčně vymlouvá na Evropskou unii. Ale řešení není na Evropské unii, ale je na Françoisi Hollandovi.

Sylvie Guillaume (S&D). – Monsieur le Président, la situation humanitaire à Calais mérite mieux que les propos haineux et démagogiques que nous entendons parfois ici ou là. Je suis heureuse que le débat d'aujourd'hui ait été maîtrisé, du moins à quelques exceptions près, parce que cette situation, effectivement, n'est tenable ni pour les migrants, ni pour les habitants de Calais, ni pour les travailleurs.

Je voudrais insister sur trois points.

Premièrement, il faut trouver des solutions durables. Cette situation à Calais n'est pas nouvelle, mais elle est, depuis la fermeture ratée de Sangatte en 2002, rendue considérablement difficile par le nombre de personnes présentes. Il faut donc trouver des solutions durables, c'est pourquoi l'État français a décidé du démantèlement entier, d'ici à la fin de l'année, de manière à lancer les signaux clairs qui jusqu'à présent ne l'avaient jamais été en ce sens.

Deuxièmement, ce démantèlement doit avoir lieu en donnant des perspectives. Nous parlons ici de protection internationale et de mise à l'abri, y compris des mineurs non accompagnés, qui sont dans des situations insalubres. J'en profite pour dire à Nathalie Griesbeck et à Marie-Christine Vergiat qu'il y aurait en ce moment plus de pénurie de personnes pour passer au Royaume-Uni que de trop-plein, donc les mineurs peuvent passer dans le cadre du regroupement familial au Royaume-Uni. Ce démantèlement doit se faire avec responsabilité et de façon ordonnée, avec humanité et dignité, ce qui se traduit par l'accueil des personnes dans des locaux à taille humaine et avec l'accompagnement social et administratif adapté. C'est cela apporter des solutions concrètes.

Troisièmement, il faut continuer de se battre pour que des solutions nationales et européennes coexistent, car c'est la seule clé possible. La situation à Calais ne se résoudra pas juste en renégociant les accords du Touquet, avec toutes les incertitudes liées aux deux ans de préavis – Françoise Grossetête n'est pas là pour l'entendre et je le regrette. C'est donc un devoir d'exemplarité et de répartition entre ce que nous demandons avec les États membres de l'Union européenne et au moment même où trop souvent ceux-ci tournent le dos à la solidarité européenne, comme en témoigne le référendum de Viktor Orbán ce week-end.

Inés Ayala Sender (S&D). – Señor Presidente, agradezco las recomendaciones de la Comisión, pero expreso también una preocupación creciente. Desde el principio, hace meses, dijimos que la relación entre la crisis de los refugiados y las vías de movilidad y transporte europeas había que abordarla de una manera holística, y no por acción-reacción y siempre demasiado tarde.

Había que dar solución al problema humanitario de familias y menores solos, perdiendo la vida y la salud, mediante los corredores humanitarios seguros que venimos demandando, y así ordenar la llegada y evitar las aglomeraciones inhumanas tanto en las playas del sur como en las fronteras del este y del norte, como el caso de Calais. No se hizo. Y ahora hay que hacer frente a un empeoramiento de la situación que amenaza con colapsar uno de los ejes fundamentales de la economía europea: la libre circulación de bienes, servicios y personas.

Y es bien triste que desde el transporte no hemos sido capaces de anticiparnos al problema humano y humanitario y sí reaccionamos cuando afecta a la economía. Bien: hagamos de la necesidad virtud. Y, a diferencia de lo que se hizo desde el año 2000 en los países del sur, es preciso reconocer cuanto antes que Calais es un problema europeo, que exige actuar con políticas europeas y no dejar al Gobierno francés y a los habitantes de Calais abandonados a su suerte.

Urge, señora Bulc, proteger a nuestros camioneros y evitarles situaciones límite de violencia y desesperación frente a las que están solos, y también urge aplicar políticas europeas de acogida e integración a unos colectivos que están entre nosotros y a los que necesitamos también para el relevo generacional en el transporte. Los necesitamos, señora Bulc.

Agnes Jongerius (S&D). – Dit debat komt op het moment dat de Franse president heeft aangekondigd dat hij het kamp gaat sluiten voor het einde van het jaar. Hij heeft gezegd: "Dat ga ik op een humane manier doen zodat de vluchtelingen ook netjes asiel kunnen aanvragen". Wij zullen hem daar natuurlijk scherp aan houden. Maar wachten tot het einde van het jaar is voor heel veel chauffeurs eigenlijk niet meer mogelijk. Ik ben verbaasd dat de Commissie zegt: "Wacht maar, begin volgend jaar in het voorjaar komt er een brief van de Commissie over de situatie in het vervoer". Ik denk dat we ervoor moeten zorgen dat chauffeurs, zolang hun veiligheid in het geding is, over andere routes naar Calais kunnen rijden zonder dat hun bazen hen daarop aanspreken. Ik denk dat het garanderen van je veiligheid geen werkweigering is. Alle chauffeurs hebben recht op een veilige tocht, zoals asielzoekers ook recht hebben op een veilige procedure. Ik vraag

de Commissie meer ambitie om juist de werknemers die getroffen worden door de onveilige situatie bij Calais, te beschermen.

Gilles Pargneaux (S&D). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, la situation humanitaire dans le camp de Calais est catastrophique, on l'a dit. La première erreur qui a conduit à cette situation a été le démantèlement, en 2002, du centre de Sangatte géré par la Croix-Rouge. La seconde erreur a été, avouons-le, l'accord du Touquet en 2003. Depuis, nous avons cette situation où le camp s'est développé pour atteindre aujourd'hui 7 000 personnes fuyant la guerre et la misère, avec l'objectif de rejoindre leur famille au Royaume-Uni.

Face à cette situation humanitaire, l'inflexibilité du Royaume-Uni a fait de Calais une impasse pour de nombreux réfugiés. Et, face à ces drames humains, l'Union européenne n'a pas su prendre ses responsabilités. Dans un tel contexte, la France a été livrée à elle-même dans la gestion de ce dossier.

Le président de la République, lors de sa venue à Calais, a cependant présenté un ensemble de mesures de relocalisation des réfugiés du camp de Calais, qui vont dans le bon sens. Il s'est engagé à offrir aux 80 % des 7 000 réfugiés pouvant prétendre à l'asile une mise à l'abri dans des centres d'accueil.

Par conséquent, Madame la Commissaire, il faut que l'Union européenne fasse preuve de solidarité à l'égard de Calais et accompagne cette relocalisation de financements européens, notamment dans le cadre du fonds pour l'asile, la migration et l'intégration. Il s'agit là, je crois, d'une urgence, nous le constatons tous, au regard du débat que nous venons d'avoir. Par rapport à l'ampleur de cette crise des réfugiés en Europe ou encore dans les pays voisins de la Syrie, la situation de Calais n'est pas insurmontable.

Agissons, Madame la Commissaire, Monsieur le Commissaire, pour permettre, avec la France, de donner une réponse humanitaire à cette situation dramatique.

Διαδικασία *«Catch-the-Eye»*

Krzysztof Hetman (PPE). – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Sytuacja w Calais jak w soczewce pokazuje problem nierozwiązanego kryzysu migracyjnego w Unii Europejskiej, generalnie w Europie. Z jednej strony mamy dramat tych emigrantów, którzy w tragicznych warunkach przebywają w tym obozie i w jego okolicach, bo przecież nie możemy powiedzieć, że wszyscy są tam przestępcami i chcą w sposób nielegalny dostać się do Wielkiej Brytanii.

Z drugiej strony mamy dramat kierowców samochodów ciężarowych, którzy narażają swoje zdrowie i życie, aby bezpiecznie przewieźć towary. Dla mnie absolutnie nie do zaakceptowania jest nakładanie kar finansowych na kierowców samochodów ciężarowych za to, że na pokładzie ich samochodów znajdą się nielegalni imigranci. Nie może być tak, że na przedsiębiorców będzie przenosiło się ciężar w sytuacji, w której administracja nie potrafi sobie z tym poradzić. I na koniec chciałbym powiedzieć, przysłuchując się tej dyskusji, że potrzebujemy więcej pragmatyzmu, a mniej ideologii w tej sprawie, bo inaczej nie rozwiążemy tego problemu.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D). – Monsieur le Président, je voudrais revenir sur le plan national d'accueil des réfugiés, qui a été mis en place par le gouvernement, et qui fait qu'aujourd'hui, il y a déjà 10 000 réfugiés qui sont relocalisés dans des villes solidaires. Donc, oui, il y en a en France, et il n'y a pas uniquement ces responsables politiques qui refusent honteusement toute solidarité. Il fallait le rappeler!

Je voulais parler aussi du secteur des transports et rappeler ce que fait le gouvernement français qui, non, ne fait pas rien, mais agit. Les incidents contre les chauffeurs routiers sont en baisse grâce aux mesures de sécurité qui ont été prises. Un fonds d'indemnisation de quatre millions d'euros a été mis en place pour aider les entreprises touchées. De fait, ce sont plutôt les délais d'attente, dus au contrôle des frontières, qui engendrent le plus de coûts – délais que les transporteurs connaîtraient en permanence si Schengen venait à disparaître.

Contrairement à ce que prétendent certains avec grande hypocrisie, la fermeture des frontières n'est pas la solution miracle à tous nos problèmes. Le mur construit à la demande du gouvernement britannique en est l'exemple. C'est une panacée dangereuse qui fait écho aux effets désastreux des murs érigés en Europe, comme à Berlin, ou plus récemment en Hongrie. Au lieu de donner l'illusion d'agir, le gouvernement actuel avance à Calais avec humanité et dignité, dans le plein respect du droit européen et international.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Kierowcy w Calais, również polscy kierowcy, padają ofiarą przemocy i agresji. My mamy obowiązek zapewnić tym ludziom bezpieczny powrót do domu, bezpieczeństwo ich rodzinom, a ich firmom musimy również zapewnić dochody, które im się po prostu należą, które są im potrzebne do życia.

Natomiast co mamy zrobić jako Unia Europejska? Przede wszystkim nie przeszkadzać państwom, które chronią nas przed nielegalną imigracją. Przecież na tej sali wczoraj parokrotnie słyszeliśmy – i to się znowu powtarzało dzisiaj – ataki na Węgry za to, że bronią one nie tylko swoich granic, ale również granic Unii Europejskiej. Tutaj padła taka wypowiedź, że Calais to jest Europa. Tak, to jest obraz Europy, ale nie dzisiejszej, lecz tej, która nadchodzi. Jeżeli naprawdę nie zmienimy polityki migracyjnej i władz Unii Europejskiej, które odpowiadają za ten kryzys, to będziemy mieli 10, 20 i 50 takich miejsc jak Calais, nie jedno.

Илхан Кючюк (ALDE). – Условията за живот в лагера край Кале са неприемливи и нечовешки. Ситуацията е равносилна на хуманитарна катастрофа. Мигрантите и бежанците нямат достъп до основни нужди, течаща вода и храна, и са изложени на риск от различни заболявания. Липсват всякакви закони. Неслучайно лагерът край града е известен като „джунглата“.

В тази връзка смятам, че решението на френските власти да премахнат лагера до края на годината представлява краткосрочно решение, защото обитателите му биха се преместили на друго място в рамките на Европейския съюз. В последните години редица такива временни лагери се създадоха на територията на Европа и тяхното съществуване е ясен знак, че не можем да намерим устойчиво решение на миграционните вълни.

Също така призовавам властите във Великобритания да съдействат в пълна степен и да изпълнят поетите ангажименти, за да ускорят прехвърлянето на децата бежанци от мигрантските лагери. Затварянето на лагера в Кале може да доведе до несигурност за оцеляването на живеещите там стотици деца и Европейският съюз не трябва да позволява това да се случи.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL). – Señor Presidente, «la Jungla» es una vergüenza y sus responsables son las autoridades francesas y europeas, no las personas migrantes y refugiadas.

La Comisión ha dicho que quiere aportar soluciones viables y sostenibles. Que quiere mejorar las condiciones de vida de las personas migrantes, y en realidad lo que ha hecho es retratar todo lo que no han hecho hasta ahora y eso, entre otras cosas, alimenta en mi opinión el discurso xenófobo que también padecemos aquí.

Como ha dicho mi colega Vergiat, este no es un problema de transporte y, por supuesto, desmantelar «la Jungla» no lo resuelve. Hemos visto ya muchos desmantelamientos en «la Jungla».

Señor Comisario: no puede decir con esa ligereza que las medidas europeas han reducido notablemente el flujo de personas, porque parece en realidad que se esté lavando las manos. Estas personas siguen muriendo en el camino hacia Europa, señor Comisario, y quienes no lo consiguen malviven y mueren tras nuestros pactos y muros.

Kristina Winberg (EFDD). – Herr talman! Vi kan ju fråga oss vart kommissionär Avramopoulos tog vägen. Han hade sitt anförande på tio minuter; sedan försvann han som en avlöning. Det är klart, med en avlöning på 300 000–400 000 i månaden behöver man kanske inte sitta här och lyssna på vad vi har att säga. Och som sagt, det är ingen debatt vi för; vi får inte ens ta blått kort för vi ligger sent i tiden.

Vi hörde här att man pratar om ensamkommande barn i Calais, och man pratar om tusen, flera tusen – man verkar ha ordning på hur många det egentligen är. Men vet vi det? Är det någon som vet det? Enligt Dublinförordningen, ska man inte bli registrerad i det första, säkra landet man kommer till? Är det inte det vi har förordningen till? Varför är det så att de inte vill vara kvar i Frankrike? Kan det vara så att det är bättre förmåner i Storbritannien? Det kan vara så, kanske.

Jag tänkte också på att Avramopoulos sa att vi ska minska migrantflödena till Europa. Då ställer jag mig frågan: Hur ska han lösa det, med tanke på att vi snart får stänga våra gränskontroller?

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε πρόεδρε, η ζούγκλα στο Καλαί είναι η γαλλική έκδοση της Ειδωμένης. Η κατάσταση για τους πρόσφυγες, αν και λίγοι στον αριθμό, σε σύγκριση με τους λαθρομετανάστες είναι τραγική. Ακόμα τραγικότερη, όμως, είναι η κατάσταση των κατοίκων της περιοχής όπου η ζωή και η περιουσία τους τίθεται καθημερινά σε κίνδυνο. Οι οδηγοί φορτηγών που μεταφέρουν εμπορεύματα από το Καλαί στη Μεγάλη Βρετανία έχουν απελπιστεί και πολλοί εξ αυτών είναι δικαίως εξαγριωμένοι.

Η κατάσταση είναι εκτός ελέγχου και η γαλλική κυβέρνηση του Ολάντ, όπως και η ελληνική κυβέρνηση, επιρρίπτει ευθύνες στην τοπική αυτοδιοίκηση του Καλαί και στους πολίτες που αντιδρούν. Τελικά, το τραγικότερο όλων, στα όρια του παραλόγου είναι να χαρακτηρίζεις ρατσιστή και ξενοφοβικό όποιον προσπαθεί να διασώσει την εθνική του υπόσταση και το βιός του από τις ορδές των λαθρομεταναστών.

Όσοι στο Κοινοβούλιο μιλούν με τρεμάμενη φωνή ζητώντας την επίδειξη αλληλεγγύης και ανθρωπισμού, ας επιδείξουν τον ίδιο ζήλο προασπιζόμενοι το συμφέρον των Ευρωπαίων πολιτών. Για αυτό το λόγο έχουν εκλεγεί, εξάλλου, μην το ξεχνούν.

(Λήξη της διαδικασίας «Catch-theEye»)

Violeta Bulc, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, thank you for this debate. It shows again the complex challenges related to the migration crisis we are called to tackle together. The transport sector has been affected by the migration crisis, that is a fact, and whilst the situation in Calais has the highest visibility, it is also important to remember that this problem is not unique. It also affects ferries between Greece and Italy.

We welcome the joint initiatives of the UK and France over the last year that have improved the security at the Eurotunnel and provided practical solutions to the immigration pressure. The underlying problem that is really fuelling the situation is the role that organised criminals are playing in human trafficking, but allow me to clarify how the Commission is addressing the humanitarian crisis in Calais.

Let me stress one more time that preventing migrants from physically boarding goods vehicles is a national police competence. The Commission has no authority in this matter. The Commission has adopted, and helped France, with two emergency assistance grants of nearly EUR nine million under the Asylum, Migration and Integration Fund (AMIF). Since 2014: EUR 3.8 million for the setting up and running of the emergency day accommodation centre for irregular migrants in Calais; EUR 5.1 million in relation to the sanitation and humanitarian reception conditions to care for the irregular migrants present in Calais, and with EUR 1.68 million emergency assistance under ISF-Borders for strengthening security efforts and checks at the Channel Tunnel.

In the long-term perspective up to 2020, France has been allocated nearly EUR 430 million in the framework of the Asylum, Migration and Integration Fund and EUR 177 million under the Internal Security Fund for border management and police and security-related actions. Within this financial framework, EUR 85 million were earmarked for actions in the area of return of irregular immigration, improving detention conditions and returns management and an increased information campaign. Let me also stress that EUR 413.4 million were earmarked for the UK for the period covering 2014-2020.

On the issue of minors in Calais which was raised, indeed thousands of minors pass through Calais. According to French law they are legally staying, they cannot be returned, and should obtain appropriate support from the French authorities. However, a significant number of unaccompanied minors do not want to be lodged in the available structures and continue living in the camp or leave shortly after having been taken in charge because they want to reach the United Kingdom illegally. In essence, the French authorities cannot oblige unaccompanied minors to remain in the foyers. This issue is indeed very difficult; one of the main priorities there, as minors are prone to exploitation.

When dealing with the migration crisis, the Commission pursues a comprehensive approach at all levels, from tackling the root causes of migration to management of the flows at the borders. The Commission is working to implement the European Agenda on Immigration. This will help Member States to better manage all aspects of migration. But let me say I do share your frustration over the day-to-day reality. I was there myself, I met the drivers, I crossed the Channel with them, and since then I am even more convinced that only a comprehensive and systematic approach can offer a sustainable solution; the Commission is doing exactly that.

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

Γραπτές δηλώσεις (άρθρο 162)

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Le «démantèlement» de la jungle de Calais est un détournement de l'attention du public. Plutôt que de placer les «migrants» dans des charters comme cela devrait être fait, le Président Hollande soutient la construction de Calais miniatures sur l'ensemble du territoire français, à l'exception de la Corse trop indocile.

Évidemment, ces petits Calais en gestation sont appelés à s'agrandir considérablement. En Australie, il n'y a pas de camps puisque les bateaux chargés de «migrants» sont abordés puis ramenés chez eux. En France, il y a des camps et il continuera à y en avoir avec les politiques menées par le gouvernement et voulues par l'Union européenne, laquelle assume vouloir des migrations dites de «remplacement» en raison du prétexte fallacieux de la faible natalité de l'Allemagne ou de l'Italie.

Pour ne plus voir de situation calaisienne en France, il faut en finir avec une logique mortifère d'accueil inconditionnel à l'autre imposée par les politiques européennes et le lobbying d'associations subventionnées de l'extérieur pour abolir les frontières nationales.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Uniós döntéshozóként elsődleges felelősségünk polgáraink védelme. Ezért mindent meg kell tenni annak érdekében, hogy munkájukat végző sofőrök, akik Calais-nál kell áthaladjanak, ne legyenek kitéve fizikai erőszaknak, ne kelljen rettegniük, hogy felkapaszkodik-e valaki illegálisan kamionjukra. Sajnos magyar kamionsofőrt is ért súlyos fizikai bántalmazás Calais-ban, az ő esete intő jel kell, hogy legyen: nem lehetnek jogon kívüli zónák az Unió tagállamaiban, nem történhet meg, hogy nem tudjuk megvédeni saját polgárainkat. Nem történhet meg, hogy nem tudjuk fenntartani a törvényes rendet. A Calais-nál kialakult állapotok veszélyeztetik az Unió legalapvetőbb vívmányát, az uniós polgárok és áru szabad mozgását. Ezért felszólítom a Bizottságot, hogy ezeket a kérdéseket, a Calais-i helyzetet kezelje kiemelten, mert ez az igazi jogállamisági kérdés, itt várnak konkrét lépéseket az Unió polgárai.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Quello che sta succedendo a Calais è preoccupante. A Calais c'è forse il più grande campo profughi dell'UE, ma io vengo da una regione in cui un'intera isola è trasformata in un campo, solo che noi la chiamiamo di accoglienza. La Francia si scopre oggi terra di confine, quello che la Sicilia è da sempre. Si misura adesso con la necessità di distribuire i profughi in altri comuni del paese e con la reticenza di sindaci e cittadini, si scontra con il bisogno di redistribuire i profughi tra i paesi UE e con l'opposizione degli altri Stati, sperimenta la chiusura delle frontiere del suo dirimpettaio, il Regno Unito.

Non sono situazioni facili, ma le ruspe e lo sgombro forzato non sono la soluzione. Sarebbe gravissimo cadere nel ricatto dei populisti solo per paura di un appuntamento elettorale troppo vicino. Non possono essere le persone, soprattutto i bambini, le vittime non solo delle guerre da cui scappano, ma anche di una battaglia politica.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – Over 600 unaccompanied children who are trapped in the Calais jungle will be made homeless by Christmas. These children face human traffickers, police violence, sexual abuse and even death trying to reach the UK in a desperate hope for a safe and better future. It is now more urgent than ever for the UK government to get these children to safety. But the situation at the camp is driven by a lack of intervention on both sides of the Channel. Since there is no legal recognition of the camp, there is no formal registration of children. Since there is no official agency operating at the camp, no one knows what actually happens to these children. According to NGOs, nearly half of them have the right to come to the UK. Yet the UK Government fails to act. Only around 50 children were brought to the UK under the EU's Dublin regulation and NOT ONE child has been relocated under the Dubs amendment. I implore the UK Government to uphold the rule of law and bring these children to safety before the upcoming demolition of the Camp. Britain must step up and show leadership in the face of this humanitarian crisis.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE), *na piśmie*. – Szanowni Państwo, chciałabym wyrazić swoje zaniepokojenie w związku z sytuacją, jaka dotyka kierowców w Calais. Od dawna docierają do nas niepokojące informacje, że bezpieczeństwo przewoźników jest zagrożone. Z danych brytyjskiej organizacji Road Haulage Association wynika, że polscy przewoźnicy należą do jednej z najliczniejszych grup podróżujących do Anglii promami. Kierowcy padają ofiarami migrantów, którzy koczują od kilku miesięcy w obozowisku w Calais. Migranci szturmują tiry, stawiając barykady na drogach, zmuszając tym samym kierowców do zatrzymania się. Wszelkie próby nielegalnego przewozu migrantów są surowo karane przez brytyjskich i francuskich celników. Sytuacja jest o tyle poważna, że zachowania migrantów wobec kierowców przybierają coraz częściej formę ataków, których skutki mogą okazać się tragiczne. Wzywam wszystkich Państwa do wypracowania rozwiązań, które zapewnią przewoźnikom bezpieczeństwo pracy przy jednoczesnym zachowaniu ciągłości dostaw.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – Depuis plusieurs années, le nombre de migrants présents à Calais n'a cessé d'augmenter. La crise migratoire qui sévit actuellement en Europe n'a fait qu'aggraver cette situation. Aujourd'hui environ 7000 migrants vivent dans des conditions déplorables sur le «camp de la lande» et à Grande-Synthe.

Dans ce contexte, les autorités françaises, agissant avec responsabilité et dignité, proposent des mesures de long terme, afin de fermer définitivement le camp calaisien d'ici à la fin 2016. Elles procèdent notamment à un recensement des places disponibles sur le territoire français pour ouvrir des centres permettant l'accueil de 9000 migrants. La répartition de ces migrants vise à leur offrir des conditions de vie décentes.

Enfin, suite au dernier sommet franco-britannique, la Grande Bretagne a augmenté son soutien financier de 22 millions d'euros notamment pour l'admission sur son territoire des mineurs non-accompagnés portant son effort financier à 100 millions d'euros.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Στο Calais επικρατεί το αδιαχώρητο όπως συνέβαινε στην Ειδομένη και όπως συμβαίνει στα νησιά του Ανατολικού Αιγαίου. Στην περίπτωση όμως του Calais, η ΕΕ αποφασίζει να δράσει γιατί η κατάσταση απειλεί την κίνηση των φορτηγών, άρα το εμπόριο. Δεν πράττει όμως το ίδιο και για την αποσυμφόρηση των νησιών του Ανατολικού Αιγαίου από τους πρόσφυγες και τους παράνομους μετανάστες. Το αντίθετο μάλιστα, καθώς με πρόσφατη δήλωση της Επιτροπής οι Βρυξέλλες εξέφρασαν την αντίθεσή τους στη μετακίνηση μέρους των 14.000 προσφύγων και παράνομων μεταναστών από τα νησιά του Ανατολικού Αιγαίου στην Ηπειρωτική Ελλάδα. Στο Calais, η Γαλλία καταλαβαίνει τι βιώνουν τα νησιά του Ανατολικού Αιγαίου στο σύνολό τους. Είναι προφανές και το έχω τονίσει πολλές φορές ότι η κρίση δεν θα περιοριστεί στις περιοχές που φιλοξενούνται σήμερα οι πρόσφυγες και οι παράνομοι μετανάστες. Η κατάσταση στο Calais επηρεάζει ήδη τις συγκοινωνίες μεταξύ Γαλλίας και Ηνωμένου Βασιλείου. Όπως στην περίπτωση του Calais αλλά και στην περίπτωση της Ελλάδας, τα κράτη-μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης πρέπει να λειτουργήσουν συντονισμένα και αλληλέγγυα. Αυτό σημαίνει να λειτουργήσει ο μηχανισμός μετεγκατάστασης προσφύγων από Ελλάδα και Ιταλία σε άλλα κράτη-μέλη της ΕΕ, να υπάρξουν επαναπροωθήσεις των παράνομων μεταναστών και φυσικά να δοθεί χτύπημα στα κυκλώματα των διακινητών.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – La crise migratoire actuelle met l'Europe au défi. Le défi de la solidarité d'abord: solidarité envers ces populations qui fuient la guerre et qui se rassemblent en masse dans des conditions de vie indignes de notre continent, malgré les efforts des associations et des élus locaux, comme c'est le cas à Calais. Mais aussi solidarité envers les habitants et les entreprises de ces communes du Calaisis qui subissent avec calme et dignité les conséquences désastreuses d'une situation dont elles ne sont en rien responsables.

Pour apporter une réponse durable, l'Union européenne doit donc répondre parallèlement au défi de l'efficacité dans le contrôle de ses frontières. Il est en effet aberrant que la seule frontière véritablement étanche en Europe se situe entre la France et la Grande-Bretagne, et passe par Calais! D'autant qu'avec la sortie de la Grande-Bretagne, le littoral des Hauts-de-France devient une frontière externe de l'Union européenne, et que celle-ci ne peut accepter plus longtemps qu'un État membre assure seul et sur son territoire les contrôles pour le compte d'un État tiers. Je souhaite donc que les accords du Touquet soient rapidement renégociés, et que l'Union européenne soutienne cette démarche.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Calais je jedno od žarišta europske migrantske krize koje godinama predstavlja okupljalište za one izbjeglice i migrante koji pokušavaju prijeći kanal La Manche i ući u Ujedinjeno Kraljevstvo. Mjesto je u središtu političkih rasprava i u Francuskoj i u Velikoj Britaniji, a simbol je lošeg stanja u kojem žive tisuće ljudi. Trenutačno se u migrantskom kampu nalazi oko 10 000 ljudi koji u bijegu pred ratom i siromaštvom ovdje čekaju mogućnost da se domognu Velike Britanije. Dodatno otežanu okolnost predstavlja sigurnost putnika koji prolaze tim pravcima jer se migranti često pokušavaju na silu ukrcati na vozila koja se prevoze trajektom ili željezničkim tunelom pa time znatno utječu na funkcioniranje prometnog sektora uzrokujući česte odgode ili prekide u prometu, pa čak i prometne nesreće. Lokalni stanovnici, putnici koji koriste lokalne luke i tunel nezadovoljni su trenutačnom situacijom jer otežava redovitost putovanja te i samu sigurnost putovanja budući da su pojedini migranti počeli s nasilnim metodama borbe za svoja prava. Zabrinjava me trenutačna situacija i pozivam na čim brže rješavanje ovog problema kako bi se svim stranama omogućio normalan život: putnicima neometan promet, a migrantima pomoć u svim potrebnim oblicima.

15. Zum 18. Geburtstag ein Interrail-Pass für Europa (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη αφορά τη δήλωση της Επιτροπής σχετικά με την Κάρτα InterRail για την Ευρώπη, δώρο στα δέκατα όγδοα γενέθλια (2016/2917(RSP)).

Violeta Bulc, *Member of the Commission*. – Mr President, let me first of all thank the European Parliament for putting the European Youth Mobility issue on its agenda. The Commission very much supports the thrust of the question raised and welcomes the opportunity to debate it today. This is indeed consistent with two essential priorities of the European Commission: namely to put a renewed focus on Europe's Youth, and to facilitate EU citizens' mobility, and particularly low-emission solutions.

These two priorities were specifically highlighted by President Juncker in his recent State of the Union speech and in his Letter of Intent sent to President Schulz and Prime Minister Fico. The Commission welcomes Members' ideas that go in the same direction. I wish to recall that three weeks ago here, in this Parliament, President Juncker announced several concrete initiatives for our youth.

First, in stepping up the fight against youth unemployment, we will in particular pursue the roll-out of the EU Youth Guarantee which has already benefitted 9 million young Europeans. We propose to increase the EU contribution to the Youth Employment Initiative which supports the implementation of the Youth Guarantee by EUR 1 billion under the MFF review. This will allow us to reach a total amount of EUR 8 billion (with EUR 1 billion of matching funding to be provided from the European Social Fund).

Earlier today the Commission adopted the report on the implementation of the Youth Guarantee and the Youth Employment Initiative. The report shows the positive impact that these initiatives are having for young people across Europe.

Secondly, the Commission will also develop further European solutions, including the European Voluntary Service, the mobility of apprentices, and a European Solidarity Corps. This Corps will give young Europeans the opportunity to express their solidarity by helping communities faced with challenging situations (such as the refugee crisis and the recent earthquake in Italy). Our objective is to have this European Solidarity Corps up and running by the end of the year. By 2020, we intend to see the first 100 000 young Europeans signed up.

Thirdly, I also want to highlight the fact that the European Commission is already doing much to support the mobility of young Europeans. Our hugely successful ERASMUS+ Programme is probably the best example of this.

In 2017, we will celebrate the 30th anniversary of Erasmus, which by then will have benefitted more than 5 million Europeans. Participants in these mobility activities are higher education students, trainees and apprentices, young people and young volunteers. In September, the Commission proposed to increase the Erasmus+ budget by EUR 200 million for the period 2017 to 2020 as part of the MFF mid-term review.

Let me now refer more specifically to the idea of facilitating access to InterRail tickets for 18 year olds. We admire the boldness and the level of ambition and we are ready to explore it further. Currently, there are 300 000 people using InterRail every year. They buy passes at a cost of between EUR 200 to EUR 480. Extending access to all 18 year-olds for free would therefore present many challenges which require further analysis.

The Commission will carefully assess the potential cost and funding sources for this initiative, as well as its administrative feasibility. We will also examine how to ensure that it is truly accessible to all and is as inclusive as possible. The possible scope of such a scheme must be explored, for example, how we can take into account the fact that not all Member States railways are InterRail Members. Also, the scheme could become – at least progressively – intermodal, and not only limited to rail tickets.

InterRail illustrates well the need to address missing links in multimodal and cross-border connections. Of course, we will have to discuss this directly with the rail operators managing the existing InterRail services. They know best what the operational constraints are – for example in terms of capacity and occupancy of trains.

We may also consider possible variants to this excellent idea. An attractive option might be to have a lottery open to all or specific categories of Young Europeans, with a significant number winning free tickets. We could think of a pilot phase, to be extended later on.

I also wish to challenge Europe's young people to come up with other ideas for boosting their mobility. Who better to identify their specific mobility needs? Who better to come up with vibrant and innovative solutions? So we could also consider the idea of launching a competition open to all people under the age of 25, with a substantial prize for the best new concrete ideas for youth mobility.

To conclude, let me reiterate that the Commission likes this idea. We will carefully look into all possible options to further support the mobility of young people. And we will revert to Parliament as soon as possible.

Manfred Weber, *im Namen der PPE-Fraktion.* – Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Frau Kommissarin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst: Europa steht vor gewaltigen Aufgaben, und die stehen im Mittelpunkt unserer Debatte. Heute hatten wir den Abschluss zu CO_2, zum Klimaübereinkommen, und uns allen ist bewusst, dass das unsere Hauptaufgabe ist. Trotzdem müssen wir uns bewusst werden, dass wir viele Menschen beim Thema Europa nicht nur mit Fakten erreichen, nicht nur mit Gesetzen erreichen, sondern wir müssen Emotionen dahintersetzen, was Europa bedeutet. Deswegen hatte ich in der Rede vor zwei Wochen, als wir über Jean-Claude Junckers *State of the Union* gesprochen haben, einfach in den Raum gestellt, wie es denn wäre, wenn wir das, was junge Leute diesen Sommer mit Interrail erlebt haben, dass wir dieses Geschenk jedem jungen Menschen in Europa machen könnten, nämlich die Schönheit Europas kennenzulernen, den Nachbarn im anderen Land nicht als Nachbar zu erleben, sondern als Freund, als Freundin zu erleben, schlicht und einfach zu spüren, was es bedeutet, Europäer zu sein. Deswegen hatte ich die Idee in den Raum gestellt, ob wir nicht jedem achtzehnjährigen Jugendlichen ein freies Interrail-Ticket geben können.

Ich will zunächst deutlich machen, dass das nicht meine Idee war. Es gab viele Initiativen, die das bereits vorher angestoßen haben, die bereits vorher deutlich gemacht haben, dass das ein Zugang zu der Jugend Europas sein kann. Ich bedanke mich deswegen für die Unterstützung von Zigtausenden von jungen Menschen, die im Internet, in den sozialen Medien die Idee aufgegriffen haben. Es gibt in Deutschland Umfragen, nach denen 84 % der jungen Generation in Deutschland die Idee unterstützen. Jean-Claude Juncker und die zuständige Kommissarin Bulc haben ihre Unterstützung deutlich gemacht, und auch auf der Ebene der Staats- und Regierungsseite hat Matteo Renzi beispielsweise, um einen Sozialdemokraten zu nennen, deutlich gemacht, dass er sich diese Idee vorstellen kann. Es gibt also ein Momentum, dieses Thema jetzt anzupacken, aufzugreifen, und wir sollten jetzt daran arbeiten.

Übrigens ist auch beachtlich zu sehen, wer dagegen ist. Es sind die Nationalisten, die nicht wollen, dass man im Nachbarn den Freund sieht, die nicht wollen, dass man den Nachbarn als Freund erkennt.

Es wurde von der Kommissarin zu Recht Erasmus als Vorbild genannt. Das ist unser Jugendprojekt, damit junge Leute sich kennenlernen, ein großer Erfolg Europas und eine positive Investition. Mit Interrail könnten wir das ergänzen, nämlich eine Investition, mit der wir wirklich allen Jugendlichen in Europa dieses Angebot machen, diesen Kontinent erleben zu können.

Es wird oft diskutiert, wenn es dann ums Geld geht, um die Investitionen geht, dass es ja viel wichtiger sei, die Jugendgarantie zu stärken, Gelder für die Ausbildung zu investieren. Ich möchte deutlich machen, dass wir daraus bitte keinen Gegensatz machen sollten, nicht das eine gegen das andere ausspielen sollten, sondern dass wir versuchen sollten, jetzt beides ambitioniert anzupacken.

Ich möchte deutlich machen, dass ich selbst jemand bin, der von Interrail geprägt ist. Ich habe zweimal diese Methode genutzt, Europa kennenzulernen. Und um dies vielleicht gegenüber Großbritannien deutlich zu machen: Bei meinem ersten Interrail-Trip nach London war ich fasziniert von dieser großartigen Stadt in Großbritannien. Als ich England erleben durfte über Interrail, hat mich das fasziniert. Und ich habe wirklich die Schönheit Europas am britischen Beispiel erleben dürfen. Ich möchte, dass viele Menschen das können, und deswegen möchte ich mich bei vielen für die Vorarbeiten, die bereits geleistet worden sind, bedanken. Ich möchte mich bei der Kommission bedanken für die Offenheit.

Und jetzt einfach ran an die Themen! Jetzt muss es konkret werden, jetzt beginnt die Detailarbeit. Wir müssen die Jugendverbände einladen, wir müssen die Bahngesellschaften einladen, und wir müssen natürlich das Budget im Blick haben, dass das alles realistisch bleibt. Diese Punkte gilt es jetzt anzupacken. Meine Fraktion will, dass die Sache zum Erfolg kommt.

Luigi Morgano, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, bella e accattivante questa proposta di un progetto Interrail gratuito per i diciottenni. Investiamo infatti sui giovani, investiamo sulla formazione alla cittadinanza europea viaggiando attraverso l'Europa e nella conoscenza del nostro continente.

Dobbiamo investire però, e con uguale convinzione, anche su misure di contrasto alla disoccupazione giovanile, che resta la prima drammatica emergenza. Il gruppo dei popolari, ne sono lieto, si è ricreduto. Lo dico perché la proposta del pass gratuito era stata avanzata e sostenuta dal gruppo S&D attraverso un apposito progetto pilota in sede di commissione per i trasporti, al quale però il gruppo PPE aveva votato contro.

Ciò premesso, è una proposta che ha valore importante soprattutto se è abbinata ad una dimensione più esplicitamente formativa e di conoscenza. Come? In primo luogo, va garantito un accesso sostanziale a tutti, con particolare attenzione ai diciottenni che appartengono ai ceti meno abbienti. In secondo luogo, Erasmus+ resta il programma di mobilità e il programma di formazione dell'Unione e non può essere in alcun modo penalizzato. Servono quindi risorse adeguate per entrambi come – questa sera è già stato annunciato – si è fatto per la Garanzia per i giovani. In terzo luogo, dobbiamo valorizzare questo pass in associazione con altre iniziative culturali e di cittadinanza, come ad esempio la cosiddetta e-card per studenti europei, un'idea della commissione per la cultura sulla quale i servizi della Commissione stanno già lavorando, o nel quadro dell'Anno europeo del patrimonio culturale, iniziative che spingano i giovani a scoprire le nostre radici e la nostra identità. La conoscenza della nostra Europa è il vero antidoto ai populismi, euroscetticismi e nazionalismi di ritorno.

Kosma Złotowski, *w imieniu grupy ECR*. – Szanowni Państwo! Podróże kształcą – tak mówi stare polskie przysłowie. Dzisiaj poznajemy świat, dzisiaj w dobie internetu, w dobie telewizji, poznajemy świat za pomocą mediów społecznościowych, ale ten obraz bywa często fałszywy. Dowodem na to kilka debat na temat mojego kraju tutaj, dlatego bardzo cieszę się z tej inicjatywy, popieram ją. Uważam, że odwiedzenie Polski byłoby bardzo pouczające dla wielu młodych ludzi, którzy dzisiaj obraz Polski czerpią tylko z telewizji.

Also, Herr Weber, Sie haben meine volle Unterstützung.

Alexander Graf Lambsdorff, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident! In meiner Fraktion diskutieren wir das gerade sehr intensiv. Sie wissen, Liberale sind nicht unbedingt als Erste dabei, wenn es darum geht staatliche Wohltaten unter das Volk zu werfen, aber in diesem Fall gibt es eine heftige Diskussion, weil wir der Meinung sind, dass wir neben dem Europa der Verordnungen, der Richtlinien, der Gipfel auch ein Europa der Seele, des Herzens und auch der Basis brauchen und welches bessere Mittel gibt es, als der jungen Generation die Chance einzuräumen, Europa kennenzulernen, Europa praktisch vor Ort mit neuen Bekanntschaften, neuen Erfahrungen kennenzulernen, diesen großen Kontinent zu erleben? Manfred Weber hat hier – als Reaktion auf die *State of the Union*-Rede von Jean-Claude Juncker –den Spiegel-Artikel zitiert, in dem das alles genau beschrieben wurde.

Die junge Generation hat ein viel positiveres Bild von Europa, als wir Berufseuropäerinnen und Berufseuropäer das manchmal haben. Sie hat einen viel optimistischeren Blick auf unseren Kontinent als viele, die immer Kritik üben. Natürlich haben wir Krisen, und natürlich ist – ich will das deutlich sagen – die Vorstellung, man geht jetzt hin und gibt der Jugend diese Chance, nicht die Lösung all unserer Probleme. Niemand behauptet das. Aber wenn ich mir die Zahlen anschaue: Die sind machbar. Die Kommission hat gesagt: Sie mag diesen Vorschlag. Das finde ich prima. Jetzt kommen die Details, jetzt geht es an die Umsetzung, jetzt geht es ans Prüfen, jetzt muss das Ganze gemacht werden. Ich halte das für eine ganz tolle Sache. Die Zustimmung ist riesig, jedenfalls in Deutschland: 84 Prozent der Jugendlichen, 56 Prozent der Gesamtbevölkerung sagen: Das ist eine gute Idee, weil es ja auch so einleuchtend ist.

Und ich möchte unseren Kollegen – sowohl von der EKR, als auch von den Sozialdemokraten – zurufen: Je mehr Väter und Mütter dieses Projekt hat, desto besser. Wir haben ein schönes deutsches Sprichwort: „Der Erfolg hat viele Väter" – die Mütter nehmen der Gleichberechtigung wegen auch noch dazu, auch wenn es biologisch etwas gewagt ist. Aber je mehr sich dafür einsetzen, desto besser, und ich freue mich, dass die Kommission jetzt in den nächsten Wochen und Monaten mit konkreten Vorschlägen kommen wird.

Rebecca Harms, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich möchte mich hier an erster Stelle einmal bei den zwei wirklichen Vätern der Idee bedanken, die mir diese Idee ursprünglich einmal nahegebracht haben. Es sind zwei junge Männer aus Deutschland Vincent-Imanuel Herr und Martin Speer – in den sozialen Medien bekannt als Herr & Speer. Ich möchte mich bei den beiden auch dafür bedanken, dass sie, nachdem die Idee, als sie von mir vor Monaten eingebracht worden war, zunächst einmal gescheitert ist – unter anderem an der Europäischen Kommission –, dass diese beiden Proeuropäer sich nicht haben beirren lassen und gesagt haben: Wir machen weiter! Die Sache ist so gut, das muss ins Rollen kommen.

Als Herr Weber das in der letzten Plenarwoche aufgegriffen hat – gerade auch bei *State of the Union* –, war ich überrascht. Als ich heute Frau Bulc zugehört habe, habe ich gedacht: Okay, da sind wir aber erst zu dritt, machen auch die anderen mit? Und genau diese Einschätzung hat sich bestätigt.

Ich glaube, dass das eine großartige Idee ist. Man kann mit relativ wenig Aufwand viel europäisches Zusammenwachsen und Verständigung erreichen. Ich sage das auch als ehemalige Interrailerin. Ich bin nie nach Großbritannien gefahren, ich musste immer am Strand schlafen, weil ich mir etwas anderes nicht leisten konnte, und fand das damals auch ganz schick. Mal sehen, wie die heutige Generation damit umgeht.

Ich würde nie behaupten, dass diese Initiative eine ordentliche Jugendgarantie, Erasmus, Europaschulen oder auch das ökologische soziale Jahr in der Europäischen Union ersetzen kann. Aber sie könnte so manche Hochglanzbroschüre, die sehr viel Geld kostet und so manche teure Imagekampagne, die sich die Europäische Kommission leistet, wirklich ersetzen. Also wir sind, glaube ich, heute alle dabei.

Daniela Aiuto, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, onorevole Weber, sapere da lei che il Presidente Renzi è favorevole a questa iniziativa, sinceramente, lì per lì, mi ha fatto ipotizzare di essere contraria. Però la deludo perché effettivamente questa è una lodevole iniziativa, che vorrebbe riportare in auge quello che era lo spirito della Comunità europea che si respirava una ventina di anni fa, come voi tutti avete ricordato.

Tuttavia, ci sono delle criticità. Ho sentito la Commissaria Bulc che ha espresso anche lei delle perplessità che andranno sicuramente valutate attentamente. Una di queste, per esempio, è il fatto che, come la stessa Commissaria ha ricordato, ci sono già degli strumenti come EURES ed Erasmus+ che si occupano di incentivare la mobilità dei giovani, sia legata al lavoro sia legata all'istruzione. Quindi l'importante è che non si tolgano risorse essenziali a questi strumenti che già esistono, proprio perché, considerando tutti i diciottenni all'interno dell'Unione europea, il budget comincia a diventare abbastanza significativo come incidenza.

Quali sono le altre criticità? L'assenza di criteri meritocratici e di criteri socioeconomici che concorre a rendere questa iniziativa un tantino populista. Ora, sembra strano che un'iniziativa populista venga da proprio voi. Poi ci sono delle aree geografiche, penso alle isole, che hanno esigenze di trasporto diverse. Quindi il discorso dell'intermodalità legata al fatto che non tutti gli Stati membri hanno la possibilità di avere accesso all'Interrail come associazione. Poi chiaramente si danno soldi a una parte dell'industria ferroviaria, che si garantisce in questo modo degli introiti sicuri a scapito di altri attori del mercato. Quindi sono favorevole all'iniziativa, ma lavoriamo insieme per cercare delle modalità più eque e più giuste senza togliere risorse agli strumenti che abbiamo già.

Wim van de Camp (PPE). – Het is al gezegd: Europa is emotie. En emotie kun je proeven door rond te reizen. Dat is de kern van het voorstel dat wij hier vanmiddag bespreken. Ik ben fractievoorzitter Weber dan ook erkentelijk dat hij het idee van vele mensen heeft gecombineerd bij de State of the Union.

Waarom mogen de nationalisten en de populisten alles roepen en mogen wij daar niets tegenoverstellen? Wij stellen daar vandaag iets tegenover.

Het moet gaan om normale mensen. Al die lui die Erasmus doen komen er wel, maar het middenkader van Europa moet gaan rondreizen om te zien wat Europa is.

Dit plan is goed voor de mobiliteit. Ik ben het zeer met mevrouw Harms eens: de vliegtuigen uit, de treinen in. Dat is goed voor het milieu en voor de mobiliteit.

De EVP legt nooit een plan op tafel zonder geld. Dat wordt natuurlijk de crux van dit debat: waar halen we het geld vandaan? We gaan de oplossing zoeken in samenwerking met de Commissie. Maar de spoorwegmaatschappijen krijgen nieuwe klanten en dit kunnen klanten voor het leven zijn. Zij kunnen dus best een stukje bijdragen. Een andere grensbepaling is dat de kaart moet worden aangevraagd. We gaan geen gratis kaarten rondsturen door heel Europa.

Het zou het allerleukst zijn als men na de reis de heer Weber een verslagje over die reis zou toesturen. Dan weet ik zeker dat zijn e-mailbox helemaal volloopt.

Πρόεδρος. – Κύριε Weber, θα δεχθείτε πολλά μηνύματα στο ηλεκτρονικό ταχυδρομείο σας μετά την πρόταση του κυρίου Van de Camp, βλέπω και συγκλίσεις σε πράσινες ευαισθησίες, εδώ ανάμεσα σε διάφορες πολιτικές ομάδες, ωραία, προχωρούμε καλά.

Jutta Steinruck (S&D). – Herr Präsident! Ja, ich will, dass junge Menschen Europa kennen und lieben lernen. Wichtiger noch, dass sie sich gegenseitig kennenlernen. Ich finde, deshalb sollte auch jeder junge Mensch mindestens einmal an einem europäischen Schüleraustausch teilgenommen haben. Das scheitert oft am Geldbeutel der Eltern. Es wäre schön gewesen, wenn bei den letzten Haushaltsberatungen da auch mehr Engagement in diesem Haus vorhanden gewesen wäre.

Denn: Ja, ich finde es gut, dass Europa den jungen Menschen etwas schenkt. Aber zur Wahrheit gehört auch: Das Geld kann nur einmal ausgegeben werden. Wer es in Interrail-Tickets investiert, der muss es woanders wegnehmen. Ich finde, wir sollten den Jugendlichen gute Ausbildungs- und Arbeitsplätze, bessere Bildungseinrichtungen und die Chance, sich gegenseitig kennenzulernen, schenken. Dann werden sie Europa lieben. Aber nur, wenn das Ganze stimmt. Ein einziges Geschenk wird das alleine nicht erreichen.

Vicky Ford (ECR). – Mr President, I love trains, I love transport and I want to continue to make it really easy for young people to travel by train across Europe, across the EU and outside the EU, and I want to make sure it is cheap. But do we have to make it free? When I talk to young people, they ask me whether they are studying the right course to get a job; whether they will ever get a job; if when they get a job they will have a home; how they can go and study abroad; what they should do with their university fees. And then they might get onto human rights, they might talk about war, they might talk about the migration crisis and they might talk about climate change and equality, but no young person has ever asked me for a free railway ticket. So let's keep it cheap, let's keep it affordable, but let's encourage young people to do what I did, which is to get a part-time job and buy a cheap ticket and go and enjoy travelling across Europe with the money they have had from their own opportunities, from their own earnings.

Raymond Finch (EFDD). – Mr President, this proposal is insane. This is a recycling of an old idea from the German Greens – and they like recycling, obviously – but with their customary ignorance of the costs of these schemes. The Commission has already rejected the idea once, but in your blind panic at realising that your precious project is now seen as an encumbrance – in fact, an irrelevance to the peoples of our continent – you have reached down into the wastebasket of forgotten grandiose money-wasting schemes and brought out this particular rotten apple. The truth is, you are only doing it because you see your great project slipping through your fingers and, as always when you fail with your policies, you resort to propaganda and bribery. So if you spend EUR 361 for each 18-year-old in the EU on this hare-brained irrelevance, it will cost EUR 1.9 billion a year. Even by the standards of the EU, this is madness.

When the countries of southern Europe are being crushed underfoot by Germany's insistence that the interests of the euro and the French and German banks should be placed above the lives of ordinary citizens and steel workers in the United Kingdom are losing their livelihoods by the thousands, you people are proposing to waste around EUR 2 billion a year on this Soviet-style Intourist propaganda vehicle. Nero would applaud your insistence on fiddling while Europe burns.

José Manuel Fernandes (PPE). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, caras e caros Colegas, a juventude tem de ser a prioridade da União Europeia. Os jovens são essenciais para que a União Europeia continue a ser um espaço de paz, liberdade, tolerância, respeito dos direitos humanos, partilha e solidariedade. A diversidade da União Europeia é uma riqueza que importa valorizar. Para tal é necessário, em primeiro lugar, conhecê-la. Esta é uma oportunidade para os jovens reforçarem o contacto entre as diferentes culturas e para melhor compreenderem a realidade europeia. Facilita a integração, a inclusão e ajuda à emancipação dos jovens. A mobilidade ajuda também à economia e permite aprofundar o sentimento de pertença a este espaço comum.

A revisão do quadro financeiro plurianual está em cima da mesa, Senhora Comissária, e este é o momento chave para podermos destinar os montantes adequados para que esta iniciativa possa arrancar. Eu espero que a Comissão e os Estados-Membros sejam favoráveis a esta iniciativa e registo como extremamente positiva a declaração da Sra. Comissária para que esta iniciativa possa arrancar. Esta proposta é complementar. Esta é uma proposta que não substitui nenhum dos programas já existentes e, obviamente, tem de ser inclusiva e ter a participação de todos os jovens de todos os Estados-Membros da União Europeia.

É evidente que esta iniciativa não dá emprego aos jovens mas alarga horizontes, ajuda a reforçar a cidadania europeia e torna a União Europeia mais forte, mais unida, mais solidária e é com o empenho dos jovens que continuaremos a ter a maior economia do planeta, o Estado social que todos defendemos, a liberdade, a democracia, a inclusão e a tolerância.

Ismail Ertug (S&D). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wer kann schon etwas gegen Mobilität haben? Jeder ernst zu nehmende Politiker wird das unterstützen. Sie haben es aber aufgezählt, und ich will das noch nochmal erneuern: Sie haben jetzt die Aufgabe, Frau Kommissarin, dass Sie nun eben verschiedenste Schwierigkeiten oder Widrigkeiten lösen müssen. Sie müssen zunächst einmal den finanziellen Engpass überwinden – zusätzliches Geld, das ist noch einmal klar geworden. Es kann nicht sein, dass die Antwort ist, dass das aus Erasmus herausgenommen wird.

Sie müssen in Ihrem administrativen Vorschlag auch sicherstellen, dass alle Bevölkerungsschichten davon profitieren. Es hat doch niemand etwas davon, wenn diejenigen, die sich das ohnehin leisten können, das dann auch weiter nutzen können, sondern alle Bevölkerungsschichten. Und im Übrigen: Die Intermodalität haben Sie angesprochen. Wir wissen, dass viele Studierende gern auf Fernbusse zurückgreifen. Man muss prüfen, inwieweit das auch auf andere Verkehrsträger ausweitbar ist.

Und im letzten Punkt: Sie innerhalb der Kommission müssen bitte am Schluss auch klären, dass wir nicht mit der GD Wettbewerb in Konflikt geraten, weil es beihilferechtlich problematisch ist. Also machen Sie zunächst mal diese Hausaufgaben, und wenn dann alles positiv ist, dann sind wir, glaube ich, nicht dagegen.

Anneleen Van Bossuyt (ECR). – Toen ik de eerste keer over het voorstel hoorde via de heer Weber na de State of the Union, dacht ik even dat het om een grap ging. We zijn er vandaag echter over aan het debatteren, dus blijkbaar niet.

Ik heb hier al gehoord dat Europa méér is dan wetten en cijfers, dat het ook om zielen gaat. We zullen de zieltjes dus maar kopen door ze een gratis Interrailpas te geven. Kopen tegen een hoge som: het zou bijna 1,9 miljard euro kunnen kosten. Ik denk dat we dit geld echt wel aan betere zaken kunnen besteden.

Ik ben blij dat ik vandaag ook vanuit de S&D-Fractie commentaar hoor. Ik denk namelijk inderdaad dat we hiermee niet de doorsnee-jongeren zullen bereiken, maar eerder de bemiddelde jongeren. Want wat is vandaag de dag de hoge kostprijs? Niet het vervoer, maar wel het verblijf. Ik hoorde trouwens zeggen: je moet dan op het strand slapen enzo, en dat lijkt mij ook niet wenselijk.

Ik denk dus dat we de jongeren op een duurzame manier moeten helpen door hen aan een baan te helpen. Op die manier zal het hen veel beter vergaan dan door hen nu een gratis Interrailpas te geven.

Sabine Verheyen (PPE). – Herr Präsident, sehr geehrte Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße den Vorstoß unseres Fraktionsvorsitzenden Manfred Weber, die Debatte über das Interrail-Ticket nochmal angestoßen zu haben und hier auch den Vorschlag noch einnmal forciert und unterbreitet zu haben. Wir müssen mehr jungen Menschen in Europa die Möglichkeit geben, ihre Nachbarn kennenzulernen und in den gesellschaftlichen und kulturellen Austausch zu treten. Denn die Förderung des interkulturellen Dialogs ist heute wichtiger denn je. Gegenseitiges Verständnis und Respekt zwischen den verschiedenen Kulturen muss Basis unseres Miteinanders sein, damit unsere Gesellschaft auch weiterhin in Vielfalt und Freiheit bestehen kann. Ein gut durchdachtes, niederschwellige Mobilitätskonzept speziell für junge Menschen kann durchaus dazu beitragen, in Europa Gelegenheiten des gegenseitigen Kennenlernens zu schaffen und eine europäische Identitätsbildung zu fördern. Wir sollten hier vor allem gezielt die Jugendlichen erreichen, die von den bereits bestehenden Bildungsprogrammen bisher wenig oder gar nicht erfasst werden. Deshalb darf das Programm keine zu großen Zugangsbarrieren haben.

Gut durchdacht kam diese Idee eine sinnvolle Ergänzung zu den bereits bestehenden europäischen Förderprogrammen für junge Menschen in Europa sein, sodass potenzielle Synergien entstehen können. Dazu brauchen wir gute Konzepte, die zügig erarbeitet werden sollten. Die Finanzierung muss ebenfalls sorgfältig geprüft werden denn schließlich soll die Konsequenz nicht sein, den gut funktionierenden, aber bereits hoffnungslos unterfinanzierten Bildungsprogrammen die Finanzierungsgrundlage noch weiter zu entziehen.

Die Bildungsprogramme in Rahmen von Erasmus+ sind trotz der Erhöhung um vierzig Prozent immer noch chronisch unterfinanziert. Nur ein Bruchteil der guten Projekte, zum Beispiel ein Förderprogrammen wie Jugend in Action oder Comenius oder Leonardo, die eingereicht werden, können am Ende auch gefördert werden. Die Quote liegt teilweise unter 25 Prozent. Dennoch halte ich dieses neue Angebot für wichtig, weil es eben genau eine andere Klientel erreicht. Wir brauchen aber eine Förderung der Mobilität, die auf einer finanziell soliden Basis steht, und ich fordere da auch die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, sich aktiv an dem Projekt zu beteiligen, auch finanziell, und auch die Eisenbahnunternehmen könnten ihren Anteil dazu ohne Weiteres leisten. Denn Europa wird vor allem durch die Verbindung von Menschen gebaut und nicht durch Paragraphen.

István Ujhelyi (S&D). – Tisztelt Elnök Úr! Másfél éve a Közlekedési és Turisztikai Bizottság alelnökeként kezdtem el a kampányomat itt, a Parlamentben és a Bizottság felé, hogy halljuk meg a két fiatal német aktivista, Vincent-Immanuel Herr és Martin Speer javaslatát. Sok falba ütköztem, visszapattantam a Bizottságtól, itt a Házban is leszavazták a pilot projekt javaslatomat, de most úgy látom, hogy alakult egy széles együttműködés, és ezt megköszönöm Weber úrnak és a többi támogatónak. Éppen ezért javaslom, kollegák, hogy adjunk egy csattanós választ a populistáknak, akik azt mutatják, hogy az Európai Unióra nincsen szükség! Adjunk egy nagy pofont a nacionalistáknak, akik össze akarják ugrasztani a népeket itt, Európában!

És használjuk ki ezt a programot arra, hogy megmutassuk mindenkinek, azon fiataloknak is, akiknek nincs pénzük utazni, hogy mi Európa! Ezért én azt javaslom, és ezt elmondtam Bulc biztos asszonynak is, hogy a turisztikáért felelős alelnökként, a turisztikai munkabizottság vezetőjeként javaslom, hogy vonjanak be a projektbe, és megkeressük a többi támogatót is, a turisztikai szakmát is, a szállásadókat is. Legyen ebből egy közös, nagy, európai ünnep!

Arne Gericke (ECR). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auf einen spontanen Vorschlag der EVP sitzen wir im Europäischen Parlament, schwimmen in Tausenden europäischen Problemen und diskutieren erneut ein Gratis-Interrail-Ticket für alle 18-Jährigen. Kostenpunkt: wahrscheinlich drei Milliarden Euro – drei Prozent des EU Haushalts! Die EU Verkehrskommissarin meint: prima Idee! Der Rat in Bratislava gibt sich mehrheitlich begeistert. Heute sagen wir: Ach wie toll und ach wie prima.

Ganz ehrlich: Was soll das denn? In der Haushaltskasse fehlt es vorn und hinten, aber wir, aber Sie schmeißen drei Milliarden Euro aus dem Fenster, um die ungefragte Generation Interrail mit Gratistickets zu überschütten. Fällt Ihnen auf, wie billig dieser teure Vorschlag ist?

Erklären Sie mir bitte einmal, wie Sie solche Wahlgeschenke in den EU-Verträgen begründen wollen? Wähler mit Gratistickets bestechen! Hören Sie auf, die Leute mit dem milliardenschweren Weber-Ticket zu veräppeln, nur um sich selbst ein Denkmal zu setzen. Wenn Sie unbedingt Geld verteilen wollen, dann geben Sie jedem Neugeborenen in Europa 500 Euro auf ein Sperrkonto. Dann kann jeder mit 18 selbst entscheiden, wofür er das Geld verwendet. Ich denke, dass die meisten Fürsprecher hier Europa gar keine 18 Jahre mehr zutrauen und dadurch einen schnellen Weg suchen, um Wähler zu gewinnen.

Dieter-Lebrecht Koch (PPE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Europa baut man nicht mit Gesetzen, jedenfalls nicht allein mit Gesetzen. Die Menschen müssen es wollen, sonst wird es nicht funktionieren. Aber damit sie es wollen, brauchen wir heute mehr denn je Verständnis statt Vorurteile, Interesse statt Sturheit, Solidarität statt Arroganz und nationaler Verschlossenheit. Diese Werte sind jedoch nicht in der Theorie zu erklären. All das erreichen wir nur, wenn sich die Menschen begegnen, um gemeinsam zu lernen, zu arbeiten und zu feiern. Deshalb bin ich ein großer Befürworter von europäischen Programmen, die das Begegnen – vor allen Dingen der jungen Europäer – ermöglichen, wie das freiwillige europäische Jahr, das Erasmus+-Programm oder die Städtepartnerschaften.

Ein zeitlich befristetes Interrail-Ticket für die 18-Jährigen wäre schon eine tolle Ergänzung zu den bestehenden Angeboten. Doch ich würde zukünftig sogar noch weiter gehen und jedem 16- bis 23-jährigen Jugendlichen, der in einer Gemeinde mit Städtepartnerschaft lebt, jährlich ein kostenloses Interrail-Ticket zum Besuch der Städtepartnerschaft zur Verfügung stellen. Das festigt solche Partnerschaften und wird zu neuen führen. Die zu beantragen den Gratistickets werden den EU-Haushalt nicht sprengen.

Ich sehe durchaus andere Bereiche des Finanzrahmens, in denen wir sparen können. Die Mittel, die wir für die Realisierung des Gratistickets vorsehen, sind meines Erachtens sehr gut investierte. Lassen Sie uns gemeinsam in die Jugend investieren und ihr dadurch einen Blick über den nationalen Tellerrand hinaus ermöglichen. Dies wird den Glauben an ein faires, auf Solidarität gestütztes, offenes Miteinander in der Europäischen Union wieder stärken.

Inés Ayala Sender (S&D). – Señor Presidente, sí, querría manifestar, en primer lugar, mi sorpresa, porque la Comisión rechazó gentilmente dos proyectos piloto de los grupos Verts/ALE y S&D, y ahora, en cambio, lo dice usted, señor Weber, y parece que la idea tiene otro brillo.

La propuesta de este regalo, de todos modos, se nos presenta como el tótem contra el populismo creciente, un populismo atizado por los recortes y suspensiones que provienen de su ministro de Finanzas, el señor Schäuble. Primero, envía a los jóvenes al paro y a la emigración forzosa en busca de trabajo, y ahora les regalamos un viaje.

Dicho así, parece simple y de anuncio de agencia de viajes; no digo que no, señor Weber, y que usted consiga que el Interrail en el futuro se llame el «pase Weber», pero desearía saber: ¿además del viaje, les vamos a ayudar con el resto de los gastos o solo podrán aceptar el regalo quienes sean ricos por su casa?

Y en segundo lugar, ¿cuánto cuesta el regalo? Nos dicen que 1 500 millones de euros al año. Como su ministro de Finanzas, el señor Schäuble, sigue recortando y recortando el presupuesto europeo, ¿de dónde los vamos a sacar, señor Weber? ¿A quién se lo vamos a quitar? ¿Al Erasmus o Erasmus +, que no llega, o a la Iniciativa de Empleo Juvenil, que tampoco llega?

Señor Weber, la verdad es que yo preferiría que este regalo fuese un billete de vuelta para los jóvenes españoles que han tenido que viajar y emigrar para buscar empleo.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – Domnule președinte, doamnă comisar, stimați colegi, este adevărat, tinerii au nevoie de un loc de muncă. Pentru aceasta este nevoie de dezvoltare economică în primul rând, dar, pe o piață de muncă unde competiția este complicată, este nevoie de educație și pentru educație Uniunea are programe: Erasmus și toate celelalte și programe care au fost foarte bine primite de tineri și foarte eficiente. Mai este nevoie însă și de cunoaștere, pentru că a cunoaște Europa, a cunoaște tradițiile, istoria, bunele practici îi va ajuta foarte mult pe tineri să își găsească un loc de muncă, se vor adapta mai ușor, vor putea să aplice ceea ce au văzut acasă la ei sau în altă parte, repet, pe această piață unică a muncii. Este bineînțeles nevoie de reguli, de criterii și sunt convins că prin consultare cu tinerii se vor găsi aceste reguli și criterii astfel încât toată lumea să fie mulțumită.

Doamnă comisar, menționați în intervenția dumneavoastră că este nevoie de un pilot, de o aplicare inițială pe o scară mai mică. Aveți posibilitatea în bugetul din 2017 să încercați să găsiți o linie bugetară de unde să puteți finanța acest pilot și în felul acesta să vedeți, primul lucru, care este reacția, care sunt criteriile cele mai bune și care sunt regulile pentru aplicare, și vă rog să faceți acest lucru.

Ева Паунова (PPE). – Днес се обединяваме, защото Европа все повече изглежда като проект, в който ентусиазмът липсва. Всеки има очаквания към Европейския съюз, но са малко тези с емоция. А ние имаме нужда от ентусиазма на младите хора, за да вдъхнем сили на нашия проект. Европа много често изглежда като есенно листо, твърде изтощено от всички кризи. Само ентусиазмът на младите хора може да превърне есента за Европа в пролет.

Чрез тази свобода младите хора трябва да усетят от първа ръка смисъла от обединена Европа, за да не са толкова лесно податливи на слуховете за преждевременния й край. Те са тези, които най-много ще защитават проекта и трябва да знаят защо. Понякога и само един ден е достатъчен, за да усетиш, че нещо си заслужава. Ако един 18-годишен прекара дори и два дни в друга държава, той ще знае, че липсата на граници или свободното им преминаване в Европейския съюз са важно постижение и ние не трябва да го загубим.

Тази безплатна карта изглежда може би нещо дребно. Да, тя не решава големите ни проблеми в Близкия изток или отношенията ни с Русия, например, но тя може да промени живота на много хора, които ще излязат, ще се смесят с останалия свят, ще създадат връзки и мрежи, които ще им трябват и ще им бъдат полезни за в бъдеще. Не всички млади европейци разполагат със сума пари, за да платят за този „pass“. За много от тях Европа е все още чужбина и ако тази идея може да свали една желязна завеса пред тях, то това би било голям успех на този проект.

Διαδικασία *«Catch-the-Eye»*

Tom Vandenkendelaere (PPE). – Ik wil in de eerste plaats mijn steun uitdrukken voor dit voorstel. Het is democratisch, want het is bedoeld voor iedere achttienjarige. Het is ecologischer dan low cost vliegen en het is positief Europees. Een echte triple win.

Maar ik deel ook de bezorgdheid over het kostenplaatje. Daarom heb ik in de Belgische pers vandaag het voorstel verdedigd om een standaard Interrailticket aan te bieden. Zonder korting kost zo'n ticket 200 euro. En als we rekenen dat ongeveer 70 procent van de Europese achttienjarigen dit ticket zal gebruiken, komen de jaarlijkse kosten neer op 770 miljoen euro.

Ik ben ervan overtuigd dat als we het echt willen, binnen het huidige budget een inspanning kan worden geleverd en samen met de lidstaten en de spoorwegmaatschappijen een goede oplossing kan worden gevonden.

Ik wil graag nog meedelen dat ik hierover in dialoog zal gaan met de Vlaamse jongeren. Zo heb ik al eerste contacten gelegd met de Vlaamse Jeugdraad. Om de definitieve modaliteiten van dit voorstel in te vullen, kunnen de input en inzichten van jongeren heel waardevol zijn.

Silvia Costa (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, oggi nell'incontro che abbiamo avuto con i Commissari in presenza di tutte le commissioni, ho chiesto finalmente che è arrivato il momento una politica integrata e orizzontale per i giovani. Non possiamo procedere per spot. Io riconosco che questa è una proposta che tra l'altro era stata anticipata già l'anno scorso, e poi purtroppo respinta dai colleghi della commissione per i trasporti, ma volevo solo ricordare che noi abbiamo fatto una proposta da tempo, per cui vorrei che la Commissione su queste cose avesse un tavolo comune.

Alla DG Connect e alla DG Education da alcuni mesi – lo dico anche al collega Weber che poteva non saperlo – è stato richiesto dalla commissione per la cultura e l'istruzione, insieme allo Youth Forum, di procedere a lanciare la *e-card* per gli studenti europei. Cosa significa? Una *card* che ha il valore di un riconoscimento di status di studente europeo dopo i diciotto anni. Non è un'una tantum. Significa anche avere una sostenibilità di quest'opportunità, perché significa fare accordi su larga scala con l'Interrail, ma anche con altri soggetti e non solo con l'Interrail, perché a noi interessa non solo che i ragazzi vadano in vacanza o in viaggio, ma anche che abbiano l'opportunità di accedere a servizi culturali ed educativi e all'ospitalità.

Ecco, questo era il disegno. Mi dispiace che la Commissione abbia perso un'occasione per dare una risposta olistica, anche se capisco perfettamente che questo può essere uno degli strumenti che quella carta metteva in moto.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η κάρτα Interrail για την Ευρώπη που θα προσφέρεται με τη συμπλήρωση του δεκάτου ογδόου έτους του σε κάθε πολίτη της Ένωσης αποσκοπεί στη βελτίωση της δυνατότητας πραγματοποίησης διασυνορι-ακών ταξιδιών. Πρόκειται για μια θετική ιδέα αλλά από τη συζήτηση προέκυψε ότι, ουσιαστικά, είναι μία προεκλογική γερμα-νική πρωτοβουλία που είναι μάλιστα αρκετά ακριβή αφού στοιχίζει τρία δισεκατομμύρια EUR, όταν η πρωτοβουλία «Εγγύηση για την Απασχόληση των Νέων» θα στοιχίσει, όπως ξέρουμε, έξι δισεκατομμύρια EUR σε μια περίοδο μάλιστα που η Ευρώπη έχει γεμίσει στρατιές ανέργων και μάλιστα ανέργων του ευρωπαϊκού Νότου. Εκτιμώ επιπλέον ότι η πρωτοβουλία δεν θα πρέπει να απορροφήσει κονδύλια άλλων ευρωπαϊκών προγραμμάτων για την εκπαίδευση και την κατάρτιση και σίγουρα όχι προγραμ-μάτων για την ανεργία. Πρέπει επίσης να τονιστεί ότι, εφόσον συνεχιστεί η πρωτοβουλία, τότε θα πρέπει να υπάρξουν ισότιμοι όροι για όλους τους πολίτες της Ένωσης και ιδίως για τους κατοίκους των νησιωτικών περιοχών. Πιστεύω, τέλος, ότι θα πρέπει να υπάρξουν κονδύλια για την ενίσχυση των σιδηροδρομικών δικτύων της Ευρωπαϊκής Ένωσης, ούτως ώστε να χρησιμοποιηθεί η κάρτα Interrail σε ασφαλείς εις το εξής σιδηροδρομικές υποδομές.

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – Pane předsedající, velmi oceňuji, že pan Weber chce dát mladým lidem bez ohledu na jejich sociální původ či vzdělání příležitost objevit rozmanitost Evropy. Jsem si jistá, že mladí lidé ocení možnost procestovat Evropu, přesně do doby než se vrátí do svých domovů, aby se nahlásili na úřad práce jako nezaměstnaní či budovali svoji kariéru jako neplacení stážisté či případně upadli do pasti nových nevýhodných smluv, které PPE stále podporuje. Dávat lidem ohlodanou kost sice představuje úhelný kamen pravicové politiky, ale my na levici radši řešíme otázku zvyšování životní úrovně a rozdíly mezi společenskými vrstvami, které pravicové vlády podpořily politikou škrtů. Mladí lidé jistě mají právo na budoucnost v prosperitě a sociálním smíru a vy je namísto toho posíláte na výlet v naději, že z toho štěstí budou žít celý život.

(Λήξη της διαδικασίας «Catch-the-Eye»)

Violeta Bulc, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to stress one more time that the proposed idea deserves further analysis. There are many challenges to be addressed and the Commission is committed to exploring all possible options, considering also budgetary and administrative constraints. However, at this stage the Commission cannot take further commitments. I do not want to raise expectations which we would not be able to meet later on. So let me also be very clear that if we move in this direction, this can by no means jeopardise existing instruments.

I know that ideas for youth can quickly engage our emotions, and indeed it can bring a lot of positive attention, but to be successful we need to take a very pragmatic approach. So I agree also with those who say that we need to take a closer look at the regions without rail, so my vision would lead towards multimodal solutions for youth where rail projects could be the first step.

I also agree with those who are saying that we need to work closely with service providers. I would invite all involved to see our possible proposal also as a way to develop future uses of public services and public transport. We have some positive examples of a similar nature on an urban mobility level that we can also learn from. So I can confirm that we will work on this idea with you to set up a scheme which will be inclusive, manageable and truly beneficial to all European youth.

VORSITZ: ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF

Vizepräsident

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, it was to your predecessor I asked to make a point of order. I just want to say that, while I have to respect his decision, he said he had eight on the list for the catch-the-eye procedure and he took only four. That was his decision, but if he had been vigilant in cutting people off when they had passed their time, he would have had plenty of time – not just for four extra speakers, but for about twenty-four. But he has made his decision and he has left. I just wanted to make that point.

President. – Colleague, I wish you were right. I have been told by the services, however, that we are running way behind schedule and even if he had been more stringent perhaps, as you desire, it would probably still have been a limited number of colleagues able to speak under catch-the-eye. Sorry about that.

Written statements (Rule 162)

Heinz K. Becker (PPE), *schriftlich*. – Ich unterstütze die Idee des EVP-Fraktionsvorsitzenden Manfred Weber, jedem EU-Bürger zum achtzehnten Geburtstag ein Interrail-Ticket zum Zugfahren in Europa kostenfrei zu ermöglichen. Wir werden mit anderen Fraktionen im Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission diskutieren, wie diese Idee in die Realität umgesetzt werden kann, und nun die Kosten und Finanzierungsmöglichkeiten sowie den administrativen Aufwand für dieses Projekt sorgfältig prüfen. Es wird nicht einfach sein. Aber wir glauben, es ist eine Investition in junge Menschen und damit eine Investition in die Zukunft Europas!

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich unterstütze diese Initiative, denn damit sprechen wir direkt die jungen Menschen in Europa an. Sie würden die Möglichkeit erhalten, andere Länder, Sprachen und Kulturen zu erleben und kennenzulernen. Ich wünsche mir, dass junge Menschen so etwas wie ein Europa-Bewusstsein entwickeln und sich mehr für Europa begeistern: Denn die EU ist mehr als nur eine Wirtschaftsgemeinschaft – wir sind auch eine Kultur – und Wertegemeinschaft!

María Teresa Giménez Barbat (ALDE), *in writing*. – In these challenging times for Europe, following the Brexit vote and the divisions among the Member States on the asylum system for migrants, the initiative to launch a Free InterRail initiative should be welcomed and fully embraced with nothing else than enthusiasm. The proposal aims at offering InterRail passes to European teens on their 18th birthday, letting them travel by train across Europe for free for a month. It is often said that travelling opens up the eyes to new horizons and to learn about diversity of cultures. I could not agree more. I particularly encourage the implementation of such a proposal for teenagers to enable them to explore by train the 'freedom of movement' across European frontiers. Sometimes, I think we forget how much we actually achieved with Schengen. On the contrary today we are setting up again walls and barriers among our Member States and third countries. My personal hope is that this Free InterRail initiative will make young people even more conscious of that freedom that once we could only dream about and to engage for a stronger and united European Union in the future.

Anne Sander (PPE), *par écrit*. – Je soutiens à 100% cette initiative et remercie Manfred Weber de l'avoir proposée. En effet, ce pass interrail, qui permettrait à tout jeune de 18 ans de visiter l'Europe en train – transport écologique s'il en est – peut devenir le second rite initiatique de la jeunesse européenne après l'échange Erasmus. Avec l'avantage d'être plus accessible, puisque seuls 2% des étudiants partent en échanges à l'étranger.

C'est une initiative concrète, avec un budget raisonnable. Dans tous les cas, «le voyage est la seule chose que l'on achète et qui nous rend plus riche.» Il permettrait aux jeunes de découvrir l'autre, sa culture, son pays, et prendre conscience d'une histoire commune et d'un destin européen commun.

Bien sûr, cette proposition n'est qu'une goutte d'eau par rapport aux défis auxquels l'Europe doit répondre pour aider les jeunes: le chômage, la perte de repère, les bouleversements écologique, numérique et démographique du monde. Mais c'est une première étape. Et tout voyage commence par un premier pas.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Ik steun het voorstel om de Interrailpas gratis te maken voor elke Europese jongere die 18 jaar wordt. Het idee werd deze zomer door de Duitse groenen gelanceerd. We willen jongeren aanzetten om buitenlandse ervaringen op te doen, hun horizon te verbreden én hen tonen dat de trein nemen om op vakantie te gaan leuk is. Het is alleszins ecologischer dan massaal goedkope Ryanair-tickets te kopen. Als er budgettaire bezwaren zijn, kunnen we misschien eens nadenken over meer rechtvaardige fiscaliteit in de luchtvaart? Er wordt op ditzelfde moment over gesproken op de luchtvaartconferentie in Montreal. Misschien moet het zelfs niet gratis, maar volstaat een tegemoetkoming of een fikse korting? Een grondige analyse van deze investering, de beschikbaarheid en capaciteit van de treinen, de integratie van het voorstel in het huidige Interrailsysteem en in het totale treinaanbod, is nodig. De uitspraken van NV-A-collega Van Bossuyt dat "het Europees Parlement liefde probeert te kopen" is ridicuul. Dit gaat over kiezen waar Europees geld aan wordt uitgegeven. Miljarden uitgeven aan bewakingstechnologie of de nucleaire sector? Of kiezen om met de inzet van een paar honderd miljoen jongeren hun horizon te verruimen en andere lidstaten, mensen en culturen te leren kennen?

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Libertatea de circulație este unul dintre pilonii pieței unice europene, fiind principiul care permite ca milioane de cetățeni să se deplaseze dintr-un stat membru în altul. Această facilitate contribuie nu doar la creșterea economică a Uniunii și la promovarea turismului, ci și la cimentarea unei conștiințe a identității europene. Declarația de azi a comisarului european pentru Transporturi, Violeta Bulc, privind acordarea de abonamente la tren pentru tineri recunoaște nevoia urgentă de a promova mobilitatea, mai ales printre cetățenii sub 30 de ani. CE trebuie să dea curs solicitărilor venite din partea Parlamentului European de a prioritiza nevoile acestei categorii care a fost afectată profund din punct de vedere economic în urma crizei. Un abonament gratuit la sistemul InterRail ar permite tinerilor să descopere la timp ceea ce Europa are de oferit și ar promova totodată un mijloc de călătorie sustenabil, dar utilizat insuficient. Totuși, declarația comisarului nu răspunde întru totul așteptărilor parlamentului. Comisia se prezintă încă precaută și lipsită de ambiția care ar putea să dea un suflu nou discuției despre mobilitatea tinerilor. Cu toate acestea, grupul socialiștilor va continua să se lupte pentru ca toți cetățenii europeni care împlinesc 18 ani să poată beneficia de un abonament InterRail.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Manfred Weber von der CSU ist sich für nichts zu schade und kupfert einen alten Vorschlag der Grünen ab: Er will allen Jugendlichen zum 18. Geburtstag ein Interrail-Ticket schenken, damit sie drei Wochen lang auf Kosten des Steuerzahlers durch Europa tingeln. So geht Europa-Krisenmanagement bei der CSU: Bahnfahrscheine für zwei Milliarden Euro jährlich an alle Achtzehnjährigen verschenken. Früher hieß das Leitmotiv von CDU/CSU und der Europäischen Volkspartei (EVP): „Mehr Europa ist die Lösung". Daraus wird jetzt: „Mehr Bahnfahren ist die Lösung." Manfred Weber hat die Idee geklaut. Das Vorhaben „Interrail kostenlos" wurde ursprünglich von den Grünen Rebecca Harms und Michael Cramer im Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments initiiert – und von der Europäischen Kommission bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen mit der schlechtesten Note C/D (Ref. Ares(2016) 4003541 – 29/07/2016) bewertet. Eine grüne Idee auf Ramschniveau wiederaufgebrüht von der CSU! Ein dreiwöchiges Interrail-Ticket kostet 374 EUR. 2015 vollendeten 5,4 Mio. Jugendliche das achtzehnte Lebensjahr (EU-28). Manfred Weber will also 2 Mrd. EUR für Bahnfahren ausgeben. Und wer bezahlt den 19-jährigen Jugendlichen drei Wochen lang Hotels, Jugendherbergen, Essen und Trinken? Das darf die CSU gerne aus ihren schwarzen Parteikassen bezahlen, aber doch nicht von Steuergeld!

16. Künftige Entwicklungen bei den Telekommunikationsdiensten, angemessene Nutzung und Anrufe innerhalb der EU (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Kommission zum Thema „Künftige Entwicklungen bei den Telekommunikationsdiensten, angemessene Nutzung und Anrufe innerhalb der EU“ (2016/2915(RSP)).

Andrus Ansip, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, honourable Members of the European Parliament, access to high quality and affordable connectivity for all citizens and businesses seamlessly across the European Union is essential for realising the full benefits of the digital single market. Therefore, before addressing the important issue of roaming, let me stress the importance of the Comprehensive Connectivity Package the Commission adopted in September. We want ambitious connectivity targets and modern rules to support these goals. I am confident that you in the European Parliament share the need for a swift but comprehensive handling of this ambitious package.

Turning now to roaming: in 2015, the European Parliament and the Council adopted a regulation establishing that from 15 June 2017, retail roaming surcharges should be abolished. This regulation only addressed roaming surcharges. It did not aim at price harmonisation or at lowering the price of international calls, which I will address in the second part.

Abolishment of retail roaming surcharges is essential for citizens and businesses across the European Union, and the Commission is fully committed to deliver. Now we need to complete the steps necessary to ensure it.

When agreeing the end of roaming surcharges in November 2015, the European Parliament and the Council asked the Commission to put in place necessary accompanying measures, the reform of the roaming wholesale market, including the setting of price caps, to set up fair use of our ‘roam like at home’ to prevent abusive or anomalous usage of the system, and an exceptional derogation system in cases where replication of ‘roam like at home’ would otherwise provoke price increases for domestic customers. None of this is an easy task, given the diversity of existing business models in the European Union and fragmentation of the markets, but I am convinced that together we can find solutions and deliver on what we commonly agreed.

Let me also briefly turn to the issue of intra-EU calls which has also been raised in this House. I agree with you that, in a single market, barriers should fall and the price of calls should not depend on the country code. To tackle the fragmentation inside the European Union, the Commission proposed the new electronic communications code. It provides clear rules for the whole of the whole EU for an inclusive single market where competitive investments in networks will ensure high quality connectivity and where consumers enjoy a high level of protection and have access to affordable services. But besides this, the proposal also includes measures that will help to increase competitive pressure and reduce the scope for price discrimination. In particular, we propose the unification of call termination rates also for international calls arriving from other Member States. This will lead to a reduction of the cost for outgoing international calls.

Furthermore, the markets are adjusting to new realities. The growing use of internet-based communications applications has already reinforced the competition for international calls, and it is still early days for such market developments. The codes supported by the market developments will ensure that every European has effective access to wireless broadband, which will facilitate the use of alternative means of communications to make online competition work for consumers, also as regards intra-EU calls.

Viviane Reding, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, the EU keeps its promises: after years of tireless fighting, roaming fees will soon belong to the past. I still remember in 2004 that, as Commissioner for the Information Society and Media, I made the alarming observation that to make a phone call or send an SMS from abroad was four times more expensive than a domestic call or SMS. So here we are, 13 years later, and roaming surcharges will finally be abolished. To deliver by the deadline of 15 June 2017, the EU needs to agree on implementing the text without creating any loopholes that could reintroduce roaming fees through the back door.

The Commission should stick to its fair use proposal, which includes neither time nor volume limits to roam – like at home – and the Council should consent to an ambitiously low wholesale price. But that is not all: the European Parliament is readying itself for the next battle – the one against abusive mobile prices charged for intra-EU calls from your home country to another EU country. Why? Because those fall outside the scope of roaming regulations and hence remain priced at prohibitive levels – often EUR 1 per minute for calls and 15 cents for SMS.

This situation makes absolutely no sense, and that is why more than 150 MEPs from across all political spectrums asked the Commission to address the issue in the telecom package. Well, the Commission did not, so the Parliament has to. Rest assured that Parliament will tackle that problem while working on the telecom package in the next weeks and months.

Patrizia Toia, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, il principio del roaming «*roam like at home*» è stato una battaglia che questo Parlamento ha fatto da tempo. Io rivendico anche che l'abbia fatta, in prima persona e con molta forza e coerenza, il mio gruppo politico, il Gruppo dei socialisti e democratici, nel corso di tutti questi anni fino al negoziato finale per quanto ha riguardato il pacchetto che lo scorso anno abbiamo approvato.

Noi apprezziamo che ci sia, con questa proposta, una coerenza rispetto a quel voto del Parlamento, a quella posizione comune di Parlamento e Consiglio. Perché vede, signor Commissario, sono convinta io, come è convinto lei, che davanti ai nostri cittadini c'è credibilità dell'Europa se abbiamo coerenza in tutti i nostri passaggi.

Questa è una battaglia che certamente non può prescindere, e siamo d'accordo, da una corretta applicazione delle regole e dal rispetto dell'attività degli operatori. Per questo siamo d'accordo con la *Fair Use Clause* che si deve realizzare anche attraverso un abbassamento dei prezzi all'ingrosso, visto che stiamo trattando questa partita. Siamo convinti che questo debba avvenire con un sistema che possa essere il più semplice e il più *user friendly* possibile. Apprezziamo che la proposta non imponga né limiti di volume né limiti di tempo, perché sarebbe stata incoerente con il nostro voto parlamentare, e che si basi sull'approccio di un legame stabile con il paese.

Le chiediamo, però, apprezzando la proposta che è stata avanzata, che si tenga conto sempre che i consumatori vanno tutelati sia dal punto di vista della protezione dei dati che nei casi di disaccordo con le compagnie telefoniche, perché le procedure messe in campo dagli operatori devono essere trasparenti, semplici, efficienti e non invasive, non oltre il necessario.

Quindi è necessario che il principio guida di un mercato unico debba guidarci anche ad assicurare una politica del *fair use* sempre più armonizzata, che non sia differente da paese a paese e che non preveda una lista di indicatori diversi in ogni Stato europeo, perché questo ci farebbe ancora una volta arretrare sulla strada di un vero mercato unico. Penso che se proseguiremo su questa strada, questa parola magica *roam like at home* potrà servire per l'intera Europa, che deve essere sentita dai cittadini come *home*.

Evžen Tošenovský, *za skupinu ECR*. – Pane předsedající, Evropská unie potřebuje jednotný digitální trh a špičkové elektronické komunikace na 5G sítích. V tomto smyslu obecně vítám, že Komise podporuje konektivitu napříč Evropskou unií. A vítám i ambici, která je do balíčku vložena, i když naše politická skupina tradičně není velkým příznivcem celounijních cílů.

Telekomunikační průmysl potřebuje pro velké investice do sítí regulační jistotu. Proto doufám, že tento návrh je *future-proof* a předvídá vývoj v technologiích a v chování koncových uživatelů tak, abychom nemuseli regulační rámec opět brzy měnit. Jako pozitivní vnímám zpřehlednění, a zejména spojení stávajících směrnic, a také jasnější pravidla pro ochranu spotřebitele. Jako problematičtější se rýsuje správa spektra, které je v kompetenci členských států.

Závěrem k roamingu: věřím, že se podaří s experty a úřadem BEREC nastavit politiku přiměřeného využívání tak, aby od začátku platila jasná a jednotná pravidla pro operátory a regulátory a byl konec roamingu šťastným koncem pro všechny.

Jens Rohde, *for ALDE-Gruppen*. – Hr. formand! Det er egentlig lidt ironisk, at vi i dag skal diskutere fair brug og regler for misbrug, når det gælder borgernes brug af telefoni og data over for teleselskaberne. Det viser, at den liberale gruppes forslag fra sommeren 2013, som dengang vakte megen vrede og megen furore, men som alligevel fik et flertal ved beslutningen lige før sommerferien, er en kæmpe succes. Dengang var det nemlig et spørgsmål om at sikre den enkelte forbruger en fair brug. Afgiften på roaming for telefoni og tekstbeskeder var knap 300 % over kostprisen og 698 % i gennemsnit over kostprisen på netadgang, når man opholdt sig uden for sit eget land. Derfor er det en kæmpe sejr for Parlamentet, at vi nu har fået vendt problemstillingen om og diskuterer den omvendte problematik i stedet for, nemlig hvordan vi forhindrer, at borgerne misbruger et system, hvor vi har afgiftsfri roaming, men stadig endnu ikke har et reelt indre marked for fælles frekvenser.

Først og fremmest, hr. kommissær, kræver det en meget, meget klar definition af, hvad misbrug egentlig er. I mit verdensbillede kan der aldrig nogensinde blive tale om misbrug for den rejsendes vedkommende eller for den, der er udstationeret for sin virksomhed i en kortere eller en mellemlang periode. Det vil jeg gerne slå fast. Misbrug kan alene være, såfremt man snyder med sin bopæl, eller man forsøger at lave en forretning ud af at købe simkort i et andet land og sælge dem i et tredjeland. Derfor vil jeg også gerne kvittere Kommissionen for, at den trak sit forslag om 90 dage tilbage og i stedet gik ind på præmissen om, at misbrug ud fra en bopælspræmis eller ulovligt køb og salg er det, man tager udgangspunkt i.

Jeg synes stadigvæk, at der er en lang række uklarheder i det, Kommissionen er kommet med, men jeg tror, at vi kan finde en fælles løsning, og jeg forventer, at alle lever op til deres valgløfter og tager deres ansvar for at finde løsninger, at alle lever op til de valgløfter, der kom i valgkampen 2014, inklusive Kommissionen og også medlemslandene.

João Ferreira, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhor Presidente, a natureza assimétrica da União Europeia revela-se nas pequenas como nas grandes coisas. Acabar com o *roaming* nas comunicações móveis é um objetivo há muito anunciado. Aparentemente consensual, até já serviu fins de propaganda eleitoral. Mas por detrás da bondade da proposta eis o reverso da medalha: a chamada de *roaming* tem mais custos do que os associados a chamadas nacionais. Quem pagará estes custos?

Acresce que as zonas recetoras líquidas de turismo terão aumentos de pressão sazonais sobre as respetivas redes, o que pode exigir investimentos no seu reforço. Quem os paga? As operadoras destes países já avisaram: se não for possível refletir estes e outros custos nas tarifas de *roaming* eles serão refletidos nas tarifas nacionais. Ou seja, para sermos claros: prefigura-se que sejam os consumidores dos países do Sul a arcar com os custos do fim do *roaming*. Eis o mercado único das telecomunicações.

Neste como noutros setores, a liberalização e a mirífica livre concorrência serve objetivos de concentração monopolista à escala europeia, não serve nem os consumidores, nem as famílias, nem as empresas nem o interesse nacional.

Der Präsident. – Hier ist zwar eine *blue card*. Wir sind aber so weit hinter der Zeit zurück, dass ich die nicht zulassen kann. Ich bitte um Verständnis.

Michel Reimon, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar! Ich würde mir wünschen, dass wir hier nicht *roam like at home* besprechen, sondern *phone like at home*, dass es nicht nur um Roaming geht, sondern überhaupt um Telefon in allen Bereichen. Da hängen wir weit hinten nach.

Wir haben lange gewartet auf einen Tagesordnungspunkt vor uns, wo es um Interrail ging und darum, dass die jungen Leute gratis mit dem Zug durch Europa fahren können und dann ein Gefühl für Europa empfinden. Ich glaube, mit nichts könnten wir mehr das Gefühl herstellen, dass Europa eine Heimat und ein Lebensraum ist, als damit, dass man sich nicht im Ausland empfindet, wenn man einige Kilometer über die Grenze fährt, sein Handy verwendet und etwas im Internet surft. Das sollte doch aus europäischer Sicht der Weg sein, wo wir hin wollen, dass das alles ein Kommunikationsraum ist. Und gerade für die Jungen ist das wichtig. Auf diesem Weg sind wir nicht.

Wir haben bei der ersten Reform des Telekombinnenmarktes die Netzneutralität aufgegeben, um Profite der Telekomindustrie im Roamingbereich abzufedern, wurde gesagt. Dafür wurde dann das Roaming aber nicht abgeschafft. Jetzt haben wir eine *Fair-use*-Klausel, bei der letztlich immer noch übrig bleiben kann, dass es Roaming geben wird. Wie der Markt hier entscheidet, werden wir sehen. Ich bin nicht zuversichtlich, dass es wirklich wahnsinnig viel besser wird. Und das wurde beschlossen, und dann haben wir nicht geklärt: Wie ist die Telefonie in andere EU-Mitgliedstaaten? Wie sind die Großhandelspreise? Das ist alles noch offen, das hat durch sich so kein vernünftiges Bild. Ich hoffe, wir kommen bis zum Ende der Periode zu einem gemeinsamen guten Abschluss. Sehr zuversichtlich bin ich derzeit nicht.

Margot Parker, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, EU legislation to scrap data roaming charges was widely publicised by the Remain campaign as one of the great reasons to stay in the EU. But, as many of us have learned, EU interference on markets simply pushes up prices for businesses and consumers alike, and this case is no exception. One UK network operator has announced that the priced call internationally will rise by 60% a minute, whilst another has announced that domestic call prices will be increased by 25% a minute.

EU interference in this area was at least meant to open up market competition by allowing consumers the choice from across the continent, but compromises to the text now mean that roaming abroad will still have its limits, leaving most citizens tied to purchasing from a domestic network provider. More regulation, less competition and higher prices exemplify all the reasons why Britain will be better off outside the single market.

Krišjānis Kariņš (PPE). – Priekšsēdētāja kungs! Komisāra kungs! Kolēģi! Viens vārds — robežas. Robežas. Vai mēs atceramies, kādas pavisam nesen Eiropā bija robežas? Mēs tās dažādi piedzīvojām. Viena daļa eiropiešu varēja varbūt ceļot uz citām valstīm, bet brīvi ceļot bez vīzām — brīvi studēt, brīvi strādāt — tas nebija iedomājams. Tiem, kas dzīvoja Baltijas valstīs, aiz "dzelzs aizkara", vēl Padomju Savienībā, vispār ceļot ārpus šīs Savienības bez īpašām atļaujām pat nebija iedomājams. Ja vēl kāds saņēma šīs īpašās atļaujas, tad bieži vēl nāca kaut kāds pienākums ziņot čekai par to, kas ir redzēts un dzirdēts.

Šodien mēs dzīvojam vienā Eiropas Savienībā, kur mums robežas tik tiešām ir atvērtas tā, ka mēs bieži pat aizmirstam, ka pavisam nesen tā nebija. Mums ir brīva preču, pakalpojumu, cilvēku, kapitāla kustība, ko mēs vienkārši pieņemam, ka tā jābūt, bet joprojām, kad mēs ceļojam ar mūsu mobilajiem telefoniem, pēkšņi vecās robežas parādās — paaugstināti tarifi. Dievs pasargi, es gribēšu mammai piezvanīt, cik tas man maksās! Nu mēs daļēji esam to atrisinājuši ar mūsu regulējumu, kas atcels viesabonēšanas maksas no nākamā gada jūnija. Mums vēl jāvienojas par vairumtirdzniecības tarifu ierobežošanu, bet to mēs izdarīsim. Bet otra daļa mums vēl ir jāizrunā. Kāpēc no vienas dalībvalsts, teiksim, no mājām zvanīt uz ārzemēm ir lētāk vai dārgāk nekā no citas dalībvalsts. Mums ir šie starpvalstu tarifi. Vēl ir jāskatās, kā arī tur ieviest vai, varētu teikt pareizāk, likvidēt nevajadzīgās cenas, atvērt konkurenci.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D). – Mr President, let us act in time to get rid of roaming next summer. In the internal market it should be possible to buy goods and services freely. Buying a SIM card is different. A SIM card always uses the local network for phone calls, text messages and data. That is why we need different tools. Network operators will still charge one another when we travel. This continues even if that price is not charged to the traveller. That is why we are making legislation for operators on wholesale price caps. As rapporteur, I give my word that this Parliament will be ready by the end of November.

There is a strong link between the fair use policy and wholesale caps. Today there are huge differences in SIM card prices between the Member States: for phone calls some seven times and for data 35 times or even a hundred times if I look at my home country, Finland, and compare, as there operators do not limit data volumes at all on the monthly bill. Fair use policy is needed to avoid abusive use, and so as not to put an additional burden on consumers. It is clear that we cannot all order the cheapest SIM cards in Europe and make that operator pay the local operator whose network we will actually use.

Mobile usage also varies a lot, with the average use of data ranging from some 0.30 gigabytes to some 10 gigabytes a month. The good news is that investing in capacity will dramatically bring down the unit cost, and data is the most important – if not everywhere, let me tell you that it will be soon. Cheap and fast data is our aim because we are aiming for the gigabyte society. We need low enough wholesale caps so that all operators can provide roaming free services and the telecom sector remains competitive, as stated in the digital single market strategy. Then there is less need and less fear of restriction on the roaming free services and fair use policy will not be used to limit the right of Europeans to have 'roam like at home'. I think the fair use policy needs to be clarified to a certain extent. Fair rules for consumers and information are needed.

Jens Rohde (ALDE). – Hr. formand! Jeg vil bare udtrykke min store undren over for den måde, man i Parlamentet tager denne diskussion på. Der er ikke plads til spørgsmål, der er ingenting, der er plads til, fordi vi er under tidspres. Jamen det er jo ikke os, der sidder her og arbejder med dette område, der har det problem. Vi taler om noget af det højest profilerede område overhovedet fra valgkampen 2014. Alle partier, inklusive formandens eget parti, gik til valg på dette, og Kommissionen er for tre uger siden kommet med et forslag om 90 dages begrænsning. Det har Kommissionen nu ændret til noget, hvor man sige, at principperne måske kan være rigtige, men at der er mange uafklarede spørgsmål, og vi har ikke en kinamands chance her for at diskutere det, som virkelig betyder noget for den enkelte borger i Europa,

fordi vi skal skynde os videre. Det, synes jeg simpelthen, er under al kritik, under al kritik! Det er ikke acceptabelt, hr. formand! Vi burde have plads og tid til at diskutere noget, som har været …

(formanden fratog taleren ordet)

Der Präsident. – Lieber Kollege Jens Rohde! Mir persönlich wäre es auch lieber, wenn wir das anders machen könnten. Es ist heute im Laufe des Tages eine vollständige Debatte neu in die Tagesordnung aufgenommen worden. Zurzeit ist die Prognose, dass die letzte Debatte des heutigen Abends irgendwann zwischen 23.30 Uhr und 23.45 Uhr endet. Wir müssen daher die Debatte kompakter führen, und deswegen kann ich leider keine blauen Karten zulassen.

Das Thema ist wichtig, es ist ein politisches Thema. Es ist auch wichtig, dass es hier im Haus debattiert wird. Aber heute Abend geht es nur in den engen Maßgaben des Zeitkorsetts, das durch die zusätzliche Debatte über Griechenland entstanden ist. Ich bitte dafür um Verständnis und hoffe, dass es beim nächsten Mal dann besser und etwas lebhafter ablaufen kann.

Kaja Kallas (ALDE). – Mr President, in this debate, I want to stress one important thing. Before, consumers travelled abroad and had a fear of big bills when they used their phone. Now, this fear will be eliminated if the roaming charges are abolished and there is no limitation of days. More consumption definitely means more revenues, so nobody can deny that everybody will benefit from this. This is why the fair use clause needs to be really fair for all parties involved.

However, I want to stress that we have to keep in mind what our end goal is. Our end goal is not to introduce different checks on where people live and IP addresses and requests for documents; our end goal is to have a single market for telecom services. We have to keep this in mind.

Cornelia Ernst (GUE/NGL). – Herr Präsident! Internet und Telekommunikation sind ein Grundbedürfnis aller Bürgerinnen und Bürger, und Roaminggebühren stehen dem entgegen und behindern die Freizügigkeit der Bürger. *Faire use* ja, aber bitte schön für alle Beteiligten. Und wenn Roaming künftig nur kostenlos sein soll, wenn keine „anormale“ oder „missbräuchliche“ Nutzung vorliegt, verstehe ich das zwar in Bezug auf „missbräuchlich“, bei groß angelegten Auf- und Weiterverkäufen von SIM-Karten z. B., aber was ist denn „anormal“? Und wieso soll Roaming nur für „periodische Reisen“ kostenfrei sein? Was sind periodische Reisen eigentlich?

Findet nun ein Provider einen Missbrauch, kann er bei der Regulierungsbehörde Roaming-Gebühren beantragen. Dazu muss er aber eine Untersuchung durchführen, und das ist Profiling, nämlich mit den Metadaten des vermuteten Missbrauchenden, über die die Grenzübertritte und Kommunikationsgewohnheiten sichtbar werden. Genau das hatten wir aber nicht mit der Datenschutzgrundverordnung gemeint. *Fair use* ist wirklich anders, und was ich möchte, ist dass die Roaminggebühren endlich abgeschafft werden und Sie das Versprechen der EU an die Bürger auch erfüllen.

Jerzy Buzek (PPE). – Panie Przewodniczący! Rynek cyfrowy i telekomunikacyjny to dziś klucz do tworzenia nowych miejsc pracy, do innowacji. To jest ważne dla obywateli, tak jak roaming, za którego opłaty powinny zniknąć w czerwcu przyszłego roku. Teraz trzeba się przyjrzeć stawkom krajowym, bo one są za wysokie, a internet, nawet szybki, nie jest w stanie zastąpić szybszych, niezawodnych łączy. A więc potrzeba nam inwestycji w sieci o najwyższej przepustowości. Każde miasto, każdy region, każda wieś w Unii musi być połączona. I teraz najważniejsza sprawa: wykorzystanie pasm radiowych. Nadal mamy 28 krajowych przepisów, cen, harmonogramów. Jak konkurować w zakresie technologii 4G i 5G bez takiego ujednolicenia?

Dyskusja o rewolucji cyfrowej dotyczy wszystkich gałęzi przemysłu. Dlatego chciałbym zachęcić przedstawicieli przemysłu obecnych na sali lub słuchających nas w internecie, aby podjęli zdecydowaną dyskusję na temat udostępnienia pasm radiowych na nasze potrzeby internetowe. To może bardziej skłonić państwa członkowskie do wyjścia naprzeciw oczekiwaniom Komisji, Parlamentu Europejskiego, oczekiwaniom wszystkich obywateli.

Dan Nica (S&D). – Domnule președinte, domnule comisar, salut prezența Comisiei și disponibilitatea de a găsi o soluție la chestiunea privind *fair-use-ul*. Apreciem cu toții înlocuirea propunerii anterioare, cea de 90 de zile. Conform tratatelor, cetățenilor europeni le este garantată libera circulație în Uniunea Europeană. La fel trebuie să garantăm și cetățenilor noștri dreptul de a vorbi la aceleași tarife, ca acasă, atunci când călătoresc pe teritoriul Uniunii Europene, iar cei ce vor să folosească fraudulos această libertate trebuie să fie împiedicați. Comisia, alături de operatori și autoritățile naționale de reglementare, trebuie să lucreze împreună pentru a asigura o politică de *fair use* armonizată în cadrul Uniunii Europene.

Având în vedere că taxele de *roaming* vor fi eliminate în 2017 următorul pas necesar este de a adresa chestiunea prețurilor nejustificate în serviciile de telecomunicații intra-UE. Apelurile telefonice transfrontaliere, SMS-urile, acestea sunt de prea multe ori scumpe pentru majoritatea consumatorilor și reprezintă un obstacol în realizarea pieței unice de telecom și digitale. Revizuirea cadrului de reglementare a comunicațiilor electronice este o bună oportunitate să abordăm și această problemă. De asemenea, reamintesc că obiectivele Agendei digitale 2020 sunt de 30 Mbps pentru toți cetățenii Uniunii Europene și că cel puțin 50% din gospodăriile europene trebuie să aibă conexiuni la internet de peste 100 Mbps până în 2020. Ce putem face pentru ca toți cetățenii noștri să fie conectați, oriunde ar locui, astfel încât să avem o adevărată societate digitală ? Comisia Europeană propune crearea unei societăți gigabit până în 2025, ceea ce este foarte bine, dar este nevoie și ca Uniunea Europeană să susțină și financiar investițiile în rețele de mare capacitate, dincolo de noul cadru de reglementare. Codul european de comunicații electronice, precum și planul de acțiune 5G înaintat de Comisie, reprezintă răspunsuri foarte bune. Pentru a avea o piață digitală cu adevărat integrată și pentru a înregistra progrese sunt necesare investiții în infrastructură.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, October 27, 2015 was a very important day for the EU. That was the day that this Parliament voted to end mobile charges and remove one of the biggest obstacles to the completion of the single market.

I think it helped to showcase the benefits of EU membership, it ended major bills when people came home and encourages, therefore, people to travel. It boosts tourism and makes it easier for businesses to work in the single market. I sympathise with the people of the UK who, as a result of fear mongering and post-truth-era populist campaigning, may not get to reap the benefit of this.

However, I am pleased also with the clarification on fair use. The idea that roaming should be limited to 90 days, or 30 days consecutively, was not acceptable and I am pleased that this now is being changed. We cannot have a watered-down roaming free Europe.

I also want to commend my colleague here alongside me, Viviane Reding, who has kick-started our next big challenge: ending intra-EU phone charges. It makes no sense in the current situation to have free roaming and yet to keep intra-EU phone charges, which is not acceptable. We have to work hard to get rid of this rip-off as well, and only when we have that completed, the end of roaming and the end of intra-phone charges within the EU, can we say that we are moving correctly to complete the digital single market.

Marlene Mizzi (S&D). – Mr President, Commissioner, the previous proposal of the Commission to restrict roaming to only 90 days a year was absolutely unacceptable. We promised citizens a total ban on roaming, not 90 days of credit. There should be no limit in terms of timing or volume. Therefore, I welcome the Commission's new approach to fair use of free roaming, which does not impose any maximum restrictions. However, I still have some serious concerns, especially when it comes to consumer protection.

First, rules should not be based on the assumption that the 'roam like home' principle will be abused by operators and bona fide consumers. It is normal that once the roaming charges are removed, people will use this service more. Consumers should not be penalised simply because they use a service that was previously too expensive or because no travel occurred in the last 12 months, as the Commission seems to imply.

Second, the Commission needs to clarify how, when and what will trigger the fair clause. How will consumers be protected from abusive contractual clauses and subjective assessments added to the non-exhaustive lists of criteria that the telecom companies will use to identify abusive behaviour?

Third, the unfair definitions on matters such as periodical travelling, abusive use or anomalous use could lead to different practices among Member States. How will the Commission ensure the application of a more harmonised fair use policy which does not confuse consumers across borders and, more importantly, does not disappoint them?

Fourth, the stable link requirements must be simple and sensible without imposing unnecessary administrative burdens on the consumer. Last, but not least, we also need strong data protection and consumer privacy safeguards and proper complaint mechanisms. Consumers must be given enough time and access to easy, efficient and transparent complaint procedures before they are penalised. Consumers expect what was promised to them. Let's not let them down.

Francesc Gambús (PPE). – Señor Presidente, señor Comisario, la Unión Europea se construyó sobre cuatro libertades: la libertad de circulación de trabajadores, la libertad de circulación de mercancías, la libertad de circulación de los servicios y la libertad de circulación de capitales. Sin embargo, hoy seguimos sin librarnos de los aranceles que las compañías telefónicas siguen imponiendo en el mercado interior.

El pasado lunes 26 de septiembre, la Comisión vino a la Comisión de Industria, Investigación y Energía para exponer su propuesta para acabar con el *roaming* a partir del 15 de junio del año que viene, cosa que significará un gran avance en la creación del mercado único europeo.

A la batalla contra el *roaming* va a seguir la batalla para acabar con las elevadas y diferentes tarifas para llamar a otro país de la Unión desde nuestro país. Es evidente que nos hace falta construir un verdadero mercado común digital y de las telecomunicaciones.

El *roaming* solo es una estación intermedia y, por ello, la Comisión no debería relajarse más que un momento para disfrutar de este avance, para coger fuerzas renovadas y seguir luchando en la construcción de este mercado común, un mercado que ya debería contar con un verdadero organismo regulador a nivel de la Unión.

No entendemos cómo es posible que, dado que, en la propuesta de la Comisión del 11 de septiembre de 2013 sobre —precisamente— el mercado único de las telecomunicaciones, ya aparecía una posible solución para limitar los sobrecargos en las comunicaciones principales hacia otros países de la Unión, aún no haya una propuesta legislativa sobre la mesa sobre la que podamos trabajar.

Anne Sander (PPE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, heureux qui comme Ulysse a fait un beau voyage, car, à partir de 2017, il ne paiera plus de frais de *roaming*, mais malheureux celui qui reste, il continuera de payer pour ses appels à l'étranger.

Nous avons promis, en effet, la fin des frais d'itinérance pour juin 2017. Nous sommes en passe d'y arriver avec la finalisation des négociations en cours sur l'usage raisonnable et la révision des tarifs de gros. Cependant, nous devons faire très attention dans notre communication car sinon, au 15 juin 2017, les citoyens européens penseront qu'ils peuvent appeler partout en Europe au prix d'un appel national. Or, ce ne sera pas le cas: le travailleur frontalier alsacien qui voudra appeler ses collègues allemands paiera toujours un supplément.

Après avoir aboli le *roaming*, nous devons travailler à baisser le prix, parfois exorbitant, des appels à l'étranger. Néanmoins, il faut faire attention à deux écueils: premièrement, certains opérateurs proposent déjà des appels non surtaxés en Europe – le marché est donc concurrentiel dans quelques États membres – et, deuxièmement, les infrastructures de télécommunication sont nationales – quand vous appelez à l'étranger, vous appelez sur un autre réseau, donc qui doit payer cela?

Je suis sûre que nous pourrons régler ces problèmes dans le prochain code des télécommunications.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Comissário, a nova legislação sobre a abolição dos custos associados às chamadas entre países da União Europeia, que entra vigor em junho de 2017, tem que assegurar o melhor serviço para as pessoas, uma maior transparência, transparência para o mercado, tem que impedir que os custos que deixarão de ser pagos pelos cidadãos europeus em viagem pela União Europeia possam ser indiretamente imputados aos que não o fazem e tem que assegurar o efetivo fim do *roaming* num quadro de garantia dos direitos de privacidade dos cidadãos.

A proposta da Comissão Europeia é baseada nos princípios da portabilidade e da razoabilidade. Para ser eficaz é fundamental: que os mecanismos de verificação da razoabilidade sejam simples, transparentes e não permitam, em caso algum, ações discriminatórias e anti competitivas por parte das operadoras; que seja garantida a proteção dos dados e a privacidade dos utilizadores e que esta medida seja acompanhada de um plano de incentivo ao investimento, nas redes e nas infraestruturas, que harmonize as condições prevalecentes nos vários territórios e as adeque às pressões da procura, em particular da procura que é sazonal e deriva dos fluxos turísticos.

É nestas medidas que temos que continuar a trabalhar até à concretização, quanto antes, do *roaming*, Senhor Comissário.

Róża Gräfin von Thun und Hohenstein (PPE). – Panie Przewodniczący! Viviane Reding przypomniała nam, że od 13 lat zajmujemy się już tym tematem. Zajmujemy się właściwie tematem znoszenia granic. Zresztą ona rozpoczęła walkę przeciwko dodatkowym opłatom, kiedy granice przekraczamy, a pamiętajmy, że tych granic nie ma. Minęło 13 lat, ale opłaty za przesył danych spadły przeszło dwudziestokrotnie, opłaty za telefony w roamingu, kiedy jesteśmy za granicą, spadły kilkukrotnie. Dlaczego? Dlatego, że wspólnie z Komisją Europejską pracowaliśmy nad tym i uregulowaliśmy ceny. Firmy mimo wszystko nie splajtowały, mimo tych hiobowych zapowiedzi, które tutaj wielokrotnie słyszeliśmy. Ja również wolałabym, żebyśmy nie musieli regulować, ażeby to konkurencja wymuszała obniżkę cen, ale tej konkurencji nie ma i konsument przy wyborze oferty we własnym kraju kieruje się głównie cenami rozmów krajowych. W związku z tym rozmowy zagraniczne są horrendalnie drogie. Zgadzam się ze wszystkimi, którzy mówili: *Roam like at home* ma onaczać *Europe is our home*. Nie powinniśmy w związku z tym ponosić opłat za kontakty transgraniczne, skoro tych granic nie ma.

Na zakończenie jedno zdanie: Bardzo żałuję, że propozycja uregulowania cen telefonów transgranicznych wewnątrz Unii Europejskiej nie znalazła się w ostatnim pakiecie i my – Parlament Europejski – dodamy ją do propozycji Komisji Europejskiej.

Catch-the-eye-Verfahren

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, όσο κι αν επιχειρήσει κάποιος να βρει πρόβλημα ή ψεγάδι σε αυτή την πολύ σημαντική πρόταση και σε αυτό το σημαντικό έργο που επιτελεί η Επιτροπή και η Ευρωπαϊκή Ένωση, δεν θα το κατορθώσει, γιατί πράγματι αυτό το μέτρο είναι ένα καθαρά κοινωνικό μέτρο, είναι ένα μέτρο που πράγματι καταργεί τα σύνορα, είναι μέτρο υπέρ των καταναλωτών, είναι μέτρο που ενισχύει το κοινωνικό πρόσωπο και την κοινωνική ευαισθησία της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Θεωρώ ότι είναι το πρώτο βήμα στο πεδίο των τηλεπικοινωνιών, διότι υπάρχει και ένα δεύτερο βήμα πολύ σημαντικό που είναι η μείωση των τελών για το Διαδίκτυο και όχι μόνον. Όταν ο ιδρυτής του Facebook ανακοινώνει ότι θα καλύψει, ο ίδιος προσωπικά, περιοχές που δεν έχουν πρόσβαση στο Διαδίκτυο, τότε νομίζω ότι είναι αδύνατο να μην μπορεί να πράξει κάτι τέτοιο και η Ευρωπαϊκή Ένωση. Δεν πιστεύω, κύριε Επίτροπε, ότι δεν μπορεί η Ευρωπαϊκή Ένωση να εφαρμόσει πιλοτικά το πρόγραμμα για ελεύθερη και δωρεάν πρόσβαση στο Διαδίκτυο σε απομονωμένες νησιωτικές περιοχές όπως είναι η Κύπρος, η Μάλτα, οι Κανάριοι Νήσοι, δίνοντας, με αυτόν τον τρόπο, το μήνυμα ότι είναι πρωτοπόρος, όχι μόνο για τέλη, αλλά και για ολόκληρο το Διαδίκτυο, γεγονός πολύ σημαντικό.

Olga Sehnalová (S&D). – Pane předsedající, debaty o zrušení roamingu trvaly řadu let. Spotřebitelé se definitivního zrušení roamingových poplatků dočkají až v příštím roce. Očekávají přitom, že budou mít možnost telefonovat, posílat zprávy a používat internet v rámci celého pobytu v zahraničí, ať už z pracovních či studijních důvodů, a to bez dodatečných nákladů či omezení. Faktické zrušení roamingu proto nemůže vést ke stanovování plošných dodatečných příplatků nebo zatěžujících požadavků pro spotřebitele jen pro to, že by systém mohl být hypoteticky zneužit. Sdílím také obavy spotřebitelských organizací mimo jiné, aby přijatá opatření nevedla k systematickému kontrolování uživatelů telefonů ze strany poskytovatelů služeb. O dalších výtkách podrobně hovořila například kolegyně Marlene Mizziová. Spotřebitelé nesmí ve vztahu s operátory tahat za kratší konec. Věřím proto, že Komise tyto připomínky v návrhu náležitě zohlední.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, ζούμε στην εποχή της πληροφορίας και των επικοινωνιών, σε μια φάση που οι ανθρώπινες ανάγκες εξυπηρετούνται σε μεγάλο βαθμό ηλεκτρονικά. Η πληροφορική και οι τηλεπικοινωνίες δίνουν νέες ευκαιρίες στις οικονομίες του κόσμου, αλλά και στις επιχειρήσεις, να αναπτυχθούν και να καταστούν πιο λειτουργικές. Είναι ένας τομέας αναπτυσσόμενος, καινοτόμος, του οποίο την κομβική σημασία δεν μπορεί κανείς να αμφισβητήσει.

Για να λειτουργήσουν αποτελεσματικά οι υπηρεσίες αυτές σε μια ήπειρο με τόσα σύνορα, όσο η Ευρώπη, απαιτείται, πρώτον, ουδετερότητα του δικτύου που διασφαλίζει την ισότιμη ελεύθερη πρόσβαση για τους καταναλωτές και τις επιχειρήσεις και δεύτερον, κατάργηση των τελών περιαγωγής, του «roaming», που θα συμβάλει στην ελεύθερη κυκλοφορία προσώπων και υπηρεσιών και στην ενίσχυση της ανταγωνιστικότητας των μικρομεσαίων επιχειρήσεων, ώστε να μη δημιουργούνται ηλεκτρονικά τελωνεία. Το «roaming» πρέπει λοιπόν να καταργηθεί άμεσα. Υπενθυμίζω ότι αρχικός στόχος ήταν να καταργηθεί το 2015. Η Επιτροπή, υποκύπτοντας στις πιέσεις εταιρειών τηλεφωνίας, το άλλαξε για το 2017 και μάλιστα με όρους και προϋποθέσεις. Επιτέλους, κύριοι, σεβαστείτε τους πολίτες.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Andrus Ansip, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, I would like to thank everyone for this fruitful discussion we are having here right now. If I can just agree with Jens Rohde that time was too limited to broach all those difficult questions within one minute or even four minutes. It is practically impossible.

So let's remember from where we started. A Member of the European Parliament, Viviane Reding, made a proposal and then we started to decrease roaming surcharges. But just one and a half years ago we were faced with the '5+5+5' proposal: five minutes in five days in a year, 'roam like at home.' And people had to be happy about this proposal.

We had hot debates and we were able to find a solution. Thanks to this, roaming surcharges have decreased by 75% since this May. This is the first year people have said that they did not feel as if somebody was murdering their wallets when spending their summer holidays in other countries. In comparison with 2009 prices, we can say that the cost of roaming surcharges for calls, and SMS messages have decreased by 92%, and even by 96% for data.

Today, many of you said that that we are bullish with regard to roaming surcharges. It is not a done deal yet and finalising the whole process is very complicated.

As was mentioned by Mr Pereira, Member States are in very different situations. In southern countries operators had to make investments to provide services to tourists visiting those countries only during the three summer months. It means that those operators are not able to get revenues during the other nine months. Of course I am simplifying the situation.

It means they have the right to ask for higher prices. And this is the reason why they have blocked this wholesale reform. There is now a blocking minority in the south and also in the north.

What is wrong in the north? Nothing is wrong, but, as Miapetra Kumpula-Natri knows, in Finland for example, for the same price you can get 100 times as many gigabytes than in Hungary. While the average consumption of gigabytes in the European Union is just one gigabyte per month, in Finland it is 10 gigabytes per month.

Nevertheless, I think if this pattern of trips made by Europeans during the year does not change then the majority of service providers will survive. It means we have to prevent abuse of the system, because people will not start to travel just to avoid high roaming surcharges.

So fair use policies are, of course, important. As we know, we decided to withdraw this proposal based on daily limits. According to Eurostat, just 0.1% of all trips last longer than 92 days. So practically, financially in real life this is not an issue, and it was not an issue.

We have made new proposals based on residency, and I think they are better proposals. But we have to deal with wholesale prices. Today, I still think EUR 50 for one gigabyte is too much. It is too much, and even the proposal we made from the European Commission – EUR 8.50 per gigabyte – still leaves space to decrease wholesale prices.

We have to find a good compromise which allows us to protect those investments made in southern countries to provide services to tourists and also to protect those consumers in Scandinavian countries, for example, who love those generous offers with really affordable prices. So – as I said – I am sorry to say that is not yet a done deal.

The European Commission, Member States and the European Parliament have to work together to find the right balance, and we have to be keep our promises. We have to abolish roaming surcharges in the European Union. I am looking forward to a fruitful cooperation with you.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La digitalización de nuestras vidas es una realidad incuestionable e imparable. El futuro digital de Europa no espera: hay que encararlo ya para que los europeos puedan aprovechar sus oportunidades al máximo. Y eso exige reglas claras y justas. Exige que cuando viajemos no temamos facturas desorbitadas. La nueva propuesta sobre uso justo de la itinerancia, aunque debe mejorarse en cuestiones relativas a la privacidad y a la relación compañía-usuario, va en la buena dirección. Pero también exige garantías para el acceso a internet de todos, un terreno de juego equilibrado, en el que los mismos servicios estén sometidos a las mismas normas y mayor coordinación en el elemento clave para nuestras comunicaciones móviles: el espectro. Creo que la revisión del código de telecomunicaciones es un paso adelante que ayudará a lograr estos objetivos. Pero no debemos olvidarnos de las llamadas entre

Estados miembros. Esta vez sí, debemos aprovechar la ocasión para acabar con los precios abusivos y con una barrera a las comunicaciones y al mercado único impropias del tiempo en que vivimos.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Europski parlament je vrlo sumnjičav prema prijedlogu EK. Stavke po kojima operater ima pravo isključiti besplatan roaming su dosta neprecizne. Ostavlja se mogućnost da operater počne naplaćivati višu cijenu roaminga bez da je korisnik imao priliku da objasni svoju stranu priče. Telefonski račun je jedan od važnijih mjesečnih izdataka naših građana i ne smijemo ih ostaviti na milost i nemilost operaterima.

Krzysztof Hetman (PPE), *na piśmie*. – Zniesienie opłat roamingowych to bez wątpienia jeden z wielkich sukcesów Unii Europejskiej, który w namacalny sposób pozwala Europejczykom odczuć korzyści, jakie niesie za sobą członkostwo we Wspólnocie. Wobec rosnącej fali populizmu i eurosceptycyzmu tego typu rzeczowe dowody na pozytywny wpływ Unii są nam niewątpliwie bardzo potrzebne. Uważam zatem, że musimy uczynić wszystko, by zniesienie roamingu było faktycznym zniesieniem roamingu, nie zaś sztucznym przerzuceniem kosztów z osób korzystających z telefonów za granicą na innych użytkowników telefonii komórkowej. Taka potencjalna sytuacja mogłaby zostać zinterpretowana jako znak na pozorność działań unijnych i słabość jej instytucji, a na to nie możemy sobie pozwolić. Dlatego też uważam, iż powinniśmy podjąć zdecydowane kroki mające na celu niedopuszczenie do tego typu działań ze strony operatorów komórkowych.

Филиз Хюсменова (ALDE), *в писмена форма*. – Уважаеми г-н Председател, висококачествената и достъпна свързаност както за гражданите, така и за европейския бизнес е от изключителна важност за реализирането на пълния потенциал на единния цифров пазар. Убедена съм, че в дългосрочен план е в полза на всички заинтересовани страни да бъде постигната крайната ни цел – единен пазар на услугите в сектора на телекомуникациите. За да постигнем тази цел, ни е необходима всеобхватна работа чрез засилване на междуинституционалното сътрудничество за намиране на правилния баланс за справяне с фрагментацията в Европейския съюз и спазване на обещанието към европейските граждани за премахване на таксите за роуминг в ЕС.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. –Az állampolgárok szemében az Európai Unió két legkézzelfoghatóbb előnye a gyermekeink által igénybe vehető Erasmus ösztöndíj és a roaming-mentes telefonálás és internetezés ígérete Európában. Az elmúlt hetekben az Európai Bizottság helyesen ismerte fel, hogy az európai emberek szemét nem lehet azzal kiszúrni, hogy egy évben „csak" 90 napig nem kell roamingot fizetni, a többi napokon pedig maximális kiszabható díjat szabnak meg. Az Európai Bizottság az európai állampolgárok érdekét szolgálja, amikor könyörtelenül leszámol a roaminggal. A határok nélküli Európában nincs létjogosultsága a barangolási díjaknak. A Bizottsággal egyetértve azon az álláspontón vagyunk, hogy a roaming-díjak jelentős terheket jelentenek a felhasználóknak, a kivezetéséről szóló döntésnek nincs alternatívája.

Nem fogadunk el kevesebbet, mint a roaming-díjak teljes felszámolását korlátozások nélkül! A következő hónapokban az Európai Parlament feladata annak biztosítása, hogy a mobilszolgáltatók ne számolhassanak fel többet a külföldi telefonálásért, mint a belföldi hívásokért. Ennek szellemében végezzük továbbra is munkánkat!

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The end of roaming tariffs is close. Nevertheless there are still unfortunately some that expect it to fail. We will make sure in the European Parliament that the barriers to intra-European communication will disappear. Millions of Europeans are travelling across Europe every year and hundreds of thousands now live in another European country and they are entitled to fair tariffs and use of their telecommunications tools. Therefore I openly criticise the Commission for leaking in the media the possibility of restricting the free roaming period. Such things should never happen in the future because they affect our work and our credibility as a Union. At the same time with this important change for our citizens we have to continue to invest in the future of European telecommunications – from the introduction of new tools like 5G to the public investments in infrastructure.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Предложението, което Европейската комисия отправи наскоро, засяга използването на мобилните услуги за клиентите на мобилните оператори, когато пътуват в чужбина - друга страна на Европейския съюз. Сегашното предложение е в правилната посока, но силно вярвам, че трябва да бъде повод за мерки, които да задават таван за заплащането на мобилни услуги, което да съответства на покупателната способност на гражданите.

Наскоро беше публикуван доклад, според който потребителите на предплатени мобилни услуги в моята страна България плащат едни от най-високите такси за предплатени мобилни услуги в цял свят. Нима това е справедливо?

Също така роуминг тарифите в страните, които са извън Европейския съюз, остават изключително високи.

Механизмът, по който работи ЕК в момента, защитава и интереса на мобилните оператори, но нима гражданите могат да бъдат обвинявани в злоупотреби, когато националните мобилни оператори таксуват несъразмерни суми за използването на техните услуги? Трябва да се сложи край на тези форми на ограбване и злоупотреба с нашите граждани и да се въведат правила, недопускащи безпринципни и несъразмерни такси, изземвани от тях.

17. Europäische Staatsanwaltschaft und Eurojust (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über

— die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an den Rat über Europäische Staatsanwaltschaft und Eurojust von Claude Moraes im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (O-000092/2016 — B8-0715/2016) (2016/2750(RSP)) und

— die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission über Europäische Staatsanwaltschaft und Eurojust von Claude Moraes im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (O-000093/2016 — B8-0716/2016) (2016/2750(RSP)).

Axel Voss, *stellvertr. Verfasser.* – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissarin Jourová, sehr geehrter Herr Vertreter des Rates! Ich danke Ihnen beiden, dass Sie heute hier anwesend sind. Seit 2013 werden Eurojust und die Europäische Staatsanwaltschaft im Rat verhandelt, und zu beiden konnte bislang keine allgemeine Ausrichtung erzielt werden. Die slowakische Ratspräsidentschaft ist sehr ambitioniert und hat angekündigt, bei der Europäischen Staatsanwaltschaft auch entscheidende Schritte zu tätigen, sodass die Europäische Staatsanwaltschaft auch in den Haupttagesordnungspunkt des JI-Rates in der kommenden Woche darstellt. Es sieht so aus, als ob sich das Dossier der Europäischen Staatsanwaltschaft auf der Zielgeraden befindet, und auch Frau Kommissarin Jourová hat ja mehrfach wiederholt, dass die Europäische Staatsanwaltschaft von absoluter Priorität für sie sei.

Wir als Parlament haben aber noch sehr viele offene Fragen und freuen uns, dass wir uns heute Abend diese Zeit für diese gemeinsame Aussprache nehmen. Ich möchte die Kollegin Frau Matera entschuldigen, da sie heute leider nicht hier sein kann. Sie in ihrer Kapazität als Berichterstatterin für die Europäische Staatsanwaltschaft, und ich in meiner Funktion als Berichterstatter für Eurojust haben nun zusammen mit S&D, ALDE und den Grünen auch an einem gemeinsamen Entschließungsantrag gearbeitet, und hierzu sprechen wir uns fraktionsübergreifend und gemeinschaftlich für folgende Punkte aus: Wir befürworten die Europäische Staatsanwaltschaft und auch die Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft. Wir fordern den Rat auf, die Kompetenzen der Europäische Staatsanwaltschaft zu erläutern – sowohl die Ermittlungs- als auch die Anklagekompetenzen. Wir bedauern, dass bei Kompetenzstreitigkeiten zwischen Europäischer Staatsanwaltschaft und den einzelstaatlichen Strafverfolgungsbehörden die endgültige Entscheidung nicht bei einem unabhängigen Gericht wie dem Gerichtshof der Europäischen Union liegt. Wir sprechen uns für die Unabhängigkeit der Europäischen Staatsanwaltschaft aus und sprechen in diesem Zusammenhang auch die Rechtshilfe sowie den Zugang zu Informationen an. Wir fordern den Rat auf, die Verhandlung zur PIF-Richtlinie zu beenden. In diesem Zusammenhang wollen wir auch die Aufnahme des Mehrwertsteuerbetrugs in den Anwendungsbereich der PIF-Richtlinie haben.

Gleichermaßen fordern wir die Kommission auf, eine Einschätzung abzugeben, inwiefern sich die kollegiale Struktur einer Staatsanwaltschaft auf Eurojust auswirken wird. Wir unterstreichen die Rolle und Wichtigkeit von Eurojust, und wir fordern den Rat auf, die Beziehung zwischen der Staatsanwaltschaft Eurojust und dem OLAF auch eindeutig zu regeln. Schlussendlich sprechen wir uns auch dafür aus, dass Eurojust und die Staatsanwaltschaft von einem Standort aus operieren sollen.

Organisierte Kriminalität kennt keine Grenzen, und organisierte Gruppen und Terroristen agieren global. Aber auch Delikte, die den EU-Haushalt betreffen, sind grenzübergreifend. Und grenzübergreifender Betrug wie Mehrwertsteuerkarussellbetrug, aber auch jede Form des Betrugs gegenüber dem EU-Haushalt ist auch ein Betrug an unseren Bürgerinnen und Bürgern. Deswegen appellieren wir an den Rat, die Verhandlungen insbesondere zu der Europäische Staatsanwaltschaft entscheidend voranzutreiben.

Dennoch gibt es für uns eine Menge ungeklärter Fragen. Die kollegiale Struktur der Europäischen Staatsanwaltschaft ist nach meiner Auffassung vollkommen übertrieben und nach meinem Verständnis eigentlich auch nicht das, was der Gesetzgeber in Artikel 86 des Vertrages wollte. Wie stellt sich der Rat das System vom Europäischen Staatsanwalt und den 28 Vertretern vor? Wer soll das alles zahlen? Woher kommen diese Gelder? Ist das tatsächlich so notwendig? Und kreieren wir damit nicht ein Gremium, welches in seiner Struktur Eurojust ähnelt, sich aber in der Realität nur einer Kompetenz widmet, nämlich dem Betrug gegenüber dem EU-Haushalt?

Das ist eine wichtige Aufgabe, die auch die Verträge mit Artikel 86 fordern. Dennoch sollten wir hier auch die Kirche im Dorf lassen – das wäre ja gerade so, als ob wir hier im Europäischen Parlament auch 28 Stellvertreter unseres Parlamentspräsidenten hätten, was dann wie eine Kommission wäre, und das wird eben ein sehr teures Unterfangen.

Ich will auch gar nicht die Wichtigkeit der schnellen Schaffung der Europäischen Staatsanwaltschaft unterminieren. Nur muss man auch sehen, dass wir nicht etwas erreichen sollten, was zusätzliche Bürokratie oder nicht notwendige Bürokratie schafft. Deswegen sollten auch die Staatsanwaltschaft und Eurojust an einem Ort und unter einem Dach operieren, und so ist es wohl auch der Wille des Gesetzgebers in Artikel 86.

Eurojust hat steigende Fallzahlen zu vermerken – Cyberkriminalität, Terrorismus, Migrationskrise –, und gleichzeitig sollen aber Stellen gestrichen werden oder auch der Haushalt schrumpfen. Das passt eigentlich nicht zu den derzeitigen Anforderungen.

Welche genauen Auswirkungen sind nun für Eurojust zu erwarten? Welche finanziellen Auswirkungen hat die Entstehung der Staatsanwaltschaft auf Eurojust? Was bedeutet das für das Personal? Wie viele Stellen sollen gestrichen werden? Was bedeutet das für die Infrastruktur? Wie soll sich die operationelle Zusammenarbeit zwischen Eurojust und Staatsanwaltschaft gestalten? Und worauf ich eigentlich besonders Wert lege: Dass wir ein ganz klares Verfahren haben werden – und keine doppelten Strukturen oder Kompetenzen in der Zusammenarbeit mit der Europäischen Staatsanwaltschaft nämlich mit Eurojust und mit Europol.

Was soll in diesem Zusammenhang mit dem OLAF werden? Wie soll die Zusammenarbeit mit den nationalen Staatsanwaltschaften verlaufen? Wie soll die Zusammenarbeit mit den nationalen Steuerbehörden gestaltet werden? Wie sind die Strafverfolgungsbefugnisse, wenn der Täter oder die Täter mehrere Verbrechen zu unterschiedlichen Zeiten begehen? Und wie sind die Befugnisse, wenn die gleiche Handlungen mehrere Straftatbestände zugleich erfüllt? Und wie gehen wir damit dann um?

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, the author of the question rightly reminds us that this proposal has been on the table for quite some time, for three years exactly. I remember when it was placed under the leadership of Madam Reding. It is no surprise that this has been on the table for some time, given the sensitivity of this proposal, because in fact the regulation deals with many complex issues which lie at the heart of the criminal law systems of the Member States.

Let me update you on the state of play of our work. After very intensive and constructive work, we have now reached a point where the Member States agree on most of the provisions in the draft Regulation, and it looks possible that negotiations in Council can be concluded in the near future. The Presidency is treating the discussions with the highest priority with the objective of closing the file by the end of the year. In this context, we are ready to work – let me underscore this –very closely with Parliament.

Let me briefly mention one issue that has been raised in earlier contacts with Parliament and which is very important for all of us, namely the need to ensure that the Office is both independent and efficient. Let me explain in more detail: the current structure of the Office builds on the idea that the College Member of a given Member State will be in charge of investigations and prosecutions in his or her Member State of origin, and will supervise them. This organisation has been chosen mainly for practical reasons, in particular with a view to ensuring the efficiency of the Office.

The legal systems and cultures of the Member States still vary to a considerable degree, and it is clear that only a prosecutor with his or her background in a given legal system will be able to know exactly what actions are most appropriate and efficient in that given state.

I can assure you that the Council wishes to ensure that there is no ambiguity on these issues. The Council remains convinced that the structure proposed in the current text fully ensures the independence of each European Prosecutor and of the Office as such. I also believe that the current Council text is, by and large, in line with the main wishes and expectations of Parliament.

A detailed picture of the state of play on the draft European Public Prosecutor's Office (EPPO) regulation, containing all the provisions of the regulation that ministers have preliminarily agreed upon, is freely accessible. This draft should be very close to final outcome. However the documents still do not include a number of provisions: on judicial review, cooperation between the EPPO and Eurojust and relations with third countries. These provisions will be included in a new consolidated version, which will hopefully be completed in the coming weeks. The main task of the Presidency is now to ensure that outstanding reservations are resolved and that the few remaining gaps in the text are filled. In other words, the Council is relatively close to an agreement on the full text.

As noted in your question, it is also clear that the EPPO regulation must be made coherent with the Eurojust regulation and with the directive on the protection of the Union's financial interests or 'PIF directive'. The Council adopted its general approach on the Eurojust regulation in March last year and is ready to start negotiations with Parliament at any time. Certain provisions need to be coordinated with the EPPO regulation, but we do not foresee major difficulties.

The Council agrees with the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE) that it would be useful to ensure that the PIF directive is adopted before or at least around the time of adoption of the regulation. The negotiations on the PIF directive have been on hold since last year, but I am confident that the Council and Parliament will find a compromise solution in the near future.

As regards the financial analysis, the Commission is studying this important but complex issue, and it is likely that the Commissioner is better placed to reply to this question. From the point of view of the Council, I would like to underline that it is generally agreed that Eurojust must continue to have sufficient resources to fulfil its tasks in an efficient manner. The EPPO regulation should, for this reason, a priori not have any significant impact on the Eurojust budget.

Finally, the exact nature of the operational, organisational and administrative links between the EPPO and Eurojust is one of the last issues which are still under discussion in the Council. The Council is working on a model according to which the EPPO may rely on the support and resources of the administration of Eurojust, and where Eurojust will provide certain services to the EPPO. Whether there is a need to define these services, or if this could be left to the two bodies, is still under discussion.

It is thus still too early to give a detailed account of the links between the EPPO and Eurojust. We will come back to you with a more precise reply in the coming months. Let me however assure you that our aim is to ensure that the bodies complement each other, and that there is no duplication of work. The creation of the EPPO must not lead to any weakening of Eurojust.

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, as we all know, we face some crucial challenges in Europe in the area of security, but also regarding our prosperity.

We have a problem because crime does not know borders, as Mr Voss said before. This goes for big scope crime against EU money, including big cross-border VAT fraud. Crime is harming our economies and decreasing taxpayers' trust. It is our duty to fight against this crime, which can be done only by joining forces. I am speaking about a pan-European issue that cannot be resolved by national authorities only. As you may know, Eurojust and OLAF are not equipped to lead criminal investigations and prosecutions, and national authorities are facing limits in addressing fraud cases, either for political or resources reasons. That is why I see the European Public Prosecutor as a specialised body dealing with financial crime in the EU, having the necessary competence to investigate and prosecute. We need a European Public Prosecutor to deal with the alleged fraud cases we all read about in some cohesion countries, but we also need it to tackle the big VAT fraud cases, especially in the cross-border context – our very conservative estimation is around EUR 50 billion in revenues lost every year due to VAT fraud, and the real figure is probably much higher. We need an effective answer to these negative impacts on the EU budget, but also on national budgets.

So, where are we on this? I know, replying to questions one and two, we are – as you also heard from the Presidency – in the final stages of our negotiations, and the Commission fully supports the efforts of the Slovak Presidency to achieve a political deal on this by the end of this year. We are hopeful that the Council will be able to finalise the remaining chapters of the proposal for a regulation on the establishment of the EPPO, in particular the provisions on the judicial control of the Office and on relations with third countries and international organisations, with non-participating Member States and relations with Eurojust, in October. Provisions with respect to staff matters relating to the setting-up of the EPPO would also need to be added. At the Justice and Home Affairs Council on 14 October, the Slovak Presidency will present a complete consolidated text to seek the conceptual support of the Council on the revised provisions.

From the perspective of the Commission, the current Council text should still be improved on several points. Two should be highlighted in particular at this stage. The first one relates to competence. The priority competence of the EPPO on cases of fraud affecting the Union's financial interests demands that the EPPO have access to information on all PIF cases. The EPPO needs to have competence to fight at least serious cross-border VAT fraud. Also, the rules on ancillary competence must not lead to a restriction of the EPPO's core competence in the PIF area.

The second point is on efficiency, because the efficiency of the EPPO requires a flexible mechanism to redistribute work at central level between the European prosecutors, even if the general principle that European prosecutors supervise cases being handled in their respective Member States is maintained. As already stated on numerous previous occasions, the EPPO can only be launched with confidence if we streamline the rules concerning its competence, and strengthen the guarantees of independence, as well as the provisions on procedural rights. In addition, given that its material competence is defined by reference to the PIF Directive, finalising the directive is essential for setting up the EPPO.

Now let me reply to questions three and four. The EPPO, as a specialised body for financial crime, is to be seen as part of our overall structure in the European Union to combat crime effectively. Since Eurojust will no longer work on financial crimes against the EU budget (so-called 'PIF cases'), it will be able to focus on the fight against terrorist threats or other crimes such as trafficking, drugs, and in our cooperation with neighbouring countries. In accordance with Article 31 of the Financial Regulation, the Commission's services undertook an analysis of the financial impact of the changed EPPO structure and competence following the Council compromises. This paper, with initial working estimates, will be shared with you in parallel with Ministers, at the Justice and Home Affairs Council on 14 October. This estimate also takes into account the synergies and the future relationship between the EPPO and Eurojust. The Council model chosen for the EPPO, based on governance by a College, will create the need for new posts in the EPPO's central office, but as a result of the EPPO's shared, rather than exclusive, competence it will overall lead to a reduction of posts at central level when compared to the original Commission proposal. This will have an impact on costs. The cost implications of European delegated prosecutors (so-called EDPs) are still under discussion. It depends on how many EDPs will be appointed by the Member States.

As regards benefits, the Commission expects that the inclusion of VAT fraud into the EPPO's competence will bring considerable benefits in comparison to today's situation where especially large intra-Community VAT fraud cases often remain undetected or are not followed up effectively.

As regards the involvement of national parliaments, the Council supports the approach proposed by the Commission whereby the European Chief Prosecutor or one of the deputies may be requested to appear before national parliaments to give account of the general activities of the EPPO. Such appearances should be without prejudice to the EPPO's obligation of discretion and confidentiality as regards individual cases and personal data.

Axel Voss raised a lot of other questions here, and I can confirm what you also heard from the Minister that we are ready to come back between October and December, when we will go through a decisive period for the final version of EPPO and reply to all your questions, both regarding the text and regarding the relation between the EPPO, Eurojust and OLAF, and all the other practical matters, especially the financial conditions. I only wanted to declare here today that we are working on the cost-benefit conditions for the EPPO, with full regard and full respect to the value of money, which means that we need to do the right thing, to do it in the right way, and to do it for the least possible money. So this is our aim, and that is also why we are working now on a very precise financial analysis.

As for Eurojust, I am not someone who would like to establish a new body for combating serious crime in Europe by devastating the other one. I see the clear picture of combating crime in Europe, standing on three very strong legs: one is OLAF, which has to continue its work; the second is Eurojust, which should focus more on crimes other than financial crime; and the third is the EPPO, with full prosecuting competence. I believe that for the near future, from 2019 we will be able to do this reorganisation so that we will be able at European level to address all of the serious crime which the Member States cannot investigate and prosecute efficiently. It is all about this. We are not replacing here the prosecution at national level; we are setting up a layer above it so that we are jointly more successful.

Finally, let me thank Madam Viviane Reding, who is the mother of the proposal, for giving me the chance to continue what she started. I can only declare here that I will try to be a good stepmother to this proposal and I will do my best to push it to a successful result.

Sylvia-Yvonne Kaufmann, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Irgendwie komme ich mir vor wie in dem Film „Und täglich grüßt das Murmeltier". Warum? Weil die Kommission jedes Jahr aufs Neue in ihrem Bericht zum Schutz der finanziellen Interessen der EU dasselbe feststellt, nämlich dass die nationalen Behörden nur in begrenztem Umfang Verdachtsfälle zulasten des EU-Haushalts verfolgen, die ihnen vom OLAF übermittelt wurden. Es ist nicht hinnehmbar, dass diese Straftaten nur unzureichend aufgeklärt werden und Betrüger nicht vor Gericht landen. Von daher ist es richtig, eine Europäische Staatsanwaltschaft zu schaffen.

Doch für die Verhandlungen im Rat zu diesem europäischen Projekt kann es kein Freifahrschein geben. Die Europäische Staatsanwaltschaft ergibt nur Sinn, wenn sie einen echten Mehrwert für den Schutz europäischer Steuergelder bedeutet. Ich möchte drei Punkte nennen, die sichergestellt werden müssen: Erstens – das spielte auch hier eine Rolle – gibt es einen untrennbaren Zusammenhang zwischen der sogenannten PIF-Richtlinie und der Europäischen Staatsanwaltschaft. Bei der PIF-Richtlinie muss festgelegt werden, bei welchen Straftaten die Behörden ermitteln und anklagen können. Mehrwertsteuerbetrug muss auf jeden Fall dabei sein.

Zweitens muss Effizienz gesichert sein, und hier muss die Arbeitsteilung mit den nationalen Behörden klar geregelt werden. Drittens muss die Unabhängigkeit der Europäischen Staatsanwaltschaft sichergestellt sein. Hierauf ist besonders zu achten – gerade mit Blick auf die vorgesehene automatische Verbindung eines Europäischen Staatsanwalts zu Fällen aus seinem eigenen Herkunftsland.

Nur wenn diese und weitere Punkte erfüllt sind, können wir am Ende Ja sagen zu einer europäischen Lösung, die europäische Steuergelder wirksam schützt.

Helga Stevens, *namens de ECR-Fractie*. – Uiteraard ben ik voorstander van effectieve fraudebestrijding en een betere besteding van overheidsmiddelen. Fraude moet onderzocht worden met volledige medewerking van alle lidstaten.

De oprichting van het Europees Openbaar Ministerie, het EPPO, is echter geen juiste oplossing. Naast het OLAF, dat nu verantwoordelijk is voor de bestrijding van administratieve fraude, hebben we Eurojust. Dit agentschap, dat instaat voor de gerechtelijke samenwerking, moet volgens artikel 86 van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie bovendien de basis vormen voor het EPPO.

Naast de overbodige oprichting van een derde agentschap, is er ook de kwestie van de bevoegdheidsafbakening. Het EPPO is bevoegd voor de in de PIF-richtlijn vermelde misdrijven, maar die richtlijn is nog maar een ontwerp van wet.

Als de invalshoek en timing van het Commissievoorstel volledig verkeerd zitten, zijn we niet goed bezig. Commissaris Jourová, doe gewoon het werk opnieuw, en deze keer goed.

Nathalie Griesbeck, *au nom du groupe ALDE.* – Monsieur le Président, il y a 40 ans, est née l'idée de créer un parquet européen. 40 ans plus tard, et depuis 2013, une proposition législative est sur la table. Aujourd'hui, après trois années de négociations entre les États avec le Conseil, que reste-t-il au fond? Trois ou quatre points.

En premier lieu, nous voulions un parquet européen compétent pour la grande criminalité transfrontalière, les crimes transnationaux, les affaires transnationales de terrorisme, puisque si les criminels et les crimes n'ont pas de frontières, nos enquêtes et nos poursuites pénales ne doivent pas en avoir non plus. C'est l'adage populaire: il faut que les gendarmes aient au moins les mêmes armes que les voleurs. Que reste-t-il?

Premièrement, un parquet européen qui ne sera compétent que pour la protection des intérêts financiers de l'Union. C'est vrai que, dans le contexte actuel, avec l'augmentation de la grande criminalité organisée et des réseaux criminels, c'était le moment de limiter les compétences d'un tel parquet. Deuxièmement, un parquet européen, qui plus est, limité au sein même de cette compétence de lutte contre la fraude aux intérêts financiers de l'Union puisque le Conseil a introduit des seuils limitatifs. Ainsi, dans le cas d'un cofinancement, si l'Union n'apporte pas plus de 50 % de la somme investie, le parquet ne sera pas compétent. Or, chacun sait, et spécialement dans les institutions européennes, que l'Union finance la plupart du temps des projets à moins de 50 %. Troisièmement, un parquet européen non compétent lorsque la fraude est liée à une autre forme de criminalité, telle que la traite ou encore le blanchiment d'argent. Quatrièmement, un parquet européen non compétent sur la fraude à la TVA – Madame la Commissaire, vous en avez rappelé le principe et vous avez rappelé le manque à gagner estimatif que cela représente –, puisque le Conseil refuse d'intégrer la TVA dans la directive sur la protection des intérêts financiers de l'Union. Or, il s'agit là d'une fraude transfrontalière par excellence.

En deuxième lieu, et c'est une évidence, nous voulons un parquet européen indépendant qui puisse mener ses enquêtes et ses investigations en toute indépendance par rapport aux intérêts nationaux. Que reste-t-il, là aussi? Un parquet européen dont la structure sera décentralisée, un parquet à l'organisation complexe ligoté par l'omniprésence du lien national, un parquet qui ne sera pas compétent en dernier ressort, puisqu'en cas de conflits de répartition de compétences entre une autorité nationale et le parquet, c'est l'autorité nationale qui décidera en dernier ressort.

Madame la Commissaire, le résultat des négociations au sein du Conseil est tout simplement inquiétant. Le Conseil a décortiqué la proposition initiale et l'a vidée de son sens, celle d'un parquet européen qui soit fort, ambitieux, efficace et, surtout, indépendant. Nous sommes nombreux à nous interroger au sein de cette maison sur la plus-value de ce parquet. Les chapitres sur les compétences devraient absolument être rouverts.

Sachez, pour conclure, que l'approbation du Parlement sur le parquet n'est pas une chose acquise. Oui, nous sommes pour la mise en place d'un parquet européen, mais pas à n'importe quel prix.

Jan Philipp Albrecht, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – Herr Präsident, Frau Kommissarin, Herr Minister, werte Kollegen! Vor etwa sieben Jahren hat der Vertrag von Lissabon zum ersten Mal eine Rechtsgrundlage für die Schaffung einer europäischen Staatsanwaltschaft vorgesehen. Seither sind viele Jahre vergangen – wir haben es eben auch gehört –, viele Jahre der Verhandlung.

Wir haben hier im Haus einen Sonderausschuss zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Geldwäsche und der Korruption gehabt, in dem mehr als deutlich geworden ist, wie wichtig es ist, dass in diesen Straftaten von einer unabhängigen Europäischen Staatsanwaltschaft grenzübergreifend ermittelt wird, und deswegen ist es gut, dass die Präsidentschaft das jetzt in die Hand nimmt und wir offenbar auf den letzten Metern sind, zu einer Einigung zu kommen.

Aber es gibt noch ein paar offene Fragen, und ich möchte einige dazugeben: Wieviele Mitgliedstaaten werden am Ende dabei sein? Denn es wird darauf ankommen, dass möglichst viele Mitgliedstaaten tatsächlich bei dieser Europäischen Staatsanwaltschaft mitmachen. Es kann nicht sein, dass alle Mitgliedstaaten in jüngster Zeit immer wieder nach Kooperationen und Koordination rufen, aber am Ende niemand durch eine solche gemeinsame Staatsanwaltschaft koordiniert werden will. Das muss klar gemacht werden, und da müssen wir auch ein bisschen Nachdruck hinter geben, dass alle dabei sind.

Und wie weit geht der Anwendungsbereich? Ich glaube es ist hier klar geworden: Das Europäische Parlament steht klar dafür, dass die großen Betrugsvorgänge mit Mehrwertsteuer mit in den Anwendungsbereich einbezogen werden. Ich glaube, es ist wichtig, dass das jetzt auch nochmal geregelt wird.

Und ganz zuletzt ist es wichtig, dass wir weitermachen bei der Schaffung von gemeinsamen Mindeststandards im Strafverfahren. Denn auch in der Zusammenarbeit mit den nationalen Strafverfolgungsbehörden brauchen wir gemeinsam Verfahrensstandards.

Gerard Batten, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, this resolution calls for the Commission to get on with the job of installing the European Public Prosecutor. The UK supposedly has an opt-out from the jurisdiction of the Public Prosecutor, but this is effectively worthless. The Prosecutor could easily bypass the UK's opt-out by using the legal instruments and institutions that the UK has already subjected itself to through the auspices of the Member States. Unsurprisingly enough, that brings me onto the subject of Brexit. When the UK leaves the EU, we must repeal all the legal instruments we have enacted, such as the European Arrest Warrant, and withdraw from legal institutions such as Eurojust. We must replace them with genuine cooperative measures such as those that existed before, for example the European Convention on Extradition and Interpol – but all suitably revised, of course, to ensure that the protection of the rights of British citizens under our own law is the priority.

Gilles Lebreton, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, l'idée de créer un parquet européen a tout juste vingt ans, mais elle a tellement suscité d'inquiétude qu'elle n'a pas abouti. La Commission de Bruxelles tente néanmoins, depuis 2013, d'en relancer le projet. De façon surprenante, la présidence slovaque vole aujourd'hui à son secours.

Je suis résolument hostile à la création d'un parquet européen. La justice pénale est, et doit rester, une prérogative des États. En France, elle est rendue au nom du peuple français. Cette conception s'oppose à ce qu'elle soit transférée, même partiellement, à un monstre bureaucratique et antidémocratique. En matière de justice pénale, c'est d'une simple coopération dont les États européens ont besoin, et non d'une intégration.

Comme moi, le Sénat français a d'ailleurs dénoncé ce projet qu'il juge trop centralisateur. Il estime, à juste titre, qu'il viole le principe de subsidiarité. Mais selon moi, le principe de subsidiarité est un leurre. Pour l'Union, comme le disait Philippe Séguin, ce n'est pas un principe juridique, mais un principe d'efficacité qu'elle instrumentalise pour faire ce qu'elle veut, quand elle veut. L'essentiel est dit, le reste est secondaire. Le reste, c'est la question parlementaire qui demande quand le parquet européen sera créé. Moi, j'ai une réponse qui correspond à mon vœu: jamais.

Ingeborg Gräßle (PPE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, Herr Ratspräsident! Nur Mut! Ich möchte die slowakische Ratspräsidentschaft als Berichterstatterin zusammen mit dem Kollegen López Aguilar für die PIF-Richtlinie ausdrücklich ermutigen, zu einem Ende zu kommen. Seit Juli 2015 warten wir darauf, dass der Rat sich endlich auf etwas einigen kann. Nur Mut, wir zählen auf Sie! Wir brauchen dies. Wir brauchen endlich ein besseres Recht in dieser materiellen Domäne, und ich glaube, dass das, was auf dem Tisch liegt, sehr ausgewogen ist. Wir wollen, dass die Mehrwertsteuer – und das ist der eigentliche Knackpunkt – in den Anwendungsbereich der Richtlinie einbezogen wird. Fälle, die mindestens zwei Länder betreffen und bei denen mindestens 100 000 EUR Schaden entstanden sind oder auch wenn EU-Bedienstete oder Mitglieder der Institutionen betroffen sind.

Wir glauben, dass Europa einen Quantensprung vorwärtskommt, und wir sind Frau Kommissarin Jourová auch sehr verbunden, dass sie als „Stiefmutter“ dieses wichtige Dossier mit aufgreift und vorantreibt. Wir möchten Sie nachdrücklich ermutigen: Geben Sie diesem Europa einen wirklichen Mehrwert und hören Sie nicht auf die Ränder in diesem Parlament, die nicht wissen, was sie tun, und auch nicht wissen wovon sie reden. Das haben wir ja heute Abend auch wieder sehr eindrucksvoll gesehen. Wir brauchen den Europäischen Staatsanwalt, und wir brauchen eine vernünftige PIF-Richtlinie, weil wir nur so zu einer wirklichen Verbrechensbekämpfung kommen. Wir können nicht damit leben, dass das organisierte Verbrechen die Rechtslücken im Gemeinsamen Markt ausnutzt und weiter ausnutzt und gegen uns verwendet.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor Presidente, Ministro, Comisaria, lo ha dicho la colega Gräßle: por supuesto que apoyo la puesta en marcha de una Fiscalía Europea sobre la base legal del artículo 86 del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea.

La apoyé como ministro de Justicia del Gobierno de España y como presidente de la Comisión de Libertades, Justicia e Interior. Pero, previo y más urgente es todavía que este Parlamento actúe como legislador penal sobre la base del artículo 83, que es el que permite que el Parlamento pueda legislar penalmente contra los atentados transfronterizos a los intereses financieros de la Unión y, particularmente, el fraude del IVA, que importa cantidades billonarias, porque este es un paso previo al contenido que debe cumplir la Fiscalía Europea, y resulta que está bloqueado por el Consejo.

Yo pido a la Comisión que se comprometa, como guardiana de los Tratados, a llenar de contenido este papel del Parlamento Europeo como legislador penal; que desbloquee la Directiva de protección de intereses financieros de la Unión, porque ese es el primer paso para que la Fiscalía Europea pueda, con independencia y con un sistema de recursos adecuado y en cooperación con las jurisdicciones nacionales, hacer lo que tiene que hacer: primero, proteger los intereses financieros de la Unión con el desbloqueo de la Directiva PIF.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR). – Panie Przewodniczący! Skrajność jest wrogiem dobrego. Nie akceptuję tych głosów, które ponaglają prezydencję, żeby zbudowała prokuraturę scentralizowaną, nieufającą państwom. Właśnie potrzebujemy czasu, delikatności i wspólnej zgody w tej sprawie. Więc nie mogę w żadnym razie zgodzić się z tym, co mówili tutaj przedstawiciele grupy S&D i ALDE. Jeśli prokuratura powstanie, to właśnie jako struktura kolegialna i kooperująca z państwami. Dlatego chcę docenić wysiłek prezydencji w tej sferze.

Jest też oczywiście delikatna kwestia kształtu dyrektywy PIF. To nie jest oczywiste, że oszustwa związane z podatkiem VAT mają być w domenie europejskiej, tym bardziej że w 90 % przypadków to właśnie państwa są poszkodowane z powodu tych oszustw. W każdym razie apeluję o racjonalność i o zgodę z poczuciem wspólnego zaufania i aby dać czas prezydencji na dokończenie tej pracy.

Roberta Metsola (PPE). – Sur President, aħna għandna bżonn uffiċċju ta' prosekutur li jiffunzjona b'mod tajjeb u li jagħti risposta adegwata għall-ammont enormi ta' frodi li aħna qed naraw fl-Unjoni Ewropea. Iċ-ċittadini tagħna għandhom bżonn u jridu jaraw li din issir realtà. Kull sena, kważi nofs biljun euro jintilfu. Dawn mhumiex figuri żgħar. U aħna għalhekk qegħdin insejħu lill-Kunsill biex jipprovdilna sett ta' kompetenzi li huma ċari u li mhumiex ambigwi għal dan l-uffiċċju. Fl-istess ħin, aħna rridu niżguraw li r-relazzjonijiet bejn il-Eurojust u l-Olaf huma ċċarati ħalli nkunu nistgħu naraw id-differenzi ċari bejn ir-rwoli differenti ta' dawn l-organizzazzjonijiet fil-protezzjoni tal-interessi finanzjarji tal-Unjoni Ewropea. Iktar minn hekk, aħna ninsistu li l-uffiċċju tal-prosekutur għandu jkollu miżuri suffiċjenti investigattivi biex ikun jista' jagħmel ir-rwoli tiegħu proprju għal dawn l-investigazzjonijiet.

Fl-aħħar minn l-aħħar, irridu nagħtu lil dan l-uffiċċju l-għodod adegwati biex ikun jista' jagħmel xogħlu. Madankollu, jiena naf li għad hemm affarijiet li rridu niżguraw u nkunu żguri minnhom, pereżempju issues li jmissu s-sovranità u l-kompetenza tal-Istati Membri. Huwa ċar, fl-opinjoni tiegħi, li l-awtoritajiet nazzjonali u l-uffiċċju tal-prosekutur għandhom ikollhom numru ta' kompetenzi li huma kumplimentari jew maqsuma fuq reati partikolari.

Inés Ayala Sender (S&D). – Señor Presidente, desde la experiencia, en la Comisión de Control Presupuestario llevamos tiempo reclamando la creación de esta Fiscalía Europea que me hubiese gustado que hubiera sido más fuerte, más europea y unívoca. Pero antes de seguir acumulando retrasos preferimos dar la bienvenida a este Reglamento que personifica un pilar fundamental para poder desarrollar la ley penal europea y hacer frente así a la criminalidad cada vez más transnacional y transfronteriza en todas sus formas.

Animamos al Consejo y a la Comisión a dotar a esta Fiscalía de verdaderos y suficientes medios para que este Reglamento no quede reducido, una vez más, a una capa añadida a las legislaciones y fiscalías nacionales, que seguirán pudiendo imponer límites y obstáculos.

Damos igualmente la bienvenida a la cooperación acrecentada con Eurojust, pero necesitamos y exigimos que el mandato de esta Fiscalía venga definido amplia y definitivamente en la Directiva PIF, que es el marco de garantías que da capacidad y participación al órgano democrático por antonomasia que es este Parlamento.

Carlos Coelho (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Presidente do Conselho, Senhora Comissária, este Parlamento há já muito tempo vem defendendo a necessidade de a União Europeia ter meios para sancionar crimes de natureza transfronteiriça, nomeadamente aqueles que atentem contra os interesses financeiros da União.

Só em 2014 perderam-se quase 160 mil milhões de euros em receitas de IVA. Estou certo de que a criação da Procuradoria Europeia é um desígnio que todos reconhecemos como desejável. Contudo, já diz a sabedoria popular que o diabo está nos detalhes. E aqui permanece o desacordo e a inércia quando necessitamos, pelo contrário, de uma ação rápida e de uma posição clara. Uma posição clara sobre as competências da Procuradoria. Uma posição clara sobre a relação com o Eurojust. Uma posição clara sobre a estrutura da Procuradoria que acautele as melhores práticas internacionais, como a sua independência. Uma posição clara sobre os direitos processuais. Uma posição clara sobre o controlo jurisdicional a que estaria sujeita.

Este Parlamento já tornou bem clara a sua posição e torna a fazê-lo através da resolução que iremos aprovar. Creio que a Procuradoria Europeia deve tornar-se uma realidade a breve trecho, respeitando as tradições constitucionais dos Estados-Membros e os mais altos padrões internacionais. E o Parlamento deve continuar a agir neste sentido. Se é certo que o estabelecimento desta Procuradoria não poderá ser feito de qualquer forma e a qualquer custo, o custo da sua inexistência afigura-se cada vez mais incompreensível.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, inizio subito manifestando l'auspicio che il dibattito di questa sera possa contribuire davvero a dare slancio al negoziato sull'istituzione della procura europea che si trascina da troppo tempo.

Mi rendo conto delle difficoltà nella formulazione del testo, ma occorre guardare all'obiettivo finale, contrastare efficacemente i reati contro gli interessi dell'Unione che, lo abbiamo detto, superano i confini nazionali e contro i quali soltanto un soggetto veramente indipendente dalle autorità nazionali e dalle Istituzioni dell'Unione potrà raggiungere risultati adeguati. Un soggetto che abbia competenza primaria nell'indagare e perseguire i reati previsti dalla direttiva PIF, compresi quelli relativi all'IVA.

La creazione di una procura europea, organo specializzato nel contrasto a reati finanziari contro gli interessi dell'Unione, senza sovrapposizione di competenze con Eurojust e Olaf, con adeguate risorse e con una collaborazione degli Stati membri che vada oltre la logica della sola cooperazione, è un progetto ambizioso al quale però occorre dare attuazione per tutelare adeguatamente gli interessi finanziari dell'Unione.

Catch-the-eye-Verfahren

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, fraud against the financial interests of the EU and our taxpayers, including big VAT fraud, amounts to tens of billions of euros each year. In order to be able to detect and prosecute such crimes, it is clear that we need to build a strong, independent and efficient EPPO that is equipped with sufficient investigative probe powers. In this process, it is vital that the competences of the various related European institutions are clear. We need to ensure that Eurojust, EPPO and OLAF do not duplicate work and do not step on each other's toes, but form a coherent wall in the fight against fraud. A good division of competences could also free Eurojust from the work it currently does in this field and allow it to concentrate on other crucial criminal areas such as the fight against terrorism and other threats.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, έχω τονίσει πολλές φορές στην αίθουσα αυτή τη σημασία που έχει η πάταξη του οικονομικού εγκλήματος, της φοροδιαφυγής και της φοροαποφυγής μέσα στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Είναι πραγματικά εξοργιστικό, όταν στην Ελλάδα επιβάλλονται φορομπηχτικές πολιτικές, οι ίδιοι που επιβάλλουν αυτή την πολιτική να κάνουν τα στραβά μάτια μπροστά στη λειτουργία φορολογικών παραδείσων μέσα στην Ευρωπαϊκή Ένωση, φορολογικών παραδείσων που κερδίζουν από την φορολεηλασία της Ελλάδας και των άλλων χωρών του Νότου.

Γιατί άραγε η OLAF, ενώ έχει συσταθεί προκειμένου να πατάξει τη διαφθορά και την απάτη εντός των κρατών μελών, δεν κάνει τίποτε για να συμβάλλει επιβοηθητικά σ' αυτό το έργο; Γιατί άραγε η Επιτροπή δεν κάνει τίποτε για να προστατεύσει καλύτερα τους καταγγέλλοντες δυσλειτουργίες, ανθρώπους που σήμερα απειλούνται με ποινές φυλάκισης στο Λουξεμβούργο; Γιατί λοιπόν οι πολίτες να εμπιστευθούν την Ευρωπαϊκή Εισαγγελία στην Ευρωπαϊκή Ένωση, τώρα που επιχειρεί να βάλει χέρι σε υποθέσεις οικονομικού εγκλήματος που μέχρι στιγμής ενέπιπταν στο πεδίο ευθύνης των εθνικών αρχών; Αυτά είναι σημαντικά ερωτήματα, κύριε Πρόεδρε.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Mr President, I have here some very short concluding remarks but I cannot resist, I would like to react to some of your questions and comments.

Why are we establishing an EPPO which needs to have clear added-value? We see the statistics of OLAF: on average only about 40% of the recommendations of OLAF are sent to the Member States with a clear purpose: investigate and prosecute. We have been saying for years: what can we do? The Member States do not prosecute and we cannot remain helpless. We must act here. I am not criticising any specific Member State, but this is the general situation.

VAT: yes, it must be included in PIF and the EPPO because, besides the many arguments which you have set out here, we have also case law. We have the case which clearly stipulates that VAT is a source for the financial budget.

With regards to VAT, believe me, it is not easy to push the EPPO towards its final adoption because we needed to open the second line of negotiations vis-a-vis the ministers of finance and vis-a-vis the tax authorities, because we will need also all these authorities to be on our side. Then, especially, when the EPPO is working fully, we will need not only national prosecutors, but also the police, tax authorities – and whistle-blowers – to cooperate with the EPPO. We will need the cooperation of a very wide and complex puzzle of institutions at the Member States' level. So that is why we need to do this right and in a convincing way so that it will bring real added value.

This added value can be, and must be, measured by finance. Of course these are the benefits which we speak about: the money which will one day be brought back to national budgets and the EU budget. We are working on setting up the proper threshold for structural funds and agricultural funds and customs: at the moment this is EUR 10 000, but we will continue to discuss this. For VAT it should be really only a big scope of fraud, so we speak about three or five million euro for cross-border VAT fraud.

I want to have the EPPO doing big things. It should not be established, as I said before, to replace national prosecution; it must do only big things creating big benefits. Yes, we need unanimity in the Council. So this will need a very strong push in regard to several Member States. For me it is clear that the cohesion countries, especially, must be there because it would not be logically if we established the EPPO to prosecute fraud on EU funds without having some of the Member States which receive the money, which receive more than they contribute. So here I have had, along with my colleagues, a lot of work in some of the Member States.

The final point: speaking about the benefits. I spoke about the financial benefits, but here we must be fully aware that it is the thrust of the people in Europe, taxpayers, at stake.

I am always absolutely frustrated when I hear the critics, and I read the articles of the critics of the EU, who say that structural funds are only a source for fraud and corruption. Where is all that ethos? This is the policy of solidarity. The rich countries are contributing money to the poorer countries and the critics say it is only there to be stolen and cheated on, and all those benefits, all those good projects, all the jobs and all that prosperity, which has been created over years thanks to this money, is forgotten.

I think that we need to act here and to show taxpayers and all those critics that yes, this is the distribution of massive amounts of money, but the money is well managed and controlled. It is our duty to act, and to create the EPPO as a really strong, competent and functioning European body.

We have three decisive months ahead of us and I count on your support so that we will manage first the negotiations in the Council and also the consent in Parliament to be achieved in a reasonably short time.

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, I would like to thank the honourable Members for all the interventions and statements made which, in my view, clearly show the importance they attach to the establishment of EPPO. At the same time, we have heard you highlight many aspects that we need to address in the remaining period of negotiations during the Slovak Presidency.

I would like to make just two points here in my concluding remarks. First of all, it is clear to the Presidency that we need to ensure that outstanding reservations are lifted in the period remaining and that the gaps in the text must be addressed properly. I dare say that we are close to finalising the text and getting an agreement on it. We will, of course, include some of the outstanding provisions, like judicial review cooperation between EPPO and Eurojust, in the new consolidated version.

Second, as many of you have indicated, it is vital that the EPPO Regulation be made coherent with the Eurojust Regulation and with the PIF Directive. It is clear that we need to make progress on this because the PIF Directive should contain the substantive law to be applied by EPPO. So that message is well taken, Mrs Gräßle, and the Presidency will try to address it in the remaining period.

I wish to thank Members once again and look forward to further cooperation.

Der Präsident. – Zum Abschluss der Aussprache wurde gemäß Artikel 128 Absatz 5 der Geschäftsordnung ein von vier Fraktionen des Hauses getragener Entschließungsantrag eingereicht.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch, 5. Oktober 2016, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. – Ieri la commissione LIBE ha votato la relazione sulla lotta alla criminalità organizzata e alla corruzione, fenomeni che incidono notevolmente sulle frodi che si commettono ai danni degli interessi finanziari dell'Unione europea. Anche in questa relazione è stata reiterata la richiesta di avere una Procura europea indipendente in grado di indagare, perseguire e portare in giudizio gli autori di reati ed è stata sottolineata la necessità di una chiara definizione dei suoi poteri e delle procedure. Auspichiamo quindi che la direttiva PIF venga adottata in tempi brevi affinché si conosca chiaramente la tipologia di reati che la costituenda Procura sarà competente a trattare.

La notevole capacità dei gruppi criminali di costruire relazioni internazionali, di ramificarsi in diversi Stati membri e di dare una forma apparentemente legale alle proprie attività spinge ad evidenziare ancora una volta l'importanza di estendere, come previsto dall'articolo 86 TFUE, le attribuzioni della Procura europea alla lotta contro altre forme di criminalità grave, anche di tipo mafioso, che presentano una dimensione transnazionale.

Benedek Jávor (Verts/ALE), *írásban*. – Az Európai Főügyészség formálása során a Tanács már épp eléggé felvizezte az eredeti bizottsági javaslatot az Ügyészi Kollégium megteremtésével, a nemzeti ügyészek hatáskörének megnövelésével és az EPPO hatáskörének gyengítésével. De van pár dolog, amiből – álláspontom szerint – sem a Bizottság, sem a Parlament nem engedhet: Nem engedhetjük, hogy az Európai Főügyészség csak azon ügyekre láthasson rá, amelyeket a nemzeti ügyészek az EPPO hatáskörébe esőnek gondolnak, hanem rá kell látnia minden ügyre, hogy megvizsgálhassa azok tényleges hatásköri hovatartozását. Az áfának mindenképpen benne kell maradnia az Unió Pénzügyi Érdekeinek védelméről szóló (PIF) direktívában, s ezáltal a főügyészség hatáskörébe kell kerülnie.

Éppen ezért az sem megengedhető, hogy csak 50% feletti uniós érintettség esetén lehessen az ügyészségnek hatásköre, hiszen az áfa európai vonzata szükségszerűen a fenti értékhatár alatt van. Az áfa ugyanis a Bíróság által is elismerten az Unió saját pénzügyi forrásának minősül, s mint ilyet, meg kell tudnia érdemben védeni, különösen akkor, ha az EU számos országában népszerű a határokon átnyúló áfacsalások rendszere, melyet a tagországok hatóságai nem tudnak vagy akarnak hatékonyan felderíteni. Ezek teljesülése nélkül a Bizottságnak vissza kell vonnia a javaslatát, és adott esetben meg kell fontolnia, hogy egy ügyészség helyett az Európai Unió Csaláselleni Hivatalának adjanak megfelelő hatásköröket.

Емил Радев (PPE), *в писмена форма*. – Ефективната борба на европейско ниво срещу злоупотребата с европейски средства изисква ефективни мерки, отново на европейско ниво, които да засилят сътрудничеството между държавите членки в тази сфера. Още по-важно е да се гарантира, че политически и икономически кръгове няма да влияят върху разследванията и делата за такива злоупотреби. Поради тази причина изграждането на силна, независима и активна Европейска прокуратура е изключително важно.

Вярвам, че тя трябва да има широки и ясни правомощия и компетенции, включително в борбата срещу ДДС измамите, и да бъде гарантирана нейната независимост от националните прокуратури. В същото време е нужно процесуалните права на заподозрените и обвинените да бъдат защитени, защото все пак това е в основата на всяко едно демократично и законно разследване. Вярвам, че европейската прокуратура ще допринесе за засилване на борбата срещу измамите с европейски средства и в България. Това ще спомогне повече пари да стигат до хората, които наистина се нуждая от тях за развитие на предприемачество, земеделие, иновации.

Затова, в името на европейския и българския просперитет, призовавам държавите членки да достигнат до съгласие и да приемат предложението за Европейска прокуратура в рамките на Съвета, защото ЕС има нужда от нея.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Při zřízení jakéhokoliv nového úřadu je velice důležité stanovit jeho kompetence a především jeho vztahy k již existujícím strukturám. To se však v případě Úřadu evropského veřejného žalobce nestalo a do dnešního dne zůstává mnoho otázek neodpovězených. Je tedy nutné, aby Evropská komise vyjasnila nejen vazby mezi tímto úřadem, Eurojustem a úřadem OLAF, ale také vyhodnotila dopady, které tento nový úřad bude mít na ostatní agentury. Jeho finanční nároky se jistě projeví v rozpočtu Eurojustu, stejně jako jeho činnost zásadně ovlivní samotnou činnost Eurojustu. Je tedy nutné co nejdříve ustanovit efektivní rámec aktivit a vazeb nového Úřadu evropského veřejného žalobce.

Janusz Zemke (S&D), *na piśmie*. – Z uznaniem odnoszę się do postępów prac legislacyjnych w Radzie, która w ostatnim czasie przyjęła pełny skonsolidowany tekst projektu rozporządzenia w sprawie ustanowienia Prokuratury Europejskiej. Powołanie tej agencji będzie bowiem zwieńczeniem wieloletniej debaty i starań Parlamentu Europejskiego oraz Komisji, by wyposażyć Unię Europejską w kompetencje w zakresie prawnokarnej ochrony jej własnych interesów budżetowych. Zanim jednak Prokuratura rozpocznie działalność, istnieje obecnie jeszcze parę kwestii problematycznych, które wymagają rozwiązania. W pierwszej kolejności niezbędne jest przyjęcie nowej dyrektywy PIF, która doprecyzuje zakres przedmiotowy kompetencji Prokuratury. Wydaje się, że istotne dylematy, jakie pojawiały się podczas prac legislacyjnych w Radzie (adekwatna podstawa prawna, kwestia podatku VAT) i blokowały ten proces – zostały rozstrzygnięte przez Trybunał Sprawiedliwości w sprawie Taricco. Konieczne jest także dokończenie reformy organu współpracy sądowej w sprawach karnych Eurojust, z którym Prokuratura – na mocy postanowień traktatu – ma być ściśle powiązana. Dzięki przyjętemu w ostatnim czasie rozporządzeniu PE i Rady w sprawie Europolu Prokuratura będzie miała istotne wsparcie w zakresie wymiany informacji operacyjnych. Są to warunki graniczne, by Rada mogła przystąpić do finalnego etapu tworzenia Prokuratury, która – jak wiadomo już dziś – będzie funkcjonowała w okrojonym formacie wzmocnionej współpracy.

18. Internationale Rechnungslegungsstandards: IFRS 9 (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission zum Thema „Internationale Rechnungslegungsstandards: IFRS 9“ von Roberto Gualtieri im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (O-000115/2016 - B8-0721/2016) (2016/2898(RSP)).

Pablo Zalba Bidegain, *deputising for the author.* – Mr President, the global financial crisis brought the role played by international financial reporting standards in financial stability and growth on to the G20 and EU agendas. In particular, the rules regarding the recognition of losses incurred in the banking system. In July 2014, the International Accounting Standards Board (IASB) issued the international financial reporting standard IFRS 9 (Financial Instruments), addressing some aspects of the financial crisis and its impact on the banking sector, as its key response.

In early 2016, the Commission referred the draft implementing measure for international financial reporting standards (financial instruments) to Parliament for scrutiny. On 7 October 2016, the three-month scrutiny period for this important financial reporting standard will end.

The Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) had started its scrutiny activities already well before this official referral of the measure by the Commission. These activities have been conducted very thoroughly. The activities included the commissioning of four external studies on IFRS 9 and public scrutiny events during ECON Committee time, for example, a public hearing. In addition, the newly established IFRS permanent team conducted several meetings on this issue. The International Accounting Standards Board, the European Financial Reporting Advisory Group, the Commission and the stakeholders have been invited for an exchange of views on IFRS 9.

On 7 June 2016, Parliament adopted a resolution on International Accounting Standards evaluation and the activities of the International Financial Reporting Standards Foundation, the European Financial Reporting Advisory Group and the Public Interest Oversight Board, which also addressed some of the issues.

In addition, the ECON Committee had already written in January 2016 a letter to the Chair of the European Systemic Risk Board (ESRB) expressing its concern about the lack of reliable quantitative data assessment. The impact of the introduction of IFRS 9 on financial instability in general, and on the amount of loan loss provisioning and banks regulation capital in particular, is of especial concern to the Committee. The Committee requested further analysis from the ESRB of the impact of IFRS 9, especially on financial stability.

Another letter was written by the ECON Committee to the Commission in June 2016 addressing additional concerns. These related to possible negative effects of the implementation of IFRS 9 on crucial long-term investment and on the misalignment of the effective dates of IFRS 9 and the upcoming new insurance standard IFRS 17, which will replace the current insurance standard IFRS 4. In this regard the IASB published in September 2016 amendments to IFRS 4, addressing some concerns regarding the insurance issue.

This oral question on IFRS 9 to the Commission and the motion for a resolution which will be voted on on Thursday, reflect the various concerns which Parliament and the ECON Committee have brought forward during its scrutiny activities.

Věra Jourová, *Member of the Commission.* – Mr President, the Commission believes that sound financial reporting is vital for the efficient functioning of its capital markets. Investors and other users of financial information must be able to rely on it. We do not develop the standards ourselves but use those developed by the International Accounting Standards Board. It is for this reason that we have a rigorous endorsement process to test each standard to determine whether it should be adopted into EU law. The scrutiny period by Parliament is an important part of this process. International Reporting Standard 9 is an important standard for financial services companies and governs the accounting for most assets and liabilities on bank balance sheets. It is for this reason that we are here today.

The financial crisis showed that financial accounting has economic consequences. The G20 called on the Standards Board to develop a new approach to accounting for losses on lending so as to avoid reporting too little, too late and the new standard achieves this fundamental change. We assess whether a standard will be conducive to the European public good. For this reason we asked the European Financial Reporting Advisory Group, our adviser on the reporting standard, to consider a number of areas of concern in developing its endorsement advice. Your question reflects some of these areas.

First, we wanted to understand its effects on long-term investment. The European Financial Reporting Advisory Group did not expect that Reporting Standard 9 would lead to significant changes in long-term investment strategies, a finding that we recently confirmed. Nevertheless, we will continue to monitor this area carefully and will work with the Advisory Group and the Standards Board to assess whether a change in the standard would be necessary.

Secondly, the European Financial Reporting Advisory Group identified a limitation in the standard for insurance entities. These will face a huge challenge in their accounting for their liabilities relating to their insurance contracts, which will come on board in 2020 or 2021. However, Reporting Standard 9, which covers the accounting for investments backing those liabilities, is effective from 2018. This misalignment of dates could give rise to volatility in reported results, as well as leading to higher costs in implementing the two standards. We therefore support a deferral of Standard 9 for the insurance industry. The International Accounting Standards Board has developed an optional temporary deferral solution which we will propose for endorsement as it will bring relief to most large pure insurance groups in the EU. The solution also includes a form of relief for bank insurers who will not qualify for a full deferral. Most Member States and the European supervisory authorities support this solution. Nevertheless, we are currently considering whether it is satisfactory for Europe as a whole. We are assessing whether the lack of a full deferral could create a significant competitive disadvantage for bank insurers compared to pure insurance groups. If we were to conclude that such risk exists, we would extend the scope of the Standards Board deferral to the bank insurers, taking into consideration that this is a temporary measure. However, we have not yet arrived at this conclusion.

Thirdly, based on the advice of the European Financial Reporting Advisory Group, which drew on input from the European Central Bank and the European supervisory authorities, we believe that Reporting Standard 9 should be an improvement over its predecessor in the area of financial stability. The Commission, together with the European Banking Association and the Basel Committee, is assessing the need for a transitional phasing-in of the prudential capital effects arising from the new impairment model in Reporting Standard 9 so as to prevent a sudden impact on capital ratios when the standard is first applied. I should like to thank you and, in particular, the Committee on Economic and Monetary Affairs and the International Financial Reporting Standard permanent team under the chairmanship of Mr Stolojan for the detailed and careful consideration of this standard.

In conclusion, we strongly believe that International Financial Reporting Standard 9 should be endorsed, but our work on the standard will not stop with its endorsement. We will be vigilant to avoid any unintended consequences.

Theodor Dumitru Stolojan, *în numele grupului PPE.* – Domnule președinte, acest Standard, instrumentele financiare, ne-a dat multă bătaie de cap aici, în Parlamentul European. Am avut multe audieri, am avut multe scrisori primite din partea celor interesați din industria bancară, de asigurări. Ce știm foarte bine este că actualul standard a permis băncilor să raporteze cu multă întârziere pagube de sute de miliarde de dolari sau euro. Am ajuns la concluzia, în acest Parlament, în grupul de lucru ECON, că standardul propus, noul standard este mai bun decât cel vechi, chiar dacă nu este perfect. Prin urmare, susținem procesul de adoptare a standardului în Uniunea Europeană. Suntem convinși că va permite în special băncilor să aplice o politică de recunoaștere a pierderilor mai devreme. În același timp, această rezoluție care va fi votată în Parlamentul European joi arată o serie de îngrijorări care există în rândul parlamentarilor, dar și în rândul celor care urmează să aplice acest standard internațional de raportare financiară. Eu mulțumesc Comisiei Europene și tuturor colegilor pentru munca depusă pentru acest standard.

Pervenche Berès, *au nom du groupe S&D.* – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, je vous remercie d'avoir déjà, dans votre intervention liminaire, déminé beaucoup des points qui préoccupent ce Parlement. Je voudrais aussi remercier mon collègue Theodor Stolojan, qui anime avec beaucoup d'efficacité et d'intelligence notre groupe de travail.

Les normes comptables élaborées à la suite de la crise financière – vous l'avez rappelé – étaient d'abord destinées aux banques, puisque la crise financière a révélé la nécessité de renforcer la solidité du système financier mondial, y compris à travers ces normes comptables. C'est dans cet esprit, et dans le droit fil des conclusions du G20 à Londres, en avril 2009, que les régulateurs comptables ont travaillé au remplacement de la norme IAS 39. C'est cette réflexion qui a abouti, en juillet 2014, à la publication par l'IASB de la version finalisée de la norme comptable IFRS 9, dont l'objectif est de garantir une plus grande transparence sur le risque de crédit dans les états financiers, en passant par une approche de la dépréciation des actifs qui devrait être plus réactive face aux évolutions du cycle de crédit.

La norme IFRS 9 est d'abord conçue pour s'appliquer aux établissements bancaires et, de ce fait, deux questions se posent: premièrement, en l'absence d'une réelle étude d'impact, des inquiétudes pèsent sur les effets potentiels de l'application de cette norme sur l'investissement, dans la mesure où elle pourrait introduire une volatilité dans les comptes sans relation avec la réalité économique d'un prêteur de long terme. D'une certaine manière, nous souhaitons ici évoquer la notion de «bien public» telle que développée par Maystadt dans son rapport. L'investissement de long terme n'est-il pas le bien public par excellence, d'autant plus que nous sommes dans cette période trouble? Deuxièmement, nous nous préoccupons – vous l'avez mentionné – de l'incidence de cette norme sur le secteur de la banque-assurance, et nous souhaitons évidemment dans ce domaine poursuivre nos travaux et notre collaboration en bonne intelligence avec l'EFRAG et son nouveau président.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I welcome the scrutiny of the International Financial Reporting Standard (IFRS) 9, and given the concerns that have been raised, I welcome this short discussion. It is important that measures to represent big changes to the norm, particularly in the financial sector, must be given as much assessment as possible. I very much agree with the principle of what IFRS 9 seeks to achieve, namely to prevent some of the problems that we have encountered in the financial crisis by moving towards a model with banks recognising expected losses and financial assets on the balance sheet. This is a welcome step given that, until now, banks have been unable to book accounting losses until they happened, even if they could see them coming down the line. This could prevent a number of problems.

What concerns me most about the introduction of the IFRS 9, however, is the uncertainty it seems to be generating in the financial sector. It is reported that two-thirds of banks are still unsure how IFRS 9 will affect their balance sheet, and I hope the European Commission can offer some assurances on this issue. Ensuring the same mistakes are not made again is crucial, but there is definitely a need to ensure that unintended negative effects on the economy are avoided, and I welcome the Commissioner's comments in this regard a few moments ago. Finally, I just want to conclude by saying that the introduction to the IFRS 9 can hopefully find a good solution that allows ample time for the financial sector to adapt to the changes.

Catch-the-eye-Verfahren

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, στις 7 Οκτωβρίου 2016 θα ολοκληρωθεί ο έλεγχος του Κοινοβουλίου σχετικά με το σχέδιο εκτελεστικού μέτρου της Επιτροπής για το Διεθνές Πρότυπο Χρηματοοικονομικής Αναφοράς 9. Σύμφωνα με την Ευρωπαϊκή Ένωση, τα διεθνή πρότυπα χρηματοοικονομικής αναφοράς θα πρέπει να βελτιώνουν την ποιότητα των χρηματοοικονομικών αναφορών και να παρέχουν τη δυνατότητα στους επενδυτές να λαμβάνουν τεκμηριωμένες αποφάσεις, συμβάλλοντας με αυτό τον τρόπο στη σταθερότητα των χρηματοπιστωτικών αγορών.

Σε περίπτωση, ωστόσο, που ο έλεγχος του διεθνούς προτύπου χρηματοοικονομικής αναφοράς 9 δείξει πιθανές αρνητικές επιπτώσεις στις μακροπρόθεσμες επενδύσεις, καθώς και στην χρηματοοικονομική σταθερότητα, ιδίως όσον αφορά τον καθοδικό αντίκτυπο στα ίδια τα κεφάλαια των τραπεζών, η Επιτροπή θα πρέπει να λάβει άμεσα μέτρα για τον επανακαθορισμό του συγκεκριμένου προτύπου. Για το λόγο αυτό, η Επιτροπή θα πρέπει να συνεργαστεί με τις αρμόδιες αρχές για τα διεθνή πρότυπα χρηματοοικονομικής αναφοράς με στόχο την επίτευξη χρηματοοικονομικής σταθερότητας.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Věra Jourová, *Member of the Commission.* – Mr President, I would like to thank the honourable Members for their interest in the International Financial Reporting Standard 9 and for the useful elements they have highlighted during its endorsement process. We have found that all the key players in the endorsement process support the standard. Nevertheless, the Commission and others have shared your concerns. Thus, we will continue to work on the areas that you have highlighted with a view to ensuring that the International Financial Reporting Standard 9 delivers the benefits that are expected, as well as ensuring that we avoid any unintended consequences.

Der Präsident. – Gemäß Artikel 128 Absatz 5 der Geschäftsordnung eingereichte Entschließungsanträge werden zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Donnerstag, 6. Oktober 2016, statt.

19. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

20. Schluss der Sitzung

Der Präsident. – Bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich mich sehr herzlich bei den Diensten, bei der Technik und unseren Dolmetschern bedanken. Es war ein langer Tag für uns alle. Ich wünsche uns allen eine gute Nacht.

(Die Sitzung wird um 23.20 Uhr geschlossen.)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss

DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/1963

8.3.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 5. OKTOBER 2016

(C/2024/1963)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 3. bis 6. Oktober 2016

STRASSBURG

Inhalt

Seite

1. Eröffnung der Sitzung 4

2. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll 4

3. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll 4

4. Notwendigkeit einer europäischen Reindustrialisierungspolitik vor dem Hintergrund der aktuellen Fälle Caterpillar und Alstom (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll 4

5. Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates (20./21. Oktober 2016) (Aussprache) 4

6. Erklärung der Präsidentschaft 39

7. Abschluss eines Verfahrens zur Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll 39

8. Abstimmungsstunde 39

8.1. Beitritt Perus zum Haager Übereinkommen von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (A8-0267/2016 - Angel Dzhambazki) (Abstimmung) 40

8.2. Beitritt Kasachstans zum Haager Übereinkommen von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (A8-0268/2016 - Angel Dzhambazki) (Abstimmung) 40

8.3. Beitritt der Republik Korea zum Haager Übereinkommen von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (A8-0266/2016 - Angel Dzhambazki) (Abstimmung) 40

8.4. Globale Ziele und Zusagen der EU in Bezug auf Ernährung und Ernährungssicherheit weltweit (B8-1042/2016) (Abstimmung) 40

Inhalt Seite

8.5. Europäische Staatsanwaltschaft und Eurojust (B8-1054/2016) (Abstimmung) 40

8.6. Notwendigkeit einer europäischen Reindustrialisierungspolitik vor dem Hintergrund der aktuellen Fälle Caterpillar und Alstom (RC-B8-1051/2016, B8-1051/2016, B8-1052/2016, B8-1053/2016, B8-1055/2016, B8-1056/2016, B8-1057/2016, B8-1058/2016) (Abstimmung) 40

9. Stimmerklärungen 40

9.1. Beitritt Perus zum Haager Übereinkommen von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (A8-0267/2016 - Angel Dzhambazki) 41

9.2. Beitritt Kasachstans zum Haager Übereinkommen von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (A8-0268/2016 - Angel Dzhambazki) 72

9.3. Beitritt der Republik Korea zum Haager Übereinkommen von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (A8-0266/2016 - Angel Dzhambazki) 103

9.4. Globale Ziele und Zusagen der EU in Bezug auf Ernährung und Ernährungssicherheit weltweit (B8-1042/2016) 133

9.5. Europäische Staatsanwaltschaft und Eurojust (B8-1054/2016) 166

9.6. Notwendigkeit einer europäischen Reindustrialisierungspolitik vor dem Hintergrund der aktuellen Fälle Caterpillar und Alstom (RC-B8-1051/2016, B8-1051/2016, B8-1052/2016, B8-1053/2016, B8-1055/2016, B8-1056/2016, B8-1057/2016, B8-1058/2016) 197

10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll 240

11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung 240

12. Lage in Syrien (Aussprache) 241

13. Mitteilung des Präsidenten 254

14. Lage in Syrien (Fortsetzung der Aussprache) 254

15. Friedensprozess in Kolumbien (Aussprache) 266

16. Lage in der Demokratischen Republik Kongo (Aussprache) 278

17. Frauenrechte in Polen (Aussprache) 285

18. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll 305

19. VN-Konferenz über Klimaänderungen 2016 in Marrakesch (Marokko) (COP22) (Aussprache) 305

20. Interinstitutionelle Vereinbarung über ein Transparenzregister (Aussprache) 318

21. Durchführung der Verordnung über Lebensmittelkontaktmaterialien (Aussprache) 327

Inhalt Seite

22. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll 336

23. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll 336

24. Mittelübertragungen: siehe Protokoll 336

25. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll 336

26. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll 336

27. Schluss der Sitzung 336

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 5. OKTOBER 2016

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.05 Uhr eröffnet.)

2. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll

3. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

4. Notwendigkeit einer europäischen Reindustrialisierungspolitik vor dem Hintergrund der aktuellen Fälle Caterpillar und Alstom (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

5. Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates (20./21. Oktober 2016) (Aussprache)

Der Präsident. — Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates (20./21. Oktober 2016) (2016/2771(RSP)).

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, I would like to thank everyone for giving me this opportunity to present, on behalf of the Council, the agenda of the upcoming European Council. I shall try to be short and structured. There are three points on the agenda of the upcoming European Council: migration, trade and Russia.

First on migration. The European Council will start and have the discussion within the framework which was given and agreed back in Bratislava. It is given by an agreement that, first of all, we should never allow the return of uncontrolled flows and should bring down the numbers of irregular migrants; secondly, we should ensure full control of external borders; and thirdly – extremely important – should reach consensus on a long-term migration policy.

In more detail, I believe that there are two tracks. One is our constant attention to the developments on the ground, where I would like to mention Bulgaria: I am happy to say, and I am confident, that Member States will be able to assist Bulgaria in its efforts to protect external borders. Secondly, and more importantly, I believe the core of the debate will be about where we stand with our work and what progress has been made when it comes to the building blocks that we have agreed on in order to manage the challenge of migration.

First of all, when it comes to the protection of external borders, I recall that it is tomorrow that the European Border and Coast Guard will enter into force. It will be inaugurated in Bulgaria, and I would like to say that the Slovak Presidency considers it to be its most important work in the remaining months to make the European Border Coast Guard operational. This House and the Council have agreed to the agreement speedily and very quickly, so legally it is in place as of tomorrow, but everyone knows that in order for the European Border Coast Guard to be deployed we need its operational capability. But in order to successfully manage the challenge of migration, we need to look beyond our borders, which means that we have to come back to the agreement that we came to in June in the European Council to engage more actively with the partners outside of the European Union. I recall that we have agreed on migration compacts, and the European Council will certainly review in detail where we stand with this very important building block.

Lastly, on the external dimension: there will be an opportunity to review the implementation of the EU-Turkey statement.

On the second point – trade – I see a two-track approach to this debate. First, we need to have a broad political discussion about the future of our trade policy. On the one hand, I think everyone in this House would agree that trade without any doubt is a major source of growth. At the same time, I believe that, if we have a global ambition as a European Union, we need to use trade in order to exert our influence globally. This is an indispensable instrument in our hands. At the same time – and this must be part of a political debate – we need to reflect on how the broad public perceives the trade policy, which we are trying – as I said – to use in our own interests. This will be the political dimension of the discussion about trade, but at the same time, equally important will be the discussion about the respective trade relations that we have and aspects connected to it. I mention here China and, of course, we are aware that we are approaching the deadline of mid-December, by when we have to take a decision on whether to recognise China as a market economy, while at the same time we have clearly-defined interests, bearing in mind the anti-subsidy and anti-dumping dimensions of relations with China. At the same time, it is very important to review where we stand on TTIP, and I hope that we will finally have a very good outcome when it comes to the finalisation of our efforts to conclude an agreement with Canada. Of course, there is the issue of trade defence instruments: this is absolutely part of our efforts when we want to arrange trade in the way I have described.

Lastly, there will be a strategic overall political debate about Russia. That is what I wanted to say at the beginning, and I am ready to respond to your questions if there is interest on your side.

Jean-Claude Juncker, *président de la Commission*. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, dans le discours sur l'état de l'Union que je vous ai présenté il y a quelques semaines, nous avons proposé, en tant que Commission, un programme d'actions concrètes que nous voudrions voir adoptées par les colégislateurs dans le courant de l'année. Nous devrons absolument avoir pour ambition de ressouder l'Union européenne et, pour ce faire, il faudra que nous adoptions les textes législatifs qui sont pendants.

Deux jours après le discours sur l'état de l'Union, je me suis rendu, comme les autres collègues du Conseil européen, sauf une, à Bratislava où nous avons pu constater que les chefs d'État ou de gouvernement réunis sur place ont salué le discours sur l'état de l'Union. J'attire votre attention sur le fait que c'est la première fois que les membres du Conseil européen saluent un discours du président de la Commission. Auparavant, ils n'en prenaient même pas note. Le progrès ne saurait être arrêté.

(Réaction de M. Verhofstadt)

Je voudrais que le Conseil européen salue tous les discours que je fais devant vous, surtout lorsqu'ils sont reçus avec autant de bienveillance, comme ce fut le cas pour le dernier.

À Bratislava, nous avons adopté une feuille de route qui porte le nom de cette belle ville slovaque, mais cette déclaration de Bratislava est restée en dessous de mes attentes parce qu'insuffisamment concrète. Nous avions, en tant que Commission, proposé un calendrier qui aurait obligé les uns et les autres à le respecter. Cependant, la déclaration de Bratislava constitue une bonne plateforme pour nous permettre d'avancer. La présidence slovaque, son premier ministre, ont excellé dans l'art de réunir les points de vue des uns et des autres, ce dont il convient de se féliciter.

Nous avons pour devoir interinstitutionnel, à la suite de l'accord interinstitutionnel, de nous mettre d'accord sur un programme de travail entre les trois institutions avant la fin de l'année. Je voudrais que nous le fassions rapidement. Mais cet accord interinstitutionnel, cette idée de voir les trois institutions unir leurs forces pour nous mettre d'accord sur un programme, est un réel progrès.

Je voudrais que le Conseil européen, qui va se réunir à Bruxelles dans le courant de ce mois, puisse se mettre d'accord sur des résultats concrets. Nous n'avons pas besoin de poèmes, nous n'avons pas besoin de déclaration solennelle, il faudra que nous adoptions un programme qui nous permettra d'avancer. Cela est surtout vrai pour toutes les propositions que la Commission a présentées en relation avec l'union numérique européenne. Nous avons présenté une trentaine d'initiatives et je voudrais que le Conseil et le Parlement puissent les adopter avant le début de l'été, puisque les propositions que nous avons mises sur la table me paraissent être le maximum de ce qu'on pourra faire. C'est vrai pour le marché des télécommunications, pour la réforme des droits d'auteur et pour l'organisation du spectre radioélectrique.

Ces décisions sont absolument nécessaires pour que nous puissions avancer en matière d'Europe numérique. Ce sera un débat difficile et je voudrais que le Conseil européen décide, lui-même, si nous laissons aux différents ministres le soin de régler le spectre radioélectrique. Je crains que nous n'y arrivions pas. Laissez-moi vous donner l'exemple de l'Allemagne: dans ce pays, au moins dix-huit ministres sont compétents pour organiser le réseau radioélectrique. Par conséquent, il faudra que les chefs, eux-mêmes, prennent les décisions qui me paraissent être importantes.

Pour ce qui est de la migration, le Conseil européen ou le quasi-Conseil européen de Bratislava a décidé qu'il faudra – c'est vrai pour la migration et pour les autres domaines d'action de l'Union européenne – que nous appliquions les décisions prises. Comme le peuple hongrois s'est prononcé dans le même sens, je ne vois pas de difficultés insurmontables pour appliquer les décisions que, d'ores et déjà, nous avons prises.

En ce qui concerne le régime après Dublin, dont le Conseil et le Parlement sont en train de discuter, il faudra voir dans quelle mesure nous arriverons à créer une intersection entre les points de vue des uns et des autres. J'ai évoqué – mais je ne fais pas mienne – l'expression de «solidarité flexible». Je voudrais que nous trouvions un accord qui se distingue par sa dimension de solidarité.

La Bulgarie – puisqu'aujourd'hui il y sera inauguré les mécanismes du contrôle des frontières extérieures et des côtes – peut compter sur nous. Nous avons fait savoir au gouvernement bulgare que nous allions mettre à disposition 108 millions d'euros pour aider ce pays. Il nous faudra y envoyer 130 fonctionnaires supplémentaires et nous devons faire en sorte que la Bulgarie puisse acheter 50 véhicules qui permettront aux Bulgares de mieux contrôler leurs frontières.

L'arrangement avec la Turquie fonctionne. Il y a un an, en octobre 2015, 10 000 réfugiés arrivaient en Grèce chaque jour. Aujourd'hui, ce nombre de réfugiés est tombé à 85, ce qui prouve à l'évidence…

(Réaction de M. Lamberts)

— l'Italie, Monsieur Lamberts, n'a pas de frontière commune avec la Turquie, si vous me permettez cette petite indication géographique – nous avons conclu avec la Turquie un accord qui fonctionne, ce qui ne revient pas à dire que tout fonctionne en Turquie, évidemment.

Wir haben das Wort gegeben, dass wir uns in Sachen Flüchtlinge auch mit der Ursachenbekämpfung beschäftigen müssen. Deshalb lege ich großen Wert darauf, dass die Investitionsoffensive für Afrika so bald wie möglich Gestalt annimmt. Es wird möglich sein, durch diesen EFSI, der sich in Richtung Afrika bewegen wird, 44 Mrd. EUR an Investitionen vor Ort in Afrika zu mobilisieren. Wenn dann die Mitgliedstaaten dementsprechend ihren Beitrag leisten, könnten wir 88 Milliarden in Afrika investieren. Anstatt Menschen aufs Meer zu schicken, ist es ratsamer, den Menschen durch ökonomisch zu rechtfertigende Investitionen zu helfen.

We have an issue as far as trade is concerned. I am not a blind free trader, but I know that trade is essential. EUR 1 billion more trade with the outside world leads to the creation of 14 000 jobs.

I give you an example: we have concluded a trade agreement with South Korea. The total amount of the exchanges with South Korea is EUR 15 billion. Thanks to this agreement with South Korea, we created in Europe 210 000 jobs. So trade is not neutral, trade is a job-creator, and we have to make sure that the agreement with Canada will enter into force after a certain number of months.

We will have a summit with Canada later this month; I am in ongoing discussions with the Canadian Prime Minister today and tomorrow. I think that we will reach a final agreement, which will take on board – in a specific declaration – the concerns of all the Member States.

I was grateful to the President of the Council when he mentioned trade-defence instruments, because trade-defence instruments are of huge importance. We have to make sure that the proposals that the Commission tabled – back in 2013, the Barroso Commission – will be adopted by the Council of Ministers.

The fact is that in the Council of Ministers you have 12 Member States in favour of enhancing, strengthening the trade-defence instruments, and you have a group of 12 Member States who do not like the idea. They have to find an agreement amongst themselves, because you cannot explain to the public opinion – and mainly to those who are working – that we are opening the way for trade agreements with other nations without reinforcing the instruments we have to defend our industry, and mainly our steel industry.

Manfred Weber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Ratspräsident, Herr Kommissionspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor drei Wochen hat Jean-Claude Juncker seine *State of the Union*-Rede gehalten, und sie hat geprägt. Sie hat den pragmatischen Ansatz, dass Europa liefern muss auf die Agenda gesetzt. Das wurde dann in Bratislava weiter vollzogen, und dazu möchte ich Jean-Claude Juncker gratulieren und danken – für diese Führungskraft. Europa liefert! In den letzten Tagen hat mich eine Nachrichtenmeldung am meisten gefreut, dass Marianne Thyssen verkündet hat, dass seit 2014 1,4 Millionen Jugendliche in Europa dank der Jobgarantie einen Job gefunden haben – einen festen Arbeitsplatz. 1,4 Millionen seit 2014, die Jugendarbeitslosigkeit konnte auf 19 Prozent reduziert werden. Europa liefert also – wir sollten über Erfolge auch reden.

Der kommende Rat wird sich mit vielen Fragen beschäftigen. Ich möchte unterstreichen, dass meine Fraktion für eine schnelle Ratifizierung des CETA ist, so wie es der Kommissionspräsident beschrieben hat, und dass wir auch bei der flexiblen Solidarität an seiner Seite stehen und jetzt diesen gordischen Knoten durchschlagen müssen. Ich will aber heute vor allem auf zwei Schwerpunkte eingehen:

Der Erste ist der Brexit. Theresa May wird das erste Mal da sein. Wir hatten als Europäische Union Cameron ein großes Angebot gemacht. Das wurde abgewiesen, und jetzt brauchen wir Klarheit. Wir haben beim Tory-Parteitag gelernt, dass nächstes Frühjahr der Antrag gestellt werden muss. Das ist gut, weil dann bis 2019, vor den Europawahlen, die Sache geklärt werden kann. Aber ich möchte auch Klarheit schaffen, dass für uns als EVP-Fraktion bei diesen Gesprächen die vier Grundfreiheiten Europas nicht zur Debatte stehen. Es kann nicht sein, dass Lastwagen die Grenzen überschreiten, aber die Bürger an diesen Grenzen aufgehalten werden.

(Beifall)

Die Strategie von Nigel Farage – er ist ja heute nicht einmal mehr da, Gott sei Dank, würde ich fast sagen – hat dazu geführt, dass Großbritannien heute nicht mehr zweitstärkste Volkswirtschaft der Europäischen Union ist, sondern drittstärkste Volkswirtschaft, weil das britische Pfund über 10 Prozent an Wert verloren hat und die Ratingagenturen Großbritannien um zwei Stufen herabgestuft haben. Nigel Farage ist sehr teuer für die Briten, dass muss man festhalten.

Was mich am meisten umtreibt, ist die Arroganz, die wir leider Gottes auch von Teilen der britischen Regierung erleben. Ich möchte darauf verweisen, dass sich in Bratislava 27 Staats- und Regierungschefs verabredet haben, in der Verteidigungspolitik Europas voranzumarschieren und mehr zu tun. Eine Woche später fand der Verteidigungsministerrat statt, und da stellt sich der britische Verteidigungsminister hin und sagt: Solange wir Briten Mitglied sind, werden wir jede Initiative zur Verstärkung dieser Zusammenarbeit blockieren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein arrogantes Verhalten der britischen Regierung. Wenn man hinaus will, dann soll man bitte nicht die weitere Vertiefung der Europäischen Union blockieren.

Wir haben seit George III. wahrscheinlich keine Regierung, die weniger Plan hat, wie sie mit der Situation umgehen soll, und deswegen hoffe ich, dass Theresa May bald mit ganz konkreten Vorschlägen um die Ecke kommt.

Das Zweite, was ich ansprechen will, ist Syrien. Wir stehen fassungslos vor einer menschlichen Tragödie. Die Barbarei: 300 000 Menschen jetzt in Aleppo eingeschlossen, Zehntausende von Kindern, die dort unter Bombenterror leben müssen. Seit der Belagerung von Sarajevo sehen wir nicht mehr so viele menschliche Geiseln auf einmal in einer Stadt zusammengepfercht, und das Resultat sind immer mehr Flüchtlinge. Wer ist verantwortlich? Wir wissen das: Assad, der Massenmörder seines eigenen Volkes, und natürlich Putin, der bombardiert, der russisches Militär dort einsetzt. Ich möchte mal die Frage stellen: Wo sind eigentlich heute in Europa die Massendemonstrationen der Friedensbewegung, angesichts dieses Wahnsinns den Putin dort verursacht? Wenn die Amerikaner dort bombardieren würden, dann wären die Straßen in ganz Europa voll. Deswegen bitte ich, auch einmal klar den Finger in die Wunde zu legen, dass Putin das größte Problem ist und Russland verantwortlich ist für diese Entwicklung.

(Beifall)

Der Europäische Rat muss das aufgreifen und kritisieren, er muss die Humanität in den Mittelpunkt schieben, er muss Ideen liefern, wie wir den Menschen vor Ort helfen können. Aber politisch ist klar, dass das *appeasement* gescheitert ist. *Appeasement* in Richtung Russland ist gescheitert. Putin bombardiert heute mit bunkerbrechenden Waffen gegen Zivilisten, und jeder hier im Haus und jeder im Europäischen Rat muss verstehen, dass Putin so lange kein Partner sein kann, wie er glaubt, dass Waffen Politik machen können. Wir müssen versuchen, diesen Wahnsinn zu stoppen. Schließlich muss man sich auch einmal vergegenwärtigen, wer die Handlanger in Europa für Putin sind. Nigel Farage sagte: „Putin ist ein Staatsmann, den er am meisten bewundert", und Marine Le Pen sagte: „Putin kann die christliche Zivilisation retten". Das waren die Aussagen von den Rechtspopulisten in Europa. Bei Marine Le Pen kann ich es noch verstehen, weil sie von Putin finanziert wird – deswegen muss man zwischendurch auch positive Sachen über seine eigenen Geldgeber sagen. Aber wahre Patrioten, wahre Vertreter der europäischen Nationen, wahre Vertreter der europäischen Patrioten sind keine Handlanger von Putin, so wie Sie das sind.

Deswegen ist die Bitte an den Europäischen Rat, die humanitären Initiativen zu ergreifen, und ich würde sogar so weit gehen, dass der Europäische Rat auch Geschäftemacherei mit Putin aktuell in Frage stellen muss. Ich glaube nicht, dass ein Nord-Stream-II-Projekt aktuell in die Zeit passt, dass wir nicht mit Russland Geschäfte machen können in der Zeit, wo Russland in Aleppo Zivilisten bombardiert. Ich glaube, wir als EVP stehen zu dem Ansatz, dass wir Humanität praktizieren, und wir wollen den Handlangern von Putin in Europa die Stirn zeigen.

Gianni Pittella, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io considero Bratislava un'occasione perduta, al netto della considerazione, di cui mi compiaccio, che ha avuto il Presidente Juncker. Intanto, mentre Bratislava rimaneva silente, il Primo ministro inglese, la signora May, annuncia che la notifica del recesso britannico avverrà forse a marzo, prima doveva essere a settembre, poi a dicembre, forse a gennaio, ora forse a marzo, sempre forse. Nel frattempo, la cosa più grave è che annuncia che il Regno Unito ripudierà unilateralmente tutto il diritto derivato dalla legislazione europea, con danni gravissimi per i cittadini extra britannici che vivono nel Regno Unito.

Se il buongiorno si vede dal mattino, la signora May nei suoi rapporti con i partner europei non poteva iniziare peggio. Ma noi dobbiamo fare le cose nostre, quello che dobbiamo fare noi. Dobbiamo dare un segnale di cambiamento. Io confermo il mio apprezzamento sincero per la relazione sullo stato dell'Unione che il Presidente Juncker ha presentato in quest'Aula. Servono segnali che riguardano la vita dei cittadini. Sul piano economico bisogna aprire una stagione di politica espansiva. I bilanci nazionali per il 2017 siano ambiziosi, altrimenti l'Europa sprofonda di nuovo in recessione. Si faccia una politica industriale vera, perché l'Europa non può essere al servizio di multinazionali come la Caterpillar, senza patria, che ricattano i lavoratori e li licenziano dopo aver distribuito dividendi agli azionisti, come avviene in queste ore in Belgio e in Francia con Alstom. Si lotti contro l'evasione e la frode fiscale, che sono le principali nemiche,

non di noi socialisti, ma di tutta l'Unione europea.

Per quanto riguarda l'immigrazione, quando si gioca con le paure si finisce col venirne travolti, come dimostrano le notizie giunte dall'Ungheria. Come un apprendista stregone, il referendum di Orban da tentato plebiscito è diventato la sua sconfessione. La sconfitta di Orban ci dice di andare avanti col sistema europeo di asilo e di immigrazione e, come ha ricordato il Presidente Juncker, di rimettere in agenda e di andare avanti sull'accordo di partnership con l'Africa, su commercio e sussidi.

Per quanto riguarda il commercio, signor Presidente del Consiglio, concordo sul fatto che il commercio è motore di crescita, ma noi dobbiamo evitare il dumping. Il commercio internazionale va bene ma senza dumping. Noi non possiamo ridurre gli standard di vita, di lavoro, sociali, ambientali e sanitari dei cittadini europei. Per noi questa è una condizione imprescindibile. Sono stati fatti passi avanti sul CETA, abbiamo e rimaniamo fortemente dubbiosi sul TTIP e confermiamo il nostro no alla concessione dello status di economia di mercato alla Cina.

Con riferimento alla Siria, ritengo che sia un crimine contro l'umanità. Non si possono bombardare ospedali e scuole e uccidere medici, giovani, ragazze, bambini e donne innocenti senza alcuna motivazione. Bisogna assolutamente pervenire a un immediato cessate il fuoco e consentire un immediato e incondizionato accesso agli aiuti umanitari.

Syed Kamall, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, let me start actually by responding to a couple of points that Gianni Pitella made. Gianni said that the British Government had decided to repeal all EU legislation. Actually what they have decided to do is to transpose, in simple terms, EU legislation to make it stable in UK law. When the UK leaves the EU then you can actually start unpicking the law that has been transposed from the EU into the UK. I would ask you to be factually correct in these debates, especially if we are going to have an atmosphere of good cooperation to get a deal that is good for the EU and the UK at the end.

Secondly, I have to say I do agree with you that Bratislava was a wasted opportunity because if the Bratislava Summit was supposed to show the EU united and reconnecting with the people, then surely it was nothing short of an own goal: EU leaders meeting in a fortress, taking a lunch on a private yacht, followed by the Italian Prime Minister pulling out of a press conference, frustrated that other leaders had failed to agree anything of substance. Perhaps the only difference between this summit and the others that have come before was that this time you could not really blame the UK for the failure to achieve any kind of agreement.

When I saw reports of something not going very far, going round in circles for fear of being grounded, I wondered if they were talking about the summit itself, but it turns out they were talking about the yacht on which the leaders had their lunch. So if we are to truly fix what is broken, if we are to truly offer answers where the public has questions, if we are to truly show strength where there is currently weakness, then the next summit must achieve real results. The leaders of EU countries must show that they can lead because at the moment all the leaders can see is EU leaders pursuing yesterday's European project rather than addressing today's concerns.

We all need answers to the big questions: solving the migrant and refugee crisis, encouraging businesses to create more jobs, tackling internal and external security threats. Yet what emerges from this Chamber? Politicians shouting 'no' to austerity, politicians proposing free interrail passes, politicians protesting against trade with the US, full of slogans but bereft of action. We need to show our citizens in all our countries that we understand their concerns.

So when our citizens ask for fair but controlled immigration, let us be tough on those that attempt to jump the queue over others applying through legal migration channels, but compassionate to those who deserve our shelter, returning those who are not fleeing persecution or war.

When citizens of all the countries worry about an increasingly arrogant Russia, let us use fewer carrots and more sticks, speaking out on behalf of those Member States that share a border with an increasingly intimidating neighbour, showing Russia that their actions do not come without consequences. As Manfred Weber said, we believe we should be tough and that sanctions should not be lifted until the Minsk Agreement is implemented.

When the citizens of all our countries worry about a lack of jobs, let us remove the red tape holding back entrepreneurs from creating those jobs. Let us sign a trade agreement that offers businesses in all our countries new opportunities. Let us send a clear signal that we are open to trade with Canada and then other countries.

With every summit, with every meeting, we edge closer and closer to the next elections. At best, the EU has a record that shows it ploughed on with more of the same; at worst, that it pushed on with policies that failed. But it is a situation that needs fixing. It is a situation that the ECR Group of MEPs from 18 countries believes can be fixed, if only we were to take a new direction. The results of referenda in Denmark, Netherlands, and the UK show all of us that it cannot be business as usual but neither does it mean that there is not business to be done. Where past summits have failed to meet expectations, let us hope the next summit offers all of us solutions.

Der Präsident. – Bevor ich das Wort jetzt dem Vorsitzenden der Fraktion der Liberalen, Herrn Verhofstadt, erteile, gestatten Sie mir eine kurze Bemerkung.

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, first of all I would like to say to Mr Kirkhope: good luck in the House of Lords. I am pretty sure that we shall have a good defender of the European Union in the House of Lords from now on.

Václav Havel, who was at that moment the Czech President, warned in a speech in this House, I think it was in 1994, that Europe could 'fall into the hands of a cast of fools, fanatics, populists, demagogues, determined to promote the worst European traditions.'

Havel would have turned 80 today, but I think that his warning is more relevant than ever and I would say to you, President, and also to the President of the Commission, that the challenges of the next European Council are proof of that.

I have, in fact, the same priorities as Manfred Weber has already put on the table. I think you have to talk about the tragedy in Syria. I cannot imagine that you return to your capitals after this European Council without decisive action on what is happening in Aleppo and it will not be sufficient, only to say 'we are going to liberate EUR 25 million in humanitarian aid', because you know very well today that it is even impossible to transfer this aid to the poor people in Aleppo. You will need to do other things, more difficult decisions to take, on eventual sanctions against Putin and Assad and on eventually installing a no-fly zone above Aleppo. Otherwise, this tragedy will continue and that is, I think, the first priority we have for this European Council. I can only imagine a situation where you go back and say 'yes, that is for Ms Mogherini and we have nothing to say about this.'

My second priority is, and that is another point that Manfred Weber did not mention but I will mention it, is finally fixing the cracks in our financial foundations. It is now eight years that we have been discussing this and that we have not definitely cleaned up the financial mess in Europe. That means two things: a fully-fledged Banking Union. We do not have that for the moment. Secondly, economic governance, which is far better than a stability pact – let us be honest – that is never applied, from Greece to Portugal. It is no better in the north of Europe. We have problems with Greek banks, Irish banks, Spanish banks, Portuguese banks, Italian banks, Cypriot banks, Belgian banks, Dutch banks and now it is Deutsche Bank that is on the brink, creating further uncertainty and prolonging, in fact, the credit crunch in Europe. I remind you that the US, immediately after the financial crisis, put USD 400 billion in their system. They cleaned up the banking sector and every penny has been paid back since they did that. What we are doing in Europe is still debating, in fact, a Banking Union, we are still debating an economic governance system, and my plea to the Presidency of the European Council is that finally, in the European Council, work be done, that the Five Presidents report be approved. It is a fundamental mistake, Mr President, to think that we can get rid of it. That is the second priority, in my opinion, for this European Council.

The third priority for the European Council is, I think, dealing in fact with the UK decision to leave the Union. I think it is impossible that you say nothing about it, and I think that you have to respond to the announcement by Prime Minister May. In my opinion, you have to say four simple things: first, no pre-negotiations – we can only start negotiations after the triggering of Article 50; secondly, negotiations need to be finished before the next European election – I cannot imagine that Mr Farage coming back to this Hemicycle; thirdly, the new EU relationship with the UK needs to be a close one, not only in our interest, but also in the interest – I should say – of the 48% of British citizens that have voted to remain, and let us not forget that; finally, whatever the new relationship will be, it can never infringe on our four fundamental freedoms.

My conclusion is clear: Europe and European values will never be up for negotiation.

Gabriele Zimmer, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident! Herr Juncker, ich hatte schon vor zwei Wochen oder vor drei Wochen den Eindruck, dass die Rede zur Lage der Union eher an den Rat gerichtet war als an uns als Parlamentarier. Ich glaube, Sie haben das heute indirekt auch bestätigt. Sie wollten den Rat dazu bringen, endlich zu verstehen, dass er sich auf gemeinsame, auf solidarische Grundlagen berufen, zu ihnen zurückkehren und damit aufhören muss, dass jeder sein eigenes Süppchen innerhalb des Rates, innerhalb der Europäischen Union kochen will.

Dass das gelungen ist, glaube ich nicht. Es wird sich nicht nur an der Frage zeigen, inwieweit die Europäische Union sich einig ist, eine militärische Kooperation zu vertiefen – was aus meiner Sicht der falsche Weg ist –, sondern es wird sich vor allem zu Beginn des nächsten Jahres zeigen, wenn es nämlich darum geht, dass anlässlich des 60. Jahrestages der Unterzeichnung der Verträge von Rom die Frage steht, ob die Europäische Union und vor allem die Mitgliedstaaten bereit sind, endlich zu einer sozialen Union zurückzukehren – nicht zurückzukehren, sondern sie endlich aufzubauen, endlich zu akzeptieren, dass es ohne sie keine Europäische Union geben wird, die eine Zukunft hat. Das ist der eine Punkt, den ich ansprechen möchte.

Dazu gehört auch, dass, wenn der Rat jetzt beispielsweise über die Fragen der Migration diskutieren will, auch darüber geredet werden muss, wie Mitgliedstaaten versuchen, genau diesen gleichen Verantwortungen auch für die Einhaltung der eigenen Werte auszuweichen und sie für sich neu zu interpretieren. Ich denke hier nur an das Referendum in Ungarn und die Ankündigung, dass Orbán das gescheiterte Referendum trotzdem umsetzen will. Dazu brauchen wir klare Aussagen auch des Rates.

Wir brauchen auch klare Aussagen, wie wir denn mit den Rechten von Frauen in Polen umgehen. Es kann ja wohl nicht sein – aber es zeichnet sich ganz klar ab –, dass eine Mehrheit im polnischen Sejm für ein totales Abtreibungsverbot stehen wird und das so entscheiden wird. Und wenn beispielsweise der Erzbischof Hoser von der Bioethik-Kommission des Episkopats erklärt, Abtreibung sei gleich Eugenik, dann zeigt das, in welche Richtung das geht. Hier ist auch die Europäische Union gefragt. Hier geht es nämlich um unsere Werte als Menschen, als Frauen insgesamt, und die gelten für alle und nicht nur in bestimmten Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Zum Handel: Ich möchte gern wissen, ob der Rat auch über das redet, was beispielsweise Herr Gabriel auf dem SPD-Kongress angedeutet hat, nämlich dass man nachverhandeln will, dass das beim CETA auch passiert. Oder was ist das für eine vorbehaltliche Zustimmung der SPD? Schließlich ist Herr Gabriel nicht nur SPD-Vorsitzender, sondern auch stellvertretender Bundeskanzler und Wirtschaftsminister in Deutschland. Was passiert da also jetzt?

Zu Russland: Die Sanktionen halte ich nach wie vor für falsch, und ich lasse mich deshalb trotzdem nicht in eine Reihe mit Putin stellen. Ich erkläre, dass die Bombenangriffe auf Aleppo ein Verbrechen sind, auch seitens Russlands, aber darüber hinaus gibt es weitere Verantwortliche. Und ich sage Ihnen nochmal: Bitte fallen Sie nicht auf die Taktik herein, Russland wieder zum Reich des Bösen zu erklären. Das hat uns noch nie etwas gebracht. Es hat uns noch nie etwas gebracht, wenn praktisch über Sanktionen, über Ausgrenzung, über diese Art von Politik wieder versucht wird, den Kalten Krieg zu mobilisieren und letztendlich wieder zu einem Wettrüsten zu kommen. Das ist die Angst, vor der wir stehen. Dazu haben wir uns zu verhalten, und da hat die Europäische Union auch eine besondere Verantwortung, genau jetzt nicht das Spiel im amerikanischen Wahlkampf zu übernehmen.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, comme la plupart d'entre nous, je n'ai jamais participé à un Conseil européen et je ne peux donc qu'imaginer à quoi pourrait ressembler celui qui va se tenir à Bruxelles en ce début d'automne 2016.

J'imagine 28 chefs d'État ou de gouvernement profondément secoués par les annonces de licenciements massifs à la Commerzbank, chez ING, chez Caterpillar, chez Alstom, surtout dans la perspective de cette nouvelle étude qui nous apprend que le taux d'emploi en équivalent temps plein en Europe plafonne à 75 % dans les pays qui affichent les meilleurs taux en Europe, pour tomber à 68 % en Allemagne ou à 53 % en Grèce. Je les imagine préoccupés par la lancinante progression des inégalités au sein de nos sociétés.

Je les imagine inquiets après une nouvelle année record pour les températures atmosphériques et, surtout, après un mois de septembre qui est le plus chaud dans l'histoire de l'humanité – en tout cas, depuis le début des relevés de températures.

Je les imagine horrifiés par les massacres perpétrés à Alep par l'armée d'Assad et par celle de Poutine, mais aussi par le décompte des morts en Méditerranée, qui risque de faire de cette année la plus meurtrière sur ce front-là. Comme je le disais, nous ne pouvons pas dire que l'accord UE-Turquie fonctionne.

Je les imagine réjouis d'apprendre que, si, avant l'été, un référendum a montré la progression des idées nationales populistes en Europe, un autre, après l'été, a montré qu'il restait au sein de nos sociétés des digues qui résistent. Mais pour combien de temps encore? Peut-être se rendent-ils compte que le pire n'est jamais sûr, pour autant que nous sachions nous ressaisir à temps.

Alors, j'imagine la tournure que pourrait prendre leur débat: ils pourraient se dire que, si le traité commercial avec le Canada peut profiter à quelques-unes de nos multinationales, cela pourrait bien être au prix de la perte nette de 200 000 emplois européens, d'une pression accrue sur nos agriculteurs, qui n'en peuvent déjà plus, et d'un nouvel accroissement du pouvoir des multinationales au détriment de la démocratie.

Sachant qu'une hausse des flux de commerce international va de pair avec une augmentation de notre empreinte écologique, ils pourraient conclure que, décidément, ce traité n'est pas la chose à faire. Ils pourraient décider qu'au lieu de cela, l'urgence est à l'accomplissement de notre marché intérieur encore bien imparfait, un marché où la concurrence fiscale et sociale céderait le pas à la coopération et à la convergence vers le haut.

Ils pourraient se mobiliser ensemble pour faire de l'investissement dans la transition énergétique le projet moteur de l'intégration européenne, car ils savent que c'est bon pour le climat, pour notre indépendance stratégique, pour notre balance des paiements, pour notre compétitivité industrielle et, évidemment, pour l'emploi.

Mais ils pourraient aussi se rendre compte qu'il y a urgence à repenser ensemble l'organisation du travail, notre fiscalité et notre sécurité sociale dans un monde où la révolution numérique libère toujours plus l'humanité du travail, et ce pour faire en sorte que les bénéfices de cette révolution industrielle ne soient pas confisqués par quelques-uns et ne laissent désormais personne au bord du chemin.

Ils pourraient arriver à la conclusion, Monsieur Korčok, que l'endiguement n'est pas la réponse aux défis migratoires, mais qu'une Europe riche est capable d'être une terre d'accueil et de refuge non seulement en préservant ses valeurs, mais en réalité pour leur être fidèle.

Chers collègues, tout cela est peut-être le fruit de mon imagination, mais je suis convaincu que, loin d'être un rêve, tout cela est possible à condition, bien sûr, de le vouloir. Cette volonté, chers collègues, était totalement absente à Bratislava et la question qui se pose donc est la suivante: cette volonté sera-t-elle présente à Bruxelles?

David Borrelli, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la politica dei migranti è un tema strategico che, se gestito con superficialità, può diventare un elemento dirompente per il processo di unificazione europea. Occorre che le Istituzioni inviino un segnale concreto di attenzione, attenzione alla vita di queste persone disperate ma soprattutto alle preoccupazioni dei cittadini europei, che percepiscono chiaramente l'incapacità dei loro leader nell'affrontare un simile fenomeno, facendo nascere la paura.

La soluzione non può prescindere da tre capacità: coraggio, equilibrio e rapidità. Ci aspettiamo che il prossimo vertice arrivi almeno a ciò. Dovrà anche dare una risposta alle sfide sul piano della politica commerciale. Quello che sta accadendo con il TTIP, il CETA e ancora di più con il MES alla Cina ci fa capire che non è più il tempo per decisioni prese da pochi solo nell'interesse di precisi poteri nazionali ed economici. Una politica commerciale deve essere un bene comune e può esserlo se reca benefici a tutti, se accoglie i bisogni di tutti.

Tante volte ci siamo chiesti dov'è su queste cose la capacità strategica del Consiglio, che non riesce a superare le sue divisioni interne sul rafforzamento degli strumenti di difesa commerciale e sulla tutela del «*made in*». Dov'è la capacità della Commissione di far valere l'esperienza e la forza negoziale di un'Europa che certo non è tra le ultime economie ed è sicuramente tra i modelli più avanzati di economia di mercato.

Oggi c'è il pericolo di mettere a rischio la nostra legislazione, le nostre imprese e i nostri lavoratori per l'incapacità di gestire dinamiche a livello globale non certo nuove né improvvise, il tutto condito dal fatto che spesso si è lavorato anche senza la necessaria trasparenza. Ma quando non si riesce in un compito si deve avere l'umiltà di chiedere collaborazione e questo vale anche per la Commissione europea. La trasparenza istituzionale non è un limite ma una forza per chi è capace di avere e condividere un progetto.

Marine Le Pen, *au nom du groupe ENF.* – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, j'entends ici certains dénoncer le traité transatlantique dans les médias, telles les girouettes qui sentent le vent tourner, puisque les peuples ont compris la réalité de ce traité transatlantique. Cela ne vous empêche pas, dans le même temps, de faire passer discrètement, au mois d'octobre, son petit frère, à savoir le traité entre l'Union européenne et le Canada.

Cet accord qui, comme son grand frère, d'ailleurs, va mettre en place une justice privée d'exception pour que les multinationales puissent attaquer les États. C'est évidemment honteux, indéfendable et totalement contraire à nos principes. Alors même que nos éleveurs sont déjà à l'agonie, vous allez, de surcroît, accentuer les pressions sur eux en les mettant en concurrence avec des éleveurs canadiens produisant 30 à 40 % moins cher.

Sur la crise des migrants, votre propre office de statistiques, pardon Eurostat, annonce que 30 % seulement d'entre eux viennent de Syrie. En tirez-vous une conclusion? Non, absolument pas. La politique irresponsable que vous menez nous amène toujours plus de migrants économiques, et vous n'avez rien trouvé de mieux que de distribuer des cartes bleues que vous allez offrir aux demandeurs d'asile en Turquie, ce qui va évidemment créer à nouveau un appel d'air irrépressible. Au moment où les peuples vous expriment pourtant, par tous les moyens, qu'ils ne souhaitent pas accueillir de migrants, vous les leur imposez contre leur volonté – mais cela, j'allais dire, vous en avez l'habitude.

Enfin, vous avez tout fait pour faire tomber le gouvernement de la Syrie en livrant ce pays à une terrible guerre civile. Vous vous défaussez aujourd'hui en accusant la Russie, qui lutte contre l'État islamique, de tous les maux mais, je vous le dis très clairement, ceci ne cache pas votre responsabilité écrasante et celle des maîtres néoconservateurs américains de M. Weber qui, depuis l'Irak, ont jeté cette partie du monde dans un chaos absolument épouvantable.

Monsieur Juncker, vous êtes totalement déconnecté de la réalité. Totalement! Vous nous apprenez que vous prévoyez 88 milliards d'investissement en Afrique, quand l'Union européenne s'appauvrit à une vitesse vertigineuse. Vous parlez de création d'emplois, mais vous oubliez juste de parler des destructions d'emploi qui, aujourd'hui, sont évidemment beaucoup plus importantes. Vous nous expliquez que le référendum hongrois est une victoire pour l'Union européenne, parce qu'il y aurait eu un taux de participation inférieur à 50 % alors que 95 % des Hongrois, voire même peut-être 98 %, ont clairement dit qu'ils ne souhaitaient pas de migrants.

Je vous rappelle, Monsieur Juncker, tout de même que, si je suis votre analyse, alors les Hongrois ont décidé de ne pas entrer dans l'Union européenne, puisque le référendum sur l'adhésion à l'Union européenne avait recueilli moins de participation que celui sur les migrants.

Quant à M. Weber – je ne parle même pas de ses déclarations, je ne parle pas des attaques monomaniaques contre M. Farage ou contre moi-même, on en a l'habitude, on n'y fait même plus attention, en l'occurrence –, j'évoquerai ses mensonges désespérés pour nous expliquer que la Grande-Bretagne va mal, alors que l'intégralité des indicateurs économiques de la Grande-Bretagne démontre que, dans cet après-Brexit, elle se porte beaucoup mieux qu'avant le référendum et beaucoup mieux que l'intégralité de nos propres pays, en l'occurrence.

Alors, c'est parce que vous êtes déconnecté de cette réalité que les peuples vous fuient. Ils vous tournent le dos, ils veulent larguer les amarres. C'est le cas des Grecs, c'est le cas des Danois, des Polonais, des Hongrois, des Néerlandais, des Italiens qui, demain, voteront par référendum sur la Constitution, qui sera aussi un référendum pour ou contre l'Union européenne, et ce sera le cas, je le souhaite, le plus rapidement possible, évidemment, des Français.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, κατά την επικείμενη σύνοδο του Συμβουλίου, οι αρχηγοί των κρατών θα ασχοληθούν και πάλι με σοβαρά θέματα. Με βάση όμως τη μέχρι τώρα συμπεριφορά της Ευρωπαϊκής Ενώσεως γεννάται το ερώτημα: έχουν τη θέληση να ασχοληθούν με τα θέματα αυτά με τρόπο ο οποίος εξυπηρετεί τα συμφέροντα των λαών τους; Και αν ναι, έχουν τη δυνατότητα να το επιτύχουν; Έχει, παραδείγματος χάρη, η Ευρωπαϊκή Ένωση τη δυνατότητα να υποχρεώσει την Τουρκία να σταματήσει να στέλνει παράνομους μετανάστες στην Ελλάδα; Έχει τη δυνατότητα η Ευρωπαϊκή Ένωση να εφαρμόσει την ποσόστωση στην κατανομή των μεταναστών σε όλες τις χώρες της Ευρώπης, ώστε να πάψει η Ελλάδα να αποτελεί ένα χώρο συσσώρευσης εξαθλιωμένων και δύστυχων ανθρώπων; Έχει τη δυνατότητα Ευρωπαϊκή Ένωση να υποχρεώσει την Τουρκία να αναγνωρίσει την Κυπριακή Δημοκρατία και να πάψει να την εκβιάζει; Έχει τη δυνατότητα και τη θέληση η Ευρωπαϊκή Ένωση να εφαρμόσει μια εμπορική πολιτική που θα παραμερίσει τις πολυεθνικές εταιρείες και θα στηρίξει τις βιομηχανίες, τα αγροτικά και τα γεωργικά ευρωπαϊκά προϊόντα; Θα αποδεχτεί άραγε την καταστρεπτική για τα συμφέροντα της Ευρώπης συμφωνία TTIP; Και τέλος, έχει το πολιτικό θάρρος να αναθεωρήσει τις σχέσεις της με την Ρωσία και να αναθεωρήσει την πολιτική που εφάρμοζε μέχρι τώρα και που οδήγησε σε αδιέξοδο τις σχέσεις των δύο χωρών, εις βάρος των συμφερόντων και των δύο; Θα δούμε σε λίγες μέρες εάν τελικά θα πρυτανεύσει η λογική ή θα υπερισχύσουν οι εμμονές και οι ιδεοληψίες.

Herbert Reul (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident, Herr Ratspräsident! In schwierigen Zeiten erwarten die Menschen von der Politik, dass sie Probleme löst. Da helfen keine Pläne, was so in 100 Jahren ist, da hilft aber auch nicht, was die letzten Redner gemacht haben: ewige Meckerei, wie schlimm die Lage ist, und das Problem immer noch zu vertiefen. Ich bin dem Kommissionspräsidenten extrem dankbar, dass er heute noch einmal konkrete Punkte benannt hat. Politik hat etwas damit zu tun, dass Politik auch konkrete Probleme löst. Und da kommt es jetzt darauf an, ob wir im Parlament – wir haben ja auch heute wieder 27 000 verschiedene Vorschläge gemacht – genau wie die Kommission oder wie der Rat es versucht, uns auf einige wenige zentrale Punkte konzentrieren und den Leuten durch politisches Handeln beweisen, dass wir sie gelöst kriegen. Zum Beispiel kann man bei der Flüchtlingsfrage darüber reden, was alles noch nicht geht. Man kann aber auch sagen. Das mit dem Türkei-Abkommen ist ja schon einmal ein toller Erfolg. Nicht Zehntausende sondern 86, das ist doch ein Fortschritt. Das heißt ja nicht, dass alles erledigt ist.

Und die Frage 2: Wie kann man dann in Europa zu einer Solidarität kommen, die heißt, jeder muss auch einige Flüchtlinge, einige Migranten aufnehmen? Vielleicht ist es auch richtig, wie der Kommissionspräsident gesagt hat, dass man da eine Flexibilität einbaut, damit alle mitgehen können. Wichtig ist aber, dass sich alle beteiligen an diesem Projekt.

Oder bei der Frage des Wachstums: Da nützt es doch nichts, hier über Industrie herumzumeckern, sondern da müssen konkrete Bedingungen gestaltet werden, damit Wachstum entstehen kann. Oder da muss man Ja sagen zu Handelsbeziehungen und Verträgen. Da kann man nicht ewig nur herummeckern, was da alles schiefläuft. Da muss man ganz konkret sagen: Wir machen das jetzt mal – beim CETA und auch bei anderen Verhandlungen. Ich fand den Hinweis, Herr Juncker, extrem hilfreich, was an Arbeitsplätzen entstanden ist durch das südkoreanische Handelsabkommen. So konkret ist Wirklichkeit, wenn es gemacht wird, und wenn nicht nur blöd herumgequatscht wird.

Dazu gehört für mich genauso die Frage, wie wir mit wirklichen Verletzungen von Menschenrechten oder dem Töten von Menschen in der Welt umgehen. Mich erbost zutiefst, dass es hier keinen Aufschrei gibt in diesem Laden über das, was da in Syrien passiert. Ich bin Manfred Weber und den anderen Kollegen sehr dankbar, dass sie das mal beim Namen genannt haben. Bei jedem Kram machen wir hier eine Gedenkminute. Da werden Hunderttausende abgeschlachtet, und wir sagen nicht, dass das so nicht weitergeht, und wir zeigen auch nicht den Russen die rote Karte. Was ist das denn für eine Moral, wenn man an dieser Stelle hier einfach so weitermacht, als wäre nichts passiert? Auch konkretes Handeln, Werte – davon kann man quatschen, oder konkrete Werte kann man konkret nachweisen, indem man auch handelt.

Ich erwarte mehr konkrete Handelspolitik und deshalb: Danke an den Kommissionspräsidenten.

Enrique Guerrero Salom (S&D). – Señor Presidente, al comienzo de su intervención, el señor Juncker subrayaba que, por primera vez, en Bratislava se ha celebrado el discurso del estado de la Unión; pues es importante que, a partir de ahora, no solamente se celebren los discursos, sino que se pongan en marcha las medidas propuestas por la Comisión.

Creo que, de Bratislava, lo poco salvable de la Declaración es el último punto. Ha llegado el momento de ejecutar aquello que ya hemos acordado. Eso es lo importante, porque lo que ha hecho el Consejo hasta ahora ha sido aprobar asuntos que posteriormente los Estados miembros han ignorado. Esto es mayormente importante en lo que se refiere a la emigración. Todo ha ido derivando hacia la seguridad; todo ha ido derivando hacia evitar que lleguen a nuestras costas o a nuestras fronteras los migrantes; todo ha ido derivado hacia asuntos que tienen que ver con cerrarnos hacia el exterior.

De acuerdo, hay que proteger las fronteras; de acuerdo, hay que dar una respuesta en los lugares de origen de donde se generan los refugiados y los migrantes para que no tengan que llegar a nuestras costas, pero tenemos que dar una respuesta interna, con solidaridad, con integración y con relocalización de aquellos que ya están con nosotros.

Respecto a la economía, hace mucho tiempo que el Consejo Europeo no se dedica a la cuestión económica, pero hace una semana alguien dijo que nos estamos habituando a un crecimiento demasiado bajo, por demasiado tiempo, en beneficio de demasiados pocos.

No estoy citando a nadie extraño: estoy citando a Christine Lagarde. Ayer, el Fondo Monetario Internacional señaló que nuestro crecimiento el próximo año será menor que el de este, y que el de este será menor que el del año anterior. Mientras no demos respuestas en creación de empleo, en crecimiento, en oportunidades a nuestros ciudadanos, absolutamente todas las crisis tendrán un fondo común: la insatisfacción respecto de los resultados que proporciona la Unión.

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Vicepresidente

Ryszard Czarnecki (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie Przewodniczący Komisji! Myślę, że przewodniczący Kamall miał rację, mówiąc, że w relacjach z Rosją trzeba więcej kija niż marchewki, gdyż ta marchewka urosła do wielkiej marchwi, a kij stał się małym kijkiem. Musimy szanować nasze własne słowa i stanowisko. Po tym, gdy Rosja zagarnęła Krym i de facto część wschodniej Ukrainy, nic się nie zmieniło. A jeśli mamy być poważnym partnerem, to powinniśmy być konsekwentni, także w tej kwestii. Gdy chodzi o kwestie imigracji, ta sprawa nie powinna i nie może nas dzielić. Możemy mieć różne poglądy, ale wypracujmy wspólne kompromisowe stanowisko. Byłoby źle, gdyby chwilowa większość narzucała chwilowej mniejszości w tej kwestii jakieś decyzje. Przed tym bardzo przestrzegam, apeluję w tej kwestii o solidarne stanowisko.

Sophia in 't Veld (ALDE). – Mr President, the Council has increasingly become the bottleneck of European decision-making. We all understand, of course, that it is not easy to reach an agreement between 28 governments, but it is your duty to act and to move forward. Not only European citizens have a right to expect determination, courage and vision from the Council – so do the people in Aleppo. I find it very difficult to explain to people in Aleppo that Europe is not acting because of treaty restrictions, national sovereignty and national electoral considerations.

The Council said that we need to end the uncontrolled migration flows. Absolutely, but not by creating Fortress Europe, not by making shady deals with unsavoury regimes – of which we know there are more in the pipeline, and you call them statements rather than deals – nor by ignoring the explosive situation in Lebanon and Jordan, but by working speedily on the adoption of a fully-fledged Community asylum policy. The Commission proposals are on the table, and Parliament is ready to work speedily.

I would like to know if the Council is willing to work with Parliament to make sure that we have a package in place before the summer. You have shown urgency when it comes to passing security measures, and I would expect the same sense of urgency in adopting the asylum package.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, lascia francamente sconcertati che in quest'Aula si possa definire l'accordo con la Turchia come un accordo che funziona. Noi valutiamo evidentemente il funzionamento di un accordo da quante persone non arrivano nell'Unione europea, senza chiederci che fine fanno quelle persone che, con ogni probabilità, avrebbero diritto a vedersi riconosciuto il diritto d'asilo. Noi non ci chiediamo che cosa fa il governo Erdogan quotidianamente con la repressione in Turchia e con la strage a danno delle donne e degli uomini curdi. Io credo che tutto questo sia vergognoso e noi non smetteremo di chiedere che vengano invece finanziati corridoi umanitari.

Veniamo alla politica commerciale. In quest'Aula eravamo in pochi a dire che il TTIP andava bloccato, mentre fuori da quest'Aula eravamo in molti a dire che il TTIP era pericoloso. Ora, finalmente, se ne dovrà rendere conto anche la Commissione europea. Ma cosa facciamo? Ratifichiamo la COP21 e poi invece ratifichiamo trattati come il CETA che contengono clausole sulla *energy neutrality*. Io trovo sia una grandissima contraddizione. Numerosi studi ormai dicono che il CETA comporterebbe la perdita di 200 000 posti di lavoro nella sola Europa. Allora bisogna fermare il TTIP, bisogna fermare il CETA, perché questa politica commerciale va soltanto a danno delle lavoratrici e dei lavoratori dell'Unione europea e non solo.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident, Herr Ratspräsident! Ich bin sehr einverstanden, Herr Juncker, wenn Sie sagen: Wir brauchen ein konkretes Programm. Wir haben ein konkretes Programm! Aber wenn ich dann Herrn Korčok höre, drängt sich mir auf: Er scheint keine Ahnung zu haben, was damit gemeint ist. Ich höre eine dröhnende, dreifache Leere: Orientierungslosigkeit, Ideenlosigkeit und Antriebslosigkeit.

Es liegt doch auf der Hand, dass wir, um den Bürgern der Europäischen Union wieder Vertrauen in diese Union zu geben, endlich tatsächlich diesen Schritt von der falschen Austeritätsorientierung zu einer Investitionsorientierung hinkriegen müssen, um den wir schon so lange ringen. Wir ringen seit zwei Jahren, seit Sie im Amt sind, Herr Präsident, um genau diesen Paradigmenwechsel. Das gehört mit zentral auf die Agenda unserer konkreten Programmatik. Und dazu gehört natürlich – Sie haben Recht –, die innere und äußere Sicherheit gemeinsam zu verstärken. Dazu gehört, weiter verlässlich vorzugehen gegen Steuerprivilegien und Steuerhinterziehung. Dazu gehört, dass wir uns nicht zufriedengeben, Herr Weber, mit 19 % Jugendarbeitslosigkeit. Und dazu gehört die Flüchtlingspolitik.

Das ist alles einfach zu beschreiben. Aber ich glaube, wir werden das nur hinkriegen, wenn wir in der Lage sind, die Leitidee, die Sie in Ihrer Rede zum *State of the Union* formuliert haben, tatsächlich mit ganzem Herzen anzunehmen, nämlich dass es um die Verteidigung des europäischen *way of life* geht. Den müssen wir nach innen und nach außen verteidigen. Das ist die gemeinsame Leitidee. Ihn nach innen zu verteidigen, heißt zum Beispiel, zur Verteidigung von Frauenrechten anzutreten, wo das in Polen notwendig ist. Und ihn nach außen zu verteidigen, heißt, Herr Weber, dass man jetzt nicht auf irgendwelche anderen Leute schimpft, sondern dass man gemeinsam dafür sorgt, dass wir nicht mit Nord Stream 2 Putin zusätzliches Geld in die Kasse schaufeln, mit dem er in Syrien weiter Krieg führen kann. Lassen Sie uns dieses Projekt Nord Stream 2 gemeinsam stoppen!

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Richard Sulík (ECR), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Herr Bütikofer! Sie beklagen die Austeritätspolitik, die man abschaffen sollte, und stattdessen wollen Sie Investitionen. Wir haben doch das Juncker-Paket: 315 Milliarden. Davon wurden bereits mehr als 100 Milliarden investiert. Und wir haben auch die südlichen Länder, die machen doch alle Schulden. Herr Juncker ist da sehr nachsichtig mit Spanien, Portugal, Frankreich – alle sind bei mehr als 3 % Defizit.

Meine Frage: Warum funktioniert das dann nicht? Was wollen Sie noch mehr investieren und weniger sparen?

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Ich glaube, Sie erliegen einem Missverständnis, Herr Kollege. Wenn ich von Investitionen rede, rede ich an erster Stelle gar nicht nur von öffentlichen Investitionen, sondern insbesondere auch von privaten Investitionen. Und wir müssen dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen vernünftig gesetzt werden, damit diese privaten Investitionen in den Umbau unserer europäischen Ökonomien in Richtung einer effizienten, ökologisch innovativen und insgesamt wettbewerbsfähigen Wirtschaft zustande kommen. Ich glaube, dass dafür die Rahmenbedingungen jetzt nicht in dreißig Sekunden beschrieben werden können, aber dass da noch manches fehlt. Ich habe ausdrücklich den Präsidenten für seine Initiative gelobt. Aber wenn man in die Mitgliedstaaten schaut, muss man doch feststellen, dass dort nach wie vor die Botschaft nicht angekommen ist. Berlin ist eine der Hauptstädte, die es nach wie vor nicht begriffen haben.

Rolandas Paksas (EFDD). – Pone pirmininke, tik keletas pastebėjimų. Pirmas – dėl migrantų. Šiandien akivaizdu, kad kvotų politikos Europos valstybių žmonės nepriima. Ir Vengrija, nepaisant to, kaip vertintume referendumo rezultatus, migrantų nepriims, kaip ir dalis kitų Europos Sąjungos valstybių. Ar Europos Parlamentas ir Vadovų Taryba suras drąsos pripažinti, kad kvotų politika patyrė absoliutų fiasko? Ar užteks ryžto suprasti, kad vienintelė efektyvi priemonė prieš migraciją ir su ja ateinančioms problemoms spręsti yra išorės sienų ir vidaus sienų kontrolė? Antra – dėl Amerikos ir Europos Sąjungos sutarties. Nei Prezidento pavardė, nei rinkimų kampanijos terminai negali būti pretekstu užsimerkti prieš sutartį, kuri Europos žmonėms atvers nesaugaus maisto, chemijos ir kitų produktų eksportą į jų valstybes. Raginimai spartinti derybas, kuriose šalių siekiai kol kas diametraliai priešingi ir dėl kurių į kompromisą neina nė viena šalis, yra dar vienas neatsakingas politikos pavyzdys, kurių šiandien turime apsčiai. Ir trečia – dėl ateities. Dialogas ir tiktai dialogas yra būtina sąlyga tolesnei Europos Sąjungos egzistencijai. Čia aš kalbu ne vien tiktai apie minėtą sutartį. Dialogas, o ne konfrontacija būtina ir po Vengrijos, ir po Didžiosios Britanijos referendumų. To dialogo ne mažiau reikia Amerikai ir Rusijai nutraukus derybas dėl galimo taikos proceso Sirijoje. Būtent dialogo iniciatorė šiuo aspektu turėtų tapti Europos Sąjunga, pabandydama abi puses susodinti prie trišalių ar keturšalių derybų stalo.

(Kalbėtoja sutinka atsakyti į pakėlus mėlynąją kortelę pateiktą klausimą (Darbo tvarkos taisyklių 162 straipsnio 8 dalis)

Liisa Jaakonsaari (S&D), *sinisen kortin kysymys*. – Te puhuitte maahanmuutosta, mutta yleensä sekoitetaan turvapaikkakriisi ja pakolaiskriisi ja Euroopan sisäinen vapaa liikkuvuus, jota itse pidän tärkeänä.

Oletteko valmis edistämään Euroopan sisäistä maahanmuuttoa esimerkiksi niin, että lähetettyjä työntekijöitä koskeva direktiivi saadaan voimaan eikä ihmisille tule sellaista tunnetta, että liikkuvuuden myötä myös työvoiman polkumyynti lisääntyy? Oletteko valmiita etsimään näitä lääkkeitä?

Rolandas Paksas (EFDD), *atsakymas į pakėlus mėlynąją kortelę pateiktą klausimą*. – Dėkui už klausimą. Be abejo, laisvas žmonių judėjimas yra viena iš keturių Europos sudėtinių laisvių ir aš manau, kad tai yra teigiama sąvoka, bet aš nematau ribos ir nematau galo, kad galima būtų priimti tuos dešimtis arba net daugiau milijonų žmonių iš kitų valstybių, kuriose mes nieko nedarome, kad kiltų ginkluoti konfliktai ir žmonės iš savo šalies turėtų bėgti.

Marcel de Graaff (ENF). – Op de agenda van de Europese Raad staat opnieuw het onderwerp migratie, en terecht. De migratie maakt de lidstaten kapot. Het vernietigt onze cultuur, onze welvaart en onze fysieke veiligheid.

Met de migratiestroom zijn duizenden jihadisten meegekomen. Deze soldaten van Allah wachten als slapende cellen op het sein om in de EU vernietigende aanslagen te plegen. Inmiddels is ook duidelijk dat deze terreureenheden over oorlogswapens beschikken.

De Europese Raad moet luisteren naar Viktor Orbán. Hij onderkent het gevaar en hij verdient onze volledige steun en navolging. Daarom moeten de EU en de lidstaten de volgende effectieve maatregelen nemen: Frontex moet stoppen als veerdienst om jihadisten en andere migranten op te halen in Noord-Afrika, de binnen- en buitengrenzen moeten volledig worden gesloten voor deze invasie en de binnengedrongen kolonisten moeten zonder pardon worden teruggestuurd.

Krisztina Morvai (NI). – Juncker Úr! Kedves kollegák! Mi is történt közjogi értelemben Magyarországon? A magyar kormány úgy döntött, megakadályozza, hogy az Európai Unió az országgyűlésünk felhatalmazása nélkül migránsokat telepítsen a hazánkba. Ezt keresztülvihette volna a jogalkotáson, minimális ellenzéki támogatással. Beiktatott egy „checks and balances”-t, egy hatalomkorlátozó elemet, egy népszavazást. És azt mondta, ha a nép mégis úgy gondolja, hogy az Európai Unió migrációs politikáját kívánja támogatni, akkor a jogszabályi kötelezettséget magára vállalva visszakozik és nem hozza meg az eredetileg elképzelt jogszabály-módosítást, alkotmánymódosítást. Itt lett volna jelentősége az érvényességi küszöbnek, ha tudni illik több, mint 50% elment volna, és többségében igent mond az Európai Unió migrációs politikájára, akkor a jogszabályok alapján köteles lett volna a magyar kormány tartózkodni az eredeti elképzelésétől.

De nem ez történt, hanem hatalmas politikai felhatalmazást kapott arra, hogy szembemenjenek Önökkel, úgyhogy szíveskedjenek ne félreérteni a helyzetet. Magyarország elindított egy olyan utat, ami meg fogja változtatni az Önök elképzeléseit, és Európa szabad és független marad, mert Magyarország szerető.

Janusz Lewandowski (PPE). – Panie Przewodniczący, panie i panowie ministrowie, komisarze! Zacznę od reakcji na słowa pani Le Pen, która powiedziała, iż Polska odwraca się od Unii Europejskiej. Jeśli ponad 80 % Polaków niezmiennie, stale i twardo opowiada się za Unią Europejską, to znaczy, że pani Le Pen (już nieobecna) oderwała się od rzeczywistości.

Każdy szczyt Unii Europejskiej w czasie odpływu wiary w sens bycia razem, kryzysu zaufania i powrotu lęku o przyszłość to jest zarówno szansa na odbudowę zaufania, jak i ryzyko ujawnienia i pogłębienia podziałów. Zatem jest to bardzo poważny egzamin odpowiedzialności europejskich liderów nie tylko za komunikat na kraj, który jest typowy: „Ile wywalczyłem, jak dzielnie walczyłem o narodowe interesy?", ale także: „Jaką wspólną receptę europejską znalazłem na wspólne problemy, które przerastają możliwości pojedynczego kraju?" I chodzi o konkret, a nie o kolejne *political announcements*.

Agenda tego najbliższego szczytu doskonale ilustruje zarówno szansę, jak i pokusę ujawnienia różnic w takich dziedzinach jak migracja, handel, stosunki z Rosją. Oczywiście najtrudniejszym polem znalezienia europejskiego kompromisu jest migracja, bo tu są największe spustoszenia, tu najbardziej ksenofobia i populizm rządzą, zarządzają ludzkimi lękami i emocjami. Trzeba tutaj najbardziej konkretu, który buduje wspólne europejskie poczucie bezpieczeństwa. Na warsztacie są sprawy, które nie budzą żadnych kontrowersji: pomoc dla Bułgarii czy układy z krajami trzecimi, ale na przykład ten automatyczny system realokacji uchodźców to chyba nie jest droga do znalezienia wspólnego europejskiego rozwiązania.

Na koniec słowo o Rosji. To niestety, Szanowna Pani Zimmer, jest znowu imperium zła. Mówię to z żalem jako miłośnik muzyki i literatury rosyjskiej. Kogo nie przekonuje Donbas, Gruzja, Krym, tego powinna przekonać Syria.

Maria João Rodrigues (S&D). – Mr President, we know very well that the European Union needs a better roadmap, providing better European solutions. This Parliament was able to adopt a strategic resolution with a clear outline of these better European solutions. We also recognise that President Juncker, in his State of the Union speech, delivered a promising perspective on how to build up these better European solutions. Nevertheless, we have to say that the roadmap which was sketched out in the Bratislava summit was behind and below what is really needed.

We need to be clear on the scope of better European solutions. When it comes to migration, we need to have European borders and we need to go to the root of the problems, but we also need to host and distribute refugees. We cannot just ignore this: the problem is still there. Secondly, when it comes to trade, we do of course need to be open to trade, but we also need to protect our social standards. Most of all, when we put forward better European solutions to cope with the external challenges, we need to take care of the internal economic and social cohesion of Europe. This has to do with growth, jobs, investment and completing the economic and monetary union in such a way that we again have upward convergence. If we do not tackle this problem, we do not have the necessary conditions to move forward with citizens supporting the European Union. So I very much hope that you can use the next meetings of the European Council to put Europe on the right track regarding this better roadmap.

Ulrike Trebesius (ECR). – Herr Präsident! Wir werfen zurzeit alle möglichen Gruppen von Menschen in einen Topf und nennen sie Migranten. Dazu werden Bürgerkriegsflüchtlinge, Armutsmigranten, aber eben auch qualifizierte Arbeitnehmer gezählt. Wir brauchen dringend eine klare Abgrenzung dieser Begrifflichkeiten, die dann auch politisch angewandt werden müssen. Bei den Bürgerkriegsflüchtlingen muss Europa selbstverständlich helfen, aber nicht so, wie es aktuell geschieht. Die jungen Männer, die den Weg nach Europa geschafft haben, werden als Flüchtlinge anerkannt. Wäre es aber nicht menschlicher, wenn die EU sich um die wirklich Bedürftigen – Frauen, Kinder, Alte und Kranke – kümmern würde und nicht so sehr um die Menschen, die sich ihren Weg nach Europa entgegen den Gesetzen erkämpft haben?

Wir müssen einsehen, dass Russland die Assad-Regierung nicht fallen lassen wird. Es gibt auch keine moderaten Rebellen, die an einem demokratischen Nachkriegssyrien interessiert wären. Ein militärischer Sieg irgendeiner Seite gegen das Assad-Regime würde also auch keinen Fortschritt bringen. Es wäre sinnvoll, dass sich die EU auf ihre diplomatischen Traditionen besinnt, das Gespräch mit Russland nicht abreißen lässt und sich hier von Russland einen Vorschlag unterbreiten lässt, wie eine syrische Nachkriegsordnung aussehen könnte.

Pavel Telička (ALDE). – Mr President, I have a few points of reaction. The agenda for the European Council is right, but if we look at migration we will want to see what the progress really is, and next time we would like to listen to the evaluation of the progress and the timetable. I do not think we will be credible with common defence if we are not able to implement what we have decided and if we are not able to decide what the Commission has proposed, and that is of course still subject to debate. Second, on trade: yes to TTIP, yes to CETA, and – as Jean-Claude Juncker has said – yes to defence instruments. We need to upgrade those so yes, we need to be defensive on dumping steel, but there are solid arguments for CETA and TTIP to go ahead. Finally, on Russia: we will have a strategic debate. We would like to see a strategic debate, but I do not want to see the yellow card that has been mentioned. Too many yellow cards – Mr Putin does not understand yellow cards. We want to see a red card, and then, when he reflects, he may come back to the game again. But I think that we need to show that we have a clear conception, we have a clear strategy, and what is happening today in Syria is totally unacceptable in the civilised world.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). – Señor Presidente, la Comisión y el Consejo pretenden que el CETA, el Acuerdo que han negociado la Unión Europea y Canadá, entre en vigor y empiece a aplicarse antes de que se haya votado en cada uno de los Estados de la Unión Europea, es decir, primero disparan y luego preguntan.

El CETA, al igual que el TTIP, no es un tratado comercial, sino que es un tratado para alterar nuestra legislación, nuestros derechos laborales, los estándares sanitarios y medioambientales; que afectará gravemente al sector agrario, a las pequeñas y medianas empresas y que además establece un sistema de arbitraje que sitúa a las multinacionales por encima de los Parlamentos. Casi nada.

Frente a este asalto a la democracia y a nuestros derechos, a nosotras nos van a encontrar en esta Cámara diciendo «no» al CETA; pero, sobre todo, nos van a encontrar en las calles, organizadas en este otoño en resistencia.

Jordi Sebastià (Verts/ALE). – Señor Presidente, he oído al representante del Consejo decir que debemos reducir la cantidad de «migrantes irregulares», y ha utilizado esta expresión; y luego al señor Juncker decir que el acuerdo entre la Unión Europea y Turquía está funcionando.

¿Qué significa esto? Significa que las barreras físicas, las barreras policiales, las barreras legales que hemos puesto a los que intentan huir de la guerra, a los que intentan sobrevivir, están funcionando. Significa que Europa les ha abandonado; que no les reconoce como refugiados; que no les da el asilo, que es una de nuestras normas fundamentales. Esos no son los valores europeos que tanto nos llenan la boca, por los que yo estoy aquí y los que quiero defender.

He oído hablar también del comercio. Dice el representante del Consejo que el comercio siempre crea beneficios. ¿Beneficios a quién? Si no regulamos ese comercio, lo que crece, los beneficios, llegan a las cuentas bancarias que luego aparecen en los papeles de Panamá. El comercio se tiene que regular, y tenemos que tener las mismas condiciones.

Me ha gustado que el señor Juncker pida más apoyo a nuestra industria siderúrgica. Me gustaría que también se acordará de los productores agrícolas, aquellos que se enfrentan a los productos que vienen de otros países que no respetan nuestra legislación.

Peter Lundgren (EFDD). – Herr talman! Vi ser flyktingströmmar som inte minskar på något vis, och en stor del av orsaken till detta är ju situationen i Syrien. Vi ser ett alltmer aggressivt Ryssland, som tillsammans med Assad formligen bombat de demokratiska krafter som fanns till smulor. Med detta agerande lämnar man ju folket med endast två alternativ: att välja mellan Assad och Ryssland eller IS. Det är så klart det här Assad vill uppnå för att behålla makten i Syrien.

Ryssland anser sig agera i demokratins namn, men när man urskillningslöst lägger bombmattor över sjukhus och civilbefolkning, då är det inte i demokratins namn man agerar. Då är man en del av den terror som får människor att fly. EU måste göra vad man kan för att få Ryssland att dra sig tillbaka. Demokratin och freden gagnas inte på något vis av Rysslands agerade, och Europas länder måste också markera det här tydligt. I mitt parti är vi mycket tydliga i vår kritik mot Putins agerande.

Harald Vilimsky (ENF). – Herr Präsident! Wieder einmal steht hier eine Ratsdebatte zur Diskussion, wieder einmal sind es dieselben Themen, die hier diskutiert werden, wieder einmal gibt es keine Lösungen. Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau quer durch Europa, das Problem der Migrationsströme im Zusammenhang mit Terrorismus, der auf den Kontinent zieht usw. usf…

Was das Haus aber tatsächlich beschäftigt, ist eine ganz andere Frage. Die Frage ist: Wer wird der künftige Präsident? Das Rennen findet statt zwischen dem Sozialdemokraten Schulz auf der einen Seite, der merkt, dass er nicht nach Deutschland in die Kandidatur fliehen kann, und diesen Posten behalten will, und auf der anderen Seite den Konservativen, die auch mitzittern um Macht, um Posten, um Geld und um Einfluss. Ich sage, es ist völlig unerheblich, wer von den beiden der künftige Präsident werden wird, weil beide demselben EU-Anbetungsverein angehören und sich in der Sache nichts ändert.

Und vor diesem Hintergrund ist es mehr als schlecht, wenn man etwa das Referendum in Ungarn schlechtmacht, wenn man in Großbritannien den Kopf in den Sand steckt, wenn man angesichts der Massenmigration und der Probleme hier keine Lösungen serviert. Ich fordere eine fundamentale Kehrtwendung dieser Politik, sonst fahren Sie mit dieser Politik die gesamte Europäische Union gegen die Wand. Und das will niemand hier.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, πυκνές πραγματικά είναι οι εξελίξεις στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Τι βλέπουμε; Μια αρένα οξύτατων ανταγωνισμών, Brexit, υπόγειες διαμάχες, ομαδοποιήσεις κρατών. Περαιτέρω ευρωπαϊκή ενοποίηση, αλλά και φυγόκεντρες τάσεις ταυτόχρονα. Παντού βέβαια φτώχεια και ανεργία. Ανταγωνισμοί με Κίνα, με Ηνωμένες Πολιτείες - όπου η διατλαντική συμφωνία συναντά δυσκολίες, με Ρωσία - όπου η επέμβαση της Ένωσης στην Ουκρανία έχει επιπτώσεις και οι κυρώσεις βαραίνουν τις πλάτες των λαών της Ένωσης. Στο προσφυγικό θέμα, η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν είναι απλώς αδύναμη. Συνειδητά αρνείται να αντιμετωπίσει τα θύματα των επεμβάσεών της, τους πρόσφυγες.

Με το Κοινό Στρατιωτικό Αρχηγείο κλιμακώνει τις επεμβάσεις της υπέρ των μεγάλων συμφερόντων, πολλαπλασιάζοντας τους πρόσφυγες και εγκλωβίζοντάς τους στην Ελλάδα, ενισχύοντας τον εθνικισμό, το ρατσισμό και τους φασίστες. Η κατάσταση εμπεριέχει τον κίνδυνο γενικευμένης σύρραξης της οποίας θύματα δεν θα είναι εκείνοι που υποκινούν τους ανταγωνισμούς, αλλά οι λαοί. Συμπέρασμα: ήταν μεγάλη πλάνη να ελπίζει κανείς ότι με τη σημερινή, πιο ευέλικτη, πολιτική η κατάσταση θα αλλάξει. Κοινός παρονομαστής είναι πάντα η επίθεση στους λαούς, μέσα και έξω από την Ένωση, που θα κλιμακώνεται όσο θα βαθαίνει η καπιταλιστική κρίση. Η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν βελτιώνεται, μόνο χειροτερεύει. Λύση: η λαϊκή αγανάκτηση να γίνει ταξικός αγώνας για ανατροπή.

Alain Lamassoure (PPE). – Monsieur le Président, en ce qui concerne la politique migratoire, l'essentiel reste à faire. L'accord passé avec la Turquie est efficace, mais il ne porte que sur les réfugiés syriens. Entre-temps, le flux venu d'Afrique par la Libye – vous le savez bien, Monsieur le Président – a repris de plus belle. Désormais, ces migrants viennent majoritairement d'Afrique de l'Ouest, qui est globalement en paix, et non plus de pays en guerre, comme la Somalie ou le Soudan, si bien que la maîtrise des flux migratoires exige que le problème soit traité d'amont en aval au niveau européen.

Cela commence par une politique étrangère commune: politique de partenariat avec les pays de départ et de transit, s'ils sont en paix, et politique de rétablissement de la paix, s'ils sont en guerre civile. Il faut ensuite un corps de gardes-frontières européens. Il commence à se mettre en place, mais ce doit être un corps permanent qui ne se limite pas à des renforts partiels dans les moments de crise aiguë.

Puis, le temps est venu d'imaginer un nouveau type de solidarité européenne pour venir en aide aux États membres géographiquement les plus exposés. La relocalisation autoritaire, décidément, cela ne marche pas! Mais il peut y avoir d'autres formes de solidarité – la solidarité vraie, comme dit le président de la Commission –, sous la forme, par exemple, d'une contribution en personnel, en matériel ou en argent à la mise en œuvre de la politique d'asile. On pourra alors commencer de concevoir une politique commune pour les migrants économiques, fondée sur des quotas par pays d'origine et par pays d'accueil.

Tous les outils juridiques sont désormais disponibles. Les Vingt-sept auront-ils la volonté politique de s'en servir?

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Gilles Lebreton (ENF), *question «carton bleu»*. – Monsieur Lamassoure, nous avons un point commun: comme vous, je suis attaché à ce que nous aidions l'Afrique pour persuader les Africains de rester chez eux et d'éviter ainsi de grossir la masse des migrants économiques. À cet égard, M. Juncker nous a annoncé des mesures. Qu'en pensez-vous? D'une part, le chiffre de 88 milliards d'euros vous semble-t-il raisonnable et, d'autre part, n'êtes-vous pas inquiet du fait que rien de concret n'a été fait pour accompagner cette annonce? On ne sait pas exactement dans quelles conditions ces 88 milliards seront versés.

Je vous remercie de votre réponse.

Alain Lamassoure (PPE), *réponse «carton bleu»*. – Je vous remercie pour cette question qui est tout à fait pertinente.

Ma position personnelle sur le problème de l'aide au développement, c'est que nous faisons un gaspillage considérable de cette aide. Le budget européen consacre chaque année à peu près 9 milliards d'euros à la coopération au développement, et à cela s'ajoute un chiffre presque dix fois supérieur, qui est l'addition des aides nationales des 28 pays à la coopération au développement.

Je pense qu'il est temps de mieux nous coordonner et de concentrer cette aide sur les pays qui en ont le plus besoin, en l'assortissant de conditions politiques; nous n'osons pas en prévoir dans les traités, et quand, par hasard, nous les inscrivons, nous n'osons pas les appliquer.

Tanja Fajon (S&D). – Spoštovani plenum, vrh čez 14 dni nikakor ne sme postati še ena zgrešena priložnost.

Migracije – krasno, da imamo evropsko obmejno stražo, ampak razmislite, kaj nam bodo pomagale še tako nepropustne meje in ograje, če imamo znotraj meja države, kot je denimo Madžarska, ki za mastne zaslužke prodajajo dovoljenja za prebivališče. Nemoralno, precej diskriminatorno, in jezi me, da imamo take hipokratične prakse.

Kar se dogaja v Siriji, je prešlo meje razumevanja. Ban Ki Mun je označil stanje pri Alepu hujše od klavnice. Kje je Evropska unija, medtem ko Rusija s sirsko vlado kolje nedolžne ljudi in zavrača mir v Siriji? Čigavim interesom sledi mednarodna skupnost in čigavim interesom sledi Evropska unija, to, odgovor pričakujejo državljani.

V naši sredini se medtem dogajajo še mnoge druge stvari, ki zahtevajo takojšnje ukrepanje. Od referendumov, katerih vsebina članicam ne more biti v čast, do grobega in neposrednega zatiranja ženskih pravic, kar mnogi v Uniji tako radi očitajo muslimanskim prišlekom. Imamo velike gospodarske izzive, začenši s pripravo podjetij na novo poslovanje z Združenim kraljestvom, dokončati moramo izzive davčnih zakonodaj, zagotoviti moramo ljudem delo in plačilo.

In besed, kolegi, se žal ne da jesti.

Branislav Škripek (ECR). – Bratislavský samit chcel byť významnou udalosťou, ale už tu zaznelo, že ho lídri vidia ako premárnenú šancu alebo ako vlastný gól. Ja myslím, že stretnutie lídrov zatienil nešťastný výrok pána premiéra Roberta Fica, keď sa ako premiér Slovenska vyhrážal, že bude vetovať vystúpenie Británie z Únie. Dovoľte mi tu povedať, že taký výrok pokladám za neadekvátny. Nestaviam sa do pozície slovenskej vlády, to mi neprislúcha, ale ako obyčajný občan myslím, že je potrebné vysloviť ospravedlnenie za takýto výrok, a to z dvoch dôvodov. Pán premiér Fico tu v úvodnej reči pri zahájení slovenského predsedníctva povedal, že bude navrhovať riešenia, ktoré sú dobré pre členské štáty, aj pre EÚ ako celok, a napäté vzťahy s Britániou či rôzne hádky určite do takejto agendy nedobre zapadajú. Po druhé, čo spôsobuje dvojtvárnosť národných politikov, keď proúnijné vyjadrenia tu v Bruseli striedajú silnú protibruselskú rétoriku doma. Len hnev u ľudí, len nepochopenie a odcudzenie sa myšlienke spolupráce európskych národov a nakoniec bude

narastať populizmus a extrémizmus. Ja preto vyzývam európskych lídrov, aby sa na najbližšom stretnutí vzdali takého populizmu a slovami Donalda Tuska vstúpili do brutálnej úprimnosti.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE). – Señor Presidente, el Consejo ha hablado poco, pero ha hablado muy claro. Utiliza las palabras «migración irregular» para decirnos que ha congelado el alma de Europa. Ya no existe crisis de refugiados.

El señor Juncker nos ha dicho que se instaura el pos-Dublín, que se instaura el tiempo de la solidaridad flexible. Lamentablemente, cuando se implora la solidaridad flexible, lo que se está diciendo es que se va a tolerar la insolidaridad flexible. Señor Timmermans, tienen ustedes la oportunidad de rebelarse frente a esto.

Para el Consejo no existe Alepo, no existen hospitales bombardeados, no existen niños sin escolarizar —¡seis años!— en Jordania, en Turquía, en el Líbano.

108 millones para las fronteras búlgaras, sí, y solo 191 millones para escolarizar niños sirios en el Líbano —250 000 sin escolarizar—. Esos niños de Moria, esos niños de Turquía, esos niños del Líbano y de Jordania nos lo harán pagar. Si no es por solidaridad, hagámoslo por interés. ¡Rebelémonos!

Barbara Spinelli (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, riparlerete dei rifugiati, ma non so se davvero cercate soluzioni. Mi chiedo se andrete alle radici della crisi, parlando del primo nemico in Siria, l'ISIS, Al Qaeda, e immaginando un rapporto con Mosca alternativo al disordine che regna negli USA. Da una parte la rottura del dialogo, dall'altra la saggezza di Jimmy Carter. Cruciale è una co-leadership russo-americana, nonostante le gravissime violenze russe ad Aleppo. Non so nemmeno come discuterete il referendum ungherese. Se Orban vi convincerà che è un referendum invalido, lui lo renderà valido con più muri. Ma una cosa la so: se non cominciamo a organizzare la convivenza con i rifugiati l'exit ci mangerà i cervelli, perché l'exit è paura, rinuncia, nazionalismo, è pagare i dittatori perché si tengano i fuggitivi, Eritrea, Sudan e ora Afghanistan. È la fine dell'Unione, che le frontiere dovrebbe proteggerle ma per meglio poterle riaprire.

Kristina Winberg (EFDD). – Herr talman! Ledare i Europa, som Angela Merkel, Stefan Löfven och Jean-Claude Juncker, trodde att vi hade råd med över en miljon migranter. Alla som kom till Europa skulle snabbt komma in i arbete och rädda oss från påstådda demografiska utmaningar. Experter sa att migrationsströmmen kommer att leda till ett ekonomiskt mirakel, där de bara kunde hoppa in på arbetsplatser och börja arbeta utan någon längre utbildning. Hur gick det? Som exempel kan nämnas att tillsammans hade Tysklands 30 största börsnoterade bolag kunnat anställa endast 63 migranter, enligt siffror som publicerades i somras av nyhetsbyrån Reuters.

Det är hög tid att börja tala om prioriteringar av resurser. Den summa som bara Sverige lägger på migranter, de flesta ekonomiska migranter, hade kunnat finansiera hela UNHCR:s budget två gånger om.

Tyvärr fungerar inte det här längre. Ni som till stor del skapat denna kris kan inte få förtroendet att lösa den. Jag vill inte höra fler ursäkter om att krisen inte hade kunnat förutses.

(Talaren godtog att besvara en fråga (blått kort) i enlighet med artikel 162.8 i arbetsordningen.)

Gunnar Hökmark (PPE), *fråga ("blått kort").* – Herr talman! Det är varken Stefan Löfven eller Angela Merkel som har skapat krisen. Den har skapats genom brutala bombningar, genom terrorism som slaktar människor, korsfäster och förslavar.

Det är viktigt att komma ihåg en sak: De länder som de senaste åren tagit emot flest flyktingar har också kunnat förena detta med den bästa ekonomiska utvecklingen i Europeiska unionen, så fru Winberg har fel på den punkten.

Jag skulle vilja ställa en fråga till henne. Människor flyr från bombningar, våldtäkter, slaveri, avrättningar. Vi har sett hur Assad har mördat en halv miljon människor. Du sa precis att en miljon flyktingar är för mycket. Hur många flyktingar tycker du att vi ska ta emot? Eller vill du låta människor dö där de är?

Kristina Winberg (EFDD), *svar ("blått kort").* – Du kanske inte hörde att jag också nämnde att vi måste prioritera de resurser vi har. Jag tycker att det är betydligt viktigare att hjälpa riktiga flyktingar i läger där de lider brist på förnödenheter. Du hörde att jag sa här att den summa som vi lägger på migranter i Sverige kunde täcka UNHCR:s budget två gånger om. Det handlar om att prioritera rätt och att hjälpa så många som möjligt.

Marcus Pretzell (ENF). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei aller Begriffskosmetik, die wir zumindest aus den Reihen der Christdemokraten auch in diesem Hause inzwischen hören, kann ich feststellen: Inhaltlich gibt es nach wie vor große Differenzen zwischen dem, was die AfD vertritt, und dem, was Sozialdemokraten und Christdemokraten hier vertreten. Wir positionieren uns klar gegen das CETA und die TTIP, und zwar zum Schutz des deutschen Mittelstandes.

Bei der Frage der Migration hat heute Herr Reul gesagt, die Tatsache, dass dank des Türkeideals jetzt weniger Flüchtlinge nach Europa kommen, sei doch ein Fortschritt. Das sind völlig neue Töne aus der CDU. Wenn man bedenkt, dass alleine die Tatsache, dass weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen, jetzt ein Vorteil sein soll, dann ignoriert er damit vollkommen, auf welche Weise das in der Türkei passiert und zu welchem Preis in der Türkei das passiert. Die EU unterstützt an dieser Stelle einen totalitären Staat unter Herrn Erdoğan, und die Entwicklung, die insbesondere in den kommenden Jahren damit für Minderheiten in der Türkei entsteht, ist besorgniserregend.

Und dann ein Letztes: Russland und Syrien. Sie vergessen vollkommen, dass bei allem, was Assad tut, seine Gegner viel verbrecherischer sind. Und die unterstützen Sie, indem Sie gegen Syrien und Herrn Putin an dieser Stelle hetzen.

Esteban González Pons (PPE). – Señor Presidente, el *brexit* nos ha demostrado que el proyecto europeo no es irreversible.

Desde entonces, estamos desconcertados y no tenemos una respuesta común. Unos evitan responder alegando que todavía no se ha iniciado el procedimiento; otros intentan que todo se reduzca al Consejo Europeo y vuelva a las relaciones bilaterales; otros amenazan a la Unión, o chantajean a la Unión, con nuevos *brexit*.

Ustedes sabrán por qué, pero yo no nos veo a los políticos europeos defender la Unión con la misma pasión con que los populistas ingleses defienden el *brexit*. Creo que los populistas británicos llevan la iniciativa política.

La Unión Europea no es un hecho. Todavía es un proceso. Está en construcción. La verdad es que es un sueño que aún no se ha cumplido, y yo les pregunto en qué momento este proyecto dejó de ser emocionante. La antigua distinción entre Europa y no-Europa ha sido sustituida por otra entre Europa y la anti-Europa. Los partidarios de la no-Europa discutían nuestras soluciones. Los partidarios de la anti-Europa discuten nuestros valores; los partidarios de la anti-Europa combaten nuestros valores; los partidarios de la anti-Europa defienden los valores contrarios.

Ustedes sabrán, pero solo hay una salida a esta crisis, que es restaurar la solidaridad europea; solidaridad entre los países que padecen la crisis de los refugiados y los que no; solidaridad entre los que sufren la amenaza rusa y los que no; solidaridad entre los que sufren el desempleo y los que no; solidaridad entre los que están padeciendo las consecuencias de que el euro tenga un arquitectura no terminada y los que no.

El *brexit* es la propuesta más insolidaria de la historia contemporánea de Europa. Todo lo que se parezca al *brexit* es insolidaridad, aunque solo se parezca al *brexit* de lejos. Solo reconstruyendo la solidaridad construiremos Europa, porque la insolidaridad, la llamemos como la llamemos, es anti-Europa.

Knut Fleckenstein (S&D). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zwei Bemerkungen zu dem machen, was heute Morgen in erster Linie Herr Juncker gesagt hat. Wenn wir über Migration reden und wenn wir darüber reden, wie wir Migration zukünftig verhindern wollen, dann geht es natürlich darum in erster Linie, den Ländern, die davon betroffen sind, zu helfen, die Lebenssituation ihrer Bürger zu verbessern. Dazu gehören die vielen Fonds, die wir haben, und dazu gehört auch – vielleicht nehmen Sie die Gelegenheit wahr –, dass sich die Regierungschefs darüber unterhalten, dass sie diese Fonds auch füllen müssen und nicht nur die EU-Kasse und einige ganz wenige.

In Brüssel tagt zurzeit die Afghanistankonferenz. Das ist ein konkretes Beispiel dafür, wie man versucht, einem Land zu helfen, damit die Menschen nicht mehr weglaufen müssen. Und es ist auch richtig, dass die EU-Kommission mit dem Land vereinbart habt, dass es Flüchtlinge zurücknehmen muss. Aber die Kopplung beider Dinge geht meiner Meinung nach nicht. Man kann nicht sagen, wir geben euch Geld, damit es den Menschen besser geht, aber wenn ihr unsere Flüchtlinge nicht zurücknehmt, geben wir euch das Geld nicht, damit es ihnen noch schlechter geht und noch mehr kommen wollen. Da müssen wir sehr aufpassen, dass da keine Verknüpfung entsteht.

Zweiter Punkt und ganz kurz nur zu Russland: Sie haben eine strategische Diskussionen über unser Verhältnis zu Russland angeregt, und die brauchen wir wirklich ganz dringend! Das ist ungefähr das Gegenteil von dem, was Herr Weber heute Morgen hier gemacht hat. Ich gebe seiner Analyse recht: Selbstverständlich ist es unmöglich, und selbstverständlich bin ich auch wütend über das, was in Aleppo passiert und über andere Dinge auch – man könnte viel aufzählen. Aber es kann nicht allein darum gehen festzustellen, wer gut und wer böse ist. Dann beginnt die Diskussion doch erst, wie wir miteinander umgehen, und das halte ich für wichtig. Dazu muss man allerdings auch miteinander reden.

Evžen Tošenovský (ECR). – Pane předsedající, v rámci připraveného programu Rady bych se rád vyjádřil k jednomu bodu agendy, a to k obchodní politice EU.

V současné době mnoho témat jakoby mediálně zastínilo závažnost budoucích obchodních vztahů s Evropskou unií. Patřím k těm, kteří právě obchodní dohody s Amerikou a Kanadou považují do budoucna za velice zásadní. Proto se mi velice nelíbí zlehčování a šíření informací zpochybňujících možnosti uzavření těchto dohod. Myslím si, že právě v této době předvolební prezidentské kampaně v USA a vše překrývajících migračních problémů v Evropě je důležité jasně deklarovat zásadní zájem o rozumné dokončení společných dohod. Pokud vrcholová politická reprezentace Evropské unie a členských států nebude tento proces tlačit dopředu, mám obavy, že šance v budoucnu uzavřít tyto obchodní smlouvy bude násobně menší. Obchodní aktivity potom převezmou asijské společnosti, které budou využívat výhod již fungujících transpacifických smluv.

Charles Goerens (ALDE). – Monsieur le Président, dans une vingtaine d'années, avec le recul nécessaire, on dira sans doute que 2016 a été l'année de tous les dangers. On dira sans doute que les plus réactionnaires des chefs d'État ou de gouvernement ont empêché l'Europe de se comporter solidairement face à la crise des réfugiés. On dira sans doute que, lors des réunions du Conseil européen, ceux qui voulaient aller de l'avant ont dû caresser dans le sens du poil ceux qui jouaient avec le feu ou qui n'opposaient rien de pertinent à la menace d'écroulement de l'édifice européen. On dira sans doute que les populistes, y compris jusque dans les plus hautes sphères du pouvoir, ont amené les responsables à faire des courbettes devant les dirigeants des pays tiers ayant déjà inauguré l'ère post-démocratique.

Pour d'aucuns, en 2016, nos dirigeants auront réussi à colmater les brèches. Si, en 2035, on pourra dire qu'on a dû s'abaisser à ce point pour renouer ensuite avec nos valeurs fondamentales et avec le principe d'une Union européenne sans cesse plus étroite, on pourra peut-être mieux juger du piètre état dans lequel se trouve l'Europe en 2016. Et on ne pourra faire valoir des circonstances atténuantes que dans la mesure où cette période peu glorieuse de notre histoire aura finalement fait émerger un nouvel élan pour la construction européenne.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señor Presidente, ayer asistimos aquí a un debate surrealista sobre Grecia, en el que se defendió, una vez más, profundizar en las mismas políticas que han conducido a la población griega al abismo.

Ustedes siguen insistiendo en la misma hoja de ruta que provoca desempleo, precariedad y arruina países y regiones enteras, y que obliga a nuestros jóvenes a emigrar. Amenazan a España y a Portugal con sanciones; desoyen el clamor y las movilizaciones en toda Europa contra los tratados de libre comercio transatlántico y nos traen aquí de nuevo un acuerdo como el CETA, que contiene la misma lógica antisocial que el TTIP.

Ustedes nos presentan como bueno el Tratado de la vergüenza con Turquía, un tratado denunciado por todas las organizaciones humanitarias y que ha conseguido que cada vez muera más gente en el Mediterráneo: un 24 % más este año que el anterior.

Las políticas xenófobas de la Europa fortaleza están convirtiendo el Mediterráneo en la mayor fosa común del mundo. ¿Quién creen ustedes que puede identificarse con esta máquina burocrática trituradora de derechos en la que han convertido a la Unión Europea?

¡Menos billetes Interrail y más cambiar políticas! Esto es lo que puede hacer cambiar Europa y que la gente deje de querer irse de esta Unión Europea. Está en nuestras manos: cambiemos nuestras políticas, cambiemos Europa.

Tim Aker (EFDD). – Mr President, it has been over 100 days since the United Kingdom and 72% of my constituents in Thurrock voted to leave the European Union, and let's look at what happened: project Fear has unravelled, countries are rushing to do trade deals with the United Kingdom, and our prospects look better. But people are coming up to me and asking, 'Well, why haven't we left yet? What's stopping them?' The answer is quite simple. Rule number one: never trust a Tory. Rule number two: obey rule number one. Our newly unelected Prime Minister isn't an Iron Lady: she is tinfoil Theresa May. And just look at her record. When she was Home Secretary, she oversaw mass immigration that would have made the Labour Party wince. She voted for Remain. She oversaw policies that squeezed the working classes the most. She cannot deliver the deal that the British people voted for. And the message is clear: tear up the European Communities Act, get our borders back, and get our fisheries back. We voted to get our country back, and by God, we will get it back.

Gerolf Annemans (ENF). – Vrije handel kan zelfs op wereldschaal een bron van economische groei en economische welvaart zijn, maar het principe mag niet met naïviteit worden toegepast.

We hebben in Vlaanderen onlangs een discussie gehad over de gedeeltelijke Chinese overname van ons energiedistributienetwerk. We moeten als onafhankelijke lidstaten en als Europees continent onze eigen belangen voorop durven stellen en onze eigen culturele identiteit als uitgangspunt hanteren en als kracht durven zien.

We moeten, net als de Chinezen, ons eigen kapitaal activeren en onze sleutelsectoren beschermen tegen agressieve bemoeienissen zonder wederkerigheid. We moeten een gebrek aan waakzaamheid vervangen door een geloof in onszelf, een actieve industrialiseringspolitiek en een verstandig economisch patriottisme.

Elisabetta Gardini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, devo dire che oggi ho visto con grande dispiacere che sia il Consiglio che la Commissione non hanno parlato né di Mediterraneo, né di Italia. Eppure, due settimane fa l'Europol aveva sottolineato che l'Italia è accesso preferenziale per l'immigrazione e, sempre quindici giorni fa, Martin Kobler, capo della missione ONU in Libia, aveva lanciato l'allarme, aveva detto che 235 000 migranti sono pronti a partire dalla Libia verso l'Italia, e lo faranno.

In questi giorni noi vediamo i numeri. Lunedì era la giornata dedicata alla memoria delle vittime dell'immigrazione. Proprio in quel giorno il mare era calmo e sono arrivate più di 6 000 persone in Italia e nelle ore successive 4 655 persone sono state recuperate in mare, più di 10 000 in due giorni. Abbiamo superato il livello dello scorso anno e l'Italia è l'unica in controtendenza perché, mentre in tutti gli altri paesi si vede una riduzione degli arrivi, in Italia c'è un aumento, abbiamo superato i 150 000 arrivi.

Io avrei voluto sentire le parole di Martin Kobler dette invece in questa Aula, perché Martin Kobler ha ricordato che il traffico di esseri umani è un crimine e come tale va combattuto, che bisogna ristabilire la legalità. Serve un'azione forte e unitaria. Noi non possiamo avere un'Europa che si limiti a parlare di quote di rifugiati da ricollocare, non possiamo avere un'Europa che si limiti ad aumentare le risorse per le missioni di salvataggio in mare. Dobbiamo sviluppare proposte di gestione della crisi che siano globali. Abbiamo bisogno di risposte fondate su una vera solidarietà a livello europeo.

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, je regrette que nous préparions le Conseil européen sans son président.

Monsieur le représentant du Conseil, vous allez parler du commerce extérieur, lors de cette rencontre. Tirez les leçons de ce qui s'est passé à Bratislava. Lors de ce sommet, nous avons parlé de défense et, juste après, le Royaume-Uni – pays qui a décidé de quitter l'Union européenne – a dit que nous n'avions pas le droit d'aller dans cette direction. Dans le domaine du commerce extérieur, vous devez vous servir de ce Conseil européen pour avancer sur les sujets qui nous préoccupent. La mise en œuvre d'un instrument de défense commerciale est une question majeure.

Vous devez aussi regarder ce qui s'est passé, justement, dans ce vote au Royaume-Uni: ce vote dit très clairement que ceux à qui on avait vendu le libre-échange, pratiqué de manière débridée, comme étant une source de richesse, se sont retrouvés au bord de la route et ont refusé ce libre-échangisme débridé.

C'est pourquoi vous devez repenser la politique commerciale de l'Union pour qu'elle serve les intérêts des Européens et nos besoins de solidarité vis-à-vis de l'Afrique. Nous comptons sur vous, mais n'oubliez pas les leçons de Bratislava.

Helga Stevens (ECR). – Wij herinneren ons nog het akkoord tussen de EU en Turkije en de oprichting van de nieuwe grens- en kustwacht van de EU. Voor het eerst werden concrete stappen gezet met betrekking tot de toepassing van Europese terugkeerregels. Door het akkoord met Turkije zette Griekenland eindelijk de regels inzake veilige derde landen om. Die regels bepalen dat asielzoekers die van tevoren in het buitenland –waaronder Turkije, Libanon en Jordanië– feitelijk veilig waren, in Europa geen asiel meer kunnen aanvragen. Frontex kreeg als grensbewakingsagentschap bovendien voor het eerst de volledige bevoegdheid om terugkeeroperaties uit te voeren.

Over een aantal weken komen de Europese leiders opnieuw samen en ik hoop dat zij de effectieve toepassing van de bestaande Europese asielwetgeving zullen bespreken.

Ik doe hier nu een oproep om het te hebben over antiverdrinkingsakkoorden, zoals het akkoord tussen de EU en Turkije, met alle landen rond het Middellandse Zeegebied. Zodra de juridische mogelijkheid er is, kan Frontex ook ten aanzien van die landen asielzoekers terugsturen die louter de Europese socialewelvaartsstaat opzoeken.

Urmas Paet (ALDE). – Mr President, the European Council will also discuss EU-Russia relations. Since the restrictive measures against Russia were introduced in 2014, nothing has changed for the better with regard to Russian actions in Ukraine. The sanctions must remain in place until the reasons they were introduced are gone. The Minsk agreements, of course, must be implemented, and the Council should not forget the MH17 flight catastrophe. The European Council also needs to address the issue of Russian Duma elections in the Russian-occupied Crimea and produce a clear vision on how it plans to handle those Duma deputies that are considered elected from Crimea. Also, I would once again like to point to the fact that the EU must have one voice when talking to Russia. The Commission and the External Action Service should therefore represent the EU common position in relations with Russia.

György Schöpflin (PPE). – Elnök Úr! Miniszter Úr! Alelnök Úr! Migráció, na de szemmel láthatólag a migrációról sok újat nem lehet mondani. Figyeltem az eddig elhangzottakat, de újat nemigen hallottam. Alapvetőleg a baloldal szereti a bevándorlást és harsányan elítéli azokat, akik a migrációs folyamatokat fenntartással kezelik. Ezt a hozzáállást ismételten elmondják. Felmerül a kérdés bennem, vajon miért? Vajon mi a magyarázata ennek a tömérdek ismétlésnek? Azt a benyomást keltik bennem az újra és újra elmondott szövegek, hogy a baloldal nem akarja meghallani a tőle eltérő véleményeket. Sőt, mikor ilyennel találkozik, akkor ezeket inkább lehurrogja, kizárja. Hát persze, így könnyebb. Így nem kell foglalkozni a valósággal, a naponta változó világgal.

De ha egy politikai erő elhanyagolja, figyelmen kívül hagyja a polgárok, az európai polgárok aggodalmait a migrációval kapcsolatban, semmibe veszi csökkenő biztonságérzetüket, akkor ne csodálkozzon azon, hogy egyre többen elvetik a baloldali értékeket és a politikai mezőnyben másutt keresik a megoldást, a kiutat. Remélhetőleg a közeledő csúcstalálkozó központi témává emeli a polgárok csökkenő biztonságérzetét és nem a baloldal kiüresedett szólamaira helyezi a hangsúlyt.

(A felszólaló hozzájárul egy „kékkártyás" kérdés megválaszolásához (az eljárási szabályzat 162. cikkének (8) bekezdése).)

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *question «carton bleu»*. – Mon cher collègue, je ne sais pas d'où vous vient cette certitude que nous serions favorables à l'immigration. Vous nous aurez mal compris. Nous sommes hostiles à l'exil forcé que représente cette immigration, compte tenu des politiques économiques qui s'appliquent. Cependant, nous prenons bonne note de vos conseils sur la manière de communiquer.

C'est incroyable que vous croyiez ces choses; elles n'ont rien à voir avec la réalité. Comment expliquez-vous que vous puissiez le croire, alors que nous disons le contraire?

L'immigration, c'est un exil forcé. Cet exil forcé résulte des politiques économiques et des politiques guerrières que vous soutenez en permanence dans cet hémicycle.

György Schöpflin (PPE), *blue-card answer*. – Having once been a refugee myself, I actually do know what I am talking about. I think there is a very clear distinction to be made – which you have not made, and which others do not make – between asylum seekers, genuine refugees, and economic migrants. They are a very different kettle of fish.

Josef Weidenholzer (S&D). – Herr Präsident! Der kommende Gipfel ist ein Gipfel wie jeder andere in den letzten Jahren: eine Menge offener Baustellen, und wieder einmal werden sich die Staats- und Regierungschefs mit Flüchtlingskrise und Migration beschäftigen. Und wieder einmal werden die Probleme ausführlich beschrieben und beklagt werden. Wieder einmal werden nach dem Gipfel Staats- und Regierungschefs vor die Kameras treten und ihrer nationalen Öffentlichkeit erklären, sie hätten Recht und die anderen Unrecht.

Ich würde mir wünschen, dass es diesmal anders ist. Ich würde mir wünschen, dass endlich anerkannt wird, dass wir nur etwas Gemeinsames weiterbringen können und dass es ist nicht um Rechthaben geht, sondern um pragmatische Lösungen. Die Aufgaben sind klar: Die Stabilisierung der Herkunftsregionen durch Beendigung der Konflikte und der dramatischen Ungleichgewichte, gemeinsamer Schutz der gemeinsamen Grenzen und vor allem *relocation*.

Dieses Problem löst sich nicht durch Wegschauen. Wir brauchen pragmatische Solidarität. Die bestmögliche Unterstützung Griechenlands ist, wenn wir den Menschen, die hier feststecken, eine neue Heimat in den willigen Ländern zu geben, und dazu gibt es positive Ansätze. Diesen Prozess müssen wir beschleunigen, und wir brauchen Mut zum Handeln, indem wir dazu übergehen, humanitäre Einreisekorridore zu schaffen, um das Schlepperwesen einzudämmen, und Maßnahmen zu setzen, dass die Menschen endlich in ihrer Heimat bleiben können. Zusagen reichen nicht aus. Es geht um konkrete Projekte und um reales Geld.

Paulo Rangel (PPE). – Senhor Presidente, eu começaria basicamente por dizer o seguinte: com a circunstância de os Estados Unidos estarem ocupados com as suas eleições presidenciais, a Europa tem responsabilidades acrescidas na crise da Síria e é impensável que o Conselho não trate deste tema, naturalmente, a propósito das migrações, mas essencialmente a propósito da tragédia que está a ocorrer em toda a Síria e em particular em Alepo.

Segundo ponto: é estranho que, especialmente depois do anúncio que fez a Primeira-Ministra britânica - e em particular depois do discurso que ela fez - a Europa não tenha presente neste Conselho a questão do Brexit, não para adiantar negociações, mas para tornar muito claro à Primeira-Ministra que depois do discurso que ela fez e das *guidelines* que ela deu, a Europa terá de estar totalmente unida com uma intransigência completa quanto àqueles que são os princípios e os valores da União Europeia, designadamente, quanto à liberdade de circulação de pessoas e quanto às quatro liberdades que fazem parte do mercado interno, do mercado único.

Finalmente, creio que é muito importante também dar um sinal forte à Rússia por causa do seu envolvimento da Síria e esse sinal forte que é preciso dar tem de ser um sinal que mostre que aqui neste Parlamento a extrema-esquerda e, em particular a extrema-direita, estão ao lado da Rússia e, por isso, são cúmplices da tragédia que está a ocorrer na Síria.

Patrizia Toia (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è difficile, anche per una europea ottimista come me, sperare che qualcosa di buono possa venire dal prossimo Consiglio, dopo la cocente delusione di Bratislava. Altro che piccoli passi, siete stati perfettamente immobili. E stare fermi dopo Brexit, a mio avviso, vuol dire andare indietro, pericolosamente indietro. Si è visto un Consiglio senza volontà di una guida unitaria e solidale di fronte ai problemi. Allora a questo Consiglio voglio ricordare alcuni dati, alcuni sono già stati richiamati dalla collega: decine di migliaia di persone salvate in pochi giorni, 280 000 persone, vite umane, esseri umani arrivati da gennaio, e voglio sottolineare più del 15 %, si dice anche del 20 %, di minori non accompagnati, bambine e bambini mandati soli, spediti soli verso un possibile futuro. Io penso sia un gesto estremo di amore da parte dei genitori.

Ecco, di fronte a tutto ciò, dov'è l'Europa? Ma soprattutto, e lo dico con grande passione, dov'è il Consiglio? Perché la Commissione e il Parlamento qualcosa hanno fatto, hanno messo sul tavolo dei programmi e dei progetti. Io penso che dobbiamo davvero prendere decisioni e attuarle, obbligando gli Stati a essere vincolati a questo spirito di solidarietà, di fronte ai problemi che oggi toccano l'Italia e la Grecia, hanno toccato altri paesi, ma potrebbero domani manifestarsi sotto altre forme per altri e verrete da noi a invocare una solidarietà.

Il piano di ricollocazione va ripreso in mano perché è indispensabile. Non si fanno i corridoi se non si fa il piano, non si fanno gli hot spot, ogni parte è legata. E soprattutto va ripreso il piano per l'Africa, che è stato ricordato stamattina da Juncker, perché si possa davvero tentare almeno di andare alla radice dei problemi.

Presidente. — Grazie onorevole Toia. Non mancherà la risposta da parte del Consiglio e da parte della Commissione e del Vicepresidente Timmermans al grido di dolore che arriva dal sud dell'Europa, in modo particolare dal suo intervento e dall'intervento dell'onorevole Gardini.

Othmar Karas (PPE). – Herr Präsident, Herr Vizepräsident der Kommission, meine Damen und Herren! Nach der Erfahrung mit dem Brexit, mit dem Ungarn-Referendum, mit der Unsicherheit über das CETA und die TTIP in vielen Mitgliedstaaten, erwarte ich von diesem Rat, dass Sie in einem eigenen Kommiqué endlich beschließen, dass sich alle Mitgliedstaaten dazu verpflichten, ab nun geschlossen zur europäischen Mitverantwortung zu stehen, die Bürgerinnen und Bürger über die europäischen Ziele, Beschlüsse und Notwendigkeiten zu informieren, statt die nationale Karte gegen Europa zu ziehen, statt die nationale, direkte Demokratie gegen die europäische parlamentarische Demokratie auszuspielen. Ich erwarte, dass Sie klar sagen, dass Sie Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen, statt Stimmung gegen die Europäische Union zu machen und dann vor ihr in die Knie zu gehen, und mit den Sorgen und Ängsten der Menschen zu spielen.

Die Europäische Union muss handlungsfähiger werden. Und der Rat kann einen Beitrag leisten, indem zu jedem der heute angesprochenen Themen bei jeder Ratssitzung eine Maßnahme beschlossen wird, die die Europäische Union auf dem Weg zu ihren Zielen handlungsfähiger macht. Das wäre auch überprüfbar und würde damit für Vertrauen und Glaubwürdigkeit sorgen. Ja, ich bin für den Afrika-EFSI für den Afrika-Marshallplan. Aber es ist ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn wir nicht eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik machen, eine gemeinsame Investitionspolitik, eine gemeinsame Entwicklungspolitik, eine gemeinsame Migrationspolitik, einen gemeinsamen Außengrenzschutz und eine gemeinsame Integrationspolitik. Das Gesamtkonzept löst uns die Probleme, nicht eine Einzelmaßnahme.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D). – Señor Presidente, el *brexit*, la parálisis ante una política de inmigración común -cuyo punto álgido ha sido el referéndum húngaro de la semana pasada-, el rechazo también a los principales acuerdos comerciales que hoy negocia la Unión Europea, son los puntos clave del debate del próximo Consejo Europeo.

Y todos tienen un denominador común, que es bien aprovechado además por los populismos, tanto de izquierdas como de derechas, que es una ola proteccionista que golpea a la Unión Europea como consecuencia de la desigualdad y de la parálisis, de la falta de perspectivas por el bajo crecimiento, por los salarios bajos y por el debilitamiento del modelo social.

Por lo tanto, yo lo que pido a los señores del Consejo es que aprovechen esta reunión no para salvar un determinado acuerdo u otro, por muy importantes que sean, sino para acabar con las causas que golpean a nuestras sociedades: el miedo, la desigualdad y la incertidumbre; acabar con la desigualdad con más inversiones, incrementando los salarios, como ha pedido recientemente el Banco Central Europeo; elevar también la presión fiscal para aquellos que más tienen, que más heredan; hacer una política fiscal justa para mantener el modelo social.

Nosotros debemos, como Unión Europea, salvar el modelo social, y para ello también tenemos que aprovechar estos debates, para adelantarnos a las cuestiones de fondo que hoy producen miedo e incertidumbre a la ciudadanía europea. Solo atajando, como digo, las cuestiones de fondo seremos capaces de salvar una visión solidaria y una visión de futuro que dé certidumbre a las sociedades, desde la justicia social y desde la igualdad de oportunidades.

Gunnar Hökmark (PPE). – Mr President, the discussions about European policy versus Russia's policy will be formative for the security of Europe, for the strength and respect of Europe, and also for Europe staying united and strong in the defence of the values of freedom and open society. A lot of people – and I am one of those – would like to go back to business as usual. But we cannot go back to business as usual as long as business is not as usual. Russia is not a partner for peace. We have seen in the war on the territory of Russia, in Chechnya, in Georgia, in Ukraine, and now in the brutal warfare in Syria, that Russia is not a partner for peace; it is a partner for dictators and for brutal warfare. That is the truth, and we need to stay with the requirement that the Minsk agreements must be respected, we must stand strong together, we must discuss energy policy from this perspective – including the Nord Stream II project – and we must require that those who are guilty of the MH17 are found and taken to court. We must stay united and we must stay clear that the only way to secure freedom and security in Europe is to have a strong European Union standing up for its values.

Birgit Sippel (S&D). – Herr Präsident! Aleppo erlebt das grausamste Bombardement seit Beginn des syrischen Krieges, und Europa arbeitet daran, ein totes Dublin-Verfahren aus dem Koma zu erwecken, einen zweifelhaften Türkei-Deal möglicherweise auf weitere Länder auszudehnen – Ägypten, Libyen – und seine Außengrenzen zu schützen. Die Botschaft, die bei vielen Bürgern ankommt, lautet: Hauptsache es kommt keiner mehr, und Flüchtlinge könnten gefährlich sein. Genau damit befeuern wir weiter Populismus und Fremdenfeindlichkeit. Hilfreich ist das nicht, denn wenn es uns nicht gelingt, nachhaltige Lösungen für flüchtende Menschen zu finden, dann wird sich deren Anzahl erhöhen. Wer vor Bomben oder Folter flieht, wird sich auch von einem ungarischen Zaun nicht aufhalten lassen.

Wir brauchen Perspektiven für Menschen, für Flüchtlinge innerhalb und außerhalb Europas. Daran müssen wir arbeiten, und das müssen wir gemeinsam gegenüber unseren Bürgern vertreten.

Dubravka Šuica (PPE). – Poštovani predsjedniče, prije nekoliko tjedana ovdje smo govorili o stanju Unije i tada smo rekli da je Unija poljuljana: istina, ali nije ugrožena. Nakon Brexita, nakon nedavnog referenduma u Mađarskoj, nakon odnosa prema CETA-i i TTIP-u, razumijem da se rađa nesigurnost.

Međutim, činjenica je da nije lako pomiriti interese 28 zemalja, a i moramo učiniti sve da se otvore sve teme. Ove teme koje su najavljene – migracija, vanjski odnosi i trgovački sporazumi – uopćene su teme. Vjerujem da će se na Vijeću otvoriti sve teme. Ovih dana ne možemo mirno promatrati tragediju koja se događa u Alepu i slažem se s gospodinom Hökmarkom koji govori o Rusiji koja očito ne želi savezništvo za mir. To je veliki problem. Isto tako, ne koristimo instrumente koji nam stoje na raspolaganju. Imamo Frontex, imamo Europsku obalnu i graničnu stražu, imamo sporazum između Europske unije i Turske. Sve smo to ovdje donijeli, ali nedovoljno implementiramo.

Jučer smo pokazali da smo u stanju ratificirati Pariški sporazum, što znači da Europska unija ima dovoljno potencijala da odgovori globalnim rješenjem na globalni izazov. Stoga je ovo apel s naše strane, ovdje iz Parlamenta, na čelnike zemalja, da ne reagiraju na jedan način kad su kod kuće, a na drugi način kad su u Bruxellesu. Dakle, treba voditi konzistentnu politiku, i ja se zalažem za to da se otvore sva pitanja i da Europska unija ne odustane od svoje četiri temeljne slobode i da budemo jedinstveni te da nastojimo odgovoriti na izazove koji su se pred nama našli posljednjih godina.

Kati Piri (S&D). – Een slepende vete over Oost-Oekraïne en de Krim, het zwartmaken van het onafhankelijk onderzoek naar het neerhalen van MH17 en het plegen van de meest afschuwelijke oorlogsmisdaden in Syrië: het kille klimaat van de Koude Oorlog is weer terug.

De Raad komt binnenkort bijeen om de betrekkingen met Rusland te bespreken. We hebben de afgelopen dagen gezien dat er in Aleppo misdaden tegen de menselijkheid worden gepleegd door de Syrische regering en het Russische leger. Allesvernietigende bommen worden massaal op burgers afgevuurd, humanitaire konvooien worden beschoten en ziekenhuizen worden met de grond gelijkgemaakt.

Wij kunnen niet langer machteloos toekijken terwijl deze massaslachting in Aleppo wordt uitgevoerd door Assad en Poetin. Ik roep de Europese regeringsleiders dan ook op om de mensen die verantwoordelijk zijn voor deze misdaden per direct op een EU-sanctielijst te zetten.

Het blijven zoeken naar dialoog is altijd nodig, maar de tijd is nu ook gekomen om een hele duidelijke rode streep te trekken.

Elmar Brok (PPE). – Herr Präsident, Herr Ratspräsident, Herr Vizepräsident der Kommission, meine Damen und Herren! Die Rede von Präsident Juncker in der letzten Sitzung war wichtig, der Bratislava-Prozess ist in Gang gekommen, und wir müssen das entsprechend stützen. Ich finde auch die Darlegungen, die heute da sind, wichtig, etwa in der wirtschaftlichen Entwicklung mit dem digitalen Binnenmarkt; ich muss das nicht weiter erläutern. Aber auch die Bekämpfung der Fluchtursachen und die Frage mit der neuen Afrikapolitik, die Unterstützung des Afrikafonds und vieler Veränderungen dort ist außerordentlich wichtig, wie auch dass man in der Lage ist, dass wir mit den Nachbarländern, die am Meer liegen, wie etwa der Türkei Vereinbarungen trifft, dass man vernünftige Verhältnisse für Flüchtlinge bekommt, sie aber nicht aufs Meer lässt.

Aber mein Hauptpunkt, den ich erwähnen möchte, ist die Frage der Außen- und Sicherheitspolitik. Ich bedauere es, dass der britische Außenminister beim Treffen der Verteidigungsminister gesagt hat, sie stoppen alles, sie sind mehr für NATO als der NATO-Generalsekretär, der die europäische Entwicklung begrüßt hat, dass man hier vorangeht. Und ich glaube, dass bei den Fragen von einem Hauptquartier, einer *permanent structured corporation*, den Fragen, die mit *European Defence Agency* zu tun haben und all diesen Fragen wichtig ist: Wir werfen zu viel Geld hinaus, weil die Nationalstaaten in diesen Bereichen nicht vernünftig kooperieren. Deswegen brauchen wir die europäische Dimension, die jetzt in Gang kommt und die bis Rom erreicht werden soll.

Die Ereignisse im Zusammenhang mit Syrien zeigen es: Wir sind die Weltmeister in *soft power*, wir sitzen aber nicht am Verhandlungstisch, wenn es um Krieg und Frieden geht, weil wir da nichts beizusteuern haben. Deswegen müssen wir in diesem Bereich besser werden.

Und Entschuldigung, ich muss auch sagen, dass ich immer gepredigt habe: Gegenüber Russland müssen wir hart sein in der Ukrainefrage, aber wir brauchen Russland zur Friedensstiftung in anderen Bereichen wie Syrien. Dies war eine Fehleinschätzung von mir. Auch in dieser Frage macht Russland auf Kosten der Menschen pure Machtpolitik – pure Machtpolitik, egal um welchen Preis!

Aus diesem Grunde müssen wir unsere Sicherheits- und Verteidigungspolitik stärken, aus diesem Grunde müssen wir unsere Russlandpolitik neu definieren, um auf dieser Grundlage in der Lage zu sein, einem solchen puren Machtanspruch entgegentreten zu können und hier nicht wie die Weicheier auseinanderlaufen, wie ich das manchmal bei unseren europäischen Diskussionen meine, fühlen zu können.

Evelyn Regner (S&D). – Herr Präsident! Ich möchte meine kurze Redezeit dazu nutzen um vor allem auf das CETA einzugehen. Wir sind beim Verhandlungstext in der Nachspielzeit. Die mangelnde Begeisterung gerade der österreichischen Bevölkerung fußt nicht allein auf diffusen Ängsten, nein, ein Guteil der Österreicher ist eigentlich ziemlich gut über technische Details des CETA informiert. Daher soll diese Nachspielzeit auch absolut aktiv genutzt werden, um rechtsverbindlich sicherzustellen, dass öffentliche Dienstleistungen ausgenommen, also ausreichend geschützt sind. Dasselbe gilt für die hohen Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards und die Ausnahme der Sonderklagerechte.

Nicht auf der Tagesordnung des Europäischen Rates sehe ich auch wieder mal – nicht verwunderlich –das soziale Europa. Ich weiß, es ist wichtig, dass wir jetzt über die Verteidigungsunion sprechen. Wer allerdings über Sicherheit spricht, muss auch über soziale Sicherheit sprechen. Das ist etwas, was den Menschen unendlich wichtig ist: ein Dach über dem Kopf zu haben, einen Job zu haben, Basissicherheit zu haben. Und die soziale Säule, an der jetzt zaghaft, aber doch gearbeitet wird, soll gepusht und so schnell wie möglich auch in die Beratungen des Europäischen Rates aufgenommen werden.

Ana Gomes (S&D). – Senhor Presidente, eu queria que o próximo Conselho Europeu abandonasse a deriva intergovernamental, antieuropeia, de Bratislava, começando por reagir ao terramoto financeiro que o Deutsche Bank ameaça e às últimas notícias sobre o Brexit: uma coisa é o Reino Unido querer atirar-se para o abismo, outra é deixarmos que arraste a União Europeia.

Queria que desmantelasse a antieuropeia «Fortaleza Europa» abrindo vias legais e seguras de acesso a refugiados e migrantes, sem os condenar a entregarem-se a mãos criminosas e à morte no Mediterrâneo, parando de replicar acordos imorais e ineficazes com governos repressivos como o turco, travando a proliferação de muros, leis e referendos à *la Orbán*, que, de facto, alimentam o negócio dos traficantes, ameaçando a nossa própria segurança.

Há muito que a Europa da defesa se impõe, mas não irá longe sem estratégia nem determinação política e têm faltado para passar mensagens dissuasórias à Rússia que da continuada agressão na Ucrânia, ao bombardeamento impiedoso em Alepo não pode sair impunemente.

Eu queria que, num assomo de coragem e réstia da sanidade europeísta, a União Europeia apoiasse o Alto Comissário da ONU para os Direitos Humanos, exigindo restrições ao veto dos P5 no Conselho de Segurança face à evidência de crimes de guerra e contra a humanidade que destroem o que resta hoje da Síria e da credibilidade da União Europeia.

Monika Flašíková Beňová (S&D). – Aj diskusia tu v pléne Európskeho parlamentu ukazuje obraz, ktorý sa občanom členských štátov Európskej únie nemôže páčiť. My, ktorí sme volení a ktorí sme platení za to, aby sme prijímali riešenia, sa tu predbiehame v kritike jednotlivých politík. Nevieme sa zhodnúť na riešení utečeneckej krízy, nevieme sa zhodnúť na Brexite, nevieme sa zhodnúť na tom, ako máme pôsobiť v Afrike, Sýrii, aký má byť náš vzťah k Rusku, k Ukrajine. Treba veľmi jednoznačne povedať, že v tomto smere bol bratislavský samit úspechom, úspechom už len tým, že sa lídri stretli a že sa rozprávali o tom, že je dôležité prijímať spoločné riešenia, pretože neexistujú žiadni bruselskí úradníci, neexistuje žiadna indiferentná Európska únia, to sú naše spoločné riešenia a predseda vlády Robert Fico ukázal, že má záujem o to, aby sa tieto spoločné riešenia hľadali. Preto si vyprosím kritiku bratislavského samitu. V závere by som chcela povedať, že očakávam od Komisie, aby sa oveľa viac snažila apelovať na lídrov členských štátov, že dôležité je, aby hľadali spoločné riešenia, a nie, aby po samite vyšli na tlačové konferencie, kde aj po bratislavskom samite, Orbán s Renzim, prví samit skritizovali bez toho, aby s konkrétnymi riešeniami prišli. Toto nie je riešenie pre Európsku úniu, to je len deštrukcia fungovania inštitúcii.

Presidente. — Prima di darle la parola, onorevole Dalli, voglio congratularmi per la nascita che ha allietato la sua famiglia.

Miriam Dalli (S&D). – Grazzi Chair, Commission Vice President, għal darb'oħra fuq l-aġenda tal-Kunsill għandna l-immigrazzjoni. Ser nerġgħu nitkellmu dwar l-immigrazzjoni, okkażjoni oħra fejn l-Unjoni Ewropea għandha l-opportunità quddiemha li turi li mhijiex maqtugħa miċ-ċittadini. U qed ngħid dan fi żmien u f'ċirkostanzi fejn ta' kuljum l-ikbar problema għall-Unjoni Ewropea hija li qed tkun maqtugħa mir-realtajiet li qegħdin iħossu ċ-ċittadini fl-Istati Membri u mir-realtijiet li l-Unjoni Ewropea kollha u l-Istati Membri kollha kemm huma qegħdin jiffaċċjaw.

Jekk nitkellmu dwar sigurtà, jeżistu nuqqasijiet serji fil-mod ta' kif qed jiġu mmaniġġjati l-fruntieri esterni tal-Unjoni Ewropea. Irridu li ċ-ċittadini Ewropej iħossuhom qrib l-Unjoni Ewropea? Allura, flok induru ċirku tond, mingħajr ma jittieħdu d-deċiżjonijiet li suppost, hemm bżonn li l-mexxejja Ewropej jindirizzaw l-issues l-aktar urġenti, fosthom, iva l-immigrazzjoni u t-traffikar tal-persuni. L-Unjoni Ewropea, aktar minn qatt qabel, għandha tibgħat messaġġ ċar u b'saħħtu li t-traffikar tan-nies huwa reat mill-aktar gravi u li għandu jiġi kkastigat bl-istess mod. Inkella se tibqa' l-idea li jaqbillek tapprofitta mill-aktar persuni vulnerabbli.

F'dawn iż-żminijiet kritiċi għall-Unjoni Ewropea għandna bżonn mexxejja li jmexxu lill-Unjoni Ewropea għaliex għandhom valuri ċari u b'saħħithom. Jgħin żgur jekk ikun hemm, iva sforz kollettiv, fejn ir-riżorsi li għandhom l-Istati Membri jiġu utilizzati bl-aħjar mod u nevitaw id-duplikazzjoni. Fuq kollox, flimkien, għandna aktar saħħa milli individwalment.

Procedura «catch-the-eye»

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, občané členských států nám dávají jasně najevo, co jsou jejich priority. Chtějí bezpečnost, chtějí Unii, která bude akceschopná a bude reagovat na jejich obavy.

Osobností, Evropanem, který zde v roce 2000 hovořil, byl Václav Havel, který sdílel naše obavy a měl také vizi pro řešení Evropské unie. Dnes by měl 80 let a dovolte mi jej proto citovat: „Jiným projevem společenské solidarity je starost o bezpečnost, ta je úkolem státu či nadstátního svazku. Evropská unie začíná intenzivně pracovat na nové koncepci své bezpečnostní politiky. Tato politika by se měla vyznačovat schopností rychle rozhodovat a rychle proměňovat společná rozhodnutí v činy. Zdá se mi to být nesmírně důležité, zdá se mi, že je k tomu nejvyšší čas," řekl Václav Havel před šestnácti lety, a já bych chtěla vyzvat zástupce Rady, zástupce Komise, aby skutečně reagovali rychle, aby obavy o bezpečnost byly řešeny.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor Presidente, la Comisión y el Consejo caminan contra reloj contra una pérdida de confianza de proporciones históricas y un punto de no retorno en el proyecto europeo. Fronteras, vallas, populismo, referendos contra la integración, el Grupo de Visegrado, el acuerdo con Turquía y el *brexit* lastran lamentablemente la imagen de Europa.

Pero lo peor es que la imagen no estaría completa sin el escandaloso conflicto de intereses que se ha puesto de manifiesto con la antigua Comisaria Neelie Kroes, en las Bahamas, o con el antiguo Presidente Barroso, en Goldman Sachs.

Pero tampoco sin la amenaza de una inaceptable multa a España y Portugal, países que han hecho inmensos sacrificios con la imposición condicionada de recortes inasumibles y en plazos imposibles, porque esas multas van contra los sacrificios de países que han sido euroentusiastas, contra sus regiones más vulnerables —las ultraperiféricas incluidas —, pero también y sobre todo contra la propia idea de Europa.

Por tanto, antes de que sea tarde: ¡basta, Comisión y Presidencia!

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Timmermans, η προσφυγική και μεταναστευτική κρίση λαμβάνει πλέον εκρηκτικές διαστάσεις. Πιστεύω ότι αυτό οφείλεται σε μεγάλο βαθμό στο ότι πάρα πολλά κράτη μέλη δεν συμμορφώνονται με την υποχρέωση της μετεγκατάστασης. Είναι κάτι που έχει αποφασιστεί· δυστυχώς όμως δεν εφαρμόζεται. 66.400 μετεγκαταστάσεις θα πρέπει να γίνουν από την Ελλάδα. Μέχρι στιγμής έχουν γίνει 4.077, με βάση τα στοιχεία που δώσατε εσείς. Αντιλαμβάνεστε ότι δεν μπορεί να συνεχιστεί αυτή η κατάσταση. Η Ελλάδα δεν αντέχει άλλους πρόσφυγες και κυρίως άλλους παράνομους μετανάστες.

Επιπλέον, 14.000 πρόσφυγες και άλλοι παράνομοι μετανάστες συνωστίζονται πλέον στα νησιά του Αιγαίου. Εκεί πρέπει κάτι να γίνει. Σημειώνονται συγκρούσεις μεταξύ των προσφύγων στους χώρους φιλοξενίας. Σε αυτή την εκρηκτική κατάσταση αντιδρούν οι ίδιοι οι κάτοικοι κι όμως άκουσα από την Επιτροπή ότι δεν δέχεται να φύγει μέρος αυτών των προσφύγων από τα νησιά του Αιγαίου και να έρθει στην ηπειρωτική Ελλάδα. Πρέπει να ληφθούν σημαντικά μέτρα, κύριε Timmermans.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, οι λαοί είπαν όχι στην TTIP με δυναμικό τρόπο και έτσι την περιθωριοποίησαν. Τώρα προσπαθούν η Επιτροπή και το Συμβούλιο να την επαναφέρουν από την πίσω πόρτα, μέσω της CETA. Οι πολυεθνικές των ΗΠΑ θα μπορούν μέσω του Καναδά να χρησιμοποιούν τα εργαλεία της CETA για να επιτίθενται στα εργασιακά, κοινωνικά και περιβαλλοντικά πρότυπα των κρατών. Έτσι θα εξαφανιστεί κάθε φραγμός στη δράση και στην κερδοφορία των πολυεθνικών επιχειρήσεων.

Η εργατική νομοθεσία, οι προδιαγραφές περιβαλλοντικής προστασίας, τα πρότυπα για την ασφάλεια των καταναλωτών και της δημόσιας υγείας, θα συμπιεστούν δραστικά προς τα κάτω. Η ίδια η δημοκρατία θα καταστρατηγηθεί, αφού οι πολυεθνικές θα μπορούν μέσω του ISDS να αμφισβητούν τις αποφάσεις των κυρίαρχων κρατών διεκδικώντας αποζημιώσεις, όποτε πρόκειται να επηρεαστούν αρνητικά τα κέρδη τους. Θα οδηγηθούμε δηλαδή στην απόλυτη κυριαρχία της αγοράς. Εμείς, ως GUE, σταθήκαμε απέναντι στη TTIP και θα σταθούμε απέναντι στη CETA γιατί παλεύουμε με συνέπεια υπέρ την ενίσχυσης των δικαιωμάτων των εργαζομένων και του κοινωνικού κράτους και ενάντια στα συμφέροντα των πολυεθνικών.

Hilde Vautmans (ALDE). – Ik ben blij dat er eindelijk een volwaardig debat over Rusland in de Europese Raad zal plaatsvinden en dat we niet zomaar opnieuw overgaan tot de verlenging van de sancties en ons storten in een koude oorlog met Rusland. We moeten de verschillende kaarten op tafel leggen: Oekraïne, de Krim, Syrië, de NAVO, de Europese Unie.

Tevens hoop ik dat u eindelijk zult spreken over de gevolgen van de tegensancties van Poetin, met name voor onze fruittelers en landbouwers. Ik ben van mening dat zij een compensatie verdienen voor de geleden schade. Zou er zo weinig aandacht voor deze boycot zijn als er geen Duitse auto's meer zouden mogen worden ingevoerd?

De landbouwsector bevindt zich in een serieuze crisis en de maatregelen die worden genomen zijn onvoldoende. Daarom vraag ik om echte compensaties voor geleden schade, niet uit het landbouwbudget maar uit de algemene middelen. Het zijn onze landbouwers die de prijs betalen voor deze handelsoorlog waar zij niets aan kunnen doen.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Po eni strani gradimo zidove, žice in zapiramo vrata pred ljudmi, ki bežijo pred vojnami, pred nasilji, zaradi tega, ker se očitno težko dogovorimo o pravični razporeditvi bremena.

Po drugi strani pa na široko odpiramo vrata škodljivim sporazumom, o katerih vemo veliko manj, kot bi si želeli, zlasti zaradi netransparentnosti pogajanj – govorim o Ceti in pa seveda TTIP-ju.

S tem tudi ignoriramo milijone ljudi, ki nasprotujejo tem sporazumom, ki pravzaprav bodo vplivali na standarde, tako na področju okolja, socialnih in tudi delavskih pravic, ki uveljavljajo takoimenovana nadsodišča, ki služijo samo investitorjem in njihovemu dobičku, ne pa seveda pravicam ljudi, in pravicam do čistih vodnih virov, zdrave, neoporečne hrane.

In če podpišemo, in če podpišete to začasno uporabo, kar je v nasprotju z demokracijo, potem ignorirate tudi nacionalne parlamente. Zato predlagam, da tega ne podpišete.

Laima Liucija Andrikienė (PPE). – Sirija privalo būti artimiausio ES Tarybos posėdžio darbotvarkėje. Stebime, kaip Sirijos vyriausybė, remiama Rusijos oro pajėgų, vykdo intensyvią kampaniją, metodiškai žudo civilius Alepo ir jo apylinkių gyventojus. Tarptautinė bendruomenė, įskaitant ir Europos Sąjungą, net negali ten pristatyti humanitarinės pagalbos. Tai, ką Rusijos remiama Sirijos vyriausybė vykdo Alepe, yra nuskalstama kampanija, kuri turi būti sustabdyta, ir mes laukiame Europos Sąjungos Tarybos sprendimo šiuo klausimu. Matant, kaip sau leidžia elgtis Rusija ne tik Sirijoje, bet ir Ukrainoje, Gruzijoje, yra tik vienas kelias – sankcijos Rusijai turi išlikti. Rusija nėra įvykdžiusi Minsko susitarimų ir, kol jie nebus įvykdyti, bet kokie siūlymai svarstyti sankcijų Rusijai naikinimą yra nepriimtini ir, svarbiausia, nenaudingi Europos Sąjungai. Dėl užsienio prekybos klausimų – CETA'i, laisvosios prekybos susitarimui su Kanada, nedelsiant turi būti uždegta žalia šviesa, turi būti padaryta viskas, kad susitarimas būtų ne tik pasirašytas, bet ir nedelsiant įsigaliotų.

Silvia Costa (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'agenda è chiara: Siria, immigrazione, Brexit e il rilancio dell'economia. Il Consiglio di ottobre deve dare delle risposte non più eludibili, altrimenti l'Europa perde e noi non siamo più credibili.

In primo luogo, è inaccettabile che proprio il giorno dell'anniversario della strage di Lampedusa sia stato scelto da Orban per un referendum assolutamente illegittimo. Oggi stiamo di fronte a un piccolo dato: 86 rifugiati sono stati riconosciuti in questo anno dall'Ungheria e oltre 150 000 profughi sono accolti in Italia, che continua a salvare vite ma non riesce a far andare le persone negli altri paesi. Se non c'è questo non ci saranno nemmeno i corridoi umanitari. Tutto si tiene. La risposta dev'essere globale, anche dopo il vertice a New York.

In secondo luogo, al tavolo della Siria ci deve essere anche l'Unione europea e dobbiamo rilanciare l'accordo e non darci per persi, ma dobbiamo dire con chiarezza alla Russia che questo è un crimine contro l'umanità. Non dobbiamo far prevalere le ragioni diplomatiche ma richiamare tutti alla responsabilità.

Sulla Brexit solo una battuta: 10 000 studenti in questi giorni hanno firmato per chiedere di poter continuare in futuro Erasmus. Io ho chiesto che lo dicano al capo del governo britannico, alla May, perché faccia di questo il primo negoziato dopo la Brexit, ma rispettando il diritto di libera circolazione.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, η επικείμενη σύνοδος του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου είναι αξιοσημείωτη, όχι τόσο για την ημερήσια διάταξη της, όσο για τα θέματα τα οποία δεν βρίσκονται στην ημερήσια διάταξη. Δεν βρίσκεται στην ημερήσια διάταξη το γεγονός ότι στην Ουγγαρία και ακόμη περισσότερο στην Πολωνία ακροδεξιές κυβερνήσεις επιδιώκουν και επιχειρούν να οικοδομήσουν ημιαυταρχικά καθεστώτα, παραβιάζοντας τις θεμελιώδεις αρχές της Ένωσης, όπως είναι ο σεβασμός στα θεμελιώδη δικαιώματα και στο κράτος δικαίου.

Αλλά, βέβαια, η ίδια η Ένωση επιδεικνύει με τη συμπεριφορά της απέναντι στα κράτη μέλη του Νότου, παραδείγματος χάριν, την ίδια έλλειψη σεβασμού σε άλλου είδους θεμελιώδη δικαιώματα, όπως είναι τα κοινωνικά δικαιώματα των ανθρώπων που επίσης πρέπει να προστατεύονται. Η Ένωση οφείλει να επιστρέψει στις θεμελιακές και ιδρυτικές της αξίες και να προστατεύσει τα θεμελιώδη δικαιώματα στην ολότητά τους διότι, αν δεν το πράξει, φοβάμαι ότι η βρετανική έξοδος θα είναι απλώς η πρώτη από σειρά εξόδων και άλλων κρατών.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych se chtěl zastat občanů, kteří jsou drceni ruským postupem v Aleppu. Myslím si, že ztráty na civilistech, utrpení, škody, které tam vznikají, to všechno by mělo vést k zamyšlení, jestli skutečně Rusko může být partnerem pro Evropskou unii a do jaké míry skutečně naše sankční seznamy jsou dostatečné. Podle mého soudu bychom neměli obětovat civilisty v tomto městě. Naopak bychom se jich měli skutečně zastat.

A zároveň bych se chtěl zastat i účasti Británie na summitech. Já jsem přesvědčen, že bychom měli s touto zemí hovořit, že bychom ji neměli vylučovat, že to je dokonce proti smyslu našeho platného práva a že Británie by se měla účastnit těchto summitů, dokud bude součástí Evropské unie. Moc bych se za to přimlouval.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, αφού συζητούμε για τους πρόσφυγες και τους μετανάστες, θα θέσω ένα ζήτημα προς την Επιτροπή, το οποίο την αφορά και το οποίο αποτελεί τεράστια εκκρεμότητα σχετική με την Τουρκία, αφού υπάρχει εκφρασμένη απαίτηση του Erdoğan για την απελευθέρωση των διαδικασιών για τις θεωρήσεις διαβατηρίων των Τούρκων υπηκόων. Αυτή η απόφαση, όμως, ανήκει 100% στην ίδια την Ευρωπαϊκή Ένωση, δεν ανήκει στον Erdoğan.

Έχουμε λοιπόν 72 κριτήρια. Σε ερώτηση που υπέβαλα προς την Επιτροπή και από την απάντηση που πήρα, είναι προφανές ότι ήδη η Επιτροπή κατά την αξιολόγησή της προβαίνει σε εκπτώσεις. Ενώ τα 72 κριτήρια είναι αδιαίρετα και αφορούν το σύνολο της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αρχίζουμε να αναγνωρίζουμε «μερική εκπλήρωση κριτηρίων», «διαφαινόμενη πρόοδο» και ούτω καθεξής. Θα ολοκληρώσω με αυτή τη κουβέντα: σήμερα το πρωί, ερχόμενος εδώ με το αυτοκίνητο του Ευρωκοινοβουλίου, ο οδηγός μου, όταν αντιλήφθηκε ότι είμαι από την Κύπρο, μου έθεσε ένα ερώτημα το οποίο θέτω σε όλους: πώς είναι δυνατόν η Τουρκία να κατέχει το ένα τρίτο της Κύπρου με τουρκικά στρατεύματα και να έχει φτάσει στο σημείο των προενταξιακών συνομιλιών στο οποίο βρίσκεται σήμερα;

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, discursul domnului Juncker la analiza stării Uniunii a fost apreciat în țara mea, dar nu trebuie să rămână doar un discurs. Consiliul este foarte important în punerea în practică a ceea ce a spus Comisia, a ceea ce a spus președintele și ceea ce spunem noi, Parlamentul European. Europa trebuie să fie o Europă cu locuri de muncă, trebuie să o reindustrializăm, trebuie să dezvoltăm comerțul transfrontalier și trebuie să investim în zonele marginale ale Europei, să creștem coeziunea și aici Fondul strategic de investiții poate avea un rol foarte mare, dar nu l-a arătat până acum. Politicile de apărare comercială nu au apărut încă, integrarea tuturor țărilor membre în spațiul Schengen nu s-a realizat. De aceea, cer Consiliului, mai ales, dar și Comisiei să nu mai blocheze inițiativele Parlamentului și, așa cum am spus, cu ocazia analizei stării Uniunii: Europa trebuie să fie mai bine explicată, o comunicare și o transparență mai bună și să intensificăm măsuri concrete pentru dezvoltarea economică, susținerea IMM-urilor creatoare de locuri de muncă, măsuri speciale pentru creșterea calității vieții oamenilor. Iată câteva probleme care trebuie să fie pe agenda reuniunii Consiliului din 20 - 21 octombrie.

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Mr President, let me dwell on one issue that was raised by most speakers, which is the issue of migration. It is clear to me that the European Union as such cannot survive a situation of uncontrolled mass immigration into Europe. It is equally clear to me that the European Union cannot survive in a situation where we take leave of our fundamental values, refusing international protection to people fleeing atrocities such as in Aleppo, on the grounds that they are migrants and not refugees, which is a false ground. So these are the two guiding principles I would like to apply to our migration policy.

If we want to have controlled migration, and if we want to stick to our fundamental values, which is providing shelter to people fleeing from war and persecution which, I might add, is a fundamental Christian value to those who seem to use Christian values to keep out refugees, then we desperately need a comprehensive approach to the migration issue. We cannot pick and choose. We need to do everything, everywhere, at the same time, which means to do better at protecting our international borders, to do better at redistributing migrants who have arrived according to agreements we have reached, to make sure we also apply resettlement in those areas where refugees are now, and cannot be sustainably housed, to have agreements with third countries so that we provide for development there and that we provide for the right conditions so that economic migrants or people who seek an economic future in Europe but

have no right to international protection can be returned to those countries. This is a comprehensive approach and we cannot pick and choose, one or the other. Those who say flexible solidarity means you can pick and choose are wrong. We need to do it all. We do not need to do everything in the same measure everywhere, but everything will have to be done by all of us. I insist on this also because I was in Lampedusa a couple of days ago. And here today I want to salute the incredible efforts of the Italian Navy, of the people of all the international organisations involved, of the Italian coastguard, who daily save hundreds, if not thousands, of people from drowning. And still we have not prevented people from drowning in the Mediterranean, in incredible numbers in the southern Mediterranean, and also here only a sustainable policy will help us solve this problem. Fences and walls will not solve the problem. Those who believe that fences and walls will solve the problem are simply fleeing from reality. Just imagine that Africa and the next generation will have anywhere between 3 and 6 billion people. If we do not help Africa develop itself, if we did not make sure that girls can go to school, and that women do not feel they have to have nine children to survive, if we do not provide for that, no high fence, no barbed wire, no walls will stop people from coming to Europe. Either we help them develop themselves or we will be subject to mass immigration into Europe. That, my colleagues, is something we need to do jointly, and we need to start doing it now.

Finally, I want to pay tribute to Václav Havel. I have strong memories of a speech he made in Prague, and I was present there, where he recalled his memories of fighting for freedom, fighting against walls, fighting against fences, fighting against barbed wire. He said in that speech that he grew up and lived in a society where East and West were moral categories, where East and West defined a difference in values, and he was so happy that now he was President of a country and a society where East and West were reduced to mere geographical qualifications. Please let us stay true to the ideas and idealism of Václav Havel, and please let us make sure that, in our European Union, East and West remain purely geographical denominations.

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council.* – Mr President, frankly it is not easy to conclude this debate while I see that movement in the audience, but I will try to do my best.

(The President asked Members to take their seats)

The Bratislava Summit was mentioned quite often in this debate this morning, and I would like to thank all those who said that Bratislava was a useful event. However, I am not ignoring the views of those who obviously believed or expected more to come out from Bratislava. If I may say, we are not among those who are saying that Bratislava was an extraordinary or exceptional success. We see it realistically and we want to measure it against the two objectives that we have set ourselves when the meeting was convened in Bratislava. Number one: there were clear expectations that we would have a serious, open and frank debate after Brexit, but also they wanted to start a debate about the future of the European Union. We have agreed in Bratislava that the reflection process will start, and it will culminate next March when we will commemorate the 60th anniversary of the Rome Treaties, so that is one concrete result of Bratislava. Secondly, in Bratislava, several areas and steps were defined where we agreed that we need to make clear progress in order to show tangible results. I agree with Jean-Claude Juncker, who wished to have a more binding timetable for Bratislava, and let me say that the Presidency will work on the follow-up to this. I am speaking in this House just to recall that this is not only work for the Council or for Parliament or for the Commission. There is common work that we have to do, namely that towards the end of this year, the Commission, Parliament and the Council should agree on a common list or joint declaration of legislative priorities. So this is also the follow-up after Bratislava and this is a good basis for us to work.

May I also say that if Bratislava was not about one thing it was definitely not a demonstration of intergovernmentalism. How otherwise could Heads of State in Bratislava have welcomed the State of the Union speech of the President of the Commission? Jean-Claude was right that it was maybe for the first time that Heads of State had explicitly welcomed a speech that he has delivered, just two days before Bratislava.

Second point. Of course many of you referred to the tragic events unfolding in Syria. Russia is on the agenda of the European Council. I would like to recall that the rationale for including Russia on the agenda was a bit different – it was in the context of Russia's aggression against Ukraine – but I agree that the events in Syria are prompting us to have a broader debate, a strategic debate, about future relations with Russia.

Lastly, honourable Member in 't Veld asked a question on whether we as a Presidency are ready to work with you on the Asylum Package. I would not see the Council as being a bottleneck on this particular issue. I would like to say that what the Commission has proposed is a far-reaching reform of the asylum system, including Dublin. Member States will feel the impact of this and we simply need more time to explore what can be done. The Presidency wants to organise this work speedily. It took us recently five years to agree on many elements which are on the table right now, but we want to organise our work in a way which will not cause further divisions on these very sensitive issues. But be sure that the Council and the Presidency are working hard towards having agreement on many elements of asylum towards the end of this year.

Der Präsident. – Die Aussprache ist beendet.

Cristian Dan Preda (PPE). – Monsieur le Président, cette question n'est pas à l'ordre du jour mais j'aimerais intervenir ici pour dénoncer le fait qu'il y a quelques jours, les autorités russes ont arrêté un journaliste ukrainien, Roman Souchtchenko. Ce journaliste, qui faisait son métier, a été mis en prison et accusé d'espionnage. De telles situations sont inacceptables. Nous demandons aux autorités russes de libérer immédiatement ce journaliste ukrainien. Je répète son nom: Roman Souchtchenko.

Der Präsident. – Vielen Dank für den Hinweis, Herr Kollege Preda. Wir gehen dem Fall selbstverständlich nach und werden intervenieren.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Tisztelt Parlament! Tisztelt Bizottság! Tisztelt Tanács! Szeretném nyomatékosan felhívni a figyelmet arra, hogy bár a Bizottság már 2015. decemberben elismerte, hogy Ukrajna teljesítette a vízumliberalizációs tervet, a mai napig bürokratikus eljárásokkal hátráltatják a polgárok vízummentes beutazását. Miközben Európát illegális bevándorlók százezrei lepik el bármiféle személyi azonosító okmány és a különböző egyezményekben előírt kötelező regisztráció nélkül, az európai közösséghez tartozó ukrajnai állampolgároknak, azon belül a kárpátaljai magyaroknak, még a vízum birtokában is órákat kell várakozniuk a kevés rendelkezésre álló határátkelőhelyen. Ukrajna polgárai sok áldozatot hoztak az európai orientációért, amiért cserébe az Európai Unió ezt a szimbolikus gesztust sem késlekedés nélkül hozta meg.

Ezért azt kérem, hogy az ukrán dossziét a fontosságának megfelelően kezeljék, és mielőbb tegyék meg a vízummentességhez szükséges lépéseket, illetve dolgozzanak ki fejlesztési és költségvetési tervet a határ menti infrastruktúra kibővítésére a nemzetközi útvonalak és a határátkelők fejlesztése érdekében, mert ez végre kézzelfogható segítség lenne a polgárok számára.

Lorenzo Cesa (PPE), *per iscritto*. – Ho già avuto modo nel corso della scorsa plenaria durante il dibattito sullo stato dell'Unione, di sottolineare quali sono le sfide che siamo chiamati ad affrontare nei prossimi mesi. Il Consiglio del 20 e 21 ottobre sarà uno snodo decisivo. Entro la fine dell'anno saremo chiamati a dare risposte credibili ai nostri cittadini. Le priorità su cui concentrarsi sono sicurezza, immigrazione, lavoro e tutela del risparmio. Dopo i deludenti risultati dell'ultimo vertice di Bratislava, l'Europa non può più permettersi passi falsi. Faccio appello ai leader degli Stati membri: sfruttiamo al massimo l'occasione del prossimo vertice, abbandoniamo gli egoismi nazionali, utilizziamo il metodo comunitario e rimettiamo in moto la nostra Europa!

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Em Portugal passam hoje 106 anos sobre a implantação da República. Um dia que, em democracia, foi assinalado como feriado até que a Troika (UE-FMI) e os seus homens de mão em Portugal o roubaram aos portugueses. A luta dos trabalhadores e do povo português trouxe a derrota, há um ano, do governo PSD-CDS. Com ela abriu-se a possibilidade de interromper o caminho de esbulho, exploração e empobrecimento que vinha sendo imposto ao país. Alguns passos foram desde então dados nesse sentido. Limitados e modestos, mas importantes. Um deles foi a devolução dos feriados roubados. Incluindo a devolução do 5 de outubro. Hoje foi dia feriado em Portugal. Não esperamos que do próximo Conselho Europeu saiam decisões que alterem o rumo que vem sendo seguido pela UE. Rumo que decorre da sua natureza e objetivos. Expressão dessa natureza e desses objetivos é o processo de ameaça e de chantagem movido contra Portugal. Procurando condicionar e impedir a possibilidade do povo português decidir livremente do seu destino. Evidenciando um processo de integração esgotado, corroído por contradições, sem nada de positivo para oferecer aos povos da Europa. Um processo que é já passado. O futuro, esse, está na luta dos

trabalhadores e dos povos. Depois dos feriados, outras conquistas virão.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. – Sytuacja w Syrii, dalsze wdrażanie polityki migracyjnej i wzmocnienie kontroli granicznej, a także strategia wobec umów handlowych, które mogą w znaczny sposób wpłynąć na przemysł UE, to najważniejsze tematy, które zostaną rozpatrzone na spotkaniu Rady Europejskiej 20–21 października w Brukseli. Potrzebne są konkretne działania, torujące drogę do wdrożenia efektywnych polityk migracyjnych. Wzmocnienie straży granicznej w krajach chroniących zewnętrze granice Unii. Europa jest częścią zglobalizowanego świata i powinna być lepiej przygotowana do wykorzystania możliwości, jakie oferuje migracja, zwłaszcza w obliczu starzejącego się społeczeństwa. Niemniej jednak, zapobieganie nielegalnej migracji i jej ograniczanie są niezbędne. Wymaga to wzmocnienia unijnej strategii zwalczania przemytu ludzi i handlu ludźmi oraz pogłębienia współpracy z państwami pochodzenia i tranzytu migrantów. Nowe zarządzanie strefą Schengen musi zapewnić też wyższy poziom bezpieczeństwa. W kontekście umów handlowych, mimo, że Komisja jest za jak najszybszym wdrożeniem porozumienia handlowego z Kanadą (CETA), myślę, że najpierw trzeba rozwiać wątpliwości, jakie budzi ono w naszych społeczeństwach. Konieczne są szerokie konsultacje oraz realne zabezpieczenia ochrony np. przemysłu stalowego w Europie.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Die Ratstagung am 20. und 21. Oktober wird essenzielle Themenstellungen der Europäischen Union ansprechen. Es sind dies Kernprobleme, mit denen die EU derzeit konfrontiert ist und für die mit äußerster Dringlichkeit Lösungen gefunden werden müssen. Wesentlich ist hier die Migrationsfrage, wo notwendige Weichenstellungen vorzunehmen sind, ebenso die europäische Handelspolitik, bei der neue Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, um eine widerstandsfähige Handels- und Wirtschaftspolitik für die Mitgliedstaaten zu erreichen. Von großer Bedeutung sind auch die Außenbeziehungen der Union zu Drittstaaten, wo es einer ehrlichen Aussprache bedarf, um beispielsweise die Beziehungen der EU zu Russland wieder zu normalisieren. Die unkontrollierte Zuwanderung, die Bedrohung durch den Terrorismus sowie die wirtschaftliche und soziale Unsicherheit der Bürger treffen den Kern des derzeitigen Missmuts in Europa. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, bedarf es einer konkreten Umsetzung von Initiativen. Insbesondere bei der Migration, bei Fragen der inneren und äußeren Sicherheit und bei der systematischen Bekämpfung der Radikalisierung innerhalb Europas müssen jene Prioritäten unterstützt und forciert werden, für die es auf der Ebene der Mitgliedstaaten einen breiten Grundkonsens gibt. Ein nachhaltiger Schutz der Außengrenzen der Europäischen Union, ein Ende des Flüchtlingsstroms, verbunden mit der generellen Bekämpfung von Fluchtgründen, das sind Punkte, die der Rat behandeln sollte.

Tunne Kelam (PPE), *in writing*. – I am appalled by the news that the UK Government plans to introduce lists of foreign citizens working in the UK. Should they as the next step also start wearing an emblem on the shoulder to be noticeable? The UK has been a highly respected, although sometimes a difficult EU Member State. While regretting the outcome of the referendum, the EU is ready to negotiate on fair terms. Now it looks as if the UK has taken the approach of nothing to lose and has decided to mock European principles, ridicule and hinder EU plans for closer cooperation and, worst of all, punish equally Europeans and its own citizens. This is not responsible behaviour. I call on the UK to stop such bullying of the EU. Attempts to conduct an appeasement policy towards Russia have failed. Together with the Syrian dictator Assad, the Russian military is massacring in Syria what is left to massacre. It is highly concerning that a major military exercise, practising total war and nuclear attack, is taking place in Russia. The conclusion must be that EU cannot sink deeper in trying to accommodate itself to Putin's aggressive politics. A state responsible for committing systematic war crimes cannot be the EU's partner. Instead, the EU and the US should take joint action to end the war in Syria.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Všetci predstavitelia vlád a prezidenti na Bratislavskom samite vyhlásili, že nič lepšie ako EÚ pre ich obyvateľov neexistuje. Bol to silný pozitívny signál pre obyvateľov EÚ. Dali najavo, že z migračnej krízy sme sa poučili, aj z vlastných chýb, že sme pripravení, aby sa situácia nezopakovala. Ukázali na konkrétne opatrenia, ktoré znižujú príliv migrantov a riešia hlavné problémy mimo územia Európy. Ponúkli opatrenia, ktoré prispejú k rastu a zamestnanosti, osobitne zamestnanosti mladých ľudí. Vyčlenili pol roka, kedy proces, ktorý v Bratislave naštartoval, dotiahneme do konca s konečným cieľom stanoviť jasné priority a naplánovať konkrétne kroky. Tento rok dobudujeme pohraničnú a pobrežnú stráž s novými kompetenciami návratovej politiky, spustíme systém, ktorý zaznamená údaje o ľuďoch, ktorí vstupujú a vystupujú z EÚ a do nej, realizujeme naše priority, ako boj proti daňovým podvodom, daňovým únikom, zdaňovanie zisku tam, kde vzniká, dokončenie bankovej únie, aby vklady ľudí boli chránené a aby v prípade problémov bánk sa podieľali ich vlastníci a nie všetci obyvatelia, pokračujeme v projekte energetickej únie, aby sme zaručili bezpečnosť dodávok energií a čo najlacnejšie energie. Ochránime náš oceliarsky priemysel proti nízkym cenám z Číny. Doriešime, aby ľudia od leta so svojim mobilom telefonovali v EÚ za rovnakú cenu ako doma.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *în scris.* – Consiliul European trebuie să vina cu soluții viabile pentru o serie de puncte cu care se confruntă Uniunea Europeană în acest moment.

Trebuie găsită cauza migrației și rezolvarea problemelor migrației la sursă. Stăpânirea fluxurilor migratorii presupune o nouă politică de cooperare cu țările terțe.

Politica de intervenție a Rusiei în Siria trebuie pusă sub semnul întrebării. Rusia nu este un partener european în ceea ce privește măsurile umanitare, pe cât nu este un partener european pentru proiectele energetice de genul Nord Stream 2.

Acordurile comerciale CETA și TTIP trebuie să țină cont de îngrijorările cetățenilor europeni. UE trebuie să informeze opinia publică în ceea ce privește fiecare avantaj pentru cetățean: crearea de locuri de muncă, dezvoltarea comerțului loial etc. Subliniez necesitatea consolidării instrumentelor legislative europene pentru reindustrializare. Aceste acorduri trebuie să contribuie pozitiv la crearea de condiții corespunzătoare pentru industria din UE, care se confruntă cu o concurență neloială pe piața mondială, unde nu se respectă aceleași standarde și norme.

În ceea ce privește Brexitul, consider că UE trebuie să se pună de acord referitor la așteptările de la noul statut al UK. Libertățile fundamentale, în particular libertatea circulației, nu trebuie să fie atinse de acest nou statut al UK.

Alfred Sant (S&D), *in writing.* – One accepts that the EU should not, either on its own or through informal contacts with the UK, start to review options for the Brexit negotiations before these commence. The same need not apply for the EU's internal arrangements once Brexit has been consummated. This is especially relevant with regard to the financial implications for the Union of being without the UK. Media houses and research bureaus have made their calculations. The Union's income will suffer a sizeable shortfall with the disappearance of the UK's net contribution. What will the implications of this be for ongoing and future EU projects? What will be the dimensions of the shortfall, seen from a purely accounting perspective? And from an operational one? How can this deficit be countered? These questions in no way prejudice the conduct of future Brexit negotiations. They relate to the available options for internal reorganisation of the EU post-Brexit. Misinformation about this may be contributing to ongoing uncertainties as much as the wait for Brexit negotiations to start. Deep background provided publicly as of now by the Commission and/or Council about the scale of the challenges and problems in this regard would help dampen such uncertainties.

Algirdas Saudargas (PPE), *raštu.* – Artėjančiame Europos Vadovų Tarybos susitikime spalio pabaigoje nemažas dėmesys bus skiriamas Rusijos klausimo aptarimui. Tikėtina, kad ir vėl pasigirs teiginių, raginančių palaipsniui grįžti prie ankstesnių santykių, todėl verta atsinaujinti pastarųjų mėnesių faktus. Rugsėjį įvyko parlamento rinkimai, po kurių iš Rusijos politinės sistemos galutinai eliminuota nesisteminė opozicija. Netrukus po to buvo paskelbta, kad Kremlius siekia konsoliduoti saugumo struktūras ir atkurti SSRS laikais veikusią saugumo ministeriją – MGB. Mėnesio pabaigoje olandų vadovauto tyrimo dėl MH17 tragedijos ataskaitoje patvirtinta, kad keleivinis lėktuvas virš Rytų Ukrainos buvo numuštas iš Rusijos atgabentu zenitinių raketų kompleksu BUK, kuris vėliau grąžintas atgal į Rusiją. Nors kol kas neatskleidžiamos konkrečios šį nusikaltimą įvykdžiusių ir įsakymą davusių pareigūnų tapatybės, klausimų dėl Rusijos atsakomybės šioje tragedijoje nebeturėtų kilti. O spalio 4-ąją paskelbta, jog šalyje prasidės visuotinės tris dienas vyksiančios karinės pratybos, kuriose neva bus mobilizuota 40 mln., taigi trečdalis, visų Rusijos gyventojų. Akivaizdu, kad tai propagandos tikslais išpūstas skaičius, bet tokio pobūdžio neskelbtų pratybų Rusijoje fiksuojama vis daugiau. To turėtų užtekti norint įvertinti esamą politinę situaciją Rusijoje ir bet kokių bandymų normalizuoti santykius su ja grįžtant prie įprastinių formatų sėkmę.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne.* – Migračnú krízu môžeme zvládnuť len spoločným postupom. Očakávam, že členské štáty plne podporia nasadenie Európskej pobrežnej a pohraničnej stráže na našich hraniciach. Vo svetle nezvratných dôkazov o podiele armády RF na zostrelení letu MH17 by Európa mala tiež vystupovať voči Rusku jednotne a trvať na potrestaní vinníkov a odškodnení obetí.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Az EiT következő ülésén az Unió állam- és kormányfői első ízben találkoznak, hogy ismét megvitassák a migrációs- és menekültválság közös kezelését, azt követően, hogy egyikük – Orbán Viktor – október 2-i „kvótaellenes" népszavazásával durva, közvetlen politikai kihívást intézett velük, az EiT-vel, sőt, az EU egész jogrendjével szemben. A népszavazás a magyar választók bölcsességének köszönhetően ugyan érvénytelen lett, ám az Orbán-kormány tovább folytatja Brüsszel-ellenes demagógiáját, a migránsok elleni gyűlöletkeltést, a közös európai megoldástól való elzárkózását, amit immár az alaptörvényben is rögzíteni akar. Úgy vélem, a mostani Európai Tanács-ülés az egyetlen megfelelő szint és alkalom, hogy az EU vezetői szembesítsék magyar kollégájukat politikájának veszélyeivel, mind a magyar nép, mind az Európai Unió jövője szempontjából.

Ennek érdekében szorgalmazom, hogy a mostani EiT napirendjének előkészületei kapcsán végre ismerjék fel: nem érdemes és nem is lehet tovább a siker reményében a migránsválság hatékony és közös uniós kezeléséről beszélni, ha Európa vezetői nem vetnek egyszer s mindenkorra véget Orbán aknamunkájának, megelőzve ezzel az önző, nacionalista populizmus további terjedését a tagállamok körében. A magyar kormány diktatórikus módszerei és uszító kampánya ellenére ebben most már bizonyítottan a magyar választók többségének egyetértésére is számíthatnak.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este diálogo estruturado é parte integrante de um processo inqualificável de chantagem e condicionamento destinado a prevenir qualquer desvio dos governos nacionais em relação à agenda neoliberal da União Europeia. Estamos naturalmente contra a suspensão dos fundos estruturais e acompanhamos muito do que foi dito hoje nesta reunião. Mas este diálogo, esta possibilidade de suspensão dos fundos estruturais, as sanções e as multas não caíram do céu. São a aplicação de regras concretas que foram aprovadas por este Parlamento e por muitos deputados que estão neste momento confrontados com as consequências das diretivas e dos regulamentos aprovados anteriormente. São, por isso, parte integrante de uma União Económica e Monetária que, com as suas regras, os seus mecanismos, representa um verdadeiro entrave ao desenvolvimento dos países e das regiões economicamente mais débeis. Neste sentido, mais do que recomendar a não aplicação da suspensão dos fundos estruturais, devemos exigir uma profunda reflexão sobre o euro, sobre a União Económica e Monetária e, em última análise, sobre este processo de integração neoliberal que deixou de ser parte da solução para ser parte do problema.

6. Erklärung der Präsidentschaft

Der Präsident. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute Morgen ist im Plenum mehrfach in etlichen Redebeiträgen, eben auch durch den Vizepräsidenten der Kommission, Herrn Timmermans, auf Václav Havel hingewiesen worden. Dieser große europäische Staatsmann hätte heute sein achtzigstes Lebensjahr vollendet – eine große Persönlichkeit, wie viele von Ihnen in ihren Reden heute zum Ausdruck gebracht haben, ein Charakter mit Rückgrat, ein Mann, der sein Leben im Kampf gegen die Diktatur, gegen die sowjetische Unterdrückung, für die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit eingesetzt hat. Er befreite nicht nur die damalige Tschechoslowakei vom Joch des Kommunismus, er führte auch die Tschechische Republik als souveränen Staat zum Beitritt zur Europäischen Union. Ich glaube, Václav Havel und sein Lebenswerk sind ein Vermächtnis für all diejenigen, die an ein Europa der Toleranz, des Respekts und des Kampfes für Freiheit glauben. Deshalb ist es sicher angemessen, an seinem 80. Geburtstag an diesen großen Mann zu erinnern.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden nachher eine Abstimmung über die Notwendigkeit einer europäischen Reindustrialiserungspolitik verfolgen. Das ist der Grund, warum eine Reihe von Vertreterinnen und Vertretern der Belegschaft der Firma Caterpillar, vor allen Dingen die Betriebsräte, heute bei uns sind und diese Debatte und die Abstimmung verfolgen. Ich heiße in einer sehr schwierigen Situation, nicht nur für Caterpillar, sondern für die gesamte europäische Industrie, die Gäste bei uns auf der Tribüne willkommen.

(Beifall)

7. Abschluss eines Verfahrens zur Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll

8. Abstimmungsstunde

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die Abstimmungsstunde.

(Abstimmungsergebnisse und sonstige Einzelheiten der Abstimmung: siehe Protokoll).

— Vor der Abstimmung.

James Carver (EFDD). – Mr President, Sunday saw the start of Rosh Hashanah, the Jewish New Year. With a rise in anti-Semitism not just across the European Union, but across the globe, and with Jewish communities across the European Union facing greater security issues at their schools and at their synagogues, would it not be a good opportunity to wish Europe's Jewish citizens a happy and a sweet new year?

(Applause)

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Carver, für diesen Hinweis. Es ehrt Sie sicher, dass Sie darauf hinweisen.

8.1. Beitritt Perus zum Haager Übereinkommen von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (A8-0267/2016 - Angel Dzhambazki) (Abstimmung)

8.2. Beitritt Kasachstans zum Haager Übereinkommen von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (A8-0268/2016 - Angel Dzhambazki) (Abstimmung)

8.3. Beitritt der Republik Korea zum Haager Übereinkommen von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (A8-0266/2016 - Angel Dzhambazki) (Abstimmung)

8.4. Globale Ziele und Zusagen der EU in Bezug auf Ernährung und Ernährungssicherheit weltweit (B8-1042/2016) (Abstimmung)

8.5. Europäische Staatsanwaltschaft und Eurojust (B8-1054/2016) (Abstimmung)

8.6. Notwendigkeit einer europäischen Reindustrialisierungspolitik vor dem Hintergrund der aktuellen Fälle Caterpillar und Alstom (RC-B8-1051/2016, B8-1051/2016, B8-1052/2016, B8-1053/2016, B8-1055/2016, B8-1056/2016, B8-1057/2016, B8-1058/2016) (Abstimmung)

Der Präsident. — Damit ist die Abstimmungsstunde geschlossen.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

9. Stimmerklärungen

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

9.1. Beitritt Perus zum Haager Übereinkommen von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (A8-0267/2016 - Angel Dzhambazki)

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il seguente è un atto non legislativo con cui si ratifica l'adesione del Perù alla convenzione dell'Aia che riguarda la sottrazione internazionale dei minori. Poiché si tratta di un atto formalmente necessario, poiché nella convenzione non è prevista la possibilità di un'approvazione diretta da parte dell'UE, ho votato a favore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP chose to abstain on this vote because it is such an emotive issue. The right of countries acceding to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction is extremely important; however, this should be done at the will of the individual country and not en bloc by the EU.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Perú al Convenio de La Haya sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, puesto que considero positivo este tipo de coordinación entre los Estados a la hora de resolver los delicados casos de la sustracción internacional de menores, con el objetivo de avanzar hacia el respeto de los derechos e intereses de los niños y niñas.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — We voted in favour of this report to endorse the Council decision to authorise the accession of Peru to the Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction. The Convention is a multilateral treaty to ensure that children wrongfully taken into another country, often by a parent or guardian, are brought back to their home country.

A ruling of the European Court of Justice in 2014 found that the EU now has exclusive external competence in these matters, but the Convention does not allow for international organisations – such as the EU – to sign the Convention themselves. This Council decision is therefore necessary to allow Member States to accept the accession of Peru to the Convention, bringing the Convention into force between the entire EU and Peru.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à donner à l'Autriche et à la Roumanie l'autorisation d'accepter l'adhésion du Pérou à la convention, qui permettra l'entrée en vigueur de la convention entre le Pérou et l'ensemble de l'Union européenne. Tous les autres États membres de l'Union européenne ont donné leur approbation au Pérou pour y adhérer.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the proposal for a Council decision authorising the Republic of Austria and Romania to accept, in the interest of the European Union, the accession of Peru to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction. I welcome the accession of Peru to the Convention as EU-wide protection should be ensured for the children in question. The Convention introduces a system of cooperation between the contracting states aimed at settling cases of international child abduction. The Convention also initiates a system which ensures the immediate return of children who have been abducted. Following the accession of Peru to the Convention, a Council decision is therefore necessary to authorise the two Member States which have not yet accepted the accession of Peru – Austria and Romania – to accept that accession. This will allow the Convention to enter into force between Peru and the entire European Union and it has a particular significance because of many EU citizens that are of Peruvian origin. Children with links to the Peruvian community will thus be safeguarded against abduction.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Συμβουλίου με την οποία εξουσιοδοτούνται η Δημοκρατία της Αυστρίας και η Ρουμανία, προς το συμφέρον της Ευρωπαϊκής Ένωσης, να αποδεχθούν την προσχώρηση του Περού στη σύμβαση της Χάγης του 1980 για τα αστικά θέματα της διεθνούς απαγωγής παιδιών, διότι με αυτό τον τρόπο θεσπίζεται ένα σύστημα που παρέχει τη δυνατότητα στα συμβαλλόμενα κράτη να συνεργάζονται για την εξεύρεση λύσης σε τέτοιες καταστάσεις.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Das Haager Übereinkommen vom 25. Oktober 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung ist ein Rechtsinstrument von größter Bedeutung, welches von allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ratifiziert wurde.

Durch das Übereinkommen wird ein System der Zusammenarbeit der Vertragsstaaten eingeführt, durch das Fälle internationaler Kindesentführungen gelöst werden sollen. Sehr häufig treten diese Probleme auf, wenn ein Paar sich getrennt hat. Stammen die Eltern aus verschiedenen Staaten, können sie versucht sein, sich die mangelnde Zusammenarbeit zwischen diesen Staaten zunutze zu machen, um das Sorgerecht für das Kind zu erhalten.

Ziel des Übereinkommens ist es, Lösungen für diese Situationen auf internationaler Ebene zu bieten, indem festgelegt wird, dass die Gerichte des Wohnsitzstaates des Kindes zuständig sind und dessen Recht anwendbar ist. Durch das Übereinkommen wird auch ein System eingeführt, durch das gewährleistet wird, dass Kinder, die entführt wurden, sofort zurückgegeben werden.

Der Beitritt Perus zum Haager Übereinkommen ist durchaus zu begrüßen. Auch hier gilt, desto mehr Länder dieses Übereinkommen unterzeichnen, desto wirksamer ist es. In der Europäischen Union leben viele Bürgerinnen und Bürger peruanischer Herkunft. Kinder, die Verbindungen zu diesem Staat haben, werden so vor Entführungen geschützt.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui permet de régler les cas d'enlèvement international d'enfants en autorisant le Pérou à adhérer à la convention de La Haye de 1980.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Under normal circumstances, I would vote against or abstain on resolutions involving the European Union's participation in international bodies and organisations because I believe that it's not for the European Union to make such decisions.

In this situation, however, the question is whether Peru should be allowed to accede to the Hague Convention. It should be a vote of the British Parliament, but it is not, because such sovereignty has been ceded. If the European Parliament were to vote against accession, it would penalise children at risk of abduction in that country.

Therefore I voted in favour of accession, despite my constitutional concerns.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour cette proposition car il apparaît que l'adhésion du Pérou à la convention est une nouvelle dont il y a lieu de se féliciter, compte tenu surtout du fait que l'Union européenne compte sur son sol de nombreux citoyens d'origine péruvienne.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pasiūlymą, kuriuo Austrijos Respublika ir Rumunija įgaliojamos dėl Europos Sąjungos interesų pritarti Peru prisijungimui prie 1980 m. Hagos konvencijos dėl tarptautinio vaikų grobimo civilinių aspektų. 1980 m. spalio 25 d. Hagos konvencija dėl tarptautinio vaikų grobimo civilinių aspektų yra labai svarbus dokumentas, kuriame numatoma susitariančiųjų šalių bendradarbiavimo sistema, skirta tarptautinio vaikų grobimo byloms nagrinėti. Daugeliu atvejų problemos dėl vaikų grobimo atsiranda porai išsiskyrus. Taip pat dažnai abiejų valstybių teismai pripažįsta save kompetentingais nagrinėti bylą ir kiekvienas vaiko globą skiria tam iš tėvų, kuris yra jų valstybės pilietis. Atsižvelgdamas į šiuos pavyzdžius, pritariu Peru prisijungimui prie Hagos konvencijos, kad būtų nustatyti kompetentingi teismai ir taikomi įstatymai tos valstybės, kurioje yra vaiko nuolatinė gyvenamoji vieta. Taip pat būtų užtikrinta, kad pagrobtas vaikas būtų nedelsiant grąžintas.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP chose to abstain on this vote because it is such an emotive issue. The right of countries acceding to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction is extremely important; however this should be done at the will of the individual country and not en bloc by the EU.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – La convention de La Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants instaure un système de coopération entre les États contractants visant à régler les cas d'enlèvement international d'enfants. Elle a été ratifiée par tous les États membres de l'Union.

Le but de la convention est de résoudre de telles situations au niveau international, en établissant que les juridictions compétentes et les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'enfant. L'Union dispose désormais d'une compétence extérieure exclusive dans ce domaine. La convention introduit également un système qui assure le retour immédiat des enfants qui ont été enlevés.

Voilà pourquoi j'ai voté en faveur de l'adhésion du Pérou à ladite convention de La Haye.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la reconnaissance par l'Autriche et la Roumanie de l'adhésion du Pérou à la convention de La Haye. Cela permettra l'entrée en vigueur de la convention entre le Pérou et l'ensemble de l'Union européenne.

La convention de La Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants est un instrument de la plus haute importance. Elle a été ratifiée par tous les États membres de l'Union européenne.

Cette convention établit un système permettant aux États contractants de coopérer pour trouver une solution dans les cas d'enlèvement international d'enfant.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La convenzione dell'Aia sugli aspetti civili della sottrazione internazionale di minori, ratificata da tutti i paesi dell'Unione, ha introdotto un sistema che consente agli Stati contraenti di cooperare per trovare una soluzione a questo tipo di casi. Il testo del trattato prevede due punti principali: la competenza a giudicare e l'applicabilità le leggi affidata allo Stato di residenza del minore e l'istituzione di un meccanismo per il ritorno immediato del minore sottratto. L'Unione europea dispone attualmente di una competenza esterna esclusiva in questo settore, ma la convenzione non prevede l'azione autonoma delle organizzazioni internazionali. Per questo motivo occorre che gli Stati membri agiscano per conto dell'Unione attraverso una previa autorizzazione del Consiglio. La relazione Dzhambazki, che oggi ho sostenuto, autorizza quindi l'Austria e la Romania ad accettare l'adesione del Perù alla convenzione, consentendole di dispiegare i propri effetti nei rapporti tra il paese sudamericano e l'Unione europea.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Perú al Convenio de la Haya en relación a los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, porque supone mayor protección y garantías para los mismos. El Convenio de la Haya establece un sistema que permite la cooperación de los Estados contratantes para encontrar una solución a las situaciones de sustracción internacional de menores. Estos casos suelen darse en casos de separaciones con progenitores de diferentes países. El Convenio regula que la legislación aplicable en estos casos sea la del Estado de residencia del menor. También instaura un sistema para garantizar el regreso inmediato del menor sustraído.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer al ponente el trabajo realizado en este informe sobre la Adhesión de Perú al Convenio de la Haya de 1980 sobre los aspectos civiles de la sustracción internacionales de menores. Es un instrumento de importancia crucial. La adhesión de Perú es una buena noticia.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport relatif à l'adhésion du Pérou à la Convention de La Haye de 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants.

Le Pérou doit pouvoir être libre, s'il le souhaite, d'adhérer à ce système de coopération internationale qui permet notamment de régler les cas d'enlèvement international d'enfants.

Il peut en effet y avoir problème dans le cas d'un couple séparé et dont les parents ressortent d'États différents. La Convention règle les possibles litiges de juridiction puisqu'elle dispose que les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'enfant. Elle permet aussi un retour immédiat de l'enfant enlevé.

Si je regrette que l'Union dispose désormais de la compétence exclusive dans ce domaine au détriment des États-Membres, le Pérou, en tant qu'État souverain, a parfaitement le droit d'adhérer à cette Convention et la ratification de cette adhésion permettra qu'elle entre en vigueur entre l'Union et ce pays.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La convenzione dell'Aia del 1980 sugli aspetti civili della sottrazione internazionale dei minori prevede la collaborazione fra gli Stati firmatari affinché il bambino o il ragazzo sotto i 16 anni che sia stato «sottratto» arbitrariamente da un genitore faccia ritorno al luogo di residenza familiare in attesa di una pronuncia giudiziaria, salvo che il ritorno prefiguri un grave pericolo per la sua sicurezza. Ritengo di fondamentale importanza per la tutela dei nostri figli che questa convenzione sia ratificata e rispettata da sempre più Stati. Ho inteso quindi sostenere col mio voto l'autorizzazione per Austria e Romania ad accettare l'adesione del Perù alla convenzione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El Convenio de La Haya de 1980 sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, firmado por todos los Estados miembros de la UE, es un instrumento de cooperación internacional que autoriza a los Estados signatarios a resolver casos transnacionales relativos a la custodia y secuestro de menores, aclarando la ley nacional aplicable en casos en los que hay un conflicto de competencia entre dos o más sistemas legales nacionales. El ámbito de la norma alcanza los aspectos civiles, aplicándose sobre todo a casos de padres separados o de otras personas que tienen derechos legales sobre el menor. Dado que el objetivo del Convenio es proteger a los menores que se encuentran en una situación de inseguridad jurídica, es importante lograr que sea firmado por el mayor número posible de Estados.

Aunque la UE tiene competencia exterior exclusiva en este terreno, el Convenio no autoriza la participación de agentes internacionales, por lo que la UE necesita dar a todos sus Estados miembros autorización expresa para aceptar la participación de cualquier nuevo Estado en el Convenio. Por ello, he votado a favor de autorizar a los dos Estados miembros que aún no han aceptado la adhesión de Perú —a saber, Austria y Rumanía— a aceptarla.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame aptariami Europos Sąjungos interesai pritarti Peru prisijungimui prie Hagos konvencijos dėl tarptautinio vaikų grobimo civilinių aspektų. 1980 m. spalio 25 d. Hagos konvencija dėl tarptautinio vaikų grobimo civilinių aspektų yra labai svarbus dokumentas. Ją ratifikavo visos ES valstybės narės. Konvencijoje numatoma susitariančiųjų šalių bendradarbiavimo sistema, skirta tarptautinio vaikų grobimo byloms nagrinėti. Daugeliu atvejų šios problemos atsiranda porai išsiskyrus. Jeigu motina ir tėvas yra iš skirtingų valstybių, siekiant užsitikrinti vaiko globą kyla noras pasinaudoti šių valstybių bendradarbiavimo trūkumu. Žiniasklaidoje pilna pranešimų apie tarptautinį vaikų grobimą apsigyvenus skyrium arba po ištuokos. Šiais atvejais didžiausia problema – atskirų valstybių teisinių sistemų nacionalinis šališkumas. Dažnai abiejų valstybių teismai pripažįsta save kompetentingais nagrinėti bylą ir kiekvienas vaiko globą skiria tam iš tėvų, kuris yra jų valstybės pilietis. Peru prisijungus prie Konvencijos, Tarybos sprendimas būtinas, kad dvi valstybės narės, kurios dar nėra pritarusios Peru prisijungimui (Austrija ir Rumunija), būtų įgaliotos pritarti šios šalies prisijungimui. Taip bus sudarytos sąlygos Konvencijai įsigalioti tarp Peru ir visos Europos Sąjungos. Peru prisijungimas prie Konvencijos vertintinas palankiai. Pranešėjas visiškai remia šį prisijungimą, ypač todėl, kad nemažai ES piliečių kilę iš Peru. Taigi vaikai, turintys ryšių su Peru bendruomene, bus apsaugoti nuo grobimo.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hozott létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között, hogy megoldást találjanak a gyermekek jogellenes külföldre vitelének ügyében. Az ilyen esetekben a legnagyobb probléma az államok jogrendszerének nemzeti jellege. Az egyezmény célja az ilyen helyzetek nemzetközi szintű megoldása annak meghatározása révén, hogy a gyermek tartózkodási helye szerinti állam jogszabálya érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik. Az egyezmény továbbá olyan rendszert hoz létre, amellyel biztosítható a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérése.

Az EU e területen jelenleg kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik, ahogyan azt a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette. A tagállamok tehát már nem járhatnak el saját hatáskörükben. A probléma abból adódik, hogy az egyezmény nem rendelkezik a nemzetközi szervezetek önálló fellépéséről, így Perunak az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a Peru csatlakozását még el nem fogadott két tagállamot – Ausztriát és Romániát –, hogy fogadja el Peru csatlakozását. Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatályba lépését Peru és az Európai Unió egésze között. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Pristop Peruja h Haaški konvenciji pozdravljam, zato tudi nisem imel nobenih zadržkov pri podpori predlaganega sklepa.

Haaška konvencija iz leta 1980 o civilnopravnih vidikih mednarodnega protipravnega odvzema otrok je zelo pomemben instrument, ki določa sistem za sodelovanje pri iskanju rešitev za primere mednarodnega protipravnega odvzema otrok. Konvencijo so že pred časom ratificirale vse države članice EU.

Do težav največkrat pride v primeru prenehanja življenjske skupnosti med staršema, ki prihajata iz različnih držav. Obstaja namreč nevarnost, da kateri izmed staršev želi izkoristiti pomanjkanje sodelovanja med tema državama in tako pridobiti izključno pravico do varstva in vzgoje otrok. V takih primerih je največja težava nacionalna pristranskost pravnih sistemov v posameznih državah, sodbe pa se pogosto končajo tako, da vsako nacionalno sodišče zaupa otroka v varstvo in vzgojo staršu, ki je državljan te države.

Konvencija pa določa pristojnost sodiščem in pravu države, v kateri ima otrok prebivališče in tudi sistem za zagotavljanje takojšnje vrnitve protipravno odvzetega otroka. V primeru pristopa Peruja h konvenciji to pomeni, da bodo otroci, povezani s perujsko skupnostjo v državah članicah EU, zaščiteni pred protipravnim odvzemom.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o pristupu Perua Haškoj konvenciji, koja štiti djecu koja se nađu u pravnoj nesigurnosti.

Izvješće ima za cilj davanje dozvole Austriji i Rumunjskoj da prihvati pristupanje Perua Konvenciji, što će omogućiti stupanje na snagu Konvencije između Perua i cijele EU, s obzirom da su sve ostale zemlje članice EU-a dale svoj pristanak.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Je suis en faveur de l'adoption de ce texte car ces pays ont fait le choix souverain de demander cette adhésion.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I endorsed the authorisation given by the Parliament to Austria and Romania to accept the accession of Peru to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction. Indeed, I believe the 1980 Hague Convention is an important and successful instrument aimed at settling cases of international child abduction through cooperation between states. The accession of Peru needs the authorisation of the Council due to the fact that Austria and Romania had not accepted Peru yet. This resolution is important because many EU citizens are of Peruvian origin and as a consequence the Convention will help more European families deal with separations or divorces.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – La Convenzione dell'Aia del 25 ottobre 1980 sugli aspetti civili della sottrazione internazionale di minori è uno strumento di fondamentale importanza che è stato ratificato da tutti gli Stati membri dell'Unione europea. La convenzione introduce un sistema che permette agli Stati contraenti di cooperare per trovare una soluzione ai casi di sottrazione internazionale di minori. L'intento della convenzione è risolvere tali situazioni a livello internazionale, stabilendo che i tribunali competenti e le leggi applicabili sono quelli dello Stato di residenza del minore. La convenzione introduce inoltre un sistema che garantisce il ritorno immediato del minore sottratto, tutelando la sua salute e i suoi diritti fondamentali. L'adesione del Perù alla Convenzione è un passo positivo nella promozione della tutela dei diritti dei minori a livello globale e non solo europeo.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – La convention de La Haye du 25 octobre 1980, ratifiée par l'ensemble des États membres de l'Union européenne, instaure un système de coopération entre les États contractants visant à régler les cas d'enlèvement international d'enfants. Dans la plupart des cas, ces enlèvements sont liés au divorce des parents, tentés d'exploiter le manque de coopération entre les États pour obtenir la garde de leur enfant. Cette convention stipule que les juridictions compétentes et les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'enfant. Ce texte vise à donner l'avis du Parlement européen sur l'entrée en vigueur de cette convention entre le Pérou et l'Union, cette dernière disposant désormais d'une compétence extérieure exclusive dans ce domaine. Bien que je conteste la perte de souveraineté des États membres qui laissent à l'Union le soin d'adopter pour eux ce type d'accord, je me suis prononcé en faveur de ce texte. D'une part cette convention favorise le retour des enfants à leur domicile, d'autre part l'adhésion du Pérou est une nouvelle dont il y a lieu de se féliciter.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Convenția de la Haga asupra aspectelor civile ale răpirii internaționale de copii reprezintă unul dintre instrumentele principale de promovare a drepturilor copilului. Convenția instituie un sistem de cooperare între autoritățile centrale, având ca obiect soluționarea cazurilor de răpire internațională de copii. Aceste cazuri apar cu precădere în situațiile în care părinții provin din state diferite, state care nu au consolidat un parteneriat de cooperare. Drept urmare, se creează o vulnerabilitate care favorizează acțiunile ilicite de obținere a încredințării copiilor. Astfel, Convenția de la Haga are scopul de a soluționa astfel de spețe la nivel internațional, fiind prevăzut un sistem care asigură înapoierea imediată a copiilor deplasați sau reținuți ilicit.

Aderarea Republicii Peru la Convenția de la Haga din 1980 asupra aspectelor civile ale răpirii internaționale de copii este o acțiune pe care o consider oportună, dat fiind numărul considerabil de cetățeni ai Uniunii de origine peruană care vor putea fi protejați împotriva răpirii copiilor. M-am exprimat în favoarea aderării Republicii Peru la Convenția de la Haga, deoarece consider esențial ca prevenirea răpirii copiilor să rămână o prioritate pentru Uniunea Europeană și statele terțe.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – La convention de La Haye relative aux aspects civils de l'enlèvement international d'enfants a été instituée en 1980. Tous les États membres de l'Union européenne sont signataires de cette convention. Cet acte législatif de droit international privé impose une base juridique uniforme en cas d'enlèvement d'un enfant par un de ses parents lors d'une séparation de couple binational. Il arrive qu'un parent enlève son enfant et reçoive légalement le droit de garde dans son État d'origine. L'autre parent est alors tenu de se plier à cette décision à cause d'un manque d'homogénéité juridique entre les deux États desquels les parents sont ressortissants. De telles situations ne doivent plus se produire. Nous devons tout mettre en œuvre pour que le droit des enfants soit appliqué de manière identique partout dans le monde. J'ai voté en faveur de l'adhésion du Pérou à la convention de La Haye.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in questione poiché reputo la Convenzione dell'Aia del 25 ottobre 1980 sugli aspetti civili della sottrazione internazionale di minori uno strumento di vitale importanza per gli Stati membri dell'Unione europea e non.

La Convenzione, infatti, introduce un sistema che consente agli Stati firmatari di cooperare fattivamente al fine di trovare una soluzione concreta ai casi di sottrazione internazionale di minori. La problematica si presenta principalmente a seguito di separazione o divorzio. Nel caso in cui la madre e il padre provengono da Stati differenti, si potrebbe, ad oggi, sfruttare la mancanza di cooperazione tra Stati interessati per indirizzare l'affidamento.

La tendenza dei sistemi giuridici dei singoli Stati è quella di praticare favoritismi in base alla nazionalità. La Convenzione mira a risolvere tali situazioni a livello internazionale, stabilendo che i tribunali competenti e le leggi applicabili sono quelli dello Stato di residenza del minore. È previsto, inoltre, un sistema che garantisce il ritorno immediato del minore sottratto.

Numerosi cittadini europei hanno origini peruviane e pertanto, grazie all'adesione del paese in questione, i minori che presentano legami con la comunità peruviana saranno opportunamente tutelati contro le sottrazioni.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This was a vote to endorse the Council's decision to authorise Peru signing up to the Hague Convention of International Child Abduction. The Convention is a multilateral treaty with the purpose of ensuring the immediate return of children wrongfully taken to or retained internationally (usually by one parent or guardian) in their home country, where domestic custody proceedings can take place. While a ruling of the ECJ in 2014 found that the EU now has exclusive external competence in the field, the Convention does not allow for international organisations - such as the EU - to be partners to the Convention themselves. These Council decisions are therefore necessary to allow particular Member States which have not yet accepted the accession of the relevant countries to the Convention to do so, bringing the Convention into force between the entire EU and that country.

For these reasons I voted in favour.

David Casa (PPE), *in writing*. – I approved the proposal without amendment, in order to ensure that EU-wide protection is afforded to children with links to the Peruvian community, who will thus be safeguarded against abduction. The Convention introduces a system of cooperation between the contracting states aimed at settling cases of international child abduction. The purpose of the Convention is to resolve such situations at an international level, by establishing that the competent courts and applicable laws are those of the state of residence of the child. The Convention also introduces a system which ensures the immediate return of children who have been abducted. The EU now has exclusive external competence in this field and the Member States therefore no longer act on their own account.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Con l'adozione dell'atto in questione si concede ai singoli Stati membri di ratificare l'adesione del Perù alla convenzione dell'Aia sulla sottrazione internazionale dei minori (poiché nella convenzione non è prevista la possibilità di un'approvazione diretta da parte dell'UE, si tratta di un atto formale ma necessario).

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – La Convenzione dell'Aia del 1980 sugli aspetti civili della sottrazione internazionale di minori ha istituito un sistema di cooperazione tra le autorità di ogni Stato contraente, che stabilisce l'immediato rientro dei minori che sono stati illecitamente trasferiti o trattenuti. Trattandosi di un accordo internazionale che ha lo scopo di tutelare e proteggere i minori che si trovano in situazioni di incertezza giuridica, è necessario che venga ratificato dal maggior numero possibile di Stati. Dato che l'Unione europea ha competenza esterna esclusiva in materia di sottrazione di minori, sono convinta che le Istituzioni europee debbano autorizzare gli Stati membri affinché accettino la partecipazione del Perù. Ho ritenuto quindi di votare a favore della decisione, auspicando una rapida entrata in vigore della Convenzione dell'Aia del 1980 tra il Perù e tutti gli Stati membri dell'UE al fine di prevenire la sottrazione di minori.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση δεδομένου ότι πολλοί πολίτες της ΕΕ κατάγονται από το Περού. Έτσι, θα διασφαλίζεται η προστασία από τις απαγωγές των παιδιών που έχουν δεσμούς με την περουβιανή κοινότητα. Η προσχώρηση του Περού στη σύμβαση είναι ευπρόσδεκτη.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η ψηφοφορία αφορούσε την έκθεση με την οποία εξουσιοδοτούνται η Δημοκρατία της Αυστρίας και η Ρουμανία να αποδεχθούν, προς το συμφέρον της Ευρωπαϊκής Ένωσης, την προσχώρηση του Περού στη σύμβαση της Χάγης του 1980 για τα αστικά θέματα της διεθνούς απαγωγής παιδιών. Καθώς πρόκειται για ένα ζήτημα βελτίωσης του πλαισίου προστασίας των πολιτών και ιδιαίτερα των παιδιών, δεν εκφράστηκαν αντιρρήσεις από καμία πλευρά και ως εκ τούτου ψήφισα υπέρ.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato favorevolmente al provvedimento vista la convenzione dell'Aia del 25 ottobre 1980 sugli aspetti civili della sottrazione internazionale di minori è uno strumento di fondamentale importanza che è stato ratificato da tutti gli Stati membri dell'Unione europea. Essa si inserisce in un sistema che permette agli Stati contraenti di cooperare e trovare una soluzione ai casi di sottrazione internazionale di minori. Molte volte il problema principale è la tendenza dei sistemi giuridici dei singoli Stati a praticare favoritismi in base alla nazionalità. Succede sovente che i tribunali di entrambi gli Stati coinvolti si dichiarino competenti e che ciascuno di essi affidi il minore al genitore che è cittadino dello Stato in cui si trova il tribunale. L'intento della convenzione è risolvere tali situazioni a livello internazionale, stabilendo che i tribunali competenti e le leggi applicabili sono quelli dello Stato di residenza del minore. La convenzione introduce inoltre un sistema che garantisce il ritorno immediato del minore sottratto. L'adesione del Perù alla convenzione va accolta con favore. Il relatore appoggia pienamente tale posizione, in considerazione del fatto che molti cittadini dell'Unione europea sono di origine peruviana. I minori aventi legami con la comunità peruviana saranno così tutelati contro le sottrazioni.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa proposta che autorizza la repubblica d'Austria e la Romania ad accettare l'adesione del Perù alla convenzione dell'Aia del 1980. La convenzione Aia è uno strumento molto importante ratificato da tutti gli Stati membri dell'Unione europea che permette la cooperazione degli stessi nella risoluzione dei casi di sottrazione internazionale di minori.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Accolgo con piacere l'adesione del Perù alla convenzione dell'Aia sugli aspetti civili della sottrazione internazionale di minori. Si tratta infatti di un passo importante nella protezione dei minori dal momento che molti cittadini europei sono di origini peruviane e potranno dunque essere tutelati da abduzione. In particolare, la convenzione dell'Aia favorisce una cornice di tutela dei diritti dei minori a livello internazionale, rivelandosi particolarmente efficacie in caso di scontro tra diverse legislazioni nazionali. Infine, mi congratulo che questa relazione possa assicurare l'immediato rientro dei minori illecitamente trasferiti o trattenuti in qualsiasi Stato contraente.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the Report on the proposal for a Council decision authorising the Republic of Austria and Romania to accept, in the interest of the European Union, the accession of Peru to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A Convenção de Haia, de 25 de outubro de 1980, sobre os aspetos civis do rapto internacional de crianças é um instrumento fundamental no âmbito da cooperação judiciária entre os Estados contratantes na resolução dos casos de rapto internacional de crianças.

Com esta Convenção visa-se harmonizar os sistemas jurídicos diferentes dos Estados que normalmente se declaram ambos competentes para julgar a ação e declaram a custódia do menor ao progenitor nacional do Estado que representam, passando-se a adotar com a Convenção o critério do Estado de residência do menor.

Em virtude de atualmente esta matéria ser da competência exclusiva externa da União, é necessário uma decisão do Conselho que apele à aceitação dos Estados-Membros da adesão de países terceiros à Convenção de Haia.

Apoio, neste sentido, o relatório Dzhambazki e felicito o Estado do Peru pela adesão à Convenção.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP chose to abstain on this vote because it is such an emotive issue. The right of countries acceding to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction is extremely important; however, this should be done at the will of the individual country and not en bloc by the EU.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – This is an important instrument which has been ratified by all the EU Member States, providing protection for the interest of those children who are victims of abduction. The Convention introduces a system of cooperation, aimed at settling cases of international child abduction, between contracting states which are often at loggerheads declaring themselves competent, with each of them awarding custody of the child to the parent who is a national of their state. An important development introduced by the Convention is a system which ensures the immediate return of children who have been abducted. Following the accession of Peru to the Convention, a Council decision is therefore necessary to authorise the two Member States which have not yet accepted the accession of Peru – Austria and Romania – to accept that accession. This will allow the Convention to enter into force between Peru and the entire European Union.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Perú al Convenio de La Haya sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, puesto que considero positivo este tipo de coordinación entre los Estados a la hora de resolver los delicados casos de la sustracción internacional de menores, con el objetivo de avanzar hacia el respeto de los derechos e intereses de los niños y niñas.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének megakadályozása, megelőzése érdekében született a 1980. évi Hágai Egyezmény. Az egyezményt az EU valamennyi tagállama ratifikálta. Az egyezmény értelmében a gyermek tartózkodási helye szerinti állam joga érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik. Az egyezmény által biztosítható a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérése is. Az ilyen ügyekben az EU ma már kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik. Az egyezmény hiányában a gyermekfelügyelet megszerzése érdekében a másik államból származó fél hajlamos az államok közötti együttműködés hiányának kihasználására, ilyenkor megtörténhet, hogy mindkét érintett állam bírósága az ügyet saját hatáskörébe sorolja és a gyermekfelügyeleti jogot a saját nemzetiségű szülőnek ítéli.

Ezért fontos, hogy a nemzetközi egyezménynek minél több állam részesévé váljon. Perunak az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a Peru csatlakozását még el nem fogadott két tagállamot (Ausztriát és Romániát) az elfogadásra. Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatályba lépését Peru és az EU között. Perunak az egyezményhez való csatlakozása segítség lesz a perui származású uniós állampolgárok száma. Támogattam a jelentést.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – W pełni popieram przystąpienie Peru do konwencji haskiej z 1980 r. dotyczącej cywilnych aspektów uprowadzenia dziecka za granicę. Konwencja, podpisana przez 93 kraje, reguluje prawnie przyznanie opieki nad dzieckiem i przyznaje moc prawną przepisom tego kraju, w którym dziecko ma miejsce stałego pobytu. To bardzo ważna regulacja, ponieważ w obecnych czasach coraz więcej małżeństw się rozpada i niestety zdarzają się nawet przypadki uprowadzeń. Zagłosowałem za, ponieważ nie można uniemożliwiać żadnemu państwu, które spełnia wymogi, przystąpienia do tak ważnej konwencji. Uważam ponadto, że Austria i Rumunia powinny jak najszybciej wyrazić na to zgodę.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of the accession of Peru as the main scope is protecting children which find themselves in legal uncertainty. The Hague Convention is an important international instrument of cooperation which enables signatory states to settle cross border cases regarding child custody and abduction. It is a fundamental tool that clarifies the applicable national law in cases where there is a conflict of competence between two or more national legal systems.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Având în vedere că Convenția de la Haga din 25 octombrie 1980 asupra aspectelor civile ale răpirii internaționale de copii constituie un instrument extrem de important având ca obiectiv principal soluționarea cazurilor de răpire internațională de copii, salut aderarea Republicii Peru la convenție.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ces rapports proposent l'approbation par le Parlement européen d'une décision du Conseil relative à l'adhésion du Pérou à la convention de La Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils liés à l'enlèvement d'enfants à l'échelle internationale. Cette convention, ratifiée par l'ensemble des États membres de l'Union, prévoit des mécanismes de coopération pour remédier aux conflits de compétence lorsque deux juridictions se déclarent compétentes pour la garde d'enfants dans le cadre de la séparation d'un couple binational. Considérant que ces rapports participent à l'harmonisation des règlementations internationales en matière de gestion des différends familiaux, j'ai soutenu ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport sur la proposition de décision du Conseil autorisant l'Autriche et la Roumanie à accepter, dans l'intérêt de l'Union européenne, l'adhésion du Pérou à la convention de La Haye de 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants. En instaurant la primauté de la juridiction et des lois de l'État dans lequel réside l'enfant, la convention joue un rôle déterminant dans la résolution des problématiques entourant la question de la garde de l'enfant lors de la séparation de couples binationaux. La convention est un outil indispensable de la protection internationale des enfants qui a aussi permis l'élaboration d'une procédure accélérée pour le retour des enfants victimes d'enlèvements. Pour autant, pour que la convention soit appliquée, il est nécessaire que l'adhésion d'un État soit acceptée par les autres États parties à la Convention. Bien que le Pérou ait adhéré en 2001, l'Autriche et la Roumanie n'ont toujours pas accepté cette adhésion. Afin que les enfants liés à la communauté péruvienne soient protégés contre les enlèvements, nous appelons le Conseil à adopter au plus vite une décision autorisant l'Autriche et la Roumanie à accepter l'adhésion du Pérou à la convention de La Haye de 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hoz létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között, hogy megoldást találjanak a gyermekek jogellenes külföldre vitelének ügyében. Az ilyen esetekben a legnagyobb probléma az államok jogrendszerének nemzeti jellege. Az egyezmény célja az ilyen helyzetek nemzetközi szintű megoldása annak meghatározása révén, hogy a gyermek tartózkodási helye szerinti állam jogszabálya érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik. Az egyezmény továbbá olyan rendszert hoz létre, amellyel biztosítható a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérése.

Az EU e területen jelenleg kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik, ahogyan azt a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette. A tagállamok tehát már nem járhatnak el saját hatáskörükben. A probléma abból adódik, hogy az egyezmény nem rendelkezik a nemzetközi szervezetek önálló fellépéséről, így Perunak az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a Peru csatlakozását még el nem fogadott két tagállamot – Ausztriát és Romániát –, hogy fogadja el Peru csatlakozását. Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatályba lépését Peru és az Európai Unió egésze között. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – L'UE dispone già di una competenza esterna esclusiva in materia di sottrazione internazionale di minori confermata dalla Corte di giustizia. Ma per permettere che questa venga applicata, i paesi membri devono agire all'unisono. L'autorizzazione del Consiglio all'Austria e alla Romania di accettare l'adesione del Perù alla convenzione dell'Aia avrà conseguenze vantaggiose per l'intera Unione europea migliorando la cooperazione a livello comunitario per difendere i diritti dei minori, quali il diritto all'istruzione e alle opportunità economiche per un futuro prospero. Per questi motivi ho votato a favore della relazione.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — Chaque année dans le monde, plusieurs milliers d'enfants sont enlevés par l'un des deux parents. En cas d'absence de coopération entre l'État d'origine et l'État de résidence de l'enfant, certains cas ne peuvent être résolus. La convention de la Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants est un instrument juridique qui permet de reconnaître la compétence des juridictions de l'État où l'enfant réside. Un dialogue peut ainsi s'établir entre les États parties à cette convention pour faciliter le retour de l'enfant qui a été enlevé. L'Union européenne soutient l'adhésion d'États tiers à la convention de 1980 afin que ses États membres puissent se fonder sur un cadre juridique commun pour traiter les enlèvements internationaux d'enfants. À côté de l'objectif général consistant à développer une coopération judiciaire, ce règlement poursuit l'objectif général de protection des droits de l'enfant. L'adhésion du Pérou à la convention est donc une bonne nouvelle.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Хагската конвенция от 1980 г. относно гражданските аспекти на международното отвличане на деца е важно международно споразумение, чиято цел е да се намерят решения в ситуации, когато съдилищата на двете държави (в случаите на родители с две различни националности) декларират себе си компетентни и всяка една от тях дава попечителство над детето на родителя, който е неин гражданин.

Чрез конвенцията се установява, че компетентните власти са тези, където детето е резидент. Конвенцията също така въвежда система, която да гарантира незабавното връщане на децата, които са били отвлечени. Сега ЕС има изключителна външна компетентност в тази област и поради това държавите членки вече не действат за своя сметка.

В този доклад аз предлагам да се даде право на Австрия и Румъния да приемат присъединяването на Перу към това международно споразумение.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Θεωρούμε το κείμενο θετικό διότι είναι ανάγκη η συνθήκη της Χάγης για τις απαγωγές παιδιών να επικυρωθεί από όλα τα κράτη. Με τον τρόπο αυτό θα λυθούν τα χέρια των αρχών για συνεργασία τόσο για τις έρευνες σε όλο το κόσμο όσο και για τον επαναπατρισμό του θύματος. Ένα από τα σημαντικότερα προβλήματα που αντιμετωπίζονται μάλιστα αφορούν τις περιπτώσεις των γονιών που χωρίζουν και προέρχονται από διαφορετικά κράτη. Η Συνθήκη απλοποιεί τις προσπάθειες εξεύρεσης λύσης υπέρ του παιδιού.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hoz létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között, hogy megoldást találjanak a gyermekek jogellenes külföldre vitelének ügyében. Az ilyen esetekben a legnagyobb probléma az államok jogrendszerének nemzeti jellege. Az egyezmény célja az ilyen helyzetek nemzetközi szintű megoldása annak meghatározása révén, hogy a gyermek tartózkodási helye szerinti állam jogszabálya érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik. Az egyezmény továbbá olyan rendszert hoz létre, amellyel biztosítható a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérése.

Az EU e területen jelenleg kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik, ahogyan azt a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette. A tagállamok tehát már nem járhatnak el saját hatáskörükben. A probléma abból adódik, hogy az egyezmény nem rendelkezik a nemzetközi szervezetek önálló fellépéséről, így Perunak az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a Peru csatlakozását még el nem fogadott két tagállamot – Ausztriát és Romániát –, hogy fogadja el Peru csatlakozását. Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatályba lépését Peru és az Európai Unió egésze között. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – El Convenio de La Haya de 25 de octubre de 1980 sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores es un instrumento de importancia crucial, que ha sido ratificado por todos los Estados miembros de la Unión. Este Convenio establece un sistema que permite la cooperación de los Estados contratantes para encontrar una solución a las situaciones de sustracción internacional de menores.

La adhesión de Perú al Convenio es una buena noticia y el ponente muestra su total apoyo, dado, en especial, que muchos ciudadanos de la Unión son de origen peruano. Gracias al Convenio, los menores vinculados a la comunidad peruana estarán protegidos contra la sustracción ilegal.

Por consiguiente, el ponente propone al Parlamento que apruebe la propuesta sin modificaciones con objeto de garantizar la protección de dichos menores en todo el territorio de la Unión.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of the accession of Peru to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction, which is a multilateral treaty that provides a way for abducted children to be returned from one member country to another. Countries need to work together in order to tackle international, cross-border problems like these, and for Peru to join will enlarge this network to fight child abduction more effectively. I support any measures which help safeguard the well-being of children in Wales.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A Convenção em causa estabelece um sistema de cooperação entre os Estados contratantes que visa encontrar uma solução para casos de rapto internacional de crianças. Este tipo de situações ocorre com muita frequência quando um casal se separa. São bastante frequentes os casos de raptos internacionais de crianças noticiados pela imprensa que ocorrem na sequência de separações e divórcios.

A Convenção visa solucionar este tipo de situações à escala internacional, ao estabelecer que os casos são julgados pelos tribunais competentes e de acordo com a legislação aplicável do Estado de residência do menor. A Convenção estabelece igualmente um sistema que assegura o regresso imediato dos menores raptados. A adesão do Peru à Convenção merece o meu elogio e aprovação.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: en faveur de l'adoption de ce texte car ces pays ont fait le choix de demander cette adhésion.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório dá acordo a uma decisão do Conselho relativa à autorização da adesão do Peru à Convenção de Haia sobre os aspetos civis relativos ao Rapto Internacional de Crianças.

Esta Convenção estabelece um sistema de cooperação entre Estados que visa encontrar solução para casos de rapto internacional de crianças. O seu objetivo é assegurar o regresso das crianças ilicitamente transferidas para qualquer Estado Contratante ou nele retidas indevidamente e fazer respeitar de maneira efetiva nos outros Estados Contratantes os direitos de custódia e de visita existentes num Estado Contratante.

A situação de rapto de crianças ocorre por vezes quando um casal se separa, sendo os pais originários de Estados diferentes. É comum que os órgãos jurisdicionais dos respetivos países se declarem ambos competentes e que os tribunais concedam a custódia do menor ao progenitor nacional do Estado que representam.

A Convenção tem por objetivo solucionar este tipo de situações a nível internacional, ao estabelecer que os casos são julgados pelos tribunais competentes, de acordo com a legislação aplicável do Estado de residência do menor.

Sublinha-se a importância do sistema que assegura o regresso imediato dos menores raptados. Votámos a favor, já que o Acordo tem como propósito justificado a defesa dos interesses dos menores.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Európska únia má veľmi silné postavenie pri garantovaní základných práv a usiluje sa o to, aby občania jednotlivých členských štátov neboli vystavovaní nebezpečenstvu a aby boli chránené ich základné práva. Medzi nástrojmi, ktoré Európska únia prijala na ochranu práv detí, je aj Haagsky dohovor z 25. októbra 1980. Predmetný dohovor umožňuje zmluvným stranám spolupracovať a hľadať spoločné riešenia v prípadoch medzinárodných únosov detí, ktoré sa stávajú ešte aj v 21. storočí. Po tom, čo Peru pristúpilo k tomuto dohovoru, je nutné, aby Rada vydala rozhodnutie oprávňujúce dva členské štáty Rakúsko a Rumunsko, ktoré ešte pristúpenie Peru neprijali, na to, aby pristúpenie prijali. Tým sa umožní nadobudnutie platnosti dohovoru medzi Peru a celou Európskou úniou.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione che permette agli Stati di cooperare per trovare una soluzione ai casi di sottrazione internazionale di minori.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόταση απόφασης του Συμβουλίου με την οποία εξουσιοδοτούνται η Δημοκρατία της Αυστρίας και η Ρουμανία, προς το συμφέρον της Ευρωπαϊκής Ένωσης, να αποδεχθούν την προσχώρηση του Περού στη Σύμβαση της Χάγης του 1980 για τα αστικά θέματα της διεθνούς απαγωγής παιδιών, διότι η Συνθήκη της Χάγης για τις απαγωγές παιδιών είναι ανάγκη να επικυρωθεί από όλα τα κράτη.

Με τον τρόπο αυτό λύνονται τα χέρια των αρχών για συνεργασία τόσο στον τομέα των ερευνών παγκοσμίως όσο και στον επαναπατρισμό του θύματος. Ένα από τα σημαντικότερα προβλήματα που λύνονται, μάλιστα, είναι στις περιπτώσεις των γονιών που χωρίζουν και ανήκουν σε διαφορετικά κράτη. Η Συνθήκη απλοποιεί την εύρεση λύσης για το παιδί.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction, adopted in 1980, is an international instrument of cooperation, enabling signatory states to settle cross-border cases of child custody. The Convention clarifies the applicable national law in cases when there is a conflict of competence between two or more national legal systems. The scope regards civil aspects, so it concerns mostly situations of separated parents or other persons having legal rights over the child. Given that the scope of the Convention is protecting children finding themselves in legal uncertainty, the aim is to have it ratified by as many states as possible. All EU Member States have ratified. This report aims at giving Austria and Romania the authorisation to accept the accession of Peru to the Convention, which will allow the entering into force of the Convention between Peru and the entire EU. I voted in favour of the report.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hoz létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között. Az ilyen esetekben a legnagyobb probléma az államok jogrendszerének nemzeti jellege okozza. Az egyezmény olyan rendszert hoz létre, amellyel biztosítható a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérése. Az EU e területen jelenleg kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik, ahogyan azt a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette. Az egyezmény célja az ilyen helyzetek nemzetközi szintű megoldása annak meghatározása révén, hogy a gyermek tartózkodási helye szerinti állam jogszabálya érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik.

A tagállamok tehát már nem járhatnak el saját hatáskörükben. A probléma abból adódik, hogy az egyezmény nem rendelkezik a nemzetközi szervezetek önálló fellépéséről, így Perunak az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a Peru csatlakozását még el nem fogadott két tagállamot – Ausztriát és Romániát –, hogy fogadja el Peru csatlakozását. Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatályba lépését Peru és az Európai Unió egésze között. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hoz létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között, hogy megoldást találjanak a gyermekek jogellenes külföldre vitelének ügyében. Az ilyen esetekben a legnagyobb probléma az államok jogrendszerének nemzeti jellege. Az egyezmény célja az ilyen helyzetek nemzetközi szintű megoldása annak meghatározása révén, hogy a gyermek tartózkodási helye szerinti állam jogszabálya érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik. Az egyezmény továbbá olyan rendszert hoz létre, amellyel biztosítható a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérése.

Az EU e területen jelenleg kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik, ahogyan azt a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette. A tagállamok tehát már nem járhatnak el saját hatáskörükben. A probléma abból adódik, hogy az egyezmény nem rendelkezik a nemzetközi szervezetek önálló fellépéséről, így Perunak az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a Peru csatlakozását még el nem fogadott két tagállamot – Ausztriát és Romániát –, hogy fogadja el Peru csatlakozását. Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatályba lépését Peru és az Európai Unió egésze között. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe con el objetivo de tener en cuenta la adhesión de Perú al Convenio. Es necesaria una decisión del Consejo para autorizar a los dos Estados miembros que aún no han aceptado la adhesión de Perú, a saber, Austria y Rumanía, a aceptarla, lo que permitirá que entre en vigor el Convenio entre Perú y toda la Unión. No hay duda de que la adhesión de Perú al Convenio es una buena noticia, dado, en especial, que muchos ciudadanos de la Unión son de origen peruano. Gracias al Convenio, los menores vinculados a la comunidad peruana estarán protegidos contra la sustracción ilegal.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione legislativa del Parlamento europeo sulla proposta di decisione del Consiglio che autorizza la Repubblica d'Austria e la Romania, nell'interesse dell'Unione europea, ad accettare l'adesione del Perù alla Convenzione dell'Aia del 1980 sugli aspetti civili della sottrazione internazionale di minori, in quanto ultimo passaggio normativo necessario ai fini della validità tra UE e Perù di un testo approvato nel lontano 1980.

Il mio è stato un voto convinto in favore di una maggiore tutela dei minori, che sempre più spesso sono vittime di contese e vicende a loro estranee e che calpestano i loro diritti. È importante dunque che l'Austria e la Romania accettino, nell'interesse dell'UE, l'adesione del Perù alla Convenzione dell'Aia del 1980 relativa alla sottrazione dei minori, pratica purtroppo sempre più frequente nelle famiglie plurinazionali che si ritrovano ad affrontare una separazione.

Appoggio pienamente l'intento della Convenzione di disciplinare tali situazioni a livello internazionale, stabilendo che i tribunali competenti sono quelli del paese di residenza del bambino, in luogo dei tribunali dello Stato di nazionalità del genitore. Tale criterio, infatti, tutela maggiormente il minore e ed è più conforme alla sua storia personale, legando il diritto applicabile all'effettiva permanenza su un territorio.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. – Konwencja haska z dnia 25 października 1980 r. wprowadza system umożliwiający współpracę pomiędzy państwami przy rozstrzyganiu spraw dotyczących uprowadzeń dzieci za granicę.

Celem powyższej konwencji jest zaradzenie tego typu sytuacjom na szczeblu międzynarodowym poprzez ustalenie sądów właściwych do rozpatrywania takich sporów. W tym przypadku obowiązują przepisy prawne państwa, w którym zamieszkuje dziecko. Ponadto konwencja wprowadza system gwarantujący niezwłoczny powrót do kraju uprowadzonej osoby nieletniej.

Dzisiejsze głosowanie odzwierciedla fakt, że zależy nam na tym, aby jak największa liczba krajów przystąpiła do tej konwencji. Wielu obywateli UE pochodzi z Peru, a dzieci mające powiązania z tym krajem będą teraz chronione przed nielegalnym uprowadzeniem.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Das seit 1980 bestehende Haager Übereinkommen richtet sich auf den Schutz von Kindern. Die festgeschriebenen zivilrechtlichen Aspekte zur Prävention von Kindesentführungen und der Rückführung von entführten Kindern sind Bestandteil einer unumstößlichen Strategie zum Schutze des Wohlergehens von Kindern. Den Beitritt von möglichst vielen Staaten zu diesem Übereinkommen begrüße ich sehr.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I chose to abstain on this vote because it is such an emotive issue. The right of countries acceding to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction is extremely important; however, this should be done at the will of the individual country and not en masse by the EU.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Cette adhésion étant la manifestation de la volonté des États concernés, il n'y avait aucune raison de s'y opposer par un vote défavorable. Il est tout à fait nécessaire d'agir pour protéger les enfants comme les parents.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Perú al Convenio de la Haya en relación a los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, porque supone mayor protección y garantías para los mismos. El Convenio de la Haya establece un sistema que permite la cooperación de los Estados contratantes para encontrar una solución a las situaciones de sustracción internacional de menores. Estos casos suelen darse en casos de separaciones con progenitores de diferentes países. El Convenio regula que la legislación aplicable en estos casos sea la del Estado de residencia del menor. También instaura un sistema para garantizar el regreso inmediato del menor sustraído.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie w sprawie wniosku dotyczącego decyzji Rady upoważniającej Republikę Austrii i Rumunię do wyrażenia zgody, w interesie Unii Europejskiej, na przystąpienie Peru do konwencji haskiej z 1980 r. dotyczącej cywilnych aspektów uprowadzenia dziecka za granicę.

Konwencja haska z dnia 25 października 1980 roku dotycząca cywilnych aspektów uprowadzenia dziecka za granicę jest dokumentem o szczególnym znaczeniu, wprowadza ona bowiem system umożliwiający umawiającym się państwom współpracę przy rozstrzyganiu spraw dotyczących uprowadzenia dziecka za granicę przez jednego z rodziców lub prawnych opiekunów.

Niezmiennie problematycznym w takich sytuacjach jest ustalenie sądu właściwego w sprawie przyznania opieki nad dzieckiem rodzicowi lub opiekunowi w sytuacji, gdy każde z rodziców czy opiekunów posiada obywatelstwo innego kraju.

Celem konwencji jest zaradzenie temu problemowi na szczeblu międzynarodowym poprzez ustalenie, że wyłącznie właściwymi są sądy i przepisy prawne państwa, w którym zamieszkuje dziecko. Konwencja wprowadza również system gwarantujący niezwłoczny powrót uprowadzonego dziecka.

Jako że wielu obywateli UE pochodzi z Peru, a dzieci mają powiązania z wspólnotą peruwiańską, przez co są narażone na nielegalne uprowadzenia, ważnym jest zatwierdzenie przez Parlament przedmiotowego wniosku, aby dzieci podlegały ochronie w całej UE.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the accession of Peru to protect children which find themselves in legal uncertainty. The Hague Convention enables signatory states to settle cross-border cases regarding child custody and abduction. It is a fundamental tool that clarifies the applicable national law in cases where there is a conflict of competence between two or more national legal systems.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hoz létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között, hogy megoldást találjanak a gyermekek jogellenes külföldre vitelének ügyében. Az ilyen esetekben a legnagyobb probléma az államok jogrendszerének nemzeti jellege. Az egyezmény célja az ilyen helyzetek nemzetközi szintű megoldása annak meghatározása révén, hogy a gyermek tartózkodási helye szerinti állam jogszabálya érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik. Az egyezmény továbbá olyan rendszert hoz létre, amellyel biztosítható a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérése.

Az EU e területen jelenleg kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik, ahogyan azt a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette. A tagállamok tehát már nem járhatnak el saját hatáskörükben. A probléma abból adódik, hogy az egyezmény nem rendelkezik a nemzetközi szervezetek önálló fellépéséről, így Perunak az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a Peru csatlakozását még el nem fogadott két tagállamot – Ausztriát és Romániát –, hogy fogadja el Peru csatlakozását. Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatályba lépését Peru és az Európai Unió egésze között.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I support Peru's accession to the 1980 Hague Convention. The Convention is the cornerstone of EU judicial cooperation in matrimonial matters and matters of parental responsibility. Two other EU Member States have already accepted the accession of Peru to the 1980 Hague Convention and should therefore not deposit a new declaration of acceptance, as the existing declaration remains valid under public international law.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hoz létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között, hogy megoldást találjanak a gyermekek jogellenes külföldre vitelének ügyében. Az ilyen esetekben a legnagyobb probléma az államok jogrendszerének nemzeti jellege. Az egyezmény célja az ilyen helyzetek nemzetközi szintű megoldása annak meghatározása révén, hogy a gyermek tartózkodási helye szerinti állam jogszabálya érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik. Az egyezmény továbbá olyan rendszert hoz létre, amellyel biztosítható a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérése.

Az EU e területen jelenleg kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik, ahogyan azt a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette. A tagállamok tehát már nem járhatnak el saját hatáskörükben. A probléma abból adódik, hogy az egyezmény nem rendelkezik a nemzetközi szervezetek önálló fellépéséről, így Perunak az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a Peru csatlakozását még el nem fogadott két tagállamot – Ausztriát és Romániát –, hogy fogadja el Peru csatlakozását. Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatályba lépését Peru és az Európai Unió egésze között. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu la décision du Conseil relative à l'adhésion du Pérou à la convention de la Haye sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants.

Cette convention, ratifiée par l'ensemble des pays membres de l'Union, prévoit des mécanismes de coopération pour remédier aux conflits de compétence lorsque deux juridictions se déclarent compétentes pour la garde d'enfants dans le cadre de la séparation d'un couple binational.

Il est essentiel de préserver l'intérêt de l'enfant et c'est pourquoi je me félicite que les pays en Europe et dans le reste du monde prennent des engagements par lesquels ils réaffirment leur volonté de clarifier la procédure de séparation de manière à ne pas être indirectement complices des enlèvements d'enfants.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – This report aims at giving Austria and Romania the authorisation to accept the accession of Peru to the Convention, which will allow the entering into force of the Convention between Peru and the entire EU. I voted in favour.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o Prijedlogu odluke Vijeća o ovlašćivanju Republike Austrije i Rumunjske da u interesu Europske unije prihvate pristup Perua Haškoj konvenciji o građansko-pravnim aspektima međunarodne otmice djece iz 1980. jer se time omogućuje dvjema spomenutim državama da prihvate pristup Perua.

Stupanje na snagu Konvencije između Perua i EU-a od posebne je važnosti radi toga što su mnogi europski građani podrijetlom iz Perua. Nužno je da se problem otmice djece riješi na međunarodnoj razini, te da primjenjivi zakoni i nadležni sudovi budu oni države boravišta djeteta. Smatram da je potrebno da Parlament odobri prijedlog bez izmjena, te stoga podržavam ovo Izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Il est nécessaire de renforcer la coopération entre États en matière d'enlèvement international d'enfants afin d'enrayer l'exploitation qu'en font des individus issus de différents États. En établissant la compétence juridictionnelle selon l'État de résidence de l'enfant, la convention a pu résoudre la question du retour des enfants et doter l'Union européenne d'une compétence extérieure exclusive. L'État péruvien ayant fait souverainement le choix d'adhérer, je n'ai aucune raison de m'opposer à l'adoption du texte.

J'ai voté pour.

Diane James (EFDD), *in writing*. — Diane James and her UKIP MEP colleagues chose to abstain on this vote because it is such an emotive issue. The right of countries acceding to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction is extremely important; however, this should be done at the will of the individual country and not en bloc by the EU.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I supported the accession of Peru to the 1980 Hague Convention because the Convention represents the international insurance system of the immediate return of children who have been abducted, which has high importance nowadays. It is in the interest of EU citizens that Peru joins the Convention and enlarges the list of the countries which have already agreed to cooperate in such cases. A functioning system of cooperation ensures children's rights on the international level.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Angel Dzhambazki qui vient entériner la décision du Conseil relative à l'application de la convention de La Haye entre l'Union européenne et le Pérou. Cette convention instaure un système de coopération judiciaire. Largement soutenue au sein du Parlement, cette procédure permettra de remettre l'intérêt de l'enfant au cœur des décisions de justice internationale, notamment dans les cas d'enlèvement suite à un divorce.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur l'adhésion du Pérou à la convention de la Haye car il est nécessaire d'élargir la liste des États parties à ce texte, qui garantit le retour d'enfants déplacés ou retenus illicitement par l'un de leurs parents dans un État et vise plus largement à faire respecter les droits de visite, de garde et d'hébergement.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. — Η σύμβαση της Χάγης, της 25ης Οκτωβρίου 1980, για τα αστικά θέματα της διεθνούς απαγωγής παιδιών, αποτελεί εργαλείο ζωτικής σημασίας. Έχει κυρωθεί από όλα τα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Η σύμβαση αυτή θεσπίζει ένα σύστημα που παρέχει στα συμβαλλόμενα κράτη τη δυνατότητα να συνεργάζονται για την εξεύρεση λύσης σε καταστάσεις διεθνούς απαγωγής παιδιών. Επομένως είναι απαραίτητη, σε συνέχεια της προσχώρησης του Περού στη σύμβαση, έκδοση απόφασης του Συμβουλίου με την οποία να εξουσιοδοτούνται τα δύο κράτη μέλη που δεν έχουν ακόμη αποδεχθεί την προσχώρηση του Περού, δηλαδή η Αυστρία και η Ρουμανία, να το πράξουν. Τούτο θα επιτρέψει να τεθεί σε ισχύ η σύμβαση μεταξύ του Περού αφενός και της Ευρωπαϊκής Ένωσης στο σύνολό της αφετέρου.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich schließe mich dem vorliegenden Bericht an. Das Abkommen regelt Fälle von internationaler Kindesentführung durch Partner unterschiedlicher Nationalität oder mit unterschiedlichen Wohnsitzen und beinhaltet Regelungen zur Beilegung von Sorgerechtsstreitigkeiten. Dass Peru sich diesem Abkommen verpflichtet, ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Rechte von Kindern.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, as the accession will allow states acceding to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction to participate in enhanced international cooperation with other signatories to the Convention.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепям предложението за присъединяването на Перу към Хагската конвенция от 25 октомври 1980 г. за гражданските аспекти на международното отвличане на деца.

Основен проблем в случаи на международно отвличане на деца е националната предубеденост на правните системи на отделните държави при раздяла на родители. Конвенцията ще спомогне на международно ниво да се намери решение за такива ситуации, за да се избегне субективното присъждане на родителски права на родителя, който е гражданин на държавата на съда.

При приемане на конвенцията компетентният съд и приложимото право са на държавата по местоположение на детето. Категорично подкрепям въвеждането на система, осигуряваща незабавното връщане на отвлечените деца.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – The Hague Convention of 25 October 1980 on the Civil Aspects of International Child Abduction is a multilateral treaty, which seeks to protect children from the harmful effects of abduction and retention across international boundaries by providing a procedure to bring about their prompt return. The treaty has been ratified by all EU Member States. In light of this, it is important to note that the EU now has exclusive external competence in this field as confirmed by the Court of Justice in Opinion 1/13, which means that Member States no longer act on their own account. However, the paradox is that the Convention does not provide for autonomous action by international organisations. In this sense, a Council decision is necessary to authorise the Member States, in particular Austria and Romania, to accept the accession of Peru. Therefore, I call both the EU and Member States to welcome and accept the accession of Peru to the Convention because in this manner children's rights will be protected and preserved.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La proposta oggi approvata, consentirà agli Stati contraenti di cooperare per trovare una soluzione che permetta di risolvere i casi di sottrazione internazionale di minori. Nella maggior parte dei casi il problema si presenta quando una coppia si separa, nello specifico quando i genitori provengono da Stati differenti, dando vita a lotte legali per ottenere l'affidamento dei figli. I tribunali degli Stati coinvolti, tendono ad affidare il minore al genitore che è cittadino dello Stato in cui il tribunale si trova. Per tali ragioni l'intento della presente relazione risulta essere quello di risolvere le problematiche in ambito internazionale e fare in modo che i tribunali competenti e le leggi applicabili siano quelle dello Stato di residenza del minore, garantendosi così la possibilità di un ritorno immediato del minore sottratto. Pertanto ho deciso di votare a favore.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport car il permet de régler les cas d'enlèvement international d'enfants. Le Pérou a fait le choix de demander cette adhésion.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport sur l'adhésion du Pérou à la convention de La Haye de 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants. Cette convention sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants instaure un système de coopération entre les États contractants visant à régler les cas d'enlèvement international d'enfants. Elle a été ratifiée par tous les États membres de l'Union. Dans de nombreux cas, ces problèmes se posent quand un couple est séparé. Si la mère et le père sont de différents États, il y a une tentation d'exploiter le manque de coopération entre les États afin d'obtenir la garde de l'enfant. Le but de la convention est de résoudre de telles situations au niveau international, en établissant que les juridictions compétentes et les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'enfant. La convention introduit également un système qui assure le retour immédiat des enfants enlevés. Après la ratification, la convention entrera en vigueur entre le Pérou et l'ensemble de l'Union européenne.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – La convention de La Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants instaure un système de coopération entre les États contractants visant à régler les cas d'enlèvement international d'enfants. Elle a été ratifiée par tous les États membres de l'Union européenne. Le but de la convention est principalement de résoudre des situations de garde d'enfants au niveau international, en établissant que les juridictions compétentes et les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'enfant. La convention introduit également un système qui assure le retour immédiat des enfants qui ont été enlevés. L'Union dispose désormais d'une compétence extérieure exclusive dans ce domaine, tel que confirmé par la Cour de justice dans son avis 1/13. Après la ratification, la convention entrera en vigueur entre le Pérou et l'ensemble de l'Union européenne. Je suis donc en faveur de l'adoption de ce texte car ces pays ont fait le choix de demander cette adhésion.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la autorización para aceptar el acceso de Perú a la Convención de La Haya sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, lo cual permitirá la entrada en vigor de la norma a este país y todos los Estados miembros de la Unión.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Perú al Convenio de La Haya sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, puesto que considero positivo este tipo de coordinación entre los Estados a la hora de resolver los delicados casos de la sustracción internacional de menores, con el objetivo de avanzar hacia el respeto de los derechos e intereses de los niños y niñas.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – El presente proyecto de resolución legislativa del Parlamento Europeo sobre la propuesta de Decisión del Consejo aprueba la autorización para que Austria y Rumanía acepten, en interés de la Unión, la adhesión de Perú al Convenio de la Haya de 1980 sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, de tal forma que este convenio entre la Unión y Perú entrará en vigor.

El Convenio es un instrumento de vital importancia, ya que estructura la cooperación de los Estados participantes para encontrar una solución a la sustracción internacional de menores. Un ejemplo es el caso de divorcio entre dos personas de nacionalidad distinta, ya que suele ocurrir que uno de los dos trate de utilizar su propia legislación nacional, habitualmente favorecedora de sus propios ciudadanos.

Doy mi voto a favor ya que este convenio que protege a los menores, gozará de mayor eficacia cuantos más Estados se adhieran a él.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem pro. Haagskou úmluvu o občanskoprávních aspektech mezinárodních únosů dětí považuji za užitečný nástroj pro mezinárodní spolupráci zejména v případech smíšených manželství, kdy jeden z rodičů odveze dítě do své původní vlasti. Tímto rozhodnutím se povoluje Rakousku a Rumunsku schválení přistoupení Peru k úmluvě. Je smutné, že na to Rakousko a Rumunsko potřebují souhlas EU.

Monica Macovei (ECR), *în scris*. – Peru a aderat recent la Convenția privind răpirea copiilor, însă România și Austria nu au acceptat deocamdată acest lucru. Consider însă că România și Austria trebuie să o facă, deoarece numai astfel Convenția va putea fi aplicată în relațiile dintre UE, în întregime, și această țară sud-americană.

Convenția adoptată la Haga pe 25 octombrie 1980 și care definește cadrul legal al Națiunilor Unite cu privire la răpirea copiilor de către unul dintre părinți, este un instrument extrem de important pentru reglementarea acestei infracțiuni. Ratificat de toate statele membre ale UE precum și de alte state din întreaga lume (93 in total) documentul clarifică situațiile în care tribunalele din două state diferite care au de analizat un dosar (în cazul în care părinții au cetățenii diferite) se consideră competente fiecare în parte și, în consecință, acordă custodie, în paralel, părintelui din țara respectivă.

Convenția a făcut lumină în aceste cazuri stabilind că este competent tribunalul din țara de rezidență a copilului. Ca o consecință imediată, dacă copilul se află la părintele care nu are rezidența în același stat cu copilul, atunci acesta trebuie să îl aducă în țara unde se află părintele care are aceeași rezidență cu copilul.

Uniunea Europeană are competență exclusivă în aceste cazuri, fapt confirmat de Curtea Europeană de Justiție.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Ova Konvencija ratificirana je od strane svih država članica EU-a, a uvodi sustav suradnje u cilju rješavanja slučajeva međunarodne otmice djece. Svrha Konvencije je rješavanje takvih situacija na međunarodnoj razini, kojim se utvrđuje nadležnost sudova i primjenjivost zakona i sustav koji osigurava neposredan povratak djece koja su oteta. U rješavanju ovih pitanja EU ima isključivu nadležnost.

Nakon pristupanja Perua Konvenciji, potrebno je da odluke Vijeća odobre dvije države članice koje još nisu odobrile pristupanje, a to su Austrija i Rumunjska. To će omogućiti da Konvencija između Perua i cijele Europske unije stupi na snagu, stoga sam podržala ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – Austria and Romania to accept, in the interest of the European Union, the accession of Peru to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction. I support expanding the possibilities of children's rights protection.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Haagsky dohovor ratifikovali všetky členské štáty Únie. Na jeho základe sa realizuje spolupráca zmluvných strán pri zabezpečovaní okamžitého návratu detí, ktoré boli neoprávnene premiestnené alebo zadržiavané v inom štáte a pri zabezpečovaní, aby opatrovnícke práva a práva styku podľa právneho poriadku jedného zmluvného štátu sa dodržiavali v ostatných zmluvných štátoch. Dohovor je platný na všetky deti, ktoré majú obvyklý pobyt na území zmluvného štátu. Preto vítam skutočnosť, že pristúpením Peru k dohovoru bude takáto ochrana poskytnutá aj deťom, ktorú sú určitým spôsobom viazané k peruánskej komunite.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Συμβουλίου με την οποία εξουσιοδοτούνται η Δημοκρατία της Αυστρίας και η Ρουμανία, προς το συμφέρον της Ευρωπαϊκής Ένωσης, να αποδεχθούν την προσχώρηση του Περού στη σύμβαση της Χάγης του 1980 για τα αστικά θέματα της διεθνούς απαγωγής παιδιών, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

Il concerne l'adhésion du Pérou à la convention de La Haye de 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants.

Ce texte permet une coopération entre les États contractants et détermine la juridiction compétente lorsqu'il faut déterminer la garde des enfants, en cas de séparation d'un couple dont les parents n'ont pas la même nationalité. Ce texte a été mis en place et ratifié par tous les États membres, afin d'éviter que deux tribunaux, de deux pays différents, se déclarent compétents. La règle est simplifiée: les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'enfant.

Par ailleurs, ce texte établit le retour immédiat des enfants qui ont été enlevés.

Enfin, ce pays a fait le choix de demander cette adhésion, ce que nous approuvons.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόταση απόφασης του Συμβουλίου για την προσχώρηση του Περού στη σύμβαση της Χάγης του 1980 για τα αστικά θέματα της διεθνούς απαγωγής παιδιών διότι η σύμβαση αυτή είναι εργαλείο ζωτικής σημασίας επειδή δίνει τη δυνατότητα στα συμβαλλόμενα κράτη να συνεργάζονται για την εξεύρεση λύσης σε θέματα διεθνούς απαγωγής παιδιών. Στο σημείο αυτό θα πρέπει να τονιστεί ότι αρμόδια είναι τα δικαστήρια αλλά θα πρέπει να εφαρμόζεται η νομοθεσία του κράτους όπου διαμένει το παιδί. Για τους πιο πάνω λόγους, αλλά και εξαιτίας του ανθρωπιστικού χαρακτήρα της σύμβασής αυτής, θα πρέπει η Αυστρία και η Ρουμανία να αποδεχθούν την προσχώρηση του Περού.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die Vertragsstaaten kommen überein, ein System zur Zusammenarbeit im Falle von Kindesentführungen durch getrennte Partner verschiedener Nationalitäten zu implementieren. Gerichtsstand hierfür soll der Wohnsitzstaat des Kindes sein. Da außerdem die Abwicklung um die Rückkehr des Kindes zum entsprechenden Elternteil beschleunigt werden soll und damit die Belastung des Kindes bei internationalen Sorgerechtsstreitigkeiten verringert wird, stimme ich diesem Antrag zu.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu EP pranešimui dėl Tarybos sprendimo, kuriuo Austrijos Respublika ir Rumunija įgaliojamos dėl Europos Sąjungos interesų pritarti Peru prisijungimui prie 1980 m. Hagos konvencijos dėl tarptautinio vaikų grobimo civilinių aspektų. Peru prisijungimas prie Konvencijos vertintinas palankiai, ypač todėl, kad nemažai ES piliečių kilę iš Peru. Taigi vaikai, turintys ryšių su Peru bendruomene, bus apsaugoti nuo grobimo.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Je me félicite de l'adhésion du Pérou à la convention internationale sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants. Cette convention vise à réduire les conflits juridiques opposant différentes juridictions nationales dans les cas de séparations difficiles de couples binationaux. Les États signataires s'engagent à ce que la cour compétente pour le droit de garde et de visite soit celle de l'État de résidence de l'enfant. Il s'agit ici d'autoriser l'Autriche et la Roumanie à reconnaître l'adhésion du Pérou à la convention. Un vote surréaliste alors que la bonne décision de deux États membres souverains a été prise de reconnaître une adhésion d'un pays tiers à une convention internationale. Pourquoi ? Parce qu'en vertu de l'avis 1/13 de la Cour de justice, la Commission a désormais la compétence exclusive sur l'application de cette décision en matière civile sur «son» territoire. Je conteste cette limitation de souveraineté. Je vote néanmoins POUR cette reconnaissance d'adhésion à la convention au bénéfice de la protection des enfants au-delà des frontières.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La convention de La Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants instaure un système de coopération entre les États contractants visant à régler les cas d'enlèvement international d'enfants. Elle a été ratifiée par tous les États membres de l'Union européenne. Le but de la convention est principalement de résoudre des situations de garde d'enfants au niveau international, en établissant que les juridictions compétentes et les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'enfant. La convention introduit également un système qui assure le retour immédiat des enfants qui ont été enlevés. L'Union dispose désormais d'une compétence externe exclusive dans ce domaine tel que confirmé par la Cour de justice dans son avis 1/13. Après la ratification, la convention entrera en vigueur entre ces trois pays et l'ensemble de l'Union européenne. Je suis donc en faveur de l'adoption de ce texte car ces pays ont fait le choix de demander cette adhésion.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O objetivo da Convenção da Haia, de 25 de outubro de 1980, sobre os Aspetos Civis do Rapto Internacional de Crianças (a seguir designada «Convenção de 1980»), até hoje ratificada por 93 países, incluindo todos os Estados-Membros da UE, é restabelecer o *status quo* mediante o regresso imediato de crianças ilicitamente transferidas ou retidas através de um sistema de cooperação entre as autoridades centrais designadas pelas Partes Contratantes.

Em 2015, o Peru comunicou à Comissão o seu interesse em que a Convenção entrasse em vigor igualmente em relação à Áustria e à Roménia, que devem, por conseguinte, ser autorizadas pela União Europeia a aceitar a adesão do Peru à Convenção de 1980. A aceitação da Áustria e da Roménia tornará a Convenção de 1980 aplicável entre o Peru e todos os Estados-Membros da UE, com exceção da Dinamarca. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this legislative resolution as it seeks to provide safeguards to children against abduction.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Les rapts internationaux sont une matière particulièrement compliquée en raison des enjeux humains, du caractère international et de la multitude des textes et conventions applicables. Les réponses doivent être à la hauteur de ces drames humains inacceptables. Compte tenu du fait que l'Union européenne compte de nombreux citoyens d'origine péruvienne, il est essentiel que l'Union, dans son ensemble, reconnaisse cette adhésion pour qu'in fine, les enfants liés à la communauté péruvienne soient protégés contre les enlèvements illicites. L'ensemble des États membres de l'Union sont parties à la convention de La Haye de 1980. L'Union encourage d'ailleurs les pays tiers à y adhérer, ce que le Pérou a fait en 2001. Néanmoins, pour que la convention puisse s'appliquer à l'Union, celle-ci doit accepter l'adhésion du Pérou, ce que l'Autriche et la Roumanie n'avaient pas encore fait.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which aims at giving Austria and Romania the authorisation to accept the accession of Peru to the Convention, which will allow the entering into force of the Convention between Peru and the entire EU. All the other EU Member States have given their approval to Peru to accede. The Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction, adopted in 1980, is an international instrument of cooperation, enabling signatory states to settle cross border cases regarding child custody and abduction. The Convention clarifies the applicable national law in cases when there is a conflict of competence between two or more national legal systems. The scope regards civil aspects, so it concerns mostly situations of separated parents or other persons having legal rights on the child. Given that the scope of the Convention is protecting children finding themselves in legal uncertainty, the aim is to have it ratified by as many states as possible. All EU Member States have ratified.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hoz létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között, hogy megoldást találjanak a gyermekek jogellenes külföldre vitelének ügyében, továbbá amellyel biztosítja a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérését. Az egyezményt az Európai Unió valamennyi tagállama ratifikálta. Peru bejelentette csatlakozási szándékát az egyezményhez. Minthogy az egyezmény nem rendelkezik a nemzetközi szervezetek önálló fellépéséről, az Európai Unió a szerződés ilyen irányú kiegészítését nem ratifikálhatja.

Minthogy viszont az Európai Bíróság 2014. október 14-én kelt véleménye kimondja, hogy az EU e területen jelenleg kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik, azok a tagországok, amelyek e kiegészítést eddig az időpontig nem ratifikálták (Ausztria és Románia), ezután ezt már csak az Európai Tanács felhatalmazásával tehetik meg. A Tanács tehát határozatot kíván hozni, amely fölhatalmazná Ausztriát és Romániát Peru csatlakozásának ratifikálására, ehhez azonban konzultálnia kell a Parlamenttel. A Jogi Bizottság jelentésében azt indítványozza, hogy a Parlament hagyja jóvá a Tanács határozati javaslatát. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – La Convention de La Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants instaure un système de coopération entre les États contractants visant à régler ces cas. Elle a été ratifiée par tous les États membres de l'UE. Son but est de résoudre de telles situations au niveau international, en établissant que les juridictions compétentes et les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'enfant. La Convention introduit également un système qui assure le retour immédiat des enfants qui ont été enlevés. L'UE dispose désormais d'une compétence externe exclusive dans ce domaine. Par conséquent, les États membres n'agissent plus pour leur propre compte. Après la ratification, la Convention entrera en vigueur entre le Pérou et l'ensemble de l'Union européenne. Nous sommes en faveur de l'adoption de ces textes car ces pays ont fait le choix de demander cette adhésion.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A Convenção da Haia sobre os Aspetos Civis do Rapto Internacional de Crianças, de 25 de outubro de 1980, é um instrumento de importância vital e foi ratificada por todos os Estados-Membros da UE. Esta Convenção estabelece um sistema de cooperação entre os Estados contratantes com o objetivo de encontrar uma solução para casos de rapto internacional de crianças.

Com a adesão do Peru à Convenção é necessária uma decisão do Conselho para autorizar os dois Estados-Membros que ainda não aceitaram a adesão do Peru, nomeadamente a Áustria e Roménia, a fazê-lo. Deste modo, a Convenção entrará em vigor entre o Peru e toda a União Europeia.

Defendo a aprovação da presente proposta, de modo a assegurar a proteção dos menores em questão em todo o território da União Europeia.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – L'Union européenne dispose désormais d'une compétence extérieure exclusive dans ce domaine tel que confirmé par la Cour de justice dans son avis 1/13. Par conséquent, les États membres n'agissent plus pour leur propre compte. Le problème est que la convention ne prévoit pas d'action autonome par les organisations internationales.

Après la ratification, la convention entrera en vigueur entre ces trois pays et l'ensemble de l'Union européenne.

Je suis en faveur de l'adoption de ces textes car ces pays ont fait le choix de demander cette adhésion.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à l'adhésion du Pérou à la convention de la Haye de 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants. Afin d'éviter au maximum les conflits de lois ou de juridictions lorsqu'il s'agit de résoudre un litige présentant une situation internationale, les conventions internationales doivent être signées et ratifiées par le nombre le plus élevé possible d'États.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui porte approbation d'une décision du Conseil relative à l'adhésion du Pérou à la Convention de La Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils liés à l'enlèvement d'enfants à l'échelle internationale. Cette convention, ratifiée par l'ensemble des membres de l'Union, prévoit des mécanismes de coopération pour remédier aux conflits de compétence lorsque deux juridictions se déclarent compétentes pour la garde d'enfants dans le cadre de la séparation d'un couple binational.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – La convenzione dell'Aia del 25 ottobre 1980 sugli aspetti civili della sottrazione internazionale di minori è uno strumento di fondamentale importanza che è stato ratificato da tutti gli Stati membri dell'Unione europea introducendo un sistema che permette agli Stati contraenti di cooperare per trovare una soluzione ai casi di sottrazione internazionale di minori. Succede spesso infatti che i tribunali di entrambi gli Stati coinvolti si dichiarino competenti e che ciascuno di essi affidi il minore al genitore che è cittadino dello Stato in cui si trova il tribunale. La convenzione mira a risolvere queste situazioni a livello internazionale. Pertanto mi sono espressa a favore dell'adesione del Perù alla convenzione permettendo quindi che i minori legati alla comunità peruviana beneficino di una protezione a livello di tutta l'Unione europea.

József Nagy (PPE), *írásban*. – A széthulló házasságok növekedő tendenciája, a nyitott határok és a vízummentesség időszerűebbé teszik ezt a témát, mint valaha. Még a szülők békés elválása is komoly pszichikai terhet jelent a gyermekek számára, gondoljunk akkor azokra a családokra, ahol valamelyik fél különböző praktikákkal próbál kibújni a gyermek elhelyezésével kapcsolatos bírósági döntés alól. Bizonyos esetekben ez egészen odáig fajulhat, hogy valamelyik szülő saját gyermeke elrablása mellett dönt és külföldre menekül. A Hágai Egyezmény célja ennek az eshetőségnek az elkerülése, amire olyan megoldásokat javasol, mint a bírósági eljárás felgyorsítása vagy az adminisztratív terhek minimalizálása. Örömmel szavaztam amellett, hogy az egyezményhez Peru is csatlakozhasson!

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The Hague Convention has as its primary objective the cases of international abduction of children due to the separation of the parents who have different citizenship from each other. I have voted for this report that will grant the accession of Peru to the Convention in order to ensure EU's protection to the children in that specific part.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da mit diesem Abkommen Sorgerechtsstreitigkeiten geregelt werden. Vor allem bei Sorgerechtsstreitigkeiten, bei denen die Eltern unterschiedliche Nationalitäten nachweisen, ist diese Regelung von Vorteil.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Konventsioon on ülioluline, et tagada rahvusvaheliste lapseröövijuhtumite võimalikult kiire ja tulemuslik lahendamine. Peruu ühinemine konventsiooniga on tervitatav ning seega on edaspidi võimalik Peruu kogukonnaga seotud lapsi paremini kaitsta.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η σύμβαση της Χάγης του 1980 αποτελεί εργαλείο ζωτικής σημασίας καθώς διασφαλίζει την άμεση επιστροφή παιδιών που έχουν απαχθεί από έναν γονέα στο ίδιο κράτος διαμονής, καθώς και την προστασία των δικαιωμάτων επικοινωνίας του γονέα με το παιδί του. Καθώς οι διεθνείς απαγωγές παιδιών από γονείς αποτελεί παγκόσμιο πρόβλημα που αφορά χιλιάδες παιδιά κάθε χρόνο, η προσχώρηση του Περού στη σύμβαση είναι θετική. Ψήφισα υπέρ της έκθεσης διότι, όπως επισημαίνει και ο εισηγητής, πολλοί πολίτες της ΕΕ κατάγονται από το Περού, κάτι που σημαίνει ότι, με την προσχώρηση της χώρας στη σύμβαση της Χάγης, θα διασφαλίζεται η προστασία από απαγωγές όσων παιδιών έχουν δεσμούς με την περουβιανή κοινότητα.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP chose to abstain on this vote because it is such an emotive issue. The right of countries acceding to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction is extremely important; however, this should be done at the will of the individual country and not en bloc by the EU.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Sprječavanje otmice djece važan je dio politike EU-a za promicanje prava djeteta, a s tim ciljem je donesena Haška konvencija o građansko-pravnim aspektima međunarodne otmice djece od 25. listopada 1980. Europska unija na međunarodnoj razini aktivno radi na unaprjeđenju njezine primjene i potiče treće zemlje da joj pristupe. Tako je i Peru 2001. položio instrument pristupa Konvenciji te je prihvaćen od većine država članica izuzev Austrije, Danske i Rumunjske. Komisija je 2011. donijela osam prijedloga odluka Vijeća u cilju prihvaćanja pristupa osam zemalja ovoj Haškoj konvenciji. Sud Europske unije je 2014. izjavio da je prihvat pristupa treće države Konvenciji u isključivoj nadležnosti Europske unije. Slijedeći tu odluku, Vijeće Europske unije je u 2015. donijelo sedam odluka utemeljenih na prijedlozima iz 2011. Ovim Prijedlogom uzima se u obzir treća zemlja (Peru) koja je pristupila Konvenciji prije nego što je utvrđena vanjska nadležnost EU-a. Poštujući prava djece kao jedno od temeljnih pitanja politike EU-a te sa željom da ostanemo dosljedni u provođenju svojih odluka, podržavam ovaj prijedlog odluke Vijeća o ovlašćivanju Republike Austrije i Rumunjske da u interesu Europske unije prihvate pristup Perua Haškoj konvenciji o građansko-pravnim aspektima međunarodne otmice djece iz 1980.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – La convention de La Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants instaure un système de coopération entre les États contractants visant à régler les cas d'enlèvement international d'enfants. Elle a été ratifiée par tous les États membres de l'UE.

Dans de nombreux cas, ces problèmes se posent quand un couple est séparé. Si la mère et le père sont de différents États, il y a une tentation d'exploiter le manque de coopération entre les États afin d'assurer la garde de l'enfant. Il est courant que les tribunaux dans les deux États concernés se déclarent compétents et qu'ils attribuent la garde de l'enfant au parent qui est un ressortissant de leur État.

Le but de la convention est de résoudre de telles situations au niveau international, en établissant que les juridictions compétentes et les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'enfant. La convention introduit également un système qui assure le retour immédiat des enfants qui ont été enlevés.

Je suis en faveur de l'adoption de ce texte, car le Pérou fait le choix de demander cette adhésion. Je vote donc pour le texte.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Haška konvencija o građansko-pravnim aspektima međunarodne otmice djece instrument je kojim se primarno rješava problem međunarodnih otmica djece nakon rastave ili razvoda roditelja, osobito kada su majka i otac iz različitih zemalja. U praksi se događa da se sudovi u obje države proglase nadležnima i donesu različite odluke čime se djeca dovode u položaj pravne nesigurnosti. Ovom Konvencijom se taj problem želi riješiti na međunarodnoj razini tako da se odredi da su nadležni sudovi i primjenjivi zakoni oni iz države boravišta djeteta. Konvencijom se uvodi i sustav kojim se jamči hitan povratak otete djece. Konvenciju su ratificirale sve države članice EU-a.

EU sada ima isključivu vanjsku nadležnost na tom području, kao što je potvrdio i Sud, ali Konvencijom nije predviđeno samostalno djelovanje međunarodnih organizacija stoga EU mora dati svim državama članicama ovlaštenje da prihvate pristup nove članice Konvenciji.

U slučaju pristupa Perua Konvenciji potrebna je odluka Vijeća kojom će se Austriji i Rumunjskoj omogućiti da prihvate pristup Perua čime će se omogućiti da Konvencija između Perua i cijele Europske unije stupi na snagu. Sve ostale države članice su dale svoje odobrenje pristupanju Perua Konvenciji.

Podržavam ovo izvješće obzirom da je cilj ovakve Konvencije da bude ratificirana od strane što većeg broja zemalja jer time postaje sve djelotvornija.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta Convenção estabelece um sistema de cooperação entre os Estados contratantes que visa encontrar uma solução para casos de rapto internacional de crianças, procurando assegurar o regresso imediato das crianças ilicitamente transferidas para qualquer Estado ou nele retidas indevidamente.

A situação de rapto de crianças ocorre com muita frequência quando um casal de separa e quando os pais são originários de Estados diferentes. A Convenção visa assim fazer respeitar de maneira efetiva os direitos de custódia e de visita existentes num Estado Contratante e mitigar respostas de tendência nacionalista dos sistemas jurídicos de cada Estado.

É comum que os órgãos jurisdicionais dos respetivos países se declarem ambos competentes e que os tribunais concedam a custódia do menor ao progenitor nacional do estado que representam, decisões baseadas em motivações que não respondem necessariamente ao superior interesse da criança.

A Convenção tem por objetivo solucionar este tipo de situações a nível internacional, ao estabelecer que os casos são julgados pelos tribunais competentes e de acordo com a legislação aplicável do estado de residência do menor. O Peru depositou o instrumento de adesão e pronunciámo-nos favoravelmente, uma vez que este Acordo vai ao encontro de melhor responder à defesa dos superiores interesses dos menores.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Haagská úmluva o občanskoprávních aspektech mezinárodních únosů má zásadní význam a byla již ratifikována všemi státy Evropské unie. Proto jsem velice rád, že se pro tento krok rozhodlo také Peru a významně tak rozšířilo možnost spolupráce ve věci únosů dětí, vzhledem k velkému počtu peruánských občanů žijících na území Evropské unie. Účelem Haagské úmluvy je chránit děti před únosy, které se dějí zejména v případech, kdy dojde k rozvodu mezi rodiči pocházejícími z různých států. Pokud se jeden z rodičů rozhodne dítě unést do svého rodného státu a tento stát není součástí spolupráce v řešení mezinárodních únosů dětí, může tak snadno získat dítě do své péče. Soudy v nespolupracujícím státě totiž obvykle rozhodnou, že svěří dítě do péče toho rodiče, který je státním příslušníkem daného státu. Pokud je však stát součástí Haagské úmluvy, je možné tuto situaci řešit na mezinárodní úrovni a jako pravomocné budou stanoveny soudy a právní předpisy státu, v němž má dítě bydliště. Dnes Evropský parlament vyzval Rakousko a Rumunsko, poslední dvě země, které dohodu neratifikovaly, aby tak učinily. Tento návrh jsem samozřejmě podpořil.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Reputo necessario, al fine di garantire che i minori interessati beneficino di un'adeguata tutela normativa all'interno dell'UE, che il Parlamento approvi questa proposta. La convenzione dell'Aia sugli aspetti civili della sottrazione internazionale di minori ha introdotto un sistema che permette agli Stati contraenti di cooperare per trovare una soluzione ai casi di sottrazione internazionale di minori. Il problema principale, in queste circostanze, è la tendenza dei sistemi giuridici dei singoli Stati a praticare favoritismi in base alla nazionalità. A seguito dell'adesione del Perù alla convenzione è necessaria una decisione del Consiglio che autorizzi i due Stati membri che non hanno ancora accettato detta adesione – l'Austria e la Romania – a procedere in tal senso. Ciò permetterà che la convenzione abbia effetto nei rapporti tra il Perù e tutta l'Unione europea. Ho votato a favore di questa relazione.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport technique qui approuve une décision du Conseil relative à l'adhésion du Pérou à la convention de La Haye de 1980 sur les aspects civils liés à l'enlèvement d'enfants à l'échelle internationale.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Apoio o presente relatório sobre a adesão do Peru à Convenção da Haia, uma vez que o sistema da referida Convenção se torna mais eficaz se mais países aderirem à mesma.

Em situações de divórcio em que os progenitores são originários de Estados diferentes, existe a tentação de aproveitar a falta de cooperação internacional para obter a custódia dos menores. Muitas vezes, a custódia é concedida ao progenitor que é nacional do Estado em que os tribunais estão sedeados, existindo, assim, tendências nacionalistas nos sistemas jurídicos de cada Estado.

Ao estabelecer que os casos são julgados pelos tribunais competentes e de acordo com a legislação aplicável do Estado de residência do menor, a Convenção permite uma cooperação entre partes, assim como tende a dirimir este tipo de litígios à escala internacional.

Importa referir que a Comissão, juntamente com peritos no domínio da justiça social, avaliou e aprovou o funcionamento do sistema judicial do Peru e a sua disponibilidade para a cooperação. Por tudo isto, voto a favor.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP chose to abstain on this vote because it is such an emotive issue. The right of countries acceding to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction is extremely important; however, this should be done at the will of the individual country and not en bloc by the EU.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei a favor, uma vez que a Convenção da Haia sobre os Aspetos Civis do Rapto Internacional de Crianças é um instrumento de importância vital que foi ratificado por todos os Estados-Membros da UE e que estabelece um sistema de cooperação entre os Estados contratantes que visa encontrar uma solução para casos de rapto internacional de crianças.

No caso das crianças em que os pais estão divorciados, cada um de um Estado diferente, é comum que os órgãos jurisdicionais dos dois países em questão se declarem competentes e que os tribunais concedam a custódia do menor ao progenitor nacional do Estado que representam. São bastante frequentes os casos de raptos internacionais de crianças noticiados pela imprensa que ocorrem na sequência de separações e divórcios.

A Convenção visa solucionar este tipo de situações à escala internacional, ao estabelecer que os casos são julgados pelos tribunais competentes e de acordo com a legislação aplicável do Estado de residência do menor. A Convenção estabelece igualmente um sistema que assegura o regresso imediato dos menores raptados. Importa, por isso, enaltecer a adesão do Peru à Convenção, uma vez que o sistema da Convenção da Haia se torna mais eficaz se mais países aderirem à mesma.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Les députés ont ce midi largement approuvé la reconnaissance de l'adhésion du Pérou à la convention de La Haye sur l'enlèvement international d'enfants, dont tous les États membres de l'UE sont signataires. Par 641 voix contre trois et 17 abstentions, les députés se sont réjouis de l'entrée du Pérou dans ce système de coopération qui permet de trouver des solutions en cas d'enlèvement international d'enfant.

Cette situation se présente souvent lorsqu'un couple dont l'un des époux est originaire d'un autre pays se sépare. Il arrive que les juridictions des deux pays concernés se déclarent compétentes mais arrivent à des conclusions contraires, notamment en ce qui concerne la garde de l'enfant.

La convention a pour objet de remédier à ce genre de situations: elle désigne les juridictions et la loi de l'État où l'enfant réside comme compétentes, et organise son retour immédiat.

L'UE compte sur son sol de nombreux citoyens d'origine péruvienne et l'Espagne, l'Italie et la France, notamment, restent parmi les premiers pays d'immigration des Péruviens. Cette adhésion est donc une très bonne nouvelle pour la coopération internationale et la sécurité de l'enfant, qu'il faut poursuivre en encourageant l'élargissement du cercle des pays signataires, aujourd'hui au nombre de quatre-vingt-quatorze.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – No seguimento da adesão do Peru à Convenção de Haia, é necessária uma decisão do Conselho que autorize os dois Estados-Membros (Áustria e Roménia) que ainda não aceitaram a adesão a fazê-lo. Isso permitirá que a Convenção entre em vigor entre o Peru e toda a União Europeia.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La Convención de La Haya de 1980 sobre aspectos civiles del secuestro de menores, firmada por todos los Estados miembros de la Unión, es un instrumento de cooperación internacional que autoriza a los Estados signatarios a resolver casos trasnacionales relativos a la custodia y secuestro de menores, aclarando la ley nacional aplicable en casos en los que hay un conflicto de competencia entre dos o más sistemas legales nacionales. El ámbito de la norma alcanza los aspectos civiles, aplicándose sobre todo a casos de padres separados o de otras personas que tienen derechos legales sobre el menor. Dado que el objetivo de la Convención es proteger a los menores que se encuentran en una situación de inseguridad jurídica, es importante lograr que sea firmada por el mayor número posible de Estados.

Dado que la Unión tiene competencia exclusiva en este terreno, pero la convención no autoriza la participación de agentes internacionales, la Unión necesita dar a todos sus Estados miembros autorización expresa para aceptar la participación de cualquier nuevo Estado en la Convención. Por ello, he votado en favor de autorizar a los dos Estados miembros que aún no han aceptado la adhesión de Perú, Austria y Rumanía, a aceptarla.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'adhésion du Pérou à la convention de la Haye de 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants. La coopération internationale en la matière est fondamentale et vise avant tout à sauvegarder les intérêts de l'enfant. Chaque nouvelle adhésion à cette convention constitue donc une avancée concernant l'objectif général de protection des droits de l'enfant qui est inscrit à l'article 3 du traité sur l'Union européenne.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriuo Austrijos Respublika ir Rumunija įgaliojamos dėl Europos Sąjungos interesų pritarti Peru prisijungimui prie 1980 m. Hagos konvencijos dėl tarptautinio vaikų grobimo civilinių aspektų. Šios Konvencijos tikslas – tarptautiniu lygmeniu spręsti atskirų valstybių teisinių sistemų nacionalinio šališkumo problemas, kai abiejų valstybių teismai pripažįsta save kompetentingais nagrinėti bylą ir kiekvienas vaiko globą skiria tam iš tėvų, kuris yra jų valstybės pilietis. Konvencija padeda to išvengti, nes užtikrinama, kad kompetentingais teismais laikomi ir taikomi įstatymai yra tos valstybės, kurioje yra vaiko nuolatinė gyvenamoji vieta. Konvencijoje taip pat numatoma sistema, pagal kurią užtikrinama, kad pagrobtas vaikas būtų nedelsiant grąžintas. Peru prisijungus prie Konvencijos, Tarybos sprendimas būtinas, kad Austrija ir Rumunija, kurios dar nėra pritarusios Peru prisijungimui, būtų įgaliotos pritarti šios šalies prisijungimui.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Votei a favor desta recomendação relativa à proposta de decisão do Conselho autorizando a República da Áustria e a Roménia a aceitar, no interesse da União Europeia (UE), a adesão do Perú à Convenção de Haia (1980) sobre os Aspetos Civis do Rapto Internacional de Crianças.

Trata-se dum procedimento que é da competência externa exclusiva da UE (de acordo com um parecer do Tribunal de Justiça relativo à declaração de aceitação de adesão a esta Convenção), visando assegurar uma completa proteção dos menores no território europeu, em caso de rapto internacional de crianças.

São situações, infelizmente, recorrentes, sobretudo quando existe divórcio de pais com nacionalidades diferentes. É habitual cada ordenamento jurídico optar por declarar competente o Estado de onde é originário cada progenitor, pelo que a Convenção assume um papel primordial no dirimir destes conflitos transnacionais, estipulando a competência do tribunal em função do local de residência do menor e um sistema que garante o regresso imediato dos menores raptados.

Como a Áustria e a Roménia não aceitaram ainda a adesão do Peru à Convenção, é necessária uma decisão do Conselho (após consulta ao Parlamento Europeu), para que que a Convenção entre em vigor entre o Peru e a UE.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui est d'ordre technique et porte sur la décision du Conseil autorisant la République d'Autriche et la Roumanie à accepter, dans l'intérêt de l'Union européenne, l'adhésion du Pérou à la convention de La Haye de 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants.

L'Union européenne est compétente sur ce point et, pour cela, une décision du Conseil est nécessaire.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – La convenzione dell'Aia del 1980 relativa agli aspetti civili della sottrazione internazionale di minori finalmente è stata ratificata anche dal Perù. Di tale adesione l'Europa intera ne è felice, anche perché sono molti i cittadini europei di origine peruviana. L'aspetto di tale relazione che mi conforta maggiormente è vedere garantiti i diritti dei minori, soprattutto quando si tratta di sottrazioni.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Perú al Convenio de la Haya en relación a los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, porque supone mayor protección y garantías para los mismos. El Convenio de la Haya establece un sistema que permite la cooperación de los Estados contratantes para encontrar una solución a las situaciones de sustracción internacional de menores. Estos casos suelen darse en casos de separaciones con progenitores de diferentes países. El Convenio regula que la legislación aplicable en estos casos sea la del Estado de residencia del menor. También instaura un sistema para garantizar el regreso inmediato del menor sustraído.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *in writing*. – The Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction is an important agreement to help avoid legal uncertainty in cases of cross border child custody. In those cases where custody of children is contested, a quick and fair resolution is in the interests of the child. Delays, confusion and uncertainty, not to mention expensive legal bills, should be avoided as far as possible. I welcome the addition of these new countries to this Convention, which is a vital form of cooperation in our increasingly interconnected world.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Perú al Convenio de La Haya sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, puesto que considero positivo este tipo de coordinación entre los Estados a la hora de resolver los delicados casos de la sustracción internacional de menores, con el objetivo de avanzar hacia el respeto de los derechos e intereses de los niños y niñas.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today, I voted for the Package on the accession of Peru to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction. This is important for engagement in enhanced international cooperation with other signatories to the Convention.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Haagsky dohovor z 25. októbra 1980 o občianskoprávnych aspektoch medzinárodných únosov detí je mimoriadne dôležitý nástroj. Ratifikovali ho všetky členské štáty EÚ. Týmto dohovorom sa ustanovuje systém umožňujúci zmluvným štátom spolupracovať pri hľadaní riešenia v prípadoch medzinárodných únosov detí. Po tom, čo Peru pristúpilo k tomuto dohovoru, bolo nutné, aby Rada vydala rozhodnutie oprávňujúce dva členské štáty – Rakúsko a Rumunsko –, ktoré ešte pristúpenie Peru neschválili, aby pristúpenie prijali. Tým sa umožní nadobudnutie platnosti dohovoru medzi Peru a celou Európskou úniou. Podporujem toto rozhodnutie Rady, ktoré Rada už vopred vydala, a preto som hlasoval za jeho prijatie. V EÚ žije mnoho občanov peruánskeho pôvodu. Deti, ktoré sú nejakým spôsobom spojené s peruánskou komunitou, budú takto chránené pred únosmi.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan.* – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne.* – Pristúpenie Peru k Haagskemu dohovoru som podporila, keďže ide o dôležitý medzinárodný dohovor chrániaci práva dieťaťa. Dohovor ratifikovali všetky členské štáty EÚ a dnes už má EÚ výhradnú vonkajšiu právomoc v tejto oblasti, ako o tom rozhodol Súdny dvor. Preto je nutné, aby Rada vydala rozhodnutie oprávňujúce Rakúsko a Rumunsko, aby pristúpenie prijali. Umožní sa tým nadobudnutie platnosti dohovoru medzi Peru a celou Úniou. Krajiny EÚ budú môcť využívať systém spolupráce s Peru pri hľadaní riešení v prípadoch medzinárodných únosov detí. K takýmto prípadom často dochádza, keď sa rodičia pochádzajúci z rôznych štátov rozvedú. Rodičia sa môžu snažiť únosom dieťaťa získať opatrovnícke právo na toto dieťa, keď vzájomná spolupráca medzi týmito štátmi neexistuje. Jednotlivé krajiny majú v tejto veci silne národný charakter svojich právnych systémov. Preto pravidelne dochádza k situáciám, že sa súdy oboch zainteresovaných štátov vyhlásia za príslušné a že každý z nich udelí opatrovnícke právo rodičovi. Tomu má predchádzať práve tento dohovor, ktorý vyžaduje, aby sa na medzinárodnej úrovni určil príslušný súd a právo štátu, v ktorom má dieťa pobyt. Deti peruánskeho pôvodu, ktoré žijú v EÚ, tak budú lepšie chránené pred únosmi.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne.* – Haagsky dohovor rieši prípady, keď je dieťa unesené jedným z rodičov do iného štátu v nádeji, že tamojšia legislatíva mu v súdnom spore o opatrovníctvo zabezpečí lepšiu pozíciu. Rozširovanie pôsobnosti Haagskeho dohovoru zužuje možnosti pre takéto konanie a zvyšuje medzinárodnú právnu ochranu detí.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Haška konvencija od 25. listopada 1980. o građansko-pravnim aspektima međunarodne otmice djece instrument je od ključne važnosti, koji su ratificirale sve države članice EU-a. Konvencijom se uspostavlja sustav suradnje država ugovornica za rješavanje slučajeva međunarodnih otmica djece do kojih često dolazi kada su roditelji djeteta rastavljeni. Najučestaliji problem je pristranost pojedinačnih nacionalnih pravnih sustava i nadležnost sudova u obje države. Nakon pristupa Perua Konvenciji potrebna je odluka Vijeća kojom će se dvjema državama članicama koje još nisu prihvatile pristup Perua, Austriji i Rumunjskoj, omogućiti da to i učine, s obzirom da su mnogi građani EU-a porijeklom iz Perua.

Podržavam nacrt izvješća Odbora za pravna pitanja o prijedlogu odluke Vijeća o ovlašćivanju Republike Austrije i Rumunjske da u interesu Europske unije prihvate pristup Perua Haškoj konvenciji o građansko-pravnim aspektima međunarodne otmice djece iz 1980.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς.* – Η Σύμβαση της Χάγης του 1980, για τα αστικά θέματα της διεθνούς απαγωγής παιδιών, αποτελεί εργαλείο ζωτικής σημασίας και θεσπίζει ένα σύστημα που παρέχει στα συμβαλλόμενα κράτη τη δυνατότητα να συνεργάζονται για την εξεύρεση λύσης σε καταστάσεις διεθνούς απαγωγής παιδιών. Για τον λόγο αυτό υπερψήφισα την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Η Συνθήκη της Χάγης για τις απαγωγές παιδιών, είναι ανάγκη να επικυρωθεί από όλα τα κράτη. Με τον τρόπο αυτό λύνονται τα χέρια των αρχών για συνεργασία τόσο στον τομέα των ερευνών παγκοσμίως, όσο και στον επαναπατρισμό του θύματος. Ένα από τα σημαντικότερα προβλήματα που λύνονται, μάλιστα, είναι στις περιπτώσεις των γονιών που χωρίζουν και ανήκουν σε διαφορετικά κράτη. Η Συνθήκη απλοποιεί την εύρεση λύσης για το παιδί.

József Szájer (PPE), *írásban.* – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hoz létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között, hogy megoldást találjanak a gyermekek jogellenes külföldre vitelének ügyében. Az ilyen esetekben a legnagyobb probléma az államok jogrendszerének nemzeti jellege. Az egyezmény célja az ilyen helyzetek nemzetközi szintű megoldása annak meghatározása révén, hogy a gyermek tartózkodási helye szerinti állam jogszabálya érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik. Az egyezmény továbbá olyan rendszert hoz létre, amellyel biztosítható a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérése.

Az EU e területen jelenleg kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik, ahogyan azt a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette. A tagállamok tehát már nem járhatnak el saját hatáskörükben. A probléma abból adódik, hogy az egyezmény nem rendelkezik a nemzetközi szervezetek önálló fellépéséről, így Perunak az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a Peru csatlakozását még el nem fogadott két tagállamot – Ausztriát és Romániát –, hogy fogadja el Peru csatlakozását. Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatályba lépését Peru és az Európai Unió egésze között. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a javaslat parlamenti jóváhagyását, mert meggyőződésem, hogy ezzel is erősíthetjük a jogellenesen külföldre vitt gyermekek nemzetközi védelmét. Tudatában vagyok annak, hogy a vonatkozó Hágai Egyezmény az elmúlt bő három évtizedben az egyik legszélesebb körű és a gyakorlatban legsikeresebb nemzetközi jogi eszköznek bizonyult, amelyet a részes államok gyakran és aktívan használnak jogalapként a joghatóság megállapításához és az eljárások lefolytatásához a szüleik válása után nehéz és vitatott helyzetbe került gyermekek ügyében. Az EU-nak jelenleg kizárólagos külső kompetenciája van eljárni ilyen ügyekben, ám a konvencióhoz csatlakozó újabb államok esetében tagállami megerősítés, illetve a Tanács ennek megfelelő döntése szükséges az – adott esetben Peru és az EU közötti – hatályba lépéshez. Figyelemmel arra a tényre, hogy a Hágai Egyezmény működése annál hatékonyabb lehet, minél több állam részese a rendszernek, Peru csatlakozását is üdvözlendőnek tartom.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Convenția de la Haga privind aspectele civile ale răpirii internaționale de copii este un document foarte important, adoptat la nivel internațional în 1980 și ratificat de toate statele membre ale UE, care a instituit cooperarea între statele semnatare în acest domeniu sensibil. Situația respectivă apare în special în urma divorțurilor cuplurilor transnaționale și creează dificultăți la nivelul statelor naționale în ceea ce privește tutela asupra copiilor minori. Convenția reglementează soluționarea unor astfel de cazuri și stabilește aplicarea legislației statului de reședință a copilului, precum și returnarea imediată a copiilor răpiți.

Întrucât UE dispune de competențe externe exclusive în acest domeniu, statele membre trebuie să fie autorizate în vederea acceptării aderării unor state terțe la Convenție. Acesta este cazul aderării Republicii Peru, stat care a avut o serie de conflicte interne în trecut, dar care a depășit cu succes perioada respectivă.

În prezent, Consiliul trebuie să autorizeze două state membre, Austria și România, să accepte această aderare, ceea ce va permite intrarea în vigoare a Convenției între Peru și întreaga UE. Este vorba despre un pas important în favoarea cetățenilor UE de origine peruană, de aceea susțin adoptarea acestui raport.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Cette convention établit un système permettant aux États contractants de coopérer pour trouver une solution dans les cas d'enlèvements internationaux d'enfants.

Bien souvent, cette situation se présente lorsqu'un couple se sépare. Pour le mari ou la femme originaire d'un autre pays, il peut être tentant de mettre à profit l'absence de coopération entre les États pour obtenir la garde des enfants. La presse se fait fréquemment l'écho de cas d'enlèvements internationaux d'enfants qui se produisent au moment d'une séparation ou d'un divorce.

Le problème majeur est dès lors constitué par la conception nationaliste qui sous-tend le système juridique des États. Il arrive souvent que les juridictions des deux États intéressés se déclarent compétentes et que chacune d'elles confie la garde de l'enfant à celui des parents qui a la nationalité de l'État où elle siège.

La convention en question a pour objet de remédier à ce genre de situation au niveau international en établissant la compétence des juridictions et de la loi de l'État où l'enfant réside. Elle met également en place un système visant à garantir le retour immédiat de l'enfant qui a été enlevé.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The Hague Convention (1980) on the Civil Aspects of International Child Abduction is a vitally important instrument, ratified by all EU Member States. The Convention created a cooperative system between the signatory states in the goal of resolving cases of international child abduction. Most often, reports of child abduction are the result of a couple separating, where the mother and father are from different states. States often are unwilling or unable to cooperate with one another during instances of child abduction as a result of national bias of differing legal systems. Parents frequently exploit these legal and judicial disparities in order to secure full custody of the child in a particular state. I voted in favour of the accession of Peru so that child abduction at the international level can be resolved through the competent courts of the state of residence of the child.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam pristupanje Perua Haškoj konvenciji o građansko-pravnim aspektima međunarodne otmice djece koju su ratificirale sve države članice Europske unije. Pristupanje Perua Konvenciji omogućit će dvjema državama članicama, Austriji i Rumunjskoj, da prihvate Peru kao jednu od država potpisnica Konvencije.

Ova Konvencija je izrazito korisna za rješavanje problema međunarodne otmice djece budući da su nacionalni sudovi u slučaju rastave roditelja često pristrani.

Konvencijom se uvodi sustav suradnje kojim se navedeni problem rješava na međunarodnoj razini. Budući da su mnogi građani Europske unije porijeklom iz Perua, smatram da će pristupanje Perua smanjiti broj neriješenih slučajeva te omogućiti hitan povratak otete djece.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog sklepa Sveta o pooblastilu Republiki Avstriji in Romuniji, da v interesu Evropske unije sprejmeta pristop Peruja k Haaški konvenciji iz leta 1980 o civilnopravnih vidikih mednarodnega protipravnega odvzema otrok sem podprla.

Pogosto težave nastanejo, ko v paru pride do prenehanja življenjske skupnosti. Če sta starša iz različnih držav, je nevarnost, da bi kateri od njiju skušal izkoristiti pomanjkanje sodelovanja med tema državama in pridobiti izključno pravico do varstva in vzgoje otrok. Namen te konvencije je reševanje tovrstnih primerov na mednarodni ravni, in sicer tako, da za pristojna sodišča in pravo, ki se uporablja, določa sodišča in pravo države, v kateri ima otrok prebivališče. Konvencija določa tudi sistem za zagotavljanje takojšnje vrnitve protipravno odvzetega otroka.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Perú al Convenio de la Haya en relación a los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, porque supone mayor protección y garantías para los mismos. El Convenio de la Haya establece un sistema que permite la cooperación de los Estados contratantes para encontrar una solución a las situaciones de sustracción internacional de menores. Estos casos suelen darse en casos de separaciones con progenitores de diferentes países. El Convenio regula que la legislación aplicable en estos casos sea la del Estado de residencia del menor. También instaura un sistema para garantizar el regreso inmediato del menor sustraído.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I support this proposal, which prioritises child welfare in case of legal conflict (separation or divorce) between parents from different countries. This agreement will save time, money and suffering for the affected families and guarantees the protection of children in the entire territory of the Union.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – La convention de La Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants instaure un système de coopération entre les États contractants visant à régler les cas d'enlèvement international d'enfants. Elle a été ratifiée par tous les États membres de l'UE.

Dans de nombreux cas, ces problèmes se posent quand un couple est séparé. Si la mère et le père sont de différents États, il y a une tentation d'exploiter le manque de coopération entre les États afin d'assurer la garde de l'enfant. Il est courant que les tribunaux dans les deux États concernés se déclarent compétents et qu'ils attribuent chacun la garde de l'enfant au parent qui est un ressortissant de leur État.

Le but de la convention est de résoudre de telles situations au niveau international, en établissant que les juridictions compétentes et les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'enfant. La convention introduit également un système qui assure le retour immédiat des enfants qui ont été enlevés.

Je vote pour l'adoption de ce texte car le Pérou a fait le choix de demander cette adhésion.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Konwencja haska dotycząca cywilnych aspektów uprowadzenia dziecka za granicę jest instrumentem o szczególnym znaczeniu. Po pierwsze, pozwala uniknąć przedłużającej się niepewności co do prawnego statusu dziecka. Towarzyszy ona sytuacji, w której rodzice dziecka są obywatelami dwóch różnych państw członkowskich i powstaje spór, któremu z nich przyznać nad nim opiekę i który sąd powinien o tym orzekać. Niewątpliwie w interesie dobra dziecka leży jak najszybsze rozstrzygnięcie tej kwestii oraz zagwarantowanie mu niezwłocznego i bezpiecznego powrotu.

W związku z przystąpieniem Peru do konwencji niezbędna jest decyzja Rady upoważniająca Austrię i Rumunię do wyrażanie zgody na to przystąpienie. Dzięki temu konwencja zawarta między Peru a całą Unią Europejską będzie mogła wejść w życie. Konwencja haska została już ratyfikowana przez wszystkie państwa członkowskie Unii Europejskiej oraz kilkadziesiąt innych krajów. Przystąpienie kolejnego państwa zasługuje na aprobatę i poparcie, dlatego zagłosowałem za rezolucją.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hozott létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között, hogy megoldást találjanak a gyermekek jogellenes külföldre vitelének ügyében. A szóban forgó egyezmény célja az ilyen helyzetek nemzetközi szintű megoldása annak meghatározása révén, hogy a gyermek tartózkodási helye szerinti állam jogszabálya érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik. Perunak az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a Peru csatlakozását még el nem fogadó két tagállamot – Ausztriát és Romániát –, hogy fogadja el Peru csatlakozását. Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatályba lépését Peru és az Európai Unió egésze között. A jelentest megszavaztam.

Traian Ungureanu (PPE), *în scris*. – Convenția de la Haga asupra aspectelor civile ale răpirii internaționale de copii are drept scop soluționarea cazurilor de răpire internațională de copii. În 2014, la solicitarea Comisiei Europene, Curtea de Justiție a Uniunii Europene a fost consultată cu privire la competența Uniunii referitoare la acceptarea aderării unui stat terț la Convenția din 1980. Avizul emis de Curte în octombrie 2014 a confirmat existența competenței exclusive a Uniunii în ceea ce privește acceptarea aderării unui stat terț la Convenția din 1980.

În mai 2001, Peru și-a depus instrumentul de aderare la Convenția din 1980, însă în urma aderării acestui stat la Convenție, este necesară o decizie a Consiliului care să autorizeze ultimele două state membre ale UE care nu au acceptat încă aderarea, Austria și Romania. Acest lucru va permite intrarea în vigoare efectivă a convenției între Peru și întreaga Uniune Europeană.

Raportul Parlamentului European susține aderarea acestui stat la convenție și propune aprobarea fără modificări astfel încât copiilor în cauză să le fie asigurată protecția acordată pe întregul teritoriu al Uniunii.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Perú al Convenio de la Haya en relación a los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, porque supone mayor protección y garantías para los mismos. El Convenio de la Haya establece un sistema que permite la cooperación de los Estados contratantes para encontrar una solución a las situaciones de sustracción internacional de menores. Estos casos suelen darse en casos de separaciones con progenitores de diferentes países. El Convenio regula que la legislación aplicable en estos casos sea la del Estado de residencia del menor. También instaura un sistema para garantizar el regreso inmediato del menor sustraído.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favor del Informe sobre la propuesta de Decisión del Consejo por la que se autoriza a la República de Austria y a Rumanía a aceptar, en interés de la Unión, la adhesión de Perú al Convenio de La Haya de 1980 sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, ya que creo que es importante que Perú forme parte ya un tema de alcance internacional.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the proposal for a Council decision authorising the Republic of Austria and Romania to accept, in the interest of the European Union, the accession of Peru to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction. The Hague Convention of 25 October 1980 on the Civil Aspects of International Child Abduction is a vitally important instrument that has been ratified by all EU Member States. The Convention introduces a system of cooperation between the contracting states aimed at settling cases of international child abduction. In many instances, these problems arise when a couple has separated. If the mother and father are from different states, there is a temptation to exploit the lack of cooperation between those states in order to secure custody of the child. The biggest problem in such cases is the national bias of the legal systems of individual states. The purpose of the Convention is to resolve such situations at an international level, by establishing that the competent courts and applicable laws are those of the state of residence of the child. I believe that the accession of Peru to the Convention is to be welcomed, especially as many EU citizens are of Peruvian origin.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – El Convenio de La Haya de 25 de octubre de 1980 sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, ratificado por todos los Estados miembros de la Unión, es un instrumento de importancia crucial, dado que el sistema que establece permite la cooperación de los Estados contratantes para encontrar una solución a los conflictos internacionales de esta índole. Ya que el principal problema en estos casos es el sesgo de los ordenamientos jurídicos de los Estados en favor de sus propios nacionales, el objetivo del Convenio es resolver estas situaciones a escala internacional, además de instaurar un sistema para garantizar el regreso inmediato del menor sustraído. Tras la adhesión de Perú al Convenio, es necesaria una decisión del Consejo para autorizar a los dos Estados miembros que aún no han aceptado la adhesión de Perú, a saber, Austria y Rumanía, a aceptarla. Ello permitirá que entre en vigor el Convenio entre Perú y toda la Unión. Gracias al Convenio, los menores vinculados a la comunidad peruana estarán protegidos contra la sustracción ilegal. Por consiguiente, he considerado oportuno votar a favor de este texto.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Perú al Convenio de La Haya sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, puesto que considero positivo este tipo de coordinación entre los Estados a la hora de resolver los delicados casos de la sustracción internacional de menores, con el objetivo de avanzar hacia el respeto de los derechos e intereses de los niños y niñas.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Zeer vaak doen er zich problemen voor tussen echtelieden die uit elkaar gaan. Het kan voor de echtgenoot die uit een andere staat afkomstig is, verleidelijk zijn om het gebrek aan interstatelijke samenwerking uit te buiten om het gezagsrecht over de kinderen te verkrijgen. In de pers wordt vaak bericht over gevallen van internationale ontvoering van kinderen bij een scheiding van tafel en bed of echtscheiding.

De toetreding van Peru tot dit verdrag juig ik toe. De kinderen uit de Peruaanse gemeenschap zullen zodoende zijn beschermd tegen ongeoorloofde onttrekking. Ik stemde in met dit verslag om de rechtszekerheid van deze kinderen te vrijwaren.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Trata-se de uma proposta para que haja uma decisão do Conselho relativamente à autorização da adesão deste país, existe outra, como todos nós sabemos, à Convenção de Haia sobre os aspetos civis relativos ao rapto internacional de crianças. Esta Convenção privilegia a cooperação internacional por exemplo num caso de divórcio em que um pai/uma mãe de diferentes nacionalidades foge com o seu filho para outro país.

A Convenção visa solucionar este tipo de situações à escala internacional ao estabelecer que os casos são julgados pelos tribunais competentes e de acordo com a legislação aplicável do Estado de residência do menor. A Convenção estabelece igualmente um sistema que assegura o regresso imediato dos menores raptados.

Recomenda-se neste caso a adesão do Peru aos restantes Estados-Membros, visto que a Irlanda, a República Checa e a Lituânia já deram o seu aval a essa adesão. A Dinamarca está excluída desta cooperação. Apoiamos.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Das Übereinkommen beinhaltet ein System zur Zusammenarbeit der Vertragsstaaten, das Fälle internationaler Kindesentführungen durch getrennte Partner unterschiedlicher Nationalität lösen soll. Dies erfolgt, indem festgelegt wird, dass die Zuständigkeit bei den Gerichten des Wohnsitzstaates des Kindes liegt und dessen Recht anwendbar ist. Ferner wird durch das Übereinkommen ein System eingeführt, durch das gewährleistet wird, dass Kinder, die entführt wurden, sofort zurückgegeben werden. Angesichts der zunehmenden Häufung problematischer Fälle von internationalen Sorgerechtsstreitigkeiten halte ich dieses Übereinkommen für sinnvoll und habe daher zugestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – As a children's rights champion, I welcome the accession of Peru to this important Convention. This will allow Peru to cooperate with other State Parties to the Convention, including EU Member States, on tackling and combating child abduction.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – V posledních letech můžeme čím dál častěji vídat případy mezinárodních únosů dětí, jelikož je běžné, že matka a otec mnohdy pochází z odlišných států. V případě neshod se pak snaží získat svého potomka tím, že ho odvezou do státu svého původu, jelikož spoléhají na to, že dané státy nespolupracují, a tudíž pro ně bude obtížnější dostat dítě zpět. Jsem proto přesvědčen, že by měl existovat jednotný systém spolupráce mezi státy, jehož cílem je nalézt řešení v případě mezinárodních únosů dětí. V současné době totiž stále mohou nastat případy, kdy soudy obou zemí pravomocně svěří dítě do péče toho rodiče, který je státním příslušníkem daného státu. Haagská úmluva, kterou ratifikovaly všechny státy EU, tyto situace řeší a rovněž také zavádí systém okamžitého návratu uneseného dítěte zpět do jeho vlasti. Vítám proto přistoupení Peru k Haagské úmluvě a jsem si jistý, že tento krok napomůže k lepší ochraně dětí v případě jejich únosu za hranice státu.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Haagsky dohovor o medzinárodných únosoch detí z roku 1980 je mimoriadne dôležitým nástrojom na riešenie občianskoprávnych aspektov medzinárodných únosov detí. Medzinárodné únosy detí sú obrovským negatívnym zásahom do života celej rodiny a najmä psychiky dieťaťa. Cieľom tohto dohovoru je preto obnoviť pôvodný stav okamžitým vrátením neoprávnene premiestneného dieťaťa do krajiny jeho obvyklého pobytu, a to prostredníctvom systému spolupráce medzi ústrednými orgánmi určenými zmluvnými stranami. Dohovor doteraz ratifikovalo 93 štátov vrátane všetkých členských štátov Európskej únie. Vzhľadom na cieľ dohovoru je preto veľmi dôležité, aby k nemu pristúpilo čo najviac krajín, a tým sa do čo najväčšej miery redukovali situácie, keď je dieťa unesené do zahraničia, ale, bohužiaľ, neexistuje právny nástroj, ktorý by pomohol dieťa navrátiť, keďže krajina, do ktorej bolo unesené, tento dohovor neratifikovala. Z týchto dôvodov som preto uvítala, že Peru sa rozhodlo k dohovoru pristúpiť, a správu o prijatí tohto pristúpenia Európskou úniou som podporila.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem predlog sklepa Sveta o pooblastilu Republiki Avstriji in Romuniji, da v interesu Evropske unije sprejmeta pristop Peruja k Haaški konvenciji iz leta 1980 o civilnopravnih vidikih mednarodnega protipravnega odvzema otrok.

Haaška konvencija iz leta 1980 določa sistem, ki državam pogodbenicam omogoča sodelovanje pri iskanju rešitev za primere mednarodnega protipravnega odvzema otrok.

Po pristopu Peruja h konvenciji mora Svet s sklepom pooblastiti državi članici, ki še nista sprejeli pristopa Peruja, tj. Avstrijo in Romunijo, da lahko sprejmeta ta pristop. S tem bo konvencija začela veljati med Perujem in celotno Evropsko unijo.

9.2. Beitritt Kasachstans zum Haager Übereinkommen von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (A8-0268/2016 - Angel Dzhambazki)

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il seguente è un atto non legislativo con cui si ratifica l'adesione del Kazakistan alla convenzione dell'Aia che riguarda la sottrazione internazionale dei minori. Poiché si tratta di un atto formalmente necessario, in quanto nella convenzione non è prevista la possibilità di un'approvazione diretta da parte dell'UE, ho votato a favore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP chose to abstain on this vote because it is such an emotive issue. The right of countries acceding to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction is extremely important; however, this should be done at the will of the individual country and not en bloc by the EU.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Kazajistán al Convenio de La Haya sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, puesto que considero positivos este tipo de coordinación entre los Estados a la hora de resolver los delicados casos de la sustracción internacional de menores, con el objetivo de avanzar hacia el respeto de los derechos e intereses de los niños y niñas.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — We voted in favour of this report to endorse the Council decision to authorise the accession of Kazakhstan to the Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction. The Convention is a multilateral treaty to ensure that children wrongfully taken into another country, often by a parent or guardian, are brought back to their home country.

A ruling of the European Court of Justice in 2014 found that the EU now has exclusive external competence in these matters, but the Convention does not allow for international organisations – such as the EU – to sign the Convention themselves. This Council decision is therefore necessary to allow Member States to accept the accession of Kazakhstan to the Convention, bringing the Convention into force between the entire EU and Kazakhstan.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui vise à donner aux États membres (à l'exception du Danemark à laquelle elle n'est pas applicable, et des Pays-Bas, qui l'ont déjà acceptée) l'autorisation d'accepter l'adhésion du Kazakhstan à la convention, qui permettra l'entrée en vigueur de la convention entre le Kazakhstan et l'ensemble de l'UE.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the proposal for a Council decision authorising certain Member States to accept, in the interest of the EU, the accession of Kazakhstan to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction. Following Kazakhstan's accession to the Convention, a Council decision is therefore necessary to authorise the Member States (except Denmark, which is excluded from the Union's civil justice policy, and the Netherlands, which has already accepted the accession of Kazakhstan) to accept that accession. I would like to point out that the European Commission, together with civil justice experts from the Member States, has evaluated the functioning of Kazakhstan's justice system and the country's willingness to implement the Convention, and considers that it is desirable for the Convention to enter into force between the European Union and Kazakhstan. I express my support for this, not only because the Hague Convention system is more effective if more countries sign up to it, but also to guarantee that children in question are provided with EU-wide protection.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Συμβουλίου με την οποία εξουσιοδοτούνται ορισμένα κράτη μέλη, προς το συμφέρον της Ευρωπαϊκής Ένωσης, να αποδεχθούν την προσχώρηση του Καζαχστάν στη σύμβαση της Χάγης του 1980 για τα αστικά θέματα της διεθνούς απαγωγής παιδιών, διότι με αυτό τον τρόπο θεσπίζεται ένα σύστημα που παρέχει τη δυνατότητα στα συμβαλλόμενα κράτη να συνεργάζονται για την εξεύρεση λύσης σε τέτοιες καταστάσεις.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui permet de régler les cas d'enlèvement international d'enfants en autorisant le Kazakhstan à adhérer à la convention de La Haye de 1980.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Under normal circumstances, I would vote against or abstain on resolutions involving the European Union's participation in international bodies and organisations because I believe that it's not for the European Union to make such decisions.

In this situation, however, the question is whether Kazakhstan should be allowed to accede to the Hague Convention. It should be a vote of the British Parliament, but it is not, because such sovereignty has been ceded. If the European Parliament were to vote against accession, it would penalise children at risk of abduction in that country.

Therefore I voted in favour of accession, despite my constitutional concerns.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette proposition après une étude de l'évaluation menée par des experts en justice civile issus des États membres. Le fonctionnement du système judiciaire du Kazakhstan ainsi que la volonté de ce pays permettent l'entrée en vigueur de la convention entre l'Union européenne et le Kazakhstan.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pasiūlymą, kuriuo tam tikros valstybės narės įgaliojamos dėl Europos Sąjungos interesų pritarti Kazachstano prisijungimui prie 1980 m. Hagos konvencijos dėl tarptautinio vaikų grobimo civilinių aspektų. 1980 m. spalio 25 d. Hagos konvencija dėl tarptautinio vaikų grobimo civilinių aspektų yra labai svarbus dokumentas, kuriame numatoma susitariančiųjų šalių bendradarbiavimo sistema, skirta tarptautinio vaikų grobimo byloms nagrinėti. Daugeliu atvejų problemos dėl vaikų grobimo atsiranda porai išsiskyrus. Taip pat dažnai abiejų valstybių teismai pripažįsta save kompetentingais nagrinėti bylą ir kiekvienas vaiko globą skiria tam iš tėvų, kuris yra jų valstybės pilietis. Atsižvelgdamas į šiuos pavyzdžius, pritariu Kazachstano prisijungimui prie Hagos konvencijos, kad būtų nustatyti kompetentingi teismai ir taikomi įstatymai tos valstybės, kurioje yra vaiko nuolatinė gyvenamoji vieta. Taip pat būtų užtikrinta, kad pagrobtas vaikas būtų nedelsiant grąžintas.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP chose to abstain on this vote because it is such an emotive issue. The right of countries acceding to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction is extremely important; however, this should be done at the will of the individual country and not en bloc by the EU.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – La convention de La Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants instaure un système de coopération entre les États contractants visant à régler les cas d'enlèvement international d'enfants. Elle a été ratifiée par tous les États membres de l'UE.

Le but de la convention est de résoudre de telles situations au niveau international, en établissant que les juridictions compétentes et les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'enfant. L'UE dispose désormais d'une compétence externe exclusive dans ce domaine. La convention introduit également un système qui assure le retour immédiat des enfants qui ont été enlevés.

Voilà pourquoi j'ai voté en faveur de l'adhésion du Kazakhstan à ladite convention de La Haye.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'adhésion du Kazakhstan à la convention de La Haye, dont il y a lieu de se féliciter. La Commission a évalué, avec l'aide d'experts en justice civile issus des États membres, le fonctionnement du système judiciaire du Kazakhstan et la volonté de ce pays d'appliquer la convention, et a jugé souhaitable qu'elle entre en vigueur. Le Parlement approuve pleinement cette position, compte tenu du fait que le système instauré par la convention de La Haye sera d'autant plus efficace que le nombre de pays à y adhérer sera important. La convention de La Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants est un instrument de la plus haute importance. Elle a été ratifiée par tous les États membres de l'Union européenne.

Cette convention établit un système permettant aux États contractants de coopérer pour trouver une solution dans les cas d'enlèvement international d'enfant.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La convenzione dell'Aia sugli aspetti civili della sottrazione internazionale di minori, ratificata da tutti i paesi dell'Unione, ha introdotto un sistema che consente agli Stati contraenti di cooperare per trovare una soluzione a questo tipo di casi. Il testo del trattato prevede due punti principali: la competenza a giudicare e l'applicabilità le leggi affidata allo Stato di residenza del minore e l'istituzione di un meccanismo per il ritorno immediato del minore sottratto. L'Unione europea dispone attualmente di una competenza esterna esclusiva in questo settore ma la convenzione non prevede l'azione autonoma delle organizzazioni internazionali. Per questo motivo occorre che gli Stati membri agiscano per conto dell'Unione attraverso una previa autorizzazione del Consiglio. La relazione Dzhambazki, che oggi ho sostenuto, autorizza alcuni Stati membri ad accettare l'adesione del Kazakhstan alla convenzione, consentendole di dispiegare i propri effetti nei rapporti tra il paese asiatico e l'Unione europea.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Kazajistán al Convenio de la Haya en relación a los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, porque supone mayor protección y garantías para los mismos. El Convenio de la Haya establece un sistema que permite la cooperación de los Estados contratantes para encontrar una solución a las situaciones de sustracción internacional de menores. Estos casos suelen darse en casos de separaciones con progenitores de diferentes países. El Convenio regula que la legislación aplicable en estos casos sea la del Estado de residencia del menor. También instaura un sistema para garantizar el regreso inmediato del menor sustraído.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer al ponente el trabajo realizado en este informe sobre la Adhesión de Kazajistán al Convenio de la Haya de 1980 sobre los aspectos civiles de la sustracción internacionales de menores. Es un instrumento de importancia crucial. La adhesión de Kazajistán es una buena noticia.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport relatif à l'adhésion du Kazakhstan à la Convention de La Haye de 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants.

Le Kazakhstan doit pouvoir être libre, s'il le souhaite, d'adhérer à ce système de coopération internationale qui permet notamment de régler les cas d'enlèvement international d'enfants.

Il peut en effet y avoir problème dans le cas d'un couple séparé et dont les parents ressortent d'États différents. La Convention règle les éventuels litiges de juridiction puisqu'elle dispose que les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'enfant. Elle permet aussi un retour immédiat de l'enfant enlevé.

Si je regrette que l'Union dispose désormais de la compétence exclusive dans ce domaine au détriment des États membres, le Kazakhstan, en tant qu'État souverain, a parfaitement le droit d'adhérer à cette Convention et la ratification de cette adhésion permettra qu'elle entre en vigueur entre l'Union et ce pays.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La convenzione dell'Aia del 1980 sugli aspetti civili della sottrazione internazionale dei minori prevede la collaborazione fra gli Stati firmatari affinché il bambino o il ragazzo sotto i 16 anni che sia stato «sottratto» arbitrariamente da un genitore faccia ritorno al luogo di residenza familiare in attesa di una pronuncia giudiziaria, salvo che il ritorno prefiguri un grave pericolo per la sua sicurezza. Ritengo di fondamentale importanza per la tutela dei nostri figli che questa convenzione sia ratificata e rispettata da sempre più Stati. Ho inteso quindi sostenere col mio voto l'adesione del Kazakhstan a essa.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El Convenio de La Haya de 1980 sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, firmado por todos los Estados miembros de la UE, es un instrumento de cooperación internacional que autoriza a los Estados signatarios a resolver casos transnacionales relativos a la custodia y secuestro de menores, aclarando la ley nacional aplicable en casos en los que hay un conflicto de competencia entre dos o más sistemas legales nacionales. El ámbito de la norma alcanza los aspectos civiles, aplicándose sobre todo a casos de padres separados o de otras personas que tienen derechos legales sobre el menor. Dado que el objetivo del Convenio es proteger a los menores que se encuentran en una situación de inseguridad jurídica, es importante lograr que sea firmado por el mayor número posible de Estados.

Aunque la UE tiene competencia exterior exclusiva en este terreno, el Convenio no autoriza la participación de agentes internacionales, por lo que la UE necesita dar a todos sus Estados miembros autorización expresa para aceptar la participación de cualquier nuevo Estado en el Convenio. Por ello, he votado a favor de autorizar a los Estados miembros a aceptar la adhesión de Kazajistán al Convenio.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame aptariami Europos Sąjungos interesai pritarti Kazachstano prisijungimui prie Hagos konvencijos dėl tarptautinio vaikų grobimo civilinių aspektų. 1980 m. spalio 25 d. Hagos konvencija dėl tarptautinio vaikų grobimo civilinių aspektų yra labai svarbus dokumentas. Ją ratifikavo visos ES valstybės narės.

Konvencijoje numatoma susitariančiųjų šalių bendradarbiavimo sistema, skirta tarptautinio vaikų grobimo byloms nagrinėti. Daugeliu atvejų šios problemos atsiranda porai išsiskyrus. Jeigu motina ir tėvas yra iš skirtingų valstybių, siekiant užsitikrinti vaiko globą kyla noras pasinaudoti šių valstybių bendradarbiavimo trūkumu. Žiniasklaidoje pilna pranešimų apie tarptautinį vaikų grobimą apsigyvenus skyrium arba po ištuokos. Šiais atvejais didžiausia problema – atskirų valstybių teisinių sistemų nacionalinis šališkumas. Dažnai abiejų valstybių teismai pripažįsta save kompetentingais nagrinėti bylą ir kiekvienas vaiko globą skiria tam iš tėvų, kuris yra jų valstybės pilietis. Kazachstanui prisijungus prie Konvencijos, Tarybos sprendimas būtinas, kad valstybės narės (išskyrus Daniją, kuriai netaikoma Sąjungos civilinio teisingumo politika, ir Nyderlandus, kurie jau pritarė Kazachstano prisijungimui) būtų įgaliotos pritarti šios šalies prisijungimui. Taip bus sudarytos sąlygos Konvencijai įsigalioti tarp Kazachstano ir visos Europos Sąjungos. Kazachstano prisijungimas prie Konvencijos vertintinas palankiai.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hozott létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között, hogy megoldást találjanak a gyermekek jogellenes külföldre vitelének ügyében. Az ilyen esetekben a legnagyobb probléma az államok jogrendszerének nemzeti jellege. Az egyezmény célja az ilyen helyzetek nemzetközi szintű megoldása annak meghatározása révén, hogy a gyermek tartózkodási helye szerinti állam jogszabálya érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik. Az egyezmény továbbá olyan rendszert hoz létre, amellyel biztosítható a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérése.

Az EU e területen jelenleg kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik, ahogyan azt a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette. A tagállamok tehát már nem járhatnak el saját hatáskörükben. A probléma abból adódik, hogy az egyezmény nem rendelkezik a nemzetközi szervezetek önálló fellépéséről, így Kazahsztánnak az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a Kazahsztán csatlakozását még el nem fogadott két tagállamot – Ausztriát és Romániát –, hogy fogadja el Kazahsztán csatlakozását. Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatályba lépését Kazahsztán és az Európai Unió egésze között. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Tako kot pri pristopu Peruja h Haaški konvenciji, tudi glede pristopa Kazahstana k navedeni konvenciji nimam nobenih zadržkov, zato popolnoma podpiram predlagani sklep. Haaška konvencija iz leta 1980 o civilnopravnih vidikih mednarodnega protipravnega odvzema otrok je zelo pomemben instrument, ki določa sistem za sodelovanje pri iskanju rešitev za primere mednarodnega protipravnega odvzema otrok. Konvencijo so že pred časom ratificirale vse države članice EU.

Do težav največkrat pride v primeru prenehanja življenjske skupnosti med staršema, ki prihajata iz različnih držav. Obstaja namreč nevarnost, da kateri izmed staršev želi izkoristiti pomanjkanje sodelovanja med tema državama in tako pridobiti izključno pravico do varstva in vzgoje otrok. V takih primerih je največja težava nacionalna pristranskost pravnih sistemov v posameznih državah, sodbe pa se pogosto končajo tako, da vsako nacionalno sodišče zaupa otroka v varstvo in vzgojo staršu, ki je državljan te države. Konvencija pa določa pristojnost sodiščem in pravu države, v kateri ima otrok prebivališče in tudi sistem za zagotavljanje takojšnje vrnitve protipravno odvzetega otroka. V primeru pristopa Kazahstana h konvenciji to pomeni, da bodo otroci, povezani s kazahstansko skupnostjo v državah članicah EU, zaščiteni pred protipravnim odvzemom.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o pristupu Kazahstana Haškoj konvenciji, koja štiti djecu koja se nađu u pravnoj nesigurnosti.

Izvješće ima za cilj davanje dozvole zemljama članicama (osim Danske na koju se to ne odnosi i Nizozemske koja je već dala pristanak) da prihvate pristupanje Kazahstana Konvenciji, što će omogućiti stupanje na snagu Konvencije između Kazahstana i Europske unije.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Je suis en faveur de l'adoption de ce texte, car le Kazakhstan a fait le choix souverain de demander cette adhésion.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the accession of Kazakhstan to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction because the European Union supports the accession of third States to that Convention with the aim of increasing the number of members and consequently improving its effectiveness. Moreover, to promote the rights of the child is an EU objective and the Union is active at international level in order to improve the application of that Convention.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – La Convenzione dell'Aia del 25 ottobre 1980 sugli aspetti civili della sottrazione internazionale di minori è uno strumento di fondamentale importanza che è stato ratificato da tutti gli Stati membri dell'Unione europea. La convenzione introduce un sistema che permette agli Stati contraenti di cooperare per trovare una soluzione ai casi di sottrazione internazionale di minori. L'intento della convenzione è risolvere tali situazioni a livello internazionale, stabilendo che i tribunali competenti e le leggi applicabili sono quelli dello Stato di residenza del minore. La convenzione introduce inoltre un sistema che garantisce il ritorno immediato del minore sottratto, tutelando la sua salute e i suoi diritti fondamentali. L'adesione del Kazakhstan alla Convenzione è un passo positivo nella promozione della tutela dei diritti dei minori a livello globale e non solo europeo.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – La convention de La Haye du 25 octobre 1980, ratifiée par l'ensemble des États membres de l'Union européenne, instaure un système de coopération entre les États contractants visant à régler les cas d'enlèvement international d'enfants. Dans la plupart des cas, ces enlèvements sont liés au divorce des parents, tentés d'exploiter le manque de coopération entre les États pour obtenir la garde de leur enfant. Cette convention stipule que les juridictions compétentes et les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'enfant. Ce texte vise à donner l'avis du Parlement européen sur l'entrée en vigueur de cette convention entre le Kazakhstan et l'Union, qui dispose désormais d'une compétence extérieure exclusive dans ce domaine. Bien que je conteste la perte de souveraineté des États membres, qui laissent à l'Union le soin d'adopter pour eux ce type d'accord, je me suis prononcé en faveur de ce texte. D'une part, cette convention favorise le retour des enfants à leur domicile, d'autre part, l'adhésion du Kazakhstan est une nouvelle dont il y a lieu de se féliciter.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Convenția de la Haga asupra aspectelor civile ale răpirii internaționale de copii reprezintă unul dintre instrumentele principale de promovare a drepturilor copilului. Convenția instituie un sistem de cooperare între autoritățile centrale, având ca obiect soluționarea cazurilor de răpire internațională de copii. Aceste cazuri apar cu precădere în situațiile în care părinții provin din state diferite, state care nu au consolidat un parteneriat de cooperare. Drept urmare, se creează o vulnerabilitate care favorizează acțiunile ilicite de obținere a încredințării copiilor. Astfel, Convenția de la Haga are scopul de a soluționa astfel de spețe la nivel internațional, fiind prevăzut un sistem care asigură înapoierea imediată a copiilor deplasați sau reținuți ilicit.

Aderarea Kazahstanului la Convenția de la Haga din 1980 asupra aspectelor civile ale răpirii internaționale de copii este o acțiune pe care o consider oportună. M-am exprimat în favoarea aderării Kazahstanului la Convenția de la Haga, deoarece consider esențial ca prevenirea răpirii copiilor să rămână o prioritate pentru Uniunea Europeană și statele terțe.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – La convention de La Haye relative aux aspects civils de l'enlèvement international d'enfants a été créée en 1980. Tous les États membres de l'Union européenne ont signé cette convention, qui constitue une base juridique dans les cas d'enlèvement d'enfants par un parent. Les médias ont bien trop souvent relayé des faits d'enlèvement d'enfant par un parent qui en a obtenu la garde dans son pays lors d'une séparation de couple binational. L'autre parent victime de cette situation se retrouve dans une l'impossibilité de revendiquer son droit de garde. Nous étions confrontés à une incohérence entre différents systèmes judiciaires nationaux et à un manque de collaboration entre États. J'ai voté en faveur de l'adhésion du Kazakhstan à la convention de La Haye.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in questione perché ritengo che sia interesse dell'Unione europea accettare l'adesione del Kazakhstan alla Convenzione dell'Aia del 1980 sugli aspetti civili della sottrazione internazionale di minori.

A seguito di tale adesione è tuttavia necessaria una decisione del Consiglio che autorizzi gli Stati membri, eccezion fatta per la Danimarca, che non partecipa alla politica dell'Unione in materia di giustizia civile, e per i Paesi Bassi, che hanno già accettato l'adesione del Kazakhstan, ad accettare suddetta adesione.

La Commissione europea, coadiuvata da esperti degli Stati membri in materia di giustizia civile, ha già valutato il funzionamento del sistema giudiziario del Kazakhstan. Si rileva, pertanto, la disponibilità del paese ad attuare la Convenzione e l'auspicio dell'effettiva entrata in vigore di quest'ultima tra l'UE e il Kazakhstan.

Il sistema posto in essere della Convenzione dell'Aia risulterà ancor più efficace con il coinvolgimento di un numero cospicuo di paesi. Obiettivo della proposta è quello di garantire ai minori interessati la dovuta protezione a livello europeo.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This was a vote to endorse the Council's decision to authorise Kazakhstan signing up to the Hague Convention of International Child Abduction. The Convention is a multilateral treaty with the purpose of ensuring the immediate return of children wrongfully taken to or retained internationally (usually by one parent or guardian) in their home country, where domestic custody proceedings can take place. While a ruling of the ECJ in 2014 found that the EU now has exclusive external competence in the field, the Convention does not allow for international organisations - such as the EU - to be partners to the Convention themselves. These Council decisions are therefore necessary to allow particular Member States which have not yet accepted the accession of the relevant countries to the Convention to do so, bringing the Convention into force between the entire EU and that country.

For these reasons I voted in favour.

David Casa (PPE), *in writing*. – The Hague Convention of 25 October 1980 on the Civil Aspects of International Child Abduction is a vitally important instrument. It has been ratified by all the EU Member States. The Convention introduces a system of cooperation between the contracting states aimed at settling cases of international child abduction. The accession of Kazakhstan to the Convention is to be welcomed. Following an evaluation of the functioning of Kazakhstan's justice system and the country's willingness to implement the Convention, the green light was given for the Convention to enter into force between the European Union and Kazakhstan. I therefore followed the Rapporteur's indication that Parliament should approve the proposal, in order to ensure that EU-wide protection is afforded to settling cases of international child abduction in these particular cases.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Si tratta quasi di un pro-forma, un atto non legislativo con cui si concede ai singoli Stati membri di ratificare l'adesione del Kazakhstan alla convenzione dell'Aia sulla sottrazione internazionale dei minori.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – La Convenzione dell'Aia del 1980 sugli aspetti civili della sottrazione internazionale di minori ha istituito un sistema di cooperazione tra le autorità di ogni Stato contraente, che stabilisce l'immediato rientro dei minori che sono stati illecitamente trasferiti o trattenuti. Trattandosi di un accordo internazionale che ha lo scopo di tutelare e proteggere i minori che si trovano in situazioni di incertezza giuridica, è necessario che venga ratificato dal maggior numero possibile di Stati. Dato che l'Unione europea ha competenza esterna esclusiva in materia di sottrazione di minori, sono convinta che le Istituzioni europee debbano autorizzare gli Stati membri affinché accettino la partecipazione del Kazakhstan. Ho ritenuto quindi di votare a favore della decisione, auspicando una rapida entrata in vigore della Convenzione dell'Aia del 1980 tra il Kazakhstan e tutti gli Stati membri dell'UE al fine di prevenire la sottrazione di minori.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση διότι εκτιμούμε ότι η προσχώρηση του Καζαχστάν στη σύμβαση είναι ευπρόσδεκτη. Η Επιτροπή, από κοινού με τους εμπειρογνώμονες των κρατών μελών σε θέματα αστικής δικαιοσύνης, αξιολόγησε τη λειτουργία του συστήματος απονομής δικαιοσύνης του Καζαχστάν και την προθυμία της χώρας να εφαρμόσει τη σύμβαση, και θεωρεί ότι είναι επιθυμητό να τεθεί σε ισχύ η σύμβαση μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του Καζαχστάν.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε επί της έκθεσης με την οποία εξουσιοδοτούνται ορισμένα κράτη μέλη, προς το συμφέρον της Ευρωπαϊκής Ένωσης, να αποδεχθούν την προσχώρηση του Καζαχστάν στη σύμβαση της Χάγης του 1980 για τα αστικά θέματα της διεθνούς απαγωγής παιδιών. Καθώς πρόκειται για ένα ζήτημα βελτίωσης του πλαισίου προστασίας των πολιτών και ιδιαίτερα των παιδιών, δεν εκφράστηκαν αντιρρήσεις από καμία πλευρά και ως εκ τούτου ψήφισα υπέρ.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato favorevolmente al provvedimento vista la convenzione dell'Aia del 25 ottobre 1980 sugli aspetti civili della sottrazione internazionale di minori è uno strumento di fondamentale importanza che è stato ratificato da tutti gli Stati membri dell'Unione europea. Essa si inserisce in un sistema che permette agli Stati contraenti di cooperare e trovare una soluzione ai casi di sottrazione internazionale di minori. Molte volte il problema principale è la tendenza dei sistemi giuridici dei singoli Stati a praticare favoritismi in base alla nazionalità. Succede sovente che i tribunali di entrambi gli Stati coinvolti si dichiarino competenti e che ciascuno di essi affidi il minore al genitore che è cittadino dello Stato in cui si trova il tribunale. L'intento della convenzione è risolvere tali situazioni a livello internazionale, stabilendo che i tribunali competenti e le leggi applicabili sono quelli dello Stato di residenza del minore. La convenzione introduce inoltre un sistema che garantisce il ritorno immediato del minore sottratto. L'adesione del Kazakhstan alla convenzione va accolta con favore. La Commissione ha valutato, insieme a esperti degli Stati membri, il funzionamento del sistema giudiziario del Kazakhstan e ritiene auspicabile l'accordo tra l'Unione europea e il Kazakhstan.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Accolgo con piacere l'accessione del Kazakhstan alla convenzione dell'Aia sugli aspetti civili della sottrazione internazionale di minori. Si tratta infatti di un passo importante nella protezione dei minori dal momento che ne assicura l'immediato rientro in caso di illecito trasferimento o trattenimento. In particolare, la convenzione dell'Aia favorisce una cornice di tutela dei diritti dei minori a livello internazionale, rivelandosi particolarmente efficace in caso di scontro tra diverse legislazioni nazionali.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the Report on the proposal for a Council decision authorising certain Member States to accept, in the interest of the European Union, the accession of Kazakhstan to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A Convenção de Haia, de 25 de outubro de 1980, sobre os Aspetos Civis do Rapto Internacional de Crianças é um instrumento fundamental no âmbito da cooperação judiciária entre os Estados contratantes na resolução de casos de rapto internacional de crianças.

Com esta Convenção visa-se harmonizar os sistemas jurídicos diferentes dos Estados que normalmente se declaram ambos competentes para julgar a ação e declaram a custódia do menor ao progenitor nacional do Estado que representam, passando-se a adotar com a Convenção o critério do Estado de residência do menor.

Em virtude de atualmente esta matéria ser da competência exclusiva externa da União, é necessário uma decisão do Conselho que apele à aceitação dos Estados-Membros da adesão de países terceiros à Convenção de Haia.

Apoio, neste sentido, o relatório Dzhambazki e felicito o Estado do Cazaquistão pela adesão à Convenção.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP chose to abstain on this vote because it is such an emotive issue. The right of countries acceding to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction is extremely important; however, this should be done at the will of the individual country and not en bloc by the EU.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – This is an important instrument which has been ratified by all the EU Member States, providing protection for the interest of those children who are victims of abduction. The Convention introduces a system of cooperation between the contracting states for cases where jurisdictions declare themselves competent, with each of them awarding custody of the child to the parent who is a national of their state. The Convention also introduces a system which ensures the immediate return of children who have been abducted. Following the accession of Kazakhstan to the Convention, a Council decision is therefore necessary to authorise the Member States, with some exceptions, to accept that accession. This will allow the Convention to enter into force between Kazakhstan and the entire European Union.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Kazajistán al Convenio de La Haya sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, puesto que considero positivos este tipo de coordinación entre los Estados a la hora de resolver los delicados casos de la sustracción internacional de menores, con el objetivo de avanzar hacia el respeto de los derechos e intereses de los niños y niñas.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének megakadályozása, megelőzése érdekében született az 1980. évi Hágai Egyezmény. Az egyezményt az EU valamennyi tagállama ratifikálta. Az egyezmény értelmében a gyermek tartózkodási helye szerinti állam joga érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik. Az egyezmény megkönnyíti – elsősorban a szülők különböző országokban történő különélésekor – a nemzetközi elemet tartalmazó polgári jogi viták rendezését. Hasonlóan Peruhoz, Kazahsztánnak az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a tagállamokat, hogy elfogadják Kazahsztán csatlakozását, mely által lehetővé válik az egyezmény hatálybalépése Kazahsztán és az EU között.

A Bizottság a tagállamok polgári igazságügyi szakértőivel értékelte Kazahsztán igazságügyi rendszerének működését, és megállapította, hogy az ország kész végrehajtani az egyezményt. A Hágai Egyezmény rendszere annál hatékonyabb, minél több ország csatlakozik hozzá. Támogattam az egyezmény hatályba lépését Kazahsztán és az EU között.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – W pełni popieram przystąpienie Kazachstanu do konwencji haskiej z 1980 r. dotyczącej cywilnych aspektów uprowadzenia dziecka za granicę. Konwencja ta reguluje bardzo ważne kwestie związane z przyznaniem opieki nad dzieckiem i nadaniem mocy prawnej przepisom tego kraju, w którym dziecko ma stałe miejsce pobytu. Zagłosowałem za, ponieważ przystąpienie każdego kraju do konwencji haskiej budzi moje zadowolenie, gdyż usprawnia rozwiązywanie sytuacji spornych i działanie sądów.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The Hague Convention is an important international instrument of cooperation which enables signatory states to settle cross border cases regarding child custody and abduction. I am in favour of the accession of Kazakhstan the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Având în vedere că Convenția de la Haga din 25 octombrie 1980 asupra aspectelor civile ale răpirii internaționale de copii constituie un instrument extrem de important având ca obiectiv principal soluționarea cazurilor de răpire internațională de copii, salut aderarea Kazahstanului la convenție.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport propose l'approbation du Parlement européen à une décision du Conseil relative à l'adhésion du Kazakhstan à la convention de La Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils liés à l'enlèvement d'enfants à l'échelle internationale. Cette convention, ratifiée par l'ensemble des membres de l'Union, prévoit des mécanismes de coopération pour remédier aux conflits de compétence lorsque deux juridictions se déclarent compétentes pour la garde d'enfants dans le cadre de la séparation d'un couple binational. Considérant que ces rapports participent à l'harmonisation des réglementations internationales en matière de gestion des différends familiaux, j'ai soutenu ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP chose to abstain on this vote because it is such an emotive issue. The right of countries acceding to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction is extremely important; however, this should be done at the will of the individual country and not en bloc by the EU.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport sur la proposition de décision du Conseil autorisant certains États membres à accepter, dans l'intérêt de l'Union européenne, l'adhésion du Kazakhstan à la convention de La Haye de 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants. En instaurant la primauté de la juridiction et des lois de l'État dans lequel réside l'enfant, la convention joue un rôle déterminant dans la résolution des problématiques entourant la question de la garde de l'enfant lors de la séparation de couples binationaux. Pour autant, pour que la convention soit appliquée, il est nécessaire que l'adhésion d'un État soit acceptée par les autres États parties. Bien que le Kazakhstan ait adhéré en 2013, l'ensemble de États membres de l'Union, à l'exception des Pays-Bas, n'ont toujours pas accepté cette adhésion. Afin que les enfants liés à la communauté kazakhe soient protégés contre les enlèvements, nous appelons le Conseil à adopter au plus vite une décision autorisant les États membres de l'Union à accepter l'adhésion du Kazakhstan à la convention de La Haye de 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hoz létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között, hogy megoldást találjanak a gyermekek jogellenes külföldre vitelének ügyében. Az ilyen esetekben a legnagyobb probléma az államok jogrendszerének nemzeti jellege. Az egyezmény célja az ilyen helyzetek nemzetközi szintű megoldása annak meghatározása révén, hogy a gyermek tartózkodási helye szerinti állam jogszabálya érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik. Az egyezmény továbbá olyan rendszert hoz létre, amellyel biztosítható a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérése.

Az EU e területen jelenleg kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik, ahogyan azt a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette. A tagállamok tehát már nem járhatnak el saját hatáskörükben. A probléma abból adódik, hogy az egyezmény nem rendelkezik a nemzetközi szervezetek önálló fellépéséről, így Kazahsztánnak az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a Kazahsztán csatlakozását még el nem fogadott két tagállamot – Ausztriát és Romániát –, hogy fogadja el Peru csatlakozását. Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatályba lépését Kazahsztán és az Európai Unió egésze között. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – L'UE dispone già di una competenza esterna esclusiva in materia di sottrazione internazionale di minori confermata dalla Corte di giustizia. Ma per far sì che questa venga applicata, i paesi membri devono agire all'unisono. L'autorizzazione del Consiglio a taluni Stati membri di accettare l'adesione del Kazakhstan alla convenzione dell'Aia avrà conseguenze vantaggiose per l'intera Unione europea migliorando così la cooperazione a livello comunitario per difendere i diritti dei minori, quali il diritto all'istruzione e alle opportunità economiche per un futuro prospero. Per questi motivi ho votato a favore della relazione.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — Chaque année dans le monde, plusieurs milliers d'enfants sont enlevés par l'un des deux parents. En cas d'absence de coopération entre l'État d'origine et l'État de résidence de l'enfant, certains cas ne peuvent être résolus. La convention de la Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants est un instrument juridique qui permet de reconnaître la compétence des juridictions de l'État où l'enfant réside. Un dialogue peut ainsi s'établir entre les États parties à cette convention pour faciliter le retour de l'enfant qui a été enlevé. L'Union européenne soutient l'adhésion d'États tiers à la convention de 1980 afin que ses États membres puissent se fonder sur un cadre juridique commun pour traiter les enlèvements internationaux d'enfants. À côté de l'objectif général consistant à développer une coopération judiciaire, ce règlement poursuit l'objectif général de protection des droits de l'enfant. L'adhésion du Kazakhstan à la convention est donc une bonne nouvelle.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Хагската конвенция от 1980г. за гражданските аспекти на международното отвличане на деца е важно международно споразумение, чиято цел е да се намерят решения в ситуации, когато съдилищата на двете държави (в случаите на родители с две различни националности) декларират себе си компетентни и всяка една от тях дава попечителство над детето на родителя, който е неин гражданин. Чрез конвенцията се установява, че компетентните власти са тези, където детето е резидент. Конвенцията също така въвежда система, която да гарантира незабавното връщане на децата, които са били отвлечени.

Сега ЕС има изключителна външна компетентност в тази област и поради това държавите членки вече не действат за своя сметка. С присъединяването на Казахстан към тази Конвенция, Европейският съюз трябва да упълномощи държавите членки да приемат това присъединяване. Аз съветвам в своя доклад това да се приеме, Казахстан е добре дошла в тази конвенция.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Θεωρούμε το κείμενο θετικό διότι είναι ανάγκη η συνθήκη της Χάγης για τις απαγωγές παιδιών να επικυρωθεί από όλα τα κράτη. Με τον τρόπο αυτό θα λυθούν τα χέρια των αρχών για συνεργασία τόσο για τις έρευνες σε όλο το κόσμο όσο και για τον επαναπατρισμό του θύματος. Ένα από τα σημαντικότερα προβλήματα που αντιμετωπίζονται μάλιστα αφορούν τις περιπτώσεις των γονιών που χωρίζουν και προέρχονται από διαφορετικά κράτη. Η Συνθήκη απλοποιεί τις προσπάθειες εξεύρεσης λύσης υπέρ του παιδιού.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hoz létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között, hogy megoldást találjanak a gyermekek jogellenes külföldre vitelének ügyében. Az ilyen esetekben a legnagyobb probléma az államok jogrendszerének nemzeti jellege. Az egyezmény célja az ilyen helyzetek nemzetközi szintű megoldása annak meghatározása révén, hogy a gyermek tartózkodási helye szerinti állam jogszabálya érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik.

Az egyezmény továbbá olyan rendszert hoz létre, amellyel biztosítható a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérése. Az EU e területen jelenleg kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik, ahogyan azt a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette. A tagállamok tehát már nem járhatnak el saját hatáskörükben. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – El Convenio de La Haya de 25 de octubre de 1980 sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, es un instrumento de importancia crucial, que ha sido ratificado por todos los Estados miembros de la Unión. Este Convenio establece un sistema que permite la cooperación de los Estados contratantes para encontrar una solución a las situaciones de sustracción internacional de menores.

El principal problema en estos casos es el sesgo de los ordenamientos jurídicos de los Estados en favor de sus propios nacionales. Suele suceder que los órganos jurisdiccionales de ambos Estados involucrados se declaran competentes y que cada uno otorga la custodia del menor al progenitor de su nacionalidad.

El objetivo del Convenio es resolver estas situaciones a escala internacional, al disponer que los tribunales competentes y la legislación aplicable sean los del Estado de residencia del menor. El Convenio también instaura un sistema para garantizar el regreso inmediato del menor sustraído.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of the accession of Kazakhstan to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction, which is a multilateral treaty that provides a way for abducted children to be returned from one member country to another. Countries need to work together in order to tackle international, cross-border problems like these, and for Kazakhstan to join will enlarge this network to fight child abduction more effectively. I support any measures which help safeguard the well-being of children in Wales.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A Convenção em causa estabelece um sistema de cooperação entre os Estados contratantes que visa encontrar uma solução para casos de rapto internacional de crianças. Este tipo de situações ocorre com muita frequência quando um casal se separa. São bastante frequentes os casos de raptos internacionais de crianças noticiados pela imprensa que ocorrem na sequência de separações e divórcios.

A Convenção visa solucionar este tipo de situações à escala internacional, ao estabelecer que os casos são julgados pelos tribunais competentes e de acordo com a legislação aplicável do Estado de residência do menor. A Convenção estabelece igualmente um sistema que assegura o regresso imediato dos menores raptados. A adesão do Cazaquistão à Convenção merece o meu elogio e aprovação.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: en faveur de l'adoption de ces textes, car ces pays ont fait le choix de demander cette adhésion.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório dá acordo a uma decisão do Conselho relativa à autorização da adesão do Cazaquistão à Convenção de Haia sobre os aspetos civis relativos ao Rapto Internacional de Crianças.

Esta Convenção estabelece um sistema de cooperação entre Estados que visa encontrar solução para casos de rapto internacional de crianças. O seu objetivo é assegurar o regresso das crianças ilicitamente transferidas para qualquer Estado Contratante ou nele retidas indevidamente e fazer respeitar de maneira efetiva nos outros Estados Contratantes os direitos de custódia e de visita existentes num Estado Contratante.

A situação de rapto de crianças ocorre por vezes quando um casal se separa, sendo os pais originários de Estados diferentes. É comum que os órgãos jurisdicionais dos respetivos países se declarem ambos competentes e que os tribunais concedam a custódia do menor ao progenitor nacional do Estado que representam.

A Convenção tem por objetivo solucionar este tipo de situações a nível internacional, ao estabelecer que os casos são julgados pelos tribunais competentes, de acordo com a legislação aplicável do Estado de residência do menor.

Sublinha-se a importância do sistema que assegura o regresso imediato dos menores raptados. Votámos a favor, já que o Acordo tem como propósito justificado a defesa dos interesses dos menores.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Európska únia má veľmi silné postavenie pri garantovaní základných práv a usiluje sa o to, aby občania jednotlivých členských štátov neboli vystavovaní nebezpečenstvu a aby boli chránené ich základné práva. Medzi nástrojmi, ktoré Európska únia prijala na ochranu práv detí, je aj Haagsky dohovor z 25. októbra 1980. Predmetný dohovor umožňuje zmluvným stranám spolupracovať a hľadať spoločné riešenia v prípadoch medzinárodných únosov detí, ktoré sa stávajú ešte aj v 21. storočí. Po tom, čo Kazachstan pristúpil k tomuto dohovoru, je nutné, aby Rada vydala rozhodnutie oprávňujúce členské štáty okrem Dánska, na ktoré sa politika Únie v občianskoprávnej oblasti nevzťahuje, a Holandska, ktoré už prijali pristúpenie Kazachstanu, na to, aby prijali pristúpenie Kazachstanu. Tým sa umožní nadobudnutie platnosti dohovoru medzi Kazachstanom a celou Európskou úniou.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione che permette agli Stati di cooperare per trovare una soluzione ai casi di sottrazione internazionale di minori.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόταση απόφασης του Συμβουλίου με την οποία εξουσιοδοτούνται ορισμένα κράτη μέλη, προς το συμφέρον της Ευρωπαϊκής Ένωσης, να αποδεχθούν την προσχώρηση του Καζακστάν στη Σύμβαση της Χάγης του 1980 για τα αστικά θέματα της διεθνούς απαγωγής παιδιών, διότι η Συνθήκη της Χάγης για τις απαγωγές παιδιών είναι ανάγκη να επικυρωθεί από όλα τα κράτη.

Με τον τρόπο αυτό λύνονται τα χέρια των αρχών για συνεργασία τόσο στον τομέα των ερευνών παγκοσμίως, όσο και στον επαναπατρισμό του θύματος. Ένα από τα σημαντικότερα προβλήματα που λύνονται μάλιστα είναι στις περιπτώσεις των γονιών που χωρίζουν και ανήκουν σε διαφορετικά κράτη.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction, adopted in 1980, is an international instrument of cooperation, enabling signatory states to settle cross border cases of child custody. The Convention clarifies the applicable national law in cases when there is a conflict of competence between two or more national legal systems. The scope regards civil aspects, so it concerns mostly situations of separated parents or other persons having legal rights over the child. Given that the scope of the Convention is protecting children finding themselves in legal uncertainty, the aim is to have it ratified by as many states as possible. All EU Member States have ratified. This report aims at giving Austria and Romania the authorisation to accept the accession of Kazakhstan to the Convention, which will allow the entering into force of the Convention between Kazakhstan and the entire EU. I voted in favour of the report.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hoz létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között. Az ilyen esetekben a legnagyobb probléma az államok jogrendszerének nemzeti jellege. Az egyezmény olyan rendszert hoz létre, amellyel biztosítható a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérése. Az EU e területen jelenleg kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik, ahogyan azt a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette. Az egyezmény célja az ilyen helyzetek nemzetközi szintű megoldása annak meghatározása révén, hogy a gyermek tartózkodási helye szerinti állam jogszabálya érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik.

A tagállamok tehát már nem járhatnak el saját hatáskörükben. A probléma abból adódik, hogy az egyezmény nem rendelkezik a nemzetközi szervezetek önálló fellépéséről, így Kazahsztánnak az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a Kazahsztán csatlakozását még el nem fogadott két tagállamot – Ausztriát és Romániát –, hogy fogadja el Kazahsztán csatlakozását. Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatályba lépését Kazahsztán és az Európai Unió egésze között. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hoz létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között, hogy megoldást találjanak a gyermekek jogellenes külföldre vitelének ügyében. Az ilyen esetekben a legnagyobb probléma az államok jogrendszerének nemzeti jellege. Az egyezmény célja az ilyen helyzetek nemzetközi szintű megoldása annak meghatározása révén, hogy a gyermek tartózkodási helye szerinti állam jogszabálya érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik. Az egyezmény továbbá olyan rendszert hoz létre, amellyel biztosítható a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérése.

Az EU e területen jelenleg kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik, ahogyan azt a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette. A tagállamok tehát már nem járhatnak el saját hatáskörükben. A probléma abból adódik, hogy az egyezmény nem rendelkezik a nemzetközi szervezetek önálló fellépéséről, így Kazahsztánnak az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a Kazahsztán csatlakozását még el nem fogadott két tagállamot – Ausztriát és Romániát –, hogy fogadja el Peru csatlakozását. Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatályba lépését Kazahsztán és az Európai Unió egésze között. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe para tener en cuenta la adhesión de Kazajistán al mismo. Este Convenio establece un sistema que permite la cooperación de los Estados contratantes para encontrar una solución a las situaciones de sustracción internacional de menores. Estos problemas se presentan muy a menudo en parejas que se han separado. Si los progenitores son de diferentes Estados, pueden tener la tentación de explotar la falta de cooperación entre los Estados para obtener la custodia de sus hijos. El objetivo del Convenio es resolver estas situaciones a escala internacional disponiendo que los tribunales competentes y la legislación aplicable sean los del Estado de residencia del menor.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione legislativa del Parlamento europeo sulla proposta di decisione del Consiglio che autorizza taluni Stati membri, nell'interesse dell'Unione europea, ad accettare l'adesione del Kazakhstan alla Convenzione dell'Aia del 1980 sugli aspetti civili della sottrazione internazionale di minori, perché ritengo importante trovare un accordo sulla giurisdizione e legge applicabile alla sottrazione dei minori che coinvolga il maggior numero di paesi.

Sono totalmente d'accordo con il relatore che propone che il Parlamento europeo approvi la proposta senza modifiche, al fine di garantire ai minori interessati i benefici di una protezione giuridica uniforme. La stampa riporta molto spesso casi di sottrazione internazionale di minori che si verificano a seguito di una separazione o di un divorzio. La Commissione ha valutato, insieme a esperti degli Stati membri in materia di giustizia civile, il funzionamento del sistema giudiziario del Kazakhstan e la disponibilità di tale paese ad attuare la convenzione e ritiene auspicabile l'entrata in vigore di quest'ultima tra l'Unione europea e il Kazakhstan. Ritengo pertanto necessario attuare tali accordi, anche con altri paesi che ancora non hanno aderito a questo accordo, per migliorare la cooperazione internazionale.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. – Cieszy mnie wynik dzisiejszego głosowania popierający przystąpienie Kazachstanu do Konwencji haskiej, która dotyczy aspektów cywilnych uprowadzenia dziecka za granicę. Takie problemy pojawiają się często, kiedy dochodzi do rozpadu związków osób pochodzących z różnych krajów. Celem konwencji było ustalenie, że właściwe do rozpatrywania takich sporów są sądy i przepisy prawne państwa, w którym zamieszkuje dziecko.

Wspomniana konwencja jest instrumentem o szczególnym znaczeniu, który będzie tym skuteczniejszy im więcej państw będzie w nim uczestniczyć. Przystąpienie Kazachstanu do konwencji jest zatem powodem do zadowolenia. Komisja potwierdziła gotowość tego kraju do wdrożenia zasad konwencji i objęcia dzieci znajdujących się w wyżej opisanej sytuacji ochroną w całej UE.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Das seit 1980 bestehende Haager Übereinkommen richtet sich auf den Schutz von Kindern. Die festgeschriebenen zivilrechtlichen Aspekte zur Prävention von Kindesentführungen und der Rückführung von entführten Kindern sind Bestandteil einer unumstößlichen Strategie zum Schutze des Wohlergehens von Kindern. Den Beitritt von möglichst vielen Staaten zu diesem Übereinkommen begrüße ich sehr.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I chose to abstain on this vote because it is such an emotive issue. The right of countries acceding to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction is extremely important; however, this should be done at the will of the individual country and not en masse by the EU.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Cette adhésion étant la manifestation de la volonté des États concernés, il n'y avait aucune raison de s'y opposer par un vote défavorable. Il est pour le coup nécessaire d'agir pour protéger les enfants comme les parents.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Kazajistán al Convenio de la Haya en relación a los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, porque supone mayor protección y garantías para los mismos. El Convenio de la Haya establece un sistema que permite la cooperación de los Estados contratantes para encontrar una solución a las situaciones de sustracción internacional de menores. Estos casos suelen darse en casos de separaciones con progenitores de diferentes países. El Convenio regula que la legislación aplicable en estos casos sea la del Estado de residencia del menor. También instaura un sistema para garantizar el regreso inmediato del menor sustraído.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie w sprawie wniosku dotyczącego decyzji Rady upoważniającej niektóre państwa członkowskie do wyrażenia zgody, w interesie Unii Europejskiej, na przystąpienie Kazachstanu do konwencji haskiej z 1980 r. dotyczącej cywilnych aspektów uprowadzenia dziecka za granicę.

Konwencja haska z dnia 25 października 1980 roku dotycząca cywilnych aspektów uprowadzenia dziecka za granicę jest dokumentem o szczególnym znaczeniu, wprowadza ona bowiem system umożliwiający umawiającym się państwom współpracę przy rozstrzyganiu spraw dotyczących uprowadzenia dziecka za granicę przez jednego z rodziców lub prawnych opiekunów.

Niezmiennie problematycznym w takich sytuacjach jest ustalenie sądu właściwego w sprawie przyznania opieki nad dzieckiem rodzicowi lub opiekunowi w sytuacji, gdy każde z rodziców czy opiekunów posiada obywatelstwo innego kraju.

Celem konwencji jest zaradzenie temu problemowi na szczeblu międzynarodowym poprzez ustalenie, że wyłącznie właściwymi są sądy i przepisy prawne państwa, w którym zamieszkuje dziecko. Konwencja wprowadza również system gwarantujący niezwłoczny powrót uprowadzonego dziecka.

Jako że system oparty na konwencji haskiej będzie tym skuteczniejszy, im więcej państw będzie w nim uczestniczyć, a funkcjonowanie wymiaru sprawiedliwości w Kazachstanie pozwala na przystąpienie tego kraju do konwencji, w mojej ocenie właściwym jest, aby konwencja zawarta między Unią Europejską a Kazachstanem weszła w życie, ażeby dzieci podlegały ochronie w całej UE.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted to support the package on the accession of Kazakhstan to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction. This is important for engagement in enhanced international cooperation with other signatories to the Convention.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hoz létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között, hogy megoldást találjanak a gyermekek jogellenes külföldre vitelének ügyében. Az ilyen esetekben a legnagyobb probléma az államok jogrendszerének nemzeti jellege. Az egyezmény célja az ilyen helyzetek nemzetközi szintű megoldása annak meghatározása révén, hogy a gyermek tartózkodási helye szerinti állam jogszabálya érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik. Az egyezmény továbbá olyan rendszert hoz létre, amellyel biztosítható a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérése.

Az EU e területen jelenleg kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik, ahogyan azt a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette. A tagállamok tehát már nem járhatnak el saját hatáskörükben. A probléma abból adódik, hogy az egyezmény nem rendelkezik a nemzetközi szervezetek önálló fellépéséről, így Kazahsztánnak az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a Kazahsztán csatlakozását még el nem fogadott két tagállamot – Ausztriát és Romániát –, hogy fogadja el Kazahsztán csatlakozását. Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatályba lépését Kazahsztán és az Európai Unió egésze között.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – Kazakhstan's accession to the Hague Convention is a promising development of child protection worldwide. At the international level, the European Union supports the accession of third states to the 1980 Convention in order for its Member States to rely upon a common legal framework to deal with international child abductions. Beside the general objective of developing judicial cooperation in civil matters having cross-border implications, the present proposal is linked to the general objective enshrined in Article 3 of the Treaty on the European Union to protect the rights of the child. The proposal is also consistent with the promotion of the use of mediation in the settlement of cross-border family disputes.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hoz létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között, hogy megoldást találjanak a gyermekek jogellenes külföldre vitelének ügyében. Az ilyen esetekben a legnagyobb probléma az államok jogrendszerének nemzeti jellege. Az egyezmény célja az ilyen helyzetek nemzetközi szintű megoldása annak meghatározása révén, hogy a gyermek tartózkodási helye szerinti állam jogszabálya érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik. Az egyezmény továbbá olyan rendszert hoz létre, amellyel biztosítható a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérése.

Az EU e területen jelenleg kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik, ahogyan azt a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette. A tagállamok tehát már nem járhatnak el saját hatáskörükben. A probléma abból adódik, hogy az egyezmény nem rendelkezik a nemzetközi szervezetek önálló fellépéséről, így Kazahsztánnak az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a Kazahsztán csatlakozását még el nem fogadott két tagállamot – Ausztriát és Romániát –, hogy fogadja el Peru csatlakozását. Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatályba lépését Kazahsztán és az Európai Unió egésze között. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu la décision du Conseil relative à l'adhésion du Kazakhstan à la convention de la Haye sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants.

Cette convention, ratifiée par l'ensemble des pays membres de l'Union, prévoit des mécanismes de coopération pour remédier aux conflits de compétence lorsque deux juridictions se déclarent compétentes pour la garde d'enfants dans le cadre de la séparation d'un couple binational.

Il est essentiel de préserver l'intérêt de l'enfant et c'est pourquoi je me félicite que les pays en Europe et dans le reste du monde prennent des engagements par lesquels ils réaffirment leur volonté de clarifier la procédure de séparation de manière à ne pas être les complices indirects des enlèvements d'enfants.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – This report aims at giving Member States, with the exception of Denmark to which this is not applicable, the authorisation to accept the accession of Kazakhstan to the Convention, which will allow the entering into force of the Convention between Kazakhstan and the entire EU. The Netherlands already accepted it.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o Prijedlogu odluke Vijeća kojom se određene države članice ovlašćuju da u interesu Europske unije prihvate pristupanje Kazahstana Haškoj konvenciji o građansko-pravnim aspektima međunarodne otmice djece iz 1980. jer se time svim državama članicama, osim Danske i Nizozemske, omogućuje da prihvate pristup Kazahstana.

S obzirom da je utvrđena spremnost Kazahstana na provedbu Konvencije, smatram da je potrebno da Parlament odobri prijedlog bez izmjena. Slučajevi otmice djece moraju biti jedan od prioriteta međunarodne zajednice, isto kao i jamstvo oko hitnog povratka otete djece. Nastavno tome, podupirem pristupanje Kazahstana Haškoj konvenciji.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Il est nécessaire de renforcer la coopération entre États en matière d'enlèvement international d'enfants afin d'enrayer l'exploitation qu'en font des individus issus de différents États. En établissant la compétence juridictionnelle selon l'État de résidence de l'enfant, la convention a pu résoudre la question du retour des enfants et doter l'UE d'une compétence externe exclusive. Le Kazakhstan ayant fait souverainement le choix d'adhérer, il n'y a pas de raison de m'opposer à l'adoption du texte.

J'ai voté pour.

Diane James (EFDD), *in writing*. — UKIP chose to abstain on this vote because it is such an emotive issue. The right of countries acceding to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction is extremely important; however, this should be done at the will of the individual country and not en bloc by the EU.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Podpořil jsem přístup Kazachstánu k Úmluvě o občanskoprávních aspektech mezinárodních únosů dětí, která byla podepsána roku 1980 v Haagu. Úmluva představuje komplexní systém spolupráce mezi smluvními státy v případech mezinárodních únosu dětí. Vzhledem ke zvyšující se mobilitě obyvatel narůstá i počet dětí z národnostně smíšených manželství. V případech rozvodů se v této oblasti zvyšuje riziko zneužití nedostatečné spolupráce mezi státy jedním z rodičů. Proto vítám přístup Kazachstánu mezi státy, které úmluvu již podepsaly.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Angel Dzhambazki, qui entérine la décision du Conseil relatif à l'application de la convention de La Haye entre l'UE et le Kazakhstan. Cette convention instaure un système de coopération judiciaire. Largement soutenue au sein du Parlement, cette procédure permettra de remettre l'intérêt de l'enfant au cœur des décisions de justice internationale, notamment dans les cas d'enlèvement à la suite d'un divorce. Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur l'adhésion du Kazakhstan à la convention de la Haye, car il est nécessaire d'élargir la liste des pays parties à ce texte qui garantit le retour d'enfants déplacés ou retenus illicitement par l'un de leurs parents dans un État et vise plus largement à faire respecter les droits de visite, de garde et d'hébergement.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Η σύμβαση της Χάγης, της 25ης Οκτωβρίου 1980, για τα αστικά θέματα της διεθνούς απαγωγής παιδιών, αποτελεί εργαλείο ζωτικής σημασίας. Έχει εξάλλου κυρωθεί από όλα τα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Η σύμβαση αυτή θεσπίζει ένα σύστημα που παρέχει στα συμβαλλόμενα κράτη τη δυνατότητα να συνεργάζονται για την εξεύρεση λύσης σε καταστάσεις διεθνούς απαγωγής παιδιών. Επομένως είναι απαραίτητη, σε συνέχεια της προσχώρησης του Καζαχστάν στη σύμβαση, έκδοση απόφασης του Συμβουλίου με την οποία να εξουσιοδοτούνται τα κράτη μέλη (εκτός από τη Δανία, που εξαιρείται από την πολιτική της Ένωσης για την αστική δικαιοσύνη, και τις Κάτω Χώρες, που έχουν ήδη αποδεχθεί την προσχώρηση του Καζαχστάν) να αποδεχθούν την εν λόγω προσχώρηση. Τούτο θα επιτρέψει να τεθεί σε ισχύ η σύμβαση μεταξύ του Καζαχστάν αφενός και της Ευρωπαϊκής Ένωσης στο σύνολό της αφετέρου.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich schließe mich dem vorliegenden Bericht an. Das Abkommen regelt Fälle von internationaler Kindesentführung durch Partner unterschiedlicher Nationalität oder mit unterschiedlichen Wohnsitzen und beinhaltet Regelungen zur Beilegung von Sorgerechtsstreitigkeiten. Dass Kasachstan sich diesem Abkommen verpflichtet, das ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Rechte von Kindern.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, as the accession will allow states acceding to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction to participate in enhanced international cooperation with other signatories to the Convention.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hoz létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között, hogy megoldást találjanak a gyermekek jogellenes külföldre vitelének ügyében. Az ilyen esetekben a legnagyobb probléma az államok jogrendszerének nemzeti jellege. Az egyezmény célja az ilyen helyzetek nemzetközi szintű megoldása annak meghatározása révén, hogy a gyermek tartózkodási helye szerinti állam jogszabálya érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik. Az egyezmény továbbá olyan rendszert hoz létre, amellyel biztosítható a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérése.

Az EU e területen jelenleg kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik, ahogyan azt a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette. A tagállamok tehát már nem járhatnak el saját hatáskörükben. A probléma abból adódik, hogy az egyezmény nem rendelkezik a nemzetközi szervezetek önálló fellépéséről, így Kazahsztánnak az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a Kazahsztán csatlakozását még el nem fogadott két tagállamot – Ausztriát és Romániát –, hogy fogadja el Peru csatlakozását. Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatályba lépését Kazahsztán és az Európai Unió egésze között. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепям предложението за присъединяването на Казахстан към Хагската конвенция от 25 октомври 1980 г. за гражданските аспекти на международното отвличане на деца.

Основен проблем в такива случаи е националната предубеденост на правните системи на отделните държави при раздяла на родители. Конвенцията ще спомогне на международно ниво да се намери решение за такива ситуации, за да се избегне субективното присъждане на родителски права на родителя, който е гражданин на държавата на съда.

При приемане на конвенцията компетентният съд и приложимото право са на държавата по местоположение на детето. Категорично подкрепям въвеждането на система, осигуряваща незабавното връщане на отвлечените деца.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – The Hague Convention of 25 October 1980 on the Civil Aspects of International Child Abduction is a multilateral treaty, which seeks to protect children from the harmful effects of abduction and retention across international boundaries by providing a procedure to bring about their prompt return. The treaty has been ratified by all EU Member States. In light of this, it is important to note that the EU now has exclusive external competence in this field as confirmed by the Court of Justice in Opinion 1/13, which means that Member States no longer act on their own account. However, the paradox is that the Convention does not provide for autonomous action by international organisations. In this sense, a Council decision is necessary to authorise the Member States (except Denmark, which is excluded from the Union's civil justice policy, and the Netherlands which have already accepted the accession of Kazakhstan) to accept the accession of Kazakhstan. Therefore, I call both the EU and Member States to welcome and accept the accession of Kazakhstan to the Convention because in this manner children's rights will be protected and preserved.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — L'adesione del Kazakhstan alla convezione dell'Aia del 1980 inerente alla sottrazione internazionale di minori, risulta di rilevante importanza perché tende a tutelare questi ultimi da casi di sottrazioni internazionali. Il problema risulta essere il medesimo di quello di altri Stati, ovvero, nel caso di separazione dei genitori provenienti da paesi differenti, ove si tende a sfruttare la mancata cooperazione tra gli Stati per poter ottenere l'affido dei figli. Per evitare che i tribunali stabiliscano un affidamento sulla base della cittadinanza di uno dei genitori in cui il tribunale si trova, la relazione qui presa in analisi, mira a risolvere le problematiche che queste circostanze generano, facendo sì che la competenza venga a essere attribuita in capo ai tribunali del luogo di residenza del minorenne. Voto pertanto a favore della relazione.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport, car il permet de régler les cas d'enlèvement international d'enfants. Le Kazakhstan a fait le choix de demander cette adhésion.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport sur l'adhésion du Kazakhstan à la convention de La Haye de 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants. Cette convention instaure un système de coopération entre les États contractants visant à régler les cas d'enlèvement international d'enfants. Elle a été ratifiée par tous les États membres de l'UE. Dans de nombreux cas, ces problèmes se posent quand un couple est séparé. Si la mère et le père sont de différents États, il y a une tentation d'exploiter le manque de coopération entre les États afin d'assurer la garde de l'enfant. Le but de la convention est de résoudre de telles situations au niveau international, en établissant que les juridictions compétentes et les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'enfant. La convention introduit également un système qui assure le retour immédiat des enfants enlevés. Après sa ratification, la convention entrera en vigueur entre le Kazakhstan et l'ensemble de l'Union européenne.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – La convention de La Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants instaure un système de coopération entre les États contractants visant à régler les cas d'enlèvement international d'enfants. Elle a été ratifiée par tous les États membres de l'UE. Son but est principalement de résoudre des situations de garde d'enfants au niveau international, en établissant que les juridictions compétentes et les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'enfant. La convention introduit également un système qui assure le retour immédiat des enfants qui ont été enlevés. L'UE dispose désormais d'une compétence externe exclusive dans ce domaine, comme la Cour de justice l'a confirmé dans son avis 1/13. Après sa ratification, la convention entrera en vigueur entre ces trois pays et l'ensemble de l'Union européenne. Je suis donc en faveur de l'adoption de ce texte, car ces pays ont fait le choix de demander cette adhésion.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la autorización para aceptar el acceso de Kazajistán a la Convención de La Haya sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, lo cual permitirá la entrada en vigor de la norma a este país y todos los Estados miembros de la Unión.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Kazajistán al Convenio de La Haya sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, puesto que considero positivos este tipo de coordinación entre los Estados a la hora de resolver los delicados casos de la sustracción internacional de menores, con el objetivo de avanzar hacia el respeto de los derechos e intereses de los niños y niñas.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – El presente proyecto de resolución legislativa del Parlamento Europeo aprueba que determinados Estados miembros acepten, en interés de la Unión, la adhesión de Kazajistán al Convenio de la Haya de 1980 sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores.

El mencionado Convenio es fundamental ya que estructura la cooperación de los Estados contratantes para encontrar una solución a la sustracción internacional de menores. Ya que en este ámbito la competencia externa pertenece a la Unión, los Estados miembros necesitan de la aprobación de ésta para aceptar sucesivas adhesiones al convenio.

Doy mi voto favorable ya que el convenio garantiza la protección de menores en todo el territorio de la Unión y gozará de más eficacia cuantos más países se adhieran a él.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem pro. Haagskou úmluvu o občanskoprávních aspektech mezinárodních únosů dětí považuji za užitečný nástroj pro mezinárodní spolupráci zejména v případech smíšených manželství, kdy jeden z rodičů odveze dítě do své původní vlasti. Tímto rozhodnutím se povoluje členským státům schválit přistoupení Kazachstánu k úmluvě. Je smutné, že na to potřebují členské státy souhlas EU.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Svrha Haške konvencije o građanskopravnim aspektima međunarodne otmice djece je da uvodi sustav suradnje između država u cilju rješavanja ovakvih slučajeva na međunarodnoj razini. Do međunarodnih otmica djece najčešće dolazi kada su roditelji djeteta rastavljeni i dolaze iz različitih država.

Pristupanje Kazahstana ovoj Konvenciji pohvalno je, a prije njegovog stupanja na snagu potrebno je da ga prihvate sve države članice. Budući da smatram poželjnim da ova Konvencija između Europske unije i Kazahstana stupi na snagu, podržala sam ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The 1980 Hague Convention has been ratified by 93 countries, including all EU Member States. The convention entered into force in Kazakhstan on 1 September 2013. Only the Netherlands has already accepted the accession of Kazakhstan to the 1980 Hague Convention. I share the goal of the proposed act to authorise certain Member States to accept, in the interests of the European Union, the accession of Kazakhstan to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Pristúpením Kazachstanu sa teritoriálne rozširujú možnosti uplatňovania ochrany detí pri zabezpečovaní okamžitého návratu detí pri neoprávnenom premiestnení alebo zadržiavaní v inom štáte a pri zabezpečovaní, aby opatrovnícke práva a práva styku podľa právneho poriadku jedného zmluvného štátu sa účinne dodržiavali v ostatných zmluvných štátoch.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Συμβουλίου με την οποία εξουσιοδοτούνται ορισμένα κράτη μέλη, προς το συμφέρον της Ευρωπαϊκής Ένωσης, να αποδεχθούν την προσχώρηση του Καζαχστάν στη σύμβαση της Χάγης του 1980 για τα αστικά θέματα της διεθνούς απαγωγής παιδιών, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

Il concerne l'adhésion du Kazakhstan à la convention de La Haye de 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants.

Ce texte permet une coopération entre les États contractants et détermine la juridiction compétente lorsqu'il faut attribuer la garde des enfants, en cas de séparation d'un couple dont les parents n'ont pas la même nationalité. Ce texte a été mis en place et ratifié par tous les États membres, afin d'éviter que deux tribunaux, de deux pays différents, se déclarent compétents. La règle est simplifiée: les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'enfant.

Par ailleurs, ce texte établit le retour immédiat des enfants qui ont été enlevés.

Enfin, ce pays a fait le choix de demander cette adhésion, ce que nous approuvons.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόταση απόφασης του Συμβουλίου για την προσχώρηση του Καζαχστάν στη σύμβαση της Χάγης του 1980 για τα αστικά θέματα της διεθνούς απαγωγής παιδιών διότι η σύμβαση αυτή είναι εργαλείο ζωτικής σημασίας επειδή δίνει τη δυνατότητα στα συμβαλλόμενα κράτη να συνεργάζονται για την εξεύρεση λύσης σε θέματα διεθνούς απαγωγής παιδιών. Πιστεύω, μετά την προσχώρηση του Καζαχστάν στη σύμβαση, ότι είναι απαραίτητη η έκδοση απόφασης του Συμβουλίου με την οποία θα εξουσιοδοτούνται τα κράτη μέλη να αποδεχθούν τη συγκεκριμένη προσχώρηση αφού το σύστημα της σύμβασης της Χάγης είναι πιο αποτελεσματικό με την προσχώρηση περισσοτέρων χωρών.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die Vertragsstaaten kommen überein, ein System zur Zusammenarbeit im Falle von Kindesentführungen durch getrennte Partner verschiedener Nationalitäten zu implementieren. Gerichtsstand hierfür soll der Wohnsitzstaat des Kindes sein. Da außerdem die Abwicklung um die Rückkehr des Kindes zum entsprechenden Elternteil beschleunigt werden soll und damit die Belastung des Kindes bei internationalen Sorgerechtsstreitigkeiten verringert wird, stimme ich diesem Antrag zu.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu EP pranešimui dėl Tarybos sprendimo, kuriuo tam tikros valstybės narės įgaliojamos dėl Europos Sąjungos interesų pritarti Kazachstano prisijungimui prie 1980 m. Hagos konvencijos dėl tarptautinio vaikų grobimo civilinių aspektų.

Kazachstano prisijungimas prie Konvencijos vertintinas palankiai. Komisija kartu su valstybių narių civilinio teisingumo srities ekspertais įvertino Kazachstano teisingumo sistemos veikimą bei šios šalies pasiryžimą įgyvendinti Konvenciją ir laikosi nuomonės, jog pageidautina, kad Konvencija įsigaliotų tarp ES ir Kazachstano. Hagos konvencijos sistema bus veiksmingesnė, jei prie jos prisijungs daugiau šalių.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Je me félicite de l'adhésion du Kazakhstan à la convention internationale sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants. Cette convention vise à réduire les conflits juridiques opposant différentes juridictions nationales dans les cas de séparations difficiles de couples binationaux. Les États signataires s'engagent à ce que la cour compétente pour le droit de garde et de visite soit celle de l'État de résidence de l'enfant. Il s'agit ici d'autoriser certains États membres de l'UE à reconnaître l'adhésion du Kazakhstan à la convention. Un vote surréaliste sur la décision d'États membres souverains de reconnaître une adhésion d'un pays tiers à une convention internationale. Pourquoi? Parce que, en vertu de l'avis 1/13 de la Cour de justice, la Commission a désormais la compétence exclusive sur l'application de cette décision en matière civile sur «son» territoire. La décision ne s'applique pas à certains États membres: le Danemark, qui dispose d'une clause d'exemption sur la politique de justice civile de l'Union, et les Pays-Bas, qui ont déjà reconnu la décision du Kazakhstan avant que cela ne devienne une compétence exclusive de l'UE. Je conteste cette limitation de souveraineté. Je vote néanmoins pour cette reconnaissance d'adhésion à la convention au bénéfice de la protection des enfants au-delà des frontières.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La convention de La Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants instaure un système de coopération entre les États contractants visant à régler les cas d'enlèvement international d'enfants. Elle a été ratifiée par tous les États membres de l'UE. Son but est principalement de résoudre des situations de garde d'enfants au niveau international, en établissant que les juridictions compétentes et les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'enfant. La Convention introduit également un système qui assure le retour immédiat des enfants qui ont été enlevés. L'UE dispose désormais d'une compétence externe exclusive dans ce domaine, comme la Cour de justice l'a confirmé dans son avis 1/13. Après sa ratification, la convention entrera en vigueur entre ces trois pays et l'ensemble de l'Union européenne. Je suis donc en faveur de l'adoption de ce texte, car les pays concernés ont fait le choix de demander cette adhésion.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O objetivo da Convenção da Haia, de 25 de outubro de 1980, sobre os Aspetos Civis do Rapto Internacional de Crianças (a seguir designada «Convenção de 1980»), até hoje ratificada por 93 países, incluindo todos os Estados-Membros da UE, é restabelecer o *status quo* mediante o regresso imediato de crianças ilicitamente transferidas ou retidas através de um sistema de cooperação entre as autoridades centrais designadas pelas Partes Contratantes. O objetivo da presente decisão é fazer com que a Convenção de 1980 entre em vigor entre o Cazaquistão e os Estados-Membros da União Europeia. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of accepting Kazakhstan's accession to the Hague Convention as it furthers the protection that the Union can provide to children.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — L'ouverture des frontières, la libre circulation des personnes, les voyages plus accessibles amènent une augmentation croissante de mariages mixtes, mais aussi de divorces, de déchirures entre les couples et d'enlèvements d'enfant par un des deux parents. Je pense qu'une situation de profonde détresse humaine ne peut être traitée efficacement que si le dialogue existe et s'il est basé sur la confiance. Une décision ne peut s'inscrire dans la durée que si elle est négociée, équilibrée et acceptée par chacun des parents. Tout moyen – que ce soit la médiation ou les nombreuses conventions internationales – doit être accessible aux parents en détresse. C'est pourquoi il est essentiel que l'Union européenne, c'est-à-dire tous les États membres, accepte l'adhésion du Kazakhstan à la convention de La Haye de 1980.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which aims at giving Member States (except Denmark to which this is not applicable; and the Netherlands which have already accepted it), the authorisation to accept the accession of Kazakhstan to the Convention, which will allow the entering into force of the Convention between Kazakhstan and the entire EU. The Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction, adopted in 1980, is an international instrument of cooperation, enabling signatory states to settle cross border cases regarding child custody and abduction. The Convention clarifies the applicable national law in cases when there is a conflict of competence between two or more national legal systems. The scope regards civil aspects, so it concerns mostly situations of separated parents or other persons having legal rights on the child. Given that the scope of the Convention is protecting children finding themselves in legal uncertainty, the aim is to have it ratified by as many states as possible. All EU Member States have ratified.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hoz létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között, hogy megoldást találjanak a gyermekek jogellenes külföldre vitelének ügyében, továbbá amellyel biztosítja a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérését. Az egyezményt az Európai Unió valamennyi tagállama ratifikálta. Kazahsztán bejelentette csatlakozási szándékát az egyezményhez. Minthogy az egyezmény nem rendelkezik a nemzetközi szervezetek önálló fellépéséről, az Európai Unió a szerződés ilyen irányú kiegészítését nem ratifikálhatja.

Minthogy viszont az Európai Bíróság 2014. október 14-én kelt véleménye kimondja, hogy az EU e területen jelenleg kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik, a tagországok (a kiegészítést korábban már ratifikáló Hollandia és az Unió polgári igazságszolgáltatási politikájából kimaradó Dánia kivételével) ezután ezt már csak az Európai Tanács felhatalmazásával tehetik meg. A Tanács tehát határozatot kíván hozni, amely fölhatalmazná a tagországokat Kazahsztán csatlakozásának ratifikálására, ehhez azonban konzultálnia kell a Parlamenttel. A Jogi Bizottság jelentésében azt indítványozza, hogy a Parlament hagyja jóvá a Tanács határozati javaslatát. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – La Convention de La Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants instaure un système de coopération entre les États contractants visant à régler ces cas. Elle a été ratifiée par tous les États membres de l'UE. Son but est de résoudre de telles situations au niveau international, en établissant que les juridictions compétentes et les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'enfant. La convention introduit également un système qui assure le retour immédiat des enfants qui ont été enlevés. L'UE dispose désormais d'une compétence externe exclusive dans ce domaine. Par conséquent, les États membres n'agissent plus pour leur propre compte. Après la ratification, la Convention entrera en vigueur entre le Kazakhstan et l'ensemble de l'Union européenne. Nous sommes en faveur de l'adoption de ces textes car ces pays ont fait le choix de demander cette adhésion.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A Convenção da Haia sobre os Aspetos Civis do Rapto Internacional de Crianças, de 25 de outubro de 1980, é um instrumento de importância vital e foi ratificada por todos os Estados-Membros da UE. Esta Convenção estabelece um sistema de cooperação entre os Estados contratantes com o objetivo de encontrar uma solução para casos de rapto internacional de crianças.

Com a adesão do Cazaquistão à Convenção é necessária uma decisão do Conselho para autorizar os Estados-Membros a aceitaram esta adesão (com exceção da Dinamarca, excluída do âmbito de aplicação da política de justiça civil da União, e dos Países Baixos, que já aceitaram a adesão do Cazaquistão).

Deste modo, a Convenção entrará em vigor entre o Cazaquistão e toda a União Europeia. Defendo a aprovação da presente proposta, de modo a assegurar a proteção dos menores em questão em todo o território da União Europeia.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – L'UE dispose désormais d'une compétence externe exclusive dans ce domaine, comme la Cour de justice l'a confirmé dans son avis 1/13. Par conséquent, les États membres n'agissent plus pour leur propre compte. Le problème est que la convention ne prévoit pas d'action autonome par les organisations internationales.

Après sa ratification, la convention entrera en vigueur entre ces trois pays et l'ensemble de l'Union européenne.

Je suis en faveur de l'adoption de ces textes, car les pays concernés ont fait le choix de demander cette adhésion.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à l'adhésion du Kazakhstan à la convention de la Haye de 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants. Afin d'éviter au maximum les conflits de lois ou de juridictions lorsqu'il s'agit de résoudre un litige présentant une situation internationale, les conventions internationales doivent être signées et ratifiées par le nombre le plus élevé possible d'États.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui porte à approbation d'une décision du Conseil relative à l'adhésion du Kazakhstan à la convention de La Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils liés à l'enlèvement d'enfants à l'échelle internationale.Cette convention, ratifiée par l'ensemble des membres de l'Union, prévoit des mécanismes de coopération pour remédier aux conflits de compétence lorsque deux juridictions se déclarent compétentes pour la garde d'enfants dans le cadre de la séparation d'un couple binational.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – La convenzione dell'Aia del 25 ottobre 1980 sugli aspetti civili della sottrazione internazionale di minori è uno strumento di fondamentale importanza che è stato ratificato da tutti gli Stati membri dell'Unione europea introducendo un sistema che permette agli Stati contraenti di cooperare per trovare una soluzione ai casi di sottrazione internazionale di minori. Succede spesso infatti che i tribunali di entrambi gli Stati coinvolti si dichiarino competenti e che ciascuno di essi affidi il minore al genitore che è cittadino dello Stato in cui si trova il tribunale. La convenzione mira a risolvere queste situazioni a livello internazionale. Pertanto mi sono espressa a favore dell'adesione del Kazakhstan alla convenzione permettendo quindi che i minori interessati beneficino di una protezione a livello di tutta l'Unione europea.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Örömmel szavaztam Kazahsztán Hágai Egyezményhez való csatlakozási kérelmének elfogadása mellett. A gyermekek jogainak védelme minden ország prioritása kell, hogy legyen. Ők az egyre gyakoribb válások legfőbb áldozatai, és bizony van, amikor a szülők nem racionális döntései, mint például saját gyerekeik elrablása a bírósági ítélet megszületése vagy az eljárás megkezdése előtt, olyan helyzetbe sodorják őket, amiből aztán nagyon nehéz kikerülni. Gyakran teljesen elszakadva nőnek fel családjuk többi tagjától, ami komoly pszichikai terhet jelent számukra.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The Hague Convention has as its primary objective cases of international abduction of children due to the separation of the parents who have different citizenship from each other. I have voted for this report that will grant the accession of Kazakhstan to the Convention in order to ensure the EU's protection to the children in that specific part.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da mit diesem Abkommen Sorgerechtsstreitigkeiten geregelt werden. Vor allem bei Sorgerechtsstreitigkeiten, bei denen die Eltern unterschiedliche Nationalitäten nachweisen, ist diese Regelung von Vorteil.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Konventsioon on ülioluline, et tagada rahvusvaheliste lapseröövijuhtumite võimalikult kiire ja tulemuslik lahendamine. Nõukogu otsus lubab liikmesriikidel anda nõusoleku Kasahstani ühinemiseks, et konventsioon saaks ELi ja Kasahstani vahel jõustuda.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Το πρόβλημα της απαγωγής παιδιών λαμβάνει ολοένα και μεγαλύτερες διαστάσεις στις μέρες μας. Η αντιμετώπιση αυτού του κοινωνικού φαινομένου, στα πλαίσια της κάθε έννομης τάξης χωριστά, είναι δυσχερής. Για το λόγο αυτό, η σύμβαση της Χάγης του 1980 για τα αστικά θέματα της διεθνούς απαγωγής παιδιών αποτελεί εργαλείο ζωτικής σημασίας. Η Επιτροπή, από κοινού με τους εμπειρογνώμονες των κρατών μελών σε θέματα αστικής δικαιοσύνης, αξιολόγησε τη λειτουργία του συστήματος απονομής δικαιοσύνης του Καζαχστάν και την προθυμία της χώρας να εφαρμόσει τη σύμβαση, και θεωρεί ότι είναι επιθυμητό να τεθεί σε ισχύ η σύμβαση μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του Καζαχστάν. Επομένως στήριξα την έκθεση καθώς το σύστημα της σύμβασης της Χάγης καθίσταται πιο αποτελεσματικό με την προσχώρηση περισσότερων χωρών.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP chose to abstain on this vote because it is such an emotive issue. The right of countries acceding to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction is extremely important; however, this should be done at the will of the individual country and not en bloc by the EU.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Considerato che lo scopo della convenzione dell'Aia del 25 ottobre 1980 sugli aspetti civili della sottrazione internazionale di minori è quello di creare un sistema di cooperazione tra le autorità centrali nominate da ciascuno Stato contraente in modo tale da consentire l'immediato rientro dei minori che sono stati illecitamente trasferiti o trattenuti, considerato inoltre che l'Unione europea ha fissato tra i suoi obiettivi la promozione della tutela dei diritti del minore, ed è da sempre attiva a livello internazionale per la tutela di questi ultimi, ritengo, al fine di perseguire questi scopi di primaria importanza, accettare l'adesione del Kazakhstan, sento quindi di dovermi esprimere positivamente. Pertanto, ho votato a favore.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala sam ovaj prijedlog odluke Vijeća o ovlašćivanju određenih država članica da u interesu Europske unije prihvate pristup Kazahstana Haškoj konvenciji o građansko-pravnim aspektima međunarodne otmice djece iz 1980. Poštujući prava djece kao jedno od temeljnih pitanja politike EU-a te sa željom da ostanemo dosljedni u provođenju svojih odluka ovo je jedan od potrebnih koraka u tom smjeru. Naime, sprječavanje otmice djece važan je dio politike EU-a za promicanje prava djeteta, a s tim ciljem je donesena Haška konvencija o građansko-pravnim aspektima međunarodne otmice djece od 25. listopada 1980. Europska unija na međunarodnoj razini aktivno radi na unaprjeđenju njezine primjene i potiče treće zemlje da joj pristupe. Komisija je 2011. donijela osam prijedloga odluka Vijeća u cilju prihvaćanja pristupa osam zemalja ovoj Haškoj konvenciji. Kazahstan je tek 2013. položio instrument pristupa Konvenciji. Sud Europske unije je 2014. izjavio da je prihvat pristupa treće države Konvenciji u isključivoj nadležnosti Europske unije. Slijedeći tu odluku, Vijeće Europske unije je u 2015. donijelo

sedam odluka utemeljenih na prijedlozima iz 2011. Ovim Prijedlogom uzima se u obzir treća zemlja (Kazahstan) koja je pristupila Konvenciji prije nego što je utvrđena vanjska nadležnost EU-a.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – La convention de La Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants instaure un système de coopération entre les États contractants visant à régler les cas d'enlèvement international d'enfants. Elle a été ratifiée par tous les États membres de l'UE.

Dans de nombreux cas, ces problèmes se posent quand un couple est séparé. Si la mère et le père sont de différents États, il y a une tentation d'exploiter le manque de coopération entre les États afin d'assurer la garde de l'enfant. Il est courant que les tribunaux dans les deux États concernés se déclarent compétents et attribuent chacun la garde de l'enfant au parent qui est un ressortissant de leur État.

Le but de la convention est de résoudre de telles situations au niveau international, en établissant que les juridictions compétentes et les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'enfant. La convention introduit également un système qui assure le retour immédiat des enfants qui ont été enlevés.

Je suis en faveur de l'adoption de ce texte, car le Kazakhstan a fait le choix de demander cette adhésion. Je vote donc pour le texte.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – U slučaju pristupa Kazahstana Konvenciji potrebna je odluka Vijeća kojom će se državama članicama (osim Danske, na koju se građansko pravo Unije ne odnosi, i Nizozemske, koja je već prihvatila pristup Kazahstana) omogućiti da prihvate pristup Kazahstana. Tako će se omogućiti da Konvencija između Kazahstana i cijele Europske unije stupi na snagu. Komisija i stručnjaci za građansko pravo iz država članica su ocijenili da je Kazahstan spreman na provedbu Konvencije.

Podržavam ovo izvješće obzirom da je cilj ovakve Konvencije da bude ratificirana od strane što većeg broja zemalja jer time postaje sve djelotvornija.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta Convenção estabelece um sistema de cooperação entre os Estados contratantes que visa encontrar uma solução para casos de rapto internacional de crianças, procurando assegurar o regresso imediato das crianças ilicitamente transferidas para qualquer Estado ou nele retidas indevidamente.

A situação de rapto de crianças ocorre com muita frequência quando um casal de separa, e quando os pais são originários de Estados diferentes. A Convenção visa assim fazer respeitar de maneira efetiva os direitos de custódia e de visita existentes num Estado Contratante e mitigar respostas de tendência nacionalista dos sistemas jurídicos de cada Estado.

É comum que os órgãos jurisdicionais dos respetivos países se declarem ambos competentes e que os tribunais concedam a custódia do menor ao progenitor nacional do estado que representam, decisões baseadas em motivações que não respondem necessariamente ao superior interesse da criança.

A Convenção tem por objetivo solucionar este tipo de situações a nível internacional, ao estabelecer que os casos são julgados pelos tribunais competentes e de acordo com a legislação aplicável do estado de residência do menor. O Cazaquistão depositou o instrumento de adesão e pronunciámo-nos favoravelmente, uma vez que este Acordo vai ao encontro de melhor responder à defesa dos superiores interesses dos menores.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Haagská úmluva o občanskoprávních aspektech mezinárodních únosů má zásadní význam a byla již ratifikována všemi státy Evropské unie. Proto jsem velice rád, že se pro tento krok rozhodl také Kazachstán a významně tak rozšířil možnost spolupráce ve věci únosů dětí. Podle odborníků a Komise je Kazachstán ochotný a schopný z hlediska svého soudního systému tuto úmluvu provádět. Účelem Haagské úmluvy je chránit děti před únosy, které se dějí zejména v případech, kdy dojde k rozvodu rodičů pocházejících z různých států. Pokud se jeden z rodičů rozhodne dítě unést do svého rodného státu a tento stát není součástí spolupráce v řešení mezinárodních únosů dětí, může tak snadno získat dítě do své péče. Soudy v nespolupracujícím státě totiž většinou svěří dítě do péče toho rodiče, který je státním příslušníkem daného státu. Pokud je však stát součástí Haagské úmluvy, je možné tuto situaci řešit na mezinárodní úrovni a jako pravomocné budou stanoveny soudy a právní předpisy státu, v němž má dítě bydliště. Posledním krokem k tomu, aby tato úmluva mezi Kazachstánem a Evropskou unií vstoupila v platnost, je ratifikace některými zbývajícími členskými státy EU.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport technique, qui approuve une décision du Conseil relative à l'adhésion du Kazakhstan à la convention de La Haye de 1980 sur les aspects civils liés à l'enlèvement d'enfants à l'échelle internationale.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Apoio o presente relatório sobre a adesão do Cazaquistão à Convenção da Haia, uma vez que o sistema da referida Convenção se torna mais eficaz se mais países aderirem à mesma.

Em situações de divórcio em que os progenitores são originários de Estados diferentes, existe a tentação de aproveitar a falta de cooperação internacional para obter a custódia dos menores. Muitas vezes, a custódia é concedida ao progenitor que é nacional do Estado em que os tribunais estão sedeados, existindo, assim, tendências nacionalistas nos sistemas jurídicos de cada Estado.

Ao estabelecer que os casos são julgados pelos tribunais competentes e de acordo com a legislação aplicável do Estado de residência do menor, a Convenção permite uma cooperação entre partes, assim como tende a dirimir este tipo de litígios à escala internacional.

Importa referir que a Comissão, juntamente com peritos no domínio da justiça social, avaliou e aprovou o funcionamento do sistema judicial do Cazaquistão e a sua disponibilidade para a cooperação. Por tudo isto, voto a favor.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP chose to abstain on this vote because it is such an emotive issue. The right of countries acceding to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction is extremely important; however, this should be done at the will of the individual country and not en bloc by the EU.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei a favor, uma vez que a Convenção da Haia sobre os Aspetos Civis do Rapto Internacional de Crianças é um instrumento de importância vital que foi ratificado por todos os Estados-Membros da UE e que estabelece um sistema de cooperação entre os Estados contratantes que visa encontrar uma solução para casos de rapto internacional de crianças.

No caso das crianças em que os pais estão divorciados, cada um de um Estado diferente, é comum que os órgãos jurisdicionais dos dois países em questão se declarem competentes e que os tribunais concedam a custódia do menor ao progenitor nacional do Estado que representam. São bastante frequentes os casos de raptos internacionais de crianças noticiados pela imprensa que ocorrem na sequência de separações e divórcios.

A Convenção visa solucionar este tipo de situações à escala internacional, ao estabelecer que os casos são julgados pelos tribunais competentes e de acordo com a legislação aplicável do Estado de residência do menor. A Convenção estabelece igualmente um sistema que assegura o regresso imediato dos menores raptados. Importa, por isso, enaltecer a adesão do Cazaquistão à Convenção, uma vez que o sistema da Convenção da Haia se torna mais eficaz se mais países aderirem à mesma.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Par 649 voix contre quatre et 17 abstentions, les députés ont ce midi approuvé la reconnaissance de l'adhésion du Kazakhstan à la convention de La Haye sur l'enlèvement international d'enfants, dont tous les États membres de l'UE sont parties prenantes. Près de 660 000 personnes nées au Kazakhstan vivent aujourd'hui en Europe, dont 92 % rien qu'en Allemagne.

Cette convention de 1980, qui compte désormais 94 pays signataires, établit un système de coopération permettant de trouver des solutions en cas d'enlèvement international d'enfant. Cette situation se présente la plupart du temps lorsqu'un couple se sépare. Si l'un des époux est originaire d'un autre pays, il arrive parfois que les juridictions des deux pays concernés se déclarent compétentes mais arrivent à des conclusions contraires, notamment en ce qui concerne la garde de l'enfant.

La convention a pour objet de remédier à ce genre de situations: elle établit les juridictions et la loi de l'État où l'enfant réside comme compétentes, et organise son retour immédiat.

Cette adhésion est donc une très bonne nouvelle pour la coopération internationale et la sécurité de l'enfant.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – No seguimento da adesão do Cazaquistão à Convenção de Haia, é necessária uma decisão do Conselho que autorize os dois Estados-Membros (Áustria e Roménia) que ainda não aceitaram a adesão a fazê-lo. Isso permitirá que a Convenção entre em vigor entre o Cazaquistão e toda a União Europeia.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La Convención de La Haya de 1980 sobre aspectos civiles del secuestro de menores, firmada por todos los Estados miembros de la Unión, es un instrumento de cooperación internacional que autoriza a los Estados signatarios a resolver casos trasnacionales relativos a la custodia y secuestro de menores, aclarando la ley nacional aplicable en casos en los que hay un conflicto de competencia entre dos o más sistemas legales nacionales. El ámbito de la norma alcanza los aspectos civiles, aplicándose sobre todo a casos de padres separados o de otras personas que tienen derechos legales sobre el menor. Dado que el objetivo de la Convención es proteger a los menores que se encuentran en una situación de inseguridad jurídica, es importante lograr que sea firmada por el mayor número posible de Estados.

Dado que la Unión tiene competencia exterior exclusiva en este terreno, pero la convención no autoriza la participación de agentes internacionales, la Unión necesita dar a todos sus Estados miembros autorización expresa para aceptar la participación de cualquier nuevo Estado en la Convención. Por ello, he votado en favor de autorizar a los Estados miembros a aceptar el acceso de Kazajstán a la Convención.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'adhésion du Kazakhstan à la convention de la Haye de 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants. La coopération internationale en la matière est fondamentale et vise avant tout à sauvegarder les intérêts de l'enfant. Chaque nouvelle adhésion à cette convention constitue donc une avancée concernant l'objectif général de protection des droits de l'enfant qui est inscrit à l'article 3 du traité sur l'Union européenne.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriuo tam tikros valstybės narės įgaliojamos dėl Europos Sąjungos interesų pritarti Kazachstano prisijungimui prie 1980 m. Hagos konvencijos dėl tarptautinio vaikų grobimo civilinių aspektų. Kazachstanui prisijungus prie Konvencijos, šis sprendimas būtinas, kad valstybės narės būtų įgaliotos pritarti šios šalies prisijungimui. Taip bus sudarytos sąlygos Konvencijai įsigalioti tarp Kazachstano ir visos Europos Sąjungos.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A Convenção da Haia, que data de 1980 e versa sobre os Aspetos Civis do Rapto Internacional de Crianças, assume um papel fundamental no dirimir de conflitos de competência em matéria de justiça civil, mormente, de proteção de menores, ao estabelecer a competência do tribunal do Estado de residência do menor como o competente para resolução de litígios entre progenitores.

Atento o quadro legislativo europeu, este é um procedimento que cai na alçada da competência externa exclusiva da União Europeia, tendo o Parlamento Europeu de ser consultado antes de o Conselho autorizar os Estados-Membros a aceitarem a adesão do Cazaquistão à Convenção.

Recordo que este país envidou esforços de reforma no seu sistema judicial, sendo lógico, adequado e desejável que a Convenção possa ser aplicada o mais rapidamente possível entre ambas as partes, de forma a garantir uma proteção reforçada dos menores por ela abrangidos em todo o território europeu e no Cazaquistão.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte, qui est d'ordre technique et porte sur la décision du Conseil autorisant certains États membres à accepter, dans l'intérêt de l'Union européenne, l'adhésion du Kazakhstan à la convention de La Haye de 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants.

L'Union européenne est compétente sur ce point et, pour cela, une décision du Conseil est nécessaire.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Kazajistán al Convenio de la Haya en relación a los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, porque supone mayor protección y garantías para los mismos. El Convenio de la Haya establece un sistema que permite la cooperación de los Estados contratantes para encontrar una solución a las situaciones de sustracción internacional de menores. Estos casos suelen darse en casos de separaciones con progenitores de diferentes países. El Convenio regula que la legislación aplicable en estos casos sea la del Estado de residencia del menor. También instaura un sistema para garantizar el regreso inmediato del menor sustraído.

Jasenko Selimovic (ALDE), *skriftlig*. – Jag har röstat ja till detta betänkande eftersom jag ser anslutning av Kazakstan till Haagkonventionen som ett första steg i hanterandet av problemet med bortrövade barn. Genom att fastställa de behöriga domstolar och lagar som ska tillämpas lägger vi grunden för ett samarbete mellan avtalsslutande stater. Dock tror jag inte att det räcker. Jag ser behovet av ett systematiskt arbete gällande denna fråga, både av polis, åklagare, civilorganisationer, etc. Anslutningen till konventionen är en bra start, men det kommer inte räcka utan systematiskt arbete att förebygga problemet.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Kazajistán al Convenio de La Haya sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, puesto que considero positivos este tipo de coordinación entre los Estados a la hora de resolver los delicados casos de la sustracción internacional de menores, con el objetivo de avanzar hacia el respeto de los derechos e intereses de los niños y niñas.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today, I voted for the Package on the accession of Kazakhstan to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction. This is important for engagement in enhanced international cooperation with other signatories to the Convention.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Hlasoval som za toto uznesenie. Haagsky dohovor z 25. októbra 1980 o občianskoprávnych aspektoch medzinárodných únosov detí je mimoriadne dôležitý nástroj. Ratifikovali ho všetky členské štáty EÚ. Týmto dohovorom sa ustanovuje systém umožňujúci zmluvným štátom spolupracovať pri hľadaní riešenia v prípadoch medzinárodných únosov detí. Po tom, čo Kazachstan pristúpil k tomuto dohovoru, bolo nutné, aby Rada vydala rozhodnutie oprávňujúce členské štáty (okrem Dánska, na ktoré sa politika Únie v občianskoprávnej oblasti nevzťahuje, a Holandska, ktoré už prijalo pristúpenie Kazachstanu), k prijatiu pristúpenia Kazachstanu. Tým sa umožní nadobudnutie platnosti dohovoru medzi Kazachstanom a celou Európskou úniou. Plne podporujem toto rozhodnutie Rady, ktoré Rada už vopred vydala. Systém nastolený Haagskym dohovorom bude efektívnejší, ak sa k nemu pripojí viac krajín.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Rozšírenie Haagskeho dohovoru o Kazachstan podporujem, keďže ide o dôležitý medzinárodný dohovor chrániaci práva dieťaťa. Dohovor ratifikovali všetky členské štáty EÚ a dnes už má EÚ výhradnú vonkajšiu právomoc v tejto oblasti, ako o tom rozhodol Súdny dvor. Preto je nutné, aby Rada vydala rozhodnutie oprávňujúce členské štáty, aby pristúpenie prijali. Umožní sa tým nadobudnutie platnosti dohovoru medzi Kazachstanom a celou Úniou. Krajiny EÚ budú môcť využívať systém spolupráce s Kazachstanom pri hľadaní riešení v prípadoch medzinárodných únosov detí. K takým prípadom často dochádza, keď sa rodičia pochádzajúci z rôznych štátov rozvedú. Rodičia sa môžu snažiť únosom dieťaťa získať opatrovnícke právo na toto dieťa, keď vzájomná spolupráca medzi štátmi neexistuje. Jednotlivé krajiny majú v tejto veci silne národný charakter svojich právnych systémov. Preto pravidelne dochádza k situáciám, že sa súdy oboch zainteresovaných štátov vyhlásia za príslušné a že každý z nich udelí opatrovnícke právo rodičovi. Tomu má predchádzať práve tento dohovor, ktorý vyžaduje, aby sa na medzinárodnej úrovni určil príslušný súd a právo štátu, v ktorom má dieťa pobyt. Vítam preto, že súdny systém Kazachstanu má tiež ochotu vykonávať tento dohovor, keďže funkčnosť samotného dohovoru závisí od počtu krajín, ktoré sa k nemu pripoja.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Haagsky dohovor rieši prípady, keď je dieťa unesené jedným z rodičov do iného štátu v nádeji, že tamojšia legislatíva mu v súdnom spore o opatrovníctvo zabezpečí lepšiu pozíciu. Rozširovanie pôsobnosti Haagskeho dohovoru zužuje možnosti na takéto konanie a zvyšuje medzinárodnú právnu ochranu detí. Obzvlášť dôležité je pripájanie sa krajín, ktoré nemajú dostatočne rozvinutú legislatívnu tradíciu a nestrannosť ich súdov je na nižšej úrovni.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Haška konvencija od 25. listopada 1980. o građansko-pravnim aspektima međunarodne otmice djece instrument je od ključne važnosti, koji su ratificirale sve države članice EU-a. Konvencijom se uspostavlja sustav suradnje država ugovornica za rješavanje slučajeva međunarodnih otmica djece do kojih često dolazi kada su roditelji djeteta rastavljeni. Najučestaliji problem je pristranost pojedinačnih nacionalnih pravnih sustava i nadležnost sudova u obje države. Nakon pristupa Kazahstana Konvenciji potrebna je odluka Vijeća kojom će se državama članicama omogućiti da prihvate pristup Kazahstana kako bi Konvencija između Kazahstana i cijele Europske unije stupila na snagu.

Podržavam nacrt izvješća Odbora za pravna pitanja o prijedlogu odluke Vijeća o ovlašćivanju određenih država članica da u interesu Europske unije prihvate pristup Kazahstana Haškoj konvenciji o građansko-pravnim aspektima međunarodne otmice djece iz 1980.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η Σύμβαση της Χάγης του 1980, για τα αστικά θέματα της διεθνούς απαγωγής παιδιών, αποτελεί εργαλείο ζωτικής σημασίας και θεσπίζει ένα σύστημα που παρέχει στα συμβαλλόμενα κράτη τη δυνατότητα να συνεργάζονται για την εξεύρεση λύσης σε καταστάσεις διεθνούς απαγωγής παιδιών. Το σύστημα της σύμβασης καθίσταται πιο αποτελεσματικό με την προσχώρηση περισσότερων χωρών. Για αυτό και υπερψήφισα την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η Συνθήκη της Χάγης για τις απαγωγές παιδιών, είναι ανάγκη να επικυρωθεί από όλα τα κράτη. Με τον τρόπο αυτό λύνονται τα χέρια των αρχών για συνεργασία τόσο στον τομέα των ερευνών παγκοσμίως, όσο και στον επαναπατρισμό του θύματος.

Ένα από τα σημαντικότερα προβλήματα που λύνονται μάλιστα είναι στις περιπτώσεις των γονιών που χωρίζουν και ανήκουν σε διαφορετικά κράτη. Η Συνθήκη απλοποιεί την εύρεση λύσης για το παιδί.

József Szájer (PPE), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hoz létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között, hogy megoldást találjanak a gyermekek jogellenes külföldre vitelének ügyében. Az ilyen esetekben a legnagyobb probléma az államok jogrendszerének nemzeti jellege. Az egyezmény célja az ilyen helyzetek nemzetközi szintű megoldása annak meghatározása révén, hogy a gyermek tartózkodási helye szerinti állam jogszabálya érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik. Az egyezmény továbbá olyan rendszert hoz létre, amellyel biztosítható a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérése.

Az EU e területen jelenleg kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik, ahogyan azt a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette. A tagállamok tehát már nem járhatnak el saját hatáskörükben. A probléma abból adódik, hogy az egyezmény nem rendelkezik a nemzetközi szervezetek önálló fellépéséről, így Kazahsztánnak az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a Kazahsztán csatlakozását még el nem fogadott két tagállamot – Ausztriát és Romániát –, hogy fogadja el Peru csatlakozását. Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatályba lépését Kazahsztán és az Európai Unió egésze között. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a javaslat parlamenti jóváhagyását, mert meggyőződésem, hogy ezzel is erősíthetjük a jogellenesen külföldre vitt gyermekek nemzetközi védelmét. Tudatában vagyok annak, hogy a vonatkozó Hágai Egyezmény az elmúlt bő három évtizedben az egyik legszélesebb körű és a gyakorlatban legsikeresebb nemzetközi jogi eszköznek bizonyult, amelyet a részes államok gyakran és aktívan használnak jogalapként a joghatóság megállapításához és az eljárások lefolytatásához a szüleik válása után nehéz és vitatott helyzetbe került gyermekek ügyében. Az EU-nak jelenleg kizárólagos külső kompetenciája van eljárni ilyen ügyekben, ám a konvencióhoz csatlakozó újabb államok esetében tagállami megerősítés, illetve a Tanács ennek megfelelő döntése szükséges az – adott esetben Kazahsztán és az EU közötti – hatályba lépéshez. Figyelemmel arra a tényre, hogy a Hágai Egyezmény működése annál hatékonyabb, minél több állam részese a rendszernek, Kazahsztán csatlakozását is üdvözlendőnek tartom.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Convenția de la Haga privind aspectele civile ale răpirii internaționale de copii este un document foarte important, adoptat la nivel internațional în 1980 și ratificat de toate statele membre ale UE, care a instituit cooperarea între statele semnatare în acest domeniu sensibil. În vederea aplicării Convenției, în relația cu state terțe, pe întreg teritoriul UE este nevoie de autorizarea statelor membre de către Consiliul European.

Este și cazul aderării Kazahstanului, stat situat în apropierea UE, cu care statele membre au relații foarte bune. În prezent, Consiliul trebuie să autorizeze majoritatea statelor membre, cu excepția Olandei, care a acceptat deja aderarea statului kazah, și a Danemarcei, care este exclusă din politica Uniunii în domeniul justiției civile, să accepte această aderare, ceea ce va permite intrarea în vigoare a Convenției între Kazahstan și UE. Consider că este un pas important în favoarea cetățenilor UE de origine kazahă, de aceea susțin adoptarea acestui raport.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Cette convention établit un système permettant aux États contractants de coopérer pour trouver une solution dans les cas d'enlèvements internationaux d'enfants.

Bien souvent, cette situation se présente lorsqu'un couple se sépare. Pour le mari ou la femme originaire d'un autre pays, il peut être tentant de mettre à profit l'absence de coopération entre les États pour obtenir la garde des enfants. La presse se fait fréquemment l'écho de cas d'enlèvements internationaux d'enfants qui se produisent au moment d'une séparation ou d'un divorce.

Le problème majeur est constitué par la conception nationaliste qui sous-tend le système juridique des États. En pareil cas, il arrive souvent que les juridictions des deux États intéressés se déclarent compétentes et que chacune d'elles confie la garde de l'enfant à celui des parents qui a la nationalité de l'État où elle siège.

La convention en question a pour objet de remédier à ce genre de situation au niveau international en établissant la compétence des juridictions et de la loi de l'État où l'enfant réside. Elle met également en place un système visant à garantir le retour immédiat de l'enfant qui a été enlevé.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The Hague Convention (1980) on the Civil Aspects of International Child Abduction is a vitally important instrument, ratified by all EU Member States. The Convention created a cooperative system between the signatory states with the goal of resolving cases of international child abduction. Most often, reports of child abduction are the result of a couple separating, where the mother and father are from different states. States often are unwilling or unable to cooperate with one another during instances of child abduction as a result of national bias of differing legal systems. Parents frequently exploit these legal and judicial disparities in order to secure full custody of the child in a particular state. I voted in favour of the accession of Kazakhstan so that child abduction at the international level can be resolved through the competent courts of the state of residence of the child.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Glasovala sam za pristupanje Kazahstana Haškoj konvenciji o građansko-pravnim aspektima međunarodne otmice djece budući da je Komisija sa stručnjacima za građansko pravo iz država članica ocijenila poželjnim da Konvencija između Europske unije i Kazahstana stupi na snagu.

Problemi međunarodne otmice djece javljaju se kada se roditelji iz različitih zemalja razvode te jedan roditelj odvede dijete u svoju državu bez pristanka drugog roditelja. U takvim slučajevima većina nacionalnih sudova pristrana je te se često dogodi da se sudovi u obje države proglase nadležnima.

Podržavam to što se ovom Konvencijom problem rješava na međunarodnoj razini tako da se nadležnim proglasi sud iz države boravišta djeteta, a uvodi se i sustav koji jamči hitan povratak otete djece.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog sklepa Sveta o pooblastilu nekaterim državam članicam, da v interesu Evropske unije sprejmejo pristop Kazahstana k Haaški konvenciji iz leta 1980 o civilnopravnih vidikih mednarodnega protipravnega odvzema otrok sem podprla.

Pogosto težave nastanejo, ko v paru pride do prenehanja življenjske skupnosti. Če sta starša iz različnih držav, je nevarnost, da bi kateri od njiju skušal izkoristiti Namen te konvencije je reševanje tovrstnih primerov na mednarodni ravni, in sicer tako, da za pristojna sodišča in pravo, ki se uporablja, določa sodišča in pravo države, v kateri ima otrok prebivališče. Konvencija določa tudi sistem za zagotavljanje takojšnje vrnitve protipravno odvzetega otroka.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Kazajistán al Convenio de la Haya en relación a los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, porque supone mayor protección y garantías para los mismos. El Convenio de la Haya establece un sistema que permite la cooperación de los Estados contratantes para encontrar una solución a las situaciones de sustracción internacional de menores. Estos casos suelen darse en casos de separaciones con progenitores de diferentes países. El Convenio regula que la legislación aplicable en estos casos sea la del Estado de residencia del menor. También instaura un sistema para garantizar el regreso inmediato del menor sustraído.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I support this proposal, which prioritises the welfare of the child in case of legal conflict (separation or divorce) between parents from different countries. This agreement will save time, money and suffering for the affected families and guarantees the protection of children in the entire territory of the Union.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – La convention de La Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants instaure un système de coopération entre les États contractants visant à régler les cas d'enlèvement international d'enfants. Elle a été ratifiée par tous les États membres de l'UE.

Dans de nombreux cas, ces problèmes se posent quand un couple est séparé. Si la mère et le père sont de différents États, il y a une tentation d'exploiter le manque de coopération entre les États afin d'assurer la garde de l'enfant. Il est courant que les tribunaux dans les deux États concernés se déclarent compétents et qu'ils attribuent chacun la garde de l'enfant au parent qui est un ressortissant de leur État.

Le but de la convention est de résoudre de telles situations au niveau international, en établissant que les juridictions compétentes et les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'enfant. La convention introduit également un système qui assure le retour immédiat des enfants qui ont été enlevés.

Je vote pour l'adoption de ce texte, car ce pays a fait le choix de demander cette adhésion.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Konwencja haska dotycząca cywilnych aspektów uprowadzenia dziecka za granicę jest instrumentem o szczególnym znaczeniu. Po pierwsze, pozwala uniknąć przedłużającej się niepewności co do prawnego statusu dziecka. Towarzyszy ona sytuacji, w której rodzice dziecka są obywatelami dwóch różnych państw członkowskich i powstaje spór, któremu z nich przyznać nad nim opiekę i który sąd powinien o tym orzekać. Niewątpliwie w interesie dobra dziecka leży jak najszybsze rozstrzygnięcie tej kwestii oraz zagwarantowanie mu niezwłocznego i bezpiecznego powrotu.

W związku z przystąpieniem Kazachstanu do konwencji haskiej niezbędna jest decyzja Rady upoważniająca państwa członkowskie do wyrażenia zgody na to przystąpienie. Dzięki temu umowa zawarta między Kazachstanem a całą Unią Europejską będzie mogła wejść w życie. Konwencja haska została już ratyfikowana przez wszystkie państwa członkowskie Unii Europejskie oraz kilkadziesiąt innych krajów. Przystąpienie kolejnego państwa zasługuje na aprobatę i poparcie, dlatego zagłosowałem za rezolucją.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hozott létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között, hogy megoldást találjanak a gyermekek jogellenes külföldre vitelének ügyében. A szóban forgó egyezmény célja az ilyen helyzetek nemzetközi szintű megoldása annak meghatározása révén, hogy a gyermek tartózkodási helye szerinti állam jogszabálya érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik.

Kazahsztánnak az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a tagállamokat (az Unió polgári igazságszolgáltatási politikájából kimaradó Dánia, illetve a Kazahsztán csatlakozását már elfogadó Hollandia kivételével), hogy elfogadják Kazahsztán csatlakozását. Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatálybalépését Kazahsztán és az Európai Unió egésze között. A jelentést szavazatommal támogattam.

Traian Ungureanu (PPE), *în scris*. – Convenția de la Haga asupra aspectelor civile ale răpirii internaționale de copii are drept scop soluționarea cazurilor de răpire internațională de copii. În 2014, la solicitarea Comisiei Europene, Curtea de Justiție a Uniunii Europene a fost consultată cu privire la competența Uniunii referitoare la acceptarea aderării unui stat terț la Convenția din 1980. Avizul emis de Curte în octombrie 2014 a confirmat existența competenței exclusive a Uniunii în ceea ce privește acceptarea aderării unui stat terț la Convenția din 1980.

În iunie 2013, Kazahstanul și-a depus instrumentul de aderare la Convenția din 1980, însă în urma aderării acestui stat la convenție, este necesară o decizie a Consiliului care să autorizeze statele membre, cu excepția Olandei care a acceptat deja aderarea și a Danemarcei care este exclusă din politica Uniunii în domeniul justiției civile, să accepte această aderare. Acest lucru va permite intrarea în vigoare efectivă a convenției între Kazahstan și întreaga Uniune Europeană. Raportul Parlamentului European susține aderarea acestui stat la Convenție și propune aprobarea fără modificări a deciziei Consiliului, astfel încât copiilor în cauză să le fie asigurată protecția acordată pe întregul teritoriu al Uniunii.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Kazajistán al Convenio de la Haya en relación a los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, porque supone mayor protección y garantías para los mismos. El Convenio de la Haya establece un sistema que permite la cooperación de los Estados contratantes para encontrar una solución a las situaciones de sustracción internacional de menores. Estos casos suelen darse en casos de separaciones con progenitores de diferentes países. El Convenio regula que la legislación aplicable en estos casos sea la del Estado de residencia del menor. También instaura un sistema para garantizar el regreso inmediato del menor sustraído.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favor del Informe sobre la propuesta de Decisión del Consejo por la que se autoriza a determinados Estados miembros a aceptar, en interés de la Unión, la adhesión de Kazajistán al Convenio de La Haya de 1980 sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, ya que creo, es importante que Kazajistán forme parte ya de un tema de alcance internacional.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Kazachstano prisijungimą prie Konvencijos vertinu palankiai. Komisija kartu su valstybių narių civilinio teisingumo srities ekspertais įvertino Kazachstano teisingumo sistemos veikimą bei šios šalies pasiryžimą įgyvendinti Konvenciją ir laikosi nuomonės, jog pageidautina, kad Konvencija įsigaliotų tarp Europos Sąjungos ir Kazachstano. Pritariu tam, nes Hagos konvencijos sistema bus veiksmingesnė, jei prie jos prisijungs daugiau šalių (žr. protokolą).

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Report on the proposal for a Council decision authorising certain Member States to accept, in the interest of the European Union, the accession of Kazakhstan to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction. The Hague Convention of 25 October 1980 on the Civil Aspects of International Child Abduction is a vitally important instrument that has been ratified by all EU Member States. The Convention introduces a system of cooperation between the contracting states aimed at settling cases of international child abduction. In many instances, these problems arise when a couple has separated. If the mother and father are from different states, there is a temptation to exploit the lack of cooperation between those states in order to secure custody of the child. The biggest problem in such cases is the national bias of the legal systems of individual states. The purpose of the Convention is to resolve such situations at an international level, by establishing that the competent courts and applicable laws are those of the state of residence of the child. I believe that the accession of Kazakhstan is to be welcomed, as the Hague Convention system is more effective if more countries sign up to it.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – El Convenio de La Haya de 25 de octubre de 1980 sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, ratificado por todos los Estados miembros de la Unión, es un instrumento de importancia crucial, dado que el sistema que establece permite la cooperación de los Estados contratantes para encontrar una solución a los conflictos internacionales de esta índole. Ya que el principal problema en estos casos es el sesgo de los ordenamientos jurídicos de los Estados en favor de sus propios nacionales, el objetivo del Convenio es resolver estas situaciones a escala internacional, además de instaurar un sistema para garantizar el regreso inmediato del menor sustraído. Tras la adhesión de Kazajistán al Convenio, es necesaria una decisión del Consejo para que entre en vigor y para que de este modo los menores de este país estén protegidos contra la sustracción ilegal. Por consiguiente, he considerado oportuno votar a favor de este texto.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Kazajistán al Convenio de La Haya sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, puesto que considero positivos este tipo de coordinación entre los Estados a la hora de resolver los delicados casos de la sustracción internacional de menores, con el objetivo de avanzar hacia el respeto de los derechos e intereses de los niños y niñas.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Dit verdrag voorziet in een regeling waarbij de staten samenwerken om een oplossing te vinden in geval van internationale ontvoering van minderjarigen. Het grootste probleem in zulke gevallen wordt gevormd door partijdigheid van de rechtspraak in elke staat. Maar al te vaak gebeurt het dan dat de rechters in elk van beide betrokken staten zich bevoegd verklaren, waarna zij ieder het gezagsrecht over het kind toewijzen aan de ouder van de eigen nationaliteit. Ik stemde in met het verslag omdat de toetreding van Kazachstan tot het Verdrag van 's-Gravenhage rechtszekerheid zal brengen voor kinderen van gescheiden ouders.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Trata-se de uma proposta para que haja uma decisão do Conselho relativamente à autorização da adesão deste país, existe outra, como todos nós sabemos, à Convenção de Haia sobre os aspetos civis relativos ao rapto internacional de crianças. Esta Convenção privilegia a cooperação internacional por exemplo num caso de divórcio em que um pai/uma mãe de diferentes nacionalidades foge com o seu filho para outro país.

A Convenção visa solucionar este tipo de situações à escala internacional ao estabelecer que os casos são julgados pelos tribunais competentes e de acordo com a legislação aplicável do Estado de residência do menor. A Convenção estabelece igualmente um sistema que assegura o regresso imediato dos menores raptados.

Recomenda-se neste caso a adesão do Cazaquistão aos restantes Estados-Membros, visto que a Irlanda, a República Checa e a Lituânia já deram o seu aval a essa adesão. A Dinamarca está excluída desta cooperação. Apoiamos.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Das Übereinkommen beinhaltet ein System zur Zusammenarbeit der Vertragsstaaten, das Fälle internationaler Kindesentführungen durch getrennte Partner unterschiedlicher Nationalität lösen soll. Dies erfolgt, indem festgelegt wird, dass die Zuständigkeit bei den Gerichten des Wohnsitzstaates des Kindes liegt und dessen Recht anwendbar ist. Ferner wird durch das Übereinkommen ein System eingeführt, durch das gewährleistet wird, dass Kinder, die entführt wurden, sofort zurückgegeben werden. Angesichts der zunehmenden Häufung problematischer Fälle von internationalen Sorgerechtsstreitigkeiten halte ich dieses Übereinkommen für sinnvoll und habe daher zugestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – As a children's rights champion, I welcome the accession of Kazakhstan to this important Convention. This will allow it to cooperate with other State Parties to the Convention, including EU Member States, on tackling and combating child abduction.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – V posledních letech můžeme čím dál častěji vídat případy mezinárodních únosů dětí, jelikož je běžné, že matka a otec mnohdy pochází z odlišných států. V případě neshod se pak snaží získat svého potomka tím, že ho odvezou do státu svého původu, jelikož spoléhají na to, že dané státy nespolupracují, a tudíž pro ně bude obtížnější dostat dítě zpět. Jsem proto přesvědčen, že by měl existovat jednotný systém spolupráce mezi státy, jehož cílem je nalézt řešení v případě mezinárodních únosů dětí. V současné době totiž stále mohou nastat případy, kdy soudy obou zemí pravomocně svěří dítě do péče toho rodiče, který je státním příslušníkem daného státu. Haagská úmluva, kterou ratifikovaly všechny státy EU, tyto situace řeší a rovněž také zavádí systém okamžitého návratu uneseného dítěte zpět do jeho vlasti. Vítám proto přistoupení Kazachstánu k Haagské úmluvě a jsem si jistý, že tento krok napomůže k lepší ochraně dětí v případě jejich únosu za hranice státu.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Haagsky dohovor o medzinárodných únosoch detí z roku 1980 je mimoriadne dôležitým nástrojom na riešenie občianskoprávnych aspektov medzinárodných únosov detí. Medzinárodné únosy detí sú obrovským negatívnym zásahom do života celej rodiny a najmä psychiky dieťaťa. Cieľom tohto dohovoru je preto obnoviť pôvodný stav okamžitým vrátením neoprávnene premiestneného dieťaťa do krajiny jeho obvyklého pobytu, a to prostredníctvom systému spolupráce medzi ústrednými orgánmi určenými zmluvnými stranami. Dohovor doteraz ratifikovalo 93 štátov vrátane všetkých členských štátov Európskej únie. Vzhľadom na cieľ dohovoru je preto veľmi dôležité, aby k nemu pristúpilo čo najviac krajín, a tým sa do čo najväčšej miery redukovali situácie, keď je dieťa unesené do zahraničia, ale, bohužiaľ, neexistuje právny nástroj, ktorý by pomohol dieťa navrátiť, keďže krajina, do ktorej bolo unesené, tento dohovor neratifikovala. Z týchto dôvodov som preto uvítala, že Kazachstan sa rozhodol k dohovoru pristúpiť, a správu o prijatí tohto pristúpenia Európskou úniou som podporila.

9.3. Beitritt der Republik Korea zum Haager Übereinkommen von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (A8-0266/2016 - Angel Dzhambazki)

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il seguente è un atto non legislativo con cui si ratifica l'adesione della Repubblica di Corea alla convenzione dell'Aia che riguarda la sottrazione internazionale dei minori. Poiché si tratta di un atto formalmente necessario, poiché nella convenzione non è prevista la possibilità di un'approvazione diretta da parte dell'UE, ho votato a favore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP chose to abstain on this vote because it is such an emotive issue. The right of countries acceding to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction is extremely important; however, this should be done at the will of the individual country and not en bloc by the EU.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Corea al Convenio de La Haya sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, puesto que considero positivos este tipo de coordinación entre los Estados a la hora de resolver los delicados casos de la sustracción internacional de menores, con el objetivo de avanzar hacia el respeto de los derechos e intereses de los niños y niñas.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — We voted in favour of this report to endorse the Council decision to authorise the accession of Korea to the Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction. The Convention is a multilateral treaty to ensure that children wrongfully taken into another country, often by a parent or guardian, are brought back to their home country.

A ruling of the European Court of Justice in 2014 found that the EU now has exclusive external competence in these matters, but the Convention does not allow for international organisations – such as the EU – to sign the Convention themselves. This Council decision is therefore necessary to allow Member States to accept the accession of Korea to the Convention, bringing the Convention into force between the entire EU and Korea.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à donner aux États membres (à l'exception du Danemark, auquel ce n'est pas applicable, et de la République tchèque, de l'Irlande et de la Lituanie, qui ont déjà accepté) l'autorisation d'accepter l'adhésion de la Corée du Sud à la convention, qui permettra l'entrée en vigueur de la convention entre la Corée du Sud et l'ensemble de l'UE.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the proposal for a Council decision authorising certain Member States to accept, in the interest of the European Union, the accession of the Republic of Korea to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction. The accession of South Korea to the Convention is to be welcomed. The European Commission has evaluated the functioning of South Korea's justice system and the country's willingness to implement the Convention, and considers that it is desirable for the Convention to enter into force between the European Union and South Korea. However, a Council decision is necessary to authorise the Member States (except Denmark, which is excluded from the Union's civil justice policy, and the Czech Republic, Ireland and Lithuania, which have already accepted the accession of South Korea) to accept the accession of the Republic of Korea. This will allow the Convention to enter into force between the Republic of Korea and the entire European Union. I welcome the effort to ensure that EU-wide protection is afforded to the children in question, also having in mind the fact that there is a significant Korean community in Europe, which adds to the relevance of accepting this accession.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Συμβουλίου με την οποία εξουσιοδοτούνται ορισμένα κράτη μέλη, προς το συμφέρον της Ευρωπαϊκής Ένωσης, να αποδεχθούν την προσχώρηση της Δημοκρατίας της Κορέας στη Σύμβαση της Χάγης του 1980 για τα αστικά θέματα της διεθνούς απαγωγής παιδιών, διότι με αυτό τον τρόπο θεσπίζεται ένα σύστημα που παρέχει τη δυνατότητα στα συμβαλλόμενα κράτη να συνεργάζονται για την εξεύρεση λύσης σε τέτοιες καταστάσεις.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Das Haager Übereinkommen vom 25. Oktober 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung ist ein Rechtsinstrument von großer Bedeutung, das von allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ratifiziert wurde.

Durch das Übereinkommen wird ein System der Zusammenarbeit der Vertragsstaaten eingeführt, durch das Fälle internationaler Kindesentführungen gelöst werden sollen. Sehr häufig treten diese Probleme auf, wenn ein Paar sich getrennt hat. Stammen die Eltern aus verschiedenen Staaten, können sie versucht sein, sich die mangelnde Zusammenarbeit zwischen diesen Staaten zunutze zu machen, um das Sorgerecht für das Kind zu erhalten.

Ziel des Übereinkommens ist es, Lösungen für diese Situationen auf internationaler Ebene zu bieten, indem festgelegt wird, dass die Gerichte des Wohnsitzstaates des Kindes zuständig sind und dessen Recht anwendbar ist. Durch das Übereinkommen wird auch ein System eingeführt, durch das gewährleistet wird, dass Kinder, die entführt wurden, sofort zurückgegeben werden.

Ich begrüße den Beitritt Südkoreas zum Haager Übereinkommen. Je mehr Länder dieses Übereinkommen unterzeichnen, desto wirksamer ist es. In Europa existiert eine große koreanische Gemeinschaft, womit die Annahme dieses Beitritts umso wichtiger wird.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui permet de régler les cas d'enlèvement international d'enfants en autorisant la Corée du Sud à adhérer à la convention de La Haye de 1980.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Under normal circumstances, I would vote against or abstain on resolutions involving the European Union's participation in international bodies and organisations because I believe that it's not for the European Union to make such decisions.

In this situation, however, the question is whether South Korea should be allowed to accede to the Hague Convention. It should be a vote of the British Parliament, but it is not, because such sovereignty has been ceded. If the European Parliament were to vote against accession, it would penalise children at risk of abduction in that country.

Therefore I voted in favour of accession, despite my constitutional concerns.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour cette proposition car il apparaît que la République de Corée répond aux critères imposés pour l'application effective de la convention. L'ampleur de la communauté coréenne en Europe souligne également l'intérêt d'accepter cette adhésion.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pasiūlymą, kuriuo tam tikros valstybės narės įgaliojamos dėl Europos Sąjungos interesų pritarti Korėjos Respublikos prisijungimui prie 1980 m. Hagos konvencijos dėl tarptautinio vaikų grobimo civilinių aspektų. 1980 m. spalio 25 d. Hagos konvencija dėl tarptautinio vaikų grobimo civilinių aspektų yra labai svarbus dokumentas, kuriame numatoma susitariančiųjų šalių bendradarbiavimo sistema, skirta tarptautinio vaikų grobimo byloms nagrinėti. Daugeliu atvejų problemos dėl vaikų grobimo atsiranda porai išsiskyrus. Be to, dažnai abiejų valstybių teismai pripažįsta save kompetentingais nagrinėti bylą ir kiekvienas vaiko globą skiria tam iš tėvų, kuris yra jų valstybės pilietis. Atsižvelgiant į šiuos pavyzdžius, pritariu Korėjos prisijungimui prie Hagos konvencijos, kad būtų nustatyti kompetentingi teismai ir taikomi įstatymai tos valstybės, kurioje yra vaiko nuolatinė gyvenamoji vieta. Taip pat būtų užtikrinta, kad pagrobtas vaikas būtų nedelsiant grąžintas.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP chose to abstain on this vote because it is such an emotive issue. The right of countries acceding to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction is extremely important; however, this should be done at the will of the individual country and not en bloc by the EU.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – La convention de La Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants instaure un système de coopération entre les États contractants visant à régler les cas d'enlèvement international d'enfants. Elle a été ratifiée par tous les États membres de l'UE.

Le but de la convention est de résoudre de telles situations au niveau international, en établissant que les juridictions compétentes et les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'enfant. L'UE dispose désormais d'une compétence externe exclusive dans ce domaine. La convention introduit également un système qui assure le retour immédiat des enfants qui ont été enlevés.

Voilà pourquoi j'ai voté en faveur de l'adhésion de la Corée à ladite convention de La Haye.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'adhésion de la Corée du Sud à la convention de La Haye. La convention de La Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants est un instrument de la plus haute importance. Elle a été ratifiée par tous les États membres de l'Union européenne.

Cette convention établit un système permettant aux États contractants de coopérer pour trouver une solution dans les cas d'enlèvement international d'enfant.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La convenzione dell'Aia sugli aspetti civili della sottrazione internazionale di minori, ratificata da tutti i paesi dell'Unione, ha introdotto un sistema che consente agli Stati contraenti di cooperare per trovare una soluzione a questo tipo di casi. Il testo del trattato prevede due punti principali: la competenza a giudicare e l'applicabilità le leggi affidata allo Stato di residenza del minore e l'istituzione di un meccanismo per il ritorno immediato del minore sottratto. L'Unione europea dispone attualmente di una competenza esterna esclusiva in questo settore ma la convenzione non prevede l'azione autonoma delle organizzazioni internazionali. Per questo motivo occorre che gli Stati membri agiscano per conto dell'Unione attraverso una previa autorizzazione del Consiglio. La relazione Dzhambazki, che oggi ho sostenuto, autorizza alcuni Stati membri ad accettare l'adesione della Corea alla convenzione, consentendole di dispiegare i propri effetti nei rapporti tra il paese asiatico e l'Unione europea.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Corea al Convenio de la Haya en relación a los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, porque supone mayor protección y garantías para los mismos. El Convenio de la Haya establece un sistema que permite la cooperación de los Estados contratantes para encontrar una solución a las situaciones de sustracción internacional de menores. Estos casos suelen darse en casos de separaciones con progenitores de diferentes países. El Convenio regula que la legislación aplicable en estos casos sea la del Estado de residencia del menor. También instaura un sistema para garantizar el regreso inmediato del menor sustraído.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer al ponente el trabajo realizado en este informe sobre la Adhesión de la República de Corea al Convenio de la Haya de 1980 sobre los aspectos civiles de la sustracción internacionales de menores. Es un instrumento de importancia crucial. La adhesión de la República de Corea es una buena noticia.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport relatif à l'adhésion de la Corée du Sud à la Convention de La Haye de 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants.

La Corée du Sud doit pouvoir être libre, si elle le souhaite, d'adhérer à ce système de coopération internationale qui permet notamment de régler les cas d'enlèvement international d'enfants.

Il peut en effet y avoir problème dans le cas d'un couple séparé et dont les parents ressortent d'États différents. La Convention règle les possibles litiges de juridiction puisqu'elle dispose que les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'Enfant. Elle permet aussi un retour immédiat de l'enfant enlevé.

Si je regrette que l'Union dispose désormais de la compétence exclusive dans ce domaine au détriment des États membres, la Corée du Sud, en tant qu'État souverain, a parfaitement le droit d'adhérer à cette Convention et la ratification de cette adhésion permettra qu'elle entre en vigueur entre l'Union et ce pays.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La convenzione dell'Aia del 1980 sugli aspetti civili della sottrazione internazionale dei minori prevede la collaborazione fra gli Stati firmatari affinché il bambino o il ragazzo sotto i 16 anni che sia stato «sottratto» arbitrariamente da un genitore faccia ritorno al luogo di residenza familiare in attesa di una pronuncia giudiziaria, salvo che il ritorno prefiguri un grave pericolo per la sua sicurezza. Ritengo di fondamentale importanza per la tutela dei nostri figli che questa convenzione sia ratificata e rispettata da sempre più Stati. Ho inteso quindi sostenere col mio voto l'adesione della Corea a essa.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El Convenio de La Haya de 1980 sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, firmado por todos los Estados miembros de la UE, es un instrumento de cooperación internacional que autoriza a los Estados signatarios a resolver casos transnacionales relativos a la custodia y secuestro de menores, aclarando la ley nacional aplicable en casos en los que hay un conflicto de competencia entre dos o más sistemas legales nacionales. El ámbito de la norma alcanza los aspectos civiles, aplicándose sobre todo a casos de padres separados o de otras personas que tienen derechos legales sobre el menor. Dado que el objetivo del Convenio es proteger a los menores que se encuentran en una situación de inseguridad jurídica, es importante lograr que sea firmado por el mayor número posible de Estados.

Aunque la UE tiene competencia exterior exclusiva en este terreno, el Convenio no autoriza la participación de agentes internacionales, por lo que la UE necesita dar a todos sus Estados miembros autorización expresa para aceptar la participación de cualquier nuevo Estado en el Convenio. Por ello, he votado a favor de autorizar a los Estados miembros a aceptar la adhesión de Corea al Convenio.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame aptariami Europos Sąjungos interesai pritarti Korėjos Respublikos prisijungimui prie Hagos konvencijos dėl tarptautinio vaikų grobimo civilinių aspektų. 1980 m. spalio 25 d. Hagos konvencija dėl tarptautinio vaikų grobimo civilinių aspektų yra labai svarbus dokumentas. Ją ratifikavo visos ES valstybės narės. Konvencijoje numatoma susitariančiųjų šalių bendradarbiavimo sistema, skirta tarptautinio vaikų grobimo byloms nagrinėti. Daugeliu atvejų šios problemos atsiranda porai išsiskyrus. Jeigu motina ir tėvas yra iš skirtingų valstybių, siekiant užsitikrinti vaiko globą kyla noras pasinaudoti šių valstybių bendradarbiavimo trūkumu. Žiniasklaidoje pilna pranešimų apie tarptautinį vaikų grobimą apsigyvenus skyrium arba po ištuokos. Šiais atvejais didžiausia problema – atskirų valstybių teisinių sistemų nacionalinis šališkumas. Dažnai abiejų valstybių teismai pripažįsta save kompetentingais nagrinėti bylą ir kiekvienas vaiko globą skiria tam iš tėvų, kuris yra jų valstybės pilietis. Pietų Korėjai prisijungus prie Konvencijos, Tarybos sprendimas būtinas, kad valstybės narės (išskyrus Daniją, kuriai netaikoma Sąjungos civilinio teisingumo politika, ir Čekiją, Airiją ir Lietuvą, kurios jau pritarė Pietų Korėjos prisijungimui) būtų įgaliotos pritarti Pietų Korėjos prisijungimui. Taip bus sudarytos sąlygos Konvencijai įsigalioti tarp Pietų Korėjos ir visos Europos Sąjungos. Pietų Korėjos prisijungimas prie Konvencijos vertintinas palankiai.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hozott létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között, hogy megoldást találjanak a gyermekek jogellenes külföldre vitelének ügyében. Az ilyen esetekben a legnagyobb probléma az államok jogrendszerének nemzeti jellege. Az egyezmény célja az ilyen helyzetek nemzetközi szintű megoldása annak meghatározása révén, hogy a gyermek tartózkodási helye szerinti állam jogszabálya érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik. Az egyezmény továbbá olyan rendszert hoz létre, amellyel biztosítható a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérése.

Az EU e területen jelenleg kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik, ahogyan azt a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette. A tagállamok tehát már nem járhatnak el saját hatáskörükben. A probléma abból adódik, hogy az egyezmény nem rendelkezik a nemzetközi szervezetek önálló fellépéséről, így Koreának az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a Korea csatlakozását még el nem fogadott két tagállamot – Ausztriát és Romániát –, hogy fogadja el Korea csatlakozását. Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatályba lépését Korea és az Európai Unió egésze között. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Tako kot pri pristopu Peruja in Kazahstana k Haaški konvenciji, tudi glede pristopa Koreje k navedeni konvenciji nimam nobenih zadržkov, zato popolnoma podpiram predlagani sklep.

Haaška konvencija iz leta 1980 o civilnopravnih vidikih mednarodnega protipravnega odvzema otrok je zelo pomemben instrument, ki določa sistem za sodelovanje pri iskanju rešitev za primere mednarodnega protipravnega odvzema otrok. Konvencijo so že pred časom ratificirale vse države članice EU.

Do težav največkrat pride v primeru prenehanja življenjske skupnosti med staršema, ki prihajata iz različnih držav. Obstaja namreč nevarnost, da kateri izmed staršev želi izkoristiti pomanjkanje sodelovanja med tema državama in tako pridobiti izključno pravico do varstva in vzgoje otrok. V takih primerih je največja težava nacionalna pristranskost pravnih sistemov v posameznih državah, sodbe pa se pogosto končajo tako, da vsako nacionalno sodišče zaupa otroka v varstvo in vzgojo staršu, ki je državljan te države.

Konvencija pa določa pristojnost sodiščem in pravu države, v kateri ima otrok prebivališče in tudi sistem za zagotavljanje takojšnje vrnitve protipravno odvzetega otroka. V primeru pristopa Koreje h konvenciji to pomeni, da bodo otroci, povezani s korejsko skupnostjo v državah članicah EU, zaščiteni pred protipravnim odvzemom.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o pristupu Južne Koreje Haškoj konvenciji, koja štiti djecu koja se nađu u pravnoj nesigurnosti.

Izvješće ima za cilj davanje dozvole zemljama članicama (osim Danske na koju se to ne odnosi i Češke, Irske i Litve koje su već dale pristanak) da prihvate pristupanje Južne Koreje Konvenciji, što će omogućiti stupanje na snagu Konvencije između Južne Koreje i Europske unije.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Je suis en faveur de l'adoption de ce texte car la Corée a fait le choix souverain de demander cette adhésion.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I decided to support this resolution with the aim of getting the Member States to accept Korea as a contracting party to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction. This decision will allow an increase in the number of states which will share that common legal framework upon child abduction.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – La Convenzione dell'Aia del 25 ottobre 1980 sugli aspetti civili della sottrazione internazionale di minori è uno strumento di fondamentale importanza che è stato ratificato da tutti gli Stati membri dell'Unione europea. La convenzione introduce un sistema che permette agli Stati contraenti di cooperare per trovare una soluzione ai casi di sottrazione internazionale di minori. L'intento della convenzione è risolvere tali situazioni a livello internazionale, stabilendo che i tribunali competenti e le leggi applicabili sono quelli dello Stato di residenza del minore. La convenzione introduce inoltre un sistema che garantisce il ritorno immediato del minore sottratto, tutelando la sua salute e i suoi diritti fondamentali. L'adesione della Repubblica di Corea alla Convenzione è un passo positivo nella promozione della tutela dei diritti dei minori a livello globale e non solo europeo.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – La convention de La Haye du 25 octobre 1980, ratifiée par l'ensemble des États membres de l'Union européenne, instaure un système de coopération entre les États contractants visant à régler les cas d'enlèvement international d'enfants. Dans la plupart des cas, ces enlèvements sont liés au divorce des parents, tentés d'exploiter le manque de coopération entre les États pour obtenir la garde de leur enfant. Cette convention stipule que les juridictions compétentes et les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'enfant. Ce texte vise à donner l'avis du Parlement européen sur l'entrée en vigueur de cette convention entre la Corée du Sud et l'Union, qui dispose désormais d'une compétence extérieure exclusive dans ce domaine. Bien que je conteste la perte de souveraineté des États membres qui laissent à l'Union le soin d'adopter pour eux ce type d'accord, je me suis prononcé en faveur de ce texte. D'une part, cette convention favorise le retour des enfants à leur domicile, d'autre part, l'adhésion de la Corée du Sud est une nouvelle dont il y a lieu de se féliciter.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Convenția de la Haga asupra aspectelor civile ale răpirii internaționale de copii reprezintă unul dintre instrumentele principale de promovare a drepturilor copilului. Convenția instituie un sistem de cooperare între autoritățile centrale, având ca obiect soluționarea cazurilor de răpire internațională de copii. Aceste cazuri apar cu precădere în situațiile în care părinții provin din state diferite, state care nu au consolidat un parteneriat de cooperare. Drept urmare, se creează o vulnerabilitate care favorizează acțiunile ilicite de obținere a încredințării copiilor. Astfel, Convenția de la Haga are scopul de a soluționa astfel de spețe la nivel internațional, fiind prevăzut un sistem care asigură înapoierea imediată a copiilor deplasați sau reținuți ilicit.

Aderarea Republicii Coreea la Convenția de la Haga din 1980 asupra aspectelor civile ale răpirii internaționale de copii este o acțiune pe care o consider oportună. M-am exprimat în favoarea aderării Republicii Coreea la Convenția de la Haga, deoarece consider esențial ca prevenirea răpirii copiilor să rămână o prioritate pentru Uniunea Europeană și statele terțe.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – La convention de La Haye a été créée en 1980 et porte sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants. Tous les États membres de l'Union l'ont ratifiée. La convention permet de régler les conflits de compétence lorsque deux juridictions se déclarent chacune compétente pour la garde d'enfants dans le cadre de la séparation d'un couple binational. Chaque pays doit coopérer dans le cas d'enlèvement d'enfants. Il en va de la protection des enfants. J'ai voté en faveur de cette résolution qui approuve l'adhésion de la Corée à la convention de La Haye.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in questione poiché reputo che l'adesione della Repubblica di Corea alla Convenzione dell'Aia del 1980 sugli aspetti civili della sottrazione internazionale di minori possa sortire effetti positivi sia in UE che in Corea.

I minori interessati, infatti, potranno finalmente beneficiare di una protezione effettiva in ogni angolo d'Europa. L'Unione europea, ad oggi, possiede una competenza esterna esclusiva nel settore in questione; ciò trova conferma nel parere 1/13 dalla Corte di giustizia. Gli Stati membri, pertanto, non possono più agire autonomamente. Come opportunamente evidenziato nella relazione, il vero problema è che la Convenzione non prevede un'azione autonoma delle organizzazioni internazionali.

A seguito dell'adesione della Repubblica di Corea alla Convenzione, è necessaria una decisione da parte del Consiglio che autorizzi gli Stati membri, fatta eccezione per la Danimarca, che non partecipa alla politica dell'Unione in materia di giustizia civile, per la Repubblica ceca, per l'Irlanda e per la Lituania, che hanno già accettato l'adesione della Repubblica di Corea, ad accettare la succitata adesione.

Alla luce della consistente comunità coreana presente in Europa, l'accettazione dell'adesione acquisisce un valore tutto particolare.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This was a vote to endorse the Council's decision to authorise Korea signing up to the Hague Convention of International Child Abduction. The Convention is a multilateral treaty with the purpose of ensuring the immediate return of children wrongfully taken to or retained internationally (usually by one parent or guardian) in their home country, where domestic custody proceedings can take place. While a ruling of the ECJ in 2014 found that the EU now has exclusive external competence in the field, the Convention does not allow for international organisations - such as the EU - to be partners to the Convention themselves. These Council decisions are therefore necessary to allow particular Member States which have not yet accepted the accession of the relevant countries to the Convention to do so, bringing the Convention into force between the entire EU and that country.

For these reasons I voted in favour.

David Casa (PPE), *in writing*. – Following the accession of South Korea to the Convention, a Council decision is therefore necessary to authorise the Member States, with some exceptions, to accept the accession of South Korea. This will allow the Convention to enter into force between South Korea and the entire European Union. Following the positive results of the evaluation of the functioning of South Korea's justice system and the country's willingness to implement the Convention, I followed the Rapporteur's indication that Parliament should approve the proposal, in order to ensure that EU-wide protection is afforded to settling cases of international child abduction in these particular cases.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo atto non legislativo con il quale si concede agli Stati membri di ratificare l'adesione della Repubblica di Corea alla convenzione dell'Aia sulla sottrazione internazionale dei minori.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – La Convenzione dell'Aia del 1980 sugli aspetti civili della sottrazione internazionale di minori ha istituito un sistema di cooperazione tra le autorità di ogni Stato contraente, che stabilisce l'immediato rientro dei minori che sono stati illecitamente trasferiti o trattenuti. Trattandosi di un accordo internazionale che ha lo scopo di tutelare e proteggere i minori che si trovano in situazioni di incertezza giuridica, è necessario che venga ratificato dal maggior numero possibile di Stati. Dato che l'Unione europea ha competenza esterna esclusiva in materia di sottrazione di minori, sono convinta che le Istituzioni europee debbano autorizzare gli Stati membri affinché accettino la partecipazione della Repubblica di Corea. Ho ritenuto quindi di votare a favore della decisione, auspicando una rapida entrata in vigore della Convenzione dell'Aia del 1980 tra la Repubblica di Corea e tutti gli Stati membri dell'UE al fine di prevenire la sottrazione di minori.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και σημειώνουμε πως η προσχώρηση της Νότιας Κορέας στη σύμβαση είναι ευπρόσδεκτη. Η Επιτροπή, από κοινού με τους εμπειρογνώμονες των κρατών μελών σε θέματα αστικής δικαιοσύνης, αξιολόγησε τη λειτουργία του συστήματος απονομής δικαιοσύνης της Νότιας Κορέας και την προθυμία της χώρας να εφαρμόσει τη σύμβαση, και θεωρεί ότι είναι επιθυμητό να τεθεί σε ισχύ η σύμβαση μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Νότιας Κορέας.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε επί της έκθεσης με την οποία εξουσιοδοτούνται ορισμένα κράτη μέλη, προς το συμφέρον της Ευρωπαϊκής Ένωσης, να αποδεχθούν την προσχώρηση της Δημοκρατίας της Κορέας στη σύμβαση της Χάγης του 1980 για τα αστικά θέματα της διεθνούς απαγωγής παιδιών. Καθώς πρόκειται για ένα ζήτημα βελτίωσης του πλαισίου προστασίας των πολιτών και ιδιαίτερα των παιδιών, δεν εκφράστηκαν αντιρρήσεις από καμία πλευρά και ως εκ τούτου ψήφισα θετικά.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato favorevolmente al provvedimento vista la convenzione dell'Aia del 25 ottobre 1980 sugli aspetti civili della sottrazione internazionale di minori è uno strumento di fondamentale importanza che è stato ratificato da tutti gli Stati membri dell'Unione europea. Essa si inserisce in un sistema che permette agli Stati contraenti di cooperare e trovare una soluzione ai casi di sottrazione internazionale di minori. Molte volte il problema principale è la tendenza dei sistemi giuridici dei singoli Stati a praticare favoritismi in base alla nazionalità. Succede sovente che i tribunali di entrambi gli Stati coinvolti si dichiarino competenti e che ciascuno di essi affidi il minore al genitore che è cittadino dello Stato in cui si trova il tribunale. L'intento della convenzione è risolvere tali situazioni a livello internazionale, stabilendo che i tribunali competenti e le leggi applicabili sono quelli dello Stato di residenza del minore. La convenzione introduce inoltre un sistema che garantisce il ritorno immediato del minore sottratto. L'adesione della Corea alla convenzione va accolta con favore. La Commissione ha valutato, insieme a esperti degli Stati membri, il funzionamento del sistema giudiziario della Corea e ritiene auspicabile l'accordo tra l'Unione europea e La Corea.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Accolgo con piacere l'accessione della Repubblica di Corea alla Convenzione dell'Aia sugli aspetti civili della sottrazione internazionale di minori. Dal momento che la convenzione ha validità unicamente tra gli Stati contraenti, questa nuova adesione rappresenta un positivo traguardo nel campo della tutela dei minori. In particolare, la convenzione dell'Aia favorisce la creazione di un quadro giuridico comune in materia di sottrazione internazionale di minori, rivelandosi particolarmente efficace in caso di scontro tra diverse legislazioni nazionali.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the Report on the proposal for a Council decision authorising certain Member States to accept, in the interest of the European Union, the accession of the Republic of Korea to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A Convenção de Haia, de 25 de outubro de 1980, sobre os Aspetos Civis do Rapto Internacional de Crianças é um instrumento fundamental no âmbito da cooperação judiciária entre os Estados contratantes na resolução dos casos de rapto internacional de crianças.

Com esta Convenção visa-se harmonizar os sistemas jurídicos diferentes dos Estados que normalmente se declaram ambos competentes para julgar a ação e declaram a custódia do menor ao progenitor nacional do Estado que representam, passando-se a adotar com a Convenção o critério do Estado de residência do menor.

Em virtude de atualmente esta matéria ser da competência exclusiva externa da União, é necessário uma decisão do Conselho que apele à aceitação dos Estados-Membros da adesão de países terceiros à Convenção de Haia.

Apoio, neste sentido, o relatório Dzhambazki e felicito a República da Coreia pela adesão à Convenção.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP chose to abstain on this vote because it is such an emotive issue. The right of countries acceding to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction is extremely important; however, this should be done at the will of the individual country and not en bloc by the EU.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – This is an important instrument which has been ratified by all the EU Member States, providing protection for the interest of those children who are victims of abduction. The Convention introduces a system of cooperation between the contracting states aimed at settling cases of international child abduction addressing the legal systems of individual states. It may often be that the courts in both states concerned declare themselves competent, with each of them awarding custody of the child to the parent who is a national of their state. An important development introduced by the Convention is a system which ensures the immediate return of children who have been abducted. Following the accession of South Korea to the Convention, a Council decision is necessary to authorise the Member States, with some exceptions, to accept the accession of South Korea. I support this since it will allow the Convention to enter into force between South Korea and the entire European Union.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Corea al Convenio de La Haya sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, puesto que considero positivos este tipo de coordinación entre los Estados a la hora de resolver los delicados casos de la sustracción internacional de menores, con el objetivo de avanzar hacia el respeto de los derechos e intereses de los niños y niñas.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének megelőzését, illetve az ezzel kapcsolatos jogi viták rendezését hivatott szolgálni az 1980. évi Hágai Egyezmény. Az egyezményt az EU valamennyi tagállama ratifikálta. Az egyezmény értelmében a gyermek tartózkodási helye szerinti állam joga érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik. Az egyezmény megkönnyíti – elsősorban a szülők különböző országokban történő különélésekor – a nemzetközi elemet tartalmazó polgári jogi viták rendezését. Hasonlóan Peruhoz és Kazahsztánhoz, Dél-Koreának az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a tagállamokat (a Dél-Korea csatlakozását már elfogadó Csehország, Írország és Litvánia kivételével), hogy elfogadják Dél-Korea csatlakozását.

Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatálybalépését Dél-Korea és az Európai Unió között. A Bizottság és a tagállamok polgári igazságügyi szakértői támogatják az egyezmény hatálybalépését, mindezt az is indokolja, hogy Európában jelentős koreai közösség él. Megszavaztam az egyezményhez történő csatlakozást.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za przystąpieniem Republiki Korei do konwencji haskiej z 1980 r. dotyczącej cywilnych aspektów uprowadzenia dziecka za granicę. Konwencja ta reguluje istotne kwestie związane z przyznaniem opieki nad dzieckiem w przypadku, gdy rodzice pochodzą z różnych krajów, i przyznaje moc prawną przepisom tego kraju, w którym dziecko ma stałe miejsce pobytu. Zagłosowałem za, ponieważ uważam, że im więcej krajów wyrazi chęć przystąpienia do konwencji haskiej, tym bardziej poprawi się rozwiązywanie sytuacji spornych i działanie sądów. Obywatele tych krajów otrzymają gwarancję stabilności i pewności prawnej.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The Hague Convention is an important international instrument of cooperation which enables signatory states to settle cross border cases regarding child custody and abduction. Considering the importance of this convention, I am in favour of the accession of Korea as the main scope is protecting children which find themselves in legal uncertainty.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Având în vedere că Convenția de la Haga din 25 octombrie 1980 asupra aspectelor civile ale răpirii internaționale de copii constituie un instrument extrem de important având ca obiectiv principal soluționarea cazurilor de răpire internațională de copii, salut aderarea Republicii Coreea la convenție.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport propose l'approbation du Parlement européen à une décision du Conseil relative à l'adhésion de la Corée du Sud à la convention de La Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils liés à l'enlèvement d'enfants à l'échelle internationale. Cette convention, ratifiée par l'ensemble des membres de l'Union, prévoit des mécanismes de coopération pour remédier aux conflits de compétence lorsque deux juridictions se déclarent compétentes pour la garde d'enfants dans le cadre de la séparation d'un couple binational. Considérant que ces rapports participent à l'harmonisation des règlementations internationales en matière de gestion des différends familiaux, j'ai soutenu ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP chose to abstain on this vote because it is such an emotive issue. The right of countries acceding to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction is extremely important; however, this should be done at the will of the individual country and not en bloc by the EU.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport sur la proposition de décision du Conseil autorisant certains États membres à accepter, dans l'intérêt de l'Union européenne, l'adhésion de la République de Corée à la convention de La Haye de 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants. En instaurant la primauté de la juridiction et des lois de l'État dans lequel réside l'enfant, la convention joue un rôle déterminant dans la résolution des problématiques entourant la question de la garde de l'enfant lors de la séparation de couples binationaux. Pour autant, pour que la convention soit appliquée, il est nécessaire que l'adhésion d'un État soit acceptée par les autres États parties à la convention. Bien que la République de Corée ait adhéré en 2013, l'ensemble des États membres de l'Union, à l 'exception de la République tchèque, de l'Irlande et de la Lituanie, n'ont toujours pas accepté cette adhésion. Afin que les enfants liés à la communauté coréenne soient protégés contre les enlèvements, nous appelons le Conseil à adopter au plus vite une décision autorisant les États membres de l'Union qui ne l'ont pas encore fait à accepter l'adhésion de la République de Corée à la convention de La Haye de 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hoz létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között, hogy megoldást találjanak a gyermekek jogellenes külföldre vitelének ügyében. Az ilyen esetekben a legnagyobb probléma az államok jogrendszerének nemzeti jellege. Az egyezmény célja az ilyen helyzetek nemzetközi szintű megoldása annak meghatározása révén, hogy a gyermek tartózkodási helye szerinti állam jogszabálya érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik. Az egyezmény továbbá olyan rendszert hoz létre, amellyel biztosítható a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérése.

Az EU e területen jelenleg kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik, ahogyan azt a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette. A tagállamok tehát már nem járhatnak el saját hatáskörükben. A probléma abból adódik, hogy az egyezmény nem rendelkezik a nemzetközi szervezetek önálló fellépéséről, így Koreának az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a Korea csatlakozását még el nem fogadott két tagállamot – Ausztriát és Romániát –, hogy fogadja el Korea csatlakozását. Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatályba lépését Korea és az Európai Unió egésze között. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – L'UE dispone già di una competenza esterna esclusiva in materia di sottrazione internazionale di minori confermata dalla Corte di giustizia. Ma per far sì che questa venga applicata, i paesi membri devono agire all'unisono. L'autorizzazione del Consiglio a taluni Stati membri di accettare l'adesione della Repubblica di Corea alla convenzione dell'Aia avrà conseguenze vantaggiose per l'intera Unione europea migliorando così la cooperazione a livello comunitario per difendere i diritti dei minori, quali il diritto all'istruzione e alle opportunità economiche per un futuro prospero. Per questi motivi ho votato a favore della relazione.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — Chaque année dans le monde, plusieurs milliers d'enfants sont enlevés par l'un des deux parents. En cas d'absence de coopération entre l'État d'origine et l'État de résidence de l'enfant, certains cas ne peuvent être résolus. La convention de La Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants est un instrument juridique qui permet de reconnaître la compétence des juridictions de l'État où l'enfant réside. Un dialogue peut ainsi s'établir entre les États parties à cette convention pour faciliter le retour de l'enfant qui a été enlevé. L'Union européenne soutient l'adhésion d'États tiers à la convention de 1980 afin que ses États membres puissent se fonder sur un cadre juridique commun pour traiter les enlèvements internationaux d'enfants. À côté de l'objectif général consistant à développer une coopération judiciaire, ce règlement poursuit l'objectif général de protection des droits de l'enfant. L'adhésion de la Corée du Sud à la convention est donc une bonne nouvelle.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Хагската конвенция от 1980 г. за гражданските аспекти на международното отвличане на деца е важно международно споразумение, чиято цел е да се намерят решения в ситуации, когато съдилищата на двете държави (в случаите на родители с две различни националности) декларират себе си компетентни и всяка една от тях дава попечителство над детето на родителя, който е неин гражданин. Чрез конвенцията се установява, че компетентните власти са тези, където детето е резидент.

Конвенцията също така въвежда система, която да гарантира незабавното връщане на децата, които са били отвлечени. Сега ЕС има изключителна външна компетентност в тази област и поради това държавите членки вече не действат за своя сметка. С присъединяването на Република Корея към тази Конвенция Европейският съюз трябва да упълномощи държавите членки да приемат това присъединяване. Аз съветвам в своя доклад това да се приеме, Република Корея е добре дошла в тази конвенция.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Θεωρούμε το κείμενο θετικό διότι είναι ανάγκη η συνθήκη της Χάγης για τις απαγωγές παιδιών να επικυρωθεί από όλα τα κράτη. Με τον τρόπο αυτό θα λυθούν τα χέρια των αρχών για συνεργασία τόσο για τις έρευνες σε όλο το κόσμο όσο και για τον επαναπατρισμό του θύματος. Ένα από τα σημαντικότερα προβλήματα που αντιμετωπίζονται μάλιστα αφορούν τις περιπτώσεις των γονιών που χωρίζουν και προέρχονται από διαφορετικά κράτη. Η Συνθήκη απλοποιεί τις προσπάθειες εξεύρεσης λύσης υπέρ του παιδιού.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hoz létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között, hogy megoldást találjanak a gyermekek jogellenes külföldre vitelének ügyében. Az ilyen esetekben a legnagyobb probléma az államok jogrendszerének nemzeti jellege. Az egyezmény célja az ilyen helyzetek nemzetközi szintű megoldása annak meghatározása révén, hogy a gyermek tartózkodási helye szerinti állam jogszabálya érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik. Az egyezmény továbbá olyan rendszert hoz létre, amellyel biztosítható a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérése.

Az EU e területen jelenleg kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik, ahogyan azt a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette. A tagállamok tehát már nem járhatnak el saját hatáskörükben. A probléma abból adódik, hogy az egyezmény nem rendelkezik a nemzetközi szervezetek önálló fellépéséről, így Koreának az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a Korea csatlakozását még el nem fogadott két tagállamot – Ausztriát és Romániát –, hogy fogadja el Korea csatlakozását. Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatályba lépését Korea és az Európai Unió egésze között. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of the accession of Korea to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction, which is a multilateral treaty that provides a way for abducted children to be returned from one member country to another. Countries need to work together in order to tackle international, cross-border problems like these, and for Korea to join will enlarge this network to fight child abduction more effectively. I support any measures which help safeguard the well-being of children in Wales.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A Convenção em causa estabelece um sistema de cooperação entre os Estados contratantes que visa encontrar uma solução para casos de rapto internacional de crianças. Este tipo de situações ocorre com muita frequência quando um casal se separa. São bastante frequentes os casos de raptos internacionais de crianças noticiados pela imprensa que ocorrem na sequência de separações e divórcios.

A Convenção visa solucionar este tipo de situações à escala internacional, ao estabelecer que os casos são julgados pelos tribunais competentes e de acordo com a legislação aplicável do Estado de residência do menor. A Convenção estabelece igualmente um sistema que assegura o regresso imediato dos menores raptados. A adesão da República da Coreia à Convenção merece o meu elogio e aprovação.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: en faveur de l'adoption de ces textes car ces pays ont fait le choix de demander cette adhésion.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório dá acordo a uma decisão do Conselho relativa à autorização da adesão da República da Coreia (Sul) à Convenção de Haia sobre os aspetos civis relativos ao Rapto Internacional de Crianças.

Esta Convenção estabelece um sistema de cooperação entre Estados que visa encontrar solução para casos de rapto internacional de crianças. O seu objetivo é assegurar o regresso das crianças ilicitamente transferidas para qualquer Estado Contratante ou nele retidas indevidamente e fazer respeitar de maneira efetiva nos outros Estados Contratantes os direitos de custódia e de visita existentes num Estado Contratante.

A situação de rapto de crianças ocorre por vezes quando um casal se separa, sendo os pais originários de Estados diferentes. É comum que os órgãos jurisdicionais dos respetivos países se declarem ambos competentes e que os tribunais concedam a custódia do menor ao progenitor nacional do Estado que representam.

A Convenção tem por objetivo solucionar este tipo de situações a nível internacional, ao estabelecer que os casos são julgados pelos tribunais competentes, de acordo com a legislação aplicável do Estado de residência do menor.

Sublinha-se a importância do sistema que assegura o regresso imediato dos menores raptados. Votámos a favor, já que o Acordo tem como propósito justificado a defesa dos interesses dos menores.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Európska únia má veľmi silné postavenie pri garantovaní základných práv a usiluje sa o to, aby občania jednotlivých členských štátov neboli vystavovaní nebezpečenstvu a aby boli chránené ich základné práva. Medzi nástrojmi, ktoré Európska únia prijala na ochranu práv detí, je aj Haagsky dohovor z 25. októbra 1980. Predmetný dohovor umožňuje zmluvným stranám spolupracovať a hľadať spoločné riešenia v prípadoch medzinárodných únosov detí, ktoré sa stávajú ešte aj v 21. storočí. Po tom, čo Kórejská republika pristúpila k tomuto dohovoru, je nutné, aby Rada vydala rozhodnutie oprávňujúce členské štáty okrem Dánska, na ktoré sa politika Únie v občianskoprávnej oblasti nevzťahuje, a okrem Českej republiky, Írska a Litvy, ktoré už prijali pristúpenie Kórejskej republiky, na to, aby prijali pristúpenie Kórejskej republiky. Tým sa umožní nadobudnutie platnosti dohovoru medzi Kórejskou republikou a celou Európskou úniou.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione che permette agli Stati di cooperare per trovare una soluzione ai casi di sottrazione internazionale di minori.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόταση απόφασης του Συμβουλίου με την οποία εξουσιοδοτούνται ορισμένα κράτη μέλη, προς το συμφέρον της Ευρωπαϊκής Ένωσης, να αποδεχθούν την προσχώρηση της Δημοκρατίας της Κορέας στη Σύμβαση της Χάγης του 1980 για τα αστικά θέματα της διεθνούς απαγωγής παιδιών διότι η Συνθήκη της Χάγης για τις απαγωγές παιδιών, είναι ανάγκη να επικυρωθεί από όλα τα κράτη.

Με τον τρόπο αυτό λύνονται τα χέρια των αρχών για συνεργασία τόσο στον τομέα των ερευνών παγκοσμίως όσο και στον επαναπατρισμό του θύματος. Ένα από τα σημαντικότερα προβλήματα που λύνονται, μάλιστα, είναι στις περιπτώσεις των γονιών που χωρίζουν και ανήκουν σε διαφορετικά κράτη.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction, adopted in 1980, is an international instrument of cooperation, enabling signatory states to settle cross-border cases of child custody. The Convention clarifies the applicable national law in cases when there is a conflict of competence between two or more national legal systems. The scope regards civil aspects, so it concerns mostly situations of separated parents or other persons having legal rights on the child. Given that the scope of the Convention is protecting children finding themselves in legal uncertainty, the aim is to have it ratified by as many states as possible. All EU Member States have ratified. This report aims at giving Austria and Romania the authorisation to accept the accession of Korea to the Convention, which will allow the entering into force of the Convention between Korea and the entire EU. I voted in favour of the report.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hoz létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között. Az ilyen esetekben a legnagyobb probléma az államok jogrendszerének nemzeti jellege. Az egyezmény olyan rendszert hoz létre, amellyel biztosítható a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérése. Az EU e területen jelenleg kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik, ahogyan azt a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette. Az egyezmény célja az ilyen helyzetek nemzetközi szintű megoldása annak meghatározása révén, hogy a gyermek tartózkodási helye szerinti állam jogszabálya érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik.

A tagállamok tehát már nem járhatnak el saját hatáskörükben. A probléma abból adódik, hogy az egyezmény nem rendelkezik a nemzetközi szervezetek önálló fellépéséről, így Koreának az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a Korea csatlakozását még el nem fogadott két tagállamot – Ausztriát és Romániát –, hogy fogadja el Korea csatlakozását. Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatályba lépését Korea és az Európai Unió egésze között. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hoz létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között, hogy megoldást találjanak a gyermekek jogellenes külföldre vitelének ügyében. Az ilyen esetekben a legnagyobb probléma az államok jogrendszerének nemzeti jellege. Az egyezmény célja az ilyen helyzetek nemzetközi szintű megoldása annak meghatározása révén, hogy a gyermek tartózkodási helye szerinti állam jogszabálya érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik. Az egyezmény továbbá olyan rendszert hoz létre, amellyel biztosítható a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérése.

Az EU e területen jelenleg kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik, ahogyan azt a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette. A tagállamok tehát már nem járhatnak el saját hatáskörükben. A probléma abból adódik, hogy az egyezmény nem rendelkezik a nemzetközi szervezetek önálló fellépéséről, így Koreának az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a Korea csatlakozását még el nem fogadott két tagállamot – Ausztriát és Romániát –, hogy fogadja el Korea csatlakozását. Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatályba lépését Korea és az Európai Unió egésze között. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe para tener en cuenta la adhesión de la República de Corea al mismo. La adhesión de Corea al Convenio es una buena noticia. La Comisión, junto con expertos en justicia civil de los Estados miembros, ha evaluado el funcionamiento del sistema judicial de la República de Corea y la voluntad de este país de aplicar el Convenio, y considera conveniente que el Convenio entre la Unión y la República de Corea entre en vigor, ya que en Europa reside una importante comunidad coreana, lo cual hace que sea aún más pertinente aceptar dicha adhesión.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. – W dniu dzisiejszym posłowie poparli przystąpienie Korei Południowej do Konwencji haskiej. Konwencja haska z dnia 25 października 1980 r. dotyczy problemów, które pojawiają się, gdy dochodzi do rozpadu związku. Wtedy często – jeżeli matka i ojciec pochodzą z dwóch różnych państw – kuszące może być wykorzystanie braku współpracy między państwami w celu uzyskania opieki nad dzieckiem.

Największym problemem w takich przypadkach jest ustalenie właściwego sądu oraz kraju, w którym ma odbyć się rozprawa. Według konwencji właściwe do rozpatrywania takich sporów są sądy i przepisy prawne państwa, w którym zamieszkuje dziecko.

Po przystąpieniu Korei Południowej do konwencji niezbędna będzie jeszcze decyzja Rady upoważniająca państwa członkowskie do wyrażenia zgody na to przystąpienie, które moim zdaniem jest jak najbardziej pożądane.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Das seit 1980 bestehende Haager Übereinkommen richtet sich auf den Schutz von Kindern. Die festgeschriebenen zivilrechtlichen Aspekte zur Prävention von Kindesentführungen und der Rückführung von entführten Kindern sind Bestandteil einer unumstößlichen Strategie zum Schutze des Wohlergehens von Kindern. Den Beitritt von möglichst vielen Staaten zu diesem Übereinkommen begrüße ich sehr.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I chose to abstain on this vote because it is such an emotive issue. The right of countries acceding to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction is extremely important; however, this should be done at the will of the individual country and not en masse by the EU.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Cette adhésion étant la manifestation de la volonté des États concernés, il n'y avait aucune raison de s'y opposer par un vote défavorable. Il est pour le coup nécessaire d'agir pour protéger les enfants comme les parents.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Corea al Convenio de la Haya en relación a los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, porque supone mayor protección y garantías para los mismos. El Convenio de la Haya establece un sistema que permite la cooperación de los Estados contratantes para encontrar una solución a las situaciones de sustracción internacional de menores. Estos casos suelen darse en casos de separaciones con progenitores de diferentes países. El Convenio regula que la legislación aplicable en estos casos sea la del Estado de residencia del menor. También instaura un sistema para garantizar el regreso inmediato del menor sustraído.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie w sprawie wniosku dotyczącego decyzji Rady upoważniającej niektóre państwa członkowskie do wyrażenia zgody, w interesie Unii Europejskiej, na przystąpienie Republiki Korei do konwencji haskiej z 1980 r. dotyczącej cywilnych aspektów uprowadzenia dziecka za granicę

Konwencja haska z dnia 25 października 1980 roku dotycząca cywilnych aspektów uprowadzenia dziecka za granicę jest dokumentem o szczególnym znaczeniu, wprowadza ona bowiem system umożliwiający umawiającym się państwom współpracę przy rozstrzyganiu spraw dotyczących uprowadzenia dziecka za granicę przez jednego z rodziców lub prawnych opiekunów.

Niezmiennie problematycznym w takich sytuacjach jest ustalenie sądu właściwego w sprawie przyznania opieki nad dzieckiem rodzicowi lub opiekunowi w sytuacji, gdy każde z rodziców czy opiekunów posiada obywatelstwo innego kraju.

Celem konwencji jest zaradzenie temu problemowi na szczeblu międzynarodowym poprzez ustalenie, że wyłącznie właściwymi są sądy i przepisy prawne państwa, w którym zamieszkuje dziecko. Konwencja wprowadza również system gwarantujący niezwłoczny powrót uprowadzonego dziecka.

Jako, że system oparty na konwencji haskiej będzie tym skuteczniejszy, im więcej państw będzie w nim uczestniczyć, a funkcjonowanie wymiaru sprawiedliwości w Korei Południowej pozwala na przystąpienie tego kraju do konwencji, w mojej ocenie właściwym jest, aby konwencja zawarta między UE a Koreą Południową weszła w życie, ażeby dzieci podlegały ochronie w całej UE.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted to support the package on the accession of the Republic of Korea to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction. Once again, this is important for engagement in enhanced international cooperation with other signatories to the convention.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hoz létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között, hogy megoldást találjanak a gyermekek jogellenes külföldre vitelének ügyében. Az ilyen esetekben a legnagyobb probléma az államok jogrendszerének nemzeti jellege. Az egyezmény célja az ilyen helyzetek nemzetközi szintű megoldása annak meghatározása révén, hogy a gyermek tartózkodási helye szerinti állam jogszabálya érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik. Az egyezmény továbbá olyan rendszert hoz létre, amellyel biztosítható a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérése.

Az EU e területen jelenleg kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik, ahogyan azt a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette. A tagállamok tehát már nem járhatnak el saját hatáskörükben. A probléma abból adódik, hogy az egyezmény nem rendelkezik a nemzetközi szervezetek önálló fellépéséről, így Koreának az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a Korea csatlakozását még el nem fogadott két tagállamot – Ausztriát és Romániát –, hogy fogadja el Korea csatlakozását. Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatályba lépését Korea és az Európai Unió egésze között.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I welcome the accession of the Republic of Korea to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction. The European Union has set as one of its aims the promotion of the protection of the rights of the child, as stated in Article 3 of the Treaty on European Union, and by supporting Korea's accession we encourage other nations to follow suit.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hoz létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között, hogy megoldást találjanak a gyermekek jogellenes külföldre vitelének ügyében. Az ilyen esetekben a legnagyobb probléma az államok jogrendszerének nemzeti jellege. Az egyezmény célja az ilyen helyzetek nemzetközi szintű megoldása annak meghatározása révén, hogy a gyermek tartózkodási helye szerinti állam jogszabálya érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik. Az egyezmény továbbá olyan rendszert hoz létre, amellyel biztosítható a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérése.

Az EU e területen jelenleg kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik, ahogyan azt a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette. A tagállamok tehát már nem járhatnak el saját hatáskörükben. A probléma abból adódik, hogy az egyezmény nem rendelkezik a nemzetközi szervezetek önálló fellépéséről, így Koreának az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a Korea csatlakozását még el nem fogadott két tagállamot – Ausztriát és Romániát –, hogy fogadja el Korea csatlakozását. Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatályba lépését Korea és az Európai Unió egésze között. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu la décision du Conseil relative à l'adhésion de la Corée à la convention de La Haye sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants.

Cette convention, ratifiée par l'ensemble des pays membres de l'Union, prévoit des mécanismes de coopération pour remédier aux conflits de compétence lorsque deux juridictions se déclarent compétentes pour la garde d'enfants dans le cadre de la séparation d'un couple binational.

Il est essentiel de préserver l'intérêt de l'enfant et c'est pourquoi je me félicite que les pays en Europe et dans le reste du monde prennent des engagements par lesquels ils réaffirment leur volonté de clarifier la procédure de séparation de manière à ne pas être les complices indirects des enlèvements d'enfants.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – This report aims at giving Member States, with the exception of Denmark to which this is not applicable, the authorisation to accept the accession of South Korea to the Convention, which will allow the entering into force of the Convention between South Korea and the entire EU. The Czech Republic, Ireland and Lithuania already accepted it.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o Prijedlogu odluke Vijeća kojom se određene države članice ovlašćuju da u interesu Europske unije prihvate pristupanje Republike Koreje Haškoj konvenciji o građansko-pravnim aspektima međunarodne otmice djece iz 1980. jer se time svim državama članicama, osim Danske, Češke, Irske i Litve, omogućuje da prihvate pristup Južne Koreje. Ustanovljeno je da pravni sustav Južne Koreje zadovoljava pojedine uvjete i kriterije, te je stoga poželjno da Konvencija stupi na snagu. Nužno je da se problem otmice djece riješi na međunarodnoj razini, te da primjenjivi zakoni i nadležni sudovi budu oni države boravišta djeteta. Što je više država potpisnica, to je Konvencija djelotvornija, te stoga podržavam ovo izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Il est nécessaire de renforcer la coopération entre États en matière d'enlèvement international d'enfants afin d'enrayer l'exploitation qu'en font des individus issus de différents États. En établissant la compétence juridictionnelle selon l'État de résidence de l'enfant, la convention a pu résoudre la question du retour des enfants et doter l'UE d'une compétence externe exclusive. La Corée ayant fait le choix de manière souveraine d'adhérer, il n'y a pas de raison de m'opposer à l'adoption du texte.

J'ai voté pour.

Diane James (EFDD), *in writing*. — UKIP chose to abstain on this vote because it is such an emotive issue. The right of countries acceding to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction is extremely important; however, this should be done at the will of the individual country and not en bloc by the EU.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Angel Dzhambazki qui vient entériner la décision du Conseil relatif à l'application de la convention de La Haye entre l'UE et la Corée. Cette convention instaure un système de coopération judiciaire. Largement soutenu au sein du Parlement, cette procédure permettra de remettre l'intérêt de l'enfant au cœur des décisions de justice internationale, notamment dans les cas d'enlèvement suite à un divorce.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur l'adhésion de la Corée à la convention de La Haye car il est nécessaire d'élargir la liste des pays parties à ce texte qui garantit le retour d'enfants déplacés ou retenus illicitement par l'un de leurs parents dans un État et vise plus largement à faire respecter les droits de visite, de garde et d'hébergement.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Η σύμβαση της Χάγης, της 25ης Οκτωβρίου 1980, για τα αστικά θέματα της διεθνούς απαγωγής παιδιών, αποτελεί εργαλείο ζωτικής σημασίας. Έχει κυρωθεί από όλα τα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Η σύμβαση αυτή θεσπίζει ένα σύστημα που παρέχει στα συμβαλλόμενα κράτη τη δυνατότητα να συνεργάζονται για την εξεύρεση λύσης σε καταστάσεις διεθνούς απαγωγής παιδιών. Επομένως είναι απαραίτητη, σε συνέχεια της προσχώρησης της Νότιας Κορέας στη σύμβαση, η έκδοση απόφασης του Συμβουλίου με την οποία εξουσιοδοτούνται τα κράτη μέλη (εκτός από τη Δανία, που εξαιρείται από την πολιτική της Ένωσης για την αστική δικαιοσύνη, και την Τσεχία, την Ιρλανδία και τη Λιθουανία, που έχουν ήδη αποδεχθεί την προσχώρηση της Νότιας Κορέας) να αποδεχθούν την προσχώρηση της χώρας. Τούτο θα επιτρέψει να τεθεί σε ισχύ η σύμβαση μεταξύ της Νότιας Κορέας αφενός και της Ευρωπαϊκής Ένωσης στο σύνολό της αφετέρου.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich schließe mich dem vorliegenden Bericht an. Das Abkommen regelt Fälle von internationaler Kindesentführung durch Partner unterschiedlicher Nationalität oder mit unterschiedlichen Wohnsitzen und beinhaltet Regelungen zur Beilegung von Sorgerechtsstreitigkeiten. Dass Korea sich diesem Abkommen verpflichtet, ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Rechte von Kindern.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, as the accession will allow acceding to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction to participate in enhanced international cooperation with other signatories to the Convention.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hoz létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között, hogy megoldást találjanak a gyermekek jogellenes külföldre vitelének ügyében. Az ilyen esetekben a legnagyobb probléma az államok jogrendszerének nemzeti jellege. Az egyezmény célja az ilyen helyzetek nemzetközi szintű megoldása annak meghatározása révén, hogy a gyermek tartózkodási helye szerinti állam jogszabálya érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik. Az egyezmény továbbá olyan rendszert hoz létre, amellyel biztosítható a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérése.

Az EU e területen jelenleg kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik, ahogyan azt a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette. A tagállamok tehát már nem járhatnak el saját hatáskörükben. A probléma abból adódik, hogy az egyezmény nem rendelkezik a nemzetközi szervezetek önálló fellépéséről, így Koreának az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a Korea csatlakozását még el nem fogadott két tagállamot – Ausztriát és Romániát –, hogy fogadja el Korea csatlakozását. Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatályba lépését Korea és az Európai Unió egésze között. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – The Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction is an essential instrument, ratified by all the EU Member States in order to condemn child abuses. The Convention introduces a system of cooperation between the contracting states to settle international cases in child abduction. Following the accession of South Korea to the Convention, a Council decision is therefore necessary to authorise the Member States to accept the accession of South Korea. I voted in favour of this, to allow the Convention's implementation between South Korea and the entire European Union.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепям доклада относно предложението за решение на Съвета за разрешаване на определени държави членки да приемат, в интерес на Европейския съюз, присъединяването на Република Корея към Хагската конвенция от 1980 г. за гражданските аспекти на международното отвличане на деца.

С Конвенцията се въвежда система за сътрудничество между договарящите държави, целяща уреждането на случаи на международно отвличане на деца. В много случаи тези проблеми възникват вследствие на раздяла между родителите. Ако майката и бащата са от различни държави, съществува възможността някой от тях да се възползва от липсата на сътрудничество между тези държави, така че да си осигури упражняването на родителските права по отношение на детето.

Приветствам присъединяването на Южна Корея към Конвенцията. Комисията, наред с експерти от държавите членки по гражданското правосъдие, направи оценка на функционирането на съдебната система на Южна Корея и готовността на страната за прилагане на Конвенцията и счита, че е желателно Конвенцията да влезе в сила между Европейския съюз и Южна Корея. Подкрепям това, тъй като системата на Хагската конвенция действа по-ефективно, когато към нея се присъединяват повече държави. Съществува значителна корейски общност в Европа, което повишава значението на приемането на това присъединяване.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – The Hague Convention of 25 October 1980 on the Civil Aspects of International Child Abduction is a multilateral treaty, which seeks to protect children from the harmful effects of abduction and retention across international boundaries by providing a procedure to bring about their prompt return. The treaty has been ratified by all EU Member States. In light of this, it is important to note that the EU now has exclusive external competence in this field as confirmed by the Court of Justice in Opinion 1/13, which means that Member States no longer act on their own account. However, the paradox is that the Convention does not provide for autonomous action by international organisations. In this sense, a Council decision is necessary to authorise the Member States (except Denmark, which is excluded from the Union's civil justice policy, and Czechia, Ireland and Lithuania, which have already accepted the accession of South Korea) to accept the accession of South Korea. Therefore, I call both the EU and Member States to welcome and accept the accession of South Korea to the Convention because in this manner children's rights will be protected and preserved.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Voto a favore della relazione relativa all'adesione della Repubblica di Corea alla Convenzione dell'Aia del 1980 sugli aspetti civili della sottrazione internazionale di minori, cosi come nei due casi precedenti di Kazakhstan e Peru, per la necessità di trovare soluzioni concrete a tutela dei minorenni figli di coniugi separati e provenienti da Stati differenti.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport car il permet de régler les cas d'enlèvement international d'enfants. La Corée a fait le choix de demander cette adhésion.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport sur l'adhésion de la Corée à la convention de La Haye de 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants. Cette convention sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants instaure un système de coopération entre les États contractants visant à régler les cas d'enlèvement international d'enfants. Elle a été ratifiée par tous les États membres de l'UE. Dans de nombreux cas, ces problèmes se posent quand un couple est séparé. Si la mère et le père sont de différents États, il y a une tentation d'exploiter le manque de coopération entre les États afin d'assurer la garde de l'enfant. Le but de la convention est de résoudre de telles situations au niveau international, en établissant que les juridictions compétentes et les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'enfant. La convention introduit également un système qui assure le retour immédiat des enfants enlevés. Après la ratification, la convention entrera en vigueur entre la Corée et l'ensemble de l'Union européenne.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – La convention de La Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants instaure un système de coopération entre les États contractants visant à régler les cas d'enlèvement international d'enfants. Elle a été ratifiée par tous les États membres de l'UE. Le but de la convention est principalement de résoudre des situations de garde d'enfants au niveau international, en établissant que les juridictions compétentes et les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'enfant. La convention introduit également un système qui assure le retour immédiat des enfants qui ont été enlevés. L'UE dispose désormais d'une compétence externe exclusive dans ce domaine tel que confirmé par la Cour de justice dans son avis 1/13. Après la ratification, la convention entrera en vigueur entre ces trois pays et l'ensemble de l'Union européenne. Je suis donc en faveur de l'adoption de ce texte car ces pays ont fait le choix de demander cette adhésion.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la autorización para aceptar el acceso de la República de Corea a la Convención de La Haya sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, lo cual permitirá la entrada en vigor de la norma a este país y todos los Estados miembros de la Unión.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Corea al Convenio de La Haya sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, puesto que considero positivos este tipo de coordinación entre los Estados a la hora de resolver los delicados casos de la sustracción internacional de menores, con el objetivo de avanzar hacia el respeto de los derechos e intereses de los niños y niñas.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – El presente proyecto de resolución legislativa del Parlamento Europeo aprueba que determinados Estados miembros acepten, en interés de la Unión, la adhesión de la República de Corea al Convenio de la Haya de 1980, sobre los aspectos civiles de la sustracción de menores.

El mencionado Convenio es fundamental ya que estructura la cooperación de los Estados contratantes para encontrar una solución a la sustracción internacional de menores. Así, resuelve el caso en el que dos nacionales distintos se divorcien y traten de usar su propia legislación en su favor. El convenio protege al menor disponiendo que los tribunales competentes y la legislación aplicable será del país de residencia del menor.

La numerosa comunidad coreana en la Unión hace pertinente aprobar la adhesión de Corea al Convenio, así como el hecho de que éste será más eficaz cuantos más Estados se adhieran a él. Es por ello que voto favorablemente al informe.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem pro. Haagskou úmluvu o občanskoprávních aspektech mezinárodních únosů dětí považuji za užitečný nástroj pro mezinárodní spolupráci zejména v případech smíšených manželství, kdy jeden z rodičů odveze dítě do své původní vlasti. Tímto rozhodnutím se povoluje členským státům schválit přistoupení Korejské republiky k úmluvě. Je ale smutné, že na to potřebují členské státy souhlas EU.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Haška konvencija važan je instrument ratificiran od strane svih država članica EU-a. Konvencija uvodi sustav suradnje između država ugovornica u cilju rješavanja slučajeva međunarodne otmice djece.

U mnogim slučajevima, ovi problemi nastaju kada par ima različita državljanstva, a najveći problem u takvim slučajevima je nacionalna pristranost pravnih sustava pojedinih država. Svrha Konvencije je rješavanje takvih situacija na međunarodnoj razini, kojim se utvrđuje nadležnost sudova i primjenjivost zakona, a uvodi sustav koji osigurava neposredan povratak djece koja su oteta.

Nakon pristupanja Južne Koreje ovoj Konvenciji, države članice moraju prihvatiti ovo pristupanje, kako bi Konvencija mogla stupiti na snagu. Funkcioniranje pravosudnog sustava Južne Koreje spremno je za provedbu ove Konvencije, stoga sam podržala ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The Hague Convention of 1980 has been ratified by 93 countries, including all EU Member States. The Convention entered into force in the Republic of Korea on 1st March 2013. Several Member States have already accepted the accession of the Republic of Korea to the 1980 Hague Convention.

I share the goal of the proposed act to authorise certain Member States to accept, in the interest of the European Union, the accession of the Republic of Korea to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Kórejčania predstavujú významnú komunitu v Európe. Umiestňovanie ich podnikateľských aktivít na území Únie zvyšuje aj možnosť vytvárania partnerských zväzkov a narodenie detí z týchto vzťahov. Podporujem pristúpenie Kórejskej republiky k dohovoru, pretože umožní efektívnejšie vykonávanie ochrany aj pri deťoch, ktoré sú určitým spôsobom spojené s kórejskou komunitou.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Συμβουλίου με την οποία εξουσιοδοτούνται ορισμένα κράτη μέλη, προς το συμφέρον της Ευρωπαϊκής Ένωσης, να αποδεχθούν την προσχώρηση της Δημοκρατίας της Κορέας στη Σύμβαση της Χάγης του 1980 για τα αστικά θέματα της διεθνούς απαγωγής παιδιών, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

Il concerne l'adhésion de la Corée à la convention de La Haye de 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants.

Ce texte permet une coopération entre les États contractants et détermine la juridiction compétente lorsqu'il faut déterminer la garde des enfants, en cas de séparation d'un couple dont les parents n'ont pas la même nationalité. Ce texte a été mis en place et ratifié par tous les États membres, afin d'éviter que deux tribunaux, de deux pays différents, se déclarent compétents. La règle est simplifiée: les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'enfant.

Par ailleurs, ce texte établit le retour immédiat des enfants qui ont été enlevés.

Enfin, ce pays a fait le choix de demander cette adhésion, ce que nous approuvons.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόταση απόφασης του Συμβουλίου για την προσχώρηση της Δημοκρατίας της Κορέας στη σύμβαση της Χάγης του 1980 για τα αστικά θέματα της διεθνούς απαγωγής παιδιών, και τούτο γιατί η σύμβαση αυτή είναι εργαλείο ζωτικής σημασίας αφού δίνει τη δυνατότητα στα συμβαλλόμενα κράτη να συνεργάζονται για την εξεύρεση λύσης σε θέματα διεθνούς απαγωγής παιδιών. Ως εκ τούτου είναι απαραίτητη, εκτιμώ, μετά την προσχώρηση της Νότιας Κορέας στη σύμβαση, η έκδοση απόφασης του Συμβουλίου που εξουσιοδοτεί τα κράτη μέλη να κάνουν δεκτή την προσχώρηση της χώρας, αφού αυτό θα επιτρέψει να τεθεί σε ισχύ η σύμβαση μεταξύ της Ν. Κορέας και της ΕΕ στο σύνολό της. Επιπλέον, η παρουσία της κορεατικής κοινότητας στην Ευρώπη είναι έντονη, γεγονός που κάνει τα ανωτέρω ακόμη πιο σημαντικά.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die Vertragsstaaten kommen überein, ein System zur Zusammenarbeit im Falle von Kindesentführungen durch getrennte Partner verschiedener Nationalitäten zu implementieren. Gerichtsstand hierfür soll der Wohnsitzstaat des Kindes sein. Da außerdem die Abwicklung um die Rückkehr des Kindes zum entsprechenden Elternteil beschleunigt werden soll und damit die Belastung des Kindes bei internationalen Sorgerechtsstreitigkeiten verringert wird, stimme ich diesem Antrag zu.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pietų Korėjos prisijungimas prie Konvencijos vertintinas palankiai. Komisija kartu su valstybių narių civilinio teisingumo srities ekspertais įvertino Pietų Korėjos teisingumo sistemos veikimą bei šios šalies pasiryžimą įgyvendinti Konvenciją ir laikosi nuomonės, jog pageidautina, kad Konvencija įsigaliotų tarp Europos Sąjungos ir Pietų Korėjos. Pritariu šiame pranešime išdėstytoms nuostatoms, nes manau, kad Hagos konvencijos sistema bus veiksmingesnė ir tarptautinio vaikų grobimo bylas bus lengviau nagrinėti, jei prie Konvencijos prisijungs daugiau šalių.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Je me félicite de l'adhésion de la Corée du Sud à la convention internationale sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants. Les États signataires s'engagent notamment à ce que la cour compétente pour le droit de garde et de visite soit celle de l'État de résidence de l'enfant. Il s'agit ici d'autoriser certains États membres de l'UE à reconnaître l'adhésion de la Corée à la convention. Un vote surréaliste sur la décision d'États membres souverains de reconnaître une adhésion d'un pays tiers à une convention internationale. Pourquoi? Parce que, en vertu de l'avis 1/13 de la Cour de justice, la Commission a désormais la compétence exclusive sur l'application de cette décision en matière civile sur «son» territoire. La décision ne s'applique pas à certains États membres: le Danemark, qui dispose d'une clause d'exemption sur la politique de justice civile de l'Union, et la République tchèque, l'Irlande et la Lituanie, qui ont déjà reconnu la décision de la Corée avant que cela ne devienne une compétence exclusive de l'UE. Je conteste cette limitation de souveraineté Je vote néanmoins POUR cette reconnaissance d'adhésion à la convention au bénéfice de la protection des enfants au-delà des frontières.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La convention de La Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants instaure un système de coopération entre les États contractants visant à régler les cas d'enlèvement international d'enfants. Elle a été ratifiée par tous les États membres de l'UE. Le but de la convention est principalement de résoudre des situations de garde d'enfants au niveau international, en établissant que les juridictions compétentes et les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'enfant. La convention introduit également un système qui assure le retour immédiat des enfants qui ont été enlevés. L'UE dispose désormais d'une compétence externe exclusive dans ce domaine tel que confirmé par la Cour de justice dans son avis 1/13. Après la ratification, la convention

entrera en vigueur entre ces trois pays et l'ensemble de l'Union européenne. Je suis donc en faveur de l'adoption de ce texte car ces pays ont fait le choix de demander cette adhésion.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O objetivo da Convenção da Haia, de 25 de outubro de 1980, sobre os Aspetos Civis do Rapto Internacional de Crianças (a seguir designada «Convenção de 1980»), até hoje ratificada por 93 países, incluindo todos os Estados-Membros da UE, é restabelecer o *status quo* mediante o regresso imediato de crianças ilicitamente transferidas ou retidas através de um sistema de cooperação entre as autoridades centrais designadas pelas Partes Contratantes. O objetivo da presente decisão é fazer com que a Convenção de 1980 entre em vigor entre a República da Coreia e os Estados-Membros da União Europeia. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of accepting Korea's accession to the Hague Convention as it furthers the protection that the Union can provide to children.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — La mondialisation offre des opportunités inégalées mais elle exige également une responsabilité sociale, économique et politique de nature éthique. Tout enfant a le droit d'entretenir des relations personnelles régulières avec ses deux parents. Le rapt parental revient à nier ce droit et place l'enfant, privé d'un de ses parents, de sa famille élargie, de sa langue maternelle, et d'une de ses cultures, dans un état de stress et d'insécurité. Les séquelles d'un enlèvement sont incommensurables. C'est pourquoi j'incite les États membres qui ne l'on pas encore fait à reconnaitre l'adhésion de la République de Corée à la convention de La Haye. Les enlèvements d'enfant sont vécus à juste titre comme des drames, non seulement par l'enfant lui-même qui vit un véritable bouleversement affectif, mais aussi par le parent victime de ce rapt, angoissé en permanence de savoir son enfant privé de son affection et de sa protection. La réponse de l'UE doit être à la hauteur de ce drame humain inacceptable, de cette détresse sans nom.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which aims at giving Member States (except Denmark to which this is not applicable; and the Czech Republic, Ireland and Lithuanian which have already accepted it), the authorisation to accept the accession of South Korea to the Convention, which will allow the entering into force of the Convention between South Korea and the entire EU. The Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction, adopted in 1980, is an international instrument of cooperation, enabling signatory states to settle cross border cases regarding child custody and abduction. The Convention clarifies the applicable national law in cases when there is a conflict of competence between two or more national legal systems. The scope regards civil aspects, so it concerns mostly situations of separated parents or other persons having legal rights on the child. Given that the scope of the Convention is protecting children finding themselves in legal uncertainty, the aim is to have it ratified by as many states as possible. All EU Member States have ratified.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hoz létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között, hogy megoldást találjanak a gyermekek jogellenes külföldre vitelének ügyében, továbbá amellyel biztosítja a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérését. Az egyezményt az Európai Unió valamennyi tagállama ratifikálta. A Koreai Köztársaság bejelentette csatlakozási szándékát az egyezményhez. Minthogy az egyezmény nem rendelkezik a nemzetközi szervezetek önálló fellépéséről, az Európai Unió a szerződés ilyen irányú kiegészítését nem ratifikálhatja.

Minthogy viszont az Európai Bíróság 2014. október 14-én kelt véleménye kimondja, hogy az EU e területen jelenleg kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik, a tagországok (a kiegészítést korábban már ratifikáló Csehország, Írország és Litvánia és az Unió polgári igazságszolgáltatási politikájából kimaradó Dánia kivételével) ezután ezt már csak az Európai Tanács felhatalmazásával tehetik meg. A Tanács tehát határozatot kíván hozni, amely fölhatalmazná a tagországokat Dél-Korea csatlakozásának ratifikálására, ehhez azonban konzultálnia kell a Parlamenttel. A Jogi Bizottság jelentésében azt indítványozza, hogy a Parlament hagyja jóvá a Tanács határozati javaslatát. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – La Convention de La Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants instaure un système de coopération entre les États contractants visant à régler ces cas. Elle a été ratifiée par tous les États membres de l'UE. Son but est de résoudre de telles situations au niveau international, en établissant que les juridictions compétentes et les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'enfant. La convention introduit également un système qui assure le retour immédiat des enfants qui ont été enlevés. L'UE dispose désormais d'une compétence externe exclusive dans ce domaine. Par conséquent, les États membres n'agissent plus

pour leur propre compte. Après la ratification, la Convention entrera en vigueur entre la Corée et l'ensemble de l'Union européenne. Nous sommes en faveur de l'adoption de ces textes car ces pays ont fait le choix de demander cette adhésion.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A Convenção da Haia sobre os Aspetos Civis do Rapto Internacional de Crianças, de 25 de outubro de 1980, é um instrumento de importância vital e foi ratificada por todos os Estados-Membros da UE. Esta Convenção estabelece um sistema de cooperação entre os Estados contratantes com o objetivo de encontrar uma solução para casos de rapto internacional de crianças.

Com a adesão da Coreia do Sul à Convenção é necessária uma decisão do Conselho para autorizar os Estados-Membros a aceitaram esta adesão (com exceção da Dinamarca, excluída do âmbito de aplicação da política de justiça civil da União, e da República Checa, da Irlanda e da Lituânia, que já aceitaram a adesão da Coreia do Sul).

Deste modo, a Convenção entrará em vigor entre a República da Coreia e toda a União Europeia. Defendo a aprovação da presente proposta, de modo a assegurar a proteção dos menores em questão em todo o território da União Europeia.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – L'UE dispose désormais d'une compétence externe exclusive dans ce domaine tel que confirmé par la Cour de justice dans son avis 1/13. Par conséquent, les États membres n'agissent plus pour leur propre compte. Le problème est que la convention ne prévoit pas d'action autonome par les organisations internationales.

Après la ratification, la convention entrera en vigueur entre ces trois pays et l'ensemble de l'Union européenne.

Je suis en faveur de l'adoption de ces textes car ces pays ont fait le choix de demander cette adhésion.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à l'adhésion de la Corée à la convention de La Haye de 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants. Afin d'éviter au maximum les conflits de lois ou de juridictions lorsqu'il s'agit de résoudre un litige présentant une situation internationale, les conventions internationales doivent être signées et ratifiées par le nombre le plus élevé possible d'États.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui porte approbation d'une décision du Conseil relative à l'adhésion de la Corée à la convention de La Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils liés à l'enlèvement d'enfants à l'échelle internationale. Cette convention, ratifiée par l'ensemble des membres de l'Union, prévoit des mécanismes de coopération pour remédier aux conflits de compétence lorsque deux juridictions se déclarent compétentes pour la garde d'enfants dans le cadre de la séparation d'un couple binational.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – La convenzione dell'Aia del 25 ottobre 1980 sugli aspetti civili della sottrazione internazionale di minori è uno strumento di fondamentale importanza che è stato ratificato da tutti gli Stati membri dell'Unione europea introducendo un sistema che permette agli Stati contraenti di cooperare per trovare una soluzione ai casi di sottrazione internazionale di minori. Succede spesso infatti che i tribunali di entrambi gli Stati coinvolti si dichiarino competenti e che ciascuno di essi affidi il minore al genitore che è cittadino dello Stato in cui si trova il tribunale. La convenzione mira a risolvere queste situazioni a livello internazionale. Pertanto mi sono espressa a favore dell'adesione della Repubblica di Corea alla convenzione permettendo quindi che i minori legati alla comunità coreana beneficino di una protezione a livello di tutta l'Unione europea.

József Nagy (PPE), *írásban*. – A házasságok egyre gyakoribb széthullása alól Korea sem jelent kivételt. Mint minden országban, itt is számolnunk kell a gyermekek elhelyezéséről szóló bírósági ítéletek késleltetésének eshetőségével. Úgy gondolom, hogy a Hágai Egyezményhez való csatlakozás egy lépést jelent az Európai Unió és Dél-Korea közötti kapcsolatok elmélyítésében is. Igaz, hogy a jelentés inkább technikai jellegű, mégis egy virágzó együttműködés jelképeként tekinthetünk rá.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The Hague Convention has as primary objective the international abduction of children due to the separation of the parents who have different citizenship from each other. I have voted for this report that will grant the accession of the Republic of Korea to the Convention in order to ensure the EU's protection to the children in that specific part.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da mit diesem Abkommen Sorgerechtsstreitigkeiten geregelt werden. Vor allem bei Sorgerechtsstreitigkeiten, bei denen die Eltern unterschiedliche Nationalitäten nachweisen, ist diese Regelung von Vorteil.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Konventsioon on ülioluline, et tagada rahvusvaheliste lapseröövijuhtumite võimalikult kiire ja tulemuslik lahendamine. Nõukogu otsus lubab liikmesriikidel anda nõusoleku Korea ühinemiseks, et konventsioon saaks ELi ja Korea vahel jõustuda.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η πρόληψη της απαγωγής παιδιών αποτελεί ουσιώδες μέρος της πολιτικής της ΕΕ για την προαγωγή των δικαιωμάτων των παιδιών. Επομένως η Ευρωπαϊκή Ένωση δραστηριοποιείται σε διεθνές επίπεδο για τη βελτίωση της εφαρμογής της σύμβασης του 1980 και παροτρύνει τρίτες χώρες να προσχωρήσουν σε αυτή. Η Επιτροπή, από κοινού με τους εμπειρογνώμονες των κρατών μελών σε θέματα αστικής δικαιοσύνης, αξιολόγησε τη λειτουργία του συστήματος απονομής δικαιοσύνης της Νότιας Κορέας και την προθυμία της χώρας να εφαρμόσει τη σύμβαση, και θεωρεί ότι είναι επιθυμητό να τεθεί σε ισχύ η σύμβαση μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Νότιας Κορέας. Ως εκ τούτου, ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την προσχώρηση της Κορέας στη σύμβαση της Χάγης του 1980 διότι έτσι το σύστημα της σύμβασης της Χάγης καθίσταται πιο αποτελεσματικό, με την προσχώρηση περισσότερων χωρών. Η παρουσία της κορεατικής κοινότητας στην Ευρώπη είναι έντονη, γεγονός που καθιστά την αποδοχή της προσχώρησης αυτής ακόμη πιο σημαντική.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP chose to abstain on this vote because it is such an emotive issue. The right of countries acceding to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction is extremely important; however, this should be done at the will of the individual country and not en bloc by the EU.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Considerato che lo scopo della convenzione dell'Aia del 25 ottobre 1980 sugli aspetti civili della sottrazione internazionale di minori è quello di creare un sistema di cooperazione tra le autorità centrali nominate da ciascuno Stato contraente in modo tale da consentire l'immediato rientro dei minori che sono stati illecitamente trasferiti o trattenuti. Considerato che l'Unione europea ha fissato tra i suoi obiettivi la promozione della tutela dei diritti del minore ed è da sempre attiva a livello internazionale per la tutela di questi ultimi. Ritengo, al fine di perseguire questi scopi di primaria importanza, accettare l'adesione della Repubblica di Corea, sento quindi di dovermi esprimere positivamente. Pertanto, ho votato a favore.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Poštujući prava djece kao jedno od temeljnih pitanja politike EU-a te sa željom da ostanemo dosljedni u provođenju svojih odluka, podržala sam ovaj prijedlog odluke Vijeća o ovlašćivanju određenih država članica da u interesu Europske unije prihvate pristup Republike Koreje Haškoj konvenciji o građansko pravnim aspektima međunarodne otmice djece iz 1980. Kako je sprječavanje otmice djece važan dio politike EU-a za promicanje prava djeteta s tim je ciljem donesena Haška konvencija o građansko-pravnim aspektima međunarodne otmice djece od 25. listopada 1980. godine. Europska unija na međunarodnoj razini aktivno radi na unaprjeđenju njezine primjene i potiče treće zemlje da joj pristupe. Stoga je Komisija 2011. donijela osam prijedloga odluka Vijeća u cilju prihvaćanja pristupa osam zemalja ovoj Haškoj konvenciji. Koreja je položila instrument pristupa Konvenciji tek 2012. godine. Sud Europske unije je 2014. godine izjavio da je prihvat pristupa treće države Konvenciji u isključivoj nadležnosti Europske unije. Slijedeći tu odluku, Vijeće Europske unije je u 2015. donijelo sedam odluka utemeljenih na prijedlozima iz 2011. Ovim Prijedlogom uzima se u obzir treća zemlja (Koreja) koja je pristupila Konvenciji prije nego što je utvrđena vanjska nadležnost EU-a te zato pozdravljam donesenu odluku.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – La convention de La Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants instaure un système de coopération entre les États contractants visant à régler les cas d'enlèvement international d'enfants. Elle a été ratifiée par tous les États membres de l'UE.

Dans de nombreux cas, ces problèmes se posent quand un couple est séparé. Si la mère et le père sont de différents États, il y a une tentation d'exploiter le manque de coopération entre les États afin d'assurer la garde de l'enfant. Il est courant que les tribunaux dans les deux États concernés se déclarent compétents, avec chacun d'eux attribution de la garde de l'enfant au parent qui est un ressortissant de leur État.

Le but de la convention est de résoudre de telles situations au niveau international, en établissant que les juridictions compétentes et les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'enfant. La convention introduit également un système qui assure le retour immédiat des enfants qui ont été enlevés.

Je suis en faveur de l'adoption de ces textes car la Corée a fait le choix de demander cette adhésion. Je vote donc pour le texte.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – U slučaju pristupa Južne Koreje Konvenciji potrebna je odluka Vijeća kojom će se državama članicama (osim Danske, na koju se građansko pravo Unije ne odnosi, te Češke, Irske i Litve, koje su već prihvatile pristup Južne Koreje) omogućiti da prihvate pristup Južne Koreje. Tako će se omogućiti da Konvencija između Južne Koreje i cijele Europske unije stupi na snagu. Komisija i stručnjaci za građansko pravo iz država članica su ocijenili da je Južna Koreja spremna na provedbu Konvencije.

Podržavam ovo izvješće obzirom da je cilj ovakve Konvencije da bude ratificirana od strane što većeg broja zemalja jer time postaje sve djelotvornija.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta Convenção estabelece um sistema de cooperação entre os Estados contratantes que visa encontrar uma solução para casos de rapto internacional de crianças, procurando assegurar o regresso imediato das crianças ilicitamente transferidas para qualquer Estado ou nele retidas indevidamente.

A situação de rapto de crianças ocorre com muita frequência quando um casal de separa, e quando os pais são originários de Estados diferentes. A Convenção visa assim fazer respeitar de maneira efetiva os direitos de custódia e de visita existentes num Estado Contratante e mitigar respostas de tendência nacionalista dos sistemas jurídicos de cada Estado.

É comum que os órgãos jurisdicionais dos respetivos países se declarem ambos competentes e que os tribunais concedam a custódia do menor ao progenitor nacional do estado que representam, decisões baseadas em motivações que não respondem necessariamente ao superior interesse da criança.

A Convenção tem por objetivo solucionar este tipo de situações a nível internacional, ao estabelecer que os casos são julgados pelos tribunais competentes e de acordo com a legislação aplicável do estado de residência do menor.

A República da Coreia depositou o instrumento de adesão e pronunciámo-nos favoravelmente, uma vez que este Acordo vai ao encontro de melhor responder à defesa dos superiores interesses dos menores.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Haagská úmluva o občanskoprávních aspektech mezinárodních únosů má zásadní význam a byla již ratifikována všemi státy Evropské unie. Proto jsem velice rád, že se pro tento krok rozhodla rovněž Jižní Korea a významně tak rozšířila možnost spolupráce ve věci únosů dětí. Podle odborníků a Komise je Korejská republika ochotná a schopná z hlediska svého soudního systému tuto úmluvu provádět. Účelem Haagské úmluvy je chránit děti před únosy, které se dějí zejména v případech, kdy dojde k rozvodu mezi jeho rodiči pocházejícími z různých států. Pokud se jeden z rodičů rozhodne dítě unést do svého rodného státu a tento stát není součástí spolupráce v řešení mezinárodních únosů dětí, může tak snadno získat dítě do své péče. Soudy v nespolupracujícím státě totiž většinou svěří dítě do péče toho rodiče, který je státním příslušníkem daného státu. Pokud je však stát součástí Haagské úmluvy, je možné tuto situaci řešit na mezinárodní úrovni a jako pravomocné budou stanoveny soudy a právní předpisy státu, v němž má dítě bydliště. Posledním krokem k tomu, aby tato úmluva mezi Jižní Koreou a Evropskou unií vstoupila v platnost, je ratifikace některými zbývajícími členskými státy EU.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La convenzione dell'Aia sugli aspetti civili della sottrazione internazionale di minori ha introdotto un sistema che permette agli Stati contraenti di cooperare per trovare una soluzione nei casi di sottrazione internazionale di minori. Il problema principale, in queste circostanze, è la tendenza dei sistemi giuridici dei singoli Stati a praticare favoritismi in base alla nazionalità. L'intento della convenzione è risolvere tali situazioni a livello internazionale, stabilendo che i tribunali competenti e le leggi applicabili sono quelli dello Stato di residenza del minore. Reputo essere importante garantire che i minori interessati beneficino di un'adeguata protezione normativa all'interno e all'esterno dell'UE. Questa relazione autorizza gli Stati membri (ad eccezione della Danimarca,

che non partecipa alle politiche dell'Unione in materia di giustizia civile, e della Repubblica ceca, dell'Irlanda e della Lituania, che hanno già accettato l'adesione della Repubblica di Corea) ad accettare l'adesione della Repubblica di Corea alla convenzione dell'Aia del 1980. Ciò permetterà che la convenzione abbia effetto nei rapporti tra la Repubblica di Corea e tutta l'Unione europea. Ho votato a favore di questa relazione.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport technique qui approuve une décision du Conseil relative à l'adhésion de la Corée du Sud à la convention de La Haye de 1980 sur les aspects civils liés à l'enlèvement d'enfants à l'échelle internationale.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Apoio o presente relatório sobre a adesão da República da Coreia à Convenção da Haia, uma vez que o sistema da referida Convenção se torna mais eficaz se mais países aderirem à mesma.

Em situações de divórcio em que os progenitores são originários de Estados diferentes, existe a tentação de aproveitar a falta de cooperação internacional para obter a custódia dos menores. Muitas vezes, a custódia é concedida ao progenitor que é nacional do Estado em que os tribunais estão sedeados, existindo, assim, tendências nacionalistas nos sistemas jurídicos de cada Estado.

Ao estabelecer que os casos são julgados pelos tribunais competentes e de acordo com a legislação aplicável do Estado de residência do menor, a Convenção permite uma cooperação entre partes, assim como tende a dirimir este tipo de litígios à escala internacional.

Importa referir que a Comissão, juntamente com peritos no domínio da justiça social, avaliou e aprovou o funcionamento do sistema judicial da República da Coreia e a sua disponibilidade para a cooperação. Por tudo isto, voto a favor.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP chose to abstain on this vote because it is such an emotive issue. The right of countries acceding to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction is extremely important; however, this should be done at the will of the individual country and not en bloc by the EU.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei a favor, uma vez que a Convenção da Haia sobre os Aspetos Civis do Rapto Internacional de Crianças é um instrumento de importância vital que foi ratificado por todos os Estados-Membros da UE e que estabelece um sistema de cooperação entre os Estados contratantes que visa encontrar uma solução para casos de rapto internacional de crianças.

No caso das crianças em que os pais estão divorciados, cada um de um Estado diferente, é comum que os órgãos jurisdicionais dos dois países em questão se declarem competentes e que os tribunais concedam a custódia do menor ao progenitor nacional do Estado que representam. São bastante frequentes os casos de raptos internacionais de crianças noticiados pela imprensa que ocorrem na sequência de separações e divórcios.

A Convenção visa solucionar este tipo de situações à escala internacional, ao estabelecer que os casos são julgados pelos tribunais competentes e de acordo com a legislação aplicável do Estado de residência do menor. Estabelece também um sistema que assegura o regresso imediato dos menores raptados.

Importa, por isso, enaltecer a adesão da República da Coreia à Convenção, uma vez que o sistema da Convenção da Haia se torna mais eficaz se mais países aderirem à mesma.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Une très large majorité des députés a approuvé ce midi la reconnaissance de l'adhésion de la Corée du Sud à la convention de La Haye sur l'enlèvement international d'enfants, dont tous les États membres de l'UE sont parties prenantes. Cette convention relève d'une compétence de l'UE et c'est à ce titre que le Parlement a été saisi pour consultation.

Cette convention de 1980, qui compte désormais 94 pays signataires, établit un système de coopération permettant de trouver des solutions en cas d'enlèvement international d'enfant. Cette situation se présente la plupart du temps lorsqu'un couple se sépare. Si l'un des époux est originaire d'un autre pays, il arrive parfois que les juridictions des deux pays concernés se déclarent compétentes mais arrivent à des conclusions contraires, notamment en ce qui concerne la garde de l'enfant.

La convention a pour objet de remédier à ce genre de situations: elle établit les juridictions et la loi de l'État où l'enfant réside comme compétentes, et organise son retour immédiat.

Cette adhésion est donc une très bonne nouvelle pour la coopération internationale et la sécurité de l'enfant. Elle sera d'autant plus efficace que le nombre de pays à y adhérer sera important.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – No seguimento da adesão da Coreia do Sul à Convenção de Haia, é necessária uma decisão do Conselho que autorize os dois Estados-Membros (Áustria e Roménia) que ainda não aceitaram a adesão a fazê-lo. Isso permitirá que a Convenção entre em vigor entre o Coreia e toda a União Europeia.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La Convención de La Haya de 1980 sobre aspectos civiles del secuestro de menores, firmada por todos los Estados miembros de la Unión, es un instrumento de cooperación internacional que autoriza a los Estados signatarios a resolver casos trasnacionales relativos a la custodia y secuestro de menores, aclarando la ley nacional aplicable en casos en los que hay un conflicto de competencia entre dos o más sistemas legales nacionales. El ámbito de la norma alcanza los aspectos civiles, aplicándose sobre todo a casos de padres separados o de otras personas que tienen derechos legales sobre el menor. Dado que el objetivo de la Convención es proteger a los menores que se encuentran en una situación de inseguridad jurídica, es importante lograr que sea firmada por el mayor número posible de Estados.

Dado que la Unión tiene competencia exterior exclusiva en este terreno, pero la Convención no autoriza la participación de agentes internacionales, la Unión necesita dar a todos sus Estados miembros autorización expresa para aceptar la participación de cualquier nuevo Estado en la Convención. Por ello, he votado en favor de autorizar a los Estados miembros a aceptar el acceso de Corea a la Convención.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'adhésion de la Corée à la convention de La Haye de 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants. La coopération internationale en la matière est fondamentale et vise avant tout à sauvegarder les intérêts de l'enfant. Chaque nouvelle adhésion à cette convention constitue donc une avancée concernant l'objectif général de protection des droits de l'enfant qui est inscrit à l'article 3 du traité sur l'Union européenne (TUE).

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriuo tam tikros valstybės narės įgaliojamos dėl Europos Sąjungos interesų pritarti Korėjos Respublikos prisijungimui prie 1980 m. Hagos konvencijos dėl tarptautinio vaikų grobimo civilinių aspektų. Pietų Korėjai prisijungus prie Konvencijos, šis sprendimas būtinas, kad valstybės narės būtų įgaliotos pritarti Pietų Korėjos prisijungimui. Taip bus sudarytos sąlygos Konvencijai įsigalioti tarp Pietų Korėjos ir visos Europos Sąjungos.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – À semelhança dos relatórios relativos ao Cazaquistão e ao Peru sobre a mesma Convenção, também nesta votação apoiei a proposta de decisão do Conselho que autoriza certos Estados-Membros a aceitar, no interesse da União Europeia (UE), e para que a mesma entre em vigor em toda a UE, a adesão da República da Coreia à Convenção da Haia de 1980 sobre os Aspetos Civis do Rapto Internacional de Crianças.

Trata-se de um procedimento marcadamente administrativo, na medida em que implica uma decisão do Conselho de autorizar os Estados-Membros a aceitar a adesão deste país à Convenção, para que a mesma possa ser aplicada, plena e eficazmente, em todo o território da União Europeia, garantindo uma proteção mais forte aos menores que, infelizmente, são cada vez com maior frequência alvo de raptos a nível internacional.

Esta adesão da Coreia do Sul à Convenção reveste ainda maior importância dada a comunidade coreana residente na Europa, que poderá vir a ser abrangida pelas normas nela consagradas, razão pela qual considerei lógico, adequado e pertinente votar no sentido da sua aprovação, como referido anteriormente.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui est d'ordre technique et porte sur la décision du Conseil autorisant certains États membres à accepter, dans l'intérêt de l'Union européenne, l'adhésion de la République de Corée à la convention de La Haye de 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants.

L'Union européenne est compétente sur ce point; et pour cela une décision du Conseil est nécessaire.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Corea al Convenio de la Haya en relación a los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, porque supone mayor protección y garantías para los mismos. El Convenio de la Haya establece un sistema que permite la cooperación de los Estados contratantes para encontrar una solución a las situaciones de sustracción internacional de menores. Estos casos suelen darse en casos de separaciones con progenitores de diferentes países. El Convenio regula que la legislación aplicable en estos casos sea la del Estado de residencia del menor. También instaura un sistema para garantizar el regreso inmediato del menor sustraído.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Corea al Convenio de La Haya sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, puesto que considero positivos este tipo de coordinación entre los Estados a la hora de resolver los delicados casos de la sustracción internacional de menores, con el objetivo de avanzar hacia el respeto de los derechos e intereses de los niños y niñas.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today, I voted for the Package on the accession of the Republic of Korea to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction. This is important for engagement in enhanced international cooperation with other signatories to the convention.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Hlasoval som za toto uznesenie. Haagsky dohovor z 25. októbra 1980 o občianskoprávnych aspektoch medzinárodných únosov detí je mimoriadne dôležitý nástroj. Ratifikovali ho všetky členské štáty EÚ. Týmto dohovorom sa ustanovuje systém umožňujúci zmluvným štátom spolupracovať pri hľadaní riešenia v prípadoch medzinárodných únosov detí. Po tom, čo Kórejská republika pristúpila k tomuto dohovoru, bolo nutné, aby Rada vydala rozhodnutie oprávňujúce členské štáty (okrem Dánska, na ktoré sa politika Únie v občianskoprávnej oblasti nevzťahuje, a okrem Českej republiky, Írska a Litvy, ktoré už prijali pristúpenie Kórejskej republiky) na to, aby prijali pristúpenie Kórejskej republiky. Tým sa umožní nadobudnutie platnosti dohovoru medzi Kórejskou republikou a celou Európskou úniou. Plne podporujem toto rozhodnutie Rady, ktoré Rada už vydala. Systém nastolený Haagskym dohovorom bude efektívnejší, ak sa k nemu pripojí viac krajín. V Európe žije významná kórejská komunita, čo dôvody na schválenie pristúpenia ešte zvyšuje.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Súhlasila som s pristúpením Kórejskej republiky k Haagskemu dohovoru, keďže ide o dôležitý medzinárodný dohovor chrániaci práva dieťaťa. Dohovor ratifikovali všetky členské štáty EÚ a dnes má EÚ výhradnú vonkajšiu právomoc v tejto oblasti, ako o tom rozhodol Súdny dvor. Preto je nutné, aby Rada vydala rozhodnutie oprávňujúce členské štáty, aby pristúpenie prijali. Umožní sa tým nadobudnutie platnosti dohovoru medzi Kórejskou republikou a celou Úniou. Krajiny EÚ budú môcť využívať systém spolupráce s Kóreou pri hľadaní riešení v prípadoch medzinárodných únosov detí. K takým prípadom často dochádza, keď sa rodičia pochádzajúci z rôznych štátov rozvedú. Rodičia sa môžu snažiť únosom dieťaťa získať opatrovnícke právo na toto dieťa, keď vzájomná spolupráca medzi štátmi neexistuje. Jednotlivé krajiny majú v tejto veci silne národný charakter svojich právnych systémov. Preto pravidelne dochádza k situáciám, že sa súdy oboch zainteresovaných štátov vyhlásia za príslušné a že každý z nich udelí opatrovnícke právo rodičovi. Tomu má predchádzať práve tento dohovor, ktorý vyžaduje, aby sa na medzinárodnej úrovni určil príslušný súd a právo štátu, v ktorom má dieťa pobyt. Som rada, že k dohovoru pristúpila aj Kórejská republika a jej súdny systém je ochotný vykonávať tento dohovor aj preto, že v Európe žije významná kórejská komunita.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Haagsky dohovor rieši prípady, keď je dieťa unesené jedným z rodičov do iného štátu v nádeji, že tamojšia legislatíva mu v súdnom spore o opatrovníctvo zabezpečí lepšiu pozíciu. Rozširovanie pôsobnosti Haagskeho dohovoru zužuje možnosti na takéto konanie a zvyšuje medzinárodnú právnu ochranu detí.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Haška konvencija od 25. listopada 1980. o građansko-pravnim aspektima međunarodne otmice djece instrument je od ključne važnosti, koji su ratificirale sve države članice EU-a. Konvencijom se uspostavlja sustav suradnje država ugovornica za rješavanje slučajeva međunarodnih otmica djece do kojih često dolazi kada su roditelji djeteta rastavljeni. Najučestaliji problem je pristranost pojedinačnih nacionalnih pravnih sustava i nadležnost sudova u obje države. Nakon pristupa Južne Koreje Konvenciji potrebna je odluka Vijeća kojom će se državama članicama omogućiti da prihvate pristup Južne Koreje tako da Konvencija stupi na snagu između Južne Koreje i cijele Europske unije. U kontekstu ovog izvješća važno je naglasiti kako u Europskoj uniji postoji velika zajednica Korejanaca.

Toga radi podržavam nacrt izvješća Odbora za pravna pitanja o prijedlogu odluke Vijeća o ovlašćivanju određenih država članica da u interesu Europske unije prihvate pristup Republike Koreje Haškoj konvenciji o građansko-pravnim aspektima međunarodne otmice djece iz 1980.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς.* – Η Σύμβαση της Χάγης του 1980, για τα αστικά θέματα της διεθνούς απαγωγής παιδιών, αποτελεί εργαλείο ζωτικής σημασίας και θεσπίζει ένα σύστημα που παρέχει στα συμβαλλόμενα κράτη τη δυνατότητα να συνεργάζονται για την εξεύρεση λύσης σε καταστάσεις διεθνούς απαγωγής παιδιών. Το σύστημα της σύμβασης καθίσταται πιο αποτελεσματικό με την προσχώρηση περισσότερων χωρών. Για αυτό και υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Η Συνθήκη της Χάγης για τις απαγωγές παιδιών, είναι ανάγκη να επικυρωθεί από όλα τα κράτη. Με τον τρόπο αυτό λύνονται τα χέρια των αρχών για συνεργασία τόσο στον τομέα των ερευνών παγκοσμίως όσο και στον επαναπατρισμό του θύματος.

Ένα από τα σημαντικότερα προβλήματα που λύνονται, μάλιστα, είναι στις περιπτώσεις των γονιών που χωρίζουν και ανήκουν σε διαφορετικά κράτη.

József Szájer (PPE), *írásban.* – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hoz létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között, hogy megoldást találjanak a gyermekek jogellenes külföldre vitelének ügyében. Az ilyen esetekben a legnagyobb probléma az államok jogrendszerének nemzeti jellege. Az egyezmény célja az ilyen helyzetek nemzetközi szintű megoldása annak meghatározása révén, hogy a gyermek tartózkodási helye szerinti állam jogszabálya érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik. Az egyezmény továbbá olyan rendszert hoz létre, amellyel biztosítható a jogellenesen külföldre vitt gyermek azonnali visszatérése.

Az EU e területen jelenleg kizárólagos külső hatáskörrel rendelkezik, ahogyan azt a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette. A tagállamok tehát már nem járhatnak el saját hatáskörükben. A probléma abból adódik, hogy az egyezmény nem rendelkezik a nemzetközi szervezetek önálló fellépéséről, így Koreának az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a Korea csatlakozását még el nem fogadott két tagállamot – Ausztriát és Romániát –, hogy fogadja el Korea csatlakozását. Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatályba lépését Korea és az Európai Unió egésze között. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Szavazatommal támogattam a javaslat parlamenti jóváhagyását, mert meggyőződésem, hogy ezzel is erősíthetjük a jogellenesen külföldre vitt gyermekek nemzetközi védelmét. Tudatában vagyok annak, hogy a vonatkozó Hágai Egyezmény az elmúlt bő három évtizedben az egyik legszélesebb körű és a gyakorlatban legsikeresebb nemzetközi jogi eszköznek bizonyult, amelyet a részes államok gyakran és aktívan használnak jogalapként a joghatóság megállapításához és az eljárások lefolytatásához a szüleik válása után nehéz és vitatott helyzetbe került gyermekek ügyében. Az EU-nak jelenleg kizárólagos külső kompetenciája van eljárni ilyen ügyekben, ám a konvencióhoz csatlakozó újabb államok esetében tagállami megerősítés, illetve a Tanács ennek megfelelő döntése szükséges az – adott esetben Korea és az EU közötti – hatályba lépéshez. Figyelemmel arra a tényre, hogy a Hágai Egyezmény működése annál hatékonyabb, minél több állam részese a rendszernek, a koreaiak csatlakozását is üdvözlendőnek tartom.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Adoptarea Convenției de la Haga privind aspectele civile ale răpirii internaționale de copii în 1980 a constituit un moment foarte important la nivel internațional. Convenția a fost ratificată de toate statele membre ale UE, instituind cooperarea între statele semnatare în acest domeniu. În vederea aplicării Convenției, în relația cu state terțe, pe întreg teritoriul UE este nevoie de autorizarea statelor membre de către Consiliul European. Este și cazul aderării Coreei de Sud, partener asiatic important, cu care statele membre au relații foarte bune.

În prezent, Consiliul trebuie să autorizeze majoritatea statelor membre, cu excepția Cehiei, Irlandei și Lituaniei, care au acceptat deja aderarea Coreei de Sud, și a Danemarcei, care este exclusă din politica Uniunii în domeniul justiției civile, să accepte această aderare, ceea ce va permite intrarea în vigoare a Convenției între statul sud-coreean și UE. Este un pas important în favoarea cetățenilor UE de origine coreeană, de aceea susțin adoptarea acestui raport.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Cette convention établit un système permettant aux États contractants de coopérer pour trouver une solution dans les cas d'enlèvements internationaux d'enfant.

Bien souvent, cette situation se présente lorsqu'un couple se sépare. Pour le mari ou la femme originaire d'un autre pays, il peut être tentant de mettre à profit l'absence de coopération entre les États pour obtenir la garde des enfants. La presse se fait fréquemment l'écho de cas d'enlèvements internationaux d'enfants qui se produisent au moment d'une séparation ou d'un divorce.

Le problème majeur est constitué par la conception nationaliste qui sous-tend le système juridique des États. Il arrive souvent que les juridictions des deux États intéressés se déclarent compétentes et que chacune d'elles confie la garde de l'enfant à celui des parents qui a la nationalité de l'État où elle siège.

La convention en question a pour objet de remédier à ce genre de situation au niveau international en établissant la compétence des juridictions et de la loi de l'État où l'enfant réside. Elle met également en place un système visant à garantir le retour immédiat de l'enfant qui a été enlevé.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The Hague Convention (1980) on the Civil Aspects of International Child Abduction is a vitally important instrument, ratified by all EU Member States. The Convention created a cooperative system between the signatory states in the goal of resolving cases of international child abduction. Most often, reports of child abduction are the result of a couple separating, where the mother and father are from different states. States often are unwilling or unable to cooperate with one another during instances of child abduction as a result of national bias of differing legal systems. Parents frequently exploit these legal and judicial disparities in order to secure full custody of the child in a particular state. I voted in favour of the accession of Korea so that child abduction at the international level can be resolved through the competent courts of the state of residence of the child.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Glasovala sam za pristup Južne Koreje Haškoj konvenciji o građansko-pravnim aspektima, budući da Europska unija ima isključivu vanjsku nadležnost na tom području te države članice više ne mogu djelovati samostalno. Prihvaćanjem pristupa Konvencija će stupiti na snagu između Južne Koreje i svih država članica Europske unije.

Problem međunarodne otmice djece javlja se većinom u slučajevima kada su roditelji rastavljeni ili razvedeni, a imaju državljanstvo u dvije različite države. Ukoliko roditelj u takvoj situaciji odvede dijete u svoju državu, nacionalni sudovi u obje države proglase se nadležnima i donose pristrane odluke.

Pristupanjem ovoj Konvenciji države prihvaćaju odluku da je nadležan sud one države u kojoj dijete ima boravište, te se jamči hitan povratak otete djece.

Budući da u Europskoj uniji postoji velika zajednica Korejaca, ovo pristupanje Južne Koreje bit će od velike koristi i državama članicama Europske unije i Južnoj Koreji.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog sklepa Sveta o pooblastilu nekaterim državam članicam, da v interesu Evropske unije sprejmejo pristop Republike Koreje k Haaški konvenciji iz leta 1980 o civilnopravnih vidikih mednarodnega protipravnega odvzema otrok sem podprla.

Pogosto težave nastanejo, ko v paru pride do prenehanja življenjske skupnosti. Če sta starša iz različnih držav, je nevarnost, da bi kateri od njiju skušal izkoristiti Namen te konvencije je reševanje tovrstnih primerov na mednarodni ravni, in sicer tako, da za pristojna sodišča in pravo, ki se uporablja, določa sodišča in pravo države, v kateri ima otrok prebivališče. Konvencija določa tudi sistem za zagotavljanje takojšnje vrnitve protipravno odvzetega otroka.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Corea al Convenio de la Haya en relación a los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, porque supone mayor protección y garantías para los mismos. El Convenio de la Haya establece un sistema que permite la cooperación de los Estados contratantes para encontrar una solución a las situaciones de sustracción internacional de menores. Estos casos suelen darse en casos de separaciones con progenitores de diferentes países. El Convenio regula que la legislación aplicable en estos casos sea la del Estado de residencia del menor. También instaura un sistema para garantizar el regreso inmediato del menor sustraído.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I support this proposal, which prioritises the welfare of the child in case of legal conflict (separation or divorce) between parents from different countries. This agreement will save time, money and suffering for the affected families and guarantees the protection of children in the entire territory of the Union.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – La convention de La Haye du 25 octobre 1980 sur les aspects civils de l'enlèvement international d'enfants instaure un système de coopération entre les États contractants visant à régler les cas d'enlèvement international d'enfants. Elle a été ratifiée par tous les États membres de l'UE.

Dans de nombreux cas, ces problèmes se posent quand un couple est séparé. Si la mère et le père sont de différents États, il y a une tentation d'exploiter le manque de coopération entre les États afin d'assurer la garde de l'enfant. Il est courant que les tribunaux dans les deux États concernés se déclarent compétents, avec chacun d'eux attribution de la garde de l'enfant au parent qui est un ressortissant de leur État.

Le but de la convention est de résoudre de telles situations au niveau international, en établissant que les juridictions compétentes et les lois applicables sont celles de l'État de résidence de l'enfant. La convention introduit également un système qui assure le retour immédiat des enfants qui ont été enlevés.

Je vote pour l'adoption de ce texte car ce pays a fait le choix de demander cette adhésion.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Konwencja haska dotycząca cywilnych aspektów uprowadzenia dziecka za granicę jest instrumentem o szczególnym znaczeniu. Po pierwsze, pozwala uniknąć przedłużającej się niepewności co do prawnego statusu dziecka. Towarzyszy ona sytuacji, w której rodzice dziecka są obywatelami dwóch różnych państw członkowskich i powstaje spór, któremu z nich przyznać nad nim opiekę i który sąd powinien o tym orzekać. Niewątpliwie w interesie dobra dziecka leży jak najszybsze rozstrzygnięcie tych kwestii oraz zagwarantowanie mu niezwłocznego i bezpiecznego powrotu.

W związku z przystąpieniem Korei Południowej do konwencji niezbędna jest decyzja Rady upoważniająca państwa członkowskie do wyrażenia zgody na to przystąpienie. Umożliwi to wejście w życie umowy zawartej między Koreą Południową a całą Unią Europejską. Konwencja haska została już ratyfikowana przez wszystkie państwa członkowskie Unii Europejskiej oraz kilkadziesiąt innych krajów. Przystąpienie kolejnego państwa zasługuje na aprobatę i poparcie, dlatego zagłosowałem za rezolucją.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A gyermekek jogellenes külföldre vitelének polgári jogi vonatkozásairól szóló, 1980. október 25-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hozott létre, amely együttműködést tesz lehetővé a szerződő államok között, hogy megoldást találjanak a gyermekek jogellenes külföldre vitelének ügyében. A szóban forgó egyezmény célja az ilyen helyzetek nemzetközi szintű megoldása annak meghatározása révén, hogy a gyermek tartózkodási helye szerinti állam jogszabálya érvényesül, és az ügy ezen állam bíróságának hatáskörébe tartozik.

Dél-Koreának az egyezményhez való csatlakozását követően a Tanács határozatára van szükség, amely felhatalmazza a tagállamokat (az Unió polgári igazságszolgáltatási politikájából kimaradó Dánia, illetve a Dél-Korea csatlakozását már elfogadó Csehország, Írország és Litvánia kivételével), hogy elfogadják Dél-Korea csatlakozását. Ez lehetővé teszi majd az egyezmény hatálybalépését Dél-Korea és az Európai Unió egésze között. Az S&D álláspontját követve, megszavaztam a jelentést.

Traian Ungureanu (PPE), *în scris*. – Convenția de la Haga asupra aspectelor civile ale răpirii internaționale de copii are drept scop soluționarea cazurilor de răpire internațională de copii. În 2014, la solicitarea Comisiei Europene, Curtea de Justiție a Uniunii Europene a fost consultată cu privire la competența Uniunii referitoare la acceptarea aderării unui stat terț la Convenția din 1980. Avizul emis de Curte în octombrie 2014 a confirmat existența competenței exclusive a Uniunii în ceea ce privește acceptarea aderării unui stat terț la Convenția din 1980.

În decembrie 2012, Republica Coreea și-a depus instrumentul de aderare la Convenția din 1980, însă în urma aderării acestui stat la convenție, este necesară o decizie a Consiliului care să autorizeze statele membre, cu excepția celor care au acceptat deja aderarea și a Danemarcei, care este exclusă din politica Uniunii în domeniul justiției civile, să accepte această aderare. Acest lucru va permite intrarea în vigoare efectivă a convenției între Republica Coreea și întreaga Uniune Europeană.

Raportul Parlamentului European susține aderarea acestui stat la Convenție și propune aprobarea fără modificări astfel încât copiilor în cauză să le fie asigurată protecția acordată pe întregul teritoriu al Uniunii.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Corea al Convenio de la Haya en relación a los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, porque supone mayor protección y garantías para los mismos. El Convenio de la Haya establece un sistema que permite la cooperación de los Estados contratantes para encontrar una solución a las situaciones de sustracción internacional de menores. Estos casos suelen darse en casos de separaciones con progenitores de diferentes países. El Convenio regula que la legislación aplicable en estos casos sea la del Estado de residencia del menor. También instaura un sistema para garantizar el regreso inmediato del menor sustraído.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Plankiai vertinu, nes Konvencijoje numatoma sistema, pagal kurią užtikrinama, kad pagrobtas vaikas būtų nedelsiant grąžintas.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the proposal for a Council decision authorising certain Member States to accept, in the interest of the European Union, the accession of the Republic of Korea to the 1980 Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction. The Hague Convention of 25 October 1980 on the Civil Aspects of International Child Abduction is a vitally important instrument that has been ratified by all EU Member States. The Convention introduces a system of cooperation between the contracting states aimed at settling cases of international child abduction. In many instances, these problems arise when a couple has separated. If the mother and father are from different states, there is a temptation to exploit the lack of cooperation between those states in order to secure custody of the child. The biggest problem in such cases is the national bias of the legal systems of individual states. The purpose of the Convention is to resolve such situations at an international level, by establishing that the competent courts and applicable laws are those of the state of residence of the child. I believe that the accession of Korea is to be welcomed, especially as there is a significant Korean community in Europe.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – El Convenio de La Haya de 25 de octubre de 1980 sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, ratificado por todos los Estados miembros de la Unión, es un instrumento de importancia crucial, dado que el sistema que establece permite la cooperación de los Estados contratantes para encontrar una solución a los conflictos internacionales de esta índole. Ya que el principal problema en estos casos es el sesgo de los ordenamientos jurídicos de los Estados en favor de sus propios nacionales, el objetivo del Convenio es resolver estas situaciones a escala internacional, además de instaurar un sistema para garantizar el regreso inmediato del menor sustraído. Tras la adhesión de la República de Corea al Convenio, es necesaria una decisión del Consejo para que entre en vigor y para que de este modo los menores de este país estén protegidos contra la sustracción ilegal. Por consiguiente, he considerado oportuno votar a favor de este texto.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión de Corea al Convenio de La Haya sobre los aspectos civiles de la sustracción internacional de menores, puesto que considero positivos este tipo de coordinación entre los Estados a la hora de resolver los delicados casos de la sustracción internacional de menores, con el objetivo de avanzar hacia el respeto de los derechos e intereses de los niños y niñas.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – De toetreding van de Republiek Korea tot het verdrag van 's-Gravenhage brengt kinderen uit een internationaal gemengd gezin, waarvan één ouder Koreaan is, rechtszekerheid wanneer de ouders scheiden.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Trata-se de uma proposta para que haja uma decisão do Conselho relativamente à autorização da adesão República da Coreia (Sul), existe outra, como todos nós sabemos, à Convenção de Haia sobre os Aspetos Civis relativos ao Rapto Internacional de Crianças. Esta Convenção privilegia a cooperação internacional por exemplo num caso de divórcio em que um pai/uma mãe de diferentes nacionalidades foge com o seu filho para outro país.

A Convenção visa solucionar este tipo de situações à escala internacional ao estabelecer que os casos são julgados pelos tribunais competentes e de acordo com a legislação aplicável do Estado de residência do menor. A Convenção estabelece igualmente um sistema que assegura o regresso imediato dos menores raptados.

Recomenda-se neste caso a adesão da República da Coreia do Sul aos restantes Estados-Membros, visto que a Irlanda, a República Checa e a Lituânia já deram o seu aval a essa adesão. A Dinamarca está excluída desta cooperação. Apoiamos.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Das Übereinkommen beinhaltet ein System zur Zusammenarbeit der Vertragsstaaten, das Fälle internationaler Kindesentführungen durch getrennte Partner unterschiedlicher Nationalität lösen soll. Dies erfolgt, indem festgelegt wird, dass die Zuständigkeit bei den Gerichten des Wohnsitzstaates des Kindes liegt und dessen Recht anwendbar ist. Ferner wird durch das Übereinkommen ein System eingeführt, durch das gewährleistet wird, dass Kinder, die entführt wurden, sofort zurückgegeben werden. Angesichts der zunehmenden Häufung problematischer Fälle von internationalen Sorgerechtsstreitigkeiten halte ich dieses Übereinkommen für sinnvoll und habe daher zugestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – As a children's rights champion, I welcome the accession of Korea to this important Convention. This will allow it to cooperate with other State Parties to the Convention, including EU Member States, on tackling and combating child abduction.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – V posledních letech můžeme čím dál častěji vídat případy mezinárodních únosů dětí, jelikož je běžné, že matka a otec mnohdy pochází z odlišných států. V případě neshod se pak snaží získat svého potomka tím, že ho odvezou do státu svého původu, jelikož spoléhají na to, že dané státy nespolupracují, a tudíž pro ně bude obtížnější dostat dítě zpět. Jsem proto přesvědčen, že by měl existovat jednotný systém spolupráce mezi státy, jehož cílem je nalézt řešení v případě mezinárodních únosů dětí. V současné době totiž stále mohou nastat případy, kdy soudy obou zemí pravomocně svěří dítě do péče toho rodiče, který je státním příslušníkem daného státu. Haagská úmluva, kterou ratifikovaly všechny státy EU, tyto situace řeší a rovněž také zavádí systém okamžitého návratu uneseného dítěte zpět do jeho vlasti. Vítám proto přistoupení Korejské republiky k Haagské úmluvě a jsem si jistý, že tento krok napomůže k lepší ochraně dětí v případě jejich únosu za hranice státu.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Hágsky dohovor o medzinárodných únosoch detí z roku 1980 je mimoriadne dôležitým nástrojom na riešenie občianskoprávnych aspektov medzinárodných únosov detí. Medzinárodné únosy detí sú obrovským negatívnym zásahom do života celej rodiny a najmä psychiky dieťaťa. Cieľom tohto dohovoru je preto obnoviť pôvodný stav okamžitým vrátením neoprávnene premiestneného dieťaťa do krajiny jeho obvyklého pobytu, a to prostredníctvom systému spolupráce medzi ústrednými orgánmi určenými zmluvnými stranami. Dohovor doteraz ratifikovalo 93 štátov vrátane všetkých členských štátov Európskej únie. Vzhľadom na cieľ dohovoru je preto veľmi dôležité, aby k nemu pristúpilo čo najviac krajín, a tým sa do čo najväčšej miery redukovali situácie, keď je dieťa unesené do zahraničia, ale, bohužiaľ, neexistuje právny nástroj, ktorý by pomohol dieťa navrátiť, keďže krajina, do ktorej bolo unesené, tento dohovor neratifikovala. Z týchto dôvodov som preto uvítala, že sa Kórea rozhodla k dohovoru pristúpiť, a správu o prijatí tohto pristúpenia Európskou úniou som podporila.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem predlog sklepa Sveta o pooblastilu nekaterim državam članicam, da v interesu Evropske unije sprejmejo pristop Republike Koreje k Haaški konvenciji iz leta 1980 o civilnopravnih vidikih mednarodnega protipravnega odvzema otrok.

Haaška konvencija iz leta 1980 določa sistem, ki državam pogodbenicam omogoča sodelovanje pri iskanju rešitev za primere mednarodnega protipravnega odvzema otrok, ki pogosto nastanejo v primeru prenehanja življenjske skupnosti. Konvencija določa mednarodno pristojnost in kolizijska pravila za reševanje tovrstnih sporov ter sistem za zagotavljanje takojšnje vrnitve protipravno odvzetega otroka.

Po pristopu Južne Koreje h konvenciji mora Svet s sklepom pooblastiti države članice, da sprejmejo pristop Južne Koreje. S tem bo konvencija začela veljati med Južno Korejo in celotno Evropsko unijo.

9.4. Globale Ziele und Zusagen der EU in Bezug auf Ernährung und Ernährungssicherheit weltweit (B8-1042/2016)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Úr! Nagy örömmel láttam a világ táplálkozási és élelmiszer-biztonságával kapcsolatos jelentésben az élelmiszer-önrendelkezés kifejezést. Régen tudjuk, hogy az éhezésre a megoldást az élelmiszer-önrendelkezés jelenti, ami a következőt takarja: minden nemzetnek, minden közösségnek joga van arra, hogy a saját termőföldjét ellenőrizze és használja, éppen ezért a földrablás külföldiek által vagy akár belföldi oligarchák által tilos. Az élelmiszer-önrendelkezésnek a része az is, hogy minden nemzet, minden közösség jogosult arra, hogy megtermelje a saját élelmét. Éppen ezért kell azt mondanom, hogy ez a cél, amit megjelöl helyesen ez a jelentés, teljesen ellentétben van azzal, amit az Európai Unió ezzel szemben csinál, például az akár Kanadával, akár az Egyesült Államokkal kötött szabadkereskedelmi megállapodás, amely pontosan ezzel ellentétesen hozza be az élelmet távoli tájakról Európába.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, discutăm despre securitatea alimentară în lume. Aristofan ne spunea că „foamea nu recunoaște alt prieten decât pe cel care o hrănește”. Haideți să nu mai hrănim foamea și să cerem Comisiei să sporească investițiile în regiunile în care oamenii nu au ce mânca. Agenția ONU pentru ajutor umanitar ne spune că peste 800 de milioane de oameni în lume nu au suficientă mâncare pentru a fi sănătoși. Cu alte cuvinte, mor de foame mai devreme sau mai târziu. Peste 200 de milioane de copii suferă în dezvoltarea lor tot din cauza subnutriției și a faptului că nu au ce mânca. Haideți să spunem adevărul despre toți acești oameni: mor de foame.

Eradicarea foamei și a malnutriției până în 2030, așa cum ne propunem, se poate face numai prin investiții în aceste regiuni pentru a crea locuri de muncă, investiții în agricultură sau în acele zone, în acele profesii în care ei se pricep sau familiile lor.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I supported this proposal, sharing the rapporteur's belief that policy coherence, with the focus on sustainable agriculture, is central to ending hunger by 2030. Eradicating poverty and hunger are integrally linked to boosting food production, agricultural productivity and rural incomes.

From an Irish perspective, I can appreciate the emphasis placed on local food production and share the believe that agricultural systems worldwide must become more productive and less wasteful. This report outlines the ways and means by which such integrated decision-making processes, at national and regional levels, can adequately address trade-offs – among them agriculture and climate change. We find ourselves at a pivotal stage where the effects of climate change will demand greater collaboration between Member States to recognise and address the role of climate-resilient agriculture and food systems in combating nutrition and security. I therefore supported the recommendations.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem podpořil tento návrh usnesení i jako člen Výboru pro zemědělství a rozvoj venkova. Mám za to, že bychom měli podporovat právě zemědělskou výrobu ve státech, zejména v těch chudých státech, kde jejich síly současné nestačí, a proto je nutné přistoupit k inovacím, vyšší produktivitě, efektivitě výroby zemědělské. To je velice podstatné.

V mém vlastním státě jsem byl vždycky horlivým zastáncem místní regionální zemědělské výroby, protože ta má potom nejmenší náklady, které by mohly škodit dopravě, mohly by škodit jiným emisím v rámci těch regionů, takže je třeba podporovat i regionální zemědělství.

Myslím si, že občas bohužel naše politika stojí v takovém protimluvu. My chceme podporovat ty chudé země, ale tam mnohdy dochází k porušování lidských práv. V tomto smyslu bychom si měli uvědomit, zdali je pro nás přednější zachraňovat životy nebo třeba do jisté míry podporovat autoritářské režimy. S tím se budeme muset jednou vypořádat.

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La seguente proposta di risoluzione, che riguarda l'alimentazione e la sicurezza alimentare nel mondo, tocca molti punti fondamentali e importanti. Tra questi vanno sottolineati: l'attenzione ai piccoli produttori e alle aziende agricole a conduzione familiare, la lotta al *land grabbing*, la sovranità alimentare, lo sviluppo di politiche agricole sostenibili e quindi l'attenzione per l'ambiente, il rifiuto agli OGM, alle coltivazioni intensive, alle coltivazioni che privilegiano le esportazioni, la lotta agli sprechi alimentari e gli incentivi a favore di un'agricoltura sostenibile. Poiché reputo quanto detto in precedenza di fondamentale importanza, ho espresso un voto positivo.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP has voted against the non-legislative motion for a resolution for Global goals and EU commitments on nutrition and food security in the world. This calls on Member States to invest financially in projects, but this could lead to a misuse of funds. In addition, it calls on the EU to influence countries on nationalising industries, but the EU has no right to intervene in nation state affairs. UKIP does not support the increasing influence of the EU over nation states.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque plantea mecanismos frente a la situación de la nutrición y seguridad alimentaria en el mundo con los que estoy de acuerdo. Es el caso de apoyar a las pequeñas agricultoras y agricultores, una agricultura sostenible y resiliente climáticamente, la instauración de derechos basados en políticas públicas, medidas eficaces para luchar contra el acaparamiento de tierras en los países en desarrollo, la dimensión de género y la privatización de las semillas.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — We voted in favour of this report which dealt with the issue of food security, especially in the developing world. There were many excellent points made in this report including highlighting the negative impacts on nutrition of: industrial agriculture; the privatisation of seeds; GMOs; and land-grabbing. Local food production linking in small-scale food producers is key to successfully tackling nutritional issues. This report also highlights that the right to water 'goes hand-in hand' with the right to food and that the UN resolution of 2010 has not yet resulted in decisive action to establish the right to water as a human right.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution. La Commission doit veiller à ce qu'elle aborde toutes les formes de malnutrition, tout en comblant l'énorme écart de financement actuel pour des interventions spécifiques en matière de nutrition. La Commission doit assumer ses engagements. La mise en œuvre du plan SDG 2 de lutte contre la faim et de la malnutrition est une priorité!

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have voted against the motion for a resolution on global goals and EU commitments on nutrition and food security in the world. While I appreciate the effort to call on the Member States to step up with their commitments for global food security, the final document had serious weaknesses, deploring that the EU biofuels policy is encouraging speculation on arable land and urging the EU to remove public incentives for the production of crop-based biofuels. Additionally, despite the fact that this resolution stressed the need for EU trade and development policy to respect the political and economic policy space of developing countries in order for them to establish the necessary policies to promote sustainable development and dignity for their people, including food sovereignty, it failed to respect the right of local food producers to have control over their land, seeds and water, meaning that privatisation of natural resources was not excluded, due to an unsuccessful amending attempt, from the final text.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ του σχεδίου ψηφίσματος για τους παγκόσμιους στόχους και τις δεσμεύσεις της ΕΕ για τη διατροφή και την επισιτιστική ασφάλεια στον πλανήτη, διότι αναφέρεται σε διάφορα σημαντικά θέματα όπως η αντιμετώπιση της δυσθρεψίας, του υποσιτισμού καθώς και της σπατάλης τροφίμων.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – 159 millions d'enfants présentent un retard de croissance, 50 millions souffrent d'émaciation (liée à la famine). Le plan d'action de la Commission prévoit de réduire le nombre d'enfants présentant un retard de croissance de 7 millions d'ici 2015. En 2014, seul 0,57 % de l'aide publique au développement est consacré aux causes immédiates de la dénutrition.

La question englobe les notions de prise en considération d'autres formes de dénutrition, d'augmentation des investissements pour combattre les causes de cette dénutrition et de mise en place de «filets de sécurité sociale» dans ces pays.

En effet, la résolution rappelle que, d'ici 2030, faim et malnutrition sont censées être réduites, notamment en s'appuyant sur les petits producteurs et exploitations qui sont des maillons essentiels. Les nouvelles cultures soutenues devront faire face aux changements climatiques inéluctables, tout en respectant biodiversité et environnement.

Le soutien à l'autosuffisance alimentaire et le localisme sont indispensables. Dans ce sens, la diversité génétique des semences est encouragée. En effet, la souveraineté alimentaire est une des clefs pour ces populations, pour éviter l'émigration vers l'Europe et la malnutrition.

J'ai par conséquent voté pour cette résolution.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This matter was not the subject of a roll-call vote. In the interests of democracy and transparency, I would therefore like to confirm that I voted against the final resolution.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte car il est important que les acteurs mondiaux, nationaux et locaux agissent véritablement de façon coordonnée et accélérée pour lutter contre la malnutrition afin de réaliser le programme de développement durable à l'horizon 2030 et d'atteindre le deuxième objectif de développement durable (ODD) consistant à éliminer la faim.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pasiūlymą dėl tolesnių veiksmų siekiant pasaulinių tikslų ir dėl ES įsipareigojimų dėl mitybos ir aprūpinimo maistu pasaulyje. Šiuo metu pasaulyje yra 159 mln. sutrikusio vystymosi vaikų (pagal amžių per žemo ūgio) ir 50 mln. vaikų, patiriančių išsekimą (pagal ūgį per mažo svorio, dažnai siejamo su didžiuliu badu). Netinkama mityba silpnina fizinius ir suvokimo gebėjimus bei užsuka skurdo ratą. Komisija mitybos veiksmų plane įsipareigojo iki 2025 m. 7 mln. sumažinti sutrikusio vystymosi vaikų skaičių, tačiau investicijos į mitybą tebėra nepakankamos. Todėl pritariu, kad Komisija turi laikytis savo įsipareigojimo investuoti 3,5 mlrd. eurų siekiant iki 2025 m. mažiausiai 7 mln. sumažinti sutrikusio vystymosi vaikų skaičių.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A határozati javaslat meglepő határozottsággal, már-már radikálisnak mondható megfogalmazással áll ki olyan fogalmak, mint az élelmiszer-önrendelkezés mellett. Szövege többször utal ennek fontosságára – különösen a fejlődő országok esetében. Sajnos az utalást sehol sem köti össze az élelmiszerek globális kereskedelmének kontraproduktív voltával. Néhány éve ilyen célirányosan és világosan a családi gazdálkodók világszervezete, a Via Campesina fogalmazta meg az éhezés és az alultápláltság globális problémáját. A ma éhezői korábban magukat ellátni képes kisgazdálkodók voltak, és a gazdagabb országokból beáramló, csupán a támogatások miatt olcsó élelmiszer tette tönkre őket.

A tervezet nem ismeri fel, hogy az éhezés, az alultápláltság rendszerszintű probléma (a tőke erőforrás-elszívó szerepe), amit nem lehet segélyekkel és politikai szólamokkal tartósan orvosolni. A határozati javaslat szövegének elfogadása mélyreható következményeket von maga után. Amennyiben ezt a Bizottság vagy a Tanács be akarja tartani, az csak a szabadkereskedelmi egyezmények felülvizsgálata mellett lehetséges. A javaslatot szavazatommal támogattam.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP has voted against the non-legislative motion for a resolution for Global goals and EU commitments on nutrition and food security in the world. The resolution calls on Member States to financially invest in projects, but this could lead to a misuse of funds. Also it calls on the EU to influence countries on nationalising industries, but the EU has no right to intervene in nation state affairs. UKIP does not support the increasing influence of the EU over nation states.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – D'après ce texte, à travers le vaste monde, 159 millions d'enfants présentent un retard de croissance, 50 millions souffrent d'émaciation (liée à la famine). Le plan d'action de la Commission prévoit de réduire le nombre d'enfants présentant un retard de croissance de 7 millions d'ici 2015. En 2014 seul 0,57 % de l'aide publique au développement est consacré aux causes immédiates de la dénutrition. En effet, la résolution rappelle que, d'ici 2030, faim et malnutrition sont censées être réduites, notamment en s'appuyant sur les petits producteurs et exploitations qui sont des maillons essentiels. Les nouvelles cultures soutenues devront faire face aux changements climatiques inéluctables, tout en respectant biodiversité et environnement. Bien évidemment, toutes ces mesures appellent aussi de nouveaux investissements que cette résolution estime à 7 milliards/an pour atteindre les objectifs. Ceci tout en demandant des indicateurs précis d'évaluation des résultats obtenus par le plan d'action de l'UE.

Il vaut évidemment mieux aider les populations à vivre décemment chez elles plutôt que de les laisser venir chez nous.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Il est essentiel que les acteurs mondiaux, nationaux, locaux, gouvernementaux, non gouvernementaux et privés agissent véritablement de façon coordonnée et accélérée pour lutter contre la malnutrition afin de réaliser le programme de développement durable à l'horizon 2030.

La sécurité alimentaire et la nutrition doivent être améliorées grâce à une meilleure gouvernance, à une responsabilité accrue et à des politiques alimentaires et nutritionnelles globales, fondées sur les droits.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – Esta Resolución hace un llamamiento a todos los agentes a escala mundial, nacional y local, tanto de carácter gubernamental como privado, para que coordinen y aceleren sus acciones para luchar contra la malnutrición con el fin de cumplir con la Agenda 2030 y alcanzar el ODS 2 relativo a poner fin al hambre.

El informe, en el párrafo 12, también destaca la necesidad de garantizar el acceso de todos los pueblos a la tierra, como elemento fundamental para la soberanía alimentaria y subraya que el acaparamiento de tierras representa una amenaza para la seguridad alimentaria y la nutrición. Asimismo, pide medidas a la Comisión para luchar contra el acaparamiento de tierras y elaborar un plan de acción para combatirlo.

Algunas enmiendas sobre transgénicos pedían no apoyar los cultivos OGM, lo cual me parece demasiado genérico, puesto que hay que analizar sus efectos y consecuencias caso por caso, y dejar que sean los organismos científicos quienes determinen el potencial impacto para el medioambiente, la economía o la salud. Frente a los dogmas sesgados hago un llamamiento para utilizar la razón y el criterio científico a la hora de valorar los efectos de dichos cultivos.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Il secondo degli obiettivi di sviluppo sostenibile e i traguardi a esso associati mirano a porre fine, entro il 2030, alla fame e alla malnutrizione nel mondo, aumentando la produttività dei piccoli coltivatori, creando sistemi alimentari sostenibili e resilienti ai cambiamenti climatici. La proposta di risoluzione comune che oggi ho sostenuto ribadisce l'importanza di azioni realmente coordinate e più rapide tra gli attori governativi, non governativi e privati a livello globale, nazionale e locale per far fronte alla malnutrizione e alla fame. L'Unione europea deve mobilitarsi, insieme ai governi dei paesi in via di sviluppo, per avviare immediatamente investimenti finanziari a lungo termine a favore della sicurezza alimentare e nutrizionale e dell'agricoltura sostenibile. Occorre tornare a investire nella produzione alimentare locale, sui piccoli produttori alimentari e sulle pratiche agro-ecologiche prevedendo anche l'istituzione di regimi di tutela sociale per garantire a tutti l'accesso ad alimenti nutrienti in maniera continuativa. Le azioni dell'UE devono essere allineate al principio della coerenza delle politiche per lo sviluppo e i suoi Stati membri devono impegnarsi a non sostenere le coltivazioni OGM nell'adempiere ai loro obblighi in materia di alimentazione e sicurezza alimentare nel mondo.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución sobre nutrición y seguridad alimentaria que reconoce el derecho a la alimentación como un derecho humano. La resolución también hace referencia a la amenaza que el acaparamiento de tierras en países en desarrollo supone para los objetivos globales sobre nutrición y seguridad alimentaria, llamando a la instauración de medidas concretas para garantizar la seguridad de tenencia de la tierra. Finalmente, consideramos muy positivo, también, que la resolución haga hincapié en que la privatización de las semillas y los transgénicos suponen una amenaza para la soberanía alimentaria de los países.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer a la ponente este informe sobre los objetivos a escala mundial y compromisos de la Unión en material de nutrición y seguridad alimentaria en el mundo. He apoyado la enmienda que pide a la Unión y a sus Estados miembros que no apoyen los cultivos OMG al cumplir los compromisos sobre nutrición y seguridad alimentaria en el mundo.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté favorablement à la résolution fixant les objectifs et les engagements de l'Union européenne en matière de nutrition et de sécurité alimentaire dans le monde. En effet, 159 millions d'enfants présentent un retard de croissance, 50 millions souffrent d'émaciation (liée à la famine).

En tant que souverainistes conséquents, nous estimons qu'il faut donner aux pays en développement, et plus particulièrement en Afrique sub-saharienne, les moyens d'atteindre l'autosuffisance alimentaire en conservant les producteurs locaux enracinés sur leur territoire. Ces mesures permettront aussi de lutter contre l'immigration massive en encourageant les populations à construire l'avenir de leurs pays.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho inteso appoggiare col mio voto la relazione che analizza le prossime tappe verso il conseguimento degli obiettivi globali e degli impegni dell'UE relativi all'alimentazione e alla sicurezza alimentare nel mondo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La primera cumbre de «Nutrición para el Crecimiento» tuvo lugar en Londres en 2013, donde se comprometieron veintitrés mil millones de dólares y medidas inmediatas para abordar los problemas de nutrición.

La resolución del Parlamento Europeo, quiere mantener la nutrición en el centro de la agenda política de la Unión. Con la esperanza de lograr un impacto significativo antes de la nueva cumbre prevista para Tokio 2020, se subraya la importancia de una reunión de alto nivel sobre esta cuestión con el objetivo de desarrollar respuestas ante los desafíos sobre nutrición, fomentar la alimentación para impulsar la economía —a nivel continental, África pierde alrededor del 11 % de su PIB debido a la mala alimentación—; frenar la malnutrición, en especial, durante los primeros 1 000 días de vida; y hacer realidad la visión del Decenio de Acción sobre la Nutrición (2016-2025) —que se lanzó en septiembre durante la Asamblea General de Naciones Unidas—. Por todo esto, he votado a favor de esta resolución.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją, kurioje Europos Parlamentas pabrėžia, kad reikia spręsti sistemines problemas, kurios lemia visų formų prastą mitybą. Reinvestavimas į vietos maisto produktų gamybą, ypač daug dėmesio skiriant smulkiesiems maisto gamintojams ir agroekologinei praktikai, yra pagrindinė sąlyga siekiant, kad mitybos strategijos būtų sėkmingai įgyvendinamos. Taip pat nepaprastai svarbu sukurti socialinės apsaugos schemas, pagal kurias būtų užtikrinta, kad visi asmenys visuomet turėtų prieigą prie maistingo maisto. Parlamentas taip pat pabrėžia, kad kovojant su neprievalgio problema pirmenybė turėtų būti teikiama vietos maisto produktų gamybai, ir pabrėžia paramos, teikiamos smulkiesiems ūkininkams ir ūkininkėms kaip maisto produktų gamintojams, svarbą. Todėl

svarbu raginti ES, įgyvendinant savo pasaulinę mitybos strategiją, padėti besivystančioms šalims ir smulkiesiems ūkininkams kurti vietos rinkas, vietos vertės grandines ir maisto perdirbimo galimybes ir padėti jiems jomis pasinaudoti, tuo pačiu metu įgyvendinti prekybos politikos priemones, kuriomis būtų remiami minėti veiksmai.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A jelentéssel kapcsolatos szavazataim meghatározásakor két fő szempont vezérelt: egyrészt a gazdasági migráció jelentős csökkentése illetve megszüntetése érdekében a fejlődő országokban a helyszínen kell elősegíteni a szükséges mennyiségű és minőségű élelmiszer megtermelését oly módon, hogy a folyamat hosszú távon fenntartható legyen, a környezet minimális szennyezésével, a természeti erőforrások hatékony felhasználásával járjon. Másrészt a magyar Alaptörvénnyel összhangban ellenzem a GMO vetőmagok felhasználását, az így előállított termékek kereskedelmét.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Ne glede na to, da sem se pri končnem glasovanju o resoluciji o svetovnih ciljih in zavezah EU o zanesljivi preskrbi s hrano in prehranski varnosti v svetu vzdržal, zelo podpiram vse programe, ki jih izvaja Evropska unija, tako v obliki humanitarne kot tudi v obliki razvojne pomoči tretjim državam.

Prišel je čas, da se osredotočimo na razvojno pomoč EU, da v deželah, v katerih je največje pomanjkanje hrane, torej v Afriki, pomagamo razviti malo kmetijstvo. Tovrstno kmetijstvo je osnova za to, da bodo ljudje prišli do svoje hrane ter hkrati ustvarjali nova delovna mesta. Evropa lahko zelo veliko naredi na izobrazbi in izmenjavi izkušenj.

Če bomo uspešni na področju prehranske varnosti v državah v razvoju, bomo delno rešili tudi problem migracij, s katerim se bomo po svetu soočali tudi v prihodnje.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Il diritto all'alimentazione è riconosciuto come un diritto inalienabile per tutte le persone indistintamente e ovunque esse vivano. La lotta alla malnutrizione costituisce un impegno fondamentale dell'Unione europea, in vista del conseguimento degli obiettivi globali in materia di sviluppo sostenibile entro il 2030. Sono oltre 159 milioni i bambini affetti da malnutrizione. Sostengo questa risoluzione del Parlamento europeo che si propone come strumento per uno sviluppo sostenibile in grado di promuovere la sicurezza alimentare per quelle 795 milioni di persone che non hanno alimenti a sufficienza per condurre una vita sana e attiva. Questa cifra evidenzia la necessità di agire direttamente alla radice del problema, sostenendo prima di tutto lo sviluppo delle zone rurali, dove i tassi di malnutrizione sono più elevati. La necessità è proprio quella di organizzare interventi mirati a sostenere il settore agricolo, a partire dalla tutela di agricoltori su piccola e piccolissima scala, puntando ad accrescere la loro produttività. Questi interventi sono indispensabili per ottenere uno sviluppo agricolo sostenibile e resistente ai cambiamenti climatici, in grado di garantire alimenti ad una popolazione globale prevista di 8,5 miliardi di persone entro il 2030.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće u kojem se naglašava važnost postizanja održivog razvoja, usmjerenog na okončanje gladi i pothranjenosti do 2030. godine.

Smatram kako Europska komisija, Vijeće, zemlje članice i međunarodna zajednica, kao i vlade zemalja u razvoju, moraju odmah krenuti u borbu protiv svih oblika pothranjenosti i mobilizirati dugoročna financijska ulaganja za hranu, sigurnost prehrane i održivu poljoprivredu te za poboljšanje sigurnosti hrane i prehrane kroz poboljšanje upravljanja i odgovornosti.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Cette question et proposition de résolution visent à augmenter encore les efforts financiers de l'UE pour lutter contre la malnutrition et la faim dans le monde. Même si l'utilisation des fonds est insuffisamment contrôlée, je suis bien sûr en faveur de ces dispositions qui visent à une autosuffisance alimentaire des pays concernés.

Par conséquent, je vote pour.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the next necessary steps towards attaining global goals on nutrition and food security because I strongly believe the EU must be better committed to fighting against hunger and poverty in the world. In particular, this resolution reaffirms the importance of common actions addressing malnutrition in order to fulfil the 2030 Agenda and the Sustainable Development Goals.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – È importante che si compiano azioni coordinate e più rapide tra gli attori governativi, non governativi e privati dello sviluppo a livello globale, nazionale e locale che mirino a far fronte alla malnutrizione e per porre fine alla fame. Devono essere effettuati investimenti finanziari a lungo termine nella sicurezza alimentare e nutrizionale e nell'agricoltura sostenibile. È necessario anche investire per ridurre il numero di bambini affetti da un ritardo della crescita e, soprattutto, è fondamentale che tali investimenti affrontino in modo diretto le cause immediate della denutrizione infantile. Oltre al ritardo della crescita, altre manifestazioni della malnutrizione, devono essere affrontate dalle politiche e dai sistemi sanitari. Vanno uniti gli interventi umanitari a quelli di sviluppo. Devono essere sviluppati indicatori specifici per l'attuazione del piano di azione dell'UE e bisogna migliorare la raccolta di dati completi e disaggregati sull'alimentazione e sulle questioni connesse, in modo da pianificare meglio le azioni future.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution demande à la Commission européenne de s'attaquer efficacement à la malnutrition dans le monde en consacrant spécifiquement à la sécurité alimentaire un budget de 400 millions d'euros par an. Pour rappel, 159 millions d'enfants présentent un retard de croissance et 50 millions d'émaciation. Le texte préconise donc de mettre en place des dispositifs de protection sociale dans les pays concernés et de soutenir les producteurs locaux qui contribuent à y assurer l'autosuffisance alimentaire. Des programmes visant à scolariser les enfants sont également évoqués dans le texte. Ces engagements nécessitent évidemment des investissements conséquents évalués à 7 milliards d'euros par an. Nous sommes en parfaite adéquation avec la philosophie du texte et nous sommes favorables à l'augmentation de la part de l'aide au développement consacrée à la malnutrition d'autant plus que ces aides contribueront à fixer les populations dans leur pays d'origine. C'est la raison pour laquelle j'ai voté pour ce texte.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione in questione perché ritengo doveroso sostenere le misure volte a porre fine all'annosa problematica della fame e della malnutrizione nel mondo.

La proposta di risoluzione ha come obiettivo principale quello di garantire opportunità e di aumentare così la produttività dei piccoli coltivatori, creando sistemi alimentari sostenibili e resilienti ai cambiamenti climatici. Entro il 2030 occorre infatti provvedere al fabbisogno alimentare di una popolazione globale prevista di 8,5 miliardi di persone, proteggendo al contempo l'ambiente, la biodiversità e gli interessi propri dei piccoli coltivatori.

Nel 2012 l'Organizzazione mondiale della sanità ha approvato importanti obiettivi in ambito alimentare da conseguire entro il 2025. Su tutti la riduzione del 40 % del numero dei bambini di età inferiore ai cinque anni affetti da un ritardo della crescita e la riduzione del 30 % dei casi di peso basso alla nascita.

Ad oggi, un terzo degli alimenti prodotti in tutto il mondo, ben 1,3 miliardi di tonnellate, va sprecato. Alla luce di ciò, è opportuno implementare l'attuazione delle politiche europee elaborate dal Piano di azione della Commissione sulla nutrizione.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report which deals with food poverty, malnutrition and their causes in the developing world. The right to food can only be fully achieved when poverty and inequality are drastically reduced and resilience to shocks is enhanced. Rights-based public policies and effective measures to combat land grabbing in developing countries, including through concrete options to ensure land tenure security, are essential for attaining global goals and EU commitments on nutrition and food security in the world. For these reasons I voted in favour.

David Casa (PPE), *in writing*. – I believe and support the idea that eradicating hunger and malnutrition should be a long-term commitment of the EU. The EU needs to be ambitious in achieving Sustainable Development. However although progress has been made over the past years, it remains too slow and a significant number of people in the world still lack proper access to food and are malnourished. The resolution aims at taking stock of the progress made and the challenges that remain ahead of the UN High level Summit on Nutrition. Although I agree on many of the points raised in this resolution I do not support all of them, therefore I could not vote in favour of this resolution.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione sui mezzi da adottare al fine di raggiungere gli obiettivi globali e gli impegni dell'UE relativi all'alimentazione e alla sicurezza alimentare nel mondo. Ho apprezzato in particolare, tra gli altri, gli accenni alla lotta al *land grabbing*; l'attenzione ai piccoli produttori e alle aziende agricole a conduzione familiare; il diritto umano all'alimentazione e il diritto umano all'acqua; l'accesso alle risorse naturali; il no agli OGM.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – È con grande preoccupazione che constato che, nonostante gli sforzi profusi, la situazione della malnutrizione mondiale rimane a livelli drammaticamente alti. Il dato più allarmante è che, ad oggi, 159 milioni di bambini sono malnutriti e 50 milioni di bambini sono affetti da rachitismo.

La malnutrizione ha conseguenze molto gravi sullo sviluppo dei bambini e aggrava la spirale di povertà in cui vivono. Un'adeguata nutrizione dei neonati e dei bambini, soprattutto durante i due primi anni di vita, può aumentare la loro possibilità di sopravvivenza ed è essenziale per una buona crescita e un corretto sviluppo.

Secondo la FAO, benché il trend sulla malnutrizione sia in discesa, occorre agire su quella che ne è la causa principale, ovvero la povertà. Questo potrà avvenire con uno sforzo coordinato, aumentando la produzione dei piccoli agricoltori, intervenendo sull'educazione, implementando catene alimentari sostenibili, migliorando la governance, difendendo i diritti delle donne, migliorando la situazione igienico-sanitaria e stimolando il microcredito.

Ho votato a favore della risoluzione, ritenendo che noi tutti, i rappresentanti delle Istituzioni europee, gli Stati membri, la comunità internazionale e i governi dei paesi in via di sviluppo, dobbiamo impegnarci al massimo per far sì che le cause della malnutrizione vengano debellate.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και επιμένουμε στην ανάγκη υιοθέτησης μιας ολιστικής προσέγγισης όσον αφορά την πρόκληση του υποσιτισμού διότι απαιτείται η ανάληψη δράσης σε ευρύ φάσμα οικονομικών και κοινωνικών τομέων.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η πρόταση ψηφίσματος για τους παγκόσμιους στόχους και τις δεσμεύσεις της ΕΕ για τη διατροφή και την επισιτιστική ασφάλεια στον πλανήτη αφορά μια θετική διαδικασία ανάδειξης του ρόλου της Ευρώπης και ενίσχυσης της προσπάθειας εξεύρεσης λύσεων στο πρόβλημα σίτισης του παγκόσμιου πληθυσμού. Καθώς το ψήφισμα στοχεύει στην προώθηση νέων προτάσεων και ιδεών, ψήφισα υπέρ.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Avendo visto tutte le evoluzioni che sono avvenute in merito al diritto all'alimentazione come parte integrante del diritto a un tenore di vita adeguato. Ho ritenuto di votare favorevolmente al provvedimento considerando che l'obiettivo di sviluppo sostenibile e i traguardi a esso associati mirano a porre fine alla fame e alla malnutrizione entro il 2030. Garantendo opportunità e aumentando la produttività dei piccoli coltivatori, creando un'agricoltura e sistemi alimentari sostenibili e resilienti ai cambiamenti climatici, in grado di garantire alimenti a una popolazione globale prevista di 8,5 miliardi di persone, proteggendo nel contempo la biodiversità, l'ambiente gli interessi e il benessere dei piccoli coltivatori. Anche se sono stati compiuti progressi nel ridurre la malnutrizione, i quali tuttavia sono troppo lenti e irregolari, e che attualmente 795 milioni di persone nel mondo non hanno alimenti sufficienti per condurre una vita normale e attiva. Esorta la Commissione e gli Stati membri a prestare attenzione alla coerenza delle politiche per lo sviluppo nelle loro attività e, di conseguenza, a considerare le conseguenze delle loro politiche sul commercio, sull'agricoltura, sull'energia, per la sicurezza alimentare globale. Sottolinea l'importanza di sostenere i piccoli coltivatori e le agricoltrici in quanto produttori di alimenti per la nutrizione.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – L'alimentazione costituisce il fondamento del nostro vivere bene ed è inscindibile da un'umanità vogliosa di progredire. Pertanto, in nome di ciò, mi esprimo contro quanto proposto. Deploro i numerosi emendamenti presentati dai colleghi che hanno reso una proposta dalle innumerevoli ripercussioni una banale demonizzazione del libero scambio. Il diritto all'alimentazione è pilastro del diritto a un tenore di vita adeguato, perciò porre fine alla fame e alla malnutrizione, come ben direzionato dagli obiettivi dell'Agenda 2030, implica affrontare problemi sistemici e non pianificare strategie nutrizionali basate su apporti calorici e prescrizione di rimedi medici. Si rende, dunque, necessario costruire attraverso responsabilità politiche e governance efficienti azioni più rapide tra gli attori coinvolti attraverso investimenti a lungo termine incentrati su sicurezza alimentare e corretta alimentazione con la consapevolezza che 1,3 miliardi di tonnellate di cibo (ossia, un terzo della produzione) va sprecato. Mi preme ricordare come l'Unione dovrebbe avvertire il problema della malnutrizione più sentitamente visto che sempre più famiglie, rese indigenti dalla crisi, sono costrette a ricorrere all'acquisto di prodotti confezionati in prossimità di scadenza e spesso

anche dalla dubbia provenienza. Per affermare la nostra avanguardia sul tema alimentare, bisogna risolvere quanto prima problemi concreti con cui i nostri cittadini si confrontano ogni giorno.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A União Europeia deve ter um papel liderante no compromisso global de erradicação da fome e da malnutrição no Mundo. Este desígnio, compreendido no Objetivo de Desenvolvimento Sustentável 2 (Erradicar a fome até 2030), é urgente quando consideramos as alterações demográficas como o aumento da população mundial (que deve atingir os 8,5 mil milhões de pessoas em 2030) e a sua deslocação para os centros urbanos (70% das pessoas devem viver em grandes cidades, em 2050). Preocupa-me que 795 milhões de pessoas não tenham alimentação suficiente, que uma em cada três sofra de alguma forma de malnutrição e, em especial, que 161 milhões de crianças estejam subnutridas e que 2 000 crianças com menos de cinco anos morram anualmente por doenças relacionadas com a poluição da água.

Entendo, por isso, que a UE deve combater o desperdício alimentar, defender o «direito ao aleitamento materno», promover uma agricultura produtiva sustentável a todos os níveis (grandes e pequenos produtores), integrar o objetivo de eliminação da subnutrição nas políticas internas (Agricultura, Energia ou Comércio) e externas (acordos comerciais ou ajuda ao desenvolvimento) e definir indicadores específicos para a aplicação do plano de ação da UE nesta matéria.

Pelo exposto, apoio a presente proposta de resolução.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP has voted against the non-legislative motion for a resolution for Global goals and EU commitments on nutrition and food security in the world. It calls on Member States to financially invest in projects and this could lead to a misuse of funds. Also it calls on the EU to influence countries on nationalising industries but the EU has no right to intervene in nation state affairs. UKIP does not support the increasing influence of the EU over nation states.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Sradicare la fame e la malnutrizione è un impegno a lungo termine e prioritario per l'Unione europea. Nonostante gli sforzi fatti e i progressi che si sono avuti negli ultimi anni, il percorso è ancora troppo lento e 795 milioni di persone non hanno ancora un adeguato accesso al cibo e una persona su tre è denutrito. Ho votato a favore di questa risoluzione in quanto, in vista anche del secondo vertice delle Nazioni Unite sull'alimentazione, il Parlamento europeo insiste sulla necessità di un maggior coordinamento tra tutti gli strumenti utilizzati e gli attori (nazionali, locali, governativi, non governativi, privati, ricerca scientifica e industriale) dell'UE in questo settore. È necessario che gli Stati membri intensifichino i loro impegni per la sicurezza alimentare globale, privilegiando l'agricoltura sostenibile e la produzione alimentare locale alla quale deve essere data la priorità per intraprendere azioni contro la malnutrizione.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I support the call for local food production to be given priority in actions against under-nutrition, and stress the importance of supporting small farming initiatives and female farmers as food producers. At the same time I call on the EU to assist developing countries and smallholding farmers in the development of and access to local markets, local value chains and local food processing facilities, combined with trade policies that support such efforts, as part of its global nutrition strategy.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque plantea mecanismos frente a la situación de la nutrición y seguridad alimentaria en el mundo con los que estoy de acuerdo. Es el caso de apoyar a las pequeñas agricultoras y agricultores, una agricultura sostenible y resiliente climáticamente, la instauración de derechos basados en políticas públicas, medidas eficaces para luchar contra el acaparamiento de tierras en los países en desarrollo, la dimensión de género y la privatización de las semillas.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione, perché intende ribadire l'impegno dell'UE riguardo la sicurezza alimentare nel mondo, in linea con il conseguimento degli obiettivi di sviluppo sostenibile. In particolare, il secondo obiettivo mira a porre fine alla fame e alla malnutrizione entro il 2030, adottando un approccio *bottom-up* che considera i piccoli agricoltori come i principali attori del settore privato nell'ambito dell'agricoltura, della sicurezza alimentare e della nutrizione. Un'azione coordinata tra gli attori governativi, non governativi e privati a livello globale, nazionale e locale permetterà di garantire l'accesso sicuro alla terra e la gestione delle sue risorse ai piccoli coltivatori e sistemi alimentari sostenibili e resilienti ai cambiamenti climatici, proteggendo allo stesso tempo la biodiversità, l'ambiente e gli interessi e il benessere dei piccoli coltivatori. Tale sinergia è, infatti, necessaria per affrontare le cause profonde della fame e della malnutrizione, e non solo i suoi effetti visibili, oltre ai problemi sistemici che causano un'alimentazione inadeguata in tutte le sue forme. Tra questi, una produzione agricola basata sulle esportazioni,

a detrimento della biodiversità locale, e accordi commerciali che privano le popolazioni locali dell'accesso e della gestione delle risorse produttive indispensabili per il loro sostentamento.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za przyjęciem rezolucji na temat globalnych celów oraz zobowiązań UE dotyczących żywienia i bezpieczeństwa żywnościowego na świecie. Cieszy mnie fakt, że poprawki zaproponowane przez moje ugrupowanie zostały uwzględnione w tekście rewolucji. Przeciwdziałanie problemowi, jakim jest głód i niedożywienie, jest bardzo ważne, dlatego z zadowoleniem odnoszę się do tekstu rezolucji, w którym mowa nie tylko o działaniach doraźnych, ale też długoterminowych, takich jak tworzenie zrównoważonego rolnictwa odpornego na zmianę klimatu oraz systemów żywnościowych zdolnych zapewnić żywność mieszkańcom świata. Nie można zapomnieć, jak ważne jest zwiększenie inwestycji w ten sektor. Zagłosowałem za, ponieważ rezolucja uszczegóławiania działania, które należy podjąć w celu przeciwdziałania problemowi niedożywienia i głodu.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The Universal Declaration of Human Rights recognises the right to food as part of the right to an adequate standard of living. SDG2 aims to end hunger and malnutrition by 2030 by increasing productivity of smallholders and achieving sustainable agriculture for 8.5 billion people by 2030. The WHA came up with 6 global nutrition targets for 2026. This report is calling for: financial investment, a reduction in food waste, nutrition strategies, public awareness and education on these problems, to support crop genetic diversity and combat land grabbing, prevent trade distortions in agriculture, humanitarian aid, social safety nets and data collection. I am voting in favour of this report so as to ensure that the Commission addresses all forms of under nutrition and combat world hunger.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Consider că trebuie mobilizate investițiile financiare pe termen lung în domeniul securității alimentare și nutriționale și al agriculturii durabile pentru a îmbunătăți securitatea alimentară și nutriția printr-o mai bună guvernanță și printr-o responsabilitate sporită, prin politici alimentare și nutriționale sistemice, care să țină seama, pe de o parte, de dimensiunea de gen, de agricultura durabilă, de accesul la resursele naturale și utilizarea acestora, și pe de altă parte, de crearea și extinderea dispozitivelor de protecție socială favorabile incluziunii și bazate pe drepturi la prestații, vizând în special grupurile cele mai vulnerabile și cele mai marginale.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Con convinzione ho sostenuto la presente proposta di risoluzione del Parlamento europeo sulle prossime tappe verso il conseguimento degli obiettivi globali e degli impegni dell'UE relativi all'alimentazione e alla sicurezza alimentare nel mondo. Attraverso questo provvedimento, infatti, le istituzioni europee, gli Stati membri, la comunità internazionale ed i governi dei paesi in via di sviluppo sono invitati a mobilitare in tempi rapidi investimenti finanziari a lungo termine a favore della sicurezza alimentare e nutrizionale e dell'agricoltura sostenibile. Inoltre, si esortano gli stessi attori a potenziare la sicurezza alimentare e l'alimentazione mediante una governance e una responsabilità migliori e che siano fondate sui diritti e tengano conto, da una parte, dell'agricoltura sostenibile, dell'accesso alle risorse naturali e del loro utilizzo, dell'acqua, dei servizi sanitari e igienici e, dall'altra, della creazione e dell'espansione di reti inclusive di sicurezza sociale basate sui diritti, in particolare per i gruppi più vulnerabili e marginali.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP has voted against the non-legislative motion for a resolution for Global goals and EU commitments on nutrition and food security in the world. The resolution calls on Member States to financially invest in projects, but this could lead to a misuse of funds. Also it calls on the EU to influence countries on nationalising industries, but the EU has no right to intervene in nation state affairs. UKIP does not support the increasing influence of the EU over nation states.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu la résolution sur les objectifs mondiaux et les engagements de l'Union en matière de nutrition et de sécurité alimentaire dans le monde. Compte tenu de la puissance économique de l'Union européenne et de ses États membres, nous avons une responsabilité dans l'éradication de la faim dans le monde, la résolution des problèmes nutritionnels et alimentaires ainsi que la promotion d'une agriculture durable. Notre participation à ces chantiers mondiaux est d'autant plus nécessaire que nous sommes confrontés à un accroissement des besoins alimentaires d'une population mondiale en rapide expansion et à des menaces toujours plus pressantes sur l'environnement. Nous invitons donc la Commission européenne à établir une feuille de route de son action en matière de nutrition et de sécurité alimentaire dans le monde et appelons à l'augmentation des investissements financiers européens à long terme dans ces domaines.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — D'après le PAM (Programme alimentaire mondial), 795 millions de personnes souffraient de la faim dans le monde en 2015, soit 1 personne sur 9. 3,1 millions d'enfants de moins de cinq ans décèdent chaque année en raison de la malnutrition. Lorsqu'il ne tue pas, ce fléau crée des dommages irréversibles dans le développement des enfants qui en souffrent. Pour lutter contre la malnutrition, l'Union européenne doit agir sur le fond et sur le long terme, notamment sur la question de l'eau, de l'école, de l'agriculture, de l'autosuffisance alimentaire et de la gestion des terres. La politique de développement doit s'approprier les résultats de l'humanitaire et il faut pour cela accroitre les financements et la coordination des bailleurs de fonds, lutter contre les causes profondes de la malnutrition et intensifier les campagnes d'information et de prévention.

Angel Dzhambazki (ECR), *in writing*. – I have voted for the resolution as a whole. However, I have voted against some additions because they are not in line with the overall aim to increase the productivity of smallholders and achieve sustainable agriculture and food systems that are capable of feeding an expected global population of 8.5 billion people, in particular because it calls on the Commission to increase investments on nutrition-specific interventions. I support the proposals to better involve the private sector in order to tackle the main issues more efficiently. At the same time I welcome the approach to focus on the importance of context-specific national targets, as they differ greatly and a one-size-fits-all approach will not solve the problem. Therefore, I support this initiative.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζουμε την πρόταση ψηφίσματος διότι, παρά την καλή κατεύθυνση που είχε πάρει αρχικά, κατέληξε στην συνέχεια με πλάγιο τρόπο να υποστηρίζει ιδιωτικά συμφέροντα και μεταλλαγμένα προϊόντα.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A UE produz anualmente 88 milhões de toneladas de desperdício alimentar, enquanto 842 milhões de pessoas em todo o mundo, ou 12 % da população mundial, passam fome sendo necessário a adaptação de todos os sistemas alimentares com vista a erradicar a perda ou o desperdício alimentares. Os objetivos de Desenvolvimento Sustentável e as suas metas associadas visam erradicar a fome e a malnutrição até 2030, nomeadamente garantindo oportunidades para aumentar a produtividade dos pequenos agricultores e criando uma agricultura e sistemas alimentares sustentáveis e resilientes às alterações climáticas, capazes de alimentar uma população mundial que deverá atingir os 8,5 mil milhões de pessoas até 2030. Concordo que a UE cumpra o seu compromisso de investir 3,5 mil milhões de euros para reduzir os casos de atrasos de crescimento em pelo menos 7 milhões até 2025.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: 159 millions d'enfants présentent un retard de croissance, 50 millions souffrent d'émaciation (liée à la famine). Le plan d'action de la Commission prévoit de réduire le nombre d'enfants présentant un retard de croissance de 7 millions d'ici 2015. En 2014, seul 0,57 % de l'aide publique au développement est consacré aux causes immédiates de la dénutrition.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução aborda temas recorrentes: a segurança alimentar no mundo, a fome e a subnutrição.

Sabemos como, frequentemente, as pias intenções que aparentam justificar resoluções deste tipo mais não servem do que para escancarar mais portas ao avanço das multinacionais do agro-negócio. Não será todavia o caso desta resolução, que contém aspetos positivos que importa sublinhar, tanto mais que alguns são pouco usuais. Para tal contribuíram também as propostas de alteração que apresentámos, apesar de nem todas terem sido aceites. Propostas que se centraram sobre:

— A crítica e condenação dos acordos de livre comércio, nomeadamente ao nível do seu impacto na nutrição e segurança alimentar no mundo e à sua contribuição para as desigualdades;

— A defesa do controlo e da propriedade pública de sementes e a garantia de preços acessíveis a este e outros fatores de produção;

— A incompatibilidade entre a lógica privada da maximização do lucro, nomeadamente das grandes multinacionais do sector agroalimentar, e a luta contra a fome e pela segurança alimentar;

— A condenação do apoio e da prática de políticas agrícolas de cariz exportador, favoráveis aos grandes agrários;

— O repúdio da expropriação de terra por «investidores» estrangeiros nos países menos desenvolvidos.

Valorizamos o facto de alguns destes pontos estarem incluídos na resolução.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as it is essential for the basic standards of living to made universal.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Podľa viacerých prognóz bude na svete v roku 2030 žiť viac ako 8,5 miliardy ľudí. Európska únia nemôže prehliadať fakt, že už v súčasnosti 795 miliónov ľudí nemá dostatočné množstvo potravín, aby mohli viesť plnohodnotný a kvalitný život. Je preto veľmi dôležité, aby sme sa vo väčšej miere zamerali na zabezpečenie príležitostí a zvýšenie produktivity drobných poľnohospodárov, ktorí sú najväčší aktéri v oblasti poľnohospodárskej výroby, a týmto krokom zabezpečili udržateľné poľnohospodárstvo a potravinové systémy. Je dôležité, aby sme sa vyvarovali prijímaniu obchodných dohôd, ktoré by mohli mať škodlivý vplyv na potravinovú bezpečnosť a prispieť k podvýžive, ak prenájom alebo odpredaj ornej pôdy súkromným investorom povedie k tomu, že miestni obyvatelia prídu o prístup k výrobným zdrojom, ktoré sú nevyhnutné pre ich živobytie, alebo ak by mal za následok, že sa veľký podiel potravín bude vyvážať a predávať na medzinárodných trhoch, čím sa vyvážajúci hostiteľský štát stane závislejším od výkyvov cien komodít na medzinárodných trhoch a zraniteľnejším voči nim.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τους παγκόσμιους στόχους και τις δεσμεύσεις της ΕΕ για τη διατροφή και την επισιτιστική ασφάλεια στον πλανήτη, καθώς η πρόταση ψηφίσματος, ενώ αρχικά είναι σε καλή κατεύθυνση, στην συνέχεια με πλάγιο τρόπο προωθεί ιδιωτικά συμφέροντα και τα μεταλλαγμένα.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I strongly support this report, which underlines the importance of the development of social safety nets. I would like to underline the importance of achieving Sustainable Development Goal 2, which aims at ending hunger and malnutrition by 2030, notably by increasing the productivity of smallholder farms and achieving sustainable and climate resilient agriculture and food systems. Currently, 159 million children are stunted and 50 million are affected by wasting. Malnutrition has a tremendous impact on their development and health and fuels the cycle of poverty. The level of investments remains inadequate. The Commission Nutrition Action Plan pledged to reduce stunting by 7 million children by 2025 and should honour its commitments, ensuring that it addresses all forms of undernutrition while also filling the huge current funding gap for nutrition-specific interventions.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de resolución, considerando que el ODS 2 y sus metas anejas, tienen como finalidad poner fin al hambre y a la desnutrición en el horizonte 2030, en particular creando oportunidades para los pequeños agricultores e incrementando su productividad, y logrando una agricultura y unos sistemas de alimentación sostenibles y resilientes al clima, que puedan alimentar a una población mundial que se prevé que alcance los 8 500 millones de personas en 2030, al tiempo que se protege la biodiversidad y el medio ambiente, así como los intereses y el bienestar de los pequeños agricultores. La Unión, la comunidad internacional, así como los Gobiernos de los países en desarrollo, deben movilizar de manera inmediata, inversiones financieras a largo plazo en materia de seguridad alimentaria y nutricional y agricultura sostenible y, que refuercen la seguridad alimentaria y nutricional a través de la mejora de la gobernanza y la rendición de cuentas y de políticas en materia de alimentación y nutrición de carácter sistemático y basadas en los derechos.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Quello con gli obiettivi fissati per lo sviluppo sostenibile entro il 2030 è un appuntamento che l'Europa non può permettersi di disattendere, perché fornire maggiori investimenti per l'alimentazione, garantire un adeguato sviluppo e rafforzamento delle reti di sicurezza sociale e sostenere un'agricoltura resiliente ai cambiamenti climatici potrebbe voler dire riuscire a salvare 7 milioni di bambini, entro il 2025, dalle minacce collegate a malnutrizione e fame.

La posta in gioco è troppo alta. Condivido pertanto la richiesta alla Commissione della collega McAvan per sollecitare un consolidamento degli attuali impegni finanziari e promuovere iniziative e strategie volte ad arginare gli allarmanti numeri che purtroppo registriamo in merito a malnutrizione e deperimento.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione sulle prossime tappe verso il conseguimento degli obiettivi globali e degli impegni dell'UE relativi all'alimentazione e alla sicurezza alimentare nel mondo perché ritengo che l'obiettivo di porre fine alla malnutrizione entro il 2030 nel mondo non possa più essere rinviato. Nonostante i progressi fatti per la riduzione della malnutrizione, tuttavia gli 800 milioni di persone afflitte da malnutrizione nel mondo sono ancora troppe. L'obiettivo della riduzione del 40% della malnutrizione tra i bambini di età inferiore entro il 2025 deve essere un obiettivo non rinviabile, considerando che la denutrizione e un'alimentazione scorretta costituiscono i principali fattori di rischio per l'onere mondiale delle malattie. Ho condiviso fortemente la necessità di azioni coordinate e più rapide fra gli attori governativi e non governativi a tutti i livelli, una maggiore coordinazione fra politiche agricola, commerciale e di sviluppo e l'azione di leadership che la Commissione europea, il più importante donatore al mondo, deve assumere nell'ambito della sicurezza alimentare e dell'alimentazione potenziando le risorse già impegnate con stanziamenti aggiuntivi da destinare a interventi specifici sull'alimentazione per rendere possibile il conseguimento degli obiettivi sull'alimentazione dell'OMS e gli obiettivi di sviluppo mondiale (OSS), all'interno di una vera strategia integrata.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted against the non-legislative motion for a resolution for Global goals and EU commitments on nutrition and food security in the world. This calls on Member States to financially invest in projects, but this could lead to a misuse of funds. It also calls on the EU to influence countries on nationalising industries, but the EU has no right to intervene in nation state affairs. UKIP does not support the increasing influence of the EU over nation states.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución sobre nutrición y seguridad alimentaria que reconoce el derecho a la alimentación como un derecho humano. La resolución también hace referencia a la amenaza que el acaparamiento de tierras en países en desarrollo supone para los objetivos globales sobre nutrición y seguridad alimentaria, llamando a la instauración de medidas concretas para garantizar la seguridad de tenencia de la tierra. Finalmente, consideramos muy positivo, también, que la resolución haga hincapié en que la privatización de las semillas y los transgénicos suponen una amenaza para la soberanía alimentaria de los países.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted for the motion on Global goals and EU commitments on nutrition and food security in the world. The report highlights the need to end hunger and malnutrition by 2030, through the support of smallholders' farms and sustainable and climate resilient agriculture and food systems.

Jytte Guteland, Olle Ludvigsson och Marita Ulvskog (S&D), *skriftlig*. — Ökad tillämpning av immaterialrättsskydd på utsäde i handelsavtal med utvecklingsländer kan medföra att valmöjligheterna för jordbrukarna minskar samtidigt som kostnaderna ökar, vilket i sin tur kan äventyra livsmedelssäkerheten i dessa länder. Däremot kan ett gradvis uppbyggande av immaterialrätten utifrån erfarenheter och frivilligt samarbete i vissa fall vara lämpligt och därför valde vi att avstå beträffande ändringsförslaget om privatisering av utsäde.

Odling av GMO-grödor bygger i många fall på användandet av herbicida bekämpningsmedel som har förödande effekter på biologisk mångfald, utarmar åkermark och i förlängningen hotar ett hållbart jordbruk. Därför vill vi se en utfasning av användandet av sådana GMO-grödor, så att livsmedelsproduktionen successivt ersätts med hållbarare alternativ. Denna utfasning måste dock bedrivas på ett långsiktigt och hållbart vis, varför vi inte stött skrivningar som vi befarar kan försvåra den befintliga livsmedelsförsörjningen i länder.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported the resolution on attaining global goals and EU commitments on nutrition and food security in the world. The resolution calls for accelerated action to fulfil the 2030 Agenda and to reach Sustainable Development Goals 2 to end hunger, while it also insists on the development of social safety nets in order to reduce extreme poverty. As the level of investment in nutrition remains inadequate (with nutrition-specific interventions receiving only 0.57% of global ODA aid in 2014, meeting only 1.4% of the total needs) the resolution calls for additional EU commitment of EUR 1 billion addressing nutrition-specific interventions. I believe that there is an absolute urgency to reach internationally agreed nutrition targets. Inadequate nutrition is one of the most significant impediments to human development. I was also happy to support an amendment, which called for the right of local food producers to have control over their land, seeds and water and also reject the privatisation of natural resources.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – Global goals and EU commitments on nutrition and food security in the world: This oral question and its accompanying resolution are centred on Sustainable Development Goal 2 and its targets, which aims at ending hunger and malnutrition by 2030. Since the resolution includes the importance of the private sector and the necessity to include the most affected countries in global trade, my group and I have voted positively. By the way, I believe that the euro must be abolished. It leads to dissension and discord in Europe.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Prijedlog rezolucije podnesen nakon pitanja za usmeni odgovor B8-0717/2016 u skladu s člankom 128. stavkom 5. Poslovnika o sljedećim koracima za ostvarivanje globalnih ciljeva i obveza EU-a povezanih s prehranom i sigurnošću opskrbe hranom u svijetu (2016/2705(RSP)), s obzirom da je potrebno koordinirano djelovanje među globalnim, nacionalnim, lokalnim, vladinim, nevladinim i drugim akterima kako bi se ispunio 2. cilj održivog razvoja Program održivog razvoja do 2030. koji se odnosi na iskorjenjivanje gladi.

EU, države članice i međunarodna zajednica, kao i vlade zemalja u razvoju, trebaju odmah mobilizirati dugoročna financijska ulaganja u sigurnost opskrbe hranom i prehrane te održivu poljoprivredu i unaprijediti sigurnost opskrbe hranom. S druge strane treba hitno promijeniti stanje gdje se trećina hrane proizvedene na svijetu – otprilike 1,3 milijarde tona – baci u smeće. Izdvajam još potrebu da Komisija podupre male poljoprivrednike u primjeni inovativnih produktivnijih poljoprivrednih praksa koje osim toga zadovoljavaju kriterije prilagođenosti klimatskim promjenama i koje su utemeljene na agroekologiji.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Nul n'est insensible aux problèmes dramatiques posés par la faim et la malnutrition dans le monde, en particulier quand cela touche des enfants. Toutes les initiatives tendant à encourager l'autosuffisance alimentaire, le localisme et à renforcer la souveraineté des pays concernés sont les bienvenues. À terme, cela nous fera progresser dans le règlement de bon nombre de questions, aussi bien l'émigration vers l'Europe que la faim elle-même.

J'ai voté pour.

Diane James (EFDD), *in writing*. — UKIP has voted against the non-legislative motion for a resolution for Global goals and EU commitments on nutrition and food security in the world. This calls on Member States to financially invest in projects, but this could lead to a misuse of funds. Also it calls on the EU to influence countries on nationalising industries, but the EU has no right to intervene in nation state affairs. UKIP does not support the increasing influence of the EU over nation states.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Hlasoval jsem pro návrh usnesení o globálních cílech a závazcích EU vůči výživě a bezpečnosti potravin ve světě, které je v souladu s vizí Agendy pro udržitelný rozvoj 2030, společného plánu, na kterém se dohodly státy OSN a který spočívá v eliminaci extrémní chudoby a transformaci ekonomiky k udržitelnosti do roku 2030. Usnesení zdůrazňuje potřebu předcházet systémovým problémům, které způsobují podvýživu, prostřednictvím zapojení všech ekonomických a sociálních hráčů a dalších zúčastněných stran. V oblasti bezpečnosti potravin klade důraz zejména na roli soukromého sektoru a zlepšení přístupů a systémů v zemědělství.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution portée par Linda McAvan relative aux objectifs mondiaux et aux engagements de l'UE en matière de nutrition et de sécurité alimentaire dans le monde. Si je soutiens les initiatives visant à souligner les défis et les progrès qui doivent être entrepris par l'Union européenne pour l'éradication de la faim et de la malnutrition dans le monde, il est néanmoins nécessaire de garder le sens des proportions. Vouloir interdire les cultures OGM dans leur ensemble alors qu'elles peuvent avoir un rôle dans la lutte contre la faim dans le monde me semble clairement disproportionné au vu des enjeux.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport concernant les matériaux pouvant libérer certains consistants toxiques dans la nourriture car je considère cette question de santé publique comme majeure. En élargissant les matériaux concernés par des mesures spécifiques et en améliorant la traçabilité, nous garantissons que des mesures pour la santé des consommateurs sur le marché unique soient prises.

Jarosław Kalinowski (PPE), *na piśmie*. – Zwiększająca się z roku na rok liczba ludności na świecie powoduje wzrost zapotrzebowania na żywność, a jej niedostatek prowadzi do głodu i ubóstwa. Niedożywienie uwidacznia się głównie wśród dzieci i przybiera postać zaburzeń w organizmie związanych z zahamowaniem wzrostu lub niską masą ciała, spowolnieniem naturalnych procesów rozwoju, ogólnym pogorszeniem stanu zdrowia. W niektórych krajach problem głodu jest niezwykle poważny i każdego roku prowadzi do ok. 15 mln zgonów w skali światowej. Istotna jest zatem racjonalna produkcja oraz dystrybucja żywności, dzięki którym problem ten może zostać zminimalizowany. W tym celu należy wspierać mniejszych producentów żywności oraz promować zrównoważony model rolnictwa, wydajnego i odpornego na zmianę klimatu. W celu ochrony fundamentalnych potrzeb żywnościowych należy zapewnić obywatelom bezpieczeństwo socjalne. Nowoczesne systemy produkcji i dystrybucji żywności muszą mieć zdolność do wyżywienia całej populacji ludzkiej, której szacowana liczba w 2030 r. ma wynosić 8,5 mld. Dlatego UE musi dołożyć wszelkich starań, aby te cele zostały zrealizowane.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für die vorliegende Entschließung. Vor allem die Ablehnung von Privatisierungsbestrebungen im Bereich von Saatgut und die äußerst kritische Haltung gegenüber genmodifizierten Lebensmitteln sind zu begrüßen.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, as it underlines the importance of achieving Sustainable Development Goal 2 aimed at ending hunger and malnutrition by 2030, notably by increasing the productivity of smallholders' farms, achieving sustainable and climate resilient agriculture and food systems.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Vzhledem k tomu, že druhý cíl udržitelného rozvoje a příslušné dílčí cíle jsou zaměřeny na vymýcení hladu a podvýživy do roku 2030 zejména zabezpečením příležitostí pro drobné vlastníky půdy a zvýšením jejich produktivity a na dosažení udržitelných a vůči klimatu odolných zemědělských a potravinových systémů, které budou schopny uživit předpokládanou světovou populaci (8,5 miliardy obyvatel v roce 2030) při současné ochraně biologické rozmanitosti, životního prostředí a zájmů a dobrých životních podmínek těchto drobných vlastníků, považuji debatu o příštích krocích k dosažení globálních cílů a ke splnění závazků EU v oblasti výživy a zajišťování potravin ve světě za zcela zásadní a hlasovala jsem pro zprávu. Naprosto jsem navíc souhlasila s tím, že privatizace osiv prostřednictvím doložek o právech duševního vlastnictví a geneticky modifikované organismy ohrožují potravinovou soběstačnost zemí a doufám, že si toho bude vědoma i Komise při vyjednávání mezinárodních smluv.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - A problémák rendszerszintűek, a világkereskedelem és a mezőgazdasági támogatási rendszerek eredménye, hogy ma éheznek olyan kisgazdálkodók, akik korábban ellátták magukat, családjukat, kisközösségüket. Csak a földrablások leállítása és az élelmiszer-önrendelkezés jelenthetnek valós alternatívát. Valóban minőségi és bioélelmiszereket is alapvetően kisgazdaságokban lehet megtermelni, így ezek tönkretételét meg kell szüntetni és az eddigi folyamatokat meg kell fordítani. Az állásfoglalás egyértelműen támogatásra érdemes.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепих резолюцията относно следващите стъпки за постигане на глобалните цели и ангажиментите на ЕС в областта на изхранването и продоволствената сигурност по света, тъй като това е една от основните и най-важни цели, залегнали в Програма 2030 за устойчиво развитие.

Решаването на проблема с изхранването и недохранването е дългосрочен ангажимент на ЕС. Основна предпоставка за изкореняването на глада е намирането на баланс в областта на изхранването чрез осигуряване на продоволствена сигурност, качествени храни и определяне на нуждите на съответните държави.

Смятам, че координирането в областта на помощта, финансирането и увеличаването на инвестициите между ЕС и останалите световни партньори и донори ще доведе до конкретни положителни резултати. Подкрепям предложението да бъдат насърчавани, подпомагани и подкрепяни земеделските производители, най-вече малките и местните земеделски производители, които осигуряват голяма част от храните по света и същевременно подпомагат пазара на труда.

Превръщането на селското стопанство в устойчиво, увеличаването на финансирането на селскостопанските производители в по-слабо развитите региони и използването на иновации в тази сфера ще насърчат производителността и ще подпомогнат решаването на проблема с изхранването.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – Fighting hunger is a priority enshrined in the Millennium Development Goals. As the world population continues to grow, much more effort and innovation will be urgently needed in order to sustainably increase agricultural production, improve the global supply chain, decrease food losses and waste, and ensure that all who are suffering from hunger and malnutrition have access to nutritious food. The EU is a champion among donors in the eradication of hunger and malnutrition and is committed to reduce the numbers of people who face hunger and malnutrition by at least 7 million by 2025. However, progress in reducing malnutrition remains too slow; 795 million people in the world currently do not get enough food to lead a decent and active life. Therefore, the EU should continue to support and invest in smallholder farmers to boost food production, achieve nutrition security and sustainable agriculture. In addition to this, the EU should assist smallholder farmers in the development and access to local markets, local value chain and local food processing facilities. In order to facilitate the process even further the Union should provide education and training to smallholder farmers.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Voto a favore dalla proposta di risoluzione sugli obiettivi globali e impegni dell'UE relativi all'alimentazione e alla sicurezza alimentare nel mondo. Oggi, nonostante gli sforzi compiuti per ridurre la malnutrizione, secondo le statistiche della FAO, circa 122 milioni di cittadini europei sono a rischio di povertà, e ogni anno, nell'UE, si sprecano oltre 100 milioni di tonnellate di alimenti, un quantitativo che potrebbe risolvere il problema della fame nel mondo. Ciascuna tonnellata di rifiuti alimentari evitata potrebbe, inoltre, contribuire al risparmio dell'equivalente di 4,2 tonnellate di CO_2, riducendo l'utilizzo delle risorse naturali. Ritengo prioritario porre fine a tale problema, lottando contro il *food waste* - lo spreco alimentare- e sostenendo le popolazioni più indigenti. Per esempio, all'interno del nuovo pacchetto sull'economia circolare, che ha come obiettivo la trasformazione dell'economia da lineare appunto a circolare, e cioè della nuova visione del rifiuto come risorsa, la lotta contro il *food waste* potrà giocare un ruolo centrale. La sicurezza nutrizionale è uno dei prerequisiti essenziali per la garanzia di una crescita sostenibile delle nostre comunità e del mondo intero, ed è per questo che tutti noi dobbiamo impegnarci a contribuire al raggiungimento di tali obiettivi.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution car elle reconnaît la souveraineté alimentaire des États tout en tentant de lutter contre la malnutrition. Je regrette toutefois le rejet d'amendements condamnant le libre-échange et les abus des multinationales. Mais la privatisation des semences est heureusement condamnée!

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution sur les objectifs mondiaux et les engagements de l'UE en matière de nutrition et de sécurité alimentaire dans le monde. La résolution rappelle que d'ici 2030 la faim et la malnutrition sont censées être réduites, notamment en s'appuyant sur les petits producteurs et exploitations qui sont des maillons essentiels. Les nouvelles cultures soutenues devront faire face aux changements climatiques inéluctables, tout en respectant biodiversité et environnement.

Des dispositifs de protection sociale sont censés être mis en place, garantissant, notamment, un accès aux terres et à leur gestion par ces populations. Ceci tout en évitant l'accaparement des terres par des multinationales étrangères ou des pays comme la Chine. Il s'agit de stopper cela, pour éviter que celles-ci ne mettent la main sur ces terres car elles écartent les producteurs locaux qui pourraient utiliser ces exploitations au profit de cultures vivrières locales, aidant leurs populations à assurer leur subsistance.

Le soutien à l'autosuffisance alimentaire et au localisme sont indispensables. Dans ce sens, la diversité génétique des semences est encouragée. En effet, la souveraineté alimentaire est une des clefs pour ces populations, pour éviter l'émigration vers l'Europe et la malnutrition.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Le texte revient ici sur l'engagement de la Commission de 3,5 milliards d'euros, dont 400 millions spécifiquement sur la nutrition. Il s'agit donc de traiter le problème des 159 millions d'enfants qui présentent un retard de croissance et les 50 millions qui souffrent d'émaciation (liée à la famine). Le plan d'action de la Commission prévoit de réduire le nombre d'enfants en retard de croissance de 7 millions d'ici 2015.

La résolution rappelle que, d'ici 2030, faim et malnutrition sont censées être réduites, notamment en s'appuyant sur les petites exploitations, des maillons essentiels. Les nouvelles cultures soutenues devront faire face aux changements climatiques, tout en respectant biodiversité et environnement.

Des dispositifs de protection sociale doivent être mis en place, garantissant un accès aux terres et à leur gestion par ces populations, tout en évitant l'accaparement des terres par des multinationales. Le soutien à l'autosuffisance alimentaire et le localisme sont indispensables. En effet, la souveraineté alimentaire est une des clefs pour ces populations, pour éviter l'émigration vers l'Europe et la malnutrition. Des programmes d'éducation des femmes sont aussi proposés. Enfin, la question du gaspillage alimentaire est abordée.

En conséquence de tous ces aspects, j'ai voté pour ce dossier.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque plantea mecanismos frente a la situación de la nutrición y seguridad alimentaria en el mundo con los que estoy de acuerdo. Es el caso de apoyar a las pequeñas agricultoras y agricultores, una agricultura sostenible y resiliente climáticamente, la instauración de derechos basados en políticas públicas, medidas eficaces para luchar contra el acaparamiento de tierras en los países en desarrollo, la dimensión de género y la privatización de las semillas.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – En la presente propuesta de resolución se abordan las siguientes etapas para alcanzar los objetivos a escala mundial y los compromisos de la Unión en materia de nutrición y seguridad alimentaria en el mundo.

Aunque se ha conseguido realizar avances en la reducción de la desnutrición, siguen habiendo 795 millones de personas en todo el mundo sin alimentos suficientes para llevar una vida digna. Es por ello que la Unión no puede quedarse de brazos cruzados y debe llevar a cabo medidas eficaces y equilibradas para cumplir el conjunto de metas mundiales en materia de nutrición para 2025, señaladas en la Asamblea Mundial de la Salud de 2012.

Entre otros, se menciona en la presente resolución el fomento del «derecho a la lactancia» y la importancia de apoyar a los pequeños agricultores y las mujeres agricultoras como productores.

Doy mi voto favorable a esta propuesta, porque las medidas que contiene contribuirán a reducir el número de niños que sufren atraso en el crecimiento, así como, a que no aumenten los niveles de sobrepeso en la niñez y hará que aumenten las tasas de lactancia materna en los primeros seis meses de vida, lo cual es capital para el desarrollo de los niños.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Nesouhlasím s výzvou členským státům k investicím do udržitelného zemědělství s bezpečnou výživou. Je to pokrytectví, protože jsou to právě politiky EU na podporu biopaliv, které zdražují potraviny a vedou chudé země k pěstování biopalivových plodin namísto potravinových plodin. Místo této zprávy by EU měla uznat, že problémy s výživou a podvýživou, růstem cen potravin jsou důsledkem její politiky podpory biopaliv. To tato zpráva neříká ani náznakem, jen volá po dalších regulacích.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – Progress in reducing malnutrition has been made but remains too slow and uneven, 795 million people in the world currently do not get enough food to lead a decent, active life, and one in three people are malnourished in one form or another. At the Nutrition for Growth Summit in 2013, the EU committed to reducing stunting by at least 7 million by 2025 and pledged EUR 3.5 billion for the 2014-2020 period to achieve this target. I support the resolution's call on the Commission, the Council, the Member States and the international community, as well as developing countries' governments, to mobilise, forthwith, long-term financial investments for food and nutrition security and sustainable agriculture.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Je alarmujúce, že svet sa v 21. storočí nedokáže vysporiadať s chudobou, hladom, nedostatočnou a neprimeranou výživou. Chudoba a hlad postihujú najmä menej rozvinuté krajiny. Nedostatočná a neprimeraná výživa je však skutočnosťou aj mnohých vyspelých krajín. Trpia najslabšie skupiny, deti, ženy a starší ľudia. Tieto problémy majú svoj odraz v úmrtnosti, chorobách, v sociálno-zdravotnom systéme a, samozrejme, aj v ekonomike krajín. V Európskom parlamente sme prijali niekoľko uznesení týkajúcich sa oblasti výživy a potravinovej bezpečnosti. Je vytvorených veľa podporných iniciatív, vynakladá sa nemalé množstvo finančných prostriedkov na riešenie problému. S podstatou problému sme sa však nevysporiadali. Je potrebné zvýšiť kontrolu poskytovania pomoci, aby sa zamedzilo jej zneužívaniu a aby bola smerovaná tam, kde je to naozaj potrebné.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Στηρίζω την πρόταση ψηφίσματος σχετικά με τα επόμενα βήματα για την επίτευξη των παγκόσμιων στόχων και των δεσμεύσεων της ΕΕ για τη διατροφή και την επισιτιστική ασφάλεια στον κόσμο, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 3/10/2016 αλλά και διότι τη θεωρώ επαρκώς τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

La proposition de résolution déposée au nom de la commission DEVE vise à attirer l'attention de la Commission européenne sur le problème de la faim et de la malnutrition des enfants dans le monde. Elle souligne surtout la nécessité de soutenir l'autosuffisance alimentaire des pays en développement qui peuvent ainsi protéger ces populations de la malnutrition. En outre, nous sommes d'avis que la souveraineté alimentaire est un des moyens par lesquels nous pouvons éviter l'immigration massive en provenance des régions concernées vers l'Europe. Nous soutenons donc cette proposition de résolution malgré certaines réserves sur la nécessité d'engager des fonds issus du budget de l'UE.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω το ψήφισμα για τα επόμενα βήματα της ΕΕ γύρω από τα θέματα που αφορούν την επισιτιστική ασφάλεια στον κόσμο γιατί, αν λάβουμε υπόψη την Οικουμενική Διακήρυξη των Δικαιωμάτων του Ανθρώπου αλλά και το Διεθνές Σύμφωνο για τα Οικονομικά, Κοινωνικά και Πολιτιστικά Δικαιώματα του ανθρώπου, συμπεραίνουμε ότι το δικαίωμα στην τροφή είναι αναφαίρετο αφού αποτελεί τμήμα του δικαιώματος σε επαρκές βιοτικό επίπεδο, έχοντας υπόψη. Επιπλέον, το ανθρώπινο δικαίωμα στην τροφή μπορεί να υλοποιηθεί μόνο όταν περιοριστεί δραστικά η φτώχεια και η ανισότητα και επίσης όταν διασφαλιστεί η ισότητα. Αυτό μπορεί να επιτευχθεί με τη δημιουργία δικτύων κοινωνικής ασφάλειας τα οποία θα βασίζονται στα δικαιώματα και στην εξασφάλιση πλήρους συμμετοχής των ευάλωτων και ασθενέστερων ομάδων. Για τους πιο πάνω λόγους υπερψηφίζω την έκθεση.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten, wird die Kommission aufgefordert, Kleinbauern zu fördern. Weiter wird an die internationale Gemeinschaft appelliert, Maßnahmen für die Eindämmung von Unterernährung zu treffen. Ich teile diese Ansicht und befürworte deshalb diesen Entschließungsantrag.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už Europos Parlamento rezoliuciją dėl ES įsipareigojimų dėl mitybos ir aprūpinimo maistu pasaulyje. Manau, kad visi asmenys turi turėti prieigą prie maistingo maisto, todėl svarbu nuosekliai padėti besivystančioms šalims ir jų smulkiesiems ūkininkams kurti vietos rinkas, vietos vertės grandines ir maisto perdirbimo galimybes. Tokiu būdu būtų mažinamas skurdas ir ligos, kurias besivystančiose šalyse sukuria neprievalgis.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Suite aux engagement de l'UE en matière de sécurité alimentaire dans le monde, ce rapport propose des pistes intéressantes pour lutter contre la malnutrition et la famine.

Ainsi le texte rappelle que «la production de biocarburants fait peser une nouvelle pression sur le système alimentaire mondial, car elle génère une concurrence en termes d'accès à la terre et à l'eau». Il explique également comment la «privatisation des semences, au moyen de et les OGM mettent en péril la souveraineté alimentaire des pays». Ou encore critique les excès de l'élevage intensif puisque «un tiers de la production mondiale de céréales sont utilisées pour l'alimentation animale». Aussi, pour y remédier, le texte propose la promotion «des exploitations familiales qui produisent des cultures vivrières pour la consommation locale» et favorise les «pratiques agroécologiques». Je regrette néanmoins les injonctions sur l'allaitement maternel que ce rapport développe en proposant «d'accroître d'au moins 50 % le taux d'allaitement maternel exclusif pendant les six premiers mois». Pourquoi ne pas plutôt garantir l'accès des nourrissons à des aliments sains et nutritifs permettant à l'allaitement de rester une option sans être une injonction. Malgré ces réserves, je vote pour.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il s'agit de prendre à bras le corps le problème des 159 millions d'enfants qui présentent un retard de croissance et les 50 millions qui souffrent d'émaciation (liée à la famine). Le plan d'action de la Commission prévoit de réduire le nombre d'enfants présentant un retard de croissance de 7 millions d'ici 2015. La question englobe les notions de prises en considération d'autres formes de dénutrition, d'augmentation des investissements pour combattre les causes de cette dénutrition et de mise en place de «filets de sécurité sociale» dans ces pays. La résolution rappelle que, d'ici 2030, faim et malnutrition sont censées être réduites, notamment en s'appuyant sur les petits producteurs et les petites exploitations qui sont des maillons essentiels. Des dispositifs de protection sociale sont censés être mis en place, garantissant notamment un accès aux terres et à leur gestion par ces populations, tout en évitant l'accaparement des terres par des multinationales étrangères. Le soutien à l'autosuffisance alimentaire et le localisme sont indispensables. Dans ce sens, la diversité génétique des semences est encouragée. En effet, la souveraineté alimentaire est une des clefs pour ces populations, pour éviter l'émigration vers l'Europe et la malnutrition. En conséquence de tous ces aspects, j'ai voté en faveur de ce dossier.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O acesso à alimentação e a segurança alimentar para todos são essenciais para a diminuição das desigualdades. São necessários grandes investimentos para que esses objetivos sejam atingidos. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – Though I fully support the struggle to ensure food security and the need for development policy to be interlinked with trade, agriculture and energy policies I could not support the final version of the text as it would endanger jobs and growth that could form international investment.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Dans un monde qui comptera 9 milliards d'êtres humains en 2050, dont 2 milliards en Afrique, il est impératif de conjuguer croissance démographique, agriculture productiviste et agriculture durable. Actuellement, 842 millions de personnes, soit 12 % de la population mondiale, meurent de faim. Ce chiffre nous montre le besoin urgent de répondre aux problèmes qui sont à l'origine de la malnutrition sous toutes ses formes. Les investissements n'ont couvert jusqu'à présent que 1,4 % du total des besoins. Il faut engager des dynamiques volontaristes en faveur de mécanismes de sécurité alimentaire de nature structurelle qui puissent se substituer à l'aide alimentaire d'urgence, outil à vocation temporaire, mais également aider à une meilleure intégration régionale. Je soutiens pleinement cette proposition de résolution. Assurer à chaque être humain une alimentation convenable et régulière est la concrétisation d'un droit humain fondamental.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — Európska únia má ambíciu stať sa globálnym lídrom pri napĺňaní cieľa č. 2 Agendy 2030 — Trvalo udržateľný rozvoj, ktorý chce odstrániť hlad a podvýživu vo svete do roku 2030. V rovnakom čase, keď sa približne jedna tretina celosvetovo vyrobených potravín vyhodí, asi 842 miliónov ľudí na celom svete trpí hladom. Jednou z hlavných výziev bude teda upraviť potravinové systémy tak, aby sa eliminovali straty a plytvanie potravinami. V boji proti hladu a podvýžive je tiež potrebná väčšia súdržnosť medzi všetkými aktérmi EÚ, ale aj jej nástrojmi. Členské štáty musia posilniť svoje záväzky ku globálnej potravinovej bezpečnosti uprednostnením udržateľného poľnohospodárstva a lokálnej výroby potravín, pričom kľúčová je podpora drobných poľnohospodárov ako výrobcov potravín. EÚ by mala pomôcť rozvojovým krajinám a drobným poľnohospodárom pri rozvoji miestnych trhov a prístupe na miestne trhy. Napriek tomu, že v znižovaní podvýživy bol dosiahnutý určitý pokrok, bol príliš pomalý a nevyrovnaný. Je preto nevyhnutná koordinácia a urýchlenie opatrení celosvetových, národných a miestnych vládnych, mimovládnych a súkromných subjektov vrátane inštitúcií vedeckého a priemyselného výskumu a darcov s cieľom zamerať sa na riešenie podvýživy v záujme splnenia cieľov programu 2030, ako aj cieľa trvalo udržateľného rozvoja č. 2 na odstránenie hladu.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report that underlines the importance of the development of social safety nets. The Commission has to ensure it addresses all forms of undernutrition while also filling the huge current funding gap for nutrition specific interventions. The Commission has to fulfil its commitments. The implementation of SDG 2 fighting hunger and malnutrition is a priority.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Fejlesztési Bizottságnak a Parlament állásfoglalására irányuló indítványa a globális táplálkozási és élelmezésbiztonsággal foglalkozik. Kiemelten foglalkozik a szoptatás jelentőségével az emberi fejlődés és a későbbi életesélyek szempontjából, az élelmiszerek elpazarlásával – az Európai Unió összesen 88 millió tonna élelmiszerhulladékot termel évente, miközben világszerte 842 millió ember, a világ népességének 12 százaléka éhezik – a helyi élelmiszer-termelés prioritásával, a mezőgazdasági kistermelők és a női gazdálkodók mint élelmiszer-termelők támogatásával, a termőföldhöz jutás biztosításával, az élelmiszernövény-alapú bioüzemanyagok előállításának hatásaival és a vízhez való joggal. Emlékeztet a Bizottság azon kötelezettségvállalására, hogy 3,5 milliárd eurót fordít arra, hogy 2025-ig legalább 7 millióval csökkentse a fejlődésben való visszamaradást, és elvárja, hogy a Bizottság tegyen eleget

ennek a kötelezettségvállalásnak. Az állásfoglalás-tervezetet megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Il s'agit ici d'une résolution sur l'engagement de la Commission à hauteur de 3,5 milliards d'euros sur la sécurité alimentaire dont 400 millions spécifiquement sur la nutrition. Le soutien à l'autosuffisance alimentaire et le localisme sont indispensables. Dans ce sens, la diversité génétique des semences doit être encouragée. La souveraineté alimentaire est une des clefs pour ces populations, pour éviter l'émigration vers l'Europe et la malnutrition. Des programmes d'éducation des femmes sont aussi proposés. La question du gaspillage alimentaire est abordée (chaque année, 88 millions de tonnes sont gaspillées dans l'Union européenne).

Bien évidemment, toutes ces mesures appellent aussi de nouveaux investissements que cette résolution estime à 7 milliards/an pour atteindre les objectifs.

Vote favorable.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Os Objetivos de Desenvolvimento Sustentável 2 têm como meta erradicar a fome e a malnutrição até 2030, nomeadamente garantindo oportunidades para aumentar a produtividade dos pequenos agricultores e criando uma agricultura e sistemas alimentares sustentáveis e resilientes às alterações climáticas.

Entendo que a UE deverá assumir a liderança política nesta matéria e promover à escala mundial a consecução de objetivos internacionalmente aceites em matéria de nutrição.

Defendo o reinvestimento na produção local de alimentos, focado sobretudo nos pequenos produtores de alimentos e em práticas agroecológicas, uma vez, que a meu ver constitui uma condição fundamental para o êxito das estratégias em matéria de nutrição.

É vital promover programas de educação em matéria de nutrição nas escolas e junto das comunidades locais, assim como defender «direito ao aleitamento materno» a nível mundial e reforçar as campanhas de informação sobre a saúde materna e infantil.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Le soutien à l'autosuffisance alimentaire et le localisme sont indispensables. Dans ce sens, la diversité génétique des semences est encouragée. En effet, la souveraineté alimentaire est une des clefs pour ces populations, pour éviter l'émigration vers l'Europe et la malnutrition.

Des programmes notamment d'éducation des femmes (droit à l'allaitement nécessaire pour combattre la malnutrition…) sont aussi proposés. La question du gaspillage alimentaire est abordée (rappel: chaque année, 88 millions de tonnes sont gaspillées dans l'Union européenne).

Bien évidemment toutes ces mesures appellent aussi de nouveaux investissements que cette résolution estime à 7 milliards/an pour atteindre les objectifs. Ceci tout en demandant des indicateurs précis d'évaluation des résultats obtenus par le plan d'action de l'UE.

Je vote donc pour.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution relative aux objectifs mondiaux et engagements de l'Union européenne en matière de nutrition et de sécurité alimentaire dans le monde. En effet, je suis opposée au fait que ce texte demande à l'Union européenne de supprimer les mesures d'incitation à la production de biocarburants à partir de cultures alimentaires. La mise en place de nouveaux carburants, moins nocifs pour l'environnement, est fondamentale pour la survie des générations futures.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. — Подкрепих резолюцията, тъй като считам за нужно да бъдат взети по-отговорни и дългосрочни финансови мерки за сигурността в областта на продоволствието и изхранването. Подкрепям идеята за реинвестирането в местно производство на храни, насочено по-специално към дребните производители на храни и агроекологичните практики и смятам, че това е ключово условие за успеха на стратегиите в областта на изхранването.

Напредъкът в борбата с недохранването остава недостатъчен, предвид че 795 милиона души в света нямат достатъчно храна, за да водят достоен и активен живот. Тази цифра е шокираща предвид факта, че само ЕС изхвърля 88 милиона тона храна годишно. Неподходящият прием на храна през първите 1 000 дни от живота на децата има решаващи последици в здравно, социално и икономическо отношение.

Имайки предвид, че 161 милиона деца по света страдат от хронично недохранване, смятам, че ролята на европейските институции по темата е доста отговорна за вземането на дългосрочни и ефективни мерки за осигуряването на по-добър начин на живот на хората, които днес страдат от недостиг на храна и вода. Смятам, че създаването на схеми за социална закрила, които ще гарантират, че всички лица имат достъп до питателна храна по всяко време, е от изключителна важност.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Üdvözlöm az állásfoglalási indítványt. Az Európai Unióra egy fontos globális szereplőként tekintünk, ami bizonyos kötelességekkel jár. Éppen itt az ideje, hogy szerepet vállaljunk a világ táplálkozási és élelmezésbiztonsága fenntartásában. Képesnek kell lennünk gyors és hatékony segítséget nyújtani, de ugyanakkor hosszú távú megoldásokat is kínálni. Remek ötletnek tartom a jó példamutatást a harmadik országokban – tanítsuk meg őket, hogyan tudják megfelelően kihasználni termőföldjeiket ahhoz, hogy megteremtsék maguknak a mindennapi betevőt.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Food as part of the right to an adequate standard of living is recognised by the Universal Declaration of Human Rights of 1948. I have voted for this proposal that reaffirms the importance of ending global starvation through the action of national, local, governmental, non-governmental and private actors.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport întrucât acesta propune o abordare realistă a situațiilor care cauzează malnutriția în toate formele sale. Un punct important îl constituie invitația adresată atât UE cât și comunității internaționale de a pleda printr-o voce comună în favoarea „dreptului la alăptare”, un aspect extrem de important atât pentru mamă, cât și pentru dezvoltarea copiilor. Un aspect luat în considerare în cadrul raportului este cel referitor la încurajarea micilor agricultori de a adopta practici agricole care să asigure o producție în concordanță cu necesitățile pieței, acestea fiind o condiție necesară pentru îmbunătățirea securității alimentare și nutriției. Nu în ultimul rând, raportul insistă asupra dreptului la apă al tuturor, idee neinclusă în rândul drepturilor omului, dar care este complementar cu dreptul la hrană.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem usnesení, které správně poukazuje na přetrvávající nedostatečnost úrovně investic v oblasti výživy, když na intervence zaměřené na výživu bylo v roce 2014 věnováno pouze 0,57 % celkové oficiální rozvojové pomoci, což pokrylo jen 1,4 % celkových potřeb. Usnesení poukazuje na to, že jednou z nejvýznačnějších překážek lidského rozvoje je nedostatečný růst, kdy je vzrůst dítěte vzhledem k věku příliš malý a k němuž dochází v případě chronické nedostačující výživy a opakovaných infekcí v průběhu prvních 1 000 dní života, které brání normálnímu růstu a rozvoji dítěte. Komise by proto měla splnit svůj závazek investovat 3,5 miliardy EUR, aby se do roku 2025 snížil nejméně o 7 milionů počet dětí postižených nedostatečným růstem. Je však třeba dodat, že z těchto přislíbených 3,5 miliardy EUR je pouze 400 milionů EUR určeno na podporu intervencí zaměřených na výživu, zatímco zbývající 3,1 miliardy EUR nejsou určeny na bezprostřední příčiny podvýživy, ale na řešení problémů s výživou souvisejících, jako je zemědělství, potravinového zabezpečení, voda, hygiena a vzdělávání.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da sich der Bericht gegen die Privatisierung von Saatgut ausspricht. Des Weiteren spricht sich der Bericht für die Zusammenarbeit mit örtlichen Bauern aus.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Praeguse seisuga kannatab iga kolmas inimene maailmas mingis vormis alatoitluse all. Kroonilise alatoitumuse all kannatab maailmas umbes 161 miljonit last. EL tekitab 88 miljonit tonni toidujäätmeid aastas, samas kui 12% kogu maailma rahvastikust on näljas. On äärmiselt oluline kohandada toidusüsteeme selliselt, et teha lõpp toidukadudele ja toidu raiskamisele. ELi liikmesriigid ja ka komisjon peavad pöörama oma tegevuses tähelepanu poliitikavaldkondade arengusidususele ning hindama kaubandus-, põllumajandus-, energia- ja muude valdkondade poliitika mõju ülemaailmsele toiduga kindlustamisele.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. — Pritariu pateiktai rezoliucijai.

Visas pasaulis turi veikti išvien ir tinkamai prisidėti prie pastangų panaikinti badą. Būtina kuo skubiau spręsti netinkamos mitybos problemą ir įgyvendinti Darbotvarkę iki 2030 m. Visų pirma, būtina užkirsti kelią užsienio investuotojų vykdomam žemės grobimui ir sėklų privatizavimui.

ES prekybos ir vystymosi politika turi padėti skatinti apsirūpinimo maistu savarankiškumą, gerbti vietos maisto gamintojų teisę valdyti savo žemę, sėklas ir vandenį. Taip pat labai svarbu mobilizuoti ilgalaikes finansines investicijas ir sukurti socialinės apsaugos schemas, pagal kurias būtų užtikrinta, kad visi asmenys visuomet turėtų prieigą prie maistingo maisto. Be to, labai svarbu, kad ES ir jos valstybės narės laikytųsi griežtos pozicijos, vykdydamos savo įsipareigojimus mitybos ir pasaulio apsirūpinimo maistu saugumo srityje, neremti GMO kultūrų.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση η οποία αφορά την επίτευξη του στόχου της εξάλειψης της πείνας και του υποσιτισμού έως το 2030, ιδίως με τη διασφάλιση ευκαιριών για αύξηση της παραγωγικότητας των μικρών εκμεταλλεύσεων και με την επίτευξη βιώσιμων και ανθεκτικών στο κλίμα γεωργικών και επισιτιστικών συστημάτων.

Επί του παρόντος, 159 εκατομμύρια παιδιά νοσούν και 50 εκατομμύρια επηρεάζονται εξαιτίας της αλόγιστης σπατάλης των τροφίμων. Ο υποσιτισμός έχει τεράστια επίδραση στην ανάπτυξη και την υγεία και ενισχύει τον κύκλο της φτώχειας.

Το επίπεδο των επενδύσεων παραμένει ανεπαρκές. Επίσης, είναι σημαντικό ότι καλείται η Επιτροπή να καθορίσει ένα σαφές πλαίσιο πολιτικής για αύξηση της στήριξης προς τα εθνικά δίκτυα κοινωνικής ασφάλειας, τα οποία έχουν αποδείξει σε διάφορες χώρες ότι αποτελούν σημαντικό μέσο για την αύξηση της ανθεκτικότητας και τη μείωση του υποσιτισμού.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP has voted against the non-legislative motion for a resolution for Global goals and EU commitments on nutrition and food security in the world. This calls on Member States to financially invest in projects, but this could lead to a misuse of funds. Also it calls on the EU to influence countries on nationalising industries, but the EU has no right to intervene in nation state affairs. UKIP does not support the increasing influence of the EU over nation states.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Il diritto all'alimentazione costituisce uno dei pilastri della Dichiarazione universale dei diritti dell'uomo del 1948. Nel parlare di diritto all'alimentazione si fa riferimento a un diritto complesso, il quale potrà essere conseguito pienamente soltanto quando la povertà e le disuguaglianze saranno drasticamente ridotte. Attualmente sono stati compiuti importanti passi in avanti per ridurre la malnutrizione, i quali tuttavia sono ancora troppo incerti e irregolari. Risulta necessaria una risposta univoca garantendo e tutelando altresì l'accesso alla terra, senza il quale non si potrebbe parlare di diritto all'alimentazione. L'Unione europea, data la sua posizione nel panorama internazionale, deve necessariamente adottare i mezzi a sua disposizione per debellare il problema, purtroppo ancora attuale, della malnutrizione. Pertanto, ho votato positivamente.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I supported this resolution as I believe it will be an added value to the fight against under-nutrition and hunger. Eradicating hunger and malnutrition is a long-term commitment of the EU, which has the ambition to be a global leader on the path towards the achievement of Sustainable Development Goal 2 of the Agenda 2030 (ending hunger by 2030). The resolution underlines that local food production should be given priority in actions against under-nutrition and stresses the importance of supporting smallholder and female farmers as food producers.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Iako su mnogi Europljani uzeli sigurnost hrane zdravo za gotovo, moramo imati na umu da to nije problem prošlosti, niti se tiče isključivo zemalja u razvoju. Podržavam cilj održivog razvoja koji teži iskorjenjivanju gladi i pothranjenosti do 2030. godine, i to povećanjem produktivnosti malih zemljoposjednika, ostvarenjem održivih poljoprivrednih i prehrambenih sustava otpornih na klimatske promjene, sposobnih za prehranjivanje svjetskog stanovništva. Naša je odgovornost pružiti građanima dovoljnu količinu, sigurne i zdrave hrane po prihvatljivim cijenama. To mora biti osigurano uz zadržavanje konkurentnosti europskog poljoprivrednog sektora i uz zaštitu životnog standarda poljoprivrednika. Pothranjenost je ozbiljan javnozdravstveni problem i u bogatim zemljama gdje ljudi ne dobivaju dovoljno vitamina i minerala koji su potrebni za rast, funkcionalnost organizma i zdravlje te borbu protiv bolesti. Zabrinjava i porast pretilosti u Europi, gdje se procjenjuje kako su polovica odraslih i jedna trećina djece u EU-u prekomjerne težine. Stoga smatram kako moramo provoditi akcije i informativne programe promicanja prehrane i zdrave prehrane, posebno za djecu za koju je od ključne važnosti zdrava prehrana.

Podržala sam ovu rezoluciju među ostalim jer smatram da se odgovornim korištenjem resursa za proizvodnju hrane može doprinijeti dobrobiti stanovnika EU i doprinijeti poboljšanju ekoloških i klimatskih prilika na globalnoj razini.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Linda McAvan (S&D) propose une question à la Commission suivie d'une résolution sur l'engagement de la Commission de 3,5 milliards d'euros dont 400 millions spécifiquement sur la nutrition. 159 millions d'enfants présentent un retard de croissance, 50 millions souffrent d'émaciation. Le plan d'action de la Commission prévoit de réduire le nombre d'enfants présentant un retard de croissance de 7 millions d'ici 2015. En 2014, seul 0,57 % de l'aide publique au développement est consacré aux causes immédiates de la dénutrition. La question prend en considération d'autres formes de dénutrition, l'augmentation des investissements pour combattre les causes de cette dénutrition et la mise en place de «filets de sécurité sociale». Des dispositifs de protection sociale doivent ainsi garantir l'accès aux terres et à leur gestion pour éviter leur accaparement par des multinationales étrangères ou des pays tiers. Le soutien à l'autosuffisance alimentaire et le localisme sont indispensables. Dans ce sens, la diversité génétique des semences est encouragée. La souveraineté alimentaire est une des clefs. Des programmes d'éducation sont aussi proposés. La question du gaspillage alimentaire est abordée. Ces mesures appellent des investissements (7 milliards/an) importants mais seraient réellement utiles. Je vote donc pour ce texte.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione perché la realizzazione dell'obiettivo di sviluppo sostenibile 2 (SDG2), che intende mettere fine al problema della fame e della malnutrizione entro il 2030, deve essere una priorità dell'Unione europea e, in particolare della Commissione. Attualmente più di 200 milioni di bambini soffrono per la carenza di cibo. La malnutrizione ha un devastante impatto sulla loro salute e sul loro sviluppo. Gli investimenti, ancora insufficienti, dovrebbero essere aumentati e concentrati sul miglioramento della produttività delle piccole aziende agricole, sulla realizzazione di sistemi agricoli e alimentari sostenibili e resilienti ai cambiamenti climatici. Altrettanto importante è lo sviluppo di reti di sicurezza sociale. La Commissione, il Consiglio, gli Stati membri e la comunità internazionale, così come pure i governi dei paesi in via di sviluppo, devono impegnarsi da subito a combattere tutte le forme di malnutrizione, mobilitando gli investimenti finanziari a lungo termine necessari. Attraverso una governance migliore e responsabile è necessario garantire politiche sistematiche sul cibo e la nutrizione, basate sui diritti, e che tengano conto della dimensione di genere, dell'accesso alle risorse naturali, all'acqua, ai servizi igienico-sanitari e, contemporaneamente, prevedano reti di sicurezza sociale inclusive, in particolare per i gruppi più vulnerabili e marginali.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução aborda temas recorrentes: a segurança alimentar no mundo, a fome e a subnutrição.

Sabemos como, frequentemente, as pias intenções que aparentam justificar resoluções deste tipo mais não servem do que para escancarar mais portas ao avanço das multinacionais do agro-negócio. Não será todavia o caso desta resolução, que contém aspetos positivos que importa sublinhar, tanto mais que alguns são pouco usuais. Para tal contribuíram também as propostas de alteração que apresentámos, apesar de nem todas terem sido aceites. Propostas que se centraram sobre:

— A crítica e condenação dos acordos de livre comércio, nomeadamente ao nível do seu impacto na nutrição e segurança alimentar no mundo e à sua contribuição para as desigualdades;

— A defesa do controlo e da propriedade pública de sementes e a garantia de preços acessíveis a este e outros fatores de produção;

— A incompatibilidade entre a lógica privada da maximização do lucro, nomeadamente das grandes multinacionais do sector agroalimentar, e a luta contra a fome e pela segurança alimentar;

— A condenação do apoio e da prática de políticas agrícolas de cariz exportador, favoráveis aos grandes agrários;

— O repúdio da expropriação de terra por «investidores» estrangeiros nos países menos desenvolvidos.

Valorizamos o facto de alguns destes pontos estarem incluídos na resolução.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Jsem přesvědčen, že je důležité zajistit všeobecný přístup ke zdravější a udržitelnější stravě pro všechny lidi bez rozdílu ve všech částech světa. Proto jsem podpořil tento návrh usnesení, které navrhuje opatření vedoucí k potravinovému zabezpečení, ke zlepšení výživy, k prosazení udržitelného zemědělství a vymýcení hladu. Bez koordinovaných politik na globální a lokální úrovni nemáme šanci situaci zlepšit.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Éradiquer la malnutrition et la faim dans le monde sont des engagements de l'Union européenne, notamment dans le cadre de l'Agenda 2030. J'ai donc voté pour cette résolution qui s'inscrit dans le cadre de la préparation du sommet de haut niveau de l'ONU sur la nutrition qui se tiendra en 2016. Nous appelons à ce que la cohérence entre l'ensemble des instruments de l'Union en matière de nutrition et de sécurité alimentaire soit renforcée. Dans ce cadre, les États membres de l'Union doivent prendre conscience de leur responsabilité dans l'émergence d'une sécurité alimentaire à long terme, en favorisant notamment le développement de l'agriculture durable et de la production locale.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A erradicação da fome e da malnutrição são compromissos, de longa data, da União Europeia, havendo mesmo a intenção de erradicar este flagelo até 2030. É preocupante o facto de hoje, em 2016, 795 milhões de pessoas no mundo não terem uma alimentação que lhes permita levar uma vida digna e ativa; é deveras vergonhoso que uma em cada três pessoas no mundo sofra de má nutrição e que, segundo a UNICEF, duas mil crianças morram diariamente devido a doenças relacionadas com a poluição da água.

O presente relatório reitera a importância de ações verdadeiramente coordenadas e aceleradas, empreendidas por distintos agentes a nível mundial, nacional e local, a fim de cumprir a Agenda 2030 e realizar os objetivos de desenvolvimento sustentável relativos à erradicação da fome. Além disso, o relatório incita a Comissão e os Estados Membros a coordenarem as suas políticas em matéria de comércio, agricultura e energia, entre outras, tendo em vista o teleos mencionado supra.

Defendo uma produção agrícola sustentável e a luta contra o desperdício alimentar. Nesse sentido, é premente reformar e adaptar os sistemas alimentares, tendo em vista eliminar a perda ou o desperdício de alimentos. Pelo que, indo o presente relatório ao âmago desta questão, o meu voto só pode ser favorável.

Laurențiu Rebega (ENF), *în scris*. – Salut rezoluția Parlamentului European cu privire la obiectivele globale și angajamentele UE cu privire la nutriție și securitate alimentară. Unul dintre obiectivele globale ale dezvoltării durabile aflat pe Agenda Globală 2030 este reducerea sărăciei și a malnutriției, de aceea susțin creșterea productivității micilor producători din zonele rurale, ideea de sustenabilitate în sectorul agricol și a unui management responsabil la nivel european și global în industria alimentară. Alimentația și nutriția depind de resursele pământului și de modul de gestionare al lor. De aceea, cred că la nivel național, fiecare țară trebuie să își protejeze aceste resurse și să refuze înstrăinarea lor.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP has voted against the non-legislative motion for a resolution for Global goals and EU commitments on nutrition and food security in the world. This calls on Member States to financially invest in projects, but this could lead to a misuse of funds. Also it calls on the EU to influence countries on nationalising industries, but the EU has no right to intervene in nation state affairs. UKIP does not support the increasing influence of the EU over nation states.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei negativamente, apesar de considerar que o direito humano à alimentação só poderá ser plenamente exercido quando a pobreza e a desigualdade forem drasticamente reduzidas, a igualdade for assegurada e a resiliência aos choques for reforçada, designadamente criando redes de segurança social baseadas em direitos e garantindo a plena participação dos grupos vulneráveis e o acesso seguro à terra e o seu controlo, e a gestão dos recursos e outros bens de produção, aos pequenos agricultores e comunidades agrícolas.

Não posso, no entanto, concordar com a tentativa de encontrar na atividade agrícola, todos os aspetos ambientais negativos, de uma forma absurda.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Um dos objetivos de Desenvolvimento Sustentável visa erradicar a fome e a malnutrição até 2030 criando uma agricultura e sistemas alimentares sustentáveis e resilientes às alterações climáticas, capazes de alimentar uma população mundial que deverá atingir os 8,5 mil milhões de pessoas até 2030, e protegendo, simultaneamente, a biodiversidade, o ambiente e os interesses e o bem-estar dos pequenos agricultores. Registaram-se progressos na redução da malnutrição, mas estes continuam a ser demasiado lentos e desiguais. 795 milhões de pessoas no mundo não têm uma alimentação suficiente para levar uma vida digna e ativa.

Um terço dos alimentos produzidos no mundo – cerca de 1,3 mil milhões de toneladas – é desperdiçado. A maior parte do desperdício ocorre na América do Norte e na Oceânia, onde são desperdiçados cerca de 300 kg de alimentos por pessoa. A UE produz anualmente 88 milhões de toneladas de desperdício alimentar, enquanto 842 milhões de pessoas em todo o mundo, ou 12 % da população mundial, passam fome.

São necessárias ações coordenadas e aceleradas, empreendidas pelos agentes governamentais, não-governamentais e privados, a nível mundial, nacional e local, incluindo a investigação científica e industrial. Devem ser mobilizados de imediato investimentos financeiros a longo prazo na segurança alimentar e nutricional e na agricultura sustentável.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La primera cumbre de «Nutrición para el Crecimiento» tuvo lugar en Londres en 2013, donde se comprometieron veintitrés mil millones de dólares y medidas inmediatas para abordar los problemas de nutrición.

La resolución del Parlamento Europeo, quiere mantener la nutrición en el centro de la agenda política de la Unión. Con la esperanza de lograr un impacto significativo antes de la nueva cumbre prevista para Tokio 2020, se subraya la importancia de una reunión de alto nivel sobre esta cuestión con el objetivo de desarrollar respuestas ante los desafíos sobre nutrición, fomentar la alimentación para impulsar la economía —a nivel continental, África pierde alrededor del 11 % de su PIB debido a la mala alimentación—; frenar la malnutrición, en especial, durante los primeros 1 000 días de vida; y hacer realidad la visión del Decenio de Acción sobre la Nutrición (2016-2025) —que se lanzó en septiembre durante la Asamblea General de Naciones Unidas—. Por todo esto, he votado a favor de esta resolución.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette proposition de résolution du Parlement européen sur les prochaines étapes en vue d'accomplir les objectifs mondiaux et les engagements de l'Union en matière de nutrition et de sécurité alimentaire dans le monde. Celle-ci préconise que les politiques européennes de développement, de commerce et d'agriculture tiennent compte de leur impact sur la sécurité alimentaire mondiale. Cette résolution invite la Commission et le Conseil à prendre le leadership en matière de nutrition et de sécurité alimentaire en août 2016 au Brésil et à investir davantage dans ce domaine en adoptant une approche globale.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją dėl tolesnių veiksmų siekiant pasaulinių tikslų ir dėl ES įsipareigojimų dėl mitybos ir aprūpinimo maistu pasaulyje. Šiuo metu pasaulyje 795 mln. žmonių negauna pakankamai maisto, kad galėtų gyventi deramą ir aktyvų gyvenimą. Tačiau tuo pačiu metu trečdalis viso pasaulyje pagaminto maisto – maždaug 1,3 mlrd. tonų – yra iššvaistomas. Vien Europos Sąjungoje iššvaistoma 88 mln. tonų maisto. Taigi norint spręsti maisto trūkumo problemas pirmiausia reikia pritaikyti visas maisto sistemas, kad maistas nebūtų prarandamas. Antra, būtina skatinti maisto gamyba ten, kur jo trūksta, o ne išleisti milijonus jį eksportuojant ir taip didinant klimato kaitos problemas. Todėl lėšos, kurios skirtos apsirūpinimo maistu problemai spręsti, turi būti naudojamos mokant vietos žmones, diegiant naujas technologijas. Kita vertus, būtina užtikrinti, kad maistas būtų saugus ir sveikas. Pamaitinti badaujančius svarbu, tačiau maistas negali tapti nuodu.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A erradicação da fome e o combate à desnutrição é um compromisso de longo prazo da União Europeia (UE), que ambiciona ser líder global na promoção e efetivação prática dos Objetivos do Desenvolvimento Sustentável (ODS) constantes da Agenda 2030.

Em 2010, a UE adotou um quadro político em matéria de segurança alimentar onde definiu a alimentação e a agricultura sustentável como prioridades essenciais, visando também proporcionar apoio aos países em vias de desenvolvimento que enfrentam enormes desafios de segurança alimentar.

Este quadro foi seguido, em 2015, por um plano de ação sobre a alimentação que descreve como alcançar os compromissos de redução de nanismo em crianças de idade inferior a cinco anos em pelo menos 10% até 2025, e onde se definiram os objetivos estratégicos da política de cooperação para o desenvolvimento a este respeito.

No entanto, embora existam progressos ao longo dos últimos anos, atualmente ainda existem 795 milhões de pessoas ao redor do globo que não têm acesso a alimentação adequada.

Estes temas exigem uma ação rápida, eficaz e pró-ativa, pois estamos na presença de uma condição básica inerente à própria vida humana, pelo que espero que este relatório possa contribuir para a resolução desta triste fatalidade.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución sobre nutrición y seguridad alimentaria que reconoce el derecho a la alimentación como un derecho humano. La resolución también hace referencia a la amenaza que el acaparamiento de tierras en países en desarrollo supone para los objetivos globales sobre nutrición y seguridad alimentaria, llamando a la instauración de medidas concretas para garantizar la seguridad de tenencia de la tierra. Finalmente, considero muy positivo, también, que la resolución haga hincapié en que la privatización de las semillas y los transgénicos suponen una amenaza para la soberanía alimentaria de los países.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *in writing*. – I supported this report on attaining global goals and EU commitments on nutrition and food security. Achieving the sustainable development goals implies a much more sophisticated management of natural resources than is currently in place. Ending hunger and malnutrition, especially in the context of a growing world population, will require significant improvements in terms of land use and resource efficiency. Adapting agricultural practices and prioritising resilience to climate change will be essential if we are to increase food production and improve diets without placing unsustainable demands on natural resources and ecosystem services. An integrated approach which addresses issues including land use, agriculture, diet, and climate change is necessary if we are to achieve our ambitious global goals.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über globale Ziele und Zusagen der EU in Bezug auf Ernährung und Ernährungssicherheit weltweit gestimmt.

Die Bekämpfung von Hunger und Unterernährung ist eine langfristige Aufgabe der EU, welche seit dem Jahr 2010 mit Priorität verfolgt wird.

Es gibt bereits einige Fortschritte, und dennoch geschehen diese zu langsam, denn 795 Millionen Menschen haben nach wie vor keinen richtigen Zugang zu ausreichenden Lebensmitteln.

Das Europäische Parlament verlangt eine bessere Abstimmung der verschiedenen Instrumente und Programme der EU und ruft die Mitgliedstaaten dazu auf, nachhaltige Landwirtschaft und lokale Lebensmittelproduktion voranzutreiben.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque plantea mecanismos frente a la situación de la nutrición y seguridad alimentaria en el mundo con los que estoy de acuerdo. Es el caso de apoyar a las pequeñas agricultoras y agricultores, una agricultura sostenible y resiliente climáticamente, la instauración de derechos basados en políticas públicas, medidas eficaces para luchar contra el acaparamiento de tierras en los países en desarrollo, la dimensión de género y la privatización de las semillas.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *na piśmie*. – W niedalekiej przyszłości bezpieczeństwo żywności i zaopatrzenia w żywność będzie stanowiło wyzwanie z powodu rosnącej presji na zasoby. Prognozuje się, że liczba ludzi na świecie znacząco wzrośnie do roku 2050, co pociągnie za sobą konieczność zwiększenia produkcji żywności, zmniejszenia jej marnotrawstwa oraz zapewnienia jej dostępności na całym globie, a szczególnie tam, gdzie obecnie dostęp ten jest ograniczony.

Bardzo istotne jest promowanie w szkołach i w lokalnych społecznościach programów edukacyjnych poświęconych żywieniu celem wykształcenia zdrowych nawyków żywieniowych oraz wykształcenia kultury dokonywania rozsądnych zakupów żywności. Z punktu widzenia globalnego bezpieczeństwa żywnościowego, wsparcia należy udzielić również drobnym producentom rolnym. Szansą dla drobnych gospodarstw rodzinnych może być również postępująca świadomość i oczekiwania konsumentów w stosunku do żywności oraz jej jakości i wpływu na zdrowie człowieka.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted for the motion on Global goals and EU commitments on nutrition and food security in the world. The report underlines the importance of ending hunger and malnutrition by 2030, notably by increasing the productivity of smallholders' farms, achieving sustainable and climate resilient agriculture and food systems. We want to see the European Commission, the Council, the Member States and the international community, as well as developing countries' governments commit to fighting all forms of malnutrition and to mobilise long-term financial investments for food and nutrition security and sustainable agriculture.

Branislav Škripek (ECR), *in writing*. – This report calls on the Commission in particular to increase its investment in nutrition-specific interventions, given the current huge funding gap, and to address under-nutrition and food waste. As I believe that the Sustainable Development Goals need to be met, I voted in favour.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Prehrana i sigurnost opskrbe hranom predstavlja jedan od najvećih globalnih izazova.

Poražavajući su podaci kako je danas, u 21. stoljeću, pothranjeno 795 milijuna ljudi (svaka deveta osoba), a 161 milijun djece u svijetu zaostaje u rastu zbog kronične pothranjenosti, od čega ih svake godine 3,1 milijun umire.

Cilj održivog razvoja jest iskorjenjivanje gladi te smanjenje nezdrave prehrane do 2030. godine i to povećanjem produktivnosti maloposjednika, ostvarenjem održivih poljoprivrednih i prehrambenih sustava otpornih na klimatske promjene.

No, s druge strane, još uvijek je zanemaren značaj održivog poljoprivrednog i ruralnog razvoja, odgovornih i klimatsko osjetljivih ulaganja u poljoprivredni sektor te uloga malih proizvođača pa smatram da su ta područja ona koja treba iznova isticati i ukazivati na njih. Vrlo je važno poboljšati odnos između ljudi i njihova fizičkog okoliša kako bi se provela integracija s tri dimenzije održivog razvoja - gospodarskom, socijalnom i okolišnom.

Ako se ispravno postupa, poljoprivreda, šumarstvo i ribarstvo mogu pružiti zdravu hranu za sve i stvoriti pristojne prihode te ujedno podržavati ljude usmjerene na ruralni razvoj i zaštitu okoliša.

Stoga, ovim putem pozivam na specijalizaciju u sektorima zelenih tehnologija te ekološkog poduzetništva kako bi se ovaj problem čim prije riješio.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Aj napriek tomu, že za ostatné obdobie bol dosiahnutý pokrok v znižovaní podvýživy, je príliš pomalý a nevyrovnaný. V súčasnosti 795 miliónov ľud vo svete nemá dostatok potravín na to, aby mohlo viesť dôstojný aktívny život, a každý tretí človek trpí určitou formou podvýživy. Ľudské právo na výživu je možné v plnej miere zabezpečiť len v prípade, ak sa výrazne zníži chudoba a nerovnosť. Za alarmujúcu považujem štatistiku UNICEF-u, podľa ktorej každý deň zomiera 2 000 detí vo veku do päť rokov na choroby spôsobené znečistením vody a že polovica nemocničných lôžok vo svete zaberajú ľudia trpiaci na choroby spôsobené zlou kvalitou pitnej vody. Na druhej strane štatistiky dokumentujú, že jedna tretina celosvetovo vyrobených potravín – približne 1,3 miliardy ton – sa vyhodí. V EÚ sa ročne vyprodukuje 88 miliónov ton potravinového odpadu. Preto musí EÚ zohrávať väčšiu úlohu v oblasti výživy a potravinovej bezpečnosti vo svete, prijať účinne opatrenia proti plytvaniu potravín a zabezpečenia dostatočnej výživy pre detí a zraniteľné osoby, predovšetkým ženy, matky a starých ľudí.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Trajnostna kmetijska politika mora nujno vključevati tudi boj proti nedohranjenosti oziroma nezadostni prehrani. V ospredju mora biti predvsem podpora manjšim kmetom in družinskim kmetijam, ki lahko z raznovrstnostjo kultur, ki jih gojijo, ključno pripomorejo h kmetijski strategiji razvijajočih se držav. EU bi se v tem pogledu morala zavezati k temeljnim premikom k ekološkemu kmetijstvu.

Resolucija tako potrjuje kako pomembni so usklajeni in pospešeni ukrepi svetovnih, nacionalnih, lokalnih, vladnih, nevladnih in zasebnih akterjev pri obravnavi nedohranjenosti za izpolnitev ciljev agende 2030 in uresničitev cilja trajnostnega razvoja glede odprave lakote. Parlament je tako s pomočjo te resolucije pozval Komisijo in države članice naj pri svojih dejavnostih pozornost namenijo usklajenostim politik za razvoj in ustrezno razmislijo o spremembah svojih politik o trgovini, kmetijstvu in energiji v prid svetovni prehranski varnosti.

Trajnostna kmetijska politika, ki deluje v prid izpolnjevanju ciljev agende 2030 je ključnega pomena za prehransko varnost. Iz tega razloga sem resolucijo podprl.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Duurzame-ontwikkelingsdoelstelling 2 (beëindig honger, bereik voedselveiligheid, verbeter de voeding en bevorder duurzame landbouw) en de daarmee samenhangende streefcijfers, zijn bedoeld om uiterlijk in 2030 een einde te maken aan honger en ondervoeding.

Als we dit willen tegengaan, zullen we niet alleen moeten focussen op de inname van calorieën, maar is een globale voedsel- en landbouwaanpak die zorgt voor een gevarieerd dieet, veel doorslaggevender. Ondersteuning van de familiale landbouw en kleinschaligheid moeten de hoekstenen zijn van het landbouwbeleid in ontwikkelingslanden. Als kleinschalige landbouwbedrijven gebruik maken van agro-ecologische landbouwpraktijken zijn ze best in staat een divers aanbod te telen en tegelijk de voedselproductie op te drijven. Studies tonen dit afdoende aan.

Waar de resolutie aanvankelijk wat eng was, wijst ze nu –dankzij de Groenen– op enkele belangrijke elementen in het bereiken van voedselzekerheid, met name inzake de beschikbaarheid, betaalbaarheid en controle over zaaigoed, het probleem van landroof en de samenhang tussen ontwikkelingssamenwerking, wereldhandel en het Europese energiebeleid.

Meer concreet ligt de nadruk nu op het belang van kleinschalige landbouw, agro-ecologie, diversiteit van landbouwgewassen door zaadwetgeving, ggo's en intellectuele eigendomsrechten, de negatieve effecten van liberalisering van de landbouw op het recht op voedsel en de negatieve impact van agro-brandstoffen op voedselzekerheid.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Každý tretí človek na svete trpí podvýživou. Hlad a nedostatok potravín je zdrojom nestability v spoločnosti a častou príčinou masovej migrácie. Je v záujme Európskej únie robiť takú rozvojovú politiku, aby sa zvyšoval objem potravín a zlepšoval prístup k nim. Musíme v prvom rade podporovať domácu výrobu a vyvarovať sa vytvárania závislosti od hmotnej humanitárnej pomoci.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Budući da se očekuje da će broj stanovnika dosegnuti 8,5 milijardi do 2030. godine, cilj održivog razvoja i zadaća povezanih s njime je iskorijeniti glad i pothranjenost. Stoga je koordinirano i što brže djelovanje među globalnim, nacionalnim, lokalnim, vladinim, nevladinim i privatnim akterima pa i tijelima znanstvenog i industrijskog istraživanja te među donatorima, izuzetno važno, posebice u pogledu ponovnih ulaganja u lokalnu proizvodnju hrane usmjerenu ponajprije na male proizvođače i agroekološke prakse, ostvarivanja održivih poljoprivrednih i prehrambenih sustava otpornih na klimatske promjene u svrhu prehranjivanja svjetskog stanovništva, štiteći biološku raznolikost.

Međutim, ne mogu podržati ovaj prijedlog rezolucije jer smatram da nije dobro koncipiran, a pogotovo se ne mogu složiti s člankom 13. koji poziva na ukidanje javnih poticaja za proizvodnju biogoriva iz usjeva što se protivi načelima naše grupe.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Το ψήφισμα αφορά, εκτός από την επισιτιστική ασφάλεια, και τη διασφάλιση της βιώσιμης γεωργίας μέσω της βελτίωσης της διακυβέρνησης και της λογοδοσίας. Προτείνει επίσης συστημικές πολιτικές για τα τρόφιμα και τη διατροφή, οι οποίες λαμβάνουν υπόψη τους τη διάσταση του φύλου, τη βιώσιμη γεωργία, τη χρήση των φυσικών πόρων και την πρόσβαση σε αυτούς, τα δημόσια ύδατα, και τη δημόσια αποχέτευση και υγιεινή. Τέλος, γίνονται σεβαστά τα δικαιώματα των ευπαθών και περιθωριακών ομάδων. Για τους πιο πάνω λόγους ψηφίσαμε υπέρ.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η πρόταση ψηφίσματος ενώ αρχικά είναι σε καλή κατεύθυνση, στην συνέχεια με πλάγιο τρόπο προωθεί ιδιωτικά συμφέροντα και τα μεταλλαγμένα.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az indítványt, mivel úgy gondolom, hogy a világ táplálkozási és élelmiszer-biztonsága érdekében globális megoldásokra van szükségünk. Az alultápláltság és az éhezés 2030-ig megtörténő felszámolására törekednek a nemzetközi szervezetek és a kormányok. Mindezt el lehet érni termelékenység növeléssel, a fenntartható és éghajlatváltozáshoz alkalmazkodó mezőgazdasággal és élelmiszer-termeléssel. Kifejezett célként jelenik meg a nemzetközi szervezetek ajánlásaiban a gyermekéhezés felszámolása, amely sajnos az EU területén is megtalálható. A kérdés megoldása előtt éppen ezért az Európai Unió viszonylatában kell több ügyet is rendbe tenni.

A magyar kormány először a szegénységgel kapcsolatos statisztikai adatokat kezdte egyre hiányosabban közölni 2010 óta, majd egyszerűen megváltoztatta annak számítási módszerét. Ezzel elfedik a hátrányos helyzetű családok, idősek, éhező gyermekek kilétét, így a helyzet megoldása is sokkal nehezebb. Úgy gondolom, hogy a gyermekekre és nyugdíjasokra vonatkozó egységes európai statisztikai számítások kötelezővé tétele segíthetne megszüntetni ezt a vérlázító gyakorlatot. Az indítvány vitája során továbbá elmondtam, hogy az élelmiszerek magas adótartalma nem csak mélyíti a szegénységet és nehezíti az élelemhez való hozzáférést, hanem az adóteher-különbségek révén jelentős mértékű az áfacsalás is az EU-ban. Azonban erre is van megoldás, mégpedig egy EU-szintű élelmiszeradó-harmonizáció.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană sprijină îndeplinirea obiectivelor globale de dezvoltare durabilă asumate la nivel internațional de către statele membre. Printre acestea se numără și apărarea dreptului la hrană și, concomitent, eradicarea foametei la nivel mondial. În prezent, nu mai puțin de 161 de milioane de copii sunt afectați de subnutriție cronică la nivel mondial, ceea ce are un impact negativ asupra dezvoltării lor, iar 41 de milioane de copii cu vârsta mai mică de cinci ani sunt supraponderali sau obezi. Această situație trebuie gestionată în mod adecvat de organismele internaționale specializate, dar și de UE și statele membre.

În 2013 UE și-a asumat angajamentul de a reduce cazurile de retard de creștere a copiilor cu cel puțin 7 milioane până în 2025 și alocarea a 3,5 miliarde de euro în acest scop până în 2020. Cu toate acestea, nivelul investițiilor pentru asigurarea securității alimentare rămâne insuficient. Este nevoie de efortul coroborat al instituțiilor europene și statelor membre UE, dar și al statelor în curs de dezvoltare pentru a asigura investiții pe termen lung în domeniul agriculturii durabile, utilizării responsabile a resurselor, eliminării risipei, eliminării discriminării de gen, asigurării igienei publice și protejării grupurilor vulnerabile. Această rezoluție va contribui la îmbunătățirea situației.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Il est important que les acteurs mondiaux, nationaux, locaux, gouvernementaux, non gouvernementaux et privés, et notamment les organismes de recherche scientifique et industrielle et les bailleurs de fonds, agissent véritablement de façon coordonnée et accélérée pour lutter contre la malnutrition afin de réaliser le programme de développement durable à l'horizon 2030 et d'atteindre le deuxième ODD consistant à éliminer la faim.

Il faut améliorer la sécurité alimentaire et la nutrition grâce à une meilleure gouvernance, à une responsabilité accrue et à des politiques alimentaires et nutritionnelles globales, fondées sur les droits et tenant compte, d'une part, de la dimension hommes-femmes, de l'agriculture durable, de l'utilisation des ressources naturelles et de l'accès à ces ressources, à un service public de distribution d'eau, à un système public d'assainissement et à l'hygiène, et, d'autre part, de la création et de l'extension de dispositifs de protection sociale n'excluant personne et axés sur les droits au paiement, en ciblant plus particulièrement les groupes marginaux et les groupes les plus vulnérables.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – Inadequate nutrition is one of the most significant impediments to human development and there is an absolute urgency to reach internationally agreed nutrition targets. Ending hunger and malnutrition by 2030 is the Sustainable Development Goal 2. Further, the Commission's Nutrition Action Plan pledged to reduce stunting by 7 million children by 2025. I voted in favour of the motion for a resolution calling for accelerated action to fulfil the 2030 Agenda and to reach SDG 2 to end hunger and to guarantee the development of social safety nets in order to reduce extreme poverty, as the level of investment in nutrition today remains inadequate. I believe the resolution, which calls for an additional EU commitment of EUR 1 billion addressing nutrition-specific interventions, represents a step in the right direction toward eradicating hunger, malnutrition and food waste.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Iako je došlo do znatnog napretka u poboljšanju globalne sigurnosti hrane, ukupni broj kronično pothranjenih ljudi i dalje je neprihvatljiv. Upravo zbog toga smatram ispravnim to što je iskorjenjivanje gladi postalo jedno od prioriteta u okviru ciljeva održivog razvoja Programa održivog razvoja do 2030. godine.

Također, držim da je među najvažnijim stavkama borbe Akcijskog plana za poljoprivredu poticanje odgovornog uključivanja privatnog sektora te učenje iz uključivih poslovnih modela.

Ovom rezolucijom potiče se povećanje produktivnosti maloposjednika i postizanje održivih poljoprivrednih i prehrambenih sustava te se ruralna transformacija prepoznaje kao ključni proces za otvaranje radnih mjesta, povećanje prihoda i postizanje dugoročne sigurnosti opskrbe hranom i ishrane.

Vjerujem da će se kroz predloženu integraciju zemalja koje su najviše pogođene glađu u globalnu trgovinu te zadržavanjem sigurnosti opskrbe hranom i ishrane u središtu globalnih i nacionalnih politika postići napredak u borbi protiv pothranjenosti.

Stoga sam podržala ovu rezoluciju.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predloga resolucije Evropskega parlamenta o naslednjih korakih k uresničevanju svetovnih ciljev in zavez EU o zanesljivi preskrbi s hrano in prehranski varnosti v svetu nisem podprla.

Človekovo pravico do hrane je mogoče v celoti zagotoviti le, če se korenito zmanjšata revščina in neenakost, zagotovi enakost in okrepi odpornost na pretrese, zlasti z vzpostavitvijo na pravicah temelječih socialnih varnostnih mrež in zagotavljanjem polne udeležbe ranljivih skupin in zagotavljanjem, da imajo male kmetije pašniški skupnosti dostop do zemlje in nadzor nad njo ter da lahko upravljajo vire in druga proizvodna sredstva.

V predlogu resolucije je bilo vključenih nekaj amandmajev, ki jih nisem mogla podpreti, bili pa so sprejeti. Prav zaradi tega pa nisem mogla podpreti celotne resolucije.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución sobre nutrición y seguridad alimentaria que reconoce el derecho a la alimentación como un derecho humano. La resolución también hace referencia a la amenaza que el acaparamiento de tierras en países en desarrollo supone para los objetivos globales sobre nutrición y seguridad alimentaria, llamando a la instauración de medidas concretas para garantizar la seguridad de tenencia de la tierra. Finalmente, consideramos muy positivo, también, que la resolución haga hincapié en que la privatización de las semillas y los transgénicos suponen una amenaza para la soberanía alimentaria de los países.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I strongly support this report.

I believe that nutrition and, in particular, children's nutrition worldwide is a fundamental right that the EU should champion.

This report calls on the Commission, the Council, the Member States and the international community, as well as developing countries' governments, to mobilise, forthwith, long-term financial investments for food and nutrition security and sustainable agriculture, and to enhance food security and nutrition through improved governance and accountability and systemic policies on food and nutrition.

I stress the need to tackle the systemic problems that generate poor nutrition in all its forms; I note with concern that, in the past, the promotion of export-led agriculture has operated at the expense of family farms producing food crops for local consumption.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – 159 millions d'enfants présentent un retard de croissance, 50 millions souffrent d'émaciation (liée à la famine). Le plan d'action de la Commission prévoit de réduire le nombre d'enfants présentant un retard de croissance de 7 millions d'ici 2015. En 2014, seul 0,57 % de l'aide publique au développement est consacré aux causes immédiates de la dénutrition.

En effet, la résolution rappelle que d'ici 2030, faim et malnutrition sont censées être réduites, notamment en s'appuyant sur les petits producteurs et exploitations qui sont des maillons essentiels.

Des dispositifs de protection sociale sont censés être mis en place, garantissant, notamment, un accès aux terres et à leur gestion par ces populations. Ceci tout en évitant l'accaparement des terres par des multinationales étrangères ou des pays comme la Chine. Il s'agit de stopper cela, pour éviter que celles-ci ne mettent la main sur ces terres car elles écartent les producteurs locaux qui pourraient utiliser ces exploitations au profit de cultures vivrières locales, aidant leurs populations à assurer leur subsistance.

Le soutien à l'autosuffisance alimentaire et le localisme sont indispensables. Dans ce sens, la diversité génétique des semences est encouragée. En effet, la souveraineté alimentaire est une des clefs pour ces populations, pour éviter l'émigration vers l'Europe et la malnutrition.

J'ai voté pour.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Polityki i działania Unii Europejskiej na rzecz zrównoważonego rozwoju mają oddziaływanie globalne. Ważnym sprawdzianem tej odpowiedzialnej roli jest przyczynianie się do walki z niedoborem żywności na świecie. Zgadzam się z twierdzeniem, iż w tym celu należy wyeliminować problemy systemowe. Głód i niedożywienie często wynikają nie tyle z braku jedzenia, co jego niewłaściwej dystrybucji. Jedna trzecia produkowanej żywności jest następnie marnotrawiona.

Jak słusznie wskazano w rezolucji, potrzeba ponadto większego wsparcia dla drobnych producentów rolnych i lokalnego rolnictwa. Kluczowe znaczenie ma zapewnienie miejscowej ludności dostępu do gruntów oraz przeciwdziałanie praktykom masowego wykupu ziemi. Zasadny jest również apel do Komisji Europejskiej o zwiększenie tych inwestycji, które bezpośrednio odniosą się do problemu niedożywienia dzieci. Państwa członkowskie powinny konsekwentnie wspierać kroki w zasygnalizowanych kierunkach. Poparłem tę rezolucję w głosowaniu.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Összehangolt és felgyorsított fellépésre van szükség az alultápláltság megszüntetése céljából a 2030-as menetrend betartása és az éhezés felszámolásáról szóló 2. fenntartható fejlesztési cél elérése érdekében. A világszerte megtermelt élelmiszer harmada, mintegy 1,3 milliárd tonna kárba vész, miközben világszerte 842 millió ember – a világ népességének 12 százaléka – éhezik. A Bizottságnak kell teljesítenie kötelezettségeit és feladatának megfelelően biztosítania a megfelelő támogatási formákat az éhezés felszámolásához. A határozatot támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución sobre nutrición y seguridad alimentaria que reconoce el derecho a la alimentación como un derecho humano. La resolución también hace referencia a la amenaza que el acaparamiento de tierras en países en desarrollo supone para los objetivos globales sobre nutrición y seguridad alimentaria, llamando a la instauración de medidas concretas para garantizar la seguridad de tenencia de la tierra. Finalmente, consideramos muy positivo, también, que la resolución haga hincapié en que la privatización de las semillas y los transgénicos suponen una amenaza para la soberanía alimentaria de los países.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted in favour of the resolution because in a context where the right to food depends among others on access to land and other productive resources, the EU should strive to remove inconsistencies of its sectorial policies that jeopardise food security and contribute directly or indirectly to land-grabbing, i.e. as in the case of its biofuel policy or its investment trade strategy.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Pritariu tam, kad reikia spręsti sistemines problemas, kurios lemia visų formų prastą mitybą. Manau, kad reinvestavimas į vietos maisto produktų gamybą, ypač daug dėmesio skiriant smulkiesiems maisto gamintojams ir agroekologinei praktikai, yra pagrindinė sąlyga siekiant, kad mitybos strategijos būtų sėkmingai įgyvendinamos. Manau, kad taip pat nepaprastai svarbu sukurti socialinės apsaugos schemas, pagal kurias būtų užtikrinta, kad visi asmenys visuomet turėtų prieigą prie maistingo maisto.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the motions for resolutions on the next steps towards attaining global goals and EU commitments on nutrition and food security in the world. SDG 2 and its associated targets aim at ending hunger and malnutrition by 2030, notably by securing opportunities for and increasing the productivity of smallholders, and achieving sustainable and climate-resilient agriculture and food systems which are capable of feeding an expected global population of 8.5 billion by 2030 while protecting biodiversity, the environment, and smallholders' interests and wellbeing. The resolution stresses the need to tackle the systemic problems that generate poor nutrition in all its forms. It equally underlines that the human right to food can only be fully achieved when poverty and inequality are drastically reduced, equality is ensured and resilience to shocks is enhanced. I voted in favour because I believe that it is essential to establish social protection schemes to ensure that all individuals have access to nutritious food at all times.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Erradicar el hambre y la malnutrición es un compromiso a largo plazo de la Unión, que se ha propuesto liderar el camino mundial hacia el objetivo de terminar con el hambre para el año 2030. En vistas de la Cumbre de Naciones Unidas sobre Nutrición que se celebrará este año, mediante este texto el Parlamento Europeo busca tomar buena nota de los avances que se han logrado, pero también de los desafíos que quedan por delante –ya que la realidad hoy es que 795 millones de personas aún no tienen el debido acceso a los alimentos y que una de cada tres personas sufre malnutrición–. De esta manera, la Eurocámara llama a los Estados miembros a intensificar sus compromisos con la seguridad alimentaria global, dando prioridad a la agricultura sostenible y a la producción local. Asimismo, pide que se empleen indicadores claros en el seguimiento de la implementación de medidas y en el progreso conseguido en el marco del Plan de Acción comunitario, así como de la Agenda 2030. Por todo ello, he votado a favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque plantea mecanismos frente a la situación de la nutrición y seguridad alimentaria en el mundo con los que estoy de acuerdo. Es el caso de apoyar a las pequeñas agricultoras y agricultores, una agricultura sostenible y resiliente climáticamente, la instauración de derechos basados en políticas públicas, medidas eficaces para luchar contra el acaparamiento de tierras en los países en desarrollo, la dimensión de género y la privatización de las semillas.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – Today I voted for the motion on Global goals and EU commitments on nutrition and food security in the world. The report underlines the importance of ending hunger and malnutrition by 2030, notably by increasing the productivity of smallholders' farms, achieving sustainable and climate resilient agriculture and food systems. We want to see the Commission, the Council, the Member States and the international community, as well as developing countries' governments, commit to fighting all forms of malnutrition and to mobilise long-term financial investments for food and nutrition security and sustainable agriculture.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Een derde van de wereldwijde voedselproductie – ongeveer 1,3 miljard ton – wordt jaarlijks verspild. In de EU betekent dit dat er jaarlijks in totaal 88 miljoen ton voedselafval wordt geproduceerd, terwijl wereldwijd 842 miljoen mensen, oftewel 12 % van de wereldbevolking, honger lijden. Kinderen in ontwikkelingslanden die borstvoeding krijgen, sterven 15 maal minder vaak aan longontsteking en 11 maal minder aan diarree dan kinderen die geen borstvoeding krijgen. Dit verslag vraagt de Commissie meer leiderschap te tonen op het vlak van voedsel- en voedingszekerheid door haar beloften op een hoger niveau te tillen door middel van een bijkomende toezegging van 1 miljard EUR aan de VN, door een duidelijke strategie uit te werken waarin is vastgelegd hoe zij deze doelstellingen denkt toe te passen en te integreren in haar plannen en haar beleid en door een duidelijk stappenplan te verstrekken voor de toewijzing van de toegezegde fondsen voor de periode 2016-2020. Ik stemde voor dit levensnoodzakelijk beleid.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Prochaines étapes en vue d'accomplir les objectifs mondiaux et les engagements de l'Union en matière de nutrition et de sécurité alimentaire dans le monde (2016/2705(RSP))

L'achèvement des objectifs de développement durable de l'ONU (ODD), et notamment du deuxième qui vise à éliminer la faim et la malnutrition d'ici à 2030, devrait être un enjeu fondamental au niveau européen comme au niveau mondial.

Aujourd'hui, 795 millions de personnes ne disposent pas d'une nourriture suffisante pour mener une vie active digne de ce nom.

La résolution votée par le Parlement européen insiste sur la nécessité de services publics de distribution d'eau, l'extension de dispositifs de protection sociale ou encore la nécessité de favoriser la production locale et les petits exploitants.

De même, l'objectif de parvenir à une souveraineté alimentaire est mis en avant notamment pour les pays les plus pauvres.

Enfin, demander l'augmentation des engagements de l'UE (un milliard supplémentaire) destinés spécifiquement à la nutrition afin d'atteindre les objectifs fixés par les ODD va également dans le bon sens.

Je vote donc pour ce rapport, en espérant qu'il ne restera pas lettre morte.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A pergunta e resolução surgem na sequência de vários objetivos traçados e compromissos assumidos a nível internacional, enquadrando-se, por isso, num cenário em que é necessário trabalhar para o cumprimento do segundo objetivo de desenvolvimento sustentável – Fome zero e agricultura sustentável –, até 2030.

Apesar de a resolução conter aspetos positivos, omite aspetos fundamentais como a questão da soberania alimentar e do respeito pelas decisões nacionais em termos de políticas de desenvolvimento, o que contrasta com a apologia do papel do setor privado na melhoria da segurança alimentar e no reforço das intervenções específicas no âmbito da nutrição.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – In der Entschließung werden die zunehmende Privatisierung und die Landnahme als Bedrohung für die Ernährungssicherheit thematisiert und kritisiert. Zudem werden die Kommission und die internationale Gemeinschaft aufgefordert, die Kleinbauern zu unterstützen und Maßnahmen zur Eindämmung von Unterernährung zu ergreifen. Daher habe ich diesem Antrag zugestimmt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione sulle prossime tappe verso il conseguimento degli obiettivi globali e degli impegni dell'UE relativi all'alimentazione e alla sicurezza alimentare nel mondo. L'obiettivo di sviluppo sostenibile n. 2 e i traguardi a esso associati mirano a porre fine alla fame e alla malnutrizione entro il 2030. Considerato tuttavia che attualmente 795 milioni di persone nel mondo non hanno alimenti sufficienti per condurre una vita normale e che una persona su tre soffre di malnutrizione, la risoluzione ribadisce la necessità di creare reti di sicurezza alimentare adeguate e un'agricoltura più sostenibile mediante maggiori investimenti finanziari per fare in modo che la Commissione, il Consiglio, gli Stati membri e la comunità internazionale collaborino attivamente per porre fine a questo problema.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – As a children's rights and women's rights champion, it is important for me to join in the call to eliminate malnutrition and hunger in the world. The EU must ensure policy coherence for sustainable development, trade, and economic and humanitarian assistance in order to achieve that goal and should therefore give more attention to the Alternative Trade Mandate and the field work of organisations such as CARE International and World Vision.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Uznesenie vypracované v nadväznosti na otázku výboru DEVE položenú Komisii a zameriavajúcu sa na ďalšie kroky smerom k naplneniu globálnych cieľov a záväzkov EÚ v oblasti výživy a potravinovej bezpečnosti vo svete som podporila. Toto uznesenie sa zameriava na odstránenie hladu a podvýživy do roku 2030. Konštatuje, že hoci už bol dosiahnutý určitý pokrok v znižovaní podvýživy, tento je príliš pomalý a nevyrovnaný, a preto sa zaoberá možnosťami, ako pokrok v tejto oblasti urýchliť, a identifikuje hlavné prekážky. Medziiným vyzdvihuje prínosy dlhodobých investícií, a to najmä do miestnej výroby potravín, podpory rozmanitosti plodín a prístupu obyvateľov k pôde. Zároveň vyzýva Komisiu, aby prevzala výraznejšiu úlohu v oblasti potravinovej bezpečnosti, a vyzdvihuje potrebu boja proti plytvaniu potravinami a podporu programov vzdelávania v oblasti výživy. Uznesenie ako celok považujem za vyvážené a podľa môjho názoru pristupuje správne k identifikovaniu hlavných cieľov a možných spôsobov ich dosiahnutia so zameraním na celostný prístup. Práve preto som mu dala svoj hlas.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente a resolução sobre os objetivos globais e compromissos da UE em matéria de nutrição e segurança alimentar no mundo por concordar com a urgência de alcançar os objectivos de desenvolvimento sustentável e as suas metas associadas, como a erradicação da fome e da malnutrição até 2030.

Destaco o apelo desta resolução às instituições europeias e à comunidade internacional para mobilizar de imediato investimentos financeiros a longo prazo na segurança alimentar e nutricional. Sublinho ainda a necessidade de resolver os problemas sistémicos que estão na origem de uma má nutrição, sobretudo quando um terço dos alimentos produzidos no mundo é desperdiçado (cerca de 1,3 mil milhões de toneladas).

Para isso, a UE deve colaborar com os seus parceiros internacionais, nomeadamente através da sua rede de delegações no mundo, com vista a apoiar a definição e aplicação de objetivos em matéria de nutrição a fim de reduzirem os atrasos de crescimento e a malnutrição.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. — Ho votato a favore della risoluzione che fissa gli obiettivi che l'UE dovrà raggiungere e gli strumenti che potrà utilizzare al fine di tener fede agli impegni globali presi in tema di sicurezza alimentare nel mondo. L'UE si è impegnata a ridurre i casi di ritardo della crescita di almeno 7 milioni entro il 2025 e a stanziare per il conseguimento di tale obiettivo 3,5 miliardi di EUR nel periodo 2014-2020. Finora sono stati compiuti progressi nel ridurre la malnutrizione, ma sono ancora troppo lenti e irregolari. Attualmente 795 milioni di persone nel mondo non hanno alimenti sufficienti per condurre una vita normale e attiva e una persona su tre soffre di una forma di malnutrizione. Dobbiamo fare di più. Questa relazione chiede che al centro delle azioni intese a contrastare la malnutrizione venga posto il sostegno ai piccoli coltivatori e le agricoltrici locali in modo da dare priorità alle produzioni locali. Si parla di politiche agricole di sviluppo sostenibile con un'attenzione verso l'ambiente. Tutte tematiche che hanno trovato il mio favore.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Proti resoluciji sem glasoval, ker je večina poslancev podprla 2. del 13. odstavka, ki je pozival EU, da naj ukine javne pobude za proizvodnjo bio-goriv, ki temeljijo na poljščinah.

Tako kot moja politična skupina ELS se namreč zavzemam za reformo, ki bo prinesla boljša bio-goriva oz. drugo generacijo bio-goriv.

9.5. Europäische Staatsanwaltschaft und Eurojust (B8-1054/2016)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Úr! Az ún. európai uniós pénzek felhasználásának a fő célja, vagy legalábbis egyik fő célja helyes értelmezés szerint az lett volna, hogy létrejöjjön egy erős magyar vállalkozói réteg, egy erős polgárság, akik ezen európai uniós pénzekből megrendelésekhez jutottak volna. Ehhez képest mi történt? Folyamatosan, kormányokon keresztül az európai uniós pénzeket elsikkasztották, ellopták olyan formában leginkább, hogy haverok, pajtások egymás közötti osztogatására került sor, néhány oligarcha gazdagodott meg ezekből a pénzekből. Nehéz ezért hogyan szavazni az európai uniós ügyészségre, ugyanis nagyon jó lenne, ha lenne egy olyan szervezet, aki ezeket a lopkodásokat ellenőrizné, megállítaná, föllépne ellene. Ugyanakkor ez erős beavatkozás lenne a nemzeti szuverenitásunkba. Éppen ezért semleges álláspontot foglaltam el, és reménykedem abban, hogy a magyar ügyészség fog odáig eljutni, hogy nem politikai megrendeléseket teljesít, hanem a jogszabályt érvényesíti.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin arís, bhí díospóireacht againn faoin ábhar seo go déanach aréir sa Pharlaimint. D'éisteas go géar leis an méid a bhí le rá ag an gcoimisinéir agus ag na feisirí éagsúla agus bhí sé suimiúil agus bhí sé beagnach ar aon fhocal faoi cad ba chóir dúinn a rá. Ní raibh seans agam féin labhairt ach tá an seans agam anois. Ach caithfidh mé a rá gur ceart dúinn gach rud a dhéanamh chun troid i gcoinne caimiléireacht de gach saghas. Is cuma an dtagann sé ón Stát nó grúpaí éagsúla nó ó thionscal nó daoine aonaránacha. Agus chun é sin a dhéanamh caithfimid comhoibriú, sin an rud is tábhachtaí; comhoibriú lena chéile le Ballstáit agus uile trasna na hEorpa. Agus chun buiséad a thabhairt do Eurojust agus na daoine eile atá ag iarraidh a ndícheall a dhéanamh chun cothrom na Féinne a thabhairt do gach duine agus troid i gcoinne caimiléireachta.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, frauda cu bani europeni este estimată la peste 500 de milioane de euro în fiecare an. Iar în ultimii zece ani rata trimiterilor în judecată a fost de 31 % din sutele de recomandări judiciare făcute de OLAF. Pe scurt, ceea ce avem astăzi nu merge și oamenii europeni, cetățenii europeni continuă să fie furați.

Parlamentul cere, de aceea, Consiliului, atunci când va veni cu propunerea în Parlament pentru crearea instituției Procurorului European, următoarele, cel puțin: competență prioritară a Procurorului European asupra tuturor infracțiunilor din Directiva PIF, inclusiv caruselul TVA-urilor. În al doilea rând, accesul suficient la mijloace de investigație. În al treilea rând, importanța evitării efectelor negative ale legăturilor naționale. În al patrulea rând, evident, protecția drepturilor suspectului și ale persoanelor puse sub acuzare. Mesajul meu către Consiliu este foarte simplu: nu vom accepta un text slab, care creează o instituție slabă, pentru că banii cetățenilor europeni vor continua să fie furați.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já samozřejmě souhlasím se svými předřečníky, že musíme potírat podvody, že je to úkolem všech institucí v rámci Evropské unie, nicméně pokud jde o samotné zřízení a fungování Úřadu veřejného žalobce v těch trestních věcech, tak já jsme k jeho fungování poměrně skeptický.

Nepochybně musí spolupracovat vyšetřující orgány, to znamená složky, které už zřizujeme, ať je to Eurojust nebo Europol, ale trestní proces, který je ovládán poměrně zásadně zásadami národními, to znamená, že postupuje se podle trestních předpisů povětšinou národních, tak v tu chvíli, podle mého názoru, takovýto veřejný žalobce bude mít velmi složitou situaci. A bylo by lepší, abychom skutečně spolupracovali při vyšetřování a úroveň trestního procesu v té soudní fázi nechali na národních žalobcích. I z tohoto důvodu já jsem se zdržel při tomto hlasování.

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Lars Adaktusson (PPE), *skriftlig*. – Idag röstade Europaparlamentet om en resolution rörande en europeisk åklagarmyndighet, med bedrägeribekämpning som arbetsuppgift. Ett sådant förslag presenterades förra mandatperioden av EU-kommissionen, och har länge varit omtvistat, men har hittills inte fått stöd i ministerrådet. I Sverige har riksdagens justitieutskott i full enighet underkänt förslaget i en så kallad subsidiaritetsprövning. Den typen av myndighetsutövning anses helt enkelt höra hemma på nationell nivå. Jag delar den bedömningen och röstade därför nej till resolutionen.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – È di fondamentale importanza che l'UE e tutti i suoi Stati membri individuino e perseguano in maniera efficace e dissuasiva le frodi che ledono gli interessi finanziari dell'Unione, tutelando in tal modo i contribuenti di tutti gli Stati membri. In questa risoluzione si ribadisce pertanto il sostegno del Parlamento a favore dell'istituzione di una Procura europea efficace e indipendente, rafforzando in tal modo la lotta contro la frode nell'Unione europea e riducendo la frammentazione degli interventi nazionali al riguardo. Per tali motivi ho votato a favore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP MEPs voted against this motion for resolution. UKIP does not support the establishment of a European Public Prosecutor's Office, which will have powers that greatly infringe on national sovereignty.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – El establecimiento de una Fiscalía Europea, cuando no existe un sistema jurídico a nivel europeo, es algo sobre lo que diferentes organizaciones de juristas han expresado numerosas dudas. Entendemos que, tal y como se plantea la institución en esta resolución, nacida de la derecha, no existe ningún tipo de garantía de los derechos democráticos que a día de hoy tienen las personas acusadas de un delito en los Estados miembros. Además, no se clarifica la relación entre esta fiscalía y los tribunales de los diferentes Estados, o con las fuerzas y cuerpos de seguridad. Desde el convencimiento de que el principio de transparencia es fundamental en derecho, no podemos aceptar un modelo que ahondaría más en los déficits ya existentes en numerosos Estados, entre ellos el español. Nuestro modelo pasa por una mejor articulación la necesaria coordinación de los diferentes sistemas judi-

ciales de la Unión, no en crear estructuras que actúen de forma paralela a los mismos, por lo que he decidido votar en contra.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Notre soutien à la création d'un parquet européen n'est pas inconditionnel. Certains des changements apportés à la proposition de la Commission introduits par le Conseil présentent des dangers réels concernant l'indépendance, l'efficacité et la valeur ajoutée d'un tel parquet.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the motion for a resolution on the European Public Prosecutor's Office and Eurojust. I welcome the fact that the resolution calls on the Council to provide an unambiguous and clear set of competences and proceedings concerning the European Public Prosecutor's Office (EPPO) as well as to clarify the relations between Eurojust and the EPPO. The resolution also relates to a separate proposal for a directive that aims at combating fraud against the EU's financial interests – also known as the PIF Directive which is highly relevant knowing that for instance between 2010 and 2012, an average of EUR 500 million were suspected to have been defrauded each year in the Member States, though the actual extent of the fraud is estimated to be significantly greater. I supported this motion for a resolution, especially having in mind that the European Parliament reaffirms its long-standing support for the establishment of an efficient and independent EPPO to reduce the current fragmentation of national law enforcement efforts to protect the EU budget, thus strengthening the fight against fraud in the European Union.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ του σχεδίου ψηφίσματος για την Ευρωπαϊκή Εισαγγελία και τη Eurojust, διότι υποστηρίζω τη δημιουργία της, όμως ορισμένες αλλαγές στην πρόταση της Επιτροπής από το Συμβούλιο θέτουν σε κίνδυνο την ανεξαρτησία και την αποτελεσματικότητα κάθε τέτοιου είδους εγχειρήματος.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le texte «réaffirme son soutien de longue date à la mise en place d'un parquet européen efficace et indépendant afin de réduire la fragmentation actuelle des efforts de répression nationaux pour protéger le budget de l'Union, ce qui permettrait de renforcer la lutte contre la fraude dans l'Union européenne». La lutte contre la fraude est donc instrumentalisée pour créer encore un nouvel organisme de l'Union européenne. Celui-ci devrait opérer à côté d'Eurojust et de l'OLAF. Or Eurojust a été créé pour faciliter la coordination et la coopération entre les autorités nationales chargées des enquêtes et des poursuites dans le traitement d'affaires concernant plusieurs États membres. La création d'un parquet européen constitue une nouvelle étape dans le développement d'un droit pénal européen, alors que celui-ci doit rester une compétence des États membres.

J'ai bien évidemment voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This matter was not the subject of a roll-call vote. In the interests of democracy and transparency, I would like to confirm that I voted against.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution car je souhaite réaffirmer mon soutien de longue date à la mise en place d'un parquet européen efficace et indépendant afin de réduire la fragmentation actuelle des efforts de répression nationaux pour protéger le budget de l'Union, ce qui permettrait de renforcer la lutte contre la fraude dans l'Union européenne. Il faudra veiller à ce que cette proposition ne devienne pas une coquille vide.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pasiūlymą dėl Europos prokuratūros ir Eurojusto. Galutinėje ataskaitoje „Tyrimas ir ataskaitos dėl PVM nepriemokos 28 ES valstybėse narėse: 2016 m. galutinė ataskaita“ nurodoma, kad 2014 m. visoje ES buvo prarasta didžiulė pajamų iš pridėtinės vertės mokesčio (PVM) suma, siekianti 159,5 mlrd. EUR. Atsižvelgiant į šio tyrimo rezultatus, labai svarbu, kad ES ir valstybės narės nustatytų sukčiavimo atvejus, kurie kenkia ES finansiniams interesams. Todėl būtina sukurti efektyvią ir nepriklausomą Europos prokuratūrą, siekiant sumažinti dabartinį nacionalinių teisėsaugos susiskaldymą ir apsaugoti ES biudžetą ir taip sustiprinti kovą su sukčiavimu ES. Taip pat reikia paminėti ir Eurojusto vaidmens svarbą siekiant gerinti valstybių narių atitinkamų teisminių institucijų teisminį bendradarbiavimą ir koordinavimą ir teikiant paramą tyrimams, apimantiems ne ES šalis. Todėl sutinku, kad Europos prokuratūra ir Eurojustas veiklą vykdytų vienoje vietoje siekiant, kad bendradarbiavimas ir keitimasis informacija tarp jų vyktų efektyviai.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A javaslat szerint az EP támogatja a hatékony és független Európai Ügyészség felállítását az uniós költségvetés védelmére irányuló nemzeti bűnüldözési erőfeszítések jelenlegi széttöredezettségének csökkentése érdekében, erősítve ezáltal az Európai Unióban a csalás elleni küzdelmet. Hivatkozási alapként a hozzáadottérték-adóval kapcsolatos visszaéléseket jelölik meg. A fő probléma a javaslattal, hogy a nemzetállami szuverenitást fokozatosan felszámolni törekvő integrációs folyamatnak egy kiemelkedő szervezeti eszköze lenne Európai Ügyészség, amelyet visszaélésszerűen később az EU érdekei ellen cselekvők és fellépők ellen is fel lehetne használni, nemcsak az EU-pénzek visszaélésszerű felhasználói ellen. 2013-ban a Magyar Országgyűlés a szubszidiaritás elvét sértőnek találta az Európai Ügyészség koncepcióját, s erről határozatot fogadott el. A cél helyeslése ellenére a visszaélés lehetősége és a tagállami szuverenitás csorbítása miatt a javaslatot nem támogattam.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted against this motion for resolution. UKIP does not support the establishment of a European Public Prosecutor's Office which will have powers that greatly infringe on national sovereignty.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – La lutte contre la fraude est donc instrumentalisée pour créer encore un nouvel organisme de l'Union européenne. Celui-ci devrait opérer à côté de l'OLAF et d'Eurojust. Or, cette dernière agence a été créée pour faciliter la coordination et la coopération entre les autorités nationales chargées des enquêtes et des poursuites dans le traitement d'affaires concernant plusieurs États membres. Aussi me suis-je prononcé contre ce projet.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Le Parlement invite le Conseil à définir un ensemble clair et univoque de compétences et de procédures relatives au Parquet européen, sur la base de la proposition de directive relative à la lutte contre la fraude portant atteinte aux intérêts financiers de l'Union au moyen du droit pénal (la «directive PIF»). Nous l'invitons également à intensifier ses efforts en vue de parvenir à un accord sur l'inclusion de la TVA dans le champ d'application de la directive PIF et à rouvrir les négociations avec le Parlement afin de permettre la création du Parquet européen.

Le Conseil doit abandonner la règle privant le Parquet européen de la possibilité d'exercer sa compétence pour toutes les infractions relevant de la directive PIF dans lesquelles le préjudice pour le budget de l'Union est inférieur ou égal à celui subi par une autre victime.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione comune sulla Procura europea. In base all'articolo 86 del TFUE il Consiglio, con regolamenti deliberati secondo una procedura legislativa speciale, può istituire una Procura europea a partire da Eurojust, per combattere quei reati, come la frode, che ledono gli interessi finanziari dell'Unione. Il testo approvato oggi ribadisce il sostegno del Parlamento all'istituzione di questo strumento e invita il Consiglio a stabilire per esso una serie di competenze e procedure chiare e univoche, riaprendo la discussione sul testo consolidato. Occorre chiarire soprattutto quali siano le competenze in materia di azione penale della Procura europea e delle procure nazionali nei casi di reati multipli e reati misti e garantire che la stessa procura disponga di misure investigative adeguate per condurre le proprie indagini. Il regolamento dovrebbe inoltre prevedere diritti di difesa aggiuntivi per gli indagati, come il diritto al patrocinio a spese dello Stato, il diritto di accesso alla documentazione relativa all'indagine, il diritto all'informazione e il diritto di presentare prove e di chiedere alla Procura europea di raccogliere prove per conto dell'indagato.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He decidido votar a favor de esta resolución, porque entiendo que el establecimiento de una Fiscalía Europea, independiente y eficaz, es de gran ayuda para combatir delitos que comprendan varios países y va en consonancia con una mayor integración europea de sistemas de justicia. Asimismo, señalamos positivamente que en la resolución se encuentren llamamientos a la cooperación judicial, a la calificación del sistema de competencias y de atribuciones. Entiendo que una Fiscalía Europea con las atribuciones y fondos suficientes, es un avance positivo y por eso voto a favor.

Joëlle Bergeron (EFDD), *par écrit*. – Nous sommes tous d'accord sur le fait que la lutte contre la fraude doit être une priorité politique. La fraude et la corruption portent clairement atteinte à nos libertés et à nos démocraties. Je crois cependant que nous avons assez d'outils européens à notre disposition aujourd'hui avec notamment l'OLAF, Eurojust et Europol pour ne pas rajouter une nouvelle strate administrative, politique et judiciaire.

Le Parquet européen sera en effet une énième structure, un énième comité Théodule qui aura pour vocation d'appliquer un droit européen qui n'existe pas encore. Nous devrions bien au contraire veiller à ce que les structures existantes soient encore plus efficaces et opérationnelles.

La Commission fait œuvre ici de sa technique classique des petits pas par laquelle elle veut nous imposer une justice européenne au mépris des juridictions et droits nationaux.

La coopération renforcée entre parquets nationaux fonctionne bien entre les États membres. Je suis défavorable à la création de ce monstre bureaucratique que serait le Parquet européen.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer a la ponente su labor sobre la Fiscalía y Eurojust, donde se reitera el tradicional apoyo del Parlamento al establecimiento de una Fiscalía Europea eficaz e independiente, con objeto de reducir la actual fragmentación de los recursos para la ejecución de la legislación nacional y proteger el presupuesto de la Unión, reforzando así la lucha contra el fraude en la Unión.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution sur le Parquet européen et Eurojust réaffirme son soutien à la mise en place de ce parquet efficace et indépendant. Le but étant de réduire la fragmentation actuelle des efforts de répression nationaux pour protéger le budget de l'Union, ce qui permettrait de renforcer la lutte contre la fraude dans l'Union.

La lutte contre la fraude est instrumentalisée pour créer un nouvel organisme de l'Union qui devrait opérer à côté d'Eurojust et de l'OLAF. Or Eurojust a été créé pour faciliter la coordination et la coopération entre les autorités nationales chargées des enquêtes et des poursuites dans le traitement d'affaires concernant plusieurs États membres.

Ainsi, la création d'un parquet européen constitue en réalité une nouvelle étape dans le développement sournois d'un droit pénal européen alors que cela doit rester exclusivement une compétence des États membres. J'ai donc voté contre.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Non abbiamo bisogno di una «procura europea». È da pazzi pensare di affidare all'UE il controllo dei sistemi giuridici e giudiziari degli Stati membri. Si tratta dell'ennesimo tentativo dell'UE di accentrare queste funzioni su di sé, per tutelare gli interessi dei poteri forti. Sono quindi assolutamente contraria a questa relazione palesemente faziosa, pertanto mi sono espressa con un voto negativo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Resolución vinculada a los informes sobre el establecimiento de la Fiscalía Europea, EUROJUST y la Protección de los Intereses Financieros de la Unión, en un contexto en el que las redes criminales trasnacionales y el fraude han aumentado en los últimos años.

El artículo 86 del TUE prevé la posibilidad de establecer una Fiscalía Europea para combatir delitos que afecten intereses financieros de la Unión, donde Eurojust, viene jugando un papel fundamental a la hora de coordinar las diferentes formas de perseguir el fraude.

En una crisis como la actual es más importante si cabe combatir el fraude y recobrar recursos, por lo que la resolución adoptada insiste en reforzar el papel de Eurojust y de la Fiscalía Europea; asimismo, el IVA constituye un importante recurso comunitario que debe recogerse en esta legislación. Por todo esto, he votado a favor de esta resolución.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją, kurioje Europos Parlamentas pažymi, kad Eurojustas palengvino nacionalinių tyrimo ir baudžiamojo persekiojimo institucijų koordinavimą ir bendradarbiavimą nagrinėjant atvejus, kurie daro poveikį kelioms valstybėms narėms, taip pat Eurojustas padėjo stiprinti tarpusavio pasitikėjimą ir sujungti įvairiausias ES teisines sistemas ir tradicijas. Be to, Eurojustas sudarė palankesnes sąlygas vykdyti bendradarbiavimo prašymus ir taikyti tarpusavio pripažinimo priemones, taip pagerindamas tarpvalstybinį persekiojimą. Šiame pranešime Parlamentas dar kartą patvirtina ilgalaikę Europos Parlamento paramą tam, kad būtų sukurta efektyvi ir nepriklausoma Europos prokuratūra, siekiant sumažinti dabartinį nacionalinių teisėsaugos pastangų susiskaidymą ir apsaugoti ES biudžetą ir taip sustiprinti kovą su sukčiavimu Europos Sąjungoje. Be to, jis laikosi nuomonės, kad Europos prokuratūrai turėtų būti suteikta pakankamai tyrimo priemonių, kad ji galėtų vykdyti savo tyrimus. Todėl Parlamentas ragina Tarybą užtikrinti, kad būtų nustatytos tinkamos apsaugos priemonės, kuriomis būtų užtikrintas Europos prokuratūros nepriklausomumas, pavyzdžiui, nuostata, kuria leidžiama nukrypti nuo nacionalinės nuorodos dėl tinkamo prokuratūros veikimo priežasčių. Parlamentas taip pat mano, jog būtų geriausia, kad Europos prokuratūra ir Eurojustas veiklą vykdytų vienoje vietoje siekiant, kad bendradarbiavimas ir keitimasis informacija tarp jų vyktų efektyviai.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az Eurojust fontos szerepet játszik a tagállami illetékes igazságügyi hatóságok igazságügyi együttműködésének és koordinációjának javításában, valamint a nem uniós országokat bevonó nyomozások támogatásában. Különös hangsúllyal támogatom a jelentés azon részét, amely felszólítja a Tanácsot, hogy tegye egyértelművé az Eurojust és az Európai Ügyészség (EPPO) viszonyát, különösen a testületi struktúra következményeit, továbbá az EPPO viszonyát az OLAF-hoz, annak érdekében, hogy megkülönböztesse az EU pénzügyi érdekeinek védelme során a rájuk háruló feladatokat.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Tudi predlagano resolucijo o Evropskem javnim tožilstvom in Eurojustom sem podprl.

Resolucija je odziv na ugotovitve končnega poročila o primanjkljaju DDV v 28 državah članicah EU leta 2014, ki ugotavlja, da je bilo tega leta v EU izgubljenih kar 159,5 milijarde EUR prihodkov iz naslova DDV. Ker je večina izgubljenega zneska posledica goljufij, je treba končno realizirati zamisel o ustanovitvi Evropskega javnega tožilstva. S tem bi se zmanjšala sedanja razdrobljenost nacionalnih prizadevanj na področju kazenskega pregona za zaščito proračuna EU in okrepil boj proti goljufijam v EU.

Odgovornost je sedaj na Svetu, ki mora določiti nedvoumne in jasne pristojnosti in postopke za Evropsko javno tožilstvo, in sicer na podlagi predlagane direktive o zaščiti finančnih interesov EU. Upam, da bo do soglasja o navedeni direktivi prišlo čim prej, kar bi pomenilo tudi hitrejšo ustanovitev Evropskega javnega tožilstva.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o Uredu europskog javnog tužitelja i Eurojusta.

Vijeće je radilo spor, ali je stalan napredak na tekstu za uspostavu europskog javnog tužiteljstva. Nažalost, kretanja u Vijeću stvorila su zabrinutost, kako unutar Europskog parlamenta, tako i u Komisiji.

Glavni problemi odnose se na neovisnost, učinkovitost i uspješnost javnog tužiteljstva, tako da podrška osnivanju ovog Ureda ne može biti bezuvjetna.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Je m'oppose à la création d'un parquet européen qui constitue une nouvelle étape dans le développement d'un droit pénal européen, alors que celui-ci doit rester une compétence des États membres. J'ai voté contre ce texte.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because I support the establishment of an efficient and independent European Public Prosecutor's Office to better protect the EU budget and fight against fraud. Moreover, I believe the Council should provide a set of clear competences to EPPO including investigation capacities. Last but not least, I think EPPO and Eurojust should operate in the same location in order to facilitate the information exchange.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il Parlamento è a favore dell'istituzione di una Procura europea efficace e indipendente, al fine di ridurre l'attuale frammentazione degli interventi nazionali e per rafforzare la lotta contro la frode nell'Unione europea. Si deve cercare di garantire chiarezza ed efficacia della Procura europea e vanno chiarire le sue competenze, soprattutto in materia di azione penale, e delle procure nazionali nei casi di reati multipli e reati misti. Bisogna far sì che la Procura europea disponga di misure investigative adeguate per condurre le proprie indagini. Inoltre, le decisioni operative della Procura europea che riguardino terzi dovrebbero essere soggette al controllo giurisdizionale di un tribunale nazionale competente. Dovrà essere garantita l'esistenza di misure di salvaguardia adeguate che assicurino l'indipendenza della Procura europea. Di fondamentale importanza è il ruolo di Eurojust, soprattutto nel migliorare la cooperazione giudiziaria e nel coordinare le autorità giudiziarie competenti degli Stati membri nonché nel sostenere le indagini che coinvolgono paesi terzi. Pertanto, vanno chiarite le relazioni tra Eurojust e la Procura europea e affinché i due organi cooperino efficacemente, dovrebbero operare sotto uno stesso tetto.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport préconise de mettre en place un parquet européen indépendant en vue de lutter plus efficacement contre la fraude dans l'Union européenne. La lutte contre la fraude est donc ici instrumentalisée pour s'attaquer à la souveraineté des États membres et pour permettre à l'Union européenne de s'octroyer de nouvelles prérogatives notamment en matière de droit pénal.

Pour rappel, Eurojust avait été créé afin de faciliter la coordination et la coopération entre les autorités nationales chargées des enquêtes et des poursuites dans le traitement d'affaires concernant plusieurs États membres. En contribuant au développement d'un droit pénal européen, la création d'un parquet européen constituerait une étape supplémentaire vers la fédéralisation de l'Union, à laquelle nous nous opposons au quotidien. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione concernente la Procura europea ed Eurojust perché considero di fondamentale importanza per l'UE individuare e perseguire, in maniera concreta e incisiva, le frodi commesse ai danni delle finanze europee. Ritengo giusto, pertanto, porre in essere tutte le azioni opportune volte a tutelare i contribuenti degli Stati membri che contribuiscono attivamente al bilancio dell'UE.

Eurojust ha favorito il coordinamento e la cooperazione tra le varie autorità nazionali incaricate delle indagini e ha anche agevolato la costruzione di un rapporto fiduciario tra i variegati sistemi e tradizioni giuridiche europee. Grazie all'operato di Eurojust si registrano importanti miglioramenti anche nelle azioni penali transfrontaliere.

Per quanto riguarda la Procura europea, questa dovrebbe disporre di misure investigative maggiormente adeguate per condurre al meglio le proprie indagini. Occorre, tuttavia, che gli Stati membri intraprendano misure investigative sulla base del principio di riconoscimento reciproco, previsto dalla direttiva 2014/41/UE riguardante l'ordine europeo di indagine penale. Al fine di organizzare in modo efficiente la preziosa collaborazione e lo scambio di informazioni tra Procura europea ed Eurojust, i due rispettivi organi dovrebbero operare sotto la medesima direzione.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report which would authorise the Council reopening negotiations with the European Parliament on the establishment of a European Public Prosecutor's Office. Sinn Féin is opposed to the concept of a European Public Prosecutor's Office as it would constitute a greater centralisation of judicial autonomy in the EU at the expense of Member States' judicial structures. There remain serious concerns around the coordination, cost and management of the creation of an EPPO and its potential relationship with existing public prosecution offices. The resolution calls on Eurojust and EPPO to assume the trappings of a federal investigative force and calls for 'sufficient investigative measures' to be made available to the EPPO.

For these reasons, I voted against.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution which follows an oral question on the subject. I support the establishment of an efficient and independent European Public Prosecutor's Office (EPPO) in order to reduce the current fragmentation of national law enforcement efforts to protect the EU budget, thus strengthening the fight against fraud in the European Union. The EPPO should have sufficient investigative measures available to conduct its investigations and the Commission should come up with estimations of the budgetary implications of the collegiate structure in order for Parliament to take this information into account before taking its final decision.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione che esplicita la posizione del Parlamento in merito alla fondazione di una Procura europea. Il testo della risoluzione presenta un procuratore europeo indipendente, libero da qualsivoglia influenza politica, responsabile anche per le frodi IVA. Si richiede che le competenze siano chiare e definite (anche nei confronti di Olaf e Eurojust) e i ricorsi per la protezione degli interessi finanziari dell'Unione possano essere presentati davanti alla Corte di giustizia. Si richiede l'indipendenza e la funzionalità di questo nuovo organismo, anche per evitare che si crei un'istituzione inutile; in ottica di razionalizzazione si richiede anche la localizzazione della sede del futuro Procuratore europeo nel medesimo contesto di Eurojust.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – In general, I believe there is a case for establishment of the European Public Prosecutor's Office as it would enhance coordination of activities of Member States as well as more effectively facing cross-border crime such as tax avoidance, for instance. I voted in favour of the resolution also because it calls for better cooperation with Eurojust. I think we need to strengthen Eurojust's role in the judicial cooperation and coordination of relevant authorities of the Member States.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Καταψηφίζουμε το ψήφισμα διότι περιέχει αρκετά σημεία τριβής.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την Ευρωπαϊκή Εισαγγελία και τη Eurojust είχε ορισμένα θετικά στοιχεία. Η προώθηση διαδικασιών που θα επιφέρουν σημαντικό πλήγμα σε ιδιώτες ή επιχειρήσεις που κινούνται εις βάρος του συνόλου των ευρωπαίων πολιτών, ιδιαίτερα σε ό,τι αφορά περιπτώσεις φοροδιαφυγής, είναι θετική. Εν τούτοις, οι διαδικασίες αυτές δεν μπορούν να προχωρήσουν εάν δεν εξασφαλίσουμε τα δικαιώματα όλων των πολιτών καθώς και συγκεκριμένο ρυθμιστικό πλαίσιο. Καθώς κάτι τέτοιο δεν έχει ακόμη επιτευχθεί, αποφάσισα να απόσχω.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Considerando che l'articolo 86 del trattato sul funzionamento dell'Unione europea afferma che per combattere i reati che ledono gli interessi finanziari dell'Unione, il Consiglio, deliberando mediante regolamenti secondo una procedura legislativa speciale, può istituire una Procura europea a partire da Eurojust, previa approvazione del Parlamento europeo; considerando che è importante che l'UE e tutti i suoi Stati membri individuino e perseguano in maniera efficace e dissuasiva le frodi che ledono gli interessi finanziari dell'Unione, tutelando in tal modo i contribuenti di tutti gli Stati membri che contribuiscono al bilancio dell'Unione; nell'ultimo decennio la criminalità transfrontaliera è aumentata ed è commessa da gruppi estremamente mobili e flessibili che operano in molteplici giurisdizioni e settori criminali i e settori criminali. Il provvedimento invita il Consiglio a considerare diversi aspetti che coinvolgano l'Unione europea direttamente alla salvaguardia e tutela dei suoi stati membri. Per le varie considerazioni esatte richieste ho deciso di votare favorevolmente al documento.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Procura europea ed Eurojust, parere negativo per una risoluzione che tende ad accentrare e armonizzare settori tanto delicati quanto importanti a tutela, magari, degli interessi finanziari dell'Unione.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Plaudo di fronte alla risoluzione presentata dal momento che sono profondamente convinto dell'urgenza di chiarire le mansioni e le relazioni intercorrenti tra la procura europea ed Eurojust. La procura europea dà luogo ad uno strumento finalizzato alla riduzione dell'attuale frammentazione degli interventi nazionali sulla lotta alle frodi che ledono gli interessi finanziari. Coerentemente con quanto approvato, ritengo appropriato stabilire una serie chiara e univoca di competenze e procedure per la Procura europea, sulla base della proposta di direttiva relativa alla lotta contro la frode che lede gli interessi finanziari dell'Unione mediante il diritto penale (direttiva PIF). Si esorta il Consiglio ad intensificare i suoi sforzi per trovare un accordo sulla direttiva PIF, affinchè l'IVA sia inclusa nel suo ambito di applicazione, e conseguentemente, in quello della procura. Per quanto concerne Eurojust invece, esso è un organo atto ad agevolare il coordinamento e la cooperazione tra le autorità nazionali responsabili delle indagini e dell'azione penale nei casi che coinvolgono più stati. La piena e definita realizzazione di Eurojust consentirà una maggiore fiducia reciproca tra i paesi oltre che un superamento delle diversità sistemiche degli stessi. Si rende, alla luce di quanto emerso, basilare chiarire le relazioni tra i due strumenti unitamente ai costi e ai benefici da essi apportati.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the vote on the European Public Prosecutor's Office and Eurojust and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O Processo de criação de uma Procuradoria Europeia teve início com a entrada em vigor do Tratado de Lisboa, que apenas permite ao Parlamento dar o seu consentimento. A mais recente proposta da Comissão data de 2013. Mais de três anos volvidos, as dúvidas sobre o estabelecimento da Procuradoria, bem como os seus contornos, permanecem. O Parlamento tem - repetidamente - apelado à alteração deste *status quo*.

Com efeito, o Parlamento tornou claro desde cedo aquilo de que não abdicava: que a Procuradoria deveria ter em atenção a chamada «Diretiva PIF», relativa aos crimes contra os interesses da União; que deveria ter a sua ação articulada com a Eurojust, que devia ser independente, respeitar as constituições nacionais e os mais elevados padrões internacionais. No que respeita a este último parâmetro, a Procuradoria pode tomar por inspiração o modelo português, cuja arquitetura institucional é considerada das melhores a nível mundial. Em suma, um conjunto de orientações claras, a que o Conselho ainda não conseguiu dar resposta.

Apoio, por isso, esta resolução que pede esclarecimentos ao Conselho, apela ao estabelecimento da Procuradoria e lembra - justamente - que o custo de não ter uma Procuradoria Europeia estabelecida sobe a cada ano.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die Entschließung gestimmt, denn nur mit einer effizienten und unabhängigen Europäischen Staatsanwaltschaft wird die grenzüberschreitende Strafverfolgung tatsächlich wirksam durchsetzbar sein. Und nur dann kann Eurojust die Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den einzelstaatlichen Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden bei der Bearbeitung von Fällen, die mehrere Mitgliedstaaten betreffen, erleichtern und dabei helfen, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen und die Unterschiede zwischen den verschiedenen Rechtssystemen und -traditionen innerhalb der EU zu überbrücken.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP MEPs voted against this motion for resolution. UKIP does not support the establishment of a European Public Prosecutor's Office which will have powers that greatly infringe on national sovereignty.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione in quanto, ribadendo il sostegno all'istituzione di una Procura europea utile a ridurre l'attuale frammentazione in materia, è necessario stabilire in modo chiaro e univoco le competenze e le procedure di sua competenza al fine di renderla davvero efficace e indipendente. È inoltre importante che venga fatta un'analisi approfondita dei costi-benefici della struttura al fine di un'attenta valutazione delle sue implicazioni sul bilancio europeo chiarendo altresì le relazioni tra Eurojust e Procura europea, con particolare attenzione alle implicazioni della struttura collegiale, come pure le relazioni della Procura europea con l'OLAF, al fine di differenziare i loro ruoli in materia finanziaria.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Eurojust has facilitated coordination and cooperation between national investigative and prosecution authorities in dealing with cases affecting a number of Member States, and Eurojust has helped to build mutual trust and to bridge the EU's wide variety of legal systems and traditions. I support the work being done by Eurojust and call on the Council to clarify the prosecution competences of the EPPO and the national prosecutors in cases of multiple offences and mixed offences.

I emphasise the need for protection of the procedural rights of suspected and accused persons which should be guaranteed; in particular, the regulation should provide for additional rights of defence for EPPO suspects, in particular the right to legal aid, the right to information and access to case materials.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – El establecimiento de una Fiscalía Europea, cuando no existe un sistema jurídico a nivel europeo, es algo sobre lo que diferentes organizaciones de juristas han expresado numerosas dudas. Entendemos que, tal y como se plantea la institución en esta resolución, nacida de la derecha, no existe ningún tipo de garantía de los derechos democráticos que a día de hoy tienen las personas acusadas de un delito en los Estados miembros. Además, no se clarifica la relación entre esta fiscalía y los tribunales de los diferentes Estados, o con las fuerzas y cuerpos de seguridad. Desde el convencimiento de que el principio de transparencia es fundamental en derecho, no podemos aceptar un modelo que ahondaría más en los déficits ya existentes en numerosos Estados, entre ellos el español. Nuestro modelo pasa por una mejor articulación la necesaria coordinación de los diferentes sistemas judiciales de la Unión, no en crear estructuras que actúen de forma paralela a los mismos, por lo que he decidido votar en contra.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – L'articolo 86 del trattato sul funzionamento dell'Unione europea afferma che per combattere i reati che ledono gli interessi finanziari dell'Unione, il Consiglio può istituire una Procura europea a partire dall'Agenzia UE per la cooperazione in materia penale (Eurojust), previa approvazione del Parlamento europeo. In tal modo, l'UE e i suoi Stati membri possono identificare e perseguire in maniera efficace e dissuasiva le frodi che ledono gli interessi finanziari dell'Unione, tutelando i cittadini europei in qualità di contribuenti al bilancio dell'Unione. Votando a favore di questa risoluzione ho inteso supportare le azioni individuate per ridurre l'attuale frammentazione degli interventi nazionali di lotta alla frode nell'Unione europea. Tra queste, l'invito al Consiglio ad abbandonare la norma che priva la Procura europea della possibilità di essere competente per tutti i reati definiti dalla direttiva PIF qualora i

danni arrecati al bilancio dell'Unione siano pari o inferiori ai danni causati a un'altra vittima. Inoltre, ritengo di particolare importanza garantire l'indipendenza della Procura europea, per evitare i casi di disaccordo tra la Procura europea e le procure nazionali sulla questione delle competenze, privando così le decisioni della Procura di efficacia operativa.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem przeciwko rezolucji dotyczącej prokuratury europejskiej i Eurojustu. Frakcja, do której przynależę, od zawsze jest przeciwna ustanowieniu prokuratury europejskiej, ponieważ moim zdaniem, jak i zdaniem pozostałych członków frakcji, naruszałoby to zasadę pomocniczości. Nie jestem również zwolennikiem ustanowienia europejskiego systemu prawa karnego. Uważam, że przeciwdziałanie nadużyciom, jak i rozstrzyganie sporów powinno odbywać się w obowiązujących ramach prawnych. Z wyżej wymienionych powodów zagłosowałem przeciw.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The Council is currently proposing the establishment of a European Public Prosecutor's Office (EPPO) to which the Parliament is being asked to consent. With the risks from fraud estimated at around €3 billion per annum, the Commission is proposing a decentralised EU body with a hierarchical structure to safeguard and protect the rights of individuals involved in the EPPO's investigations. My main issue to this circle around the fact that VAT offences are included, adequate juridical reviews are needed and procedural rights need to be taken into consideration. Some of the changes to the Commission's proposal, as introduced by the Council, present some real dangers to the independence, effectiveness and added value to the European Public Prosecutor's Office. As the resolution outlines these concerns, I voted in favour of it.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Având în vedere că protejarea intereselor financiare ale Uniunii Europene este una din preocupările majore ale Comisiei Europene, iar responsabilitatea legată de acest obiectiv este împărțită între competențele Oficiului European de Luptă Antifraudă (OLAF) și Eurojust – Agenția Europeană de Cooperare Judiciară, consider importantă clarificarea relațiilor dintre Eurojust și Parchetul European, pe de o parte și dintre Parchetul European și OLAF, pe de altă parte, clarificare care va contribui la îmbunătățirea cooperării judiciare și a coordonării dintre autoritățile judiciare pentru protejarea intereselor financiare ale Uniunii Europene.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette résolution, portée par mon groupe politique le Parti populaire européen (PPE), réaffirme le soutien du Parlement européen à la mise en place d'un parquet européen efficace et indépendant. Ce dernier permettrait d'harmoniser les efforts des États membres en matière de répressions, et ainsi mieux lutter contre les fraudes au sein de l'Union. Soutenant ces objectifs, j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted against this motion for resolution. UKIP does not support the establishment of a European Public Prosecutor's Office which will have powers that greatly infringe on national sovereignty.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Je me félicite de l'adoption par le Parlement européen de cette résolution sur le Parquet européen et Eurojust dont j'ai été cosignataire. Face à la lenteur des négociations sur ce dossier majeur, nous nous devons de rappeler régulièrement et avec force au Conseil l'importance de la mise en place d'un parquet européen efficace et indépendant afin de combattre les infractions portant atteinte aux intérêts financiers de l'Union. Afin de renforcer l'Europe de la Justice et de montrer la capacité de l'Europe de mener des grands projets, je souhaite réitérer mon engagement pour la création d'un parquet européen aux compétences clairement définies qui pourra coopérer efficacement avec l'agence Eurojust.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution du Parlement européen sur le Parquet européen et Eurojust. En juillet 2013, la Commission a présenté une proposition de règlement pour la création d'un parquet européen. Ce parquet est conçu pour être un organe européen indépendant capable de poursuivre les crimes contre les intérêts financiers de l'Union.

La proposition de règlement doit être adoptée sous la procédure du consentement. Le Parlement devra donc dire oui ou non au texte sur lequel les États se seront mis d'accord. Or ces 3 dernières années le Conseil a substantiellement modifié la proposition originale de la Commission.

La résolution réaffirme le soutien du Parlement à la mise en place d'un parquet européen efficace et indépendant afin de réduire la fragmentation actuelle des efforts de répression nationaux pour protéger le budget de l'Union. Cependant elle rappelle que les relations entre le Parquet et Eurojust doivent être clarifiées et insiste pour que le champ d'application et les compétences du Parquet soient basés sur la directive relative à la lutte contre la fraude aux intérêts financiers de l'Union (PIF Directive) actuellement bloquée en phase de trilogue car le Conseil refuse l'inclusion de la fraude à la TVA.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — À ce jour, l'Union ne dispose pas de moyens propres pour engager des poursuites pénales pour des infractions commises à l'encontre de son budget. On estime chaque année la fraude sur le budget européen (fraude à la TVA notamment) de l'ordre de 3 milliards d'euros. La création d'un parquet européen permettra donc de veiller à la défense des intérêts financiers de l'Union. Si la proposition de parquet européen par la Commission européenne lancée en 2013 va dans le bon sens, les États membres traînent encore des pieds à l'idée de créer une instance supranationale susceptible d'interférer dans leur propre système judiciaire. Le Parlement européen, qui aura à se prononcer à l'issue des négociations entre le Conseil et la Commission, soutiendra l'idée d'un parquet européen aux pouvoirs renforcés.

Diane Dodds (NI), *in writing*. – Northern Ireland has for many years been the focus of organised criminality led by paramilitaries and in particular republican terror gangs in border areas. I have therefore seen the dreadful consequences of fuel and money laundering, of smuggling, on our economy and the success of local communities. It is vital that we combat those involved in this activity. We must break down the structures that govern this illegal behaviour and protect those citizens who are at risk.

It will also come as no shock that I believe it should be primarily the role of national crime-fighting authorities to lead these efforts. Instead of promoting more integration of policing, investigation and legal systems, this Parliament must better support Member States to tackle corruption and organised crime at the grassroots. The National Crime Agency is now fully operational in Northern Ireland, working hard to prevent, detect and punish those responsible in these crimes.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Гласувах „против" резолюцията относно Европейската прокуратура и Евроюст. Нейна основа са два устни въпроса на комисията LIBE за създаването на европейска прокуратура (член 86 ДФЕС) и евентуалната реформа в Евроюст.

Създаването на европейска прокуратура засяга темата за суверенитета на страните членки, тъй като целта ѝ ще бъде да разследва и наказва финансови измами и други престъпления, оказващи ефект върху финансовия интерес на ЕС. В момента единствено националните органи на страните членки имат такива правомощия в рамките на своите територии, а съществуващите европейски агенции като ОЛАФ, Европол и Евроюст не разполагат с правомощия за провеждане на европейско разследване.

Аз и моята политическа група смятаме, че на този етап най-добри резултати в борбата с престъпленията, засягащи финансовите интереси на ЕС, могат да се постигнат на национално ниво и с помощта на съществуващите рамки за координация и сътрудничество между страните членки.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η πρόταση ψηφίσματος κινείται προς τη σωστή κατεύθυνση, διότι η Ευρωπαϊκή Εισαγγελία και η EUROJUST μπορούν από κοινού να συμβάλουν στην καταπολέμηση της απάτης και ιδίως αυτής που συνδέεται με την οδηγία ΠΟΣ και τα έσοδα που προέρχονται από τον ΦΠΑ, αρκεί βεβαίως να ληφθούν υπόψη, κατά τη σύνταξη του κανονισμού, οι παρατηρήσεις της προτάσεως ψηφίσματος.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A UE, em 2014, arrecadou o montante de 159,5 mil milhões de EUR em receitas do imposto sobre o valor acrescentado (IVA) mas é importante que a UE e todos os seus Estados-Membros detetem e sancionem de forma eficaz e dissuasora casos de fraudes lesivas dos interesses financeiros da UE, a fim de proteger os contribuintes de todos os Estados-Membros que contribuem para o orçamento da União. Considero fundamental que se estabeleça um conjunto claro e inequívoco de competências e procedimentos para a Procuradoria Europeia, com base na proposta de diretiva relativa à luta contra a fraude lesiva dos interesses financeiros através do direito penal e que se intensifique os esforços para alcançar um acordo sobre a Diretiva PIF, de modo a que o IVA seja incluído no seu âmbito de aplicação.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre: la création d'un parquet européen constitue une nouvelle étape dans le développement sournois d'un droit pénal européen, alors que celui-ci doit rester une compétence des États membres.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução aborda um tema polémico. Há muito que alguns pretendem dar um salto em frente no domínio da federalização da justiça, salto que passa, entre outros aspetos, pela criação de uma Procuradoria Europeia.

A resolução defende que o Conselho estabeleça «um conjunto de competências e procedimentos para a Procuradoria Europeia» e que retome «as negociações com o Parlamento Europeu com vista à sua instituição». Defende a «importância do papel da Eurojust na melhoria da cooperação judiciária e da coordenação entre as autoridades judiciais competentes dos Estados-Membros». E afirma que «para assegurar a eficácia da cooperação e do intercâmbio de informações entre a Procuradoria Europeia e a Eurojust, os dois organismos devem funcionar no mesmo local».

Estamos perante mais uma tentativa de avanço sobre áreas que vão ao âmago da soberania dos Estados, neste caso à justiça.

A visão aqui plasmada passa por centralizar, estruturar e reforçar entidades como a Eurojust, que escapam ao controlo democrático e jurisdicional, ultrapassando garantias quanto aos direitos e liberdades previstas nos quadros legislativo e constitucional nacionais. Ultrapassa-se assim a cooperação livre e soberana entre os Estados nacionais, e avança-se com a criação de mecanismos de controlo supranacionais, iniciativas indissociáveis duma deriva securitária que coloca cada vez mais em risco direitos, liberdades e garantias fundamentais.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Pripravenie zriadenia európskej prokuratúry má na starosti Rada a v tomto procese sa napreduje veľmi pomaly, aj keď istý pokrok je tu badateľný. Legislatívny text sa pripravuje a prerokúva v osobitnom legislatívnom postupe, Európsky parlament bude teda požiadaný o súhlas až s textom v konečnom znení. Je však veľmi dôležité, aby Rada zapracovala obavy a požiadavky Európskeho parlamentu, ktoré sa týkajú nezávislosti, efektívnosti a účelnosti pri vytvorení a fungovaní európskej prokuratúry. Je nutné, aby Rada pri pripravovaní legislatívy mala na pamäti, že sa musí vyrovnať s viacerými problematickými otázkami, ako napríklad uzavrieť rokovania o smernici o boji proti podvodom a finančným záujmom Európskej únie, kde by malo byť stanovené, pre ktoré trestné činy bude mať európska prokuratúra právomoci, a takisto sa zamyslieť nad opravnými prostriedkami a súdnym preskúmaním rozhodnutí, ktoré európska prokuratúra po jej vytvorení v budúcnosti prijme.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος καθώς κινείται προς τη σωστή κατεύθυνση. Η Ευρωπαϊκή Εισαγγελία και η EUROJUST μπορούν, από κοινού, να συμβάλλουν στην καταπολέμηση της απάτης, ιδίως αυτής που συνδέεται με την οδηγία ΠΟΣ και τα έσοδα που προέρχονται από τον ΦΠΑ.

Απομένει μόνο, κατά τη σύνταξη του Κανονισμού, να ληφθούν υπόψη οι παρατηρήσεις της προτάσεως ψηφίσματος.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Support for the establishment of a European Public Prosecutor's Office cannot be unconditional. Some of the changes to the Commission's proposal introduced by the Council present real dangers to the independence, effectiveness and added value of any such office. For example, the risks of the 'national link' introduced by Council, through which national delegated prosecutors are responsible for all prosecutions brought in their Member State.

I believe we need to conclude the negotiations on the Directive on the Fight against Fraud to the Union's Financial Interests by means of Criminal Law (PIF Directive) – which will lay down the criminal offences for which the EPPO will have jurisdiction – before Parliament can be asked to consent to the EPPO text. Moreover, we must ensure adequate judicial review in respect of decisions taken by the EPPO, irrespective of whether those decisions are taken at a national or central level.

Finally, particular attention shall be paid to procedural rights, in particular legal aid, when establishing a cross-border Prosecutor of this nature.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de resolución convencido de que es necesario continuar en pro del proceso de integración europeo. En este sentido sería conveniente el establecimiento de una Fiscalía Europea eficaz e independiente, con el objeto de reducir la actual fragmentación de los recursos para la ejecución de la legislación nacional destinados a proteger el presupuesto de la Unión, reforzando así la lucha contra el fraude en la Unión. Del mismo modo hay que tener presente la importancia del papel de Eurojust en la mejora de la cooperación judicial y coordinación de las autoridades judiciales competentes de los Estados miembros, y en el desarrollo de investigaciones que impliquen a terceros países.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – La lotta alla frode nell'Unione è uno dei pilastri che l'Europa deve sostenere con il massimo impegno e che si traduce anche concretamente nel contrasto alle operazioni di elusione ed evasione fiscale, nella sfida ai cosiddetti paradisi fiscali, nei tentativi di arginare le zone scure, spesso bacino di illegalità e di criminalità. Solamente nel 2014 sono stati registrati 159,5 miliardi di EUR di gettito di IVA persi. Serve maggiore controllo e un lavoro coordinato e condiviso di cooperazione per migliorare lo scambio di informazioni tra i singoli paesi. Dobbiamo poter monitorare più accuratamente e più celermente le anomalie e serve un'azione decisa e chiara rispetto all'azione penale transfrontaliera. Condivido pertanto l'auspicio che venga istituita in tempi brevi una procura europea che, in collaborazione con Eurojust, abbia piena competenza sui reati finanziari e riesca a superare la frammentazione delle operazioni nazionali in materia di cooperazione giudiziaria penale.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted against this motion for resolution. I do not support the establishment of a European Public Prosecutor's office which will have powers that greatly infringe on national sovereignty.

Charles Goerens (ALDE), *par écrit*. – De mon point de vue, le futur procureur de l'Union devrait siéger à Luxembourg. En effet, les conclusions des représentants des États membres des 12 et 13 décembre 2003 précisent que «les représentants des États membres, réunis au niveau des chefs d'État ou de gouvernement, sont convenus de donner la priorité aux États adhérents, une fois qu'ils seront devenus membres de l'Union, pour ce qui est de la répartition des sièges d'autres organismes qui seront créés, sans préjudice du fait que, si un Parquet européen est institué, il aura son siège à Luxembourg conformément aux dispositions de la décision du 8 avril 1965» et ne laissent donc pas subsister le moindre doute sur la localisation du Parquet de l'Union en stipulant que tous les organes juridictionnels ou quasi-juridictionnels ont vocation à s'établir à un même endroit, à Luxembourg.

Mon soutien à la résolution du Parlement européen du 5 octobre 2016 sur le Parquet européen et Eurojust est à interpréter en ce sens.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Les négociations au Conseil sur la création d'un parquet européen n'avancent pas vite, et pas dans le sens souhaité par le Parlement européen. C'est d'ailleurs la raison pour laquelle le Parlement a décidé d'en discuter aujourd'hui.

Pour ma part, je suis résolument hostile à ce parquet européen. Prévu initialement pour centraliser les investigations en cas d'atteinte aux intérêts financiers de l'Union, il s'annonce comme un organisme complexe, créateur de conflits de compétences, doublon d'enceintes européennes déjà existantes de coopération judiciaire. Le Parlement européen souhaite élargir à l'excès la notion d'intérêts financiers de l'Union relevant de la compétence de ce parquet, au point qu'un bon nombre d'infractions financières d'ordre général (blanchiment des capitaux, fraudes à la TVA, etc…) pourraient échapper totalement aux juridictions nationales alors même que leurs auteurs, leurs victimes où leurs théâtres ne seraient «européens» qu'à la marge.

On voit bien que l'objectif est de créer un début de droit et de procédures pénales purement européens, au-dessus et à la place des droits nationaux. C'est toujours ce rêve malsain d'États-Unis d'Europe calqués sur ceux d'Amérique, auquel même M. Juncker, pourtant, semble avoir renoncé.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He decidido votar a favor de esta resolución, porque entiendo que el establecimiento de una Fiscalía Europea, independiente y eficaz, es de gran ayuda para combatir delitos que comprendan varios países y va en consonancia con una mayor integración europea de sistemas de justicia. Asimismo, señalamos positivamente que en la resolución se encuentren llamamientos a la cooperación judicial, a la calificación del sistema de competencias y de atribuciones. Entiendo que una Fiscalía Europea con las atribuciones y fondos suficientes, es un avance positivo y por eso voto a favor.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I and fellow Labour MEPs abstained on the resolution as the text is still unclear on the EPPO structure and impact on the UK criminal system. We must avoid conflict between national constitutional rules and secondary EU law so not to hinder the work of national practitioners.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur d'une résolution visant à mettre en place un parquet européen indépendant. Ce nouvel outil doit nous aider à combattre plus efficacement la fraude et les crimes financiers, en coordonnant les moyens de justice nationaux. Eurojust aura comme mission d'exécuter les demandes de coopération entre juridictions et d'appliquer les instruments de reconnaissance mutuelle afin d'améliorer les poursuites transnationales.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported this resolution for a number of reasons. In July 2013, the Commission presented a regulation based on article 86 TFEU on the establishment of a European Public Prosecutor's Office or EPPO. The EPPO was proposed to fill the institutional gap that currently exists, as only national authorities can prosecute EU fraud but they cannot do this across national borders, which is a serious defect considering the internal market and the free movement of money. Also, considering that the EPPO is being adopted under the consent procedure, which means that the Parliament will have to say 'yes' or 'no' to the text that the Member States agree on, it is vital that a resolution is passed giving the institution's position on it. Thankfully, the resolution highlights the need for the EPPO to be efficient and independent, and its scope and competences should be based on the directive on the fight against fraud to the Union's financial interests by means of criminal law (PIF Directive). It is estimated by the European Commission that fraud against the EU's financial interests costs around EUR 3 billion every year. The creation of the EPPO is essential to ensure that fraud against the EU's financial interests is tackled equally in all Member States.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – J'ai apporté mon soutien à l'adoption de la résolution sur le Parquet européen et Eurojust, sujets sur lesquels les travaux restent bloqués au Conseil depuis plusieurs années.

Je pense qu'il est temps que le Conseil prenne une décision à ce sujet et adopte enfin la directive relative à la lutte contre la fraude portant atteinte aux intérêts financiers de l'Union au moyen du droit pénal (directive PIF) qui est sur la table des négociations depuis 2012.

L'absence d'harmonisation et la fragmentation des systèmes de répression nationaux ont un impact indéniable sur l'efficacité de la lutte contre la fraude aux intérêts financiers de l'Union européenne.

Il est essentiel qu'une clarification soit faite sur la répartition des compétences entre le Parquet européen et celles des procureurs nationaux lorsqu'une allégation de fraude concernant les ressources de l'Union est constatée.

Филиз Хюсменова (ALDE), *в писмена форма*. — Уважаеми г-н Председател, Европа е изправена пред транснационални предизвикателства повече от всякога. За да се изправим срещу тероризма, организираните престъпни мрежи, киберпрестъпността и прането на пари, е необходимо да адаптираме европейската правосъдна рамка към потребностите на настоящето, като засилим ролята на Европол и Евроюст и създадем функционираща и ефективна европейска прокуратура, които да подпомагат усилията на националните власти и да подобрят обмена на информация и сътрудничеството между тях.

Ето защо призовавам Съвета да разгледа оставащите проблемни и спорни точки по отношение на предложението на Европейската комисия за регламент за създаване на Европейска прокуратура, предложението за директива относно борбата с измамите, засягащи финансовите интереси на Съюза и предложението за регламент относно Агенцията за сътрудничество в областта на наказателното правосъдие Евроюст, и да пристъпи към приемането на решения в тази насока възможно най-скоро.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – The establishment of a European Public Prosecutor's Office (EPPO) is welcome. However, there are many questions and concerns that arise from such an establishment regarding independence, efficiency and effectiveness. Changes and improvements must be made to this project before gaining full support.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za rezoluciju Europskog parlamenta o Uredu europskog javnog tužitelja i Eurojustu jer smatram da je presudno zaštititi financijske interese Unije na što bolji i efikasniji način. Procjenjuje se da prijevare koje utječu na financijske interese EU-a iznose otprilike 3 milijarde EUR svake godine. Ured europskog javnog tužitelja treba biti neovisno i učinkovito tijelo koje ima jasne nadležnosti kako bi se problem prijevara riješio na jednaki način u svim državama članicama. Svakako, potrebno je pojasniti odnos između Eurojusta i Ureda europskog javnog tužitelja kako bi se olakšala koordinacija i suradnja između nacionalnih istražnih tijela i tijela kaznenog progona. Međutim, držim da je nužno dodatno pojasniti nadležnosti Ureda europskog javnog tužitelja i poboljšati prekogranični kazneni progon.

Diane James (EFDD), *in writing*. — Diane James MEP and her UKIP colleagues voted against this motion for resolution. UKIP does not support the establishment of a European Public Prosecutor's office which will have powers that greatly infringe on national sovereignty.

Benedek Jávor (Verts/ALE), *írásban*. – Szavazatommal támogattam azt az Európai Főügyészségről szóló állásfoglalási indítványt, amelynek elkészítésében a Zöld frakció is részt vett, és amely ismételten megerősíti a Parlament álláspontját a Bel- és Igazságügyi Tanács következő, a főügyészségről szóló ülése előtt. Az állásfoglalási indítvány többek között megerősíti, hogy a Főügyészségnek rálátással kell rendelkeznie minden olyan ügyre, amely bármilyen oknál fogva a hatáskörébe eshet; hogy az áfával, mint az EU saját pénzügyi forrásával kapcsolatos ügyeknek a főügyészség hatáskörébe kell tartoznia.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution relative à la mise en place d'un parquet européen, idée que j'avais défendue l'année dernière alors que j'étais rapporteur pour le PPE au sujet de la lutte contre la fraude aux fonds européens. Cette instance aura pour objectif de rechercher, de poursuivre et de renvoyer en jugement les auteurs d'infractions portant atteinte aux intérêts financiers de l'Union européenne. Cette nouveauté portée par le groupe PPE doit permettre de mieux protéger l'argent du contribuable européen en s'adaptant aux nouvelles formes de fraude, en particulier la fraude transnationale.

Je me félicite de cette initiative et encourage la poursuite du débat renforçant la coopération et l'action de l'Union en la matière.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution afin d'inviter à la création d'un parquet européen, une structure à part entière et décentralisée qui aura pour objectif d'enquêter et de poursuivre les fraudes ou crimes attaquant les intérêts financiers de l'Union européenne.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich lehne den vorliegenden Entschließungsantrag ab. Die Einrichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft und Kompetenzverschiebungen zugunsten von Eurojust sprechen gegen die Souveränitätsansprüche der Mitgliedstaaten bei der Rechtsdurchsetzung auf ihrem Gebiet.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Dne 5. 10. 2016 jsme na plenárním zasedání Evropského parlamentu ve Štrasburku hlasovali o usnesení o Úřadu evropského veřejného žalobce a Eurojustu. Již více než devatenáct let evropští politici mluví o zřízení nového unijního orgánu – Úřadu evropského veřejného žalobce. Tento institut, který umožňuje EU zřídit článek 86 Smlouvy o fungování Evropské unie, je roky velmi kritizovaný jak laickou, tak odbornou veřejností. Kontroverze spojené s návrhem Komise na zřízení tohoto úřadu vyústily navíc k historicky druhému využití mechanismu včasného varování. Žlutou kartu návrhu vystavila i Česká republika. Nemyslím si, že by se od dob předložení prvního návrhu něco zásadně změnilo a obavy řady členských států byly rozptýleny. Navíc v dnešních turbulentních časech, které EU zažívá, by bylo velmi nemoudré členským státům nutit něco dalšího, s čím zásadně nesouhlasí. Proto jsem nemohla podpořit požadavek zpravodaje na vytvoření Úřadu evropského veřejného žalobce a znovu otevření diskuze na Radě o návrhu na jeho vytvoření a hlasovala jsem proti.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Гласувах в подкрепа на резолюцията на Европейския парламент относно създаването на Европейска прокуратура, тъй като е от ключово значение ЕС и неговите държави членки да разкриват и преследват наказателно, по ефективен и възпиращ начин измами, засягащи финансовите интереси на ЕС, като по този начин защитават данъкоплатците на всички държави членки, които внасят средства в бюджета на Съюза.

Организираната трансгранична престъпност нараства през изминалото десетилетие и тези престъпления се извършват от изключително подвижни групи, които действат в множество държави членки и извършват различни видове престъпност. С оглед на това приветствам подкрепата на Парламента за създаването на ефективна и независима Европейска прокуратура (EPPO), с цел да се намали съществуващата разпокъсаност на националните усилия на правоприлагащите органи за защита на бюджета на ЕС, като по този начин се засилва борбата срещу измамите в Европейския съюз.

Необходимо е осигуряването на ясен набор от компетенции на Европейската прокуратура. От първостепенно значение е да бъдат избягвани вредните последици от т.нар. „национално звено“ и в този смисъл трябва да се гарантира, че са налице адекватни защитни механизми, осигуряващи независимостта на Европейската прокуратура, като например разпоредба, която позволява дерогация от националното звено въз основа на съображения, свързани с доброто функциониране на Европейската прокуратура.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – Back in 2013, the Commission presented a proposal to reform Eurojust, together with a proposal to establish a European Public Prosecutor's Office (EPPO). In general, the Commission's proposal for the establishment of EPPO aims to provide support to Eurojust in the fight against fraud to the EU. Thus, it also aims to increase the democratic legitimacy of Eurojust. Close cooperation between Eurojust and the future EPPO on an operational and administrative level is essential to ensure effective and efficient work in practice. In this context, compatible provisions in both regulations are essential for legal certainty and consistency and will help to realise the full potential of Eurojust and the EPPO. Moreover, in order to ensure judicial coordination from the outset of investigations and prosecutions, Eurojust and the EPPO should inform each other of relevant cases. Therefore, strong information exchange between Eurojust and EPPO should be developed.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Finalmente sono stati compiuti dei notevoli passi in avanti in materia di Procura europea. La lotta contro le frodi finanziarie è una delle priorità, che oggi gode di strumenti adeguati per la sua piena realizzazione. L'elemento principale prevede l'istituzione di una Procura europea che contribuirà significativamente alla protezione del denaro dei contribuenti europei favorendo, quindi, un recupero dei fondi eventualmente frodati. Inoltre, l'istituzione dell'Ufficio del procuratore europeo, garantirà omogeneità nella prevenzione e nella repressione di questi tipi di reati in tutto il territorio europeo. Si invitano Eurojust e la Procura europea a lavorare congiuntamente per facilitare la collaborazione e lo scambio di informazioni, nell'applicazione anche della direttiva PIF.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution car elle instrumentalise la fraude dans l'Union pour créer un parquet européen. C'est une nouvelle étape dans le développement d'un droit pénal européen. Or j'estime que la justice pénale devrait rester une prérogative des États.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution pour réaffirmer mon soutien à l'instauration d'un parquet européen efficace et indépendant, afin de réduire la fragmentation actuelle des efforts de répression nationaux pour protéger le budget de l'Union. Un parquet européen permettrait de renforcer la lutte contre la fraude au sein de l'Union européenne.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution sur le Parquet européen.

Ce texte «réaffirme son soutien de longue date à la mise en place d'un parquet européen efficace et indépendant afin de réduire la fragmentation actuelle des efforts de répression nationaux pour protéger le budget de l'Union, ce qui permettrait de renforcer la lutte contre la fraude dans l'Union européenne». La lutte contre la fraude est donc instrumentalisée pour créer encore un nouvel organisme de l'Union européenne. Celui-ci devrait opérer à côté d'Eurojust et de l'OLAF. Or Eurojust a été créé pour faciliter la coordination et la coopération entre les autorités nationales chargées des enquêtes et des poursuites dans le traitement d'affaires concernant plusieurs États membres. La création d'un parquet européen constitue une nouvelle étape dans le développement sournois d'un droit pénal européen, alors que celui-ci doit rester une compétence des États membres.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Le texte réaffirme son soutien de longue date à la mise en place d'un parquet européen efficace et indépendant afin de réduire la fragmentation actuelle des efforts de répression nationaux pour protéger le budget de l'Union européenne, ce qui permettrait de renforcer la lutte contre la fraude dans l'Union. La lutte contre la fraude est donc instrumentalisée pour créer encore un nouvel organisme de l'Union. Celui-ci devrait opérer à côté d'Eurojust et de l'OLAF. Or Eurojust a été créé pour faciliter la coordination et la coopération entre les autorités nationales chargées des enquêtes et des poursuites dans le traitement d'affaires concernant plusieurs États membres. La création d'un parquet européen constitue une nouvelle étape dans le développement d'un droit pénal européen, alors que celui-ci doit rester une compétence des États membres.

Par conséquent, j'ai voté contre ce texte.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe porque, sobre todo en una época de crisis económica y social es muy importante recobrar de forma eficiente para la economía legal y productiva los recursos que son detraídos de ese caudal por el fraude. La realidad que muestran las cifras es que las redes criminales trasnacionales han aumentado en los últimos años y también el fraude.

El IVA constituye un importante recurso comunitario, como así lo recoge la jurisprudencia reciente del TJUE y debe, por tanto, recogerse dentro del ámbito de la directiva. Eurojust viene jugando un papel fundamental a la hora de coordinar las diferentes formas de perseguir el fraude en los Estados miembros. La resolución insiste en que este papel sea mantenido y reforzado. La resolución incide en la idea en que la Fiscalía Europea debe establecerse cuanto antes y que debe estudiarse muy bien el sistema de recursos, preservarse su independencia operativa y establecerse cómo será la relación respecto a los órganos jurisdiccionales nacionales.

Los socialistas insistimos en que debe impulsarse y aprobarse primero la Directiva que será el embrión del posterior desarrollo de la Fiscalía.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – El establecimiento de una Fiscalía Europea, cuando no existe un sistema jurídico a nivel europeo, es algo sobre lo que diferentes organizaciones de juristas han expresado numerosas dudas. Entendemos que, tal y como se plantea la institución en esta resolución, nacida de la derecha, no existe ningún tipo de garantía de los derechos democráticos que a día de hoy tienen las personas acusadas de un delito en los Estados miembros. Además, no se clarifica la relación entre esta fiscalía y los tribunales de los diferentes Estados, o con las fuerzas y cuerpos de seguridad. Desde el convencimiento de que el principio de transparencia es fundamental en derecho, no podemos aceptar un modelo que ahondaría más en los déficits ya existentes en numerosos Estados, entre ellos el español. Nuestro modelo pasa por una mejor articulación la necesaria coordinación de los diferentes sistemas judiciales de la Unión, no en crear estructuras que actúen de forma paralela a los mismos, por lo que he decidido votar en contra.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Jsem proti zřízení Úřadu evropského veřejného žalobce. EU navíc chce, aby do působnosti prokurátora patřily i daně (DPH) a stala se z něj jakási finanční policie. To považuji za nepřijatelné zasahování do kompetencí členských států.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Članak 86. Ugovora o funkcioniranju Europske unije navodi da Vijeće uredbom može osnovati Ured europskog javnog tužitelja radi suzbijanja kaznenih djela koja utječu na financijske interese Unije. Važno je da EU na učinkovit način otkriva prijevare koje utječu na financijske interese Unije i da vodi kaznene progone zbog takvih prijevara, čime štite porezne obveznike svih država članica.

Eurojust olakšava koordinaciju i suradnju između nacionalnih istražnih tijela i tijela kaznenog progona i pomaže u izgradnji uzajamnog povjerenja između različitih pravnih sustava i tradicija u EU-u. Također olakšava izvršavanje zahtjeva za suradnju i primjenu instrumenata uzajamnog priznavanja, čime se poboljšava prekogranični kazneni progon. Potrebno je uspostaviti efikasan i neovisan Ured europskog javnog tužitelja koji bi imao prvenstvo nadležnosti kad je riječ o kaznenim djelima utvrđenima u Direktivi, a Uredbom se mora zajamčiti zaštita svih prava osumnjičenih.

Na taj način smanjila bi se sadašnja rascjepkanost u nastojanjima tijela kaznenog progona da se zaštiti proračun EU-a, a ojačala bi se borba protiv prijevara u Europskoj uniji, stoga sam podržala ovu rezoluciju.

Светослав Христов Малинов (PPE), *в писмена форма*. – В началото на месец октомври препотвърдихме подкрепата на Европейския парламент за създаването на ефективна и независима Европейска прокуратура, която цели да намали съществуващата разпокъсаност на националните усилия на правоприлагащите органи за защита на бюджета на ЕС.

Средно близо 500 млн. евро ежегодно се губят от европейския бюджет в следствие на предполагаеми злоупотреби, като трансграничният елемент често възпрепятства качественото разследване на национално ниво. Държавите членки се нуждаят от действието на ефективен наднационален орган, който да работи заедно с националните прокуратури и да се намесва конкретно в случаи, които касаят злоупотребата с европейски средства.

Важно е оттук нататък да бъдат изяснени отношенията между Евроюст и бъдещата Европейската прокуратура и по-специално последиците от създаването на колегиална структура, както и действията на Европейската прокуратура по отношение на OLAF, за да се направи разграничение между съответните им роли за защита на финансовите интереси на ЕС.

С мнозинството от колегите подчертахме и нуждата за осигуряването на достатъчен бюджет и гарантирането на финансовата независимост на бъдещата Европейска прокуратура. Оперативните решения на Европейската прокуратура трябва да могат да подлежат на съдебен контрол пред компетентния национален съд, както и да се регламентира възможността за разглеждането им от Съда в Люксембург, за да се осигури необходимият надзор и демократичен контрол.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – I fully share the concerns of Parliament on the effectiveness of the future PIF Directive. The efficiency of the EPPO will depend on the clarification of competences, and if the PIF Directive fails to achieve this, EU legislators will not be able to ensure the effectiveness of the EPPO.

That's why it is important to call on the Council to provide an unambiguous and clear set of competences and proceedings concerning the EPPO based on the proposed directive on the fight against fraud to the Union's financial interests by means of criminal law (PIF Directive) and to call on the Council to strengthen its efforts to reach an agreement on the PIF Directive which includes VAT in its scope, and to reopen negotiations with Parliament in order to enable the EPPO to be established.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Daňové podvody, korupcia, medzinárodný organizovaný zločin stoja rozpočet Únie ročne stovky miliónov EUR. Európsky parlament jednoznačne vyjadril podporu zriadeniu Európskej prokuratúry, ktorej vytvorenie predpokladá aj Zmluva o fungovaní EÚ. Posilníme tým ochranu legitímnych záujmov Únie v oblasti finančných vzťahov a zvýšime účinnosť boja proti podvodom. Je potrebný jednotný základ inštitucionálnej ochrany práva namiesto súčasného rôzneho a rozštiepeného systému ochrany vykonávaného členskými štátmi. Aj preto vyzývame Radu, aby zintenzívnila spoluprácu s členskými štátmi s cieľom dosiahnuť zrozumiteľné, jednoznačné a oddelené stanovenie právomocí Európskej prokuratúry a Eurojust-u tak, aby tieto inštitúcie mohli čo najskôr začať vykonávať účinnú a efektívnu ochranu záujmov Únie.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. — Καταψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την Ευρωπαϊκή Εισαγγελία και τη Eurojust, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 5/10/2016, καθώς και διότι η εν λόγω πρόταση ψηφίσματος δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce texte instrumentalise la lutte contre la fraude afin de créer un organisme européen méconnaissant la souveraineté des États. En effet, il «réaffirme son soutien de longue date à la mise en place d'un parquet européen efficace et indépendant», c'est-à-dire qu'il met en place les premiers éléments d'un droit pénal européen, ce à quoi nous nous opposons. Le droit pénal doit rester, par définition, une compétence des États membres.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω το ψήφισμα του ΕΚ σχετικά με την Ευρωπαϊκή εισαγγελία και την Eurojust διότι εκτιμώ ότι είναι πολύ σημαντικό για την ΕΕ και όλα τα κράτη μέλη της να εντοπίζουν αλλά και να καταπολεμούν αποτελεσματικά τα κρούσματα απάτης που γίνονται εις βάρος των οικονομικών συμφερόντων της ΕΕ, ώστε να μπορεί η ΕΕ να προστατεύσει τους φορολογούμενους όλων των κρατών μελών που συνεισφέρουν στον προϋπολογισμό της Ένωσης. Επιπλέον, η Eurojust έχει διευκολύνει το συντονισμό και τη συνεργασία μεταξύ των εθνικών αρχών έρευνας και δίωξης σε υποθέσεις που αφορούν τα περισσότερα κράτη-μέλη και έχει επίσης συμβάλει στην ανάπτυξη αμοιβαίας εμπιστοσύνης αλλά και στη γεφύρωση των διαφορών μεταξύ των διαφόρων νομικών συστημάτων και παραδόσεων της ΕΕ. Είναι αναμφίβολο επίσης ότι η Eurojust έχει διευκολύνει αλλά και βελτιώσει την ποινική διασυνοριακή δίωξη.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die Gründung einer europäischen Staatsanwaltschaft und deren Ausstattung mit den notwendigen Befugnissen als Zentrum einer europäischen Strafverfolgung bedeuten einen weiteren Schritt hin zu Vereinheitlichung und Zentralisierung. Strafverfolgung muss Kompetenz der Mitgliedstaaten bleiben, deshalb lehne ich diesen Antrag ab.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu EP rezoliucijai dėl Europos prokuratūros ir Eurojusto, kurioje raginama sukurti efektyvią ir nepriklausomą Europos prokuratūrą, siekiant sumažinti dabartinį nacionalinių teisėsaugos pastangų susiskaidymą, taupyti ES biudžetą ir sustiprinti kovą su sukčiavimu Europos Sąjungoje.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Je me suis déjà opposé maintes fois à la création d'un parquet européen. 14 parlements nationaux ont également émis des réserves. Une justice qui n'est pas rendue au nom du peuple souverain n'en est pas une. Et il n'est nul besoin de créer un énième corps supranational quand on voit déjà les nombreuses plaintes des États contre l'Office européen de lutte contre la fraude (OLAF). Il y a aussi Eurojust créé en 2002, dont la tâche est justement la coordination des enquêtes et poursuites entre les autorités compétentes des États.

Au final, la délimitation des compétences entre ces trois instances est plus que floue ce que souligne d'ailleurs ce nouveau texte du Parlement. Il maintient pourtant son soutien à la création du Parquet et veut ici savoir où en sont les négociations entre la Commission et le Conseil. Je crois que tout ceci n'est qu'un subterfuge pour un embryon de «FBI européen» compilant des fichiers de données personnelles sans efficacité avérée pour la justice. Bruxelles ferait mieux de se soucier des conflits d'intérêt de ses anciens dirigeants comme José Manuel Barroso et Neelie Kroes.

Je vote contre

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le texte réaffirme son soutien de longue date à la mise en place d'un parquet européen efficace et indépendant afin de réduire la fragmentation actuelle des efforts de répression nationaux pour protéger le budget de l'Union européenne, ce qui permettrait de renforcer la lutte contre la fraude dans l'Union. La lutte contre la fraude est donc instrumentalisée pour créer encore un nouvel organisme de l'Union. Celui-ci devrait opérer à côté d'Eurojust et de l'OLAF. Or Eurojust a été créé pour faciliter la coordination et la coopération entre les autorités nationales chargées des enquêtes et des poursuites dans le traitement d'affaires concernant plusieurs États membres. La création d'un parquet européen constitue une nouvelle étape dans le développement d'un droit pénal européen, alors que celui-ci doit rester une compétence des États membres.

Par conséquent, j'ai voté contre ce texte.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Sempre foi ambição do Parlamento a criação de uma Procuradoria Europeia eficaz e independente, a fim de reduzir a atual fragmentação dos esforços envidados a nível nacional no domínio da aplicação da legislação para proteger o orçamento da UE, reforçando assim a luta contra a fraude na União Europeia. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution, which clearly outlines Parliament's support for the creation of an independent European Public Prosecutor's Office in order to further the fight against fraud in the Union.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Cela fait quatre ans que la Commission a déposé une proposition législative visant à établir un parquet européen en charge de la lutte contre la fraude aux intérêts financiers de l'Union européenne. Le Conseil vient seulement de finaliser son approche générale. Et comme nous le craignions, le résultat est inquiétant. Le Conseil a décortiqué la proposition initiale qui visait à créer un parquet européen centralisé indépendant avec une structure pyramidale. À la place, il propose un parquet européen complexe ligoté par l'omniprésence du lien national mettant en danger son indépendance.

De plus, j'ai de sérieux doutes quant à la plus-value de ce parquet européen tel que le Conseil nous le propose aujourd'hui. Le Conseil a rajouté des limites supplémentaires et on se demande encore pour quelle affaire de fraude le Parquet européen sera compétent. Et ce d'autant plus, si le Conseil continue de s'opposer à inclure la fraude à la TVA. Nous devons donc rappeler que l'approbation du Parlement européen au dossier du Parquet n'est pas chose acquise. Il s'agit donc d'une mise en garde à l'attention du Conseil avec un message simple: oui, nous sommes pour la mise en place d'un parquet européen mais pas à n'importe quel prix.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — Čiastočná harmonizácia právnych poriadkov členských krajín EÚ v oblasti trestného práva má bez pochyby svoj zmysel a je dôležitá v záujme posilnenej spolupráce orgánov činných v trestnom konaní a súdov, ako aj zabezpečenia rovnakého súboru procesných práv subjektov trestného stíhania. Zastávam názor, že v tejto súvislosti je existencia európskej prokuratúry iste na mieste, najmä pokiaľ ide o určitú koordinácie činnosti národných prokuratúr a súdov a zabezpečenie ich efektívneho fungovania. Zároveň sa však domnievam, že kompetencie kancelárie Európskej prokuratúry by mali byť striktne a jasne vytýčené a zároveň nie príliš široké, aby nedochádzalo k zasahovaniu do vnútorných a výlučných právomocí členských krajín, ale aj prekrývaniu sa kompetencií s Eurojustom a OLAF-om.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Ebben a kérdésben a PPE, az S&D, az ALDE és a Verts/ALE képviselőcsoportok közös, állásfoglalásra irányuló indítványt nyújtottak be. A tervezet megerősíteni javasolja a Parlament elkötelezettségét a hatékony és független Európai Ügyészség felállítása mellett, az uniós költségvetés védelmére irányuló nemzeti bűnüldözési erőfeszítések jelenlegi széttöredezettségének csökkentése érdekében, erősítve ezáltal az Európai Unióban a csalás elleni küzdelmet. Sürgeti az Tanácsot az Európai Ügyészség létrehozásáról szóló rendelet előkészítésének fölgyorsítására. Az előterjesztést megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Nous nous opposons à ce texte qui réaffirme le soutien du Parlement à la mise en place d'un parquet européen indépendant afin de réduire la fragmentation actuelle des efforts de répression nationaux pour protéger le budget de l'Union.

La lutte contre la fraude sert encore une fois d'alibi pour permettre la création d'un nouvel organisme dans l'Union européenne, et surtout pour franchir une nouvelle étape dans l'élaboration d'un droit pénal européen, droit qui reste encore aujourd'hui une compétence des États membres.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – De acordo com o «Study and Reports on the VAT Gap in the EU-28 Member States: 2016 Final Report» perdeu-se, em 2014, na UE o montante de 159,5 mil milhões de EUR em receitas do imposto sobre o valor acrescentado (IVA).

Defendo a importância da UE e dos seus Estados-Membros detetarem e sancionarem, de modo eficaz e dissuasora, os casos de fraudes lesivas dos interesses financeiros da UE, com o objetivo de proteger os contribuintes dos Estados-Membros que contribuem para o orçamento da União.

Subscrevo o apoio à criação de uma Procuradoria Europeia eficaz e independente, a fim de reduzir a fragmentação dos esforços envidados a nível nacional no domínio da aplicação da legislação para proteger o orçamento da UE, reforçando assim a luta contra a fraude na União Europeia.

Entendo ser fundamental a apresentação de uma análise custo/benefício, com as estimativas das implicações orçamentais da estrutura colegial da Procuradoria Europeia.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Le texte «réaffirme son soutien de longue date à la mise en place d'un parquet européen efficace et indépendant afin de réduire la fragmentation actuelle des efforts de répression nationaux pour protéger le budget de l'Union, ce qui permettrait de renforcer la lutte contre la fraude dans l'Union européenne». La lutte contre la fraude est donc instrumentalisée pour créer encore un nouvel organisme de l'Union européenne. Celui-ci devrait opérer à côté d'Eurojust et de l'OLAF. Or Eurojust a été créé pour faciliter la coordination et la coopération entre les autorités nationales chargées des enquêtes et des poursuites dans le traitement d'affaires concernant plusieurs États membres. La création d'un parquet européen constitue une nouvelle étape dans le développement sournois d'un droit pénal européen, alors que celui-ci doit rester une compétence des États membres.

Je vote donc contre ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte relatif au Parquet européen et à Eurojust. Cette résolution a pour but de renforcer la lutte contre la fraude dans l'Union européenne et de protéger le budget de l'Union en mettant en place un parquet européen efficace et indépendant pour une meilleure coordination des efforts de répression menés par chaque État membre de l'Union européenne.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution portée par mon groupe politique. La résolution réaffirme le soutien de longue date du Parlement européen à la mise en place d'un parquet européen efficace et indépendant afin de réduire la fragmentation actuelle des efforts de répression nationaux pour protéger le budget de l'Union, ce qui permettrait de renforcer la lutte contre la fraude dans l'Union européenne.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Mi sono espressa a favore della relazione sulla Procura europea ed Eurojust. Ritengo importante che l'UE e tutti i suoi Stati membri individuino e perseguano in maniera efficace le frodi che ledono gli interessi finanziari dell'Unione. Attraverso l'istituzione di una Procura europea, efficace e indipendente, si contribuirà a ridurre l'attuale frammentazione degli interventi nazionali di contrasto volti a proteggere il bilancio dell'UE, rafforzando in tal modo la lotta contro la frode nell'Unione europea. Eurojust ha agevolato il coordinamento e la cooperazione tra le autorità nazionali responsabili delle indagini e dell'azione penale nei casi che coinvolgono più Stati membri e ha inoltre contribuito a costruire la fiducia reciproca e a superare la diversità dei sistemi e delle tradizioni giuridiche dell'Unione Europea.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Vártam már, hogy napirendi pontra kerüljön a független Európai Ügyészség felállításának kérdése. Végre megtaláltuk a módját, hogy ténylegesen ellenőrzés alá kerüljön az európai uniós pénzek felhasználása. Így egyrészt gondoskodhatunk arról, hogy a pénz transzparens és hatékony felhasználásra kerüljön, másrészt pedig arról, hogy ne vesszen el valahol a bürokratikus útvesztőben. Pozitívan fogadtam azt a javaslatot is, ami szerint az új ügynökség az Eurojust székhelyében fog elhelyezkedni. Ez a megoldás egyszerre spórol időt és költségeket.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The European Public Prosecutor's Office will have the authority to investigate and prosecute EU fraud and other crimes that have an impact on the EU's financial interests. I have voted for this motion for a resolution that acknowledges the European Parliament's support for the creation of the European Public Prosecutor's Office.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. — Подкрепих резолюцията на Европейския парламент относно Европейската прокуратура и Евроюст, тъй като считам за нужно да осигурим по-добра защита на финансовите интереси на ЕС и по-ефективно преследване на множествени престъпления.

Създаването на Европейска прокуратура трябва да доведе и до създаването на адекватни механизми на защита, осигуряващи независимостта на тази прокуратура, като например разпоредба която позволява дерогация от националното звено въз основа на съображения, свързани с доброто функциониране на Европейската прокуратура. Европейската прокуратура ще повиши доверието на гражданите и на бизнеса към европейските институции. Една от основните цели на Европейската прокуратура ще бъде да увеличи броя на повдигнатите и поддържаните обвинения, което да доведе до повече осъдителни присъди и до събирането на получените чрез измама средства от Съюза.

Съдействието между Евроюст, Европол и Европейската служба за борба с измамите вече съществува, но все още са на лице многобройни проблеми и ограничения при координацията, сътрудничеството и обмена на информация, които се дължат на разделението на отговорностите между органи, принадлежащи на различни териториални и функционални юрисдикции. Злоупотребите със средства на ЕС се оценяват на около 500 милиона евро годишно, ето защо трябва да противодействаме по-силно срещу виновниците, създавайки една силна прокуратура.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am susținut acest raport prin care Parlamentul își reafirmă sprijinul de lungă durată în ceea ce privește instituirea unui Parchet European independent și eficient. Crearea unui Parchet European reprezintă o condiție de bază pentru intensificarea eforturilor transnaționale de asigurare a aplicării legii, atât în domeniul infracțiunilor împotriva securității cetățenilor europeni, al criminalității transfrontaliere, cât și în domeniul fiscal. Raportul invită Comisia să prezinte estimări ajustate ale implicațiilor bugetare ale noii structuri în cadrul unei analize asupra costurilor și a beneficiilor și să prezinte Parlamentului rezultatele „evaluării situației reale". Nu în ultimul rând, pentru o colaborare și un schimb de informații mai eficient, raportul susține ideea unui sediu comun al Parlamentul European și al Eurojust.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da der Bericht von einer Unterstützung spricht, die zusätzliche Kompetenzen für Eurojust bedeutet.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Euroopa Prokuratuuri loomine on oluline, et tagada ELi finantshuvide kaitse ning pettuste vastane võitlus ühtlaselt kõigis ELi liikmesriikides.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – Que el Parlamento pide una Fiscalía Europea fuerte e independiente no es ningún secreto, llevamos pidiéndolo años. Ahora estamos en una fase crucial, porque por fin la negociación sobre la Fiscalía está llegando a su fin. A pesar de que la ambiciosa propuesta de la Comisión ha sido diluida por los Estados miembros que no quieren ceder soberanía, ha habido acuerdo en muchos puntos.

Esto no es suficiente. Los Estados miembros a través del Consejo están bloqueando la Directiva PIF (nombre completo: Directiva sobre la lucha contra el fraude que afecta a los intereses financieros de la Unión a través del Derecho penal) desde hace varios años, en su empeño por dejar el IVA fuera de su aplicación. Es una vergüenza. Con una Fiscalía fuerte, y una amplia Directiva, evitaríamos perder una cifra importantísima de beneficios en la Unión (como decimos en esta Resolución, en 2014 unos 159 500 millones de euros).

Es otra muestra de que el Consejo impide cualquier avance de una forma desleal, y a la vez se escudan en la Unión cuando las cosas se les tuercen. Una doble traición.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. — Pritariu pateiktai rezoliucijai. Būtina imtis aktyvesnių veiksmų, kad ES būtų sukurta efektyvi ir nepriklausoma Europos prokuratūra.

Visų pirma, Europos prokuratūra pašalins kliūtis efektyviai kovai su ES finansiniams interesams kenkiančiais nusikaltimais ir sustiprins kovą su sukčiavimu Europos Sąjungoje. Be to, ji padės sumažinti dabartinį nacionalinių teisėsaugos pastangų susiskaidymą. Atsižvelgiant į tai, labai svarbu, kad Taryba kuo skubiau pateiktų nedviprasmišką ir aiškų Europos prokuratūros kompetencijų ir procedūrų rinkinį. Tik esant aiškiam teisiniam reguliavimui ši institucija galės efektyviai užkirsti kelią neteisėtam ES biudžeto lėšų panaudojimui ir tolimesniems sukčiavimo atvejams.

Siekiant atskirti atitinkamų institucijų vaidmenis apsaugant ES finansinius interesus, turi būti nustatytos Eurojusto ir Europos prokuratūros sąsajos ir kompetencijos ribos.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted against this motion for resolution. UKIP does not support the establishment of a European Public Prosecutor's Office which will have powers that greatly infringe on national sovereignty.

Marijana Petir (PPE), *napisan.* – Podržavala sam Rezoluciju o Uredu europskog javnog tužitelja i Eurojusta. Podržavam rad Eurojusta jer služi povećanju učinkovitosti rada nacionalnih istražnih i izvršnih tijela u progonu teškog prekograničnog i organiziranog kriminala kako bi se počinitelji kaznenog djela mogli brzo i uspješno privesti pravdi. Eurojustova vizija je da bude važan partner i središte stručnosti na pravosudnoj razini za učinkovite mjere protiv prekograničnog organiziranog kriminala u Europskoj uniji. Eurojust je osnovan s ciljem poticanja i poboljšanja koordinacije i suradnje između nacionalnih pravosudnih tijela u kaznenom progonu teškog prekograničnog kriminala u Europskoj uniji. Svaka od 28 država članica upućuje jednog visokopozicioniranog predstavnika u Eurojust sa sjedištem u Haagu. Mislim da je kvalitetno rješenje što su predstavnici iskusni državni odvjetnici, suci ili policijski službenici s jednakim nadležnostima. Oni zajedno izvršavaju ulogu Eurojusta podupirući koordinaciju između nacionalnih tijela u svim fazama kaznenog progona. Osim toga, bave se izazovima i praktičnim problemima koji proizlaze iz razlika između pravnih sustava pojedinih država članica. Dobro je i svakako korisno što su u Eurojustu smještena tajništva Europske pravosudne mreže, Europske mreže za genocid, zločina protiv čovječnosti i ratnih zločina kao i Mreže zajedničkih istražnih timova.

Florian Philippot (ENF), *par écrit.* – Le texte «réaffirme son soutien de longue date à la mise en place d'un parquet européen efficace et indépendant afin de réduire la fragmentation actuelle des efforts de répression nationaux pour protéger le budget de l'Union, ce qui permettrait de renforcer la lutte contre la fraude dans l'Union européenne». La lutte contre la fraude est donc instrumentalisée pour créer un énième organisme de l'Union européenne. Celui-ci devrait opérer à côté d'Eurojust et de l'OLAF. Or Eurojust a été créé pour faciliter la coordination et la coopération entre les autorités nationales chargées des enquêtes et des poursuites dans le traitement d'affaires concernant plusieurs États membres. La création d'un parquet européen constitue une nouvelle étape dans le développement sournois d'un droit pénal européen, alors que celui-ci doit rester une compétence des États membres, et la multiplication des organismes est un gage de complexité, de dépenses inutiles et d'inefficacité.

Je vote donc contre cette résolution.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto.* – Secondo un recente studio, ben 159,5 miliardi di euro in gettito derivante dall'imposta sul valore aggiunto (IVA) sono andati persi nell'UE nel 2014. È fondamentale che l'UE e gli Stati membri individuino e perseguano in maniera efficace le frodi che ledono gli interessi finanziari dell'Unione, tutelando così tutti i contribuenti. Ciò è vero sempre, ma ancora più in un periodo di difficoltà finanziarie e di crescente sfiducia nei confronti delle istituzioni, come quello che stiamo attraversando. Mi unisco perciò alla richiesta rivolta al Consiglio da questa risoluzione, affinché si impegni a favorire l'istituzione di una Procura europea efficace e indipendente, rafforzando così la lotta contro la frode nell'Unione europea. Il Consiglio deve altresì provvedere alla definizione di competenze e procedure chiare e univoche sulla base della proposta di direttiva PIF, includendo l'IVA nel suo campo di applicazione. Allo stesso tempo, sarà necessario garantire la tutela dei diritti procedurali di indagati e imputati ed evitare qualsiasi effetto negativo del cosiddetto «legame nazionale». Il Consiglio sta procedendo con estrema lentezza. Mi auguro che questa relazione serva da stimolo per accelerare l'iter legislativo e che le indicazioni espresse dal Parlamento, che dovrà dare il suo consenso al testo finale, vengano recepite.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Razvoj događaja u Vijeću u pogledu teksta prijedloga o Uredu europskog javnog tužitelja izaziva zabrinutost i u Parlamentu i u Komisiji. Smisao ove Rezolucije je da se izrazi zabrinutost Parlamenta za smjer u kojem ide prijedlog teksta te da se izvrši pritisak na Vijeće kako bi neki prijedlozi Parlamenta bili uzeti u obzir. Prema članku 86. stavak 1. TFEU-a, Vijeće može osnovati Ured europskog javnog tužitelja, ali u skladu s posebnim zakonodavnim postupkom – Vijeće odlučuje jednoglasno uz prethodnu suglasnost Europskog parlamenta.

Potrebno je da se završe pregovori oko Direktivi PIF (Direktiva o borbi protiv prijevara koje štete financijskim interesima Unije sredstvima kaznenog prava) kojom će biti određena kaznena djela nad kojima će Ured europskog javnog tužitelja imati nadležnost prije nego li se zatraži suglasnost Parlamenta o Uredu europskog javnog tužitelja. Ujedno smatram da područje primjene Direktive PIF, a time i Ureda javnog tužitelja, treba obuhvaćati i prijevare u vezi s PDV-om. Nadalje, potrebno je imati u vidu i dodatna prava obrane za osumnjičenike koje progoni Ured europskog javnog tužitelja, a odluke Ureda javnog tužitelja trebaju biti podložne sudskom preispitivanju. Obzirom da Izvješće obuhvaća navedene primjedbe, podržavam njegovo usvajanje.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – A pretexto de uma pergunta sobre o funcionamento e articulação destas duas instituições, avança-se com um relatório que promove o reforço das competências da Procuradoria Europeia, e do estreitamento de relações entre esta e organismos como o EUROJUST ou a OLAF.

Prossegue o ataque à soberania dos Estados, reforçando a postura federalista do projeto de integração, através de órgãos supranacionais em que se concentram cada vez mais competências e poderes, obliterando a necessária e desejável cooperação livre e soberana entre os Estados nacionais. A criação de uns e o fortalecimento de outros, destes organismos «europeus», pretendem tutelar e sobrepor-se às legítimas instituições dos países membros da União Europeia. Com estas propostas, centralizam-se, estruturam-se e reforçam-se entidades como a Eurojust que escapam ao controlo democrático e jurisdicional, ultrapassando garantias quanto aos direitos e liberdades previstas nos quadros legislativo e constitucional nacionais.

Votamos contra.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – EU a všechny členské státy musejí být schopny účinně bojovat proti finančním podvodům, které poškozují jejich zájmy, a tím chránit daňové poplatníky. Státy EU také čelí stále rostoucí organizované přeshraniční trestné činnosti. V tomto ohledu považuji za klíčový nástroj právě Eurojust, který zefektivňuje spolupráci mezi vyšetřovacími orgány členských států a pomáhá při budování vzájemné důvěry a při překonávání rozdílů mezi celou řadou nejrůznějších právních systémů a tradic. Pro zlepšení boje proti jakékoliv organizované trestné činnosti a pro zvýšení vzájemné pomoci při vyšetřování je však nutné zajít ještě dál. Proto také podporuji vytvoření účinně fungujícího a nezávislého Úřadu evropského veřejného žalobce. Před zřízením nového vyšetřovacího úřadu je však nutné zajistit, aby byl nezávislý a efektivní. Aby mohly být kompetence veřejného žalobce dostatečné, je nejprve nutné schválit směrnici o boji vedeném trestněprávní cestou proti podvodům poškozujícím finanční zájmy Unie, která stanoví trestné činy, jež budou spadat pod jurisdikci tohoto úřadu. V neposlední řadě bude také nutné zajistit odpovídající soudní přezkum v souvislosti s rozhodnutím Úřadu evropského veřejného žalobce, a to bez ohledu na to, zda bylo takové rozhodnutí přijato na národní nebo centrální úrovni.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui rappelle le soutien du Parlement européen pour créer un parquet européen dont l'action soit indépendante et efficace. Cela aurait pour objectif de réduire la fragmentation, que l'on peut constater actuellement, des efforts de répression à l'échelle nationale, pour notamment optimiser le budget européen et s'inscrire de fait dans une dynamique de lutte accrue contre la fraude au sein de l'Union européenne.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – De acordo com o disposto no artigo 86.º do Tratado sobre o Funcionamento da União Europeia, o Conselho pode criar uma Procuradoria Europeia após aprovação do Parlamento Europeu.

A presente proposta de resolução anda justamente nesse sentido, ao propor a criação de uma Procuradoria Europeia eficaz e independente, com um conjunto claro e inequívoco de competências e procedimentos, tendo em vista o combate à criminalidade económica, bem como à fraude e à evasão fiscais. Assim, a proposta exorta ao Conselho que renuncie à norma que priva a Procuradoria da possibilidade de intervir em certos casos em que sejam cometidas infrações PIF.

Com efeito, a proposta demanda uma clara destrinça entre as competências deste órgão e as competências dos tribunais nacionais, evitando conflitos de competência, naquele que é um efeito negativo da chamada «ligação nacional».

Concomitantemente, o documento atenta na proteção dos direitos, liberdades e garantias dos sujeitos processuais investigados pela Procuradoria, bem como à delimitação das esferas de competência da Procuradoria e da Eurojust.

Considero importante que a União e seus Estados Membros detetem e sancionem, de forma eficaz e dissuasora, casos de fraudes lesivas de interesses financeiros - porque, como bem refere Margaret Thatcher, *there is no such thing as public money; there is only taxpayers money.* Por conseguinte, apoio o estabelecimento de uma Procuradoria Europeia, nos termos propostos no relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted against this motion for resolution. UKIP does not support the establishment of a European Public Prosecutor's Office which will have powers that greatly infringe on national sovereignty.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – O Conselho, por meio de regulamentos adotados de acordo com um processo legislativo especial, pode instituir uma Procuradoria Europeia após aprovação do Parlamento Europeu, a fim de reduzir a atual fragmentação dos esforços envidados.

O Parlamento solicita ao Conselho que estabeleça um conjunto claro e inequívoco de competências e procedimentos para a Procuradoria Europeia, de modo a que o IVA seja incluído no seu âmbito de aplicação, e a retomar as negociações com o mesmo com vista à instituição da Procuradoria Europeia.

Também considera que a Procuradoria Europeia deve dispor de meios de investigação suficientes para levar a cabo os seus inquéritos, e que as decisões operacionais devem ser objeto de controlo jurisdicional por um tribunal nacional competente para que não afetem terceiros.

Faz referência que é necessário evitar eventuais efeitos negativos da chamada «ligação nacional», considerando fundamental garantir a proteção dos direitos processuais das pessoas suspeitas e acusadas.

O PE exorta a Comissão a apresentar estimativas das implicações orçamentais da estrutura colegial e a transmitir ao Parlamento os resultados do exercício de avaliação da situação real.

De acordo com o exposto neste relatório, votei a favor.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – De acordo com o documento «Estudo e relatórios sobre o diferencial do IVA nos 28 Estados-Membros da UE: relatório final de 2016», a UE perdeu em 2014 o montante de 159,5 mil milhões de euros em receitas de IVA. É importante que a UE e todos os seus Estados-Membros detetem e sancionem de forma eficaz e dissuasora casos de fraudes lesivas dos interesses financeiros da UE, a fim de proteger os contribuintes de todos os EM que contribuem para o orçamento da União. Esta proposta relaciona-se com a criação de uma Procuradoria Europeia eficaz e independente, a fim de reduzir a atual fragmentação dos esforços envidados a nível nacional no domínio da aplicação da legislação para proteger o orçamento da UE, reforçando assim a luta contra a fraude na União Europeia. Esta Procuradoria deve dispor de meios de investigação suficientes para levar a cabo os seus inquéritos e, para assegurar a eficácia da cooperação e do intercâmbio de informações entre a Procuradoria Europeia e a Eurojust, os dois organismos devem funcionar no mesmo local.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Resolución vinculada a los informes sobre el establecimiento de la Fiscalía Europea, EUROJUST y la Protección de los Intereses Financieros de la Unión, en un contexto en el que las redes criminales trasnacionales y el fraude han aumentado en los últimos años.

El artículo 86 del TUE prevé la posibilidad de establecer una Fiscalía Europea para combatir delitos que afecten intereses financieros de la Unión, donde Eurojust, viene jugando un papel fundamental a la hora de coordinar las diferentes formas de perseguir el fraude.

En una crisis como la actual es más importante si cabe combatir el fraude y recobrar recursos, por lo que la resolución adoptada insiste en reforzar el papel de Eurojust y de la Fiscalía Europea; asimismo, el IVA constituye un importante recurso comunitario que debe recogerse en esta legislación. Por todo esto, he votado a favor de esta resolución.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté ce jour en faveur de la résolution sur le Parquet européen et Eurojust, car il est essentiel de renforcer la coopération et la coordination des autorités judiciaires des différents États membres. C'est en travaillant de concert que nous pourrons mener les enquêtes efficacement. Il restera toutefois au Conseil de préciser les relations entre Eurojust et le Parquet européen, ainsi qu'entre le Parquet européen et l'Office européen de lutte antifraude (OLAF) afin de définir et de mieux respecter le rôle de chaque institution, comme le suggère la résolution.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už Europos prokuratūros ir Eurojusto rezoliuciją. Pritariu idėjai, jog būtina sukurti efektyvią ir nepriklausomą Europos prokuratūrą ir taip sustiprinti kovą su sukčiavimu. Kita vertus, siekiant efektyvumo, būtina gerinti teisminių institucijų teisinį bendradarbiavimą įtraukiant tiek Eurojustą, tiek Europos kovos su sukčiavimu tarnybą.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Fui favorável a esta proposta de resolução, relativa à criação de uma Procuradoria Europeia, eficaz e independente na luta contra a fraude financeira na União Europeia (UE), conforme estatui o artigo 86.º do TFUE. De facto, a UE não pode proceder judicialmente contra atividades criminosas lesivas do seu orçamento.

Na verdade, um estudo recente demonstra que, em 2014 se perderam na UE cerca de 160 milhões de euros em receitas do imposto sobre o valor acrescentado, razão de sobra para considerar premente uma regulamentação célere e rigorosa que permita de forma eficiente, combater e dissuadir casos de fraude que lesem os interesses financeiros da UE.

O papel da Eurojust nesta matéria é crucial, na medida em que permite estabelecer um elo de ligação e coordenação entre os vários sistemas jurídicos da UE e as autoridades nacionais competentes em matéria de investigação e ação penal, facilitando a execução dos pedidos cooperação, aplicação de instrumentos de reconhecimento mútuo e melhoria da ação penal transfronteiriça.

Subscrevo as sugestões apresentadas, designadamente, quanto à legitimidade do Conselho para o estabelecimento do quadro de competências e procedimentos para a Procuradoria Europeia, no respeito pela proteção e garantia dos direitos processuais das pessoas alvo de processos judiciais.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu cette résolution qui a pour objectif de réaffirmer la position du Parlement européen sur la création d'un parquet européen. Ce texte appelle à la mise en place d'un parquet européen efficace et indépendant afin de réduire la fragmentation actuelle des efforts de répression de chaque État membre pour protéger les intérêts financiers de l'Union. Dans un tel contexte de progression de la criminalité organisée transfrontalière, particulièrement pour des affaires financières, un tel parquet européen permettrait de lutter de manière efficace et dissuasive contre la fraude et, ainsi, de protéger les intérêts des contribuables de tous les États membres qui participent au budget de l'Union.

Comme le rappelle cette résolution, il faut noter l'importance du rôle d'Eurojust dans l'amélioration de la coopération et de la coordination entre autorités judiciaires compétentes des États membres.

Il est donc urgent que les États membres fixent les modalités et les compétences d'un tel parquet européen et de ses relations avec Eurojust afin de pouvoir lutter efficacement au niveau européen contre les crimes financiers.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He decidido votar a favor de esta resolución, porque entiendo que el establecimiento de una Fiscalía Europea, independiente y eficaz, es de gran ayuda para combatir delitos que comprendan varios países y va en consonancia con una mayor integración europea de sistemas de justicia. Asimismo, señalamos positivamente que en la resolución se encuentren llamamientos a la cooperación judicial, a la calificación del sistema de competencias y de atribuciones. Entiendo que una Fiscalía Europea con las atribuciones y fondos suficientes, es un avance positivo y por eso voto a favor.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – El establecimiento de una Fiscalía Europea, cuando no existe un sistema jurídico a nivel europeo, es algo sobre lo que diferentes organizaciones de juristas han expresado numerosas dudas. Entendemos que, tal y como se plantea la institución en esta resolución, nacida de la derecha, no existe ningún tipo de garantía de los derechos democráticos que a día de hoy tienen las personas acusadas de un delito en los Estados miembros. Además, no se clarifica la relación entre esta fiscalía y los tribunales de los diferentes Estados, o con las fuerzas y cuerpos de seguridad. Desde el convencimiento de que el principio de transparencia es fundamental en derecho, no podemos aceptar un modelo que ahondaría más en los déficits ya existentes en numerosos Estados, entre ellos el español. Nuestro modelo pasa por una mejor articulación la necesaria coordinación de los diferentes sistemas judiciales de la Unión, no en crear estructuras que actúen de forma paralela a los mismos, por lo que he decidido votar en contra.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today, along with other Labour MEPs, I have chosen to abstain from the vote on the resolution as it is still unclear what the structure of the EPPO will be and the impact such a structure could have on the UK criminal system. It is essential that we avoid conflict between national constitutional rules and secondary EU law in order to not hinder the work of national practitioners. Failure to do so could lead to a supranational body which may interfere with their daily work and which may influence priority setting at the national level.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Aj keď otázka európskej prokuratúry v súčasnosti rozdeľuje členské štáty, je dôležité, aby EÚ a všetky jej členské štáty účinným a odrádzajúcim spôsobom odhaľovali a stíhali podvody poškodzujúce finančné záujmy EÚ a tak chránili daňovníkov všetkých členských štátov, ktorí prispievajú do rozpočtu Únie. Aj napriek tomu, že Eurojust uľahčil koordináciu a spoluprácu medzi vnútroštátnymi vyšetrovacími orgánmi a orgánmi pôsobiacimi v oblasti trestného stíhania pri riešení prípadov ovplyvňujúcich viaceré členské štáty a prispel k vzájomnej dôvery, musíme zdôrazniť, že v poslednom období došlo k nárastu organizovanej cezhraničnej trestnej činnosti, pričom ju páchajú mimoriadne mobilné a flexibilné skupiny, ktoré pôsobia v mnohých členských štátoch a oblastiach trestnej činnosti. Preto ako poslanci EP dlhodobo vyjadrujeme podporu, pokiaľ ide o vytvorenie efektívnej a nezávislej európskej prokuratúry, s cieľom obmedziť súčasnú roztrieštenosť úsilia o presadzovanie práva na úrovni jednotlivých štátov zameraného na ochranu rozpočtu EÚ, a tým posilniť boj proti podvodom v EÚ.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Evropski parlament že nekaj let podpira ustanovitev učinkovitega in neodvisnega Evropskega javnega tožilstva, ki bi predvsem zmanjšalo sedanjo razdrobljenost nacionalnih prizadevanj na področju kazenskega pregona za zaščito proračuna EU.

V predlogu resolucije je parlament tako pozval Svet, naj določi nedvoumne in jasne pristojnosti in postopke za Evropsko javno tožilstvo na podlagi predlagane direktive o boju proti goljufijam, ki škodijo finančnim interesom Unije, ter ponovno prične pogajanja s parlamentom, ki bi pripomogla k ustanovitvi tega organa. Evropsko javno tožilstvo bo seveda moralo imeti na voljo dovolj preiskovalnih ukrepov, da bo lahko izvajalo preiskave, a da bo hkrati tudi zagotavljalo varstvo postopkovnih pravic osumljencev in obtožencev.

Ker menim, da bi Evropsko javno tožilstvo ključno pripomoglo k pregonu zlorab proračuna EU, sem resolucijo podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Spoločný postup pri vyšetrovaní cezhraničných zločinov, najmä daňovej trestnej činnosti a terorizmu, je kľúčom na posilnenie európskej bezpečnosti a vlády práva. Vyšetrovanie samotné však musí byť výhradnou kompetenciou národných štátov.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Ugovorom iz Lisabona (UFEU) proširuju se instrumenti za zaštitu financijskih interesa EU-a. Sukladno tome, predviđa se osnivanje Ureda europskog javnog tužitelja od Eurojusta uredbom Vijeća. Eurojust služi koordinaciji i suradnji između država članica u istragama i kaznenim progonima.

Osobita važnost borbe protiv financijskih prijevara u EU-u vidljiva je iz podataka koje je objavila Komisija, tijekom 2014. U EU-u izgubljeno je 159,5 milijardi eura zbog nenaplaćenih prihoda od poreza na dodanu vrijednost (PDV).

Podržavam prijedlog rezolucije o Uredu europskog javnog tužitelja i Eurojustu jer smatram da bi se osnivanjem Ureda europskog javnog tužitelja suzbijanje kaznenih djela koja narušavaju financijske interese EU-a podiglo na višu i efikasniju razinu od postojeće. Cilj bolje suradnje tijela država članica koja sudjeluju u kaznenom progonu je zaštita poreznih obveznika država članica i proračuna EU-a.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Καταψηφίσαμε την έκθεση αναφορικά με την Ευρωπαϊκή Εισαγγελία και τον οργανισμό για τη συνεργασία στον τομέα της ποινικής δικαιοσύνης, διότι τόσο η Επιτροπή όσο και το Συμβούλιο βρίσκονται ακόμη στο στάδιο των εσωτερικών διαβουλεύσεων. Η προσπάθεια σύστασης της Ευρωπαϊκής Εισαγγελίας πάσχει από σοβαρές νομικές ασάφειες και αβεβαιότητες οι οποίες δεν έχουν ακόμα διαλευκανθεί. Όλες οι σχετικές εκθέσεις που έχουν γίνει μέχρι σήμερα παρακάμπτουν αφενός την απαιτούμενη ενδελεχή μελέτη των επιπτώσεων που θα έχει η δημιουργία ενός τέτοιου σώματος επί των εθνικών ποινικών διαδικασιών και αφετέρου τις ανησυχίες πολλών εθνικών κοινοβουλίων. Υπάρχει επίσης ιδιαίτερη ανησυχία κατά πόσο ο εν λόγω προτεινόμενος θεσμός, με τη μορφή και τις αρμοδιότητες που προβλέπονται, αποτελεί την πλέον ενδεδειγμένη επιλογή ρύθμισης του προβλήματος απάτης σε βάρος των οικονομικών συμφερόντων της ΕΕ που θα μπορεί παράλληλα να σέβεται και την αρχή της επικουρικότητας. Διαφωνούμε όμως και επί της ουσίας με την εκχώρηση ολοένα και περισσότερων εξουσιών και αρμοδιοτήτων στην ΕΕ, εξουσιών που κατ' αποκλειστικότητα έχουν σήμερα τα κράτη-μέλη.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η πρόταση ψηφίσματος κινείται προς τη σωστή κατεύθυνση, καθότι η Ευρωπαϊκή Εισαγγελία και η EUROJUST μπορούν, από κοινού, να συμβάλλουν στην καταπολέμηση της απάτης, ιδίως αυτής που συνδέεται με την οδηγία ΠΟΣ και τα έσοδα που προέρχονται από τον ΦΠΑ.

Απομένει μόνο, κατά τη σύνταξη του Κανονισμού, να ληφθούν υπόψη οι παρατηρήσεις της προτάσεως ψηφίσματος.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az Európai Ügyészségről és a Eurojustról szóló állásfoglalásra irányuló indítványt, amely megerősíti a Parlament támogatását a hatékony és független Európai Ügyészség (EPPO) felállítása iránt. Az uniós költségvetést károsító bűncselekmények üldözése jelenleg a tagállamok kizárólagos hatáskörébe tartozik. E széttöredezettség rendkívül káros, mivel a tagállamok nyomozó és vádhatóságai így nem képesek azonos szintű védelem és bűnüldözés biztosítására. Éppen ezért egyetértek az indítvánnyal, amely felszólítja a Tanácsot, hogy fokozza erőfeszítéseit az Unió pénzügyi érdekeit érintő csalás ellen büntetőjogi eszközökkel folytatott küzdelemről szóló irányelvjavaslattal (PIF) kapcsolatos megállapodás elérése érdekében, és kezdje újra a tárgyalásokat a Parlamenttel, hogy létrejöhessen az EPPO.

Helyeslem továbbá, hogy az EPPO elsődleges hatáskörrel rendelkezzen a PIF-irányelvben meghatározott bűncselekmények esetében és hatásköre terjedjen ki azokra az ügyekre is, ahol az uniós finanszírozás meghaladja a 10 000 EUR-t, de nem teszi ki a társfinanszírozás 50%-át vagy annál nagyobb arányát. Mindez segítené az EPPO-t, hogy hatékonyan járjon el minden, az uniós költségvetést károsító bűncselekmény kapcsán.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Według ostatnich analiz straty w dochodach z tytułu podatku VAT w całej Unii w 2014 roku opiewały na astronomiczną kwotę 159,5 mld euro. Konieczne jest zatem podjęcie przez UE, jak i wszystkie państwa członkowskie, działań mających na celu ściganie nadużyć przeciwko interesom finansowym UE, a także zniechęcających do takich nadużyć, chroniąc w ten sposób podatników we wszystkich państwach członkowskich wnoszących składki do budżetu UE.

W związku z tym propozycja utworzenia Prokuratury Europejskiej w celu ograniczenia obecnego rozproszenia działań krajowych organów ścigania na rzecz ochrony budżetu UE wydaje się jak najbardziej właściwa. W rezolucji słusznie zwrócono uwagę, że należy opracować jednoznaczny i jasny zestaw uprawnień oraz postępowań dotyczących Prokuratury Europejskiej.

Uważam, że powstanie Prokuratury Europejskiej w celu walki ze stratami podatkowymi, które ponoszą wszyscy obywatele jest konieczne, dlatego też zdecydowałem się zagłosować za rezolucją Parlamentu Europejskiego w tej kwestii.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – I support this report, as it is very important that the EU and all its Member States detect and prosecute in an effective manner fraud affecting the EU's financial interests, thus protecting the taxpayers of all Member States who contribute to the Union's budget. This is especially relevant since organised cross-border crime has increased in the past decade and is committed by extremely mobile, flexible groups, which are active in many Member States and areas of crime. I stand behind the idea of establishing an efficient and independent European Public Prosecutor's Office in order to straighten the fight against fraud in the European Union. As stated in this report, the European Public Prosecutor's Office should have sufficient investigative measures available to conduct its investigations thoroughly and should cooperate and share information with Eurojust, in order to increase the efficiency of its work.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Par ce texte, nous invitons le Conseil à définir un ensemble clair et univoque de compétences et de procédures relatives au Parquet européen, sur la base de la proposition de directive relative à la lutte contre la fraude portant atteinte aux intérêts financiers de l'Union au moyen du droit pénal (la «directive PIF»). Nous l'invitons également à intensifier ses efforts en vue de parvenir à un accord sur l'inclusion de la TVA dans le champ d'application de la directive PIF et à rouvrir les négociations avec le Parlement afin de permettre la création du Parquet européen. Nous soulignons que la compétence concernant les infractions définies dans la directive PIF devrait incomber en priorité au Parquet européen et déplorons vivement que le Conseil n'autorise pas la compétence du Parquet européen dans les affaires relevant de la directive PIF lorsque le financement de l'Union dépasse 10 000 euros mais ne représente pas au moins 50 % du cofinancement.

Le Conseil doit abandonner la règle privant le Parquet européen de la possibilité d'exercer sa compétence pour toutes les infractions relevant de la directive PIF dans lesquelles le préjudice pour le budget de l'Union est inférieur ou égal à celui subi par une autre victime.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The European Public Prosecutor's office, intended to act as an independent EU body that is able to prosecute crimes affecting the EU's financial interest, would help fill in the current institutional gap that currently exists, as only national authorities can prosecute EU fraud by means of criminal law, however not across national borders. I voted in favour of the EPPO because of its independent nature, which will make way for improved efficiencies in the prosecution of EU fraud cases. It is estimated by the European Commission that fraud against the EU's financial interests costs around EUR 3 billion every year. The creation of a European Public Prosecutor's Office is essential to ensure that fraud against the EU's financial interests is tackled equally in all Member States.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Ova rezolucija kreirana je kao odgovor na dva usmena pitanja koja je LIBE postavio Vijeću i Komisiji na temu osnivanja Ureda Europskog javnog tužitelja (EPPO).

Europski javni tužitelj zamišljen je kao neovisno tijelo Unije, koje ima autoritet istraživati i goniti u slučajevima prevara na razini Unije, te u ostalim slučajevima koji utječu na financijske interese Unije.

Trenutačno stanje je takvo da jedino nacionalni javni tužitelji individualnih država članica imaju pravo istraživati slučajeve prevara, a njihove ovlasti prestaju na njihovim nacionalnim granicama. Postojeća tijela Europske unije (kao što su OLAF, Eurojust i Europol), nemaju, niti mogu dobiti mandat za provođenje kriminalnih istraga na nivou EU-a.

Ova rezolucija pokušava nametnuti EPPO kao tijelo primarne nadležnosti u slučajevima borbe protiv prevara, uključujući i one s porezom na dodatnu vrijednost.

Iako podržavam poziv koji traži da se napravi jasna distinkcija u zaštiti financijskih interesa Unije između već postojećih tijela, glasovala sam protiv jer se snažno protivnim ozbiljnom kršenju principa supsidijarnosti, na kojemu se temelji Europska unija, a koje nalaže da se problemi uvijek rješavaju na najnižoj mogućoj razini, po mogućnosti tamo gdje nastaju.

Ta razina u ovom slučaju rezervirana je isključivo za individualne države članice Unije.

Snažno se protivim pokušajima kreiranja Europskog kaznenog prava.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o Evropskem javnem tožilstvu in Eurojustu sem podprla.

Pomembno je, da EU in vse države članice goljufije, ki vplivajo na finančne interese EU, odkrivajo in preganjajo učinkovito in odvračilno ter tako zaščitijo davkoplačevalce vseh držav članic, ki prispevajo v proračun Unije.

Eurojust ima pomembno vlogo, saj pomaga pri izboljšanju pravosodnega sodelovanja in usklajevanja med ustreznimi pravosodnimi organi držav članic ter pri preiskavah, ki vključujejo tretje države. Določiti je potrebno nedvoumne in jasne pristojnosti in postopke za Evropsko javno tožilstvo, in sicer na podlagi predlagane direktive o boju proti goljufijam, ki škodijo finančnim interesom Unije, z uporabo kazenskega prava (direktiva o zaščiti finančnih interesov EU).

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He decidido votar a favor de esta resolución, porque entiendo que el establecimiento de una Fiscalía Europea, independiente y eficaz, es de gran ayuda para combatir delitos que comprendan varios países y va en consonancia con una mayor integración europea de sistemas de justicia. Asimismo, señalamos positivamente que en la resolución se encuentren llamamientos a la cooperación judicial, a la calificación del sistema de competencias y de atribuciones. Entiendo que una Fiscalía Europea con las atribuciones y fondos suficientes, es un avance positivo y por eso voto a favor.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le texte «réaffirme son soutien de longue date à la mise en place d'un parquet européen efficace et indépendant afin de réduire la fragmentation actuelle des efforts de répression nationaux pour protéger le budget de l'Union, ce qui permettrait de renforcer la lutte contre la fraude dans l'Union européenne». La lutte contre la fraude est donc instrumentalisée pour créer encore un nouvel organisme de l'Union européenne. Celui-ci devrait opérer à côté d'Eurojust et de l'OLAF. Or Eurojust a été créé pour faciliter la coordination et la coopération entre les autorités nationales chargées des enquêtes et des poursuites dans le traitement d'affaires concernant plusieurs États

membres. La création d'un parquet européen constitue une nouvelle étape dans le développement sournois d'un droit pénal européen, alors que celui-ci doit rester une compétence des États membres.

J'ai voté contre.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – W świetle art. 86 TFUE Rada może po uzyskaniu zgody Parlamentu Europejskiego ustanowić Prokuraturę Europejską. Miałaby ona prowadzić dochodzenia i ścigać sprawców nadużyć związanych ze środkami finansowymi UE. Istnienie oraz kształt Prokuratury Europejskiej budzi szereg wątpliwości. Do tej pory wyłącznie organy krajowe były uprawnione do prowadzenia dochodzeń i ścigania sprawców na wskazanym polu. Po pierwsze, wydaje się, że przeciwdziałanie nadużyciom na szkodę interesów finansowych Unii mogłoby zostać osiągnięte przez państwa członkowskie w obecnych ramach koordynacji i współpracy. Przepisy dotyczące Prokuratury Europejskiej muszą podlegać ocenie z punktu widzenia zasady pomocniczości. Unia Europejska nie powinna też zmierzać do tworzenia nowych powszechnych regulacji prawa karnego. Po drugie, zastrzeżenia rodzi także analiza dyrektywy PIF. Należy podkreślić, że w 90 procentach oszustw związanych z podatkiem VAT to państwa członkowskie są poszkodowane. Nie jest więc oczywiste, że przestępstwa w tej materii powinny znajdować się w domenie unijnej, w kompetencjach nowego organu ponadnarodowego. Jeżeli natomiast Prokuratura Europejska powstanie, powinna być strukturą kolegialną i współpracującą ściśle z państwami. W przypadku dalszych prac nad powołaniem tego organu, Prezydencja Rady musi mieć czas na rozważenie tych obaw i uwag. W związku z powyższym zagłosowałem przeciwko przyjęciu rezolucji.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He decidido votar a favor de esta resolución, porque entiendo que el establecimiento de una Fiscalía Europea, independiente y eficaz, es de gran ayuda para combatir delitos que comprendan varios países y va en consonancia con una mayor integración europea de sistemas de justicia. Asimismo, señalamos positivamente que en la resolución se encuentren llamamientos a la cooperación judicial, a la calificación del sistema de competencias y de atribuciones. Entiendo que una Fiscalía Europea con las atribuciones y fondos suficientes, es un avance positivo y por eso voto a favor.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution because I think it is important that the EU and all its Member States detect and prosecute in an effective and dissuasive manner fraud affecting the EU's financial interests, thus protecting the taxpayers of all the Member States who contribute to the Union's budget;

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the motions for resolutions on the European Public Prosecutor's Office and Eurojust. The establishment of an efficient and independent European Public Prosecutor's Office (EPPO) is crucial in order to reduce the current fragmentation of national law enforcement efforts to protect the EU budget, thus strengthening the fight against fraud in the European Union. The resolution underlines that the EPPO should have sufficient investigative measures available to conduct its investigations. I voted in favour because I believe that the protection of the procedural rights of suspected and accused persons must be guaranteed.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Desde 2012, la Comisión Europea ha presentado tres propuestas relativas a la creación de una Fiscalía Europea, a la lucha contra el fraude que afecta a los intereses financieros de la Unión a través del Derecho penal y a la Agencia Europea de Cooperación en materia de Judicial Penal (Eurojust), respectivamente. Dado que los tres planes están relacionados entre sí, se ha preguntado a la Comisión qué cuestiones quedan aún pendientes y cuál es el calendario previsto para la adopción de éstos. Asimismo, se ha requerido a la Comisión información sobre las repercusiones financieras y prácticas de la nueva Fiscalía Europea (a raíz de las modificaciones introducidas en su documento por parte del Consejo), en particular en lo referido al impacto en el presupuesto de Eurojust. En último término, se ha pedido a la Comisión que explique los vínculos operativos, organizativos y administrativos entre ambos órganos y que facilite información sobre el grado de participación de los parlamentos nacionales. Dada la necesidad de aclarar estas cuestiones, he votado de modo afirmativo.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – El establecimiento de una Fiscalía Europea, cuando no existe un sistema jurídico a nivel europeo, es algo sobre lo que diferentes organizaciones de juristas han expresado numerosas dudas. Entendemos que, tal y como se plantea la institución en esta resolución, nacida de la derecha, no existe ningún tipo de garantía de los derechos democráticos que a día de hoy tienen las personas acusadas de un delito en los Estados miembros. Además, no se clarifica la relación entre esta fiscalía y los tribunales de los diferentes Estados, o con las fuerzas y cuerpos de seguridad. Desde el convencimiento de que el principio de transparencia es fundamental en derecho, no podemos aceptar un modelo que ahondaría más en los déficits ya existentes en numerosos Estados, entre ellos el español. Nuestro modelo pasa por una mejor articulación la necesaria coordinación de los diferentes sistemas judiciales de la Unión, no en crear estructuras que actúen de forma paralela a los mismos, por lo que he decidido votar en contra.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Volgens de lidstaten gaat er jaarlijks circa 500 miljoen EUR aan ontvangsten en uitgaven verloren door fraude. Maar er circuleren nog andere bedragen die veel hoger liggen. In 2013 kwam de Commissie met een voorstel om een onafhankelijk Europees Openbaar Ministerie in het leven te roepen. Zo kan er makkelijker tegen fraude opgetreden worden. Ik heb voor dit verslag gestemd omdat we een EU-begroting hebben maar we misten een Openbaar Ministerie om fraude op Europees niveau te kunnen vervolgen. Dat was vreemd. Er moet toch iemand zijn die fraude tegen het gebruik van Europese middelen vervolgt. Trouwens fraude stopt niet aan de grenzen. Dat geldt ook zo voor het vele geld dat wegvloeit door fraude uit de Europese begroting. Daarom stemde ik voor dit verslag.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório pretende que «o Conselho estabeleça um conjunto de competências e procedimentos para a Procuradoria Europeia» e «retome as negociações com o Parlamento Europeu com vista à sua instituição». Dizem da «importância do papel da Eurojust na melhoria da cooperação judiciária e da coordenação entre as autoridades judiciais competentes dos Estados-Membros». E afirmam que, «para assegurar a eficácia da cooperação e do intercâmbio de informações entre a Procuradoria Europeia e a Eurojust, os dois organismos devem funcionar no mesmo local».

Este é mais um ataque à soberania dos Estados e à Democracia. A criação de uns e o fortalecimento de outros, destes organismos «europeus», pretendem tutelar e criar mecanismos de repressão às legítimas instituições dos países membros da União Europeia. Com estas propostas, centralizam-se, estruturam-se e reforçam-se entidades como a Eurojust que escapam ao controlo democrático e jurisdicional, ultrapassando garantias quanto aos direitos e liberdades previstas nos quadros legislativo e constitucional nacionais. Ultrapassa-se assim a cooperação livre e soberana entre os Estados nacionais, e avança-se com a criação de mecanismos de controlo supranacionais, iniciativas que se inserem numa deriva securitária que coloca cada vez mais em risco direitos, liberdades e garantias fundamentais.

Votamos contra.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Antrag zielt auf die Errichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft als institutionelles Zentrum einer europäischen Strafverfolgung ab und geht einen Weg der weiteren Vereinheitlichung und Zentralisierung. Die Befugnis zur Verfolgung von Straftaten sollte ausschließlich bei den Nationalstaaten liegen (Strafverfolgung als Monopol des Staates). Daher habe ich den Antrag abgelehnt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione sulla procura europea ed Eurojust. La proposta ribadisce il sostegno del Parlamento a favore dell'istituzione di una Procura europea efficace ed indipendente, al fine di ridurre l'attuale frammentazione degli interventi nazionali di contrasto volti a proteggere il bilancio dell'UE, rafforzando in tal modo la lotta contro la frode nell'Unione europea. Si invita inoltre il Consiglio a stabilire un'indicazione chiara ed univoca delle competenze della suddetta procura, attribuendole misure investigative adeguate per condurre le proprie indagini e garantendo un adeguato controllo giurisdizionale nei confronti delle decisioni prese dalla stessa.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς*. – Την επιτάχυνση των διαδικασιών για τη σύσταση της Ευρωπαϊκής Εισαγγελίας, για τη δίωξη αδικημάτων «σε βάρος των οικονομικών συμφερόντων της ΕΕ», επιδιώκει το κοινό ψήφισμα EPP, S&D, ALDE και Πρασίνων που υιοθέτησε το Ευρωκοινοβούλιο και καταψήφισε η Ευρωκοινοβουλευτική Ομάδα του ΚΚΕ. Η Ευρωεισαγγελία προωθείται στο όνομα της «καταπολέμησης της διαφθοράς», μια βολική δικαιολογία για τη σύσταση ενός ακόμη αντιδραστικού μηχανισμού που σταδιακά ενισχύεται και με άλλες αρμοδιότητες σε βάρος των συμφερόντων των εργαζομένων, με αντίστοιχες εκχωρήσεις αρμοδιοτήτων από τα κράτη-μέλη στον τομέα του ποινικού δικαίου. Αποκρύπτεται επιμελώς ότι τα κονδύλια της ΕΕ, προϊόν της βαριάς φορολογία του λαού, δίνονται ως ζεστό χρήμα μέσα από διάφορα προγράμματα (ΕΣΠΑ, πακέτο Juncker κ. α.) σε μονοπώλια και επιχειρηματικούς ομίλους. Αυτή είναι η μεγάλη πρόκληση σε βάρος του λαού και είναι νόμιμη. Σε κάθε περίπτωση, τα υπαρκτά και καταδικαστέα φαινόμενα διασπάθισης χρημάτων των φορολογουμένων θα μπορούσαν να αντιμετωπισθούν από τις αρμόδιες αρχές των κρατών-μελών. Μόνος δρόμος για την ικανοποίηση των αναγκών των εργαζομένων και για τα δικά τους συμφέροντα είναι να δυναμώσουν την πάλη τους ενάντια στην ΕΕ, ενάντια στους αντιδραστικούς μηχανισμούς της και στα μονοπώλια που αυτοί υπηρετούν.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente a resolução sobre a Procuradoria Europeia e o Eurojust por concordar com a necessidade de criar uma Procuradoria Europeia eficaz e independente, a fim de reduzir a atual fragmentação dos esforços nacionais.

Destaco o apelo ao Conselho para que estabeleça um conjunto claro e inequívoco de competências e procedimentos para esta nova Procuradoria Europeia e que retome as negociações com o Parlamento com vista à sua constituição. Para tanto, considero que a Procuradoria Europeia deve dispor de meios de investigação suficientes para levar a cabo os seus inquéritos.

Recordo o papel da Eurojust na cooperação judiciária e na coordenação entre as autoridades judiciais competentes dos Estados-Membros, assim como no apoio às investigações que envolvam países terceiros. Por conseguinte, apoio a proposta de ter os dois organismos a funcionar no mesmo local.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za predlog resolucije o Evropskem javnem tožilstvu in Eurojustu.

Evropsko javno tožilstvo opravlja pomembno nalogo na področju kazenskega pregona za zaščito proračuna EU. Da bo okrepil vlogo učinkovite in neodvisne institucije v boju proti goljufijam v EU, je potrebno, da Svet določi nedvoumne in jasne pristojnosti in postopke za Evropsko javno tožilstvo ter pojasni odnose med Eurojustom in Evropskim javnim tožilstvom.

Na drugi strani pa je treba zagotoviti tudi varstvo postopkovnih pravic osumljencev in obtožencev, ki jih preganja Evropsko javno tožilstvo, zlasti pravico do pravne pomoči, pravico do informacij in vpogleda v spis, pravico do predložitve dokazov in pravico, da se Evropsko javno tožilstvo zaprosi, naj zbira dokaze v imenu osumljenca.

9.6. Notwendigkeit einer europäischen Reindustrialisierungspolitik vor dem Hintergrund der aktuellen Fälle Caterpillar und Alstom (RC-B8-1051/2016, B8-1051/2016, B8-1052/2016, B8-1053/2016, B8-1055/2016, B8-1056/2016, B8-1057/2016, B8-1058/2016)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Jude Kirton-Darling (S&D). – Mr President, we all know the pain and damage of industrial restructuring. Like the examples of Alstom and Caterpillar, many manufacturers are facing tough and uncertain times across the continent, threatening the livelihoods of millions of working people.

Following the decision to leave the EU, this threat is, for British industry, all the more acute than ever before and has been intensified by the threat of the loss of single market access. We need real industrial and trade strategies which provide a clear policy framework and road maps for industrial sectors and the regional economies that support them. While the critical mass of the EU is vital for industrial research and development programs and for fairness in international markets, this can only be achieved with substantial investment in key infrastructure and open dialogue with all stakeholders. We have heard many platitudes, but now we need to see real action in the EU – and especially in the UK – for our manufacturing workforce.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señor Presidente, al inicio del mes de septiembre, el grupo Caterpillar anunció el cierre de su empresa en Charleroi, Bélgica: 2 200 empleados de la fábrica y alrededor de 5 000 subcontratados van a perder sus empleos en las próximas fechas.

La decisión de cerrar la fábrica es bastante sorprendente porque, en el primer trimestre del año, Caterpillar había anunciado que la empresa era de nuevo competitiva. ¿A qué se debe este cierre?

Caterpillar tiene su sede europea en Suiza, lo que le permite pagar un 30 % menos de impuestos. Y esto tiene un nombre, esto es evasión fiscal. A pesar de ello, a pesar de ser una empresa con beneficios, asistimos a una nueva deslocalización de una empresa más, una empresa que recibió fondos públicos.

Debemos establecer urgentemente un mecanismo que prohíba estas prácticas depredadoras, con las que, al final, pagan las consecuencias los trabajadores y trabajadoras.

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Úr! Megható jelenet volt, amikor láttuk itt a galérián azokat a dolgozó embereket, illetve az ő képviselőiket, akik elvesztették a munkájukat, egzisztenciájukat rossz, társadalmi szempontból végiggondolatlan döntések, gyárbezárások miatt. Én azt kérem a kedves Képviselőtársaimtól, hogy gondolatban nagyítsuk meg ezt a galériát! Helyezzünk oda több százezer, több millió, például magyar embert, akik akkor veszítették el a munkájukat, és meg kellett élniük azt a tragikus képet és jelenetet, és életérzést, hogy a szemük láttára dózerolták le és tették a földdel egyenlővé azokat a gyárakat, ahol ők az életüket élték, és ahol igenis színvonalas termékeket állítottak elő az Ikarus buszoktól kezdve a konzervgyárakon át. Miért? Azért, mert a tisztelt Európai Unió és a nyugati világ elvárásainak megfelelően végiggondolatlanul privatizációkra került sor. Mindent nyugati kézbe óhajtottak adni, illetőleg jókor jó helyen lévő hazai elvtársak kezébe. Ezt nem kellett volna csinálni, és akkor talán most nem újraiparosításról kellene beszélnünk.

Ángela Vallina (GUE/NGL). – Señor Presidente, una pequeña muestra del estado de la industria en la Unión Europea en este año es: Caterpillar, en Bélgica, 2 200 trabajadores despedidos; Ericsson, 1 556 en Suecia y 350 en España; en Valladolid, Lauki, cierre definitivo y 200 empleos perdidos; y en Asturias, ya, para qué decir, con el cierre programado de absolutamente todas las minas.

Todos y todas somos víctimas de la desindustrialización de buena parte de Europa y, desde esta Comisión, con el apoyo de Gobiernos que son sumisos a los mercados financieros, nos dicen que apuestan por la competitividad, y yo les pregunto: ¿cómo se puede ser competitivo si no hay tejido productivo ni estabilidad?

Frente a esta pregunta, nosotros decimos que la reindustrialización debe estar ligada a nuevos nichos de empleo como el sector de las estrategias renovables, la defensa del papel de la minería en la transición energética, la apuesta por el sector público y la banca pública para la inversión y el control de la economía y, sobre todo, también, la revisión de los acuerdos de libre comercio hacia países que practican dumping social y medioambiental.

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, when dealing with massive job losses caused by changes in world trade and technology, I believe we need to follow a comprehensive approach. First, we need to demonstrate true compassion and take care of those who are hurt by open trade or changing global economic patterns. We should also insist more on active employment policies and training for workers to help people get back into the labour market. However, training can only function efficiently if we have dynamic and competitive economies to create new jobs and bring back the dismissed into the labour force. I think the report duly recognised this, and I was glad to vote for it.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, as a co-author of this report, I am very pleased with the eventual outcome and the huge majority that voted in favour of it, because it sends a very strong message to workers – especially in Caterpillar and Alstom – that we stand in solidarity with them. It is not just the preserve of one particular group: my group (the EPP) and others understand their plight very well and stand with them, especially the workers in Northern Ireland who are also affected.

This points out to us that we really have to focus on our target of reindustrialising Europe and getting 20% of GDP from industry. To do that, we have to tackle the challenges: first, competition from abroad – from outside Europe; second, climate change; third, finance; and fourth, skill shortages. If we do that, I think we can have a friendly environment for industry and progress and really reindustrialise Europe.

Rosa D'Amato (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, parlo avendo ben presente la situazione dell'acciaieria Ilva di Taranto, con incidenti sul lavoro che sono all'ordine del giorno e con il tasso di incidenza dei tumori e delle patologie respiratorie che ha raggiunto livelli drammatici fra i lavoratori e i cittadini che risiedono anche nelle aree circostanti. Non sono accettabili interventi che omettono o trascurano la tutela della salute e dell'ambiente.

Perché non si osa incentivare la ricerca e l'innovazione o, laddove opportuno, la trasformazione dell'attività? Che senso ha salvare dei posti di lavoro se poi quello stesso lavoro provoca morte e malattie? A chi giova una sorta di ingegneria politica che non si preoccupa della dignità della vita umana? Una vera economia circolare, con l'impiego di materia prima seconda con elevata efficienza energetica degli stabilimenti produttivi può essere quella rivoluzione necessaria per salvaguardare il livello di occupazione, garantendo il rispetto dell'ambiente e la tutela dei lavoratori. Ove è chiara l'incompatibilità con la vita dei lavoratori e dei cittadini, deve esistere l'obbligo della bonifica e della riconversione dell'area che può coniugare occupazione e salute, produzione e ambiente. Ma questa ottica non è presa in considerazione. Per questo mi sono dovuta astenere.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, în septembrie compania Caterpillar a anunțat că va concedia 10 000 de oameni. De asemenea, în Franța compania Alstom este pe cale să oprească producția la unul din combinate după 130 de ani de activitate. Este adevărat că industriile, mai ales cele extractive, se confruntă de câțiva ani cu o lipsă de ofertă și, ca atare, producția este în declin. Și în țara mea, în România, Complexul Energetic Hunedoara a anunțat că va concedia peste 800 de angajați, iar Complexul Energetic Oltenia a renunțat la peste 1 300 de salariați în primele șase luni ale acestui an.

Sigur că suntem solidari cu ei și pe banii statului trebuie să fie pregătiți să poată face alte joburi, să aibă altceva de lucru. Dar avem nevoie de inovație, avem nevoie de industrii ale secolului XXI și, ca atare, pe asta trebuie să ne axăm banii, nu să menținem industrii de care nu mai avem nevoie. Deci: inovație, industriile secolului XXI și în asta să meargă banii noștri.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL). – Monsieur le Président, combien de temps allons-nous continuer à voter des textes aussi hypocrites que celui-ci? Je me suis abstenu parce qu'il est un mélange de bonnes intentions et de silence absolument étonnant et d'amendements rejetés inacceptables.

Comment pouvez-vous évoquer Alstom et Caterpillar, qui sont deux entreprises de pointe dans leur domaine technique, sans faire la part qui revient à la cupidité des actionnaires? Alstom a distribué 6 milliards d'euros à ses actionnaires au cours des dix dernières années, et Caterpillar 1,7 milliard. Les États-Unis les dénoncent comme des gens qui trichent et qui expatrient leurs bénéfices. Pourtant, vous avez refusé de condamner les transferts de bénéfices qui permettent aux entreprises de se déclarer en déficit, alors qu'elles ne le sont pas.

Vous demandez une stratégie à l'Europe dans ce domaine, mais vous faites référence à la stratégie Europe 2020, qui est à la racine de ce genre de catastrophe. Dans le même temps, vous refusez de donner prioritairement aux travailleurs qui le voudraient la possibilité de devenir propriétaires de leur entreprise en faisant des coopératives. Vous refusez de leur transférer les fonds de la mondialisation que vous utilisez pour indemniser les licenciements, mais que vous ne voulez pas donner aux salariés quand ils prennent la direction de leur entreprise.

Je déplore le mépris que ce texte exprime à l'égard des salariés en leur faisant croire qu'il a été voté en leur faveur, alors que ce n'est pas le cas.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Panie Przewodniczący! Cieszę się, że Unia dostrzegła potrzebę reindustrializacji po 20 latach prowadzenia polityki deindustrializacji. Wczoraj na tej sali uchwaliliśmy idiotyczne przepisy o ochronie środowiska: konwencję paryską, która spowoduje, że 15 do 20 milionów ludzi w Europie straciłoby pracę, gdyby oczywiście to zrealizowano. Nikt tego na szczęście nie zrobi, ale tu na tej sali Parlament uchwalił przepisy, które spowodują utratę pracy przez 15 do 20 milionów ludzi, z powodu zwiększonym podatków potrzebnych na idiotyczną zupełnie walkę z globalnym ociepleniem. Otóż, proszę państwa, to jest hipokryzja. Zgadzam się z kolegą Mélenchonem.

Pamiętam natomiast czasy komuny, kiedy sprowadzano różne robotnicze delegacje do parlamentów. Nie chodzi o to, żeby dbać o prawa poszczególnych robotników poszczególnej fabryki. Musimy zmienić całkowicie politykę, która polegała na walce z industrializacją, z przemysłem, z kapitalizmem. Musimy wrócić do normalności. Dziękuję za uwagę. Poza tym sądzę, że Unia Europejska musi być zniszczona.

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this non-legislative and non-binding motion for a resolution. While of course UKIP sympathises with the sudden loss of jobs, the resolution was being used as an excuse for the EU to take more action and create an EU 'reindustrialisation policy'. The only people who should decide economic policy are our elected national governments, not unaccountable bureaucrats in Brussels.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en esta resolución porque, aun conteniendo elementos positivos (la mejora en el uso de los fondos europeos y la contratación pública en apoyo de la industria europea, el rol de los interlocutores sociales, el reconocimiento de la importancia de la política industrial, la necesidad de reformar las políticas de competencia para favorecer al empleo…) apenas contiene referencias críticas a cómo las políticas europeas, de las desregulaciones y privatizaciones hasta su agresiva política comercial exterior, son responsables de la crisis industrial que vive Europa.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — Our group in Parliament met with Caterpillar workers and representatives, including those from the north of Ireland, and in view of the situation as they explained it, we drafted a strong motion which put the workers at its heart.

In trying to find agreement for a joint motion with the other groups in Parliament, the strong references to workers' rights were watered down by those on the right of Parliament. In conjunction with this, the right of Parliament not only managed to remove the workers as central, but they shaped the motion in a way which put employers and shareholders as central.

We always have had, and always will have, workers, their families, and their communities at heart when we vote on motions in relation to Employment and Social Affairs in the European Parliament. It was for this reason that we couldn't support the joint motion today that didn't have them at its heart.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution. Nous avons besoin d'une politique industrielle européenne ambitieuse pour ne pas laisser des pans entiers de notre industrie disparaître.

Le point de départ, c'est d'anticiper les restructurations et de renforcer le dialogue social avec tous les acteurs concernés au niveau européen, national et local afin d'éviter les pertes d'emplois et les licenciements.

En juin 2016, le Parlement européen appelait justement la Commission à stimuler les commandes publiques dans le secteur ferroviaire grâce à la pleine utilisation des fonds européens. Cette résolution doit s'appliquer!

Enfin, l'Union doit jouer son rôle de protection et de défense de ses industries et des emplois face à une concurrence internationale toujours plus rude et, en particulier, face à l'émergence de grands groupes, notamment en Chine, qui bénéficient de subventions publiques massives.

L'Union européenne ne doit plus être l'idiote du village planétaire et doit définir une vision plus stratégique et offensive en matière de politique industrielle: il y a urgence, les cas Alstom et Caterpillar nous le rappellent!

Lars Adaktusson (PPE), *skriftlig*. – Idag röstade Europaparlamentet om en resolution om industripolitik, med anledning av nyligen lagda varsel i stålverk i Frankrike och Belgien. Jag delar resolutionstextens andemening om solidaritet och stöd för alla berörda arbetstagare och inser de negativa effekterna för de lokala samhällena som berörs. Tyvärr dras helt fel slutsatser. I resolutionen presenteras tullar och överstatliga industrisubventioner som vägen till ökad europeisk konkurrenskraft. Det är en felaktig analys. Olika förslag om överstatliga lösningar vad gäller arbetsmarknads- och skattepolitiken, som också finns med i resolutionstexten, stämmer inte heller överens med Kristdemokraternas syn på EU:s roll. Jag valde därför att rösta nej till resolutionen.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La proposta di risoluzione delinea obiettivi di politica industriale a livello europeo per i prossimi anni, in risposta ai licenziamenti e alle ristrutturazioni da parte di aziende in settori nevralgici dell'industria europea. Tuttavia, non si pone un adeguato accento a importanti temi quali l'economia circolare, l'efficienza energetica degli stabilimenti produttivi, il rispetto dell'ambiente e la tutela dei lavoratori. Per questi motivi mi sono astenuta.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the motion for a resolution on the need for a European reindustrialisation policy in light of the recent Caterpillar and Alstom cases. The closure of the Caterpillar site in Belgium and Alstom site in France are reflections of the deindustrialisation of certain sectors in many European countries. The closures reflect current economic changes and require swift action on EU level. The closure will have an enormous impact on the affected regions, which are already under economic pressure. Concerns have been raised about the effects on unemployment in both France and Belgium.

I welcome this resolution, as I think that companies which are active in the EU have the legal and moral responsibility to engage in social dialogue with the workforce and regional and national authorities. Employers should also ensure the reconversion of their employees, so that they can more easily find new employment. Additionally, it is important that we develop a strong reindustrialisation policy that puts focus on attracting foreign investment, increasing competitiveness, digitalisation, research and development.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ του σχεδίου ψηφίσματος όσον αφορά την ανάγκη για μια ευρωπαϊκή πολιτική επανεκβιομηχάνισης υπό το φως των πρόσφατων υποθέσεων Caterpillar και Alstom, διότι η Ευρώπη είναι μια κοινωνική οικονομία της αγοράς με δυναμική αγορά εργασίας, αποδοτικά συστήματα κοινωνικής ασφάλισης και βιώσιμη οικονομική ανάπτυξη για τους πολίτες της.

Gerolf Annemans (ENF), *schriftelijk*. – Ik betuig mijn steun en solidariteit aan de getroffen werknemers van de bedrijfssluitingen. De EU houdt opendeur onder het mom van "vrijhandel" en geeft concurrenten uit derde landen vrijwel onbelemmerde toegang tot meerdere, vaak ook strategische sectoren van haar economie zonder enige wederkerigheid. Er zijn echter proactief grotere inspanningen nodig om de industrie in Europa te redden en/of zelfs terug te halen naar ons continent. De EU is op dat vlak, door alle regels en lasten, veeleer een rem dan een motor. De lidstaten moeten zelf een actieve (her)industrialiseringspolitiek kunnen voeren en een economisch patriottisme hanteren. Sommigen spreken van een "vierde industriële revolutie" in Europa, waarbij op een duurzame manier lokale creativiteit en lokale productie worden gestimuleerd.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Hierbei handelt es sich um einen Entschließungsantrag zu der Notwendigkeit einer europäischen Reindustrialisierungspolitik vor dem Hintergrund der aktuellen Fälle Caterpillar und Alstom.

In diesen traurigen Sozialdramen ist es überaus wichtig, dass das Parlament den betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein klares Signal gibt und sich mit breiter Mehrheit für eine europäische Reindustrialisierungspolitik stark macht. Dazu gehört ein konsequenter Kampf gegen die Steuerflucht und eine faire und wirksame Industriepolitik, die Arbeitsplätze in Europa sichert. Darüber hinaus sollte in meinen Augen auch eine Neubewertung des Stabilitäts- und Wachstumspakts erfolgen, der, in Kombination mit den ESVG-Normen, die Investitionskapazität der öffentlichen Hand erheblich beeinträchtigt.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Courant septembre, le constructeur d'engins de chantier américain Caterpillar a annoncé son intention de fermer son unique usine belge, à Gosselies, entraînant la suppression de 2 200 postes dans la région déjà sinistrée de Charleroi. La société Alstom a annoncé la fermeture de son site de Belfort, spécialisé dans la construction de matériel ferroviaire. L'entreprise a motivé sa décision par la baisse des commandes de la SNCF, qui a préféré Bombardier comme fournisseur pour les TER. Le gouvernement français a annoncé une solution pour maintenir l'emploi à Belfort avec la commande de nouvelles rames de TGV pour circuler sur le réseau Intercité.

Les groupes majoritaires ont profité de la médiatisation de ces affaires pour relancer l'idée de politique industrielle européenne, «sans protectionnisme».

Les propositions de la résolution promeuvent le libre-échange et exige la réciprocité et l'ouverture des marchés publics par les autres puissances. Pas de préférence communautaire en vue pour le ferroviaire, qui est pourtant une industrie de souveraineté.

On veut la croissance verte mais sans des investissements massifs possibles uniquement par création monétaire au profit de l'économie réelle. L'Europe sociale est un mirage auquel ses promoteurs ne croient même plus.

J'ai donc voté contre la proposition commune.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Whilst I opposed the final resolution as it calls for more EU legislation, I supported many amendments and parts of the original text which recognise the problems with these cases.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution car je souhaite que soit mise en place une véritable stratégie européenne à long terme pour que l'industrie représente 20 % du produit intérieur brut, comme l'indique la stratégie Europe 2020. De ce fait, je crois opportun d'utiliser la politique commerciale et la politique de concurrence afin d'atteindre ces objectifs tout en veillant au respect des législations sur les marchés publics. Cependant, l'Europe ne peut pas se substituer aux États membres pour faire les réformes à leur place.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pasiūlymą dėl Europos reindustrializacijos politikos poreikio atsižvelgiant į pastarojo meto bendrovių „Caterpillar" ir „Alstom" atvejus. 2016 m. rugsėjo 2 d. įmonė „Caterpillar" paskelbė 2017 m. balandžio mėn. uždarysianti savo būstinę Gosli (Belgija), ir dėl to neteks darbo 2 000 darbuotojų. Taip pat ir įmonė „Alstom" 2016 m. rugsėjo 7 d. pranešė, kad ji galėtų perkelti traukinių gamybą iš Prancūzijos Belforo (pranc. *Belfort)* į Reichshoffeną, o tai kelia grėsmę 400 darbo vietų. Matant šias iškilusias problemas, kurios tiesiogiai susijusios su darbuotojų socialiniu saugumu, pritariu Europos Parlamento raginimui skatinti realiąją ekonomiką įgyvendinant tvarią reindustrializacijos politiką, tai yra koordinuoti ekonominę politiką, grindžiamą aukštesniais socialiniais standartais ir vidaus paklausa kaip varomąją jėga, tokiu būdu būtų skatinamas vystymasis, energijos vartojimo efektyvumo diegimas, atsinaujinančiosios energijos, efektyvus išteklių naudojimas ir socialinės inovacijos.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A közös határozati javaslat azt hangsúlyozza, hogy olyan rugalmas iparpolitikára van szükség, amelyik a világpiacon is versenyképes ipart támogat, ugyanakkor kielégíti a társadalmi és környezetvédelmi követelményeket, és ezt megfelelő kereskedelempolitikával egészíti ki. Megítélésem szerint a javaslatban semmilyen olyan újdonság nincs, ami valódi iparpolitikához vezetne. Ehhez erősen védeni kellene az Unió iparát, s ezen belül kellene egy felzárkóztatási program a gyengébben fejlett országok számára. Meg kell védeni az uniós munkavállalókat a multinacionális vállalatok spekulatív döntéseitől, illetve a multinacionális cégeket az esetek nagy részében nemzetállami cégekkel kellene felváltani, biztosítva az állami részvételt a stratégiai iparágakban. Mindezek hiányoznak az anyagból, s amíg a neoliberális elvek (maastrichti kritériumok, Lisszaboni Szerződés) igazgatják az Uniót, ilyen politikát nem is lehet kialakítani. Mindezek alapján a határozatot elutasítottam.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding motion for a resolution. While of course UKIP sympathises with the sudden loss of jobs, the resolution was being used as an excuse for the EU to take more action and the create an EU 'reindustrialisation policy'. The only people who should decide economic policy are our elected national governments, not unaccountable bureaucrats in Brussels.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Les groupes majoritaires veulent profiter de la médiatisation de ces affaires pour relancer l'idée d'une politique industrielle européenne «sans protectionnisme»: promotion du libre-échange d'un côté et exigence de réciprocité et d'ouverture des marchés publics par les autres puissances de l'autre. Donc, par exemple, pas de préférence communautaire en vue pour le ferroviaire, qui est une industrie de souveraineté.

J'ai voté contre cette proposition de résolution qui veut donner de nouvelles compétences à la Commission européenne, approche trop intégrée de la politique industrielle qui devrait reposer sur la coopération entre les États membres.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé la résolution commune parce qu'elle contient plusieurs priorités importantes.

Elle demande bien entendu de prendre des mesures fortes pour soutenir l'industrie européenne notamment en matière de recherche et développement et d'innovation.

Mais la résolution demande aussi de faciliter la reprise des sites par les autorités locales, de sanctionner les licenciements boursiers et d'impliquer les sous-traitants dans les négociations en cas de licenciements collectifs.

C'est un résultat encourageant. Mais je continuerai évidemment à défendre bec et ongles ces priorités sociales au moment où les travailleurs de Caterpillar et d'ING sont confrontés à des mesures d'une brutalité sans nom.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Il 2 settembre 2016 la Caterpillar Holding ha annunciato un vasto piano di ristrutturazione su scala mondiale che comporterà la chiusura di diversi stabilimenti in Europa. La sede di Gosselies ha già chiuso i battenti lasciando a casa 2 500 persone e mettendo a rischio altri 4 000 posti di lavoro dell'indotto. Casi simili rischiano di verificarsi a seguito della paventata chiusura di stabilimenti Alstom in Italia e Spagna. Si tratta di episodi preoccupanti che rendono però evidente la necessità di una politica europea di reindustrializzazione, tema oggetto di una risoluzione che oggi ho sostenuto in Parlamento. Servono in primo luogo misure a sostegno dei lavoratori, che aiutino le regioni interessate dalle chiusure a far fronte a questa difficile situazione economica e sociale. La nuova politica industriale dell'UE dovrebbe fondarsi su obiettivi ambiziosi e chiari in materia di efficienza energetica, risorse e clima, stabilendo un approccio basato sul ciclo di vita e sull'economia circolare. Bisogna spostare l'azione pubblica passando dal sostegno all'offerta a politiche concertate che stimolino la domanda, proponendo anche nuove misure fiscali e garanzie di aumenti salariali. Una ristrutturazione delle grandi aziende manifatturiere europee, con

l'emergere di operatori economici con sufficiente massa critica, consentirà di fronte alla concorrenza internazionale.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer a los negociadores de este informe la labor que han realizado para llegar a una resolución común en un tema tan importante; han sido duros días de negociaciones. He votado a favor de este informe pero no estoy de acuerdo con que cada vez que una empresa cierre se haga una resolución sobre la misma. El drama del desempleo es lamentablemente muy visible en nuestra sociedad y una resolución general hubiera sido mucho más objetiva que una centrada en dos empresas.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre les résolutions et me suis abstenue pour la résolution du groupe ECR. Les propositions ne sont pas satisfaisantes, notamment en raison de l'absence de préférence communautaire dans le domaine ferroviaire qui est une industrie de souveraineté. L'affaire Alstom est la démonstration aussi tragique qu'absurde des échecs de la France depuis Maastricht: démantèlement de notre industrie lourde, suivisme aveugle des technocrates européens qui ont tout misé sur l'économie des services depuis le début des années 2000. Mais aussi et surtout, l'arrêt de l'usine Alstom démontre que le protectionnisme économique, mesuré et stratégique, est un impératif de survie pour les États plongés dans la mondialisation.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Nonostante qualche spunto interessante, il testo non presenta soluzioni realmente spendibili dall'industria europea, che sta vivendo un forte periodo di crisi. La ricetta per far ripartire la nostra industria non è «più Europa», come vuol farci credere questo testo. Servono invece nuove politiche, che sostengano davvero gli sforzi dei nostri territori. Per questi motivi non ho sostenuto il testo con il mio voto.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Resolutionen har positiva skrivningar som till exempel att ”stödet till bankerna i EU inte haft någon inverkan på sysselsättningen eller förbättrat de ekonomiska perspektiven”. Men samtidigt hänvisas också till strategin Europa 2020, som är kopplad till de europeiska terminerna och den åtstramningspolitik som sedan länge är fastlagd inom EU.

Jag hade föredragit en resolution som tydligt tar avstånd från åtstramningspolitiken och förespråkar att EU tar ställning för en expansiv grön ekonomisk politik som genom klimatsmarta investeringar i industri och offentlig sektor får hjulen att rulla igen.

Resolutionen innehåller också formuleringar som att man måste minska företagens ”administrativa bördor” och betonar vikten av att ”avskaffa onödig lagstiftning”. Då detta inte konkretiseras öppnas för tolkningar som kan medföra allvarliga försämringar vad gäller arbetsmiljö och arbetares och konsumenters rättigheter.

Resolutionen talar också för en ”ökad konvergens mellan medlemsstaterna när det gäller skattemässiga, sociala och budgetära frågor.” Jag motsätter mig förslag som har en sådan federal inriktning.

Av dessa anledningar väljer jag att lägga ner rösten

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución, nacida a iniciativa del Grupo S&D, mediante la cual el Parlamento Europeo urge la adopción de una estrategia de reindustrialización de Europa a la vista de los anuncios de cierre de plantas de Caterpillar en Bélgica y Alstom en Francia, y del despido de miles de trabajadores.

Situaciones como las de estas plantas revelan la necesidad de desarrollar una verdadera política industrial europea que debe apoyarse no solo en el desarrollo de inversiones, sino en la puesta en marcha de una nueva política de competencia y una nueva política comercial que frene el dumping social.

E, igualmente, revelan la necesidad de ser exigentes con empresas que, aun obteniendo beneficios, deciden cerrar sus plantas dejando en la estacada a miles de trabajadores. Hoy el Parlamento ha elevado su voz para demandar sanciones, como la devolución de ayudas públicas o la suspensión de acceso a ciertos programas de la UE.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją, kurioje Europos Parlamentas ragina Tarybą nelaukiant priimti sprendimą dėl prekybos apsaugos mechanizmų modernizavimo, kad pagaliau būtų galima tinkamai reaguoti į nesąžiningą trečiųjų šalių praktiką, ir apsaugoti Europos Sąjungos pramonę nuo dempingo Europos rinkoje bei taip užtikrinti sąžiningą konkurenciją visiems. Taip pat Parlamentas ragina Komisiją užtikrinti, kad ES prekybos politika būtų labiau suderinama su pramonės politika ir įgyvendinant prekybos politiką būtų atsižvelgiama į būtinybę apsaugoti darbo vietas ES pramonėje, taigi nebūtų vykdomi nauji perkėlimai ir tolesnė deindustrializacija. Be to, svarbu, kad Komisija užtikrintų, jog prekybos susitarimai apimtų konkrečias nuostatas, kuriomis remiantis būtų užtikrintas geresnis

ES pramonės atstovų patekimas į rinką ir būtų užtikrintos vienodos sąlygos Europos ir ne Europos rinkos dalyviams. Parlamentas dar ragina Komisiją užtikrinti ES reglamentų dėl viešųjų pirkimų, t. y. reglamentų dėl valstybės preferencijų, pasiūlymų dėl neįprastai žemų kainų ir nesąžiningos konkurencijos, laikymąsi. Europos Parlamentas dar kartą pakartoja, kad ES turi numatyti laisvosios prekybos susitarimų neigiamą poveikį užimtumui bei ES pramonei ir Europos fondai turi teikti paramą, kuria siekiama skirti lėšų regionams ir (arba) veiklos sektoriams, kuriuos neigiamai paveikė minėti susitarimai.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Véleményem szerint az Európai Uniónak többet kell tennie egy versenyképesebb európai ipar megteremtése és az iparban dolgozók állásainak megvédése érdekében. Mint ismeretes, 2015-ben Magyarország az Európai Unió országai között az élmezőnyben szerepelt – víz- és hulladékgazdálkodást is tartalmazó – ipar több mint 27%-os részesedésével az összes bruttó hozzáadott értékhez való hozzájárulásában. Az európai uniós átlag 19% volt és Magyarország 2010-hez képest 21,5%-os növekedésével az ötödik helyre került az uniós rangsorban.

Ugyanakkor figyelnünk kell a világpiacra is, mert egyre nyilvánvalóbb, hogy a verseny élesedik és erre minden szereplőnek (munkaadók, munkavállalók, kormányzat) figyelnie kell és aktívan közreműködnie abban, hogy a versenyképesség és a szociális biztonság egyszerre és egymást támogatva erősítse az Európai Uniót. Mivel a magyar kormányzat a korábban indított munkavédelmi akciótervekkel is azt vallja a határozattal összhangban, hogy a munkavállalók szaktudásának és készségeinek elveszítését meg kell akadályozni és Európának meg kell tartania ipari kapacitását igényei anélkül való kielégítése érdekében, hogy harmadik országok gyártóitól függjenek. Önálló hazai ipar nem képzelhető el versenyképes európai iparral, piaccal és multinacionális vállalatokkal.

2013 óta több mint 360 milliárd forint kedvezménnyel élhettek a munkaadók eddig, évente közel 900 000 munkavállaló munkahelyének megőrzésével. A fentiek figyelembe vételével szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Podprl sem tudi skupno resolucijo o potrebi po evropski politiki za ponovno industrializacijo glede na nedavna primera Caterpillar in Alstom, saj ravno tovrstni primeri dokazujejo, kako potrebna je ponovna krepitev industrije v Evropi.

Zaradi opuščanja proizvodnje v navedenih družbah, več tisoč zaposlenim grozi izguba delovnih mest, zaradi specifik dela pa obstaja velika nevarnost za njihovo trajno brezposelnost.

Močno soglašam z navedbo iz resolucije, da bi bilo treba evropsko industrijo obravnavati kot strateško prednost za konkurenčnost EU. Treba je tudi zagotoviti trdnost in odpornost gospodarstev, industrijske politike v EU pa usmeriti v prihodnost ter ustvarjanje novih kakovostnih delovnih mest. Okrepiti je treba tudi prizadevanja za doseganje ciljev strategije Evropa 2020, t.j. 20 % bruto domačega proizvoda ustvarjenega iz industrije, pri čemer pa velja opozoriti, da so najbolj odporne tiste industrije, ki največ vlagajo v inovacije, raziskave in razvoj, energetsko učinkovitost, krožno gospodarstvo itd. Ravno slednje po mojem mnenju predstavlja veliko priložnost za evropsko industrijo.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution qui a pour objectif de réindustrialiser l'Union va sans aucun doute manquer son but en l'absence criante d'une quelconque volonté de protectionnisme ni de préférence communautaire en matière de ferroviaire.

Par conséquent je vote contre.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because I believe our industry has to face several challenges, such as reindustrialisation, the transition to sustainability and the creation of quality employment. The first challenge needs clear European support for our workers who are dealing with their dismissals. That is the reason why I voted yes to this resolution.

Especially concerning the recent Caterpillar and Alstom cases, this resolution expressed the EU's solidarity to all their workers, showing the social face of our Union. I stand for a Europe closer to its workers.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – L'industria ha avuto un ruolo determinante sia nel processo di integrazione dell'Unione europea che in quello di promozione dell'occupazione e di redistribuzione della ricchezza fra i cittadini. Non possiamo assistere inoperosi alla distruzione dell'industria europea, serve una nuova strategia industriale a livello di Unione. Di fronte ai nuovi casi in esame, la Commissione deve mobilitare rapidamente tutti i fondi disponibili, in particolare il Fondo sociale europeo e il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione, per assicurare quanto prima il reinserimento professionale dei lavoratori in esubero dello stabilimento Caterpillar di Gosselies e di Alstom e di tutti i loro subappaltatori e, se del caso, garantire loro un sostegno adeguato per acquisire nuove competenze; ma

questo non basta. Occorre trasformare l'approccio al settore industriale in un'ottica di sostegno e di sviluppo straordinario, che possa andare anche in deroga alle strategie europee utilizzate finora. La salvaguardia dell'occupazione e della produzione sul territorio è prioritaria rispetto a qualsiasi accordo politico o commerciale.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – En septembre, Caterpillar et Alstom ont annoncé leur intention de fermer leur site à Charleroi et à Belfort ce qui entrainerait la suppression de plusieurs milliers d'emplois dans des régions déjà sinistrées par la mondialisation sauvage. C'est dans ce contexte que cette proposition de résolution relance l'idée d'une politique industrielle commune en Europe. Face à l'échec de l'Union européenne pour enrayer la concurrence internationale déloyale dont sont victimes nos entreprises, cette proposition de résolution insiste tout de même sur la nécessité d'accroitre l'intégration économique entre les États membres. Les banalités affligeantes que l'on retrouve dans ce texte, comme la relance des investissements publics et privés ou le renforcement de la participation des salariés dans les plans de restructuration, n'atténuent en rien la nocivité de ce rapport.

Seule une politique commerciale respectueuse des intérêts stratégiques de chacun qui conditionne les concessions tarifaires à la réciprocité dans les accords de libre-échange, accompagnée d'un retour aux monnaies nationales permettant de corriger les écarts de compétitivité dans la zone euro, contribuera à protéger nos industries et nos emplois.

J'ai bien évidemment voté contre ce texte.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Cette résolution fait état des énormes problèmes de l'Union européenne à se réindustrialiser. Les cas récents d'Alstom et de Caterpillar sont particulièrement représentatifs de cette problématique. Les deux entreprises sont amenées à se délocaliser ce qui engendre la perte de nombreux emplois. La fermeture de l'usine de Caterpillar en Belgique représente la perte de 2000 emplois directs et 4 à 7000 emplois chez les sous-traitants et la fermeture du site d'Alstom à Belfort représente le déplacement de 400 emplois. La résolution appelle la Commission à mettre en place une véritable stratégie européenne de réindustrialisation pour que l'industrie représente 20 % du PIB européen. Il est en effet urgent de faire face à la concurrence exacerbée provenant des pays tiers dans le secteur industriel. J'ai voté en faveur de cette résolution.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della risoluzione in questione per chiedere l'adozione di misure a sostegno dei lavoratori di Caterpillar e Alstom e per aiutare le regioni interessate a far fronte a questa difficile situazione economica e sociale.

Invito la Commissione a sviluppare, di concerto con gli Stati membri, una strategia dell'Unione per una politica industriale coerente e globale finalizzata alla reindustrializzazione dell'Europa. Questa nuova strategia per la politica industriale dovrebbe facilitare gli investimenti nelle nuove tecnologie e nell'innovazione, migliorare le condizioni di mercato sia nel mercato interno che sui mercati internazionali, estendere l'accesso ai finanziamenti e sostenere gli investimenti in capitale umano e competenze.

Penso inoltre che la Commissione e la Banca europea per gli investimenti debbano concentrarsi soprattutto sulle regioni più colpite dalla deindustrializzazione e accelerare il sostegno a favore di progetti in tali regioni.

Esorto infine la Commissione a collaborare con i vari comparti industriali per garantire il miglior uso possibile dei Fondi strutturali e d'investimento europei, in particolare del Fondo europeo di sviluppo regionale (FESR), a sostegno di progetti di ricerca e sviluppo a livello regionale.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained on this report. Sinn Féin met with Caterpillar workers and representatives, including those from the north of Ireland, and in view of the situation as they explained it, we drafted a strong alternative motion which put the workers at its heart.

In trying to find agreement for a joint motion with the other groups in Parliament, the strong references to workers' rights were watered down by those on the right of Parliament. In conjunction with this, the right of Parliament not only managed to remove the workers as central, but they shaped the motion in a way which put employers and shareholders at the centre. Additionally, the references to the Europe 2020 strategy which runs in line with the European Semester means that many of the amendments linked to Europe 2020 cannot be achieved because countries are in fiscal strait-jackets.

These, as well as other problematic Articles, meant that I could not support the Joint Resolution as a whole. For these reasons, I abstained.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution. This is an important and timely resolution. A reaction was necessary in the face of such a significant amount of dismissals and the spillover effect that this brings with it, affecting subcontractors and related SMEs in the region. Such major industrial restructuring announcements are a hard blow for affected employees, their families and the communities. The text calls for safeguards for dismissed workers, urgent measures for their reinsertion into the labour market, and respect for the legislation on the information and consultation of workers. Furthermore the resolution is calling for a strong European long-term strategy on industrial policy. On the other hand, I voted against references in the text calling for increased convergence among Member States in fiscal matters.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – L'industria europea presenta un elevato valore aggiunto. Purtroppo questo settore fondamentale e strategico si trova ad affrontare un'agguerrita concorrenza mondiale da parte di paesi che esportano prodotti più economici sul mercato europeo mediante una politica aggressiva e in rapida espansione su tutti i continenti, spesso beneficiando del sostegno politico e finanziario dei loro governi. Siccome la risoluzione non è ambiziosa e non propone delle soluzioni concrete, mi sono astenuto.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – Even though European industry is important part of the EU economy, I voted against the resolution. It uses recent cases of businesses deciding to move their activities to another part of the EU as a case for establishing a European reindustrialisation policy. Yes, there will be employees left without jobs and we have to make sure we help them to cope with their uneasy situation, offer them support and new opportunities. On the other hand, the companies have decided to move within the internal market and they should be free to do so, as this is one of the key principles of EU integration.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Καλούμε την Επιτροπή να κινητοποιήσει όλους τους διαθέσιμους πόρους, και ειδικά το Ευρωπαϊκό Κοινωνικό Ταμείο και το Ευρωπαϊκό Ταμείο Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση, ώστε οι απολυμένοι εργαζόμενοι του εργοστασίου της Caterpillar στο Gosselies και εκείνου της Alstom, καθώς και όλοι οι υπεργολαβικά εργαζόμενοι, να επανενταχθούν το ταχύτερο δυνατό στην αγορά εργασίας και να τους δοθεί η δέουσα υποστήριξη για να αποκτήσουν νέες δεξιότητες.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την ανάγκη υιοθέτησης μιας ευρωπαϊκής πολιτικής επανεκβιομηχάνισης, ιδιαίτερα υπό το φως των πρόσφατων υποθέσεων Caterpillar και Alstom, περιείχε θετικά στοιχεία. Πράγματι καλούμαστε να επιλύσουμε το ζήτημα της συνεχώς πτωτικής πορείας μεγάλου μέρους των ευρωπαϊκών επιχειρήσεων, που επηρεάζει άμεσα τις ζωές χιλιάδων Ευρωπαίων εργαζομένων. Εν τούτοις, δεν μπορούμε να υποστηρίξουμε προτάσεις οι οποίες στοχεύουν άμεσα και αποκλειστικά στην ισχυροποίηση και υποστήριξη βιομηχανικών μονάδων, αν αυτό δεν συνδυάζεται με την ανάλογη προστασία των εργαζομένων, αλλά και με συγκεκριμένες υποχρεώσεις σε οικονομικό και περιβαλλοντικό επίπεδο. Ως εκ τούτου απείχα.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Visto il trattato sul funzionamento dell'Unione europea, in particolare gli articoli 9, 151, 152, l'articolo 153, paragrafi 1 e 2, e l'articolo 173 e viste le diverse comunicazioni arrivate dalle varie istituzioni e uffici; considerando che esiste ormai un'assoluta necessità di coerenza tra le diverse politiche dell'UE per definire una vera e propria politica industriale, in particolare alla luce dei casi Caterpillar e Alstom; visto che la Caterpillar Holding ha annunciato un piano di ristrutturazione su scala mondiale, che in seno di tale piano il sito di Gosselies è stato chiuso, con il conseguente licenziamento di 2 500 lavoratori diretti e la messa a rischio di circa 4 000 posti di lavoro; visto che la Caterpillar ha deciso di trasferire i suoi stabilimenti in altre parti dove il costo sulla produzione incide in modo non eccessivo e che gli stabilimenti in oggetto non sono gli unici interessati dalla ristrutturazione e sono previsti ulteriori licenziamenti presso altri stabilimenti in Spagna e in Italia, come pure presso lo stabilimento Caterpillar dell'Irlanda del Nord, sono d'accordo e ho votato favorevolmente al documento affinché gli Stati membri garantiscano un'idonea protezione sociale e adeguate condizioni di lavoro, assicurando una tutela efficace dal licenziamento senza giusta causa.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Con questo voto desidero esternare tutta la mia partecipazione al dolore di chi all'improvviso ha visto la propria stabilità vacillare, perciò avvaloro energicamente la necessità di una politica industriale per l'UE. Si tratta di un'impellenza emersa da decenni che richiede la costruzione di un'industria europea resiliente e orientata al futuro, capace di compiere un cammino di transizione verso la sostenibilità, mantenendo la propria identità di economia sociale di mercato attraverso un'occupazione di qualità. In quest'ottica vanno implementate, perciò, politiche commerciali e concorrenziali comuni per fare fronte alla globalizzazione e ai suoi effetti. A tal proposito, si deve ricordare come, sebbene l'Unione abbia aperto ai concorrenti di paesi terzi, questi abbiano al contrario, introdotto barriere nei confronti delle nostre imprese discriminandole. Quindi hanno operato da un lato una penetrazione aggressiva nei nostri mercati, anche grazie al sostegno dei propri paesi, mentre noi siamo rimasti inerti. Cosa fare per rilanciare la competitività dell'industria europea è un quesito ormai inutile da porsi perché è giunto il momento di agire. Pertanto, si deve definire un'agenda della specializzazione intelligente e privilegiare studi di riconversione economica e di R&S nei settori in cui l'UE può essere leader, ricordando che chi non si adatta, finirà per estinguersi.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the joint motion for a resolution on the need for a European reindustrialisation policy in light of the recent Caterpillar and Alstom cases and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Recentemente a Caterpillar anunciou um grande plano de reestruturação a nível mundial que levou ao encerramento da unidade de Gosselies, levando ao despedimento de 2.500 trabalhadores diretos, tendo colocado em causa os postos de trabalho de cerca de 4.000 subcontratantes.

Por outro lado, o Conselho de Administração da Alstom anunciou a transferência da sua atividade de fabrico de comboios (400 postos de trabalhos) da unidade de Belfort para Reichshoffen.

Esta indústria central e estratégica para a UE enfrenta uma fortíssima concorrência mundial de países que exportam produtos de baixo custo para o mercado europeu.

A indústria europeia deve, pois, ser encarada como um ativo estratégico para a competitividade e sustentabilidade da UE. Só uma indústria forte e resiliente e uma política orientada para o futuro permitirão à UE enfrentar os diferentes desafios que se avizinham, como a reindustrialização, a transição para a sustentabilidade e a criação de emprego de qualidade.

A Comissão deve desenvolver com os Estados-Membros uma estratégia da União para uma política industrial coerente e global com vista à reindustrialização da Europa, com base, nomeadamente, na digitalização, na sustentabilidade, na eficiência energética e nos recursos adequados.

Pelo exposto, apoiei a presente proposta de resolução.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die Entschließung gestimmt, denn nur mit einer EU-weiten starken Industriepolitik werden wir als Wirtschaftsstandort wettbewerbsfähig bleiben. Wir müssen unsere Industriepolitik weiter stärken und dabei noch mehr in Innovationen, Energieeffizienz, eine funktionierende Kreislaufwirtschaft und die digitale Entwicklung investieren.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this non-legislative and non-binding motion for a resolution. While of course UKIP sympathises with the sudden loss of jobs, the resolution was being used as an excuse for EU to take more action and the create an EU 'reindustrialisation policy'. The only people who should decide economic policy are our elected national governments, not unaccountable bureaucrats in Brussels.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore in quanto la risoluzione sottolinea che, sebbene numerosi settori dell'economia dell'UE siano in gran parte aperti ai concorrenti dei paesi terzi, tali paesi hanno introdotto diverse barriere che discriminano le imprese europee ed inoltre i concorrenti dei paesi terzi, in particolar modo la Cina, stanno procedendo a un'espansione rapida e aggressiva in Europa: tali pratiche possono costituire una forma di concorrenza sleale e minacciano concretamente posti di lavoro in Europa come dimostrano i casi Caterpillar e Alstom che hanno ricadute occupazionali negative anche in Italia. Occorre quindi che la Commissione definisca una politica commerciale dell'Unione a lungo termine che tuteli i lavoratori, che sia conforme ai suoi obiettivi industriali ed eviti nuove delocalizzazioni e un'ulteriore deindustrializzazione.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I see scope in the intention of the report to preserve and create jobs. This can only be done if Member States set the right conditions for EU industry, which is faced with fierce global competition in which not all actors respect the same standards and rules. It is of concern that major industrial restructuring announcements strike a hard blow to the employees affecting their families and the communities in which companies are located. For such purposes we should foster reindustrialisation to take on the principle of urgency in seeking to address the continuing problems as quickly as possible.

We need to reintegrate workers dismissed, for example from Caterpillar Gosselies and Alstom and all their subcontractors, back into the labour market as soon as possible and to give them adequate support to acquire new skills where needed. This can be done if Member States have national employment services to enhance cooperation at national and international level in order to improve information channels and better match job offers with demand.

Consequently I support the call upon the Commission and the Member States to boost ICT and STEM training and education in order to equip both the current and the future workforce with the relevant e-skills.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en esta resolución porque, aun conteniendo elementos positivos (la mejora en el uso de los fondos europeos y la contratación pública en apoyo de la industria europea, el rol de los interlocutores sociales, el reconocimiento de la importancia de la política industrial, la necesidad de reformar las políticas de competencia para favorecer al empleo…) apenas contiene referencias críticas a cómo las políticas europeas, de las desregulaciones y privatizaciones hasta su agresiva política comercial exterior, son responsables de la crisis industrial que vive Europa.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Il 2 settembre, l'azienda Caterpillar ha annunciato un grande e selvaggio piano di ristrutturazione che incide sul sito di produzione di Gosselies in Belgio, di cui si prevede la chiusura che avrà come conseguenza il licenziamento di 2.500 lavoratori diretti, mettendo, allo stesso tempo a rischio il lavoro di circa 4.000 lavatori dell'indotto. Si tratta solo dell'ennesimo piano di ristrutturazione aziendale che finisce col gravare solo e soltanto sulle spalle dei lavoratori, da sempre anello debole della catena. È una situazione inaccettabile che chiama in causa l'assenza di una vera politica di reindustrializzazione europea. Una nuova politica industriale dell'UE, fondata su obiettivi e indicatori chiari, utilizzando al meglio le risorse disponibili, anche in linea con i principi dell'economia circolare. Una politica che sappia includere un mix intelligente di misure che incidano sia sul versante dell'offerta che della domanda, capace di rilocalizzare l'economia all'interno del continente e scongiurando le continue fughe. Un piano industriale che punti agli investimenti in creatività, competenze, innovazione e tecnologie sostenibili, valorizzando al massimo, piuttosto che continuare a disperdere, il capitale umano di cui l'Europa è ricca.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – W sprawie rezolucji dotyczącej potrzeby europejskiej polityki reindustrializacji w świetle niedawnych spraw Caterpillar i Alstom zdecydowałem się zagłosować przeciw. Rezolucja jest spowodowana ogłoszonymi zarówno przez firmę Caterpillar, jak i Alston masowymi zwolnieniami. W przypadku pierwszej firmy liczba cięć etatów na świecie osiągnie 10 000. Spadające obroty firmy są spowodowane globalnym spowolnieniem w górnictwie naftowym. Firma Alston, która planuje zakończenie produkcji pociągów w miejscowości Belfort, kończąc w ten sposób 130-letnią tradycję, mimo zwolnień około 400 osób zaoferuje pracownikom pracę w innych siedzibach firmy. Sytuacja dwóch firm gigantów – Caterplillar i Alston – powinna skłonić nas, eurodeputowanych do zastanowienia się, jak przeciwdziałać takim sytuacjom, natomiast nie uważam, że istnieje potrzeba europejskiej polityki reindustrializacji, dlatego też zagłosowałem przeciw.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – This motion for resolution calls for a policy to 'reindustrialise' the EU, in the wake of the closure of factory facilities and redundancy plans announced by Caterpillar and Alstom in Belgium and France respectively. Europe needs a forward-looking industrial strategy to improve operating conditions for companies and protect workers. The European Industry is affected by the financial and legislative frameworks for companies, globalisation, and worldwide competition. Fighting unemployment has always been one of my main priorities, and this is why I have decided to vote in favour of this report.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Având în vedere că industria europeană este expusă concurenței mondiale consider că numai o politică ambițioasă în materie de inovare, ce favorizează fabricarea de produse de înaltă calitate, inovatoare și eficiente din punct de vedere energetic și care promovează procese de producție noi, îi va permite Uniunii Europene să se descurce prin forțe proprii într-un context global din ce în ce mai competitiv, permițând astfel industriilor europene să creeze parteneriate de cercetare și dezvoltare sau alianțe strategice și să nu își limiteze analizele doar la piața internă.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette résolution du Parlement européen vise à tirer les conséquences de l'actualité industrielle qui a mis au jour les difficultés des entreprises Alstom et Caterpillar, et de l'impact des licenciements dans l'industrie européenne. La résolution appelle à davantage de mobilité dans l'Union grâce à une meilleure employabilité et une reconnaissance internationale des compétences, en particulier en matière de langues. Considérant que l'industrie européenne doit s'orienter vers des secteurs économiques d'avenir et des technologies de pointe, j'ai voté en faveur de cette résolution.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding motion for a resolution. While of course UKIP sympathises with the sudden loss of jobs, the resolution was being used as an excuse for EU to take more action and create an EU 'reindustrialisation policy'. The only people who should decide economic policy are our elected national governments, not unaccountable bureaucrats in Brussels.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de cette résolution sur la nécessité d'une politique européenne de réindustrialisation à la lumière des récentes affaires Caterpillar et Alstom. En effet, les fermetures de ces sites, et les nombreux licenciements qu'elles ont entrainés, sont le terrible reflet d'une industrie européenne en constante perte de vitesse. Il est urgent que l'Europe s'attèle à une véritable politique de réindustrialisation afin de relancer l'emploi, la croissance et la compétitivité en Europe. Nous appelons alors notamment la Commission à garantir une politique commerciale cohérente avec ces objectifs afin de garantir une concurrence équitable à nos entreprises.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution car je pense qu'il est urgent de mettre en place davantage de coopération et de convergence entre les États membres en matière de politique industrielle. L'exemple des récentes affaires Caterpillar et Alstom démontre qu'il faut encore travailler pour renforcer la compétitivité de l'industrie européenne et réindustrialiser notre continent. Si nous voulons éviter que des cas similaires se reproduisent, il faut mettre en place de véritables politiques structurelles pour l'industrie, qui permettront d'atteindre de façon réaliste l'objectif de porter la part d'industrie à 20 % du PIB d'ici 2020.

Cette résolution propose justement des mesures essentielles: établir de la cohérence entre la politique commerciale et la politique de concurrence, encourager la recherche et le développement, lutter contre l'évasion fiscale, encourager la formation professionnelle et le dialogue social. Une politique industrielle ambitieuse au niveau européen permettrait enfin aux États membres de se protéger contre la potentielle concurrence déloyale des pays tiers.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az Európai Uniónak többet kell tennie egy versenyképesebb európai ipar megteremtése és az iparban dolgozók állásainak megvédése érdekében. Mint ismeretes, 2015-ben Magyarország az Európai Unió országai között az élmezőnyben szerepelt – víz- és hulladékgazdálkodást is tartalmazó – ipar több mint 27%-os részesedésével az összes bruttó hozzáadott értékhez való hozzájárulásában. Az európai uniós átlag 19% volt és Magyarország 2010-hez képest 21,5%-os növekedésével az ötödik helyre került az uniós rangsorban.

Ugyanakkor figyelnünk kell a világpiacra is, mert egyre nyilvánvalóbb, hogy a verseny élesedik és erre minden szereplőnek (munkaadók, munkavállalók, kormányzat) figyelnie kell és aktívan közreműködnie abban, hogy a versenyképesség és a szociális biztonság egyszerre és egymást támogatva erősítse az Európai Uniót. Mivel a magyar kormányzat a korábban indított munkavédelmi akciótervekkel is azt vallja a határozattal összhangban, hogy a munkavállalók szaktudásának és készségeinek elveszítését meg kell akadályozni és Európának meg kell tartania ipari kapacitását igényei anélkül való kielégítése érdekében, hogy harmadik országok gyártóitól függjenek. Önálló hazai ipar nem képzelhető el versenyképes európai iparral, piaccal és multinacionális vállalatokkal.

2013 óta több mint 360 milliárd forint kedvezménnyel élhettek a munkaadók eddig, évente közel 900 000 munkavállaló munkahelyének megőrzésével.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – L'industrie européenne va mal. Les cas d'Alstom et de Caterpillar attirent l'attention des médias mais en réalité ce sont des milliers d'emplois qui, chaque semaine, disparaissent ou sont menacés de disparition en Europe. Nous devons tout mettre en œuvre pour stopper ce qui s'apparente à une désertification industrielle avec, du même coup, une dévitalisation des territoires, une précarisation de l'emploi et une vulnérabilité accrue de nos sociétés.

Il faut garder les compétences, maintenir les sites de production en état de fonctionner et organiser la réponse. Celle-ci passe par une relocalisation de la production en Europe. Cela nécessite une politique volontariste d'adaptation des compétences et des politiques aux mutations des nouvelles formes d'industrie du futur. Cela exige un appareil de formation tourné vers les métiers d'avenir. Cela s'accompagne d'une politique de financement spécifique pour faire grossir nos PME et d'un meilleur dialogue social pour accompagner le changement. La réindustrialisation passe aussi par la protection des intérêts de l'Union et la mise en place d'instruments de défense commerciale. Il est inenvisageable ainsi que la Commission accorde le statut d'économie de marché à la Chine, tant que son industrie restera subventionnée par l'État. Il est nécessaire aussi d'imposer un ajustement carbone aux frontières.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai apporté un soutien inconditionnel à la résolution sur la nécessité d'une politique européenne de réindustrialisation. À la lumière des récentes et brutales annonces de restructurations dans les entreprises Caterpillar et Alstom, il est urgent que la Commission revoie la législation de l'Union européenne portant sur les licenciements collectifs, qu'elle prévoie des mesures de soutien pour les travailleurs et les sous-traitants et qu'elle veille à ce que toute restructuration institutionnelle soit menée de manière socialement responsable, en conformité avec les réglementations européennes et nationales quant à l'information et à la consultation des travailleurs et en incluant un dialogue local.

De manière générale, je constate que l'Union manque cruellement d'une véritable politique industrielle. Je plaide donc avec insistance pour que l'industrie européenne soit réellement considérée comme un atout stratégique pour la croissance et pour l'emploi. Il est temps que la Commission se penche sur la révision des règles européennes régissant les instruments de défense du commerce et sur l'extension des périmètres à prendre en considération pour l'application des règles de concurrence. Nous avons besoin de géants européens pour affronter la concurrence internationale.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — En septembre, en l'espace de quelques jours, le groupe Caterpillar a annoncé un plan massif de restructuration à l'échelle mondiale aboutissant au licenciement de 2 500 salariés et mettant en péril les emplois de quelque 4 000 sous-traitants du site de Gosselies en Belgique, et le groupe Alstom a annoncé le transfert de son activité de production de trains du site de Belfort au site de Reichshoffen. Ces deux événements démontrent le besoin impératif de cohérence entre les différentes politiques de l'Union afin de définir une véritable politique industrielle.

Nous faisons face, depuis de très nombreuses années, à un défaut total de pilotage économique, industriel, politique. Or, plus que jamais l'Europe doit mener une véritable politique économique et industrielle. Nous devons repenser les règles de la concurrence, car nous avons besoin de champions européens. Et la défense des intérêts propres des Européens doit être au cœur de toute politique de réindustrialisation.

Diane Dodds (NI), *in writing*. – Mr President, recent announcements by Caterpillar have affected Northern Ireland, where up to 250 redundancies are scheduled at plants across NI. Caterpillar has made an enormous contribution to the local economy over decades, and while this announcement is disappointing, we acknowledge that the firm views these actions as a means of consolidating its commitment to Northern Ireland.

However, these job losses will affect families and households very deeply and very directly – and they must receive support. My colleagues at Stormont and Westminster continue to work to assist those workers affected; however, the significance of the UK Government's long-standing policy of not applying to the Globalisation Adjustment Fund cannot be ignored.

Contrary to grandstanding by local politicians, this debate highlights that these jobs have been lost as a result of sensitive economic conditions. Global downturns in demands for raw materials and problems in the oil industry have no doubt made a contribution. While Northern Ireland cannot dictate these forces, we must promote replacement investment in our Province. Our future outside the European Union offers potential external to EU state aid rules and many damaging EU energy policies. It is vital that we harness these opportunities to grow our manufacturing base.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Гласувах „въздържал се“ на резолюцията относно необходимостта от европейска политика на реиндустриализация в контекста на неотдавнашните случаи с Алстом и Катерпилар, тъй като до голяма степен подобен тип резолюции имат интервенционен характер във вътрешните работи на държавите членки и бизнесите.

Случаят със затварянето на клонове и фабрики на тези големи предприятия е наистина тревожен и много хора ще загубят работата си, но не съм до край сигурен дали Европейският парламент щеше да забележи подобен случай, ако той се бе случил в България или друга по-малка страна членка и без толкова голям международен медиен отзвук.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Είμαστε ξεκάθαρα υπέρ της επανεκβιομηχάνισης της Ευρώπης, αφού θεωρούμε πως αυτός είναι ο μόνος δρόμος που μπορεί να οδηγήσει σε πραγματική ανάπτυξη και ευημερία. Εντούτοις, είμαστε αντίθετοι στον τρόπο με τον οποίο φιλοδοξεί να την πετύχει η Ένωση διότι θεωρούμε ότι θα αποδειχθεί αναποτελεσματικός και διότι διαφωνούμε με πολλές από τις προτεραιότητες που θέτει. Για τον λόγο αυτό ψηφίσαμε κατά της έκθεσης.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az Európai Uniónak többet kell tennie egy versenyképesebb európai ipar megteremtése és az iparban dolgozók állásainak megvédése érdekében. Mint ismeretes, 2015-ben Magyarország az Európai Unió országai között az élmezőnyben szerepelt – víz- és hulladékgazdálkodást is tartalmazó – ipar több mint 27%-os részesedésével az összes bruttó hozzáadott értékhez való hozzájárulásában. Az európai uniós átlag 19% volt és Magyarország 2010-hez képest 21,5%-os növekedésével az ötödik helyre került az uniós rangsorban.

Ugyanakkor figyelnünk kell a világpiacra is, mert egyre nyilvánvalóbb, hogy a verseny élesedik és erre minden szereplőnek (munkaadók, munkavállalók, kormányzat) figyelnie kell és aktívan közreműködnie abban, hogy a versenyképesség és a szociális biztonság egyszerre és egymást támogatva erősítse az Európai Uniót. Mivel a magyar kormányzat a korábban indított munkavédelmi akciótervekkel is azt vallja a határozattal összhangban, hogy a munkavállalók szaktudásának és készségeinek elveszítését meg kell akadályozni és Európának meg kell tartania ipari kapacitását igényei anélkül való kielégítése érdekében, hogy harmadik országok gyártóitól függjenek. Önálló hazai ipar nem képzelhető el versenyképes európai iparral, piaccal és multinacionális vállalatokkal.

2013 óta több mint 360 milliárd forint kedvezménnyel élhettek a munkaadók eddig, évente közel 900 000 munkavállaló munkahelyének megőrzésével.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this report because it emphasises the need to support the green economy, including public procurement, energy efficiency and renewable energy as well as the need to stop tax evasion. Saving banks and markets did not improve the economy. Wales needs sustainable development of the economy and social policies which will prevent mass job losses.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Resolutionen angående Caterpillar och Alstom ställer ett flertal centrala aspekter på sin spets.

De är industrier vars verksamhet utmanas av hård konkurrens på den globala marknaden.

Scenariot är inte signifikativt för de angivna industrierna utan gäller för samtliga aktörer på marknaden. Därför anser jag att resolutionen tar en felaktig utgångspunkt som lovordar överstatliga arbetsmarknadsinsatser utan reella framgångsfaktorer. Därför röstar jag nej.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A Caterpillar anunciou um grande plano de reestruturação a nível mundial o que conduziu ao despedimento de 2 500 trabalhadores diretos e pôs em causa os postos de trabalho de cerca de 4 000 subcontratantes. O conselho de administração da Alstom anunciou a transferência da sua atividade de fabrico de comboios (400 postos de trabalho) da unidade de Belfort para a de Reichshoffen significa, na realidade, o encerramento da primeira. Manifesto a minha profunda solidariedade e apoio a todos os trabalhadores da Caterpillar e da Alstom e às respetivas famílias e concordo com a adoção de medidas para apoiar estes trabalhadores e as economias locais e ajudar as regiões a superar esta difícil situação económica e social.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Je vote contre les résolutions. Les propositions de la résolution sont incohérentes: promotion du libre-échange d'un côté et exigence de réciprocité et d'ouverture des marchés publics par les autres puissances de l'autre. Pas de préférence communautaire en vue pour le ferroviaire, qui est une industrie de souveraineté.

On veut la croissance verte mais sans des investissements massifs possibles uniquement par création monétaire au profit de l'économie réelle.

Enfin, l'Europe sociale est un mirage auquel ses promoteurs ne croient même plus.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Estamos solidários com a luta dos trabalhadores da Caterpillar e da Alstom, assim como com a luta de todos os trabalhadores que enfrentam o desemprego e a precariedade.

Defendemos que sejam acionadas todas as medidas para que, o mais cedo possível, possam recuperar os seus empregos, em condições de segurança laboral, com salários dignos, com direitos e possibilidades de evolução profissional e pessoal.

Por estas razões fundamentais, rejeitamos esta resolução.

Com um indisfarçável cinismo, esta resolução começa por lamentar a situação dos trabalhadores destas empresas. Mas nem por um momento põe em causa as políticas que estão na base da dita desindustrialização, e que permitem às multinacionais deslocalizações sucessivas, sempre em busca de melhores condições de exploração dos trabalhadores, deixando atrás de si um rasto de miséria e destruição. Pelo contrário, a resolução cauciona e reafirma essas políticas.

No fundo, o que se pretende – e a «política industrial europeia» serve esses objetivos – é ganhar escala no plano europeu, através de «reestruturações» que reforcem grupos económicos das principais potências (mesmo que aniquilando a indústria da periferia), para melhor competir no plano internacional. É promover a concentração monopolista à escala europeia, dando músculo ao grande capital europeu na concorrência inter-imperialista. Para estes senhores, os trabalhadores são carne para canhão.

Deplorável.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as it is essential that workers are not the pawns of the multinationals.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Spoločnosť Caterpillar 2. septembra 2016 oznámila, že uzatvorí svoje ústredie v Gosselies v Belgicku v apríli 2017, pričom prepustí vyše 2 000 pracovníkov. Spoločnosť Alstom 7. septembra 2016 oznámila, že presunie výrobu vlakov vo Francúzsku z Belfortu do Reichsoffenu, čím sa ohrozí 400 pracovných miest. Bohužiaľ už dlhší čas je v Európe faktom, že dochádza k uzatvárania pobočiek veľkých korporácií a k postupnému prepúšťaniu, čo postihuje aj sieť subdodávateľov a malé a stredné podniky. Viacero veľkých priemyselných výrobných podnikov presadzovalo stratégie zamerané na krátkodobé finančné výnosy a keďže trvalý tlak na zvýšenie ziskovosti kapitálu je na úkor inovácií, investícií do výskumu a vývoja, zamestnanosti, miezd a obnovy zručností. Európska únia potrebuje ambicióznu, ekologicky efektívnu a zelenú priemyselnú stratégiu na obnovu výrobnej kapacity a vytvorenie vysoko kvalifikovaných a dobre platených pracovných miest.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario alla relazione che non contiene nessuna critica rivolta alle politiche industriali fallimentari elaborate dalla Commissione; pochi e scarsi i passaggi contro la delocalizzazione selvaggia di alcune multinazionali.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Είμαι ξεκάθαρα υπέρ της επανεκβιομηχάνισης της Ευρώπης αφού θεωρώ πως αυτός είναι ο μόνος δρόμος που μπορεί να οδηγήσει σε πραγματική ανάπτυξη και ευημερία. Εντούτοις, είμαι αντίθετος στον τρόπο με τον οποίο φιλοδοξεί να την πετύχει η Ένωση, διότι δεν πιστεύω ότι θα είναι αποτελεσματικός και επίσης διότι είμαι αντίθετος σε πολλές από τις προτεραιότητες που θέτει. Για τους λόγους αυτούς καταψηφίζω στο σύνολό τους τις προτάσεις.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az Európai Uniónak többet kell tennie egy versenyképesebb európai ipar megteremtése és az iparban dolgozók állásainak megvédése érdekében. Mint ismeretes, 2015-ben Magyarország az Európai Unió országai között az élmezőnyben szerepelt – víz- és hulladékgazdálkodást is tartalmazó – ipar több mint 27%-os részesedésével az összes bruttó hozzáadott értékhez való hozzájárulásában. Az európai uniós átlag 19% volt és Magyarország 2010-hez képest 21,5%-os növekedésével az ötödik helyre került az uniós rangsorban.

Ugyanakkor figyelnünk kell a világpiacra is, mert egyre nyilvánvalóbb, hogy a verseny élesedik és erre minden szereplőnek (munkaadók, munkavállalók, kormányzat) figyelnie kell és aktívan közreműködnie abban, hogy a versenyképesség és a szociális biztonság egyszerre és egymást támogatva erősítse az Európai Uniót. Mivel a magyar kormányzat a korábban indított munkavédelmi akciótervekkel is azt vallja a határozattal összhangban, hogy a munkavállalók szaktudásának és készségeinek elveszítését meg kell akadályozni és Európának meg kell tartania ipari kapacitását igényei anélkül való kielégítése érdekében, hogy harmadik országok gyártóitól függjenek. Önálló hazai ipar nem képzelhető el versenyképes európai iparral, piaccal és multinacionális vállalatokkal.

2013 óta több mint 360 milliárd forint kedvezménnyel élhettek a munkaadók eddig, évente közel 900 000 munkavállaló munkahelyének megőrzésével.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az Európai Uniónak többet kell tennie egy versenyképesebb európai ipar megteremtése és az iparban dolgozók állásainak megvédése érdekében. Mint ismeretes, 2015-ben Magyarország az Európai Unió országai között az élmezőnyben szerepelt – víz- és hulladékgazdálkodást is tartalmazó – ipar több mint 27%-os részesedésével az összes bruttó hozzáadott értékhez való hozzájárulásában. Az európai uniós átlag 19% volt és Magyarország 2010-hez képest 21,5%-os növekedésével az ötödik helyre került az uniós rangsorban.

Ugyanakkor figyelnünk kell a világpiacra is, mert egyre nyilvánvalóbb, hogy a verseny élesedik és erre minden szereplőnek (munkaadók, munkavállalók, kormányzat) figyelnie kell és aktívan közreműködnie abban, hogy a versenyképesség és a szociális biztonság egyszerre és egymást támogatva erősítse az Európai Uniót. Mivel a magyar kormányzat a korábban indított munkavédelmi akciótervekkel is azt vallja a határozattal összhangban, hogy a munkavállalók szaktudásának és készségeinek elveszítését meg kell akadályozni és Európának meg kell tartania ipari kapacitását igényei anélkül való kielégítése érdekében, hogy harmadik országok gyártóitól függjenek. Önálló hazai ipar nem képzelhető el versenyképes európai iparral, piaccal és multinacionális vállalatokkal.

2013 óta több mint 360 milliárd forint kedvezménnyel élhettek a munkaadók eddig, évente közel 900 000 munkavállaló munkahelyének megőrzésével.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de resolución considerando que Caterpillar y Alstom, pese a que la reducción de los costes de producción entre 2013 y 2015 hizo que los productos de estas plantas resultaran más atractivos que los procedentes de fuera de la Unión, han decidido cerrar la sus plantas para trasladar la producción a otros centros con normas de protección social y medioambiental inferiores a las aplicables a la industria europea. La industria ferroviaria es la espina dorsal de la industrialización europea, dando empleo directo a 400 000 personas en toda la Unión. La Comisión debe trabajar para establecer una genuina estrategia industrial europea a largo plazo, con vistas a alcanzar el objetivo de que el 20 % del producto interior bruto proceda de la industria, con arreglo a lo establecido en la Estrategia Europa 2020, así como, a establecer una política comercial de la Unión en consonancia con sus objetivos de política industrial, velando por la igualdad de condiciones para los operadores de dentro y fuera de Europa, garantizando así una competencia equitativa para todos.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Il gruppo S&D ha contribuito in modo decisivo alla redazione della posizione del Parlamento sul caso dei numerosi licenziamenti annunciati dalle multinazionali Caterpillar e Alstom. Il testo che abbiamo votato costituisce un'importante occasione per ribadire il nostro appello alla Commissione affinché si introducano con urgenza misure concrete in grado di porre un freno alla concorrenza aggressiva che colpisce il settore industriale europeo. L'Europa deve innanzitutto trovare una soluzione normativa affinché le scelte fondamentali che riguardano le imprese vedano i lavoratori coinvolti ed informati: lo spostamento di un'impresa o il taglio di migliaia di posti non possono essere decisioni prese all'oscuro dei lavoratori. E certamente occorre fare di tutto per prevenire gli effetti perversi della concorrenza sleale che la produzione europea ha vissuto negli ultimi anni. Revisione della politica di concorrenza e delle norme in materia di aiuti di Stato, maggiori interventi pubblici volti a salvaguardare la coesione sociale e regionale, modernizzazione dei meccanismi di difesa commerciale e di lotta contro le pratiche di dumping sono proposte che caratterizzano il nostro impegno di parlamentari in tutti i prossimi anni.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del PE sulla necessità di una politica europea di reindustrializzazione alla luce dei recenti casi di Caterpillar e Alstom per l'importanza che queste grandi imprese rivestono per l'industria europea confrontata ad un'agguerrita concorrenza mondiale da parte di paesi che esportano prodotti più economici sul mercato europeo mediante una politica aggressiva e in rapida espansione su tutti i continenti. L'Unione europea ha bisogno di investimenti esteri e di multinazionali come le sopracitate, tuttavia deve essere chiaro che in presenza di benefici fiscali, di sostegno finanziario da parte dei governi dei paesi dove hanno impiantato loro siti, in caso di ristrutturazioni o di ritiro dal territorio queste multinazionali devono comportarsi conseguentemente. Innanzitutto impegnandosi a cercare altri acquirenti capaci di riprendere e valorizzare il capitale umano rappresentato dalle maestranze e di bonificare il sito produttivo in maniera tale che possa essere rimesso sul mercato senza costi aggiuntivi. Altrimenti la ristrutturazione avrebbe un impatto negativo ben più ampio della mera impresa interessata e sul tessuto economico e sociale sui territori degli Stati membri interessati. Auspico, pertanto, che la Commissione consulti le parti sociali sull'efficacia della legislazione in materia di licenziamenti collettivi.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Zurzeit trägt der industrielle Sektor in der Europäischen Union nur noch rund 15,3 % zum Bruttoinlandsprodukt bei. Diese negative Entwicklung gilt es zu stoppen. Wir müssen den Standtort Europa wieder attraktiv für private Investoren gestalten. Hierfür bedarf es einer Langzeitstrategie der Europäischen Union. Die Zielsetzungen in der Strategie Europa 2020, Europa zu der wettbewerbsfähigsten Region der Welt zu machen und intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum voranzutreiben, sind der richtige Ansatz.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted against this non-legislative and non-binding motion for a resolution. While of course I sympathise with the sudden loss of jobs, the resolution was being used as an excuse for the EU to take more action and to create an EU 'reindustrialisation policy'. The only people who should decide economic policy are our elected national governments, not unaccountable bureaucrats in Brussels.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – La réindustrialisation de nombreuses économies européennes, au premier rang desquelles l'économie française, est une nécessité. Mais ce n'est pas au niveau européen qu'il faut chercher les solutions, puisque c'est au niveau européen que les problèmes ont été créés.

Il y a eu une politique industrielle en Europe. Soit cette politique était nationale, décision de souveraineté, comme le choix nucléaire français, soit elle s'appuyait sur une coopération intergouvernementale mutuellement bénéfique pour doter les pays participants de secteurs nouveaux et stratégiques, comme l'aéronautique ou l'espace.

C'était aux temps d'avant les accords de l'OMC, du libre-échangisme et du dumping généralisé, d'avant la monnaie unique qui lamine les concurrents industriels européens de l'Allemagne, d'avant l'interdiction de la préférence nationale ou locale dans les marchés publics, d'avant le démantèlement des secteurs publics, d'avant l'austérité imposée par le pacte de stabilité et tous ses avatars, d'avant la financiarisation de l'économie favorisée par la libre circulation sans entrave des capitaux, d'avant l'interdiction des subventions aux secteurs d'avenir… Bref, c'était au temps où les États n'avaient pas encore confié la totalité de leur politique économique à l'oligarchie européiste de Bruxelles. Ah si, ils lui avaient confié le charbon et la sidérurgie. Rappelez-moi où en sont aujourd'hui ces deux secteurs ?

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Desde Podemos denunciamos fuertemente la política de deslocalizaciones y despidos masivos que llevan a cabo algunas grandes empresas para beneficiarse de legislaciones poco exigentes en garantías laborales, ambientales y de seguridad en el trabajo, especialmente cuando estas empresas, como es el caso de Alstom y Caterpillar, son líderes en su sector y registran cada año millones de beneficios.

Nuestro grupo, el GUE/NGL, redactó una resolución propia en línea con esta postura. Adicionalmente hemos votado a favor de la resolución conjunta porque, aunque consideramos que podía haber sido más contundente denunciando estas prácticas, se han incorporado al texto algunas enmiendas importantes sobre la competencia desleal de terceros países, incluida China, sobre la excesiva financiarización cortoplacista de la economía, sobre la escasa repercusión sobre el empleo que han tenido las políticas de apoyo a los bancos y los mercados de la Unión, o sobre la necesidad de revisar la legislación mercantil y laboral para proteger a los trabajadores y subcontratistas afectados por estas decisiones empresariales injustificadas.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Am votat această rezoluție deoarece susțin nevoia de reindustrializare a Europei și creșterea locurilor de muncă. Este necesar ca industria europeană să își mențină competitivitatea și capacitatea de a investi în Europa. În plus, industria europeană are de înfruntat, de asemenea, provocări de natură socială și ecologică pe care trebuie să le depășească. Din păcate, unele întreprinderi urmează strategii care se axează doar pe câștiguri financiare pe termen scurt, care tind să afecteze negativ inovarea și ocuparea forței de muncă. Există nevoie de reindustrializare, dar și de dezvoltarea competențelor tehnice pentru o industrie competitivă. Consider că este esențial, în vederea maximizării potențialului net de creare de locuri de muncă al economiei verzi, ca forța de muncă existentă să beneficieze de oportunități adecvate de a dobândi noile competențe necesare pentru economia circulară. De asemenea, este vitală o bună colaborare între sistemele de învățământ, universități și piața muncii pentru crearea de rețele interactive inovatoare.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted to support the resolution on the need for a European reindustrialisation policy in light of the recent Caterpillar and Alstom cases, especially important as more reports indicate labour-intensive activities are being positioned outside of Europe. Deindustrialisation continues to affect certain regions acutely and that is why this report calls on the Commission to set up a long-term European industrial strategy alongside rapidly available funds.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution.

L'industrie en Europe vit une profonde crise de compétitivité et d'investissements. Les fermetures de sites comme ceux de Caterpillar et d'Alstom sont symptomatiques de cette dépression industrielle. Le problème de fond, c'est le manque de compétitivité de nos entreprises et le manque de volonté de certains dirigeants de créer un environnement social et fiscal adéquat!

Nous avons besoin d'une vraie stratégie industrielle européenne de long terme pour faire bénéficier les investisseurs de stabilité à tous les niveaux. L'Union européenne doit aussi utiliser ses instruments de défense commerciaux pour garantir une compétition loyale à l'échelle internationale et permettre à nos entreprises de gagner des marchés à l'intérieur et à l'extérieur de l'Union européenne. La réponse à la fermeture du site d'Alstom en particulier n'est pas dans des commandes artificielles.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. –Caterpillar et Alstom: deux exemples de fermetures d'usines qui illustrent l'urgence pour l'Europe de se doter de toute urgence d'une stratégie industrielle prospective, et de jouer son rôle de protection et de défense de ses industries face à une concurrence internationale toujours plus rude.

J'ai voté en faveur d'une résolution qui dresse des pistes d'action pour tenter de trouver des solutions à ces difficultés: cela passe par la relance des investissements publics, une redéfinition des règles européennes de droit de la concurrence et favoriser les aides d'État, la lutte contre la concurrence déloyale, dire non au statut d'économie de marché à la Chine, favoriser les alliances stratégiques entre entreprises et partenariats en recherche et développement, réviser et adopter des instruments de défense commerciale, refuser les offres anormalement basses ou lorsque 50 % du profit est réalisé hors UE, rendre obligatoires la dépollution des sites industriels et leur réappropriation par les autorités publiques, développer l'information, la participation et la consultation des travailleurs, ou encore interdire aux multinationales de se dédouaner de leur responsabilité sociale.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az Európai Uniónak többet kell tennie egy versenyképesebb európai ipar megteremtése és az iparban dolgozók állásainak védelme érdekében. Mint ismeretes, 2015-ben Magyarország az Európai Unió országai között az élmezőnyben szerepelt a víz- és hulladékgazdálkodást is tartalmazó ipar több mint 27%-os részesedésével az összes bruttó hozzáadott értékhez való hozzájárulásában. Míg az európai uniós átlag 19% volt, addig Magyarország 2010-hez képest 21,5%-os növekedésével az ötödik helyre került az uniós rangsorban.

Ugyanakkor figyelnünk kell, hogy a versenyképesség és a szociális biztonság egyszerre és egymást támogatva erősítse az Európai Uniót. Mivel a magyar kormányzat – a határozattal összhangban – a korábban indított munkavédelmi akciótervekkel is azt vallja, hogy a munkavállalók szaktudásának és készségeinek elveszítését meg kell akadályozni és Európának meg kell tartania ipari kapacitását, hogy harmadik országok gyártóitól ne függjön. Önálló hazai ipar nem képzelhető el versenyképes európai ipar, piac és multinacionális vállalatok nélkül. 2013 óta több mint 360 milliárd forint kedvezménnyel élhettek a munkaadók, évente közel 900 000 munkavállaló munkahelyének megőrzésével.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this joint resolution on the need for a European reindustrialisation policy in light of the recent Caterpillar and Alstom cases (2016/2891(RSP)). This resolution expresses strong solidarity and support to all workers of Caterpillar and Alstom and their families, as well as the subcontractors involved. It highlights the detrimental effects that such closures have on local economies and communities and calls for measures to be taken to support these workers and their local economies and to assist these regions in overcoming this difficult economic and social situation. Furthermore, it reminds us that the economic crisis in Europe demonstrated that industries that invest the most notably in innovation, R&D, energy efficiency, circular economy etc. are those who resisted the crisis the most. I was particularly pleased to support the call on the Commission to inform Parliament on its strategy for the main industrial sectors in Europe, namely the rail supply sector and the machinery sector, in order to create a more favourable market environment, on what it intends to do to keep quality employment, know-how and investments in Europe.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az Európai Uniónak többet kell tennie egy versenyképesebb európai ipar megteremtése és az iparban dolgozók állásainak megvédése érdekében. Mint ismeretes, 2015-ben Magyarország az Európai Unió országai között az élmezőnyben szerepelt a – víz- és hulladékgazdálkodást is tartalmazó – ipar több mint 27%-os részesedésével az összes bruttó hozzáadott értékhez való hozzájárulásában. Az európai uniós átlag 19% volt és Magyarország 2010-hez képest 21,5%-os növekedésével az ötödik helyre került az uniós rangsorban.

Ugyanakkor figyelnünk kell a világpiacra is, mert egyre nyilvánvalóbb, hogy a verseny élesedik és erre minden szereplőnek (munkaadók, munkavállalók, kormányzat) figyelnie kell és aktívan közreműködnie abban, hogy a versenyképesség és a szociális biztonság egyszerre és egymást támogatva erősítse az Európai Uniót. Mivel a magyar kormányzat a korábban indított munkavédelmi akciótervekkel is azt vallja a határozattal összhangban, hogy a munkavállalók szaktudásának és készségeinek elveszítését meg kell akadályozni és Európának meg kell tartania ipari kapacitását igényei anélkül való kielégítése érdekében, hogy harmadik országok gyártóitól függjenek. Önálló hazai ipar nem képzelhető el versenyképes európai iparral, piaccal és multinacionális vállalatokkal.

2013 óta több mint 360 milliárd forint kedvezménnyel élhettek a munkaadók eddig, évente közel 900 000 munkavállaló munkahelyének megőrzésével.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – Les fermetures des usines d'Alstom à Belfort et de Caterpillar à Gosselies sont dramatiques mais révélatrices des échecs des États et de l'Europe à opérer des choix industriels et stratégiques adaptés à la concurrence mondiale et à porter une politique industrielle visionnaire.

Face à de grands ensembles géographiques et économiques comme les États-Unis et la Chine, nous devons protéger nos industries mais devons également les inciter à réorganiser leur chaîne de production.

Nous avons sauvé Alstom mais pour combien de temps? La commande de 16 TGV par la SNCF ne devrait pas nous rassurer, bien au contraire! Étant donné qu'elle est déjà plombée par une dette colossale de 44 milliards d'euros, j'ai le sentiment que nous avons déshabillé Pierre pour rhabiller Paul. C'est un mensonge aux employés de l'usine de Belfort qui ont seulement obtenu un sursis et un mensonge aux Français qui financent le puits sans fond de la SNCF.

L'Europe et ses États doivent agir! Nous devons redéfinir nos priorités industrielles, anticiper le déclin inéluctable de certains secteurs et soutenir l'attractivité des bassins industriels. Nous devons proposer une formation continue des salariés et soutenir la mobilité. Enfin, nous devons créer des champions industriels et les soutenir dans leur développement international.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za prijedlog rezolucije podnesen nakon izjava Vijeća i Komisije u skladu s člankom 123. stavkom 2. Poslovnika o potrebi za europskom politikom reindustrijalizacije u svjetlu nedavnih slučajeva Caterpillar i Alstom (2016/2891(RSP)), s obzirom da je europska industrija u krizi te problem zatvaranja ili realizacije velikih industrijskih pogona osim što dovodi do otpuštanja velikog broja zaposlenika, dovodi i do nedostatka posla za velik broj malih i srednjih tvrtki koje su direktno ili indirektno vezane za velike industrijske koncerne te sve zajedno uzrokuje velike socijalne probleme u pojedinim regijama i gradovima.

Potrebne su mjere koje će poduprijeti modernizaciju industrije. U tom smislu treba orijentirati i ojačati i politiku EIB-a kao i budućih ESI fondova, te Europskog fonda za strateška ulaganja. Potrebno je promijeniti porezna opterećenja koja direktno utječu na cijenu rada i zapošljavanje, povezati reindustrijalizaciju s politikama tržišta rada. Važna je provedba strategije potpore digitalizaciji industrije, te poduprijeti razvoj klastera i njihovu suradnju na europskoj razini. Uniji je potrebna cjelokupna strategija za dosljednu i sveobuhvatnu industrijsku politiku s ciljem reindustrijalizacije.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Les affaires Caterpillar et Alstom ne doivent pas servir d'argument à la mise en place d'une politique industrielle européenne, privée de tout protectionnisme, et somme toute très équivoque. On ne sait pas s'il faut promouvoir le libre-échange ou bien encourager l'ouverture réciproque des marchés publics des autres pays, rien n'est prévu pour la défense du ferroviaire pourtant symbole de souveraineté, et on refuse de se donner les moyens de parvenir à l'économie verte. Difficile de croire en une Europe sociale.

J'ai voté contre ce texte.

Diane James (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this non-legislative and non-binding motion for a resolution. While of course UKIP sympathises with the sudden loss of jobs, the resolution was being used as an excuse for EU to take more action and create an EU 'reindustrialisation policy'. The only people who should decide economic policy are our elected national governments, not unaccountable bureaucrats in Brussels.

Dennis de Jong (GUE/NGL), *schriftelijk*. – De SP heeft zich onthouden op deze resolutie. Hoewel er in de tekst goede punten staan, wordt er veel verwezen naar de Europa 2020-strategie. Wij zijn van mening dat juist de Europa 2020-strategie, die onderdeel uitmaakt van het Europees Semester, zorgt voor economische en financiële problemen in de lidstaten waardoor investeren in re-industrialisatie onmogelijk wordt gemaakt. Het Europees Semester en de Europa 2020-strategie zijn dan ook geen delen van de oplossing van dit probleem, maar juist een versterker van de huidige problematiek, omdat landen niet de vrijheid hebben in te grijpen in sectoren die het moeilijk hebben.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution sur la politique européenne de réindustrialisation afin d'apporter mon soutien aux salariés et aux sous-traitants des sites de Belfort pour Alstom et de Gosselies pour Caterpillar. Les sauvetages artificiels opérés en France ne sont que des solutions temporaires à des problèmes structurels que sont la compétitivité et l'accès aux marchés publics.

Cependant, cette résolution marque le point de départ pour de nouvelles négociations aboutissant, très rapidement je l'espère, sur une véritable politique industrielle européenne. Le continent subit de plein fouet les conséquences d'une mondialisation acharnée et je réitère mon opposition à l'octroi du statut d'économie de marché de la Chine tant que celle-ci ne se sera pas conformée aux règles du droit de la concurrence.

Je me réjouis que ce texte ait été adopté à une large majorité.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL), *in writing*. – In trying to find agreement for a JMR, strong references to workers' rights were watered down. Moreover, the right wing not only managed to remove the workers as central, but they shaped the motion in a way which put employers and shareholders as central.

We always have had, and always will have, workers, their families, and their communities at heart when we vote on motions in relation to Employment and Social Affairs.

In our opinion, there are issues around aspects such as:

Point 12 calls for 'the restructuring of the major European manufacturers to be enabled in order to allow the emergence of players with sufficient critical mass to cope with international competition'. This would without doubt create an industrial policy which squeezes out cooperatives, micro businesses, and SMEs;

Point 24 looks for the market to dictate how education systems should operate: 'underlines the importance of fostering better synergies between education systems, universities and the labour market, including exposure to the workplace and cooperation with businesses in the creation of innovative "clusters"'.

There are many other issues with the JMR, and with some of the amendments; hence, EH Bildu has abstain on supporting the JMR. This decision has as much to do with what it left out as what was put in.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution présentant les propositions du Parlement européen pour que soit mise en place une réelle politique européenne de réindustrialisation. À la lumière des récentes affaires Caterpillar et Alstom, on voit bien qu'il n'est pas suffisant de faire du simple «bricolage» pour sauver ces emplois. L'Union européenne doit être plus proactive si elle veut conserver une industrie forte et innovante. Il est donc urgent d'avoir une réelle stratégie à long terme en matière industrielle.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für den vorliegenden Entschließungsantrag. Die europäische Industrie kämpft mit vielen Problemen bei der Standortsicherung ihrer Produktionsstätten auf dem Kontinent und sollte daher so gut es geht unterstützt werden. Diese Unterstützung muss in Form verbesserter Rahmenbedingungen geschehen, unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips und nationaler Arbeiterrechte und Sozialtraditionen.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Konkurētspēja ir viens no labklājības pamatiem. Ja spējam ražot preces vai sniegt pakalpojumus labāk un lētāk kā mūsu kaimiņi, tiekam par to atalgoti un kļūstam turīgāki. Līdzīgi ir ar ārvalstu investīcijām. Tās nonāk tur, kur ir laba fiziskā infrastruktūra, apmācīts darbaspēks, likuma vara un citi aspekti. Eiropā jau kādu laiku mēs zaudējam konkurences cīņā ar citiem pasaules reģioniem, kā rezultātā investīcijas aizplūst, uzņēmumi tiek slēgti, darbinieki atlaisti un ražošana pārnesta ārpus Eiropas. Lai investīcijas atgrieztos, ir jāuzlabo Eiropas konkurētspēja. Tas ir izdarāms daudzos veidos, bet galvenokārt ir jāinvestē izglītībā un ir jāuzlabo darba likumdošana. Tādēļ Eiropas Parlamenta plenārsesijā Strasbūrā es balsoju par šo rezolūciju.

Jan Keller (S&D), *písemně*. – Hlasoval jsem pro toto usnesení EP, jehož cílem je nastartování politiky reindustrializace Evropy. Tato priorita je o to významnější, že v poslední době dochází k uzavírání některých velkých průmyslových podniků s dlouhou tradicí a k doprovodnému nárůstu nezaměstnanosti. Zmíněnou rezoluci jsem podpořil i v těch bodech, které neprošly zejména pro odpor ze strany liberálních a části lidoveckých poslanců. Jednalo se vesměs o body, které mají v další politice reindustrializace klíčový význam a bez jejichž naplnění zůstává projekt reindustrializace pouhou frází, jako je upřednostňování krátkodobého profitu na úkor dlouhodobější koncepce nebo návrh na účast zaměstnanců při vypracovávání plánu restrukturalizace.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution. The European Parliament has sent a strong political signal to the Commission that Europe must act to protect its industries and its jobs. The European Parliament voted in favour of sanctions for companies that make redundancies based on stock markets. It is vital that we develop a real industrial policy for Europe, with an investment strategy, a new competition policy and a trade policy to tackle social dumping.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Ve středu 5. 10. 2016 jsme na plenárním zasedání hlasovali o usnesení o potřebě evropské politiky reindustrializace v souvislosti s nedávnými případy Caterpillar a Alstom. Situace okolo masivního propouštění v evropské části společnosti Caterpillar nejlépe ilustruje nechutné chování korporací v dnešní EU. Mezinárodní korporace na našem území zneužívají pracovní síly, vyvádějí do zahraničí zisky a při prvním náznaku jakýkoliv problémů odchází. Tyto molochy nás tak vždy pouze využijí a odhodí, jak nějakou starou hračku. U společnosti Caterpillar, která byla kvůli vyvádění zisků a nedanění vyšetřována dokonce i Kongresem USA, se nejedná o nezvyklé chování. Naše frakce měla během zasedání možnost sejít se s pracovníky Caterpillaru. Proto jsme měli poměrně solidní představu o tom, co si zaměstnanci této společnosti přejí zmínit. Ač musí říct, že byla společná rezoluce překvapivě obstojně napsaná, zejména co se týče zmíněné potřeby reindustrializace a odklonu od slepého zavírání těžkého průmyslu, které znamená ztrátu tisíců pracovních míst kvůli boji s klimatickými změnami, všechny pozměňovací návrhy, které si pracovníci Caterpillaru přáli zmínit, neprošly. Proto jsem se u hlasování zdržela. Práva zaměstnanců a jejich ochrana pro mě vždy budou primární témata, proto míním dále bojovat proti TTIP, CETA apod., které chování, které předvádí Caterpillar, jenom nadále podporují.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az Európai Uniónak többet kell tennie egy versenyképesebb európai ipar megteremtése és az iparban dolgozók állásainak megvédése érdekében. Mint ismeretes, 2015-ben Magyarország az Európai Unió országai között az élmezőnyben szerepelt – víz- és hulladékgazdálkodást is tartalmazó – ipar több mint 27%-os részesedésével az összes bruttó hozzáadott értékhez való hozzájárulásában. Az európai uniós átlag 19% volt és Magyarország 2010-hez képest 21,5%-os növekedésével az ötödik helyre került az uniós rangsorban.

Ugyanakkor figyelnünk kell a világpiacra is, mert egyre nyilvánvalóbb, hogy a verseny élesedik és erre minden szereplőnek (munkaadók, munkavállalók, kormányzat) figyelnie kell és aktívan közreműködnie abban, hogy a versenyképesség és a szociális biztonság egyszerre és egymást támogatva erősítse az Európai Uniót. Mivel a magyar kormányzat a korábban indított munkavédelmi akciótervekkel is azt vallja a határozattal összhangban, hogy a munkavállalók szaktudásának és készségeinek elveszítését meg kell akadályozni és Európának meg kell tartania ipari kapacitását igényei anélkül való kielégítése érdekében, hogy harmadik országok gyártóitól függjenek. Önálló hazai ipar nem képzelhető el versenyképes európai iparral, piaccal és multinacionális vállalatokkal.

2013 óta több mint 360 milliárd forint kedvezménnyel élhettek a munkaadók eddig, évente közel 900 000 munkavállaló munkahelyének megőrzésével.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - A tények makacs dolgok és gyakorta kényelmetlen következtetésekhez vezetnek. Ameddig az Uniót neoliberális elvek mellett igazgatják, amit a maastrichti kritériumok és a Lisszaboni Szerződés egyértelműen mutatnak, addig esély sincs valódi iparpolitika kialakítására. Ahhoz erősen védeni kellene az Unió iparát, és azon belül kellene egy felzárkóztatási program a gyengébben fejlett országok számára. Továbbá a multinacionális cégeket többnyire nemzeti és állami cégekkel kellene felváltani. Mindez teljesen hiányzik az anyagból, ezért az támogathatatlan. Csak a jéghegy csúcsa a most bejelentett két nagyobb leépítés, melyek az évtizedes távlatú, szemlátomást hibás gazdasági szabályozás utórezgései. Kína és a Távol-Kelet hálásak lehetnek az európai bürokráciának.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепям предложението за резолюция на Европейския парламент за необходимостта от европейска политика на реиндустриализация в контекста на неотдавнашните случаи с Alstom и Caterpillar. Смятам, че този документ представлява силно политическо послание на солидарност и подкрепа от страна на Европейския съюз към работниците в тези предприятия. Тази резолюция би допринесла за ефективното изпълнение на програмата Европа 2020, която предвижда всяка държава от ЕС да достигне дял 20% от БВП, идващ от индустрията.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – In light of the recent Caterpillar and Alstom cases, the first point that needs to be taken into account is that the EU should immediately mobilise the European Globalisation Adjustment Fund (EGAF) in order to support workers who lost their jobs and give them new opportunities to reintegrate into the labour market. Furthermore, the EU and its Member States should find a common vision for European industry because the sector is shrinking and cannot maintain its global competitiveness. Today European industrial production accounts 24% of world production while during the 1990s it accounted for 36%. Unfortunately, declining industry (deindustrialisation) of Europe has resulted in job losses for employees, failure of SMEs and economic decline. Therefore, the EU should develop

consistent and comprehensive industrial policy, which aims to reindustrialise Europe. Importantly, reindustrialisation of Europe should be based on digitalisation (in particular the integration of smart technologies and robotics into industrial value chains), sustainability, energy efficiency and adequate resources. Member States should join efforts and facilitate the emergence of joint industrial projects. In general, reindustrialisation of the EU will create jobs, economic growth and regional integration.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Dopo la dura crisi è stato necessario ripartire con investimenti e azioni a sostegno della ripresa economica e di una crescita sostenibile dell'UE. La globalizzazione ci spinge a puntare sull'innovazione e sull'aumento della competitività del nostro sistema industriale. La proposta oggi approvata invita la Commissione e gli Stati membri a sovvenzionare gli investimenti pubblici in ricerca e sviluppo e in tecnologia, subordinatamente al rispetto delle norme ambientali e sanitarie, al fine di favorire le competenze e il know-how, cosa che rappresenta un presupposto fondamentale per accrescere la competitività e la sostenibilità dei settori strategici. Pertanto, bisogna agire per trovare delle soluzioni idonee a tutelare i posti di lavoro attualmente a rischio con tutti i mezzi disponibili, garantire la trasparenza nei trasferimenti finanziari, e tutelare la competitività delle nostre imprese nello scenario globale.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution car elle veut donner de nouvelles compétences à la Commission européenne, en adoptant une approche trop intégrée de la politique industrielle. Or j'estime que la politique industrielle de l'Europe devrait reposer sur une coopération entre les États.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution qui affirme la nécessité d'une politique européenne de réindustrialisation, au regard notamment de la fermeture du site de Caterpillar en Belgique (2500 licenciements) et des menaces pesant sur celui d'Alstom à Belfort (400 emplois).

Des solutions durables doivent être trouvées afin de soutenir les salariés et sous-traitants concernés par ces restructurations. Une politique européenne de réindustrialisation passe notamment par l'exigence de réciprocité pour les marchés publics à l'international.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – La résolution commune qui nous a été présentée sur la fermeture des sites industriels d'Alstom à Belfort et Caterpillar à Charleroi considérait la fermeture de ces sites comme un fait accompli.

J'ai alors introduit un amendement pour modifier ce point et le remplacer par:

«condamne énergiquement ces fermetures inacceptables, les plans de restructuration et les décisions économiques stratégiques faites par les multinationales, laissant des milliers de travailleurs sans emploi;»

Malheureusement cet amendement n'est pas passé à une voix près puisqu'il est tombé par 315 voix contre 314 et 44 abstentions. Or, en acceptant la fermeture de ces sites industriels une ligne rouge était franchie, c'est pourquoi je me suis refusé à soutenir ce texte qui se soumettait somme toute aux logiques de l'argent aux dépens de notre outil industriel.

Un constat doit être fait. Ces fermetures sont purement guidées par des logiques financières et ne prennent pas en compte les multiples défis qui se présentent à nous avec la transition écologique. C'est pourquoi nous devons investir massivement dans nos capacités de production, pour relancer l'économie et créer des emplois de qualité sur le sol européen.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution sur la nécessité d'une politique européenne de réindustrialisation à la lumière des récentes affaires Caterpillar et Alstom. Les groupes majoritaires veulent profiter de la médiatisation de ces affaires pour relancer l'idée de politique industrielle européenne, «sans protectionnisme».

Les propositions de la résolution sont incohérentes: promotion du libre-échange d'un côté et exigence de réciprocité et d'ouverture des marchés publics par les autres puissances de l'autre. Pas de préférence communautaire en vue pour le ferroviaire, qui est une industrie de souveraineté.

On veut la croissance verte mais sans investissements massifs possibles uniquement par création monétaire au profit de l'économie réelle.

Enfin, l'Europe sociale est un mirage auquel ses promoteurs ne croient même plus.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Les groupes majoritaires veulent profiter de la médiatisation de ces affaires pour relancer l'idée d'une politique industrielle européenne, «sans protectionnisme». La résolution commune a plusieurs axes: économie verte, rénovation des instruments de défense commerciale, relance de l'investissement public et privé et participation renforcée des salariés dans les plans de restructuration.

Les propositions de la résolution sont à mon sens incohérentes: promotion du libre-échange d'un côté et exigence de réciprocité et d'ouverture des marchés publics par les autres puissances d'un autre, pas de préférence communautaire en vue pour le ferroviaire, qui est une industrie de souveraineté. On veut la croissance verte mais sans des investissements massifs; possibles uniquement par création monétaire au profit de l'économie réelle. Enfin, l'Europe sociale apparaît comme un mirage auquel ses plus fervents supporteurs ne croient même plus.

Ainsi, j'ai voté contre ces résolutions, excepté celle du groupe ECR pour laquelle je me suis abstenu.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la resolución porque aborda los aspectos sobre la política industrial y de comercio internacional, y se centra en los principales aspectos relativos a los trabajadores y la ocupación; la resolución pone el foco en la necesidad de reforzada el paquete legislativo que empodere a los trabajadores en la toma de decisiones relacionadas con las reestructuraciones empresariales.

Los casos de Caterpillar y Alstom, la reestructuración incluye despidos y traslados debido a los cierres de plantas como la de Caterpillar en Monkstown (Irlanda del Norte) o la de Alstom en Cornellà (Barcelona).

Es por ello que se le pide a la Comisión que previa consulta a los agentes sociales, elabore una propuesta de acto legislativo sobre información y consulta de los trabajadores para la anticipación del cambio y las reestructuraciones, previa consulta a los agentes sociales, presente una revisión sobre la aproximación de los marcos legales de los Estados miembros en materia de despidos colectivos.

También se pide la reforma del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización (FEAG) para que mejore su cobertura sobre los trabajadores afectados directa e indirectamente por este tipo de procesos.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en esta resolución porque, aun conteniendo elementos positivos (la mejora en el uso de los fondos europeos y la contratación pública en apoyo de la industria europea, el rol de los interlocutores sociales, el reconocimiento de la importancia de la política industrial, la necesidad de reformar las políticas de competencia para favorecer al empleo…) apenas contiene referencias críticas a cómo las políticas europeas, de las desregulaciones y privatizaciones hasta su agresiva política comercial exterior, son responsables de la crisis industrial que vive Europa.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – En la presente propuesta de resolución común apoyada por el PPE, Verdes, ECR, S&D y ALDE, el Parlamento Europeo envía un claro mensaje a la Comisión Europea sobre la necesidad de una política europea de reindustrialización en vista de los recientes casos de Caterpillar y Alstom, dos grandes empresas afectadas por los cambios en la economía mundial y que han anunciado planes de restructuración.

El Parlamento se solidariza con los afectados e indica los caminos que considera importante recorrer para que tengamos una industria fuerte y resistente. Solo una política industrial orientada al futuro permitirá que la Unión haga frente a los diversos desafíos ante los que se encuentra, incluida su reindustrialización, su transición a la sostenibilidad y la creación de empleo de calidad.

Voto favorablemente la presente resolución, convencido de que muchas de las ideas aportadas por el Parlamento Europeo ayudarán la Comisión Europea a crear nuevas y ambiciosas políticas de reindustrialización.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this motion for resolution which aims to address the significant economic challenges Member States face in an ever changing global market place.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Evropský parlament se nemá co vyjadřovat k restrukturalizaci firem (Caterpillar nebo Alstom). Usnesení volá pro „evropské průmyslové politice", která by chránila dělníky v EU. Chce protekcionismus na úkor spotřebitelů a daňových poplatníků. Nesouhlasím ani s voláním po dotování informačních a energetických sítí. Zpráva je výzvou k provádění centrálně řízené protekcionistické politiky, a to rozhodně nepodporuji.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Poduzeće Caterpillar najavilo je veliki plan restrukturiranja, čija će posljedica biti zatvaranje postrojenja u Gosseliesu i otpuštanje 2500 radnika. Također, upravni odbor poduzeća Alstrom najavio je prebacivanje proizvodnje vlakova i zatvaranje postrojenja u Belfortu, a očekuju se i druga otpuštanja u postrojenjima ovih poduzeća u Španjolskoj, Italiji i Sjevernoj Irskoj. Ovi događaji potvrđuju trend sve većeg premještanja poslovanja izvan Europe, koji pridonosi smanjenju zaposlenosti u proizvodnom i industrijskom sektoru mnogih europskih država i ima negativan utjecaj na ukupnu gospodarsku i socijalnu strukturu. Europska industrija ima visoku dodanu vrijednost i priznatu razinu stručnosti, ali je trenutno suočena sa snažnom globalnom konkurencijom iz trećih zemalja, koji na europsko tržište izvoze jeftinije proizvode i provode agresivnu politiku.

Europa je socijalno tržišno gospodarstvo s ciljem postizanja održivog gospodarskog i uključivog rasta, stoga je nužno kreirati sveobuhvatnu industrijsku politiku kojom se štite radnici u EU-u, kako bi se izbjegla nova premještanja proizvodnje. U tu svrhu potrebno je ubrzati potporu projektima u regijama koje su najviše pogođene deindustrijalizacijom, mobilizirati sve fondove, posebno ESF i EGF. Industrijska strategija Unije mora se temeljiti na digitalizaciji, održivosti, energetskoj učinkovitosti i promicati važnost kvalificiranih radnika i povezanost istraživanja i industrije za jačanje industrijske konkurentnosti EU-a, stoga sam podržala ovu rezoluciju.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – I share the view that European industry has played an essential role in the history of European integration. At present, this central and strategic EU industry faces strong competition from third countries, which export lower-cost products to the European market by carrying out an aggressive and rapidly expanding policy on all continents.

Trade in construction machinery in the EU has suffered strong disruptions in recent years, linked to the reduction of public and private investment. I am convinced that European industry should be seen as a strategic asset for the competitiveness of the EU. A strong industry will allow the EU to face the different challenges ahead.

I support calls on the Commission to ensure that EU trade policy is more consistent with industrial policy, so that trade policy takes account of the need to secure European industrial jobs and does not lead to further deindustrialisation.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Prípady Caterpillar a Alstom sú príkladmi presúvania podnikateľských aktivít a kapitálu do finančne výhodnejšieho prostredia pre podnikateľov. Takéto aktivity oslabujú hospodárstvo EÚ, zvyšujú nezamestnanosť a poškodzujú konkurencieschopnosť Únie. Komisia preto musí vytvoriť obchodnú politiku EÚ, ktorá zaistí rovnakú a spravodlivú hospodársku súťaž pre všetky podnikateľské subjekty na trhu, s cieľom zachovať a zvyšovať zamestnanosť a podporovať a udržiavať priemyselné odvetvia, na ktorých hospodárstvo EÚ a jej členských krajín stojí.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – À la suite des récentes annonces de fermeture de l'usine Caterpillar de Gosselies (Belgique) et du site d'Alstom à Belfort, le Parlement européen se devait de réagir officiellement. C'est ce que propose cette résolution complète et équilibrée qui appelle notamment à la relance des investissements publics pour réindustrialiser l'Union, tout en insistant sur l'impact négatif des politiques d'austérité en ce sens.

Soulignant combien l'Union aurait à souffrir en termes de perte des savoir-faire et des technologies, le texte invite l'Union et les États membres à lutter plus efficacement contre la concurrence déloyale en révisant les instruments européens de défense commerciale. Cette résolution prévient par ailleurs qu'en l'état actuel, la Chine ne saurait se voir reconnaître le statut d'économie de marché.

Proposant par ailleurs des mesures environnementales et sociales ambitieuses, notamment en matière de dépollution et de vente pour les entreprises, ou encore la création d'une loi Florange au niveau européen, ce texte mérite d'être soutenu. Je vote donc en faveur.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Παραπέμποντας στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 14/9/2016, καταψηφίζω την κοινή πρόταση ψηφίσματος διότι δεν είναι ούτε πλήρης, ούτε τεκμηριωμένη.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *în scris*. — În contextul recentelor cazuri Caterpillar, Europa are nevoie urgentă de o nouă politică europeană de reindustrializare. UE trebuie să pună la punct mecanismele de ajustare la frontieră pentru a evita dumpingul ecologic și dumpingul de produse mai ieftine dar de proastă calitate. Aceste produse nu fac altceva decât să distrugă standardele europene și să afecteze competitivitatea industriilor europene.

Dacă UE impune o serie de norme ecologice și sociale, atunci aceeași Uniune Europeană trebuie să își apere industria și să anticipeze situațiile socio-economice care conduc la dizolvarea capacităților industriale și la pierderea a numeroase locuri de muncă. Europa trebuie să propună urgent o strategie care să facă față concurenței la nivel global din partea țărilor exportatoare de produse cu costuri reduse pe piața europeană, țări care au o politică de extindere rapidă pe toate continentele și care beneficiază de sprijin politic și financiar din partea guvernelor lor.

Cer Comisiei să înceapă de urgență procesul de consultare cu partenerii sociali cu privire la eficiența legislației privind legalitatea disponibilizărilor colective.

Cer Comisiei să propună o revizuire a Directivei privind comitetele europene de întreprindere și să vină cu o propunere de act legislativ privind informarea și consultarea lucrătorilor, anticiparea și gestionarea restructurărilor.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Au mois de septembre 2016, deux grands groupes industriels ont annoncé la fermeture de leurs usines en Europe, notamment en France et en Belgique, causant ainsi le licenciement de milliers de salariés et mettant en danger au moins autant d'emplois indirects. Les députés centristes et de gauche, y compris les Français, veulent profiter du malheur des salariés français et belges, ainsi que de la médiatisation de ces affaires pour relancer l'idée d'une politique industrielle européenne «sans protectionnisme».

Ces députés étaient tellement préoccupés par la volonté de parler d'une seule voix, dite «européenne», qu'ils nous ont présenté une proposition de résolution incohérente et inacceptable. En effet, elle ne tient pas compte de la souveraineté économique des États membres et ne résoudra pas les problèmes du secteur industriel en Europe, qui a surtout besoin d'investissements massifs, possibles uniquement par une création monétaire au profit de l'économie réelle.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – Les décisions, coup sur coup, des directions d'ALSTOM et de Caterpillar de fermeture de sites et suppressions d'emplois en France et en Belgique sont emblématiques de la crise que traverse l'industrie européenne.

Outre les spécificités propres à chaque pays, l'industrie européenne est sous la pression d'un triple dumping: social, fiscal et environnemental. Beaucoup d'acteurs tirent profit de l'attitude idéologique de l'Europe qui s'impose à elle-même un libéralisme qu'aucune autre grande puissance ne respecte. En cause: nos marchés publics ouverts sans limitation à la concurrence internationale; une politique commerciale aveugle où la Commission serait prête à accorder le statut «d'économie de marché» à la Chine, abolissant encore plus de protections vis-à-vis de leurs exportations, et, in fine, de leur dumping social.

Enfin, alors que nous votions cette semaine la ratification de l'accord de Paris, il faut rappeler également que si l'industrie européenne est désavantagée vis-à-vis de ses concurrentes asiatiques, c'est également parce qu'elle s'efforce de respecter une législation environnementale absolument cruciale pour la transition énergétique. Il devient urgent à cet égard de mettre en place le dispositif «d'ajustement carbone aux frontières».

J'ai voté pour cette résolution qui rappelle ces ambitions.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την ανάγκη για μια ευρωπαϊκή πολιτική εκβιομηχάνισης υπό το φως των πρόσφατων υποθέσεων Caterpillar και Alstom γιατί η ευρωπαϊκή βιομηχανία έχει διαδραματίσει σημαντικό ρόλο στην ιστορία της ευρωπαϊκής ολοκλήρωσης και αποτελεί πυλώνα για νέες αξίες στην Ευρώπη. Επίσης, θα πρέπει να ληφθεί υπόψη ότι η ευρωπαϊκή σιδηροδρομική βιομηχανία αποτελεί τον θεμέλιο λίθο και την ραχοκοκαλιά της ευρωπαϊκής εκβιομηχάνισης και ταυτόχρονα απασχολεί 400.000 άτομα σε ολόκληρη την ΕΕ. Από την άλλη μεριά, μόνο μέσω μιας φιλόδοξης πολιτικής καινοτομίας που θα προωθεί την παραγωγή καινοτόμων προϊόντων θα επιτραπεί στην ΕΕ να είναι αυτάρκης σε ένα ανταγωνιστικό παγκόσμιο περιβάλλον. Δεδομένου ότι στην περίπτωση της Alstom και Caterpillar δεν έχει ληφθεί υπόψη η εμπειρογνωμοσύνη των εκπροσώπων των εργαζομένων και ότι πολλές φορές το κλείσιμο των εργοστασίων συνεπάγεται συχνά μη αναστρέψιμες απώλειες στις τεχνολογίες, τη βιομηχανική τεχνογνωσία και τις δεξιότητες των βιομηχανικών εργατών, εκτιμώ ότι η Επιτροπή θα πρέπει να υποβάλει πρόταση αναθεώρησης των νομοθεσιών των κρατών μελών σχετικά με τις ομαδικές απολύσεις.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Da ein Großteil der innereuropäischen Wertschöpfung der Industrie zu verdanken ist, müssen von der Wirtschaftspolitik – unter Berücksichtigung der Subsidiarität, nationaler Arbeitsrechte und Sozialtraditionen – die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Massenentlassungen wie bei Caterpillar und Alstom in Zukunft zu vermeiden. Dem stimme ich inhaltlich zu.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už Europos Parlamento rezoliuciją, kurioje Taryba yra raginama kuo greičiau priimti sprendimą dėl prekybos apsaugos mechanizmų modernizavimo, kad pagaliau būtų galima tinkamai reaguoti į nesąžiningą trečiųjų šalių praktiką, ir apsaugoti Europos Sąjungos pramonę nuo dempingo Europos rinkoje bei užtikrinti sąžiningą konkurenciją.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Les groupes majoritaires veulent profiter de la médiatisation de ces affaires pour relancer l'idée d'une politique industrielle européenne, «sans protectionnisme». La résolution commune a plusieurs axes: économie verte, rénovation des instruments de défense commerciale, relance de l'investissement public et privé et participation renforcée des salariés dans les plans de restructuration.

Les propositions de la résolution sont à mon sens incohérentes: promotion du libre-échange d'un côté et exigence de réciprocité et d'ouverture des marchés publics par les autres puissances d'un autre, pas de préférence communautaire en vue pour le ferroviaire, qui est une industrie de souveraineté. On veut la croissance verte mais sans des investissements massifs; possibles uniquement par création monétaire au profit de l'économie réelle. Enfin, l'Europe sociale apparaît comme un mirage auquel ses plus fervents supporteurs ne croient même plus.

Ainsi, j'ai voté contre ces résolutions, excepté celle du groupe ECR pour laquelle je me suis abstenue.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Os casos Caterpillar e Alstom vêm demostrar que a indústria europeia deve ser encarada como um ativo estratégico para a competitividade e a sustentabilidade da UE. Só uma indústria forte e resiliente e uma política industrial orientada para o futuro permitirão à UE enfrentar os diferentes desafios que se avizinham, como a reindustrialização, a transição para a sustentabilidade e a criação de empregos de qualidade. A Comissão e os Estados-Membros devem antecipar melhor estas situações socioeconómicas e assegurar a competitividade da nossa rede industrial. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I supported this cross-party resolution as it expresses the need for an industrial policy that also protects those employed in these sectors. It also stresses that European industry should continue to be seen as a strategic asset and policies formed to make it resilient to future challenges.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Je tiens à exprimer ma sympathie et ma solidarité à l'égard des travailleurs et des sous-traitants, victimes d'un processus brutal qui a pris tout le monde par surprise. Comme eux, nous avons été choqués par l'annonce de la fermeture du site de Gosselies par une entreprise qui a déjà fait l'objet d'une restructuration importante en 2013. Face à ce type de phénomènes, des solutions concrètes à court et à long terme doivent être envisagées sans tarder. La crise économique a montré que les industries les plus solides sont celles qui investissent le plus dans l'innovation, la R&D, l'efficacité énergétique, l'économie circulaire, etc. Or, l'Union européenne manque indéniablement d'investissements publics et privés.

Nous plaidons donc pour que la Commission élabore une stratégie pour une politique de réindustrialisation ambitieuse, tournée vers l'avenir, favorisant l'émergence de champions européens capables de s'attaquer à un marché globalisé et de s'intégrer à la concurrence mondiale. Nous devons nous donner les moyens d'être le moteur du changement et de l'innovation. Nous devons également mettre un point d'honneur au renforcement des mécanismes de défense contre le dumping provenant d'États tiers, notamment la Chine. Il y a des règles et celles-ci doivent être respectées.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — Na začiatku septembra oznámili dve spoločnosti, Caterpillar a Alstom, uzatvorenie svojich výrobných prevádzok v Belgicku a vo Francúzsku a ich presun do iných miest v rámci Európy a mimo nej. Odhaduje sa, že zatvorenie Caterpillar povedie k prepúšťaniu viac ako 2 000 zamestnancov a ohrozuje ďalších 4 000 – 7 000 pracovných miest v subdodávateľskom sektore a v súvisiacich MSP, v prípade Alstomu bude viac ako 400 miest presunutých do iných závodov. Oba prípady sú iba príkladom oveľa väčšieho problému, ktorým čelí európsky priemysel. Kým európska priemyselná výroba predstavovala v 90. rokoch 36 % svetovej výroby, v súčasnosti jej podiel je iba 24 % a má naďalej klesajúcu tendenciu. Politika EÚ, ktorá sa zameriava na podporu reindustralizácie, musí dostatočne reagovať na túto situáciu. Je nevyhnutné dokončiť konkurencieschopný jednotný trh, ktorý vie prilákať a udržať súkromné investície, vytvoriť dlhodobú európsku priemyselnú stratégiu, ktorá pomôže naplniť stanovené ciele, zlepšiť prístup podnikov k finančným prostriedkom v EÚ, najmä mikropodnikom a MSP. Európa musí tiež využiť obrovský potenciál IKT na digitalizáciu priemyslu, aby si zachovala celosvetovú konkurencieschopnosť. V prípade spoločností Caterpillar a Alstom by mala Komisia uvoľniť dostupné finančné prostriedky, najmä Európsky sociálny fond a Európsky fond na prispôsobenie sa globalizácii, s cieľom čo najrýchlejšie opätovne zaradiť prepustených pracovníkov.

Anne-Marie Mineur (GUE/NGL), *schriftelijk*. – De SP heeft zich onthouden op deze resolutie. Hoewel er in de tekst goede punten staan, wordt er veel verwezen naar de Europa 2020-strategie. Wij zijn van mening dat juist de Europa 2020-strategie, die onderdeel uitmaakt van het Europees Semester, zorgt voor economische en financiële problemen in de lidstaten waardoor investeren in re-industrialisatie onmogelijk wordt gemaakt. Het Europese Semester en de Europa 2020-strategie zijn dan ook geen delen van de oplossing van dit probleem, maar juist een versterker van de huidige problematiek, omdat landen niet de vrijheid hebben in te grijpen in sectoren die het moeilijk hebben.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the resolution, which calls for a strategy to reindustrialise Europe following the brutal announcements on the closure of the Caterpillar plant in Belgium and the Alstom site in France. It is essential to develop a real industrial policy for Europe, with an investment strategy, a new competition policy and a trade policy to tackle social dumping. However, I have voted against the paragraphs calling on conversion of taxation because in my view, it is also important to recall that the EU is not a homogenous area and this needs to be borne in mind. Not all regions in the EU face the same economic realities, be it for their domestic market size, geographical proximity or resources. Ultimately, regions which find themselves at a disadvantage are equally interested in safeguarding their tax revenues and keeping people-based economic activity in their territory. But to do so, they need latitude in tax policy, especially considering that the EU has a very sophisticated state aid policy which already materially limits what can be done in terms of measures.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A megjelölt kérdésben a PPE, a Verts/ALE, a GUE/NGL, az ECR, az S&D, az EFDD és az ALDE képviselőcsoportok nyújtottak be állásfoglalásra irányuló indítványt. A képviselőcsoportok a GUE/NGL és az EFDD kivételével megegyezésre jutottak és kompromisszumos indítványt dolgoztak ki. A kompromisszumos javaslatot szavaztam meg.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A indústria europeia deve ser orientada de forma a poder ser considerada como um ativo estratégico para a competitividade e a sustentabilidade da UE.

Os novos desafios na UE, como a reindustrialização, a transição para a sustentabilidade e a criação de empregos de qualidade, só poderão ser enfrentados com sucesso com uma indústria forte e resiliente e uma política industrial orientada para o futuro.

Defendo a criação de uma verdadeira política industrial da União, que também proteja os trabalhadores da EU (proteção social adequada, condições de trabalho e salários que permitam viver com dignidade, entre outros), que consiga almejar uma economia sustentável e um crescimento inclusivo.

Subscrevo a posição do relator, relativamente à orientação do investimento para a criatividade, as competências, a inovação e as tecnologias sustentáveis e promover a modernização da base industrial da Europa através de uma política atenta à cadeia de valor, que inclua as indústrias de base e os respetivos agentes regionais e locais.

A reindustrialização trará enormes benefícios para a indústria europeia e a economia no seu todo.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Les propositions de la résolution sont incohérentes: promotion du libre-échange d'un côté et exigence de réciprocité et d'ouverture des marchés publics par les autres puissances. Pas de préférence communautaire en vue pour le ferroviaire, qui est une industrie de souveraineté.

On veut la croissance verte mais sans des investissements massifs possibles uniquement par création monétaire au profit de l'économie réelle.

Enfin, l'Europe social est un mirage auquel ses promoteurs ne croient même plus.

Je vote donc contre ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution sur la réindustrialisation de l'Europe à la lumière des récentes affaires Caterpillar et Alstom. Au niveau européen, l'enjeu est avant tout l'exigence de réciprocité d'ouverture des marchés publics dont ont besoin nos entreprises. Outre ses contraintes sociales et environnementales, l'Europe ouvre ses marchés publics aux quatre vents, à des entreprises étrangères subventionnées. Les autres pays ferment leurs marchés ou imposent des conditions de production sur place.

Nous demandons donc la réciprocité dans l'accès aux marchés, la mise en place d'un mécanisme d'ajustement aux frontières et des mesures anti-dumping du même type que celles que nous avons obtenues contre la Chine en ce qui concerne l'acier.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Támogatom az állásfoglalási indítványt. Európa újraiparosítása egyaránt fontos gazdasági és szociális szempontból. Szemtanúi voltunk annak, hogy az ipar hanyatlása még az olyan nagy és stabil cégeket is megrázza, mint az Alstom vagy a Caterpillar, amik aztán megrendelések hiányában egyes részlegeik bezárására kényszerülnek. Mondanom sem kell, hogy egy ilyen esemény képes teljesen lelassítani az érintett régió fejlődését.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this motion for a resolution that calls for a reindustrialisation policy in the EU following the redundancy plans of Caterpillar and Alstom.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. — Уволнението на над две хиляди работници от завод на Катерпилар в Белгия и вероятността да бъдат закрити още работни места в завода на Алстром във Франция са показателен пример за необходимостта от европейска политика на реиндустриализация. ЕС има нужда повече от всякога от промишлена политика, която да не се води от краткосрочни финансови резултати, които са в ущърб на привличането на инвестиции в иновациите, както и на осигуряването на дългосрочна заетост на европейските граждани.

Именно заради това подкрепих тази резолюция, която призовава ЕК и държавите членки да разработят стратегия за всеобхватна промишлена политика в ключови сектори като този за оборудването на железопътния транспорт. Споделям мнението, че железопътният транспорт е силен и иновативен сектор, който не само създава множество работни места, но и, бивайки екологичен, е напълно съпоставим с климатичните и енергийни цели на ЕС. Особено в България, железопътният транспорт, който сегашното правителство продължава да пренебрегва за сметка на строенето на магистрали, това предложение може да създаде възможност за финансирането на проекти и увеличаването на заетостта в нашата страна, която през последните десетилетия също беше силно засегната от деиндустриализацията.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Acordul de la Paris, din 2015, este primul acord multilateral privind schimbările climatice acoperind aproape toate emisiile la nivel mondial. Acordul este un succes pentru întreaga lume și o confirmare a orientării UE în direcția unei economii cu emisii scăzute de dioxid de carbon. Proiectul uniunii energetice pune la dispoziție un cadru mai amplu în care UE poate oferi un mediu favorabil adecvat pentru tranziția energetică. Potrivit Agenției Internaționale a Energiei, punerea integrală în aplicare a planurilor climatice va conduce la investiții de 13,5 trilioane USD în eficiența energetică și tehnologii cu emisii scăzute de dioxid de carbon între 2015 și 2030, cu o medie anuală de 840 de miliarde USD. În plus, viitoarea strategie pentru cercetare, inovare și competitivitate privind uniunea energetică va profita de sinergiile între sectorul energetic, sectorul transporturilor, economia circulară, precum și inovarea industrială și digitală. Acest lucru ar trebui să ducă la creșterea competitivității tehnologiilor europene actuale și viitoare cu emisii scăzute de dioxid de carbon și eficiente din punct de vedere energetic.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestei propuneri de rezoluție ce oferă soluții de moment la două situații cu implicații economice și sociale complexe, dar care în același timp transmite un semnal de solidaritate cu regiunile din Europa care se confruntă cu relocări ale marilor întreprinderi. Suntem conștienți cu toții că producția industriei europene este în scădere și că avem nevoie de o politica europeană de reindustrializare pentru a nu mai ajunge la acest tip de situații. În acest sens, documentul adoptat astăzi reiterează necesitatea unei politici europene de reindustrializare care să promoveze cooperarea între vechile și noile companii înființate, fapt ce poate crea o bulă de oxigen atât de necesară mediului de afaceri. În acest sens, Parlamentul European invită Comisia Europeană în colaborare cu statele membre să promoveze inovarea și digitalizarea industriei europene, având în vedere oferta pieței muncii și să creeze astfel condițiile pentru crearea de noi locuri de muncă.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Zdržel jsem se hlasování o usnesení o potřebě evropské politiky reindustrializace v souvislosti s nedávnými případy Caterpillar a Alstom, protože ze systémového hlediska nepovažuji za správné a smysluplné, aby se EP zabýval jednotlivými případy podniků a rozhodnutími jejich vedení o restrukturalizaci. Jsem proti politizaci těchto jednotlivých případů, která nutně vede k tomu, že dle zadání se má sice usnesení zabývat reindustrializací, ale ve skutečnosti má spíše odborářský charakter a jako takové se stalo rukojmím levice, což samo o sobě znemožňuje seriózní a komplexní uchopení problematiky restrukturalizace velkých podniků potýkajících se s tlaky ekonomické globalizace. Myslím, že agenda reindustralizace, zlepšování pracovního trhu v Unii a vyjednání férových podmínek pro zahraniční obchod (včetně vztahů s Čínou) jsou velmi důležitou agendou Unie, ale ta by neměla být směšována s konkrétními sociálními problémy (jakkoliv je mi samozřejmě lidí, kteří v tomto i podobných případech přicházejí o práci, líto a jsem přesvědčen, že sociální systémy zemí stejně tak jako některé unijní prostředky jim mají účinně pomoci). Fungující ekonomika či dobře nastavený, udržitelný sociální a rozpočtový systém jsou tím hlavním, co by měly národní vlády a parlamenty podpořit a tím zajistit dobrou kvalitu života pro své občany.

Андрей Новаков (PPE), *в писмена форма*. – Докладът се отнася до закриването на фабриката на Caterpillar в Белгия, което ще доведе до колективното уволнение на над 2000 служители и ще застраши допълнително до 7000 работни места, и до закриването на завода „Монкстаун“ на Caterpillar в Нютаунаби, Северна Ирландия, което би довело до загуба на 250 работни места. Докладът призовава Комисията за бързата мобилизация на Европейския социален фонд и Европейския фонд за приспособяване към глобализацията, с цел реинтеграция на работниците, съкратени от Caterpillar. Той призовава Комисията и държавите членки също така да осигурят по-добър достъп до финансиране за предприятията от ЕС, особено за микропредприятията и МСП. Нуждаем се от дългосрочна визия за европейската индустрия.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe diesen Bericht unterstützt, da er sich für bessere Rahmenbedingungen im Bereich der Industrie ausspricht. Die Rahmenbedingungen werden unter Berücksichtigung der Subsidiarität und der nationalen Arbeitsrechte und Sozialtraditionen geschaffen.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. — Pritariu pateiktai rezoliucijai. Pažymėtina tai, jog minėtų įmonių uždarymas itin skaudžiai paveikia vietos ekonomiką ir bendruomenes. Manau, kad reikia dėti daugiau pastangų siekiant ateityje užkirsti kelią galimam tarptautinių įmonių uždarymui, restruktūrizacijos planams ir strateginiams ekonominiams sprendimams, dėl kurių darbo netenka tūkstančiai darbuotojų. Siekiant reaguoti į ekstremalią socialinę padėtį, kurią sukėlė globalizacija, gamybos perkėlimas ir deindustrializacija, Komisija turėtų sukurti Europos minimalių pajamų sistemą.

Atsižvelgiant į tai, labai svarbu skirti didesnę paramą Europos pramonės politikai ir kuo skubiau parengti veiksmingą ilgalaikę Europos pramonės strategiją. ES mastu turi būti vykdoma suderinta politika, skatinanti paklausą, suteikianti fiskalines priemones ir užtikrinanti darbo užmokesčio didėjimą.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding motion for a resolution. While of course UKIP sympathises with the sudden loss of jobs, the resolution was being used as an excuse for EU to take more action and to create an EU 'reindustrialisation policy'. The only people who should decide economic policy are our elected national governments, not unaccountable bureaucrats in Brussels.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – In merito alla proposta in esame ho ritenuto doveroso esprimermi a favore. Risulta necessaria, vista la situazione attuale, trovare un rapido accordo che in merito alla revisione delle norme sugli strumenti di difesa commerciale, con la finalità di rafforzarli in maniera considerevole. Il mercato europeo si trova ad affrontare una spietata concorrenza mondiale che vede l'Unione costretta a migliorare e rendere più reattivi i propri strumenti tenendo conto della necessità di garantire l'occupazione industriale e di evitare il verificarsi di fenomeni come la delocalizzazione e la deindustrializzazione. Considerato che vi è bisogno di coerenza tra le diverse politiche dell'UE per dare vita ad una vera e propria politica industriale, sento di dovermi esprimere positivamente. Pertanto, ho votato a favore.

Alojz Peterle (PPE), *in writing*. – Europe has a social market economy which means that large companies have a moral and social responsibility to their employees. On the other hand our duty is to encourage a more friendly context for businesses in Member State and support this from EU level, so businesses will be able to provide the added value, the jobs and the necessary growth which are essential to Europe's welfare system. Therefore, the EU needs to support jobs with a reindustrialisation strategy to increase industrial activity to 20% of the EU's GDP by 2020.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Smatram da su nedavne najave Caterpillara i Alstoma o predviđenim zatvaranjima velikih industrijskih postrojenja u Europi težak udarac za njihove radnike i da ta odluka teško pogađa regije u kojima posluju. Nažalost jedna od tih tvrtki je i Alstom Hrvatska iz Karlovca u Hrvatskoj. Najavljeno je da će posao izgubiti 229 radnika od kojih je čak 130 inženjera. Potencijal zaposlenika ne treba se prepustiti slobodnom tržištu jer će oni najkvalitetniji biti ponovno zaposleni, ali ne u Hrvatskoj niti na području EU-a. Zbog takvih je okolnosti nužno voditi ciljanu politiku kako bi takvi kvalificirani radnici pronašli odgovarajuću alternativu za zaposlenje na području EU-a. Bez odgovarajuće inicijative u tom smjeru EU će gubiti pojedine važne dijelove svoje industrije, a i ono što je posebno vrijedno - svoj *know-how*, a time i svoje mjesto na globalnom tržištu specijaliziranih proizvoda s visokom dodanom vrijednosti. U ovom trenutku prvi prioritet treba biti podrška onima koji su izravno pogođeni, ali treba razmišljati i dugoročno vodeći nužnu brigu o potrebama i budućnosti europske industrije. Mislim da na ovaj način možemo poslati snažan signal o potrebi očuvanja i poboljšanja konkurentnosti naše industrijske ekonomije na dugi rok s investicijskim planom za Europu.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Le constructeur d'engins de chantier américain Caterpillar a annoncé le 2 septembre 2016 son intention de fermer son unique usine belge, à Gosselies, entraînant la suppression de 2 200 (6 000 si on compte les sous-traitants) postes dans la région déjà sinistrée de Charleroi.

La société Alstom a annoncé le 12 septembre suivant la fermeture de son site de Belfort, spécialisé dans la construction de matériel ferroviaire. L'entreprise a motivé sa décision par la baisse des commandes de la SNCF, qui a préféré Bombardier comme fournisseur pour les TER. Le 4 octobre, le gouvernement français a annoncé une solution pour maintenir l'emploi à Belfort avec la commande de nouvelles rames de TGV pour circuler sur le réseau Intercité.

Les groupes majoritaires veulent profiter de la médiatisation de ces affaires pour relancer l'idée d'une politique industrielle européenne, «sans protectionnisme». Leurs propositions sont incohérentes et reposent sur l'idée absurde que transférer la politique industrielle à la Commission dans le cadre d'une intégration toujours plus poussée serait une bonne chose. Je pense que seuls les États souverains et démocratiques sont à même de définir une politique industrielle efficace et respectueuse des intérêts de leur peuple et de l'environnement. Je vote donc contre ce texte.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Estamos solidários com a luta dos trabalhadores da Caterpillar e da Alstom, assim como com a luta de todos os trabalhadores que enfrentam o desemprego e a precariedade.

Defendemos que sejam acionadas todas as medidas para que, o mais cedo possível, possam recuperar os seus empregos, em condições de segurança laboral, com salários dignos, com direitos e possibilidades de evolução profissional e pessoal.

Por estas razões fundamentais, rejeitamos esta resolução.

Com um indisfarçável cinismo, esta resolução começa por lamentar a situação dos trabalhadores destas empresas. Mas nem por um momento põe em causa as políticas que estão na base da dita desindustrialização, e que permitem às multinacionais deslocalizações sucessivas, sempre em busca de melhores condições de exploração dos trabalhadores, deixando atrás de si um rasto de miséria e destruição. Pelo contrário, a resolução cauciona e reafirma essas políticas.

No fundo, o que se pretende – e a «política industrial europeia» serve esses objetivos – é ganhar escala no plano europeu, através de «reestruturações» que reforcem grupos económicos das principais potências (mesmo que aniquilando a indústria da periferia), para melhor competir no plano internacional. É promover a concentração monopolista à escala europeia, dando músculo ao grande capital europeu na concorrência inter-imperialista. Para estes senhores, os trabalhadores são carne para canhão.

Deplorável.

Miroslav Poche (S&D), *písemně.* – V září tohoto roku firma Caterpillar oznámila široký restrukturalizační plán, jehož součástí bylo i zavření továrny v Belgii, kde dojde k propuštění více než 2 500 pracovníků v samotné továrně a ohrozí to zaměstnání více než 4 000 pracovníků v subdodavatelských firmách. Všechno se to událo, přestože v letech 2013-2015 došlo k poklesu výrobní ceny v EU, což vedlo k zatraktivnění produkce za hranicemi EU. Podle mého musí Evropská unie reagovat v situaci, kdy jsou zásadním způsobem ohrožena práva zaměstnanců a kdy velké nadnárodní společnosti odmítají dlouhodobě spolupracovat na hledání řešení, která by minimalizovala regionální sociální dopady. Nakonec ale ztrácí všichni. Rád bych však v tomto okamžiku připomněl, že Evropský parlament by měl věnovat stejně velkou pozornost podobným případům, které se dějí v ostatních zemích EU.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* – Au regard des difficultés rencontrées par des entreprises européennes, comme récemment Caterpillar ou Alstom, établir une politique européenne de réindustrialisation est une priorité. C'est dans cet esprit que j'ai voté pour ce texte.

On le voit trop souvent, des grandes entreprises en difficulté font l'objet, quand elles sont «sauvées», de plans de relance souvent artificiels. Le cas d'Alstom en France le démontre. Dès lors, la réflexion doit être plus globale: comment relever les défis structurels qui freinent aujourd'hui l'essor économique de notre continent? La compétition mondiale est rude, et aucune croissance ne sera possible sans défense commerciale et promotion de règles harmonisées dans la mondialisation. Aujourd'hui, l'Europe reste ouverte aux acteurs étrangers. Cette ouverture ne continuera d'être bénéfique que si, en contrepartie, nous nous assurons d'obtenir les mêmes opportunités de développement au-delà de nos frontières.

Mais je le dis clairement: tant que certains gouvernements nationaux, à l'image de l'exécutif socialiste en France, ne prennent pas conscience de la nécessité de diminuer la lourdeur administrative, les charges sociales et patronales pour nos entreprises, et de mettre en place une stratégie claire de commerce extérieur, aucune politique industrielle digne de ce nom ne sera performante en France et en Europe.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito.* – A indústria europeia apresenta um elevado valor acrescentado e padrões de qualidade reconhecidamente elevados. Por outro lado, a indústria desempenha um papel estratégico fundamental para a política económica prosseguida pela União.

Ora, a forte concorrência entre a União e os Estados que exportam produtos de baixo custo para o mercado europeu, tem vindo a ameaçar o sector industrial. Por esta razão, recentemente, duas fábricas das empresas Alstom e Caterpillar, respetivamente, suprimiram cerca de 3000 postos de trabalho em território europeu.

A economia social de mercado europeia deve almejar objetivos de sustentabilidade e de crescimento inclusivo, devido à importância do sector secundário. Nesse sentido, a criação de uma estratégia industrial europeia a longo prazo, a fim de atingir a meta de 20% do PIB provindo do sector secundário - objetivo consagrado na Estratégia Europa 2020 — é deveras fundamental.

A Comissão deve desenvolver, com os Estados Membros, uma estratégia para uma política industrial coerente e global, que favoreça a produção de alta qualidade, inovadores e eficientes em termos energéticos, que aplique processos de produção sustentáveis, permitindo assim que a União sobreviva num contexto mundial cada vez mais competitivo. Pelo exposto, o meu voto é favorável.

Julia Reid (EFDD), *in writing.* – UKIP voted against this non-legislative and non-binding motion for a resolution. While of course UKIP sympathises with the sudden loss of jobs, the resolution was being used as an excuse for EU to take more action and to create an EU 'reindustrialisation policy'. The only people who should decide economic policy are our elected national governments, not unaccountable bureaucrats in Brussels.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. – Aujourd'hui, pour réagir aux annonces de fermeture des usines de Caterpillar en Belgique et d'Alstom en France, le Parlement européen a adopté, à l'initiative du Groupe des socialistes et démocrates, une résolution pour réclamer une véritable stratégie de ré-industrialisation de l'Europe.

J'ai voté en faveur de cette résolution qui reprend plusieurs éléments concrets pour relancer l'industrie européenne face à une concurrence étrangère déloyale, pour mieux défendre les emplois et enfin pour demander la réorientation des politiques austéritaires qui minent les investissements publics.

Avec cette résolution, les députés européens envoient également un message fort pour sanctionner les multinationales, comme Caterpillar, qui privilégient une rentabilité financière aveugle au détriment d'une approche industrielle. Ainsi, grâce à l'engagement des socialistes, le Parlement européen s'est prononcé en faveur de sanctions pour les entreprises qui pratiquent des licenciements boursiers.

Je me félicite également que la résolution appelle à transposer au niveau européen la loi Florange, adoptée en France, pour obliger les multinationales à rechercher au préalable un repreneur en cas de fermeture d'un site industriel.

La Commission doit maintenant faire des propositions au Parlement européen pour revitaliser le tissu industriel européen qui constitue un pilier vital de notre économie.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, por ser imperativa a coerência entre as diversas políticas da União Europeia, a fim de definir uma verdadeira política industrial, em particular à luz dos casos Caterpillar e Alstom.

A indústria europeia, como a da Alstom e da Caterpillar, tem um elevado valor acrescentado e reconhecida competência e é central e estratégica para a UE, que enfrenta a fortíssima concorrência mundial de países que exportam produtos de baixo custo para o mercado europeu, praticando uma política de expansão rápida e agressiva em todos os continentes, muitas vezes com o apoio político e financeiro dos seus governos.

A indústria europeia deve ser encarada como um ativo estratégico para a competitividade e a sustentabilidade da UE. Só uma indústria forte e resiliente e uma política industrial orientada para o futuro permitirão à UE enfrentar os diferentes desafios que se avizinham, como a reindustrialização, a transição para a sustentabilidade e a criação de empregos de qualidade. Cabe à Comissão e aos Estados-Membros antecipar estas situações socioeconómicas e assegurar a competitividade da nossa rede industrial.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Los casos de restructuración empresarial anunciados por Cartepillar y Alstom en los que miles de trabajadores van a ser recolocados por las empresas en diferentes puntos de la geografía europea, demuestran la necesidad de una política europea de reindustrialización, que contenga un paquete legislativo que dé poder a los trabajadores respecto a estas decisiones, así como, una reforma del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización que mejore la cobertura sobre los trabajadores afectados. Por ello, he votado a favor de esta propuesta de Resolución.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už rezoliuciją dėl Europos reindustrializacijos politikos poreikio atsižvelgiant į pastarojo meto bendrovių „Caterpillar" ir „Alstom" atvejus. Manau labai svarbi šios rezoliucijos žinia – Europos Parlamento raginimas Komisijai užtikrinti vienodas sąlygas Europos ir ne Europos rinkos dalyviams, tokiu būdu visiems užtikrinant sąžiningą konkurenciją. Ne mažiau svarbu tai, kad tekste akcentuojama žaliosios ekonomikos svarba, nes perėjimas prie žaliosios ekonomikos daro teigiamą poveikį užimtumui, suteikia galimybių regionams patiems patenkinti daugiau savo poreikių.

Virginie Rozière (S&D), *par écrit*. – J'ai soutenu la résolution du Parlement européen, initiée par les Socialistes et Démocrates, qui souligne la nécessité impérieuse de définir une politique européenne de réindustrialisation. Les licenciements annoncés dans les usines Caterpillar et Alstom démontrent les pressions subies par l'industrie européenne, en raison d'une concurrence mondiale déloyale et de pratiques financières inacceptables.

Cette résolution invite la Commission à ajuster la politique commerciale de l'Union pour combattre les pratiques anticoncurrentielles. Elle appelle également à une redéfinition des règles de droit de la concurrence, afin notamment que les marchés pertinents soient définis à l'échelle mondiale. De plus, cette résolution exhorte les pouvoirs adjudicateurs à fonder leurs décisions d'adjudication des marchés publics sur le principe de l'offre économiquement la plus avantageuse. Surtout, elle met en exergue la nécessité d'un dialogue social efficace en cas de restructuration et l'application de règles strictes pour lutter contre les licenciements sans réels motifs économiques.

Enfin, l'utilisation plus efficace des fonds européens, l'intensification et la rationalisation des efforts de recherche et développement, le ciblage des régions les plus touchées par la désindustrialisation ainsi que la prise en compte de la formation, de la santé et des conditions de travail sont érigés en priorité.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Votei a favor desta proposta de resolução conjunta, que vem chamar a atenção para a necessidade da União Europeia (UE) estabelecer uma mais eficaz política industrial no seguimento dos recentes casos de reestruturação da Caterpillar e Alstom, que levaram ao despedimento de milhares de pessoas e que representam mais um capítulo do complexo e assimétrico fenómeno de desindustrialização europeu.

A indústria ferroviária constitui um sector-chave da industrialização europeia, carecendo de robustez, tecnologia e inovação para se adaptar aos tempos modernos e atingir simultaneamente as metas climáticas e energéticas da União Europeia.

Nessa medida, é um sector que, tendo reconhecido valor acrescentado e estratégico na Europa, necessita de fazer face à forte concorrência mundial de outros países exportadores de produtos com baixos custos.

Por isso, esta resolução vem não só pugnar por medidas destinadas a apoiar os trabalhadores despedidos destas duas empresas, como também apelar à necessidade de levar a cabo uma verdadeira política estratégica de reindustrialização europeia a longo prazo, resiliente e orientada para o futuro, capaz de superar os desafios da concorrência, apta a criar empregos de qualidade e fomentar a competitividade de forma sustentável, conforme consagra a Estratégia Europa 2020.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu cette résolution qui rappelle l'urgence et la nécessité que l'Union européenne se dote d'une politique de réindustrialisation, tout particulièrement à la lumière des annonces de fermeture de Caterpillar en Belgique et d'Alstom en France. L'Europe a besoin d'une stratégie industrielle prospective afin d'améliorer les conditions de fonctionnement des entreprises, de faire un meilleur usage des instruments financiers européens existants et surtout de protéger les travailleurs. L'industrie européenne a besoin d'un environnement social et fiscal stable, qui sera propice aux investissements et donc à sa compétitivité.

La stratégie européenne de réindustrialisation doit être accompagnée d'une politique commerciale qui dispose d'instruments de défense commerciale modernisés plus efficaces, plus rapides et davantage accessibles, notamment aux PME. L'Union européenne doit être le garant d'une concurrence loyale pour nos industries.

J'ai soutenu cette résolution parce qu'elle rappelle, également, l'importance d'un dialogue social soutenu reposant sur la confiance mutuelle afin de trouver des solutions consensuelles et de dégager des perspectives communes dans la gestion des processus de restructuration.

L'Europe doit soutenir les travailleurs européens tout en étant une force motrice de la réindustrialisation.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Desde Podemos denunciamos fuertemente la política de deslocalizaciones y despidos masivos que llevan a cabo algunas grandes empresas para beneficiarse de legislaciones poco exigentes en garantías laborales, ambientales y de seguridad en el trabajo, especialmente cuando estas empresas, como es el caso de Alstom y Caterpillar, son líderes en su sector y registran cada año millones de beneficios.

Nuestro grupo, el GUE/NGL, redactó una resolución propia en línea con esta postura. Adicionalmente hemos votado a favor de la resolución conjunta porque, aunque consideramos que podía haber sido más contundente denunciando estas prácticas, se han incorporado al texto algunas enmiendas importantes sobre la competencia desleal de terceros países, incluida China, sobre la excesiva financiarización cortoplacista de la economía, sobre la escasa repercusión sobre el empleo que han tenido las políticas de apoyo a los bancos y los mercados de la Unión, o sobre la necesidad de revisar la legislación mercantil y laboral para proteger a los trabajadores y subcontratistas afectados por estas decisiones empresariales injustificadas.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – Reindustrialisation was supposed to have been a major plank of EU policy in past years. As an issue, it was only promoted sporadically, when major problems arose for major industrial players in major EU Member States. Meanwhile, most other Member States experienced continuing shocks to their industrial systems. They suffered big losses in employment and industrial knowhow. Deindustrialisation affected big and small companies alike. Their worries and the need to promote a really effective reindustrialisation strategy were buried under the pre-occupation with a competition policy that screens out all state aid; a strong commitment to free trade under the aegis of globalisation; and a belief that services by themselves would keep Europe's economies in competitive shape.

Reindustrialisation needs a policy designed for all seasons, not when major companies are about to collapse. It needs consistent and effective application. The European tradition is one which associates public policy with industrial endeavour. Saying so is not a rejection of globalisation. Rather it reflects the need for a European commitment to the planned development of globalisation which avoids social dumping through free trade. There is no other way by which to promote reindustrialisation and to make it applicable equally to big and small.

Jasenko Selimovic (ALDE), *in writing*. — I support workers who lost their jobs, I share the pain of both workers and their families, and I am aware of the current damage of industrial restructuring. However, I did abstain from voting since I firmly believe that politicians in the EU and its Member States should not decide in specific cases, such as Caterpillar and Alstom. I believe that we need a more ambitious industrial strategy aimed at creating jobs and economic growth and a strategy that is able to provide needed help when necessary. I believe that the authorities should have the power to decide how to implement that strategy in specific cases.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en esta resolución porque, aun conteniendo elementos positivos (la mejora en el uso de los fondos europeos y la contratación pública en apoyo de la industria europea, el rol de los interlocutores sociales, el reconocimiento de la importancia de la política industrial, la necesidad de reformar las políticas de competencia para favorecer al empleo…) apenas contiene referencias críticas a cómo las políticas europeas, de las desregulaciones y privatizaciones hasta su agresiva política comercial exterior, son responsables de la crisis industrial que vive Europa.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *na piśmie*. – Jednym z najważniejszych osiągnięć UE jest utworzenie konkurencyjnego i jednolitego wspólnego rynku, mającego potencjał przyciągania inwestorów, podtrzymania silnych łańcuchów wartości, tworzenia miejsc pracy oraz rozwoju. Generowany w tych warunkach wzrost gospodarczy bezpośrednio przekłada się na liczne sektory gospodarki oraz warunki życia ludzi, którzy zyskują szeroki wachlarz możliwości w zakresie podejmowania pracy i wyboru miejsca zamieszkania.

Przyjęty w Europie model społecznej gospodarki rynkowej, ma na celu zapewnienie obywatelom dostępu do rynku pracy, zabezpieczenia społecznego oraz wzrostu gospodarczego, z czym wiąże się również przestrzeganie moralnych i etycznych zasad postępowania w stosunku do pracowników. Pojawiające się jednak coraz częściej problemy, jak te obecnie omawiane na forum PE, stanowią kolejny sygnał, który powinien zmobilizować do działań mających na celu obronę miejsc pracy w Europie poprzez podnoszenie naszej konkurencyjności na coraz bardziej zglobalizowanym rynku światowym. W tym celu konieczna jest konsekwentna realizacja działań na rzecz reindustralizacji Europy.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted for the resolution on the need for a European reindustrialisation policy in light of the recent Caterpillar and Alstom cases, this is important in light of the growing number of reports of labour-intensive activities being moved outside of Europe and high unemployment levels. Deindustrialisation continues to impact certain regions which is why the report calls on the Commission to set up a long-term European industrial strategy and also rapidly mobilise all available funds. Notably, this resolution also supports penalties against companies who make redundancies based on the stock market.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Európa má sociálne trhové hospodárstvo, ktorého cieľom je dosiahnutie udržateľného hospodárskeho a inkluzívneho rastu, ale absentuje skutočná priemyselná politika EÚ, ktorá by tiež chránila pracovníkov v EÚ. Preto Komisia musí vypracovať skutočnú dlhodobú európsku priemyselnú stratégiu, aby sa dosiahol cieľ stanovený v stratégii Európa 2020, t. j. aby 20 % hrubého domáceho produktu pochádzalo z priemyslu. Nedávne prípady podnikov Caterpillar a Alston, ktoré oznámili hromadné prepúšťanie pracovníkov a obmedzenie výroby vo svojich odvetviach, čo povedie k ohrozeniu ďalších pracovných miest subdodávateľov, musí zmobilizovať Komisiu na reindustrializáciu európskej politiky. Ako vhodný nástroj podpory novej priemyselnej politiky je potrebné lepšie využiť fondy EÚ, predovšetkým na výskum, vývoj a inovácie. V prípadoch reštrukturalizácie hospodárstva EÚ je potrebné chrániť záujmy dotknutých zamestnancov, pokiaľ ide o ich zdravie a pracovné podmienky, sociálne zabezpečenie, rekvalifikáciu a opätovné začlenenie do trhu práce.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Industrijska politika EU mora biti usmerjena v prihodnost ter omogočati, da se gospodarstvo lahko spopade z različnimi izzivi, vključno s ponovno industrializacijo, prehodom na trajnost in ustvarjanje kakovostnih delovnih mest.

Iz tega razloga je Parlament pripravil resolucijo, ki poziva države članice, naj prek zakonodaje ali kolektivnih pogodb zagotovijo ustrezno socialno varstvo, delovne pogoje in dostojne plače ter v primeru odpuščanj učinkovito varstvo pred neupravičenim odpuščanjem. Hkrati poziva Komisijo naj oblikuje trgovinsko politiko EU, ki bo usklajena z industrijskimi cilji ter bo upoštevala, da je treba zavarovati delovna mesta v evropski industriji. Poleg tega ne sme prihajati do nadaljnje deindustrializacije in poskrbeti mora za enake konkurenčne pogoje za udeležence na trgu iz Evrope in tretjih držav. Na ta način se bo zagotovilo pravično konkurenco za vse.

Vsi našteti razlogi in pozivi Komisiji se mi zdijo pomembni, zato sem resolucijo podprl tudi s svojim glasom za.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – September 2016 was dramatisch wat betreft banenverlies. De Amerikaanse multinational Caterpillar kondigde het ontslag aan van meer dan 2000 mensen in Gosselies. Hier komen nog 3000 extra verloren banen bij toeleveringsbedrijven bovenop. Dit terwijl tussen 2009 en 2015 het dividend per aandeel met 50 % toenam en toch 15 % van de banen verloren ging. Daarbovenop komen nog de verloren banen bij Alstom in Frankrijk.

Het Europees Parlement roept vandaag op tot een echt Europees beleid tot herindustrialisatie. De Groenen bepleiten een duurzame overgang naar een groene economie met kwalitatieve banen. Daartoe moeten we EU-fondsen inzetten. We willen ook voorwaarden stellen aan staatshulp en duurzame criteria zien in openbare aanbestedingen. Het kan niet zo zijn dat multinationals financiële steun krijgen en kort daarna hun productie verplaatsen naar landen met lagere sociale en ecologische standaarden. We moeten de kennis en banen lokaal kunnen verankeren. Multinationals moeten zich houden aan sociaal verantwoorde herstructurering en de sociale dialoog respecteren.

Helaas geeft de resolutie een aantal oorzaken van dit soort drama's niet mee, zoals looncompetitie, interne ongelijkheden in de EU en gebrek aan vraag naar grondstoffen, noch worden concrete maatregelen voorgesteld. Toch steunen we deze tekst uit solidariteit met de werknemers van Caterpillar en Alstom.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Európska únia trpí úpadkom priemyselnej výroby a presunom výrobných kapacít do iných krajín. Tento trend ohrozuje milióny pracovných miest, európske HDP, ako aj stabilitu celej spoločnosti. Spolu s Európskou komisiou tomu chceme zabrániť pomocou systémových investícií do infraštruktúry, digitalizácie, ako aj ochranou nášho priemyslu pred dumpingom a nekalou konkurenciou. Našim cieľom je vytvoriť pre firmy stabilné prostredie, v ktorom sa môžu naplno rozvíjať a vytvárať nové pracovné miesta.

Helga Stevens (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA wil allereerst haar bezorgdheid uiten tegenover de duizenden werknemers en onderaannemers die door deze sluiting worden getroffen. Hoewel zij niet even tevreden is met elk aspect van de resolutie, wil zij deze daarom toch steunen. Met haar ja-stem wil zij een krachtig signaal geven dat herindustrialisering en werkgelegenheid in Europa een topprioriteit moeten zijn. Globalisering vraagt weliswaar om doordracht beleid. We mogen allereerst niet toegeven aan protectionistische tendensen. Internationale concurrentie leidt netto tot meer jobs, niet minder. Ook moeten we werkzekerheid laten primeren op baanzekerheid. Voortdurende technologische verandering vraagt om een snel aanpasbare arbeidsmarkt. Enkel zo kunnen we onze welvaart en tewerkstelling vrijwaren. Van de EU mogen we verwachten dat het Europees Globaliseringsfonds (EGF) steun verleent bij collectieve ontslagen. Maar met een Europese transferunie lossen we de werkloosheid niet op. Hieraan gaat de resolutie voorbij waar zij het EGF prijst. Het is aan de lidstaten om volop in te zetten op structurele hervormingen die jobcreatie en ondernemerschap maximaal bevorderen. Belangrijk is nog dat de EU de lidstatelijke bevoegdheden hierin voldoende respecteert. De resolutie slaat

andermaal de bal mis door bijvoorbeeld aan te dringen op EU-harmonisatie op fiscaal, sociaal en begrotingsgebied. Dit is voor N-VA noch wettelijk noch wenselijk.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Novom strategijom 2012. Komisija je predvidjela „novu industrijsku revoluciju" s ciljem povećanja industrijske aktivnosti na 20% BDP-a EU-a do 2020. godine. Međutim, slučajevi tvrtki Caterpillar i Alstom negativni su primjeri problema s kojima je suočena europska industrija gdje ekonomski rast još uvijek nije u mogućnosti generirati poboljšanja u građevinskoj i infrastrukturnoj industriji, industriji resursa te sektorima energetike i prijevoza. Stoga je važno podsjetiti na odgovornost kreatora politike da se postignu ciljevi strategije Europa 2020. s konkurentnom Europom uz održiv i uključiv rast, pozivajući Komisiju i Europsku investicijsku banku da budu posebno usmjerene na područja koja su najviše pogođena deindustrijalizacijom.

Podržavam prijedlog rezolucije podnesen nakon izjava Vijeća i Komisije u skladu s člankom 123. stavkom 2. Poslovnika o potrebi za europskom politikom reindustrijalizacije u svjetlu nedavnih slučajeva Caterpillar i Alstom.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς.* – Το κοινό ψήφισμα του Κοινοβουλίου δεν μας ικανοποίησε καθόλου. Ως Αριστερά, βλέπουμε την ανάγκη επανεκβιομηχάνισης αλλά όχι υπό το πρίσμα της υποστήριξης των πολυεθνικών με κάθε κόστος. Παρόλο που είχαν δισεκατομμύρια κέρδη, οι δύο αυτές πολυεθνικές αποφάσισαν να κλείσουν τα εργοστάσια τους, αφήνοντας στο δρόμο χιλιάδες εργαζόμενους και επηρεάζοντας δεκάδες άλλες επιχειρήσεις. Το ψήφισμα κατακρίνει με τον πιο ήπιο τρόπο αυτή την ενέργεια των πολυεθνικών. Κατά την άποψή μας, έπρεπε να απαιτήσει δημόσιες επενδύσεις τόσο για δημιουργία νέων βιομηχανικών τομέων, όσο και ασφαλών και αξιοπρεπών θέσεων εργασίας, και στήριξη των εργαζομένων. Δεν μπορούμε να στηρίξουμε ένα ψήφισμα το οποίο απαιτεί από το κράτος να είναι δεκανίκι των κερδοφόρων πολυεθνικών.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Είμαστε ξεκάθαρα υπέρ της επανεκβιομηχάνισης της Ευρώπης, μιας και θεωρούμε πως αυτός είναι ο μόνος δρόμος που μπορεί να οδηγήσει σε πραγματική ανάπτυξη και ευημερία. Εντούτοις, είμαστε αντίθετοι στον τρόπο με τον οποίο φιλοδοξεί να την πετύχει η Ένωση, μιας και θεωρούμε πως δεν θα είναι αποτελεσματικός, ενώ επίσης είμαστε αντίθετοι σε πολλές από τις προτεραιότητες που θέτει.

József Szájer (PPE), *írásban.* – Az Európai Uniónak többet kell tennie egy versenyképesebb európai ipar megteremtése és az iparban dolgozók állásainak megvédése érdekében. Mint ismeretes, 2015-ben Magyarország az Európai Unió országai között az élmezőnyben szerepelt a – víz- és hulladékgazdálkodást is tartalmazó – ipar több mint 27%-os részesedésével az összes bruttó hozzáadott értékhez való hozzájárulásában. Az európai uniós átlag 19% volt és Magyarország 2010-hez képest 21,5%-os növekedésével az ötödik helyre került az uniós rangsorban.

Ugyanakkor figyelnünk kell a világpiacra is, mert egyre nyilvánvalóbb, hogy a verseny élesedik és erre minden szereplőnek (munkaadók, munkavállalók, kormányzat) figyelnie kell és aktívan közreműködnie abban, hogy a versenyképesség és a szociális biztonság egyszerre és egymást támogatva erősítse az Európai Uniót. A magyar kormányzat a már korábban indított munkavédelmi akciótervekkel is azt vallja, a határozattal összhangban, hogy a munkavállalók szaktudásának és készségeinek elveszítését meg kell akadályozni és Európának meg kell tartania ipari kapacitását igényei anélkül való kielégítése érdekében, hogy harmadik országok gyártóitól függjenek. Önálló hazai ipar nem képzelhető el versenyképes európai iparral, piaccal és multinacionális vállalatokkal.

2013 óta több mint 360 milliárd forint kedvezménnyel élhettek a munkaadók eddig, évente közel 900 000 munkavállaló munkahelyének megőrzésével.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Az állásfoglalási indítvány az európai újraiparosítási politika szükségességéről szól, amelyet szavazatommal támogattam. Egyetértek azzal, hogy az európai ipar alapvető szerepet játszott az európai integráció történetében, valamint hogy jelenleg is az új értékek és csatornák kialakításának egyik pillére Európában. Úgy gondolom, hogy napjaink kihívásai gyökeresen megváltoztak. Egyetértek azzal, hogy a jó minőségű, innovatív, energiahatékony termékek termelését előnyben részesítő és új termelési folyamatokat támogató ambiciózus innovációs politika teszi lehetővé az EU számára, hogy megállja a helyét az egyre növekvő globális versenyben.

Az indítvány több céget is megemlít, akik az elmúlt években tömegével bocsátottak el dolgozókat, legutóbb például a Caterpillar Holding jelentette be globális szerkezetátalakítási tervét. Ezáltal 2500 dolgozó veszítette el munkahelyét, és mintegy 4000 alvállalkozó munkahelye került veszélybe. Ezt már rendszerszintű problémának tekinthetjük, ezért lépéseket sürgetünk. Osztom azt a véleményt, hogy az európai ipart stratégiai eszköznek kell tekinteni az EU versenyképessége szempontjából. Az indítvány felkéri a Tanácsot, hogy gyorsan fogadja el a kereskedelmi védelmi mechanizmusok korszerűsítését, hogy végre megfelelően válaszolni tudjon a harmadik országok által folytatott tisztességtelen gyakorlatokra, és megvédje az uniós ipart az európai piacra érkező dömpingtől, így tisztességes versenyt biztosítva mindenki

számára. Támogatom, hogy a munkavállalókat védelemmel lássuk el a szociális partneri konzultációval, az uniós ipari stratégia végrehajtása keretében.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – W dniu 2 września 2016 r. Caterpillar zapowiedział duży ogólnoświatowy plan restrukturyzacji, który zakłada m.in zamknięcie zakładu w Gosselies, co doprowadziło do zwolnień 2500 bezpośrednich pracowników oraz zagrożenia miejsc pracy około 4000 podwykonawców. Podobną decyzję podjął zarząd Alstom, przenosząc działalność w branży produkcji kolejowej (400 miejsc pracy) z zakładu w Belfort do zakładu w Reichshoffen, co jest równoznaczne z zamknięciem tej pierwszej fabryki. Nie są to jednak jedyne zakłady produkcyjne, które zostaną objęte restrukturyzacją w Europie. Prawdopodobnie dojdzie do kolejnych zwolnień w zakładach Alstom w Hiszpanii i we Włoszech, a także w zakładzie Caterpillar w Irlandii Północnej.

Europejski przemysł stoi w obliczu ogólnoświatowej konkurencji. Wiele firm z państw trzecich eksportuje na rynek europejski produkty o niższych kosztach wytworzenia, często przy politycznym i finansowym wsparciu swoich rządów. Unijne przedsiębiorstwa by zachować swoją konkurencyjność i zdolność do inwestowania w Europie, a także by stawić czoła wyzwaniom społecznym i związanym z ochroną środowiska, muszą niejednokrotnie podejmować trudne decyzje, które najciężej odbijają się na szeregowych pracownikach.

Dlatego konieczne jest utworzenie europejskiej strategii na rzecz głównych sektorów przemysłowych w Europie w celu stworzenia bardziej przyjaznego otoczenia rynkowego oraz utrzymania wysokiej jakości zatrudnienia, wiedzy specjalistycznej i inwestycji w Europie.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – În condițiile în care asistăm cu deosebire la materializarea în ritm exponențial a efectelor negative ale globalizării este absolut necesară o reindustrializare a Europei. Evident, politica europeană de reindustrializare trebuie să se concentreze asupra rentabilizării capitalului uman cu precădere, deoarece acesta este sursa de inovație și creativitate. În acest sens, companiile trebuie să promoveze un comportament proactiv și să investească conform unui model de dezvoltare axat pe factorul uman. Trebuie precizat faptul că asumarea responsabilității sociale de către toate companiile europene constituie fundamentul reindustrializării viabile și durabile a Europei. Respectarea unui Standard de implicare a părților interesate ar conduce, cel puțin, la protecția lucrătorilor, la respectarea drepturilor lor fundamentale și la o gestiune viabilă și durabilă a carierei lor, la asigurarea cooperării și valorizării implicării tuturor celor interesați în ceea ce privește deciziile și acțiunile companiilor, la dezvoltarea de proiecte de cercetare fundamentală și experimentală finanțate prin fonduri structurale și de investiții europene la dezvoltarea durabilă a entităților, comunităților și regiunilor Europei etc.

Sperăm într-o strategie coerentă privind politica europeană de reindustrializare astfel încât entitățile europene să facă față provocărilor sociale și de mediu la nivel mondial.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Cazurile Caterpillar și Alstom reflectă o intensificare a restructurărilor în mai multe state UE ca urmare a schimbărilor din mediul economic. În acest context, statele membre vor avea de înfruntat provocări economice semnificative în viitorul apropiat și trebuie să ia toate măsurile pentru a îmbunătăți nivelurile de productivitate și de inovare ale industriei. De asemenea, consider că informarea și consultarea lucrătorilor reprezintă un element esențial al modelelor sociale din statele membre.

Din acest motiv, subliniind că UE și statele sale membre trebuie să își coordoneze politicile pentru a se asigura că dispun de industrii producătoare durabile și competitive, votez pentru susținerea rezoluției.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte mené tambour battant par ma collègue Maria Arena et avec le soutien de Hugues Bayet, deux eurodéputés de la délégation PS belge. Je regrette bien sûr les tentatives du PPE de vider le texte de sa substance, se faisant l'écho des préoccupations de la direction de Caterpillar plutôt que des ouvriers victimes.

Néanmoins, nous avons réussi à faire passer des amendements importants, dont celui sur le dumping social ou encore la notion de licenciement boursier.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The European Parliament adopted a resolution on the need for a European reindustrialisation policy in the light of recent cases such as Caterpillar (Belgium) and Alstom (France). I express my strong solidarity and support to all workers of Caterpillar and Alstom and their families, as well as to the subcontractors involved, and regret the detrimental effects that such closures have on local economies and communities. Nevertheless I decided to abstain on the final vote as the cases at Caterpillar and Alstom were a symptom of Europe's industrial malaise. Indeed I deplore the absence of a long-term vision for European industry and this text did not propose a sustainable solution and vision for the future.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – Les annonces brutales de fermeture des usines d'Alstom en France et de Caterpillar en Belgique, désastreuses pour les salariés de ces usines et les territoires, ont conduit le Parlement européen à réagir.

Je félicite le travail de mes collègues Marie Arena et Edouard Martin pour cette initiative.

À travers ce vote, nous réaffirmons la volonté de sauver les industries et les emplois dans l'Union européenne, en actant le principe de sanctions contre des entreprises qui pratiqueraient des licenciements boursiers avec le remboursement des aides publiques.

Nous demandons également l'adoption au niveau européen d'une «loi Florange», pour obliger les multinationales qui désertent les sites à rechercher un repreneur.

Nous proposons un «ajustement carbone aux frontières» pour lutter contre la concurrence déloyale, notamment en provenance des pays aux moyens de production très carbonés.

Nous demandons la relance de l'investissement public en Europe et la sortie des politiques d'austérité. Cette nouvelle politique industrielle européenne doit aussi s'accompagner d'une harmonisation sociale et fiscale entre États membres pour éviter toute situation de dumping.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Ova rezolucija nastala je kao odgovor na nedavne najave otpuštanja u Caterpillaru i Alstomu. Naime, iz Caterpillara su najavili da će ukinuti 10 000 radnih mjesta diljem svijeta. Također su potvrdili da će doći do otpuštanja 200-250 radnika u Sjevernoj Irskoj te do otpuštanja 2000 radnika u Belgiji, a sve zbog smanjenja prodaje. Istodobno, iz Alstoma su potvrdili da prestaju s proizvodnjom vlakova u istočnoj Francuskoj.

Ovakve rezolucije već tradicionalno izražavaju tendenciozno intervencionističke stavove, potpuno suprotne temeljnim postulatima Europske unije usmjerenima na slobodu tržišnog natjecanja. Takvi stavovi ne mogu dobiti moju podršku.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o potrebi po evropski politiki za ponovno industrializacijo glede na nedavna primera Caterpillar in Alstom sem podprla.

Izjemno pomembno je zagotoviti skladnost med različnimi politikami EU, da bi opredelili dejansko industrijsko politiko, zlasti glede na primera družb Caterpillar in Alstom.

Železniška industrija je steber evropske industrializacije z več kot 175 leti zgodovine. Letna rast dostopnih trgov železniške dobavne industrije naj bi znašala 2,8 % do leta 2019. Evropska železniška dobavna industrija neposredno zaposluje 400.000 ljudi v EU, mnoge od njih v malih in srednjih podjetjih.

Potrebno bi bilo evropsko industrijo obravnavati kot strateško prednost za konkurenčnost in trajnost EU. Samo trdna in odporna gospodarstva ter v prihodnost usmerjene industrijske politike bodo Evropski uniji omogočali, da se spopade z različnimi izzivi, ki jo čakajo, vključno z njeno ponovno industrializacijo, prehodom na trajnost in ustvarjanje kakovostnih delovnih mest.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Desde Podemos denunciamos fuertemente la política de deslocalizaciones y despidos masivos que llevan a cabo algunas grandes empresas para beneficiarse de legislaciones poco exigentes en garantías laborales, ambientales y de seguridad en el trabajo, especialmente cuando estas empresas, como es el caso de Alstom y Caterpillar, son líderes en su sector y registran cada año millones de beneficios.

Nuestro grupo, el GUE/NGL, redactó una resolución propia en línea con esta postura. Adicionalmente hemos votado a favor de la resolución conjunta porque, aunque consideramos que podía haber sido más contundente denunciando estas prácticas, se han incorporado al texto algunas enmiendas importantes sobre la competencia desleal de terceros países, incluida China, sobre la excesiva financiarización cortoplacista de la economía, sobre la escasa repercusión sobre el empleo que han tenido las políticas de apoyo a los bancos y los mercados de la Unión, o sobre la necesidad de revisar la legislación mercantil y laboral para proteger a los trabajadores y subcontratistas afectados por estas decisiones empresariales injustificadas.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le constructeur d'engins de chantier américain Caterpillar, a annoncé le 2 septembre de cette année son intention de fermer son unique usine belge, à Gosselies, entraînant la suppression de 2 200 (6 000 si on compte les sous-traitants) postes dans la région déjà sinistrée de Charleroi).

La société Alstom a annoncé le 12 septembre la fermeture de son site de Belfort, spécialisé dans la construction de matériel ferroviaire. L'entreprise a motivé sa décision par la baisse des commandes de la SNCF, qui a préféré Bombardier comme fournisseur pour les TER.

Les groupes majoritaires veulent profiter de la médiatisation de ces affaires pour relancer l'idée de politique industrielle européenne, «sans protectionnisme».

La résolution commune a plusieurs axes: économie verte, rénovation des instruments de défense commerciale, relance de l'investissement public et privé, participation renforcée des salariés dans les plans de restructuration.

Les propositions de la résolution sont incohérentes: promotion du libre-échange d'un côté et exigence de réciprocité et d'ouverture des marchés publics par les autres puissances. Pas de préférence communautaire en vue pour le ferroviaire, qui est une industrie de souveraineté.

J'ai voté contre.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Desde Podemos denunciamos fuertemente la política de deslocalizaciones y despidos masivos que llevan a cabo algunas grandes empresas para beneficiarse de legislaciones poco exigentes en garantías laborales, ambientales y de seguridad en el trabajo, especialmente cuando estas empresas, como es el caso de Alstom y Caterpillar, son líderes en su sector y registran cada año millones de beneficios.

Nuestro grupo, el GUE/NGL, redactó una resolución propia en línea con esta postura. Adicionalmente hemos votado a favor de la resolución conjunta porque, aunque consideramos que podía haber sido más contundente denunciando estas prácticas, se han incorporado al texto algunas enmiendas importantes sobre la competencia desleal de terceros países, incluida China, sobre la excesiva financiarización cortoplacista de la economía, sobre la escasa repercusión sobre el empleo que han tenido las políticas de apoyo a los bancos y los mercados de la Unión, o sobre la necesidad de revisar la legislación mercantil y laboral para proteger a los trabajadores y subcontratistas afectados por estas decisiones empresariales injustificadas.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution to support the workers of Caterpillar and Alstom because in the text we managed to add important green wording referring to the green economy (need for investments in energy efficiency and renewable energy, green public procurement, improved social and environmental investment criteria), to the need for stopping tax evasion through increased convergence in fiscal, social and budgetary matters, and the need for trade policy consistent with reindustrialisation objectives to preserve quality employment in the EU.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Palankiai vertinu Komisijos suburtą darbo grupę, kuri tarpininkaus tarp Belgijos valdžios institucijų ir Komisijos. Manau, kad mokslinių tyrimų ir pramonės sąsajos itin svarbios skatinant ES pramonės konkurencingumą.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the motions for resolutions on the need for a European reindustrialisation policy in light of the recent Caterpillar and Alstom cases. There is an absolute need for consistency between the various EU policies in order to define an actual industrial policy, in particular in the light of the Caterpillar and Alstom cases. The resolution underlines that European industry needs to maintain its competitiveness and capacity to invest in Europe. However, it also faces social and environmental challenges which it must address, whilst remaining a world reference in terms of social and environmental responsibility. The resolution equally underlines that the Member States have to ensure adequate social protection, working conditions and wages that allow people to live with dignity. I voted in favour because I strongly believe that the importance of a sustained social dialogue, at all levels, based on mutual trust and shared responsibilities, is one of the best instruments for finding consensual solutions and common perspectives in the prediction, prevention and management of the restructuring process.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – En vistas de los planes de cierre que amenazan a las fábricas de Caterpillar y Alstom en Bélgica, esta resolución no legislativa tiene como objetivo que la Comisión Europea revise la legislación comunitaria en materia de despidos masivos. A través de ella, el Parlamento le pide que consulte a los agentes sociales acerca de la efectividad de la legislación existente, en aras de lograr que cualquier reestructuración corporativa se realice de manera socialmente responsable y en línea tanto con las regulaciones aplicables a nivel regional como con los valores comunitarios. Asimismo, esta resolución subraya la necesidad de poner en marcha una política industrial común que tenga impacto real y que también vele por la protección de los trabajadores europeos. En base a mi firme creencia de que la industria europea debe tratarse como lo que es —un activo estratégico para la competitividad y la sostenibilidad de la Unión—, he votado favorablemente a este resolución.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – Today I voted for the resolution on the need for a European reindustrialisation policy in light of the recent Caterpillar and Alstom cases, this is important in light of the growing number of reports of labour-intensive activities being moved outside of Europe and high unemployment levels. Deindustrialisation continues to impact certain regions, which is why the report calls on the Commission to set up a long-term European industrial strategy and also rapidly mobilise all available funds. Notably, this resolution also supports penalties against companies who make redundancies based on the stock market.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit verslag om de Commissie erop te wijzen dat er wel degelijk een behoefte is om een Europees herindustrialiseringsbeleid in te voeren. De ontslagen werknemers bij Caterpillar en Alstrom hebben nood aan begeleiding naar een nieuwe job. We dienen ook te benadrukken dat onder meer de arbeidskosten van invloed zijn op het concurrentievermogen van de Europese bedrijven; de belastingdruk moet worden verlegd van arbeid naar andere vormen van belasting die minder schadelijk zijn voor de werkgelegenheid en de groei, terwijl voldoende sociale bescherming wordt gewaarborgd.

Paavo Väyrynen (ALDE), *kirjallinen*. – Päätöslauselma oli sisäisesti ristiriitainen ja siinä oli runsaasti yksityiskohtia, joita en voinut hyväksyä. Siksi äänestin tyhjää yksityiskohtia koskevissa äänestyksissä ja lopuksi koko päätöslauselman hyväksymistä vastaan.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Les dividendes des actionnaires de Caterpillar ont augmenté de plus de 4 % entre 2015 et 2016 et ceux des actionnaires d'Alstom de 27 %. Dans les deux cas, aucune baisse n'est prévue.

Pourtant, ces multinationales aux bénéfices conséquents viennent d'annoncer des licenciements massifs en Europe notamment en France et en Belgique et d'autres non moins massifs sont prévus dans plusieurs États membres. La cause est connue: ces entreprises délocalisent.

La résolution adoptée par le Parlement européen fait ce constat et le déplore. Elle demande l'augmentation des investissements publics et privés dans l'industrie européenne, appelle de ses vœux des augmentations salariales pour stimuler la demande, prône une politique commerciale européenne qui évite les délocalisations, affirme qu'il faut lutter contre l'évasion fiscale et soutient la mise en œuvre de projets industriels européens communs.

Je regrette cependant que la droite ait notamment fait rejeter notre amendement demandant de recouvrer toutes les ressources dédiées au soutien des entreprises versées notamment sous forme de subventions et d'avantages fiscaux lorsqu'une entreprise décide de relocaliser ou de fermer ses sites de production.

Pour ces raisons je me suis abstenue.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Os trabalhadores da Caterpillar e da Alstrom e a sua luta têm que merecer toda a nossa solidariedade e a mobilização de todas as medidas para que, o mais cedo possível, possam recuperar os seus empregos e o possam fazer com base em direitos que lhes garantam segurança laboral com salários dignos e possibilidades de evolução profissional e pessoal.

A referência a uma política industrial europeia, ou a uma estratégia e objetivos de uma indústria europeia, o alinhamento com a Estratégia Europa 2020, a procura de soluções cosméticas para promover o emprego, como a deificação da responsabilidade social das empresas, estão precisamente na base da desindustrialização que esta UE pretende agora cinicamente contrariar.

Entendemos que é necessária uma reindustrialização, mas uma reindustrialização assente nas qualificações dos trabalhadores e inserida em estratégias de desenvolvimento que cabe a cada país decidir e que implicam naturalmente o controlo público das alavancas fundamentais do crescimento económico.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Vor dem Hintergrund der Massenentlassungen bei Caterpillar und Alstom zeigt sich, dass die industrielle Basis von größter Bedeutung für europäischen Wohlstand und Prosperität ist. Europa muss unter Berücksichtigung der Subsidiarität, nationaler Arbeitsrechte und Sozialtraditionen im Zuge einer aktiven Wirtschaftspolitik bessere Rahmenbedingungen für die Industrie schaffen. Der Entschließungsantrag ist hierbei ein Schritt in die richtige Richtung.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione sulla necessità di una politica di reindustrializzazione europea alla luce dei recenti casi Caterpillar e Alstom. Considerato che lo scorso mese Caterpillar ha annunciato la chiusura della sede belga a Gosselies che si tradurrà nel licenziamento di più di 2 000 lavoratori e che Alstom procederà al trasferimento delle operazioni di produzione dei treni in Francia da Belfort a Reichshoffen mettendo a rischio più di 400 dipendenti, la risoluzione ribadisce la necessità dell'UE di riequilibrare la propria domanda interna per evitare la dipendenza esterna e contribuire alla crescita sostenibile ed equa a livello mondiale. La proposta di risoluzione sottolinea infatti l'esigenza di stimolare l'economia reale attraverso una politica di reindustrializzazione che allinei la politica commerciale alla transazione energetica e alla sostenibilità, creando posti di lavoro di qualità e, nel caso di specie, promuovere e intensificare misure anticipatrici riguardo alla situazione di Caterpillar e Alstom.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – As the world's largest market, and a global actor in trade, the EU is able to shape globalisation. This is something the UK has always benefited from, and risks losing as Brexit unfolds. The EU needs a socially-sensitive industrial policy, which adjusts to the situation regarding global markets, and is compatible with trade policy, in order to safeguard European industries and create real sustainable and inclusive economic growth. The UK requires much the same kind of progressive industrial policy, regardless of the choices we make on Brexit, and Labour will continue to hold the Tory government to account on this.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution by the European Parliament. It is unfortunate that so many people at Caterpillar and Alstom have lost their jobs. This again shows the importance of the EU's economic strength and competitive position. In order to achieve this, Europe and our industries need to attract investment. As the resolution rightly points out, investment in energy efficiency provides a lot of opportunities here. Such sustainable investment will lead to sustainable economic growth and consequently new jobs for our labour market. Another measure that can attract new investment is a reduction in unnecessary administrative burdens. But when it comes to safeguarding our industry, Europe needs to look at the future and recognise that a reindustrialisation will, for example, find its basis in digitalisation and the development of smart technologies. We also have to focus on giving these people a new future, by offering them new education and training opportunities, so they can keep contributing to society and the economy.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – El informe presentado insta a la Comisión a establecer una política comercial de la Unión, que esté en línea con sus objetivos industriales y tenga en cuenta la necesidad de garantizar puestos de trabajo europeos y evitar la deslocalización y una mayor desindustrialización.

Pide a la Comisión que garantice la igualdad de condiciones para los operadores de los mercados dentro y fuera de Europa, que permitan una competencia justa para todos.

Es muy importante tener en cuenta los impactos sociales y económicos que el cierre de estas plantas supone para las regiones afectadas, mejorando la comprensión del impacto en las industrias de empleo y europeos.

Mi voto es a favor de este informe ya que hay que proteger las zonas más afectadas por la reindustrialización para salir hacia adelante y poder ir adaptándonos a las nuevas necesidades económicas.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Purtroppo oggi ci troviamo qui a commentare la vicenda Caterpillar, una situazione triste per il destino dei lavoratori e delle loro famiglie, situazione che diventa oltremodo paradossale se pensiamo che negli ultimi anni l'azienda ha aumentato del 50 % il pagamento dei dividendi ai propri azionisti. Non è il primo caso che colpisce il settore industriale europeo, che dal 2000 ha visto calare costantemente la quota di occupazione diretta del settore e ho l'impressione che non sia l'ultimo. Mi domando quale futuro possa esserci per il settore industriale europeo e per l'Europa tutta, quando una serie di fattori fanno sì che non vi sia alcuna uscita in fondo al tunnel buio in cui siamo entrati. Mi riferisco alle misure di austerità che regnano sovrane e impediscono ogni sorta di investimento pub-

blico, bloccando la crescita e contraendo la domanda, ai salari rimasti bloccati rispetto all'aumento della produttività, al progressivo assottigliamento di quelle tutele sociali, da sempre motivo di vanto e distinzione del continente europeo, alle delocalizzazioni non strategiche all'interno dell'UE, legate a tutto tranne che a un progetto di politica industriale efficace e valido. Tutto ciò è aggravato dall'elemento che sta affossando il settore industriale europeo e non solo: l'euro.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De PVV stemde tegen een Europees herindustrialiseringsbeleid omdat de vestiging van een industrie sterk afhankelijk is van de vestigingslocatie. Factoren zoals het investeringsklimaat, de bereikbaarheid, het opleidingsniveau van de bevolking, energieprijzen en de wettelijke werknemersvoorzieningen zijn daarbij van primair belang. Op al deze punten is de EU juist contraproductief. Daar helpt dit voorstel, dat opnieuw verantwoordelijkheid bij de EU legt, niet bij.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente a resolução sobre a necessidade de uma política de reindustrialização à luz dos recentes casos Caterpillar (na Bélgica) e Alstom (em França) por entender que é necessária uma nova estratégia de investimento na Europa baseada no crescimento sustentável e no combate ao dumping social.

Por iniciativa do grupo socialista europeu, esta resolução constitui um forte sinal político por parte do Parlamento Europeu à Comissão Europeia, onde se pede que todos os processos de reestruturação sejam explicados e justificados aos trabalhadores através de um diálogo social permanente.

Recordo que a Europa é uma economia social de mercado que tem por objetivo alcançar uma economia sustentável e um crescimento inclusivo. Para isso, a indústria europeia necessita de manter a sua competitividade e capacidade para investir na Europa, o que deverá passar pela aposta em processos de produção inovadores que permitam à UE ser líder num contexto mundial cada vez mais concorrido.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem predlog resolucije o potrebi po evropski politiki za ponovno industrializacijo glede na nedavna primera Caterpillar in Alstom.

Strinjam se s pozivom, da mora evropska industrija ohraniti svojo konkurenčnost in zmogljivosti za naložbe v Evropi s posluhom za temeljne pravice delavcev in okoljske standarde.

Zato je potrebna učinkovita trgovinska politika, ki bo usklajena z industrijskimi cilji, konkurenčen evropski regulativni okvir, ki bo privlačen za zasebne naložbe, ter uporaba raziskav, razvoja in inovacij v vseh fazah proizvodnega procesa.

Przewodniczący. — Niniejszym zamykam wyjaśnienia dotyczące głosowania.

10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Posiedzenie zostało zawieszone o godz. 13.05 i wznowione o godz.15.00)

Elnökváltás: GÁLL–PELCZ ILDIKÓ asszony

Alelnök

11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung

Elnök asszony. – A tegnapi jegyzőkönyvet kiosztották.

Algirdas Saudargas (PPE). – Madam President, I would like to raise a point of order on behalf of the PPE Group. I want to object to the minutes of yesterday's sitting. In point 10 – 'Approval of the minutes of the previous sitting' – the minutes take note of Mr Guoga's objection to the minutes of Monday's sitting, but at the same time confirm the approval of the minutes of Monday's sitting. As Mr Guoga had a serious objection to raise, and there was no decision on his objection in yesterday's sitting, it is the wrong conclusion that the minutes of Monday's sitting can be deemed to be approved. Before a decision on Mr Guoga's intervention has been taken, the minutes of Monday's session cannot be approved and the conclusion in yesterday's minutes cannot be not correct.

Elnök asszony. - Köszönöm szépen Képviselő Úrnak a hozzáfűzését a tegnapi és a hétfői jegyzőkönyvhöz. Természetesen e szerint a kifogás szerint fogunk eljárni, és döntünk a továbbiakban. Köszönöm szépen, Képviselő Úr! Ezek szerint a jegyzőkönyvet ezzel a kifogással fogadjuk el. Van-e még valakinek kifogása a jegyzőkönyvekkel kapcsolatban? Nincsen. Akkor menjünk tovább!

12. Lage in Syrien (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő pont a Bizottság alelnökének és az Unió külügyi és biztonságpolitikai főképviselőjének nyilatkozata a szíriai helyzetről (2016/2894(RSP)).

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Madam President, once again I am representing the Vice-President of the Commission/High Representative. She is not able to be here and therefore as usual she has asked the Presidency to speak on her behalf, and it is a great honour for me to participate in this important debate about Syria.

Unfortunately, I have to start by recognising the fact that what we see in Syria right now is the biggest humanitarian catastrophe of the century, and it is getting worse by the day. Our exchange serves as an important input to the discussion among the EU Foreign Ministers at the next Foreign Affairs Council in mid-October. In spite of the international community's efforts to restore a nationwide ceasefire and press the parties in the conflict to come back to the negotiation table in Geneva, the violence has escalated once again during the last two weeks.

We have all seen the dreadful pictures of entire families caught in debris in

Aleppo under waves of bombardments. We all condemned the despicable attacks on the humanitarian aid convoy on 19 September and the deaths of the eight workers of the Syrian Red Crescent, who lost their lives while trying to save others.

Last month in New York, at the UN General Assembly, a number of attempts were made to get the US-Russia deal on the cessation of hostilities back on track. The High Representative/Vice-president has been actively involved in this effort through meetings with the Syrian Opposition, US and Russian Ministers as well as with the main regional players in the conflict. Two International Syria Support Group ministerial meetings were organised, which tried to salvage the cessation of hostilities and reduce the violence in the country. Neither meeting led to a positive outcome. In fact the Syrian parties are now further away from a negotiated solution for a political transition than before.

Let me reassure you that we are incessantly at work to contribute to the ending of the conflict and of the suffering of the Syrian people. The political answers in the case of the Syrian conflict are never straightforward or black and white. As we are working towards a renewed strategy for Syria, let me recall the three policy tracks established by the International Syria Support Group and the EU's contribution to each: the humanitarian track, the ceasefire and the political track.

Firstly, the humanitarian track remains a core mission for the European Union. We are – and always will be – the main donor of humanitarian aid for Syria. The Commission reactivated the ECHO office in Damascus earlier this year. No matter what happens, our first duty is to provide support and hope to the Syrian people, be it to the refugees in Turkey, Lebanon and Jordan, in Europe or inside Syria, and especially in the besieged and hard-to-reach areas. We need to continue to do all we can to push for unhindered humanitarian aid deliveries throughout Syria and an end to the targeting of civilians and civilian infrastructure.

We continue to work with the United Nations and with Syrian organisations in this field, including inside Syria, to deliver the aid needed. Therefore High Representative Mogherini and Commissioner Stylianides launched an EU initiative on Aleppo over the weekend, based on two main elements: first, let in humanitarian aid. We are working to facilitate the urgent delivery of basic lifesaving assistance to civilians in eastern Aleppo. If the UN ceasefire of at least two days is agreed, an inter-agency aid convoy will be ready to reach East Aleppo from West Aleppo to let out the wounded and the sick. We are working to ensure medical evacuations from East Aleppo, with the focus on women, children and elderly people. This will be done in close cooperation with UN agencies and other international agencies. In the last few days, the High Representative has discussed this proposal with a number of international players, including the United States, Russia and Iran. The Commission has also made EUR 25 million available in an emergency fund for addressing priority needs, including health, water, food supplies and services. The EU will not be directly involved in operations on the ground but will provide pre-funding and assist in the facilitation operation, reaching out to partners

on the ground, as well as to regional players in support of the initiative.

But addressing the current emergency is not enough. The Syrians in Syria need access to services, education for their children and hospitals for the injured. They need jobs and functioning local economies if we want to build a strong society, if we want to avoid more refugees fleeing Syria and if we want to avoid the radicalisation of the next generation of Syrians. In the absence of a top-down political solution, we need to start building peace from the bottom up by helping local communities and civilian administration to start functioning and provide services to the local population in areas where this is possible. This is in line with the Foreign Affairs Council conclusions of May 2016 that commit us to investing in civil society and support for local resilience inside Syria.

Secondly, on the ceasefire, the EU as such is not a military player in the conflict. The greater responsibility lies with those who are supplying military assets and personnel. They have the leverage to push for an end to hostilities if they choose to, so we must continue to reach out to these regional actors. None of them will want Syria to fall apart, but Syria will fall apart if the war continues. We need to convince all actors that a political solution is the only option ahead of us. No side will win this war on the field. Military offensives cannot bring victory nor impose peace, but only prolong the bloodshed.

It took 16 years for the Lebanese people to put an end to their civil war. We cannot afford such a scenario in Syria. This leads me to the final and most important track: the political track. In these times of despair for the Syrians, we must not lose hope in a political process and must never stop working for it. As the UN Special Envoy, Staffan de Mistura, has recently explained in the UN Security Council, losing hope equals abandoning the Syrian people to death and devastation. Many are working and many are now looking to Europe for answers. High Representative Mogherini and her officials are engaged in a constant dialogue with the United States, Russia and the countries of the region. We are thinking out of the box about what can create the conditions for the Syrians to start talking seriously about their future within the parameters that have been set by previous attempts in Geneva and by the UN Security Council. We are aware of the different concerns and interests of the parties in the conflict and their own political objectives in Syria. However, none of them can justify the indiscriminate targeting of civilians and the atrocities committed.

In Boston ten days ago, the Foreign Ministers of the United States, the United Kingdom, France, Germany and Italy, and High Representative Mogherini, called on Russia to take steps to restore the credibility of our effort, including by halting the regime's bombardment of its own people. The High Representative is also in direct contact with the Syrian political opposition. We will continue to engage with them and support their quest for democracy, the rule of law and comprehensive and genuine political transition in the country while also committing to work towards the preservation of state institutions and the protection of minority rights. It is vital to maintain their engagement in the political process and to support the moderate opposition, otherwise we will face a growing process of the radicalisation of the Syrian opposition, especially the armed groups, that could have long-term destructive consequences for the entire region. It is the European Union's political and moral duty to light the candle of hope again for the Syrian people.

Elnök asszony. – Köszönöm szépen Miniszter Úr, és köszönöm Önnek a nyilatkozatát! Mint ahogy a képviselőtársaim is látták, a Bizottság alelnökének és az Unió külügyi és biztonságpolitikai főképviselőjének nevében tette meg.

Cristian Dan Preda, *au nom du groupe PPE.* – Madame la Présidente, Alep connaît un énorme drame humanitaire. Tous les principes du droit international sont bafoués. Les civils, les hôpitaux et le personnel humanitaire sont la cible des bombardements syriens et russes.

Les États-Unis ont annoncé qu'ils ne pouvaient plus coopérer avec la Russie sur le dossier syrien car Poutine n'a pas respecté ses propres engagements. Mais je pose la question suivante: quand le dirigeant russe a-t-il respecté ses engagements? En Crimée, a-t-il respecté ses engagements? Je crois que c'est pareil en Russie.

Il faut le souligner: la Russie est directement responsable de l'escalade de la violence dans le conflit syrien. Ce pays ne s'est jamais engagé en Syrie pour lutter contre le terrorisme. Poutine a tenu, tout simplement, à soutenir son ami Assad.

Je tiens à saluer la proposition de M[me] Mogherini et du commissaire Stylianides, qui vise à mettre en place une initiative humanitaire d'urgence pour Alep. Je regrette qu'aucun des deux ne soit présent avec nous aujourd'hui. Il faut effectivement tout faire pour faciliter l'acheminement de l'aide d'urgence aux civils et assurer les évacuations médicales. Je sais que l'Union s'investit beaucoup sur ce volet humanitaire. Or, nous devons également nous investir dans d'autres domaines et, notamment, au niveau diplomatique.

Le rôle de l'Union européenne dans la résolution du conflit syrien est beaucoup trop timide, alors que cette guerre a une incidence significative sur l'Europe. Mais pour jouer vraiment un rôle dans la résolution du conflit, il ne faut plus se faire d'illusions sur la Russie. Il faut travailler avec les États-Unis, tout comme les États-Unis doivent travailler avec nous. Cela doit être réciproque. On ne peut pas s'engager seuls.

Je vous remercie infiniment de votre attention, y compris le groupe communiste qui soutient toujours Poutine.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Franz Obermayr (ENF), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Herr Kollege Preda, Ihr klassisches, immer wiederholtes Russen-Bashing und Putin-Bashing ist Ihr gutes Recht, aber ich habe schon eine Frage an Sie: Schauen Sie vielleicht auch ein bisschen in alle Richtungen? Und ist Ihnen aufgefallen, dass zum Beispiel dort in diesen besagten traurigen Bereich Syrien auch großartige Aktivitäten in Zusammenarbeit zwischen US-Truppen und Kurden in Gang gesetzt worden sind, dass da allerdings die Amerikaner die Kurden dann wieder gezwungen haben zurückzugehen, um hier Räume frei zu machen für die Türkei – um also die Sache weniger einseitig zu betrachten …

(Die Präsidentin entzieht dem Redner das Wort.)

Cristian Dan Preda (PPE), *réponse «carton bleu»*. – Ce n'est en fait pas une question, mais je dis très clairement à mon collègue que, oui, il faut choisir son camp. Il ne faut pas travailler avec les gens qui font la guerre. Or, les gens qui font la guerre, ce sont Assad et Poutine, qui ne veulent pas vraiment résoudre ce conflit. Ils l'ont compliqué – nous l'avons déjà dit il y a un an, quand nous avons tenu le premier débat après l'intervention russe – et, depuis lors, la stratégie russe était claire.

Gianni Pittella, *a nome del gruppo S&D*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, è dal 2011 che va avanti la guerra in Siria, con mezzo milione di vittime e circa 5 milioni di rifugiati. Una tragedia umanitaria, un paese ridotto ad un cumulo di macerie. Oggi i bombardamenti degli aerei russi e delle forze di Assad proseguono senza sosta, senza rispettare alcuna regola, se mai esiste o possa esistere un'etica della guerra. Questo accade a pochi chilometri da qui, di fronte alle coste cipriote e non lontano dalle isole greche, e poi c'è qualcuno che si stupisce che arrivano i rifugiati, che arrivano i profughi. Ma se c'è una guerra, se ci sono milioni di morti! Ci sono bombardamenti su scuole, su ospedali, su donne, su bambini, su medici. Ma che devono fare quelle persone? Vengono da noi e qualcuno dice che non li abbiamo accogliere.

C'è una tragedia umanitaria a cui va data una risposta. Questo può definirsi come crimine dell'umanità. E chi perpetra questo crimine, e non facciamo sconti a nessuno, ne porterà per sempre la responsabilità di fronte alla storia. Questa Assemblea ha il dovere di condannare con forza l'infamia degli attacchi ai civili. L'Unione europea, e mi rivolgo in particolare all'Alto rappresentante Federica Mogherini, insieme alle Nazioni Unite, deve mettere in campo tutti gli strumenti a disposizione per bloccare questo massacro, per ottenere il cessate il fuoco e la ripresa dei negoziati. Questo va fatto ora, perché ora si sta bombardando. Quando si spegneranno le luci in questo Parlamento e noi andremo comodamente a cenare o a dormire, continueranno a bombardare. Quindi va fatto ora e con la massima autorevolezza e con la massima forza, caro Presidente del Consiglio. Dobbiamo chiedere l'accesso immediato e incondizionato agli aiuti e al personale umanitario, perché questo è un obbligo previsto dal diritto internazionale: cessate il fuoco e immediato accesso agli aiuti umanitari.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *ερώτηση «γαλάζια κάρτα»*. – Ευχαριστώ κυρία Πρόεδρε, δεν νομίζω ότι υπάρχει λογικός άνθρωπος που επικροτεί τους βομβαρδισμούς αμάχων, από όποιους και αν πραγματοποιούνται αυτοί. Ήθελα να ρωτήσω το εξής: γιατί δεν εισηγείστε την εκκένωση, με μέριμνα της Ευρωπαϊκής Ένωσης, όλων των αμάχων από τις συνοικίες του Χαλεπίου που κατέχει η ISIS, ούτως ώστε να μην μπορούν πλέον να χρησιμοποιούν οι τζιχαντιστές τους αμάχους αυτούς ως ανθρώπινη ασπίδα και να μην υπάρξουν άλλα θύματα μεταξύ αμάχων;

Gianni Pittella (S&D), *Risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Le Nazioni Unite e l'Unione europea, attraverso l'Altro rappresentante, devono usare tutti gli strumenti pacifici per ottenere il cessate il fuoco e l'accesso agli aiuti umanitari. Io non penso che bisogna fare guerre e che bisogna intervenire militarmente. Bisogna usare l'arma politica del negoziato e la forza della persuasione politica.

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, five and a half years on from the first newspaper reports describing protests in Damascus and Aleppo as rare, it is difficult now to reconcile such media descriptions with the horrors and atrocities we see in Syria. In those five and a half years, in this very House, I have advocated the merits of various policies, including a no-fly zone to curtail the capabilities of Assad's air force, to reluctantly working with the Russians and the Assad regime to defeat ISIS and other extremist groups like Al-Nusra, now rebranded as Jabhat Fateh al-Sham.

Like so many other proposed solutions, these are all now largely unworkable and obsolete in the current context. We have over 1 000 armed groups and militias operating across the country. ISIS continues to hold huge swathes of territory and external interests are taking an ever-greater role in the conflict, and we are now descending into multiple proxy wars. Russia's decision to transport S 300 surface-to-air missiles is clearly targeted at further limiting the options of the US-led coalition to act against Assad's air force and increases the chances of unintentional escalation.

Following the recent breakdown of the latest Kerry-Lavrov ceasefire talks and the subsequent diplomatic fallout between America and Russia, any hope now of trying to focus combined military efforts against ISIS and Jabhat seems lost. Russia is now more openly and brazenly than ever allying itself with Assad's brutal regime and is acting as a joint belligerent in the siege of Aleppo, in addition to the support from Iran.

This offensive has the potential to become a turning point in the entire conflict. It could also prove to be one of the most deadly and atrocious. Already we hear of hospitals and aid convoys being hit and the continued atrocious use of barrel and bunker-busting bombs against civilians. Many politicians and voters still question the merits of intervention, and it is vital that we continue to make the case that there is not only a humanitarian imperative to act against authoritarian dictators killing innocent civilians with impunity, but that not acting also poses risks to our own societies.

The conflict in Syria has seen millions of people flee for their lives, many of whom have found their way to Europe, as Mr Pittella pointed out. We have seen the huge debate that this has fuelled in Europe and how mainstream parties of government are increasingly being pressured by populist and right-wing parties to bring an end to Mrs Merkel's – in my view, ill-advised – open door policy.

For the first time I see the notion of European solidarity seriously challenged, and I witnessed first-hand how this issue of uncontrolled migration played out during the EU referendum campaign in my country into a Brexit outcome. It is neither right nor possible to ignore what is happening in Syria. We must not allow the legacy of Iraq and Afghanistan to completely tarnish the merits of intervention. After five and a half years of indecisiveness in the West, to limit our options, perhaps a de facto partition of Syria is now the only hope for peace in that country.

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, I know that after three minutes you will have your hammer and so on, as though this is not important about Syria and the tragedy in Syria. I find it like a kindergarten, the way we are debating such a tragedy there, and I have already used seven seconds now.

But I disagree with the Council; I disagree with its analysis. What the Council is saying is: let's continue with what we did in the past and the problems will be solved, and we are going to help the moderate forces in Aleppo. Well, we are not doing anything for the moderate forces in Aleppo. That is the reality. We are not even capable of sending them aid, as we have tried to do several times, because we have failed in Syria and we failed in Aleppo. We failed first of all because the Americans took a wrong decision years ago by putting a red line on the use of chemical weapons, and once Assad used his chemical weapons we did nothing at all. We stopped our measures against the Assad regime, but we have given the message to the Assad regime that if you don't use chemical weapons, you can do what you want. Go

forward to kill your people: we shall not disturb you. The second thing is the absence of Europe – let's be honest, we were absent in this whole conflict, and it is the Americans and the Russians who are negotiating above our heads.

So, nevertheless, things are crystal clear. There is a problem here: the problem is that we have a key resolution of the UN Security Council: Resolution 2254. That is the key resolution, saying: stop the bombing of civilians, allow humanitarian access, limit the military campaign to fight whom? Daesh and al-Nusra. That is the Security Council resolution. And what the Russians are doing is the exact opposite: they are bombing the civilians. They are stopping – in fact, blocking – humanitarian access, and they are not fighting Daesh and not fighting al-Nusra: they are fighting against the moderate forces in Aleppo. That is what is happening. The only way to come out of this stalemate is to have a new strategy, and for the Council, together with Ms Mogherini, and together with our American allies, to change their strategy. And the strategy can only be, in my opinion, three things. First of all, we need a no-fly zone over Aleppo. We need a no-fly zone over Aleppo, and actually if we don't do it in the coming days and the coming weeks, it's over, because the Russians yesterday delivered an anti-air missile system that will make from Aleppo not a no-fly zone but a free bombing zone for their airforce and for the airforce of the Assad regime. That is what is happening. We have only a few days, a few weeks to change the course of Aleppo.

Secondly, we also need, as we have discussed this morning, Mr Weber, in my opinion, a credible sanction plan for the non-compliance of Russia and of the Assad regime with the UN Security Council Resolution. Finally, the last lesson to learn: let's start to make our own defence community and to develop our own capabilities, because that is the only way for the coming years to secure our neighbourhood.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Elnök asszony. – Köszönöm szépen Frakcióvezető Úrnak! Frakcióvezető Úr, egyébként nem én szabom meg az időkeretet. Ön is tudja, hogy időkeretesek a vitáink, ennyi jut mindenkire. Nekem az a tisztem, hogy figyelmeztessek mindenkit, ha az idejét túllépi. De köszönöm, hogy ilyen fegyelmezetten tartotta az idejét!

Marek Jurek (ECR), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Musimy jak najszybciej wezwać do zaniechania bombardowań Aleppo i musimy wezwać do rokowań pokojowych bez warunków wstępnych. Ale żeby dobrze zrozumieć pana stanowisko, chciałbym wiedzieć, kogo pan uważa za siły umiarkowane? Braci Muzułmanów z legionu asz-Szam czy salafitów z Nur ad-Din Zangi? Kto to są te siły umiarkowane? Potrzebny jest spokój, a nie oskarżenia.

Guy Verhofstadt (ALDE), *blue-card answer*. – The forces, dear colleague, were the normal, ordinary citizens – the students, the doctors, the lawyers, the people from the middle class – who started the revolution in Syria. The revolution in Syria was not different from the revolution in Tunisia; it was not different from the things that happened in Egypt. It was exactly the same. What happened is that we did not help them, and when you create a vacuum by not helping them, then the most awful forces of the Sunni Jihadi came into that vacuum in 2011: Daesh, al-Nusra and others. The only thing we can do now is go back to the past and say: let's help at least these moderate people there, these normal civilians who are fighting Assad and who are blocked in Aleppo and who will be exterminated if the US, the international community and we do not take responsibility.

Marisa Matias, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhora Presidente, bem, eu confesso que tenho a sensação que estou no debate errado porque pensava que era para debater a situação na Síria. O que se passa em relação ao povo sírio, e o que vejo, é um grupo de homens que parece que estão a jogar ao *Risk*, aquele jogo de guerra que os meninos jogam no tabuleiro, cada um a escolher os seus soldados, os seus peões, mas ninguém refere o essencial deste debate que é o povo sírio e o que se está a viver na Síria. Portanto, estão todos muito entretidos a fazer os vossos jogos, a fazer o vosso braço de ferro e a não responder verdadeiramente ao problema humanitário que se vive na Síria.

Eu devo-vos dizer que o pior exemplo que este Parlamento pode dar é exatamente o que estamos a ter neste debate: é instrumentalizar um conflito, instrumentalizar vítimas para fazerem os vossos jogos de guerra. Não precisamos disso! Precisamos de estar ao lado do povo sírio. Não, Senhor Verhofstadt, escusa - pronto já sei que não me está a ouvir porque deve ser por ser mulher e não jogar aos jogos de guerra que o senhor joga com os seus amigos - mas devo dizer, Senhor Verhofstadt, o que o senhor disse é absolutamente inaceitável. Nós precisamos de apoiar os esforços das Nações Unidas, um diálogo político, sim, com todos os atores, excluindo os terroristas. E quanto a forças moderadas talvez pudéssemos deixar de armar indiscriminadamente as chamadas «forças moderadas» e parar de criar grupos terroristas, porque o al-Nusra, antes de ser um grupo terrorista, também era uma força moderada que deveria ser apoiada.

Portanto, se não começarmos a tratar a sério das mortes, se não começarmos a tratar a sério da tragédia humanitária, podemos continuar com este espetáculo fantástico e devo-vos dizer, é não só isto como uma falta de respeito enorme, que os senhores são tão bons, tão bons, tão bons, melhores do que toda a gente, que sabem tudo, que se dão ao luxo de retirar os auscultadores quando os outros falam, porque não aceitam ouvir críticas de ninguém. Eu estou habituada a isso. Agradeço, fiquei a saber melhor sobre os dois.

Rebecca Harms, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, dass es eigentlich in jedem Krieg so einen Moment gibt, in dem man, nachdem man lange schon stumpf geworden ist, aufgerüttelt wird durch Bilder und Berichte. Und ich glaube, dass die Berichte und die Bilder aus Aleppo uns eigentlich in eine Situation gebracht haben, in der wir das *laisser faire* und unsere eigene Ignoranz in Frage stellen müssen.

Aleppo – das ist der Ort, den gerade Putin und Assad in die Hölle auf Erden verwandeln lassen. Ich fand es sehr bizarr, dass russische Medien davon gesprochen haben, dass Aleppo das Stalingrad Syriens geworden sei – in einer Situation, in der russische Truppen Aleppo in das Stalingrad Syriens verwandeln.

Was ich in den letzten Tagen gefühlt habe, das war nicht nur immer wieder diese verfluchte Ohnmacht, sondern das war auch Wut über mich selber und über uns selber, und zwar deshalb, weil ich glaube, dass wir nicht getäuscht worden sind von Russland und Putin, sondern dass wir uns in vollem Bewusstsein haben täuschen lassen. Wir wollten glauben, dass wir mit Putin den Weg stringent in Friedensverhandlungen gehen können. Wir wollten glauben, dass wir eine internationale Strategie mit Putin gegen den IS kreieren könnten. Wollte sich der Westen wirklich selber täuschen? Ich glaube: ja, und ich glaube, dass das spätestens mit dem Angriff auf den Hilfskonvoi der Vereinten Nationen, dass das spätestens mit dieser Situation vorbei ist, dass wir uns so selber täuschen dürfen.

Ich glaube, dass es wirklich jetzt darum gehen muss, dass wir gegenüber Wladimir Putin klarmachen, dass diese Eskalation, für die er verantwortlich ist, jeder Rückkehr zu normalen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland im Wege steht. Der Forderungskatalog, den die russische Seite – nachdem in den USA beschlossen worden war, dass das so nicht mehr weitergehen kann – auf dem Höhepunkt der eigenen Bombardierungen Aleppos vorgelegt hat, darf überhaupt nicht angenommen werden. Die Europäische Union – und das muss auf dem Gipfel diskutiert werden – darf sich nicht ansatzweise auf eine Logik einlassen, in der die Ukraine und Aleppo verrechnet werden. Und die USA und Europa dürfen überhaupt keinen Gedanken daran verschwenden, dass man Russland Kompensationen für Sanktionen zahlen könnte. Wenn man sich auf die Logik dieses Kataloges einließe, würde man den Aggressor belohnen und ein gefährliches Prinzip etablieren, das es überhaupt nicht geben darf.

Die Europäische Union muss bereit sein, ihr wirtschaftliches Gewicht in diesen Auseinandersetzungen konsequent einzusetzen. Man darf nicht über die Verringerung von Garnisonen reden, sondern man muss darüber reden muss, dass wir weiter Sanktionen brauchen werden und dass diese Sanktionen nicht nur gegenüber Russland gebraucht werden, sondern dass unsere neu etablierten Beziehungen zum Iran, unsere Beziehungen zu den Saudis, aber auch unsere Beziehungen zur Türkei unter diesem Aspekt diskutiert werden müssen. Diplomatie der Europäischen Union kann in diesen Situationen, die wir mit Russland und anderen in der Eskalation erleben, nur erfolgreich sein, wenn wir bereit sind, uns diese Diplomatie auch etwas kosten zu lassen.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Jacek Saryusz-Wolski (PPE), *blue-card question*. – Ms Harms, I share your assessment. How would you view or assess the situation when – having the same assessment, I understand – Washington breaks the talks with Russia, condemning the Aleppo drama, but Ms Mogherini telephones Mr Lavrov asking him for help to deliver humanitarian aid to those who are bombed by Russians and Syrians at the same time? This is a complete divergence between us and America, which is going against all of us.

Rebecca Harms (Verts/ALE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Ich bedauere sehr, dass Federica Mogherini nicht hier ist, insbesondere wegen ihrer Vorschläge, und niemand kann ja gegen humanitäre Hilfe für Aleppo sein. Aber nach der Bombardierung des Hilfskonvois der Vereinten Nationen – eines ersten Konvois, der nach Jahren in diese Stadt geschickt worden ist – muss man doch das Angebot für humanitäre Hilfe mit einem Konzept verbinden und die Situationen für diese humanitäre Hilfe zu schaffen. Da fand ich die bisherigen Forderungen vonseiten des Rates und der Hohen Vertreterin, aber auch zum Beispiel vonseiten des deutschen Außenministers Steinmeier einfach weltfremd und naiv.

Fabio Massimo Castaldo, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, nella sanguinosa scacchiera che è diventata la Siria, la conquista di Aleppo potrebbe rappresentare il punto di svolta strategico. Quello politico, paradossalmente, potrebbe arrivare non certo a Ginevra, né tanto meno a New York, Damasco, Washington o Bruxelles, ma sorprendentemente a Istanbul. Lì, infatti, si incontreranno il 10 ottobre Putin ed Erdogan per mettere chiaramente sul tavolo le rispettive richieste. Si scontreranno, da un lato, la necessità russa e iraniana di sostenere l'alleato di sempre Assad, per non perdere gli ultimi caposaldi del Mediterraneo, e, dall'altro, la volontà turca di spezzare la continuità territoriale dei curdi e possibilmente metterli sotto scacco con una *no-fly zone*.

Sullo sfondo l'ambiguità dell'azione statunitense, paralizzata dall'imminente cambio alla Casa Bianca, incapace di mitigare le agende degli alleati del Golfo, di isolare una volta per tutte gli estremisti, ma soprattutto di conciliare la sempre più incoerente alleanza con i turchi, con la promessa di sostegno ai curdi, veri protagonisti della guerra contro Daesh, proprio quei valorosi curdi come sempre usati e abbandonati dalle superpotenze impegnate nel grande gioco mediorientale. La tregua e i tentativi falliti di coordinamento USA-Russia hanno ulteriormente spinto questo riavvicinamento strategico Ankara-Mosca. Visti i molteplici interessi e nonostante la reciproca diffidenza, a Istanbul si potrebbe decidere la bozza di accordo da negoziare poi con la nuova Presidenza statunitense, magari una tripartizione, se non di diritto almeno di fatto.

In tutto questo, tra attori protagonisti, burattinai, sponsor e comprimari, si nota come sempre una vistosa assenza: la nostra. La Siria è il nostro vicinato, siamo stati i primi a subire le disastrose conseguenze della sua destabilizzazione, in primis in termini di flussi di rifugiati. Siamo ancora i campioni degli aiuti umanitari, ma tutte le grandi scelte volano sopra le nostre teste. Restiamo un nano della politica estera e la colpa è tutta dell'allegra comitiva degli Stati membri, come sempre d'accordo solo sul fatto di non essere d'accordo. L'immagine che diamo è di un meccanismo inceppato, internamente dilaniato e perennemente in attesa di uno slancio innovativo che però non arriva mai. Il conto di questa assenza lo pagano 13,5 milioni di siriani, che necessitano assistenza immediata, oltre undici milioni di rifugiati tra esterni e interni e intere città rase al suolo, oltre 400 000 morti, un dramma umanitario senza fine. Mentre l'Europa parla, la Siria brucia, e noi, al posto di mediare e rilanciare soluzioni con tutto il nostro peso, stiamo a guardare chi se ne spartisce le ceneri.

Mario Borghezio, *a nome del gruppo ENF*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'Unione europea è come l'immagine della signora Mogherini, invisibile o quanto meno assente, e chi ne ha parlato a nome suo ha fatto una relazione nobile, ci ha parlato di aiuti umanitari, ma l'Unione europea non è soltanto un'ONG, almeno noi ritenevamo che non lo fosse.

C'è in atto non solo una guerra guerreggiata, ma anche una guerra di parole molto forte. Da una parte si prospettano addirittura attacchi terroristici sul territorio russo, dall'altra parte si replica con altrettante minacce. L'Europa sta zitta, l'Europa non ha ruolo. Una guerra anche di parole potenzialmente molto pericolosa, perché ne potrebbero sortire cose inimmaginabili. Ricordiamo che, persino quando si stava completando il piano per il cessate il fuoco a Ginevra, a Washington c'era l'opposizione quasi totale all'intesa. Obama era semifreddo al riguardo. Alla prima occasione la coalizione americana ha bombardato una postazione dell'esercito siriano e il giorno dopo ha accusato i russi, senza in realtà avere prove di aver bombardato un convoglio di aiuti umanitari.

La realtà è che Putin è giunto alla conclusione che non c'è prospettiva concreta per la Russia di giungere a un accordo con Obama sulla Siria e quindi l'azione della Russia è ripresa con quelle conseguenze gravi che abbiamo giustamente sottolineato. Risulta da fonti di intelligence che l'ISIS preparerebbe attacchi chimici in Siria, e in particolare ad Aleppo est, contro le popolazioni, ma nessuno in questo in questo consesso lo sta dicendo.

Il bagno di sangue in atto in Siria, quelli in Iraq e nello Yemen e il caos in Libia hanno evidenziato una cosa: le potenze regionali non sono in grado di risolvere la crisi senza l'intervento deciso di una forza esterna. L'Europa è assente e non se ne rende conto. Dubito che possano farlo gli Stati Uniti alla fine di una presidenza non eccezionale e tremebonda come quella di Obama, soprattutto incomprensibile anche in questa fase. Forse dobbiamo renderci conto che resta una sola potenza, la Russia, che, a differenza di quello che pensa Obama, non è una potenza regionale.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η Συρία δεν αποτελεί θέατρο επιχειρήσεων αλλά θέατρο παραλόγου. Γι' αυτό και οι εκατέρωθεν υποσχέσεις για εκεχειρία δεν εφαρμόστηκαν, γι' αυτό και οι ειρηνευτικές συνομιλίες στον ΟΗΕ αποδείχθηκαν άνευ ουσίας. Δύο δυνάμεις με πυρηνικά, η Ρωσία και το Ιράν, στηρίζουν την κυβέρνηση του Assad. Το Ηνωμένο Βασίλειο, η Γαλλία, η Ολλανδία, το Βέλγιο, η Δανία και η Γερμανία, υπό την αιγίδα των ΗΠΑ που διαθέτουν πυρηνικά, προσπαθούν να ρίξουν την κυβέρνηση του Assad.

Η Τουρκία, φανερά τάσσεται εναντίον του YPG, του στρατού των Σύριων Κούρδων και κρυφά συναλλάσσεται με το Daesh και με τους τζιχαντιστές που είναι αντίπαλοι όλων των άλλων. Αυτήν την Τουρκία θεωρήσατε ξαφνικά αξιόπιστη δύναμη και φερέγγυα χώρα στην περιοχή, επειδή σας έπεισε το ΝΑΤΟ, και της δίνετε βοήθεια, χρήματα και υποσχέσεις. Αυτό είναι υποκρισία. Τα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης υποστηρίζουν κάτω από το τραπέζι έναν πόλεμο και οδηγούν τους ανθρώπους στη δυστυχία αλλά η ίδια η Ένωση προβάλλεται για την ανθρωπιστική βοήθεια που δίνει στους πρόσφυγες, ανθρωπιστική βοήθεια που καρπώνονται οι ΜΚΟ και ο Soros.

Η λύση είναι μία: συνεργαστείτε με τη Ρωσία και καταπολεμήστε το Daesh, όχι τη Συρία.

Elmar Brok (PPE). – Frau Präsidentin! Vertreterin der Hohen Vertreterin, Frau Vizepräsidentin, Herr Ratspräsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir haben es mit mehreren Kriegen zu tun: Das ist der Krieg des ISIS in Irak und in Syrien. Um diesen Krieg gemeinsam beenden zu können, hat man vereinbart, einen 18-monatigen Friedensprozess durchzuführen, um Westsyrien zu befrieden, auch mit dem Assad-Regime in den Genfer Verhandlungen.

Wir haben jahrelang ein Veto Russlands dagegen gehabt, in Syrien tätig zu werden. Wir haben auch entschieden als Westen, nicht nach Syrien hineinzugehen – im Nachhinein ist das vielleicht ein Fehler gewesen. Aber wir sind heute in der Situation, dass offensichtlich dieser Prozess einer Friedensfindung innerhalb Syriens mit dem Regime von Russland zerstört worden ist, weil es diesen Friedensprozess nur geführt hat, um Zeit zu gewinnen, um einen Krieg total zu gewinnen – koste es, was es wolle. Und damit ist auch eine Koalition im Kampf gegen den ISIS gefährdet. Das ist eigentlich der schlimme Hintergrund.

Wir sind an einer Art Zeitenwende. Wir haben uns immer dafür eingesetzt – also viele von uns, mich eingeschlossen –, klar zu sein in der Ukraine gegenüber Russland, aber in einer selektierten Kooperation mit ihm zusammenzuarbeiten, um andere Probleme in der Welt zu lösen. Jetzt sehen wir aber in Syrien, dass es denselben puren Machtwillen entwickelt wie in der Ukraine – puren Machtwillen, koste es, was es wolle. Dies ist eine Veränderung der Situation. Diese letzten zehn Tage sind eine dramatische Veränderung der internationalen Situation, die große Auswirkungen haben wird, auch im ökonomischen Sinne.

Wir müssen Sanktionen bei technischen Produkten und in vielen anderen Bereichen gegenüber Russland verhängen, wie es zu Zeiten des Kalten Krieges war, damit Russland keine Waffenentwickelung mehr machen kann, und gleichzeitig müssen wir in der Situation sein, den Menschen dort zu helfen.

Ich finde es richtig, das die Kommission versucht, humanitäre Maßnahmen vorzubereiten. Das ist nicht lächerlich, das ist unsere Möglichkeit, die wir haben! Wir dürfen nicht die Menschen verrotten lassen, weil wir den einen oder anderen als besonders schlimm ansehen. Das müssen wir auf den Fall versuchen. Aber das eine ist klar, das lassen Sie mich zum Schluss sagen: Wir sind die Weltmeister in *soft power* und die Verlierer in *hard power*. Und *soft power* wirkt nur, wenn man *hard power* vorzeigen kann.

Wir sind nicht am Tisch der Verhandlungen, wenn es um Krieg und Frieden geht, und deswegen hoffe ich, dass die Briten uns nicht weiter aufhalten – wie sie es bei der Verteidigungsminister-Konferenz gemacht haben – und dass die Europäische Union endlich in die Lage versetzt wird, die Kraft zu finden, damit wir in solchen Kriegen unsere Interessen wahrnehmen können und für den Frieden, das Glück von Menschen in den Regionen kämpfen können.

Und nicht diese Russland-Verteidigung – je weiter rechts, umso mehr für Diktator Putin. Das ist doch Euer Lager, in dem Ihr seid. Ihr habt doch Misstrauen gegenüber jedem, der Demokrat ist, und Freundlichkeit mit jedem, der ein Diktator ist. Das ist FPÖ und andere Politik. Herzlichen Glückwunsch dazu!

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Liisa Jaakonsaari (S&D), *sinisen kortin kysymys*. – Kun otetaan huomioon Teidän merkittävä asemanne ulkoasiavaliokunnan puheenjohtajana, olisin todella odottanut vähän terävämpää kritiikkiä siitä, mikä on ollut Euroopan unionin rooli kriisien selvittelyssä. Olisiko mahdollista ajatella, että Euroopan unioni ajaisi esimerkiksi humanitääristä väliintuloa ja millä tavalla tulevaisuudessa? Te sanoitte, että meillä ei ole tarpeeksi kovia välineitä käytössä. Millä tavalla esimerkiksi tällaisia jo olemassa olevia valmiusjoukkoja voitaisiin käyttää humanitäärisen avun viemiseen?

Elmar Brok (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Ich habe ausdrücklich gesagt: Wir sollten, so schwierig es sein mag, die humanitären Missionen vorbereiten. Und vielleicht gibt es doch noch eine Chance, das ist unsere Verantwortung gegenüber den Menschen. Ich habe aber gleichzeitig gesagt, dass uns die *hard power* fehlt.

Und jetzt müssen wir mal sehen, ob wir bereit sind, militärische Maßnahmen dort zu ergreifen. Sind Sie bereit, die Soldaten Ihres Landes in den Häuserkampf nach Aleppo zu schicken? Nur wenn Sie das mit Ja beantworten, können Sie solche Fragen stellen. Das ist doch die Frage an jeden von uns, ob er das zu Hause erklären will, dass das gemacht wird. Aber ich hätte großen Gefallen daran, dass man, wenn man das noch machen könnte, die nicht radikalen Aufständischen mit Flugabwehrwaffen ausstatten könnte. Daran könnte ich Gefallen finden, wenn dies noch machbar ist.

Victor Boștinaru (S&D). – Madam President, as the UN Secretary-General was here yesterday, I would like to start by quoting from him. He has recently stated on Aleppo: 'Imagine the destruction, people with no limbs – blown off, children in terrible pain with no relief, infected, suffering, dying, with nowhere to go and no end in sight. Imagine a slaughterhouse. This is worse. Even a slaughterhouse is more humane'. Tough words, but the most appropriate description of the carnage in Aleppo.

Aleppo reminds us of Coventry, Dresden, and Grozny, the last episode where Russia practised the complete destruction of a human community. As we speak, Assad and Russian forces are continuing and intensifying indiscriminate bombing. The brutal character of the war in Syria, in particular in Aleppo, and the use of the most ruthless practices, including the use of chemical weapons, incendiary and bunker bombs, cannot remain unnoticed, and I would say to my colleagues of other political groups: colleagues, silence can be seen today as complicity. We have to act. There is deliberate targeting of civilians, humanitarian workers and hospitals. The water supply has been cut off. These attacks are not only unacceptable, they are crimes in the spirit and the character of international law and of international humanitarian law, and we should treat them as such.

So, what to do? There are three issues. I welcome very much the action taken by the European Union and the humanitarian support to Aleppo. The second: I urge the High Representative to work with the UN to win a ceasefire and to allow the convoy of humanitarian aid to get into Aleppo; and thirdly: consider taking immediate sanctions against the governments committing and aiding to commit despicable crimes. One year ago I alerted this House that this could be a *Pax Russica*. Colleagues, here we are one year later.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Charles Tannock (ECR), *blue-card question*. – I have been debating on Syria for five years in this House and have changed my mind. It is clear now that we should have done an awful lot more at the beginning, but sadly that was not the case. Clearly, there is no good side in this horrible proxy civil war between Sunni and Syrian forces and war crimes have been committed on both sides, but Russia now takes the biscuit – it is beyond the pale, using bombings of aid convoys, hospitals, bunker-busting bombs on underground shelters against civilians. These are war crimes. Surely it is time to find ways to overcome the Russian veto in the Security Council by uniting for peace under Resolution 377. We cannot have Russia abuse its position in the Security Council to actually allow it to commit crimes and …

(The President cut off the speaker)

Elnök asszony. – Elnök Úr, kérem, fejezze be! Úgy gondolom, hogy ez nem volt kérdés, ugye? Ez egy megjegyzés volt. Én nem hallottam ki kérdést belőle.

Charles Tannock (ECR), *blue-card question.* – The question is whether Mr Boştinaru agrees with me. I am asking what his thoughts are in using the Uniting for Peace 377 procedure in the General Assembly to overcome the Russian veto.

Victor Boştinaru (S&D), *blue-card answer.* – I think we should do. We should start thinking of building up political support for such an action, because if we let things continuously develop in this manner, it will be not only be too late, but there will be nobody surviving in Aleppo and there no possibility to win peace in Syria and stability in the Middle East. Europe cannot continue looking from its windows at what is happening in the Middle East.

Mark Demesmaeker (ECR). – Syrië is het falen van een staat, van de internationale gemeenschap, van de wereldleiders, van de mensheid.

Aleppo, een van de oudst permanent bewoonde plaatsen op onze planeet, ligt in puin. Beelden van lijkwaden en complete verwoesting. Weerzinwekkend. Het kleine jongetje Omran, een van de symbolen van de terreur, en de vele andere kinderen die elke avond opnieuw naar bed gaan zonder de garantie er morgenvroeg nog te zijn.

Het falen van de mensheid en iedereen is toeschouwer. De Verenigde Staten botsen met Rusland over het vermogen of het onvermogen om vrede te stichten. De Verenigde Naties slaken een zoveelste noodkreet. De NAVO spreekt harde taal. Het toont 's werelds radeloosheid over zoveel barbarij.

De Europese Unie mengt zich amper in dat debat. Overheerst de angst om te schofferen? Ontbreekt de visie? Ontbreekt de strategie? De 25 miljoen euro humanitaire noodhulp die de EU nu vrijmaakt en de humanitaire acties die ze voorbereidt, hoe lofwaardig en nodig ook, zijn slechts symbolisch want ze stoppen de razernij in de steden van Syrië niet. Ze roepen geen halt toe aan die immense vluchtelingenstroom in onze richting.

De Europese Unie heeft niettemin alle reden om zich met sterke stem uit te spreken tegen de slachtpartij die Assad met de steun van Russische bommen onder het eigen volk aanricht. Ik steun daarom ook het initiatief van een groep Nederlandse academici die er recentelijk toe opriep de ernst van de misdaden tegen de menselijkheid te erkennen. Om regimes die medeplichtig zijn te sanctioneren en individuele verantwoordelijken ter verantwoording te roepen.

Marietje Schaake (ALDE). – Madam President, it is a crying shame that we stand here again today and that the killing of innocent people continues. The suffering is immense.

A small percentage of the total amount of the historically high numbers of refugees have reached Europe. While many speak of a crisis here and the impact on our societies and politics is clear and we pay a high bill for humanitarian aid, it is hard to understand why, even in the light of this immense crisis, we do not see a common position in the Council.

Especially now that US-Russian contacts are at an all-time low, we, the EU, must step up. While hospitals, schools and UN humanitarian convoys are bombed and starved, EU leadership to come to a negotiated peace is still lacking. The suffering and cynicism are unprecedented and we know who is responsible.

I call on you, the Member States, to adopt impactful sanctions on Russia for their bombardments of innocent people against the UN Security Council resolution. To Mr Obermayr, I would like to say that this is not a matter of bashing Russia; this is a matter of Russia bombing people, and we have to speak out. The UN Secretary-General has called Aleppo 'worse than a slaughterhouse'. Worse than a slaughterhouse! What happened to 'never again'?

The Council must also give Iran a clear choice. Stop helping Assad's killing machine or face the consequences. Today, the leaders of France, the UK, Italy, Germany and the US meet on Syria and Berlin, but we need a common position of 28 countries. The world knows, Mr Assad knows and Mr Putin knows that a divided Europe is a weak Europe. It must end. We must show leadership in the face of this extraordinary suffering, or we will pay the price.

(Applause)

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Afzal Khan (S&D), *blue-card question*. – 95% of the civilians that are being killed are being killed by the Syrian regime, aided and abetted by Iran and Syria. So would it not be appropriate that we should be asking for sanctions against all three?

Marietje Schaake (ALDE), *blue-card answer*. – Thank you for your question. I do not know whether you heard my statement clearly, but I called on EU sanctions, unity by the Member States for sanctions on Russia, and I also urged them to leverage their weight vis-à—vis Iran to force it to make a clear choice whether to stop the killing machine of Assad and their support thereof or face the consequences. I think my statement was clear, and it seems to be in line with what you are thinking, but we look forward to continuing this discussion. The most important thing is that the Council has to stop being divided, show leadership and adopt a common position.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señora Presidenta, Señorías, ¿dónde ha estado Europa en las negociaciones entre Estados Unidos y Rusia? Muy sencillo, ausente, como la señora Mogherini. ¿Qué ha hecho por mejorar un acuerdo que era insuficiente? La efímera y fallida tregua es fruto de la falta de ambición y de voluntad política.

Es urgente un cese inmediato de los bombardeos y la apertura de corredores humanitarios permanentes. Hay que combatir definitivamente la gangrena del yihadismo. Pero salgamos del falso dilema de elección entre yihadismo, injerencias imperialistas o dictadores locales.

Es el pueblo sirio quien tiene que liderar su futuro y el papel de Europa debería ser apoyar y promocionar los procesos democráticos protagonizados por la sociedad civil siria, así como defender las experiencias de resistencia y democracia directa del pueblo kurdo en Rojava.

Finalmente, Europa no puede seguir levantando muros o pagando al gendarme turco para que controle nuestras fronteras, ni dejar de atender a sus deberes con los refugiados. Si seguimos haciendo eso, somos cómplices de sus muertes. Cómplices, eso es lo que somos.

Barbara Lochbihler (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Ban Ki-moon spricht von einem Schlachthaus, Ärzte ohne Grenzen von einer Todeszone, wenn sie die Lage in Syrien, in Aleppo beschreiben. Eine Flugverbotszone ist indes nicht in Aussicht, und nach dem Scheitern des jüngsten Waffenstillstands gibt es keine realistische Chance, dass das Morden in absehbarer Zeit ein Ende haben wird. Im Gegenteil: Alle bescheidenen Hoffnungen auf eine Waffenruhe sind zunichtegebombt worden. Unterdessen werden weiterhin Kriegsverbrechen oder Menschenrechtsverletzungen verübt, und keine der Konfliktparteien muss derzeit fürchten, dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden. In den Gefängnissen der Regierung sowie in den Haftzentren der oppositionellen Milizen werden Häftlinge gequält, gefoltert und getötet.

Welche Handlungsoptionen hat die EU derzeit, abgesehen von humanitären Hilfsmaßnahmen und dem Ruf nach effektiven Friedensverhandlungen? Damit es wieder zu Verhandlungen kommt, sollte die EU sowohl diplomatischen als auch wirtschaftlichen Druck ausüben, insbesondere auf die wichtigsten Verbündeten des Assad-Regimes: Russland und Iran. Ebenso muss Druck auf die Staaten in der Region ausgeübt werden, die insbesondere islamistische bewaffnete Gruppen unterstützen. Das sind die Golfstaaten und die Türkei.

Solange es kein Ende der Gewalt gibt, muss aber auch die EU aufhören mit ihrer Abschottungspolitik an den Außengrenzen, die jene in den Tod treibt, die den Massakern der Assad-Schergen und dem Terror radikaler Islamisten entfliehen wollten. Nicht nur, weil wir das diesen Menschen schuldig sind – der Krieg in Syrien hat längst eine Dimension erreicht, in der er wesentlich auch die zukünftigen Entwicklungen in Europa mitbestimmt.

David Coburn (EFDD). – Madam President, we got rid of Saddam. We got rid of Gaddafi. Neither went particularly well, did it? Now you want to get rid of Assad. He may be unpalatable, but at least he ran a secular state protecting minorities, both religious and political. The EU seems to want to change this for an Islamic state. We have a common enemy with the Russians in the potential theocratic governments in the Middle East. We should work *with* the Russians, rather than *against* them, to combat the medieval religious anarchy ripping through the Middle East, forcing refugees across the Mediterranean, which in turn disrupts our cities with terrorism and spreads social problems throughout Europe. The EU should stop its absolutely ludicrous posturing and get behind NATO and the Great Powers. There are 400 000 dead in Syria; 11 million displaced; 10 000 refugees picked up in the last two days. Behave responsibly, for a change. Mogherini has zero power. Get behind the Great Powers and NATO, and stop posturing for political reasons.

Marie-Christine Arnautu (ENF). – Madame la Présidente, la ville d'Alep est coupée en deux depuis quatre ans et fait la une de l'actualité, mais malheureusement toujours à sens unique.

Chaque jour, à Alep-Est, plusieurs hôpitaux sont détruits. Le dernier médecin d'Alep a été tué, pour la vingtième fois, et les boulangeries sont la cible principale de l'aviation syrienne. Par contre, les obus qui pleuvent en permanence sur Alep-Ouest – qui est peuplée, je vous le rappelle, de plus de 1,5 million d'habitants, contre 200 000 personnes à l'est – tombent dans l'indifférence générale. Le petit Arman (12 ans), la jeune chanteuse Zila ou la championne nationale de natation Mireille ont tous été tués par ces obus au nom de la démocratie à la mode américaine. Une vie aurait-elle alors moins de valeur à l'est ou à l'ouest, selon que l'on est du bon ou du mauvais côté de la ligne du front?

Depuis quelques semaines, l'armée arabe syrienne semble en mesure de pouvoir libérer Alep-Est de l'emprise des groupes terroristes islamistes. Alors, il n'est pas trop tard pour changer notre position et nous joindre, enfin, à ceux qui luttent vraiment au quotidien contre la terreur exercée par les djihadistes.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement)

Cristian Dan Preda (PPE), *question «carton bleu»*. – Madame Arnautu, j'aimerais savoir si votre parti a déjà obtenu le deuxième emprunt des banques russes?

Marie-Christine Arnautu (ENF). – Monsieur Preda, je pensais quand même que le débat avait un peu plus de hauteur que votre question, que je trouve parfaitement stupide et déplacée. Par conséquent, je n'y répondrai pas et je trouve d'ailleurs qu'elle est assez offensante au regard de la situation et du sujet que nous traitons aujourd'hui.

Udo Voigt (NI). – Frau Präsidentin! Ich frage mich wirklich, wenn ich heute die Debatte verfolge, wo ich bin. Sie sind doch alle intelligente Menschen und sollten eigentlich in der Lage sein, beide Seiten zu hören. Stattdessen höre ich hier Atlantiker, höre ich wieder den Kalten Krieg, wie sie insbesondere von der EVP kommen – von Herrn Preda, Herrn Brok. Was haben wir denn heute gehört? Herr Brok möchte sogar Flugabwehrwaffen an die Terroristen geben. Da muss man sich eigentlich einmal fragen, was das bedeutet: Fliegerfäuste. Fliegerfäuste sind bis jetzt immer international geächtet, niemals an Terroristen weitergegeben worden, weil man damit auch jedes zivile Flugzeug in Paris, in München oder in Brüssel abschießen kann. Eine solche Freigabe der Waffe für die Leute, die man nicht kontrollieren kann: unmöglich! Es gibt ja längst keine moderaten Rebellen mehr.

Ich bin zweimal in Syrien gewesen – das letzte Mal in diesem Jahr –, und ich habe mich davon überzeugt, dass die Führung dort längst von der Al-Nusra-Front übernommen worden ist, von den Dschihadisten. Und solchen Killern wollen Sie die Waffe geben? Versuchen Sie doch mal, sich objektiv zu informieren, und halten Sie einmal fest, dass man nicht allem Glauben schenkt, was die Vereinigten Staaten von Amerika uns erzählen. Denn die haben auch im Irakkrieg davon berichtet, gewaltige Massenvernichtungswaffen seien da. Sie haben eine zivile Firma – eine Werbefirma – damit beauftragt, Kriegslügen herzustellen.

Warum glauben Sie denn alles, was die Amerikaner sagen, und lehnen eine objektive Berichterstattung von den Russen ab? Fördern Sie nicht länger die internationale Völkermordzentrale der USA!

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señora Presidenta, gracias, señor Ministro, por la información que nos ha facilitado sobre la situación en Siria, incluyendo sus esfuerzos estos días en materia de ayuda humanitaria para Alepo.

Efectivamente, la situación allí es especialmente grave. Se trata de la segunda ciudad del país. Los ataques indiscriminados lanzados por las fuerzas del régimen sirio, con apoyo aéreo ruso, están produciendo numerosas víctimas civiles, incluido un elevadísimo número de niños. Estamos, como ya se ha dicho, ante una auténtica catástrofe humanitaria, donde ni siquiera los hospitales se están respetando.

La necesaria solución política para el conflicto no avanza. Ni siquiera lo hace la concertación ruso-americana, que había conseguido algunas treguas efímeras hace unos meses. Señorías, son ya más de cinco años de conflicto y de guerra. Son muchas las muertes, la destrucción, el sufrimiento, muchos los desplazados y los refugiados. Estamos en un conflicto, además, tan encarnizado como complejo, pues en la guerra en Siria, además de la presencia de Dáesh y otros grupos terroristas, se entrecruzan varias líneas de enfrentamiento; por ejemplo, chiíes contra suníes, Irán contra Arabia Saudí, laicistas contra radicales islámicos, y un largo etcétera.

En esta situación tan compleja, con divergencias tan profundas, es escaso el margen que se ha dejado a la diplomacia internacional. El régimen de Damasco y sus aliados parece que ahora optan por la solución militar, como ayer denunciaba Kerry en Bruselas.

Las Naciones Unidas deben redoblar sus esfuerzos para encontrar una solución política y en primerísimo lugar un alto el fuego. Los miembros permanentes del Consejo tienen una especial responsabilidad, en particular Rusia, que desde hace doce meses desempeña un papel militar clave.

Señor representante del Consejo, yo le animo a usted y a la señora Mogherini a continuar sus esfuerzos en materia de ayuda humanitaria. También es necesario proseguir un intenso diálogo con los actores internacionales más involucrados en el conflicto, incluidos los regionales, y ayudar a las Naciones Unidas en sus esfuerzos de paz.

Estos días, en el Consejo de Seguridad, Francia y España están elaborando un proyecto de resolución reclamando un alto el fuego inmediato, con un mecanismo internacional de supervisión. El alto el fuego es la mayor de las urgencias para Alepo, tan atormentada por los bombardeos de las últimas semanas. Todos debemos ayudar con ese objetivo.

Elena Valenciano (S&D). – Señora Presidenta, a pesar de que existen motivos más que suficientes y fundados para que Estados Unidos, el Reino Unido y Francia se levantaran del Consejo de Seguridad, lo cierto es que en Siria solo cabe una salida negociada por las partes. Y es más urgente que nunca.

El bombardeo sobre Alepo entrará en la historia por la misma vergonzosa puerta por la que entraron Dresde, Guernica o Sarajevo. En Siria, junto con las bombas antibúnker han estallado todas las reglas del sistema internacional y del Derecho internacional humanitario.

Es bastante claro: ¡hay que bajar las armas! ¡Hay que detener los aviones! Excepto aquellos que sean capaces de llevar ayuda humanitaria a la población asediada. Hay que abrir corredores humanitarios, y, en eso por lo menos, la Unión Europea debería ser eficaz. Hay que negociar, a pesar de que seguramente estamos en un escenario de crímenes contra la humanidad.

Está claro que Rusia está dispuesta a que se cumpla la agenda militar de Al-Asad, pero también es cierto que Estados Unidos debe ser consciente de que es imposible un orden en esa región del mundo que no sea aquel basado en una paz permanente y sólida.

La Unión Europea debe seguir apoyando, sí, los esfuerzos de Naciones Unidas, e involucrarse de manera muchísimo más decidida, porque solo hay un atisbo de esperanza, solo uno, que es volver a negociar y, desde luego, ayudar a la población civil que se desangra todos los días en Alepo.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Pani Przewodnicząca! Szanowni Państwo! Dwanaście dni temu wróciłem z państwa, które jest sąsiadem Syrii – z Jordanii. Odwiedzałem tam obozy dla syryjskich uchodźców. I dobrze świadczy o Parlamencie Europejskim, że nie tylko wysyła tam misję, ale w ciągu tej sesji mamy drugą debatę o Syrii, bo przecież mówiliśmy o edukacji w Syrii. Unia Europejska, my, dajemy tam duże pieniądze. I tym się różnimy od Rosji, która Syrii funduje bomby. My dajemy tam pieniądze dla uchodźców syryjskich. To naprawdę ważna różnica. To po pierwsze.

A po drugie, proszę państwa, historia się powtarza nie tylko farsą. Przypomnijmy, co się działo po 11 września 2001 r. po atakach na World Trade Center, gdy Rosja usiłowała przedstawić siebie Zachodowi jako sojusznika w walce z islamistami. To jest ten sam scenariusz. Nie dajmy się nabrać. Oni traktują tę sprawę absolutnie instrumentalnie. Jeszcze niedawno przyjmowali u siebie Hamas na Kremlu. Apeluję tutaj naprawdę o rozwagę i trzeźwość.

(A vitát felfüggesztik)

13. Mitteilung des Präsidenten

Elnök asszony. – Képviselőtársaim, engedjenek meg egy elnöki közbevetést. Akik itt voltak az ülés kezdetén, részesei voltak annak, hogy elfogadtuk a tegnapi jegyzőkönyvet, illetve részesei voltak annak, hogy Saudargas képviselő úr a Néppárt részéről egy megjegyzést fűzött, egy észrevételt ehhez a jegyzőkönyvhöz. Kollégáim ezt egyeztették, és a szolgálatok arra a következtetésre jutottak, hogy ez a megjegyzés a hétfői jegyzőkönyvhöz kapcsolódik és nem a tegnapihoz, és ez már figyelembe lett véve a jegyzőkönyvben. Úgyhogy mindezen megjegyzések alapján, ha nincs további észrevétel ehhez, akkor a tegnapi jegyzőkönyvet elfogadottnak tekintem.

14. Lage in Syrien (Fortsetzung der Aussprache)

Elnök asszony. – Most pedig folytatjuk a vitát a Bizottság alelnökének és az Unió külügyi és biztonságpolitikai főképviselőjének nyilatkozatáról a szíriai helyzetről [2016/2894(RSP)].

Pavel Telička (ALDE). – Madam President, Mr Korčok, as regards Mr Putin, this is a question of a cult of power. This is what you will be told by the Russian opposition – what remains of it – whether it is left, centre or right. This is what you will hear. It was about Georgia, then it was Donbas, Crimea. It is Syria today, and we can speculate on what it is going to be tomorrow. All that is an instrument, an instrument for the recovery of Russia and of Putin. It is an instrument of domestic politics. It is an instrument for increasing influence, and it is an instrument for dividing the European Union and separating us from our allies.

This is what it is about. Mr Korčok, if you have a debate in the European Council, two out of the three main issues are related. Migration, where we are heavily affected. Of course what we are seeing today is again intentional. This is intentional because this will produce further migration, which will of course primarily affect Europe.

The second issue is the strategy on Russia. What we will also expect is that in this framework, we will see at least the basic points of a strategy on Syria. It is badly needed. If that does not come out of the European Council, then I am afraid this is a failure. And what is it about? Well, we should be at the table. You have said yourself, we are the biggest donor. It is high time that we are a part of the negotiations around the main table and that we really have the hard force. That is another important question: unless we really address the question of our military capacities, integrated ones, we will never be partners.

The final two remarks. A no-fly zone for sure. Sanctions, as has been said, not just against Russia, but also against those that are an active part of that conflict. Finally, as I have said, we need to build our own capacities, our own capabilities, our own abilities, including political and defence.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

James Carver (EFDD), *blue-card question*. – You call for greater military powers for the European Union. Don't you just realise that all you are doing is actually further complicating this tangled web, and don't the various different political common interests and foreign policy interests within Syria from very different actors just further complicate the situation?

Pavel Telička (ALDE), *blue-card answer*. – No, I do not see any association and connection at all with complicating the situation. I fully respect that you are on the way out from the EU. I respect that you do not see any need or prospect for the defence capabilities of the European Union. I fully respect that, but it goes without saying that, without those capabilities, we will not be in a position to really tackle the core of the problem. I have not heard from either you or your colleagues about Russia's inhumanity.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL). – Señora Presidenta: una terrible foto de niños y niñas asesinadas en Yemen. Casi nunca se habla de ello ni aquí, ni en la gran prensa: fósforo blanco, bombas de racimo; pero claro, son los amigos saudíes.

Nos preocupa, o todo el mundo dice que le preocupa, lo que pasa en Siria, pero a algunos les preocupa después de decir que Al-Nusra, es decir Al-Qaeda, lo estaba haciendo bien en Siria, o después de entrenar, financiar y tolerar grupos terroristas que actúan en Siria pero en Europa también.

Estamos inmersos en una campaña de propaganda unidireccional que nos presenta un único culpable, pero que culpa siempre a las víctimas civiles de los amigos, todo para no señalar que el fracaso de la última tregua fue causa del bombardeo de Estados Unidos sobre posiciones del ejército sirio en Deir ez-Zor, por el ataque a los corredores humanitarios por esas organizaciones terroristas, o el secuestro de población civil para ser escudos humanos, por esas mismas organizaciones terroristas.

Hay que exigir que Estados Unidos retome la colaboración con Rusia y que se propicie un alto el fuego inmediato y una mesa con todos los actores políticos no terroristas.

James Carver (EFDD). – Madam President, Turkey's intervention in this increasingly complicated war is at the same time both welcome and dangerous and not all as it seems. Kobanî became a recognised symbol of resistance, with brave Kurdish forces drawing a line and pushing Islamic states away from the Turkish border, thus creating a zone of relative safety. As we know, their endeavours were repaid with Turkish bombing raids and armoured convoys. Now we have a key ally fighting Western-backed Kurdish groups and moderate opposition militias using the fight against Islamic State as a smokescreen to spread its military campaign against the Kurds into Syria. Then there are the traditional Russian and Middle Eastern foreign policy interests to consider. Peace cannot be secured and the inhumane actions dealt with until this illogical web of alliances is properly untangled for the benefit of humanity as a whole. The longer we take, the more the Syrian people suffer.

Franz Obermayr (ENF). – Frau Präsidentin! Dem fanatischen transatlantischen Kollegen Brok und seinen Freunden ins Stammbuch: Ich lehne jeden militärischen Terror gegen Zivilbevölkerung, gegen UNO-Einrichtungen – was auch immer – konsequent ab. Ob das jetzt von Russen, Amerikanern, Deutschen oder Italienern kommt – ich lehne so etwas ab und verurteile das, im Unterschied zu denen, die offensichtlich ignorieren, dass es hier sehr unrühmliche Vorgänge gibt – von der Türkei, von Saudi-Arabien, von Amerika –, die hier offensichtlich nicht angesprochen werden dürfen. Und ich werde sie ansprechen.

Zum Beispiel die Türkei: Die Türkei marschiert völkerrechtswidrig ein in Syrien, um dort Stabilität herzustellen, um mit der Aktion Euphrates Shield die Bevölkerung zu schützen. Das ist doch ein klarer Wahnsinn, wenn man das ignoriert, nur weil es ein NATO-Partner von Deutschland ist. Offensichtlich ist hier Narrenfreiheit gegeben. Dass die Türkei mit dem IS jahrelang gute Geschäfte macht, das vergisst man heute offensichtlich. Herr Kollege, Sie haben nicht einmal aufgepasst vorher, also sind Sie jetzt auch ruhig.

Ich will nur eines vorschlagen: Schauen wir überall dorthin, wo etwas passiert! Seien wir nicht auf dem linken Auge blind! Dann wird Europa wirklich wieder zu Stärke kommen und ernst genommen werden, wenn wir auch dementsprechend geschlossen auftreten und uns kümmern, dass nicht rund um uns die Staaten in Flammen aufgehen.

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Asszony! Az Európai Unió feladata az azonnali humanitárius segítségnyújtáson túl a politikai megoldásban való határozott közreműködés. Ahogy Korčok főképviselő-helyettes úr mondta, itt senki sem fehér vagy fekete szereplő. Ezért kell közvetíteni a regionális szereplők – Törökország, Irán és Szaúd-Arábia – között és a globális szereplők – az USA és Oroszország – között. Az azonban nem megoldás, amit a Néppárt vezérszónoka mondott: az az EU feladata, hogy az USA-val együttműködve fellépjen Oroszországgal szemben. Nos, az Európai Unió megfogalmazta, milyen módon akar a globális ügyekben meghatározó szereplő lenni. Ez nem oldható meg úgy, hogy egyetlen feladatot tűz ki, hogy az Európai Unió az Egyesült Államok segédcsapataként működjön.

David McAllister (PPE). – Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! So wie vielen anderen Kollegen fällt es auch mir sehr schwer, die Lage in Aleppo in Worte zu fassen. Ban Ki-moon, das haben wir heute mehrfach gehört, bezeichnet das, was passiert, als Kriegsverbrechen. Der VN-Gesandte für Syrien, Staffan de Mistura, bezeichnet die Lage in der Stadt, als die schlimmste humanitäre Tragödie seit dem Zweiten Weltkrieg. Und der VN-Nothilfekoordinator Stephen O'Brien erklärt die tagtägliche Wirklichkeit mit den Worten: „Blutbad, Schlachterei, Greuel".

Und so wie Vorredner – vom größten Teil des Hauses – das auch angesprochen haben: Russland hat immer wieder behauptet, eine politische Lösung für Syrien anzustreben. Diesen Worten hat Moskau bislang keine Taten folgen lassen, im Gegenteil: Weder medizinische Einrichtungen noch humanitäre Hilfsleistungen werden verschont. Ich finde das russische Verhalten empörend. Es ist menschenverachtend, und ich habe kein Verständnis dafür, dass es vom rechten Rand dieses Hauses dafür auch noch Ansätze von Verständnis gibt.

Es ist ein richtiges Signal, dass die Entschließung unseres Parlaments die wichtige Arbeit der internationalen Unterstützergruppe für Syrien und die Arbeit des VN-Gesandten unterstützt. Dieser Konflikt kann nur politisch gelöst werden. Deshalb müssen alle Parteien wieder an den Tisch zurückkehren und die Verhandlungen im Rahmen der Unterstützergruppe fortführen. Eine Waffenruhe, um die Zivilbevölkerung mit dem Nötigsten zu versorgen, muss dabei das kurzfristige Ziel sein. Die Europäische Union könnte und sollte in diesen Verhandlungen eine wichtige Vermittlerrolle einnehmen. Dafür brauchen wir dringend europäische Geschlossenheit und Entschlossenheit. Das Thema muss auf die Tagesordnung der Gremien.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! Schon lange geht es nicht mehr um die Anliegen, die am Beginn dieses Konfliktes standen: Freiheit und Demokratie und ein brutales Regime, das um sein Überleben gekämpft hat. Syrien ist Schauplatz von Stellvertreterkriegen und der Durchsetzung von geopolitischen Interessen. Es geht um ganz Existenzielles: Es geht um den Überlebenskampf unserer Zivilisation. Der brutale Terror von Da'esh verbreitet Schrecken und Angst, die systematische Aushungerung von Städten wie Madaya erinnert an das Mittelalter, und die anhaltende Bombardierung von Aleppo liefert uns unvorstellbare Bilder der Zerstörung. Die Auswirkungen dieses Krieges sind schon längst nicht mehr auf Syrien beschränkbar, die vielen Flüchtlinge erinnern uns täglich an diesen Konflikt.

Es ist im Interesse Europas, diesen Albtraum zu beenden. Dafür ist es notwendig, dass die Mitgliedstaaten der Hohen Vertreterin endlich ein klares Mandat geben und nicht ihre einzelnen Interessen verfolgen. Europa muss mit einer Stimme sprechen, bestimmt und unzweideutig, und es muss die Sprache der Humanität wählen, so wie es Mogherini und Stylianides mit ihrer humanitären Initiative für Aleppo vorbereitet haben.

Diese Initiative darf aber nicht auf Aleppo beschränkt bleiben. Es müssen auch jene Städte versorgt werden, die nach wie vor ausgehungert werden. Und wir müssen humanitäre Korridore schaffen, damit die Verletzten und Schutzbedürftigen direkt aus den bedrohten Gebieten evakuiert werden können. Und schließlich sollten wir auch jene Regionen im Norden Syriens und Rodschawa unterstützen, die sich unter großen Opfern selbst von Da'esh befreit haben, wo die Menschen zurückkehren wollen und sich jetzt von uns im Stich gelassen fühlen.

Ангел Джамбазки (ECR). – Съвсем очевидно от конфликта в Сирия страдат на първо място гражданите на тази държава и на второ място нациите в Европейския съюз, потърпевши от безпрецедентната мигрантска вълна, породена от тази война. Но сякаш никой в залата не порицава сериозно престъпното поведение на още две държави освен споменатите, които са замесени в този конфликт, а именно Саудитска Арабия и Турция. За тези, които не знаят, да напомня или да кажа, двата диктаторски режима в Рияд и Анкара участват пряко във военните престъпления в Сирия – чрез военна окупация и инвазия и чрез подкрепата на човеконенавистни варварски групировки, терористични организации като Ислямска държава и ан Нусра.

Колеги, тежкото лицемерие е някой да се прави на загрижен за жертвите от войната, а да продължава да продава оръжие на Рияд и да плаща подкупи и откупи на Анкара. Едностранчивостта, пропагандата са пагубни за разбирането на тази война и за намирането на вярното решение. Крайно време е всеки в тази зала да разбере, че нито турските, нито саудитските, нито руските интереси в Сирия не са интересите нито на сирийските граждани, нито на тези на гражданите на Европейския съюз.

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE). – Frau Präsidentin! Zu Beginn des Konflikts hat der damalige deutsche Verteidigungsminister Thomas de Maizière erklärt: Da halten wir uns raus, da tun wir nichts, es könnte ja sonst einen Flächenbrand geben, wenn wir Europäer uns da engagieren. Den Flächenbrand haben wir jetzt: Die Türkei, Russland, verschiedene europäische Länder, der Iran, Saudi-Arabien – alle sind involviert in diesem Konflikt. Und dieser Konflikt ist inzwischen die größte humanitäre Katastrophe seit Langem.

Wir stehen als Europäerinnen und Europäer machtlos davor, Amerikaner und Russen verhandeln über unseren Kopf hinweg. Wir haben die Lösung an die Vereinten Nationen delegiert. Herr de Mistura ist ein hervorragender Mann, aber wo ist Europa? Abwesend, vollkommen abwesend! Und deswegen kann ich nur unterstützen, was hier gesagt worden ist: Es kann so nicht weitergehen. Wir brauchen eine außenpolitische europäische Fähigkeit inklusive einer verteidigungspolitischen Komponente. Wir brauchen eine Flugverbotszone für Aleppo. Es braucht humanitäre Korridore, und es braucht eine politische Lösung, an der Europa unter Leitung von Frau Mogherini ernsthaft mitarbeitet.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Arne Gericke (ECR), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Herr Lambsdorff, wir haben doch soeben gehört, dass Europa zu den größten Waffenlieferanten der Welt gehört. „Wir halten uns raus" – bezeichnen Sie das wirklich als Heraushalten, wenn man als Hauptwaffenlieferant im Grunde doch ganz aktiv mitbeteiligt ist?

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Ach, Herr Gericke, ich kenne Sie eigentlich als einen ernsthafteren Debattenpartner. Die Waffen der syrischen Armee kommen überwiegend aus Russland. An den Iran haben wir auch nichts geliefert. Die Amerikaner rüsten sich selber aus. Die englischen und französischen Einsätze dort werden mit eigenem Gerät geflogen. Diese Frage spielt hier wirklich überhaupt keine Rolle.

Mike Hookem (EFDD). – Madam President, the war in Syria has raged for over five years now, but despite being an evident threat to European security, it would seem the EU is determined to continue flip-flopping on this issue. There is no better example of this than the recent multi-billion-euro deal approved by the EU to supply Iran Air with up to 118 modern Airbus commercial aircraft. This is an airline associated with accusations of making over 200 flights this year alone to bring military communications equipment, strategic arms and military personnel to supply and support Hezbollah and the Assad regime, both of which are sanctioned by the EU.

We are now in a position where European-built aircraft could be used to supply arms and equipment to forces ranged against NATO. That is why I am today calling for the UK intervention in Syria to stop. The EU is simply out of its depth in dealing with this crisis in Syria, despite wanting ever greater involvement. It is time to learn the lessons of Afghanistan, Iraq and Libya, and allow better-qualified actors to solve this most complex of problems.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Madame la Présidente, M. Weber se préoccupait ce matin de la Syrie. Il parlait contre la Russie et évoquait son intervention en Syrie au nom des Américains. Il ne parlait pas au nom des Français ou des Italiens de son groupe, plus nuancés, mais au nom des députés allemands soumis aux intérêts des États-Unis. Il ne parlait pas au nom du peuple syrien et des chrétiens d'Alep encerclés par Al-Qaïda, actuellement délivrés par les forces légitimes de Syrie, et du seul pays qui intervient légalement dans ce pays.

Qu'il écoute l'évêque d'Alep, lui qui se prétend chrétien-social. Monsieur Weber, vous êtes-vous préoccupé des sanctions contre la Syrie, qui font augmenter le prix du blé de 300 % et celui du riz de 650 %, et du système de santé détruit par ces sanctions? Les chrétiens d'Orient vous le rappelleront: il faut libérer Alep assiégée par Daech et Al-Qaïda à l'est, c'est ce que font la Syrie et les alliés de la Syrie.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

Aymeric Chauprade (NI). – Monsieur le Président, Monsieur le Ministre, chers collègues, la situation humanitaire en Syrie est dramatique à Alep, mais aussi dans d'autres parties du territoire.

Mon intention n'est pas, ici, comme le font certains, de jeter un regard hémiplégique sur l'histoire, de ne voir que les crimes des uns et pas ceux des autres. Aucun des crimes de civils n'est excusable, d'où qu'il vienne, mais qui pourrait affirmer sérieusement que les bombardements des uns seraient moins destructeurs que ceux des autres?

Pour arrêter ces crimes, il faut commencer par faire un bon diagnostic. Que se passe-t-il en Syrie depuis 2011? La vérité, c'est que la Syrie est un front majeur du djihad sunnite. C'est l'islam radical sunnite qui détruit ce pays, et qui le fait non seulement avec le soutien des monarchies sunnites du golfe, mais aussi à cause de nos propres erreurs de politique étrangère. Nous répétons, en effet, en Syrie l'erreur commise en Libye. Nous ne voulons pas voir que laisser le djihad sunnite détruire ce régime autoritaire, c'est le laisser détruire l'État-nation et que, sans l'État-nation, il n'y a plus que le chaos.

Le grand paradoxe du monde occidental, c'est que sa politique soutient au Moyen-Orient l'ennemi qu'il prétend combattre en Europe et qui le frappe par le terrorisme. Combattre le terrorisme islamique implique de former une grande coalition des civilisations, ce qui implique de travailler avec des gens qui n'ont ni nos valeurs, ni nos méthodes.

La *realpolitik* n'est pas une défaite, Mesdames et Messieurs, elle est une victoire de l'intelligence, la seule qui pourra produire la défaite du totalitarisme islamique.

Андрей Ковачев (PPE). – Така е, г-н Министър, както казахте в началото, Сирия е най-голямата хуманитарна катастрофа на нашето време и тя се влошава. За съжаление Европейският съюз, г-н Министър, няма план какво да прави, за да спрем насилието. Жалко е тук, че чуваме от крайната левица и крайната десница гласа на една от страните, които са виновни за катастрофата.

Предоставянето на хуманитарна помощ е нужно, но не е достатъчно. Европейският съюз трябва да има авторитетът и силата да налагат заедно с нашите партньори план за мир и край на варварството. Сирийските граждани трябва да получат надежда за бъдещето, за един възможен живот след тази ужасна война в Сирия.

Докато не намерим начин за предотвратяване на причините за миграционния натиск в Сирия, ще продължи и натискът на нашите външни граници. Европа трябва да говори с единен глас и този глас трябва да бъде чут.

Кризата в Сирия, както и тероризмът, не остават затворени в съответните граници. Следователно, за да е успешно справянето с тези предизвикателства, се нуждаем от обща европейска архитектура по сигурност и отбрана, която да допълва ангажимента ни към НАТО и една общоевропейска обмяна на разузнавателна информация. Мнозинството европейски граждани желаят това да бъде политика на Европейския съюз в областта на сигурността и отбраната, повече споделен отбранителен капацитет, съвместни проекти, съвместно въоръжение и обучение на военнослужещи, европейски мироопазващи мисии, обща щаб-квартира и европейски сили.

Заедно с това е нужна и обща миграционна политика и ревизия на Дъблинския регламент, който не отговаря на съвременната миграционна динамика. Решението за справяне с миграционната криза трябва да се вземе в дух на осъзната отговорност и единство. Солидарността е двупосочна улица. Не може само страните на външната граници на Европейския съюз да поемат тежестта от безпрецедентните по размер миграционни потоци.

Gilles Pargneaux (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Ministre, chers collègues, oui, aujourd'hui, la ville d'Alep, c'est l'enfer, l'enfer sur terre. Hôpitaux, écoles, camps de réfugiés, femmes, hommes, enfants, rien ni personne n'est épargné par le déluge de feu que le régime abat sur cette ville.

Face à cette violence et à ces massacres, nous devons malheureusement encore l'affirmer: la solution armée est une chimère. Entre les forces pro-Assad, les mouvements rebelles, les groupuscules affiliés à Al-Qaida comme le Front Al-Nosra, les Kurdes, Daech ou encore la présence à peine voilée des Iraniens et des milices du Hezbollah, qui peut encore croire qu'une solution unilatérale est possible?

Désormais, l'urgence est d'apporter un soutien humanitaire à Alep. M[me] Federica Mogherini a décidé de proposer de mobiliser 25 millions d'euros.

Ensuite, la perspective, c'est la sortie du tête-à-tête stérile entre les États-Unis et la Russie. À cet égard, l'Europe a son rôle à jouer: nous avons été les moteurs dans le rétablissement des relations avec l'Iran, aussi servons-nous de ce canal de discussion pour mettre la pression sur un acteur clé du terrain syrien.

Mirosław Piotrowski (ECR). – Dzisiaj Parlament nasz dyskutuje, a jutro przyjmie rezolucję w sprawie eskalacji konfliktu w Syrii, szczególnie w Aleppo. W przygotowanej rezolucji stwierdzamy, że Unia Europejska jest jednym z największych dawców pomocy humanitarnej dla ludzi uciekających przed przemocą i zniszczeniem. Uważam, że pomoc ta nie tylko powinna nadal tam płynąć, ale zostać zwiększona. Rządy krajów Europy Środkowo-Wschodniej, przede wszystkim rząd Polski, zapowiedziały jeszcze mocniejsze zaangażowanie w ramach proponowanej elastycznej solidarności. W punkcie trzecim naszej rezolucji wzywamy wszystkie strony konfliktu do zaprzestania ataków na bezbronną ludność cywilną i infrastrukturę. Dlatego musimy jeszcze bardziej, realnie wspierać wysiłki ONZ w tym zakresie.

Marielle de Sarnez (ALDE). – Monsieur le Président, tout le monde l'a dit, c'est une tragédie humanitaire absolument sans précédent qui se déroule à Alep, pour les centaines de milliers d'habitants qui vivent sous les bombes, dans l'ensemble du pays, pour les millions de personnes déplacées, pour les millions de personnes affamées, c'est l'enfer, quelquefois, comme Gilles Pargneaux l'a dit aussi, pour les réfugiés qui fuient la Syrie.

Cette situation ne peut pas durer. Je ne crois pas que le tête-à-tête américano-russe pourra avoir la clé de tout cela. On l'a bien vu, le rôle de Poutine est dans la stratégie. Il veut au fond vaincre le régime, avancer sur place avant n'importe quelle négociation de paix. Nous ne pouvons pas laisser faire cela. C'est pourquoi je vous dis qu'il y a une seule puissance que nous n'entendons pas suffisamment, et qui n'est pas dans le jeu, c'est l'Europe. Décidons d'exister, décidons de parler d'une seule voix!

Tout ceci se passe à nos portes. C'est à nous maintenant d'agir, d'avoir une vision, d'avoir une perspective, de reprendre langue avec l'ensemble des puissances régionales, à savoir la Turquie, l'Iran, l'Arabie saoudite pour essayer, enfin, de trouver une issue politique à cette crise majeure.

Pier Antonio Panzeri (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, che dire di più. Io per la verità oggi ho sentito parecchia ipocrisia da parte del Consiglio, che dovrebbe sapere che nel quadro geopolitico odierno c'è una regola fondamentale: i vuoti si creano e vengono riempiti, o lo facciamo noi o lo fanno altri. Se nella vicenda siriana l'Europa non è in grado di esercitare il proprio protagonismo, lo fanno altri, come lo stanno facendo la Russia e gli Stati Uniti. E se questo avviene a noi rimane solo un ruolo, che è quello di spettatori, capaci di guardare la partita siriana sugli spalti, come abbiamo visto, dividendosi fra tifoserie. Io vorrei che il Consiglio si interrogasse su questo. Ma da quello che ho

ascoltato oggi non sembra sia in grado di farlo. Noi non stiamo facendo quanto è necessario e sarebbe invece nostro dovere fare. Questa nostra assenza peserà come un macigno sulla nostra coscienza, peserà su una classe dirigente europea che potrà avere un posto assicurato solo all'inferno.

Jan Zahradil (ECR). – Pane předsedající, Sýrie se už dávno stala geopolitickým bojištěm mezi západem a anti západní koalicí, kterou nejlépe reprezentuje Rusko a Írán. Asadův režim, to je následník v podstatě socialistického režimu implantovaného do oblasti bývalým Sovětským svazem a také klan Asadů byl nejvěrnějším spojencem Sovětského svazu. Proto také Rusko ten režim tak drží. Nicméně máme tady ještě tak zvaný Islámský stát jako doslova anti civilizační hnutí a máme tady také protiasadovskou opozici, která bohužel se mnohdy skládá z radikálů, kteří se příliš neliší od fanatiků typu Islámského státu nebo al-Káidy nebo Tálibánu, a naším úkolem je stanovit si posloupnost kroků, které chceme dosáhnout, to znamená jak porážka Islámského státu, tak nedovolit Rusku, aby se stalo geopolitickým hegemonem v oblasti, tak nepřipustit radikální islamizaci země. V tom jsme zatím mnoho nepokročili a tyto priority jsme si nedokázali správně vyhodnotit.

Sandra Kalniete (PPE). – Mr President, the brutal crimes of the Assad-Putin regime against the civilian population of Syria are abominable. Erasing Aleppo from the surface of the earth and the indiscriminate aerial bombing of thousands of civilians is absolutely intolerable. There is no doubt about Russia's core responsibility for these criminal actions. Therefore, the question of lifting any European sanctions against Russia should be off the table. Just the opposite, these crimes warrant more measures at the EU level, targeted at individuals and entities enabling the crimes against the Syrian people.

I am sure that Russian intelligence chiefs, whom some colleagues wanted to take off the EU sanctions list a few months ago, are among them. Like it or not, sanctions are one of the very few instruments the EU has in this situation. We do not have either the military capability, or the political will, to seriously project power which would help to stabilise Syria. Our leverages are economic and legal, so we should use them. Make no mistake, the reason for Russia's intervention in Syria is obvious.

Europe has become a target of a weapon of mass migration. Bombing hospitals and marketplaces drives people out of Syria and creates more waves of refugees. Putin knows too well that sooner rather than later these refugees will undermine stability within our societies. His main target has been, and remains, us, the West – our values, our institutions. It is now up to us to be resilient and respond to this challenge.

Arne Lietz (S&D). – Herr Präsident! Ich verurteile auf das Schärfste die bewusste Verletzung des humanitären Völkerrechts durch Assad und seine Verbündeten, insbesondere – wie so oft heute schon genannt – durch Russland. Es ist ein Kriegsverbrechen, Krankenhäuser und andere zivile Einrichtungen bewusst zu bombardieren, wie wir es in den letzten Tagen erlebt haben. Dennoch müssen die Gesprächskanäle offen bleiben, denn ohne Russland wird es keine politische Lösung geben.

Aber ich sehe hier insbesondere, die EU-Mitgliedstaaten in der Pflicht, endlich zu einer gemeinsamen Position und Strategie zum Umgang mit allen zentralen Konfliktparteien im Syrien Konflikt zu kommen. Dazu gehören auch der Iran, Saudi-Arabien, die Türkei, die verschiedenen Rebellengruppen und Da'esh. Nur wenn wir zu einer gemeinsamen EU-Strategie finden, kann Federica Mogherini für die EU eine konstruktive, diplomatische Rolle einnehmen, wie sie es erfolgreich bei den Iran-Verhandlungen gezeigt hat.

Aber die EU muss auch kurzfristig handeln. Ich begrüße daher ausdrücklich die humanitäre Initiative der Hohen Vertreterin und des Kommissars für humanitäre Hilfe durch die 130 000 Syrerinnen und Syrer mit Hilfeleistungen versorgt werden sollen.

Branislav Škripek (ECR). – Mr President, the situation in Western and Southern Syria is breaking down. It should be in the highest interest of the EU to help and stabilise Northern and Eastern Syria, alongside the efforts of the US and France in those areas, as some stability and peace is already there.

The US and France cooperate with the Syrian Democratic Forces, and together they are successful in defeating ISIS. They are bringing stability, freedom and democratic, multi-ethnic governance in the liberated regions under the flag of the Democratic Self-Administration of Rojava.

The EU should put pressure on the Kurdistan Regional Government to open the Fishkhabour border from the KRG into Rojava so that aid, trade, media and political exchange can come in freely. This one move by the EU would already help millions of people. It is a huge scandal that the KRG is blocking, for example, medicine from reaching children in need.

Finally, the EU and the Self-Administration can work together to give aid to the Syrian indigenous people. This will prevent them from running as refugees to Europe.

Tunne Kelam (PPE). – Mr President, all these years and even now, people from Syria have been asking for certain elementary things. They are not just asking for resolutions that deplore or condemn. Human beings in this man-made hell are asking for no-fly zones and safety areas, in addition to humanitarian aid. A no-fly zone over Aleppo immediately – that is the solution.

Russia has proved not to be part of the solution, but part of the problem. Putin's interest clearly is not to fight ISIS, but to support his crony, the Syrian dictator. But the main problem is that you cannot solve such a crisis with the help of people responsible for war crimes, barrel bombs, poison gas, levelling hospitals and killing – just now – hundreds of children. The result is an Orwellian understanding of peace. In the words of John Kerry, 'Where they make a desert, they call it peace'.

The crucial problem for the EU now is that we have still not decided to do something concrete and have left the scene open for destructive forces that care only about their own self-interest. My colleague, Mr Telička, this morning told us that we have shown too many yellow cards – I would add including the one Mr Obama waved three years ago. What we need now is a red card: that is strategic sanctions against Russia and calling this thing what it is – a crime against humanity.

Kati Piri (S&D). – Wat zich de afgelopen twee weken in Aleppo afspeelde, kan men niet anders dan de hel op aarde noemen. Na het breken van het staakt-het-vuren, heeft de Syrische regering samen met het Russische leger doelbewust burgers gebombardeerd, humanitaire konvooien beschoten en ziekenhuizen met de grond gelijkgemaakt.

VN-secretaris-generaal Ban Ki-moon sprak eerder deze week de volgende woorden: "Het voortdurend bombarderen van Aleppo is een oorlogsmisdaad. De situatie is erger dan in een slachthuis."

Oorlogsmisdaden moeten bestraft worden. Bij gerechtigheid hoort dat personen die verantwoordelijk zijn voor de misdaden in Syrië vervolgd en berecht worden. Naast het blijven zoeken naar steeds kleinere openingen voor een dialoog moet de EU ook een duidelijke streep trekken. De verantwoordelijken voor deze gruweldaden moeten per direct op een EU-sanctielijst. Ik hoop dat de Raad volgende week tot dezelfde conclusie komt.

Bogusław Liberadzki (S&D). – Panie Przewodniczący! Wysłuchaliśmy bardzo dużo różnych poglądów, różnych opinii i mam wrażenie, że nam bardziej o to chodzi, żeby ustalić, kto jest bardziej winien, jeszcze bardziej o to, żeby ktoś nie skorzystał politycznie, jeżeli będzie wprowadzony pokój. Pan Lambsdorff pięknie powiedział, że tu jest pożar. Z tego pożaru wynika, że część się w tym pożarze ogrzewa, część pożar podziwia, natomiast to, co powiedział pan van Weidenholzer jest mi najbliższe, czyli pilne działania, pomoc humanitarna, ale dobrze adresowana. Należy stworzyć i utrzymać korytarze, wykreować i zintensyfikować także naszą obecność, myśleć o tym, jak oszczędzić ludzi i jak oszczędzić potencjał w Syrii, która po zakończeniu wojny mogłaby żyć własnym życiem.

Bardzo mi odpowiadają te poglądy, które zmierzają do wzmocnienia wsparcia dla pani Mogherini, aby reprezentowała nasze interesy i skutecznie przyczyniła się do rozwiązania tej wojny.

Afzal Khan (S&D). – Mr President, the situation in Syria is the world's worst humanitarian catastrophe since the Second World War. We must now establish a no-fly zone to defend Syrian civilians. Yes, Daesh in Syria is plotting against our security in Europe, but Daesh is only the secondary cancer. Assad's forces are the primary cancer. They are responsible for 500 000 civilian deaths. Assad has largely refrained from attacking Daesh-controlled territory and also cooperated with Daesh in order to weaken the moderate opposition. Russia is responsible for thousands of deaths since its direct intervention in Syria. The cessation of hostilities a few weeks ago has now collapsed, as Assad and Russia have launched a new onslaught on Aleppo.

Iran, on the one hand, seeks external investment to support a sanction-hit economy, but on the other hand it is projecting power with harmful consequences for the region. By helping Assad it is supporting the Yazidi Government of our time.

I am ashamed that the EU Council cannot agree on a common EU way forward. Europeans want sanctions against Assad's regime, Russia and Iran.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, ποιος είναι μέχρι σήμερα ο ανθρώπινος απολογισμός: περισσότεροι από 300.000 νεκροί, με 15.000 από αυτούς παιδιά, έντεκα εκατομμύρια πρόσφυγες και, αυτή τη στιγμή που μιλούμε, δύο εκατομμύρια άνθρωποι που δεν έχουν πρόσβαση σε τρεχούμενο νερό. Επίσης, η πραγματικότητα είναι ότι την Συρία κατέστρεψαν οι Ηνωμένες Πολιτείες της Αμερικής, ορισμένες ευρωπαϊκές χώρες, το καθεστώς Assad και η Τουρκία, η οποία έχει εισβάλει στη Συρία και αυτή τη στιγμή συνεχίζει τις δικές της επιχειρήσεις, με το πρόσχημα ότι θα χτυπήσει τον ISIS, ενώ στην πραγματικότητα κυνηγά τους Κούρδους. Πρέπει, επίσης, να παραδεχθούμε ότι υπήρξε απουσία αντίδρασης εκ μέρους της Ευρωπαϊκής Ένωσης και ότι ήρθε η αντίδραση μόνο μετά το χτύπημα της Ρωσίας στη Συρία και μετά τις τρομοκρατικές επιθέσεις στην Ευρώπη. Ποιο είναι το ζητούμενο αυτή τη στιγμή: η κατάπαυση του πυρός, για να μπορέσουμε να αποστείλουμε ανθρωπιστική βοήθεια σε αυτούς που υποφέρουν.

Jytte Guteland (S&D). – Herr talman! Jag delar det som debatten ger uttryck för här. Blodet isar sig i kroppen när man tänker på fasorna som folket i Syrien upplever. Bombningar av sjukhus, barn som dödas, attackeras, torteras. Familjer som desperat försöker fly, barn som spolas i land på stränder i flykten mot en tryggare framtid.

Samtidigt drar sig nu två av de viktigaste aktörerna i konflikten tillbaks och har avbrutit sina samtal om vapenvila. Då vilar ett ännu större ansvar på oss, för att få ett slut på blodbadet och på sikt få en hållbar framtid och fred. Som en av de största biståndsgivarna av humanitärt stöd i Syrien måste EU vara betydligt starkare och konsekventare och sätta press på alla parter för att få till stånd en ny vapenvila. Jag vill stödja uppmaningarna att få på plats en EU-strategi som uppmanar kommissionen att intensifiera sitt arbete och trycka på för en strategi som får en riktig roll för Syrien.

Procedura «catch-the-eye»

Marijana Petir (PPE). – Gospodine predsjedniče, sirijski narod više od 5 godina trpi ogromna stradanja u ovom strašnom sukobu koji i dalje plamti. Stotine tisuća poginulih i milijuni raseljenih očekuju od nas snažniju reakciju i konkretnu akciju. Osobito me zabrinjavaju posljednji događaji na području Alepa koji upućuju na nevoljkost zaraćenih strana za prihvaćanje mirnog rješenja zaustavljanja sukoba. Pritom stradavaju oni koji su najslabiji - djeca. Ili pak oni koji su drugačijih vjerskih uvjerenja - kršćani. Uništavanje bolnica, onemogućavanje humanitarnog rada i ubijanje nedužnih civila mora prestati. Riječ je o živim ljudima.

Situacija u Siriji globalni je problem u rješavanju kojeg je Zapad zakazao. EU se mora snažnije uključiti u napore za postizanje održivog mira te poduzeti konkretne akcije u razrješavanju ove humanitarne i kulturološke katastrofe. Nije dovoljno slati novac, hranu ili vodu. Važno je zaustaviti Daeš i al-Nusru i osigurati mir. Danas. Jer sutra će biti prekasno.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, in Siria la situazione è ormai catastrofica. Le immagini che ci arrivano da Aleppo e le sue devastazioni pesano sulle coscienze di tutti. Le cifre sono inquietanti: 96 bambini uccisi in una settimana, 275 000 persone sotto assedio, almeno 50 morti nei bombardamenti delle ultime ore. Le tregue solo annunciate ormai non reggono che qualche ora e poi si continua a sparare e a bombardare senza tener conto di scuole, di ospedali e di civili inermi.

L'Europa non può e non deve rimanere in silenzio di fronte a questa carneficina, deve esercitare la propria leadership internazionale e determinare le condizioni per un immediato cessate il fuoco e per favorire l'apertura di corridoi umanitari. La situazione è grave e nel contempo complessa per effetto del sovrapporsi di varie tensioni. C'è bisogno di una soluzione politica e l'Europa deve avere un ruolo incisivo nella riapertura dei negoziati e per porre fine a questa immane tragedia umanitaria. Affinché ciò accada occorre innanzitutto che gli Stati membri consentano all'Unione europea di parlare con una sola voce.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, με το τέλος της κατάπαυσης του πυρός, η κατάσταση στη Συρία είναι κρίσιμη. Πρέπει πρωτίστως να ηττηθεί το Daesh για να υπάρξει ειρήνη. Η ήττα, όμως, τού Daesh εξαρτάται άμεσα από το πέρας του εμφυλίου πολέμου στη Συρία και από τη δρομολόγηση μιας βιώσιμης ειρηνευτικής διαδικασίας, μιας διαδικασίας που θα τηρείται από όλες τις πλευρές και θα περιορίζει αυστηρά τις εξωτερικές παρεμβάσεις στη μάχη κατά του Daesh. Όσο θα συνεχίζεται ο πόλεμος στη Συρία όμως, θα συνεχίζονται και η προσφυγικές ροές στην Ευρώπη. Στη Συρία, η Τουρκία παίζει, ως γνωστό, ένα βρώμικο ρόλο, ενισχύοντας το Daesh και χτυπώντας τους Κούρδους. Στόχος του Erdoğan είναι η ανατροπή της Συνθήκης της Λοζάνης, όπως δήλωσε ο ίδιος, απειλώντας την Ελλάδα και επιβουλευόμενος τα ελληνικά νησιά του Αιγαίου και την κυριαρχία της πατρίδας μου. Αλλά, θα πρέπει να γνωρίζει ο σουλτάνος ότι οι απειλές του δεν περνούν. Όμως, κύριε Korčok, εκπρόσωπε της Προεδρίας, ποια θέση παίρνει η Προεδρία για αυτό το σοβαρό ζήτημα; Θα αφήσει τον Erdoğan να απειλεί την Ελλάδα και την Ευρωπαϊκή Ένωση;

Hilde Vautmans (ALDE). – Het is dramatisch. Ik denk dat iedereen het hier vandaag al heeft gezegd: de aanvallen op de konvooien, de chemische wapens.

De beelden laten mij niet los. Vorige week in een Belgische krant op de voorpagina: een moeder in een zetel, bedekt onder het stof, met haar twee kinderen aan haar zijde gedrukt, dood. Syrische kinderen van vijf jaar oud hebben in hun leven nog nooit een minuut zonder oorlog meegemaakt. Zij verdienen een leven zonder geweld.

Ook voor Europa is ingrijpen nodig, collega's van de Raad. De instabiliteit aan de buitengrenzen, de migratie, de opkomst van het religieus extremisme. We moeten ingrijpen. Laat Europa nu eens haar leiderschap tonen. Het is hier gezegd: installeer die no-flyzone, stop de bombardementen, laat die humanitaire hulp die wij nu geven ook toe, bestrijd de terroristen, maar vooral: overleg ook met Amerika en Rusland en bouw die Europese defensie-unie. Laat ons die stap zetten. Laat ons niet langer op anderen vertrouwen. Het is genoeg geweest. Doe iets alsjeblieft.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhor Presidente, a resolução omite que esta é uma guerra entre um governo legítimo em defesa da integridade do seu território e exércitos armados e treinados pelas potências ocidentais. Omite que foram os Estados Unidos que violaram o cessar-fogo acordado em 26 de setembro.

Todos se recordam, certamente, de uma resolução em tudo semelhante a esta que foi aprovada nesta Assembleia acerca da Líbia. Nessa altura o Governo líbio tinha deixado de servir os interesses das mesmas potências ocidentais que criaram e armaram as milícias que destruíram um país e que está hoje a saque.

Deixemo-nos de hipocrisias. Apelamos ao fim das sanções económicas e diplomáticas contra o governo sírio. O que importa é que se cessem de armar e formar os rebeldes, substituindo as armas pelo diálogo e ajudando a construir uma solução política que permita acabar com a guerra, que permita a ajuda humanitária e crie condições para uma reconstrução de um país que já sofreu demais com este conflito.

Tatjana Ždanoka (Verts/ALE). – Mr President, I want to address also the draft resolution on Syria by six political groups since I find it one-sided and prejudiced.

You mention especially Russia and the Assad regime but do not mention Daesh and other radical forces and armed groups. You make an impression that Assad's troops and the Air Force of Russia, which has come there at an official request are at war not with terrorists, but with some phantoms. The losses of the civilian population are awful. Nobody denies it. In July, together with colleagues, I visited a hospital in Damascus and saw legless and armless people who cannot receive modern artificial limbs because of EU sanctions. A political solution is the only way out of the crisis and of the conflict, including a possible federalisation of Syria, which may be useful especially for the Kurds.

(Fine della procedura «catch-the-eye»)

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Mr President, I would like to thank honourable Members for all the interventions, opinions and views. There were many diverging positions, but I dare say that this House agrees today on at least two important points that we have heard during our discussion on Syria.

First, this House is sending a strong message of condemnation of all the atrocities we are witnessing on the ground in Syria. I dare say that there is no difference between this House and the Member States and institutions. Secondly, we could have a very long discussion, and we would certainly need more time on that, but what matters at this moment, as we speak, is what Federica Mogherini has initiated and that is the initiative on Aleppo. People on the ground are desperately waiting for humanitarian assistance and Federica is working very hard to make it possible in that theatre for the convoy to be able to reach the people of East Aleppo.

The third point that I would like to take with me from this debate is a recognition – an admission if you like – that we are reaching the point where we indeed need a deeper debate about the strategy that we have been witnessing on Syria. I would say that the next opportunity for this deeper discussion about strategy will be at the upcoming Foreign Affairs Council, where I am sure that Federica and the Foreign Ministers will engage in a very deep discussion on this overall strategy.

Fourthly, I agree with all those who said that this crisis is prompting us to take further steps towards increasing our capability to go beyond what the European Union is mainly doing in international affairs, namely to be a soft power, a power which is unfortunately quite limited and is focused mainly on humanitarian assistance.

Let me say that steps in this direction are underway. I recall that in Bratislava – and we had a discussion this morning about the upcoming European Council – and I quote from the roadmap, 'The December European Council should decide on a concrete implementation plan on security and defence and how to make better use of the options in the Treaties, especially as regards capabilities'. So, once again, we know that if we want to have more influence in international affairs, we need to work on capabilities. This process was launched in Bratislava and I assure, on behalf of the Council, that we will work intensively in order to implement what was adopted.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà giovedì 6 ottobre 2016.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Cristian-Silviu Buşoi (PPE), *în scris.* – După sfârşitul încetării focului pe 19 septembrie, armata siriană şi aliatul său rus au reluat acţiunile armate asupra Alepului pentru acapararea cartierelor aflate sub controlul rebelilor printr-un atac condamnabil împotriva convoiului umanitar ce s-a soldat cu moartea a opt lucrători umanitari ai Semilunei Roşii Siriene. Ce este, totuşi, Alepul? Alep număra mai bine de un milion şi jumătate de locuitori înainte de începerea războiului şi reprezenta al doilea oraş ca mărime din Siria. Astăzi, în urma bombardamentelor şi a distrugerilor, partea sa estică este un oraş fantomă. Conflictul sirian a început acum mai bine de cinci ani şi nu poate fi reglat decât printr-o intenţie clară a puterilor mondiale de a duce negocieri de încetare a acestuia. Teribilul atac împotriva convoiul umanitar din Alep de luna trecută, precum şi distrugerea de luni, 3 octombrie, a spitalului M10 de către regimul sirian cu sprijinul rus urgentează oferirea de ajutor umanitar de către UE şi încetarea focului (deşi Uniunea ca entitate nu este un jucător militar).

Salut iniţiativa lansată de către Înaltul Reprezentant Federica Mogherini şi comisarul Stylianides pentru ca UE să poată sprijini Alepul, deoarece oamenii au nevoie urgentă de servicii (mai ales medicale pentru a le asigura supravieţuirea).

Eugen Freund (S&D), *schriftlich.* – Die Lage in Syrien wird von Tag zu Tag katastrophaler und wir schauen seit Jahren zu. So traurig es klingt, aber das Ende der gemeinsamen Aktionen der USA und Russlands gibt uns in Europa eine Chance: Es ist hoch an der Zeit, dass wir mit einer resoluten Diplomatie unsere Stärke demonstrieren. Nicht Waffen werden diesen Konflikt lösen, nur Verhandlungen. Wir können all den Proxy-Mächten, die die syrische Bevölkerung für ihren Machtanspruch bluten lassen, zeigen, dass wir mit ihrem Vorgehen nicht einverstanden sind – hier haben wir auch wirtschaftlich viele Mittel in der Hand. Ich bin froh, dass zwei wesentliche Vorschläge, die ich vergangene Woche gemacht habe, in die Syrien-Resolution Eingang gefunden haben: Erstens, dass sich Europa stärker diplomatisch einbringen muss. Und zweitens habe ich auch vorgeschlagen, dass jene Kräfte, die vor wenigen Wochen den Hilfskonvoi in der Nähe von Aleppo bombardiert und dabei zahlreiche Menschen getötet haben, zur Verantwortung gezogen werden. Diese Form von Kriegsverbrechen darf nicht ungesühnt bleiben.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az Európai Uniónak, csakúgy mint a teljes nemzetközi közösségnek, kötelessége megmenteni Szíriát, egyaránt szolgálva ezzel a szíriai polgárokat és az egész térséget. A szíriai felek által megkezdett tárgyalások jó lehetőséget kínálnak a megoldás felé való elmozdulásra. Ez a lehetőség azonban nem fog mindig nyitva állni, ezért létfontosságú, hogy valamennyi fél konstruktívan vegyen részt egy olyan párbeszédben, amely kézzelfogható eredményekhez vezet. Az EU és tagállamai továbbra is életmentő segítséget fognak nyújtani, ugyanakkor nyomást fognak gyakorolni az összes félre annak érdekében, hogy azok Szíria teljes területén biztosítsák a humanitárius segítség eljutását a rászorulókhoz, tűzszünetet léptessenek életbe és biztosítsák a polgári lakosság védelmét. A humanitárius és a diplomáciai erőfeszítéseknek pedig koordinált módon kell megvalósulniuk: ezek ugyanis erősíthetik, de gyengíthetik is egymást.

Magyarország mindenképp elkötelezett lesz aziránt, hogy mindkét területen számottevő eredmények szülessenek. Hiszünk abban, hogy egy erőteljesebb, összehangoltabb, hatékonyabb és a terheket arányosabban elosztó nemzetközi fejlesztéspolitikával hozzá lehet járulni a háború sújtotta országok újjáépítéséhez, illetve a gazdasági migránsok tömegeit kibocsátó országok élhetőbbé tételéhez. A képlet egyszerű: a történelem már többször bebizonyította, hogy egyetlen hatékony megoldást nyújtó stratégia létezik ilyen helyzetekben: a segítséget kell a bajbajutottakhoz odavinni, nem pedig a bajt kell Európába hozni!

Ana Gomes (S&D), *por escrito*. – As imagens que nos chegam diariamente de homens, mulheres e crianças a serem indistintamente massacrados em Aleppo confrontam-nos com mais do que o falhanço moral da comunidade internacional: com a irrelevância diplomática e política da UE. O Alto-Comissário da ONU para os Direitos Humanos, Zeid Ra'ad Al Hussein, tocou ontem na ferida pedindo restrições ao poder de veto dos membros permanentes do Conselho de Segurança quando haja preocupações sérias de crimes de guerra, contra a humanidade ou genocídio: pediu que se ultrapasse o veto da Rússia para levar os responsáveis pela carnificina na Síria ao Tribunal Penal Internacional. Ajuda humanitária e diplomacia de bastidores são úteis, mas não bastam. A UE e os seus Estados-Membros têm sido incapazes de atuar estrategicamente, decisivamente, permitindo assim à Rússia explorar o vazio e aos terroristas de Assad, do Daesh e afins massacrarem o povo sírio, alimentando as razões por que milhares fogem e procuram desesperadamente refúgio na vizinhança e na Europa; e oferecendo mais gerações perdidas ao recrutamento terrorista. Não tenhamos ilusões: não venceremos a ameaça global do terrorismo enquanto deixarmos continuar a guerra na Síria, no Iraque, na Líbia. É a segurança europeia que está também em causa!

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Sada je jasno da je u Siriji potpuni kaos prouzročen mnogobrojnim partikularnim interesima ne samo sukobljenih strana. Odvratno je bombardiranje gradova, a u njima bolnica i naselja gdje stradavaju nedužna djeca i civili. Neprihvatljivi su i napadi na javne ustanove u Damasku i drugdje. Neprihvatljivo je i za EU što praktički ne sudjeluje u mirovnom procesu, koji je opet zaleđen, ali zato članice EU-a trpe ogromnu štetu od migrantske krize. Čak i cijeli europski projekt je zbog migrantske krize doveden u pitanje. EU treba nastaviti s mirotvornom politikom i učiniti sve da se strahote zaustave.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Süüria linnas Aleppos toimuv järjepidev tsiviilisikute tapmine ja haiglate pommitamine tuleb koheselt lõpetada. On äärmiselt kahetsusväärne, et Venemaa ei ole nõus kaasa aitama relvarahule Aleppos, et toimetada humanitaarabi selle vajajateni ja lubada tsiviilisikutel turvaliselt lahkuda. ELi välisministritel on viimane aeg oktoobrikuisel kohtumisel välja tulla plaaniga, kuidas aidata saavutada rahu ja toimetada koostöös ÜROga humanitaarabi Süüriasse.

Laurențiu Rebega (ENF), *în scris*. – Cine și mai ales cum va fi scrisă Pax Syriana? Siria are acum aspectul unui puzzle ale cărui piese au fost deteriorate de prea multe încercări nereușite de potrivire a lor. Actorii implicați sunt mai mulți și mai diverși decât în cazul Libiei și Irakului, mai înverșunați și mai hotărâți în a nu ceda în fața unui plan unic al schimbării politice. Dar după 5 ani de război în Siria, este evident că rănile sunt extrem de adânci pentru toți cei implicați.

Pentru edificarea unei păci durabile, cred că Uniunea Europeană ar trebui să sprijine cristalizarea a două proiecte care să adune în jurul lor fațiunile implicate în război, cu excepția grupurilor teroriste. Începerea unui dialog democratic ar fi mai ușoară dacă la masa tratativelor nu s-ar așeza 10 sau 15 fațiuni, ci două proiecte în jurul cărora să se coaguleze celelalte opinii. Odată început, procesul democratic va genera încredere reciprocă, iar inevitabilele compromisuri ar fi mai puțin dureroase. O democrație reală se construiește prin dialogul dintre putere și opoziție, care își recunosc reciproc legitimitatea. Siria trebuie să ajungă în acest punct pentru ca războiul să înceteze și milioanele de refugiați să se întoarcă în țară.

Csaba Sógor (PPE), *in writing*. – When confronted with the horrible savagery of the Russian aerial assaults on Aleppo that deliberately target children's hospitals with bunker buster bombs, it's terrible to feel that there is nothing we can do but watch with outrage. As the US ambassador to the UN recently said, 'What Russia is sponsoring and doing is not counter-terrorism, it is barbarism. Instead of pursuing peace, Russia and Assad make war. Instead of helping get aid to civilians, Russia and Assad are bombing the humanitarian convoys, hospitals and first responders who are trying desperately to keep people alive.' We have to ask ourselves how such a devastation is possible without the international community holding the perpetrators accountable. History will be right in judging us for standing on the sidelines and watching Syria fall prey to such atrocities.

15. Friedensprozess in Kolumbien (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulla dichiarazione del Vicepresidente della Commissione e Alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza sul processo di pace in Colombia (2016/2895(RSP)) .

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Mr President, honourable Members, on 26 September President Santos and the leader of the FARC, Rodrigo Londono, signed the final peace agreement at a ceremony held in Cartagena de Indias at which the European Union was represented by the High Representative's Special Envoy, Eamon Gilmore. The signature of the peace agreement sent a message of hope after 52 years of armed conflict that has caused 8 million victims, including 260 000 deaths. In times of uncertainty and turmoil, in many regions of the world – including our neighbourhood – it reinforces our conviction that dialogue and diplomacy constitute the best means for resolving conflicts.

However, last Sunday, 2 October — contrary to forecasts – the Colombian population rejected the final peace agreements in a referendum by a very small margin. I think we would all have welcomed a different result, but we respect the sovereign choice of the Colombian people. The 'No' side in the referendum has defended that the government renegotiate the final agreement with the FARC to get a better deal. We can all agree with President Santos's statement after the results were made public, and I quote: 'all Colombians seek peace with no exception. Despite the setback, the path towards peace does not end here'.

As you are aware, the peace agreement negotiated in Havana is a complex agreement. It aims, not only to end a 52-year armed conflict, but also addresses its root causes, supporting rural development and attacking the problem of illicit drugs. It also includes provisions on transitional justice and the political participation of the FARC, which are the two aspects most contested by the leaders of the 'no' campaign in the referendum held on 2 October.

This is a delicate moment for Columbia, as the country must now decide on the way forward. It is of great importance that, after the referendum, both the Colombian government and the FARC have confirmed their commitment to the ceasefire. A solution can only come from politics and from negotiations. For this reason, President Santos's decision to send the negotiators back to Havana is a step in the right direction.

The EU hopes that all sides – the government, the opposition and the FARC – can unite in a renewed effort and continue on the path towards achieving lasting peace. Columbia is one of the EU's closest partners in Latin America. Our good relations and cooperation is getting deeper and deeper in many areas. We remain fully committed to this partnership. The European Union will keep on supporting all efforts towards a sustainable solution and to secure a permanent end to violence. We will continue to cooperate to bring peace and prosperity to all Colombians. Our commitment to the peace process in Colombia goes beyond symbolism. In the last weeks, we have announced two very concrete measures to support peace in Colombia. First, the European Council has suspended the FARC from our terrorist list. This is a decision that the Council has taken because of the signature of the peace agreement by the group. It

concerns the choice made by the FARC to bring the negotiations to a positive end, not the outcome of the referendum. After the vote, FARC have not been moved away from the peace agreement they signed. On the contrary, they have confirmed their interest to find a peaceful solution. For this reason, the result of the referendum does not affect the suspension.

Secondly, we have announced an overall package of nearly EUR 585 million to support Colombia's post-conflict and peace-building efforts. This sum includes an EU trust fund for Colombia, in which 11 Member States have committed contributions. This trust fund is meant to support the implementation of the agreement. So in the current situation we are not moving forward with the launch of the trust fund.

The EU's engagement in supporting peace-building in Colombia will continue. The EU has sound experience in peace-building in the country, with flagship initiatives such as peace laboratories, over the past 15 years.

Lastly, I would like to stress that I share the concern of this Parliament in ensuring the effective protection of human rights. It continues to be a priority for the EU, and we will keep on cooperating with the Colombian government in this respect. This includes a strong focus on human rights defenders. Too often they have been the target of threats and violence. The same goes for minorities, such as the indigenous and the descendant communities and the most vulnerable groups, which have been greatly affected by the conflict, including women and children.

I would like to conclude by reiterating that the EU is determined to stand by Columbia in its long-term effort in pursuit of durable and lasting peace as well as a brighter future for all Colombians. I am sure that we can continue to count on the European Parliament's invaluable and active support for peace-building in Colombia.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor Presidente, señor Ministro, Colombia y su Gobierno encontrarán la solución que tanto merecen y Europa debe ayudarles.

A las 19 horas del día 2 el Presidente Santos dijo: «Reconozco el resultado del plebiscito, que no pone en riesgo la estabilidad política del país. El alto el fuego bilateral sigue vigente». Aunque hoy ha matizado: «hasta el 31 de octubre». Pura estrategia, a mi juicio. «Convoco a las fuerzas políticas para mañana». Dicho y hecho. Y añadió: «y de inmediato reanudo la negociación con las FARC».

Poco después Timochenko dijo: «Este grupo se va a mantener en su voluntad de paz, y usaremos solo la palabra como arma hasta el futuro». Y hoy se interroga sobre si seguirá la guerra después del 31 de octubre. Pura estrategia de respuesta al Presidente Santos.

Y ahora lo que decimos nosotros, lo que digo yo, testigos del plebiscito: respetamos plenamente la decisión del pueblo colombiano que no cuestiona la voluntad mayoritaria de la paz. Defendemos la continuidad de las negociaciones. Apoyamos al Presidente Santos y su decisión de compartir con todos los grupos políticos y la sociedad civil la estrategia de paz y apelamos al patriotismo indiscutible de los defensores del «no».

Pido yo a las FARC, y pedimos, el mantenimiento de su compromiso con la paz, el mantenimiento del alto el fuego, la entrega de las armas y explosivos, y facilitar las tareas de desminado.

Apoyamos de todo corazón a todas las víctimas del conflicto y apreciamos muchísimo su generosidad y su coraje. Apoyamos a la señora Mogherini y la continuidad del señor Gilmore sobre el terreno. Renovamos nuestro compromiso con el proceso de paz que hemos apoyado y seguiremos apoyando.

Y concluyo, señor Presidente, como empecé: Colombia y su Gobierno encontrarán la solución que tanto merecen y la Unión Europea debe ayudarles.

Ramón Jáuregui Atondo, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor Presidente, quienes hemos estado en Colombia durante estos últimos siete días hemos vuelto emocionados y decepcionados. Emocionados, porque el contacto con la sociedad colombiana, con las víctimas, con la sociedad civil, con las autoridades políticas, nos ha permitido ver un país en el que estaba a punto de comenzar la paz, un tiempo nuevo. Y decepcionados porque en la tarde del domingo el resultado del «no» nos produjo una gran decepción.

Pero yo quiero decir claramente que la paz no ha fracasado en Colombia. En Colombia ha triunfado un «no», pero, ciertamente, en el «no» también hay una voluntad de paz. Por eso creo que la Unión Europea tiene que reiterar tres mensajes claros. En primer lugar, que Colombia tiene que recomponer su realidad interna, su diversidad política y tiene que comprometerse a seguir las negociaciones con las FARC. Las FARC tienen que mantener el alto el fuego, y el Gobierno también, el alto el fuego bilateral, y tienen que renegociar el acuerdo, probablemente, en los términos de lo que ha sido la expresión de la ciudadanía, que ha mostrado discrepancias con algunas condiciones de ese acuerdo. Y, en tercer lugar, Europa. Europa tiene que seguir estando detrás de este acuerdo. Es demasiado importante para nosotros, para la Unión Europea, apoyar a este país, y tenemos que hacerlo a través de tres cosas importantes: manteniendo el compromiso de excluir a las FARC de la lista de terroristas, manteniendo la ayuda financiera y manteniendo un observador, como el señor Gilmore, como enviado especial.

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, I was delighted last week at the signing of the much overdue Colombian peace deal after 52 years of violent conflict. The result of the referendum, therefore, is hugely disappointing, but we must not allow it to be seen as a knockout blow. It is important that the international community now work to support President Santos in finding a way through and that there be no resumption of violence.

Conflicts are always unique, each existing in response to their own context of time, location and history. In drawing comparisons and correlations, we should always do so with caution. But I cannot help but look to Northern Ireland at this moment, or more precisely, the Good Friday Belfast Agreement. We see in that deal the price of peace. Yes, it means accepting amnesties, elements of criminal immunity, and inviting into the political fold those previously seen to be beyond the pale politically, but nearly 20 years on, we do not talk of that price, but of the great success. The peace deal with FARC was about looking to the future. The referendum result has, sadly, been about delivering by looking to the past. Today, I strongly encourage Colombia to look again to the future, peace and prosperity.

Izaskun Bilbao Barandica, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor Presidente, he participado en la misión europea de acompañamiento al plebiscito sobre el proceso de paz en Colombia. En esa condición, agradezco la actitud de los colombianos en esa jornada. Lamento las dificultades que el huracán Matthew causó a los votantes de la costa. Sin ellas, quizá se hubiese producido otro resultado, aunque igual de ajustado.

El escrutinio me decepcionó y entristeció. Pero pronto recuperé el ánimo porque el proceso tiene muchos activos: años de diálogo que han tejido confianza, meses sin atentados ni violencia, una alianza internacional sin fisuras y toda una sociedad que, sin duda, quiere y necesita la paz. Apoyo el ofrecimiento de diálogo del Presidente Santos y animo a los partidarios del «no» a sumarse a él para hacer más inclusivo el acuerdo. Espero que las FARC conviertan en definitivo el fin de su actividad armada y que continúe el diálogo con el ELN con el mismo objetivo. La clave es conseguir que la paz se perciba como un logro de todas y todos los colombianos.

Por eso, desde Europa, tenemos que mantener el apoyo político, financiero, diplomático y humano a esta esperanza. Se lo debemos a los colombianos, y especialmente a las víctimas, que nos pidieron que no les abandonemos.

Merece la pena porque Marly, Paula o Fernando, que saben por su dolor y sus heridas lo que cuesta la guerra, creen que el acuerdo propone un precio razonable por la paz. Por eso ha habido más apoyo al proceso en las zonas más castigadas por la violencia. Porque ofrece respuestas compartidas para los grandes problemas del país, como la reforma agraria, el respeto a la verdad y la justicia, y métodos para reparar a las víctimas que mejorarán con más apoyo. Hay una estrategia contra el narcotráfico y el desminado y nuevas vías para la participación política de quienes han decidido cambiar las armas por la paz y la palabra. Bases para una nueva Colombia socialmente más justa y políticamente más libre y democrática.

Termino felicitando a la Vicepresidenta Mogherini y a su enviado especial, Eamon Gilmore, por su trabajo en Colombia, y a la embajadora de la Unión Europea por su papel en el proceso y su ayuda en esta misión. Factores que son ejemplo del positivo papel que podemos jugar, si los Estados lo permiten, en otros conflictos que nos atormentan en nuestras mismas fronteras.

Tania González Peñas, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, Señorías, los resultados del referéndum del pasado domingo en Colombia han generado una gran conmoción entre quienes deseábamos que se diera en las urnas un paso decisivo para poner fin a más de cincuenta años de conflicto y sufrimiento en Colombia.

Hay que destacar que, solamente en la primera mitad de 2016, 35 defensores de derechos humanos han sido asesinados y 232 amenazados de muerte y, a la vez, que el resultado del «no» ha dejado en un limbo decisiones de monitorización de las Naciones Unidas para verificar la dejación de armas u operaciones de desminado. Sin embargo, los esfuerzos por la construcción de la paz deben ser irreversibles, y por eso nos preocupa seriamente que el Presidente Santos haya marcado el 31 de octubre como la fecha de cese del alto el fuego.

Hoy más que nunca debemos seguir apoyando la paz en Colombia y pedir al Presidente Santos que mantenga el alto el fuego bilateral de manera permanente, que se mantengan los avances democráticos en los acuerdos, que continúen las negociaciones y se incorporen a ellas actores como el ELN para una paz completa. El fin del conflicto en Colombia es y debe ser irreversible.

Ulrike Lunacek, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señor Presidente, Señorías, quiero empezar mostrándoles una encuesta publicada en un periódico en Colombia el lunes: los niños y las niñas de Colombia habrían votado «sí». Los niños que quedaron huérfanos, los reclutados, esos son el futuro de Colombia. Todos estos habrían votado «sí». Las víctimas votaron «sí».

Pero el «sí» solamente logró casi el 50 %, no más. Ganó el «no» con un poco más del 50 %. En una democracia, a pesar de que nos duela, a pesar de que nos decepcione, hay que respetar la voluntad del electorado, y esto lo aceptamos todos lo que hemos estado con la delegación del Parlamento Europeo, respetando la voluntad del electorado. Pero admito mi gran decepción y también tristeza de que, al parecer, el miedo ganó a la esperanza.

Pero hay que decir claramente que estos años de diálogo, de esfuerzo, de paciencia, los logros tan importantes que están en ese acuerdo de paz no deben ni pueden haber sido en vano. Hay que empezar otra vez a negociar con la base que ya hay. Con una base que se logró involucrando a organizaciones de víctimas, involucrando a organizaciones de mujeres, pidiendo —algo que estaba en el acuerdo— una reforma rural integral; también la participación política de los que dejan las armas; una apertura democrática en el país y, también, el acuerdo sobre las víctimas, la reparación, la no repetición.

Todo eso que está en ese acuerdo debe ser la base con la cual se construirá —ojalá con el apoyo total del Parlamento Europeo, de la Unión Europea— el futuro de Colombia para que esta salga adelante, porque los logros y también los esfuerzos de los que quieren la paz en Colombia y lo que se ha logrado juntos no deben haber sido en vano con el «no».

Votamos aquí en el Parlamento para apoyar el «sí». Y seguimos con el apoyo al pueblo colombiano.

Ignazio Corrao, *en nombre del Grupo EFDD*. – Señor Presidente, en Colombia ganó el «no», y ahora podemos echar la culpa al huracán Matthew, que no permitió a muchos colombianos salir de sus casas para poder votar, o podemos echar la culpa al hecho de que era la primera vez en veinticinco años que el pueblo colombiano había sido llamado a decidir en un plebiscito.

Podemos también convencernos de que en Colombia hay fuerzas políticas que no quieren la paz y que ganaron. Pero la realidad es que el proceso de paz negociado en La Habana es irreversible. Aunque lo que se ha acordado en La Habana se va a quedar ahora sin efecto jurídico, el camino hacia la paz ya está en marcha y ninguna especulación política o ideológica podrá detenerlo.

Esperamos que, ante esta situación, la Unión Europea siga apoyando el proceso de paz y, sobre todo, a aquellos con voluntad de renunciar a las armas y elevar los corazones. La Unión Europea tiene que hacer mucho más que simplemente congelar los 70 millones de euros del fondo colombiano.

Edouard Ferrand, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, Mesdames, Messieurs, le peuple colombien, à une courte majorité, certes, a rejeté l'accord passé entre le gouvernement et les FARC, ce qui signifie combien ce peuple a été meurtri par les exactions les plus barbares et les plus ignobles des FARC. Ce groupe marxiste, comme d'autres organisations terroristes marxistes, trouve dans cet hémicycle des soutiens scandaleux et inadmissibles.

Il faut aujourd'hui que l'Union européenne fasse avant tout respecter le choix du peuple colombien. Il faut, par conséquent, maintenir les FARC sur la liste des organisations terroristes.

Thomas Mann (PPE). – Herr Präsident! Die Anhänger der *No*-Kampagne um Expräsident Uribe haben dem Friedensabkommen mit der FARC einen Rückschlag versetzt. Mit einem positiven Referendum hätten über 50 Jahre Bürgerkrieg ihr offizielles Ende gefunden. Wertlos ist die Vereinbarung aber nicht, da die Regierung und die Rebellen erklärt haben am Friedensprozess festzuhalten.

An der Entscheidung beteiligten sich nur 13 der rund 35 Millionen Bürger. Es gab erhebliche Kritik daran, dass die FARC zehn Mandate im Parlament erhalten sollte, und selbst für schwerste Gräueltaten sollte es maximal acht Jahre Gefängnis geben. Im September waren wir als Eurolat-Delegation in Uruguay. Im Parlament von Montevideo bekannten sich bis auf einen alle Vertreter der unterschiedlichen kolumbianischen Parteien zum Referendum. Sie schilderten eindrucksvoll die großen Kraftanstrengungen für den Friedensprozess.

Ich meine, dass die Verhandlungen nicht umsonst gewesen sind. Folgende Fragen müssen aber beantwortet werden: Wird es zu substanziellen Nachverhandlungen kommen? Kann das Strafmaß für Verbrechen erhöht werden? Wie werden die Opfer von Massakern und Folterungen entschädigt? Und wie lässt sich die Kokainindustrie zerstören, deren immense Gewinne über Jahrzehnte den Kampf der FARC finanziert haben?

Die EU wird sich nicht mit Worten begnügen, sondern sich an der Friedensschaffung in Kolumbien aktiv, auch mit finanzieller Unterstützung, beteiligen. Der IWF hatte bereits Hilfen im Falle eines positiven Referendums zugesagt.

Ich hoffe, dass ein überarbeitetes und dann ausbalanciertes Abkommen der Bevölkerung erneut zur Abstimmung vorgelegt werden kann, damit aus der Friedenshoffnung von heute ein echter Frieden für morgen wird.

Richard Howitt (S&D). – Mr President, I have worked for peace and human rights in Colombia for all the time I have been a Member of the European Parliament, and I am proud to be part of the NGO 'Justice for Colombia'. We should know with deep sadness the result in the referendum on the Colombian peace deal. Deeper still should be our determination to keep the quest for peace alive. European and international support is now more important than ever for this process.

Why would people vote for more bombings? Why would people vote for more kidnappings? Why would people vote for yet more bloodshed? I do not believe that they did. Too many people thought that this deal involved impunity which it never did, and perhaps they were told so by people who themselves fear going to jail and whose own impunity is their own motivation. If so, what happened last weekend may have delayed the day of justice, but that day will come, and so, for the Colombian people, will peace.

Николай Бареков (ECR). – Г-н Председател, връщам се от Колумбия. Европа трябва да уважи и приеме решението на колумбийския народ. Дори и с малко, споразумението между правителството и ФАРК бе отхвърлено, но не и мирът. Засега огънят трябва да спре и в това е надеждата.

Имах среща с десетки жертви на наркобандите. Хората искат мир, но справедлив. Президентът Урибе водеше кампанията „no" вот. Той беше символ на войната срещу престъпността и корупцията. Урибе мисли, че споразумението е твърде милозливо за бившите убийци и престъпници. И така мисли народът на Колумбия очевидно.

Пред мен Урибе определи ФАРК за най-богатия престъпен картел в света. Мирът е без алтернатива за Колумбия, но Европа трябва да си даде сметка, че не може да се амнистират престъпници, отговорни за 300 хиляди убити и десетки милиони жертви на наркотрафика по света. С „no" вот нищо не свършва. Трябват по-големи усилия за интегрирането на псевдолевите терористи и ликвидирането на ФАРК.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). – Señor Presidente, el domingo por la noche nos inundó la rabia de ver cómo la mentira y las tergiversaciones sobre el acuerdo de paz en Colombia habían pesado más que la campaña en favor del «sí». Una campaña en la que, por cierto, la Unión Europea ha estado bastante ausente. Como ausente ha estado durante todo el proceso de las negociaciones. En el acto oficial de la firma en Cartagena, donde acudimos algunos diputados de la izquierda europea, no pudimos ver ni a la Alta Representante, ni al Presidente de la Comisión, ni al Presidente del Parlamento.

Allí se agradeció el papel que han jugado países como Cuba y Noruega —países garantes— o Chile y Venezuela —países acompañantes—. Lógicamente, no se nombró a la Unión Europea, porque la principal preocupación de los líderes europeos todo este tiempo ha sido cómo hacer un buen negocio con la paz, poco más.

Las FARC-EP ya se han reafirmado en su compromiso con la paz. Ahora aún más que antes se necesita el compromiso de toda la comunidad internacional para que el Gobierno colombiano mantenga el cese al fuego de forma indefinida.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señor Presidente, señor Ministro, evidentemente, el resultado del domingo fue un golpe muy duro para todos los que estamos empujando y creemos en la paz, pero es el momento de no bajar los brazos. Es el momento de seguir haciendo una llamada a la vuelta a las negociaciones y al diálogo, una llamada para que continúe el alto el fuego, y aquí la Unión Europea debe seguir desarrollando todos los instrumentos que ha puesto en práctica para que esto salga con éxito.

He escuchado con agrado al Ministro decir que el compromiso de haber sacado a las FARC de la lista de organizaciones terroristas se mantiene. Es una buena noticia, esa es la vía. Creo que se debe seguir pidiendo a los Estados miembros que contribuyan financieramente a apoyar el proceso, eso es muy importante. Y, finalmente, la tarea del señor Gilmore, sobre todo que continúe, que tiene el apoyo de este Parlamento para seguir jugando un papel importante ahí.

Y, por lo tanto, yo creo que es el momento, ahora, de que la Unión Europea y este Parlamento lancen un mensaje de que la paz es irreversible, de que hay que seguir adelante y de que vamos todos juntos a poner lo mejor de nosotros mismos para que esto termine bien.

Marie-Christine Arnautu (ENF). – Monsieur le Président, un accord a été négocié et signé sous l'égide de Cuba, une des dernières dictatures communistes du monde, un accord qui vise à blanchir une organisation narcoterroriste et à absoudre avec une inacceptable indulgence des centaines de criminels.

Certains auraient voulu que les Colombiens approuvent cet accord, mais leur naïveté confine à l'aveuglement. Ce n'était pas la paix des braves, mais un Munich colombien que ceux-là appelaient de leurs vœux.

Le peuple colombien, fier et courageux, s'exprimant souverainement et librement, malgré une propagande prompte à excuser les terroristes quand ils sont marxistes, n'a pas accepté l'inacceptable. Le président colombien Santos a raison de dire que tous les Colombiens veulent la paix, mais pas à n'importe quel prix. Ce n'est pas la paix qui a perdu dimanche en Colombie, c'est l'honneur du peuple colombien qui a gagné, cet honneur qui refuse le lâche soulagement consistant à piétiner la mémoire des 260 000 assassinés, des 45 000 disparus et des 7 millions de personnes déplacées par les exactions terroristes des FARC.

Un accord acceptable, c'est un accord qui ne bafoue pas la mémoire des victimes.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señor Presidente, el plebiscito del domingo en Colombia se ha desarrollado en un clima de normalidad y convivencia democrática que tengo que resaltar, pero, sin embargo, no ha arrojado el resultado que toda la comunidad internacional y muchos de nosotros deseábamos. En todo caso, creo que el resultado del domingo no va a ser un punto y final sino un punto y seguido en la consecución de la paz en Colombia.

Todos los colombianos, incluidos los partidarios del «no», han reiterado su apoyo a la paz tras el recuento de los votos. Se trata ahora de conseguir un mayor número de puntos de encuentro que haga posible un mayor consenso en la sociedad colombiana. En estos momentos delicados no convienen al país ni un clima de desconcierto ni una sensación de incertidumbre. Por ello, celebro que la tregua unilateral se mantenga, al menos por ahora, o hasta el 31 de octubre, y que las partes hayan manifestado ya la vigencia de su compromiso con la paz.

Celebro también la predisposición al diálogo y a la negociación expresada por los dirigentes del sector del voto negativo, que ya han designado un equipo negociador. Confío en que sus líderes harán un uso constructivo de su victoria en el referéndum y tengo entendido que hoy mismo el Presidente Santos se va a entrevistar con los expresidentes Uribe y Pastrana.

En estos momentos es preciso realizar en Colombia esfuerzos inclusivos. Si en algo están de acuerdo todas las partes es en el hartazgo del conflicto. Todos los colombianos tienen que estar a la altura del momento crucial que vive el país, que tiene ante sí una oportunidad histórica. El sentido de la responsabilidad y la actitud constructiva son indispensables para gestionar esta situación compleja, delicada, y hallar fórmulas que permitan un final exitoso al proceso.

Señor Presidente del Consejo, Señorías, la Unión Europea debe seguir acompañando este camino a la paz. Colombia -como usted, señor Presidente del Consejo, decía- es uno de nuestros socios más cercanos y más importantes en América Latina. Tenemos que seguir comprometidos con todos los esfuerzos que hagan el Estado y la sociedad colombianos para instaurar en el país una sólida etapa de paz y prosperidad. Acabarán así décadas de conflicto y de enfrentamiento que tantas víctimas han causado.

Soraya Post (S&D). – Mr President, during the five days I was in Bogota and Cartagena we met with victims – women, farmers, politicians against and in favour of the peace process. I can assure you that the people of Colombia and the victims are not for revenge. They want peace and daily security.

We witness a new chapter in peace-building, and it is crucial that the peace process remain feministic. The participation of the victims and of civil society organisations in the peace process is crucial. Women, as well as the Afro-Colombian community and indigenous people, have to be fully part of the negotiation of the peace agreement. They have to be involved continually in the definition, implementation and control of the political mechanism and financial instruments in the country.

It is also necessary, as soon as possible, to create the Special Tribunal for Peace and the Committee for Truth and Reconciliation, the special unit for missing people and the unit for the investigation and dismantling of the criminal organisations. In this highly sensitive situation, it is essential that we continue to support Eamon Gilmore's work as EU Special Envoy for the Colombian peace process, including the promised establishment of the European Union Trust Fund for Colombia, as well as the EU decision to suspend FARC from its terrorist list on agreed terms.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL). – Señor Presidente, celebramos y aplaudimos la posición constructiva y de compromiso pleno con los acuerdos y el alto el fuego bilateral y definitivo adoptado por las FARC. Creo que es una muestra clara de su firme voluntad para que Colombia transite hacia una paz justa y duradera. El que no haya sido refrendado nos exige ahora un mayor trabajo de apoyo a un proceso y unos acuerdos que tienen pleno valor jurídico, al haber sido depositados en Berna como acuerdos especiales, en el marco de las convenciones de Ginebra.

La Unión Europea debe continuar con su pleno apoyo al proceso y cumplir con los compromisos adquiridos, como la retirada de las FARC de su obsoleta lista de organizaciones terroristas. No debe haber mensajes ambiguos al respecto, mucho menos en este momento, así que quiero saludar las palabras del señor Korčok y de varios colegas en este sentido.

Es tiempo, Señorías, de mantener todos los compromisos, todos.

Jordi Sebastià (Verts/ALE). – Señor Presidente, señor Ministro, el resultado del referéndum sobre el acuerdo de paz en Colombia ha caído sobre todos nosotros como un jarro de agua bien fría. Ha sido una noticia terrible, porque además era el primer punto de un proceso de paz que todavía será muy complicado porque todavía nos quedan otros grupos guerrilleros activos en Colombia y todavía quedan los paramilitares, los principales causantes de muerte y de desapariciones en ese país.

Tenemos que reaccionar con todavía más fuerza y energía. Tenemos que mandar un mensaje muy claro de que la Unión Europea va a continuar apostando por ese proceso de paz sin ninguna fisura. Cuando en una negociación lo que se busca es la paz, el objetivo no es vencer al contrario, el objetivo es reconciliarse. Y la reconciliación solo puede venir también si implica perdón. Y dedico estas palabras a algunos colegas a los que aquí, en esta Cámara, se les llena la boca reivindicando los valores cristianos, pero se olvidan de eso: del perdón. Sin perdón no habrá reconciliación ni paz, y creo que debemos mandar un mensaje directo y muy claro al Presidente Santos para que no ponga límites al alto el fuego. No podemos limitar esa paz (pequeña, frágil) que hemos conseguido hasta ahora. Debemos exigir y apoyar con fuerza el proceso.

Laima Liucija Andrikienė (PPE). – Mr President, as a member of the European Parliament delegation, I have been observing the plebiscite in Columbia. Let me share with you my observations and a few conclusions.

Last Sunday we witnessed Colombian democracy in action. We should fully respect the will of the Colombian people expressed during the plebiscite. The result of the plebiscite does not question in any way the will of the Colombian people to have peace and reconciliation in that country, which has been facing armed conflict, killings, kidnappings, displacements and all kinds of violence for 52 years. The perception in Europe that the 'no' camp voted in favour of war is totally wrong. The Colombian nation wants peace and voted for peace.

The peace process in Colombia is irreversible. Bilateral ceasefire commitments made by the Colombian Government and FARC have been kept. The European Union will continue its support for the peace process in Colombia. President Santos and his government deserve our support in their efforts to reach a *de facto* peace in Colombia without prejudging the content of the peace agreement, providing that the Colombian people endorse and approve it through the plebiscite.

The result of the plebiscite clearly indicates that the final peace agreement has to be renegotiated and at least two issues are to be addressed, namely participation of FARC in the political process and impunity for FARC. The current peace agreement guarantees ten seats for FARC in the Colombian Congress and five seats in the Senate, without the need to be elected, plus justice reviews for FARC members. Now it is evident that a new phase of dialogue must be opened that should be inclusive and transparent.

My last remark has regard to the delisting of FARC from the EU list of terrorist organisations. Following the signing of the peace agreement, the Council unanimously decided to temporarily delist FARC for six months, and sanctions against the FARC leadership have been dropped. The decision regarding delisting is conditional and is to be terminated immediately if FARC does not deliver on its promises of no violence and full disarmament. I suggest that the issue of the delisting of FARC be high on the agenda of High Representative Mogherini.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Presidente, este debate sobre o processo de paz na Colômbia é um debate com um grande impacto no âmbito da política internacional e, por isso, não posso deixar de saudar aqui, neste momento, a notícia da eleição, há alguns minutos, de António Guterres como o novo Secretário-Geral das Nações Unidas e desejar-lhe as maiores felicidades no exercício das suas funções.

A vontade dos povos é soberana mas a procura da paz é um bem maior. O intenso debate que ocorreu na Colômbia, no quadro do referendo sobre o acordo de paz entre as FARC e o Governo, foi um diálogo sobre a melhor forma de construir uma paz duradoura a partir do cessar-fogo bilateral em vigor.

Da mesma forma, devemos pensar que conseguir reverter um obstáculo à paz, legitimamente criado pela auscultação democrática do povo, só pode ser conseguido com uma resposta democrática que seja ainda mais forte. Este é o desafio para a Colômbia e para as partes envolvidas. Este é o desafio que a União Europeia tem que abraçar.

Helmut Scholz (GUE/NGL). – Herr Präsident! Ich war 2010 mit einer INTA-Delegation in Ecuador. Wir haben dort ein Flüchtlingslager für Menschen aus Kolumbien besucht. Dort haben wir einen Handwerksmeister getroffen – ich persönlich –, der seine Existenz, seinen Namen, seine Familie aufgeben musste – aus Angst und als Schutz für seine Familie, die in Kolumbien verblieb. Ich glaube, er hatte wie viele Millionen andere Kolumbianer darauf gehofft, dass nicht nur die Unterzeichnung des Friedensabkommens, sondern auch ein positives Ergebnis das Referendums herauskommen und ein Schritt in eine wirklich soziale, friedliche Gesellschaft in Kolumbien ermöglicht würde. Das offene Problem der *impunity* war sicherlich ein Grund für das Scheitern des Referendums, und Uribe, als ehemaliger Präsident auch maßgeblich mit schuldig an Verbrechen gegen viele einfache Menschen – Gewerkschafter, Journalisten –, hat es ermöglicht, dass sozusagen diese Furcht vor der *impunity* dann doch zu einem anderen Ergebnis geführt hat.

Für die Europäische Union, für das Europäische Parlament muss es darum gehen, dass das, was in der Roadmap zum Freihandelsabkommen EU-Peru-Kolumbien festgehalten ist, in soziale und demokratische Bahnen gelenkt und ein Schritt in die richtige Richtung ermöglicht wird.

Eduard Kukan (PPE). – Proces vedúci k ukončeniu konfliktu v Kolumbii má dlhú históriu a bude musieť pokračovať. Výsledok plebiscitu je nesporne prekvapením. Treba ho však plne rešpektovať. Kolumbia potrebuje ukončiť tento konflikt a prejsť dlhou cestou vnútorného zmierenia. Som rád, že EÚ bola v tomto procese prítomná a podporovala mierové rokovania. Teraz musíme vyslať jasný signál, ktorým podporíme ich pokračovanie. Mali by sme preto trvať na zachovaní podmienok, ktoré viedli k podpísaniu dohody z 26. augusta, a spraviť všetko pre to, aby sa zamedzilo prepuknutiu ďalšieho násilia. Myslím si, že zatiaľ by sme mali ponechať Farc mimo čiernej listiny teroristických organizácií a spolu s ďalšími medzinárodnými partnermi ponúknuť mediáciu, ktorá by dopomohla k trvalému vyriešeniu konfliktu. Európska únia môže tiež ponúknuť skúsenosti z procesov zmierenia, ktoré bude kolumbijská spoločnosť v najbližších rokoch potrebovať. Verím, že Európska únia bude ďalej aktívna a bude pokračovať v podpore ukončenia tohto konfliktu.

Javi López (S&D). – Señor Presidente, el domingo recibimos todos la triste noticia de los resultados del referéndum. La recibimos especialmente conmocionados; unos resultados que respetamos pero lamentamos, que dejan al país y al proceso de paz en Colombia en una situación muy frágil, en el limbo de estar sin guerra y sin paz.

Por eso, ahora es el momento de que la comunidad internacional en general, pero la Unión Europea en particular, hoy muestre su compromiso por el proceso de paz como nunca: su compromiso diplomático de la mano de Federica Mogherini y de nuestro enviado especial; nuestro compromiso también financiero, con el apoyo que hay comprometido con el fondo fiduciario; y con las acciones que tenemos que tomar también internamente con la lista de organizaciones terroristas.

Y es el momento de pedir a los actores en Colombia que se impliquen en la negociación, que lo hagan desde la generosidad, y a las FARC y al Estado, que participen con garantías en los meses que vienen y, especialmente, que den los pasos que vienen teniendo muy presentes a todas aquellas víctimas que, este fin de semana, de forma generosa, estuvieron apoyando el proceso de paz.

Alojz Peterle (PPE). – Hvala gospe visoki predstavnici in podpredsednici Evropske komisije, da je Evropski parlament nagovorila o tako pomembnem vprašanju, kot je kolumbijski mirovni proces.

Z navdušenjem sem pozdravil podpis mirovnega sporazuma. Rezultat nedavnega referenduma pa sem sprejel z razočaranjem, hkrati pa z zavestjo, da ta rezultat ne pomeni, da so Kolumbijci proti miru. Ohranitev premirja je ključna za uspešen politični dialog in nove kompromise.

Pozdravljam voljo predsednika Kolumbije Santosa, da okrepi mirovni proces s pomočjo dodatnega in poglobljenega dialoga in mu želim pri tem čimprejšnji uspeh. Ključnim akterjem skupne evropske zunanje politike, vključno z Evropskim parlamentom, pa želim, da s svojimi prizadevanji trajno prispevajo k temu, da se odlični rezultati dosedanjega mirovnega procesa ne bodo obrnili nazaj v konfliktno stanje.

Prepričan sem, da je mogoče z inkluzivnim pristopom in z vztrajnostjo dokončno rešiti petdeset let trajajoči konflikt. Kolumbijski mirovni proces nima alternative.

Boris Zala (S&D). – Mr President, I was a witness to the fully democratic and transparent organisation of the referendum. Its result does not call into question the desire for peace in Colombia. We must welcome the efforts of all parts of the society to find compromise on the way to peace. Our thoughts must be with the victims of violence. I was moved by their generosity; they all support the agreement. Therefore we must develop programmes aimed at the victims' moral and material compensation. Finally, I support the Council decision to suspend FARC from the terrorist list, but under the condition that they are going to abandoning violence.

David McAllister (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich halte den Ausgang des Referendums über den Friedensvertrag in Kolumbien für eine sehr große Enttäuschung und letztlich für einen Sieg der Emotionen über die Argumente.

Wie soll es nun weitergehen? Wir sind uns alle einig, das hat auch die Debatte heute gezeigt: Ein weiteres Blutvergießen müssen die politisch Verantwortlichen in Bogotá um jeden Preis verhindern. Das entspricht auch genau dem Willen der kolumbianischen Bevölkerung, die sich eben nicht mehrheitlich gegen den Frieden ausgesprochen hat. Diese in Europa zum Teil verbreitete Wahrnehmung ist falsch, wie mir ein Kollege, der Kolumbien gut kennt und in den letzten Monaten mehrfach dort gewesen ist, hinreichend geschildert hat. Abgelehnt wurden vielmehr die ausgehandelten Bedingungen, insbesondere die Straffreiheit für die FARC-Rebellen.

Die Verlängerung des Waffenstillstands bis zum 31. Oktober sowie die Ankündigung weiterer Verhandlungen seitens Präsident Santos sind in der Tat Schritte in die richtige Richtung. Gleichzeitig wird Kolumbien auf dem Weg zu einem dauerhaften und stabilen Frieden insbesondere auf die Hilfe der internationalen Gemeinschaft angewiesen sein. Kolumbien als einer der wichtigsten Partner der EU in Lateinamerika sollte sich dabei auch der Unterstützung des Europäischen Parlaments auf diesem Weg gewiss sein. Auch das ist eine Botschaft der heutigen Debatte.

Андрей Ковачев (PPE). – Мирното споразумение между колумбийското правителство и Революционните въоръжени сили на Колумбия е историческо, не само защото е опит да се сложи край на най-дългия конфликт в западното полукълбо, а защото ни връща вярата, че мирът е възможен дори в продължителни и изглеждащи нерешими конфликти като този, при който има над 300 000 убити и над 5 млн. вътрешни и външни бежанци.

Значението му се подчертава и от решението, което беше взето за номинирането на Колумбия за Нобеловата награда за мир. Точно затова, резултатите от проведения референдум, където с 50 000 гласа споразумението беше отхвърлено, предизвиква у нас огромно разочарование. Не само за тези, които работиха дълги години за решаването на този конфликт, но и за хилядите семейства от двете страни на конфликта, които са дали жертви в него.

Всички, които участват в колумбийските мирни преговори, дължат на жертвите и техните семейства да направят така, че крехката надежда за мир да не бъде загубена. Не трябва да се позволи насилието, убийствата и отвличанията да започнат отново. Постигането на устойчив мир в Колумбия ще отключи големия икономически потенциал на страната, ще засили, разбира се, контактите с Европейския съюз и ще я превърне в опорна точка на стабилността в Латинска Америка.

Мирният процес е историческа възможност не само за Колумбия, но и за глобалната война с наркотрафика, тъй като страната все още продължава да бъде най-големият износител на кокаин в света, чрез премахване на кока насажденията в контролираните от ФАРК региони на страната, като същевременно се помогне на фермерите да започнат отглеждането на алтернативни ненаркотични култури.

Референдумът е засега загубен, но аз се надявам, че мирът ще бъде спечелен.

PRESIDE: RAMÓN LUIS VALCÁRCEL SISO

Vicepresidente

Tunne Kelam (PPE). – Mr President, the 52 year old conflict that has cost the lives of more than 200 000 and caused the displacement of millions in Colombia is about to be over. This is a major relief for all of us. National reconciliation has proved to be an extremely difficult task against the backdrop of so many atrocities, loss of life and injustice. It can be understood that for many of those who suffered, the terms of the agreement seem too generous for the FARC fighters. Now a negative referendum has reintroduced uncertainty. However, it is important to avoid any back-stepping from the historic agreement. The international community should decisively support both partners who have declared that they are prepared to stick to the terms of agreement and that a ceasefire would be extended over the end of October.

The fact that almost two-thirds of voters abstained from the vote, and that the result was practically a draw belies claims that the vote was directed against national reconciliation. It was certainly not the case. The vote should be seen as a wake-up call, a crucial opportunity for Colombian citizens to reengage in democratic debate and not leave the national future to be decided by politicians alone. Now a new period of dialog must start. It has to include all the sectors of the Colombian people. Most importantly, the peace process should become irreversible.

Intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»)

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, dopo anni di faticose e lunghe trattative a L'Avana era stato siglato lo storico accordo tra il governo colombiano ed il principale gruppo guerrigliero delle Farc, alla presenza del Segretario generale dell'ONU, Ban Ki-moon, per porre fine ad una guerra lunga e sanguinosa. La notizia aveva riacceso le speranze della comunità internazionale per il raggiungimento di una pace duratura dopo oltre cinquant'anni di conflitto. Purtroppo, il referendum tenutosi qualche giorno fa per la ratifica dell'accordo, nonostante i vari appelli della comunità internazionale, ha visto prevalere i no. Ora si teme per l'isolamento internazionale in cui può cadere il paese. Il cammino che deve compiere la Colombia per raggiungere la pace è ancora lungo. Con il contributo dell'Europa si deve fare ogni sforzo per proseguire nel processo di pace e per mettere la parola fine definitivamente ad un conflitto interno che è costato oltre 220 000 vittime e 6 milioni di sfollati interni.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, έπειτα από σχεδόν τέσσερα χρόνια διαπραγματεύσεων, η κυβέρνηση της Κολομβίας και οι αντάρτες του FARC υπέγραψαν στις 26 Σεπτεμβρίου ειρηνευτική συμφωνία, με σκοπό τον τερματισμό της μεταξύ τους σύγκρουσης η οποία έχει διαρκέσει σχεδόν μισό αιώνα. Έτσι αναμένεται να σταματήσει η παλαιότερη και η πιο μακροχρόνια σύγκρουση στη Λατινική Αμερική, η οποία είχε τουλάχιστον 220.000 χιλιάδες θύματα και έξι εκατομμύρια εκτοπισμένους και η οποία οδήγησε σε πολιτικές διώξεις της αντιπολίτευσης και των συνδικαλιστών ηγετών.

Η συμφωνία προβλέπει παράλληλα αφοπλισμό των ανταρτών, αφού η κυβέρνηση έχει δεσμευτεί να διαθέσει στο FARC έδρες στο Κογκρέσο, καθώς και εγγυήσεις ασφαλείας για τους αντάρτες μαχητές. Τέλος, προβλέπονται αποζημιώσεις για τα θύματα της σύγκρουσης, καθώς και μέτρα για την καταπολέμηση της διακίνησης των ναρκωτικών. Όμως, κύριε Πρόεδρε, η ειρηνευτική διαδικασία μπορεί να οδηγήσει στη διαμόρφωση μιας δημοκρατικής Κολομβίας μόνο υπό τον όρο και την προϋπόθεση ότι θα διαλυθούν οι παραστρατιωτικές οργανώσεις.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL). – Señor Presidente, el resultado del referéndum en Colombia es una muy mala noticia. Los sectores de la guerra consiguieron convencer a una pequeña mayoría con una grotesca campaña de mentiras y es más mala aún porque otorga un papel relevante en el proceso de paz a aquellos que se lucran, que se lucraron de la guerra, a aquellos que toleraron e impulsaron los escuadrones de la muerte que llenaron Colombia de tumbas y millones de desplazados internos.

La vitalidad de estos sectores la comprobamos cuando en Cartagena de Indias, en la firma de la paz, cuatro cazas colombianos interrumpían volando a baja cota el discurso del representante de las FARC amedrentando a los presentes, entre ellos quince Jefes de Estado.

Ahora, mientras las FARC reiteran su firme compromiso de paz, Santos pone fecha de caducidad al alto el fuego. Es una muy mala noticia.

La Unión Europea debe estar presente para acompañar esa voluntad de paz —muy bien por mantener a las FARC fuera de la lista de organizaciones terroristas—, y debe decirle bien fuerte al Presidente de Colombia que así no, que mantenga el compromiso con la paz.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Petindvajset let spopadov, skoraj četrt milijona mrtvih, 45.000 pogrešanih, sedem milijonov ljudi razseljenih. Kljub temu je seveda strah prevladal nad upanjem in referendum je pokazal, da je ljudstvo zaenkrat zavrnilo mirovni sporazum.

Vendar dosežki tega mirovnega sporazuma in procesa ne smejo iti v nič, tudi glede prizadevanj za opustitev orožja. Reforme, ki so bile začete, moramo nadaljevati, podpreti moramo nadaljevanje tega procesa, tudi finančno, ker mirovni proces v Kolumbiji mora biti nepovraten.

Ljudstvo je sicer zavrnilo ta mirovni sporazum in zato gotovo obstajajo razlogi, ki jih mogoče ta hip še ne razumemo. Ta presenetljiv rezultat pa ne pomeni nadaljevanja spopadov, dialog se mora nadaljevati in poleg finančnih sredstev moramo ponuditi tudi izkušnje, kot je dejal kolega Kukan.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhor Presidente, o resultado do referendo na Colômbia decorre também de uma prolongada campanha de desinformação e de medo dos que, ao longo de anos, alimentaram o ódio, o paramilitarismo e o terrorismo de Estado, dos que são responsáveis por quase sete milhões de deslocados internos forçados e centenas de assassinatos de ativistas progressistas pela paz e pelos direitos humanos. Um resultado que não será mais que um breve atraso para chegar a um acordo de paz pelo que o povo colombiano anseia e que porá fim a um conflito armado que dura há cinquenta anos.

O longo e exaustivo processo negocial entre o Governo colombiano e as FARC-EP deve manter-se como um importante referencial do processo de paz, que deve prosseguir serenamente com a manutenção do cessar-fogo.

À União Europeia exige-se que retire, em definitivo, as FARC-EP da lista de organizações terroristas. A paz, para lá de necessária, será uma absoluta inevitabilidade que o povo colombiano, mais cedo que tarde, alcançará.

(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Mr President, I would like to thank all of the honourable Members who have intervened. I believe we can conclude from this debate that we all wish for a lasting and durable peace in Colombia.

After the rejection of the final agreement in the referendum, it is now for all political forces to unite in a national dialogue and find the path that can lead the country to peace. In this decisive moment for Columbia, I can assure this House that the EU will continue playing an active role in supporting, encouraging and accompanying all steps to end the armed conflict and bring durable peace and prosperity to the country and its people.

Finally, I close my remarks by signalling once again my appreciation for the Parliament's role in keeping this issue on our European agenda.

El Presidente. – Se cierra el debate.

Francisco Assis (S&D), *por escrito*. – As negociações que decorreram entre o Governo colombiano e as FARC nos últimos anos encheram o mundo de esperança. Numa reviravolta corajosa, os inimigos de décadas aceitavam-se sentar-se à mesa das negociações para tentarem pôr cobro a um conflito que causou oito milhões de vítimas. O que parecia impossível foi conseguido e celebrou-se em agosto um cessar-fogo definitivo, ficando acordada a desmobilização dos guerrilheiros e a sua integração no sistema político-partidário. Esse acordo não poderia senão implicar cedências mútuas e assentaria sempre num compromisso difícil entre o desejo de justiça e o desejo de paz.

Infelizmente, uma maioria de colombianos recusou esse acordo no referendo do dia 2 de outubro. Perdeu-se uma oportunidade histórica para a paz, o que só nos pode encher de tristeza. Considero, apesar de tudo, que este processo é irreversível e que nem o governo nem as FARC querem regredir para o sofrimento e para a violência. Este é um momento decisivo para o futuro do povo colombiano e a União Europeia deve empenhar todos os seus esforços na busca de uma solução que, sem deixar de levar em contra os medos e as dúvidas expressas nas urnas pelo povo, não deixe escapar a paz.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – Colombia vive un momento muy delicado tras la victoria del No en el plebiscito sobre el Acuerdo de Paz celebrado el 2 de octubre. Pero la decepción por ese resultado no debe llevarnos al pesimismo, sino a seguir trabajando con renovados esfuerzos por el triunfo definitivo de la paz. La paz no ha fracasado en Colombia, ya que incluso en el No que los colombianos expresaron el domingo prevalece una voluntad de paz. Colombia necesita ahora recomponer su realidad interna, su diversidad política y comprometerse a seguir las negociaciones con las FARC, que tienen que mantener el alto el fuego. La renegociación del Acuerdo debe realizarse en los términos en los que se ha expresado la ciudadanía, que ha mostrado discrepancias con algunas condiciones del mismo. Por su parte, la Unión debe contribuir al proceso de paz cumpliendo tres condiciones: manteniendo a las FARC fuera de la lista de organizaciones terroristas, cumpliendo sus compromisos de ayuda financiera y manteniendo en su puesto al Enviado Especial de la Unión, Eamon Gilmore, para que continúe su labor de observador del proceso.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – Colombia vive un momento muy delicado tras la victoria del No en el plebiscito sobre el Acuerdo de Paz celebrado el 2 de octubre. Pero la decepción por ese resultado no debe llevarnos al pesimismo, sino a seguir trabajando con renovados esfuerzos por el triunfo definitivo de la paz. La paz no ha fracasado en Colombia, ya que incluso en el No que los colombianos expresaron el domingo prevalece una voluntad de paz. Colombia necesita ahora recomponer su realidad interna, su diversidad política y comprometerse a seguir las negociaciones con las FARC, que tienen que mantener el alto el fuego. La renegociación del Acuerdo debe realizarse en los términos en los que se ha expresado la ciudadanía, que ha mostrado discrepancias con algunas condiciones del mismo. Por su parte, la Unión debe contribuir al proceso de paz cumpliendo tres condiciones: manteniendo a las FARC fuera de la lista de organizaciones terroristas, cumpliendo sus compromisos de ayuda financiera y manteniendo en su puesto al Enviado Especial de la Unión, Eamon Gilmore, para que continúe su labor de observador del proceso.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – Colombia vive un momento muy delicado tras la victoria del No en el plebiscito sobre el Acuerdo de Paz celebrado el 2 de octubre. Pero la decepción por ese resultado no debe llevarnos al pesimismo, sino a seguir trabajando con renovados esfuerzos por el triunfo definitivo de la paz. La paz no ha fracasado en Colombia, ya que incluso en el No que los colombianos expresaron el domingo prevalece una voluntad de paz. Colombia necesita ahora recomponer su realidad interna, su diversidad política y comprometerse a seguir las negociaciones con las FARC, que tienen que mantener el alto el fuego. La renegociación del Acuerdo debe realizarse en los términos en los que se ha expresado la ciudadanía, que ha mostrado discrepancias con algunas condiciones del mismo. Por su parte, la Unión debe contribuir al proceso de paz cumpliendo tres condiciones: manteniendo a las FARC fuera de la lista de organizaciones terroristas, cumpliendo sus compromisos de ayuda financiera y manteniendo en su puesto al Enviado Especial de la Unión, Eamon Gilmore, para que continúe su labor de observador del proceso.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Colombia vive un momento muy delicado tras la victoria del No en el plebiscito sobre el Acuerdo de Paz celebrado el 2 de octubre. Pero la decepción por ese resultado no debe llevarnos al pesimismo, sino a seguir trabajando con renovados esfuerzos por el triunfo definitivo de la paz. La paz no ha fracasado en Colombia, ya que incluso en el No que los colombianos expresaron el domingo prevalece una voluntad de paz. Colombia necesita ahora recomponer su realidad interna, su diversidad política y comprometerse a seguir las negociaciones con las FARC, que tienen que mantener el alto el fuego. La renegociación del Acuerdo debe realizarse en los términos en los que se ha expresado la ciudadanía, que ha mostrado discrepancias con algunas condiciones del mismo. Por su parte, la Unión debe contribuir al proceso de paz cumpliendo tres condiciones: manteniendo a las FARC fuera de la lista de organizaciones terroristas, cumpliendo sus compromisos de ayuda financiera y manteniendo en su puesto al Enviado Especial de la Unión, Eamon Gilmore, para que continúe su labor de observador del proceso.

16. Lage in der Demokratischen Republik Kongo (Aussprache)

El Presidente. – El punto siguiente en el orden del día es el debate a partir de la Declaración de la Vicepresidenta de la Comisión / Alta Representante de la Unión para Asuntos Exteriores y Política de Seguridad sobre la situación en la República Democrática del Congo [2016/2916(RSP)].

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Mr President, I am grateful to you for organising this debate at a critical moment for the Democratic Republic of Congo. The EU has been a close political and development partner of the Congolese people over many years. We cannot allow the DRC to sink again into a crisis which would, without doubt, spill beyond national borders and across the Great Lakes region.

I would like to begin by reiterating some of the key positions already expressed by High Representative Mogherini and by the EU in recent statements. I must start by addressing the recent violence in the DRC. The level of violence in recent days has been a shock to all of us. The EU has already made it very clear that we attribute individual responsibility to all actors involved in violence, and that of course includes members of institutions in charge of security and justice. Impunity cannot be tolerated. In this respect, I would like to underline the importance we attach to the duty of MONUSCO to document human rights violations and to report on them in line with Security Council Resolution 2277. I would like, on behalf of High Representative/Vice-President Mogherini, but also on my own account, to praise the vital work being done by the United Nations Joint Human Rights Office in the DRC. What the DRC needs is calm, not violence. Calm is needed to focus on finding a solution to the current political crisis, which means to focus on

finding a consensus leading to credible and inclusive presidential elections as quickly as possible.

For this to be possible, respect for human rights and fundamental freedoms is essential. Our message is simple: only an inclusive dialogue resulting in an agreement involving the widest range of political actors will pave the way towards peaceful and credible elections in accordance with the DRC Constitution and Security Council Resolution 2277.

The EU and other key partners involved in supporting the ongoing national dialogue, among them the African Union, the IOF, the United Nations and the United States, will continue to use the tools at our disposal to make the process work. This includes, of course, diplomatic action and outreach to key partners such as Angola and South Africa, as well as action in the UN Security Council.

It is especially regrettable that the political crisis in DRC is distracting us from the stabilisation and development of DRC and that the Congolese people continue to suffer, especially from the barbarous activities of armed groups operating in the north and east of the country. The current political impasse has to be addressed if we are to get back to the work of supporting state-building, reforming the security institutions of the country, tackling the problem of conflict minerals, contributing to healthcare and building roads. In addition, progress on regional integration across Central Africa will continue to be held back for as long as the DRC remains unstable.

Let me end with an assessment of the ongoing political dialogue launched on 1 September. The dialogue has resulted in some positive steps forward, but the challenge now is to achieve greater inclusivity in participation and greater substance in discussions. The clock is ticking, and both government and opposition have a responsibility to work together in the national interest. No one is excused from this obligation.

We call on the opposition, which have not joined the dialogue process yet. However, the government also has a critical responsibility to ensure that political freedoms are respected and that justice is not used to sideline political actors. Above all, a public commitment by all actors to respect the constitution – in particular, as far as the limit on presidential mandates is concerned – would contribute considerably to easing tensions. We will continue to review the use of all the tools at our disposal to support the dialogue, insisting on its inclusivity and its focus. We will exert pressure to improve the political climate in the country, and in particular to ensure that absolute respect is guaranteed for human rights and fundamental freedoms at this critical time for consolidating DRC's democratic progress. I look forward to hearing your views.

Joachim Zeller, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Erst im Juni haben wir über die Lage im Kongo gesprochen. Damals ging es insbesondere um die wieder aufgeflammten Kämpfe im Osten des Landes, die viele Menschen dazu veranlasst und genötigt haben, ihre angestammten Dörfer und Städte zu verlassen. Eine Flüchtlingskrise großen Ausmaßes wurde dadurch verursacht.

Nun haben wir eine Verschärfung der politischen Krise. Das, was Minister Korčok angemahnt hat, Ruhe in diesem Land, wird den Menschen dort nicht gegeben. Es gibt einen Verantwortlichen dafür und das ist der Präsident Kabila, der sich normalerweise jetzt nach zwei Amtszeiten von seinem Amt verabschieden müsste, denn die Verfassung der Demokratischen Republik Kongo sieht das so vor. Im September hätten bereits Wahlen eines neuen Präsidenten stattfinden sollen.

All das passiert nicht. Es ist überhaupt ein Hohn, dass dieses Land sich als Staatsnamen „Demokratische Republik" nennt. Selten war in der Geschichte dieses Landes die Situation dort demokratisch zu nennen, und selten hatten die Menschen ein Mitspracherecht bei der Gestaltung der Geschicke dieses Landes. Die Opposition wird verfolgt, es gibt bereits Tote. Büros der Opposition sind verbrannt und angezündet worden. Viele sind verhaftet worden, und mit einem Trick, nämlich dass die Wählerregistrierung nicht mehr rechtzeitig zu schaffen gewesen ist, versucht nun der Präsident, seine Amtszeit künstlich zu verlängern. Das kann nicht hingenommen werden.

Es gibt bereits Vorschläge der USA und Frankreichs, Sanktionen zu verhängen, wie wir es in anderen Fällen auch tun. Dem sollten Taten folgen, und die EU sollte hierbei einig sein und zu schärferen Maßnahmen greifen.

Elena Valenciano, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor Presidente, acabo de regresar del este de la República Democrática del Congo; un inmenso país con inmensos desafíos; un país cuyo suelo es inmensamente rico y su población inmensamente pobre; un país donde la violencia, en ocasiones muy brutal, se ha convertido en normalidad, particularmente en la región de los Kivús.

Ese enorme país, hoy clave para la región, clave para el continente y clave para Europa, se dirige de manos de su presidente directamente hacia el abismo. Kabila ha decidido aferrarse al poder pasando por encima de la Constitución, y aunque eso pueda llevar a su pueblo a un abismo devastador. Creo que aún hay tiempo para evitarlo. Es necesario recuperar la vía del diálogo, pero del diálogo inclusivo.

La primera cuestión ineludible es fijar una fecha cierta para las elecciones presidenciales. Y en eso debe volcar la Unión Europea todo su peso, que es mucho. Tenemos en nuestra mano el diálogo político previsto en el artículo 8 del Acuerdo de Cotonú. Pero hay que pensar también en el artículo 96, es decir, en la imposición de sanciones contra los responsables y también en la redirección de nuestra ayuda. Eso está en nuestra mano, no podemos culpar a otros.

También los Estados miembros, señor Presidente, deben tomar medidas en el plano bilateral contra destacados miembros de las autoridades del país que ostentan una doble nacionalidad. Y también son europeos los importantísimos intereses de empresas con actividades que están también destruyendo ese país.

Eso ocurre en el este del Congo, desangrado por la violencia de decenas de grupos armados enfrentados por el control de esos recursos que acaban siendo mercancías en el mercado internacional. Las masacres se desarrollan todos los días en lugares como Beni ante la práctica y total indiferencia de la comunidad internacional.

Es posible que tengamos que activar también el Tribunal Penal Internacional y también actuar sobre la desastrosa situación de centenares de miles de personas que siguen viviendo sobre piedras volcánicas cortantes. Tenemos que actuar ya, señoras y señores, ya, antes de que sea tarde, como ocurrió hace muy poco tiempo en Burundi, ¿recuerdan?

Mark Demesmaeker, *namens de ECR-Fractie*. – Ik ontving een brief van mevrouw Mogherini als antwoord op onze bekommernissen inzake de mensenrechtensituatie in de Democratische Republiek Congo en onze suggestie voor gerichte sancties. Haar antwoord getuigde van betrokkenheid, zoals we de hoge vertegenwoordiger kennen. En u weet hoe dat gaat: via de sociale media bereikten haar woorden in een mum van tijd de andere kant van de wereld. Die woorden creëren hoop.

Maar ik vraag me soms af wie al onze brieven opent, al dan niet leest en klasseert, alfabetisch of chronologisch. Er moeten paleizen vol liggen met onze vermanende brieven. Vergeef me mijn cynisme, maar president Kabila bevestigde gisteren doodleuk dat de verkiezingen worden uitgesteld in het belang van Congo. In het belang van Congo, geen verdere details. Die kregen we wel van de voorzitter van de kiescommissie: hij kan ten vroegste eind 2017 een datum voor de presidentsverkiezingen meedelen.

Met andere woorden: geen verkiezingen voor eind 2018. Protesten daartegen worden in de kiem gesmoord. Er vloeide bloed door de straten van Kinshasa. Er zijn echter heel wat Congolezen die het goed voor hebben met hun land. Dokter Mukwege bijvoorbeeld, een paar dagen geleden nog te zien op de Vlaamse televisie. De gynaecoloog en mensenrechtenactivist die in het oosten van Congo slachtoffers van gruwelijk geweld opnieuw tot mens maakt en daarvoor in 2014 door dit Parlement gelauwerd werd met de Sacharovprijs. Hij verbergt zijn verachting voor wat Kabila doet niet en hij benoemt de problemen zoals ze zijn. De grondwet wordt herleid tot een vodje papier. Het drieste geweld maakt hem kwaad.

Het zijn stemmen zoals die van dokter Mukwege die Congo nodig heeft. Ik geloof dat burgerbewegingen die de grondwet en democratie onderschrijven en omhelzen de chaos kunnen herstellen. Maar niet zonder internationale steun. Het is dan ook meer dan hoog tijd dat de Europese Unie haar bevlogen toespraken en brieven inruilt voor daden.

Wat mij betreft kan het daarbij bijvoorbeeld gaan om een reisverbod, om het bevriezen van de rekeningen van al diegenen die verantwoordelijk zijn voor de gewelddadige repressie. De Verenigde Staten waren ons opnieuw voor en besloten al om dergelijke maatregelen te nemen.

De beste manier om de belangen van het Congolese volk te dienen is ervoor te zorgen dat president Kabila tijdig aftreedt en er in lijn met de Congolese grondwet presidentsverkiezingen plaatsvinden.

Charles Goerens, *au nom du groupe ALDE.* – Monsieur le Président, les citoyens de la République démocratique du Congo (RDC) méritent mieux. À un moment où tout invite les dirigeants de ce pays à lutter contre la corruption et à se doter des moyens pour que l'État puisse assumer ses fonctions régaliennes, le président pense avant tout à son maintien au pouvoir.

Initialement prévues pour la fin novembre, les élections vont finalement être reportées de deux ans. Nombre de dirigeants d'autres pays, tentés d'agir dans le même sens, ont déjà prétexté de la nécessité de procéder d'abord à un recensement avant de pouvoir engager le processus électoral. En RDC, c'est pareil. Le prétexte selon lequel il y aurait lieu de procéder d'abord à la refonte du fichier électoral n'est donc pas très original.

Le ministre belge des affaires étrangères l'a encore rappelé ce matin à Radio la Première, en déclarant que, même si refonte il devait y avoir, cela pourrait se faire raisonnablement en quelques mois. Tel semble aussi être l'avis de l'opposition au Congo, qui compte bouder les pourparlers à ce propos.

Les citoyens congolais attachés à la démocratie et, en général, passionnés de politique, sont fermement opposés à ces agissements. Ils sont condamnés à subir l'action, voire l'inaction, de leurs dirigeants davantage préoccupés par leur ambition personnelle que par le destin de leur peuple.

Et pourtant, tout avait bien commencé. Le chemin de la transition avait permis de renouer avec les principes démocratiques et de l'état de droit. Des élections avaient eu lieu, avec l'aide de la communauté internationale, et notamment celle de l'Union européenne. Malheureusement, il n'y a pas de panacée susceptible de résoudre dans l'immédiat ce problème. La pression doit venir de l'intérieur. C'est au peuple congolais de faire bouger les lignes. Nous pouvons, certes, encourager les courants responsables, mais les orientations doivent être prises par les Congolais eux-mêmes. Quant à l'Europe, il faut le dire haut et fort, elle sera toujours prête à s'engager dans des partenariats solides permettant aux Congolais de sortir de l'ornière, une fois que les conditions pour ce faire seront remplies.

Marie-Christine Vergiat, *au nom du groupe GUE/NGL.* – Monsieur le Président, nous parlons, une nouvelle fois, de la situation en République démocratique du Congo, ce pays traversé par des conflits que l'on ose appeler «de basse tension», qui ont fait plusieurs millions de morts, et l'un des pays les plus pauvres du monde, alors que son sous-sol regorge de ressources naturelles, notamment minières.

Il serait bon de s'interroger sur qui finance les groupes armés et pour défendre les intérêts de qui. Le mandat de Joseph Kabila arrive, en effet, à échéance en décembre, et des élections devaient avoir lieu en novembre. M. Kabila annonce que le scrutin sera reporté sine die au prétexte que le fichier électoral n'est pas à jour et que 10 millions de jeunes Congolais seraient privés de leur droit de vote.

Depuis des mois, la société civile et l'opposition s'organisent et sont victimes d'une répression féroce. Les événements de la fin du mois de septembre en sont un triste symbole. C'est un euphémisme de dire que les droits de l'homme sont bafoués en République démocratique du Congo.

Dans ce pays, comme dans d'autres en Afrique, les dirigeants s'accrochent au pouvoir, et la seule question qui vaille est: comment aider les peuples de ces pays à exprimer librement leur choix? Au regard de son soutien, l'Union européenne a une responsabilité majeure en la matière. Tout doit être fait pour que la Constitution et les droits, notamment de l'opposition, soient respectés pour permettre la tenue d'élections dans les meilleures conditions possibles et les meilleurs délais, de sorte que les Congolais puissent enfin décider de leur sort.

Judith Sargentini, *namens de Verts/ALE-Fractie.* – Ik heb niet helemaal begrepen welk perspectief de Raad nu schetst in onze verhoudingen met Congo. We hebben allemaal begrepen dat Kabila langer aan de macht wil blijven, dat hij het voorbeeld volgt van landen om hem heen. Denk aan de huidige verschrikkelijke situatie in Burundi en de vrees die iedereen heeft dat die overslaat naar andere landen.

Ik zou daarom willen weten wat voor handelingsperspectief wij nog hebben in de richting van de heer Kabila. Ik hoorde de heer Demesmaeker spreken over sancties, slimme sancties: het bevriezen van fondsen, het intrekken van mogelijkheden voor reizen van de entourage van de heer Kabila. Dat lijkt mij een ongelooflijk verstandige zet. Ik zou er ook graag de respons van de Raad op krijgen.

Daarnaast wil ik nogmaals benadrukken dat we onze wetgeving voor het tegengaan van de handel in conflictmineralen zo snel mogelijk moeten afronden. We zijn in trialoog met u en de Europese Commissie. Laten we het ijzer smeden als het heet is en dit snel inzetten als middel om de heer Kabila te laten weten dat wij serieus menen dat zijn tijd om te gaan gekomen is.

Ten slotte, meneer de voorzitter: u roept de oppositie op om aan de nationale dialoog deel te nemen. Dat lijkt mij momenteel wel een zeer moeilijke vraag. Ook gezien het feit dat de katholieke kerk –zeer belangrijk in Congo– niet aan een nationale dialoog deelneemt, is dat toch een vraag die op weinig of geen positieve reacties mag rekenen.

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF.* – Monsieur le Président, chers collègues, c'est la région des Grands Lacs qui est la plus grande catastrophe humanitaire; ce n'est pas la Syrie dont nous avons parlé. On y dénombre plusieurs millions de morts. C'est un pays que je connais bien, en tant que président de l'Institut européen de coopération. Je présidais l'ONG la plus importante, et j'ai été placé auprès du vice-président Z'ahidi Ngoma, aujourd'hui décédé – un ami qui a combattu pour la transition démocratique et qui représentait l'opposition démocratique lors de la transition démocratique, en 2004. Il a donné la vie pour son pays. Donc, parlons de démocratie, et je voudrais vous rappeler une histoire que je connais bien, dont j'ai moi-même été acteur.

En République démocratique du Congo, l'opération dite «des rebelles» masquait en fait une invasion organisée par les États-Unis, qui utilisaient Laurent-Désiré Kabila. Pendant qu'il avançait, les envoyés de Clinton signaient des contrats sur les mines, comme les hommes de Biden actuellement en Ukraine. Parlons de démocratie! Laurent-Désiré Kabila, stoppé par la France et l'Angola, se rapproche de la France car il estimait que c'était les intérêts de la République démocratique du Congo. Vous, les Belges, et je peux donner des précisions si c'est nécessaire, avec l'autorisation des Américains, vous avez décidé de l'assassiner. Puis, Joseph Kabila lui a succédé. Il fut votre homme mais, préoccupé de la souveraineté de son pays et de son indépendance, il ne vous convient plus.

La RDC a besoin de stabilité, et non de votre interventionnisme orienté selon des intérêts variables. Toute nouvelle instabilité dans cette zone équivaut à condamner à nouveau à mort des millions de civils. C'est toute l'Afrique subsaharienne qui sombrera si cette région tombe à nouveau dans le chaos.

Ce dont l'Afrique a besoin, c'est de souveraineté et de développement autocentré. Elle a besoin que des gouvernements légitimes se préoccupent des peuples africains et de son développement. Oui à la démocratie souveraine d'une vaste coalition démocratique avec Joseph Kabila pour l'avenir de cette région où l'interventionnisme occidental a tué de 4 à 5 millions d'Africains de la région des Grands Lacs.

Ce dont les Africains ont besoin, c'est d'être maîtres chez eux.

Maria Arena (S&D). – Monsieur le Président, je suis particulièrement étonnée par l'optimisme du Conseil quand il dit qu'il y a eu des avancées en matière de dialogue. J'aimerais lui poser une question: de quelles avancées parle-t-il exactement?

Au contraire, les répressions violentes du 19 et du 20 septembre montrent que ce dialogue ne fonctionne pas. Ce prétendu dialogue mis en place par la majorité de M. Kabila ne fonctionne pas. D'ailleurs, l'église catholique – qui est un acteur important de ce dialogue – a décidé d'en sortir, tant qu'elle n'a pas la garantie d'un cadre inclusif qui permette de trouver un compromis acceptable pour tous.

Et ce compromis doit englober les éléments suivants: une CENI totalement impartiale, un calendrier crédible, des moyens importants pour organiser des élections, la lutte contre l'impunité et, enfin, la libération des prisonniers politiques aujourd'hui – non pas une libération telle que M. Kabila l'annonce, mais une libération inconditionnelle de ces prisonniers politiques, qui leur permette également de mener une campagne électorale. En effet, libérer des prisonniers politiques en leur disant que, s'ils font campagne, ils se retrouveront à nouveau en prison, je ne pense pas que ce soit un environnement propice à des élections ouvertes.

Enfin, je pense, et je partage également l'idée, que nous devrions avoir des sanctions ciblées et, là aussi, je demande au Conseil: quelle est la position des États membres en ce qui concerne ces sanctions ciblées telles que les États-Unis les ont décidées? On nous dit que, si les États-Unis n'avaient pas émis ces sanctions ciblées, la répression du 19 aurait été beaucoup plus forte qu'elle ne l'a été aujourd'hui.

Je terminerai en évoquant l'est du Congo, qui est à nouveau sous l'emprise de rebelles. Ce sont les rebelles actuels, mais aussi ceux qui viennent du Sud-Soudan. Il est important de se soucier de ce qui se passe à l'est, et particulièrement du financement de ces rebelles par le biais des minerais des conflits. Nous avons cette législation, nous attendons que le Conseil puisse également adopter ce que nous avons adopté, ici, au Parlement.

Hilde Vautmans (ALDE). – De situatie is erger dan we denken. Ik verneem van familie en vrienden uit de eerste hand dat de situatie dramatische proporties aanneemt. Congo is in een burgeroorlog verzeild geraakt en goed op weg om een tweede Syrië te worden. Dat zijn niet mijn woorden, maar de woorden van de mensen ter plaatse.

En wat zie ik? Ik zie dat de Verenigde Staten de tegoeden van een aantal generaals bevriezen. Ik stel vast dat de Amerikanen druk uitoefenen op de Congolese regering om verkiezingen uit te vaardigen.

Dan vraag ik mij af: waar blijft Europa? Gaan we wachten tot Congo inderdaad een tweede Syrië wordt? Of gaan we over tot actie?

Meneer de minister, uw verklaring ontgoochelt me. Ook wij moeten druk uitoefenen, gerichte sancties uitvaardigen als er geen verkiezingen komen, activa bevriezen, een inreisverbod opleggen aan hen die zich schuldig maken aan mensenrechtenschendingen. En president Kabila moet duidelijk weten dat hij een dagvaarding voor het Internationaal Strafhof niet kan ontlopen als hij zijn medeburgers blijft terroriseren. Mijn hart bloedt als ik zie wat er in Congo gebeurt. Ik roep op tot actie.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D). – Monsieur le Président, sanctions ciblées contre ceux qui ont confisqué la démocratie et qui tiennent en otage le peuple congolais. Sanctions ciblées contre ceux qui violent la Constitution. Sanctions ciblées contre les auteurs des crimes contre l'humanité.

Aucune impunité pour ceux qui privent la République démocratique du Congo (RDC) d'un vrai dialogue national politique, inclusif et transparent dans le respect du cadre institutionnel: le dialogue en cours est une mascarade.

Aucune impunité pour ceux qui bafouent la liberté d'expression, la liberté de la presse et la liberté de manifestation: le droit de manifester pacifiquement est un droit fondamental, garanti par la Constitution en RDC.

Aucune impunité pour les responsables des multiples massacres dans les territoires de Beni, Butembo et Lubero et dans les villes de Kinshasa, Kananga et Lubumbashi. Je présente mes condoléances à toutes les familles des personnes qui ont perdu la vie en se battant pour la liberté, la justice et leur dignité.

Aucune impunité pour les auteurs responsables de toute forme de violence contre les femmes et les enfants.

Nous plaidons pour la tenue d'élections libres, crédibles et transparentes dans le respect de la Constitution en République démocratique du Congo et du droit international. Nous plaidons pour l'ouverture de l'espace politique à toutes les citoyennes et à tous les citoyens ayant un projet de société alternatif au pouvoir en place. Nous plaidons pour la libération sans condition des prisonniers politiques et d'opinion et de tous les militants de la démocratie – beaucoup d'entre eux risquent la peine de mort – ainsi que pour la libéralisation des médias.

Nous plaidons pour le strict respect du principe de la séparation des pouvoirs exécutif, législatif et judiciaire, tel qu'il est consacré dans la Constitution elle-même.

Nous rendons hommage à toutes les Congolaises et à tous les Congolais au pays ainsi qu'à l'étranger qui font entendre leur voix pacifiquement pour défendre la démocratie et l'état de droit.

Intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»)

Bogdan Brunon Wenta (PPE). – Panie Przewodniczący! W treści rezolucji przyjętej przez Parlament Europejski w marcu tego roku znalazło się wezwanie do władz Demokratycznej Republiki Konga do wyraźnych działań mających zapewnić przestrzeganie konstytucji oraz zagwarantowanie demokratycznych, przejrzystych i terminowych wyborów przed końcem 2016 r. Zgodnie z ostatnimi doniesieniami termin wyborów zostanie przesunięty, co władze tłumaczą uporządkowaniem kwestii związanych z aktualizacją rejestru wyborców i problemami budżetowymi. Decyzja ta doprowadzi do zwiększenia napięcia politycznego i protestów ze strony opozycji i społeczeństwa obywatelskiego, które są krwawo tłumione przez siły bezpieczeństwa. Jak wiemy, w zeszłym tygodniu podczas starć w Kinszasie zginęło kilkadziesiąt osób. Aktualna sytuacja polityczna, zwłaszcza niepewność związana z próbami nielegalnego utrzymania władzy przez prezydenta Kabilę, wymagają zdecydowanej reakcji, nacisku ze strony społeczności międzynarodowej, aby nie doszło do powtórzenia tragicznych wydarzeń z lat 1996-2003.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il Congo si trova di fronte ad una crisi politica che rischia di compromettere il cammino del paese. La Costituzione prevede un termine massimo di due mandati presidenziali, ma l'attuale presidente Kabila, al potere dal 2001, non sembra intenzionato a rispettare tale disposizione. La preoccupazione è che l'instabilità del paese possa espandersi in tutta la regione dei Grandi Laghi, come già è avvenuto in passato. Uno scenario che coinvolgerebbe soprattutto le popolazioni civili e potrebbe determinare nuove migrazioni interne e nei paesi vicini. Uno scenario che va scongiurato, se non vogliamo trovarci di fronte all'ennesima catastrofe umanitaria. Purtroppo, i continui rinvii delle elezioni previste per novembre stanno trascinando la Repubblica democratica del Congo nel caos e nella violenza. È assolutamente necessario fare in modo che queste elezioni si svolgano al più presto e nel rispetto del gioco democratico e di regole che possano garantire l'equità e l'uguaglianza di possibilità per tutti i partecipanti. L'Europa deve lavorare per il rispetto del patto costituzionale e per favorire il dialogo tra le parti.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, οι τελευταίες εξελίξεις στη Λαϊκή Δημοκρατία του Κονγκό προκαλούν έντονο προβληματισμό στη διεθνή κοινότητα, αφού η χώρα δεν αντέχει άλλη αποσταθεροποίηση, δεν αντέχει άλλα ύπουλα παιχνίδια στην πλάτη του λαού της. Η απόφαση του Kabila να επεκτείνει την εκ νέου τη θητεία του στον προεδρικό θώκο έχει προκαλέσει θύελλα αντιδράσεων της αντιπολίτευσης και τεράστιες διαδηλώσεις και αιματηρές ταραχές. Τουλάχιστον 17 άνθρωποι έχουν πέσει ήδη νεκροί. Η ευρωπαϊκή διπλωματία δεν πρέπει λοιπόν να δεχθεί τους όρους του πόκερ που παίζει ο Kabila, ο δήθεν εγγυητής της σταθερότητας, για να παραμείνει στην εξουσία. Αποκατάσταση της σταθερότητας μπορεί να επιτευχθεί μόνο με την τήρηση του Συντάγματος και με την ομαλή διεξαγωγή εκλογών εντός των προβλεπόμενων προθεσμιών.

Η ύπαρξη όμως στρατιωτικών ομάδων και οι τοπικές συγκρούσεις στο Κονγκό έχουν βέβαια ένα συγκεκριμένο αντικειμενικό σκοπό, τον έλεγχο της εκμετάλλευσης των πλούσιων φυσικών πόρων της τεράστιας αυτής χώρας. Αν υπάρχει λοιπόν κάτι που μπορεί να κάνει η Ευρώπη για να προστατεύσει το λαό του Κονγκό, είναι να σταματήσει τις παράνομες δραστηριότητες κάποιων ευρωπαϊκών πολυεθνικών στη χώρα και σίγουρα όχι να επεμβαίνει στην εσωτερική πολιτική της.

(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))

Ivan Korčok, *on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Mr President, this has been a very useful exchange, and I am grateful to members for their very valuable interventions from this debate. That is my first general remark. I conclude that we all share a common interest in using all the tools at our disposal to encourage all political actors in the DRC to seek consensus within the framework of the Constitution then of UN Security Council Resolution 2277 and to ensure the full protection of the rights and freedoms of all citizens.

Honourable Member Arena, you are right. I have referred to progress, but it was rather limited progress and I also stressed that the challenge now is to achieve greater inclusivity in participation and greater substance in discussions.

Secondly, on sanctions, I would like to say and recall that the EU will review the use of all tools at its disposal to act against those linked with violence and incitement of violence. I stress in particular our emphasis on individual responsibility covering all actors, and in addition our insistence that the security forces are responsible for maintaining public order within the rule of law.

Finally, a number of Members referred to the importance of civil society in making democracy work in the Democratic Republic of Congo, I strongly support that and we will continue to use our means to encourage and support these activities.

El Presidente. — Se cierra el debate.

Илхан Кючюк (ALDE), *в писмена форма*. – Положението със сигурността в Демократична република Конго продължава да се влошава. След падането на режима през 1997 година, в страната се води постоянна гражданска война, която до момента е взела над 5 милиона жертви. Поради липсата на всякакви условия, хората живеят в изключителна мизерия и бедност, а войната дори промени ролята на жените и децата. Те трябва да се бият на предната линия и всеки ден да се изправят пред жестоката реалност, като биват жертви на директни атаки и насилие, извършвани от воюващите страни. Наред с военния конфликт в страната, през изминалите дни десетки души загинаха при сблъсъци между протестиращи и силите за сигурност. Недемократичните маневри на президента Кабила да остане на власт, отприщиха нова вълна от насилие и международната общност трябва да се противопостави на това. Призовавам за пълно зачитане на човешките права и защита на цивилното население, както и за предоставяне на възможност за широко участие на гражданското общество в политическите процеси на страната. Само тогава Демократична република Конго ще тръгне по пътя на демокрацията.

17. Frauenrechte in Polen (Aussprache)

El Presidente. – El punto siguiente en el orden del día es el debate a partir de la Declaración de la Comisión sobre los derechos de la mujer en Polonia [2016/2918(RSP)].

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, I am pleased to participate in today's debate on the situation of women's rights in Poland. Respect for women's rights and gender equality is part of European integration. However, as you know, the EU has no competences on abortion policy and cannot interfere in Member States' policies in this area. According to the Treaty on the Functioning of the European Union, the definition of health policies and the organisation and delivery of health services and medical care is primarily the responsibility of individual Member States.

Having said that, I would very much hope that Poland will not stop progressing towards gender equality but rather continue to build on the genuine achievements of the past years. Poland has, for example, introduced an electoral gender quota system. It has also made great reforms improving work-life balance, such as the extension of the duration of basic maternity leave to 20 weeks, the introduction of paternity leave, parental leave arrangements and an increase in the accessibility of preschool education. Even though the electoral gender quota has increased the number of women on electoral lists it has not translated into a considerable increase of women's actual participation in politics, yet.

The gender gap in employment rates continues to undermine the potential of many economies in Europe. In Poland it is particularly high among older women leaving the labour market earlier than men, and among young mothers because of still insufficient access to childcare. In the 2016 country specific recommendations Poland was encouraged to step up efforts to increase female labour market participation.

So, let me conclude by restating our genuine commitment to women's rights and gender equality and my hope that we can continue to work with the Polish authorities to achieve further progress in the area. I am looking forward to today's discussion, and at the end of this discussion I will enjoy the privilege to add also a few words from my personal side.

Barbara Kudrycka, *w imieniu grupy PPE*. – Panie Przewodniczący! Tysiące, dziesiątki tysięcy Polek wyszło w poniedziałek z transparentami na ulice. Silne, solidarne, nieprzejednane. Ten czarny marsz poruszył świat. Poruszył też Parlament Europejski, bo nie był tylko sprzeciwem wobec okrutnego projektu ustawy o aborcji, któremu zielone światło dał PiS, przyjmując go w Sejmie. Już dziś ze strachu chcą się z tego wycofać, bo ten marsz to walka o wolność, o godność, o prawo wyboru, o życie w nowoczesnym europejskim kraju. Do takiej Polski jesteśmy przywiązani i obecny rząd tego nie zmieni. Ten marsz to nasze zdecydowane „nie" wobec prób zawłaszczania przez PiS kolejnych sfer życia, zwłaszcza tych, które dotyczą naszej prywatności i naszych rodzin.

Zwracam się do rządzących w Polsce. Macie serca z kamienia. Kobiety nie są towarem do spłaty waszych wyborczych zobowiązań. Nie macie prawa zmuszać kobiety do podjęcia decyzji innej, niż sama czuje, gdyż rozstrzygnie to we własnym sumieniu, szczególnie gdy ciąża zagraża jej życiu lub jest spowodowana gwałtem. Za decyzję o usunięciu ciąży chcieliście wsadzać kobiety do więzienia. Za to chcieliście wsadzać kobiety do więzienia? Na to nie ma zgody. Nie ma naszej zgody i nigdy nie będzie.

Gdyby wprowadzono przepisy, które uderzają w konstytucyjne prawa kobiet, przy sparaliżowanym Trybunale Konstytucyjnym nikt nie mógłby ich zakwestionować. Mimo odrzucenia ich dzisiaj przez komisję w Sejmie problem nie jest rozwiązany. Uszanujcie obowiązujący obecnie kompromis, choćby z tego powodu, że w kraju targanym politycznymi podziałami, w kraju, którego rząd uderza w niezawisłe sądownictwo i w wolność mediów, nie ma dziś przestrzeni do rzeczowej merytorycznej dyskusji. Nie potrzebujemy kolejnej ideologicznej wojny – wojny, w którą dodatkowo wplątaliście lekarzy. Obowiązkiem lekarza jest postępować zgodnie z nauką i wiedzą medyczną. Wszystkie statystyki dowodzą, że zaostrzenie przepisów nie zmniejsza, ale zwiększa liczbę aborcji. Sumienie zostawcie kobietom. To one powinny dokonywać wyboru, często dramatycznie trudnego, heroicznego wyboru. Zostawcie nam to.

(Mówczyni zgodziła się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Bolesław G. Piecha (ECR), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Pani poseł! Kwestie światopoglądowe, w tym sposób uregulowania sprawy aborcji, nie należą do kompetencji Unii Europejskiej. Uważamy, że Parlament Europejski nie jest od tego, by dyskutować o problemach obyczajowych – pan Janusz Lewandowski kilka dni temu. Co się stało, że tak dramatycznie i nagle zmieniliście zdanie? Drugie pytanie: Czy pogratulowała Pani osobiście posłom z waszej grupy politycznej PPE, posłom PSL-u, którzy zgłosili wniosek o odrzucenie ustawy obywatelskiej i skutecznie ją w Sejmie przecież przeprowadzili? Im się należą gratulacje albo relegacja z grupy.

Barbara Kudrycka (PPE), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Panie Przewodniczący! Dzisiaj Parlament Europejski nie reguluje prawnie sprawy kobiet w Polsce. Nie robimy tego. Ale dyskutować może, o czym chce.

El Presidente. — Como ya empezamos a ir realmente mal de tiempo, no podré aceptar más que una «tarjeta azul» por cada orador que intervenga. Hay otras peticiones de «tarjeta azul», pero convendrán conmigo en que, de aceptarse todas ellas, este Pleno se eternizaría. Por tanto, no podré aceptar más que una «tarjeta azul», repito, por cada orador.

Gianni Pittella, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, posso dire che abbiamo vinto una prima battaglia: ho appena appreso che la proposta oscurantista di legge sull'aborto in Polonia è stata respinta in commissione parlamentare. Non è la decisione finale, ma è una prima vittoria che noi abbiamo avuto, una cosa importantissima. Per questo noi lunedì, insieme alla delegazione polacca del mio gruppo e con tutti i colleghi del gruppo, c'eravamo vestiti di nero. Abbiamo indossato il nero, unendoci a milioni di donne e di uomini polacchi che si sono coraggiosamente schierati a difesa dei loro diritti fondamentali.

Questa è la prova che la solidarietà non conosce confini, sa ottenere risultati concreti. È un giorno importante per le donne e per la difesa dei diritti umani. Il mio gruppo si è sempre battuto per promuovere una visione progressista dei diritti e dei valori fondamentali dell'Unione europea. I diritti delle donne sono una responsabilità di tutto il genere umano. Lottare contro ogni forma di violazione di questi diritti è un obbligo di tutti. Il rafforzamento del potere di azione delle donne significa il progresso di tutta l'umanità. Il rispetto dei diritti fondamentali e della parità tra uomini e donne è sancito dall'articolo 2 del trattato sull'Unione europea e non può essere oggetto di trattativa o di negoziato.

L'appartenenza all'Unione europea vuol dire assicurare che certi principi inalienabili siano rispettati appieno in tutti gli Stati membri. Questo è minacciato in Polonia e quindi noi siamo a favore dei cittadini e delle cittadine polacche e non, come si dice, contro di loro. Non vogliamo interferire affatto, se non quando vengono minacciati i diritti e le giuste prerogative delle cittadine e dei cittadini polacchi.

Ora, la proposta ancora non è stata conclusa. Noi vigileremo con tutta la nostra attenzione e ci auguriamo che il Parlamento polacco definisca in maniera finale negativamente questa proposta. Altrimenti ci sarà una fierissima opposizione da parte della stragrande maggioranza di questo Parlamento.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Marek Jurek (ECR), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Pan pamięta o tym, że artykuł drugi Karty Praw Podstawowych mówi w ustępie pierwszym wyraźnie, że każdy człowiek ma prawo do życia, a ustęp drugi tego artykułu mówi, że nikt nie może być skazany na karę śmierci nawet przez władzę publiczną, tym bardziej przez prywatną osobę. Rozumiem, że Pan pogardza tymi 500 tys. Polaków, którzy podpisali ten projekt ustawowy i Wy dzisiaj wygraliście z Trybunałem Konstytucyjnym w Polsce, który w 1997 r. powiedział, że prawo do życia jest fundamentem demokratycznego państwa prawa, że nie można jego wartości różnicować w żadnej fazie. Tak, dzisiaj ideologia wygrała z demokracją konstytucyjną w Polsce, a Wy pokazaliście, że Trybunał w Polsce jest dla Was tylko narzędziem do walki politycznej.

Gianni Pittella (S&D), *Risposta a una domanda «cartellino blu»*. – In tutta Europa c'è una legislazione moderna che garantisce il diritto all'interruzione di gravidanza, che ovviamente non è un obbligo ma una scelta legata all'autodeterminazione della donna. Lei vuole che una donna porti fino in fondo una gravidanza di un feto che sarà morto o che sarà affetto da enormi patologie, solo per un astratto principio del diritto alla vita? Quello non è diritto alla vita, quello è diritto alla morte, e noi lo dobbiamo evitare.

Jadwiga Wiśniewska, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Uważam, że nasza dyskusja jest bezprzedmiotowa, bowiem państwo chcecie dyskutować o ustawie, której nie ma, i wypowiadać się w kwestiach, w których Parlament Europejski nie ma uprawnień. Ale skoro już chcecie państwo usłyszeć o sytuacji kobiet w Polsce, to chętnie uzupełnię wiedzę pani komisarz i przypomnę, że to Polska, jako jeden z pierwszych krajów, uznała prawa wyborcze kobiet, że to w Polsce, według danych – Pani Komisarz – Eurostatu, mamy najmniejszą różnicę między wynagrodzeniami kobiet i mężczyzn, jeśli chodzi o średnie wynagrodzenie, że to badania Agencji Praw Podstawowych w 2014 r. udowodniły, że liczba aktów przemocy wobec kobiet w Polsce, w tym gwałtów, jest jedną z najniższych w Europie. To właśnie Polska wypracowała bardzo dobry system ochrony pracujących kobiet w ciąży. To polski rząd Prawa i Sprawiedliwości przygotował i wdrożył dobry program wspierania rodzin. Warto o tym mówić. To Polska jest krajem, który po 1989 r. po raz trzeci na czele rządu ma premiera, który jest kobietą. I pani premier Szydło była tutaj w Parlamencie Europejskim i odnosiła się do tych kwestii, które państwo dzisiaj podnosicie.

Niestety pewnie nie słuchaliście z uwagą, bo przecież nie mogę – w przeciwieństwie do Was – zakładać, że macie aż tak złą wolę. Szukacie Państwo tematu zastępczego. Chcecie zajmować się kwestiami, które nie leżą w kompetencji unijnych instytucji. A przecież należałoby pochylić się nad kryzysem migracyjnym, kryzysem bezpieczeństwa, kryzysem gospodarczym, ale Wy chcecie o prawach kobiet. To dlaczego w Parlamencie Europejskim nie debatowaliśmy i nie debatujemy o sytuacji kobiet w Niemczech? Czy pamiętacie, co działo się w sylwestrową noc w wielu miastach niemieckich, a co działo się podczas ostatniego Oktoberfestu? Może Wasza lewicowa wrażliwość zobaczy sytuację kobiet w Niemczech, gdzie łamane są ich prawa? Ale nie, Wy chcecie zajmować się Polską, dlatego że Polska ma to nieszczęście, że ma taką opozycję, która uwielbia źle mówić o swojej ojczyźnie. Podkreślę jeszcze raz: żaden z unijnych traktatów nie przyznaje Unii kompetencji w kwestiach światopoglądowych, wręcz przeciwnie – ingerencja unijnych instytucji w te kwestie jest niedopuszczalna, co potwierdził także unijny Trybunał Sprawiedliwości. Ingerencja w te kwestie nie znajduje również uzasadnienia, Pani Komisarz, w Karcie Praw Podstawowych. Wczoraj pani premier Beata Szydło po raz kolejny potwierdziła, że polski rząd – może ta oszalała polska opozycja wreszcie usłyszy, odetka sobie uszy – nie prowadzi prac nad zmianą prawa w tym zakresie.

Okazuje się, że oburza Państwa to, że obywatele w Polsce wnieśli do parlamentu polskiego projekt obywatelski w kwestii ochrony życia, czyli parlament unijny chciałby odebrać prawo polskim obywatelom do obywatelskiej inicjatywy. Prawdy nie zakrzyczycie. Chcecie Państwo więc dyskutować o ustawie, której nie ma, i w kwestii której Parlament Europejski nie ma nic do powiedzenia.

(Mówczyni zgodziła się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Sophia in 't Veld (ALDE), *blue-card question*. – For somebody who does not want to discuss abortion in plenary, I think it is quite funny that you just spent four minutes talking about it.

The thing is, we hear the argument every time we debate this issue – whether it is about Poland, Spain or Ireland – saying the EU has no competence in this area. Then, I wonder, do you support the citizens' initiative 'One of us', which is actually addressing abortion at European level? Are you not applying double standards a little bit here, saying that we are not allowed to talk about this, but you are allowed to raise the issue of abortion because you are against choice? I would really like to understand.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Pani Poseł! Wydawało mi się, że mówiłam dość wyraźnie, więc być może tłumaczenie nie nadążało. Ale mówiłam o sytuacji kobiet w Polsce. Pani swoją wypowiedzią daje dowód na to, że sytuacja kobiet w Polsce was kompletnie nie obchodzi, Was tylko interesuje jedna kwestia: czy kobiety w Polsce będą miały wolny dostęp do aborcji. Tak więc dla Was prawa kobiet zrównane zostają z wolnym dostępem do aborcji. Dla mnie nie.

Angelika Mlinar, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich freue mich, dass wir heute diese Debatte hier führen. Ich halte es für sehr wichtig, dass wir als Vertreterinnen der Wertegemeinschaft Europa die Frauen in Polen, aber auch überall sonst, im Kampf für ihre Rechte und gegen ein Verbot von Abtreibung, unterstützen. Ich möchte hier eines unmissverständlich klarstellen: Ein Angriff auf die Rechte der Frauen stellt immer auch einen Angriff auf die liberale Demokratie und eine offene Gesellschaft dar. Ein wesentlicher Teil davon ist die Achtung der Menschenrechte und der Frauenrechte.

Sobald wir anfangen, dies in irgendeiner Weise anzugreifen, gefährden wir die Wertegesellschaft, in der wir leben und auf die wir sehr stolz sind. Und sind wir nicht sehr stolz auf unsere Gesellschaft, in der wir leben, und die fortschrittliche Stellung der Frau darin – zumindest nach außen hin? Verwenden wir nicht jede denkbare Möglichkeit, um andere Kulturen über unsere Werte zu belehren und diese auf ein Podest zu stellen?

Wenn ich mir die steigende Zahl an Menschen in Europa anschaue, die sich neuerdings als Feministen bezeichnen, wenn es darum geht, Menschen und Praktiken aus anderen Kulturen oder Religionen zu verurteilen, entdecke ich eine gewisse Scheinheiligkeit. Denn wo sind diese Leute jetzt, wenn es darum geht, die Rechte der Frauen zu verteidigen, wenn es um Abtreibung geht?

Innerhalb Europas nehmen wir das mit den Frauenrechten und leider auch mit den Menschenrechten oft nicht ganz so genau. Ob Orbáns Flüchtlingspolitik oder Polens Zugang zu Frauenrechten – wir messen mit zweierlei Maß. Dabei muss eines klar sein:

Der weibliche Körper war schon immer ein politisches Kampfgebiet und wird es wohl noch lange bleiben. Das Geschlecht spielt in der Politik eine zentrale Rolle. Frauen werden dazu benutzt, um Auseinandersetzungen zwischen Staat und Gesellschaft auszutragen: Das zeigt allein schon die überzogene Debatte über das Burkini-Verbot in diesem Sommer.

Dazu kann ich als Frau und als Politikerin nur eines sagen: Mein Körper gehört mir, und je öfter und lauter wir Frauen diesen Satz wiederholen, desto schneller wird er Realität werden!

Malin Björk, *för GUE/NGL-gruppen*. – Herr talman! Historien visar att kvinnors rätt till sina kroppar aldrig kan tas för given. Historien visar också att detta aldrig har varit en strikt nationell fråga. Solidariteten har alltid varit gränsöverskridande, precis som här i kväll. För drygt 40 år sedan fick svenska och franska kvinnor åka till Polen för att kunna bestämma över sin egen kropp och om de ville ha en graviditet eller inte. Idag kan polska kvinnor ta sig till Sverige, ni är välkomna. Den nya lagen är ett fruktansvärt slag mot kvinnors rättigheter och kvinnors kroppar. Men den gällande lagen, den som gäller nu, den är också en kränkning av kvinnors rättigheter. Låt oss slå fast det ikväll.

Det finns allt för många, gubbar framför allt, i det här huset som väljer att systematiskt vända bort blicken när det handlar om kvinnors mänskliga rättigheter. Men jag ska säga så här: Det finns få saker som är så grundläggande som att få bestämma över sin egen kropp. Och den rätten, den är så central för oss som tror på jämställdhet.

En av våra polska kollegor sa just till mig: ”Jag kommer att bära svart ända tills det här vidriga lagförslaget har skrotats”. Till henne och mina polska vänner som också är här ikväll, skulle jag bara vilja säga ”ni är inte ensamma”. När den spanska konservativa regeringen hotade med att förbjuda abort igen i Spanien, gick vi – kvinnor och män som tror på grundläggande jämställdhet – ut på gator och torg i nästan varje stad i Europa. Vi kommer att göra det igen, och vi kommer inte att vila, för attacken på era rättigheter, mot era kroppar, är en attack på allas våra rättigheter. Vi kommer inte att ge upp, vi kommer att kämpa för er frihet, men också för allas vår frihet att bestämma över vår kropp och vår sexualitet.

Terry Reintke, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, dear European women and most of all, dear Polish women, brave women have fought in the past for me to have the right to speak in this Chamber and to address you. I am every day of my life thankful for their struggle to give me this privilege and this right. Today I am going to use the speaking time that I get in this debate in order to make voices heard that have very often been overheard and overlooked in the debate. They are those of the brave Polish activists who have been fighting in the streets, in the parliament and everywhere in Poland in the last weeks and months.

This is what they asked me to say: we demand respect for our dignity and bodily integrity, our right to privacy, health and life protection, restoration of full reproductive rights, effective enforcement of alimony payments, severe punishment for rapists, severe punishment for perpetrators of domestic violence, sexual education for children, access to medical care. We demand equality and respect for women’s dignity.

I salute these women because what these women need is not a law oppressing their right to their own bodies. What these women need is equality. What these women need is protection from violence and what these women need is a clear commitment from all of us to fight for their rights and to help them also in times when women’s rights and fundamental rights are being attacked all over the European Union.

I want to say to them today that I thank them for their struggle, for their energy and for the hope that they have put into this, over the last weeks and months, and that we will stand side by side with them in solidarity because their struggle is our struggle and their rights are our rights.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Beata Gosiewska (ECR), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Pani poseł, czy zdaje sobie Pani sprawę, że pretekstem do dzisiejszej debaty jest fakt, że wprowadzili Państwo posłów w błąd? Polski rząd nie przygotował żadnego projektu, natomiast polski rząd w kampanii wyborczej obiecał, że będzie przyglądał się wszystkim projektom obywatelskim ze szczególną uwagą. I taki projekt właśnie złożyło 500 tysięcy polskich obywateli. I te protesty powinny być przeciwko autorom tego projektu, natomiast opozycja w Polsce wykorzystała to do ataku na polski rząd, który nie przygotował tego projektu. Powiem więcej. Kilka godzin temu ten projekt w komisji polskiego parlamentu został odrzucony w całości. Czy Pani sobie zdaje sprawę?

Terry Reintke (Verts/ALE), *blue-card answer*. – You are speaking to a political scientist here. What is very obvious is that this proposal has been moved forward to the Commission by a majority of parliamentarians in the Polish Parliament. You cannot now say that you are not taking the accountability for this move, because the parliamentarians in the Polish Parliament could have said that they were not voting in favour of that and that they were going to have an open debate. There was a counter proposal 'Save the women' and you could also have had an open debate looking at liberalising the abortion law that exists in Poland, but you did not. You proposed to move forward only with one of the proposals and you cannot now tell us that you are not taking the responsibility for that, I am sorry.

(Applause)

Michał Marusik, *w imieniu grupy ENF*. – Panie Przewodniczący! Nie jesteśmy parlamentem Polski, więc jeżeli mówimy o jakimś zakresie praw, to powinniśmy mówić o tych prawach w odniesieniu do wszystkich państw Unii Europejskiej, a nie tylko do Polski, co oznacza, że najwyraźniej ta debata tutaj jest pewnego rodzaju prezentem w stosunku do polskich środowisk proaborcyjnych, bo akurat teraz temat ochrony prawnej życia poczętego w Polsce jest tematem rozważanym przez parlament Polski. W Polsce mamy właśnie okazję do zapoznania się z podstawowymi faktami dotyczącymi tej dziedziny. Polska prasa akurat teraz przypomina dosyć szokujące fakty i informacje. Podam tylko jeden z takich faktów, bo czasu mało: proceder aborcyjny objęty jest skrupulatnymi badaniami statystycznymi i obejmuje tak zwany cywilizacyjny Zachód. Nie obejmuje jakiś buddystów czy islamistów, bo tam po prostu prawa do aborcji nie ma i tam się tego nie rejestruje. W tej chwili mamy publiczne prasowe informacje w Polsce o ilościach dokonywanych aborcji. Otóż we wszystkich krajach Zachodu łącznie dokonuje się w każdym roku 50 mln legalnych zarejestrowanych aborcji. Pomyślmy o tej cyfrze, sam jestem nią zaszokowany. Przecież w całej drugiej wojnie światowej zginęło na całym świecie znacznie mniej ludzi, a wojna ta trwała sześć lat. To jest przecież więcej niż liczebność całej Polski, to jest chyba więcej niż liczebność całej Hiszpanii. Czy to nie jest zbiorowe samobójstwo zachodniej cywilizacji?

Czy może więc dziwić, że tą wyludniającą się ziemię zasiedlają teraz islamiści? My przecież zapominamy o podstawowym nakazie bożym. Pan Bóg powiedział człowiekowi: idźcie, rozmnażajcie się i zaludniajcie ziemię, tymczasem my tę ziemię wyludniamy. Tu kiedyś w poszanowaniu etyki zbudowano wspaniałą cywilizację łacińską, a dziś umierają jej resztki. Budować należy przyszłość w oparciu o poszanowanie…

(Przewodniczący odebrał mówcy głos.)

(Mówca zgodził się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Czy zgodzi się Pan z faktem, że debata o prawach kobiet jest w kompetencji Parlamentu Europejskiego? I czy zgodzi się Pan z faktem, że kobiety ze wszystkich krajów europejskich wciąż tych praw nie uzyskały, i że w związku z tym poniedziałkowy protest kobiet, który oglądaliśmy w telewizjach i który oglądaliśmy w mediach społecznościowych, jest przykładem tego, że ta równowaga jest niezwykle krucha i bardzo łatwo ją złamać, i naszym obowiązkiem jest stać na straży tych praw i dyskutować o tym?

Michał Marusik (ENF), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Tak, zgadzam się z tym, że prawa kobiet są prawami szerszymi niż tylko prawa kobiet w Polsce, dotyczą one kobiet w Europie i na świecie. Wszystkie te prawa powinny być uniwersalne i tworzone w oparciu o uniwersalną etykę. Jeżeli prawo kobiet jest naruszone w jakimś miejscu, to głównie jest to prawo do życia kobiet, które jeszcze świata na oczy nie zobaczyły, bo są zbyt młode i zależne, bo są jeszcze w łonach matek i można je zupełnie legalnie i bezkarnie pozbawić życia. Te kobiety są naprawdę bardzo mocno krzywdzone w zapisach prawa i należałoby to skorygować.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Dziękuję, Panie Przewodniczący! W Polsce trwają demonstracje pod hasłem „Ratujmy kobiety!" Należy to poprzeć. Trzeba też jednak myśleć o rozsądnym kompromisie, bo społeczeństwo podzielone jest niemal po równo.

Przypominam, że art. 23 Karty praw podstawowych mówi: „Należy zapewnić równość mężczyzn i kobiet we wszystkich dziedzinach (…). Zasada równości nie stanowi przeszkody w utrzymywaniu lub przyjmowaniu środków zapewniających specyficzne korzyści dla osób płci niedostatecznie reprezentowanej". Trzeba więc tę zasadę tu zastosować, bo wśród nienarodzonych dzieci płeć żeńska jest mniej liczna.

Proponuję więc przyjąć założenie, że aborcja jest dozwolona, ale nie wolno zabijać małych dziewczynek.

Zmniejszyłoby to liczbę aborcji prawie o połowę, a jednocześnie zapewniłoby ochronę kobietom, o co paniom przecież chodzi. Etyka europejska każe nam chronić przede wszystkim kobiety i dzieci. Zróbmy to wreszcie! Ocalone dziewczynki będą nam wdzięczne. Tak jak słynny niewidomy śpiewak, pan Bocelli, dziękował swojej matce.

Nie można jednak zapominać o prawach mężczyzn. Przecież połowa materiału genetycznego należy do ojca. Dlatego koniecznym jest, by do zabicia dziecka niezbędna była również zgoda ojca. Przecież jeżeli urodzenie dziecka zależałoby wyłącznie od matki, nieuzasadnione byłyby na przykład alimenty. Ojciec i matka mają takie same prawa do dziecka przed urodzeniem i muszą mieć takie same prawa po urodzeniu, bo dziecko nie należy do matki – należy również do ojca.

(Mówca zgodził się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Hilde Vautmans (ALDE), *"blauwe kaart"-vraag*. – Ik wil u echt een vraag stellen. Beeld u eens in: u bent een vrouw. U wordt brutaal verkracht, brutaal door een man genomen. U bent zwanger. U wordt verplicht om dat kind te baren en dat kind lijkt op uw verkrachter. Denkt u dat die moeder van dat kind kan houden? Denkt u dat u de foetus daarmee een dienst bewijst? Alstublieft, geef vrouwen het recht op hun lichaam, bescherm de vrouwenrechten en de foetus.

Janusz Korwin-Mikke (NI), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Tak, mogę sobie wyobrazić, że ktoś na mnie napadnie i przyklei mi do pleców, też plecami, takie maleńkie dwumiesięczne dziecko. I ten klej puści dopiero po dziewięciu miesiącach, przed tym się nie uwolnię. Pytam Panią, czy mam prawo to dziecko zabić wtedy? Bo przez dziewięć miesięcy muszę je nosić na plecach, klej nie puści. Mam prawo zabić, czy nie?

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, legislativa upravující přístup k potratům je výhradně otázkou pro členské státy EU, ale bohužel v Polsku byl projednán v prvním čtení zákon, který vyprovokoval velké protesty v Polsku. A já chápu polské kolegyně v Evropském parlamentu, které nás požádaly o gesto solidarity, a proto vystupuji.

Když jsem v roce 2003 předkládala v českém parlamentu návrh zákona na ochranu nenarozeného života a na zpřísnění přístupu k potratům, inspirovala jsem se zákonem, který dnes v Polsku platí. Polsko má zákon, který umožňuje potrat pouze v případě ohrožení života ženy nebo znásilnění, také počet potratů, 2000 za rok, tomu odpovídá. Co tomu ale neodpovídá, je to, že v Polsku se nedaří zvýšit počet narozených dětí.

Kolegyně a kolegové, chránit život se nám nepodaří jenom zákazy. Povzbudit mladé lidi k tomu, aby měli děti, maminky, aby se nebály porodit, k tomu potřebujeme vytvořit příznivé podmínky a být schopni ocenit mateřství. Dnešní společnost oceňuje materiální hodnoty, lidé se bojí chudoby a sociální nejistoty.

Já osobně jsem proti potratům a myslím si, že je třeba učinit vše proto, aby se ženy pro potraty nemusely rozhodovat, aby se mohly na své děti těšit. Mezi tato opatření patří samozřejmě řada sociálních opatření, dostupné bydlení, dostupná péče o malé děti, nabídka pracovních možností, ale tou první podmínkou vždy bude odpovědné chování, kterému by měla pomáhat také výchova k odpovědnému rodičovství a společenské uznání hodnoty mateřství.

Kolegyně a kolegové, já přeji Polsku, abychom takovéto debaty nemuseli zde v Parlamentu opakovat. Je věcí polského parlamentu a vlády, aby o otázkách etických rozhodly v Polsku. Ale pokud vyprovokují protesty, tak by občané v členských zemích měli vědět, že poslanci Evropského parlamentu budou solidární a podpoří postoj svých kolegů.

Iratxe García Pérez (S&D). – Señor Presidente, en enero de 2014 debatíamos en esta Cámara sobre el ataque a los derechos que las mujeres en España iban a sufrir con el cambio de legislación restrictivo sobre el aborto por el Gobierno de España del Partido Popular.

Pretendían acabar con décadas de lucha de las mujeres por el derecho a decidir sobre sus cuerpos, por la libertad. Decenas de miles de personas salieron a las calles en todo el territorio de la Unión como muestra de solidaridad. No era solo un ataque a la dignidad de las mujeres españolas; significaba también abrir la puerta a aquellos que no quieren que Europa sea un espacio de respeto y de dignidad.

Dos años después volvemos al punto de partida. Hoy son las mujeres polacas. ¿Mañana quién será? ¿Acaso podemos aceptar que en la Europa del siglo XXI nuestras hijas vayan a tener menos derechos que nuestras madres?

La ley que hoy se trae a este debate supone una violación de los derechos internacionales. Prohíbe abortar a las mujeres víctimas de violación. El personal sanitario que asista a estas mujeres puede ser encarcelado. Con esta situación, además, se producirá una desigualdad económica, porque aquellas mujeres con medios y con dinero podrán salir a abortar fuera de Polonia y quienes no los tengan se verán abocadas a abortos clandestinos en Polonia con el riesgo de sus vidas.

Esta situación no permite nuestra resignación: al contrario, nos obliga a alzar la voz, a impedir que se continúe decidiendo sobre nuestras vidas y sobre nuestro destino. Desde aquí, mi absoluto apoyo a las mujeres de Polonia. Sabed que no estáis solas, que vuestra libertad es nuestra lucha y que el horizonte negro de hoy puede tornarse, con nuestro esfuerzo, en un color de esperanza.

(La oradora acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Droga Pani, ja mam proste pytanie, bo z tego, co zrozumiałem, i z tego, co Pani powiedziała, wynika, że Pani kompletnie, powtarzam: kompletnie nie wie, jak wygląda sytuacja kobiet w Polsce. Pani nie zna faktów. Pani nie ma pojęcia o tym, mówiąc o wyjazdach za granicę w sprawach aborcji. To po prostu świadczy o tym, że Pani jest kompletnie nieprzygotowana do tej debaty. Ale chcę Panią zapytać, czy Pani wie – czy Pani wstanie tutaj i odpowie na moje pytanie – że w Polsce, w demokratycznym kraju inicjatywa obywatelska została procedowana zgodnie z prawem demokratycznego kraju w polskim parlamencie, że polski rząd i polska większość rządowa nie ma z tym projektem nic wspólnego. Czy Pani odpowie mi na pytanie? Czy Pani o tym wie w ogóle?

Iratxe García Pérez (S&D), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Parece que usted viene a dar lecciones: y a mí, sobre este tema, ninguna. Yo sé que hoy los derechos de las mujeres en Polonia se ven amenazados: el derecho a decidir sobre su vida, sobre su destino. Y cuando una mujer en Europa vea amenazado su derecho, tendrá al resto de mujeres europeas defendiendo la libertad y el derecho a decidir.

Arne Gericke (ECR). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen liebe Kollegen! Ich habe mich durch die Homepages der Fraktionen geklickt, und siehe da: Die EVP *„believes in the value of subsidaritiy.“* Die S&D behauptet, Subsidiarität mache Europa stark. Die ALDE sagt stolz: Wir unterstützen das Subsidiaritätsprinzip. Bei den Grünen lobt man gar das grüne Prinzip der Subsidiarität. Und selbst bei der GUE spricht man von Subsidiarität und Proportionalität. Prima!

Wenn Sie sich Subsidiarität auf die Fahnen schreiben, dann akzeptieren Sie die bitte auch – nicht nur, wenn es um die ureigensten Interessen Ihres Landes oder Ihrer Partei geht. Subsidiarität muss für alle gelten, und wenn ein Land wie Polen heute, aufbauend auf seiner Verfassung und der Grundrechtecharta, ein Gesetz zum Schutz des ungeborenen Lebens diskutiert – Familienpolitik und nicht Frauenpolitik –, dann ist das zu allererst eine souveräne nationale Entscheidung, eine Entscheidung, die das polnische Verfassungsgericht kippen kann, eine Entscheidung, gegen die die Menschen in Polen protestieren können.

Verstehen Sie mich nicht falsch, auch ich würde nicht jede Passage dieses Gesetzesentwurfs in erster Lesung unterschreiben. Aber respektieren wir Subsidiarität! Anders gesagt: Es ist gefährlich, wenn einige Staaten in der EU den Eindruck erwecken, andere Mitgliedstaaten …

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Cecilia Wikström (ALDE), *blue-card question*. – My question to you is very simple: how do you sleep at night? Do you not realise that dinosaurs like you belong to the past, not to the present and definitely not to the future? How do you sleep at night?

Arne Gericke (ECR), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Wenn ich auf mein Leben zurückblicke, kann ich sehr gut schlafen. Ich habe eine glückliche Frau, ich habe glückliche Kinder, und ich weiß, dass es das Leben mit manchen nicht gut meint. Aber ich weiß, dass es viele gibt, die sich manchmal durch ihr Leben kämpfen und am Ende auch ein Glück finden.

Insofern: Alles einfach glattzubügeln und dass es nur noch eine Lösung gibt, wenn Probleme auftauchen, nämlich Abtreibung, das ist zu kurz gedacht. Da muss es doch möglich sein, dass es Länder gibt, die das einfach anders sehen, als Sie das gerne sehen.

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Pani posłanka obraziła naszego kolegę Gericke, Pan nie zareagował. Prosiłbym, żebyśmy rozmawiali jak ludzie cywilizowani, żeby Pan w takiej sytuacji zwracał uwagę kolegom, że zachowują się nieodpowiednio. I proszę też zastanowić się w Prezydium, jak należy z takimi przypadkami postępować, bo w innych przypadkach zdarzało się, że prowadzący obrady reagował bardzo ostro i nawet nakładał kary na uczestników takiej debaty, którzy nie potrafią się zachować.

El Presidente. – Lo tomo en consideración. Ciertamente, la reacción que yo no tuve, a la que usted se refiere y que es así, tampoco la tuvo el señor Gericke. Ya tiene abogado defensor.

Sophia in 't Veld (ALDE). – Mr President, and also to the colleague who spoke previously, I think a lot has been said in this room that has been pretty insulting to women generally as well.

We learned today that, for the time being, the law seems to be off the table, but I would say that is no reason for celebration because even the current Polish law on abortion is still the strictest in the European Union and it still does not give women the choice. Mr Gericke, you say you are happy with the choices you made in life but you had a choice. I think every woman, every man should have that choice, including in Poland.

Madam Commissioner, I heard you say – and I only partially agree with you – that abortion is not an EU matter. It is true that abortion laws are made by national governments and national parliaments, but that is not to say that the European Union has not to say anything. Abortion and sexual and reproductive health rights are part of public health policies in the Member States. We have competence in the area of public health policy. It is limited but it is there.

I would call on this House to make sure that, in the next public health strategy, sexual and reproductive rights, including abortion, are included. This is also underlined by the fact that there is case law in the area of abortion. The Strasbourg Court has said very clearly that a total ban on abortion is a violation of human rights. We do have instruments, colleagues. This is not only about a debate on subsidiarity. This is on principles, this is on values, and those values apply also to Polish citizens and that is why we are having this debate.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Zdzisław Krasnodębski (ECR), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Chciałbym zapytać koleżankę, bo wydaje się, że zna bardzo dobrze sytuację w Polsce, historię Polski, tego problemu, o którym rozmawiamy. Czy Pani wie, kiedy w Polsce wprowadzone zostało prawo wyboru, o którym Pani mówi? W jakich latach było praktykowane?

Sophia in 't Veld (ALDE), *blue-card answer*. – We are talking about civilisation here, where women – do you actually want to have the answer? If you just want to orate here, that is fine as well but then I will sit down. OK?

I happen to believe – and apparently you disagree with me – that women are human beings and that human rights apply to everybody equally. I also think that women are perfectly capable of taking decisions over their own bodies and their own lives. I have said that in a previous debate, when we were talking about Spain. If we think that women are capable of leading the United States or the IMF, if we think that women should be entrusted with the responsible task of raising and educating children who are becoming people, then surely they can be entrusted with a decision – a responsible decision – over their own bodies and their own lives. That is what I'm talking about.

VORSITZ: ULRIKE LUNACEK

Vizepräsidentin

Barbara Spinelli (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la proposta di legge polacca preoccupa perché vieta l'aborto in quasi tutte le circostanze. Preoccupa a tal punto che un grande movimento di donne ha frastornato il governo, il quale pensa forse a un'altra legge che forse escluderà dal divieto gli stupri. Ma sarà una legge non meno punitiva. Leggi del genere non miglioreranno, perché rientrano in una regressione, cui Kaczynski dà il nome di «controrivoluzione culturale», incentrata sulla totale fusione Stato-Chiesa e sulla violazione di precise direttive UE sull'accesso non discriminatorio alla salute. Non è vero, dunque, che la competenza è solo nazionale. Anche se restasse la legge vigente, non sarebbe un progresso, in quanto è tra le più punitive d'Europa. È ora di sostenere la battaglia delle donne polacche. Le loro rappresentanti sono oggi con noi, qui a Strasburgo, sono lassù, e vi invito tutti a salutarle.

(L'oratrice accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Czesław Hoc (ECR), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Panie Przewodniczący! Szanowna Pani Poseł! Zapewne zna Pani słynne powiedzenie brytyjskiego premiera z lat siedemdziesiątych Jamesa Callaghana – oto ono: zanim prawda włoży buty, kłamstwo zdąży obiec pół świata. Pani mówi o tym, że rząd Prawa i Sprawiedliwości, że to pan premier Kaczyński, kościół wprowadza takie rygorystycznie zmiany. Chcę Pani powiedzieć, że to był i jest projekt obywatelski, był to projekt obywatelski. Może Pani zapamiętać i warto wiedzieć, że w Polsce kraju w pełni demokratycznym obywatele mają prawo podejmować inicjatywę uchwałodawczą.

(Przewodniczący odebrał mówcy głos.)

Barbara Spinelli (GUE/NGL), *Risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Lei sa bene anche, come so io essendo stata in Polonia molte volte, che il peso della gerarchia cattolica in Polonia è estremamente pesante. I vescovi della Chiesa polacca hanno annunciato una crociata cristiana su questa legge. Io penso che i cittadini in questione siano fortemente influenzati da questo tipo di crociata e quindi dalla non separazione tra Stato e Chiesa che esiste in Polonia.

President. – Colleagues, since I have just come to the Chair, I would like to explain to you that I am going to follow the line of the previous Vice-President, of allowing just one blue card per speaker. I am going to take blue cards preferably from people who have not had blue cards, who have not spoken before or who will not be taking the floor later on. Just to make that clear to you.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). – Madam President, today I stand by the women of Poland claiming their rights. I guess one of the feelings we have here, when we have all these brilliant men pundits talking about our body, and that we share with the women of Poland, is that we are not incubators; we are not reproductive machines. That is a general shared women's right, and women's rights are human rights. It is the right to our health, to our reproductive health, to our body, and to our freedom to choose. And yes, we should talk about that in this House. It should be a public debate.

Those who want to use the democratic rights of the people of Poland to increase nationalism, demagogy and populism are abusing this debate. It is about women that are being raped, women that are victims of incest, possible health complication, miscarriages. What do you men know about that? It is a matter of our health. We cannot be criminalised; no woman in the world can be criminalised for that. No doctor who is trying to help a woman with a health problem related to birth can be sent to prison when doing their job. That is what we are talking about tonight.

And yes, we in the PPE, think that family legislation is a national issue. Yes, we do think that it is up to the Polish Parliament to complete the ongoing process to legislate. And that is why I urge our dear colleagues in Warsaw and a government that seems to start finally seeing that women have a voice in Poland, to revise the law. I am wearing black in solidarity with the women of Poland tonight.

Maria Arena (S&D). – Madame la Présidente, on l'a déjà dit, la loi polonaise actuelle contre l'avortement est l'une des plus restrictives, aujourd'hui, en Europe. Malgré cela, deux initiatives citoyennes ont été mises sur la table: une initiative obscurantiste, qui réduit davantage les droits, et une initiative progressiste, qui élargit les droits à l'avortement.

Le Parlement polonais a décidé d'évacuer l'initiative progressiste et d'examiner l'initiative régressiste par rapport à l'avortement. C'est pourquoi, quand vous dites qu'il n'y a pas de volonté des acteurs politiques polonais de soutenir une loi obscurantiste, vous mentez. C'est celle-là qu'il a été choisi d'examiner.

Je parlerai de la loi actuelle: c'est bien celle-là, même si elle est restrictive, elle ne permet pas l'avortement légal pour trois raisons.

La première raison est l'objection de conscience en Pologne. Alors que vous devez, Madame la Commissaire, faire en sorte que l'État organise cette objection de conscience en garantissant l'alternative, en Pologne, l'alternative n'existe pas parce que des médecins ne veulent plus pratiquer l'avortement légal à cause de cette objection de conscience, qui n'est pas correctement appliquée. Je vous demande donc, Madame la Commissaire, au lieu de dire que cela ne relève pas de votre compétence, de prendre votre compétence et de faire activer correctement cette objection de conscience au niveau polonais.

La deuxième réalité est que le manque de consultation prénatale – celle-ci est aujourd'hui permise pour l'avortement en Pologne – fait que, quand on peut diagnostiquer la malformation, il est trop tard, parce que ces consultations prénatales ne sont pas organisées. Madame la Commissaire, vous êtes chargée de cela et vous devez le faire.

La troisième raison est l'absence de *(inaudible)* et à l'éducation. Je suis désolée, c'est une compétence européenne, vous n'activez pas cette compétence. C'est de votre …

(La Présidente coupe le micro de l'oratrice)

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Ja może zacznę od odpowiedzi, bo pani in 't Veld nie udzieliła odpowiedzi na moje pytanie. Tylko przypomnę, że prawo do takiego swobodnego wyboru, o którym Pani mówiła, zostało w Polsce prowadzone w 1942 r. Można sobie sprawdzić w Wikipedii, jakie to były czasy. Myśmy w Polsce mieli czasy swobodnego wyboru, bardzo długo. Ja pamiętam czasy, kiedy w Polsce mówiono, że usunięcie ciąży jest jak usunięcie zęba. I demokratyczna Polska po 1989 r. zerwała z tą praktyką, ponieważ to była praktyka totalitarna, praktyka państwa totalitarnego opartego na braku poszanowania dla życia.

W Polsce dzisiaj nie mamy problemu naruszania praw kobiet. I ta debata to wyraźnie pokazała. W Polsce, podobnie jak wszędzie na świecie, istnieje poważny problem moralny i prawny, mianowicie dramatyczna kwestia aborcji. A państwo tutaj mówią, że ta sprawa nie jest dramatyczna, że ona z niczego nie wynika. Natomiast moim zdaniem problem ten wynika z konfliktu dwóch zasad, które zarówno Państwo, jak i my uznajemy, mianowicie autonomii osoby ludzkiej niezależnie od jej płci oraz prawa do życia niezależnie od wieku. Niestety w tym wypadku te dwie zasady są w konflikcie i wszyscy wiemy, że rozwiązanie tego problemu jest bardzo trudne, i wiemy też, że ruchy pro-life and pro-choice istnieją w całej Europie i w całym świecie zachodnim. W Polsce też trwają dyskusje na ten temat. Akurat większość polskiego społeczeństwa zajmuje stanowisko za życiem.

(Przewodnicząca odebrała mówcy głos)

(Mówca zgodził się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Krzysztof Hetman (PPE), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki.* – Szanowny Panie Pośle! Czy prawdą jest, że partia polityczna, którą Pan reprezentuje w tym Parlamencie, obiecała milionom Polaków, że rozpatrzy każdy projekt obywatelski, który wpłynie do polskiego Sejmu? Czy prawdą jest, że bez jakiejkolwiek dyskusji złamaliście daną obietnicę, odrzucając projekt „Ratujmy kobiety" na wniosek mojego lidera politycznego, który obnażył waszą hipokryzję? I czy prawdą jest, że złamaliście dane słowo po raz drugi dzisiaj, odrzucając kolejny projekt obywatelski, Ordo Iuris, bez jakiejkolwiek dyskusji, po grze pozorów.

Zdzisław Krasnodębski (ECR), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki.* – Chciałbym zwrócić uwagę, że kolega Jurek prosił o głos w kwestii formalnej, natomiast jeżeli chodzi o Pańskie pytanie, to Pan nie zauważył być może, może Pan sprawdzić to na stronach Parlamentu Europejskiego, że akurat jestem posłem bezpartyjnym, ale mniejsza o to. Ja reprezentuję tutaj Rzeczpospolitą Polską, wszystkich Polaków, podobnie jak Pan, podobnie jak Pan. Natomiast co do tego, o co Pan pytał, powiedziałbym tak: uważam, że zobowiązaniem naszym, Pana i moim, jest słuchać obywateli i wnosić te ustawy, uwzględniać te inicjatywy obywatelskie, które są zgłaszane. Jak wiadomo w głosowaniu nad tymi obiema inicjatywami obywatelskimi kierowano się sumieniem, a nie dyscypliną partyjną. Nie wiem, dlaczego w polskim parlamencie tak zagłosowano. Polski Sejm…

(Przewodnicząca odebrała mówcy głos.)

Marek Jurek (ECR). – Chciałbym zapytać, dlaczego Pani Przewodnicząca tak selektywnie udziela niebieskich kart. Rozumiem, że jednej osobie, ale chciałbym zadać bardzo istotne pytanie dotyczące polskiego porządku prawnego pani poseł Arena. Ale niestety Pani Przewodnicząca nie udzieliła mi głosu…

(Przewodnicząca odebrała mówcy głos.)

President. — Mr Jurek, I am sorry but you do not have the floor. If you listened to me before, I said that regarding blue cards, I am continuing what my colleague, the previous Vice-President, did. I will give the floor for blue cards to people who have not yet had the floor, and only one per question. You have already had a blue card and Mrs Kudrycka has already spoken in this debate, so that is what I am doing for the sake of time. As you can see, I give people a bit more time when they speak. I do not cut them off when the time is up, but for blue cards that is the rule I am trying to continue. Thank you for your understanding.

Cecilia Wikström (ALDE). – Fru talman! Vi, Europas kvinnor, har tröttnat på män som vill bestämma över våra kroppar. Idag säger vi det en gång till. Och i dag hoppas jag att, från den här kammaren, det budskapet ska gå ut till alla polska kvinnor och alla andra kvinnor runt om som kämpar mot restriktiva, reaktionära abortlagar, så att de känner att det stödet finns och att vi räcker det mot dem i den här stunden. Ni är inte ensamma och tillsammans är vi starka.

Vi kan aldrig acceptera detta barbari, detta övergrepp på kvinnors kroppar. Inte idag från den mörka, reaktionära konservativa regeringen i Polen, och inte från någon annan regering heller. Nu är det nog. Abort får inte heller bli en klassfråga där den som har råd att betala säker abort någon annanstans, utomlands, får det, för tillgången till sexuell och reproduktiv hälsa och rättigheter är en rättighet för alla EU-medborgare.

En gång till vill jag säga det: Vi, Europas kvinnor, är trötta på män som vill bestämma över våra kroppar. Det är nog.

(Cecilia Wikström avböjde en fråga (”blått kort”) från Urszula Krupa)

Ángela Vallina (GUE/NGL). – Señora Presidenta, lo que nos queda muy claro, después de llevar aquí un rato de debate, es que otra vez el radicalismo religioso, en este caso católico -me da igual la religión que sea, islam, ortodoxa, lo que sea, pero radicalismo religioso- vuelve otra vez a atacar los derechos, siempre, de las mujeres, siempre absolutamente, de las mujeres.

Va siendo hora de que entendamos que en una sociedad democrática las creencias religiosas deben quedarse en el ámbito personal. No puede un Gobierno legislar bajo presiones de ninguna religión. Tiene que gobernar, el Estado es el responsable de garantizarnos todos los derechos a toda la ciudadanía y no solamente aplicar lo que ellos creen o su religión.

Está muy claro que, además, estas reformas siempre son clasistas, porque afectan a aquellas mujeres que se van a jugar la vida porque no tienen recursos económicos para pagarse un viaje e ir a abortar ante un incesto, que también está prohibido en esta propuesta de ley, y jugarse la vida en sitios donde no se puede.

Y, desde luego, señora Comisaria, sí que tienen ustedes competencias sobre los derechos humanos, y eso son nuestros derechos.

(La oradora rechaza responder a una pregunta de Ivo Vajgl, formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul»)

Sirpa Pietikäinen (PPE). – Madam President, women are human beings and human rights belong to women. Women's rights are human rights. Sexual and reproductive rights are part of human rights. This is an overall accepted principle in the Universal Declaration of Human Rights and the Beijing Declaration, even though some people refuse to accept that.

On this basis, human rights – saving the dignity of human beings – is never an issue of subsidiarity. Never. You cannot decide that people that are left-handed, dark-haired or blue-eyed do not have services or should be discriminated against because they are different. It is not a matter of a political decision. This is an internationally-agreed and accepted principle. It is as simple as that. Democracy cannot mean that if you accept by democratic procedure violence, oppression or dictatorship, it would be acceptable. No.

What this means is that the EU has not only the right, but also the duty to safeguard its core values – democracy, human rights and tolerance – and, if we fail to do that, we fail on our core substance. This is the crux of the matter, of the fight we are leading for Polish women. I am very saddened that we have to have this kind of discussion in this millennium in Europe, after what we have experienced and after what we have done locally, EU-wide and internationally for human rights. So please be civil, to create a civilisation.

(Applause)

Birgit Sippel (S&D). – Frau Präsidentin! 1971 brach das Magazin Stern ein Tabu. Über 300 Frauen bekannten sich öffentlich zu einem Schwangerschaftsabbruch und lösten damit eine längst überfällige Debatte aus. Es ist unsäglich, dass wir heute – 45 Jahre später – wieder und immer noch darüber streiten, ob Frauen das Recht haben, selbst über ihren Körper zu bestimmen.

Natürlich gibt es verschiedene Moralvorstellungen. Aber deshalb brauchen wir Wahlfreiheit. Gerade in schwierigen Lebensphasen müssen Frauen sich frei für oder gegen eine Schwangerschaft entscheiden können. Sie brauchen legalen Zugang zu sicherer Abtreibung. Was die Regierung in Polen will, ist, ihre Vorstellungen allen polnischen Frauen aufzuzwingen. Und das die PiS-Regierung im Jahre 2016 selbst Frauen, die Opfer einer Vergewaltigung wurden, eine Abtreibung verweigern will, ist schlichtweg inakzeptabel.

Am Wochenende gingen in Warschau Tausende für die Freiheit der polnischen Frauen und der polnischen Gesellschaft auf die Straße – wie es scheint, mit einem ersten Erfolg, und ich bin froh, dass ich dabei sein konnte, denn der Protest ist Aufgabe und Verpflichtung aller Europäer – Männer wie Frauen. Und nach wie vor gilt: Mein Bauch gehört mir, mein Körper, meine Rechte.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Ivo Vajgl (ALDE), *Vprašanje, postavljeno z dvigom modrega kartončka.* – Danes vodimo nenavadno razpravo tukaj, zato bom jaz tudi imel nenavadno vprašanje. Prosil bi vas, kolegica, a lahko se opravičim v imenu vseh, ki danes uporabljajo tu današnjemu času popolnoma neprimerne argumente in žalijo žensko dostojanstvo? Hvala lepa. Ali sprejmete opravičilo?

Birgit Sippel (S&D), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte".* – Ich nehme selbstverständlich jede ernst gemeinte Entschuldigung gerne an.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Pamiętacie państwo na pewno burzliwą debatę parę miesięcy temu w Parlamencie Europejskim po tym, co działo się w Niemczech w noc sylwestrową, po tym, jak poniżano Niemki, jak stosowano wobec nich przemoc seksualną, jak gwałcono je i bito. Pamiętacie Państwo tę debatę? Nie pamiętacie tej debaty, ponieważ jej nie było, ponieważ wówczas uznaliście, że nie jest to temat, który warto poruszać, a to były realne problemy kobiet poniżanych w ich człowieczeństwie – o którym tutaj słyszę. Wtedy nie starczyło Parlamentowi Europejskiemu odwagi, żeby o tych poniżanych kobietach mówić. To przykład, że jednak także w tej kwestii są stosowane podwójne standardy, o których także tu słyszałem. Jest stosowana jednak pewna forma hipokryzji. I na koniec: my tu w tym parlamencie będziemy się różnić poglądami. To oczywiste, od tego jest parlament. Ale bardzo bym prosił o elementarny szacunek dla faktów. To nie była inicjatywa polskiego rządu. Proszę tego nigdy nie mówić, bo to jest po prostu kłamstwo.

(Mówca zgodził się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *blue-card question.* – I just want to remind you what the President said, that we have actually had that debate. Frankly I still do not understand what Cologne has to do with the debate today.

Ryszard Czarnecki (ECR), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki.* – Oczywiście w przeciwieństwie do niektórych pań, już nieobecnych na tej sali, np. pani Wikström, odpowiem na to pytanie. Oczywiście, nie taka debata jak ta, a jeżeli Pan nie widzi jednak problemu niemieckich kobiet, tego, że były one poniżane, bite, gwałcone, to szczerze Panu powiem – niech Pan to powie Niemkom!

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE). – Señora Presidenta, señora Jorová, el partido que gobierna Polonia se llama «Ley y Justicia», pero la ley del aborto que ha elegido tramitar no es ley, es cruzada; no es justa, es degradante; es inaceptable; es involución y vulnera el derecho humano universal a la salud, sobre el que no hay subsidiariedad que prevalezca.

La Ley polaca del 93 ya era una de las más restrictivas de Europa, pero esta nueva formulación nos lleva directamente a la Edad Media. Pretende prohibir la interrupción del embarazo en todo caso: ni cuando una niña de doce años es violada por su tío, ni cuando la vida de una mujer está en grave peligro.

Yo sé que la Primera Ministra de Polonia no tiene hijas, pero, si las tuviera, me niego a creer que estaría dispuesta a sacrificar su vida y su futuro.

Los europeos no vamos a permanecer indiferentes. No nos vamos a resignar a que a las mujeres polacas, la mitad de Polonia, les sean arrebatados su dignidad, sus derechos y su libertad, porque este Parlamento es la voz de los 500 millones de europeos, incluidos los ciudadanos polacos.

Krystyna Łybacka (S&D). – Wypowiadam się w imieniu polskiej delegacji, delegacji we frakcji socjaldemokratycznej, czyli w imieniu posłów Sojuszu Lewicy Demokratycznej i Unii Pracy. Chcę z całą mocą podkreślić: nie zabieram głosu przeciwko Polsce. Zabieram głos w obronie praw polskich kobiet, a więc zabieram głos w obronie praw człowieka i godności człowieka. Przeciwnicy tej debaty wielokrotnie podkreślali, że Parlament Europejski nie ma prawa wypowiadać się w sprawach światopoglądowych. Parlament nie ma prawa przyjmować aktów prawnych w obszarze światopoglądowym, ale ma wręcz obowiązek wypowiadać się wtedy, gdy zagrożone są prawa kobiet, obywatelek Unii Europejskiej. Dlatego w tej sprawie nigdy nie będziemy milczeć. Będziemy wykorzystywali każde legalne miejsce, aby wyrazić solidarność z polskimi kobietami i aby pokazać im, że nie są same i że jesteśmy razem z nimi. A tym miejscem dla nas jest mównica Parlamentu Europejskiego.

Przed chwilą dowiedzieliśmy się, że w polskim Sejmie komisja proponuje Izbie odrzucenie projektu zaostrzającego prawo aborcyjne. Pytanie: to spóźniona refleksja czy może strach przed masowymi protestami i krzyczącą czernią polskich kobiet? To pytanie kieruję do osób, które niech odpowiedzą sobie na to same. Wygraliśmy batalię, ale przed nami jeszcze cała bitwa. Sejm ma decydować zgodnie ze swoim sumieniem, jak wiemy, ale Polki mają własne sumienie i mają prawo do własnych decyzji. W przypadku dalszych prób zaostrzenia odwołamy się do woli suwerena, czyli do narodu.

(Przewodnicząca odebrała mówczyni głos)

(Mówczyni zgodziła się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Mirosław Piotrowski (ECR), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki.* – Szanowna Pani Poseł! Chciałbym zadać pytanie, które padło tutaj już z ust europosłanki Platformy Obywatelskiej, a na które nie uzyskaliśmy odpowiedzi. Mianowicie pytała pani, czy dzisiejsza debata leży w kompetencjach Parlamentu Europejskiego i – aby pomóc w odpowiedzi na to pytanie – chciałem tylko zaznaczyć, że niespełna trzy lata temu, dokładnie 4. grudnia 2013 r., nasz cały Parlament Europejski przegłosował tutaj rezolucję pani Estreli w sprawie zdrowia reprodukcyjnego i seksualnego oraz prawa w tej dziedzinie, gdzie w punkcie pierwszym przegłosowaliśmy, co cytuję: Parlament zauważa, że określenie i realizacja…

(Przewodnicząca odebrała mówcy głos.)

Krystyna Łybacka (S&D), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki.* – Panie Pośle, z całym dla Pana szacunkiem odpowiadam, być może wyjaśniam. Rezolucja nie jest prawem. Jest też rodzajem opinii Parlamentu.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! *(ohne Mikrofon)*… diese leidenschaftliche Debatte führen. Ich hatte letztes Wochenende die Gelegenheit, gemeinsam mit Kolleginnen der S&D-Fraktion in Polen zu sein – als Zeichen der Solidarität und als Zeichen der Sorge über die Entwicklung in diesem Land. Wir haben mit vielen Menschen gesprochen, und sie haben uns mitgeteilt, dass für sie europäische Solidarität wichtig ist. Deshalb trage ich als Zeichen dieser Solidarität heute schwarz. Polen ist ein wichtiger Bestandteil Europas.

Polen ist etwas für Europa ganz Entscheidendes, und deshalb müssen wir europäische Debatten führen. Die Rechte der Frauen zu verteidigen ist ein zentrales, ein originäres europäisches Anliegen. Frauenrechte sind Menschenrechte und Frauen haben ein Recht auf den eigenen Körper. In keinem Fall darf es darum gehen, Frauen zu bestrafen, wenn sie dieses Recht in Anspruch nehmen.

Eine Familie zu gründen, Kinder zu haben, das kann und darf man nicht erzwingen. Es geht um ein Klima der Menschlichkeit. Es geht um Hilfe und nicht um Strafe. Die Frage drängt sich auf, warum die Anzahl der geborenen Kinder pro Frau im EU-Durchschnitt 1,58 ausmacht, während es in Polen nur 1,3 % sind, in Frankreich 2,0 und in Schweden 1,8.

Diese Situation zeigt uns, dass wir ein Klima schaffen müssen, in dem Kinder willkommen sind, so wie es die polnische Initiative „Save the Women will". Das ist ein gemeinsames Anliegen, dass wir alle teilen. Ich wiederhole: Hilfe, nicht Strafe.

Pier Antonio Panzeri (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, mi rivolgo a lei, onorevole Wiśniewska, la vostra falsa coscienza parla di diritto alla vita. Lei chiede che l'Europa si occupi di problemi veri, quali l'immigrazione, appunto. Vengo ora da una riunione dell'Assemblea parlamentare dell'Unione per il Mediterraneo, con la presenza della Guardia costiera italiana, che nel Mediterraneo ha salvato migliaia di immigrati, ma purtroppo molti sono morti, non ce l'hanno fatta. Il governo del suo paese rifiuta la solidarietà europea e appoggia le iniziative di Orban. Di quale diritto alla vita lei parla? Qui sta la vostra falsa coscienza. Io sostengo pienamente la lotta delle donne polacche e sono convinto che il movimento in atto sconfiggerà le posizioni conservatrici e oscurantiste, travolgerà questo terrorismo patriarcale pre-

sente in diversi settori della società polacca e riconsegnerà il vostro splendido paese all'Europa dei diritti, perché è in questa Europa del diritto che merita di stare.

President. — *(addressing herself to Mrs Wiśniewska)* Yes, I saw that you raised your blue card, but you have spoken before. You were a speaker, and I think you had 3 minutes and 30 seconds. I am sorry. I have 12 people on the speakers' list for catch-the-eye and I have to make room here as well, so I am sorry.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Zabieram głos w sprawie formalnej. Bardzo proszę nie stosować podwójnych standardów także w tej kwestii. Rozumiem, że można mieć różne poglądy, ale pani in t'Veld korzystała zarówno z procedury niebieskiej karty, jak i przemawiała. Dlaczego w takim razie odmawia Pani tego prawa poseł Wiśniewskiej? Dlatego, że ma inne poglądy? Mam nadzieję, że nie. Proszę stosować naprawdę równe miary do wszystkich.

I jeszcze, będąc przy głosie, informuję, że pani przewodnicząca wprowadziła nasz parlament w błąd. Nie było debaty na temat łamania praw kobiet w Niemczech, lecz w Kolonii. To są eufemizmy. Chcieliśmy debaty o prawach kobiet w Niemczech, tej debaty nie było.

President. – Dear colleague Czarnecki, as long as I have been chairing, I have acted according to the rule. The personnel here are telling me that Mrs in 't Veld had with our colleague, the Vice-President who was chairing before, a blue card although she was also on the list. So to make a clear decision I will give the floor now for a blue card to Mrs Wisniewska for 30 seconds to Mr Panzeri, and after that I will continue with the rule that I am not taking people who have been on the speakers' list.

Pier Antonio Panzeri (S&D). – Taglio la testa al toro. Siccome non abbiamo tempo, non accetto assolutamente la richiesta.

(L'oratore rifiuta di rispondere a una domanda «cartellino blu» dell'on. Wiśniewska (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Liliana Rodrigues (S&D). – Senhora Presidente, eu, de facto, estou espantada com algumas posições neste debate. Esta lei é um retrocesso pleno nos direitos das mulheres e, por inerência, nos direitos humanos. Portanto, esta é uma questão europeia. É uma lei repressiva que põe em causa todos os progressos alcançados na igualdade de género na Polónia.

A prioridade deve estar em facultar uma educação sexual apropriada e salvaguardar os direitos sexuais reprodutivos. Deve estar em facilitar o acesso à contraceção. Deve estar na prevenção da gravidez indesejada e não na limitação das escolhas das mulheres. Proibir e criminalizar o aborto não equivale a menos abortos, mas a muito mais abortos clandestinos. Significa o uso de cabides e de agulhas dentro do corpo das mulheres. Estamos a falar de mulheres que ficam à mercê de infeções e da morte e esta lei é uma sentença de morte para milhares de mulheres. É tirar o poder às mulheres em todos os sentidos. A suspensão desta lei é um sinal. Mas por quanto tempo iremos ter esta lei suspensa? Até onde iremos nós tolerar a violação dos direitos humanos por parte de um Estado-Membro?

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D). – Madame la Présidente, le corps d'une femme n'appartient à personne d'autre qu'elle-même. Ce n'est pas un champ de bataille idéologique, ni une question nationale.

Interdire à une femme de disposer librement de son corps, c'est violer ses droits fondamentaux et perpétrer une violence extrême à son encontre. C'est la rendre victime d'une discrimination intolérable. Au contraire, défendre le droit à un avortement sûr et légal, c'est protéger la vie, la santé et la dignité des femmes.

La proposition de loi liberticide et rétrograde menaçant d'interdire totalement l'avortement en Pologne est une honte. C'est une honte de considérer les femmes qui choisissent d'avorter comme des criminelles et de les envoyer en prison, même dans les cas les plus extrêmes de viol ou d'inceste. C'est une honte pour l'Union européenne. Elle ne pourra rester crédible face au reste du monde tant qu'elle continuera à fermer les yeux sur la façon dont les droits des femmes sont bafoués en son propre sein.

Au nom du principe fondateur d'égalité entre les femmes et les hommes, en soutien aux femmes polonaises qui se battent pour leurs droits et en vue de protéger de la même façon toutes les Européennes, le droit à l'avortement doit enfin être reconnu et garanti comme un droit fondamental par l'Union européenne.

Catch-the-eye procedure

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Pani Przewodnicząca! Przytoczę słowa pewnej położnej z Polski: „Jestem kobietą, matką dwóch dorosłych córek. Nie mogę spokojnie myśleć, co mogłoby im grozić, gdyby ustawa weszła w życie. Jestem też położną, więc mam najbliższy kontakt z rodzącymi. Uczestniczę w najbardziej intymnych chwilach ich życia. Jestem świadkiem niewyobrażalnego szczęścia, ale też niewyobrażalnych tragedii. Widzę, jak kobieta rodzi bardzo chore dziecko, potem krzyczy z rozpaczy, a ojciec dziecka kopie w ścianę z niemocy. Ale to oni zdecydowali się na poród. Bestialstwem byłoby skazywać na to wszystkich".

Na koniec chcę przypomnieć posłom PiS, a szczególnie ministrom rządu PiS, że sprawą najważniejszą w Europie są praworządność i wolności obywatelskie. Jest mi wstyd, że po raz trzeci w ciągu ostatnich dziesięciu miesięcy na arenie europejskiej poruszane są tematy dotyczące rządów PiS naruszających i łamiących prawa polskich obywateli. Rujnujecie dorobek pokolenia polskiego, które przez 25 lat budowało markę i pozycję Polski w Europie.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, dopo il rifiuto del governo polacco di convalidare la nomina di cinque giudici della Corte costituzionale e l'adozione di leggi che permettono il controllo sui media e sui pubblici ministeri, dalla Polonia arriva un altro duro colpo alla democrazia. Il Parlamento è intenzionato ad approvare una legge che prevede fino a cinque anni di galera per le donne che compiono un aborto e per i medici che le assistono, anche in caso di stupro o incesto.

La collega Maria Arena ha giustamente ricordato che la Corte europea dei diritti umani aveva già contestato la legge sull'aborto esistente in Polonia, perché poneva ostacoli inaccettabili all'accesso all'aborto sicuro e legale. Con questa norma si cassa definitivamente il diritto delle donne ad accedere all'interruzione di gravidanza anche in presenza di casi gravi. È ora che l'Unione europea faccia sentire la propria voce e impedisca che ulteriori provvedimenti palesemente antidemocratici vengano messi in atto in Polonia. Le donne hanno la stessa dignità e gli stessi diritti in tutto il continente e i loro diritti non possono essere assolutamente scalfiti, specie in un paese membro dell'Unione europea.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, najava donošenja strožeg zakona o pobačaju uznemirila je veliki broj građana Poljske od kojih mnogi prosvjeduju na gradskim ulicama. Odgovorna vlast uvažava mišljenje svih građana i daje jasne odgovore na njihova pitanja i strahove pa sam uvjerena da će tako postupiti i poljska vlada u ovom konkretnom slučaju.

Pravo na izbor žene moramo braniti. Ona mora imati pravo izabrati kad će stupiti u spolni odnos, mora imati pravo birati osobu s kojom će to učiniti i mora imati pravo na izbor između različitih metoda kontracepcije. Želimo li slobodno društvo, žena u njemu mora biti slobodna donositi važne odluke koje se primarno tiču nje same.

No, sloboda svakoga od nas završava tamo gdje počinje tuđa. Pravo žene na izbor završava tamo gdje počinje djetetovo pravo na život! Kako to zakonski regulirati da bi se polučili najbolji rezultati, to je pitanje države članice i Europska se unija u to nema što miješati.

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – Paní předsedající, při veškeré úctě k demokraticky zvolené vládě v Polsku nechápu, jak se mohla rozhodnout preferovat tmářskou a zpátečnickou politiku ve vztahu k právům žen.

Já jsem dnes velmi smutná a velmi hrdá. Velmi smutná, protože tady mluvíme o věci, o které jsem se domnívala, že v 21. století vůbec není možné, aby byla v jakékoliv zemi na pořadu dne. A velmi hrdá na většinu Evropského parlamentu, který polským ženám ukázal, že v tom nejsou samy.

Ale, vážená paní komisařko, dovolte mi Vás požádat o jednu věc. Musíme od slov přejít k činům, protože pokud tak neučiníme, hrozí nám to, že polské ženy budou umírat následkem toho, že nebudou moct podstoupit zákrok, který by jim zachránil život, a také nám možná hrozí to, že podobné tmářské a středověké zákony v Polsku budou následovat. Já si to nepřeji a pevně Vám věřím, že Vy také ne.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señora Presidenta, en primer lugar, agradecer la presencia de las activistas que nos han acompañado hoy. Su lucha es nuestra lucha, quiero dejar esto primero muy claro.

En segundo lugar, me parece que lo que ha quedado muy claro hoy es que hay miembros en esta Cámara que no se han atrevido ni a defender la ley de su propio Gobierno. Nos hablan de Colonia… nos dicen que esto no tiene que ver con ellos…. no se atreven ni tan siquiera a defenderlo, cuando es una ley criminal, que pretende criminalizar el aborto, mandar a la cárcel a mujeres por el derecho a elegir y a decidir sobre su propio cuerpo; una ley que vulnera la Carta Derechos Fundamentales de la Unión Europea; una ley que vulnera la legislación en materia de salud pública de la Unión Europea, señora Comisaria; sí, vulnera la legislación. Ustedes tienen instrumentos para actuar, se lo hemos dicho.

Y la última cosa que quiero decir, y muy importante: esto no es un ataque contra Polonia, esto es a favor de los derechos de los polacos, igual que cuando se intentó en España hacer una ley contra el aborto y que atentaba contra el derecho de las mujeres en España, toda la Cámara, mucha gente en la Cámara, quiso solidarizarse, y hoy lo hacemos con los polacos y con las polacas, porque los derechos de las mujeres son universales, indivisibles, no negociables, firmemente enraizados en la ley internacional y en el acervo comunitario, y no negociamos ni permitimos que se negocie con ellos.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Na początku chciałabym podziękować

posłance PiS-u, że uznała dokonania rządu Platformy i PSL-u sprawie poprawy sytuacji kobiet w Polsce, bo faktycznie dużo udało nam się w tej materii zrobić. A teraz fakty, proszę Państwa: 230 posłów PiS-u, w tym wielu ministrów, poparło obywatelski projekt zaostrzający prawo aborcyjne. Mówiliście wtedy o godności człowieka, o życiu, o ochronie życia. Dzisiaj przestraszyliście się protestu kobiet, przestraszyliście się tej debaty w Parlamencie i szybko na wniosek posła PiS-u odrzuciliście ten projekt ustawy. Dzisiaj wygrały kobiety w Polsce, ale tak naprawdę pokazujecie, że jesteście hipokrytami, że nie ma dla Was żadnej świętości, że jesteście w stanie dla słupków i poparcia i z lęku zrobić wszystko, i to jest nieszczęście dzisiaj Polski. Wstydźcie się!

Julie Ward (S&D). – Madam President, I want to say thank you to the many 'black protest' Polish women who have come here today, and with whom I and others stand in solidarity, speaking up for women's rights, which are most definitely human rights.

You come from all walks of life and many of you have never been active in the public sphere before. You are different ages and from different socio-economic backgrounds and I know that because we have met today.

Faced with the worst kind of misogyny, repression and violation you have found your voices and here in the European Parliament you have found a place to amplify that voice. You are now empowered and you must take courage and continue to occupy public space with your powerful, beautiful, creative actions because the women who come after you and the women and girls in other countries who are also depending, who are also under attack from the right-wing repressive policies, they are also depending on you to lead the way.

Thank you. Continue to speak up. Together we can be strong.

(End of catch-the-eye procedure)

President. – Before I give the floor to Commissioner Jourová, I would also like to say a word of welcome to the Polish women activists who have come from different activist groups and who have been present here to listen to this debate. Thank you for being here – *dziękuję bardzo*.

Věra Jourová, *členka Komise*. – Paní předsedající, jako komisařka jsem zůstala ženou a matkou dcery, a proto bych se v závěrečném slovu chtěla vyjádřit jako žena a chtěla bych to udělat ve svém rodném jazyce, chtěla bych to udělat česky, protože i v tom vidím určitou symboliku.

Myslím si jako člověk, který má polské předky, jako člověk, který, myslím, i docela rozumí polskému jazyku a rozumí Polákům v mnoha věcech, včetně určité citlivosti a ostražitosti na situace, kdy si chtějí, tak jako Češi, tak jako všechny další národy v Evropě o podstatných věcech rozhodnout sami. Rozumím Polákům v tom, že ta ostražitost vyvěrá z toho, že jsme zažili dobu v nedemokratické společnosti, dobu a režim, který neuznával svobodu a důstojnost jednotlivce. Já si to osobně pamatuji, když byla revoluce v roce 1989, bylo mi 25 let.

Čemu nerozumím, je návrh zákona, který, doufám, nebude dotažen do konečného schválení, protože si myslím, že to není zákon o potratech, ale že to je zákon proti lidem, že to je zákon proti lidské důstojnosti, proti svobodě člověka, proti svobodě ženy rozhodnout si o svém těle a o svém životě.

Je pro mě obzvláště silným momentem a symbolickým momentem, že to tady dnes říkám v den, kdy by český prezident Václav Havel oslavil nedožitých 80 let, protože to byl právě on, kdo vždycky prosazoval svobodu jednotlivce a důstojnost člověka. Ano, dámy a pánové, já jsem tady předtím řekla, že naprosto respektuji a ctím kompetenční problém v tom smyslu, že Evropská unie nemá kompetenci nařídit jakémukoliv státu zákonodárství, které se týká reprodukčních práv, zároveň ale sama jsem v tom dilematu, protože svobodu člověka a důstojnost si cením nadevše.

A dovolím si připomenout velmi silné chvíle, které jsme tady společně zažili, když tady byl papež František před Vánocemi v roce 2014, byla jsem čerstvě ve funkci, a on říkal spoustu silných apelů na nás jako na politiky. Kromě jiného říkal: „Vy jste pro všechny instituce, procedury, kompetenční spory zapomněli na důstojnost jednotlivce." A já to tady dnes připomínám v tom smyslu a v té souvislosti, že tady zaznívala slova, že ta debata je zbytečná, že bychom se tady o tom vůbec neměli bavit, protože tady máme problém se subsidiaritou. Já si přesto myslím, že o těchto věcech se tady máme bavit a že je to velmi důležité, když každý z nás vyjde před zákopy a řekne za sebe, jak to vnímá, protože problém, o kterém se tady dnes bavíme je zároveň velmi subtilní, velmi intimní, a věřím tomu, že právem je nazýván otázkou svědomí.

Zároveň bych chtěla připomenout, že jsem přesvědčená, že drtivá většina žen, které musí podstoupit potrat, tak nečiní ze svého svobodného rozhodnutí, že tak činí pod tlakem skutečností, a že bychom jim to rozhodnutí neměli upírat.

President. – Thank you very much, Madam Commissioner, for the very frank and open words from your side.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – Women in Poland and all Europe are astounded by the current debate on abortion rights held in Poland. If the proposed tightening passes, it means nothing less than a woman will not be able to undergo an abortion even after rape or incest – and will not be able to interrupt a pregnancy in cases where it is obvious that the child will be born with severe disabilities. This is not a policy we should ever support in the EU of the 21st century. Every woman should have the right to choose; we all have the right to choose. It is illusory to think that such a law would eradicate abortions. It will just make them illegal and more dangerous. The result will be abortion tourism, and for those who cannot afford it, illegal abortion under terrible conditions risking health and even sometimes the life of a woman. Let me put it clearly: such a proposal brings us back to Middle Ages and has no place in modern European society. It has to be denied strictly and immediately. I want to make sure that Polish women know we are with them in their fight for their rights and freedom of choice.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – La propuesta de ley polaca supone una violación de los derechos internacionales porque prohíbe abortar a las mujeres víctimas de violación o cuyos fetos presentan graves malformaciones. El personal sanitario que asista a estas mujeres puede ser encarcelado. Además se producirá una desigualdad económica, porque aquellas mujeres con medios económicos podrán salir a abortar fuera de Polonia y las que no los tengan se verán abocadas a abortos clandestinos poniendo en riesgo sus vidas. No podemos resignarnos ante esta situación. Debemos alzar la voz para impedir que se continúe decidiendo sobre nuestras vidas y nuestro destino. En enero de 2014 debatíamos en esta Cámara sobre el ataque a los derechos de las mujeres en España con el cambio de legislación restrictivo sobre el aborto propuesto por el Gobierno del Partido Popular. Dos años después volvemos a debatir este tema. Hoy son las mujeres polacas. ¿Mañana quién será? No podemos aceptar que en la Europa del siglo XXI nuestras hijas vayan a tener menos derechos que nuestras madres. Quiero mostrar mi apoyo incondicional a las mujeres de Polonia y decirles que no están solas, que su libertad es nuestra lucha y que nuestro esfuerzo puede traer la esperanza para el futuro.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), *na piśmie*. – Debata o prawach kobiet w Polsce, zorganizowana w odpowiedzi na apel organizacji kobiecych, pokazała siłę solidarności kobiet, których prawa wciąż są poddawane w wątpliwość przez istotnych aktorów życia publicznego, a nawet przez rządzących w niektórych państwach Europy. Kobiety stanowią mniejszość w gremiach zarządzających, więc aby osiągnąć efekt, pokazać swoją siłę, sięgają po takie potężne narzędzie oddziaływania, jak ponadnarodowa i ponadpartyjna solidarność. Czarny protest, w którym Polki protestowały przeciw zapowiedzi wprowadzenia skrajnie restrykcyjnego, barbarzyńskiego wręcz prawa całkowicie zakazującego aborcji, poruszył całą Europę, media społecznościowe i rozlał się szeroko na różne instytucje i gremia także poza Unią Europejską. Pokazał, że kobiety, choć wciąż w sytuacji gorzej traktowanych, mają potężną siłę oddziaływania. Polki, jako świetnie wykształcone, przedsiębiorcze i aktywne, zorganizowały ten spontaniczny protest właśnie dlatego, że znają swoje prawa i mają dostatecznie dużo wiedzy i odwagi, aby – stosując dostępne środki – zablokować szkodliwe, naruszające prawa człowieka pomysły legislacyjne polityków i działaczy, którzy zdecydowali się ignorować europejskie, krajowe i ONZ-owskie przepisy dotyczące praw obywatelskich, praw kobiet i równouprawnienia. Polki pokazały siłę kobiecego zaangażowania i dały przykład kobietom w całej Europie, że skuteczna obrona praw i realizacja często ignorowanych postulatów jest możliwa dzięki solidarności i aktywnemu wejściu w debatę publiczną.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D), *kirjallinen*. – Yksi modernin ajan merkittävimmistä asioista on se, että naiset voivat kontrolloida lisääntymistään. Eivät aina eivätkä läheskään kaikkialla maailmassa, mutta paremmin kuin tuhannet naissukupolvet ennen meitä. Isoäitimme ja kaikki naissukupolvet ennen heitä ovat kärsineet henkisesti ja fyysisesti ja kuolleet hirvittävillä tavoilla siksi, ettei lisääntymistä ole pystytty ehkäisemään. Naisten itsemääräämisoikeus ei ole ollut itsestäänselvyys kuin hyvin lyhyen aikaa ja hyvin pienessä osassa maailmaa.

Eurooppa ei ole poikkeus. Nykyinen tilanne, jossa naiset saavat edes osittain päättää lisääntymisestään, on hauras tila. Naiset ja naisten oikeudet eivät ole kiveen kirjoitettuja, vaan niitä vastaan voidaan hyökätä ja hyökätään milloin tahansa, myös Euroopassa.

Aborttien määrää vähennetään parhaiten ehkäisemällä ei-toivottuja raskauksia. Niitä ehkäistään seksuaalikasvatuksella, halvoilla ja helposti saatavilla ehkäisyvälineillä sekä sillä, että yhteiskunta hyväksyy myös yksinhuoltajaäidit ja tukee näitä. Ehkäisykeinojen ja abortin rajaaminen sattuu pahiten köyhiin. Rikkaat voivat hankkia abortin ulkomailla, köyhät joutuvat turvautumaan laittomiin abortteihin tai synnyttämään lapsen siinäkin tapauksessa, että lapsen syntyminen sysää perheen ja lapsen sietämättömiin elinoloihin.

Naisten ruumiilla ja seksuaalisuudella yritetään taas tehdä politiikkaa. Se ei käy. Käykää poliittiset ja uskonnolliset kamppailunne jossain muualla kuin naisten kehoissa, meidän kehoissamme. Naisten kehoja ja seksuaalisuutta on rajattu ja kontrolloitu tuhansia vuosia. Me emme palaa siihen enää koskaan.

18. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll

19. VN-Konferenz über Klimaänderungen 2016 in Marrakesch (Marokko) (COP22) (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über

— die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an den Rat über die VN-Konferenz über Klimaänderungen 2016 in Marrakesch (Marokko) (COP 22) von Giovanni La Via, Peter Liese, Jo Leinen, Julie Girling, Gerben-Jan Gerbrandy, Estefanía Torres Martínez, Bas Eickhout, Marco Affronte im Namen des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (O-000103/2016 - B8-0718/2016) (2016/2814(RSP)) und

— die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission über die VN-Konferenz über Klimaänderungen 2016 in Marrakesch (Marokko) (COP 22) von Giovanni La Via, Peter Liese, Jo Leinen, Julie Girling, Gerben-Jan Gerbrandy, Estefanía Torres Martínez, Bas Eickhout, Marco Affronte im Namen des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (O-000104/2016 - B8-0719/2016) (2016/2814(RSP)).

Giovanni La Via, *Autore.* – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario Cañete, signor Ministro, ieri abbiamo vissuto un momento storico proprio in questa sede dove, a larga maggioranza, abbiamo dato il via libera all'effettiva entrata in vigore dell'accordo di Parigi prima della COP22 di Marrakech. Dopo Kyoto è stato un processo lungo e obiettivamente oggi abbiamo un accordo globale, legalmente vincolante, per combattere realmente il cambiamento climatico a livello internazionale.

Ma dopo il successo di ieri la nostra mente è già a Marrakech, che sarà il luogo in cui passare dalle parole alle azioni, cioè alle misure di implementazione necessarie per raggiungere gli obiettivi posti a Parigi. Andremo a Marrakech con la stessa determinazione e la stessa ambizione di leadership che abbiamo avuto a Parigi. Nel dettaglio la risoluzione che voteremo domani costituirà il mandato per la nostra delegazione e verranno avviati accordi e negoziati sui principali elementi.

In primo luogo, un quadro rafforzato per la trasparenza, i dettagli per un bilancio globale, alcuni orientamenti aggiuntivi sugli INDC, una comprensione della differenziazione delle perdite e dei danni, oltre a parlare di finanziamenti per il clima, con una governance multilivello inclusiva nonché con un meccanismo inteso ad agevolare l'attuazione e a promuovere la conformità.

Sarà necessario, inoltre, avviare le discussioni sulla forma che assumerà il dialogo di facilitazione del 2018, che sarà un'occasione importante per colmare il divario esistente in materia di mitigazione, alla luce degli INDC attuali, e in cui l'UE potrà giocare un ruolo proattivo in termini di livello di ambizione collettiva e dei progressi nell'attuazione agli impegni assunti.

Nella risoluzione si sottolineano i buoni progressi dell'Unione europea nel raggiungimento degli obiettivi fissati per il 2020 in materia di riduzione delle emissioni di gas a effetto serra e per conseguire gli obiettivi fissati in materia di energie rinnovabili e per gli sforzi che devono essere incrementati al fine di conseguire gli obiettivi per il 2050.

Vorrei sottolineare un importante passaggio della risoluzione: ci rammarichiamo che il settore dei trasporti aerei e marittimi internazionali non sia menzionato nell'accordo, pur essendo il secondo settore per quantità di emissione di gas a effetto serra. Il Parlamento insiste pertanto sulla necessità di attuare una serie di strategie volte a ridurre le emissioni in tale settore. Sappiamo che è un tema ostico, ma il Parlamento continuerà a farsi portavoce di questa esigenza.

In definitiva, saranno necessari sforzi di diplomazia climatica per assicurare che i negoziati siano positivi e producano effettivi passi in avanti in direzione del nostro comune obiettivo. Un obiettivo che dobbiamo a noi e alle future generazioni e che da ieri, grazie anche alla buona politica, è sempre più vicino.

Peter Liese, *Verfasser.* – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern war in der Tat ein historischer Tag: Wir haben hier im Plenum die Voraussetzung dafür geschaffen, dass das Übereinkommen von Paris zum Klimaschutz in Kraft treten kann – in Rekordzeit. Aber jetzt geht die Arbeit weiter. Wir müssen Paris umsetzen und in Marrakesch die nächsten Schritte tun. Für unsere Fraktion, die EVP-Fraktion, ist es immer sehr wichtig, dass wir dabei ambitionierten Klimaschutz sowie die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen gemeinsam im Auge haben. Da ist auch gestern bei den Verhandlungen im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie über den Emissionshandel ein wichtiger Schritt gelungen. Wenn das Ergebnis die Richtschnur ist, auch für unsere Arbeit hier im Plenum, dann können wir beides gut miteinander verbinden.

Ich möchte darauf hinweisen, dass zurzeit in Montreal eine weitere große Konferenz stattfindet, wo sich die Welt trifft und auch über Klimaschutz spricht. Ich befürchte aber, dass da nicht so etwas Gutes und Ambitioniertes rauskommen wird wie in Paris. Die ICAO, die Internationale Zivilluftfahrtorganisation, trifft sich in Montreal, und wir im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit haben in unserer Entschließung, die das Plenum morgen hoffentlich mit großer Mehrheit annimmt, gesagt: Das, was da auf dem Tisch liegt, ist enttäuschend. Und das hat auch Auswirkungen auf die europäische Klimaschutzpolitik: Der Flugverkehr ist in den Emissionshandel einbezogen, und eigentlich wird es ab nächstes Jahr auch wieder so sein, dass Interkontinentalflüge einbezogen werden. Wir sagen: Wir wollen das nur ändern, wenn in Montreal wirklich ein ambitioniertes Ergebnis beschlossen wird.

Wir brauchen hier mehr Balance. Klimaschutz kann nur funktionieren, wenn alle Schultern mittragen. Es kann nicht sein, dass wir einen Vorschlag haben, wo die Stahlarbeiter um ihre Arbeitsplätze zittern, weil sich gleichzeitig andere Branchen wie etwa der Flugverkehr einen schlanken Fuß machen. Hier brauchen wir Fairness! Alle müssen ins Rad packen, damit das mit dem Klimaschutz etwas wird.

Jo Leinen, *Verfasser.* – Frau Präsidentin! Herr Kommissar, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die erste große Hürde haben wir am Dienstag genommen. Die Ratifizierung des Übereinkommens von Paris hier im Europäischen Parlament war in der Tat ein historischer Tag, weil es damit jetzt in Kraft treten kann. Die zweite große Hürde kommt in Marrakesch, nämlich dieser Übereinkommen von Paris mit Leben zu erfüllen. Da geht es um die Zeitpläne und auch die Ziel- und Arbeitspläne, die umgesetzt werden müssen, und da wissen wir, dass, was auf dem Tisch liegt, nun mal nicht ausreicht, um zwei Grad Celsius zu erreichen. Da muss noch wesentlich mehr kommen.

Das ist dann auch die Aufgabe für die Europäische Union. Wir haben unsere Ziele bis 2030. Aber da ist auch Luft nach oben – es ist ja nicht in Stein gemeißelt, dass es bei 40 Prozent bleiben muss. Und wenn ich mir die verschiedenen Sektoren angucke wie Verkehr – Peter Liese hatte den Seeverkehr genannt, den Luftverkehr haben wir immer im Auge, aber natürlich auch den Straßenverkehr –, die Landwirtschaft und den Gebäudebereich, dann ist da noch viel möglich und muss auch noch viel gemacht werden.

Ich frage mich, ob wir viele Jahre vergeuden sollen, bis wir an diese Aufgaben herangehen. Meines Erachtens nach ist 2018 oder 2020 viel zu spät, um über eine Überprüfung nachzudenken. Das sollte eigentlich jetzt nach Marrakesch schon beginnen. Ich sehe auch, dass unser langfristiges Ziel nochmal einmal angepasst werden muss. Ich glaube nicht, dass wir bei 80 Prozent stehen bleiben können. Für 1,5 Grad, da brauchen wir 95 Prozent Reduktion, und, Herr Kommissar, wann gedenken Sie den langfristigen Plan aufzuarbeiten? Und ich frage auch den Rat, was die Mitgliedstaaten in Marrakesch zu tun gedenken, damit dass ein Erfolg wird.

Jadwiga Wiśniewska, *autorka*. – Pani Przewodnicząca! Szanowny Panie Komisarzu! Prawie rok temu w Paryżu doszło do zdarzenia o ogromnym historycznym znaczeniu. Zdecydowana większość państw z całego świata zgodziła się podjąć wspólne działania na rzecz ograniczenia wpływu emisji gazów cieplarnianych, emitowanych przez człowieka do atmosfery. Dziś ta umowa jest już niemal gotowa do wejścia w życie, gdyż wraz z ratyfikacją przez Unię Europejską osiągnie ona przewidziane progi skutkujące jej obowiązywaniem. Przyznam, że sama jestem zaskoczona tempem, w jakim państwa, niesłynące do tej pory z ambitnej polityki klimatycznej, to jest Chiny czy Stany Zjednoczone, Indie, przystąpiły do ratyfikacji. Choć, jeśli chodzi o Stany Zjednoczone, to w tym przypadku niepewny jest wpływ najbliższych wyborów prezydenckich na status tego porozumienia. Warto jednak pamiętać o powodach, dla których tak się stało: po pierwsze, Państwo to zapewne dobrze pamiętają, że w pewnym momencie przedmiotem twardych negocjacji stało się słowo „dekarbonizacja". Wiele państw sprzeciwiało się obecności tego słowa, gdyż widząc potrzebę redukcję emisji, uznawały jednak, że mogą to robić, nie rezygnując zupełnie ze stosowania węgla, który jest dostępnym i tanim surowcem, a nowoczesne technologie zdecydowanie ograniczają jego emisyjność. Unia musiała ustąpić i dobrze zrobiła, bo inaczej nie byłoby żadnego porozumienia. Po drugie, porozumienie stawia na równi zmniejszenie emisji i działania zwiększające potencjał do ich pochłaniania. Zatem państwa mogą wykorzystać swoje naturalne predyspozycje i silne strony, bez wymuszania na nich ściśle określonych działań.

José Inácio Faria, *Autor.* – Senhora Presidente, Senhor Comissário, caros Colegas, quero congratular esta Casa pela aprovação, ontem, da retificação do Acordo de Paris e dos esforços que o Sr. Comissário desenvolveu neste dossiê.

Como tem sido referido vezes sem conta, a União Europeia desempenhou um papel de liderança neste processo e é agora imperativo que se mantenha no grupo da frente, na definição e coordenação das medidas para a sua implementação eficaz, exigindo transparência e ambição. E é precisamente essa vontade que teremos que demonstrar no próximo mês, em Marraquexe, na COP 22.

Acredito que o acordo global de Paris representa condições mais equitativas a nível internacional para promover a luta contra as alterações climáticas. A definição de um quadro legal estável e ambicioso é neste momento essencial para mobilizar a sociedade civil e o setor privado para os investimentos em tecnologias inovadoras, que nos permitam uma sociedade mais sustentável. Haverá agora uma oportunidade de crescimento e de criação de emprego na economia verde e azul que não podemos desperdiçar. Na política climática europeia há setores industriais, algum deles sujeitos a *carbon leakage*, que poderão ser prejudicados se concentrarmos neles todo o esforço para a redução de emissões.

Senhor Comissário, não podemos dar-nos ao luxo de esquecer, nesse esforço que deve ser de todos, o setor dos transportes, o segundo setor mais importante no que respeita a emissões e aquele cujas emissões continuam em livre crescimento. Os transportes aéreo e marítimo ficaram de fora do Acordo de Paris. ICAO e IMO têm sido remissos e só apresentam progressos tíbios nesta matéria.

Gostaria de manifestar, Senhor Comissário, a minha profunda preocupação com o acordo que está em preparação no ICAO sobre esta matéria. Um acordo que se aplicará tardiamente, só a partir de 2020, que parte de um nível de referência de emissões de CO_2 muito elevado e que se antecipa de natureza meramente voluntária, sem impor uma efetiva redução de emissões num futuro próximo, não é, seguramente, o acordo que eu gostaria.

Entendo, também, que as medidas de neutralização de emissões que estão a ser negociadas são pouco claras e a sua qualidade e controlo muito duvidosos. Este acordo parece-me, caros Colegas, longe de cumprir os objetivos de Paris a que nos comprometemos.

Espero, Senhor Comissário, que este acordo não defina o tom e o nível de ambição para os restantes setores dos transportes, nomeadamente os transportes marítimos e que, a materializar-se nas condições que referi, não nos seja vendido como um sucesso.

Estefanía Torres Martínez, *autora.* – Señora Presidenta, hoy tenemos ante nosotros una nueva oportunidad para hacer realidad la necesaria transición hacia un modelo de vida más equitativo y sostenible. Pero no nos engañemos, porque el Acuerdo de París resulta totalmente insuficiente para lograr el objetivo a largo plazo que se marca: no superar los dos grados de aumento de la temperatura. Si no reducimos los niveles de contaminación, pronto el aumento anual de la temperatura superará los tres grados y medio.

Las personas más pobres del mundo, muchas agricultoras, pescadoras y pastoras, están siendo las más afectadas por las altas temperaturas. Es urgente que los Estados aborden esta cuestión en sus planes de acción climática. ¿Cómo? Pues, por ejemplo es llamativo que este acuerdo no mencione la agricultura industrial, uno de los principales responsables del cambio climático.

El hambre causa 40 000 muertes al día; sin embargo, el 60 % de los alimentos que producimos acaban desperdiciados. Dedicamos el 30 % de toda la superficie productiva a producir alimentos que acaban en la basura. Esto implica la producción de 3 300 millones de toneladas equivalentes de CO_2; es decir, el desperdicio alimentario es el tercer causante de los mayores productores mundiales de gases de efecto invernadero, solo por debajo de Estados Unidos y de China. De esto el acuerdo nada dice.

Debemos incidir en el derecho a la alimentación y promover una producción agroecológica con circuitos cortos: así daremos de comer al mundo de manera sostenible y equitativa y mitigaremos también el cambio climático.

Señorías, esta lucha no se soluciona con acuerdos de sumas y restas. El desafío es grande y en él los pequeños agricultores tienen que dejar de ser los más vulnerables para convertirse en los más valiosos de la historia. Para ello, tenemos que reorientar la inversión agrícola hacia las necesidades de estos pequeños agricultores. Como bien dice Latouche, «no se puede salvar el planeta y pretender salvar a la vez un *business* injusto e insostenible». Hay que escoger de qué lado estamos. Nosotros lo tenemos muy claro.

Claude Turmes, *auteur.* – Madame la Présidente, je ne vais pas répéter ce qu'ont dit mes collègues, M. Leine, M. Liese ou M. La Via. Le Parlement est très uni sur ce que nous voulons en général. Je voudrais plutôt revenir sur ce qui, pour moi, a été un succès à Paris, à savoir le fait que l'on soit passé du «problème climat» aux «solutions climat».

Monsieur le Commissaire, ma question est donc la suivante: comment allons-nous continuer à dynamiser le *Lima-Paris Action Plan*, qui va prendre maintenant une nouvelle forme? J'ai très peur que l'on perde cette dynamique, qui a été créée et dans laquelle la France et M[me] Royal ont mis beaucoup d'énergie. La Commission européenne est-elle prête à engager des fonds et l'expertise de ses fonctionnaires pour aider à vraiment porter cette initiative?

J'ai trois idées concrètes. Comme nous allons au Maroc, la première est l'initiative «Énergies pour l'Afrique». J'essaie de promouvoir cette idée avec M. Borloo et d'autres ici dans la maison. Nous avons accueilli favorablement la proposition que nous appelons «Juncker 2», à savoir un plan visant à une réduction des risques pour l'Afrique. Pourriez-vous préciser un peu mieux comment l'initiative de M. Borloo intitulée «Énergies pour l'Afrique» s'articule avec le fonds de garantie Juncker?

La deuxième est l'efficacité énergétique. L'Afrique, l'Égypte, l'Algérie, la Tunisie et le Maroc ont besoin d'améliorations sur le plan de l'efficacité énergétique. Nous sommes les champions mondiaux pour ce qui est de l'écoconception et des labels A, B, C et D. Aussi, que faisons-nous pour aider les pays du Maghreb?

La troisième chose, ce sont les renouvelables. Pour moi, l'Espagne, le Portugal et le Maroc pourraient être la première région au-delà des continents où l'on passerait à 100 % de renouvelables. Ne faudrait-il pas offrir aux pays africains la possibilité d'exporter des renouvelables vers l'Europe, et augmenter ainsi notre objectif de renouvelables de 1 % pour leur donner aussi un accès à notre marché en exportant des énergies renouvelables?

Eleonora Evi, *Autore.* – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'accordo di Parigi entrerà in vigore in concomitanza con l'avvio della COP22 e questo è certamente un buon segno. È necessario guardare al bicchiere mezzo pieno di questo strumento per tenere alta la speranza di poter ancora cambiare un processo che è molto più grande di noi, sperando di vedere almeno un rallentamento nel cambiamento climatico.

Ma nel bicchiere mezzo vuoto di tempo per i messaggi rassicuranti e le semplici speranze non c'è né. In questa parte del bicchiere, continua ad albergare una nebulosa politica fatta di impegni vincolanti, ma per i quali non ci sono sanzioni. In questa parte del bicchiere, risuona l'eco dello scarso impegno che i paesi industrializzati hanno mostrato nel finanziare il *Green Fund*. In questa parte del bicchiere, la somma degli impegni di riduzione, come dichiarati dalle singole parti contraenti, non è ancora sufficiente a contenere l'aumento di temperatura entro i due gradi, figurarsi a stare dentro un grado e mezzo, a fine secolo.

Nel bicchiere mezzo vuoto, manca ancora una seria volontà politica di affrontare il convitato di pietra, ovvero l'agricoltura e l'allevamento animale, in particolare, come ha citato la collega Torres Martínez, un problema tanto concreto quanto ignorato. Secondo un recentissimo rapporto dell'UNEP, la produzione alimentare è seconda solo dopo l'uso dei combustibili fossili in termini di responsabilità nelle emissioni. E attenzione, come ha ricordato la collega, ci si riferisce alla produzione alimentare fondata sullo spreco e alla distruzione delle risorse tipica delle economie avanzate, e non certamente all'agricoltura che dovrebbe sfamare chi patisce la fame.

Nel bicchiere mezzo pieno, invece, aleggia il rischio di un mercato di titoli di emissione internazionale. Un'ottima notizia per gli speculatori finanziari, ma molto meno buona per le sorti del pianeta. Una sciagura, quella dell'ETS, un ETS globale che potrebbe essere peggiorato solo dal continuare a sostenere anche il CCS come soluzione per decarbonizzare le produzioni, una pratica che descrive benissimo cosa vuol dire mettere la polvere sotto il tappeto.

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, after the consent you voted here yesterday, the Council has adopted its decision on the conclusion of the agreement. This Friday my colleague, Environment Minister Sólymos will deposit, together with Commissioner Arias Cañete, the EU ratification instrument to the United Nations in New York. Again, let me thank you for your cooperation, which allowed us to react immediately to the unprecedented international momentum, which was mentioned yesterday by the UN Secretary-General. The EU ratification will enable the entry into force of the Paris Agreement and make it possible that the first meeting of the parties to the Paris Agreement will be convened in November in Marrakesh.

And now specifically on Marrakesh. The outcome of the Paris Conference, including the Agreement, the COP decision and intended nationally determined budget contributions, needs to be implemented in all its elements. Marrakesh will be the first opportunity to start the work on the details of the Paris Agreement and to prepare for its implementation. The EU and its Member States are ready to engage in this work, which will include in particular the following elements:

Firstly, the development of common modalities for the transparency and accountability guidelines under the Paris Agreement. This work is critical. The enhanced transparency framework is the key element of the Paris Agreement, helping build mutual trust and underpinning effective implementation. The enhanced transparency process will help parties in preparing, communicating and accounting for successive nationally determined contributions. It will also be critical in providing robust data to support the global stocktake and for the assessment of progress towards the long-term goals of the Paris Agreement.

Secondly, the definition of modalities and inputs of the global stocktake (GST): The GST will provide the key political momentum and drive the parties' domestic and cooperative action. It should drive more ambitious action by parties in their successive efforts, and its outcome will in turn inform parties in updating and enhancing their actions and support, as well as international cooperation. The Paris Agreement already determines some of the key aspects of the GST design, but specification on its inputs and modalities must help deliver its purpose and fulfil its role in the ambitious cycle.

Thirdly, further action by all parties individually and collectively will be required to re-orient finance flows and make them consistent with a pathway towards low greenhouse gas emissions and climate-resilient development. The EU and its Member States are taking initiatives both domestically and internationally to support the shift of investments. We are contributing significantly to this transformation. In 2014, we provided EUR 14.5 billion and the 2015 figures will become available before Marrakesh. The EU and its Member States remain committed to scaling up the mobilisation of climate finance as part of the global effort to assist developing countries to implement their low carbon sustainable development and in particular their nationally determined contributions (NDCs). Domestic implementation, climate policies and measures to achieve intended NDCs and their full integration in national policies are of crucial importance.

Finally, I would like to briefly highlight at this point the ongoing legislative work on the implementation of the EU 2030 climate and energy framework, namely on the proposal to reform the ETS sector and the proposals on non-ETS. These measures will enable the target to reduce EU greenhouse gases emissions domestically by at least 40 % in 2030 compared to 1990 emissons to be achieved.

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission*. – Madam President, first I would like to thank the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety (ENVI), and indeed the whole Parliament, for their strong support to ratify quickly the Paris Agreement on behalf of the European Union.

Yesterday's plenary vote in this very Chamber was a historic moment and a further demonstration of European resolve and determination to combat climate change. We can celebrate today the triggering of the entry into force of the Paris Agreement. In view of the COP22, the European Union has a number of key priorities for advancing the Paris Agreement, as mentioned by the Parliament in its oral question and the debate today.

We need to be able to show clear progress on the implementation of all elements of the Paris outcome. In particular, we must show that countries are putting in place ambitious climate policies and that they are getting ready to implement the nationally determined contributions under the Paris Agreement. Within the European Union, the recent decision to channel 40% of the European Fund for Strategic Investments towards climate-relevant projects in the infrastructure and innovation window shows how we are aligning our instruments to deliver the Paris commitments. We must also mobilise support for the implementation of the nationally determined contributions. The Commission, through its international development and cooperation action, is already pressing on the ground in the most affected countries and supports national governments in their efforts on mitigation and adaptation.

The European Union's new external investment plan is designed to leverage strategic investments in our partner countries, not only to support climate action but also to facilitate the delivery of the sustainable development goals. The global climate action agenda will also play a vital role in helping governments, business and other stakeholders to be inspired by the action around the world. When it comes to the negotiating agenda, Marrakesh needs to make tangible progress on developing the detailed rule book of the Paris Agreement, including the five-yearly global stocktakes. We will need to assess where we are, what more needs to be done, and what the opportunities are for future action. At the European Union level, our proposals on the 2030 legislative framework make clear provision for a review from 2024 onwards in order to take account of the results of the global stocktake under the Paris Agreement and evolving national circumstances.

The 2018 Facilitative Dialogue will be a key political moment in the international climate negotiations. We will take stock of the collective efforts of the parties in progress towards the long-term emission reduction goal of the Paris Agreement. The dialogue will follow the special report to be published by the Intergovernmental Panel on Climate Change on emissions pathways compatible with limiting global temperature increase to 1.5 degrees centigrade. The Commission supports the active participation of the European Union in shaping the dialogue as the first important opportunity to take stock of the collective efforts of the parties.

Progress on climate finance is also critical. The European Union is working with other developed country parties to deliver in Marrakesh a concrete roadmap to mobilise the USD 100 billion annually by 2020 for mitigation and adaptation. The roadmap should provide greater transparency and bring stability to the collective efforts of developed countries. The European Union remains committed to supporting partner countries in their efforts on climate action and remains the biggest donor region, our highest level ever in 2015.

Finally, it is crucial that prior to Marrakesh we recall the need to make progress, as many Members have pointed out, in other international fora. As you know, the ICAO Assembly is taking place right now in Montreal with a view to agreeing a global market-based mechanism in order to achieve the stabilisation of aviation emissions at 2020 levels. Later this month, I will also be present in Kigali with the aim of reaching an ambitious agreement on the global phase-down of HFCs under the Montreal Protocol.

We have achieved remarkable progress this year on global climate action. Less than 12 months ago, we adopted the Paris Agreement and its entry into force was triggered yesterday, but we still have much work to do to implement our commitments on the ground. I count on your continued support both here and in Marrakesh, so that together we can make COP22 a real success.

Seán Kelly, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, it was a great pleasure for me to attend in Paris last year, especially as it ended in success with the historic COP21 Agreement. I think the European Union played a huge part in laying the foundations for it and in showing leadership, particularly under Commissioner Cañete, in that. It was great yesterday to see the ratification process being signed here by our President, Mr Schulz, in the presence of Ban Ki-moon, Secretary-General of the United Nations.

We can look forward with confidence to Marrakesh in November. I think that Marrakesh can be seen as the COP22 of action. At long last, we are in the position to actually transfer agreements, commitments into action. The European Union will play a very important part, and in this we need to show especially diplomatic leadership, because we can do all we like here in the European Union, we could have targets to reduce carbon emissions to zero, but unless the world does the same, it is not going to have an impact. We can help, especially in ensuring all countries fulfil their commitments. We can also help in making the technology that we will utilise in relation to renewable energies, energy efficiencies, ETS, you name it, available to third countries.

I think we can look forward with optimism, but also we have to be conscious of the fact that we have three targets here in Europe. Firstly, to meet our targets in relation to climate change; secondly, to reindustrialise Europe – we had a motion for a resolution on that today – and thirdly, to maintain our competitiveness. We will not have to worry that much about carbon leakage if there is a global agreement, because that will establish a global level playing field, and I think it will make everybody happy that this can be done by increasing jobs and growth and at the same time saving the climate for future generations.

Jytte Guteland, *för S&D-gruppen*. – Fru talman! Så sent som igår satt vi alla i den här kammaren och jublade över att vi äntligen har ratificerat det internationella Parisavtalet. Jag är glad över att vi lyckades med det och att det är på plats inför den kommande klimatkonferensen i Marrakech. Men vi ska inte klappa oss på axeln alltför mycket, utan vi ska också förstå och inse att det här är början.

Det är nu EU och resten av världen måste kavla upp ärmarna. Det är nu vi måste visa att vi är kapabla och beredda att faktiskt arbeta för de lösningar som krävs om vi ska nå målet att begränsa den globala uppvärmningen till maximalt 2 grader och helst mot 1,5 grader. Det krävs mer än vackra ord för att genomföra detta; nu behövs det konkret politik. Om vi ska visa allvaret med att klimatomställningen inte är ett hinder utan en hävstång för ett hållbart samhälle och en mer resurseffektiv grön ekonomi är det självklart att EU måste leda den utvecklingen.

EU kommer, som alla regioner i världen, att behöva göra mycket mer om vi ska nå Parisavtalets mål. Ett av de viktigaste verktygen är ETS, som vi har till vårt förfogande. Jag själv och kollegor här i parlamentet förhandlar just nu ETS. Vi måste se till att minska klimatutsläppen mer och snabbare än i dagsläget, men vi måste också skapa rätt incitament för industrin så att de vågar genomföra klimatsmarta investeringar.

Jag vill också understryka att klimatomställningen måste omfatta hela samhället. Det är inte okej att vissa branscher åker snålskjuts på andra, utan att bidra till klimatomställningen. Alla som kan ska dra sitt strå till stacken. På samma sätt måste vi också se till att omställningen är solidarisk och undviker negativa sociala effekter. Grupper och regioner med särskilda utmaningar får inte hamna på efterkälken utan måste få ett särskilt stöd i omställningen.

Președinte: ADINA-IOANA VĂLEAN

Vicepreședintă

Merja Kyllönen, *GUE/NGL-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, ilmastosopimus toteutuu. Hienoa! Kääritään hihat ja ryhdytään töihin. Sopimus ei ole täydellinen, mutta meidän on hoidettava tonttimme.

Kaipaamme kipeästi rahoituksen uudelleensuuntaamista ympäristöllisesti ja sosiaalisesti kestävämmälle pohjalle. Me tuemme miljardeilla fossiilitaloutta, ja voisimme suuntaamalla uudelleen edes osan näistä tuista, vahvistaa energiatehokkuutta ja edistää uusiutuvien energioiden tutkimusta, kehitystä ja käyttöä myös työllisyyttä edistävällä pk-sektorilla.

On toimittava, jotta tukieurot ja julkinen raha suunnataan toimiin, päästöjen vähentämiseksi, puhutaan sitten ETS-kompensaatiosta, yleisestä maatalouspolitiikasta tai EU:n energia- ja liikennepolitiikasta. Muutoin sopimuksemme jää pelkäksi tyhjäksi kirjaimeksi. Jokainen edustaja voi tehdä toimia oman hallituksensa puoleen, jotta ICAOssa ja IMOssa todella jotain tapahtuu.

Julia Reid, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, the small increase in temperature we have seen over the past 100 years is entirely consistent with the natural long-term cyclical changes we have seen for at least 10 000 years and there has been no significant increase in warming since 1995. That the entire text of the motion for a resolution is based on the false assumption that climate change due to AGW is occurring.

We in UKIP deny the climate change alarmism supported by green lobbies, often financed by the Commission, who both are responsible for our current damaging and counter-productive energy policies. To date, hundreds of energy-intensive industries, along with thousands of jobs, have left the EU and moved to the Third World. Despite this, the Commission continues to impose never ending unrealistic objectives for emissions reductions. Sadly such policies, which are forcing investment of vast sums of money will have little or no effect on climate.

On leaving the EU, Britain will be free to formulate its own energy policy whereby our poorest citizens will not be forced to choose between heating and eating.

Gilles Lebreton, *au nom du groupe ENF.* – Madame la Présidente, il est urgent de lutter contre le réchauffement climatique. Si rien n'est fait, l'Afrique ne pourra subvenir qu'à 13 % de ses besoins alimentaires d'ici 2050. Cela provoquera une invasion migratoire bien supérieure à celle que nous connaissons.

La COP22 de Marrakech va connaître un succès apparent. 62 pays représentant 51 % des émissions mondiales de gaz à effet de serre ont, en effet, déjà ratifié l'accord signé à Paris en 2015 dans le cadre de la COP21.

Mais l'Union européenne va pourtant s'engager dans un marché de dupes. Elle accepte, en effet, de réduire de 40 % ses émissions nocives, quand les États-Unis se contentent de 28 % et quand la Chine n'accepte d'envisager une réduction qu'après 2030.

Je dénonce donc l'irresponsabilité de l'Union, qui va accélérer la désindustrialisation de l'Europe, en se soumettant unilatéralement à des contraintes qui ne pèseront pas sur ses principaux concurrents économiques.

Pilar Ayuso (PPE). – Señora Presidenta, yo, en primer lugar, quiero felicitar al señor Comisario Arias Cañete y a su equipo por los esfuerzos desplegados durante estos años, que se han visto recompensados con este gran éxito que marca un hito en su mandato. Ayer, esta Cámara aprobó por amplia mayoría la ratificación del acuerdo al que se llegó en París a finales de 2015. Supone la culminación del liderazgo que ha mantenido la Unión Europea en las sucesivas conferencias de las partes y tenemos que felicitarnos por ello.

La Unión Europea se comprometió a reducir sus emisiones en un 20 % para 2020 respecto a 1999 y en un 40 % en 2030. El primer objetivo va camino de cumplirse y no tengo duda de que también alcanzaremos la meta que nos hemos propuesto para 2030.

Durante muchos años, hemos insistido en la necesidad de alcanzar un acuerdo internacional, de manera que los países responsables de las emisiones contribuyan todos a la lucha contra el cambio climático en condiciones que sean al menos comparables. No todos los países son igualmente responsables, ni tienen los mismos retos sociales, ambientales, energéticos e industriales. Por ello, es lógico que haya mecanismos de solidaridad para financiar inversiones, investigación y desarrollo.

Al mismo tiempo, sería necesario un mecanismo para hacer el seguimiento de los compromisos que los países van asumiendo y para poder ejercer cierta presión si los esfuerzos no son suficientes. El Acuerdo deberá tener consecuencias positivas para reindustrializar la Unión Europea. También creo que permitirá una rápida progresión de las energías renovables y la eficiencia energética en terceros países.

Es importante agilizar otras negociaciones en el ámbito internacional para que, en Marrakech, haya nuevos avances que desarrollen el Acuerdo de París en lo relativo a la transparencia, el control de las emisiones, los calendarios y el cumplimiento.

Gilles Pargneaux (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, Monsieur le Ministre; Monsieur le Commissaire, en tant que rapporteur pour le Parlement européen, l'an dernier, dans la résolution que nous avons adoptée à l'occasion de cette COP21, je voudrais saluer votre travail, le travail que vous avez accompli et que nous avons accompli avec vous, l'an dernier, à Paris pour trouver cet accord historique. Puis, je voudrais saluer aussi le travail que vous avez effectué depuis dix mois pour permettre la ratification de cet accord, que nous avons officialisé hier, en séance plénière.

En même temps, Monsieur le Commissaire, il va falloir continuer et, ensemble, à Marrakech, nous allons aborder, je crois, un certain nombre de points qui me semblent essentiels.

Tout d'abord, la création de financements innovants pour lutter contre les changements climatiques, avec, par exemple, la fixation d'un prix plancher pour la tonne de carbone ou la réforme du système européen d'échange de quotas carbone, mais aussi l'instauration d'une véritable économie circulaire et la dynamisation des énergies renouvelables ou encore la suppression des subventions allouées au secteur des énergies fossiles – qui mènera, à terme, à l'abandon des combustions fossiles – et, enfin, aussi l'intensification des efforts de réduction des émissions de gaz à effet de serre produites dans les secteurs du transport et de l'agriculture.

Enfin, il faut, comme le dit Claude Turmes, aborder notre coopération en matière d'énergie renouvelable vis-à-vis de l'Afrique et l'ensemble de ce que nous devons faire vis-à-vis de cette Afrique. Nous travaillons avec Jean-Louis Borloo, mais je pense que c'est aussi un sujet que nous devons aborder ensemble.

Oui, Marrakech doit être la COP de l'action.

Roger Helmer (EFDD). – Madam President, I love to drive fast cars, and I just wish we had optional speed limits. But it seems we can have optional emissions limits under the Paris climate deal. We are told again and again that it is legally binding, but in fact it is no such thing.

There are no sanctions available, we are all terribly concerned about getting it ratified. But there is precious little hope that it will ever be implemented. If it were implemented, the EU only accounts for about 10% of global emissions, so we shall have no effect at all, while India and China continue to build coal-fired power stations. So what will we achieve?

I will tell you what we will achieve: we will set in stone the competitive disadvantage in energy prices which we have chosen to impose upon ourselves. We will accelerate Europe's relative decline, we will leave our children and grandchildren poorer. The only good news is that after Brexit the UK will be in a position to review the Paris deal. I very much hope we have the common sense to repudiate it.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospođo predsjednice, ne vjerujem da ćemo doći u priliku da revidiramo Pariški sporazum kad smo ga tek jučer u Parlamentu ratificirali i to s velikom većinom. To je zaista bio povijesni događaj i EU je pokazala da je u stanju biti lider, biti u vodstvu kad se radi o borbi protiv klimatskih promjena.

(Govor je prekinut zbog problema s prijevodom i potom nastavljen.)

Sada je na državama članicama da ga ratificiraju u svojim parlamentima – nadam se da će to učiniti na najbrži mogući način, ali na njima je i da pokažu svoje akcijske planove u borbi protiv klimatskih promjena. Kao što smo čuli od g. Cañetea, postoje programi i vanjski programi Europske komisije za odnose s drugim zemljama i ulaganja u druge zemlje, a isto tako i za odnose s našim partnerima. Nije dovoljno da samo EU ispunjava svoje zadaće. Pariški sporazum tada nema smisla. Stoga je velika vijest da su SAD, Kina, Indija i druge velike sile već ratificirale Pariški sporazum i da on neće ostati mrtvo slovo na papiru.

Od Marakeša se puno očekuje: očekuje se implementacija ovog Pariškog sporazuma, ali i veća podrška izaslanstvu Europskog parlamenta u Marakešu kako bi ono moglo sudjelovati u donošenju svih potrebnih pravilnika. U svakom slučaju ostajemo vjerni ciljevima koje smo zacrtali do 2030., odnosno smanjenju zatopljenja za 2°C i emisija stakleničkih plinova do 40 %. Očekujemo 2018. kao vrlo važnu godinu kada ćemo moći provjeriti sve ovo o čemu govorimo i voditi dijalog. Vjerujem da će to biti vrlo važna godina, ali vjerujem i da će mandat g. Cañetea biti obilježen brzom ratifikacijom i da možemo biti zadovoljni onim što je dosad učinjeno. U svakom slučaju očekujemo implementaciju i provedbu svega onoga što je zapisano u Pariškom sporazumu.

Simona Bonafè (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, questa discussione avviene all'indomani dell'approvazione a larghissima maggioranza, purtroppo non all'unanimità come avremmo voluto vedere, della ratifica europea degli accordi di Parigi sulla lotta cambiamenti climatici. Si è trattato di un momento storico – l'hanno già detto molti – per le azioni per il clima, di cui non possiamo non cogliere però anche il valore simbolico. Mentre nella nostra Unione molti credono di fronteggiare sfide epocali chiudendosi nei propri confini, l'accordo di Parigi dimostra invece che le sfide globali si possono e si devono affrontare con risposte globali e che l'Europa può essere protagonista.

A novembre ci troveremo a Marrakech per la ventiduesima COP e con altri colleghi saremo lì a portare avanti il contributo di idee che sono state evidenziate nella risoluzione del Parlamento. Non torno sui punti già trattati, voglio solo sottolineare un aspetto: per rendere possibile la transizione a una società *low carbon* non basta una semplice politica di riduzione delle emissioni in atmosfera se non favoriamo e sosteniamo contestualmente un cambio di paradigma del nostro modello di sviluppo, cioè se non passiamo, come più volte ci siamo detti e come abbiamo veramente l'opportunità di fare, a un modello di economia circolare, che significa uso efficiente delle risorse, investimenti in efficienza energetica ed energie rinnovabili, che soli possono tenere insieme sostenibilità e crescita e farci rispettare gli accordi Parigi.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, καταρχήν θα ήθελα πραγματικά να αποδώσω δίκαιο έπαινο και όλοι μας να αποδώσουμε αυτά τα συγχαρητήρια στον αγαπητό μας συνάδελφο τον Giovanni La Via και στον Επίτροπο, κύριο Cañete για την εξαιρετική προσπάθεια και σκληρή δουλειά για να μπορέσει να φτάσει το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και Ευρωπαϊκή Ένωση να ακυρώσει τη συμφωνία των Παρισίων. Μια σημαντική, ιστορικής σημασίας που ανέδειξε τον ρόλο της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Απέδειξε για μια ακόμη φορά ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση παραμένει ισχυρή και η ηγέτιδα δύναμη που μπορεί να γέρνει την πλάστιγγα υπέρ της ανθρωπότητας, υπέρ της πιο κοινωνικής Ευρώπης, υπέρ των Ευρωπαίων πολιτών, υπέρ των μελλοντικών γενεών.

Είναι γι' αυτό που εμείς λέμε ότι αυτή η συμφωνία αποτελεί ορόσημο και εμείς οφείλουμε αυτή τη στιγμή να την υλοποιήσουμε και η πράξη της υλοποίησης είναι εκεί που θα κρίνει και την Ευρωπαϊκή Επιτροπή και εμάς στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο. Θεωρώ ότι για να μπορέσει να υλοποιηθεί και να αποδώσει αυτή συμφωνία πρέπει να δοθούν κίνητρα στους δύο βασικούς πυλώνες που εμείς ως Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο ορίσαμε: την εξοικονόμηση ενέργειας και τις ανανεώσιμες πηγές ενέργειας που είναι οι βασικές προϋποθέσεις για την ευρωπαϊκή ενεργειακή ένωση και επειδή άκουσα προηγουμένως ότι πρέπει να δώσουμε κίνητρα σε τρίτες χώρες στην Αφρική, εγώ λέω ότι στην ίδια τη Μεσόγειο, αφού η Μεσόγειος έχει το συγκριτικό πλεονέκτημα της ηλιοφάνειας. Η δική μου η πατρίδα, η Κύπρος, έχει πέραν των 300 ημερών ηλιοφάνεια, και μπορεί κάλλιστα να αναπτύξει ανανεώσιμες πηγές ενέργειας, εάν πραγματικά έχει τη στήριξη των προγραμμάτων της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Εμείς οι ίδιοι μπορούμε να το πράξουμε και δεν βλέπω το λόγο γιατί να κοιτάμε οπουδήποτε αλλού.

Το άλλο σημαντικό που ήθελα να τονίσω είναι ότι πρέπει να υπάρξει κινητοποίηση και των ίδιων των πολιτών της κοινωνίας των πολιτών, για αειφόρο ανάπτυξη, για βιώσιμη ανάπτυξη, αλλά και η καταπολέμηση της ενεργειακής φτώχειας. Εξυπηρετώντας και υλοποιώντας αυτούς τους στόχους, σίγουρα καταπολεμούμε και την ενεργειακή ένδεια, σίγουρα θα αποβούν και προς όφελος των καταναλωτών και τελειώνοντας, αυτή η προσπάθεια δεν μπορεί να χρηματοδοτηθεί από άλλες πηγές εκτός από τη βασική αρχή όλων μας που είναι «ο ρυπαίνων πληρώνει» και δεν νομίζω να σχετίζεται ο φόρος χρηματοπιστωτικών συναλλαγών με την χρηματοδότηση της οποιασδήποτε προσπάθειας να αποτρέψουμε την κλιματική αλλαγή.

Miriam Dalli (S&D). – Chair, Sur Kummissarju, fil-fatt huwa ta' sodisfazzjon għalija li nkun qiegħda nindirizza proprju din il-plenarja hawnhekk illejla għaliex proprju llejla Malta għadha kif irratifikat il-Ftehim ta' Parigi u nafu li r-rattifika tal-Ftehim ta' Parigi mill-Unjoni Ewropea hija suċċess. Għedniha kemm-il darba u dan grazzi wkoll għall-Kummissarju Miguel Arias Cañete li qiegħed hawnhekk magħna għad-determinazzjoni li wrejt anki fin-negozjati li f'ħafna ħinijiet ma kinux faċli.

Imma llejla nixtieq inħares ukoll mil-lenti ta' ċittadina Maltija, gżira żgħira f'nofs il-Mediterran, reġjun li huwa meqjus bħala wieħed mill-aktar esposti għat-tibdil tal-klima. Iċ-ċittadini tagħna, dan it-tibdil, diġà qegħdin jesperjenzawh fil-ħajja tagħhom ta' kuljum. Jikkonfermaw dan studji li jindikaw li fost l-oħrajn ix-xita tista' tonqos b'aktar minn nofs sas-sena 2100 u li l-livell tal-Baħar Mediterranju jista' jkompli jogħla. Għalhekk, iva, hemm bżonn urġenti li jkollna miżuri konkreti u immedjati li jimplimentaw dak li ġie miftiehem f'Parigi. Għaliex jekk mhux se naġixxu malajr, kwistjonijiet ta' stabilità u sigurtà fil-Mediterran se jsiru aktar inkwetanti u aktar immedjati.

Għalhekk il-Konferenza ta' Marakexx qed tiġi fi żmien meta nistgħu nbiddlu l-affarijiet u proprju f'reġjun li tant jeħtieġ din il-bidla. Għandna din l-opportunità f'idejna u rridu naċċertaw ruħna li nkomplu nibnu fuq il-momentum li diġà jeżisti.

Catch-the-eye procedure

Csaba Sógor (PPE). – Madam President, in expressing commitment to a carbon-free future, the signature of the COP21 Agreement represents a remarkable global achievement. What we have to do now is to translate this commitment into action; to implement what has been included in the agreement, but also to go beyond what has already been agreed.

One such area would be carbon pricing, an issue rather left out of the Paris Agreement, but which could bear crucial importance in emissions reduction. As opposed to emissions trading schemes – which in the past have often proved less effective because of the inflation in the tradable permits handed out – carbon taxes would represent a more effective way to reduce emissions: they would transform the cost of pollution from a negative externality into actual costs, favouring a change in polluting behaviour. Additionally, revenues from such costs could, in the end, be used for the financing of new renewable energy infrastructures, thus starting a new virtuous cycle.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, i negoziati di Marrakech devono proseguire sulla scia degli elementi chiave dell'accordo di Parigi, in particolare per quanto riguarda il rafforzamento del quadro per la trasparenza delle azioni di mitigazione del riscaldamento climatico, la definizione delle revisioni 2018 degli impegni nazionali, la creazione dei meccanismi per affrontare le perdite e i danni causati dal clima e la promozione della conformità alle norme dell'accordo sul clima.

Sottolineo la necessità di avviare le discussioni sulla forma che assumerà il dialogo di facilitazione del 2018, che dovrà permettere di colmare il divario esistente in materia di mitigazione. L'Unione europea deve svolgere un ruolo proattivo in questo primo dialogo di facilitazione per fare il punto del livello di ambizione collettiva e dei progressi nell'attuazione degli impegni assunti.

Auspicabile, infine, sarebbe che la Commissione e gli Stati membri presentassero, prima del dialogo di facilitazione, ambiziosi piani energetici e climatici a livello nazionale, relativamente all'attuazione degli impegni assunti a norma dell'accordo di Parigi.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, έχω τονίσει και παλαιότερα ότι, παρά τις θριαμβολογίες Ευρωπαϊκής Ένωσης και Γαλλίας, η περσινή απόφαση της COP21 στο Παρίσι δεν δημιούργησε σαφές πλαίσιο αντιμετώπισης των καταστροφικών συνεπειών του φαινομένου της κλιματικής αλλαγής κι αυτό διότι δεν έθιξε δύο μείζονα προβλήματα τα οποία θα κληθούμε να αντιμετωπίσουμε στο μέλλον. Πρώτο μείζον πρόβλημα είναι αυτό του παραγωγικού μοντέλου που επί της ουσίας δεν αλλάζει. Τα μεγάλα βιομηχανικά κράτη και οι εταιρείες τους καταφέρνουν τελικά να πλουτίζουν στο όνομα της δήθεν οικολογίας και συνεχίζουν να υπηρετούν το ίδιο μοντέλο ανάπτυξης. Δεύτερον μείζον θέμα είναι αυτό της κλιματικής μετανάστευσης.

Πρόκειται για τεράστια πολιτική αδυναμία της συμφωνίας του Παρισιού η έλλειψη οποιασδήποτε αναφοράς στο καθεστώς του κλιματικού πρόσφυγα ή μετανάστη. Μόνο για την περίοδο 2008-2013, ο αριθμός τους υπολογίζεται σε 166 εκατομμύρια. Επιπλέον, οι έρευνες που έχουν γίνει δείχνουν ότι μόνο όταν μια φυσική καταστροφή βρίσκει απροετοίμαστη μια ομάδα ανθρώπων, αυτοί μεταναστεύουν. Ήρθε λοιπόν η ώρα για τα βιομηχανικά κράτη της COP22 να αναλάβουν χωρίς περιστροφές τις ευθύνες τους και να δημιουργήσουν πραγματικούς μηχανισμούς πρόληψης των προβλημάτων διότι ξέρουμε πώς πρέπει να τα αντιμετωπίσουμε.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señora Presidenta, cuando se hace referencia al cambio climático hablamos como si fuera una cosa a evitar en el futuro. Les daré un dato, un hecho, muy del presente: en una isla de Alaska han tenido recientemente que votar en referéndum si migrar al continente porque su isla estaba siendo literalmente inundada por la subida del nivel del mar. Este es solo uno de los ejemplos más de las poblaciones de refugiadas climáticas en todo el mundo.

Ayer, el presidente del Grupo Popular en esta misma Cámara decía que sí, que el clima es muy importante, pero fue su Grupo quien presentó enmiendas a la opinión del Parlamento para limitar las medidas en función de la competitividad económica.

La Comisión Europea, señor Arias Cañete, también está muy concienciada, al parecer; pero el Fondo Europeo de Inversiones ha dedicado 1 500 millones de euros a infraestructuras de combustibles fósiles, cuando, según el grupo de científicos internacional IPCC, en 2050 el sector eléctrico no tendría que producir ni un solo gramo de CO_2 más.

Karin Kadenbach (S&D). – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kommissar! Mit großen Worten wie „historischer Tag" oder „das Wunder geht weiter" ist die Ratifizierung des Klimavertrags gefeiert worden. Und ich glaube, das Wunder ist wirklich weitergegangen. Wir haben uns letztes Jahr, als der Vertrag in Paris zustande gekommen war, schon sehr gefreut. Wir freuen uns nun, dass er vor der COP 22 in Marrakesch wirklich auch in Kraft tritt. Es ist daher ganz besonders verwunderlich, dass es auch in diesem Haus immer noch Leute gegeben hat, die offenbar den Klimawandel leugnen, die auch gestern gegen die Ratifizierung gestimmt haben.

Wir haben heute viele Beispiele bekommen, dass wir in Zukunft Solidarität brauchen, um diesen Klimavertrag jetzt auch wirklich mit Leben zu erfüllen. Wir haben in diesem Parlament in den nächsten Wochen und Monaten sehr viele Chancen zu beweisen, dass wir es mit diesem Bekenntnis ernst meinen – egal ob es um die Verhandlungen zum Emissionshandelssystem geht, egal ob es um eine Kreislaufwirtschaft geht. Das sind alles Beweise, wo wir zeigen können: Wir meinen es ernst, wir wollen eine CO_2-freie Zukunft.

Ich fordere alle hier im Haus auf, dass wir auch in Zukunft genau bei diesen Fragen 610 Abgeordnete haben, die sagen: Ja, wir wollen eine CO_2-freie Zukunft haben!

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, não embandeiramos em arco no coro de festiva propaganda em torno do Acordo de Paris. São várias as fragilidades deste acordo e a necessidade indiscutível de um instrumento global e vinculativo de redução das emissões de gases de efeito estufa não faz com que valha tudo. E não nos referimos apenas à ausência de objetivos concretos e de compromissos de redução que consubstanciem os objetivos anunciados de contenção da elevação da temperatura, questão relevante, já aqui referida.

Para além das metas temos de cuidar dos meios para alcançar estas metas e deploramos, por isso, a insistência em mecanismos de mercado que já demonstraram a sua ineficácia e perversidade: seja o mercado do carbono, o comércio de licenças para poluir, que estão ao preço da chuva, como bem sabemos, sejam os instrumentos de flexibilidade que vêm de Quioto, igualmente perversos e injustos.

Continua a haver aqui mais intenção de negócio do que preocupação genuína com o estado da nossa Casa comum. Mas há alternativas. Por elas nos temos batido e continuaremos a bater.

(End of catch-the-eye procedure)

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission.* – Madam President, I would like to thank all the Members who have participated in this debate for their close interest in the preparations for the COP22 Conference in Marrakesh. Success in Marrakesh means demonstrating that implementation of Paris is moving full steam ahead globally on all the elements of the Paris Package. The agenda for Marrakesh is very rich; unlike in Paris, where there was only one big deliverable, we have a variety of outcomes and the challenge will be to weave them together to tell a convincing story. For us, this story has to be one of real step-change after Paris, the world moving full steam ahead in the implementation of Paris. Marrakesh has to demonstrate that commitments are being implemented all over the world and enable more immediate action.

We can see two very broad areas. First, formal deliverables under the negotiating process. In particular, we have important conclusions to reach on loss and damage, with the review of the Warsaw International Mechanism, which is fundamental for islands, and on capacity building. And, of course, we need to make progress in building the Paris Framework. The second broad area is enhancing action and transparency before 2020, because it is essential that we clearly demonstrate that countries are swiftly putting in place ambitious climate policies, that they are gearing up to implement their NDCs and integrate their NDCs into national development planning in full coherence with SDGs? And we have an opportunity for progress on climate finance with a ministerial event which I hope can be pragmatic and action-oriented.

We will continue the multilateral process for monitoring, reporting and verification, because this raises the profile of all countries' efforts and is a valuable experience for the future. I would also like to see a politically visible high level event on global climate action agenda that will inspire future action.

It is very clear that there is much work still to do. However, as we look to implementing our commitments on the ground and progression in all areas on the Paris Agreement. We in the European Union, already between this year and next year, will deliver all the needed legislation to implement our Paris commitments. We already have the emission trading system, and therefore certain decisions, and we will come forward in December with an ambitious package for electricity market design, energy efficiency directives and energy performance of buildings and a renewables directive, and at the beginning of the year we will come with CO_2 standards for cars and light vans.

The European Union not only has ambitious targets, it is enforcing all the policies and is already working with Parliament to deliver our commitments. We are doing our homework and we must help other countries to build capacity to deliver their homework, because for us it is easier, but for developing countries we have to build capacity for everything, for implementing the policies to be able to have monitoring systems, and that is why the Capacity Building Mechanism will be fundamental in Paris.

I count on the support of this Parliament and I can assure you of my intention as always to keep Members of the European Parliament very closely informed of developments in the negotiations. These negotiations will be different to the one in Paris but the European Union, with a high ambition coalition, will work steadily so that we make real progress in COP22 in Marrakesh.

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council.* – Madam President, I am glad that, after yesterday's successful completion of ratification of the Paris agreement on behalf of the European Union, today's debate was already focused on its implementation.

Secondly, I would like to say how much we appreciate your support, honourable Members, in outreach efforts to our international partners. This is very much appreciated.

Lastly, the Council is of course committed to working together in the run-up to the Marrakesh conference in order to achieve the best possible results.

President. – I have received one motion for a resolution tabled in accordance with Rule 123(2) of the Rules of Procedure.

Ivo Belet (PPE), *schriftelijk*. – Met de historisch snelle goedkeuring van het akkoord van Parijs toont de EU dat het haar menens is met de strijd tegen de klimaatverandering. Het is meteen een prima aanzet om ook intern de zaken op orde te brengen en het EU leiderschap inzake klimaat- en energietransitie waar te maken. Zo'n engagement creëert grote economische mogelijkheden waar alle sectoren, burgers, bedrijven en overheden baat bij hebben. Dit vergt van alle actoren een stevige inspanning, maar biedt unieke opportuniteiten. We moeten dit uiteraard doen met de nodige omzichtigheid, zodat we onze bedrijven niet uit de EU duwen, maar een kader creëren dat duurzame investeringen aanmoedigt en aantrekt.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Благодарение на ратифицирането от ЕС, вече няма никакви пречки пред влизането в сила на Парижкото споразумение навреме за Конференцията за климатичните промени КОП 22 в Маракеш от 7 до 18 ноември 2016 г. Споразумението отбелязва наистина исторически пробив в международните преговори по климата, защото за първи път всички 195 страни приеха правнообвързващата цел за намаляване на емисиите до ниво, което ще поддържа глобалното затопляне под 2°C.

ЕС е лидер в политиките по климата и най-големият финансов донор глобално, но ние не можем сами да се справим с този глобален проблем. Ако само ЕС се ангажира с изпълнението на определени ангажименти, от това ще пострада нашата конкурентоспособност и индустрия. Важно е също така амбициозните цели за намаляване на въглеродните емисии да не доведат до повишаване на зависимостта ни от внос на енергийни източници.

Важно е сега да се премине към изпълнението на колективните глобални ангажименти, за да се ускори преходът към нисковъглеродна и устойчива на изменението на климата глобална икономика. Ранната ратификация ще позволи на ЕС да участва пълноправно в първата среща на страните по споразумението в Маракеш, на която ще бъдат заложени параметрите по изпълнение на поетите ангажименти.

Carolina Punset (ALDE), *por escrito*. – Por fin, la Unión ha ratificado el Acuerdo de Paris, posiblemente, el más importante acuerdo internacional para salvar la casa común de la humanidad. El cambio climático ya es indiscutible y parecen lejanas las declaraciones negacionistas de muchos políticos conservadores de hace tan sólo dos legislaturas. La mayoría de países firmantes ya han entregado en la sede de la ONU sus contribuciones a la reducción de emisiones, pero los cálculos dicen que no se alcanzará el objetivo de reducir el calentamiento climático a 2 , que hace falta mayor esfuerzo. Es hora de pasar de la foto a la acción y acelerar la transición energética. La Unión llena miles de folios con declaraciones de buenas intenciones, mientras algunos Estados miembros baten records de quema de carbón, como España y siembran de inseguridad jurídica la inversión en energías limpias. Por su magnitud y urgencia, deben eliminarse las tecnologías contaminantes en la generación de energía. La Conferencia de las Naciones Unidas sobre el cambio Climático de 2016 en Marraquech es una oportunidad para que la Unión recupere el liderazgo en la lucha contra el calentamiento global, si se acompaña de acciones alineadas con los objetivos climáticos, que hasta ahora no se ven.

20. Interinstitutionelle Vereinbarung über ein Transparenzregister (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Commission statement on the Inter-Institutional Agreement on Transparency Register (2016/2820(RSP)).

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Madam President, thank you for allowing me to present our proposal for an Interinstitutional Agreement on a mandatory Transparency Register. The Register is the key instrument to shed light on lobbying activities.

The current Register was jointly set up by Parliament and the Commission in 2011. Today it includes slightly over 10 000 organisations and self-employed individuals. It has even surpassed the register they operate in the United States in terms of the number of people and organisations who have registered. All registrants have agreed to adopt a common Code of Conduct, based on a set of ethical rules and principles, governing interactions with EU political leaders and officials.

The current Register remains, however, a voluntary system. If we want to fully meet citizens' expectations for openness and accountability, we need to go further, and the three law-making institutions must act together to make sure that the rules of the Register are respected by all lobbyists so that everybody can see who tries to influence the EU law-making process and who they represent.

You will see that our proposal has taken on board ideas put forward by you, by the Council and by the European Ombudsman. The public consultation we organised led to more than 1 700 replies, the majority of which came from individual citizens who expect us to live up to the highest transparency standards.

On 2 May, Vice-President Sylvie Guillaume and I chaired a public debate in Parliament, bringing together stakeholders from all over the EU. Let me briefly highlight the main elements of our proposal. Firstly, you need to be in the Register before you can have meetings with decision-makers in the three institutions. The Commission already applies this rule. Not on the transparency register – no meeting. This applies to all meetings of lobbyists with Commissioners, their Cabinet members, the Secretary-General and the DGs of the Commission services. Over 4 000 organisations and individuals have registered since this rule came into effect. So we now propose to apply it to meetings also of MEPs as well as the Secretary-General, Directors-General and Secretaries-general of political groups in the European Parliament. Registration will also be a condition for speaking at committee hearings and for holding events on Parliament premises.

In the Council we propose to apply the rule to meetings with the Council Secretary-General, Directors-General, the Ambassador of the current or incoming Presidency of the Council, as well as their deputies. Permanent representations are of course subject to national rules on ethics, but we offer them to join the system voluntarily. Last May, we made listing in the Transparency Register a precondition to sit on our expert groups. This important step forward is also reflected now in our proposal.

Secondly, we propose to clarify which activities and entities are covered by the Register. We propose to keep a broad definition of lobbying activities covered by the Register and to set out the exceptions in a clearer way. Public authorities, including at sub-national level, and their associations who directly represent a democratic mandate are clearly excluded, for the reasons that this House and the Committee of the Regions have both underscored.

Thirdly, we propose changes to improve the quality of the data held in the Register and to strengthen monitoring and effective enforcement of the rules. Our proposal not only simplifies the data requirements for lobbyists, but also introduces systematic ex-ante checks on new registrations. We propose to streamline procedures with a view to finding quick, effective solutions if compliance with the Code of Conduct is at risk. If that is not effective, a formal investigation will be opened which can eventually lead to sanctions. Those who do not play by the rules risk being temporarily suspended from interactions with the institutions or removed altogether from the Register.

Finally, our proposal creates stronger management structures for the Register and increases the resources at its disposal, subject to a commitment by all three institutions. A well-functioning Register needs adequate resources, a point repeatedly stressed by this Parliament and by stakeholders. We propose a stronger management structure with a management board on top of the Secretariat. An agreement between the three institutions would ensure adequate resource allocation to the Secretariat, as well as a right means to ensure effective redress for registrars in disputed cases.

I have followed with great interest the work of Sven Giegold and look forward to Parliament's final report on transparency and accountability in the EU institutions. I am convinced that a mandatory Register is a major step forward for transparency and accountability. Let's make it happen.

Danuta Maria Hübner, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, transparency in the functioning of the European institutions has always been a matter of interest, but also of concern, for its citizens, and it is also essential for the democratic legitimacy of the European Union. For this Parliament, transparency has been the top priority since the first day of our work. It is a fact of life that huge interests are at stake when laws are proposed. European citizens have the right to know which interest representatives are involved in, in each phase of European decision-making. While our duty is to listen to all those whose interests will be affected by decisions we take, the right of citizens is to know whom we listen to.

This interinstitutional agreement proposed by the Commission is the way to answer their concerns. The establishment of a mandatory transparency register framework would be a major step forward in enhancing transparency of our decision-making and the democratic accountability of the European institutions. You might remember that the European Parliament was the first European institution to address the phenomenon of an increasing number of interest groups at European level, as well as potential consequences of this evolution for the legislative process. Today, I am convinced that the Commission proposal for a mandatory transparency register framework covering the three institutions will take us forward but the European Parliament and, in particular, its Committee on Constitutional Affairs, which is responsible for interinstitutional agreements, is fully aware that the mandatory register is only one of the key tools for having more transparency in the EU institutions.

We are happy the Commission has come to Parliament with a proposal that received strong support in public consultation. So let me conclude by stressing that only by working together across all areas of European responsibilities will the European institutions win back the trust of our citizens.

Sylvie Guillaume, *au nom du groupe S&D*. – Madame la Présidente, Monsieur le premier Vice-président, chers collègues, la révision du registre de transparence présentée la semaine dernière intervient dans un contexte de très grande méfiance envers les institutions européennes. Je tiens à dire ici que, clairement, les propositions qui ont été faites vont dans le bon sens, en particulier, avec l'intégration, du moins partielle, du Conseil dans le dispositif ou encore avec l'exclusion des autorités locales et régionales qui représentent les intérêts publics. Pour autant, plusieurs éléments méritent d'être relevés. Ils feront sûrement l'objet de discussions dans un très proche avenir.

Concernant le premier point, je voudrais dire qu'il s'agit de la définition restreinte du lobbying, qui devra réunir trois conditions: une interaction, la promotion d'intérêts et la volonté d'influer sur le processus décisionnel. Il faudra donc que nous ayons les idées claires sur qui et comment s'effectue la vérification de ces trois critères.

Le deuxième point, c'est le fait qu'il faille prévoir deux décisions additionnelles à cet accord institutionnel qui va entrer en discussion. Une pour gérer la structure administrative et l'autre, si j'ai bien compris, pour traiter les aspects budgétaires. Quand la Commission a-t-elle prévu de les présenter?

Le troisième point, et non des moindres, c'est l'obligation imposée aux membres du Parlement européen de ne rencontrer que des lobbies enregistrés. Même si cette mesure ne s'impose pas dans la publication des rendez-vous, certains membres demanderont certainement si elle est en phase avec leur liberté de mandat, qui est un principe dans les traités, et qu'un accord interinstitutionnel ne peut balayer. Là aussi, c'est un sujet glissant sur lequel nous aurons l'occasion de discuter.

Ce que je retiens toutefois des objectifs, c'est qu'il nous faut un système lisible, facile d'accès à tous les citoyens, et qui n'alimente pas plus la défiance que maintenant. Puis, notons que cette transparence s'applique aussi à d'autres types d'enjeux: les règles de conflits d'intérêts ou encore les codes de conduite.

Monsieur le premier Vice-président, le Parlement européen est prêt à négocier de la façon la plus ouverte possible, et nous espérons qu'il en sera de même du côté du Conseil, lorsqu'il entrera en dialogue, le plus rapidement possible, certainement.

Kazimierz Michał Ujazdowski, *w imieniu grupy ECR.* – Pani Przewodnicząca! Chciałbym podziękować komisarzowi Timmermansowi za przedstawienie nowych propozycji porozumienia międzyinstytucjonalnego w sprawie przejrzystości i zachęcić do większej odwagi i konsekwencji, dlatego że nie można poprzestać na stworzeniu nowych mechanizmów dotyczących rejestru lobbystów, ale trzeba pójść dalej właśnie w takim duchu, w takim kierunku, w jakim idzie sprawozdanie posła Giegolda, z koniecznością odnotowywana wszystkich spotkań lobbingowych, ale nade wszystko z rejestracją śladu legislacyjnego. Byłbym bardzo zadowolony, gdyby Komisja Europejska jako pierwsza zadeklarowała wpisywanie do swoich sprawozdań legislacyjnych wpływu działalności organizacji lobbingowych na treść rozstrzygnięć legislacyjnych.

Zachęcam zatem do większej odwagi i przyjęcia bardziej precyzyjnych mechanizmów. Mam również nadzieję, iż sprawozdanie Svena Giegolda zostanie zaaprobowane przez większość parlamentarną.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz, *en nombre del Grupo ALDE.* – Señora Presidenta; bueno, me gusta mucho escucharle, señor Timmermans, y además le felicito por el entusiasmo que tiene a estas horas. Es realmente remarcable.

La propuesta de un acuerdo interinstitucional sobre el registro de los grupos de presión es un paso adelante que saludamos. Es oportuno y pertinente que la Comisión Europea, nuestro Ejecutivo, responda a las necesidades que Europa tiene ahora mismo en materia de transparencia y, desde luego, el Grupo ALDE agradece que la transparencia tenga un lugar preponderante en la agenda de la Comisión.

La mejora en la recolección de los datos debe ser una ventaja palpable a la hora de trabajar sobre la información, y el esfuerzo por la clarificación de las definiciones y el espectro de actividades y organismos cubiertos debe asimismo facilitar la calidad y la eficiencia de este registro.

Queremos agradecer que se aumenten los recursos —queremos que se aumenten los recursos— para que los controles sobre la actividad de los *lobbies* que buscamos puedan ser efectivos. Sin medios suficientes podríamos tener, de hecho, una exigencia formal pero no material. Quiero decir que, si pueden colarse declaraciones infundadas o incompletas, estaríamos empeorando y pervirtiendo la finalidad del registro.

Si tomamos una decisión como es la plena consecución de este registro, debemos ser capaces de conseguir que se materialice y no quede en meras palabras. Por ello, quiero recalcar que dar la suficiente cobertura económica y de personal resulta absolutamente imprescindible para que esta política de transparencia resulte coherente y eficaz.

Sin embargo, afrontémoslo, las instituciones europeas no gozan de mucha credibilidad en estos tiempos. Las noticias escandalosas sobre puertas giratorias en la Comisión no ayudan precisamente a creer en el proyecto. Y no podemos olvidar lo más importante: esta reforma necesitará que el Consejo arrime el hombro y que colabore. Hasta el momento, hemos esperado un movimiento por su parte que no ha llegado.

Los representantes de los Estados miembros han de asumir también su parte de responsabilidad. En esta situación de beneficio común nos interesa actuar con una política integrada y ser eficientes. No hemos visto un movimiento real del Consejo, pero nos gustaría ver en él una colaboración leal, pronto. De hecho nada me gustaría más, en nombre de mi Grupo de los Demócratas y Liberales por Europa, que poder felicitar, además de a la Comisión, al Consejo, por una actuación de las instituciones europeas sin fisuras y en conjunto, aunque fuera por una vez.

Dennis de Jong, *namens de GUE/NGL-Fractie*. – Als covoorzitter van de intergroep Transparantie heb ik vicevoorzitter Timmermans op 2 mei jongstleden ter aanmoediging een transparante plaquette aangeboden. Tegelijkertijd heb ik hem onze ideeën voor een verplicht register overhandigd. Volgens mij heeft de plaquette inspirerend gewerkt, want het voorstel voor het interinstitutioneel akkoord dat we nu bespreken is een goede basis.

Maar er blijft natuurlijk altijd ruimte voor verbetering. Ik noem vijf punten:

kwetsbare EU-instellingen, zoals agentschappen, moeten zich kunnen aansluiten bij het akkoord en daarmee volledig partij kunnen worden;

activiteiten van lobbyisten die op specifiek verzoek van de instellingen, hun leden of ambtenaren worden verricht, moeten ook worden opgenomen, anders ontstaat er een enorme lacune;

klagers moeten bezwaar kunnen maken tegen afwijzing van hun klacht, net zoals lobbyisten dat kunnen tegen uitsluiting van registratie;

de raad van bestuur moet periodiek rapporteren aan het Parlement en de Commissie over zijn activiteiten, en die rapportage moet openbaar zijn;

frauduleuze gedragingen van lobbyisten moeten leiden tot onderzoek door het OLAF.

Ten slotte reken ik erop dat de onderhandelingen over dit voorstel zelf ook transparant zullen zijn en open zullen staan voor bijdragen van alle belanghebbenden. Daarbij draagt dit Parlement, en ik kijk in het bijzonder naar onze vicevoorzitter voor transparantie, mevrouw Guillaume, een speciale verantwoordelijkheid. We kennen de cultuur van gesloten-heid van de Raad, dus laten wíj er dan voor zorgen dat op zijn minst alle fracties, en ook de intergroep Transparantie, worden betrokken bij de onderhandelingen.

Sven Giegold, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Herr Timmermans, vielen Dank für diesen Vorschlag. Ich glaube, wir sind jetzt wirklich damit nochmal einen Schritt weiter. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, dass diese Vorlage für eine interinstitutionelle Vereinbarung jetzt vorliegt. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass wir das Vertrauen in die europäischen Institutionen auch dadurch fördern, dass wir mehr Transparenz und Integrität an den Tag legen. Und dieser Vorschlag geht genau in diese Richtung. Er wird fraglos, wenn er denn so realisiert wird, dazu führen, dass sich noch mehr Lobbyorganisationen registrieren und dass mehr Transparenz einkehrt.

Wenn wir mal bei den positiven Dingen anfangen, so kann man sagen, dass Sie mit Ihrem Vorschlag im Grunde das Parlament in die gleiche Verpflichtung nehmen, wie Sie es selbst als Kommission schon getan haben. Das ist etwas, womit ich bisher hier nicht durchgedrungen bin. Das bedeutet – ich sage das ganz offen und ehrlich: Wir, die wir gerade hier auf unseren Plätzen sitzen, würden uns wahrscheinlich relativ schnell einigen. Hier sind aber etliche, die nicht hier im Raum sind, und diejenigen haben große Probleme damit, dort Verpflichtungen auf sich zu nehmen.

Und das will ich auch sehr deutlich sagen: Dass über den Bericht, der ja eigentlich vor Ihrer Vorlage kommen sollte, bisher nicht abgestimmt worden ist, liegt nicht daran, dass er keine Mehrheit im Ausschuss für konstitutionelle Angelegenheiten hat, sondern daran, dass er von den Fraktionsführungen – der Konservativen, Liberalen, aber letztlich dann auch der Sozialdemokraten – von der Agenda genommen wurde, obwohl es eine Mehrheit im Ausschuss gab, ein sehr ähnliches Prinzip zu vertreten, wie Sie es vorgeschlagen haben, nämlich Treffen nur noch mit registrierten Lobbyisten. Natürlich muss es dort Räume geben, Menschen zu treffen, die keine registrierten Lobbyisten sind. Denn zwischen dem Rechtsprinzip der Freiheit des Mandats und dem Rechtsprinzip der Transparenz muss man eine ordentliche Abwägung finden. Ich finde, diese Abwägung ist Ihnen grundsätzlich gelungen.

Und deshalb sind wir als Parlament jetzt in der Pflicht. Ich will auch ganz deutlich sagen, dass es nicht akzeptabel wäre – weil Ihr Vorschlag jetzt vorliegt und weil wir gleichzeitig an den Geschäftsordnungsregeln handeln –, meinen Bericht jetzt praktisch hier abzusetzen oder gar bis auf Ewigkeit zu verschieben. Denn der Bericht schlägt in vielen anderen Bereichen Maßnahmen für Transparenz und Integrität vor, etwa bei den Drehtüreffekten. Deshalb muss dieser Bericht hier zur Abstimmung kommen. Wenn er von den großen Fraktionen weiterhin hier vor sich hergeschoben wird, dann ist das wiederum ein Vertrauensbruch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Ich spreche da ganz besonders auch Frau Bresso an, die dort in der entscheidenden Situation ist, bei den Sozialdemokraten die Mehrheiten herzustellen, damit wir über den Bericht abstimmen können. Denn mit Ihrer Zustimmung könnten wir über den Bericht abstimmen. Es sind auch die Sozialdemokraten mit Christdemokraten und Liberalen, die hier die Fortschritte blockieren.

Mein Appell ist: Kommen Sie zurück in die demokratischen Prozesse, dann finden wir auch Mehrheiten, und die Mehrheit wird auch hier im Haus entscheiden. Ich danke der Kommission für ihre Vorlage.

Isabella Adinolfi, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la trasparenza è uno dei principi fondanti del Movimento 5 Stelle e rappresenta una stella polare nella nostra azione politica anche qui al Parlamento europeo. Le istituzioni pubbliche, secondo noi, devono essere dei palazzi di vetro, dove i cittadini controllano l'operato dei loro rappresentanti, che quindi non vengono delegati in bianco.

Anche per questo, dopo aver letto la proposta della Commissione, che si limita a fotografare e legalizzare una situazione attuale, che non è delle migliori visto quello che succede per esempio con i conflitti di interesse, non nascondo che ho provato un senso di frustrazione e delusione. Lo dico senza mezzi termini: a mio avviso stiamo sprecando un'occasione! Sono queste occasioni mancate che fanno allontanare i cittadini dalle istituzioni e rendono il progetto europeo come qualcosa di astruso ai loro occhi.

Il registro deve essere contenuto in un atto avente forza legale, con efficacia erga omnes, e non in un semplice accordo interistituzionale. Questo è un aspetto fondamentale che mi preme sottolineare, perché solo con un atto avente forza di legge i lobbisti sarebbero obbligati a fornire informazioni veritiere e corrette, mentre così è rimesso alla loro buona volontà.

Studi legali, ambasciate di paesi terzi, rappresentanze permanenti degli Stati membri e funzionari di ogni grado e livello delle tre istituzioni, quindi compreso Consiglio e gli organi preparatori, devono essere ricompresi nel perimetro delle attività ricoperte dal registro. Servirebbero poi una *legislative footprint* obbligatoria e sanzioni severe per chi fornisce informazioni scorrette e fuorvianti. Noi vogliamo un cambio radicale di paradigma: tutto deve essere reso pubblico e ciò che avviene dietro le quinte dovrebbe costituire un'eccezione.

Oggi non sappiamo cosa accade dentro il Consiglio europeo o dentro l'Eurogruppo e chi realmente prende le decisioni che uccidono il progetto europeo e i cittadini. È una proposta senza ambizione, secondo me, fatta apposta per non disturbare i veri manovratori dell'Unione europea. Le lobby esistono, però noi abbiamo l'obbligo di rendere trasparenti le attività di tutti quanti lavorano dentro le Istituzioni europee, di chi fa politica dentro le Istituzioni europee e di chi svolge attività lobbistica, e questo va fatto per legge.

Mercedes Bresso (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Vicepresidente, credo anch'io che rendere le Istituzioni europee più trasparenti sia una nostra responsabilità come Parlamento europeo, ma che lo sia di ogni decisore politico pubblico. La crisi di fiducia nella politica – è stato ricordato – ha raggiunto ormai livelli preoccupanti, talvolta a causa di una mancata chiarezza rispetto alle nostre attività, molto sovente, a volte anche però perché, come nell'intervento recente della collega, tendiamo a creare un clima di sospetto costante nei nostri stessi confronti, che siamo rappresentanti eletti dai cittadini che devono trasmettere invece fiducia e rispettabilità.

Io credo che la proposta della Commissione di un accordo interistituzionale sia un passo interessante in questa direzione perché propone uno strumento interessante, anche se è un primo passo, che ci permette di cominciare a lavorare per avere una posizione comune, perché altrimenti è molto facile aggirare lo strumento.

Voglio ricordare che in effetti la commissione AFCO ha fatto un grande lavoro e credo che arriveremo a votare l'accordo – per carità, stia tranquillo il collega Giegold –, ma vogliamo arrivare a votarlo con una maggioranza che ci consenta di votarlo anche in plenaria. Credo però che, nel lavoro che faremo, dovremo affrontare il tema che il registro mi pare un po' moderato per quanto riguarda il Consiglio. Chi è legislatore lo è anche se rappresenta un governo nazionale, perché questa è la modalità con cui la legislazione europea si realizza. Quindi credo che uno dei punti su cui dovremo lavorare è l'allargamento dello spettro di coloro che nel Consiglio sono tenuti al rispetto delle regole e del registro che andremo a costruire insieme.

Monica Macovei (ECR). – Doamnă președintă, au trecut opt ani de când discutăm despre necesitatea introducerii unui registru obligatoriu pentru companiile de lobby și pentru lobbyiști și nu s-a întâmplat nimic, e tot voluntar. Au trecut șase ani de când *Transparency International* cere același lucru și iarăși nu s-a întâmplat nimic, tot acolo suntem. E foarte important acest acord interinstituțional, e foarte importantă propunerea concretă a Comisiei de înregistrare obligatorie în acest registru a celor care fac lobby, activități de lobby în Parlament și în Comisie. Dar având în vedere perioada lungă care a trecut și în care nu s-a întâmplat nimic, doar am vorbit dar la vot nu a trecut, sunt sceptică. Cu toate astea, sper și vreau să avem un registru obligatoriu.

Dacă fiecare dintre noi și-ar fi asumat o obligație de integritate și nu ar fi discutat cu lobbyiștii care nu sunt înscriși în acest registru voluntar, atunci poate situația era altfel și nu mai ajungeam la conflicte de interese și nici la șpagă contra amendamente. Sper ca măcar în al doisprezecelea ceas să înțelegem cu toții ce înseamnă demnitatea instituțională și că suntem în acest Parlament pentru că a fost votat de oameni care așteaptă de la noi transparență și să lucrăm pentru ei.

Helmut Scholz (GUE/NGL). – Frau Präsidentin! Herr Timmermans, auch ich höre Ihre Worte gern. Aber die GUE/NGL ist schon erstaunt, wie Sie ohne ein Wort der Erklärung die Forderung des Parlaments nach einem verbindlichen Rechtsakt einfach unter den Tisch kehren. Folge ich Ihren Erklärungen, so wollen sie das Vertrauen der Bürger durch die Kooperation der EU-Institutionen und durch mehr Offenheit zurückgewinnen. Die Substanz ihres Vorschlags für die Verhandlungen reduziert sich aber darauf, den Rat nur in das bestehende System einzubeziehen. Zweifellos ist das Registrieren von Lobbyisten eine wichtige Säule der Transparenz – wir brauchen ja auch zwingend Verbesserungen und ja zu dem Ansatz. Dies reicht aber nicht. Sie bleiben irgendwo auf dem Weg zu wirklicher nachhaltiger Transparenz auf der Strecke.

Denn der Kern des Vertrauensproblems besteht auch in der Frage, wie die EU-Institution selbst agieren oder wer wann bei wem bei der gesetzgeberischen Arbeit den Füller hält. Diesen Aspekt lassen Sie unberücksichtigt. Sie stellen den Institution frei, nach eigenem Ermessen und unabhängig voneinander hausintern Regelungen zu treffen. Wie ich höre, will die Kommission den Anwendungsbereich in ihrem Haus selbst nicht ausweiten. Unverändert sollen nicht alle Organe erfasst werden, und ein Kollege von Ihnen hat gerade stellvertretend für oder gegen Sie erklärt, er sehe keinen Bedarf, den Verhaltenskodex der Kommissions zu hinterfragen.

Bei Ihnen ist also alles paletti, und ginge es nach dem Befund der Fraktionsvorsitzenden von EVP, S&D und ALDE, würde Gleiches für das EP gelten. Es bleibt also der Rat, und der hat Ihnen aber in persona von Diplomaten, die gerne unerkannt bleiben wollen, per Printmedien bereits eine Antwort übermittelt: So weit wird es nicht kommen.

Benedek Jávor (Verts/ALE). – Madam President, I think that we can agree that to restore credibility and trust in the European institutions, what we need is more transparency and more accountability to citizens.

Citizens should have the right to have an overview of the full decision-making process and I agree that it is a good approach that, if we require transparency from other institutions, we should start with ourselves. On the other hand, there are the other institutions: the Council is at least on equal footing with Parliament or the Commission in decision-making and I think there is no reason not to require the same rules for the Council to have a mandatory register as for the Commission and the Parliament. So given those circumstances, I believe that a voluntary register is not enough for the Council. Also, we have to take into consideration the possibility to widen to scope to the agencies, as well, and *Ceterum censeo* the Giegold report should be supported.

Jonathan Arnott (EFDD). – Madam President, I say to the Commissioner: I have watched you in this place, many times, often saying some quite uncomplimentary things about those of us on this side of the House. But today I am going to say something that I will probably never say to you again. I think you are right; transparency is absolutely vital.

Frankly, this should have been done a long time ago. I was thinking earlier that I do not even remember the European Parliament discussing this before and it turns out that Parliament's resolution on this was two and a half years ago, before I was even elected as an MEP. So it certainly is something that has taken a long time coming.

Transparency, of course, is something that should apply to all institutions, whether in the European Union or elsewhere. I am disappointed at what I am hearing with regard to the Council. The fact that there are more lobbyists on the register here than in the United States, as you said earlier, should not necessarily be a source of pride because actually so much lobbying leads to big-business lobbying, which leads to legislation that suits big business.

We need to make sure that legislation that comes in, wherever it comes in, is legislation which suits SMEs and does not give big business a competitive advantage over the small businesses that should be the engine room of the economy.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Paní předsedající, nejdřív bych chtěl vysvětlit jednu věc, já jsem dopředu avizoval, že se chci vyměnit s panem Schöpflinem, ale tato informace k Vám asi nedoputovala z důvodu toho, že pan Schöpflin byl na cestě. Tak jenom bych chtěl, abyste tuto informaci, kterou jsme předávali usherům, zohlednila potom v tom, aby pan Schöpflin dostal slovo.

Jinak, vážený pane komisaři, dovolte mi pogratulovat Vám za dnešek, k dnešnímu výkonu, protože když kolega Arnott řekl, že Váš návrh je skutečně dobrý, tak si můžete gratulovat, protože on to neřekl nikdy o žádném Vašem návrhu, a myslím si, že dnes si zasloužíte určitě bouchnout nikoliv láhev, nejméně basu nejlepšího šampaňského.

A k samotnému registru chci říct za PPE: PPE má k tomu velmi vstřícný postoj. My jsme samozřejmě registr lobbistů a rejstřík transparentnosti vždy podporovali a podporujeme. Ale říkáme jednu věc, abychom tady nehonili všichni jednu černou kočku, která se bude někde schovávat a běhat ze strany na stranu. To, že dám nějakého lobbistu na nějaký registr, neznamená, že ten lobbista tam skutečně bude a že vždy přizná to moje setkání. A to, jakým způsobem to budeme potom po těch jednotlivých lidech vymáhat, bude poměrně obtížné, a jakým způsobem to bude prokazovat. Já jsem velice rád, že Jean Claude Juncker si vzal tuto iniciativu za jednu z hlavních priorit svého nástupu do úřadu.

Jestliže Evropská unie má být transparentní, kdo jiný by měl být transparentnější než instituce jako Rada, Komise a Parlament, které by měly jít příkladem? Především Evropský parlament musí být otevřenější, a tím i důvěryhodnější vůči evropským občanům, kteří nás sem volí. Pojďme tedy, jak navrhuje Evropská komise systematicky registrovat lobbisty a další zájmové skupiny, kteří nás, politiky, mohou ovlivňovat, a vytvořme fungující rámec pro naši interakci s touto veřejností.

György Schöpflin (PPE). – Madam President, I apologise for the slight confusion. Let me begin by saying outright that, of course it goes without saying, that the EPP supports transparency.

But transparency is actually a much more complex issue than it appears at first sight. I think at the heart of it is the problem of the relationship with transparency and trust. It is not clear cut; it is not automatic; it is not a direct, either causal or correlative, relationship. Indeed, the complexity is such that there is a lot of argument to suggest that the greater the transparency, the lower the trust, because why should people trust if they already have everything written down?

Indeed, there are many people – I do not know if it is a majority or a minority – who say, if this much can be made transparent there must be something else that is hidden. It is, therefore, an ongoing, probably an infinitely repeatable process which can never be reached. And therefore I would say that if we are talking about transparency there has to be a finite quality to it, which I do not actually see at this particular time.

So, the culture of trust is something that has to be more important, should supersede in some ways transparency itself, in order to generate the necessary trust in the institutions. Now I would go on to say that actually, from what I see, the central difficulty is the remoteness of all the institutions of the European Union from the citizens. Here, and the Vice-President we will know what I am about to say, what is happening to the European citizens' initiative, which is a way of building trust, separately from transparency?

I would also add here the problem of security. Too much openness makes people vulnerable to the various security services, who are very busy indeed in Brussels, in Strasbourg and who knows where else. Lobbying register, yes, I think that is absolutely right. It is not a silver bullet. I think there is no silver bullet, but at the centre of the problem is legitimacy. How can the European Union generate and build on its existing legitimacy, which is a little bit thin in certain parts of the world?

Catch-the-eye procedure

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la proposta di un registro per la trasparenza obbligatorio per il Parlamento, il Consiglio e la Commissione costituisce un passo importante nel percorso di recupero della fiducia dei cittadini nei confronti delle Istituzioni europee. I cittadini hanno il diritto di sapere chi cerca di influenzare il processo legislativo dell'Unione europea. Bisogna quindi proporre una regola semplice: nessuna riunione con i responsabili politici, se prima non ci si è iscritti nel registro. Attraverso il registro il pubblico potrà vedere chi svolge attività di lobbismo, chi rappresenta e quanto spende.

La proposta di un registro per la trasparenza delle tre Istituzioni, compreso il Consiglio, perché anch'esso è legislatore, permette di rafforzare il monitoraggio e l'applicazione efficace del codice di condotta del registro per i lobbisti. L'accordo interistituzionale sul registro per la trasparenza migliorerà anche la qualità dei dati, grazie a un maggiore controllo della qualità e da questo punto di vista sarebbe opportuno che la Commissione renda disponibili maggiori risorse per conseguire, appunto, l'obiettivo trasparenza.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, το μητρώο διαφάνειας έχει σαν στόχο την παροχή πληροφοριών στους πολίτες για τους οργανισμούς οι οποίοι με τη δράση τους επιδιώκουν να επηρεάσουν τις διαδικασίες λήψης αποφάσεων στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Από την 1η Μαρτίου η Ευρωπαϊκή Επιτροπή έχει ξεκινήσει διαβουλεύσεις σχετικά με τη μετατροπή του συστήματος από προαιρετικό σε υποχρεωτικό μητρώο εκπροσώπων συμφερόντων, προκειμένου να υπάρχει μεγαλύτερη διαφάνεια και έλεγχος στις δραστηριότητες των lobbies σε ευρωπαϊκό επίπεδο. Άλλωστε με έκθεση που δημοσίευσε η οργάνωση Transparency International, στις 15 Απριλίου του 2015, από τις 19 χώρες που αξιολογήθηκαν, μόνο οι επτά διέθεταν νομοθετικό πλαίσιο σε σχέση με τις δραστηριότητες γύρω από τα lobbies, ενώ η Επιτροπή, το Κοινοβούλιο και το Συμβούλιο της Ευρωπαϊκής Ένωσης παρουσιάζουν μέτρια βαθμολογία σε θέματα διαφάνειας, σε σχέση με τις δραστηριότητες των lobbies. Είναι επομένως σαφές ότι θα πρέπει να θεσμοθετηθεί ένα νομοθετικό πλαίσιο για τον έλεγχο των δραστηριοτήτων των lobbies στους ευρωπαϊκούς θεσμούς.

Karin Kadenbach (S&D). – Frau Präsidentin, Herr Vizepräsident! Wir verlangen seit vielen Jahren dieses verpflichtende Transparenzregister. Es gibt kaum eine Diskussion mit der Bevölkerung, wo wir nicht nach den Lobbyisten gefragt werden und gefragt werden, warum in Brüssel immer noch so circa 90 000 Lobbying-Organisationen und Lobbyisten herumlaufen und gerade mal 10 000 davon registriert sind. Ich halte es für eine dringende Notwendigkeit, dass dieselben Spielregeln hier für alle drei Organe – Rat, Kommission und Parlament – gelten.

Ich gehe aber davon aus – und ich glaube, das haben die Ausführungen gezeigt, wie Frau Guillaume und Frau Bresso im Vorfeld auch schon gesagt haben –, dass es da noch einigen Diskussionsbedarf gibt. Denn was wir haben wollen, ist ein Register, auf das wir uns dann auch wirklich verlassen können, das uns nicht in falscher Sicherheit wiegt, weil vielleicht nicht genug Ressourcen da waren, um wirklich alle Angaben zu überprüfen etc. Das heißt, hier ist ganz große Genauigkeit und natürlich ein hoher personeller und auch finanzieller Aufwand im Vorfeld notwendig.

Eines möchte ich auch noch sagen: Üben wir gemeinsamen Druck für ähnliche Register auch auf die Mitgliedstaaten aus, denn Lobbying fängt nicht erst in Brüssel oder in Straßburg an.

(End of catch-the-eye procedure)

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Madam President, let me start with a general remark triggered by Mr Schöpflin. He is right; transparency on its own will not restore trust in the European Union. But, if I may say, what would help is national leaders not blaming the EU for everything, national leaders not publishing posters with the Presidents of the European Commission and the European Parliament and many, many refugees, and then saying that the presidents of these institutions are responsible for the refugee crisis. No matter of transparency we will put on the table will solve that issue.

Having said that, I do believe – and I get this feeling strongly from discussing with you tonight – that we have taken a step in the right direction. Yes, we are not satisfied on all scores. Yes, we can we can do better in many areas – and I present to you my willingness to work with you to take this even further – if you can agree with this, but I do also believe that it is high time that the three institutions each also take their responsibility in this. Frankly, if Parliament and Council would follow the example the Juncker Commission has taken since the beginning, we would already have made a couple of steps forward. This is also indicated, I think, in the draft Giegold report.

Let me stress once again that we have the possibility now to improve the situation of transparency. It will not be perfect overnight, I know, but at the same time, if we use this interinstitutional agreement, the negotiation on the agreement, as an opportunity to see where we can improve our transparency, I strongly believe we can be more accountable to our citizens. We can prove to them that we are willing to put our cards on the table in terms of lobbying activities directed at lawmakers.

Let me end on a point which I would like to underscore, also made by Mr Giegold. This is not about us wanting to prescribe to every single elected Member of the European Parliament that she or he should register every single individual meeting. It is about meeting with lobbyists, people who come to you because they represent a certain interest and they want something to be done with it, so that people can see and can check which person represents which interest and what they are trying to achieve with that. If we can have that in our three institutions I think this would honestly be a very big step forward and I count on your support to get us all there.

President. – The debate is closed.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D), *por escrito*. – Con el objetivo de reconquistar la confianza de los ciudadanos en la legitimidad de los procesos políticos, legislativos y administrativos en la Unión, la Comisión ha presentado una propuesta de acuerdo interinstitucional para aumentar la transparencia y la obligación de rendir cuentas de los miembros de grupos de interés que trabajan por cuenta propia y, que participan en la elaboración y aplicación de las políticas de la Unión Europea. Celebro que, a la vista de la experiencia positiva del Registro de Transparencia establecido en el Acuerdo del Parlamento Europeo y la Comisión Europea de 16 de abril de 2014, las tres instituciones hayan acordado la necesidad de establecer un Registro de Transparencia obligatorio para los representantes de intereses. De esta forma, se establece el principio de que no pueda celebrarse ninguna reunión con los responsables políticos sin una inscripción previa y se clarifican las actividades y los datos que deben introducirse, aumentando el control de calidad. Confío en que el nuevo acuerdo interinstitucional entre en funcionamiento tan pronto como sea posible y celebro que las autoridades locales y regionales hayan quedado fuera del ámbito del nuevo acuerdo, tal y como habíamos solicitado.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR). – Avoimuusrekisterin vapaaehtoisuus Euroopan unionissa on johtanut siihen, ettei läheskään kaikki edunvalvonta ja vaikuttaminen ole läpinäkyvää. Tämän vuoksi meiltä puuttuu luotettavaa tietoa muun muassa siitä, mikä on lobbareiden kokonaismäärä, mistä he tulevat, mitä toimialoja he edustavat ja kuinka suuret resurssit heillä on käytössään.

Esimerkiksi Kanadassa on ollut pakollinen avoimuusrekisteri vuodesta 1989 lähtien. Kanadan rekisteri oli vuonna 2015 yhdeksän kertaa suurempi kuin EU:n vastaava, vaikka Kanadassa asuu vain 35 miljoonaa ihmistä ja EU:n alueella noin 510 miljoonaa. Tämä kertoo siitä, että kattavan avoimuusrekisterin luominen on mahdollista. Kanadan mallissa avoimuusrekisterin sääntöjen rikkomisesta voi seurata jopa 140 000 euron sakko tai kaksi vuotta vankeutta.

Nykyisessä vapaaehtoisuuteen perustuvassa järjestelmässä EU:n instituutioihin vaikuttavista lobbareista ja heidän toiminnastaan on mahdotonta saada luotettavaa ja kattavaa tietoa. Siksi sitovan avoimuusrekisterin luominen ja sen toiminnan tehokas valvonta on välttämättömyys.

Julia Pitera (PPE), *na piśmie*. – Rejestr mający służyć przejrzystości został utworzony w 2011 roku. I choć działa już od pięciu lat i liczy około 10 tysięcy organizacji, a za zgodą tych organizacji regulowany jest kodeksem postępowania, nadal wpis do rejestru opiera się na zasadzie dobrowolności, a zabezpieczające proces decyzyjny mechanizmy są niedoskonałe. Dlatego należy wyrazić uznanie wszystkim podmiotom, które były zaangażowane w prowadzenie działań na rzecz przejrzystości w tym zakresie: Parlamentowi Europejskiemu, a zwłaszcza właściwym ze względu na swój zakres odpowiedzialności komisjom, Europejskiemu Rzecznikowi Praw Obywatelskich, Komisji i Radzie. Z satysfakcją należy przyjąć zapowiedź określenia katalogu działań i podmiotów objętych obowiązkowym już rejestrem. Ważna jest też propozycja poszerzenia zakresu danych, poprawa mechanizmu monitorowania i – co bardzo ważne – skutecznego egzekwowania przepisów. Proponowane zmiany będą z całą pewnością służyć poprawie przejrzystości funkcjonowania instytucji europejskich. A przejrzystość właśnie jest nie tylko przedmiotem zainteresowania obywateli i działających w ich imieniu organizacji pozarządowych, ale przede wszystkim jest niezbędna w procesie budowania zaufania do insty-

tucji europejskich. Przejrzystość jest też bardzo ważnym składnikiem prewencji pozwalającej zapobiegać zagrożeniom dla interesów Unii Europejskiej na każdym etapie decyzji. Realizacja propozycji Komisji w sprawie obowiązkowego rejestru mającego służyć przejrzystości będzie wielkim krokiem na drodze do jawności życia publicznego i bardzo ważnym ogniwem systemu jawności.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Aujourd'hui, nous débattons sur de nouvelles règles à propos du registre de transparence et l'encadrement de l'activité des lobbies au sein des institutions européennes. Dans une actualité marquée par les liens étroits entretenus, durant et après leur mandat par Barroso avec la banque d'affaires Goldman Sachs, ou Neelie Kroes et sa société offshore, le débat tombe à pic. L'éthique et la transparence doivent être des valeurs clefs dans les relations entre les élus, les citoyens et les groupes de pression.

La proposition faite est positive mais ne va pas assez loin. Je regrette amèrement que les chefs de cabinet, les directeurs et les chefs d'unité ne soient pas inclus dans la proposition alors qu'ils ont largement leur part de responsabilité dans le processus décisionnel européen. Il est également indispensable de se donner les moyens de contrôler et vérifier les informations du registre et de s'entendre sur les sanctions en cas de fraude. Des règles strictes doivent être appliquées afin de garantir la transparence et le respect de l'éthique lors des travaux quotidiens au sein des institutions. Et ceux qui transgressent ces règles n'ont plus rien à faire en nos murs!

21. Durchführung der Verordnung über Lebensmittelkontaktmaterialien (Aussprache)

President. – The next item is the report by Ms Schaldemose, on behalf of the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety, on the implementation of the Food Contact Materials Regulation ((EC) No 1935/2004)

Christel Schaldemose, *ordfører*. – Fru formand! Fru kommissær, ærede kolleger! I aften skal vi debattere Miljøudvalgets betænkning om gennemførelse af forordningen om fødevarekontaktmateriale. Det lyder måske lidt teknisk, men i bund og grund handler det om, hvordan vi sikrer, at de materialer, der er i direkte kontakt med vores mad, også er sikre.

Den nuværende EU-lovgivning er en rammelov, der regulerer vores materialer til vores fødevareemballage osv. Rammelovgivningen giver mulighed for at lave fælles EU-regler for hver af de 17 materialetyper, der er oplistet i loven. Men kun fire af de 17 materialetyper er på nuværende tidspunkt harmoniseret på EU-plan. Resten er det op til medlemslandene at håndtere. Det giver problemer for forbrugerne, for virksomhederne og for myndighederne. For reelt betyder det, at det indre marked ikke er et indre marked, men et marked med 28 forskellige regelsæt. Nogle lande har høje standarder og finkontroller, og andre har lave standarder og ingen kontrol. Konsekvensen er, at vores forbrugere bliver ladt i stikken, og at virksomhederne konkurrerer på fuldstændig forskelligartede vilkår. For eksempel kan forbrugerne ikke være sikre på, at de bliver beskyttet mod farlig kemi, hverken fra coatingen i tomatdåsen eller fra fluorstoffer i pizzabakken. Vi ved faktisk fra forskningen, at der forekommer uacceptabelt høje mængder af sundhedsskadelig kemi i mange materialer, vi bruger til vores fødevarer. Det ved vi fra bagepapiret, papirsposen til mel, pizzabakken og mikrobølgepopcorn osv. osv. Det er bekymrende, når vi samtidig fra flere studier ved, at lige præcis kemi i fødevareemballage giver konkrete sundhedsproblemer. For eksempel ved vi, at hvis man har for høje mængder af fluorstoffer i urinen, øger det risikoen for, at man ufrivilligt får en abort. Det er blot et eksempel.

Forbrugerne skal beskyttes langt bedre, og virksomhederne skal have mere ens vilkår for at producere fødevarekontaktmaterialer. Derfor foreslår vi i Miljøudvalget, at EU-Kommissionen skal komme med et forslag til en revision af den nuværende lovgivning omkring fødevarekontaktmaterialer.

Særligt ønsker vi, at EU-Kommissionen prioriterer fremsættelsen af fælles EU-regler for følgende materialer: papir, pap, lim, coating og blæk. Vi foreslår også, at EU-Kommissionen skal udvikle ensartede testmetoder for hvert materiale, så medlemslandene bruger de samme metoder til at vurdere sikkerheden. Fødevaresikkerhed skal betyde det samme overalt i EU.

Vi ønsker også at styrke EPSA både i form af penge og skrappere krav. Vi ved, at kemikalier reagerer sammen, og derfor skal EPSA selvfølgelig også tjekke for den såkaldte cocktaileffekt. Vi ønsker også, at EPSA skal inkludere effekten ved en lav, men konstant eksponering for et stof. Det kan godt være, at mængderne er lave, men hvis vi udsættes for et stof hver dag, bliver den samle mængde stor. Det mener vi også er vigtigt, at EPSA tager højde for.

Vi ønsker også, at der i forhold til nanomaterialer udvikles særlige testmetoder for sikkerheden omkring dem, og vi ønsker samtidigt, at fødevarekontaktmateriale med nanomaterialer skal mærkes.

Vi ønsker også noget andet. Vi synes, det er utroligt, at vi sikrer en bedre koordination imellem fødevarekontaktmaterialereglerne og vores REACH-lovgivning. Det må simpelthen ikke forekomme, at stoffer, der under REACH er kategoriseret som farlige, helt ukritisk bliver brugt i fødevarekontaktmaterialer. Det vil vi have gjort noget ved.

Generelt foreslår vi også både mere og bedre kontrol af virksomhedernes produktion af fødevarekontaktmaterialer. Der er nogle medlemslande, som end ikke aner, hvilke virksomheder i deres land der importerer eller producerer fødevarekontaktmaterialer. Kender de ikke til virksomhederne, kan de jo heller ikke kontrollere dem.

Så mener vi i øvrigt også, at overensstemmelseserklæringer ikke bare skal være et gummistempel, men en reel dokumentation for sikkerhed. På den måde kan vi sikre, at både myndigheder og virksomheder får mere tillid til hinanden.

Endelig skal jeg lige sige, at det også er vigtigt for os, at vi sikrer, at fødevarematerialer skal være omfattet af de kriterier for hormonforstyrrende stoffer, som EU-Kommissionen er ved at fastsætte. De skal også gælde her.

Jeg vil gerne sige tusind tak til skyggeordførerne og de politiske grupper for et rigtig godt samarbejde om betænkningen. Det er et udvalg, som er nærmest tæt på at være fuldstændig enigt om det her. Vi ønsker virkelig en revision af reglerne, og vi ønsker fælles regler for fødevarekontaktmateriale for at beskytte forbrugerne og sikre ens vilkår for virksomhederne. Det er ikke bare os her i Parlamentet, det er også de europæiske forbrugere og de europæiske virksomheder, som ønsker det samme. Så vi håber, at EU-Kommissionen lytter grundigt til os i dag og meget hurtigt kommer op med et forslag til revision af lovgivningen.

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Madam President, first I would like to thank and congratulate Ms Schaldemose and the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety (ENVI) for their excellent work in producing this report on the implementation of the Food Contact Materials Regulation. The Commission very much welcomes this timely initiative. It underlines the importance of this topic, particularly in relation to consumer safety.

Food contact materials play an essential role in food supply and distribution, and also of course for consumers. Food packaging preserves or improves the quality of food and determines how it can be processed, transported, sold and consumed. However, some substances may migrate into or onto the food, compromising its safety and quality. Legal certainty on food contact materials is also needed to foster the single market and promote innovation.

In the EU we have a broad and flexible framework regulation with fundamental requirements on safety. The powers to adopt specific EU legislation have mainly been used to develop specific rules for plastic materials. The Commission notes the conclusions set out in the implementation report. We note the concerns raised about those materials for which no specific measures have been developed at EU level and that are specifically legislated for only at national level. As you may know, the Commission's Joint Research Centre has been working on a study looking at this particular area. The study has collected a vast amount of complex information on national measures, as well as on the industry situation, to provide a clear picture of the overall situation. The report, which will be published soon, will highlight the complex and often divergent nature of the current regulatory situation for food contact materials in the EU.

The Commission is committed to addressing this important area of risk management of food contact materials in the EU and this key area for the functioning of the internal market, whilst always keeping the safety of consumers at the forefront. I now look forward to hearing the views of honourable Members on this issue.

Birgit Collin-Langen, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Zunächst möchte ich der Berichterstatterin Christel Schaldemose sehr herzlich für die enge und überaus kooperative Zusammenarbeit bedanken. Ich bin davon überzeugt, dass wir gemeinsam ein klares Signal an die Kommission senden, dass hier noch viel Arbeit vor uns liegt. Materialien, die mit Lebensmitteln in Kontakt kommen, müssen zahlreiche Anforderungen erfüllen: Sie sollen Schutz vor Kontaminationen bieten und die Qualität des Lebensmittels möglichst lange bewahren. Sie dürfen unter normalen und vorhersehbaren Verwendungsbestimmungen keine Bestandteile an Lebensmittel abgeben, die geeignet sind, die menschliche Gesundheit zu gefährden oder eine unvertretbare Veränderung der Zusammensetzung der Lebensmittel herbeizuführen.

Diese Anforderungen gelten auch für die noch nicht weiter harmonisierten Produktgruppen wie z. B. Papier, Karton, Lacke, Beschichtungen und andere. Es kommt leider immer wieder zur Migration von chemischen Stoffen in Lebensmittel, was eine Gefahr für die menschliche Gesundheit darstellt. Außerdem behindern unterschiedliche nationale Ansätze den Binnenmarkt. Wir sind uns daher darüber einig, dass wir hier einer weiteren Harmonisierung bedürfen.

Der Bericht basiert auf einem breiten Kompromiss, den die Berichterstatterin mit allen Fraktionen gefunden hat. Dies zeigt sich auch bei dem Abstimmungsergebnis mit 61 Ja- und 3 Neinstimmen im Ausschuss. Allerdings gab und gibt es für die EVP-Fraktion eine rote Linie: Die Forderung nach einem horizontalen, allgemeinen Komplettverbot einzelner Stoffe wie zum Beispiel Mineralöl oder Biophenol. Das geht uns zu weit, das war für uns bei der Abstimmung im Ausschuss wichtig, und wir haben daher hier eine getrennte Abstimmung beantragt.

Unsere Position ist: Wir brauchen weitere verständliche und umsetzbare Einzelmaßnahmen. Voraussetzung für diese Einzelmaßnahmen sind Untersuchungen, ob die Verwendungen bestimmter Stoffe beschränkt werden müssen. Hier ist die Kommission in Kooperation mit den Mitgliedstaaten gefordert, Lösungen zu finden.

Gilles Pargneaux, *au nom du groupe S&D*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, je voudrais tout d'abord saluer la pertinence du rapport d'initiative de M^{me} Christel Schaldemose.

Je voudrais revenir un instant sur l'interdiction du bisphénol A dans tous les matériaux au contact des aliments. Depuis 2009, j'alerte la Commission européenne sur les dangers de ce composé chimique utilisé dans les bouteilles réutilisables, les canettes, les boîtes de conserve, les tickets de caisse, et soupçonné d'augmenter les risques de puberté précoce chez des jeunes filles, de cancers de la prostate et du sein. Ce perturbateur endocrinien doit être interdit dans tous les produits de consommation, et pas uniquement dans les biberons.

C'est le message de l'amendement 9, que nous déposons, et j'espère sincèrement qu'il sera adopté demain, en séance plénière.

Dans l'attente d'une réévaluation des risques du bisphénol A par l'EFSA, annoncée pour 2017-2018, le principe de précaution doit prévaloir et notre Europe doit avant tout être une Europe protectrice de l'ensemble de nos concitoyennes et concitoyens.

Bolesław G. Piecha, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Chciałbym pogratulować bardzo rzetelnego i dobrze przygotowanego merytorycznie sprawozdania. Najczęściej stwierdzane zagrożenia dla zdrowia człowieka związane z materiałami i wyrobami przeznaczonymi do kontaktu z żywnością dotyczą głównie przenikania do żywności substancji małocząsteczkowych. Jest to migracja nieprzereagowanych lub nie w pełni przereagowanych monomerów lub innych dodatków stosowanych w procesie produkcji, a zwłaszcza w czasie przetwórstwa tworzyw sztucznych. Od 2002 r. Komisja Europejska odnotowała zgłoszenia aż 2000 powiadomień dotyczących materiałów i wyrobów przeznaczonych do kontaktu z żywnością, które nie do końca spełniały wymagania przepisów prawnych oraz kryteria w zakresie bezpieczeństwa i stanowiły, albo potencjalnie stanowiły, zagrożenie dla zdrowia człowieka.

Dlatego nie tylko jako lekarz, ale przede wszystkim jako konsument, w pełni popieram zapisy w przedstawionym sprawozdaniu dotyczące lepszej i zwiększonej ochrony konsumentów, poprzez obniżenie specyficznych limitów migracji, takie jak chociażby planowane zmiany w zakresie Biosfenolu A, aczkolwiek zdaję sobie sprawę, że termin wprowadzenia może być kłopotliwy z powodu czasami braku odpowiednich badań, a czasami z powodu braku alternatywy zastąpienia tych opakowań innymi.

Stefan Eck, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Ich freue mich, dass zu so später Stunde doch noch einige hierher gefunden haben. Aber zum Thema: Die inhaltliche Ausrichtung des Berichts kann ich im Namen der GUE/NGL-Fraktion voll und ganz unterstützen. Danke, Frau Schaldemose, für diesen wichtigen Bericht!

Ich muss aber feststellen, dass, wenn es um Lebensmittelsicherheit oder um Transparenz für den Verbraucher geht, manche Kolleginnen und Kollegen zu eng mit dem Nahrungsmittelsektor zusammenarbeiten. Wenn die Kommission in diesem Bereich legislativ tätig werden soll, wird häufig versucht, neue Regelungen zu verwässern oder zu verhindern.

Fakt ist: Die Nahrungsmittelindustrie will die Bürger oft im Unklaren lassen oder sogar gezielt täuschen. Genug ist genug! Unsere Gesundheit steht auf dem Spiel durch all die Gifte und Zusatzstoffe, die in unserer Nahrung und auch im Verpackungsmaterial enthalten sind. Dieses Haus und die Kommission müssen eine Kehrtwende machen und vor allem die Gesundheit der Verbraucher im Blick haben. Ich hoffe jedenfalls, dass dieser Bericht dazu beiträgt, dass diese Kehrtwende endlich vollzogen wird. Danke, Frau Schaldemose!

Rosa D'Amato, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, i materiali e gli oggetti a contatto con gli alimenti sono largamente presenti nella vita quotidiana, dagli imballaggi agli utensili da cucina. Sappiamo che esiste un'interazione chimico-fisica fra materiali e alimenti e che durante il contatto può verificarsi la cessione di sostanze pericolose per la salute umana.

Parliamo di sostanze estremamente nocive, come i cosiddetti perturbatori endocrini, sui quali da mesi c'è un acceso dibattito con la Commissione sulla loro stessa definizione. Perturbatori sono anche i bisfenoli, presenti nella plastica dei biberon, giusto per fare un esempio, e annoverati come causa di endometriosi e problemi gravi al sistema riproduttivo.

Dal punto di vista delle norme generali, il settore ha ben legiferato, ma manca l'armonizzazione delle legislazioni specifiche degli Stati membri. Numerosi Stati, fra cui l'Italia, hanno proprie legislazioni specifiche, notificate sì all'Unione europea, ma si riscontrano frequentemente problemi di mutuo riconoscimento.

Un'ulteriore aggravante deriva dalla valutazione del rischio. Avviene infatti che la stessa Autorità europea per la sicurezza alimentare, l'EFSA, garante in teoria della nostra salute, fa un lavoro parziale e non tiene conto del cosiddetto effetto cocktail, né delle esposizioni multiple a differenti sostanze chimiche.

Chiediamo quindi che la Commissione armonizzi i settori specifici ed eviti la proliferazione di norme che possono causare distorsioni di mercato, assicurando nel contempo un livello omogeneo di *food safety*, che l'EFSA svolga bene il suo compito di garante della sicurezza alimentare dei cittadini europei e compia valutazioni dei rischio degne di tale nome, e infine che la Commissione scongiuri al 100 % la presenza di pertubatori endocrini tra queste sostanze e tuteli finalmente più la salute dei cittadini europei che gli interessi delle lobby.

Sylvie Goddyn, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, les emballages alimentaires, les ustensiles de cuisine ou encore la vaisselle peuvent contenir des substances préoccupantes, telles que des perturbateurs endocriniens ou encore des nanomatériaux. En effet, ces molécules peuvent migrer dans les aliments et, de ce fait, nuire à notre santé, ce que démontrent de nombreuses recherches scientifiques. Le texte qui réglemente les matériaux en contact avec les aliments doit donc être révisé.

Le rapport présenté pointe les manquements de la Commission et de l'Autorité européenne de sécurité des aliments. Il souligne l'insuffisante évaluation de ces matériaux lors de leur autorisation, l'insuffisante collaboration entre cette agence et celle des produits chimiques ou encore l'insuffisante prise en compte des effets de ces produits sur les femmes enceintes et allaitantes.

J'ai proposé des amendements demandant notamment l'interdiction de toutes les formes de bisphénol et pas seulement le bisphénol A, produit qui est déjà interdit en France dans tous les contenants alimentaires depuis 2015.

J'espère que les recommandations de ce rapport seront suivies d'effets. À défaut, l'Union européenne prouverait une nouvelle fois qu'elle est incapable de protéger la santé publique.

Alojz Peterle (PPE). – Spoštovana gospa predsedujoča, gospa komisarka, kolegi. Pozdravljam poročilo poročevalke, kolegice Schaldemose, in se ji zahvaljujem za pozornost in angažma do te teme, ki sicer še ni deležna zadostne pozornosti.

Da si pozornost nedvomno zasluži, je pokazal postopek, v katerem smo preverili izvajanje uredbe in ugotovili zaskrbljujoča dejstva. Da bi se olajšalo izvajanje obstoječe zakonodaje in bi lahko bolje uresničevali njene cilje, to je zaščita in varstvo zdravja potrošnikov ter zagotavljanje učinkovitega delovanja notranjega trga, naj Komisija pregleda sedanji zakonodajni okvir na podlagi priporočil iz tega poročila. Ključna ugotovitev je, da so zaradi pomanjkanja posebnih ukrepov za nekatere materiale ter vrzeli pri oceni tveganja sledljivosti, skladnosti in nadzorov, potrebni ukrepi na ravni Zveze.

Komisija naj pripravi potrebne ukrepe prednostno za papir, lepenko, lake in premaze, kovine in zlitine, tiskarske barve in lepila, za izhodišče pa naj uporabi pregled Skupnega raziskovalnega središča Komisije o nacionalnih predpisih.

Podpreti je treba nadaljnje raziskave o medsebojnem učinkovanju različnih kemikalij in nanomaterialov, saj še vedno obstaja znanstvena negotovost v zvezi z vplivi in z možnostjo emigriranja teh materialov ter njihovim učinkom na zdravje ljudi.

Nadalje je potrebna posebna pozornost za snovi, ki se uporabljajo v materialih in izdelkih, namenjenih za embalažo živil za dojenčke in otroke, v opredelitev ranljivih skupin pa moramo vključiti tudi nosečnice in doječe matere.

Naš cilj mora biti spodbujanje razvoja materialov in izdelkov, ki bi bili varni, primerni za ponovno uporabo in reciklirani, s čimer bi tudi prispevali k prizadevanjem Zveze za vzpostavitev bolj učinkovitega krožnega gospodarstva.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D). – Señora Presidenta, yo también quiero reconocer el importante trabajo de la señora Schaldemose, con un magnífico informe que pone de manifiesto la necesidad de la revisión del Reglamento de 2004 por insuficiente. Insuficiente, al no cubrir todos los materiales —una regulación exhaustiva de los materiales en contacto con los alimentos—, al tiempo que demuestra diferencias en la legislación entre los Estados miembros.

Al mismo tiempo, han aumentado muchísimo los conocimientos científicos de los nuevos materiales, como es el caso de los disruptores endocrinos. Por eso se hace necesaria una nueva reglamentación que armonice y dé seguridad jurídica a las empresas de la Unión Europea y, especialmente, seguridad a los consumidores.

Por eso también apelo a que la Comisión, definitivamente, publique y establezca unos criterios claros centrados en la seguridad de los consumidores respecto a los disruptores endocrinos para hacer un Reglamento exhaustivo como el que aquí se pide.

Julia Reid (EFDD). – Madam President, food contact materials which are used in everyday life in the form of food packaging can be made from a variety of materials such as plastics, rubber, paper or metal, and may transfer their constituents to food, thus endangering human health. Consumer health protection is fundamental, so it is important to ensure that any potential transfer to foodstuffs of chemicals that can contaminate or alter the composition of food in a detrimental way is prevented.

Currently, food contact materials are subject to legally binding requirements at EU level. To date, specific measures have been adopted for plastics, ceramics, regenerated cellulose and active intelligent materials, and now the rapporteur calls on the Commission to produce specific EU measures for all kinds of food contact material. There is no doubt that the safety of food contact materials must be seriously evaluated, as chemicals can easily migrate from the material into the food. However, Member States should be free to adopt specific measures at national level for all kinds of food contact material so that these can be manufactured in compliance with good manufacturing practices.

Krzysztof Hetman (PPE). – Pani Przewodnicząca! Podczas poprzedniej sesji plenarnej przewodniczący Juncker w swoim orędziu o stanie Unii podkreślał, że nasze rolnictwo jest bardzo ważnym elementem Europejskiej Wspólnoty. Nie sposób się z tym nie zgodzić. Nasi rolnicy uprawiają i produkują najzdrowsze, zróżnicowane i bezpieczne produkty. Dlatego tak ważne jest, aby na kolejnych etapach w łańcuchu dostaw ta najwyższa jakość była utrzymana i chroniona.

Bezpieczeństwo materiałów mających kontakt z żywnością jest tutaj jednym z czynników decydujących. Jest to temat niezwykle złożony i może stanowić duże wyzwanie dla producentów opakowań. Dlatego ważne jest także, aby przepisy w tym zakresie były klarowne. Uważam, że regulacja z 2004 r. wprowadza dobre ramy prawne. Niepokoi jednak, że do tej pory środki specjalne zostały przyjęte jedynie w odniesieniu do czterech z 17 substancji wymienionych w załączniku do rozporządzenia. Uważam, że większa harmonizacja przepisów na poziomie Unii Europejskiej wpłynęłaby pozytywnie na poziom ochrony żywności i bezpieczeństwa konsumentów, a w konsekwencji na funkcjonowanie wspólnego rynku. Nowe szczegółowe regulacje powinny, tak jak ma to miejsce w przypadku przepisów o tworzywach sztucznych, uwzględniać kwestię materiałów pochodzących z recyklingu, gdyż mogą one stanowić potencjalnie innego rodzaju zagrożenia. Chodzi tu na przykład o przypadkowe zanieczyszczenia pochodzące z poprzednich zastosowań opakowań.

Drugą kwestią, na którą słusznie zwrócił uwagę sprawozdawca, jest stopień wdrożenia i egzekwowania już istniejących przepisów w poszczególnych państwach członkowskich. Komisja powinna przede wszystkim zbadać, na jakie trudności napotykają władze krajowe i producenci i dołożyć starań, aby ułatwić im implementację i przestrzeganie tych regulacji.

Damiano Zoffoli (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, voglio anch'io sottolineare l'urgenza di un'azione incisiva a livello europeo, da un lato, per ovviare alla mancanza di misure specifiche concernenti alcune tipologie di materiali a contatto con gli alimenti alla luce del principio di precauzione e, dall'altro, per agevolare e monitorare l'attuazione della normativa in vigore. L'assenza di armonizzazione a livello europeo per alcuni materiali a contatto con gli alimenti rappresenta un rischio per la salute pubblica e determina, oltre ad una perdita di fiducia da parte dei consumatori, incertezza giuridica e maggiori costi di conformità per gli operatori. È a rischio il buon funzionamento del mercato interno.

Tre sono gli aspetti su cui voglio insistere: la tracciabilità, che deve essere garantita in tutta la filiera in modo da agevolare i controlli anche per i materiali importati dai paesi terzi; l'etichettatura che è fondamentale per un'efficace informazione dei consumatori nella transizione verso un'economia circolare che prevede il riciclo e riutilizzo dei materiali; la necessità di evitare rischi per la salute umana e in particolare servono delle misure specifiche a livello UE per la carta e il cartone riciclati. Come ultimo punto è fondamentale aumentare il sostegno finanziario alla ricerca e all'innovazione.

John Stuart Agnew (EFDD). – Madam President, the proposed food contact materials legislation represents a typically EU approach to speculative consumer concern. It will be prescriptive and oppressive, stifling innovation in a fast-moving sector that continuously monitors and responds to consumer concerns.

The last thing that any food manufacturer wants to risk is its corporate reputation by supplying a product in suspect packaging. Consumers can now be highly effective in influencing corporate behaviour through social media campaigns that would be unimaginable 20 years ago. There is now a strong demand from certain elements of society to know exactly how their food is produced and packaged. Those suppliers who show reluctance to divulge information are quickly named and shamed. It is down to these suppliers to demonstrate a scientific argument strong enough to defeat empty rhetoric and clearly and honestly label their products so that the consumer can make the ultimate choice.

I can well remember fish and chips being sold wrapped in discarded newspapers before we joined the EU. I can never remember anyone refusing to purchase them for this reason.

Pascal Arimont (PPE). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin! Es kommt ab und zu vor, dass ich mir eine Pizza bestelle, vielleicht nach einer langwierigen Plenardebatte abends um viertel nach elf, und diese Pizza wird meistens in Pappkartons geliefert. Kann ich mir jetzt sicher sein, dass sich in diesem Pappkarton kein gesundheitsgefährdendes Element befindet, das vielleicht auf die Pizza übergeht? Das ist hier die Frage. Die Antwort ist wahrscheinlich oder höchstwahrscheinlich: Nein. Oder besser gesagt: Die Antwort hängt davon ab, in welchem Land ich lebe.

Sind wir in diesem Bereich, über den wir jetzt sprechen, also ein Binnenmarkt oder nicht? Wenn nämlich nur vier der 17 in der Verordnung festgelegten Materialien in Lebensmittelverpackungen europaweit geregelt sind, dann sind wir eben kein Binnenmarkt, und das kann nicht sein. Deshalb begrüße ich sehr den vorgelegten Bericht der Kollegin Schaldemose. Für mich ist ihre Botschaft klar: Nur ein harmonisierter Gesundheitsstandard ist im Binnenmarkt ein hoher Standard für die Gesundheit der Leute.

Dies gilt insbesondere für Stoffe wie die sogenannten endokrinen Disruptoren. Dies gilt insbesondere für einen endokrinen Disruptor, der sich Bisphenol nennt. Ich bin im Gegensatz zu der Parteilinie oder der Fraktionslinie sehr dafür, dass man Bisphenol in Europa komplett verbietet. Was für Babys schlecht ist, ist auch für mich schlecht. Dahinter steckt also eine ganz einfache Logik.

Hier wird auch mit dem Vertrauen des Verbrauchers gespielt. Generell müssen wir in Europa also zu einheitlichen Standards für sämtliche 17 Materialien und deren Testverfahren gelangen. Bei der Bewertung der Risiken sind dann aber auch nicht nur die einzelnen Stoffe zu bewerten, sondern auch deren Wechselwirkung mit anderen Stoffen. Das ist ganz wichtig.

Zusammenfassend gilt also: Nur gemeinsame Regeln garantieren einen hohen Gesundheitsschutz. Und ich muss mich – und wenn ich „ich" sage, dann spreche ich im Namen aller Verbraucher – darauf verlassen können, dass die Verpackung des Lebensmittels mich nicht langfristig krank macht. Dies sollte für ganz Europa gelten.

Und Sie, Frau Kommissarin Jourová, kenne ich als engagierte Binnenmarktkämpferin: Nehmen Sie dieses Thema ernst und legen Sie kluge Lösungsvorschläge vor!

Biljana Borzan (S&D). – Gospođo predsjednice, pitanje materijala koji dolaze u dodir s hranom pitanje je koje se tiče svakog od pola milijarde građana EU-a, budući da s njima svakodnevno dolaze u kontakt. Mnogi građani kupuju organsku hranu kako bi izbjegli pesticide, a kontaminacijski potencijal iz ambalaže za hranu može biti i tisuću puta veći.

Postojeća direktiva je iz 2004., a u međuvremenu su znanost i toksikologija napredovale. Zato smatram da je potrebno revidirati postojeće propise i procedure kako bi se osnažilo zajedničko tržište i bolje zaštitilo javno zdravlje.

Potrebno je ozbiljno uzeti u obzir međudjelovanje spojeva i kemikalija koje odvojeno mogu biti bezopasne, ali zajedno mogu izazvati reakciju u ljudskom organizmu. Nadalje, trebalo bi harmonizirati propise za papir, karton, premaze, tinte, metale i ljepila. Zaključno, želim zahvaliti izvjestiteljici na odlično obavljenom poslu i pozvati Komisiju da što prije poduzme korake predložene u izvješću.

Karin Kadenbach (S&D). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Auch ich möchte mich zuerst einmal bei meiner Kollegin Christel Schaldemose herzlich für diesen wirklich gelungenen Antrag bedanken. Sie zeigt nämlich etwas auf, was ich eigentlich vor zwei, drei Jahren als geregelt betrachtet hatte. Es war für mich in Wirklichkeit eine große Überraschung feststellen zu müssen, dass es derart viele Regelungen nicht europaweit gibt, das manche Verpackungsmaterialien, die tagtäglich mit Lebensmitteln in Berührung kommen, in Europa noch keiner Regelung unterliegen, obwohl man in der Zwischenzeit weiß, dass sie giftige Stoffe abgeben.

Ich glaube, dass man sich im Zusammenhang mit dieser Kombination, wie sie von ihr angesprochen wurde, REACH und Lebensmittelkontaktmaterialien anschauen soll. Es gibt Dinge die bei REACH verboten sind, aber dann, wenn sie unser Essen berühren, dann wäre das auf einmal in Ordnung, weil sie eben nur in der Verpackung sind. Ich glaube, wir müssen hier ganz klare Zeichen setzen, in das Vertrauen der Europäerinnen und Europäer investieren, denn sie müssen wissen, dass nicht nur die Nahrungsmittel in Europa und sicher nicht gesundheitsgefährdend sind, sondern auch dass die Verpackungen, in denen sie auf dem Binnenmarkt geliefert, gekauft, transportiert werden, auch allen Anforderungen an höchste Gesundheit entsprechen.

Catch-the-eye procedure

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'assenza di norme armonizzate e uniformi sull'uso di materiali di contatto con i prodotti alimentari rappresenta un rischio per la salute pubblica, la tutela dell'ambiente e il buon funzionamento del mercato interno. Abbiamo bisogno di regole europee uniformi per favorire la produzione di materiale di contatto con gli alimenti sicuri o riutilizzabili e tracciabili, prevedendo la progressiva eliminazione di tutte quelle sostanze che potrebbero rappresentare un pericolo per la salute dei consumatori.

Particolare attenzione va prestata a quei materiali che presentano un alto rischio di migrazione e quindi un rischio maggiore per la salute umana, come ad esempio i materiali utilizzati per contenere liquidi e alimenti ricchi di grassi e anche quelli che sono in contatto con i prodotti alimentari per un periodo di tempo prolungato. Vanno assolutamente implementate le valutazioni del rischio effettuate dall'EFSA, che allo stato si limitano a singole sostanze, non considerando il cosiddetto effetto cocktail. Bisogna assolutamente tener conto di tale effetto nella determinazione dei limiti di migrazione considerati sicuri per la salute umana.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει ήδη θεσπίσει κανονισμούς σχετικά με τις απαιτήσεις ασφαλείας για όλα τα υλικά, τις ουσίες και τα αντικείμενα που προορίζονται να έρθουν σε επαφή, άμεσα ή έμμεσα, με τρόφιμα, προκειμένου να διασφαλιστεί ότι δεν μεταδίδονται στα τρόφιμα ουσίες σε ποσότητες που θέτουν σε κίνδυνο την ανθρώπινη υγεία. Ωστόσο, η Επιτροπή έχει λάβει ειδικά μέτρα μόνο για τέσσερα υλικά που έρχονται σε επαφή με τρόφιμα: πλαστικό, κεραμικά, αναγεννημένη κυτταρίνη και ενεργά και νοήμονα υλικά.

Όμως, για όλα τα υπόλοιπα υλικά που έρχονται σε επαφή με τρόφιμα, δεν έχουν ληφθεί ακόμη ειδικά μέτρα, με αποτέλεσμα να τίθεται σε κίνδυνο η ανθρώπινη υγεία και σε ορισμένες περιπτώσεις να επηρεάζεται αρνητικά η σύνθεση των τροφίμων. Είναι επομένως αναγκαίο να ληφθούν άμεσα μέτρα εκ μέρους της Ένωσης και για τα υπόλοιπα υλικά που έρχονται σε επαφή με τρόφιμα, καθώς και να καλυφθούν όλα τα κενά στην αξιολόγηση των κινδύνων, στην ιχνηλασιμότητα, στην τήρηση και στον έλεγχο.

(End of catch-the-eye procedure)

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Madam President, I have listened to the views of this House with great care and great interest, and before that you have heard my reflections setting out the Commission's views on the report and, more broadly, on this complex yet very vital sector and its importance as regards consumer safety. I would like to thank once again Ms Schaldemose and the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety for all their hard work on this file, and I can declare here that the Commission will consider all of the points made in the report, and also in this debate, in the future work.

Christel Schaldemose, *ordfører*. – Fru formand! Først vil jeg gerne takke kollegaerne for at være her i aften og for at bakke så meget op om vores fælles betænkning. Vi har haft et rigtig godt samarbejde. Det er også derfor, det er blevet til en god og solid betænkning med nogle meget klare anbefalinger. Jeg vil også gerne takke kommissæren for at være så åben og lydhør over for de problemer, der er på området, og de løsninger, vi har fremlagt i vores betænkning om fødevarekontaktmateriale.

Vi vil, når JRC kommer med dets rapport, også nærlæse den, og så håber vi, at vi kan indgå i en konstruktiv dialog sammen om området, så vi forhåbentlig meget hurtigt kan få strammet op på reglerne og forbedre forbrugersikkerheden og samtidig også sikre, at vi får et bedre og mere velfungerende marked for fødevarekontaktmateriale.

President. — The debate is closed.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – Ce rapport est un signal clair envoyé à la Commission européenne mais aussi aux consommateurs! Les produits chimiques contenus dans les matériaux destinés à entrer en contact avec des denrées alimentaires, notamment à travers les emballages, ustensiles de cuisine, de vaisselle, etc. peuvent mettre en danger la santé humaine ou modifier de manière significative la composition des produits consommés, et il est essentiel que la Commission européenne se penche sur cette question.

Il est important d'harmoniser au niveau européen les différentes mesures prisent par les États membres, mais aussi réfléchir aux lacunes existantes dans la législation actuelle. Il nous faut travailler à une meilleur législation en la matière, une législation qui aura pour but d'informer et de protéger correctement le citoyen. Enfin, j'aimerai évoquer la question de l'interdiction du bisphénol A (BPA) dans tous les matériaux destinés à entrer en contact avec des denrées alimentaires. Le BPA est une substance chimique, perturbatrice endocrinienne et toxique pour les organes de reproduction. On la retrouve dans de nombreux produits de consommation courante. Il est important que cette interdiction soit faite au niveau européen afin de protéger l'ensemble des citoyen européen!

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Le règlement 1935/2004 du 27 octobre 2004 vise l'ensemble des matériaux rentrant en contact avec les aliments à toutes les étapes de la chaîne de production et de consommation: containers, emballages, couverts, etc. Il limite l'altération de la composition, du goût ou de la texture des aliments. Dans sa première annexe, ce règlement dresse une liste de dix-sept matériaux pouvant faire l'objet d'une réglementation spécifique européenne ou nationale.

Pour l'heure, seuls quatre d'entre eux font l'objet d'une réglementation européenne. Le premier objectif du projet de rapport est donc l'harmonisation de la réglementation européenne pour l'ensemble de ces matériaux. Le projet de rapport vise également à prendre en compte les éléments suivants dans le règlement susvisé: les interférences avec le règlement 1907/2006 relatif à l'enregistrement, l'évaluation et l'autorisation des substances chimiques; les interactions entre et de l'introduction par réaction de substances complémentaires.

D'autres éléments sont positifs, comme la protection des femmes enceintes ou les mesures techniques sur le bisphénol. Pour toutes ces raisons, j'ai soutenu ce texte clairvoyant sur l'action de la Commission et de l'Autorité européenne de la sécurité des aliments.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Wykonanie rozporządzenia w sprawie materiałów przeznaczonych do kontaktu z żywnością. Już od dawna wiadomo, że nie tylko skład produktów żywnościowych, ale także to, w co jest ona opakowana, ma wpływ na nasze zdrowie i jakość naszego życia. W składzie opakowań naukowcy odkryli około 170 rodzajów chemikaliów, takich jak: biosfenol A, ftalany, styren, triklosan, formaldehyd, czy PFC (perfluorowęglowodór), które to substancje swobodnie migrują do żywności, a następnie w istotny sposób wpływają na naszą gospodarkę hormonalną, powodują otyłość, cukrzycę, zaburzenia neurologiczne i zapalne oraz rozwój nowotworów. Dodatkowo nikt – ani producent opakowania, ani żywności – nie ma obowiązku podawania składu chemicznego opakowania, a co więcej potencjalne zmiany komórkowe czy hormonalne wywołane przez te chemikalia nie są uwzględniane w rutynowej analizie toksykologicznej, co budzi poważne wątpliwości w odniesieniu do prawidłowości aktualnie istniejących chemicznych procedur regulacyjnych. Dlatego tak ważne jest, aby jak najszybciej uchwalić prawo, które zmobilizuje producentów opakowań do jak najszybszego wycofania szkodliwych dla zdrowia substancji z procesu produkcji opakowań, a także samej żywności.

Monica Macovei (ECR), *în scris*. – Materialele nereglementate prin măsuri specifice ale Uniunii pun în pericol sănătatea publică, mediul și scad încrederea oamenilor în noi. Creează nesiguranță juridică și costuri mai mari atât pentru operatori, cât și pentru consumatori. Îmi doresc să eliminăm în totalitate materialele periculoase care intră în contact cu produse alimentare. Apoi, oamenii trebuie să știe ce mănâncă și cu ce își hrănesc copii. Etichetarea reprezintă un instrument foarte direct și eficace de informare a consumatorilor cu privire la caracteristicile produselor.

Avem deficiențe la elaborarea, aplicarea și controlul respectării legislației în vigoare; IMM-urile, de exemplu, în lipsa unor prevederi legislative pertinente, nu sunt în măsură să primească sau să transmită informații care să garanteze că produsele lor sunt sigure. O bună reglementare și un control strict ocrotesc sănătatea oamenilor și stimulează economia. Să ni le asumăm.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Aplicarea regulamentului ar trebui să conducă pe de o parte la scăderea costurilor entităților fizice și la creșterea siguranței alimentare și a sănătății acestora, iar pe de altă parte la scăderea costurilor entităților juridice înregistrate în domeniul MCA, care ar fi în măsură să dezvolte MCA sigure, reciclabile și reutilizabile, contribuind astfel la creșterea eficienței economiei circulare.

Acest deziderat poate fi atins în măsura in care creșterea nivelului de finanțare al EFSA s-ar materializa în rezultate ale activităților de cercetare-dezvoltare și inovare, de cercetare științifică și de evaluare a riscurilor MCA, de identificare și clasificare a tuturor substanțelor prezente în MCA (inclusiv în ceea ce privește impactul acestora asupra sănătății umane). Evident că asigurarea coerenței dintre reglementările privind MCA, produsele biocide, substanțele nocive și deșeurile, precum și clarificarea rolului deținut de diferitele instituții și organisme implicate în acest domeniu sunt aspecte esențiale.

Însă, trebuie să conștientizăm faptul că nu doar o asumare responsabilă a tuturor statelor membre privind implementarea legislației în domeniu și intensificarea controalelor de conformitate, ci și schimbul de bune practici în vederea aplicării procedurilor de autorizare relevante și eficiente pentru cele 13 MCA nearmonizate se impune cu deosebire în acest context.

22. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll

23. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

24. Mittelübertragungen: siehe Protokoll

25. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

26. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

27. Schluss der Sitzung

(The sitting closed at 22.55)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss

DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/1964

8.3.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 6. OKTOBER 2016

(C/2024/1964)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 3. bis 6. Oktober 2016

STRASSBURG

Inhalt

Seite

1. Eröffnung der Sitzung 4

2. Kontrolle der Anwendung des EU-Rechts: Jahresbericht 2014 (Aussprache) 4

3. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache) 17

3.1. Ruanda: der Fall Victoire Ingabire 17

3.2. Sudan 22

3.3. Thailand, vor allem der Fall Andy Hall 29

4. Internationale Rechnungslegungsstandards: IFRS 9 (Entschließungsantrag eingereicht): siehe Protokoll 34

5. Abstimmungsstunde 34

5.1. Ruanda: der Fall Victoire Ingabire (RC-B8-1061/2016, B8-1061/2016, B8-1064/2016, B8-1065/2016, B8-1066/2016, B8-1073/2016, B8-1075/2016, B8-1076/2016) (Abstimmung) 35

5.2. Sudan (RC-B8-1062/2016, B8-1062/2016, B8-1067/2016, B8-1070/2016, B8-1071/2016, B8-1074/2016, B8-1078/2016, B8-1080/2016) 35

5.3. Thailand, vor allem der Fall Andy Hall (B8-1077/2016, B8-1079/2016, B8-1081/2016, B8-1082/2016, RC-B8-1068/2016, B8-1068/2016, B8-1069/2016, B8-1072/2016) 35

5.4. Internationale Rechnungslegungsstandards: IFRS 9 (B8-1060/2016) (Abstimmung) 35

Inhalt Seite

5.5. Lage in Syrien (B8-1089/2016, B8-1090/2016) (Abstimmung) . . . 35

5.6. VN-Konferenz über Klimaänderungen 2016 in Marrakesch (Marokko) (COP22) (B8-1043/2016) (Abstimmung) . . . 36

5.7. Durchführung der Verordnung über Lebensmittelkontaktmaterialien (A8-0237/2016 - Christel Schaldemose) (Abstimmung) . . . 36

5.8. Kontrolle der Anwendung des EU-Rechts: Jahresbericht 2014 (A8-0262/2016 - Heidi Hautala) (Abstimmung) . . . 36

5.9. Einwände gemäß Artikel 106 GO: Inverkehrbringen von Saatgut zum Anbau von genetisch verändertem Mais der Sorte Bt11 (B8-1083/2016) (Abstimmung) . . . 36

5.10. Einwände gemäß Artikel 106 GO: Inverkehrbringen von Saatgut zum Anbau von genetisch verändertem Mais der Sorte 1507 (B8-1085/2016) (Abstimmung) . . . 36

5.11. Einwände gemäß Artikel 106 GO: Erneuerung der Zulassung für Saatgut zum Anbau von genetisch verändertem Mais der Sorte MON 810 (B8-1086/2016) (Abstimmung) . . . 36

5.12. Einwände gemäß Artikel 106 GO: Erneuerung der Zulassung von Erzeugnissen aus genetisch verändertem Mais der Sorte MON 810 (B8-1084/2016) (Abstimmung) . . . 36

5.13. Einwände gemäß Artikel 106 GO: Inverkehrbringen der genetisch veränderten Baumwollsorte 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913 (B8-1088/2016) (Abstimmung) . . . 36

6. Stimmerklärungen . . . 36

6.1. Internationale Rechnungslegungsstandards: IFRS 9 (B8-1060/2016) . . . 36

6.2. Lage in Syrien (B8-1089/2016, B8-1090/2016) . . . 55

6.3. VN-Konferenz über Klimaänderungen 2016 in Marrakesch (Marokko) (COP22) (B8-1043/2016) 87

6.4. Durchführung der Verordnung über Lebensmittelkontaktmaterialien (A8-0237/2016 - Christel Schaldemose) . . . 119

6.5. Kontrolle der Anwendung des EU-Rechts: Jahresbericht 2014 (A8-0262/2016 - Heidi Hautala) . 155

6.6. Einwände gemäß Artikel 106 GO: Inverkehrbringen von Saatgut zum Anbau von genetisch verändertem Mais der Sorte Bt11 (B8-1083/2016) . . . 186

6.7. Einwände gemäß Artikel 106 GO: Inverkehrbringen von Saatgut zum Anbau von genetisch verändertem Mais der Sorte 1507 (B8-1085/2016) . . . 206

6.8. Einwände gemäß Artikel 106 GO: Erneuerung der Zulassung für Saatgut zum Anbau von genetisch verändertem Mais der Sorte MON 810 (B8-1086/2016) . . . 224

6.9. Einwände gemäß Artikel 106 GO: Erneuerung der Zulassung von Erzeugnissen aus genetisch verändertem Mais der Sorte MON 810 (B8-1084/2016) . . . 243

6.10. Einwände gemäß Artikel 106 GO: Inverkehrbringen der genetisch veränderten Baumwollsorte 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913 (B8-1088/2016) . . . 261

7. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll . . . 279

Inhalt Seite

8. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll 280

9. Zusammensetzung der Ausschüsse: siehe Protokoll 280

10. Standpunkt des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll 280

11. Tragfähige Finanzen (Aussprache) 280

12. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll 287

13. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll 288

14. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll 288

15. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll 288

16. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll 288

17. Unterbrechung der Sitzungsperiode 288

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 6. OKTOBER 2016

Puhetta johti ANNELI JÄÄTTEENMÄKI

varapuhemies

1. Eröffnung der Sitzung

(Istunto avattiin klo 9.00.)

2. Kontrolle der Anwendung des EU-Rechts: Jahresbericht 2014 (Aussprache)

Puhemies. – Esityslistalla on ensimmäisenä Heidi Hautalan oikeudellisten asioiden valiokunnan puolesta laatima mietintö unionin lainsäädännön soveltamisen valvonnasta: vuosikertomus 2014 (2015/2326(INI) (A8-0262/2016).

Heidi Hautala, *rapporteur.* – Madam President, every year the Commission reports to Parliament and to the Council on the application of Union legislation. The current report is already the thirty-second of its kind. I had the honour to be the rapporteur for the 2014 report. We can soon discuss the key findings and conclusions, but before that let us think for a moment why these reports are made.

The European Union was founded to promote peace, democracy and the rule of law. Its purpose is to establish an internal market with a highly competitive social market economy and a high level of environmental protection. This all contributes to the well-being of all Europeans. If we want to meet these objectives, the EU and its Member States must not only make laws, but also implement and apply them. In 2014, environment, health, consumer protection, mobility and transport were again the policy areas with the highest number of new infringement cases. These are policy areas directly linked to the well-being of citizens and to the functioning of the internal market.

When it comes to monitoring the application of Union law, different institutions have different tasks. First and foremost, the responsibility for the correct application of EU law belongs to the Member States. The Commission is responsible for the monitoring and, if needed, the enforcement. Finally, this Parliament has a crucial role in exercising the political oversight of the Commission's enforcement actions.

What are the key findings, then, of our political oversight this year? Firstly, the enforcement of EU law is not sufficiently transparent. The structured dialogue with Member States via the so-called 'EU pilot system' seems to have promoted the more efficient enforcement of EU law but, if Parliament and if other interested parties are kept in the dark, it will certainly generate problems in the future. We must ensure the utmost transparency.

Secondly, the EU legal system and its fundamental values, such as the rule of law and respect for human rights, can be a vital tool in tackling many of the problems the accession countries and the countries with association agreements are facing. Therefore, in order to provide suitable assistance to carry out necessary legal and judicial reforms, we need more systematic tools to assess the current state of compliance with the relevant EU acquis in these countries.

Thirdly, we could benefit from a more systematic approach here in the EU, too. This year, the Committee on Legal Affairs received opinions from three other committees – and I want to thank all these committees: Economic and Monetary Affairs, Employment and Social Affairs, and Petitions, for their contributions – but perhaps we could further improve our internal procedures so that in future the relevant committees could make even more precise act- and country-specific observations from their field of competence.

All in all, the credibility of the EU institutions does not lie only in the quality of our legislation, but also in its correct implementation and application. Therefore, I ask the Commission and the Council to pay close attention both to this report and to the speeches and comments of my colleagues.

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, the European Union is founded on law and relies on law to ensure that its policies and priorities are realised in the Member States. The effective application, implementation and enforcement of the law is hence a high political priority for this Commission. Often, it is not the lack of EU legislation that is the source of problems; it is rather the lack of its effective application and redress for citizens. That is why the European Commission takes its role as Guardian of the Treaties so seriously. If Member States are breaching EU law, then we need to take steps to address this weakness and, where necessary, we may need to launch formal infringement proceedings before the European Court of Justice. This unique and essential role of the Commission, overseeing the effective and efficient application of Union law in the Member States, is an integral part of the Better Regulation agenda. Through the annual reports on monitoring the application of EU law, the Commission reports on its work and explains how it exercises its powers as Guardian of the Treaties.

I want to thank Members for the preparatory work on the 2014 Annual Report. The Commission very much appreciates Parliament's increased interest in implementation issues. The Annual Report reviews the Member States' performance on key aspects of the application of Union law from the point of detection of a possible infringement to the pursuit of the case before the Court. We detect problems in the application of law ourselves, but we also rely on petitions and complaints from citizens and business. Hence your Petitions Committee plays an important role. Once we have identified a problem we can work with Member States to solve it through a system called the EU Pilot. If the problem cannot be solved we indicate infringement procedures. The Treaty allows us to request financial fines if Member States are late in transposition and we have not hesitated to do so.

Let me summarise the main findings of the 2014 Report. Citizens and businesses remain active in detecting and bringing forward violations of EU law. More than 3 500 complaints were received from citizens and businesses during the year 2014. We are determined to work with the Member States in improving compliance at an early stage and resolving potential infringements quickly, to the benefit of citizens and businesses. About 75% of alleged infringements were resolved at an early stage. As a result, the overall number of formal infringement procedures has continued to decrease. However, there is still a significant gap between what is in the EU rulebook and the rules applied on the ground.

How can we improve the implementation of EU law more generally? I strongly believe that we should strengthen our partnership with the Member States and support them in their task of timely transposition and correct application of the law. As part of our better regulation efforts, we deploy a wide array of tools, ranging from preventive measures and early problem solving to proactive monitoring and targeted enforcement.

You have raised a number of other issues in the Hautala report, to which I would like to respond. I note your increased interest as regards Parliament's role in monitoring the implementation of EU law. Without prejudice to democratic control by Parliament, the Commission oversees the application of EU law under the control of the Court of Justice of the European Union. The infringement procedure has a specific bilateral nature. It is conducted solely between the Commission and the concerned Member State. This being said, the Commission will continue to provide Parliament with information on infringement proceedings in accordance with its commitments in the current Framework Agreement. This includes more detailed information, if requested, on specific infringement cases. As regards Parliament's proactive contribution in monitoring the compliance with EU law of accession countries and countries with association agreements, I want to emphasise that the Commission will continue its regular reporting on the progress made by these countries.

I note your call for a legislative proposal on administrative procedures under Article 298 of the Treaty. I would like to stress that the Commission has already created a strong framework to protect complainants. Its Code of Good Administrative Behaviour and the Communication on relations with the complainant offer a number of guarantees that safeguard complainants' rights throughout the entire procedure. These include the right to be informed about any decision on his or her complaint, the right to be heard, prior notice before closing a case, and a timeframe for a final decision on complaints. Against this background, the Commission does not find it necessary to regulate this matter in a legislative act based on Article 298 of the Treaty.

Concerning the transparency of infringement procedures, and especially that of EU Pilot, the Commission is fully dedicated to delivering on the commitments stipulated in the Framework Agreement. I wish to underline that from the initial phase of infringement procedures, the Commission must also respect confidentiality vis-à-vis the Member States, as recognised by the Court of Justice. This means that transparency and access to a specific file has to be limited while the Commission conducts its initial investigation in order to clarify the often complex legal and factual background of the cases.

I also note your increased interest in better regulation. Our aim is to legislate in an open, transparent way, using the best evidence available and valuable stakeholder inputs. We also focus on ways to support implementation and are pleased to see that Parliament supports all these efforts.

Ramon Tremosa i Balcells, *rapporteur for the opinion of the Committee on Economic and Monetary Affairs*. – Madam President, every year the Commission launches 1 000 new infringement procedures against EU Member States due to the bad transposition of EU law. Since 2009 there have been 1 000 procedures per year.

This is the real sickness of the EU project. This is what is killing the EU and creating political disaffection everywhere: the inability of the EU to maintain the rule of law within its Member States. Poland and Hungary do not want to accept refugees, Italy does not want to apply European rules to solve the banking crisis, France is allowed not to comply with the public deficit rules because it is France – as President Juncker, incredibly, stated publicly – and Spain does not comply with the Late Payment Directive.

Spain is unwilling to force the big Spanish multinationals to pay SMEs' bills at 30 days and allows them to pay at 250 days without sanction. In Spain one million workers of sovereign SMEs lost their jobs during the crisis due to these bad practices on the part of big multinationals allowed by the central government.

So, in my opinion, bad transposition of EU law, is the silent crisis of the European project. Countries in the south of Europe, which are the worst offenders regarding EU law, are the countries which most need to implement it to modernise their economy. So, finally, if Europe is not able to oblige Member States to comply with EU law, citizens will abandon all hope in the European project.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz, *autorka projektu opinii Komisji Zatrudnienia i Spraw Socjalnych*. – Panie Przewodniczący! Opinia Komisji Zatrudnienia i Spraw Socjalnych, która dotyczy tego sprawozdania, została przygotowana w pełnej zgodzie, z dużą zbieżnością stanowisk, i zwraca uwagę na fakt, że opóźnienia i nieprawidłowości w transpozycji stanowią barierę dla rynku wewnętrznego i są sprzeczne z interesami obywateli: zarówno pracodawców, jak i pracobiorców. Dlatego należy pracować nad ograniczeniem tych opóźnień. To ograniczenie i poprawę sytuacji można uzyskać dzięki analizie przyczyn opóźnień, a także dzięki współpracy z państwami i partnerami społecznymi, wymianie informacji i dobrych praktyk. W tym kontekście komisja z zadowoleniem przyjmuje skuteczność działań w zakresie EU Pilot, a także wprowadzenie stron internetowych informujących o tym, z całą bazą danych naruszeń, i informujących na temat stosowania prawa Unii.

Komisja zwraca uwagę na potrzebę poddawania istniejącego prawodawstwa nieustannemu przeglądowi pod kątem zasady pomocniczości, ponieważ nadmierna regulacja może szkodzić pracodawcom i rynkowi pracy. I w kontekście tych poprzednich punktów komisja EMPL zwraca uwagę na fakt, że powołanie stanowiska pierwszego wiceprzewodniczącego w Komisji Europejskiej odpowiedzialnego za zagadnienia stosowania prawa, praworządności i praw podstawowych jest bardzo zbieżne z celami, które są tutaj przedstawione.

Cecilia Wikström, *föredragande av yttrande från utskottet för framställningar.* – Fru talman! Som ordförande i utskottet för framställningar påminns jag hela tiden om att den lagstiftning som vi arbetar med här inte alltid genomförs korrekt ute i medlemsländerna. Jag påminns om hur viktigt det är att den också korrekt genomförs, implementeras, där ute och det oaktat vilket politikområde vi talar om, för det handlar faktiskt om vår trovärdighet som institutioner; det handlar om medborgarnas rätt att, oaktat var man bor, i vilket medlemsland, faktiskt ta del av den lagstiftning som vi genomför. Där lämnar medlemsländerna tyvärr en hel del övrigt att önska, och det gäller alla politikområden.

Vi tar emot framställningar som rör migrationspolitik, konsumentfrågor, miljöfrågor och allt möjligt mer. Vi ser, genom den ström av framställningar som vi tar emot, att det faktiskt finns en lucka mellan intentionen i lagstiftningen och genomförandet därute.

Som ordförande i detta utskott kommer jag att fortsätta synliggöra de här bristerna och påtala att en korrekt implementering krävs, och att medborgarna i hela EU har rätt att ta del av den lagstiftning vi arbetar med på ett likvärdigt sätt, överallt.

Tadeusz Zwiefka, *w imieniu grupy PPE.* – Pani Przewodnicząca! Szanowna Pani Komisarz! Wydawać by się mogło, że po tylu latach istnienia Wspólnoty proces monitorowania wdrażania prawa wspólnotowego w systemach prawnych państw członkowskich jest zagadnieniem rutynowym, że to jest tylko coś, co musimy zrobić dla porządku. Rzeczywistość pokazuje, że jest jednak zupełnie inaczej. Powodów jest kilka, ale najważniejszy z nich polega na tym, że państwa członkowskie wciąż z taką lekką nieufnością podchodzą do tego, co my wspólnie z Radą Europejską tworzymy na płaszczyźnie wspólnotowej. Ta nieufność, czy to podejście związane z takim systemem dodatkowej kontroli skutkuje nakładaniem zupełnie niepotrzebnych przepisów krajowych na te, które są tworzone na poziomie Unii Europejskiej. Informowanie obywateli zaś polega na tym, że to ci niedobrzy urzędnicy oraz ten Parlament z Radą gdzieś tam w Brukseli tworzą prawo, z którym musimy sobie teraz poradzić, a wy jesteście niestety tymi osobami, które są tym najbardziej dotknięte.

Zgłaszam stanowczy protest w tej kwestii. Otóż my staramy się, tworząc prawo wspólnie z Radą, aby było ono przejrzyste i przede wszystkim potrzebne i skuteczne dla naszych obywateli i dla przedsiębiorców, bo ono ma ułatwiać im życie. Po to wdrażamy w proces legislacyjny parlamenty narodowe na wczesnym etapie legislacyjnym, by uniknąć później nieporozumień czy chęci takiego bądź innego podejścia do ustanowionego prawa wspólnotowego. Stąd bardzo cieszę się, że Komisja Europejska poważnie podchodzi do problemu monitorowania prawa i wskazuje na te uchybienia, które są sygnalizowane zarówno przez obywateli, jak i przez przedsiębiorców.

Chciałbym także bardzo serdecznie podziękować naszej sprawozdawczyni, Heidi Hautala, która po raz kolejny przygotowała znakomite sprawozdanie, wskazujące główne kierunki, z którymi mamy dzisiaj największe problemy.

Sylvia-Yvonne Kaufmann, *im Namen der S&D-Fraktion.* – Frau Präsidentin! Zwei Zahlen sind besonders interessant: Im Jahr 2014 sind bei der Kommission 3715 Beschwerden über potenzielle Verstöße gegen EU-Recht eingegangen. Und die zweite Zahl: Im selben Jahr leitete die Kommission 893 neue Vertragsverletzungsverfahren gegen die Mitgliedstaaten ein. Die verspätete und nicht ordnungsgemäße Umsetzung von europäischen Gesetzen hat zweifellos negative Auswirkungen auf die allgemeine Rechtssicherheit und natürlich auch auf die Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt. Wenn man dann noch feststellen muss, dass ausgerechnet im Beschäftigungsbereich die meisten Beschwerden wegen der Verletzung des EU-Rechts eingegangen sind, dann braucht man sich auch nicht darüber zu wundern, weshalb die Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen, dass sich ihre sozialen und Arbeitnehmerrechte nicht verbessern.

Wir erleben es leider immer wieder, dass bei Problemen lautstark mit dem Finger auf die da in Brüssel gezeigt wird. Ja, es ist ja ganz einfach und unglaublich populär, Brüssel zum Sündenbock zu erklären. Aber es darf so nicht weitergehen. Es ist höchste Zeit, dass, wenn über die Europäische Union und ihre Probleme gesprochen wird, ganz konkret Ross und Reiter genannt werden, dass ganz klar gesagt wird, wer wofür zuständig ist und die politische Verantwortung trägt.

Die Kommission ist verantwortlich für Gesetzesvorschläge, und sie ist Hüterin der Verträge. Und die Mitgliedstaaten sind dafür verantwortlich, einmal beschlossene europäische Gesetze auch fristgemäß umzusetzen und ordnungsgemäß anzuwenden. Dieser Verantwortung dürfen sie sich nicht entziehen, sie müssen ihre Pflichten ernst nehmen. Denn nur durch eine effiziente und wirksame Anwendung des EU-Rechts können die Bürgerinnen und Bürger, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch die Unternehmen von den Vorteilen der europäischen Gesetzgebung profitieren.

Νότης Μαριάς, *εξ ονόματος της ομάδας ECR*. – Κυρία Πρόεδρε, η εφαρμογή του Δικαίου της Ευρωπαϊκής Ένωσης συχνά προσκρούει στις θεμιτές αντιρρήσεις, τόσο των κρατών μελών, όσο και των πολιτών, και αυτό γιατί ιδίως τα κράτη του ευρωπαϊκού Νότου συνήθως βρίσκονται αντιμέτωπα με την εκμεταλλευτική πολιτική που ασκούν εις βάρος τους τα κράτη του πλούσιου Βορρά. Από την άλλη πλευρά, οι πολίτες της Ένωσης βιώνουν την ανεργία και τη φτώχεια λόγω της μερκελικής λιτότητας και αντιστέκονται στην επιβολή της ανάλγητης νομοθεσίας των Βρυξελλών.

Καθώς η ίδια η Ευρωπαϊκή Ένωση μεταλλάσσεται από μια Ένωση κρατών και λαών σε μια Γερμανική Ευρώπη, σε μια Ένωση των Δανειστών, όπου τα κράτη διαχωρίζονται σε δανειστές και οφειλέτες η ΕΚΤ αλλά και η Επιτροπή που υποτίθεται ότι είναι θεματοφύλακας του Δικαίου της Ένωσης μετατρέπονται, μέσω της τρόικας, σε όργανα των ίδιων των δανειστών που με τη δράση τους, ως μέλη της τρόικας, παραβιάζουν το δίκαιο της Ένωσης και τα θεμελιώδη δικαιώματα. Ως ευρωβουλευτής, αλλά και ως καθηγητής θεσμών της Ευρωπαϊκής Ένωσης στο Πανεπιστήμιο Κρήτης, θεωρώ σημαντικό το γεγονός ότι πρόσφατα το Δικαστήριο της Ευρωπαϊκής Ένωσης, με αφορμή το Κυπριακό μνημόνιο, τόνισε ότι τα θεσμικά όργανα της Ένωσης, όταν ενεργούν ως μέλη της τρόικας, δεσμεύονται από τις Συνθήκες και το Χάρτη Θεμελιωδών Δικαιωμάτων. Αναμένουμε να υπάρξει πλήρης εφαρμογή αυτής της απόφασης του Δικαστηρίου και του πνεύματος της απόφασης του Δικαστηρίου. Η Επιτροπή, ως μέλος της τρόικας, οφείλει να μην παραβιάζει θεμελιώδη δικαιώματα στην Ελλάδα και σε άλλες χώρες.

António Marinho e Pinto, *em nome do Grupo ALDE*. – Senhora Presidente, Senhora Comissária, este relatório trata da aplicação da legislação da UE pelos Estados-Membros. Estão aqui envolvidos vários aspetos que importa abordar. Não podemos falar de Direito da União Europeia, mas antes de legislação da União Europeia.

Num Estado de direito são os tribunais que realizam o direito e a lei é apenas uma das fontes de direito. É imperioso, neste domínio, intensificar a cooperação, por um lado, entre as diferentes instâncias da União - designadamente a Comissão, o Parlamento e o Conselho - e, por outro lado, entre estes órgãos e cada um dos Estados-Membros.

Realizar o direito através da aplicação das leis implica resolver, com justiça, os litígios da vida social, principalmente os que afetam a vida das pessoas, das empresas e de outras associações entre si e entre elas e a UE e os Estados-Membros.

O Estado de direito é precisamente o Estado que é limitado nas suas atuações concretas pelas regras e princípios do direito. Por isso é necessário, é urgente, a criação de reservas de jurisdição para a União Europeia, sobretudo nas matérias relacionadas com o mercado único e na área dos direitos humanos, bem como a criação de tribunais da União em cada um dos Estados-Membros.

A integração europeia não passará de uma miragem enquanto não se derem passos concretos na uniformização das diferentes legislações e das diferentes jurisdições na Europa. É urgente, pois, uma maior integração na área da Justiça, até como fator de superação de muitos dos bloqueios atuais e mesmo de aprofundamento da própria coesão europeia. Sem reformas democráticas nos sistemas de Justiça da União e dos Estados-Membros não haverá verdadeira integração europeia.

(O orador aceita responder a uma pergunta segundo o procedimento «cartão azul», nos termos do artigo 162.º, n.º 8, do Regimento)

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Tisztelt Képviselő Úr! Ön a beszédében többször is hivatkozott arra, hogy a bírósági megoldásoknak valamiféle elsőbbséget kéne adni. Én azért azt hadd kérdezzem meg Öntől, hogy Ön mennyire van megelégedve a jelenlegi bírósági gyakorlattal, amikor 4–5 évig is tud húzódni egy-egy ügynek a vitája?

António Marinho e Pinto (ALDE), *Resposta segundo o procedimento «cartão azul»*. – Não estou contente. Estou muito descontente com os atrasos nos Tribunais da União. Mas estes atrasos são infinitamente menores do que os atrasos na justiça dos diferentes Estados-Membros.

Os atrasos na Justiça superam-se com novos magistrados, com magistrados verdadeiramente preparados e não com nomeações de comissários políticos em vez de juízes. Agilizar a justiça é entregar a sua administração a juízes, a magistrados e não advogados e não a políticos que vão momentaneamente fazer o papel que compete aos magistrados.

O problema do atraso na justiça na União, nos tribunais da União e nos tribunais dos Estados-Membros, é um dos problemas que ameaça a própria democracia e a essência do próprio Estado de Direito. Por isso deve ser uma prioridade da União, nomeadamente da Comissão, que nessa matéria tem poderes que o Parlamento não tem.

Κώστας Χρυσόγονος, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κυρία Πρόεδρε, η έκθεση σχετικά με την εφαρμογή του ευρωπαϊκού δικαίου το 2014 περιέχει ορθές διαπιστώσεις, όπως ότι τα θεσμικά όργανα της Ένωσης οφείλουν να σέβονται το πρωτογενές δίκαιο και ειδικότερα το Χάρτη Θεμελιωδών Δικαιωμάτων κατά τη θέσπιση του παραγώγου δικαίου της Ένωσης ή ότι και τα κράτη μέλη οφείλουν να σέβονται τα θεμελιώδη δικαιώματα. Όμως, η ίδια έκθεση εύστοχα επισημαίνει ότι το περιβάλλον και η υγεία, όπως και η προστασία των καταναλωτών, στάθηκαν και πάλι εκείνοι οι τομείς πολιτικής στους οποίους σημειώθηκαν οι περισσότερες παραβιάσεις, καθώς και ότι η εφαρμογή του ενωσιακού δικαίου δεν είναι επαρκώς διαφανής αλλά ούτε υπόκειται σε πραγματικό έλεγχο εκ μέρους των προσφευγόντων και ενδιαφερομένων. Αποδεικνύεται, άρα, ότι είναι ελλιπής ο σεβασμός, τόσο των κρατών μελών όσο όμως και της ίδιας της Ένωσης, προς τις ιδρυτικές της αρχές όπως είναι δηλαδή ο σεβασμός στα θεμελιώδη δικαιώματα και στο κράτος δικαίου. Η πορεία αυτή είναι αδιέξοδη και πρέπει να αλλάξει, διότι διαφορετικά η Ένωση θα κινδυνεύσει με διάλυση στο ορατό μέλλον.

Laura Ferrara, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, dalla relazione sul controllo dell'applicazione del diritto dell'Unione europea, che ci sembra nel suo complesso condivisibile, emerge che la diminuzione delle procedure di infrazione non sarebbe tanto legata all'attività di monitoraggio e prevenzione svolta dalla Commissione, ma soprattutto al fatto che negli ultimi anni vi è stata una drastica riduzione delle proposte normative da parte della Commissione.

Tutto questo ci offre lo spunto per fare una riflessione, che naturalmente dovrebbe investire tutte le istituzioni dell'Unione europea, sulle ragioni di questo comportamento. Forse la Commissione ha regolamentato la maggior parte degli aspetti legati alla vita dei cittadini europei. Oppure, al contrario, si preferisce non intervenire su questioni che rischiano di far emergere e in certi casi di ulteriormente aggravare le divergenze tra gli Stati membri.

Io credo che invece ci siano ancora tante questioni sulle quali i cittadini europei aspettano delle risposte. Penso, in particolare, alla legislazione sulla lotta alla corruzione e alla criminalità organizzata, ma anche in tema di tutela dei *whistleblower* o alla normativa sulla trasparenza.

Infine, esprimo qualche perplessità sul fatto che le sanzioni pecuniarie possano essere un reale deterrente per il contrasto delle infrazioni, in quanto esse ricadrebbero in definitiva sulle spalle dei contribuenti. Probabilmente potrebbe essere più saggio ed efficace introdurre dei meccanismi dissuasivi come la sospensione del diritto di voto degli Stati che commettono delle infrazioni.

Marie-Christine Boutonnet, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, ce rapport sur le contrôle de l'application du droit de l'Union suit le canon des précédents: toujours les mêmes rengaines.

Il demande à la Commission d'ériger la conformité au droit de l'Union au rang de réelle priorité politique. Ce Parlement et la Commission sont toujours prompts à s'ériger en pères fouettards vis-à-vis des États membres qui se comporteraient en mauvais élèves au regard de la doxa bruxelloise.

J'invite la Commission à montrer l'exemple et à ériger la conformité de ses actes aux traités en véritable priorité, en commençant par l'application et le respect du principe de subsidiarité prévu par l'article 5 du traité sur l'Union européenne. La Commission le méconnaît et ne respecte pas l'obligation de motivation des projets d'actes législatifs prévue par le protocole n° 2.

Les États membres, dans leur déclaration d'Édimbourg, en 1992, ont pourtant affirmé que l'Union européenne repose sur la subsidiarité, et ont même consacré celle-ci en tant que principe fondamental.

D'autre part, ce rapport ose affirmer qu'un euroscepticisme injustifié est dû aux mesures superflues «prises par les États membres lors de l'application des législations de l'Union».

Alors, vous ne seriez responsables de rien? Irresponsables du chômage de masse et de la destruction d'emplois partout en Europe. Irresponsables de la submersion migratoire, que vous avez organisée, et dont vous imposez la répartition aux peuples qui n'en peuvent plus et n'en veulent pas, comme nous l'a montré le référendum hongrois.

Vos politiques sont irresponsables. Vous n'avez besoin de personne pour provoquer le mécontentement et la colère des peuples, mais pour donner des leçons de morale, vous êtes toujours les premiers, à l'instar du ministre des affaires étrangères luxembourgeois, qui a appelé à exclure la Hongrie car elle ne respecterait pas les valeurs de l'Union. Je lui réponds: «Et le LuxLeaks?». Il y a un principe ici, qui est le principe de coopération loyale, qui veut également dire qu'il ne faut pas arnaquer ses petits camarades.

Vous osez tout et c'est même à cela que l'on vous reconnaît.

Diane Dodds (NI). – Madam President, the prime minister, Theresa May, has confirmed in no uncertain terms that Brexit is happening. The British people will get what they voted for: control of their money, control of their borders and the right to make their own laws.

Article 50 is to be invoked by the spring and, after 45 years of surrendering control to Brussels, British law will again rest supreme across the United Kingdom. So in this debate on the application and monitoring of EU law, I am glad to say that the great repeal bill will give our national parliament its say. The sole right to make laws on behalf of the British people will rest with the British parliament and its devolved assemblies.

So in this negotiation that is coming up I would urge all those people, on all sides, to be forward-thinking and outward-looking in defining a new and positive trading relationship with our neighbours in Europe, and outward-looking in embracing new opportunities with the rest of the world. Let us step up, not step back, and create a positive atmosphere for a new relationship within Europe.

Pavel Svoboda (PPE). – Paní předsedající, mluvíme-li dnes o pravidelné zprávě o aplikaci práva Evropské unie, můžeme si připomenout slova prvního předsedy Evropské komise Waltra Hallsteina, který řekl: „Společenství je výtvorem práva, to je ta rozhodující novost, jež je odlišuje od předchozích pokusů o sjednocení Evropy, ne násilí, ne poroba jsou použity jako nástroj, ale duchovní kulturní síla, právo." Tato slova nám mohou připomenout, že právo nemůžeme vnímat jen jako technickou záležitost.

V této souvislosti bych chtěl podpořit Komisi v její roli strážkyně Smluv, protože se domnívám, že tato její specifická role je v současnosti zásadní, a je jedině dobře, pokud Komise vystupuje na obhajobu nejen litery, ale i ducha evropské legislativy. Pokud se společně dohodneme na určitých pravidlech, musíme prokázat vůli je také společně dodržovat a nalézt vůli je prosazovat. I tento moment v důsledku může přispět k pozitivnímu vnímání Evropské unie u jejích občanů. Zde bych také rád upozornil na související témata, a tím je kvalita přijímaných pravidel. V tomto směru doufám, že se společně s Komisí a Radou budeme ještě dále zlepšovat a najdeme společnou řeč, třeba i pokud jde o správní právo Evropské unie.

Sergio Gaetano Cofferati (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, la relazione evidenza l'esistenza di due problemi seri che dovrebbero essere, a mio parere, risolti rapidamente.

Il primo è relativo agli indicatori. La relazione si basa su indicatori puramente quantitativi, mentre a noi servono anche elementi di valutazione qualitativi per comprendere quali sono le ragioni e le caratteristiche della non applicazione in alcuni Stati delle norme europee. Abbiamo bisogno di esprimere un giudizio politico che si può dare soltanto se si hanno tutti gli elementi di valutazione che oggi purtroppo mancano. L'integrazione europea non la possiamo misurare solo con parametri asettici come sono quelli quantitativi.

La seconda questione è relativa alla trasparenza. Il Parlamento, come lei sa, ha un accesso difficile sia alla conoscenza del sistema pilota sia a quella relativa sui casi pendenti. Noi non siamo in grado di valutare se la riduzione del numero di procedure formali rispecchi realmente la maggiore attuazione del diritto dell'Unione europea, oppure se non sia il compromesso tra la Commissione e gli Stati membri. Allora, avere anche qui elementi di trasparenza renderebbe il suo lavoro, ma soprattutto il nostro intervento, molto più efficace e preciso.

Ulrike Trebesius (ECR). – Frau Präsidentin! Wir reden hier im Parlament oft über europäische Ideale und große zivilisatorische Errungenschaften wie den Rechtsstaat. In diesem Sinne ist die Umsetzung des EU-Rechts, die heute hier besprochen wird, von großer Bedeutung, und ich freue mich, wie bei so vielen Details genau hingeschaut wird. Leider ist die EU bei den großen Dingen noch viel weniger genau. Auch 2014 wurden im Zuge der sogenannten Euro-Rettung massiv Gesetze gebrochen. So wurden 2014 beispielsweise 8,3 Mrd. EUR an europäischen Mitteln aus dem ESFS an Griechenland überwiesen.

Der ESFS ist eines der Instrumente der Europäischen Union. Die Vergabe dieser Mittel wurde von der Euro-Gruppe zu diesem Zeitpunkt mit dem Versprechen der Schuldentragfähigkeit Griechenlands verknüpft. Heute wissen wir, dass der IWF diese Schuldentragfähigkeit offiziell in Abrede stellt und einen Schuldenschnitt fordert. Wir haben schon vor 2014 festgestellt, dass die griechischen Schulden nicht tragbar sind, und auch die Eurogruppe muss sich darüber im Klaren gewesen sein. Hier liegt meiner Meinung nach ein klarer Rechtsbruch des Vertrages von Maastricht vor, und es ist doch immer wieder erstaunlich, wie wenig der Rechtstaat hier zählt, wenn es nur genügend Politiker gibt, die an solchen Rechtsbrüchen interessiert sind.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señora Presidenta, la aplicación de la legislación europea no es un debate técnico, es un debate político. Todos sabemos que la normativa europea se aplica y controla cuando favorece a los grandes capitales, pero se olvida cuando trata de proteger a los trabajadores europeos. Basta observar cómo la Comisión y la Unión Europea se afanan por hacer cumplir cada medida de austeridad, de recortes, de pérdida de derechos, y olvidan, deliberadamente, actuar en el campo social.

Pongo dos ejemplos: el dumping social. Tenemos directivas para exigir el control del cabotaje y las empresas buzón en el transporte por carretera, pero la Unión Europea no controla su aplicación; en cambio, cuando se intenta aplicar un salario mínimo a los transportistas, ustedes corren a invocar la normativa europea e impedir que se reconozca un derecho tan fundamental como el de «a igual empleo, igual salario».

Otro ejemplo: la normativa laboral. Ustedes intervienen alegremente en el marco laboral, por ejemplo, en el español; se han impuesto dos reformas, pero, mientras ustedes predican recortes y otros los aplican, se les olvida que la normativa europea se basa también en el principio de no discriminación, y tiene que ser el Tribunal de Justicia de la Unión Europea el que intervenga para reconocer derechos a los trabajadores temporales e interinos.

Pero, para que una ley sea justa, lo que hay que hacer es sobre todo aplicarla en beneficio de todas las partes, y no como se está haciendo.

Gilles Lebreton (ENF). – Madame la Présidente, le rapport 2014 sur le contrôle de l'application du droit de l'Union est écrit en termes diplomatiques. Il est cependant sévère pour la Commission de Bruxelles. Il pointe, par exemple, le favoritisme ou la lâcheté dont la Commission fait preuve à l'égard de l'Allemagne. Elle ouvre, en effet, rarement des procédures d'infraction contre le pays de M[me] Merkel, alors qu'il est pourtant l'un des trois États de l'Union qui suscitent le plus de plaintes.

Pour le reste, le bilan de l'action de la Commission est effrayant: délais irréalistes imposés aux États pour appliquer les directives et règlements européens; manque de transparence dans tous les domaines, et pas seulement dans la négociation du TAFTA; mise à l'index du projet de code de procédure administrative, qui aurait pourtant assuré une protection accrue des administrés; et enfin, hélas, violation des traités, alors qu'elle en est officiellement la gardienne.

Un mot résume l'attitude de la Commission: «mépris» – mépris à l'égard du droit, mépris à l'égard du Parlement européen, mépris à l'égard des États et, enfin, mépris à l'égard des citoyens, qui s'en souviendront au moment de voter.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, είναι γεγονός ότι η ορθή και έγκαιρη μεταφορά του ενωσιακού δικαίου στα δίκαια των κρατών μελών πρέπει να αποτελεί μία από τις προτεραιότητες των κρατών. Αυτό θα συμβάλλει τόσο στην αύξηση της αξιοπιστίας των θεσμικών οργάνων, όσο και στην αντιμετώπιση κάποιων παρενεργειών που παρατηρούνται. Για να επιτύχει όμως αυτός ο στόχος δεν πρέπει να γίνεται αυτή η προσπάθεια ούτε υπό πίεση χρόνου, ούτε πρέπει να επιδιώκεται να εφαρμοστεί ομοιόμορφα σε όλα τα κράτη, διότι το κάθε κράτος έχει τις δικές του ιδιαιτερότητες που πρέπει να λαμβάνονται υπόψη. Παραδείγματος χάρη, με διαφορετικό τρόπο επηρεάζεται μια χώρα του Νότου από μια χώρα του Βορρά από μία οδηγία που αναφέρεται στα γεωργικά και τα κτηνοτροφικά προϊόντα.

Κανείς δεν μπορεί να κατηγορήσει την Ελλάδα, η οικονομία της οποίας έχει καταστραφεί από τα μνημόνια, επειδή καθυστερούν να γίνουν οι συναλλαγές μεταξύ των επιχειρήσεων. Εάν θέλουμε λοιπόν την ομαλή μεταφορά του δικαίου, πρέπει να προσεγγίσουμε το θέμα με πραγματιστική διάθεση. Διαφορετικά, οι καρεκλοκένταυροι των Βρυξελλών που έχουν την τάση να θεωρούν τα κράτη ως υποτελείς που πρέπει να εφαρμόζουν άμεσα και αναντίρρητα τις οδηγίες των προϊσταμένων τους θα έχουν πρόβλημα.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE). – Señora Presidenta, analizamos hoy el trigésimo segundo informe sobre la aplicación del Derecho de la Unión Europea en el año 2014. Efectivamente, garantizar la aplicación de ese Derecho de la Unión Europea es esencial y tiene que ser una de las prioridades de la Comisión. Significará que la Unión Europea funciona en condiciones.

Hay tres actores. Por una parte, la Comisión: es responsabilidad suya tener un papel activo en mejorar la aplicación, la observancia y el control del cumplimiento de estas normas; pero también, el papel del Parlamento, concretamente con la Comisión de Peticiones, de poder controlar que ese funcionamiento sea real —los ciudadanos nos denuncian en la Comisión de Peticiones casos de mal funcionamiento y, por lo tanto, es una información muy útil para la Comisión—; y, por último, el papel de los Estados miembros.

Qué duda cabe de que han disminuido —lo hemos podido ver en este informe— los conflictos y los procedimientos de infracción, porque el diálogo estructurado entre los Estados miembros y la propia Comisión ha dado frutos. De hecho, el proyecto piloto de ese diálogo ha hecho que muchos procedimientos no llegaran al expediente de infracción, y eso creemos que es una buena noticia.

Es verdad que casi todas las infracciones versan sobre servicios, medio ambiente, transportes y todo lo que sería desarrollo, pero no es menos cierto que, si ponemos todos los esfuerzos por parte de todos los actores —los Estados miembros también, haciendo que las trasposiciones de las directivas se hagan en tiempo y forma, y también ponemos plazos de trasposiciones que sean realmente objetivos—, conseguiremos que los ciudadanos confíen de verdad en las instituciones europeas, y ese distanciamiento entre lo que hacemos en las instituciones y lo que reciben los ciudadanos se acorte, y crean muchísimo más en nosotros.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D). – Pani Przewodnicząca! W 2014 r. Komisja Europejska otrzymała 3 715 skarg dotyczących domniemanych naruszeń prawa unijnego i wszczęła 893 nowe postępowania w sprawie uchybienia zobowiązaniom państw członkowskich. W latach 2010-2014 wszczęto 3 550 postępowań z powodu spóźnionej transpozycji 439 dyrektyw przez państwa członkowskie. Najwięcej postępowań w sprawie uchybienia toczyło się w odniesieniu do środowiska, transportu, rynku wewnętrznego i usług. W sprawozdaniu rocznym podkreślono też fakt, że liczba formalnych postępowań zmniejszyła się w ciągu ostatnich pięciu lat. Według Komisji jest to wynik odzwierciedlający skuteczność zorganizowanego dialogu z państwami członkowskimi poprzez procedurę EU Pilot. Niemniej jednak Parlament Europejski ma w dalszym ciągu stosunkowo ograniczony dostęp do tej procedury i toczących się postępowań. Samo egzekwowanie prawa Unii jest nadal niewystarczająco przejrzyste. Parlament Europejski powinien też odgrywać większą rolę w analizowaniu przestrzegania prawa przez kraje aplikujące do Wspólnoty i te, z którymi Unia Europejska podpisała już układy o stowarzyszeniu.

Na koniec pragnę podziękować sprawozdawczyni za bardzo dobry dokument.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, kao zastupnica iz Hrvatske mogu iz prve ruke posvjedočiti u korist teze kako na razini države dolazi do dodatnog opterećivanja europskog zakonodavstva cijelim nizom procedura koje građanima i tvrtkama troše vrijeme i novac. No, ne mogu se složiti s izvjestiteljicom da je to glavni uzrok rasta euroskepticizma.

Ne bismo trebali zatvarati oči pred činjenicom da Unija u mnogim sferama ne funkcionira i prebacivati krivnju na države članice. One nose dio odgovornosti, ali nemojmo zaboraviti kako su očekivanja građana od supranacionalne razine drukčija i ako ih Unija ne opravda, gubit će sve više na popularnosti. Unija mora biti dodana vrijednost, u protivnom nam nije potrebna.

Da bi europsko zakonodavstvo bilo široko prihvaćeno i kvalitetno pripremljeno, moramo se vratiti istinskoj supsidijarnosti. Unija mora regulirati samo tamo gdje je to nužno kako bi se ostvarili najbolji rezultati. Daljnje miješanje u poslove države i nižih razina upravljanja donijet će nam samo još nereda i nezadovoljstva kod građana.

(Govornica se složila da odgovori na pitanje podizanjem plave kartice na osnovi članka 162. stavka 8. Poslovnika.)

Evelyn Regner (S&D), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Frau Abgeordnete: Die Mitgliedstaaten leben nicht auf dem Mars oder irgendwo anders, sondern sind als Ko-Gesetzgeber ebenfalls an der Gesetzgebung beteiligt. Ihr Redebeitrag lässt jetzt mehr oder weniger die Mitgliedstaaten so aussehen, als ob sie überrascht wären oder als ob das gar nichts mit ihren eigenen Pflichten zu tun hätte. Wie sehen Sie das?

Ruža Tomašić (ECR), *odgovor na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice*. – Gđo Regner, kad smo postali članice EU-a očekivali smo da će EU biti krovna država, država koja će nama pomagati, a ne država koja će nama govoriti točno što treba, kada treba i gdje treba. Samo govoriti, a ne biti tamo da nam pomogne na našem putu.

Dakle, jedno je naređivati, a drugo je sudjelovati s nama i voditi nas. Ima puno država članica, pogotovo postkomunističkih zemalja kojima se cijelo vrijeme govorilo što i kako će raditi, a sada im se odjednom samo naređuje bez uputa kako to napraviti.

Merja Kyllönen (GUE/NGL). – Arvoisa puhemies, yksi tämän eurooppalaisen yhteisömme EU:n isoista ongelmista on yhdessä sopimiemme asioiden täytäntöönpano. Tämä on näkynyt muun muassa pakolaiskriisin ratkaisussa. Me sovimme yhdessä ensin minimaalisen pienistä kiintiöitä, emmekä sitten omissa maissamme kykene pitämään edes siitä minimistä kiinni. Tämä syö koko ajan yhteisen järjestelmämme uskottavuutta. Vaikka päätöksemme eivät aina olisikaan kansalaisille mieluisia, meiltä kuitenkin edellytetään kykyä tehdä päätöksiä ja myös toteuttaa niitä.

Komission tehtävä on tietysti valvoa lainsäädännön toimeenpanoa, ja tarpeen tullen komissio myös puuttuu jäsenmaiden toimintaan. Mutta mitkä ovat komission prioriteetit? Eniten uusia rikkomusmenettelyjä vuonna 2014 oli ympäristö-, terveys-, kuluttajansuoja-, liikkuvuus- ja liikenne-aloilla.

Talouskuripolitiikan toimeenpanoa jäsenmailta kyllä edellytetään ja sen toimeenpanoa komissio vahtii haukan lailla. Toivoisimme samanlaista intohimoa myös yhteisesti sovituissa ympäristö-, terveys-, kuluttaja- ja liikenneasioissa.

Емил Радев (PPE). – Благодаря на г-жа Хаутала за изчерпателния доклад. Прилагането на правото на Европейския съюз от държавите членки е задължително условие за доброто функциониране на правовия ред на Съюза. По този начин ще засилим доверието и увереността в целите на Съюза пред нашите граждани.

И през 2014 г. околната среда и транспортът продължават да бъдат едни от областите, в които са образувани най-много нови производства по неизпълнение на правото на Европейския съюз. Като една от причините за неизпълнение можем да посочим нереалистичните срокове за прилагане на законодателството. Те оказват влияние върху навременното прилагане на европейското законодателство. В тази връзка вярвам, че европейските институции трябва да постигнат съгласие за по-подходящи срокове за прилагането на регламентите и директивите, като вземат надлежно предвид необходимите периоди за контрол и за консултации.

По-ясно и разбираемо законотворчество също ще спомогне за по-доброто и ефикасно прилагане на разпоредбите. В тази връзка Междуинституционалното споразумение за по-добро законотворчество е стъпка в правилната посока.

Виждаме, че системата EU Pilot също се утвърждава като полезна и оказва положително въздействие за насърчаване на по-ефикасното изпълнение на правото на Европейския съюз. Въпреки това Европейската комисия трябва да подобри прозрачността и да осигури достатъчно информация на Европейския парламент по висящите досиета.

И последно искам да обърна внимание на факта, че за пореден път призоваваме Европейската комисия да представи законодателно предложение относно административно-процесуалното право на Европейския съюз, като вземе предвид мерките, предприети досега в тази област от Европейския парламент, и документа, който изработихме в работната група по въпросите на административното право.

Victor Negrescu (S&D). – Doamnă președintă, două treimi din legislațiile naționale sunt influențate de deciziile luate la nivel european. Acest lucru este esențial pentru construcția unei Uniuni Europene unite și coerente. Cu toate acestea, legislația europeană este de foarte multe ori blamată pentru densitatea sa și pentru faptul că ar genera prea multă birocrație. Interesant este că totuși cetățenii solicită intervenția Uniunii în domenii în care nu există competențe, iar statele membre caută sprijinul Europei unite în situațiile dificile. Vedem acest lucru în numărul important de solicitări și petiții care vin către noi, fie din partea cetățenilor, dar și din partea statelor sau autorităților locale. Este clar că trebuie să creștem transparența privind procesul decizional european. Trebuie să implicăm mai direct cetățenii, să comunicăm cu societatea civilă și să veghem ca legislația europeană este cunoscută și mai ales înțeleasă înainte de a fi implementată. Acțiunea legală a Uniunii Europene trebuie să fie din nou percepută ca fiind rezultatul unei consultări largi și o expresie a interesului general și de aceea împreună cu colegii din Parlamentul European venim cu o serie de recomandări precum: creșterea interacțiunii online, dezvoltarea de consilii consultative sau stabilirea unui dialog instituțional mai transparent cu statele membre și grupurile vizate de măsurile europene.

Monika Flašíková Beňová (S&D). – Každoročná správa Komisie o kontrole uplatňovania práva Európskej únie konštatuje, že najviac prípadov, kde si členské štáty nesplnili povinnosti, spadá do oblasti životného prostredia, dopravy, vnútorného trhu a služieb. Vítam, že za posledných päť rokov sa počet formálnych konaní o nesplnení povinností znížil, čo môže poukazovať na dosiahnuté pokroky v práci projektu in pilot. Európsky parlament má však aj v súčasnosti značne obmedzený prístup k informáciám, ktoré sú spracúvané v rámci predmetného projektu, a je preto náročné určiť, do akej miery zníženie počtu formálnych konaní o nesplnení povinností skutočne odráža lepšie dodržiavanie práva Únie členskými štátmi a nie kompromisné riešenia medzi Komisiou a členskými štátmi. Napriek viacerým pozitívnym výsledkom musíme preto pokračovať v prijímaní ďalších opatrení, aby sme dosiahli ešte vyššiu úroveň transparentnosti. Musíme ukázať občanom, že sme schopní lepšie kontrolovať a analyzovať, ako nakladajú jednotlivé členské štáty s peniazmi.

Evelyn Regner (S&D). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin! Ich möchte Ihnen vorweg, bevor ich zum Thema komme, zu Ihrem gestrigen bewegenden Redebeitrag in der Debatte über die Frauenrechte in Polen gratulieren. Es war wirklich bewegend.

Nun zum Monitoring: Die Europäische Union wurde auf Rechtsstaatlichkeit und Vorhersehbarkeit von Rechtsvorschriften gegründet. Jeder Bürger, jede Bürgerin hat das Recht, frühzeitig darüber informiert zu werden, ob und welche Rechtsvorschriften auf europäischer Ebene erlassen werden und welche nationale Stelle für ihre Durchsetzung zuständig ist.

Die Mitgliedstaaten werden bei ihrer Pflicht zur Umsetzung nicht überrascht. Sie sind ja von Anfang an als Ko-Gesetzgeber eingebunden, und dementsprechend müssen sie genau wissen, dass es dann natürlich so schnell wie möglich daran geht, die Vorschriften auch umzusetzen. Umso mehr ist es problematisch, wenn es gerade im Arbeitsrecht, im Sozialrecht immer wieder Verzögerungen gibt. Denn hier leiden die Bürgerinnen und Bürger mehr oder weniger sehr stark. Deshalb ihre große Aufgabe beim Monitoring.

Und schließlich noch die Bitte: Achten Sie darauf, dass es sich oftmals um Mindeststandards handelt! Nicht alles ist Überregulierung, es handelt sich oftmals um Mindeststandards, die auch übertroffen werden dürfen.

Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já bych se chtěl ve svém minutovém příspěvku zaměřit pouze na otázku těch transpozičních lhůt, protože, podle mého názoru, pokud není dlouhodobě naplňován závazek státu splnit přijetí normy evropského práva ve svém národním právu, tak dochází mnohdy k porušování práv občanů v EU. A tomuto bychom měli účinněji čelit.

Já nevím, zdali konstruovat nějaký nový právní nástroj, který by lépe na takovouto situaci reagoval na poli evropského práva, ale myslím si jednoznačně, že právě dlouhodobé porušování transpoziční lhůty ze strany členských států je naprosto nepřípustné.

Mohu to ilustrovat i na problému České republiky, kde je v současné době do autorského práva inkorporována směrnice Evropské unie právě se zpožděním, a toto zpoždění má za následek, že si občané nemohou nakoupit například autorská práva od některých jiných kolektivních správců registrovaných ve členských státech EU. Směrnice měla vnést do této věci větší soutěž, a to se zatím v České republice nestalo. Myslím si, že bychom se na to měli zaměřit.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, doamnă comisar, doresc mai întâi să o felicit pe raportoare și să spun că sunt de acord cu cele spuse în raport. Formele diferite de implementare în statele membre creează, până la urmă, discriminare între cetățeni. Așa cum ați spus și dumneavoastră, doamnă comisar, nu lipsa legislației europene este principala problemă. De multe ori, eu am impresia că există o suprareglementare. Problema este monitorizarea punerii în aplicare a dreptului Uniunii și măsurile luate în cazul încălcării drepturilor europene. Doresc să transmit percepția cetățenilor din țara mea, este datoria mea să fac acest lucru, ca o persoană aleasă să îi reprezint. Percepția multor cetățeni este că, pe de o parte, rezolvarea problemelor lor este greoaie și de multe ori aceeași petiție este rezolvată diferit, pe de altă parte cetățenii doresc o mai mare transparență, proceduri simplificate și măsuri clare asupra celor care încalcă dreptul european cetățenesc. S-au dat și aici exemple și vreau să mai adaug unul, pe care l-am întâlnit și în țara mea și anume: nu se respectă dreptul la contestație, termenul acela de rezolvare a contestației. Statele membre iau decizii înainte de a expira acel termen. De aceea, doamnă comisar, accentul trebuie pus, din punctul meu de vedere, pe monitorizare și luarea de măsuri imediate în cazul încălcării dreptului european.

(Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot päättyvät)

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, I think that this is an extremely important debate which we have here because this is about something essential. Our goal is to ensure the timely – and I want to emphasise also what Mr Polčák has just said –application of EU law in the Member States. Not only that, this is also about the way we work, the methods we use, and about the cooperation of the Commission with the European Parliament and the Member States.

Although I would say the rules are very rigid, the message must be flexible, because we need to take the relevant approach to the cases which we work with. I can share with you one example: I am responsible for the integration of people in societies, for the very sensitive issue of the integration of Roma children into normal basic education, and we have three countries where we already have EU Pilot. For me, this is absolutely essential that I see the results in concrete time. The procedure itself, for me, is important and it exists, but I prefer to start EU Pilot and continuous dialogue and push the Member States. And I would emphasise the dialogue more than the push, because it is also in the interests of the Member States to change the situation. For me, reaching the next stage of the procedure is not as important as achieving the necessary results, which means that more people from Roma communities will have good quality education.

This debate is also very much connected to the Better Regulation system, which the Commission now has, meaning less new legislation, but more stress on the real application of EU law, and also more understanding of how the application of EU law works in practice. This has not been debated here at all, this effect, which gives us a chance to see better how it works in practice, and what should be corrected – because not everything which was adopted in the past is still valid and relevant for current problems. You know that we have review clauses in the EU legislation, so we must use this interaction to take the proper measures to adopt and to modify the legislation so that it better meets the needs of the 21st Century. In the digital agenda this is typical. We need to be able to have this interaction, and to understand what works, what poses big burdens on businesses and people. We must not only say that we want to cut red tape; we must do it. We must deregulate things which people across the EU are saying is making their lives more difficult and, of course, continue to check how it is with the gold-plating in the Member States. In many cases, the Member States say that Brussels gave us the legislation but in the end we see that it was the Member State which made it more difficult for the people. So this is about a method, it is about our contact with reality and the full understanding that we are here to improve the legislation and to improve the lives of people, to increase legal certainty and to contribute to increased trust.

Believe me, Mr Lebreton, who accused us of disregarding the interests of people (he is not here anymore but I would like to address him), when I became the Commissioner responsible for Justice I received hundreds of mails from people who complained about their situation and they shared with me their frustration that there is no justice for them in the EU and in their State. Maybe among the people sitting here watching us there is also such a frustration, perhaps they are not satisfied with the situation, that perhaps justice is here only for the rich or the young, and I can tell you that I read all the mails and I responded to all of them. The majority were individual cases where people were frustrated about the result of some poor decision, but many mails reflected the mistakes of the system and also the lack of application of EU law in their Member State. I found these mails alarming and we worked with them. For me this was a very important hint and impulse for the beginning of my work here, and I am sure all my colleagues experienced the same thing and we tried to work with all the complaints, be it from the European Parliament, from the Committee on Petitions, or be it directly from the citizens of the EU and of the Member States. This must be done on a continuous basis and I think this is our common goal. Thank you for this debate. I can assure you on behalf of the Commission that we have very high interest in continuing good cooperation with Parliament on better regulation and the better application of EU law.

Heidi Hautala, *rapporteur*. – Madam President, I think that this debate shows that we are dealing with a very multi-faceted, rich area where there are lots of angles that we can focus on. I would like to address a couple of them that were raised in the discussion and also in in your words, Commissioner Jourová.

First, I must say that I am – and I believe my colleagues are as well – disappointed that the Commission continues to dismiss the demand by Parliament to introduce a more open, efficient and independent EU administration on the grounds of Article 298 in the Treaties, because it seems that the Commission believes that this is an attack against it. It is not. It is also a reminder that the Commission is responsible for how the EU administration works in the bodies, offices and agencies of the Union, of which there are so many. How can you be so sure that the administration is open, efficient and independent in all those tens of different institutions?

Secondly, I would like to say that it is very important that we continue to open up what better regulation means. I would like to touch on the aspect of prevention. Last Friday, I organised a seminar in my home city of Helsinki with experts from consumer law authorities, consumer associations, trade associations and others. I must say that, when the subject is the digital agenda, under new proposals by the Commission on contracts on the purchase of digital content and tangible goods, many of these stakeholders and authorities complained about the complexity and the way in which these new proposals add to complexity. This means that it will be very difficult to apply this type of legislation properly.

I think there is no easy way out, but we need to work together and I hope that that in the next year the Parliament, when giving the answer to the Commission's next report, will have a more structured cooperation. We also missed opinions from the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety and the Committee on Transport and Tourism, having seen that these are the areas where most of the infringements actually occur.

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Komisijos metinėje Europos Sąjungos teisės taikymo stebėjimo ataskaitoje vėl pateikiama įdomi informacija apie esamą ES teisės įgyvendinimą ir jos praktinį taikymą. Ataskaitoje nurodoma, kad aplinka, transportas bei vidaus rinka ir paslaugos buvo tos politikos sritys, kuriose 2014 m. pradėta daugiausia pažeidimo nagrinėjimo procedūrų. Ataskaitoje taip pat pabrėžiama, kad per pastaruosius penkerius metus sumažėjo oficialių pažeidimo nagrinėjimo procedūrų skaičius. Reikia pabrėžti, jog už teisingą ES teisės įgyvendinimą ir taikymą visų pirma atsakingos valstybės narės ir jog valstybės narės, įgyvendindamos ES teisę, taip pat turi laikytis visų pagrindinių vertybių ir teisių, įtvirtintų Sutartyse ir ES pagrindinių teisių chartijoje. Tuo pačiu Parlamentas primena, kad Komisijai tenka atsakomybė stebėti ir vertinti, kaip įgyvendinama ES teisė, todėl nuolat ragina valstybes nares nuolat naudoti koreliacijos lenteles, tačiau pažymi, kad tai neatleidžia ES institucijų nuo pareigos gerbti ES pirminę teisę joms rengiant antrinės ES teisės aktus. Parlamentas taip pat turi atlikti itin svarbų vaidmenį vykdant politinę Komisijos vykdymo užtikrinimo veiksmų kontrolę, tikrinant metines ES teisės įgyvendinimo stebėjimo ataskaitas ir priimant atitinkamas Parlamento rezoliucijas.

Dubravka Šuica (PPE), *in writing*. – I applaud the 2014 Report on Monitoring the Application of EU Law, which gives an overview of the actual implementation and practical application of EU law and which is useful because it shows the policy areas which had the most infringement cases. However, the enforcement of EU law is still not sufficiently transparent and thus, perhaps the Commission should consider the proposals made by the new Working Group on Administrative Law, as they could lead to greater efficiency within the EU's own administrative procedures. I support this Report because it is important that we closely monitor the application of EU laws. As Vice-Chair of the Delegation for relations with Bosnia and Herzegovina, and Kosovo, I firmly believe that the Parliament should play a more important role in the analysis of how accession countries and countries with association agreements comply with EU laws and that the Parliament can play a larger role in developing appropriate support for implementation of EU laws in these countries. Therefore, I support the suggestion that Parliament draft proper reports on all candidate countries in response to the annual progress reports released by the Commission, with the aim to give relevant committees the chance to deliver opinions.

3. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)

3.1. Ruanda: der Fall Victoire Ingabire

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana keskustelu kuudesta Ruandaa ja Victoire Ingabiren tapausta koskevasta päätöslauselmaesityksestä.

Ignazio Corrao, *author*. – Madam President, Victoire Ingabire, the leader of the opposition Unified Democratic Forces party, was arrested in 2010 and is being held in prison for allegedly posing a terrorist threat to the country. However, the sentence was based on unreliable evidence, while of course we would want her to be judged on the basis of a fair trial.

Like Victoire Ingabire, other political activists and government opponents have gone missing or are currently in prison. Effectively, the Rwandan government, despite calling itself democratic, is severely limiting political pluralism and obstructing freedom of expression and association throughout the country.

Therefore, it is fundamental to establish a true democratic process, even in the light of the economic agreement signed at the beginning of September. The protection and freedom of its citizens must be ensured by the Rwandese government. It is necessary to allow a European delegation to attend and give evidence when this process will be seriously started.

Mark Demesmaeker, *Auteur*. – Alleen door te luisteren naar de oppositie kan een regerende meerderheid leren zelf kritisch te zijn, niet door oppositieleiders op te sluiten. Het is een principe dat elke democratische samenleving zou moeten huldigen.

Het is daarom onaanvaardbaar dat Victoire Ingabire in oktober 2012 door een Rwandese rechtbank werd veroordeeld. De leidster van de Rwandese oppositie had twee misdrijven begaan: samenzwering tegen de autoriteiten en minimalisering van de genocide. Uit onafhankelijke internationale rapporten blijkt echter dat het proces allesbehalve eerlijk en onpartijdig was.

Het is daarom goed dat we haar zaak opvolgen en in de schijnwerpers plaatsen, want we moeten politiek geïnspireerde processen altijd en overal veroordelen. Rwanda kan een belangrijke stabiliserende rol spelen in het gebied van de Grote Meren. Het land heeft opmerkelijke economische en sociale vooruitgang geboekt. Als het nu ook in de richting gaat van een echte rechtsstaat, een echte inclusieve democratie, dan is in de regio veel mogelijk.

Daarvoor is druk van de internationale gemeenschap nodig. De EU moet haar hulp aan de Rwandese instellingen daarom tegen het licht houden en afhankelijk stellen van echte vooruitgang op het vlak van mensenrechten en vrije meningsuiting.

Rosa Estaràs Ferragut, *autora.* – Señora Presidenta, dignidad humana, libertad, democracia, igualdad, Estado de Derecho, derechos humanos, son los valores prioritarios de la Unión. Esos valores están hoy violentados en Ruanda. El régimen es un régimen donde cada palabra del presidente es en sí misma una ley.

Victoire Ingabire es una política africana valiente y comprometida, con una sólida formación técnica e intelectual, que quiso instalar un Estado de Derecho en Ruanda y fue arrestada, detenida y encarcelada en un proceso sin garantías y un proceso, como recogen multitud de observadores y oenegés, cargado de irregularidades.

Quince años de cárcel por haber osado reclamar más libertad, más democracia y más igualdad en Ruanda. Está en la cárcel por la voluntad de un régimen que no tolera una acción contraria a su visión de las cosas.

Acabo con unas palabras de Victoire en su libro *1930*: «Mis convicciones no han sido alteradas por mi estancia en la cárcel; la paz y la solidaridad de los ruandeses es la única vía de éxito. Que el poder de Kigali decida mantenerme en cautividad o no, nada detendrá el viento del cambio.»

Tenemos, Señorías, una oportunidad para devolver la esperanza a Victoire y a todo un pueblo.

Pier Antonio Panzeri, *Autore.* – Signora Presidente, onorevoli colleghi, era il 2013 quando questo Parlamento pronunciava una risoluzione sulla sentenza a otto anni di reclusione inflitta a Victoire Ingabire, colpevole di aver tentato di candidarsi alla guida del Ruanda sfidando il presidente Kagame, in un processo che era di natura puramente politica. Tre anni dopo dobbiamo constatare l'inasprimento della pena, estesa a quindici anni, e il deterioramento delle condizioni di salute della leader ruandese, mentre il clima politico in preparazione delle elezioni del 2017 rischia di danneggiarsi per la pressione sui giornalisti e sui media e nel paese si evocano persino modifiche nella Costituzione per consentire al presidente di concorrere per un terzo mandato. Con questa risoluzione vogliamo mantenere viva la vicenda e chiediamo al governo ruandese di garantire il diritto a un giusto processo e assicurare spazio sufficiente alle forze di opposizione, perché la libertà di espressione sia garantita e ci sia un maggiore clima pluralista alle prossime elezioni.

Jordi Sebastià, *autor.* – Señora Presidenta, en el año 2013 este Parlamento aprobó una Resolución en la que denunciaba el caso de la prisionera política Victoire Ingabire, encarcelada en Ruanda después de un juicio político sin ninguna garantía internacional y vulnerando todas las normas elementales de la justicia.

Y en 2016 las cosas van a peor. Su salud empeora, se le impide ser visitada y asistida jurídicamente por sus abogados y también se impide a una delegación de este Parlamento, que estuvo hace unas semanas en Kigali, poder hablar con ella.

Es importante que, desde este Parlamento, salga un mensaje muy claro y muy contundente. Es importante que le digamos al Gobierno del señor Kagame que no olvidamos el caso de Victoire Ingabire; que pedimos su liberación y un juicio justo; y que tampoco olvidamos y que vamos a denunciar el encarcelamiento de periodistas, la vulneración de la libertad de expresión y la persecución de sus opositores políticos.

También es importante que mandemos un mensaje muy claro a la Unión Europea: que vigile adónde van esos fondos que enviamos a Ruanda, que no se aprovechen para dar más gloria al señor Kagame y para impedir la real democracia que necesita su pueblo.

Ángela Vallina, *autora.* – Señora Presidenta, recientemente visitamos Ruanda y tuvimos la ocasión de conocer una sociedad profundamente marcada veintidós años después por un terrible genocidio contra los tutsis.

Es verdad que las potencias coloniales durante la colonización de Ruanda fomentaron las divisiones étnicas entre hutus y tutsis, lo que supuso el caldo de cultivo que llevó a un genocidio, ante la pasividad de la comunidad internacional.

Desde GUE/NGL apoyamos esta segunda Resolución del Parlamento para esta valiente mujer ruandesa, encarcelada injustamente desde el año 2010, y pedimos que la Unión Europea actúe ya y condicione su financiación a Ruanda, de unos 40 millones de euros anuales, al respeto de los derechos humanos.

La condena de Victoire Ingabire tiene clarísimas motivaciones políticas, y lamentamos que las autoridades ruandesas nos hayan prohibido visitarla. Desde este Parlamento hacemos hoy un llamamiento urgente a las autoridades ruandesas a liberar inmediatamente, no solamente a Victoire, sino a todas aquellas personas que, como ella, están detenidas, condenadas o desaparecidas, únicamente por haber querido ejercer su derecho a la libertad de expresión.

Tomáš Zdechovský, *za skupinu PPE*. – Paní předsedající, tato rezoluce má hlavní úkol připomenout rwandské vládě, že demokracie je založena na pluralistické vládě, fungující opozici, nezávislých médiích a soudech a respektování lidských práv. Bohužel jsme se na případu Victoire Ingabireové přesvědčili, že Rwanda v tomto ohledu velmi zaostává, a je nutné, aby tamější autority včetně prezidenta Kagameho zajistili dodržování základních principů demokratické společnosti.

Jak už Evropská unie opakovaně upozorňovala, je především nutné, aby se Rwanda zaměřila na dodržování lidských práv a práva na spravedlivý proces. V této souvislosti musí být znovu otevřen a revidován celý proces podle standardů jak rwandského, tak mezinárodního práva. Nemůžeme nadále tolerovat, aby rozhodnutí soudů ve Rwandě byla politicky motivována či opoziční politici stíháni za své názory a aktivity.

Maria Arena, *au nom du groupe S&D*. – Madame la Présidente, la résolution qui nous occupe aujourd'hui porte, à mon sens, plus sur l'importance du respect de l'état de droit que sur un cas particulier.

En effet, selon plusieurs rapports d'Amnesty International, les journalistes, les défenseurs des droits humains et les membres des partis politiques d'opposition travaillent dans des conditions extrêmement difficiles aujourd'hui au Rwanda. C'est pourquoi j'aurais préféré une résolution plus globale, à l'issue de notre mission de la commission des droits de la femme et de l'égalité des genres au Rwanda.

Le Rwanda est un acteur stratégique de la région des Grands Lacs et, même s'il est perçu comme un modèle de participation des femmes à la vie politique, les défis que rencontre ce pays sont encore importants, notamment en ce qui concerne: la liberté d'expression, l'état de droit, la diversité politique, la protection sociale des populations les plus précaires, la traçabilité des minerais et son rôle dans la Conférence internationale sur la région des Grands Lacs, avec pour corollaire le financement des groupes armés.

Je pense donc qu'il serait important de pouvoir avoir une résolution globale sur le Rwanda plutôt qu'une résolution particulière.

Ryszard Czarnecki, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Byłem w Rwandzie, nie tylko ja zresztą w naszym Parlamencie, i muszę powiedzieć, że jednym z najbardziej przejmujących doświadczeń w mojej karierze politycznej była obecność, zwiedzanie muzeum ludobójstwa w stolicy Rwandy, w Kigali. Kraj o tak tragicznej historii – mówiliśmy tutaj o ludobójstwie, które nastąpiło w wyniku wojny między plemionami Hutu i Tutsi – musi, powinien przynajmniej, w mojej i chyba w naszej opinii, w sposób szczególny przestrzegać praw człowieka, także praw opozycji. I myślę, że dobrze, że dzisiaj jest ta debata, dobrze, że bronimy ludzi niesłusznie więzionych, a to jest w pewnym sensie nasz moralny obowiązek, ale też pokazanie Rwandzie, że nasza wieloletnia pomoc humanitarna dla tego kraju powinna skutkować oczekiwaniem respektowania pewnych standardów.

Louis Michel, *au nom du groupe ALDE*. – Madame la Présidente, chers collègues, comme en 2013, le groupe ALDE a décidé de ne pas cosigner la résolution d'urgence portant sur M[me] Victoire Ingabire, présidente du FDU-Inkingi. Je suis assez d'accord avec M[me] Arena quand elle dit qu'on aurait dû travailler sur une résolution touchant directement au fonctionnement de la démocratie au Rwanda, au lieu d'isoler un cas qui prête indiscutablement à ambiguïté.

C'est la raison pour laquelle nous n'allons pas suivre cette résolution. La résolution est trop ambiguë, prête à confusion, exprime des accusations non vérifiables, affirmant que M[me] Victoire Ingabire a été condamnée sans preuves et, par conséquent, pour des raisons politiques.

J'ai pris la peine de rencontrer le procureur qui a géré cette question. J'ai évidemment posé toutes les questions qui touchaient aux affirmations que j'avais entendues et qui avaient été exprimées. Pas une seule de ces questions ne trouve de réponse chez le procureur. Je veux rappeler aussi que, 22 ans après un génocide abominable, on peut comprendre que les autorités soient craintives à l'idée de laisser se propager à nouveau les querelles ethniques. Or, tout le monde sait que M[me] Ingabire a des contacts avec les FDLR Interahamwe, qui sont les génocidaires de 1994. Cela doit être dit aussi.

J'ai été avec Guy Verhofstadt le témoin de l'immense courage du peuple rwandais dans un drame qui figure dans la galerie la plus sordide des abominations de l'histoire. Le Rwanda se redresse grâce à la volonté des autorités rwandaises et, surtout, du peuple rwandais de tirer leur pays vers le haut.

Je veux juste rappeler que le parlement rwandais compte 51 femmes sur 80 à la chambre des députés, soit 63,8 %, 10 femmes sur 26 au sénat, soit 30,5 %. Il est classé à ce niveau en position de tête au niveau mondial. Le *Women in Parliaments Global Forum*, présidé par Silvana Koch-Mehrin, notre ancienne collègue, va ouvrir un bureau à Kigali prochainement.

Le Rwanda compte 11 femmes sur 28 au gouvernement, soit 40 %. La peine de mort y est abolie. L'orientation sexuelle y est respectée. Cela aussi doit être dit! Je sais, bien entendu, que les droits de l'homme doivent être mieux respectés, qu'il faut y travailler, qu'on doit pousser les autorités à le faire, cela va de soi. Mais, dans le cas particulier, faire de cette résolution une résolution concernant un cas personnel, je crois que c'est une erreur.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *pregunta de «tarjeta azul»*. – Estuve en Ruanda hace dos semanas. Hay presencia en el Parlamento porque el señor Kagame las escoge a dedo; no son unos sistemas democráticos. Usted habla de desarrollo, pero no hay desarrollo cuando la democracia queda en el olvido.

La señora Ingabire, jamás se ha demostrado que tuviera ninguna pertenencia a banda terrorista. El juicio estuvo plagado de irregularidades, y así lo han reconocido Amnistía Internacional y multitud de oenegés.

Es el único: ni siquiera usted tiene el respaldo de su Grupo. La persona que vino en nombre de su Grupo a nuestra delegación firmó esta Resolución y usted le hizo retirar su firma. Es el único, o probablemente de los pocos en este Parlamento, que no está apoyando la paz, la democracia y la igualdad en la persona de Victoire Ingabire.

Louis Michel (ALDE), *réponse «carton bleu»*. – C'est un jugement de valeur que je vous laisse, Madame. Je sais que M^me^ Ingabire a des contacts avec les FDLR. Quel est le problème? Voulez-vous que je vous le dise? Parce que, ce dossier du Rwanda, je le connais peut-être un peu mieux que d'aucuns. Je l'ai suivi depuis le début.

Quel est le problème au Rwanda? Les FDLR, qui sont les génocidaires, veulent devenir un parti politique honorable au Rwanda, et les autorités y sont évidemment réticentes. En effet, elles craignent que faire de ce groupe génocidaire un parti va relancer la querelle ethnique. Et il est vrai que les autorités ne le veulent pas!

Vous savez, dans certains pays européens, il fut un moment où des partis, qui avaient joué un rôle gravissime pendant la guerre, ont aussi été interdits. Mais je n'entends personne en parler et y faire référence, cela doit aussi être dit.

Catch-the-eye procedure

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Victoire Ingabire è un'icona della lotta per la libertà e la democrazia in Ruanda. Tornata nel paese nel gennaio 2010, dopo sedici anni di esilio, per partecipare alle elezioni presidenziali, è stata arrestata nel mese di ottobre 2011 e ora è in carcere con l'accusa di terrorismo e minaccia alla sicurezza nazionale.

Per lei il Parlamento europeo aveva chiesto un giusto processo, nel rispetto degli standard giuridici internazionali. Purtroppo, recentemente ad una delegazione del Parlamento e dell'Unione europea, giunta in Ruanda per conoscere la situazione di Ingabire in prigione, è stato negato di vederla. Il paese è molto cambiato dalle stragi del 1994. Ciononostante, l'organizzazione *Human Rights Watch* ha documentato numerose sparizioni e numerosi arresti per motivi politici e detenzioni illegali, in particolare di oppositori del governo.

La detenzione di Victoire Ingabire, ormai è chiaro, risponde solo a logiche politiche del governo in carica. È necessario che l'Unione europea e la comunità internazionale chiedano l'immediato rilascio di Ingabire e di tutti i prigionieri politici.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η περίπτωση της Victoire Ingabire δείχνει με ποιο τρόπο το καθεστώς της Ρουάντα αντιμετωπίζει τους πολιτικούς του αντιπάλους, εδώ και δύο δεκαετίες: με φίμωση και φυλάκιση. Η Victoire Ingabire εκτίει τρίτη χρονιά στη φυλακή διότι διεκδικεί τα αυτονόητα: αλήθεια και δικαιοσύνη. Το καθεστώς όμως δεν φαίνεται πρόθυμο να δεχθεί και άλλη διαφορετική αφήγηση για τα γεγονότα του 1994, πέραν από την επίσημη, πάνω στην οποία στηρίζει και τη νομιμοποίησή του. Η άρνηση των αρχών της Ρουάντα να πραγματοποιηθεί η από καιρό προγραμματισμένη συνάντηση της αποστολής του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου με την ακτιβίστρια Victoire Ingabire δεν πρέπει να περάσει απαρατήρητη. Αποτελεί μια ακόμη πράξη στην μακρά προσπάθεια του καθεστώτος να βάλει τροχοπέδη στις έρευνες για τις ευθύνες που φέρουν και οι σημερινοί κυβερνώντες για τις σφαγές του 1994 που οδήγησαν εκατοντάδες χιλιάδες ανθρώπους στο θάνατο, κι από τις δύο πλευρές, και σε μια πλήρη αποσύνθεση της χώρας. Με αφορμή την περίπτωση της Victoire Ingabire πρέπει να καταδικάσουμε τις πολλές ακόμη διώξεις που υφίστανται λιγότερο γνωστοί ακτιβιστές και αντικαθεστωτικοί που βρίσκονται αυτή τη στιγμή στα μπουντρούμια της Kigali, πολλοί από τους οποίους αγνοούνται.

(Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot päättyvät)

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, I am grateful to you for raising the case of Victoire Ingabire. As you are aware, and many of you have said so, Ms Victoire Ingabire was sentenced in October 2012 to eight years in prison, having been arrested and detained on several charges, and her sentence was then extended to 15 years by the Supreme Court of Rwanda in December 2013, following appeals by both prosecution and defence. We in the Commission, and the High Representative, are of course very much aware of the fact that the European Parliament has already passed a resolution on the case of Victoire Ingabire and that members of the Committee on Women's Rights (FEMM) requested a prison visit during your visit to Kigali and that request was rejected by the Rwandan authorities.

The European Union, both the EEAS and individual EU Member States, have followed closely the situation of Ms Ingabire since her arrival in Rwanda in 2010 to run for president, and this period has included her detention, her hearings and her imprisonment since then. The court cases where observed by members of the EU diplomatic community, as well as a lawyer commissioned by the Netherlands to analyse the trial.

As you know, Ms Ingabire has filed an appeal with the African Union Court of Human and People's Rights where her case is pending, despite the recent decision of Rwanda to withdraw from a special declaration that allows for the deposition of individual cases against the Rwandan authorities. The EU will continue to follow closely the process and the outcome of this appeal, which we hope will be allowed to run its course, and here I do note the concern of the House and the resolution that the appeal should be prompt and fair.

Conditions of detention are a matter of concern. We insist that Ms Ingabire receive fair treatment in a prison facility, and that she continues to be regularly visited by members of her political party, as well as representatives of the EU diplomatic community. This is not only an issue of comfort; it is important that she should feel safe in prison and that she has access to the medicines she needs and access to legal advice.

In the Ingabire case, the EU insists that due legal process be followed, that international obligations are respected and that all the rights of the defendant, including in appeals, are fully ensured. Overall, we maintain a continuous political dialogue with Rwanda on a number of issues, including justice.

Rwanda has a managed a remarkable transformation, not only in economic reforms, but also in the area of representation of women in parliament and also in the governance of the country. These are important achievements. Let there be no mistake, we have a lot to learn here, but this should not stop us from speaking frankly with our partners on the issues that are of concern. The link between justice and political space is especially sensitive and we do have concerns which we have expressed to our Rwandan partners on the judicial treatment of some opposition actors.

At the same time, we also note that several international bodies have concluded that trials in the country are generally consistent with internationally recognised fair trial standards, and I am glad that in the draft resolution here you have expressed your respect for the independence of Rwanda's judicial system.

We will from the EU and the Member States continue to engage with the Rwandan authorities over the rule of law and further reform of the justice system in the country, as well as reform of the legal framework as to encourage widening of political space, development of a legitimate political opposition, and full exercise of political rights in the country, including freedom of speech and association. And we do so, of course, in the context of our desire to support the relevant principles in the African Charter of Democracy, elections and governments.

President. – The debate is closed.

Maurice Ponga (PPE), *par écrit*. – La question du respect des droits de l'homme et des principes démocratiques au Rwanda est fondamentale pour le Rwanda mais également pour les pays de la région. Il convient de souligner que le Rwanda a réalisé des progrès considérables ces derniers années en matière de bonne gouvernance, de développement économique et de participation des femmes dans la vie politique.

Néanmoins, l'Union européenne doit continuer au soutenir le Rwanda dans ses efforts, et notamment en assurant la promotion et le respect de l'État de droit. Le cas de M^{me} Victoire INGABIRE est complexe et la procédure judiciaire est encore en cours. Nous devons donc veiller à ce que les procédures soient respectées et les droits de l'homme respectés.

Bogdan Brunon Wenta (PPE), *na piśmie*. – Aż do marca 2016 r. Rwanda była jednym z krajów, które uznawały prawo obywateli do wniesienia skargi bezpośrednio do Afrykańskiego Trybunału Praw Człowieka i Ludów. Władze Rwandy wycofały się z grona państw respektujących te zasadę po wpłynięciu skargi złożonej przez Victoire Ingabire, aktywistkę i opozycjonistkę. Odebranie jednostkom tego uprawnienia to niepokojący znak dla społeczności międzynarodowej. Intencje władz tego kraju są wyraźne i zmierzają do ograniczenia praw człowieka, swobód obywatelskich i wolności mediów. Próby zmiany porządku konstytucyjnego przez prezydenta Paula Kagame w celu objęcia władzy po raz trzeci popychają kraj w kierunku autorytaryzmu. Przejawem tych działań jest odebranie więźniom politycznym takim jak Victoire Ingabire prawa do rzetelnego procesu, a także odmowa prawa do kontaktu, jak to miało miejsce we wrześniu, gdy delegacja Parlamentu Europejskiego chciała odwiedzić opozycjonistkę. Zaginięcie aktywistki społecznej Illuminée Irageny, które miało miejsce w marcu 2016 r., oraz dziennikarza Johna Ndabarasy, z sierpnia br., również wymagają stanowczej reakcji opinii międzynarodowej. Należy podjąć zdecydowane kroki w celu powstrzymania władz Rwandy przed kolejnymi działaniami, które mogłyby doprowadzić do zwiększenia napięć wewnętrznych, a nawet do kolejnej wojny domowej.

3.2. Sudan

President. – The next item is the debate on seven motions for a resolution on Sudan (2016/2911(RSP)).

Ignazio Corrao, *author*. – Madam President, the current issue of Sudan is taking on increasingly alarming dimensions, especially with regard to the Darfur region, where government forces have launched about thirty chemical attacks against the civilian population since the beginning of this year. The last two of these took place on 9 September, with dramatic and devastating effects; they have spared no-one.

We must immediately take measures to stop any type of attack. The Sudanese Government must ensure strict respect for human rights and freedoms of its citizens. To make this possible, it is necessary to reinforce the United Nations arms embargo and extend it to include all Sudan – not just the region of Darfur. For this purpose, we urge the Sudanese Government, this Parliament and all stakeholders to act urgently to put an end to these atrocities, allowing the necessary provision of humanitarian assistance.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

Cristian Dan Preda, *Autor.* – Domnule președinte, în ziua în care parlamentul nostru a decis să discutăm situația din Sudan, Amnesty International a publicat un raport despre această țară. Putem afla, citind textul, că forțele guvernamentale sudaneze au utilizat, în mod repetat, arme chimice împotriva civililor; am văzut că și colegul Corrao s-a referit la acest fapt.

Sunt acte oribile, pe care le condamnăm foarte ferm. Ele se adaugă altor încălcări serioase ale drepturilor omului și ale dreptului internațional umanitar. Reamintesc aici de utilizarea excesivă a forței împotriva civililor, de răpiri și execuții extrajudiciare, de acte de violență sexuală, de închiderea organizațiilor non guvernamentale, intimidarea minorităților religioase. Acesta este motivul pentru care textul nostru este foarte dur și propune mai multe sancțiuni.

Omar al-Bashir, pus de altfel sub acuzare pentru genocid și crime împotriva umanității de către Curtea Penală Internațională, trebuie să știe foarte clar cum vedem felul în care își tratează cetățenii.

Pier Antonio Panzeri, *Autore.* – Signor Presidente, onorevoli collegi, ancora oggi il Sudan presenta uno scenario drammatico, dominato da conflitti, episodi di violenza e mancanza di tutela dei diritti umani. Il caso che ha visto coinvolti alcuni membri operatori di un traffico del TRACKS Centre, una delle poche organizzazioni ancora indipendenti che operano nel campo della società civile sudanese, ne è un esempio.

Questi attivisti, accusati di incitare una guerra contro lo Stato, reato che comporta la pena di morte, hanno subito un processo giudiziario lo scorso settembre. Il processo giudiziario e le condanne subite dagli attivisti dei diritti umani rappresentano un segnale preoccupante contro tutti coloro che operano nella società civile sudanese per la difesa dei diritti umani e delle libertà civili.

Con questa risoluzione, ancora una volta, vogliamo richiamare l'attenzione sulla preoccupante situazione di conflitto presente in Sudan e chiedere alle autorità governative che gli attivisti e i collaboratori che operano nella società civile possano svolgere appieno il loro ruolo di difensori dei diritti umani, senza essere perseguiti, senza subire condanne in contrasto con quanto prescritto dal diritto internazionale.

Judith Sargentini, *Auteur.* – President al-Bashir wordt gezocht door het Internationaal Strafhof in Den Haag vanwege misdaden tegen de menselijkheid. Maar de man reist vrijelijk door Afrika en zit vooraan bij feesten en partijen. Zuid-Afrika, Tsjaad, Uganda, Congo, Djibouti –landen die het Strafhof onderschrijven– laten hem keer op keer lopen. Dat kan niet. Hier dienen zij door onze diplomatieke diensten stevig op te worden aangesproken. Of spreken onze diplomatieke diensten met meel in de mond? Is de Europese asielcrisis nu ook al leidend voor de omgangsvormen in Khartoum?

Eind 2015 werd het project voor beter migratiebeheer gelanceerd, in het kader waarvan landen in de Hoorn van Afrika hulp en training krijgen om hun buitengrenzen beter te bewaken en in omgang met migranten. Omgang met migranten, bedoelt u die constructieve samenwerking tussen Sudan en Eritrea? Mensen die worden teruggestuurd naar Eritrea lopen ongelooflijk veel gevaar. Of bedoelen we misschien die prettige samenwerking tussen Italië en Sudan, waarbij in augustus 48 potentiële vluchtelingen werden teruggestuurd naar Sudan? U gaat mij toch niet vertellen dat na Turkije ook Sudan een veilig land is geworden?

Het blijft een gotspe dat de samenwerking tussen de Europese Unie en de Afrikaanse landen om migratie tegen te houden, genoemd is naar de hoofdstad van Sudan: het Khartoum-proces. Ik wil de Europese delegatie in Khartoum op hun woord geloven als ze zeggen dat de Sudanese "*Rapid Support Forces*" natuurlijk niet in opdracht van de Europese Unie de noordgrens bewaken om vluchtelingen tegen te houden. Maar ik kan me wel levendig voorstellen dat de commandant van die "*Rapid Forces*", door ons getraind in migratiebeheer, dat misschien niet meer helemaal scherp heeft.

En laten we wel wezen: ook de Afghanistantop deze week laat zien dat het moeilijk is om migratiebeheer en ontwikkelingssamenwerking uit elkaar te houden. Mevrouw Mogherini zei: "Er bestaat nooit een voorwaardelijk verband tussen ontwikkelingshulp en wat wij doen op het gebied van migratie." Daar houd ik haar aan. Daarom wordt in deze resolutie ook opgeroepen tot het verschaffen van duidelijkheid over het gebruik van de fondsen bij het "betere migratiebeheer" in Sudan. Dan helpen we dat idee uit de wereld.

Bas Belder, *Auteur.* – De islamitische wetgeving, de sharia, die Sudan vijf jaar geleden –oktober 2011– aannam, blijkt de christelijke minderheid zwaar te treffen.

Ik ben blij dat ik oud-collega commissaris Malmström voor me zie, ik ken haar als een toegewijd voormalig lid van de Commissie buitenlandse zaken en de Subcommissie mensenrechten.

Ik zou graag van de Raad en de Commissie een gedetailleerd overzicht ontvangen van hoe het nu zit met de impact van de sharia op de christenen in Sudan. Er is een buitengewoon actieve EU-delegatie, dus zou u –want ik snap dat u dat nu niet kunt geven– kunnen doorgeven dat ik daar graag een antwoord op wil? Hoe komt dit daar nu aan voor de christelijke minderheid?

Om alvast een voorschot te nemen op de vragen die bij me leven, want ik heb deze week documentatie doorgenomen voor dit debat. Bijvoorbeeld: het verwoesten van kerken is in Sudan de afgelopen jaren een normaal patroon geworden. Klopt dit beeld? Kunt u me daarover informeren, graag schriftelijk? Het Sudanese regime voert tegen christenen in Zuid-Kordofan en Blauwe Nijl een ronduit misdadig beleid van etnische en religieuze zuiveringen. Ook hierover zou ik gedetailleerde informatie op papier waarderen en bijzonder tegemoet zien.

Mevrouw Malmström, ik ken u, een vrouw van haar woord. Ik zie graag documentatie van uw zijde tegemoet, zeker nu er een speciaal persoon is –de heer Figel– die zich met godsdienstvrijheid bezighoudt. Ik zou graag geïnformeerd worden. Wat zien wij en wat doen wij?

Marie-Christine Vergiat, *auteure*. – Monsieur le Président, nous évoquons une nouvelle fois la situation dramatique du Soudan.

Cette résolution aborde un large éventail de violations des droits de l'homme perpétrées dans ce pays: bombardements permanents des populations civiles, y compris avec des armes chimiques; répression permanente de tous les opposants; atteintes à la liberté de pensée, de conscience et de religion, quelle que soit la religion concernée; violences faites aux femmes; menaces pesant sur les migrants, comme ces malheureux Érythréens arrêtés et renvoyés directement dans leur pays, au péril de leur vie, et ce, au nom de l'Union européenne; enfin, le fait que le mandat de la Cour pénale internationale contre M. Al-Bachir soit sans cesse bafoué.

Alors, je me demande bien quelle mouche a pu piquer l'Union européenne pour qu'elle décide de tenir à Khartoum, en octobre 2014, une conférence sur les routes migratoires et les États de la Corne de l'Afrique avec des représentants de tous les États membres? Le Conseil, l'ensemble des États membres et la Commission ont ainsi donné à M. Al-Bachir la reconnaissance internationale à laquelle il aspire, rendant obsolète tout soutien, voire affichant un certain mépris, pour le travail si difficile de la Cour pénale internationale.

Pavel Telička, *author.* – Madam President, ever since February 2003 and well before, we have seen in the Darfur region nothing but violence and ethnic cleansing, all done or conducted by government forces, the secret service and pro-government militia. The United Nations calls this one of the worst humanitarian crises ever, with 2.3 million displaced and 300 000 casualties. The dictatorship in Khartoum is abusing human rights on a daily basis and is preventing aid workers, NGOs, peacekeepers and others access to aid those in need. By the way, I am grateful to my colleagues that they have accepted a proposal to name concretely the aid workers concerned, including one countryman of mine. Moreover, as has been said, Amnesty International has investigated the fact that in the last eight months there has been repeated use of chemical weapons. This Sudanese situation must end. Enough is really enough.

That is why today we call on all stakeholders involved to act quickly and to put an end to this situation. Omar al-Bashir is a war criminal and, if the rest of the world does not want to act, the EU has to move and impose targeted punitive sanctions against those responsible for continued war crimes and non-cooperation with the International Court of Justice.

Pavel Svoboda, *za skupinu PPE*. – Paní předsedající, Súdán bohužel patří mezi ty státy, o nichž zde v souvislosti s lidskými právy nemluvíme poprvé. Před 15 měsíci se Evropský parlament zastal Marjam Ibráhímové, oběti súdánské náboženské netolerance, která byla následně propuštěna.

Svědky porušování lidských práv jsme však neustále. Chci proto znovu upozornit na doporučení Evropského parlamentu Radě z června 2013, že rozvojovou pomoc je třeba poskytovat pouze tam, kde je dodržována svoboda vyznání. Několikrát jsem zde zdůraznil své přesvědčení o univerzalitě lidských práv, ale dovolte mi, abych z celého usnesení zdůraznil právo na svobodu náboženského vyznání, a to v souvislosti s českým občanem Petrem Jaškem, který je již několik měsíců vězněn v Súdánu, a já zde vyzývám súdánskou vládu k jeho okamžitému propuštění.

Julie Ward, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, how sad it is to be standing here again talking about appalling atrocities being committed in Sudan. The use of gas, cluster bombs and rape as a weapon of war have no place in our world. These are crimes against our common humanity. I would like to pay tribute to all of the brave human rights defenders and activists, and civil society organisations and networks, who risk their lives on the ground in order to let the world know what is happening. We want to stand here in solidarity with you and give you a voice. I am eternally grateful to the British organisation 'Waging Peace' with whom I am in regular contact. What we must do as MEPs is to make sure that No EU aid money is funnelled to actors committing these terrible crimes, and also that the EU does not compromise on human rights protections when doing deals on migration in the region, including the Khartoum Agreement. We continue to work to hold the Commission, the EEAS and the Council to account on this, day and night.

Mark Demesmaeker, *namens de ECR-Fractie*. – We zijn moreel verplicht om het gebruik van massavernietigingswapens luid en duidelijk te veroordelen, uit te bannen. Altijd en overal, en in het bijzonder het gebruik van chemische wapens. Het is een oorlogsmisdaad, een misdaad tegen de menselijkheid, een inbreuk op het internationaal recht.

Amnesty International heeft een goed gedocumenteerd verslag met getuigenissen en fotobewijzen van het gebruik van chemische wapens in Sudan, gericht tegen burgers, in een afgelegen gebied in Darfur. Met honderden slachtoffers, onder hen ook veel kinderen.

In Sudan, net als in de rest van de wereld, hebben burgers recht op bescherming. De internationale gemeenschap moet daartoe al haar hefbomen gebruiken. Ook om te voorzien in de toegang tot humanitaire hulp, om te zorgen voor ontwapening.

Vandaag de dag vinden dezelfde oorlogsmisdaden plaats in Darfur als in 2004. Toen schrok de wereld wakker van de mensenrechtenschendingen. Het enige dat sindsdien is veranderd, is dat de wereld niet meer toekijkt. Dat is het echte drama. Aan ons en aan u, commissaris, om dat te veranderen.

Hilde Vautmans, *namens de ALDE-Fractie*. – Sudan wordt geteisterd door heel veel plagen. Ik denk dat iedereen ze hier vandaag al heeft opgesomd. Daarenboven wordt het land sinds 1989 gegijzeld door een regeringsleider die zijn volk onderdrukt en terroriseert. Er is geen persvrijheid en het internetverkeer wordt sterk beknot.

Het is dezelfde regering die vorige week chemische wapens in Darfur dropte, waardoor vele mensen, vele kinderen het leven lieten.

Europa heeft sinds 2010 196 miljoen euro aan Sudan gegeven en via het noodtrustfronds voor Afrika is vanaf 2016 nog eens 100 miljoen euro toegekend. Het is een schande dat we een regering financieel blijven ondersteunen terwijl vrouwen worden verkracht en chemische wapens worden ingezet.

Ik roep u daarom vandaag op: geef een krachtig Europees signaal, stop de financiële stromen richting een regering die mensenrechten zo met de voeten treedt. Het is tijd voor een sterk Europees signaal.

Maria Lidia Senra Rodríguez, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, en primer lugar, nuestra condena a la violencia, las masacres y la represión sobre la población en Sudán. En segundo lugar, pedir a la Unión Europea un esfuerzo real para parar el saqueo de África. Porque sabemos que detrás de estos conflictos, normalmente, siempre hay intereses de las grandes corporaciones y de las potencias occidentales, ya sea acaparación de tierras, ya sea petróleo, ya sean minerales y, también, lógicamente, detrás está el negocio de la venta de armas.

Por eso, señora Comisaria, le pedimos que pongan todas las medidas a su alcance para parar el saqueo de África, para parar la venta de armas, y que permitan a los pueblos de África que puedan desarrollarse, mejorar la calidad de vida de sus habitantes y alcanzar la paz.

James Carver, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, Sudan's partition into two states was supposed to end decades of conflict blighting that country. However, this has unfortunately not proved to be the case with both countries still suffering the acrimony from internal conflict and persisting border disputes.

The international community must do more to support the two countries working with both Sudan and South Sudan, and, of course, the regional institutions, to help resolve the border dispute and improve human rights in terms of security and personal dignity in both countries.

The immediate humanitarian and security situation must be addressed and combined with genuine longer-term solutions. Most pressing is the issue of the removal of punitive tariffs placed on trade. The liberalisation of these rules will not only do far more to support development and the chronic needs and daily lives of people in Sudan, South Sudan, and indeed Africa as a whole, but will also help our own citizens through cheaper food and freeing up money which would otherwise go on foreign aid, which is not always ending up where it aims to be sent.

The Horn of Africa is a tragedy, but there are some good parts of it not – not least Somaliland and I, as you know, am a long-time advocate of support of international re-recognition of Somaliland. I do not think that the issue of Sudan and South Sudan needs to be a precursor or a hurdle to the genuine aspirations of people in a different part of the Horn of Africa who have led a far different, and a far more peaceful and dignified, example.

Edouard Ferrand, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, une nouvelle tragédie menace le monde. Les récents soupçons d'utilisation d'armes chimiques par le régime de Khartoum montrent que le régime soudanais est un véritable État voyou, fourrier de premier plan de l'islamisme radical. Je suis heureux de voir, ici, l'unanimité de mes collègues. Depuis Al-Tourabi jusqu'à Al-Bachir, ce régime s'est signalé par ses menées génocidaires contre les populations chrétienne et animiste, ainsi que contre les minorités du Darfour.

Quoi qu'il advienne des enquêtes sur les armes chimiques, il faut mettre au ban des nations civilisées ce régime qui fut, faut-il le rappeler, l'un des refuges de Ben Laden et un des groupes islamistes les plus radicaux.

Krzysztof Hetman (PPE). – Panie Przewodniczący! Sytuacja w Sudanie od wielu lat już pozostaje szczególnie ciężka. Trzy miliony osób w związku z konfliktem były zmuszone do opuszczenia swoich domów, setki tysięcy osób straciło życie, poziom niedożywienia jest poniżej stanów alarmowych, zaś ponad 6,5 mln osób potrzebuje różnych form pomocy humanitarnej. W kwietniu Komisja Europejska zdecydowała o przekazaniu dodatkowej pomocy w wysokości 100 mln EUR na poprawę warunków życia Sudańczyków. Zgadzam się, że ta pomoc jest zasadna i bardzo potrzebna. Niestety jednak ogromnym problemem pozostaje kwestia samego dotarcia do osób potrzebujących z uwagi na fakt celowego blokowania dostępu do najbardziej dotkniętych regionów. Uważam zatem, że Unia Europejska powinna w sposób zdecydowany potępić tego typu działalność i stanowczo sprzeciwiać się łamaniu międzynarodowego prawa humanitarnego, jak również domagać się ukarania winnych zbrodni przeciwko ludności cywilnej.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, regiunea Darfur din Sudan se află în cea mai gravă criză umanitară din lume. Peste trei milioane de oameni au nevoie de ajutor umanitar, ei sunt bolnavi, nu au hrană și cei mai mulți sunt strămutați intern. În plus, guvernul din Sudan a folosit arme chimice omorând oameni - peste 200 de oameni numai în 2016 — și majoritatea dintre aceștia sunt copii.

Știm cu toții că folosirea armelor chimice este o crimă de război. Potrivit Amnesty International au fost peste 300 de atacuri cu arme chimice numai în 2016, ultimul pe 9 septembrie 2016. În plus, activiștii pentru drepturile omului sunt închiși, reprezentanții bisericii creștine din Sudan sunt închiși și toate acestea fac ca regiunea Darfur din Sudan și Sudanul să fie practic o dictatură și o zonă în care oamenii mor de foame, mor atacați cu arme chimice.

Cer de urgență oprirea atacurilor criminale și eliberarea celor închiși din motive politice.

Urmas Paet (ALDE). – Mr President, reports on the use of chemical weapons are extremely disturbing. The use of such weapons must be investigated by the United Nations and perpetrators must be brought to justice. The situation in Darfur, in South Kordofan and Blue Nile, is deplorable. The innocent killings must stop immediately. The UN-African Union mission must be given access to these areas and humanitarian aid made accessible in this humanitarian disaster. President al-Bashir must be arrested, as foreseen by the International Criminal Court. Those States that gladly greet al-Bashir in their countries, despite the fact that he is wanted by the ICC, must keep in mind that they bear part of the responsibility for the atrocities that are going on in Sudan, by greeting al-Bashir and not allowing for his arrest.

Procedura «catch-the-eye»

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, από το 1989 και έπειτα, όταν ο Omar al-Bashir κατέλαβε με πραξικόπημα την εξουσία στο Σουδάν, η χώρα έχει τεθεί υπό αυταρχικό καθεστώς και οι συγκρούσεις στο εσωτερικό της έχουν πολλαπλασιαστεί, με αποτέλεσμα χιλιάδες θανάτους και εκατομμύρια εκτοπισμένους και πρόσφυγες. Παράλληλα, από το 2003 και έπειτα, οι συγκρούσεις στο Darfur είχαν αποτέλεσμα περισσότερους από 300.000 νεκρούς ενώ, σύμφωνα με στοιχεία της Διεθνούς Αμνηστίας, έχουν πεθάνει εκατοντάδες παιδιά από τις χημικές ουσίες με τις οποίες βομβαρδίζει η κυβέρνηση του Σουδάν την περιοχή. Επιπλέον, η ανελευθερία του τύπου και των μέσων ενημέρωσης επιδεινώνεται ενώ συχνές είναι οι ποινικές διώξεις σε βάρος δημοσιογράφων.

Είναι επομένως αναγκαίο να δοθεί ένα τέρμα σε κάθε μορφή βίας, καταστολής και παραβίασης των ανθρωπίνων δικαιωμάτων στο Σουδάν, καθώς επίσης και στους βομβαρδισμούς του άμαχου πληθυσμού με χρήση χημικών όπλων. Παράλληλα, θα πρέπει να υπάρξει χρηματοδοτική στήριξη όλων των ανθρωπιστικών οργανώσεων από την Ευρωπαϊκή Ένωση ώστε να παρέχονται τρόφιμα και υγειονομική περίθαλψη στον πληθυσμό και θα πρέπει επίσης να καταδικαστούν οι ένοπλες συγκρούσεις που λαμβάνουν χώρα στην περιοχή.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, podporuji usnesení týkající se porušování lidských práv a vlády práva Súdánu. Považuji za velmi důležité, že zde uvádíme konkrétní případy zadržení místních kněží a humanitárních pracovníků. Mezi nimi je také občan České republiky Petr Jašek. Tyto osoby v Súdánu pomáhaly místním obyvatelům v oblastech sužovaných vojenskými diktaturami, vojenskými konflikty a následně byly netolerantním súdánským režimem obviněny z protistátní činnosti. Čeká je nyní soud a jejich život je ohrožen. Tito lidé denně pomáhali v nebezpečných oblastech humanitární prací místním obyvatelům a dávali jim naději na lepší život.

Nyní je na nás, abychom se postavili nejen za jejich úsilí, ale také za ně samotné a apelovali na súdánské úřady, aby osud těchto dobrovolníků byl lepší, a abychom apelovali v tom smyslu, že nám není lhostejný. Chceme jejich propuštění. A já žádám také Vás, paní komisařko, abyste se zasadila o jejich propuštění.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la situazione in Sudan è molto difficile. Il paese è sconvolto dalle recenti violenze tra i sostenitori del presidente Salva Kiir e quelli dell'ex vicepresidente Riek Machar. Amnesty International ha denunciato che quest'anno il governo sudanese avrebbe addirittura condotto attacchi con armi chimiche contro la popolazione civile. Alle violenze si aggiunge una drammatica carestia. Sarebbero almeno cinque milioni le persone che sono alla fame. La crisi politica lascia in una condizione di forte instabilità e di violenza l'intero paese. Una situazione dolorosissima e molto complessa che ha radici lontane: la guerra, l'intreccio di interessi internazionali e di lotte tribali per il potere locale ed altro. Tutto questo a spese della popolazione civile. È ora che l'Unione europea e la comunità internazionale esercitino tutta la loro pressione per avviare anche una transizione politica o di apertura del paese alle norme democratiche, unico modo per aiutare la popolazione sudanese e anche quella del Darfur ad uscire dall'attuale stato di sottosviluppo e di sofferenza.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych se chtěl rovněž vyjádřit ve prospěch občanů, kteří jsou zadržováni v Súdánu, je to mimo jiné samozřejmě i český občan, o kterém hovořila kolegyně Šojdrová. Paní komisařko, prosím, zasaďte se o propuštění těchto lidí.

Nicméně pokud se podíváme na situaci v Súdánu v jakémsi větším rozhledu, tak zde vidíme nejen humanitární katastrofu, nejen porušování základních lidských práv, ale vidíme zde samozřejmě i zneužívání té pomoci, která je doručována. A to je do jisté míry určitým politickým střetem, protože na jedné straně chceme pomáhat těm extrémně chudým občanům, jejichž život záleží právě na této pomoci, a vedle toho vidíme právě toto zneužití.

Myslím si, že bychom se měli snažit podporovat konkrétní projekty, které například vedou k větším inovacím v zemědělství právě v této oblasti, pokud je to alespoň trochu možné, protože ty pomohou řešit situaci na místě samém.

(Fine della procedura «catch-the-eye»)

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Mr President, this is not the first time we are discussing Sudan in this plenary, and of course we see with very much concern that the human rights situation in Sudan has shown no sign of improvement and is, in fact, deteriorating. Serious human rights violations have been perpetrated by state actors, government-supported militia and rebel forces in impunity. These happened with serious disregard for Sudan's interim constitutions of 2005, international commitments or recommendations presented by the Human Rights Council.

International and local civil society organisations in Sudan face severe obstructions in their work, in particular those working on human rights issues and in conflict-affected areas. One of these organisations is the one you referred to, TRACKs, a human rights organisation which provides and facilitates training on a variety of topics, ranging from human rights to information technology. Currently ten members or affiliates of the TRACKs staff, including its Director, Khalafalla Alafif Mukhtar, who has been in detention since May, are facing trial in two separate cases under Sudan's criminal court and these carry – as you also mentioned – the death penalty.

The EU considers that the repeated official raids and summoning of staff on judicial charges are in violation of freedom of expression and association and appear to be a clear attempt to intimidate the members of the organisations due to their work on human rights or democratisation. Accordingly, we have closely followed developments on the TRACKs case and we have observed several court sessions. It is coordinating with the different EU Member States and other Western embassies on the ground to ensure a continuous international presence throughout the trials on a rotation basis. This case is, of course, also continuously raised in meetings with Sudanese officials.

Overall, promoting a conducive environment for civil society and the protection of human right defenders are key issues in EU relations with Sudan. We have the EU country map for engagement of civil society and the human rights and democracy strategy for Sudan. However, UN agencies and humanitarian partners keep being denied access to so many areas in Darfur, in South Kordofan and Blue Nile by government authorities, preventing the delivery of assistance which is so needed to the vulnerable population. We have, in the EU, been at the forefront of calling for a speedy agreement on cessation of hostilities, humanitarian taxes and an inclusive, comprehensive and transparent national dialogue process in a conducive environment.

Efforts towards peace and human rights remain a priority for the EU. The EU, in particular through our Special Representative for the Horn of Africa, Mr Alexander Rondos, supports efforts towards a holistic and inclusive political solution. Political and financial support was provided to the mediation efforts led by President Mbeki, in the framework of the African Union High-Level Implementation Panel for Sudan and South Sudan. We consider that the gravity of the human rights situation requires continued attention from the UNHCR and therefore we have supported the extension of the mandate of the independent experts on Sudan, while pushing strongly for his full access to all areas of the country.

Our commitments to enhance cooperation with African countries on migration is firmly anchored within international humanitarian law and international human rights law, and EU assistance to Sudan is delivered at bilateral and regional levels through international organisations and NGOs, not through that Sudanese Government. No support has ever been given to the rapid support forces, and we are aware of the specific situation of the Christian minorities and are looking into that. There have recently been some arrests of pastors and we are following those cases on the ground as well. The EU will continue to call for the government to respect freedom of expression, peaceful assembly and the media, to release the detainees and to give them an opportunity for fair trial and to conduct credible investigations into human rights violations that led to killing, injuries and material damage. I am sure this is not going to be the last time we discuss the terrible situation in Sudan.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà al termine della discussione.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Oggi noi denunciamo l'utilizzo di armi chimiche contro i civili nella regione del Jebel Marra, nel Darfur, da parte del governo sudanese e sottolinea che si tratta di una grave violazione delle norme internazionali nonché di un crimine di guerra; condanniamo altresì ogni altra forma di violazione dei diritti umani fondamentali perpetrata dal governo sudanese e dalle forze di opposizione nei confronti di attivisti, giornalisti e portavoce della società civile.

L'UE e i suoi Stati membri devono portare avanti il loro impegno a sostenere gli sforzi dell'Unione africana per portare la pace in Sudan e al popolo sudanese nella transizione verso una democrazia riformata dall'interno.

3.3. Thailand, vor allem der Fall Andy Hall

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione su sette proposte di risoluzione sulla Thailandia, segnatamente il caso di Andy Hall.

Ignazio Corrao, *author*. – Mr President, in October 2015 we highlighted the difficult political situation in Thailand, where a military junta took power after the coup of May 2014. At present there is no way to foresee a full transition back to a civilian government. On the contrary, the Thai military junta has adopted arbitrary and even more restrictive measures to disrupt the lives of everyone opposing the regime. Arrests and intimidation are frequent in order to control the population and reduce or eliminate citizens' freedom of expression. Among them, Andy Hall, who has always been a defender of workers' rights and a committed activist, has been falsely accused of defamation and now faces a three-year prison sentence. We ask for immediate withdrawal of this allegation, and stress the regime should change its attitude to its citizens and to fundamental freedoms. For these reasons, we think it is essential for the Commission and the European External Action Service to take action on the issue.

Jeroen Lenaers, *author*. – Mr President, this debate and this resolution are the result of our commitment and our friendship with the Thai people and it is because of this commitment and friendship that we share some of our concerns here today: concerns about the labour rights for migrants in Thailand, concerns about the disproportionate use of criminal defamation laws, and concerns about the climate and the legal framework in which human rights defenders like Andy Hall have to do their work to speak for those who cannot speak for themselves. But it is not only about concerns today; it is also about acknowledging the steps that the Thai Government has taken in recent times and about encouraging Thailand to continue and to accelerate those developments. Yesterday, many of us had the opportunity to meet with Andy Hall. He is here in Parliament today, so let us also take this opportunity to welcome him here and from this Chamber applaud his determination and his passion to bring about real change in people's lives. Workers have rights. Whether they are migrants or not, they have the right to safety and dignity at work. Andy Hall has the right to protect and to defend them, and we have a duty to help and support them.

Pier Antonio Panzeri, *Autore*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Andy Hall è uno dei molti attivisti ad avere esposto le violazioni dei diritti umani e dei diritti del lavoro subite quotidianamente dai lavoratori migranti in Thailandia. L'attività di segnalazione di Andy Hall e di altri difensori dei diritti è stata perseguita come reato di diffamazione e questo rappresenta un restringimento dello spazio di libertà e della libertà di espressione a disposizione della società civile.

Secondo noi, il governo di Bangkok deve prendere coscienza che denunciare gli abusi e le cattive pratiche delle aziende non inficerà la reputazione o l'accesso del paese al mercato globale dei prodotti, anzi contribuirà a migliorare la qualità del mondo del lavoro a beneficio dei lavoratori di ogni nazionalità. Mi auguro che la Thailandia porti avanti i progressi in tema di protezione dei diritti del lavoro e in particolare che prosegua con l'implementazione del memorandum per la cooperazione con i paesi vicini in materia di impiego di lavoratori stranieri, un sistema di regolamentazione ancora troppo poco utilizzato. Ci auguriamo che vi siano risposte positive a questa nostra risoluzione da parte delle autorità thailandesi.

Lola Sánchez Caldentey, *autora*. – Señor Presidente, el caso de Andy Hall parece una broma. ¿Cómo es posible que un defensor de los derechos de los trabajadores, ciudadano de la Unión Europea, fuese condenado a tres años de prisión condicional y a una importante multa solamente por haber colaborado en un informe de una oenegé donde exponía las violaciones de derechos humanos en la planta tailandesa Natural Fruit Company? Señores, esto es una vergüenza. Como lo es también la situación de los derechos humanos en Tailandia.

En este sentido, Human Rights Watch señala que los derechos humanos y los derechos laborales de los trabajadores migrantes, especialmente procedentes de Myanmar, Camboya y Laos, son vulnerados impunemente de forma regular y permitida.

La Unión Europea necesita fomentar sistemas vinculantes para asegurar el respeto por las empresas de los derechos humanos. Un paso imprescindible para ello es apoyar la creación de un tratado vinculante sobre transnacionales y derechos humanos en el seno de las Naciones Unidas. El año pasado nuestro representante intentó bloquear el proceso: yo estaba allí y lo vi. Esperamos que este año no se repita. Mientras tanto, ustedes lo que pueden hacer es apoyar nuestras enmiendas a esta resolución.

Dita Charanzová, *author*. – Mr President, Madam Commissioner, reporting human rights violations is not a crime. Andy Hall has been unjustly punished by Thailand for reporting violations by Thailand of its own laws and international commitments. People should not be punished for bringing injustices to light. This verdict sends an alarming message to all defenders of rights in Thailand. The Thai Government has taken measures to improve working conditions. It should confirm this commitment by pardoning Andy Hall and amending the laws under which he was convicted, including the Computer Crime Act, to make clear that these laws should not be abused to suppress individuals' fundamental rights.

Heidi Hautala, *author*. – Mr President, it is very unusual that a person whom an urgent resolution of the European Parliament concerns can be present, as many of them have disappeared or have been imprisoned. Today, however, this is not so. Mr Andy Hall is present and has been in Parliament as my guest, meeting many colleagues and other EU actors. He was deemed guilty of criminal defamation under Article 328 of the Thai Criminal Code and crimes under Article 14(1) of the Computer Crimes Act. The charges were brought against him by Natural Food Company Limited, a Thai pineapple producer, because of a report called 'Cheap has a high price', which was published by a Finnish NGO, Finnwatch. Mr Hall had done research for the report which revealed serious violations of workers' rights in Natural Food's operations. The report's aim was to investigate possible problems in Finnish retail companies' supply chains and these violations were found. To respect the court's decision does not mean that we should agree with it. Today the European Parliament will show that we disagree with the Bangkok criminal court.

I have been following Andy Hall's case for several years now and I will continue to express my support for him, among many other colleagues who are deeply touched by what happened to him. Instead of being prosecuted and convicted, Andy Hall should be given an award for his work as a human rights defender. The use of criminal defamation laws, carrying penalties of imprisonment against human rights defenders, constitutes a violation of Thailand's obligations under the International Covenant on Civil and Political Rights, to which it is a state party.

Thailand has recently made some progress in the work against labour exploitation. It has, for example, ratified ILO Convention 187 on Promotional Framework for Occupational Safety and Health. Still, Thailand should abolish the crime of defamation and it needs to revise the Computer Crime Act, which is very broadly worded. I am very concerned about what implications Mr Hall's sentence will have on people and organisations working to improve the human rights situation in Thailand. The court decision is a clear step back on freedom of expression that might lead to further silencing of human rights defenders in Thailand.

Corporate social responsibility is the cornerstone for improving the human rights situation all over the world. Transparency and responsible business conduct is today's thinking. Companies should be thankful for research and civil society that looks at their supply chains and this is exactly what the Finnish retail company S Group did by looking into the findings and remedying its supply chains.

Charles Tannock, *author.* – Mr President, since the military coup in Thailand of 2014, we have all been waiting for the promised return to democracy. We are told that following the introduction of the new constitution, democratic elections will go ahead next year, but we must question the degree of democracy on offer, in spite of the so-called democratic mandate required by the outcome of the referendum. An upper house entirely appointed by the military junta with powers to dissolve the government and appoint the prime minister is enough for me to question the democratic credentials of the new settlement for Thailand.

As for the case of my compatriot, Andy Hall, it is extremely concerning that the author of a report into migrant labour rights should end up with a criminal conviction and a three-year prison term. Regardless of the underlying intent, this case will act as a deterrent to whistleblowers and human rights activists. So I am pleased that our resolution today calls for the Thai authorities to decriminalise defamation laws, and I believe that this will go a long way to proving their commitment to improving working conditions for migrant labourers and supporting the efforts of those that seek to uncover such abuses.

Eduard Kukan, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, the work of human right defenders faces many challenges in the countries of South-East Asia. It is important, therefore, that the EU stand behind them, especially in cases when they come under attack and harassment from governments or local authorities, such as the case with Andy Hall in Thailand. Our delegation should be ready to provide them with the necessary help and assistance.

The problem of migrant workers in Thailand is well known in the region. It is important that the countries have a framework for the protection of migrant workers in place. Thailand is one of the most developed countries in the region and I hope it will remain open for workers from other countries. It should, however, respect their rights as required by international conventions. At the same time, I also appeal to the Thai Government to lift restrictions on civil rights, support democratisation of the country and protect human rights organisation and human rights defenders to work unrestricted.

David Martin, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, the court verdict against Andy Hall is not, in reality, about offences that he committed. This was a verdict against freedom of expression and human rights defenders in general. The danger of it is that it will embolden other companies to file suits against activists and workers, and indeed this is already the case in relation to 14 chicken farmers in Thailand.

It is clear, as other colleagues have said, that there are significant loopholes in the defamation and cybercrime laws in Thailand. It is these that have allowed the Natural Fruit Company to bring this unjust case against Mr Hall. Whilst we recognise that companies do have the right to sue on legitimate grounds of defamation, imprisonment is never an appropriate sentence in such cases. We encourage all governments to ensure their penal code contains effective guards against efforts aimed at silencing human rights activists and, in my last few seconds, I want to join Heidi Hautala in praising the S Group in Finland for their responsible approach to the supply chain and the actions that they have taken.

Merja Kyllönen, *GUE/NGL-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, työntekijöiden aseman parantaminen, ympäristönsuojelu, ihmisoikeudet ja demokratia ovat meille kaikille varmasti tärkeitä arvoja. EU:n on puolustettava aina, kaikissa tilanteissa niitä rohkeita ihmisiä, jotka uskaltavat panna itsensä likoon näiden arvojen puolesta.

Yhtä tärkeää on, että EU toimii johdonmukaisesti näiden arvojen puolesta myös ulko- ja kauppapolitiikassa. Jos taloudellisten etujen takia suljemme silmämme ihmisten hädältä, ei meillä ole uskottavuutta toimiessamme ja tuomitessamme yksittäisiä uutiskynnyksen ylittäviä tapahtumia. Andy Hallin kohtelu ja hänen paljastuksensa kertovat paljon enemmän thaimaalaisesta yhteiskunnasta ja globaalista taloudesta, kuin se pinta, jonka me eurooppalaiset usein lomamatkoillamme näemme.

Euroopan on edellytettävä Thaimaalta ja muiltakin kumppaneilta oikeusvaltion ja demokratian vahvistamista. Ihmisten on saatava näyttää mielipiteensä vapaasti ilman pelkoa seurauksista, olivat he sitten EU-kansalaisia, vierastyöläisiä tai ay-aktiiveja omassa maassaan.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, the fact that Andy Hall is here, and I welcome him and commend him on his courage, is I suppose indicative that this is a rather unusual resolution. Most of the people we have resolutions about are locked up and tortured, etc., but at the same time, the issue is very important because, as has been said, it is not really about Andy Hall at all, it is about the broader implications of his case and the attempt to discourage people from defending human rights when they are abused, and from defending the rights of migrant workers.

So I think we have to put extra pressure on the Thai authorities to amend the Computer Crimes Act and also the law on defamation. This is not right or proper and, because of our relationship with Thailand, the EEAS here should be in a position to put greater pressure on them to ensure that there is fair play for everybody, especially migrant workers, and also to ensure the conviction of Andy Hall is overturned.

Richard Howitt (S&D). – Mr President, on behalf of Andy's constituency MEP, Glenis Willmott, who has championed his case, and on behalf of Andy himself, who told us this yesterday, this debate and resolution is not about Andy personally. It is about an attempt to cover up abuses, low wages and child labour in the production of fruit juice that we go to Carrefour, to Morrison's, and to other supermarkets to buy and to drink.

To Thailand I say: do not criminalise those who uncover the abuses, criminalise those who perpetrate them. To Commissioner Malmstrom I say: you and I went together to the Dutch Presidency Conference on global supply chains. As CSR rapporteur I say: the Commission and Parliament together have championed the UN Guiding Principles on Business and Human Rights. EU trade policy is supposed to support core labour standards and decent work. Commissioner, in your reply tell us what these words mean in Andy's case. What action have you taken and will you take so that the responsibility of European companies is fully upheld in the policies we say we follow and so that we are not as complicit as anyone in Thailand for the abuses that Andy has uncovered?

Marc Tarabella (S&D). – Monsieur le Président, la condamnation d'Andy Hall, défenseur des droits humains, et plus particulièrement ici du droit des travailleurs migrants, est un signal catastrophique pour tous les partisans des droits de l'homme en Thaïlande.

En effet, alors qu'il était déjà difficile pour ces derniers de faire leur travail correctement, ce jugement poussera les victimes d'abus à hésiter avant de se confier sur les conditions de travail et de vie en Thaïlande.

Au lieu de respecter l'obligation qui lui incombe de protéger les militants des droits de l'homme, la Thaïlande s'est laissé embarquer dans un procès qui n'était là que pour asseoir la toute-puissance d'entreprises qui souhaitent étouffer les informations relatives à leurs abus à l'égard des travailleurs.

Malheureusement, le cas de M. Hall n'est pas le seul, et nombreux sont les défenseurs des droits humains à être poursuivis pour diffamation.

Il est grand temps que la Thaïlande comprenne qu'il faut se pencher sur son système judiciaire et cesse d'empêcher les défenseurs des droits humains de faire leur travail.

Procedura «catch-the-eye»

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, στις 20 Σεπτεμβρίου 2016, ποινικό δικαστήριο της Bangkok έκρινε τον Andy Hall ένοχο για δήθεν συκοφαντική δυσφήμιση, επιβάλλοντας του ποινή φυλάκισης τεσσάρων ετών. Ο Andy Hall αγωνίζεται τα τελευταία δέκα χρόνια για την προστασία των ανθρωπίνων δικαιωμάτων στη Νοτιοανατολική Ασία και έχει πάρει μέρος στις έρευνες για την κακομεταχείριση των μεταναστών εργαζομένων στην Ταϊλάνδη, προσκομίζοντας στοιχεία για την παραβίαση βασικών δικαιωμάτων κατά τη διάρκεια της εργασίας τους, καθώς και για την έλλειψη προστασίας από την εργατική νομοθεσία της χώρας.

Η περίπτωση ωστόσο του Andy Hall δεν είναι μοναδική στην Ταϊλάνδη. Αντίθετα, παρατηρείται αύξηση των δικαστικών διώξεων σε βάρος υπερασπιστών των ανθρωπίνων δικαιωμάτων στη χώρα. Σύμφωνα με το Γραφείο Ανθρωπίνων Δικαιωμάτων του ΟΗΕ, φέτος έχουν ήδη διωχθεί ποινικά δέκα άτομα στη χώρα διότι κατήγγειλαν περιστατικά παραβίασης δικαιωμάτων. Είναι επομένως αναγκαίο να αποκατασταθεί άμεσα η δημοκρατία στην Ταϊλάνδη και να προστατευθούν τα ανθρώπινα δικαιώματα και ιδίως τα δικαιώματα των εργαζομένων. Οι αρχές της Ταϊλάνδης οφείλουν επιτέλους να πάψουν να ασκούν ποινικές διώξεις εναντίον υπερασπιστών των ανθρωπίνων δικαιωμάτων όπως και σε αυτήν εναντίον του Andy Hall.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, non si può che esprimere preoccupazione per la condanna a quattro anni di reclusione per diffamazione e reati informatici comminata il 20 settembre scorso a Bangkok a Andy Hall, cittadino britannico, attivista per i diritti dei migranti, che tre anni fa aveva denunciato lo sfruttamento della manodopera nell'industria della lavorazione della frutta, in buona parte destinata all'esportazione verso l'Europa. Hall aveva denunciato, per conto di una ONG, l'uso di lavoro forzato minorile, salari inferiori a quelli legali e orari fuori norma in una fabbrica del colosso thailandese *National Fruit*.

L'Unione europea deve esprimere la sua condanna per un provvedimento che ancora una volta colpisce chi denuncia il lavoro anche minorile della manodopera impegnata da queste grandi multinazionali. Bisogna con forza chiedere la revisione del processo a carico di Andy Hall e allo stesso tempo interrogarci sulla qualità etica dei prodotti che entrano nel nostro mercato. I consumatori devono essere informati sulla qualità dei prodotti, ma anche sulle garanzie primarie offerte ad ogni lavoratore impiegato per la produzione. Bisogna evitare insomma che prodotti fabbricati da minori siano introdotti nel nostro mercato.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, pokud někdo zveřejní nespravedlnost, pokud žádá o prošetření porušování práva a je na základě jistého „kaučukového" zákona vlastně odsuzován, tak to nepochybně svědčí o charakteru takového režimu.

Já jsem přesvědčen, že Thajsko nemůžeme označit za demokratický stát, je mi to líto, je to krásná země, nicméně moc má v ní nyní armáda a tato armáda ji uplatňuje způsobem, který skutečně se příčí základním požadavkům, jež na demokracii klademe. Z tohoto důvodu bych byl velmi rád, kdyby samozřejmě jak paní komisařka, tak Komise vždycky velmi jasně zvažovaly, jaký druh pomoci takovému státu poskytnou, aby se skutečně dostal potřebným a aby neposiloval pouze režim.

Liisa Jaakonsaari (S&D). – Arvoisa puhemies, tässä surullisessa asiassa on onneksi monta hyvää puolta. Kansalaisjärjestöjen toimintatapa on hieno. Nyt ei puhuta yleisellä tasolla vaan on otettu yritys kohteeksi. Kaiken lisäksi tämä yritys eli suomalainen S-ketju on korjannut jo käytäntöjään.

Minusta meidän keskustelumme yksi tarkoitus on vaikuttaa suoraan komissioon. Komissaari Malmström, voisitte vähän kovistella esimerkiksi kansainvälistä työjärjestöä ILOa siitä, että otettaisiin enemmän työntekijöiden oikeuksia huomioon. Meidän on myös tuettava kansalaisjärjestöjä tässä arkisessa käytännön työssä työntekijöiden oikeuksien puolustamiseksi ja niiden oikeuksien puolustamiseksi, joita todella vähän puolustetaan eli vierastyöläisten. Andy Hall ansaitsee todellakin palkinnon eikä rangaistuksia.

(Fine della procedura «catch-the-eye»)

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Mr President, a Thai court has sentenced the British social rights campaigner, Andy Hall, to a three-year suspended prison sentence. Mr Hall is present with us today and I welcome his presence.

The case was brought against him by a Thai food processing company for his contribution to a report by the European NGO, Finnwatch, which alleged serious labour rights abuses by the company concerned. This verdict sends shivers through Thailand's already nervous human rights and social rights community. Criminal defamation laws are often used improperly by various actors to silence analysis and debate. Mr Hall's reaction, that he was grateful for the international attention the case has brought to migrant rights in Thailand, testifies to his character in a way that the verdict does not because this is, of course, a much bigger question than one person. It is not my role to criticise a court, but let me mention what the ILO country director said, and I quote, 'Labour rights abuses suffered by migrants in Thailand have been well documented in various ILO reports. The treatment alleged in the Finnwatch report is not unique to any one employer or industry'.

This verdict casts a deep shadow over the real progress in Thailand in recent months regarding labour conditions. Let me mention, for instance, the prohibition of child labour in the seafood sector, the reinforcement of the labour inspection, the new legislation for labour agencies, measures to prevent debt bondage and trafficking in human beings, more deterrent sanctions schemes on labour abuses and the decision to ratify several ILO conventions. This would, of course, not have been possible without political will and dedicated Thai officials, without our dialogue with them, and without the cooperation of the ILO. The EU has several projects in Thailand, together with the ILO, on the issue of migrant workers and labour conditions. The progress made is good and we expect it to continue. We hope that the abuses and the type of abuses which Mr Hall has documented will soon no longer be found in Thai factories.

Respecting human rights is important, but it is also good business. Companies in Thailand and everywhere in the world who want to send to the EU need to understand that European consumers demand products free of labour abuse. I say to them that they should not underestimate the fundamental decency of the European consumer during her or his daily shopping. Do not underestimate the EU's – and the increasingly global –determination in ensuring decent work in global supply chains and more transparency. This is indeed an issue we are working on with companies to see if we can formulate a more coherent corporate social responsibility strategy that we are working on within the Commission. Mr Hall, Finnwatch, Thai workers, migrant workers in Thailand and Thai officials working on labour rights all deserve our continued support and the closest possible cooperation to accelerate the process which is still so necessary.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà al termine della discussione.

(La seduta, sospesa alle 11.35, è ripresa alle 12.00)

VORSITZ: ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF

Vizepräsident

4. Internationale Rechnungslegungsstandards: IFRS 9 (Entschließungsantrag eingereicht): siehe Protokoll

5. Abstimmungsstunde

Der Präsident. — Als nächster Punkt folgt die Abstimmungsstunde.

5.1. Ruanda: der Fall Victoire Ingabire (RC-B8-1061/2016, B8-1061/2016, B8-1064/2016, B8-1065/2016, B8-1066/2016, B8-1073/2016, B8-1075/2016, B8-1076/2016) (Abstimmung)

5.2. Sudan (RC-B8-1062/2016, B8-1062/2016, B8-1067/2016, B8-1070/2016, B8-1071/2016, B8-1074/2016, B8-1078/2016, B8-1080/2016)

— *Vor der Abstimmung über Ziffer 6:*

Pavel Svoboda (PPE). – Mr President, I propose that we amend paragraph 6 of the resolution, so that at the end of the paragraph we add the words: 'and especially concerning' and then we add the four names you have in the voting lists.

I have three reasons for this amendment. Firstly, among the four there is a European citizen, a Czech national, Petr Jašek. We simply should stand behind our people and, at the same time, not forget the other three. Secondly, we are voting on urgent cases, urgent individual cases and not country-by-country reports. Concrete names make a difference.

Lastly, these four people are threatened by a death sentence; to be or not to be mentioned in this resolution can make the difference between life and death. I therefore beg you, colleagues, to kindly accept this amendment.

(Der mündliche Änderungsantrag wird übernommen.)

5.3. Thailand, vor allem der Fall Andy Hall (B8-1077/2016, B8-1079/2016, B8-1081/2016, B8-1082/2016, RC-B8-1068/2016, B8-1068/2016, B8-1069/2016, B8-1072/2016)

5.4. Internationale Rechnungslegungsstandards: IFRS 9 (B8-1060/2016) (Abstimmung)

— *Before the vote:*

President. — If this is a point of order, I would like you to tell us which Rule you are basing your intervention on, please.

Malin Björk (GUE/NGL). – Mr President, of course, it is Rule 135 on breaches of human rights and international law. I want to say to this House that we have no news from the peaceful Women's Boat to Gaza; they are being held in Israel.

(The President cut off the speaker)

Der Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben alle Themen, die uns besonders auf den Nägeln brennen. Aber die eignen sich nicht als Geschäftsordnungsanträge. Ich hatte mit der Kollegin im Vorfeld dieser Plenarsitzung genau darüber gesprochen. Ich bitte daher um Verständnis, dass ich das etwas strenger handhabe. Wir sollten diese Diskussionen in den dafür vorgesehenen Ausschüssen und Treffen führen.

(Beifall)

5.5. Lage in Syrien (B8-1089/2016, B8-1090/2016) (Abstimmung)

5.6. VN-Konferenz über Klimaänderungen 2016 in Marrakesch (Marokko) (COP22) (B8-1043/2016) (Abstimmung)

5.7. Durchführung der Verordnung über Lebensmittelkontaktmaterialien (A8-0237/2016 - Christel Schaldemose) (Abstimmung)

5.8. Kontrolle der Anwendung des EU-Rechts: Jahresbericht 2014 (A8-0262/2016 - Heidi Hautala) (Abstimmung)

5.9. Einwände gemäß Artikel 106 GO: Inverkehrbringen von Saatgut zum Anbau von genetisch verändertem Mais der Sorte Bt11 (B8-1083/2016) (Abstimmung)

5.10. Einwände gemäß Artikel 106 GO: Inverkehrbringen von Saatgut zum Anbau von genetisch verändertem Mais der Sorte 1507 (B8-1085/2016) (Abstimmung)

5.11. Einwände gemäß Artikel 106 GO: Erneuerung der Zulassung für Saatgut zum Anbau von genetisch verändertem Mais der Sorte MON 810 (B8-1086/2016) (Abstimmung)

5.12. Einwände gemäß Artikel 106 GO: Erneuerung der Zulassung von Erzeugnissen aus genetisch verändertem Mais der Sorte MON 810 (B8-1084/2016) (Abstimmung)

5.13. Einwände gemäß Artikel 106 GO: Inverkehrbringen der genetisch veränderten Baumwollsorte 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913 (B8-1088/2016) (Abstimmung)

Der Präsident. — Damit ist die Abstimmungsstunde geschlossen.

6. Stimmerklärungen

6.1. Internationale Rechnungslegungsstandards: IFRS 9 (B8-1060/2016)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Úr! A nemzetközi pénzügyi jelentési standardokkal összefüggő jelentés szavazása kapcsán joggal kérdezhetik azok a választók, akik engem ismernek, hogy egyáltalán milyen alapon merek én ilyen kérdésben szavazni, hiszen nem vagyok közgazdász, nem vagyok pénzügyi szakember. Napról napra találkozom viszont jogászként és képviselőként olyanokkal, akik szenvednek a banki spekulációknak a hatásaitól. Tehát azt a gazdasági-pénzügyi szakembert, aki segít nekem ilyenkor a szavazólisták elkészítésében, arra szoktam kérni, hogy olyan szakmai tanácsot adjon, amely végeredményében a spekulációs lehetőségeknek a csökkentéséhez vezet. Itt tehát egy rendszerszintű problémáról van szó, a nemzetközi pénzügyi spekulációkról. Addig, amíg az a neoliberális pénzügyi gazdasági rendszer van érvényben, ami most a világban érvényben van, addig ez megszűnni nem fog, de mivel azt gondoltuk szakértőmmel együtt, hogy ezek a standardok csökkenthetik a spekulációt, megszavaztam a jelentést.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señor Presidente, creemos que pasar de un modelo en el que no se contabilizan las pérdidas bancarias hasta que estallan a un modelo en que los bancos deben contabilizar, en cada momento, su exposición real a los riesgos financieros es un paso positivo, porque permitirá una imagen más clara del estado de salud de los bancos y contribuirá a evitar un exceso de riesgo, o lo que eso significa, que sean los pueblos quienes paguen los desmanes de las finanzas.

Si me he abstenido en la propuesta del Parlamento es porque intenta diluir, de algún modo, la eficacia de estos nuevos estándares, de las NIIF 9, evitando referencias a la posible captura regulatoria y abonando, en general, una visión negativa de las nuevas normas, como si para fomentar el crecimiento económico hubiera que abonar la especulación financiera.

No podemos comprender la enorme inestabilidad del actual sistema económico, el poder del gran capital sobre los Estados y sobre los propios trabajadores, sin mencionar la creciente expansión de los servicios financieros y el motivo especulativo.

Seán Kelly (PPE). – Go raibh maith agat a Uachtaráin. Vótáil mé le mo ghrúpa sna vótaí seo agus tá áthas orm é sin a dhéanamh. Freisin, bhí sé de phribhléid agam labhairt ar son mo ghrúpa ar an ábhar seo go déanach oíche Dé Máirt, timpeall leath uair tar éis a haon déag. Ach ní gá dom mórán eile a rá ach tá seo ana thábhacht: go dtabharfaimid gach seans do na bainc airgead a thabhairt do na custaiméirí agus ag an am gcéanna má tá fadhbanna ann, go bhfeicfear na fadhbanna sin chomh luath agus is féidir, agus gur féidir leo bearta a dhéanamh dá réir. Dá bhrí sin táimid ag iarraidh cothromaíocht a chur isteach anseo agus is dóigh liom go bhfuil a fhios ag an gcoimisinéir mar dúirt sí é dhá oíche ó shin go bhfuil fadhbanna agus go bhfuil saghas, na bainc, go bhfuil eagla orthu go ndéanfaidh sé an-difríocht dóibh maidir le hairgead a chur ar fáil do dhaoine ach is dóigh liom gur féidir é sin a cheartú. Go raibh maith agat.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He apoyado la decisión de otorgar la no objeción a la actualización de los estándares internacionales para la elaboración de informes financieros (IFRS 9), con la finalidad de aumentar la transparencia tras la crisis financiera. Asimismo, comparto que se pida a la Comisión que tome medidas para aplicar los estándares al sector de los seguros de las inversiones a largo plazo.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — This non-legislative resolution calls on the Commission to act, and in particular to 'make sure that IFRS 9 serves the EU's long-term investment strategy'. This would be putting the cart before the horse. Accordingly, UKIP voted against.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Considero, como dice el informe, que los IFRS 9 son un importante avance contable, al pasar de un modelo de «pérdida incurrida» a otro de «pérdida esperada», es decir, al obligar al sistema financiero a provisionar inmediatamente los riesgos que se incurren, en vez de mantenerlos bajo la alfombra hasta que estalla la burbuja. Si me he abstenido, es porque esta moción pretende posponer su entrada en vigor y diluir algunas de sus propuestas, con el fin de proteger a las finanzas europeas por encima del interés general.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport promouvant des normes comptables qui assurent la stabilité financière, la croissance durable et l'investissement à long terme.

Une réforme profonde du processus d'élaboration et d'approbation des normes comptables est fondamentale pour assurer la transparence et la responsabilité.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the resolution on International Financial Reporting Standards: IFRS 9. The global financial crisis brought onto the EU agenda the role played by international financial reporting standards (IFRS) in financial stability and growth, in particular the rules regarding the recognition of losses incurred in the banking system. IFRS 9 – Financial Instruments were issued by the International Accounting Standards Board (IASB) as a key response to the financial crisis and its impact on the banking sector. I supported this motion for a resolution as it thoroughly notes the absence of a proper quantitative impact assessment for IFRS 9, which is due in part to a lack of reliable data. Also, it underlines the need to gain a better understanding of the impact of IFRS 9 on the banking sector, the insurance sector and the financial markets in general. I also welcome this resolution call on the European Commission, together with the European Supervisory Agencies (ESAs), the European Central Bank and the European Systemic Risk Board (ESRB), to closely monitor the implementation of IFRS 9 in the European Union.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της πρότασης ψηφίσματος σχετικά με τα Διεθνή Πρότυπα Χρηματοοικονομικής Αναφοράς (IFRS 9), διότι αφορά λογιστικά πρότυπα τα οποία διασφαλίζουν χρηματοπιστωτική σταθερότητα, βιώσιμη ανάπτυξη και μακροπρόθεσμες επενδύσεις.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La norme IFRS 9 s'applique aux instruments financiers et doit résoudre les difficultés liées à IAS 39 *(International Accounting Standards)*, qui est la norme actuelle. Le grand changement vient surtout de la notion de «juste valeur» , qui permet de valoriser les actifs et les passifs des grandes entreprises selon leur valeur de marché ou, à défaut, selon leur valeur calculée par la somme actualisée des flux de revenus attendus de leur utilisation. La proposition de résolution rédigée par la commission ECON demande aux organismes de règlementation financière européens et internationaux de produire des études d'impact des normes IFRS 9 sur les secteurs bancaires, financiers et de l'assurance. La proposition met en avant des inquiétudes au sujet du décalage des dates d'entrée en vigueur des IFRS 9 et des nouvelles normes comptables pour les produits d'assurance, les IFRS 17. En effet, cela pourrait entrainer des incohérences graves pour les sociétés qui utilisent ces deux types de produits. J'ai voté favorablement à cette proposition essentiellement technique, qui fait suite aux très faibles retours que le Parlement européen reçoit des organismes de régulation et de la Commission européenne sur les demandes d'études d'impact des IFRS 9.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against due to the calls for Commission action in this regard.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution car j'estime que la norme IFRS 9 est l'une des réactions nécessaires de l'IASB face à la crise financière.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A 2008-ban kezdődött globális pénzügyi válság hatására a G20-ak és az EU napirendjére került a nemzetközi pénzügyi beszámolási standardok pénzügyi stabilitásban és növekedésben betöltött szerepének vizsgálata, különös tekintettel a bankrendszerben realizált veszteségek elszámolására. Ugyanis a válság előtti számviteli standardok nem működtek megfelelően, például az eredmény elszámolásában prociklikusságot eredményeztek, vagyis a ciklus fellendülési szakaszában alábecsülték a kockázatok felhalmozódását, továbbá a nem likvid és értékvesztett eszközök értékelésére nem volt közös és átlátható módszertan. Az állásfoglalási indítvány a nemzetközi pénzügyi beszámolási standardok új alapokra helyezéséről szól.

Megítélésem szerint ez a szabályozás a pénzügyi válságok lehetőségét nem szünteti meg, mert az alapvetően a pénzügyi szféra liberalizációjával és az ezt követő koncentrálódással függ össze, de bizonyos mértékig fékezheti a spekulációt, ezért – fenntartásaim ellenére – elfogadását támogattam.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – This non-legislative resolution calls on the Commission to act, and in particular to 'make sure that IFRS 9 serves the EU's long-term investment strategy'. This would be putting the cart before the horse. Accordingly UKIP voted against.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Le Conseil des normes comptables internationales (IASB) a pour objectif d'élaborer un ensemble de normes comptables applicables partout dans le monde, et donc à créer un langage commun pour l'information financière au niveau mondial. Ces normes portent le nom *d'International Financial Reporting Standards* (IFRS). Depuis 2005, le règlement IAS impose aux sociétés de l'Union cotées en bourse d'établir leurs états financiers consolidés conformément à ces normes. Je suis favorable à cette proposition de résolution technique, qui demande principalement aux organismes de règlementation financière et bancaire internationaux la mise à disposition d'études d'impact des normes comptables IFRS9 (pour les produits financiers) sur les secteurs bancaires, financiers et de l'assurance.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – La norme sur les instruments financiers, lancée en 2008 en réponse à la crise économique, va être homologuée et s'appliquera en 2018. Un vrai *big bang* pour les institutions financières, qui vont devoir adopter un nouveau cadre de gestion des risques. En pratique, cela signifie revoir dans leurs comptes consolidés le mode de classement et d'évaluation comptable de l'ensemble de leurs actifs financiers, mais aussi les méthodes de dépréciation de leurs créances. En clair, le nombre de cas où elles auront à utiliser la méthode de *fair value* (valeur de marché), plutôt que le coût historique, va augmenter très nettement. Seront provisionnées non plus seulement les pertes avérées liées à la détérioration d'un crédit, mais aussi les pertes attendues (ce qui nécessite d'établir des prévisions de provisions pour les portefeuilles de prêt basés sur différents facteurs de risque).

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La crisi finanziaria globale ha portato l'Unione europea, insieme al G20, a occuparsi del ruolo svolto dai principi internazionali d'informativa finanziaria sulla stabilità finanziaria e sulla crescita, in particolare per quanto riguarda le norme relative alla rilevazione delle perdite subite nel sistema bancario. La proposta di risoluzione sui principi internazionali d'informativa finanziaria, che oggi ho sostenuto, si occupa dello standard IFRS 9 che rappresenta una delle risposte principali alla crisi finanziaria dell'*International Accounting Standards Board* (IASB).

Grazie al nuovo strumento sarà possibile migliorare i problemi derivanti dalle modalità di contabilizzazione grazie all'introduzione di un nuovo modello di classificazione e misurazione degli strumenti finanziari, all'adozione di un nuovo criterio di valutazione delle perdite attese e alla definizione di nuove regole di rilevazione degli strumenti di copertura. Restano però alcune perplessità sull'impatto dello standard IFRS 9 sul settore bancario, sul quello assicurativo e sui mercati finanziari in generale per questo motivo è necessario che lo IASB rafforzi la propria capacità di analisi dell'impatto, facendo particolare attenzione alla dimensione macroeconomica.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención en este informe, si bien contiene una serie de elementos positivos que he apoyado. Sin embargo, no cuestiona el proceso de establecimiento de normas como tal, que tiene una serie de defectos, en especial en relación con el control democrático y la supervisión. Además, la nueva norma IFRS 9 no ha resuelto completamente los problemas relacionados con la naturaleza procíclica y podría tener algunas consecuencias negativas, sobre todo para las instituciones financieras más pequeñas (por ejemplo, bancos cooperativos) que utilizan el método estándar para el acceso a los riesgos de crédito. Si bien el informe recoge algunas de estas preocupaciones, cuestiono fundamentalmente la idoneidad de la nueva norma, así como, el proceso con el que se ha redactado.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Depuis 2005, le règlement IAS impose aux sociétés de l'Union cotées en bourse d'établir leurs états financiers consolidés conformément à ces normes. La norme IFRS 9 est la norme qui s'applique aux instruments financiers et qui doit résoudre les difficultés liées à IAS 39 (International Accounting Standards), qui est la norme actuelle. Les normes IFRS9 apportent donc des modifications dans les méthodes de calculs de la «juste valeur» mais il y a très peu d'analyses d'impact de ces nouvelles normes.

La résolution ici demande aux organismes de réglementation financière de produire des études d'impact des normes IFRS9 sur les secteurs bancaires, financiers et de l'assurance. De plus, la proposition traite des inquiétudes au sujet du décalage des dates d'entrée en vigueur des IFRS9 et des nouvelles normes pour les produits d'assurance (IFRS17). C'est donc un dossier très technique qui fait suite au peu de retours reçus des organismes de régulation et de la Commission européenne sur les demandes d'études d'impact. J'ai donc voté pour.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La risoluzione sui principi internazionali d'informativa finanziaria IFRS 9 presenta delle criticità che potrebbero creare problemi futuri alle aziende dei nostri territori. Per questo motivo ho preferito non sostenere il testo con il mio voto.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją, kurioje Europos Parlamentas aptaria Tarptautinių apskaitos standartų valdybos paskelbtą 9-ąjį tarptautinį finansinės atskaitomybės standartą (TFAS). Dėl pasaulinės finansų krizės tarptautinių finansinės atskaitomybės standartų svarbos finansų stabilumui ir ekonomikos augimui klausimas pateko į G20 ir ES darbotvarkes, visų pirma taisyklės dėl patirtų nuostolių pripažinimo bankų sistemoje. Todėl Parlamentas pažymi, kad svarbu visiškai suprasti 9-ojo TFAS sąveiką su kitais reguliavimo aktų reikalavimais, ir palankiai vertina Europos bankininkystės institucijos vykdomą 9-ojo TFAS poveikio ES bankams vertinimą, skirtą geriau suprasti šio standarto poveikį reguliuojamoms nuosavoms lėšoms, jo sąveiką su kitais rizikos ribojimo reikalavimais ir tai, kaip institucijos rengiasi 9-ojo TFAS taikymui. Parlamentas taip pat pažymi, kad standartizuotą metodą naudojantys bankai turbūt labiausiai nukentėtų dėl jų bendro 1 lygio nuosavo kapitalo sumažinimo, todėl ragina Komisiją iki 2017 m.

pabaigos pasiūlyti tinkamų rizikos ribojimo sistemos priemonių, pavyzdžiui, Kapitalo reikalavimų reglamente nustatyti laipsniško įvedimo tvarką, kuria trejų metų laikotarpiu (arba kol bus nustatytas tinkamas tarptautinis šios problemos sprendimas) sušvelninamas naujo vertės sumažėjimo modelio poveikis ir išvengiama nepagrįsto staigaus poveikio bankų kapitalo koeficientams ir skolinimui.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Resolucijo o mednarodnih standardih računovodskega poročanja: IFRS 9 sem podprl.

Standard MSRP 9 bo začel veljati 1. januarja 2018 in bo nadomestil MRS 39, gre pa za nabor finančnih instrumentov, ki se bodo lahko odzvali na nekatere vidike finančne krize in njen učinek na bančni sektor.

MSRP 9 prinaša izboljšave v primerjavi z MRS 39, saj se model oslabitve, ki temelji na nastalih izgubah, spremeni v model oslabitve, ki temelji na pričakovanih izgubah, s čimer se obravnava problem „premalo in prepozno“ pri postopku prepoznavanja izgub pri posojilih.

Mnenja revizorjev na tem področju se sicer zelo razlikujejo, zato morajo evropski nadzorni organi, Komisija in Evropska svetovalna skupina za računovodsko poročanje skupaj delati na razvoju smernic, ki bi preprečile zlorabe diskrecije pri upravljanju.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Sostengo la relazione del Parlamento sull'adozione dei principi internazionali d'informativa finanziaria (IFRS 9) e condivido le preoccupazioni che vengono sollevate su aspetti non ancora sufficientemente chiariti dalla Commissione.

In particolare rimane aperto il tema del potenziale impatto negativo di IFRS9 sugli investimenti di lungo termine in assenza di una valutazione d'impatto quantitativa. In questo senso il Parlamento evidenzia la necessità di una tale analisi di impatto e la richiede entro il dicembre del 2017.

Il percorso per la ripresa dalla crisi e il ritorno alla crescita economica richiedono chiarezza sulla priorità da dare all'aumento degli investimenti. In questo senso dobbiamo evidenziare che occorre coerenza tra le azioni dell'UE, come il Fondo europeo per gli investimenti strategici, e disposizioni più tecniche che rischiano di inibire piuttosto che stimolare gli stessi investimenti.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o međunarodnim standardima financijskog izvještavanja. Kao socijaldemokratkinja, zalažem se za računovodstvene standarde kojima se osigurava financijska stabilnost, održivi rast i dugoročna investicija.

Također, podupirem duboku reformu procesa izrade i ovjere računovodstvenih standarda kako bi se osigurala transparentnost i odgovornost.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – L'IFRS 9 costituisce una delle principali risposte dello IASB alla crisi finanziaria. Rappresenta un miglioramento rispetto allo IAS 39, in quanto il passaggio da un modello fondato sulla «perdita sostenuta» a un modello fondato sulla «perdita attesa» costituisce una risposta al problema del «troppo poco, troppo tardi» nella procedura di rilevazione delle perdite su crediti. Da tenere presente, è che, nel caso dell'IFRS 9, non esiste un'adeguata valutazione quantitativa dell'impatto sui mercati finanziari e sulla stabilità finanziaria.

Pertanto è necessario sviluppare un meccanismo d'introduzione graduale volto a mitigare l'impatto del nuovo modello d'*impairment*, evitando ripercussioni improvvise sui coefficienti di capitale e i prestiti bancari. È preoccupante inoltre il trattamento contabile previsto dall'IFRS 9 per taluni strumenti finanziari detenuti direttamente o indirettamente, che potrebbero contrastare con l'obiettivo generale di promuovere gli investimenti a lungo termine; bisogna quindi garantire che l'IFRS 9 sia funzionale alla strategia dell'UE. L'IFRS 9 dovrà essere conforme alla direttiva sulla salvaguardia dell'integrità del capitale e alla direttiva contabile.

Sarà necessario che lo IASB proceda a un esame post-attuazione dell'IFRS 9 per individuare e valutare gli effetti indesiderati di tale principio, in particolare sugli investimenti a lungo termine.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le Conseil des normes comptables internationales a pour objectif d'élaborer un ensemble de normes comptables applicables partout dans le monde, et donc de créer un langage commun pour l'information financière au niveau mondial. Ces normes portent le nom d'*International Financial Reporting Standards*. La commission de l'économie et des affaires monétaires demande aux organismes de réglementation financière européens et internationaux de produire des études d'impact des normes IFRS 9 sur les secteurs bancaires, financiers et assurantiels. Le rapport demande surtout une étude détaillée sur l'impact des normes relatives aux seuils de fonds propres exigés pour les positions d'investissement à long terme. J'ai voté pour ce rapport.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della risoluzione sullo standard IFRS 9 che costituisce una delle principali risposte dell'International Accounting Standards Board (IASB), organismo responsabile dell'emanazione dei principi contabili internazionali, alla crisi finanziaria.

Lo standard IFRS 9 permetterà infatti di migliorare i problemi derivanti dalle modalità di contabilizzazione degli strumenti finanziari grazie all'introduzione di un nuovo modello di classificazione e misurazione degli strumenti finanziari, all'adozione di un nuovo criterio di valutazione delle perdite attese e alla definizione di nuove regole di rilevazione degli strumenti di copertura.

Tuttavia, penso sia necessario comprendere meglio l'impatto dello standard IFRS 9 sul settore bancario, sul settore assicurativo e sui mercati finanziari in generale, ma anche sul comparto finanziario nel suo insieme. Invito quindi lo IASB a rafforzare la sua capacità di analisi dell'impatto, in particolare in campo macroeconomico.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as I believe that IFRS 9 – Financial Instruments constitutes one of the major responses of the IASB to the financial crisis. In order to be effective, I believe that the Commission, together with the European Supervisory Agencies, the ECB, the European Systemic Risk Board and the European Financial Reporting Advisory Group, should closely monitor the implementation of IFRS 9 in the EU, to prepare an ex-post impact assessment no later than June 2019 and to present this assessment to the European Parliament and act in accordance with its views. I also call on the IASB to conduct a post-implementation review of IFRS 9 in order to identify and assess unintended effects of the standard, in particular on long-term investment.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την πρόταση καθώς το ΔΠΧΑ 9 «Χρηματοοικονομικά μέσα» αποτελεί μία από τις σημαντικότερες απαντήσεις του ΣΔΛΠ στη χρηματοπιστωτική κρίση.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η πρόταση ψηφίσματος σχετικά με τα Διεθνή Πρότυπα Χρηματοοικονομικής Αναφοράς αποτελεί μια προσπάθεια τεχνικής φύσεως, με πολύ σημαντικές όμως προεκτάσεις τόσο στην καθημερινότητα των ευρωπαίων πολιτών, όσο και σε τομείς που αφορούν άμεσα την πορεία της Ευρώπης. Η αναθεώρηση και ενίσχυση συγκεκριμένων δομών θα μας επιτρέψει, μεταξύ άλλων, να αποφύγουμε στο μέλλον κρίσεις όπως η πρόσφατη χρηματοοικονομική κρίση του 2008. Γι' αυτό και ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Nella mia convinzione che regole contabili spesso troppo scarne o non armonizzate abbiano contribuito all'espansione della crisi finanziaria mondiale, soprattutto per quanto connesso all'eccessivo ricorso al valore equo (quale valore di riferimento per la contabilizzazione degli strumenti finanziari), voto a favore della mozione affinché sia possibile ottenere principi contabili internazionali più europei tramite i quali conseguire stabilità finanziaria.

Del resto, già il G20 e la relazione de Larosière avevano evidenziato prima della crisi alcune specifiche perplessità verso i principi contabili, tra cui: contabilizzazione degli utili e delle perdite, sottovalutazione dell'accumulo dei rischi e mancanza di una metodologia comune e trasparente per valutare gli attivi non realizzati. Nel corso della crisi, la ritardata rilevazione delle perdite sui crediti e sulle altre attività finanziarie è stata riconosciuta come una delle principali fonti di debolezza dei principi vigenti.

Il 1º gennaio 2018 da IAS 39 a IFRS 9 avverrà, dunque, il passaggio da un modello di riduzione del valore fondato sulla perdita sostenuta ad uno sulla perdita attesa come metodo di rilevazione delle perdite sui crediti. Si rende, tuttavia, necessaria un'adeguata valutazione delle implicazioni: invito, pertanto, la Commissione e le altre autorità di vigilanza a monitorare l'attuazione e a preparare una valutazione d'impatto ex post.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the motion for resolution on International Financial Reporting Standards and noted no objections.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — This non-legislative resolution calls on the Commission to act, and in particular to 'make sure that IFRS 9 serves the EU's long-term investment strategy'. This would be putting the cart before the horse. Accordingly UKIP voted against.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione in quanto, vista la situazione generale di incertezza economica, il continuo mutamento dei mercati e la necessità di utilizzare strumenti adeguati per rilevare e valutare i nuovi strumenti finanziari, occorre valutare da parte della Commissione i potenziali effetti dell'IFRS 9 sugli investimenti a lungo termine e sulle regole europee già emanate in questo settore approfondendo meglio l'impatto dell'IFRS 9 in particolare sul settore bancario, sul settore assicurativo e sui mercati finanziari in generale.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Considero, como dice el informe, que los IFRS 9 son un importante avance contable, al pasar de un modelo de «pérdida incurrida» a otro de «pérdida esperada», es decir, al obligar al sistema financiero a provisionar inmediatamente los riesgos que se incurren, en vez de mantenerlos bajo la alfombra hasta que estalla la burbuja. Si me he abstenido, es porque esta moción pretende posponer su entrada en vigor y diluir algunas de sus propuestas, con el fin de proteger a las finanzas europeas por encima del interés general.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Il ruolo dei principi internazionali d'informativa finanziaria (IFRS), in relazione alla stabilità finanziaria e alla crescita economica, si è moltiplicato alla luce della crisi finanziaria mondiale, che ha messo in luce le debolezze e le carenze del sistema. Per questo abbiamo accolto con favore la riforma e l'introduzione di nuove norme che limitino i rischi per il futuro. I nuovi principi contabili sono stati elaborati, appunto in seguito alla crisi finanziaria, al fine di garantire anzitutto maggiore trasparenza.

Permangono, tuttavia, una serie di questioni aperte sulle quali sarà necessario che la Commissione e le altre autorità finanziarie intervengano per presentare proposte, in particolare sul settore assicurativo e sull'impatto sugli investimenti a lungo termine, garantendo una corretta valutazione di impatto ex-ante sugli effetti delle nuove regole.

La stagione dell'incertezza delle regole, che tante negative conseguenze ha avuto sui piccolo risparmiatori è ormai alle spalle. Si tratta ora di andare fino in fondo per garantire al sistema la corretta trasparenze e la necessaria resilienza.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za rezolucją dotyczącą międzynarodowych standardów sprawozdawczości finansowej: MSSF 9, ponieważ standard ten obejmuje aspekty związane z rachunkowością instrumentów finansowych takich jak: klasyfikacja i wycena, obniżenie wartości aktywów finansowych i rachunkowość zabezpieczeń. To bardzo istotne, żeby zapewnić stałe monitorowanie wdrożenia standardu MSSF 9, którego stworzenie ma na celu niedopuszczenie do kryzysu, co niewątpliwie jest kluczowe, dla zapewnienia stabilności gospodarczej. Z tych powodów, zagłosowałem za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Following the financial crises, the EU is working towards ensuring greater transparency. This resolution highlights the remaining open issues on which the Commission and the European Financial Reporting Advisory Group (EFRAG) should make proposals, notably regarding the insurance sector and the impact on long-term investment. I voted in favour of this resolution because I believe that new accounting standards and long-term investment are needed for financial stability in the EU. Through our vote, the Parliament will be asking the Commission to ensure proper impact assessment of the effect of the new rules laid down in this report.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette résolution porte sur l'établissement de normes internationales d'information financière (IFRS 9). Les normes IFRS 9 définissent le traitement comptable des instruments financiers et concernent une très grande partie du bilan des établissements bancaires. Cette résolution propose l'approbation du Parlement européen pour l'adoption des nouvelles normes IFRS 9 mais souligne les failles qui demeurent dans la transposition de celles-ci. Considérant que cette résolution est équilibrée, j'ai voté pour.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Cette résolution sur les normes internationales d'information financière IFRS 9 permet au Parlement européen d'exprimer ses préoccupations quant à l'incertitude concernant l'incidence de l'entrée en vigueur de ces nouvelles normes comptables internationales. Il est nécessaire de soutenir la transition des anciennes normes IAS 39, considérées comme responsables de l'accélération de la crise financière de 2008, vers de meilleures normes. Selon les vérificateurs européens, dont le groupe consultatif pour l'information financière en Europe (EFRAG), constitué par la Commission européenne spécifiquement pour évaluer les normes IFRS, les normes IFRS 9 sont ces normes meilleures qu'il nous faut adopter. Sans remettre en cause l'application des normes IFRS 9 à partir du 1er janvier 2018 j'ai soutenu cette résolution qui appelle principalement la Commission et l'EFRAG à réaliser des analyses d'impact de l'entrée en vigueur de ces nouvelles normes comptables, afin de pouvoir prendre les mesures nécessaires pour garantir une transition juste et efficace ainsi que propice à la stabilité financière et à la croissance.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui vise à interroger la Commission sur la norme internationale d'information financière IFRS 9 (instruments financiers). En effet, le délai de trois mois dont dispose le Parlement européen pour le contrôle du projet de mesures d'exécution de la Commission concernant cette norme arrive à échéance le 7 octobre 2016. Le Parlement s'interroge sur plusieurs points:

• Comment la Commission prévoit-elle de tenir compte des inquiétudes suscitées par les effets négatifs potentiels de la norme IFRS 9 sur l'investissement à long terme?

• Comment la Commission compte-t-elle répondre aux inquiétudes causées par le décalage entre la date d'entrée en vigueur de la norme IFRS 9 et celle de la nouvelle norme à venir sur les contrats d'assurance (IFRS 17)?

• La Commission estime-t-elle que les dispositions publiées par le Conseil des normes comptables internationales sont adaptées et satisfaisantes pour l'Union européenne?

• Comment la Commission compte-t-elle contrer les effets potentiellement négatifs de la norme IFRS 9 sur la stabilité financière, en particulier une baisse potentielle des fonds propres des banques?

• Quelle est l'opinion de la Commission sur les liens de la norme IFRS 9 avec d'autres types de réglementation financière, comme par exemple les exigences prudentielles?

Angel Dzhambazki (ECR), *in writing*. – I have supported the resolution despite the fact that I disagreed with some of the proposed additions. The motion for resolution and OQ are designed to ensure continued monitoring of the implementation and implications of IFRS 9 which will come into force in January 2018. I support the continued scrutiny of IFRS 9 and its implementation and therefore I have supported the resolution.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Τα Διεθνή Πρότυπα Χρηματοοικονομικής Αναφοράς ως μέρος του δικαίου της ΕΕ οφείλουν να επιβάλουν ισότιμους όρους ανταγωνισμού μίας ενιαίας αγοράς που είναι δομημένη προς όφελος των ισχυρών οικονομιών των κρατών μελών της ΕΕ και δεν επιτρέπουν την ανάπτυξη των αντίστοιχων αδυνάμων.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A crise financeira global veio inscrever na agenda do G20 e da UE o papel desempenhado pelas normas internacionais de relato financeiro (IFRS) na estabilidade financeira e no crescimento, em particular as normas relativas ao reconhecimento de perdas sofridas no sistema bancário. A emissão da IFRS 9 – Instrumentos financeiros surgiu como uma resposta fundamental a alguns aspetos da crise financeira e ao seu impacto no sector bancário. Este instrumento financeiro passa de um modelo de imparidade baseado nos «prejuízos incorridos» para um modelo alicerçado nas «perdas estimadas» respondendo ao problema «demasiado pouco, demasiado tarde» no processo de reconhecimento das perdas com a concessão de empréstimos. No entanto, as Autoridades Europeias de Supervisão, em cooperação com a Comissão e o EFRAG, devem definir orientações na matéria, a fim de evitar qualquer abuso da margem discricionária de gestão.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: il s'agit d'une proposition essentiellement technique qui fait suite aux très faibles retours que le Parlement européen reçoit des organismes de régulation et de la Commission européenne sur les demandes d'études d'impact des IFRS9.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Em 2014, o Conselho das Normas Internacionais de Contabilidade adotou o IFRS 9 como norma internacional contabilística para instrumentos financeiros. O IFRS 9 substitui a norma existente IAS 39.

A IFRS 9 representa uma alteração de fundo no processo de mensuração de perdas por imparidade das instituições e surge como uma resposta do Conselho das Normas Internacionais de Contabilidade ao reconhecimento tardio das perdas no modelo de perdas sofridas da IAS 39. A IFRS 9 é baseada numa visão prospetiva através de um modelo de perda esperada, o que faz com que as instituições possam reconhecer perdas antes da ocorrência das mesmas.

A mudança de abordagem obriga as instituições financeiras a modelizar as tendências futuras de mercados, o que fará com que necessitem de um importante conjunto de dados macroeconómicos que historicamente não foram exigidos para efeitos contabilísticos.

Apesar de conter algumas preocupações, a resolução não põe em causa o processo de definição da norma. Além disso, a nova norma IFRS 9 não foi totalmente eficaz na resolução do problema da pró-ciclicidade, podendo mesmo ter algumas implicações negativas, especialmente para as instituições financeiras menores (por exemplo, bancos cooperativos), que usam o método padrão para avaliar os riscos de crédito.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Predmetná rezolúcia je súčasťou vyjadrenia súhlasu Európskeho parlamentu s podporou a schválením medzinárodných finančných oznamovacích štandardov – IFR9, ktoré vstúpia do platnosti 1. januára 2018. Tieto opatrenia boli prijaté po finančnej a hospodárskej kríze s cieľom zabezpečiť väčšiu transparentnosť pre nové účtovné štandardy. Nové účtovné štandardy by mali zabezpečiť dlhodobé investície a finančnú stabilitu. Európska komisia musí zabezpečiť riadne posúdenie vplyvu a účinok nových pravidiel na tieto dve oblasti. Európsky parlament musí podporiť hlbokú reformu procesu prípravy a schvaľovania účtovných štandardov s cieľom zabezpečiť transparentnosť a zodpovednosť.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την σχετική πρόταση ψηφίσματος διότι τα Διεθνή Πρότυπα Χρηματοοικονομικής Αναφοράς, ως μέρος του δικαίου της ΕΕ, οφείλουν να επιβάλουν ισότιμους όρους ανταγωνισμού μίας ενιαίας αγοράς που είναι όμως δομημένη προς όφελος των ισχυρών οικονομιών των κρατών μελών της ΕΕ και δεν επιτρέπει την ανάπτυξη των αδυνάμων.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de resolución, considerando que la crisis financiera mundial puso sobre la mesa la importancia que para la estabilidad financiera y el crecimiento tienen las normas internacionales de información financiera, en particular las relativas al reconocimiento de pérdidas en el sistema bancario. Por lo tanto, la Comisión, junto a las Autoridades Europeas de Supervisión, el BCE, la JERS y el EFRAG, deben realizar un estrecho seguimiento de la aplicación de la NIIF 9 en la Unión, así como preparar una evaluación de impacto ex post, que debe ser presentada en el Parlamento Europeo para que esté pueda participar en su control y decisiones.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He apoyado la decisión de otorgar la no objeción a la actualización de los estándares internacionales para la elaboración de informes financieros (IFRS 9) con la finalidad de aumentar la transparencia tras la crisis financiera. Asimismo, comparto que se pida a la Comisión que tome medidas para aplicar los estándares al sector de los seguros de las inversiones a largo plazo.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He apoyado la decisión de otorgar la no objeción a la actualización de los estándares internacionales para la elaboración de informes financieros (IFRS 9), con la finalidad de aumentar la transparencia tras la crisis financiera. Asimismo, comparto que se pida a la Comisión que tome medidas para aplicar los estándares al sector de los seguros de las inversiones a largo plazo.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del PE sui principi internazionali d'informativa finanziaria IFRS 9 perché ho condiviso fortemente l'istanza proveniente dalla commissione ECON, di una maggiore trasparenza nell'implementazione dei principi contabili internazionali per l'importanza che essi rivestono rispetto alla stabilità finanziaria e alla crescita e specificatamente per quanto riguarda le norme relative alla rilevazione delle perdite subite nel sistema bancario.

Il principio IFRS 9, la cui entrata in vigore è prevista per il 1º gennaio 2018, ha come obiettivo fondamentale di garantire una più grande trasparenza relativamente al rischio di credito, optando per un approccio basato sul deprezzamento degli attivi che dovrebbe essere maggiormente reattivo di fronte alle evoluzioni del ciclo del credito.

In altri termini costituisce la principale risposta dell'Organismo internazionale di normalizzazione contabile (IASB) a specifici aspetti della crisi finanziaria e al suo impatto nel sistema bancario, riducendo il livello di complessità che il principio contabile precedente, lo IAS 39, presentava.

Allo stato attuale manca una valutazione d'impatto e pesano fortemente le inquietudini sugli effetti potenziali dell'applicazione di queste norme sull'investimento poiché potrebbe favorire una certa volatilità. L'investimento di lungo termine deve essere considerato alla stregua di un «bene pubblico», per i suoi effetti positivi sulla crescita.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – This non-legislative resolution calls on the Commission to act, and in particular to 'make sure that IFRS 9 serves the EU's long-term investment strategy'. This would be putting the cart before the horse. Accordingly I voted against it.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención en este informe, si bien contiene una serie de elementos positivos que he apoyado. Sin embargo, no cuestiona el proceso de establecimiento de normas como tal, que tiene una serie de defectos, en especial en relación con el control democrático y la supervisión. Además, la nueva norma IFRS 9 no ha resuelto completamente los problemas relacionados con la naturaleza procíclica y podría tener algunas consecuencias negativas, sobre todo para las instituciones financieras más pequeñas (por ejemplo, bancos cooperativos) que utilizan el método estándar para el acceso a los riesgos de crédito. Si bien el informe recoge algunas de estas preocupaciones, cuestiono fundamentalmente la idoneidad de la nueva norma, así como, el proceso con el que se ha redactado.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this motion, as I support reform of the process of elaboration and endorsement of accounting standards to ensure transparency and accountability.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He apoyado la decisión de otorgar la no objeción a la actualización de los estándares internacionales para la elaboración de informes financieros (IFRS 9), con la finalidad de aumentar la transparencia tras la crisis financiera. Asimismo, comparto que se pida a la Comisión que tome medidas para aplicar los estándares al sector de los seguros de las inversiones a largo plazo.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – IFRS 9 is a financial instrument that constitutes one of the major responses of the IASB to the financial crisis. I voted in favour of this resolution, which calls on the Commission, together with the European Supervisory Agencies (ESAs), the ECB, the European Systemic Risk Board (ESRB) and EFRAG, closely to monitor the implementation of IFRS 9 in the EU and to prepare an ex-post impact assessment. This assessment is to be produced no later than June 2019 and presented to the European Parliament for action in accordance with our views.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I fully support reform of accounting standards in the interests of better accountability and transparency. The new standards should promote financial stability, sustainable growth, and long-term investment.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o Međunarodnim standardima financijskog izvještavanja MSFI 9 (2016/2898(RSP)) s obzirom da MSFI 9 predstavlja jedan od glavnih odgovora IASB (Odbora za međunarodne računovodstvene standarde) na financijsku krizu, gdje su napori za njegovu primjenu već u tijeku. Definitivno je MSFI 9 značajan napredak u usporedbi s prijašnjim standardima osobito u pogledu predviđanja mogućih gubitaka kod kreditiranja.

Potrebno je, međutim, provesti bolju procjenu o mogućim utjecajima MSFI 9 na bankarski sektor i druge financijske usluge. Postoji i problem mogućeg negativnog utjecaja MSFI-ja 9 na određene financijske instrumente te direktno ili indirektno na dugoročna ulaganja. Zatim bitno je i pitanje neusklađenosti datuma stupanja na snagu MSFI-ja 9 i predstojećeg osiguravateljnog standarda (MSFI 17). Nadalje nije posve jasna interakcija ovog standarda s drugim regulatornim zahtjevima, te utjecaj na financijsku stabilnost i razinu vlasničkog kapitala banaka.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Cette proposition a le mérite d'apporter une contribution principalement technique à l'harmonisation des normes relatives aux informations financières, et surtout à leur incidence dans les secteurs concernés. Il est nécessaire d'apporter de la cohérence aux pratiques financières des sociétés faisant usage de ces nouvelles normes, notamment sur le sujet de la «juste valeur» , et d'éviter autant que possible un quelconque décalage dans le processus de remplacement. J'ai voté pour.

Diane James (EFDD), *in writing*. — This non-legislative resolution calls on the Commission to act, and in particular to 'make sure that IFRS 9 serves the EU's long-term investment strategy'. This would be putting the cart before the horse. Accordingly UKIP voted against it.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Roberto Gualtieri relatif au remplacement de la norme comptable actuelle, qui est l'IAS 39, par l'IFRS 9. L'objectif de ce changement de norme est d'adopter une nouvelle approche dans l'évaluation des règles de comptabilité des banques. Concrètement, cela conduira les établissements financiers et les entreprises à davantage prendre en compte la réalité économique et l'obligation de donner les informations financières les plus justes possible.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution à la fois pour saluer l'objectif de création de cette norme en réaction à la crise financière et ses répercussions sur le secteur bancaire et pour demander à la Commission de suivre avec attention son déploiement dans l'Union.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Die in der Entschließung angeführten Einwände gegen die neuen Rechnungslegungsstandards sind durchaus berechtigt und könnten Probleme hinsichtlich der Fragestellung bergen, welche Mittel für eine Bankenabwicklung herangezogen werden könnten. Ich stimme daher für den Entschließungsantrag.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, as I support a reform of the process of elaboration and endorsement of Accounting standards to ensure transparency and accountability.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – In July 2014, the International Accounting Standards Board adopted a new accounting standard for financial instruments, which replaces the existing standard. The resolution aims to address the main concerns prior to its adoption by the Commission. The resolution entails several good elements that GUE/NGL supports. I therefore voted in favour of it.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution technique car elle demande principalement aux organismes de réglementation financière et bancaire internationaux la mise à disposition d'études d'impact des normes comptables IFRS9 (pour les produits financiers) sur les secteurs bancaires, financiers et de l'assurance.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – La proposition de résolution rédigée par la commission ECON demande aux organismes de règlementation financière européens et internationaux de produire des études d'impact des normes IFRS 9 sur les secteurs bancaires, financiers et de l'assurance. Plus précisément, il est demandé une étude des conséquences sur les exigences en fonds propres des banques et sur les positions d'investissement à long-terme. Enfin, la proposition met en avant des inquiétudes au sujet du décalage des dates d'entrée en vigueur des IFRS 9 et des nouvelles normes comptables pour les produits d'assurance, les IFRS 17. En effet, cela pourrait entrainer des incohérences graves pour les sociétés qui utilisent ces deux types de produits. Il s'agit donc d'une proposition essentiellement technique qui fait suite aux très faibles retours que le Parlement européen reçoit des organismes de régulation et de la Commission européenne sur les demandes d'études d'impact des IFRS9. J'ai donc soutenu cette proposition.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He apoyado la decisión de otorgar la no objeción a la actualización de los estándares internacionales para la elaboración de informes financieros (IFRS 9), con la finalidad de aumentar la transparencia tras la crisis financiera. Asimismo, comparto que se pida a la Comisión que tome medidas para aplicar los estándares al sector de los seguros de las inversiones a largo plazo.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Nesouhlasím se snahou podřídit účetní standardy cílům EU („EP vyzývá Komisi, aby zajistila, aby IFRS 9 sloužil dlouhodobé investiční strategii EU"). Účetní standardy mají být neutrální ve vztahu k podnikání a snaha podřídit je investičním plánům EU by mohla vést k příliš rizikovému chování firem.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The global financial crisis brought to light the role played by international financial reporting standards (IFRS) in financial stability and growth, in particular the rules regarding the recognition of losses incurred in the banking system. We need further progress in this field.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος σχετικά με τα Διεθνή Πρότυπα Χρηματοοικονομικής Αναφοράς: ΔΠΧΑ 9 για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 4/10/2016, καθώς και διότι εκτιμώ ότι η εν λόγω πρόταση ψηφίσματος δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte. Il fait suite à l'élaboration d'un ensemble de normes comptables applicables partout dans le monde, les *International Financial Reporting Standards* (IFRS). La norme dont il est question, l'IFRS 9, s'applique aux instruments financiers et modifie la notion de «juste valeur». Le texte voté demande aux organismes de règlementation financière européens et internationaux de produire des études d'impact des normes IFRS 9 sur les secteurs bancaires, financiers et de l'assurance, ce que nous approuvons. Dans le même sens, il dénonce le décalage des dates d'entrée en vigueur des IFRS 9 et des IFRS 17 (sur les produits d'assurance). Ce décalage pourrait en effet créer de graves incohérences.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die Auswirkungen des IFRS 9 auf die Bankenbranche, die Versicherungsbranche und die Finanzmärkte im Allgemeinen, aber auch auf die Finanzbranche als Ganzes beurteile ich positiv.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už Europos Parlamento rezoliuciją, kurioje aptariamas Tarptautinių apskaitos standartų valdybos 9-asis tarptautinis finansinės atskaitomybės standartas (TFAS). Šis standartas yra svarbus, nes padeda formuoti nacionalines apskaitos sistemas, kad jos būtų suprantamos įvairiose šalyse. Parlamento rezoliucijoje aptariamas šių standartų poveikis ES bankams, siekiama numatyti priemones, kurios užtikrintų finansų stabilumą ir ekonomikos augimą.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – En juillet 2014, l'International Accounting Standards Board (IASB) a publié la version finale de la norme «IFRS (International Financial Reporting Standards) 9 — Instruments financiers». Les normes IFRS sont des normes internationales d'information financière destinées à standardiser la présentation des données comptables échangées au niveau international. Elles sont ainsi censées permettre aux investisseurs de déterminer la situation financière d'une entreprise. Cette nouvelle norme remplace la norme «IAS 39 — Instruments financiers: comptabilisation et évaluation», dans le but d'éviter de nouvelles crises financières, comme celle de 2008. Le rapport émet quelques critiques sur la complexité de cette nouvelle norme et sur le décalage entre la date d'entrée en vigueur de la norme IFRS 9 et celle de la future norme sur les contrats d'assurance (IFRS 17). Je crains, pour ma part, que ces nouvelles normes financières, dominées par le modèle comptable anglo-saxon et établies sans contrôle démocratique, ne changent rien à la financiarisation nocive de l'économie. Penser que les crises dépendent d'une norme comptable est le comble du ridicule. Je m'abstiens néanmoins sur ce texte pour incommoder par quelques exigences d'information supplémentaire qui s'imposeront désormais aux banques.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La proposition de résolution rédigée par la commission ECON demande aux organismes de règlementation financière européens et internationaux de produire des études d'impact des normes IFRS 9 sur les secteurs bancaire, financier et de l'assurance. Plus précisément, il est demandé une étude des conséquences sur les exigences en fonds propres des banques et sur les positions d'investissement à long-terme. Enfin, la proposition met en avant des inquiétudes au sujet du décalage des dates d'entrée en vigueur des IFRS 9 et des nouvelles normes comptables pour les produits d'assurance, les IFRS 17. En effet, cela pourrait entrainer des incohérences graves pour les sociétés qui utilisent ces deux types de produits. Il s'agit donc d'une proposition essentiellement technique qui fait suite aux très faibles retours que le Parlement européen reçoit des organismes de régulation et de la Commission européenne sur les demandes d'études d'impact des IFRS9. J'ai donc voté favorablement à cette proposition.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A IFRS 9 entrará em vigor em 1 de janeiro de 2018 e substitui a IAS 39. A IFRS 9 constitui uma melhoria em relação à IAS 39, na medida em que a passagem de um modelo de imparidade baseado nos «prejuízos incorridos» para um modelo alicerçado nas «perdas estimadas» constitui uma resposta ao problema no processo de reconhecimento das perdas com a concessão de empréstimos. Esta norma será muito importante para evitar futuras crises no sector financeiro. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as it stresses the importance of long-term investment for economic growth. It also calls on the Commission to ensure that IFRS 9 measures do not limit the Union's long-term investment goals, whilst also continuing to discourage excessive risk taking.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which promotes accounting standards that ensure financial stability, sustainable growth, and long-term investment. I also support a deep reform of the process of elaboration and endorsement of Accounting standards to ensure transparency and accountability.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Bizottság rendeletet kíván alkotni az egyes nemzetközi számviteli standardok elfogadásáról szóló 1126/2008/EK rendeletnek az IFRS 9 nemzetközi pénzügyi beszámolási standardra tekintettel történő módosításáról. 2016. szeptember 26-án Roberto Gualtieri képviselő a Gazdasági és Monetáris Bizottság nevében szóbeli választ igénylő kérdést nyújtott be a Bizottsághoz az IFRS 9 hosszú távú befektetésekre, illetve a pénzügyi stabilitásra gyakorolt esetleges negatív hatásaival kapcsolatban. A Gazdasági és Monetáris Bizottság állásfoglalás-tervezete rámutat, hogy részben a megbízható adatok hiányából adódóan bár, de az IFRS 9-re vonatkozóan nincs kellő mennyiségű hatásvizsgálat, ezért szorgalmazza az IFRS 9 bankszektorra, biztosítási ágazatra és általában véve a pénzügyi piacokra, valamint a pénzügyi ágazat egészére gyakorolt hatásának jobb megismerését.

Aggasztónak tartja továbbá, hogy bizonyos, közvetlenül vagy közvetetten hosszú távú befektetésként tartott pénzügyi instrumentumok IFRS 9 szerinti számviteli kezelése a hosszú távú befektetések előmozdításának céljával ellentétes lehet. Mindennek okán további vizsgálatok, elemzések és utólagos értékelések elvégzését tartja szükségesnek. Az állásfoglalás-tervezetet megszavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A IFRS 9 foi emitida pelo Conselho das Normas Internacionais de Contabilidade como uma resposta fundamental a alguns aspetos da crise financeira e ao seu impacto no sector bancário.

Defendo uma revisão ex post do IFRS 9, a fim de identificar e avaliar os efeitos imprevistos da norma, em particular no investimento a longo prazo. Assim como, uma atenta supervisão da aplicação da IFRS 9 na UE.

Subscrevo a necessidade de compreender melhor o impacto da IFRS 9 no sector bancário, no sector dos seguros e nos mercados financeiros em geral, mas também no sector financeiro no seu conjunto.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'une proposition essentiellement technique qui fait suite aux très faibles retours que le Parlement européen reçoit des organismes de régulation et de la Commission européenne sur les demandes d'études d'impact des IFRS9. Je vote pour.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution relative à la transposition européenne de la norme IFRS 9, qui est une norme internationale d'information financière. Cette nouvelle norme remplacera la norme actuelle, l'IAS 39. Elle servira à définir le traitement comptable des instruments financiers et concernera donc une grande partie du bilan des établissements bancaires qui devront revoir le mode de classement et d'évaluation comptable de l'ensemble de leurs actifs financiers, et faire évoluer leurs systèmes d'information.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The International Accounting Standards Board (IASB) was set up on 1 April 2001 and is responsible for developing International Financial Reporting Standards (IFRS). IFRS 9, promulgated by the IASB, addresses three main topics: classification and measurement of financial instruments, impairments of financial assets and hedge accounting. I voted against this motion for a resolution regarding the IFRS 9.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem usnesení, protože IFRS 9 představuje zlepšení tím, že upouští od modelu založeného na vzniklých ztrátách a přijímá model znehodnocení na základě očekávaných ztrát, který řeší problém opožděného přijímání příliš slabých opatření v rámci postupu uznávání úvěrových ztrát. Na druhou stranu podotýkám, že pro IFRS 9 nebylo vypracováno náležité kvantitativní posouzení dopadu, což je zčásti způsobeno absencí spolehlivých údajů. V zájmu zhodnocení dopadu IFRS 9 na bankovní a pojišťovnické odvětví, na finanční trhy obecně i na celé finanční odvětví jako takové je však nutné, aby příslušné instituce posílily své kapacity pro zhotovování analýz dopadu, zejména v makroekonomické oblasti.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der vorliegende Bericht enthält zwar sehr gute Ansätze, jedoch gibt es einige Bereiche, bei denen ich nicht zustimmen kann. Ein Beispiel dafür wären meine Zweifel an privaten Sachverständigen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Rahvusvahelised finantsaruandlusstandardid aitavad stabiliseerida turge, muuta neid läbipaistvamaks ja tugevdada järelevalvet, tagada investeeringute kaitse ja õiguskindlus.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα το ψήφισμα σχετικά με τα Διεθνή Πρότυπα Χρηματοοικονομικής Αναφοράς, μιας και το ΔΠΧΑ 9 «Χρηματοοικονομικά μέσα» αποτελεί μια από τις σημαντικότερες απαντήσεις του Συμβουλίου Διεθνών Λογιστικών Προτύπων (ΣΔΛΠ) στη χρηματοοικονομική κρίση και ήδη γίνονται προσπάθειες εφαρμογής. Πέραν αυτού, το ΔΠΧΑ 9 συνιστά ένα βελτιωμένο πρότυπο σε σχέση με το ΔΛΠ 39. Στο εν λόγω ψήφισμα γίνεται σημαντική αναφορά προς την Επιτροπή, ούτως ώστε να εξασφαλιστεί ότι το ΔΠΧΑ 9 εξυπηρετεί την μακροπρόθεσμη επενδυτική στρατηγική της ΕΕ και περιορίζει τη φιλοκυκλικότητα και τα κίνητρα για ανάληψη υπερβολικών κινδύνων. Επίσης, σημαντικό είναι ότι η Επιτροπή καλείται, σε συνεργασία με τις ευρωπαϊκές εποπτικές αρχές, την ΕΚΤ, το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο Συστηματικού Κινδύνου και την EFRAG, να παρακολουθεί την εφαρμογή του ΔΠΧΑ 9 στην ΕΕ προκειμένου να καταρτιστεί μια εκ των υστέρων εκτίμηση αντίκτυπου, πράγμα πολύ σημαντικό για την ομαλή εφαρμογή του ΔΠΧΑ 9.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. — This non-legislative resolution calls on the Commission to act, and in particular to 'make sure that IFRS 9 serves the EU's long-term investment strategy'. This would be putting the cart before the horse. Accordingly UKIP voted against it.

Alojz Peterle (PPE), *in writing*. – If we would like to achieve a more industrialised Europe, with high potential for generating jobs and growth, it is essential to support that aim with a properly functioning and efficient capital market. Standardising companies' financial reporting is one more building block towards that goal.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Međunarodni računovodstveni standardi (MSFI) jedni su od ključnih komponenata potrebnih za učinkovito funkcioniranje unutarnjeg tržišta i tržišta kapitala. Njihovim se korištenjem ne smije ugroziti financijska stabilnost te bi oni trebali služiti općem dobru, a ne samo interesima ulagača, zajmodavaca i vjerovnika. Važnost i sveobuhvatnost ovih standarda zahtijeva maksimalnu pripremu koja se neće usredotočiti samo na željene posljedice njihove primjene već će nužnu pažnju posvetiti i procjenama drugih mogućih utjecaja na razne aspekte financijskog sustava. U tom je procesu krucijalna suradnja Europske komisije i drugih tijela koja se bave ovim standardima, a koja su nas već upoznala sa procjenama o eventualnim negativnim utjecajima MSFI 9, kao što može biti onaj na dugoročna ulaganja.

Smatram da razina uključenosti Europskog parlamenta u proces utvrđivanja standarda nije dovoljna te podržavam ovu rezoluciju koja i formalno iznosi zabrinutost određenim nedostacima Međunarodnih računovodstvenih standarda MSFI 9.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Em 2014, o Conselho das Normas Internacionais de Contabilidade adotou o IFRS 9 como norma internacional contabilística para instrumentos financeiros. O IFRS 9 substitui a norma existente IAS 39.

A IFRS 9 representa uma alteração de fundo no processo de mensuração de perdas por imparidade das instituições e surge como uma resposta do Conselho das Normas Internacionais de Contabilidade ao reconhecimento tardio das perdas no modelo de perdas sofridas da IAS 39. A IFRS 9 é baseada numa visão prospetiva através de um modelo de perda esperada, o que faz com que as instituições possam reconhecer perdas antes da ocorrência das mesmas.

A mudança de abordagem obriga as instituições financeiras a modelizar as tendências futuras de mercados, o que fará com que necessitem de um importante conjunto de dados macroeconómicos que historicamente não foram exigidos para efeitos contabilísticos.

Apesar de conter algumas preocupações, a resolução não põe em causa o processo de definição da norma. Além disso, a nova norma IFRS 9 não foi totalmente eficaz na resolução do problema da pró-ciclicidade, podendo mesmo ter algumas implicações negativas, especialmente para as instituições financeiras menores (por exemplo, bancos cooperativos), que usam o método padrão para avaliar os riscos de crédito.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution technique qui fait suite à la publication, en juillet 2014, par l'institution de normalisation comptable internationale, d'une nouvelle norme visant à simplifier la comptabilisation des instruments financiers.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. — This non-legislative resolution calls on the Commission to act, and in particular to 'make sure that IFRS 9 serves the EU's long-term investment strategy'. This would be putting the cart before the horse. Accordingly UKIP voted against it.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – A crise financeira global veio inscrever na agenda do G20 e da UE o papel desempenhado pelas normas internacionais de relato financeiro (IFRS) na estabilidade financeira e no crescimento, em particular as normas relativas ao reconhecimento de perdas sofridas no sistema bancário.

Votei favoravelmente, por considerar que a IFRS 9 constitui uma melhoria em relação à IAS 39, na medida em que a passagem de um modelo de imparidade baseado nos «prejuízos incorridos» para um modelo alicerçado nas «perdas estimadas» constitui uma resposta ao problema «demasiado pouco, demasiado tarde» no processo de reconhecimento das perdas com a concessão de empréstimos. Porém, a IFRS 9 exige um nível considerável de discernimento no processo de contabilização e existem diferenças de opinião consideráveis e poucas orientações concretas dos auditores a este respeito. Deste modo, as Autoridades Europeias de Supervisão, em cooperação com a Comissão e o EFRAG, devem definir orientações na matéria, a fim de evitar qualquer abuso da margem discricionária de gestão.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de Resolución sobre las Normas Internacionales de Información Financiera por la que se plantea a la Comisión una pregunta oral relacionada con no formular objeciones a la actualización de los estándares internacionales para la elaboración de informes financieros, para así aumentar la transparencia tras la crisis financiera. Además, se solicita a la Comisión que tome las medidas pertinentes respecto al sector de los seguros de inversiones a largo plazo para que los estándares sean aplicados.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la proposition de résolution du Parlement européen sur les normes internationales d'information financière IFRS 9. L'IFRS 9 est une norme sur les instruments financiers qui entrera en vigueur le 1er janvier 2018 et qui remplacera la norme IAS 39. Toutefois, celle-ci n'a pas fait l'objet d'une analyse d'impact quantitative. C'est pourquoi cette proposition de résolution invite la Commission et les autorités européennes de surveillance (BCE, CERS, EFRAG) à suivre attentivement le déploiement de cette norme et à présenter une évaluation au Parlement européen pour juin 2019.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už rezoliuciją „Tarptautiniai finansinės atskaitomybės standartų: 9-asis TFAS“. Dėl pasaulinės finansų krizės tarptautinių finansinės atskaitomybės standartų svarbos finansų stabilumui ir ekonomikos augimui klausimas pateko į G20 ir ES darbotvarkes. Sukurtas naujas standartas (9-asis TFAS) įsigalios nuo 2018 m. sausio 1 d. ir pakeis 39-ąjį tarptautinį apskaitos standartą (TAS). Naujasis standartas yra daug pažangesnis, nes pereinama nuo vertės sumažinimo modelio, paremto „patirtu nuostoliu“, prie paremto „numatomu nuostoliu“. Taip išsprendžiama problema, kai paskolų nuostolių pripažinimo procedūroje veiksmų buvo imtasi per mažai ir per vėlai. Parlamentas savo rezoliucija ragina Komisiją kartu su Europos priežiūros institucijomis atidžiai stebėti, kaip ES įgyvendinamas 9-asis TFAS, ir ne vėliau kaip 2019 m. birželio mėn. parengti poveikio vertinimą ir pateikti šį vertinimą Europos Parlamentui.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – As normas internacionais de relato financeiro têm desempenhado um papel fulcral desde o início da crise financeira global, como garantia da estabilidade financeira e de crescimento, sobretudo, quando falamos das normas alusivas ao reconhecimento de perdas ocorridas no sistema bancário.

O Conselho das Normas Internacionais de Contabilidade emitiu a IFRS 9 - Instrumentos financeiros, como uma resposta fundamental a alguns aspetos da crise e ao seu impacto no sector bancário - a qual irá substituir a IAS 39 a partir de 1 de Janeiro de 2018.

Trata-se de uma norma igualmente complexa, mas que já apresenta uma melhoria face à IAS 39, adotando um modelo baseado nas «perdas estimadas», por oposição aos «prejuízos incorridos» e que irá carecer de uma avaliação de impacto nos sectores bancário, dos seguros e nos mercados financeiros em geral, em termos macroeconómicos.

Globalmente concordo com as medidas sugeridas nesta proposta de resolução, com o objetivo de identificar e avaliar os efeitos e implicações da aplicação desta norma IFRS 9 na UE, sobretudo, no que respeita ao investimento a longo prazo, pelo que votei favoravelmente.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution relative à la norme IFRS 9, qui définit le traitement comptable des instruments financiers. Ces normes internationales d'information financière ont une incidence directe sur les établissements bancaires européens.

La mise en œuvre du nouveau modèle nécessitera probablement de revoir le processus d'organisation, de collecte d'informations et d'alimentation des systèmes pour de nombreux établissements bancaires européens. En ce sens, la résolution rappelle la nécessité de mieux comprendre et d'étudier les effets de cette norme sur le secteur financier dans son ensemble, et demande à la Commission et à la BCE, notamment, d'élaborer une évaluation des incidences de la mise en œuvre de cette norme avant la fin 2019.

J'ai soutenu ce rapport qui appelle instamment la Commission à veiller à ce que cette norme internationale soit au service de l'investissement à long terme dans l'Union.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención en este informe, si bien contiene una serie de elementos positivos que he apoyado. Sin embargo, no cuestiona el proceso de establecimiento de normas como tal, que tiene una serie de defectos, en especial en relación con el control democrático y la supervisión. Además, la nueva norma IFRS 9 no ha resuelto completamente los problemas relacionados con la naturaleza procíclica y podría tener algunas consecuencias negativas, sobre todo para las instituciones financieras más pequeñas (por ejemplo, bancos cooperativos) que utilizan el método estándar para el acceso a los riesgos de crédito. Si bien el informe recoge algunas de estas preocupaciones, cuestiono fundamentalmente la idoneidad de la nueva norma, así como, el proceso con el que se ha redactado.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Considero, como dice el informe, que los IFRS 9 son un importante avance contable, al pasar de un modelo de «pérdida incurrida» a otro de «pérdida esperada», es decir, al obligar al sistema financiero a provisionar inmediatamente los riesgos que se incurren, en vez de mantenerlos bajo la alfombra hasta que estalla la burbuja. Si me he abstenido, es porque esta moción pretende posponer su entrada en vigor y diluir algunas de sus propuestas, con el fin de proteger a las finanzas europeas por encima del interés general.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted for the motion on the European Parliament resolution on International Financial Reporting Standards: IFRS 9. It stresses the need to gain a better understanding of the impact of IFRS 9 not only on the insurance sector, the banking sector and the financial markets in general, but also on the financial sector as a whole.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Mednarodni svet za računovodske standarde je izdal Mednarodne standarde računovodskega poročanja 9, ki se nanašajo na finančne instrumente. S tem se je odzval na nekatere vidike finančne krize in njen učinek na bančni sektor. Ti standardi bodo nadomestili starejše in začeli veljati 1. januarja 2018.

Parlament je omenjene računovodske standarde ocenil kot pomemben odziv Mednarodnega sveta za računovodske standarde na krizo, hkrati pa ocenil, da ti prinašajo izboljšave, predvsem pri modelih oslabitev. Resolucija vsebuje tudi poziv Evropski komisiji, naj v sodelovanju z evropskimi nadzornimi organi pozorno spremlja izvajanje novih standardov v EU in pripravi naknadno oceno učinka najpozneje do junija 2019 in jo predloži Evropskemu parlamentu. Podoben poziv je namenjen tudi Mednarodnemu svetu za računovodske standarde, ki naj opravi pregled po začetku izvajanja standardov, da se ugotovijo in ocenijo neželeni učinki.

Menim, da je prevetritev standardov računovodskega poročanja pomemben ukrep v boju proti finančnim krizam, zato sem resolucijo podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Daňové úniky a ďalšia trestná činnosť finančnej povahy sa v súčasnosti deje pomocou zložitých a sofistikovaných schém, súčasťou ktorých je aj manipulácia s finančnými výkazmi. Základom na úspešný boj proti podvodom tohto charakteru je medzinárodná spolupráca aj v oblasti kompatibilizácie výkazových postupov a štandardov.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Odbor za međunarodne računovodstvene standarde propisao je financijski instrument IFRS 9 kao glavni odgovor na određene aspekte financijske krize te utjecaja iste na bankarski sektor. Odbor za ekonomsku i monetarnu politiku detaljno je analizirao financijski instrument IFRS 9 te zaključio kako sadrži važne odgovore Odbora za međunarodne računovodstvene standarde na financijsku krizu te primjećuje kako je rad na primjeni već u tijeku. IFRS 9 poboljšana je verzija IAS 39.

Podržavam prijedlog rezolucije Odbora za ekonomsku i monetarnu politiku.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Το ψήφισμα εκφράζει στην πραγματικότητα τη στήριξη του Κοινοβουλίου στις αποφάσεις των G20 και τονίζει πως τα αντικυκλικά μέτρα που προτείνονται είναι προς τη σωστή κατεύθυνση. Εκφράζονται κάποιες ανησυχίες για την πολυπλοκότητα των νέων προτύπων, εντούτοις γίνεται αναφορά σε «άμεση ανταπόκριση στην κρίση». Θεωρείται πως τα λογιστικά πρότυπα έπαιξαν ρόλο στην κερδοφορία τραπεζών και επενδυτικών ομίλων πριν από την κρίση. Παρόλα αυτά, όχι μόνο δεν ζητεί την άμεση εξυγίανση των τραπεζικών προτύπων λειτουργίας ή την ρύθμιση των εργασιών των επενδυτικών ομίλων, αλλά μπαίνει και στη λογική της «εκτίμησης επιπτώσεων». Πρόκειται για ένα ψήφισμα πολύ γενικό σε ένα πολύ τεχνοκρατικό θέμα. Η πραγματική αιτία της σχέσης κρίσης-τραπεζών/επενδυτικών ομίλων, που είναι η απόλυτη ελευθερία που δόθηκε σε αυτά τα ινστιτούτα να κερδοσκοπούν, δεν αντιμετωπίζεται. Γι` αυτό το λόγο επιλέξαμε την αποχή.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Τα Διεθνή Πρότυπα Χρηματοοικονομικής Αναφοράς ως μέρος του δικαίου της ΕΕ οφείλουν να επιβάλουν ισότιμους όρους ανταγωνισμού μίας ενιαίας αγοράς που είναι δομημένη προς όφελος των ισχυρών οικονομιών των κρατών μελών της ΕΕ και δεν επιτρέπουν την ανάπτυξη των αντίστοιχων αδυνάμων.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a nemzetközi pénzügyi beszámolási standardokról szóló állásfoglalási indítványtervezetét. Az új IFRS 9 standardok célja a pénzügyi eszközökről szóló pénzügyi beszámolók javítása a válság során felszínre került problémák kiküszöbölése útján. Az indítványtervezet helyesen hívja fel a figyelmet, hogy a jobb szabályozás melletti elkötelezettség mindenképp szükségessé teszi egy hatástanulmány elkészítését. Szintén egyetértek azzal a megállapítással, hogy jobban meg kell vizsgálni, milyen gyakorlati hatása lesz az IFRS 9 nemzetközi pénzügyi beszámolási standardoknak a banki és biztosítási szektorra, valamint az egész pénzügyi szektorra általában véve. Összességében az új standardoknak, ahogy azt az indítványtervezet is kiemeli az EU hosszú távú céljait kell szolgálniuk.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – The global financial crisis brought the role played by international financial reporting standards onto the G20 and EU agendas. It has already been decided that starting with the 1st of January 2018, a new financial instrument, IFRS 9 will replace IAS 39. I agree that IFRS 9 is an improvement to IAS 39 insofar as the move from an 'incurred loss' to an 'expected loss' impairment model addresses the problem of 'too little, too late' in the loan loss recognition procedure. However, on the matter of the banking sector, especially the accounting process, IFRS 9 is highly debatable and there is a lack of consensus in the opinion of experts. Therefore, I support this report, as I believe that the IASB and the EFRAG should strengthen their impact analysis capacity in order to get a better understanding of the IFRS 9 in certain areas, notably in the field of macroeconomics.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Par ce texte, le Parlement reconnaît que la norme IFRS 9 améliore la norme IAS 39 en ce que l'évolution d'un modèle fondé sur les «pertes encourues» vers un modèle de dépréciation fondé sur les «pertes attendues» résout le problème de l'insuffisance et de l'inefficacité de la procédure de comptabilisation des pertes sur prêts. Nous relevons cependant que l'IFRS 9 induit beaucoup de subjectivité dans ce processus et soulignons qu'à cet égard, les vérificateurs affichent de profondes divergences d'opinions et ne donnent que peu d'orientations concrètes.

Nous demandons par conséquent aux autorités européennes de surveillance d'élaborer de telles orientations, en coopération avec la Commission et l'EFRAG, afin d'empêcher tout abus du pouvoir discrétionnaire des entités de gestion.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – International Financial Reporting Standards (IFRS) reform came about as a result of the global financial crisis: the aim is to boost stability and growth, in particular through the rules regarding the recognition of losses incurred in the banking system, and placing these issues on the G20 and EU agendas. I voted in favour of the resolution because I believe in the importance of long-term investment for economic growth and I believe IFRS 9 serves the EU's long-term investment strategy and reduces pro-cyclicality as well as lessening incentives for excessive risk taking.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Primjena Međunarodnih standarda financijskog izvještavanja (MSFI) u Europskoj uniji doprinijela je jačanju jedinstvenog tržišta te je ojačala konkurentnost europskog gospodarstva kroz privlačenje kapitala i ulaganja na svjetskim tržištima kapitala. No, financijska kriza u državama članicama Europske unije ukazala je na potrebu preispitivanja i poboljšanja standarda financijskog izvještavanja.

Upravo zbog toga podržavam rezoluciju kojom se želi osigurati nastavak nadzora i nadgledanje provedbe MFSI 9, koje će nastupiti na snagu u siječnju 2018. godine. Njegovim stupanjem na snagu zamjenjuje se Međunarodni računovodstveni standard 39 koji propisuje mjerenje financijske imovine i financijskih obveza. Smatram da će primjena stavaka iz predložene rezolucije biti učinkovit odgovor na financijsku krizu i navodnu ulogu računovodstvenih standarada u uzrokovanju krize.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o mednarodnih standardih računovodskega poročanja: MSRP 9 sem podprla.

MSRP 9 – Finančni instrumenti je eden pomembnejših odzivov IASB (Upravni odbor za mednarodne računovodske standarde) na finančno krizo. MSRP 9 prinaša izboljšave v primerjavi z MRS 39, saj se model oslabitve, ki temelji na nastalih izgubah, spremeni v model oslabitve, ki temelji na pričakovanih izgubah, s čimer se obravnava problem „premalo in prepozno“ pri postopku prepoznavanja izgub pri posojilih. MSRP 9 bo začel veljati 1. januarja 2018 in bo nadomestil MRS 39.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención en este informe, si bien contiene una serie de elementos positivos que he apoyado. Sin embargo, no cuestiona el proceso de establecimiento de normas como tal, que tiene una serie de defectos, en especial en relación con el control democrático y la supervisión. Además, la nueva norma IFRS 9 no ha resuelto completamente los problemas relacionados con la naturaleza procíclica y podría tener algunas consecuencias negativas, sobre todo para las instituciones financieras más pequeñas (por ejemplo, bancos cooperativos) que utilizan el método estándar para el acceso a los riesgos de crédito. Si bien el informe recoge algunas de estas preocupaciones, cuestiono fundamentalmente la idoneidad de la nueva norma, así como, el proceso con el que se ha redactado.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le Conseil des normes comptables internationales (IASB) a pour objectif d'élaborer un ensemble de normes comptables applicables partout dans le monde, et donc de créer un langage commun pour l'information financière au niveau mondial. Depuis 2005, le règlement IAS impose aux sociétés de l'Union cotées en bourse d'établir leurs états financiers consolidés conformément à ces normes. La norme IFRS 9 s'applique aux instruments financiers et doit résoudre les difficultés liées à IAS 39, qui est la norme actuelle. Le grand changement vient surtout de la notion de «juste valeur», qui permet de valoriser les actifs et les passifs des grandes entreprises selon leur valeur de marché ou, à défaut, selon leur valeur calculée par la somme actualisée des flux de revenus attendus de leur utilisation. Cette norme comptable s'oppose à la norme de la «valorisation au coût historique», qui valorise actifs et passifs à leur date d'achat sur les marchés. Mais cette «juste valeur» a aussi été accusée d'avoir une grande part de responsabilité dans la crise de 2007, à cause de son impact procyclique très puissant sur le système bancaire et financier. J'ai voté pour cette proposition essentiellement technique.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Nieprzestrzeganie podstawowych standardów dotyczących rachunkowości należy uznać za jedną z wielu przyczyn, które spowodowały wieloletni kryzys finansowy w Europie. Stagnacja gospodarcza podkreśliła potrzebę przygotowania nowych międzynarodowych standardów sprawozdawczości finansowej. Nowe standardy dotyczą kluczowych elementów prowadzenia rachunkowości, w tym tych, które dotyczą obniżenia wartości aktywów oraz zabezpieczeń. Przepisy wejdą w życie w styczniu 2018 roku. Projekt rezolucji pozwoli monitorować wdrażanie i skutki tych standardów. Należy wyrazić nadzieję, że nowe Międzynarodowe Standardy Sprawozdawczości Finansowej MSSF 9 pozwolą zapobiec nowym kryzysom gospodarczym. Zagłosowałem za przyjęciem rezolucji.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención en este informe, si bien contiene una serie de elementos positivos que he apoyado. Sin embargo, no cuestiona el proceso de establecimiento de normas como tal, que tiene una serie de defectos, en especial en relación con el control democrático y la supervisión. Además, la nueva norma IFRS 9 no ha resuelto completamente los problemas relacionados con la naturaleza procíclica y podría tener algunas consecuencias negativas, sobre todo para las instituciones financieras más pequeñas (por ejemplo, bancos cooperativos) que utilizan el método estándar para el acceso a los riesgos de crédito. Si bien el informe recoge algunas de estas preocupaciones, cuestiono fundamentalmente la idoneidad de la nueva norma, así como, el proceso con el que se ha redactado.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Pabrėžiu, kad labai svarbios ilgalaikės investicijos į ekonomikos augimą. Esu susirūpinęs dėl to, kad atliekant tam tikrų finansinių priemonių, kurios tiesiogiai ar netiesiogiai turimos kaip ilgalaikės investicijos (visų pirma nuosavo kapitalo), apskaitą pagal 9-ąjį TFAS galėtų būti pakenkta bendram tikslui skatinti ilgalaikes investicijas.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the motion for a resolution on International Financial Reporting Standards: IFRS 9. The global financial crisis brought the role played by international financial reporting standards (IFRS) in financial stability and growth onto the G20 and EU agendas. The resolution notes that IFRS 9 – Financial Instruments constitutes one of the major responses of the International Accounting Standards Board to the financial crisis. Moreover, the resolution notes the importance of fully understanding the interaction of IFRS 9 with other regulatory requirements. I voted in favour because I believe that the principle of prudence must be the key guiding principle for any accounting standard.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – La crisis financiera mundial puso sobre la mesa del G-20 y de la Unión la importancia que para la estabilidad financiera y el crecimiento tienen las normas internacionales de información financiera (NIIF), en particular las relativas al reconocimiento de pérdidas en el sistema bancario. Como respuesta clave a algunos aspectos de la crisis financiera y a sus repercusiones en el sector bancario, el Consejo de Normas Internacionales de Contabilidad (CNIC) adoptó la NIIF 9 – Instrumentos Financieros. Considerando que el principio de prudencia debe ser el principio rector fundamental de todas las normas de contabilidad y que la NIIF 9 – Instrumentos Financieros constituye una de las respuestas principales del CNIC a la crisis financiera, mediante este documento el Parlamento Europeo reconoce que la NIIF 9 supone una mejora respecto de la NIC 39 y señala la importancia de comprender plenamente la interacción entre la NIIF 9 y otros requisitos normativos. Asimismo, pide a la Comisión que proponga medidas adecuadas en el marco prudencial antes de que acabe 2017 y que se asegure de que la NIIF 9 favorezca la estrategia de inversiones a largo plazo de la Unión. Por todo ello, he considerado oportuno votar a favor del texto.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Considero, como dice el informe, que los IFRS 9 son un importante avance contable, al pasar de un modelo de «pérdida incurrida» a otro de «pérdida esperada», es decir, al obligar al sistema financiero a provisionar inmediatamente los riesgos que se incurren, en vez de mantenerlos bajo la alfombra hasta que estalla la burbuja. Si me he abstenido, es porque esta moción pretende posponer su entrada en vigor y diluir algunas de sus propuestas, con el fin de proteger a las finanzas europeas por encima del interés general.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Em julho de 2014, o Conselho das Normas Internacionais de Contabilidade adotou o IFRS 9 como norma internacional contabilística para instrumentos financeiros. O IFRS 9 substitui a norma existente IAS 39.

A IFRS 9 representa uma alteração de fundo no processo de mensuração de perdas por imparidade das instituições e surge como uma resposta do Conselho das Normas Internacionais de Contabilidade sobre o reconhecimento tardio das perdas no modelo de perdas sofridas da IAS 39. A IFRS 9 é baseada numa visão prospetiva através de um modelo de perda esperada, o que faz com que as instituições possam reconhecer perdas antes da ocorrência das mesmas. Esta alteração surge porque o reconhecimento posterior das perdas de crédito foi identificado, durante a crise financeira, como sendo uma fragilidade nas instituições financeiras, principalmente devido ao facto dos atuais requisitos de imparidade serem baseados em modelos de perda incorrida.

Apesar de conter algumas preocupações, a resolução não põe em causa o processo de definição da norma. Além disso, a nova norma IFRS 9 não foi totalmente eficaz na resolução do problema da pró-ciclicidade, podendo mesmo ter algumas implicações negativas, especialmente para as instituições financeiras menores (por exemplo, bancos cooperativos), que usam o método padrão para avaliar os riscos de crédito.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Es wird darauf hingewiesen, dass ein besseres Verständnis der Auswirkungen des IFRS 9 auf die Bankenbranche, die Versicherungsbranche und die Finanzmärkte im Allgemeinen, aber auch auf die Finanzbranche als Ganzes geschaffen werden muss. Außerdem wird die Durchführung einer Analyse der Auswirkungen der Einführung des IFRS 9 auf die Finanzstabilität gefordert. Daher habe ich diesem Bericht zugestimmt.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Resolucijo Evropskega parlamenta o mednarodnih standardih računovodskega poročanja sem podprl.

Zaradi svetovne finančne krize je vloga mednarodnih standardov računovodskega poročanja, zlasti pravila glede pripoznavanja izgub bančnega sistema, ključna pri finančni stabilnosti in rasti.

Zato podpiram poziv Komisiji, naj v sodelovanju z evropskimi nadzornimi organi, Evropsko centralno banko, ESRB in EFRAG pozorno spremlja izvajanje MSRP 9 v EU, pripravi naknadno oceno učinka najpozneje do junija 2019 in jo predloži Evropskemu parlamentu ter deluje v skladu z njegovimi stališči.

6.2. Lage in Syrien (B8-1089/2016, B8-1090/2016)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Úr! Megszavaztam a kimondhatatlanul drámai szíriai helyzetről szóló jelentést, de azért hadd osszak itt meg valamit az érdeklődőkkel. Lett volna egy nagyon jó módosító javaslat, rejtély előttem, hogy a tisztelt Parlamentnek a többsége miért utasította el ezt a módosító javaslatot. Hadd ismerjék meg azért az érdeklődők: az lett volna benne, hogy az Európai Parlament elítéli a fegyverszállításokat, és az ISIS, az al-Nuszra és más szíriai dzsihádista csoportok bármely más formában való támogatását. Megállapítja, hogy az úgynevezett lázadó csoportoknak juttatott fegyverek és más felszerelések gyakran az ISIS és az al-Nuszra kezébe kerülnek. Kérném szépen, miért nem szavazta ezt meg az Európai Parlamentnek a többsége? Mindenki gondolja végig saját maga, és vonja le a következtetéseket!

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Balsavau už, nes noriu, kad greičiau baigtųsi nekaltų žmonių žudymai, taip pat noriu informuoti, kad vienas iš galimų pretendentų Nobelio taikos premijai yra Sirijos „Baltieji šalmai“, kurie opozicijos kontroliuojamoje teritorijoje po sprogdinimų išgelbėjo apie 60 tūkstančių žmonių. „Baltieji šalmai“ yra vienas iš vilties žiburių vietos žmonėms, todėl jie tapo Sirijos valdantį režimą palaikančių pajėgų taikiniu. Sąmoningas tiek Rusijos, tiek Asado pajėgų vykdomas minėtos organizacijos būstinių sunaikinimas yra nedovanotinas ir gėdingas žingsnis, kuris turi sulaukti ES institucijų griežto vertinimo. Prieš kelias savaites „Baltieji šalmai“ pranešė, kad didžioji dalis jų įrangos buvo sunaikinta. Dėl to jie negali laiku atvykti į ką tik subombarduotas teritorijas ir padėti žmonėms. Todėl kviečiu jus prisidėti ir paraginti valstybes nares surasti lėšų, kad šie savanoriškos organizacijos nariai galėtų tęsti savo kilnią misiją.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, situace v Sýrii, to skutečně není jenom humanitární katastrofa, to je obrovská tragédie, a já bych byl velmi rád, abychom pojmenovali i roli Ruska, která je v těchto chvílích nepochybně jasná. Myslím, že se ukázala v plné nahotě. Rusko páchá, podle mého přesvědčení, válečné zločiny, páchá je ve jménu svého vlastního postupu, nikoliv ve jménu, řekněme, uspořádání situace v této zemi.

Měli bychom zpřesnit sankční seznamy, které vyhotovila Evropská unie, a z tohoto důvodu na ně zařadit další skupiny osob. Zpřísnit sankce, které jdou na zboží dvojího určení, včetně samozřejmě i případných dalších zpřísnění sankcí, pokud jde o zemědělskou výrobu. Tyto dopady, které jdou do běžných podniků, do života firem a podnikatelů, tak ty bychom měli samozřejmě taky kompenzovat. Přesto jsem tento návrh usnesení samozřejmě podpořil.

Seán Kelly (PPE). – Go raibh maith agat a Uachtaráin. Arís bhí áthas orm tacaíocht a thabhairt don tuarascáil seo agus vótáil le mo ghrúpa leis na vótaí go léir taobh amuigh de alt 6.1. Vótálamar i bhfabhar an rúin sin agus i gcoinne an ghrúpa. Ach bíodh sin mar a tá, táimid go léir aontaithe faoin tragóid atá ag tárlu sa tSiria agus go háirithe an méid atá á fhulaingt ag muintir na Siria, níl aon dealramh leis. Agus freisin, tá déistin orainn go léir an ról atá á ghlacadh ag an Rúis sa tSiria. Níl sé féaráilte agus is ar mhaithe leo féin atá siad ag obair ansin. Dá bhrí sin tá sé tábhachtach go n-úsáidfimid gach aon seans atá againn chun deireadh a chur leis sin. Freisin, tá bród orm go bhfuil ár dhá mbád, LE Niamh agus LE Samuel Beckett, ag obair sa Mheánmhuir chun daoine a shábháil atá ag teitheadh na Siria chun teacht go dtí an Eoraip.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Lars Adaktusson (PPE), *skriftlig*. – Resolutionen tar upp den humanitära katastrofen i Syrien, med särskilt fokus på situationen i Aleppo. Jag välkomnar att alla parter, särskilt Ryssland och Assadregimen, uppmanas upphöra med angrepp mot civilbefolkningen och den civila infrastrukturen. Jag valde därför att rösta ja till resolutionen. Samtidigt konstaterar jag att resolutionen kunnat gå längre i fråga om de ryska bombningarna mot civila. Vad som nu sker i östra Aleppo, med attacker mot bland annat sjukhus, är enligt samstämmiga bedömningar inget mindre än brott mot krigets lagar och internationell rätt. Detta borde Europaparlamentet understryka.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Visto l'inasprimento delle ostilità in Siria, questa proposta di risoluzione, oltre a condannare con fermezza tutti gli attacchi rivolti contro i civili e le infrastrutture civili, specialmente gli attacchi sferrati di recente contro un convoglio di aiuti umanitari, che rappresentano gravi e preoccupanti violazioni del diritto internazionale umanitario e possibili crimini di guerra, sollecita tutte le parti coinvolte nel conflitto, in particolare la Russia e il regime di Assad, a mettere fine a tutti gli attacchi rivolti contro i civili e le infrastrutture civili e a consentire un accesso rapido, sicuro e privo di restrizioni alle agenzie umanitarie affinché possano raggiungere le popolazioni che necessitano di aiuto.

Si sollecitano altresì tutti i membri del gruppo internazionale di sostegno alla Siria a riprendere i negoziati per facilitare la conclusione di una tregua stabile nonché a intensificare i lavori volti a raggiungere una soluzione politica duratura in Siria. Per questi motivi ho votato a favore.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – Hemos promovido y votado esta resolución sobre Siria por el agravamiento de la situación humanitaria, sobre todo en la región de Alepo. Y por el fracaso rotundo de la tregua pactada entre los Estados Unidos y Rusia que ha estado operativa muy pocos días.

Los últimos ataques de las fuerzas gubernamentales sirias sobre Alepo. Estas operaciones están alejando la esperanza de un alto el fuego real.

Las acusaciones de crímenes de guerra que se han producido contra Rusia en el Consejo de Seguridad se centran en el uso generalizado de bombas anti-búnker y bombas incendiarias sobre los 275 000 civiles que viven en el este de Alepo.

Alepo va a entrar en la historia por la puerta de la vergüenza como Dresde, Gernika o Sarajevo. Hay que poner fin a esta destrucción que ya es prácticamente total.

A pesar de todo, la única salida ahora para Siria es volver a negociar, bajar las armas y asegurar los corredores humanitarios para que llegue alivio a la población civil. Eso es lo más importante en este momento. La Unión debe involucrarse todavía más en esas dos prioridades.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — This is a non-legislative and non-binding resolution. UKIP remains gravely concerned by the ongoing conflict in Syria and is fully supportive of efforts to create a lasting and peaceful political solution. However, we cannot support EU posturing on foreign policy issues or any calls for EU action. The United Nations, primarily the Security Council, remains the most relevant forum for achieving a lasting solution. Therefore we abstained on this resolution.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolución es un ejemplo más de la campaña de propaganda unidireccional en la que estamos inmersos, que nos presenta un único «bando» culpable, Rusia y el Gobierno sirio, postura bastante hipócrita cuando algunos Estados miembros de la Unión, en colaboración con los EE.UU., entrenaron y financiaron a los grupos terroristas que actúan en Oriente Medio y Europa.

La estrategia de los EE.UU. del unilateralismo y la política exterior seguidista de la Unión ya vimos las consecuencias que trajo en el caso de Libia. Tenemos que decidir si queremos retomar ese camino, o nos posicionamos como un actor facilitador del diálogo y la resolución política del conflicto.

La Unión debe exigir a los Estados Unidos retomar el diálogo con Rusia en el marco del conflicto en Siria para propiciar un alto el fuego que dé paso a una mesa de negociaciones para la paz con todos los actores políticos no terroristas. No hay que olvidar que el fracaso de la última tregua fue causa del bombardeo de los EE.UU. sobre posiciones del Ejército sirio en Deir Azzor.

Mientras las resoluciones del Parlamento Europeo sigan presentando un único culpable del conflicto, y sigan eludiendo su propia responsabilidad en el conflicto, mi voto será en contra.

Martina Anderson and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — We voted in favour of the resolution. While it has shortcomings, its focus on the de-escalation of violence, the protection of innocents and the need to protect humanitarian aid means we were able to support it.

Sinn Féin has an issue with the resolution mentioning the Syrian regime and Russia in isolation. There are several parties to this conflict, all of whom are inflicting casualties on a civilian population. All parties to the conflict should cease operations against civilian targets or infrastructure, and that includes western powers such as the USA and EU Member States such as Britain and France.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Avec mes collègues socialistes, nous exigeons une cessation immédiate des hostilités et des bombardements aveugles de civils, afin d'assurer un acheminement sans entrave de l'aide humanitaire à tous ceux qui en ont besoin et la reprise des négociations politiques dans le but de mettre un terme à la guerre, en conformité avec la résolution 2254 du Conseil de sécurité.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už Europos Parlamento rezoliuciją dėl Sirijos. Nepaisant tarptautinės bendruomenės pastangų nutraukti karo veiksmus, padėtis Sirijoje blogėja. Karo veiksmai, įskaitant išpuolius prieš ligonines, suaktyvėjo visoje Sirijoje, o ypač Alepe, kurį Rusijos karo aviacija, remianti Sirijos vyriausybę, intensyviai bombarduoja. Šia rezoliucija siekiame ir raginame kitas ES institucijas, kad ES atliktų svarbesnį vaidmenį tarpininkaujant, kad būtų pasiektas Sirijos taikos susitarimas. Sveikintina, jog rezoliucija ragina visas konflikto šalis, ypač Rusiją ir B. Assado režimą, nutraukti prieš civilius ir civilinę infrastruktūrą vykdomus išpuolius, nutraukti visas apgultis ir sudaryti sąlygas humanitarinės pagalbos organizacijoms be kliūčių pasiekti žmones, kuriems jos reikia. Pagirtinas ir raginimas atnaujinti pastangas siekiant bendros ES Sirijos strategijos, kurios tikslas – sudaryti palankesnes sąlygas politiniam susitarimui Sirijoje. Be to, būtina vykdyti stebėseną bei užtikrinti Tarptautinės paramos Sirijai grupėje sudarytų susitarimų ir prisiimtų įsipareigojimų vykdymą. Visi Tarptautinės paramos Sirijai grupės dalyviai raginami atnaujinti derybas, siekiant sudaryti palankesnes sąlygas stabilių paliaubų paskelbimui, ir aktyviau dirbti, siekiant ilgalaikio politinio sprendimo Sirijoje.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της πρότασης ψηφίσματος σχετικά με την κατάσταση στη Συρία, διότι πρέπει να πραγματοποιηθεί άμεση παύση των εχθροπραξιών και των αδιάκριτων βομβαρδισμών των αμάχων, ώστε να εξασφαλιστεί η άμεση παράδοση ανθρωπιστικής βοήθειας και να αρχίσουν εκ νέου πολιτικές διαπραγματεύσεις με στόχο την οριστική παύση του πολέμου.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Seit über fünf Jahren herrscht in Syrien Bürgerkrieg, und der Konflikt hat bereits mehr als eine Viertelmillion Todesopfer gefordert. Schätzungen zufolge benötigen bis zu 14 Millionen Menschen in Syrien humanitäre Hilfe. Beinahe 5 Millionen Syrer befinden sich in schwer zugänglichen oder belagerten Gebieten des Landes.

Trotz internationaler Bemühungen, einen Waffenstillstand zu erreichen, ist die Gewalt in den vergangenen Wochen eskaliert und vor allem die nordsyrische Stadt Aleppo durch massive Bombardements erschüttert worden.

Ich schließe mich der Mehrheit des Parlaments an, die alle Konfliktparteien im Krieg in Syrien und insbesondere Russland und das Assad-Regime dazu auffordert, sämtliche Angriffe auf Zivilisten zu unterlassen. Ich verurteile ebenfalls die jüngsten Angriffe auf Krankenhäuser und einen Hilfskonvoi. Ferner unterstütze ich die Forderung an alle Mitglieder der Internationalen Unterstützungsgruppe für Syrien, die Verhandlungen über die Schaffung einer stabilen Waffenruhe wiederaufzunehmen, sowie die Forderung, dass die für Kriegsverbrechen und für Verbrechen gegen die Menschlichkeit Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I am hugely concerned by the situation in Syria. Overall it felt appropriate for me to abstain on this resolution, despite me finding myself in agreement with much of the content, because I am not convinced that this should be considered at a European Union level.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution sur la situation en Syrie, à l'initiative de l'ALDE, bénéficiant du soutien de presque tous les groupes politiques au Parlement. La situation actuelle à Alep démontre que la diplomatie a échoué et que la communauté internationale manque d'outils pour faire respecter les accords existants. Il est nécessaire de mettre en place une zone d'exclusion aérienne au-dessus d'Alep et de permettre la délivrance de l'aide humanitaire et des secours aux blessés.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – This is a non-legislative and non-binding resolution. UKIP remains gravely concerned by the ongoing conflict in Syria and is fully supportive of efforts to create a lasting and peaceful political solution. However, we cannot support EU posturing on foreign policy issues or any calls for EU action. The United Nations, primarily the Security Council, remains the most relevant forum for achieving a lasting solution. Therefore we abstained on this resolution.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Les résolutions présentées reviennent à soutenir à demi-mot les forces opposées aux armées loyales au gouvernement syrien, reconnu internationalement, et à soutenir implicitement les groupes djihadistes présents sur le sol syrien. J'ai voté contre ces scandaleuses propositions de résolution.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Il était essentiel que le Parlement européen prenne position sur la situation en Syrie. Ce pays est bombardé quotidiennement depuis 2011 et la situation ne fait qu'empirer. Nous avons dénoncé ces atrocités et avons avancé des pistes de solutions.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de la resolución que celebra la iniciativa humanitaria de emergencia de la Unión para Alepo, que, además de movilizar fondos para cubrir las necesidades humanitarias urgentes, tiene por objeto garantizar la evacuación por razones médicas de las personas heridas y enfermas, en particular de las mujeres, los niños y las personas mayores, de la zona oriental de Alepo.

En estos momentos es fundamental consolidar el cese de hostilidades acordado en septiembre por los EE.UU. y Rusia. Si se logra, será posible permitir el acceso de la ayuda humanitaria a todo el país.

La comunidad internacional, representada por las Naciones Unidas, debe estar presente en este proceso. Su papel es esencial para facilitar que este diálogo pueda tener lugar. Apoyo por tanto la labor que está llevando a cabo el Enviado Especial del SGNU para Siria, Sr. De Mistura.

Quiero finalizar resaltando el punto 3 de la resolución, que pide a todas las partes en el conflicto, y en particular a Rusia y al régimen de Assad, que pongan fin a todos los ataques contra civiles e infraestructuras civiles, que tomen medidas creíbles e inmediatas para el cese de las hostilidades, que levanten todos los asedios y que permitan el acceso sin trabas de las organizaciones humanitarias a las personas necesitadas

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La situazione in cui versa la città di Aleppo è ormai divenuta un tragico esempio delle distruzioni che colpiscono quotidianamente la Siria. I pesanti bombardamenti aerei hanno distrutto ospedali, strutture mediche, convogli di aiuti umanitari e anche un magazzino della Mezzaluna rossa nei pressi della città. La risoluzione approvata oggi dal Parlamento, da me sostenuta, condanna con fermezza tutti gli attacchi che sono stati rivolti contro i civili e le infrastrutture nonché il mantenimento degli assedi che non consentono all'assistenza umanitaria di raggiungere la popolazione bisognosa.

Servono misure credibili e immediate che portino ad una reale cessazione delle ostilità e che prevedano per tutte le parti coinvolte nel conflitto, in particolare la Russia e il regime di Assad, la fine agli attacchi contro i civili e le fondamentali infrastrutture civili come quelle idriche ed elettriche. L'Alto rappresentante Mogherini ha il compito di definire una strategia comune dell'Unione sulla Siria al fine di agevolare una soluzione politica alla crisi che includa strumenti di controllo e garanzie dell'esecuzione degli accordi e degli obblighi assunti nel quadro del gruppo internazionale di sostegno alla Siria.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – A pesar de apoyar el grueso del contenido de esta Resolución sobre Siria, que pide a todas las partes el cese de los bombardeos, la apertura de corredores humanitarios y la reapertura de las negociaciones para un alto el fuego, desde Podemos hemos votado abstención al considerar que la resolución carece de la pretendida equidistancia, al señalar mayores responsabilidades a una de las partes en el conflicto y, por lo tanto, situar el debate en clave de una elección bipolar entre dos potencias a la que nos oponemos desde nuestro convencimiento de que debe ser la sociedad civil siria quien protagonice el camino hacia la paz, la democracia y la justicia social que ninguna de las partes en conflicto parece estar interesada en alcanzar.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado esta Resolución sobre la situación en Siria en la que se condenan enérgicamente todos los ataques contra civiles e infraestructura civiles, el mantenimiento de todos los asedios en Siria y la falta de acceso con fines humanitarios a las personas sirias necesitadas. La situación de poblaciones como la de Alepo y otras zonas de Siria es de emergencia total, ya que en ellas se encuentran niños y mujeres que no tienen acceso a los bienes humanitarios esenciales y necesitan desesperadamente alimentos, agua potable y suministros médicos.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution totalement défavorable qui soutient en réalité implicitement les groupes djihadistes présents sur le sol syrien. Pire, plusieurs amendements du texte prennent même parti contre le gouvernement légal syrien de Bachar Al-Assad et la Russie ou prônent un rôle international de l'Union européenne (alors que la diplomatie est une compétence des États, pas de l'Union!).

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho trovato la risoluzione oggetto di voto poco equilibrata e non condivisibile, mi sono quindi espressa con voto contrario.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har röstat för resolutionen om Syrien.

Min grundläggande syn är att det bara finns en politisk och diplomatisk lösning på konflikten i Syrien. Det finns ingen militär lösning på det blodiga inbördeskriget. Ska våldet upphöra krävs en politisk lösning som inkluderar en demokratisk övergång, att Assad lämnar över makten och att Syriens olika etniska och religiösa grupper får sina rättigheter garanterade.

Vapenleveranser såväl till den syriska regimen som till oppositionen motverkar en fredlig lösning på konflikten. Det krävs ett fullständigt vapenembargo mot Syrien. FN behöver omgående hantera krisen och agera för att skydda civilbefolkningen och strypa tillförseln av vapen och resurser till IS och andra terrorgrupper. De krafter som understödjer IS måste sättas under starkt tryck. Ett särskilt ansvar faller på Turkiet som inte konsekvent motarbetat IS, utan istället fokuserat på eget militärt våld mot den kurdiska befolkningen och dess kamp för sina grundläggande rättigheter. Kriget i Syrien har skapat en ohygglig flyktingkatastrof. Om EU hade tagit sitt ansvar och visat respekt för internationella konventioner och mänskliga rättigheter hade man garanterat utfärdande av humanitära visum till asylsökande vid EU:s ambassader och konsulat, samt införande av obligatoriska vidarebosättningsprogram på EU-nivå i stället för det kraftlösa frivilliga vidarebosättningsprogram som föreslagits av rådet.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — Hemos promovido y votado esta resolución sobre Siria ante el agravamiento de la situación humanitaria sobre todo en la región de Alepo y ante el fracaso rotundo de la tregua pactada entre los Estados Unidos y Rusia, que ha estado operativa muy pocos días. Los últimos ataques de las fuerzas gubernamentales sirias sobre Alepo están alejando la esperanza de un alto el fuego real. Las acusaciones de crímenes de guerra que se han producido contra Rusia en el Consejo de Seguridad se centran en el uso generalizado de bombas anti-búnker y bombas incendiarias sobre los 275 000 civiles que viven en el este de Alepo. Alepo va a entrar en la historia por la puerta de la vergüenza como Dresde, Gernika o Sarajevo. Hay que poner fin a esta destrucción. La única salida ahora para Siria es volver a negociar, bajar las armas y asegurar los corredores humanitarios para que llegue alivio a la población civil. Eso es lo más importante en este momento. La Unión debe involucrarse todavía más en esas dos prioridades.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją, kurioje Europos Parlamentas smerkia visus išpuolius prieš civilius gyventojus ir civilinę infrastruktūrą, visų apgulčių Sirijoje tęsimą ir humanitarinės pagalbos, teikiamos Sirijos gyventojams, kuriems jos reikia, trūkumą. Parlamentas yra itin susirūpinęs dėl to, jog apgultose Alepo teritorijose ir visoje Sirijoje kenčia žmonės – daug moterų ir vaikų, kurie neturi galimybės gauti būtinų humanitarinės pagalbos prekių ir kuriems žūtbūt reikia maisto, švaraus vandens ir medicinos priemonių. Be to, jis labai apgailestauja dėl pastarojo meto išpuolių prieš humanitarinės pagalbos konvojų ir Raudonojo Pusmėnulio sandėlį netoli Alepo ir juos smerkia kaip rimtą ir nerimą keliantį tarptautinės humanitarinės teisės pažeidimą ir galimą karo nusikaltimą. Parlamentas reiškia pagarbą humanitarinės pagalbos darbuotojams, kurie mirė siekdami padėti Alepo ir visos Sirijos gyventojams, ir reiškia nuoširdžiausią užuojautą aukų šeimoms ir draugams; ragina atsakyti už pasekmes ir patraukti atsakomybėn tuos, kurie kalti padarę karo nusikaltimų ir nusikaltimų žmoniškumui. Taigi, Parlamentas ragina Sąjungos vyriausiąją įgaliotinę ir Komisijos pirmininko pavaduotoją atnaujinti pastangas siekiant bendros ES Sirijos strategijos, kurios tikslas – sudaryti palankesnes sąlygas siekti politinio susitarimo Sirijoje, ir įtraukti stebėsenos ir vykdymo užtikrinimo priemones, kad būtų labiau paisoma Tarptautinės paramos Sirijai grupėje sudarytų susitarimų ir prisiimtų įsipareigojimų.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Véleményem szerint az Európai Uniónak, csakúgy mint a teljes nemzetközi közösségnek, kötelessége megmenteni Szíriát, egyaránt szolgálva ezzel a szíriai polgárokat és az egész térséget. A szíriai felek által megkezdett tárgyalások jó lehetőséget kínálnak a megoldás felé való elmozdulásra. Ez a lehetőség azonban nem fog mindig nyitva állni, ezért létfontosságú, hogy valamennyi fél konstruktívan vegyen részt egy olyan párbeszédben, amely kézzelfogható eredményekhez vezet. Az EU és tagállamai továbbra is életmentő segítséget fognak nyújtani, ugyanakkor nyomást fognak gyakorolni az összes félre annak érdekében, hogy azok Szíria teljes területén biztosítsák a humanitárius segítség eljutását a rászorulókhoz, tűzszünetet léptessenek életbe és biztosítsák a polgári lakosság védelmét.

A humanitárius és a diplomáciai erőfeszítéseknek pedig koordinált módon kell megvalósulniuk: ezek ugyanis erősíthetik, de gyengíthetik is egymást. Hiszek abban, hogy egy erőteljesebb, összehangoltabb, hatékonyabb és a terheket arányosabban elosztó nemzetközi fejlesztéspolitikával hozzá lehet járulni a háború sújtotta országok újjáépítéséhez, illetve a gazdasági migránsok tömegeit kibocsátó országok élhetőbbé tételéhez. A képlet egyszerű: a történelem már többször bebizonyította, hogy egyetlen hatékony megoldást nyújtó stratégia létezik ilyen helyzetekben: a segítséget kell a bajbajutottakhoz odavinni, nem pedig a bajt kell Európába hozni! A fentiek értelmében szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Glede Sirije je bilo izrečenih že toliko besed, da je pravzaprav vsaka odveč. Bistvena so dejanja, ki pa se od besed – tudi mednarodnih dogovorov – zelo razlikujejo. V vmesnem času pa umirajo otroci, ženske in številni ostali nedolžni civilisti, preživeli pa se v velikem številu usmerjajo na varno in naprej proti Evropi.

Resolucijo sem podprl, saj iz človeškega vidika nimam razlogov za njeno nasprotovanje. Bolj pa se sprašujem, kaj bo sprejetje resolucije sploh spremenilo. Bojim se, da ne veliko.

Nedavni napadi na bolnišnice in konvoje s humanitarno pomočjo so nedvomno vredni vsakega obsojanja, saj gre za hudo kršitev mednarodnega humanitarnega prava in za vojni zločin. Rusija in Asadov režim morata nemudoma prenehati z napadi na civilno prebivalstvo in infrastrukturo, končati pa se morajo tudi obleganja mest.

Ključ do začetka reševanja grozljive situacije v Siriji pa je obnovitev pogajanj za vzpostavitev trajnega premirja ter okrepitev prizadevanj za trajno politično rešitev v državi. Dosedanji dogovori med ZDA in Rusijo so vsi po vrsti padli v vodo, zato se mora v reševanje aktivneje vključiti EU. Slednja namreč že vsa leta konflikta ostaja v podrejenem položaju, medtem ko zaradi valov migrantov in terorizma najbolj čuti posledice tega konflikta.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o stanju u Siriji. Raste velika zabrinutost i ogorčenje zbog stalnih neselektivnih bombaških napada na civile u Alepu i narušavanju isporuke humanitarne pomoći. Postoji potreba za prekid neprijateljstava kao posljednja preostala nada za sprečavanje druge brutalne eskalacije rata.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Le Parlement n'a pas à s'immiscer dans les affaires intérieures de la Syrie, et encore moins à manifester, par ses résolutions, son opposition systématique à la politique suivie par la Russie. Par conséquent, je vote contre la résolution commune et contre celle du groupe GUE/NGL.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the situation in Syria because I join with my colleagues in condemning the recent attacks against civilians and we urge the parties in the International Syria Support Group to resume negotiations in order to facilitate the establishment of a stable peace. Furthermore, we call in the resolution upon Russia and the Assad regime to stop attacking civilian infrastructure, including water and electrical infrastructure, and to allow access for humanitarian aid.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Bisogna condannare con forza tutti i crimini commessi contro la popolazione civile in Siria; e nel modo più assoluto le sistematiche violazioni dei diritti umani e del diritto internazionale umanitario risultanti dagli atti terroristici perpetrati dal cosiddetto Stato islamico e da altri gruppi armati radicali contro la popolazione siriana; atti che possono costituire crimini di guerra e crimini contro l'umanità. È necessario sollecitare tutte le parti coinvolte nel conflitto a mettere fine agli attacchi rivolti contro i civili.

Dovranno essere ripresi i negoziati per facilitare la conclusione di una tregua stabile e per intensificare i lavori volti a raggiungere una soluzione politica duratura in Siria. L'UE dovrà, al più presto, definire una strategia comune sulla Siria che agevoli il raggiungimento di una soluzione politica e includa strumenti di controllo e garanzia dell'esecuzione per rafforzare il rispetto degli accordi conclusi e degli obblighi assunti. L'UE deve garantire un maggiore sostegno internazionale per far fronte all'aumento del numero di profughi.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – Hemos promovido y votado esta resolución sobre Siria porque el agravamiento de la situación humanitaria sobre todo en la región de Alepo. Y por el fracaso rotundo de la tregua pactada entre los Estados Unidos y Rusia que ha estado operativa muy pocos días.

Los últimos ataques de las fuerzas gubernamentales sirias sobre Alepo. Estas operaciones están alejando la esperanza de un alto el fuego real.

Las acusaciones de crímenes de guerra que se han producido contra Rusia en el Consejo de Seguridad se centran en el uso generalizado de bombas anti-búnker y bombas incendiarias sobre los 275 000 civiles que viven en el este de Alepo.

Alepo va a entrar en la historia por la puerta de la vergüenza como Dresde, Gernika o Sarajevo. Hay que poner fin a esta destrucción que ya es prácticamente total.

A pesar de todo, la única salida ahora para Siria es volver a negociar, bajar las armas y asegurar los corredores humanitarios para que llegue alivio a la población civil. Eso es lo más importante en este momento. La Unión debe involucrarse todavía más en esas dos prioridades.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione sulla situazione in Siria perché è arrivato il momento che l'Europa abbia un ruolo incisivo nella riapertura dei negoziati per porre fine all'immane tragedia umanitaria che si consuma nel paese. La situazione in Siria è difficilissima e le tregue, solo annunciate, ormai non reggono che qualche ora. Si continua a sparare, a bombardare, senza tener conto di scuole, di ospedali, di civili inermi. Ho votato a favore della risoluzione affinché l'Europa non rimanga in silenzio di fronte a questa carneficina ed eserciti la propria leadership per determinare le condizioni per un immediato cessate il fuoco e per favorire l'apertura di corridoi umanitari.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this resolution on the situation in Syria, which focused on the disastrous humanitarian crisis happening there. It called for aid, for the prevention of all acts of violence against citizens and for a peaceful negotiated settlement of the situation.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the desperate human rights situation in Syria. I strongly believe that, in the light of Russia's military intervention in the country, the EU needs to work out how to deal with Russia. It is also very worrying to witness the links between the far-right parties in the EP and Russia, which is not acting as an independent party in this conflict.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Mentre l'Europa parla, la Siria brucia. La Siria è il nostro vicinato: siamo stati i primi a subire le disastrose conseguenze della destabilizzazione voluta da altri, pagate in primis in termini di flussi di rifugiati. L'immagine che l'Europa dà di sé è quella di un meccanismo inceppato, internamente dilaniato e perennemente in attesa di uno slancio innovativo che però non arriva mai. Il conto di questa assenza lo pagano 13,5 milioni di siriani, che necessitano assistenza immediata, oltre 11 milioni di rifugiati tra esterni e interni e intere città rase al suolo, oltre 400.000 morti, un dramma umanitario senza fine.

Ho votato a favore di questa risoluzione in cui sono state sollecitate tutte le parti coinvolte nel conflitto siriano a mettere fine alle azioni rivolte contro i civili e le infrastrutture civili, incluse quelle idriche ed elettriche.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – Since hostilities in Syria have escalated recently – particularly in Aleppo, which is currently facing unjustified attacks against medical facilities and has been under heavy aerial bombardment – I voted in favour of the resolution calling for more effort in mediation for a peace deal in Syria. I also welcome the EU emergency humanitarian initiative for Aleppo, which aims to bring much-needed help, and I join in the call to all parties involved to stop attacks on civilians and civilian infrastructure immediately.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Τασσόμαστε υπέρ της έκθεσης και καλούμε όλα τα εμπλεκόμενα στη σύγκρουση μέρη να σταματήσουν όλες τις επιθέσεις εναντίον αμάχων και πολιτικών υποδομών, συμπεριλαμβανομένων των υποδομών υδροδότησης και ηλεκτροδότησης, να προβούν σε αξιόπιστες και άμεσες ενέργειες για την κατάπαυση των εχθροπραξιών, να άρουν όλες τις πολιορκίες και να καταστήσουν δυνατή την ταχεία, ασφαλή και απρόσκοπτη πρόσβαση των ανθρωπιστικών οργανώσεων σε όλα τα άτομα που έχουν ανάγκη.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η διαρκώς επιδεινούμενη κατάσταση που επικρατεί στη Συρία θα έπρεπε να μας οδηγήσει ως Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο σε ένα ξεκάθαρο μήνυμα, με στόχο την προώθηση λύσεων προς όφελος των χιλιάδων ανθρώπων που κινδυνεύουν και πάντοτε υπό το πρίσμα του σεβασμού διεθνών συμφωνιών και του διεθνούς δικαίου. Θεωρώ εν τούτοις ότι η πρόταση ψηφίσματος δεν ήταν αρκετά ξεκάθαρη και παράλληλα δεν κάλυπτε όλες τις πτυχές των προβλημάτων που καλούμαστε να αντιμετωπίσουμε, παρά τα θετικά της στοιχεία. Γι' αυτό και αποφάσισα να απόσχω.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario per una risoluzione del tutto priva di equilibrio che non fa nessun riferimento all'Isis e al ruolo della Turchia. Nella risoluzione si chiede altresì il varo di programmi di reinsediamento obbligatori dei profughi.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Appoggio la proposta presentata dal mio gruppo in merito al contesto siriano. Stiamo assistendo ad un'escalation rapida e tragica, peggiorata ancor di più dalla mancanza di unità d'intenti e d'azione internazionale. Cosa fare in Siria, come agire e approcciarsi appare sempre più farraginoso: l'Unione attualmente fornisce aiuti umanitari, laddove questi possono raggiungere i bisognosi, e condanna tutti gli attacchi contro civili e infrastrutture, con la massima preoccupazione per chi è sottoposto ad un immeritato dolore.

Tutto ciò, però, non basta. Non siamo certo meno colpevoli di chi assale i civili, pertanto non possiamo lamentarci di dover accogliere rifugiati se non preveniamo in alcun modo tutto questo, sradicandone la cause profonde. Con la proposta presentata si vuole definire una strategia comune per una soluzione politica della congiuntura con l'inclusione di strumenti di controllo e garanzia dell'esecuzione per rafforzare gli accordi conclusi e gli obblighi assunti.

L'Unione non può accettare le parti peggiori dell'umanità e non deve dimostrare ancora una volta di non saper o non voler dare risposte efficaci a problemi concreti, perché se così fosse, qualunque problema o crisi si accatasterà generando un cumulo pachidermico di questioni oggi irrisolte e un domani irrisolvibili.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the motion for resolution on the situation in Syria and noted no objections. I fully support a resolution to the conflict.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A guerra civil que assola o território sírio e a escalada de violência a que se tem assistido nos últimos dias, em especial na cidade de Alepo, colocam este país na maior crise humanitária da atualidade.

Condeno veementemente os ataques que têm sido perpetrados contra civis que tem afetado de forma peculiar mulheres e crianças indefesas que estão a ser privadas de alimentos, água potável, material médico sendo-lhes negado, devido ao cerco à cidade, que a ajuda humanitária chegue. Só na última semana de setembro foram mortas 96 crianças em bombardeamentos, de acordo com os registos da Unicef, sendo metade dos feridos que chegam aos hospitais e a outros centros de tratamento da zona Leste da cidade crianças (segundo a organização *Save the Children)*.

É vital que as partes autorizem os corredores humanitários, sendo de condenar os recentes ataques a um comboio de ajuda humanitária e um entreposto do Crescente Vermelho que consubstanciam violações graves do direito internacional humanitário e constituem eventuais crimes de guerra.

A UE e todos os atores políticos mundiais devem envidar esforços para encontrar uma solução de paz para a Síria e um rápido cessar das hostilidades. Uma palavra final de apoio aos trabalhadores humanitários no terreno e às famílias dos falecidos.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die Entschließung gestimmt, denn wir müssen uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln für eine politische Lösung im Syrien-Krieg einsetzen. Fünf Jahre Krieg, fünf Jahre Mord und Zerstörung müssen ein Ende finden. Ich bedauere zutiefst, dass der angestrebte Friedensprozess gescheitert ist. Wir müssen alle möglichen Anstrengungen unternehmen, um im Kampf gegen den ISIS nicht beizugeben und – ganz wichtig – wir müssen den Menschen vor Ort helfen!

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — This is a non-legislative and non-binding resolution. UKIP remains gravely concerned by the ongoing conflict in Syria and is fully supportive of efforts to create a lasting and peaceful political solution. However, we cannot support EU posturing on foreign policy issues or any calls for EU action. The United Nations, primarily the Security Council, remains the most relevant forum for achieving a lasting solution. Therefore we abstained on this resolution.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione in quanto è ormai chiaro a tutti di come la tregua in Siria decisa da Usa e Russia a inizio settembre non sia stata rispettata e di come la situazione sia peggiorata in particolar modo ad Aleppo che è stata recentemente ancora colpita da pesanti bombardamenti aerei, alcuni dei quali rivolti contro strutture mediche.

L'Unione europea è da sempre uno dei principali fornitori di aiuti umanitari destinati alle persone che scappano dalle violenze e dalle distruzioni ed è quindi necessario permettere alle organizzazioni umanitarie internazionali di raggiungere la popolazione civile siriana proteggendo anche i convogli umanitari dagli attacchi terroristici.

È necessario che tutta la comunità internazionale si adoperi affinché in Siria riprendano rapidamente i negoziati per facilitare la conclusione di una tregua stabile preludio indispensabile per una soluzione politica duratura nel Paese.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolución es un ejemplo más de la campaña de propaganda unidireccional en la que estamos inmersos, que nos presenta un único «bando» culpable, Rusia y el Gobierno sirio, postura bastante hipócrita cuando algunos Estados miembros de la Unión, en colaboración con los EE.UU., entrenaron y financiaron a los grupos terroristas que actúan en Oriente Medio y Europa.

La estrategia de los EE.UU. del unilateralismo y la política exterior seguidista de la Unión ya vimos las consecuencias que trajo en el caso de Libia. Tenemos que decidir si queremos retomar ese camino, o nos posicionamos como un actor facilitador del diálogo y la resolución política del conflicto.

La Unión debe exigir a los Estados Unidos retomar el diálogo con Rusia en el marco del conflicto en Siria para propiciar un alto el fuego que dé paso a una mesa de negociaciones para la paz con todos los actores políticos no terroristas. No hay que olvidar que el fracaso de la última tregua fue causa del bombardeo de los EE.UU. sobre posiciones del Ejército sirio en Deir Azzor.

Mientras las resoluciones del Parlamento Europeo sigan presentando un único culpable del conflicto, y sigan eludiendo su propia responsabilidad en el conflicto, mi voto será en contra.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La situazione nella città di Aleppo si presenta sempre più critica: gli attacchi indiscriminati sui civili e i bombardamenti aerei ripetuti non solo hanno minato il buon esito dei negoziati di pace di Ginevra e della tregua stabilita da USA e Russia, ma peggiorano gravemente la crisi umanitaria in una città che vede sotto attacco le sue infrastrutture di base e la popolazione civile sotto assedio e privata dei beni di prima necessità.

L'Unione europea è uno dei principali fornitori di aiuti umanitari per la Siria e può giocare un ruolo molto importante come mediatore nel processo di pace e di transizione politica nel Paese. A fronte di tale dato di fatto, con il mio voto a favore, intendo sostenere gli sforzi di sollecitazione rivolti a tutte le parti coinvolte nel conflitto, affinché mettano fine agli attacchi contro i civili e le infrastrutture civili, inclusi gli ospedali, e lavorino concretamente per la cessazione delle ostilità, la consegna degli aiuti umanitari e la risoluzione effettiva del conflitto.

L'UE si è già fatta promotrice di una iniziativa umanitaria di emergenza a favore di Aleppo, finalizzata sia a mobilitare fondi per le emergenze in corso che a facilitare l'evacuazione sanitaria dei feriti.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Popieram rezolucję dotyczącą sytuacji w Syrii, która w mojej ocenie jest tragiczna. Liczba ofiar przekracza 250 000, a 12 mln osób musiało opuścić Syrię. Po wojnie trwającej tak długo i będącej tak tragiczną w skutkach należy jak najszybciej podjąć kroki na szczeblu międzynarodowym, aby zakończyć ten konflikt. To, co ja jako europoseł mogę zrobić, to wezwać do pilnego rozwiązania konfliktu na poziomie międzynarodowym i potępić ataki na cywilów i pracowników organizacji pomocowych. Zagłosowałem za, ponieważ należy podejmować wszelkie kroki mające na celu zakończenie tego konfliktu.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The situation in Syria is deteriorating and civilians are being killed and injured daily, especially in Aleppo. The ceasefire negotiated 2 weeks ago between the International Syria Support Group, Russia and United States seems to have collapsed. The US, the UK, France, Germany and Italy condemned the gross violations of international humanitarian law. Today, the prospects for a new ceasefire seem very bleak, especially with the American presidential elections coming up. I am greatly concerned and outraged at the bombings of innocent civilians in Aleppo and the disruption of humanitarian aid deliveries. If no new agreement is negotiated between the US and Russia, the situation in Syria will escalate into further violence, destruction and human suffering. I believe that an immediate cessation of hostilities is needed, and that is why I am completely in favour of this report.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – La strage perpetrata pochi giorni fa ad Aleppo Est, il cuore dello scontro tra Assad e le forze ribelli, è soltanto l'ultimo dramma di un conflitto inaccettabile che ha ridotto tutta la Siria in macerie, costato la vita a oltre 300 mila persone e costretto quasi metà della popolazione ad abbandonare le proprie case.

Una tragedia, alla quale l'Unione europea, in cooperazione con le Nazioni Unite, ha reagito con un'iniziativa umanitaria che si propone di facilitare la consegna di assistenza ai civili e assicurare l'evacuazione delle persone ferite o malate da Aleppo Est. Un passo importante per limitare i danni, che testimonia una volta ancora l'impegno dell'UE nel settore dell'assistenza umanitaria in Siria, ma che non cambia le regole del gioco.

La vera partita per risolvere questo interminabile conflitto, infatti, sarà tutta sotto il profilo politico e diplomatico. Per questo, spero che gli sforzi dell'Unione e dell'Alto rappresentante Federica Mogherini riescano a portare ad un dialogo costruttivo, che includa anche i paesi confinanti e le due grandi superpotenze, e che abbia come obiettivo quello di giungere ad un cessate il fuoco immediato e uscire da questo stallo che sta distruggendo il popolo siriano.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette résolution présente la position du Parlement européen au sujet des massacres qui ont lieu en Syrie actuellement. Dans ce cadre, les députés condamnent fermement les attaques envers les personnes et les infrastructures civiles, et dénoncent les violations graves et inquiétantes du droit humanitaire international en Syrie. Considérant que les crimes de guerre et les crimes contre l'humanité commis en Syrie sont inacceptables et sont contre les valeurs de l'Union, j'ai soutenu cette résolution.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu cette résolution afin de condamner dans les termes les plus forts les attaques inacceptables en Syrie visant les civils et des infrastructures comme les hôpitaux. La Syrie est dans une situation de drame humanitaire et de souffrance devant laquelle l'Europe ne peut rester sans réponses. Trop nombreux sont les enfants touchés par ces attaques, notamment dans la région d'Alep. Les initiatives humanitaires de l'Union européenne ne suffisent plus. Nous devons exprimer une réelle volonté politique pour un règlement durable des conflits dans un pays en plein chaos.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione perché ritengo necessario interrompere le ostilità e l'escalation di violenza in Siria. Esorto dunque le parti coinvolte nel conflitto a porre fine a tutti gli attacchi rivolti contro i civili e le infrastrutture nonché di riprendere i negoziati, e l'UE a svolgere un ruolo più incisivo nella mediazione di un accordo di pace.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – La Syrie est devenue le sanglant théâtre d'une guerre civile dont les Nations unies ont arrêté de compter les morts. Aux prises d'un jeu d'alliances contradictoires à l'échelle régionale et internationale, confrontée à un enchevêtrement d'acteurs, la Syrie est un pays exsangue où se joue, à huis clos, un drame humanitaire. Avec ce texte, l'Union européenne veut alerter une nouvelle fois l'opinion publique internationale sur l'intensification des hostilités, en dehors du respect de toutes les règles du droit où des civils sont pris pour cibles, notamment les plus vulnérables (femmes, enfants, personnes âgées et hospitalisées). La ville d'Alep est particulièrement visée et touchée. C'est insoutenable et cela doit cesser.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — Le bombardement d'un convoi humanitaire le 20 septembre a mis un terme à la trêve fragile instaurée en Syrie. La ville d'Alep est désormais sous le feu d'attaques aériennes d'une violence inouïe de la part du régime de Damas et de son allié russe. Ce sont actuellement des centaines de milliers d'habitants qui sont pris au piège. La crise syrienne est une tragédie humanitaire sans précédent depuis la Seconde Guerre mondiale. Depuis le début du conflit en 2011, près de 250 000 personnes y ont perdu la vie et quelque 5 millions de Syriens ont été contraints de fuir le pays, cherchant refuge notamment au Liban, en Jordanie ou en Turquie. La confrontation diplomatique entre les États-Unis et la Russie ne semble pas pouvoir aboutir à une tentative de résolution, bien au contraire. Dans ce contexte délétère, l'Europe doit faire entendre sa voix. Elle doit chercher le concours des puissances régionales comme la Turquie, l'Iran ou l'Arabie Saoudite. L'Union doit agir et élaborer une perspective pour tâcher de mettre un terme au drame qui se joue à nos portes.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих резолюцията относно положението в Сирия, тъй като смятам, че от конфликта в Сирия най-много страда Европейският съюз, който бива заливан от стотици хиляди нелегални бежанци, много от които не са въобще сирийци.

Интерес да продължава конфликтът има най-вече Турция, която цели от една страна отслабването на режима на Асад и завземането на големи територии от Сирия, а от друга – да има лост да изнудва Европейския съюз за още повече пари и безвизов режим. Конфликтът в Сирия и последващата бежанска вълна задействаха необратими геополитически процеси като разцеплението в Европейския съюз и напускането на Великобритания.

Единственият ни шанс да възпрем този процес е плътно да затворим външните ни граници, да не допускаме нови бежанци и да върнем всички нелегално навлезли и пребиваващи в Съюза. Европейският съюз трябва да започне да брани своя собствен интерес, а не икономическите или политически интереси на отделни страни като Германия, Турция или Саудитска Арабия.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Αρνητική στο σύνολό της. Για μία ακόμη φορά και πιο φανερά, η ΕΕ ακολουθεί την τακτική της έμμεσης στήριξης των ισλαμιστών και εναντιώνεται στην μοναδική δύναμη που πολέμησε στο πλευρό του Ασάντ, την Ρωσία.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I supported this report because I believe that war crimes in Aleppo require urgent action, and my constituents in Wales demand no less. We have all seen the horrific images of attacks on hospitals, homes and even aid convoys. The EU must do everything possible to provide humanitarian aid and also use its influence internationally to bring these attacks to an end. There must be a return to the negotiating table.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Det är min starka övertygelse att det behövs en resolution som får grepp om den allvarliga situationen i Syrien, och i ett läge där det snabbt förändras till det sämre behövs också en ny resolution som tar fasta på detta. Jag valde att inkludera ett ändringsförslag från ENF; i detta fall var det viktigt att också visa stöd för kurderna, som har blivit drabbade av det syriska kriget och av den politiska ledningen i Turkiet.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Os recentes ataques constituem violações graves e alarmantes do direito internacional humanitário e eventuais crimes de guerra devendo a UE assumir um maior protagonismo na mediação para um acordo de paz no país. Condeno todos os ataques contra civis e hospitais na Síria e manifesto a minha profunda preocupação com o sofrimento das pessoas nas zonas cercadas de Alepo.

Todos os participantes no Grupo Internacional de Apoio à Síria devem retomar as negociações, facilitarem a instauração de uma paz estável e intensificarem os esforços com vista à obtenção de uma solução política duradoura para a Síria.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução consiste num cínico exercício de instrumentalização de questões humanitárias. Descontextualizando os acontecimentos no terreno desde o cessar-fogo, omitindo alguns deles – como o ataque aéreo dos EUA que pela primeira vez violou o cessar-fogo –, omitindo as causas do conflito na Síria, e em particular o papel da ingerência externa das potências ocidentais e o seu apoio a grupos terroristas armados, aquilo que se pretende com esta resolução é dar cobertura política e institucional à entrada num novo patamar do processo de agressão externa a este país soberano.

Aconteceu algo semelhante há poucos anos quando se tratou de preparar a agressão à Líbia. Também nessa altura as questões humanitárias vieram à ribalta, de forma enviesada e truncada.

Não ignoramos a grave situação humanitária vivida no terreno. Para ela se chama a atenção na resolução apresentada pelo nosso grupo. Uma situação que exige respostas imediatas, que devem ser articuladas com o fim das sanções económicas e diplomáticas; com o fim do fornecimento de armas e treino militar aos grupos terroristas apoiados pelos EUA e UE; e com o empenho na construção de uma solução política, que permita acabar com a guerra e levar a ajuda humanitária onde é necessária, criando ao mesmo tempo condições para a reconstrução do país.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against, as reasonable amendments were not accepted.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Situácia v Sýrii sa neustále zhoršuje a utrpenie civilného obyvateľstva, a to najmä v Aleppe, dosiahlo dramatických rozmerov. Prímerie, ktoré bolo dohodnuté pred 2 týždňami, sa zdá stratené a Rusko obviňuje USA za bombardovanie a útoky na pozície Sýrskej armády. Vyhliadky na skoré mierové riešenie konfliktu sa zdajú pri sporoch medzi Ruskom a USA v nedohľadne, čo komplikujú aj prezidentské voľby v USA, pretože od odchádzajúcej administratívy sa neočakávajú žiadne zásadné zahranično-politické rozhodnutia. Je extrémne znepokojujúce, že svetové mocnosti na čele s USA, Ruskom a Európskou úniou sa prizerajú na pokračujúce bombové útoky na nevinných civilistov v meste Aleppo, kde miestni obyvatelia nemajú prístup ani k základnej humanitárnej pomoci.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario alla risoluzione che contiene un attacco alla Russia e non fa alcun riferimento critico e di condanna all'Isis e al ruolo della Turchia.

Eleonora Forenza (GUE/NGL), *per iscritto*. – Sebbene consideri in maniera positiva l'attenzione all'altissimo costo in termini di vittime civili del conflitto siriano, ho votato contro il testo in quanto non è possibile pensare di attribuire esclusivamente alla Russia e alle forze fedeli ad Assad le drammatiche ricadute sui civili di questa guerra.

La responsabilità di quanto sta accadendo in Siria è infatti da attribuire anche ai gruppi di ribelli , fra cui ISIS e Al Nusra, sostenuti e finanziati anche da USA e da paesi europei, oltre che da Arabia Saudita e Turchia. Le responsabilità di questi gruppi armati cosi come dei loro sponsor internazionali nella violazione dei diritti umani e nella guerra non vengono in nessun modo citate nella risoluzione.

Da richiamo umanitario la risoluzione si converte cosi in una dichiarazione di posizionamento politico dell'UE a fianco degli USA, cosa che non credo sia utile al raggiungimento di una tregua stabile e duratura in Siria.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τις εκθέσεις για την κατάσταση στη Συρία διότι, για μία ακόμη φορά και πλέον φανερά, η ΕΕ ακολουθεί την τακτική της έμμεσης στήριξης των ισλαμιστών και εναντιώνεται στην μοναδική δύναμη που πολέμησε στο πλευρό του al-Assad, την Ρωσία.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The situation in Aleppo is dramatic. In spite of the agreement of the 9 September on the cessation of hostilities, the Assad regime, supported by Russia are continuing to deliberately target civilians, a humanitarian convoy last week, doctors and hospitals. The water supply have also been cut off. Those actions must be strongly condemned, as they are an unacceptable breach of international humanitarian law and could be qualified as war crimes.

I would therefore like to express my deepest concern for the human suffering in the besieged areas of Aleppo and throughout Syria, including many women and children, who do not have access to essential humanitarian goods and desperately need food, clean water and medical supplies.

I support the call on the HR/VP Federica Mogherini, on the international community and the on the United Nations to use all necessary diplomatic instruments and pressure to end the indiscriminate aerial bombardment of civilians and for the cessation of hostilities to be implemented, respected and prolonged in order to allow full humanitarian access to the besieged areas.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de resolución tras la constatación de la ruptura de la tregua y el empeoramiento de la situación humanitaria en Siria. La Unión debe continuar sus esfuerzos a nivel colectivo, para desarrollar un mayor protagonismo en la mediación para un acuerdo de paz en Siria. No podemos consentir de ninguna manera los ataques contra civiles e infraestructuras civiles, el mantenimiento de todos los asedios en Siria y la falta de acceso con fines humanitarios a las personas sirias necesitadas en las que se encuentran muchas mujeres y niños, que no tienen acceso a los bienes humanitarios esenciales y necesitan desesperadamente alimentos, agua potable y suministros médicos. Todas las partes en el conflicto, y en particular Rusia y el régimen de Assad, deben poner fin a todos los ataques contra civiles. Del mismo modo, debemos urgir a todos los participantes en el Grupo Internacional de Apoyo a Siria a que reanuden las negociaciones para facilitar el establecimiento de una tregua estable y el final de la violencia.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – Hemos promovido y votado esta resolución sobre Siria debido al agravamiento de la situación humanitaria, en particular en la región de Alepo. Y también como consecuencia del fracaso rotundo de la tregua pactada entre los Estados Unidos y Rusia, la cual ha estado en vigor muy pocos días.

Los últimos ataques de las fuerzas gubernamentales sirias sobre Alepo están alejando la esperanza de un alto el fuego real.

Las acusaciones de crímenes de guerra que se han producido contra Rusia en el Consejo de Seguridad se centran en el uso generalizado de bombas anti-búnker y bombas incendiarias sobre los 275 000 civiles que viven en el este de Alepo.

Alepo pasará a la historia por la puerta de la vergüenza como Dresde, Gernika o Sarajevo. Hay que poner fin a esta destrucción que ya es prácticamente total.

A pesar de todo, la única salida ahora para Siria es volver a negociar, bajar las armas y asegurar los corredores humanitarios para aliviar a la población civil. Eso es lo más importante en este momento. La Unión debe involucrarse aún más en estas dos prioridades.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – Hemos promovido y votado esta resolución sobre Siria por el agravamiento de la situación humanitaria sobre todo en la región de Alepo y por el fracaso rotundo de la tregua pactada entre los Estados Unidos y Rusia que ha estado operativa muy pocos días.

Los últimos ataques de las fuerzas gubernamentales sirias sobre Alepo están alejando la esperanza de un alto el fuego real.

Las acusaciones de crímenes de guerra que se han producido contra Rusia en el Consejo de Seguridad se centran en el uso generalizado de bombas anti-búnker y bombas incendiarias sobre los 275 000 civiles que viven en el este de Alepo.

Alepo va a entrar en la historia por la puerta de la vergüenza como Dresde, Gernika o Sarajevo. Hay que poner fin a esta destrucción que ya es prácticamente total.

A pesar de todo, la única salida ahora para Siria es volver a negociar, bajar las armas y asegurar los corredores humanitarios para que llegue alivio a la población civil. Eso es lo más importante en este momento. La Unión debe involucrarse todavía más en esas dos prioridades.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – L'emergenza in Siria e in particolare ad Aleppo è sempre più drammatica. Con il voto di oggi quest'Aula ha espresso senza reticenze una ferma condanna per tutti gli attacchi rivolti contro i civili e le infrastrutture, chiedendo con forza a tutte le parti coinvolte nel conflitto, in particolare la Russia e il regime di Assad, di mettere fine a tutte le operazioni. L'Unione europea è uno dei principali fornitori di aiuti umanitari destinati alle persone che fuggono dalle violenze e dalle distruzioni. È anche per questo che come europei dobbiamo perseverare nei nostri sforzi comuni e assumere collettivamente, attraverso l'Alto rappresentante Mogherini, un ruolo più incisivo nella mediazione di un accordo di pace.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Nach über fünf Jahren Bürgerkrieg ist in Syrien noch immer kein Ende der Gewalt abzusehen. Zu tief sind die Gräben zwischen den Konfliktparteien. Die Europäische Union muss weiterhin ihrer Rolle als Friedensstifter gerecht werden und auf eine diplomatische Beilegung der Gewalt drängen.

Die Unterstützung Russlands für das Assad-Regime zerstört aktuell die Hoffnung auf einen baldigen, dauerhaften Frieden. Die Konfliktparteien müssen wieder an den Verhandlungstisch zurückkehren, um das Leiden der syrischen Bevölkerung endlich zu stoppen. Das Waffenstillstandsabkommen zwischen den USA und Russland stellt hier einen wichtigen ersten Schritt dar.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – This is a non-legislative and non-binding resolution. UKIP remains gravely concerned by the ongoing conflict in Syria and is fully supportive of efforts to create a lasting and peaceful political solution. However, we cannot support EU posturing on foreign policy issues or any calls for EU action. The United Nations, primarily the Security Council, remains the most relevant forum for achieving a lasting solution. Therefore we abstained on this resolution.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution sur la Syrie.

J'aurais aimé voir dans ce texte un paragraphe, une ligne, qui souligne que les civils d'Alep-Est sont utilisés comme boucliers humains. Que les forces qui occupent aujourd'hui ce secteur de la ville les empêchent de fuir. Que ces forces ne sont pas constituées par des opposants au régime honni de Damas soutenu par la Russie, mais par des islamistes qui ont porté aussi la guerre au cœur de nos villes.

J'aimerais que ce Parlement exprime autant de fermeté contre les actions et les exactions de l'Arabie Saoudite au Yémen. Mais, visiblement, la mort de civils chiites causée par cette sympathique démocratie du Golfe, armée entre autres par le gouvernement de mon pays, n'a pas le même prix que celle des otages de Daech à Alep.

J'aimerais enfin que le Parlement soit attentif au sort de ce qui reste d'habitants de Mossoul quand l'offensive des Peshmergas, soutenus par les bombardements d'aviations de pays de l'OTAN aura été lancée. Sans doute, en cas de problème, réutiliserez-vous l'ignoble expression de dégât collatéral.

Votre manichéisme est non seulement stupide mais écœurant: il revient à vouloir protéger les djihadistes. Choisissez mieux vos amis.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – A pesar de apoyar el grueso del contenido de esta Resolución sobre Siria, que pide a todas las partes el cese de los bombardeos, la apertura de corredores humanitarios y la reapertura de las negociaciones para un alto el fuego, desde Podemos hemos votado abstención al considerar que la resolución carece de la pretendida equidistancia, al señalar mayores responsabilidades a una de las partes en el conflicto y, por lo tanto, situar el debate en clave de una elección bipolar entre dos potencias a la que nos oponemos desde nuestro convencimiento de que debe ser la sociedad civil siria quien protagonice el camino hacia la paz, la democracia y la justicia social que ninguna de las partes en conflicto parece estar interesada en alcanzar.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I supported the resolution as it demands an immediate cessation of hostilities, including the indiscriminate bombing of the civilians, and calls for the unhindered delivery of humanitarian aid to all those in need as well as the re-launch of political negotiations with the aim of ending the war, in accordance with UN Security Council Resolution 2254.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – Hemos promovido y votado esta resolución sobre Siria porque el agravamiento de la situación humanitaria sobre todo en la región de Alepo. Y por el fracaso rotundo de la tregua pactada entre los Estados Unidos y Rusia que ha estado operativa muy pocos días.

Los últimos ataques de las fuerzas gubernamentales sirias sobre Alepo. Estas operaciones están alejando la esperanza de un alto el fuego real.

Las acusaciones de crímenes de guerra que se han producido contra Rusia en el Consejo de Seguridad se centran en el uso generalizado de bombas anti-búnker y bombas incendiarias sobre los 275 000 civiles que viven en el este de Alepo.

Alepo va a entrar en la historia por la puerta de la vergüenza como Dresde, Gernika o Sarajevo. Hay que poner fin a esta destrucción que ya es prácticamente total.

A pesar de todo, la única salida ahora para Siria es volver a negociar, bajar las armas y asegurar los corredores humanitarios para que llegue alivio a la población civil. Eso es lo más importante en este momento. La Unión debe involucrarse todavía más en esas dos prioridades.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. — La situation en Syrie est depuis plusieurs années révoltante et doit faire l'objet de la plus vive condamnation. Mais les dernières exactions qui ont eu lieu, comme les bombardements répétés d'hôpitaux, de convois humanitaires et le ciblage de civils, ont prouvé que ni le gouvernement syrien ni ses alliés russes n'envisageaient sérieusement un cessez-le-feu. C'est dans ce contexte que j'ai voté pour cette résolution mais aussi parce qu'il est primordial que la communauté internationale continue à condamner unanimement ce qui s'apparente de plus en plus à des crimes de guerre. De plus, le fait que cette résolution soit commune aux différents groupes politiques du Parlement européen véhicule une image d'unité précieuse qui montre que prendre la parole et dénoncer la barbarie est toujours utile, notamment pour donner le signe que nous n'abandonnons pas les habitants d'Alep.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – Hemos promovido y votado esta resolución sobre Siria porque el agravamiento de la situación humanitaria sobre todo en la región de Alepo. Y por el fracaso rotundo de la tregua pactada entre los Estados Unidos y Rusia que ha estado operativa muy pocos días.

Los últimos ataques de las fuerzas gubernamentales sirias sobre Alepo. Estas operaciones están alejando la esperanza de un alto el fuego real.

Las acusaciones de crímenes de guerra que se han producido contra Rusia en el Consejo de Seguridad se centran en el uso generalizado de bombas anti-búnker y bombas incendiarias sobre los 275 000 civiles que viven en el este de Alepo.

Alepo va a entrar en la historia por la puerta de la vergüenza como Dresde, Gernika o Sarajevo. Hay que poner fin a esta destrucción que ya es prácticamente total.

A pesar de todo, la única salida ahora para Siria es volver a negociar, bajar las armas y asegurar los corredores humanitarios para que llegue alivio a la población civil. Eso es lo más importante en este momento. La Unión debe involucrarse todavía más en esas dos prioridades.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – Hostilities in Syria must come to a stop. Another ceasefire needs to be put into place. However, in order for this solution to work, dialogue must occur with all the political parties involved. Re-launching political negotiations is paramount!

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Rezoluciju o stanju u Siriji s obzirom da je potrebno što prije naći rješenje koje bi smirilo tenzije i nastavak stradavanja i novih žrtvi, osobito civilnog stanovništva. Sada je jasno da je u Siriji potpuni kaos prouzročen mnogobrojnim partikularnim interesima ne samo sukobljenih strana. Odvratno je bombardiranje gradova, a u njima bolnica i naselja gdje stradavaju nedužna djeca i civili. Neprihvatljivi su i napadi na javne ustanove u Damasku i drugdje. Neprihvatljivo je i za EU što praktički ne sudjeluje u mirovnom procesu, koji je opet zaleđen, ali zato članice EU-a trpe ogromnu štetu od migrantske krize. Čak je i cijeli europski projekt zbog migrantske krize doveden u pitanje. Potrebno je što prije pronaći mirno rješenje i smanjiti patnje građana Sirije. Potrebno je nastaviti s naporima europske diplomacije za osiguranje humanitarne pomoći koja je sada najpotrebnija kako bi se spasili ljudski životi. Potrebno je u buduće rješenje situacije u Siriji uključiti SAD, Rusiju, zemlje u regiji i naravno EU kako bi se pronašlo političko rješenje konflikta. EU treba nastaviti s mirotvornom politikom i učiniti sve da se strahote zaustave.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Je n'entends pas apporter un soutien quelconque, direct ou indirect, aux soi-disant rebelles qui combattent un régime reconnu internationalement et élu démocratiquement. Par ailleurs, les épisodes guerriers du conflit syrien ne me semblent pas analysés à l'aune de la meilleure objectivité par le Parlement.

J'ai choisi de voter contre.

Diane James (EFDD), *in writing*. — This is a non-legislative and non-binding resolution. UKIP remains gravely concerned by the ongoing conflict in Syria and is fully supportive of efforts to create a lasting and peaceful political solution. However, we cannot support EU posturing on foreign policy issues or any calls for EU action. The United Nations, primarily the Security Council, remains the most relevant forum for achieving a lasting solution. Therefore we abstained on this resolution.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution sur la situation en Syrie. Par cette résolution, le Parlement tenait à fermement condamner les atrocités commises à Alep ciblant des civils et des infrastructures civiles. Il est urgent d'aboutir à un cessez-le-feu et à la mise en place d'un couloir humanitaire. La haute représentante de l'Union pour les affaires étrangères doit, au nom de l'Union, jouer un rôle plus important dans la médiation d'un accord de paix en Syrie.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution sur la Syrie, qui exhorte les acteurs du conflit syrien à arrêter les bombardements sur les populations civiles, et notamment ceux visant les hôpitaux et les convois d'aide humanitaire. La résolution demande également à ce que les négociations reprennent rapidement afin de pouvoir parvenir à un accord de paix prochainement.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich enthalte mich zu der vorliegenden Resolution. Das Leid in Aleppo ist unmenschlich, doch verfehlt diese Entschließung, die Gründe dafür korrekt und ausführlich anzuführen, sie ist undifferenziert. Die Gräueltaten des Islamischen Staates oder der Al-Nusra-Front werden komplett ausgeklammert, während das Assad-Regime und Russland als alleinige Schuldige für das Leid verantwortlich gemacht werden.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I supported the resolution as it demands an immediate cessation of hostilities and indiscriminate bombings of the civilians, to ensure an unhindered delivery of humanitarian aid to all those in need and re-launch of political negotiations with the aim to put an end to the war in accordance with the UNSC resolution 2254.

Jaromír Kohlíček (GUE/NGL), *písemně*. – Syrská a ruská armáda několikrát od letošního jara souhlasily s příměřím, která ovšem byla ne jejich zaviněním poměrně rychle přerušena. Představitelé Ruska několikrát žádali administrativu USA o jasnou identifikaci jednotlivých odbojových skupin. Situace je totiž velmi nepřehledná a je jasné, že ani fronta an-Nusrá, ani IS nemohou být mezi partnery pro vyjednávání. V případě ostatních skupin je situace daleko složitější.

Zvláště varovné je poslední prohlášení vlády USA, že nechtějí s Ruskem o dané věci jednat. Silně medializovaný obraz východního Aleppa je pouze jedním z míst, kde zkreslená informace má snahu přesvědčit světovou veřejnost, že ruská i syrská armáda stále zabíjejí civilisty. V průběhu pozdního léta byl díky příměří umožněn civilistům odchod z města. Jednotky tzv. demokratické opozice evakuaci vojensky zabránily a v současné době se pomocí těžkého dělostřelectva pokouší zbytek města dobýt.

Situace rozhodně není černobílá, jak se nám to snaží v průběhu Valného shromáždění OSN namluvit zástupci USA, Velké Británie a Francie. Mír v Sýrii nezajistí přísun dalších milionů dolarů ze států Perského zálivu ani snaha uvalit na syrský režim rozsáhlé hospodářské sankce. Postoj západních států je nepochopitelný a vylučuje dosažení mírového vyřešení konfliktů v dané oblasti. Preferenční přijímání uprchlíků v zemích EU rovněž mír přinést nepomůže.

Илхан Кючюк (ALDE), *в писмена форма*. — Ситуацията в Сирия продължава да се влошава, а изгледите за траен мир са на път да изчезнат. Провалът на поредното договорено примирие само затвърди тезата, че мирният процес в страната е възможен само при пълен консенсус между воюващите страни, без участието на диктатора Асад, но и с обединение на международната общност.

В този сложна международна обстановка ЕС трябва да използва целия си дипломатически и хуманитарен ресурс, за да предотврати човешкия ужас в Алепо, където повече от 250 000 души страдат обкръжени от силите на Башар Ал-Асад и Хизбула. Тези невинни жертви нямат достъп до питейна вода, храна и медицинска помощ, а същевременно са подложени на постоянен артилерийски обстрел и военни бомбардировки.

В тази връзка приветствам решението на Европейската комисия за създаване на спешна хуманитарна инициатива за Алепо, която да позволи на хуманитарните организации да помогнат на хилядите страдащи цивилни. Вярвам, че всички страни в конфликта ще подкрепят тази инициатива в името на хуманността, но и на мира и бъдещето за Сирия и региона.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution car elle prend parti contre Assad et soutient implicitement les groupes djihadistes présents sur le sol syrien. Elle est d'autant plus condamnable que les amendements du groupe ENF qui demandaient 1) l'interdiction des livraisons d'armes aux islamistes dits modérés et 2) la reconnaissance du rôle ambigu de la Turquie ont été repoussés.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Il s'agit pour le Parlement de s'immiscer dans la bataille d'Alep en mettant dos à dos toutes les parties prenantes. On peut dès lors déceler la russophobie primaire à laquelle les institutions européennes sont habituées. De plus, les résolutions présentées équivalent à soutenir sans le dire les forces opposées aux armées loyales au gouvernement syrien légitime. Aussi me suis-je opposé à la résolution commune et à celle du groupe GUE/NGL.

Javi López (S&D), *por escrito*. – Hemos promovido y votado esta resolución sobre Siria porque el agravamiento de la situación humanitaria sobre todo en la región de Alepo. Y por el fracaso rotundo de la tregua pactada entre los Estados Unidos y Rusia que ha estado operativa muy pocos días.

Los últimos ataques de las fuerzas gubernamentales sirias sobre Alepo. Estas operaciones están alejando la esperanza de un alto el fuego real.

Las acusaciones de crímenes de guerra que se han producido contra Rusia en el Consejo de Seguridad se centran en el uso generalizado de bombas anti-búnker y bombas incendiarias sobre los 275 000 civiles que viven en el este de Alepo.

Alepo va a entrar en la historia por la puerta de la vergüenza como Dresde, Gernika o Sarajevo. Hay que poner fin a esta destrucción que ya es prácticamente total.

A pesar de todo, la única salida ahora para Siria es volver a negociar, bajar las armas y asegurar los corredores humanitarios para que llegue alivio a la población civil. Eso es lo más importante en este momento. La Unión debe involucrarse todavía más en esas dos prioridades.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – Hemos promovido y votado esta resolución sobre Siria porque el agravamiento de la situación humanitaria sobre todo en la región de Alepo. Y por el fracaso rotundo de la tregua pactada entre los Estados Unidos y Rusia que ha estado operativa muy pocos días.

Los últimos ataques de las fuerzas gubernamentales sirias sobre Alepo. Estas operaciones están alejando la esperanza de un alto el fuego real.

Las acusaciones de crímenes de guerra que se han producido contra Rusia en el Consejo de Seguridad se centran en el uso generalizado de bombas anti-búnker y bombas incendiarias sobre los 275 000 civiles que viven en el este de Alepo.

Alepo va a entrar en la historia por la puerta de la vergüenza como Dresde, Gernika o Sarajevo. Hay que poner fin a esta destrucción que ya es prácticamente total.

A pesar de todo, la única salida ahora para Siria es volver a negociar, bajar las armas y asegurar los corredores humanitarios para que llegue alivio a la población civil. Eso es lo más importante en este momento. La Unión debe involucrarse todavía más en esas dos prioridades.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolución es un ejemplo más de la campaña de propaganda unidireccional en la que estamos inmersos, que nos presenta un único «bando» culpable, Rusia y el Gobierno sirio, postura bastante hipócrita cuando algunos Estados miembros de la Unión, en colaboración con los EE.UU., entrenaron y financiaron a los grupos terroristas que actúan en Oriente Medio y Europa.

La estrategia de los EE.UU. del unilateralismo y la política exterior seguidista de la Unión ya vimos las consecuencias que trajo en el caso de Libia. Tenemos que decidir si queremos retomar ese camino, o nos posicionamos como un actor facilitador del diálogo y la resolución política del conflicto.

La Unión debe exigir a los Estados Unidos retomar el diálogo con Rusia en el marco del conflicto en Siria para propiciar un alto el fuego que dé paso a una mesa de negociaciones para la paz con todos los actores políticos no terroristas. No hay que olvidar que el fracaso de la última tregua fue causa del bombardeo de los EE.UU. sobre posiciones del Ejército sirio en Deir Azzor.

Mientras las resoluciones del Parlamento Europeo sigan presentando un único culpable del conflicto, y sigan eludiendo su propia responsabilidad en el conflicto, mi voto será en contra.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution that seeks to provide solutions to the ongoing conflict in Syria.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Zdržel jsem se. Neprošly pozměňovací návrhy kritizující dodávky zbraní Islámskému státu ani kritika Turecka za boj s kurdskou domobranou v Sýrii. Výzva všem bojujícím stranám, aby neútočily na civilisty, je nicotná, bojující strany si z toho nic dělat nebudou.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – EU snažno osuđuje eskalaciju nasilja u Alepu, neprekidna bombardiranja i opsadna stanja kojima se dodatno ugrožavaju životi stotina tisuća Sirijaca i zbog kojih su otežani napori međunarodne zajednice u pružanju humanitarne pomoći i pružanju potpore političkom rješavanju sukoba. Potrebno je zaustaviti sve napade na civilno stanovništvo i civilnu infrastrukturu, kao i prekomjerne i nerazmjerne napade sirijskog režima.

EU će i dalje činiti sve u svojoj moći kako bi se osigurala potpuna provedba Priopćenja iz Ženeve i mjerodavnih rezolucija Vijeća sigurnosti UN-a. Potrebno je hitno zaustavljanje sukoba u Alepu kako bi se omogućile medicinske evakuacije, isporuke pomoći i popravak temeljne vodovodne i električne infrastrukture. Humanitarne operacije u Alepu moraju služiti u humanitarne svrhe i biti u skladu s međunarodnim humanitarnim načelima i standardima, a ne dio bilo kakve vojne strategije.

Podržala sam ovu rezoluciju budući da smatram kako je nužno da se nastave s pregovorima za ostvarenje stabilnog primirja i da se pojačaju djelovanja u pogledu postizanja trajnog političkog dogovora u Siriji.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – In my view, this is a resolution of EU weakness. We can only condemn and deplore. What kind of instruments do we have? Our diplomatic possibilities are very small, military possibilities are at zero level. As for refugees from Syria, now the EU has concluded the deal with Turkey not to allow refugees from Syria to EU. Thus, the only way we can help Syrians is to finance humanitarian programmes, but the amount of money for these purposes is very limited compared with EU countries' financial possibilities. I think we have to show our attitude with real actions and not just with empty resolutions.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Útoky na humanitárnu pomoc sú hrubým porušením medzinárodného humanitárneho práva. Vojna v Sýrii je predovšetkým bojom veľkých štátov o moc nad týmto územím, ktorého dôsledky znáša civilné obyvateľstvo. Vyhlásenia a výzvy sú neúčinné, obyvateľstvo Európy prestáva dôverovať v schopnosť politikov riešiť tento konflikt. Propaganda veľmocí je nedôveryhodná. Sýria v súčasnosti najviac potrebuje uzavretie prímeria, ktoré vytvorí priestor na rokovania. Diplomatická cesta zostáva jediným spôsobom ako dosiahnuť prímerie a pokračovať v riešení konfliktu rokovaniami a vyjednávaním.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Παραπέμποντας στις κατά καιρούς ομιλίες μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου σχετικά με την κατάσταση στη Συρία, δηλώνω μετ᾽επιτάσεως ότι καταψηφίζω την εν λόγω πρόταση ψηφίσματος διότι δεν είναι ούτε πλήρης, ούτε τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette proposition de résolution.

Nous n'arrêtons pas de souligner que l'Union européenne n'a pas de compétences dans le domaine de la politique étrangère et qu'elle ne devrait pas se mêler des affaires intérieures des autres pays. Cette proposition de résolution est encore un exemple de cette imprudence: le Parlement veut interférer dans la situation en Syrie, notamment en ce qui concerne la bataille d'Alep. En outre, la résolution vise à soutenir les forces opposées aux armées restées loyales au gouvernement syrien, gouvernement reconnu internationalement. Enfin, elle est un exemple parfait de la russophobie des institutions européennes.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Diese Entschließung zeichnet kein ganzheitliches Bild der Lage Syriens. Es werden zwar Russland und die Assad-Regierung erwähnt, welche für die Angriffe auf Zivilisten und die zivile Infrastruktur verantwortlich gemacht werden, jedoch werden weder der IS noch die AL-Nusra-Front erwähnt. Daher musste ich mich hier meiner Stimme enthalten.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu EP rezoliucijai dėl Sirijos. Rezoliucijoje dėl suaktyvėjusių karo veiksmų Sirijoje, išpuolių prieš medicinos įstaigas ir drastiškai pablogėjusios padėties raginamos visos konflikto šalys, ypač Rusija ir B. Assado režimas, nutraukti prieš civilius ir civilinę infrastruktūrą, įskaitant vandens ir elektros infrastruktūrą, vykdomus išpuolius, imtis patikimų ir skubių veiksmų karo veiksmams nutraukti, nutraukti visas apgultis ir sudaryti sąlygas humanitarinės pagalbos organizacijoms greitai, saugiai ir be kliūčių pasiekti visus žmones, kuriems jos reikia.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Cette résolution commune vise principalement à condamner les massacres de civils qui ont lieu à Alep, ce en quoi je la soutiens naturellement. Mais elle prend également ce prétexte pour appeler uniquement «la Russie et le régime de Bachar Al-Assad à cesser toutes les attaques prenant pour cible des civils et des infrastructures civiles». Elle oublie de dire que derrière ces cibles civiles se dissimulent, la plupart du temps, et en l'occurrence à Alep, des troupes djihadistes, en particulier du front Al-Nosra, la branche syrienne d'Al-Quaïda. Cette dernière est responsable depuis des mois de milliers de morts civils en Syrie. Une organisation terroriste que les États-Unis, les monarchies du golfe, la Turquie mais aussi la France de François Hollande n'ont cessé de ménager depuis des années au détriment de la paix en Syrie. Cette résolution oublie aussi sciemment de mentionner les bombardements des États-Unis et de la France qui ont lieu au même moment à Mossoul, ville de 1,2 millions d'habitants dont une majorité de civils sans défense ni moyens de fuir. Aussi, je vote contre cette résolution et soutiens celle, beaucoup plus équilibrée, qui a été déposée par mon groupe, le groupe GUE/NGL.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il s'agit pour le Parlement de s'immiscer dans la bataille d'Alep en mettant dos à dos toutes les parties prenantes. On peut dès lors déceler la russophobie primaire à laquelle les institutions européennes sont habituées. De plus, les résolutions présentées équivalent à soutenir sans le dire les forces opposées aux armées loyales au gouvernement syrien légitime. Aussi me suis-je opposée à la résolution commune et à celle du groupe GUE/NGL.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A União Europeia presta um dos maiores contributos para a ajuda humanitária destinada às populações que fogem à violência histórica e à destruição na Síria; que a falta de unidade internacional compromete as perspetivas de uma solução negociada para a guerra na Síria. A UE deve prosseguir os seus esforços e assumir um maior protagonismo na mediação para um acordo de paz na Síria. Temos que lamentar tudo o que está a acontecer na Síria e tentar encontrar uma solução pacífica para este conflito. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this cross-party resolution on the dire situation in Syria, commending the Union's emergency response to the humanitarian crisis in Aleppo. The resolution also calls for the members of the International Syria Support Group to resume negotiations and reach a lasting truce that will facilitate a political solution to the war.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — De oorlog en de vijandelijkheden in Syrië gaan na 5 jaar onverminderd door. De stad Aleppo en haar bevolking worden momenteel van de kaart geveegd. Zware luchtaanvallen op de stad, met inbegrip van bombardementen op de eigen bevolking in hospitalen en medische infrastructuur hebben de voorbije weken opnieuw het leven gekost aan vele honderden onschuldige slachtoffers. Volgens het Syrisch Observatorium zou het dodental van de vijfjarige oorlog halfweg dit jaar al zijn opgelopen tot méér dan 370 000. Het regime van Assad wordt verantwoordelijk gesteld voor de meeste doden. Deze waanzin moet stoppen. De luchtaanvallen moeten ophouden en een onmiddellijk staakt-het-vuren moet toegang tot humanitaire hulp voor de noodlijdende bevolking mogelijk maken. Met deze resolutie herhaalt het Europees Parlement haar oproep tot alle betrokken partijen om een einde te maken aan deze gruwelijke oorlog. Het parlement vraagt tevens aan de EU en haar hoge vertegenwoordiger te komen tot een gemeenschappelijke strategie van de EU en de inspanningen voor een duurzame politieke oplossing voor Syrië op te drijven en een meer uitgesproken rol te spelen bij de bemiddeling over een vredesakkoord.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — Humanitárna situácia v Sýrii ostáva alarmujúca a bez dohľadného riešenia. Ozbrojený konflikt, sprevádzaný porušovaním ľudských práv a medzinárodného humanitárneho práva, naďalej prináša obete na životoch nevinných civilistov a dobrovoľníkov. Je nutné, aby sa svetové mocnosti, zahŕňajúc Európsku úniu, Spojené štáty americké, Rusko, Turecko, Irán a okolité arabské štáty, spojili a podporili výzvu špeciálneho vyslanca OSN na prerušenie vojnového násilia v záujme poskytnutia pomoci zasiahnutej oblasti v Aleppo a zabezpečenia potrebnej evakuácie zranených a chorých. Hlboko odsudzujem všetky formy násilia namiereného a vykonaného voči nevinným obyvateľom a zraniteľným skupinám, ako sú deti, starší a chorí. Je neprijateľné, aby sa v týchto násilnostiach aj naďalej pokračovalo, a je povinnosťou Únie ako globálneho šíriteľa štandardov v oblasti dodržiavania ľudských práv aktívne sa podieľať na limitovaní týchto vojnových zločinov, ako aj intenzívne apelovať na ostatné svetové mocnosti, aby tak činili.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the resolution because it is essential to raise strong concern and outrage at the continuing indiscriminate bombings of civilians in Aleppo and disruption of humanitarian aid deliveries. We must stress the necessity to save the cessation of hostilities as the last remaining hope to prevent another brutal escalation of the war.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A PPE, az S&D, az ECR, az ALDE, a Verts/ALE és az EFDD képviselőcsoport közös, a GUE/NGL képviselőcsoport pedig önálló indítványt nyújtott be. Szavazatommal a közös indítványt támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A guerra civil na Síria, que se perpetua há mais de cinco anos, é já uma das maiores catástrofes humanitárias e o escalar da violência que se assiste, especialmente na cidade de Alepo, não mostra sinais de tréguas.

Condeno veemente o abuso e os ataques indiscriminados perpetuados a civis e a infraestruturas que possibilitam a chegada de ajuda humanitária. É crucial que sejam criados corredores humanitários que sejam respeitados.

É urgente encontrar uma solução de paz douradora e que se alcance um cessar-fogo o mais rápido possível.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution défend des options immigrationnistes inacceptables, je vote donc contre.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution relative à la situation en Syrie, qui demande de mettre un terme aux attaques violentes, en particulier à Alep, qui ont pour conséquence la mort de nombreuses personnes, notamment de civils. Ce texte demande également à la haute représentante de l'Union pour les affaires étrangères et la politique de sécurité d'accroître ses activités de médiation dans le but d'obtenir une solution au conflit syrien. La communauté internationale doit être mobilisée dans une seule coalition, incluant la Russie, pour faire cesser la guerre en Syrie, qui a notamment pour conséquence la vague migratoire de masse à laquelle l'Europe est confrontée.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Accogliamo con favore la risoluzione sulla situazione in Siria. Il Parlamento oggi fa sentire la sua voce, il più unitariamente possibile, sulle emergenze che toccano così nel profondo i valori costituenti dell'Unione europea. Non dobbiamo, infatti, dimenticare che il Parlamento, unica istituzione europea eletta direttamente dai cittadini, è il custode della Carta dei diritti fondamentali.

Come rappresentante del popolo europeo, il Parlamento ha, quindi, l'imperativo di non restare in silenzio davanti alle tragedie che avvengono ai nostri confini, e l'obbligo di esprimere l'autorità e il valore del mandato democratico. Come gruppo dei Socialisti e democratici continuiamo a chiedere un cessate il fuoco sulla Siria, dove il frastuono delle bombe continua a sovrastare l'intreccio di negoziati formali ed informali che potrebbe trovare una soluzione meno mortifera a questo conflitto.

A cinque anni dall'inizio della guerra, è ancora difficile scorgere le condizioni minime per una pace duratura. Chiediamo dunque, con maggiore convinzione, uno sforzo di tutte le forze coinvolte per arrivare ad un accordo che tuteli, prima di tutto, il popolo siriano.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Üdvözlöm az állásfoglalási indítványt. Szemtanúi vagyunk annak, hogy a migránsválság milyen kihívásokat jelent Európának. Az EU most tanulja kezelni ezt a helyzetet: megoldásokat keresünk, ügynökségeket állítunk fel, próbáljuk megvédeni határainkat. Nem feledkezhetünk meg azonban arról sem, hogy hasonló migrációs hullámok érhetik Európát a jövőben is, és nagyobb figyelmet kell fordítanunk a kiváltó okok megszüntetésére. Oda kell tehát figyelnünk arra, hogy mi folyik Szíriában, és megtenni minden tőlünk telhetőt azért, hogy ennek véget vessünk.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for this motion for a resolution, which condemns all attacks against civilians and civilian infrastructure in Syria. The need for humanitarian access to the Syrian people is of the utmost importance.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. — Последните събития в Сирия и особено в Алепо за пореден път поставиха важни международни играчи в ситуация на конфликт помежду им. Искам да припомня, че тази ситуация е в ущърб и на сирийските граждани, които са директно засегнати от конфликта, както и на държавите, на които ще се наложи да се справят със засилен мигрантски натиск, за който те не са виновни, но поради географската близост са на първа линия, когато става въпрос за нелегални емигранти от регионите на конфликти. Една от тези държави е моята страна – България.

Убеден съм, че трайното решение на конфликта в Сирия, както и на производната му бежанска криза, е пряко свързано със сътрудничеството на страните, които участват в Международната група за подкрепа на Сирия, между които фигурират страни от ЕС, Русия, САЩ, Китай, Турция, Египет, Иран и Саудитска Арабия. Давайки подкрепата си за това предложение за резолюция, призовавам тези страни да превъзмогнат различията си и да помислят за сирийските граждани, както и за целия ефект, който тази обстановка има върху целия ЕС. Нестабилността в Сирия означава още повече несигурност и проблеми като цяло, но най-вече върху страни пряко засегнати от него, като моята страна – България.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Považuji za důležité, že EP v usnesení odsoudil veškeré trestné činy páchané proti civilnímu obyvatelstvu Sýrie a systematické porušování lidských práv a mezinárodního humanitárního práva v souvislosti s teroristickými činy páchanými takzvaným Islámským státem a jinými radikálními ozbrojenými skupinami proti syrskému obyvatelstvu. Měli bychom mít odvahu poukázat na to, že útoků hraničících s válečnými zločiny a zločiny proti lidskosti se dopouští i asadovský režim a Rusko, které mu pomáhá. EU by měla mluvit rozhodnějším a důraznějším hlasem a zesílit svoji angažovanost v Sýrii na straně kurdské a umírněné arabské opozice a kategoricky odmítnout tvrzení Ruska, že nelze rozeznat umírněnou a radikální opozici v Sýrii, kterým alibisticky obhajuje masakry civilního obyvatelstva v Aleppu při náletech vědomě zasahujících civilní cíle včetně nemocnic.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich bei diesem Bericht meiner Stimme enthalten, da die Resolution radikalislamistische Tendenzen komplett ausklammert. Kein einziges Wort wird hier über den Islamischen Staat verloren, dafür werden Russland und Assad als faktisch Alleinschuldige für das Elend in Aleppo verantwortlich gemacht.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Süüria linnas Aleppos toimuv järjepidev tsiviilisikute tapmine ja haiglate pommitamine tuleb koheselt lõpetada. On äärmiselt kahetsusväärne, et Venemaa ei ole nõus kaasa aitama relvarahule Aleppos, et toimetada humanitaarabi selle vajajateni ning lubada tsiviilisikutel turvaliselt lahkuda. ELi välisministritel on viimane aeg oktoobrikuisel kohtumisel välja tulla plaaniga, kuidas aidata saavutada rahu ning toimetada koostöös ÜROga humanitaarabi Süüriasse.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – Lo que está sucediendo en Alepo es algo atroz. Es una catástrofe de dimensiones enormes, y la cara más horrible de la guerra Siria. En la ciudad hay niños, heridos y familias enteras que necesitan evacuación.

Las violaciones del Derecho Internacional Humanitario están ahí. No me limito a sostener esta Resolución: quiero hacer un llamamiento a toda la comunidad internacional en general, y a las instituciones europeas en particular, para que pongan todos los medios técnicos, financieros y diplomáticos a trabajar con el fin de obtener la apertura de corredores humanitarios. No podemos quedarnos de brazos cruzados.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Τα δεινά που υφίστανται αδιακρίτως αθώοι πολίτες στη Συρία αποτελούν μια απαράδεκτη παραβίαση του διεθνούς ανθρωπιστικού δικαίου. Εκφράζω την έντονη ανησυχία μου για τους συνεχιζόμενους και αδιάκριτους βομβαρδισμούς αμάχων στο Χαλέπι και τη διακοπή των παραδόσεων ανθρωπιστικής βοήθειας. Στήριξα το ψήφισμα γιατί τονίζει την ανάγκη για παύση των εχθροπραξιών, ως την τελευταία εναπομείνασα ελπίδα για να αποφευχθεί μια ακόμη βίαιη κλιμάκωση του πολέμου. Υπογραμμίζω την ιδιαίτερη ευθύνη των συμπροέδρων της Διεθνούς Ομάδας Στήριξης της Συρίας (ISSG), των Η.Π.Α. και της Ρωσίας, καθώς και των άλλων μελών της ISSG. Η Ύπατη Εκπρόσωπος /Αντιπρόεδρος Federica Mogherini, η Διεθνής κοινότητα και τα Ηνωμένα Έθνη πρέπει να χρησιμοποιήσουν όλα τα αναγκαία μέσα και να ασκήσουν διπλωματική πίεση, ώστε να τερματιστεί ο αδιάκριτος εναέριος βομβαρδισμός των αμάχων. Τέλος, όσον αφορά την κατάπαυση του πυρός, αυτή πρέπει να εφαρμοσθεί, να γίνει σεβαστή και να παραταθεί προκειμένου να καταστεί δυνατή η πλήρης πρόσβαση της ανθρωπιστικής βοήθειας στις περιοχές που είναι υπό πολιορκία.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution concernant la Syrie. Dans ce conflit, l'Europe a un rôle à jouer. Nous avons été les moteurs dans le rétablissement des relations avec l'Iran. Nous devons donc nous servir de ce canal de discussions pour mettre la pression sur un acteur clé du terrain syrien. L'enjeu est important, c'est celui de savoir si l'Europe peut apporter une réponse, crédible et tangible, à un conflit où, parmi les acteurs diplomatiques, elle est la seule à en subir les conséquences et pourtant la seule à ne pas être assise à la table des négociations.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – This is a non-legislative and non-binding resolution. UKIP remains gravely concerned by the ongoing conflict in Syria and is fully supportive of efforts to create a lasting and peaceful political solution. However, we cannot support EU posturing on foreign policy issues or any calls for EU action. The United Nations, primarily the Security Council, remains the most relevant forum for achieving a lasting solution. Therefore we abstained on this resolution.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – In riferimento alla proposta di risoluzione avente per oggetto la situazione in Siria, ritengo che a fronte di un inasprimento delle ostilità in suddetto paese sia necessario un intervento congiunto. Nel conflitto siriano, secondo quanto riportato dalle agenzie, sono stati colpiti nell'ultimo periodo non solo obiettivi militari ma anche strutture mediche, causando diverse vittime tra i civili.

L'Unione europea è, fin dall'inizio del conflitto, uno dei principali fornitori di aiuti umanitari destinati alle persone che fuggono dalle violenze e dalle distruzioni. Tuttavia, la mancanza di un'intesa a livello internazionale rende sempre più difficile la possibilità di raggiungere una soluzione negoziata. Risulta necessario, quindi, un intervento coeso di tutti i membri del gruppo internazionale di sostegno alla Siria, con il fine di facilitare la conclusione di una tregua stabile e duratura, nonché di una soluzione politica.

Data, dunque, la rilevanza della proposta in esame, intenderei pronunciarmi positivamente

Alojz Peterle (PPE), *in writing*. – The EPP Group Members believe that a lasting solution in Syria requires a political transition through a Syrian-led inclusive process with the support of the international community. All parties in the conflict should ensure the protection of the civilian population and honour their obligations under international humanitarian law and human rights law. Definitely, peace in Syria will not be achieved by an externally lead, non-inclusive approach. It is a matter for Syria, with Syrians.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Teška situacija u Siriji je unatoč svim naporima za postizanjem mirnog rješenja u posljednje vrijeme dodatno pogoršana. Diljem zemlje dolazi do napada na civile i civilnu infrastrukturu. Sukobi su najviše eskalirali u gradu Alepu koji trpi teška bombardiranja, među kojima se izdvajaju napadi na zdravstvene objekte. Ne možemo tolerirati postojeće stanje zbog kojeg nedužni civili nemaju pristup temeljnoj humanitarnoj pomoći i osnovnoj zdravstvenoj skrbi.

Pozdravljam ovu rezoluciju i hitnu humanitarnu inicijativu Europske unije za Alep budući da one jasno prepoznaju važnost normalizacije dostave humanitarne pomoći, izvršenja medicinskih evakuacija i omogućivanje zdravstvene skrbi potrebitima. Svjesni smo činjenice da je Europska unija jedan od najvećih pružatelja humanitarne pomoći osobama koje bježe od dugotrajnog rata u Siriji, ali moramo biti svjesni i naše odgovornosti za postizanje trajnog političkog dogovora oko mira u Siriji. Stava sam da EU mora prekinuti sve trgovinske i gospodarske odnose s državama koje financiraju terorističke skupine u Siriji kako bi poslala poruku da su joj ljudski životi na prvom mjestu i da je spremna učiniti sve da ih zaštiti.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – L'inasprimento delle ostilità e il drammatico deterioramento della situazione umanitaria in Siria, in particolare ad Aleppo, desta enorme preoccupazione. Condivido la ferma condanna di tutti gli attacchi rivolti contro i civili e le infrastrutture civili, incluse le strutture mediche, e il proseguimento degli assedi che rendono impossibile l'assistenza per la popolazione, tra cui molte donne e bambini, che hanno disperato bisogno di beni umanitari essenziali. I recenti attacchi contro un convoglio di aiuti e un magazzino della Mezzaluna rossa nelle vicinanze di Aleppo rappresentano gravi violazioni del diritto internazionale umanitario.

Tutte le parti coinvolte nel conflitto devono immediatamente cessare tutti gli attacchi contro i civili e le infrastrutture civili, adoperarsi per un'effettiva cessazione delle ostilità, interrompere tutti gli assedi e consentire un accesso rapido e sicuro alle agenzie umanitarie affinché possano raggiungere le popolazioni che necessitano di aiuto.

Esprimo il mio apprezzamento per l'iniziativa umanitaria di emergenza dell'UE a favore di Aleppo, destinata a fornire assistenza urgente e a garantire l'evacuazione sanitaria dei feriti e dei malati. Mi associo all'appello rivolto ai membri del gruppo internazionale di sostegno alla Siria perché raggiungano una tregua stabile e duratura e all'Alto rappresentante per la definizione di una strategia comune dell'UE sulla Siria.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Situacija se dramatično pogoršala i zabrinut sam zbog nedostatka međunarodnog jedinstva čime je sve teže pregovorima postići rješenje. Washington i Moskva moraju pronaći zajednički jezik, kao i ostali sudionici u Međunarodnoj skupini za potporu Siriji. EU treba nastaviti sa svojim naporima i kolektivno, s pomoću djelovanja potpredsjednice Komisije/Visoke predstavnice Unije za vanjsku i sigurnosnu politiku, imati istaknutiju ulogu u posredovanju. Jedan smo od najvećih pružatelja humanitarne pomoći za osobe koji bježe od dugotrajnog nasilja i uništenja u Siriji. Duboko žalim zbog napada na humanitarni konvoj i skladište Crvenog polumjeseca te ih bezuvjetno osuđujem kao teško i zabrinjavajuće kršenje međunarodnog humanitarnog prava i mogući ratni zločin. Počinitelji moraju odgovarati. Oštro osuđujem sve napade na civile i nedostatak pristupa humanitarnoj pomoći za potrebiti sirijski narod. Izražavam duboku zabrinutost zbog ljudske patnje u opkoljenih područjima grada Alepa i diljem Sirije koja pogađa brojne žene i djecu. Pozdravljam hitnu humanitarnu inicijativu EU-a za Alep.

Pozivam potpredsjednicu Komisije/Visoku predstavnicu Unije za vanjsku i sigurnosnu politiku da obnovi napore u pogledu postizanja zajedničke strategije EU-a za Siriju kojom se želi olakšati postizanje političkog dogovora u Siriji. Postala je neodgodiva što skorija odluka o prestanku sukoba, posebno bombardiranja civila te se mora osigurati neometana dostava humanitarne pomoći svima potrebitima.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Estamos perante mais uma resolução com um inaceitável cariz de ingerência. Apresentada como uma resolução direcionada apenas para a questão humanitária, afigura-se como um texto de evidente parcialidade, tratando por igual o que não é igual. Omite-se os processos de investigação em curso sobre o ataque ao comboio humanitário, ou a responsabilidade dos EUA na violação do cessar-fogo com um bombardeamento aéreo. A referência a factos concretos desprovidos de contexto, serve os interesses de quem, em nome da causa humanitária prossegue outros objetivos. A história demonstra como o apelo à intervenção humanitária precedeu, em várias situações, uma escalada bélica, de intervenção militar e ocupação. Assim foi com a resolução aprovada neste Parlamento antes da intervenção militar na Líbia.

A resolução não só toma partido por um dos lados, como, ao mesmo tempo que omite a necessidade de decidido combate às forças terroristas no terreno, não reconhece o direito ao governo sírio de se defender num conflito que dura há mais de 5anos e que foi promovido e financiado pelo exterior, cumprindo a agenda dos EUA de desestabilização e controlo do médio oriente, instrumentalizando legitimas e justas aspirações do povo sírio. Causas que são omissas por óbvia cumplicidade.

Obviamente votámos contra.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution commune à plusieurs groupes politiques sur la situation en Syrie. La guerre en Syrie, c'est plus de 400000 morts, 13,5 millions de personnes nécessitant une aide humanitaire et près de 5 millions de réfugiés. Le conflit syrien est devenu la variable d'ajustement des égoïsmes de certaines puissances. Mener une stratégie de politique étrangère en jouant avec la vie de civils innocents est insupportable. Le règlement de cette crise sans précédent dépasse bien entendu le rôle du Parlement européen: c'est aux États, à leurs gouvernements, de passer enfin à l'action. Mais les citoyens doivent cependant savoir qu'à l'heure où le Parlement tente, dans la mesure de ses attributions, de contribuer par exemple à l'effort d'aide humanitaire en faveur de la Syrie, des députés extrémistes, comme ceux du groupe de Marine Le Pen, ont voté, en 2015, contre les transferts de budget pour l'aide humanitaire. Quant à nous, membres du Parti populaire européen, nous nous sommes battus pour que près de 450 millions d'euros soient débloqués en 2016 pour venir en aide à la population victime des atrocités du régime de Bachar Al-Assad.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – This is a non-legislative and non-binding resolution. UKIP remains gravely concerned by the ongoing conflict in Syria and is fully supportive of efforts to create a lasting and peaceful political solution. However, we cannot support EU posturing on foreign policy issues or any calls for EU action. The United Nations, primarily the Security Council, remains the most relevant forum for achieving a lasting solution. Therefore we abstained on this resolution.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, tendo em consideração a atual situação e a contínua escalada das hostilidades na Síria, sobretudo em Alepo, cidade que foi submetida a pesados bombardeamentos aéreos, incluindo ataques contra infraestruturas médicas, e considerando que a situação registou uma deterioração rápida e dramática, apesar dos esforços envidados pela comunidade internacional para fazer cessar as hostilidades.

Deste modo, a União Europeia deve continuar a prestar um dos maiores contributos para a ajuda humanitária destinada às populações que fogem à violência histórica e à destruição na Síria, embora a falta de unidade internacional comprometa as perspetivas de uma solução negociada para a guerra na Síria.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Condenamos os ataques contra civis e infraestruturas civis, a continuação dos cercos e a impossibilidade de ajuda humanitária à população síria necessitada. Condenamos os recentes ataques a comboios de ajuda humanitária perto de Aleppo, uma grave violação da lei internacional humanitária. Prestamos homenagem aos trabalhadores humanitários que morreram no esforço para os cidadãos sírios. Apelamos às partes em conflito, especialmente à Rússia e ao regime de Assad para que cessem imediatamente os ataques a civis e infraestruturas civis e que tomem diligências para a cessação total de hostilidades.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Actualmente en Siria existe un agravamiento general de la situación humanitaria y ha fracasado la tregua entre Estados Unidos y Rusia. Se están llevando a cabo crímenes de guerra, atacando a gran parte de la población de Alepo con bombas antibúnker e incendiarias, y solo hay treinta médicos operativos. Se hace un llamamiento a aplicar la presión máxima para detener los ataques, permitir el acceso humanitario abierto y continuo a los necesitados, y reanudar las negociaciones políticas bajo los auspicios de las Naciones Unidas en Ginebra lo más rápidamente posible. Por ello he votado a favor de esta propuesta de Resolución.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution relative à la situation en Syrie, car les violents bombardements aériens, en particulier à Alep, ont causé des dégâts humains et aussi diplomatiques. L'Union européenne est l'un des principaux fournisseurs de l'aide humanitaire destinée aux populations. Sans unité internationale, il sera très difficile de trouver une solution négociée à la guerre en Syrie. Les attaques prenant pour cible des civils sont intolérables et elles empêchent, en outre, d'acheminer une aide humanitaire pourtant indispensable. La Russie et le régime de Bachar Al-Assad doivent permettre de cesser les hostilités et ouvrir urgemment la voie aux organisations humanitaires qui viennent en aide à la population. L'Union européenne doit travailler au respect des accords et obligations contractés au sein du Groupe international d'appui pour la Syrie.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Os materiais e objetos em contacto com alimentos são largamente utilizados na vida quotidiana (v.g. embalagens de alimentos, utensílios de cozinha).

Quando colocados em contato com os alimentos e dependendo da sua composição e propriedades, os materiais comportam-se de forma diferente, transmitindo-lhes partes dos seus constituintes.

Porém, os produtos químicos que estes objetos emanam, podem alterar a composição dos géneros alimentícios colocando em perigo a saúde humana.

Apesar destes produtos estarem sujeitos a regras comunitárias (às quais estão juridicamente vinculados), o Regulamento atualmente existente estabelece apenas os requisitos gerais de segurança prevendo também a possibilidade de adoção de medidas específicas de acordo com a legislação de cada Estado-Membro.

Até agora, foram apenas adotadas medidas específicas comuns no âmbito da UE para quatro materiais/objetos.

Ora, as medidas específicas adotadas por um Estado-Membro podem ser diferentes das tidas em conta por outro, pelo que a ausência de medidas europeias comuns não só coloca entraves ao mercado interno, como leva ao aumento dos custos de conformidade (muitas vezes transferidos para os consumidores) traduzindo-se ainda numa perda de competitividade e capacidade de inovação/desenvolvimento.

Por considerar importante esta uniformização na área da segurança alimentar, votei favoravelmente este relatório de iniciativa.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui condamne l'intensification des hostilités en Syrie, en particulier à Alep, ville qui a subi de violents bombardements aériens.

Cette résolution condamne les récentes attaques menées contre un convoi humanitaire et des infrastructures du Croissant Rouge. Il n'est plus tolérable que les civils, notamment des enfants, soient les cibles des bombardements aériens. Ces frappes aveugles constituent des violations graves du droit humanitaire international.

Il est urgent que l'Union et ses États membres poursuivent leurs efforts de médiation en faveur d'un accord de paix en Syrie, particulièrement depuis l'échec du cessez-le-feu et l'escalade des violences.

À ce titre, la vice-présidente / haute représentante doit présenter au plus vite une stratégie européenne pour la Syrie.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – A pesar de apoyar el grueso del contenido de esta Resolución sobre Siria, que pide a todas las partes el cese de los bombardeos, la apertura de corredores humanitarios y la reapertura de las negociaciones para un alto el fuego, desde Podemos hemos votado abstención al considerar que la resolución carece de la pretendida equidistancia, al señalar mayores responsabilidades a una de las partes en el conflicto y, por lo tanto, situar el debate en clave de una elección bipolar entre dos potencias a la que nos oponemos desde nuestro convencimiento de que debe ser la sociedad civil siria quien protagonice el camino hacia la paz, la democracia y la justicia social que ninguna de las partes en conflicto parece estar interesada en alcanzar.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *în scris*. – Am votat pentru rezoluția Parlamentului European care condamnă categoric toate atacurile împotriva civililor și a infrastructurilor civile, continuarea asediilor în Siria și blocarea accesului umanitar la sirienii care au nevoie de ajutor.

Este inadmisibil să rămânem tăcuți cu privire la suferința umană din zonele asediate din Alep și din întreaga țară, care afectează multe femei și copii, care nu au acces la bunuri umanitare esențiale și care au nevoie disperată de alimente, apă potabilă și servicii medicale sau medicamente.

Acest măcel trebuie să fie oprit, iar societatea internațională trebuie să se angajeze în negocieri serioase cu regimul Assad și cu Rusia pentru oprirea atrocităților asupra civililor din Alep.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolución es un ejemplo más de la campaña de propaganda unidireccional en la que estamos inmersos, que nos presenta un único «bando» culpable, Rusia y el Gobierno sirio, postura bastante hipócrita cuando algunos Estados miembros de la Unión, en colaboración con los EE.UU., entrenaron y financiaron a los grupos terroristas que actúan en Oriente Medio y Europa.

La estrategia de los EE.UU. del unilateralismo y la política exterior seguidista de la Unión ya vimos las consecuencias que trajo en el caso de Libia. Tenemos que decidir si queremos retomar ese camino, o nos posicionamos como un actor facilitador del diálogo y la resolución política del conflicto.

La Unión debe exigir a los Estados Unidos retomar el diálogo con Rusia en el marco del conflicto en Siria para propiciar un alto el fuego que dé paso a una mesa de negociaciones para la paz con todos los actores políticos no terroristas. No hay que olvidar que el fracaso de la última tregua fue causa del bombardeo de los EE.UU. sobre posiciones del Ejército sirio en Deir Azzor.

Mientras las resoluciones del Parlamento Europeo sigan presentando un único culpable del conflicto, y sigan eludiendo su propia responsabilidad en el conflicto, mi voto será en contra.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted for the European Parliament resolution on Syria. It strongly condemns all crimes committed against the civilian population of Syria, urges all parties to the conflict to stop all attacks on civilians and civilian infrastructure, and calls for the EU to ensure greater international support for the increased numbers of refugees.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan.* – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne.* – Podporila som uznesenie EP o Sýrii, pretože je potrebné, aby EÚ obnovila úsilie o vytvorenie spoločnej stratégie EÚ pre Sýriu, aby sa obnovili rokovania s cieľom uľahčiť nastolenie stabilného prímeria a aby sa zosilnila činnosť na dosiahnutie trvalého politického riešenia v Sýrii. Európska únia je jedným z hlavných prispievateľov humanitárnej pomoci osobám utekajúcim pred bezprecedentným násilím a skazou v Sýrii. V uznesení sme odsúdili všetky útoky na civilné obyvateľstvo a civilnú infraštruktúru, pokračovanie rôznych obliehaní v Sýrii. Vyjadrili sme hlboké znepokojenie nad utrpením ľudí v obliehaných oblastiach, ktoré sa týkajú aj mnohých žien a detí, ktoré nemajú prístup k základnému humanitárnemu materiálu a naliehavo potrebujú potraviny, čistú vodu a zdravotnícke vybavenie. Všetci účastníci medzinárodnej skupiny na podporu Sýrie musia obnoviť rokovania s cieľom uľahčiť nastolenie stabilného prímeria a dosiahnutie trvalého politického riešenia v Sýrii.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně.* – Podpořila jsem usnesení Evropského parlamentu o Sýrii. Válka v Sýrii již trvá pátým rokem a vyžádala si skoro půl milionu životů, což už je skoro třikrát více, než válka v Jugoslávii v první polovině 90. let. Není třeba zdůrazňovat, jak velký zdroj migrace a nestability tato válka představuje. Proto jsem připravena podpořit každou iniciativu, která se tímto konfliktem v dobré víře zabývá s cílem přispět k jeho ukončení. Zpětně mne mrzí, že Západ nebyl v této válce aktivnější, byť naše angažmá efektivně ztěžovala řada faktorů, jako je nepřehlednost konfliktu, různé zájmy regionálních velmocí a velký počet válčících stran.

Usnesení EP se zejména zabývá drastickou situací v Aleppu, které se stalo symbolem této války. Kdysi výstavné a bohaté město se postupně přeměnilo v ruiny, převážně pod návaly bombardování vládních vojsk a v poslední době také Ruské federace. Poslední události, při kterých zahynula řada civilistů, vyvolaly naše odsouzení. Usnesení je tudíž především apelem na Asadův režim a Rusko, aby ukončily veškeré útoky na civilní obyvatelstvo a civilní infrastrukturu. Tento apel podporuji, stejně jako výzvu pro vysokou představitelku EU Mogheriniovou, aby podnikla kroky k většímu zapojení EU do hledání mírového řešení v Sýrii.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno.* – Kljub pogajanjem in kratki prekinitvi ognja se vojna v Siriji vsekakor ni končala, stanje pa se še slabša. Evropski parlament je zato v luči dogodkov v zadnjem času z resolucijo ostro obsodil vse napade na civiliste in civilno infrastrukturo, nadaljevanje obleganj in pomanjkanje humanitarne pomoči. Hkrati je ostro obsodil nedavni napad na humanitarni konvoj in skladišče rdečega križa blizu mesta Alepo, ter pozval vse vpletene strani, še posebej pa Rusijo in Asadov režim, da prenehajo z napadi na civiliste.

Parlament v resoluciji poziva vse vpletene strani, ki sodelujejo v mednarodni skupini za podporo Siriji, da nadaljujejo s pogajanji za vzpostavitev stabilnega premirja in pospešijo delovanje, ki bi vodilo k trajni politični rešitvi.

Menim, da je mirna rešitev konflikta v Siriji nujna za mir v širši regiji in v svetu, zato sem resolucijo podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne.* – Napriek sľubom o prímerí sýrska občianska vojna, za výdatného prispenia ozbrojených síl Ruskej federácie, dosahuje rozmery humanitárnej a bezpečnostnej katastrofy. Výsledkom je nielen utrpenie civilného obyvateľstva, ale aj hrozba nových migračných vĺn. Vyzývame na zastavenie bombardovania civilných cieľov, vytvorenie humanitárnych koridorov a obnovenie politických rokovaní medzi znepriatelenými stranami konfliktu.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Neprijateljstva u Siriji ponovno su eskalirala, osobito u Alepu te se situacija u svakom trenutku pogoršava. Između ostalog, bombardiraju se bolnice i skladišta te napadaju humanitarni konvoji.

EU može doprinijeti u rješavanju stanja u Siriji – humanitarnom pomoći, poticanjem provedivih pregovora te nadzorom nad pridržavanjem postignutog primirja. Nedostatak međunarodnog zajedništva otežava pregovore, a kršenje ljudskih prava pod hitno treba zaustaviti.

Zato podržavam Rezoluciju Europskog parlamenta o situaciji u Siriji koja poziva na ponovni prekid vatre te osuđuje napade i zločine nad civilima, opsadu sirijskog teritorija te nedostatak humanitarnih postupaka i pomoći žrtvama, posebice nedostatak hrane, pitke vode i lijekova.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η ΕΕ εξακολουθεί στην τακτική της έμμεσης στήριξης των ισλαμιστών και εναντιώνεται στην μοναδική δύναμη που πολέμησε στο πλευρό του Ασάντ, την Ρωσία.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Od rozpoczęcia konfliktu w Syrii w 2011 roku śmierć poniosło prawie pół miliona Syryjczyków, a 11 milionów była zmuszona opuścić swoje domy, z czego prawie połowa wyjechała z kraju, przenosząc się zwłaszcza do Turcji, Egiptu, Jordanii, Iraku czy Libanu. Obecnie nie możemy mówić o sytuacji w Syrii wyłącznie jako o rewolucji, ale o międzynarodowym konflikcie, w który zaangażowały się różne światowe potęgi i organizacje terrorystyczne.

Niestety pomimo 5 lat dyplomatycznych wysiłków społeczności międzynarodowej szanse na szybkie rozwiązanie konfliktu wydają się minimalne, a przyszłość polityczna akceptowalna przez wszystkie strony konfliktu niemożliwa do zarysowania. Szczególnie, że w ostatnich miesiącach pomimo wysiłków wspólnoty międzynarodowej na rzecz zaprzestania działań wojennych sytuacja ulega dramatycznemu i błyskawicznemu pogorszeniu.

Unia Europejska wielokrotnie oskarżyła reżim Asada o podsycanie konfliktu i zbrodnie na cywilach, jednak w rezolucji słusznie wskazano, że za śmierć tysięcy obywateli Syrii winić należy także prezydenta Putina, który nie może być traktowany jako partner w rozmowach pokojowych.

Z zadowoleniem należy przyjąć inicjatywę humanitarną UE na rzecz Aleppo, która oprócz gromadzenia środków na potrzeby humanitarne ma na celu umożliwienie ewakuację osób rannych i chorych ze wschodniej części Aleppo, zwłaszcza kobiet, dzieci i osób starszych.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Situația dramatică din Siria continuă să îngrijoreze comunitatea internațională și instituțiile europene. Modul în care diversele facțiuni implicate în conflictul militar intern și sprijinite de anumiți actori internaționali nu înțeleg să respecte înțelegerile de încetare a focului negociate la cel mai înalt nivel este deplorabil. Rezultatul este un număr în creștere al victimelor civile și refugiaților, în special în contextul asediului trupelor guvernamentale asupra orașului Alep și bombardării unor convoaie umanitare. În locul unei ofensive conjugate împotriva Statului Islamic și a altor grupări teroriste, trupele guvernamentale susținute de Rusia și Iran și rebelii susținuți de Statele Unite aleg să se confrunte între ele în defavoarea oricărei soluții pașnice. Uniunea Europeană, în calitate de actor internațional, vecin al acestei zone de conflict, condamnă violarea dreptului internațional umanitar și îndeamnă părțile în conflict să înceteze în cel mai scurt timp ostilitățile și să lucreze pentru un viitor durabil al statului sirian, conform Rezoluției nr. 2254 a Consiliului de Securitate al ONU. În acest context, copreședinții Grupului internațional de sprijin pentru Siria, Statele Unite și Rusia au o răspundere importantă în vederea reluării negocierilor. Susțin adoptarea acestor rezoluții.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Alors que les forces du régime syrien progressent dans l'est de la ville d'Alep, Moscou a déployé des systèmes de défense antiaérienne S-300 dans la ville portuaire de Tartous, où elle possède une base militaire. La diplomatie est au point mort.

Les quartiers est d'Alep sont depuis plus de dix jours sous un déluge de bombes d'une intensité sans précédent. L'indignation grandit dans les capitales occidentales mais la diplomatie semble au point mort: Russes et Américains ont rompu le dialogue.

Alors que Washington a déclaré examiner «des options diplomatiques et militaires», la Russie a déployé des systèmes de défense antiaérienne S-300 à Tartous, ville côtière du nord-ouest de la Syrie où elle possède des installations portuaires militaires. Avec ses S-300 et ses S-400, la Russie s'assure une défense aérienne de ses deux points d'ancrage en Syrie, le port de Tartous et la base aérienne de Hmeimim, dans la province de Lattaquié, où l'aviation russe dispose de dizaines de bombardiers, d'avions d'attaque au sol et d'hélicoptères. Ces batteries permettent notamment de répondre à la menace de missiles tirés depuis la mer Méditerranée.

Alep est devenu une vraie boucherie!

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The civil war in Syria, five years in, represents one of the worst humanitarian disasters of the 21st century. The pro-Assad coalition forces, including Russia, have launched incessant and worsening attacks against civilians and civilian infrastructure. The continuation of sieges and the lack of humanitarian access to the people in Syria have become more alarming with every passing day. The human suffering in the besieged areas of Aleppo and throughout the rest of Syria has affected nearly everyone, including women and children, who lack access to humanitarian goods, food, clean water and medical supplies.

I voted in favour of the resolution on Syria, and I deeply deplore and unconditionally condemn the recent attacks on humanitarian relief convoys, which represent a severe violation of international humanitarian law and embody possible war crimes. I urge all military forces, particularly the Assad regime and Russia, to return to the ceasefire agreement of 26 September 2016.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Krvavi konflikti u Siriji za sobom su ostavili više od 250 000 mrtvih, a 12 milijuna ljudi napustilo je svoje domove. Ono što je započelo kao još jedno Arapsko proljeće borbe protiv autokratske vladavine, vremenom se transformiralo u brutalni rat između regionalnih grupacija, svjetskih moćnika te terora Islamske države.

Iznimna složenost situacije nažalost onemogućava donošenje nepristranih i objektivnih zaključaka o krivcima sukoba, što je jedan od razloga zašto i danas, šest godina nakon početka sukoba, svakodnevno ginu desetci nevinih ljudi.

Posljednji tužni primjer dogodio se nakon što su u rujnu Sjedinjene Američke Države i Rusija sklopile dogovor o prestanku zračnih napada, nakon čega je ubijeno najmanje 248 osoba, većinom civila, od kojih su mnogi bili uključeni u humanitarne akcije nakon dogovorenog primirja.

Situacija u Siriji zahtjeva hitan konstruktivni međunarodni angažman bez „fige u džepu". Dok se isto ne realizira, tisuće nevinih i dalje će ginuti u sukobima koji nemaju niti naznake kraja.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o Siriji sem podprla.

Nasilje v Siriji se stopnjuje, zlasti v Alepu, ki je tarča težkega zračnega bombardiranja in kjer se napadajo tudi zdravstvene ustanove. Razmere so postale dramatične in se hitro slabšajo, kljub prizadevanju mednarodne skupnosti za prenehanje sovražnosti. Vse sprte strani poziva, naj nemudoma prenehajo napadati civilno prebivalstvo in infrastrukturo, vključno z vodno in električno infrastrukturo, naj sprejmejo ukrepe za prenehanje vsega obleganja, humanitarnim agencijam pa naj omogočijo nemoten in varen dostop.

Odločno podpira zahteve posebnega odposlanca OZN za prenehanje nasilja in zaščito civilnega prebivalstva in infrastrukture ter za tedensko 48-urno prekinitev bojev, da bi vsaj OZN in njihovim partnerjem omogočili humanitarni dostop do Alepa, ter evakuacijo ranjenih in bolnih.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – A pesar de apoyar el grueso del contenido de esta Resolución sobre Siria, que pide a todas las partes el cese de los bombardeos, la apertura de corredores humanitarios y la reapertura de las negociaciones para un alto el fuego, desde Podemos hemos votado abstención al considerar que la resolución carece de la pretendida equidistancia, al señalar mayores responsabilidades a una de las partes en el conflicto y, por lo tanto, situar el debate en clave de una elección bipolar entre dos potencias a la que nos oponemos desde nuestro convencimiento de que debe ser la sociedad civil siria quien protagonice el camino hacia la paz, la democracia y la justicia social que ninguna de las partes en conflicto parece estar interesada en alcanzar.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – The situation in Syria is deplorable and the bombing of hospitals in Aleppo is a war crime. Assad and the Russian forces have to be called to account.

The EU together with the US should impose a no-fly zone as soon as possible and a humanitarian corridors to take civilians out of that hellish situation.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Il s'agit pour le Parlement de s'immiscer dans la bataille d'Alep en mettant dos à dos toutes les parties. S'y ajoute la russophobie primaire des institutions européennes.

Toutes les résolutions présentées équivalent à soutenir les forces opposées aux armées loyales au gouvernement syrien reconnu internationalement.

J'ai voté contre.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Sześć lat wojny w Syrii pochłonęło 250 000 ofiar, a 12 milionów osób było zmuszonych do opuszczenia swoich domów. Wobec nieustającego konfliktu większość mieszkańców Syrii nie ma dostępu do edukacji, opieki zdrowotnej i społecznej. We wrześniu udało się wynegocjować rozejm, który miał zakończyć naloty na pozycje zajmowane przez rebeliantów oraz umożliwić obu skonfliktowanym stronom dostęp do pomocy humanitarnej. Mimo tych ustaleń syryjskie siły rządowe w ostatnim czasie nasiliły ataki, a ostatnio zbombardowały drugie co do wielkości miasto w kraju – Aleppo. Nie uda się położyć kresu wojnie bez politycznego porozumienia na poziomie międzynarodowym. Państwa Unii Europejskiej muszą zgodnym głosem naciskać w tym kierunku rozwiązania konfliktu, którego ofiarą jest przede wszystkim ludność cywilna. Zagłosowałem za przyjęciem rezolucji.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – A pesar de apoyar el grueso del contenido de esta Resolución sobre Siria, que pide a todas las partes el cese de los bombardeos, la apertura de corredores humanitarios y la reapertura de las negociaciones para un alto el fuego, desde Podemos hemos votado abstención al considerar que la resolución carece de la pretendida equidistancia, al señalar mayores responsabilidades a una de las partes en el conflicto y, por lo tanto, situar el debate en clave de una elección bipolar entre dos potencias a la que nos oponemos desde nuestro convencimiento de que debe ser la sociedad civil siria quien protagonice el camino hacia la paz, la democracia y la justicia social que ninguna de las partes en conflicto parece estar interesada en alcanzar.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Griežtai smerkiu visus išpuolius prieš civilius gyventojus ir civilinę infrastruktūrą, visų apgulčių Sirijoje tęsimą ir humanitarinės pagalbos, teikiamos Sirijos gyventojams, kuriems jos reikia, trūkumą. Pareiškiu, kad esu itin susirūpinęs dėl to, jog apgultose Alepo teritorijose ir visoje Sirijoje kenčia žmonės – daug moterų ir vaikų, kurie neturi galimybės gauti būtinų humanitarinės pagalbos prekių ir kuriems žūtbūt reikia maisto, švaraus vandens ir medicinos priemonių.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the motion for a resolution on Syria. The conflict in Syria is well into its sixth year and has claimed the lives of more than a quarter of a million people. Up to 14 million people are thought to be in need of humanitarian assistance within Syria, while almost five million are in hard-to-reach or besieged areas. Despite international efforts to reach a ceasefire, violence has escalated in recent weeks, with Aleppo in particular facing heavy bombardments.

The resolution urges all parties to the conflict immediately to stop all attacks on civilians and civilian infrastructure, including water and electrical infrastructure, to lift all sieges and to grant unhindered and safe access to international aid workers. I voted in favour because I believe that the EU must do everything in its power to work against terrorism in Syria.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – He apoyado esta declaración de la Alta Representante de la Unión para Asuntos Exteriores y Política de Seguridad porque urge avanzar hacia una solución política del conflicto sirio. La guerra se adentrará pronto en su sexto año y existe un riesgo palpable de que continúe prolongándose, con los costes tanto humanos como materiales que ello supone. La resolución 2254 aprobada en diciembre de 2015 por el Consejo de Seguridad de Naciones Unidas establece una hoja de ruta para iniciar un proceso político en Siria —protagonizado por los propios sirios— que lleve al fin de la contienda. De esta manera, la clave para alcanzar la paz es ahora, más que nunca, impulsar y fortalecer la voluntad política para aplicar esta hoja de ruta sobre el terreno. En momentos de alejamiento en las posiciones de los Estados Unidos y Rusia, la Unión debe desempeñar un papel que contribuya a restablecer el diálogo entre las partes y, en última instancia, consolide el cese de las hostilidades acordado hace tan solo unas semanas por los Estados Unidos y Rusia.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolución es un ejemplo más de la campaña de propaganda unidireccional en la que estamos inmersos, que nos presenta un único «bando» culpable, Rusia y el Gobierno sirio, postura bastante hipócrita cuando algunos Estados miembros de la Unión, en colaboración con los EE.UU., entrenaron y financiaron a los grupos terroristas que actúan en Oriente Medio y Europa.

La estrategia de los EE.UU. del unilateralismo y la política exterior seguidista de la Unión ya vimos las consecuencias que trajo en el caso de Libia. Tenemos que decidir si queremos retomar ese camino, o nos posicionamos como un actor facilitador del diálogo y la resolución política del conflicto.

La Unión debe exigir a los Estados Unidos retomar el diálogo con Rusia en el marco del conflicto en Siria para propiciar un alto el fuego que dé paso a una mesa de negociaciones para la paz con todos los actores políticos no terroristas. No hay que olvidar que el fracaso de la última tregua fue causa del bombardeo de los EE.UU. sobre posiciones del Ejército sirio en Deir Azzor.

Mientras las resoluciones del Parlamento Europeo sigan presentando un único culpable del conflicto, y sigan eludiendo su propia responsabilidad en el conflicto, mi voto será en contra.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – De situatie is dramatisch. De beelden laten me niet los. Een mama, dood in een zetel, onder het stof, met haar twee kinderen aan haar zijde. Syrische kinderen van vijf jaar hebben in hun leven enkel oorlog gekend. Zij verdienen een leven zonder geweld. En ook voor Europa is de nood aan oplossingen hoog. De instabiliteit aan onze buitengrenzen, de migratie, de opkomst van religieus extremisme maken dat er geen alternatief is dan op te treden. Europa moet eindelijk haar leiderschap tonen. Daarom stemde ik voor deze resolutie over Syrië.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Le Parlement européen a adopté une nouvelle résolution sur la situation en Syrie, s'inquiétant de la situation à Alep, ce que l'on peut comprendre.

Mais il n'est question dans cette résolution de ne condamner que certains belligérants, à savoir la Russie et le régime de Bachar Al-Assad, en oubliant totalement les autres et notamment Daech, groupe auquel la résolution ne fait pas une seule fois référence, ou encore les groupes armés radicaux tel Al-Nosra.

Comme si le conflit en Syrie était né hier et comme s'il était né de nulle part.

Pas la moindre compassion, ni même référence aux milliers de personnes que ce terrible conflit chasse loin de chez elles. Pas un mot sur les solutions à leur offrir. Pas de visas humanitaires. Pas de programme de réinstallation obligatoire.

Bref, une résolution de plus qui ne s'inquiète ni des causes ni des conséquences réelles d'un conflit dans lequel l'impuissance est patente et l'hypocrisie plus encore.

Je me suis abstenue par solidarité avec les victimes de cette guerre qui n'a que trop duré et parce que ce texte demande notamment que l'aide humanitaire puisse arriver sans entrave.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A resolução omite que esta é uma guerra entre um governo legítimo em defesa da integridade do seu território e exércitos armados e treinados pelas potências ocidentais. Omite que forma os Estados Unidos que violaram o cessar-fogo acordado em 26 de setembro.

Todos se recordam certamente de uma resolução em tudo semelhante a esta que foi aprovada nesta assembleia acerca da Líbia. Na altura, o governo Líbio tinha deixado de servir os interesses das mesmas potências ocidentais que criaram e armaram as milícias que destruíram um país que está hoje a saque.

Deixemo-nos de hipocrisia. Apelamos ao fim das sanções económicas e diplomáticas contra o governo sírio. O que importa é que cessem de armar e formar os rebeldes, substituindo as armas pelo diálogo e ajudando a construir uma solução política que permita acabar com a guerra e a ajuda humanitária e crie condições para a reconstrução de um pais que já sofreu demais com este conflito.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – In der Resolution werden radikalislamistische Tendenzen und der Islamismus als entscheidende Faktoren des Bürgerkriegs vollkommen ausgeklammert. Namentliche Erwähnung finden lediglich Russland und die Assad-Regierung, die für das Leid in Aleppo verantwortlich gemacht werden. Daher habe ich mich meiner Stimme enthalten.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione sulla situazione in Siria che condanna con forza i crimini commessi contro la popolazione civile e le sistematiche violazioni dei diritti umani e del diritto internazionale umanitario commesse dagli esponenti del cosiddetto Stato islamico. La proposta invita tutte le parti coinvolte nel conflitto a porre immediatamente fine agli attacchi rivolti contro i civili e contro le infrastrutture civili e a consentire un accesso sicuro agli operatori umanitari; esorta tutte le parti a ripristinare l'accordo di cessate il fuoco del 26 settembre scorso e invita l'UE a garantire un maggior sostegno internazionale per far fronte all'aumento del numero di profughi.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Der Entschließungsantrag ist an Unausgewogenheit nicht zu überbieten. Er kritisiert in einseitiger Weise Russland und die syrische Regierung wegen vorgeblicher und in keiner Weise erwiesener Angriffe auf Zivilbevölkerung und Infrastruktur, erwähnt dagegen mit keinem Wort die Verantwortung der USA für die Eskalation der Lage durch direkte und indirekte Unterstützung bewaffneter Rebellengruppen sowie von den USA und ihren Verbündeten unter Verletzung der staatlichen Souveränität Syriens zu verantwortende Bombardierungen und andere Kampfhandlungen. Hier war ein klares „Nein" geboten.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I condemn and deplore the recent attacks on civilians and humanitarian convoys in Syria, in particular the devastating bombardment of Aleppo. I have been working on the Syria case since 2013, prior to my election, when I was an Oxfam volunteer. The international community must do more to bring all parties to the conflict around the table, in order for ceasefires to be agreed and for more humanitarian aid to be provided to those suffering in the war.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this parliamentary resolution because it is important to recognise the gravity of the situation in Syria. The European Union plays an important role in supporting the refugees who are a result of this conflict. However, it is important that we act collectively and in a unified way through the High Representative of the EU and the administration that supports her.

I support the call on some parties involved immediately to stop the bombing of civilians and other forms of attacks on these vulnerable groups. At the same time, I strongly welcome the humanitarian aid and support for Aleppo that is being organised. Finally, I support the call to the parties involved to resume peaceful negotiations and recognise the importance of the UN Special Envoy in facilitating these negotiations.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Uznesenie o situácií v Sýrii som podporila. Konflikt v Sýrii už, bohužiaľ, trvá šiesty rok a má na svedomí neuveriteľné množstvo ľudských životov, ako aj vyše dvanásť miliónov ľudí, ktorí boli v jeho dôsledku nútení opustiť svoj domov a hľadať útočisko či už v susediacich štátoch alebo v Európe. Situácia v Sýrii sa postupom času zvrhla v obrovskú humanitárnu katastrofu, kde vzdelávací systém, zdravotníctvo či akákoľvek infraštruktúra nefunguje a susediace krajiny už nie sú schopné zvládať bezprecedentný prílev utečencov. Vrcholom všetkého je, že hoci sa strany konfliktu formálne zaviazali, že umožnia prístup humanitárnej pomoci, nakoniec v dôsledku nedodržania dohôd tieto plány zlyhali. Uznesenie preto reflektuje všetky tieto skutočnosti, odsudzuje útoky na civilné obyvateľstvo a infraštruktúru a naliehavo vyzýva na ich zastavenie. Hoci toto uznesenie nie je instantným riešením na katastrofálnu situáciu v Sýrii, je vyjadrením hlbokého odsúdenia Európskej únie voči takémuto správaniu sa strán konfliktu.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za resolucijo Evropskega parlamenta z dne 6. oktobra 2016 o Siriji.

Poročila navajajo, da se nasilje v Siriji stopnjuje, zlasti v Alepu, ki je tarča težkega zračnega bombardiranja in kjer se napadajo tudi zdravstvene ustanove. Civilno prebivalstvo na obleganih območjih v Alepu in drugje v Siriji, katerega žrtve so tudi ženske in otroci, nima dostopa do osnovne humanitarne pomoči in nujno potrebuje hrano, čisto vodo in zdravstvene pripomočke.

Zato se pridružujem pozivu, naj vse sprte strani prenehajo napadati civilno prebivalstvo in infrastrukturo, ter sprejmejo takojšnje in prepričljive ukrepe za prenehanje sovražnosti in obleganja, humanitarnim agencijam pa naj omogočijo hiter, varen in nemoten dostop do vseh ljudi, ki potrebujejo pomoč.

6.3. VN-Konferenz über Klimaänderungen 2016 in Marrakesch (Marokko) (COP22) (B8-1043/2016)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Jude Kirton-Darling (S&D). – Mr President, this week we have shown that the European Union can act quickly and decisively on climate change. By ratifying the Paris Agreement in less than a year from its negotiation, we have shown that we can unite to take assertive action.

With the next round of global climate talks rapidly approaching, this is no time for us to sit on our laurels – the world cannot wait and neither should we. We must put in place policies that limit the rise in global average temperatures to no more than 1.5º Celsius, while allowing a just transition which provides working people and their communities with high-quality jobs and produces sustainable growth for our economies.

With today's resolution, which I wholeheartedly support, we have sent out a clear message to the negotiators in the upcoming talks. All economic sectors, all industries and all peoples have their role to play. There can be no more excuses; now is the time for action.

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Úr, kedves Képviselőtársaim! Egyre jobban idegesíti, bosszantja az európai embereket az a sok látható összefonódás, amely az európai döntéshozók és különböző gazdasági lobbicsoportok között van. Hát ez most csak véletlenül jutott eszembe, semmi köze ahhoz, hogy az éghajlatváltozással kapcsolatos nagy volumenű jelentésben megint nem szavazott meg egy olyan módosító indítványt a tisztelt Parlament, aminek szerintem nagy jelentősége van, és ami arról szólt volna, hogy harcolunk egyik vonalon ugye nagyon az éghajlatváltozás ellen, másik vonalon ott vannak ezek a transznacionális vállalatok, cégek, amelyek köztudottan olyan tevékenységet végeznek, ami hatalmas károkat okoz a környezetnek, és ezáltal az éghajlatnak. Lett volna egy olyan módosító indítvány, amelyik megkezdte volna a tárgyalásokat az ügyben, hogy ezeket szisztematikusan felelősségre vonják, és legyen vége ezen cégek büntetlenségének. Csodák csodájára még a Zöldek sem szavazták meg ezt a módosító indítványt, nem beszélve a legnagyobb frakcióról, a Néppártról.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señor Presidente, me he abstenido en las propuestas para la COP 22 porque no me parecen lo suficientemente ambiciosas para el encuentro en Marrakech.

Pero quiero dirigirme a esta Cámara para advertir de otro elemento que no debe pasar desapercibido, y es el uso propagandístico que se está haciendo de este evento, de la COP 22, por parte del régimen marroquí, intentando dotarse de un pedigrí internacional y de un halo verde con los que disimular su ocupación del pueblo saharaui.

Como parlamentarios no debemos olvidar que el anfitrión de la COP 22 es el responsable de la expulsión de la Minurso, de la violación del alto el fuego de Guerguerat, de la represión a los manifestantes saharauis en los territorios ocupados. Que la prudencia no nos haga cobardes ante nuestros anfitriones.

Quiero finalizar recordando a los presos de Gdeim Izik, hoy ilegalmente confinados en Rabat tras seis años de torturas, vejaciones y malos tratos por exigir un derecho que Marruecos deberá respetar si quiere convertirse en un miembro respetable de la comunidad internacional. Y es el derecho del pueblo saharaui a su autodeterminación.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, Uniunea Europeană este liderul global în combaterea schimbărilor climatice. La Conferința de la Paris ne-am angajat să reducem emisiile de gaze cu efect de seră, cu 20% față de anul 1990. Ce mesaj transmitem noi oamenilor, politicienilor, investitorilor, societății? Că nu mai avem timp de pierdut, istoria nu ne mai așteaptă și haideți să ne urcăm din mers pentru că trenul a plecat deja, să ne urcăm din mers în trenul care duce, vrând -nevrând, către o economie cu emisii reduse de carbon. Doar așa putem începe un proces de reindustrializare pentru secolul XXI.

Vreau să precizez că nu sunt de acord cu introducerea unei taxe pentru toate tranzacțiile financiare prin care să se finanțeze schimbările climatice și aici am votat, deci, împotriva acestui paragraf. Trebuie să fim creativi și să găsim alte surse de finanțare.

Eleonora Evi (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, noi abbiamo votato a favore di questa relazione, una relazione importante che contiene una serie di inviti e raccomandazioni, ma anche critiche, per affrontare quelli che sono i prossimi passi nel combattere i cambiamenti climatici a livello globale. Però per me è fondamentale fare riferimento a quelli che sono invece dei gravi pericoli che sono contenuti in questo testo e che fanno parte del pilastro dell'Unione nel combattere i cambiamenti climatici, ovvero l'ETS. La proposta di un ETS globale è un qualcosa di cui noi chiaramente contestiamo la realizzazione, perché l'ETS come strumento di mercato non è uno strumento sufficiente ad affrontare i problemi ambientali e i problemi del clima. Per noi è fondamentale fare questa dichiarazione: l'ETS è un sistema che non funziona e che favorisce semplicemente la speculazione finanziaria sul carbonio e non certo un miglioramento delle condizioni del pianeta.

Michał Marusik (ENF). – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Złe prawo powstaje nie dlatego, że prawodawcy kierują się złymi intencjami. Kierują się dobrymi intencjami, ale bardzo często wychodzą z zupełnie fałszywych, błędnych przesłanek. I prawo w sprawach klimatycznych właśnie ma taką cechę. Otóż eksponowanie antropopresji jako powodu do ustanawiania pewnych praw jest bardzo mocno przesadzone. Ta antropopresja jest bardzo mała, natomiast prawdziwe powody są ukryte. A prawdziwe powody są w mechanizmach ekonomicznych. Otóż jeżeli ustanowi się opłaty za emisje na przykład dwutlenku węgla i za emisję na jakimś ustalonym w tej chwili poziomie – za każdą następną emisję trzeba płacić i handlować tymi prawami do emisji – to oznacza tyle, że kraje biedne, które chcą się rozwinąć, będą musiały płacić krajom, które już się dawno temu rozwinęły, więc fundujemy takimi mechanizmami ogromną niesprawiedliwość światu i zatrzymujemy rozwój tych krajów i zwiększamy biedę na świecie. To jest niesprawiedliwe i niesłuszne. Nie należy tak robić. Głosowałem przeciw.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěl říci, že Pařížskou konferenci určitě lze označit za úspěšnou. Blíží se další kolo a je dobré, že jsme odhlasovali tento návrh usnesení. Já sám jsem jej podpořil. Já musím částečně souhlasit s tím, že samozřejmě přírodní síly mají ohromující sílu a člověk je jenom malé kolečko nebo rozhodně menší kolečko v té změně klimatu, která se beze sporu odehrává, nicméně byli bychom bláhoví, pokud bychom se skutečně nesnažili alespoň tím málem, čím můžeme, ovlivnit klimatické změny. A i z tohoto důvodu bychom měli prosazovat politiku šetrnosti. Já sám si myslím, že to je o tom, kolik z nás je schopno ve svých vlastních životech se uskromnit, jak nakládat šetrně s hodnotami, s energiemi. To všechno souvisí skutečně se vším. Takže i z tohoto důvodu já jsem tento návrh usnesení podpořil.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I was very honoured to attend, on behalf of Parliament, the COP21 in Paris with the historic global agreement. I will be very honoured to attend COP22 in Marrakesh, Morocco, especially after we have ratified the Agreement here in Parliament, signed in the presence of Ban Ki-moon by our President, Mr Schulz.

There is no doubt that this is the really big challenge because, if we do not save the planet, all other problems will disappear because the planet will not exist and people will not be able to live here. I am glad about the progress we are making and very pleased with the leadership that has been shown by the Commission and by the European Union generally and hope that will continue. I am of course also pleased that in my own country a great deal of research is being undertaken to come up with innovative solutions cognisant of climate change, especially in the area of sustainable agriculture, something which is not often recognised. This is the way to go.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La risoluzione tocca tutti gli aspetti connessi ai cambiamenti climatici, evidenziando soprattutto gli effetti positivi, anche sotto il profilo economico e di innovazione che sono scaturiti dalle politiche di riduzione delle emissioni e promozione delle rinnovabili e rimettendo al centro gli obbiettivi a medio e lungo termine ed i settori che dovranno essere coinvolti nello sforzo di riduzione. Per queste ragioni ho votato a favore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — We in UKIP are against this resolution because we object to the Paris Agreement and the Climate Change alarmism supported by green lobbies. They are the cause of our current damaging and counterproductive energy policy.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Después del Acuerdo de París, los propósitos de lucha contra el cambio climático están fundamentalmente basados en los compromisos voluntarios y los mecanismos de mercado. Esta resolución, aun siendo más ambiciosa, sigue por la misma senda, por lo que me he abstenido.

Martina Anderson and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I abstained on this report. Whilst the report contained some positive points on the very important issue of climate change, it also sees the much derided concept of emissions trading as an important tool in the future of fighting climate change. In Europe, the EU's own Emissions Trading Scheme is widely accepted as being a very costly failure for EU climate change policy which has not brought the significant emissions reductions required and indeed promised. The EU ETS has not been cost-effective and has subsidised polluters with taxpayers' money with its oversupply of allowances to power companies, many of which are being given 'free' to these companies.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport. Il est essentiel que l'Union dans son ensemble ratifie l'accord de Paris avant la COP22 à Marrakech pour que l'accord entre en vigueur. Il est fondamental que l'Union tienne son rang autour de la table à Marrakech.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the motion for a resolution on the implementation of the Paris Agreement and the 2016 UN Climate Change Conference in Marrakesh, Morocco. The 22nd Session of the Conference of Parties to the United Nations Convention on Climate Change (COP 22) will be held in Marrakesh (Morocco) in November 2016. It will focus on actions in order to achieve the priorities of the Paris Agreement, especially related to adaptation, transparency, technology transfer, mitigation, capacity building and loss and damages. To my mind, the motion for a resolution that I have supported is of high relevance due to its effort to welcome the Paris Climate Agreement as a landmark achievement for combating climate change and for multilateralism. What is more, it also aims to define the position of the European Parliament in view of the COP22 Climate Conference in Marrakesh and addresses, among other things, issues such as the urgency to ratify and implement the Paris Agreement, the pre-2020 ambition and the Kyoto Protocol, the priority negotiation points in COP22, the role of non-state actors, the comprehensive effort of all sectors, climate finance, climate resilience through adaptation, and climate diplomacy.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της πρότασης ψηφίσματος σχετικά με τη διάσκεψη του ΟΗΕ για την κλιματική αλλαγή, διότι είναι ζωτικής σημασίας η επικύρωση της Συμφωνίας του Παρισιού από την Ευρωπαϊκή Ένωση πριν πραγματοποιηθεί η COP22 στο Μαρακές, ούτως ώστε να εξασφαλιστεί ότι η συμφωνία θα τεθεί σε ισχύ.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Cette résolution s'inscrit dans le cadre de la COP22, qui se déroulera à Marrakech en novembre 2016. Le Parlement européen y envoie y une délégation officielle, qui fait figuration et ne participe pas aux négociations. Cette résolution doit formuler les vœux à transmettre aux négociateurs de la Commission.

Sans surprise, la résolution est enthousiaste et demande la ratification urgente des accords de Paris. Elle invite l'Union à toujours plus d'efforts: plus de budget pour les fonds verts, plus de contraintes imposées aux entreprises (mais en soutenant le développement économique du bout des lèvres), plus d'économie circulaire… Et plus de migrants à accueillir à cause du changement climatique! On notera une référence claire au Brexit pour que les pays sortis de l'Union ou en voie de sortie s'engagent quand même!

Face aux mesures de l'Union qui aboutissent à notre désindustrialisation pour faire produire dans des conditions plus polluantes ce que nous importerons, j'ai voté contre la résolution.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Whilst I support appropriate improved environmental standards, and specifically appropriate research and development, I cannot support the totality of this report - and believe that it should be for the UK, not the EU, to decide which international agreements we sign up to.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution, car j'estime que nous devons prendre conscience de l'étape importante que constitue la ratification de l'accord de Paris. Toutefois, il faut prendre conscience des conséquences pour les États-membres et surveiller la bonne mise en place des mesures afin de garantir le succès de la COP22 à Marrakech.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Cette résolution s'inscrit dans le cadre de la COP22 qui se déroulera à Marrakech en novembre 2016. Je suis contre cette résolution car nous sommes en désaccord sur de nombreux points: efforts incommensurables des États membres de l'Union, migrants climatiques, modalités et sources de financement de la lutte contre le changement climatique, etc.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Nous nous félicitons de l'accord de Paris sur le climat, voté cette semaine par le Parlement européen, un événement historique dans la lutte contre le changement climatique et pour le multilatéralisme. Nous estimons qu'il s'agit d'un accord ambitieux, équilibré, équitable et juridiquement contraignant, que son adoption, à laquelle s'ajoute l'annonce faite par 187 parties avant la fin de la COP21 de contributions prévues déterminées au niveau national (CPDN), marque un tournant décisif sur la voie d'une action mondiale, globale et collective et qu'une fois mis en œuvre, cet accord et ces contributions accéléreront de manière définitive et irréversible la transition vers une économie mondiale résiliente face au changement climatique et climatiquement neutre.

Nous comptons œuvrer sans relâche, de la même manière, pour la COP22.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Il riscaldamento globale è un dato inequivocabile e le attività umane sono la causa principale di questo fenomeno osservato sin dalla metà del XX secolo. La ratifica da parte dell'UE dell'Accordo di Parigi rappresenta un passo importante nella direzione della riduzione delle emissioni di gas serra ma solo la sua entrata in vigore e la successiva attuazione imprimeranno un'accelerazione, definitiva e irreversibile, verso un'economia globale resiliente a impatto climatico zero.

La risoluzione votata oggi dal Parlamento sulla COP22 di Marrakech invita l'UE e gli Stati membri a continuare a partecipare attivamente alla coalizione di ambizione elevata, impegnandosi ad accelerare il progresso dei negoziati e a sostenere la presidenza marocchina nel promuovere le energie rinnovabili e le misure di adattamento alla lotta globale ai cambiamenti climatici.

L'Unione possiede oggi esperienza, capacità e dimensione globale per essere leader nella creazione dell'infrastruttura intelligente, pulita e resiliente che è necessaria a conseguire quella transizione globale favorita dall'accordo di Parigi; per questo motivo oggi deve sostenere anche gli sforzi dei paesi in via di sviluppo nella loro passaggio a società a basse emissioni di carbonio, più inclusive, sicure e sostenibili sul piano sociale e ambientale.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He decidido abstenerme en esta votación dado que, si bien considero que la ratificación del Acuerdo de Paris por cada uno de los Estados miembros es primordial para asegurar la lucha contra el Cambio Climático, entiendo que este informe constituye sólo un primer paso. El Acuerdo de París resulta totalmente insuficiente para lograr el propio objetivo a largo plazo que se marca: no superar los 2ºC de aumento de temperatura al final de este siglo.

El informe se basa en falsas soluciones como el Emission Trading System (ETS) cuyo intercambio de bonos de emisiones contribuye a la financiarización de la naturaleza y permite que el que pague más pueda contaminar más. También el sistema REDD + pone en riesgo la biodiversidad y ocasiona acaparamiento de tierras poniendo en peligro a los pueblos originarios.

Este informe es sólo un primer paso para llevar a cabo esta lucha ya que deja fuera cuestiones importantes como la modificación del sistema productivo y agroalimentario. El Acuerdo de París no menciona ni remotamente la agricultura. La agricultura industrial se encuentra entre los principales responsables del cambio climático antropogénico y, al mismo tiempo, el cambio climático es uno de los mayores problemas relacionados con la seguridad alimentaria.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer la labor ejercida por los ponentes de este informe sobre la Conferencia de 2016 de las Naciones Unidas sobre el Cambio Climático en Marrakech. Apoyo la Resolución tal y como se ha presentado, pero he votado a favor de una enmienda en la que se recuerda la importancia de la labor que realiza el Grupo de trabajo intergubernamental de composición abierta sobre las empresas transnacionales y otras empresas con respecto a los derechos humanos, encargado de elaborar un instrumento internacional jurídicamente vinculante para regular las actividades de las empresas transnacionales. Del mismo modo, he votado a favor de que se haga una referencia a las transacciones financieras en dicha Resolución.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution car elle est contraire aux intérêts immédiats des États membres, leur demandant toujours plus d'efforts alors qu'ils se désindustrialisent à grande vitesse en raison des orientations voulues par l'Union depuis le début des années 2000 et notamment de la funeste théorie de «l'économie de la connaissance». D'ailleurs, les pragmatiques Britanniques entament une politique de redressement volontariste, comprenant qu'un grand pays n'aura jamais une économie performante sans industrie nationale.

La COP 22 est trop contraignante pour les pays membres de l'Union et ne sera pas respectée par la majorité des pays en voie de développement, lesquels polluent beaucoup plus. Nous soutenons les initiatives qui permettent vraiment de rendre notre planète plus viable et plus durable, sans faire peser une épée de Damoclès sur nos économies.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La risoluzione oggetto di voto è poco equilibrata e contiene criticità che mi hanno spinto a non sostenerla.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją, kadangi kova su klimato kaita negali būti laikoma kliūtimi kelyje į ekonomikos augimą, netgi priešingai: tai svertas, padėsiantis siekti naujo ir tvaraus ekonomikos ir užimtumo augimo ir juos įgyvendinti. Klimato kaita labiausiai paveiks besivystančias šalis, ypač mažiausiai išsivysčiusias šalis ir salose įsikūrusias mažas besivystančias valstybes, kurios neturi pakankamai išteklių, kad pasirengtų vykstantiems pokyčiams ir prie jų prisitaikytų. Pasak Tarpvyriausybinės klimato kaitos komisijos (IPCC), Afrika yra itin pažeidžiama šio iššūkio akivaizdoje ir todėl labai kenčia nuo vandens trūkumo, itin sudėtingų oro sąlygų bei maisto stygiaus, kylančio dėl sausrų ir dykumėjimo. Todėl Europos Parlamentas pabrėžia, kad visos šalys neišvengiamai turi imtis prisitaikymo prie klimato kaitos veiksmų, jei jos nori sumažinti neigiamą klimato kaitos poveikį ir visapusiškai išnaudoti klimato kaitai atsparaus augimo ir darnaus vystymosi galimybes. Parlamentas taip pat ragina Komisiją peržiūrėti 2013 m. patvirtintą ES prisitaikymo prie klimato kaitos strategiją ir kviečia Komisiją pateikti pasiūlymą dėl teisiškai privalomos priemonės, jeigu manoma, kad veiksmų, kurių imamasi valstybėse narėse, nepakanka.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Véleményem szerint az éghajlatváltozás fokozhatja az erőforrásokért, például az élelmiszerért, vízért, legelőterületért folyó versenyt, súlyosbíthatja a gazdasági nehézségeket és a politikai instabilitást. Ez különösen érvényes a fejlődő országokra, és a nem túl távoli jövőben a lakosság nemzeti határokon belüli és határokon átnyúló lakhelyelhagyásának egyik legnagyobb mozgatórugójává válhat, amelynek aggasztó jeleit Európa az utóbbi években már a saját bőrén is érzi. Ezzel összefüggésben fontosnak tartom, hogy az éghajlatváltozásra visszavezethető migráció kérdése kiemelt helyen szerepeljen a nemzetközi napirendben. A fentiek figyelembe vételével szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Tako kot sem z veseljem podprl sklep o sklenitvi Pariškega podnebnega sporazuma, sem podprl tudi navedeno resolucijo o usmeritvah za konferenco OZN o podnebnih spremembah leta 2016, ki bo novembra potekala v Marakešu.

Upam, da bo konferenca začrtala jasno pot glede operativnega načrta izvajanja ključnih delov Pariškega sporazuma – okrepljeni okvir preglednosti, podrobnosti o globalnem pregledu stanja, nadaljnje smernice o načrtovanih, nacionalno določenih prispevkih, dogovor glede diferenciacije, izgube in škode, podnebno financiranje in podporo za namene zmogljivosti idr.

Kot do sedaj, mora biti EU tudi v nadaljnje zgled drugim in bi morala svoje podnebne in energetske cilje takoj začeti usklajevati z dogovorjenim mednarodnim ciljem glede omejitve povišanja globalne povprečne temperature pod 2 °C ter si hkrati prizadevati za omejitev povišanja na 1,5 °C, kot je tudi opredeljeno v Pariškem sporazumu.

Prepričan sem, da bo s formalno uveljavitvijo sporazuma tekom konference v Marakešu motivacija za udejanjanje ciljev sporazuma še večja in bo tudi iskanje rešitev za rešitev našega planeta lažje.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – A novembre, nel solco tracciato dagli Accordi di Parigi, la COP22 si riunirà a Marrakech. A questo proposito, sostengo la risoluzione del Parlamento europeo e in particolare la priorità data ad efficienza energetica e sostenibilità nella lotta ai cambiamenti climatici. Per raggiungere i target di riduzione delle emissioni fissati dagli Accordi di Parigi, l'incremento dell'efficienza energetica e l'utilizzo di risorse rinnovabili non solo hanno il potenziale di ridurre le pressioni sull'ambiente in termini di emissioni e sfruttamento delle risorse, ma sono anche in grado di incentivare la crescita sostenibile dell'economia mondiale.

Inoltre, considerato il livello di emissioni dei processi di estrazione delle materie prime e della gestione dei rifiuti, la transizione verso un modello di economia circolare, basato sul riuso e sul riciclaggio, è quanto mai centrale. Ritengo inoltre importante che la risoluzione abbia sottolineato il contributo che può venire dal settore finanziario. In questo campo, vanno rafforzate e approfondite le esperienze già esistenti volte a mettere in luce le caratteristiche di sostenibilità degli investimenti.

David Borrelli (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione sull'attuazione dell'accordo di Parigi e la conferenza delle Nazioni Unite sui cambiamenti climatici di Marrakech del 2016 (COP22), una relazione che contiene una serie di importanti inviti e raccomandazioni per affrontare i prossimi passi per combattere i cambiamenti climatici a livello globale. Sebbene il testo sia condivisibile nella sua impostazione generale, la permanenza dell'ETS tra gli strumenti principali dell'Unione europea per la lotta ai cambiamenti climatici e l'adozione di tale strumento su scala globale, è motivo di forte preoccupazione per il Movimento 5 Stelle.

Il meccanismo ETS, consegnando alle logiche del mercato la modalità con cui ridurre le emissioni di CO_2 in atmosfera dei settori coperti da tale sistema, si è rivelato totalmente inefficace per risolvere i problemi ambientali e del clima. Tale sistema ha di fatto favorito operazioni di speculazione finanziaria sul carbonio, e la costituzione di un mercato di titoli di emissione internazionale si configura come l'ennesima opportunità per il mercato finanziario, a danno delle sorti del pianeta.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Pitanje o konferenciji UN-a o klimatskim promjenama.

Nacrt rezolucije ima za cilj odrediti položaj Europskog parlamenta s obzirom na konferenciju o klimi, koja će se održati u studenom u Marakešu, Maroko. Nacrt rezolucije se bavi pitanjima kao što su hitnost u ratifikaciji i provedbi pariškog sporazuma, ali i sveobuhvatan napor svih sektora u smanjenju CO_2 emisije, itd.

Smatram kako svi zajedno moramo poraditi na uravnoteženju klimatskih promjena, kako bismo generacijama koje dolaze ostavili bolje mjesto za život.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I endorsed the resolution on the implementation of the Paris Agreement and the 2016 UN Climate Change Conference that will take place in Marrakesh with the aim of supporting the Moroccan Presidency in its focus on the contribution of renewable energies. In addition, I believe the EU has the capacity to lead by example and it must start working immediately on aligning its targets with the agreed international goal by limiting the increase in the global temperature.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il riscaldamento del sistema climatico è inequivocabile, i cambiamenti climatici sono una realtà attuale e le attività umane sono la causa predominante del riscaldamento. Tutti i Paesi dovrebbero accelerare la transizione verso emissioni nette di gas a effetto serra pari a zero. I paesi sviluppati devono ridurre drasticamente le emissioni di gas a effetto serra oltre gli impegni già assunti per evitare il verificarsi su vasta scala di emissioni negative. In quest'ambito, l'accordo di Parigi sul clima è un risultato storico nella lotta contro i cambiamenti climatici.

Per limitare l'aumento della temperatura media mondiale è necessaria una rapida decarbonizzazione, dando priorità alla graduale eliminazione delle emissioni provenienti dal carbone. È opportuno proseguire i negoziati sugli elementi chiave dell'accordo di Parigi ed è necessario che gli Stati membri mantengano gli impegni convenuti nell'ambito di tale accordo. È fondamentale avviare discussioni sulla forma che assumerà il «dialogo di facilitazione» del 2018, importante per colmare il divario esistente in materia di mitigazione.

L'aumento delle azioni di mitigazione nel periodo precedente al 2020 è un elemento chiave per valutare l'efficacia della COP di Marrakech. L'UE ha la capacità e la responsabilità di dare l'esempio e avviare immediatamente i lavori.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – La 22e conférence sur le changement climatique (COP 22) aura lieu à Marrakech du 7 au 18 novembre 2016. Dans cette résolution, le Parlement européen interroge le Conseil et la Commission sur les mesures qu'ils entendent prendre pour que la COP 22 enregistre des progrès sur les éléments clés de l'accord de Paris, pour influer sur la révision des engagements nationaux en 2018 et pour renforcer le financement climatique de sorte à atteindre l'objectif de réunir 100 milliards de dollars. L'accord de Paris prévoit de prendre des mesures efficaces et de long terme pour maintenir l'augmentation des températures mondiales bien en dessous de 2°C par rapport aux niveaux préindustriels, tout en s'efforçant de limiter cette augmentation à 1,5°C. J'ai voté en faveur de cette résolution.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della risoluzione in questione per far sì che la conferenza internazionale sul clima COP22, che si terrà a Marrakech a novembre, possa trasporre l'accordo di Parigi dal piano dell'adozione a quello dell'azione.

È essenziale che la Commissione e gli Stati membri mantengano gli impegni convenuti nel quadro dell'accordo di Parigi, soprattutto riguardo al contributo dell'UE alla mitigazione e all'adattamento ai cambiamenti climatici, come pure al suo sostegno finanziario e al trasferimento delle tecnologie verdi nelle aree più povere.

Per rendere possibile il cambiamento occorrono investimenti imponenti. Bisogna quindi rafforzare le sinergie tra i finanziamenti pubblici e quelli privati, come anche tra i diversi fondi europei. A tale proposito, l'UE deve sostenere gli Stati membri, le Regioni e le città nell'attuazione dell'accordo di Parigi sul clima, fornendo sostegno finanziario attraverso il Fondo europeo per gli investimenti strategici, il Fondo di coesione e il Fondo di sviluppo regionale, ma anche mediante strumenti specifici quali lo strumento di finanziamento del capitale naturale e lo strumento di finanziamento privato per l'efficienza energetica, previsti nel quadro della BEI e dei fondi LIFE. La sfida del cambiamento climatico sarà quella di tradurre gli impegni in materia di clima in progetti finanziabili.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained on this report. Whilst the report contained some positive points on the very important issue of climate change, it also sees the much derided concept of emissions trading as an important tool in the future of fighting climate change. In Europe, the EU's own Emissions Trading Scheme is widely accepted as being a very costly failure for EU climate change policy which has not brought the significant emissions reductions required and indeed promised. The EU ETS has not been cost-effective and has subsidised polluters with taxpayers' money with its oversupply of allowances to power companies, many of which are being given 'free' to these companies

David Casa (PPE), *in writing*. – I fully recognise the importance of the implementation of the Paris Agreement and the 2016 UN Climate Change Conference in Marrakesh. This resolution aims to define Parliament's position in view of the upcoming COP22 Climate Conference which will be held in November 2016. It addresses a number of very positive issues, including the reduction of non-CO_2 emissions, climate resilience through adaptation, and climate diplomacy, but it also calls for the introduction of a financial transactions tax, which I cannot support. I therefore voted against this resolution.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione nella quale vengono toccati tutti gli aspetti complessivi connessi ai cambiamenti climatici, ricordando gli effetti positivi che sono scaturiti dalle politiche di riduzione delle emissioni e promozione delle rinnovabili al 2020 e rimettendo al centro gli obiettivi a medio e lungo termine ed i settori che dovranno essere coinvolti nello sforzo di riduzione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Τασσόμαστε υπέρ της πρότασης ψηφίσματος και προτρέπουμε τις ανεπτυγμένες χώρες αλλά και την ΕΕ να μειώσουν δραστικά τις ίδιες εκπομπές αερίων θερμοκηπίου, ακόμη και πέρα από τις τρέχουσες δεσμεύσεις, ώστε να αποφευχθεί, στο μέτρο του δυνατού, η μεγάλης κλίμακας διάδοση τεχνολογιών αρνητικών εκπομπών διότι αυτές οι τεχνολογίες δεν έχουν ακόμη αποδειχθεί επιτυχείς, κοινωνικά αποδεκτές, οικονομικά αποδοτικές ή ασφαλείς.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η πρόταση ψηφίσματος ως προς τη Διάσκεψη του ΟΗΕ για την κλιματική αλλαγή αποτέλεσε μια θετική κίνηση που φανερώνει τη στάση μας έναντι της ανάγκης λήψης πρωτοβουλιών για τα προβλήματα και τους κινδύνους που απειλούν το περιβάλλον. Καθώς θεωρώ πως οφείλουμε να παραμένουμε σε εγρήγορση για την προστασία του περιβάλλοντος, συμφωνώ με την πρόταση αυτή και ψήφισα υπέρ.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Esterno il mio favore alla risoluzione, in quanto la COP22 di Marrakech rappresenta un punto nevralgico del confronto tra gli attori internazionali in merito ai mutamenti climatici. Si tratta di un momento per riflettere dopo la recente ratifica degli accordi di Parigi e per porsi nuovi obiettivi in merito a ciò che sta accadendo al nostro pianeta poiché esso è specchio dei nostri comportamenti. A tal proposito, l'azione dell'UE deve concentrarsi, oltre che sulla riduzione delle emissioni, su una produzione efficiente delle risorse.

Infatti, attraverso ricerca ed innovazione saremo in grado di realizzare una produzione sostenibile e competitiva, dato che ad una riduzione delle pressioni ambientali se ne accompagnerebbe una degli sprechi, contribuendo ad un aumento della produttività. Dunque, sarà basilare assumere impegni concreti riguardo i finanziamenti per il clima.

A tal riguardo, esprimo il mio sconcerto di fronte alla proposta di introdurre un'imposta sulle transazioni finanziarie come fonte di finanziamento e pertanto, rinnovo l'invito alla Commissione a pianificare altre fonti in termini di capacità, governance e meccanismi di attuazione con tempismo. Infatti i cambiamenti climatici sono una realtà attuale con cui il confronto è inevitabile, bisogna perciò imprimervi una direzione foriera di crescita e stabilità per tutta l'umanità.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the motion for a resolution on the 2016 UN Climate Change Conference in Marrakesh, Morocco (COP22) and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A liderança da União Europeia no combate às alterações climáticas dignifica a União e os Estados-Membros. A ratificação do Acordo de Paris, que permitirá a sua célere entrada em vigor, e o compromisso de redução das emissões de gases com efeito de estufa em 40% até 2030 são contributos geracionais que nos devem orgulhar.

Entendo que a UE deve preservar o seu papel liderante na COP22, em Marraquexe, acompanhando a presidência marroquina na definição das energias renováveis como prioridade.

Acompanho a preocupação com o aprofundamento do mercado de licenças de emissões, reiterando a necessidade de concertar os princípios do Acordo de Paris e mesmo do Protocolo de Quioto com os demais instrumentos jurídicos internacionais nesta matéria. Apenas assim se cumprirão os objetivos de 2020 e 2030.

Partilho o entendimento de que é necessário criar condições para que as adaptações industriais ao cumprimento dos objetivos ambientais promovam o emprego, a competitividade e o crescimento económico. Neste aspeto, torna-se fundamental concertar a política ambiental com a política energética, promover a investigação científica e a inovação tecnológica e integrar os objetivos na ação externa, com diplomacia ambiental, sobretudo no que respeita ao apoio ao desenvolvimento.

Pelo exposto, apoio a proposta de resolução.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die Entschließung gestimmt, denn leider reichen die bisherigen Anstrengungen der Länder nicht aus, um die sicheren CO_2-Grenzwerte zu erreichen. Wir alle müssen unsere Anstrengungen weiter verstärken und uns bis 2030 zu weiteren Emissionsminderungen verpflichten. Die Ratifizierung des Pariser UN-Rahmenübereinkommens ist ein großer Erfolg, jetzt gilt es, in den anstehenden Verhandlungen weitere Fortschritte zu den Kernpunkten des Pariser Übereinkommens zu erzielen.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — We in UKIP are against this resolution because we object to the Paris Agreement and the climate change alarmism supported by green lobbies. They are the cause of our current damaging and counter-productive energy policy.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione in quanto, oltre sollecitare la ratifica dell'accordo di Parigi, vengono affrontate questioni importanti per la vita quotidiana di tutti i cittadini europei come ad esempio la riduzione delle emissioni nocive e l'impegno di tutti i Paesi a tenere sotto controllo l'aumento della temperatura media globale. La risoluzione evidenzia inoltre l'importante ruolo svolto dalla ricerca e dall'innovazione nell'ambito dei cambiamenti climatici, delle politiche di adattamento e delle tecnologie efficienti: è quindi necessario che ci sia un impegno globale per favorire e concentrare gli investimenti in quest'ambito sviluppando una stretta collaborazione scientifica internazionale per diffondere tecnologie energetiche pulite e sostenibili sia nei paesi sviluppati che in quelli emergenti.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I support measures aimed to mitigate global warming and agree with the motion which states clearly that this should not be seen as an obstacle to striving for economic growth but should, on the contrary, be seen as a driving force in the realisation of new and sustainable economic growth and employment.

I also welcomes the commitment of all countries to limit the increase in the global average temperature to well below 2°C above pre-industrial levels and to pursue efforts to limit the temperature increase to 1.5°C; as much as I welcome therefore the preparation in 2018 of an IPCC special report for this purpose.

By now it is clear that current efforts by countries are not enough to reach these safe limits for the most vulnerable countries. Climate-related developments in parts of Africa and the Middle East could contribute to political instability, economic hardship and an escalation of the refugee crisis in the Mediterranean.

I have however voted against the inclusion of a financial transaction tax as this is prejudicial to economies which already face disadvantages and challenges which are already crippling for these countries. This is a key vote for me and consequently while I agree with all the remaining of the report, I cannot agree with this call.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Después del Acuerdo de París, los propósitos de lucha contra el cambio climático están fundamentalmente basados en los compromisos voluntarios y los mecanismos de mercado. Esta resolución, aun siendo más ambiciosa, sigue por la misma senda, por lo que me he abstenido.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Con l'entrata in vigore dell'accordo di Parigi sui cambiamenti climatici, si è reso necessario stabilire una tabella di marcia concreta per accelerare e amplificare la risposta immediata alle sfide riconosciute dall'accordo di Parigi. La conferenza ONU sui cambiamenti climatici di Marrakesh individua alcune azioni chiave per raggiungere gli obiettivi delineati nell'accordo di Parigi. Ad esempio, per contenere l'aumento della temperatura globale entro una media di 1,5 °C, è necessario un percorso di decarbonizzazione e la transizione a investimenti a basse emissioni di carbonio.

La risoluzione invita l'UE a esercitare pressione sulle Parti che seguono un percorso non conforme all'accordo di Parigi. In particolare, la Commissione e gli Stati membri sono responsabili di una ratifica tempestiva dell'accordo, in modo da non ritardarne gli effetti. Il loro ruolo sarà cruciale nel mantenere l'impegno dell'UE a favore della mitigazione e dell'adattamento, nonché del trasferimento delle tecnologie e dello sviluppo delle capacità. Inoltre, tutti i produttori di emissioni di gas a effetto serra, compresa l'UE, si impegnano a ridurre le emissioni nei propri NDC ogni cinque anni e a tenere conto di questo obiettivo nella pianificazione nazionale dello sviluppo. Queste sono le ragioni principali che motivano il mio voto a favore di questa risoluzione.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem przeciwko projektowi rezolucji dotyczącej konferencji klimatycznej ONZ 2016 — COP 22 w Marrakeszu. Treść projektu obejmuje bardzo istotne kwestie dla środowiska, takie jak: redukcja emisji gazów innych niż CO_2, potrzeba ograniczenia emisji lotniczych i morskich, rola dyplomacji klimatu i ograniczenie ucieczki emisji. Oczywiście popieram przeciwdziałanie zmianom klimatu, ale nie uważam za stosowne, by zwiększać finasowanie na rzecz walki z tymi zmianami. Środki przeznaczone na ten cel są w moim odczuciu wystarczające. Obecnie UE boryka się z poważniejszymi problemami (o których też dyskutowaliśmy na sesjach plenarnych), na które powinna przeznaczyć środki finansowe. W związku z tym zagłosowałem przeciwko.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Less than a year after the success of COP21, we will in Marrakesh celebrate the world's commitment to climate action. Parliament will push for a solid review while closing loopholes for industries and Member States. In Marrakesh, the European Commission and EU Member States will have to specify their long-term strategies on decarbonising the economy and clarify their financial commitments to reduce the negative effects of climate change. The draft resolution addresses issues such as the urgency to ratify and implement the Paris Agreement, pre-2020 ambition, negotiation points, the role of non-state actors, climate finance and the reduction of non-CO_2 emissions among others. I have voted in favour of this resolution because it is imperative that climate change is addressed immediately, particularly for vulnerable regions such as the Mediterranean region.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Având în vedere că lupta împotriva schimbărilor climatice este prioritară la nivel mondial, asigurând securitatea energetică, o creștere economică durabilă și crearea unor locuri de muncă sustenabile, consider importantă adoptarea unei abordări holistice și sistemice pentru elaborarea și implementarea de politici de reducere a emisiilor de gaze cu efect de seră pe de o parte, iar pe de altă parte consider că cercetarea și inovarea în contextul politicilor din domeniul schimbărilor climatice și al adaptărilor la acestea, precum și tehnologiile cu emisii reduse și care utilizează resursele în mod eficient sunt fundamentale în combaterea schimbărilor climatice într-un mod eficient din punctul de vedere al costurilor, reducând dependența de combustibilii fosili și promovând utilizarea materiilor prime secundare.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette résolution vise à établir un état des lieux de la situation des négociations en matière de changement climatique. La résolution se félicite des résultats de l'accord de Paris sur le climat (COP 21), rappelant qu'il s'agit d'un accord ambitieux, équilibré, équitable et juridiquement contraignant. Considérant que l'Union européenne est à l'origine de l'accord de Paris et qu'elle doit contribuer aux efforts mondiaux de réduction du réchauffement climatique, j'ai voté en faveur de cette résolution.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu la résolution sur la mise en œuvre de l'accord de Paris et sur la conférence des parties à la convention-cadre des Nations unies sur les changements climatiques de 2016 (COP 22), qui se tiendra du 7 au 18 novembre 2016, à Marrakech. L'accord de Paris est un succès historique en matière de protection de l'environnement. Il est important de capitaliser sur ce succès en vue de la COP 22. Il est ainsi indispensable que cette conférence serve de moteur à la mise en place de l'accord de Paris afin que nos objectifs puissent être atteints. Le financement de la lutte contre le changement climatique devra ainsi être une question importante à traiter au cours de la COP 22.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui définit les positions du Parlement en vue de la 22e conférence des parties qui aura lieu en novembre 2016 à Marrakech. Cette résolution souligne particulièrement l'urgence de mettre en place les mesures prévues par les accords de Paris et le protocole de Kyoto. La lutte contre le changement climatique est en effet l'affaire de tous et chacun des États doit s'y engager rapidement. Cette résolution insiste sur la nécessité du respect strict des règles lorsqu'il s'agit d'activités internationales dans le secteur de l'aviation et de la navigation particulièrement.

Mark Demesmaeker (ECR), *schriftelijk*. – De COP 22-resolutie schetst de prioriteiten van het Europees Parlement voor de volgende VN-klimaatconferentie die in november in Marrakech plaatsvindt.

De resolutie bevat heel wat positieve elementen. Zo wordt het belang van de ratificatie en tenuitvoerlegging van de klimaatovereenkomst van Parijs terecht benadrukt. De N-VA-delegatie keurde deze overeenkomst eerder deze week met overtuiging goed. We kunnen de strijd tegen klimaatverandering immers alleen effectief voeren met volledige en gezamenlijke inspanningen. De EU kan het probleem niet alleen oplossen, we hebben bondgenoten nodig.

Daarnaast beklemtoont de resolutie o.a. de noodzaak om de uitstoot van de scheep- en luchtvaart te verminderen, de impact van koolstoflekkage te beperken en de mogelijkheden van klimaatdiplomatie te benutten.

De N-VA wil economische groei en welvaart combineren met een koolstofarme economie. Dit impliceert dat we duurzame, efficiënte en effectieve keuzes maken die we jarenlang kunnen volhouden en dat we ambitie koppelen aan realiteitszin. De expliciete vraag naar een belasting op financiële transacties voor klimaat en de oproep om opbrengsten uit het emissiehandelssysteem te oormerken, zijn in die context problematisch. Daarom heeft de N-VA-delegatie zich onthouden bij de eindstemming.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Reputo che la risoluzione sia un ulteriore passo in avanti per realizzare gli obiettivi dell'accordo di Parigi. Infatti, segna un punto di svolta verso un'azione globale e collettiva per limitare l'innalzamento della temperatura a massimo 1,5°C. Per questi motivi ho votato a favore della risoluzione.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — En ratifiant l'accord de Paris sur le climat, premier accord climatique mondial universel et juridiquement contraignant jamais conclu, l'Union européenne et ses États membres ont envoyé un signal fort à quelques semaines de l'ouverture de la COP22 à Marrakech. Ce choix s'imposait d'autant plus que pour qu'elle puisse participer aux premières décisions comme partie prenante, l'UE devait avoir ratifié l'accord. L'UE doit profiter de cette occasion pour continuer d'exercer son leadership dans la lutte contre le changement climatique au niveau mondial. Cela implique une stratégie plus ambitieuse, à moyen et à long terme, pour atteindre l'objectif de zéro émission en 2050. L'Union doit davantage promouvoir la finance verte et encadrer plus strictement les émissions liées aux secteurs internationaux de l'aviation civile et du transport maritime. L'Union européenne doit également poursuivre ses efforts en son sein et avec les partenaires des pays tiers sur la création de taxes sur les transactions financières dont une partie des ressources pourrait soutenir l'adaptation des pays en développement au changement climatique.

Angel Dzhambazki (ECR), *in writing*. – I have voted against this resolution. Overall, I support some of the points it addresses, such as the need to ratify the Paris Accord, the emerging role of international ETS and the limiting of the harmful effects of carbon leakage. However, through the adoption of additional text, it is also calling for increased EU 2030 ambition and setting targets even higher, earmarking ETS revenues and an FTT. These goals are not in line with market realities and Member States' capacity to fulfil the requirements. Therefore, such unrealistic targets will only result in the continued sanctioning of Member States, instead of setting achievable goals as incentives. I believe that a lot more work needs to be done before I can support this resolution.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the 2016 UN Climate Change Conference in Marrakesh, Morocco, COP22. The resolution puts forward the European Parliament's position for the COP22 conference this November. It is ambitious, but does not go as far as to call for specific numbers on emissions to make the EP's position even more progressive. Climate change is the greatest threat facing us today, and we in Wales need to do all we can to protect the planet and ensure the well-being of future generations.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – COP22 blir ett viktigt nästa steg efter framgångarna i COP21. Resolutionen är i sin helhet både acceptabel och välbalanserad. Jag motsätter mig dock punkten som tangerar ”Financial transaction tax” eftersom det har en kontraproduktiv påverkan på rörelse av kapital på den inre marknaden. Därför röstade jag i enighet med ALDE för att stryka denna punkt.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A UE e os seus Estados-Membros apresentaram os respetivos contributos previstos determinados a nível nacional que obriga a que seja alcançada a meta vinculativa de, pelo menos, 40 % de redução interna das emissões de gases com efeito de estufa até 2030. Os esforços para atenuar o aquecimento global não devem ser considerados um obstáculo à luta pelo crescimento económico, mas devem, pelo contrário, ser considerados uma força motriz para a criação de novos postos de trabalho sustentáveis e a consecução de um crescimento económico sustentável. A UE deve reduzir drasticamente as respetivas emissões de gases com efeito de estufa para além dos atuais compromissos, de modo a evitar, tanto quanto possível, a ocorrência de emissões negativas em larga escala, uma vez que as tecnologias ainda não demonstraram ser bem-sucedidas, socialmente aceitáveis, eficientes em termos de custos e seguras.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: face aux efforts démesurés de l'Union européenne qui aboutissent à notre désindustrialisation pour faire produire dans des conditions plus polluantes ce que nous importerons, nous restons sur notre ligne habituelle.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução aborda a preparação da 22a Conferência das Partes da ONU sobre as Alterações Climáticas, a ter lugar no final deste ano, em Marraquexe. Inevitavelmente, a Conferência decorrerá sob o signo da Conferência de Paris e do acordo aí alcançado. Esta resolução reflete igualmente isso mesmo.

Não acompanhamos o tom laudatório relativamente ao Acordo de Paris.

Com efeito, são vários os problemas deste acordo. Para além de não terem sido acordados limites concretos para as emissões de GEE, o acordo mantém e legitima uma abordagem de mercado à problemática das alterações climáticas, de que o comércio do carbono é o principal (mas não único) instrumento. O Acordo abandonou o princípio da «responsabilidade comum, mas diferenciada», entre países em desenvolvimento e industrializados, optando por um sistema único suscetível de aprofundar injustiças entre os países que mais contribuíram para a acumulação de carbono na atmosfera e os países em desenvolvimento. O Acordo comporta também uma dimensão de financiamento de projetos de grandes grupos transnacionais em países em desenvolvimento, potenciando a dominação imperialista dos recursos destes países.

Estas são visões e opções plasmadas e defendidas igualmente nesta resolução a que, evidentemente, nos opomos e às quais contrapomos uma visão alternativa, assente numa abordagem normativa e numa responsabilidade comum mas necessariamente diferenciada.

Christofer Fjellner (PPE), *skriftlig*. – Att möta klimatförändringarna är en av de största utmaningar vi står inför och det är av stor vikt att alla världens länder bär sin del av bördan. Klimatfinansiering och tekniköverföring är viktigt för att minska utsläppen i mindre utvecklade länder. Men att införa en EU-skatt på finansiella transaktioner är fel väg att gå. Att ge EU beskattningsrätt skulle vara ett kraftigt överförande av makt från medlemsländerna till EU och skulle erodera den svenska skattebasen. Vi ska fortsätta besluta över skattepolitiken på egen hand i Sverige. Därför har Moderaterna valt att rösta mot införandet av en sådan.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Cieľom predmetného uznesenia je zadefinovať pozíciu Európskeho parlamentu, pred blížiacou sa COP22 konferenciou, ktorá sa uskutoční v novembri v Marakéši. Okrem iného sa rezolúcia zameriava na potrebu ratifikácie Parížskej dohody, klimatických ambícií Európskej únie pred rokom 2020, rovnako ako aj na potrebu redukcie emisií CO_2. Návrh uznesenia víta Parížsku klimatickú dohodu ako úspešný medzník pre boj proti klimatickým zmenám. Predstavuje ambicióznu, vyváženú, spravodlivú a právne záväznú dohodu.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario alla risoluzione che non apporta le modifiche necessarie.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος σχετικά με τη Διάσκεψη του ΟΗΕ για την κλιματική αλλαγή του 2016 που έγινε στο Μαρακές του Μαρόκου (COP22), αν και περιέχει θέματα που δεν αφορούν την προστασία του περιβάλλοντος, ενός περιβάλλοντος που κατέστρεψαν οι ίδιοι οι κυβερνώντες τώρα και απλά τώρα προσπαθούν να σώσουν ό,τι έχει απομείνει.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de resolución, considerando que la lucha contra el calentamiento global no puede verse como un obstáculo para el crecimiento económico sino que, al contrario, debe considerarse un estímulo para generar un nuevo crecimiento económico y nuevos empleos que sean sostenibles. La ratificación y entrada en vigor de los Acuerdos de París representan un paso muy importante esta dirección, pero debemos continuar trabajando para alcanzar los objetivos marcados para mitigar los efectos del cambio climático, por lo que es de gran importancia la preparación de la conferencia de ONE en Marrakech. Debemos avanzar en las negociaciones y respetar los compromisos contraídos en el marco del Acuerdo de París, en especial los relativos a la contribución de la Unión a la mitigación y a la adaptación, así como su apoyo en forma de financiación, transferencia de tecnología y fomento de la capacidad.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Con estrema soddisfazione abbiamo sostenuto con il nostro voto la ratifica dell'accordo sul clima COP21, permettendo l'entrata in vigore dell'accordo di Parigi in tempo per la COP22 prevista per il prossimo novembre a Marrakech. Un risultato storico e fortemente perseguito dal Parlamento tutto e in particolare voluto dal gruppo progressista. Con il via libera alla ratifica UE, l'Europa ha ribadito il suo ruolo guida nelle azioni di salvaguardia del pianeta e la sua capacità di leadership concreta rispetto alle strategie socio-economiche e ambientali mondiali.

L'Europa c'è quindi e in passaggi come quello di oggi dimostra quanto sia determinata e determinante per il nostro futuro. Ora l'impegno sarà quello di rispettare gli ambiziosi obiettivi fissati per il 2030: ridurre del 40 % le emissioni di gas serra rispetto a quelle del 1990 e investire per incrementare notevolmente le percentuali di rinnovabili e l'efficienza energetica. Continuare quindi con l'impegno comune per un'azione globale, volta a regalare nuove opportunità al pianeta: un futuro solidale e sostenibile, più sano e più sicuro.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del PE sull'attuazione dell'accordo di Parigi e la conferenza delle NU sui cambiamenti climatici di Marrakech (COP22) perché ho condiviso il sollecito rivolto dal PE ai paesi sviluppati, in particolare l'UE, a ridurre drasticamente le emissioni di gas a effetto serra oltre gli impegni già assunti per evitare, per quanto possibile, il verificarsi su vasta scala di emissioni negative, dato che le tecnologie non si sono ancora dimostrate efficaci, socialmente accettabili, economiche e sicure.

Auspico, pertanto che altri paesi seguano l'esempio del PE e ratifichino quanto prima e si impegnino a attuare l'accordo di Parigi sul clima, poiché costituisce un risultato storico nella lotta contro i cambiamenti climatici raggiunto grazie alla metodologia multilaterale. Si tratta di un accordo ambizioso, equilibrato e giuridicamente vincolante e la sua adozione e gli annunci cumulativi, formulati da 187 parti alla fine della COP21, di contributi previsti stabiliti a livello nazionale hanno segnato un punto di svolta decisivo verso un'azione globale e collettiva a livello mondiale. Quando verrà attuato imprimerà un'accelerazione definitiva e irreversibile alla transizione verso un'economia globale resiliente ai cambiamenti climatici e a impatto climatico zero. Auspico un forte impegno di tutti i paesi verso questa direzione.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I am against this resolution because I object to the Paris Agreement and the climate change alarmism supported by green lobbies. I believe they are the cause of our current damaging and counter-productive energy policy.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He decidido abstenerme en esta votación dado que, si bien considero que la ratificación del Acuerdo de Paris por cada uno de los Estados miembros es primordial para asegurar la lucha contra el Cambio Climático, entiendo que este informe constituye sólo un primer paso. El Acuerdo de París resulta totalmente insuficiente para lograr el propio objetivo a largo plazo que se marca: no superar los 2ºC de aumento de temperatura al final de este siglo.

El informe se basa en falsas soluciones como el Emission Trading System (ETS) cuyo intercambio de bonos de emisiones contribuye a la financiarización de la naturaleza y permite que el que pague más pueda contaminar más. También el sistema REDD + pone en riesgo la biodiversidad y ocasiona acaparamiento de tierras poniendo en peligro a los pueblos originarios.

Este informe es sólo un primer paso para llevar a cabo esta lucha ya que deja fuera cuestiones importantes como la modificación del sistema productivo y agroalimentario. El Acuerdo de París no menciona ni remotamente la agricultura. La agricultura industrial se encuentra entre los principales responsables del cambio climático antropogénico y, al mismo tiempo, el cambio climático es uno de los mayores problemas relacionados con la seguridad alimentaria.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution, as it aims to define the position of the European Parliament in view of the COP22 Climate Conference this November in Marrakesh, Morocco. The draft resolution addresses issues such as the urgency to ratify and implement the Paris Agreement, the pre-2020 ambition and the Kyoto Protocol, the priority negotiation points in COP22, the role of non-state actors, the comprehensive effort of all sectors, the reduction of non-CO_2 emissions, climate finance, climate resilience through adaptation, climate diplomacy, etc.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution. La COP22 doit être aussi ambitieuse que la précédente COP! Elle doit permettre de faire le point sur l'avancée des ratifications de l'accord de Paris et sur les suites concrètes qui peuvent faciliter et accélérer sa mise en œuvre.

Des efforts de la part de tous les secteurs seront demandés dans chaque pays qui a ratifié l'accord et, à ce titre, les négociations internationales menées dans les secteurs aérien et maritime sont essentielles, afin que la même règle s'applique à tous.

L'Union européenne doit appliquer des mesures appropriées et proportionnées pour garantir la compétitivité de son industrie tant que des conditions de concurrence équitables ne seront pas atteintes et prévenir, le cas échéant, la fuite de carbone. C'est pourquoi il est urgent que l'accord de Paris soit respecté par tous. Notre diplomatie climatique européenne doit continuer en ce sens!

Jytte Guteland, Anna Hedh, Olle Ludvigsson, Jens Nilsson och Marita Ulvskog (S&D), *skriftlig*. — För oss råder det inga tvivel om att klimatomställningen är vår tids ödesfråga. Vi stöder därför helhjärtat Parisavtalet och dess målsättning att begränsa ökningen av den globala medeltemperaturen till under 2 ºC, med ytterligare ansträngningar för att begränsa ökningen till 1,5 ºC. Målsättningen är helt nödvändig och en investering i mänsklighetens och naturens framtid. EU:s åtaganden genom Parisavtalet kan innebära att de ekonomiska resurserna till klimatarbetet i det korta loppet kan komma att öka, varför vi välkomnar att kommissionen genomför en heltäckande bedömning av avtalets möjliga konsekvenser för EU:s budget. Vi tycker emellertid att det råder oklarheter kring skrivningen om en för ändamålet automatisk finansieringsmekanism på EU-nivå och har därför avstått från att stödja ett sådant förslag.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – Given that, according to scientific evidence, warming of the climate system is unequivocal, I support the implementation of the Paris Agreement. I agree that global emissions of carbon dioxide should be phased out by 2050 or shortly thereafter. Member States are urged to implement their national decarbonisation targets and strategies by prioritising the phasing-out of emissions from coal, which is the most polluting source of energy. It is a cause for concern that 166 million people were forced to leave their homes because of floods, windstorms, earthquakes or other disasters between 2008 and 2015 and I believe that the issue of climate refugees should be recognised by the EU. That being said, I welcome the EU's continued focus on climate diplomacy, and that the EU has committed itself to ratification of the Paris Agreement as soon as possible and to using its international role to seek progress towards the quick ratification and implementation of the Paris Agreement.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Dieser Bericht thematisiert die Prioritäten des Europäischen Parlaments bezüglich der Vorbereitung auf die COP22-Konferenz in Marrakesch im November 2016. Er enthält begrüßenswerte Aspekte, wie zum Beispiel die Verlinkung des europäischen Emissionshandelssystems mit anderen Märkten oder Maßnahmen zur Begrenzung der „carbon leakages" – der Verschiebung europäischer Emissionen durch die Auswanderung der Produktion in andere Regionen der Welt. ALFA unterstützt diese Punkte. Allerdings spricht sich der Bericht auch für eine Finanztransaktionssteuer oder die Erhöhung der bereits festgelegten Klima- und Effizienzziele aus. Deshalb habe ich mich bei der Endabstimmung für eine Enthaltung entschieden. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss, denn er führt zu Zwist und Zwietracht.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I have voted for this resolution which concerns the need and urgency to ratify and implement the Paris Agreement before the COP 22 in Marrakesh.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Prijedlog rezolucije podnesen nakon pitanja za usmeni odgovor B8-0718/2016 u skladu s člankom 128. stavkom 5. Poslovnika o provedbi Pariškog sporazuma i Konferenciji UN-a o klimatskim promjenama koja će se održati 2016. u Marakešu, u Maroku (COP22) (2016/2814(RSP)), s obzirom da je to praktično zadnji korak prema ratifikaciji Pariškog sporazuma i njegovoj kasnijoj provedbi.

Potrebno je apelirati na razvijene zemlje da drastično smanje svoje emisije stakleničkih plinova čak i više od preuzetih obaveza. Pariški sporazum je ambiciozan, uravnotežen, pravičan i pravno obvezujući te je njegovo donošenje označilo odlučan zaokret prema sveobuhvatnom i zajedničkom globalnom djelovanju. Pozitivno je to što je EU na dobrom putu da premaši svoje ciljeve smanjenja emisija stakleničkih plinova do 2020. i ostvari cilj za 2020. u pogledu obnovljive energije.

EU ima iskustvo, kapacitete i globalni doseg da bude predvodnik u izgradnji pametnije, čišće i otpornije infrastrukture koja je potrebna za ostvarenje globalnog prijelaza potaknutog Pariškim sporazumom. Iznimna je važnost energetske učinkovitosti i obnovljivih izvora energije za smanjenje emisija i za postizanje ekonomskih ušteda, energetske sigurnosti te za sprečavanje i ublažavanje energetskog siromaštva. Potrebno je uložiti daljnje napore radi mobilizacije sredstava za borbu protiv klimatskih promjena od 100 milijardi USD do 2020.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Les accords de Paris, que la résolution nous enjoint à signer le plus rapidement possible, ne vont pas dans le sens des intérêts des pays européens. Je n'entends pas soutenir un projet contradictoire visant à nous désindustrialiser progressivement en accentuant nos efforts en faveur des fonds verts ou de l'économie circulaire, tout cela au profit d'une importation occasionnant une production plus polluante et d'une immigration toujours plus importante liée aux changements climatiques.

Ainsi, j'ai voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing*. — We in UKIP are against this resolution because we object to the Paris Agreement and the climate change alarmism supported by green lobbies. They are the cause of our current damaging and counter-productive energy policy.

Benedek Jávor (Verts/ALE), *in writing*. – The European Union adopted the resolution for the next UN Climate Conference. This will be a follow-up to last year's Paris Agreement. I welcome the decision of the European Parliament on the ratification of the Paris Agreement. We Greens call on the EU to commit to further emissions reductions for 2030. Now we will need action and implementation, but it is a good sign that the European Union will be able to stand firmly in Marrakesh and will stay a key player in fighting climate change.

Dennis de Jong (GUE/NGL), *schriftelijk*. – Ten aanzien van paragraaf 62: De SP steunt de invoering van een financiële-transactiebelasting, maar wil dat de opbrengst hiervan geheel ten goede komt aan de lidstaten die de belasting heffen en niet aan de EU-begroting wordt toegevoegd.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Giovanni La Via concernant la COP 22 qui se tiendra à Marrakech. Ce rapport a été l'occasion de souligner notre engagement en faveur des objectifs souscrits dans l'accord de Paris et d'œuvrer pleinement en faveur du climat. Les négociations qui auront lieu au mois de novembre prochain porteront sur le détail du bilan mondial, la mise en place d'un cadre de transparence mais également sur le financement de la lutte contre le changement climatique.

Je me réjouis que ce texte ait été adopté à une large majorité.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte afin de souligner l'engagement du Parlement européen sur les questions du changement climatique. L'approbation de la COP 21 et maintenant l'adoption d'une position commune pour la COP 22 permettront de lancer un signal fort à la communauté internationale, tout en l'invitant à agir.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Eiropas Parlamenta plenārsesijā Strasbūrā es balsoju par rezolūciju par Parīzes nolīguma īstenošanu un 2016. gada ANO Klimata pārmaiņu konferenci Marrākešā, Marokā. Klimata izmaiņu mazināšana ir ne tikai Eiropas, bet globāla mēroga izaicinājums. Līdz ar to ir svarīgi apzināties, ka par klimata izmaiņām un vidējās gaisa temperatūras paaugstināšanos ir atbildīga visa pasaule. Lai arī cik ļoti Eiropa samazinātu, piemēram, tos pašus CO_2 izmešus, tas var nesamazināt CO_2 izmešu daudzumu globālā apmērā, jo tajā pašā mirklī citā pasaules reģionā šie izmeši būs divkāršojušies. Tāpēc es uzskatu, ka pasaules mēroga vienošanās par Klimata pārmaiņu mazināšanu ir ļoti atbalstāma iniciatīva. Tomēr šajā rezolūcijā es balsoju pret punktu, kas norāda, ka nepieciešams vēl lielāks finansējums klimata pārmaiņu novēršanai, ieviešot finanšu darījuma nodokli ES.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution, as it aims to define the position of the European Parliament in view of the COP22 Climate Conference this November in Marrakesh, Morocco. The draft resolution addresses issues such as the urgency to ratify and implement the Paris Agreement, the pre-2020 ambition and the Kyoto Protocol, the priority negotiation points in COP22, the role of non-state actors, the comprehensive effort of all sectors, the reduction of non-CO_2 emissions, climate finance, climate resilience through adaptation, climate diplomacy, etc.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Dieser Bericht thematisiert die Prioritäten des Europäischen Parlaments bezüglich der Vorbereitung auf die COP-22-Konferenz in Marrakesch im November 2016. Er enthält begrüßenswerte Aspekte, wie zum Beispiel die Verlinkung des europäischen Emissionshandelssystems mit anderen Märkten oder Maßnahmen zur Begrenzung der „carbon leakages" – der Verschiebung europäischer Emissionen durch die Auswanderung der Produktion in andere Regionen der Welt. ALFA unterstützt diese Punkte. Allerdings spricht sich der Bericht auch für eine Finanztransaktionssteuer oder die Erhöhung der bereits festgelegten Klima- und Effizienzziele aus. Deshalb habe ich mich bei der Endabstimmung für eine Enthaltung entschieden.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Dne 6. 10. 2016 jsme na plenárním zasedání hlasovali o usnesení o provádění Pařížské dohody a o konferenci OSN o změně klimatu konající se v roce 2016 v marockém Marrákeši. Delegace Evropského parlamentu není bohužel přímo zapojena do jednání v rámci COP. V těch je EU zastoupena pouze aktuálním předsednictvím a Komisí, tedy nevolenými zástupci, což je Parlamentem dlouhodobě kritizováno. Navíc předložený text znovu vyzdvihuje roli systému ETS v boji s emisemi CO_2. Dle poslední zprávy OECD je 90 % emisí CO_2 oceněno nedostatečně. Tzn., že veřejné rozpočty prakticky vyberou od původců emisí CO_2 v drtivé většině méně peněz, než kolik musí vynaložit na likvidaci jimi způsobených škod. Zpráva tvrdí, že cena povolenky pod 30 EUR/tunu je zcela nedostatečná, z čehož vyplývá, že současný systém absolutně selhává. Vzhledem k tomu, že jsem stínovou zpravodajkou k jeho reformě a do budoucích změn, které podle mě nebudou také stačit, vidím, nechápu neustálou adoraci tohoto systému. Dle mého názoru je lepší cestou stanovení přesných, právně závazných limitů, jejich důsledné vymáhání a jejich kombinace, např. s uhlíkovou daní. Návrh předloženého usnesení je lehce příznivější než jiné roky, nicméně stále obsahuje řadu nesmyslů, se kterými se nemohu ztotožnit.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. — It is pleasing that the EP is ratifying the UNFCC Paris Agreement (COP21) on fighting climate change, the first ever universal, legally binding global climate deal. Thus, the EU will join the US, China and India, other global players and major greenhouse gas emitters at 2016 UN Climate change Conference in Marrakesh, Morocco (COP22). The climate change is a key priority for the EU. In fact, the EU is working hard to cut greenhouse gas emissions substantially while encouraging other nations and regions to do likewise. The EU's continued focus on climate diplomacy shows the EU's capacity to support the implementation of COP21 commitments, but also emphasises EU's ability to influence COP22. In this regard, on 2016 UN Climate change Conference in Marrakesh the EU should push the international community (parties to the Paris Agreement) to adopt without delay concrete measures, including a timetable, environmentally or economically harmful subsidies, for reduction of fossil fuels. In this context, the EU should insist from the international community an increase in the contribution of renewable energy to all energy consumption.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La COP21 di Parigi ha rappresentato un momento storico e il prossimo novembre, a Marrakech, andremo con la stessa determinazione e la stessa ambizione di leadership che abbiamo avuto a Parigi. Tale relazione costituisce il mandato per la nostra delegazione, in occasione dei negoziati che verranno avviati sugli elementi chiave dell'accordo di Parigi, tra questi sono compresi: un quadro rafforzato per la trasparenza, i dettagli del bilancio globale, alcuni orientamenti aggiuntivi sugli INDC, una comprensione della differenziazione, delle perdite e dei danni, i finanziamenti per il clima, una governance multilivello inclusiva, nonché un meccanismo inteso ad agevolare l'attuazione e a promuovere la conformità.

Nella risoluzione si sottolineano i buoni progressi dell'UE nel raggiungimento degli obiettivi fissati per il 2020 in materia di riduzione delle emissioni di gas a effetto serra, e per conseguire gli obiettivi fissati per il 2020 in materia di energie rinnovabili. Il Parlamento insiste, inoltre, sulla necessità di attuare una serie di strategie volte a ridurre le emissioni anche nel settore dei trasporti, aerei e marittimi, e le parti dell'UNFCCC devono intervenire, anche attraverso l'ICAO e l'IMO, per elaborare un quadro politico globale che consenta di fornire una risposta efficace e rapida.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution car je suis en désaccord avec beaucoup de ses dispositions. Notamment parce qu'elle demande des efforts considérables aux États membres de l'UE alors que les autres États ne veulent pas s'engager à en faire autant. Et aussi parce qu'elle met en exergue l'accueil des réfugiés climatiques. Enfin, parce qu'elle demande que les subventions agricoles soient utilisées à des fins non agricoles…

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu cette résolution qui affirme notre souhait de poursuivre les efforts en vue de la conférence des Nations Unies sur les changements climatiques de 2016 (COP 22) à Marrakech: financement de la lutte contre le changement climatique, instauration de mécanismes visant à diminuer le risque de fuites de carbone, réduction des émissions de gaz autres que le CO_2, nécessité d'inclure les acteurs non étatiques dans les discussions et de mieux partager les efforts… Une feuille de route claire et responsable pour les prochaines négociations sur le climat!

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Cette résolution s'inscrit dans le cadre de la COP 22 qui se déroulera à Marrakech en novembre 2016. Le Parlement européen y envoie une délégation officielle, qui ne participera pas aux négociations. Barbara Kappel y représentera le groupe ENL. Cette résolution doit formuler les vœux transmis aux négociateurs de la Commission.

Sans surprise, la résolution demande la ratification urgente des accords de Paris. Elle invite l'UE à toujours plus d'efforts: plus de budget pour les fonds verts, plus de contraintes sur les entreprises… Il est également fait référence à l'accueil des «migrants climatiques». Je me suis ainsi opposé aux contraintes incohérentes que nous impose l'UE, qui ont pour conséquence la désindustrialisation massive de nos pays et, dans le même temps, une production plus polluante ailleurs que nous importons.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la resolución que tiene por objeto definir la posición del Parlamento Europeo con vistas a la Conferencia de las Partes COP22 sobre el clima en noviembre en Marrakech, Marruecos. La propuesta aborda cuestiones como la urgencia de ratificar y aplicar el Acuerdo de París, la ambición pre-2020 y el Protocolo de Kyoto, los puntos de negociación prioritaria en la COP22, el papel de los actores no estatales, el esfuerzo global de todos los sectores, la reducción de las emisiones distintas al CO_2, la financiación para el clima, la resiliencia al clima a través de la adaptación y la diplomacia del clima, entre otros.

En general, la resolución acoge con satisfacción el Acuerdo de París como un logro histórico para la lucha contra el cambio climático y para el multilateralismo, al representar un acuerdo ambicioso, equilibrado, equitativo y jurídicamente vinculante. Por otra parte, la resolución acoge el compromiso de todos los países a mantener el aumento de la temperatura media mundial por debajo de 2ºC en relación a los niveles pre-industriales y de proseguir los esfuerzos para limitar el aumento de temperatura a 1,5ºC.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – En esta propuesta de Resolución se alienta a los países a acelerar la transición a la emisión cero de gases de efecto invernadero para evitar las peores consecuencias del calentamiento global. En ese sentido, anima a los países que firmaron el Acuerdo de París a ratificarlo lo más pronto posible, a fin de que entre en vigor cuanto antes y puedan alcanzarse más rápido los objetivos de límites de emisión.

La Unión Europea, en su calidad de líder en la lucha contra el cambio climático, aunque vaya bien encaminada en ir más allá de sus objetivos de reducción de las emisiones de efecto invernadero para 2020 y cumplir su objetivo de energías renovables para 2020, debe adaptarse a las exigencias del Acuerdo de París y proseguir sus esfuerzos para alcanzar límites seguros de emisiones en los países más desfavorecidos, que son los que sentirán más el cambio climático por no contar con recursos suficientes para prepararse y adaptarse a los cambios que se están dando.

Doy mi voto favorable porque estamos ante un reto global que requiere de acciones eficaces y concretas, y la Unión debe dar ejemplo poniéndose a trabajar inmediatamente en la consecución de los objetivos citados.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this motion for a resolution. The Paris Agreement commits all countries to hold the increase in the global average temperature to well below 2ºC above pre-industrial levels and its objectives are to be upheld in COP22.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Nesouhlasím s výzvou, „aby vyspělé země, zejména EU, markantně snížily své emise skleníkových plynů pod hranici stávajících závazků“. Nesouhlasím s výzvou, že do roku 2050 má dojít k „dekarbonizaci“, protože jsem přesvědčen, že např. zemní plyn je pro nás stále důležitá komodita, např. pro vytápění. Nesouhlasím s výzvou k naplnění fondu ve výši 100 miliard dolarů na dotování projektů.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – It is very important for the EU not just to criticize others, but to demonstrate adherence to the Paris Agreement, especially through revisiting its own mid- and long-term goals and policy instruments, and to start this process as early as possible to allow for a comprehensive debate in which Parliament should play a crucial role, in partnership with representatives from national, regional and local authorities, civil society and the business sector.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Ratifikáciou Parížskej dohody Európsky parlament vyslal jasný signál o dôležitosti zmeny klímy. Jej cieľom je obmedziť rast globálnej teploty do konca storočia na maximálne dva stupne Celzia v porovnaní s predindustrálnym obdobím. Dohoda nadobudne platnosť 30 dní po jej ratifikácií aspoň 55 štátmi, ktorých podiel na svetových emisiách predstavuje spolu aspoň 55 %. Do dnešného dňa ju podpísalo 62 krajín, ktorých podiel na emisiách predstavuje 52 %. Konferencia v Marrákeši by mala prispieť k hľadaniu spôsobu, ako začať záväzky z Parížskej dohody implementovať v jednotlivých krajinách. Riešenie nutnosti zmeny klímy sa dotýka všetkých sfér hospodárstva so zásadnými dopadmi na kvalitu životného prostredia a ochranu zdravia a života na našej planéte vôbec.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την υλοποίηση της Συμφωνίας του Παρισιού και τη Διάσκεψη του ΟΗΕ για την κλιματική αλλαγή του 2016 στο Μαρακές του Μαρόκου, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 5/10/2016 αλλά και διότι εκτιμώ ότι η εν λόγω πρόταση ψηφίσματος δεν είναι ούτε πλήρης, ούτε τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution.

Cette proposition de résolution pose plusieurs problèmes. Tout d'abord, elle est très enthousiaste envers les accords de Paris et demande leur ratification. Or, nous nous sommes abstenus sur ce texte, en raison notamment des mesures de désindustrialisation qu'il prévoit.

Par ailleurs, ses initiateurs cherchent à conférer au Parlement européen des pouvoirs qu'il n'a pas. Les auteurs veulent en effet envoyer une délégation du Parlement à la conférence COP 22 qui se déroulera à Marrakech. Une délégation qui ne peut être que symbolique! En outre, la résolution formule des vœux déraisonnables. En effet, elle invite les États membres à faire toujours plus d'efforts: augmenter les budgets pour l'énergie verte, faire peser encore plus de contraintes sur les entreprises, et enfin accueillir plus de migrants à cause du changement climatique! Nous trouvons donc cette proposition de résolution inacceptable.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω το ψήφισμα σχετικά με την υλοποίηση της Συμφωνίας του Παρισιού και τη Διάσκεψη του ΟΗΕ για την κλιματική αλλαγή διότι, καταρχάς, η κλιματική αλλαγή μπορεί να λειτουργήσει ενισχυτικά για τον ανταγωνισμό για πόρους αλλά μπορεί επίσης και να επιδεινώσει τις οικονομικές δυσχέρειες και την πολιτική αστάθεια. Υπογραμμίζω τον πολύ σημαντικό ρόλο που μπορούν να διαδραματίσουν οι αναπτυσσόμενες χώρες στις προσπάθειες για την υλοποίηση και επίτευξη της Συμφωνίας του Παρισιού και για αυτό τον λόγο θα πρέπει η ΕΕ να στηρίξει τις προσπάθειες των αναπτυσσόμενων χωρών για μετάβαση σε κοινωνίες χαμηλών εκπομπών άνθρακα, οι οποίες είναι πιο βιώσιμες από κοινωνικής και περιβαλλοντικής πλευράς. Τέλος, ευελπιστώ ότι η ΕΕ θα επικεντρωθεί στον τομέα της κλιματικής διπλωματίας για να εξασφαλιστεί η σταθερότητα και η έμπρακτη εφαρμογή της Συμφωνίας του Παρισιού.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Klima- und Umweltschutz ist mir ein wichtiges Anliegen. Doch hier hat man den CO_2-Ausstoß als wesentliche Säule für dieses Abkommen bestimmt. Da dies indirekt jene Länder unterstützt, welche auf Kernenergie setzen, habe ich dagegen gestimmt.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu Europos Parlamento rezoliucijai ir joje išdėstytoms nuostatoms, kad visos šalys neišvengiamai turi imtis prisitaikymo prie klimato kaitos veiksmų, jei nori sumažinti neigiamą jo poveikį aplinkai, ir visapusiškai išnaudoti klimato kaitai atsparaus augimo bei darnaus vystymosi galimybes.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Après la COP 21 à Paris, la prochaine convention-cadre des Nations unies sur les changements climatiques se tiendra en novembre prochain à Marrakech. Ce rapport demande d'aller plus loin que l'accord de Paris puisque la somme des contributions nationales ne permet pas d'approcher l'objectif des 2°C de limitation du réchauffement climatique. Un dérèglement «indéniable» et principalement provoqué par l'activité humaine, le tout étayé de nombreux travaux du GIEC désormais reconnus de tous.

Il propose quelques objectifs concrets pour réduire les émissions de carbone d'ici 2030, comme la fin progressive des subventions en faveur des combustibles fossiles. Mais, au-delà de quelques mesures, la logique du capitalisme vert n'a pas changé. Il défend la mise en place de ce système d'échange de quotas d'émission au niveau mondial alors que ce «marché carbone» fonctionne comme un système de subvention pour les pollueurs. Au final, la lutte contre le réchauffement climatique est juste le «levier en faveur d'une croissance» un peu verdie. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Cette résolution s'inscrit dans le cadre de la COP 22 qui se déroulera à Marrakech en novembre 2016. Le Parlement européen y envoie une délégation officielle, qui ne participera pas aux négociations. Barbara Kappel y représentera le groupe ENL. Cette résolution doit formuler les vœux transmis aux négociateurs de la Commission.

Sans surprise, la résolution demande la ratification urgente des accords de Paris. Elle invite l'UE à toujours plus d'efforts: plus de budget pour les fonds verts, plus de contraintes sur les entreprises… Il est également fait référence à l'accueil des «migrants climatiques». Je me suis ainsi opposée aux contraintes incohérentes que nous impose l'UE qui ont pour conséquence la désindustrialisation massive de nos pays et, dans le même temps, une production plus polluante ailleurs que nous importons.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Após a ratificação por parte da UE do acordo de Paris, o PE deve utilizar a sua influência a nível internacional e a sua participação como membro em redes parlamentares internacionais para fazer avançar de modo firme e célere a ratificação e aplicação do Acordo de Paris por parte de todos os interessados. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – While I fully stand behind the UN's efforts to combat and curtail climate change, I could not support this resolution as the final version of the text called for the introduction of a financial transaction tax, which would have a disproportionate negative effect on the Union's smaller economies such as Malta and would infringe the principle of subsidiarity.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — In deze resolutie legt het Europees Parlement zijn standpunt vast voor de klimaatconferentie in november in Marrakesh. Na de ratificatie van de overeenkomst van Parijs is het nu prioritair om uitvoering te geven aan het klimaatplan. Dit betekent dat de bindende aspecten van de overeenkomst, zoals de ambitie om op termijn de broeikasgassen tot nul te reduceren, de omschakeling naar een koolstofvrije economie, en het beperken van de temperatuurstijging tot 1,5° C, effectief uitvoering krijgen. De Commissie wordt gevraagd naar een langetermijnstrategie voor een koolstofvrije economie. De overgang naar een klimaatvriendelijke economie creëert bovendien een draagvlak voor nieuwe en duurzame tewerkstelling. In deze resolutie wordt terecht gewezen op het belang van bossen en hun capaciteit om de klimaatverandering te verzachten. Terecht dringt het EP er bij alle landen op aan de problematiek van klimaatvluchtelingen en de sociale gevolgen van klimaatverandering ernstig te nemen en de ontwikkelingslanden daadwerkelijk te steunen in hun streven naar klimaatbestendigheid. Om deze ambitieuze klimaatplannen te kunnen blijven financieren wenst het EP op Europees en internationaal niveau concrete toezeggingen om in aanvullende financieringsbronnen te voorzien door een deel van de emissierechten opzij te zetten maar ook de invoering van een belasting op financiële transacties te bekijken.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — V dňoch od 7. do 18. novembra 2016 sa v marockom Marrakéši bude konať 22. Konferencia zmluvných strán Rámcového dohovoru OSN o zmene klímy (COP 22). Hlavné body rokovaní budú: úloha neštátnych aktérov, potreba komplexného úsilia vo všetkých odvetviach, redukcia CO_2 emisií, odolnosť voči zmene klímy prostredníctvom adaptácie, klimatická diplomacia, a i. Parížska dohoda o klíme je úspešným medzníkom v boji proti zmene klímy, významná je aj svojou multilaterálnou povahou. Schválenie ratifikácie tejto dohody Európskym parlamentom dňa 4.októbra 2016 pomôže urýchliť nadobudnutie jej platnosti. Mnohé oblasti však ostávajú stále nevyriešené. Je potrebné vytvoriť celosvetový rámec politík na reguláciu leteckej a námornej dopravy za účelom zníženia emisií z medzinárodnej leteckej a námornej dopravy, čo absentovalo v Parížskej dohode. Únia a jej členské štáty by sa mali naďalej aktívne zapájať do tzv. koalície vysokých ambícií aj podporou marockého predsedníctva pri jeho zameraní sa na prínos obnoviteľných zdrojov energie a adaptačných opatrení v celosvetovom boji proti negatívnym fenoménom zmeny klímy. Ambiciózne ciele energetickej efektívnosti v EÚ môžu dopomôcť dosiahnuť ambiciózny cieľ v oblasti klímy a súčasne znížiť riziko úniku uhlíka. Napokon, energetická efektívnosť a obnoviteľné zdroje patria medzi hlavné ciele energetickej únie EÚ.

Anne-Marie Mineur (GUE/NGL), *schriftelijk*. – Over paragraaf 62: De SP steunt de invoering van een financiëletransactiebelasting, maar wil dat de opbrengst hiervan geheel ten goede komt aan de lidstaten die de belasting heffen en niet aan de EU-begroting wordt toegevoegd.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the resolution because it is vital that the EU as a whole ratifies the Paris Agreement before COP22 in Marrakesh in order to ensure the agreement enters into force, and to ensure that the EU is round the table at Marrakesh.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A globális fölmelegedés elleni küzdelem korábban azt a célt tűzte ki, hogy a globális átlaghőmérsékletet sikerüljön az iparosodás előtti szintnél 2°C-kal magasabb szintre korlátozni. A Kiotói Jegyzőkönyv részes felei azonban valamennyien elkötelezettséget mutattak aziránt, hogy ezt jóval alacsonyabb szintre korlátozzák, és további erőfeszítéseket tegyenek annak érdekében, hogy a hőmérséklet-emelkedést 1,5°C-ra korlátozzák. További cél, hogy a különböző forrásokból származó, emberi eredetű kibocsátások és az üvegházhatást okozó gázok nyelők általi eltávolítása az évszázad második felében egyensúlyba kerüljön.

A Környezetvédelmi, Közegészségügyi és Élelmiszer-biztonsági Bizottság jelentése az e célok elérése érdekében teendő globális erőfeszítéseket tekinti át, továbbá az Európai Unió lehetőségeit arra, hogy ezekhez a maga részéről a lehető legnagyobb mértékben hozzájáruljon. A tervezet elfogadását támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – As alterações climáticas estão em curso e a ação humana tem sido a principal causa do aquecimento climático registado desde meados do século XX. Nesse sentido, é preocupante o impacto generalizado e substancial das alterações climáticas, já evidentes, nos sistemas naturais e humanos em todos os continentes e oceanos.

O Acordo de Paris sobre o Clima foi um feito histórico na luta contra as alterações climáticas e é de salutar o compromisso assumido de reduzir as emissões globais para zero emissões líquidas durante a segunda metade do século. A UE deve diligenciar no sentido de exercer pressão junto das Partes que ainda não se encontrem em sintonia com o delineado pelo Acordo de Paris.

Defendo a necessidade da obtenção de esforços suplementares com o propósito de garantir a mobilização dos meios financeiros para a luta contra as alterações climáticas, a fim de se atingir a meta de 100 mil milhões de dólares até 2020.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Sans surprise, la résolution est enthousiaste et demande la ratification urgente des accords de Paris. Elle invite l'Union à déployer toujours plus d'efforts: plus de budget pour les fonds verts, plus de contraintes sur les entreprises (mais en soutenant le développement économique du bout des lèvres), plus d'économie circulaire… Et plus de migrants à accueillir à cause du changement climatique! Je vote donc contre.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte relatif à la mise en œuvre de l'accord de Paris et sur la conférence des parties à la convention-cadre des Nations unies sur les changements climatiques de 2016 (COP 22), qui se tiendra à Marrakech. La mobilisation de la communauté internationale dans la lutte contre le réchauffement climatique est nécessaire et ne doit pas s'arrêter. Dans ce contexte, l'Union européenne doit conserver son rôle majeur et moteur pour que la hausse de la température ainsi que les émissions polluantes soient limitées.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Considerando l'importanza di una rapida implementazione dell'Accordo di Parigi, della correlazione fra crescita economica e guerra al riscaldamento globale; soppesata la necessità di una risposta globale al cambiamento climatico e riconoscendo il bisogno di un rafforzamento del sistema multilaterale; esprimiamo un voto positivo sulla risoluzione.

Il testo, riconoscendo, fra le altre, la relazione causale fra il fenomeno migratorio e il cambiamento climatico, la cui proporzionalità è in costante aumento, incontra il nostro favore. Condividiamo, inoltre, l'auspicio per una rapida ratifica dell'Accordo anche da parte degli Stati membri. A tal riguardo, in vista del summit di Marrakech, invitiamo i rappresentanti dell'Unione europea a continuare a partecipare alla cosiddetta coalizione di ambizione elevata e a incoraggiare attivamente gli altri partner per seguire l'esempio di una veloce approvazione del testo.

Parimenti, condividiamo la sollecitazione, rivolta alla Commissione, per un allineamento degli obiettivi ambientali europei agli impegni assunti a Parigi. Ai fini del raggiungimento dei target fissati per il 2020 e di quelli previsti dal Protocollo di Kyoto, riconosciamo che l'UE sia sulla buona strada per il loro ottenimento ma, considerata la necessità di un'azione immediata, invochiamo un pari impegno da tutte le parti della COP21.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Human activities represent the main cause for global warming, with widespread and substantial change occurring in natural and human systems all over the world. I have voted for this motion for a resolution that urges countries to reduce their greenhouse gases, which are the main cause of the greenhouse effect.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. — През 2014 година няколко тежки наводнения застигнаха моята страна – България. Над 207 хиляди декара земеделски площи пострадаха, като производството на стотици стопани беше унищожено. И макар да имаше финансови компенсации за това, вярвам, че не това е решението в дългосрочен план. Този болезнен пример от моята страна и хилядите други от цял свят показват, че глобално затопляне има и е крайно време за мерки и действия, които ще предотвратят или поне намалеят промяната в климата.

Целта на ЕС да намали емисиите с 80-95 % до 2050 г. спрямо равнищата от 1990 г. е амбициозна, но не трябва да става филтър за още по-тежки изисквания пред европейския фермер и производител. Аз подкрепих настоящата резолюция, но силно вярвам, че секторът осигуряващ прехрана за всички и препитание за много не може да бъде разменна монета в оформянето на целите пред света.

Затова призовавам и Съвета в навечерието на конференцията в Маракеш и средносрочния преглед на ОСП да следи за това, че преговорите и пътната карта към постигане на глобалните цели няма да бъдат в ущърб на европейския земеделец. Трябва да се сложи край на порочната практика земеделските производители да плащат сметката за геополитическите решения на ЕС.

Dan Nica (S&D), *în scris.* – Am votat pentru rezoluția Parlamentului European referitoare la punerea în aplicare a Acordului de la Paris și Conferința ONU din 2016 de la Marrakesh, Maroc, privind schimbările climatice(COP 22).

În calitate de membru al delegației ce va participa la COP22 și ca raportor din umbră pentru rezoluția COP22 în cadrul Comisiei ITRE, subliniez că trebuie să asigurăm, în același timp, securitatea energetică, o creștere economică durabilă și crearea unor locuri de muncă sustenabile, alături de lupta împotriva schimbărilor climatice. Investițiile din domeniul climei necesită un cadru juridic stabil și previzibil, precum și semnale clare în materie de politici.

Până în momentul în care se asigură condiții de concurență echitabile, UE ar trebui să mențină măsuri adecvate și proporționale pentru a asigura competitivitatea propriilor industrii și să prevină, acolo unde se impune, relocarea emisiilor de carbon, ținând seama de faptul că între politicile în domeniul energiei, industriei și climei trebuie să existe coerență.

Un obiectiv mai ambițios pentru eficiența energetică în Uniunea Europeană poate contribui la atingerea unui obiectiv ambițios privind clima, și, în același timp, la reducerea riscului de relocare a emisiilor de dioxid de carbon. De asemenea, subliniez necesitatea de a preveni și atenua sărăcia energetică în vederea protejării și ajutării gospodăriilor vulnerabile și sărace.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně.* – Podpořil jsem usnesení, které mimo jiné zdůrazňuje potřebu vyvinout větší úsilí s cílem zajistit mobilizaci prostředků na financování opatření v oblasti klimatu, aby se do roku 2020 splnil cíl, jímž je částka 100 miliard USD. Jedná se o poměrně vysokou částku, která má směřovat zejména do rozvíjejících se ekonomik. Zatím se však z větší části jedná o peníze, která je pouze na papíře. Proto je třeba zaměřit se na přijetí konkrétních závazků EU a mezinárodních závazků, které by pomohly získat další finanční prostředky k financování opatření v oblasti klimatu, jako jsou projekty na podporu technických inovací. Jednou z cest, jak toho dosáhnout, by mohlo být zavedení daně z finančních transakcí v globálním měřítku, případně na platformě OECD.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu.* — Balsavau už šią rezoliuciją.

Visų pirma, būtina ratifikuoti ir įgyvendinti Paryžiaus susitarimą. Siekiant užsibrėžtų tikslų įgyvendinimo turi būti vykdoma tvirtai moksliškai pagrįsta klimato politika. Labai svarbu, kad Komisija atliktų visapusišką galimų Paryžiaus susitarimo padarinių ES biudžetui vertinimą ir sukurtų atskirą automatinį ES finansų mechanizmą. Didelis dėmesys turi būti skiriamas atsinaujinančiųjų energijos išteklių ir prisitaikymo priemonių indėliui visuotiniu mastu kovojant su klimato kaita. Manau, kad turėtų būti apsvarstytas pasiūlymas nustatyti teisiškai privalomą priemonę, žmogaus teisių požiūriu taikytiną tarptautinėms korporacijoms ir kitoms verslo įmonėms ir skirtą tarptautinių korporacijų ir kitų verslo įmonių veiklai pagal tarptautinę žmogaus teisių teisės sistemą reglamentuoti. Be to, visi sektoriai turi dėti didesnes pastangas kovoje su klimato kaita. Ypatingas vaidmuo šioje srityje tenka pramonei ir konkurencingumui, energetikos politikai, moksliniams tyrimams, inovacijoms ir skaitmeninėms technologijoms.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η σχετική πρόταση ψηφίσματος έχει ως στόχο να καθορίσει τη θέση του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου εν όψει της Κλιματικής Διάσκεψης της COP22 στο Μαρρακές του Μαρόκου. Το σχέδιο ψηφίσματος θίγει θέματα όπως η επείγουσα ανάγκη εφαρμογής της συμφωνίας του Παρισιού (COP21), η δραστική μείωση των εκπομπών αερίων θερμοκηπίου, η υλοποίηση του στόχου εκ μέρους της ΕΕ για την ενέργεια από ανανεώσιμες πηγές μέχρι το 2020. Παράλληλα, απαιτούνται περαιτέρω προσπάθειες για να διασφαλιστεί η κινητοποίηση της χρηματοδότησης για την αντιμετώπιση της κλιματικής αλλαγής. Συνολικά, το σχέδιο ψηφίσματος χαιρετίζει την συμφωνία του Παρισιού ως επίτευγμα στην προσπάθεια για την καταπολέμηση της κλιματικής αλλαγής και ως μια φιλόδοξη, ισορροπημένη, δίκαιη και νομικά δεσμευτική συμφωνία. Επίσης, χαιρετίζει τη δέσμευση όλων των χωρών να περιορίσουν την αύξηση της μέσης θερμοκρασίας του πλανήτη σε επίπεδα σαφώς χαμηλότερα των 2ºC και να συνεχίσουν τις προσπάθειες περιορισμού της αύξησής της στον 1,5ºC. Για όλους αυτούς τους λόγους, ψήφισα υπέρ της εν λόγω πρότασης ψηφίσματος.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. – En tant que rapporteur du Parlement européen sur la COP 21, je tiens tout d'abord à saluer la ratification par l'Union européenne de l'accord de Paris officialisé hier par notre vote en séance plénière. Notre défi est relevé! L'accord de Paris entrera en vigueur à l'occasion de la 22e conférence des Nations unies sur les changements climatiques. Il s'agit là d'une première victoire! Il reste bien évidemment beaucoup à faire en matière de lutte contre les changements climatiques.

Si la COP 21 était celle des décisions, la COP 22 sera celle de l'action. La COP 22 devra mettre concrètement en œuvre l'accord de Paris en se fixant notamment la priorité suivante: la création de financements innovants pour lutter contre les changements climatiques, tels que l'adoption d'une taxe sur les transactions financières, la fixation d'un prix plancher par tonne de carbone et la réforme du système européen d'échange de quotas d'émission (SEQE/ETS).

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – We in UKIP are against this resolution because we object to the Paris Agreement and the climate change alarmism supported by green lobbies. They are the cause of our current damaging and counter-productive energy policy.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – È indubbio considerare l'impegno a mitigare il riscaldamento globale come una priorità, tuttavia è importante che tale obiettivo venga perseguito non ostacolando la crescita economica, ma al contrario fungendo da catalizzatore creando nuova occupazione in chiave sostenibile. Dunque, non mi sento di appoggiarla e voterei negativamente.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution as it aims to define the position of the European Parliament in view of the COP22 Climate Conference in November 2016 in Marrakesh. The resolution addresses important issues such as the urgency to ratify and implement the Paris Agreement, the pre-2020 ambition and the Kyoto Protocol, the priority negotiation points in COP22, the role of non-state actors, the comprehensive effort of all sectors, the reduction of non-CO_2 emissions, climate finance, climate resilience through adaptation, and climate diplomacy, among other issues Overall, the resolution welcomes the Paris Climate Agreement as a landmark achievement for combating climate change and for multilateralism.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Pozdravljam rezoluciju Europskog parlamenta u povodu Konferencije UN-a o klimatskim promjenama koja će se održati 2016. u Marakešu, u Maroku. Posljedice recentnih klimatskih promjena vidljive su u svim dijelovima svijeta i svi ih već danas osjećamo. Hitna potreba za ratifikacijom i provedbom Pariškog sporazuma jasna je obveza koju su sve države preuzele radi ograničenja rasta prosječne globalne temperature koji se od sredine 20. stoljeća pojavljuje kao posljedica ljudskog djelovanja. Naša je odgovornost i dužnost prema budućim generacijama već danas značajno započeti smanjivati emisije stakleničkih plinova. Rana dekarbonizacija potrebna je za ograničavanje porasta prosječne globalne temperature ispod 2ºC, ali je istovremeno nužno nastaviti napore ograničavanja tog povećanja na 1,5ºC. Ti napori moraju istovremeno uključivati i razvoj tehnologija i energetike bez ugljika te u razvoju tih tehnologija Europska unija mora zadržati svoju vodeću poziciju. Tu će poziciju zadržati samo ako pred sebe postavi dovoljno izazovne ciljeve s jasnim rokovima njihova ostvarivanja.

Podržavam ovu rezoluciju te ističem da Europski parlament mora imati ulogu u formiranju i provođenju europske politike oko klimatskih promjena zbog čega očekujem da će EP od samog početka imati zajamčen pristup svim pripremnim dokumentima za nadolazeću konferenciju u Marakešu.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – EP je kao prioritete istaknute u Rezoluciji naveo: sveobuhvatni napor svih sektora (EP upozorava na emisije povezane s upotrebom zemljišta u poljoprivredne svrhe, za stočarstvo, šumarstvo kao i na problem emisija u prometnom sektoru); smanjenje emisija koje nisu emisije CO_2 (EP upozorava i na važnost ublažavanja emisija tzv. onečišćivača kratkog vijeka kao što su crni ugljik, fluorougljikovodik i metan, kako bi se usporilo kratkoročno zatopljenje); uloga nedržavnih aktera (ističe važnost dijaloga između vlada, poslovne zajednice, gradova, regija, međunarodnih organizacija, civilnog društva i akademskih institucija kako bi se potaknulo snažno globalno djelovanje); financijska sredstva za borbu protiv klimatskih promjena (EP napominje da je potrebno uložiti daljnje napore kako bi se zajamčila mobilizacija sredstava za borbu protiv klimatskih promjena za ostvarenje cilja od 100 milijardi USD do 2020.); klimatska diplomacija (EP ističe važnost dosadašnje usmjerenosti EU-a na klimatsku diplomaciju te pozdravlja nastavak takvog djelovanja i vidi EU kao predvodnika u forumima na temu klime); otpornost na klimatske promjene koja se ostvaruje prilagodbom.

Zbog svega navedenog, podržavam usvajanje spomenute rezolucije.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito.* – Esta resolução aborda a preparação da 22a Conferência das Partes da ONU sobre as Alterações Climáticas, a ter lugar no final deste ano, em Marraquexe. Inevitavelmente, a Conferência decorrerá sob o signo da Conferência de Paris e do acordo aí alcançado. Esta resolução reflete igualmente isso mesmo.

Não acompanhamos o tom laudatório relativamente ao Acordo de Paris.

Com efeito, são vários os problemas deste acordo. Para além de não terem sido acordados limites concretos para as emissões de GEE, o acordo mantém e legitima uma abordagem de mercado à problemática das alterações climáticas, de que o comércio do carbono é o principal (mas não único) instrumento. O Acordo abandonou o princípio da «responsabilidade comum, mas diferenciada», entre países em desenvolvimento e industrializados, optando por um sistema único suscetível de aprofundar injustiças entre os países que mais contribuíram para a acumulação de carbono na atmosfera e os países em desenvolvimento. O Acordo comporta também uma dimensão de financiamento de projetos de grandes grupos transnacionais em países em desenvolvimento, potenciando a dominação imperialista dos recursos destes países.

Estas são visões e opções plasmadas e defendidas igualmente nesta resolução a que, evidentemente, nos opomos e às quais contrapomos uma visão alternativa, assente numa abordagem normativa e numa responsabilidade comum mas necessariamente diferenciada.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* – En amont de la Conférence des parties des Nations Unies sur les changements climatiques (COP 22) qui se déroulera en novembre 2016 à Marrakech, j'ai voté en faveur de cette résolution qui rappelle la nécessité de concrétiser les engagements des États énoncés lors de la signature de l'accord historique de la COP 21 à Paris.

Les débats à venir porteront sur les outils à mettre en œuvre pour que l'objectif d'une réduction de 2 degrés soit réellement atteignable. Les États parties à la COP doivent passer des paroles aux actes. Aussi, l'Union européenne devra continuer à assumer son rôle de chef de file international dans la lutte contre le réchauffement climatique en adoptant de nouveaux objectifs d'émissions à l'horizon 2050.

Julia Reid (EFDD), *in writing.* – We in UKIP are against this resolution because we object to the Paris Agreement and the climate change alarmism supported by green lobbies. They are the cause of our current damaging and counterproductive energy policy.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito.* – Considerando que o Acordo de Paris entrará em vigor no 30.º dia após a data em que, pelo menos, 55 Partes na Convenção e cerca de 55 % do total mundial das emissões de gases com efeito de estufa, tiverem depositado os seus instrumentos de ratificação, de aceitação, de aprovação ou de adesão na ONU, o Parlamento faz referência a vários temas como a ação climática assente numa sólida base científica; a urgência da ratificação e aplicação do Acordo de Paris; a Conferência das Partes (COP) 22 em Marraquexe; a ambição pré-2020 e o Protocolo de Quioto; o esforço abrangente de todos os setores; a redução das emissões de gases sem efeito de estufa, a indústria e competitividade; a política energética; a investigação, inovação e tecnologias digitais; o papel dos intervenientes não estatais; a resistência às alterações climáticas através da adaptação; entre outros.

O PE compromete-se a ratificar o Acordo de Paris o mais rapidamente possível, bem como a utilizar a sua influência a nível internacional e a sua participação como membro em redes parlamentares internacionais para fazer avançar de modo firme e célere a ratificação e aplicação do Acordo de Paris.

Face ao exposto neste relatório, votei favoravelmente.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Deux jours après la séance solennelle qui a vu le Parlement européen ratifier l'accord de Paris sur le climat, la question climatique était de nouveau à l'ordre du jour ce midi avec le vote de la résolution sur la conférence de Marrakech (COP 22).

La tâche qui attend les parties qui vont se retrouver du 7 au 18 novembre 2016 est immense s'ils veulent atteindre l'objectif de contenir la hausse des températures mondiales en dessous de 2º C par rapport à l'ère préindustrielle. Six éminents climatologues ont d'ailleurs rédigé une tribune, publiée par l'ONG Universal Ecological Fund, pour s'inquiéter de l'accélération du réchauffement climatique et de l'impossibilité pratique de respecter l'engagement de Paris, sans un doublement des efforts. Et c'est bien là tout le problème en l'absence de mécanisme contraignant prévu par ce traité international et sans plus de précision sur les moyens de mobiliser annuellement pour l'action climatique 100 milliards de dollars d'ici 2020.

C'est dire si la COP 22 a du «pain sur la planche». L'ère du sans carbone est encore un vœu pieux, 82% de toute l'énergie mondiale provient toujours de la combustion du pétrole, du charbon et du gaz naturel!

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – El histórico Acuerdo de París alcanzado en diciembre de 2015 supuso un logro histórico para la lucha contra el cambio climático y para el multilateralismo, representando un acuerdo ambicioso, equilibrado, equitativo y jurídicamente vinculante. La adopción del Acuerdo y la presentación de las contribuciones previstas determinadas a nivel nacional por 187 Estados Parte ha marcado un punto de inflexión decisivo hacia una acción global integral y colectiva, y, una vez se apliquen, supondrán un gran paso en la transición hacia un clima resistente y una economía global neutra en materia de clima.

La próxima Conferencia del Clima en Marrakech deberá abordar la urgencia de ratificar y aplicar el Acuerdo de París, la ambición pre-2020 y el Protocolo de Kioto; los detalles de un inventario mundial; más orientación sobre las contribuciones previstas determinadas a nivel nacional; un mecanismo para facilitar la aplicación y promover el cumplimiento; dar forma al diálogo de facilitación de 2018, que será una oportunidad clave para cerrar la brecha en relación con la mitigación, dadas las actuales contribuciones nacionales; y ampliar la movilización de fondos para el clima con el fin de lograr el objetivo común de 100 000 millones de dólares anuales para 2020, cuestiones que recoge esta Resolución en la que he votado a favor.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution du Parlement européen du 6 octobre 2016 sur la mise en œuvre de l'accord de Paris et sur la conférence des parties à la convention-cadre des Nations unies sur les changements climatiques de 2016 (COP22), qui se tiendra à Marrakech (Maroc).

Par l'intermédiaire de cette résolution, le Parlement européen s'engage d'une part, à ratifier l'accord de Paris le plus vite possible et à œuvrer en faveur de son application, et, d'autre part, plaide pour faire partie intégrante de la délégation de l'Union européenne à la COP 22. En effet, les négociations de Marrakech visent à progresser sur les éléments clés de l'accord de Paris et il convient donc que le Parlement européen assiste à ces réunions de coordination.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją. Šia rezoliucija įsipareigojama kuo greičiau ratifikuoti Paryžiaus susitarimą, pasinaudoti savo tarptautiniu vaidmeniu ir naryste tarptautiniuose parlamentiniuose tinkluose tam, kad būtų nuosekliai stengiamasi daryti pažangą siekiant greito Paryžiaus susitarimo ratifikavimo ir įgyvendinimo. Ši rezoliucija parodo, kad Europos Parlamentas yra ir toliau pasirengęs vykdyti ambicingą klimato kaitos mažinimo planą.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O Acordo de Paris sobre o Clima constitui um feito histórico inigualável na luta contra as alterações climáticas e a favor do multilateralismo. Este é um acordo ambicioso, equilibrado, equitativo e juridicamente vinculativo e a sua adoção do acordo marca um ponto de viragem decisivo para uma ação mais abrangente e coletiva a nível mundial no combate às alterações climáticas.

Apesar do positivo compromisso assumido por todos os países no sentido de limitar o aquecimento médio global, isso não garante por si só que possam ser evitadas importantes repercussões negativas no clima sendo assim necessário compreender as implicações políticas concretas da limitação do aquecimento global em 1.5 ºC.

A UE promoveu ativamente a concretização deste Acordo, devendo por isso dar provas de o respeitar, nomeadamente revendo os seus próprios objetivos e instrumentos políticos a longo prazo- e iniciando este processo tão cedo quanto possível.

O incansável empenho da UE na «diplomacia climática» é essencial para melhorar a perceção da importância deste combate, principalmente junto da opinião pública mundial e em países terceiros onde essa perceção é diminuta ou inexistente. Considero ainda que uma arquitetura sólida para a implementação deste Acordo é fundamental- ideias igualmente expressas neste relatório que votei favoravelmente.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui donne la position du Parlement européen en vue de la tenue de la COP 22 en novembre prochain à Marrakech. La COP 22 devra mettre l'accent sur l'état d'avancement de la ratification et de la mise en œuvre de l'accord de Paris. L'Union européenne devra veiller à maintenir son leadership en matière de lutte contre le changement climatique.

Beaucoup reste encore à faire dans ce domaine et l'ensemble des acteurs, qu'il s'agisse du domaine public comme du domaine privé, doit contribuer à cette action globale.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención dado que, aunque considero que la ratificación del Acuerdo de Paris por cada uno de los Estados Miembros es primordial para asegurar la lucha contra el Cambio Climático, entiendo que este informe constituye sólo un primer paso. El Acuerdo de París resulta totalmente insuficiente para lograr el propio objetivo a largo plazo que se marca: no superar los 2ºC de aumento de temperatura al final de este siglo.

El informe se basa en falsas soluciones como el Emission Trading System (ETS) cuyo intercambio de bonos de emisiones contribuye a la financiarización de la naturaleza y permite que el que pague más pueda contaminar más. También el sistema REDD + pone en riesgo la biodiversidad y ocasiona acaparamiento de tierras poniendo en peligro a los pueblos originarios.

Este informe es sólo un primer paso para llevar a cabo esta lucha ya que deja fuera cuestiones importantes como la modificación del sistema productivo y agroalimentario. El Acuerdo de París no menciona ni remotamente la agricultura. La agricultura industrial se encuentra entre los principales responsables del cambio climático antropogénico y, al mismo tiempo, el cambio climático es uno de los mayores problemas relacionados con la seguridad alimentaria.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *in writing*. – I supported this resolution and I am in favour of a rapid ratification of the Paris agreement by all parties. It is critical for the environment, and for the European industries working hard to reduce their emissions, that there is a global framework in place. A binding agreement which includes all major emitters should reduce unfair competition for European producers and help limit temperature increases to less than 2º above pre-industrial levels. Failure to reach this 2º target would be likely to cause significant environmental, economic and social pressures in the medium and long term.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die Resolution zur Implementierung des Pariser Abkommens und für die nächste UN-Klimawandel-Konferenz in Marrakesch (Marokko) gestimmt.

Damit ebnet die EU den Weg für den Weltklimavertrag als erstes verbindliches Abkommen zum Kampf gegen die Erderwärmung.

Ziel des Pariser Abkommens ist es, dass von 2050 an weltweit nicht mehr Kohlendioxid ausgestoßen wird, als gleichzeitig absorbiert wird (CO_2-Neutralität). Mit dem Vertrag verpflichtet sich die Weltgemeinschaft, die Erderwärmung auf „deutlich unter zwei Grad Celsius" im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen.

Der historische Pariser Klimavertrag kann nun Anfang November in Kraft treten.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Después del Acuerdo de París, los propósitos de lucha contra el cambio climático están fundamentalmente basados en los compromisos voluntarios y los mecanismos de mercado. Esta resolución, aun siendo más ambiciosa, sigue por la misma senda, por lo que me he abstenido.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today, I voted in favour of the European Parliament resolution on the implementation of the Paris Agreement and the 2016 UN Climate Change Conference in Marrakesh, Morocco (COP22). Parliament believes that negotiations should advance on the key elements of the Paris Agreement such as the enhanced transparency framework and stresses the urgency of ratifying and implementing the Paris Agreement.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podľa vedeckých dôkazov z roku 2014 je otepľovanie klimatického systému nesporné, prebieha zmena klímy a ľudská činnosť je hlavným dôvodom pozorovaného otepľovania od polovice 20. storočia. Rozsiahle a výrazné dôsledky zmeny klímy sú už zreteľné v prírodných a ľudských systémoch na všetkých svetadieloch a v oceánoch. Konferencia OSN o zmene klímy v Marrákeši by mala nadviazať na Parížsku dohodu najmä v oblasti financovania opatrení v oblasti zmeny klímy a podpory kapacít. EÚ má schopnosť, ale aj povinnosť, aby išla príkladom a začala ihneď pracovať na zosúladení cieľov v oblasti klímy a energetiky s dohodnutým medzinárodným cieľom, ktorým je obmedzenie zvyšovania priemernej globálnej teploty na hodnotu nižšiu než 2 C a súčasne snaha o obmedzenie jej zvýšenia na 1,5 C. Zintenzívnenie opatrení na zmierňovanie zmeny klímy v období pred rokom 2020 je nevyhnutným predpokladom na dosiahnutie dlhodobých cieľov Parížskej dohody a kľúčovým prvkom pre posúdenie úspechu konferencie COP 22 v Marrákeši.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Resolucija vsebuje stališča Evropskega parlamenta za naslednjo konferenco podpisnic t.i. Pariškega sporazuma za boj proti podnebnim spremembam, ki bo potekala od 7. do 18. novembra 2016.

Resolucija opisuje ambiciozna stališča in poziva države članice, da se še bolj aktivno zavzamejo za boj proti podnebnim spremembam. Med drugim resolucija poziva razvite države, naj še pospešijo dialog za bolj obsežno zmanjšanje emisij toplogrednih plinov ter čimprejšnjo implementacijo Pariškega sporazuma.

Parlament izraža razočaranje nad trenutnim predlogom Mednarodne organizacije za civilno letalstvo glede trenutne zakonodaje. Zelo pomembno se mi zdi, da resolucija vsebuje tudi resno priznanje o obstoju t.i. podnebnih beguncev. Selitve prebivalstva zaradi spremenjenega podnebja so resničen problem današnjega časa, zato si pred težavami, ki so povezane s takimi migracijami, ne smemo zatiskati oči. Hkrati je pomembno tudi, da resolucija poziva države, naj povečajo oblikovanje finančnih vzvodov, ki bodo namenjeni le boju proti podnebnim spremembam.

Resolucijo sem zaradi izjemno pomembne tematike, ki jo naslavlja, podprl.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Dieser Bericht thematisiert die Prioritäten des Europäischen Parlaments bezüglich der Vorbereitung auf die COP-22-Konferenz in Marrakesch im November 2016. Er enthält begrüßenswerte Aspekte, wie zum Beispiel die Verlinkung des europäischen Emissionshandelssystems mit anderen Märkten oder Maßnahmen zur Begrenzung der „carbon leakages" – der Verschiebung europäischer Emissionen durch die Auswanderung der Produktion in andere Regionen der Welt. ALFA unterstützt diese Punkte. Allerdings spricht sich der Bericht auch für eine Finanztransaktionssteuer aus. Deshalb habe ich mich bei der Endabstimmung für eine Enthaltung entschieden.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Európska únia prichádza na konferenciu COP 22 s konkrétnymi návrhmi, ktoré predstavujú vyváženie medzi potrebou spomaľovania globálneho otepľovania a nutnosťou neohrozovať priemyselnú výrobu a pracovné miesta. Modernizácia a digitalizácia v priemysle, motorizme a v poľnohospodárstve sú nástroje, ktoré zohrajú v boji proti znečisťovaniu planéty kľúčovú úlohu.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Postojanje klimatskih promjena danas je neupitno. Posljedica su ljudskog djelovanja i već se jasno razaznaju i u zemljama u razvoju i u manje razvijenim zemljama. Izazivaju poteškoće u gospodarstvu i političke nesuglasice, a mogle bi dovesti i do migracije stanovništva. Pariški sporazum smatra se izuzetno važnim instrumentom za sprječavanje klimatskih promjena kojim se nastoji ukazati na važnost energetske učinkovitosti, korištenje obnovljivih izvora energije i smanjenje emisija štetnih tvari, a sve u svrhu smanjenja potencijalnog siromaštva izazvanog klimatskim promjenama te povećanja gospodarskog rasta.

Podržavam prijedlog rezolucije o provedbi Pariškog sporazuma i Konferenciji UN-a o klimatskim promjenama koja će se održati 2016. godine u Marakešu. Ratifikacijom Pariškog sporazuma ostvaruje se uloga Parlamenta u rješavanju ovog problema, budući da Parlament ima ovlasti donositi konkretne mjere.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Το περιβάλλον πρέπει να προστατεύεται από τις ανθρώπινες ρυπογόνες και επιβλαβείς παρεμβάσεις.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Az állásfoglalási indítvány az Európai Parlament álláspontjait célozza összefoglalni a novemberi marrákesi klíma konferenciára. Olyan konkrét témákat vet fel, mint például a párizsi klímaegyezmény ratifikálásának sürgetése, a 2020 előtti törekvések és a Kyoto-protokoll, a COP22 kiemelt tárgyalási pontjai, a nem állami szereplők szerepe, átfogó erőfeszítés minden ágazatban, a nem CO_2-kibocsátás csökkentése, a klímapénzügyek, az éghajlatváltozással kapcsolatos ellenállóképesség és alkalmazkodás, illetve az éghajlati diplomácia. Osztom azt a megállapítást, amely szerint a tudományos bizonyítékok igazolják az éghajlati rendszer felmelegedését és változását, és hogy annak fő oka a 20. század közepe óta felgyorsult emberi tevékenység.

A javaslattal egyetemben szorgalmazom, hogy a globális felmelegedés legsúlyosabb hatásainak elkerülése érdekében a Párizsi Megállapodásban elfogadottak szerint minden ország gyorsítsa fel a közel nulla üvegházhatású-gáz kibocsátásra és az éghajlatváltozásnak való ellenállásra való átállást. A megállapodás ezért ösztönzi a beruházások eltolódását a fosszilis tüzelőanyagokhoz kapcsolódó beruházásoktól az alacsony szén-dioxid-kibocsátású, illetve biztonságos beruházások felé. Az Európai Uniónak vezető szerepet kell vállalni az egyeztetési folyamatokban is, ezért az indítványt szavazatommal támogattam. Örömmel tölt el, hogy az EU illetékes intézményei is ratifikálták a párizsi klímaegyezményt, így a marokkói klímacsúcson joggal lehet úgynevezett „részes fél".

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie.* – Na 21. Konferencji Stron (COP 21) w sprawie zmian klimatu w Paryżu w grudniu 2015 roku przyjęto porozumienie na rzecz globalnych działań w dziedzinie klimatu. Celem porozumienia jest utrzymanie wzrostu średniej temperatury na świecie znacznie niższego niż 2° C ponad poziom sprzed epoki przemysłowej oraz dalsze dążenie do ograniczenia wzrostu do 1,5° C. Porozumienie to ma również na celu zagwarantowanie jak najszybszego osiągnięcia punktu zwrotnego maksymalnego poziomu emisji, tak by doprowadzić do zrównoważenia emisji i pochłaniania gazów cieplarnianych w drugiej połowie XXI wieku.

W związku z przygotowaniami do konferencji COP 22, która ma się odbyć w Marrakeszu w dniach 7–18 listopada 2016 r., należy zastanowić się, jakie działania powinna podjąć Unia Europejska i poszczególne państwa członkowskie, aby zagwarantować wypełnianie kluczowych elementów porozumienia paryskiego bez szkody dla konkurencyjności europejskiego przemysłu. Narzucanie coraz wyższych wymogów klimatycznych oraz kolejne obowiązki nakładane na przedsiębiorstwa przemysłowe w Unii Europejskiej prowadzą do obniżenia ich przewagi konkurencyjnej na globalnym rynku. Część firm, ratując swoją rentowność, będzie przenosić działalność poza UE. Inne natomiast będą bankrutować albo poważnie ograniczać swoją działalność w Europie.

Unia Europejska powinna zatem pełnić wiodącą rolę w walka ze zmianami klimatu tym procesie, pod warunkiem jednak, że proces ten będzie miał charakter globalny i nie będzie ograniczać się wyłącznie do Europy.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen.* – Äänestin päätöslauselmaesitystä vastaan, koska siinä ei ole riittävän hyvin huomioitu pohjoismaisen aktiivisen ja kestävän metsänhoidon erityispiirteitä osana Pariisin ilmastosopimuksen implementointia erityisesti maankäyttöä, maankäytön muutosta ja metsiä käsittelevissä kohdissa.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris.* – Adoptarea Acordului de la Paris a constituit un moment decisiv în lupta comunității internaționale împotriva schimbărilor climatice. Punerea sa în aplicare va determina modul în care vor trăi copiii noștri în deceniile următoare. Uniunea Europeană și statele membre s-au numărat printre principalele susținătoare ale adoptării acordului, care are 187 de părți semnatare și care reprezintă un document echilibrat, ambițios și echitabil. Stabilirea unui plafon al creșterii temperaturii medii global de 1,5 grade Celsius față de epoca pre-industrială este un angajament important al statelor semnatare.

În contextul Conferinței ONU din 2016 de la Marrakesh privind schimbările climatice (COP22), rezoluția actuală atrage atenția asupra necesității ratificării și implementării neîntârziate a Acordului de la Paris de către statele membre UE, evaluează stadiul implementării Protocolului de la Kyoto, evidențiază rolul actorilor non-statali în reducerea emisiilor poluante, importanța finanțării în domeniul schimbărilor climatice și a dialogului diplomatic cu alți actori internaționali.

De asemenea, sunt menționate importanța pentru acest domeniu a adaptării producției industriale, a politicilor energetice, a cercetării, inovării și tehnologiilor digitale, a sprijinului pentru țările în curs de dezvoltare. Susțin adoptarea acestei rezoluții atât de relevante pentru atingerea obiectivelor de stopare a încălzirii climei în perioada următoare.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit.* – Nous nous félicitons de l'accord de Paris sur le climat, voté cette semaine par le Parlement européen, un événement historique dans la lutte contre le changement climatique et pour le multilatéralisme. Nous estimons qu'il s'agit d'un accord ambitieux, équilibré, équitable et juridiquement contraignant, que son adoption, à laquelle s'ajoute l'annonce faite par 187 parties avant la fin de la COP21 de contributions prévues déterminées au niveau national (CPDN), marque un tournant décisif sur la voie d'une action mondiale, globale et collective et qu'une fois mis en œuvre, cet accord et ces contributions accéléreront de manière définitive et irréversible la transition vers une économie mondiale résiliente face au changement climatique et climatiquement neutre.

Nous comptons œuvrer sans relâche de la même manière pour la COP22

Pavel Telička (ALDE), *in writing.* – The 22nd United Nations Conference of the Parties (COP 22), which will be held in Marrakesh, Morocco in November 2016, is of particular importance because it will bring into force the Paris Climate Change Agreement adopted last year, a landmark achievement in combating climate change. The quick implementation of the Paris Agreement by all parties, including the EU, is of the utmost importance. While the Paris Agreement gave clear pathways and a final destination in respect of decisive action on climate change, many of the details regarding how to move forward as one global community in that common direction still need to be resolved. This meeting is therefore incredibly important. I voted in favour of the resolution, supporting the EU ambition that is in line with the objectives of the Agreement. COP22 in Marrakesh will take the first concrete steps to implement the Paris Agreement, which sets the objective of holding the increase in the global average temperature to well below 2° and pursues efforts to limit the increase to 1.5°.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit.* – Le Parlement européen vient de voter la ratification de l'accord de Paris, dont les États membres doivent se saisir sans délai. Il est temps de passer aux actes lors de la COP 22 qui aura lieu à Marrakech. J'ai soutenu cette résolution car désormais la COP 22 doit mettre en œuvre l'ensemble des mesures adoptées dans l'accord de Paris afin de réduire les émissions de gaz à effet de serre.

À travers cette résolution, nous réaffirmons et rappelons le rôle déterminant des acteurs non étatiques dans la transition vers une économie décarbonée. Il faut également que tous les secteurs économiques s'engagent sans tarder dans la réduction des gaz à effet de serre.

En conséquence, la question du financement de la transition écologique se retrouve au cœur de cette résolution et je me félicite que les amendements du groupe des Socialistes et Démocrates et notamment ceux visant à financer la transition vers un modèle de développement durable, aient été adoptés.

Cette résolution permet aussi de réaffirmer le respect nécessaire des droits humains dans la lutte contre le changement climatique.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Rezolucija Europskog parlamenta o Konferenciji Ujedinjenih naroda o klimatskim promjenama koja će se održati u Marakešu u studenom 2016. godine podržava Međunarodni sporazum o klimi u Parizu te predlaže ambicioznije ciljeve u borbi protiv klimatskih promjena.

Moj stav je da se radi zaštite ljudi, životnih uvjeta i ekosustava moramo suočiti s globalnim izazovom koji nam predstavljaju klimatske promjene te ojačati otpornost i smanjiti osjetljivost na klimatske promjene.

No, smatram da države članice, a i ostale zemlje sudionice, ne mogu ostvariti predložene povećane ciljeve te držim da bi povećanje financijskih sredstava za borbu protiv klimatskih promjena uzrokovalo samo dodatno opterećenje državama članicama bez ikakvog dugoročnog napretka na lokalnoj, nacionalnoj, regionalnoj i međunarodnoj razini.

Stoga nisam podržala ovu rezoluciju.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Resolucijo Evropskega parlamenta o izvajanju Pariškega sporazuma ter konferenci OZN o podnebnih spremembah leta 2016 v Marakešu v Maroku (COP 22) sem podprla.

Pariški sporazum o podnebnih spremembah je pomemben mejnik v boju proti podnebnim spremembam. Sporazum je ambiciozen, uravnotežen, pravičen in pravno zavezujoč. Sprejetje sporazuma in skupna razglasitev načrtovanih, nacionalno določenih prispevkov 187 pogodbenic pred koncem konference COP 21, pa pomenita pomembno prelomnico za celovito in skupno globalno ukrepanje, sporazum pa bo, ko bo uresničen, dokončno in nepovratno pospešil prehod na podnebno nevtralno svetovno gospodarstvo, ki bo odporno na podnebne spremembe.

EU je na dobri poti, da do leta 2020 preseže zastavljene cilje glede zmanjšanja emisij toplogrednih plinov in izpolni cilj glede obnovljivih virov energije do leta 2020.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He decidido abstenerme en esta votación dado que, si bien considero que la ratificación del Acuerdo de Paris por cada uno de los Estados miembros es primordial para asegurar la lucha contra el Cambio Climático, entiendo que este informe constituye sólo un primer paso. El Acuerdo de París resulta totalmente insuficiente para lograr el propio objetivo a largo plazo que se marca: no superar los 2ºC de aumento de temperatura al final de este siglo.

El informe se basa en falsas soluciones como el Emission Trading System (ETS) cuyo intercambio de bonos de emisiones contribuye a la financiarización de la naturaleza y permite que el que pague más pueda contaminar más. También el sistema REDD + pone en riesgo la biodiversidad y ocasiona acaparamiento de tierras poniendo en peligro a los pueblos originarios.

Este informe es sólo un primer paso para llevar a cabo esta lucha ya que deja fuera cuestiones importantes como la modificación del sistema productivo y agroalimentario. El Acuerdo de París no menciona ni remotamente la agricultura. La agricultura industrial se encuentra entre los principales responsables del cambio climático antropogénico y, al mismo tiempo, el cambio climático es uno de los mayores problemas relacionados con la seguridad alimentaria.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Dieser Bericht thematisiert die Prioritäten des Europäischen Parlaments bezüglich der Vorbereitung auf die COP-22-Konferenz in Marrakesch im November 2016. Er enthält begrüßenswerte Aspekte, wie zum Beispiel die Verlinkung des europäischen Emissionshandelssystems mit anderen Märkten oder Maßnahmen zur Begrenzung der „carbon leakages" – der Verschiebung europäischer Emissionen durch die Auswanderung der Produktion in andere Regionen der Welt. ALFA unterstützt diese Punkte. Allerdings spricht sich der Bericht auch für eine Finanztransaktionssteuer oder die Erhöhung der bereits festgelegten Klima- und Effizienzziele aus. Deshalb habe ich mich bei der Endabstimmung für eine Enthaltung entschieden.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Cette résolution s'inscrit dans le cadre de la COP 22 qui se déroulera à Marrakech en novembre 2016. Le Parlement européen y envoie une délégation officielle, qui fait figuration et ne participe pas aux négociations. Barbara Kappel y représentera le groupe ENL. Cette résolution doit formuler les vœux transmis aux négociateurs de la Commission.

Sans surprise, la résolution est enthousiaste et demande la ratification urgente des accords de Paris. Elle invite l'Union à toujours plus d'efforts: plus de budget pour les fonds verts, plus de contraintes pour les entreprises (mais en soutenant le développement économique du bout des lèvres), plus d'économie circulaire, et invite les pays de l'UE à accueillir plus de migrants «climatiques».

J'ai voté contre cette résolution.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Rezolucja określa główne priorytety Parlamentu przed Konferencją Stron Ramowej Konwencji Narodów Zjednoczonych w sprawie zmian klimatu. Zgoda Parlamentu na ratyfikację tego porozumienia sprawi, że wejdzie ono w życie właśnie podczas COP22 w Marakeszu w listopadzie 2016 roku, co jest powodem do zadowolenia. Rezolucja porusza istotne kwestie m.in. redukcji emisji gazów cieplarnianych, potrzebę ograniczenia emisji lotniczych i morskich oraz potwierdza rosnące znaczenie dyplomacji w sprawach klimatu.

Do pierwotnego projektu rezolucji wprowadzono jednak poprawki wzywające do postawienia jeszcze bardziej ambitnych celów polityki klimatycznej do 2030 r, a tym samym pozyskania jeszcze większych środków na walkę ze zmianami klimatycznymi. W głosowaniu poparłem ratyfikację porozumienia paryskiego, uważam, że wyznacza ono ambitne cele i nie ma potrzeby, aby stawiać sobie jeszcze wyższe, zbyt wygórowane aspiracje i przeznaczać na ten cel dodatkowej puli pieniędzy. Zagłosowałem przeciwko przyjęciu rezolucji.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He decidido abstenerme en esta votación dado que, si bien considero que la ratificación del Acuerdo de París por cada uno de los Estados miembros es primordial para asegurar la lucha contra el Cambio Climático, entiendo que este informe constituye sólo un primer paso. El Acuerdo de París resulta totalmente insuficiente para lograr el propio objetivo a largo plazo que se marca: no superar los 2ºC de aumento de temperatura al final de este siglo.

El informe se basa en falsas soluciones como el Emission Trading System (ETS) cuyo intercambio de bonos de emisiones contribuye a la financiarización de la naturaleza y permite que el que pague más pueda contaminar más. También el sistema REDD + pone en riesgo la biodiversidad y ocasiona acaparamiento de tierras poniendo en peligro a los pueblos originarios.

Este informe es sólo un primer paso para llevar a cabo esta lucha ya que deja fuera cuestiones importantes como la modificación del sistema productivo y agroalimentario. El Acuerdo de París no menciona ni remotamente la agricultura. La agricultura industrial se encuentra entre los principales responsables del cambio climático antropogénico y, al mismo tiempo, el cambio climático es uno de los mayores problemas relacionados con la seguridad alimentaria.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución ya que marca la posición del Parlamento Europeo en la siguiente conferencia de Marrakech para luchar contra el cambio climático manteniendo la posición ambiciosa del Parlamento, aunque lamento que la Unión no haya querido poner objetivos más ambiciosos.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Palankiai vertinu Paryžiaus susitarime numatytą įsipareigojimą per antrąją šimtmečio pusę sumažinti pasaulyje išskiriamo anglies dioksido kiekį iki nulio, taip pat apyvartinių taršos leidimų prekybos sistemų (ATLPS) vystymą visame pasaulyje, įskaitant 17 ATLPS, kurios taikomos keturiuose žemynuose ir apima 40 proc. pasaulio BVP bei padeda ekonominiu požiūriu efektyviai mažinti teršalų išmetimą pasaulyje.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the motion for a resolution on the implementation of the Paris Agreement and the 2016 UN Climate Change Conference in Marrakesh, Morocco. The Paris Agreement is to enter into force on the thirtieth day after the date on which at least 55 Parties to the Convention, accounting in total for at least an estimated 55% of the total global GHG emissions, have deposited their instruments of ratification, acceptance, approval or accession to the UN. The most serious effects of climate change will be felt in developing countries, particularly in those least developed countries and developing small island states that have insufficient resources to prepare for and adjust to the changes. The resolution underlines that the EU has both the capacity and responsibility to lead by example and to start work immediately on aligning its climate and energy targets with the agreed international goal of limiting the increase in global average temperature to below 2ºC, while pursuing efforts to limit that increase to 1.5ºC. I voted in favour because I believe that combating climate change is the priority and should be pursued worldwide while ensuring energy security and the development of sustainable economic growth and jobs.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – El Acuerdo de París supone un antes y un después en la lucha contra el cambio climático a nivel global, diseñando el camino hacia un modelo de desarrollo bajo en emisiones de gases de efecto invernadero. En la presente fase se debe impulsar la puesta en marcha del Acuerdo, para lo que es necesario asegurar la presencia del cambio climático en las agendas políticas de los líderes mundiales más allá de la COP21. En este sentido, la COP22 se erigirá como un punto de referencia que permitirá integrar lo acordado en París con la puesta en marcha de acciones concretas en aras de lucha contra el cambio climático. El liderazgo que mostró la Unión en París debe mantenerse y, para ello, en primer lugar es clave la ratificación temprana del Acuerdo. Así, he apoyado con mi voto la resolución que fija la posición del Parlamento Europeo en vistas de la conferencia que se celebrará en Marrakech e invita al Consejo a aprobar sin más dilación, en nombre de la Unión, el Acuerdo de París. La rápida ratificación por parte de sus Estados miembros consolidará a la Unión como un actor líder en la lucha contra el cambio climático.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Después del Acuerdo de París, los propósitos de lucha contra el cambio climático están fundamentalmente basados en los compromisos voluntarios y los mecanismos de mercado. Esta resolución, aun siendo más ambiciosa, sigue por la misma senda, por lo que me he abstenido.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – De mondiale klimaatactie dient op een gedegen wetenschappelijke basis te gebeuren. Het verslag dringt er bij de ontwikkelde landen, en vooral de EU, op aan hun broeikasgasemissies drastisch en meer dan tot nu toe is beloofd te verminderen. Ik stemde voor dit verslag omdat er een dringende noodzaak is aan het ratificeren en uitvoeren van de Overeenkomst van Parijs.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Cette résolution affirme que l'Accord de Paris est «ambitieux, équilibré, équitable et juridiquement contraignant» alors que l'on sait que l'essentiel des dispositions sont non contraignantes et que l'on est largement passé à côté des enjeux historiques auxquels il était indispensable de répondre.

La résolution avoue d'ailleurs que la somme des «contributions déterminées au niveau national» à l'échelon mondial «ne permet même pas d'approcher l'objectif» de limiter le réchauffement planétaire à 2 ºC au maximum, sans compter que cette limite, inatteignable en l'état, «ne garantit pas que l'on évitera des incidences graves sur le climat». Ce serait presque risible si les enjeux n'étaient pas aussi importants.

Le texte fait aussi du «marché carbone» l'alpha et l'oméga de la lutte contre le changement climatique alors que les systèmes d'échange de quotas d'émission ont largement fait la preuve de leur inefficacité et de leur dangerosité.

Et que dire de la vaine demande adressée «aux pays développés, en particulier à ceux de l'Union, de réduire leurs émissions de gaz à effet de serre de manière draconienne, au-delà des engagements actuels», quand on sait qu'en pratique, ils font exactement le contraire comme on le voit en France avec l'obstination du gouvernement à maintenir le projet de Notre Dame des Landes.

J'ai donc choisi de m'abstenir.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O Acordo de Paris foi chamado de histórico. O grande problema é que a COP-21 não fixou metas nem definiu meios para alcançar os objetivos apresentados. E adiou o problema para 2030.

Neste sentido, a conferência de Marraquexe (COP 22) não deverá trazer nenhuma novidade. Os países ricos vão continuar a bater no peito, esperando que isto, por si só, possa fazer diminuir as emissões e corresponder às piedosas promessas e aos acordos firmados. Irão continuar a propor soluções de mercado para solucionar um problema cuja raiz reside precisamente na economia de mercado e no capitalismo com a sua lógica de acumulação de lucro.

Para nós, comunistas, a resolução desta urgência ambiental é indissociável da luta pela superação do capitalismo e da emergência de uma sociedade nova e de um novo modelo de produção social em que o estado tenha o controlo das alavancas fundamentais da economia. Todo o resto serão mais paliativos.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Im Entschließungsantrag wird das bereits von mir aus mehreren schwerwiegenden Gründen abgelehnte Klimaschutzabkommen von Paris (COP 21) als „Meilenstein bei der Bekämpfung des Klimawandels" begrüßt. Es wird zudem gefordert, dass das Pariser Übereinkommen schnell in Kraft treten möge. Daher habe ich diesen Antrag abgelehnt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione che mira a definire la posizione del Parlamento europeo sull'attuazione dell'accordo di Parigi e la conferenza delle Nazioni Unite sui cambiamenti climatici di Marrakech del 2016.

La risoluzione sollecita i paesi sviluppati, in particolare l'UE, a ridurre drasticamente le emissioni di gas a effetto serra oltre gli impegni già assunti per evitare il verificarsi su vasta scala di emissioni negative. Essa accoglie con favore l'accordo di Parigi sul clima quale risultato storico nella lotta contro i cambiamenti climatici ritenendolo un accordo ambizioso, equilibrato che rappresenta un punto di svolta decisivo verso un'azione globale e collettiva a livello mondiale per la tutela dell'ambiente.

La proposta di risoluzione ribadisce inoltre l'importanza della ricerca e dell'innovazione per contrastare i cambiamenti climatici in modo economicamente efficace e sottolinea la necessità di promuovere l'accesso universale all'energia sostenibile nei paesi in via di sviluppo.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – We must build on the momentum built up at COP21, and work towards implementation and ever more ambitious targets. This is extremely important given recent reports that the world has now passed the threshold of 400 ppm of carbon dioxide in the atmosphere. EU Member States must do all they can to drastically reduce their greenhouse gas emissions.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Toto uznesenie má za cieľ stanoviť priority Európskeho parlamentu pre nastávajúcu 22. konferenciu strán dohovoru OSN o klimatických zmenách, ktorá sa bude konať v novembri v Maroku. Podobne ako konferencia v Paríži aj 22. konferencia sa bude zaoberať potrebou udržania globálneho otepľovania pod úrovňou 2°C a ideálne pod 1,5°C. Práve za týmto účelom uznesenie navrhuje viaceré spôsoby, ako tento ambiciózny cieľ dosiahnuť, a to od dekarbonizácie až po zabránenie degradácií lesov. Celkovo vyzýva Komisiu a členské štáty na zintenzívnenie snahy o dosiahnutie cieľov a takisto aj na povzbudzovanie partnerských krajín na zapojenie sa do ich plnenia. Správa sa tiež zaoberá potrebou adaptačných opatrení pre obyvateľstvo v súvislosti s klimatickými zmenami. Keďže však správa obsahovala taktiež niekoľko článkov, ktoré som nemohla podporiť a ku ktorým patrí napríklad zavedenie dane z finančných transakcií, v záverečnom hlasovaním som hlasovala proti nej.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente a resolução sobre a Conferência das Nações Unidas sobre Alterações Climáticas de 2016, em Marraquexe, Marrocos por defender a necessidade de combater o desafio global das alterações climáticas através da cooperação internacional.

Sublinho a apresentação de várias emendas ao texto da resolução, entre as quais destaco o apelo à ação concertada da UE e de outros grandes emissores mundiais no sentido de aproximar os «contributos previstos determinados a nível nacional» da meta de 2°C. Cabe agora às partes do Acordo demonstrar o compromisso com a descarbonização através de ações concretas já na próxima cimeira em Marrocos.

Recordo neste contexto a ratificação histórica do Acordo de Paris por parte do Parlamento Europeu no dia 4 de Outubro, o que permitirá que este entre em vigor já no dia 4 de Novembro de 2016 pondo em marcha a primeira conferência das partes em Marraquexe ao abrigo do novo Acordo.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. — La risoluzione, a cui ho dato il mio voto favorevole, prende in considerazione il tema del cambiamento climatico tout court, partendo dal considerare gli effetti positivi, anche sotto il profilo economico e di innovazione, che sono scaturiti dalle politiche di riduzione delle emissioni e promozione delle rinnovabili al 2020. Dobbiamo proseguire i negoziati sugli elementi chiave dell'accordo di Parigi.

Questa risoluzione esorta la Commissione e gli Stati membri a mantenere gli impegni sottoscritti nel quadro dell'accordo di Parigi. Di più, gli stessi vengono incoraggiati a impegnarsi per accelerare il progresso dei negoziati e a sostenere la presidenza marocchina nel promuovere il contributo delle energie rinnovabili e delle misure di adattamento alla lotta globale ai cambiamenti climatici.

Ritengo che il tempismo e gli sforzi congiunti siano essenziali per contrastare i cambiamenti climatici. L'UE può svolgere un ruolo ambizioso e centrale su questo tema, assumendosi la responsabilità di dare l'esempio su un tema tanto importante quanto quello del cambiamento climatico. L'Europa deve avviare immediatamente i lavori su clima ed energia per allineare i propri obiettivi al traguardo internazionale convenuto di contenere l'aumento della temperatura media mondiale al di sotto dei 2 °C.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Resolucijo Evropskega parlamenta o izvajanju Pariškega sporazuma ter konferenci OZN o podnebnih spremembah leta 2016 v Marakešu v Maroku (COP 22) sem podprl.

Resolucija ugotavlja, da načrt zmanjšanja emisij ni dovolj ambiciozen za doseganje ciljev Pariškega sporazuma zato poziva države članice EU k zmanjšanju emisij pod sedanjimi zavezami in spodbuja k politično in finančno usklajenim prizadevanjem za trajnostni razvoj.

Menim, da so pozivi upravičeni, saj so posledice podnebnih sprememb velikokrat nepopravljive ter povzročajo gospodarske, ekološke in socialne izgube. Pomembno je, da EU ohranja vodilno vlogo pri preprečevanju podnebnih sprememb in dejavno sodeluje na podnebnih forumih, kot je prihajajoči v Marakešu, da s partnerskimi državami doseže globalno uspešnost zavez Pariškega sporazuma.

6.4. Durchführung der Verordnung über Lebensmittelkontaktmaterialien (A8-0237/2016 - Christel Schaldemose)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Úr! Divatos kifejezés a konteó, conspiracy theory, összeesküvés elmélet. Viszont egyre több összeesküvés-elméletről derül ki, hogy igaz, tehát kár volt annyira kacagni azokon, akik ezeket terjesztették. Ilyen az is, hogy a táplálékunk, az élelem, amit fogyasztunk, amit ránk kényszerítenek, és amit napi rendszerességgel eszünk, az potenciálisan életveszélyes. Ahogy ebből a jelentésből is, Schaldemose-jelentésből, az élelmiszerekkel érintkező anyagokról kiderül, amit eszünk, az rákot okozhat, termékenységi problémákat okozhat, krónikus betegségeket okozhat, például a hormonok miatt, amik az élelmiszerbe kerülnek, illetőleg a csomagolóanyagok miatt, amik túl hosszú ideig fertőzik az élelmiszert. Hát persze, hogy túl hosszú ideig, amikor a világ másik végéről jön ide az élelmiszer. Nagyon tragikusnak érzem azt, hogy az egyik vonalon az Európai Parlament tárgyal állandóan ezekről a szabadkereskedelmi megállapodásokról, másik vonalon pedig próbálja az ezek által keletkezett kárt és katasztrófát csökkenteni. Az alapokokat kellene megszűntetni.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Al giorno d'oggi sono molti i materiali che vengono a contatto con gli alimenti: imballaggi, utensili da cucina, stoviglie e così via. Questi materiali entrando a contatto con il cibo possono trasferirgli i propri componenti. Per questa ragione è evidente che vi è la necessità di una maggiore armonizzazione a livello UE per i materiali non armonizzati. Si potrebbero, ad esempio, implementare misure specifiche basate su dati scientifici, dando priorità a quei materiali che costituiscono un particolare rischio per la salute umana. Queste sono le ragioni per cui ho votato a favore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — We in UKIP believe that the safety of food contact materials must be seriously evaluated as chemicals can easily migrate from the materials into food. However, Member States should be free to adopt specific measures at national level so that FCMs can comply with good manufacturing practices.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe ya que la Unión debe buscar una regulación adecuada para todo tipo de materiales y objetos destinados a entrar en contacto con alimentos, incluida la prohibición del uso de disruptores endocrinos y otras sustancias altamente preocupantes.

La actual legislación de la Unión sobre FCM permite productos químicos que están prohibidos bajo otras leyes de la Unión. No se está evaluando buena parte de las substancias presentes en los materiales y objetos destinados a entrar en contacto con alimentos. Este es el caso de las llamados «sustancias no intencionadamente añadidos» («NIAS») que son las impurezas de las sustancias añadidas intencionadamente o sustancias resultantes de las reacciones químicas (como productos de descomposición o subproductos formados durante la proceso de producción), que están presentes en el material acabado.

También hay que señalar que, en su procedimiento de evaluación de riesgos, la Agencia Europea de Seguridad Alimentaria (AESA) no tiene en cuenta el llamado «efecto cóctel» y las exposiciones múltiples (resultante de productos químicos -incluso en dosis bajas- de diferentes fuentes). Todo esto debe ser abordado por la EFSA tan pronto como sea posible.

Martina Anderson and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this report dealing with food contact materials, which mainly means food packaging (but can also refer to food utensils or factories where food is made), and EU regulation or lack thereof covering these products.

Currently only 4 out of 17 of the FCMs identified for measures are actually regulated, which means there are a lot of packaging substances, e.g. printing ink, paper, metal, adhesives and varnishes, which are not covered. There is increasing concern regarding the migration of chemicals from food contact materials into the food we eat. This can be exacerbated by various factors including the length of time packaging has contact with the food, the ratio of surface area of food to the material, whether the product is heated, and whether the foods are surrounded by liquids or high-fat substances. This report calls on the Commission to close the gaps and bring in measures to cover the 13 untouched FCMs and points out that the current system of authorisation does not take into account the effects of low-dose exposure to chemicals migrating from FCMs. This is particularly of concern for vulnerable groups such as babies or infants.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur les matériaux entrant en contact avec notre alimentation. Dans ce rapport, nous avons remporté une bataille: celle de l'interdiction totale, en suivant l'exemple de la France, du bisphénol A.

C'est une victoire dont nous nous réjouissons, la preuve que l'Europe peut protéger les Européens, notamment leur santé.

L'Europe de ces dernières années peine souvent à faire face aux défis de ce début du XXIe siècle. Mais sur bien des sujets elle permet aussi de grandes avancées, notamment en matière de protection de la santé. Une Europe concrète, qui répond aux attentes des citoyens, voilà ce que l'on aimerait voir plus souvent!

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the Report on the implementation of the Food Contact Materials (FCM) Regulation. FCMs are largely used in everyday life as food packaging, kitchen utensils, tableware, etc. When put in contact with food, different materials may behave differently, transferring their constituents to the food. In such cases, chemicals emanating from FCMs may endanger human health. FCMs are subject to legally binding rules at EU level, which are currently laid down in Framework Regulation (EC) No 1935/2004. This sets out general safety requirements that are applicable to all possible food contact materials. It also foresees the possibility to adopt specific measures for the 17 materials listed in the regulation, but so far specific EU measures have only been adopted for four FCMs: plastic, ceramics, regenerated cellulose and active and intelligent materials. I welcome the recommendations of this report to adopt the specific EU measures for the remaining 13 materials, giving priority to those that constitute a particular risk to human health, and to urgently tackle shortcomings in the implementation and enforcement of the legislation in place. In this respect, the focus should be on four major areas: risk assessment, traceability, enforcement and controls of compliance.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την εφαρμογή του κανονισμού για τα υλικά που έρχονται σε επαφή με τρόφιμα, διότι η υπάρχουσα νομοθεσία πρέπει να αναθεωρηθεί. Είναι επιτακτική ανάγκη να δοθεί μεγαλύτερη προσοχή σε θέματα που αφορούν την προστασία της ανθρώπινης υγείας μέσω της αξιολόγησης των κινδύνων, της ιχνηλασιμότητας και της επιβολής ελέγχων.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Täglich kommen Lebensmittel mit anderen Materialien in Kontakt, wie zum Beispiel Verpackungen, Küchengeräten, Besteck, … Je nach Inhaltsstoffen können diese Kontaktmaterialien gesundheitsgefährdende Elemente auf die Nahrung übertragen. Diese Elemente können nicht nur durch die einzelnen Inhaltsstoffe (wie z. B. Bisphenol) gesundheitsgefährdend sein, sondern auch durch deren Wechselwirkung mit anderen Stoffen.

Derzeit unterliegen nur vier von 17 Substanzen gemeinsamen EU-Regeln. Das führt dazu, dass der Großteil der Lebensmittelkontaktmaterialien uneinheitlich reguliert wird, wobei einige Staaten sehr streng sind und andere gar nicht.

Der vorliegende Bericht ist deshalb zu begrüßen weil er sich für einen harmonisierten Ansatz ausspricht. In meinen Augen gewährleistet nämlich nur ein einheitlicher Standard einen hohen Standard für die Gesundheit der Menschen. Darüber hinaus unterstützte ich voll und ganz die Forderung eines EU-weiten Komplettverbots von Bisphenol.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Nous sommes défavorables à une harmonisation accrue à l'échelle européenne de la législation sur les matériaux et objets destinés à entrer en contact avec des denrées alimentaires. Outre la position de principe, il convient de rappeler que les avis et recommandations de l'Autorité européenne de sécurité des aliments ne font pas consensus dans la communauté scientifique ni auprès des associations de consommateurs. En témoignent ses recommandations erronées relatives au bisphénol A.

Ainsi, les États membres doivent être encouragés à développer leurs propres législations, dans le respect du principe de précaution. J'ai voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I believe that Member States must be free to adopt specific measures at national level for all kinds of food contact materials.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai décidé de voter en faveur de cette résolution car j'estime que des décisions sont nécessaires pour remédier au manque de mesures spécifiques de l'Union pour certains matériaux destinés à entrer en contact avec les denrées alimentaires.

L'actuel cadre réglementaire doit être repensé afin de mieux réaliser les objectifs de protection de la santé des consommateurs tout en assurant le bon fonctionnement du marché intérieur.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Les «matériaux et objets destinés à entrer en contact avec des denrées alimentaires» (food contact material, ci-après «FCM») sont constitués des matériaux qui entrent en contact avec les aliments à toutes les étapes de la chaîne de production et de consommation: conteneurs, emballages, couverts de table, etc. Je suis favorable à ce rapport à charge l'EFSA et la Commission.

D'autre part, les recommandations de révision du règlement 1935/2004, et en particulier la prise en compte de l'effet cocktail, la protection des femmes enceintes et les mesures techniques sur le bisphénol me semblent de bon sens.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport d'initiative de la socialiste danoise Christel Schaldemose sur la mise en œuvre du règlement relatif aux matériaux destinés à entrer en contact avec des denrées alimentaires (emballage en plastique, cellulose régénéré, carton, encres d'impression, etc.), car il apparait évident qu'une évaluation de la dangerosité de ces matériaux est primordiale pour la santé des citoyens.

Les députés de la commission de l'environnement, de la santé publique et de la sécurité alimentaire reconnaissent que le règlement-cadre en question constitue une base juridique solide, dont les objectifs restent pertinents. Ils estiment toutefois que des mesures au niveau de l'Union sont nécessaires pour remédier au manque de mesures spécifiques de l'Union et aux lacunes constatées dans l'évaluation des risques, la traçabilité, la conformité et le contrôle.

Plus spécifiquement, et compte tenu de la prédominance des matériaux cités sur le marché de l'Union et du risque qu'ils représentent pour la santé humaine, les députés estiment que la Commission devrait immédiatement accorder la priorité à l'élaboration de mesures spécifiques de l'Union pour le papier et le carton, les vernis et les revêtements, les métaux et les alliages, les encres d'impression et les colles.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – Los materiales en contacto con alimentos pueden comportarse de forma distinta y transferir sus componentes a los alimentos. En tales casos, los productos químicos que emanan de estos materiales pueden poner en peligro la salud humana o modificar negativamente la composición de los productos alimenticios.

Por todo ello, es necesaria una acción en el ámbito de la Unión a fin de hacer frente a la falta de medidas específicas de la Unión y a las carencias de la evaluación del riesgo, la trazabilidad, el cumplimiento y el control. La ponente pide a la Comisión que revise el marco normativo actual basándose en las recomendaciones políticas. Por todo ello, he votado a favor de este informe.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – L'allegato I del regolamento quadro riguardante i materiali e gli oggetti destinati a venire a contatto con i prodotti alimentari elenca 17 materiali che potrebbero essere soggetti ad una disciplina specifica. Ad oggi solo 4 di essi lo sono: le materie plastiche (comprese quelle riciclate), le ceramiche, la cellulosa rigenerata e i materiali attivi e intelligenti.

La risoluzione votata oggi dal Parlamento chiede alla Commissione di mettere a punto le misure necessarie in merito ai 13 materiali non ancora regolamentati a livello di UE, tenendo conto della valutazione condotte dal Servizio Ricerca del Parlamento europeo e delle misure nazionali esistenti e in corso di elaborazione. rivedere la legislazione vigente. Esiste un ampio consenso in merito al fatto che la mancanza di misure uniformi a livello comunitario, in questo settore, possa mettere a repentaglio la salute pubblica, la tutela dell'ambiente e il buon funzionamento del mercato interno.

L'Unione europea ha quindi il compito di rispondere a questo vuoto normativo che può rappresentare un rischio per i suoi cittadini.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de este informe. Me parece importante que la Unión cree poco a poco una legislación sobre este tema. Este es un primer paso y aunque considero que no es suficiente, propone medidas específicas a nivel europeo sobre los materiales y objetos destinados a entrar en contacto con alimentos como el plástico, la cerámica, celulosa, etc. que me parecen primordiales. El informe menciona además la importancia de que los Estados miembros puedan adoptar medidas específicas en caso de que la legislación europea no mencione ciertos materiales que puedan considerarse tóxicos.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer a la ponente su labor en este informe sobre la aplicación del Reglamento sobre materiales y objetos destinados a entrar en contacto con alimentos. En este caso también he votado a favor de una enmienda que señala que las numerosas reevaluaciones de la EFSA en la última década no han abordado de manera eficaz todos los problemas de salud, y que la EFSA reevaluará de nuevo los riesgos del BPA en 2017, tras la publicación de un informe en el que se pone de manifiesto que la ingesta diaria tolerable vigente no protege a los fetos ni a los bebés de los efectos del BPA en el sistema inmunitario y se recomienda que se aconseje a los consumidores que reduzcan su exposición al BPA de los alimentos y de otras fuentes, además de instar a que se prohíba el BPA en todos los materiales en contacto con alimentos.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce règlement qui demande des nouvelles règles encore plus draconiennes à l'échelle européenne pour harmoniser la législation sur les «matériaux et objets destinés à entrer en contact avec des denrées matérielles», désignés par l'acronyme FCM pour *food contact material* en anglais. Ces règles doivent être du ressort des États membres. Néanmoins, certaines recommandations de révisions vont dans le bon sens, notamment la prise en compte de l'effet cocktail, la protection des femmes enceintes et les mesures techniques sur le bisphénol.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione sull'attuazione del regolamento riguardante i materiali destinati a venire a contatto con i prodotti alimentari rappresenta il passo finale del tentativo di rendere la normativa in materia più armonizzata a livello UE. Ritengo sia fondamentale la tutela della salute dei nostri cittadini e questo testo si muove esattamente in questa direzione, per questo motivo ho inteso sostenerlo con il mio voto.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame aptariamas Reglamentas dėl žaliavų ir gaminių, skirtų liestis su maistu. Su maistu besiliečiančios medžiagos dažnai naudojamos kasdieniame gyvenime kaip pakuotės, virtuvės įrankiai, valgomieji reikmenys ir kiti. Kontaktuodamos su maistu ir priklausomai nuo sudėties ir savybių, skirtingos medžiagos gali reaguoti skirtingai, išskirdamos savo sudėtines dalis į maistą. Tokiais atvejais cheminės medžiagos, kurias išskiria su maistu besiliečiančios medžiagos, gali kelti pavojų žmonių sveikatai ar nepalankiai pakeisti maisto produktų sudėtį. Kadangi manoma, jog maistas yra vienas iš svarbiausių kelių, per kurį cheminės medžiagos veikia žmones, su maistu besiliečiančioms medžiagoms taikomos teisiškai privalomos ES lygmens taisyklės, kurios šiuo metu nustatytos Pagrindų reglamente. Teisės aktais siekiama išlaikyti aukštą vartotojų apsaugos lygį ir drauge užtikrinti veiksmingą su maistu besiliečiančių medžiagų prekių vidaus rinkos veikimą. Šiuo reglamentu nustatomi bendri saugos reikalavimai, taikomi visoms įmanomoms su maistu besiliečiančioms medžiagoms ir gaminiams. Iki šiol konkrečios ES lygmens priemonės buvo priimtos tik dėl keturių su maistu besiliečiančių medžiagų, t. y. plastikai (įskaitant perdirbtus plastikus), keramika, regeneruota celiuliozė ir veikliosios bei protingosios medžiagos. Dėl kitų su maistu besiliečiančių medžiagų valstybės narės gali priimti konkrečias nacionalinio lygmens priemones.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Podprl sem tudi poročilo kolegice Schaldemose v zvezi z izvajanjem uredbe o materialih, namenjenih za stik z živili.

Pri tem poročilu namreč gre za odziv na raziskavo raziskovalnega oddelka Evropskega parlamenta in študijo Evropske agencije za varnost hrane, ki sta ugotovili, da se številne snovi, ki so prisotne v materialih, namenjenih za stik z živili, ne ocenjujejo. To zlasti velja za tako imenovane nenamerno dodane snovi, kot so nečistoče v namerno dodanih snoveh, ali snovi, ki nastanejo pri kemičnih reakcijah, prisotne v končnem materialu.

Zato je izjemnega pomena, da proizvajalci teh materialov zagotavljajo popolne informacije in da znanstvene institucije in laboratoriji v vseh državah članicah dobro sodelujejo. Poročilo ugotavlja, da je v zakonodaji s tega področja treba izboljšati tudi sledljivost, in sicer vzdolž celotne oskrbovalne verige. Zlasti pa je pomembno, da enaki standardi sledljivosti in skladnosti veljajo za materiale za stik z živili, uvožene iz tretjih držav.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Materijali koji dolaze u dodir s hranom su pitanje koje se odnosi na svakog od pola milijarde građana EU-a jer su s njima svakodnevno u kontaktu.

Mnogi građani kupuju organsku hranu kako bi izbjegli pesticide, a kontaminacijski potencijal kemikalija iz ambalaže za hranu može biti i tisuću puta veći.

Postojeća direktiva je iz 2004., a u međuvremenu su znanost i toksikologija napredovale. Zato smatram da je potrebno revidirati postojeće propise i procedure kako bi se osnažilo zajedničko tržište i bolje zaštitilo javno zdravlje.

Potrebno je ozbiljno uzeti u obzir međudjelovanje spojeva i kemikalija koje odvojeno mogu biti bezopasne, ali zajedno mogu izazvati reakciju ljudskog organizma. Nadalje, trebalo bi harmonizirati propise za papir, karton, premaze, tinte, metale i ljepila.

Zaključno, želim zahvaliti izvjestiteljici na trudu i pozvati Komisiju da što prije poduzme korake predložene u izvještaju.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the implementation of Food Contact Material Regulation because I believe it is a solid legal basis for preventing risks to human health. Moreover, this resolution strategically asks the Commission to prioritise the drawing-up of specific EU measures for paper and board, varnishes and coatings, metals and alloys, printing inks and adhesives, and calls for further scientific research into the integration between different chemicals.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – I materiali a contatto con gli alimenti (MCA), a seconda della loro composizione e delle loro proprietà, si comportano diversamente quando entrano in contatto con gli alimenti, trasferendo ad essi i propri componenti. In queste circostanze, le sostanze chimiche rilasciate possono nuocere alla salute umana. Il regolamento definisce i requisiti generali di sicurezza applicabili a tutti i possibili materiali e oggetti destinati a venire a contatto con i prodotti alimentari. A livello di UE sono state adottate misure specifiche per quattro MCA: plastica, ceramica, cellulosa rigenerata e materiali attivi e intelligenti. Per gli altri MCA gli Stati membri adottano specifiche misure a livello nazionale, ma il doversi conformare a norme nazionali diverse tra loro non è né efficiente né efficace. Inoltre, ciò crea problemi per i diversi standard nazionali in materia di sicurezza dei prodotti. È anche necessario migliorare e rafforzare la normativa vigente e il controllo dell'applicazione della stessa per la tutela e la protezione della salute dei consumatori.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le présent rapport contient des propositions relatives à la réglementation des matériaux et objets destinés à entrer en contact avec des denrées alimentaires à toutes les étapes de la chaîne de production et/ou de consommation: conteneurs, emballages, couverts de table. Il vise notamment à mieux harmoniser les réglementations nationales (en respectant les normes françaises) et à élargir le champ d'application relatif aux FCM (Food contact material) pour mieux protéger les femmes enceintes et de mieux se prémunir du bisphénol. En cela, il contient des éléments à charge contre la Commission européenne et l'EFSA. C'est pourquoi j'ai voté pour ce rapport.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho espresso voto favorevole in merito alla relazione sui materiali a contatto con gli alimenti (MCA), utilizzati quotidianamente per imballare alimenti, perché bisogna evitare che essi possano rilasciare negli alimenti pericolose sostanze chimiche o alterare la composizione degli alimenti, nuocendo gravemente alla salute umana. I materiali a contatto con gli alimenti sono soggetti a norme europee giuridicamente vincolanti, sancite dal regolamento quadro (CE) n. 1935/2004.

Il regolamento definisce i requisiti generali di sicurezza applicabili a tutti i possibili materiali e oggetti destinati a venire a contatto con i prodotti alimentari e prevede anche l'eventualità di adottare misure specifiche per i materiali elencati nell'allegato I del regolamento quadro.

Ad oggi sono state adottate misure specifiche solo per quattro MCA: la plastica, le ceramiche, la cellulosa rigenerata e i materiali attivi e intelligenti. L'assenza di misure specifiche in ambito UE per la maggior parte dei materiali a contatto con gli alimenti elencati nell'allegato I del regolamento (CE) n. 1935/2004, determina vere e proprie barriere al mercato interno.

Una maggiore armonizzazione in materia, attraverso l'adozione di misure specifiche basate su dati scientifici, potrebbe essere un passo nella giusta direzione, un passo importante verso la tutela della salute dei cittadini.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report on the implementation of the Food Contact Materials Regulation. This report deals with food contact materials, which mainly means food packaging (but can also refer to food utensils or factories where food is made), and EU regulation or lack thereof covering these products. Currently only 4 out of 17 of the FCMs identified for measures are actually regulated, which means there is are a lot of packaging substances, e.g. printing ink, paper, metal, adhesives and varnishes, which are not covered. There is increasing concern regarding the migration of chemicals from food contact materials into the food we eat. This can be exacerbated by various factors, including the length of time packaging has contact with the food, the ratio of surface area of food to the material, whether the product is heated, and whether the foods are surrounded by liquids or high-fat substances. For these reasons I voted in favour.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report, which concerns food contact materials which are largely used in everyday life such as food packaging, kitchen utensils, tableware and so on. When in contact with food, these materials could transfer their constituents to the food and may endanger human health or adversely change the composition of the foodstuffs. I agree amongst others with the recommendation to adopt a specific EU measure for non-harmonised material, starting off with those materials that constitute a particular risk to human health and are in bigger demand in the EU, namely paper and board, including recycled paper and board, coatings, inks and adhesives.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – I materiali a contatto con gli alimenti (MCA) vengono ampiamente utilizzati nella vita quotidiana sotto forma di imballaggio per alimenti, utensili da cucina, stoviglie, e così via. Quando entrano in contatto con gli alimenti, e a seconda della loro composizione e delle loro proprietà, i vari materiali possono comportarsi in maniera diversa, trasferendo i propri componenti agli alimenti rischiando di nuocere alla salute umana o di alterare la composizione degli alimenti.

È bene ricordare che solo alcuni di questi materiali, come le materie plastiche e le ceramiche, sono stati completamente testati per la sicurezza e la salute pubblica. Altri come vernici, smalti, inchiostri e adesivi non sono coperti dalle norme UE e devono ancora essere sottoposti a test. Ho votato a favore di questa risoluzione in cui si chiedono norme di sicurezza a livello UE più severe.

Nessa Childers (S&D), *in writing*. – The consumption of junk food might not be unsafe in the short term, but healthy food may also present long-term risks if carried in packaging which itself contains unsafe substances. There is a range of items that come into contact with the food we eat every day, in the form of wrapping, packages or utensils used to prepare and consume our meals.

Food is indeed one the most significant sources of human exposure to chemicals, and we estimate the number of substances coming into contact with it at around 15 000. So this was a timely assessment of the state of the applicable legislation. We need more EU-level measures to better protect all consumers in the European markets from risks posed by such substances. The impact of inks, glues and coatings, as well as substances present in recycled paper and cardboard, has been underestimated, and the combined effect of various substances present in the same item remains absent from the European Food Safety Authority's risk assessments. The presence of endocrine disruptors in food contact materials is a particularly sensitive issue, given the serious risk to human health that chemicals such as Bisphenol A can pose. A full ban is in order.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Nonostante da oltre dieci anni sia in vigore il regolamento (CE) n. 1935/2004 che stabilisce requisiti generali di sicurezza applicabili a tutti i possibili materiali e oggetti destinati a venire a contatto con i prodotti alimentari, persistono tuttora grandi carenze nell'attuazione e nell'applicazione della normativa vigente soprattutto per quanto riguarda le misure specifiche, alcune delle quali definite a livello europeo, che finora hanno riguardato solo alcuni materiali indicati nell'allegato I del regolamento quali: la plastica (compresa la plastica riciclata), le ceramiche, la cellulosa rigenerata e i materiali attivi e intelligenti.

Ci sono ancora altri materiali, come ad esempio il legno o gli inchiostri di stampa, per i quali gli Stati membri, in assenza di misure specifiche europee, hanno disciplinato per proprio conto. Ci troviamo di fronte a una evidente disparità sugli standard di sicurezza che potrà essere colmata soltanto con una azione intrapresa a livello di Unione europea sia per migliorare l'implementazione della normativa ed evitare barriere al mercato interno, sia soprattutto per proteggere la salute dei consumatori. Per queste ragioni ho votato a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Τασσόμεθα υπέρ της έκθεσης διότι η νομοθεσία επιδιώκει να διασφαλίσει υψηλό επίπεδο προστασίας των καταναλωτών και διότι εξασφαλίζεται παράλληλα η αποτελεσματική λειτουργία της εσωτερικής αγοράς για όλα τα υλικά που έρχονται σε επαφή με τρόφιμα.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε επί της έκθεσης σχετικά με την εφαρμογή του κανονισμού για τα υλικά που έρχονται σε επαφή με τρόφιμα. Πρόκειται για ένα ζήτημα τεχνικής φύσεως με ιδιαίτερες όμως προεκτάσεις στην καθημερινότητα των πολιτών. Καλούμαστε να βελτιώσουμε τους κανόνες που ρυθμίζουν τη διαδικασία παραγωγής τροφίμων. Θεωρώ πως η έκθεση περιέχει θετικά στοιχεία και ως εκ τούτου αποφάσισα να υπερψηφίσω.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Alla luce delle necessità riscontrate per le lacune presenti nel regolamento (CE) n. 1935/2004 riguardante i materiali e gli oggetti destinati a venire a contatto con i prodotti alimentari, approvo la relazione. Infatti, occorre evidenziare come tra i 17 materiali trattati dal regolamento del 2004, ve ne siano solo quattro armonizzati a livello europeo, mentre le normative nazionali spadroneggino sui restanti generando problematicità. Tali difficoltà producono una forte incongruenza nell'applicazione delle leggi e delle sanzioni: basti pensare alla presenza di Stati che neppure obbligano le imprese produttrici di questi materiali a registrare la propria attività. Attraverso tali comportamenti, purtroppo, non si generano soltanto svantaggi competitivi, bensì anche rischi per la salute.

Visto quanto riportato, è fondamentale definire misure specifiche da adottare laddove queste mancano e, contemporaneamente, provvedere alla piena attuazione di quanto è già in vigore. Dunque bisogna implementare i fondi a disposizione dell'Autorità europea per la sicurezza alimentare per poter approfondire e aggiornare le informazioni sui materiali da disciplinare, oltre che per studiare le sostanze utilizzate nella produzione degli stessi e quelle aggiunte non intenzionalmente (NIAS). Si rende altresì necessario chiarire e valutare il rischio rappresentato dal cosiddetto effetto cocktail e delle esposizioni multiple.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the implementation of the Food Contact Materials Regulation and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A regulação dos materiais destinados a entrar em contacto com os alimentos contribui para a defesa da saúde pública e para a proteção dos consumidores. A adoção de normas juridicamente vinculativas para quatro dos dezassete materiais referidos no anexo I do Regulamento (CE) n.º 1935/2004 (plásticos, cerâmicas, celulose regenerada e materiais ativos e inteligentes), regulamento-quadro desta matéria, resultou numa harmonização legislativa que defende a competitividade e a inovação no mercado interno, porque sujeita todos os operadores a regras iguais.

Defendo, por isso, que se proceda a uma harmonização da regulação dos demais treze materiais destinados a entrar em contacto com os alimentos, sobretudo aqueles que representam maior risco para a saúde dos consumidores e que têm maior procura no mercado, designadamente o papel e o cartão, metais e ligas, vidro, silicones e borrachas. A ausência de regras comuns prejudica o mercado interno e transfere muitas vezes custos de cumprimento para os consumidores.

Partilho a preocupação com a execução e aplicação da legislação atual, nomeadamente nos domínios da avaliação dos riscos, rastreabilidade, aplicação e controlo da conformidade. Para tal, entendo que deve aumentar o apoio (inclusivamente financeiro) à Autoridade Europeia para a Segurança dos Alimentos (EFSA).

Pelo exposto, apoio o presente relatório.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — We in UKIP believe that the safety of food contact materials must be seriously evaluated as chemicals can easily migrate from the materials into food. However, Member States should be free to adopt specific measures at national level so that FCMs can comply with good manufacturing practices.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore in quanto il regolamento definisce i requisiti generali di sicurezza applicabili a tutti i possibili materiali e oggetti destinati a venire a contatto con i prodotti alimentari e prevede inoltre la possibilità dell'adozione di misure specifiche per ulteriori materiali oltre a quelli ad oggi già normati a livello europeo. Ritengo importante l'azione a livello di Unione europea per colmare le lacune in materia di valutazione del rischio, tracciabilità, conformità e controlli affinché venga sempre più garantita la salute dei consumatori europei in un mercato interno funzionale ed efficace.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE), *skriftlig*. – Att harmonisera lagstiftningen gällande material som är avsedda att komma i kontakt med livsmedel är av stor vikt för den inre marknaden och för att Europas konsumenter ska kunna känna sig trygga med att maten de äter är säker. Därför röstade vi för betänkandet. Vi delar dock inte den ogrundade kritik mot den Europeiska myndigheten för livsmedelssäkerhet (Efsa) som finns i texten. Vi kan inte heller ställa oss bakom kraven på att förbjuda eller fasa ut substanser utan vetenskapligt stöd.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe ya que la Unión debe buscar una regulación adecuada para todo tipo de materiales y objetos destinados a entrar en contacto con alimentos, incluida la prohibición del uso de disruptores endocrinos y otras sustancias altamente preocupantes.

La actual legislación de la Unión sobre FCM permite productos químicos que están prohibidos bajo otras leyes de la Unión. No se está evaluando buena parte de las substancias presentes en los materiales y objetos destinados a entrar en contacto con alimentos. Este es el caso de las llamados «sustancias no intencionadamente añadidos» («NIAS») que son las impurezas de las sustancias añadidas intencionadamente o sustancias resultantes de las reacciones químicas (como productos de descomposición o subproductos formados durante la proceso de producción), que están presentes en el material acabado.

También hay que señalar que, en su procedimiento de evaluación de riesgos, la Agencia Europea de Seguridad Alimentaria (AESA) no tiene en cuenta el llamado «efecto cóctel» y las exposiciones múltiples (resultante de productos químicos -incluso en dosis bajas- de diferentes fuentes). Todo esto debe ser abordado por la EFSA tan pronto como sea posible.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Il vigente regolamento sui materiali a contatto con gli alimenti prevede l'adozione di misure specifiche su 17 sostanze. Ad oggi solo 4 sono armonizzate a livello dell'UE, mentre, per tutte le altre, gli Stati membri conservano la possibilità di adottare disposizioni nazionali. Quest'assenza di misure armonizzate a livello dell'UE crea differenti standard di sicurezza ed una consequenziale perdita di competitività e innovazione nel mercato interno.

D'altro canto, i materiali non disciplinati da misure specifiche dell'UE possono rappresentare un rischio per la salute pubblica e determinare una perdita di fiducia da parte dei consumatori, un'incertezza giuridica e maggiori costi di conformità per gli operatori. Per tali ragioni ritengo prioritaria l'elaborazione di specifiche misure comunitarie, che possano rafforzare ed armonizzare il quadro normativo, garantendo la creazione di condizioni di parità e migliori controlli negli Stati membri, affinché i materiali a contatto diretto con il nostro cibo siano sicuri.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az 1935/2004/EK rendeletben azokról az anyagokról van szó, amelyek a mindennapos rendeltetésszerű használat során élelmiszerekkel érintkeznek. Elengedhetetlen, hogy ezek az anyagok önmagukban véve ne legyenek az egészségre károsak, illetve, hogy az élelmiszerekkel érintkezve ne lépjenek olyan reakciókba, amely veszélyes lehet az egészségre nézve, vagy kedvezőtlen hatással lehet az élelmiszerek összetételére. A legtöbb élelmiszerrel érintkező anyaggal kapcsolatban uniós szinten nem létezik általánosan elfogadott szabályozás. Az anyagoknak meg kell felelniük bizonyos szempontoknak, jelenleg négy olyan van, amelyre uniós sztenderdek vonatkoznak: a kerámia, a műanyag, regenerált cellulóz, valamint az aktív és intelligens anyagok.

A többi anyagra tagállamonként különféle előírások vonatkoznak. Tanulmány készült a témában az Európai Parlament Kutatási Szolgálata jóvoltából. Az adatok tükrében megkezdték a rendelet előkészítését, mely során négy fő területet azonosítottak: kockázatértékelés, nyomonkövethetőség, valamint a megfelelés betartatása és ellenőrzése. A harmonizált anyagok kockázatértékelése az Európai Élelmiszerbiztonsági Hatóság (EFSA) dolga, erre azonban nem állnak rendelkezésre megfelelő anyagi források. Éppen ezért javasolják az EFSA e tevékenységeinek finanszírozását. A nem harmonizált anyagok esetében azonban az EFSA nem kompetens. Ezért is szükséges egy egységes szabályrendszer, amelyhez a terület érintettjei tarthatják magukat. Támogattam a jelentést.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Poparłem sprawozdanie dotyczące wykonania rozporządzenia w sprawie materiałów przeznaczonych do kontaktu z żywnością. Swoją decyzję motywuję tym, że postrzegam przyznanie większej roli Parlamentowi w rozstrzyganiu w sprawie rozbieżności pomiędzy różnymi uregulowaniami dotyczącymi chemikaliów jako dobre posunięcie. Popieram ogólny wydźwięk tekstu sprawozdania dotyczącego substancji zaburzających funkcjonowanie układu hormonalnego oraz bisfenolu. Z tych powodów zagłosowałem za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The current legislation on FCMs needs to be urgently revised in order to provide a better level of health protection. To ensure that substances coming into contact with foodstuffs do not present health risks, specific EU measures for non-harmonised materials should also be adopted to have better control standards across Member States. These materials are widely used in everyday life including in food packaging and tableware, and when put in contact with food, and depending on their composition and properties, the materials may behave differently, transferring constituents to food. I am in favour of this report as I believe that the main focus should be our citizens' health and this is why I believe that we need to adopt specific EU measures to identify and prevent the use of substances which are endocrine disrupters. This would also enhance reuse and recycling properties in such materials to improve uptake in the circular economy.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Consider că trebuie să existe o cooperare și o coordonare mai eficientă între statele membre și Comisie privind sistemul de avertizare rapidă pentru alimente și hrană pentru animale pentru a putea soluționa rapid și eficient riscurile pentru sănătatea publică.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative porte sur les matériaux du quotidien en contact avec les denrées alimentaires, tels que les emballages, les ustensiles de cuisine ou encore la vaisselle. La Commission européenne a répertorié 17 groupes de produits pouvant être en contact avec les denrées alimentaires, mais elle constate que seuls 4 groupes sont soumis à des mesures harmonisées au niveau européen. Dans le même temps, on constate les divergences entre les règles nationales qui entravent la sécurité alimentaire et la protection des citoyens dans l'Union. Ce rapport propose donc une harmonisation des législations nationales pour l'ensemble des groupes de produits concernés. Considérant que ce rapport vise à renforcer la sécurité alimentaire dans le marché intérieur, j'ai soutenu ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Partageant les inquiétudes des citoyens européens sur la sécurité des produits alimentaires, j'ai voté en faveur du rapport sur la mise en œuvre du règlement concernant les matériaux destinés à entrer en contact avec des denrées alimentaires. L'absence de mesures spécifiques européennes instaure des niveaux de sécurité différents au sein de l'Union ce qui est contraire aux valeurs européennes et aux principes du marché intérieur.

C'est également dans un souci de protection des consommateurs que je me suis prononcée en faveur de l'interdiction du bisphénol A dans tous les matériaux destinés à entrer en contact avec des denrées alimentaires étant donné des doutes qui pèsent sur les potentiels dangers de ce produit, notamment pour les fœtus et les jeunes enfants.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – Ce rapport est un signal clair envoyé à la Commission européenne mais aussi aux consommateurs!

Les produits chimiques contenus dans les matériaux destinés à entrer en contact avec des denrées alimentaires, notamment à travers les emballages, ustensiles de cuisine, la vaisselle, etc., peuvent mettre en danger la santé humaine ou modifier de manière significative la composition des produits consommés, et il est essentiel que la Commission européenne se penche sur cette question.

J'ai voté pour ce rapport car il est important d'harmoniser au niveau européen les différentes mesures prisent par les États membres, mais aussi de réfléchir aux lacunes existantes dans la législation actuelle. Nous devons travailler à une meilleure législation en la matière, une législation qui aura pour but d'informer et de protéger correctement le citoyen.

Enfin, Je suis particulièrement heureuse de l'adoption de l'amendement sur l'interdiction du bisphénol A (BPA) dans tous les matériaux destinés à entrer en contact avec les denrées alimentaires. C'est en effet une substance chimique considérée comme perturbateur endocrinien, toxique pour les organes de reproduction, que l'on retrouve dans de nombreux produits de consommation courante.

Mark Demesmaeker (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA heeft de resolutie over de tenuitvoerlegging van de wetgeving inzake materialen die in contact komen met levensmiddelen met overtuiging gesteund.

Voeding komt heel dikwijls in contact met bepaalde materialen zoals bestek, servies, keukengerei en verpakkingen. Deze materialen terdege onderzoeken is essentieel om besmetting van voeding te voorkomen en de volksgezondheid te beschermen. De uitvoering van de bestaande Europese wetgeving uit 2004 kan en moet beter. Alle in de wetgeving vervatte kansen moeten worden benut: zo is er een groot draagvlak voor verdere harmonisatie van de betrokken regels.

De wetgeving voorziet in de mogelijkheid om Europese regels op te stellen voor 17 materialen. Voorlopig werd dit nog maar voor 4 materialen gedaan. Lidstaten hebben ook de mogelijkheid eigen regels op te stellen in afwezigheid van Europese maatregelen, maar dit dreigt de interne markt te fragmenteren. Er is behoefte aan een gelijk speelveld. Dit is een win-win voor producenten én consumenten: bedrijven die FCM's produceren kunnen eerlijk concurreren én consumenten worden in de hele EU op een gelijke manier beschermd.

De federale regering in België trekt hiervoor de kar en stuurde onlangs samen met enkele gelijkgezinde lidstaten een brief naar de Commissie met de oproep dringend werk te maken van een verdere harmonisatie.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione perché ritengo che la sicurezza alimentare sia un settore di assoluta importanza per la salute dei cittadini. La necessità di garantire il controllo e la tracciabilità degli imballaggi, utensili da cucina e stoviglie, con adeguate «dichiarazioni di conformità» che certificano la soddisfazione degli standard richiesti, richiede uno sforzo congiunto di tutti i paesi membri dell'UE per colmare le lacune nei test per la sicurezza e la salute pubblica di materiali quali vernici, smalti e inchiostri. Per queste motivazioni ho votato a favore della relazione.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – Nous avons adopté ce rapport sur les matériaux entrant en contact avec notre alimentation (emballage, ustensiles de cuisine, vaisselle). Il comporte une avancée clé dans la lutte contre les perturbateurs endocriniens. Ceux-là, présents dans notre vie quotidienne, ont un impact négatif sur la santé humaine. En l'espèce, l'interdiction totale, comme en France, du bisphénol A est une vraie victoire.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution parce qu'il est manifeste que L'UE devrait davantage harmoniser les exigences de sûreté pour les matériaux qui sont largement utilisés dans la vie quotidienne sous forme d'emballages alimentaires, d'ustensiles de cuisine et de vaisselle.

La législation actuelle prévoit d'encadrer 17 substances, mais seulement quatre d'entre elles font pour l'instant l'objet d'une harmonisation au niveau européen et sont donc suffisamment contrôlés quant à leur impact sur la santé humaine. Les autres sont laissées à l'appréciation des États membres.

L'absence de critères harmonisés pose donc un certain nombre des problèmes. Certains pays ont des niveaux de protection élevés, d'autres non. Or, nous savons désormais, grâce à différentes études, qu'en fonction de leur composition et de leurs propriétés, certaines substances présentes dans les emballages peuvent transférer leurs composants une fois mis en contact avec de la nourriture. Ces substances sont donc potentiellement dangereuses pour la santé. C'est pourquoi l'UE devrait revoir la législation actuelle, de manière à ce que la sécurité alimentaire signifie la même chose dans toute l'Europe.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — Les matériaux en contact avec des denrées alimentaires se retrouvent dans la vie de tous les jours des Européens, que ce soit sous la forme d'emballages alimentaires, d'ustensiles de cuisine ou de vaisselle. Or ces matériaux possèdent des propriétés chimiques qui, non contrôlées, peuvent parfois s'avérer dangereuses pour la santé. Seuls quatre de ces produits (dont les plastiques et la céramique) font à ce jour l'objet de mesures spécifiques de sûreté au niveau européen, le contrôle des 13 autres matériaux répertoriés étant laissé à la discrétion des États membres.

Au regard des risques pour la santé publique et l'environnement, l'Union doit harmoniser davantage ses contrôles. Par ailleurs, l'interdiction totale du bisphénol A, limitée à quelques États membres comme la France ou la Suède, devrait être étendue à l'ensemble de l'Union.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ διότι εκτιμώ ότι κανείς δεν μπορεί να υπονομεύει έστω και στο ελάχιστο την δημόσια υγεία. Επιπλέον, θεωρώ ότι η λύση για τέτοιου είδους προβλήματα είναι η επιστροφή, στο μέτρο του δυνατού, στην χρήση παραδοσιακών τρόπων συσκευασίας και επεξεργασίας των τροφίμων και όχι η ανάπτυξη νέων και άγνωστων ως προς το τελικό τους αποτέλεσμα ουσιών.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Jag har tidigare röstat enligt Efsas rekommendationer gällande FCM och BPA; denna gång valde jag att ta hänsyn till den mycket tydliga linje som Centerpartiet har drivit i frågan – och önskar driva också på europeisk nivå – nämligen ett totalförbud av BPA i material som avses komma i kontakt med livsmedel. I övrigt en mycket bra text som belyser behovet av ökad forskning om bland annat synergieffekter och okända ämnen, och som inför skarpare krav kring FCM generellt.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Os materiais destinados a entrar em contacto com os alimentos são amplamente utilizados no quotidiano na forma de embalagens de alimentos, utensílios de cozinha, louças, etc. Quando colocados em contacto com os alimentos, dependendo da sua composição e propriedades, os diferentes materiais podem apresentar comportamentos diferentes, transferindo os seus constituintes para os alimentos. Uma maior harmonização no domínio dos materiais destinados a entrar em contacto com os alimentos (nomeadamente os não harmonizados) é um dos caminhos a seguir porque constituiria um avanço na direção certa, dando prioridade aos materiais que constituem um risco específico para a saúde humana e que têm uma maior procura no mercado da UE. É necessário agir a nível da UE para resolver a ausência de medidas específicas e as lacunas na avaliação dos riscos, rastreabilidade, conformidade e controlo.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: le rapport contient les propositions principales suivantes: couverture de 13 matériaux non concernés par la législation actuelle par des mesures européennes; prise en compte par la législation de l'effet «cocktail» des matériaux destinés à entrer en contact avec des denrées alimentaires (c'est-à-dire le résultat de leurs interactions) ainsi que des substances résultant de réactions chimiques des matériaux destinés à entrer en contact avec des denrées alimentaires («non intentionally added substances»); publication de lignes directrices harmonisées sur les procédures de test et de contrôle.

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. – I materiali a contatto con gli alimenti vengono ampiamente utilizzati nella vita quotidiana, e talvolta possono risultare nocivi o comunque pericolosi per la salute umana. Da questo punto divista siamo favorevoli ad una maggiore armonizzazione a livello UE attraverso misure specifiche riguardanti i materiali più comunemente usati e basati su dati scientifici dimostrabili. La relazione in oggetto prende in esame le diverse problematiche poste da questo tipo di materiali e costituisce una condivisibile iniziativa politica del Parlamento europeo.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório aborda a necessidade de revisão do regulamento relativo aos materiais de contacto com alimentos (FCM), largamente utilizados na vida quotidiana sob a forma de embalagens de alimentos, utensílios de cozinha, talheres, etc. Quando colocados em contacto com os alimentos estes diferentes materiais podem comportar-se de maneira diferente, transferindo alguns dos seus constituintes para os alimentos – fenómeno designado migração –, podendo alguns pôr em perigo a saúde humana ao contaminar ou alterar adversamente a composição dos géneros alimentícios.

Até ao momento, foram adotadas a nível da UE medidas específicas para apenas quatro FCMs: plástico (incluindo plástico reciclado), cerâmica, celulose regenerada e materiais ativos e inteligentes. Para os outros FCMs, os Estados-Membros podem adotar medidas específicas a nível nacional. Estas medidas podem ser diferentes de Estado-Membro para Estado-Membro, havendo normas diferentes para a segurança do produto dependendo onde este é usado e comercializado.

A atual legislação da UE sobre FCMs permite que se utilizem produtos químicos que são proibidos para outras finalidades. Por outro lado, ignora o efeito de desregulação endócrina, efeitos cancerígenos, mutagénicos ou tóxicos para a reprodução, efeitos de bioacumulação ou outras propriedades nocivas.

Afigura-se, assim, relevante lidar com a falta de medidas específicas e com lacunas na avaliação dos riscos, aplicação, rastreabilidade, conformidade e controle de FCMs.

Christofer Fjellner (PPE), *skriftlig*. – Att harmonisera lagstiftningen gällande material som är avsedda att komma i kontakt med livsmedel är av stor vikt för den inre marknaden och för att Europas konsumenter ska kunna känna sig trygga med att maten de äter är säker. Därför röstade vi för betänkandet. Vi delar dock inte den ogrundade kritik mot den Europeiska myndigheten för livsmedelssäkerhet (Efsa) som finns i texten. Vi kan inte heller ställa oss bakom kraven på att förbjuda eller fasa ut substanser utan vetenskapligt stöd.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of amendment No 1 after recital F as it makes sense that the opinions of national governments should take precedence.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Dôkazy zhromaždené v posledných mesiacoch navyše poukazujú na to, že je naliehavo potrebné vyriešiť súčasné nedostatky pri vykonávaní a presadzovaní existujúcich právnych predpisov. V predmetnom nariadení sa stanovujú všeobecné bezpečnostné požiadavky, ktoré sú uplatniteľné na všetky možné materiály a predmety prichádzajúce do styku s potravinami. Doteraz sa osobitné opatrenia na úrovni EÚ prijímali len pre štyri materiály prichádzajúce do styku s potravinami. Išlo konkrétne o plast vrátane recyklovaného plastu, keramiku, regenerovanú celulózu a aktívne a inteligentné materiály. Predmetné nariadenie by malo rozšíriť tento počet až na 17 materiálov. Je potrebné prijať opatrenie na úrovni Európskej únie, aby sa vyriešila neexistencia osobitných opatrení Európskej únie a nedostatkov v oblasti posudzovania rizika, vysledovateľnosti, zhody a kontroly.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione per raggiungere una maggiore armonizzazione nell'ambito degli MCA da parte della maggioranza delle parti interessate.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την έκθεση σχετικά με την εφαρμογή του κανονισμού για τα υλικά που έρχονται σε επαφή με τρόφιμα ((ΕΚ) αριθ. 1935/2004) διότι κανείς δεν μπορεί να υπονομεύει έστω και στο ελάχιστο την δημόσια υγεία. Επιπλέον, θεωρώ πως η λύση τέτοιων προβλημάτων είναι η επιστροφή, όσο περισσότερο γίνεται, στην χρήση παραδοσιακών τρόπων συσκευασίας και επεξεργασίας των τροφίμων και όχι η ανάπτυξη νέων, άγνωστων ως προς τις απώτερες συνέπειές τους, ουσιών.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe. Los materiales en contacto con alimentos se utilizan continuamente en la vida diaria en forma de embalajes, utensilios de cocina, vajilla, etc. Cuando entran en contacto con alimentos, y según su composición y propiedades, los diferentes materiales pueden comportarse de forma distinta y transferir sus componentes a los alimentos. En tales casos, pueden poner en peligro la salud humana o modificar negativamente la composición de los productos alimenticios. La legislación tiene por objeto mantener un elevado nivel de protección de los consumidores y, al mismo tiempo, garantizar el funcionamiento eficaz del mercado interior de los productos que incluyen materiales destinados a entrar en contacto con alimentos. Uno de los principales

retos que debemos encarar es la exigencia de una mayor armonización en el ámbito de los materiales en contacto con alimentos (en especial los no armonizados) por la mayoría de las partes interesadas de todos los sectores. Asimismo, es necesario reforzar y mejorar la legislación actual en cuanto a la trazabilidad para garantizar la trazabilidad de todos los materiales en contacto con alimentos.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del PE europeo sull'attuazione del regolamento riguardante i materiali e gli oggetti destinati a venire a contatto con i prodotti alimentari regolamento (CE) n. 1935/2004, poiché ritengo che se anche il regolamento quadro costituisce una base giuridica solida, i cui obiettivi continuano a essere pertinenti; tuttavia l'adozione di nuove misure specifiche a livello di UE incoraggerebbe gli operatori del settore a sviluppare MCA sicuri, riutilizzabili e riciclati, contribuendo in tal modo agli sforzi dell'Unione in direzione dell'obiettivo di una migliore economia circolare; sottolinea che ciò richiederebbe una migliore tracciabilità e la graduale eliminazione delle sostanze presenti negli MCA che potrebbero rappresentare un pericolo per la salute umana.

Ritengo che l'EFSA svolge nella valutazione del rischio delle sostanze da utilizzare negli MCA disciplinati da misure specifiche; è consapevole dei costi della valutazione del rischio di una specifica sostanza e delle risorse limitate dell'EFSA; pertanto auspico che la Commissione aumenti l'entità del finanziamento erogato all'EFSA, in considerazione del lavoro aggiuntivo conseguente all'aumentata necessità di valutazioni di rischio, relativo a nuovi contaminanti.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Wir leben immer länger. Die durchschnittliche Lebenserwartung in Deutschland bei der Geburt beträgt über 81 Jahre. 1990 lag sie noch bei 75. Diese Entwicklung verdanken wir den Fortschritten der Wissenschaft und der Medizin.

Auch bei Gegenständen und Materialien, die mit Lebensmitteln in Kontakt kommen, wollen wir den Gesundheitsschutz weiterentwickeln. Hier müssen wir in Europa einheitliche Sicherheitsstandards gewährleisten. Innovationen aus einem Mitgliedstaat können so problemlos in andere Mitgliedstaaten überführt werden – ganz nach dem Grundsatz: Das Rad nicht immer neu erfinden.

Natürlich müssen diese Substanzen sicher sein. Das gelingt jedoch nicht, indem wir potentielle Gefahren einiger Substanzen in diesem Initiativbericht wieder und wieder auflisten. Wir sollten uns vielmehr auf die Erkenntnisse und Risikoanalysen von Wissenschaftlern verlassen.

Dieser Grundsatz hat sich in der Vergangenheit bei der Steigerung unserer Lebenserwartung bewährt, und daran sollten wir festhalten.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I believe that the safety of food contact materials must be seriously evaluated as chemicals can easily migrate from the materials into food. However, Member States should be free to adopt specific measures at national level so that FCMs can comply with good manufacturing practices.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de este informe. Me parece importante que la Unión cree poco a poco una legislación sobre este tema. Este es un primer paso y aunque considero que no es suficiente, propone medidas específicas a nivel europeo sobre los materiales y objetos destinados a entrar en contacto con alimentos como el plástico, la cerámica, celulosa, etc. que me parecen primordiales. El informe menciona además la importancia de que los Estados miembros puedan adoptar medidas específicas en caso de que la legislación europea no mencione ciertos materiales que puedan considerarse tóxicos.

Maria Grapini (S&D), *în scris.* – Am am votat acest raport pentru că eu consider că pentru consumatori este important să fie protejați prin admiterea pe piața interna doar a produselor care nu le afectează sănătatea. Alimentele reprezintă una din principalele căi de expunere umană la substanțe chimice prin materialele cu care acestea vin în contact. În contextul actual, este important să garantăm un nivel ridicat de protecție al consumatorilor pentru a asigura funcționarea efectivă a pieței interne pentru bunurile MCA. Este nevoie de o armonizare mai bună la nivelul UE, de elaborarea unor standarde de siguranță uniforme și de o mai bună coordonare în ceea ce privește evaluarea riscurilor, trasabilitatea, punerea în aplicare și controalele de conformitate privind respectarea legislației în vigoare. În ceea ce privește comercializarea materialelor MCA în UE, este nevoie de înlesnirea criteriilor ce vizează documentația și înregistrarea oficială a activității de afaceri pentru a evita decalajele în evaluarea riscurilor.

Consider că acest raport este un pas important pentru atingerea unor obiective extrem de importante precum garantarea și protejarea sănătății umane în spațiul UE, asigurarea funcționării efective a pieței interne și facilitarea punerii în aplicare a legislației.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report as it calls for stronger rules to protect consumers from harmful substances in food packaging.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, car il vise à mieux encadrer la composition des matériaux qui entrent en contact avec les denrées alimentaires (emballages divers, boîtes de conserves, bouteilles en plastique…), afin de prévenir tout risque sanitaire pour les consommateurs. Ce rapport s'attache notamment à l'application et à la mise en œuvre de la législation actuelle qui encadre ces matériaux, et il souligne de graves manquements dans certains États membres, en ce qui concerne le contrôle et la traçabilité.

J'ai par ailleurs soutenu un amendement demandant l'interdiction totale en Europe du bisphénol A, déjà interdit en France. Cette substance chimique, très largement utilisée notamment pour la fabrication industrielle de matières plastiques ou de vernis, est un perturbateur endocrinien avéré, toxique pour les organes de reproduction.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. — L'actualité ne manque pas de cas de contamination d'aliments par des produits chimiques qui peuvent mettre en danger la santé humaine. Emballages alimentaires, ustensiles de cuisine, vaisselle, autant de matériaux largement utilisés dans la vie quotidienne et dont la composition mérite d'être passée à la loupe. C'est dans ce contexte que j'ai voté en faveur du rapport de ma collègue danoise SCHALDEMOSE appelant à la révision du cadre législatif européen qui s'est révélé jusqu'à présent inefficace.

Plusieurs lacunes sont recensées dans l'évaluation des risques menée par l'EFSA, en ce qui concerne la traçabilité et le contrôle de ces matériaux. Nous insistons sur les risques des perturbateurs endocriniens et du bisphénol A, soutenons l'interdiction de ce dernier en particulier, et appelons la Commission européenne à proposer des solutions alternatives à cette substance extrêmement préoccupante.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported this report and I am happy that it got the support of the Parliament. Food contact materials (FCMs) are largely used in everyday life in the form of food packaging, kitchen utensils, tableware, etc. However, when in contact with food, and depending on their composition and properties, the different materials may behave differently, transferring their constituents to the food. In such cases, chemicals emanating from FCMs may endanger human health or adversely change the composition of the foodstuffs. The report points to the fact that the level of enforcement of the legislation on FCMs differs widely throughout the EU and highlights the importance of developing EU guidelines for FCMs which would facilitate a more uniform implementation and better enforcement in the Member States. Thankfully, the report also calls on the Commission to ensure better coordination between REACH and FCM legislation, especially as regards substances classified as Substances of Very High Concern (SVHCs) under REACH, and to ensure that harmful substances already phased out under REACH are also phased out in FCMs.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Mithilfe des Berichts sollen für alle Lebensmittelkontaktmaterialien Einzelmaßnahmen auf EU-Ebene erstellt werden, was ich für zweckdienlich und mit positiven Effekten für alle Beteiligten verbunden halte. Leider sieht der Bericht auch vor, dass in einigen Lebensmittelkontaktmaterialien enthaltene Bisphenol A (BPA) massiv zu regulieren. BPA wird zur Herstellung von vielen Kunststoffen verwendet und hat deshalb eine enorme technische und wirtschaftliche Bedeutung. Die Kunststoffe an sich sind biologisch in der Regel vollkommen harmlos, können aber das in ihnen enthaltene BPA an Lebensmittel abgeben. BPA ist dafür bekannt, dass es eine negative Wirkung ähnlich dem weiblichen Geschlechtshormon Östrogen hat. Was der Berichterstatter jedoch in seinem sehr

ausführlichen Bericht verschwiegen hat, ist die von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) im Januar 2015 durchgeführte Neubewertung. Das Ergebnis der EFSA sagt, dass die Menge an BPA, der der Konsument ausgeliefert ist, selbst bei einem kombinierten Kontakt durch sowohl Lebensmittel als auch Kosmetika deutlich unter der sicheren Obergrenze liegt. Laut EFSA 2015 stellt BPA für keine Altersgruppe ein Gesundheitsrisiko dar. Die starke Regulierung des wirtschaftlich relevanten BPA lässt sich deswegen aus wissenschaftlicher Perspektive nicht belegen. Folglich habe ich den Bericht abgelehnt. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss, denn er führt zu Zwist und Zwietracht.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A mindennapi életben használt csomagolópapírok, konyhai- és evőeszközök rendszeresen érintkezésbe kerülnek az ételekkel. Az érintkezés során összetevőiket az élelmiszerekbe továbbítják. Ezek a vegyi anyagok károsíthatják az emberi egészséget és megváltoztathatják az élelmiszerek összetételét. Az Európai Unió általános biztonsági szabályozást alakított ki, négy területen speciális biztonsági szabályokat hozott: a műanyagok, a kerámiák, a regenerált cellulóz, valamint az aktív illetve intelligens anyagok esetében. A tagállamok számára adott a lehetőség, hogy több területen is bevezessenek hasonló speciális szabályozást. Ez azonban eltérő termékbiztonsági szabályozáshoz vezet, mely belső piaci akadályokat vethet fel.

Az Európai Unió célja a szabályozások harmonizálása és további, speciális uniós szabályozások kialakítása. Fontos feladat a hatályos jogszabályok végrehajtási hiányosságainak leküzdése is. Az Európai Unió célja a fogyasztók egészségének megőrzése és védelme, illetve a belső piac hatékony működésének biztosítása. Ennek érdekében az Európai Parlament a már létező keretrendelet felülvizsgálatát kéri. Mindezekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – It is of great importance for the current EU legislation regarding food contact materials to be revised and updated in order to provide for a paramount need of EU citizens, health protection.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o provedbi Uredbe o materijalima i predmetima koji dolaze u dodir s hranom jer smatram da je opreznost vezana za hranu vrlo relevantna tema. Materijali koji dolaze u dodir s hranom (FCM-ovi) u širokoj su dnevnoj upotrebi, a kada ih se dovede u dodir s hranom, ovisno o njihovom sastavu i svojstvima, neki materijali prenose svoje sastavne dijelove na hranu. U tim slučajevima kemikalije koje takvi materijali otpuštaju mogu ugroziti ljudsko zdravlje ili imati štetan utjecaj na sastav hrane. Spomenuti materijali podliježu pravno obvezujućim pravilima na razini EU-a, koja su trenutačno utvrđena Okvirnom uredbom (EZ) br. 1935/2004. No prostora za napredovanje i daljnje usklađivanje svakako ima s obzirom da države članice za spomenute materijale mogu usvojiti posebne mjere na nacionalnoj razini, pa se te mjere razlikuju od članice do članice. Također, ostaje još mnogo materijala koji nisu regulirani, a predstavljaju rizik za ljudsko zdravlje.

Podržavam ovo Izvješće, ali sam svjestan da je potrebno djelovati na razini EU-a kako bi se donijelo još kvalitetnije i striktnije rješenje.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Nous apportons notre soutien à ce rapport, brocardant au passage la Commission et l'Autorité européenne de sécurité des aliments, qui va selon nous dans la bonne direction, en ceci qu'il prétend à une meilleure protection des femmes enceintes, une meilleure prise en considération de l'effet cocktail des FCM et des mesures techniques sur le bisphénol.

J'ai donc voté en faveur de ce texte.

Diane James (EFDD), *in writing*. — We in UKIP believe that the safety of food contact materials must be seriously evaluated as chemicals can easily migrate from the materials into food. However, Member States should be free to adopt specific measures at national level so that FCMs can comply with good manufacturing practices.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Podpořil jsem návrh usnesení o nařízení o používání materiálů určených pro styk s potravinami vzhledem k nedostatku konkrétních opatření EU v této oblasti. Evropská unie dominuje v celosvětovém žebříčku svými vysokými nároky na kvalitu potravin a ochranu spotřebitele. Důraz na dodržování standardů ochrany zdraví občanů EU je jednou z jejích priorit a návrh tohoto nařízení přispěje k zajištění zvýšení bezpečnosti potravin. S ohledem na ochranu zdraví spotřebitelů je potřeba znovu přehodnotit regulační rámec a tím usnadnit provádění právních předpisů.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Christel Schaldemose relatif à l'application de la législation sur les matériaux destinées à entrer en contact avec des denrées alimentaires.

Il était important pour moi de soutenir ce règlement qui vise à protéger la santé publique et les intérêts des consommateurs. Ce rapport est donc l'occasion d'inviter la Commission à revoir le cadre actuel afin de faciliter l'évaluation des risques, la traçabilité, la conformité et le contrôle de ses matériaux.

J'ai soutenu l'interdiction au niveau européen du bisphénol A présent dans les matériaux en contact avec des denrées alimentaires, une disposition déjà en vigueur en France depuis janvier 2015. Je me réjouis de l'adoption de ce rapport qui contribue à renforcer les politiques européennes de santé publique.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Τα υλικά που έρχονται σε επαφή με τρόφιμα (FCM) χρησιμοποιούνται ευρέως στην καθημερινή ζωή λαμβάνοντας τη μορφή της συσκευασίας των τροφίμων, των μαγειρικών σκευών, των επιτραπέζιων σκευών κ.λπ. Ο κανονισμός καθορίζει τις γενικές απαιτήσεις ασφάλειας που ισχύουν για όλα τα πιθανά υλικά και αντικείμενα που έρχονται σε επαφή με τρόφιμα· προβλέπει επίσης τη δυνατότητα θέσπισης ειδικών μέτρων για τα δεκαεπτά υλικά που απαριθμούνται στο Παράρτημα 1 του κανονισμού-πλαίσιο. Μέχρι στιγμής, έχουν ληφθεί ειδικά μέτρα που έχουν εγκριθεί σε επίπεδο ΕΕ για μόνο τέσσερα FCM: πλαστικό (συμπεριλαμβανομένου του ανακυκλωμένου πλαστικού), κεραμικά, αναγεννημένη κυτταρίνη και ενεργά και νοήμονα υλικά. Είναι απαραίτητη η ανάληψη δράσης σε επίπεδο ΕΕ για την αντιμετώπιση των προβλημάτων που δημιουργεί τόσο η απουσία συγκεκριμένων μέτρων της ΕΕ όσο και τα κενά στην αξιολόγηση των κινδύνων, την ιχνηλασιμότητα, την τήρηση και τον έλεγχο. Ψήφισα συνεπώς υπέρ της έκθεσης.

Jarosław Kalinowski (PPE), *na piśmie*. – Każdy z nas ma do czynienia z materiałami mającymi bezpośredni kontakt z żywnością: z naczyniami, w których spożywamy posiłki, z akcesoriami, których używamy do ich transportu, czy z opakowaniami, w których są sprzedawane gotowe produkty. Niejednokrotnie też zastanawiamy się nad ich składem i właściwościami, wybierając takie artykuły, które według nas są bezpieczne dla żywności, którą spożywamy, a tym samym nie mają szkodliwego wpływu na nasze zdrowie.

Ponieważ bezpieczeństwo żywności jest priorytetowym zagadnieniem polityki UE, materiały przeznaczone do kontaktu z żywnością podlegają restrykcyjnym przepisom unijnym, zawartym obecnie w rozporządzeniu (WE) nr 1935/2004. Określone w nim wymogi bezpieczeństwa dotyczą siedemnastu różnych materiałów, wobec których istnieje możliwość przyjęcia szczególnych środków. Jednak na poziomie unijnym nadzwyczajne środki przyjęto jedynie w odniesieniu do czterech ich rodzajów: ceramiki, celulozy, tworzyw sztucznych i tzw. materiałów inteligentnych. W przypadku pozostałych materiałów państwa członkowskie mogą przyjmować specjalne przepisy wedle własnego uznania.

Taka sytuacja prowadzi niestety do powstawania różnych norm bezpieczeństwa produktów, zaburzeń na rynku wewnętrznym, utraty konkurencyjności oraz zwiększenia cen artykułów spożywczych. Dlatego niezbędne jest ujednolicenie przepisów, zarówno w kwestii norm produkcji, jak i regularnych kontroli żywności (w tym pasz, co wydaje się szczególne ważne w dobie epidemii ASF). Tym samym ochronimy zdrowie konsumentów i usprawnimy funkcjonowanie naszego rynku.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für den vorliegenden Initiativbericht. Verbraucher sind heute zahlreichen bedenklichen Chemikalien ausgesetzt, darunter perfluorierten Verbindungen und endokrinen Disruptoren, die chronische Krankheiten hervorrufen können. Der Verbraucherschutz ist mir ein wichtiges Anliegen, weshalb ich die hier vertretenen Forderungen unterstütze.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report as it calls for stronger rules to protect consumers from harmful substances in food packaging.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Mithilfe des Berichts sollen für alle Lebensmittelkontaktmaterialien Einzelmaßnahmen auf der EU-Ebene erstellt werden, was ich für zweckdienlich und mit positiven Effekten für alle Beteiligten verbunden halte. Leider sieht der Bericht auch vor, dass in einigen Lebensmittelkontaktmaterialien enthaltene Bisphenol A (BPA) massiv zu regulieren.

BPA wird zur Herstellung von vielen Kunststoffen verwendet und hat deshalb eine enorme technische und wirtschaftliche Bedeutung. Die Kunststoffe an sich sind biologisch in der Regel vollkommen harmlos, können aber das in ihnen enthaltene BPA an Lebensmittel abgeben. BPA ist dafür bekannt, dass es eine negative Wirkung ähnlich dem weiblichen Geschlechtshormon Östrogen hat.

Was der Berichterstatter jedoch in seinem sehr ausführlichen Bericht verschwiegen hat, ist die von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) im Januar 2015 durchgeführte Neubewertung. Das Ergebnis der EFSA sagt, dass die Menge an BPA, der der Konsument ausgeliefert ist, selbst bei einem kombinierten Kontakt durch sowohl Lebensmittel als auch Kosmetika deutlich unter der sicheren Obergrenze liegt. Laut EFSA 2015 stellt BPA für keine Altersgruppe ein Gesundheitsrisiko dar.

Die starke Regulierung des wirtschaftlich relevanten BPA lässt sich deswegen aus wissenschaftlicher Perspektive nicht belegen. Folglich habe ich den Bericht abgelehnt.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Dne 6. 10. 2016 jsme na plenárním zasedání Evropského parlamentu ve Štrasburku hlasovali o usnesení o uplatňování nařízení o materiálech určených pro styk s potravinami. Materiály určené pro styk s potravinami se široce používají v našem každodenním životě a to nejčastěji v podobě obalů pro potraviny, kuchyňského náčiní, nádobí atd. Rozdílné materiály, jsou-li v kontaktu s jídlem, se mohou chovat velmi odlišně, často tak přenáší své složky přímo do dané potraviny. V takových případech mohou tyto chemické látky ohrozit lidské zdraví tím, že nepříznivě mění složení dané potraviny. Jak dlouhodobě razím v případě problematiky endokrinních disruptorů, se kterými obalové materiály taktéž úzce souvisí, je třeba velmi pečlivě sledovat, které chemikálie jsou nám výrobci do jídla a životního prostředí podstrkovány. Současný stav je takový, že evropská legislativa upravuje pouze určité vybrané materiály a zdrojové nařízení je již dosti zastaralé. Např. vůbec nereflektuje zásadní vědecká zjištění týkající se škodlivosti již zmíněných endokrinních disruptorů. Proto zpravodaj správně vyzývá Evropskou komisi k jeho revizi. K textu jsem podala s kolegy jeden pozměňovací návrh týkající se zákazu bisfenolu A (BPA). Dokument jsem ráda podpořila, neboť jde, dle mého názoru, správným směrem.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – Food contact materials are used in everyday life in food packaging, kitchen utensils, tableware, etc. In some case, chemicals can emanate from these materials and endanger human health. It is essential to provide at EU level specific measures to address the gap in assessment, enforcement, traceability and control of food contact materials. For GUE/NGL, the EU should seek to achieve proper regulation for all types of food contact materials. I voted in favour of this report since it can address the main gap and implement proper EU regulation.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Voto a favore dell'attuazione del regolamento riguardante i materiali e gli oggetti destinati a venire a contatto con i prodotti alimentari. Dei materiali a contatti con gli alimenti (MCA) fanno parte gli utensili, le stoviglie e gli imballaggi per alimenti, e altri strumenti che vengono utilizzati giornalmente. Questi, ognuno a seconda della propria formazione, quando a contatto con gli alimenti, potrebbero trasferire sostanze chimiche che potrebbero avere effetti sulla salute umana.

Esiste una norma europea che regolamenta la composizione e l'uso dei MCA, per la protezione dei consumatori. Tale regolamento, ora in atto, è stato adottato per la plastica, le ceramiche, la cellulosa rigenerata e i materiali attivi e intelligenti. Risulta necessario avviare una maggiore armonizzazione a livello europeo, e rivedere il quadro normativo mettendo in atto le raccomandazioni presentate in questa relazione, supportandone l'attuazione verso il raggiungimento degli obbiettivi e verso la tutela della salute dei cittadini.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport car il cherche à protéger la santé publique contre des substances dangereuses en contact avec les aliments, notamment le bisphénol A. Il a en outre le mérite de dénoncer les errements de la Commission de Bruxelles et de l'Autorité européenne de sécurité des aliments (EFSA).

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Les «matériaux et objets destinés à entrer en contact avec des denrées alimentaires» (Food Contact Material = FCM) sont constitués des matériaux qui entrent en contact avec les aliments à toutes les étapes de la chaîne de production et de consommation: conteneurs, emballages, couverts de table, etc.

Nous sommes favorables à ce rapport à charge contre la Commission et l'EFSA. Le rapport et les recommandations de révision du règlement 1935/2004 vont dans le bon sens: la couverture de 13 matériaux non concernés par la législation actuelle par des mesures européennes, la prise en compte de l'effet cocktail, la protection des femmes enceintes et les mesures techniques sur le bisphénol. En outre, le texte appelle à une harmonisation du règlement «REACH» (1907/2006) en ce qu'il contient des dispositions contradictoires avec les directives FCM. J'ai donc voté en faveur de ce rapport.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque el Reglamento establece los requisitos generales de seguridad que son aplicables a todos los posibles materiales y objetos en contacto con alimentos. Los Estados miembros podrán adoptar medidas específicas a nivel nacional, y algunos ya lo han hecho en relación a los materiales más utilizados como el papel y cartón, los metales y aleaciones, vidrio, revestimientos, siliconas, cauchos, y tintas de impresión.

Pero en el caso de algunos materiales específicos las medidas específicas adoptadas por un Estado miembro pueden ser diferentes a las de otro Estado miembro, es decir, se han creado diferentes normas para la seguridad del producto. Ahora bien, el informe destaca que es fundamental adoptar medidas específicas de la Unión para los restantes materiales no armonizados, y para mejorar las propiedades de reutilización y reciclado de estos materiales para mejorar su absorción en la economía circular.

En cuanto a las pruebas deben basarse en normas uniformes y debe examinarse el «efecto cóctel» general de los materiales, lo que ayudaría a identificar y prevenir el uso de sustancias que son disruptores endocrinos. En general, hay un énfasis en la necesidad de mejorar en gran medida las medidas de trazabilidad así como la aplicación y el fortalecimiento de los controles.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe ya que la Unión debe buscar una regulación adecuada para todo tipo de materiales y objetos destinados a entrar en contacto con alimentos, incluida la prohibición del uso de disruptores endocrinos y otras sustancias altamente preocupantes.

La actual legislación de la Unión sobre FCM permite productos químicos que están prohibidos bajo otras leyes de la Unión. No se está evaluando buena parte de las substancias presentes en los materiales y objetos destinados a entrar en contacto con alimentos. Este es el caso de las llamados «sustancias no intencionadamente añadidos» («NIAS») que son las impurezas de las sustancias añadidas intencionadamente o sustancias resultantes de las reacciones químicas (como productos de descomposición o subproductos formados durante la proceso de producción), que están presentes en el material acabado.

También hay que señalar que, en su procedimiento de evaluación de riesgos, la Agencia Europea de Seguridad Alimentaria (AESA) no tiene en cuenta el llamado «efecto cóctel» y las exposiciones múltiples (resultante de productos químicos -incluso en dosis bajas- de diferentes fuentes). Todo esto debe ser abordado por la EFSA tan pronto como sea posible.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – El presente informa recuerda que el Reglamento n.º 1935/2004 establece requisitos generales para evitar que determinados materiales, al entrar en contacto con los alimentos, transfieran sustancias en cantidades tales que puedan ocasionar problemas en la salud humana o provoquen una modificación de la composición de los alimentos o un deterioro de las características organolépticas de estos. Para ese fin, establece un listado de diecisiete materiales y objetos en contacto con alimentos que pueden ser objeto de medidas específicas.

El problema que ha señalado el informe es que, de ese listado, solamente cuatro materiales u objetos están sujetos a medidas específicas de la Unión Europea, mientras que el resto están sujetos a la posibilidad de que los Estados miembros adopten disposiciones nacionales. Así, la legislación sobre estas medidas nacionales es dispar y el principio de reconocimiento mutuo no funciona, por lo que no pueden quedar garantizados ni el funcionamiento eficaz del mercado interior, ni un notable nivel de protección de los consumidores.

Doy mi voto favorable al informe, porque una mayor armonización en la Unión Europea, como se señala en él, es necesaria para hacer frente a las carencias en la aplicación del Reglamento n.º 1935/2004.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE), *na piśmie*. – Uważam, że muszą istnieć na szczeblu Unii Europejskiej czytelne i spójne procedury dotyczące materiałów przeznaczonych do kontaktu z żywnością, zwłaszcza, że żywność może stanowić jedną z najważniejszych dróg narażania ludzi na kontakt z chemikaliami. Wiemy, że materiały, które wchodzą w kontakt z żywnością, w zależności od ich składu i właściwości mogą zachowywać się w różny sposób. Niektóre toksyny uwalniają się pod wpływem ciepła, inne w niskich temperaturach, a nawet w lodówce może dojść do przenikania toksyn do produktów spożywczych. W związku z tym procedury kontroli takich materiałów muszą podlegać ciągłym weryfikacjom, gdyż zdrowie powinno być dla nas wszystkich priorytetową wartością. Popierając te zapisy głosowałam za przyjęciem sprawozdania Christel Schaldemose w sprawie wykonania rozporządzenia w sprawie materiałów przeznaczonych do kontaktu z żywnością.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report, which seeks to harmonise law regarding food contact materials, incorporating paper, cardboard and other such materials.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Je sice důležité, aby obaly potravin neohrožovaly v nich balené potraviny, ale nesouhlasím s výzvou Komisi, aby prioritně „připravila normy na papír a karton", to jen povede k nadbytečné regulaci.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Nadzor i kontrolne mjere vezane uz materijale koji dolaze u dodir s hranom (FCM-ova) na tržištu Europske unije bitni su za održavanje sigurnosti i upravljanje potencijalnim rizikom ljudske izloženosti opasnim kemikalijama. Posljedično, potrebno je daljnje usklađivanje pravila vezanih uz FCM-ove na područjima procjene rizika te provedbe i kontrole sukladnosti. Neke institucije, kao što je Europska agencija za sigurnost hrane, bave se pitanjima materijala koji dolaze u dodir s hranom, no njihovo djelovanje je ograničeno. Kontrole koje države moraju provoditi u skladu s Uredbom o službenim kontrolama hrane i hrane za životinje rijetko su redovite. Prakse provođenja kontrola različite su u državama članicama EU-a, a dokumentacija koja dolazi uz tu kontrolu često je nedostupna ili nepotpuna.

Kako bi se osigurao učinkovit nadzor nad FCM-ovima unutar EU-a, potrebno je popuniti praznine u procjeni rizika, slijediti materijale u svakom dijelu lanca opskrbe te osigurati sukladnost i uspješno provođenje kontrola. Postojeći okvir mjera treba biti prilagođen kako bi se bolje ostvarili ciljevi očuvanja i zaštite zdravlja potrošača te bolje učinkovitosti postojećeg unutarnjeg tržišta hrane.

Zbog predstojećih tvrdnji podržala sam ovo izvješće, jer smatram da standardi za sigurnosne značajke proizvoda u EU-u moraju osigurati i zaštititi zdravlje potrošača te olakšati kontrole u državama članicama.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – I support report author's suggestion to continue with further scientific research into non-intentionally added substances as, in contrast to known hazardous substances, their identity and structure, especially in plastics, are often unknown and extend the concept of vulnerable groups to pregnant and breastfeeding women and to include the potential effects of low-dose exposure and non-monotonic dose responses in the risk assessment criteria.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Potravinová bezpečnosť je základným ľudským právom. Zahŕňa aj bezpečnosť materiálov prichádzajúcich do styku s potravinami. Platné nariadenie o týchto materiáloch stanovuje všeobecné bezpečnostné požiadavky a zároveň upravuje možnosť prijatia osobitných opatrení pre sedemnásť materiálov uvedených v prílohe k rámcovému nariadeniu. Takéto opatrenia sa doteraz prijímali len pre štyri materiály: plast (vrátane recyklovaného plastu), keramiku, regenerovanú celulózu a aktívne a inteligentné materiály. Posúdenia vykonávania nariadenia na úrovni EÚ poukázalo na nedostatočnosť pri vykonávaní právnych predpisov a na potrebu ďalšej záväznej harmonizácie v oblasti materiálov prichádzajúcich do styku s potravinami. Podporujem návrh, ktorý žiada Komisiu, aby účinnou spoluprácou a koordináciou s členskými štátmi a dotknutými organizáciami a s využitím nových moderných postupov a poznatkov zintenzívnili výskum a posudzovanie rizík materiálov. Je potrebné zaviesť, vyhlásenie o zhode a zvýšiť vysledovateľnosť materiálov z tretích krajín tak, aby sa zabezpečila jednotná vysoká úroveň ochrany zdravia.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την εφαρμογή του κανονισμού για τα υλικά που έρχονται σε επαφή με τρόφιμα για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 5/10/2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

Il existe aujourd'hui une législation européenne sur les *Food Contact Material* (FCM), c'est à dire les «matériaux et objets destinés à entrer en contact avec des denrées alimentaires». Cette règlementation a pour objet de définir des normes sur les limites que les FCM peuvent avoir sur le goût des aliments et sur l'altération de la composition ou de la texture des denrées alimentaires. Le texte voté propose de couvrir plus de matériaux, de prendre en compte l'effet cocktail (le résultat de l'interaction de plusieurs FMC), et enfin d'harmoniser des règlements contradictoires, ce que nous approuvons.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την έκθεση σχετικά με την εφαρμογή του κανονισμού για τα υλικά που έρχονται σε επαφή με τρόφιμα, γιατί όταν έρθουν σε επαφή με τα τρόφιμα και ανάλογα με την σύνθεση και τις ιδιότητές τους, τα διάφορα υλικά συμπεριφέρονται διαφορετικά και μπορούν να μεταφέρουν συστατικά τους στα τρόφιμα. Πολλές φορές τα κράτη μέλη θεσπίζουν ειδικά μέτρα σε εθνικό επίπεδο αλλά τα μέτρα αυτά μπορεί να διαφέρουν από των υπολοίπων κρατών και έτσι προκύπτουν διαφορετικά πρότυπα για την ασφάλεια των προϊόντων. Γι` αυτούς τους λόγους, είναι απαραίτητη η ανάληψη δράσης από την ΕΕ για την αντιμετώπιση τόσο της έλλειψης συγκεκριμένων μέτρων, όσο και των κενών που υπάρχουν στην αξιολόγηση των κινδύνων, στην τήρηση των κανόνων αλλά και στον έλεγχο.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht beschäftigt sich mit der Verbesserung der Kontrolle und Regulierung von Lebensmittelkontaktmaterialien. Da die Verbraucher bis dato zahlreichen bedenklichen Chemikalien ausgesetzt werden, muss deren Regulierung vorangetrieben werden. Daher habe ich dem Bericht zugestimmt.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu EP pranešimui, kuriame aptariamas Reglamentas dėl žaliavų ir gaminių, skirtų liestis su maistu. Teisės aktais siekiama išlaikyti aukštą vartotojų apsaugos lygį ir sykiu užtikrinti veiksmingą su maistu besiliečiančių medžiagų prekių vidaus rinkos veikimą.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Les matériaux destinés à entrer en contact avec des denrées alimentaires sont couramment utilisés dans la vie quotidienne: emballages alimentaires, ustensiles de cuisine, vaisselle, etc. En fonction de leur composition et de leurs propriétés, ces différents matériaux peuvent transférer leurs constituants aux aliments. Ainsi, les produits chimiques provenant des matériaux peuvent mettre en danger la santé humaine ou modifier de manière négative la composition des produits alimentaires.

Un règlement de l'UE adopté en 2004 vise à garantir un niveau élevé de protection des consommateurs pour les produits qui contiennent des matériaux destinés à entrer en contact avec des denrées alimentaires.

Le rapport détaille les lacunes de ce règlement. Aussi constate-t-il qu'un «certain nombre de substances présentes dans les matériaux destinés à entrer en contact avec des denrées alimentaires ne font actuellement l'objet d'aucune évaluation». Il préconise en outre «l'adoption de mesures spécifiques pour les 13 matériaux (colle, silicone,…) qui ne sont pas encore réglementés au niveau de l'Union». Il émet également des critiques sur les modalités d'évaluation appliquées par l'agence européenne (EFSA), qui ne tient compte «ni de l'effet "cocktail" ni de celui des expositions multiples, concomitantes et cumulatives».

Je vote pour ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Les «matériaux et objets destinés à entrer en contact avec des denrées alimentaires» (Food Contact Material = FCM) sont constitués des matériaux qui entrent en contact avec les aliments à toutes les étapes de la chaîne de production et de consommation: conteneurs, emballages, couverts de table, etc.

Nous sommes favorables à ce rapport à charge contre la Commission et l'EFSA. Le rapport et les recommandations de révision du règlement 1935/2004 vont dans le bon sens: la couverture de 13 matériaux non concernés par la législation actuelle par des mesures européennes, la prise en compte de l'effet cocktail, la protection des femmes enceintes et les mesures techniques sur le bisphénol. En outre, le texte appelle à une harmonisation du règlement «REACH» (1907/2006) en ce qu'il contient des dispositions contradictoires avec les directives FCM. J'ai donc voté en faveur de ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Os materiais destinados a entrar em contacto com os alimentos são amplamente utilizados no quotidiano na forma de embalagens de alimentos, utensílios de cozinha, louças, etc. Quando colocados em contacto com os alimentos, dependendo da sua composição e propriedades, os diferentes materiais podem apresentar comportamentos diferentes, transferindo os seus constituintes para os alimentos. Nesses casos, os químicos emanados dos materiais destinados a entrar em contacto com os alimentos podem colocar em perigo a vida humana ou alterar negativamente a composição dos géneros alimentícios. A presente legislação visa salvaguardar um elevado nível de proteção dos consumidores, assegurando simultaneamente o funcionamento eficaz do mercado interno dos materiais destinados a entrar em contacto com os alimentos. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as further harmonisation across the Union and implementation of existing measures are steps in the right direction to increase citizens' protection against the harmful effects caused by certain materials used in food packaging.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — Het Europees Parlement geeft de hoogste prioriteit aan voedselveiligheid. En terecht, want veilig voedsel gaat niet alleen over wat je op je bord krijgt, maar ook over de materialen waarin voedingswaren worden bereid, opgediend, bewaard of verpakt. Potentieel toxische bestanddelen in verpakkingen kunnen het voedsel verontreinigen, wat bijkomende gezondheidsrisico's oplevert voor de gebruiker. Een aantal van die stoffen wordt dan weer in verband gebracht met chronische ziekten, stofwisselingsstoornissen, allergieën en neurologische defecten. Door het gebruik van deze stoffen te bannen uit producten die in contact staan met voeding, doe je niet alleen aan gerichte preventie, je bespaart ook op de uitgaven in de gezondheidszorg. In een ééngemaakte Europese markt is het uitermate belangrijk een gelijk speelveld te creëren en de consument, waar hij ook woont, dezelfde veilige producten te garanderen. Als de aanbevelingen in dit rapport worden uitgevoerd, zullen belangrijke stappen vooruit zijn gezet om de voedselveiligheid, een hoger beschermingsniveau van de consument en een goede werking van de interne markt voor FCM te waarborgen. Een betere samenwerking en coördinatie tussen de lidstaten inzake het systeem voor snelle waarschuwingen voor levensmiddelen moet er bovendien toe bijdragen dat gezondheidsrisico's sneller en doeltreffender worden vermeden.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — Materiály prichádzajúce do styku s potravinami (FCMs) sa využívajú na každodennej báze a podliehajú právne záväzným predpisom na úrovni EÚ (nariadenie (ES) č. 1935/2004). Doposiaľ sa osobitné opatrenia na EÚ úrovni vzťahovali iba na 4 materiály FCMs: plast (vrátane recyklovaného plastu), keramika, regenerovaná celulóza a aktívne a inteligentné materiály. Pri ostatných FCMS môžu členské štáty prijať osobitné opatrenia na národnej úrovni. To vedie k tvorbe rôznych štandardov týkajúcich sa bezpečnosti výrobkov, pretože osobitné opatrenia prijaté jedným členským štátom sa môžu líšiť od opatrení iného členského štátu. Okrem toho absencia konkrétnych opatrení EÚ pre ostatné FCMs vytvára bariéry vo vnútornom trhu, zvýšené náklady s tým spojené často nesie na pleciach spotrebiteľ, a tým dochádza k strate konkurencieschopnosti a inovácii. Ďalšia harmonizácia neharmonizovaných materiálov by bola pozitívnym krokom. Prioritu by mali materiály, ktoré predstavujú konkrétne riziko pre ľudské zdravie a po ktorých je väčší dopyt na trhu EÚ (ako je papier a kartón vrátane recyklovaného papiera a kartónu, náterov, tlačiarenských farieb a lepidiel). V záujme väčšej efektivity je tiež potrebné vyriešiť nedostatky pri výkone existujúcich právnych predpisov a posilniť financovanie Európskeho úradu pre bezpečnosť potravín (EFSA), ktorý zohráva kľúčovú úlohu pri posudzovaní rizika FCMs.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report because the current legislation on Food Contact Materials (FCMs) needs to be revised with some urgency in order to provide a better level of health protection. It is essential to ensure that substances coming in contact with foodstuffs do not present health risks, specific EU measures for non-harmonised materials should also be adopted to create a level playing field and better control standards across Member States. The focus should, in particular, be on risk assessment, traceability as well as enforcement and controls.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az élelmiszerekkel érintkezésbe kerülő anyagokat a mindennapokban széles körben használják élelmiszerek csomagolására, valamint konyhai eszközök, evőeszközök stb. formájában. Ezek az anyagok jogilag kötelező erejű uniós szintű szabályok hatálya alá tartoznak, amelyeket az 1935/2004/EK keretrendelet határoz meg. A rendelet olyan általános biztonsági követelményeket állapít meg, amelyek az élelmiszerekkel esetlegesen érintkezésbe kerülő valamennyi anyagra és termékre alkalmazandók, de lehetőséget biztosít arra is, hogy külön intézkedéseket fogadjanak el a keretrendelet I. mellékletében felsorolt tizenhét anyagra vonatkozóan.

Eddig azonban mindössze négy ilyen anyagra vonatkozóan fogadtak el uniós szintű külön intézkedéseket: a műanyagra, a kerámiákra, a regenerált cellulózra, valamint az aktív és intelligens anyagokra. Az élelmiszerekkel érintkezésbe kerülő többi anyagra (pl. papír és kartonpapír, fémek és ötvözetek, üveg, bevonó anyagok, szilikonok, gumik, valamint nyomdafestékek) a tagállamok nemzeti szinten fogadhatnak el külön intézkedéseket. Az I. mellékletében felsorolt anyagok többségére vonatkozó külön uniós intézkedések hiánya belső piaci korlátozásokhoz vezetett, valamint a versenyképesség és az innováció elvesztéséhez.

A Környezetvédelmi, Közegészségügyi és Élelmiszer-biztonsági Bizottság állásfoglalás-tervezete óvatosan sürgeti a nem harmonizált 13 anyag uniós szintű további harmonizációját, elsőbbséget adva azon anyagoknak, amelyek különös veszélyt jelentenek az emberi egészségre, vagy amelyek iránt nagyobb a kereslet az uniós piacon. A jelentést megszavaztam.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Je suis favorable à ce rapport à charge contre la Commission et l'EFSA.

D'autre part, les recommandations de révision du règlement (CE) nº 1935/2004, et en particulier la prise en compte de l'effet cocktail, la protection des femmes enceintes et les mesures techniques sur le bisphénol, me semblent de bon sens. Je vote donc pour.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif aux matériaux destinés à entrer en contact avec les denrées alimentaires via les emballages, les ustensiles de cuisine, la vaisselle… Il est nécessaire de mettre en place au niveau européen une harmonisation des différentes mesures prises par les États membres pour garantir au citoyen qu'il ne trouvera pas dans son alimentation des éléments nocifs pour sa santé. C'est l'objectif de ce texte.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. — Подкрепих доклада на г-жа Шалдемозе, свързан с прилагането на Регламента относно материалите, предназначени за контакт с храни, тъй като смятам, че материалите, които не са регулирани със специални мерки на ЕС, могат да представляват риск за общественото здраве и да доведат до загубата на доверие от страна на потребителите. Предприемането на единни мерки относно качеството на храните ще подпомогне за опазването на околната среда и доброто функциониране на вътрешния пазар.

Налице е несигурност относно идентифицирането на всички материали, които са предназначени за контакт с храни и могат да представляват риск относно качеството на продуктите. Проследяването на материалите трябва да се осигури на всички етапи от веригата на доставки, за да бъде улеснен контролът, изтеглянето на дефектните продукти, информирането на потребителите и определянето на отговорността.

Споделям идеята за изграждане на единни стандарти на ЕС за аналитично изпитване на определени категории материали и продукти, предназначени за контакт с храни. Тази система би улеснила прилагането на правната рамка от всички държави членки, като също така би спомогнала за утвърждаването на свободното движение на вече контролирани продукти между държавите членки.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Egyre népszerűbbé válik a tudatos étkezés társadalmunkban. Az emberek kezdenek jobban odafigyelni arra, hogy miből készülnek az általuk vásárolt termékek, sokan azonban nem is sejtik, mennyi vegyi anyaggal kerül az adott étel kapcsolatba. Biztosítanunk kell a vásárlókat arról, hogy a csomagolással való érintkezésük során a különböző termékekbe nem kerülnek olyan anyagok, amik az emberi egészségre károsak lehetnek. Az Európai Unió már rendelkezik egy ilyen nyilvántartással, és a mai szavazatommal támogattam, hogy a lista új anyagokkal bővüljön. Ezen felül gondoskodnunk kell arról, hogy a nyilvántartás aktualitása felügyelve legyen, valamint arról is, hogy mindenki számára könnyű hozzáférést biztosítsunk.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Before its consumption, food comes into contact with many materials during its production, processing, storage, preparation and serving. These materials are known as food contact materials (FCMs). I have voted in favour of this report that will set out general safety requirements applicable to all FCMs.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Jednou z oblastí, na kterou by se EU měla v souvislosti s materiály určenými pro styk s potravinami zaměřit, je zlepšení sledovatelnosti a souladu těch dovážených ze třetích zemí s předpisy, a to prostřednictvím požadavku předkládat řádné a kompletní identifikační dokumenty a prohlášení o shodě. Dovážené materiály určené pro styk s potravinami musí odpovídat normám EU, a chránit tak veřejné zdraví a zajišťovat spravedlivou hospodářskou soutěž. V souvislosti s výrobky pocházejícími z EU si nemyslím, že bychom potřebovali novou nebo přísnější regulaci na úrovni EU. Postačí, budeme-li schopni sjednotit míru vymáhání právních předpisů regulujících materiály určené pro styk s potravinami uvnitř EU, v níž zatím mezi jednotlivými státy panují mnohdy výrazné rozdíly. Nezbytným předpokladem je lepší výměna údajů mezi členskými státy.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da Verbraucher zahlreichen bedenklichen Chemikalien ausgesetzt sind, darunter auch perfluorierte Verbindungen und Chemikalien mit endokriner Wirkung wie Bisphenole und Phthalate. Die genannten Chemikalien können zu chronischen Krankheiten oder Entwicklungsstörungen führen. Ich bin dafür, dass die Mitgliedstaaten selbstständig Maßnahmen setzen dürfen, wenn die Europäische Union das Vorsorgeprinzip nicht mehr verfolgt.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. ELi tegevus on vajalik, et paremini kaitsta tarbijate tervist ja siseturu tõhusamat toimimist.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Τα τρόφιμα, πριν από την τελική κατανάλωσή τους, έρχονται σε επαφή με πολλά υλικά και αντικείμενα κατά τα διάφορα στάδια της παραγωγής, της επεξεργασίας, της αποθήκευσης, της παρασκευής και της διάθεσης τους. Τα υλικά αυτά πρέπει να είναι επαρκώς αδρανή, ώστε τα συστατικά τους να μην επηρεάζουν δυσμενώς ούτε την υγεία των καταναλωτών ούτε την ποιότητα των τροφίμων. Καθώς το φαγητό είναι μία από τις σημαντικότερες οδούς έκθεσης του ανθρώπου σε χημικά, υλικά που έρχονται σε επαφή με τρόφιμα υπόκεινται σε νομικά δεσμευτικούς κανόνες σε επίπεδο ΕΕ. Επομένως υπερψήφισα την έκθεση σχετικά με την εφαρμογή του κανονισμού για τα υλικά που έρχονται σε επαφή με τρόφιμα διότι επιδιώκει να διασφαλίσει υψηλό επίπεδο προστασίας των καταναλωτών και παράλληλα εξασφαλίζεται η αποτελεσματική λειτουργία της εσωτερικής αγοράς σε σχέση με τα προϊόντα που έρχονται σε επαφή με τρόφιμα.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – We in UKIP believe that the safety of food contact materials must be seriously evaluated as chemicals can easily migrate from the materials into food. However, Member States should be free to adopt specific measures at national level so that FCMs can comply with good manufacturing practices.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this report as I believe it will benefit the EU citizens by making food contact materials safer. The report points out the need to urgently tackle current shortcomings in the implementation and enforcement of the legislation in place. According to the report, the focus should, in particular, be on risk assessment and traceability as well as enforcement and controls.

Alojz Peterle (PPE), *pisno*. – Podprl sem poročilo, katerega ključni prispevek je spodbuditi potrebne ukrepe na ravni EZ, da se zapolni vrzeli, ki posledica pomanjkanja posebnih ukrepov za nekatere materiale ter pomanjkljivosti pri skladnosti in nadzoru.

Obravnava v Parlamentu je pokazala, da so materiali, ki se uporabljajo v embalaži za živila, tema, ki si nedvomno zasluži več pozornosti. Preverili smo izvajanje relevantne uredbe in pri tem ugotovili zaskrbljujoča dejstva.

Naš cilj je spodbujanje razvoja materialov in izdelkov, ki bi bili varni, primerni za ponovno uporabo in reciklirani, s čimer bi tudi prispevali k prizadevanjem Zveze za vzpostavitev bolj učinkovitega krožnega gospodarstva.

Marijana Petir (PPE), *napisan.* – Podupirem rezoluciju o provedbi Uredbe o materijalima i predmetima koji dolaze u dodir s hranom. Smatram da trebamo uvesti zajedničke mjere na razini cijelog EU-a za većinu materijala koji dolaze u kontakt s hranom jer djelovanje u skladu sa zahtjevima različitih nacionalnih pravila nije ni učinkovito ni djelotvorno za postizanje ciljeva.

Također je važno da proizvođači i prerađivači daju potpune informacije te da postoji dobra razina suradnje između znanstvenih tijela i laboratorija u svim državama članicama kako bi se osigurala zdravstvena ispravnost hrane, ali i omogućile tehnološke inovacije u budućnosti bazirane na jasnim i jedinstvenim pravilima.

U skladu s jednim od glavnih ciljeva Uredbe, a to je zaštita ljudskog zdravlja, Komisija bi pri određivanju graničnih vrijednosti migracija s materijala koji se smatraju sigurnima za ljudsko zdravlje trebala ispitati i posljedice učinka interakcije i višestrukih izlaganja takvim materijalima.

Zaključak je da je potrebno djelovati na razini EU-a kako bi se pristupilo problemu nedostatka posebnih mjera EU-a te praznina u procjeni rizika, sukladnosti i provođenju kontrola.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto.* – La protezione della salute dei cittadini è, come è giusto che sia, in cima alle nostre preoccupazioni. L'attuale legislazione sui materiali e gli oggetti destinati a venire a contatto con i prodotti alimentari deve essere rivista al più presto, per assicurare che questi materiali non presentino rischi per la salute. Particolare attenzione va posta sulla valutazione del rischio, sulla tracciabilità, sull'efficacia della regolamentazione e sui controlli.

Questi materiali sono largamente usati, ogni giorno, per il confezionamento dei prodotti alimentari, per la loro conservazione, per gli utensili da cucina e così via. A seconda del loro uso e composizione chimica, possono alterare le proprietà del cibo e rilasciare sostanze tossiche o che interferiscono con il sistema endocrino. È necessario, perciò, elaborare test analitici e tossicologici a cui sottoporre questi materiali, per garantire il massimo grado di sicurezza per i consumatori e, quando possibile, prevedere l'uso di materiali alternativi più sicuri. Allo stesso tempo, va incentivato il riuso e il riciclo nel quadro dello sviluppo dell'economia circolare.

Sostengo quindi pienamente le misure proposte dalla relazione, e auspico che la Commissione le metta in pratica al più presto possibile.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – U pogledu nacionalnih mjera se ne primjenjuje načelo uzajamnog priznavanja pa nije moguće zajamčiti učinkovito djelovanje unutarnjeg tržišta i visoku razinu zaštite zdravlja. Preporučujem uvođenje ujednačenih standarda EU-a za analitičko ispitivanje kategorija materijala koji dolaze u dodir s hranom. Daljnje mjere bi na razini EU-a dale poticaj poduzećima da razviju sigurne FCM-ove koji se mogu reciklirati i ponovno rabiti, doprinijele naporima EU-a da se uspostavi djelotvornije kružno gospodarstvo. Punu pozornost treba posvetiti usvajanju posebnih mjera za 13 materijala koji još uvijek nisu regulirani na razini EU-a.

Posebno podržavam dodatna istraživanja nanomaterijala, s obzirom na to da znanstveno još uvijek nije sa sigurnošću utvrđen njihov učinak na zdravlje ljudi. Nanomaterijali bi trebali biti podložni postupku davanja odobrenja za korištenje. Potrebna je i revizija regulacije keramike. Pozivam Komisiju da poveća razinu financiranja EFSA-e s obzirom na dodatan rad potreban zbog povećane potrebe za provođenjem procjene rizika. Odsutnost specifičnih mjera potiče pojavu barijera na unutarnjem tržištu, s povećanim troškovima koje se često prebacuje na teret potrošača. Države članice moraju zajamčiti nužno osoblje i opremu za provođenje ujednačenih, robusnih i sustavnih kontrola, kao i za uspostavu sustava odvraćajućih kazni u slučaju nesukladnosti.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito.* – Este relatório aborda a necessidade de revisão do regulamento relativo aos materiais de contacto com alimentos (FCM), largamente utilizados na vida quotidiana sob a forma de embalagens de alimentos, utensílios de cozinha, talheres, etc. Quando colocados em contacto com os alimentos estes diferentes materiais podem comportar-se de maneira diferente, transferindo alguns dos seus constituintes para os alimentos – fenómeno designado migração –, podendo alguns pôr em perigo a saúde humana ao contaminar ou alterar adversamente a composição dos géneros alimentícios.

Até ao momento, foram adotadas a nível da UE medidas específicas para apenas quatro FCMs: plástico (incluindo plástico reciclado), cerâmica, celulose regenerada e materiais ativos e inteligentes. Para os outros FCMs, os Estados-Membros podem adotar medidas específicas a nível nacional. Estas medidas podem ser diferentes de Estado-Membro para Estado-Membro, havendo normas diferentes para a segurança do produto dependendo onde este é usado e comercializado.

A atual legislação da UE sobre FCMs permite que se utilizem produtos químicos que são proibidos para outras finalidades. Por outro lado, ignora o efeito de desregulação endócrina, efeitos cancerígenos, mutagénicos ou tóxicos para a reprodução, efeitos de bioacumulação ou outras propriedades nocivas.

Afigura-se, assim, relevante lidar com a falta de medidas específicas e com lacunas na avaliação dos riscos, aplicação, rastreabilidade, conformidade e controle de FCMs.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Il relatore invita la Commissione a rivedere l'attuale quadro normative al fine di agevolare l'attuazione della normativa e di conseguire meglio i suoi obiettivi, ossia la tutela e la protezione della salute dei consumatori e la garanzia di un funzionamento efficace del mercato interno. Il regolamento (CE) n. 1935/2004 definisce i requisiti generali di sicurezza applicabili a tutti i possibili materiali e oggetti destinati a venire a contatto con i prodotti alimentari (MCA); prevede inoltre la possibilità dell'adozione di misure specifiche per i diciassette materiali elencati nell'allegato I del regolamento quadro.

Questa relazione analizza e sviluppa nel merito le seguenti problematiche al fine di poter affrontare con urgenza le attuali carenze nell'attuazione e nell'applicazione della normativa vigente: valutazione del rischio, tracciabilità, applicazione e controlli di conformità. Un'ulteriore constatazione riguarda il fatto che alcuni Stati membri non obbligano le aziende che producono o importano MCA a registrare ufficialmente la loro attività economica, il che rappresenta un notevole ostacolo all'esecuzione degli opportuni controlli.

In conclusione, reputo necessaria un'azione a livello di Unione europea per ovviare alla mancanza di misure specifiche comuni e colmare le lacune in materia di valutazione del rischio, della tracciabilità della conformità e dei controlli. Ho votato a favore della sua approvazione.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport sur la mise en œuvre du règlement concernant les matériaux destinés à entrer en contact avec des denrées alimentaires. Force est de constater que des produits chimiques peuvent parfois provenir de matériaux que nous utilisons tous dans la vie quotidienne: emballages, vaisselle, matériel de cuisine… Le but de ce texte est donc de promouvoir l'harmonisation, au niveau européen, de mesures prises par les États membres. Les lacunes existantes doivent être identifiées pour continuer à protéger contre les risques, et c'est pour cela que j'ai aussi voté pour porter à l'échelle européenne l'interdiction du bisphénol A (BPA) dans tous les matériaux destinés à être en contact avec des denrées alimentaires.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – We in UKIP believe that the safety of food contact materials must be seriously evaluated as chemicals can easily migrate from the materials into food. However, Member States should be free to adopt specific measures at national level so that FCMs can comply with good manufacturing practices.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Os materiais destinados a entrar em contacto com os alimentos são amplamente utilizados no quotidiano na forma de embalagens de alimentos, utensílios, etc. O regulamento define requisitos de segurança aplicáveis a todos os materiais possíveis destinados a entrar em contacto com os alimentos, prevendo a possibilidade de adotar medidas específicas relativamente aos 17 materiais.

As medidas específicas adotadas por um Estado-Membro a nível nacional podem divergir das existentes noutro Estado-Membro, criando normas diferentes para a segurança dos produtos. Além disso, conduz a barreiras no mercado interno, com um aumento dos custos de cumprimento e perda de competitividade e inovação.

Segundo o estudo do Serviço de Estudos do PE, um grande desafio é o de que várias substâncias presentes nos materiais destinados a entrar em contacto com os alimentos não são atualmente objeto de avaliação. Trata-se do caso das denominadas «substâncias não intencionalmente adicionadas» («SNIA») que são impurezas de substâncias intencionalmente adicionadas ou substâncias resultantes de reações químicas, que se encontram presentes no material acabado.

É necessário agir a nível da UE para resolver a ausência de medidas específicas na UE e as lacunas na avaliação dos riscos, rastreabilidade, conformidade e controlo.

Segundo o exposto, votei a favor deste relatório.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Os materiais destinados a entrar em contacto com os alimentos são amplamente utilizados no quotidiano na forma de embalagens de alimentos, utensílios de cozinha, louças, etc. Quando colocados em contacto com os alimentos, dependendo da sua composição e propriedades, os diferentes materiais podem apresentar comportamentos diferentes, transferindo os seus constituintes para os alimentos. Nesses casos, os químicos emanados desses materiais podem colocar em perigo a vida humana ou alterar negativamente a composição dos géneros alimentícios. A legislação visa salvaguardar um elevado nível de proteção dos consumidores, assegurando simultaneamente o funcionamento eficaz do mercado interno desses materiais.

Até ao momento, foram adotadas medidas específicas a nível da UE para apenas quatro materiais destinados a entrar em contacto com os alimentos: plásticos, cerâmicas, celulose regenerada e materiais ativos e inteligentes. Em relação aos demais materiais destinados a entrar em contacto com os alimentos, os Estados-Membros podem adotar medidas específicas a nível nacional. Tal faz surgir uma situação em que as medidas específicas adotadas por um EM a nível nacional podem divergir das existentes noutro EM, criando normas diferentes para a segurança dos produtos e barreiras ao mercado interno. Uma maior harmonização a nível da UE constitui um avanço na direção certa.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la aplicación del Reglamento sobre los materiales y objetos destinados a entrar en contacto con alimentos puesto que, en ocasiones, los productos químicos que emanan de ellos pueden poner en peligro la salud y modificar negativamente la composición de los alimentos. El Reglamento (CE) n.º 1935/2004 establece los requisitos de seguridad al respecto. En el anexo 1 se listan diecisiete materiales para los que los Estados miembros deben adoptar medidas específicas, siendo necesario armonizar tales medidas para evitar así obstáculos al mercado interior. Deben establecerse también normas uniformes en cuanto a las pruebas a realizar sobre dichos materiales.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la proposition de résolution sur la mise en œuvre du règlement (CE nº 1935/2004) concernant les matériaux destinés à entrer en contact avec des denrées alimentaires. Cette matière concerne la vie quotidienne des citoyens européens puisque les matériaux destinés à entrer en contact avec les denrées alimentaires sont multiples. Ce rapport invite la Commission à réviser le cadre règlementaire actuel. En effet, il importe de renforcer l'évaluation des substances présentes dans ces matériaux et d'assurer leur traçabilité afin de protéger la santé des consommateurs européens. Par ailleurs, je me réjouis que le texte contienne un amendement spécifique demandant d'interdire le bisphénol A dans les matériaux en contact avec l'alimentation.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą. Manau, jis labai aktualus. Kasdien naudojame maisto pakuotes, įrankius, kurie tiesiogiai liečiasi su maistu. Dažnai net nepagalvojama, kad šios medžiagos gali turėti įtakos maistui, o vėliau ir mūsų sveikatai. Todėl būtina turėti teisės aktus, kuriais būtų siekiama išlaikyti aukštą vartotojų apsaugos lygį. Pranešime taip pat raginama kurti saugias, pakartotinai naudojamas ir perdirbamas su maistu besiliečiančias žaliavas bei gaminius ir taip prisidėti prie ES pastangų sukurti veiksmingesnę žiedinę ekonomiką.

Virginie Rozière (S&D), *par écrit*. – Le règlement nº 1935/2004 établit des exigences générales de sécurité pour les matériaux et objets destinés à entrer en contact avec des denrées alimentaires. Toutefois, il ne garantit pas une protection suffisante des consommateurs, car de nombreux matériaux ne sont pas soumis à des mesures spécifiques au niveau européen et les dispositions adoptées par certains États membres sont insuffisamment protectrices.

Ce rapport vise à améliorer la réglementation en vigueur et à en combler les lacunes. Il exhorte la Commission et les agences compétentes à rehausser le niveau de protection des consommateurs, notamment en étendant la notion de groupes vulnérables aux femmes enceintes ou allaitantes. Ce rapport propose l'interdiction du bisphénol A dans tous les matériaux destinés à entrer en contact avec des denrées alimentaires ainsi qu'une meilleure traçabilité des nanomatériaux, et il invite à instituer une obligation de présenter des documents d'identification complets et des déclarations de conformité. Enfin, ce rapport préconise un renforcement drastique de l'efficacité et de la fréquence des contrôles de conformité à la réglementation.

Dans la mesure où il contribue à mieux protéger les consommateurs, en particulier les femmes enceintes et les enfants, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Os materiais e objetos em contacto com alimentos são largamente utilizados na vida quotidiana (v.g. embalagens de alimentos, utensílios de cozinha).

Quando colocados em contato com os alimentos e dependendo da sua composição e propriedades, os materiais comportam-se de forma diferente, transmitindo-lhes partes dos seus constituintes.

Porém, os produtos químicos que estes objetos emanam, podem alterar a composição dos géneros alimentícios colocando em perigo a saúde humana.

Apesar destes produtos estarem sujeitos a regras comunitárias (às quais estão juridicamente vinculados), o Regulamento atualmente existente estabelece apenas os requisitos gerais de segurança prevendo também a possibilidade de adoção de medidas específicas de acordo com a legislação de cada Estado-Membro.

Até agora, foram apenas adotadas medidas específicas comuns no âmbito da UE para quatro materiais/objetos.

Ora, as medidas específicas adotadas por um Estado-Membro podem ser diferentes das tidas em conta por outro, pelo que a ausência de medidas europeias comuns não só coloca entraves ao mercado interno, como leva ao aumento dos custos de conformidade (muitas vezes transferidos para os consumidores) traduzindo-se ainda numa perda de competitividade e capacidade de inovação/desenvolvimento.

Por considerar importante esta uniformização na área da segurança alimentar, votei favoravelmente este relatório de iniciativa.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – Les matériaux en contact avec les denrées alimentaires, comme les emballages ou les bouteilles en plastique, contiennent des substances chimiques qui peuvent mettre en danger la santé humaine. Il est donc urgent et primordial que la Commission européenne agisse sur cette question et harmonise les mesures prises par chaque État membre en la matière.

Cette harmonisation doit également s'accompagner de solutions aux lacunes actuelles afin d'améliorer la législation et de protéger la santé des consommateurs.

De plus, j'ai voté en faveur de l'interdiction du bisphénol A dans tout matériau qui pourrait être en contact avec des denrées alimentaires. En effet, le bisphénol A est une substance chimique dangereuse, perturbatrice endocrinienne et toxique. Cette substance est déjà interdite en France mais il est urgent qu'elle le soit au niveau européen.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Con il regolamento approvato oggi abbiamo voluto definire i requisiti generali di sicurezza applicabili a tutti gli oggetti che vengono a contatto con i prodotti alimentari ed abbiamo altresí adottato delle misure specifiche da attuare quando si tratta di contatto tra il cibo e 17 materiali specifici. Sulla sicurezza alimentare non possiamo abbassare la guardia, per tale motivo ho dato pieno appoggio al testo.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de este informe. Me parece importante que la Unión cree poco a poco una legislación sobre este tema. Este es un primer paso y aunque considero que no es suficiente, propone medidas específicas a nivel europeo sobre los materiales y objetos destinados a entrar en contacto con alimentos como el plástico, la cerámica, celulosa, etc. que me parecen primordiales. El informe menciona además la importancia de que los Estados miembros puedan adoptar medidas específicas en caso de que la legislación europea no mencione ciertos materiales que puedan considerarse tóxicos.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report which highlights many of the concerns related to food contact materials. I particularly support the emphasis on safer alternatives to endocrine disrupting chemicals. Once again, I urge the European Commission to provide the necessary support to reduce and prevent our exposure to the potentially harmful effects of endocrine disruptors. Whilst human health is the overriding priority, this report also contains constructive approaches for reducing costs to industry. Savings could be passed on to consumers if EU-wide standards replaced the current patchwork of varied rules and different standards.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die Implementierung der Regulierung zu Lebensmittelkontaktmaterialien gestimmt, da sie eine sinnvolle Präventivmaßnahme für unsere Gesundheit darstellt.

Materialien oder Gegenstände, die mit Lebensmittel in Kontakt kommen, sind in unserem Alltag in Form von Verpackungen, Küchenutensilien oder Geschirr weit verbreitet.

Eine ganze Liste von diesen Materialien, wie z. B. Plastik oder Keramik, müssen nun bestimmte Kriterien erfüllen. Ziel ist es, das mit der Nahrungsmittelaufnahme verbundene Gesundheitsrisiko zu reduzieren.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Při styku s potravinami se mohou různé materiály chovat odlišně v závislosti na složení a vlastnostech a jejich složky se z nich při tom mohou uvolňovat do potravin. To může ohrožovat lidské zdraví nebo nepříznivým způsobem měnit složení potravin. Z tohoto důvodu jsem podpořila zprávu kolegyně Schaldemosové a její požadavek na úpravu současné unijní legislativy týkající se materiálů určených pro styk s potravinami, a to s cílem poskytnout vyšší úroveň ochrany zdraví. Důraz by dle mého názoru měl být např. kladen na posuzování rizik a na vymáhání a kontrolu dodržování dotčených předpisů.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe ya que la Unión debe buscar una regulación adecuada para todo tipo de materiales y objetos destinados a entrar en contacto con alimentos, incluida la prohibición del uso de disruptores endocrinos y otras sustancias altamente preocupantes.

La actual legislación de la Unión sobre FCM permite productos químicos que están prohibidos bajo otras leyes de la Unión. No se está evaluando buena parte de las substancias presentes en los materiales y objetos destinados a entrar en contacto con alimentos. Este es el caso de las llamados «sustancias no intencionadamente añadidos» («NIAS») que son las impurezas de las sustancias añadidas intencionadamente o sustancias resultantes de las reacciones químicas (como productos de descomposición o subproductos formados durante la proceso de producción), que están presentes en el material acabado.

También hay que señalar que, en su procedimiento de evaluación de riesgos, la Agencia Europea de Seguridad Alimentaria (AESA) no tiene en cuenta el llamado «efecto cóctel» y las exposiciones múltiples (resultante de productos químicos -incluso en dosis bajas- de diferentes fuentes). Todo esto debe ser abordado por la EFSA tan pronto como sea posible.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today, I voted for the implementation of the Food Contact Materials Regulation, the regulation sets out general safety requirements that are applicable to all possible food contact materials. Depending on their composition and properties, different materials may behave differently and potentially transfer chemicals which may endanger human health.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Hrana dolazi u dodir s brojnim materijalima i predmetima (FCM-ovima) tijekom skladištenja, obrade, serviranja te krajnje konzumacije. Premda bi oni svojom strukturom trebali biti inertni i ne utjecati na kvalitetu hrane niti zdravlje potrošača, postoje materijali koji se ponašaju neočekivano te prenose svoje sastavne dijelove na hranu.

Riječ je prvenstveno o endokrinim disruptorima – kemikalijama koje narušavaju rad hormona, prisutnima u širokom rasponu najčešće korištenih proizvoda poput pesticida i biocida, materijala za pakiranje hrane, posuđa, itd. Izrazito negativno utječu na zdravlje uzrokujući rak, probleme s plodnošću, pretilost, neurobihevioralne poremećaje poput hiperaktivnosti itd.

Također, među tim kemikalijama svakako je najpoznatiji bisfenol A kojem smo izloženi kroz plastičnu ambalažu prehrambenih proizvoda, plastičnim bocama te bočicama za hranjenje dojenčadi.

Podržao sam rezoluciju Europskog parlamenta o Provedbi uredbe o materijalima koji dolaze u dodir s hranom kako bi, u svjetlu usmjerenosti EU-a na prelazak na kružnu ekonomiju, razvili bolje sinergije između Okvirne uredbe o FCM-ovima i kružne ekonomije, što bi trebalo uključivati ujednačene metode ispitivanja štetnosti tih materijala, zabranu njihova korištenja kao i o usvajanju posebnih mjera za njihovu regulaciju diljem Europske unije.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – V nariadení o materiáloch prichádzajúcich do styku s potravinami (MPSP) sa stanovujú všeobecné bezpečnostné podmienky na všetky materiály prichádzajúce do styku s potravinami. Uznesenie som podporila preto, že prichádza s návrhmi, ktoré by mali podnietiť podnikateľské subjekty, aby vyvíjali bezpečné, opätovne použiteľné a recyklovateľné (MPSP), čím by sa podporila snaha Európskej únie (EÚ) o vytvorenie účinnejšieho obehového hospodárstva. Tak ako sa v správe uvádza, máme tu 13 materiálov, ktoré nie sú regulované na úrovni EÚ a na ktoré sa môžu vzťahovať osobitné opatrenia. Myslím si, že vzhľadom na veľký výskyt týchto materiálov na trhu EÚ a riziko, ktoré predstavujú pre ľudské zdravie, a s cieľom zachovať jednotný trh pre MPSP a potravinové výrobky, by Komisia mala začať neodkladne uprednostňovať vypracovanie osobitných opatrení EÚ pre materiály, ako je papier, kartón, laky a nátery, kovy a zliatiny, tlačiarenské farby a lepidlá. Mrzí má, že vo všeobecnosti sa podceňuje úloha materiálov prichádzajúcich do styku s potravinami pri kontaminácii potravín a nedostatok informácií o vystavení ľudí chemikáliám. Očakávam preto, že členské štáty pri navrhovaní konkrétnych bezpečnostných požiadaviek na MPSP zapoja do procesu všetky príslušné zainteresované strany a zvýšia frekvenciu a účinnosť oficiálnych kontrol.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Evropský parlament dnes hlasoval o zprávě z vlastního podnětu o uplatňování nařízení o materiálech určených pro styk s potravinami, kterou jsem se rozhodla podpořit.

Iniciativu EP, která vyzývá k revizi stávajícího rámcového nařízení (ES) č. 1935/2004 upravujícího problematiku materiálů, které jsou určeny pro styk s potravinami, považuji za důležitou především v souvislosti s ochranou lidského zdraví.

V materiálech určených pro styk s potravinami (potravinových obalech, kuchyňských potřebách, stolním nádobí apod.) se nachází řada škodlivých chemických látek, které se z těchto materiálů uvolňují do potravin. Při konzumaci potravin jsou tak občané EU vystaveni velkému riziku ohrožení svého zdraví.

Toto doporučení, které se snaží zachovat vysokou úroveň ochrany spotřebitelů a současně zajistit účinné fungování vnitřního trhu s těmito materiály, proto vítám.

V doporučeních je správně zdůrazněn apel na podporu dalšího výzkumu v této oblasti, na zajištění dostatečné kontroly zboží a dodržování a vymáhání pravidel. V textu je zároveň poukázáno na nutnost dodržování stanovených norem i pro zboží dovážené ze třetích zemí.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Z materiali, namenjenimi za stik z živili, se srečujemo vsakodnevno. Najdemo jih lahko v embalaži za hrano, kuhinjskih pripomočkih in podobno. Različni materiali se ob stiku s hrano lahko zelo različno obnašajo in puščajo sledi ali delce v hrani.

Prav zato je pomembno, da so pravila glede poglavitnih standardov urejena na ravni Evropske unije. Poročilo priporoča predvsem sprejem ukrepov na ravni EU glede materialov, ki so urejeni v vsaki državi posebej. Ti materiali so predvsem papir (tudi reciklirani), karton, različne prevleke, črnila in dodatki. Glavna točka tega poročila je potreba po hitri naslovitvi sedanjih pomanjkljivosti pri implementaciji urejanja materialov, ki so namenjeni stiku z živili.

Menim, da so pri izpostavljenih materialih velikega pomena predvsem ocene tveganj, sledljivost ter izvrševanje pravil in nadzor. Poročilo sem podprl, saj je prehranska varnost ključnega pomena za naše zdravje in zdravo okolje.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Voedsel en levensmiddelen komen vaak in contact met andere materialen, zoals keuken- en tafelgerei of verpakkingen. Gezien de mogelijke “interactie” met het voedsel, gelden in Europa algemene veiligheidsregels en kunnen er specifieke maatregelen worden getroffen voor 17 materialen die in de bijlage zijn opgenomen.

Tot op heden bestaan er slechts voorschriften voor 4 materialen, namelijk plastic, keramiek, geregenereerde cellulose en actieve en intelligente materialen. Voor de andere 13 materialen mogen de lidstaten zelf regels vastleggen. Zo gelden in bepaalde landen strenge voorschriften voor papier, karton, metaal en legeringen, glas, coatings, siliconen, rubber en drukinkten, die in andere landen minder streng zijn.

Het uitvoeringsverslag legt mooi bloot hoe vanwege dit gebrek aan harmonisatie tussen Europa en de lidstaten de volksgezondheid weinig bescherming geniet en het belang van de consument ondergeschikt is. Het roept op tot het opstellen van specifieke regels voor de voedselcontactmaterialen die het meest schadelijk zijn en waar veel vraag naar is (papier, karton, coatings, inkt en lijmen).

De Groenen zorgden voor een link met hormoonverstoorders, Reach, de cocktaileffecten en nanomaterialen. En met circulaire economie. We vragen om betere controle en uniforme tests. En we roepen op tot een totaalverbod op het gebruik van bisfenol A. Een goede zaak dus voor onze gezondheid.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Mithilfe des Berichts sollen für alle Lebensmittelkontaktmaterialien Einzelmaßnahmen auf EU-Ebene erstellt werden, was ich für zweckdienlich und mit positiven Effekten für alle Beteiligten verbunden halte. Leider sieht der Bericht auch vor, dass in einigen Lebensmittelkontaktmaterialien enthaltene Bisphenol A (BPA) massiv zu regulieren.

BPA wird zur Herstellung von vielen Kunststoffen verwendet und hat deshalb eine enorme technische und wirtschaftliche Bedeutung. Die Kunststoffe an sich sind biologisch in der Regel vollkommen harmlos, können aber das in ihnen enthaltene BPA an Lebensmittel abgeben. BPA ist dafür bekannt, dass es eine negative Wirkung ähnlich dem weiblichen Geschlechtshormon Östrogen hat.

Was der Berichterstatter jedoch in seinem sehr ausführlichen Bericht verschwiegen hat, ist die von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) im Januar 2015 durchgeführte Neubewertung. Das Ergebnis der EFSA sagt, dass die Menge an BPA, der der Konsument ausgeliefert ist, selbst bei einem kombinierten Kontakt durch sowohl Lebensmittel als auch Kosmetika deutlich unter der sicheren Obergrenze liegt. Laut EFSA 2015 stellt BPA für keine Altersgruppe ein Gesundheitsrisiko dar.

Die starke Regulierung des wirtschaftlich relevanten BPA lässt sich deswegen aus wissenschaftlicher Perspektive nicht belegen. Folglich habe ich den Bericht abgelehnt.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Kvalitu a zdravotnú nezávadnosť potravín neovplyvňuje len ich zloženie, ale aj látky vrátane obalov, ktoré s nimi prídu do styku v procese ich dodávania na trh. V spolupráci s EFSA a ECHA chceme tieto látky identifikovať, posúdiť možné riziko pre spotrebiteľa a prijať opatrenia, ktoré vylúčia akékoľvek nežiadúce následky ich používania.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση προβλέπει την εξέταση από επιτροπές της ΕΕ των εισαγόμενων από τρίτες χώρες υλικών που έρχονται σε επαφή με τρόφιμα, αν και το πράττει χωρίς δυνατή και ξεκάθαρη γλώσσα. Παρόλο που δεν μας ικανοποιεί το λεκτικό κομμάτι, ταχθήκαμε υπέρ της έκθεσης.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Κανείς δεν μπορεί να υπονομεύει έστω και στο ελάχιστο την δημόσια υγεία. Επιπλέον, θεωρούμε πως η λύση για τέτοιου είδους προβλήματα είναι η επιστροφή, στο μέτρο του δυνατού, στην χρήση παραδοσιακών τρόπων συσκευασίας και επεξεργασίας των τροφίμων και όχι η ανάπτυξη νέων και άγνωστων ως προς τις τελικές τους επιπτώσεις ουσιών.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Az élelmiszerekkel érintkezésbe kerülő anyagok alatt az élelmiszerek csomagolásán túl például a konyhai eszközöket, evőeszközöket értjük. Élelmiszerekkel érintkezve – összetételüktől és tulajdonságaiktól függően – ezek az anyagok összetevőiket az élelmiszerekbe továbbíthatják, az összetevők pedig károsíthatják az emberi egészséget vagy megváltoztathatják az élelmiszerek összetételét. Ez a folyamat ismert, ezért az élelmiszerekkel érintkezésbe kerülő anyagokat már szabályozza EU-s szinten egy keretrendelet (1935/2004/EK). Ez általános biztonsági követelményeket állít fel tizenhét anyagra vonatkozóan és további négy anyagra vonatkozóan létezik uniós szintű külön intézkedés (műanyag, kerámiák, a regenerált cellulóz, valamint az aktív és intelligens anyagok). Az élelmiszerekkel érintkezésbe kerülő többi anyagra a tagállamok nemzeti szinten fogadhatnak el külön intézkedéseket jelenleg, ezért még mindig sok a hiányosság, illetve a normakülönbségek gátolják az innovációt.

Éppen ezért egyetértek azzal, hogy a jelenleg hatályos szabályozást módosítani szükséges, de nem csak az anyagskála kiszélesítésével, hanem olyan részletekben is, mint a kockázatértékelés, a nyomonkövethetőség, a megfelelőség és az ellenőrzés. Egyetértek a jelentéssel abban is, hogy az egészségi kockázatokat nem rejtő anyagok esetében is szükségesek közös intézkedések a jobb ellenőrizhetőség érdekében. Úgy vélem, hogy az egészséges élelmiszerekkel való ellátás közös érdekünk, ezért a jelentést szavazatommal támogattam.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Żywność uznawana jest za jedno z najważniejszych źródeł narażenia człowieka na działanie substancji chemicznych. Należy zatem starannie oceniać bezpieczeństwo materiałów mających styczność z żywnością, ponieważ substancje te mogą przedostawać się do spożywanych przez nas produktów.

Materiały przeznaczone do kontaktu z żywnością obejmują takie produkty, jak opakowania zbiorcze i pojemniki, maszyny przetwórcze, sprzęt kuchenny, sztućce i naczynia. Szacuje się, że w materiałach przeznaczonych do kontaktu z żywnością występuje około 15 000 różnych substancji.

Eksperci zwracają uwagę na potrzebę pilnego skorygowania braków we wdrażaniu i egzekwowaniu obowiązującego prawodawstwa Unii Europejskiej, ponieważ stopień egzekwowania przepisów jest bardzo zróżnicowany. Dalsza harmonizacja prawa w zakresie materiałów i wyrobów przeznaczonych do kontaktu z żywnością mogłaby pomóc w zapewnieniu jednolitego, wysokiego poziomu ochrony zdrowia publicznego.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană este garantul apărării sănătății cetățenilor statelor membre și a comercializării unor produse care respectă standardele de siguranță alimentară. Materialele care vin în contact cu alimentele (MCA), incluzând ambalajele alimentare, ustensilele de bucătărie, vesela, trebuie să aibă o compoziție chimică adecvată pentru a evita transferul unor substanțe nocive în alimente. În acest sens, UE a adoptat, în 2004, Regulamentul nr. 1935, menit să asigure gestionarea în condiții de siguranță a compușilor din plastic, ceramică, celuloză sau materiale inteligente, în conformitate cu studiile specializate în acest domeniu.

Pentru restul de MCA, standardele sunt stabilite la nivel național, ceea ce creează dificultăți reale la nivel comunitar, în special asupra liberei circulații a mărfurilor. În vederea armonizării acestor standarde, rezoluția de față propune o abordare comună a procesului de reciclare și utilizare, conform conceptului economiei circulare, realizarea unor teste comune mai complexe la nivel european în vederea evitării perturbatorilor endocrini, cercetări aprofundate în domeniul nanomaterialelor, revizuirea Regulamentului privind produsele din ceramică și realizarea unor controale mai riguroase. Este vorba despre o rezoluție care vizează eliminarea riscurilor de sănătate ale MCA, de aceea susțin adoptarea sa.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Les emballages et les récipients, les ustensiles de cuisine, la vaisselle: autant de matériaux en contact avec votre nourriture mais sur lesquels plane un doute quant à la sécurité sanitaire. Selon le rapport du Parlement européen voté ce midi, 15 000 substances différentes sont présentes dans ces matériaux dont la plupart ne sont pas connus. Toxicité, traçabilité, manque de contrôles et d'harmonisation: le Parlement européen tire la sonnette d'alarme et estime que le danger pour la santé humaine est réel d'un transfert des produits chimiques contenus dans ces matériaux vers la nourriture.

Certains pays ont mis en place des règles mais il n'existe pas de véritable cohérence entre les États membres. En plus du risque pour la santé, la situation est dommageable au niveau économique. Nous constatons également des lacunes quant à la traçabilité des différents composants et un manque de contrôles officiels: ce n'est pas acceptable, on ne badine pas avec la santé des citoyens!

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – Food contact materials (FCMs) are largely used in everyday life in the form of food packaging, kitchen utensils, tableware, etc. When in contact with food, and depending on their composition and properties, the different materials may behave differently, transferring their constituents to the food. In such cases, chemicals emanating from FCMs may endanger human health or adversely change the composition of the foodstuffs. The most pressing issue is the need to adopt EU specific measures for food contact materials that are widely used in Europe, such as paper and board, both virgin and recycled, and for materials that may pose a significant risk to human health, such as inks, metals or coatings. I voted in favour of the report and I fully support the call for the revision of current EU rules on food contact materials. Many substances are currently not harmonized at EU level, a goal that is in the interest of both consumers and operators. Consumers would benefit from the higher EU-wide standards of consumer protection and operators from the legal certainty that uniform rules bring.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – Les matériaux destinés à entrer en contact avec des denrées alimentaires sont largement utilisés dans la vie quotidienne: emballages alimentaires, ustensiles de cuisine, vaisselle… La mise en contact de ces matériaux avec les aliments peut mettre en danger la santé humaine, car ils contiennent des produits chimiques nocifs.

Le règlement CE nº 1935/2004 s'est révélé inefficace, et sa révision est donc indispensable.

Il faut en effet aller plus loin dans la protection des consommateurs et de leur santé, notamment en interdisant le bisphénol A, considéré par un grand nombre de scientifiques comme un perturbateur endocrinien. La prise en compte par la Commission européenne du caractère dangereux de cette substance est une avancée et je me félicite que le Parlement ait voté son interdiction.

La Commission doit maintenant proposer des solutions alternatives à cette substance, et revoir le règlement afin d'assurer la santé des Européens.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Iako je došlo do znatnog napretka u poboljšanju globalne sigurnosti hrane, ukupni broj kronično pothranjenih ljudi i dalje je neprihvatljiv. Upravo zbog toga smatram ispravnim to što je iskorjenjivanje gladi postalo jedno od prioriteta u okviru ciljeva održivog razvoja Programa održivog razvoja do 2030. godine.

Također, držim da je među najvažnijim stavkama borbe Akcijskog plana za poljoprivredu poticanje odgovornog uključivanja privatnog sektora te učenje iz uključivih poslovnih modela.

Ovom rezolucijom potiče se povećanje produktivnosti maloposjednika i postizanje održivih poljoprivrednih i prehrambenih sustava te se ruralna transformacija prepoznaje kao ključni proces za otvaranje radnih mjesta, povećanje prihoda i postizanje dugoročne sigurnosti opskrbe hranom i ishrane.

Vjerujem da će se kroz predloženu integraciju zemalja koje su najviše pogođene glađu u globalnu trgovinu te zadržavanjem sigurnosti opskrbe hranom i ishrane u središtu globalnih i nacionalnih politika postići napredak u borbi protiv pothranjenosti.

Stoga sam podržala ovu rezoluciju.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog o izvajanju uredbe o materialih, namenjenih za stik z živili (Uredba (ES) št. 1935/2004), sem podprla.

Materiali, namenjeni za stik z živili, se pogosto uporabljajo v vsakdanjem življenju v obliki embalaže za živila, kuhinjskih pripomočkov, namizne posode in pribora itd. Kemikalije iz materialov, namenjenih za stik z živili, ogrožajo zdravje ljudi ali neugodno spremenijo sestavo živil.

Ker živila veljajo za eno glavnih poti izpostavljenosti ljudi kemikalijam, za te materiale veljajo pravno zavezujoča pravila na ravni EU, ki so trenutno določena z okvirno Uredbo. Uredba določa splošne varnostne zahteve, ki veljajo za vse možne materiale in izdelke, namenjene za stik z živili.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de este informe. Me parece importante que la Unión cree poco a poco una legislación sobre este tema. Este es un primer paso y aunque considero que no es suficiente, propone medidas específicas a nivel europeo sobre los materiales y objetos destinados a entrar en contacto con alimentos como el plástico, la cerámica, celulosa, etc. que me parecen primordiales. El informe menciona además la importancia de que los Estados miembros puedan adoptar medidas específicas en caso de que la legislación europea no mencione ciertos materiales que puedan considerarse tóxicos.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Mit Hilfe des Berichts sollen für alle Lebensmittelkontaktmaterialien Einzelmaßnahmen auf der EU-Ebene erstellt werden, was ein sinnvoller Ansatz ist. Leider sieht der Bericht auch vor, dass in einigen Lebensmittelkontaktmaterialien enthaltenen Bisphenol A (BPA) massiv zu regulieren.

BPA wird zur Herstellung von vielen Kunststoffen verwendet und hat deshalb eine große technische und wirtschaftliche Bedeutung. Die Kunststoffe an sich sind biologisch in der Regel vollkommen harmlos, können aber das in ihnen enthaltene BPA an Lebensmittel abgeben. BPA ist dafür bekannt, dass es eine Wirkung ähnlich dem weiblichen Geschlechtshormon Östrogen hat und sich negativ auf den Organismus auswirken kann.

Was der Berichterstatter jedoch in seinem sehr ausführlichen Bericht verschwiegen hat, ist die von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) im Januar 2015 durchgeführte Neubewertung. Das Ergebnis der EFSA sagt, dass die Menge an BPA, der der Konsument ausgeliefert ist, selbst bei einem kombinierten Kontakt durch sowohl Lebensmittel als auch Kosmetika deutlich unter der sicheren Obergrenze liegt. Laut EFSA 2015 stellt BPA für keine Altersgruppe ein Gesundheitsrisiko dar.

Die starke Regulierung des wirtschaftlich relevanten BPA lässt sich deswegen aus wissenschaftlicher Perspektive nicht belegen. Folglich habe ich den Bericht abgelehnt.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I agree to take any action that serves to protect the food safety. In this case, specific measures for 13 materials still unregulated, although it is also important to claim that shortcomings exist in the implementation on current legislation, since it seems that there are deficiencies in implementing the regulations in force.

I call on the competent authorities to take the necessary measures to protect, in this sense, food consumers in European area.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Les «matériaux et objets destinés à entrer en contact avec des denrées alimentaires» (*food contact material*, ci-après «FCM») sont constitués des matériaux qui entrent en contact avec les aliments à toutes les étapes de la chaîne de production et de consommation: containers, emballages, couverts de table, etc.

Le rapport contient les propositions principales suivantes:

— couverture de 13 matériaux non concernés actuellement par des mesures européennes

— prise en compte par la législation de l'effet «cocktail» des FCM (c'est-à-dire le résultat de leurs interactions) ainsi que des substances résultant de réactions chimiques des FCM

— publication de lignes directrices harmonisées sur les procédures de test et de contrôle.

En outre, le texte appelle à une harmonisation du règlement «REACH» (1907/2006) en ce qu'il contient des dispositions contradictoires avec les directives FCM.

Par ailleurs, les recommandations sur la prise en compte de l'effet cocktail, la protection des femmes enceintes et les mesures techniques sur le bisphénol me semblent de bon sens.

J'ai voté pour.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Z opakowań produktów spożywczych, sprzętu kuchennego czy naczyń korzystamy codziennie. Część materiałów przeznaczonych do kontaktu z żywnością i używanych w dużych ilościach może mieć szkodliwy charakter. Z tego powodu podlegają prawnie wiążącym przepisom zawartym w rozporządzeniu (WE) nr 1935/2004.

Wskazany akt prawny przewiduje, że dla poszczególnych materiałów można przyjąć bardziej szczegółowe wymogi bezpieczeństwa. Do tej pory opracowano takie zasady jedynie dla 4 z 17 rodzajów materiałów. Zgadzam się również z tym, że powinniśmy poprawić obowiązujące prawodawstwo dotyczące ocen ryzyka, a także zadbać o lepsze egzekwowania przepisów. Zagłosowałem za rezolucją.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de este informe. Me parece importante que la Unión cree poco a poco una legislación sobre este tema. Este es un primer paso y aunque considero que no es suficiente, propone medidas específicas a nivel europeo sobre los materiales y objetos destinados a entrar en contacto con alimentos como el plástico, la cerámica, celulosa, etc. que me parecen primordiales. El informe menciona además la importancia de que los Estados miembros puedan adoptar medidas específicas en caso de que la legislación europea no mencione ciertos materiales que puedan considerarse tóxicos.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre la Aplicación del Reglamento sobre los materiales y objetos destinados a entrar en contacto con alimentos, ya que repasa la implementación de las normas sobre estos materiales e incluye puntos importantes sobre los alteradores endocrinos, sobre las necesidades de estándares uniformes y de un mayor control entre otros.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Palankiai vertinu mokslinių tyrimų ir inovacijų iniciatyvas, kuriomis siekiama sukurti naujas medžiagas, kurios būtų naudojamos MBM ir kurios, įrodyta, yra saugios žmonių sveikatai. Manau, kad priėmus tolesnes konkrečias ES lygmens priemones verslo veiklos vykdytojai būtų skatinami kurti saugias, pakartotinai naudojamas ir perdirbamas MBM ir taip būtų prisidėta prie ES pastangų sukurti veiksmingesnę žiedinę ekonomiką.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the implementation of the Food Contact Materials Regulation ((EC) No 1935/2004). Food contact materials (FCMs) are largely used in everyday life in the form of food packaging, kitchen utensils, tableware, etc. When put in contact with food, and depending on their composition and properties, the different materials may behave differently, transferring their constituents to the food. In such cases, chemicals emanating from FCMs may endanger human health or adversely change the composition of the foodstuffs. The regulation sets out general safety requirements that are applicable to all possible food contact materials and articles. I voted in favour because I believe that further harmonisation at EU level for non-harmonised materials through specific measures based on scientific evidence would be a step in the right direction, giving priority to those materials that constitute a particular risk to human health and are in bigger demand on the EU market.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe ya que la Unión debe buscar una regulación adecuada para todo tipo de materiales y objetos destinados a entrar en contacto con alimentos, incluida la prohibición del uso de disruptores endocrinos y otras sustancias altamente preocupantes.

La actual legislación de la Unión sobre FCM permite productos químicos que están prohibidos bajo otras leyes de la Unión. No se está evaluando buena parte de las substancias presentes en los materiales y objetos destinados a entrar en contacto con alimentos. Este es el caso de las llamados «sustancias no intencionadamente añadidos» («NIAS») que son las impurezas de las sustancias añadidas intencionadamente o sustancias resultantes de las reacciones químicas (como productos de descomposición o subproductos formados durante la proceso de producción), que están presentes en el material acabado.

También hay que señalar que, en su procedimiento de evaluación de riesgos, la Agencia Europea de Seguridad Alimentaria (AESA) no tiene en cuenta el llamado «efecto cóctel» y las exposiciones múltiples (resultante de productos químicos -incluso en dosis bajas- de diferentes fuentes). Todo esto debe ser abordado por la EFSA tan pronto como sea posible.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Materialen en voorwerpen bestemd om met levensmiddelen in contact te komen (FCM's) worden in het dagelijks leven voornamelijk gebruikt in de vorm van de verpakking van levensmiddelen, keukengerei, vaatwerk enz. Wanneer zij in contact komen met levensmiddelen, en afhankelijk van hun samenstelling en eigenschappen, kunnen de verschillende materialen verschillend reageren. In dergelijke gevallen kunnen chemische stoffen afkomstig van FCM's gevaar opleveren voor de menselijke gezondheid of leiden tot nadelige veranderingen in de samenstelling van de levensmiddelen. De wetgeving dient om een hoog niveau van bescherming voor de consumenten te waarborgen en tegelijkertijd te zorgen voor de goede werking van de interne markt voor FCM-producten.

Daarom stemde ik voor dit verslag.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – S'il est un domaine où une législation européenne devrait se montrer efficace, c'est bien pour assurer la protection de la santé en mettant en œuvre des règles harmonisées et fidèles au principe de précaution.

Ce rapport fait le constat des lacunes de la mise en œuvre de la législation de l'Union en la matière en dépit de la prédominance des matériaux concernés sur le marché de l'Union européenne et du risque qu'ils représentent pour la santé humaine. Il demande que le règlement soit mis prioritairement en œuvre pour les matériaux constituant un risque avéré.

Je me félicite tout particulièrement de l'adoption de l'amendement incluant l'interdiction du bisphénol A dont la dangerosité est connue de tous. Je m'étonne que 239 députés (41 ALDE, 41 ECR, 1EFDD, 3 ENF, 4 NI, 154 PPE) aient choisi de voter contre une demande qui va au-delà de l'application du principe de précaution le plus élémentaire en mettant hors circuit un produit réputé dangereux.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório refere-se a recomendações do PE para a revisão do regulamento dos materiais de contacto com alimentos (FCM), que são largamente utilizados na vida cotidiana sob a forma de embalagens de alimentos.

Este relatório diz dar voz ao pedido de várias partes interessadas, incluindo as ONGs e universidades, afirmando que é urgente e claramente necessária uma ação a nível da UE para lidar com a falta de medidas específicas e com as lacunas na avaliação dos riscos, aplicação, rastreabilidade, conformidade e controle de FCMs. Pede-se uma maior harmonização a nível da UE para materiais não harmonizados, através de medidas específicas baseadas em evidências científicas, dando prioridade aos materiais que constituem um risco particular para a saúde humana.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht enthält einige gute Vorschläge zur Verbesserung der Kontrolle und Regulierung von Lebensmittelkontaktmaterialien. Verbraucher sind immer noch zahlreichen bedenklichen Chemikalien ausgesetzt, weshalb eine strenge und den Erfordernissen des Binnenmarkts entsprechende Regulierung unbedingt erforderlich ist, um das in der Rahmenverordnung und den Verträgen vorgesehene hohe Gesundheitsschutzniveau sicherzustellen. Daher habe ich zugestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – The EU's common internal market rules allow us to trade easily and freely across borders, while keeping consumers safe, and setting common standards to protect our health. This report is one such example.

In this report, Labour MEPs join their colleagues in calling for stronger rules to protect consumers from harmful substances in food packaging.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution because the health of European consumers is important to me. The food that we eat on a daily basis comes into contact with many different materials that can have a variety of chemical compositions. The regulation that this resolution concerns ensures that the safety of our food is not affected by these products. I also welcome the important role of EFSA which is recognised in it and the call for increased cooperation between EFSA and the European Chemicals Agency. It also correctly points out the importance of clarity on the use of the relevant substances for our companies, especially for our SMEs. This will also make it easier for them to produce the relevant safety assessments. Finally, with regard to the future, we should not only regard the effects of substances in an isolated form, but further scientific research should be done on the effects of their combinations.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu pani poslankyne Schaldemose o vykonávaní nariadenia o materiáloch prichádzajúcich do styku s potravinami som podporila. Nariadenie sa zaoberá materiálmi, s ktorými sa dostávame do styku každý deň bez toho, aby sme ich možné účinky vôbec uvedomovali. Ide najmä o kuchynské pomôcky, obaly na potraviny či príbory. Tieto materiály pritom môžu v kontakte s potravinami rôzne reagovať a prenášať na ne svoje zložky. Práve preto je potrebné, aby takéto materiály podliehali prísnym bezpečnostným požiadavkám. Zarážajúco doteraz však nie sú riadne preskúmané možné účinky rôznych kombinácií týchto materiálov na ľudské zdravie. V správe o vykonávaní nariadenia sme preto Komisiu vyzvali, aby zvážila uloženie špeciálnych bezpečnostných požiadaviek na všetkých 17 kategórií materiálov a členské štáty, aby dodržiavanie týchto požiadaviek riadne kontrolovali. Zároveň sme sa v správe zaoberali tým, ako čo najlepšie posudzovať riziká a vo svetle výsledkov zlepšiť súčasnú legislatívu. A hoci bude toto nariadenie v praxi znamenať miernu dodatočnú harmonizáciu právnych predpisov Európskej únie, myslím si, že ochrana ľudského zdravia je tomu nevyčísliteľnou protihodnotou.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Schaldemose por considerar necessário adotar regras mínimas de harmonização em relação aos materiais e objetos destinados a entrar em contacto com os alimentos. Atualmente a UE já dispõe de normas comuns quanto aos plásticos, à cerâmica e à celulose, mas restam ainda 13 tipos de materiais onde os Estados Membros continuam a ter a possibilidade de adotar disposições nacionais, como é o caso do papel, do cartão, certos tipos de metais, vidro, silicone e algumas tintas.

Destaco que dentro destes materiais, o bisfenol é um desregulador endócrino particularmente controverso. Portugal já se adiantou à União Europeia proibindo o uso de bisfenol em biberões para bebés. Considero que em situações onde estejam em causa substâncias com um impacto potencialmente nocivo para a saúde, deva prevalecer o princípio da precaução.

Ao mesmo tempo defendo a necessidade de se levarem a cabo investigações científicas com resultados sólidos quanto à segurança dos materiais e objetos destinados a entrar em contacto com os alimentos, em prol dos consumidores, do ambiente e dos fabricantes.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. — I materiali a contatto con gli alimenti (MCA) vengono ampiamente utilizzati nella vita quotidiana sotto forma di imballaggi per alimenti, utensili da cucina, stoviglie, e così via. Quando entrano in contatto con gli alimenti, e a seconda della loro composizione e delle loro proprietà, i vari materiali possono comportarsi in maniera diversa, trasferendo i propri componenti agli alimenti.

Noi del M5S ci siamo battuti perché venisse inserito nella relazione un nostro emendamento che chiede di vietare in tutti i materiali a contatto con il cibo l'utilizzo di bisfenolo A, un distruttore endocrino. Esiste oramai ampia letteratura scientifica che ha dimostrato danni alla salute derivanti dall'assunzione di tale e tali sostanze. Il regolamento attuale permette accordi su 17 sostanze, ma solo quattro di queste, al momento, sono armonizzate a livello UE. Il resto è di competenza degli Stati membri.

La mancanza di regole armonizzate provoca problemi per i consumatori, per le aziende e per le autorità. Per noi del M5S, ciò significa che il mercato unico non è un mercato unico: alcuni paesi hanno standard elevati, altri standard bassi. La sicurezza alimentare deve avere lo stesso significato in tutta l'UE e dunque ho votato a favore di questa risoluzione.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Posamezni materiali in izdelki, namenjeni za stik z živili, zaradi specifične sestave lahko povzročijo tveganje za javno zdravje in okolje. Zato je pomemben učinkovit monitoring varnostnih zahtev za vse materiale in izdelke, namenjene za neposreden ali posreden stik z živili, da bi preprečili prehajanje snovi v živila v količinah, ki bi lahko ogrožale zdravje ljudi ali povzročale nesprejemljive spremembe v sestavi živil.

Menim, da Poročilo o izvajanju uredbe o materialih, namenjenih za stik z živili (Uredba (ES) št. 1935/2004), izčrpno predstavlja pomanjkljivosti na področju izvrševanja veljavne uredbe in podaja primerne ukrepe za izboljšanje stanja, zato sem ga podprl.

6.5. Kontrolle der Anwendung des EU-Rechts: Jahresbericht 2014 (A8-0262/2016 - Heidi Hautala)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Úr! A tízedik szakaszát szeretném röviden ismertetni az uniós jogalkalmazás ellenőrzéséről szóló jelentésnek, ez a magyarokat különösen is érintheti. Azt mondja „hangsúlyozza, hogy a tagállamoknak az uniós jogszabályok alkalmazása során el kell kerülniük, hogy szükségtelenül terhesebbé tegyék az uniós szabályokat, mivel ez az Unió jogalkotási tevékenységének félreértelmezéséhez vezet és növeli az indokolatlan EU-szkepticizmust a polgárok körében". Mi, magyarok nagyon szeretnénk odafigyelni, hogy ne legyen indokolatlan EU-szkepticizmus, tehát megszorítóan értelmezzük mindazokat az európai uniós normákat, amelyek szeretnék kiterjeszteni Brüsszel és az Unió hatáskörét annak meghatározására, hogy kikkel kell együtt élnünk a saját földünkön, hány migránst kell befogadnunk, illetőleg hány, milyen tömegű migránst kíván az Unió hazánkba telepíteni. Úgyhogy tökéletesen igyekszünk megfelelni az elvárásoknak.

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Panie Przewodniczący! Niepokojący jest fakt, iż wśród obszarów, w których możemy zaobserwować największą ilość skarg oraz naruszenie prawa unijnego jest rynek wewnętrzny. W 2014 r. wpłynęło ponad 600 skarg oraz wszczęto ponad 160 spraw o naruszenie prawa w tym obszarze. Oczywiście nie wszystkie one muszą być zasadne, jednak wskazują na istniejący problem. Obywatele Unii oraz przedsiębiorcy bardzo często spotykają się z sytuacją, która w ich ocenie stanowi naruszenie prawa unijnego. Dlatego też zgadzam się ze sprawozdawcą, że należy stworzyć łatwo dostępny formularz skargi online. Pozwoli on skutecznie wychwytywać sytuacje naruszania prawa unijnego.

Kolejną bardzo ważną kwestią jest także decyzja, czy w ramach rynku wewnętrznego prawo powinno być regulowane poprzez dyrektywy, czy rozporządzenia. Myślę, że odpowiedź nie jest jednoznaczna. Z jednej strony rozporządzenia gwarantują bardziej jednolite wdrożenie zapisów prawnych, co może zapobiec dobrowolności w implementacji unijnych przepisów, która prowadzi często do protekcjonizmu. Z drugiej strony dyrektywy pozwalają w większym stopniu na uwzględnienie specyfiki poszczególnych państw członkowskich. Komisja Europejska powinna przeprowadzać jeszcze dokładniejszą analizę obu tych aspektów, zanim zdecyduje, z jakiej formy prawnej skorzysta. Takie podejście z pewnością poprawi stosowanie prawa Unii Europejskiej.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, my friend and colleague, Mrs Morvai, made an interesting point when she said that we had too many European regulations. In some respects she reflects what Commission President Mr Juncker has said, because he said that henceforth we will only regulate from Europe where absolutely necessary.

But, at the same time, there is no point in having European Union law if it is not applied. Obviously there have been cases where that has not happened and indeed there have been widespread examples of fraud. That is certainly something that has to be combated. I am very pleased that in the recent analysis my own country came out very well in regard to the application of European law. That is something that should apply everywhere. I think it is absolutely vital that we continue to monitor the application of European law and only regulate when necessary. But, when we do so, it has to be applied fairly and evenly across all Member States with no exceptions.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, răspunderea pentru aplicarea corectă a dreptului Uniunii, ceea ce înseamnă legislația Uniunii, directive, regulamente, dar și tratatul Uniunii este împărțită între statele membre și Comisie. Comisia este garantul, gardianul tratatelor și trebuie să își asume mai ferm acest rol. În 2014, Comisia a primit circa patru mii de plângeri pentru potențiale încălcări ale dreptului Uniunii și a lansat circa nouă sute de noi proceduri de constatare a neaplicării dreptului Uniunii de către statele membre în domeniul mediu, sănătate, protecția consumatorilor, piața internă și așa mai departe.

Ce vreau să subliniez acum? Două lucruri: 1) statele membre trebuie să își transpună la timp și corect legislația Uniunii, trebuie să o facă prin legi clare și nu complicate pentru că lucrurile funcționează numai cu legi clare; 2) noi aici, în Parlament, să nu ne mai împiedicăm în rezoluții și declarații complicate cu „în plus", „și", „mai ales", „dacă" din care oamenii nu înțeleg, ci să adoptăm legi clare .

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La relazione fa il punto della situazione sul sistema delle procedure di infrazione all'interno dell'Unione europea. Nello specifico, si sofferma sull'efficacia dell'«EU PILOT», progetto elaborato dalla Commissione con il fine di prevenire le eventuali procedure di infrazione attraverso uno scambio costante di informazioni con gli Stati membri, che però non sembra essere stato efficace come avrebbe dovuto.

Inoltre, nella relazione sono presenti alcune critiche dovute al fatto che la Commissione non ha attuato ancora numerose proposte dal Parlamento europeo, in particolare una norma che regoli il diritto amministrativo Europeo.

Per i motivi elencati in precedenza ho deciso di votare a favore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — The recommendation was to vote against this. The report did not go as far as we would like in identifying enough effort being demonstrated to increase transparency, but it was heading in the right direction. One of UKIP's missions is to ensure that transparency is at the forefront of the operations of the EU institutions. Furthermore this report calls for more implementation of EU law.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – La resolución contiene muchos elementos positivos, tales como la referencia a la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea en la aplicación del Derecho de la Unión o el reconocimiento de la sociedad civil organizada en el proceso legislativo. Pese a ello, me he abstenido, al considerar que la aplicación del Derecho de la Unión no es un debate técnico, sino también político: no en vano, es la legislación ligada a la protección de los derechos sociales y civiles la que se ve sistemáticamente incumplida, mientras que su aplicación es inmediata cuando atenta contra los intereses de las clases populares.

Lucy Anderson (S&D), *in writing*. – I was particularly pleased to vote in favour of this resolution because this year it puts renewed pressure on the Commission to fulfil its obligations to help ensure that European Union law is correctly implemented. Vital citizens' rights in the areas of environment, transport, health and consumer protection, which I have prioritised in my work, are again the subject of the majority of new infringement cases. Members of the public, businesses and campaigning organisations have reported even more concerns about the application of EU law than in previous years, and it is extremely important for justice and democracy that action is taken to address their complaints.

Martina Anderson and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this report which sets out the application of EU law in the Member States for the year 2014. The main focus of the report is the fact that there has been a general decrease in the number of formal infringement proceedings, due to the new Pilot Procedure which allows the Commission to open dialogue with Member States before taking official proceedings. This is a good process, which allows Member States to explain or rationalise legislative choices they make when transposing EU law. It means there are fewer instances of the Commission imposing on countries' sovereign right to choose how to implement new rules.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on monitoring the application of Union law, concerning the 2014 Annual Report. This, the Commission's 32nd annual report on the subject, contains information on the actual implementation and practical application of EU law. While environment, transport and the internal market and services remained the policy areas in which most infringement cases were open in 2014, the number of formal infringement procedures has decreased in the last five years.

Despite the positive change, which in Commission's view reflects the effectiveness of dialogue with Member States, it is clear from the Annual Report that the enforcement of EU law is still not sufficiently transparent. I supported the report as it not only notes that but also calls on the Commission to make compliance with EU law a real political priority.

I also appreciate the position that the European Parliament should play a more structured role in the analysis of how accession countries and countries with association agreements with the European Union comply with EU law, as well as in developing appropriate support in relation to those countries.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την παρακολούθηση της εφαρμογής του ενωσιακού δικαίου (Ετήσια έκθεση για το 2014), διότι πιστεύω ότι η θέσπιση ενός κανονισμού που θα διέπει τη διοικητική διαδικασία των διοικητικών υπηρεσιών της Ένωσης είναι επιτακτική ανάγκη.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport rappelle ou préconise un certain nombre de points que nous combattons, à savoir, notamment, la valeur égale aux traités de la charte des droits fondamentaux de l'Union, la conformité au droit de l'Union comme priorité politique, la suggestion d'une plus grande implication du Parlement dans la transposition exacte de la législation de l'Union notamment dans chaque État membre ainsi que pour les pays candidats à l'adhésion, le lien fait entre l'application effective du droit de l'Union et le renforcement de la crédibilité des institutions de l'Union.

Ce rapport insiste sur le fait que «les États membres, lorsqu'ils appliquent la législation de l'Union, devraient éviter d'ajouter à la législation de l'Union des contraintes superflues, car cela entraîne une vision erronée de l'activité législative de l'Union et favorise un euroscepticisme injustifié chez les citoyens» (sic). Il est également demandé un plus grand accès du Parlement aux informations relatives aux dossiers EU Pilot. Je me suis donc opposée à ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I abstained on the grounds that, whilst I do not support the European Union, I do support transparency.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport car j'adhère à la conclusion qui est que l'application du droit de l'Union n'est pas encore suffisamment transparente. Je supporte également l'idée que le Parlement européen doit avoir un rôle proactif sur cette question.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A javaslat a Bizottság uniós jog alkalmazásával kapcsolatos 2014-es jelentését értékeli. A jelentés szerint a tagállamok képtelenek eleget tenni a jogalkotásra vonatkozó irreális végrehajtási határidőknek, ami a késleltetett alkalmazás hallgatólagos elfogadásához vezet; kéri az európai intézményeket, hogy állapodjanak meg megfelelőbb ütemezésben a rendeletek és irányelvek végrehajtására vonatkozóan. A javaslat szerint a Bizottságnak aktívabban kell küzdenie az irányelvek helytelen átültetésével szemben.

Az integrációt erőltető javaslaton végigvonul az aggódás az uniós jog hatékonyságának gyengülése miatt, mert a jelentéstevő szerint azt „rendszerszinten aláássa, hogy azt a tagállamok nem alkalmazzák megfelelően, a Bizottság nyomon követési tevékenysége pedig elégtelen." A jelentés fő mondanivalója szerint még hatékonyabbá kell tenni az uniós jog tagállamokban történő érvényesülését, tehát erősen integrációpárti megközelítésű, ezért eurorealista szempontból nem fogadható el. Az előző jelentésben legalább rendszerkritikai elemek is szerepeltek, itt ez lényegében hiányzik. Ezekre tekintettel az előterjesztést nem támogattam.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Texte préconisant un certain nombre de points que nous combattons, à savoir, notamment, la valeur égale aux traités de la charte des droits fondamentaux de l'Union, la conformité au droit de l'Union comme priorité politique, la suggestion d'une plus grande implication du Parlement dans la transposition exacte de la législation de l'Union notamment dans chaque État membre.

Ce rapport insiste sur le fait que «les États membres, lorsqu'ils appliquent la législation de l'Union, devraient éviter d'ajouter à la législation de l'Union des contraintes superflues, car cela entraîne une vision erronée de l'activité législative de l'Union et favorise un euroscepticisme injustifié chez les citoyens» (sic). Il est également demandé un plus grand accès du Parlement aux informations relatives aux dossiers EU Pilot. J'ai naturellement voté contre.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car je me joins aux constats et aux propositions qui y sont faits par les membres de la commission des affaires juridiques.

Tout en soulignant le rôle essentiel que joue la Commission dans le suivi et l'évaluation de la mise en œuvre de la législation de l'Union, les députés reconnaissent que le Parlement joue également un rôle primordial en exerçant une surveillance politique sur les mesures d'exécution de la Commission et suggère de le faire contribuer encore davantage.

Ils demandent également aux institutions de l'Union de convenir de délais plus réalistes pour la mise en œuvre des règlements et des directives et de renforcer la transparence dans l'application du droit de l'Union. La Commission est invitée à présenter une proposition législative sur un droit européen de la procédure administrative et à ériger la conformité au droit de l'Union en réelle priorité politique, qu'elle devra mettre en œuvre en étroite collaboration avec le Parlement.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de esta resolución porque contiene elementos muy positivos. La resolución aboga por fortalecer el derecho de la Unión para la protección de los derechos de consumidores, y en materia de salud, medio ambiente, movilidad y transporte. Existen muchos casos de infracciones iniciados por la Comisión que aún continúan abiertos, por ello este informe solicita que el Parlamento pueda acceder adecuadamente a esta información para que los procesos sean más transparentes.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer a la ponente su labor en este informe sobre el control de la aplicación del Derecho de la Unión. La responsabilidad de aplicar y ejecutar correctamente el Derecho de la Unión recae principalmente en los Estados miembros, pero esta circunstancia no puede eximir a las instituciones europeas de su deber de respetar el Derecho primario de la Unión cuando elaboren normas de Derecho derivado.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport qui rappelle ou préconise la valeur égale aux traités de la charte des droits fondamentaux de l'Union, la conformité au droit de l'Union comme priorité politique, la suggestion d'une plus grande implication du Parlement dans la transposition exacte de la législation de l'Union notamment dans chaque État membre ainsi que pour les pays candidats à l'adhésion, le lien fait entre l'application effective du droit de l'Union et le renforcement de la crédibilité des institutions de l'Union. Souverainistes, nous combattons le droit européen qui soumet nos normes à celles d'institutions supranationales illégitimes.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione analizza la relazione periodica sull'applicazione delle norme UE da parte degli Stati membri. Non condivido quanto in essa sostenuto: ritengo che non prenda in considerazione il reale problema che affligge l'UE, ovvero l'eccessiva normazione e l'atteggiamento continuo di censura rispetto ai parlamenti nazionali che si trovano a recepire normative che spesso colpiscono fortemente e negativamente il tessuto socioeconomico dei propri territori. Basti pensare ai danni provocati in Italia dalla direttiva sui servizi ai settori dei balneari e del commercio ambulante. Per tutti questi motivi ho votato contro questo testo.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Betänkandet behandlar kommissionens årsrapport om kontroll av unionsrättens tillämpning. Den visar bland annat att miljö, transport, den inre marknaden och tjänster fortsatt var de politikområden där det största antalet överträdelseförfaranden pågick 2014.

Betänkandet är kritiskt till att arbetet med att upprätthålla unionsrätten fortfarande inte är tillräckligt insynsvänligt. Önskan om parlamentets ökade insyn betonas, större öppenhet vad gäller kontroll av unionsrättens tillämpning; tillämpning av EU-lagstiftningen ligger hos medlemsstaterna, och man betonar att medlemsstaterna vid genomförande av EU-lagstiftning även fullt ut måste respektera de grundläggande värdena och rättigheterna enligt fördragen och EU-stadgan om de grundläggande rättigheterna. Detta är bra punkter som jag håller med om.

Andra punkter som lyfts är bland annat vikten av att minska EU-skepticismen bland medborgare, utan någon reflektion kring varför den finns. Betänkandets huvudfråga är, som titeln beskriver, EU:s grundfunktioner, vilka är djupt odemokratiska men som inte kritiseras tillräckligt. Därför har jag valt att lägga ner min röst.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame aptariama Komisijos Europos Sąjungos teisės taikymo stebėjimo ataskaita. Ataskaitoje nurodoma, kad aplinka, transportas bei vidaus rinka ir paslaugos buvo tos politikos sritys, kuriose 2014 m. pradėta daugiausia pažeidimo nagrinėjimo procedūrų. Ataskaitoje taip pat pabrėžiama, kad per pastaruosius penkerius metus sumažėjo oficialių pažeidimo nagrinėjimo procedūrų skaičius. Pasak Komisijos, tai parodo valstybių narių dialogo pagal procedūrą „EU Pilot" veiksmingumą. Vis dėlto, turint omenyje, kad Parlamentas vis dar turi nedaug galimybių susipažinti su informacija apie procedūrą „EU Pilot" ir nebaigtus nagrinėti atvejus, sunku įvertinti, kiek oficialių pažeidimo nagrinėjimo procedūrų skaičiaus sumažėjimas iš tiesų atspindi tai, kad valstybės narės labiau laikosi ES teisės, o ne tai, kad Komisija ir ES teisę pažeidusi valstybė narė rado kompromisinį sprendimą. Taigi, iš ataskaitos galima daryti išvadą, kad ES teisės įgyvendinimo užtikrinimas vis dar nepakankamai skaidrus. Taigi, naujos darbo grupės administracinės teisės klausimais, kurią įsteigė Teisės reikalų komitetas, pasiūlymai galėtų būti vertingas įkvėpimo šaltinis Komisijai, nes juose parodoma, kad reglamentas dėl ES administracinio proceso būtų naudingas ir kad jį įmanoma priimti.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az állásfoglalási indítvány szakszerűen és átfogóan foglalja össze az uniós jog alkalmazásának jelenlegi helyzetét, eredményeit és problémáit, ezért szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Podprl sem tudi letno poročilo o spremljanju uporabe prava EU za l. 2014, ki vsebuje številne zanimive informacije o dejanskem izvajanju in praktični uporabi prava EU.

Iz poročila izhaja, da so področja okolja, prometa ter notranjega trga in storitev tista, kjer je bilo v letu 2014 največ odprtih postopkov za ugotavljanje kršitev. Če preslikam to na nacionalno raven države, iz katere prihajam, je stanje podobno.

Zelo me veseli, da se število postopkov znižuje, kar kaže na izboljšanje dialoga med Komisijo in državami članicami.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – La relazione annuale del 2014 della Commissione sul controllo dell'applicazione del diritto dell'Unione europea contiene preziose indicazioni. L'Unione europea è fondata sullo Stato di diritto e le sue istituzioni devono garantire che politiche e priorità comunitarie vengano applicate uniformemente nel territorio europeo. Dalla relazione emerge che, nell'anno 2014, i settori dell'ambiente, trasporti, mercato interno e servizi sono quelli nei quali si riscontrano il maggior numero di infrazioni.

Tuttavia, il numero di procedure formali di infrazione risulta diminuito negli ultimi cinque anni: questo miglioramento è dovuto alla messa appunto della procedura «EU Pilot», meccanismo che apre un dialogo costruttivo tra la Commissione, «garante dei trattati», e gli Stati membri colti in infrazione delle norme europee, prima di una formale apertura di una procedura di infrazione. La relazione, che sostengo, pone l'accento sulla necessità di una maggiore trasparenza nell'applicazione del diritto comunitario e una maggiore inclusione del Parlamento europeo.

La trasparenza e le informazioni relative alle procedure di infrazione possono e devono contribuire a rafforzare la fiducia dei cittadini comunitari verso l'Unione europea.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće.

Godišnje izvješće Komisije pokazuje da su okoliš, transport i unutarnje tržište i usluge u većini slučajeva ostali na razini iz 2014. Prema izvješću, broj formalnih postupaka zbog povrede prava je smanjen kao rezultat učinkovitosti neformalnog „EU pilot postupka".

Međutim, izvjestitelj također ističe da je, s obzirom da Parlament još uvijek ima samo ograničen pristup informacijama o tom postupku te o tekućim predmetima, teško procijeniti u kojoj mjeri je smanjenje formalne procedure zapravo odraz bolje usklađenosti sa zakonima EU-a.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport rappelle ou préconise un certain nombre de points que je combats, à savoir, notamment, la valeur égale aux traités de la charte des droits fondamentaux de l'Union, la conformité au droit de l'Union comme priorité politique, la suggestion d'une plus grande implication du Parlement dans la transposition exacte de la législation de l'Union notamment dans chaque État membre ainsi que pour les pays candidats à l'adhésion et le lien fait entre l'application effective du droit de l'Union et le renforcement de la crédibilité des institutions de l'Union.

J'ai donc voté contre ce texte.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I endorsed the resolution on monitoring the application of Union law because we are aware that it is the timely and correct transposition of EU law into national legislation which enables the intended benefits of EU law to be delivered to individuals. I believe that Parliament can support the work of the national parliaments by sharing its expertise in the legislative decision-making process.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il controllo dell'applicazione del diritto dell'Unione europea evidenzia che si riscontrano ancora molti casi in cui sono aperti procedimenti d'infrazione in merito all'effettiva attuazione e all'applicazione pratica del diritto dell'UE. Si può quindi affermare che l'applicazione del diritto dell'Unione europea non è ancora abbastanza trasparente e che la sua efficacia è sistematicamente compromessa dalla sua insoddisfacente applicazione da parte degli Stati membri nonché da un'insoddisfacente azione di verifica da parte della Commissione.

Parecchie delle direttive UE, in particolare quelle in ambito economico e finanziario, non sono state recepite da molti degli Stati membri. Spesso è l'imposizione di scadenze poco realistiche per l'attuazione della legislazione a causare l'impossibilità degli Stati membri di ottemperarvi. Le sanzioni pecuniarie per il mancato rispetto del diritto dell'Unione dovrebbero essere effettive, proporzionate e dissuasive e tenere conto del ripetersi dell'omissione nello stesso ambito. I ritardi di recepimento rappresentano un ostacolo al corretto funzionamento del mercato interno e vanno contro gli interessi dei cittadini e delle imprese, privandoli di taluni dei loro diritti.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le présent rapport dresse un bilan des procédures d'infractions introduites à l'encontre des États membres par la Commission européenne. Il rappelle en outre que la Commission de Bruxelles est gardienne des traités (article 17 du traité UE) et qu'à ce titre il lui revient l'opportunité de saisir la Cour de justice de l'Union afin d'incriminer un État membre pour mauvaise transposition d'une directive dans le droit national ou mauvaise application d'un règlement de l'Union. À ce titre, la Cour a rendu cinq arrêts dans lesquels elle a infligé le paiement d'astreintes à l'Italie, à la Grèce, au Portugal, à l'Espagne ou encore à la Suède.

Surtout, il vante notamment deux aspects constitutifs du droit positif de l'Union que j'ai toujours combattus: l'égale valeur juridique entre les traités et la charte des droits fondamentaux et l'institution comme priorité politique de la conformité des législations nationales au droit de l'Union. C'est pourquoi j'ai voté contre ce rapport afin de défendre la souveraineté législative et juridique de la France.

Enrique Calvet Chambon (ALDE), *por escrito*. – En el texto sometido a votación se afirma que, junto a las elecciones la expresión principal de la democracia es el referéndum. A la vista de los graves ataques que está sufriendo la democracia representativa a manos de la llamada «democracia directa» o «aclamativa a la Carl Schmitt» que están minando el propio concepto de democracia, con las evidentes pruebas recientes de los referéndums del Brexit, en Colombia o California, por mi conciencia no podía votar positivamente la llamada a un método que está ayudando a la delicuescencia del proyecto europeo.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report which sets out the application of EU law in the Member States for the year 2014. The main focus of the report is the fact that there has been a general decrease in the number of formal infringement proceedings, due to the new Pilot Procedure which allows the Commission to open dialogue with Member States before taking official proceedings. This is a good process, which allows Member States to explain or rationalise legislative choices they make when transposing EU law. It means there are fewer instances of the Commission imposing on countries' sovereign right to choose how to implement new rules.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report and I agree with the proposals made by Parliament's Working Group on Administrative Law, which could provide valuable insight to the Commission, as they show that a regulation on the administrative procedure of the EU's own administration would be useful and feasible to enact.

The Commission's Annual Report contains interesting information on the actual implementation and practical application of EU law. It also stresses, inter alia, that the number of formal infringement procedures has decreased in the past five years, which is a reflection of dialogue with Member States in the context of the EU Pilot procedure. It questionable though whether this is due to better compliance with EU law by Member States or to more compromise solutions between the Commission and the infringing Member States.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione di quest'anno si sofferma sull'efficacia del sistema «EU Pilot», che prevede uno scambio continuo di informazioni tra Commissione e Stati membri al fine di prevenire eventuali procedure di infrazione. Il relatore, in particolare, sottolinea che la diminuzione del numero di procedure di infrazione potrebbe essere legato alla diminuzione costante di ricorsi presentati da parte della Commissione e non alla effettiva efficacia del programma «EU Pilot». La relazione presenta inoltre molte critiche alla Commissione per la mancata attuazione di numerose proposte provenienti dal Parlamento europeo, tra cui l'elaborazione di una norme volte a regolare il diritto amministrativo europeo.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – L'applicazione efficace e tempestiva del diritto dell'Unione europea è una condizione indispensabile per avere un quadro legislativo chiaro e per rafforzare la credibilità delle istituzioni europee.

Emerge dalla relazione come il numero di procedure d'infrazione formali sia diminuito negli ultimi cinque anni, ma credo sia necessario analizzare le origini di tale esito. È difficile, infatti, valutare in che misura la riduzione del numero di procedure d'infrazione rappresenti realmente un maggiore rispetto del diritto e una migliore trasposizione della norme europee o piuttosto un aumento delle soluzioni di compromesso tra la Commissione europea e gli Stati membri.

Ritengo che il Parlamento possa avere un ruolo significativo nella valutazione dell'applicazione del diritto, ma che il suo accesso alle informazioni sulle procedure sia ancora troppo limitato per permetterne un controllo approfondito, specialmente per quanto riguarda la procedura EU Pilot.

Pertanto, esprimendo il mio voto favorevole, mi unisco all'appello fatto dalla relatrice Heidi Hautala per una facilitazione all'accesso del Parlamento europeo ai fascicoli relativi ai casi di violazione del diritto dell'Unione, al fine di garantire una maggiore trasparenza e un costruttivo dialogo interistituzionale.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και συμφωνούμε με τη θέση της εισηγήτριας ότι το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο μπορεί και πρέπει να διαδραματίζει ένα πιο δομημένο ρόλο τόσο κατά την εξέταση του τρόπου με τον οποίο οι υποψήφιες προς ένταξη χώρες και οι χώρες με τις οποίες η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει συνάψει συμφωνίες σύνδεσης τηρούν το ενωσιακό δίκαιο όσο και κατά την παροχή κατάλληλης προς τούτο υποστήριξης στις χώρες αυτές.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η ετήσια έκθεση σχετικά με την παρακολούθηση της εφαρμογής του ενωσιακού δικαίου παρακολουθεί τον βαθμό εφαρμογής και τήρησης του ενωσιακού δικαίου από τα κράτη μέλη και τις αρμόδιες αρχές. Στην έκθεση καταγράφονται θετικές παρατηρήσεις αλλά και σημεία που χρήζουν άμεσης βελτίωσης. Θεωρώ πως ανάλογες εκθέσεις συμβάλλουν στη βελτίωση του ευρωπαϊκού οικοδομήματος και γι' αυτό τον λόγο ψήφισα υπέρ.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Ho votato contro questa relazione che analizza la relazione 2014 sull'applicazione delle norme UE da parte degli Stati membri. La relazione risulta limitata riguardo alla descrizione delle ragioni che portano, spesso, gli Stati membri ad applicare le normative UE oltre i termini previsti. Ritengo che il recepimento tardivo sia la conseguenza di una iper-normazione europea.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Concordo con la relazione annuale 2014 sul controllo dell'applicazione del diritto dell'Unione europea. In particolare, ritengo estremamente importante l'incoraggiamento a rendere più chiare e trasparenti le norme nazionali adottate mediante il recepimento del diritto dell'UE e a specificare quali autorità nazionali siano responsabili della loro corretta attuazione. Si tratta, infatti, come ha sottolineato la relatrice, di un diritto che spetta ai cittadini dell'Unione, in quanto fondata sullo Stato di diritto e sulla certezza e prevedibilità delle leggi. Ritengo, inoltre, che maggiore chiarezza sia necessaria anche tra i rapporti tra Parlamento e Commissione europea per quanto riguarda la procedura «EU Pilot». Infine, noto con piacere che, rispetto alle statistiche riportate nella suddetta relazione, le infrazioni commesse dall'Italia sono in calo.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on monitoring the application of Union law: 2014 Annual Report, and I noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Anualmente o Parlamento debruça-se sobre o estado da aplicação da legislação comunitária. Um exercício essencial para o legislador, mas que ganha especial relevância dada a arquitetura institucional da União: por exemplo, as diretivas dependem da ação dos Estados-Membros para entrar em vigor.

Ora, uma vez mais este relatório faz um bom diagnóstico, identificando as áreas em que se verifica mais incumprimentos pelos Estados-Membros. Assinala ainda uma diminuição das ações por incumprimento, resultado de um maior diálogo entre a Comissão e os Estados-Membros na fase «pré-contencioso». Apesar de desejável, este diálogo - designado «EU pilot» - é pouco transparente, limitando o escrutínio público e pelas instituições, em particular deste Parlamento.

Assim, apoio este relatório, sublinhando a necessidade de melhorar a implementação da legislação comunitária e o poder de escrutínio do Parlamento.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — The recommendation was to vote against this. The report did not go as far as we would like in identifying enough effort being demonstrated to increase transparency, but it was heading in the right direction. One of UKIP's missions is to ensure that transparency is at the forefront of the operations of the EU institutions. Furthermore this report calls for more implementation of EU law.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione in quanto fornisce un quadro esaustivo sull'effettiva attuazione e sull'applicazione pratica del diritto dell'UE. I tre settori maggiormente interessati da procedimenti d'infrazione nel 2014 sono stati l'ambiente, i trasporti e il mercato interno-servizi, ma negli ultimi cinque anni si è comunque assistito a una diminuzione generale delle procedure grazie anche a un'efficace politica di dialogo con gli Stati membri.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – EU legislation needs to facilitate social, judicial, environmental and economic processes and not be burdensome or increase bureaucracy. The contrary continues to feed unjustified EU scepticism among citizens. Consequently, the Commission should always strive to improve its practices in order to inform citizens in a timely and appropriate manner of any actions and steps taken in response to processing their complaints. This can be facilitated by a single gateway that will provide citizens with easy access to online complaint forms and user-friendly information on infringement procedures.

The annual report states that it is still frequent and widespread practice that late or incomplete transposition take place. A similar situation is found in relation to the misapplication of EU law, and therefore I support its call on Member States to implement and execute EU law effectively.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – La resolución contiene muchos elementos positivos, tales como la referencia a la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea en la aplicación del Derecho de la Unión o el reconocimiento de la sociedad civil organizada en el proceso legislativo. Pese a ello, me he abstenido, al considerar que la aplicación del Derecho de la Unión no es un debate técnico, sino también político: no en vano, es la legislación ligada a la protección de los derechos sociales y civiles la que se ve sistemáticamente incumplida, mientras que su aplicación es inmediata cuando atenta contra los intereses de las clases populares.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La responsabilità primaria della corretta attuazione e applicazione del diritto dell'UE appartiene agli Stati membri. Tuttavia, la Commissione ha un ruolo essenziale nel vigilare sull'applicazione del diritto dell'UE e nel presentare la sua relazione annuale al Parlamento e al Consiglio. Il Parlamento europeo ha un ruolo decisivo nel controllo politico sulle azioni di esecuzione della Commissione. Alla luce di ciò, ritengo fondamentale incrementare l'utilizzo di alcuni strumenti esistenti a livello europeo per contribuire a una migliore applicazione e verifica dell'applicazione del diritto UE negli Stati membri, in linea con il nuovo accordo interistituzionale «Legiferare meglio». In modo particolare, il meccanismo informale «EU Pilot» che promuove una cooperazione più stretta e coerente tra la Commissione e gli Stati membri per poter porre rimedio alle violazioni del diritto dell'UE in una fase precoce, al fine di non dover ricorrere alla procedura formale d'infrazione. Ritengo che monitorare il recepimento efficace del diritto dell'Unione europea all'interno del quadro legislativo nazionale rappresenti un modo non solo per prevenire le infrazioni, ma anche per apportare ai cittadini i benefici attesi e dare credibilità all'impianto giuridico europeo e alle sue Istituzioni.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az Európai Bizottság évente elkészíti jelentését, ebben az évben immár 32. alkalommal az uniós jog alkalmazását illetően. A tárgyalt jelentés a 2014-es évre vonatkozik. A Parlament több szakbizottsága, ezen belül a Petíciós Bizottság (PETI) is véleményezte a 2014. évi jelentést. A kötelezettségszegési eljárások mellett az EU Pilot keretében is számos ügy feltárására és megoldására kerül sor. Ez utóbbi kevesebb formasággal jár, és gyorsabb rendezést biztosít az uniós jog megszegése esetén, amely mind az érintett tagállamnak, de legfőképpen a jogszabály érintettjeinek, az uniós polgároknak és vállalkozásnak szolgálhat javára.

A Néppárt PETI-n belüli felelőseként felhívtam a figyelmet arra, hogy a petícióknak is szerepe van az uniós jog tagállami alkalmazásában, azzal, hogy a beadványok jelentős része a tagállamok uniós jog átültetése és alkalmazása terén segít a nyomon követésben és a hiányosságok azonosításában. A petíciós adatok azt mutatják, hogy elsősorban a következő területekre vonatkozó uniós jogszabályok állítólagos megsértése van túlsúlyban: alapvető jogok, többek között a kisebbségekhez tartozó és a fogyatékossággal élő személyek jogai, hátrányos megkülönböztetés – főleg az állampolgárság alapján történő –, belső piac, szabad mozgás, közlekedés, környezet, oktatás, foglalkoztatás és egészségügy. Fontos, hogy a Bizottság az alapvető jogokat érintő panaszokat is egyenlő módon kezelje.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zdecydowałem wstrzymać się od głosu w sprawie sprawozdania rocznego za rok 2014 dotyczącego kontroli stosowania prawa Unii. Poprzez fakt, że należę do frakcji politycznej, dla której suwerenność każdego państwa członkowskiego jest kwestią kluczową, mam ambiwalentny stosunek do przyznania Parlamentowi większej roli w analizowaniu zmian prawnych zarówno w krajach przystępujących, jak i krajach, z którymi podpisano układy o stowarzyszeniu. Wstrzymałem się od głosu również dlatego, że poprawki zaproponowane przez moją frakcję zostały odrzucone, a dotyczyły one dla mnie kluczowych kwestii: zasady pomocniczości i proporcjonalności w stosowaniu prawa unijnego.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report since I believe that it is important to monitor Member States' legislation and to verify that it complies with EU law. It is important that Member States adopt EU legislation and EU institutions should ensure an effective monitoring system.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Având în vedere că responsabilitatea principală pentru punerea în aplicare și aplicarea corectă a dreptului UE revine statelor membre, însă ținând cont și de rolul important pe care îl au partenerii sociali, organizațiile societății civile și alte părți interesate în elaborarea legislației și în monitorizarea și semnalarea deficiențelor de transpunere și aplicare a dreptului UE de către statele membre, consider că legislația existentă a UE trebuie completată atunci când există lacune sau probleme legate de interpretare care să aducă mai multă accesibilitate, claritate și coerență în ceea ce privește interpretarea normelor existente, în beneficiul cetățenilor și al întreprinderilor, precum și al administrației și funcționarilor acesteia.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative porte sur le 32e rapport annuel sur le contrôle de l'application du droit européen ainsi que la mise en œuvre effective et l'application pratique du droit communautaire. Dans ce rapport, les députés soulignent que l'environnement, le transport et les services internes sont aujourd'hui les domaines dans lesquels la plupart des cas d'infraction ont été ouverts en 2014. Considérant que l'application pleine et conforme du droit européen est une composante essentielle de l'efficacité des politiques européennes, j'ai soutenu ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu ce rapport sur le rapport annuel 2014 sur le contrôle de l'application du droit de l'Union. Les citoyens européens ne peuvent avoir confiance dans le contrôle, par la Commission européenne, de l'application du droit de l'Union par les États membres, que s'ils sont satisfaits du degré de transparence. À cet égard, un processus informel de consultation entre la Commission et les États membres sur des questions relatives à la conformité de la législation nationale avec le droit européen ou à la bonne application du droit de l'UE, connu sous le nom d'EU-Pilot, est particulièrement opaque. Il est donc indispensable de rendre le contenu de ces consultations plus accessible en révisant l'accord-cadre sur les relations entre le Parlement européen et la Commission européenne et en y inscrivant les processus informels du type EU Pilot. Une fois cette révision effectuée, la Commission sera obligée de tenir le Parlement informé du déroulé de ses consultations informelles avec les États membres.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione annuale della Commissione per promuovere l'effettiva attuazione del diritto dell'UE sia da parte di paesi candidati che paesi non membri, nonché paesi titolari di accordi di associazione con l'UE, e migliorare la trasparenza e la cooperazione. Inoltre, ho sostenuto la relazione affinché il Parlamento svolga un ruolo più strutturato nell'analisi del rispetto del diritto dell'UE.

rАнгел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Гласувах „въздържал се“ относно годишния доклад за 2014 г. за мониторинга върху прилагането на правото на Съюза. Въпреки някои положителни аспекти, съдържащи се в него, не бяха взети предвид предложенията за прилагането на принципите за субсидиарност и пропорционалност. Смятам, че те са сред основните принципи на европейското законодателство и оценката на тяхното приложение е неизменна част от прилагането на правото на ЕС.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Κρίνω το κείμενο αρνητικό στο σύνολό του, διότι, με πολύ έντεχνο και ύπουλο τρόπο, η ΕΕ και οι νομοθέτες της έχουν κατασκευάσει νόμους και κανόνες οι οποίοι αφαιρούν και το τελευταίο δικαίωμα κυριαρχίας ενός έθνους. Πρόκειται μάλιστα για νόμους οι οποίοι δεν δύναται να έχουν την ίδια ισχύ στα κράτη της Ευρώπης, αφού οι καταστάσεις είναι διαφορετικές. Με την κάλυψη των δήθεν ευαίσθητων θεμάτων, κατά την άποψη των τοκογλύφων, πατούν στα συντρίμμια της Ευρώπης των Εθνών και των Λαών.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – Este informe presenta la posición del Parlamento Europeo en relación al trigésimo segundo informe anual de la Comisión sobre el control de la aplicación del Derecho de la Unión. En el informe se señala que la transposición correcta y dentro de plazo de la legislación de la Unión a la legislación nacional y un marco legislativo nacional claramente definido deberían ser una prioridad para los Estados miembros. En esta línea se destaca la importancia de mejorar la transposición y la necesidad de que los Estados miembros comuniquen e indiquen con claridad las medidas nacionales que complementan las directivas europeas. Y se recalca que, al aplicar el Derecho de la Unión, los Estados miembros deben abstenerse de añadir obstáculos innecesarios a la legislación de la Unión. La aplicación correcta de la Unión contribuye a reforzar la credibilidad de las instituciones.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O relatório mostra que o ambiente, os transportes, o mercado interno e os serviços são os domínios em que continuavam pendentes mais processos de infração em 2014 mas o número de processos formais por infração diminuiu nos últimos cinco anos. Uma conclusão que pode ser extraída do relatório é, por conseguinte, que a aplicação do direito comunitário continua a não ser suficientemente transparente. Daí concordar que o Parlamento poderia e deveria desempenhar um papel mais estruturado na análise do modo como os países candidatos à adesão e os países que concluíram acordos de associação com a União Europeia respeitam a legislação da UE, bem como no desenvolvimento de um apoio adequado nesta matéria a esses países.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: ce rapport préconise un certain nombre de points que nous combattons, à savoir, notamment, la valeur égale aux traités de la charte des droits fondamentaux de l'Union, la conformité au droit de l'Union comme priorité politique, la suggestion d'une plus grande implication du Parlement dans la transposition exacte de la législation de l'Union notamment dans chaque État membre ainsi que pour les pays candidats à l'adhésion, le lien fait entre l'application effective du droit de l'Union et le renforcement de la crédibilité des institutions de l'Union.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório anual procede ao acompanhamento da aplicação do direito da UE por parte das suas instituições.

O sentido geral não é distinto do de anos anteriores. Ressaltam algumas curiosidades. Por exemplo, refere-se nos considerandos que houve 3715 queixas, sendo em número significativo as relativas a Espanha (553), Itália (475) e Alemanha (276). Mas já quando passamos das queixas aos processos (instaurados pela Comissão Europeia) os números modificam-se, aparecendo, num total de 893, os seguintes países à cabeça: Grécia (89), Itália (89) e Espanha (86). Questão óbvia: então o que sucedeu à Alemanha? E à Grécia? Elucidativo…

Opomo-nos à visão fiscalizadora, defendida no relatório e integrante dos tratados, que confere à Comissão Europeia o poder de instaurar processos por infração «a fim de garantir o cumprimento do direito da União» e apoia que o Tribunal de Justiça possa impor sanções aos Estados-Membros por transposição tardia do direito da UE. E nem apenas pelo carácter discriminatório em que assentam as avaliações, avaliações essas que nunca deixam de ser avaliações políticas, como está bem patente.

Ademais, rejeitamos liminarmente a possibilidade de instauração de sanções financeiras, como defendido no relatório, situação com a qual Portugal agora se confronta.

Obviamente votámos contra.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Každoročná správa Európskej komisie o kontrole uplatňovania práva Európskej únie opäť priniesla niekoľko zaujímavých zistení a poznatkov. Tak ako v minulosti, najviac prípadov, keď si členské štáty nesplnili povinnosti, spadá do oblasti životného prostredia, dopravy a vnútorného trhu a služieb. Treba privítať aj fakt, že z výsledkov správy vyplýva, že za posledných 5 rokov sa počet formálnych konaní o nesplnení povinnosti znížil, čo môže poukazovať na dosiahnuté pokroky v rámci projektu EU Pilot. Európsky parlament má však aj v súčasnosti značne obmedzený prístup k informáciám, ktoré sú spracúvané v rámci predmetného projektu, a je preto veľmi ťažké určiť, do akej miery zníženie počtu formálnych konaní o nesplnení povinnosti skutočne odráža lepšie dodržiavanie práva Únie členskými štátmi, a nie kompromisné riešenia medzi Komisiou a členskými štátmi. Napriek viacerým pozitívnym výsledkom, ktoré boli nepochybne dosiahnuté v oblasti uplatňovania práva Európskej únie členskými štátmi, ostáva aj naďalej zrejmé, že musíme pokračovať v prijímaní ďalších opatrení, aby sme dosiahli ešte vyššiu úroveň transparentnosti.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contro alla relazione che poco si sofferma sui difetti dell'iper-normazione UE e continua a preferire un atteggiamento di censura nei confronti dei parlamenti nazionali.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την ετήσια έκθεση του 2014 σχετικά με την παρακολούθηση της εφαρμογής του ενωσιακού δικαίου, διότι, με πολύ έντεχνο και ύπουλο τρόπο, η ΕΕ και οι νομοθέτες της έχουν κατασκευάσει νόμους και κανόνες οι οποίοι αφαιρούν και τα τελευταία κυριαρχικά δικαιώματα ενός έθνους. Πρόκειται για νόμους που δεν είναι δυνατόν να έχουν την ίδια ισχύ στα κράτη της Ευρώπης, αφού οι καταστάσεις είναι διαφορετικές. Με την κάλυψη των δήθεν ευαίσθητων θεμάτων, κατά την άποψη των τοκογλύφων, πατάνε στα συντρίμμια της Ευρώπης των Εθνών και των Λαών.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe sobre el control de la aplicación del Derecho de la Unión, que contiene información de gran importancia interesante sobre la transposición efectiva y la aplicación práctica del Derecho de la Unión. El informe anual subraya, asimismo, que el número de procedimientos formales de infracción ha disminuido en los últimos cinco años. Sin embargo, el informe señala a España como unos de los Estados miembros que más incumplen la normativa europea. Hay que tener presente que la Comisión Europea ha recibido 533 quejas sobre posibles vulneraciones de la regulación europea en el caso de España. Por lo tanto, debemos instar al Gobierno español a cumplir fielmente la legislación europea en *pro* de la defensa de los intereses de todos los ciudadanos y colectivos.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Dopo il voto in commissione JURI, adottiamo anche in plenaria una relazione che fa un punto importante sull'applicazione del diritto dell'Unione europea. Apprezzo il lavoro della collega Hautala, che mette in particolare evidenza i casi di infrazioni per la mancata trasposizione di direttive e normative UE nei settori dell'ambiente, dei trasporti e del mercato interno, che toccano temi cruciali per la vita di tanti nostri cittadini. Trovo utile che la relazione sottolinei anche la difficoltà del Parlamento ad essere informato sulle diverse infrazioni e domandi di rivedere in profondità il diritto di accesso a tutti i vari casi, è un punto cruciale di trasparenza e democrazia.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich unterstütze den Jahresbericht zur Anwendung des EU-Rechts von 2014. Nur durch eine regelmäßige Revision können wir die Implementierung von EU-Recht verbessern.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – The report did not go as far as I would have liked in identifying enough effort being demonstrated to increase transparency, but it was heading in the right direction. One of UKIP's missions is to ensure that transparency is at the forefront of the operations of the EU institutions. Furthermore this report calls for more implementation of EU law.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Ce rapport a pour but de vérifier la bonne application des directives européennes dans les États membres et de faire l'inventaire des mesures prises contre ceux qui les auraient mal appliquées. Il accrédite donc un grand nombre de constats – négatifs – que nous faisons à l'encontre de l'Union européenne: une volonté de mettre au pas le droit interne de chaque État, une ingérence évidente, des mesures de rétorsion en cas d'insoumission.

Ce rapport émane de la Commission sur le contrôle de l'application du droit de l'Union, pour qui la souveraineté des nations n'est pas une préoccupation. Pour ces raisons, je me suis opposée à ce rapport.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de esta resolución porque contiene elementos muy positivos. La resolución aboga por fortalecer el derecho de la Unión para la protección de los derechos de consumidores, y en materia de salud, medio ambiente, movilidad y transporte. Existen muchos casos de infracciones iniciados por la Comisión que aún continúan abiertos, por ello este informe solicita que el Parlamento pueda acceder adecuadamente a esta información para que los procesos sean más transparentes.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Am votat atrăgând atenția doamnei comisar Jurova că nu e nevoie de o suprareglementare, ci trebuie o mai bună monitorizare a modului de aplicare a reglementărilor europene, așa cum ar fi, de exemplu, respectarea timpului de așteptare pentru răspunsul la contestații. Consider importantă monitorizarea precum și dreptul la informații cu privire la punerea efectivă în aplicare și aplicarea practică a legislației UE.

Raportul arată că domeniile precum mediul, transportul, piața internă și serviciile reprezintă în continuare branșele politice în curs de dezvoltare, în cele mai multe cazuri datorită neîndeplinirii obligațiilor în anul 2014. Numărul de proceduri oficiale de constatare a neîndeplinirii obligațiilor a scăzut în ultimii cinci ani iar acest lucru reflectă eficacitatea dialogului cu statele membre în contextul procedurii EU Pilot.

Sunt de părere că Parlamentul European ar putea și ar trebui să joace un rol mai structurat în realizarea analizei privind modul în care țările candidate și țările cu acorduri de asociere cu Uniunea Europeană respectă dreptul UE, precum și în furnizarea asistenței adecvate, în acest sens, țărilor respective.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted for the 2014 annual report on monitoring the application of EU law. The report expresses concern about the Commission's democratic deficit and stresses the importance of parliamentary involvement and democratic oversight. It also calls for better oversight of the Commission's infringement and pre-infringement procedures.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – The European Parliament plays a crucial role in the application of European Union law. It has a major role in overseeing the application of Union law to ensure that it is enforced correctly and fairly. I believe that Parliament itself should play a stronger role in the analysis of how accession countries and countries with association agreements with the European Union comply with EU law, and should provide those countries with suitable assistance. I support the suggestion that Parliament should draft proper reports, not simply resolutions, on all candidate countries in response to the annual progress reports released by the Commission. Sincere cooperation between the Commission and Parliament is essential for the smooth application of European law and is something I strongly support.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Dieser Bericht zeigt deutlich, dass es in der EU Schwierigkeiten mit der Umsetzung des Unionrechts gibt. Über 3700 bei der Kommission eingereichte Vertragsverletzungsverfahren sprechen eine deutliche Sprache. Noch deutlicher wird das Problem bei den Reformvorschlägen, die im Rahmen des Europäischen Semesters den Nationalstaaten unterbreitet werden. Nach Angaben des Ausschusses für Wirtschaft und Währung wurden nur 10 der 157 wichtigsten Vorschläge umgesetzt. Zwar geben sich die Mitglieder im Europäischen Parlament alle Mühe, die Rechtsstaatlichkeit zu betonen, aber die EU ist insgesamt wenig glaubwürdig. Es werden im Zuge der sogenannten Euro-Rettungspolitik einfach zu viele Gesetze von höchster Ebene verletzt bzw. Verletzungen geduldet. Bezeichnend war die Aussage Junckers, der angesprochen auf die Frage, ob die EU ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Frankreich einleiten werde, antwortete: „Nein, weil es Frankreich ist." Wegen dieser Doppelmoral habe ich gegen den Bericht gestimmt. Wenn die EU im Großen keine Rechtsstaatlichkeit mehr herstellen will, dann kann es auch im Kleinen nicht funktionieren. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss, denn er führt zu Zwist und Zwietracht.

Филиз Хюсменова (ALDE), *в писмена форма*. – Подкрепям годишния доклад относно мониторинга върху прилагането на правото на Съюза. Радвам се, че сред констатациите на доклада се посочва, че се наблюдава спад на наказателните процедури, като последица от въвеждането на инициативата на Комисията „ЕС Пилот". Присъединявам се към призива в доклада за повече прозрачност по отношение на прилагането на правото на ЕС.

Призовавам Комисията като пазител на Договорите, да продължава безпристрастно да следи за спазването, правилното и навременното прилагане на европейското законодателство, тъй като така се създава увереност у европейските граждани за ефективното функциониране на институциите в защита на техните интереси.

Бих искала обаче да изразя и своята загриженост, и да призова Комисията да обърне специално внимание на все още съществуващите административни и законодателни пречки пред пълноценното упражняване на малцинствени езици в някои държави членки, тъй като езиковите политики на ЕС имат за цел да защитят езиковото многообразие, което е залегнало сред ценностите на ЕС в разпоредбите на Хартата за основните права на ЕС.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – The number of formal infringement procedures in 2014 decreased due to the effectiveness of the EU Pilot procedure. This is great news, but much remains to be done. One deplorable fact is that Parliament still has only limited access to vital information and thus cannot play the role of 'monitoring the monitor' efficiently and effectively.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Izvješće o praćenju primjene zakonodavstva Unije: godišnje izvješće za 2014. jer mislim da djelotvorna primjena zakonodavstva EU-a utječe na jačanje vjerodostojnosti institucija Europske unije. Komisija je, u svojim godišnjim izvješćima, važnost dala predstavkama građana, poduzećima i organizacijama civilnog društva kao temeljnom pravu upisanom u Ugovor iz Lisabona i važnom elementu europskog građanstva te važnom sekundarnom sredstvu za praćenje primjene zakonodavstva EU-a i utvrđivanje mogućih rupa u zakonima kroz izravno izražavanje stajališta građana o vlastitim pogledima i iskustvima, uz izbore i referendume, koji ostaju primarni načini njihova demokratskog načina izražavanja. 32. godišnje izvješće o praćenju primjene prava EU-a pokazalo je da postupak provedbe prava Europske unije još uvijek nije dovoljno transparentan, no prostora za napredovanje svakako ima, stoga se u novom periodu očekuju promjene i drugačiji pristup koji vode k još većoj transparentnosti.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce rapport soulève un certain nombre de points sur lesquels je suis en désaccord avec l'ambition de l'UE, s'agissant notamment de la priorité politique due au respect du droit communautaire, de la valeur excessive accordée à la charte des droits fondamentaux, ou de tout renforcement de quelque nature que ce soit des institutions européennes. J'ai donc voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing*. — The recommendation was to vote against this. The report did not go as far as we would like in identifying enough effort being demonstrated to increase transparency, but it was heading in the right direction. One of UKIP's missions is to ensure that transparency is at the forefront of the operations of the EU institutions. Furthermore this report calls for more implementation of EU law.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the 2014 Annual Report on monitoring the application of Union law because it contains interesting information on the current implementation and practical application of EU law. It is a large-scale analysis reflecting also the effectiveness of the dialogue with Member States, with the conclusion that the enforcement of EU law is still not sufficiently transparent. Not least, it turns the spotlight on the regulation on the administrative procedure of the Union's own administration.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport de ma collègue Heidi Hautala relatif à l'application du droit de l'Union. Ce texte a pour objectif de mettre en évidence la façon dont a été appliqué le droit de l'UE par les États membres. Le rapport 2014 faisant état de certaines lacunes, je salue l'initiative de la Commission dans sa volonté de renforcer son partenariat avec les États pour remédier aux infractions constatées ainsi que d'améliorer le traitement des plaintes de citoyens et d'entreprises européennes. Ce rapport s'inscrit dans la détermination de l'ensemble des institutions européennes à faire en sorte que la législation européenne serve mieux les citoyens.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL), *in writing*. – EH Bildu voted in favour of the annual report on monitoring the application of Union law, including a separate vote on paragraph 10. Despite being a paragraph that EH Bildu does not consider completely convincing, our vote was based on the following sentence: 'stresses the importance of enhancing transposition and the need for Member States to provide notification of, and clearly indicate, national measures that supplement European directives.' The Spanish State has often been warned or punished for not implementing EU law correctly.

More specifically, the Spanish government tried to hide the notification of Framework Decision 2008/675/JAI, after having transposed it more than four years late. Thanks to a parliamentary question addressed by Josu Juaristi MEP, we were informed that the Spanish government was one year and a half late notifying the transposition law. We have no doubt there is an intentional delay in the notification aiming to avoid the European Commission's analysis of the national law.

EH Bildu wishes to recall that if the national law complied with this Framework Decision seven prisoners should be immediately released. EU law is often our only safeguard when dealing with Basque politically motivated prisoners and thus we voted in favour of paragraph 10.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui répond à celui que la Commission européenne publie chaque année, pour présenter les tendances principales relatives à la procédure EU Pilot ainsi qu'aux procédures d'infraction à l'encontre des États membres. Le rapport 2014 souligne notamment que l'environnement, le transport et le marché intérieur de services sont les domaines d'action publique où les infractions sont les plus nombreuses. Le rapport indique une baisse des infractions sur les cinq dernières années, démontrant ainsi la qualité du dialogue avec les États membres.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich enthalte mich zu diesem Bericht. Die Forderungen nach verbesserten Kanälen zur demokratischen Willensäußerung auf EU-Ebene sind zwar unterstützenswert, doch gibt es auch Abschnitte, die darauf abzielen, die Mitgliedstaaten zu einer Umsetzung des EU-Rechts zu verpflichten, um falschen Vorstellungen der gesetzgeberischen Tätigkeit der Union und EU-Skepsis vorzubeugen.

Tunne Kelam (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report. Scrutiny and monitoring on how efficiently Member States incorporate Union law to their legislation is a cornerstone of well-functioning EU and by that closing the gaps between Member States in various aspects – economic, environmental, regional, and social and so on.

I fully support the report, which points out that the EU is founded on the rule of law, and on the certainty and predictability of laws. The EU citizens must be the first to learn, in a clear, accessible, transparent and timely manner of whether and which national laws have been adopted through the transposition of EU laws, and of which national authorities are responsible for ensuring that they are correctly implemented.

I welcome the efforts under the Interinstitutional Agreement regarding better law-making. Structured cooperation, better coordination and streamlining are key elements in ensuring better compliance today and in the future.

The report also proposes establishing a new working group on Administrative Law that would enable the EP have a closer and more timely insight in the proceedings and provide a better basis to assess the actual situation on complying with Union law.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, as it expresses concern about the democratic deficit of the Commission, pointing out the importance of parliamentary involvement and democratic oversight.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Dieser Bericht zeigt deutlich, dass es in der EU Schwierigkeiten mit der Umsetzung des Unionrechts gibt. Über 3700 bei der Kommission eingereichte Vertragsverletzungsverfahren sprechen eine deutliche Sprache. Noch deutlicher wird das Problem bei den Reformvorschlägen, die im Rahmen des Europäischen Semesters den Nationalstaaten erteilt werden. Nach Angaben des Ausschusses für Wirtschaft und Währung wurden nur 10 der 157 wichtigsten Vorschläge umgesetzt. Zwar geben sich die Mitglieder im Europäischen Parlament alle Mühe, die Rechtsstaatlichkeit zu betonen, aber die EU ist insgesamt wenig glaubwürdig. Es werden im Zuge der sogenannten Euro-Rettungspolitik einfach zu viele Gesetze von höchster Ebene verletzt bzw. Verletzungen geduldet. Bezeichnend war die Aussage Junckers, der angesprochen auf die Frage, ob die EU ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Frankreich einleiten werde, antwortete: „Nein, weil es Frankreich ist." Wegen dieser Doppelmoral habe ich gegen den Bericht gestimmt. Wenn die EU im Großen keine Rechtsstaatlichkeit mehr herstellen will, dann kann es auch im Kleinen nicht funktionieren.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – An effective application of EU law is essential given that the European Union wishes to meet the objectives set in the treaties and to enhance its credibility. The Commission monitors the application of EU law and ensures that the legislation complies with EU law. This resolution aims to review the implementation of EU law for the year 2014. I voted in favour of the resolution, since it highlights improvements but notes that the sectors of the environment, health, consumer rights, mobility and transport were the policy areas in which most infringement cases remained.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Az előző jelentést készítő görög képviselőnek sokkal jobb érzéke volt a demokráciához, így kritikusabban viszonyult magához a rendszerhez, érthető okokból. Az adott jelentés az európai realizmus talaján állva nem fogadható el, mert vakon a Bizottságra hagyatkozik. Pénzügyi-gazdasági szemlélete is a többszörösen megbukott neoliberalizmus talaján áll. Erősen korlátozza az EP-képviselők lehetőségeit, hogy a Parlament még mindig igen csekély mértékben fér hozzá az EU Pilot eljárással és a folyamatban lévő ügyekkel kapcsolatos információkhoz. Így igen nehéz értékelni, hogy a formális kötelezettségszegési eljárások számának csökkenése mennyiben köszönhető a Bizottság és a tagállamok közötti kompromisszumos megoldásoknak, avagy inkább annak, hogy a tagállamok az uniós jogot jobban betartják.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Гласувах в подкрепа на тридесет и втория годишен доклад относно мониторинга върху прилагането на правото на Съюза, съдържащ важна информация относно актуалното изпълнение и практическото прилагане на правото на ЕС.

Докладът сочи, че околната среда, транспортът и вътрешният пазар и услугите са областите на политики, за които през 2014 г. са образувани най-много производства за установяване на неизпълнение на задължения. Подчертава се също, че броят на официалните производства за установяване на неизпълнение на задължения през последните пет години е намалял. Това отразява ефективността на диалога с държавите членки в контекста на процедурата по EU Pilot.

Въпреки това, Европейският парламент трябва да има по-добър достъп до информацията за процедурите за предварителните процедури и висящите преписки. Предложението, направено от новата работна група по въпросите на административното право, съставена от комисията по правни въпроси, показва, че регламентът за административния процес на Европейския съюз би бил както полезен, така и осъществим.

Европейският парламент може и следва да играе по-структурирана роля в анализа на начина, по който присъединяващите се страни и страните, сключили споразумения за асоцииране с Европейския съюз, се съобразяват с правото на ЕС, както и в разработването на подходяща подкрепа за тези държави в това отношение.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), *na piśmie*. – Coroczne sprawozdanie Komisji Europejskiej dotyczące transponowania prawa europejskiego do porządku prawnego państw członkowskich jest ważnym elementem budowania zharmonizowanej przestrzeni prawnej w Unii Europejskiej. Poparłam sprawozdanie, gdyż zawiera jasną analizę sytuacji i konkretne rekomendacje, z uwzględnieniem aspektu pomocniczości. Terminowość i trafność transpozycji są istotne dla spójności rynku wewnętrznego i są w interesie obywateli Unii Europejskiej. Opóźnienia lub inne nieprawidłowości we wdrożeniu prawa europejskiego mogą uruchamiać procedurę naruszenia implementacji, która obejmuje etap wsparcia i negocjacji, ale stopniowo jest coraz bardziej restrykcyjna i w przypadku uchylania się od obowiązków wdrożeniowych może skończyć się wyrokiem Europejskiego Trybunału Sprawiedliwości i karami finansowymi dla państwa członkowskiego.

W ostatnich 5 latach ograniczono liczbę naruszeń dzięki systemowi wczesnego ostrzegania EU Pilot i podjęto szereg decyzji wzmacniających ten kierunek zwiększania efektywności wdrożeń, powołując specjalne strony internetowe z bazą danych wszczętych postępowań i specjalnymi formularzami do zgłaszania skarg przez indywidualne przedsiębiorstwa i obywateli. Dostęp do informacji wszystkich Europejczyków i szerokie konsultacje tworzonego prawa na wczesnych jego etapach to klucz do tworzenia prawa, które ułatwia, a nie utrudnia życie obywateli we wszystkich państwach członkowskich, a jako takie będzie sprawniej i lepiej wdrażane niż mniej skonsultowane.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Esprimo voto favorevole sulla relazione annuale 2014 sul controllo dell'applicazione del diritto dell'Unione europea. Siamo giunti, così, alla 32a relazione della Commissione, che ancora una volta, fornisce informazioni utili sull'effettiva attuazione delle pratiche del diritto dell'UE. Secondo la relazione sono i settori di ambiente, trasporti, e mercato interno e servizi quelli in cui sono presenti maggiori procedure d'infrazione nel 2014. Allo stesso tempo, però, la relazione dimostra che c'è stata una diminuzione del numero delle procedure d'infrazione formali negli ultimi cinque anni. Pur non di meno, la relazione conclude che dovremmo tenere in considerazione le nuove proposte effettuate dal gruppo di lavoro sul diritto amministrativo al fine di migliorare l'applicazione del diritto UE. Si raccomanda, inoltre, che il Parlamento svolga un ruolo più preciso al momento di analizzare le procedure di

rispetto del diritto dell'UE dei paesi candidati all'adesione e di quelli titolari di accordi di associazione con l'Unione, e che metta in funzione dei piani di sostegno per i paesi coinvolti in questo settore.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, car il défend des mesures que nous combattons, notamment la valeur égale aux traités de la charte des droits fondamentaux de l'Union, ou encore la conformité au droit de l'Union comme priorité politique.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – Cette initiative répond au rapport que la Commission européenne publie chaque année, en application des articles 16 et 17 du traité FUE, pour présenter les tendances principales relatives à la procédure EU Pilot ainsi qu'aux procédures d'infraction à l'encontre des États membres. Le rapport 2014 souligne notamment que l'environnement, le transport et le marché intérieur de services sont les domaines d'action publique où les infractions sont encore les plus nombreuses.

Le rapport de la commission JURI a entendu par ailleurs valoriser le travail accompli au sein de son groupe de travail sur le droit administratif, en suggérant qu'un règlement sur la procédure administrative au sein des institutions pourrait contribuer à une meilleure application du droit de l'Union.

Pour ces raisons, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Le rapport rappelle ou préconise un certain nombre de points auxquels nous sommes opposés, à savoir, notamment, la charte des droits fondamentaux de l'UE d'une valeur égale à celle des traités, la conformité au droit de l'UE comme priorité politique et la suggestion d'une plus grande implication du Parlement dans la transposition exacte de la législation de l'UE dans chaque État membre ainsi que pour les pays candidats à l'adhésion.

Ce rapport insiste sur le fait que «les États membres, lorsqu'ils appliquent la législation de l'Union, devraient éviter d'ajouter à la législation de l'Union des contraintes superflues, car cela entraîne une vision erronée de l'activité législative de l'Union et favorise un euroscepticisme injustifié chez les citoyens» (sic). Je me suis donc opposé à ce rapport.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que pretende «monitorizar la monitorización» de la Comisión, desde el punto de vista político, y el interés de asegurar que la legislación que se adopta en la Unión se convierte efectivamente en una realidad aplicada en los Estados miembros.

El Informe Anual de la Comisión muestra que el medio ambiente, el transporte y el mercado interior y los servicios siguen siendo las áreas en las que se produjeron mayor número de infracciones en 2014. De acuerdo con el informe, el número de procedimientos formalmente infractores ha disminuido gracias a la efectividad del procedimiento informal de «EU Pilot Procedure». No obstante, el informe destaca también que, dado que el Parlamento solo tiene aún acceso limitado a la información de ese procedimiento y a los casos pendientes, es difícil evaluar hasta qué punto la reducción de las infracciones procedimentales formales refleja el grado verdadero de cumplimiento por parte de los Estados miembros.

Gracias a los socialistas el informe subraya la responsabilidad conjunta de la Comisión y de los Estados miembros en caso de implementación inapropiada o incompleta de la legislación europea.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – La resolución contiene muchos elementos positivos, tales como la referencia a la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea en la aplicación del Derecho de la Unión o el reconocimiento de la sociedad civil organizada en el proceso legislativo. Pese a ello, me he abstenido, al considerar que la aplicación del Derecho de la Unión no es un debate técnico, sino también político: no en vano, es la legislación ligada a la protección de los derechos sociales y civiles la que se ve sistemáticamente incumplida, mientras que su aplicación es inmediata cuando atenta contra los intereses de las clases populares.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – Este informe anual presenta, una vez más, información interesante sobre la transposición efectiva y la aplicación práctica del Derecho de la UE. El informe concluye que el cumplimiento del Derecho de la UE aún no es lo suficientemente transparente. En este sentido, el Parlamento estima que la Comisión debe proponer, siempre y cuando sea posible y proporcionado, más reglamentos y menos directivas para asegurar la igualdad de condiciones entre los Estados miembros en cuanto a la legislación, especialmente en el caso de la legislación de la Unión relacionada con el mercado único, teniendo presente también que la forma de los textos jurídicos debe corresponderse con los objetivos y fines de las propuestas.

Siendo el mercado único el motor de la Unión, voto favorablemente a este informe por estar de acuerdo con las propuestas que presenta en ese ámbito.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in support of this report that recommends a regulation on European administrative procedure.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Zpráva v podstatě volá po přenášení uplatňování práva EU z členských států na Komisi formou přímých nařízení. Jsem naopak pro to, aby členské státy měly maximální kontrolu nad legislativou, která platí na jejich území.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Uspješna primjena zakonodavstva ključno je sredstvo za postizanje ciljeva EU-a. Nepotpunom provedbom direktiva države članice mogu stvoriti neravnotežu na jedinstvenom tržištu. Iako pravilna provedba zakonodavstva ovisi uglavnom o samim državama članicama, neki čimbenici, poput nerealnih rokova za provedbu, onemogućuju ostvarivanje određenih direktiva u državama članicama. Također, postupak provedbe zakonodavstva Europske unije u državama članicama još uvijek nije dovoljno transparentan, a mnoštvo pritužbi Komisiji ukazuje na učestalo kašnjenje u provođenju direktiva EU-a i povrede istih.

Praćenje primjene zakonodavstva EU-a olakšalo bi se sustavnijim podnošenjem izvješća te poboljšanjem pristupa informacijama Parlamentu, državama članicama i građanima EU-a. Osim toga, državama članicama trebao bi se ostaviti manevarski prostor u provedbi direktiva, kako bi se osigurala pravovremena primjena i izbjeglo zakašnjelo prenošenje u državna zakonodavstva. Europski parlament bi trebao imati veću ulogu pri nadgledanju provođenja prava EU-a, jer bi svojim sudjelovanjem omogućio praćenje pojedinačnih slučajeva i time iskoristio već postojeće znanje unutar svojih mjerodavnih odbora. Kako bi se to omogućilo, Parlamentu bi se trebao omogućiti pristup informacijama o neriješenim predmetima i drugim pitanjima vezanim uz provedbu prava EU-a.

Podržala sam ovo izvješće, jer smatram da je djelotvorna primjena prava EU-a jedan od najbitnijih čimbenika u jačanju vjerodostojnosti institucija Europske unije i u ostvarivanju njenih ciljeva.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – I share the rapporteur's position that the rising number of infringements relating to late transposition shows that prompt transposition continues to be a challenge in numerous Member States and requires an effective response by the Commission. Timely and correct transposition of EU law into national legislation and a clear domestic legislative framework should be a priority for the Member States.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Kontrola Komisie v oblasti skutočného uplatňovania práva Únie poukázala na nedostatky najmä v oblasti životného prostredia, dopravy, vnútorného trhu a služieb. V roku 2008 bol v Únii zavedený projekt „EU Pilot" ako metóda na zlepšenie pomoci občanom a podnikom pri uplatňovaní práva EÚ. Jeho cieľom je zníženie počtu konaní vo veci porušenia právnych predpisov. Počet konaní však nemôže odrážať skutočné rešpektovanie a uplatňovanie práva, napr. aj z dôvodu pretrvávajúcej nedostatočnej informovanosti o možnostiach občanov a právnických osôb podávať sťažnosti. Súhlasím s návrhom, aby sa EP vytvoril samostatný proces na monitorovanie uplatňovania práva Únie, ktorý využije aj činnosť a poznatky stálych výborov Parlamentu pôsobiacich v príslušných oblastiach.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την ετήσια έκθεση του 2014 για τον έλεγχο της εφαρμογής του δικαίου της Ένωσης, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 6/10/2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Le rapport annuel 2014 de la commission sur le contrôle de l'application du droit de l'Union établit un bilan des procédures d'infraction introduites à l'encontre des États membres. Le texte voté rappelle ou préconise plusieurs concepts au sujet desquels nous nous opposons: la valeur égale aux traités de la charte des droits fondamentaux de l'Union, la conformité au droit de l'Union comme priorité politique, etc.

Ce rapport insiste sur le fait que «les États membres, lorsqu'ils appliquent la législation de l'Union, devraient éviter d'ajouter à la législation de l'Union des contraintes superflues, car cela entraîne une vision erronée de l'activité législative de l'Union et favorise un euroscepticisme injustifié chez les citoyens». Nous nous opposons bien évidemment à ce concept.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης. Αυτό που προκύπτει αναμφίβολα από αυτήν είναι ότι το περιβάλλον, οι μεταφορές, η εσωτερική αγορά και οι υπηρεσίες εξακολουθούν να αποτελούν τομείς της πολιτικής στους οποίους παραμένουν εκκρεμείς οι περισσότερες υποθέσεις παραβίασης Συνθηκών από το 2014. Από την έκθεση συνάγεται επίσης ότι η επιβολή του δικαίου της Ένωσης χαρακτηρίζεται από μειωμένη διαφάνεια.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht kritisiert eine unzureichende Umsetzung des EU-Rechts durch die Mitgliedstaaten und fordert die Einführung eines EU-Verwaltungsverfahrens. Dieser Forderung kam das Europäische Parlament bereits im Jahr 2013 mit einer Entschließung nach – die Kommission blieb in der Folge jedoch untätig. Die Idee eines einheitlichen EU-Verfahrensrechts ist zwar grundsätzlich unterstützenswert, der Bericht geht aber bei einigen anderen Punkten (wie etwa mit der Aufforderung an die Kommission, Vertragsverletzungsverfahren gegen jene Mitgliedsstaaten einzuleiten, die ein System von obligatorischen Aufnahmequoten für Flüchtlinge ablehnen) in die falsche Richtung. Ich habe mich daher meiner Stimme enthalten.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už EP pranešimą, kuriame aptariama Komisijos parengta Europos Sąjungos teisės taikymo stebėjimo ataskaita. Iš pateiktos ataskaitos galima daryti išvadą, kad ES teisės įgyvendinimo užtikrinimas vis dar nepakankamai skaidrus, todėl pranešime numatomos gairės ir priemonės, kurios padėtų spręsti šias problemas.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Chaque année, la Commission fait le bilan de l'application des traités: de la transposition en droit national des législations européennes ainsi que des procédures d'infraction contre les États récalcitrants. L'environnement est le sujet le plus concerné. La France a été plusieurs fois dans le rouge pour son taux de pollution de l'air aux particules fines par exemple. Sans que l'impact des mines de charbon allemandes soit incriminé. Soit.

Le rapport note qu'il y a moins d'infractions, soutient les pétitions et les plaintes des citoyens ou encore dénonce la fixation de délais souvent irréalistes. Je me félicite qu'il rappelle la possibilité de fixer dans les États des «normes sociales et écologiques plus élevées qu'au niveau de l'Union». Mais il demande surtout à la Commission d'appliquer plus de «sanctions financières dissuasives» pour «crédibiliser» l'Union et ainsi lutter contre «un euroscepticisme injustifié chez les citoyens».

Ainsi, la Commission cherche à faire entrer dans le marbre des traités les sanctions du Semestre européen, les fameuses règles d'or. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le rapport rappelle ou préconise un certain nombre de points auxquels nous sommes opposés, à savoir, notamment, la charte des droits fondamentaux de l'UE d'une valeur égale à celle des traités, la conformité au droit de l'UE comme priorité politique et la suggestion d'une plus grande implication du Parlement dans la transposition exacte de la législation de l'UE dans chaque État membre ainsi que pour les pays candidats à l'adhésion.

Ce rapport insiste sur le fait que «les États membres, lorsqu'ils appliquent la législation de l'Union, devraient éviter d'ajouter à la législation de l'Union des contraintes superflues, car cela entraîne une vision erronée de l'activité législative de l'Union et favorise un euroscepticisme injustifié chez les citoyens» (sic). Je me suis donc opposée à ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O 32.º relatório anual da Comissão sobre o controlo da aplicação do Direito da UE contém, uma vez mais, informações interessantes sobre a efetiva transposição e aplicação prática do direito da UE.

Assim, o relatório mostra que o ambiente, os transportes, o mercado interno e os serviços são os domínios em que continuavam pendentes mais processos de infração em 2014. O relatório anual salienta ainda que o número de processos formais por infração diminuiu nos últimos cinco anos.

Temos assim de continuar a trabalhar no sentido de minimizar as incidências existentes. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this report as it calls for the creation of a single gateway for citizens to easily access complaint forms and user-friendly information on infringement proceedings. This would bring existing access points and information sites together into a single access point, thus incentivising citizen involvement and increasing transparency.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — En vertu de l'article 17 du traité sur l'Union européenne, la Commission est la «gardienne des traités» et veille, sous supervision de la Cour de justice de l'Union européenne (CJUE), à la bonne application des traités et des décisions européennes. Or, comme en 2013, on constate que les domaines les plus touchés par les infractions sont ceux relatifs à l'environnement, à la santé, à la protection des consommateurs, à la mobilité et aux transports. La justice est un des piliers de notre modèle sociétal et le droit communautaire doit être respecté. J'accueille donc favorablement le trente-deuxième rapport annuel sur le contrôle de l'application du droit de l'Union et souhaite que la Commission saisisse la CJUE afin que des recours en manquement soient introduits.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — Tohtoročná výročná správa o uplatňovaní práva EÚ v jednotlivých členských štátoch Únie poukázala na nedostatky, a to predovšetkým v oblastiach životného prostredia, dopravy a vnútorného trhu. Ak podľa Európskej komisie dochádza k nedostatočnej aplikácii európskeho práva na území jednotlivých členských krajín, dochádza k aktivizácii tzv. EU Pilot, ktorým sa zaháji dialóg medzi Komisiou a dotknutou krajinou. Tá má povinnosť vysvetliť, prečo k rozporu dochádza a vykonať následnú nápravu. Keďže ide o výmenu správ medzi daným členským štátom a Komisiou, pre Európsky parlament je pomerne problematické mať dostatočnú prehľad o tom, koľko „pilotov" EÚ v skutočnosti začala, a aký je de facto stav uplatňovania práva Únie. Z tohto dôvodu sa domnievam, že by bolo namieste, aby Komisia poskytovala Európskemu parlamentu dostatočnejší prístup k transparentným informáciám aj v tomto kontexte. Správe vyjadrujem podporu.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which shows that the environment, transport and the internal market and services remained the policy areas in which most infringement cases were open in 2014. According to the report the number of formal infringement procedures has decreased as a result of the effectiveness of the informal 'EU Pilot procedure'. However, the rapporteur also points out that, given that Parliament still has only limited access to information on that procedure and on pending cases, it is difficult to evaluate to what extent the reduction in formal infringement procedures actually reflects better compliance with EU law by Member States.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O presente relatório da Comissão versa sobre o controlo da aplicação do direito da UE e contém dados sobre a efetiva transposição e aplicação prática do mesmo.

De acordo com a Comissão, o número de processos formais por infração diminuiu nos últimos cinco anos, e esta diminuição reflete a eficácia do diálogo com os Estados-Membros no contexto do procedimento «EU Pilot».

Contudo, é de lamentar o reduzido acesso, por parte do Parlamento Europeu, às informações sobre este procedimento e sobre os processos em curso.

Defendo o alargamento dos prazos para a implementação da legislação, de modo a garantir a capacidade dos Estados-Membros de os cumprirem. Para tal, deverão ser criados calendários mais adequados de aplicação dos regulamentos e diretivas, tendo em devida conta os períodos de controlo e de consulta necessários.

O novo Acordo Interinstitucional «Legislar Melhor» contém disposições que visam melhorar a implementação e a aplicação do direito da UE. É vital melhorar o processo de transposição e a necessidade de os Estados-Membros identificarem, e notificarem, as medidas nacionais que completam as diretivas europeias.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport rappelle ou préconise un certain nombre de points que nous combattons, à savoir, notamment, la valeur égale aux traités de la charte des droits fondamentaux de l'Union, la conformité au droit de l'Union comme priorité politique, la suggestion d'une plus grande implication du Parlement dans la transposition exacte de la législation de l'Union notamment dans chaque État membre ainsi que pour les pays candidats à l'adhésion, le lien fait entre l'application effective du droit de l'Union et le renforcement de la crédibilité des institutions de l'Union. Je n'ai donc pas d'autre choix que de voter contre.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Szavazatommal támogatom a jelentést. Az Európai Unió megfelelő működésének egyik alapfeltétele, hogy az összes tagállamra ugyanazok a szabályok vonatkozzanak. Szintén nagyon fontos, hogy az állampolgárok számára az uniós szabályzat átlátható és érthető legyen.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – In response to the request from the European Parliament and Member States, the Commission draws up an annual report regarding the monitoring of the application of EU law. I have voted in favour of this report, which states that the environment, transport and the internal market and services were the policy areas with the most infringement cases in 2014.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. — Подкрепих предложението за резолюция на Европейския парламент на г-жа Хаутала, тъй като смятам, че Европейският парламент трябва да бъде по-добре информиран относно прилагането на правото на ЕС, за да може да изпълнява по-добре ролята си на съзаконодател и за да гарантира, че законодателната му дейност се подобрява.

Създаването на процедура в рамките на Парламента, отразяваща прилагането на законодателството на ЕС в отделните държави членки, би било удачен начин за анализирането на неизпълнението по специфичен начин за всяка държава.

Макар броят на производствата през 2014 г. да е намалял, което подчертава ефективността на процедурата EU Pilot, областите, в които прилагането на правото на ЕС остава проблемно, продължават да бъдат околна среда, транспорт и вътрешен пазар и услуги. Парламентът все още разполага с ограничен достъп от информация относно тази процедура, ето защо не може реално да установи дали намалелият брой на производства реално отразява по-доброто прилагане на правото на ЕС или е някакъв вид договореност между държавите, допуснали неизпълнение, и Комисията.

Изпълнението на правото на ЕС все още не е достатъчно прозрачно, ето защо подкрепям идеята за изготвяне на регламент за административния процес, който би бил полезен и би улеснил практическото прилагане на правото на ЕС.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Am votat pentru rezoluția referitoare la monitorizarea aplicării dreptului Uniunii: raportul anual pe 2014. Noul Acord interinstituțional privind o mai bună legiferare conține dispoziții care vizează îmbunătățirea implementării și a aplicării dreptului UE și încurajarea cooperării mai structurate în această privință.

Sprijinim apelul lansat în acord pentru o mai bună identificare a măsurilor naționale care nu sunt strict legate de legislația Uniunii (o practică denumită „suprareglementare"). Subliniem importanța intensificării transpunerii și necesitatea notificării și indicării clare de către statele membre a măsurilor naționale care suplimentează dispozițiile directivelor Uniunii.

În momentul în care aplică dreptul UE, statele membre ar trebui să evite adăugarea poverilor inutile legislației UE, deoarece aceasta conduce la formarea unei concepții greșite despre activitatea legislativă a UE și mărește scepticismul nejustificat față de UE în rândul cetățenilor. Atragem atenția, totuși, asupra faptului că acest lucru nu afectează în niciun caz prerogativele statelor membre de a adopta, la nivel național, standarde sociale și de mediu mai stricte decât cele convenite la nivelul UE.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Výroční zpráva poukazuje na snížení počtu formálních řízení o porušení Smlouvy v posledních pěti letech, přičemž podle Komise se tak stalo na základě účinného strukturovaného dialogu s členskými státy v rámci projektu EU Pilot. S tím lze jistě souhlasit, ale s dovětkem, že pokles v posledních letech i pokles, který se očekává v příštích letech, je také způsoben stálým snižováním počtu nových legislativních návrhů Komise.

Na ten potom část poslanců EP reaguje zvýšením počtu zpráv z vlastního podnětu, které jsou nelegislativní povahy. Ty bohužel často dosahují velké šíře, neodpovídají zadání, obsahují nekonzistentní či nereálné postoje a z mého pohledu snižují kredibilitu EP. Směrem ke Komisi lze také vznést námitku vztahující se k tomu, že neprovádí postupy EU Pilot v případech, kdy byly směrnice provedeny ve vnitrostátním právu po dohodnutých termínech. I na zlepšení v těchto případech by se měla Komise do budoucna více zaměřit.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da Mitgliedstaaten aufgefordert werden, im Bericht der Umsetzung von EU-Recht möglichst wenig hinzuzufügen. Eine demokratische Willensäußerung darf meiner Meinung nach nicht ausgeschlossen werden.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Tegemist on aastaaruandega, mis annab teavet ELi õiguse tegeliku rakendamise ja praktilise kohaldamise kohta. Aruandest selgub, et ELi õiguse jõustamine ei ole ikka veel piisavalt läbipaistev, seega tuleks püüda olukorda parandada.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – Uno de los grandes problemas de la legislación europea es la relación que tiene ésta con los ordenamientos de los Estados miembros. Desde hace varios años, el Parlamento Europeo está señalando que uno de los mayores problemas a la hora de aplicar la legislación comunitaria es la «sobrerregulación» (llamado en inglés «*gold-plating*»), práctica que frena en numerosas ocasiones las metas que quiere alcanzar esa legislación. En este informe, y en los informes de los próximos años, sobre la aplicación del Derecho de la Unión, seguiremos este camino de denunciar e intentar acabar con esta práctica por parte de los Estados miembros.

Por otra parte, hacemos mención a algunos instrumentos que han resultado útiles (como el programa EU Pilot), pero creo que no podemos olvidarnos de que aún quedan muchos obstáculos que remover para que la aplicación de la legislación europea sea precisa y efectiva.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. — Pritariu pateiktam pranešimui.

Pažymėtina tai, jog labai svarbu, kad valstybės narės tinkamai laikytųsi ES teisės reikalavimų ir juos geriau įgyvendintų nacionalinėje politikoje bei būtų pagerinta atitiktis reikalavimams ir piliečių bei įmonių labui galimi pažeidimai būtų sparčiai pašalinami.

Aplinka, transportas bei vidaus rinka ir paslaugos vis dar išlieka tos sritys, kuriose pradėta daugiausia pažeidimo nagrinėjimo procedūrų. Atkreiptinas dėmesys į struktūrinio dialogo svarbą, kuris turėtų būti vykdomas prieš pradedant pažeidimo nagrinėjimo procedūrą.

Reikia didinti pasitikėjimą ES institucijomis. Ypatingas dėmesys turi būti skiriamas peticijoms, nes tai yra pagrindinė Lisabonos sutartyje įtvirtinta teisė, o kartu svarbi antrinė priemonė stebėti ES teisės taikymą ir nustatyti galima spragas piliečiams tiesiogiai išreiškiant savo nuomonę.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – The recommendation was to vote against this. The report did not go as far as we would like in identifying enough effort being demonstrated to increase transparency, but it was heading in the right direction. One of UKIP's missions is to ensure that transparency is at the forefront of the operations of the EU institutions. Furthermore this report calls for more implementation of EU law.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — The annual report stresses that the number of formal infringement procedures has decreased in the last five years, which reflects the effectiveness of the dialogue with Member States in the context of the EU pilot procedure. However, since the European Parliament still has rather little access to information about the EU pilot procedure and pending cases, it is difficult to evaluate to what extent the reduction in formal infringement procedures actually reflects better compliance with EU law by Member States. For this reason I voted in favour of this report, which could provide valuable inspiration for the Commission as it shows that a regulation on the administrative procedure of the Union's own administration would be both useful and feasible to enact.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Komisijin 32. godišnji izvještaj o praćenju primjene zakonodavstva EU-a sadrži informacije o stvarnoj provedbi i praktičnoj primjeni prava EU-a. Većina slučajeva povrede prava u 2014 bila je u području zaštite okoliša, prijevoza i unutarnjeg tržišta. Broj formalnih postupaka zbog povrede prava smanjen je u posljednjih pet godina te to smatram dobrim napretkom u odnosu na količinu propisa EU-a koji su u primjeni u državama članicama. Prema Europskoj komisiji to odražava učinkovitost dijaloga s državama članicama u kontekstu postupka za utvrđivanje povrede prava EU-a (EU pilot). Međutim, imajući u vidu da Parlament još uvijek ima prilično malo pristupa informacijama o provedbi tih postupaka i neriješenim predmetima, teško je procijeniti u kojoj mjeri smanjenje u formalnim postupcima zbog povrede prava zapravo odražava bolju usklađenost sa zakonima EU-a od strane zemalja članica, a ne kompromisna rješenja između Komisije i država članica.

Europski parlament bi mogao i trebao igrati strukturnu ulogu u analizi u vezi prava EU-a kako zemalja pristupnica tako i zemalja sa sporazumom o pridruživanju s Europskom unijom te u razvijanju odgovarajuće podrške u tom pogledu. Podržala sam izvješće jer ukazuje na prave probleme te očekujem da će prilikom sljedećih izvješća Komisija obratiti pažnju i na upravo izrečene zahtjeve Europskog parlamenta.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Il rispetto del diritto dell'Unione europea deve essere una priorità per la Commissione, le istituzioni europee in generale e, soprattutto, per gli Stati membri. Fare in modo che ciò avvenga nella maniera più trasparente possibile, aumenterebbe la fiducia dei cittadini nell'UE, evitando fraintendimenti e strumentalizzazioni che finiscono, invece, per fomentare sentimenti euroscettici ingiustificati. La Commissione ha la responsabilità di monitorare le misure adottate dagli Stati membri e di garantire che le loro legislazioni rispettino il diritto comunitario. Il Parlamento europeo, d'altra parte, ha la responsabilità di controllare l'attività di monitoraggio della Commissione e l'interesse di assicurarsi che la legislazione che produce sia effettivamente recepita dagli Stati mem-

bri. La relazione annuale della Commissione sul controllo dell'applicazione del diritto dell'Unione europea riferisce che il numero delle procedure d'infrazione formali è diminuito negli ultimi cinque anni, grazie all'efficacia del dialogo strutturato tra Commissione e Stati membri nell'ambito di «EU Pilot». Se il sistema «EU Pilot» si è dimostrato valido, esso non è tuttavia abbastanza trasparente. Perciò condivido il rammarico espresso dalla relazione, per il fatto che, nonostante le ripetute richieste, la Commissione non abbia ancora assicurato un accesso adeguato alle informazioni sulla procedura «EU Pilot» e sui casi pendenti alle commissioni parlamentari competenti.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Glavnu odgovornost za ispravnu provedbu i primjenu prava EU-a imaju države članice, ali to ne lišava institucije EU-a njihove dužnosti poštovanja primarnog prava EU-a pri izradi sekundarnog prava EU-a. Cilj EU Pilota jest suradnju između Komisije i država članica učiniti bližom kako bi se u ranoj fazi ispravila kršenja zakonodavstva EU-a, izbjegla potreba za pokretanjem službenog postupka zbog povrede prava. Nerealni rokovi za provedbu zakonodavstva mogu rezultirati nemogućnošću država članica da ih ispune, čime se prešutno odobrava odgoda primjene – potrebni su realniji rokovi za primjenu uredbi i direktiva.

Smatram da bi novčane kazne zbog nepoštovanja zakona EU-a trebale biti učinkovite, razmjerne i odvraćajuće te bi se pri njihovu određivanju trebalo uzimati u obzir ponovljeno nepoštovanje zakona i poštovati zakonska prava država članica. Nezadovoljavajuća primjena i provedba igraju važnu ulogu u nizu europskih kriza te stvaraju nejednake uvjete na jedinstvenom tržištu. Parlament bi trebao dati dodatni doprinos tako što će svoje stručno znanje o zakonodavnom procesu podijeliti s nacionalnim parlamentima.

Također bi mogao u odgovoru na godišnja izvješća o napretku koja sastavlja Komisija i sam sastaviti izvješća, a ne samo rezolucije te pomoći pri reviziji provedbe zakonodavstva provodeći nadzor nad Komisijom.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. — O documento traduz a habitual «avaliação» da aplicação do direito da união Europeia por parte das instituições europeias. Um hino à ingerência, que não deixa de revelar a dualidade no que toca ao cumprimento das «regras» em função dos países.

Às grandes potências, servirá bem a chamada cooperação mais estreita e um diálogo mais estruturado com a Comissão, que o relatório valoriza, que na prática não será mais que um procedimento em que aquelas escapam às regras que impõem, e que utilizam para garantir a centralização de poder e controlar os países de pequena e média dimensão, coagidos sob o ardiloso e inaceitável processo de chantagem e ameaça de sanções, como aqueles a que Portugal tem estado sujeito. Sanções financeiras que, aliás, o texto sanciona, exigindo a sua aplicação com eficácia e de forma dissuasora. Uma visão fiscalizadora e penalizadora que constitui um ataque à soberania dos Estados-Membros e que rejeitamos frontalmente.

Acrescem a pressão e a ingerência sobre os EM na definição do que devem ser as suas prioridades e quadro legislativo, com o Acordo Institucional «Legislar Melhor», instrumento de harmonização do quadro jurídico-legislativo, ou a proposta de criação de um direito administrativo europeu. Razões que só poderiam justificar o voto contra.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La Commissione europea, nel corretto espletamento delle sue funzioni, è chiamata a svolgere un ruolo attivo nello sviluppo di diversi strumenti volti a migliorare l'attuazione, l'applicazione e il rispetto del diritto dell'Unione negli Stati membri. Al tal fine, in un'Unione fondata sullo Stato di diritto e sulla certezza e prevedibilità delle leggi, i cittadini dell'UE devono essere messi in condizione di conoscere in modo chiaro, accessibile, trasparente e tempestivo se e quali norme nazionali siano state adottate mediante il recepimento del diritto dell'UE e quali autorità nazionali sono responsabili della loro corretta attuazione. Pertanto, si ritiene opportuno rendere effettive le sanzioni pecuniarie per il mancato rispetto del diritto comunitario. Il relatore ritiene che le proposte formulate dal nuovo gruppo di lavoro sul diritto amministrativo, istituito dalla Commissione giuridica, potrebbero essere una preziosa fonte d'ispirazione per la Commissione. Ritengo opportuno evidenziare che il Parlamento europeo dovrebbe svolgere un ruolo più strutturato nell'analisi di come i paesi candidati all'adesione, e i paesi titolari di accordi di associazione con l'Unione europea, rispettano il diritto dell'UE. Ho votato a favore dell'approvazione di questa relazione annuale.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport qui fait état de la publication annuelle de la Commission européenne sur l'application du droit de l'Union au sein des États membres. Malheureusement, les domaines liés au marché intérieur ou encore les secteurs des transports et de l'environnement sont les champs d'action publique où les infractions sont les plus importantes. Pour que les politiques décidées à l'échelle de l'Union soient cohérentes et efficaces, il faut qu'elles soient appliquées et respectées sur tous les territoires européens.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – The recommendation was to vote against this. The report did not go as far as we would like in identifying enough effort being demonstrated to increase transparency, but it was heading in the right direction. One of UKIP's missions is to ensure that transparency is at the forefront of the operations of the EU institutions. Furthermore this report calls for more implementation of EU law.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – O relatório anual mostra que o ambiente, os transportes, o mercado interno e os serviços são os domínios em que continuam pendentes de mais processos de infração em 2014.

Tendo em conta que o Parlamento Europeu tem ainda um acesso relativamente reduzido às informações sobre o procedimento «EU Pilot» – diálogo com os Estados-Membros – e sobre os processos em curso, é difícil avaliar em que medida a redução de processos formais por infração reflete melhor na prática o cumprimento do direito da UE pelos Estados-Membros do que as soluções de consenso entre a Comissão e os Estados-Membros.

Como se pode observar, a aplicação do direito comunitário continua a não ser suficientemente transparente. Assim, a relatora considera que um regulamento sobre o processo administrativo da administração da União poderia ser útil e fácil de promulgar.

Considera ainda que o Parlamento poderia e deveria desempenhar um papel mais estruturado na análise do modo como os países candidatos à adesão e os países que concluíram acordos de associação com a União Europeia respeitam a legislação da UE, bem como no desenvolvimento de um apoio adequado nesta matéria a esses países.

Face ao exposto, votei a favor deste relatório.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Este relatório mostra que o ambiente, os transportes, o mercado interno e os serviços são os domínios em que continuavam pendentes mais processos de infração em 2014.

Salienta ainda que o número de processos formais por infração diminuiu nos últimos cinco anos. Segundo a Comissão, esta diminuição reflete a eficácia do diálogo com os Estados-Membros no contexto do procedimento «EU Pilot».

No entanto, o Parlamento Europeu tem ainda um acesso relativamente reduzido às informações sobre este procedimento e sobre os processos em curso.

Uma conclusão que pode ser extraída do relatório é que a aplicação do direito comunitário continua a não ser suficientemente transparente. O Parlamento poderia e deveria desempenhar um papel mais estruturado na análise do modo como os países candidatos à adesão e os países que concluíram acordos de associação com a UE respeitam a legislação da UE, bem como no desenvolvimento de um apoio adequado nesta matéria a esses países.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Conforme al artículo 17 del TUE, la Comisión monitoriza las actuaciones de los Estados miembros y asegura que su legislación se ajusta al Derecho europeo. Los artículos 258 a 260 del TFUE autorizan a la Comisión a llevar a cabo acciones contra un Estado miembro infractor. El Parlamento Europeo, a su vez, «monitoriza la monitorización» de la Comisión y debe asegurar que la legislación que se adopta en la UE se convierte efectivamente en una realidad aplicada en los Estados miembros.

Este Informe Anual sobre la Aplicación del Derecho de la UE muestra que medio ambiente, transporte, mercado interior y servicios siguen siendo las áreas en las que se producen mayor número de infracciones. El número de procedimientos ha disminuido gracias a la efectividad de la «EU Pilot Procedure». No obstante, dado que el Parlamento tiene acceso limitado a la información de ese procedimiento y los casos pendientes, es difícil evaluar hasta qué punto la reducción de las infracciones formales refleja el grado verdadero de cumplimiento por parte de los Estados miembros.

He votado a favor de este Informe.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette proposition de résolution sur le contrôle de l'application du droit de l'Union (rapport annuel de 2014). Celle-ci contient des informations importantes concernant la transposition réelle et l'application pratique du droit de l'Union. Cette résolution souligne notamment que le Parlement européen dispose de peu d'accès aux informations relatives aux procédures d'infractions formelles. Ce texte contient une série de recommandations et propositions visant à pallier ces dysfonctionnements.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame aptariama Sąjungos teisės taikymo stebėsenos 2014 m. metinė ataskaita. Ataskaitoje nurodoma, kad aplinka, transportas bei vidaus rinka ir paslaugos buvo tos politikos sritys, kuriose 2014 m. pradėta daugiausia pažeidimo nagrinėjimo procedūrų. Būtina pabrėžti, kad Europos Parlamentas vis dar turi nedaug galimybių susipažinti su informacija apie procedūrą „EU Pilot" ir nebaigtus nagrinėti pažeidimo atvejus – juo labiau kad nemaža dalis pažeidimų taip ir nėra matomi – šaliai narei suradus kompromisą su Komisija. Taigi, iš ataskaitos galima daryti išvadą, kad ES teisės įgyvendinimo užtikrinimas vis dar nepakankamai skaidrus.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Este é o 32.º Relatório Anual produzido pela Comissão respeitante ao controlo da aplicação do direito da União Europeia.

Do relatório infere-se que setores como o ambiente, os transportes, o mercado interno e os serviços são aqueles com mais pendências de processos por infração, pese embora o volume processual tenha diminuído nos últimos cinco anos. Tal pode dever-se à eficácia do procedimento «EU Pilot» – fase pré-contenciosa informal – apesar de existir alguma dificuldade em confirmar se a sua utilização tem efetivo reflexo num maior e melhor cumprimento do direito da UE por parte dos Estados-Membros.

Isso significa que continua a subsistir falta de transparência na aplicação do direito comunitário e, nessa medida, subscrevo a solução proposta no seio da Comissão JURI no sentido de criar um regulamento sobre o processo administrativo da administração da União, como forma de promover uma melhor e mais efetiva transposição e aplicação prática do direito europeu.

Por concordar com o teor do relatório, votei a favor.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui dresse un bilan pour l'année 2014 sur le contrôle de l'application du droit de l'Union. Ce texte souligne le rôle essentiel que joue la Commission européenne dans le contrôle de l'application du droit communautaire, tout en rappelant le rôle primordial du Parlement européen qui exerce lui une surveillance politique sur les mesures d'exécution de la Commission.

Ce rapport rappelle que l'application du droit de l'Union n'est pas assez transparente et que l'environnement, le transport et le marché intérieur de services sont les domaines d'action publique où les infractions sont encore les plus nombreuses.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Il testo votato è la trentaduesima relazione annuale (relativa al 2014) che il Parlamento europeo stila dopo aver eseguito appositi controlli sull'applicazione del diritto europeo tra i 28 Stati membri. L'analisi condotta evidenzia che i settori in cui persistono gravi lacune sono quelle dell'ambiente, del trasporto del mercato interno e dei servizi. Allo stesso tempo, però, sono diminuite le procedure d'infrazione ciò sta a dimostrare che la decisione della Commissione europea di seguire la linea del dialogo prima delle sanzioni sta funzionando.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de esta resolución porque contiene elementos muy positivos. La resolución aboga por fortalecer el derecho de la Unión para la protección de los derechos de consumidores, y en materia de salud, medio ambiente, movilidad y transporte. Existen muchos casos de infracciones iniciados por la Comisión que aún continúan abiertos, por ello este informe solicita que el Parlamento pueda acceder adecuadamente a esta información para que los procesos sean más transparentes.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den 32. Jahresbericht der Kommission zur Kontrolle und Anwendung von EU Recht gestimmt.

In diesem Bericht überprüft das EP, wie es um die tatsächliche Implementierung und praktische Anwendung von EU Richtlinien steht.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Výroční zpráva o kontrole uplatňování práva Unie za rok 2014 předložená Komisí udává, že nejvíce případů týkajících se porušení Smlouvy bylo opakovaně otevřeno v oblastech politik životního prostředí, dopravy a vnitřního trhu a služeb, včetně ochrany spotřebitele.

Férový vnitřní trh, včetně politiky ochrany spotřebitele, nelze vybudovat bez včasného a správného provedení právních předpisů EU ve vnitrostátním právu, jasného právního rámce a také dozoru nad jejich dodržováním.

Zpráva Komise zdůrazňuje, že počet formálních řízení o porušení Smlouvy se v posledních pěti letech snížil, a toto snížení je dle Komise výsledkem účinného dialogu s členskými státy v rámci tzv. EU Pilotu. Zpráva výboru JURI nicméně konstatuje, že prosazování práva EU není dosud dostatečně transparentní, a ptá se, zda deklarované snížení skutečně odpovídá lepšímu dodržování práva EU ze strany členských států.

Podporuji proto myšlenku, aby byl v rámci příslušných výborů Parlamentu zaveden postup pro monitorování uplatňování práva EU v členských státech, který by byl schopen věcně analyzovat otázku nedodržování, ale také předat tyto poznatky směrem k vnitrostátním parlamentům. Z tohoto pohledu vítám výzvu Komisi ke sdílení informací i v rámci neformálního postupu EU Pilot.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – La resolución contiene muchos elementos positivos, tales como la referencia a la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea en la aplicación del Derecho de la Unión o el reconocimiento de la sociedad civil organizada en el proceso legislativo. Pese a ello, me he abstenido, al considerar que la aplicación del Derecho de la Unión no es un debate técnico, sino también político: no en vano, es la legislación ligada a la protección de los derechos sociales y civiles la que se ve sistemáticamente incumplida, mientras que su aplicación es inmediata cuando atenta contra los intereses de las clases populares.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today, I voted in favour of the 2014 Annual Report on monitoring the application of EU law. The report expresses concern about the democratic deficit of the Commission and stresses the importance of parliamentary involvement and democratic oversight. It also calls for better oversight of the Commission's infringement and pre-infringement procedures.

Branislav Škripek (ECR), *in writing*. – This annual report concerns infringement cases in the EU in the areas of the environment, transport, the single market and services. I was not able to support this report as it contained many measures which would reduce Slovak national sovereignty and impair our competitiveness, so I abstained in the final vote.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Godišnje izvješće za 2014. godinu sadrži zanimljive podatke o provedbi i stvarnoj primjeni zakonodavstva te važnosti uloge građana i građanki Europske unije u cjelokupnom procesu.

Iz izvješća se može iščitati smanjenje povreda ljudskih prava, no i naglašava kako su i dalje prisutna kršenja istih, prije svega kod prava manjina, osoba s invaliditetom, stranih državljana, prava na prijevoz, obrazovanje te zdravstvenu skrb.

Jedan od najučinkovitijih izvora ukazivanja na taj problem svakako su pojedinačne pritužbe građana. Sukladno tome, mora postojati pravna obveza da građani Europske unije budu na jasan i dostupan način obaviješteni o tome koje su nacionalne pravne norme usvojene u zakonodavstvu Europske unije.

Isto tako, predlaže se sastavljanje vlastitih izvješća od strane Parlamenta, a ne samo rezolucija kako bi se svim predmetnim odborima omogućilo iznošenje relevantnih mišljenja te praćenje načina na koji se države članice pridržavaju prava Europske unije.

Zaključak koji proizlazi iz ovog izvješća ukazuje na još uvijek nedovoljnu transparentnost, stoga, budući kako se Europska unija temelji na vladavini prava, pravnoj sigurnosti i predvidivosti zakona, bitno je ojačati njenu vjerodostojnost te ispuniti očekivanja građana u pogledu koristi koje oni mogu imati kao građani Europske unije.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som návrh uznesenia EP o monitorovaní uplatňovania práva Únie – výročnú správu za rok 2014. V správe sa uvádza , že životné prostredie, doprava a vnútorný trh a služby naďalej zostali oblasťami politiky, v rámci ktorých bolo v roku 2014 otvorených najviac prípadov v súvislosti s nesplnením povinnosti. Zo správy teda vyplýva, že presadzovanie práva Únie nie je dostatočne transparentné. Za správne vykonávanie a uplatňovanie práva Únie sú primárne zodpovedné členské štáty, ktoré musia pri vykonávaní práva Únie plne rešpektovať základné hodnoty a zásady zakotvené v zmluvách a Charte základných práv EÚ. Iba včasná a správna transpozícia práva Únie do vnútroštátnych právnych predpisov a jasný vnútroštátny právny rámec by sa mali stať prioritou členských štátov s cieľom zabrániť porušovaniu práva Únie a súčasne priniesť jednotlivcom a podnikom želané výhody vďaka efektívnemu a účinnému uplatňovaniu práva Únie. Pri monitorovaní a oznamovaní nedostatkov pri transpozícií a uplatňovaní práva Únie členskými štátmi musia dôležitú úlohu zohrávať sociálni partneri a organizácie občianskej spoločnosti.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Pravo Evropske unije je izjemnega pomena za samo delovanje te skupne zveze držav. Zato je pomembno, da se njegova implementacija in uporaba spremlja.

Letno poročilo o spremljanju uporabe prava Unije za leto 2014 navaja, da izvrševanje prava EU še vedno ni dovolj transparentno in odprto. Poziva k spoštovanju načela pravne jasnosti, transparentnosti in odprtosti ter pravilni in pravočasni uporabi prava EU.

Čeprav naj bi bilo izvrševanje prava EU ena izmed prioritet sedanje Evropske komisije, pa je ta zastavljeni cilj daleč od doseženega. Menim, da bi morala biti Komisija na tem področju bolj aktivna, hkrati pa bi lahko tudi Evropski parlament igral večjo vlogo pri analizah o izvrševanju prava EU.

Članicam, ki so se EU pridružile nazadnje, ter članicam, ki bodo to šele postale, bi morala EU nuditi tudi širšo podporo pri sami implementaciji in izvrševanju prava EU. Podpiram napore za izboljšanje na tem področju, zato sem poročilo podprl.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Dieser Bericht zeigt deutlich, dass es in der EU Schwierigkeiten mit der Umsetzung des Unionrechts gibt. Über 3700 bei der Kommission eingereichte Vertragsverletzungsverfahren sprechen eine deutliche Sprache. Noch deutlicher wird das Problem bei den Reformvorschlägen, die im Rahmen des Europäischen Semesters den Nationalstaaten unterbreitet werden. Nach Angaben des Ausschusses für Wirtschaft und Währung wurden nur 10 der 157 wichtigsten Vorschläge umgesetzt. Zwar geben sich die Mitglieder im Europäischen Parlament alle Mühe, die Rechtsstaatlichkeit zu betonen, aber die EU ist insgesamt wenig glaubwürdig. Es werden im Zuge der sogenannten Euro-Rettungspolitik einfach zu viele Gesetze von höchster Ebene verletzt bzw. Verletzungen geduldet. Bezeichnend war die Aussage Junckers, der angesprochen auf die Frage, ob die EU ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Frankreich einleiten werde, antwortete: „Nein, weil es Frankreich ist." Wegen dieser Doppelmoral habe ich gegen den Bericht gestimmt. Wenn die EU im Großen keine Rechtsstaatlichkeit mehr herstellen will, dann kann es auch im Kleinen nicht funktionieren.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Pri implementácii európskej legislatívy do právneho systému členských štátov stále narážame na problém zdĺhavých mechanizmov. Tieto procesy musíme zjednotiť, urýchliť a stransparentniť. Európsky parlament ako jediná európska inštitúcia volená priamo občanmi musí tiež zohrávať aktívnejšiu úlohu pri politickom dohľade nad konaním Európskej komisie.

Helga Stevens (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA onthield zich bij de stemming over dit verslag. N-VA had bijvoorbeeld een duidelijkere afwijzing van "goldplating" willen zien, betreurt het ook dat elke scepsis tegenover de EU wordt afgedaan als "onterecht", en meent dat referenda niet zaligmakend zijn. Het grootste struikelblok bij dit verslag is echter wat het niet schrijft of zelfs verzwijgt. Een referentie naar het subsidiariteits- en proportionaliteitsbeginsel had in dit verslag niet mogen ontbreken (maar werd tijdens de onderhandelingen doelbewust vermeden). Hetzelfde geldt voor de vraag naar een betere implementatie van de Dienstenrichtlijn. Verder wil N-VA nog benadrukken dat ook de EU haar eigen regels dient te respecteren. Dit lijkt een evidentie, maar is niet steeds het geval. Denk bijvoorbeeld aan de Dublin-regels die bepalen welke lidstaat verantwoordelijk is voor een asielaanvraag, maar waar de Commissie kennelijk een oogje dichtknijpt. Een ander voorbeeld is de Verdragsrechtelijk verankerde no-bailout-regel, die eveneens door de EU al meermaals met de voeten werd getreden.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Jedna od nadležnosti Komisije obuhvaća i nadzor nad primjenom prava EU-a. Sukladno tome, ovlaštena je pokretati postupke protiv država članica koje krše obveze iz Ugovora. Zbog efikasnijeg ostvarenja nadzora predviđen je postupak EU Pilot čiji je cilj smanjiti pokretanje službenih postupaka zbog povrede prava kroz suradnju između Komisije i države članice.

Prema 32. godišnjem izvješću Komisije o praćenju primjene prava vidljivo je smanjenje broja službenih postupaka što Komisija pripisuje prethodnoj suradnji s državama članicama. Međutim, zbog nepotpunog uvida Parlamenta u postupak EU Pilot, ne može se procijeniti je li to zbog suradnje s državama članicama ili države članice rjeđe krše svoje obveze.

Komisija i Parlament imaju obvezu međusobno surađivati. Potrebno je razvijati postupak koji bi omogućio bolje ostvarenje suradnje dvaju institucija, u svrhu ostvarenja nadzora nad primjenom zakonodavstva EU-a. Zbog toga podržavam izvješće o praćenju primjene zakonodavstva Unije: godišnje izvješće za 2014.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς.* – Υπερψηφίσαμε την έκθεση διότι περιλαμβάνει ορθές εκτιμήσεις αναφορικά με τη μεταφορά και εφαρμογή στην πράξη του δικαίου της ΕΕ. Όπως αναφέρεται σ`αυτήν, το περιβάλλον, η υγεία, οι μεταφορές, η εσωτερική αγορά και οι υπηρεσίες εξακολουθούν να αποτελούν τους τομείς πολιτικής στους οποίους οι περισσότερες υποθέσεις παράβασης των συνθηκών παρέμειναν σε εκκρεμότητα το 2014. Έχοντας υπόψη ότι το Κοινοβούλιο εξακολουθεί να διαθέτει περιορισμένη πρόσβαση σε πληροφορίες σχετικά με τη διαδικασία EU Pilot καθώς και σε εκκρεμούσες υποθέσεις, δεν μπορεί εύκολα να αξιολογηθεί σε ποιο βαθμό η μείωση των επίσημων διαδικασιών επί παραβάσει αποτυπώνει στην πραγματικότητα την εκ μέρους των κρατών μελών τήρηση του ενωσιακού δικαίου και όχι συμβιβαστικές λύσεις μεταξύ Επιτροπής και κρατών μελών που παραβιάζουν το ενωσιακό δίκαιο. Από την έκθεση λοιπόν προκύπτει ότι, η επιβολή του ενωσιακού δικαίου εξακολουθεί να χαρακτηρίζεται από μειωμένη διαφάνεια.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Με έντεχνο τρόπο, η ΕΕ και οι νομοθέτες της έχουν εισαγάγει νόμους και κανόνες οι οποίοι αφαιρούν και το τελευταίο δικαίωμα κυριαρχίας ενός έθνους. Πρόκειται για νόμους οι οποίοι δεν δύναται να έχουν την ίδια ισχύ στα κράτη της Ευρώπης, αφού οι καταστάσεις είναι διαφορετικές.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Támogattam a jelentés elfogadását, mert pontos képet ad és figyelemre méltó megállapításokat és javaslatokat tesz az uniós jog végrehajtásának két évvel ezelőtti tapasztalatairól. Rámutat a Bizottság kulcsszerepére az ellenőrzésben, de arra is emlékeztet, hogy az uniós jog végrehajtásának végső felelőssége a tagállamoké. Örömmel láttam a jelentésben, hogy ebben a tekintetben némileg javult a helyzet 2014-ben, elsősorban a kötelezettségszegési eljárások száma csökkenésének tükrében. Egyetértek azzal a konkrét javaslattal is, hogy a jövőben a társult és a tagjelölt országok esetében a Bizottság a tagállamokéhoz hasonló szempontok szerint, szigorúbban vizsgálja az uniós jognak való megfelelést.

Magyar képviselőként egyúttal különösen alkalmasnak tartottam e jelentés mérlegelését a megfelelő jövőbeni tanulságok levonására is annak kapcsán, hogy a közelmúltban az EU-tagállam Magyarország kormánya egy fontos uniós politika, illetve közösségi döntés (a migráció szabályozása) kapcsán közvetlen, provokatív kihívást intézett az EU jogrendje, alapelvei és gyakorlata ellen: népszavazási kampányban szólította fel lakosságát, hogy utasítsa el a közösségi jog primátusát, követelje vissza a nemzeti döntés hatáskörét. Ennek alapján a jövőben fokozottan képviselni fogom azt a véleményemet, hogy az európai jog sürgős védelemre szorul, a Bizottságnak az ilyen jogi-politikai törekvést csírájában el kell fojtani, mielőtt kifejti uniós jogot bomlasztó hatását.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie.* – W roku 2014 Komisja Europejska otrzymała prawie 4 tys. skarg dotyczących domniemanych naruszeń prawa Unii Europejskiej, podejmując działania w sprawie ¼ z nich. Oznacza to, że nadal wiele państw nie wypełnia swoich zobowiązań traktatowych i albo nie wdraża prawodawstwa Unii Europejskiej, albo wdraża je niewłaściwie.

Terminowa i prawidłowa transpozycja przepisów wspólnotowych do ustawodawstwa krajowego oraz wyraźne krajowe ramy legislacyjne powinny być dla państw członkowskich priorytetem, aby wzmocnić zaufanie obywateli do systemu prawnego.

Niestety wina za naruszenia prawa UE leży także po stronie instytucji unijnych, które często wprowadzają nierealne terminy wdrażania aktów prawnych, prowadząc do niemożności zastosowania się do nich przez państwa członkowskie. Ponadto Komisja Europejska, jak zostało wskazane w dokumencie, powinna już na początkowym etapie skutecznie i terminowo monitorować, jak stosowane i wdrażane jest prawo unijne.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – The Commission's 32nd 'Annual Report on Monitoring the Application of EU Law' shows that the number of formal infringement procedures has decreased in the last five years, although environment, transport and internal market and services remained the policy areas in which most infringement cases were open in 2014. According to the Commission, the decrease in infringement procedures reflects the effectiveness of their dialogue with Member States. However, the European Parliament has little access to this type of information, and it is difficult for us to evaluate to what extent this reduction is due to a more effective dialogue with Member States. Consequently, I support this report as I strongly believe that the European Parliament could play a more prominent role in the analysis of how accession countries comply with EU law. Furthermore, I agree with the rapporteur`s conclusion that the enforcement of EU law is still not sufficiently transparent and I believe that measures should be taken to increase transparency.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Nous avons decidé de suivre la rapporteure sur ce dossier. Le trente-deuxième rapport annuel de la Commission sur le contrôle de l'application du droit de l'Union contient, comme d'habitude, des informations intéressantes sur la transposition réelle et l'application pratique du droit européen. Le rapport montre ainsi que l'environnement, les transports, le marché intérieur et les services sont les domaines dans lesquels le plus de cas d'infraction restaient pendants en 2014.

Cependant, gardant à l'esprit que le Parlement n'a encore que peu accès aux informations sur cette procédure et sur les affaires en cours, il semble difficile d'évaluer dans quelle mesure la diminution des procédures d'infraction est vraiment le signe d'une meilleure conformité des États membres au droit de l'Union, plutôt que de solutions de compromis entre la Commission et les États contrevenants.

Nous sommes convaincus que le Parlement européen pourrait et devrait lui-même jouer un rôle mieux structuré dans l'analyse de la manière dont les pays candidats à l'adhésion se conforment au droit de l'Union, ainsi que dans le développement d'un soutien approprié à ces pays sur ce sujet.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – European Union law is a system of rules operating within the Member States of the European Union. EU law, which has equal force with national law, confers rights and obligations on the authorities in each member country, as well as individuals and businesses. The Commission's 32nd Annual Report on Monitoring the Application of EU Law contains interesting information on the implementation and practical application of EU law. The report on the application of Union law, a pilot procedure aimed at increasing effectiveness in the application of Union law, expresses doubt that the enforcement of EU law is sufficiently transparent. I voted in favour of the proposed amendments, which would see the European Parliament play a more structured role in the analysis of how both countries in the EU and accession countries comply with EU law and aid in developing appropriate support in this respect for those countries.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – U ovom izvješću na vlastitu inicijativu o praćenju primjene zakonodavstva Europske unije za 2014. godinu naglašava se da je broj slučajeva u kojima se zakonodavstvo prekršilo opao.

Budući da Parlament ima samo ograničene informacije kada je u pitanju navedena procedura, teško je ocijeniti razloge pada prekršaja, a posebno je teško ocijeniti je li razlog tome općenito bolja usklađenost nacionalnih zakonodavnih sustava s onima Europske unije.

Svakako držim da se općenito jedan od temeljnih razloga prekršaja nalazi u nerealno postavljenim rokovima implementacije nametnutim individualnim državama članicama Unije. Države članice svakako bi trebale dobiti više vremena za ispitivanje i konzultiranje.

Iako podržavam dijelove izvješća koji Komisiju pozivaju na uzimanje u obzir gore navedenog, glasovala sam suzdržano jer u izvješće nažalost nisu inkorporirani amandmani koji pozivaju na poštivanje principa supsidijarnosti i proporcionalnosti u primjeni zakonodavstva Unije.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog o spremljanju uporabe prava Unije – Letno poročilo 2014 sem podprla. Iz 32. letnega poročila Komisije o spremljanju uporabe prava EU izhaja, da so področja okolja, prometa ter notranjega trga in storitev tista, kjer je bilo v letu 2014 največ odprtih postopkov za ugotavljanje kršitev.

V njem je tudi poudarjeno, da se je število uradnih postopkov za ugotavljanje kršitev v zadnjih petih letih zmanjšalo. Parlament ima še vedno precej omejen dostop do informacij o postopkih in odprtih zadevah v sistemu EU Pilot. Na podlagi poročila lahko torej sklepamo, da izvrševanje prava EU še vedno ni dovolj pregledno.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de esta resolución porque contiene elementos muy positivos. La resolución aboga por fortalecer el derecho de la Unión para la protección de los derechos de consumidores, y en materia de salud, medio ambiente, movilidad y transporte. Existen muchos casos de infracciones iniciados por la Comisión que aún continúan abiertos, por ello este informe solicita que el Parlamento pueda acceder adecuadamente a esta información para que los procesos sean más transparentes.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Dieser Bericht zeigt deutlich, dass es in der EU Schwierigkeiten mit der Umsetzung des Unionrechts gibt. Über 3700 bei der Kommission eingereichte Vertragsverletzungsverfahren sprechen eine deutliche Sprache. Noch deutlicher wird das Problem bei den Reformvorschlägen, die im Rahmen des Europäischen Semesters den Nationalstaaten unterbreitet werden. Nach Angaben des Ausschusses für Wirtschaft und Währung wurden nur 10 der 157 wichtigsten Vorschläge umgesetzt. Zwar geben sich die Mitglieder im Europäischen Parlament alle Mühe, die Rechtsstaatlichkeit zu betonen, aber die EU ist insgesamt wenig glaubwürdig. Es werden im Zuge der sogenannten Euro-Rettungspolitik einfach zu viele Gesetze von höchster Ebene verletzt bzw. Verletzungen geduldet. Bezeichnend war die Aussage Junckers, der angesprochen auf die Frage, ob die EU ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Frankreich einleiten werde, antwortete: „Nein, weil es Frankreich ist." Wegen dieser Doppelmoral habe ich gegen den Bericht gestimmt. Wenn die EU im Großen keine Rechtsstaatlichkeit mehr herstellen will, dann kann es auch im Kleinen nicht funktionieren.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le rapport annuel 2014 de la Commission sur le contrôle de l'application du droit de l'Union dresse un bilan des procédures d'infractions introduites à l'encontre des États membres pour retard de transposition ou mauvaise transposition des directives de l'Union par la Commission, au titre de sa mission de «gardienne de traités». Les domaines les plus problématiques furent la santé, l'environnement, la protection des consommateurs et les transports. En 2014, la Cour de justice de l'Union a rendu 38 arrêts au détriment des États membres. Elle a infligé le paiement d'astreintes à l'Italie, à la Grèce, au Portugal, à l'Espagne et à la Suède.

Ce rapport rappelle ou préconise un certain nombre de points que nous combattons, à savoir, notamment, la valeur égale aux traités de la charte des droits fondamentaux de l'Union, la conformité au droit de l'Union comme priorité politique, la suggestion d'une plus grande implication du Parlement dans la transposition exacte de la législation de l'Union notamment dans chaque État membre ainsi que pour les pays candidats à l'adhésion.

Je vote contre ce texte.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie odnotowuje spadek liczby postępowań przeciwko państwom członkowskim z tytułu uchybienia traktatowym zobowiązaniom. Parlament Europejski nie dysponuje pełnymi informacjami na temat tej procedury i nierozstrzygniętych spraw. Uważam, że w sprawy dotyczące stosowania prawa powinno być zaangażowane więcej komisji w celu lepszej kontroli.

Z uwagi na ograniczoną wiedzę deputowanych w zakresie tego trybu postępowania, trudno jest ocenić, czy niższa liczba postępowań w sprawie uchybienia zobowiązaniom odzwierciedla lepsze przestrzeganie unijnego prawa przez państwa członkowskie. Z całą pewnością jednak popieram dążenie do wyznaczania realistycznych terminów transpozycji unijnych aktów prawnych do systemów krajowych. Państwa członkowskie powinny mieć niezbędny czas na przeprowadzenie kontroli i konsultacji przed wdrożeniem dyrektyw. Natomiast w stosowaniu prawa UE należy szanować zasadę pomocniczości i proporcjonalności. W trakcie prac nad sprawozdaniem odrzucono te poprawki. W moim odczuciu nie odniesiono się także należycie do problemu wpływu prawa UE na konkurencyjność. Z tych powodów wstrzymałem się od głosu.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de esta resolución porque contiene elementos muy positivos. La resolución aboga por fortalecer el derecho de la Unión para la protección de los derechos de consumidores, y en materia de salud, medio ambiente, movilidad y transporte. Existen muchos casos de infracciones iniciados por la Comisión que aún continúan abiertos, por ello este informe solicita que el Parlamento pueda acceder adecuadamente a esta información para que los procesos sean más transparentes.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted in favour of this report because the report concludes that the enforcement of EU law is still not sufficiently transparent and open and that the discretionary power conferred by the Treaty upon the Commission in dealing with infringement procedures must respect the rule of law, the principle of legal clarity and the requirements of transparency and openness and that nothing must jeopardise the basic purpose of that power, which is to guarantee the timely and correct application of Union law. Absolute discretion coupled with an absolute lack of transparency is fundamentally contrary to the rule of law. The enforcement of EU law is proclaimed as a priority by this Commission, but it is far from being achieved.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Manau, kad finansinės sankcijos už ES teisės nesilaikymą turėtų būti veiksmingos, proporcingos ir atgrasomos, atsižvelgiant į pasikartojančius nesilaikymo atvejus toje pačioje srityje ir į tai, kad turi būti paisoma valstybių narių teisių, įtvirtintų teisės aktuose.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on monitoring the application of Union law: 2014 Annual Report. The Commission's 32nd Annual Report on Monitoring the Application of EU Law shows that environment, transport and internal market and services remained the policy areas in which most infringement cases were open in 2014. The Annual report also stresses that the number of formal infringement procedures has decreased in the last five years. I voted in favour because I believe that the European Parliament should play a more structured role in the analysis of how accession countries and countries with association agreements with the European Union comply with EU law and in developing appropriate support in this respect to those countries.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – El nuevo Grupo de Trabajo en Derecho Administrativo creado en el marco de la Comisión de Asuntos Jurídicos del Parlamento Europeo ha elaborado unas propuestas que, como se defiende en este informe, pueden servir de valiosa inspiración a la Comisión a la hora de controlar la aplicación de la legislación comunitaria en los diferentes países de la Unión. El informe señala, en base a las conclusiones que se extraen del 32º Informe Anual sobre el control de la aplicación del Derecho de la Unión elaborado por la Comisión, que una iniciativa para regular la administración de los propios procedimientos administrativos de la Unión resultaría tanto útil como viable su promulgación. He emitido un voto afirmativo con el deseo de dotar al Parlamento Europeo (la única institución comunitaria elegida de manera directa por los ciudadanos a través de su voto) de mayor acceso a los procedimientos de infracción que la Comisión abre contra los Estados miembros, con el objetivo de evaluar hasta qué punto se está avanzando hacia un mejor cumplimiento con el acervo comunitario por parte de los 28 o si, por el contrario, se está llegando a acuerdos con ellos una vez infringida la norma.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – La resolución contiene muchos elementos positivos, tales como la referencia a la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea en la aplicación del Derecho de la Unión o el reconocimiento de la sociedad civil organizada en el proceso legislativo. Pese a ello, me he abstenido, al considerar que la aplicación del Derecho de la Unión no es un debate técnico, sino también político: no en vano, es la legislación ligada a la protección de los derechos sociales y civiles la que se ve sistemáticamente incumplida, mientras que su aplicación es inmediata cuando atenta contra los intereses de las clases populares.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Jaarlijks stelt het Europees Parlement een verslag op over de controle op de toepassing van het Europees recht. Hierin worden de pijnpunten aangehaald en wordt de Commissie gewezen op mogelijke verbeteringen. Ik stemde voor dit verslag omdat het nadrukkelijk vraagt alle toepassingen van het Europees recht beter te laten opvolgen in alle lidstaten en ook bij de kandidaat-lidstaten opdat het Europees recht overal gelijkelijk wordt toegepast.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório anual procede ao acompanhamento da aplicação do direito da União Europeia por parte das instituições europeias. É responsabilidade da Comissão, como guardiã dos tratados, artigo 17.º TUE, supervisionar se os Estados aplicam ou não os tratados e o direito da União.

Não reconhecemos sanções financeiras contra Estados. Veja-se o que se passa agora com Portugal. Somos contra o papel fiscalizador da Comissão e o carácter discriminatório em que faz as suas avaliações do que é ou não correta aplicação do direito comunitário. Que nunca deixam de ser avaliações políticas, como está bem visto.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht kritisiert eine unzureichende Umsetzung des EU-Rechts durch die Mitgliedstaaten und fordert die Einführung eines EU-Verwaltungsverfahrens. Dieser Forderung kam das Europäische Parlament bereits im Jahr 2013 mit einer Entschließung nach – die Kommission blieb in der Folge jedoch untätig. Die Idee eines einheitlichen EU-Verfahrensrechts ist zwar grundsätzlich unterstützenswert, der Bericht geht aber bei einigen anderen Punkten (wie etwa mit der Aufforderung an die Kommission, Vertragsverletzungsverfahren gegen jene Mitgliedsstaaten einzuleiten, die ein System von obligatorischen Aufnahmequoten für Flüchtlinge ablehnen) in die falsche Richtung. Ich habe mich daher meiner Stimme enthalten.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione annuale del 2014 sul controllo dell'applicazione del diritto dell'Unione europea. La relazione indica che ambiente, trasporti, mercato interno e servizi restano i tre settori nei quali risulta aperto il maggior numero di procedimenti di infrazione nel 2014, nonostante il numero di procedure sia diminuito negli ultimi cinque anni. Secondo la Commissione questa diminuzione è dovuta a un dialogo più efficace con gli Stati membri nel contesto della procedura EU Pilot, tuttavia la relazione sottolinea che il Parlamento abbia un accesso ancora limitato alle informazioni su tale procedura e sui casi pendenti. Risulta di conseguenza difficile comprendere se la riduzione del numero di procedure formali rispecchi realmente un maggior rispetto del diritto UE da parte degli Stati membri e non piuttosto un aumento delle soluzioni di compromesso tra Commissione e paesi inadempienti. L'obiettivo di tale relazione è quindi quello di garantire una trasparenza maggiore nell'applicazione del diritto dell'UE da parte degli Stati membri.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Podporuji svým hlasem tuto 32. výroční zprávu Komise o kontrole uplatňování práva EU. Zpráva dle mého názoru obsahuje mnoho zajímavých a podnětných informací o současném stavu dodržování evropské legislativy. Je například poukázáno na to, že životní prostředí, doprava a vnitřní trh a služby zůstaly sektory, v nichž bylo v roce 2014 otevřeno nejvíce případů týkajících se porušení práva. Na druhou stranu je zajímavé sledovat, že celkový počet formálních porušení Smlouvy se v posledních pěti letech neustále snižuje. I přesto zdůrazňuji, že Komise musí i nadále hrát aktivní roli v monitoringu dodržování práva a rozvíjet nástroje, které pomohou lépe implementovat evropskou legislativu na úrovni národních států. Rolí Parlamentu by naopak měl být především politický dohled nad činností Komise v oblasti prosazování práva. Osobně proto ve zprávě považuji za přínosné především návrhy týkající se správního postupu, které předložila pracovní skupina zřízena Výborem pro právní záležitosti, protože si myslím, že mohou být pro Komisi inspirací do budoucna.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Výročná správa za rok 2014 sa týka monitorovania uplatňovania práva Únie. Obsahuje najmä štatistiky, ktoré hovoria o prípadoch porušenia práva Únie. Správa konštatuje, že počet týchto sťažností na porušenie práva klesol, pričom navrhuje aj možné riešenie pretrvávajúceho počtu sťažností týkajúcich sa životného prostredia, dopravy, či jednotného trhu, ktorým by mohla byť dlhšia implementačná lehota. Podľa správy totiž práve nerealistické lehoty na vykonanie právnych predpisov môžu byť príčinou porušenia práva členskými štátmi. Správa sa taktiež zaoberá prínosmi Medziinštitucionálnej dohody o lepšej tvorbe práva a odsudzuje prax tzv. pozlacovania právnych predpisov. Na druhej strane však správa zasahovala aj do takých oblastí, ako sú výzvy adresované Komisii na predloženie legislatívneho návrhu týkajúceho sa európskeho správneho práva procesného. Napriek tomu, že s uvedenými výzvami sa nestotožňujem, správu ako celok som sa rozhodla podporiť.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – V Evropski uniji, ki temelji na načelu pravne države ter pravni varnosti in predvidljivosti, je spremljanje uporabe prava EU v državah članicah bistveno za verodostojnost institucij in zaupanje državljanov v učinkovito delovanje EU.

Poročilo o spremljanju uporabe prava Unije po mojem mnenju utemeljeno poziva Komisijo k boljši pripravi zakonodaje, določanju bolj realističnih rokov za prenos in uveljavitev zakonodaje v državah članicah in učinkovitem nadzoru nad pravočasnim in pravilnim prenosom prava EU v nacionalno zakonodajo, zato sem ga podprl.

6.6. Einwände gemäß Artikel 106 GO: Inverkehrbringen von Saatgut zum Anbau von genetisch verändertem Mais der Sorte Bt11 (B8-1083/2016)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La Commissione ha chiesto all'EFSA di valutare se siano emersi nuovi elementi che modificherebbero le conclusioni e le raccomandazioni dei pareri scientifici dell'EFSA in merito alla coltivazione del granturco Bt11 geneticamente modificato. Questa risoluzione, ritenuto che la valutazione del rischio della coltivazione effettuata dall'EFSA sia incompleta e che le raccomandazioni in materia di gestione del rischio proposte dalla Commissione siano inadeguate, chiede a quest'ultima di ritirare il progetto di decisione di esecuzione. Ho votato a favore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment, but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción a la comercialización de semillas del maíz modificado genéticamente Bt11 (tolerante al herbicida tóxico glufosinato de amonio), porque estoy totalmente en contra de los organismos modificados genéticamente y, por tanto, de nuevas autorizaciones de los mismos.

Además, es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando correctamente. Por todo ello estoy a favor de ésta y cualquier objeción que se proponga en relación con la autorización de OMG, y he votado en consecuencia.

Martina Anderson and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this GMO authorisation objection. It is absurd that the European Commission continues to propose authorisations of GMOs under a system which they themselves have admitted is flawed. It is essential that Mr Juncker listens to the European Parliament's call for a new proposal and that the EU GMO authorisation procedure is overhauled completely.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Nous nous opposons à l'autorisation de mise en culture de ce maïs transgénique. Le maïs BT11 est tolérant à l'herbicide glufosinate-ammonium.

De plus, il convient de rappeler une fois de plus que les règles en matière d'autorisation des OGM ne sont pas démocratiques, selon les propres aveux de Jean-Claude Juncker. Et qu'à ce titre il revient au Parlement de jouer son rôle en favorisant la transparence et la démocratie. Aucune nouvelle proposition de règles concernant l'importation d'OGM ne semble être proposée par la Commission.

Rappelons qu'une majorité du Parlement a voté un amendement demandant à la Commission de revoir sa copie concernant le processus de mise sur le marché des OGM. Notre objectif reste donc le même: aucun aliment génétiquement modifié ne sera validé par le Parlement européen en comitologie tant que la Commission n'aura pas proposé un nouveau cadre concernant l'importation d'OGM et cela afin de prendre en compte le fait majoritaire en Europe.

C'est une question de démocratie et aussi une manière de faire respecter les choix du Parlement européen dans le jeu institutionnel.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the motion for a resolution on the draft Commission implementing decision concerning the placing on the market for cultivation of genetically modified maize Bt11 seeds. Pursuant to Directive 2001/18/EC, the cultivation of genetically modified maize Bt11 is prohibited in states of the European Union such as Bulgaria, Denmark, Greece, France, Croatia, Italy, Cyprus, Latvia, Lithuania, etc. The draft Commission implementing decision is not consistent with Union law as it is not compatible with the objective of Directive 2001/18/EC, which is to approximate the laws, regulations and administrative provisions of the Member States and to protect human health and the environment when carrying out the deliberate release into the environment of genetically modified organisms for any other purposes than placing on the market within the Community and placing on the market genetically modified organisms as or in products within the Community. Having in mind also that the risk management recommendations proposed by the Commission are inadequate, I supported resolution's call

on the Commission to withdraw its draft implementing decision.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της ένστασης σύμφωνα με το άρθρο 106 του Κανονισμού, σχετικά με τη διάθεση στην αγορά σπόρων γενετικώς τροποποιημένου αραβοσίτου της σειράς Bt11, διότι η αξιολόγηση των κινδύνων της καλλιέργειας ήταν ατελής και οι συστάσεις διαχείρισης κινδύνου τις οποίες πρότεινε η Επιτροπή ανεπαρκείς.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Cinq objections sont présentées par le Parlement sur des autorisations de culture ou d'importations d'OGM de maïs ou de blé.

Malgré les objections systématiques, la Commission persiste à délivrer des autorisations pour culture ou importations d'OGM. Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. Ces objections contribuent à démasquer l'hypocrisie des parlementaires majoritaires (qui entretiennent la Commission) face au totalitarisme de l'UE. J'ai donc voté pour ces nouvelles objections.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Given that I have no specialist knowledge of the seeds concerned, and having concerns about the use of delegated acts, I felt it appropriate to follow the advice of officials and abstain on this matter.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette objection visant à interdire l'importation et la mise sur le marché d'un maïs résistant aux herbicides. Son utilisation pourrait avoir des effets néfastes sur les utilisateurs et consommateurs.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A kifogások oka, hogy a Bizottság a szóban forgó öt GMO-kukorica és gyapotnövény esetében olyan végrehajtási jogi aktus tervezetet nyújtott be, amelyben ezeknek a GMO-növényeknek a forgalmazásával és használatával kapcsolatban nem emel korlátokat. A Parlament és az ENVI bizottság úgy gondolja, hogy a Bizottság ezekkel a jogi aktusokkal túllépte hatáskörét, és az elővigyázatosság elvét figyelmen kívül hagyva engedélyezné e termékek behozatalát és forgalmazását az Európai Unióban. Sajnos az Európai Élelmiszerbiztonsági Hatóság hatástanulmányai nem tartalmaznak elégséges adatokat és információkat arra vonatkozóan, hogy e növények ártalmatlanok az emberi egészségre. Az előterjesztések elfogadását támogattam, annak érdekében, hogy az Európai Bizottság visszavonja engedélyezési végrehajtási tervezeteit.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment, but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Cinq objections sont présentées par le Parlement sur des autorisations de culture ou d'importations d'OGM qui présentent différentes propriétés. L'OGM tolérant à un herbicide ou deux qui va bientôt être interdit n'a pas grand intérêt et, qui plus est, s'avère dangereux pour la biodiversité. La surveillance des effets sur la nature est insuffisante, l'évaluation EFSA est toujours aussi minime et aussi contraire à une souveraineté alimentaire.

En l'occurrence, j'ai voté pour cette objection à la mise sur le marché de semences de maïs génétiquement modifié Bt11.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Le Parlement européen, que je rejoins totalement sur ce dossier, considère que ce projet de décision d'exécution de la Commission excède les compétences d'exécution prévues dans la directive - 2001/18/CE. L'analyse du risque relative à ces cultures réalisée par l'EFSA est incomplète et les recommandations de gestion du risque formulées par la Commission sont inadéquates.

De plus, le projet de décision d'exécution de la Commission n'est pas conforme au droit de l'Union. Nous rejetons donc cette demande.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – Yo no me posiciono a favor ni en contra de los transgénicos. Me posiciono a favor de la ciencia. En la Unión hemos creado una agencia para este tipo de cometidos: la AESA (EFSA en sus siglas en inglés) donde queda reflejada la opinión de científicos independientes que velan y garantizan la seguridad alimentaria en la Unión.

Hace apenas unos meses más de un centenar de premios Nobel animaban a reconocer las conclusiones de las instituciones científicas competentes y abandonar las campañas contra los organismos modificados genéticamente sin suficiente apoyo científico.

Se tienen que analizar los diferentes productos caso por caso, y no generalizar ni simplificar el debate.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore delle obiezioni all'immissione in commercio per la coltivazione di due tipi di semi di granturco geneticamente modificato, tra cui Bt11. Ritengo che l'attuale quadro normativo non consenta alla Commissione e all'EFSA di fornire adeguate valutazioni sull'impatto degli OGM. Nel caso del granturco Bt11, in particolare, la preoccupazione riguarda la presenza della proteina Cry1Ab che conferisce resistenza alla piralide del granturco europea e alla piralide del granturco mediterranea. Esiste il rischio di danneggiare alcune specie di farfalle e falene, mettendo in discussione il concetto, introdotto dall'EFSA, di «mortalità locale accettabile» di alcune specie di lepidotteri., Ho deciso quindi di votare a favore dell'obiezione, riaffermando la necessità che la Commissione elabori al più presto una proposta completa sugli OGM al fine di valutare attentamente l'impatto ambientale e sanitario di queste tecnologie e stabilendo una nuova procedura per la loro autorizzazione.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – El uso de semillas transgénicas se enmarca en un debate más de fondo, que se puede abordar desde tres ángulos: el de la salud, el del medioambiente y el del impacto socioeconómico. He votado a favor de la objeción, porque cuando hablamos de permitir la comercialización de semillas transgénicas hablamos de profundizar en este modelo insostenible, de abusos, de royalties, de dependencia de agroquímicos; y socialmente perverso. Sabemos que las semillas modificadas genéticamente no se comercializarán en beneficio de los agricultores, de los consumidores, de la sociedad, del medioambiente sino para el lucro de un gigante como Monsanto. Un gigante cuya fusión con Bayer supondrá la creación de un monstruo cuyas consecuencias para el sistema agroalimentario mundial ni siquiera somos capaces de prever.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer su labor a los ponentes de este informe sobre la comercialización de semillas del maíz modificado genéticamente Bt11. Este informe, así como los otros cuatro que hemos votado hoy sobre distintas objeciones, no deja indiferente a nadie. He sido coherente con mis votos precedentes en esta materia y he apoyado el informe del Parlamento Europeo donde se considera que el proyecto de Decisión de Ejecución de la Comisión excede las competencias de ejecución que le atribuye la Directiva 2001/18/CE.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Malgré les objections systématiques, la Commission persiste à délivrer des autorisations pour des cultures ou des importations d'OGM. Il s'agit ici d'objecter la mise sur le marché de semences de maïs génétiquement modifié Bt11 pour leur culture par le fabricant Syngenta. Les problèmes soulevés concernent le Glufosinate, qui doit être interdit en 2017 (propriété est donc inutile) et la destruction de la biodiversité. J'ai donc voté pour.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho sostenuto col mio voto l'obiezione all'autorizzazione all'immissione in commercio per la coltivazione di semi di granturco geneticamente modificato Bt11.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją, kurioje Europos Parlamentas mano, kad Komisijos įgyvendinimo sprendimo projektas neatitinka Europos Sąjungos teisės, nes jis nesuderinamas su Europos Parlamento ir Tarybos direktyvos 2001/18/EB tikslu, pagal kurį remiantis atsargumo principu siekiama derinti valstybių narių įstatymus ir kitus teisės aktus bei apsaugoti žmonių sveikatą ir aplinką tada, kai bet kokiais tikslais, išskyrus pateikimo rinkai Europos bendrijos teritorijoje, į aplinką apgalvotai išleidžiami genetiškai modifikuoti organizmai ir Bendrijoje rinkai genetiškai modifikuoti organizmai pateikiami kaip atskiri produktai ar esantys kituose produktuose. Parlamentas taip pat mano, kad Europos maisto saugos tarnybos atliktas auginimo rizikos vertinimas nėra išsamus, o Komisijos siūlomos rizikos valdymo rekomendacijos nėra tinkamos.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A Magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban ellenzem a GMO-termékek engedélyezését, s úgy vélem, hogy a bizottsági végrehajtási határozattervezet nem felel meg az uniós jognak, mivel az nem egyeztethető össze az 1829/2003/EK rendelet célkitűzésével, ami a 178/2002/EK rendeletben meghatározott általános alapelvekkel összhangban az, hogy alapul szolgáljon az emberi élet és egészség, az állati egészség és jólét, a környezet és a géntechnológiával módosított élelmiszerekre és takarmányokra vonatkozó fogyasztói érdekek magas szintű védelméhez, miközben biztosítja a belső piac hatékony működését.

A jelentés felszólítja a Bizottságot, hogy vonja vissza végrehajtási határozattervezetét, ezért a fentiek értelmében szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Kot vse ugovore zoper dajanje v promet za gojenje semen, proizvedenih z genskim inženiringom, sem podprl tudi ta ugovor, ki se navezuje na GS koruzo Bt11. Pri problematiki GSO tudi stroka nima enotnega mnenja, zato je pričakovano, da se tudi poslanci in druga javnost pri teh vprašanjih delimo.

Sam sem zagovornik previdnostnega načela pri GSO-jih, zato se mi zdi povsem nepotrebno, da se hitro skozi postopek spravlja taka občutljiva tema, kot je registracija GSO koruze.

Smo v občutljivem trenutku, ko bi morale imeti institucije med sabo večje spoštovanje, predvsem pa moramo spoštovati voljo ljudi, ki so večinsko proti uporabi GSO-jev v Evropi.

Prav tako se sam osebno zelo sprašujem, ali res potrebujemo tovrstna GSO semena koruze. Obravnavana gensko spremenjena koruza Bt11 vsebuje beljakovino PAT, ki povzroča odpornost proti herbicidu glufosinat-amonij, uporaba katerega je v EU dovoljena le še do l. 2017. Navedeni herbicid je strupen za razmnoževanje, uporaba gensko modificirane koruze pa bi povzročila povečanje njegove uporabe in s tem povečanje tveganja za zdravje ljudi.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovaj izvještaj jer se radi o političkoj poruci Komisiji da Parlament neće podržati niti jedno novo odobrenje dok se ne reformira proces davanja dozvola za prodaju GM hrane.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I supported the resolution on the decision concerning the placing on the market for cultivation of genetically modified maize Bt11 seeds because in that resolution we criticise the draft by the Commission and we consider its risk management recommendations inadequate. Thus, with this vote I called on the Commission to withdraw its draft implementing decision.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il granturco Bt11 geneticamente modificato esprime la proteina Cry1Ab, la quale è una proteina Bt che conferisce resistenza alla piralide del granturco europea e alla piralide del granturco mediterranea; e la proteina Pat che conferisce tolleranza all'erbicida glufosinato ammonio. Da tener presente è che il glufosinato è classificato come tossico ai fini della riproduzione e pertanto la coltivazione del granturco Bt11 geneticamente modificato è vietata i diversi territori. Si ritiene che la valutazione del rischio della coltivazione effettuata dall'EFSA sia incompleta e che le raccomandazioni in materia di gestione del rischio proposte dalla Commissione siano inadeguate. Inoltre, il progetto di decisione di esecuzione della Commissione non è coerente con il diritto dell'Unione perché non è compatibile con l'obiettivo di tutela della salute umana e dell'ambiente quando si emettono deliberatamente nell'ambiente organismi geneticamente modificati a scopo diverso dall'immissione in commercio all'interno della Comunità e si immettono in commercio all'interno della Comunità organismi geneticamente modificati come tali o contenuti in prodotti. È pertanto opportuno che la Commissione ritiri il progetto di decisione di esecuzione.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le présent rapport propose d'adopter cinq objections sur des autorisations de culture ou d'importations d'OGM provenant notamment de Monsanto. Ces objections permettent notamment de mettre en lumière l'hypocrisie et le double discours des parlementaires européens des groupes majoritaires qui votent l'inverse de ce qu'ils promettent à leurs électeurs. J'ai voté en faveur de ces objections.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore dell'obiezione in questione perché ritengo che la valutazione del rischio della coltivazione effettuata dall'EFSA sia incompleta e che le raccomandazioni in materia di gestione del rischio proposte dalla Commissione siano inadeguate.

Ad oggi non è stata dimostrata la sicurezza dei semi di granturco geneticamente modificato Bt11. Continuano a persistere gravi lacune nei dati.

Il progetto di decisione di esecuzione della Commissione non è coerente con il diritto dell'Unione in quanto non è compatibile con l'obiettivo della direttiva 2001/18/CE che mira, nel rispetto del principio precauzionale, al ravvicinamento delle disposizioni legislative, regolamentari e amministrative degli Stati membri e alla tutela della salute umana e dell'ambiente quando si emettono deliberatamente nell'ambiente organismi geneticamente modificati.

Chiedo quindi alla Commissione di ritirare il progetto di decisione di esecuzione.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of these objections to GMO authorisations. The European Commission has yet to propose a new authorisation procedure since its very weak proposal was rejected earlier this year. In spite of the fact that the EP called for a new proposal, the Commission continues to authorise GMOs under a flawed procedure which they themselves have admitted does not work. For these reasons I voted in favour of the objection.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as I consider that the risk assessment of cultivation of genetically modified maize Bt11 conducted by EFSA is incomplete and the risk management recommendations proposed by the Commission are inadequate. The draft Commission implementing decision is not consistent with Union law in line with the precautionary principle, which is to approximate the laws, regulations and administrative provisions of the Member States and to protect human health and the environment when carrying out the deliberate release into the environment of genetically modified organisms for any other purposes than placing on the market within the Community and placing on the market genetically modified organisms as or in products within the Community. I therefore call on the Commission to withdraw its draft implementing decision.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La Commissione europea ha chiesto all'Autorità europea per la sicurezza alimentare (EFSA) di valutare se siano emersi nuovi elementi che modificherebbero le raccomandazioni dei pareri scientifici dell'EFSA relativa all'immissione in commercio per la coltivazione di sementi di granturco Bt11 geneticamente modificato. La risoluzione del Parlamento europeo sul progetto di decisione di esecuzione della Commissione europea ritiene che la valutazione del rischio della coltivazione effettuata dall'EFSA sia incompleta e che le raccomandazioni in materia di gestione del rischio proposte dalla Commissione europea siano inadeguate e chiede perciò, di ritirare il progetto di decisione di esecuzione. Insieme alla delegazione M5S ho votato a favore della risoluzione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Το θέμα των Γενετικά Τροποποιημένων Οργανισμών (ΓΤΟ) είναι ιδιαίτερα σημαντικό κι έχει απασχολήσει την Ευρωπαϊκή Ένωση από τη δεκαετία του 1990. Πιστεύουμε πως ο στόχος των αρμόδιων αρχών των κρατών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης θα πρέπει να είναι ο έλεγχος και ο περιορισμός τυχόν αρνητικών επιπτώσεων από ΓΤΟ, αφήνοντας ταυτόχρονα περιθώρια για ερευνητική δράση στο νέο επιστημονικό τομέα της βιοτεχνολογίας ή και για χρήση στην αγορά, αν τα προϊόντα αποδειχθούν χρήσιμα και αβλαβή.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η ψηφοφορία σχετικά με τη διατύπωση αντίρρησης ως προς τη διάθεση στην αγορά σπόρων γενετικώς τροποποιημένου αραβοσίτου της σειράς Bt11 είναι μια θετική κίνηση προς όφελος της υγείας των ευρωπαίων πολιτών. Όπως χαρακτηριστικά αναφέρεται στο ψήφισμα, εκτιμούμε ότι η αξιολόγηση των κινδύνων της καλλιέργειας είναι ατελής και ότι οι συστάσεις διαχείρισης κινδύνου τις οποίες πρότεινε η Επιτροπή είναι ανεπαρκείς. Ως εκ τούτου ψήφισα θετικά.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I rejected this objection as I support the EFSA and the European Commission's scientific GMO authorisation procedure.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment, but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – It transpires that the risk assessment of cultivation conducted by EFSA is incomplete and the risk management recommendations proposed by the Commission are inadequate; therefore, I agree that we should withdraw the Commission's draft implementing decision. I have consistently voted against placing on the market genetically modified organisms within the Community in line with the precautionary principle, which I believe should be followed in issues related to human health and the environment of our citizens.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción a la comercialización de semillas del maíz modificado genéticamente Bt11 (tolerante al herbicida tóxico glufosinato de amonio), porque estoy totalmente en contra de los organismos modificados genéticamente y, por tanto, de nuevas autorizaciones de los mismos.

Además, es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando correctamente. Por todo ello estoy a favor de ésta y cualquier objeción que se proponga en relación con la autorización de OMG, y he votado en consecuencia.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Ritengo che la valutazione del rischio circa l'immissione in commercio di sementi di granturco geneticamente modificato Bt11 non sia completa e che le raccomandazioni della Commissione non siano adeguate. Ad oggi l'analisi dell'EFSA manca ancora di alcuni dati sulle possibili contaminazioni che potrebbero causare gravi danni agli agricoltori. È opportuno ricordare che attualmente gli OGM sono autorizzati nell'UE dalla Commissione senza il sostegno dei pareri dei comitati degli Stati membri e che in particolare il Bt11 è ancora vietato in molti paesi dell'Unione europea. Per tali ragioni credo che l'attuale proposta non sia conforme a garantire un elevato livello di protezione della vita e della salute umane, della salute e del benessere degli animali, dell'ambiente.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Poparłem sprzeciw dotyczący wprowadzenia do obrotu ziaren genetycznie zmodyfikowanej kukurydzy Bt11. Uważam, że żadna nowa żywność lub pasza genetycznie modyfikowana nie powinna być dozwolona na mocy obowiązujących ram prawnych. Ramy te są jednymi z najbardziej restrykcyjnych na świecie, jeśli chodzi o ocenę ryzyka dla upraw i żywności GMO, co budzi moje zadowolenie. Uważam, że powinno to pozostać niezmienne, dlatego zagłosowałem za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Maize Bt11 is an insect resistant seed. It allows the use of glufosinate ammonium as weed control but the EU has restricted it as a herbicide. Herbicide-resistant crops could encourage the more liberal use of these chemicals which can have knock-on environmental and health effects, especially in the third countries in which they are grown. This problem is inextricably linked to the wider debate around the safety of plant protection products, and especially the current controversies around the herbicide glyphosate. I have voted in favour of this objection as I support the idea of a strict system of authorisation of GMOs.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette objection vise à s'opposer à la mise sur le marché de l'OGM Bt11. Je suis contre cette objection dans la mesure où la Commission européenne a respecté son mandat dans le cadre de son pouvoir d'exécution accordé par le Parlement européen et le Conseil. Je regrette que cette résolution motivée par des considérations idéologiques ne prenne pas en compte les nombreuses mesures de précaution votées par le législateur européen en matière d'autorisation de mise sur le marché de nouveaux produits, ainsi que l'avis scientifique positif accordé par l'Autorité européenne de sécurité des aliments. Pour ces raisons, j'ai voté contre cette objection.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection visant à refuser la mise sur le marché de semence de maïs génétiquement modifiés, à des fins de culture. Cette objection s'appuie sur une accusation faite à la Commission: par cette autorisation, elle excèderait les compétences d'exécution qui lui sont attribuées.

Pourtant, la Commission a respecté la procédure existante en matière d'autorisation d'OGM. Elle a demandé au préalable une analyse de l'Autorité européenne de sécurité des aliments (AESA) pour vérifier l'absence de danger de cette semence de maïs pour la santé humaine et animale, et pour l'environnement.

Cette objection n'a donc selon moi pas lieu d'être et traduit simplement une volonté d'interdire systématiquement tout OGM, alors que cela relève de la compétence des États membres.

Mark Demesmaeker (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA-delegatie steunde de bezwaren tegen de goedkeuring van een aantal ggo's niet om volgende redenen:

De indieners van de bezwaren zijn het niet eens met het huidige wetgevende kader voor ggo's en weigeren daarom elke verdere goedkeuring. Wat vandaag voorligt, is een de facto moratorium op ggo's.

De Commissie heeft haar mandaat niet overschreden: wanneer de lidstaten geen gekwalificeerde meerderheid bereiken, is de Commissie gemachtigd ggo's goed te keuren op basis van het EFSA-advies.

De Europese goedkeuringsprocedure voor ggo's is overigens bijzonder strikt. De EFSA-risicobeoordeling speelt hierin een cruciale rol. De N-VA gelooft sterk in een wetenschappelijk onderbouwd en op bewijs gebaseerd beleid.

Biotechnologie is bovendien een belangrijke sector voor innovatie, onderzoek en ontwikkeling. Ook Vlaanderen, en in het bijzonder Gent, is toonaangevend in dergelijk onderzoek. De bezwaren geven het signaal dat Europa een rem wil zetten op dit onderzoek, wat volgens mij verkeerd en nefast is.

Het blijft uiteraard voortdurend belangrijk een onderscheid te maken tussen ggo-techniek en -toepassing. Het is ook duidelijk dat het (eventuele) gebruik van ggo's altijd moet plaatsvinden binnen een landbouwbeleid waarin de bescherming van volksgezondheid, milieu en biodiversiteit is geïntegreerd, waarbij geïntegreerde plaagbestrijding essentieel is voor een duurzaam gebruik van pesticiden en niet-chemische alternatieven.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — Actuellement, les organismes génétiquement modifiés (OGM) peuvent être cultivés sur le territoire de l'Union européenne après que les semenciers détenteurs de l'OGM ont obtenu une autorisation de mise sur le marché conformément à la réglementation européenne.

Le Parlement européen a choisi d'user de son pouvoir d'objection pour demander à la Commission européenne de retirer ses autorisations sur l'utilisation de semences de maïs génétiquement modifié Bt11 tolérant le glyphosate, herbicide classé «cancérogène probable» par l'Organisation mondiale de la santé (OMS).

Il conviendra à l'avenir de réviser le processus d'autorisation des OGM qui ne devrait pas être possible sans le soutien d'une majorité qualifiée des États membres et avec l'avis du Parlement.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих това възражение, тъй като съм против употребата на ГМО и пускането на пазара на генно-модифицирани стоки. Освен това в съответния случай липсват солидни данни за оценката на риска и методите за оценка на въздействието, което поставя безопасността им под въпрос.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Ψηφίζουμε υπέρ διότι είμαστε εναντίον οποιασδήποτε απόπειρας απελευθέρωσης των ΓΤΟ και καλούμε μάλιστα το Ευρωκοινοβούλιο να κρατήσει ακόμα σκληρότερη στάση και να εμποδίσει τις απόπειρες της Επιτροπής να επιτρέψει, με πλάγια μέσα, την καλλιέργεια τους εντός της Ένωσης.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. - A Bt11 kukorica Cry1Ab toxint termel, amely a MON 810 toxinjához hasonlóan Bt-fehérje. Ezáltal különböző Lepidoptera fajok ellen képes védekezni. Emellett PAT fehérjét is expresszál, amely glüfozinát-ammónium herbicid ellen nyújt toleranciát. A rendelkezésre álló tudományos ismeretek elégséges indokot adnak annak feltételezésére, hogy a Bt11 génkonstrukciót tartalmazó kukoricavonalból származó beltenyésztett vonalak és hibridek a környezetre kockázatot jelentenek. Mindezekre tekintettel – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this objection to the authorisation of genetically modified maize Bt11 seeds because the current legal framework for authorising GMOs is not democratic. Decisions are made by the Commission without the agreement of the Member States. I represent Wales, which has declared itself GM-free, and I want that decision to be respected.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – In quanto firmataria della risoluzione di obiezione, ho votato a favore, poiché ritengo che fino a quando il controllo democratico delle decisioni della Commissione europea non sia stato rafforzato e rifletta in modo corretto l'opinione della maggioranza degli Stati membri, degli eurodeputati e dei cittadini europei, nessun OGM dovrebbe essere autorizzato. Inoltre, relativamente ai tre mais OGM permane una mancanza di dati e incompletezza della valutazione del rischio, mancano analisi complete su specie non target, come ad esempio gli insetti acquatici, le misure di mitigazione del rischio sono inadeguate e impraticabili, come dimostrato nel caso della definizione di «aree rifugio» o «distanze di isolamento dagli habitat protetti» misure rivelatesi inefficaci, o infine permane una

forte minaccia alle coltivazioni libere da OGM o biologiche, messe a repentaglio dalla possibile contaminazione.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O projeto de decisão de execução da Comissão excede as competências de execução previstas na Diretiva 2001/18/CE e a avaliação de risco do cultivo efetuada pela EFSA é incompleta, bem como as recomendações de gestão de risco propostas pela Comissão são inadequadas.

O projeto de decisão de execução da Comissão não é consentâneo com o direito da União na proteção da saúde humana e do ambiente quando são efetuadas libertações deliberadas no ambiente de organismos geneticamente modificados para qualquer fim diferente da colocação no mercado. Concordo com a retirada do projeto de decisão de execução.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: malgré les objections systématiques, la Commission persiste à délivrer des autorisations pour des cultures ou des importations d'OGM. Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. Ces objections contribuent à démasquer l'hypocrisie des parlementaires majoritaires (qui entretiennent la Commission) face au totalitarisme de l'Union européenne.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Mais uma vez, no que respeita aos trâmites desta decisão de autorização, a exceção tornou-se regra.

O milho do evento geneticamente modificado Bt11 expressa a proteína Cry1Ab, que é uma proteína (derivada de Bacillus thuringiensis subsp. Kurstaki) que confere resistência à broca do milho europeu (Ostrinia nubilalis) e à broca do milho do Mediterrâneo (Sesamia nonagrioides), e a Pat proteína, que confere tolerância ao herbicida glufosinato-amónia.

Não houve consenso entre os Estados-Membros, logo, de acordo com o perverso enquadramento legislativo em vigor, a decisão cai nas mãos da Comissão Europeia – que invariavelmente tem uma postura pró-OGM, mesmo perante a falta de estudos de longo prazo de toxicidade alimentar e perante uma avaliação de riscos insuficiente. Razões que estiveram na base da posição de recusa (ou de abstenção) assumida por vários Estados-Membros.

Esta resolução formula uma objeção à autorização deste Organismo Geneticamente Modificado (OGM). Votámos favoravelmente.

É necessário e urgente alterar o atual quadro legislativo, de forma a respeitar o direito de cada Estado-Membro de não querer OGM no seu território, para alimentos e/ou cultivo, por razões de defesa da soberania alimentar, do ambiente, da biodiversidade e da saúde pública.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as I believe GMO crops are a threat to our existence.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della risoluzione che contiene una obiezione contro l'autorizzazione di un OGM da parte della Commissione.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της αντίρρησης που διατυπώθηκε, σύμφωνα με το άρθρο 106 του Κανονισμού, όσον αφορά τη διάθεση στην αγορά σπόρων γενετικώς τροποποιημένου αραβοσίτου της σειράς Bt11 διότι είμαι ενάντια σε κάθε απόπειρα απελευθέρωσης της κυκλοφορίας των ΓΤΟ. Καλώ μάλιστα το Ευρωκοινοβούλιο να τηρήσει ακόμη σκληρότερη στάση και να εμποδίσει όλες τις απόπειρες της Επιτροπής να επιτρέψει πλαγίως την καλλιέργεια τους εντός της Ένωσης.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A rendelkezésre álló tudományos ismeretek elégséges indokot adnak annak feltételezésére, hogy a Bt11 génkonstrukciót tartalmazó kukoricavonalból származó beltenyésztett vonalak és hibridek a környezetre kockázatot jelentenek. Mindezekre tekintettel – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. - A Bt11 kukorica Cry1Ab toxint termel, amely a MON 810 toxinjához hasonlóan Bt-fehérje. Ezáltal különböző Lepidoptera fajok ellen képes védekezni. Emellett PAT fehérjét is expresszál, amely glüfozinát-ammónium herbicid ellen nyújt toleranciát. A rendelkezésre álló tudományos ismeretek elégséges indokot adnak annak feltételezésére, hogy a Bt11 génkonstrukciót tartalmazó kukoricavonalból származó beltenyésztett vonalak és hibridek a környezetre kockázatot jelentenek. Mindezekre tekintettel – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado en contra de la objeción relativa a la comercialización de semillas del maíz modificado genéticamente Bt11. Tras estudiar la objeción presentada, creo que existen los suficientes controles y garantías en referencia a la gestión del riesgo para limitar la exposición no deseada de los lepidópteros objeto de conservación en hábitats protegidos. Es necesario tener siempre presente que debemos garantizar la máxima seguridad alimentaria a los ciudadanos europeos pero sin caer en una exageración que puede tener graves consecuencias económicas para el sector.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I am concerned about the safety of GMOs and their impact on health and the environment, but I would prefer the UK Government to legislate on this delicate issue, rather than the European Parliament.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – El uso de semillas transgénicas se enmarca en un debate más de fondo, que se puede abordar desde tres ángulos: el de la salud, el del medioambiente y el del impacto socioeconómico. He votado a favor de la objeción, porque cuando hablamos de permitir la comercialización de semillas transgénicas hablamos de profundizar en este modelo insostenible, de abusos, de royalties, de dependencia de agroquímicos; y socialmente perverso. Sabemos que las semillas modificadas genéticamente no se comercializarán en beneficio de los agricultores, de los consumidores, de la sociedad, del medioambiente sino para el lucro de un gigante como Monsanto. Un gigante cuya fusión con Bayer supondrá la creación de un monstruo cuyas consecuencias para el sistema agroalimentario mundial ni siquiera somos capaces de prever.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Today, I voted against the objection pursuant to Rule 106 against the placing on the market of genetically modified maize Bt11 seeds, as the risk assessment conducted by the European Food Safety Agency (EFSA) concluded that the cultivation of these GM crops is unlikely to a pose danger to human and animal health or to the environment.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A Bt11 kukorica Cry1Ab toxint termel, amely a MON 810 toxinjához hasonlóan Bt-fehérje. Ezáltal különböző Lepidoptera fajok ellen képes védekezni. Emellett PAT fehérjét is expresszál, amely glüfozinát-ammónium herbicid ellen nyújt toleranciát. A rendelkezésre álló tudományos ismeretek elégséges indokot adnak annak feltételezésére, hogy a Bt11 génkonstrukciót tartalmazó kukoricavonalból származó beltenyésztett vonalak és hibridek a környezetre kockázatot jelentenek. Mindezekre tekintettel – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported this objection because there are concerns that the implementing decision by the Commission is not compatible with Union law and there are concerns over the EFSA risk management process. More specifically, the Commission bases its argument for authorisation on the concept of a level of 'acceptable local mortality' of non-target lepidopteran species (butterflies and moths), which is considered by some to be a flawed interpretation of EFSA advice. In addition, there is the possibility of cross-contamination with an ancient maize variety that carries major risks for farmers and the environment. For all of the above reasons I voted in favour of the objection, plus the fact that I do not support the introduction of GMOs into the European Union.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A Bt11 kukorica Cry1Ab toxint termel, amely a MON 810 toxinjához hasonlóan Bt-fehérje. Ezáltal különböző Lepidoptera fajok ellen képes védekezni. Emellett PAT fehérjét is expresszál, amely glüfozinát-ammónium herbicid ellen nyújt toleranciát. A rendelkezésre álló tudományos ismeretek elégséges indokot adnak annak feltételezésére, hogy a Bt11 génkonstrukciót tartalmazó kukoricavonalból származó beltenyésztett vonalak és hibridek a környezetre kockázatot jelentenek. Mindezekre tekintettel – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za prigovor u skladu s člankom 106. Poslovnika: stavljanje na tržište sjemena genetski modificiranog kukuruza Bt11 jer ne podržavam korištenje genetski modificiranih organizama na poljoprivrednim zemljištima.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Nous assistons à un jeu de balancier: la Commission s'obstine à encourager par ses autorisations la culture et l'importation d'OGM dans nos pays, et à balayer d'un revers de main l'opposition tout aussi entêtée du Parlement. Tout cela est à la vérité peu utile, et ne suffit pas à décharger de leur responsabilité des parlementaires qui maintiennent par la bande la Commission dans sa toute-puissance. Je demeure convaincu que la mise sur le marché de semences Bt11 est néfaste.

Fidèle à mes convictions, j'ai voté pour.

Diane James (EFDD), *in writing*. — We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment, but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection sur le renouvellement de l'autorisation de semences de maïs génétiquement modifié faite par la Commission européenne. En autorisant la mise sur le marché à des fins de culture ou de commercialisation, la Commission européenne a dûment respecté la procédure en prenant en compte l'analyse de l'Autorité européenne de sécurité des aliments.

Il est également important de rappeler que les produits génétiquement modifiés qui se retrouvent dans les étalages ou les cultures françaises font l'objet d'une autorisation de l'État français et non de l'Union européenne.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für den vorliegenden Bericht. Er verwirft den Kommissionsvorschlag, eine Genmaissorte zuzulassen, und zwingt die Kommission, ihren Vorschlag zu überdenken. Der Durchführungsbeschluss ist nicht mit dem Unionsrecht zu vereinbaren, die Empfehlung zum Risikomanagement ist mangelhaft, und genmodifizierte Lebensmittel sind aus österreichischer Sicht generell abzulehnen.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Eiropas Parlamenta plenārsesijā Strasbūrā atbalstīju rezolūciju, kas pieprasa atsaukt Komisijas īstenošanas lēmumu par ģenētiski modificētas kukurūzas sēklu laišanu tirgū kultivēšanas nolūkos. Eiropas Komisijas spēkos ir nākt klajā ar labāku un skaidrāku risinājumu saistībā ar ģenētiski modificēto produktu vai produktu, kas satur ģenētiski modificētas izejvielas, laišanu un brīvu tirdzniecību Eiropas Savienības tirgū. Uzskatu, ka Eiropas Komisijas pilnvarās ir pietiekoši resursu, lai izpētītu un saprastu ģenētiski modificēto produktu ietekmi uz vidi un cilvēku veselību.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A Bt11 kukorica Cry1Ab toxint termel, amely a MON 810 toxinjához hasonlóan Bt-fehérje. Ezáltal különböző Lepidoptera fajok ellen képes védekezni. Emellett PAT fehérjét is expresszál, amely glüfozinát-ammónium herbicid ellen nyújt toleranciát. A rendelkezésre álló tudományos ismeretek elégséges indokot adnak annak feltételezésére, hogy a Bt11 génkonstrukciót tartalmazó kukoricavonalból származó beltenyésztett vonalak és hibridek a környezetre kockázatot jelentenek. Mindezekre tekintettel – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - A legalapvetőbb emberi jog az egészséghez és az egészséges élelmiszerhez való jog. Az állásfoglalás helyesen mutat rá, hogy a Bizottság semmibe veszi az uniós jogot, amikor forgalomba kívánja hozatni a különféle GMO-s vetőmagokat. Pedig az elővigyázatosság elvével összhangban erre nem kerülhet sor. A tagállamok többsége saját nemzeti törvényeivel, avagy alaptörvényével is tiltja a GMO-k elterjedését. Aggodalmat keltő a Bizottság ilyetén hozzáállása, miközben széles tömegek tiltakoznak joggal a CETA és a TTIP megkötése ellen.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette objection, car elle s'oppose à l'utilisation d'un OGM dangereux pour la biodiversité. Le Parlement européen a accepté de la voter, ce qui démontre que l'initiative de la Commission était néfaste. Je veux que la France retrouve sa souveraineté alimentaire.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – La Commission persiste à délivrer des autorisations pour la culture ou l'importation d'OGM. Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. J'ai voté favorablement à cette objection.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción a la comercialización de semillas del maíz modificado genéticamente Bt11 (tolerante al herbicida tóxico glufosinato de amonio), porque estoy totalmente en contra de su autorización. Es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando con garantías sobre su impacto en las prácticas agrícolas y en la alimentación y he votado en consecuencia.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti námitce proti rozhodnutí Komise o povolení distribuce osiva geneticky modifikované kukuřice. Respektuji právo států případně na svém území toto osivo zakázat, jako to udělala asi polovina států EU, ale není správné nepovolením omezit ty státy, kterým toto osivo nevadí. Stojím tak za rozhodnutím Komise.

Светослав Христов Малинов (PPE), *в писмена форма*. – Днес в пленарна зала подкрепих възраженията срещу пускането на пазара на генетично модифицирана царевица. От Европейската комисия се изиска ново законодателно предложение, с което да се усили демократичният контрол върху разрешителните за ГМО продукти.

В момента решенията за разрешаване на ГМО се приемат от Европейската комисия, без да бъдат подкрепени от становища на държавите членки. Това беше предвидено първоначално като изключение при процедурата, но, за съжаление, се превърна в правило. Култивирането на генетично модифицираната царевица е забранено на територията на: Австрия, Белгия (Валония), България, Германия (с изключение за научноизследователски цели), Гърция, Дания, Италия, Кипър, Латвия, Литва, Люксембург, Малта, Обединеното кралство (Северна Ирландия, Уелс, Шотландия), Полша, Словения, Франция, Холандия и Хърватия.

Присъединявам се към тези мои колеги, които намират, че проектът на Европейската комисия за пускане на пазара на тези ГМО продукти превишава изпълнителните й правомощия и трябва да бъде оттеглен.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. — I agree that the risk assessment of cultivation conducted by EFSA is incomplete and the risk management recommendations proposed by the Commission are inadequate and support calls on the Commission to withdraw its draft implementing decision.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος που ζητά από την Ευρωπαϊκή Επιτροπή να αποσύρει το σχέδιο της εκτελεστικής της απόφασης σχετικά με τη διάθεση στην αγορά προς καλλιέργεια σπόρων γενετικώς τροποποιημένου αραβοσίτου της σειράς Bt11, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte. Cinq objections sont présentées par le Parlement sur des autorisations de cultures ou d'importations d'OGM. Les différentes propriétés de ces OGM posent plusieurs problèmes: herbicides cancérigènes, insecticides entrainant la destruction de la biodiversité, etc. Nous sommes donc favorables à ces objections et, en l'espèce, favorables à celle concernant la mise sur le marché de semences de maïs génétiquement modifié Bt11.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω το ψήφισμα σχετικά με το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης της Επιτροπής που αφορά τη διάθεση στην αγορά προς καλλιέργεια σπόρων γενετικώς τροποποιημένου αραβοσίτου της σειράς Bt11 γιατί πιστεύω ότι το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης της Επιτροπής δεν είναι σύμφωνο προς το δίκαιο της Ένωσης, υπό την έννοια ότι δεν είναι συμβατό με τους σκοπούς της οδηγίας 2001/18/ΕΚ του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου, οι οποίοι είναι, σύμφωνα με την αρχή της προφύλαξης, η προσέγγιση των νομοθετικών, κανονιστικών και διοικητικών διατάξεων των κρατών μελών και η προστασία της ανθρώπινης υγείας και του περιβάλλοντος κατά τη σκόπιμη ελευθέρωση γενετικώς τροποποιημένων οργανισμών στο περιβάλλον για σκοπούς διαφορετικούς από τη διάθεση στην αγορά εντός της Κοινότητας και κατά τη διάθεση γενετικώς τροποποιημένων οργανισμών στην αγορά ως προϊόντων ή εντός προϊόντων εντός της Κοινότητας.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die Entschließung hält fest, dass der entworfene Durchführungsbeschluss der Kommission nicht mit dem Unionsrecht vereinbar ist und die Kommission daher aufgefordert wird, ihren Entwurf zurückzuziehen. Da die von der EFSA durchgeführte Risikobewertung des Anbaus unvollständig und die von der Kommission vorgeschlagenen Empfehlungen zum Risikomanagement mangelhaft sind, habe ich der Entschließung zugestimmt.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu EP rezoliucijai, nes joje reiškiamas prieštaravimas Komisijos sprendimui išduoti leidimą prekiauti genetiškai modifikuotų kukurūzų sėklomis. Manau, kad, remiantis atsargumo principu bei siekiu apsaugoti žmonių sveikatą ir aplinką, sprendimai dėl prekybos GMO sėklomis turėtų būti priimti tik tada, kai būtų pateikti neginčytini moksliniai įrodymai dėl jų poveikio. Deja, šiuo metu GMO auginimo rizikos vertinimai nėra išsamūs ir nekvestionuojami. Dėl šių priežasčių nepritariu GMO plėtrai, prekybai ir auginimui ES.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport s'oppose à la décision de la Commission d'autoriser la mise sur le marché de semences de maïs génétiquement modifié Bt11. Cette variété est développée par Syngenta. Elle confère une résistance à certains insectes (pyrale du maïs). Mais évidemment aussi une tolérance aux herbicides contenant du Phosphinotricine (PPT), c'est le cas notamment du Glufosinate d'ammonium, substance classée comme toxique pour la reproduction. Et son utilisation est d'ailleurs interdite sur le maïs dans l'UE.

Le rapport critique l'évaluation faite par l'Autorité européenne de sécurité des aliments (EFSA). Elle pointe notamment l'introduction arbitraire du concept d'un niveau de «mortalité locale acceptable» des espèces de lépidoptères non-cibles. En effet, ce maïs détruit d'autres insectes que la pyrale du maïs dont il est censé être spécialisé. Je vote pour ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La Commission persiste à délivrer des autorisations pour la culture ou l'importation d'OGM. Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. J'ai voté favorablement à cette objection, comme aux quatre autres.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei a favor da presente resolução, por considerar que a avaliação de risco do cultivo efetuada pela EFSA é incompleta e que as recomendações de gestão de risco propostas pela Comissão são inadequadas, no que respeita ao cultivo de sementes de milho geneticamente modificado Bt11.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this objection to the placing on the market of genetically modified maize Bt11 seeds as a more thorough risk assessment of cultivation by EFSA is needed and the risk management recommendations proposed by the Commission are inadequate.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — Begin 2016 liepen er zo'n 7,4 miljard mensen rond op onze planeet. In het meest voorzichtige scenario zal de wereldbevolking tegen 2050 aangegroeid zijn tot 9 miljard. Een snelle groei van de wereldbevolking impliceert dat ook de vraag naar voedsel en gewassen evenredig zal toenemen. Ondernemers in de landbouw en voedselvoorziening staan voor belangrijke uitdagingen. Het bestaande landbouwareaal zal doordachter en beter benut moeten worden. Innovatie in de landbouw zal zich toespitsen op duurzame en efficiënte landbouwtechnieken en planttechnologie zal een bijzondere rol spelen in het garanderen van de voedselproductie. In die context zijn er op dit moment ook geen overtuigende wetenschappelijke argumenten om bezwaar aan te tekenen tegen een GM-vergunning.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have supported the decision to object to the placing on the market of genetically modified maize Bt11 seeds because the draft Commission implementing decision is not consistent with Union law. In accordance with the precautionary principle, to approximate the laws, regulations and administrative provisions of the Member States and to protect human health and the environment when carrying out the deliberate release into the environment of genetically modified organisms for any other purposes than placing on the market within the Community and placing on the market genetically modified organisms as or in products within the Community.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Malgré les objections systématiques, la Commission persiste à délivrer des autorisations pour des cultures ou des importations d'OGM. Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. Ces objections contribuent à démasquer l'hypocrisie des parlementaires majoritaires (qui entretiennent la Commission) face au totalitarisme de l'Union. Je vote donc pour.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection à l'autorisation du maïs OGM BT11, dont la mise ou non sur le marché relève de la compétence des États membres, car elle est basée sur l'argument faux selon lequel la Commission aurait excédé ses pouvoirs en autorisant ce maïs. En effet, la Commission a totalement respecté la procédure en demandant à l'Autorité européenne de sécurité des aliments une étude sur l'innocuité de la plante pour la santé humaine et animale et pour l'environnement. Elle a ensuite proposé cette autorisation d'OGM au Conseil, qui ne l'a pas refusée.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Úgy gondolom, hogy amíg a génmódosított fajok és fajták termesztése nem bizonyul környezetvédelmi és gazdasági szempontból egyaránt kiemelkedően előnyösnek az európai gazdák számára, addig nincs értelme felvállalni még a legkisebb kockázatot sem az engedélyezésükkel. Az európai közvélemény nagyobbik része még nem igazán fogadta el a modern mezőgazdasági módszereket és azok bizonyítatlan veszélyeit, és úgy gondolom, ezt nekünk, törvényhozóknak szem előtt kell tartanunk.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have abstained from voting on this motion for a resolution that authorises the placing on the market of products containing, consisting of, or produced from genetically modified maize Bt11 seeds following a risk evaluation to human health and biodiversity.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. — Аз подкрепих тази резолюция, инициирана от комисията по околна среда, обществено здраве и безопасност на храните, защото вярвам, че без ефективен механизъм за контрол в рамките на вътрешния пазар, който може да гарантира, че продукти, които са забранени за отглеждане в дадена държава членка, не представляват опасност и не противоречат на тази забрана или не крият риск за нейното нарушаване, не може и не трябва да се процедира към оторизиране на пускането на пазара на семена от тази забранена култура.

За семената на царевицата Bt11 на територията на 19 държави членки има ефективни забрани за нейното отглеждане. Една от тези държави е моята – България. Българската общественост е твърдо против използването на подобни култури. Единният европейски пазар може да функционира само, когато неговите условия биват приети от всички негови участници, без риск за нарушаване на техните правни и морални закони. Тази култура не отговаря на тези условия.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diese Entschließung ausgesprochen, da der Durchführungsbeschluss der Kommission nicht mit dem Unionsrecht vereinbar ist. Die Kommission wird aufgefordert, ihren Entwurf eines Durchführungsbeschlusses zurückzuziehen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Ei toetanud. Geneetiliselt muundatud toodete ükshaaval reguleerimine ei ole efektiivne ega otstarbekas.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment, but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – In riferimento alla obiezione riguardante l'immissione in commercio per la coltivazione di semi di granturco geneticamente modificato Bt11, pur rilevando l'importanza che riveste il suddetto argomento non credo che le obiezioni presentate siano complete. Pertanto, intenderei astenermi.

Alojz Peterle (PPE), *pisno*. – Ugovor sem podprl, ker menim, da osnutek izvedbenega sklepa Komisije presega izvedbena pooblastila, določena v direktivi 2001/18/ES. Komisija bi zato morala osnutek izvedbenega sklepa o odobritvi gensko spremenjene koruze umakniti.

Tudi sicer GSO ne prepoznavam kot del rešitve problemov, s katerimi se soočata kmetijski in prehrambni sektor.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala sam ovu rezoluciju budući da smatram kako nacrt provedbene odluke Komisije prekoračuje ovlasti predviđene Direktivom 2001/18/EZ, a nije ni i u skladu s njezinim ciljem koji podrazumijeva zaštitu ljudskog zdravlja i okoliša u određenim slučajevima kada se u okoliš namjerno uvode genetski modificirani organizmi. Upravo modifikacije Bt11 kojima se eksprimiraju geni za protein Cry1Ab, a to je upravo protein Bt (koji dolazi od Bacillus thuringiensis podvrste Kurstaki) koji omogućuje otpornost na prisutnost kukuruznog moljca (Ostrinia nubilalis) i sredozemnog kukuruznog moljca (Sesamia nonagrioides), te za protein Pat koji omogućuje tolerantnost na herbicide s amonijevim glufosinatom neće imati svojega očekivanog ekonomskoga učinka.

Naime, glufosinat se klasificira kao tvar koja je toksična za reproduktivno zdravlje i stoga spada pod kriterije za isključivanje navedene u Uredbi (EZ) br. 1107/2009 te se kriteriji za isključivanje primjenjuju na tvari koje su već odobrene kada odobrenje treba obnoviti, a odobrenje za glufosinat istječe 2017. godine tako da bi se uporaba glufosinata u načelu trebala okončati 2017. godine. Ne vidim razloga zašto bi se odobrenje dalo za sjeme koje će se koristiti tek godinu dana i to uz primjenu tvari s poznatim negativnim učinkom po zdravlje.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – EFSA je 2005. izdala mišljenje u kojem smatra da u prirodi nema kompatibilnih srodnika s kojima bi se kukuruz mogao križati te je tada smatrala da se zbog uzgoja i širenja te vrste ne predviđaju neželjeni učinci za okoliš. Španjolska su nadležna tijela obavijestila Komisiju o prisutnosti teozinte na španjolskim poljima kukuruza, uključujući vrlo ograničenu prisutnost na poljima genetski modificiranog kukuruza, a da dostupni podaci ukazuju na to da je teozinta pronađena i u Francuskoj. Pošto populacije teozinte mogu postati primatelji transgenskog DNK koji potječe od genetski modificiranog kukuruza MON 810 te time proizvesti toksin Bt, čime je omogućena veća sposobnost opstanka hibridima kukuruza i teozinti u odnosu na autohtone biljke teozinte. Radi se o scenariju koji sa sobom nosi veliki rizik za poljoprivrednike i okoliš.

Smatram da ovaj nacrt odluke Komisije prekoračuje provedbene ovlasti predviđene Direktivom 2001/18/EZ. Procjena rizika uzgoja koju je provela EFSA nije cjelovita te preporuke za upravljanje rizikom koje je iznijela Komisija nisu adekvatne. Nacrt provedbene odluke Komisije nije u skladu s pravom Unije jer je nespojiv s ciljem Uredbe (EZ) br. 1829/2003, a on je, u skladu s načelom predostrožnosti, približavanje zakona i drugih propisa država članica o zaštiti ljudskog zdravlja i okoliša kada se u okoliš namjerno uvode genetski modificirani organizmi.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Mais uma vez, no que respeita aos trâmites desta decisão de autorização, a exceção tornou-se regra.

O milho do evento geneticamente modificado Bt11 expressa a proteína Cry1Ab, que é uma proteína (derivada de Bacillus thuringiensis subsp. Kurstaki) que confere resistência à broca do milho europeu (Ostrinia nubilalis) e à broca do milho do Mediterrâneo (Sesamia nonagrioides), e a Pat proteína, que confere tolerância ao herbicida glufosinato-amónia.

Não houve consenso entre os Estados-Membros, logo, de acordo com o perverso enquadramento legislativo em vigor, a decisão cai nas mãos da Comissão Europeia – que invariavelmente tem uma postura pró-OGM, mesmo perante a falta de estudos de longo prazo de toxicidade alimentar e perante uma avaliação de riscos insuficiente. Razões que estiveram na base da posição de recusa (ou de abstenção) assumida por vários Estados-Membros.

Esta resolução formula uma objeção à autorização deste Organismo Geneticamente Modificado (OGM). Votámos favoravelmente.

É necessário e urgente alterar o atual quadro legislativo, de forma a respeitar o direito de cada Estado-Membro de não querer OGM no seu território, para alimentos e/ou cultivo, por razões de defesa da soberania alimentar, do ambiente, da biodiversidade e da saúde pública.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection. En effet, la Commission européenne n'a pas excédé ses pouvoirs et a bien respecté la procédure d'autorisation d'OGM, grâce notamment à l'avis de l'Autorité européenne de sécurité des aliments. Pour rappel, cette proposition d'autorisation sur le marché a été transmise au Conseil qui ne l'a pas rejetée.

Aussi, ces objections utilisées par des groupes politiques comme les Verts n'ont pas de réel effet car elles portent sur des actes d'exécution. Plus globalement, je souhaite rappeler que la France interdit la culture d'OGM, et ce bien qu'elle en importe.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment, but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei contra, uma vez que o glufosinato é classificado como tóxico para a reprodução e, por este motivo, é abrangido pelos critérios de exclusão estabelecidos no Regulamento (CE) n.º 1107/2009.

Para as substâncias que já tenham sido aprovadas, os critérios de exclusão são aplicáveis quando for necessário renovar a aprovação, e a aprovação do glufosinato expira em 2017. O uso do glufosinato deve, em princípio, deixar de ser permitido em 2017.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – C'est un signal éminemment politique qu'ont donné les députés européens ce midi en rejetant, à une large majorité, 5 nouvelles autorisations de mise en culture de maïs OGM 1507, Bt11, MON810 et d'un coton GM 281-24-236. Dix-huit mois après l'entrée en vigueur (le 2 avril 2015) de la législation donnant une nouvelle possibilité pour les États membres d'interdire la culture d'OGM sur leur territoire, dont j'ai été le rapporteur, rien n'a changé. La Commission s'évertue à passer en force en l'absence de consensus à la fois scientifique et politique. Cela en contradiction flagrante avec les engagements pris par le président Juncker, en juillet 2014, en faveur d'un changement de la procédure d'autorisation des OGM au niveau européen.

Le Parlement européen rappelle donc justement la Commission au respect de la parole donnée. Car, même si la culture du MON810, qui est le seul OGM cultivé en Europe, principalement en Espagne et depuis 1998, représente moins de 0,10 % des surfaces agricoles, c'est une question de principe. Toute décision autorisant la commercialisation d'OGM devrait être suspendue tant que le contrôle démocratique des décisions de la Commission n'a pas été renforcé et que celles-ci ne reflètent pas l'avis majoritaire des États membres et des citoyens.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją, kurioje Parlamentas nepritaria Komisijos parengtam sprendimui atnaujinti leidimą bendrovės „Syngenta Seeds S.A.S." genetiškai modifikuoto kukurūzo leidimo patekti į ES rinką atnaujinimui. Parlamentas mano, kad Komisijos sprendimo projektas neatitinka Sąjungos teisės, nes jis nesuderinamas su Europos Parlamento ir Tarybos direktyvos 2001/18/EB tikslu, pagal kurį remiantis atsargumo principu siekiama derinti valstybių narių įstatymus ir kitus teisės aktus bei apsaugoti žmonių sveikatą ir aplinką.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Votei contra o presente relatório, seguindo a indicação do meu grupo politico, que defendia a oposição à decisão da Comissão no que respeita à colocação no mercado, para cultivo, das sementes de milho geneticamente modificado designadas por Bt11 (SYN BTØ11-1) (D046173/01).

No parecer científico adotado em maio de 2015, a Autoridade Europeia para a Segurança dos Alimentos (AESA) declarou que os dados existentes são insuficientes para que a mortalidade de larvas ligada ao milho Bt possa ser enquadrada no contexto da mortalidade geral.

Porém, em julho de 2016, a Comissão requereu à AESA que avaliasse, até ao final de setembro de 2016, se, com base na literatura científica existente e noutras informações relevantes, surgiram novos dados suscetíveis de modificar as conclusões e as recomendações expostas nos pareceres científicos relativos à plantação das variedades de milho geneticamente modificado.

Não tendo sido transmitida por parte da AESA qualquer consideração que vá no sentido do que fora anteriormente informado, não considero haver razões para que a decisão da Comissão seja rejeitada, posição sujeita, tendo em atenção o princípio da prudência, obviamente às alterações adequadas, se surgirem novos elementos que o justifiquem.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – El uso de semillas transgénicas se enmarca en un debate más de fondo, que se puede abordar desde tres ángulos: el de la salud, el del medioambiente y el del impacto socioeconómico. He votado a favor de la objeción, porque cuando hablamos de permitir la comercialización de semillas transgénicas hablamos de profundizar en este modelo insostenible, de abusos, de royalties, de dependencia de agroquímicos; y socialmente perverso. Sabemos que las semillas modificadas genéticamente no se comercializarán en beneficio de los agricultores, de los consumidores, de la sociedad, del medioambiente sino para el lucro de un gigante como Monsanto. Un gigante cuya fusión con Bayer supondrá la creación de un monstruo cuyas consecuencias para el sistema agroalimentario mundial ni siquiera somos capaces de prever.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción a la comercialización de semillas del maíz modificado genéticamente Bt11 (tolerante al herbicida tóxico glufosinato de amonio), porque estoy totalmente en contra de los organismos modificados genéticamente y, por tanto, de nuevas autorizaciones de los mismos.

Además, es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando correctamente. Por todo ello estoy a favor de ésta y cualquier objeción que se proponga en relación con la autorización de OMG, y he votado en consecuencia.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today, I voted against the objection pursuant to Rule 106 on the placing on the market of genetically modified maize Bt11 seeds, as the risk assessment conducted by the European Food Safety Agency (EFSA) concluded that the cultivation of these GM crops is unlikely to a pose danger to human and animal health or to the environment.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Súhlasím s tým, že Európsky parlament žiada Komisiu, aby stiahla svoj návrh vykonávacieho rozhodnutia o uvádzaní geneticky modifikovanej kukurice Bt11 na trh na účely pestovania. Domnievam sa, že vykonávacie rozhodnutie Komisie nie je v súlade s právom Únie, pretože nie je zlučiteľné s cieľmi smernice Európskeho parlamentu a Rady 2001/18/ES, ktorá je v súlade so zásadou predbežnej opatrnosti s cieľom aproximovať zákony, iné právne predpisy a správne opatrenia členských štátov a chrániť ľudské zdravie a životné prostredie v prípade zámerného uvoľnenia geneticky modifikovaných organizmov do životného prostredia na akékoľvek iné účely, ako umiestnenie na trh v rámci Spoločenstva a uvádzanie geneticky modifikovaných organizmov na trh ako výrobkov alebo vo výrobkoch v rámci Spoločenstva. Z tohto dôvodu som hlasoval za prijatie tohto uznesenia.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Námietku proti vykonávaciemu rozhodnutiu Komisie, ktorým sa malo predĺžiť povolenie pre pestovanie geneticky modifikovanej kukurice Bt11, som podporila. Žiadosť na pestovanie tohto typu kukurice bola podaná ešte v roku 1996 vo Francúzsku. Kukurica Bt11 však obsahuje proteín zaručujúci toleranciu voči herbicídu glufozinát-amónium, ktorý je klasifikovaný ako toxický pre reprodukciu a platnosť jeho povolenia sa končí v roku 2017. Navyše je pestovanie tejto kukurice v mnohých krajinách zakázané. Keďže vedecké dôkazy naznačujú, že uvoľnený peľ sa môže šíriť naprieč hranicami, mali by sme zachovávať zásadu predbežnej opatrnosti. Ak by došlo ku kríženiu a šíreniu takýchto GMO, môže dôjsť k ohrozeniu biologickej diverzity a môže to predstavovať aj riziká pre poľnohospodárov. Keďže na základe súčasných metód kontroly výsadby GMO kukurice nevieme zaručiť dostatočnú mieru ochrany ľudského života a zdravia, Komisia by takéto rozhodnutia o GMO nemala vydávať. Preto zastávam názor, že Komisia by svoje vykonávacie rozhodnutie mala stiahnuť a predložiť nový legislatívny návrh, ktorý bude lepšie zohľadňovať špecifiká pestovania GMO plodín.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Evropski parlament je uspešno izrazil nestrinjanje z dovoljenjem za pet prehranskih in krmnih izdelkov iz gensko spremenjenih organizmov. Med njimi so tudi semena gensko spremenjene koruze Bt11, s katerimi se ukvarja ta resolucija.

Evropska komisija je hkrati zavrnila poziv k spremembi postopka odobritve uporabe posameznih gensko spremenjenih organizmov, saj je Evropski parlament mnenja, da postopek trenutno ni demokratičen, saj odločitve sedaj sprejema Komisija. Prav tako obstaja določeno pomanjkanje podatkov glede uporabe in uvoza gensko spremenjenih organizmov, saj Komisija v takšnih primerih le redko podatke deli z Evropskim parlamentom.

V povezavi z gensko spremenjenimi organizmi, ki jih želi Komisija odobriti za uporabo raziskave, trenutno pregled opravlja tudi Evropska agencija za varnost hrane.

Ker menim, da je treba našo hrano ohraniti varno in zdravo, sem glasoval za resolucijo Parlamenta, ki si prizadeva za to, da dovoljenje za uporabo omenjenih gensko spremenjenih semen koruze Bt11 ne bi bilo sprejeto.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Uzimajući u obzir nacrt Europske komisije o provedbenoj odluci stavljanja na tržište genetski modificiranog sjemena kukuruza Bt11 (SYN-BTØ11-1) za uzgajanje, te budući da je prema članku 26.c stavku 2. Direktive 2001/18/EZ uzgajanje genetski modificiranog kukuruza Bt11 zabranjeno na teritorijima određenih država članica, uključujući i Hrvatsku, nacrt Europske komisije nadilazi svoje izvršne ovlasti ostvarene Direktivnom 2001/18/EZ. Osim toga, procjena rizika uzgoja Europske agencije za sigurnost hrane je nepotpuna, a nacrt Komisije o provedbi odluke nedovoljno usklađen s legislativom, regulativama i administrativnim odredbama država članica kojima bi se zaštitilo ljudsko zdravlje i okoliš prilikom namjernog uvođenja genetski modificiranih organizama u bilo koje svrhe osim stavljanja na tržište Unije.

Stoga podržavam prigovor i rezoluciju Europskog parlamenta o nacrtu Komisije o provedbenoj odluci stavljanja na tržište genetski modificiranog sjemena kukuruza Bt11 (SYN-BTØ11-1) za uzgajanje.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Είμαστε εναντίον κάθε απόπειρας απελευθέρωσης των ΓΤΟ· καλούμε μάλιστα το Ευρωκοινοβούλιο να κρατήσει ακόμα σκληρότερη στάση και να εμποδίσει τις απόπειρες της Επιτροπής να επιτρέψει πλαγίως την καλλιέργεια τους εντός της Ένωσης.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a géntechnológiával módosított Bt11 (SYN-BTØ11-1) kukoricaszemek termesztés céljából történő forgalomba hozatalára vonatkozó bizottsági végrehajtási határozat tervezetéről szóló európai parlamenti állásfoglalási indítványt. A Bt11 kukoricával kapcsolatban 1996-ban (majd ismét 2003-ban) nyújtott be forgalomba hozatali értesítést a Syngenta Seeds SAS (korábban Novartis Seeds) az illetékes francia hatóságoknak. Ez a kukorica Cry1Ab proteint és Pat proteint tartalmaz, amely ellenállást biztosít a glufozinát-ammónium tartalmú gyomirtókkal szemben. Ez a gyomirtó viszont a reprodukciót károsító anyagnak minősül, így annak a használatát 2017 végén be kell szüntetni.

Az Európai Élelmiszerbiztonsági Hatóság (EFSA) szerint a pollenszórás során tapasztalt függőleges szélmozgás vagy széllökések akár több kilométerre is eljuttathatják a polleneket. A Bizottság végrehajtási határozattervezetében legalább 5 méteres izolációs távolságot írt elő a Bt11 kukoricaföldek és a védett élőhelyek között, annak ellenére, hogy az EFSA egyértelműen megállapítja, hogy egy védett élőhely körüli 20 méteres izolációs távolság lenne javasolt. Az EFSA továbbá azt is kijelentette, hogy a termesztés kockázatértékelése hiányos. Ezért egyetértek azzal, hogy a bizottsági végrehajtási határozat tervezete túllépi hatásköröket és hogy az EFSA ajánlások így nem megfelelőek.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Le Parlement européen, que je rejoins totalement sur ce dossier, considère que ce projet de décision d'exécution de la Commission excède les compétences d'exécution prévues dans la directive 2001/18/CE. L'analyse du risque relative à ces cultures réalisée par l'EFSA est incomplète et les recommandations de gestion du risque formulées par la Commission sont inadéquates.

De plus, le projet de décision d'exécution de la Commission n'est pas conforme au droit de l'Union. Nous rejetons donc cette demande!

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The objection proposed by the Environment, Public Health and Food Safety committee against the Commission's proposal for placing genetically modified maize Bt11 seeds on the European market is part of a larger theme of systematically opposing GM authorisations on mainly procedural grounds and is not the right way to force the Commission to change the EU-level authorisation regime. I voted against the motion to object the proposal, as I believe that as long as there are no convincing scientific reasons to object to a GM authorisation, I will continue to follow the advice given by the European Food and Safety Authority.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam prigovor na Odluku Komisije o odobravanju stavljanja na tržište za uzgoj genetski modificirane sorte kukuruza Bt11 (SYN-BTØ11-1), budući da se pojedine države članice Europske unije protive uvođenju genetski modificiranih proizvoda na svoje tržište.

S obzirom na to da se ovdje radi o zdravlju ljudi i utjecaju na okoliš, smatram da svaka država članica ima pravo odrediti uvjete ili ograničenja stavljanja na tržište genetski modificiranih proizvoda, kao i njihov uzgoj, bez obzira radi li se o genetski modificiranoj hrani namijenjenoj izravno ljudima ili hrani za životinje.

Uz zdravlje ljudi, zaštita naše tradicionalne poljoprivredne proizvodnje i okoliša mora biti na prvom mjestu, stoga trebamo poduzeti sve moguće mjere kako se genetski modificiran kukuruz ne bi raspršio zrakom.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Ugovor v skladu s členom 106 Poslovnika: Dajanje v promet za gojenje semen gensko spremenjene koruze Bt11 sem podprla.

Družba Syngenta Seeds SAS (nekdanja družba Novartis Seeds) (v nadaljnjem besedilu: prijavitelj) je leta 1996 pristojnemu organu Francije v skladu z Direktivo Sveta 90/220/EGS(8) predložila prijavo o dajanju gensko spremenjene koruze Bt11 v promet.

Osnutek izvedbenega sklepa ni skladen s pravom Unije in ciljem Direktive 2001/18/ES Evropskega parlamenta in Sveta, tj. skladno s previdnostnim načelom približati zakone in druge predpise držav članic ter varovati zdravje ljudi in okolje, kadar se opravlja namerno sproščanje gensko spremenjenih organizmov v okolje iz katerega koli drugega razloga, kot je dajanje v promet v Skupnosti, ali kadar se dajejo v promet gensko spremenjeni organizmi kot proizvodi ali v proizvodih v Skupnosti.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – El uso de semillas transgénicas se enmarca en un debate más de fondo, que se puede abordar desde tres ángulos: el de la salud, el del medioambiente y el del impacto socioeconómico. He votado a favor de la objeción, porque cuando hablamos de permitir la comercialización de semillas transgénicas hablamos de profundizar en este modelo insostenible, de abusos, de royalties, de dependencia de agroquímicos; y socialmente perverso. Sabemos que las semillas modificadas genéticamente no se comercializarán en beneficio de los agricultores, de los consumidores, de la sociedad, del medioambiente sino para el lucro de un gigante como Monsanto. Un gigante cuya fusión con Bayer supondrá la creación de un monstruo cuyas consecuencias para el sistema agroalimentario mundial ni siquiera somos capaces de prever.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Malgré les objections systématiques, la Commission persiste à délivrer des autorisations pour culture ou importations d'OGM.

Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. Ces objections contribuent à démasquer l'hypocrisie des parlementaires majoritaires (qui entretiennent la Commission) face au totalitarisme de l'Union européenne.

Je vote pour cette objection.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Żywność genetycznie modyfikowana może mieć negatywny wpływ na ludzi, zwierzęta oraz środowisko i powinna być pod tymi względami szczegółowo kontrolowana. Mam wątpliwości, czy Komisja powinna dopuścić do obrotu kolejne rodzaje żywności i paszy genetycznie modyfikowanej. Dlatego opowiedziałem się przeciwko wprowadzeniu nasion kukurydzy Bt11 i zagłosowałem za sprzeciwem.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – El uso de semillas transgénicas se enmarca en un debate más de fondo, que se puede abordar desde tres ángulos: el de la salud, el del medioambiente y el del impacto socioeconómico. He votado a favor de la objeción, porque cuando hablamos de permitir la comercialización de semillas transgénicas hablamos de profundizar en este modelo insostenible, de abusos, de royalties, de dependencia de agroquímicos; y socialmente perverso. Sabemos que las semillas modificadas genéticamente no se comercializarán en beneficio de los agricultores, de los consumidores, de la sociedad, del medioambiente sino para el lucro de un gigante como Monsanto. Un gigante cuya fusión con Bayer supondrá la creación de un monstruo cuyas consecuencias para el sistema agroalimentario mundial ni siquiera somos capaces de prever.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted in favour of the GMO import objection as I have decided to object systematically to any GM import authorisation. This was following the EP rejection of the Commission's proposal to renationalise instead of democratise the authorisation procedure. In relation to the GMO cultivation, I also decided to object as all three maizes are Bt maizes: they all themselves produce the Bt toxin that enables them to be 'pest-resistant', meaning they are themselves toxic to the targeted pests – but also the non-targeted, even if those ones are protected or pollinate.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the objection pursuant to Rule 106(2) and (3) of the Rules of Procedure on the draft Commission implementing decision concerning the placing on the market for cultivation of genetically modified maize Bt11 (SYN-BTØ11-1) seeds (D046173/01 – 2016/2919(RSP)). I voted in favour of the objection because I believe that maize Bt11 seeds could harm 'non-target' species of butterflies and moths. Moreover, I find that the concept introduced by the European Food Safety Authority (EFSA) of an 'acceptable local mortality' of non-target lepidopteran species should be revised.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción a la comercialización de semillas del maíz modificado genéticamente Bt11 (tolerante al herbicida tóxico glufosinato de amonio), porque estoy totalmente en contra de los organismos modificados genéticamente y, por tanto, de nuevas autorizaciones de los mismos.

Además, es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando correctamente. Por todo ello estoy a favor de ésta y cualquier objeción que se proponga en relación con la autorización de OMG, y he votado en consecuencia.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – La preuve de l'innocuité des OGM est loin d'être faite. Celle de la dangerosité de nombre d'entre eux, tant sur l'environnement que sur les consommateurs, est par contre avérée. Le principe de précaution devrait donc prévaloir.

Pourtant, la Commission européenne en autorise régulièrement.

La procédure actuelle ne permet pas de bloquer les autorisations de commercialisation d'OGM octroyées par la Commission européenne.

En ce qui concerne la culture des OGM autorisée par la Commission, elle ne peut être bloquée par les États membres que sur leur seul territoire. Or, chacun sait que le pollen ne s'arrête pas aux frontières, pas plus que les insectes devenus résistants.

Avec une large majorité de mes collègues, nous venons donc de mettre en cause l'autorisation et le renouvellement d'autorisation pour cinq OGM dont le fameux maïs OGM Monsanto.

Je me félicite de ce vote même si c'est essentiellement une position politique visant à faire pression sur la Commission pour qu'elle propose une nouvelle législation.

Mais je n'ai guère d'illusion sur ce que fera la Commission européenne. C'est pourquoi j'engage nos concitoyens à se saisir de ce vote pour faire pression et imposer le respect du principe de précaution dans l'UE.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Somos a favor desta oposição, e de qualquer objeção futura à autorização de OGM, por uma questão de princípio, mas igualmente com o propósito de mostrar à Comissão Europeia a necessidade de corrigir a legislação aprovada recentemente com uma proposta legislativa que irá respeitar o direito de um indivíduo não autorizar OGM para alimentos no seu território.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die Entschließung hält fest, dass der entworfene Durchführungsbeschluss der Kommission nicht mit dem Unionsrecht vereinbar ist und die Kommission daher aufgefordert wird, ihren Entwurf zurückzuziehen. Da die von der EFSA durchgeführte Risikobewertung des Anbaus unvollständig und die von der Kommission vorgeschlagenen Empfehlungen zum Risikomanagement mangelhaft sind, habe ich der Entschließung zugestimmt.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Die im Entschließungsantrag vorgetragenen Einwände gegen das Inverkehrbringen der in Rede stehenden genetisch veränderten Produkte sind stichhaltig und legen zwingend die Ablehnung des einschlägigen Durchführungsbeschlusses der Kommission nahe. Dem hier vorgelegten Entschließungsantrag wird deshalb zugestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted against a ban on pest-resistant maize as we agree with EFSA's assessment that they are unlikely to pose risks to human, animal health or the environment, while limiting the need for use of pesticides. Moreover, the Commission attached stringent conditions for use of these GMOs in their authorisation decisions. I continue to take the issue of GMOs with the utmost seriousness, and will continue to oppose GMO use that is deemed harmful or potentially dangerous.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted against this motion for a resolution. It is very important that Europe can ensure its own food supply. At the same time, this needs to be done in an efficient and sustainable manner. Science helps us in achieving this goal. It is important that those products that are developed in this regard are safe for both consumers and the environment. Such an assessment, research and consequent conclusions need to be based on scientific processes and empirical evidence. It is EFSA's task and responsibility to ensure that this is the case. This is the reason why it was established by the institutions of the European Union. In this case, EFSA has, upon request of the European Commission, duly assessed this GMO and concluded that it is safe. In my view, EFSA is the appropriate authority to give recommendations on these matters and likewise the Commission is the relevant authority to act on those. Therefore I have voted against this proposal that would go against EFSA's judgement.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Námietku Európskeho parlamentu voči vykonávaciemu rozhodnutiu Komisie, ktorým Komisia povoľuje umiestniť na trh výrobky obsahujúce geneticky modifikovanú kukuricu, som podporila. Môj názor na geneticky modifikované organizmy sa nemení, pretože zatiaľ neexistujú dostatočné dôkazy týkajúce sa ich zdravotnej neškodnosti. Rovnako nemáme dostatočne určité informácie o ich účinkoch na životné prostredie. Práve preto súhlasím s názorom, že za daných okolností, keď posudzovanie rizík nie je dôkladné a úplné, Európska komisia pri tomto vykonávacom nariadení prekročila svoje právomoci a už vôbec nekonala v súlade so zásadou predbežnej opatrnosti, ktorá je absolútne nevyhnutá v prípadoch, keď môže byť ohrozené ľudské zdravie.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. — Ho votato a favore della risoluzione che chiede con forza alla Commissione europea di non autorizzare l'immissione sul mercato di sementi di granoturco geneticamente modificato Bt11. Si tratta di un OGM progettato per esprimere la proteina Bt che conferisce tolleranza all'erbicida glufosinato ammonio. Il glufosinato è stato classificato come tossico ai fini della riproduzione motivo per cui rientra fra le sostanze che rispondono ai criteri previsti per l'esclusione dall'immissione sul mercato. Siamo di fronte ad un pacchetto commerciale pensato per facilitare un maggiore impiego di questo pericoloso erbicida. L'Autorità per la sicurezza alimentare dell'Unione Europea (EFSA) ha inoltre riconosciuto la tossicità di questo OGM per farfalle e falene non bersaglio, ignorando tuttavia, gli impatti su altre specie quali le coccinelle e gli insetti acquatici. La coltivazione del granturco Bt11 geneticamente modificato è stata già vietata in molti Stati membri e nel rispetto del principio precauzionale deve essere vietata in tutta l'UE. Sin dall'inizio del mio mandato mi sono sempre battuto per fare dell'Europa un territorio libero da OGM e con questo voto e con questa risoluzione, ribadisco un no secco all'ingresso di prodotti transgenici nel territorio europeo.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei a favor de todas as objeções nos termos do artigo 106.º do Regimento, por concordar com a oposição a substâncias geneticamente modificadas para as quais não existam ainda resultados científicos sólidos que permitam autorizá-las sem comprometer a saúde pública.

Por conseguinte, enquanto a Comissão não propuser um novo quadro legislativo para estas substâncias, o grupo socialista europeu continuará de forma concertada a apoiar estas objeções.

6.7. Einwände gemäß Artikel 106 GO: Inverkehrbringen von Saatgut zum Anbau von genetisch verändertem Mais der Sorte 1507 (B8-1085/2016)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La Commissione ha chiesto all'EFSA di valutare se siano emersi nuovi elementi che modificherebbero le conclusioni e le raccomandazioni dei pareri scientifici dell'EFSA in merito alla coltivazione del granturco 1507 geneticamente modificato. Questa risoluzione, ritenuto che la valutazione del rischio della coltivazione effettuata dall'EFSA sia incompleta e che le raccomandazioni in materia di gestione del rischio proposte dalla Commissione siano inadeguate, chiede a quest'ultima di ritirare il progetto di decisione di esecuzione. Ho votato a favore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment, but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción a la comercialización de semillas del maíz modificado genéticamente 1507 (tolerante al herbicida tóxico glufosinato de amonio), porque estoy totalmente en contra de los organismos modificados genéticamente y, por tanto, de nuevas autorizaciones de los mismos.

Además, es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando correctamente. Por todo ello, estoy a favor de ésta y cualquier objeción que se proponga en relación con la autorización de OMG, y he votado en consecuencia.

Martina Anderson and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this GMO authorisation objection. It is absurd that the European Commission continues to propose authorisations of GMOs under a system which they themselves have admitted is flawed. It is essential that Mr Juncker listens to the European Parliament's call for a new proposal and that the EU GMO authorisation procedure is overhauled completely.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Je m'oppose à la mise en culture du maïs transgénique 1507, qui a permis notamment à l'EFSA de faire émerger cet intéressant concept de «mortalité dite acceptable» à l'égard de papillons polinisateurs, espèces précieuses de lépidoptères. Il est nécessaire de rappeler les immenses risques qui pèsent sur les pollinisateurs et notre responsabilité de les protéger. Les lépidoptères sont les principaux pollinisateurs nocturnes de fleurs, ils ont une place essentielle dans le cycle de la nature.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the motion for a resolution on the draft Commission implementing decision concerning the placing on the market for cultivation of genetically modified maize 1507 seeds. The European Food Safety Authority (EFSA) considered in 2005 that maize has no cross-compatible wild relatives in Europe and stated that no unintended environmental effects due to its establishment and spread are anticipated. However, situation has changed as teosintes, the ancestor of cultivated maize, has been present in Spain since 2009. Spanish authorities have informed the Commission about the presence of teosinte in Spanish maize fields, including very limited presence in GM maize fields. I supported this motion for a resolution as the risk assessment on the cultivation conducted by EFSA is incomplete and the risk management recommendations proposed by the Commission are inadequate. Having in mind also the fact that the draft Commission implementing decision exceeds the implementing powers provided for in Directive 2001/18/EC and that the draft Commission implementing decision is not consistent with Union law, in that it is not compatible with the objective of Directive 2001/18/EC of the EP and of the Council, I welcome the call on the Commission to withdraw its draft implementing decision.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της ένστασης σύμφωνα με το άρθρο 106 του Κανονισμού, σχετικά με τη διάθεση στην αγορά σπόρων γενετικώς τροποποιημένου αραβοσίτου της σειράς 1507, διότι η αξιολόγηση των κινδύνων της καλλιέργειας ήταν ατελής και οι συστάσεις διαχείρισης κινδύνου τις οποίες πρότεινε η Επιτροπή ανεπαρκείς.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Cinq objections sont présentées par le Parlement sur des autorisations de culture ou d'importations d'OGM de maïs ou de blé.

Malgré les objections systématiques, la Commission persiste à délivrer des autorisations pour culture ou importations d'OGM. Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. Ces objections contribuent à démasquer l'hypocrisie des parlementaires majoritaires (qui entretiennent la Commission) face au totalitarisme de l'UE. J'ai donc voté pour ces nouvelles objections.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Given that I have no specialist knowledge of the seeds concerned, and having concerns about the use of delegated acts, I felt it appropriate to follow the advice of officials and abstain on this matter.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette objection visant à interdire l'importation et la mise sur le marché d'un maïs résistant aux herbicides. Son utilisation pourrait avoir des effets néfastes sur les utilisateurs et consommateurs.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment, but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Cinq objections sont présentées par le Parlement sur des autorisations de culture ou d'importations d'OGM qui présentent différentes propriétés. L'OGM tolérant à un herbicide ou deux qui va bientôt être interdit n'a pas grand intérêt et, qui plus est, s'avère dangereux pour la biodiversité. La surveillance des effets sur la nature est insuffisante, l'évaluation EFSA est toujours aussi minime et aussi contraire à une souveraineté alimentaire.

En l'occurrence, j'ai voté pour cette objection à la mise sur le marché de semences de maïs génétiquement modifié 1507.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Le Parlement européen, que je rejoins totalement sur ce dossier, considère que ce projet de décision d'exécution de la Commission excède les compétences d'exécution prévues dans la directive - 2001/18/CE. L'analyse du risque relative à ces cultures réalisée par l'EFSA est incomplète et les recommandations de gestion du risque formulées par la Commission sont inadéquates.

De plus, le projet de décision d'exécution de la Commission n'est pas conforme au droit de l'Union. Nous rejetons donc cette demande.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – Yo no me posiciono a favor ni en contra de los transgénicos. Me posiciono a favor de la ciencia. En la Unión hemos creado una agencia para este tipo de cometidos: la AESA (EFSA en sus siglas en inglés) donde queda reflejada la opinión de científicos independientes que velan y garantizan la seguridad alimentaria en la Unión.

Hace apenas unos meses, más de un centenar de premios Nobel animaban a reconocer las conclusiones de las instituciones científicas competentes y abandonar las campañas contra los organismos modificados genéticamente sin suficiente apoyo científico.

Se tienen que analizar los diferentes productos caso por caso, y no generalizar ni simplificar el debate.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore delle obiezioni all'immissione in commercio per la coltivazione di due tipi di semi di granturco geneticamente modificato, tra cui 1507. Ritengo che l'attuale quadro normativo non consenta alla Commissione e all'EFSA di fornire adeguate valutazioni sull'impatto degli OGM. Nel caso del granturco 1507, in particolare, la preoccupazione riguarda la presenza della proteina Cry1F che conferisce resistenza alla piralide del granturco e ad alcuni altri parassiti dell'ordine dei lepidotteri come la nottua del mais. Esiste il rischio di danneggiare alcune specie di farfalle e falene mettendo in discussione il concetto, introdotto dall'EFSA, di «mortalità locale accettabile» di alcune specie di lepidotteri. Ho deciso quindi di votare a favore dell'obiezione, riaffermando la necessità che la Commissione elabori al più presto una proposta completa sugli OGM al fine di valutare attentamente l'impatto ambientale e sanitario di queste tecnologie e stabilendo una nuova procedura per la loro autorizzazione.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – El uso de semillas transgénicas se enmarca en un debate más de fondo, que se puede abordar desde tres ángulos: el de la salud, el del medioambiente y el del impacto socioeconómico. He votado a favor de la objeción, porque cuando hablamos de permitir la comercialización de semillas transgénicas hablamos de profundizar en este modelo insostenible, de abusos, de royalties, de dependencia de agroquímicos; y socialmente perverso. Sabemos que las semillas modificadas genéticamente no se comercializarán en beneficio de los agricultores, de los consumidores, de la sociedad, del medioambiente sino para el lucro de un gigante como Monsanto. Un gigante cuya fusión con Bayer supondrá la creación de un monstruo cuyas consecuencias para el sistema agroalimentario mundial ni siquiera somos capaces de prever.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer su labor a los ponentes de este informe sobre la comercialización de semillas del maíz modificado genéticamente 1507. Este informe, así como los otros cuatro que hemos votado hoy sobre distintas objeciones, no deja indiferente a nadie. He sido coherente con mis votos precedentes en esta materia y he apoyado el informe del Parlamento Europeo donde se considera que el proyecto de Decisión de Ejecución de la Comisión excede las competencias de ejecución que le atribuye la Directiva 2001/18/CE.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Malgré les objections systématiques, la Commission persiste à délivrer des autorisations pour des cultures ou des importations d'OGM. Il s'agit ici d'objecter la mise sur le marché de semences de maïs génétiquement modifié 1507 pour leur culture par le fabricant Dow Agro Sciences. Les problèmes soulevés concernent le Glufosinate, qui doit être interdit en 2017 (propriété est donc inutile) et la destruction de la biodiversité. J'ai donc voté pour.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho sostenuto col mio voto l'obiezione all'autorizzazione all'immissione in commercio per la coltivazione di semi di granturco geneticamente modificato 1507.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją, kurioje Europos Parlamentas mano, kad Komisijos įgyvendinimo sprendimo projektas neatitinka Europos Sąjungos teisės, nes jis nesuderinamas su Europos Parlamento ir Tarybos direktyvos 2001/18/EB tikslu, pagal kurį remiantis atsargumo principu siekiama derinti valstybių narių įstatymus ir kitus teisės aktus bei apsaugoti žmonių sveikatą ir aplinką tada, kai bet kokiais tikslais, išskyrus pateikimo rinkai Europos bendrijos teritorijoje, į aplinką apgalvotai išleidžiami genetiškai modifikuoti organizmai ir Bendrijoje rinkai genetiškai modifikuoti organizmai pateikiami kaip atskiri produktai ar esantys kituose produktuose. 2015 m. gegužės 28 d. mokslinėje nuomonėje, kurioje atnaujinamos rizikos valdymo rekomendacijos sumažinti poveikį netiksliniams saugomiems *Lepidoptera* būrio vabzdžiams saugomose buveinėse, Europos maisto saugos tarnyba teigė, jog šiuo metu neturima pakankamai duomenų, kad būtų galima įvertinti su Bt kukurūzais susijusį lervų mirtingumą bendro mirtingumo kontekste. Parlamentas mano, kad Europos maisto saugos tarnybos atliktas auginimo rizikos vertinimas nėra išsamus, o Komisijos siūlomos rizikos valdymo rekomendacijos nėra tinkamos.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A Magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban ellenzem a GMO-termékek engedélyezését, s úgy vélem, hogy a bizottsági végrehajtási határozattervezet nem felel meg az uniós jognak, mivel az nem egyeztethető össze az 1829/2003/EK rendelet célkitűzésével, ami a 178/2002/EK rendeletben meghatározott általános alapelvekkel összhangban az, hogy alapul szolgáljon az emberi élet és egészség, az állati egészség és jólét, a környezet és a géntechnológiával módosított élelmiszerekre és takarmányokra vonatkozó fogyasztói érdekek magas szintű védelméhez, miközben biztosítja a belső piac hatékony működését.

A jelentés felszólítja a Bizottságot, hogy vonja vissza végrehajtási határozattervezetét, ezért a fentiek értelmében szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Podprl sem tudi ta ugovor zoper uporabo gensko spremenjene koruze 1507, ki je, enako kot gensko modificirana koruza Bt11, odporna proti koruzni vešči (Ostrinia nubilalis) in metulju Sesamia nonagrioides, vsebuje pa tudi beljakovino PAT, ki povzroča odpornost proti herbicidu glufosinat-amonij.

Pri problematiki GSO tudi stroka nima enotnega mnenja, zato je pričakovano, da se tudi poslanci in druga javnost na teh vprašanjih delimo. Sam sem zagovornik previdnostnega načela pri GSO-jih, zato se mi zdi popolnoma nepotrebno, da se hitro skozi postopek spravlja taka občutljiva tema, kot je registracija GSO koruze. Smo v občutljivem trenutku, ko bi morale imeti institucije med sabo večje spoštovanje, predvsem pa moramo spoštovati voljo ljudi, ki so večinsko proti uporabi GSO-jev v Evropi.

Prav tako se sam osebno zelo sprašujem, ali res potrebujemo tovrstna GSO semena koruze. Glufosinat-amonij, uporaba katerega je v EU dovoljena le še do l. 2017, je strupen za razmnoževanje, uporaba gensko modificirane koruze 1507 pa bi povzročila povečanje njegove uporabe in s tem povečanje tveganja za zdravje ljudi.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovaj izvještaj jer se radi o političkoj poruci Komisiji da Parlament neće podržati niti jedno novo odobrenje GMO kultura i proizvoda dok god se ne reformira proces davanja dozvola za prodaju GM hrane.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the Commission's decision concerning the placing on the market for cultivation of genetically modified maize 1507 because by doing that I called on the Commission to withdraw its draft. Indeed, I believe that mostly the risk management recommendations proposed by the Commission were inadequate.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il granturco 1507 geneticamente modificato esprime la proteina Cry1F, ossia una proteina Bt che conferisce resistenza alla piralide del granturco e ad altri parassiti dell'ordine dei lepidotteri e alla piralide americana ed esprime anche la proteina PAT, che conferisce tolleranza all'erbicida glufosinato ammonio. Il glufosinato è classificato come tossico per la riproduzione e, per questo, la coltivazione del granturco geneticamente modificato 1507 è vietata in vari territori. Secondo il gruppo di esperti sugli OGM dell'EFSA, la possibile evoluzione della resistenza alla proteina Cry1F costituisce un motivo di preoccupazione poiché l'evoluzione della resistenza potrebbe comportare l'alterazione delle pratiche di lotta antiparassitaria, con potenziali conseguenze nefaste per l'ambiente. L'EFSA sostiene però che i dati attualmente disponibili non sono sufficienti per poter inquadrare la mortalità delle larve connessa alla tossina Bt. La valutazione del rischio per la coltivazione svolta dall'EFSA è però incompleta e le raccomandazioni sulla gestione del rischio proposte dalla Commissione sono inadeguate. Inoltre il progetto di decisione di esecuzione della Commissione non è conforme al diritto dell'Unione perché non è compatibile con l'obiettivo di tutela della salute umana e dell'ambiente.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le présent rapport propose d'adopter cinq objections sur des autorisations de culture ou d'importations d'OGM provenant notamment de Monsanto. Ces objections permettent notamment de mettre en lumière l'hypocrisie et le double discours des parlementaires européens des groupes majoritaires qui votent l'inverse de ce qu'ils promettent à leurs électeurs. J'ai voté en faveur de ces objections.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore dell'obiezione in questione perché ritengo che la valutazione del rischio della coltivazione effettuata dall'EFSA sia incompleta e che le raccomandazioni in materia di gestione del rischio proposte dalla Commissione siano inadeguate.

Ad oggi non è stata dimostrata la sicurezza dei semi di granturco geneticamente modificato 1507. Continuano a persistere gravi lacune nei dati.

L'EFSA ha analizzato i possibili impatti negativi su farfalle e falene non bersaglio, ma ha ignorato gli impatti su altre specie, come le coccinelle. La coltivazione di questo OGM porterebbe con sé minacce ambientali difficili da gestire e comprometterebbe le azioni per migliorare la valutazione del rischio ambientale per tutti gli OGM, come già richiesto all'unanimità dai ministri dell'Ambiente nel 2008.

Nessun OGM dovrebbe essere autorizzato fino a quando il controllo democratico delle decisioni della Commissione non sia stato rafforzato e rifletta, in modo corretto, l'opinione della maggioranza degli Stati membri, degli eurodeputati e dei cittadini europei.

Chiedo quindi alla Commissione di ritirare il progetto di decisione di esecuzione.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of these objections to GMO authorisations. The European Commission has yet to propose a new authorisation procedure since its very weak proposal was rejected earlier this year. In spite of the fact that the EP called for a new proposal, the Commission continues to authorise GMOs under a flawed procedure which they themselves have admitted does not work. For these reasons I voted in favour of the objection.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution which calls on the Commission to withdraw its draft implementing decision concerning the placing on the market for cultivation of genetically modified maize 1507 (DAS-Ø15Ø7-1) seeds as the risk assessment on the cultivation conducted by EFSA is incomplete and the risk management recommendations proposed by the Commission are inadequate.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La Commissione europea ha chiesto all'Autorità europea per la sicurezza alimentare (EFSA) di valutare se siano emersi nuovi elementi che modificherebbero le raccomandazioni dei pareri scientifici dell'EFSA relativa all'immissione in commercio per la coltivazione di semi di granturco geneticamente modificato 1507. La risoluzione del Parlamento europeo sul progetto di decisione di esecuzione della Commissione europea ritiene che la valutazione del rischio della coltivazione effettuata dall'EFSA sia incompleta e che le raccomandazioni in materia di gestione del rischio proposte dalla Commissione europea siano inadeguate e chiede perciò, di ritirare il progetto di decisione di esecuzione. Insieme alla delegazione M5S ho votato a favore della risoluzione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Το θέμα των Γενετικά Τροποποιημένων Οργανισμών (ΓΤΟ) είναι ιδιαίτερα σημαντικό κι έχει απασχολήσει την Ευρωπαϊκή Ένωση ήδη από τη δεκαετία του 1990. Πιστεύουμε ότι στόχος των αρμόδιων αρχών των κρατών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης οφείλει να είναι ο έλεγχος και ο περιορισμός τυχόν αρνητικών επιπτώσεων από ΓΤΟ, αφήνοντας ταυτόχρονα περιθώρια για ερευνητική δράση στο νέο επιστημονικό τομέα της βιοτεχνολογίας ή και για χρήση στην αγορά, εφόσον τα προϊόντα αποδειχθούν χρήσιμα και αβλαβή.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η ψηφοφορία σχετικά με τη διατύπωση αντίρρησης ως προς τη διάθεση στην αγορά διάθεση στην αγορά σπόρων γενετικά τροποποιημένου αραβοσίτου της σειράς 1507 αποτελεί θετική κίνηση προς όφελος της υγείας των ευρωπαίων πολιτών, αφού αφορά την ενίσχυση των διαδικασιών ελέγχου της έγκρισης γενετικά τροποποιημένων οργανισμών. Ως εκ τούτου, ψήφισα υπέρ.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I rejected this objection as I support the EFSA and the European Commission's scientific GMO authorisation procedure.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment, but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – It transpires that the risk assessment of cultivation conducted by EFSA is incomplete and the risk management recommendations proposed by the Commission are inadequate; therefore, I agree that we should withdraw the Commission's draft implementing decision. I have consistently voted against placing on the market genetically modified organisms within the Community in line with the precautionary principle which I believe should be followed in issues related to human health and the environment of our citizens.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción a la comercialización de semillas del maíz modificado genéticamente 1507 (tolerante al herbicida tóxico glufosinato de amonio), porque estoy totalmente en contra de los organismos modificados genéticamente y, por tanto, de nuevas autorizaciones de los mismos.

Además, es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando correctamente. Por todo ello, estoy a favor de ésta y cualquier objeción que se proponga en relación con la autorización de OMG, y he votado en consecuencia.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Sebbene l'EFSA abbia dichiarato che l'immissione in commercio di sementi di granturco 1507 non sia nocivo per la salute umana, né per quella alimentare, né tanto meno per la biodiversità, ritengo che la valutazione del rischio sia incompleta. È opportuno ricordare che già in passato il Parlamento europeo si era espresso contro una possibile autorizzazione da parte della Commissione europea per la coltivazione di granturco transgenico e che attualmente gli OGM sono autorizzati nell'UE dalla Commissione senza il sostegno dei pareri dei comitati degli Stati membri. A mio avviso è prioritario tener conto del rispetto del principio precauzionale, nel ravvicinare le disposizioni legislative, regolamentari ed amministrative degli Stati membri e nel tutelare la salute umana e l'ambiente, almeno fino a quando non siano stati migliorati i metodi di valutazione del rischio.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Poparłem sprzeciw dotyczący wprowadzenia do obrotu ziaren genetycznie zmodyfikowanej kukurydzy 1507. Uważam, że żadna nowa żywność lub pasza genetycznie modyfikowana nie powinna być dozwolona na mocy obowiązujących ram prawnych. Ramy te są jednymi z najbardziej restrykcyjnych na świecie, jeśli chodzi o ocenę ryzyka dla upraw i żywności GMO, co budzi moje zadowolenie. Uważam, że powinno to pozostać niezmienione, dlatego zagłosowałem za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Parliament has also objected to the authorization of the placing on the market for cultivation of genetically modified Maize 1507 seeds. The European Food Safety Authority stated that 1507 maize has been developed for protection against specific lepidopteran pests such as the European corn borer. It also introduced the concept of a level of 'acceptable local mortality' of non-target lepidopteran species. My main concern is that the Commission needs to come forward immediately with a new legislative framework for GMOs. Voting in favour of this objection will ensure that the Commission commits to its work.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette objection vise à s'opposer à la mise sur le marché de l'OGM 1507. Je suis contre cette objection dans la mesure où la Commission européenne a respecté son mandat dans le cadre de son pouvoir d'exécution accordé par le Parlement européen et le Conseil. Je regrette que cette résolution motivée par des considérations idéologiques ne prenne pas en compte les nombreuses mesures de précaution votées par le législateur européen en matière d'autorisation de mise sur le marché de nouveaux produits, ainsi que l'avis scientifique positif accordé par l'Autorité européenne de sécurité des aliments. Pour ces raisons, j'ai voté contre cette objection.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection visant à refuser la mise sur le marché de semence de maïs génétiquement modifié, à des fins de culture. Cette objection s'appuie sur une accusation faite à la Commission: par cette autorisation, elle excéderait les compétences d'exécution qui lui sont attribuées.

Pourtant, la Commission a respecté la procédure existante en matière d'autorisation d'OGM. Elle a demandé au préalable une analyse de l'Autorité européenne de sécurité des aliments (AESA) pour vérifier l'absence de danger de cette semence de maïs pour la santé humaine et animale, et pour l'environnement.

Cette objection n'a donc selon moi pas lieu d'être et traduit simplement une volonté d'interdire systématiquement tout OGM, alors que cela relève de la compétence des États membres.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — Actuellement, les organismes génétiquement modifiés (OGM) peuvent être cultivés sur le territoire de l'Union européenne après que les semenciers détenteurs de l'OGM ont obtenu une autorisation de mise sur le marché conformément à la réglementation européenne.

Le Parlement européen a choisi d'user de son pouvoir d'objection pour demander à la Commission européenne de retirer ses autorisations sur l'utilisation de semences de maïs génétiquement modifiés 1507 tolérant le glyphosate, herbicide classé «cancérogène probable» par l'Organisation mondiale de la santé (OMS). Il conviendra à l'avenir de réviser le processus d'autorisation des OGM qui ne devrait pas être possible sans le soutien d'une majorité qualifiée des États membres et avec l'avis du Parlement.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих това възражение, тъй като съм против употребата на ГМО и пускането на пазара на генно-модифицирани стоки. Освен това в съответния случай, липсват солидни данни за оценката на риска и методите за оценка на въздействието, което поставя безопасността под въпрос.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζουμε διότι είμαστε εναντίον οποιασδήποτε απόπειρας απελευθέρωσης των ΓΤΟ και καλούμε μάλιστα το Ευρωκοινοβούλιο να κρατήσει ακόμα σκληρότερη στάση και να εμποδίσει τις απόπειρες της Επιτροπής να επιτρέψει με πλάγια μέσα την καλλιέργεια τους εντός της Ένωσης.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. - A 1507-es kukorica Cry1F fehérjét termel, amely a MON 810 toxinjához hasonlóan Bt-fehérje. Ezáltal különböző Lepidoptera fajok ellen képes védekezni. Emellett PAT fehérjét is expresszál, amely glüfozinát-ammónium herbicid ellen nyújt toleranciát. A rendelkezésre álló tudományos ismeretek elégséges indokot adnak annak feltételezésére, hogy a 1507 génkonstrukciót tartalmazó kukoricavonalból származó beltenyésztett vonalak és hibridek a környezetre kockázatot jelentenek. Mindezekre tekintettel – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this objection to the authorisation of genetically modified maize 1507 seeds because the current legal framework for authorising GMOs is not democratic. Decisions are made by the Commission without the agreement of the Member States. I represent Wales, which has declared itself GM-free, and I want that decision to be respected.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – In quanto firmataria della risoluzione di obiezione, ho votato a favore, poiché ritengo che fino a quando il controllo democratico delle decisioni della Commissione europea non sia stato rafforzato e rifletta in modo corretto l'opinione della maggioranza degli Stati membri, degli eurodeputati e dei cittadini europei, nessun OGM dovrebbe essere autorizzato. Inoltre, relativamente ai tre mais OGM, permane una mancanza di dati e incompletezza della valutazione del rischio, mancano analisi complete su specie non target, come ad esempio gli insetti acquatici, le misure di mitigazione del rischio sono inadeguate e impraticabili, come dimostrato nel caso della definizione di «aree rifugio» o «distanze di isolamento dagli habitat protetti» misure rivelatesi inefficaci, o infine permane una forte minaccia alle coltivazioni libere da OGM o biologiche, messe a repentaglio dalla possibile contaminazione.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O projeto de decisão de execução da Comissão excede as competências de execução previstas na Diretiva 2001/18/CE e a avaliação de risco do cultivo efetuada pela EFSA é incompleta, bem como as recomendações de gestão de risco propostas pela Comissão são inadequadas.

O projeto de decisão de execução da Comissão não é consentâneo com o direito da União em matéria de proteção da saúde humana e do ambiente quando são efetuadas libertações deliberadas no ambiente de organismos geneticamente modificados para qualquer fim diferente da colocação no mercado. Concordo com a retirada do projeto de decisão de execução.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: malgré les objections systématiques, la Commission persiste à délivrer des autorisations pour des cultures ou des importations d'OGM. Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. Ces objections contribuent à démasquer l'hypocrisie des parlementaires majoritaires (qui entretiennent la Commission) face au totalitarisme de l'Union européenne.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O milho geneticamente modificado da linhagem 1507 exprime a proteína Cry1F, que é uma proteína (derivada de Bacillus thuringiensis subsp. Kurstaki) que confere resistência à broca do milho europeu (Ostrinia nubilalis) e a algumas outras pragas de lepidópteros, tais como a broca rosada (Sesamia spp.), lagarta do cartucho (Spodoptera frugiperda), rosca preta (Agrotis ipsilon) e broca do milho do sudoeste (Diatraea grandiosella), e a proteína PAT, que confere tolerância ao herbicida glufosinato de amónio.

A possível evolução da resistência à proteína Cry1F em pragas-alvo de lepidópteros foi identificada pelo painel OGM da AESA como uma preocupação associada com o cultivo de milho 1507, já que a aquisição da resistência pode levar a práticas de controlo de pragas alteradas que podem causar efeitos ambientais adversos.

Não houve consenso entre os Estados-Membros, logo, de acordo com o perverso enquadramento legislativo em vigor, a decisão cai nas mãos da Comissão Europeia – que invariavelmente tem uma postura pró-OGM, mesmo perante a falta de estudos de longo prazo de toxicidade alimentar e perante uma avaliação de riscos insuficiente. Razões que estiveram na base posição de recusa (ou de abstenção) assumida por vários Estados-Membros.

Esta resolução formula uma objeção à autorização deste Organismo Geneticamente Modificado (OGM). Votámos favoravelmente.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as I believe GMO crops are a threat to our existence.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della risoluzione che contiene una obiezione contro l'autorizzazione di un OGM da parte della Commissione.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της αντίρρησης που διατυπώθηκε σύμφωνα με το άρθρο 106 του Κανονισμού σχετικά με τη διάθεση στην αγορά σπόρων γενετικά τροποποιημένου αραβοσίτου της σειράς 1507, διότι είμαι ενάντια σε κάθε απόπειρα απελευθέρωσης της κυκλοφορίας των ΓΤΟ και καλώ μάλιστα το Ευρωκοινοβούλιο να τηρήσει ακόμη σκληρότερη στάση και να εμποδίσει οποιεσδήποτε απόπειρες της Επιτροπής να επιτρέψει με πλάγια μέσα την καλλιέργεια τους εντός της Ένωσης.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A rendelkezésre álló tudományos ismeretek elégséges indokot adnak annak feltételezésére, hogy a 1507 génkonstrukciót tartalmazó kukoricavonalból származó beltenyésztett vonalak és hibridek a környezetre kockázatot jelentenek. Mindezekre tekintettel – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. - A 1507-es kukorica Cry1F fehérjét termel, amely a MON 810 toxinjához hasonlóan Bt-fehérje. Ezáltal különböző Lepidoptera fajok ellen képes védekezni. Emellett PAT fehérjét is expresszál, amely glüfozinát-ammónium herbicid ellen nyújt toleranciát. A rendelkezésre álló tudományos ismeretek elégséges indokot adnak annak feltételezésére, hogy a 1507 génkonstrukciót tartalmazó kukorica vonalból származó beltenyésztett vonalak és hibridek a környezetre kockázatot jelentenek. Mindezekre tekintettel – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado en contra de la objeción relativa a la gestión del riesgo del maíz modificado genéticamente 1507 resistente a los insectos con fines de cultivo. Tras estudiar la objeción presentada, creo que existen los suficientes controles y garantías por parte de la Comisión Europea, así como, de los Estados miembros. Es necesario tener siempre presente que debemos garantizar la máxima seguridad alimentaria a los ciudadanos europeos pero no debemos caer en una exageración que puede tener graves consecuencias económicas para el sector.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I am concerned about the safety of GMOs and their impact on health and the environment, but I would prefer the UK Government to legislate on this delicate issue, rather than the European Parliament.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – El uso de semillas transgénicas se enmarca en un debate más de fondo, que se puede abordar desde tres ángulos: el de la salud, el del medioambiente y el del impacto socioeconómico. He votado a favor de la objeción, porque cuando hablamos de permitir la comercialización de semillas transgénicas hablamos de profundizar en este modelo insostenible, de abusos, de royalties, de dependencia de agroquímicos; y socialmente perverso. Sabemos que las semillas modificadas genéticamente no se comercializarán en beneficio de los agricultores, de los consumidores, de la sociedad, del medioambiente sino para el lucro de un gigante como Monsanto. Un gigante cuya fusión con Bayer supondrá la creación de un monstruo cuyas consecuencias para el sistema agroalimentario mundial ni siquiera somos capaces de prever.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Today I voted against the objection pursuant to Rule 106 on the placing on the market of genetically modified maize 1507 seeds, as the risk assessment conducted by the European Food Safety Agency (EFSA) concluded that the cultivation of these GM crops is unlikely to pose a danger to human and animal health or to the environment.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A 1507-es kukorica Cry1F fehérjét termel, amely a MON 810 toxinjához hasonlóan Bt-fehérje. Ezáltal különböző Lepidoptera fajok ellen képes védekezni. Emellett PAT fehérjét is expresszál, amely glüfozinát-ammónium herbicid ellen nyújt toleranciát. A rendelkezésre álló tudományos ismeretek elégséges indokot adnak annak feltételezésére, hogy a 1507 génkonstrukciót tartalmazó kukoricavonalból származó beltenyésztett vonalak és hibridek a környezetre kockázatot jelentenek. Mindezekre tekintettel – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported this objection for a number of reasons. Firstly, I have concerns with the implementing decision by the Commission as it is may not be compatible with Union law, while there are concerns over the EFSA risk management procedure. More specifically, the achieved genetic modification of the maize seed can lead to a resistance to glyphosate. The Commission bases its argument for authorisation on the concept of a level of 'acceptable local mortality' of non-target lepidopteran species (butterflies and moths) which is considered by some to be a flawed interpretation of EFSA advice. In addition, there is the possibility of cross-contamination with an ancient maize variety that carries major risks for farmers and the environment. For all of the above reasons I voted in favour of the objection, plus the fact that I do not support the introduction of GMOs into the European Union.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A 1507-es kukorica Cry1F fehérjét termel, amely a MON 810 toxinjához hasonlóan Bt-fehérje. Ezáltal különböző Lepidoptera fajok ellen képes védekezni. Emellett PAT fehérjét is expresszál, amely glüfozinát-ammónium herbicid ellen nyújt toleranciát. A rendelkezésre álló tudományos ismeretek elégséges indokot adnak annak feltételezésére, hogy a 1507 génkonstrukciót tartalmazó kukoricavonalból származó beltenyésztett vonalak és hibridek a környezetre kockázatot jelentenek. Mindezekre tekintettel – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za prigovor u skladu s člankom 106. Poslovnika: stavljanje na tržište sjemena genetski modificiranog kukuruza 1507 jer ne podržavam korištenje genetski modificiranih organizama na poljoprivrednim zemljištima.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Nous assistons à un jeu de balancier: la Commission s'obstine à encourager par ses autorisations la culture et l'importation d'OGM dans nos pays, et à balayer d'un revers de main l'opposition tout aussi entêtée du Parlement.

Tout cela est à la vérité peu utile, et ne suffit pas à décharger de leur responsabilité des parlementaires qui maintiennent par la bande la Commission dans sa toute-puissance. L'opposition aux semences de maïs génétiquement modifié 1507 doit être unanime.

Fidèle à mes convictions, j'ai voté pour.

Diane James (EFDD), *in writing*. — We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment, but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection sur le renouvellement de l'autorisation de semences de maïs génétiquement modifié faite par la Commission européenne. En autorisant la mise sur le marché à des fins de culture ou de commercialisation, la Commission européenne a dûment respecté la procédure en prenant en compte l'analyse de l'Autorité européenne de sécurité des aliments. Il est également important de rappeler que les produits génétiquement modifiés qui se retrouvent dans les étalages ou les cultures françaises font l'objet d'une autorisation de l'État français et non de l'Union européenne.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für den vorliegenden Bericht. Er verwirft den Kommissionsvorschlag, eine Genmaissorte zuzulassen, und zwingt die Kommission, ihren Vorschlag zu überdenken. Der Durchführungsbeschluss ist nicht mit dem Unionsrecht zu vereinbaren, die Empfehlung zum Risikomanagement ist mangelhaft und genmodifizierte Lebensmittel sind aus österreichischer Sicht generell abzulehnen.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Eiropas Parlamenta plenārsesijā Strasbūrā balsoju par rezolūciju, kas pieprasa atsaukt Komisijas īstenošanas lēmumu par ģenētiski modificētas kukurūzas sēklu laišanu tirgū kultivēšanas nolūkos. Uzskatu, ka Eiropas Komisijas pilnvarās ir pietiekoši resursu, lai izpētītu un saprastu ģenētiski modificēto produktu ietekmi uz vidi un cilvēku veselību. Līdz ar to Eiropas Komisijas spēkos ir nākt klajā ar labāku un skaidrāku risinājumu saistībā ar ģenētiski modificēto produktu vai produktu, kas satur ģenētiski modificētas izejvielas, laišanu un brīvu tirdzniecību Eiropas Savienības tirgū. Ir jābūt skaidri izpētītai šo produktu ietekmei uz cilvēku veselību un vidi.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A 1507-es kukorica Cry1F fehérjét termel, amely a MON 810 toxinjához hasonlóan Bt-fehérje. Ezáltal különböző Lepidoptera fajok ellen képes védekezni. Emellett PAT fehérjét is expresszál, amely glüfozinát-ammónium herbicid ellen nyújt toleranciát. A rendelkezésre álló tudományos ismeretek elégséges indokot adnak annak feltételezésére, hogy a 1507 génkonstrukciót tartalmazó kukoricavonalból származó beltenyésztett vonalak és hibridek a környezetre kockázatot jelentenek. Mindezekre tekintettel – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette objection, car elle s'oppose à l'utilisation d'un OGM dangereux pour la biodiversité. Le Parlement européen a accepté de la voter, ce qui démontre que l'initiative de la Commission était néfaste. Je veux que la France retrouve sa souveraineté alimentaire.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – La Commission persiste à délivrer des autorisations pour la culture ou l'importation d'OGM. Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. J'ai voté pour cette objection.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción a la comercialización de semillas del maíz modificado genéticamente 1507 (tolerante al herbicida tóxico glufosinato de amonio), porque estoy totalmente en contra de su autorización. Es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando con garantías sobre su impacto en las prácticas agrícolas y en la alimentación y he votado en consecuencia.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti námitce proti rozhodnutí Komise o povolení distribuce osiva geneticky modifikované kukuřice. Respektuji právo států případně na svém území toto osivo zakázat, jako to udělala asi polovina států EU, ale není správné nepovolením omezit ty státy, kterým toto osivo nevadí. Stojím tak za rozhodnutím Komise.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – I agree that the risk assessment of cultivation conducted by EFSA is incomplete and the risk management recommendations proposed by the Commission are inadequate and support calls on the Commission to withdraw its draft implementing decision.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος που ζητά από την Ευρωπαϊκή Επιτροπή να αποσύρει το σχέδιο της εκτελεστικής της απόφασης σχετικά με τη διάθεση στην αγορά προς καλλιέργεια σπόρων γενετικώς τροποποιημένου αραβοσίτου της σειράς 1507, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

Cinq objections sont présentées par le Parlement sur des autorisations de cultures ou d'importations d'OGM. Les différentes propriétés de ces OGM posent plusieurs problèmes: herbicides cancérigènes, insecticides entrainant la destruction de la biodiversité, etc. Nous sommes donc favorables à ces objections et, en l'espèce, favorables à celle concernant la mise sur le marché de semences de maïs génétiquement modifié 1507.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die Entschließung hält fest, dass der entworfene Durchführungsbeschluss der Kommission nicht mit dem Unionsrecht vereinbar ist und die Kommission daher aufgefordert wird, ihren Entwurf zurückzuziehen. Da die von der EFSA durchgeführte Risikobewertung des Anbaus unvollständig und die von der Kommission vorgeschlagenen Empfehlungen zum Risikomanagement mangelhaft sind, habe ich der Entschließung zugestimmt.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu EP rezoliucijai, nes joje reiškiamas prieštaravimas Komisijos sprendimui išduoti leidimą prekiauti genetiškai modifikuotų kukurūzų sėklomis. Manau, kad, remiantis atsargumo principu bei siekiu apsaugoti žmonių sveikatą ir aplinką, sprendimai dėl prekybos GMO sėklomis turėtų būti priimti tik tada, kai būtų pateikti neginčytini moksliniai įrodymai dėl jų poveikio. Deja, šiuo metu GMO auginimo rizikos vertinimai nėra išsamūs ir nekvestionuojami. Dėl šių priežasčių nepritariu GMO plėtrai, prekybai ir auginimui ES.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport s'oppose à la décision de la Commission d'autoriser la mise sur le marché de semences de maïs génétiquement modifié TC1507. La variété TC1507 du groupe américain Pioneer confère une résistance à certains insectes (pyrale du maïs). Mais aussi une tolérance aux herbicides contenant du Glufosinate d'ammonium, substance classée comme toxique pour la reproduction et dont l'utilisation est pourtant interdite sur le maïs dans l'UE.

Le rapport critique l'évaluation faite par l'Autorité européenne de sécurité des aliments (EFSA). Elle pointe notamment l'introduction arbitraire du concept d'un niveau de «mortalité locale acceptable» des espèces de lépidoptères non-cibles. En effet, ce maïs détruit d'autres insectes que la pyrale du maïs dont il est censé être spécialisé. Je vote pour ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La Commission persiste à délivrer des autorisations pour la culture ou l'importation d'OGM. Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. J'ai voté favorablement à cette objection, comme aux quatre autres.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei a favor da presente resolução, por considerar que a avaliação de risco do cultivo efetuada pela EFSA é incompleta e que as recomendações de gestão de risco propostas pela Comissão são inadequadas, no que respeita ao cultivo de sementes de milho geneticamente modificado 1507.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this objection on the placing on the market of genetically modified maize 1507 seeds as a more thorough risk assessment of cultivation by the EFSA is needed and the risk management recommendations proposed by the Commission are inadequate.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — Begin 2016 liepen er zo'n 7,4 miljard mensen rond op onze planeet. In het meest voorzichtige scenario zal de wereldbevolking tegen 2050 aangegroeid zijn tot 9 miljard. Een snelle groei van de wereldbevolking impliceert dat ook de vraag naar voedsel en gewassen evenredig zal toenemen. Ondernemers in de landbouw en voedselvoorziening staan voor belangrijke uitdagingen. Het bestaande landbouwareaal zal doordachter en beter benut moeten worden. Innovatie in de landbouw zal zich toespitsen op duurzame en efficiënte landbouwtechnieken en planttechnologie zal een bijzondere rol spelen in het garanderen van de voedselproductie. In die context zijn er op dit moment ook geen overtuigende wetenschappelijke argumenten om bezwaar aan te tekenen tegen een GM-vergunning.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — V roku 2003 spoločnosť Pioneer Overseas Corporation a Dow AgroSciences Europe Ltd predložili príslušnému orgánu Španielska aktualizované oznámenie o umiestnení geneticky modifikovanej (GMO) kukurice 1507 na trh. Táto kukurica však obsahuje okrem iného proteín Pat, ktorý jej zaručuje toleranciu voči herbicídu glufozinát-amónium. Glufozinát je však klasifikovaný ako toxický pre reprodukciu, vzťahujú sa naň podmienky vylúčenia a jeho platnosť a používanie by malo skončiť v roku 2017. Okrem toho sa pestovanie GMO kukurice 1507 zakazuje na územiach viacerých členských štátov. Podľa vedeckej štúdie môže mať nepriaznivý vplyv na životné prostredie. Nazdávam sa, že posúdenie rizík pestovania vykonané úradom EFSA je neúplné a odporúčania pre riadenie rizika navrhované Komisiou sú nedostatočné. Vykonávacie rozhodnutie Komisie nie je v súlade s právom Únie, pretože nie je zlučiteľné s cieľmi smernice Európskeho parlamentu a Rady 2001/18/ES chrániť ľudské zdravie a životné prostredie v prípade zámerného uvoľnenia geneticky modifikovaných organizmov do životného prostredia na akékoľvek iné účely, ako umiestnenie na trh v rámci Spoločenstva, alebo uvádzanie geneticky modifikovaných organizmov na trh ako výrobkov alebo vo výrobkoch v rámci Spoločenstva. Preto podporujem uznesenie, ktoré vyzýva Komisiu na stiahnutie návrhu vykonávacieho rozhodnutia.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have supported the decision to object to the placing on the market of genetically modified maize 1507 seeds because the draft Commission implementing decision is not consistent with Union law. In accordance with the precautionary principle, to approximate the laws, regulations and administrative provisions of the Member States and to protect human health and the environment when carrying out the deliberate release into the environment of genetically modified organisms for any other purposes than placing on the market within the Community and placing on the market genetically modified organisms as or in products within the Community.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Malgré les objections systématiques, la Commission persiste à délivrer des autorisations pour des cultures ou des importations d'OGM. Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. Ces objections contribuent à démasquer l'hypocrisie des parlementaires majoritaires (qui entretiennent la Commission) face au totalitarisme de l'UE. Je vote donc pour.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection à l'autorisation du maïs OGM 1507, dont la mise ou non sur le marché relève de la compétence des États membres, car elle est basée sur l'argument faux selon lequel la Commission aurait excédé ses pouvoirs en autorisant ce maïs.

En effet, la Commission a totalement respecté la procédure en demandant à l'Autorité européenne de sécurité des aliments une étude sur l'innocuité de la plante pour la santé humaine et animale et pour l'environnement. Elle a ensuite proposé cette autorisation d'OGM au Conseil, qui ne l'a pas refusée.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. — Аз подкрепих тази резолюция, инициирана от комисията по околна среда, обществено здраве и безопасност на храните, защото вярвам, че без ефективен механизъм за контрол в рамките на вътрешния пазар, който може да гарантира, че продукти, които са забранени за отглеждане в дадена държава членка не представляват опасност и не противоречат на тази забрана или не крият риск за нейното нарушаване, не може и не трябва да се процедира към оторизиране на пускането на пазара семена от тази забранена култура.

За семената на генетично модифицирана царевица 1507 (DAS-Ø15Ø7-1) на територията на 19 държави членки има ефективни забрани за нейното отглеждане. Една от тези държави е моята – България. Българската общественост е твърдо против използването на подобни култури. Единният европейски пазар може да функционира само, когато неговите условия биват приети от всички негови участници, без риск за нарушаване на техните правни и морални закони. Тази култура не отговаря на тези условия.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diese Entschließung ausgesprochen, da der Durchführungsbeschluss der Kommission nicht mit dem Unionsrecht vereinbar ist. Die Kommission wird aufgefordert, ihren Entwurf eines Durchführungsbeschlusses zurückzuziehen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Ei toetanud. Geneetiliselt muundatud toodete ükshaaval reguleerimine ei ole efektiivne ega otstarbekas.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Úgy gondolom, hogy amíg a génmódosított fajok és fajták termesztése nem bizonyul környezetvédelmi és gazdasági szempontból egyaránt kiemelkedően előnyösnek az európai gazdák számára, addig nincs értelme felvállalni még a legkisebb kockázatot sem az engedélyezésükkel. Az európai közvélemény nagyobbik része még nem igazán fogadta el a modern mezőgazdasági módszereket és azok bizonyítatlan veszélyeit, és úgy gondolom, ezt nekünk, törvényhozóknak szem előtt kell tartanunk.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have abstained from voting on this motion for a resolution that authorises the placing on the market of products containing, consisting of, or produced from genetically modified maize 1507 seeds following a risk evaluation for human health and biodiversity.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment, but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – In riferimento all'obiezione riguardante l'immissione in commercio per la coltivazione di semi di granturco geneticamente modificato 1507, pur rilevando l'importanza che riveste il suddetto argomento non mi sento di appoggiare pienamente la proposta presentata. Pertanto, intenderei astenermi.

Alojz Peterle (PPE), *pisno*. – Ugovor sem podprl, ker menim, da osnutek izvedbenega sklepa Komisije presega izvedbena pooblastila, določena v direktivi 2001/18/ES. Komisija bi zato morala osnutek izvedbenega sklepa o odobritvi gensko spremenjene koruze umakniti. Tudi sicer GSO ne prepoznavam kot del rešitve problemov, s katerimi se soočata kmetijski in prehrambeni sektor.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Genetski modificirani kukuruz koji sadrži promjenu 1507 eksprimira gene za protein Cry1F, odnosno protein Bt, a uzgoj Bt11 kukuruza već je zabranjen u Hrvatskoj te čitavom nizu drugih država članica. Zabrinjava me i prisutnost proteina Pat koji može negativno utjecati na reproduktivno zdravlje zbog povezanog korištenja s glufosinatom te može eventualno negativno utjecati na zaštitu prirode.

Naime, teozinta, predak uzgojenog kukuruza, prisutan u Španjolskoj od 2009. godine, taj je koji sa sobom nosi veliki rizik za poljoprivrednike i okoliš te predstavlja dovoljan razlog za brigu. Populacije teozinte mogu postati primatelji transgenskog DNK koji potječe od genetski modificiranog kukuruza MON 810, koji se uzgaja u Španjolskoj u nekim regijama u kojima se teozinta neobuzdano širi te genetski materijal može prijeći na teozintu, koja će zbog toga moći proizvesti toksin Bt i omogućiti veću sposobnost opstanka hibridima kukuruza i teozinti u odnosu na autohtone biljke.

Zbog toga, kao i zbog činjenice da nacrt provedbene odluke Komisije prekoračuje ovlasti predviđene Direktivom 2001/18/EC, a nije ni i u skladu s ciljem Uredbe (EZ) br. 1829/2003 za zaštitu ljudskog zdravlja i okoliša u slučajevima kada se u okoliš namjerno uvode genetski modificirani organizmi, podržala sam ovu rezoluciju.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Glufosinat se klasificira kao tvar koja je toksična za reproduktivno zdravlje i stoga podliježe kriterijima za isključivanje navedenim u Uredbi (EZ) br. 1107/2009, te odobrenje za glufosinat istječe 2017. Stoga bi uporabu glufosinata u načelu trebalo okončati 2017.

Španjolska su nadležna tijela obavijestila Komisiju o prisutnosti teozinte na španjolskim poljima kukuruza, uključujući vrlo ograničenu prisutnost na poljima genetski modificiranog kukuruza, a da dostupni podaci ukazuju na to da je teozinta pronađena i u Francuskoj. Populacije teozinte mogu postati primatelji transgenskog DNK koji potječe od genetski modificiranog kukuruza MON 810 te time proizvesti toksin Bt, čime je omogućena veća sposobnost opstanka hibridima kukuruza i teozinti u odnosu na autohtone biljke teozinte. Radi se o scenariju koji sa sobom nosi veliki rizik za poljoprivrednike i okoliš.

Smatram da ovaj nacrt odluke Komisije prekoračuje provedbene ovlasti predviđene Direktivom 2001/18/EZ. Procjena rizika uzgoja koju je provela EFSA nije cjelovita te preporuke za upravljanje rizikom koje je iznijela Komisija nisu adekvatne. Nacrt provedbene odluke Komisije nije u skladu s pravom Unije jer je nespojiv s ciljem Uredbe (EZ) br. 1829/2003, a on je, u skladu s načelom predostrožnosti, približavanje zakona i drugih propisa država članica o zaštiti ljudskog zdravlja i okoliša kada se u okoliš namjerno uvode genetski modificirani organizmi.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O milho geneticamente modificado da linhagem 1507 exprime a proteína Cry1F, que é uma proteína (derivada de Bacillus thuringiensis subsp. Kurstaki) que confere resistência à broca do milho europeu (Ostrinia nubilalis) e algumas outras pragas de lepidópteros, tais como a broca rosada (Sesamia spp.), a lagarta do cartucho (Spodoptera frugiperda), a rosca preta (Agrotis ipsilon) e a broca do milho do sudoeste (Diatraea grandiosella), e a proteína PAT, que confere tolerância ao herbicida glufosinato de amónio.

A possível evolução da resistência à proteína Cry1F em pragas-alvo de lepidópteros foi identificada pelo painel OGM da AESA como uma preocupação associada com o cultivo de milho 1507, já que a aquisição da resistência pode levar a práticas de controlo de pragas alteradas que podem causar efeitos ambientais adversos.

Não houve consenso entre os Estados-Membros, logo, de acordo com o perverso enquadramento legislativo em vigor, a decisão cai nas mãos da Comissão Europeia – que invariavelmente tem uma postura pró-OGM, mesmo perante a falta de estudos de longo prazo de toxicidade alimentar e perante uma avaliação de riscos insuficiente. Razões que estiveram na base posição de recusa (ou de abstenção) assumida por vários Estados-Membros.

Esta resolução formula uma objeção à autorização deste Organismo Geneticamente Modificado (OGM). Votámos favoravelmente.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection. En effet, la Commission européenne n'a pas excédé ses pouvoirs et a bien respecté la procédure d'autorisation d'OGM, grâce notamment à l'avis de l'Autorité européenne de sécurité des aliments. Pour rappel, cette proposition d'autorisation sur le marché a été transmise au Conseil qui ne l'a pas rejeté.

Aussi, ces objections utilisées par des groupes politiques comme les Verts n'ont pas de réel effet car elles portent sur des actes d'exécution. Plus globalement, je souhaite rappeler que la France interdit la culture d'OGM, et ce bien qu'elle en importe.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment, but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei contra, uma vez que o milho geneticamente modificado 1507 expressa a proteína Cry1F, que constitui uma proteína Bt (derivada de Bacillus thuringiensis subesp. Kurstaki), que confere resistência à variante europeia da broca do milho (Ostrinia nubilalis) e a outras pragas de lepidópteros, tais como a Sesamia albiciliata, a lagarta-do-milho-americana (Spodoptera frugiperda), a Agrotis ipsilon e a Diatraea grandiosella, bem como a proteína PAT, que confere tolerância ao herbicida glufosinato-amónio.

Do mesmo modo, o desenvolvimento de uma possível resistência à proteína CRy1F por parte dos lepidópteros visados é considerado pelo Painel OGM da EFSA como um motivo de preocupação associado ao cultivo do milho 1507, uma vez que a evolução da resistência pode conduzir a uma alteração das práticas de controlo de pragas que, por seu turno, pode ter efeitos adversos no ambiente.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – C'est un signal éminemment politique qu'ont donné les députés européens ce midi en rejetant, à une large majorité, 375 pour et 193 contre, l'autorisation de mise sur le marché à des fins de culture de semences de maïs génétiquement modifié 1507.

Ce maïs exprime la protéine Cry1F, qui confère une résistance contre les pyrales du maïs et certains autres parasites de l'ordre des lépidoptères, ainsi que la protéine PAT, qui confère une tolérance à l'herbicide glufosinate, classé toxique pour la reproduction. Les députés européens sont également préoccupés par le risque de contamination avec les cultures conventionnelles ou encore la téosinte, l'ancêtre du maïs cultivé.

Autant de raisons qui justifient que la culture du maïs GM 1507 soit interdite dans vingt et un États et régions d'Europe: Wallonie (Belgique), Bulgarie, Danemark, Allemagne, Grèce, France, Croatie, Italie, Chypre, Lettonie, Lituanie, Luxembourg, Hongrie, Malte, Pays-Bas, Autriche, Pologne, Slovénie, Irlande du Nord, Écosse et Pays de Galles. Pratiquement, cette majorité ne peut emporter la décision. C'est donc bien la procédure d'autorisation des OGM au niveau européen qui doit être revue, comme s'y était engagé devant le Parlement européen, en juillet 2014, le président désigné de la Commission, Jean-Claude Juncker. On attend toujours.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją, kurioje Parlamentas nepritaria Komisijos parengtam sprendimui bendrovių „Pioneer Overseas Corporation“ ir „Dow AgroSciences Europe Ltd“ prašymui leisti importuoti genetiškai modifikuotų kukurūzų 1507 sėklas. Parlamentas mano, kad Komisijos sprendimo projektas neatitinka Sąjungos teisės, nes jis nesuderinamas su Europos Parlamento ir Tarybos direktyvos 2001/18/EB tikslu, pagal kurį remiantis atsargumo principu siekiama derinti valstybių narių įstatymus ir kitus teisės aktus bei apsaugoti žmonių sveikatą ir aplinką.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Tal como no caso do milho geneticamente modificado Bt11, também no presente relatório segui a indicação do meu grupo político, no sentido da não oposição à decisão da Comissão no que respeita à colocação no mercado, para cultivo, das sementes de milho geneticamente modificado designadas por 1507 (DAS-Ø15Ø7-1) (D046172/00).

O milho geneticamente modificado 1507 exprime a proteína Cry1F, que constitui uma proteína Bt, a qual confere resistência à variante europeia da broca do milho e a outras pragas. Porém, o parecer científico de maio de 2015, por parte da Autoridade Europeia para a Segurança dos Alimentos (AESA) declarou que, atualmente, os dados existentes são insuficientes para provar que a mortalidade de larvas ligada ao Bt não possa ser enquadrada no contexto da mortalidade geral.

Uma vez que a AESA não transmitiu qualquer consideração contrária ao previamente comunicado, considerei não haver razões para que a decisão da Comissão fosse rejeitada – posição sujeita às alterações necessárias, no caso de surgirem novos elementos que assim o justifiquem.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – El uso de semillas transgénicas se enmarca en un debate más de fondo, que se puede abordar desde tres ángulos: el de la salud, el del medioambiente y el del impacto socioeconómico. He votado a favor de la objeción, porque cuando hablamos de permitir la comercialización de semillas transgénicas hablamos de profundizar en este modelo insostenible, de abusos, de royalties, de dependencia de agroquímicos; y socialmente perverso. Sabemos que las semillas modificadas genéticamente no se comercializarán en beneficio de los agricultores, de los consumidores, de la sociedad, del medioambiente sino para el lucro de un gigante como Monsanto. Un gigante cuya fusión con Bayer supondrá la creación de un monstruo cuyas consecuencias para el sistema agroalimentario mundial ni siquiera somos capaces de prever.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción a la comercialización de semillas del maíz modificado genéticamente 1507 (tolerante al herbicida tóxico glufosinato de amonio), porque estoy totalmente en contra de los organismos modificados genéticamente y, por tanto, de nuevas autorizaciones de los mismos.

Además, es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando correctamente. Por todo ello, estoy a favor de ésta y cualquier objeción que se proponga en relación con la autorización de OMG, y he votado en consecuencia.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today, I voted against the objection pursuant to Rule 106 on the placing on the market of genetically modified maize 1507 seeds, as the risk assessment conducted by the European Food Safety Agency (EFSA) concluded that the cultivation of these GM crops is unlikely to pose a danger to human and animal health or to the environment.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Hlasoval som za toto uznesenie. Súhlasím s tým, že Európsky parlament žiada Komisiu, aby stiahla svoj návrh vykonávacieho rozhodnutia o uvádzaní geneticky modifikovanej kukurice 1507 na trh na účely pestovania. Domnievam sa, že vykonávacie rozhodnutie Komisie nie je v súlade s právom Únie, pretože nie je zlučiteľné s cieľmi smernice Európskeho parlamentu a Rady 2001/18/ES, ktorá je v súlade so zásadou predbežnej opatrnosti s cieľom aproximovať zákony, iné právne predpisy a správne opatrenia členských štátov a chrániť ľudské zdravie a životné prostredie v prípade zámerného uvoľnenia geneticky modifikovaných organizmov do životného prostredia na akékoľvek iné účely, ako umiestnenie na trh v rámci Spoločenstva, alebo uvádzanie geneticky modifikovaných organizmov na trh ako výrobkov alebo vo výrobkoch v rámci Spoločenstva.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som námietku proti vykonávaciemu rozhodnutiu Komisie, ktorým sa malo predĺžiť povolenie pre pestovanie geneticky modifikovanej kukurice 1507. Žiadosť na pestovanie tohto typu kukurice bola podaná ešte v roku 2001 v Španielsku. Kukurica 1507 však obsahuje proteín zaručujúci toleranciu voči herbicídu glufozinát-amónium, ktorý je klasifikovaný ako toxický pre reprodukciu a platnosť jeho povolenia sa končí v roku 2017. Navyše je pestovanie tejto kukurice v mnohých krajinách zakázané. Keďže vedecké dôkazy naznačujú, že uvoľnený peľ sa môže šíriť naprieč hranicami, mali by sme zachovávať zásadu predbežnej opatrnosti. Ak by došlo ku kríženiu a šíreniu takýchto GMO, môže dôjsť k ohrozeniu biologickej diverzity a môže to predstavovať aj riziká pre poľnohospodárov. Keďže na základe súčasných metód kontroly výsadby GMO kukurice nevieme zaručiť dostatočnú mieru ochrany ľudského života a zdravia, Komisia by takéto rozhodnutia o GMO nemala vydávať. Preto zastávam názor, že Komisia by svoje vykonávacie rozhodnutie mala stiahnuť a predložiť nový legislatívny návrh, ktorý bude lepšie zohľadňovať špecifiká pestovania GMO plodín.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Evropski parlament je uspešno izrazil nestrinjanje z dovoljenjem za pet prehranskih in krmnih izdelkov iz gensko spremenjenih organizmov. Med njimi so tudi semena gensko spremenjene koruze 1507, s katerimi se ukvarja ta resolucija.

Evropska komisija je hkrati zavrnila poziv k spremembi postopka odobritve uporabe posameznih gensko spremenjenih organizmov, saj Evropski parlament meni, da postopek trenutno ni demokratičen, saj odločitve sedaj sprejema Komisija. Prav tako obstaja določeno pomanjkanje podatkov glede uporabe in uvoza gensko spremenjenih organizmov, saj Komisija v takšnih primerih le redko podatke deli z Evropskim parlamentom.

V povezavi z gensko spremenjenimi organizmi, ki jih želi Komisija odobriti za uporabo, raziskave trenutno opravlja tudi Evropska agencija za varnost hrane. Ker menim, da je treba našo hrano ohraniti varno in zdravo, sem glasoval za resolucijo parlamenta, ki si prizadeva za to, da dovoljenje za uporabo ne bi bilo sprejeto.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Uzimajući u obzir nacrt Europske komisije o provedbenoj odluci stavljanja na tržište genetski modificiranog sjemena kukuruza 1507 (DAS-Ø15Ø7-1) za uzgajanje te budući da je prema članku 26.c stavku 2. Direktive 2001/18/EC uzgajanje genetski modificiranog kukuruza Bt11 zabranjeno na teritorijima određenih država članica, uključujući i Hrvatsku, nacrt Europske komisije nadilazi svoje izvršne ovlasti ostvarene Direktivnom 2001/18/EC. Osim toga, procjena rizika uzgoja Europske agencije za sigurnost hrane je nepotpuna, a nacrt Komisije o provedbi odluke nedovoljno usklađen s legislativom, regulativama i administrativnim odredbama država članica kojima bi se zaštitilo ljudsko zdravlje i okoliš prilikom namjernog uvođenja genetski modificiranih organizama u bilo koje svrhe osim stavljanja na tržište Unije.

Stoga podržavam prigovor i rezoluciju Europskog parlamenta o nacrtu Komisije o provedbenoj odluci stavljanja na tržište genetski modificiranog sjemena kukuruza 1507 (DAS-Ø15Ø7-1) za uzgajanje.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Είμαστε εναντίον κάθε απόπειρας απελευθέρωσης των ΓΤΟ· καλούμε μάλιστα το Ευρωκοινοβούλιο να κρατήσει ακόμα σκληρότερη στάση και να εμποδίσει τις απόπειρες της Επιτροπής να επιτρέψει πλαγίως την καλλιέργεια τους εντός της Ένωσης.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Szavazatommal támogattam a géntechnológiával módosított 1507 (DAS-Ø15Ø7-1) kukorica vetőmagjának termesztés céljából történő forgalomba hozataláról szóló bizottsági végrehajtási határozat tervezetéről szóló indítványt. Az állásfoglalás leírja, hogy Pioneer Overseas Corporation és a Dow AgroSciences Europe 2001-ben értesítést nyújtott be az illetékes spanyol hatóságoknak a géntechnológiával módosított 1507 kukorica forgalomba hozataláról. Ez a kukorica bacilusból nyert Cry1F fehérjét tartalmaz kártevők ellen, valamint PAT fehérjét termel, amely toleranciát biztosít a glufozinát-ammónium tartalmú gyomirtókkal szemben. Mivel a glufozinát a reprodukciót károsító anyagnak minősül, így már engedélyezett anyagok tekintetében a kizárási kritériumokat akkor kell alkalmazni, amikor az engedélyezést meg kell újítani.

Mindemellett az EFSA géntechnológiával módosított szervezetek tudományos testülete az 1507 kukorica termesztésével kapcsolatos aggályként határozta meg a lepkék rendjébe tartozó célzott kártevők Cry1F fehérjével szembeni ellenálló képességének lehetséges kifejlődését, mert az ellenálló képesség kifejlődése a kártevők elleni védekezés megváltozását eredményezheti, ami káros környezeti hatással járhat. A Bizottság végrehajtási határozatának tervezetében kevesebb izolációs távolságot határoz meg, mint amit az EFSA egyértelműen bizonyítottként állapít meg. Éppen ezek miatt egyetértek azzal, hogy a bizottsági végrehajtási határozat tervezete túllépi a meghatározott végrehajtási hatásköröket, illetve hogy a termesztés EFSA általi kockázatértékelése hiányos.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit.* – Le Parlement européen, que je rejoins totalement sur ce dossier, considère que ce projet de décision d'exécution de la Commission excède les compétences d'exécution prévues dans la directive 2001/18/CE. L'analyse du risque relative à ces cultures réalisée par l'EFSA est incomplète et les recommandations de gestion du risque formulées par la Commission sont inadéquates.

De plus, le projet de décision d'exécution de la Commission n'est pas conforme au droit de l'Union. Nous rejetons donc cette demande!

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The objection proposed by the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety against the Commission's proposal to place genetically modified maize 1507 seeds on the European market is part of a larger theme of systematically opposing GM authorisations on mainly procedural grounds and is not the right way to force the Commission to change the EU level authorisation regime. I voted against the motion to object to the proposal, as I believe that as long as there are no convincing scientific reasons to object to a GM authorisation, I will continue to follow the advice given by the European Food and Safety Agency.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Glasovala sam za ovaj prigovor o stavljanju na tržište sjemena genetski modificiranog kukuruza 1507 (DAS-Ø15Ø7-1). Kao što sam već istaknula, pojedine države članice zabranile su kultivaciju tog genetski modificiranog kukuruza, a budući da ova odluka može utjecati na zdravlje ljudi, okoliš i poljoprivredu u državama članicama, smatram da svaka država mora imati pravo odabrati hoće li dopustiti stavljanje genetski modificiranog sjemenja na svoje tržište.

Učinak genetski modificiranih proizvoda dugi niz godina predmet je rasprava s obzirom na to da razna znanstvena istraživanja pokazuju veliku mogućnost lošeg utjecaja na ljudsko zdravlje i na okoliš.

Smatram da Komisija treba povući svoju odluku te da buduće odluke treba donositi prvenstveno u skladu s pružanjem visoke zaštite ljudskog zdravlja i dobrobiti životinja i okoliša, te da ima na umu da Europski parlament nikada nije dao odobrenje za stavljanje na tržište genetski modificiranih proizvoda.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Ugovor v skladu s členom 106 Poslovnika: Dajanje v promet za gojenje semen gensko spremenjene koruze 1507 sem podprla. Družbi Pioneer Overseas Corporation in Dow AgroSciences Europe Ltd sta leta 2001 pristojnemu organu Španije v skladu z Direktivo Sveta 90/220/ES(9) predložili prijavo o dajanju gensko spremenjene koruze 1507 v promet.

Osnutek izvedbenega sklepa ni skladen s pravom Unije in ciljem Direktive 2001/18/ES Evropskega parlamenta in Sveta, tj. skladno s previdnostnim načelom približati zakone in druge predpise držav članic ter varovati zdravje ljudi in okolje, kadar se opravlja namerno sproščanje gensko spremenjenih organizmov v okolje iz katerega koli drugega razloga, kot je dajanje v promet v Skupnosti, ali kadar se dajejo v promet gensko spremenjeni organizmi kot proizvodi ali v proizvodih v Skupnosti.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – El uso de semillas transgénicas se enmarca en un debate más de fondo, que se puede abordar desde tres ángulos: el de la salud, el del medioambiente y el del impacto socioeconómico. He votado a favor de la objeción, porque cuando hablamos de permitir la comercialización de semillas transgénicas hablamos de profundizar en este modelo insostenible, de abusos, de royalties, de dependencia de agroquímicos; y socialmente perverso. Sabemos que las semillas modificadas genéticamente no se comercializarán en beneficio de los agricultores, de los consumidores, de la sociedad, del medioambiente sino para el lucro de un gigante como Monsanto. Un gigante cuya fusión con Bayer supondrá la creación de un monstruo cuyas consecuencias para el sistema agroalimentario mundial ni siquiera somos capaces de prever.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Malgré les objections systématiques, la Commission persiste à délivrer des autorisations pour culture ou importations d'OGM.

Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. Ces objections contribuent à démasquer l'hypocrisie des parlementaires majoritaires (qui entretiennent la Commission) face au totalitarisme de l'Union Européenne.

Je vote pour cette objection.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Żywność genetycznie modyfikowana może mieć negatywny wpływ na ludzi, zwierzęta oraz środowisko i powinna być pod tymi względami szczegółowo kontrolowana. Mam wątpliwości, czy Komisja powinna dopuścić do obrotu kolejne rodzaje żywności i paszy genetycznie modyfikowanej. Dlatego opowiedziałem się przeciwko wprowadzeniu nasion kukurydzy 1507 i zagłosowałem za sprzeciwem.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – El uso de semillas transgénicas se enmarca en un debate más de fondo, que se puede abordar desde tres ángulos: el de la salud, el del medioambiente y el del impacto socioeconómico. He votado a favor de la objeción, porque cuando hablamos de permitir la comercialización de semillas transgénicas hablamos de profundizar en este modelo insostenible, de abusos, de royalties, de dependencia de agroquímicos; y socialmente perverso. Sabemos que las semillas modificadas genéticamente no se comercializarán en beneficio de los agricultores, de los consumidores, de la sociedad, del medioambiente sino para el lucro de un gigante como Monsanto. Un gigante cuya fusión con Bayer supondrá la creación de un monstruo cuyas consecuencias para el sistema agroalimentario mundial ni siquiera somos capaces de prever.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted in favour of the GMO import objection as I have decided to object systematically to any GM import authorisation. This was following the EP rejection of the EC proposal to renationalise instead of democratise the authorisation procedure. In relation of the GMO cultivation I also decided to object as all three maizes are Bt maizes: they all themselves produce the Bt toxin that enables them to be 'pest-resistant', meaning they are themselves toxic to the targeted pests – but also the non-targeted, even if those ones are protected or pollinate.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the objection pursuant to Rule 106(2) and (3) of the Rules of Procedure on the draft Commission implementing decision concerning the placing on the market for cultivation of genetically modified maize 1507 (DAS-Ø15Ø7-1) seeds (D046172/00 – 2016/2920(RSP)). I voted in favour of the objection because I believe that maize 1507 seeds could harm 'non-target' species of butterflies and moths. Moreover, I find that the concept introduced by the European Food Safety Authority (EFSA) of an 'acceptable local mortality' of non-target lepidopteran species should be revised.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción a la comercialización de semillas del maíz modificado genéticamente 1507 (tolerante al herbicida tóxico glufosinato de amonio), porque estoy totalmente en contra de los organismos modificados genéticamente y, por tanto, de nuevas autorizaciones de los mismos.

Además, es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando correctamente. Por todo ello, estoy a favor de ésta y cualquier objeción que se proponga en relación con la autorización de OMG, y he votado en consecuencia.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Somos a favor desta oposição, e de qualquer objeção futura à a autorização de OGM, por uma questão de princípio, mas igualmente com o propósito de mostrar à Comissão Europeia a necessidade de corrigir a legislação aprovada recentemente com uma proposta legislativa que irá respeitar o direito de um indivíduo não autorizar OGM para alimentos no seu território.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die Entschließung hält fest, dass der entworfene Durchführungsbeschluss der Kommission nicht mit dem Unionsrecht vereinbar ist und die Kommission daher aufgefordert wird, ihren Entwurf zurückzuziehen. Da die von der EFSA durchgeführte Risikobewertung des Anbaus unvollständig und die von der Kommission vorgeschlagenen Empfehlungen zum Risikomanagement mangelhaft sind, habe ich der Entschließung zugestimmt.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Die im Entschließungsantrag vorgetragenen Einwände gegen das Inverkehrbringen der in Rede stehenden genetisch veränderten Produkte sind stichhaltig und legen zwingend die Ablehnung des einschlägigen Durchführungsbeschlusses der Kommission nahe. Dem hier vorgelegten Entschließungsantrag wird deshalb zugestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted against a ban on pest-resistant maize as we agree with EFSA's assessment that they are unlikely to pose risks to human, animal health or the environment, while limiting the need for use of pesticides. Moreover, the Commission attached stringent conditions for use of these GMOs in their authorisation decisions. I continue to take the issue of GMOs with the utmost seriousness, and will continue to oppose GMO use that is deemed harmful or potentially dangerous.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted against this motion for a resolution. It is very important that Europe can ensure its own food supply. At the same time, this needs to be done in an efficient and sustainable manner. Science helps us in achieving this goal. It is important that those products that are developed in this regard are safe for both consumers and the environment. Such an assessment, research and consequent conclusions need to be based on scientific processes and empirical evidence. It is EFSA's task and responsibility to ensure that this is the case. This is the reason why it was established by the institutions of the European Union. In this case, EFSA has, at the request of the European Commission, duly assessed this GMO and concluded that it is safe. In my view, EFSA is the appropriate authority to give recommendations on these matters and likewise the Commission is the relevant authority to act on them. I therefore voted against this proposal that would go against EFSA's judgement.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Námietku Európskeho parlamentu voči vykonávaciemu rozhodnutiu Komisie, ktorým Komisia povoľuje umiestniť na trh výrobky obsahujúce geneticky modifikovanú kukuricu, som podporila. Môj názor na geneticky modifikované organizmy sa nemení, pretože zatiaľ neexistujú dostatočné dôkazy týkajúce sa ich zdravotnej neškodnosti. Rovnako nemáme dostatočne určité informácie o ich účinkoch na životné prostredie. Práve preto súhlasím s názorom, že za daných okolností, keď posudzovanie rizík nie je dôkladné a úplné, Európska komisia pri tomto vykonávacom nariadení prekročila svoje právomoci a už vôbec nekonala v súlade so zásadou predbežnej opatrnosti, ktorá je absolútne nevyhnutá v prípadoch, keď môže byť ohrozené ľudské zdravie.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei a favor de todas as objeções nos termos do artigo 106.º do Regimento, por concordar com a oposição a substâncias geneticamente modificadas para as quais não existam ainda resultados científicos sólidos que permitam autorizá-las sem comprometer a saúde pública.

Por conseguinte, enquanto a Comissão não propuser um novo quadro legislativo para estas substâncias, o grupo socialista europeu continuará de forma concertada a apoiar estas objeções.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. — La risoluzione del Parlamento, a cui ho dato il mio voto favorevole, chiede alla Commissione europea di non autorizzare l'immissione sul mercato del mais geneticamente modificato 1507. Il mais 1507 è stato geneticamente manipolato per produrre la tossina Bt, letale per alcuni parassiti. L'EFSA, l'Autorità per la sicurezza alimentare dell'Unione europea ha riconosciuto la tossicità di questo OGM per farfalle e falene e ha messo in guardia su possibili carenze dei test condotti sul mais 1507. Le conseguenze negative dell'introduzione in natura di tali organismi sia per l'ecosistema sia per la salute delle persone sono imprevedibili. Se non bastasse, chi coltiva mais geneticamente modificato può facilmente contaminare non solo i propri vicini, ma anche campi a chilometri di distanza, causando pesantissimi danni economici agli altri agricoltori. L'unico modo per eliminare il problema della contaminazione da OGM è vietare gli OGM.

Come portavoce del Movimento 5 Stelle credo in un'Europa libera dagli organismi geneticamente modificati, che tuteli davvero la biodiversità agroalimentare. Mirare ad obiettivi ambiziosi quando si tratta di tutela ambientale, alimentare e agricola, è doveroso.

6.8. Einwände gemäß Artikel 106 GO: Erneuerung der Zulassung für Saatgut zum Anbau von genetisch verändertem Mais der Sorte MON 810 (B8-1086/2016)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La Commissione ha chiesto all'EFSA di valutare se siano emersi nuovi elementi che modificherebbero le conclusioni e le raccomandazioni dei pareri scientifici dell'EFSA in merito alla coltivazione del granturco geneticamente modificato MON 810. Questa risoluzione, ritenuto che la valutazione del rischio della coltivazione effettuata dall'EFSA sia incompleta e che le raccomandazioni in materia di gestione del rischio proposte dalla Commissione siano inadeguate, chiede a quest'ultima di ritirare il progetto di decisione di esecuzione. Ho votato a favore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment, but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción a la renovación de la autorización de las semillas del maíz modificado genéticamente MON 810 porque estoy totalmente en contra de los organismos modificados genéticamente y, por tanto, de nuevas autorizaciones de los mismos.

La evaluación realizada por la EFSA subraya la carencia de datos y la renovación de la autorización de cultivo de sus semillas se basan en un acto jurídico que ha demostrado ser disfuncional (1829/2003).

Además, es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando correctamente. Por todo ello, estoy a favor de ésta y cualquier objeción que se proponga en relación con la autorización de OMG, y he votado en consecuencia.

Martina Anderson and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this GMO authorisation objection. It is absurd that the European Commission continues to propose authorisations of GMOs under a system which they themselves have admitted is flawed. It is essential that Mr Juncker listens to the European Parliament's call for a new proposal and that the EU GMO authorisation procedure is overhauled completely.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Je m'oppose à l'autorisation de mise en culture du fameux Maïs Monsanto 810 car il est en train de permettre la mutation d'une espèce de maïs sauvage, le téocinte, ancêtre du maïs cultivé en Europe, présent en Espagne depuis 2009, que les autorités espagnoles ont retrouvé à la fois dans les champs OGM et les champs dits conventionnels. Nous sommes là dans une situation caractéristique de contamination croisée.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the motion for a resolution on the draft Commission implementing decision renewing the authorisation for the placing on the market for cultivation of genetically modified maize MON 810 seeds. As is stated in the resolution, both risk assessment on the cultivation and risk management recommendations are either incomplete or inadequate. What is more, the draft implementing decision itself is not consistent with Union law, as it is not compatible with the objective of Regulation (EC) No 1829/2003, which is, in accordance with the general principles laid down in Regulation (EC) No 178/2002, to provide the basis for ensuring a high level of protection of human life and health, animal health and welfare, the environment and consumer interests in relation to genetically modified food and feed, whilst ensuring the effective functioning of the internal market. For these reasons and also considering that the draft Commission implementing decision exceeds the implementing powers provided for in Regulation (EC) No 1829/2003, I welcome the call on the Commission to withdraw its draft implementing decision.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της ένστασης σύμφωνα με το άρθρο 106 του Κανονισμού, σχετικά με την ανανέωση της άδειας για τους γενετικώς τροποποιημένους σπόρους αραβοσίτου της σειράς MON 810, διότι η αξιολόγηση των κινδύνων της καλλιέργειας ήταν ατελής και οι συστάσεις διαχείρισης κινδύνου τις οποίες πρότεινε η Επιτροπή ανεπαρκείς.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Cinq objections sont présentées par le Parlement sur des autorisations de culture ou d'importations d'OGM de maïs ou de blé.

Malgré les objections systématiques, la Commission persiste à délivrer des autorisations pour culture ou importations d'OGM. Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. Ces objections contribuent à démasquer l'hypocrisie des parlementaires majoritaires (qui entretiennent la Commission) face au totalitarisme de l'UE. J'ai donc voté pour ces nouvelles objections.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Given that I have no specialist knowledge of the seeds concerned, and having concerns about the use of delegated acts, I felt it appropriate to follow the advice of officials and abstain on this matter.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette objection visant à ne pas renouveler l'autorisation d'importation et de mise sur le marché d'un maïs résistant aux herbicides. Son utilisation pourrait avoir des effets néfastes sur les utilisateurs et consommateurs.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment, but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Cinq objections sont présentées par le Parlement sur des autorisations de culture ou d'importations d'OGM qui présentent différentes propriétés. L'OGM tolérant à un herbicide ou deux qui va bientôt être interdit n'a pas grand intérêt et, qui plus est, s'avère dangereux pour la biodiversité. La surveillance des effets sur la nature est insuffisante, l'évaluation EFSA est toujours aussi minime et aussi contraire à une souveraineté alimentaire.

En l'occurrence, j'ai voté pour cette objection à la mise sur le marché de semences de maïs génétiquement modifié MON 810.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Le Parlement européen, que je rejoins totalement sur ce dossier, considère que ce projet de décision d'exécution de la Commission excède les compétences d'exécution prévues dans la directive - 2001/18/CE. L'analyse du risque relative à ces cultures réalisée par l'EFSA est incomplète et les recommandations de gestion du risque formulées par la Commission sont inadéquates.

De plus, le projet de décision d'exécution de la Commission n'est pas conforme au droit de l'Union. Nous rejetons donc cette demande.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – Yo no me posiciono a favor ni en contra de los transgénicos. Me posiciono a favor de la ciencia. En la Unión hemos creado una agencia para este tipo de cometidos: la AESA (EFSA en sus siglas en inglés) donde queda reflejada la opinión de científicos independientes que velan y garantizan la seguridad alimentaria en la Unión.

Hace apenas unos meses más de un centenar de premios Nobel animaban a reconocer las conclusiones de las instituciones científicas competentes y abandonar las campañas contra los organismos modificados genéticamente sin suficiente apoyo científico.

Se tienen que analizar los diferentes productos caso por caso, y no generalizar ni simplificar el debate.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore dell'obiezione al rinnovo dell'autorizzazione per i semi di granturco geneticamente modificato MON 810. Ritengo che l'attuale quadro normativo non consenta alla Commissione e all'EFSA di fornire adeguate valutazioni sull'impatto degli OGM. Nel caso del granturco MON 810, in particolare, la valutazione dell'EFSA sui semi di questo tipo di mais manca di alcuni dati che portano a formulare alcuni dubbi sulla possibile contaminazione incrociata di una pianta invasiva che trasporta la tossina Bacillus thuringiensis (Bt), utilizzata come pesticida. Visti i possibili grandi rischi per gli agricoltori e per l'ambiente, ho deciso di votare a favore dell'obiezione, riaffermando la necessità che la Commissione elabori al più presto una proposta completa sugli OGM al fine di valutare attentamente l'impatto ambientale e sanitario di queste tecnologie e stabilendo una nuova procedura per la loro autorizzazione.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – El uso de semillas transgénicas se enmarca en un debate más de fondo, que se puede abordar desde tres ángulos: el de la salud, el del medioambiente y el del impacto socioeconómico. He votado a favor de la objeción porque cuando hablamos de permitir la comercialización de semillas transgénicas hablamos de profundizar en este modelo insostenible, de abusos, de royalties, de dependencia de agroquímicos; y socialmente perverso. Sabemos que las semillas modificadas genéticamente no se comercializarán en beneficio de los agricultores, de los consumidores, de la sociedad, del medioambiente sino para el lucro de un gigante como Monsanto. Un gigante cuya fusión con Bayer supondrá la creación de un monstruo cuyas consecuencias para el sistema agroalimentario mundial ni siquiera somos capaces de prever.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer su labor a los ponentes de este informe sobre la autorización de semillas del maíz modificado genéticamente MON 810. Este informe, así como los otros cuatro que hemos votado hoy sobre distintas objeciones, no deja indiferente a nadie. He sido coherente con mis votos precedentes en esta materia y he apoyado el informe del Parlamento Europeo donde se considera que el proyecto de Decisión de Ejecución de la Comisión excede las competencias de ejecución previstas en el Reglamento (CE) n.º 1829/2003.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Malgré les objections systématiques, la Commission persiste à délivrer des autorisations pour des cultures ou des importations d'OGM. Il s'agit ici d'objecter le renouvellement de l'autorisation de semences de maïs génétiquement modifié MON810 par le fabricant Monsanto. Le problème soulevé concerne la destruction de la biodiversité, j'ai donc voté pour.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho sostenuto col mio voto l'obiezione all'autorizzazione al rinnovo dell'autorizzazione per semi di granturco geneticamente modificato MON 810.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją, kurioje Europos Parlamentas mano, kad Komisijos įgyvendinimo sprendimo projektas neatitinka Sąjungos teisės, nes jis nesuderinamas su Reglamento (EB) Nr. 1829/2003 tikslu, pagal kurį, remiantis Reglamente (EB) Nr. 178/2002 nustatytais bendraisiais principais, siekiama parengti bazę, leidžiančią užtikrinti aukštą žmonių gyvenimo ir sveikatos, gyvūnų sveikatos ir gerovės, aplinkos ir vartotojų interesų apsaugos lygį genetiškai modifikuoto maisto ir pašarų atžvilgiu, tuo pačiu užtikrinant veiksmingą vidaus rinkos darbą. Europos maisto saugos tarnyba ir genetiškai modifikuotų organizmų (GMO) specialistų grupė kasmet veltui primygtinai pakartoja savo rekomendacijas dėl kukurūzų MON 810 poveikio aplinkai stebėsenos po pateikimo rinkai, t. y. rekomendacijas teikti daugiau išsamesnės informacijos apie imčių ėmimo metodiką, sumažinti šališkumo galimybę atrenkant ūkininkams skirtus klausimynus ir užtikrinti, kad būtų nurodyti visi aktualūs moksliniai leidiniai. Siekdama pagerinti ūkininkų apklausos imties sąrašą, GMO specialistų grupė vis kartoja, kokie svarbūs nacionaliniai GMO auginimo registrai, ir kartoja savo rekomendacijas leidimų turėtojams apsvarstyti, kaip jie galėtų kuo geriau panaudoti nacionaliniuose registruose esančią informaciją ir palaikyti dialogą apie kukurūzų MON 810 auginimo zonas su šiuos registrus administruojančiais asmenimis.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A Magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban ellenzem a GMO-termékek engedélyezését, s úgy vélem, hogy a bizottsági végrehajtási határozattervezet nem felel meg az uniós jognak, mivel az nem egyeztethető össze az 1829/2003/EK rendelet célkitűzésével, ami a 178/2002/EK rendeletben meghatározott általános alapelvekkel összhangban az, hogy alapul szolgáljon az emberi élet és egészség, az állati egészség és jólét, a környezet és a géntechnológiával módosított élelmiszerekre és takarmányokra vonatkozó fogyasztói érdekek magas szintű védelméhez, miközben biztosítja a belső piac hatékony működését.

A jelentés felszólítja a Bizottságot, hogy vonja vissza végrehajtási határozattervezetét, ezért a fentiek értelmében szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Tudi ta ugovor sem podprl. Navedena gensko modificirana koruza MON 810 omogoča zaščito pred nekaterimi škodljivci iz reda Lepidoptera, med njimi tudi koruzno veščo (Ostrinia nubilalis) in metulji vrste Sesamia spp, a ocena učinka o koruzi MON 810, ki ga je izvedla EFSA, ne vsebuje navzkrižnega opraševanja koruze, kar povečuje tveganje za biotsko raznovrstnost.

Pri problematiki GSO tudi stroka nima enotnega mnenja, zato je pričakovano, da se tudi poslanci in druga javnost na teh vprašanjih delimo. Sem zagovornik previdnostnega načela pri GSO-jih, zato se mi zdi popolnoma nepotrebno, da se hitro skozi postopek spravlja taka občutljiva tema, kot je registracija GSO koruze.

Smo v občutljivem trenutku, ko bi morale imeti institucije med sabo večje spoštovanje, predvsem pa moramo spoštovati voljo ljudi, ki so večinsko proti uporabi GSO-jev v Evropi. Prav tako osebno zelo sprašujem, ali res potrebujemo takšna GSO semena koruze, ki bodo odporna na glifosat in glifosinat.

Razumem, da v EU zaradi različnih razlogov nismo sposobni pridelati dovolj soje in smo dolžni uvažati sojo iz dežel, kjer večinoma uporabljajo GSO-je. Ne morem pa razumeti, zakaj potrebujemo GSO koruzno seme. Trdno sem prepričan, da lahko pridelamo dovolj koruze brez tega GSO semena. Zato sem predlagani ugovor mirne vesti podprl.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovaj izvještaj jer se radi o političkoj poruci Komisiji da Parlament neće podržati niti jedno novo odobrenje GMO kultura i proizvoda dok god se ne reformira proces davanja dozvola za prodaju GM hrane.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I endorsed this resolution on the Commission's decision renewing the authorisation for the placing on the market for cultivation of genetically modified maize MON 810 seeds because we have called on the Commission to withdraw it. I believe that the Commission's draft was not consistent with Union law that ensures a high level of protection of human life and health.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il granturco geneticamente modificato MON 810 esprime la proteina Cry1Ab, derivata dal Bacillus thuringiensis, che conferisce protezione da alcune specie di lepidotteri parassiti, tra cui la piralide del granturco e la nottua del mais. L'immissione in commercio per la coltivazione delle sementi di granturco geneticamente modificato MON 810 è stata inizialmente autorizzata tramite decisione della Commissione. Purtroppo si registrano ancora costanti carenze nell'attuazione del monitoraggio ambientale successivo all'immissione in commercio; e l'EFSA è costretto a ribadire continuamente le proprie raccomandazioni per il monitoraggio, in particolare la necessità di fornire informazioni più dettagliate sulla metodologia di campionamento, di ridurre il rischio di parzialità nella

selezione dei questionari per gli agricoltori, come pure di garantire l'individuazione di tutte le pubblicazioni scientifiche pertinenti. Tuttavia la valutazione del rischio riguardante la coltivazione svolta dall'EFSA è incompleta e le raccomandazioni sulla gestione del rischio proposte dalla Commissione sono inadeguate. Inoltre, il progetto di decisione di esecuzione della Commissione non è conforme al diritto dell'Unione, non essendo compatibile con l'obiettivo di garantire un elevato livello di protezione della vita e della salute umane, della salute e del benessere degli animali, dell'ambiente e degli interessi dei consumatori, assicurando nel frattempo l'efficace funzionamento del mercato interno.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le présent rapport propose d'adopter cinq objections sur des autorisations de culture ou d'importations d'OGM provenant notamment de Monsanto. Ces objections permettent notamment de mettre en lumière l'hypocrisie et le double discours des parlementaires européens des groupes majoritaires qui votent l'inverse de ce qu'ils promettent à leurs électeurs. J'ai voté en faveur de ces objections.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore dell'obiezione in questione perché ritengo che la valutazione del rischio della coltivazione effettuata dall'EFSA sia incompleta.

Inoltre, il rinnovo dell'autorizzazione per semi di granturco geneticamente modificato MON810 minaccia l'agricoltura biologica e convenzionale non-GM europea. Secondo le nuove regole europee sull'uso degli OGM, una volta che un OGM è autorizzato per l'uso in Europa come alimento o come mangime, gli Stati membri hanno la possibilità di decidere se consentire o no che un determinato OGM venga usato nella loro catena alimentare (misure di opt-out).

Purtroppo, gli Stati membri che non hanno scelto di utilizzare le misure di opt-out per vietare la coltivazione di specifici OGM sul proprio territorio generalmente non hanno applicato misure efficaci per prevenire la contaminazione di mais non OGM o biologico. La Spagna, per esempio, dove viene coltivata la maggior parte del mais OGM in Europa, non ha regole specifiche rispetto alle distanze di isolamento, alle zone cuscinetto o alle informazioni obbligatorie per le autorità o i coltivatori adiacenti. L'esperienza dimostra che è quasi impossibile per gli agricoltori biologici e convenzionali coltivare mais in zone dove viene prodotto mais OGM MON810.

Chiedo quindi alla Commissione di ritirare il progetto di decisione di esecuzione.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of these objections to GMO authorisations. The European Commission has yet to propose a new authorisation procedure since its very weak proposal was rejected earlier this year. In spite of the fact that the EP called for a new proposal, the Commission continues to authorise GMOs under a flawed procedure which they themselves have admitted does not work. For these reasons I voted in favour of the objection.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution which calls on the Commission to withdraw is draft implementing decision renewing the authorisation for the placing on the market for cultivation of genetically modified maize MON 810 (MON-ØØ81Ø-6) seeds. Whereas the EFSA GMO Panel strongly reiterates in vain each year its recommendations to provide more detailed information on the sampling methodology, the importance of national GMO cultivation registers and its recommendations to consent holders to consider how they may make best use of the information recorded in national registers and foster dialogue with those responsible for the administration of these registers where MON 810 maize is cultivated, I consider the risk assessment on the cultivation conducted by EFSA to be incomplete and the risk management recommendations proposed by the Commission to be inadequate.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La Commissione europea ha chiesto all'Autorità europea per la sicurezza alimentare (EFSA) di valutare se siano emersi nuovi elementi che modificherebbero le raccomandazioni dei pareri scientifici dell'EFSA relativa all'immissione in commercio per la coltivazione di sementi di granturco geneticamente modificato MON 810. La risoluzione del Parlamento europeo sul progetto di decisione di esecuzione della Commissione europea ritiene che la valutazione del rischio della coltivazione effettuata dall'EFSA sia incompleta e che le raccomandazioni in materia di gestione del rischio proposte dalla Commissione europea siano inadeguate e chiede perciò, di ritirare il progetto di decisione di esecuzione. Insieme alla delegazione M5S ho votato a favore della risoluzione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Το θέμα των Γενετικά Τροποποιημένων Οργανισμών (ΓΤΟ) είναι ιδιαίτερα σημαντικό κι έχει απασχολήσει την Ευρωπαϊκή Ένωση ήδη από τη δεκαετία του 1990. Πιστεύουμε ότι στόχος των αρμόδιων αρχών των κρατών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης πρέπει να είναι ο έλεγχος και ο περιορισμός τυχόν αρνητικών επιπτώσεων από ΓΤΟ, ενώ παραμένουν ταυτόχρονα περιθώρια για ερευνητική δράση στο νέο επιστημονικό τομέα της βιοτεχνολογίας ή και για χρήση στην αγορά, εάν τα προϊόντα αποδειχθούν χρήσιμα και αβλαβή.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η ψηφοφορία σχετικά με τη διατύπωση αντίρρησης ως προς την ανανέωση της άδειας για τους σπόρους γενετικώς τροποποιημένου αραβοσίτου της σειράς MON 810 συνιστά θετική κίνηση προς όφελος της υγείας των ευρωπαίων πολιτών, αφού αφορά την ενίσχυση των διαδικασιών ελέγχου της έγκρισης γενετικά τροποποιημένων οργανισμών. Ως εκ τούτου, ψήφισα θετικά.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I rejected this objection as I support the EFSA and the European Commission's scientific GMO authorisation procedure.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment, but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – It transpires that the risk assessment of cultivation conducted by EFSA is incomplete and the risk management recommendations proposed by the Commission are inadequate; therefore, I agree that we should withdraw the Commission's draft implementing decision. I have consistently voted against placing on the market genetically modified organisms within the Community in line with the precautionary principle, which I believe should be followed in issues related to human health and the environment of our citizens.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción a la renovación de la autorización de las semillas del maíz modificado genéticamente MON 810 porque estoy totalmente en contra de los organismos modificados genéticamente y, por tanto, de nuevas autorizaciones de los mismos.

La evaluación realizada por la EFSA subraya la carencia de datos y la renovación de la autorización de cultivo de sus semillas se basan en un acto jurídico que ha demostrado ser disfuncional (1829/2003).

Además, es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando correctamente. Por todo ello, estoy a favor de ésta y cualquier objeción que se proponga en relación con la autorización de OMG, y he votado en consecuencia.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Ad oggi l'analisi dell'EFSA manca ancora di alcuni dati sulle possibili contaminazioni che potrebbero causare gravi danni agli agricoltori. Ritengo, pertanto, che la valutazione del rischio circa l'immissione in commercio di sementi di granturco geneticamente modificato MON 810 non sia completa e che le raccomandazioni della Commissione non siano adeguate. È opportuno ricordare che attualmente gli OGM sono autorizzati nell'UE dalla Commissione senza il sostegno dei pareri dei comitati degli Stati membri e che in particolare il MON 810 è ancora vietato in molti paesi dell'Unione europea. Per tali ragioni credo che l'attuale proposta non sia in grado di garantire un elevato livello di protezione della vita e della salute umane, della salute e del benessere degli animali, dell'ambiente.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Poparłem sprzeciw dotyczący wprowadzenia do obrotu ziaren genetycznie zmodyfikowanej kukurydzy MON 810. Uważam, że żadna nowa żywność lub pasza genetycznie modyfikowana nie powinna być dozwolona na mocy obowiązujących ram prawnych. Ramy te są jednymi z najbardziej restrykcyjnych na świecie, jeśli chodzi o ocenę ryzyka dla upraw i żywności GMO, co budzi moje zadowolenie. Uważam, że powinno to pozostać niezmienne, dlatego zagłosowałem za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The renewal of authorization for maize MON 810 seeds is being objected to. The Commission approved MON 810 in 1998, but it has been controversial ever since. In the case of maize MON 810 seeds, cross-contamination of an invasive plant with Bt toxin has been found on EU territory. This might contribute to a decline in bio-diversity with specific risks to butterflies and moths. The cultivation authorisation renewal of seeds is based on a legal act that has proved to be dysfunctional. I have voted in favour because further knowledge and research is still needed to fully understand the extent of these GMOs.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette objection vise à s'opposer à la mise sur le marché de l'OGM MON 810. Je suis contre cette objection dans la mesure où la Commission européenne a respecté son mandat dans le cadre de son pouvoir d'exécution accordé par le Parlement européen et le Conseil. Je regrette que cette résolution motivée par des considérations idéologiques ne prenne pas en compte les nombreuses mesures de précaution votées par le législateur européen en matière d'autorisation de mise sur le marché de nouveaux produits, ainsi que l'avis scientifique positif accordé par l'Autorité européenne de sécurité des aliments. Pour ces raisons, j'ai voté contre cette objection.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection visant à refuser la mise sur le marché de semences de maïs génétiquement modifié, à des fins de culture. Cette objection s'appuie sur une accusation faite à la Commission: par cette autorisation, elle excéderait les compétences d'exécution qui lui sont attribuées.

Pourtant, la Commission a respecté la procédure existante en matière d'autorisation d'OGM. Elle a demandé au préalable une analyse de l'Autorité européenne de sécurité des aliments (AESA) pour vérifier l'absence de danger de cette semence de maïs pour la santé humaine et animale, et pour l'environnement.

Cette objection n'a donc selon moi pas lieu d'être et traduit simplement une volonté d'interdire systématiquement tout OGM, alors que cela relève de la compétence des États membres.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — Actuellement, les organismes génétiquement modifiés (OGM) peuvent être cultivés sur le territoire de l'Union européenne après que les semenciers détenteurs de l'OGM ont obtenu une autorisation de mise sur le marché conformément à la réglementation européenne.

Le Parlement européen a choisi d'user de son pouvoir d'objection pour demander à la Commission européenne de retirer ses autorisations sur l'utilisation de semences de maïs génétiquement modifié MON 810 tolérant le glyphosate, herbicide classé «cancérogène probable» par l'Organisation mondiale de la santé (OMS). Il conviendra à l'avenir de réviser le processus d'autorisation des OGM qui ne devrait pas être possible sans le soutien d'une majorité qualifiée des États membres et avec l'avis du Parlement.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих това възражение, тъй като съм против употребата на ГМО и пускането на пазара на генно-модифицирани стоки. Освен това в съответния случай липсват солидни данни за оценката на риска и методите за оценка на въздействието, което поставя безопасността под въпрос.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζουμε διότι τασσόμαστε εναντίον κάθε απόπειρας απελευθέρωσης των ΓΤΟ. Καλούμε δε το Ευρωκοινοβούλιο να κρατήσει ακόμα σκληρότερη στάση και να εμποδίσει τις απόπειρες της Επιτροπής να επιτρέψει, πλαγίως, την καλλιέργεια τους εντός της Ένωσης.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. - Hazai tudományos eredmények bizonyították, hogy a vizsgált ökoszisztémában a MON810 kukorica tartós jelenlétének káros hatásai lehetnek. 1500-2000-szer több Bt-toxint termel, mint amennyit a Bt-toxint tartalmazó DIPEL nevű növényvédő szerből a konvencionális növényvédelem keretében az egyszeri kezelés során kijuttatnak. Továbbá, a Bt-növények maradványai lassabban bomlottak le, mint a toxint nem termelő vonalaik. A betakarítás után a növény által termelt toxin 8%-a a területen maradt, sőt, ennek az aktív toxinmennyiségnek a jelentős részét 11 hónappal később is ki tudták mutatni a talajban.

Álláspontunk szerint a rendelkezésre álló tudományos ismeretek elégséges indokot adnak annak feltételezésére, hogy a MON 810 génkonstrukciót tartalmazó kukoricavonalból származó beltenyésztett vonalak és hibridek a környezetre kockázatot jelentenek. Mindezekre tekintettel – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this objection to the authorisation of Monsanto GMO maize MON810 seeds because the current legal framework for authorising GMOs is not democratic. Decisions are made by the Commission without the agreement of the Member States. I represent Wales, which has declared itself GM-free, and I want that decision to be respected.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – In quanto firmataria della risoluzione di obiezione, ho votato a favore, poiché ritengo che fino a quando il controllo democratico delle decisioni della Commissione europea non sia stato rafforzato e rifletta in modo corretto l'opinione della maggioranza degli Stati membri, degli eurodeputati e dei cittadini europei, nessun OGM dovrebbe essere autorizzato. Inoltre, relativamente ai tre mais OGM permane una mancanza di dati e incompletezza della valutazione del rischio, mancano analisi complete su specie non target, come ad esempio gli insetti acquatici, le misure di mitigazione del rischio sono inadeguate e impraticabili, come dimostrato nel caso della definizione di «aree rifugio» o «distanze di isolamento dagli habitat protetti» misure rivelatesi inefficaci, o infine permane una forte minaccia alle coltivazioni libere da OGM o biologiche, messe a repentaglio dalla possibile contaminazione.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O projeto de decisão de execução da Comissão excede as competências de execução previstas no Regulamento (CE) n.º 1829/2003 e não é consentâneo com o direito da União, na medida em que não é compatível com a finalidade do Regulamento (CE) n.º 1829/2003, que consiste em proporcionar o fundamento para garantir, no que aos géneros alimentícios e alimentos para animais geneticamente modificados diz respeito, um elevado nível de proteção da vida e da saúde humanas, da saúde e do bem-estar dos animais, do ambiente e dos interesses dos consumidores, assegurando simultaneamente o funcionamento eficaz do mercado interno. Concordo com a retirada do projeto de decisão de execução e com a apresentação de uma nova proposta legislativa que altere o Regulamento em causa.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: malgré les objections systématiques, la Commission persiste à délivrer des autorisations pour des cultures ou des importations d'OGM. Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. Ces objections contribuent à démasquer l'hypocrisie des parlementaires majoritaires (qui entretiennent la Commission) face au totalitarisme de l'UE.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O cultivo do milho OGM MON810 está proibido na Bélgica (Valónia), na Bulgária, na Dinamarca, na Alemanha (com exceção do cultivo para investigação), na Grécia, na França, na Croácia, na Itália, em Chipre, na Letónia, na Lituânia, no Luxemburgo, na Hungria, em Malta, na Holanda, na Áustria, na Polónia, na Eslovénia, na Irlanda do Norte, na Escócia e no País de Gales.

Há uma falta de monitorização ambiental após a comercialização, conforme a Autoridade Europeia para a Segurança Alimentar (AESA) constata no relatório PMEM (Post-market Environmental Monitoring) de 2014, que refere a não conformidade em relação, por exemplo, à implementação de refúgios sem BT em Espanha, como foi observado em anos anteriores, havendo registo de limitações metodológicas semelhantes às encontradas nos relatórios PMEM anuais anteriores sobre o milho MON810.

Acresce a isto o facto de a AESA ter excluído arbitrariamente a polinização cruzada do milho do âmbito dos seus pareceres científicos, não olhando assim para todos os riscos potenciais para a biodiversidade decorrentes do cultivo deste OGM.

Considera por isso esta resolução que a avaliação de risco sobre o cultivo realizado pela AESA é incompleta e as recomendações de gestão dos riscos propostas pela Comissão Europeias são inadequadas.

Votámos favoravelmente.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as I believe GMO crops are a threat to our existence.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della risoluzione che contiene una obiezione contro l'autorizzazione di un OGM da parte della Commissione.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της αντίρρησης που διατυπώθηκε σύμφωνα με το άρθρο 106 του Κανονισμού σχετικά με την ανανέωση της άδειας για τους σπόρους γενετικώς τροποποιημένου αραβοσίτου της σειράς MON 810 διότι είμαι ενάντια σε κάθε απόπειρα απελευθέρωσης των ΓΤΟ και διότι καλώ το Ευρωκοινοβούλιο να κρατήσει ακόμα σκληρότερη στάση και να εμποδίσει κάθε απόπειρα της Επιτροπής να επιτρέψει δια της πλαγίας οδού την καλλιέργεια των ΓΤΟ εντός της Ένωσης.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Hazai tudományos eredmények bizonyították, hogy a vizsgált ökoszisztémában a MON810 kukorica tartós jelenlétének káros hatásai lehetnek. 1500-2000-szer több Bt-toxint termel, mint amennyit a Bt-toxint tartalmazó DIPEL nevű növényvédő szerből a konvencionális növényvédelem keretében az egyszeri kezelés során kijuttatnak. Továbbá, a Bt-növények maradványai lassabban bomlottak le, mint a toxint nem termelő vonalaik. A betakarítás után a növény által termelt toxin 8%-a a területen maradt, sőt, ennek az aktív toxinmennyiségnek a jelentős részét 11 hónappal később is ki tudták mutatni a talajban.

Álláspontunk szerint a rendelkezésre álló tudományos ismeretek elégséges indokot adnak annak feltételezésére, hogy a MON 810 génkonstrukciót tartalmazó kukoricavonalból származó beltenyésztett vonalak és hibridek a környezetre kockázatot jelentenek. Mindezekre tekintettel – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. - Hazai tudományos eredmények bizonyították, hogy a vizsgált ökoszisztémában a MON810 kukorica tartós jelenlétének káros hatásai lehetnek. 1500-2000-szer több Bt-toxint termel, mint amennyit a Bt-toxint tartalmazó DIPEL nevű növényvédő szerből a konvencionális növényvédelem keretében az egyszeri kezelés során kijuttatnak. Továbbá, a Bt-növények maradványai lassabban bomlottak le, mint a toxint nem termelő vonalaik. A betakarítás után a növény által termelt toxin 8%-a a területen maradt, sőt ennek az aktív toxinmennyiségnek a jelentős részét 11 hónappal később is ki tudták mutatni a talajban.

Álláspontunk szerint a rendelkezésre álló tudományos ismeretek elégséges indokot adnak annak feltételezésére, hogy a MON 810 génkonstrukciót tartalmazó kukoricavonalból származó beltenyésztett vonalak és hibridek a környezetre kockázatot jelentenek. Mindezekre tekintettel – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado en contra de la objeción relativa a la renovación de la autorización de las semillas del maíz modificado genéticamente MON 810. Tras estudiar la objeción presentada creo que existen los suficientes controles y garantías por parte de la Comisión Europea, así como, de los Estados miembros. Debemos exigir siempre la máxima vigilancia medioambiental posterior a la comercialización, ya que es necesario tener siempre presente que debemos garantizar la máxima seguridad alimentaria a los ciudadanos europeos pero sin perjudicar gravemente al sector productor.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I am concerned about the safety of GMOs and their impact on health and the environment, but I would prefer the UK Government to legislate on this delicate issue, rather than the European Parliament.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – El uso de semillas transgénicas se enmarca en un debate más de fondo, que se puede abordar desde tres ángulos: el de la salud, el del medioambiente y el del impacto socioeconómico. He votado a favor de la objeción porque cuando hablamos de permitir la comercialización de semillas transgénicas hablamos de profundizar en este modelo insostenible, de abusos, de royalties, de dependencia de agroquímicos; y socialmente perverso. Sabemos que las semillas modificadas genéticamente no se comercializarán en beneficio de los agricultores, de los consumidores, de la sociedad, del medioambiente sino para el lucro de un gigante como Monsanto. Un gigante cuya fusión con Bayer supondrá la creación de un monstruo cuyas consecuencias para el sistema agroalimentario mundial ni siquiera somos capaces de prever.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Today, I voted against the objection pursuant to Rule 106 on the placing on the market of genetically modified maize MON 810 seeds, as the risk assessment conducted by the European Food Safety Agency (EFSA) concluded that the cultivation of these GM crops is unlikely to pose a danger to human and animal health or to the environment.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Hazai tudományos eredmények bizonyították, hogy a vizsgált ökoszisztémában a MON810 kukorica tartós jelenlétének káros hatásai lehetnek. 1500-2000-szer több Bt-toxint termel, mint amennyit a Bt-toxint tartalmazó DIPEL nevű növényvédő szerből a konvencionális növényvédelem keretében az egyszeri kezelés során kijuttatnak. Továbbá, a Bt-növények maradványai lassabban bomlottak le, mint a toxint nem termelő vonalaik. A betakarítás után a növény által termelt toxin 8%-a a területen maradt, sőt, ennek az aktív toxinmennyiségnek a jelentős részét 11 hónappal később is ki tudták mutatni a talajban.

Álláspontunk szerint a rendelkezésre álló tudományos ismeretek elégséges indokot adnak annak feltételezésére, hogy a MON 810 génkonstrukciót tartalmazó kukoricavonalból származó beltenyésztett vonalak és hibridek a környezetre kockázatot jelentenek. Mindezekre tekintettel – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I, along with the majority of the Parliament, supported this objection. I have concerns with the implementing decision by the Commission as it is may not be compatible with Union law, while there are concerns over the EFSA risk management procedure. More specifically, the achieved genetic modification of the maize seed can lead to a resistance to glyphosate. The Commission bases its argument for authorisation on the concept of a level of 'acceptable local mortality' of non-target lepidopteran species (butterflies and moths) which is considered by some to be a flawed interpretation of EFSA advice. In addition, there is the possibility of cross-contamination with an ancient maize variety that carries major risks for farmers and the environment. For all of the above reasons I voted in favour of the objection, plus the fact that I do not support the introduction of GMOs into the European Union.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Hazai tudományos eredmények bizonyították, hogy a vizsgált ökoszisztémában a MON810 kukorica tartós jelenlétének káros hatásai lehetnek. 1500-2000-szer több Bt-toxint termel, mint amennyit a Bt-toxint tartalmazó DIPEL nevű növényvédő szerből a konvencionális növényvédelem keretében az egyszeri kezelés során kijuttatnak. Továbbá, a Bt-növények maradványai lassabban bomlottak le, mint a toxint nem termelő vonalaik. A betakarítás után a növény által termelt toxin 8%-a a területen maradt, sőt, ennek az aktív toxinmennyiségnek a jelentős részét 11 hónappal később is ki tudták mutatni a talajban.

Álláspontunk szerint a rendelkezésre álló tudományos ismeretek elégséges indokot adnak annak feltételezésére, hogy a MON 810 génkonstrukciót tartalmazó kukoricavonalból származó beltenyésztett vonalak és hibridek a környezetre kockázatot jelentenek. Mindezekre tekintettel – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za prigovor u skladu s člankom 106. Poslovnika: produljenje odobrenja za sjeme genetski modificiranog kukuruza MON 810 jer ne podržavam korištenje genetski modificiranih organizama na poljoprivrednim zemljištima.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Nous assistons à un jeu de balancier: la Commission s'obstine à encourager par ses autorisations la culture et l'importation d'OGM dans nos pays, et à balayer d'un revers de main l'opposition tout aussi entêtée du Parlement. Tout cela est à la vérité peu utile, et ne suffit pas à décharger de leur responsabilité des parlementaires qui maintiennent par la bande la Commission dans sa toute-puissance.

Il m'apparaît évident de s'opposer à tout renouvellement de l'autorisation de semences MON 810. Fidèle à mes convictions, j'ai voté pour.

Diane James (EFDD), *in writing*. — We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment, but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection sur le renouvellement de l'autorisation de semences de maïs génétiquement modifié faite par la Commission européenne. En autorisant la mise sur le marché à des fins de culture ou de commercialisation, la Commission européenne a dûment respecté la procédure en prenant en compte l'analyse de l'Autorité européenne de sécurité des aliments. Il est également important de rappeler que les produits génétiquement modifiés qui se retrouvent dans les étalages ou les cultures françaises font l'objet d'une autorisation de l'État français et non de l'Union européenne.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für den vorliegenden Bericht. Er verwirft den Kommissionsvorschlag, eine Genmaissorte zuzulassen, und zwingt die Kommission, ihren Vorschlag zu überdenken. Der Durchführungsbeschluss ist nicht mit dem Unionsrecht zu vereinbaren, die Empfehlung zum Risikomanagement ist mangelhaft und genmodifizierte Lebensmittel sind aus österreichischer Sicht generell abzulehnen.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Līdzīgi kā atbalstīju citas rezolūcijas, kas aicina atsaukt Eiropas Komisijas īstenošanas lēmumus par ģenētiski modificēto produktu vai produktu, kas satur ģenētiski modificētas izejvielas, laišanu tirgū, atbalstīju arī šo. Es uzskatu, ka Eiropas Komisijas pilnvarās ir vairāk resursu, lai izpētītu un saprastu ģenētiski modificēto produktu ietekmi uz vidi un cilvēku veselību. Līdz ar to Eiropas Komisijas spēkos ir nākt klajā ar labāku un skaidrāku risinājumu saistībā ar ģenētiski modificēto produktu vai produktu, kas satur ģenētiski modificētas izejvielas, laišanu un brīvu tirdzniecību Eiropas Savienības tirgū. Ir jābūt skaidri izpētītam, vai tiešām šie produkti nav kaitīgi, nebojā cilvēku veselību un neatstāj ietekmi uz vidi, un, kamēr iespējamās sekas nav apzinātas, šie īstenošanas akti nav pieņemami. Tāpēc es Eiropas Parlamenta plenārsesijā Strasbūrā balsoju par rezolūciju, kas pieprasa atsaukt Komisijas īstenošanas lēmumu par ģenētiski modificētas kukurūzas sēklu laišanu tirgū kultivēšanas nolūkos.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A MON810 kukoricavonal cry1A gént hordoz, amelyről Bt-toxin – rovarirtó fehérje – íródik át, és ez képessé teszi a MON810 kukoricát bizonyos Lepidoptera fajok elleni védekezésre. Nem voltak kielégítőek a termék egészségügyi biztonságosságával kapcsolatos vizsgálatok. Hosszabb távú vizsgálatok elvégzése is szükséges lenne a MON810 esetleges toxikológiai és allergén hatásainak felderítésére. Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi- és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alapossággal. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette objection, car elle s'oppose à l'utilisation d'un OGM dangereux pour la biodiversité. Le Parlement européen a accepté de la voter, ce qui démontre que l'initiative de la Commission était néfaste. Je veux que la France retrouve sa souveraineté alimentaire.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – La Commission persiste à délivrer des autorisations pour la culture ou l'importation d'OGM. Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. J'ai voté favorablement à cette objection.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción a la comercialización de semillas del maíz modificado genéticamente MON 810 porque estoy totalmente en contra de su autorización. La evaluación realizada por la EFSA subraya la carencia de datos y la renovación de la autorización de cultivo de sus semillas se basan en un acto jurídico que ha demostrado ser disfuncional (1829/2003). Es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando con garantías y he votado en consecuencia.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti námitce proti rozhodnutí Komise o povolení distribuce osiva geneticky modifikované kukuřice. Respektuji právo států případně na svém území toto osivo zakázat, jako to udělala asi polovina států EU, ale není správné nepovolením omezit ty státy, kterým toto osivo nevadí. Stojím tak za rozhodnutím Komise.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – I also consider that the draft Commission implementing decision exceeds the implementing powers provided for in Regulation (EC) No 1829/2003. I agree that the risk assessment of cultivation conducted by EFSA is incomplete and the risk management recommendations proposed by the Commission are inadequate and support calls on the Commission to withdraw its draft implementing decision.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος που ζητά από την Ευρωπαϊκή Επιτροπή να αποσύρει το σχέδιο της εκτελεστικής της απόφασης σχετικά με τη διάθεση στην αγορά προς καλλιέργεια σπόρων γενετικώς τροποποιημένου αραβοσίτου της σειράς MON 810, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

Cinq objections sont présentées par le Parlement concernant des autorisations de culture ou d'importation d'OGM. Les différentes propriétés de ces OGM posent plusieurs problèmes: herbicides cancérigènes, insecticides entraînant la destruction de la biodiversité, etc. Nous sommes donc favorables à ces objections et, en l'espèce, favorables à celle concernant le renouvellement de l'autorisation de semences de maïs génétiquement modifié MON 810.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die Entschließung hält fest, dass der entworfene Durchführungsbeschluss der Kommission nicht mit dem Unionsrecht vereinbar ist und die Kommission daher aufgefordert wird, ihren Entwurf zurückzuziehen. Da die von der EFSA durchgeführte Risikobewertung des Anbaus unvollständig und die von der Kommission vorgeschlagenen Empfehlungen zum Risikomanagement mangelhaft sind, habe ich der Entschließung zugestimmt.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu EP rezoliucijai, nes joje reiškiamas prieštaravimas Komisijos sprendimui išduoti leidimą prekiauti genetiškai modifikuotų kukurūzų sėklomis. Manau, kad, remiantis atsargumo principu bei siekiu apsaugoti žmonių sveikatą ir aplinką, sprendimai dėl prekybos GMO sėklomis turėtų būti priimti tik tada, kai būtų pateikti neginčytini moksliniai įrodymai dėl jų poveikio. Deja, šiuo metu GMO auginimo rizikos vertinimai nėra išsamūs ir nekvestionuojami. Dėl šių priežasčių nepritariu GMO plėtrai, prekybai ir auginimui ES.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport s'oppose à la décision de la Commission d'autoriser la mise sur le marché de semences de maïs génétiquement modifié MON 810. La variété MON 810 développée par le groupe américain Monsanto possède un gène ajouté — le cry1Ab — conférant une résistance aux ravageurs qui ciblent cette céréale — et notamment la pyrale du maïs. Et du fait de son emploi on observe l'apparition de pyrale, développant une résistance au cry1Ab, ce qui nécessite l'utilisation de produits aux formules chimiques plus agressives et dans de plus grandes quantités. De plus, des cas contamination croisée d'une plante envahissante avec la toxine Bt ont été constatés sur le territoire de l'UE, preuve de sa dangerosité pour l'écosystème. Je vote Pour ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La Commission persiste à délivrer des autorisations pour la culture ou l'importation d'OGM. Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. J'ai voté favorablement à cette objection, comme aux quatre autres.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei a favor da presente resolução, por considerar que a avaliação de risco do cultivo efetuada pela EFSA é incompleta e que as recomendações de gestão de risco propostas pela Comissão são inadequadas, no que respeita ao cultivo de milho geneticamente modificado MON 810.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this objection on the placing on the market of genetically modified maize MON 810 seeds as a more thorough risk assessment of cultivation by the EFSA is needed and the risk management recommendations proposed by the Commission are inadequate.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — Begin 2016 liepen er zo'n 7,4 miljard mensen rond op onze planeet. In het meest voorzichtige scenario zal de wereldbevolking tegen 2050 aangegroeid zijn tot 9 miljard. Een snelle groei van de wereldbevolking impliceert dat ook de vraag naar voedsel en gewassen evenredig zal toenemen. Ondernemers in de landbouw en voedselvoorziening staan voor belangrijke uitdagingen. Het bestaande landbouwareaal zal doordachter en beter benut moeten worden. Innovatie in de landbouw zal zich toespitsen op duurzame en efficiënte landbouwtechnieken en planttechnologie zal een bijzondere rol spelen in het garanderen van de voedselproductie. In die context zijn er op dit moment ook geen overtuigende wetenschappelijke argumenten om bezwaar aan te tekenen tegen een GM-vergunning.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have supported the decision to object to the placing on the market of genetically modified maize MON 810 seeds because the draft Commission implementing decision is not consistent with Union law. In accordance with the precautionary principle, to approximate the laws, regulations and administrative provisions of the Member States and to protect human health and the environment when carrying out the deliberate release into the environment of genetically modified organisms for any other purposes than placing on the market within the Community and placing on the market genetically modified organisms as or in products within the Community.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Malgré les objections systématiques, la Commission persiste à délivrer des autorisations pour des cultures ou des importations d'OGM. Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. Ces objections contribuent à démasquer l'hypocrisie des parlementaires majoritaires (qui entretiennent la Commission) face au totalitarisme de l'UE. Je vote donc pour.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection au renouvellement de l'autorisation du maïs OGM MON 810, dont la mise ou non sur le marché relève de la compétence des États membres, car elle se base sur le faux argument selon lequel la Commission aurait excédé ses pouvoirs en autorisant ce maïs. En effet, la Commission a totalement respecté la procédure en demandant à l'Autorité européenne de sécurité des aliments une étude sur l'innocuité de la plante pour la santé humaine et animale et pour l'environnement. Elle a ensuite proposé cette autorisation d'OGM au Conseil, qui ne l'a pas refusée.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Úgy gondolom, hogy amíg a génmódosított fajok és fajták termesztése nem bizonyul környezetvédelmi és gazdasági szempontból egyaránt kiemelkedően előnyösnek az európai gazdák számára, addig nincs értelme felvállalni még a legkisebb kockázatot sem az engedélyezésükkel. Az európai közvélemény nagyobbik része még nem igazán fogadta el a modern mezőgazdasági módszereket és azok bizonyítatlan veszélyeit, és úgy gondolom, ezt nekünk, törvényhozóknak szem előtt kell tartanunk.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have abstained from voting on this motion for a resolution that authorises the placing on the market of products containing, consisting of, or produced from genetically modified maize MON 810 seeds following a risk evaluation to human health and biodiversity.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. — Аз подкрепих тази резолюция, инициирана от комисията по околна среда, обществено здраве и безопасност на храните, защото вярвам, че без ефективен механизъм за контрол в рамките на вътрешния пазар, който може да гарантира, че продукти, които са забранени за отглеждане в дадена държава членка не представляват опасност и не противоречат на тази забрана или не крият риск за нейното нарушаване, не може и не трябва да се процедира към оторизиране на пускането на пазара семена от тази забранена култура.

Култивирането на генетично модифицираната царевица MON 810 е забранено на територията на 19 държави членки на ЕС. Една от тези държави е моята - България. Българската общественост е твърдо против използването на подобни култури. Единният европейски пазар може да функционира само, когато неговите условия биват приети от всички негови участници, без риск за нарушаване на техните правни и морални закони. Тази култура не отговаря на тези условия.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diese Entschließung ausgesprochen, da die von der EFSA durchgeführte Risikobewertung des Anbaus unvollständig ist und die von der Kommission vorgeschlagenen Empfehlungen zum Risikomanagement mangelhaft sind. Die Kommission wird aufgefordert, den Durchführungsbeschluss zurückzuziehen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Ei toetanud. Geneetiliselt muundatud toodete ükshaaval reguleerimine ei ole efektiivne ega otstarbekas.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment, but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Pur prendendo in considerazione gli aspetti contenuti nella obiezione presentata, avente ad oggetto il rinnovo dell'autorizzazione per semi di granturco geneticamente modificato MON 810, non mi sento di appoggiare pienamente la proposta. Pertanto, intenderei astenermi.

Alojz Peterle (PPE), *pisno*. – Ugovor sem podprl, ker menim, da osnutek izvedbenega sklepa Komisije presega izvedbena pooblastila, določena v Uredbi (ES) št. 1829/2003.

Komisija bi morala osnutek izvedbenega sklepa o odobritvi gensko spremenjene koruze umakniti, ker ni podana podlaga za zagotavljanje visoke ravni varovanja življenja in zdravja ljudi, zdravja in dobrobiti živali, okolja in interesov potrošnikov v zvezi z gensko spremenjeno hrano in krmo, ob hkratnem zagotavljanju nemotenega delovanja notranjega trga.

Tudi sicer GSO ne prepoznavam kot del rešitve problemov, s katerimi se soočata kmetijski in prehrambeni sektor.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala sam ovu rezoluciju budući da smatram kako nacrt provedbene odluke prekoračuje ovlasti predviđene Uredbom (EZ) br. 1829/2003, a nije ni spojiv s njezinim ciljevima o predviđanju osnove za visoku razinu zaštite zdravlja i života ljudi, zdravlja i dobrobiti životinja, okoliša i interesa potrošača u pogledu genetski modificirane hrane i hrane za životinje te istodobnom učinkovitom funkcioniranju unutarnjeg tržišta.

Podsjećam, Povjerenstvo EFSA-e za GMO svake godine ponavlja svoje preporuke za praćenje učinka na okoliš po stavljanju na tržište kukuruza MON 810, a treba imati na umu i činjenicu da je sama EFSA u svojem znanstvenom mišljenju izuzela unakrsno oprašivanje kod kukuruza te tako previdjela potencijalne rizike za biološku raznolikost.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – EFSA je u svojem znanstvenom mišljenju o kukuruzu MON 810 proizvoljno iz razmatranja izuzela unakrsno oprašivanje kod kukuruza te time previdjela potencijalne rizike za biološku raznolikost. Populacije teozinte mogu postati primatelji transgenskog DNK koji potječe od MON 810, koji se uzgaja u Španjolskoj u nekim regijama u kojima se teozinta neobuzdano širi, te time proizvoditi toksin Bt, te omogućiti veću sposobnost opstanka hibridima kukuruza i hibridima teozinte u usporedbi s autohtonim biljkama teozinte – takav scenarij ima ozbiljne rizike za poljoprivrednike i okoliš. Povjerenstvo EFSA-e za GMO svake godine uzalud ponavlja svoje preporuke za praćenje učinka na okoliš nakon stavljanja na tržište kukuruza MON 810 te važnost nacionalnih registara uzgoja GMO-a.

Smatram da se nacrtom provedbene odluke Komisije prekoračuju provedbene ovlasti predviđene Uredbom. Procjena rizika uzgoja koju je provela EFSA nije cjelovita te preporuke za upravljanje rizikom koje je iznijela Komisija nisu odgovarajuće. Nacrt provedbene odluke Komisije nije u skladu s pravom Unije jer je nespojiv s ciljem Uredbe – predvidjeti osnovu za visoku razinu zaštite zdravlja i života ljudi, zdravlja i dobrobiti životinja, okoliša i interesa potrošača u pogledu genetski modificirane hrane i hrane za životinje te pritom zajamčiti učinkovito funkcioniranje unutarnjeg tržišta.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O cultivo do milho OGM MON810 está proibido na Bélgica (Valónia), na Bulgária, na Dinamarca, na Alemanha (com exceção do cultivo para investigação), na Grécia, na França, na Croácia, na Itália, em Chipre, na Letónia, na Lituânia, no Luxemburgo, na Hungria, em Malta, na Holanda, na Áustria, na Polónia, na Eslovénia, na Irlanda do Norte, na Escócia e no País de Gales.

Há uma falta de monitorização ambiental após a comercialização, conforme a Autoridade Europeia para a Segurança Alimentar (AESA) constata no relatório PMEM (Post-market Environmental Monitoring) de 2014, que refere a não conformidade em relação, por exemplo, à implementação de refúgios sem BT em Espanha, como foi observado em anos anteriores, havendo registo de limitações metodológicas semelhantes às encontradas nos relatórios PMEM anuais anteriores sobre o milho MON810.

Acresce a isto o facto de a AESA ter excluído arbitrariamente a polinização cruzada do milho do âmbito dos seus pareceres científicos, não olhando assim para todos os riscos potenciais para a biodiversidade decorrentes do cultivo deste OGM.

Considera, por isso, esta resolução que a avaliação de risco sobre o cultivo realizado pela AESA é incompleta e as recomendações de gestão dos riscos propostas pela Comissão Europeias são inadequadas.

Votámos favoravelmente.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection. En effet, la Commission européenne n'a pas excédé ses pouvoirs et a bien respecté la procédure d'autorisation d'OGM, grâce notamment à l'avis de l'Autorité européenne de sécurité des aliments. Pour rappel, cette proposition d'autorisation de mise sur le marché a été transmise au Conseil qui ne l'a pas rejetée. Aussi, ces objections utilisées par des groupes politiques comme les Verts n'ont pas de réel effet car elles portent sur des actes d'exécution. Plus globalement, je souhaite rappeler que la France interdit la culture d'OGM, et ce bien qu'elle en importe.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment, but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei contra, uma vez que o milho geneticamente modificado MON 810, tal como descrito no pedido, exprime a proteína Cry1Ab, derivada do Bacillus thuringiensis subsp. kurstaki, que confere proteção contra determinadas pragas de insetos lepidópteros, incluindo a variante europeia da broca do milho (Ostrinia nubilalis) (BCE) e Sesamia spp.

Tendo em consideração os termos do artigo 26.º-C, n.º 2, da Diretiva 2001/18/CE, o cultivo do milho geneticamente modificado MON 810 é proibido nos seguintes territórios: Região da Valónia (Bélgica); Bulgária; Dinamarca; Alemanha (exceto para efeitos de investigação); Grécia; França; Croácia; Itália; Chipre; Letónia; Lituânia; Luxemburgo; Hungria; Malta; Países Baixos; Áustria; Polónia; Eslovénia; Irlanda do Norte (Reino Unido); Escócia (Reino Unido); País de Gales (Reino Unido).

No seu parecer científico adotado em 28 de maio de 2015, que atualiza as recomendações de gestão dos riscos para limitar a exposição dos lepidópteros não visados com problemas de conservação em habitats protegidos, a AESA indicou que «atualmente, os dados disponíveis não são suficientes para permitir inserir a mortalidade das larvas relacionada com o Bt no contexto da mortalidade global».

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Comme 45 autres députés européens, je me suis abstenue sur le renouvellement du maïs OGM MON810. Je partage évidemment les préoccupations exprimées par la majorité de la plénière au sujet des carences de la procédure actuelle d'autorisation des OGM au niveau de l'UE. C'est d'ailleurs la raison pour laquelle j'ai soutenu les trois autres objections à l'autorisation de la culture de nouveaux OGM (deux maïs et un coton) sans réelle évaluation scientifique visant des OGM dits «empilés» contenant plusieurs transgènes.

Mais le maïs MON810 est une exception. Seul OGM cultivé en Europe, depuis 1998, il représente moins de 0,10 % des surfaces agricoles, et j'ai estimé qu'il n'était pas nécessaire pour le Parlement européen de délivrer un message «à ce point» négatif à l'égard d'une technique certes imparfaite, mais dont l'impact négatif sur la santé n'a jamais été démontré.

En revanche, des inquiétudes réelles sont à souligner en ce qui concerne l'absence de mesures concrètes prises par l'Espagne, où la majeure partie du maïs GM est cultivée, par rapport aux distances de protection, aux zones tampons ou encore aux informations obligatoires pour les autorités ou les fermes voisines. Une question avant tout nationale.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriuo prieštaraujama Europos Komisijos parengtam sprendimui atnaujinti leidimą auginti bendrovės „Monsanto Europe S. A." genetiškai modifikuotus kukurūzus MON 810. Europos Parlamentas mano, kad Komisijos įgyvendinimo sprendimo projektas neatitinka Sąjungos teisės, nes jis nesuderinamas su Reglamento (EB) Nr. 1829/2003 tikslu, pagal kurį, remiantis Reglamente (EB) Nr. 178/2002 nustatytais bendraisiais principais, siekiama parengti bazę, leidžiančią užtikrinti aukštą žmonių gyvenimo ir sveikatos, gyvūnų sveikatos ir gerovės, aplinkos ir vartotojų interesų apsaugos lygį genetiškai modifikuoto maisto ir pašarų atžvilgiu, tuo pačiu užtikrinant veiksmingą vidaus rinkos darbą.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O caso do milho geneticamente modificado designado MON 810 (MON-ØØ81Ø-6) (D046170/00) é um caso semelhante aos descritos nos relatórios previamente votados (sementes Bt11 e 1507).

Também nesta votação segui a indicação do meu grupo político, no sentido da não oposição à decisão da Comissão.

Este tipo de milho geneticamente modificado exprime a proteína Cry1Ab, que confere proteção contra determinadas pragas de insetos lepidópteros, incluindo a variante europeia da broca do milho (Ostrinia nubilalis).

Em julho de 2016, a Comissão solicitou à Autoridade Europeia para a Segurança dos Alimentos (AESA) que avaliasse, até fins de setembro de 2016, se, com base na literatura científica existente e em quaisquer outras informações pertinentes, surgiram novos elementos suscetíveis de alterar as conclusões e as recomendações dos pareceres científicos da AESA sobre o cultivo dos milhos geneticamente modificados MON 810, Bt11, 1507 e GA21.

A AESA não teceu declarações contrárias às apresentadas até então, pelo que considero não haver razões para que a decisão da Comissão, no que à renovação da autorização diz respeito, seja rejeitada. Esta minha posição está, naturalmente, sujeita às alterações que considerar adequadas, caso surjam novos elementos científicos que assim o justifiquem.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – El uso de semillas transgénicas se enmarca en un debate más de fondo, que se puede abordar desde tres ángulos: el de la salud, el del medioambiente y el del impacto socioeconómico. He votado a favor de la objeción porque cuando hablamos de permitir la comercialización de semillas transgénicas hablamos de profundizar en este modelo insostenible, de abusos, de royalties, de dependencia de agroquímicos; y socialmente perverso. Sabemos que las semillas modificadas genéticamente no se comercializarán en beneficio de los agricultores, de los consumidores, de la sociedad, del medioambiente sino para el lucro de un gigante como Monsanto. Un gigante cuya fusión con Bayer supondrá la creación de un monstruo cuyas consecuencias para el sistema agroalimentario mundial ni siquiera somos capaces de prever.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción a la renovación de la autorización de las semillas del maíz modificado genéticamente MON 810 porque estoy totalmente en contra de los organismos modificados genéticamente y, por tanto, de nuevas autorizaciones de los mismos.

La evaluación realizada por la EFSA subraya la carencia de datos y la renovación de la autorización de cultivo de sus semillas se basan en un acto jurídico que ha demostrado ser disfuncional (1829/2003).

Además, es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando correctamente. Por todo ello, estoy a favor de ésta y cualquier objeción que se proponga en relación con la autorización de OMG, y he votado en consecuencia.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today, I voted against the objection pursuant to Rule 106 on the placing on the market of genetically modified maize MON 810 seeds, as the risk assessment conducted by the European Food Safety Agency (EFSA) concluded that the cultivation of these GM crops is unlikely to pose a danger to human and animal health or to the environment.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Hlasoval som za prijatie tohto uznesenia. Súhlasím s tým, že Európsky parlament žiada Komisiu, aby stiahla svoj návrh vykonávacieho rozhodnutia o obnovení povolenia na uvedenie semien geneticky modifikovanej kukurice MON 810 na trh na účely pestovania. Súhlasím so stanoviskom, podľa ktorého návrh vykonávacieho rozhodnutia Komisie nie je v súlade s právnymi predpismi Únie, pretože nie je zlučiteľný s cieľom nariadenia (ES) č. 1829/2003, ktorý podľa všeobecných zásad uvedených v nariadení (ES) č. 178/2002 spočíva v tom, že poskytne základ na zabezpečenie vysokej miery ochrany ľudského života a zdravia, zdravia a dobrých životných podmienok zvierat, životného prostredia a záujmov spotrebiteľov v súvislosti s geneticky modifikovanými potravinami a krmivami a súčasne zabezpečí efektívne fungovanie vnútorného trhu.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Súhlasila som s námietkou proti vykonávaciemu rozhodnutiu Komisie, ktorým sa malo znovu povoliť pestovanie geneticky modifikovanej kukurice. Domnievam sa totiž, že by sme sa mali pridržiavať zásady, že kým nemáme dostatok informácií o vplyvoch takýchto plodín na ľudské zdravie alebo životné prostredie, nemali by sa na území Európy vôbec pestovať. V tomto prípade podala spoločnosť Monsanto Europe tri žiadosti o obnovenie povolenia existujúcich potravín, zložiek potravín a krmív vyrobených z geneticky modifikovanej kukurice. Pestovanie tejto konkrétnej geneticky modifikovanej kukurice MON 810 sa zakazuje na viacerých územiach členských štátov EÚ okrem iných aj v Rakúsku, Maďarsku či Poľsku. Na druhej strane Francúzsko povolilo tento typ kukurice už v roku 1998. Ukazuje sa však, že peľ rastlín sa môže šíriť do veľkých diaľok a môže dochádzať k samovoľnému kríženiu s inými rastlinami. Ak by k takému kríženiu a šíreniu došlo, môže dôjsť k ohrozeniu biologickej diverzity a môže to predstavovať aj riziká pre poľnohospodárov. Keďže na základe súčasných metód kontroly výsadby GMO kukurice nevieme zaručiť dostatočnú mieru ochrany ľudského života a zdravia, Komisia by takéto rozhodnutia o GMO nemala vydávať. Preto zastávam názor, že Komisia by svoje vykonávacie rozhodnutie mala stiahnuť a predložiť nový legislatívny návrh, ktorý bude lepšie zohľadňovať špecifiká pestovania GMO plodín.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Evropski parlament je uspešno izrazil nestrinjanje z dovoljenjem za pet prehranskih in krmnih izdelkov iz gensko spremenjenih organizmov. Med njimi so tudi semena gensko spremenjene koruze MON 810, s katerimi se ukvarja ta resolucija.

Evropska komisija je hkrati zavrnila poziv k spremembi postopka odobritve uporabe posameznih gensko spremenjenih organizmov, saj Evropski parlament meni, da postopek trenutno ni demokratičen, saj odločitve sedaj sprejema Komisija. Prav tako obstaja določeno pomanjkanje podatkov glede uporabe in uvoza gensko spremenjenih organizmov, saj Komisija v takšnih primerih le redko podatke deli z Evropskim parlamentom.

V povezavi z gensko spremenjenimi organizmi, ki jih želi Komisija odobriti za uporabo, trenutno raziskave opravlja tudi Evropska agencija za varnost hrane. Ker menim, da je treba našo hrano ohraniti varno in zdravo, sem glasoval za resolucijo parlamenta, ki si prizadeva za to, da dovoljenje za uporabo ne bi bilo sprejeto.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Uzimajući u obzir Nacrt Komisije o provedbenoj odluci o obnavljanju ovlaštenja za stavljanje na tržište genetski modificiranog sjemena kukuruza MON 810 (MON-ØØ81Ø-6) za uzgajanje te budući da će prema članku 26.c stavku 2. Direktive 2001/18/EC uzgajanje genetski modificiranog kukuruza MON 810 biti zabranjeno na teritorijima određenih država članica, uključujući i Hrvatsku, nacrt Komisije nadilazi provedbene ovlasti ostvarene Regulativom (EZ) br. 1829/2003.

Osim toga, procjena rizika uzgoja Europske agencije za sigurnost hrane je nepotpuna, a nacrt Komisije o provedbenoj odluci nije usklađen s ciljevima Regulative (EZ) br. 1829/2003 kojom bi se osigurala visoka zaštita ljudskog zdravlja i života, životinja, okoliša i potrošača povezanih s genetski modificiranom hranom istovremeno osiguravajući efikasno funkcioniranje unutarnjeg tržišta.

Stoga podržavam prigovor i rezoluciju Europskog parlamenta o nacrtu Komisije o provedbenoj odluci o obnavljanju ovlaštenja za stavljanje na tržište genetski modificiranog sjemena kukuruza MON 810 (MON-ØØ81Ø-6) za uzgajanje.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Είμαστε εναντίον κάθε απόπειρας απελευθέρωσης των ΓΤΟ και καλούμε μάλιστα το Ευρωκοινοβούλιο να κρατήσει ακόμα σκληρότερη στάση και να εμποδίσει τις απόπειρες της Επιτροπής να επιτρέψει πλαγίως την καλλιέργεια τους εντός της Ένωσης.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a géntechnológiával módosított MON 810 (MON-ØØ81Ø-6) kukoricaszemek termesztés céljából történő forgalomba hozatalára vonatkozó engedély megújításáról szóló bizottsági végrehajtási határozat tervezetéről szóló európai parlamenti állásfoglalási indítványt. Az indítvány leírja, hogy 2007. április 11-én és 18-án a Monsanto Europe S. A. benyújtott három kérelmet a Bizottság felé, a MON 810 kukoricából jelenleg előállított élelmiszerek, élelmiszer-összetevők és takarmányok forgalomba hozatali engedélyének megújítására. 2016. március 9-én a Monsanto Europe S. A. levelet küldött a Bizottságnak, melyben kérte, hogy a kérelem termesztésre vonatkozó részét külön kezeljék a kérelem többi részétől. Ez a géntechnológiával módosított kukorica tartalmazza a Bacillus thuringiensis kurstaki alfajtából származó Cry1Ab fehérjét, amely rezisztenciát biztosít a lepkék rendjébe tartozó egyes kártevőkkel szemben.

Az Európai Élelmiszerbiztonsági Hatóság (EFSA) szerint a bizonyítékok arra mutatnak, hogy a kibocsátott pollenek 95-99%-a pollen forrásától legfeljebb 50 méterre rakódnak le, ugyanakkor a vertikális szélmozgások vagy széllökések révén a szétszóródó pollen a légkörbe kerülhet és jelentős, akár több kilométeres távolságra is eljuthat. Egyetértek azzal, hogy a bizottsági végrehajtási határozat tervezete túllépi az 1829/2003/EK rendeletben meghatározott végrehajtási hatásköröket és hogy a termesztés EFSA által végzett értékelése hiányos. Mindezek miatt az állásfoglalás kéri a Bizottságot, hogy vonja vissza végrehajtási rendeletét.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Le Parlement européen, que je rejoins totalement sur ce dossier, considère que ce projet de décision d'exécution de la Commission excède les compétences d'exécution prévues dans la directive 2001/18/CE. L'analyse du risque relative à ces cultures réalisée par l'EFSA est incomplète et les recommandations de gestion du risque formulées par la Commission sont inadéquates.

De plus, le projet de décision d'exécution de la Commission n'est pas conforme au droit de l'Union. Nous rejetons donc cette demande!

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The objection proposed by the Environment, Public Health and Food Safety committee against the renewing of authorisation for the use of genetically modified maize MON 810 seeds in the European market is part of a larger theme of systematically opposing GM authorisations on mainly procedural grounds, and is not the right way to force the Commission to change the EU-level authorisation regime. I voted against the motion to object the proposal, as I believe that as long as there are no convincing scientific reasons to object to a GM authorisation, I will continue to follow the advice given by the European Food and Safety Agency.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam prigovor na produljenje odobrenja za sjeme genetski modificiranog kukuruza MON 810, budući da je navedeno sjeme upisano u registar Zajednice genetski modificirane hrane i hrane za životinje. Naime, pojedine države članice Europske unije zabranile su uzgoj i uporabu genetski modificiranih usjeva i hrane te smatram da Komisija mora poštovati njihovu odluku.

Osim toga, držim da bi svim institucijama Europske unije, pa tako i Komisiji, na prvom mjestu trebala biti visoka razina zaštite života i zdravlja građana, očuvanje i zaštita okoliša te zaštita potrošača. Iako Europska unija ima jedne od najstrožih propisa o genetski modificiranim proizvodima u svijetu, smatram da države članice moraju, uz pomoć stručnjaka, same odlučiti žele li te proizvode na svojem tržištu.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Ugovor v skladu s členom 106 Poslovnika: obnovitev odobritve za dajanje na trg za gojenje semen gensko spremenjene koruze MON 810 sem podprla. Družba Monsanto Europe SA v skladu s členoma 11 in 23 Uredbe (ES) št. 1829/2007 11. in 18. aprila 2007 Komisiji predložila tri vloge, in sicer za obnovo odobritve obstoječih živil, živilskih sestavin in krme, proizvedene iz koruze MON 810.

Osnutek izvedbenega sklepa Komisije ni v skladu s pravom Unije, saj ni skladen s ciljem Uredbe (ES) št. 1829/2003, ki je – v skladu s splošnimi načeli iz Uredbe (ES) št. 178/2002 — dati podlago za zagotavljanje visoke ravni varovanja življenja in zdravja ljudi, zdravja in dobrobiti živali, okolja in interesov potrošnikov v zvezi z gensko spremenjeno hrano in krmo, ob hkratnem zagotavljanju nemotenega delovanja notranjega trga.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – El uso de semillas transgénicas se enmarca en un debate más de fondo, que se puede abordar desde tres ángulos: el de la salud, el del medioambiente y el del impacto socioeconómico. He votado a favor de la objeción porque cuando hablamos de permitir la comercialización de semillas transgénicas hablamos de profundizar en este modelo insostenible, de abusos, de royalties, de dependencia de agroquímicos; y socialmente perverso. Sabemos que las semillas modificadas genéticamente no se comercializarán en beneficio de los agricultores, de los consumidores, de la sociedad, del medioambiente sino para el lucro de un gigante como Monsanto. Un gigante cuya fusión con Bayer supondrá la creación de un monstruo cuyas consecuencias para el sistema agroalimentario mundial ni siquiera somos capaces de prever.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Malgré les objections systématiques, la Commission persiste à délivrer des autorisations pour la culture ou les importations d'OGM.

Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. Ces objections contribuent à démasquer l'hypocrisie des parlementaires majoritaires (qui entretiennent la Commission) face au totalitarisme de l'Union Européenne.

Je vote POUR cette objection.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Żywność genetycznie modyfikowana może mieć negatywny wpływ na ludzi, zwierzęta oraz środowisko i powinna być pod tymi względami szczegółowo kontrolowana. Mam wątpliwości, czy Komisja powinna dopuścić do obrotu kolejne rodzaje żywności i paszy genetycznie modyfikowanej. Dlatego opowiedziałem się przeciwko wprowadzeniu nasion kukurydzy MON 810 i zagłosowałem za sprzeciwem.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – El uso de semillas transgénicas se enmarca en un debate más de fondo, que se puede abordar desde tres ángulos: el de la salud, el del medioambiente y el del impacto socioeconómico. He votado a favor de la objeción porque cuando hablamos de permitir la comercialización de semillas transgénicas hablamos de profundizar en este modelo insostenible, de abusos, de royalties, de dependencia de agroquímicos; y socialmente perverso. Sabemos que las semillas modificadas genéticamente no se comercializarán en beneficio de los agricultores, de los consumidores, de la sociedad, del medioambiente sino para el lucro de un gigante como Monsanto. Un gigante cuya fusión con Bayer supondrá la creación de un monstruo cuyas consecuencias para el sistema agroalimentario mundial ni siquiera somos capaces de prever.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted in favour of the GMO import objection as I have decided to object systematically to any GM import authorisation. This was following the EP rejection of the EC proposal to renationalise instead of democratise the authorisation procedure. In relation to the GMO cultivation I also decided to object as all three maizes are Bt maizes: they all themselves produce the Bt toxin that enables them to be 'pest-resistant', meaning they are themselves toxic to the targeted pests – but also the non-targeted, even if those ones are protected or pollinate.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the objection pursuant to Rule 106(2) and (3) of the Rules of Procedure on the draft Commission implementing decision renewing the authorisation for the placing on the market for cultivation of genetically modified maize MON 810 (MON-ØØ81Ø-6) seeds (D046170/00 – 2016/2921(RSP)). I voted in favour of the objection because I believe that the EFSA assessment of maize MON 810 seeds lacks data. In addition, possible cross-contamination by an invasive plant carrying Bacillus thuringiensis (Bt) toxin, used as a pesticide, poses major risks for farmers and the environment.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción a la renovación de la autorización de las semillas del maíz modificado genéticamente MON 810 porque estoy totalmente en contra de los organismos modificados genéticamente y, por tanto, de nuevas autorizaciones de los mismos.

La evaluación realizada por la EFSA subraya la carencia de datos y la renovación de la autorización de cultivo de sus semillas se basan en un acto jurídico que ha demostrado ser disfuncional (1829/2003).

Además, es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando correctamente. Por todo ello, estoy a favor de ésta y cualquier objeción que se proponga en relación con la autorización de OMG, y he votado en consecuencia.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Somos a favor desta oposição, e de qualquer objeção futura à autorização de OGM, por uma questão de princípio, mas igualmente com o propósito de mostrar à Comissão Europeia a necessidade de corrigir a legislação aprovada recentemente com uma proposta legislativa que irá respeitar o direito de um indivíduo não autorizar OGM para alimentos no seu território.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Die im Entschließungsantrag vorgetragenen Einwände gegen das Inverkehrbringen der in Rede stehenden genetisch veränderten Produkte sind stichhaltig und legen zwingend die Ablehnung des einschlägigen Durchführungsbeschlusses der Kommission nahe. Dem hier vorgelegten Entschließungsantrag wird deshalb zugestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted against a ban on pest-resistant maize as we agree with EFSA's assessment that they are unlikely to pose risks to human, animal health or the environment, while limiting the need for use of pesticides. Moreover, the Commission attached stringent conditions for use of these GMOs in their authorisation decisions. I continue to take the issue of GMOs with the utmost seriousness, and will continue to oppose GMO use that is deemed harmful or potentially dangerous.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted against this motion for a resolution. It is very important that Europe can ensure its own food supply. At the same time, this needs to be done in an efficient and sustainable manner. Science helps us in achieving this goal. It is important that those products that are developed in this regard are safe for both consumers and the environment. Such an assessment, research and consequent conclusions need to be based on scientific processes and empirical evidence. It is EFSA's task and responsibility to ensure that this is the case. This is the reason why it was established by the institutions of the European Union. In this case, EFSA has, at the request of the European Commission, duly assessed this GMO and concluded that it is safe. In my view, EFSA is the appropriate authority to give recommendations on these matters and likewise the Commission is the relevant authority to act on them. Therefore I have voted against this proposal that would go against EFSA's judgement.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Námietku Európskeho parlamentu voči vykonávaciemu rozhodnutiu Komisie, ktorým Komisia obnovuje povolenie pre semená geneticky modifikovanej kukurice, som podporila. Môj názor na geneticky modifikované organizmy sa nemení, pretože zatiaľ neexistujú dostatočné dôkazy týkajúce sa ich zdravotnej neškodnosti. Rovnako nemáme dostatočne určité informácie o ich účinkoch na životné prostredie. Práve preto súhlasím s názorom, že za daných okolností, keď posudzovanie rizík nie je dôkladné a úplné, Európska komisia pri tomto vykonávacom nariadení prekročila svoje právomoci a už vôbec nekonala v súlade so zásadou predbežnej opatrnosti, ktorá je absolútne nevyhnutá v prípadoch, keď môže byť ohrozené ľudské zdravie.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei a favor de todas as objeções nos termos do artigo 106.º do Regimento, por concordar com a oposição a substâncias geneticamente modificadas para as quais não existam ainda resultados científicos sólidos que permitam autorizá-las sem comprometer a saúde pública.

Por conseguinte, enquanto a Comissão não propuser um novo quadro legislativo para estas substâncias, o grupo socialista europeu continuará de forma concertada a apoiar estas objeções.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. — Ancora una volta dobbiamo lottare per impedire che venga autorizzata l'immissione sul mercato di mais di sementi di granturco geneticamente modificato MON 810. Si tratta di un mais geneticamente modificato tollerante all'erbicida glufosinato ammonio. Erbicida che è stato classificato come tossico ai fini della riproduzione e per tale ragione risponde ai criteri che dovrebbero portarne all'esclusione del rinnovo dell'autorizzazione alla commercializzazione nel 2017. Le conseguenze sono di portata talmente tanto imprevedibile e potenzialmente disastrose da esser già stata vietata in molti degli Stati membri. Gli OGM sono un interesse di pochi, sono le grandi aziende del biotech contro i piccoli agricoltori locali. Chi coltiva mais geneticamente modificato può facilmente contaminare non solo i propri vicini, ma anche campi a chilometri di distanza, causando pesantissimi danni economici agli altri agricoltori. Lotto per un'agricoltura che salvaguardi le eccellenze locali creando ritorno economico per gli agricoltori e il territorio e con il mio voto favorevole a questa risoluzione, promossa insieme ai miei colleghi del M5S, ribadisco un no secco agli organismi geneticamente modificati in Europa.

6.9. Einwände gemäß Artikel 106 GO: Erneuerung der Zulassung von Erzeugnissen aus genetisch verändertem Mais der Sorte MON 810 (B8-1084/2016)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La proposta legislativa del 22 aprile 2015 che modifica il regolamento (CE) n. 1829/2003 è stata respinta dal Parlamento il 28 ottobre 2015 per il fatto che, mentre la coltivazione degli OGM avviene necessariamente sul territorio di uno Stato membro, il loro commercio oltrepassa le frontiere, il che significa che un divieto nazionale di «vendita e uso» proposto dalla Commissione sarebbe impossibile da applicare senza reintrodurre i controlli alle frontiere sulle importazioni. La proposta di risoluzione sostiene chiede pertanto di ritirare il progetto di decisione di esecuzione della Commissione, in quanto non conforme al diritto dell'Unione, essendo incompatibile con la garanzia di un elevato livello di protezione della vita e della salute umane, della salute e del benessere degli animali, dell'ambiente e degli interessi dei consumatori in relazione agli alimenti e ai mangimi geneticamente modificati. Per questi motivi ho votato a favore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment, but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción a la renovación de la autorización de los productos del maíz modificado genéticamente MON 810 porque estoy totalmente en contra de los organismos modificados genéticamente y, por tanto, de nuevas autorizaciones de los mismos.

La evaluación realizada por la EFSA subraya la carencia de datos y la renovación de autorización de importación de sus productos de se basan en un acto jurídico que ha demostrado ser disfuncional (1829/2003).

Además, es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando correctamente. Por todo ello estoy a favor de ésta y cualquier objeción que se proponga en relación con la autorización de OMG, y he votado en consecuencia.

Martina Anderson and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this GMO authorisation objection. It is absurd that the European Commission continues to propose authorisations of GMOs under a system which they themselves have admitted is flawed. It is essential that Mr Juncker listens to the European Parliament's call for a new proposal and that the EU GMO authorisation procedure is overhauled completely.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Je m'oppose à l'importation du maïs MON 810, comme je m'oppose à son autorisation de mise sur le marché, pour les risques évoqués de contamination croisée à la toxine Bt. Les maïs Bt sont des variétés auxquelles la modification d'un gène confère une résistance aux principaux insectes nuisibles du maïs, entre autres la pyrale.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the motion for a resolution objecting to the draft Commission implementing decision authorising the placing on the market of genetically modified maize MON 810 products. In 2015 the Commission, in the explanatory memorandum to its legislative proposal amending Regulation (EC) No 1829/2003, deplored the fact that since the entry into force of the Regulation, authorisation decisions had been adopted by the Commission without the support of opinions of Member State committees. However, the Commission's legislative proposal amending the Regulation was rejected by the European Parliament on the grounds that, while cultivation necessarily takes place on a Member State's territory, GMO trade crosses borders, which means that a national sales and use ban proposed by the Commission could be impossible to enforce without reintroducing border checks on imports. I supported this motion for a resolution considering that the draft Commission implementing decision is not consistent with Union law and also exceeds the implementing powers provided for in Regulation (EC) No 1829/2003. I welcome the call on the Commission to withdraw its draft implementing decision and to submit a new legislative proposal which takes into account frequently expressed national concerns.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της ένστασης σύμφωνα με το άρθρο 106 του Κανονισμού, σχετικά με την ανανέωση της άδειας για προϊόντα γενετικώς τροποποιημένου αραβοσίτου της σειράς MON 810, διότι η αξιολόγηση των κινδύνων της καλλιέργειας ήταν ατελής και οι συστάσεις διαχείρισης κινδύνου τις οποίες πρότεινε η Επιτροπή ανεπαρκείς.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Cinq objections sont présentées par le Parlement sur des autorisations de culture ou d'importations d'OGM de maïs ou de blé.

Malgré les objections systématiques, la Commission persiste à délivrer des autorisations pour la culture ou les importations d'OGM. Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. Ces objections contribuent à démasquer l'hypocrisie des parlementaires majoritaires (qui entretiennent la Commission) face au totalitarisme de l'Union européenne. J'ai donc voté pour ces nouvelles objections.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Given that I have no specialist knowledge of the seeds concerned, and having concerns about the use of delegated acts, I felt it appropriate to follow the advice of officials and abstain on this matter.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette objection visant à ne pas renouveler l'autorisation d'importation et de mise sur le marché d'un maïs résistant aux herbicides. Son utilisation pourrait avoir des effets néfastes sur les utilisateurs et consommateurs.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment, but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Cinq objections sont présentées par le Parlement sur des autorisations de culture ou d'importations d'OGM qui présentent différentes propriétés. L'OGM tolérant à un herbicide ou deux qui va bientôt être interdit n'a pas grand intérêt et, qui plus est, s'avère dangereux pour la biodiversité. La surveillance des effets sur la nature est insuffisante, l'évaluation de l'EFSA est toujours aussi minime et aussi contraire à une souveraineté alimentaire.

En l'occurrence, j'ai voté pour cette objection au renouvellement de l'autorisation de produits du maïs génétiquement modifié MON 810.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Le Parlement européen, que je rejoins totalement sur ce dossier, considère que ce projet de décision d'exécution de la Commission excède les compétences d'exécution prévues dans la directive 2001/18/CE. L'analyse du risque relative à ces cultures réalisée par l'EFSA est incomplète et les recommandations de gestion du risque formulées par la Commission sont inadéquates.

De plus, le projet de décision d'exécution de la Commission n'est pas conforme au droit de l'Union. Nous rejetons donc cette demande!

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – Yo no me posiciono a favor ni en contra de los transgénicos. Me posiciono a favor de la ciencia. En la Unión hemos creado una agencia para este tipo de cometidos: la AESA (EFSA en sus siglas en inglés) donde queda reflejada la opinión de científicos independientes que velan y garantizan la seguridad alimentaria en la Unión.

Hace apenas unos meses más de un centenar de premios Nobel animaban a reconocer las conclusiones de las instituciones científicas competentes y abandonar las campañas contra los organismos modificados genéticamente sin suficiente apoyo científico.

Se tienen que analizar los diferentes productos caso por caso, y no generalizar ni simplificar el debate.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore dell'obiezione al rinnovo dell'autorizzazione per il granturco geneticamente modificato MON 810. Ritengo che l'attuale quadro normativo non consenta alla Commissione e all'EFSA di fornire adeguate valutazioni sull'impatto degli OGM. Nel caso del granturco MON 810, in particolare, il problema è costituito dalla presenza della proteina Cry1Ab, derivata dal Bacillus thuringiensis, che conferisce protezione dalla predazione di alcuni parassiti dell'ordine dei lepidotteri. La mancanza di studi a lungo termine sull'alimentazione e la tossicità e un'insufficiente valutazione dei rischi mi hanno spinto a votare a favore dell'obiezione, riaffermando la necessità che la Commissione elabori al più presto una proposta completa sugli OGM al fine di valutare attentamente l'impatto ambientale e sanitario di queste tecnologie e stabilendo una nuova procedura per la loro autorizzazione.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – El uso de semillas transgénicas se enmarca en un debate más de fondo, que se puede abordar desde tres ángulos: el de la salud, el del medioambiente y el del impacto socioeconómico. He votado a favor de la objeción porque cuando hablamos de permitir la comercialización de semillas transgénicas hablamos de profundizar en este modelo insostenible, de abusos, de royalties, de dependencia de agroquímicos; y socialmente perverso. Sabemos que las semillas modificadas genéticamente no se comercializarán en beneficio de los agricultores, de los consumidores, de la sociedad, del medioambiente sino para el lucro de un gigante como Monsanto. Un gigante cuya fusión con Bayer supondrá la creación de un monstruo cuyas consecuencias para el sistema agroalimentario mundial ni siquiera somos capaces de prever.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer su labor a los ponentes de este informe sobre la renovación de la autorización de los productos del maíz modificado genéticamente MON 810. Este informe, así como los otros cuatro que hemos votado hoy sobre distintas objeciones, no deja indiferente a nadie. He sido coherente con mis votos precedentes en esta materia y he apoyado el informe del Parlamento Europeo donde se considera que el proyecto de Decisión de Ejecución de la Comisión excede las competencias de ejecución previstas en el Reglamento (CE) n.º 1829/2003.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Malgré les objections systématiques, la Commission persiste à délivrer des autorisations pour des cultures ou des importations d'OGM. Il s'agit ici d'objecter le renouvellement de l'autorisation de produits de maïs génétiquement modifié MON810 par le fabricant Monsanto. Le problème soulevé concerne la destruction de la biodiversité, j'ai donc voté pour.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho sostenuto col mio voto l'obiezione all'autorizzazione al rinnovo dell'autorizzazione per semi di granturco geneticamente modificato MON 810.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją, kurioje Europos Parlamentas mano, kad Komisijos įgyvendinimo sprendimas neatitinka Sąjungos teisės, nes jis nesuderinamas su Reglamento (EB) Nr. 1829/2003 tikslu, pagal kurį, remiantis Reglamente (EB) Nr. 178/2002 nustatytais bendraisiais principais, siekiama parengti teisinę bazę, leidžiančią užtikrinti aukštą žmonių gyvenimo ir sveikatos, gyvūnų sveikatos ir gerovės, aplinkos ir vartotojų interesų apsaugos lygį kalbant apie genetiškai modifikuotą maistą ir pašarus, tuo pačiu užtikrinant veiksmingą vidaus rinkos darbą. Parlamentas ragina Komisiją, remiantis Sutartimi dėl Europos Sąjungos veikimo, pateikti naują pasiūlymą dėl teisėkūros procedūra priimamo akto, kuriuo būtų iš dalies keičiamas Reglamentas (EB) Nr. 1829/2003 ir atsižvelgta į

dažnai nacionalinių institucijų pareikštą susirūpinimą dėl klausimų, kurie susiję ne tik su genetiškai modifikuotų organizmų (GMO) saugumu sveikatos ir aplinkos požiūriu.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A Magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban ellenzem a GMO-termékek engedélyezését, s úgy vélem, hogy a bizottsági végrehajtási határozattervezet nem felel meg az uniós jognak, mivel az nem egyeztethető össze az 1829/2003/EK rendelet célkitűzésével, ami a 178/2002/EK rendeletben meghatározott általános alapelvekkel összhangban az, hogy alapul szolgáljon az emberi élet és egészség, az állati egészség és jólét, a környezet és a géntechnológiával módosított élelmiszerekre és takarmányokra vonatkozó fogyasztói érdekek magas szintű védelméhez, miközben biztosítja a belső piac hatékony működését.

A jelentés felszólítja a Bizottságot, hogy vonja vissza végrehajtási határozattervezetét, ezért a fentiek értelmében szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Podprl sem tudi ugovor za obnovitev odobritve za dajanje na trg proizvodov iz gensko spremenjene koruze MON 810. Navedena koruza omogoča zaščito pred nekaterimi škodljivci iz reda Lepidoptera, med njimi tudi koruzno veščo (Ostrinia nubilalis) in metulji vrste Sesamia spp, a ocena učinka o koruzi MON 810, ki ga je izvedla EFSA, ne vsebuje navzkrižnega opraševanja koruze, kar povečuje tveganje za biotsko raznovrstnost.

Pri problematiki GSO tudi stroka nima enotnega mnenja, zato je pričakovano, da se tudi poslanci in druga javnost na teh vprašanjih delimo. Sem zagovornik previdnostnega načela pri GSO-jih, zato se mi zdi popolnoma nepotrebno, da se hitro skozi postopek spravlja taka občutljiva tema, kot je registracija proizvodov iz GSO koruze.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovaj izvještaj jer se radi o političkoj poruci Komisiji da Parlament neće podržati niti jedno novo odobrenje GMO kultura i proizvoda dok god se ne reformira proces davanja dozvola za prodaju GM hrane.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the Commission's decision renewing the authorisation for genetically modified maize MON 810 products because I stand for the protection of human life and health and the Commission's draft does not ensure the respect of those values and therefore does not respect Union law.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il granturco geneticamente modificato MON 810 produce la proteina Cry1Ab, derivata dal Bacillus thuringiensis, che conferisce protezione dalla predazione di alcuni parassiti dell'ordine dei lepidotteri, tra cui la piralide del granturco e la nottua del mais. Il progetto di decisione di esecuzione della Commissione è stato votato in sede di comitato permanente senza che fosse espresso alcun parere. Lo stesso è avvenuto in sede di comitato di appello, in cui 12 Stati membri erano a favore, 11 Stati membri contrari, 4 Stati membri astenuti e 1 Stato membro assente. I due principali motivi che hanno determinato il voto contrario o l'astensione degli Stati membri sono stati la mancanza di studi a lungo termine sull'alimentazione e la tossicità e un'insufficiente valutazione dei rischi. Inoltre, il progetto di decisione di esecuzione della Commissione non è conforme al diritto dell'Unione, non essendo compatibile con l'obiettivo di garantire un elevato livello di protezione della vita e della salute umane, della salute e del benessere degli animali, dell'ambiente e degli interessi dei consumatori. Pertanto, si chiede alla Commissione di ritirare il progetto di decisione di esecuzione e di presentare una nuova proposta legislativa per tenere conto delle preoccupazioni frequentemente espresse a livello nazionale.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le présent rapport propose d'adopter cinq objections sur des autorisations de culture ou d'importations d'OGM provenant notamment de Monsanto. Ces objections permettent notamment de mettre en lumière l'hypocrisie et le double discours des parlementaires européens des groupes majoritaires qui votent l'inverse de ce qu'ils promettent à leurs électeurs. J'ai voté en faveur de ces objections.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore dell'obiezione in questione perché ritengo che la valutazione del rischio della coltivazione effettuata dall'EFSA sia incompleta.

Inoltre, il rinnovo dell'autorizzazione per granturco geneticamente modificato MON810 minaccia l'agricoltura biologica e convenzionale non-GM europea. Secondo le nuove regole europee sull'uso degli OGM, una volta che un OGM è autorizzato per l'uso in Europa come alimento o come mangime, gli Stati membri hanno la possibilità di decidere se consentire o no che un determinato OGM venga usato nella loro catena alimentare (misure di opt-out).

Purtroppo, gli Stati membri che non hanno scelto di utilizzare le misure di opt-out per vietare la coltivazione di specifici OGM sul proprio territorio generalmente non hanno applicato misure efficaci per prevenire la contaminazione di mais non OGM o biologico. La Spagna, per esempio, dove viene coltivata la maggior parte del mais OGM in Europa, non ha regole specifiche rispetto alle distanze di isolamento, alle zone cuscinetto o alle informazioni obbligatorie per le autorità o i coltivatori adiacenti. L'esperienza dimostra che è quasi impossibile per gli agricoltori biologici e convenzionali coltivare mais in zone dove viene prodotto mais OGM MON810.

Chiedo quindi alla Commissione di ritirare il progetto di decisione di esecuzione.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of these objections to GMO authorisations. The European Commission has yet to propose a new authorisation procedure since its very weak proposal was rejected earlier this year. In spite of the fact that the EP called for a new proposal, the Commission continues to authorise GMOs under a flawed procedure which they themselves have admitted does not work. For these reasons I voted in favour of the objection.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution calling on the Commission to withdraw the draft implementing decision authorising the placing on the market of genetically modified maize MON 810 (MON-ØØ81Ø-6) products. The draft Commission implementing decision was voted on in the Standing Committee on 8 July 2016, with no opinion being delivered and two major reasons for a negative vote or abstention by the Member States were the lack of long-term feeding and toxicity studies and insufficient risk assessment. I call on the Commission to withdraw its proposal and to submit a new one.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La Commissione europea ha chiesto all'Autorità europea per la sicurezza alimentare (EFSA) di valutare se siano emersi nuovi elementi che modificherebbero le raccomandazioni dei pareri scientifici dell'EFSA relativa al rinnovo dell'autorizzazione per l'immissione in commercio per la coltivazione di sementi di granturco geneticamente modificato MON 810. La risoluzione del Parlamento europeo sul progetto di decisione di esecuzione della Commissione europea ritiene che la valutazione del rischio della coltivazione effettuata dall'EFSA sia incompleta e che le raccomandazioni in materia di gestione del rischio proposte dalla Commissione europea siano inadeguate e chiede perciò, di ritirare il progetto di decisione di esecuzione. Insieme alla delegazione M5S ho votato a favore della risoluzione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Το θέμα των Γενετικά Τροποποιημένων Οργανισμών (ΓΤΟ) είναι ιδιαίτερα σημαντικό κι έχει απασχολήσει την Ευρωπαϊκή Ένωση ήδη από τη δεκαετία του 1990. Πιστεύουμε πως στόχος των αρμόδιων αρχών των κρατών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης πρέπει να είναι ο έλεγχος και ο περιορισμός τυχόν αρνητικών επιπτώσεων από ΓΤΟ, αφήνοντας ταυτόχρονα περιθώρια για ερευνητική δράση στο νέο επιστημονικό τομέα της βιοτεχνολογίας ή και για χρήση στην αγορά, αν τα προϊόντα αποδειχθούν χρήσιμα και αβλαβή.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η ψηφοφορία σχετικά με τη διατύπωση αντίρρησης ως προς την ανανέωση της άδειας για προϊόντα γενετικώς τροποποιημένου αραβοσίτου της σειράς MON 810 είναι μια θετική κίνηση προς όφελος της υγείας των ευρωπαίων πολιτών, αφού αφορά την ενίσχυση των διαδικασιών ελέγχου της έγκρισης γενετικά τροποποιημένων οργανισμών. Ως εκ τούτου ψήφισα θετικά.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I rejected this objection as I support the EFSA and the European Commission's scientific GMO authorisation procedure.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment, but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – It transpires that the risk assessment of cultivation conducted by EFSA is incomplete and the risk management recommendations proposed by the Commission are inadequate; therefore, I agree that we should withdraw the Commission's draft implementing decision. I have consistently voted against placing on the market genetically modified organisms within the Community in line with the precautionary principle, which I believe should be followed in issues related to human health and the environment for our citizens.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción a la renovación de la autorización de los productos del maíz modificado genéticamente MON 810 porque estoy totalmente en contra de los organismos modificados genéticamente y, por tanto, de nuevas autorizaciones de los mismos.

La evaluación realizada por la EFSA subraya la carencia de datos y la renovación de autorización de importación de sus productos de se basan en un acto jurídico que ha demostrado ser disfuncional (1829/2003).

Además, es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando correctamente. Por todo ello estoy a favor de ésta y cualquier objeción que se proponga en relación con la autorización de OMG, y he votado en consecuencia.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Ritengo che le raccomandazioni della Commissione non siano adeguate e che debba essere presentata una nuova proposta legislativa che tenga maggiormente conto delle preoccupazioni frequentemente espresse a livello nazionale e che non si riferiscono soltanto alle questioni legate alla sicurezza degli OGM per la salute o l'ambiente. Pertanto ho espresso il mio parere contrario l'autorizzazione di alimenti, ingredienti alimentari e mangimi esistenti ottenuti a partire da granturco MON 810 sull'immissione in commercio di prodotti di granturco. È opportuno ricordare infatti che il granturco MON 810 è ancora vietato in molti paesi dell'Unione europea per la mancanza di studi a lungo termine sull'alimentazione e la tossicità e per un'insufficiente valutazione dei rischi.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Poparłem sprzeciw dotyczący odnowienia zezwolenia na produkty z genetycznie zmodyfikowanej kukurydzy MON 810. Uważam, że żadna nowa żywność lub pasza genetycznie modyfikowana nie powinna być dozwolona na mocy obowiązujących ram prawnych. Ramy te są jednymi z najbardziej restrykcyjnych na świecie, jeśli chodzi o ocenę ryzyka dla upraw i żywności GMO, co budzi moje zadowolenie. Uważam, że powinno to pozostać niezmienione, dlatego zagłosowałem za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The import authorisation renewal of products with maize MON 810 is being objected to. The assessment made by EFSA underlines the lack of data since herbicide tolerance is not assessed. MON 810's legal act has also proved to be weak. I believe that consumers should have the right to make informed decisions about what they are eating. I have voted in favour of this objection so as to reach public conclusions on maize MON 810 products' effects.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette objection vise à s'opposer à la mise sur le marché de l'OGM MON 810. Je suis contre cette objection dans la mesure où la Commission européenne a respecté son mandat dans le cadre de son pouvoir d'exécution accordé par le Parlement européen et le Conseil. Je regrette que cette résolution motivée par des considérations idéologiques ne prenne pas en compte les nombreuses mesures de précaution votées par le législateur européen en matière d'autorisation de mise sur le marché de nouveaux produits, ainsi que l'avis scientifique positif accordé par l'Autorité européenne de sécurité des aliments. Pour ces raisons, j'ai voté contre cette objection.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection visant à refuser la mise sur le marché de semences de maïs génétiquement modifiées, à des fins de culture. Cette objection s'appuie sur une accusation faite à la Commission: par cette autorisation, elle excéderait les compétences d'exécution qui lui sont attribuées. Pourtant la Commission a respecté la procédure existante en matière d'autorisation d'OGM. Elle a demandé au préalable une analyse de l'Autorité européenne de sécurité des aliments (EFSA) pour vérifier l'absence de danger de cette semence de maïs pour la santé humaine et animale, et pour l'environnement. Cette objection n'a donc selon moi pas lieu d'être et traduit simplement une volonté d'interdire systématiquement tout OGM, alors que cela relève de la compétence des États membres.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих това възражение, тъй като съм против употребата на ГМО и пускането на пазара на генно-модифицирани стоки. Освен това в съответния случай липсват солидни данни за оценката на риска и методите за оценка на въздействието, което поставя безопасността под въпрос.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζουμε διότι είμαστε εναντίον κάθε απόπειρας απελευθέρωσης των ΓΤΟ. Καλούμε εξάλλου το Ευρωκοινοβούλιο να τηρήσει ακόμα σκληρότερη στάση και να εμποδίσει τις απόπειρες της Επιτροπής να επιτρέψει πλαγίως την καλλιέργεια τους εντός της Ένωσης.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. - A MON810 kukoricavonal cry1A gént hordoz, amelyről Bt-toxin – rovarirtó fehérje – íródik át, és ez képessé teszi a MON810 kukoricát bizonyos Lepidoptera fajok elleni védekezésre. Nem voltak kielégítőek a termék egészségügyi biztonságosságával kapcsolatos vizsgálatok. Hosszabb távú vizsgálatok elvégzése is szükséges lenne a MON810 esetleges toxikológiai és allergén hatásainak felderítésére. Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi- és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alapossággal. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this objection to the authorisation of Monsanto GMO maize MON810 products because the current legal framework for authorising GMOs is not democratic. Decisions are made by the Commission without the agreement of the Member States. I represent Wales, which has declared itself GM-free, and I want that decision to be respected.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – In quanto firmataria della risoluzione di obiezione, ho votato a favore, poiché ritengo che fino a quando il controllo democratico delle decisioni della Commissione europea non sia stato rafforzato e rifletta in modo corretto l'opinione della maggioranza degli Stati membri, degli eurodeputati e dei cittadini europei, nessun OGM dovrebbe essere autorizzato. Inoltre, relativamente ai tre mais OGM permane una mancanza di dati e incompletezza della valutazione del rischio, mancano analisi complete su specie non target, come ad esempio gli insetti acquatici, le misure di mitigazione del rischio sono inadeguate e impraticabili, come dimostrato nel caso della definizione di «aree rifugio» o «distanze di isolamento dagli habitat protetti» misure rivelatesi inefficaci, o infine permane una forte minaccia alle coltivazioni libere da OGM o biologiche, messe a repentaglio dalla possibile contaminazione.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O projeto de decisão de execução da Comissão excede as competências de execução previstas no Regulamento (CE) n.º 1829/2003 e não é consentâneo com o direito da União, na medida em que não é compatível com a finalidade do Regulamento (CE) n.º 1829/2003, que consiste em proporcionar o fundamento para garantir, no que aos géneros alimentícios e alimentos para animais geneticamente modificados diz respeito, um elevado nível de proteção da vida e da saúde humanas, da saúde e do bem-estar dos animais, do ambiente e dos interesses dos consumidores, assegurando simultaneamente o funcionamento eficaz do mercado interno.

Concordo com a retirada do projeto de decisão de execução e com a apresentação de uma nova proposta legislativa que altere o Regulamento em causa.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: malgré les objections systématiques, la Commission persiste à délivrer des autorisations pour des cultures ou des importations d'OGM. Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. Ces objections contribuent à démasquer l'hypocrisie des parlementaires majoritaires (qui entretiennent la Commission) face au totalitarisme de l'UE.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Estamos perante propostas de renovação de autorização, apresentadas pela Monsanto Europe SA, relativas a alimentos existentes, ingredientes alimentares e alimentos para animais produzidos a partir de milho o MON810, incluindo o cultivo.

Mais uma vez, no que respeita aos trâmites desta decisão de autorização, a exceção tornou-se regra.

Não houve consenso entre os Estados-Membros, logo, de acordo com o perverso enquadramento legislativo em vigor, a decisão cai nas mãos da Comissão Europeia – que invariavelmente tem uma postura pró-OGM, mesmo perante a falta de estudos de longo prazo de toxicidade alimentar e perante uma avaliação de riscos insuficiente, razões que estiveram na base da posição de recusa (ou de abstenção) assumida por vários Estados-Membros.

Esta resolução formula uma objeção à autorização deste Organismo Geneticamente Modificado (OGM). Votámos favoravelmente.

É necessário e urgente alterar o atual quadro legislativo, de forma a respeitar o direito de cada Estado-Membro de não querer OGM no seu território, para alimentos e/ou cultivo, por razões de defesa da soberania alimentar, do ambiente, da biodiversidade e da saúde pública.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as I believe GM crops are a threat to our existence.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della risoluzione che contiene un'obiezione contro l'autorizzazione di un OGM da parte della Commissione.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της αντίρρησης που διατυπώθηκε σύμφωνα με το άρθρο 106 του Κανονισμού σχετικά με την ανανέωση της άδειας για προϊόντα γενετικώς τροποποιημένου αραβοσίτου της σειράς MON 810 διότι είμαι ενάντια σε κάθε απόπειρα απελευθέρωσης της χρήσης των ΓΤΟ. Καλώ μάλιστα το Ευρωκοινοβούλιο να κρατήσει ακόμα σκληρότερη στάση και να εμποδίσει όλες τις απόπειρες της Επιτροπής να επιτρέψει πλαγίως την καλλιέργεια τους εντός της Ένωσης.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A MON810 kukoricavonal cry1A gént hordoz, amelyről Bt-toxin – rovarirtó fehérje – íródik át, és ez képessé teszi a MON810 kukoricát bizonyos Lepidoptera fajok elleni védekezésre. Nem voltak kielégítőek a termék egészségügyi biztonságosságával kapcsolatos vizsgálatok. Hosszabb távú vizsgálatok elvégzése is szükséges lenne a MON810 esetleges toxikológiai és allergén hatásainak felderítésére. Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi- és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alapossággal. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. - A MON810 kukoricavonal cry1A gént hordoz, amelyről Bt-toxin – rovarirtó fehérje – íródik át, és ez képessé teszi a MON810 kukoricát bizonyos Lepidoptera fajok elleni védekezésre. Nem voltak kielégítőek a termék egészségügyi biztonságosságával kapcsolatos vizsgálatok. Hosszabb távú vizsgálatok elvégzése is szükséges lenne a MON810 esetleges toxikológiai és allergén hatásainak felderítésére. Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi- és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alapossággal. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado en contra de la objeción relativa a la renovación de la autorización de los productos del maíz modificado genéticamente MON 810. Tras estudiar la objeción presentada creo que existen los suficientes controles y garantías por parte de la Comisión Europea, así como, de los Estados miembros. Es necesario mantener un elevado nivel de protección de la vida y la salud humanas, de la salud y el bienestar de los animales, del medio ambiente y de los intereses de los consumidores en relación con los alimentos y piensos modificados genéticamente, garantizando al mismo tiempo el eficaz funcionamiento del mercado interior.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I am concerned about the safety of GMOs and their impact on health and the environment, but I would prefer the UK Government to legislate on this delicate issue, rather than the European Parliament.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – El uso de semillas transgénicas se enmarca en un debate más de fondo, que se puede abordar desde tres ángulos: el de la salud, el del medioambiente y el del impacto socioeconómico. He votado a favor de la objeción porque cuando hablamos de permitir la comercialización de semillas transgénicas hablamos de profundizar en este modelo insostenible, de abusos, de royalties, de dependencia de agroquímicos; y socialmente perverso. Sabemos que las semillas modificadas genéticamente no se comercializarán en beneficio de los agricultores, de los consumidores, de la sociedad, del medioambiente sino para el lucro de un gigante como Monsanto. Un gigante cuya fusión con Bayer supondrá la creación de un monstruo cuyas consecuencias para el sistema agroalimentario mundial ni siquiera somos capaces de prever.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A MON810 kukoricavonal cry1A gént hordoz, amelyről Bt-toxin – rovarirtó fehérje – íródik át, és ez képessé teszi a MON810 kukoricát bizonyos Lepidoptera fajok elleni védekezésre. Nem voltak kielégítőek a termék egészségügyi biztonságosságával kapcsolatos vizsgálatok. Hosszabb távú vizsgálatok elvégzése is szükséges lenne a MON810 esetleges toxikológiai és allergén hatásainak felderítésére. Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi- és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alapossággal. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported the objection because, as with the other votes on GMO maize, I believe that the Commission's implementing decision is not compatible with Union law. As well as that, there was no agreement among Member States in the Standing Committee to approve this product, mainly due to the lack of long-term feeding and toxicity studies and to insufficient risk assessment studies. Finally, considering the Parliament had already rejected the Commission proposal of 22 April 2015 for a new GMO sales and use policy and asked them to come forward with a new policy, I believe that it does not make sense to authorise GMO products. For all of the above reasons I voted in favour of the objection, plus the fact that I do not support the introduction of GMOs into the European Union.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A MON810 kukoricavonal cry1A gént hordoz, amelyről Bt-toxin – rovarirtó fehérje – íródik át, és ez képessé teszi a MON810 kukoricát bizonyos Lepidoptera fajok elleni védekezésre. Nem voltak kielégítőek a termék egészségügyi biztonságosságával kapcsolatos vizsgálatok. Hosszabb távú vizsgálatok elvégzése is szükséges lenne a MON810 esetleges toxikológiai és allergén hatásainak felderítésére. Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi- és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alapossággal. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za prigovor u skladu s člankom 106. Poslovnika: obnavljanje odobrenja za proizvode od genetski modificiranog kukuruza MON 810 jer ne podržavam korištenje genetski modificiranih organizama na poljoprivrednim zemljištima.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Nous assistons à un jeu de balancier: la Commission s'obstine à encourager par ses autorisations la culture et l'importation d'OGM dans nos pays, et à balayer d'un revers de main l'opposition tout aussi entêtée du Parlement. Tout cela est en vérité peu utile, et ne suffit pas à décharger de leur responsabilité des parlementaires qui maintiennent par la bande la Commission dans sa toute-puissance. C'est à nous qu'il revient de combattre l'autorisation de produits du maïs génétiquement modifié MON 810.

Fidèle à mes convictions, j'ai voté pour.

Diane James (EFDD), *in writing*. — We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment, but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection sur le renouvellement de l'autorisation de produit du maïs génétiquement modifié accordée par la Commission européenne. En autorisant la mise sur le marché à des fins de culture ou de commercialisation, la Commission européenne a dûment respecté la procédure en prenant en compte l'analyse de l'Autorité européenne de sécurité des aliments. Il est également important de rappeler que les produits génétiquement modifiés qui se retrouvent dans les étalages ou les cultures françaises font l'objet d'une autorisation de l'État français et non de l'Union européenne.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für den vorliegenden Bericht. Er verwirft den Kommissionsvorschlag, eine Genmaissorte zuzulassen, und zwingt die Kommission, ihren Vorschlag zu überdenken. Der Durchführungsbeschluss ist nicht mit dem Unionsrecht zu vereinbaren, die Empfehlung zum Risikomanagement ist mangelhaft und genmodifizierte Lebensmittel sind aus österreichischer Sicht generell abzulehnen.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Līdzīgi kā atbalstīju citas rezolūcijas, kas aicina atsaukt Eiropas Komisijas īstenošanas lēmumus par ģenētiski modificēto produktu vai produktu, kas satur ģenētiski modificētas izejvielas, laišanu tirgū, atbalstīju arī šo. Es uzskatu, ka Eiropas Komisijas pilnvarās ir vairāk resursu, lai izpētītu un saprastu ģenētiski modificēto produktu ietekmi uz vidi un cilvēku veselību. Līdz ar to Eiropas Komisijas spēkos ir nākt klajā ar labāku un skaidrāku risinājumu saistībā ar ģenētiski modificēto produktu vai produktu, kas satur ģenētiski modificētas izejvielas, laišanu un brīvu tirdzniecību Eiropas Savienības tirgū. Ir jābūt skaidri izpētītam, vai tiešām šie produkti nav kaitīgi, nebojā cilvēku veselību un neatstāj ietekmi uz vidi, un, kamēr iespējamās sekas nav apzinātas, šie īstenošanas akti nav pieņemami. Tāpēc es Eiropas Parlamenta plenārsesijā Strasbūrā balsoju par rezolūciju, kas pieprasa atsaukt Komisijas īstenošanas lēmumu par ģenētiski modificētas kukurūzas sēklu laišanu tirgū kultivēšanas nolūkos.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Hazai tudományos eredmények bizonyították, hogy a vizsgált ökoszisztémában a MON810 kukorica tartós jelenlétének káros hatásai lehetnek. 1500-2000-szer több Bt-toxint termel, mint amennyit a Bt-toxint tartalmazó DIPEL nevű növényvédő szerből a konvencionális növényvédelem keretében az egyszeri kezelés során kijuttatnak. Továbbá, a Bt-növények maradványai lassabban bomlottak le, mint a toxint nem termelő vonalaik. A betakarítás után a növény által termelt toxin 8%-a a területen maradt, sőt, ennek az aktív toxinmennyiségnek a jelentős részét 11 hónappal később is ki tudták mutatni a talajban.

Álláspontunk szerint a rendelkezésre álló tudományos ismeretek elégséges indokot adnak annak feltételezésére, hogy a MON 810 génkonstrukciót tartalmazó kukoricavonalból származó beltenyésztett vonalak és hibridek a környezetre kockázatot jelentenek. Mindezekre tekintettel – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette objection car elle s'oppose à l'utilisation d'un OGM dangereux pour la biodiversité. Le Parlement européen a accepté de la voter, ce qui démontre que l'initiative de la Commission était néfaste. Je veux que la France retrouve sa souveraineté alimentaire.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – La Commission persiste à délivrer des autorisations pour la culture ou l'importation d'OGM. Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. J'ai donc SOUTENU cette objection.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción a la comercialización de los productos del maíz modificado genéticamente MON 810 porque estoy totalmente en contra de su autorización. La evaluación realizada por la EFSA subraya la carencia de datos y la renovación de la autorización de cultivo de sus semillas se basan en un acto jurídico que ha demostrado ser disfuncional (1829/2003). Es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando con garantías y he votado en consecuencia.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – I agree that Commission should withdraw its draft implementing decision and to submit a new legislative proposal on the basis of the Treaty on the Functioning of the European Union, amending Regulation (EC) No 1829/2003 to take into account frequently expressed national concerns which do not relate only to issues associated with the safety of GMOs for health or the environment.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος που ζητά από την Ευρωπαϊκή Επιτροπή να αποσύρει το σχέδιο της εκτελεστικής της απόφασης σχετικά με την έγκριση της διάθεσης στην αγορά προϊόντων γενετικώς τροποποιημένου αραβοσίτου της σειράς MON 810, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

Cinq objections sont présentées par le Parlement concernant des autorisations de cultures ou d'importations d'OGM. Les différentes propriétés de ces OGM posent plusieurs problèmes: herbicides cancérigènes, insecticides entraînant la destruction de la biodiversité, etc. Nous sommes donc favorables à ces objections et, en l'espèce, favorables à celle concernant le renouvellement de l'autorisation de produits du maïs génétiquement modifié MON 810.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die Entschließung hält fest, dass der entworfene Durchführungsbeschluss der Kommission nicht mit dem Unionsrecht vereinbar ist und die Kommission daher aufgefordert wird, ihren Entwurf zurückzuziehen. Da die von der EFSA durchgeführte Risikobewertung des Anbaus unvollständig und die von der Kommission vorgeschlagenen Empfehlungen zum Risikomanagement mangelhaft sind, habe ich der Entschließung zugestimmt.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu EP rezoliucijai, nes joje reiškiamas prieštaravimas Komisijos sprendimui išduoti leidimą dėl genetiškai modifikuotų kukurūzų produktų atnaujinimo. Manau, kad, remiantis atsargumo principu bei siekiu apsaugoti žmonių sveikatą ir aplinką, sprendimai dėl GMO turėtų būti priimti tik tada, kai būtų pateikti neginčytini moksliniai įrodymai dėl jų poveikio. Deja, šiuo metu GMO rizikos vertinimai nėra išsamūs ir nekvestionuojami. Dėl šių priežasčių nepritariu GMO plėtrai, prekybai ir auginimui ES.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport s'oppose à la décision de la Commission d'autoriser la mise sur le marché de produits du maïs génétiquement modifié MON 810. La variété MON 810 développée par le groupe américain Monsanto possède un gène ajouté — le cry1Ab — conférant une résistance aux ravageurs qui ciblent cette céréale — et notamment la pyrale du maïs. Et, du fait de son emploi, on observe l'apparition de pyrale, développant une résistance au cry1 Ab, ce qui nécessite l'utilisation de produits aux formules chimiques plus agressives et dans de plus grandes quantités. De plus, des cas contamination croisée d'une plante envahissante avec la toxine Bt ont été constatés sur le territoire de l'UE. Je vote Pour ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La Commission persiste à délivrer des autorisations pour la culture ou l'importation d'OGM. Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. J'ai voté favorablement à cette objection, comme aux quatre autres.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei a favor da presente resolução, por considerar que o projeto de decisão de execução da Comissão excede as competências de execução previstas no Regulamento (CE) n.º 1829/2003 no caso da renovação da autorização de colocação no mercado de produtos de milho geneticamente modificado MON 810.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this objection to the placing on the market of genetically modified maize MON 810 products as the Commission's draft implementing decision risks endangering health, the ecosystem and consumer interests.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — Begin 2016 liepen er zo'n 7,4 miljard mensen rond op onze planeet. In het meest voorzichtige scenario zal de wereldbevolking tegen 2050 aangegroeid zijn tot 9 miljard. Een snelle groei van de wereldbevolking impliceert dat ook de vraag naar voedsel en gewassen evenredig zal toenemen. Ondernemers in de landbouw en voedselvoorziening staan voor belangrijke uitdagingen. Het bestaande landbouwareaal zal doordachter en beter benut moeten worden. Innovatie in de landbouw zal zich toespitsen op duurzame en efficiënte landbouwtechnieken en planttechnologie zal een bijzondere rol spelen in het garanderen van de voedselproductie. In die context zijn er op dit moment ook geen overtuigende wetenschappelijke argumenten om bezwaar aan te tekenen tegen een GM-vergunning.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have supported the decision to object to the placing on the market of genetically modified maize MON 810 products because the draft Commission implementing decision is not consistent with Union law. In accordance with the precautionary principle, to approximate the laws, regulations and administrative provisions of the Member States and to protect human health and the environment when carrying out the deliberate release into the environment of genetically modified organisms for any other purposes than placing on the market within the Community and placing on the market genetically modified organisms as or in products within the Community.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Malgré les objections systématiques, la Commission persiste à délivrer des autorisations pour des cultures ou des importations d'OGM. Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. Ces objections contribuent à démasquer l'hypocrisie des parlementaires majoritaires (qui entretiennent la Commission) face au totalitarisme de l'UE. Je vote donc pour.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection au renouvellement de l'autorisation du maïs OGM MON 810, dont la mise ou non sur le marché relève de la compétence des États membres, car elle est basée sur l'argument faux selon lequel la Commission aurait excédé ses pouvoirs en autorisant ce maïs. En effet, la Commission a totalement respecté la procédure en demandant à l'Autorité européenne de sécurité des aliments une étude sur l'innocuité de la plante pour la santé humaine et animale et pour l'environnement. Elle a ensuite proposé cette autorisation d'OGM au Conseil, qui ne l'a pas refusée.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Úgy gondolom, hogy amíg a génmódosított fajok és fajták termesztése nem bizonyul környezetvédelmi és gazdasági szempontból egyaránt kiemelkedően előnyösnek az európai gazdák számára, addig nincs értelme felvállalni még a legkisebb kockázatot sem az engedélyezésükkel. Az európai közvélemény nagyobbik része még nem igazán fogadta el a modern mezőgazdasági módszereket és azok bizonyítatlan veszélyeit, és úgy gondolom, ezt nekünk, törvényhozóknak szem előtt kell tartanunk.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have abstained from voting on this motion for a resolution that authorises the placing on the market of products containing, consisting of, or produced from genetically modified maize MON 810 products following a risk evaluation to human health and biodiversity.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. — Аз подкрепих тази резолюция, инициирана от комисията по околна среда, обществено здраве и безопасност на храните, защото вярвам, че без ефективен механизъм за контрол в рамките на вътрешния пазар, който може да гарантира, че продукти, които са забранени за отглеждане в дадена държава членка не представляват опасност и не противоречат на тази забрана или не крият риск за нейното нарушаване, не може и не трябва да се процедира към оторизиране на пускането на пазара семена от тази забранена култура.

Българската общественост е твърдо против използването на генетично модифицирани култури, какъвто е ГМО царевицата MON 810. Единният европейски пазар може да функционира само, когато неговите условия биват приети от всички негови участници, без риск за нарушаване на техните правни и морални закони. Влиянието на генетично модифицираните организми и на продуктите от тях върху човешкото здраве остават недостатъчно изследвани и проучвани, за това съм на мнение, че не е удачно предлагането на подобни продукти на единния европейски пазар.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diese Entschließung ausgesprochen, da die von der EFSA durchgeführte Risikobewertung des Anbaus unvollständig ist und die von der Kommission vorgeschlagenen Empfehlungen zum Risikomanagement mangelhaft sind. Die Kommission wird aufgefordert, den Durchführungsbeschluss zurückzuziehen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Ei toetanud. Geneetiliselt muundatud toodete ükshaaval reguleerimine ei ole efektiivne ega otstarbekas.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment, but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Pur prendendo in considerazione gli aspetti contenuti nell'obiezione presentata, avente ad oggetto il rinnovo dell'autorizzazione per granturco geneticamente modificato MON 810, non mi sento di appoggiare pienamente la proposta. Pertanto, intenderei astenermi.

Alojz Peterle (PPE), *pisno*. – Ugovor sem podprl, ker menim, da je osnutek izvedbenega sklepa Komisije presega izvedbena pooblastila, določena v Uredbi (ES) št. 1829/2003.

Komisija bi morala osnutek izvedbenega sklepa o odobritvi gensko spremenjene koruze umakniti, ker ni podana podlaga za zagotavljanje visoke ravni varovanja življenja in zdravja ljudi, zdravja in dobrobiti živali, okolja in interesov potrošnikov v zvezi z gensko spremenjeno hrano in krmo, ob hkratnem zagotavljanju nemotenega delovanja notranjega trga.

Tudi sicer GSO ne prepoznavam kot del rešitve problemov, s katerimi se soočata kmetijski in prehrambeni sektor.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Nedovoljna procjena rizika i nedostatak studija o dugoročnoj konzumaciji i toksičnosti vjerojatni su razlozi zbog kojih o ovom nacrtu provedbene odluke Komisije nije izdano mišljenje ni u Stalnom ni u žalbenom Odboru. Iz ovih razloga, ali i budući da smatram kako nacrt provedbene odluke Komisije prekoračuje provedbene ovlasti iz Uredbe (EZ) br. 1829/2003 te se protivi njezinom cilju visoke razine zaštite zdravlja i života ljudi, zdravlja i dobrobiti životinja, okoliša i interesa potrošača u pogledu genetski modificirane hrane i hrane za životinje te istodobnom učinkovitom funkcioniranju unutarnjeg tržišta, odlučila sam podržati ovu rezoluciju.

Podsjećam kako je Europski parlament 28. listopada 2015. odbio zakonodavni prijedlog od 22. travnja 2015. o izmjeni Uredbe (EZ) br. 1829/2003 jer se usprkos činjenici da se uzgoj nužno odvija na teritoriju jedne države članice, trgovina genetski modificiranim organizmima odvija izvan nacionalnih granica te temeljem toga prijedloga nije bilo moguće provoditi uspješan nadzor provedbe Uredbe. Kako je Parlament predložio Komisiji da podnese novi prijedlog koji bi uzimao u obzir zabrinutosti država članica, a koje nisu povezane isključivo s pitanjima sigurnosti genetski modificiranih organizama za zdravlje ili okoliš, do danas to nije učinjeno.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Parlament je odbio zakonodavni prijedlog o izmjeni Uredbe br. 1829/2003 iz travnja 2015. godine jer se trgovina genetski modificiranim organizmima odvija izvan nacionalnih granica, neovisno o činjenici da se uzgoj odvija na teritoriju jedne članice.

To znači da bi nacionalna zabrana „prodaje i uporabe" koju je predložila Komisija mogla biti neprovediva bez ponovnog uvođenja graničnih kontrola pri uvozu. Nacrt provedbene odluke Komisije prekoračuje provedbene ovlasti predviđene Uredbom. On nije u skladu s pravom unije, nespojiv je s ciljem Uredbe – predvidjeti osnovu za visoku razinu zaštite zdravlja i života ljudi, zdravlja i dobrobiti životinja, okoliša i interesa potrošača u pogledu genetski modificirane hrane i hrane za životinje te dakako zajamčiti učinkovito funkcioniranje unutarnjeg tržišta. Pozivam Komisiju da vodi računa o pitanjima koja se često postavljaju na nacionalnoj razini.

Dva glavna razloga zbog kojih su države članice glasovale protiv ili su bile suzdržane su nedostatak studija o dugoročnoj konzumaciji i toksičnosti te nedovoljna procjena rizika. No očekujem od Komisije novi zakonodavni prijedlog o izmjeni Uredbe (EZ) br. 1829/2003 kojim će uzeti u obzir i zabrinutosti koje države članice izražavaju oko pitanja ne nužno povezanih sa sigurnošću genetski modificiranih organizama za zdravlje ili okoliš.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Estamos perante propostas de renovação de autorização, apresentadas pela Monsanto Europe SA, relativas a alimentos existentes, ingredientes alimentares e alimentos para animais produzidos a partir de milho o MON810, incluindo o cultivo.

Mais uma vez, no que respeita aos trâmites desta decisão de autorização, a exceção tornou-se regra.

Não houve consenso entre os Estados-Membros, logo, de acordo com o perverso enquadramento legislativo em vigor, a decisão cai nas mãos da Comissão Europeia – que invariavelmente tem uma postura pró-OGM, mesmo perante a falta de estudos de longo prazo de toxicidade alimentar e perante uma avaliação de riscos insuficiente, razões que estiveram na base da posição de recusa (ou de abstenção) assumida por vários Estados-Membros.

Esta resolução formula uma objeção à autorização deste Organismo Geneticamente Modificado (OGM). Votámos favoravelmente.

É necessário e urgente alterar o atual quadro legislativo, de forma a respeitar o direito de cada Estado-Membro de não querer OGM no seu território, para alimentos e/ou cultivo, por razões de defesa da soberania alimentar, do ambiente, da biodiversidade e da saúde pública.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection. En effet, la Commission européenne n'a pas excédé ses pouvoirs et a bien respecté la procédure d'autorisation d'OGM, grâce notamment à l'avis de l'Autorité européenne de sécurité des aliments. Pour rappel, cette proposition d'autorisation sur le marché a été transmise au Conseil qui ne l'a pas rejetée. Aussi, ces objections utilisées par des groupes politiques comme les Verts, n'ont pas de réel effet car elles portent sur des actes d'exécution. Plus globalement, je souhaite rappeler que la France interdit la culture d'OGM, et ce bien qu'elle en importe.

Laurențiu Rebega (ENF), *în scris*. – Studiile efectuate asupra porumbului modificat genetic MON 810 au demonstrat faptul că în compoziția acestuia se regăsește proteina Cry1 Ab, cunoscută datorită proprietății care conferă protecție împotriva dăunătorilor reprezentați de anumite insecte lepidoptere. Astfel, prin folosirea acestuia în UE, se pot proteja plantațiile de insecte precum sfredelitorul european Ostrinia nubiladis și sfredelitorul roz Sesamia spp, insecte care pun în pericol plantațiile de porumb de pe întreg teritoriul UE.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment, but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Considerando que, em 2007, a empresa Monsanto Europe S.A. apresentou três pedidos à Comissão para a renovação da autorização de alimentos, ingredientes alimentares e alimentos para animais já existentes e produzidos a partir de milho MON 810 ou que contenham milho MON 810 e da autorização de milho MON 810 em produtos por ele constituídos, afirma-se que o projeto de decisão de execução da Comissão excede as competências de execução previstas no Regulamento.

Considera-se que o projeto de decisão de execução da Comissão não é consentâneo com o direito da União, na medida em que não é compatível com a finalidade do Regulamento em causa, solicitando-se à Comissão que retire o seu projeto de decisão de execução e que apresente, com base no Tratado sobre o Funcionamento da União Europeia, uma nova proposta legislativa que altere o Regulamento, para ter em conta preocupações frequentemente expressas a nível nacional que não dizem respeito apenas a questões relacionadas com a segurança dos OGM para a saúde ou para o ambiente.

Face ao apresentado neste relatório, votei contra.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriuo prieštaraujama Europos Komisijos parengtam sprendimui atnaujinti leidimą kultivuoti bendrovės „Monsanto Europe S. A." genetiškai modifikuotus kukurūzus MON-ØØ81Ø-6. Europos Parlamentas mano, kad Komisijos įgyvendinimo sprendimo projektas neatitinka Sąjungos teisės, nes jis nesuderinamas su Reglamento (EB) Nr. 1829/2003 tikslu, pagal kurį, remiantis Reglamente (EB) Nr. 178/2002 nustatytais bendraisiais principais, siekiama parengti bazę, leidžiančią užtikrinti aukštą žmonių gyvenimo ir sveikatos, gyvūnų sveikatos ir gerovės, aplinkos ir vartotojų interesų apsaugos lygį genetiškai modifikuoto maisto ir pašarų atžvilgiu, tuo pačiu užtikrinant veiksmingą vidaus rinkos darbą.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Votei contra este relatório, seguindo a indicação do meu grupo político, no sentido da não oposição à decisão da Comissão no que respeita à colocação no mercado de milho geneticamente modificado designado MON 810 (MON-ØØ81Ø-6).

Uma vez que não há qualquer tipo de parecer científico por parte da Autoridade Europeia para a Segurança dos Alimentos (AESA), ou outra homóloga, que fundamentem a proibição da comercialização deste tipo de milho geneticamente modificado, considero não existirem razões suficientes que possam estar na origem de uma proibição da colocação no mercado destes produtos, pelo que votei contra este relatório.

Porém, a posição hoje assumida está sujeita a revisão, caso existam novos elementos científicos que assim o justifiquem.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – El uso de semillas transgénicas se enmarca en un debate más de fondo, que se puede abordar desde tres ángulos: el de la salud, el del medioambiente y el del impacto socioeconómico. He votado a favor de la objeción porque cuando hablamos de permitir la comercialización de semillas transgénicas hablamos de profundizar en este modelo insostenible, de abusos, de royalties, de dependencia de agroquímicos; y socialmente perverso. Sabemos que las semillas modificadas genéticamente no se comercializarán en beneficio de los agricultores, de los consumidores, de la sociedad, del medioambiente sino para el lucro de un gigante como Monsanto. Un gigante cuya fusión con Bayer supondrá la creación de un monstruo cuyas consecuencias para el sistema agroalimentario mundial ni siquiera somos capaces de prever.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción a la renovación de la autorización de los productos del maíz modificado genéticamente MON 810 porque estoy totalmente en contra de los organismos modificados genéticamente y, por tanto, de nuevas autorizaciones de los mismos.

La evaluación realizada por la EFSA subraya la carencia de datos y la renovación de autorización de importación de sus productos de se basan en un acto jurídico que ha demostrado ser disfuncional (1829/2003).

Además, es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando correctamente. Por todo ello estoy a favor de ésta y cualquier objeción que se proponga en relación con la autorización de OMG, y he votado en consecuencia.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today, I voted against the objection pursuant to Rule 106 on the placing on the market of genetically modified maize MON 810 products, as the risk assessment conducted by the European Food Safety Agency (EFSA) concluded that the cultivation of these GM crops is unlikely to pose a danger to human and animal health or to the environment.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Súhlasím s tým, že Európsky parlament žiada Komisiu, aby stiahla svoj návrh vykonávacieho rozhodnutia, ktorým sa povoľuje uviesť na trh produkty z geneticky modifikovanej kukurice MON 810. Domnievam sa, že návrh vykonávacieho rozhodnutia Komisie nie je v súlade s právnymi predpismi Únie, pretože nie je zlučiteľný s cieľom nariadenia (ES) č. 1829/2003, ktorý podľa všeobecných zásad uvedených v nariadení (ES) č. 178/2002 spočíva v tom, že poskytne základ na zabezpečenie vysokej miery ochrany ľudského života a zdravia, ako aj dobrých životných podmienok zvierat, životného prostredia a záujmov spotrebiteľov v súvislosti s geneticky modifikovanými potravinami a krmivami a súčasne zabezpečí efektívne fungovanie vnútorného trhu. Hlasoval som preto za toto uznesenie.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – S námietkou proti vykonávaciemu rozhodnutiu Komisie, ktorým sa malo znovu povoliť pestovanie geneticky modifikovanej kukurice, som súhlasila. Domnievam sa totiž, že by sme sa mali pridržiavať zásady, že kým nemáme dostatok informácií o vplyvoch takýchto plodín na ľudské zdravie alebo životné prostredie, nemali by sa na území Európy vôbec pestovať. V tomto prípade podala spoločnosť Monsanto Europe tri žiadosti o obnovenie povolenia existujúcich potravín, zložiek potravín a krmív vyrobených z geneticky modifikovanej kukurice. Komisia by mala v prípade schvaľovania GMO konzultovať svoj postup s príslušnými výbormi členských štátov. No stalo sa bežným postupom, že výbory nevydajú žiadne stanovisko. Hlavným dôvodom, prečo ohľadom tejto žiadosti nehlasovali alebo sa zdržali, bol nedostatok dlhodobých štúdií o skrmovaní a toxicite a nedostatočné posúdenie rizika. Ak nevieme zaručiť dostatočnú mieru ochrany ľudského života a zdravia, Komisia by takéto rozhodnutia o GMO nemala vydávať. Preto zastávam názor, že Komisia by svoje vykonávacie rozhodnutie mala stiahnuť a predložiť nový legislatívny návrh, ktorý bude v súlade s európskymi nariadeniami.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Evropski parlament je uspešno izrazil nestrinjanje z dovoljenjem za pet prehranskih in krmnih izdelkov iz gensko spremenjenih organizmov. Med njimi so tudi proizvodi iz gensko spremenjene koruze MON 810, s katerimi se ukvarja ta resolucija.

Evropska komisija je hkrati zavrnila poziv k spremembi postopka odobritve uporabe posameznih gensko spremenjenih organizmov, saj Evropski parlament meni, da postopek trenutno ni demokratičen, saj odločitve sedaj sprejema Komisija.

Prav tako obstaja določeno pomanjkanje podatkov glede uporabe in uvoza gensko spremenjenih organizmov, saj Komisija v takšnih primerih le redko podatke deli z Evropskim parlamentom. V povezavi z gensko spremenjenimi organizmi, ki jih želi Komisija odobriti za uporabo, raziskave opravlja tudi Evropska agencija za varnost hrane.

Ker menim, da je treba našo hrano ohraniti varno in zdravo, sem glasoval za resolucijo parlamenta, ki si prizadeva za to, da dovoljenje za uporabo ne bi bilo sprejeto.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Nacrt Komisije o provedbenoj odluci o odobravanju stavljanja na tržište genetski modificiranog kukuruza i proizvoda koji ga sadržavaju, sastoje se ili su proizvedeni od njega kontroverzan je iz više razloga.

Nacrt nije izglasan u skladu s predviđenom legislativom EU-a. O nacrtu provedbene odluke nije izdano mišljenje, te većina kojom se izglasao nacrt ne predstavlja volju većine država članica. Time se nije se ostvario predviđeni mehanizam kontrole odluka Komisije.

Provedene studije o štetnosti i rizicima primjene navedenih proizvoda su nepotpune. Potrebno je zaštititi ljudsko zdravlje, zdravlje životinja i okoliš.

Prijedlog Komisije o mogućnosti nacionalne zabrane uzgoja navedenih proizvoda na njenom teritoriju u suprotnosti je s principima EU-a kada se proširi i na zabranu njihove prodaje. Naime, u slučaju zabrane prodaje u određenoj državi članici stvorila bi se potreba za provjerom uvoza.

Stoga, podržavam prigovor i rezoluciju Europskog parlamenta o nacrtu Europske komisije o provedbenoj odluci o odobravanju stavljanja na tržište genetski modificiranog kukuruza MON 810 (MON-ØØ81Ø-6) i proizvoda.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Είμαστε εναντίον οποιασδήποτε απόπειρας απελευθέρωσης των ΓΤΟ και καλούμε εξάλλου το Ευρωκοινοβούλιο να κρατήσει ακόμα σκληρότερη στάση και να εμποδίσει τις απόπειρες της Επιτροπής να επιτρέψει, δια της χρήσεως πλαγίων μέσων, την καλλιέργεια τους εντός της Ένωσης.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a géntechnológiával módosított MON 810 kukorica (MON-ØØ81Ø-6) forgalomba hozataláról szóló állásfoglalási indítványt. Az indítvány leírja, hogy 2007. április 11-én és 18-án a Monsanto Europe S. A. benyújtott három kérelmet a Bizottság felé, a MON 810 kukoricából jelenleg előállított élelmiszerek, élelmiszer-összetevők és takarmányok forgalomba hozatali engedélyének megújítására. Ez a kukorica tartalmaz egy bacilusból származó Cry1Ab fehérjét, amely rezisztenciát biztosít a lepkék rendjébe tartozó egyes kártevőkkel szemben. A tagállamok aggodalmukat fejezték ki, mégpedig hogy nincsenek hosszú távú takarmányozási és toxicitási tanulmányok, és nem elengedő a kockázatértékelés sem. A géntechnológiával módosított (GM) élelmiszerek és takarmányok esetében általánossá vált az az egyébiránt kivételes döntéshozatali gyakorlat, hogy a dossziét végleges jóváhagyásra visszaküldik a Bizottsághoz.

Alapvető gondot jelent viszont, hogy míg az előállítás szükségszerűen egy tagállam területén történik, a GMO-k kereskedelme átlépi a határokat, ami azt jelenti, hogy a Bizottság által javasolt nemzeti „értékesítésre és felhasználásra" vonatkozó tilalmat a behozatali határellenőrzés visszaállítása nélkül nem lehetne érvényesíteni. Éppen ezért egyetértek azzal, hogy a bizottsági végrehajtási határozattervezet nem felel meg az uniós jognak, nem szolgál alapul az emberi élet és egészség, az állati egészség és jólét, a környezet és a géntechnológiával módosított élelmiszerekre és takarmányokra vonatkozó fogyasztói érdekek magas szintű védelméhez.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Le Parlement européen, que je rejoins totalement sur ce dossier, considère que ce projet de décision d'exécution de la Commission excède les compétences d'exécution prévues dans la directive 2001/18/CE. L'analyse du risque relative à ces cultures réalisée par l'EFSA est incomplète et les recommandations de gestion du risque formulées par la Commission sont inadéquates.

De plus, le projet de décision d'exécution de la Commission n'est pas conforme au droit de l'Union. Nous rejetons donc cette demande!

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The objection proposed by the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety against the renewing of authorisation for the use of genetically modified maize MON 810 products in the European market is part of a larger theme of systematically opposing GM authorisations on mainly procedural grounds and is not the right way to force the Commission to change the EU-level authorisation regime. I voted against the motion to object to the proposal as I believe that as long as there are no convincing scientific reasons to object to a GM authorisation, I will continue to follow the advice given by the European Food and Safety Agency.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Glasovala sam za prigovor o obnavljanju odobrenja za proizvode od genetski modificiranog kukuruza MON 810 jer se pojedine države članice Europske unije protive uvođenju genetski modificiranih proizvoda na svoje tržište, a ni Europski parlament nije odobrio uvođenje genetski modificiranih proizvoda na tržište.

Budući da još uvijek postoje razne dvojbe oko učinka genetski modificiranih proizvoda, kako na čovjekovo zdravlje, tako i na okoliš i zdravlje životinja, smatram da je neodgovorno obnoviti odobrenje za proizvod za koji ne možemo sa sigurnošću tvrditi da nema štetnih utjecaja.

Manjkav pravni okvir i nepotpuni istraživački rezultati ne smiju biti izgovor ili opravdanje za potencijalno ugrožavanje životnih standarda ljudi. Svaka država treba sama odlučiti želi li na svoje tržište uvesti genetski modificirane proizvode, a isto vrijedi i za kukuruz MON 810.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Ugovor v skladu s členom 106 Poslovnika: obnovitev odobritve za dajanje na trg proizvodov iz gensko spremenjene koruze MON 810 sem podprla. Družba Monsanto Europe SA v skladu s členoma 11 in 23 Uredbe (ES) št. 1829/2007 11. in 18. aprila 2007 Komisiji predložila tri vloge, in sicer za obnovo odobritve obstoječih živil, živilskih sestavin in krme, proizvedene iz koruze MON 810.

Osnutek izvedbenega sklepa Komisije ni v skladu s pravom Unije, saj ni skladen s ciljem Uredbe (ES) št. 1829/2003, ki je – v skladu s splošnimi načeli iz Uredbe (ES) št. 178/2002 — dati podlago za zagotavljanje visoke ravni varovanja življenja in zdravja ljudi, zdravja in dobrobiti živali, okolja in interesov potrošnikov v zvezi z gensko spremenjeno hrano in krmo, ob hkratnem zagotavljanju nemotenega delovanja notranjega trga.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – El uso de semillas transgénicas se enmarca en un debate más de fondo, que se puede abordar desde tres ángulos: el de la salud, el del medioambiente y el del impacto socioeconómico. He votado a favor de la objeción porque cuando hablamos de permitir la comercialización de semillas transgénicas hablamos de profundizar en este modelo insostenible, de abusos, de royalties, de dependencia de agroquímicos; y socialmente perverso. Sabemos que las semillas modificadas genéticamente no se comercializarán en beneficio de los agricultores, de los consumidores, de la sociedad, del medioambiente sino para el lucro de un gigante como Monsanto. Un gigante cuya fusión con Bayer supondrá la creación de un monstruo cuyas consecuencias para el sistema agroalimentario mundial ni siquiera somos capaces de prever.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Malgré les objections systématiques, la Commission persiste à délivrer des autorisations pour la culture ou l'importation d'OGM.

Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. Ces objections contribuent à démasquer l'hypocrisie des parlementaires majoritaires (qui entretiennent la Commission) face au totalitarisme de l'Union européenne.

Je vote POUR cette objection.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Komisja Ochrony Środowiska Naturalnego, Zdrowia Publicznego i Bezpieczeństwa Żywności

Żywność genetycznie modyfikowana może mieć negatywny wpływ na ludzi, zwierzęta oraz środowisko i powinna być pod tymi względami szczegółowo kontrolowana. Mam wątpliwości, czy Komisja powinna dopuścić do obrotu kolejne rodzaje żywności i paszy genetycznie modyfikowanej. Opowiedziałem się przeciwko odnowieniu zezwolenia na nasiona kukurydzy MON 810 i poparłem sprzeciw.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – El uso de semillas transgénicas se enmarca en un debate más de fondo, que se puede abordar desde tres ángulos: el de la salud, el del medioambiente y el del impacto socioeconómico. He votado a favor de la objeción porque cuando hablamos de permitir la comercialización de semillas transgénicas hablamos de profundizar en este modelo insostenible, de abusos, de royalties, de dependencia de agroquímicos; y socialmente perverso. Sabemos que las semillas modificadas genéticamente no se comercializarán en beneficio de los agricultores, de los consumidores, de la sociedad, del medioambiente sino para el lucro de un gigante como Monsanto. Un gigante cuya fusión con Bayer supondrá la creación de un monstruo cuyas consecuencias para el sistema agroalimentario mundial ni siquiera somos capaces de prever.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted in favour of the GMO import objection as I have decided to object systematically to any GM import authorisations. This was following the EP rejection of the EC proposal to renationalise instead of democratise the authorisation procedure. In relation of the GMO cultivation I also decided to object as all three maizes are Bt maizes: they all themselves produce the Bt toxin that enables them to be 'pest-resistant', meaning they are themselves toxic to the targeted pests – but also the non-targeted, even if those ones are protected or pollinate.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the objection pursuant to Rule 106(2) and (3) of the Rules of Procedure on the draft Commission implementing decision authorising the placing on the market of genetically modified maize MON 810 (MON-ØØ81Ø-6) products pursuant to Regulation (EC) No 1829/2003 of the European Parliament and of the Council (D046169/00 – 2016/2922(RSP)). I voted in favour of the objection because I believe that GMOs are now being authorised in the EU by the Commission, without the support of opinions of Member State committees. I find that the Commission goes beyond its powers. Although this was supposed to be an exception to the usual decision-making procedure, it has in fact become the norm.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción a la renovación de la autorización de los productos del maíz modificado genéticamente MON 810 porque estoy totalmente en contra de los organismos modificados genéticamente y, por tanto, de nuevas autorizaciones de los mismos.

La evaluación realizada por la EFSA subraya la carencia de datos y la renovación de autorización de importación de sus productos de se basan en un acto jurídico que ha demostrado ser disfuncional (1829/2003).

Además, es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando correctamente. Por todo ello estoy a favor de ésta y cualquier objeción que se proponga en relación con la autorización de OMG, y he votado en consecuencia.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Somos a favor desta oposição, e de qualquer objeção futura à autorização de OGM, por uma questão de princípio, mas igualmente com o propósito de mostrar à Comissão Europeia a necessidade de corrigir a legislação aprovada recentemente com uma proposta legislativa que irá respeitar o direito de um indivíduo não autorizar OGM para alimentos no seu território.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die Entschließung hält fest, dass der entworfene Durchführungsbeschluss der Kommission nicht mit dem Unionsrecht vereinbar ist und die Kommission daher aufgefordert wird, ihren Entwurf zurückzuziehen. Da die von der EFSA durchgeführte Risikobewertung des Anbaus unvollständig ist und die von der Kommission vorgeschlagenen Empfehlungen zum Risikomanagement mangelhaft sind, habe ich der Entschließung zugestimmt.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Die im Entschließungsantrag vorgetragenen Einwände gegen das Inverkehrbringen der in Rede stehenden genetisch veränderten Produkte sind stichhaltig und legen zwingend die Ablehnung des einschlägigen Durchführungsbeschlusses der Kommission nahe. Dem hier vorgelegten Entschließungsantrag wird deshalb zugestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted against a ban on pest-resistant maize as we agree with EFSA's assessment that they are unlikely to pose risks to human, animal health or the environment, while limiting the need for use of pesticides. Moreover, the Commission attached stringent conditions for use of these GMOs in their authorisation decisions. I continue to take the issue of GMOs with the utmost seriousness, and will continue to oppose GMO use that is deemed harmful or potentially dangerous.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Námietku Európskeho parlamentu voči vykonávaciemu rozhodnutiu Komisie, ktorým Komisia obnovuje povolenie pre výrobky z geneticky modifikovanej kukurice, som podporila. Môj názor na geneticky modifikované organizmy sa nemení, pretože zatiaľ neexistujú dostatočné dôkazy týkajúce sa ich zdravotnej neškodnosti. Rovnako nemáme dostatočne určité informácie o ich účinkoch na životné prostredie. Práve preto súhlasím s názorom, že za daných okolností, keď posudzovanie rizík nie je dôkladné a úplné, Európska komisia pri tomto vykonávacom nariadení prekročila svoje právomoci a už vôbec nekonala v súlade so zásadou predbežnej opatrnosti, ktorá je absolútne nevyhnutá v prípadoch, keď môže byť ohrozené ľudské zdravie.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei a favor de todas as objeções nos termos do artigo 106.º do Regimento, por concordar com a oposição a substâncias geneticamente modificadas para as quais não existam ainda resultados científicos sólidos que permitam autorizá-las sem comprometer a saúde pública.

Por conseguinte, enquanto a Comissão não propuser um novo quadro legislativo para estas substâncias, o grupo socialista europeu continuará, de forma concertada, a apoiar estas objeções.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. — Ho votato a favore della risoluzione che chiede con forza alla Commissione europea di non autorizzare l'immissione in commercio di prodotti a base di granturco geneticamente modificato MON 810. Sin dall'inizio del mio mandato mi sono sempre battuto per fare dell'Europa un territorio libero da OGM, senza se e senza ma. Alimenti e mangimi transgenici non devono entrare nel territorio europeo, senza se e senza ma. La mancanza di studi a lungo termine sull'alimentazione e la tossicità degli OGM e un'insufficiente valutazione dei rischi ha fatto sì che molti degli Stati membri vietassero sul proprio territorio nazionale anche la sola coltivazione di questi organismi. Ma se la coltivazione avviene necessariamente sul territorio di uno Stato membro, il loro commercio oltrepassa le frontiere, il che significa che un divieto nazionale di «vendita e uso» proposto dalla Commissione sarebbe impossibile da applicare senza reintrodurre i controlli alle frontiere sulle importazioni. Se l'autorizzazione fosse rinnovata, milioni di tonnellate di mangime transgenico circolerebbero in Europa, sfamando i nostri animali e in modo indiretto anche noi. Insieme ai mie colleghi del M5S mi sono battuto, promuovendo questa risoluzione, per un'Europa libera dagli OGM.

6.10. Einwände gemäß Artikel 106 GO: Inverkehrbringen der genetisch veränderten Baumwollsorte 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913 (B8-1088/2016)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La proposta legislativa del 22 aprile 2015 che modifica il regolamento (CE) n. 1829/2003 è stata respinta dal Parlamento il 28 ottobre 2015 per il fatto che, mentre la coltivazione degli OGM avviene necessariamente sul territorio di uno Stato membro, il loro commercio oltrepassa le frontiere, il che significa che un divieto nazionale di «vendita e uso» proposto dalla Commissione sarebbe impossibile da applicare senza reintrodurre i controlli alle frontiere sulle importazioni. La proposta di risoluzione sostiene chiede pertanto di ritirare il progetto di decisione di esecuzione della Commissione, in quanto non conforme al diritto dell'Unione, essendo incompatibile con la garanzia di un elevato livello di protezione della vita e della salute umane, della salute e del benessere degli animali, dell'ambiente e degli interessi dei consumatori in relazione agli alimenti e ai mangimi geneticamente modificati. Per questi motivi ho votato a favore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment, but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción a la comercialización del algodón modificado genéticamente 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913 (este algodón es resistente al glifosato y al glufosinato de amonio) porque estoy totalmente en contra de los organismos modificados genéticamente y, por tanto, de nuevas autorizaciones de los mismos.

Además, es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando correctamente. Por todo ello, estoy a favor de ésta y cualquier objeción que se proponga en relación con la autorización de OMG, y he votado en consecuencia.

Martina Anderson and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this GMO authorisation objection. It is absurd that the European Commission continues to propose authorisations of GMOs under a system which they themselves have admitted is flawed. It is essential that Mr Juncker listens to the European Parliament's call for a new proposal and that the EU GMO authorisation procedure is overhauled completely.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Je m'oppose à l'importation du coton 281—24—236. Il convient de rappeler une fois de plus que les règles en matière d'autorisation des OGM ne sont pas démocratiques, selon les propres aveux de Jean-Claude Juncker. Et qu'à ce titre il revient au Parlement de jouer son rôle en favorisant la transparence et la démocratie. Aucune nouvelle proposition de règles concernant l'importation d'OGM ne semble être proposée par la Commission. Rappelons qu'une majorité du Parlement a voté un amendement demandant à la Commission de revoir sa copie concernant le processus de mise sur le marché des OGM. Notre objectif reste donc le même: aucun aliment génétiquement modifié ne sera validé par le Parlement européen en comitologie, tant que la Commission n'aura pas proposé un nouveau cadre concernant l'importation d'OGM et cela afin de prendre en compte le fait majoritaire en Europe. C'est une question de démocratie et aussi une manière de faire respecter les choix du Parlement européen dans le jeu institutionnel.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the motion for a resolution on the draft Commission implementing decision authorising the placing on the market of products containing, consisting of, or produced from genetically modified cotton. In 2015 the European Parliament rejected the legislative proposal amending Regulation (EC) No 1829/2003 on the grounds that a national sales and use ban proposed by the Commission could be impossible to enforce without reintroducing border checks on imports, and called on the Commission to withdraw its proposal and to submit a new one. Furthermore, the specialised cancer agency of the World Health Organisation, the International Agency for Research on Cancer, classified glyphosate – associated with the cultivation of genetically modified cotton – as probably carcinogenic to humans. Also, as it is stated in the resolution, the draft Commission implementing decision exceeds the implementing powers and is not compatible with the objective provided for in Regulation (EC) No 1829/2003. I therefore support the call to the Commission to withdraw its draft implementing decision and to submit a new legislative proposal on the basis of the Treaty on the Functioning of the European Union.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της ένστασης σύμφωνα με το άρθρο 106 του Κανονισμού, σχετικά με τη διάθεση στην αγορά γενετικώς τροποποιημένου βαμβακιού 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913, διότι η αξιολόγηση των κινδύνων της καλλιέργειας ήταν ατελής και οι συστάσεις διαχείρισης κινδύνου τις οποίες πρότεινε η Επιτροπή ανεπαρκείς.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Cinq objections sont présentées par le Parlement concernant des autorisations de culture ou d'importations d'OGM de maïs ou de blé.

Malgré les objections systématiques, la Commission persiste à délivrer des autorisations pour la culture ou l'importation d'OGM. Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. Ces objections contribuent à démasquer l'hypocrisie des parlementaires majoritaires (qui entretiennent la Commission) face au totalitarisme de l'UE. J'ai donc voté pour ces nouvelles objections.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Given that I have no specialist knowledge of the seeds concerned, and having concerns about the use of delegated acts, I felt it appropriate to follow the advice of officials and abstain on this matter.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette objection visant à interdire l'importation et la mise sur le marché d'un coton résistant aux herbicides. Son utilisation pourrait avoir des effets néfastes sur les utilisateurs et consommateurs.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment, but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Cinq objections sont présentées par le Parlement sur des autorisations de culture ou d'importations d'OGM qui présentent différentes propriétés. L'OGM tolérant à un herbicide ou deux qui va bientôt être interdit n'a pas grand intérêt et, qui plus est, s'avère dangereux pour la biodiversité. La surveillance des effets sur la nature est insuffisante, l'évaluation de l'EFSA est toujours aussi minime et aussi contraire à une souveraineté alimentaire.

En l'occurrence, j'ai voté pour cette objection à la mise sur le marché du coton génétiquement modifié 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Le Parlement européen, que je rejoins totalement sur ce dossier, considère que ce projet de décision d'exécution de la Commission excède les compétences d'exécution prévues dans la directive 2001/18/CE. L'analyse du risque relative à ces cultures réalisée par l'EFSA est incomplète et les recommandations de gestion du risque formulées par la Commission sont inadéquates.

De plus, le projet de décision d'exécution de la Commission n'est pas conforme au droit de l'Union. Nous rejetons donc cette demande!

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – Yo no me posiciono a favor ni en contra de los transgénicos. Me posiciono a favor de la ciencia. En la Unión hemos creado una agencia para este tipo de cometidos: la AESA (EFSA en sus siglas en inglés) donde queda reflejada la opinión de científicos independientes que velan y garantizan la seguridad alimentaria en la Unión.

Hace apenas unos meses más de un centenar de premios Nobel animaban a reconocer las conclusiones de las instituciones científicas competentes y abandonar las campañas contra los organismos modificados genéticamente sin suficiente apoyo científico.

Se tienen que analizar los diferentes productos caso por caso, y no generalizar ni simplificar el debate.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore dell'obiezione sull'immissione in commercio di prodotti contenenti, costituiti od ottenuti a partire da cotone geneticamente modificato 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913. Ritengo che l'attuale quadro normativo non consenta alla Commissione e all'EFSA di fornire adeguate valutazioni sull'impatto degli OGM. Nel caso del cotone 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913, in particolare, il problema è costituito dalla presenza della proteina CP4 5-enolpiruvil-shikimato-3-fosfato sintasi modificata (CP4 EPSPS), che conferisce tolleranza agli erbicidi a base di glifosato, sostanza che l'Agenzia internazionale per la ricerca sul cancro ha inserito nell'elenco dei probabili cancerogeni per l'uomo. Visti i possibili rischi per la salute ho quindi votato a favore dell'obiezione, riaffermando la necessità che la Commissione elabori al più presto una proposta completa sugli OGM al fine di valutare attentamente l'impatto ambientale e sanitario di queste tecnologie e stabilendo una nuova procedura per la loro autorizzazione.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la objeción dado que los Organismos Genéticamente Modificados (OGM) no están consiguiendo controlar las plagas y las malas hierbas, y en cambio han provocado la aparición de superpestes y superhierbas. Entre los nuevos objetivos de la PAC figuran garantizar la seguridad alimentaria, proteger el medioambiente y garantizar el dinamismo económico y social de las zonas rurales. Resulta difícil justificar que la aprobación de las semillas transgénicas de Monsanto responde a alguno de estos tres objetivos.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer su labor a los ponentes de este informe sobre la comercialización del algodón modificado genéticamente 281-24-236 x 3006-210-23 x MON 88913. Este informe, así como los otros cuatro que hemos votado hoy sobre distintas objeciones, no deja indiferente a nadie. He sido coherente con mis votos precedentes en esta materia y he apoyado el informe del Parlamento Europeo donde se considera que el proyecto de Decisión de Ejecución de la Comisión excede las competencias de ejecución previstas en el Reglamento (CE) n.º 1829/2003.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Malgré les objections systématiques, la Commission persiste à délivrer des autorisations pour des cultures ou importations d'OGM. Il s'agit ici d'objecter la mise sur le marché du coton génétiquement modifié 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913 par le fabricant Down Agro Sciences. Les problèmes soulevés concernent le Glufosinate, qui doit être interdit en 2017 (propriété est donc inutile), le glyphosate qui est cancérigène et la destruction de la biodiversité. J'ai donc voté pour.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho sostenuto col mio voto l'obiezione all'autorizzazione all'immissione in commercio di cotone geneticamente modificato 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją, kurioje Europos Parlamentas mano, kad Komisijos įgyvendinimo sprendimas neatitinka Sąjungos teisės, nes jis nesuderinamas su Reglamento (EB) Nr. 1829/2003 tikslu, pagal kurį, remiantis Reglamente (EB) Nr. 178/2002 nustatytais bendraisiais principais, siekiama nustatyti teisinę bazę, leidžiančią užtikrinti aukštą žmonių gyvenimo ir sveikatos, gyvūnų sveikatos ir gerovės, aplinkos ir vartotojų interesų apsaugos lygį kalbant apie genetiškai modifikuotą maistą ir pašarus, sykiu užtikrinant veiksmingą vidaus rinkos veikimą. Parlamentas dar 2015 m. spalio 28 d. atmetė 2015 m. balandžio 22 d. Komisijos pasiūlymą, kuriuo iš dalies keičiamas Reglamentas (EB) Nr. 1829/2003, remdamasis tuo, kad, nors kultūros neišvengiamai auginamos valstybės narės teritor-

ijoje, prekyba genetiškai modifikuotais organizmais (GMO) yra tarpvalstybinė, o tai reiškia, kad gali būti neįmanoma įgyvendinti Komisijos pasiūlyto nacionalinio pardavimo ir naudojimo draudimo, jeigu importui vėl nepradedama taikyti sienų kontrolė.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A Magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban ellenzem a GMO-termékek engedélyezését, s úgy vélem, hogy a bizottsági végrehajtási határozattervezet nem felel meg az uniós jognak, mivel nem egyeztethető össze az 1829/2003/EK rendelet célkitűzésével, ami a 178/2002/EK rendeletben meghatározott általános alapelvekkel összhangban az, hogy alapul szolgáljon az emberi élet és egészség, az állati egészség és jólét, a környezet és a géntechnológiával módosított élelmiszerekre és takarmányokra vonatkozó fogyasztói érdekek magas szintű védelméhez, miközben biztosítja a belső piac hatékony működését.

A jelentés felszólítja a Bizottságot, hogy vonja vissza végrehajtási határozattervezetét, ezért a fentiek értelmében szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Podprl sem tudi zadnji ugovor glede dajanja na trg proizvodov iz gensko spremenjenih organizmov, in sicer za GS bombaž. Za nadaljnje preprečevanje nenehnih ugovorov na sklepe Komisije glede vprašanj GSO bi morala slednja bolj upoštevati pogosto izražene nacionalne pomisleke, ki ne zadevajo le vprašanj v zvezi z varnostjo gensko spremenjenih organizmov za zdravje ali okolje.

Ker sem zagovornik previdnostnega načela pri GSO, sem prepričan, da je treba biti pri dajanju tovrstnih proizvodov na trg izjemno konservativen, saj trenutno še ne poznamo vseh posledic za zdravje ljudi, ki lahko izhajajo iz uživanja proizvodov, proizvedenih iz GSO. Upoštevati moramo tudi voljo ljudi, ki si večinoma ne želijo gojenja GSO v Evropi.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovaj izvještaj jer se radi o političkoj poruci Komisiji da Parlament neće podržati niti jedno novo odobrenje GMO kultura i proizvoda dok god se ne reformira proces davanja dozvola za prodaju GM hrane.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I supported the resolution on the option of placing genetically modified cotton on the market, rejecting the Commission's draft. Following this vote I hope the Commission will submit a new legislative proposal that will address other national concerns not related only to the safety of GMOs for health or the environment.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il cotone geneticamente modificato esprime la proteina PAT, che conferisce tolleranza agli erbicidi a base di glufosinate ammonio; la proteina CP4 EPSPS, che conferisce tolleranza agli erbicidi a base di glifosato; e le proteine Cry1F e Cry1Ac, che conferiscono protezione da alcuni lepidotteri. Inoltre, nel 2015, l'Agenzia internazionale per la ricerca sul cancro ha inserito il glifosato nell'elenco dei probabili cancerogeni per l'uomo. Il progetto di decisione di esecuzione della Commissione è stato votato in sede di comitato permanente senza che sia stato espresso alcun parere e lo stesso è avvenuto in sede di comitato di appello. Inoltre il Parlamento ha respinto la proposta legislativa perché la coltivazione degli OGM avviene sul territorio di uno Stato membro ma il commercio oltrepassa le frontiere, pertanto un divieto nazionale di «vendita e uso» proposto dalla Commissione sarebbe impossibile da applicare senza reintrodurre i controlli alle frontiere. Il progetto di decisione di esecuzione della Commissione non è conforme al diritto dell'Unione, perché non compatibile con l'obiettivo di garantire un elevato livello di protezione della vita e della salute umane, della salute e del benessere degli animali, dell'ambiente e degli interessi dei consumatori. Si chiede quindi alla Commissione di presentare una nuova proposta legislativa.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le présent rapport propose d'adopter cinq objections sur des autorisations de culture ou d'importation d'OGM provenant notamment de Monsanto. Ces objections permettent notamment de mettre en lumière l'hypocrisie et le double discours des parlementaires européens des groupes majoritaires, qui votent l'inverse de ce qu'ils promettent à leurs électeurs. J'ai voté en faveur de ces objections.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore dell'obiezione in questione perché ritengo che la valutazione del rischio della coltivazione effettuata dall'EFSA sia incompleta e che le raccomandazioni in materia di gestione del rischio proposte dalla Commissione siano inadeguate.

Vari studi sulla coltivazione di cotone OGM hanno suscitato forti preoccupazioni sulla sicurezza di tale tipo di cotone. Un recente rapporto ha rilevato che in Nuova Zelanda migliaia di pecore e capre sono morte dopo aver brucato su terreni dove era stato coltivato cotone OGM. Per di più, i raccolti di cotone OGM si sono rivelati fallimentari in India.

Ricordo inoltre che, il 16 dicembre 2015, il Parlamento europeo ha dichiarato il sistema di approvazione degli OGM «non funzionante» e ha aggiunto che «qualsiasi decisione di esecuzione che autorizzi l'immissione sul mercato di prodotti contenenti, costituiti od ottenuti a partire da organismi geneticamente (…) dovrebbe essere sospesa.»

Nessun OGM dovrebbe essere autorizzato fino a quando il controllo democratico delle decisioni della Commissione non sia stato rafforzato e rifletta in modo corretto l'opinione della maggioranza degli Stati membri, degli eurodeputati e dei cittadini europei.

Chiedo quindi alla Commissione di ritirare il progetto di decisione di esecuzione.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of these objections to GMO authorisations. The European Commission has yet to propose a new authorisation procedure since its very weak proposal was rejected earlier this year. In spite of the fact that the EP called for a new proposal, the Commission continues to authorise GMOs under a flawed procedure which they themselves have admitted does not work. For these reasons I voted in favour of the objection.

David Casa (PPE), *in writing*. – I believe that this draft Commission implementing decision is not consistent with Union law, in that it is not compatible with the objective of Regulation (EC) No 1829/2003, which is, in accordance with the general principles laid down in Regulation (EC) No 178/2002, to provide the basis for ensuring a high level of protection of human life and health, animal health and welfare, environment and consumer interests in relation to genetically modified food and feed, whilst ensuring the effective functioning of the internal market. The motion for a resolution calls on the Commission to withdraw its draft implementing decision.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La Commissione europea ha chiesto all'Autorità europea per la sicurezza alimentare (EFSA) di valutare se siano emersi nuovi elementi che modificherebbero le raccomandazioni dei pareri scientifici dell'EFSA relativa all'immissione in commercio di prodotti contenenti, costituiti od ottenuti a partire da cotone geneticamente modificato 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913. La risoluzione del Parlamento europeo sul progetto di decisione di esecuzione della Commissione europea ritiene che la valutazione del rischio della coltivazione effettuata dall'EFSA sia incompleta e che le raccomandazioni in materia di gestione del rischio proposte dalla Commissione europea siano inadeguate e chiede perciò, di ritirare il progetto di decisione di esecuzione. Insieme alla delegazione M5S ho votato a favore della risoluzione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Το θέμα των Γενετικά Τροποποιημένων Οργανισμών (ΓΤΟ) είναι ιδιαίτερα σημαντικό και απασχολεί την Ευρωπαϊκή Ένωση από τη δεκαετία του 1990. Πιστεύουμε πως ο στόχος των αρμόδιων αρχών των κρατών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης πρέπει να είναι ο έλεγχος και ο περιορισμός τυχόν αρνητικών επιπτώσεων από ΓΤΟ, αφήνοντας ταυτόχρονα περιθώρια για ερευνητική δράση στο νέο επιστημονικό τομέα της βιοτεχνολογίας ή και για χρήση στην αγορά, εάν τα προϊόντα αποδειχθούν χρήσιμα και αβλαβή.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε σχετικά με τη διατύπωση αντίρρησης ως προς τη διάθεση στην αγορά συγκεκριμένων τύπων γενετικώς τροποποιημένου βαμβακιού. Θεωρώ πως οι αντιρρήσεις που εκφράζονται είναι λογικές και θεμιτές καθώς δεν έχουν εξαντληθεί τα περιθώρια ελέγχου των επιπτώσεων των οργανισμών αυτών. Ως εκ τούτου ψήφισα θετικά.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I rejected this objection as I support the EFSA and the European Commission's scientific GMO authorisation procedure.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment, but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – It transpires that the risk assessment of cultivation conducted by EFSA is incomplete and the risk management recommendations proposed by the Commission are inadequate; therefore, I agree that we should withdraw the Commission's draft implementing decision. I have consistently voted against placing on the market genetically modified organisms within the Community in line with the precautionary principle, which I believe should be followed in issues related to human health and the environment of our citizens

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción a la comercialización del algodón modificado genéticamente 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913 (este algodón es resistente al glifosato y al glufosinato de amonio) porque estoy totalmente en contra de los organismos modificados genéticamente y, por tanto, de nuevas autorizaciones de los mismos.

Además, es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando correctamente. Por todo ello, estoy a favor de ésta y cualquier objeción que se proponga en relación con la autorización de OMG, y he votado en consecuencia.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Ritengo che le raccomandazioni della Commissione non siano adeguate e che debba essere presentata una nuova proposta legislativa che tenga maggiormente conto delle preoccupazioni frequentemente espresse a livello nazionale e che non si riferiscono soltanto alle questioni legate alla sicurezza degli OGM per la salute o l'ambiente. Ad oggi la valutazione del rischio circa l'immissione in commercio di cotone geneticamente modificato sementi di granturco geneticamente modificato 281-24-236X 3006-210-23X MON 88913 non appare completa e le raccomandazioni della Commissione non sembrano adeguate. A mio avviso è prioritario tener conto del rispetto del principio precauzionale, nel ravvicinare le disposizioni legislative, regolamentari ed amministrative degli Stati membri e nel tutelare la salute umana e l'ambiente, almeno fino a quando non siano stati migliorati i metodi di valutazione del rischio.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Poparłem sprzeciw dotyczący wprowadzenia do obrotu ziaren genetycznie zmodyfikowanej bawełny 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913. Uważam, że żadna nowa żywność lub pasza genetycznie modyfikowana nie powinna być dozwolona na mocy obowiązujących ram prawnych. Ramy te są jednymi z najbardziej restrykcyjnych na świecie, jeśli chodzi o ocenę ryzyka dla upraw i żywności GMO, co budzi moje zadowolenie. Uważam, że powinno to pozostać niezmienione, dlatego zagłosowałem za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Authorising the placing on the market of products containing, consisting of or produced from genetically modified cotton 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913 was also voted on. This cotton is glyphosate-resistant and the import authorisation is based on a legal act that has proved to be dysfunctional. Doubts about this cotton's safety for human health and the environment are still being debated. This has led me to vote in favour of this objection until further information is issued.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette objection vise à s'opposer à la mise sur le marché de l'OGM MON 88913. Je suis contre cette objection dans la mesure où la Commission européenne a respecté son mandat dans le cadre de son pouvoir d'exécution accordé par le Parlement européen et le Conseil. Je regrette que cette résolution motivée par des considérations idéologiques ne prenne pas en compte les nombreuses mesures de précaution votées par le législateur européen en matière d'autorisation de mise sur le marché de nouveaux produits, ainsi que l'avis scientifique positif accordé par l'Autorité européenne de sécurité des aliments. Pour ces raisons, j'ai voté contre cette objection.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection visant à refuser la mise sur le marché de produit contenant du coton génétiquement modifié, à des fins de commercialisation. Cette objection s'appuie sur une accusation faite à la Commission: par cette autorisation, elle excéderait les compétences d'exécution qui lui sont attribuées. Pourtant la Commission a respecté la procédure existante en matière d'autorisation d'OGM. Elle a demandé au préalable une analyse par l'Autorité européenne de sécurité des aliments (EFSA) pour vérifier l'absence de danger de cette plante pour la santé humaine et animale, et pour l'environnement. Cette objection n'a donc selon moi pas lieu d'être et traduit simplement une volonté d'interdire systématiquement tout OGM, alors que cela relève de la compétence des États membres.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — Actuellement, les organismes génétiquement modifiés (OGM) peuvent être cultivés sur le territoire de l'Union européenne après obtention par les semenciers détenteurs de l'OGM d'une autorisation de mise sur le marché conformément à la réglementation européenne. Le Parlement européen a choisi d'user de son pouvoir d'objection pour demander à la Commission de retirer ses autorisations concernant l'utilisation de semences de maïs génétiquement modifiés tolérant le glyphosate, herbicide classé «cancérogène probable» par l'Organisation mondiale de la santé (OMS). Il conviendra à l'avenir de réviser le processus d'autorisation des OGM, qui ne devrait pas être possible sans le soutien d'une majorité qualifiée des États membres et l'approbation du Parlement.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих това възражение, тъй като съм против употребата на ГМО и пускането на пазара на генно-модифицирани стоки. Освен това в съответния случай липсват солидни данни за оценката на риска и методите за оценка на въздействието, което поставя безопасността под въпрос.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζουμε διότι είμαστε ενάντια σε κάθε απόπειρα απελευθέρωσης των ΓΤΟ και καλούμε μάλιστα το Ευρωκοινοβούλιο να κρατήσει ακόμα σκληρότερη στάση και να εμποδίσει τις απόπειρες της Επιτροπής να επιτρέψει πλαγίως την καλλιέργεια τους εντός της Ένωσης.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. - A 281–24-236x3006-210-23xMON88913 gyapot kétféle fehérjét termel: egyrészt a PAT fehérjét, mely által ellenállóvá válik a glüfozinát-ammónium típusú növényvédő szerekkel szemben, másrészt módosított CP4 EPSPS fehérjét, mely glifozát-toleránssá teszi. Emellett Cry1F és Cry1Ac fehérjéket termel, mely képessé teszi, hogy bizonyos Lepidoptera fajok ellen védekezzen. Nem voltak kielégítőek a termék egészségügyi biztonságosságával kapcsolatos vizsgálatok. Hosszabb távú etetési kísérleteket is el kellett volna végezni annak érdekében, hogy megállapítást nyerjen, ez a termék valóban nem jelent kockázatot az emberi vagy állati egészségre. Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi- és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alapossággal.

Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this objection to the authorisation of genetically modified cotton because the current legal framework for authorising GMOs is not democratic. Decisions are made by the Commission without the agreement of the Member States. I represent Wales, which has declared itself GM-free, and I want that decision to be respected.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O projeto de decisão de execução da Comissão excede as competências de execução previstas no Regulamento (CE) n.º 1829/2003 e não é consentâneo com o direito da União, na medida em que não é compatível com a finalidade do Regulamento (CE) n.º 1829/2003, que consiste em proporcionar o fundamento para garantir, no que aos géneros alimentícios e alimentos para animais geneticamente modificados diz respeito, um elevado nível de proteção da vida e da saúde humanas, da saúde e do bem-estar dos animais, do ambiente e dos interesses dos consumidores, assegurando simultaneamente o funcionamento eficaz do mercado interno.

Concordo com a retirada do projeto de decisão de execução e com a apresentação de uma nova proposta legislativa que altere o Regulamento em causa.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: malgré les objections systématiques, la Commission persiste à délivrer des autorisations pour des cultures ou des importations d'OGM. Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. Ces objections contribuent à démasquer l'hypocrisie des parlementaires majoritaires (qui entretiennent la Commission) face au totalitarisme de l'UE.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O algodão geneticamente modificado a que se refere esta objeção expressa a proteína fosfinotricina acetiltransferase (PAT) e a proteína modificada CP4EPSPS, que conferem tolerância aos herbicidas que contenham glufosinato de amónia e glifosato, assim como as proteínas Cry1F e Cry1 Ac, que conferem proteção contra algumas pestes de lepidópteros.

Mais uma vez, no que respeita aos trâmites desta decisão de autorização, a exceção tornou-se regra.

Não houve consenso entre os Estados-Membros, logo, de acordo com o perverso enquadramento legislativo em vigor, a decisão cai nas mãos da Comissão Europeia – que invariavelmente tem uma postura pró-OGM, mesmo perante a falta de estudos de longo prazo de toxicidade alimentar e perante uma avaliação de riscos insuficiente, razões que estiveram na base da posição de recusa (ou de abstenção) assumida por vários Estados-Membros.

Esta resolução formula uma objeção à autorização deste Organismo Geneticamente Modificado (OGM). Votámos favoravelmente.

É necessário e urgente alterar o atual quadro legislativo, de forma a respeitar o direito de cada Estado-Membro de não querer OGM no seu território, para alimentos e/ou cultivo, por razões de defesa da soberania alimentar, do ambiente, da biodiversidade e da saúde pública.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as I believe GM crops are a threat to our existence.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della risoluzione che propone una obiezione contro l'autorizzazione di un OGM da parte della Commissione.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της διατυπωθείσας αντίρρησης σύμφωνα με το άρθρο 106 σχετικά με την διάθεση στην αγορά γενετικώς τροποποιημένου βαμβακιού 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913, διότι είμαι εναντίον κάθε απόπειρας απελευθέρωσης της χρήσης των ΓΤΟ. Καλώ εξάλλου το Ευρωκοινοβούλιο να τηρήσει ακόμα σκληρότερη στάση και να εμποδίσει οποιεσδήποτε απόπειρες της Επιτροπής να επιτρέψει δια της πλαγίας οδού την καλλιέργεια τους εντός της Ένωσης.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A géntechnológiával módosított gyapot egészségügyi biztonságosságával kapcsolatos vizsgálatok nem voltak kielégítőek. Hosszabb távú etetési kísérleteket is el kellett volna végezni annak érdekében, hogy megállapítást nyerjen, ez a termék valóban nem jelent kockázatot az emberi vagy állati egészségre. Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi- és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alapossággal. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. - A 281–24-236x3006-210-23xMON88913 gyapot kétféle fehérjét termel: egyrészt a PAT fehérjét, mely által ellenállóvá válik a glüfozinát-ammónium típusú növényvédő szerekkel szemben, másrészt módosított CP4 EPSPS fehérjét, mely glifozát-toleránssá teszi. Emellett Cry1F és Cry1Ac fehérjéket termel, mely képessé teszi, hogy bizonyos Lepidoptera fajok ellen védekezzen. Nem voltak kielégítőek a termék egészségügyi biztonságosságával kapcsolatos vizsgálatok. Hosszabb távú etetési kísérleteket is el kellett volna végezni annak érdekében, hogy megállapítást nyerjen, ez a termék valóban nem jelent kockázatot az emberi vagy állati egészségre.

Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi- és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alapossággal. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado en contra de la objeción relativa a comercialización del algodón modificado genéticamente 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913. Tras estudiar la objeción presentada creo que existen los suficientes controles y garantías por parte de la Comisión Europea, así como, de los Estados miembros. Es necesario mantener un elevado nivel de protección de la vida y la salud humanas, de la salud y el bienestar de los animales, del medio ambiente y de los intereses de los consumidores en relación con los alimentos y piensos modificados genéticamente, garantizando al mismo tiempo el eficaz funcionamiento del mercado interior.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del PE sull'obiezione relativa al progetto di decisione di esecuzione della Commissione che autorizza l'immissione in commercio di prodotti costituiti od ottenuti a partire da cotone geneticamente modificato e su altrettante risoluzioni relative all'immissione in commercio o rinnovo di autorizzazioni relative a sementi e mais geneticamente modificato, sulla base di altrettante richieste di obiezioni formulate dalla commissione ENVI del PE, poiché ritengo che le relative proposte di decisioni di autorizzazioni formulate dalla Commissione europea non siano innanzitutto coerenti con la legislazione dell'UE e in secondo luogo non compatibili con gli obiettivi del regolamento n. 1829/2003 relativo agli alimenti e mangimi geneticamente modificati. Ho sostenuto, pertanto, convintamente il ritiro di queste decisioni e la richiesta rivolta alla Commissione europea di sottomettere nuove proposte legislative sulla base del TFUE.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I am concerned about the safety of GMOs and their impact on health and the environment, but I would prefer the UK Government to legislate on this delicate issue, rather than the European Parliament.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la objeción dado que los Organismos Genéticamente Modificados (OGM) no están consiguiendo controlar las plagas y las malas hierbas, y en cambio han provocado la aparición de superpestes y superhierbas. Entre los nuevos objetivos de la PAC figuran garantizar la seguridad alimentaria, proteger el medioambiente y garantizar el dinamismo económico y social de las zonas rurales. Resulta difícil justificar que la aprobación de las semillas transgénicas de Monsanto responde a alguno de estos tres objetivos.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Today, I voted in favour of the objection pursuant to Rule 106 on the placing on the market of genetically modified cotton 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913 as the authorisation of GMOs resistant to herbicides is likely to result in excessive herbicide spraying. It is important to ensure that the EU regulatory framework with regards to GMOs is further improved, particularly in terms of assessing GMOs' impacts on the wider environment as well as on human health

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A 281–24-236x3006-210-23xMON88913 gyapot kétféle fehérjét termel: egyrészt a PAT fehérjét, mely által ellenállóvá válik a glüfozinát-ammónium típusú növényvédő szerekkel szemben, másrészt módosított CP4 EPSPS fehérjét, mely glifozát-toleránssá teszi. Emellett Cry1F és Cry1Ac fehérjéket termel, melyek képessé teszik, hogy bizonyos Lepidoptera fajok ellen védekezzen. Nem voltak kielégítőek a termék egészségügyi biztonságosságával kapcsolatos vizsgálatok. Hosszabb távú etetési kísérleteket is el kellett volna végezni annak érdekében, hogy megállapítást nyerjen, ez a termék valóban nem jelent kockázatot az emberi vagy állati egészségre.

Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi- és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alapossággal. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported the objection because I believe the Commission's implementing decision is not compatible with Union law. As well as that, there was no agreement among Member States in the Standing Committee to approve this product, mainly due to the lack of long-term feeding and toxicity studies and insufficient risk assessment studies. I would also like to stress there are still important data gaps in the risk assessment of these GM maize crops and authorising their release in the environment would contradict the precautionary principle. For all of the above reasons I voted in favour of the objection, plus the fact that I do not support the introduction of GMOs into the European Union.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A 281–24-236x3006-210-23xMON88913 gyapot kétféle fehérjét termel: egyrészt a PAT fehérjét, mely által ellenállóvá válik a glüfozinát-ammónium típusú növényvédő szerekkel szemben, másrészt módosított CP4 EPSPS fehérjét, mely glifozát-toleránssá teszi. Emellett Cry1F és Cry1Ac fehérjéket termel, melyek képessé teszik, hogy bizonyos Lepidoptera fajok ellen védekezzen. Nem voltak kielégítőek a termék egészségügyi biztonságosságával kapcsolatos vizsgálatok. Hosszabb távú etetési kísérleteket is el kellett volna végezni annak érdekében, hogy megállapítást nyerjen, ez a termék valóban nem jelent kockázatot az emberi vagy állati egészségre.

Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi- és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alapossággal. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – 91 - Glasovao sam za prigovor u skladu s člankom 106. Poslovnika: stavljanje na tržište genetski modificiranog pamuka 281-24-236 x 3006-210-23 x MON 88913 jer ne podržavam korištenje genetski modificiranih organizama na poljoprivrednim zemljištima.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Nous assistons à un jeu de balancier: la Commission s'obstine à encourager par ses autorisations la culture et l'importation d'OGM dans nos pays, et à balayer d'un revers de main l'opposition tout aussi entêtée du Parlement. Tout cela est à la vérité peu utile, et ne suffit pas à décharger de leur responsabilité des parlementaires qui maintiennent par la bande la Commission dans sa toute-puissance. Je réitère mon refus de mettre sur le marché du coton génétiquement modifié 281-24-236 x 3006-210-23 x MON 88913.

Fidèle à mes convictions, j'ai voté pour.

Diane James (EFDD), *in writing*. — We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment, but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection sur la mise sur le marché du coton génétiquement modifié par la Commission européenne. En autorisant la mise sur le marché à des fins de culture ou de commercialisation, la Commission a dûment respecté la procédure en prenant en compte l'analyse de l'Autorité européenne de sécurité des aliments. Il est également important de rappeler que les produits génétiquement modifiés qui se retrouvent sur les étalages ou dans les cultures françaises font l'objet d'une autorisation de l'État français, et non de l'Union européenne.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für den vorliegenden Bericht. Er verwirft den Kommissionsvorschlag, eine Baumwollsorte zuzulassen, und zwingt die Kommission, ihren Vorschlag zu überdenken. Der Durchführungsbeschluss ist nicht mit dem Unionsrecht zu vereinbaren, die Empfehlung zum Risikomanagement ist mangelhaft und genmodifizierte Lebensmittel sind aus österreichischer Sicht generell abzulehnen.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Līdzīgi kā atbalstīju citas rezolūcijas, kas aicina atsaukt Eiropas Komisijas īstenošanas lēmumus par ģenētiski modificēto produktu vai produktu, kas satur ģenētiski modificētas izejvielas, laišanu tirgū, atbalstīju arī šo. Es uzskatu, ka Eiropas Komisijas pilnvarās ir vairāk resursu, lai izpētītu un saprastu ģenētiski modificēto produktu ietekmi uz vidi un cilvēku veselību. Līdz ar to Eiropas Komisijas spēkos ir nākt klajā ar labāku un skaidrāku risinājumu saistībā ar ģenētiski modificēto produktu vai produktu, kas satur ģenētiski modificētas izejvielas, laišanu un brīvu tirdzniecību Eiropas Savienības tirgū. Ir jābūt skaidri izpētītam, vai tiešām šie produkti nav kaitīgi, nebojā cilvēku veselību un neatstāj ietekmi uz vidi, un, kamēr iespējamās sekas nav apzinātas, šie īstenošanas akti nav pieņemami. Tāpēc es Eiropas Parlamenta plenārsesijā Strasbūrā balsoju par rezolūciju, kas pieprasa atsaukt Komisijas īstenošanas lēmumu par ģenētiski modificētas kukurūzas sēklu laišanu tirgū kultivēšanas nolūkos.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A 281–24-236x3006-210-23xMON88913 gyapot kétféle fehérjét termel: egyrészt a PAT fehérjét, mely által ellenállóvá válik a glüfozinát-ammónium típusú növényvédő szerekkel szemben, másrészt módosított CP4 EPSPS fehérjét, mely glifozát-toleránssá teszi. Emellett Cry1F és Cry1Ac fehérjéket termel, melyek képessé teszik, hogy bizonyos Lepidoptera fajok ellen védekezzen. Nem voltak kielégítőek a termék egészségügyi biztonságosságával kapcsolatos vizsgálatok. Hosszabb távú etetési kísérleteket is el kellett volna végezni annak érdekében, hogy megállapítást nyerjen, ez a termék valóban nem jelent kockázatot az emberi vagy állati egészségre.

Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi- és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alapossággal. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette objection car elle s'oppose à l'utilisation d'un OGM dangereux pour la biodiversité. Le Parlement européen a accepté de la voter, ce qui démontre que l'initiative de la Commission était néfaste. Je veux que la France retrouve sa souveraineté alimentaire.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – La Commission persiste à délivrer des autorisations pour la culture ou l'importation d'OGM. Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. J'ai voté favorablement à cette objection.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción a la comercialización del algodón modificado genéticamente 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913 (este algodón es resistente al glifosato y al glufosinato de amonio) porque estoy totalmente en contra de su autorización. Es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando con garantías y he votado en consecuencia.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti námitce proti rozhodnutí Komise o povolení distribuce výrobků obsahujících geneticky modifikovanou bavlnu. Respektuji právo jednotlivých členských států případně na svém území takové výrobky zakázat, ale nepovažuji za správné nepovolením omezit ty státy, kterým tyto výrobky nevadí. Stojím tak za rozhodnutím Komise.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – I agree that the Commission should withdraw its draft implementing decision and submit a new legislative proposal on the basis of the Treaty on the Functioning of the European Union, amending Regulation (EC) No 1829/2003 to take into account frequently expressed national concerns which do not relate only to issues associated with the safety of GMOs for health or the environment.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος που ζητά από την Ευρωπαϊκή Επιτροπή να αποσύρει το σχέδιο της εκτελεστικής της απόφασης σχετικά με έγκριση της διάθεσης στην αγορά προϊόντων που περιέχουν, αποτελούνται ή παράγονται από γενετικώς τροποποιημένο βαμβάκι 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

Cinq objections sont présentées par le Parlement concernant des autorisations de culture ou d'importation d'OGM. Les différentes propriétés de ces OGM posent plusieurs problèmes: herbicides cancérigènes, insecticides entraînant la destruction de la biodiversité, etc. Nous sommes donc favorables à ces objections et, en l'espèce, favorables à celle concernant la mise sur le marché du coton génétiquement modifié et appelé techniquement 281-24-236 x 3006-210-23 x MON 88913.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die Entschließung hält fest, dass der entworfene Durchführungsbeschluss der Kommission nicht mit dem Unionsrecht vereinbar ist und die Kommission daher aufgefordert wird, ihren Entwurf zurückzuziehen. Da die von der EFSA durchgeführte Risikobewertung des Anbaus unvollständig ist und die von der Kommission vorgeschlagenen Empfehlungen zum Risikomanagement mangelhaft sind, habe ich der Entschließung zugestimmt.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu EP rezoliucijai, nes joje reiškiamas prieštaravimas Komisijos sprendimui išduoti leidimą prekiauti maisto produktais, maisto ingredientais ir pašarais, kurių sudėtyje yra genetiškai modifikuotos medvilnės. Manau, kad, remiantis atsargumo principu bei siekiu apsaugoti žmonių sveikatą ir aplinką, sprendimai dėl prekybos GMO produktais turėtų būti priimti tik tada, kai būtų pateikti neginčytini moksliniai įrodymai dėl jų poveikio. Deja, šiuo metu GMO auginimo rizikos vertinimai nėra išsamūs ir nekvestionuojami. Dėl šių priežasčių nepritariu GMO plėtrai, prekybai ir auginimui ES.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport s'oppose à la décision de la Commission d'autoriser la mise sur le marché du coton génétiquement modifié 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913. Ces variétés de coton développées par Dowagroscience et Monsanto sont tolérantes au glyphosate, substance toxique et probablement cancérigène, ainsi qu'au glufosinate d'ammonium qui est lui reprotoxique. Ces cotons sont également résistants aux lépidoptères via l'ajout des gènes Cry1 F et Cry 1 Ac. Ce qui a pour effet à long terme d'augmenter la tolérance des lépidoptères à ces protéines et entraîne l'utilisation de produits phytosanitaires de plus en plus puissants et dans des quantités sans cesse en augmentation. Je vote pour ce rapport.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La Commission persiste à délivrer des autorisations pour la culture ou l'importation d'OGM. Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. J'ai voté favorablement à cette objection, comme aux quatre autres.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei a favor da presente resolução, por considerar que o projeto de decisão de execução da Comissão excede as competências de execução previstas no Regulamento (CE) n.º 829/2003, no caso da colocação no mercado de algodão geneticamente modificado 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this objection on the placing on the market of genetically modified cotton 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913 as the Commission's draft implementing decision risks endangering health, the ecosystem and consumer interests.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — Begin 2016 liepen er zo'n 7,4 miljard mensen rond op onze planeet. In het meest voorzichtige scenario zal de wereldbevolking tegen 2050 aangegroeid zijn tot 9 miljard. Een snelle groei van de wereldbevolking impliceert dat ook de vraag naar voedsel en gewassen evenredig zal toenemen. Ondernemers in de landbouw en voedselvoorziening staan voor belangrijke uitdagingen. Het bestaande landbouwareaal zal doordachter en beter benut moeten worden. Innovatie in de landbouw zal zich toespitsen op duurzame en efficiënte landbouwtechnieken en planttechnologie zal een bijzondere rol spelen in het garanderen van de voedselproductie. In die context zijn er op dit moment ook geen overtuigende wetenschappelijke argumenten om bezwaar aan te tekenen tegen een GM-vergunning.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — Spoločnosť Dow AgroSciences Europe predložila ešte v roku 2009 príslušnému orgánu Holandska žiadosť, aby boli na trh uvedené potraviny, zložky potravín a krmivá, ktoré obsahujú bavlnu 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913, sú z nej zložené alebo vyrobené. Táto geneticky modifikovaná bavlna okrem iného zabezpečuje toleranciu voči herbicídom na báze glyfozátu. Glyfozát bol však v roku 2015 zaradený Svetovou zdravotníckou organizáciou pre výskum rakoviny (špecializovaná agentúra WHO) medzi látky s pravdepodobným rakovinotvorným účinkom na ľudí. Podľa právnych predpisov EÚ všetky povolené GMO musia spĺňať požiadavky na vysledovateľnosť a označovanie. Cieľom je poskytnúť spotrebiteľom informácie a slobodu výberu a možnosť pre členské štáty prijať vhodné opatrenia, ak sa ukáže nepredvídaný nežiaduci účinok. V tomto prípade aj keď pestovanie GMO prebieha na území členského štátu, obchodovanie s ním má cezhraničný charakter, takže vnútroštátny zákaz predaja a použitia, ako ho navrhuje Komisia, by nebolo možné presadiť bez znovuzavedenia hraničných kontrol dovážaného tovaru. Návrh vykonávacieho rozhodnutia Komisie, ktorým sa podľa nariadenia Európskeho parlamentu a Rady (ES) č. 1829/2003 povoľuje umiestniť na trh produkty, ktoré obsahujú geneticky modifikovanú bavlnu, prekračuje rámec vykonávacích právomocí, ktoré sú ustanovené v tomto nariadení. Preto by Komisia mala svoje vykonávacie rozhodnutie stiahnuť a predložiť nový návrh na zmenu spomínaného nariadenia.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have supported the decision to object to the placing on the market of genetically modified cotton 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913 because the draft Commission implementing decision is not consistent with Union law. In accordance with the precautionary principle, to approximate the laws, regulations and administrative provisions of the Member States and to protect human health and the environment when carrying out the deliberate release into the environment of genetically modified organisms for any other purposes than placing on the market within the Community and placing on the market genetically modified organisms as or in products within the Community.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Malgré les objections systématiques, la Commission persiste à délivrer des autorisations pour des cultures ou des importations d'OGM. Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. Ces objections contribuent à démasquer l'hypocrisie des parlementaires majoritaires (qui entretiennent la Commission) face au totalitarisme de l'Union. Je vote donc pour.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection à l'autorisation du coton OGM 281-24-236 x 3006-210-23 x MON 88913, dont la mise ou non sur le marché relève de la compétence des États membres, car elle est basée sur l'argument faux selon lequel la Commission aurait excédé ses pouvoirs en autorisant ce maïs. En effet, la Commission a totalement respecté la procédure en demandant à l'Autorité européenne de sécurité des aliments une étude sur l'innocuité de la plante pour la santé humaine et animale et pour l'environnement. Elle a ensuite proposé cette autorisation d'OGM au Conseil, qui ne l'a pas refusée.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Úgy gondolom, hogy amíg a génmódosított fajok és fajták termesztése nem bizonyul környezetvédelmi és gazdasági szempontból egyaránt kiemelkedően előnyösnek az európai gazdák számára, addig nincs értelme felvállalni még a legkisebb kockázatot sem az engedélyezésükkel. Az európai közvélemény nagyobbik része még nem igazán fogadta el a modern mezőgazdasági módszereket és azok bizonyítatlan veszélyeit, és úgy gondolom, ezt nekünk, törvényhozóknak szem előtt kell tartanunk.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have abstained in voting this motion for a resolution that authorises the placing on the market of products containing, consisting of, or produced from genetically modified cotton 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913 following a risk evaluation to human health and biodiversity.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. — Аз подкрепих тази резолюция, инициирана от комисията по околна среда, обществено здраве и безопасност на храните, защото вярвам, че без ефективен механизъм за контрол в рамките на вътрешния пазар, който може да гарантира, че продукти, които са забранени за отглеждане в дадена държава членка не представляват опасност и не противоречат на тази забрана или не крият риск за нейното нарушаване, не може и не трябва да се процедира към оторизиране на пускането на пазара семена от тази забранена култура.

Българската общественост е твърдо против използването на генетично модифицирани култури, каквито са и продуктите, съдържащи, състоящи се или произведени от генетично модифициран памук 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913 (DAS-24236-5×DAS-21Ø23-5×MON-88913-8). Единният европейски пазар може да функционира само, когато неговите условия биват приети от всички негови участници, без риск за нарушаване на техните правни и морални закони. Влиянието на генетично модифицираните организми и на продуктите от тях върху човешкото здраве остават недостатъчно изследвани и проучвани, за това съм на мнение, че не е удачно предлагането на подобни продукти на единния европейски пазар.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diese Entschließung ausgesprochen, da die von der EFSA durchgeführte Risikobewertung des Anbaus unvollständig ist und die von der Kommission vorgeschlagenen Empfehlungen zum Risikomanagement mangelhaft sind. Die Kommission wird aufgefordert, den Durchführungsbeschluss zurückzuziehen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Ei toetanud. Geneetiliselt muundatud toodete ükshaaval reguleerimine ei ole efektiivne ega otstarbekas.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – In riferimento all'obiezione riguardante l'immissione in commercio di cotone geneticamente modificato 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913, pur rilevando la portata che riveste il suddetto argomento non mi sento di appoggiare pienamente la proposta presentata. Pertanto, intenderei astenermi.

Alojz Peterle (PPE), *pisno*. – Ugovor sem podprl, ker menim, da osnutek izvedbenega sklepa Komisije presega izvedbena pooblastila, določena v Uredbi (ES) št. 1829/2003.

Komisija bi morala osnutek izvedbenega sklepa o odobritvi gensko spremenjenega bombaža umakniti, ker ni podana podlaga za zagotavljanje visoke ravni varovanja življenja in zdravja ljudi, zdravja in dobrobiti živali, okolja in interesov potrošnikov v zvezi z gensko spremenjeno hrano in krmo, ob hkratnem zagotavljanju nemotenega delovanja notranjega trga.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Genetski modificirani pamuk 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913 eksprimira gene proteina fosfinotricin-acetil-transferaza (PAT) koji omogućuje tolerantnost na herbicide s amonijevim glufosinatom te gene modificiranog proteina CP4 5-enolpiruvil-šikimat-3-fosfat sintaza (CP4EPSPS) koji omogućuje tolerantnost na herbicide s glifosatom, kao i gene proteina Cry1F i Cry1Ac, koji pružaju zaštitu od određenih kukaca štetočina iz reda Lepidoptera. Tolerancija na herbicide s aktivnom glifosatom znači da će ekonomski učinak biti prepoznatljiv tek uz primjenu herbicida s tom aktivnom tvari. Međutim, glifosat je Svjetska zdravstvena organizacija klasificirala kao kancerogen za ljude.

Zbog navedenog smatram kako nacrt provedbene odluke nije u skladu s ciljem visoke razine zaštite zdravlja i života ljudi, zdravlja i dobrobiti životinja, okoliša i interesa potrošača u pogledu genetski modificirane hrane i hrane za životinje o istodobnom učinkovitom funkcioniranju unutarnjeg tržišta koje postavlja Uredba (EZ) br. 1829/2003, nacrt prekoračuje i provedbene ovlasti te Uredbe te stoga podržavam Rezoluciju i ističem da se Uredba mora mijenjati na način da se brigu o željama država članica ne ograničava samo na pitanja utjecaja na zdravlje i okoliš.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Parlament je u listopadu prošle godine odbio zakonodavni prijedlog o izmjeni Uredbe br. 1829/2003 iz travnja iste godine jer se trgovina genetski modificiranim organizmima odvija izvan nacionalnih granica, neovisno o činjenici da se uzgoj odvija na teritoriju jedne članice. To znači da bi nacionalna zabrana „prodaje i uporabe" koju je predložila Komisija mogla biti neprovediva bez ponovnog uvođenja graničnih kontrola pri uvozu. Ovaj nacrt provedbene odluke Komisije prekoračuje provedbene ovlasti predviđene Uredbom. On nije u skladu s pravom Unije, nespojiv je s ciljem Uredbe – predvidjeti osnovu za visoku razinu zaštite zdravlja i života ljudi, zdravlja i dobrobiti životinja, okoliša i interesa potrošača u pogledu genetski modificirane hrane i hrane za životinje te dakako zajamčiti učinkovito funkcioniranje unutarnjeg tržišta. Pozivam Komisiju da vodi računa o pitanjima koja se često postavljaju na nacionalnoj razini i koja se ne odnose samo na probleme u vezi sa sigurnošću genetski modificiranih organizama za zdravlje i okoliš.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O algodão geneticamente modificado a que se refere esta objeção expressa a proteína fosfinotricina acetiltransferase (PAT) e a proteína modificada CP4EPSPS, que conferem tolerância aos herbicidas que contenham glufosinato de amónia e glifosato, assim como as proteínas Cry1F e Cry1 Ac, que conferem proteção contra algumas pestes de lepidópteros.

Mais uma vez, no que respeita aos trâmites desta decisão de autorização, a exceção tornou-se regra.

Não houve consenso entre os Estados-Membros, logo, de acordo com o perverso enquadramento legislativo em vigor, a decisão cai nas mãos da Comissão Europeia – que invariavelmente tem uma postura pró-OGM, mesmo perante a falta de estudos de longo prazo de toxicidade alimentar e perante uma avaliação de riscos insuficiente, razões que estiveram na base da posição de recusa (ou de abstenção) assumida por vários Estados-Membros.

Esta resolução formula uma objeção à autorização deste Organismo Geneticamente Modificado (OGM). Votámos favoravelmente.

É necessário e urgente alterar o atual quadro legislativo, de forma a respeitar o direito de cada Estado-Membro de não querer OGM no seu território, para alimentos e/ou cultivo, por razões de defesa da soberania alimentar, do ambiente, da biodiversidade e da saúde pública.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection. En effet, la Commission européenne n'a pas excédé ses pouvoirs et a bien respecté la procédure d'autorisation d'OGM, grâce notamment à l'avis de l'Autorité européenne de sécurité des aliments. Pour rappel, cette proposition d'autorisation sur le marché a été transmise au Conseil qui ne l'a pas rejetée. Aussi, ces objections utilisées par des groupes politiques comme les Verts, n'ont pas de réel effet car elles portent sur des actes d'exécution. Plus globalement, je souhaite rappeler que la France interdit la culture d'OGM, et ce bien qu'elle en importe.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – We in UKIP are concerned about the safety of GMOs for health and the environment, but we would prefer our national Parliament to legislate on this delicate issue rather than the European Parliament.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei contra, uma vez que que o algodão geneticamente modificado DAS-24236-5×DAS-21Ø23-5×MON-88913-8, exprime a proteína fosfinotricina acetiltransferase (PAT), que confere tolerância aos herbicidas de glufosinato-amónio, e a proteína modificada CP4 5-enolpiruvil-chiquimato-3-fosfato-sintase (CP4EPSPS), que confere tolerância aos herbicidas à base de glifosato, e as proteínas Cry1F e Cry1Ac, que conferem proteção contra determinadas pragas de lepidópteros, e considerando que, em 20 de março de 2015, o Centro Internacional de Investigação do Cancro – a agência da OMS especializada nesta doença – classificou o glisofato como provavelmente cancerígeno para o ser humano.

Embora o cultivo ocorra necessariamente no território de um Estado-Membro, o comércio de OGM atravessa fronteiras, o que significa que seria impossível aplicar a proibição nacional de vendas e de utilização proposta pela Comissão sem reintroduzir os controlos fronteiriços das importações.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriuo prieštaraujama Europos Komisijos parengtam sprendimui leisti patekti į rinką produktams, kuriuose yra genetiškai modifikuotos medvilnės 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913 (DAS-24236-5×DAS-21Ø23-5×MON-88913-8). Europos Parlamentas mano, kad Komisijos įgyvendinimo sprendimas neatitinka Sąjungos teisės, nes jis nesuderinamas su Reglamento (EB) Nr. 1829/2003 tikslu, pagal kurį, remiantis Reglamente (EB) Nr. 178/2002 nustatytais bendraisiais principais, siekiama nustatyti teisinę bazę, leidžiančią užtikrinti aukštą žmonių gyvenimo ir sveikatos, gyvūnų sveikatos ir gerovės, aplinkos ir vartotojų interesų apsaugos lygį kalbant apie genetiškai modifikuotą maistą ir pašarus, sykiu užtikrinant veiksmingą vidaus rinkos veikimą.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O algodão geneticamente modificado designado DAS 24236 5×DAS 21Ø23 5×MON-88913-8 exprime a proteína fosfinotricina acetiltransferase (PAT), que confere tolerância aos herbicidas à base de glifosato e proteção contra determinadas pragas de lepidópteros, e, de acordo com o Regulamento (CE) n.º 1829, de 2003, pode ser comercializado.

Contudo, a 20 de março de 2015, o Centro Internacional de Investigação do Cancro – a agência da OMS especializada nesta doença – classificou o glisofato como provavelmente cancerígeno para o ser humano.

Em abril deste ano, e numa votação semelhante, tive simultaneamente em consideração as apreciações da Autoridade Europeia para a Segurança dos Alimentos (AESA) que afirmou ser «improvável o glifosato ter um risco carcinogénico para os humanos» e as dúvidas expressas pela comunidade científica, pelo que, tendo em atenção o princípio da precaução, decidi igualmente abster-me nesta votação.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la objeción dado que los Organismos Genéticamente Modificados (OGM) no están consiguiendo controlar las plagas y las malas hierbas, y en cambio han provocado la aparición de superpestes y superhierbas. Entre los nuevos objetivos de la PAC figuran garantizar la seguridad alimentaria, proteger el medioambiente y garantizar el dinamismo económico y social de las zonas rurales. Resulta difícil justificar que la aprobación de las semillas transgénicas de Monsanto responde a alguno de estos tres objetivos.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción a la comercialización del algodón modificado genéticamente 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913 (este algodón es resistente al glifosato y al glufosinato de amonio) porque estoy totalmente en contra de los organismos modificados genéticamente y, por tanto, de nuevas autorizaciones de los mismos.

Además, es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando correctamente. Por todo ello, estoy a favor de ésta y cualquier objeción que se proponga en relación con la autorización de OMG, y he votado en consecuencia.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today, I voted in favour of the objection pursuant to Rule 106 on the placing on the market of genetically modified cotton 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913, as the authorisation of GMOs resistant to herbicides is likely to result in excessive herbicide spraying. It is important to ensure that the EU regulatory framework with regards to GMOs is further improved, particularly in terms of assessing GMOs' impacts on the wider environment as well as on human health.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Súhlasím s tým, že Európsky parlament žiada Komisiu, aby stiahla svoj návrh vykonávacieho rozhodnutia, ktorým sa povoľuje umiestniť na trh produkty, ktoré obsahujú geneticky modifikovanú bavlnu 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913), ako aj produkty, ktoré sú z nej zložené alebo vyrobené. Domnievam sa, že návrh vykonávacieho rozhodnutia Komisie nie je v súlade s právnymi predpismi Únie, pretože nie je zlučiteľný s cieľom nariadenia (ES) č. 1829/2003, ktorý podľa všeobecných zásad uvedených v nariadení (ES) č. 178/2002 spočíva v tom, že poskytne základ na zabezpečenie vysokej miery ochrany ľudského života a zdravia, zdravia a dobrých životných podmienok zvierat, životného prostredia a záujmov spotrebiteľov v súvislosti s geneticky modifikovanými potravinami a krmivami a súčasne zabezpečí efektívne fungovanie vnútorného trhu. Hlasoval som za toto uznesenie.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som námietku proti umiestneniu geneticky modifikovanej bavlny na európsky trh, pretože súhlasím s názorom Výboru pre životné prostredie, podľa ktorého vykonávacie rozhodnutie Komisie v tejto veci prekračuje rámec vykonávacích právomocí. Pretrvávajú takisto pochybnosti o postupoch, ktoré sprevádzali prijímanie vykonávacieho rozhodnutia, keďže jednotlivé výbory členských štátov, ani odvolací výbor neprijímali k rozhodnutiu Komisie žiadne stanovisko. Čo sa týka tejto geneticky modifikovanej bavlny, je o nej známe, že okrem iného exprimuje modifikovaný proteín, ktorý zabezpečuje toleranciu voči herbicídom na báze glyfozátu. Medzinárodná agentúra pre výskum rakoviny však glyfozát zaradila minulý rok na zoznam látok, ktoré môžu mať rakovinotvorný účinok na ľudí. Keďže pestovanie GMO plodín môže prebiehať na území jedného členského štátu, ale obchodovanie s týmito produktmi má cezhraničný charakter, domnievam sa, že by Komisia mala prísť s precíznejším návrhom. Keďže geneticky modifikované plodiny môžu mať negatívny vplyv na ľudský organizmus, mali by sme postupovať s ich registráciou obozretne a uvádzať ich na trh len vtedy, keď sa zbavíme všetkých pochybností.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Evropski parlament je uspešno izrazil nestrinjanje z dovoljenjem za pet prehranskih in krmnih izdelkov iz gensko spremenjenih organizmov. Med njimi so tudi proizvodi, ki vsebujejo gensko spremenjeni bombaž MON 88913, s katerim se ukvarja ta resolucija.

Evropska komisija je hkrati zavrnila poziv k spremembi postopka odobritve uporabe posameznih gensko spremenjenih organizmov, saj Evropski parlament meni, da postopek trenutno ni demokratičen, saj odločitve sedaj sprejema Komisija.

Prav tako obstaja določeno pomanjkanje podatkov glede uporabe in uvoza gensko spremenjenih organizmov, saj Komisija v takšnih primerih le redko podatke deli z Evropskim parlamentom. V povezavi z gensko spremenjenimi organizmi, ki jih želi Komisija odobriti za uporabo, raziskave opravlja tudi Evropska agencija za varnost hrane.

Ker menim, da je treba našo hrano ohraniti varno in zdravo, sem glasoval za resolucijo parlamenta, ki si prizadeva za to, da dovoljenje za uporabo ne bi bilo sprejeto.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Nacrt Komisije o provedbi odluke o stavljanju na tržište genetski modificiranog pamuka nije izglasan u skladu s predviđenom legislativom EU-a te je Komisija prekoračila svoje ovlasti. O nacrtu provedbene odluke nije izdano mišljenje, te većina kojom se izglasao nacrt ne predstavlja volju većinu država članica.

Ovakav izniman legislativni postupak neprikladan je za donošenje odluka bitnih za zaštitu ljudskog zdravlja, zdravlja životinja i okoliša.

Predviđena je mogućnost države članice da zabrani uzgoj navedenih proizvoda na svom teritoriju. Međutim, problem nastaje pri zabrani njihove prodaje u određenoj državi članici – time bi se stvorila potreba za provjerom uvoza, što je u suprotnosti s načelima EU-a.

Stoga podržavam prigovor i rezoluciju Europskog parlamenta o nacrtu Europske komisije o provedi odluke stavljanja na tržište genetski modificiranog pamuka 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Είμαστε ενάντια σε κάθε απόπειρα απελευθέρωσης των ΓΤΟ· καλούμε μάλιστα το Ευρωκοινοβούλιο να κρατήσει ακόμα σκληρότερη στάση και να εμποδίσει τις απόπειρες της Επιτροπής να επιτρέψει πλαγίως την καλλιέργεια τους εντός της Ένωσης.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a géntechnológiával módosított 281–24-236 × 3006–210-23 × MON 88913 gyapotot (DAS-24236–5×DAS-21Ø23-5×MON-88913–8) tartalmazó, abból álló vagy abból előállított termékek forgalomba hozatalának engedélyezéséről szóló bizottsági végrehajtási határozat tervezetéről szóló állásfoglalási indítványt. 2009. március 12-én a Dow AgroSciences Europe kérelmet nyújtott be Hollandia illetékes hatóságához a fent nevezett gyapotot tartalmazó, abból álló vagy abból előállított élelmiszerek, élelmiszer-összetevők és takarmányok forgalomba hozatalára vonatkozóan. Ez a gyapot foszfinotricin-acetiltranszferáz (PAT) fehérjét tartalmaz, amely ellenállást biztosít a glufozinát-ammónium tartalmú gyomirtókkal szemben. Emellett Cry1F és Cry1Ac fehérjéket tartalmaz, amelyek védelmet biztosítanak egyes kártevőkkel szemben.

A glifozát az „emberre valószínűleg rákkeltő hatású” anyag besorolást kapott 2015-ben és a Bizottság az 1829/2003/EK rendelet hatálybalépése óta az engedélyező határozatokat a Bizottság az alkalmazandó jogszabályoknak megfelelően a tagállami bizottságok véleményei nélkül fogadta el. A 1829/2003/EK rendelet módosításáról szóló jogalkotási javaslatot a Parlament 2015-ben elutasította, azzal az indokkal, hogy míg az előállítás szükségszerűen egy tagállam területén történik, a GMO-k kereskedelme átlépi a határokat, ami azt jelenti, hogy a Bizottság által javasolt nemzeti „értékesítésre és felhasználásra” vonatkozó tilalmat a behozatali határellenőrzés visszaállítása nélkül nem lehetne érvényesíteni. Egyetértek azzal, hogy a bizottsági végrehajtási határozat tervezete túllépi az 1829/2003/EU rendeletben meghatározott

végrehajtási hatásköröket, ezért szavazatommal támogattam az indítványt.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Le Parlement européen, que je rejoins totalement sur ce dossier, considère que ce projet de décision d'exécution de la Commission excède les compétences d'exécution prévues dans la directive 2001/18/CE. L'analyse du risque relative à ces cultures réalisée par l'EFSA est incomplète et les recommandations de gestion du risque formulées par la Commission sont inadéquates.

De plus, le projet de décision d'exécution de la Commission n'est pas conforme au droit de l'Union. Nous rejetons donc cette demande!

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The objection proposed by the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety against the proposal to place on the market genetically modified cotton 281-24-236 x 3006-210-23 x MON 88913 is part of a larger theme of systematically opposing GM authorisations on mainly procedural grounds and is not the right way to force the Commission to change the EU level authorisation regime. I voted against the motion to object the proposal, as I believe that as long as there are no convincing scientific reasons to object to a GM authorisation, I will continue to follow the advice given by the European Food and Safety Agency.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Glasovala sam za prigovor na Provedbenu odluku Komisije o odobravanju stavljanja na tržište određenih proizvoda koji sadržavaju, sastoje se ili su proizvedeni od genetski modificiranih vrsti pamuka.

Komisija bi ovakve odluke trebala prvenstveno donositi na temelju zaštite čovjekova zdravlja i okoliša te bi se trebala voditi činjenicom da Europski parlament, kao predstavničko tijelo građana Europske unije, nikada nije dao svoju suglasnost za stavljanje genetski modificiranih proizvoda na tržište. Osim toga, pojedine države članice izjasnile su se da na svoje tržište ne žele uvesti genetski modificirane proizvode, bilo da je riječ o hrani za ljude, hrani za životinje ili o drugim proizvodima.

Stoga smatram da svaka država treba sama odlučiti želi li na svoje tržište uvesti genetski modificirane proizvode, bez obzira na to što je proces procjene rizika Europske unije o genetski modificiranim proizvodima vjerojatno jedan od najstrožih na svijetu.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Ugovor v skladu s členom 106: dajanje na trg proizvodov, ki vsebujejo gensko spremenjeni bombaž 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913 sem podprla.

Družba Dow AgroSciences Europe je 12. marca 2009 v skladu s členoma 5 in 17 Uredbe (ES) št. 1829/2003 pristojnemu organu Nizozemske predložila vlogo za dajanje na trg živil, živilskih sestavin in krme, ki vsebujejo bombaž 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913, so iz njega sestavljeni ali proizvedeni.

Osnutek izvedbenega sklepa Komisije ni v skladu s pravom Unije, saj ni skladen s ciljem Uredbe (ES) št. 1829/2003, ki je – v skladu s splošnimi načeli iz Uredbe (ES) št. 178/2002 — dati podlago za zagotavljanje visoke ravni varovanja življenja in zdravja ljudi, zdravja in dobrobiti živali, okolja in interesov potrošnika v zvezi z gensko spremenjeno hrano in krmo, ob hkratnem zagotavljanju nemotenega delovanja notranjega trga.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la objeción dado que los Organismos Genéticamente Modificados (OGM) no están consiguiendo controlar las plagas y las malas hierbas, y en cambio han provocado la aparición de superpestes y superhierbas. Entre los nuevos objetivos de la PAC figuran garantizar la seguridad alimentaria, proteger el medioambiente y garantizar el dinamismo económico y social de las zonas rurales. Resulta difícil justificar que la aprobación de las semillas transgénicas de Monsanto responde a alguno de estos tres objetivos.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Malgré les objections systématiques, la Commission persiste à délivrer des autorisations pour la culture ou les importations d'OGM.

Le Parlement persiste à objecter, en vain, puisque la Commission n'en tient pas compte. Ces objections contribuent à démasquer l'hypocrisie des parlementaires majoritaires (qui entretiennent la Commission) face au totalitarisme de l'Union européenne.

Je vote POUR cette objection.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Żywność genetycznie modyfikowana może mieć negatywny wpływ na ludzi, zwierzęta oraz środowisko i powinna być pod tymi względami szczegółowo kontrolowana. Mam wątpliwości, czy Komisja powinna dopuścić do obrotu kolejne rodzaje takiej żywności i paszy genetycznie modyfikowanej. Dotyczy to również niektórych produktów zawierających genetycznie zmodyfikowaną odmianę bawełny, składających się z niej lub z niej wyprodukowanych. W związku z tym poparłem sprzeciw.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la objeción dado que los Organismos Genéticamente Modificados (OGM) no están consiguiendo controlar las plagas y las malas hierbas, y en cambio han provocado la aparición de superpestes y superhierbas. Entre los nuevos objetivos de la PAC figuran garantizar la seguridad alimentaria, proteger el medioambiente y garantizar el dinamismo económico y social de las zonas rurales. Resulta difícil justificar que la aprobación de las semillas transgénicas de Monsanto responde a alguno de estos tres objetivos.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted in favour of the GMO import objection as I have decided to object systematically to any GM import authorisation. This was following the EP rejection of the EC proposal to renationalise instead of democratise the authorisation procedure. In relation of the GMO cultivation I also decided to object as all three maizes are Bt maizes: they all themselves produce the Bt toxin that enables them to be 'pest-resistant', meaning they are themselves toxic to the targeted pests – but also the non-targeted, even if those ones are protected or pollinate.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the objection pursuant to Rule 106(2) and (3) of the Rules of Procedure on the draft Commission implementing decision authorising the placing on the market of products containing, consisting of, or produced from genetically modified cotton 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913 (DAS-24236-5×DAS-21Ø23-5×MON-88913-8) pursuant to Regulation (EC) No 1829/2003 of the European Parliament and of the Council (D046168/00 – 2016/2923(RSP)). I voted in favour of the objection because I believe that GMOs are now being authorised in the EU by the Commission without the support of opinions of Member State committees. I find that the Commission goes beyond its powers. Although this was supposed to be an exception to the usual decision-making procedure, it has in fact become the norm.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción a la comercialización del algodón modificado genéticamente 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913 (este algodón es resistente al glifosato y al glufosinato de amonio) porque estoy totalmente en contra de los organismos modificados genéticamente y, por tanto, de nuevas autorizaciones de los mismos.

Además, es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando correctamente. Por todo ello, estoy a favor de ésta y cualquier objeción que se proponga en relación con la autorización de OMG, y he votado en consecuencia.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Somos a favor desta oposição, e de qualquer objeção futura à autorização de OGM, por uma questão de princípio, mas igualmente com o propósito de mostrar à Comissão Europeia a necessidade de corrigir a legislação aprovada recentemente com uma proposta legislativa que irá respeitar o direito de um indivíduo não autorizar OGM para alimentos no seu território.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die Entschließung hält fest, dass der entworfene Durchführungsbeschluss der Kommission nicht mit dem Unionsrecht vereinbar ist und die Kommission daher aufgefordert wird, ihren Entwurf zurückzuziehen. Da die von der EFSA durchgeführte Risikobewertung des Anbaus unvollständig ist und die von der Kommission vorgeschlagenen Empfehlungen zum Risikomanagement mangelhaft sind, habe ich der Entschließung zugestimmt.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Die im Entschließungsantrag vorgetragenen Einwände gegen das Inverkehrbringen der in Rede stehenden genetisch veränderten Produkte sind stichhaltig und legen zwingend die Ablehnung des einschlägigen Durchführungsbeschlusses der Kommission nahe. Dem hier vorgelegten Entschließungsantrag wird deshalb zugestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – In these votes on GMO objection motions, Labour MEPs have exemplified their case-by-case approach to GM technology, while adhering strictly to the principles of robust risk assessment, the precautionary principle and the authority of EFSA, and acting pragmatically with regard to biotechnology which is already strongly present in our food chain.

My colleagues and I thus vote against the introduction of GMOs resistant to herbicides.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted against this motion for a resolution. It is very important that Europe can ensure its own food supply. At the same time, this needs to be done in an efficient and sustainable manner. Science helps us in achieving this goal. It is important that products developed in this regard are safe for both consumers and the environment. Such an assessment, research and consequent conclusions need to be based on scientific processes and empiric evidence. It is the task and the responsibility of the European Food Safety Agency (EFSA) to ensure that this is the case: that is why the agency was established by the institutions of the European Union. In this case, EFSA has, at the request of the Commission, duly assessed this product and concluded that it is safe. In my view, EFSA is the appropriate authority to give recommendations on these matters and likewise is the Commission the relevant authority to act on those. Therefore I voted against this proposal which would go against EFSA's judgment.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Námietku Európskeho parlamentu voči vykonávaciemu rozhodnutiu Komisie, ktorým Komisia povoľuje umiestniť na trh geneticky modifikovanú bavlnu, som podporila. Môj názor na geneticky modifikované organizmy sa nemení, pretože zatiaľ neexistujú dostatočné dôkazy týkajúce sa ich zdravotnej neškodnosti. Rovnako nemáme dostatočne určité informácie o ich účinkoch na životné prostredie. Práve preto súhlasím s názorom, že za daných okolností, keď posudzovanie rizík nie je dôkladné a úplné, Európska komisia pri tomto vykonávacom nariadení prekročila svoje právomoci a už vôbec nekonala v súlade so zásadou predbežnej opatrnosti, ktorá je absolútne nevyhnutá v prípadoch, keď môže byť ohrozené ľudské zdravie.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei a favor de todas as objeções nos termos do artigo 106.º do Regimento, por concordar com a oposição a substâncias geneticamente modificadas para as quais não existam ainda resultados científicos sólidos que permitam autorizá-las sem comprometer a saúde pública.

Por conseguinte, enquanto a Comissão não propuser um novo quadro legislativo para estas substâncias, o grupo socialista europeu continuará, de forma concertada, a apoiar estas objeções.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. — Votando a favore di questa risoluzione ho voluto esprime un secco no all'immissione in commercio di prodotti contenenti, costituiti od ottenuti a partire da cotone geneticamente modificato. Il cotone geneticamente modificato di cui si discute è stato progettato per esprimere alcune proteina che conferiscono tolleranza agli erbicidi a base di glufosinate ammonio e a base di glifosato. L'Agenzia internazionale per la ricerca sul cancro (agenzia dell'Organizzazione mondiale della sanità specializzata in campo oncologico) ha inserito il glifosato nell'elenco dei probabili cancerogeni per l'uomo. È evidente che siamo di fronte a un pacchetto commerciale pensato per facilitare un maggiore impiego di questi pericoloso erbicida. Gli OGM sono un interesse di pochi e un rischio inutile e inaccettabile che offre vantaggi significativi solo alle aziende che li brevettano. Credo in un'Europa libera da OGM, che tuteli la salute delle persone e non gli interessi delle multinazionali del biotech e l'ho espresso con il mio voto.

Der Präsident. — Damit sind die Erklärungen zur Abstimmung geschlossen.

7. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird um 12.55 Uhr unterbrochen und um 15.00 Uhr wieder aufgenommen.)

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

8. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

9. Zusammensetzung der Ausschüsse: siehe Protokoll

10. Standpunkt des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll

11. Tragfähige Finanzen (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Kommission zum Thema „Tragfähige Finanzen" (2016/2896(RSP)).

Jyrki Katainen, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, honourable Members, let me first thank you for introducing this very important topic of sustainable finance. Vice-President Dombrovskis and I are jointly responsible for the Capital Markets Union and this obviously has a close link to the sustainable finance issue.

Last year we witnessed some landmark international agreements with the adoption of the Sustainable Development Goals (SDG) and the Paris Climate Agreement (COP21). Implementing a transition towards a more sustainable world requires determined efforts in many policy areas. In terms of public finance, the EU is leading the way due to its commitment to spend at least 20% of its 2014-2020 budget on climate-related projects and policies.

Work is ongoing to increase the availability of green funds through the European Fund for Strategic Investments (EFSI). But we need to move beyond public finance and to further reach out to private investors. The financial sector has a role to play. The Capital Markets Union initiative addresses the importance of long-term and sustainable investments. In the most recent CMU Communication, the Commission has indicated a need for a broader strategy on sustainable finance. This is necessary to support investment in clean technologies and ensure that the financial system can finance growth in a sustainable manner over the long term. The Commission also monitors developments in the green bond market. A study on the potential of the bond market to finance resource-efficient investments is under preparation. The final report will be ready in November.

The Commission has also adopted initiatives to increase company transparency, such as the Directive on non-financial reporting that will be transposed by the end of 2016, and the related non-binding guidelines, currently under preparation. Last July, a political agreement on IORP2 was achieved that will require occupational pension funds to consider taking into account environmental, social and governance factors in their investment decisions. The Commission is also assessing the follow-up to the recent public consultation on long-term and sustainable investment which emphasised the importance of environmental, social and governance issues for the long-term performance of companies and investors, and the challenges institutional investors faced in this area.

Since sustainable finance has no boundaries, work must also be done at global level. The Commission supports the work of the FSB industry-led Task Force which will provide recommendations on climate-related financial disclosures early next year. We will take these into account as much as possible when preparing the upcoming EU guidelines on non-financial reporting.

At the same time, the Commission is a member of the G20 Green Finance Study Group (GFSG), which recently identified options on how to mobilise private green investment; we will also continue this work under the German Presidency.

Beyond relying on public finance and mobilising the private sector, the Commission is also looking at how, and to what extent, climate change implications could affect the financial sector or even be a source of systemic risk to it. Some EU institutions and central banks of EU Member States have already begun analysing this. Last February, the European Systemic Risk Board proposed enhanced disclosures and the incorporation of climate-related prudential risks into stress tests as policy responses to mitigate risks for the financial system. This may be a suitable trigger to integrate considerations about long-term environmental risks and opportunities into the mindset of private investors.

Undoubtedly more needs to be done at EU level, and in a comprehensive manner. That is why the Commission will establish an expert group on green finance that will help formulate the EU strategy. This group will provide advice on how to mobilise private capital for sustainable and green investments; and to better understand and deal with the financial risks related to the transition to a low-carbon economy. The expert group will be composed of senior experts representing various stakeholders of the green and sustainable finance spectrum.

Honourable Members, I am interested to hear your views on the ongoing work streams and also I am expecting some input from your side for future work streams.

Theodor Dumitru Stolojan, *în numele grupului PPE*. – Domnule președinte, nu există nicio îndoială că trăim cu toții efectele schimbării climatice și nicio țară nu este lipsită de aceste efecte. Chiar și într-o țară cum este țara mea, care este departe de oceane, avem schimbări ale climei care pur și simplu nu pot fi explicate. De aceea, toate eforturile care sunt făcute pentru a mobiliza finanțarea necesară pentru a schimba structura economiilor, din economii care consumă foarte mult combustibil care generează emisiile de gaze cu efect de seră, în economii care să reducă substanțial aceste emisii de gaze cu efect de seră sunt salutate. Remarc, din cuvântul domnului vicepreședinte al Comisiei Europene, Katainen, o serie de inițiative pe care Comisia Europeană le are în acest domeniu. Într-adevăr, există o problemă fundamentală la care trebuie să dăm un răspuns: cum atragem capital privat în această finanțare? Știm foarte bine: capitalul privat nu va intra în această finanțare, dacă nu va vedea și o întoarcere favorabilă pentru investitori. De aceea, și eforturile pe care le facem pentru realizarea pieței unice de capital în Uniunea Europeană și celelalte eforturi sunt binevenite. Să nu uităm că a existat un angajament, luat acum mai mulți ani, al tuturor țărilor din lume, de a face un fond de circa o sută de miliarde pentru finanțarea trecerii la o economie care să răspundă provocărilor schimbărilor climatice și, practic, nu s-a realizat prea mare lucru din acest angajament, la vremea respectivă, al țărilor. În cadrul Uniunii Europene avem foarte multe fonduri care pot fi folosite și din bugetul Uniunii Europene, dar și din resursele statelor membre, care pot fi folosite pentru a încuraja această trecere la o economie bazată pe energie verde. Aș vrea însă să menționez aici că populațiile, populația, cetățenii au avut însă o reacție negativă față de anumite scheme de stimulente pe care le-am croit, în special pentru cei care investeau în energia verde (eoliene și așa mai departe), unde pur și simplu s-au creat niște stimulente mult prea mari față de ceea ce era normal. Deci, cred că aici trebuie să acționăm foarte limpede, să gândim cu toții care trebuie să fie mărimea optimă a stimulentelor pentru cei care investesc în energia verde.

Bernd Kölmel, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident! Herr Kommissar Katainen, vielen Dank für Ihren Bericht. Ich darf so in diese Debatte einsteigen, dass ich betonen möchte: Umweltaspekte setzen die Grundrechenarten nicht außer Kraft. Das bedeutet: Wenn wir über tragfähige Finanzen reden sollten wir uns zunächst einmal mit der Lage der EU und ihrer Mitgliedstaaten auseinandersetzen.

Ein Großteil der EU-Staaten ist überschuldet. Nicht nur das, auch die Privatwirtschaft und die Bürger dieser Länder haben große Schuldenberge angehäuft. Wenn aber die Wirtschaft und die Bürger hoch verschuldet sind, drohen diesen Staaten letztlich geringe Steuereinnahmen, und als Spitze des Eisbergs sehen wir, dass Staaten wie Griechenland oder Italien schon längst nicht mehr in der Lage sind, sich am Kapitalmarkt zu finanzieren. Tragfähige Finanzen heißt eben, dass man nur so viel ausgeben kann, wie man auch hat. Wenn man mehr ausgeben will, kann man einen Kredit aufnehmen – aber das geht nur so lange, wie man die Zinsen und die dafür fälligen Tilgungen auch zahlen kann. Diese simple Wahrheit wird von einigen Staaten schon seit langer Zeit missachtet.

Dafür Schulden aufzunehmen, gibt es immer Begründungen. Aber wir haben so gut wie noch nie erlebt, dass Staaten ihre Schulden zurückzahlen. Wenn die Schulden eine bestimmte Größe erreicht haben – manche sprechen da von einer Grenze bei 90 Prozent Schulden, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt –, dann gibt es langfristig eigentlich kaum noch ein Entrinnen aus dieser Spirale.

Und das Verhalten der Staaten des Euro-Währungsgebiets ist hier ein abschreckendes Beispiel für ein nicht nachhaltiges, unsolidarisches Verhalten. Denn der Euro gründet sich auf den Maastricht-Vertrag, und dessen Kernelemente sind Verschuldungsobergrenzen und eine sogenannte „no bail out"-Klausel. In den vergangenen 15 Jahren wurden die Bestimmungen dieses Vertrages weit über 100-mal gebrochen – folgenlos! Nur sieben Euro-Mitgliedstaaten halten derzeit die Verschuldungsgrenze ein, und wenn man die Zahlungen und Garantien der Euro-Länder einschließlich der Target-II-Salden der EZB zusammenrechnet, kommt man auf viele hundert Milliarden Euro, die hier im Feuer stehen. Und dies zu leugnen, kommt einer gigantischen Verantwortungslosigkeit gleich.

Hierfür, Herr Kommissar, trägt auch die Europäische Kommission Verantwortung: Sie ist die Hüterin der europäischen Verträge, sie muss dafür sorgen, dass sie eingehalten werden. Dann hätten wir tragfähige Finanzen, und dann könnten wir auf einer ganz anderen Basis darüber reden, ob wir uns neue Instrumente erschließen, und sogenannte grüne Projekte finanzieren können. Die Europäische Kommission kommt jedoch ihre Verpflichtung nicht nach. Stattdessen hat die EZB die Aufgabe übernommen, die Euro-Länder über Wasser zu halten. Um angemessene Zinssätze zu verhindern, pumpt sie mit einem Staatsanleihenkaufprogramm Milliarden in dieses Finanzsystem.

Doch die EZB hat sich hier zum Gefangenen der eigenen Politik gemacht. Die Nullzinspolitik nimmt von den Krisenstaaten den Reformdruck mit der Folge, dass die Verschuldungsorgie weitergeht. Was müssen wir also tun, um aus diesem Dilemma herauszukommen? Wir brauchen zunächst eine ehrliche, analytische Herangehensweise an diese Staatsfinanzierungskrise. Und dazu gehört, dass Länder, die die Kriterien von Maastricht nicht einhalten, aus dem Euro-Währungsgebiet ausscheiden müssen. Natürlich dürfen wir diese Länder mit ihren Problemen nicht allein lassen. Hier sind Hilfen und auch Schuldenschnitte erforderlich. Die müssen wir gemeinsam tragen. Aber es gilt: „besser ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende".

Darüber hinaus müssen wir tatsächlich nachhaltig wirtschaften. Das heißt, es darf künftig keine auf Pump finanzierten Wahlgeschenke mehr geben. Diese müssen ebenso tabu sein wie Investitionen, bei denen sich der Staat keine Tilgungen auf die Abschreibungen leisten kann. Wir dürfen nicht weitergehen auf einem Weg hin zu noch mehr Investitionen des Staates, zu noch mehr Umverteilung, zu noch mehr Steuerung der Wirtschaft und auch der Bürger. Das ist ein falscher Weg!

Stattdessen müssen wir endlich die Kräfte der Wirtschaft von ihren Fesseln befreien. Das heißt, wir brauchen weniger Regulierungen, wir müssen die Bürger mehr mitnehmen bei all diesen Projekten, die wir vorhaben – so gut sie vielleicht auch gedacht sind. Aber es kann nicht sein, dass man von irgendeiner Zentrale aus eine Europäische Union in eine Richtung steuern kann, wo man vorgibt, was zu tun ist und was nicht.

Deshalb appelliere ich an Sie und die Kommission: Nehmen Sie ihre Verpflichtung wahr! Sorgen Sie dafür, dass die vorhandenen Verträge eingehalten werden. Ansonsten können wir nicht davon ausgehen, dass die Staaten der EU neue Verträge einhalten werden.

Ivan Jakovčić, *u ime kluba ALDE.* – Poštovani predsjedniče, kada moji prijatelji iz studenskih dana budu vidjeli da sam govorio o održivim financijama vjerojatno će se nasmijati jer sam nekada za vrijeme studija bio glavni i odgovorni urednik jednog časopisa koji se zvao Bankrot. Časopis koji je izašao samo u nultom broju jer je poslije toga odmah bio zabranjen, jer za vrijeme komunizma se nije moglo govoriti o bankrotu. Nije se moglo govoriti ni u tadašnjoj Jugoslaviji koja je bila barem malo otvorenija od drugih istočnih država.

Međutim, danas možemo govoriti o bankrotu, danas možemo govoriti i o tome da su, kao što znamo, neke zemlje, pa čak i zemlje eurozone, blizu bankrota ili su bile blizu bankrota, da su neki gradovi, neke jedinice lokalne samouprave došle u situaciju da bankrotiraju i da su neke regije došle u ozbiljne financijske probleme. Mi o tim i takvim održivim financijama ovdje zaista moramo razgovarati. I zato ja podupirem ovu inicijativu o kojoj čujemo danas od Komisije, ali želim dodati nešto, kao svoj mali doprinos. Mislim da u svakom slučaju trebamo govoriti o sinergiji financiranja mnogih projekata koji su nam bitni pogotovo kada govorimo o klimatskim promjenama i zelenim projektima koji se jednostavno ne mogu ozbiljno financirati, a da nemamo na umu i potrebe za raznim vrstama subvencija.

Dakle, ako govorimo o toj sinergiji koju možemo proizvesti, ja tu sinergiju vidim između onoga što radi Komisija i što može financirati Komisija kroz, konkretno, kohezijsku politiku, ali tome se naravno treba nadodati i sve ono što može učiniti Europska investicijska banka, što mogu učiniti zemlje članice i što mogu učiniti, inzistiram na tome, i regionalne i lokalne vlasti na područjima gdje se neki projekti čine, jer znamo vrlo dobro da i regionalne i lokalne vlasti imaju mogućnosti subvencija i mogu pomoći u realizaciji raznih projekata.

Kad govorimo konkretno o energetici, više sam nego zadovoljan što napokon jedan projekt u Hrvatskoj, koji se zvao Plomin 3, više nije u funkciji jer je to bila ideja da se koristi ugljen i da se ponovno upropaštava narednih dvadeset, trideset godina jedno područje. Međutim, ulagati u vjetroelektrane i sunčevu energiju, kao što imamo niz primjera i u Hrvatsku, znamo da traži odgovarajuću vrstu subvencija i u tom kontekstu ozbiljno mislim da Komisija mora izaći s konkretnim prijedlozima gdje zaista trebamo koristiti sunčevu energiju u Europi jer nije mi logično da na mnogim paralelama gdje sunca ima vrlo malo često vidimo sunčeve elektrane ili pokušaje da se isplativost sunca iskoristi u energetske svrhe.

I na kraju, dodao bih i to, uvjeren sam da svi ti aspekti financiranja koji jesu na raspolaganju mogu stvoriti održivo financiranje, a ne dovesti nas do bankrota.

Molly Scott Cato, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, now that EU has ratified the Paris Agreement, we have a tremendous challenge to decarbonise our economy, but also a tremendous opportunity. Humanity's journey into the fossil fuel era was marked by the enclosure of common resources, monopoly control and the growth in inequality. Finding ways to develop and invest in renewable resources offers a wonderful opportunity to do things differently. This is why, as Greens, we believe that sustainable finance must also be equitable finance. The overwhelming majority of finance for the green transition so far is private finance. Through the creation of green bonds, bankers can make use of what financiers like to call 'the magic of money' to multiply an initial stock of capital many times over, with the value of this multiplication staying with the shareholders and employees of the bank.

So the need to invest in a sustainable future could be used to swell bank profits, exacerbating inequality. How much better it would be if the magic of money could be used for the benefit of the citizens of the world, if we funded the transition through public banking and through community ownership. Then the value of money creation could be invested for public good and the value of renewable energy could accrue to local communities. The German KfW Bank provides an excellent model of such a method of capturing the power of banking for public good and I think such a model should be at the heart of sustainable finance.

I have also championed the idea of green quantitative easing to ensure that some of the vast amount of money being created by the European Central Bank should be channelled towards green investments. I believe the Commission and Parliament need to work together to undertake a critical review of the impact of the current QE programme and find ways to ensure that it is redesigned to play a central role in the financing of the green economy in Europe.

For some time Greens in this House have been ringing the alarm bell about the systemic risk to financial services, products and companies from assets which are grossly overvalued in the context of the EU's policies to tackle climate change. Since at least 75% of fossil fuel reserves have to be kept in the ground if we are to keep within the 2º global warming limit agreed in Paris, companies, banks and pension funds that have significant fossil-related assets on their books are vastly overvalued, a phenomenon known as the carbon bubble. McKinsey and others have estimated that 30% to 40% of fossil fuel companies' value could be threatened by this carbon bubble. Mark Carney, Governor of the Bank of England, has responded to this alert, as has Mario Draghi, as evidenced in the report produced by the European Systemic Risk Board.

We have taken an important first step to tackle the carbon bubble in the specific case of pensions, as was mentioned by the Commissioner. The Parliament has voted that the extent of these stranded assets must be notified to the regulatory authorities, but we should not stop there. It is not only pensions that are at risk. Insurance companies are also holding large quantities of stranded assets. Both the European Systemic Risk Board (ESRB) and the Ecofin Council have discussed the idea of undertaking carbon stress tests for banks and we need to make urgent progress on that front. We should also consider other options put forward by the ESRB, such as regulatory loss absorbency requirements, specific capital surcharges based on the carbon intensity of individual exposure, and large exposure limits applied to the overall investment in assets deemed highly vulnerable.

We can also learn from others. France, for example, has introduced the world's first mandatory climate disclosure requirements for institutional investors and the US Securities and Exchange Commission is now also taking steps towards mandatory disclosure requirements. The European Commission should make a proposal for similar legislation EU wide. These are just some of the actions governments and central banks are taking to address the risks posed by the carbon bubble. The EU needs to take similar action and, in this context, we welcome your proposal for a sustainable finance expert group.

Since the private finance market will inevitably play an important role in financing the transition, it is important that it is properly regulated and focused. The EU is proud of its leadership role on climate change, but is falling behind on the issue of sustainable finance. London has launched a green finance initiative and Luxembourg has followed suit, as has France. China is working on green finance, as is Bangladesh. There is a veritable climate finance race going on, with countries vying to be the first to turn their capital markets the greenest the fastest, investing in climate solutions instead of climate problems. The EU should set the highest standards in this field. In particular, we should introduce clear criteria for what constitutes a green bond. At present this is something of a Wild West, with bonds claiming green status on the flimsiest of justifications.

Vice-President Dombrovskis, we are pleased to see progress on this important issue since the departure of Commissioner Hill, but time is also pressing. International developments are moving fast, from the G20 Green Finance Study Group to the FSB Climate Disclosure Task Force. We should ensure that we are part of these developments, which is why it is so important that you move rapidly to establish your expert group and the publication of an EU sustainable finance strategy should not be far behind. This will give us enough time to come forward with timely legislative proposals.

So we welcome this opportunity to debate the economic opportunities offered by the urgent need to transition to more sustainable industrial and energy systems. We urge that the needs of climate and environment are placed first when sustainable finance is being developed and that attention is paid to the opportunities to achieve greater equity alongside greater sustainability.

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Spotykamy się dzisiaj w szczególnym momencie. We wtorek wyraziliśmy zgodę na ratyfikację przez państwa członkowskie porozumienia klimatycznego z Paryża. Jest to z pewnością dobra wiadomość w kontekście walki z ociepleniem klimatycznym, nadaje bowiem ambitny kierunek niskoemisyjnym innowacjom, które mogą stanowić bardzo silny impuls rozwojowy dla całej Unii Europejskiej.

Inwestycje w niskoemisyjną gospodarkę wymagają jednak znaczących nakładów finansowych. Wiem, że obecnie Komisja Europejska bada bariery, z jakimi borykają się przedsiębiorstwa w kontekście dostępu do finansowania innowacyjności. Panie Komisarzu, to bardzo dobry kierunek, by zapewnić najefektywniejsze i szeroko dostępne dofinansowanie. Inwestowanie w nowe technologie, szczególnie w energetykę, jest ogromnym wyzwaniem dla tych krajów, których gospodarka jest nadal oparta na tradycyjnych źródłach energii, jak węgiel. Cieszy więc, że Komisja Europejska wspiera państwa członkowskie w ich wysiłkach ukierunkowanych na walkę z ociepleniem klimatycznym. Jednakże ze względu na ograniczenia publicznych zasobów finansowych to prywatne inwestycje stają się szczególnie ważne w kontekście finansowania nowych technologii. W tym kontekście szalenie ważne będzie wykorzystanie przez Komisję całego potencjału Europejskiego Funduszu na rzecz Inwestycji Strategicznych oraz innych źródeł, by odmrozić środki prywatne.

Europa potrzebuje znaczących, długoterminowych i zrównoważonych inwestycji, aby poprawić produktywność i przejść na niskoemisyjną i zasobooszczędną gospodarkę. EFIS funkcjonuje również w połączeniu z innymi funduszami Unii Europejskiej oraz w kontekście Unii rynków kapitałowych. Daje to nowy impuls do tej zmiany przez zwiększenie liczby i wielkości zrównoważonych projektów, które mają być finansowane zgodnie z ambitnymi celami paryskiego porozumienia klimatycznego.

Dlatego też należy zapewnić duży udział EFIS w finansowaniu tego typu projektu.

Gospodarka niskoemisyjna oznacza przejście do zupełnie nowej rzeczywistości, zwłaszcza w krajach, gdzie wykorzystywanie paliw kopalnych, będących głównym źródłem emisji gazów cieplarnianych, jest bardzo mocno zakorzenione. Dobrze przygotowana strategia transformacji w kierunku niskoemisyjnym może stanowić bardzo silny impuls rozwojowy, zarówno dla wszystkich krajów europejskich, jak i dla całej Unii. Aby jednak tak się stało, strategia powinna być dopasowana do realiów społeczno-gospodarczych danego państwa oraz uwzględniać zmieniający się kontekst globalny, położenie geopolityczne, koszyk energetyczny, a także dostęp do surowców. Przy tworzeniu instrumentów finansowych oraz rynków kapitałowych, mających wspierać przejście na gospodarkę opartą o czyste technologie, należy uwzględnić także wymiar lokalny. Z tego też względu Komisja Europejska powinna szczególnie wspierać rozwój instrumentów finansowych, ukierunkowanych na sektor małych i średnich przedsiębiorstw, które bardzo często mają problem z dostępem do finansowania, a które są kluczowymi podmiotami działającymi na lokalnych rynkach.

Pamiętajmy także, iż korzyści z przechodzenia na gospodarkę niskoemisyjną oraz gospodarkę opartą o, na przykład, czyste technologie węglowe, to często inwestycje w nowe, wysoko wyspecjalizowane miejsca pracy. W kontekście zrównoważonych finansów szalenie ważny jest wpływ wspieranych inwestycji na krajowe i lokalne rynki pracy. Poprzez instrumenty finansowe powinniśmy wspierać te sektory, które mają szansę na dalszy rozwój oraz te, które pośrednio generują dodatkowe miejsca pracy. Ważne jest także zapewnienie finansowania na inwestycje w umiejętności oraz odpowiednie przekwalifikowanie i doszkalanie pracowników.

Korzystając z okazji chciałabym państwu przypomnieć, iż w moim regionie obecnie realizowana jest największa inwestycja infrastrukturalna w Polsce – budowa dwóch nowych bloków energetycznych o łącznej mocy 1 800 megawatów, które zapewnią stabilność i bezpieczeństwo dostaw energii elektrycznej w moim kraju oraz zapewnią setki nowych miejsc pracy. To wszystko jednak nie byłoby możliwe bez odpowiedniego finansowania i utworzenia konsorcjum, które spełniłoby wymogi kapitałowe. Ta inwestycja była niestety krytykowana tutaj w tej Izbie, czemu głośno się sprzeciwiałam. Przypominam, że elektrownia Opole w 2005 r. jako pierwsza w Polsce wdrożyła system EMAS. Jest ona nowoczesnym źródłem wytwarzania energii elektrycznej i ciepła. Do minimum ograniczono negatywne oddziaływanie na środowisko naturalne, a zastosowane instalacje ograniczają emisje pyłu dwutlenku siarki, tlenku azotu oraz hałasu.

Na zakończenie chciałabym, popierając inicjatywę Komisji, zadać Panu Komisarzowi pytanie: czy w ocenie Komisji Europejskiej…

(Przewodniczący odebrał mówczyni głos.)

Jozo Radoš (ALDE). – Gospodine predsjedniče, financijska održivost nije svrha samoj sebi. Ona doprinosi rastu gospodarstva, povećanju standarda građana, spriječava kriminalne aktivnosti, korupciju, financiranje terorizma. Danas je ovdje bilo najviše govora o tom aspektu, o klimatskim promjenama i zelenom gospodarstvu, ali financijska održivost je važna za ukupni, a ne samo financijski život naših društava i naših država.

Primjerice, mirovinski sustavi naših zemalja, velikog broja njih, na granici su održivosti, a budući da ti sustavi sveukupno čine veliki dio javnih financija, njihovim slomom može doći do sloma ukupnih javnih financija. Zato je ova tema kojom se bavimo jako važna.

Svakako treba stvoriti mehanizme izvješćivanja, praćenja, financijskih tokova. Jednako tako mehanizme nadzora. U Europi moramo napraviti bankovnu uniju koja će omogućiti nadzor bankovnih jamstvenih depozita i praćenje loših financijskih aranžmana između države i banaka.

Zato smo osnovali europske nadzorne vlasti, imamo i druge mehanizme. U listopadu prošle godine usvojili smo izmijenjenu direktivu o upravama za platni promet koja bi trebala biti dio zakonodavstva država članica u roku od dvije godine. Gospodin povjerenik je spomenuo direktivu o nefinancijskom izvješćivanju. Dakle, imamo mehanizme, ali te mehanizme često ne koristimo na način kako je potrebno.

U djelovanju EU-a na međunarodnoj razini trebamo također djelovati na poboljšanju financijskog nadzora i stvaranja mehanizma za sprečavanje kriza i upravljanje krizama, a posebno u suradnji sa svojim glavnim trgovinskim partnerima kao što su SAD, Kanada i Japan, ali i s rastućim financijskim tržištima Kine, Indije, Rusije i Brazila. Svi ovi mehanizmi trebaju se naći u svim ostalim bilateralnim i multilateralnim sporazumima koje sklapa EU, a posebice u programima razvojne pomoći budući da je EU veći donator od svih ostalih zemalja zajedno s 68 milijardi EUR u 2015. Tu razvojnu pomoć možemo koristiti da bi razvili te mehanizme u zemljama u razvoju koje su zapravo i najviše ugrožene od problema financijske održivosti, odnosno opasnosti koju neodrživost u sebi krije.

Stoga pozdravljam ovo stajalište Europske komisije, pozivam na primjenu postojećih mehanizama koje imamo i razvoj novih, a prvi korak prema tome bi bilo da poštujemo pravila koja smo sami donijeli.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, firstly, I must say that, looking back over the last two years when President Juncker announced his EFSI plan, many people very dubious and when Vice-President Katainen was handed what many saw as the poison chalice, they felt that this could not actually be successful. But he has worked very hard on the area, he has visited all over Europe and here in Strasbourg and in Brussels. As a result, it has actually been very successful, and only today it was announced that EFSI has helped to create 830 000 jobs – it is worth repeating, 830 000 jobs! He deserves great credit for that, as does the Commission, because if it had failed, they would have been criticised and ridiculed, which many people expected. So now that it has started, the momentum is behind it and people will believe in it. I think you will get far more investment, especially when he introduces regulatory reform to undo or eliminate any obstacles there for the private sector to invest. That is going to be very important, and also of course we recently passed the creation of the Capital Markets Union, and that is going to make a huge difference in terms of new models and creating new ways of financing.

So those three aspects – EFSI, regulatory reform, and the Capital Markets Union – are going to be wonderful in terms of creating sustainable finance into the future. Also I was delighted to hear him in his opening remarks refer to green financing. Of course, the climate has changed dramatically for that in the past 12 months, as a result of the Paris Agreement and now Marrakesh, where the agreement will be actually turned into action. So it will be imperative to invest in the green economy; it will be the only show in town and that should unlock huge opportunities for businesses, and for Europe, indeed, to become a world leader. So, well done to Vice-President Katainen and everyone involved. They deserve credit; they do not always get it.

Jasenko Selimovic (ALDE). – Mr President, this week we ratified the Paris Agreement. The challenge of keeping global warming below two degrees will require a substantial reduction in greenhouse gas emissions. This process of decarbonisation provides opportunities for the European economy and industries.

However, this transition can also create risks. The European Systemic Risk Board warned about the adverse scenario where the transition to a low carb economy comes late and abruptly. In this case, the cost of the transition will be higher, with severe effects on economic and financial institutions. In other words, our financial institutions' pension schemes and insurance companies have to adjust to a new reality very soon in order to avoid potential risk for our economic system and economy.

This is why it is crucially important that the Commission further assesses the systemic risk associated with the low carbon transition and proposes, where necessary, transparency requirements and policies to mitigate systematic risk as much as possible. In that way, the Commission will enrich financial markets with more information so the market itself can address the risks. It is necessary to do it quickly and I insist that the Commission does not hesitate on that matter.

Jyrki Katainen, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, I would like to thank Members very much for a good discussion and for their ideas. A few colleagues, especially Mr Kölmel and Mr Jakovčić, referred to the Stablility and Growth Pact and this is obviously part of the interpretation on sustainability, even though the focus of today's discussion was maybe more on carbon and environmental related issues. But when talking about a more general interpretation of sustainability, the Stability and Growth Pact issues are very, very important and the rules must be followed. Otherwise, the basis of public financing is on a slippery slope.

I would like to start by making one more general remark. When talking about sustainable financing or green financing, I would like to avoid marginalising this topic to only very narrowly interpreted projects, because sustainable financing is supposed to be mainstream – over time – and not just complementary to main financing. That is why our focus as legislators and regulators should be to look at the needs and the possible changes in our regulatory environment in order to encourage the private sector to change their business models to be more sustainable; and also in the banking sector to look if there is anything on the regulatory side that we should change in order to make it possible for the private banks then to address the needs of, for instance, businesses in the circular economy. I have met some bankers who have said that they have a completely new set of clients, that the business models have changed from linear to circular and that is why sometimes small and medium-sized enterprises' balance sheets look different today from how they did earlier. That is why they are developing new financing products for these kinds of companies. That is why, as Mr Kelly said, we have to look very openly at the need to change regulation, but not rush too early to change everything; that is crucial.

Mrs Scott Cato raised several very important points. You referred to the importance of public financing when looking at the EU opportunities in financing sustainable projects. There are plenty of opportunities, as we all know – structural funds, of course, but also EFSI. We are now proposing to extend EFSI's lifeline so that it will last longer, and also its firepower will be significantly higher. We will also propose that some 40% of EFSI financing should be on COP21-related projects. It can of course mean lots of different things, but sustainability should in any event play an even more important role than at the moment in EFSI operations.

The carbon stress tests and the French model of disclosure are both very interesting opportunities. The Commission is following the results and further work on both these fields. Carbon stress tests, as proposed by the European Systemic Risk Board, could be a very important risk management tool. However, the complexity of designing appropriate test scenarios and of collecting the data necessary for conducting tests should not be underestimated, especially given the lack of harmonisation in defining what is green. The analytical work at G20 level within the Green Finance Study Group should help us identify optimal methodologies for such stress tests. DG FISMA is actively involved in this project. It would be excellent if we managed to find a global definition of these issues because then the impact would of course be bigger. So there are several work streams at a global level, but also at European level, which are addressing the same issue and we can learn from each other. Hopefully, next year we will be wiser and we will have new results from various working groups.

My final point is about EFSI. I come back to the EFSI issue because, as you know, EFSI is a demand-driven fund, and overwhelmingly the biggest challenge we have at the moment is that we have to raise awareness amongst possible investors about what EFSI can do. I have been a little disappointed that, for instance on the circular economy field, investors have not found EFSI as much as I would hope. Your role as MEPs and our role in the Commission is just to raise awareness about what EFSI can do and what it has already done in various Member States and try to copy the best practices and best models. For instance, in France there is a fantastic example of energy-efficiency investment where the public-private partnership companies collected together 40 000 houses or apartments for retrofitting in order to reduce energy consumption. I have just heard that in the average apartment, the energy saving after they been retrofitted is EUR 80 per month for a family living in an apartment. This of course has a big impact on the climate policy too.

I would like once again to thank Member for your ideas. Let us continue to work together in this field.

Der Präsident. — Die Aussprache ist geschlossen.

12. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

13. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll

14. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

15. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll

16. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

17. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 15.45 Uhr geschlossen.)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss

DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos

C/2024/2080

8.3.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses

(Sache M.11439 – DWS / GALAXY / FLOW TRADERS / JV)

Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2080)

1. Am 28. Februar 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates [1] bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

— DWS Group & GmbH & Co. KgaA („DWS“, Deutschland), kontrolliert von der Deutschen Bank AG (Deutschland),

— Galaxy Digital Labs LLC („Galaxy“, USA), kontrolliert von Galaxy Digital Holdings LP (Kaimaninseln),

— Flow Traders Holding LLC („Flow Traders“, USA), kontrolliert von Flow Traders Ltd. (USA).

DWS, Galaxy und Flow werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über das neu zu gründende Gemeinschaftsunternehmen übernehmen.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen an einem neu gegründeten Gemeinschaftsunternehmen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

— DWS ist eine Anlage- und Beteiligungsgesellschaft, die ihren institutionellen Kunden und Kleinanlegern ein breites Anlagespektrum anbietet, einschließlich aktiver und passiver sowie alternativer Fonds.

— Galaxy ist in der Digitalvermögens- und Blockchain-Industrie tätig und bietet Institutionen, Start-up-Unternehmen und qualifizierten Einzelpersonen Zugang zur digitalen Vermögenswirtschaft.

— Flow Traders ist ein weltweit tätiger, technologiegestützter Liquiditätsanbieter, der eine breite Palette von Finanzprodukten in verschiedenen Anlageklassen anbietet.

3. Das Gemeinschaftsunternehmen (JV) wird in folgenden Geschäftsbereichen tätig sein:

— Ausgabe von auf Euro lautenden Stablecoin.

4. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen [2] infrage.

5. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11439 – DWS / GALAXY / FLOW TRADERS / JV

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

[1] ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).
[2] ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

C/2024/2085

8.3.2024

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache M.11437 — BAIN CAPITAL / ELEDA GROUP)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2085)

Am 29. Februar 2024 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ([1]) entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

— der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (https://competition-cases.ec.europa.eu/search). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,

— der Website EUR-Lex (http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32024M11437 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

([1]) ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/2090

8.3.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses

(Sache M.11466 – TA ASSOCIATES / SSCP / MACQUARIE / BYGGFAKTA GROUP)

Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2090)

1. Am 1. März 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ([1]) bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

— TA Associates (USA),

— Stirling Square Capital Partners („SSCP“, Vereinigtes Königreich),

— Macquarie European Investment Holdings Limited („MEIHL“), Teil der Macquarie Group Limited („Macquarie“, Australien),

— Byggfakta Group Nordic Holdco AB („Byggfakta“, Schweden).

TA Associates, SSCP und MEIHL werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über Byggfakta erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt im Wege eines am 5. Januar 2024 angekündigten öffentlichen Übernahmeangebots.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

— TA Associates ist eine global aufgestellte Private-Equity-Gesellschaft, deren Portfolio-Unternehmen in ausgewählten Wirtschaftszweigen – u. a. Unternehmensdienstleistungen, Verbraucher- und Finanzdienstleistungen, Gesundheitswesen und Technologie – tätig sind,

— SSCP ist eine in erster Linie europaweit ausgerichtete Private-Equity-Gesellschaft, deren Portfolio-Unternehmen in einer Vielzahl von Wirtschaftszweigen tätig sind, darunter Technologie, Infrastruktur, Bildung und Verbraucherdienstleistungen.

— MEIHL befindet sich vollständig im Eigentum von Macquarie, einem weltweit tätigen Anbieter von Asset-Management-Dienstleistungen, Bankdienstleistungen für Privat- und Unternehmenskunden sowie Dienstleistungen in den Bereichen Wealth Management, Leasing, Asset Finance, Marktzugang, Rohstoffhandel, Ausbau erneuerbarer Energien, Fachberatung, Kapitalbeschaffung und Principal Investment.

— Byggfakta bietet eine integrierte Daten- und Softwareplattform an, die Marktdaten und Marktinformationsdienste für Unternehmen der Bau-, Immobilien- und Gesundheitsbranche bereitstellt.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ([2]) infrage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11466 – TA ASSOCIATES / SSCP / MACQUARIE / BYGGFAKTA GROUP

([1]) ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).
([2]) ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

C/2024/2091

8.3.2024

Rücknahme der Anmeldung eines Zusammenschlusses

(Sache M.11413 — DUISPORT / TKSE / TKSL)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2091)

Am 19. Januar 2024 ist die Anmeldung ([1]) eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ([2]) („Fusionskontrollverordnung“) bei der Europäischen Kommission eingegangen.

Am 19. Februar 2024 unterrichtete der Anmelder die Kommission über die Rücknahme der Anmeldung.

([1]) ABl. C, C/2024/1226 vom 31.01.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/1226/oj
([2]) ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.

C/2024/2092

8.3.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses

(Sache M.11394 – PFEIFER & LANGEN IHKG GROUP / RÜGENWALDER)

Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2092)

1. Am 29. Februar 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ([1]) bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

— Pfeifer & Langen Industrie- und Handels-KG („Pfeifer & Langen“, Deutschland),

— Rügenwalder Mühle Carl Müller GmbH & Co. KG und RM Vermögensverwaltungs GmbH & Co. KG („Rügenwalder“, Deutschland).

Pfeifer & Langen wird im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung die alleinige Kontrolle über die Gesamtheit von Rügenwalder erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

— Pfeifer & Langen ist hauptsächlich in der Herstellung und im Vertrieb von Gewerbezucker und Haushaltszucker, Snacks, Fleisch- und Fischersatzstoffen sowie Getränken innerhalb und außerhalb des EWR tätig.

— Rügenwalder ist hauptsächlich in der Herstellung und im Vertrieb von verarbeitetem Fleisch und Fleischersatzstoffen innerhalb und außerhalb des EWR tätig.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ([2]) infrage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11394 – PFEIFER & LANGEN IHKG GROUP / RÜGENWALDER

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

([1]) ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).
([2]) ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË